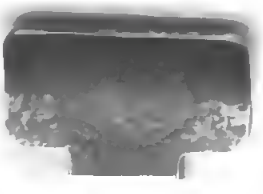
4° Eph. pol.
59 (1848, 7/12



Digitized by Google

<36602255060015

<36602255060015

Bayer. Staatsbibliothek

STAATS-BIBLIOTHEK MÜNCHEN
2,2 1848

Bestellungen nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung u. für England bei Hrn. Elmer 6 Kng., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an S. A. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt (vierteljährlich fl. 1. 30. —) durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 181. Heidelberg, Samstag 1. Juli. 1848.

Uebersicht.

Verhandlungen über die provis. Exekutivgewalt. Stellung derselben. — Wien (Ankunft des Erzherz. Johann. Verlängerung des Goldausfuhrverbots). Prag (Belagerungszustand der Stadt). Aus Tirol (Undeutsche Umtriebe der Ultramontanen; Stimmen der Presse für und wider; der Landtag). Berlin (Verhandlungen der Nationalversammlung; Erklärung Camphausens. Veränderungen im Gerichtswesen. Das neue Ministerium. Erklärung Auerswalds über die Stellung Preußens zu Rußland. Ein Kammermitglied im Prozeß). München (bevorstehende Lösung in Betreff der Blokade von Triest). Altona (Kriegslage; Deserteure. Die Verhandlungen in Malmö. Die lauenburgische Regierung. Beschluß des Kommerciums in Malmö). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Wahl des Reichsverwesers. Rückblick auf den letzten Beschluß über die deutsche Centralgewalt. Die Errichtung der neuen Gewalt).

Schweiz. Bern. Die Ruhe in der Schweiz und die Unruhe ringsum.

Schweden. Stockholm. Die Sendung des Sir Henry Wynn.

Großbritannien. Lage des Ministeriums.

Frankreich. Paris. Das neue Ministerium.

Italien. Genua. Bewegung gegen Sardinien. Florenz. Neuer Kommandant der Bürgerwehr. Wahlen.

Beilage. Heidelberg. Erzherzog Johann zum Reichsverweser erwählt. — Zur deutschen Marine. — Frankreich. Paris. Die Presse über die letzte Katastrophe. Anblick von Paris. Trauriger Zwischenfall. General Breas Tod. Der Erzbischof †. Proklamation von Cavaignac. Beschlüsse der Nationalversammlung. Die Bestrafung der Insurgenten. Cavaignac Chef der Regierung. Italien. Neapel. Deutsche Lage.

Heidelberg, 30. Juni.

Die Abstimmung über die provisorische Centralgewalt ist erfolgt; sie hat bestätigt, daß man auf der Rechten durch die Eingriffe des Bureaus ganz zwieträchtig geworden war. Fast einstimmig ward das Binde'sche Amendement, nach welchem die Exekutivgewalt im Einverständniß mit den Regierungen geschaffen werden sollte, abgelehnt, nicht, wie es in unserem Berichte vom 27. Juni irrig hieß, angenommen. Das ganze Gesetz, dessen einzelne Positionen wir gestern mitgetheilt haben, ward mit 450 gegen 100 Stimmen votirt; die Linke unter Blum und einige Glieder der äußersten Rechten bildeten diese Minorität; das Resultat der Abstimmung ward in feierlicher Stille aufgenommen; man fühlte, daß man einen großen Akt vollendet hatte und hoffte, daß die Energie, mit der man verfahren war, den vaterländischen Dingen eine heilsame Befestigung bringen werde. Das Aufhören des Bundestags ward fast einstimmig beschlossen; so ist denn diese Brücke nach der unseligen Vergangenheit hin abgebrochen und ein Begriff und Institut beseitigt, wogegen sich Uebel und Vorurtheil in einer seltenen Eintracht gekehrt hatten. Wenn die ausschließliche Wahl von Seite der Versammlung nicht Anstoß bereitet (und wir wollen hoffen, daß die deutschen Regierungen so patriotisch sind, über diesen Fall in Betracht der allgemeinen Verhältnisse und der besondern Lage der Versammlung hinwegzusehen), so ist das Gesetz der Art, daß auch aus ihm selbst jene Befestigung gehofft werden kann. Es birgt die Garantien einer starken Regierung dar, und die Rechte kann sich freuen, mit einem blauen Auge davon gekommen zu sein. Die charakteristischen Abstimmungen waren folgende. In Bezug auf die Benennung des Inhabers der Exekutivgewalt ward der Titel Präsident mit 355 gegen 171 verworfen. So weit war klar, daß die Versammlung nicht republikanisch sein wollte; was dieser Titel sagen wollte, das verstanden Alle. Aber in dem Votum über den Antrag der Linken: „die Centralgewalt hat die Beschlüsse der N.V. zu verkündigen und zu vollziehen", konnte man nicht merken, daß die Versammlung eigentlich verstehe, was sie war und was sie that. Denn in diesem Satze ist gerade Alles enthalten, was der neugeschaffenen Gewalt einen republikanischen Charakter gegeben hätte; und dieser Satz ist nur mit einer Majorität von 16 Stimmen (277 gegen 261) abgelehnt worden! Diese Stimmgebung aber wird noch wunderbarer, wenn man die Abstimmung über die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers damit vergleicht. Wer für jenen Satz stimmte, hätte konsequent auch gegen diese Unverantwortlichkeit stimmen müssen, wie es in dem Antrage der Linken lag, denn Beides widerspricht sich geradezu. Aber die Unverantwortlichkeit ward mit 373 gegen 175 votirt, und diese Majorität wird noch größer dadurch, daß eine Zahl von Deputirten (wunderlicher Weise) zu Protokoll erklärte, daß sie nur gegen die Unverantwortlichkeit gestimmt hätten, weil nicht deutlich ausgedrückt wäre, daß damit nur die politische Verantwortlichkeit für Regierungsakte gemeint sei — als ob man unter Unverantwortlichkeit irgendwo und wie Unverletzlichkeit begriffe! Ob es wohl bei dieser Abstimmung von einem Einflusse war, daß Dahlmann zufällig eine Gelegenheit fand, das Votum für die Verantwortlichkeit als ein republikanisches zu bezeichnen? Bei der Frage über die Wahlart ward die Wahl des Reichsverwesers durch die Versammlung mit 403 gegen 135 Stimmen beschlossen. Diese 135 bildeten den Theil der Rechten, die die Vorschläge des Präsidenten nicht auf sich wirken ließen, sondern bei dem Ausschußantrage beharrten; Andere erklärten zu Protokoll, daß sie ihr Ja nur in dem Vertrauen gegeben hätten, daß die Regierungen ihre Zustimmung, sagten die Einen, ihre Uebereinstimmung, sagten die Andern (und hierauf erklärten Alle in großer Beeilung, sie meinten Alle nur Uebereinstimmung) nicht versagen würden. Dieses Bischen Vertrauen mußten freilich wohl Alle haben, die für dieses Wahlverfahren stimmten, und man sieht nicht recht ab, was diese Protokollerklärung irgend bedeuten soll. Man hätte die Regierungen, scheint uns fast, noch mehr geschont, wenn man sie stillschweigend ignorirt hätte, als so, wo man nur recht bemerklich macht, daß man sie ignorire.

Uebrigens ist diese Spaltung und dieser Abfall der Rechten von sich selbst und ihren ersten Grundsätzen, unerklärbar wie er an sich scheinen sollte, durch den geschichtlichen Hergang wenigstens äußerlich vielfach zu entschuldigen. Man wußte aus mündlichen Mittheilungen, daß der Präsident sich im Privatgespräche zuerst für den Ausschußantrag in allen Positionen ausgesprochen habe, später daß er für das Bassermann'sche Amendement: die Versammlung solle aus dem Kreise der fürstlichen Glieder wählen — anstreben wolle. Statt dessen trat er in der letzten Montagsitzung für das Heckscher'sche Amendement auf, das von der Beschränkung der Wahl auf fürstliche Glieder schwieg; er wandte sich also nicht allein gegen das Bassermann'sche, sondern er erklärte es auch für formell nicht mehr zulässig, weil es einen neuen nichtdiskutierten Gegenstand einbrächte, während das Heckscher'sche Amendement nur eine Formulirung seiner (des Präsidenten) am Samstag gehaltenen Rede und des darin gestellten Antrages sei. Wie war es aber mit dieser Rede selbst beschaffen? Man hatte den Schluß der Diskussion durch die bekannte Abrede beschkennigt, daß man alle unwesentlichen Amendements fallen ließ, nur neun aufrecht hielt, und diese durch je zwei Redner schließlich vertreten ließ. Bei diesem Verfahren war es gewiß vollkommen unstatthaft, daß Herr v. Gagern am Schlusse aller Diskussionen eine ganz neue Nuance dazwischen warf, uns die nun Niemand mehr berechtigt war zu antworten. Dies letzte Wort, zusammengenommen mit dem Einfluß, der dem geschickten Redner, dem Präsidenten, dem Manne des ungetheilten Vertrauens inne wohnt, erklärt wohl, daß eine Reihe von Männern sich mehr durch seine Autorität, als durch die Konsequenz ihrer Grundsätze bestimmen ließen. Vielleicht wäre durch einen Vorbehalt, durch eine Protokollerklärung, die einen wirklichen Inhalt gehabt hätte, und die vor der Abstimmung über den Wahlmodus verlesen worden wäre, der Bruch noch vermieden worden, allein hier erlaubte sich die Bureaukratie einen andern Eingriff, der uns noch viel mehr in Verwunderung setzte: sie bestand darauf, daß dieser Vorbehalt nach der Abstimmung verlesen würde! Und da man nicht einmal die Besugniß zu einer solchen Protokollerklärung gesichert zu haben glaubte, ohne daß sie vorher bekannt ge-

Digitized by Google

macht wäre, so mußte die Rechte sich sagen lassen; man werde sie haben, diese Protokollerklärung, nach dem wie der Präsident und Herr Robert Blum eingeschätzt hätten! Unverblümter konnte wirklich die Herrschaft des Bureaus über die Versammlung und des Herrn Blum über das Bureau nicht betrieben werden!

Als wir heute vor einem Jahre dies Blatt zum ersten Male in die Welt sandten, da konnten wir kaum ahnen, durch welch bewegte und verhängnißvolle Zeiten seine Jugend sich durchzuringen hätte. Es war das die Zeit, wo wir beengt von Censur und Polizei, gegen Jesuitismus und Sonderbund, gegen Guizot und Metternich, gegen den modernen Absolutismus, gegen die Ausnahmsgesetze des Bundes und gegen die monarchische Romantik den unerquicklichen Kampf durchzufechten hatten. Die Zeit ist rascher gegangen, als wir es hoffen durften; wir haben Jesuiten, Sonderbund, Louis Philipp, Metternich, die „historische" Schule und den alten Bundestag untergehen sehen, ja die Lage der Dinge ist von dem ungeheuren Ruck der letzten Zeiten so verschoben worden, daß wir nach der Linken schon vertheidigen mußten, was man von der Rechten als zu kühne Forderung verwarf, daß wir für die „konstitutionelle Monarchie mit allen Konsequenzen", für die wir damals wie heute fochten, jetzt ebensoviel Schimpf von der einen wie damals von der andern Seite zu ertragen haben. Was damals als „Radikalismus" verzollt ward, kursirt jetzt unter der Etikette „Reaktion"; hätte man uns damals gern durch Censur und Verbot erdrückt, so möchte man heute gern durch Terrorismus und Lynchjustiz die todte Censur ersetzen. Und doch sind wir auch heute noch, was wir gestern waren und die Wiederkehr der Reaktion wird uns zum Kampf gerüstet finden, wenn auch nur mit dem bescheidenen Maß von Kräften, womit wir sie bisher bekämpften, mochte sie von Oben kommen oder von Unten.

Was in diesem unermeßlichen Umschwung der Verhältnisse am Meisten in die Augen fällt, sind die Dinge in Deutschland. Wir haben seit gestern eine Centralgewalt, ein Reichsoberhaupt, hoffentlich bald ein Reichsministerium — mit einem Worte die faktischen Grundlagen zu einem neuen Bundesstaate. Wir haben im Innern die Anfänge zu einer Einheit, einer wirklichen Gewalt, wir haben nach Außen den Ausgangs- und Vereinigungspunkt einer großen Politik, deren Entwöhnung uns so angeboren und anerzogen war, daß wir an der Möglichkeit ihres Daseins verzweifelten. Das feudale Kaiserthum in seiner letzten Zeit, die Staatsweisheit der Diplomaten seit Karlsbad und Wien hat uns das nicht geben können, was wir jetzt mit einem einzigen raschen Schritte erreicht sehen; wir haben Stoff und Gelegenheit vor uns, ein großes politisches Volk zu werden, möchten wir diese Gelegenheit nicht ungenützt lassen, nicht abergläubisch auf neue Anlässe warten, denn hier gilt mehr als je das alte Wort: Hilf Dir selbst, so wird Dir Gott helfen.

Die Bedeutung dieser neuen Wendung der Dinge, der Blick auf alles das, was im Innern und nach Außen aus dieser jungen Gewalt uns erwachsen mag, ist so umfassend, daß man gern einen Augenblick seine persönlichen Meinungen zurückdrängt, um sich ganz dem ungetheilten Eindruck der Dinge hinzugeben, die noch vor Jahresfrist — wenn auch in unbestimmten Umrissen — das Ziel unserer Hoffnungen wie unserer Wünsche waren. Auch wir haben in diesen Spalten in einzelnen und nicht unwesentlichen Punkten eine andere Ansicht verfochten und werden sie auch fortan verfechten, da sie nicht in persönlichen und lokalen Zufälligkeiten wurzelte, sondern in Grundsätzen; auch wir haben dem Unmuth nicht selten Luft gemacht, wenn wir die unklaren Umwege betrachteten, durch die man uns zum Rechten und Nothwendigen führen wollte, wenn wir der politischen Halbheit und Muthlosigkeit, dem Mangel an Grundsatz und klarer Einsicht, dem Buhlen und Höfeln nach Unten wie einst nach Oben die verdiente Gerechtigkeit widerfahren ließen. Aber vor dem überwältigenden Eindruck, daß uns nun ein Weg gebahnt wird, die alte Zeit im Großen und Ganzen zu überwinden, bescheidet sich gern die individuelle Ansicht, die augenblickliche Verstimmung, auch wenn sie in ihrem vollen Rechte, auch wenn sie fest entschlossen ist, dies Recht nicht preiszugeben. Die persönliche Rechthaberei und Eifersüchtelei der Parteien mußte, wenn sie den Augenblick überhaupt zu erfassen fähig war, hier Opfer bringen; sie mußte vor dem unzweifelhaften Willen der Nation ihre Wünsche wenigstens vertagen und zu dem Werk den Segen sprechen helfen, das ohne sie doch gegründet ward, das mit ihr nur gegründet auf sie selbst einen Theil des Ruhmes vererbte, an diesem Bau des jungen Deutschlands mit Taufzeuge gewesen zu sein.

Die Nationalversammlung hat den Erzherzog Johann von Oesterreich an die Spitze der Reichsgewalt gestellt. Sie hat damit, soweit wir sehen, der Dynastie und der Politik des Hauses, dem der Erzherzog angehört, keine Huldigung darbringen wollen. Nicht weil der Erzherzog dem Hause Habsburg-Lothringen angehört, sondern trotzdem, daß er ihm zugehört, sind Hunderte von Stimmen auf ihn gefallen. Man hat sich gern auf den Mann vereinigt, der schon vor mehr als einem Menschenalter die deutschen Waffen mit Ehren trug, der ein lebendiger Gegensatz war zu der spanischen und jesuitischen Politik seiner Vorfahren und Verwandten, der dem Volke näher stand als einer Kamarilla, den die Metternich'sche Politik gern bei Seite drängte, der jetzt nach dem jammervollen Ausgang jener Politik eben um dieses Beiseitedrängens willen einen Ehrenplatz einnimmt, wie er im Schema der Metternich'schen Staatskunst auch nicht einmal als möglich und denkbar galt. Möge dies dem neuen Reichsverweser recht vor Augen schweben, daß, wie unsere ganze jüngste Entwickelung eine Protestation gegen die Habsburgischen Ueberlieferungen war, so auch seine Wahl nur ein unzweideutiges Votum gegen die Politik seines Hauses und seiner Verwandten war. Aber auch für uns gibt es Mancherlei zu lernen und zu üben.

Es ist ein eigenthümlicher Anblick, den Gegensatz zu sehen, der die fast in derselben Stunde neubegründete Centralgewalt in Frankreich und in Deutschland scheidet. Wo es dort der schmerzlichsten Erfahrungen, ja eines blutigen Bürgerkampfes bedurfte, um von dem politischen Versuch einer unfähigen und unfruchtbaren fünfköpfigen Gewalt zu einer einzigen zu gelangen, da gelangten wir durch die Gunst der Umstände, nicht immer durch eigenes Verdienst zu einem friedlichen und ruhig anerkannten Ziele; während dort aus dem wilden Barrikadenkampfe sich die neue, fast monarchische Centralgewalt bildete, hat das bei uns eine friedliche, acht Tage lang mit aller Gründlichkeit geführte Debatte zu Stande gebracht. Rühmen wir aber nicht als eigenes Verdienst, was uns die Gunst der Umstände so in den Schooß warf; lernen wir vielmehr von dem Nachbarvolke, uns in ähnlichen noch unerlebten Krisen zu benehmen. Sowie dort drüben gegen Anarchie und brutale Gewalt alle Parteien einstimmig sich waffneten zum blutigen, hartnäckigen Kampfe, sowie sie einträchtig einstanden, das Errungene zu wahren und zu vertheidigen, sowie sie dort der neuen Gewalt sich fügten, weil die Repräsentation des Volkes sie geschaffen, so sollten auch wir es lernen, die Einigkeit gegen den gemeinsamen Feind, den begriffenen Eifer für das mühsam Errungene uns zu wahren und dieselbe Bürgertugend da praktisch zu zeigen, wo der Brite und Franzose bereitwillig der Gewalt sich fügt, die von der Nation eingesetzt ist. Die alten Untugenden, die uns ankleben, müssen wir erst zu überwinden suchen, die alten Mängel des Eigensinns, der Uneinigkeit, der individuellen Willkür erst selber ablegen, ehe wir vom Regimente die goldne Aera erwarten. Wir setzen Alle die Forderungen der Unbefangenheit, des Sinns für Recht und Freiheit, der Ueberlegenheit über persönliche und lokale Vorurtheile dem Regimente als Bedingung; setzen wir sie uns selber und es kann der neuen Gewalt nicht allzuschwer werden, da neu aufzubauen, wo seit Jahrhunderten der Boden überwachsen, die Fundamente verschüttet waren.

Oesterreich. Wien, 24. Juni. An diesem Tage Abends kam, wie die Wiener Z. meldet, der Erzherzog Johann hier an, um bei dem zunächst zu eröffnenden Reichstag die Stelle des Kaisers zu vertreten und kraft der erhaltenen Vollmacht und im Namen des Kaisers bis zu dessen Zurückkunft die Regierungsgeschäfte zu besorgen.

Wien, 24. Juni. Die Landesregierung im Erzherzogthum unter der Enns macht Folgendes bekannt: „Bei der Fortdauer der Verhältnisse, welche das mit den Erlassen des hohen Finanzministeriums vom 2. und 4. April d. J. auf die Zeit bis Ende d. J. verfügte Verbot der Ausfuhr von österreichischen Gold- und Silbermünzen zur unausweichlichen Nothwendigkeit gemacht haben, wird dieses Verbot sammt den durch die erwähnten Erlasse vorgezeichneten Bestimmungen auf die Dauer bis Ende Juli d. J. ausgedehnt. Diese Verfügung wird in Folge Erlasses des hohen Finanzministeriums vom 19. Juni 1848 zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Wien, 20. Juni 1848. Anton Raimund Graf von Lamberg, k. Hofrath." (W. Z.)

Prag, 22. Juni. Man schreibt der Bresl. Z.: „Gestern Abend erschienen die ersten Journale, denen man es ansieht, daß sie unter den Kanonen des Heabschin geschrieben sind. Von der slavischen Aristokratie sitzen noch im Schlosse verhaftet: Graf Bonanoi, Deym,

Rostiz, Baron Villani, ferner Dr. Trojan und Hr. Ruppert. Natürlich erfährt man von diesen weder mündlich noch öffentlich gepflogenen Untersuchungen gar Nichts; dies mehrt die Gerüchte und die gedrückte Stimmung im Publikum. Gestern erschien ein Maueranschlag, in welchem Fürst Windischgrätz versichert, er wolle alle konstitutionellen Rechte aufrecht erhalten; gleich darunter ein Anschlag, in welchem der Bürgermeister Wasta zwei vom Fürsten und dem Graf Leo Thun unterschriebene Befehle zur Kenntniß bringt: Keine Volksversammlungen dürfen ohne vorhergegangene Genehmigung gehalten werden, keine Maueranschläge und Flugblätter dürfen gedruckt und ausgegeben werden, ohne früher dem Fürsten zur Einsicht vorgelegt worden zu sein. Wie lange der Belagerungszustand noch dauern wird, ist unbekannt; binnen 8 Tagen soll der Landtag einberufen werden. Die Gewölbe sind wieder alle geöffnet, an Herstellung des Straßenpflasters wird gearbeitet, doch stocken noch immer, wie natürlich, Handel und Geschäfte, das Theater bleibt geschlossen, die meisten vermöglichen Familien haben sich aus Prag entfernt. Unsere Wiener Deputation ist noch nicht zurück; trotz der Ihnen mitgetheilten telegraphischen Depesche verlautet Nichts von ihren Erfolgen; eben so ist die Hofkommission wieder abgereist".

† Aus Tirol, 25. Juni. Die erste Karte des neuen, einigen Deutschlands wird südlich eine Lücke oder einen häßlichen schwarzen Fleck aufweisen müssen, das wird die Stelle sein, wo man Tirol herausgeläugnet hat aus dem festverwachsenen Ganzen. Aus dem Wappenschilde des Vaterlandes soll dies kräftige Randstück losgebrochen werden. Immer deutlicher wird es, daß die Ultramontanen auf keine geringere Schmach sinnen, als auch dieses Gebirgland abwendig zu machen und es umzubrechen zum Blutacker, auf dem sie allein ernten wollen. Wir lesen in Nr. 24 der „Katholischen Blätter" die fertige Willensmeinung dieser Partei, die mit unterschlagenen Armen und zurückgeworfenem Haupte dem deutschen Volke wie dem eigenen Fürsten ins Angesicht höhnt: „Hier zu Lande bin ich Herr!" — Nach ihrer Bestimmung hat über das, was in Tirol zu gelten habe, als Gesetz und Recht, Niemand ein Wort zu sagen als sie selbst, oder wie sie der Form halber sagen, die tirolischen Stände, der Landtag, durch sie geschaffen und geleitet. Nicht zu Frankfurt, nicht zu Wien mag Einer sich anmaßen, es seien die Beschlüsse der Versammlungen bindend für die große Domäne dieser „Armen und Demüthigen", ehedem Tirol, das „treue Tirol" geheißen. Unzweifelhaft und voraussichtlich sagten sie in ihrem Manifest, was sie allenfalls „denen da draußen" zugestehen, und was sie selbst aufrichten müßten, als Hausordnung im Knabenseminar, in welchem sie das Volk sich fürder allein erziehen wollten. Mit Mauth und Zoll wollen sie von den Deutschen nicht mehr belästigt sein, der Landwein muß zu Werth kommen, das Brod wohlfeiler werden. In Kriegsnoth sollen die Deutschen helfen dürfen. Was da festgesetzt wird von allgemeinen Volksrechten, Preß-, Glaubens-, Kultusfreiheit, deutschem Bürgerrecht, Ablösung der Grundlasten, das Alles muß Tirol zurückweisen. Die österreichische Konstitution ist ein Stück Papier, vom Kaiser zwar unterzeichnet, dennoch niemals von Kraft und Giltigkeit für sie, die unerschütterlichen Stützen seines Thrones. Nicht diese lächerlichen Reichsstände in Wien, die heiligen Väter der santa casa in der Innsbrucker Neustadt müssen entscheiden, was Gesetz sei. Sie verwerfen die Nationalgarde, für schaffen ein Preßgesetz, weil denn doch, wie sie sagen, „die Preßfreiheit bestehen mag"; ein „tirolisches Preßgesetz" *), kein österreichisches! — Sie stellen die Ablösung der Zehnten und Gilden einer „Freiwilligkeit" anheim, welche sie Jedem zu verleiden wissen werden. Die Gemeinden sollen einzig über Gewerbe, Nüchternheit und Heirathen entscheiden, denn in der Gemeinde herrscht der Geistliche. Kultus- und Glaubensfreiheit wird schon als „Frage" verworfen. Ein Gesetz sichere den Bestand aller Klöster. Dies Alles in Wien und Frankfurt zu ersterben, seien die tirolischen Deputirten verpflichtet und angewiesen. Denn „den Kampf gegen das Bundesgrundgesetz und das österreichische Reichsgrundgesetz zu führen, ist unser Wille". So lautet das offene Bekenntniß der allgewaltigen Partei, der Fehdebrief ist geschrieben. Soll es zum Kampfe kommen, zum Bruderstreit? Es haben die „deutschen" Deputirten Tirols an der Nationalversammlung rasch und dringlich Worte gefunden, bei den Einfällen der Welschen und jetzt bei den Sondergelüsten der Trientiner, Hilfe und Beschlüsse des deutschen Volkes zu begehren, und das mit vollem Recht, weil wir hoffen, daß sie aufrichtig zu Deutschland stehen. Nun aber wird und muß dieser Erklärung einer Partei gegenüber, in deren Händen das Volk Tirols ganz und willenlos sich befindet, die Nationalversammlung erwarten, daß die Abgeordneten wie ein Mann sich erheben und mit einer Stimme, mit einem entschiedenen Wort es aussprechen: „Das Manifest dieser Partei, die Namens ihres Landes spräche, habe nimmer ihre Billigung, und niemals seien sie gesonnen, solchem Beispiele zu folgen". Thun sie dies nicht, so mögen sie den Schützenhut oder die Kapuze tief niederziehen über ihr Antlitz und aus einem Männerkreise weichen, der es vergessen mag, „daß auch Dirs" deutsch sprechen. Noch sind ihrer in Tirol, die erfahren möchten, ob des Landes Vertreter Schimpf und Schmach davon abwenden werden, mit denen es jene besudeln, die uns stündlich wie König Philipp vor Domingo rufen lassen: „Toledo — befreie mich von diesem Priester!" — — Ein tröstliches Zeichen, ein frischer Lufthauch in dieser Schwüle ist uns jenem Bekenntniß gegenüber ein Artikel der Innsbrucker Zeitung, der den „Sonderbündlern" antwortet. Das ist gesprochen, wie's uns Noth thut, das ist katholisch und tirolisch — und durchweg deutsch. Jesuitisches Latein sollten jene Selbstsüchtigen schreiben — mich dauert immer die theuere deutsche Sprache, in der sie so falsch und fremd ihren Gelüsten das Wort reden. Endlich ist nun auch für die Sache des Rechts und der Freiheit der erste Feldruf laut geworden. Möchten Alle, die ihm folgen wollen, rasch in Reihe und Glied treten. Wir kennen so viele Waffenfähige — wenn sie ihre Pflicht erfüllen wollen, jetzt müssen sie die Waffen gebrauchen. Jedes Wort hat Werth, wo so lange geschwiegen wurde. Die echten Tiroler (jene Andern sind — Fremde — nicht aus den Bergen — von „jenseit der Berge") müssen sich ihr Centrum schaffen, wie die unermüdlichen Gegner — die Innsbrucker Zeitung zeigt Muth und Willen, es zu werden. Tüchtig unterstützt, wird sie nicht sobald verzagen. Wenn nur einmal, Gott sei Dank — wir im Lande selbst es hören das herzstärkende „Ich habs gewagt!" Im Kampf ist Hoffnung — das alte, stumme Brüten überlieferte uns den Feinden. — Noch ein Anhängsel von Neuigkeiten: der Landtag hat bis heute nichts Wesentliches vor sich gebracht, man übt sich in dem ganz ungewohnten Parlamentswesen. Erzherzog Johann hat Abschied genommen mit der alten Herzlichkeit und den Schützen an den Grenzen Ausdauer und Eifer empfohlen. Wenn Er sie nur wahr machen könnte, seine schöne Phantasie von dem Einen Geiste der Männer dieses Landes, von jenem altbewährten, ehrenvollen Namen Tirol. Dem Grafen von Meran, den Er uns schenkt, wie Er seine Asche uns schenken will, mögen ihm die „bessern Zeiten" werden, die sein edler Vater für das geliebte Tirol hofft! — Aus den Beiwachten unserer Schützen hören wir viel Gutes. In Judikarien sind sie freilich zurückgegangen, aber zu Roveredo hatten sie die Posten fest besetzt. Zwei neue Kompagnien Zillerthaler sind zu Hilfe nachgerückt. Seit dem Rückzuge von Rivoli steht die Innsbrucker 3. Kompagnie bei Ala, die 2. der Studenten hat sich im Valsugan ehrenvoll gehalten.

Preußen. †† Berlin, 26. Juni. Aus den heutigen Verhandlungen der Nationalversammlung theilen wir die Rede Camhausens mit: „Dem Bedürfnisse, einige Worte zu Ihnen zu reden, darf ich um so freier folgen, als die Versammlung, sowie das Land berechtigt sind, eine Erklärung über meinen Austritt aus der Regierung zu hören. Als das Vaterland durch die Ereignisse des März erschüttert war, hatte sich nur eine geringe Anzahl von Männern durch die sparsame Gelegenheit zu parlamentarischen Kämpfen bekannt gemacht. Wir traten in das Ministerium ein. Wir standen in unserem früheren politischen Leben nicht auf derselben Stufe, wir waren nicht von denselben Gedanken geleitet. Aber wir gehörten allen Schichten der Gesellschaft an, und viele Provinzen glaubten durch uns vertreten zu sein. Wollen Sie ein Wort, einen Namen haben für die Sache, so nennen Sie das Ministerium ein Ministerium des Uebergangs, der Vermittlung. Will das Land mich richten, so kann ich verlangen, daß ich auf dem Boden gemessen werde, auf dem ich gestanden habe. Ich darf begehren, daß man damit beginne, zu fragen, ob die Aufgabe, wie ich sie gestellt habe, nicht so hätte gestellt werden sollen. Es lag in der Natur der Sache, daß kein Mitglied des Ministeriums zu irgend einer Zeit einen fortdauernden Bestand vorausgesetzt hat. Daß die Auflösung schon in der vorigen Woche eingetreten ist, darüber bin ich Ihnen eine Aufklärung schuldig. Keine der vorgekommenen Abstimmungen hatte die Tendenz, das Ministerium zu beseitigen. Auch nicht die über den Waldeck-Wachsmuthschen Antrag. Der Verfassungsentwurf der Regierung ist, wie ich gehört habe, der Berathung der Kommission zum Grunde gelegt. Aber ein anderes Mal hat sich in Betreff der politischen Bedeutsamkeit der Märzereignisse eine große Meinungsverschiedenheit geltend gemacht. Ich habe den Versuch machen müssen, aus der Versammlung selbst die Ergänzung des Ministeriums zu bewirken, welches durch jene Differenz gespalten war. Dieser Versuch ist nicht gelungen. Allein die wesentlichsten Zwecke des Kabinets waren erreicht: die Nationalversammlung war berufen, der Thron-

*) „Dem Lande und Volke anzupassendes", heißt es.

Digitized by Google

folger zurückgekehrt, organisirte Gesetze waren vorbereitet und Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingeleitet. Das Ministerium der Vermittelung war dahin gekommen, einem Ministerium der Ausführung zu weichen. Zu einem solchen bedarfte ich einer festen Majorität, welche zu erlangen unmöglich schien. — Für mich persönlich habe ich noch zu bemerken, daß zwei Gründe meinen Austritt nicht bestimmt haben. Erstens nicht die auswärtigen Verhältnisse. Vielmehr waren an demselben Tage Nachrichten eingelaufen, die günstiger lauteten, als frühere. Zweitens keine Beschränkung in der Wahl der Mitglieder, ich habe die ausgedehntesten Vollmachten gehabt. — Der Redner schließt mit der Bemerkung, daß er weit entfernt sei, der Versammlung Vertrauen zu empfehlen, aber es fehle ihr an dem Selbstvertrauen zur Festhaltung des Errungenen.“ Unter lebhaftem Beifall verläßt er die Tribüne. — Im fernern Verlauf der Sitzung verlangt Hansemann eine nochmalige Verweisung des Adreßentwurfs an eine Kommission als Vertrauensvotum gegen das neue Ministerium, welchem Wunsche die Versammlung nach vergeblichen Anstrengungen der Linken auch willfährt.

†† Berlin, 26. Juni. Die Unabhängigkeit der Stellung, in der sich das geh. Obertribunalgericht, als höchster Gerichtshof des Landes früher befand, erschien mit der Verantwortlichkeit des Staats-Minist. nicht vereinbar. Der bisherige Justizminister Bornemann hat deßhalb die Anordnung getroffen, daß das geh. Obertribunalgericht seine Berichte stets an das Justizministerium richtet. Bei der Reorganisation der Verwaltungsbehörden beabsichtigt man, das Ministerium des Kultus gänzlich eingehen zu lassen. In der Reform der Justizeinrichtungen wird die Aufhebung der obern Landesgerichte und deren Ersetzung durch ein Appellationsgericht für jede Provinz die erste Stelle einnehmen. Die Kriminalgerichte werden mit den Civilgerichten verbunden, die leichteren Verbrechen von Friedensrichtern, die schwereren, theils von korrektionellen Kammern, theils von Assisengerichten abgeurtheilt werden.

*** Berlin, 26. Juni. Wider Erwarten ist es Hansemann gelungen, ein Ministerium bis heut zu Stande zu bringen, der neue Ministerpräsident, Auerswald, ist selbst zur Eröffnung der Sitzung eingetroffen. Ja, mehr noch, das neue, kaum seit Stunden komponirte Ministerium ist mit einem fertigen Programm vor die konstituirende Versammlung getreten. Diese Thatumstände werden Sie durch die heutigen Abendzeitungen eben so schnell als meinen Brief erhalten. Ich spare deßhalb den Inhalt des Programms, sowie die Namen der neuen Ministerliste. Aber der Eindruck der Sitzung war, trotz der geschlossenen Ministerreihe, von der man Thätigkeit und Kraft erwartet, und trotz des Programms, kein günstiger. Wieder hob die Sitzung mit einem langen Gezänk über Formalien an, mit einem verworrenen Stimmenmeer über Recht, Pflicht, Noth, Wunsch, den Adreßentwurf an die Kommission zur Aenderung zurückzuweisen, weil die Thronrede auch durch das Programm geändert worden. Wer hatte Unrecht, Minister Hansemann, daß er es verlangte, oder die Opposition, daß sie es aus doppelten Gründen bestritt: weil die Minister von vorn herein abermals mit einer Kabinetsfrage gedroht, und weil kein Minister, in seiner Eigenschaft als solcher, das Recht habe, einen solchen Antrag zu stellen? Das Unrecht ist auf beiden Seiten, das Unrecht, in so hochwichtiger Zeit einen Tag, eine Sitzung vergeudet zu haben. Das Ministerium hat die Revolution anerkannt. Es ist eine große Konzession. Wird auch sie vergeudet, wird das Schlachtfeld verlassen werden, ohne Friedensbedingungen zu stellen? — Die Verfassung war Allen, aber sie wird viele Artikel haben; der erste, der uns Noth thut, heißt Ordnung, ein Polizeigesetz, ein Gesetz gegen die Anarchie, sei es auch nur ein interimistisches. Erst heute ist wieder ein Aufseher bei den öffentlichen Arbeiten durch Arbeiter blutig mißhandelt, fast zu Tode geschlagen worden. Er wollte oder konnte ihnen nicht 30 Thaler zahlen, welche sie von ihm auf Abschlag forderten. Einem städtischen Beamten, der andere Arbeiter vor dem Thore jüngst in freundlicher Weise zu ihrer Pflicht anhalten wollte, antworteten sie: Pflicht gibt es nicht mehr, denn wir wissen sehr wohl, es gibt keine Gesetze mehr, und was wir thun, thun wir aus gutem Willen. Wenn es faktisch keine Gesetze mehr gibt, so ist die erste Aufgabe, sie, was es auch koste, zu machen. Mit jener Konzession hinter sich, kann die Regierung viel fordern. Hannibal steht vor den Thoren. Daß der demokratische Verein hierher kommt, will, möglicherweise, nicht viel bedeuten, aber der hiesige predigt und wühlt, und es ist erwiesen, daß eine große Anzahl Piken für unsere Proletarier gefertigt sind. Noch Aufschub, wo jeder Tag das Heer derselben vermehrt, die Zahl der Vertrauenden vermindert. Und doch scheint überall eine Wendung eingetreten, die das Vertrauen wieder erwecken könnte. Camphausen hat die Verdächtigung Lügen gestraft, daß er um der Verhältnisse zu Rußland wegen abgetreten. Von dorther stad Friedensaussichten. Das neue Ministerium erkennt nicht allein die Revolution als die Basis der neuen Zustände an, sondern es zeigt sich auch willfährig, der künftigen ersten Kammer, die so vielen Anstoß erregt, eine neue populäre Basis zu geben. Wer so viel widerlegt, nachgibt und zugesteht, muß auch den Muth haben, zu fordern, was zum allgemeinen Besten und unerläßlich ist, er muß den Kampf für Alle mit einer Partei nicht scheuen, die nur durch unbegreifliche Schwäche ihr Haupt erhob.

Berlin, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte der Ministerpräsident auf eine über die Stellung Preußens zu Rußland an ihn gerichtete Interpellation: Ich bin auf die Stellung dieser Frage durch die Tagesordnung nicht vorbereitet. Ich nehme aber keinen Anstand, sogleich zu erklären, daß die Stellung von Rußland gegen Preußen in diesem Augenblicke zu keinen Besorgnissen Anlaß gibt. Ich wünsche, daß die Versammlung sich mit dieser Erklärung begnüge, ich bin aber bereit, wenn es gewünscht wird, in einer spätern Sitzung ausführlicher auf die gestellte Frage zu antworten.

Berlin. Die Nationalversammlung wird bei ihrem Zusammentritt über die Anklage eines ihrer Mitglieder, des Abgeordneten Kuhr für den Tilsiter Kreis zu entscheiden haben, welcher mit einer der aus dem Zeughaus abhanden gekommenen Büchsen angetroffen worden ist. (Nach. Z.)

Baiern. München, 27. Juni, Abends 6½ Uhr. Der Allg. Z. wird geschrieben: So eben erfahre ich noch, daß nach heute hier eingetroffenen Briefen die von dem königl. baierischen Gesandten v. Abel gemeinschaftlich mit dem königl. preußischen Gesandten v. Werther in Turin wegen der Blokade von Triest gethanen Schritte bei der sardinischen Regierung nicht vergeblich gewesen seien, und eine befriedigende Lösung dieser deutschen Angelegenheit in den nächsten Tagen zu erwarten stehe.

Schleswig. * Altona, 24. Juni. Wir stehen wiederum mit einem Fuß im Frieden, während der andere sich im Kriegsgetümmel bewegt. Während von der einen Seite der Friede binnen 8 Tagen in Aussicht gestellt wird, erwartet man auf anderer Seite binnen 8 Tagen eine entscheidende Schlacht, und schon hörte man in Angeln am 22. wieder ein sehr unhaltendes Kanonniren. Die Kanonade dauerte von 12 bis 3 Uhr des Mittags, später verhallte der Kanonendonner immer mehr; noch aber weiß man nicht, was vorgefallen ist. Wahrscheinlich ist es Nichts weiter als ein Vorpostengefecht gewesen, bei welchem die Kanonen sehr thätig waren. Vielleicht haben aber neue Landungen versucht und vorgenommen werden sollen, und die deutschen Truppen waren zu wachsam, und die Dänen vielleicht minder gut unterrichtet, als gewöhnlich, da ein paar dänischer Spione gefangen wurden, unter Anderen auch der Bruder des berüchtigten Christiansen aus Flensburg, derselbe, welcher von der Flensburger Mühle aus den Dänen die Signale gegeben hat. Ein Offizier des Tanaschen Freikorps fing ihn in dem Augenblicke, wie er mit einer Dame in einem Wagen die deutschen Linien rekognoscirte. Bei der Untersuchung fand man Nichts bei ihm, erst bei der Dame fanden sich Papiere über die Stellung u. s. w.; ein braunschweigischer Soldat ward in dem Augenblick ergriffen, wie er nach Alsen schwimmen wollte, man fand gleichfalls Zeichnungen über die Stellung der deutschen Truppen und andere Nachrichten, die er sich zu verschaffen gewußt, bei ihm; er ist bereits nach Braunschweig transportirt worden. Aber auch von der jungen militärpflichtigen Mannschaft desertirt ein großer Theil nach Alsen oder auf die dänischen Kanonenboote; aber nicht aus Zuneigung für die dänische Regierung, sondern aus Furcht ausgehoben und preußischen Regimentern enrollirt zu werden. Dänische Agenten haben unter dem Volke die Meinung zu verbreiten gewußt, man habe jetzt das Wehrpflichtgesetz erlassen, um sie auszuheben und gegen die Russen zu führen. Aus Furcht vor Rußland desertiren die Leute lieber und gehen zu den Dänen, in der Hoffnung, doch wenigstens in der Nähe zu bleiben und ihren gewohnten Buchweizen nicht zu entbehren. Aber auch andere Agenten durchziehen das Land; denn gestern brachte man hier einen Antiquar ein, welcher dänische Flugblätter verbreitet hatte und Missionen für die dänische Regierung auszuführen schien. — Alsen ist fast ohne Truppen, da sie sich aus Mangel an Nahrungsmitteln nicht mehr halten konnten, man glaubt allgemein, daß sie nach Fünen übergesetzt worden sind, um von da vereint mit den Schweden nach Kolding übergeschifft zu werden. Hier concentrirt sich überhaupt eine größere Macht auf beiden Seiten. Täglich werden Rekognoscirungen vorgenommen, die letzte von Lygumkloster aus vorgenommene bestand aus 3 Schwadronen mit 2 Kanonen, woran von östlicher Seite her die preußischen Kürassiere und die

Digitized by Google

3. Schwadron des 2. Regiments Theil nahmen. Der Feind wurde in der Gegend zwischen Bestoft und Skrydstrup, etwa 2 Meilen westlich von Hadersleben, gefunden, er zog sich jedoch in die Holzungen auf den Hohenleckt von Skrydstrup zurück, wodurch es denn unmöglich war, Vortheile über ihn zu gewinnen, da unsere Truppen nur aus Kavallerie bestanden, und diese in die Holzungen nicht nachfolgen konnten. Am 18. traf eine Patrouille um Mitternacht über das Dorf Skrydstrup bei Styding, eine Meile westwärts von Hadersleben, ein Bivouak, dessen Feuer in einer Ausdehnung von 1/4 Stunde brannte. Die Dänen hatten das Bivouak einige Stunden vor Eintreffen unserer Truppen, zwischen 8 und 9 verlassen und sich nach Kolding auf die Hauptarmee zurückgezogen. Nach Kolding waren auch die Truppen bestimmt, welche die bei Malmö liegenden 11 oder 12 Kriegsschiffe einnehmen sollten; doch ist deren Abgang in Folge diplomatischer Unterhandlungen vorläufig unterblieben, was eine Veranlassung ist, daß der eine Theil in 8 Tagen Frieden, der andere in 8 Tagen eine Hauptschlacht erwartet. Der englische Minister in Kopenhagen kam, um die Verhandlungen weiter zu führen, am 8. nach Malmö, hatte am 9., eingeführt durch den Minister des Auswärtigen, eine Unterredung mit König Oscar; in Folge derselben begab sich König Oscar zu König Friedrich VII., mit dem er lange Unterhandlungen pflog. Am 10. kehrte der englische Gesandte mit dem Grafen Knuth, dänischem Minister des Auswärtigen, und General Orholm nach Kopenhagen zurück. General Orholm ging gleich nach Ankunft sofort nach St. Petersburg, und ein englischer Kurier ging per Dampfboot nach London. Diese Unterhandlungen in Malmö scheinen also entscheidend gewesen zu sein; denn in Folge derselben ist eine allgemeine Unthätigkeit eingetreten, Jeder wartet auf Antworten von Petersburg und London, um entweder das Schwert in die Scheide zu stecken oder auf's Neue durch Waffengewalt sein Ziel zu erreichen. Die Gardebataillone, zwei Schwadronen Kronprinz-Husaren und eine Batterie in Malmö, welche bereits den Befehl hatten, sich einzuschiffen, sind vorläufig angewiesen, sich marschfertig zu halten, dagegen haben aber die 2 schoonenschen Kavallerieregimenter und die nord- und südschoonenschen Infanterieregimenter Kontreorder auf dem Marsche erhalten; wir scheinen also dem Frieden näher als der Schlacht zu sein, trotz der gehörten Kanonade und der hier erwarteten Truppen des 8. oder 9. Bundesarmeekorps. — Heute oder morgen wird Geh.-R. Welcker hier erwartet, um weiter nach Lauenburg zu gehen, wo er im Auftrage des Bundes eine provisorische Regierung einrichten und die jetzt bestehende schlimmsten Falls absetzen soll, wenn sie sich nicht fügen und ihre Verbindung mit dem Könige von Dänemark aufgeben will. — In Husum hat am 7. Juni das Kommercium den Beschluß gefaßt, ein ihm zuständiges bei der Stadt Flensburg belegtes Kapital von 4500 Thlr. der provisorischen Regierung Behufs der Flotte unter der Bedingung anzubieten und zur Disposition zu stellen, wenn es in den deutschen Bund aufgenommen würde.

ϑ Frankfurt, 29. Juni. So eben, Nachmittags 2 Uhr, wurde in der Nationalversammlung der Erzherzog Johann von Oesterreich als Reichsverweser von Deutschland proklamirt. Glockengeläute und Kanonendonner erfüllt die Stadt; eine freudig-ernste Stimmung hat die Gemüther ergriffen, und die einzelnen Mißtöne, welche einige Wühler durch aufrührerische Maueranschläge und auf andern Wegen hereinzuwerfen suchen, werden kaum beachtet oder erfüllen mit Ekel.

Auf der Tagesordnung der Nationalversammlung stand bloß die Wahl des Reichsverwesers. Der Präsident, von Gagern, eröffnete nach 12 Uhr die Sitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Ich erlaube mir einige Worte, um an die Wichtigkeit der Handlung zu erinnern, die wir im Begriff sind, zu thun. Es ist die Stunde gekommen, wo seit Jahrhunderten zum erstenmal wieder das deutsche Volk berufen ist, sich eine Regierung zu setzen für seine Gesammtangelegenheiten und an die Spitze dieser Regierung ein Haupt zu setzen. Die Einheit Deutschlands, die bisher in unserem Bewußtsein lag, wird dadurch eine Thatsache, die in die Welt eintritt; wir werden ein Recht ausüben, indem wir dieses thun, ein Recht, das Niemand verletzt; denn die Ausübung unseres Rechtes wird geachtet werden auch von den benachbarten Nationen, die uns umgeben. Wir haben nie unsere Rechte ausgeübt, um Andere dadurch zu kränken, sondern wir hoffen, im Frieden zu bleiben. In diesem Sinne des Friedens lassen Sie uns die große Handlung vornehmen, zu der wir heute berufen sind. Es fragt sich zunächst, in welcher Weise die Wahl, die uns obliegt, vorgenommen werden soll, es sind darüber mehrere Anträge auf das Bureau niedergelegt worden, und ich werde diese Anträge zunächst verlesen.

Nach einer kurzen Diskussion über die verschiedenen Vorschläge über die Art zu wählen, erklärte sich die Nationalversammlung dafür, daß jedes Mitglied auf den an dasselben ergangenen Namensaufruf den Namen desjenigen zu nennen habe, welchen es zum Reichsverweser vorschlage. Der weitere Antrag, daß jeder Abgeordnete den Namen des zu Wählenden von der Tribune nennen solle, wurde verworfen.

Vor dem Namensaufruf sprach der Präsident: Meine Herren! Wer auch aus dieser Wahl hervorgehen mag, lassen Sie uns den festen Entschluß fassen, daß wir denselben mit allen unsern Kräften in seinem schweren Berufe unterstützen wollen! Bei diesen Worten ertönte ein lautes Ja, und die Versammlung, auch die linke Seite bis auf einen kleinen Theil derselben, erhob sich von den Sitzen.

Ein Sekretär las nun von der Tribune die Namen der Abgeordneten, welche darauf mit dem Namen des zu Wählenden antworteten. Nach einer Stunde darauf erklärte der Präsident:

Das Resultat der Wahl der National-Versammlung ist folgendes:

Erzherzog Johann von Oesterreich 436 St.
H. v. Gagern 52.
J. A. v. Itzstein 32.
Erzherzog Stephan 1.

25 Stimmen haben sich des Stimmrechts enthalten; es sind 546 Mitglieder anwesend.

Ich proklamire also hiermit Johann, Erzherzog von Oesterreich, zum Reichsverweser von Deutschland. (Die Versammlung erhebt sich, und ein begeistertes Lebehoch erfüllt die Paulskirche.) Er bewahre die aller Zeit gezeigte Liebe zu unserem großen Vaterlande; er sei der Gründer unserer Einheit, der Bewahrer unserer Volksfreiheiten, der Wiederhersteller von Ordnung und Vertrauen! Noch einmal, Erzherzog Johann, der Reichsverweser, er lebe hoch!

In das Hoch, welches nun abermals erschallte, tönte das Geläute der Glocken von den Thürmen der Stadt und der Donner der Kanonen. Das Gefühl, wie unaussprechlich wichtig dieser Augenblick für das Vaterland sei, hatte Alle ergriffen, fast Alle wenigstens, denn ein sehr kleiner Theil nur gab sich das Ansehen, als kümmere ihn das Alles gar Nichts. Die vorgelesene Erklärung der Fünfundzwanzig, daß sie deßhalb sich des Abstimmens enthalten hätten, weil es gegen ihre Ueberzeugung gehe, einen „Unverantwortlichen" zu wählen, ja selbst eine andere sehr lange Explikation eines andern Abgeordneten über seine Nichttheilnahme an der Wahl, wurde mit Geduld und Gegebung angehört, ohne daß dadurch der Eindruck dieses großen Momentes verwischt wurde. Auf den Vorschlag des Präsidenten wurde beschlossen, sogleich eine Deputation von sieben Mitgliedern an den Erzherzog Johann zu schicken, um ihm die Wahl anzuzeigen. Die Wahl dieser Deputation wurde auf Venedey's Vorschlag dem Bureau überlassen, und damit dieses sogleich dieselbe vornehmen könne, wurde die Sitzung bis Abends 5 Uhr ausgesetzt.

ϑ Frankfurt, 28. Juni. Dieses Datum, das ich hier schreibe, wird in der deutschen Geschichte das bedeutendste sein auf lange Zeiten hinaus, wie es rückwärts den wichtigsten Tag bezeichnet, seit dem 8. Juni 1815, da die Bundesakte zu Stande gekommen. Heute, als in der Paulskirche der Satz: „mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf" angenommen wurde, ging Deutschland als Staatenbund unter, und an seiner Stelle erhob sich das neue einheitliche Deutschland als weit festeres, stattlicheres Gebäude, als Bundesstaat, in dem Augenblick, da die votirten wichtigen Bestimmungen über die Centralgewalt als ein Ganzes, als erstes neues deutsches Reichsgesetz vom hohen Vorsitz der Nationalversammlung aus verkündet werden. — Haben uns auch die drei Sitzungen dieser Woche vieles Widerwärtige, manches für den Vaterlandsfreund Trauige und Niederschlagende gebracht, nehmen wir dies als die Wehen der Geburt, die ja auch die Mutter über neuen Freuden so bald vergißt. Ja freuen wir uns, daß das Ungeheure verhältnißmäßig so leicht, so glücklich, vor Allem, daß es so vernünftig zu Stande gekommen; daß die Einheit nicht erkauft wurde durch unweise Nachgiebigkeit an die Launen des Augenblicks; daß die Mehrheit auch im gefährlichsten Momente die eingeworfenen Schwierigkeiten zu überwinden, daß sie der Verlockung nach Volksgunst zu widerstehen und das wahre Bedürfniß des Vaterlands, nämlich ein starkes Regiment zu schaffen, zu befriedigen wußte. Ehre und Preis den Festen, den Standhaften! — Lassen Sie mich Ihnen das Gesetz in seinen Hauptbestimmungen karakterisiren: Ein Reichsverweser übt die Gewalt nach Innen und Außen. Der Begriff der Einheit konnte somit nicht schärfer in Anwendung kommen; und damit der Reichsverweser durch den bisher so schädlichen Partikularismus nicht gehindert werde, ist bestimmt, daß er sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln nur „so weit thunlich" mit den Bevollmächtig-

Digitized by Google

ten der Landesregierungen in's Einvernehmen zu setzen hat. — Um auch nicht den mindesten Zweifel zu lassen, daß er, oder vielmehr sein Ministerium, regiere und nicht die Nationalversammlung, wurde der Satz „er hat die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und zu vollziehen" verworfen. Ohne dies Verwerfen wäre die neue Reichsregierung zur Vollzugsbehörde, nach dem Antrag der HH. Blum und Trützschler, herabgesunken. Nur bei Krieg und Frieden und bei Verträgen mit auswärtigen Mächten ist der Reichsverweser an das Einverständniß der Nationalversammlung formell gebunden; in all' seinen übrigen Regierungshandlungen bloß moralisch, nämlich durch die Verantwortlichkeit seines Ministeriums gegenüber der Nationalversammlung und durch die angenommene Bestimmung: „die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen." — Die Ablehnung des Titels „Präsident" und die Annahme des Satzes „der Reichsverweser ist unverantwortlich" (bei verantwortlichen Ministern) sind ein Zeugniß, wenn es noch dessen bedurfte, daß die Versammlung dem Gesetze keinerlei republikanischen Karakter beilegen wollte, und wenn sie sich auch nicht selbst vorschrieb, daß der Reichsverweser aus einem Fürstenhause gewählt werden müsse, so wird die morgen stattfindende Wahl zeigen, daß ihr freier Wille solcher Vorschrift nicht bedurfte. Darum auch hätten die strengen Monarchisten der äußersten Rechten keinen Anstoß an der Bestimmung nehmen sollen: daß der Reichsverweser von der Nationalversammlung zu wählen sei. Ist bei freier Wahl das Zeugniß für die monarchische Staatsform nicht ein weit vollgiltigeres, günstigeres, als wenn die Nation nur in die Lage gekommen wäre, einen von den Regierungen gemachten Vorschlag anzunehmen? Zudem gebot hier die Nothwendigkeit. Nur auf diese Weise, wie v. Gagern richtig sagte, konnten bekannte und unbekannte Schwierigkeiten und Bedenken in einer Zeit überwunden werden, die kein Zögern, kein Unterhandeln verträgt. — Somit ist dann endlich wieder seit Jahrhunderten eine starke Centralgewalt für Deutschland geschaffen (denn die Gewalt der letzten deutschen Kaiser war ja nur eine nominelle). Deutschland tritt jetzt wieder als eine einheitliche, verdichtete, staatliche Macht unter den übrigen europäischen Nationen auf. Wissen der neue Regent und seine aus den besten deutschen Männern zu bildende Reichs-Regierung ihre Aufgabe ganz zu erfassen, so ist die Sehnsucht so vieler Vaterlandsfreunde erfüllt, so ist der Traum unserer Jugend, der alte Wunsch deutscher Herzen verwirklicht, so ist das Unmögliche möglich, das noch vor Kurzem Undenkbare wahr und leibhaftig geworden. Wie mag den Männern zu Muthe gewesen sein, da sie so Großes schufen! Wahrlich, nicht aus Ehrgeiz wünscht man in solchen Tagen Mitglied der Nationalversammlung zu sein, nur das Bewußtsein möchte man in das kommende Alter mit hinüber nehmen, zur Wiedergeburt des theuren Vaterlands mitgewirkt zu haben. — Und doch konnten 100 Männer gegen das Gesetz stimmen!*) Begreifen Sie dies? Die Erklärung, die Herr Jordan aus Berlin, ich weiß nicht, ob im Namen aller Verneinenden der Linken, abgab, sagt: weil der Ausspruch der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers geeignet sei, den Revolutionszustand in Deutschland zu verlängern. Es rühmt mich zwar, zu hören, daß die Linke den Revolutionszustand nicht verlängert zu sehen wünscht, aber wie nah' liegt nicht die Frage, ob die Linke glaubt, den Revolutionszustand abzukürzen, indem sie gegen das Gesetz stimmt? Ob sie sich nicht sagen muß, ihr Ausspruch könne — freilich nur von Solchen, die etwas leichter von Häuften als von Begriffen — gar wie eine Aufforderung verstanden werden, den Revolutionszustand wirklich zu verlängern, da ja die Verantwortlichkeit nicht ausgesprochen worden ist? — Aber immerhin, es hat mit der Verlängerung des Revolutionszustandes in Deutschland keine Gefahr. Von Prag wie von Paris können sich die Regierungen und die Bürgerschaften die Lehre nehmen, daß allzulange Scheu vor Strenge zuletzt nur eine um so furchtbarere nöthig macht. Paris und Wien geben den Beweis, daß auch die revolutionärsten Regierungen zuletzt die Kanonen laden müssen, sollen nicht die Errungenschaften aller Civilisation in einen endlosen Abgrund versinken. Was sagen nun unsere deutschen Republikaner zu den Kartätschen, welche die französische Republik leider „gegen das Volk" verschießen mußte? Und was würden sie Anderes sagen, wenn dieselben Kartätschen von einer monarchischen Regierung verschossen werden müßten? Hat man nicht der Spuren genug, daß die deutsche Anarchie eben so gut von fremdem Gelde lebt, als die französische? Jede Regierung, die in unsern Tagen das Gesetz vertheidigt, vertheidigt die Freiheit und das Vaterland.

*) Venedey, obschon zur Linken gehörend, stimmte für das Gesetz. Unter den 100 Verneinenden sind etwa auch 10 Stimmen der äußersten Rechten.

† Frankfurt, 29. Juni. Gestern vor 17 Jahren, am 28. Juni 1831, erklärte die Bundesversammlung jede Budgetsverwerfung durch eine deutsche Ständekammer für Aufruhr, setzte eine Kommission nieder zur Ueberwachung der Kammerverhandlungen in den einzelnen Staaten und verpflichtete die einzelnen Regierungen zur Censur dieser Verhandlungen. — Welch ein Spiel des Zufalls, daß an demselben Datum die deutsche Nation aus das Aufhören des Bundestags selbst beschließt! Hätte vor 17 Jahren, und seitdem, der Bundestag aus Männern bestanden, wie seit drei Monaten der Bundespalast sie vereinigt, schwerlich hätte gestern die Versammlung in der Paulskirche seinen Untergang beschlossen, ja die Versammlung selbst wäre wohl nicht vorhanden. Bessere Zeiten hätten uns zufriedener gelassen. Darum Dank jener Reaktion, die uns jetzt zur Wiedergeburt des Vaterlandes getrieben. Ja der Hand der Vorsehung ist uns jene traurige Zeit nun zum Segen geworden. Die beiden Bundestagsgesandten, welche zugleich Mitglieder der Nationalversammlung sind, Welcker und v. Schmerling, stimmten gestern selbst für das Aufhören der Bundesversammlung. Welcher der alten Bundestagsgesandten hätte dies gethan? Nicht so hochherzig handelten die äußerste Rechte und die Linke, als sie gestern gegen die Wiedergeburt, gegen die Vereinigung des gemeinsamen Vaterlands stimmten. Sie stimmten dagegen, die Rechte, weil die Zustimmung der Regierungen nicht ausdrücklich vorbehalten worden, als ob sie dieselbe nicht doch ertheilen könnten, die Linke, weil der Reichsverweser für unverantwortlich erklärt wurde. Wohl uns, daß das Centrum mehr Selbstverläugnung hatte; ich schrieb Ihnen schon neulich, wie man nach meiner Ueberzeugung nur von ihm das rechte Maß zu erwarten habe. Es wird kaum ein Mitglied in der Nationalversammlung sein, welchem nicht irgend ein einzelner Theil des Gesetzes anstößig wäre. Was würde aber aus dem Großen und Ganzen, wenn man auch jetzt noch an dem Einzelnen klebte? Hat man darum so lange von den einzelnen Fürsten die Unterordnung unter das Ganze verlangt, um sich jetzt selbst nicht unterzuordnen? Hat man darum so lange die Verläugnung der Sonderansichten und Sonderinteressen begehrt, um nun im entscheidenden großen Augenblicke durch eigensinniges Beharren auf Sonderansichten das Gemeinsame auf das Spiel zu setzen? Aber freilich, daß zu der Verantwortlichkeit der künftigen Reichsminister nicht auch der Reichsverweser noch selbst verantwortlich wurde, das ist denselben Leuten ein Hochverrath, welche in der Sitzung vom 17. Juni dieses Jahres durch den Mund des Hrn. Schlöffel den Antrag gestellt, (s. S. 346 der stenographischen Berichte) „jedes Mitglied der Nationalversammlung soll für unverletzlich und jede Staatsgewalt des Hochverraths für schuldig erklärt werden, welche dem zuwider handelt" — denselben Leuten, welche in derselben Sitzung durch den Mund des Hrn. Ernr sogar die Heiligsprechung für sich begehrten, denn er sagte, so unglaublich es auch scheint, wie aber Seite 347 zu lesen: „wir müssen unsere Personen für heilig und unverletzlich erklären". Was ist nun wohl unserem Vaterlande dienlicher: Heilige Schlöffels, Lene, Zitze, Blumes und Wesendonke oder ein Reichsverweser, der mit seiner Unverantwortlichkeit außerhalb und über den Parteien steht und dadurch im Stande ist, an der Spitze Deutschlands zu bleiben, wenn auch sein Ministerium einmal einer Mehrheit in der Nationalversammlung weichen müßte.

Frankfurt 29. Juni. Soeben ist Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser gewählt worden. Eine Deputation von 7 Mitgliedern wird dem Gewählten die Nachricht überbringen. Die Präsidenten und Schriftführer, welchen die Wahl überlassen wurde, bestimmten hiezu die Abgg. v. Andrian, Arndt, v. Auerswald, Rotenhan, Jucho, Heckscher und Raveaux. Für den Fall, daß Raveaux (wegen Kränklichkeit) die Wahl nicht annähme, wird ihn Franke aus Neudsburg ersetzen.

Schweiz.

** Bern, 25. Juni. Die vollkommene, nirgend gestörte Ruhe, deren sich die Schweiz gegenwärtig zu erfreuen hat, bildet allerdings einen merkwürdigen, Vielen unbegreiflichen Kontrast gegen die gewaltige Aufregung und Zerrüttung der staatlichen Verhältnisse der Nachbarländer. Welche Scham für jene — nun freilich meist beseitigten — Staatsmänner, welche bei jedem Anlasse die Schweiz als der Anarchie anheimgefallen bezeichneten, und sich berufen glaubten, in diesem Lande Ordnung zu schaffen, während sie dieselbe in ihren eigenen Staaten nicht einmal aufrecht zu erhalten vermochten. Wahr ist freilich, daß die Schweiz ihre Krisis bereits glücklich überstanden hatte, als der Sturm im Westen losbrach und sich mit Blitzesschnelle

beinahe über ganz Europa verbreitete. Und dies mag wohl einer der Hauptgründe sein, warum die Schweiz von jenem allgemeinen Fieber nicht ergriffen wurde. Dazu kommt, daß die Tagsatzung noch zur rechten Zeit und mit kräftiger Hand die Bundesrevision an die Hand nahm und nicht zuwartete, bis sie von unten herauf dazu gedrängt wurde. Auch läßt sich nicht läugnen, daß der Sinn für Ordnung und Recht tief in dem Volkscharakter wurzelt und es schwer — wenn nicht unmöglich — macht, einen anarchischen Zustand herauf zu beschwören, wie er sich hin und wieder in den Nachbarstaaten auf eine wahrhaft bedauerliche Weise kund gibt. Auch die kommunistischen Tendenzen verlangen in der Schweiz Weniger als anderwärts, weil das Eigenthum mehr vertheilt und die Armuth nicht in dem Grade vorhanden ist, wie in andern Ländern. Gleichwohl und ungeachtet die Schweiz alle Ursache hat, mit ihrer gegenwärtigen Lage zufrieden zu sein, gibt es auch bei uns eine Partei, zwar klein an Zahl, aber thätig und intriguant, welche bemüht ist, der Schweiz diese Wohlthaten zu verkümmern und sie in den allgemeinen Strudel hineinzuzirhen, weil sie dabei im Trüben zu fischen beabsichtigt. Scheute sich ja nicht ein bekanntes Mitglied der Tagsatzung öffentlich auszusprechen, die Schweiz halte gegenwärtig ihre „meridionna" (Mittagsschläfchen), eine Ironie, deren Bedeutung keines Kommentars bedarf. Ungeachtet dieser Tendenzen, die sich hie und da kundgeben, und ungeachtet aller Bemühungen, welche man sich gibt, um die untern Klassen in Bewegung zu setzen, werden aber alle dergleichen wühlerischen Bestrebungen an dem gesunden Sinne des Schweizervolkes scheitern, und je ernster sich die äußeren Verhältnisse gestalten, desto entschiedener wird sich der Wille kundgeben, die Ruhe und Ordnung im Innern zu erhalten, und die neutrale Stellung gegen Außen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bewahren.

Schweden.

Stockholm, 20. Juni. Unsere Blätter enthalten fortwährend Berichte über Truppenmärsche und Seerüstungen. Es bestätigt sich, daß die norwegischen Truppen, die in Helsingör angelangt, von da nach kurzem Aufenthalt nach Malmö gegangen sind. Die Korvette Najade war am 13. d. in Carlskrona angekommen, sollte aber gleich wieder von da abgegangen sein. — Das hiesige „Dagblad" meldet über die Erscheinung des englischen Gesandten, Sir Henry Winn, in Malmö einiges Nähere. Selbiger habe im Auftrage seines Kabinetes einer baldigen Ausgleichung mit gegenseitigen Konzessionen das Wort geredet, wozu jedoch Dänemark nicht geneigt sei. Dagegen scheine König Oskar sich auf seine bekannte Deklaration zu berufen, in welcher die Absicht und die Grenze der schwedisch-norwegischen Wirksamkeit und Hilfe der schwedischen Regierung scharf bezeichnet sei, d. h. die dänischen Erblande gegen feindliche Uebergriffe zu schützen und zu vertheidigen, so daß Dänemark seine ganze Macht ausschließlich auf den aktiven Krieg in Schleswig-Holstein verwenden könne. Dagegen verlautet nicht, daß ein russischer Diplomat an den Unterhandlungen Theil genommen habe. — „Dagligt Allehanda" berichtet, bei Bornholm kreuze eine russische Flotte von sieben Linienschiffen, einer Fregatte und einem kleinen Fahrzeuge, und man behauptet mit Zuversicht, daß sie Landtruppen am Bord habe. — Das schwedisch-norwegische Geschwader ist mit Ausnahme der Brigg Seeadlersvärn am 14. d. von Malmö abgesegelt, um in der Ostsee zu kreuzen. (H. K).

Großbritannien.

London, 26. Juni. An der heutigen Börse drückte die Nachricht von den Pariser Ereignissen etwas, wenn auch nicht sehr bedeutend, die Konsols; sie fanken Anfangs auf 82⅞, heben sich aber 3 Uhr Nachmittags auf 83⅜, da man zu der Zeit den Pariser Arbeiteraufstand als unterdrückt und es zugleich als gewiß ansah, daß die Minister in der Zuckerzollfrage die Majorität erhalten würden. Ereignisse, wie die in Paris, können nur dazu dienen, das englische Ministerium zu befestigen. Obschon von allen Seiten angefeindet und mit scheelen Augen angesehen, hält es sich doch durch die fortdauernde Schwäche der Parteien, von denen sich keine den Schwierigkeiten aussetzen mag, ein neues Ministerium zu bilden. Eine Ministerkrisis, von der man nicht weiß, wie lange sie sich hinzögern möchte, würde aber zu einer Zeit, wie die jetzige und der Lage des Festlandes gegenüber, eine doppelt gefahrvolle sein, und selbst in England könnte ein solcher provisorischer Zustand dazu dienen, die im Lande, namentlich aber in Irland unläugbar vorhandenen Elemente der Gährung und Anarchie aufzurühren und von der schwankenden Lage eines solchen Provisoriums für sich Nutzen ziehen zu lassen. Selten hat sich wohl ein Ministerium, man darf nicht sagen, mit solchem Muth, aber mit solchem Gleichmuth, bloß dadurch gehalten, daß die Parteien, im Gefühl ihrer eigenen Schwäche, stillschweigend übereinkamen, das Ministerium nachsichtig zu behandeln und in dem Augenblicke, wo der Sieg schon in ihren Händen lag, die Operationen wieder einzustellen. In der Zuckerzollfrage wollten, wie es hieß, sogar 17 Whigs gegen den Vorschlag der Minister stimmen; diese und die Anhänger Peels dürften sich jedoch wieder eines Besseren besonnen haben. Dennoch wäre ein Ministerium Peel in naher Zukunft nicht unmöglich; selbst die Ultratories, jetzt eine unmächtige Fraktion, würden diesen „Verräther" immer noch eher an der Spitze der Geschäfte dulden, als etwa einen von dem äußersten linken Flügel, einen Cobden, Bright, Hume u. s. w. Sie würden ihn dulden müssen, denn in handelspolitischen Fragen hat Peel das Vertrauen des ganzen Landes; er ist die Autorität, bei der sich selbst die jetzigen Minister schon mehrfach Raths erholten, und zugleich derjenige, durch dessen Toleranz das jetzige Ministerium allein noch besteht. Freilich würde er sich ohne die bereitwillige Unterstützung der Whigs eben so wenig im Amte halten können.

Die Britannia, die ohne Zweifel den Fall des Kabinets sehr gern sehen würde, sagt: „Die Debatte über Westindien ist abermals vertagt worden; wir hören von allerlei Muthmaßungen in Betreff der Abstimmung, und Manche gehen sogar so weit, zu glauben, daß sie den Rücktritt des Ministeriums zur Folge haben würde. Die Zeit hierzu ist noch nicht gekommen."

Zehn Theilnehmer an den letzten auf Bishop Bonnors Fields stattgehabten chartistischen Raufereien sind schuldig befunden und zu schwerer Arbeit und (zum Theil zweijähriger) Einsperrung verurtheilt worden.

Frankreich.*)

Paris, 28. Juni, Abends 6½ Uhr. Telegraphische Depesche. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an die Präfekten: Die Nationalversammlung hat nachfolgenden Beschluß angenommen: Die Nationalversammlung vertraut dem General Cavaignac, welcher den Titel Präsident des Ministerraths annimmt, die exekutive Gewalt und ernennt das Ministerium. Auswärtige Angelegenheiten: J. Bastide; Justiz: Bethmont; Inneres: Senard; Krieg: Lamoricière; Marine: Leblanc; Finanzm.: Goudchaux; öffentliche Arbeiten: Recurt; Handel: Tourrel.

(Das Ministerium neigt sich demnach im Vergleich mit dem früheren entschieden mehr der Rechten zu.)

Italien.

* Genua. Die alte Eifersucht Genua's auf Turin, die unter dem Drucke der letzten Jahre unbemerkt fortglimmte, kommt jetzt offen zum Ausbruch. Mit der zurückkehrenden Freiheit ist bei ihren Bewohnern auch die Erinnerung an die frühere Macht und Blüthe der Stadt wieder erwacht; die ehemal. Königin des mittelländ. Meeres will sich dem Hoflager Turin nicht mehr unterordnen, und die Jesuiten mit ihrer Partei, die sich allen Umständen fügen, wenn sie nur dabei gewinnen, bieten Alles auf, diesen Umstand in ihrem Sinne auszubeuten. So ist es denn hauptsächlich wohl auf Anlaß des Pater Gassaldi, der sich aus Sardinien eingeschlichen hatte, am 22. Juni zu einem Straßenauflauf gekommen; das niedere Volk nämlich, welches jene Unabhängigkeitsbestrebungen der reichen Familien um jeden Preis keineswegs theilt, zog in großer Menge vor das Hauptquartier der Nationalgarde, um die Verhaftung des verkleideten Gassaldi zu bewirken; als dieses nicht bewilligt wurde, kam es zum Handgemenge, welches nur durch das muthige, versöhnende Auftreten des Advokaten Frederici beendigt wurde. Die Herren mögen nur so fort machen, und Frankreich wird von der Seeseite ein leichtes Spiel in dem schon seit Ludwig XIV. stets mit Appetit betrachteten Sardinien haben.

* Florenz. An die Stelle des bisherigen Befehlshabers der vereinigten Bürgerwehr, des Ministerpräsidenten Marchese Ridolfi, ist, weil man doch eingesehen hat, daß zwei Aemter der Art in einem konstitutionellen Staate unmöglich von einer Person versehen werden können, unter dem Datum des 20. Juni der Minister Staatssekretär des öffentlichen Unterrichts, Ferd. Andreucci, ernannt, indem seinem Vorgänger nur die Würde eines Ehrengenerals der Nationalgarde verblieben ist. — Die „Gazetta di Firenze" bringt in ihrer neuesten Nummer die Namen von 38 Deputirten, deren Wahl bereits vor sich gegangen ist; wir erblicken jedoch unter ihnen keinen, dessen Ruf die Grenzen seines Vaterlandes überschritten hätte. — Vom Kriegsschauplatze sind keine neuen Nachrichten eingetroffen.

*) Die ausführlichen Nachrichten bis zum 28. sind in der Beilage zu lesen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

☞ Heidelberg, 29. Juni Abends 6 Uhr. Soeben erfahren wir, daß heute Nachmittag Erzherzog Johann von Oesterreich von der konstituirenden Nationalversammlung zum Reichsverweser gewählt worden ist. Es fielen auf ihn 436 Stimmen, 52 St. auf Heinrich Gagern, 32 auf Itzstein, 1 auf Erzherzog Stephan; fünf und zwanzig Mitglieder haben sich des Stimmens enthalten. Es war ein großer, feierlicher Augenblick, als der Präsident das wichtige Ergebniß der Abstimmung bekannt machte, als das Geläute aller Glocken und die Kanonensalven verkündigten, daß „die kaiserlose, die schreckliche Zeit" für Deutschland zu Ende sei!

Zur deutschen Marine.

(Ein Vorschlag.)

Aus Oberfranken. Zwei Dinge sind es, welche die Zeit gebieterisch fordert. Deutsche Einheit und eine deutsche Marine. Alle Wünsche, alle Parteien sind darüber einig, oder die Mittel, wodurch beides schnell und sicher erreicht werden könnte, diese Mittel scheinen zur Zeit noch nicht gefunden.

So lange Hannover und die Hansestädte Sonderinteressen verfolgen, ist an eine Einigkeit des großen Ganzen nicht zu denken, und durch freiwillige, patriotische Geschenke, können ein paar Schiffe wohl, aber keine Achtung gebietende Flotte geschaffen werden.

Die Herstellung und die Unterhaltung einer Marine fordert nachhaltige und bedeutende Zuschüsse, wie aber, wenn der patriotische Eifer erkaltet?

Die Interessen des Binnenlandes sind auch sehr verschieden von denen der Küstenländer, und gar bald werden erstere ermüden, wenn sie zur Erhaltung einer Flotte, zum Schutze der letzteren, steuern sollen.

Die Einheit Deutschlands ist so nit und so groß wie der Zollverein; nicht älter, nicht größer. Erst mit dem Zollverein erwachte die Idee für deutsche Einheit, Macht und Größe. Die gleichen Interessen haben die verschiedenen Stämme zu einem großen Ganzen vereinigt. Mehrere mußten, einer Festung gleich, belagert werden — (Frankfurt) — ehe es sich ergeben hat. Am meisten stemmte sich Sachsen, wegen seines Leipzig, und von wo datirt sich der neue Aufschwung von Leipzig? Von seinem Beitritt zum Zollverein.

Hannover hat sich noch nicht zwingen lassen, es gleicht noch immer einer englischen Provinz, noch steht es dem Steuerverein dem Zollverein feindlich gegenüber, und Hamburg sieht noch heute nicht die Möglichkeit ein, wie es mit seinen Magazinen und Speichern soll beitreten können? Hamburg möchte wohl den Schutz des deutschen Vaterlandes ansprechen, Homburg sähe gerne, wenn deutsches Geld eine Marine vor Kuxhaven unterhielte, aber Homburg weiß dem Zollverein nicht beizutreten. Nun das Wie? wird sich s. Z. finden. Vielleicht kann man es in London, Havre, Marseille, Antwerpen ꝛc. lernen, wie sich die Häfen zum Binnenlande verhalten. Wenn nur erst der gute Wille da wäre, wenn Hamburg nur erst sehen wird, daß ihm Deutschland Etwas zu bieten vermag, und daß es ohne Deutschland nicht bestehen kann.

Glücklicher Weise kann durch ein und dasselbe Mittel der zweifache Zweck erreicht werden, eine Marine zu schaffen und die Nordseeküsten für den Zollverein zu gewinnen. Dieses Mittel liegt in der Hand „der großen deutschen Reichsversammlung", sie allein hat die Macht, alle Schlagbäume zwischen den deutschen Bundesstaaten zu beseitigen; sie kann die außerhalb den Zollschranken stehenden deutschen Länder zu einem großen Ganzen vereinigen, sie kann der deutschen Industrie schützend unter die Arme greifen, sie allein kann eine Marine unterhalten, und dem deutschen Arbeiter Brod verschaffen.

Die deutsche Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. möge vor Allem die zum Zollverein gehörenden Staaten bestimmen, vom 1. Jan. 1849 ab, auf die Erträgnisse der Zollvereinskasse zu verzichten. Der „Reichstag" allein soll darüber verfügen, und die einzelnen Bundesstaaten müssen ihre finanziellen Bedürfnisse durch direkte Anlagen decken. Die Einkünfte der Zölle werden mit der Seelenzahl ungefähr gleichen Schritt halten. Auf 30 Mill. Einwohner möchten jährlich 30 Mill. Thlr. kommen.

Mit einem Drittheil von dieser Summe müßte der Reichstag zuerst seinen eigenen Haushalt bestreiten, Gesandte im Ausland unterhalten, fremde Konsuln besolden ꝛc., um dem deutschen Handel in allen fremden Ländern zu helfen und zu rathen.

Ein Drittheil müßte verwendet werden, um den deutschen Fabrikaten und Gewerbserzeugnissen soviel Ausfuhr-Prämien zu geben, daß sie auf fremden Märkten mit den Erzeugnissen anderer Länder konkurriren können, und zwar so lange, bis der vaterländische Industriezweig erstarkt ist, und einer Prämie nicht mehr bedarf.

Ein Drittheil müßte alljährlich dazu verwendet werden, eine Kriegsmarine zu schaffen, auszurüsten, zu bemannen und in See zu halten.

Der Reichstag müßte den Grundsatz festhalten, daß Ausfuhrprämien nur diejenigen Erzeugnisse anzusprechen haben, welche über einen Zollvereinshafen ausgeführt werden. Differentialzölle, zu Gunsten der deutschen Flagge, können natürlich nur in den Zollvereinshäfen stattfinden, und nur Schiffe aus den Zollvereinshäfen können Anspruch machen auf den Schutz der deutschen Marine.

Werden diese Grundsätze festgehalten, so werden die Nordseestaaten und die Hansestädte nichts Eiligeres zu thun haben, als sich dem deutschen Vaterlande ganz anzuschließen, das heißt, dem deutschen Zollverein beizutreten. Hamburg wird nicht verlangen, daß ganz Deutschland Steuern bezahle, um seinen Handel, seine Schifffahrt zu beschützen? Hamburg wird begreifen, daß es ohne innigen Anschluß an das gesammte Vaterland nicht länger bestehen kann.

Differentialzölle werden entweder den deutschen Schifffahrern zu Gute kommen oder den überseeischen Ländern, welche gegen ihre Produkte und Rohstoffe deutsche Manufakturwaaren tauschen.

Differentialzölle werden also die Ausfuhr deutscher Waaren in deutschen Schiffen befördern, und die Schmach wird ein Ende nehmen, daß englische Schiffe, für englische Rechnung, Kolonialwaaren bringen und mit Ballast wieder aus der Elbe segeln, um in England neue Ladungen für Indien einzunehmen.

Ausfuhrprämien werden den Export deutscher Waaren von Jahr zu Jahr steigern, unsere deutschen Märkte werden künftig ausschließlich mit deutschen Waaren versorgt werden, sowie man auf den englischen Märkten nur englische Waaren sieht, und dem deutschen Arbeiter wird es nimmer an Brod fehlen.

Das Problem, „Schutz der Arbeit", kann nur auf Kosten fremder Staaten gelöst werden. Schutz nach Außen, aber volle Freiheit im Innern sei unsere Losung.

Frankreich.

Paris, 27. Juni. Die Zeitungen von heute, zum Theil immer noch in halben Bogen erschienen, enthalten eine Nachlese von einzelnen Zügen, persönlicher und lokaler Art, die zunächst nur für das Inland Interesse haben; zugleich geben sie auch alle den Empfindungen einen Ausdruck, von welchen die unermeßliche Mehrzahl der Pariser Bevölkerung wie der in den Provinzen erfüllt ist. Kann die Freude auch keine laute und stürmische sein nach einem Kampfe von dieser Hartnäckigkeit, in dem sich alle Schrecken des Bürgerkriegs in ungeheurem Maßstabe zeigten, so ist doch von Allen der Alp hinweggewälzt, der in den letzten Tagen jeden Mann von Einsicht und Patriotismus drückte. Es galt hier nicht den Sieg oder die Niederlage einer Partei oder einer Regierungsform; es war vielmehr jede Regierungsform, jede Gestalt der politischen Entwickelung ernstlich in Frage gestellt, es war die Freiheit, das Recht, die Sitte und die Ordnung drei Tage lang in Gefahr, der brutalsten Tyrannei zu verfallen. Der Ausgangspunkt der letzten Insurrektion, wenn sie siegte, war im glücklichsten Falle, um mit einem unsrer Parlamentsredner zu sprechen, „höchstens der Bürgerkrieg"; im unglücklicheren und wahrscheinlicheren Falle ein Chaos ohne Ende, in dem unendlich Vieles und Treffliches zu Grunde ging, nichts Gutes gedieh. Das fühlten auch alle Parteien, denen es um einen Staat, um eine geordnete Gesellschaft überhaupt noch zu thun ist; die legitimistischen, die orleanistischen und die republikan. Blätter von Lamartines, Marrasts und Ledru Rollins Farbe reden heute ganz dieselbe Sprache; alle fühlen gleich lebhaft, daß in einer solchen Krisis, wo das Vaterland mit seinen höchsten Gütern bedroht ist, eine Parteimeinung nicht mehr existiren kann. Die Worte, die der Nationot heute ausspricht, werden von den Organen aller Parteien unterschrieben. Die gesellschaftliche Ordnung, sagt er, ist von den Kugeln der Insurgenten nicht getroffen worden und konnte nicht davon getroffen werden; von der ruhigen und friedlichen Verhandlung, von dem natürlichen Fortschritt der Geister erwarten wir die Verbesserungen und die gesetzlichen Reformen. Ob dies sobald geschehen wird, wie das Organ A. Marrast's hofft, ist

Digitized by Google

freilich eine andere Frage; die letzte Krisis hat zwar manches Hinderniß weggeräumt, aber sie hat mit manchen Illusionen auch manche Grundsätze der Revolution vom 24. Februar begraben. Man muß nun die Koketterie mit dem Proletariat, dem man Brod versprach und erst Redensarten, dann Kartätschen dafür gab, einmal abstreifen, die kostspieligen und diutigen Doktrinen der Louis Blanc'schen Staatsweisheit entschieden fallen lassen, man muß jetzt, nachdem der gefährlichste Feind überwunden ist, auch seine Tüchtigkeit im Handeln und Organisiren zeigen. Der Mittelstand, der sich mit Heroismus geschlagen hat, die Provinzen, deren Haltung und Theilnahme den Kampf entschied, werden nicht umsonst gesiegt haben wollen; die Armee auch nicht. Die Unfruchtbarkeit einer Gewalt, wie sie das Direktorium der Fünf in überraschend kurzer Zeit an den Tag legte, enthält die Nothwendigkeit, es mit einer andern zu versuchen; ob wohl Frankreich, wenn sich jetzt der Mann fände, der mit etwas diktatorischem Gebot, mit etwas Despotismus zugleich Ordnung und Gesetz zurückführte, Handel und Kredit neu belebte, dem Advokatenregiment mit frischer schöpferischer Thatkraft entgegenträte, ob wohl Frankreich für diesen Mann, auch wenn er Nichts als ein Soldat wäre, nicht gern das republikanische Spielzeug, womit man es seit vier Monaten sehr kostspielig amüsirt hat, hingäbe? Zum Glück für die junge Republik wachsen die Cromwells und Bonapartes nicht so auf den Bäumen; sonst hätten das moderne Rom und seine Freiheit sehr bald „ihren Käufer gefunden!"

Ueber den Anblick, den Paris in den letzten Tagen geboten hat, bemerkte ein Blatt: das allgemeine Aussehen ist das einer ungeheuern Stadt, deren Bevölkerung plötzlich verschwunden ist. Ueberall zeigt die unendliche Länge der Straßen, der Quais and Boulevards nur Stillschweigen und Einsamkeit. Die Stille ist nur durch das traurige Knallen des Gewehrfeuers und das Rollen des Kanonendonners unterbrochen. Ueberall sind Soldaten, Bürger in Uniform, Reiter und Kanoniere die einzige Bevölkerung, die sich zeigt. Das ganz militärische Bild ist eigenthümlich belebt durch die Anwesenheit der Nationalgarden aus den Departements, Gruppen aus den Städten und vom Lande, in glänzenden Uniformen und in Bauernkitteln.

Von gestern Abend 6 Uhr an war die Ruhe in ganz Paris hergestellt, und man durfte die Fenster öffnen, auf den Straßen herumgehen, die ganze Bevölkerung athmete auf and bald bot die Stadt das bewegteste Bild dar.

Mit Anbruch der Nacht begann das Fortschaffen der Haufen von Leichen, die überall noch auf den Kampfplätzen lagen. Große Frachtwagen, von Kavallerie eskortirt, wurden mit den Leichen beladen und fortgeführt.

Um 7 Uhr Abends verließen zwei große Postwagen der Messageries Royales mit geschlossenen Jalousien und von drei Eskadronen Kürassieren eskortirt, die Präfektur und nahmen den Weg nach Vincennes. Sie enthielten wahrscheinlich die bedeutendsten Gefangenen. Das Gerücht wiederholt sich, daß mehrere Personen, die eine hohe Stellung in der Gesellschaft einnehmen, im Luxembourg verhaftet sind; man nennt darunter einen Herzog und zwei Gräfinnen des Faubourg St. Germain, die Geld an die Mobile vertheilten, um sie für Henel V. zu gewinnen.

Um Mitternacht wurde Paris durch einen Alarm aufgeschreckt. Ein heftiges Flintenfeuer and der Ruf: Aux armes! brachte in fünf Minuten die ganze Nationalgarde unter die Waffen. Man erfuhr bald, daß die in den Tuilerien untergebrachten Gefangenen, die man um Mitternacht in 20 Omnibus nach der Polizeipräfektur bringen wollte, im Hofe der Tuilerien sich auf die Gewehrpyramiden der Nationalgarden warfen, sich der Gewehre bemächtigten und ein Feuer auf die Truppen eröffneten. Sie wurden zwar bald überwältigt, aber der Zwischenfall hat mehrere Menschenleben gekostet.

Außer General Negrier ist, wie das Gerücht schon gestern sagte, auch General Bréa gefallen, and zwar wurde er nebst seinem Adjutanten von den Insurgenten erschossen. Indem er zum Frieden mahnen wollte, wurde er gefangen und hinter die Barrikaden geführt, hier verlangte man von ihm einen schriftlichen Befehl an die zwei Regimenter, die Waffen niederzulegen. Er weigerte sich. „So wirst Du erschossen!" schrien die Insurgenten. „Ich habe drei Kinder, entgegnete der General, aber gleichviel, erschießt mich, den Befehl gebe ich nicht." Fünf Minuten darauf fielen er und sein Adjutant unter den Kugeln der Insurgenten.

Der Erzbischof von Paris ist heute Nacht an den Folgen seiner Wunde gestorben.

General Cavaignac hat gestern Abend eine Proklamation anschlagen lassen, in der es heißt: „Seid eben so groß nach dem Siege, Bürger-Soldaten, als Ihr es im Kampfe waret. Ich sehe in Paris Sieger und Besiegte, aber mein Name sei auf ewig verwünscht, wenn ich zugebe, daß es Schlachtopfer gäbe. Die Justiz verfolge ihren Lauf, sie wird handeln." — und: „Indem ich wieder auf meinen Platz als einfacher Bürger zurückkehre, nehme ich das Bewußtsein mit mir, daß ich während dieser schweren Prüfung der Freiheit gewährt habe, was das Wohl der Republik erforderte, und ich wünsche, daß mein Beispiel von Jedem befolgt werde, der einst zu so schweren Pflichten berufen sein wird".

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung theilte der Präsident beruhigende Nachrichten aus den Provinzen mit, ferner meldete er, daß die 9. und 12. Legion der Nationalgarde aufgelöst und entwaffnet sei and daß fortwährend neuer Zuzug aus den Provinzen erfolge. Es wird eine Kommission ernannt, die für die Wittwen und Waisen der Gefallenen, auch für die größten Ehrenbezeigungen zum Andenken der Gefallenen zu sorgen hat. — Die Kommission, welche die Untersuchung zu führen hat, ist gebildet; Odilon Barrot ist ihr Präsident. Ferner wurde beschlossen, eine Proklamation an das französische Volk zu erlassen.

Hierauf berichtete Méaulle im Namen der Kommission über das Loos der gefangenen Insurgenten und schlägt folgendes Dekret vor: 1) alle Chefs, Anstifter und Leiter der Insurrektion, die Geld vertheilt, Kommando geführt, werden von den Kriegsgerichten nach der Strenge der Gesetze gerichtet. 2) Alle bloßen Kämpfer, Barrikadenbauer and Theilnehmer der Insurrektion werden nach den französischen Besitzungen, mit Ausnahme der des Mittelmeeres deportirt. Der Berichterstatter entwickelt das Dekret und verlangt im Interesse der Gesellschaft, daß die Versammlung den Muth habe, in einer so außerordentlichen Krise aus dem Kreise der gewöhnlichen Legalität herauszutreten und sich durch energische Maßregeln den Dank Frankreichs und ganz Europas zu verdienen.

Die Debatte war ohne besonderes Interesse; Cavaignac vertheidigte sich gegen das Gerücht, als habe er für Alle die größte Strenge verlangt; im Uebrigen sprach sich die Stimmung sehr entschieden für die Annahme aus, und die Redner, welche eine Verschiebung wünschten, fanden wenig Gehör. General Lebreton versichert, er sei im Besitz von Dokumenten, die er im Hauptquartier der Insurgenten an der Barrière Poissonière gewonnen habe; er wolle sie jetzt noch nicht veröffentlichen, aber die Versammlung werde schaudern, wenn er sie ihr mittheile. Er habe mit all seinem Einflusse verhindert, daß Gefangene erschossen wurden, er habe überall das Blutvergießen verhindert, aber eben deßwegen dringe er auf die schnelle und summarische Justiz durch die Annahme des Dekrets. Hierauf wird mit ungeheurer Majorität die „Dringlichkeit" des Dekrets votirt und die Abstimmung, die bei Postabgang anfing, wird ohne allen Zweifel für das Dekret ausfallen.

Paris, 28. Juni, 6½ Uhr Abends. Telegraphische Depesche. Der Minister des Innern an den Präfekten des Niederrheins. General Cavaignac ist durch einen Beschluß der Nationalversammlung mit der Exekutivgewalt bekleidet, und zwar mit dem Titel: Präsident des Ministeraths (président du Conseil). Er wird seine Minister ernennen.

Italien.

* Neapel. Die Sache der Bourbonen steht hier hart an dem Abgrunde; der Rückschlag, welchen die kürzlich ausgeführte, grausame Unterdrückung der liberalen Partei hervorgerufen hat, ist ungeheuer. Der offene Aufstand hat bereits die Grenzen von Kalabrien überschritten; Chieti und Aquila haben sich ihm angeschlossen, und die Abbruzzesen verlassen die königlichen Fahnen, um sich mit den Ihrigen zu vereinen. Ueberall protestirt das Volk gegen die neuen Wahlen. In Neapel selbst entwickelt die Winkelpresse die größte Thätigkeit, und doch wird sie fast durch die Kühnheit der verantwortlichen Blätter nunütz gemacht. In offener Opposition wendet man sich an die That des Volkes. Ein Losschlagen desselben ist daher in kürzester Zeit zu erwarten. Der König verläßt den Palast nicht mehr. Die Finanzen sind so erschöpft, daß die am Ende dieses Monats fällige Auszahlung der Staatsschuld geradezu den Bankerott bloßlegen wird. Und doch soll Pronio Befehl erhalten haben, Messina von Neuem zu beschießen. — Eine Korrespondenz der Epoca vom 13. Juni bestätigt die Niederlage der königlichen Truppen in Kalabrien.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Boyd, 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder wende man sich an C. F. Kiesenhauer in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 182. Heidelberg, Sonntag 2. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die provisorische Reichsgewalt und ihre Lage. — Wien (Erzherzog Johann. Die Wahlen. Der konstituirende Reichstag. Außerordentliche Einkommensteuer). Triest (die Blokade. Spanische Ehrlichkeit). Aus Preußen (Prinz Adalbert über die deutsche Marine). Berlin (Ministerium in Dessau. Amerwald. Russische Politik). Halle (Schreiben des Prinzen von Preußen). Düsseldorf (Protestation gegen Aufhebung der Regierungen). Ulm (Exzesse). Rödelheim (demagogische Versuche). Köthen (Eröffnung des konstituirenden Landtags). Altona (Friedensgerüchte. Die freiwilligen Gaben. Schlägereien in Hamburg). Rendsburg (das Tann'sche Freikorps. Englands Friedensvorschläge). Frankfurt (Schreiben des Bundestags an den Reichsverweser. Die Deputation an den Reichsverweser. Die Wahl der provisorischen Reichsgewalt. Verhandlungen der Nationalversammlung. Deputation erwählt. Kapp's Absagebrief. Das Manifest des demokratischen Vereins. Oesterreichs Geldausfuhrverbot. Gagern wieder zum Präsidenten gewählt. Erklärung des Korrespondenten).

Belgien. Brüssel. Thronrede.

Großbritannien. Schluß der Parlamentsverhandlungen. Die Ministerkrisis.

Frankreich. Paris. Einzelne Züge aus der Geschichte der letzten Tage. Die Grausamkeit der Insurgenten. Verantwortlichkeit der Wühler und Schmeichler. Umschlag der Meinungen. Verhandlungen der Nationalversammlung. Cavaignacs Ernennung.

Italien. Neapel. Note des französischen Gesandten.

Beilage. Denkschrift über die Bildung einer deutschen Kriegsflotte vom Marineausschuß der Bundesversammlung. Italien. Blick über die Lage des Landes. Italische Inseln. Gährung im Volke. Amerika. Washington. Der Friedensvertrag. General Scott. Die Präsidentschaftskandidaten.

Heidelberg, 1. Juli.

Es kann scheinen, als ob wir den großen Akt, der in der Nationalversammlung in Frankfurt vollzogen worden ist, durch unseren Tadel der Vorgänge am Schlusse, bei der Berathung der Fragstellung und bei der Abstimmung herunterzögen und der Würde Abbruch thäten, mit der ein so wichtiger Moment unserer Geschichte auch besprochen werden sollte.

Man erlaube uns zu sagen, daß Der, der uns dies ernstlich zum Vorwurfe machen sollte, nach unsererer Ansicht Wenig von der Lage der Dinge in Deutschland begriffe. In diesen Zeiten kommt es auf Das was geschieht weniger an, als auf die Art und Weise wie es geschieht; wir sich die Charaktere der hervortretenden Menschen zeichnen, daran liegt weit mehr als an einem einzelnen Fehler oder einzelnen Vorzug, der sich in einer einzelnen Handlung kundgibt: wie fürchten und freuen uns der schlimmen oder guten Abstimmungen an sich weit weniger, wir leiten vielmehr unsere Hoffnung oder Besorgniß mehr von den Stimmungen her, die wie den Abstimmungen vorausgehen und sie begleiten sahen. Wir wollen auseinandrrzusetzen versuchen, welches die begleitenden Umstände, welcher Art das Wie des großen Aktes dieser Tage war, und welche Befürchtungen es uns einflößte, die uns die erhebende Freude an dem Was einiger Maßen vergällten.

Wer uns in Deutschland ruhige Tage der Entwicklung gönnt für unser begonnenes Werk der Verfassung, für unsere Herstellung der deutschen Ehre, Freiheit und Macht, dem muß es vor Allem um die Erhaltung jedes unbescholtenen, talentvollen, energischen öffentlichen Charakters zu thun sein, der sich bisher zu einiger Geltung gebracht hat. Wir haben deren sehr wenige, und die wenigen müssen unserer Pflege desto mehr empfohlen sein. Unsere Pflege aber kann in diesen Zeiten nur in der aufrichtigsten Wahrheit bestehen, mit der die Presse, der es um das Heil und den Frieden des Vaterlandes ernstlich zu thun ist, die Schritte solcher Männer verfolgt und beleuchtet. Nur dadurch kann sie sie rhren und in Ehren erhalten. Nun ist in Deutschland kein Mann, der so sehr die Augen Aller auf sich gezogen, das Vertrauen Aller so in Anspruch genommen hat wie Heinrich v. Gagern. Wie sind sichee, diesen Mann in das provisorische Reichsministerium als Kanzler einteeten zu sehen. Er wird eine Stellr einnehmen, der an Bedeutung keine andere gleichkommt. Es ist wohl vorauszusehen, daß bei der definitiven Gestaltung unserer Verfassung das Haupt schwach sein wird; ein Wahlregent oder im Turnus ein Reichsfürst auf Zeit wird an der Spitze stehen; soll dies ein haltbares Regiment werdrn, so müßte sich durch den ersten Anstoß, und von da aus dnech eine feste Teadition eine volksthümliche Ministeeheerschaft bilden wie in England; man begreift, welch eine unermeßlichr Mission dem Manne gestellt ist, der die Zügel diesrs Regiments zuerst in die Hand nimmt. Er kann aber den Anstoß zu solch einer Tradition nur geben, wenn er das Vaterland möglichst schnell zur Ruhr und Ordnung, zu Wohlstand und Verkehr, zu Kredit nnd Vertrauen zurückführt. Er kann dies nicht, ohne sich auf die Rechte dee Nationalversammlung zu stützen. Wäee sie für einzelne große Anfoederungen zu zaghaft gewesen, was wir nicht glauben, so würde der Impuls eines vertrauenbegabten Ministers getrieben haben; was ihr an geschlossrnem Charakter fehlte, hätte eben der Voegang einee freien, kühnen aber besonnenen Regierung ihr gegeben. Ein fester Halt war nur da zu finden. Auf das linke Centrum sich stügrn zu wollen, scheint uns für das eintretende Ministerium einr Sache der baaren Unklugheit. Das linke Centenm haben wie charakterisirt; wir sind übeezeugt, daß es nur von der fluktuirenden Lage des Moments seinen Charakter empfängt; es ist nicht fähig, die Revolution zu vertreten wie die Linke, noch die Sachr der wiederkehrenden Ordnung wie dir Rechte. Ein Ministerium muß mit bestehenden Mehrheiten regieren und kann nicht willkürlich sich rrst neue Mehrheiten schaffen wollen. Ueber diesem Versuche würden Linke und Rechtr zusammentreten und das linke Centrum immer schwach erhalten, so sehr es sich auch durch eine Hinneigung des Ministeriums an Zahl würde wachsen sehen. Von dieser Seite betrachtet, im Hinblick auf die Zukunft, die unserem sehr verehrten Präsidenten geöffnet ist, that uns der Mißgriff leid, der in seiner vielbesprochenen Rrde und ihren Folgen lag. Wir sind vollkommen überzeugt, daß er ihm, oder wer immer in das Ministerium treten wird, das Regiment nicht erleichtert, sondern erschwert haben wird. Für die Nationalversammlung und die neue Regierung gibt es kein höheres Gesetz, als Sparung der Kraft. Die Maximen des linken Centrums sind vortrefflich, sobald sie für drn Nothfall aufgespart werden. Einer großen Versammlung ist virlleicht der Takt nicht zuzumuthen, die Grenze zwischen diesen äußersten Fällen, zwischen den großen und kleinen Anlässen zu finden; aber ein politischrr Mann, der sich für dir Regierung rines großen Volkes befähigt fühlt, muß diese Linie zu finden und diese Anlässe zu unterscheiden wissen; — sonst thut er schon vor dem Antritt seines Regiments alles Das gleichsam geflissentlich, was ihn in die Gefahr hineintreibt, schnell und plötzlich abgenutzt zu werden, einr Gefahr, die wir ohnehin, selbst wenn alle Vorsicht dagegen angewandt wird, den Männern der neuen Regierung immer haben drohen sehen.

Der kühne Griff des Präsidenten, das alleinige Wahlrecht der Versammlung zu proklamiren, war ein solcher Kraftstreich (die Worte des Präsidenten bezeichnen ihn selbst so), der nur gerechtfertigt war, wenn einr Widersetzlichkeit der Staaten und Regierungen gegen die ganze Einsetzung einer provisorischen Reichsgewalt vorhanden war. Sir war nicht da, von keinrr Seitr. Als die Dreiheit in Einhrit umgewandelt wurde, eegtrn sich die ersten Empfindlichkeiten drr Höfe; das mußte der Präsident besser wissen als wir. Dennoch hat man sich beschieden. Wozu nun aber in aller Welt das Maß dieser Empfindlichkeiten, dieser Verletzungen und Ehrenkränkungen häufen und häufen bis zum Ueberlaufen, ohnr irgend einen nur halb vernünftigen Grund? Der Kraftakt der Versammlung, wenn damit nach einrr Seite imponirt werden sollte, konnte kein solcher Grnnd sein; er konnte ganz dieselbe Wirkung haben, auch wenn man ihre Wahl nur als Bezeichnung und die Anerkennung und Einsetzung von Seite der Regierungen

Digitized by Google

als ihre Genehmigung aufgestellt hatte. Man führt immer die Worte Ordnung und Ruhe im Munde, und doch thut man, was sie nur gefährden kann. Denn wir oft soll man es wiederholen, daß unsere Einzelstaaten noch Mächte sind und unsere Einheit noch keine; und daß diese letztere, und mit ihr die Wiederkehr der Ordnung, nur Kraft und Bestand erhalten kann durch die Willigkeit der Einzelstaaten. Nun ist unsere Meinung nicht, daß man eine etwaige Widerwilligkeit dieser Staaten schonen solle; aber da sich deren bisher keine nachhaltig gezeigt hat, so scheint es uns das Aeußerste der Thorheit zu sein, ihre Willigkeit zu reizen und deren Umschlag ins Gegentheil herauszufordern. Denn so sind wir keineswegs gestellt, daß wir wissen könnten, wohin ein Kampf der Einheit und des Partikularismus in diesem Augenblicke führen würde. Und solange die Aussicht ist, den Bürgerkrieg zu meiden, wer sollte sich nicht scheuen, den ersten Keim zu legen?

Die üblen Folgen, die sich an dieses Verfahren der Nationalversammlung knüpfen können, sind unermeßlich. Sehr möglich, daß sich auch keine daran knüpfen. Aber auch nur die Möglichkeit, daß es geschehe, bei dem Umfang, in dem es geschehen kann, hätte vor einem Schritte zurückschrecken müssen, durch dessen Unterlassung Nichts schlimmer gemacht war.

Wir hoffen, daß Erzherzog Johann, in Erwägung, was an seinem Schritte für das Wohl und die Ruhe des Vaterlandes gelegen ist, die ihm gebotene Stellung annimmt. Für Deutschland und Oesterreich ist sie zu groß und bedeutsam, als daß er sie verschmähen dürfte. Aber es ließe sich doch denken, daß er sie auch ausschlüge. Er ist alt, und bequem ist er immer gewesen. Was viel mehr ist, seine Anwesenheit in Oesterreich ist fast nicht zu entbehren, und es ist eine patriotische Frage, die nicht allzuleicht zu entscheiden ist, ob für Oesterreich die Herstellung der Ruhe und des Friedens dort nicht viel dringender ist als die Organisation des deutschen Reichs. Die Mißlichkeit der letzteren, die große Verantwortlichkeit der nur provisorischen Stelle sind Beweggründe genug, einen Mann bedenklich zu machen, dem es von je im behaglichen Privatleben besser gefiel als in der Oeffentlichkeit. Zu diesen Bedenken war es nun nicht weise, noch ein neues hinzuzufügen, das in dem Wahlakte der Nationalversammlung lag. Wenn man an den einzelnen Höfen in Deutschland die Empfindlichkeit auch nicht äußern sollte, die über den Einen Bundesdirektor aus Oesterreich und über dieses Wahlverfahren herrschen muß, so wird der Erzherzog dennoch davon erfahren. Hat er andere Gründe, auszuschlagen, so wird ihm dieser der erwünschteste zum Vorwand sein. Den andern Grund wird er freilich der Deputation der Nationalversammlung nicht sagen, daß es doch den Begriffen, in denen er alt geworden ist, nicht gar schmeichelhaft scheinen kann, einen Mitbewerber zur Reichsverweserschaft bei diesem Wahlverfahren erhalten zu haben, der in einem offenbaren Bunde mit dem Republikanismus und in einem keineswegs verdachtfreien Verhältniß zu den Landesverräthern steht, die Baden mit fremden Waffen angefallen haben. Was würde aber werden, wenn Erzherzog Johann nicht annähme, wir wollen den Fall setzen, und wenn er während der Reichsverweserschaft stürbe? Kein zweiter Prinz würde diese Stimmenzahl erhalten! Man würde sich sehr täuschen, wenn man glaubte, die Oesterreicher würden mit derselben kindlichen Freude für den Prinzen Wilhelm stimmen wie für Johann, oder nur mit derselben wahrhaften Resignation, mit der alle nichtrepublikanischen Preußen ohne Ausnahme für diesen gestimmt haben. Es würde dann bei einer wiederholten Wahl der radikale Muthwille nicht noch ein Mal schweigen, wie er dies Mal gethan hat, und wir könnten dann Stimmen hören, die wir dies Mal glücklicher Weise nur befürchteten.

Das Gerücht sagt, Hannover und Mecklenburg hätten gegen das Wahlverfahren protestirt. Uns ist viel wahrscheinlicher, daß es in Berlin und München in viel höherem Maße mißfallen hat, auch wenn man daher nicht protestirte. Man versetze sich nur in die Lage der Dinge, um zu fühlen, was man mit jenem kühnen Griffe aufs Spiel gesetzt hat! In Berlin stehen die Sachen so, daß das jetzt gebildete Ministerium offenbar das äußerste ist, mit dem eine königliche Familie gehen kann, in der die Erinnerung an eine fast abgöttische Ehrfurcht, deren sie früher genoß, noch ganz frisch und neu ist. Es dünkt uns aber unmöglich, daß selbst diesem Ministerium gegenüber Zucht und Ordnung in Berlin zurückkehren werden, ohne einen blutigen Zusammenstoß mit den Massen. Man traut Hansemann die Energie zu, die Camphausen in dieser Beziehung nicht zeigte; man weiß, daß Schreckenstein der Mann ist, einem energischen Willen Nachdruck zu geben. Die Ereignisse in Prag und Paris haben den Weg nur allzugrell gezeigt. Wir können jeden Tag den Rückschlag derselben nach Berlin erleben. Eine Reaktion des Preußenthums wird mit dem ersten Akte verknüpft sein, der sie derartig Regierung wieder in einer kräftigen Haltung zeigt. Sie wird ihrerseits der Regierung wieder neue Kraft verleihen. Glaube man doch ja nicht, daß man von diesem Augenblicke an, wenn er eintritt, Preußen Alles das so fort bieten darf, was man bisher in Volks- und Nationalversammlungen gethan hat! Wir wissen, daß man in den höchsten Regionen in Berlin zwar die ehrliche Absicht hat, mit Deutschland zu gehen so weit als nur möglich, daß damit aber schon lange die Ansicht gepaart ist, das nicht so weit zu treiben, daß man sich selbst dabei ganz verliere oder die Ehre einbüße, mit der man Alles einbüßt. Wir wissen, daß man in der Berechnung der Folgen eines Bruches im äußersten Falle so weit gegangen ist, daß man den Verlust der Rheinprovinz und eines Theiles von Westfalen in Anschlag brachte, daß man sich aber besann, wie Preußen schon ein Mal früher, als es diese Theile nicht besaß, keineswegs seine verächtlichste Stellung einnahm. Wir wissen nun nicht, wie in diesem Augenblicke der Stand der Ansichten und Gefühle in Berlin ist. Nur das wissen wir, daß man in den öffentlichen Mißhandlungen Preußens schon lange den Kelch der Ehrenkränkung gefüllt hat und daß es nur natürlich ist, wenn er durch die beschlossene Einheit des Bundesdirektoriums und die Selbstwahl bis zum Rande voll geworden ist. Und nicht viel anders, ja selbst viel schlimmer steht es in München, wo man sich an der Spitze einer großen Armee ganz sicher fühlt. Gießen wir nur tropfenweise so zu, wie bisher, und es ist klar, daß der Becher überlaufen wird. Dieser Bruch ist für Deutschland der Anfang einer unabsehbaren Revolution.

Spiele man denn nicht in diesen Zeiten mit parlamentarischen Handstreichen, die uns zuletzt mit furchtbaren Folgen strafen werden. Wir mahnen in dem feierlichsten Ernste davon ab und haben keinen heißeren Wunsch, als daß sich die bisherige Mehrheit der Nationalversammlung zusammenfassen, besinnen und in neuer Festigkeit zusammentreten möge, um so schlimme Folgen abzuhalten, wie wir sie eben andeuten, wie sie nicht bloß in einer eingebildeten Möglichkeit liegen. Aber dies hält uns allerdings nicht ab, mit demselben eindringlichen Ernste uns nach Berlin zu wenden und abzumahnen von jeder kleinlichen Empfindlichkeit, selbst dann, wenn wir sie einigermaßen gerechtfertigt sähen. In diesen Tagen wird Jedermann hartschlägiger und es steht Jedem gut an, sich in die Zeit zu finden. Noch ist Nichts geschehen, was die Ehre Preußens vor dem Auslande bloßstellte; im Innern muß seine Nachgiebigkeit ihm neue Ehre bringen. Und je mehr Kraft die preußische Regierung wieder gewinnt, desto größere Ehre wird ihm seine Fügsamkeit bereiten. Sein Ansehen kann jetzt gerade nicht würdiger und großartiger gebraucht werden, als wenn es nicht nur seine eigene, sondern auch die Empfindlichkeit der kleineren Staaten niederkämpft, die vielleicht größer ist als die des größeren Staates. Was für Deutschland durch diese Selbstbeherrschung gewonnen wird, wird für Preußen niemals verloren sein.

Oesterreich. Wien, den 24. Juni. Der Antrag des provisorischen Ausschusses wegen der Vornahme neuer Wahlen anstatt der bisher getroffenen ist vom Ministerium entschieden zurückgewiesen worden. Es bleiben somit die bisherigen Wahlen aufrecht, und es soll nun unverzüglich zur Deputirtenwahl für den Reichstag geschritten werden. Zum Gebrauche des konstituirenden Reichstages sind die weiten Räume der k. k. Winterreitschule in der Hofburg eigens hergerichtet und dekorirt worden, und von übermorgen angefangen können die eintreffenden Abgeordneten bei einer zu diesem Zweck aufgestellten Kommission die betreffenden Abgeordnetenkarten und die provisorische Geschäftsordnung für die Reichstagsverhandlungen in Empfang nehmen. Bis zum Eintreffen sämmtlicher Provinzialabgeordneten wird dann nach vorläufiger Erwahrung und Prüfung der Wahlen erst der Tag der feierlichen Eröffnung des konstituirenden Reichstags festgesetzt werden. Der Erzherzog Johann, der seinen heutigen Namenstag im Kreise seiner Familie in Steiermark zubringt, wird heute Abend oder Morgen hier eintreffen. Aus Galizien und anderen Provinzen befinden sich bereits mehrere Abgeordnete hier. Unter den ersteren sind auch der Graf Stadion und der Graf Adam Potozki aus Krakau als Deputirte. (Allg. Z.)

Wien, 24. Juni. Mit dem 1. Juli wird, wie die „Wiener Zeitung" amtlich meldet, für die Dauer der gegenwärtigen schwieri-

gen Verhältniß eine Steuer von den Beamtenbesoldungen und Pensionen, sowie von dem reinen Einkommen der Pfründen, Klostergemeinden und geistlichen Oeden eingeführt. Frei von dieser Abgabe sind nur die Einkommen bis zu 1000 fl.; dagegen werden die von 1000 bis 3000 fl. mit 5 pCt. und die von 3000 fl. aufwärts mit 10 pCt. besteuert. Außerdem werden die Diäten der Beamten in den neun ersten Klassen einstweilen auf drei Viertheile des ursprünglichen Ausmaßes herabgesetzt, und rücksichtlich der höheren Pensionen festgesetzt, daß keine derselben 8000 fl. übersteigen darf; der Rest wird einstweilen zurückbehalten.

Δ Wien, 25. Juni. Unbemerkt und still kam gestern Abend Erzherzog Johann hier an; als seine Ankunft bekannt wurde, veranstaltete man eiligst eine Nachtmusik und einen Fackelzug, welche ihm noch spät in der Nacht dargebracht wurden. Diesen Morgen empfing er alle Behörden. Man war hier sehr gespannt, welche Aufnahme der Sicherheitsausschuß bei ihm finden würde. Eine Deputation desselben wurde ihm durch den Minister v. Pillersdorf vorgestellt, über dessen bisherige rastlose und beinahe beispiellose Thätigkeit er sich mit der dankbarsten Anerkennung aussprach. Der Erzherzog nahm die Deputation äußerst gütig und wohlwollend in seiner gewohnten treuherzigen Weise auf. Der Inhalt seiner Worte war dem Sinn nach ungefähr folgender: daß er von dem Kaiser den Befehl erhalten habe, ihn während des Reichstags hier zu vertreten und sich in allen Handlungen dem Volke anzuschließen — jeder Reaktion, sie möge kommen woher sie wolle, entschieden entgegenzutreten. Nach dieser Vorschrift zu handeln, sei sein fester Wille und er habe den Herrn keine andere Bürgschaft dafür zu geben, als den Inhalt seines verflossenen Lebens und sein jetziges Ehrenwort. Er hoffe Beides werde ihnen genügen und er bitte somit um das Vertrauen des Volkes. Was den Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und Studenten für die allgemeine Ordnung, Sicherheit und Wahrung der Rechte des Volkes betreffe, so sei es seine Ansicht, daß dessen Wirksamkeit in keinem Falle aufhören dürfe, da er es wie eine Lebensfrage für den Staat betrachte, daß derselbe während des Reichstags fortbestehe. Er wolle Hand in Hand mit demselben gehen und bitte darum, daß man ihm in allen Fällen die ungeschminkte Wahrheit sagen möge — nur keine verzuckerte Pillen wünsche er, wenn sie auch noch so bitter — er wolle sie verschlucken und versprache seinerseits eben so offen mit ihnen zu verhandeln. Durch Wahrheit und treues Zusammenwirken werde eine gute Zeit für Oesterreich wiederkehren, statt auf Knechtschaft, auf Freiheit gegründet. — Schließlich bemerkte er, der Kaiser lasse seinen Wienern sagen: Vertrauen erweckt Vertrauen, er ertheile der vereinigten Nationalgarde deßhalb die nachgesuchte Bewilligung von 6 Batterien (36 Kanonen).

Δ Wien, 26. Juni. Die Wahlen der Wahlmänner sind seit einigen Tagen beendigt — die der Abgeordneten zum k. Reichstag stehen nächstens bevor. Die Besprechungen dazu nehmen heute ihren Anfang. Das Scrutinium wird in jedem der 15 Wahlbezirke abgesondert vorgenommen. Man wünscht von allen Seiten allgemeine Abstimmung, das Ministerium hat aber bis jetzt noch keine Abänderung eintreten lassen. Ein Plakat empfiehlt den Wahlmännern die HH. Häfner, Tuora, Maler, Dr. Becher u. A., als radikal bekannte Männer zu Wahlkandidaten.

☽ Triest, 24. Juni. Das sardo-neapolitanische Geschwader lavierte gestern ungefähr 3 Seemeilen von der Istrianer Küste in den Gewässern von Saloore. Die von Konstantinopel kommende griechische Handelsbrigg Tombasi wurde von den Feluken einer dreistündigen, strengen Visitation unterworfen. Da nun solchergestalt die Brigg mit dem Geschwader in Berührung kam, so wird Letzteres den Quarantänevorschriften gemäß als in Kontumaz befindlich angesehen. — Uebrigens zeigt sich bei dieser Gelegenheit Admiral Aldini wieder als ein treuer Diener seines treulosen Herrn. Ja der Blokadeerklärung wurde ausdrücklich gesagt, daß solche gegen fremde Schiffe erst vom 15. Juli an in Kraft treten solle. Gestern zählten wir den 23. Juni. Man sieht, wie die fearigen Italiener der Zeit voraus sein!

Δ Aus Preußen, 29. Juni. Bekanntlich hat sich der Prinz Adalbert von Preußen immer mit Vorliebe dem Seewesen zugewendet, und so hat er denn auch jetzt mit besonderem Interesse unsere deutsche Flottenangelegenheit erfaßt und in einer eigenen Denkschrift diese viel besprochene, aber wenig verstandene Sache genauer erörtert. Ohne selbst eine eigene Meinung bestimmt auszusprechen, geht er in die verschiedenen Ansichten und Forderungen ein und unterscheidet danach: 1) eine Kriegsmarine zur rein defensiven Küstenvertheidigung; 2) eine solche zur offensiven Vertheidigung und zum nothwendigsten Schutze des Handels; 3) eine selbstständige Seemacht. Im ersten Falle verlangt er mit Berücksichtigung der eigenthümlichen Küstenverhältnisse für die Nordsee 40 holländische Jaffelkanonenboote, für die Ostsee dagegen Ruderkanonenboote und zwar mindestens 80 Kanonenschaluppen — hat doch allein Rußland deren 200 — und noch eine Anzahl Kanonenjollen. Stellen wir uns nun den weiteren Zweck, unserm Handel zu schützen, so sind vor Allem Kriegsdampfschiffe nothwendig und zwar hält der Prinz deren 12 von 350—560 Pferdekraft für eben genügend, wozu dann noch 6 schwere Fregatten von 60 Kanonen kommen müßten. Will nun aber Deutschland mit dem Bau von Linienschiffen aus dieser anspruchslosen Stellung heraustreten und eine Seemacht werden, so hüte es sich vor halben Maßregeln. Bei der gefährlichen Lage Deutschlands würde ein Geschwader von 12 Linienschiffen noch nicht genügen, „es würde unserem nächsten und gefährlichsten Nachbar, der russischen Ostseeflotte (mit 27 Linienschiffen) gegenüber zu schwach sein". Das Minimum einer deutschen Seemacht müßte sich auf 20 Linienschiffe, 10 Fregatten und 30 Dampfer stellen; damit wären wir aber auch die vierte Seemacht der Erde. Als Kriegshafen wird in der Nordsee Glückstadt vorgeschlagen, in der Ostsee aus strategischen Gründen Danzig der Vorzug vor Kiel gegeben. (S. die heutige Beilage).

Berlin, 27. Juni. Die politische Entwickelung der größeren deutschen Staaten hat in der letzten Zeit die der kleineren fast gänzlich in den Hintergrund gedrängt. Kaum, daß man sich noch hie und da an die Existenz derselben erinnert sieht. — Und doch finden auch hier Bewegungen Statt, die der ernstesten Aufmerksamkeit würdig sind. Wir wollen hier nur auf das uns benachbarte Anhalt-Dessau hinweisen. Der geringe Umfang dieses Ländchens entschuldigt wohl kaum die Gleichgiltigkeit, mit welcher die Presse über die dortigen Ereignisse hinweggesehen hat. — Anhalt-Dessau hatte so gut wie die übrigen deutschen Staaten im März sein Revolutionchen, wenn auch ein unblutiges gehabt. In Folge dessen wurde dort ein Ministerium zur Leitung der Geschäfte berufen, das in der Freimüthigkeit und Rückhaltlosigkeit, mit der es sich zu den Folgerungen jenes revolutionären Principes, dem es sein Dasein verdankte, bekannt hat, gewiß seines Gleichen sucht. Die beiden Männer, die es bilden (Dr. Hadicht, früherer Oberappellationsgerichtsrath, und ein junger Anwalt, A. Köppe), haben in der kurzen Zeit, in welcher sie an der Spitze des Staates stehen, eine rastlose Thätigkeit entwickelt und sind in ihrem Eifer für Reformen oft schneller vorwärts gegangen, als ihnen die nicht eben sehr politisch gebildete Bevölkerung des Landes zu folgen vermochte. Sie haben das ganze Verwaltungswesen umgeworfen und von Grund aus neu konstruirt, die Justiz frei gemacht, die Gesetzgebung dem Volke in die Hand gegeben. Ja sehr vieles Punktes gibt der Verfassungsentwurf mehr, als selbst von der Partei des entschiedensten Fortschrittes verlangt worden ist. Kein Wunder, wenn man in Dessau sich dafür enthusiasmirt und dem Ministerium durch Dankadressen und Fackelzüge seinen Beifall zu erkennen gab. Dennoch ist das Ministerium nicht stehen geblieben und hat erst vor Kurzem wieder einen großen Schritt vorwärts gethan. Es hat in einem Nachtrage zum Verfassungsentwurf direkte Wahlen und aur suspensives Veto des Fürsten zugesichert, und damit auch die letzten Forderungen der äußersten Linken erschöpft. Es ist nun zu erwarten, wie bei der schon oben erwähnten, geringen politischen Bildung der Bewohner das öffentliche Leben unter dieser Form sich gestaltet.

†† Berlin, 27. Juni. Den Mittelpunkt der Tagesunterhaltung in Berlin bildet das neue Ministerium. Es wird daher nicht ohne Interesse sein, über die früheren Lebensverhältnisse des in weiteren Kreisen wenig bekannten Minister-Präsidenten von Auerswald Einiges zu erfahren. Zweiter Sohn des verstorbenen Landhofmeisters von Auerswald, der länger als 20 Jahre an der Spitze der Verwaltung der Provinz Preußen stand, trat er, 16 Jahr alt, 1812 beim Ausbruche des russischen Krieges in das 1. Husarenregiment und nahm an der kurländischen Kampagne beim Yorkschen Korps Theil. Hierauf focht er in den Befreiungskriegen, erhielt das eiserne Kreuz und wurde in die Adjutantur versetzt, in welchem Dienstverhältnisse er auch nach beendigtem Kriege mehrere Jahre in Münster stand. Im Jahr 1820 nahm er den Abschied. Bald darauf findet man ihn als Landrath des Heilsberger Kreises. 1833 bewog ihn die Uebernahme eines größeren Gutes, diese Stellung aufzugeben. Im Jahr 1840 nahm er alsdann die auf ihn gefallene Wahl als Oberbürgermeister von Königsberg an, welches Amt er einige Jahre verwaltete und alsdann zum Präsidenten in Trier ernannt wurde. Seine erst vor Kurzem erfolgte Beförderung zum Oberpräsidenten der Provinz Preußen ist bekannt, ebenso daß der frühere Minister des Innern ein jüngerer Bruder von ihm ist. Sein älterer Bruder dient als Oberst und Kommandeur der 12. Kavallerie-Brigade in der Armee und befindet sich gegenwärtig als Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung

Digitized by Google

in Frankfurt. Der Staatsminister v. Schön war der Mann seiner bereits verstorbenen Schwester; der bekannte preußische Deputirte, gegenwärtig hier zum Polizeipräsidenten designirte Heer v. Bardeleben war mit seiner zweiten Schwester verheirathet. — In den Kreisen, in welchen schon vor dem jetzigen Pariser Aufstande viel von einem Einverständniß zwischen Louis Napoleon und dem russischen Hofe die Rede war, hält man dies jetzt für eine ausgemachte Sache. Man behauptet, die russischen Truppenbewegungen gelten einer Unterstützung der slavischen Angelegenheit. Rußland werde das Panier des Panslavismus ergreifen und mit dem Kaiser oder Diktator Louis Napoleon eine Allianz bilden, die in Frankreich, gestützt auf soeiale Verbesserungen, Deutschland doppelt gefährlich werden dürfte.

☽ Berlin, 28. Juni. In der gestrigen Sitzung unsrer Abgeordnetenkammer war nur der Eingang von materiellem Interesse. Staatsanwalt Temme rügte, es sei im Protokoll der vorigen Sitzung die Andeutung vergessen worden, daß die Minister die Frage über Zurückweisung des Adreßentwurfs in die Kommission zu einer Kabinetsfrage gemacht. Es sei diese Andeutung von größester Wichtigkeit, weil sie einen Fall beträfe, der in den „Annalen parlamentarischer Verhandlungen einzig dastehe", der auch im Lande, wie dies schon in der Hauptstadt der Fall sei (?), die entschiedenste „Sensation" hervorrufen und ohne Zweifel sehr wichtige Folgen nach sich ziehen würde. Der Abg. Schneider vertheidigte das Protokoll gegen mehrere Redner der Linken, worauf die Versammlung gegen den fast einstimmigen Widerspruch der Linken das Protokoll unverändert anzunehmen beschließt. Man geht nun zur Wahl des Vorsitzenden über (Milde war nur bis zur Annahme der Geschäftsordnung gewählt). Die meisten Stimmen erhalten Grabow (238 unter 382 Stimmenden, Waldeck, Kandidat der Linken, nur 110), welcher zum Präsidenten, Kirchmann, Kosch, Jonas (Revisionsrath), Philipps, welche zu Vicepräsidenten erwählt werden. Von den Letztern gehören der Erste der Linken, die drei zuletzt Genannten dem linken Centrum an. In der heutigen sehr bewegten Sitzung ging man nach Verlesung des Protokolls sogleich zur Tagesordnung über. Auf derselben stand zunächst eine Interpellation des Abg. Gladbach, welcher die Gründe zu wissen begehrt, weßhalb die aus Schleswig zurückkehrenden Freischaren, welche dort für Deutschlands Ehre siegreich gefochten haben, in Spandau von den Behörden ihrer Waffen und Siegeszeichen beraubt worden seien. Der Kriegsminister verspricht nach eingezogener Erkundigung die erwünschten Aufklärungen zu geben. Zacharias (Berlin) interpellirt sodann den Minister des Innern, ob das früher in Aussicht gestellte Gesetz über die Einrichtung der Bürgerwehr auf den Grundlagen allgemeiner Volksbewaffnung beruhen werde, und in welcher Frist die Vorlage zu erwarten sei. Min. Kühlwetter theilt mit, daß das erwähnte Gesetz bereits dem Staatsministerium zur Berathung vorliege, und daß er nicht zweifle, es werde der Entwurf, dessen Vorlage in 8 Tagen erfolgen könne, hinsichtlich seiner Grundlagen die Zustimmung der Kammer finden. Gladbach befragt den Minister des Innern, ob es nicht räthsam sei, die definitive Ernennung der Gemeindebeamten, besonders der Bürgermeister bis zum Erlasse des die Umgestaltung der Verwaltung betreffenden Gesetzes aufzuschieben. Ebenso wie einem Gläubiger der gute Wille seines Schuldners mehr Sicherheit biete, als sein Vermögen, grade in derselben Weise erhalte das Land stärkere Gewähr durch den guten Willen der Beamten, als durch ihre wissenschaftliche Ausbildung und technische Fertigkeit; besonders gelte dies von den Gemeindebeamten. Der Minister versichert, daß, was gewünscht werde, zum Theil schon geschehen sei. Er erkenne an, daß eine definitive Ernennung der Bürgermeister jetzt nicht an der Zeit sei. Der Abg. Dierschke befragt das Ministerium, ob dasselbe Anstalten treffe, den in einigen Theilen des Landes hervortauchenden reaktionären Bestrebungen vieler Grundbesitzer und Beamten entgegenzutreten, ob es namentlich von der in Köslin entstandenen Loyalitätsadresse, an welche sich sogar Aufforderungen zu einem Freischaarenzuge gegen die Berliner Rebellen geknüpft, Kenntniß genommen habe. Der Abgeordnete Elsner fügt hinzu, daß die Koeslinor Adresse auf Veranlassung des Landrathamtes im Schönauer Kreise umhergegangen sei. Von der andern Seite wird erwidert: was die Aufforderung zu einem bewaffneten Zuge gegen Berlin betreffe, so habe davon das Ministerium keine Kenntniß. Wenn die Interpellation weiter frage, ob die Regierungen und Landrathämter solchem Wesen Vorschub geleistet, so müsse zugegeben werden, daß allerdings ein Fall vorgekommen, der indeß sogleich zur Untersuchung nach Breslau gewiesen sei. In Bezug auf die übrigen Wünsche der Interpellation spricht der Minister die Hoffnung aus, daß sie ihre Erledigung durch das ministerielle Programm gefunden haben. Es sei darin dargelegt, in welchem Geiste das Ministerium zu wirken gedenke. Zu einem öffentlichen Erlasse gegen die Grundbesitzer und andere angebliche Reaktionäre finde er keine Veranlassung. Werde das Gesetz verletzt, so folge die Strafe — werden nur Meinungen ausgesprochen, so komme ihnen die Freiheit zu Statten, welche man dem ganzen Lande nicht versage. Der Abg. Brill ist der Ansicht, daß durch das Programm der Minister die Befürchtungen vor reaktionären Bestrebungen erst recht geweckt seien! (Beifall auf der äußersten Linken). Der Abg. Elsner stellt hierauf den Antrag: es möge eine Kommission zur Untersuchung der eigenthümlichen Verhältnisse unserer Weber und Spinner und der gesammten preußischen Linnenindustrie niedergesetzt werden. Er schildert mit lebhaften Farben den Zustand der schlesischen Weber, der sich von Jahr zu Jahr verschlimmert habe, hauptsächlich durch die Schuld des alten Regiments, welches versäumt habe, vortheilhafte Handelsverträge mit Spanien und Mexiko abzuschließen, um dort das Legitimitätsprincip zu wahren, hier zu grollen, weil sich das Land selbst regiere. Krakau sei deßhalb an Oesterreich gefallen, weil unsere Minister nicht gewußt, daß Schießen darthin einen Handel aus mehreren Millionen treibe. Hinterher habe man die Achseln gezuckt, als es zu spät gewesen. Minister Milde versichert, daß die beantragte Kommission von der Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt werden würde, worauf der Antrag einstimmig angenommen wird. Der Abg. d'Ester kommt auf gewisse, „einen freien Staat schändende" Vorfälle bei Behandlung der Gefangenen im Großherzogthum Posen zurück und begehrt zu wissen, was das Ministerium zu thun gedenke, um dergleichen Ausschreitungen der Behörden „unmöglich" zu machen. Das Programm der Minister sei hier offen, wie noch in anderer Beziehung, d. h. es sage Nichts. (Beifall der äußersten Linken). Etwas bescheidener tadelt später der Abg. v. Lisiecki, daß einzelne polnische Grundbesitzer Hausarrest erhalten hätten. Der Minister behält sich auf den ersten Theil der Frage weitere Aufklärungen vor, bemerkt auf Lisiecki's Beschwerde, daß die erwähnten Maßregeln nur vorübergehende, nicht aus Härte, sondern der Milde wegen angewandt seien, um den Betroffenen die Verhaftung zu ersparen. Sollten Ueberschreitungen vorgekommen sein, so würden ihn die betreffenden Mittheilungen zu Dank verpflichten. Eine weitere Interpellation d'Esters betraf die angeblichen Rüstungen und Truppensendungen in der Rheinprovinz, namentlich in Köln; ob vielleicht die Deckung der französischen Grenze die Ursache dieser Vorkehrungen sei. Minister v. Schreckenstein erwidert: Seit Monaten seien die Truppensendungen nach dem Rheine unterblieben. Die Besetzung der Grenzfestungen könne weder „auffallen", noch „mißfällig" bemerkt werden. Im Uebrigen müsse die Verlegung der Truppen dem Kriegsminister überlassen bleiben, sonst könne er nicht verantwortlich sein und dasjenige anordnen, was dem Lande zum Wohle gereiche. Der Abgeordnete Feldhaus erklärt für seinen Kreis Gummersbach (Rheinland), daß dort die Rüstungen am Rheine weder Auffallen, noch Mißtrauen erregt haben. Graf Reichenbach bemerkt, daß Neiße, eine der wichtigsten Festungen gegen Osten, ohne alle Vertheidigung geblieben sei, worauf der Abg. Moritz unter dem Ordnungsrufe der äußersten Linken mit strengen Worten die Art und Weise rügt, wie man das Ministerium interpellire und Fragen in das Publikum bringe, die durchaus nicht der Oeffentlichkeit angehören, weil ihre Erörterung der Sicherheit des Landes schade. Reichenbach: Er fördere die Sicherheit des Landes, denn der Czar von Petersburg, gegen dessen Angriffe er Schutz verlange, werde niemals ein Freund der Freiheit sein. Auf einen Antrag des Abg. Rotzig, die strengen Gesetze über den Waffengebrauch der Grenz- und Forstbeamten abzuschaffen, bemerkt der Just.-Minist., daß in kurzer Zeit Vorlagen gemacht werden würden, welche jene Härten, die er anerkennen müsse, beseitigen. Zum Schluß bringt der Abg. Schulz aus Waazleben einen Antrag auf Abschaffung des Adels ein, dem er den etwas scherzhaften Zusatz gibt: es möge Jedem freistehen, nach gehöriger Meldung bei der Polizeibehörde einen beliebigen Adelstitel zu führen. Der Abg. Waldeck, als Vorsitzender der Verfassungskommission, berichtet, daß in derselben bereits der Antrag auf Abschaffung des Adels gestellt und angenommen sei, womit sich der Abg. Schulz zufrieden erklärt.

Halle, 26. Juni. Der Prinz von Preußen hat eine an ihn erlassene und von Prof. Meier hierselbst verfaßte Bewillkommungsadresse mit folgendem Schreiben beantwortet: „Indem Ich Ihnen und allen Mitunterzeichnern der Zuschrift vom 28. v. M. für die darin ausgesprochenen Gesinnungen der Treue und Anhänglichkeit hiermit Meinen Dank sage, will Ich nicht unerwähnt lassen, wie Ich Mich ganz zu den in Ihrer Adresse ausgesprochenen Ansichten bekenne und Meine Thätigkeit, soweit sie in Anspruch genommen werden wird, in aller Aufrichtigkeit der gesetzlichen und stätigen Entwickelung der konstitutionellen Freiheit widmen werde. Gehorsam dem Gesetze und Ord-

Digitized by Google

nung war von jeher die Richtschnur meines Lebens und soll sie stets bleiben. Schloß Babelsberg, 10. Juni 1848. Prinz v. Preußen.

Düsseldorf, 25. Juni. Wie man vernimmt, so wollen die Städte Trier und Koblenz aufs Dringendste gegen die in Aussicht gestellte Auflösung der Regierungen beim Staatsministerium einkommen. Auch in Düsseldorf beabsichtigt man einen ähnlichen Schritt. Die materiellen Interessen, die am Ende immer einen hauptsächlichen Ausschlag geben, sind natürlich auch hier wirksam. (N. B. Z).

Würtemberg. Ulm, 28. Juni. Gestern Abend fiel hier ein höchst bedauerlicher Exceß vor. Der Hergang soll dabei, wie man mit ziemlicher Gewißheit erfährt, ungefähr folgender gewesen sein: Gegen 9 Uhr Abends drang ein bedeutender Haufe Reiter des hiesigen Regiments, unter ihnen auch Unterofficiere und Trompeter, in dem Wirthshause „zum Schiff" in das Lokal ein, wo unter des Redakteurs Schifferlings Leitung von Arbeitern nach Bürgerk eine Berathung über die Errichtung eines „demokratischen Vereins" stattfand; sie fielen über die Anwesenden ohne Weiteres mit blanken Säbeln her, verwundeten 5 von ihnen zum Theil sehr bedeutend, mißhandelten die Uebrigen und zerschlugen zuletzt alle erreichbaren Geräthschaften. Gleich darauf erscholl von den Hinausgejagten in den Straßen der Stadt der Ruf: „Bürger heraus", und bald darauf rief der Generalmarsch die Bürgerwehr selbst zusammen, die sich zahlreich auf dem Markte aufstellte; da aber die Reiter sich gleich nach verübtem Exceß wieder in ihre nahegelegene Kaserne begeben hatten, so fanden keine weiteren Unruhen Statt, und wurde die Hilfe des in den Kasernen bereitstehenden übrigen Militärs nicht nöthig. Eine Untersuchung hat begonnen, und Verhaftungen wurden ohne Störung vorgenommen. Eine Bürgerversammlung hat eine Deputation nach Stuttgart abgeordnet. (Schw. M.)

Hessen. * Rödelheim, 26. Juni. In hiesiger Gegend treiben sich einige Leute umher, die vorgeben, sie wirkten für die deutsche Republik, und streben dabei, die Arbeiter aufzuwiegeln. Früher war es ihnen mehemals gelungen, die Gesellen aus Frankfurt zum Ausziehen zu bewegen. Vor vierzehn Tagen aber kamen sie allein hierher. Wahrscheinlich hatten jene eingesehen, daß ihre sogenannten Führer sie anführen. Die demokratische Republik dient als Aushängeschild. Hecker wird der Vorkämpfer der Freiheit genannt. Alle Versammlungen benutzt man zu Geldsammlungen. Gestern hatte man nun auch ausgesprengt, die Deputirten von der „Linken" würden in Höchst erscheinen und Reden halten. Auch Einsender dieses wurde dadurch bewogen, dorthin zu gehen. Die Neugierde aller Anwesenden aber wurd übel bestraft, denn es redete Niemand von der „Linken", und dann hatte der Himmel einen ganz (wie ein Redner sagte) „aristokratischen Regen" gesandt, und sodann mußten wir mitanhören, wie man ein Hoch ausbrachte auf das „Aufhören der Gutmüthigkeit der Deutschen", und wie man sagte, die Deutschen wären nicht nur reif für die Republik, sondern wir wären „faul, überreif". Auch süße Träume wurden erzählt, wo Dämonen die Staatspuplere und Eisenbahnaktien verbrennen. Auch eine Claque hatte man dort hinter der Tribune. Uebrigens war sie noch schlecht dressiet. Denn sie rief ebenso gut Hoch, wenn von der Republik als wenn von der Bundesversammlung die Rede war. Das Schweigen der Mehrzahl der Versammelten aber gab uns den Beweis, wie gering die Theilnahme derselben an Beiden war. Sicher ist, daß unter diesen Auspicien dergleichen Volksversammlungen geringen Erfolg haben werden. Sicher aber haben es die Herren von der alleinseligmachenden Linken ihrem Auftreten in der Pfalz zu danken, daß man es wagt, sie bei solchen Versammlungen als Aushängeschild zu benützen.

Cöthen, 24. Juni. Heute wurde unser Landtag, welcher die Verfassungsurkunde für Anhalt-Cöthen berathen soll, eröffnet. Die Abgeordneten sind 11 an der Zahl. In der Eröffnungsrede wurde bedauert, daß der Drang der Ereignisse nicht gestattet habe, einen gemeinsamen Entwurf für die drei Herzogthümer zu vereinbaren. Ein Abgeordneter stellte dann den Antrag, die Versammlung bis zum 31. Juli zu vertagen, wenn bis dahin Dessau und Bernburg zu gemeinsamer Berathung sich entschließen wollten.

Schleswig. * Altona, 26. Juni. Die Feindseligkeiten werden vorläufig wieder eingestellt und das Hauptquartier hieher verlegt werden schon sind Quartiere für General v. Wrangel und seinen Generalstab bei unserm Oberpräsidenten bestellt, ein sicherer Beweis, daß alle Feindseligkeiten aufhören werden; denn sonst würde General v. Wrangel wohl in der Nähe der feindlichen Armee bleiben, da man Schleswig ja nicht aufs Neue Preis geben will. Der Friede wird wohl auf eine Theilung Schleswigs basirt werden (?), da England und Rußland die Präliminarien dazu entworfen haben ,und das Land nicht sehr gefragt werden wird. Die aus Hadersleben, Apenrade u. s. w. Ausgewanderten werden wohl für die Folge sich in Holstein habilitiren, da sie auf diese Weise in ihre Heimath nicht zurückkehern können. Der Herzogthümer Zukunft ist nach oben so ungewiß, wie beim Ausbruch der Feindseligkeiten und Konstituirung der provisorischen Regierung. Alle die großen für das Land gebrachten Opfer von den Deutschen und dem Lande selbst werden hoffentlich nicht von russischer und englischer Diplomatik abhängig gemacht werden! In den Herzogthümern stellte man allein an freiwilligen Gaben 986,321 Thlr. der provisorischen Regierung zu Gebot, außerdem noch für die Flotte 6129 Thlr. und für die Verwundeten 44,677 Thlr., außer einer Menge Victualien und sonstiger Dinge, die nicht in Anschlag gebracht worden sind. Alle diese Opfer der Vaterlandsliebe sind also vergebens, wenn sie Rußland und England nicht konveniren. Wir hoffen, daß Deutschland sich endlich fest zeigen und sich nicht von Außen her bevormunden lassen wird, von zwei Mächten, die beide nur Deutschlands Zerstückelung, in Deutschland Zwietracht und Haß wollen. — Gestern Abend gerieth das preußische Militär, welches hier in dem Lazarethe sich befindet, in der Hamburger Vorstadt St. Pauli mit Matrosen u. s. w. in einem Schenk- und Tanzlokale in Streit, so daß Tausende von Menschen alarmirt wurden. Ein Engländer sollte in Folge des Streits von der Bürgerwache arretirt werden, doch das Volk befreite ihn wieder und drang auf die Preußen ein, welche blank zogen und so ihre eigene Arretierung unmöglich machten. Die Bürgerwache in St. Pauli mußte Verstärkung aus der Stadt requiriren, da der Menschenknäuel sich der Wache zudrängte. Doch blieb trotz mehrerer anderer Ruhestörungen Alles ohne Erfolg und die Nacht ging ruhig vorüber.

Rendsburg, 24. Juni. Eine Kompagnie des Tann'schen Jerikorps hat unsern Dienst verlassen, da ihre Absicht, republikanische Gleichheitstendenzen in der militärischen Organisation des Korps durchzusetzen, bei dem Major v. d. Tann natürlicher Weise keinen Anklang fand. Mehrere Mitglieder derselben haben wir mit dem blutrothen Band und der Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" geschmückt in unsern Straßen umherwandeln sehen. Sie tragen sich, wie man sagt, mit der Absicht, sich dem Heckerschen Rebellenhaufen anzuschließen. (Rends. Z.)

Rendsburg, 26. Juni. Nach Privatbriefen aus Malmö will man hier wissen, daß Englands Friedensvorschläge jetzt folgendermaßen lautea: Das Herzogthum Schleswig wird in den deutschen Bund aufgenommen, die Personalunion mit Dänemark wird aufrecht erhalten bis zum Erlöschen des Mannesstammes, und die prov. Reg. bildet das künftige constitutionelle Ministerium der Herzogthümer. (R. T.)

† Frankfurt, 30. Juni. Gestern Abend wurde der Nationalversammlung nach ihrem Wiederzusammentritte von dem Präsidenten verkündet, daß das Bureau unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen Parteien folgende Abgeordnete für die Deputation an den neuerwählten Reichsverweser ernannt habe: 1) v. Andrian aus Wien; 2) Jucho aus Frankfurt; 3) Heckscher aus Hamburg; 4) Franke aus Rendsburg; 5) v. Rotenhan aus München; 6) Raveaux aus Köln; 7) v. Saucken aus Angersburg (in Ostpreußen). Die Deputation erlitt gestern noch ab.

In der heutigen Sitzung erfolgten nach der Verlesung des Protokolls, wie gewöhnlich, einige Reklamationen gegen dasselbe. Ein Abg. der Linken erhob Bedenken darüber, ob der Präsident das Recht gehabt habe, bei der gestrigen Wahl seine Stimme abzugeben, und verwahrte sich dagegen, daß die Deputation aus allen Parteien gewählt worden, indem die äußerste Linke (welche gar nicht gewählt hatte) dabei nicht berücksichtigt sei. Ein anderer Abgeordnetee vermißte in dem Protokalle die Angabe, daß die Versammlung bei den Worten des Präsidenten ergriffen gewesen sei, wobei er wohl die Schwierigkeit übersah, wie ein Protokoll über die jeweiligen Gefühle der Versammlung zu führen sei.

Ein Absageschreiben des Abg. Kapp stimmte die Versammlung zu großer Heiterkeit. Der Präsident stellte die Frage an die Versammlung, ob sie diese Austrittserklärung annehme, was sie mit großer Mehrheit bejahte, sowie auch die weitere Frage, ob die badische Regierung aufzufordern sei, eine andere Wahl für den Ausgetretenen anzuordnen.

Dieser Brief des Hrn. Kapp hat die Ehre erhalten, einem Plakate beigedruckt zu werden, welches von dem sogenannten provisorischen Ausschusse des demokratischen Vereines in Frankfurt ausgeht und verbreitet wird, um das deutsche Volk in eine Nachäffung des blutigen Trauerspiels in Paris hineinzuhetzen. In diesem Machwerke werden die gewöhnlichen Vorwürfe auf die Nationalversammlung gehäuft, sie habe einen Diktator ernannt, habe von Neuem das Mittelalter heraufbeschworen, die Volkssouveränetät, die Volksmündigkeit freiwillig aus

ihrer Hand gegeben und mache eine neue Revolution nothwendig. Das Volk wird aufgefordert, der Nationalversammlung jede fernere Anerkennung zu versagen, die volksfeindliche Majorität zu verwerfen und die Linke zum Ausscheiden aufzufordern, um sich selbstständig zu konstituiren, kurz eine neue Revolution zu organisiren. Die Unterzeichner sind: Roage, Bayrhoffer und Metternich. Ein Kunstgriff, welcher dabei gebraucht wird, ist der, daß unmittelbar vor den Unterzeichnern die Namen sämmtlicher Abgeordneten der Linken, einiger des linken Centrums und sogar der rechten Seite abgedruckt sind, sodaß dadurch unter der Masse des Volks die Meinung erweckt wird, als seien alle diese Männer mit diesem Aufrufe zur Revolution und zum Widerstande gegen die Nationalversammlung einverstanden. Man könnte glauben, daß der Augenblick zu einer solchen Aufforderung zur Schilderhebung unmittelbar nach der Niederkämpfung der Anarchie in Paris sehr ungeschickt gewählt sei. Allein es ist wohl im richtigen Gefühle geschehen, daß eben jetzt noch der letzte Augenblick zu einem solchen Versuche ist. Schwerlich könnte ein solcher Aufruf zur Empörung nach einigen Wochen noch an den Straßenecken in Frankfurt angeschlagen werden, ohne daß etwas Anderes dagegen unternommen wird, als daß die Polizeidiener davor hinstehen und sich verwundern.

Ich kehre zu den Verhandlungen der Nationalversammlung zurück. Kolb aus Rheinbaiern erhob eine Beschwerde wegen des Verbotes der Geldausfuhr in Oesterreich. Kuranda beklagt die Maßregel, erklärt sie aber für eine nothwendige; nur durch die äußerste Noth gedrungen, habe sich Oesterreich dazu verstanden, die Maßregel auf einen Monat zu verlängern. Der Präsident verweist die Beschwerde an den volkswirthschaftlichen Ausschuß.

Hierauf schritt man zur Tagesordnung, auf welcher für heute nur die Wahl des Präsidenten und des Vicepräsidenten stand. Als Präsident erhielt Heinrich v. Gagern 399 St. Heinrich Simon von Breslau 68. Rob. Blum 12. Einige andere zersplitterten sich. — In der ersten Vicepräsidenten-Wahl erhielt v. Soiron 351, Rob. Blum 104 Stimmen, 20 weitere Stimmen waren an 7 Mitglieder vertheilt. — Zum zweiten Vicepräsidenten wurde v. Andrian wieder gewählt mit 277 Stimmen, der Kandidat der Linken, H. Simon aus Breslau erhielt 182 Stimmen. 16 St. vertheilten sich an 11 Mitglieder.

Ich schließe meinem heutigen Berichte eine Bemerkung an, wozu mir die Berichtigung von Hrn. Schaffrath in No. 178 Veranlassung gibt. Eine unrichtige Auffassung einzelner Aeußerungen, besonders solcher Redner, deren Vortrag theils mit Bravorufen und Klatschen, theils mit Lachen und Zischen fortwährend begleitet wird, ist nicht nur möglich, sondern oft unvermeidlich, und ich kann so wenig, als irgend ein anderer Berichterstatter, dafür stehen, daß mir das nicht begegne, daß ich „Steuern" anstatt „Zoll" verstanden habe; ändert indeß an dem Sinne wenig, und auch mit dem Ausdruck „so sei es mit den Regierungen (dem Ansehn derselben) aus", wird der Sinn des Redners nicht sehr verfehlt sein. Dagegen befand ich mich allerdings im Irrthume, wenn ich glaubte den Redner so verstanden zu haben, daß die Minderheit der Nationalversammlung mit der Mehrheit im Volke (nicht der Kammer) siegen werde. Denn es war mir nicht glaublich, ich kann es mir selbst jetzt nach Durchlesung des stenographischen Berichtes nur sehr schwer glaublich machen, daß man von derselben Seite, von welcher man den Partikularismus der Einzelregierungen, wenn er sich gegen die Nationalversammlung widerspänstig zeigen sollte, zermalmen will, jetzt durch eben diesen Partikularwiderstand die Ausführung eines Beschlusses der Nationalversammlung zu hindern droht. Wie gesagt, es geht über meine Begriffe, wie man die nämliche Sache einmal zermalmen, und ein andermal benutzen will, je nachdem sie gerade in den Kram taugt, und daher rührt das Mißverständniß, wegen dessen ich um Entschuldigung bitte.

Frankfurt, 30. Juni. In der Zusammensetzung der Deputation, welche dem Erzherzog Johann seine Erwählung zum Reichsverweser überbringt, ist eine Veränderung vorgegangen, da Arndt und Auerswald abgelehnt haben. Sie besteht aus: v. Andrian, v. Sauken-Tarputschen, Radeaux, Roinhan, Jucho, Heckscher, Franke.

Frankfurt, 29. Juni. Am 28. Juni 1848 hat der verfassunggebende Reichstag ein Gesetz erlassen, durch welches eine einstweilige Reichsgewalt bis zur Einführung der Verfassung für ganz Deutschland geschaffen wird. — Diese Worte wiegen schwer, und der Tag steht als ein heilbringender fest in der deutschen Geschichte. Er führt den 28. Juni 1832, der die Rechte des Volkes und seiner Vertreter durch bekannte Bundesbeschlüsse beugte. Die Reichsgewalt kömmt uns gleichzeitig mit der Nachricht, daß in Paris Gesetz und Ordnung einen blutigen, aber entscheidenden Sieg über unbändige Zerstörungswuth erfochten, daß in Berlin ein neues Ministerium seinen Entschluß verkündet hat, dem Unfug mit aller Kraft zu begegnen, und dafür nöthigen Falles ausgedehnte Vollmachten von den Vertretern des Volkes zu verlangen; daß in Prag die deutsche Sache gesiegt und in Wien die Dinge sich zum Besseren wenden. Dürfen wir jetzt nicht mit einiger Beruhigung in die nächste Zukunft schauen, diesen wir nicht hoffen, daß die Bewegung der Geister eine befruchtende sein, daß die Stockung der Volksarbeit, des Güterverkehrs und des Geldumlaufs allmählich nachlassen werde? — Schlimm stünde es mit uns, wenn wir diese Hoffnung nicht hegen dürften, wenn unsere Erwartungen abermals getäuscht werden sollten! — Heute findet die Wahl des Reichsverwesers Statt; sie wird auf Erzherzog Johann von Oesterreich fallen. Er und Heinrich v. Gagern sind die Männer, welche die Vorsehung uns sendet, sie können sich dem schweren, erhabenen Berufe nicht entziehen, und damit sie ihre Sendung erfüllen, müssen wir Alle, Jeder in seinem Kreise, für das Vaterland unsere Schuldigkeit thun. Die Reichsversammlung wird in der Verfassung die deutsche Freiheit grundgesetzlich sichern — ihr thatsächliches Bestehen und ihre nützliche Anwendung wird dem Geiste, der Obhut der Nation anheim gegeben. Die Form der konstitutionellen Monarchie ist in Frankfurt gewahrt, wie sie in Wien und Berlin, in München und Stuttgart erhalten worden ist. Die Nation hat sie gewollt, sie muß ihr bleiben, jede sonderbündlerische Auflehnung dagegen ist Frevel am Vaterlande. — Aber unter dieser Form kann und wird die Einheit sich gestalten, die Freiheit mit der Mannigfaltigkeit sich entwickeln, und jeder Theil wird lebenskräftig bleiben, durch organische Verbindung die Blüthe und Macht des Ganzen erhöhen. Die Reichsgewalt wird an die Stelle des scheidenden Bundestages eine Versammlung von Bevollmächtigten der Landesregierungen berufen, und die Anerkennung des Auslandes wird ihr nicht fehlen. Vor Allem aber erwarten wir, daß die dem Willen der Nation entsprossene Gewalt den Landfrieden ernstlich gebiete, jede Störung unnachsichtlich ahnde, und dadurch die innere Ruhe und das Vertrauen herstelle, wonach sich alle erblichen Deutschen sehnen, als nach der ersten Bedingung für die friedliche Entwicklung der Einheit und Freiheit, der Macht und Größe des deutschen Vaterlandes.

Frankfurt, 29. Juni. In Folge der heute in der Nationalversammlung vorgenommenen Wahl eines Reichsverwesers faßte die Bundesversammlung einstimmig den Beschluß, folgendes Schreiben an Seine kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich zu richten: „Durchlauchtigster Erzherzog! In würdigem, feierlichem Akte wurden soeben Eure kaiserliche Hoheit von der deutschen Nationalversammlung zum Reichsverweser unseres großen Vaterlandes erwählt. Die Bundesversammlung theilt mit der ganzen Nation die Verehrung für Eure kaiserliche Hoheit und die erhebenden patriotischen Gefühle, die sich an dieses große Ereigniß knüpfen, so wie das feste Vertrauen, daß diese Wahl heilverkündend und die beste Bürgschaft für die Einheit und Kraft, für die Ehre und Freiheit unseres Gesammtvaterlandes sei. Sie beeilt sich, Eurer kaiserl. Hoheit diese Ueberzeugungen und Gesinnungen glückwünschend auszudrücken. Ganz besonders aber gereicht es den in der Bundesversammlung vereinigten Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zur höchsten Genugthuung, Eurer kaiserl. Hoheit die Versicherung ausdrücken zu dürfen, daß sie schon vor dem Schlusse der Berathungen über die Bildung einer provv. Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt waren, sie eine Wahl Eurer kaiserl. Hoheit zu so hohem Berufe sich zu erklären. Die deutsche Bundesversammlung ist in dieser eben so großen, als ernsten Zeit von dem wärmsten Wunsche belebt, Eure kaiserl. Hoheit möge dem allseitigen Vertrauen und der Berufung zu der erhabenen Würde baldmöglichst entsprechen und dadurch unsere Hoffnungen bestärken, die Vorsehung werde die große deutsche Nation zu neuen Zeiten des Heils und der Größe hinführen. Die deutsche Bundesversammlung und in ihrem Namen der Präsidirende Ritter von Schmerling".

Belgien.

Brüssel, 26. Juni. Der König eröffnete heute um 1 Uhr die Kammer. Die Thronrede spricht in großem Kontrast zu der sonst allerwärts herrschenden Noth und Verlegenheit, eine sehr helle und günstige Ansicht über die nächste Vergangenheit wie über die Zukunft Belgiens aus. Die Veränderungen im politischen Zustande verschiedener Länder haben die guten internationalen Beziehungen Belgiens in keiner Weise verändert. Die offiziellen Beziehungen mit der französischen Republik sind auf gegenseitiges Wohlwollen basirt. Der Kreis der politischen Rechte ist beträchtlich erweitert worden, und die erste Anwendung der Wahlreform hat bewiesen, daß man der Weisheit der Nation nicht zu Viel vertraut hatte. Die Finanzlage ist trotz der außerordentlichen, mit Muth ertragenen Lasten nicht ungünstig. Beträchtliche Ersparnisse

Digitized by Google

werden angekündigt; mehrere Steuern sollen in ihren Grundlagen verändert werden. „Wir werden die Rücksicht nicht aus den Augen verlieren in der Vertheilung derselben, die Diejenigen verdienen, die ihren Unterhalt allein durch ihrer Hände Arbeit verdienen. Wir werden mit wahrer Sorgfalt fortfahren, alle geeigneten Maßregeln zu ergreifen, um die Zustände der arbeitenden Klassen zu erleichtern und zu verbessern.“ Zum Schluß spricht der König die Hoffnung aus, Belgien werde auch ferner seine „Mission des Friedens und der Arbeit“ mit Erfolg ausführen, wenn nur die Nation Glauben an sich selbst habe und einig bleibe.

Schweden.

Christiania, 16. Juni. Das Morgenblatt bezeichnet den Theil der Presse, der für die Theilnahme an dem dänisch-deutschen Krieg sei, offen als die servile und nennt Bergen eine von den wenigen Städten, welche nicht ganz und gar und einstimmig gegen die Theilnahme an dem dänischen Krieg ist. (H. Korr.)

Großbritannien.

London, 26. Juni. Die Parlamentsverhandlungen tragen seit einiger Zeit einen sehr gemischten, unsteten Charakter; kleine Fragen werden vielfach angeregt, Interpellationen über dies und jenes finden häufig Statt, Verhandlungen über wichtige Gegenstände dagegen, wie die über die Reform der Schifffahrtsgesetze, über Hume's Antrag auf Erweiterung des Wahlrechts, über die Zuckerzölle u. s. w. werden immer wieder vertagt. Man möchte nicht gern die Schwierigkeiten der allgemeinen europäischen Lage durch die speciell englische eines Kabinetswechsels vermehren; dagegen läßt man keine noch so wohlfeile Gelegenheit zu Chikanen gegen das Ministerium unbenutzt. Am natürlichsten wäre vielleicht bei der immer mehr hervortretenden Zerfahrenheit der Parteien (Cobden geht sogar so weit, gar keine Parteipolitik mehr anzuerkennen), ein Mischministerium, mit Peel, Russell, Palmerston, von denen eigentlich Jeder unentbehrlich ist, vielleicht sogar mit einem gemäßigten Tory oder gemäßigten Radikalen, aber die Whigs, im Grunde stolzer und adliger als die Tories, unter denen sich manche in engherzigen Schollenintressen festgerannte Krautjunker befinden, scheinen weder dem Glanz einer geschlossenen mächtigen Partei, noch den Ansprüchen entsagen zu wollen, daß sie innerhalb der von der Reformbill gezogenen Grenze fortschreitend, für sich allein die Macht und die Größe Englands erhalten können. Leider vermögen sie es nicht dahin zu bringen, daß das Land die Zweckmäßigkeit ihrer finanziellen Maßregeln anerkennt, und dies ist auch die Klippe, an der sie früher oder später scheitern werden. Wenn sie klug genug sind, geben sie dann einzelne Bruchtheile an die nachfolgende Verwaltung ab; denn es läßt sich nicht läugnen, daß die Whigregierung aus einem Verein seltener Talente und unbescholtener Männer gebildet ist. Diesem Ruf der Unbescholtenheit, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit einen Makel anzuhängen, ist den Tories noch nicht gelungen, so emsig sie auch nach jedem Anlaß hiezu spüren. Erst in der Unterhaussitzung vom 23. Juni beschuldigte Lord G. Bentinck den Minister der Kolonien, daß dieser gewisse über den Zustand der westindischen Kolonien eingelaufene Komiteberichte, welche den Forderungen der Zuckerpflanzer zu Gunsten lauteten, verheimlicht habe, wogegen Lord Russell mit dem Zorne edler Entrüstung bemerkte: Solche Ränke und Unterschleife erlaubten sich die Staatsmänner nicht, welche seit Langem an der Spitze der Geschäfte ständen, hierzu wären und dächten sie zu adlig, eher möchte dies so die Art von Männern sein, welche sich, wie der edle Lord, mit der Pferdezucht beschäftigen und darin geübt seien, die Betrügereien eines Roßtäuschers zu entdecken, das gebe ihm aber noch kein Recht, den Grafen Grey eines Betruges zu zeihen u. s. w. Disraeli benutzte mit gewohnter Hast diesen Ausfall zu bittern und beißenden Angriffen auf Lord Russell, welche mit unermeßlichem Beifall aufgenommen wurden. Der Redner schloß: daß sich kein deutscher Ehrenmann die Aufführung gefallen lassen könne, welche sich heute Abend Lord Russell erlaubt habe. Die etwas skandalöse Scene führte im Grunde zu Nichts. Im Oberhause brachte an demselben Tage Lord Kinnaird die Angelegenheit des Großherzogthums Posen zur Sprache und bemühte sich, die Anschuldigung begangener Grausamkeiten von den Polen auf die Preußen und Juden zurückzuwerfen; die Polen hätten im Ganzen ja nur fünf Juden getödtet u. s. w. Er richtete an die Regierung die Frage, ob sie von ihrem Gesandten in Berlin Aufschlüsse erhalten habe und gewillt sei, das Haus davon in Kenntniß zu setzen? Graf Ellenborough beschwerte sich darüber: daß Leute, die sich gern sprechen hörten, mit solchen Interpellationen die Geduld des Hauses ohne Zweck und Nutzen auf die Probe stellten, da sie doch Angelegenheiten beträfen, welche England im Geringsten Nichts angingen. Der Graf hat vollkommen Recht; denn eben so gut, wie Lord Kinnaird sich über angeblich von den Preußen und Juden begangene Grausamkeiten beschwert und darüber von der Regierung Auskunft verlangt, eben so gut könnte er über die Linientruppen und Nationalgardisten in Paris Beschwerde führen, welche gegen Insurgenten, die sich Grausamkeiten zu Schulden kommen ließen, eben auch nicht auf's Glimpflichste verfuhren.

London, 27. Juni. Die Debatte über die Zuckerzollfrage wurde am 25. wieder aufgenommen und abermals vertagt. Auf eine Frage Hrn. Osborne's antwortete Palmerston, daß die officiellen Mittheilungen zwischen England und Spanien jetzt durch die beiderseitigen Konsuln besorgt würden. Sonst hatten die Verhandlungen dieses Tages nichts besonders Merkwürdiges.

Die Times warnen vor einer Aenderung des Ministeriums im protektionistischen Sinne. Man denke sich, sagt diese Zeitung, die protektionistische Partei im Amt, eine dadurch gebotene allgemeine Wahl noch vor dem Herbst, das Land im Fieberzustand der Aufregung, die Whigs um Popularität buhlend, die „sechs Punkte“ (der Chartisten) mit den „vier Punkten“ (des Hume'schen Volksbundes) um den Vorrang kämpfend, die League wieder aufgelebt, die westindischen Zuckerpflanzer voll Groll und Mißmuth, die Irländer voll Sieg, von der allgemeinen Verwirrung Nutzen zu ziehen, das Ministerium als ein protektionistisches nicht im Stande, sich auch nur einen Tag lang nach Eröffnung des Parlaments zu erhalten — was dann? Wer die Folgen berechnen könne? Europa stehe in Flammen, ob man auch noch England muthwillig in Brand stecken wolle? — Auch Daily News widmet der Ministerkrisis eine Betrachtung und hebt dabei namentlich hervor, daß der Bruch zwischen den Whigs und Protektionisten durch die letzten im Parlament gefallenen Beleidigungen (s. oben) nun auch ein persönlicher geworden sei. Ein Ministerium Stanley, sagt diese Zeitung, wäre der Anfang vom Ende, und Peel würde viel zu klug sein, um durch seinen Abfall von der jetzigen Regierung dem genannten Lord den Weg ins Ministerium zu bahnen. Dieses Blatt hofft, daß sich das jetzige Kabinet nach dem Vorschlage Sir J. Grahams durch das linke Centrum der Tories verstärken werde, räth aber den Reformern, von ihren Bestrebungen in keinem Falle abzulassen.

Frankreich.

Paris, 28. Juni. Die Blätter bringen eine Menge einzelne Züge, welche den Kampf vom 23. — 26. Juni charakterisiren; mag auch Manches davon übertrieben oder irrig sein, das Meiste wird so allgemein und übereinstimmend, zum Theil aus officiellem Munde, versichert, daß man keine Ursache hat, daran zu zweifeln. Ganz einstimmig sind Alle darin, daß der Verlust an Todten und Verwundeten sehr groß sei; werden doch z. B. allein von dem Kampfe zwischen den Gefangenen und Nationalgardisten, der vorgestern Abend am Kaiserfest Statt fand, auf Seite der Letzteren 11 Todte und 48 Verwundete, auf Seite der Insurgenten 19 Verwundete und 48 Todte gezählt. Man spricht von 6000 Gefangenen und schätzt die Zahl der Insurgenten, die im Ganzen am Kampfe Theil nahmen, auf 40 — 50,000 an. Die Vorstadt St. Antoine glich einer großen Festung; aus Fenstern, Kellern, von den Dächern herab wurde geschossen, und die Befestigungen waren, wie der National sagt, mit infernalischer Geschicklichkeit angelegt. In weitem Umkreis war fast jedes Haus eine Waffenniederlage oder ein kleines Pulvermagazin; in Milchtöpfen, Bradkörben wurde Munition zugetragen, wenn auch die Wachsamkeit der Nationalgarden nicht selten dazwischen trat. Die Keller waren zum Theil durchbrochen, so daß eine fortlaufende Verbindung Statt fand, und man aus jedem Hause sehr rasch flüchten konnte. Die Nationalgarde hat dadurch große Verluste erlitten; sie rückte, weil die Wohnungen leer schienen, unbesorgt und rasch vor, bis sie plötzlich von einer unterminirten Salve aus den Häusern getroffen ward. An tückischen Ueberfällen, an meuchlerischen Schandthaten hat es überhaupt nicht gefehlt; der Schuß, der den heldenmüthigen Erzbischof traf, als er über die Barrikaden zu den Insurgenten heraufstieg, um Frieden zu stiften, kam von der Seite aus einem Hause. Die Gerüchte, daß vergifteter Branntwein cirkulire, erhalten sich allgemein; eine Händlerin wurde unter sehr verdächtigen Indicien festgenommen. Mag man so Entsetzliches zur Ehre der Menschheit gern bezweifeln, so wird es doch glaublich, wenn man Anderes, was von Augenzeugen bestätigt und ohne Widerspruch erzählt wird, damit vergleicht. Wenn man weiß, wie feig und tückisch man Gefangene z. B. den General Bréa oder Friedensstifter, wie Negrier, mordete, wenn man die verstümmelten oder die gespießten Leichname ansah, womit die Barrikaden aufgepuzt waren, so wird jeder Gräuel glaub-

Digitized by Google

Denkschrift über die Bildung einer deutschen Kriegsflotte vom Marineausschuß der Bundesversammlung*).

II. Seit dem nun ablaufenden Bestehen des Bundestages ist von demselben wohl keine interessantere Denkschrift ausgegangen als die oben genannte. Da auch Sie das Gute annehmen, woher es kommen mag, und da ganz Deutschland den Mangel einer eigenen Seemacht in einem Augenblick, wo uns, einer Macht von 45 Millionen, selbst dem kleinen Dänemark gegenüber, Hände und Beine gebunden sind, aufs Lebhafteste empfindet und beklagt; so werden Sie mir wohl den Raum gestatten, um die Hauptpunkte jener Denkschrift hervorzuheben. Es gilt, die Integrität Deutschlands kräftig geschützt, seine Flagge geachtet, seinen Handel wieder blühend zu sehen und künftighin auf der See auch etwas zu gelten. Dazu bedürfen wir einer Kriegsmarine, und diese muß deutsch, ganz deutsch sein — das steht als leitender Grundsatz oben an.

Je nach den Mitteln und dem Zweck oder wird man verlangen, entweder 1) eine Kriegsmarine zur bloß defensiven Küstenvertheidigung, oder 2) eine solche zur offensiven Vertheidigung und zum nothwendigen Schutze des Handels, oder 3) eine selbständige Seemacht.

In ersterer Hinsicht wird die deutsche Küste mit einigen scharfen Strichen gezeichnet. Unsere Nordseeküste begleitet ein Wattengürtel, größtentheils von einer Reihe kleiner Eilande gesäumt. Die Mündungen der Ems, Jahde, Weser und Elbe bilden tiefe Durchfahrten durch diese Bänke und Inseln, in welche mehr oder minder bequem Fregatten und selbst Linienschiffe (so in die Emsmündung bis Delfzyl, in die Jahde bis zur Höhe von Hooksiel, in die Elbe bis Glückstadt und an die davor liegende Insel Krautsand) einlaufen können. Für kleinere Fahrzeuge ist die Elder von großer Wichtigkeit, weil sie durch den Kieler Kanal mit der Ostsee in Verbindung steht. Der Kieler Hafen ist ein natürlicher Kriegshafen und zur Aufnahme der größten Flotte geschickt; allein da er nur zwei Ausgänge hat, die leicht zu sperren sind, den großen Belt und die schmale Passage zwischen Fehmern und Laaland, so scheint er sich nicht zu einem Hauptkriegshafen zu eignen. Die Rheden von Eckernförde, Flensburg, Apenrade, von Lübeck und Rostock sind an sich vortrefflich und selbst für Linienschiffe zugänglich. Auch Rügen ist von vielen, zum Theil recht guten Ankerplätzen umgeben. Von den drei Odermündungen bietet die mittlere bis Swinemünde hinauf für Fregatten hinlängliche Tiefe dar, mit einer guten Rhede davor. Ist die Provinz Preußen auch arm an guten Häfen, so gewährt dagegen am Eingange in die große Danziger Bucht das Putziger Wiek einen der sichersten und bequemsten Ankerplätze an der Südküste der Ostsee, der die größte Flotte aufnehmen kann; überall in dem weiten Golf ist guter Ankergrund, namentlich näher an Danzig, bis wo die Halbinsel Hela noch gegen den Seewind schützt. In Danzig soll daher (auch aus strategischen Gründen für den Seekrieg) für die Ostsee der größte deutsche Kriegshafen, in Kiel erst der zweite angelegt werden. Dafür spricht ferner Danzigs Reichthum an Schiffbauholz (Kriegswerft), die große gesicherte Rhede, selbst der Plan Napoleons, dort einen Kriegshafen erster Größe anzulegen. Für unsern Hauptkriegshafen der Nordsee wird Glückstadt oder die Insel Krautsand empfohlen; am adriatischen Meere natürlich der österreichische Kriegshafen von Pola, an der Südspitze Istriens.

Zur bloßen Küstenvertheidigung nun sollen, außer den Strandbatterien, den Blockschiffen zur Versperrung des Fahrwassers ꝛc., mindestens 40 Jaffelkanonenböte vorzüglich für die Nordseeküste und 80 Kanonenschaluppen (Ruderkanonenboote größerer Art, eine Skärenflotte) in der Ostsee gegen die russischen und skandinavischen Ruderflottillen, nebst den nöthigen Dampfschleppern gehören. Ist Rußland doch im Stande, uns auf seiner baltischen Flotte mit einem Male an jedem Punkt der Küste 30,000 Mann auf den Leib zu schicken!

Wollen wir aber schon zur offensiven Vertheidigung auf der See vorschreiten, wie z. B. jetzt gegen die dänische Blokade unserer Häfen, so empfiehlt die Denkschrift zunächst eben so schwer armirte als schnelle Dampfschiffe, welche, unter Umständen von den Kanonenbooten unterstützt, den raschen Kampf mit den feindlichen Kreuzern aufnehmen oder über dieselben herfallen können. Kriegsdampfer werden uns unter allen Umständen unentbehrlich sein. Wenn auch im eigentlichen Entscheidungskampfe auf der offenen See nur eine Hilfswaffe im Dienste der Linienschiffe und Fregatten, werden sie doch die Seeschlachten der Neuzeit einleiten und nach errungenem Siege den Feind verfolgen, seine Niederlage vervollständigen. Die Kosaken des Meeres hängen die Dampfer an den Fersen der feindlichen Flotte, gönnen ihr nicht Ruh noch Rast und ereilen so jede Herstellung der Ordnung. Mindestens würden 12 Dampfkreuzer gleich anzuschaffen sein, von denen einige stets kampfgerüstet zur Verfügung blieben, während die andern in Friedenszeit zum Packetdienst verwendet würden und gleichsam die Reserve der Dampfflottille bildeten, mit deren Hilfe Deutschland 10,000 Mann mit Leichtigkeit nach den dänischen Inseln ꝛc. hinübersenden könnte.

Zum Schutze des deutschen Handels nach entlegenen Häfen, zu weiten Ueberfahrten, zu längeren Blokaden namentlich transatlantischer Küsten — dazu eignen sich jedoch die Dampfschiffe nicht, dazu bedürfen wir vor allen Dingen größerer Segelschiffe, der stärksten Fregatten von 60 Kanonen. Die Fregatte, das Auge der Flotte nach Lord Nelsons Ausdruck, ist „der echte Typus des selbständigen Kreuzers, des Streifers durch die Meere, das Ideal der Kommandanten und der Liebling der Matrosen.“ Sechs Fregatten, die in der Nordsee ihre Hauptstation hätten, hält die Denkschrift mindestens für nöthig; ein Paar von ihnen wären, zum Schutze gegen die feindlichen Dampfer, auch mit Hilfsdampfmaschinen und der Archimedesschraube zu versehen. Diese Zahl reiche hin, um, Nordamerika ausgenommen, mit allen andern Staaten der neuen Welt Krieg zu führen und unserer jungen Flagge auch in den chinesischen Gewässern diejenige Achtung nöthigen Falls zu erzwingen, deren dort die andern seefahrenden Völker bereits genießen.

Mit diesem Minimum einer deutschen Marine — nämlich 6 Fregatten von 60 Kanonen, 12 Dampffregatten von 850 bis 1300 Tonnen und 350 bis 500 Pferdekraft, 40 Jaffelkanonenbooten, 80 Kanonenschaluppen und eine Anzahl gemietheter Dampfschlepper — wäre indeß noch nicht daran zu denken eine selbständige Rolle auf der See spielen zu wollen. Wollen wir dies oder, wollen wir wirklich mehr als eine bescheidene Stellung zur See erringen, die keine Eifersucht erwecken kann, dann nur keine Holdheit, denn diese würde Deutschland wegen seiner Lage zwischen den drei großen Seemächten, England, Frankreich, Rußland, nur verderblich sein können. Selbst mit einem Geschwader von 12 Linienschiffen würden wir unserm gefährlichsten Nachbar, der russischen Ostseeflotte (27 Linienschiffe), gegenüber zu schwach sein. Die Denkschrift meint, daß Deutschland entweder gar keine Linienschiffe oder gleich so viele haben müsse, daß es als selbständige Seemacht seinen Nachbarn gegenüber auftreten kann. Jedes Mittelding wäre eine unnütze Ausgabe, eine leere Prätension, und würde Erwartungen in der Nation erregen, denen die Seemacht im Moment der Gefahr nicht zu entsprechen vermöchte. Deßhalb werden als das Minimum einer selbständigen Seemacht 20 Linienschiffe, 10 Fregatten, 30 Dampfer, 40 Jaffelkanonenboote, 80 Kanonenschaluppen angenommen. Die Linienschiffe sollen mit einer Archimedesschraube versehen sein, da sie weniger zu langen Reisen als vielmehr für die europäischen Meere, wo dach meist die Hauptschläge geführt werden, bestimmt sind, und daher auch weniger Lebensmittel als die Fregatten einzunehmen brauchen. Eine solche Flotte würde aber Deutschland zur vierten Seemacht ersten Ranges machen und es in den Stand setzen, eine große, seiner Stellung in Europa würdige Rolle auf dem Meere zu spielen. Alsdann würde Deutschland seiner Seemacht wegen als Bundesgenosse ebenso gesucht sein als wegen seiner Landmacht, gegen Rußland aber den Vortheil haben, daß seine Flotte, bereits 3 bis 4 Wochen früher in See, die russische, noch vom Eise eingeschlossene, leicht in ihren Häfen blockiren oder sie wohl gar trennen und einzeln schlagen kann.

Ist Deutschland nun schließlich auch im Stande, eine solche Flotte zu bemannen und die dazu erforderlichen Summen zu erschwingen? Die erste Frage ist zu bejahen, sobald nur ein Gesetz jeden deutschen Seemann im Fall eines Kriegs zum Dienen auf der Flotte verpflichtet. Denn jene gesammte Seemacht würde vollzählig nur 15,600 Matrosen und, exclus. Schiffsjungen, 2500 Calfateurs, Fischer ꝛc. erfordern, die preußische Rhederei allein aber beschäftigt die Hälfte dieser Bemannung. Indeß würde es hinreichend sein, einen Körper von etwa 6000 wohlgeschulten Seeleuten stets vollzählig zu erhalten, der zugleich die nöthigen Unteroffiziere lieferte. Das Officierkorps der Marine, aus einer besondern Bildungsanstalt hervorgehend, würde im Fall des Kriegs, analog dem Landwehrsystem, durch eine Anzahl aus der Handelsmarine gewählter Seewehr-Officiere verstärkt werden, auch Art der Officiers auxiliaires der Fronzosen, der Monotelieutenants der Dänen ꝛc. Ueberhaupt dürfte, scheint mir, in den Küstenländern eine Seewehr-Miliz zu organisiren sein, wie sie in einigen Ländern besteht, z. B. in Spanien und Dänemark. Was endlich den Kostenpunkt anbelangt, so veranschlagt die Denkschrift die

*) Als Manuskript veröffentlicht und unterzeichnet: Ad. P. v. P.

jährliche Gesammtausgabe für die Marine, würden die Baukosten der Flotte und der Häfen auf 10 Jahre vertheilt, ungefähr auf den dritten Theil des preußischen Militäretats der letzten Jahre. Wahrlich, das erscheint für ganz Deutschland nicht unerschwinglich, und eine solche Summe dürfte durch Einführung einer allgemein deutschen Wehrverfassung doch leicht bloß an unsern Landherren erspart werden können.

Italien.

* Italien macht gegenwärtig mehr oder weniger in allen seinen verschiedenen Staaten auf den Beobachter einen äußerst unerquicklichen Eindruck. Nach dem wilden Freiheitsrausche von gestern befindet es sich heute in den ersten Morgenstunden der Nachwehen. Die Poesie der bunten Festaufzüge, der Illuminationen und Evivas ist vorüber, die Prosa der nüchternen Organisation der neuen Zustände steht auf der Tagesordnung — und da fehlt es denn dem Volk an ernster Besonnenheit und seinen Führern, mit wenigen Ausnahmen, an gründlicher staatsmännischen Bildung. Dazu kommt, daß allmählich im Laufe der Ereignisse bei den Haupttonangebern die eigentlichen Beweggründe ihres politischen Gebahrens zu Tage treten, und die sind nur zu oft Nichts weniger als edel und selbstsuchtslos. Den Reigen führt in dieser Beziehung der alte Kardonari, Karl Albert. Für ihn ist die italienische Bewegung niemals etwas Anderes gewesen, als eine sehr willkommene Gelegenheit, sich zu arrondiren. Denn kaum, daß er in der Thüre des neuen Staatszimmers steht, so beginnt schon in Turin, trotz aller Gegenversicherungen der Gazetta Piemontese, ein sehr bemerkbarer Rückschritt in der Handlungsweise der Regierung, der ohne Zweifel noch offener hervortreten würde, wenn nicht Genua, das seine einstige Einverleibung in Sardinien noch nicht vergessen kann, in ziemlich geschlossener Stellung auf der Erfüllung der einmal gegebenen Versprechungen beharrte. Ferdinand II. hat der lang berüchtigten Politik der neapolitanischen Krone alle Ehre gemacht. Derselbe König, der da seinem Volke „aus eigenem Antriebe" eine Verfassung gab, entledigt sich der ihm unbequemen Liberalen mittelst der untersten Hefe des Pöbels und geht augenblicklich damit um, die 10,000 Kalabresen, welche in der drohendsten Haltung ihm gegenüber stehen, mittelst eines ohne Zweifel ebenso trügerischen Amnestieversprechens zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Sicilien hat nunmehr seine von England und Frankreich anerkannte Selbständigkeit errungen. Wenn letzteres als Bedingung dieser seiner Anerkennung verlangt, daß das Land sich einem italienischen Fürsten unterwerfe, so soll damit nur dem übermächtigen Einfluß Großbritanniens auf die Insel in Etwas entgegengewirkt werden, das jetzt ganz ohne Zweifel die bisher bewiesene Freundschaft sich in gewohnter Weise wird bezahlen lassen. In Rom beginnt man bereits, den inneren Widerspruch gewahr zu werden, in dem Papstthum und Konstitution unabänderlich ihrem Wesen nach zu einander stehen müssen, so daß es der ganzen Schlauheit des Ministerpräsidenten Mamiani bedarf, um durch materielle Zugeständnisse an das Volk sich gegenüber dem Treiben der alten orthodoxen Partei der Geistlichkeit auf seinem Platze zu behaupten. Und endlich auf dem Kriegsschauplatze, in der Lombardei, sind die heißen Hoffnungen der Italiener nach und nach etwas naßkalt geworden, wenn gleich die meisten Journale, die ebenso wie bei uns durch Schreien ihre geistige Armuth zu verdecken suchen, ihre Spalten mit den tollsten Siegesnachrichten anfüllen, oder wenn diese Quelle der Existenz durchaus versiegt, auf eine allen Anstand vergessende Art ihre Feinde schmähen und begeifern. Geld fehlt, Mannschaft fehlt, die auf den Altar des Vaterlandes niedergelegten Opfer fallen, trotz der pomphaften Ankündigungen, nur spärlich aus, und hie und da tauchen selbst bedenkliche Sympathien für die barbari tedeschi auf. Unser Triester Korrespondent sprach schon neulich von einer nicht unbedeutenden deutschen Partei in Venedig. Heute bringt nun als die beste Bekräftigung dieser Wahrnehmung die Gazetta di Firenze einen Erlaß der provisorischen Regierung von Venedig, dem wir folgende Punkte entnehmen: 1) Wer beunruhigende Gerüchte oder Anklagen gegen Civil- und Militärpersonen, die Sicherheit und Vertheidigung des Staates angehend, ausstreut, soll augenblicklich verhaftet und vor die Behörde der öffentlichen Ueberwachung geführt werden. 2) Weiß der Verhaftete nicht die Quelle jener Gerüchte anzugeben, so wird er als Urheber derselben mit einer Gefangenschaft von 15 Tagen bestraft, oder einschlagenden Falls vor das Kriminalgericht gestellt. — Es heißt freilich: inter arma silent leges, und das Ausschwatzen aus dem eigenen Lager ist dem prahlerischen Italiener ebenso eigen, wie dem gutmüthigen Deutschen; allein man bedenke einmal kurz die Folgen, welche der Parteihaß aus einer solchen Maßregel zu ziehen im Stande ist, zumal auf einem Boden, auf dem einst unter den Zehen sogar die leblosen Löwenbilder zu Spionen wurden; und dann liegt doch eben ein Eingeständniß von Schwäche darin, die sich unter dem Terrorismus verbergen will. — Somit geht denn das Streben der kleinen Partei, die Italien zu einem mächtigen, einigen Staat zu erheben trachtet, bis jetzt gänzlich leer aus. Wir wollen nun hoffen, daß Deutschland, welches man so hämisch, in seinen politischen Beziehungen, mit dem Lande der Citronen verglichen hat, ihm hierin nicht nachahme.

Jonische Inseln.

* Nach Nachrichten aus Italien ist die allgemeine Bewegung Europas selbst bis zu den jonischen Inseln gedrungen. Es mag immerhin sehr wahr sein, daß Englands Protektorat eine schwere Bürde ist, die Paläste der britischen Gouverneure auf Korfu und Cephalonien sind wenigstens durchaus nicht von einer Bauart, daß daneben sich etwa noch ein griechischer Freiheitstempel sehen lassen könnte — allein es stützen daselbst so viele eiserne Säulen ihre aufgezwungene Herrschaft, daß auf den Fall einer Empörung beide Städte in wenig Stunden von der Erde vertilgt sein können. Denkt man nun vollends an das nahe Malta, so erscheint, ganz abgesehen von dem guten Grunde der jonischen Unzufriedenheit, das gegenwärtige revolutionäre Treiben der Bevölkerung als eine Albernheit; wenn auch Sicilien daraus gute Lehren ziehen kann, falls es noch nicht zu spät ist.

Amerika.

Washington, 5. Juni. Die **Wes. Z.** enthält von hier folgende Privatmittheilung: Wir haben nun einen definitiven Frieden mit Mexiko. Es liegt allerdings eine mißtrauische Qualifikation in dieser Bezeichnung; indeß ist der Traktat doch (am 18. Mai) mit der überwiegend starken Mehrheit von 51 gegen 35 Stimmen von der mexikanischen Deputirtenkammer ratificirt worden. Man rechnete in Mexiko allgemein auf seine beinahe einstimmige Annahme im Senate. Mexiko hat nicht länger Aussicht auf seine Hauptzuversicht in diesem Kriege, auf — europäische Beihülfe, und so ist vielleicht von den noch übrigen Kriegsmännern Almonte, Paredes und Bustamente, obschon letzterer an der Spitze dessen steht, was von der mexikanischen Armee noch übrig ist, wohl wenig zu fürchten. Die Außenposten der amerikanischen Armee sind bereits einberufen, und der Rückmarsch nach der Küste sollte zwischen dem 1. und 15. d. M. stattfinden. Die Embarcation zu Veracruz wird General Persifor F. Smith leiten. General Scotts hat die Fahne, welche zuerst über dem Pallast der Montezuma's wehte, letzte Woche dem amerikanischen Kongresse (dem Senate) überreicht. Die Ratifikation dieses Friedenstraktats setzt der rasch zu Ende laufenden, ereigniß- und erfolgreichen Administration Polks die Krone auf. — General Scott, „der Eroberer Mexiko's", war hier in Washington — er ging heute Morgen von hier nach Frederick, Ind., ab, wo das Untersuchungsgericht in Sachen Pillow's u. s. w. fortgesetzt wird. Er leistet Gen. Cass, seinem großen politischen Opponenten, doch Waffenkameraden im letzten Kriege mit England, bis Baltimore Reisegesellschaft.

Die Ernennung des Gen. Cass von Michigan, Senators und gewesenen Gesandten in Frankreich, für die Präsidentschaft, mit Gen. W. O. Butler von Kentucky, gegenwärtigen Kommandirenden der Armee in Mexiko, für die Vicepräsidentschaft, findet überall sehr herzlichen Beifall bei der demokratischen Partei mit Ausnahme der Coterie in Newyork. Gerade ausgesagt, ist die Wahl des Gen. Cass die beste, die man irgend hätte treffen können.

Diesen Mittheilungen der „Wes. Z." möge hinzugefügt sein, daß die Wahl des Gen. Cass zum Präsidenten den Engländern schwerlich willkommen sein dürfte, da, unsers Erinnerns, Cass als Gesandter am Hofe von Paris und dann namentlich in der Oregonfrage sich den Engländern nicht sehr schmiegsam gezeigt hat. Es liegt in der menschlichen Natur, das zu hoffen, was man wünscht, demzufolge versichern die englischen Journale, daß man an der Wahl der von der Gegenpartei aufgestellten Kandidaten zur Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft, des Generals Taylor und des Hrn. Phillimore, kaum zweifeln dürfe.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elkan & Kap., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Griechische Länder wende man sich an C. L. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 183. Heidelberg, Montag 3. Juli. 1848.

Uebersicht.

Jahresrückblick. — Wien (Zusammenhang der polnischen, czechischen und illyrischen Erhebung. Entdeckung einer geheimen Korrespondenz des Fürsten Metternich. Ausgleichung der Differenzen zwischen Kroatien und Ungarn durch Erzherzog Johann. Einnahme von Palmanuova). Berlin (die Behörden. Friedliche Versicherung Seiten Rußlands). Aus Rheinpreußen (eine ununterbrochene Versammlung; ein Krawall auf Probe. Exzesse gegen Camphausens Wohnung. Besorgnisse von der nächsten Zukunft). München (die Stimmung der Baiern gegen die Republik). Stuttgart (Parteitreiben. Reorganisation der Verwaltung. Die Soldatenexcesse in Ulm). Ulm (die Soldatenexcesse). Leipzig (der Nothstand. Das Treiben der sogen. republik. Partei). Aus dem Wiesenthal (die geistige Potenz der Anachronisten). Darmstadt (Verhandlungen der Kammer über den Antrag von Zitz, Mohr, Behlen und Grobe. Erklärung des vaterländischen Vereins über den Aufruf des demokratischen Centralausschusses). Frankfurt (Bekanntmachung des Marineausschusses. Rückblick auf die Verhandlungen über die Centralgewalt. Der demokratische Centralausschuß und der Abg. Kapp.

Schweiz. Bern. Der Verfassungsentwurf. Die Tagsatzung geschlossen. Ochsenbein Gesandter. Organisation des Erziehungswesens. Genf. Ausweisung konservativer Dinger.

Großbritannien. Lage in Irland. Zusammenkunft der bewaffneten Klubs.

Frankreich. Der National über die italienische Angelegenheit.

Italien. Antwort des Kaisers von Oesterreich an den Papst. Neapel. Zustand der Auflösung.

Ungarn. Pesth. Anwachsen des serbisch-illyrischen Aufstandes.

Beilage. Errichtung der Ems in Betreff einer deutschen Kriegsmarine. — Schweiz. Zürich. Verhandlungen des Gr. Raths. Neue Wahlen. Hauptmann Wiederkehr. Frankreich. Paris. Proklamation der Regierung. Verhandlungen der Nationalversammlung. Präsidentenwahl. Cavaignac. Die Verluste der 3 Tage.

Heidelberg, 2. Juli.

Wenn wir auf das Jahr der Existenz unserer Zeitung zurückblicken, welch ein wunderbarer Wechsel der Dinge! So Vieles hat selten ein Blatt in einer so kurzen Zeit erlebt; so Vieles, was seine Grundsätze von so vielen und entgegengesetzten Seiten zu erschüttern strebte. Wir sind uns treu geblieben und werden uns treu bleiben, so lange der Boden unter unseren Füßen nicht völlig schwindet.

Wir hatten damals die deutliche Ahnung der Zeit, in der wir lebten, oder der wir entgegenlebten; wir begannen unser Programm mit den Worten, nie sei ein Augenblick gewesen, der so sehr auffordere, die Schicksale des Vaterlandes nicht dem blinden Zufalle oder der blinden Leidenschaft Preis zu geben. Wir blickten auf den stetigen, im Ganzen ruhigen Gang unserer Entwickelung während des letzten Menschenalters zurück und fühlten uns ermuthigt an dem stufenweise Fortschritte, den wir vor uns sahen und an der Beschleunigung der fortschreitenden Bewegung, die wir in der Gegenwart zu beobachten Gelegenheit hatten, und in die wir mit den Anfängen unseres Blattes mitten hinein traten. Die Vorgänge in der Schweiz, die reformistischen Bewegungen in Italien stellten einen regelmäßigen Fortgang dar, in dem sich Kraft und Mäßigung die Wage hielten, und eine solche Evolution des politischen Geistes hatten wir für Deutschland immer in Aussicht genommen, als die Art von Entwickelung, die dem Genius des deutschen Volkes am Besten zusagte. Aber wir erwogen schon damals die Gefahr der Gährung, die diesen ruhigen Bildungsgang bedrohte. Wir bezeichneten die drohende Revolution und den hemmenden Konservatismus als die Klippen, an denen er scheitern konnte; was uns hoffen machte, war die Beobachtung, daß das Ganze der Nation der ruhigen natürlichen Fortentwickelung instinktiv anhing, daß es nur kleine Bruchtheile im Volke waren, denen dieser Gang theils zu langsam, theils zu rasch erschien. Wir riefen auf, zwischen diesen beiden Extremen der revolutionären und reaktionären Elemente bei der Gesammtheit und ihrer großen stetigen Bewegung auszuhalten. Wir waren sicher, die hemmenden Kräfte, den verblendeten Konservatismus in der Kürze zu überwinden und die überstürzenden Kräfte, die blinde Leidenschaft auf die Länge zu bändigen.

Aber es überraschte uns, was wir zwar auch bei unserem Uebereifer der Zeit in Rechnung gebracht hatten, was aber nach Umfang und Eintritt nie genau berechnet werden kann, es überraschte uns der blinde Zufall, der außerhalb unserer Bildung und ihres eigenen Ganges emportauchend die Fluth der allgemeinen europäischen Dinge so hoch schwellte, daß unser ungeschütztes Vaterland nothwendig davon aufs Tiefste erschüttert werden mußte. Die Revolution, die Einführung der Republik in Frankreich, die socialistischen Versuche, die kommunistischen Aussichten, die sich daran knüpften, das Alles als ein Ferment zu der vorhandenen Gährung, als ein Nachstoß zu der vorhandenen Bewegung in Deutschland hinzugekommen, wie konnte es anders, als die furchtbarsten und plötzlichsten Wirkungen erzeugen? Vier Monate haben wir seitdem verlebt, und welch ein Umschwung! Behalten wir den Standpunkt bei unserem Blatte und seiner Stellung, um uns nur Ein kleines Bild des Wechsels zu entwerfen; damals waren wir in Oesterreich und Kassel verboten, in Preußen verfolgt und bestenert, an vielen Orten nur heimlich gelesen, zu Hause vermahnt und mit Ungeduld ertragen; das Höchste unserer Thätigkeit war, mit dem Ultramontanismus über die Sonderbündelei zu kämpfen; und die Absurditäten des Rheinischen Beobachters zu widerlegen, war einige Mal ein nothwendiges und wichtiges Geschäft! Und nun? nun klammert sich Alles, was damals das Anathem über uns rief, an uns an als an den einzigen Anker, der gehalten hat, nun, da es fürwahr kein Wunder gewesen wäre, wenn wir selbst vor dem andrängenden Sturme den Anker gelöst und das verhängnißvolle „Zuspät" auch unsererseits den zu spät Bekehrten entgegengerufen hätten. Aber auch welch ein Schiffbruch rings um uns her! Dieses bewegungslose Oesterreich in dreifachen Bürgerkrieg verwickelt und die stolze Kaiserburg von einem Volksregimente überherrscht! Dies auf seinen unerschütterten Ruhestand so lange stolze Preußen von den wüstesten Ausbrüchen des revolutionären Geistes gelähmt! In Baiern und Darmstadt Thronwechsel ohne Todesfälle! In Schwaben die Disciplin der Truppen aufgelöst! In Baden eine republikanische Schilderhebung, und eine ähnliche im Herzen von Deutschland, in dem unbewegten Centrum, in dem ruhigen Thüringen! In Schleswig eine revolutionäre Abreißung von Dänemark! In Hannover und Kurhessen der Starrsinn der Fürsten spielend überwunden! Das Land von Volksversammlungen, von Klubs und Vereinen in athemloser Bewegung gehalten! Fürstenkongresse vereitelt, Parlamente improvisirt, der Bundestag aufgehoben! Fürwahr, in einem Einzelstaate hänfen sich die Ereignisse und die Wechsel der Zustände nicht in dieser Weise! Dies getheilte kleine Räderwerk setzt ein so heftiger Anstoß in raschere Bewegung, als das Eine große Rad einer einheitlichen Staatsmaschine! Wir treiben beschleunigt noch in der gleichen Richtung fort, da in Frankreich, von wo der Stoß ausgegangen war, bereits die Schaufeln stecken und die treibenden Wasser ausgießen und eine rückgängige Bewegung anzutreten scheinen.

Möchten wir bei dem Anlasse der jüngsten Ereignisse in Paris doch auf das ernsteste mit uns selbst in Berathung gehen und uns den Weg überlegen, den wir einschlagen wollen. Wir haben vor zwei Dingen uns in Acht zu nehmen, die durchaus in unserer Natur und Geschichte begründet liegen. Es ist uns eigen, langsam zu lernen, zu hören gewöhnlich erst, wenn wir fühlen müssen, zu handeln, wenn man uns erst mißhandelt hat. Das haben wir in der französischen Kaiserzeit gründlich erfahren. Wir haben uns dann rasch, feurig, in einem glänzenden Aufschwunge erhoben und die inneren und äußeren Fesseln erschüttert, aber der Rückfall in Erschlaffung war ebenso plötzlich, als es die Erhebung gewesen war. Hüten wir uns, daß wir dies nicht wieder erleben, daß wir nicht erfahren müssen, auch diese schnellen Erlahmungen seien in unserer Natur gelegen. Das plötzliche Feuer, das über ganz Deutschland emporloderte, hat Europa in Erstaunen gesetzt; aber

Digitized by Google

kein Feuer brettet sich so leicht und so plötzlich in das Weite aus, als ein Flackerfeuer, das nicht flackert und anhält. In einem sehr kleinen Beispiele haben wir das auch an unserer deutschkatholischen Bewegung erlebt. Neue Dinge reißen die lebhaften Geister, die von Idealen mehr als von praktischen Bedürfnissen geleitet werden, von dem eben Begonnenen immer wieder ab, und Nichts wird vollendet. Daß auch mit unserer gegenwärtigen, so kolossalen Bewegung etwas Aehnliches eintreten könne, das läugne man ja nicht zu voreilig darum ab, weil sie so kolossal ist. Aeußeren Einflüssen, dies ist der zweite Punkt, vor dem wir uns selber warnen zu müssen glauben, sind wir Deutsche immer vor Anderen zugänglich gewesen. Wir waren mit Italien auf einem ähnlichen Wege stetiger Reformen begriffen und ließen uns durch die französische Republik in den Lauf der Revolution hineinstoßen. Ebensoleicht kann uns die Stockung der dortigen Dinge plötzlich anhalten und ein Rückfall zurückwerfen. Schon hören wir, daß sich die Einflußreichen in Paris über eine erbliche Präsidentschaft verständigen, die an bourbonische Prinzen übertragen werden solle. Wie bald können wir den Kreislauf zur vollständigen Monarchie zurück vollendet haben! Wie rasch würden die Maschen des jetzt zerrissenen diplomatischen Netzes wieder geknüpft sein! Und wie unfähig werden sich die jungen Literaten und Advokaten, die jetzt die großen Männer der Klubs spielen, dann ausweisen, um einer solchen Wendung der Dinge einen zähen und imposanten Widerstand entgegenzusetzen. Das ist der Grund, diese Furcht vor aller übertriebenen Kraftvergeudung, vor aller überraschen Bewegung und vor der frühen Erschlaffung, die dieselbe bei unsern ungeübten Kräften nur allzunatürlich macht, diese Furcht ist der Grund, weßhalb wir bei den letzten Schritten der Nationalversammlung in Frankfurt so stutzig wurden. Und wir wissen ihr keinen bessern und größern Rath zu ertheilen, als den folgenden, den jeder staatssinnige Mann in England oder Amerika ohne Reflexion tief eingeprägt im natürlichen Gefühle tragen würde: daß sie in allen Stücken so selbständig und in deutscher Natur handeln müsse, daß weder eine plötzliche Herstellung der Bourbons oder Orleans, noch ein Sieg des Proletariats in Frankreich ihre Maximen irgend erschüttern oder ihre Akte irgend blosstellen könnte.

Dann und nur dann wird die Einheit Deutschlands begründet und gesichert werden, die die Nationalversammlung zu schaffen hat. Sie hat einen großartigen Schritt in dieser Selbständigkeit und Deutschheit gethan, als sie ungenirt von den Vorgängen in Frankreich die konstitutionelle Monarchie als die Verfassungsform auch für das gesammte Deutschland hinstellte, als eine kompakte Majorität im Volke und in der Nationalversammlung unzweideutig auswies, daß es noch immer nur ein kleiner Bruchtheil in der Nation ist, der den regelmäßigen Gang unsrer Staatsentwickelung durch Umsturz und Ueberstürz stören will, daß wir noch immer im Stande und entschlossen sind, die Revolution aufzuhalten und den Weg der Reformation einzuhalten. Je größer und fester dieser Schritt Anfangs, während der Diskussion über die Centralgewalt, gethan schien, desto leider that es uns, daß am Schlusse, ohne allen Anlaß und Nutzen, in die monarchische Haltung der Nationalversammlung jene Bresche gebrochen, und republikanischen Principien eine Konzession gemacht ward, da ihre Niederlage offen und unbemäntelt war. Denn wir sagen uns: eine Versammlung, die so ohne hinreichenden Grund nach jener Seite hin so leichte Zugeständnisse machtr, wird sie bei anderer Gelegenheit auch einer partikularistischen Reaktion oder einer Politik der Halbheit machen, die unter günstigen Verhältnissen den Umbau unseres Staates wieder aufzuhalten sucht. Die Richtschnur, die die Versammlung einhalten muß, um ein Werk zu gründen, das dem blinden Zufall von Außen und Innen her soll spotten können, kann nur gezogen werden durch eine Kraft, die auch in wiederkehrenden ruhigen Zeiten maßvoll erscheinen wird, und durch ein Maß, das auch bei der Fortdauer dieser bewegten und angeregten Zeit kraftvoll erscheint. Dieses Maß liegt aber durchaus nicht in den halbbetriebenen, und jene Kraft durchaus nicht in den übertriebenen Dingen, Maßregeln oder Grundsätzen, in denen sich die Nationalversammlung gar leicht wechselnd umtreiben könnte, wenn sie sich nicht ein für allemal entschließt, dem monarchisch-konstitutionellen Principe in allen seinen Konsequenzen, keine einzige weniger aber auch keine einzige mehr, getreu zu bleiben.

Das war unsere Forderung, unser Ziel und Streben, als wir dieses Blatt begründeten. Das war die Standarte, die wir aufpflanzten, gegen die man damals von einer andern Seite minirte, und jetzt von einer andern Seite anstürmt. Noch steht sie fest und unsere Hand soll nicht von ihr weichen. Aber es thut Noth, daß sie auch stärkere Hände stützen und schützen als die unseren. Das ist der Vortheil, den der Republikanismus für sich hat, daß er ein Ideal anstrebt, daß jeder Kämpfer sich selbst genug ist und sich nur auf seine und gleichartige Kräfte zu verlassen hat. Der Monarchist kämpft für eine bestehende Form, die noch dazu verdorben ist; er kämpft für lebende Menschen, die theils unfähig, theils vertrauenslos sind; er ist an Dinge außer ihm gebunden, die ihn im Stiche lassen, und an eine Ordnung, deren natürliche Träger sich selbst verlassen haben. Wenn dies fortdauert, so kann Niemand für den Bestand der Monarchie in Deutschland bürgen. Die Bemühungen der Treuesten, die ihr Zuspät nie glauben zu spät aussprechen zu können, werden vergebens sein. Möchte denn die monarchische Ordnung mit der Einsetzung des Reichsverwesers die neue Stütze gefunden haben, die ihr dringend nothwendig ist. Möchte sie, in dem Gesammtstaate Deutschland aufgepflanzt, sich so gestalten, daß sie den Monarchismus in den Einzelstaaten nicht erschüttert, sondern stärkt. Möchte dadurch Kraft mit Einheit und Ordnung, und Glück mit Beidem bei uns einkehren. Wir könnten keinen schöneren Geburtstag unseres Blattes begehen, als wenn wir diese heitersten aller Hoffnungen fassen dürften.

Oesterreich. Wien, 25. Juni. Der Allg. Z. wird geschrieben: Immer deutlicher stellt es sich heraus, daß der Aufstand in Prag die Folge einer, wenn auch zu früh ausgebrochenen, panslavistischen Verschwörung war, deren Fäden sich weithin in alle slavischen Länder erstreckten. Palazky, Liebelt und Bakunin waren im Voraus zu Mitgliedern eines Direktoriums bestimmt, welches die Revolution in Böhmen, Polen und Ungarn leiten sollte. Zu gleicher Zeit mit den Czechen sollten die Raizen in Ungarn, und die Gränzer in Kroatien unter Jellachichs und Gays Leitung losschlagen. Die Agramer illyrische Zeitung vom 14. Juni berichtete bereits von einem Zusammenstoß des Militärs mit den Czechen in Prag am 12. Juni. Sogar unter den Grenztruppen in Italien waren dunkle Gerüchte von einem zu Pfingsten auszubrechenden Kampfe zwischen den Raizen und den Ungarn verbreitet. Die Untersuchung gegen die Häupter der Verschwörung in Prag wird übrigens das ganze Netz der panslavistischen Umtriebe an den Tag bringen.

Wien. Durch telegraphische Depesche von Cilli geht die erfreuliche Meldung des FZMs. Grafen Nugent ein, daß die Festung Palmanuova sich den 25. um 9 Uhr Früh ergeben hat, wodurch nicht allein ein kostbares Kriegsmaterial, nämlich der Belagerungspark der Armee in Italien wieder in unseren Besitz gelangt, sondern auch die Kommunikationslinie des Heeres völlig frei wird.

Wien. Die N. Preuß. Z. berichtet: Das k. k. Hauptzollamt hat eine geheime Korrespondenz zwischen dem Fürsten Metternich in London und einer Reihe hiesiger Aristokraten entdeckt, welche durch Hrn. Herz, Assocls des Bankhauses Arnstein und Eskeles, vermittelt ward. Das Hauptzollamt faßte die Sache lediglich als eine Beeinträchtigung des Postgefälls auf und folgte die mit Beschlag belegten Briefe nach Erlegung der Strafgelder unbedenklich aus.

Wien, 26. Juni. Die heutigen Nachrichten aus Agram v. 23. melden, daß aus Jansdruck ein Kurier vom Banus eingetroffen war, welcher die erfreulichsten Nachrichten in diese aufgeregte Stadt brachte. Baron Jellachich meldet, daß sich die Einwohner über die von Pesth verbreiteten, seine Stellung betreffenden Lügen Resolutionen beruhigen sollten, daß sie so wie bisher fest an ihren König halten und ihm vertrauen dürfen. Kroatien werde seine Rechte in Einklang mit der Krone aufrecht erhalten und binnen Kurzem werde er heimkehren, indem der Vergleich mit Ungarn so gut wie abgeschlossen sei. Diese Nachricht erregte einen unbeschreiblichen Enthusiasmus. Ein zweiter Kurier meldete, daß der Banus am 24. Abends zurück in Agram sein wolle. Es war hohe Zeit, denn alle slavischen Komitate waren im Begriff sich den Befehlen des magyarischen Ministeriums zu widersetzen und von nun an nur noch Befehle der Centralregierung in Wien anzunehmen. Diese Wendung der Dinge ist unter den jetzigen Umständen für die Monarchie nicht zu berechnen. Die gänzliche Losreißung des Königreichs Ungarn und eine Heimkehr der kroatischen Grenzarmee aus Italien war vielleicht vor der Thüre, wenn sich die Königreiche Kroatien und Slavonien nicht so fest an die Centralregierung des Kaisers angeschlossen hätten. Erzherzog Johann hat auf Ansuchen des Banus die Vermittlung übernommen, und die unmittelbare Verbindung des ungarischen Ministeriums des Kriegs und der Finanzen mit der Centralgewalt soll als Basis schon angenommen sein. (W. Z)

Digitized by Google

* Bozen, 24. Juni. Ultramontane Tageblätter vermehren sich nun bei uns wie Pilze im überwässerten Boden. Kaum wurde uns vor ein paar Wochen ein „Innsbrucker Volksblatt“ zur Förderung unsers „kirchlichen Lebens“ und vom nächsten Juli an eine doppelte Gabe der „katholischen Blätter von Tirol“ angezeigt, erschien gestern hier schon neuerdings die Ankündigung eines „Tiroler Wochenblattes“, in welchem „die Tagsereignisse und deren Ursachen und Folgen auf dem Gebiete des kirchlichen und politischen Lebens aus dem Gesichtspunkte des katholischen Glaubens aufgefaßt und beurtheilt werden sollen“. Es will in seinen Raffähen mit besonderer Rücksicht auf Tirol Dasjenige in's Auge fassen, „was für dieses Land und seine Kirche zu hoffen oder zu fürchten, zu wünschen oder abzuwehren ist“. Wir haben also einen Pendant zur berüchtigten Augsburger Postzeitung zu gewärtigen, dem Vernehmen nach soll auch ihr ehemaliger geheimer Redakteur, der königlich baierische Appellrath von Moy, die Leitung des Blattes führen, wiewohl Priester Joseph Pradella, ein Mann in vorgerücktem Alter, von dessen schriftstellerischer Thätigkeit bisher noch Nichts verlautete, als Herausgeber erscheint. Wenn wir schon einmal die ägyptische Plage der Finsterniß über uns ergehen lassen müssen, um die Wohlthat des Lichtes begreifen zu lernen, so sind uns ihre Mitternachtsstücke je finsterer desto lieber; das Extrem gewährt die Hoffnung baldiger Umkehr. Wie weit die Vermessenheit der blinden Eiferer geht, davon nur ein Beispiel aus vielen. Ein Gemeindevorsteher im Vintschgau betrieb eine Petition an den Kaiser um die Vertretung Tirols bei seinen Provinziallandtagen nach der Volkszahl mit Aufhebung der bisherigen Stände, somit auch der Standschaft des Klerus, welche mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, höchsten Orts überreicht wurde. Kaum erhielten die Geistlichen hievon entfernte Kunde, wurde der ehrliche und wohlmeinende Mann von der Kanzel herab mit Schimpfnamen überhäuft und als Feind der Religion hingestellt. So hetzt der Klerus das Volk, er bedenkt aber nicht, daß sein Spiel ein verlorenes, wenn dies mit der Zeit gewahr wird, daß ihn Interessen ganz anderer Natur dazu vermochten, als die reine, solchem Treiben abholde Religion seiner Väter, die Niemand gefährdet.

Preußen. Berlin, 27. Juni. Ein sehr energisches Schreiben des Magistrats ersucht die Stadtverordneten, sich mit ihm gegen das immer kühnere Auftreten der republikan. Partei, der es hauptsächlich zuzuschreiben sei, daß noch immer Unruhe und Unsicherheit die Gemüther gefangen halten, zu gemeinsamen Schritten zu vereinigen und Deputirte zu einer gemischten Kommission beider städtischen Behörden zu ernennen, welche mit dem Ministerium über die jetzt zu ergreifenden Ausnahmsmaßregeln, nöthigenfalls über Einsetzung einer Diktatorialgewalt für unsere Stadt unterhandeln soll. Die Versammlung erkannte die Nothwendigkeit von ausnahmsweisen Maßregeln für die augenblicklichen Zustände an und ernannte die Deputirten für die gemischte Kommission. Der in der Versammlung der Stadtverordneten von mehreren Bezirken gestellte Antrag, die Versammlung solle es veranlassen, daß Se. Majestät der König oder der Prinz von Preußen wieder ihren Wohnsitz in Berlin nähmen, wurde durch Tagesordnung beseitigt. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Behörden den König nicht dazu einladen könnten, so lange es ihnen noch nicht gelungen sei, Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. (N. P. Z.)

Berlin. Briefe, die uns aus Königsberg und von der russischen Grenze zugehen, enthalten die friedlichsten Versicherungen in Betreff Rußlands: die russischen Garden hätten keinen Marschbefehl erhalten, das dän. Anleihegesuch sei vom Kaiser abgelehnt, und dem Großfürsten Konstantin sei empfohlen, mit seinem Uebungsgeschwader jede Bewegung zu vermeiden, die als eine Bedrohung der deutschen Küsten ausgelegt werden könnte. (N. Z.)

§ Aus Rheinpreußen, 29. Juni. Gestern Abend fand in Köln im Harff'schen Saale eine Versammlung Statt, zu der „eine Lebensfrage Deutschlands, die Abwendung eines vernichtenden Schlages, der sehr vielen und sehr wichtigen Gewerben aller deutschen Bürger drohe“ als Veranlassung angegeben war. Daß es wohlgethan war, die bevorstehende Herabsetzung des Frachtsatzes auf der Eisenbahn zwischen Köln und Paris (denn dies ist der vernichtende Schlag) in einem Augenblicke, wo Unermeßliches, unsere ganze Zukunft auf dem Spiele steht, als eine Lebensfrage Deutschlands zu behandeln, wird man stark bezweifeln können. Eingedrungene Arbeiter benutzten die Ungeschicklichkeit; sie meinten, nicht über solche Dinge solle man verhandeln, sondern über reichlichen Verdienst, den man ihnen zuwenden müsse. Der Wortstreit ging in Thätlichkeiten über; Leute, die sich aus den Fenstern retteten, sollen von draußen stehenden Arbeitern nicht sehr sanft empfangen worden sein. Die einmal aufgeregte Rotte besann sich, daß sie dem abgetretenen Minister Camphausen ihren Dank für die Aufopferung, mit der er sich in der bedenklichsten Zeit dem Staatsdienste gewidmet, zu bringen habe; sie zog vor sein Haus, warf die Fenster ein und verübte noch andere Zerstörungen. Nun wurde Generalmarsch geschlagen, die Tumultuanten errichteten eine Barrikade, wurden aber von einer heranrückenden Kompagnie Bürgerwehr mit leichter Mühe zersprengt, Einige aus ihrer Mitte verhaftet. — Man ist aber überzeugt, daß dieser Unfug nur ein Anfang, eine Art von Rekognoscirung ist, und daß der wüthende Fanatiker, an dessen Winken Tausende von Rebellen hängen, der schon einen Terrorismus übt, vor dem viele wohlhabende Bürger Kölns zittern, seine Rotten nächstens ganz anders ins Feuer führen wird. Täglich weiter und weiter zur Linken hin treibt uns der Strom, weil wir uns nicht anstrengen wollen, ihm schwimmend zu widerstehen, und bald wird der Willenskraft auch die Kraft selber schwinden. Wie niederschlagend ist, was der leitende Artikel Ihres Blattes vom heutigen Datum muthig aufdeckt, wie in Frankfurt in der hochwichtigen Debatte die Kraft der Besseren durch einen unerwarteten Antrag getheilt und gelähmt ward! Und wie doppelt schmerzlich, daß dieser Antrag und seine schädliche Wirkung von einer Seite kamen, von der man Segenreiches hoffte! Niemals hat es eine Nation gegeben, die sich, wie die unsere, so viel gefallen läßt, und so viel einräumt, halb aus Gutmüthigkeit, halb aus Feigheit, weil sie es nun einmal nicht ausstehen kann, böse Gesichter zu sehen. — Wie so oft den äußern Feinden, stehen wir jetzt den innern gegenüber. Wir haben den Sieg in Händen und ziehen als Besiegte vom Schlachtfeld; der fortgesetzte Kampf könnte ja die Gegner gar zu wüthend machen. — Ob die neuesten Pariser Früchte des republikanischen Glücks uns zu einiger Einsicht und einiger Thatkraft verhelfen werden? Die offnen und die heimlichen Republikaner unter uns, von deren Thätigkeit und Gewandtheit die Besseren sich ein bescheidenes Theil wünschen könnten, fühlen recht gut, was für ein Schlag ihnen hier drohen konnte. Schnell wird also ausposaunt, nicht etwa der Wahn des Proletariats, daß es sich durch Mord und Plünderung ein genußreiches Leben verschaffen könne, habe den grauenvollen Kampf entzündet, sondern Gold und die Verführungskünste der Prätendenten. Und es wird Thoren genug geben, welche sich durch solches Vorgeben täuschen lassen werden, und das Glück der Republik wird gerettet sein.

Baiern. || München, 27. Juni. Es haben sich in den jüngsten Tagen hier Bewegungen gezeigt, die von demokratischen Elementen ausgingen. So ward nämlich auf dem Franciskaner Keller in der Au der heimlichen Republikaner unter uns, von deren Thätigkeit und Gewandtheit die Besseren sich ein bescheidenes Theil wünschen könnten, fühlen recht gut, was für ein Schlag ihnen hier drohen konnte. Schnell wird also ausposaunt, nicht etwa der Wahn des Proletariats, daß es sich durch Mord und Plünderung ein genußreiches Leben verschaffen könne, habe den grauenvollen Kampf entzündet, sondern Gold und die Verführungskünste der Prätendenten. Und es wird Thoren genug geben, welche sich durch solches Vorgeben täuschen lassen werden, und das Glück der Republik wird gerettet sein.

Baiern. || München, 27. Juni. Es haben sich in den jüngsten Tagen hier Bewegungen gezeigt, die von demokratischen Elementen ausgingen. So ward nämlich auf dem Franciskaner Keller in der Au der heimlichen Republikaner unter uns, von deren Thätigkeit und Gewandtheit die Besseren sich ein bescheidenes Theil wünschen könnten, fühlen recht gut, was für ein Schlag ihnen hier drohen konnte. Schnell wird also ausposaunt, nicht etwa der Wahn des Proletariats, daß es sich durch Mord und Plünderung ein genußreiches Leben verschaffen könne, habe den grauenvollen Kampf entzündet, sondern Gold und die Verführungskünste der Prätendenten. Und es wird Thoren genug geben, welche sich durch solches Vorgeben täuschen lassen werden, und das Glück der Republik wird gerettet sein.

Würtemberg. ** Stuttgart, 30. Juni. Sonderbar, was doch der Stuttgarter unter politischer Thätigkeit versteht! Wir haben hier, wie fast allerwärts, einen vaterländischen Verein; seine Geburt, die Wahl des Ausschusses, hatte seiner Zeit unserer guten Stadt fast einen Krawall bereitet. Inzwischen lebte der Verein sehr friedlich, denn sein Ausschuß wirkte allein, und wenn eine Versammlung Statt fand, so kamen keine 50 Mitglieder zusammen; jetzt, gestern war wieder Wahltag, und siehe da, der Saal ist überfüllt, es strömte von Beamten des alten Systems ꝛc., damit der neue Ausschuß ja „Vollblut“ werde. Da ist vor etlichen Tagen hier ein demokratischer Verein entstanden, der sich durch sentimentale Maueranschläge und seltsame Ansichten, z. B. die deutsche Regierung (der Demokratenausschuß) sei in Berlin ꝛc. ausgezeichnet; der Schrecken wird nun urplötzlich über die Stadt verbreitet, eine Demonstration soll Statt finden, und da haben wir — die berichtete Ausschußwahl. — Doch zu Erquicklicherem! Unsere neue Reorganisationskommission für die gesammte Staatsverwaltung hat ihre Ansichten, ein Progamm veröffentlicht; sie hat damit thatsächlich gezeigt, daß sie Vertrauen verdiene. Die Kommission wird die auswärtigen Verhältnisse, das Kriegs-, das Volksheerwesen außer Berechnung lassen; denn sie hofft, hierin werde kein Würtemberg allein mehr zu sorgen haben; eben so behandelt sie nicht die Verfassungsrevision, denn auch hiewegen sind die Bestimmungen der Reichsverfassung abzuwarten, aber als ihre Aufgabe betrachtet sie es, möglichste Freiheit und Einfachheit im Staats-

Digitized by Google

leben bei entschiedenem Festhalten an Recht und Ordnung, bei einer kräftigen Regierung und bei rascher unaufgehaltenen Erledigung aller von der Regierung zu vertretenden Angelegenheiten auf volksthümlicher Grundlage zu verwirklichen und zu allseitiger harmonischen Entwicklung zu bringen. — Die Ulmer Vorfälle, die rohe Sprengung einer Versammlung durch die Säbel von 20 Soldaten, die Verwundungen Vieler, der Tod Eines oder Mehrerer haben, wie Ulmer Briefe melden, dort, aber ebenso auch hier, eine fürchterliche Entrüstung hervorgebracht. Wie auch das Kriegsministerium die Sache ansieht, erhellt daraus, daß es angezeigt, es seien bereits Maßregeln zu strenger Untersuchung und Bestrafung getroffen. Welche bejammernswerthe Rathlosigkeit gibt sich hier kund! Welche Haltung des Militärs! Einmal schreien sie der Republik ein Hoch, dann hauen sie auf eine wehrlose, freilich demokratische Versammlung mit gezogenem Säbel ohne Anlaß ein!

Ulm, 29. Juni. Die Ulmer Chronik berichtet: Der unruhigen Nacht vom 27. auf den 28. d. folgte heute eine noch unruhigere. Kaum war gestern die Dämmerung eingebrochen, so häufte sich eine große Menschenmenge in der Nähe des Schiffs und der Reiterkaserne an. Gegen 10 Uhr hieß es, der Werkhof brenne; es waren jedoch nur Pechfackeln angezündet worden. Zu gleicher Zeit erscholl der Ruf: Bürger raus! Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, das dritte Reiterregiment wolle in nächtlicher Weile abziehen und die Arrestanten mitnehmen. Deßhalb wurden Barrikaden rings um die Reiterkaserne und am Frauenthor errichtet. Natürlich versammelte sich auch heute Nacht wieder die Bürgerwehr an den unruhigsten Punkten. Diesen Morgen wurden die Barrikaden wieder weggenommen, und die Gastwirthschaft zum Schiff, wo die gräßliche Scene vorfiel, ist geschlossen; auch werden keine Schaulustigen mehr zugelassen; doch wurde noch im Lokale zum Schiff, aber ohne Getränke, eine Eingabe an die Behörden berathen, worin verlangt wird, daß die schuldigen Reiter mit den Beschädigten konfrontirt werden sollen, und man überhaupt die Namen der Schuldigen bekannt mache, um Niemand Unrecht zu thun. Strenge Untersuchung ist eingeleitet; die Lokalinspektionen sind vorgenommen, in dem Hof der Reiterkaserne, worin viele Thätigkeit herrscht (wie zum Abzug), befindet sich Fußvolk. Vergangene Nacht wurden auch einige Offizierswohnungen bewacht, weil die Menge in ihrem Argwohn immer noch glaubt, die Soldaten haben nicht auf eigene Faust gehandelt.

Sachsen. * Leipzig, 28. Juni. Noch läßt sich in keiner Hinsicht Erfreuliches berichten. Handel und Gewerbe liegen schlimmer als im Kriege darnieder, und die Zahl der brodlosen Arbeiter nächst bei der Verdienstlosigkeit der Kaufleute und Meister täglich. Das Resultat der Wollmesse war auch hier wie anderweit ein bedauernswürdiges. Die Zufuhr betrug nicht mehr als 20,000 Stein, während sie frühere Jahre beinah das Dreifache betrug. Und auch der Preis staad 3 bis 5 Thlr. gegen voriges Jahr zurück. Inländische Fabrikanten haben wegen des schlechten Resultates der Messe sehr wenig gekauft, das Meiste kaufte ein Engländer. Bei dieser Muthlosigkeit der Geschäftsleute gereichen die Umtriebe der Demokraten und Republikaner zu großem Unglück. Während man vor einigen Monaten einen Republikaner in Sachsen als Rarität suchen mußte, wimmelt es jetzt von dergleichen Freiheitshelden. Das republikanische Fieber hat auch die hiesige Bevölkerung ergriffen. Eine kleine Anzahl Liberaler einte sich und hat ihren Liberalismus bis zum Republikanismus gesteigert. Da sie in den höheren Schichten der bürgerlichen Gesellschaft durchaus keinen Anklang fanden, haben sie sich auf die niederen Schichten geworfen, und da ihnen die Bradlosigkeit der Arbeiter jetzt sehr zu Statten kommt, haben sie hier ein großes Terrain gefunden. Die armen Leute sind entzückt davon, wenn sie hören, daß durch Beseitigung der Fürsten allein so und soviel Millionen an der Civilliste erspart werden. Sie hören fortwährend, die Republik sei die wohlfeilste Staatsform, sie schwärmen deßhalb von Steuerfreiheit und lassen sich in ihrem schönen Traum für eine Sache begeistern, die sie nur dem Namen nach kennen. Ihr Republikanismus ist ein großer Kommunismus. Schon seit mehreren Wochen erhebt diese Partei immer kühner ihr Haupt und da die Regierung so schwach ist, Nichts dagegen zu thun, so wächst ihre Zahl immer mehr. Seit unsrer ersten Barrikadenrevolution hören die Gerüchte von einer Schilderhebung dieser Leute nicht auf. Unsre Kommunalgarde muß deßhalb fast immer auf den Beinen sein, namentlich in den letzten Tagen. Zwei Abende hintereinander brach in der neunten Abendstunde Feuer aus. Allgemein glaubte man, es sei absichtlich angelegt, doch ist das nicht bewiesen. Eine Pappfabrik auf der Gerbergasse und Schwägrichens schönes Haus auf der Frankfurter Straße wurden ein Raub der Flammen. Den dritten Abend wurde sogar Generalmarsch geschlagen. Seit einigen Tagen wurden sogar republikanische Kokarden zum Verkauf angeboten. Ein Verkäufer derselben bot seine Waare am Augustusplatze feil. Ein Appellationsgerichtssekretär setzt ihn wegen solcher Verhöhnung der Gesetze zu Rede und reißt im Eifer für die konstitutionelle Sache den Anschlag desselben mit seinem Stocke ab. Dadurch entsteht Zank und Auflauf. Die republikanische Partei versammelt sich sofort auf dem Schützenhause und zieht dann hier vor die Polizei, auf Untersuchung des Thäters dringend. Die Polizei verweist diese Angelegenheit auf das Kriminalamt. Die Schaar zieht darauf ins Schützenhaus zurück, erwählte daselbst eine Deputation ans Kriminalamt und dringt auf Untersuchung und Entscheidung binnen acht Tagen. Auf dem Heimwege werden zwei Bürgern Katzenmusiken gebracht. Da die Schaar indessen zu Tausenden angewachsen war, so hatte man es für nöthig erachtet, Generalmarsch schlagen zu lassen. Kommunalgarde und Militär mußten darauf die Straßen säubern, was ohne Blutvergießen Statt gefunden hat. Die Aufregung in der Stadt ist durch diesen Auflauf noch mehr gesteigert worden, und man fürchtet allseitig, daß es in Kürze zu einem blutigen Zusammentreffen kommen wird. Die Volksversammlungen im Schützenhause machen nicht wenig böses Blut. Unter dem Vorsitz eines Sprachlehrers Albrecht und eines Buchhändlers Schreck will man hier der Regierung Gesetze vorschreiben. Man hat von hier aus eine Deputation an das Ministerium geschickt und Beschwerde geführt, daß das sächsische Militär bei der letzten Revolution in Altenburg dahin abgeschickt worden ist. Zwar haben sie hier den Bescheid erhalten, daß dies zum Schutz der sächsischen Eisenbahn, sowie des Fürsten im Aufstande des Bundestages habe geschehen müssen, aber man hat sich dabei nicht beruhigt, weil man es lieber gesehen hätte, daß in Altenburg die republikanische Partei gesiegt hätte, deßhalb haben sie nun nicht bloß an das Ministerium eine Beschwerdeschrift in ziemlich derber Sprache abgeschickt und unter Anderm Handlungen der Art eben als einen Hochverrath an der Majestät des deutschen Volkswillens bezeichnet, sie haben auch eine Adresse an das Frankfurter Parlament gerichtet und verlangen in derselben, daß nie, niegends und in keiner Weise ein deutscher Volksstamm sich in die innern Angelegenheiten eines andern mischen, also nie intervenirt falle; sie dringen ferner auf ein Schutz- und Trutzbündniß mit Frankreich, Ungarn, der Schweiz und Nordamerika, verlangen Verlegung des Militärs von der Westgrenze Deutschlands an die Ostgrenze und verlangen, daß Preußen seine Festungen sofort in hinreichenden Vertheidigungszustand setze. Die Anmaßungen dieser Partei wachsen bei der Widerstandslosigkeit, die sie findet, und es ist nicht denkbar, daß solche Umtriebe ohne Blutvergießen fernerhin vor sich gehen. Die Erbitterung wächst und da die Regierung ohnmächtig ist, wird sich der ruhige Bürgersmann zuletzt selbst helfen.

Baden. Aus d. Wiesenthale v. 27. Juni wird der Karlsr. Z. geschrieben: Unsere derzeitigen Revolutionäre sind wohl die Leute zum Krawalliren und Schwadroniren, es geht ihnen aber der schaffende und ordnende Geist der Revolution völlig ab. So Etwas wittern die HH. Anarchisten auch in dem hoffnungsvollen Berlin. Selbst der umgeputschte Thron wäre lange noch nicht die Republik. Denn die dortigen Republikaner alle zusammen genommen hätten doch nicht den tausendsten Theil von Autorität für sich zu verwenden, den der bloße Name des Königs enthält. Das ist das Hauskreuz. Also eine kleine Geduld, meine Herren. — In Baden sucht man nun dem Ding anderes beizukommen, seit das Putschen ein so kläglich Ende genommen. Mit Karlsruhe ist platterdings Nichts zu machen — anathema sit! Die Truppen, daß sich Gott erbarme, an denen ist Chrysam und Taufe verloren; auf dem Lande will es nicht voran; auf den Hauptpunkten liegen „fremde" Soldaten, die stärksten Lügen sind abgenützt; die bestehende Ordnung hat das zähe Leben einer Katze, und doch muß Etwas geschehen und bald geschehen: — also mit allen Glocken geläutet gegen — Mathy; Den um jeden Preis weg — das Uebrige kommt dann von selbst. — Freilich, Dieser wird Euch und Andern noch zu thun geben; aber weg ist er noch nicht, und würde macht ihr ihn nicht. Laßt Euch gesagt sein: auch wenn wir Deutsche in Jahr und Tag die Republik bekommen, Ihr bringt sie nicht — liebe Kleinen — Ihr werdet zu spät kommen, wie Ihr zu früh kamt. Und stichelt nicht immer, daß Jeder von uns nur einen Hals hätte: von Euch hat ja auch keiner zwei.

Hessen. ☽ Darmstadt. Neulich berichtete ich Ihnen über die merkwürdige Erklärung, welche die Abgg. Zitz, Mohr, Behlen und Grobe an die 2. Kammer unserer Stände erlassen haben, dieser ihren Austritt anzeigend, ganz auf die jede Gesetzlichkeit verkennende, eigenmächtige Weise und in der übermüthigen und gewaltthätigen Sprache, welche diese Partei auch in der deutschen Nationalversammlung charakterisirt, und womit sie diese zu terrorisiren sucht. Die Sache kam

Digitized by Google

nun am 24. Juni zur Verhandlung und zum Beschlusse in der Kammer, und es dürfte interessant sein, Ihnen auch dieses Resultat mitzutheilen. Der vom Abg. Duff Namens des dritten Ausschusses am 22. Juni erstattete Bericht bemerkt im Eingange: Die Kammer habe bereits am 19. Juni, in Folge vorliegender Anträge beschlossen, „die Staatsregierung zu ersuchen, alle dringenden Gesetzesvorlagen möglichst bald an die Stände gelangen zu lassen, und nach deren Vereinbarung, sobald es die Verhältnisse erlauben, die Landstände aufzulösen.“ Diese dringenden Gesetze (wie die über die standesherrlichen Verhältnisse, über Aufhebung der Gewerbsmonopole, der Jagdberechtigungen ꝛc. ꝛc.) hätten ihre Erledigung noch nicht gefunden und der Natur der Sache nach zum Theil noch nicht finden können. Wenn dessenungeachtet obige vier Abgeordnete sich mißbilligend wegen noch nicht erfolgter Auflösung der Ständeversammlung aussprächen, so schienen sie das wahre Interesse des Landes nicht vor Augen zu haben oder seine dringendsten Bedürfnisse nicht zu kennen. Wenn sie aber ihrer Pflicht gegen das Volk schuldig zu sein glaubten, aus der Kammer zu scheiden, so übten sie durch diesen Austritt keineswegs eine solche Pflicht, sondern machten sich vielmehr einer schweren Verletzung der bestehenden Verfassung und somit ihrer beschworenen Pflichten gegen Fürst und Volk schuldig. Der Bericht weist nach, daß das eigenwillige Ausscheiden einzelner Mitglieder aus der Ständeversammlung einer grundgesetzlichen Bestimmung der Verfassung (Art. 63) widerstreite und ein Bruch der beschworenen Pflichten sei. Nur der Großherzog habe das Recht, die Ständeversammlung zu berufen, zu vertagen, aufzulösen und zu schließen. Ein solch' eigenwilliges Ausscheiden könne durch keinerlei Gründe gerechtfertigt erscheinen; die von den vier Abgeordneten angeführten Gründe aber beschönigten ihr gesetzwidriges Beginnen auch nicht einmal einigermaßen. Ihre Eingabe enthalte zunächst Angriffe gegen eine Regierung und Kammer, welche zwar schon öfter von einer kleinen Schaar Anarchisten als reaktionär und freiheitsfeindlich hingestellen versucht worden, die aber nichtsdestoweniger sich des vollen Vertrauens der großen Masse der gesetz- und ordnungsliebenden Bürger erfreuten. Der Ausschuß halte es unter der Würde der Kammer, solche Demonstrationen irgend zu beachten. Weiter behaupte die Eingabe, daß durch die von der Ständeversammlung bereits gefaßten Beschlüsse die wichtigsten der anerkannten Volksrechte abgeschnitten worden, und nicht zu erwarten sei, daß ein dem Zeitgeiste und dem heutigen politischen Aufschwunge entsprechendes Gesetz aus ihr hervorgehen werde. Die Begründung dieser Behauptung reducire sich indessen lediglich auf die Thatsache, daß die Propositionen der jetz. Staatsregierung und die Beschlüsse der mit ihr Hand in Hand gehenden Kammer den Ansichten jener 4 Abgeordneten nicht entsprächen und auch wohl den Plänen jener kleinen Schaar, die ihre Meinungen und Bestrebungen für den Ausdruck des Volkswillens auszugeben bemüht sei, nicht zusagen möchten. Uebrigens hätten zu dem jetzt von ihnen so scharf getadelten Vertrauensvotum, welches die Kammer am 27. März der Staatsregierung gab, ja zwei der vier Abgeordneten, die Hrn. Zitz und Goebe, selbst ihre Zustimmung gegeben! Hr. Mohr aber trat erst später, am 10. April, in die Kammer ein, und sage nun doch im Vereine mit den drei Andern, daß ihr Fortbestand nach den in den Märztagen eingetretenen Veränderungen eine Unmöglichkeit geworden sei!! Der Ausschuß trägt nach dem Allem darauf an: „Die Kammer wolle bezüglich der fraglichen Erklärung der Abgg. Zitz, Mohr, Behlen und Grobe ihre Mißbilligung aussprechen und ihr Präsidium beauftragen, dieselben zur Rückkehr zu ihrer Pflicht aufzufordern“. — Hätte diese Aufforderung keinen Erfolg, so blieben die Wahlbezirke der genannten Abgeordneten durch deren Schuld ohne Vertretung auf dem Landtage, da ein solch' willkürliches ungesetzliches Austreten eines Abgeordneten aus der Ständeversammlung während des Laufes einer Wahlperiode unter den in der Verfassungsurkunde (Art. 59) angeführten Fällen nicht erwähnt sei, die Kammer es also nur als nicht geschehen betrachten, nicht aber auf neue Wahlen bei der Regierung anzeigen könne. — Nach einer längeren Diskussion, in welcher man sich fast allgemein und zum Theil sehr energisch gegen das Benehmen jener vier Abgeordneten aussprach, stimmte die Kammer in ihrer Mehrheit dem Ausschußantrage bei, so daß einige gestellte mildernde Amendements nicht zur Abstimmung kamen.

Δ Darmstadt, 1. Juli. Der Aufruf des provisorischen Centralausschusses der demokratischen Vereine in Frankfurt a. M. vom 28. v. M. machte hier um so mehr Aufsehen, weil man die Mitglieder jenes Ausschusses meist persönlich hier kennt und sogar drei derselben (wovon aber freilich zwei nicht unterschrieben haben) zu unsern speciellen Landsleuten gehören. Ein Mitglied des hiesigen vaterländischen Vereins machte denselben mit einem hierher gekommenen Exemplar gestern bekannt, und sogleich beschloß man, eine Volksversammlung zur Berathung und Beschlußnahme in der Sache auf heute zu berufen. Diese fand, zahlreich besucht, Statt. Nachdem der Vicepräsident des Vereins, Graf Lehrbach, in Abwesenheit des kranken Präsidenten, Hofgerichtsadvokaten Stahl, die Versammlung eröffnet, und dann, auf Aufforderung, auch deren weitere Leitung übernommen hatte, sprachen mehrere Redner über jenen Aufruf, zeigten auf seine Auslassungen und seine sonstigen mannigfachen Gebrechen hin und schlugen dann der Versammlung die nachstehende Erklärung vor: „Die Versammlung erklärt: 1) daß sie den Aufruf des provisorischen Central-Ausschusses der demokratischen Vereine zu Frankfurt a. M. vom 28. Juni in einer Weise gefaßt findet, welche das Volk sehr leicht verleiten kann, als seien diejenigen Mitglieder der konstituirenden Nationalversammlung, deren Namen unter demselben abgedruckt sind, dem Aufrufe beigetreten, was doch offenbar nicht der Fall ist; 2) daß sie, mit Anerkennung der freien Meinungsäußerung in den Schranken der Gesetze, doch nun und nimmer als gesetzliche Meinungsäußerung betrachten kann, wenn in jenem Aufrufe zu Vereins- und größeren Volksversammlungen und aus deren Schooße zu allgemeinen Eingaben an die Nationalversammlung aufgefordert wird, in welchen derselben die fernere Anerkennung versagt, und insbesondere die Majorität der Linken zum Ausscheiden und zu der Bildung eines neuen Kernes aufgefordert wird, an welchen sich weitere Abgeordnete durch neue direkte Wahlen anschließen müssen. Vielmehr erkennt die Versammlung hierin lediglich die hochverrätherische Aufforderung zur Verweigerung des Gehorsams gegen diejenige Behörde, welche durch den Willen und die Wahlen des Volkes berufen ist, Deutschlands Verfassung neu zu schaffen. Sie erkennt weiter darin lediglich das hochverrätherische Bestreben, das nothwendige Recht der Entscheidung der Majorität jener Versammlung zu entziehen, sie aus ihrer durch das Volk ihr angewiesenen Wirksamkeit zu verdrängen und eine neue Versammlung gewaltsam zu Stande zu bringen. 3) Daß sie die Ueberzeugung hege, es werde im ganzen Vaterlande die Aufforderung des Central-Ausschusses: die Mandate der Männer der Majorität zurückzunehmen, von den Wahlbezirken mit dem Unwillen und der Verachtung zurückgewiesen werden, welche ihr gebührt. 4) Daß sie es für die Pflicht aller braven Deutschen hält, den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung diejenige Achtung und denjenigen Gehorsam zu beweisen, welche einer aus der Wahl des gesammten deutschen Volks hervorgegangenen Versammlung zukommen und ohne welche eine gedeihliche Schlichtung der großen Angelegenheiten unserer Zeit, die Kräftigung der deutschen Freiheit und Einheit, sowie die Rückkehr zur Ordnung, verbessertem gewerblichen Verkehr und überhaupt Hebung des öffentlichen Zutrauens nicht möglich ist. 5) Daß sie ihrer Seits in diesem Sinne der Achtung und des Gehorsams für die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung handeln und mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften entgegengesetzte Bestrebungen bekämpfen wird“. Die Versammlung nahm diese Erklärung einstimmig an. Im Verlauf der gehaltenen Vorträge trat ein Mitglied des hiesigen Volksleservereins (sog. demokrat. Vereins), welcher neulich die Generalversammlung der demokrat. Vereine in Frankfurt a. M. mit einigen Deputirten beschickt hatte, auf, um zu erklären, daß die Mehrheit des Volksleservereins den Aufruf des Frankfurter Centralausschusses nicht billige. Am Schlusse der Versammlung brachte dieselbe auf den Vorschlag ihres Vorsitzenden erst der konst. Nationalversammlung und dann dem Erzherzog Johann ein dreimaliges Hoch.

ƒ Frankfurt, 30. Juni. Wenn Ihnen auch das Gegebniß der Wahl des Reichsverwesers schon gestern wird bekannt worden sein, so erlauben Sie mir doch nachträglich einige Zeilen über diesen weltgeschichtlichen Vorgang. Es ist ein Ereigniß von unermeßlicher Wichtigkeit. Deutschland hat wieder ein Oberhaupt, ein Oberhaupt nicht durch das Recht weder des Schwertes, noch der Verträge und Unterhandlungen, nicht durch den Ausspruch eines Diplomatenkongresses, nein durch die freie Wahl der Nation, welcher die Zustimmung der deutschen Fürsten nicht entgeht. Nun ist der feste Punkt geschaffen, um den sich alles Neuzugestaltende sammelt, nun ist dem Inlande ein Zeichen gegeben, welches besonnene Ziel die Nation der großen Bewegung gesteckt hat, und dem Auslande stellt sich jetzt das deutsche Reich als Achtung gebietende Einheit dar. Diese Wahl, wenn nicht Alles trügt, verbürgt uns den Weltfrieden. Wer den Charakter dieser Wahlhandlung näher ins Auge faßt, muß über die Umwandlung, die mit uns Deutschen vorgegangen, erstaunen, muß aber auch bewundern das völlige Verschwinden der alten eingewurzelten Stammeseifersuchten. Ist es nicht großartig, daß für diese Wahl weder ein preuß. Kandidat noch ein bairischer vorgeschlagen worden? 184 Preußen stimmten für einen österreich. Fürsten. Ehre und Preis dieser edeln Selbstverläugnung! Wo so die Einheit in den Herzen lebt, da ist sie dem Vater-

Digitized by Google

lande gesichert. Die Stimmen, welche nicht auf Erzh. Johann fielen, bezeichnen nur eine politische Meinungs-, keine Stammesverschiedenheit. Darum aber auch war die Wahlhandlung so alle Herzen ergreifend. Meisterhaft wurde sie von Gagern geleitet. Unvergeßlich wird mir der Augenblick sein, als er vor dem Momente der Wahl mit dem feierlichsten Ernste die Worte sprach: „wer auch aus dieser Wahl hervorgehen wird, lassen Sie uns geloben, daß wir ihn unterstützen wollen in seiner schweren Aufgabe mit allen unseren Kräften." Nur Wenige der Linken vermochten sitzen zu bleiben, die ganze übrige Versammlung, das ganze anwesende versammelte Volk erhob sich, und die aufgehobenen Hände bezeugten das Gelobniß. Als auch der Wohl Gagern den Erzherzog zum Reichsverweser Deutschlands proklamirte, als Glockengeläute und Kanonendonner sich mit dem tausendstimmigen Hoch gemischt, da sah ich manche Thräne in meiner Nähe, ich sah Mitglieder der Nationalversammlung sich die Hände schütteln und sich umarmen vor Freude über die Wiedergeburt deutscher Einheit. Ich müßte mich sehr täuschen, wenn dieser Akt nicht seine Wirkung äußern sollte auf die künftige Haltung der Versammlung, der Parteien. Daß sich die Linke gespalten, sehen Sie schon an der Abstimmung, ihre Mitglieder haben sich nicht über das einzuhaltende Betragen einigen können. Die gemäßigteren (52) stimmten für Gagern (dem dies gewiß sehr unlieb), die parlamentarischen Republikaner (32), d. h. die sich wenigstens der Wahl unterwarfen, für Jtzstein (!), und nur 25 enthielten sich der Wahl gänzlich. Das hervorragendste Mitglied der Linken, Raveaux, stimmte für Johann. Auffallend war, daß ein Mitglied der Linken zur Sicherung der größeren Freiheit der Wahl diese durch Stimmzettel verlangte, worauf Heckscher treffend erwiderte, die mündliche Abstimmung bei namentlichem Aufruf könne doch unmöglich unfrei sein, sonst würde die Linke nicht so häufig die namentliche Abstimmung verlangen. Daß die Nationalversammlung sich durch diese Wahl das hohe Mißfallen der Herren Ronge, Metternich und Bayrhoffer zugezogen, konnte man gestern Abend an den Straßenecken lesen. Zugleich liest man aber in dem Frankf. Journ. die Bitte, man möge doch der Sache des Deutschkatholicismus die Achtung bewahren, welche man der Person des Hrn. Ronge entziehe. Die genannten drei Herren Demokraten geben am Fuße ihres Manifestes die Namen derer, welche gegen das Gesetz über die Centralgewalt gestimmt und bezeichnen diese allein als die wahren Freunde des Volks. Die guten Leute empfehlen dabei, ohne es zu wissen, auch Mitglieder der äußersten Rechten, welche gegen das Gesetz gestimmt, weil es ihnen zu demokratisch ist! Ebenso lächerlich macht sich Hr. Hofrath Kapp, dessen Absagebrief an den Vorsitzenden der Nationalversammlung an allen Ecken wie ein weltgeschichtliches Ereigniß zu lesen. Ich höre, die Mehrheit bedauert, daß die Linke dieses Mitglied verliert. Hr. Kapp soll früher Mitarbeiter an dem Berliner Wochenblatte gewesen sein und sehr heftig gegen die badische Kammer geschrieben haben. Solcher Charaktere finden sich viele in den Reihen der jetzigen Republikaner. — Großes Schicklichkeitsgefühl bekundete Hr. Vogt, als er vorschlug, man solle dem Gewählten keine Deputation senden. Sieben Mitglieder aber, wie einst die sieben Kurboten der sieben Kurfürsten, gehen heute nach Wien ab. Hoffentlich kehren sie sogleich mit dem Gewählten zurück; und hat der Reichsverweser nur erst seine Regierung gewählt, so wird wohl, darnach sehen sich alle Welt, seine erste Regentenhandlung sein, daß er den Reichsfrieden gebietet und überall strenge Zucht und Ordnung wieder herstellt. Keine Regierung ist popularer als eine starke Regierung. Keine aber auch ist in unseren Tagen heilsamer; denn heißt das der Freiheit dienen, daß man die Dinge so weit kommen läßt, wie in diesen Tagen in Paris? Wird nicht der Bürger, muß er nicht am Ende die Freiheit verfluchen, die darin besteht, daß man jedes, auch das verderblichste Mittel zur Erreichung politischer Zwecke den urtheillosen Massen anpreisen darf? Längst schon deuten alle Weiterblickenden auf die Sorte der Preßorgane, welche in Deutschland ebenso sicher zu Blut und Mord führen werden, wie sie in Frankreich den Gifttrank mischten. Wenn durch die Presse jedes Verbrechen begangen werden darf, so lasset auch Denjenigen frei, der seinen Arm gebraucht, um seinen Nachbar zu erschlagen. Dann aber seid gewiß, daß man schon in wenigen Monden, ja Wochen, in Deutschland die Freiheit der Presse ebenso verwünscht, wie jetzt die in Blut gebadete Pariser Nationalgarde die verderblichen Lehren von Louis Blanc. Keine deutsche Regierung kann sich ein größeres Verdienst um den künftigen Bestand der deutschen Preßfreiheit erwerben, als die, welche gegen jedes Preßvergehen strenge einschreitet, denn die jetzigen Aasschweifungen der nach Blut riechenden Blätter sind das Einzige, was dem gefürchteten Gespenste der Reaktion wieder Mark und Knochen verleihen wird.

(Wir begreifen sehr gut, weich' fatalen Strich durch die Rechnung die Errichtung einer festen und geordneten Centralgewalt macht; aber wir beneiden die Herren um ihren Patriotismus nicht, womit sie gegen diesen ersten faktischen Schritt einer deutschen Einigung, zur Rebellion auffordern. Wir beneiden sie darum ebenso wenig, als um die neue Größe, die sie auf ihren Schild heben und dem deutschen Volke als einen „verherrlichten Namen" zeigen, nämlich den Abg. Kapp. Ob derselbe Mitarbeiter am Berl. Wochenblatte gewesen ist, wissen wir nicht; wohl aber liegen schriftstellerische Erzeugnisse von ihm vor uns, die mit dem Centralausschuß des demokratischen Vereine schwerlich in Einklang stehen. Ganz im Gegensatze zum Centralausschuß und dessen Antipathie gegen das Mittelalter meint dort Hr. Kapp: „Das Geschrei gegen das Mittelalter lante wie ein hölzernes Gelächter oder wie das Geschrei der Neulinge vor der Eröffnung der Mysterien. Lachen mag hier mit Recht, wer etwas Besseres zu geben weiß, anbrüllen aber nach Handwerksart kann Jeder leichtlich Jeden, den er nicht kennt". So Hr. Kapp über das Mittelalter, dessen „ungeheures Leben" er an der angezogenen Stelle herzlich bewundert. Jene Schrift ist überhaupt reich an schönen Stellen. So sagt dort auch S. 97 Herr Kapp: „Jeder hergelaufene Thor dünkt sich der beste Gesetzgeber wie der beste Arzt zu sein, während selbst Rousseau bescheiden den schmeichelhaften Antrag der Polen und Korsen, welche Gesetze von ihm verlangten, ablehnte". Zur Erläuterung sagt er dann an einer andern Stelle: „Und doch sind gerade nur diese, die sich die Wahrheit von der Wissenschaft nicht wollen sagen lassen, und die jeden polemischen Laut konkreter Wahrheit und Wirklichkeit für ungerecht halten, die Schreier, welche über Staat und Monarchie *debattiren*, als hätten sie Theorie zu vergeben und das Universum zu regieren, statt jenes Volk, dem Pat. Brei (von Göthe) angewiesen wurde — Epicuri de grege porcus!" „Aber freilich, bemerkt Herr Kapp an einer andern Stelle eben so wahr, das hätten sie gerne, daß man recht stürmisch drein fahre über das wirklich Vorhandene, daß man gegen den Staat schreie und Alles aufwiegle, um ihrer Eitelkeit zu einem Selbstbewußtsein gegen die Wirklichkeit zu verhelfen." Endlich: „Mit diesem unter dem Namen der Lebensweisheit sich aufspreizenden Gelichter soll man sofort noch hübsch bescheiden und artig verfahren? Alles Vorhandene wollen sie despatisch umstoßen, wie in Frankreich, und haben nicht einmal den Heroismus nur der Schlechtigkeit, und wenn die Staaten neue Ordnungen selbst einführen, den chaotischen Staat selbst gestalten, da schimpfen sie über Verletzung der Freiheit, d. h. über Beschränkung des Spielraumes der Rohheit und Teufelei." — Das treffliche Buch H. Kapps („Christus und die Weltgeschichte"), aus dem wir obige Stellen entnehmen, ist zwar schon mehrere Jahre alt und der Verfasser selbst würde vielleicht, wie Aeneas Sylvius, jetzt gern seinen Inhalt verdammen, auch spricht es eine Unterthänigkeit unter die Gewalt, eine Anbetung des sogenannten „göttlichen Rechts" im Staate aus, die heutzutage ganz zu unrechter Zeit käme und die höchstens nach der Zeit der Karlsbader Beschlüsse empfohlen konnte; aber gleichwohl hat es wieder, wie die oben angeführten Proben beweisen, so treffliche Stellen, daß wir es den demokratischen Vereinen zur Belehrung und behaglichen Selbstbeschauung nicht genug empfehlen können.)

Frankfurt, 25. Juni. Die in der 63. Bundestagssitzung vom 16. d. M. in Betreff der Blokade von Triest beschlossene Note an den königl. sardinischen Gesandten (welche zugleich allen übrigen am Bundestag akkreditirten Gesandtschaften auswärtiger Mächte mitgetheilt wurde) lautet: „Der unterzeichnete Präsidialgesandte der deutschen Bundesversammlung hat die Ehre, in deren Namen und Auftrag Se. Exc. den Hrn. Marquis Pallavicini, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Maj. des Königs von Sardinien bei dem deutschen Bunde, ergebenst in Kenntniß zu setzen, daß laut officieller Anzeige der königl. sardinische Kontreadmiral Albini, Kommandeur des königl. Geschwaders im adriatischen Meere, den zum deutschen Bunde gehörigen Hafen von Triest mit einer Blokade, und selbst, wie verlautet, mit weiteren kriegerischen Operationen bedrohe. Sr. Exc. kann es nicht unbekannt sein, welche Verpflichtungen die Art. 2 und 11 der deutschen Bundesakte, sowie die Art. 38 und folgende der Wiener Schlußakte dem deutschen Bunde hinsichtlich der Angriffe auflegen, die auf einen Theil des deutschen Bundesgebiets von auswärtigen Mächten gerichtet werden möchten. Der Unterzeichnete ersucht deßhalb Se. Exc., dem königl. sardinischen Gouvernement die hier in Frage kommenden Verhältnisse, sowie die ernsten und beklagenswerthen Verwickelungen, welche aus derartigen feindlichen Operationen des sardinischen Befehlshabers gegen deutsches Bundesgebiet entstehen könnten, gefälligst darlegen zu wollen — Operationen, gegen welche die deutsche Bundesversammlung schon jetzt Verwahrung einlegen muß. Der Unterzeichnete bezweifelt nicht, daß die königl. sardinische Regierung, wenn sie durch Se. Exc. von der Natur der vorliegenden Verletzung ihrer mit dem deutschen Bunde bestehenden friedlichen Verhältnisse unterrich-

Digitized by Google

det werden, nicht zögern werde, dem Kommandeur der Königlichen Flottenabtheilung solche Befehle zu ertheilen, welche Stadt und Hafen von Triest, sowie das deutsche Bundesgebiet überhaupt vor allen Verletzungen durch die dortigen Kriegsereigniss sicher zu stellen geeignet sind."

Sämmtliche Komités und Privatvereine, die sich bisher gebildet haben oder noch bilden sollen, um die Herstellung einer deutschen Kriegsflotte fördern zu helfen, werden hierdurch aufgefordert, dem unterzeichneten Ausschuß baldmöglichst Mittheilung zu machen über ihre Wirksamkeit, und namentlich über die ihnen zur Verfügung oder in Aussicht gestellten Gelder und Materialien. Geldsendungen sind an den Rechnungsführer des Ausschusses, anderweitige Mittheilungen entweder an den Ausschuß selbst, oder an eines seiner Mitglieder zu adressiren. Um mehrfachen Mißverständnissen und Kollisionen vorzubeugen, wird ausdrücklich bemerkt, daß bis zur demnächst zu erwartenden Ernennung eines Marineministeriums durch den Reichsverweser der Ausschuß als der einzige mit der Besorgung der Angelegenheiten der deutschen Kriegsflotte betraute Centralkörper anzusehen ist. Derselbe besteht aus folgenden Mitgliedern: v. Bruck aus Triest, I. Vorsitzender. W. Jordan aus Berlin, Schriftführer. Teichert aus Berlin. Graf Coronini-Cronberg aus Görz. Gerekohl aus Bremen. Brons aus Emden. Burger aus Triest. Jenny aus Triest. Roß aus Hamburg, II. Vorsitzender. Kerst aus Meseritz, Rechnungsführer. Dietz aus Wittenberg. Röben aus Dornum. Francke aus Schleswig, u. Radowitz aus Berlin. v. Hagenow aus Langenfelde. — Alle Redaktionen deutscher Zeitungen werden ersucht, diese Bekanntmachung aufzunehmen. Frankfurt, a. M., 29. Juni 1848. Der Marineausschuß der Nationalversammlung. v. Bruck, Vorsitzender. W. Jordan, Schriftführer.

Schweiz.

** Bern, 28. Juni. Die außerordentliche Tagsatzung hat gestern ihre Berathungen über die neue Bundesverfassung beendigt, und somit ihre Aufgabe insoweit gelöst. Bereits haben die meisten Gesandtschaften die Bundesstadt verlassen. Am 3. Juli tritt die nebentliche Tagsatzung zusammen, um die gewöhnlichen laufenden Geschäfte zu beseitigen. Die Annahme des neuen Bundesentwurfes durch die überwiegende Mehrheit der Kantone ist keinem Zweifel unterworfen, und es ist nur zu wünschen, daß die Abstimmung bald möglichst erfolge, weil mit jedem Tage Ereignisse eintreten können, welche das Ganze wieder in Frage stellen dürften. Zu den wichtigsten und folgereichsten Beschlüssen gehört unstreitig derjenige über Errichtung einer schweizerischen Hochschule, für welche sich nun durch den nachträglichen Beitritt von Zürich und Bern doch noch eine Mehrheit ergeben hat. Der bernische Große Rath, welcher gegenwärtig versammelt ist, hat Hrn. Ochsenbein neuerdings einen Beweis seines Zutrauens gegeben, indem er ihn im ersten Skrutinium mit absolutem Mehe zum zweiten Gesandten ernannte. Dritter Gesandter ist Hr. v. Tillier. Die Beseitigung der Herren Regierungsräthe Dr. Schneider und Stämpfli ist augenscheinlich eine neue Schlappe für die Bärenpartei und zeugt deutlich, daß der Große Rath in seiner Mehrheit dem Systeme Ochsenbeins huldigt. — Die Direktion der Erziehung wurde vom Großen Rathe dem neuerwählten Regierungsrathe Hrn. Imobersteg definitiv übertragen. Es steht zu hoffen, daß es demselben gelingen möge, das im Kantone Bern mit ganz eigenthümlichen Schwierigkeiten verbundene Erziehungswesen so zu organisiren und zu leiten, daß den vielfachen Wünschen und Beschwerden endlich einmal gründlich abgeholfen, und die großen Fehler, welche unter seinen Vorgängern durch allzugroße Schwäche und Grundsatzlosigkeit begangen worden sind, wieder gut gemacht werden. — Während ringsherum ein blutiger Kampfstand dem andern folgt, läßt bei uns eine Festlichkeit die andere ab. Heute treffen die sämmtlichen militärischen Schülerkorps des Kantons in Bern ein, um ihre jugendlichen Kräfte in den Waffen zu üben, unmittelbar darauf beginnt die schweizerische Industrieausstellung, und im August findet ebenfalls in Bern das eidgenössische Sängerfest Statt.

Genf. Die Basl. Z. meldet: Die Polizei hat den Drucker des konservativen Journal de Genève, einen Franzosen, augenblicklich ausgewiesen. Die nächste Veranlassung dazu soll die Uebersetzung eines dem Solothurner Blatte entnommenen Artikels gegen Hrn. James Fazy gegeben haben. Ebenso wurde auch der Drucker der Voix catholique ausgewiesen und seine Druckerei geschlossen. Derselbe war ebenfalls ein Franzose. (Wenn Solches, nur in umgekehrter Tendenz, in monarchischen Staaten geschähe, was würden unsere Republikaner dazu sagen?)

Großbritannien.

London, 27. Juni. In den Times befindet sich eine Notiz aus einem Briefe, dat. Dublin 25. Juni, wornach die Zahl der konföderirten Klubs sowohl in den Städten als auf dem Lande furchtbar im Zunehmen ist. Am 24. Juni wurden in Limerick allein nicht weniger als sechs neue zu den bereits bestehenden gebildet. Bekanntlich werden in diesen Klubs Waffenübungen vorgenommen, um im geeigneten Augenblicke mit einer „irischen Nationalgarde" hervortreten zu können, welche, nach O'Briens Plan, bis zum Herbste einige hunderttausend bewaffnete Männer in ihren Reihen zählen soll. Die Dubliner Korrespondenz der Times zweifelt nicht, daß, sobald die Ernte vorbei sein werde, diese Mannschaften auf Befehl ihrer Führer irgend einen verzweifelten Streich versuchen würden. Wenn den Irländern, was noch möglichst zweifelhaft erscheint, nicht aus der Fremde Hilfe und militärischer regelmäßiger Zuzug geleistet wird, so läßt sich das Ende leicht voraussehen; es kann vielleicht Ströme Blut kosten, aber der Aufstand wird, wie kaum zu zweifeln ist, von dem zur See und zu Lande gewaltigen England unterdrückt werden, zumal da es in Irland selbst an der protestantischen Partei, dem Adel, dem größeren Theile des Kaufmannstandes mächtige Verbündete hat. Freischaaren und improvisirte bewaffnete Kadres richten, wie die jüngste Geschichte an zahlreichen Beispielen lehrt, überall Nichts gegen regelmäßige Heere aus, sobald nur diese der Fahne treu bleiben. England sieht auch dieser fortschreitenden Selbstbewaffnung bis jetzt müßig zu und schrint es fast zu einem offenen Ausbruch kommen lassen zu wollen, da der durch einen Zusammenstoß herbeigeführte Zustand nicht schlimmer und unheimlicher sein kann, als der gegenwärtige.

England darf sich auf sein Heer, selbst auf die irischen Bestandtheile desselben verlassen, es ist von demselben Geist beseelt, wie das österreichische, welches sich für Oesterreich aufs Tapferste schlägt, unbekümmert darum, ob in seinem Rücken Kaiser und aristokratische Weiber, czechische Großen und propagandistische Aufwiegler, Wiener Studenten und Proletarier bewußt oder unbewußt das Ihrige zur Zersetzung des großen Staatskörpers beitragen. England wird nach dem Siege um so mehr Gelegenheit haben, Großmuth an Irland zu üben und den selbstsüchtigen Gutsherren ein menschlicheres Verfahren vorzuschreiben; es ist ja der That eben so empörend, als bei der drohenden Lage Irlands unerklärlich, mit welcher Härte gewisse Grundeigenthümer fortfahren, ihre Pächter wegen rückständiger Zinsen zu behandeln. Das M. Chr. erwähnt unter Anderm, daß allein in dem Armendezirk Kilrush (Grafschaft Clare) seit dem letzten November, zufolge des schädlichen „clearances system", nicht weniger als 1000 Hütten dem Erdboden gleichgemacht, daß allein in der Nachbarschaft von Broadfort 100 Pächtern gekündigt worden. Einem solchen Zustande muß zur Ehre der Menschheit ein Ende gemacht werden, und so wäre fast zu wünschen, daß die allgemeine Bewaffnung Irlands nicht auf eine bloße Reaonmissirrei hinauslaufe, daß sie wenigstens der engl. Regierung den Vorwand gebe, die Grundherren zur Annahme menschlicherer Gesetze zu zwingen. Das jetzt in Irland herrschende System, über dem ganze Generationen zu Grunde gehen, ist grausamer und zerstörender als selbst ein Krieg. Wie der Kampf auch ausfallen möge: entweder muß Irland durch das englische Parlament oder durch ein irisches bessere Gesetze erhalten. Der weiche schwankende John O'Connell ist jetzt ohnehin beseitigt, und der über ganz Irland ausgedehnte Repealverein trifft nun ernstliche Anstalten, mit der irischen Konföderation sich zu einem gemeinsamen Körper zu verschmelzen.

Frankreich.

Paris, 29. Juni.*) Der National bringt heute eine Notiz, die vielleicht einen officiellen Charakter trägt. Mehrere Schweizer Journale, heißt es darin, bringen den Text einer Depesche des eidg. Geschäftsträgers an den Vorort, in der gemeldet wird, der französische Geschäftsträger habe die freundschaftliche Vermittlung der Republik zur Beendigung der österreichisch-italienischen Angelegenheiten angeboten. Wir glauben behaupten zu können, daß der schweizerische Geschäftsträger sich getäuscht hat. Frankreich hat Oesterreich seine Vermittlung nicht anbieten können und hat sie nicht angeboten. Wir wissen nicht, ob Oesterreich sie verlangen wird, aber wenn uns dieser Vorschlag gemacht werden sollte, so ist klar, daß die französische Regierung ihn nur unter der Bedingung annehmen könnte, daß kein einziger Oesterreicher in Italien bleibt. Außerhalb dieser Grundlage ist keine Unterhandlung für Italien annehmbar, und Frankreich kann daher auch nur diese Basis für seine Vermittlung annehmen. (Ebenso klar, wie die Erklärung des National, ist unstreitig auch der weitere Punkt, daß Oesterreich in der italienischen Sache die Vermittlung Frankreichs nicht nachsuchen wird.)

Ungarn.

Pesth, 22. Juni. Die Macht der illyrisch-serbischen Insurgenten hat sich schon sehr vermehrt. In dem Gebirge von Pamentza,

*) Die Neuigkeiten s. in der Beilage.

Digitized by Google

Beleuchtung der Ems in Betreff einer deutschen Kriegsmarine.

* Leer, Ende Juni. Die Marinekomités von Emden, Leer, Papenburg, Norden, Haltea und Meppen, die in Folge des Aufrufes des Fünfzigerausschusses mit der größten Bereitwilligkeit den Marinekongreß in Hamburg beschickten, mußten leider von ihren Deputirten bei deren Zurückkunft vernehmen, daß in einem großen Theile der dem Kongresse gemachten Vorlagen, aus nas unerklärlichen Gründea, die Ems mehr oder weniger fast gänzlich übergangen ist, während gerade dieser Fluß, nach unserer Ansicht, bei Errichtung einer deutschen Kriegsmarine, sehr wohl im Interesse des deutschen Vaterlandes die größte Beachtung verdient.

Wir erlaubea nas daher, in dem Nachfolgenden die besonderen Vorzüge desselben näher zu beleuchten nad sie einer demnächst zu ernennenden technischen Kommission angelegentlichst zu empfehlen. Wir halten uns dazu um so mehr verpflichtet, weil von der in Hamburg zurückgebliebenen Marinekommission der Wunsch ausgesprochen ist, von den einzelnen Plätzen mit Materialien, diese große deutsche Sache betreffend, versehen zu werden, nad wir die mit der Lokalität der Ems nicht so vertrauten deutschen Brüder darüber gern genauer unterrichten möchten.

Die Ems mündet durch zwei Arme in die Nordsee, nämich durch die Oster- und Westerems; dieselben sind beide fähig, eine große Anzahl Kriegsschiffe von See bis zu den etwa anzulegenden Kriegshäfea aufzunehmen.

Die Westerems hat von der Mündung bis zur s. g. Knocke, einen für die Anlage eines Kriegshafens sehr geeigneten Ort, keine Stelle, wo in der Entfernung von circa 8 Meilen bei niedrigster Ebbe nicht wenigstens (5 Faden) 30 Fuß Wasser steht, wie dieses die neuestea, von Emden aus veranlaßten Pegelungen ergeben haben nnd ist außerdem das Fahrwasser derselben an der engsten Stelle $^1/_{16}$ Meile breit; — hinsichtlich der Osterems erlauben wir uns vorläufig zu bemerkea, daß solche in dieser Hinsicht bis zur Leybucht nicht zurückstehen dürfte.

Was nun die einzelnen Vorzüge der Ems zur Anlegung von Kriegshäfen betrifft, so führen wir aa:

1) mit fast jedem Winde sind die Schiffe im Stande, ein- und auszulaufen nnd selbst bei West- und West-Nord-West-Stürmen können gut besegelte Schiffe sich von der Küste wieder entfernen, wenn sie auf dieselbe besetzt sind; wogegen die Schiffe, die vor der Weser und Elde sich befinden, in diesem Falle und besonders bei Frühjahr- und Herbststürmen, es nicht möglich machen können, sich von der Küste zu befreien, und wenigstens Gefahr laufen, zu stranden, wenn sie nicht durch zufälliges Glück dianenkommen, wozu es aber um so mehr an Möglichkeit fehlt, weil bei solchen Stürmen keine Lootsen herauskommen können; — auf der anderen Seite aber ist das Fahrwasser der Ems so gestellt, daß Schiffe, die nar mit einer Spezialkarte derselben versehen sind, auf die ausgelegten Markzeichen und Seetonnen hin mit größter Sicherheit dinnenlaufen können. Unter solchen Umständen nähereu sich die Seeleute bei stürmischem Wetter mit Angst und Sorgen der Elde nnd Weser, um so mehr, weil dann auch die Strömungen so irregulär nnd verleitend sind, daß dadurch manche Schiffe und manche Menschenleben gefährdet sind; ferner gilt es als eine allgemeine Navigationsregel wie wir sie in den englischen nnd Hamburger Sailing-directions finden, daß alle für Weser und Elde bestimmten Schiffe bei stürmischen West- und Südwestwinden angewiesen sind, das Borkumer Riff anzusegeln, um sich zu orientiren nad darnach ihren Kars zu nehmen;
2) in der Ems befinden sich mehrere Rheden, wo die größten Kriegsschiffe bei jedem Winde nnd selbst bei Stürmen bequem und sicher vor Anker liegen können;
3) die Ems ist im Spätherbste nicht so bald duech Eis geschlossen nnd im Frühjahr eher offen, als dies bei den meisten Flüssen der Fall ist.

Aus den angeführten gewichtigen Grüaden werden die bedeutenden Vorzüge der Ems so in die Augen fallen, daß man bei Anlegung von Kriegshäfen für die deutsche Marine sein Hauptaugenmerk auf die durch geographische Lage und Natur begünstigte Ems richten muß, aad wir sind überzeugt, daß die demnächst zu ernennende technische Kommission nicht allein unsere Behauptungen in vollem Maße bestätigen, sondern auch andere Vorzüge derselbea, deren Auseinandersetzung uns hier zu weit führen würde, vorfinden wird.

Wir haben in Vorstehendem die Tauglichkeit der Ems za einer Kriegshafenaalage beleuchtet. In völlig gleichem Maße bietet dieser Strom diejenigen Requisiten, welche aach den bei andern Nationen gemachten Erfahrungen für Anlagen von Kriegshäfen durchaus erforderlich sind, nämlich:

1) eine zahlreiche seetüchtige Bevölkerung; — auf der Handelsmarine der Ems, bestehend aus circa 600 Seeschiffen, sind circa 4000 Seeleute thätig, welche, von Jugend auf dienend, als tüchtige Seeleute anerkannt nnd von den Ausländern gesucht werden. Za ihrer Ausbildung bestehen bereits drei Navigationsschulen, welche leicht zur Heranbildung der Seeleute füe den Kriegsdienst zu erweitern wären;
2) an der Ems befinden sich 50 Schiffswerften, auf denen man im Stande ist, nach jedem vorgelegten Risse und Modell, die erforderlichen Kriegsschiffe jeder Gattung in kürzester Zeit, solid und billig zu bauen. Wir sind hiezu befähigt, weil:
   a) uns vorzüglich die reichen Holzgegenden Westfalens zu Gebote stehen und fortwährend bedeutende Lager aller Arten Schiffsbauholzes an der Ems gehalten werden. Besonders beachtungswerth dürfte die schöne Qualität des aus von der Oberems gelieferten Eichenholzes sein, weil es hinsichtlich seiner Dauerhaftigkeit gewiß allem sonstigen Eichenbauholze nicht allein gleichzustellen ist, sondern noch in Holland, nad vorzüglich im Groningerland, bei Weitem den Vorzug genießt, indem dort, bei Bestellung von Schiffen, gewöhnlich konditionirt wird, kein rheinländisches noch Hamburger Holz zu nehmen;
   b) wir alle sonstigen Gewerbe in genügender Anzahl haben, die für die völlige Ausrüstung von Kriegsschiffen nur irgend erforderlich sein können.
3) Zur Verproviantirung der Schiffe nnd zum Unterhalt der Mannschaft haben wir eine in jeder Hinsicht ergiebige Provinz, so daß alle Bedürfnisse der Kriegsmarine schnell nad billig befriedigt werden können.

Aus dieser kurzen Darstellung, die wir nns die Freiheit nehmen, dem ganzen deutschen Vaterlandr vorzulegen, werden die entscheidenen Vorzüge der Ems so klar vor Augen liegen, daß darüber bei kundigen und unbefangenen Beurtheilern kein Zweifel aufkommen kann.

Emden, 17. Juni, 1848. Die Marine.

Schweiz.

* Zürich, 28. Juni. Gestern und vorgestern versammelte sich unser Gr. Rath zu seiner ordentlichen Sommersitzung. Der Präsident, Dr. A. Escher, gedachte in seiner Eröffnungsrede mit wormer Anerkennung des vor wenigen Tagen dahingeschiedenen Obersten Weiß, der, namentlich in der alle Verhältnisse umgestaltenden, glänzenden Epoche der dreißiger Jaher, neben Keller, Hirzel, Ulrich, Scheer und Andern eine der ersten Stellen einnimmt; noch im letzten Feldzuge war er von der Regierung zum Kommandanten des gesammten Züricherischen Landsturmes ernannt. Charakteristisch für die Zustände Zürichs ist, daß einer unserer High-Tories, der Bankier Schultheß-Rechberg, ein junger, sonst ziemlich vernünftiger und wohlgesinnter Mann, seine Entlassung als Mitglied des Gr. Raths verlangte (und erhielt), „weil seine persönliche Ueberzeugung mit dem Bewußtsein der Gegenwart in solchem Zwiespalt gerathen sei, daß er sich nicht mehr mit Freudigkeit an den Staatsgeschäften betheiligen könne.“ Herr Schultheß repräsentirt einen nicht unbedeutenden Theil der auf ihre Kultur und ihre politische Einsicht so stolzen Züricher „Burgerschaft.“ Die Theilnahme der übrigen Väter des Landes war so groß, daß wegen Mangels der reglementarischen Anzahl eine Zeit lang mit der Fortsetzung der Geschäfte innegehalten werden mußte; die Pause wurde wacker benutzt, Vorschläge zur Abhilfe dieses immer größer werdenden Uebelstandes zu machen, Vorschläge, die — als äußere Zwangsmittel — eben doch Nichts fruchten werden. — Aus einigen Gesetzesentwürfen reio lokaler Natur hebe ich den heraus, welcher das Vermögen einer wohlthätigen Anstalt, den sehr bedeutenden „Stiftsfonds“, dem unmittelbaren Staatsvermögen einverleiben will; die konservative Opposition — Murall, Moaffon, Finsler — warnten vor diesem Schritte, der bei einer feindlichen Okkupation oder bei etwaiger Centralisation des schweizerischen Bundesstaates leicht jenes Vermögen gefährden könne; die Mehrheit hegte nicht diese zopfkonservativen Bedenklichkeiten and erklärte sich im Interesse einer bessern und geregelteren Verwaltung für die Maßregel. — Eine Motion von Herrn Statthalter Guyer, die Armenverhältnisse betreffend, verlangte unter Anderem, daß der Staat denjenigen Gemeinden, die sich zu Gunsten

Digitized by Google

ihrer unterstützungsbedürftigen Gemeindebürger nicht mit wenigstens ½ pr. Tausend vom Vermögen besteuert, keine pekuniäre Beihilfe für ihr Armenwesen leisten solle; Herr Bürgermeister Zehnder, unsere „Specialität“ im Armenwesen, sprach sich gegen die letztere Bestimmung aus, doch wurde die Motion selbst für erheblich erklärt und dem betreffenden Komité überwiesen. — Zu Gesandten an die nächste ordentliche Tagsatzung ernannte der Gr. Rath die Herren Zehnder und Escher; bei der Instruktionsberathung bemerkte der Erstere, dies werde hoffentlich die letzte Instruktion (insofern der Bundesentwurf angenommen wird) sein, welche der Gr. Rath ertheilte. Auch wir hegen diese Hoffnung, wenngleich die Bedenklichkeiten rücksichtlich der defaitiven Annahme noch nicht gänzlich beseitigt sind; die drei Urkantone, Appenzell J. Rh. und vielleicht auch Zug werden den neuen Bund aus den bekannten politischen, religiösen und socialen (ich erinnere nur an die freie Niederlassung) Gründen verwerfen; Freiburg ebenfalls, wenn man seine Bevölkerung abstimmen ließe; doch wir müssen nicht befürchten, daß seine vorsichtige Regierung dem Volke zu früh den Maulkorb wieder abnimmt; — das Tessiner Volk wird diesem Beispiele folgen, weil es in Blut, Gesinnung und Sprache dem Kern der schweizerischen Bevölkerung viel zu fern steht, als daß es eine nähere, unlösliche Vereinigung mit demselben anstreben könnte. Auch Graubünden wird wohl verwerfen, nicht weil die Bevölkerung unschweizerisch gesinnt wäre, allein der echt schweizerische Partikularismus ist hier, wo fast jede Gemeinde so zu sagen eine selbständige Republik bildet, zu seiner schönsten Blüthe gekommen; man fühlt sich in seiner alt-thätischen Eigenthümlichkeit der ganzen übrigen Schweiz gegenüber als ein Besonderes und kann die drohende Aufhebung der Zölle, der Brücken- und Weggelder und der übrigen Hemmnisse des Verkehrs durchaus nicht verschmerzen. Ja, was werden Sie dazu sagen, daß hier im Kanton Zürich sich recht viele Stimmen für Verwerfung aussprechen, und zwar einzig und allein wegen des bewilligten Fortbezuges der Konsumogebühren. Es liegt allerdings für einen Züricher etwas Empörendes darin: Zürich hebt seine sämmtlichen Zölle großmüthig, ohne Entschädigung zu beanspruchen, auf, Bern bezieht widerrechtlich Jahretang Konsumogebühren und erhält zuletzt als Prämie für seine Widersetzlichkeit gegen Bundesbeschlüsse die gesetzliche Bestätigung seiner unbilligen Besteuerung schweizerischer Landesproducte! Allein es müssen Opfer gebracht werden, verschiedene aus verschiedenen Seiten; unserem Gr. Rathe trauen wir unbedenklich die Einsicht zu, lieber dieses Opfer zu bringen als den Abgrund der Revolution auch für die Schweiz zu eröffnen — denn das ist die Bedeutung der Frage; — vermag es aber das ganze Volk, trotz seiner persönlichen Mißstimmung, das in die Augen springende materielle Interesse aus patriotischen Rücksichten bei Seite zu setzen, so können wir nicht umhin, ihm einen hohen Grad von politischer Reife zuzuschreiben. — Der Gr. Rath verfagte der neuen Verfassung von Luzern seine Anerkennung, weil dieser „radikale“ Kanton, der so energisch Klöster aufzuheben versteht, die Ausübung des Aktivbürgerrechts von dem römisch-katholischen Glaubensbekenntnisse abhängig macht. Hier wird wohl die neue Bundesverfassung erst Licht schaffen müssen. — Schließlich wurden einige für den Kanton sehr wichtige Wahlen vorgenommen: wegen vorgerückten Alters, Kränklichkeit u. s. w. hatten vier Mitglieder der Regierung, R. Sulzer, Wietand, Eßlinger und Fierz ihre Entlassung eingereicht; statt nun diese günstige Gelegenheit zu Einführung des Departementalsystems zu benutzen, über welche Frage schon seit längerer Zeit eine besondere Kommission niedergesetzt ist, hat der dieser Neuerung sich widersetzende alte Schlendrian die Oberhand gewonnen, und man beeilte sich, die Lücken so schnell wie möglich wieder auszufüllen. Gewählt wurden Dr. A. Escher, Erziehungsrath Billeter, Kantonsrath Streuli und Oberrichter Bräg, Alle der liberalen Partei angehörig. Gegen den Letzteren suchte eine andere Fraktion dieser Partei den eidgenössischen Oberst von Orelli durchzusetzen, blieb aber dabei in der Minderheit. — Sie erinnern sich wohl noch der in Mailand vorgenommenen Verhaftung des politischen Flüchtlings Wiederkehr, und des darauf erfolgten Aargauer Auslieferungsbegehrens. Wir vernehmen nun durch Oberst Luvini die interessante Thatsache, daß die liberale Mailänder Regierung sich ganz bereit erklärte, dem Auslieferungsbegehren zu entsprechen; nur bedauerte sie von Herzen, den Hauptmann Wiederkehr schon vorher freigegeben zu haben; er sei, fügte sie dienstfertigst hinzu, mit einem sardinischen Passe weiter nach Sardinien und Frankreich gereist. Wenn das „italienische Civilisation und Freiheit“ ist, so wollen wir vor der Hand uns noch mit dem „schwerfälligen Apparat der deutschen Wissenschaft“ begnügen.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Aufruf an das französische Volk beschlossen, worin es heißt:

Franzosen! Die Anarchie ist besiegt, Paris ist wach und Gerechtigkeit wird geübt werden. Ehre dem Muth und der Vaterlandsliebe der Bürgerwehr in Paris und den Provinzen. Ehre unserem tapfern und stets ruhmreichen Heer, unserer jungen und unerschrocknen mobilen Wehr, unsern Schulen, unserer republikanischen Schaar und so vielen edlen Freiwilligen, die sich in die Bresche stellten für Ordnung und Freiheit! Alle haben sie, ohne Sorge für ihr Leben und mit übermenschlichem Muthe, Barrikade nach Barrikade niedergeworfen, und bis zum letzten Schlupfwinkel jene Wahnsinnigen verfolgt, die ohne Grundsatz, ohne Fahne, nur zu Mord und Plünderung bewaffnet schienen. Familie, Staatsordnung, Freiheit und Vaterland waren im Lebensquell bedroht unter den Streichen dieser neuen Barbaren, die Gesittung des 19. Jahrhunderts stand an ihrem Untergang. Doch nein! die Gesittung kann nicht untergehn! Nein, die Republik, das Werk der Gottheit, das lebendige Gesetz der Menschheit, die Republik wird nicht untergehen. Wir schwören es bei ganz Frankreich, das mit Abscheu jene Lehren zurückstößt, denen die Familie ein Name ist und das Eigenthum ein Diebstahl. Wir schwören es bei diesen edlen Opfern, die von brudermörderischen Kugeln fielen. Alle Feinde der Republik waren gegen sie vereint in rasender und verzweifelter Anstrengung. Sie sind besiegt, hinfort wird Keiner mehr versuchen, uns von Neuem in blutigen Zwist zu stürzen.

In der heutigen Sitzung wurde, da General Negrier ohne Vermögen gestorben ist, ein Beschluß gefaßt, wornach sein Begräbniß auf Staatskosten stattfinden und seine Familie versorgt werden soll. Cavaignac zeigt hierauf an, daß der Admiral Leblanc das Portefeuille der Marine nicht angenommen habe und daß daher Jules Bastide das Marine-Ministerium und der General Bedeau das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernahm. Hierauf wird zur Wahl eines Präsidenten der Nationalversammlung geschritten. Diese Wahl gibt folgendes Resultat: Anzahl der Stimmenden 790. Absolute Majorität 396. Herr Marie 414. Herr Dufaure 297. Herr Lacrasse 61. Herr Marie wird somit als Präsident der Nationalversammlung proklamirt. Senard nimmt mit einer kurzen Rede von der Versammlung Abschied; — mit dem General Cavaignac während den Tagen des Kampfes unzertrennlich verbunden — habe dieser ihn auch nach dem Siege nicht von sich lassen wollen. Auf sein Andringen habe er das Ministerium übernommen und werde auch in dieser Stellung so handeln, wie er stets als Präsident gehandelt habe, d. h. im Geiste dieser Versammlung.

Der Held des Tages ist Cavaignac. Die Pariser und mit ihnen die Provinzen haben eine entsetzliche Probe überstanden, die sie den Werth einer starken und entschlossenen Gewalt kennen lehrte; in Adressen und andern Aeußerungen spricht sich die allgemeine Zustimmung zu dem Beschlusse aus, der diesen Mann an die Spitze Frankreichs stellte. Die Umstände, unter denen er zur Gewalt kammt, sind äußerst günstig; er kann mehr thun und man wird ihm mit mehr Vertrauen gehorchen, als einer der bisherigen Gewalten. Man rühmt seine tüchtige republikanische Gesinnung; mein einziger Ehrgeiz, soll er gesagt haben, ist der, Frankreichs Washington zu werden. Das wäre allerdings ein sehr schöner und zugleich sehr erhabener Ehrgeiz, und wir wollen Alle wünschen, daß zu dem Willen die Kräfte nicht fehlen.

Die Verluste der letzten Tage werden bis jetzt immer noch geschätzt, nicht gezählt. Man spricht von 12,000 Todten; wir brauchen kaum zu sagen, daß diese Angabe, wie ähnliche, in solchen Fällen ohne Zweifel sehr übertrieben ist. Gewiß ist aber, daß das Journal des Debats nach genauen Ermittelungen über 1500 Verwundete aufzählt, die in den fünf großen Spitälern der Hauptstadt liegen; ferner daß manche Schlacht der napoleonischen Zeit nicht so unter den Führern gewüthet hat. Zwei Generale, Negrier und Bréa, getödtet, sechs Generale: Bedeau, Duvivier, Damesme, Korte, Lafontaine, Fouché schwer verwundet, Lamoriciere verlor zwei Pferde unter dem Leibe, nur er und die Generale Perrot und Lebretan erhielten keine Wunden.

Der Moniteur widerspricht heute die Gerüchte, daß vergifteter Branntwein verkauft worden sei; allerdings habe man Arrestationen vorgenommen, aber die chemische Analyse habe den Ungrund des Verdachts bewiesen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Knap., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wenden man sich an G. L. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 184. **Heidelberg,** Dinstag 4. Juli. **1848.**

Uebersicht.

Deutschland und die österreichische Presse. L — Triest (die Einnahme von Palma Nowa. Die Haltung des Volks). Prag (Bekanntmachung). Berlin (Verhandlungen der Kammer. Interpellationen wegen des dänischen Kriegs. Rückkehrende Energie der Bürgerschaft. Beschlüsse der Stadtverordneten). Vom Rhein (die Arbeitervereine. Bericht des Vorstandes). Posen (die angebliche französische Note). Stettin (Bau von Kriegsschiffen). Hannover (die Zölle). Altona (Räumung des deutschen Gebiets von den Dänen. Rüstungen zur See. Militärisches). Flensburg (Aufbruch der Armee nach Norden. Vorrücken der Truppen). Rendsburg (die Lauenburger). Hamburg (die Stimmung in Kopenhagen. Der Cäsar Godeffroy). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlungen. Bericht über die slav. sche Angelegenheit. Die Heckersche Wahl. Interpellationen Blums).

Großbritannien. Die westindischen Zuckerpflanzungen und der englische Zoll.

Frankreich. Paris. Dekret der Nationalversammlung über die Deportation der Insurgenten. Rede des Kammerpräsidenten Marie.

Heidelberg, 3. Juli.

Die österreichische Presse fängt an, sich mehr und mehr mit deutschen Verhältnissen zu beschäftigen. Dächten wir uns nicht den Sturm, der dort die Geister fortreißt, die mächtige Bewegung, die nur wenigen und starken Gefühlen auf ein Mal Raum gibt, so möchten wir uns beklagen über die Weise jener Beschäftigung. Die österreichischen Publicisten sind genährt mit deutschem Geiste und besonders mit deutscher Philosophie; auch hier, wie in den Tagen der französischen Unterdrückung hat sich der Geist Fichte's als revolutionäres Ferment bewährt, das in der Stille unter Druck und Hemmung unwiderstehlich um sich greift. Der Geist der Kritik ist es, der, veralteten Zuständen gegenüber, jene Geister ergriff und sie nun weiter und weiter lockt und treibt. Was Deutschland sonst in Poesie und Geschichte an Früchten seines Geistes zu bieten hatte, das gebrauchen sie, wie unsere Philosophen es gebraucht haben, als den kostbaren Stoff, den die Flamme der Kritik verzehrt. Mit jugendlicher Sicherheit und genialem Blick legen sie den Maßstab jener philosophischen und kritischen Zeiten an ein Deutschland, das seitdem Vieles durchlebt und eine andere Stufe betreten hat. Hier ist es, wo wir mehr Unbefangenheit, mehr Hingebung, mehr historischen Blick von Seite unserer österreichischen Freunde wünschten, um das Verhältniß zu erkennen, in dem sie zu dem gegenwärtigen Deutschland stehen, und die Kluft auszugleichen, die ein unseliges System zwischen ihnen und uns geöffnet hat. Was wir von unserer Seite dazu beitragen können, soll aufs Redlichste von uns geleistet werden. Schon in der Zeit des Druckes, als noch die Polizei mit brutaler Faust in den Verkehr der Geister greifen durfte, hat dieses Blatt die Fäden des Verkehrs, die uns an Oesterreich knüpfen sollten, zu legen niemals unterlassen; nun ist die Gelegenheit günstiger geworden; aus der früheren unzugänglichen Masse treten einzelne Gedanken, bestimmte Persönlichkeiten hervor, mit denen man anknüpfen kann und gern verkehren mag.

Die „Allgemeine Oesterreichische Zeitung" bringt gegenwärtig eine Reihe von Artikeln über die Thätigkeit der deutschen Nationalversammlung im Verhältniß zu den einzelnen Regierungen. In einem derselben wird die Partei der Nationalversammlung angegriffen, welche auch wir mit der entschiedensten Ueberzeugung vertreten, weil sie durch Vertrag mit den Regierungen die neue Gestaltung Deutschlands herzustellen strebt. Auf den Vorwurf, daß diese Partei in dem sogenannten alten Liberalismus festgefahren sei, haben wir hier nicht zu antworten. Rotteck, Welcker und das Staatslexikon sind hier Ideen der Wiener Politiker, gegen die sie mit sehr vergeblicher Mühe ankämpfen. Wer die Geschichte der oppositionellen Politik in Deutschland kennt, der weiß, daß diese Namen keine Partei mehr bezeichnen; als solche ist diese Meinung abgetreten in dem Augenblick, wo das Prinzip der Nationalität in den Vordergrund trat und der Opposition eine andere Stellung gab. Wir wenden uns zu den Gründen gegen das Prinzip des Vertrags selbst. Aus der Thätigkeit, aus den Leistungen des deutschen Volks gegenüber den Regierungen wird das alleinige Recht des erstern hergeleitet, die neue Freiheit zu gestalten. „Wer, fragt unser Kritiker, hat die Kritik der reinen Vernunft geschrieben, wer die Wissenschaftslehre? Wer hat das deutsche Naturrecht ausgebildet? Wer hat den Wilhelm Tell gearbeitet oder die deutsche Kunst geschaffen? Wer hat die Phänomenologie des Geistes geschrieben, wer das Gesetz der geschichtlichen Entwickelung entdeckt? Wer hat das tiefinnerste Wesen der Religion erforscht, wer hat die Quellen des Christenthums ergründet? Wer hat die Staatswissenschaften ausgebildet? Wer das Wesen der Politik zergliedert, wer die socialen Probleme diskutirt? Wer hat das Volk aufgeklärt, es reif gemacht zur politischen Freiheit?" — Wir erlauben uns, dieser glänzenden Reihe von Fragen eine sehr bescheidene entgegenzustellen. Hätten denn die deutschen Regierungen die Kritik der reinen Vernunft schreiben oder die Quellen des Christenthums ergründen sollen? Man sieht, was wir wollen. Die Frage steht auf falschem Boden. Der Inhalt der neu zu gestaltenden Verfassung wird verwechselt mit der Form ihrer Einführung. Daß die deutsche Nation, und insbesondere die deutsche Mittelklasse, die gerechtesten Ansprüche hat, sich fortan in den freiesten Formen selbst zu regieren, und daß dieser Anspruch die Grundlage der neuen Verfassung sein muß, darüber gibt es in der Nation und in der Versammlung ihrer Vertreter nur eine Stimme. Aber etwas Anderes ist die Art, diese Verfassung ins Leben einzuführen. In diesem Punkte sind die Männer jener Partei über das Prinzip des Vertrags übereingekommen, nicht nach den Sätzen der „Staatswissenschaft von Bluntschli oder Dahlmann" (!), sondern aus einfachen und unmittelbar praktischen Gründen. Es liegt Niemanden näher als diesen Männern, die „gründlichen Arbeiten" des deutschen Volks im Auge und im Gedächtniß zu haben, weil sie selbst zu den gründlichen Arbeitern gehören; aber sie wissen auch, daß der gründlichen Arbeiten auf dem politischen Gebiete noch nicht gar Viele sind, und darum wollen sie jetzt, wo die Gelegenheit geboten ist zu einer großen politischen Thätigkeit, ein dauerndes Werk schaffen, das auf dem Geiste der heutigen Zeit ruht, auf dem festen Grunde der Gerechtigkeit. Die Frage ist: wie führt man heutzutage eine dauerhafte und freie Verfassung ins Leben? Drei Wege gibt es: Güte, Gewalt und Vertrag. Die erste taugt nicht, sie erzeugt Dank oder Undank, nicht das feste Gefühl der Verpflichtung; eine geschenkte Verfassung, sei es von Oben oder Unten, bringt nur Unheil; das ist auch die Meinung unserer Gegner. Gewalt ist der Zeit und des Werkes und des deutschen Charakters unwürdig; „praktisch sind wir entschieden gegen jeden Gewaltstreich", sagt auch unser Gegner in der Oesterr. Allg. Zeit. Also bleibt der Vertrag, in dem der Wille dem Willen gegenübertritt und sich selbst durch die feste Regel gegenseitiger Rechte und Pflichten bindet. Auch wenn man aus dem Nichts ganz neue Gewalten zu schaffen hätte, müßte man sie durch Vertrag sich einigen lassen; so aber stehen dem Volke bestehende Regierungen zur Seite, die ihre Rechte von einem gerechten Volke fordern dürfen. Ueberdies handelt es sich nicht um die Verfassung eines einzelnen Staates, sondern um die eines Bundesstaates; es steht also nicht bloß das Volk einer einzelnen Regierung, sondern der Centralstaat den einzelnen Staaten und Regierungen gegenüber. Hier ist nicht einmal ein anderer Weg möglich, als der des Vertrags. Eine Ge-

Digitized by Google

fahr sehen wir da nicht; wenn ein großes Volk, seinen starken und reinen Willen hinter sich, den Regierungen die Hand bietet und sie auffordert: Vertragt mit mir! so werden sie vertragen, nach der Regel der Freiheit und Gerechtigkeit. Wer auf diesem Standpunkt steht, und nur er, darf sich auf den Verfasser der Kritik der reinen Vernunft und auf den Reformator des deutschen Naturrechts berufen. Was jene Regierungen in der Vergangenheit verbrochen und gesündigt haben, das gehört nicht in die Politik. Menschliche Irrungen und Leidenschaften strafen sich um so härter, je höher ihre Regionen sind; das lehrt die heutige Geschichte in furchtbaren Zügen; aber die Sache der Politik ist es, die menschlichen Angelegenheiten so gut als möglich zu ordnen, nicht dem Weltregiment in die Zügel zu greifen. Zu diesem Grundsatz sind wir frei geworden.

Diese Sätze sind ganz praktisch, aus keinen Theorien hervorgegangen und zu ihrer Unterstützung keiner bedürftig. Verlangt man aber eine Theorie, so wollen wir auch eine versuchen. Das Princip der Selbstregierung als Grundlage aller künftigen Politik ist ziemlich allgemein anerkannt. Es geht aus von der entscheidenden Berechtigung des Einzelnen. Nicht einmal da, wo das monarchische Princip am meisten an seinem Platze ist, in der Familie und der Schule, will man die absolute Autorität mehr gelten lassen, man strebt auch hier, einen berechtigten Einzelwillen geltend zu machen. Nun gibt es wenige menschliche Angelegenheiten, die nicht über den Kreis des Einzelnen hinausgingen; um also zu regieren und zu verwalten, schließen die Einzelnen, sei es zu politischen oder zu andern Zwecken, sich in Körperschaften zusammen, und zwar naturgemäß auf dem Wege des Vertrags; auf jedem andern können wir der Vereinigung keine Dauer versprechen. Dieses Verfahren geht von den kleinsten Organismen aus; denkt man es stufenweise weiter fortgesetzt, so kommt man zuletzt zu den höchsten Gewalten, deren Geschäft ein rein politisches, die Regierung und Verwaltung des gesammten Staates ist. Nach dem konstitutionellen System (über das auch unser österreichischer Gegner nicht hinausgeht) sind dies die Kammern, die Minister und der König; diese sollen, nach demselben System, die Regierungsfunktionen gemeinsam üben; sie müssen sich also auch zusammenschließen, und zwar, nach dem Princip wie oben, durch Vertrag. Der Vertrag, über den sie sich vereinigen, ist der wesentlichste Inhalt der Grundgesetze aller Staaten. So glauben wir die Regel des Vertrags aus demselben Grundsatze der Selbstregierung abgeleitet zu haben, aus dem Andere sie verwerfen.

Es scheint uns also hier Konstituirung und Konstitution, Inhalt und Form verwechselt. Wir verweilen noch etwas auf diesem Punkte, von dem nach allen Seiten hin wichtige Folgerungen ausgehen. Die Thätigkeit der Menschen ist zum großen Theil nicht politisch, und es ist von der größten Wichtigkeit, daß die politische Thätigkeit und ihre Produkte von allen andern scharf und richtig geschieden wird. Aus dem Mangel dieser Unterscheidung fließen jene Verwechselungen, und in ihrem Gefolge Forderungen an den Staat und seine Formen, die sie nicht erfüllen können. Und doch ist der Staat am Ende nicht so viel, als man denkt, und nur die Schwäche der Menschen macht ihn allmächtig. Der rechte Kern des Strebens der Zeit ist gegen den Staat gerichtet, man will sich von ihm ablösen und seinem Zwang nicht weiter unterworfen sein; jede menschliche Thätigkeit soll ihrem eignen Gesetz folgen. Schon längst ist es in der deutschen Wissenschaft anerkannt, daß Wissenschaft und Kunst ihren eignen Entwickelungsgang haben, der nicht unabhängig ist von den Formen des politischen Lebens, aber durch deren willkürliches Eingreifen nur gestört werden kann. Sollte es denn nicht ebenso sein mit jener mächtigen Thätigkeit des menschlichen Geistes, die nach den Mitteln des Lebens, nach Gewinn und Erwerb strebt, die man unter dem einen Namen Industrie befaßt? Wenn man die Masse von Geist bedenkt, die zur Beschaffung der Grundlage alles geistigen Lebens verwendet wird, so wird man dieser Thätigkeit wahrlich auch ihre eigenthümlichen Gesetze zutrauen und das Forschen darnach nicht scheuen. Soviel läßt sich wohl schon behaupten: Kunst, Wissenschaft und Industrie verlangen vom Staate vor Allem Freiheit der Bewegung; sie hassen so gut eine autokratische Einherrschaft, als einen socialistischen Alles lenkenden Staat, der jedem Thätigen seine Portion verschneidet. Wo ihnen Freiheit gegeben wird, da blühen sie, die Staatsform möge politisch gut oder schlecht sein. England erreichte den Gipfel seiner merkantilen Größe unter einer verkäuflichen, intriguanten, selbstsüchtigen Aristokratenherrschaft. — Die Kenntniß der Gesetze des industriellen Lebens wird allein leisten können, was man jetzt dem Staate abverlangt; auch sie wird freilich nicht alle Krisen abwenden, so wenig als historische Weisheit allen Revolutionen steuern kann; aber der Mensch vermag das Außerordentliche durch vernünftige Einsicht.

Wenn nun die einzelnen menschlichen Thätigkeiten ihren eignen Gesetzen folgen, wenn ihre Meister sich abschließen, um ihre Angelegenheiten nach selbständiger Einsicht zu leiten, so wird der Staat in eine Anzahl gesonderter Kreise zerfallen, und die politische Thätigkeit selbst wird nicht mehr über den andern stehen, sondern von ihrer Seite sich gleichfalls fester ausbilden. Dies ist eine Folgerung, die wir durchaus nicht abweisen; vielmehr scheint uns jener Zustand der natürliche. Das Band, das jene einzelnen Kreise umschlingt, ist nicht weit zu suchen, es liegt in dem Princip der modernen Politik, in der Selbstregierung innerhalb der Nationalitäten. Die Selbstregierung ist die gemeinsame Form für alle kleinen Organismen innerhalb des Staates, und die Nationalität das natürlich feste Band, das einen Staat zusammenschließt. Die Politik hat dieses neue Princip ins Leben zu führen, sie hat die Selbstregierung nach Innen zu organisiren, und nach Außen, unter den Trümmern des alten politischen Systems, in den verschlungenen Irrsalen der alten Kabinets- und der neuen Revolutionspolitik, die nationale Politik zu gründen. Darum ist sie die herrschende Thätigkeit der Zeit, und muß die Kräfte ebenso in Anspruch nehmen, wie in einer nun vorübergegangenen Zeit die Philosophie und Kritik. Dies geben wir den österreichischen Publicisten schließlich zu bedenken.

Oesterreich. Peng, 25. Juni. Folgende Kundmachung ist heute erlassen worden: Von Menschen, denen es nicht lieb sein kann, daß die Bewohner Prags zu dem Bewußtsein gelangt sind, wie verbrecherisch der Aufruhr in der Stadt und die gleichzeitige Aufwiegelung des Landvolkes war, wird das Gerücht verbreitet, daß die darüber anhängige Untersuchung bereits aufgegeben werde, und die eingezogenen Personen entlassen worden seien. Dieses Gerücht beruht auf böswilligen Lügen, durch welche diejenigen von Neuem eingeschüchtert werden sollen, die mit der Pistole auf der Brust gezwungen wurden sind, Barrikaden zu bauen. Die anhängige Untersuchung wird mit Nachdruck fortgesetzt, und die Schuldigen werden nach der Strenge des Gesetzes behandelt werden. Die von vielen Seiten gewünschte Veröffentlichung der Resultate kann aber — wie bei jeder gerichtlichen Untersuchung — erst nach deren Beendigung Statt finden, und die Untersuchung kann nicht, wenn gesetzlich vorgegangen wird, in wenigen Tagen beendigt sein. Alfred Fürst Windischgrätz, kommandirender General, Leo Graf Thun, k. k. Gubernialpräsident.

Triest, 25. Juni, Abends 8 Uhr. Soeben läuft die officielle Nachricht ein, daß Palma (Palma vorn) gestern, den 24. Juni, kapitulirt hat. Heute Morgen um 7 Uhr war der Platz schon von österreichischen Truppen besetzt. Aus Italien sonst nichts Neues, als daß die so wortmuthigen Venetianer jetzt, wo es gilt zu handeln, Kopf und Herz verlieren. Allem Anscheln nach dürfen wir bald der Nachricht von der Einnahme der Lagunenstadt entgegensehen. — An der in verschiedenen Blättern (sogar in der Allg. Ztg.) verbreiteten Nachricht, daß sich hier und an mehreren Orten des Küstenlandes italienische Sympathien geäußert, ist durchaus nichts Wahres. Die Haltung des Volks, bis auf den letzten Redetter, ist vielmehr eine so durchaus erfreuliche, daß man den Leuten, in Betracht der schwierigen Verhältnisse, unter welchen sie in diesem Augenblicke leben, nicht genug Lob und Anerkennung spenden kann.

Preußen. *** Berlin, 29. Juni. Stadtverordnete und Magistrat haben die Niedersetzung einer Kommission verfügt, die einen Diktator, wenigstens eine Diktatur berathen soll. Der Beschluß ist einstimmig gefaßt, und Berlin zollt ihm einstimmig Beifall. Ohne Bürgermeister, Bürgergeneral, bis gestern ohne Polizeipräsidentin und fast ohne Ministerium und Regierung, scheint sich endlich eine Kraft, aus dem Bürgerthum heraus, der Ordnung annehmen, den Kampf gegen die Gesetzlosigkeit aufnehmen zu wollen. Wie die Dinge standen, hatte man fast nur noch die trostlose Hoffnung, daß die Unordnung sich übergiofele, daß sie sich selbst stürzen müsse. Das ist freilich ein endlicher Trost, dessen Opfer aber unendlich sind. Besser, daß die Entrüstung eine Kraft vorher aufruft, die der schamlosen Rohheit und Frechheit die Stirn bietet zu einer Zeit, wo noch nicht Alles verloren ist. Die letzten Excesse der Arbeiter im Thiergarten, am Landwehrgraben gegen ihre Aufseher, die gemeinen räuberischen Anfälle vor den Thoren und die Nachrichten des Proletarieraufstandes in Paris hatten denn doch auch die Geduld unserer Bürger ermüdet; sie ließen durch ihre Stadtverordneten, ein Kollegium, welches letzthin sich sehr nach der äußersten Linken neigte, jenen Antrag machen. Durch

ihr langes Dulden hatten sie die Hoffnung verscherzt, welche doch den Parisern noch geblieben, daß die Provinzen ihnen zu Hilfe kommen würden. Die Hilfe der Provinzen allein würde unter den Umständen, wie sie stab, für Berlin eine mißliche sein. Uebrigens regt sich dieser Sinn: hilf Dir selbst! wenn ich mich nicht täusche, immer allgemeiner. Den wahnsinnig zur Angst, zum Mißtrauen herausfordernden Flugschriften und Plakaten sieht man jetzt andere entgegenstellen. Man fängt an, die Sprache zu lernen, welche vom Volke verstanden wird; es ist nicht mehr, es darf nicht mehr die alte sein. Die Adressen der Provinzen, zum Theil darin abgefaßt, verfehlen daher ihre Wirkung. Wo Anklagen in dem Tone ausgeschüttet werden, helfen nicht schüchterne Rechtfertigungen; man muß die Klage zurückschleudern. — Was die andern Autoritäten thun? Sie schlagen die Hände über den Kopf, sie fassen sich nicht in die Zeit; vielleicht bedauern sie es tief, daß unter dem alten Polizeistaat so viel geliebet wurde, Gutes und Schlimmes, nur das nicht, wie ein Mann im Sturm sich selbst heisen muß, ohne immer nach Gendb'armen zu schreien. Das Institut der Kanstabler ist noch nicht ins Leben getreten; aus jenem Zweifel. Soll man ihnen nur weiße Stäbe geben aber Waffen? Ja, wären wir schon bis zu dem Zeitpunkt gelangt, wo der weiße Stab sich Respekt verschafft! Wie soll er's jetzt mit einem Mal, wo der Scepter seine dreihundertjährige Autarität verloren hat. Die Bürgerwehr glüht vor Scham wegen der Zeughausvorfälle; sie wird gewiß beim nächsten Vorkommniß eine andere Kraft entwickeln. Aber wie lange spricht man schon von ihrer Reorganisation, und wo ist der Anfang gemacht? Von der andern Seite ist man thätig, man möchte auch ein fliegendes Korps Pikenmänner in ihre Reihen einschieben. Unter den Anarchisten sind Männer ihres Volkes, unter dem Volke fehlen sie, wie unter den Fürsten die Marc Aurel, die Henri Quatre, unter den Staatsreorganisatoren die Washington und Napoleon. Nicht einmal ein Cincinnatchio, der besänftigende Volksheld, ist unter den Bürgern aufgetreten. Aus der alten Krankheit: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, genesen, sind die Rekonvalescenten in den andern Paroxysmus verfallen: Unruhe ist Bürgerpflicht, das Mißtrauen immer noch erhalten, heißt die Freiheit bewahren. Welche Freiheit genießen wir denn jetzt? Das fragt sich Mancher, in wunderbarer Weise Personen, die im politischen Glauben sich schroff gegenüberstehen. Vergebens blicken wir zu den allgemeinen Landesvertretern auf. Da müßte doch Rath, Weisheit, Entschluß sein. Gesetze, Gesetze! wenn auch nur provisarische, aber rasch! rufen wir. Sie antworten Nichts, vielleicht streiten sie sich über Theorien; es ist nun einmal deutsche Art. Nein, sie streiten über, ich weiß nicht was; man liest es nicht mehr. Sie exerciren sich im neuen konstitutionellen Ceremoniellstil. Man wird an die Soireen des alten Styls erinnert. Die Frauen der Räthe berieten über die Anciennität ihrer Ehemänner und über den Zweifel, wer auf dem Sopha sitzen, wer vor der andern zu Tisch geführt werden solle, zerging das, um was sie zusammen waren, die gesellige Heiterkeit. — Wir sehnen uns nach Kraft. Wo, wie sie sich zeige, fragen wir uns. Einige kesätige, humoristische Aeußerungen des Generals v. Schreckenstein gegen eine Arbeiter- und Studentendeputation, deren Anforderung am Waffen er zurückwies, haben eine Art Vertrauen zu diesem neuen Kriegsminister hervorgerufen. Wenn der Wahnsinn sich bis zu einem Pariser Aufstande steigern sollte, wenn die Bürgerwehr ihm nicht gewachsen wäre, wenn auch die Landwehr zu schwach erschiene, sind wir der Zuversicht, daß er mit Entwickelung des letzten Mittels nicht so lange Anstand nehmen würde, um Schreckensscenen, wie in Paris, zu verhüten. Es ist nur der konstitutionelle Weg; daß man diesen geht, daß man sich nicht zu rascherem Handeln hinreißen läßt, erregt auf beiden Seiten Verdruß. Hüben gibt es noch Blinde, die sich von der Vorstellung nicht losmachen können, es sei mit Militärgewalt Alles zu zwingen, zu heilen, auch der Gährungsproreß einer ganzen Welt; drüben verdrießt es, daß man keinen augenfälligen Anlaß hat, die Regierung der Reaktion anzuklagen. Aber es stehen doch Truppen in der Nähe von Berlin! Und im Augenblick verbreitet sich das Gerücht, daß auf morgen eine wirkliche republikanische Schilderhebung zu erwarten sei! Ist es ein neuer Schreckschuß, aber könnte man im äußersten Stumpfsinn, in der Verzweiflung des Wahnsinns etwas Unmögliches wiederholen wollen, nur zum eigenen Ruin und derer, die noch nicht ruinirt sind?

○ Berlin, 30. Juni. Es liegt in der tiefeingreifenden Gewalt unsrer gegenwärtigen politischen Entwicklung, daß selbst wichtigere, das allgemeine Interesse in hohem Grade berührende Fragen nicht mit derjenigen öffentlichen Theilnahme verfolgt werden, die sie zu andern weniger großen Zeiten unfehlbar auf sich gezogen hätten. So weit diese Erscheinung den preußischen Landtag betrifft, ist allerdings die Ungeduld, mit welcher man hier die Berathung der Verfassung erwartet, in Rechnung zu ziehen. Wie begründet der Tadel sein mag, daß unsere Abgeordnetenkammer schon allzulange die Lösung der ihr gestellten Aufgabe, das Staatsgrundgesetz festzustellen, hinausschob, so ist dennoch der Vorwurf gänzlicher Unthätigkeit ein sehr ungerechter und hauptsächlich wohl der Ausdruck jener ungeduldigen Erwartung hinsichtlich der zu gebenden Verfassung. Ein Blick in die letzten Verhandlungen wird den Beweis geben, wie sehr Ernst es dem Landtage ist, so lange nicht die Verfassung selbst in Angriff genommen werden kann, wenigstens die drückendsten Ueberreste unsres früheren Zustandes, wie das noch im Lande bestehende Mißtrauen gegen die obersten Behörden schnell und gründlich zu beseitigen. Zu wünschen wäre allerdings, daß einige Mitglieder der äußersten Linken, so sehr wir ihre Thätigkeit im Allgemeinen anerkennen, zum Heile des Ganzen ihre die Berathungen oft sehr in die Länge ziehenden Parteilaunen zurücktreten ließen. Bemerkenswerth waren heute die Erklärungen, welche der Min.-Präsid. (zugleich Minister des Auswärtigen) auf die Interpellation von Behnsch hinsichtlich der dänischen Frage zu geben versprochen hatte. Der Fragesteller äußerte zunächst seine Zweifel, daß nicht die Unverletzlichkeit deutschen Gebietes und deutscher Ehre, wie die Thronrede andeute, sondern das Bestreben, republikanische Schilderhebungen in Nordalbingien zu verhindern, für die preußische Politik in Schleswig maßgebend gewesen sei. Zu dieser Annahme berechtige ein Schreiben des preußischen Residenten in Sonderburg vom 8. April d. J. an die dänische Regierung, worin gegen die republikanischen Umtriebe an der Eider sogar eine Verbindung, keineswegs ein Krieg mit Dänemark in Aussicht gestellt werde. Ferner ist der Interpellant der Ueberzeugung, daß der Rückzug der preußischen Truppen aus Jütland nicht durch das Anerbieten englischer Vermittlung (wie Hr. von Arnim der Kammer am 2. Juni gesagt), sondern lediglich in Folge eines russischen Ultimatums vom 13. Mai, wie das „Morning Chronicle" vom 3. Juni andeute, erfolgt sei. Die Neutralität, welche doch für eine Vermittlung unerläßlich, sei von England nicht beobachtet worden, da Kriegsmaterialien nach Kopenhagen verladen, nach Deutschland aber ihre Ausfuhr verboten worden sei. Das „Journal d. D." und die „Times" bestätigen dies und fügen noch hinzu, daß von der Krone Schweden eine ähnliche Note wie von Rußland ergangen sei. Von Bedeutung erscheine, daß Rußland die verschiedenen Erklärungen der englischen und französischen Blätter in den Petersburger Zeitungen die Censur passiren ließ, und dies wolle Etwas sagen. Dazu kämen die Rüstungen des Czaren, Polen sei bis auf die Messer entwaffnet, und falle auch nicht die Entscheidung in unserer unmittelbaren Nähe, so doch im deutschen Süden, an der Donau. Rußland stehe seit 1815 mit uns im Kriege durch seine Handelspolitik, seit 1815 beherrsche es uns durch die Politik der Kabinete und durch das Gold, was nach Oesterreich geflossen sei. Min.-Präs.: Eine russische Note der bezeichneten Art sei an die diesseitige Regierung niemals ergangen. Der vorige Min. d. Auswärt. habe die Ursachen der Räumung Jütlands 1) in strategischen Gründen, 2) in der Nothwendigkeit, den Beweis feindlicher Absichten zu geben, gefunden. Die Zweckmäßigkeit der Räumung sei durch die späteren Ereignisse klar geworden. Wenn ein bestimmtes Resultat heute noch nicht erreicht sei, so bedauere er dies, er hoffe aber, daß die Unterhandlungen mit Dänemark in Kurzem zu einem Erfolge führen würden. Die unablässigen Bemühungen des englischen Kabinets, eine Lösung dieser schwierigen Frage herbeizuführen, verdienten unsre volle Anerkennung. — Die Gelegenheit sei ihm (dem Ministerpräsidenten) übrigens erwünscht, auf diesen Gegenstand näher einzugehen und er wolle gern auf diese Weise zur Beruhigung des Landes beitragen. Die kais. russische Regierung habe nach den Februarereignissen in Paris sich öffentlich dahin erklärt, daß es den europäischen Erschütterungen gegenüber die Stellung der „bewaffneten Defensive" einzunehmen wünsche. Mit dieser Erklärung stimmen die Rüstungen zusammen. Es scheine die Annahme gerechtfertigt, daß Unruhen an den Grenzen stattgefunden haben, welche diese selbst gefährdet. Nach neuesten Nachrichten scheine es, als seien die Grenzen beruhigt. Eine Bewegung der Truppen von der Grenze fort habe deßhalb stattgefunden. Alle Anzeichen bestätigen, daß das russische Kabinet bei seiner Erklärung beharren wolle. Damit stimme auch das Verfahren in der dänischen Frage. Das Gerücht, als habe Rußland an Dänemark das Ansinnen gestellt, seine aktive Hilfe anzunehmen, sei nicht begründet. Bestimmte Andeutungen seien vorhanden, daß Rußland eine Beendigung des Krieges wünsche und Alles, was an ihm liege, versuche, um ernstere Verwicklungen zu verhindern. — Auf die Zeitungsnachrichten näher einzugehen, fand der Minister keine Veranlassung. Auf den gemeinschaftlichen Antrag von Hildenhagen, Frierabend und Bauer (Berlin) wird hierauf die Bildung von 9 Fachkommissionen beschlossen. 1) Für die Agrarverhältnisse (einschl. Feudallasten), 2) Handel, Gewerbe,

Digitized by Google

Arbeit, 3) Justiz, 4) Kirchen- und Schulwesen, 5) Steuern und Finanzen, 6) Gemeindeverfassung, 7) Wehrverfassung, 8) Organisation der Verwaltung, 9) Berg- und Hüttenwesen. Der Antrag des Grafen Lieskowski, auch für internationale Fragen eine Fachkommission zu bilden, weil in Frankfurt die Exekutivgewalt für ganz Deutschland bestimmt werde und Preußen wahrscheinlich in die Lage komme, eine auswärtige Politik zu besitzen, wird verworfen. (Dafür hat sich nur die äußerste Linke erhoben.) Jede Fachkommission soll aus 16 Mitgliedern bestehen, jede Abtheilung zwei aus ihrer Mitte wählen; die Wahl noch anderer, bloß berathender Mitglieder freistehen. — Ein Antrag von Jung, die Vollstreckung der Erkenntnisse in Sachen, welche Abgaben feudaler Natur betreffen, auszusetzen, geht an die Abtheilung. — Gladbach interpellirt das Kriegsministerium wegen der in Spandau vorgenommenen Entwaffnung schleswig-holsteiner Freischärler. Ueber Nacht sei das alte fluchwürdige Polizeisystem wieder aus allen Winkeln hervorgekrochen. Man habe die heldenmüthigen Sieger aus Schleswig-Holstein mit dem Brandmal der Vagabunden (Zwangspaß in die Heimath) behaftet. Man solle die Besorgniß aufgeben, ihnen lieber den Fehdehandschuh vor die Füße werfen! (Auf vielen Seiten die Frage: wem?) Gladbach: Ich rede von dem Czaren in Petersburg. (Lautes Bravo auf dem Berge.) Für den abwesenden Kriegsminister gibt Oberst von Griesheim folgende Aufklärungen: Bewaffnete Freischärler seien am 25. d. M., 18 an der Zahl, am 26. deren 4 in Spandau angelangt. Sie haben zu einer Kompagnie des Tausch'schen Korps gehört, welche sich aus irgend einem Grunde von ihrem Führer losgesagt. Der Kommandant von Spandau habe von dem Polizeipräsidium in Berlin den Auftrag erhalten, die Entwaffnung vorzunehmen. Vier von den Freischärlern hätten Schwierigkeiten gemacht und seien von der Polizeibehörde in ihre Heimath gesendet worden. Die Waffen lägen mit ihren Namen bezeichnet im Zeughause von Spandau, und es sei kein Zweifel, daß sie ihren Eigenthümern nachgesendet werden würden. Gladbach: Er behaupte, daß die Entwaffnung auf ministeriellen Befehl erfolgt sei. Ob es etwa in Spandau noch ein besonderes Ministerium gebe, was mit russischen Triebfedern wirke. Minister Kühlwetter: Die Entwaffnung sei auf die Mittheilung des Gesandten in Hamburg erfolgt, daß bewaffnete Schaaren im Anzug seien, die hier mit gewissen Zeichen einrücken würden, um anarchische Bestrebungen zu unterstützen. (Lärm auf der Linken.) Er nehme keinen Anstand zu erklären, die Maßregel des vorigen Ministeriums, welches nicht geduldet habe, daß bewaffnete Schaaren ohne Autorisation das Land durchziehen, entschieden zu billigen. (Allg. Beifall.) Gladbach, noch nicht zufrieden gestellt, versucht noch einmal die Interpellation in eine förmliche Diskussion umzuwandeln, wird daran jedoch durch die Versammlung verhindert.

Berlin, 29. Juni. Die Stadtverordneten haben gestern auf den Antrag des Magistrats beschlossen: 1) daß eine aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten bestehende Deputation bei Sr. Maj. dem Könige eine Audienz erbitte, um dem Monarchen getreuen Bericht von den Zuständen der Hauptstadt zu erstatten, und die weitere Entschließung Sr. Maj. ehrerbietigst zu gewärtigen; 2) daß die zuständigen Staatsbehörden ersucht werden, zu veranlassen, daß zwei Bat. Infanterie und ein Kavallerieregiment in der Umgegend Berlins bald Standquartiere erhalten. (B. N.)

Posen, 26. Juni. Wiederholentlich können wir aus der zuverlässigsten Quelle die Mittheilung machen, daß weder von Frankreich, noch von Rußland irgend eine bedrohliche, oder überhaupt eine Note in Bezug auf die Posener Frage eingegangen ist, auch der französische Gesandte in Berlin, Herr Arago, keine derartige Erklärung gethan hat. (Pos. Z.)

Stettin, 23. Juni. Die beiden in Angriff genommenen Kanonen-Jollen stehen auf dem Stapel und sind so weit gediehen, daß sie in einigen Wochen ablaufen und den Behörden zur Verwendung übergeben werden können. Bei einer Länge von 50 Fuß und einem Tiefgang von 2½ Fuß, führen dieselben außer den nöthigen Segeln noch 20 Ruder und als Bewaffnung ein 80pfündiges Geschütz. Zufolge einer Bekanntmachung des hiesigen Komités für die deutsche Kriegsmarine haben die ihm von nah und fern zukommenden Beisteuern einen so erfreulichen Fortgang, daß es hofft, auch mit dem Bau größerer Fahrzeuge beginnen zu können. (Ostsee-Ztg.)

** **Vom Rhein**, 26. Juni. Ich habe schon vor einiger Zeit die Absicht gehabt, Ihnen Näheres über die Organisation, die Verhältnisse und das Treiben des großen Arbeitervereins in Köln zu berichten, da derselbe eine wirkliche Macht in der Rheinprovinz zu werden beginnt, und die Geschichte dieses Vereins zugleich einen Blick in das Wesen und die Tendenzen aller ähnlichen Vereine gestattet; die Arbeit ist etwas weitläuftig, weil ich dabei mich ausschließlich auf Aktenstücke stützen will, und der Bericht hat deßhalb noch auf sich warten lassen. Erlauben Sie mir aber, bis derselbe, was in wenigen Tagen der Fall sein wird, vollendet ist, Ihnen eine ebenfalls aus „offiziellen" Quellen geschöpfte Mittheilung über die Verhandlungen und Resultate des „demokratischen Kongresses" in Frankfurt zu liefern, bei welchem der Vorsitzende des Kölner Arbeitervereins die bedeutendste Rolle spielte. Es ist von diesem Kongresse in Ihrer Zeitung bis jetzt nur gelegentlich die Rede gewesen, es dürfte indeß wohl angemessen sein, dieses Treiben genauer, als bis jetzt geschehen, ins Auge zu fassen, denn es scheint hier ein Feind aufzustehen, den man in keiner Weise gering achten darf. Ich werde übrigens alle Details übergehen und mich an die Mittheilungen halten, welche „amtlich" dem Kölner Arbeitervereine darüber gemacht sind. — „Nachdem man sich — so lautet der Bericht des nach Frankfurt deputirten Vorsitzenden des Arbeitervereins — über die Wahl eines Präsidenten, eines Vicepräsidenten und der Sekretäre verständigt hatte, stellte ich (Dr. Gottschalk) folgenden Antrag: Die Versammlung solle erklären: Es gibt nur Eine für das deutsche Volk mögliche Verfassung, die demokratische Republik, d. h. eine Verfassung, in der die Gesammtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen übernimmt. Es wurde der Gegenantrag von Seite des Abgeordneten des Wiesbadener Vereins gestellt: man solle meinen Antrag erst einer Kommission zur Prüfung überweisen. Ich widersetzte mich diesem mit aller Entschiedenheit, indem ich bemerkte, daß man von Jedem, der in dieser Versammlung erscheinen, voraussetzen müsse, daß er mit seinen Grundsätzen so im Klaren sei, daß er der Vorarbeit einer Kommission nicht bedürfe; außerdem hätten wir, da wir meist Abgeordnete von Arbeitervereinen seien, weder Zeit noch Geld zu verlieren. Es wurde darauf von der Versammlung beschlossen, daß er in der ersten öffentlichen Sitzung, welche am Nachmittage in dem Saale des deutschen Hofes stattfand, zur Verhandlung kommen sollte. In der Nachmittagssitzung wurde alsdann mein Vorschlag zur Berathung gebracht; alle vorgeschlagenen Abänderungen wurden, mit Ausnahme einer, nach welcher statt des Wortes „möglich" „haltbar" gesetzt werden sollte, verworfen, und derselbe faßt mit Einstimmigkeit und unter lautem Bravo der Deputirten und des zahlreichen Publikums angenommen. Somit hatten sich die Abgeordneten von den verschiedenen Vereinen Deutschlands für die Nothwendigkeit der republikanischen Verfassung Deutschlands ausgesprochen. Der zweite Antrag, den ich hierauf stellte, die Versammlung sollte sich durch eine Erklärung über ihre Stellung zu dem Parlamente in Frankfurt und zu der Verfassungsversammlung in Berlin aussprechen, wurde nicht angenommen, weil die Versammlung keine Kenntniß von ihnen nehmen wolle. Mein dritter Antrag ging dahin, in allen Provinzen Deutschlands demokratische Centralvereine mit Berlin als Vorort, und zwar für Baden Mannheim, für Würtemberg Stuttgart, für Baiern Bamberg, für Oesterreich Wien, für Rheinland und Westfalen Köln, für Hessen Marburg, für Schlesien Breslau, für Pommern Stettin, für Ostpreußen Königsberg, für Mittelrhein und Main Frankfurt, für Sachsen Leipzig, für Brandenburg Berlin, für Thüringen Jena, für Pr. Sachsen Halle, für das nordwestliche Deutschland Hamburg zu gründen und eine provisorische Kommission zu ernennen, welche die Organisation ins Werk setze. Die Versammlung setzte eine Kommission zur Prüfung dieses Antrags, und namentlich zum Entwurf von Vorschlägen über die Geschäfte und Befugnisse der Centralkommission nieder. Zu der nächsten Sitzung sollte sie Bericht darüber erstatten. Diese fand am folgenden Morgen Statt, und es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Es wird ein Centralkomité niedergesetzt. 2) Die Bestimmung des Centralkomités ist, die demokratisch-republikanische Partei in Deutschland zu einigen und zu verstärken. 3) Dasselbe ist zu dem Ende berechtigt und verpflichtet, eine rege Korrespondenz zwischen den verschiedenen demokratischen Vereinen durch ganz Deutschland zu unterhalten. 4) Dasselbe ist verpflichtet, Berichte über den Stand der demokratischen Vereine in allen Gegenden einzufordern. 5) Das Komité hat alles Wichtige aus diesen Berichten auf geeignetem Wege den Vereinen mitzutheilen. 6) Das Komité ist berechtigt, im Falle außerordentlicher Entwickelungen den demokratischen Kongreß einzuberufen. 7) Das Komité hat seine Berichte durch einige geeignete Zeitungen (die Zeitungshalle in Berlin, die Neue Rheinische Zeitung in Köln und die Volkszeitung in Mannheim) zu veröffentlichen. In der Nachmittagssitzung stellten sich zwei Abgeordnete aus Wien ein; sie wurden mit großem Jubel empfangen. Ein Abgeordneter aus Heidelberg stellte den Antrag, die Versammlung solle sofort an die Nationalversammlung die Forderung gelangen lassen, den Abgeordneten Hecker schleunigst in ihre Mitte zu berufen. Der Antrag wurde mit donnerndem Beifallrufe fast einstimmig angenommen und eine Kommission niedergesetzt, um das Schreiben

Digitized by Google

an die Nationalversammlung zu entwerfen. Einer der Wiener Abgeordneten berichtete, daß auf der Wartburg von 790 (?) Studenten an Hecker eine Dankadresse und ein Vertrauensvotum abgeschickt worden sei. Es wurde demnächst Berlin zum Sitz des Central-Komité's bestimmt, nachdem mehrere andere Anträge für Frankfurt, Leipzig ꝛc. beseitigt waren. Die Zahl der zu wählenden Komité-Mitglieder wurde auf drei festgestellt, wozu der Centralausschuß der Berliner demokratischen Vereine aus seiner Mitte noch zwei hinzuwählen solle. Für Deckung der Kosten des Central-Komité's wurden freiwillige Beiträge bis zum Betrage von 500 Thlrn. gezeichnet. Die Kommission zum Entwurf der Adresse an die Nationalversammlung schlug folgende Fassung vor: „Der Kongreß des deutschen Demokratenvereins zu Frankfurt fordert die Nationalversammlung auf, daß sie uns eine Achtungsbezeigung gegen den Willen des Volks und als Zeichen des Zutrauens gegen sich selbst den Abgeordneten Friedrich Hecker dan Mannheim unverzüglich einlade, in ihrer Mitte Platz zu nehmen"; durch Akklamation wurde der Entwurf angenommen. Die Zahl der Abgeordneten belief sich jetzt auf 220. Am folgenden Tage wurden ungefähr 18 verschiedene Anträge als zu seitzeitig und zu sehr ins Einzelne gehend beseitigt, dann zu Mitgliedern des provisorischen Centralkomité's die Bürger Julius Frödel, Kriege und Nauwerck ernannt, und zuletzt mein folgender Antrag angenommen: „Der erste deutsche demokratisch-republikanische Kongreß erklärt seine freie Verbrüderung mit allen Völkern, welche die demokratisch-republikanische Verfassung bereits erlangt haben oder noch erstreben." — So weit der Bericht des Vorsitzenden des Kölner Arbeitervereins. Jedes Kommentars will ich mich enthalten und nur noch die Schlußworte des Redners hier anführen, welche eine völlige Verschmelzung der Arbeiter- und demokratischen Vereine in Aussicht stellen. „Der nächste Vortheil — so lautete die Schlußansprache — den die republikanische Partei durch ihre Zusammenkunft in Frankfurt erlangt hat, ist eine Verbindung aller republikanischen Vereine in Deutschland und also auch der Kölnischen Vereine. Da die Deputirten des demokratischen Vereins bei Stallwerk und der Deputirte des Vereins für Arbeiter und Arbeitgeber ihre Grundsätze in Bezug auf die Verfassung theilen, so steht einer Verbindung des Arbeitervereins mit den beiden andern Vereinen durchaus Nichts entgegen, und sie ist um so nothwendiger, uns ich erfahren habe, daß in Berlin Ereignisse bevorstehen, welche die ganze Verfassung unseres Landes umgestalten werden, uns also nicht überraschen dürfen. Sie werden also zwei Mitglieder zu bezeichnen haben, die sich mit den Komité's der beiden Vereine in Verbindung setzen, um sich über die Grundlage zu verständigen, auf der eine Vereinigung möglich ist." — Ueber die Resultate ein nächstes Mal.

Hannover, 28. Juni. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer brachte Lang zur Sprache, es gehe der Zollausschuß der Nationalversammlung mit dem Vorhaben um: die Aufhebung aller Wasserzölle ohne Entschädigung zu bewirken. Mit Bezug hierauf stellte er einen, die Rechte Hannovers wahrenden Antrag, den die Kammer einstimmig (mit Ausnahme Haatelmann's) zum Beschluß erhob.

(Wes. Z.)

Schleswig. * Alsen, 28. Juni. Das dentsche Gebiet ist von den Dänen verlassen worden, die Dänen haben Hadersleben geräumt und sich hinter die Königsau zurückgezogen, wie es scheint, in Folge einer englischen Note, in welcher das englische Kabinet in sehr energischen Worten gesprochen hat. Das viel verbreitete Gerücht, als sei in Malmö ein Waffenstillstand abgeschlossen worden, bestätigt sich nicht, wohl aber sind alle Hoffnungen zum Frieden da, und dennoch dauern die Kriegsrüstungen nach Aussagen von Reisenden in Schweden, Norwegen und Dänemark fort, und zwar zu Wasser und zu Lande. Die Armirung und Verproviantirung namentlich kleiner Kanonenboote wird mit einem Eifer betrieben, daß man auf Geöheres, wie auf eine blaße Unterstützung der Dänen schließen muß. Man fürchtet einen allgemeinen Seekrieg im Norden, da auch England auf Helgoland ein großes Lazareth anlegt, und die Russen mit Schiffen von 150 Kanonen, die 30 bis 40 Fuß tief gehen, in der Ostsee sind, auch Rußland seine Forderung, einem Truppenkorps von Finnland aus den Durchgang durch Schweden zu gestatten, erneuert hat, und in Kopenhagen eine neue Verordnung wegen Aushebung der Nichtwehrpflichtigen erfolgen soll, nach welcher die freigelosste 22. 23. 24jährige Mannschaft, sowie die Exmirten noch unter die Waffen treten sollen. In Kopenhagen leistt dies allein 400 junge Leute. Die norwegischen Truppen haben auf 3 Dampfschiffen Hetsiagör passirt, in Begleitung von 4 Kanonenbooten. Schwedische Truppen trafen am 23., nach Angabe dänischer Zeitungen, in Friderikshorg ein, wo sie vom Könige empfangen wurden, aber schon am 24. weiter marschirten. — Bei unserm Heere ist nur ein Truppenwechsel bemerkbar, indem die hanseatische Kavalleriedivision 2 Meilen weiter nördlich nach Eckerasörde vorgeschoben wurde, die Lübeckische Abtheilung steht in Wendtorf und Sehestadt, die Bremische in Bundsdorf, die Hamburgische auf dem jenseitigen Eydernfer; das Hauptquartier befindet sich in Klüdenstek. Die Diaision macht sehr viele Patrouillen. — Alle seit dem 1. Mai ausgewanderten militärpflichtigen Schleswig-Holsteiner sollen in eine Strafe von 30 bis 400 Rthlr. genommen oder durch Freiheitsstrafen bestraft werden, da sie sich, wo das Vaterland in Gefahr ist, der Militärpflicht zu entziehen gesucht haben.

Flensburg, 28. Juni. Nachdem gestern die Wachen hier von eben angekommenen Schleswig-Holsteinern besetzt, auch Hanseaten eingerückt waren, marschirte die bisherige starke Garnison sofart diesen Morgen nordwärts aus. Mit derselben haben auch die Generale Wrangel und Halkett Flensburg verlassen, und sicher stehen wichtige Ereignisse in diesen Tagen zu gewärtigen. Ungefähr eine Meile nördlich von Flensburg haben die Deutschen in kurzer Zeit Werke errichtet, die wohl zweckmäßiger als das Danuewerk bei Schleswig sind. Da das Kopenhagener Blatt, der Corsar, wie eine Wespe darüber herfällt, so ist dies schon ein Beweis, daß auch Dänen dieses fürchten.

(B.-H.)

Rendsburg, 28, Juni. Vom Kriegsschauplatz werden wir wahrscheinlich in der nächsten Zeit Nachrichten über hoffentlich entscheidende Ereignisse entgegensehen können. Die Dänen stehen bei und hinter Hadersleben verschanzt, die Unsrigen sind im Vorrücken begriffen, die in und bei Flensburg stehenden Trappen diese Nacht ausgerückt. Dagegen sind heute vom Norden her sämmtliche Lauenburger hier angekommen. Es hatte sich unter ihnen ein Geist der Unzufriedenheit und der Unwilligkeit verbreitet, der mit der Klage begann, daß die lauenburger Reserven noch immer nicht einberufen und sie allein von allen Landeskindern den Strapazen und Gefahren des Kriegs unterworfen seien, und der sie endlich zu der Erklärung bewog, sie achteten sich ihres Eides gegen ihren königl. dänischen Landesherrn nicht entbunden. 8—10 der Rädelsführer wurden gleich nach ihrer Ankunft in engern Gewahrsam gebracht, die übrigen werden in einer strengeren Disciplin schon lernen, welche Pflichten ihnen als deutschen Soldaten obliegen. (S.-H. Z)

Ueber das Vorrücken der Truppen nach Norden meldet die Wes. Zeit.: Die deutschen Truppen haben von Flensburg aus sich am 28. Juni nach dem Norden in Bewegung gesetzt und es scheint, als ob die bisherige Waffenruhe ihr Ende erreicht habe. Die Generale Wrangel und Halkett sind ebenfalls von Flensburg abgegangen und die dortige Garnison am 27. von den hanseatischen Kontingenten abgelöst worden. Das preußische 20. Regiment, welches die Avantgarde bildet, stand nach dem Briefe eines preuß. Officiers am 28. bei Bau, doch wird es jetzt schon weiter vorangezogen sein, da fortwährend neue Truppen nachrücken. In Attorn sind 600 Mann Mecklenburger (Strelitz) eingetroffen, ebenfalls um eilends nach Flensburg zu rücken. Man beingt diese Vorbereitungen zur abermaligen Eröffnung der Feindseligkeiten mit der Bereitetung der in London beteiedenen Friedensunterhandlungen in Verbindung, die nach der Rückkehr des Hrn. von Reedtz nuo Frhrn. von Pechtla aus London als gänztich unterbrochen angesehen werden dürfen.

Frankfurt, 1. Juli. Zu Anfang der heutigen Sitzung der Nationalversammlung riefen die Urlaubsgesuche mehrerer Deputirte aus Oesterreich eine kurze Diskussion hervor; dieselben waren nämlich nach Wien berufen als Mitglieder des dortigen Reichstages und wünschten nach dem Schlusse desselben wieder in die Nationalversammlung einzutreten, bis dahin aber ihre Stelle in dieser durch ihre Stellvertreter besetzen zu können. Einige Deputirte aus Oesterreich unterstützten das Gesuch ihrer Kollegen, indem sie hervorhoben, daß es im Interesse nicht nur Oesterreichs, sondern auch Deutschlands überhaupt liege, daß diesen gestattet werde, bei den Versammlungen beiwohnen zu können. Von vielen Andern wurde dagegen die Bestimmung der Geschäftsordnung hervorgehoben, nach welcher ein Abgeordneter der Nationalversammlung als ausgetreten zu betrachten sei, sobald sein Stellvertreter für ihn eingetreten sei. Die Nationalversammlung entschied für die letztere Ansicht.

Der Präsident machte die weiteren bis dahin eingekommenen Beiträge für die deutsche Flotte bekannt; darunter sind bedeutende Summen von dem nassauischen Militär, von dem Stuttgarter vaterländ. Vereine und der Mannheimer Handelskammer.

v. Wydenbrugk berichtet im Namen des völkerrechtlichen Ausschusses über verschiedene Anträge in Beziehung auf die völkerrechtliche Stellung Deutschlands zu den auswärtigen Mächten. Den Bericht, welcher in seiner ganzen Ausdehnung bekannt zu werden verdient, werden Sie wahrscheinlich in Ihrem Blatte vollständig mittheilen, der-

Digitized by Google

selbe empfiehlt in Beziehung auf Rußland Wachsamkeit und Thätigkeit und stellt deßhalb den Antrag, die Nationalversammlung möge erklären, daß den deutschen Streitkräften an der östlichen Grenze eine solche Stärke zu geben sei, daß sie den russischen Streitkräften gewachsen sei. Er hält übrigens die Feststellung der Verhältnisse Deutschlands zu den übrigen Staaten vorzugsweise für eine Aufgabe der Centralgewalt und glaubt, daß in dieser Hinsicht die Nationalversammlung in dem Augenblicke, wo gerade diese Centralgewalt errichtet werde, die Initiative nicht ergreifen soll; deßhalb wird vorgeschlagen: in Beziehung auf die Anträge, mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündniß abzuschließen, zur Tagesordnung überzugehen; die Anerkennung Frankreichs aber als Republik und die Absendung eines deutschen Gesandten nach Paris als sich von selbst verstehend zu betrachten. — Ein anderer Bericht von Auerswald über den gegenwärtigen Zustand der Wehrhaftigkeit in Deutschland und die Verbesserung derselben, wird von Auerswald vorgelegt und dem Drucke übergeben.

Der Präsident stellt die Frage an den Abg. Vogt, ob er nunmehr seine Interpellation über die Verhältnisse Deutschlands zu dem Auslande stellen oder nicht vielmehr damit warten wolle, bis der betrf. Bericht in dieser Beziehung zur Diskussion komme. Vogt erwidert, der Bericht des internationalen Ausschusses habe ihm nun zum großen Theile seine Rede weggeschnappt; er habe zwar viele Ausstellungen an demselben zu machen, insbesondere in Beziehung auf die Verhältnisse zu Rußland, denn er sei überzeugt, daß von Rußland aus die bedeutendsten Agitationen gegen die deutsche Freiheit Statt fänden; da übrigens der Bericht jetzt nicht zur Diskussion vorliege, so verzichte er für jetzt auf das Wort. — Schuselka will wegen der Truppenanhäufung an der deutschen Grenze eine Anfrage an Rußland gestellt haben und verlangt darüber eine Diskussion und Beschlußnahme. Auf die von dem Präsidenten gestellte Frage aber wird dieser Gegenstand von der Nationalversammlung nicht für dringlich genug zur sofortigen Diskussion erklärt. — Arndt warnt davor, derartige Beschlüsse mit übermäßiger Eile zu fassen, man werde ihm nicht verwerfen, daß er ein übertriebener Lobredner der Franzosen sei, demungeachtet erinnere er an Frankreich in der ersten Revolution, mit welcher Vorsicht und Mäßigung derartige Fragen unter ähnlichen Verhältnissen, wie sie jetzt in Deutschland Statt finden, behandelt worden seien. Der Ausschuß habe diese Rücksicht im Auge gehalten, und diese Angelegenheit zunächst der Centralgewalt zugewiesen, wohin sie vor Allem gehöre. Schuselka macht die Dringlichkeit der Sache noch einmal geltend und glaubt, daß das Rasehen der Nationalversammlung theilweise davon abhängig sei. Man frage in Oesterreich überall, warum in Beziehung auf Rußland Nichts geschehe. Daß den umlaufenden Gerüchten über die drohende Stellung Rußlands von Obenher widersprochen werde, mache eben diese Gerüchte nur um so unheimlicher. — Damit wird dieser Gegenstand verlassen.

Arndt kommt in Folge einer Eingabe seiner Landsleute aus Solingen noch ein Mal auf die Mainzer Angelegenheit zurück. Es wird von drei gegen die hasten Ausdrücke protestirt, welche gegen das preußische Militär gebraucht worden sind. Der Redner sucht die Stimmung der Rheinländer zu erklären, wie sich eine gereizte Stimmung daselbst gebildet und der Name Preußen seit einiger Zeit heruntergerissen worden sei, und wie natürlich die Altpreußen das nicht wohl ertragen können und dadurch wieder gegen die Rheinländer erbittert werden. Er mahnt mit eindringlichen Worten von allen diesen kleinlichen Reizungen ab, welche das große Werk der Einigung nur stören können. Zitz entgegnet darauf kurz, daß es sich durch die Presse herausstellen werde, daß die Mainzer Recht hätten. Simson von Königsberg spricht für sein engeres Vaterland Preußen, welches jetzt mit 2½ Million Brüdern und einer reinen deutschen Literatur zu Deutschland getreten sei. Es werde um so mehr willkommen sein, da es von Deutschland nichts Anderes wolle, als das gemeinsame Vaterland.

Der Präsident verliest hierauf nachstehendes Schreiben von der badischen Regierung, die Wahl Heckers in Thiengen betreffend:

Hochwohlgeborner Hochgeehrtester Herr Präsident! Die am 7. d. M. in dem Behufs der Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung gebildeten 4. Wahlbezirke Thiengen vorgenommene Wahlhandlung gibt mir Anlaß, Namens der Großherzoglichen Regierung Euer Excellenz folgende ergebenste Mittheilung zu machen. Dieser Bezirk zählt 142 Wahlmänner, von welchen bei dem ebenerwähnten Akte 134 erschienen. Von ihnen stimmten 77 für den ehemaligen Abgeordneten zur zweiten Kammer der bad. Stände Fr. Hecker, 56 aber für den Abgeordneten Franz Buhl von Ettlingen, 1 für Freiherrn von Andlau in Freiburg. Was den Friedrich Hecker betrifft, so liegt sein hochverrätherisches Unternehmen gegen Baden, gegen ganz Deutschland vor aller Welt so offenkundig da, daß es, vom politischen Standpunkt aus, keiner weiteren Erhebungen in dieser Beziehung bedarf. Ebenso ist es allgemein bekannt, daß er, als sein verbrecherisches Beginnen scheiterte, landesflüchtig ward, daß er auf die gerichtlichen öffentlichen Ausschreiben sich nicht stellte, sondern dicht an der Landesgrenze in Muttenz auf Schweizer Gebiet seine Umtriebe fortsetzt, worüber eine von ihm herausgegebene „der Volksfreund" betitelte Zeitung, sowie der anliegende Aufruf „an die deutschen Wahlmänner" Zeugniß geben. Es entsteht nun unter diesen Umständen die Frage, ob und wie der Wahlbezirk Thiengen in der deutschen Nationalversammlung vertreten werden solle; handelte es sich blos von einem gewöhnlichen Falle, von der Erwählung irgend eines Nichtwählbaren, so wäre unbedenklich, nach Vorschrift des §. 84 der badischen Wahlordnung sofort eine zweite Wahl anzuordnen gewesen. Allein die Abgabe der Wahlstimmen zu Gunsten eines Landesverräthers, zu Gunsten eines noch in diesem Augenblick die Grenze Deutschlands mit bewaffneten Schaaren bedrohenden Feindes des Vaterlandes gibt der Sache einen eigenthümlichen Charakter. Es wirft sich dabei die Frage auf, ob ein solcher Wahlbezirk, der durch die Mehrheit seiner Wahlmänner sich auf die Seite des Hochverräthers gestellt hat, überhaupt als des Wahlrechtes verlustig zu betrachten, oder ob die Sache so zu behandeln sei, daß nachdem der verbrecherischen Abstimmung für Hecker, wie natürlich, jeder rechtliche Erfolg abzusprechen wäre, die Majorität der Wahlmänner erst nach Ausscheidung der auf Hecker lautenden Wahlzettel ermittelt werden müßte. Die Großh. Regierung glaubt diese Sache, sowohl was den allgemeinen Grundsatz, als was die Stellung Heckers betrifft, nicht als eine bloße Landesangelegenheit betrachten zu dürfen, und stellt demnach die Entscheidung der deutschen Nationalversammlung anheim. Indem ich nun Euer Excellenz ergebenst ersuche, Vorstehendes zur Kenntniß dieser hohen Versammlung zu bringen, ergreife ich diesen Anlaß zur erneuerten Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung, mit der ich verharre. Euer Excellenz ergebenster Diener gez. Dusch. Karlsruhe, 14. Juni 1848.

Ebenso wird ein Schreiben von Friede, Hecker selbst an die Nationalversammlung vorgelegt, welches durch den Druck schon überall hin verbreitet ist; auch eine Auffoderung von dem Kongresse der deutschen Demokraten, Hecker in die Nationalversammlung einzuberufen, wird mitgetheilt. Diese Eingabe in Betreff der Hecker'schen Wahl waren dem Legitimationsausschusse zur Prüfung der Wahl übergeben worden, dieser aber erklärte sich für inkompetent in dieser Sache, weil es sich nicht um eine einfache Wahlprüfung handle, sondern darum, ob ein Verbrechen vorhanden sei, welches den Eintritt in die Nationalversammlung hindere. Ebenso weist der Legitimationsausschuß die Peter'sche Angelegenheit von sich ab, weil es sich hier nicht um eine Wahlprüfung handle, sondern um die Gestattung der Erlaubniß zur Verhaftnahme eines Abgeordneten. Für beide Angelegenheiten soll ein neuer Ausschuß erwählt werden. — Blum behauptet, der Legitimationsausschuß habe keine Veranlassung gehabt, diese Sache an die Nationalversammlung zu bringen, denn die Wahl habe nicht gegen das allgemeine Wahlgesetz verstoßen. — Lichnowsky widersetzt sich der Wahl eines neuen Ausschusses für diese Sache. Damit wäre einem Hochverräther eine viel zu große Ehre erwiesen. Hier wird er von der Linken, welche von der Gallerie aus kräftig unterstützt wird, durch Geläm unterbrochen. Ein Ruf: Wir haben hier nicht über Hecker zu richten. Lichnowsky: Er ist gerichtet; das öffentliche Urtheil in Deutschland hat ihn längst gerichtet. Als er nach dem Lärm abermals begann: Es wäre eine zu große Ehre für einen Hochverräther, wurde er zum zweitenmale unterbrochen, worauf er bemerkte: Sie nöthigen mich ja selbst, durch ihre Unterbrechungen meinen Satz immer wieder von vornen anzufangen. Auf eine Mahnung des Präsidenten wurde nun Ruhe, und der Redner warnte vor allen Ausnahmsmaßregeln, welche solchen Dingen erst einen rechten Werth beilegen und zu Verbrechen reizen. — Hagen dagegen will einen neuen Ausschuß und besonders badische Deputirte darin haben; das in Beziehung auf Hecker ausgesprochene Wort habe keine Wahrheit. Römer entgegnet: Hier seien keine badischen Deputirten, sondern deutsche; man habe in dieser Sache nicht nach Sympathien, sondern nach dem Akte zu entscheiden. Der Legitimationsausschuß könne diesen Gegenstand nicht prüfen, weil er selbst nicht mehr existire; denn er sei aus den Vorständen der Abtheilungen zusammengesetzt, welche durch die neue Verloosung aufgehört haben. — Riesser und Rauweck sprechen sich in gleichem Sinne aus. Zitz protestirt gegen die Beleidigung, welche Hecker zugefügt worden sei, einen Hochverrath könne man nur gegen die Souveränität des Volkes begehen. (Das Uebrige hört man nicht vor dem Klatschen der Gallerie.)

Schwetschke erinnert, daß schon der Fünfzigerausschuß das Unternehmen Heckers für ein Verbrechen erklärt habe und Jurdan mahnt, daß man jetzt auch in das Materielle der Sache sich nicht einlassen solle, bis der Bericht erstattet sei. Die Nationalversammlung beschließt einen besondern Ausschuß zur Prüfung der Hecker'schen und Peter'schen Angelegenheit zu ernennen, worauf die Jugend sich von der Gallerie entfernt. — An der Tagesordnung ist nunmehr die Diskussion des Berichtes von Beisler über die österr.-slavischen Wahlen. Die Nichtvornahme und theilweise Verhinderung der Wahlen für die Nationalversammlung in Böhmen und Mähren hatte mehrere Anträge hervorgerufen, welche einem besonderen Ausschusse zur Begutachtung überwiesen wurden. Der Bericht dieses Ausschusses stellt nun den Antrag, die Nationalversammlung wolle beschließen:

„Es sei die österreichische Regierung aufzufordern, die in deutsch-

slavischen Reichslanden des österr. Staates noch rückständigen Wahlen zur Volksvertretung in Frankfurt unverzüglich und förmlich anzuordnen, den Wahlakt gegen störende Einwirkungen zu schützen, bereits gewählte, noch abwesende Abgeordnete zum Antritte ihrer Bestimmung anzuweisen aber nöthigenfalls Ergänzungswahlen vornehmen zu lassen".

„Uebrigens erklärt die Nationalversammlung in der Voraussetzung, daß die österr. Regierung die Interessen Deutschlands wahren werde, ihre Unterstützung in den hiezu führenden Maßnahmen".

Indessen war die Insurrektion in Prag ausgebrochen und es wurden auch zur Unterdrückung derselben von mehreren Deputirten Anträge gestellt. Die Kommission stellte in dieser Beziehung den Antrag, zu erklären, dahin Folge der Aufforderung der Bundesversammlung von der österreichischen und beziehungsweise der preußischen, baierischen und sächsischen Regierung Alles geschehen sei, was für jetzt zweckmäßig erscheine. Kuranda gibt eine ausführliche Darstellung der böhmischen Zustände, worin er seine Anerkennung des Generals Windischgrätz ausspricht, unter anderen Verhältnissen sei er demselben als einem Manne von aristokratischen Tendenzen entgegengestanden und werde ihm in dieser Beziehung immer entgegenstehen, jetzt aber sei er der Retter der deutschen Bevölkerung in Böhmen. Der Redner schließt sich dem Antrage des Ausschusses an, weil sein früherer Antrag auf ein Eintreten der Bundeshilfe jetzt nicht mehr nothwendig sei.

v. Rudowitz. Vor 200 Jahren sei in der europ. Politik das Territorial Princip zu seiner vollen Geltung gekommen, in der Napoleon'schen Zeit habe das Princip der natürlichen Grenze das Uebergewicht über das Alte gewonnen; jetzt werde das Princip der Nationalität und zwar in seiner engsten Auffassung gegen die bisherigen geltend gemacht. Diese Auffassung des Princips nach der Sprachbegrenzung sei aber für Deutschland nicht ohne bedeutende Nachtheile. Dem Schleswig werde die Hälfte des Landes abgefordert, weil man darin dänisch spreche, in Posen sei die halbe Provinz dadurch verloren und überdies die Gefahr eines Krieges vorhanden, dessen ganze Schwere nur Wenigen bekannt sei. Bei einem Kriege sei die Hauptsache, daß man siege, man möge sich aber die ganze Folge eines Krieges denken, welcher Deutschland zum Schauplatze eines Zusammenstoßes des Ostens und Westens machen würde. Von Italien werde sogar Welschtirol gefordert, das heiße aber gerade so viel, als wenn man Jemand die Thüre seines Hauses abfordere; in dem Augenblicke da Deutschland Oberitalien räume, werde England und Frankreich die Oberhand gewinnen. Durch diese Auffassung des Principes der Nationalität seien auch die czechischen Elemente in Gährung gebracht worden, man habe die Wahlen zum deutschen Parlamente verweigert und sei sodann zum wirklichen Aufstande geschritten. Der Aufstand sei nun unterdrückt, aber die Parlamentswahlen müßten unverzüglich vorgenommen werden. Die österr. Macht werde jetzt wahrscheinlich hinreichend sein, dieses zu bewirken; aber es müsse ausgesprochen werden, daß Deutschland sein ganzes Gewicht in die Wagschale lege, wenn es nothwendig sei. Man müsse die Mittel dazu in Betracht ziehen, wenn von hieraus die Weisung erfolgt, so seien 5—6 Wochen erforderlich, bis ein preuß. sächs. Kriegsheer von 30,000 Mann vor Töplitz und ein baier. vor Eger stehe. Diese Eventualität sei auszusprechen. Er stelle daher den Antrag: die österr. Regierung sei aufzufordern, zu bewirken, daß die Wahlen in den österr. slav. Reichslanden innerhalb 14 Tagen Statt finden, und wenn sie sich dazu außer Stand erklär, werde die Bundeshilfe zugesagt.

Fritsch verlangt, daß ein preußisches, baierisches und sächsisches Heer zum Schutz an die Grenze gestellt werde, denn Oesterreich habe in diesem Augenblick die Macht nicht, den Deutschen vollen Schutz und Sicherheit zu gewähren.

Wiesner kritisirt den Bericht: es gebe kein slavisches Reichsland; denn der Boden sei deutsch. Damit der erstickte Brand nicht wieder auflodere, müsse man vor Allem die Feudallasten aufheben; das beste Mittel werde darum sein, wenn man recht bald die Beschlüsse der Nationalversammlung über die Grundrechte des deutschen Volkes in den slavischen Sprachen verbreiten könne. Wenn etwa Bundestruppen einrücken müssen, so dürfe der Beschluß darüber einzig und allein aus diesem Hause kommen. Es habe ihn tief geschmerzt, daß ein solcher Beschluß von der Bundesversammlung ausgegangen sei. Der Bund sei, Gott sei Dank, todt. — Neugebauer erzählt abermals den Hergang in Böhmen, wirft der österreich. Regierung vor, sie sei slavisch gesinnt gewesen, und er habe auch jetzt noch kein rechtes Vertrauen, daß sie anders denke. Schufelka will jetzt nicht mehr von Waffengewalt gesprochen haben, noch weniger, daß man Truppen gegen Böhmen marschiren lasse; die Regierung solle zu den Wahlen auffordern, aber nicht befehlend; über alle anderen Fragen solle man zur Tagesordnung gehen. — Ruge will ebenfalls die ganze Sache der österr. Regierung überlassen, man solle nicht interveniren. Sisskra: die czechische Bewegung sei älter als die deutsche Erhebung; sie sei keineswegs eine demokratische, wie man sie habe darstellen wollen, sondern eine rein czechische gegen die Deutschen. Der Zuzug deutscher Truppen sei jetzt allerdings bedenklich, weil man überall Furcht vor Reaktion habe; er wünsche darum auch nicht eine alsbaldige Aufstellung an den Grenzen, wohl aber, daß die Bundeshilfe bereit gehalten werde; eine bestimmte Aufforderung an die österr. Regierung sei gut, weil diese noch nicht ganz fest stehe; man habe gesagt, die czechische Bewegung sei ja erst im Anfange, und man könne deßhalb noch zuwarten; aber gerade im Anfange müsse man sie ersticken, ehe sie allzumächtig geworden sei; es wäre ein Verbrechen von der Nationalversammlung, wenn sie die deutsche Civilisation in Mähren dem czechischen Barbarismus Preis geben wolle. — In ähnlicher Weise sprechen sich Renwall und Arndt aus.

Berger spricht gegen Windischgrätz, Aristokratie und Reaktion und stellt den Antrag, daß die deutsche Nationalität in den österr. slav. Reichslanden aufrecht erhalten und verhütet werde, daß das deutsche Oesterreich in einen slav. Bundesstaat aufgehe. In den Kommissionsantrag will er die Worte einschalten: Die Regierung solle aufgefordert werden, durch zweckmäßige Belehrungen zur Vornahme der Wahlen zu wirken. In der hiernuf erfolgten Abstimmung werden die Kommissionsanträge mit Beseitigung sämmtlicher Amendements angenommen.

Hartmann wünscht, daß der Exekutivgewalt das ungarische Bündniß als eine ihrer ersten Aufgabe anempfohlen werde; die Nationalversammlung gibt ihre Zustimmung hierzu.

Auf Lindenau's Antrag soll sogleich ein Ausschuß zur Beurtheilung eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister gewählt werden. — Am Schlusse der Versammlung kündigte B um seine schon gestern mitgetheilte Interpellation an.

ϑ Frankfurt, 1. Juli. Für die heutige Sitzung der Nationalversammlung standen eine Reihe von Gegenständen auf der Tagesordnung, unter welchen jedoch nur der Bericht des völkerrechtlichen und internationalen Ausschusses über die böhmische Angelegenheit zu einer längeren Diskussion und Beschlußnahme führte. Die früher schon mitgetheilten Ausschußanträge, welche im Allgemeinen dahin gehen, daß die österreichische Regierung die Wahlen in Böhmen sogleich anzuordnen und gegen störende Einwirkung zu schützen habe, wurden angenommen. Das Näheer über die Berathung darüber, so wie über die Verhandlungen in der heute stattgehabten Sitzung theile ich Ihnen morgen mit. Die Hecker'sche Wahl, welche heute auf der Tagesordnung stand, hatte eine sehr zahlreiche Jugend auf die Gallerie gelockt; dieselbe mußte jedoch ziemlich getäuscht sich wieder entfernen, denn es wurde nur beschlossen, diesen Gegenstand, sowie die Peter'sche Angelegenheit, einem neu zu wählenden Ausschuß zur Prüfung zu überweisen, welcher sodann in einer der nächsten Sitzungen Bericht zu erstatten hat. Am Schlusse der Sitzung zeigte Rod. Blum an, daß er in der nächsten Sitzung eine Interpellation an das Präsidium richten werde in Betreff eines in den Zeitungen mitgetheilten Glückwünschungsschreibens der Bundesversammlung, in welchem dieser nicht nur die Zustimmung zu der getroffenen Wahl des Reichsverwesers ausspreche, was er, der Redner, für unangemessen und dem Ausspruche der Nationalversammlung für zuwiderlaufend halte, sondern auch sage, daß sie diese Wahl vorausgesehen habe. Da nun bekanntlich die Bundesversammlung keine Divinationsgabe besitze, so wünsche er zu wissen, ob und wie die Bundesversammlung vor der Wahl mit der Nationalversammlung in einem Einvernehmen gestanden habe. Der Präsident erwiderte, daß er die Antwort sogleich darauf geben könne; er habe mit der Bundesversammlung über diesen Gegenstand nicht verkehrt. Man sagt, es sei die Absicht der Linken gewesen, die geschehene Wahl in dem Manifeste, welches sie morgen ausgeben will, so darzustellen, als sei sie von den Regierungen der Majorität vorgeschrieben gewesen.

* Hamburg, 28. Juni. Eine gestern hier eingetroffene Deutsche, welche seit 3 Jahren in Kopenhagen wohnt und vor 3 Tagen Kopenhagen verließ, theilt uns über den Zustand Kopenhagens Folgendes mit. In Kopenhagen ruht alles Geschäft, weßhalb auch die deutschen Handwerksburschen auswandern mußten, nicht aber, weil sie insultirt wurden; man hat bis jetzt noch keinen Deutschen insultirt. Die Stimmung des Volkes ist ganz für den Frieden, Frieden unter jeder Bedingung ihre Ansicht. Dein Lehmann hat Kopenhagen verlassen, nder nicht, wie man allgemein glaubte, seine Wohnung aufgegeben, sondern er ist nach Frankreich gereist, um seine von Italien kommende Frau abzuholen. Sein Ansehen in Kopenhagen ist bedeu-

Digitized by Google

tend gesunken, man hat sich endlich auch in Kopenhagen überzeugt, daß Lehmann ein guter Advokat, aber ein schlechter Minister ist. Die Ansichten der Lehmann'schen Partei sind nicht mehr die herrschenden. Ein mit demselben Dampfschiff kommender Schwede versicherte uns, daß die Stimmung in Schweden Nichts weniger als gegen Deutschland sei, und daß leicht eine Revolution ausbrechen könne, wenn der König ferner der russischen Politik folge und deren Maßnahmen sich unterordne, die sie einen europäischen Krieg veranlassen würden, wohin auch schon das Anlegen eines großen englischen Lazareths auf Helgoland deute. Für 400 Kranke werden Betten besorgt, und die Einrichtung wird getroffen, daß stets 40 Personen zugleich amputirt werden können, ein hiesiger Bandagist hat die Lieferung der dazu nöthigen Bandagen in Auftrag erhalten. — Der mit großen Kosten in ein Kriegsschiff verwandelte Cäsar Godeffrey ist zum aktiven Kriegsdienst untauglich, da das Holz splittert und die Kugel kein rundes Loch machen würde, es wird also nur zum Küstendienste brauchbar sein, ebenso wie das erste fertige Kriegsdampfboot „die Eider", welches aus einem Bugsirschiff in ein Kriegsdampfschiff verwandelt wurde. Zwar trägt das Schiff mit der Maschine 65, ohne dieselbe 24 Kommerzlasten und hat 40 Pferdekraft, und demnach kann es auf offener See nicht benutzt werden. Die Eider macht dem in Vegesack vom Stapel gelassenen Kriegsschiffe den Vorrang des ersten streitig, da sie früher fertig war, wie das Vegesacker Schiff. Vorläufig ist aber noch kein genügendes Schiff vorhanden, da alle nur zum Küstendienste brauchbar sind.

Großbritannien.

London, 28. Juni. Durch die Aufhebung des Unterschiedszolls auf Sklavenzucker hat Robert Peel nicht wenig dazu beigetragen, die Grenzen der Civilisation für die arbeitenden Klassen in England weiter hinauszurücken. Das britische Volk ist so sehr an Zucker gewöhnt, daß Dawson gewiß Recht hat, seine Untersuchungen über die Lage und den Reichthum seiner heimischen Bevölkerung nach dem Steigen und Fallen des Zuckerverbrauches zu berechnen. Allein diese Maßregel, ausnehmend vortheilhaft für den einen Theil, ist für die englischen Kolonien Westindiens wegen des gar zu kurzen Ueberganges sehr drückend geworden. Vor zwölf Jahren nämlich hatte erst die Sklavenbill den Pflanzern eine beträchtliche Menge Arbeiter genommen und dadurch die Bebauungskosten ihrer Felder so bedeutend gesteigert, daß sie nicht mehr im Stande waren, mit den noch durch Sklaven unterstützten Pflanzern von Cuba und Brasilien gleiche Preise einzuhalten, und schon jetzt wird ihnen der zur Ausgleichung dieser Verhältnisse aufgestellte Unterscheidungszoll genommen, obgleich doch in so kurzer Zeit sich nicht die nöthigen Hände herbeischaffen lassen. Dazu kommt, daß das bisherige Monopolsystem der Kolonien dort manchen Acker zweiter und dritter Klasse hat bebauen lassen, der bei stets offen gehaltenem Wettbewerb aller zum Zuckerbau geeigneten Felder der Erde noch lange nicht dazu verwandt wäre, mithin gegenwärtig nicht mehr wie früher die Zinsen des in ihn gesteckten Kapitals aufzubringen im Stande ist. Will man nun auch Peel nicht tadeln, daß er mit Rücksicht auf den größeren Vortheil der Gesammtheit einen kleineren Theil aufopferte, so verfährt doch gegenwärtig Russell nur billig, wenn er bei den vielfachen Klagen der Pflanzer von Jamaika, Guyana, Barbadoes, Trinidad u. s. w. für wenige Jahre den sanft auch von ihm eingeschlagenen Weg der stets zu erweiternden Handelsfreiheit vertägt und zur besseren Bewerkstelligung des Ueberganges für den Augenblick dem Protektionssysteme wieder einige Zugeständnisse macht. Unter seinen kürzlich ins Parlament gebrachten Vorschlägen ist hervorzuheben: einmal, außer einer Anleihe von 500,000 L. zur Unterstützung der Einwanderung, ein Punkt, der für Deutschlands Auswanderer nicht unwichtig ist, ein Gesetz, daß künftig die gesuchenen Afrikaner statt nach Sierra Leone auf Staatskosten nach Jamaika gebracht werden und dreijährige Verträge mit ihnen abgeschlossen werden dürfen. Und zu Letzt, daß bis zum J. 1854 ein jährlich abnehmender Unterscheidungszoll zwischen Kolonial- u. fremdem Zucker stattfinden, und außerdem der engl. Pflanzer mit seinem Rum einen Vorzug von 4 Pence per Gallone genießen soll. Mögen diese Zugeständnisse auch immerhin gering genannt werden und keinenfalls den ganzen Schaden zu heben im Stande sein, so sind sie dennoch, verbunden mit der sicher erfolgenden Aufhebung der Schifffahrtsakte, von Wichtigkeit und wären Deutschland für ähnliche Fälle zu guter Lehre dienen.

Frankreich.

Paris, 30. Juni. Der Moniteur bringt heute das Dekret der Nationalversammlung, wornach die Juni-Insurgenten deportirt werden. Auch erwartet man bald das Urtheil über die Führer, welches trotz der Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrecher doch höchst wahrscheinlich auf Tod lauten wird. Präsident Marie eröffnete die Nationalversamml. um 1 Uhr mit folgender Rede: „Bürgerrepräsentanten! Ihr habt mich zu Eurem Präsidenten gewählt, das ist unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen ein Beweis großen Vertrauens. Ich werde mich anstrengen, Eurem Vertrauen durch meine ganze Aufopferung zu entsprechen. Die verhängnißvollen Tage, die Frankreich in so tiefe Trauer stürzten, haben für Alle sehr ernste Pflichten geschaffen, das weiß ich, doch ich will mich ihnen unterziehen. Die Republik bleibt rein und fest und wird mächtig und fruchtbar werden, denn die Anarchie vermochte sie nicht zu bekämpfen und wird sie nie besiegen. Nein, es war nicht das Gebraarvalk, das die verbrecherischen Barrikaden errichtete, auf denen, dem Himmel sei Dank, nie die Fahne der Republik wehte! Nein, nicht die Republik hat die Republik (die dreifarbige die rothe Fahne), sondern die Republik hat die Barbarei bekämpft (Beifall). Der Sieg war für uns in den Urtheilen der Menschheit geschrieben; an uns ist es, Bürger, ihn unrecht zu erhalten durch die Weisheit unserer Arbeiten, durch die Entschlossenheit unseres Auftretens und durch die fortwährende, aber gemäßigte Entwicklung der mit der Republik ausgesprochenen Grundsätze. Frankreich weiß das und wird Euch dafür erkenntlich sein. Aber Ihr bedürft all' Eures Muthes, eines eifrigen Willens, um Eure Aufgabe zu lösen. Mit der Ruhe in der Hauptstadt, mit der Ordnung überall, wird es nur möglich sein, alle Leiden zu mildern, allen Uebeln zu helfen und alle Erwerbsquellen hervorsprudeln zu machen. Ich freue mich, daß Ihr mich an diesen Platz riefet, wo ich zur Lösung dieser edeln Aufgabe doppelt beitragen kann." Schließlich preist Marie noch die Verdienste seines Vorgängers, des soeben zum Minister des Innern ernannten Senard. Nach dieser Rede, die großen Beifall erregte, zog der Präsident die Bureaus in der üblichen Weise. Dann schritt die Versammlung zur Tagesordnung, nämlich zur Berathung des Wahlgesetzes für Gemeinde-, Arrondissements- und Departementsräthe, denen die vorige Regierung einen ziemlich engen Kreis angewiesen hatte.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[627]

Nachricht für Auswanderer nach Nordamerika.

Spezialagentur

der Postschiffe zwischen Havre und New-York.

Die Postschiffe der Linie zwischen Havre und New-York unterhalten den wöchentlichen Dienst ununterbrochen während des ganzen Jahres und sind sowohl wegen der Sicherheit, mit der auf die Abfahrt zu zählen ist, als auch wegen ihrer bequemen innern Einrichtung, da sie zum Transport von Reisenden ursprünglich gebaut sind, dem Publikum besonders zu empfehlen. Von Mannheim und allen unterhalb liegenden Rheinhäfen aus werden die bei mir eingeschriebenen Passagiere von einem meiner Kommissionäre bis nach Havre begleitet, der ihnen überall, wo es nöthig sein sollte, mit Rath und That an die Hand gehen wird. Die Reise geht entweder über Rotterdam per Dampfboot nach Haare, oder mit dem Dampfboat bis Köln und von da per Eisenbahn bis Havre. Die Ueberfahrtszeit von Mannheim oder Mainz bis New-York kann durchschnittlich auf 30—35 Tage angenommen werden. Gegen Zahlung einer kleinen Assekuranzprämie wird das Reisegepäck von den rheinischen Häfen aus bis Haare, und auf Verlangen bis New-York versichert.

Mainz, im Mai 1848.

Washington Finlay,
Spezialagent der Postschiffe zwischen Havre und New-York.

Nähere Auskunft ertheilen meine Agenten die Herren
Hermann Fries in Heidelberg. — F. J. Steinruck in Achern. — J. B. Cagethard in Bruchsal. — Th. Paravicini in Bretten. — J. v. Runkel in Wertheim. — P. Clauss, Inspektor der Köln. Dampfschifffahrtsgesellschaft in Mannheim. — Bernhard Schweig in Karlsruhe. — Louis Herallu in Offenburg. — B. J. Herbert in Buchen. — W. Boaginé in Freiburg (Breisgau). — Max Eilig in Oestringen bei Bisloch.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cluer & Knipp, 73 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder vermittelt sich an G. L. Alexander in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 38 Notre Dame des Champs.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30 — durch die Postbezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 185. Heidelberg, Mittwoch 5. Juli. 1848.

Uebersicht.

Deutschland und die österreichische Frekle. II. — **Wien** (Einnahme des Forts Malghern). **Prag** (Wuth der Czechen. Baron Bilkani Faster). **Berlin** (Verhandlungen der Kammer. Der Adreßentwurf aufgegeben. Die künftige Preßgesetzgebung). **Posen** (Einzeereichte Adresse. Panislavismus der äußersten Linken. Umtriebe der polnischen Partei). **München** (die Blokade von Triest aufgehoben. Geständnisse eines italien. Emissärs. Erklärung über Baierns Verhältniß zum Auslande). **Vom Neckar** (Frankreichs neueste Zolloperationen und die deutsche Industrie). **Rendsburg** (das Gesetz über allgemeine Wehrpflicht). **Hamburg** (die Aussichten auf Frieden verschoben). **Frankfurt** (Verhandlungen der Bundesversammlung. Die prov. Reichsgewalt in Deutschland und Frankreich. Blum über den Bundestag; Itzig über Heckee. Die Volksrechte in der Tagesordnung der Versammlung. Verhandlungen der konst. Vers. Geschäftsordnung für die Diskussion der „Grundrechte").

Belgien. Brüssel. Die katholisch-liberale Union.

Großbritannien. Zeitungsstimmen über das Pariser Ereigniß. Sieg des Kabinets in der westindischen Frage. Erklärung des sardinischen Gesandten in Betreff der Blokade von Triest. Palmerston'sche Note nach Petersburg. Die Waffenausfuhr nach Dänemark.

Frankreich. Paris. Stimmung und Haltung gegenüber der neuen Gewalt. Die Unterzeichnung. Die abgenommenen Waffen. Ministerielle Erklärung über die Eisenbahnen. Ein Paar spaßhafte Petitionen. Straßburg. Deutsche Einigkeit unter den Flüchtlingen.

Italien. Turin. Adresse der lombard. Kommissären an die Kammer. Paretos Protest. Antwort der Kalabresen auf die ihnen angebotene Amnestie.

Griechenland. Athen. Folgen des Bürgerkriegs; Geldverlegenheit.

Beilage. Die erste Kammer in der konstitutionellen Monarchie. Die Handels- und Zollvereinigung Deutschlands. **Italien.** Rom. Die Stimmung Italiens. Neapel. Thätigkeit des Komites in Cusenza. Die franz. Flotte. Boislecomte. Polen. Warschau. Auflösung der mobilen Kolonnen.

Heidelberg, 4. Juli.

Die wiederholte kaiserliche Bestätigung der Resultate des 15. Mai, die Pause der Vorbereitung und Erwartung vor dem konstituirenden Reichstag haben der athemlos forteilenden Bewegung der Geister in Oesterreich eine Ruhe gegönnt, in der sie sichtbar bewußter und klarer in ihre eigenen Tiefen sich versenkt. Auch das Verhältniß zu Deutschland wird jetzt der Gegenstand einer erweiterten Aufmerksamkeit; die geistigen Mittel der Annäherung werden schärfer ins Auge gefaßt, und der Augenblick scheint sich für die Vermittlung der Presse stets günstiger zu gestalten. Die Musterung der vermittelnden Organe hat freilich noch kein anderes Resultat, als daß Deutschland in Oesterreich durch seine Tagespresse höchst mangelhaft vertreten ist. Wir von unserer Seite können auch noch kein anderes Urtheil fällen, ja wir können noch kaum eine solche Musterung anstellen; kein österreichisches Blatt hat sich in Deutschland popularisirt. Wir werden uns einstweilen der „Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung" gegenüber halten, die den vorgeschrittensten Punkt der politischen Meinung in Oesterreich mit überwiegendem Talente einnimmt. In dem Bewußtsein, auf entschieden deutschem Boden, und zwar dem Boden der deutschen Gegenwart zu stehen, werden wir fortschreitend versuchen, die Brücke des geistigen Einverständnisses zu schlagen. Wir haben in dem gestrigen Artikel Gelegenheit gehabt, auf den Unterschied zwischen der Form des Staatslebens und seinem anderweitigen Inhalt, zwischen der politischen und der socialen Thätigkeit aufmerksam zu machen, und verweilten dabei etwas länger mit gutem Bedacht. Derselbe Gedanke ist es, den wir überall bei den österreichischen Publicisten finden, je heller sie sehen, desto klarer sprechen sie ihn aus; neben den Konstitutionalismus, der die Höhen der Verwaltung, das äußere Staatsleben umfaßt, stellen sie die Demokratie als Fluth der Tiefe, welche das innere Wesen der Gesellschaft erfaßt und in jede etwas erträgliche Form bequem sich eingießt; der Konstitutionalismus ist das Gewand, in welchem sich die Selbstverwaltung der Völker darstellt; er muß durch das lebendige Spiel der socialen Zustände der Formenwelt entrissen und mit möglichster Lebenskraft durchzogen werden. Eine ähnliche Form ist ihnen die Nationalität; auch sie soll keine Scheidewand werden für die sociale Thätigkeit und allseitige Berührung der Völker. Daheim soll Jeder seine Muttersprache pflegen, aber auch jedes Idiom willkommen heißen, in welchem er von Freiheit sprechen kann; es bedarf nicht einmal einer föderativen Form, wenn die Völker ihre Interessen klar erkennen. Der Ausdruck einer solchen Demokratie soll Oesterreich werden und so seine Nationalitäten in Eins verschmelzen; es hat die Elemente, weit demokratischer zu sein als Deutschland; es wird sich Belgien nähern, seine Dynastie tragen, die Gesammtheit aber in den mittleren Schichten der Gesellschaft in bürgerliche demokratische Stoffe umzuwandeln suchen, und nach Darstellung eines Handels-, Gewerbe- und Ackerstaates mit Aufhebung der Geltung der Standesunterschiede streben.

Wir wollen nicht rechten mit der Form dieser Ansichten, wir wollen nicht untersuchen, welche Wandlungen ihrer Form, welch Kämpfe mit der harten Wirklichkeit der Dinge ihnen bevorstehen wir erkennen darin einen gewichtigen und gesunden Kern, dem wir auf unsere Art auf historischem Wege beizukommen suchen. Frankreich hat sich erschöpft in einer formalen politischen Thätigkeit; es hat in Regierungsformen nicht die Kraft und den Schwung politischer Thätigkeit, sondern das sociale Glück gesucht, das an keine Form geheftet ist; am letzten Abschnitt der politischen Laufbahn angekommen, hat es die sociale Frage noch immer vor sich; sie ist seine Schwierigkeit; dagegen ist ihm in seiner kompakten Nationalität, in einem stets fertigen Verwaltungssystem, das von einer Staatsform zur andern übergeht, ein gewisser politischer Bestand stets gesichert, die Konstituirung ist ihm in diesem Sinne eine Nebenfrage. In ähnlicher Weise kann man, trotz der verschiedensten Verhältnisse, von Oesterreich sagen, daß es seine politische Aufgabe genügend gelöst haben wird, wenn ihm die sociale Arbeit gelungen ist, die Reichthümer seines Bodens, seinen Handel und seine Industrie zu entfesseln, und ein solches System der allseitigen Freiheit seinen Nationalitäten und seinen natürlichen Klienten in der europäischen Staatenfamilie als Lockung und Beispiel vorzuhalten. In diesem Sinne kann die Allg. Oesterr. Zeitung wohl sagen, Oesterreich sei schon konstituirt und in sich fertig; sie kann mit Recht voraussagen, „wenn die Slaven begreifen werden, daß die Demokratie wie klares Quellwasser Alles erhält und durchsichtig zeigt, was in ihr enthalten ist, daß die Demokratie Selbstregierung herbeiführt, so werden sie sich mit Frankfurt a. M. früher als mit dem popenreichen Moskau versöhnen, und vor dem Gedanken eines Regiertwerdens nicht zurückschrecken, wenn die Völkervertretung nicht Regierungs-, sondern Freiheitsfragen, die Erhaltung der Freiheit und in ihr die Nationalität zum alleinigen Ziel und Gegenstande hat." Ganz anders ist dies in Deutschland. Hier hat eine große Nation nicht politisch handelnd experimentirt wie Frankreich, sie ist nicht politisch jungfräulich geblieben wie Oesterreich; sie hat in Gedanken, im geistigen Leben alle Zustände ihrer Nachbarländer mitgelebt und stand einer verkümmerten Wirklichkeit mit idealen Forderungen thatlos und unbefriedigt gegenüber. Sie hat nicht mehr den Spann in ein völlig neues Dasein zu machen, die Elemente ihres politischen Daseins sind schon lange vorhanden, in einer normalen geschichtlichen Entwicklung gebildet, mit der sie nicht brechen will noch kann, aber Alles war gehemmt und gefesselt, nur der Gedanke wurde groß und fruchtbar vergeblich nach einer würdigen Form. Wir hatten Verfassungen, aber sie wurden durch Gewalt gebrochen, durch Lüge und Sophistik verdreht und gedeutelt; es gilt also, Wahrheit und Recht in ihrer Reinheit herzustellen. Wir hatten Dynastien aus historischem Stamme, aber wenige wußten bürgerlich und populär zu bleiben wie die österreichische, die, mit wenigen Ausnahmen, stets besser war als ihre Umgebung, während man von manchen deutschen Höfen das Schlimmste sagen muß, daß sie schlimmer waren als ihre Kamarilla; ihnen gegenüber ist der Boden des Vertrauens verloren, den Weg der Gewalt scheut ein edles Volk, nur der unerschütterliche Boden des Rechts und der gegenseitigen Verpflichtung bleibt übrig. Wir hatten einen Bund zwischen unseren Staaten, aber er erniedrigte durch Zweck- und Thatlosigkeit die Nation vor sich selbst.

Digitized by Google

Wir hatten Handel und Industrie in großem Maßstabe, aber sie war gefesselt durch falsche Systeme, Uneinigkeit und Sonderinteressen. Ueberall gilt es, zu schaffen, damit die Wirklichkeit dem Bewußtsein gleichkomme. Wollen wir eine Nation werden, so gilt es, eine feste Form der Einheit zu schaffen; wollen wir Macht nach Außen gewinnen und unsern Handel beschützen, so gilt es, ein Heer und eine Flotte gemeinsam aufzustellen; wollen wir unsere Gewerbthätigkeit entfesseln, so gilt es eine gemeinsame Leitung; wollen wir auch nur unsere Ströme öffnen, so bedarf es des kräftigsten und umsichtigsten Handelns nach Außen. Vor Allem aber und in Allem gilt es, den zerstörten Glauben und das tief erschütterte Rechtsbewußtsein herzustellen durch eine feste Rechtsform, die den allzulange gehegten Wünschen und Gedanken ein festes Dasein nach Außen gibt; nur dies ist eines Volkes würdig, das in der Idee die höchste Stufe erreicht hat. Das Alles endlich gilt es zu thun in einer von Natur und durch die Zustände der Gegenwart bedrohten, aufs Höchste gefährdeten Lage; kein augenblicklicher Gewinn, kein rascher Sprung in eine neue Freiheit lohnt das Schaffen, vielmehr gilt es, herbe Opfer gleich zum Beginn zu bringen.

Es ist also offenbar, daß die größten politischen Aufgaben Deutschland gestellt sind; ehe die Höhen der Verwaltung und das äußere Staatsleben hier nicht geregelt sind, kann auch an die Tiefen, an eine irgend ersprießliche soziale Thätigkeit nicht gedacht werden. Man mag die gegenwärtige Lage Deutschlands, wie die Konsequenzen seines ganzen Bildungsganges betrachten, es wird immer auf die eigentlich politische Thätigkeit, auf jene politische Virtuosität angewiesen bleiben, die in England geübt wird. Die politische und soziale Thätigkeit hat in seiner künftigen Gestaltung sogar ihre abgegrenzten Gebiete; die socialen Processe in ihrer örtlichen verschiedenen Gestaltung fallen den einzelnen Staaten anheim, während die Centralregierung für die politische Leitung eine Stätte bietet. Die soziale Demokratie, wie man sie uns in Oesterreich anpreist, mag eine beglückendere Aufgabe haben, eine größere hat sie nicht und noch weniger ist sie eine höhere Stufe. Oesterreich hat den größeren Theil seiner Bewohner, jugendlich frische Stämme, die noch auf einer primitiven, auf der sog. patriarchalischen Stufe stehen, auf den lockenden Wegen des Verkehrs, des Erwerbs, des Kunstfleißes zur bürgerlichen Gesittung zu führen; die bürgerliche Selbständigkeit, die ihre Angelegenheiten selbst zu leiten und zu verwalten weiß, wird davon die Folge sein, und sie wird zur politischen Bildung und Thätigkeit überführen. Für Oesterreich mag also der Satz giltig sein, daß eine Nation sich erst, wenn sie ihre socialen Fragen gelöset hat, und erst auf den Grund dieser Lösung konstituiren solle; es ist dies vielleicht, der Sache und der That nach, für Oesterreich der einzig mögliche und normale Weg, und wir wünschen, daß es ihn ungehindert möge gehen können. Dagegen betrachte man Preußen; es hat fast denselben plötzlichen Uebergang von einer Regierungsweise zur andern gemacht, aber es hat nicht mehr diesen langen Weg einer wohlthätigen naturgemäßen Reform vor sich, die Nation hatte schon vorher alle niederen Stufen durchlaufen, nur die politische Bildung hatte sie überspringen und versäumen müssen, und daher kommt nun der unglückliche, zwischen Alt und Neu schwebende Zustand. Die kleinen deutschen Staaten stehen in der Mitte; sie können sich mit dem meisten Erfolg den socialen Verbesserungen widmen, aber für alle Bestrebungen kann Heil und Vollendung nur von einer großen, energischen, centralen Thätigkeit kommen. Dasselbe Verhältniß findet bei der Nationalität Statt. Unsere Gegner in Oesterreich haben einen geringen Begriff von dem Wesen der Nationalität, sie glauben sie philosophisch zu übersehen; die soziale Thätigkeit, auf die ihr Blick gerichtet ist, Bodenkultur, Handel und Industrie hängen allerdings von der Nationalität am wenigsten ab und begünstigen den reizenden Gedanken der Völkerverbindung, dem die Nationalität zu widerstreben scheint. Aber wir brauchen kaum zu erinnern, daß gerade die höchsten menschlichen Thätigkeiten, die Kunst, die Wissenschaft und jede echte Politik mit der Nationalität in engsten Zusammenhang stehen und aus ihr ihren geheimsten und tiefsten Geist ziehen. Man kennt in Oesterreich nur die mittelalterliche Nationalität, die auf den historischen Erinnerungen privilegirter Stände ruht, und man sieht vom Standpunkt der neuen Demokratie auf sie herab wie auf eine überwundene Stufe; aber man vergißt, daß gerade die am höchsten gebildetsten Völker nichts Edleres haben als ihre Nationalität, und daß sie auch in ihrem geläutertsten Begriff noch immer das festeste Band bleibt, das den geistig gebildeten Menschen mit der Natur verkettet und ihn an der egoistischen Isolirung hindert, auf die der Erwerb und die geistige Bildung am Ende gleichmäßig hinauslaufen. Und wenn gar die Nationalität bedroht, vom Feinde umlagert ist, wer dann noch einen Funken natürliches Gefühl hat, muß sie als das höchste Gut, als die Bedingung menschlicher Existenz empfinden. Die deutschen Oesterreicher, deren Beruf es ist, auf Deutschland als ihren Rückhalt gestützt, deutsche Bildung und Sitte nach Osten hin auszubreiten, werden es empfinden, sobald sie in's politische Leben im Großen eintreten, was nationaler Geist und nationale Politik sagen will.

Mit diesem Punkte der Nationalität steht in engster Verbindung der Plan eines mitteleuropäischen Völkerbundes. Daß diese Idee stets neu auftaucht und von den verschiedensten Geistern selbständig in Angriff genommen wird, ist ein Beweis von der tiefen Erregung der Geister, die sich mit großen Entwürfen beschäftigen und instinktmäßig in den Planen zusammentreffen, die aus den Bedürfnissen und Tendenzen der Zeit hervorgehen. Zunächst folgt der Plan aus der Lage Oesterreichs; man will die schlummernde Kraft der Nationalitäten nicht durch den Anschein einer anmaßlichen Germanisirung wecken und bietet ihnen die gleiche Berechtigung im Bunde; das Band soll auch hier die Gleichheit der Interessen und der Institutionen sein, man vertraut der völkerverbindenden Kraft des Handels und Verkehrs, während man das Individuelle der verbundenen Stämme, Religion, Sprache und Sitten, sorgfältigst schont. Zugleich aber dient man doch nur dem allgemeinen, absondernden und individualisirenden Zuge des Jahrhunderts, in dem die Nationalität im Grunde die wahre Triebkraft ist. Beweis genug, daß diese nicht einseitige Unterdrückungslust zur Folge hat, sondern sich vielmehr durch Föderation gegen nivellirende Gewalten und Principien zu sichern strebt. Ganz richtig bezeichnet man als den Zweck des Bundes die gegenseitige Versicherung der Existenz zwischen dem despotischen Norden und dem herrschsüchtigen Westen; der Schwerpunkt desselben soll da zu suchen sein, wo eine Linie von den Schweizeralpen nach der Ostgrenze Polens, mit einer andern von der Rhein- bis zur Sulinamündung sich kreuzt, also ungefähr in Wien; die Form läßt man naturgemäß weit und unbestimmt, nur ein Entwurf, den wir für verfehlt halten, spricht von einem gemeinsamen Bundesparlament; die wahrhaft staatsmännischen Publicisten scheinen nur an die zwangloseste Föderation der Interessen zu denken. Nur sollte man der deutschen Nation nicht zumuthen, daß auch sie auf dem Wege der materiellen Interessen und der Handelsgesetzgebung ihre Einigung suchen solle. Das sind freilich feste Bande, die man nicht versäumen darf, und in einer nicht lang vergangenen Zeit waren sie fast die einzige Hoffnung für den Freund der Einheit; aber nach dem neuesten Umschwung ist nichts Anderes einer so vorgeschrittenen Nation würdig, als die feste Rechtsform ihrer Einheit.

Oder will man diese lare Bundesformel, und scheut man die strenge Form der Einheit, wieder nur mit dem Blick auf Oesterreich, weil dies ja selbst in den Fall kommen wird, sich ihr zu unterwerfen? Wir stellen diese Frage ganz einfach und ohne Hintergedanken, bloß um sie zu diskutiren. Man kann Oesterreich keinen Zwang anthun, in Bezug auf seinen Anschluß an Deutschland. Die Natur der Verhältnisse, die man in Wien mitten im demokratischen Strudel und unter der starren Hülle philosophischer Formen so scharf und fein durchschaut, muß hier allein entscheiden. Daß das deutsche Oesterreich an Deutschland halte, aus ihm seine Kraft schöpfe und ihm neue Kraft zuführe, dazu bedarf es keiner bindenden Form; die materiellen Beziehungen machen allerdings eine Uebereinkunft nöthig, die sich aber auf einer weiteren Basis halten könnte, als die strenge Einheitsform der bisherigen engern Bundesländer. Die gegenseitige Gefahr und der gegenseitige Vortheil werden dies bemessen; einstweilen begrüßen wir mit Freuden die gemachten Vorschläge zur geistigen und materiellen Einigung, daß Oesterreich einerseits seine Bildungsanstalten auf gleichen Fuß mit deutschen Hochschulen stelle, deutsche Lehrer berufe, seine Jugend mit deutschem Geiste durchdringe; andererseits, im Sinne der kommerciellen und industriellen Einigung der Völker, an den Zollverein sich anschließe oder mindestens annähere.

Oesterreich. Wien, 28. Juni. Aus Treviso ist heute ein Kurier des F.-M.-L. Baron Welden mit der Nachricht eingetroffen, daß sich das Fort Malghera, welches die Eisenbahnbrücke über die Lagunen und einen Theil Venedigs beherrscht, nachdem es mit Bomben und Brandraketen beschossen worden, unsern Truppen ergeben habe. Die Besatzung bestand aus lombardischen Freiwilligen. In dem Fort wurden

Digitized by Google

36 Kanonen vorgefunden. Hoffentlich wird dieser Schlag zu einer baldigen Kapitulation Veardtgs führen.

Prag, 26. Juni. Reisende, die gestern diese Stadt verließen, schildern das Aussehen derselben als ein äußerst unheimliches. Eine wahre Todtenstille herrsche in ihr. Nur wenigen Menschen begegnet man in den Straßen. Die Wuth über den mißglückten Ausbruch sei unter den Ultraczechen eine ungeheure. Sie geben ihre Sache noch nicht verloren. Noch hundertmal, hieß es in einem an die Straßenecken angehefteten Plakate, das aber bald abgerissen wurde, werden wir uns erheben. Baron Billani hat bedeutende Geständnisse gemacht, und wie man sagt, nur um die Gnade erfucht, daß der Tod durch die Kugel und nicht buch den Strick über ihn verhängt werde. Fuster, der ebenfalls schon hier eingebracht ist, war so schwach beim Verhöre, daß er auf zwei Personen sich stützen mußte. Er betheuerte seine Unschuld und verlangte, daß kein Kriegs-, sondern ein gewöhnliches verdentliches Gericht über ihn aburtheilen solle. (A. Oest. Z.)

Preußen. ☽ Berlin, 1. Juli. Am Schlusse der gestrigen Sitzung hatte der Abgeordnete Mähe um die Erlaubniß gebeten, die Aufmerksamkeit der Versammlung aus dem Sturme der zuletzt gepflogenen Verhandlungen auf „die stille See des Schullehrerlebens“ zurückführen, bei der schon vorgerückten Zeit und bei der Wichtigkeit seines Antrages anheim gestellt, denselben heute zuerst vorbringen zu dürfen. Ehe man dazu schreitet, begründet der Abg. Wiadhorst folgenden dringenden Antrag: Es möge die Versammlung beschließen, das Staatsministerium zum schleunigen Erlasse folgenden Gesetzes aufzufordern: durch die Annahme eines besoldeten Staatsamtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied der zur Vereinbarung der preuß. Verfassung berufaen Versammlung Sitz und Stimme in derselben und kann Sitz und Stimme nur durch neue Wahl wiedererlangen. Der Antrag wird ohne Diskussion einstimmig angenommen. Der Antrag von Mähe lautet: die hohe Versammlung wolle das Ministerium des Kultus veranlassen 1) die weitere Berathung allgemeiner Schulangelegenheiten auf den Provinzialschullehrerkonferenzen aufhören zu lassen, weil diese aus den unfreien Wahlen der unter Leitung von Landräthen und Schulinspektoren gestellten Kreiskonferenzen hervorgegangen, nicht eine reine Kundgebung des Willens von Seite der Lehrer erwarten lassen. 2) neue Kreislehrerkonferenzen zu berufen und die Leitung derselben der Wahl ihrer Mitglieder zu überlassen. — Veranlaßt ist dieser Antrag durch eine Maßregel des vorigen Kultusministers, welcher, um für seine Reformen im Schulwesen einen festen Grund zu gewinnen, Lehrerversammlungen in jeder Provinz in Aussicht gestellt und deßhalb Kreiswahlen unter den alten Aufsichtsbehörden angeordnet hatte. Es handelte sich also um eine bloß administrative Maßregel, um einen Rath, welchen der Minister, um für seine Gesetzesvorlagen einen Halt zu gewinnen, für gut fand einzuholen und auf dessen Form die Abgeordnetenkammer wohl nur insoweit einzuwirken berechtigt war, als die Minister noch unverantwortlich sind, d. h. eben gar nicht. Es nehmen in diesem Sinne mehrere Redner das Wort. Pastor Uhlich verwahrt sich zuerst, als wolle er, spräche er gegen den Antrag, gegen die Lehrer auftreten. Er liebe diesen ehrenwerthen und wichtigen Stand von ganzem Herzen. Er erkenne die Bevormundung an, in welcher die Lehrer bisher gelebt; ihr Verhältniß sei besonders in den letzten Jahren recht drückend geworden. Wir wüßten, auf welche Weise das Ministerium Eichhorn die höhern Schulstellen besetzt. Bitterer Unmuth, selbst Ingrimm habe sich des Lehrerstandes bemächtigt. Diesen Zustand zu ändern, seien die Konferenzen berufen worden. Die Form sei allerdings nicht die freieste gewesen, welche man hätte wählen können. Allein sollte man den Lehrern zutrauen, daß sie auch nach dem 19. März den alten Geist der Unterthänigkeit bewahrt, daß sie sich bei Angabe ihrer Stimmzettel von diesem Geiste hätten lenken lassen? Dies hieße ihnen ein Mißtrauens-, ein Schwächlichkeitszeugniß ausstellen, das, soviel er die Lehrer kenne, nicht gerechtfertigt sei. Die Versammlung solle sich vergegenwärtigen, daß ihre Mitglieder ebenfalls unter dem Vorsitze von Landräthen gewählt seien und meinten Sie denn, fragt der Redner unter allgemeiner Heiterkeit, „daß Sie nicht die rechten Männer seien?“ Man möge dem Minister überlassen, bei dieser Gelegenheit seine Thatkräftigkeit zu beweisen und nicht derjenige sein wollen, welcher die Freude des Schaffens und die Ehre des Bauens allein haben wolle. Abg. Pape, ein noch unbekannter Redner, bekämpft seinen Vorgänger mit vieler Gewandtheit. Der Redner vor ihm, bemerkt er, habe gefühlt, daß er für eine halbe Sache gesprochen; dies zeigt sein viele Konjunktive: sollte, dürfte, könnte. Er halte dafür, daß man in dieser Zeit des Uebergangs, die eben das Alte wegschaffen und Neues begründen solle, bestimmt reden müsse. Obwohl er glaube, daß die Wahlen der Lehrer solche gewesen, vor denen sich das Ministerium Eichhorn dreimal bekreuzt haben würde, so streiten doch psychologische Gründe dagegen, daß sich die Wähler so plötzlich von der Gewohnheit früherer Zustände losgemacht haben. — Der Kultusminister Rodbertus ist aus formellen und materiellen Gründen gegen den Antrag. Bei aller Achtung vor der Kompetenz der Versammlung könne er ihr nicht zugestehn, eine exekutive Gewalt auszuüben. So lange das Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister nicht geändert wäre, würde er nicht im Stande sein, dahin einschlagende Beschlüsse der Versammlung auszuführen. Uebrigens sei es unrichtig, daß die Provinzialkonferenzen der Lehrer unter Leitung der Schulinspektoren stehen würden; darüber, so wie überhaupt über die Zeit ihres Zusammentretens sei noch gar Nichts bestimmt. Er kenne den Deack, welcher auf dem Lehrerstande gelastet habe. Sein größtes, eifrigstes Bestreben werde dahin gehen, hier zu helfen durch gründliche Maßregeln. Allein die furchtbare Anklage theile er nicht, daß der preußische Lehrer, wie ein Redner behauptet, zu dem ärmsten und unfreiesten in Europa herabgesunken sei. Nur ein Verkennen des von dem obigen Ministerium eingeschlagenen Weges habe zu dem Antrage geführt. Keine Beschränkung des Assoziationsrechtes werde erzielt; es handle sich einfach um Einziehung einer Information für das Ministerium. Die Konferenzen dürften keinen konstituirenden Charakter haben, dazu sei erst ein Gesetz nöthig. Man könne das Ministerium „ersuchen“, die Sache noch einmal vorzunehmen; aber nicht einen Beschluß fassen, daß es die Sache noch einmal vornehme; dagegen müsse er sich verwahren, so lange er verantwortlicher Minister sei. Obwohl nach dieser Erklärung der Antragsteller den Ausdruck „vermuthen“ in „ersuchen“ umändert, wird dennoch sein Antrag mit 197 gegen 145 Stimmen verworfen. Der Abg. Parrisius interpellirt hierauf den Minister Milde über die Ursachen der heute in der Stadt bemerkbaren Aufregung unter den Erdarbeitern. Aus der Antwort, welche der Minister sogleich ertheilt, ergibt sich, daß die Unzufriedenheit unter jenen Arbeitern durch die Entlassung derjenigen unter ihnen erregt ist, welche sich geweigert haben, von jetzt an, wie die Mehrzahl, auf Akkord (nach Maßgabe der Leistung, nicht mehr nach dem der Trägheit günstigen Tagelohne) zu arbeiten. Der Minister weist die Nothwendigkeit nach, auf der Forderung der Akkordarbeit mit Festigkeit zu bestehen. Der bisherigen Einrichtung müsse ein Ziel gesetzt werden, wenn man den Staat nicht wörtlich um das Seinige bringen wolle. Er wünscht es auszusprechen, daß die Staatsregierung nicht anerkenne, vorzugsweise für die arbeitende Bevölkerung der großen Städte sorgen zu müssen; dies liege zum größten Theil den Gemeinden ob. Aufgabe der Regierung sei es ins Besondre, den nationalen Wohlstand zu fördern, und könne dieser Zweck bei Ausführung von Staatsbauten allerdings von Einfluß sein. — Ein Antrag des Abg. Borchart: dem Heere das ihm bis jetzt vorenthaltene Vereinsrecht zu wahren, wird an die Abtheilung verwiesen. — (NB. Die Sitzungen werden von jetzt an, wenn dringendere Angelegenheiten nicht vorkommen, bis zur Berathung der Verfassung, nur zweimal wöchentlich stattfinden.)

Berlin, 1. Juli. Die Adreßkommission hat vorgestern einstimmig beschlossen, den Adreßentwurf fallen zu lassen. (B. N.)

Berlin. Die Kommission zur Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs hat in Betreff der Presse den Beschluß gefaßt, daß dieselbe künftig unter dem allgemeinen Gesetz, also Preßvergehen unter den gewöhnlichen strafrechtlichen Bestimmungen stehen sollten. Da dies aber eine besondere Berücksichtigung im Strafrecht nöthig macht, so soll bis zu der bevorstehenden Revision desselben ein provisorisches Preßgesetz erlassen werden. Mit der Ausarbeitung desselben ist der Abg. Geh. Finanzrath Hesse beauftragt, derselbe, der schon früher mit der Preßgesetzgebung viel beschäftigt war und ein bekanntes Werk darüber schrieb. (Voss. Z.)

† Posen, 29. Juni. Herr Vikar Pästeich, der mit 39 Schneidemühlern gegen die Bestrebungen der deutschen Volksausschüsse in unserer Provinz protestirt und namentlich das Posener Komité und sein Wirken mit dem widerlichen Gewebe einer Spinne verglichen hat, erlitt eine unangenehme Niederlage. Nach und nach reklamirten nämlich die Unterzeichner ihre mißbrauchten Namen, und überdies gibt noch die Bürgerschaft mit 300 beglaubigten Unterschriften eine Erklärung gegen den edlen polnischen Vorkämpfer ab, welche ein böses Licht auf ihn wirft. — Es soll ihm deßhalb zum Trost die Nr. 31 der deutschen „Reichstags (?)-Zeitung“, die leider nur in einzelnen Exemplaren zu uns dringt, übersandt werden. Darin ist, der herrliche Titel bürgt dafür, das Sachverhältniß richtig aufgefaßt. Herr Pästeich und die 39 fingirten und nicht fingirten Schneidemühler sind „wahrhafte Deutsche“, die deutschen Komité's aber, wer darf daran zweifeln? sind — Russen. Wie könnten sie sonst so undeutsch handeln, deutsch bleiben und keine Polen werden zu wollen? — Damn

hat uns erzählt, daß die „deutsche" Reichstagszeitung einen Frankfurter Polen oder „einen wahrhaften Deutschen à la Pästrich" als politischen Berichterstatter benutzt. Wir glauben es jedoch nicht, sondern trauen den berühmten Redakteuren diesen tiefen Blick in die wahre Sachlage selbst zu. — Dazu bestimmt uns besonders die folgende Nummer des Blattes, worin der Feldzug gegen die „edlen Berliner Zeughausstürmer" beschrieben ist, der von hier aus geht, weil die moskowitische Avantgarde hier steht und verschiedene russische Goldquellen hier fließen. — Nur Eines erschüttert unsern Glauben, wir können nämlich nicht begreifen, wie bei der Gründlichkeit des altsächsischen oder auch des neurepublikanischen Hasses gegen das „elende" Preußen wir unwürdige Posener schon an die Reihe kommen, da es doch noch so viel „Kläglichs, Schändliches und Nichtswürdiges" am preußischen Heer, an der preußischen Regierung ꝛc. auch in den übrigen Provinzen noch gibt, worüber der edle Unwille der Reichstagszeitung sich regen und einiges Gift verspritzen konnte. — Wir hoffen auf Aufklärung!

† Posen, 30. Juni. Ungemein rührig zeigen sich jetzt die Polen wieder in Berlin, wohin sie sich zum Theil von Frankfurt aus, wo ihre Sache noch ruht, gewandt haben. Es gilt, die neuen Minister „in ihre Tasche zu bekommen". Nach in den letzten Tagen des vorigen Ministeriums sind sie mit einer Adresse hervorgetreten, in der sie bloß die Konstituirung der ganzen Provinz Posen und des Michelauer und Kulmer Kreises in Westpreußen zu einem selbständigen polnischen Staat unter preußischer Hoheit verlangen. — Erreichen sie dies nicht, dann soll die ganze Provinz Posen Deutschland einverleibt werden. — Bewahre der Himmel uns und ganz Deutschland vor einem solchen Danaergeschenk. Wir leben und sterben der Ueberzeugung, daß nur durch eine Grenzregulirung zwischen uns und den Polen hier im Osten der wunde Fleck gesichert werden kann, und hoffen, die projektirte Departementseintheilung in Preußen wird zur Ausführung kommen und uns von unsern polnischen „Brüdern" trennen. So werden wir ihnen gern den deutschen Schutz gönnen und mit Vergnügen in ihnen den Keim zu einem kräftigen freien Polenreiche sehen. Aus der polnischen hiesigen Zeitung erfahren wir auch unter Anderm, warum Hecker in seinem Aufruf an das deutsche Parlament der Polen nicht gedacht hat. Es geschah dies nämlich par rancune, weil sie die Offizierstellen in seiner Armee abgelehnt hätten. Dies hätte aber aus billigem Zartgefühl erfolgen müssen, weil die Polen doch die Gastfreundschaft eines Volkes nicht verletzen konnten, welches soeben erst die polnischen Gefangenen befreit und Flüchtlinge aufgenommen hatte.

Baiern. München. Die N. M. Z. bringt eine offizielle Erklärung, deren Schluß lautet, wie folgt: Baierns Bündnisse mit auswärtigen Mächten finden sich sämmtlich in den Sammlungen der deutschen staats- und völkerrechtlichen Verträge abgedruckt und stehen zu Jedermanns Einsicht offen. Ein geheimes Bündniß zu irgend einem Zweck mit irgend einer auswärtigen Macht nach irgend einer Seite hin hat Baiern ebenso wenig geschlossen, als es dazu einen Anlaß gehabt. Baierns König wird sich nie auf eine andere Kraft stützen, als auf die auch in gegenwärtigen Tagen erprobte Liebe und treue Hingebung des baierischen Volkes und auf die einige Macht der gesammten deutschen Nation. Der Maßstab für den Werth der erwähnten Gerüchte ergibt sich hieraus von selbst, und die dadurch erregten Besorgnisse entbehren sonach der Begründung.

München. Man liest in der Neuen Münchner Zeitung: Wir beeilen uns, unsern Lesern eine ebenso wichtige als erfreuliche Nachricht mitzutheilen. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, sind die Einschreitungen des deutschen Bundes und der baierischen und preußischen Gesandtschaften in Turin zu Gunsten Triests, wie zu erwarten stand, nicht erfolglos geblieben, und es hat hiernuf die sardinische Regierung die Aufhebung der Blokade von Triest bereits verfügt. Der Handel dieser wichtigen deutschen Stadt würde hienach die ihm so nöthige freie Bewegung wieder erlangen und von der sardinischen Flotte lediglich bezüglich der Transporte von Kriegsmaterial eine Kontrole geübt werden. (Die „Allg. Z." enthält einen Brief aus Triest vom 28. Juni, wonach die feindliche Flotte die Gewässer von Perana verlassen habe und von der Küste aus nicht mehr sichtbar sei. Ein zur Rekognoscirung ausgesandtes Dampfboot brachte die Bestätigung.)

Das Journ. des öster. Lloyd erwähnt, daß die Sarden häufig an's Land gekommen seien und mit den österreichischen Truppen freundlich verkehrt hätten, und bemerkt dann: Ein peinliches Gefühl erregt es, daß die Sardinier über die letzten Ereignisse in Wien am 26. v. M. Briefe eines in der Residenz lebenden italienischen Emissärs vorzeigten, welcher seine Mittheilungen mit folgenden Worten schloß, die zugleich als ein warnender Fingerzeig dienen können: „Es ging Alles gut", sagt der Briefsteller, „wir finden aber auch in der Erhaltung und Nährung der gegenwärtigen Stimmung und Verhältnisse die eifrigste Unterstützung, hauptsächlich von Seite der polnischen Sendlinge, welche in dasselbe Interesse wie wir haben, auf die Wiener einzuwirken." Und unsere Brüder in der Residenz, welche mit so großem Heldenmuth die Freiheit erkämpften, gewahren nicht, welche Rolle man sie jetzt spielen lassen will, und verkennen die warnenden Stimmen, die aus den Provinzen zu ihnen dringen, welche es so aufrichtig, so herzlich mit ihnen meinen.

Baden. ** Vom Neckar, 2. Juni. Noch vor 2 Monaten wurde Michel Chevalier seiner Stelle als Lehrer der Staatswirthschaft entsetzt, weil er in den Märzblättern des Journal des Débats den Muth gehabt hatte, den sozialistischen Träumereien der ehesüchtigen Parteiführer mit einfach anwendbaren Vorschlägen zur Hebung des Volksreichthums in Frankreich entgegen zu treten und überhaupt die ganze Wissenschaft als abgestanden und entbehrlich erklärte. Allein die theuren öffentlichen Werkstätten haben trotz der kurzen Zeit schon jetzt das Widersinnige dieser Handlungen und Ansichten klar dargethan; man greift deßwegen bereits zu Versuchen, deren Ausführbarkeit wenigstens Nichts im Wege steht, wenn auch über ihre Erfolge die Ansichten getheilt sein können. Der Moniteur von Paris veröffentlichte nämlich kürzlich eine Verfügung der Regierung, wornach die Ausfuhrprämien und Rückzölle auf Baumwollen- und Wollen-Garne und Gewebe, auf Dampfmaschinen für Schiffe, auf Seife, Möbeln aus Rosen und zubereitetem Leder um 50 % erhöht werden, außerdem aber alle Gewebe aus Seide, Flachs, Hanf und dgl. für Versendung nach Außen eine Vergütung von 4½ % des Werthes erhalten sollen. Die Zweckmäßigkeit der Maßregel, wie gesagt, kümmert uns hier nicht — Frankreich wird sich dadurch sehr wahrscheinlich auf Kosten des Ackerbaues eine noch weit ungesundere Industrie auf den Hals laden, als ihm bereits sein Restriktionssystem zu Wege gebracht hat; die Wirkung derselben auf die deutschen Gewerke aber ist zu wichtig, als daß sie unsererseits übersehen werden dürfte. Denn bei dem jetzt noch bestehenden Zollsystem der Vereinsländer kommen unsere Fabrikanten durch eine bedeutende Begünstigung des französischen Ausfuhrhandels in eine Produktionsdifferenz, die sich bei Wollengarn auf 14 fl. 35 kr. pr. Ctr. beläuft, bei Geweben gar 4 % des Werthes übersteigt und vollends bei den feinen Seidenwaaren, an denen der Arbeiter am meisten verdient, jede Konkurrenz unmöglich macht, da die Bounties beinahe das Fünffache unserer Eingangszölle erreichen. Stocken nun jetzt schon in Folge der politischen Verhältnisse so sehr die Absatzwege für die deutschen Fabrikate, daß viele Maschinen still stehen (sind doch Aeußerungen laut geworden, daß mehrere Gewerkbesitzer direkt, ohne nach Hause zurückzukehren, nach Beendigung der unglücklichen Leipziger Messe, nach Amerika übersiedeln wollten, weil sie nicht mehr im Stande seien, ihre Arbeiter zu befriedigen), was wird dann erst aus der deutschen Industrie werden, wenn ihr die französische Konkurrenz nicht nur den ganzen ausländischen, sondern auch noch den größten Theil des einheimischen Marktes abringt? Der Schaden, welcher für uns daraus entstände, würde bald eben so groß sein, als wenn Frankreich seine Proletarierheere in eigener Person auf die deutsche Weide schickte. Stellten wir ihm nun im letzteren Falle eine gleiche Anzahl Soldaten gegenüber, so müssen wir ihm jetzt mit entsprechenden Maßregeln antworten, und zwar sobald wie möglich, da jene überwältige Beförderung der französischen Gewerke schon mit dem 15. Juli in Kraft tritt, welche, wenn Frankreich auch nicht im Stande sein wird, lange die Kosten derselben zu tragen, doch in kurzer Zeit unsern Gewerbfleiß zu vernichten im Stande ist. Bei der Dringlichkeit der Frage ist zu hoffen, daß das nun zu ernennende Reichsministerium die Sache in die Hand nimmt; die Verhandlungen eines Zollvereinskongresses sind dazu viel zu schleppend. Vielleicht wäre Hr. v. Rönne der geeignete Mann, auf solchem das gesammte Deutschland überschauenden Standpunkte den Forderungen der einheimischen Arbeit auf die gehörige Weise Rechnung zu tragen.

Schleswig. Rendsburg, 29. Juni. In der gestrigen Sitzung der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung ist der Gesetzentwurf über die allgemeine Wehrpflicht mit einer Reihe von Amendements, die im Laufe der Debatte eingeschaltet wurden, mit 68 gegen 7 Stimmen angenommen, mit 70 gegen 5 Stimmen indessen beschlossen worden, der Regierung die Promulgation des Gesetzes nur als eines provis. Gesetzes anzurathen.

† Hamburg, den 29. Juni. Die Aussichten auf den Frieden haben sich wiederum, in Folge der letzten Nachrichten aus Kopenhagen, verloren, die dänische Regierung hat erklärt, auf die von deutscher Seite gemachten ausschweifenden Vorschläge nicht eingehen zu können, ja man erfährt sogar, daß seit der Rückkehr des Kammerherrn von Reedtz, in Begleitung des ehemaligen Bundestagsgesandten,

Digitized by Google

Barons v. Pechlin, aus London am 21. d. alle Friedensunterhandlungen abgebrochen seien. Was wolle auch Deutschland gegen Dänemark anfangen, da es ihm an einer Flotte fehlte und die einzige deutsche Macht, welche eine Flotte habe, werde sie nicht hergeben, da sie mit Dänemark in zu freundschaftlichem Verhältnisse stehe und fortdauernde Neutralität versichert habe. Vor 8 Tagen hieß es in Kopenhagen zwar, der österreichische Gesandte, Baron v. Brinis-Treuenfels sei abberufen, das Gerücht hat sich aber nicht bestätigt, sondern der Gesandte steht noch nach wie vor mit dem Hofe auf dem freundlichsten Fuße, es ist daher eine Demonstration von österreichischer Seite nicht zu erwarten. Am 22. trafen Depeschen für König Oskar von St. Petersburg in Kopenhagen ein, welche der russische Gesandte, Baron Ungern-Sternberg, dem Könige persönlich überbrachte, sie sollen die Nachricht enthalten, daß in Kronstadt die zweite Abtheilung der russischen Ostseeflotte segelfertig gemacht wird, und daß man dieselbe auf 40 größere Kriegsschiffe bringen wolle. Der Kammerherr Ornholm wird aus Rußland mit entscheidenden Erklärungen erwartet. Merkwürdig ist aber dabei, daß sich die Schweden wieder zurückziehen. Man erwartet im Heere unter jeder Bedingung eine Schlacht und sie kann wohl heut schon geschlagen sein in Folge eines Befehles, den ein Officier des 20. Regimentes schrieb. Das 20. Regiment bildet die Avantgarde in der Nähe von Bau und die Truppen sind in steter Besorgniß begriffen, wogegen die Dänen die Stellung in und vor Hadersleben verlassen haben und nun hinter Hadersleben, theils auf jütischem, theils auf schleswigschem Boden stehen (also ist die erste Nachricht, daß die Dänen Schleswig ganz geräumt haben, vorellig gewesen). Die in Flensburg einquartiert gewesenen Truppen sind diese Nacht auch bereits ausgerückt, und heute trifft hier noch ein Korps Mecklenburger ein, welche gleich nach Eintreffen per Eisenbahn weiter befördert werden sollen. Dagegen haben die beim Heere befindlichen Lauenburger die Waffen gestreckt und sich weiter zu dienen geweigert; die Rädelsführer sollen heut gleichfalls in Altona, aber als Gefangene, eingebracht werden, das ganze Kontingent war vom Kriegsschauplatze nach Readsburg zurückgebracht, und hier wird es unter die übrigen Truppen vertheilt werden. Sie wollen nicht gegen ihren König dienen. Die Ankunft Welckers zur Regelung der Verhältnisse Lauenburgs thut dringend Noth. — Hauptmann v. Reichenbach, Führer einer Kompagnie des Tann'schen Freikorps, früher Lieutenant im 17. Infanterieregiment in Wesel, ist gefangen worden bei einer Rekognoscirung; der Mangel an Officieren wird dadurch noch gemehrt.

Frankfurt, 30 Juni. Von den heutigen Verhandlungen der Bundesversammlung waren folgende die wichtigeren: Der polit. Ausschuß erstattet Bericht über den Antrag der baierischen Regierung auf Zurückziehung der in Baden stehenden Truppen. In Berücksichtigung der von großhzgl. badischen Regierung und dem Kommandirenden des 7. und 8. Armeekorps, Prinzen Karl von Baiern hierüber abgegebenen Aeußerungen wird beschlossen, die Zurückziehung der baierischen Truppen für jetzt wegen des nöthigen Schutzes der südwestlichen Grenze vor Eindringlingen, als unzulässig zu erklären und zugleich an den schweizerischen Vorort eine Aufforderung zu erlassen, daß, wie solches von Frankreich anlängst geschehen, die Theilhaber an dem jüngsten Aufstand von der dortigen Grenze zurückverlegt und der aus der Anhäufung neuer unruhigen Elemente an der Grenze Deutschlands drohenden Gefahr vorgebeugt werden möchte, unter Hinweisung darauf, daß, wenn die von dort ausgehende Aufreizung der benachbarten deutschen Distrikte kein Ende nehme, eine strengere Besetzung der Grenze, wodurch der wechselseitige friedliche Verkehr nothleiden müßte, erforderlich werden dürfte. Ob eine Zurückziehung der in Mannheim stationirten baierischen Truppen wenigstens theilweise angemessen sei, wurde dem Ermessen des Kommandirenden des 7. und 8. Armeekorps überlassen. Baiern stellt den Antrag auf baldige Hinwegräumung aller die freie Schifffahrt in Deutschland hemmenden Abgaben, welcher Antrag dem Ausschuß für Zoll- und Verkehrsverhältnisse zugewiesen wird. Der königl. preuß. Gesandte gibt Nachricht, daß die königl. preuß. Regierung ihrem Geschäftsträger in Turin ganz im Sinne der von der Bundesversammlung wegen der Blokade von Triest an die sardinische Regierung erlassenen Aufforderung eine entsprechende Weisung ertheilt habe. Der königl. hannöver. Gesandte bringt eine Vorstellung der Provinzialstände von Ostfriesland zur Kenntniß der Versammlung, wonach dänischer Seits die Mannschaft eines genommenen Handelsschiffs gezwungen werden solle, auf dänischen Schiffen Dienste zu leisten und beantragt, diese Gewaltthätigkeiten bei den im Werke befindlichen Unterhandlungen zu berücksichtigen. Dies wurde dem Ausschuß für die schleswig-holsteinische Angelegenheit zugewiesen. Eine Note des in München residirenden königl. sardinischen Gesandten bei dem deutschen Bunde, Marquis Pallovicini, worin derselbe seine Abberufung und die Ernennung eines am Sitze der Bundesversammlung selbst aufgestellten Geschäftsträgers in der Person des Herrn Evase Radizz anzeigt, wird in der üblichen Form zu beantworten beschlossen. Von dem Präsidialgesandten wird die Mittheilung gemacht, daß die kaiserl. österreichische Regierung die angebotene Hilfe zur Unterstützung der deutschen Interessen in Böhmen für jetzt nicht in Anspruch nimmt, übrigens für die bundesfreundlichen Gesinnungen, welche sich durch dieses Anerbieten bethätigt haben, ihren Dank ausdrückt. Die Vollmacht für den Geheimenrth Welcker als Kommissär zur Errichtung einer interimistischen Verwaltung des Herzogthums Lauenburg wird vorgelegt und genehmigt.

♁ **Frankfurt**, 2. Juli. Die Woche, von welcher die Menschen am heutigen Tage ruhen, war für zwei große Staaten eine entscheidende. Beide Staaten, Deutschland am 28. wie Frankreich am 29., gaben sich jedes ein Oberhaupt, Deutschland nur ein provisorisches, nur einen Reichsverweser, nur auf so lange, bis die Berathung der Reichsverfassung beendet und ein definitives Oberhaupt bestimmt sein wird. Das Dekret aber, welches dem General Cavaignac die Gewalt überträgt, bezeichnet keinen Termin ihres Aufhörens. Doch ist diese Gestaltung der Dinge auch für Frankreich offenbar nur eine provisorische. Wenn auch in diesem Punkte gleich, so war diese große Woche doch für beide Staaten von ganz verschiedener Bedeutung. Wir errangen in dieser Woche erst, was die Franzosen längst besitzen, die Einheit. Frankreich aber errang den Sieg gegen einen Feind der Freiheit, der gefährlicher als alle Entwürfe eines Despoten; gegen diesen neuen Feind europäischer Civilisation hatte es in dieser Woche die erste Schlacht zu schlagen. Nicht minder heldenmüthig wie 1830 den Despoten bekämpfte es nun auch die Despoten. Die Freiheit hat immer ihre Feinde, sie wechseln nur den Namen, und nur die Gewohnheit des Namens ist es, welche die Menge befangen hält und sie blind macht gegen das Wesen, das hinter dem Namen steckt. Welchen Lärm hat nicht die linke Seite der Nationalversammlung darüber angeschlagen, daß Hr. Bassermann vor 2 Wochen gesagt, die Franzosen hätten Statt Eines Souveräns nun 80,000! Mit welchem schadenfrohen Triumphe benutzten die HH. Blum, Raveaux und Andere dieses Wort gegen Den, der es gesprochen! Eine Majestätsbeleidigung gegen das Gefühl der Menschlichkeit hatte er begangen. Ob man diese armen hungernden „Arbeiter", die da fleißig sind, während Andere schwelgen, wohl hätte verhungern lassen sollen oder todtschießen? — Und nun, was hat sich als nackte und nur allzufurchtbare Wahrheit ergeben? Auf zwei Milliarden jährlich berechnete sich die Civilliste dieser neuen Souveräne, während Louis Philipp, meines Wissens, nur 12 Millionen bezog. Schwelgerei und Liederlichkeit waren in den Nationalwerkstätten nicht minder zu finden, als an den verderbten Höfen der alten Ludwige; der Unterschleif unerschämter, als man je bei einem Monarchen geduldet hätte. — Und was den Despoten zum Despoten macht, das besaßen sie im höchsten Grade: Plünderung und Beherrschung Anderer als Zweck — und Gleichgiltigkeit gegen die Mittel, diesen Zweck zu erreichen. Besser kann kein König von Neapel die Waffen gegen die Bürger kehren, als sie es gethan; grausamer und verworfener konnte ein Karl IX. in der Bartholomäusnacht nicht gegen seine Unterthanen wüthen, als diese neuen Bewohner der Tuilerien und des Louvre gegen ihre Mitbürger. Kann aber Bosheit die Wirkung des Hungers sein, wo man doch alle Taschen des Goldes voll findet? — War es dankbar, vor der blutigen Katastrophe seine Rede mit der Sympathie für die „fleißigen, hungernden Arbeiter" aufzuputzen, unter welchen man aber schon damals 22,000 entlassene Sträflinge wußte, so würde wohl jetzt nach gemachter Erfahrung Niemand die Behauptung wagen, daß nicht ein Monarch solch 80,000 Souveränen vorzuziehen sei. Die Herren Blum u. s. w. mußten eben erst um eine Erfahrung reicher werden, wo andere Leute das nothwendige Endziel schon voraussahen. — Auch der gestrige Tag zeigte uns wieder, daß Hr. Blum bei weitem der erfahrene Mann nicht ist, wofür sein Ruf ihn ausgab. Während alle Welt sich freute, daß die Bundesversammlung, voraussichtig thätig, die Einwilligung aller deutschen Regierungen zur Wahl des Erzherzogs Johann bereits zeitig eingeholt hatte, trägt Hr. Blum seinen Aerger darüber sogar auf die Rednerbühne. Solchen Aerger muß man zu verwinden wissen, sonst geschieht, was gestern dem berühmten Führer der Linken geschah: ein hörbares Lachen lief durch die Bänke. Aber es steht uns noch Besseres bevor: Hr. Blum will in einer der nächsten Sitzungen den Bundestagspräsidenten feierlich interpelliren, wobei er gewußt, daß Erzherzog Johann würde gewählt werden. Freilich eine „bereits in Fäulniß übergegangene Leiche", wie die Linke so äußerst gern den Bundestag nennt, konnte ja nicht erfahren, was seit 10 Tagen alle Welt wußte. Aber der Aerger ist eben, daß der Bundestag keine Leiche ist, sondern aus tüchtigen, patriotischen Männern

Digitized by Google

besteht, die, wenn auch geschmäht und gehöhnt, auch bis zum letzten Augenblick ihrer Thätigkeit ihrem Vaterlande zu dienen nicht unterlassen. — Einen noch weit größeren Fehler hat gestern ein anderes Mitglied der Linken begangen. Wir war der Verstand des Hrn. Zitz, als er Hecker mit dem Anspruche zu vertheidigen meinte: es gebe keinen Hochverrath gegen Fürstenherrschaft mehr, es gebe nur noch einen Hochverrath gegen das Volk! Bedachte er denn nicht, daß Hecker gerade gegen die Beschlüsse des Vorparlaments, die ja von unseren Demokraten immer als heilig gepriesen worden, gegen den Fünfzigerausschuß, gegen die Vertreter des souveränen Volks in der Nationalversammlung die Waffen des Aufruhrs ergriff? Ja, wenn es einen Hochverrath an dem souveränen Willen des Volkes gibt, so wurde er von dem begangen, der mit Hilfe von Waffen und Ausländern seinen Willen an die Stelle des Willens setzen wollte, welchen auszusprechen die ganze Nation durch freie Wahl berufen worden. Hecker ist von dem Abgeordneten Zitz gerichtet. — Wie ich heute Morgen erfahren, konnte die Linke gestern bei den Abtheilungswahlen für den aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden Ausschuß zur Begutachtung der Hecker'schen und der Peter'schen Angelegenheit nur einen ihrer Mitglieder durchsetzen. Ein solcher Ausgang rechtfertigt wahrlich den Eifer nicht, mit welchem von ihrer Seite auf die Wahl dieses besonderen Ausschusses gedrungen worden. — Morgen beginnt die Berathung über die Grundrechte des deutschen Volkes. Nach der gestern von dem Vorsitzenden verkündeten Anordnung sollen die Berathungen über die Verfassung von nun an nur wöchentlich einmal durch eine Sitzung, in welcher auch andere Gegenstände auf die Tagesordnung kommen, unterbrochen werden. Die Eile und die Beharrlichkeit der Mehrheit der Nationalversammlung werden das große Werk, trotz aller eingeworfenen Erschwerniße zu überwinden wissen.

ϑ Frankfurt, 3. Juni. Auf der Tagesordnung für die heutige Sitzung der Nationalversammlung stand die Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes. Es kam jedoch nicht zu dem Anfang dieser Berathung selbst; denn die ganze Sitzung ging darüber hin, zu bestimmen, wie dieselbe Statt finden solle. Es wurde eine Geschäftsordnung für die Diskussion dieses Abschnittes der Reichsverfassung festgestellt. Man konnte wohl fragen, wie man den einen ganzen Tag verlieren könne, um zu berathen, wie man berathen wolle. Allein, wenn man bedenkt, daß durch die heute festgesetzten Bestimmungen einer großen Menge von Streitigkeiten in einzelnen Fällen vorgebeugt wurden ist, welche wohl zehnmal mehr Zeit in Anspruch genommen haben würden, als die heutige Diskussion, so muß man diese dennoch als einen Zeitgewinn betrachten. Die Diskussion bewegte sich hauptsächlich um einen Antrag des Ausschusses, daß eine doppelte Berathung dieser Grundrechte Statt finden solle, zu nämlich, daß auch hier ein-maligen Besprechung des ganzen Gesetzes dasselben einer nochmaligen Berathung in allen seinen Theilen unterworfen werden, und erst die darauf folgende Beschlußfassung als die definitive beachtet werden solle. Die Linke widersetzte sich diesem Antrag, indem sie hauptsächlich den dadurch vermeinten Zeitverlust hervorhob, wohl aber mehr, weil sie, wie einige Redner durchblicken ließen, eine durch eine zweite Berathung mögliche Ausgleichung und Transaktion der Ansichten nicht wünscht, wohl auch einer Demonstration des öffentlichen Urtheiles gegen manche Anträge besorgt. Die für den Ausschußantrag vorgebrachten Gründe waren übrigens offenbar überwiegend, und gewannen demselben auch eine große Mehrheit. Eine sehr lebhaft geführte Diskussion darüber, ob auch in der ersten Berathung bei der Abstimmung über einzelne Punkte Namensaufruf verlangt werden könne, führte zu keinem Resultate, indem die Mehrheit eine Abstimmung über den Antrag für zulässig erklärte. Die übrigen Bestimmungen, welche für die Berathung festgesetzt worden sind, sind unwesentlich, ausgenommen etwa die, daß keine allgemeine Debatte Statt finden solle, was der Nationalversammlung und der Nation wenigstens einen Tag berühmter Reden erspart.

Belgien.

* Brüssel, 24. Juni. Die Republikaner sind in den ohne alle Störung abgelaufenen Wahlen aus dem Felde geschlagen. Ist hier und da auch einer ihrer Anhänger durchgeschlüpft, so ist solches nur heimlicher Weise geschehen, wir man sagt, „mit seiner Fahne im Sack (met zyn vaandel in zynen Zak)“. Die zwei alten großen Parteien, Katholiken und Liberale, hatten sich, wie im Jahre 1830, vereinigt, um den gemeinsamen Feind zu bekämpfen, dem dann auch eine vollständige Niederlage beigebracht worden. In Brüssel hat kein republikanischer Kandidat auf 5000 Wähler mehr als 1000 Stimmen auf sich vereinigt. Auch ist die auf Umsturz sinnende Partei völlig entmuthigt. Doch die Sieger sind ebenfalls nicht alle gleich zufrieden, da ein Theil derselben sich von seinen liberalen Bundesgenossen für gefoppt hält. Und nicht ganz mit Unrecht, denn an verschiedenen Orten sind verdienstvolle katholische Vertreter, wie die früheren Minister Malou, d'Anethan und d'Huart, durch liberale aus dem Sattel gehoben worden. Das war im Grunde gegen die ursprüngliche Uebereinkunft. Kein Wunder daher, daß jetzt gleich nach dem Siege die katholisch-liberale Union, welche sich nach dem 24. Februar von Neuem gebildet, wieder auseinanderbricht, wie das immer zu geschehen pflegt. Es ist das Gesetz dieser merkwürdigen Parteierscheinung Belgiens: nach Außen oder gegen Dritte einig, nach Innen entzweit. — Ungefähr ein Hälfte der Mitglieder der zweiten Kammer besteht aus neuen Menschen. Viele Versprechungen sind vor den Wahlen geschehen, besonders hinsichtlich der in die Verwaltung einzuführenden Ersparniße. Wirklich ist Seitens des Ministeriums schon der Anfang damit gemacht worden, z. B. in Bezug auf die Gesandtschaft in Paris. Trotz seines Sieges steht übrigens das Kabinet auf schwachen Füßen, und Hr. Rogier ist seines staatsmännischen Geschickes ungeachtet wenig beliebt. Für den Finanzminister Veydt ist noch kein Nachfolger gefunden.

Großbritannien.

London, 29. Juni. Die englischen Blätter stoßen im wahren Sinne des Worts ihre Spalten mit Betrachtungen über die letzte große Pariser Insurrektion, deren Scheitern vielleicht, wenn auch nicht den Schluß, doch eine längere Pause in der Reihe der Revolutionen bezeichnen dürfte. Aus der Fluth der Revolutionen sind wie vielleicht jetzt schon nach einem unumstößlichen Natur- wie Geschichtsgesetz in die Ebbe der Repulsivbewegung eingetreten; man möchte dies fast glauben, nachdem die neuesten Revolutionsversuche in Neapel und Pesth, in Berlin und Wien, in Marseille und Paris und niederwärts entweder mit furchtbarer Gewalt unterdrückt oder, wie die in Berlin und Wien, gleich inhaltsleeren Blasen fast ohne Geräusch zerplatzt sind. Aehnlich feierte auch der große Erschütterung vom Jahre 1830 die Reaktion eine lange Reihe von Triumphen, bis, von einem kleinen Punkte Europa's aus, der Wiederbeginn der Revolution durch den Sieg der Genfer Reformer' bezeichnet wurde. Es ist indeß bedenklich, in unserer Zeit den Propheten zu spielen. Der Sieg der Ordnung in Paris, der vielleicht für lange Zeit in einen Druck des gewaltthätigsten Militärdespotismus ausarten und Frankreich seiner kostbarsten Freiheiten zu berauben droht, erfüllt die Engländer, wie sich wenigstens aus ihren Zeitungen wahrnehmen läßt, mit einem aus Freude und Besorgniß gemischten Gefühl. Mehrere Zeitungen erkannten schon früher die Schwäche der Regierung gegenüber dem Andrange der aufs Höchste gesteigerten, künstlich genährten und dann getäuschten Erwartungen und Ansprüche der Arbeiter, und sagten wenige Tage vorher die Nothwendigkeit einer diktatorischen Gewalt voraus (denn hellsehend sind die englischen, von Staatsmännern geschriebenen Zeitungen, wie unter andern das M. Chronicle beweist, welches bereits vor einem Jahre der pariser Monarchie Krisen vorhersagte, „bei deren bloßem Gedanken der Inhaber der Krone von einem Schauder erfaßt werden würde“), aber das sah auch das klügste englische Blatt nicht voraus, daß eine militärische Diktatur, und zwar in Folge solcher „Blutorgien einer gesetzlosen, brodlosen, gottlosen Menge“, so nahe vor der Thür stände. Wir gesagt, man freut sich in England des Triumphs, wodurch die anarchischen Elemente von Paris, deren Sieg ganz Europa in einen unabsehbaren Durch- und Uebereinanderssturz aller Verhältnisse verwickelt haben würde, vorläufig zurückgedrängt wurden, aber man ist doch nicht ohne Besorgniß für die Zukunft. Man fragt: was wird nun weiter geschehen? Kann man alle Schuldigen — und die Schuldigsten haben sich vielleicht mit schlauer Feigheit der Verhaftnahme zu entziehen gewußt — bestrafen, unschädlich machen, über das Meer werfen? Bleiben Tausende nicht in Paris zurück, strömen jährlich, monatlich nicht Tausende nach Paris, dem Sammel- und Ablagerungsplatze aller Ehrgeizigen, Utopisten, Bankerottirer, Unzufriedenen, Glücksritter, Beutelschneider, entlassenen Sträflinge? Ist nicht der Riß zwischen den Besitzenden und Besitzlosen seit der letzten Schlächterei ein unheilbarer geworden, haben diese nicht eine Niederlage, hat man nicht von beiden Seiten erschlagene Verwandte und Freunde zu rächen? Hat nicht das Heer der Arbeiter gerade im letzten Kampfe wieder neue Erfahrungen in der Strategie und Taktik des Straßenkrieges gemacht und wird es an kampflustigen Gesellmannschaften, an Führern fehlen, welche begierig sind, die Scharte auszuwetzen und die Revolution wieder zu Ehren zu bringen? Wie will man diesen ewig brennenden Krater stopfen? Mit Dekreten, Ausnahmsbeschlüssen? Schwerlich! Eher wird man ihm einen Kanal nach Außen öffnen und diese Arbeitersoldateska, diese Emeutiers von Profession, welche den ehrwürdigen Namen der Republik und Freiheit schänden und das liebliche Wort Brüderlichkeit zu einem Spottnamen

Digitized by Google

herabwürdigen, in das Ausland werfen, um hier den gleichen Samen zu säen und den fremden Völkern dieselbe kommunistische Republik mit nie aufhörenden Bürgerschlachten, dieselbe Brüderlichkeit mit Bruderkämpfen, dieselbe Vaterlandsliebe mit Vaterlandsmorden, dieselbe Freiheit — im Emeutenmachen und Barrikadenbauen, dieselbe Gleichheit — im gegenseitigen Niedermetzeln, zu bringen? So im Wesentlichen die trüben Betrachtungen englischer Journale, unter denen das Morning Chronicle dir gegen die Pariser Zeitungen getroffenen harten Maßregeln nicht billigen mag, wenigstens nicht die gegen E. Girardin getroffenen. Dieser Mann habe nur die Wahrheit gesagt, die unter allen Umständen gesagt und angehört werden müsse und unter allen Umständen auch heilsam sei. Galignani's Messenger bemerkt, daß sich unter den Verhafteten auch viele Fremde und politische Flüchtlinge befänden (hierunter ein gewisser Becker, der sich selbst Chef des Stabes der ital. Legion nennt); gerade diese seien als die größten Verbrecher zu betrachten, da sie die von Frankreich empfangenen Wohlthaten mit so schuldem Undank belohnt hätten. Galignani's Messenger vergißt hierbei, daß nach den verkehrten moralischen Begriffen unserer Zeit „Dankbarkeit keine Tugend ist"; an diesem Umsturz aller Moral nimmt leider auch diejenige Schichte der menschlichen Gesellschaft Theil, die dazu berufen ist und sich berufen fühlt, die Sache der Ordnung und des Gesetzes gegen die Anarchie zu vertheidigen. Es ließen sich noch manche solche alle Sittlichkeitsbegriffe auf die Spitze stellende neuere Maximen namhaft machen, welche, aus den höchsten Schichten der Bildung kommend, der von Unten emporarbeitenden Anarchie sehr wesentlich in die Hände arbeiten. Die Grundsätze der höheren Klasse finden in der niederen ihr verstärktes Echo, die Gesittung in den oberen Sphären wiederholt sich in den unteren, nur in gröberen Umrissen.

Galignanis Messenger enthält die vorläufige Mittheilung, daß die Regierungsvorschläge der Minister in Betreff des westindischen Zuckers vom Unterhause am 29. Juni angenommen wurden, jedoch nur mit der geringen Mehrheit von 15 Stimmen, indem von 505 Mitgliedern 260 für, 245 gegen die Minister stimmten. Diese geringe Mehrheit ist um so auffallender, da früher R. Peel sein mächtiges Wort für den Regierungsvorschlag in die Wagschale legte; es müssen entweder Anhänger Peels oder selbst einzelne Whigs gegen die Maßregel gestimmt haben. Man darf sich von den Whigs so ziemlich für versichert halten, daß sie trotz dieser geringen Majorität im Amte bleiben werden.

Die allg. österr. Zeit. erhält durch Estaffette aus Köln folgende Nachrichten: London, 23. Juni. In Folge ernstlicher Vorstellungen des englischen Ministeriums hat der sardinische Gesandte in London das Wort gegeben, daß Triest von der feindlichen Flottr weder beschossen noch die Landung von Truppen versucht werden soll. Die Aufhebung der Blokade, die humanste aller kriegerischen Demonstrationen, glaubte das englische Ministerium nicht mit gleichem Nachdrucke fordern zu können.

Vor 3 Tagen ging aus dem Kabinete Palmerston's eine energische Note nach Petersburg, um gegen jede Einmischung Rußlands in die dänisch-deutschen Angelegenheiten zu protestiren.

In Folge des von Hübner ausgegangenen Antrags, daß die britische Regierung auch den Dänen die Waffenausfuhr verbieten soll, wie sie es den Deutschen gethan, ist nun dem preußischen Gesandten angedeutet worden, daß man die Ausfuhr nach Deutschland nur formell diplomatisch als unerlaubt erklärt, den Mauthbehörden aber keinerlei Auftrag ertheilt habe, solche Sendungen aufzuhalten.

Frankreich.

Paris, 1. Juli. Nach den Tagen der furchtbaren Erschütterung ist die natürliche Abspannung eingetreten; die Blätter sind leer, Bemerkenswerthes geschieht Nichts, höchstens werden die abenteuerlichsten Gerüchte herumgetragen. Ungeachtet dieser Abspannung ist die Stimmung keine unbehagliche; man fühlt sich wohl unter der starken, diktatorischen Gewalt, man rühmt die Regierung, in der drei Generale sitzen (Cavaignac, Lamoricière, Bédeau), man verwünscht die schwankende, unsichere Exekutivkommission, und Lamartine wie Ledru Rollin müssen unter der Last dieser Impopularität leiden. Wir erwähnen diese Thatsache ohne weitere Reflexion; sie spricht für sich selbst und zeigt uns den Weg, auf den die Anarchisten die politische Gesellschaft nothwendig drängen müssen. Die Franzosen bewähren aber dabei eine politische Tugend, die wir ihnen ablernen könnten. Aller Parteihader, alles kleine Gezänk verstummt; man hat den politischen Instinkt, daß es in solch' einem Augenblick die Rettung des Vaterlandes gilt, und kleine Meinungsdifferenzen vor dem Gewicht der Verhältnisse schwindrn müssen. Die neue Regierung ist mit allen Symptomen eines starken, ja gewaltsamen Regiments aufgetreten; es fällt aber der unermeßlichen Mehrheit der Nation nicht ein, das unangenehm zu finden, man ruft an der Seine wie an der Rhone und Loire diesem festen und bewußten Auftreten Beifall zu. So zeigen uns die Franzosen das beneidenswerthe Schauspiel eines Volkes, dem der nationale und politische Trieb viel mächtiger inne wohnt, als uns mit aller Ideologie, Begeisterung und Meinungsindividualismus; wir wissen uns in solcher Lage viel schwerer zu finden, weil wir seit Jahrhunderten weder gewohnt sind, einr Nation zu sein, noch ergiert zu werden; vielmehr kann es in dem Augenblick, wo wir diese Sünde der Vergangenheit tilgen wollen, eine Handvoll Leute wagen, die Nation ganz naiv zum Anfruhr aufzufordern gegen die neue zu Recht bestehende Gewalt. Was würde wohl General Cavaignac thun, wenn im Augenblick einer ernsten Krisis ein Machwerk, wie das berüchtigte Plakat des „demokratischen Centralausschusses", sich an „das Volk" wenden wollte, was würde die öffentliche Meinung thun? Wo fände sich da ein Mann von Ehre, der nicht offen protestirte gegen jede Berührung mit solch' einem Getriebe, der nicht laut seinen Unwillen darüber an den Tag legte, daß man seinen Namen zu einem politischen Puff mißbraucht hat? Wer möchte der politische Robert Macaire sein, in solch' einem Augenblick à deux mains zu spielen und sich die Chancen der Legalität wie der Rebellion offen zu halten?

Die Untersuchung gegen die Insurgenten wird mit dem größtrn Eifer betrieben und die vorläufigen Verhöre aller Gefangenen sind gestern beendet worden. Vierzig Rapporteurs der Kriegsgerichte, 12 Substitute des Generalprokurators der Republik, 22 Instruktionsrichter, 20 Substitute des Prokurators der Tribunale erster Instanz und 48 Polizeikommissäre haben dieses Riesenverhör von 6400 Individuen durchgeführt. Das Vertheidigungssystem der Gefangenen ist fast durchgängig dasselbe, sie erklären, daß sie unter der Androhung, erschossen zu werden, gezwungen worden sind, Barrikaden zu bauen und am Kampfe Theil zu nehmen, auf alle anderen Fragen antworten sie nicht. Für die ausführliche Instruktion dieses Prozesses sind dem oben aufgezählten Untersuchungspersonale noch 10 Richter des Tribunals der Seine und 36 Offizier-Rapporteurs der Disciplinargerichte der Nationalgarde (drei per Legion) beigegeben. Die Centralisation der verschiedenen Untersuchungen leitet der Oberst Bertraud vom 24. leichten Infanterieregimente, als von dem Generalkommando der ersten Militärdivision hiezu abgeordnet.

Die Transporte der den Insurgenten und den drei entwaffneten Legionen der Nationalgarde abgenommenen Waffen nach Vincennes dauern noch immer fort, jeden Abend zieht eine unabsehbarr Wagenreihe, von Kavallerieregimentern eskortirt nach Vincennes. Es wird behauptet, man habe bis jetzt schon 200,000 Gewehre und 85,000 Säbel dahin gebracht, Pistolen, Piken, Beile und dergl. ungerechnet. Freilich ist es richtig, daß ganz Paris im Februar bewaffnet war, daß die Anarchisten von der Beute der Februartage heimlich ganze Arsenale für künftige Fälle anlegten, daß seit 2 Monaten unaufhörlich Munition fabrizirt und ein gemeinsamer, ungeheurer Schlag seit lange vorbereitet war.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, die durch die Diskussion über das neue Municipalgesetz ausgefüllt wurd, legte noch der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Recurt, einen Gesetzentwurf vor, durch den ein Kredit von 6 Millionen gefordert wird, um sogleich die Arbeiten an der Paris-Lyoner-Eisenbahn fortsetzen zu können. Er zeigte zugleich an, daß die Regierung den Gesetzesvorschlag über den Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat vorläufig von der Tagesordnung zurückziehe.

In der heutigen Sitzung kam Nichts von allgemeinem Interesse vor; dagegen gab sich der Versammlung nach schweren und trüben Tagrn wieder einmal ein Anlaß, recht herzlich zu lachen. Es wurden nämlich zwei Petitionen vorgelegt, die eine, in der ein Herr Barrete die gesetzliche Einführung der Polygamie verlangt und die andere, in der ein Herr Moulot die Wiederherstellung des republikanischen Kalendees fordert. Noch größere Heiterkeit erregte aber die Petition eines Herrn P. A. Remicce aus Korsika, der verlangt, daß Louis Napoleon als Kaiser an die Spitze der Republik gestellt werde, obwohl dies Letztere minder lächerlich ist. Mag auch Louis Napoleon eine lächerliche Person sein, so ist es doch die „Republik", mit dem Kaiser an der Spitze, nicht; die Franzosen haben da schon einmal eine Probe gemacht. In den Zeiten des keckſten Soldatendespotismus konnten die Franzosen auf ihren Münzen lesen: République française — Napoleon Empereur und wer sieht uns dafür, daß diese politische Farce mit der „Republik" nicht noch einmal aufgeführt wird?

Straßburg. Die Allg. Z. bringt folgende Erklärung, die wir ohne Kommentar mittheilen. Es hatte sich aus eigner Macht-

Digitized by Google

Die erste Kammer in der konstitutionellen Monarchie.

In der konstituirenden Versammlung zu Berlin erhebt sich jetzt eine Frage die, wie vorauszusehen, sich auch später in der Nationalversammlung zu Frankfurt wiederholen wird. Sie erhebt sich jetzt überall, wo es sich um die legislative Feststellung der Volksvertretung handelt. Es ist die Frage, soll die Volksvertretung in einer oder in zwei Kammern gehandhabt werden?

Eigentlich ist dieser Streitpunkt theoretisch und praktisch schon längst erledigt. Es ist gewiß, soll der Staat nicht in steter Gefahr schweben, sich demagogisch zu überstürzen, so muß nothwendig in der politischen Entwickelung dem rührigen, rücksichtslos vordringenden Elemente ein stabiles, an den gegebenen Zuständen zäher festhaltendes Gegengewicht die Spitze bieten. Dies ist der Grund, warum man der sogenannten zweiten Kammer einer ersten gegenübergestellt hat. Dies ist die innere Nothwendigkeit dieser ersten Kammer und deßhalb ist und bleibt diese ein ewig unvergängliches, wesentliches Moment alles gesunden Staatslebens. Trotzdem dürfen wir uns nicht darüber täuschen, die Abneigung gegen diese erste Kammer ist jetzt allgemein; jeder neue Verfassungsentwurf macht den Versuch, sie möglichst zu umgehen oder ganz und gar zu stürzen. Der Grund ist klar. Unsere ersten Kammern, größtentheils aus der Nachahmung des englischen Oberhauses hervorgegangen, sind durch und durch aristokratisch, sie gehen ihrem Grundstock nach aus Erblichkeit hervor und diese Erblichkeit ist auf den höchsten Vermögenscensus gegründet. Das lag für jene Zeiten, in denen sich das parlamentarische Leben Englands entwickelte, durchaus in der Natur der Sache. Damals waren noch die Vorrechte des Besitzes und der Geburtsaristokratie durchweg unangetastet und wirkliche Unterschiede der gesellschaftlichen Bildung und Stellung. Wie aber jetzt? Jetzt sind inzwischen alle gesellschaftlichen und rechtlichen Zustände vom Grund aus verändert. Jetzt verletzt diese Exklusivität der ersten Kammer das überall wache, demokratische Volksgefühl und, was noch mehr ist! jetzt steht eine auf diese Weise gebildete Kammer nicht mehr mit dem Bewußtsein des ganzen Volkes in Einklang, jetzt wird sie leicht zur einseitigen Verfechterin einseitiger aristokratischer Sonderinteressen, jetzt kann daher eine auf diese Weise gebildete erste Kammer sogar in vielen Fällen geradezu volksfeindlich und für den organischen Fortschritt der Staatsentwickelung höchst nachtheilig hemmend wirken.

Erfahrungen über Erfahrungen des neueren parlamentarischen Lebens bestätigen dies. Aber das Alles spricht nicht gegen das Princip der ersten Kammer, sondern ist nur die Folge davon, daß die Art ihrer Zusammensetzung trotz der überall veränderten Grundlagen die mehr historisch überkommene geblieben ist, und deßhalb mit dem Geiste der Gegenwart im schreiendsten Widerspruch steht. Es ist wahr, es sind die mannichfachsten Versuche, namentlich in Frankreich, gemacht worden, eine solche neue, unserer Zeit gemäße Umgestaltung zu erreichen. Aber sie alle müssen scheitern, so lange sie nicht den Forderungen der Gegenwart, die von keinerlei zufälligen Vorrechten Etwas wissen will, und dem Begriffe der ersten Kammer, dem demagogischen Elemente ein solides Gegengewicht zu bieten, in gleicher Weise Rechnung tragen. Alles kommt darauf an, daß die erste Kammer keine ausschließliche aristokratische Kasteninstitution bleibe. Sie muß ebenso volksthümlich sein, wie die zweite, oder sie muß zugleich im Gegensatz zu jener konservative Elemente enthalten und damit eine größere Bürgschaft der Stabilität, Ruhe und Mäßigung in Aussicht stellen.

Dies scheint mir in folgender Weise erreichbar:

Also einerseits soll die erste Kammer ebenso volksthümlich sein wie die zweite. Dies ist nur möglich, wenn sie mit jener ihre Herkunft theilt und ebenso unmittelbar durch Wahl aus dem Volke hervorgeht, wie jene. Nicht die Geburt, sondern die Wahl macht zum Mitglied der ersten Kammer. Und diese Wahl ist nicht auf Lebenslang, sondern ebenso wie bei der zweiten Kammer nur auf eine gewisse Zeit. Wer für die zweite Kammer wählt, wählt auch für die erste. Nur so ist diese dem Volke nicht fremd, nur so faßt es zu ihr Vertrauen und sieht auch in ihr den Ausdruck und die Vertretung seines Willens. Jeder Schimmer von Vorrecht, von Aristokratie und Exklusivität muß in ihr getilgt sein. Daraus erwächst sogleich eine weitere Forderung, die freilich von aller bisherigen parlamentarischen Praxis abweicht. Es darf nicht mehr einer verhältnißmäßig kleinen Anzahl von Volksvertretern freistehen, die Beschlüsse einer ungleich größeren Anzahl zu verwerfen, sondern beide Kammern müssen, wie sie den Einen gemeinsamen Ursprung der Volkswahl theilen, so auch numerisch gleich sein. Nur so liegt in dem Verwerfen von Beschlüssen der zweiten Kammer durch die erste nichts Gehässiges und Verletzendes, nichts Kastenartiges, das als willkürliches und deßhalb unberechtigtes Hemmniß des ersten den Fortschritts erscheinen könnte.

Jedoch andererseits darf der Unterschied zwischen der ersten und zweiten Kammer schlechterdings nicht nivellirt werden. Ihrer mehr konservativen Natur gemäß muß die erste Kammer auf ein konservatives Wahlgesetz gegründet sein. Das konservative Element im Staat ist und bleibt der materielle Besitz und neben ihm die Männer der Intelligenz, insoweit bereits alle Beide, sowohl jene Besitzenden, wie jene geistigen Kapacitäten, durch die reifere Erfahrung eines höheren und ruhigeren Lebensalters alles leidige Experimentiren hastig drängender Jugend überwunden und einen festen Abschluß ihrer politischen Ansicht und Gesinnung erlangt haben. Der Unterschied in der Zusammensetzung der ersten und zweiten Kammer besteht also hauptsächlich in Zweierlei: Um in die erste Kammer wählbar zu sein, ist erstlich ein höheres Alter erforderlich. Für die zweite Kammer möchte das Alter von 25, vielleicht 30, für die erste Kammer das Alter von 40, vielleicht 45 Jahren das Minimum sein. Und Zweitens ist für Solche, die als Vertreter des materiellen Besitzes auftreten, ein gewisser, wenn auch mäßiger Vermögenscensus; für Solche, die ohne Rücksicht auf ihre eigenen materiellen Vermögensverhältnisse gewählt werden, bereits erprobte Reife und Tüchtigkeit ihrer geistigen Leistung unerläßliche Bedingung. Erprobt ist die Tüchtigkeit dieser Kapacitäten, wenn es ihnen gelungen ist, im Staatsdienst, in höheren, geistlichen, militärischen, richterlichen, administrativen Aemtern, auf Universitäten, Akademien oder durch parlamentarische Thätigkeit in der zweiten Kammer allgemein anerkannte Geltung zu gewinnen. Es wäre einseitig, nur das eine oder das andere Moment, entweder nur den Besitz oder nur die geistige Kapacität hervorzuheben. Stellen wir die geistige Intelligenz hin, isolirt ohne die Beimischung des materiellen Besitzes, so entbehren wir den wesentlichsten Hebel und Träger des Volkswohles und gefährden grade die materielle Wohlfahrt, ohne die keinerlei Entwicklung möglich ist. Stellen wir aber umgekehrt nur den materiellen Besitz hin, ohne daß er überall gehoben und getragen wird von der besonnenen, auf die Erwägung des Ganzen gerichteten Intelligenz, so haben wir wieder eine rein kastenartige Gestalt, wir haben dann nur die Aristokratie der Geburt mit der Aristokratie des Geldes vertauscht. Beide Elemente müssen also in der ersten Kammer vorhanden sein. Es hängt von dem Ergebniß der jedesmaligen Wahlen ab, wie viel Vertreter des Besitzes, wie viel Vertreter der Intelligenz jedesmal Platz nehmen.

Niemand wird diesem Entwurf absprechen können, daß er jedem Einzelnen in Betreff der Wählbarkeit die höchste Freiheit gewährt, die im Zweikammersystem überhaupt möglich ist. Es ist hier keine Spur von künstlicher Ständeunterdrückung; für die Vertreter des Besitzes ist, wie gesagt, ein verhältnißmäßig geringer Census zu setzen und damit es auch nicht einmal den Anschein gewinne, als solle dem Alter ein allzugroßes Vorrecht eingeräumt werden, so muß beiden Kammern, der ersten sowohl wie der zweiten, das Recht zustehen, in einzelnen Fällen, wenn es die Wähler verlangen, die Abgeordneten von dem festgesetzten Altercensus zu dispensiren.

Jedenfalls aber wird das erreicht, daß alles Privilegirte, alles Exclusive der ersten Kammer ein für alle Mal aufhört. Wir befolgen dann auch hierin die Lehre Englands, dieses ewigen Musters für konstitutionelle Einrichtungen, daß die Mitglieder der ersten Kammer nicht mehr so streng geschieden sind von denen der zweiten. Die Meisten, die später in die erste Kammer eintreten, hätten bereits in der zweiten die Anfänge ihrer parlamentarischen Laufbahn durchgemacht, sie hätten dort das Leben des Volkes und seine Bedürfnisse kennen gelernt. So wird dann das Volk von selbst aufhören, die erste Kammer als seinen geborenen Feind zu betrachten; es wird willig lernen sie als ein wesentliches, unentbehrliches Glied des Staatsorganismus anzuerkennen.

Die Handels- und Zoll-Einigung Deutschlands.

Wir entlehnen der Hannöverschen Zeitung nachfolgenden Aufsatz wegen seines quasi officiellen Charakters und um unsern Lesern den freudigen Beweis zu geben, daß man auch in diesen Gegenden Deutschlands zur Erkenntniß unserer alten Schäden gelangt ist.

Am 26. Juni werden hier Kommissarien der außerhalb des Zollvereins stehenden norddeutschen Staaten zusammentreten, um sich über die gemeinsamen Interessen zu besprechen und thunlichst zu verständigen, welche von ihnen bei den zu Frankfurt bevorstehenden Verhandlungen über die Handels- und Zoll-Einigung Deutschlands geltend zu machen sein werden.

* Es wird Grund zu der Voraussetzung gegeben sein, daß eine solche vorherige Besprechung jener Staaten auch zu Frankfurt richtig als ein vorbereitender Schritt gewürdigt wird, welcher eine baldige und befriedigende Lösung der hochwichtigen Aufgabe wesentlich erleichtern dürfte.

Es liegt daher die Besorgniß nicht eben nahe, daß die unter dem 1. d. M. von hier aus ergangene Einladung zu jener Zusammenkunft als ein neues Zeichen vermeintlich separatistischer Tendenzen aufgefaßt oder doch dargestellt werden könnte, was auch in der bereitwilligen Annahme der Einladung von Seiten der bezeichneten Staaten, namentlich auch der Hansestädte, seine Widerlegung finden würde.

Indessen hat man bei dem von den Vertrauensmännern ausgegangenen Entwurfe zu einem Reichsgrundgesetze die Erfahrung gemacht, wie leicht es gewesen ist, wirklichen oder vorgeblichen Besorgnissen jener Art Eingang zu verschaffen, und solche zu diesem oder jenem Zwecke nicht ohne ersichtliche Wirkung bis dahin zu benutzen, daß die später erfolgte Veröffentlichung der über jenen Entwurf vom diesseitigen Bundestagsgesandten abgegebenen Erklärung dem Geschrei ein Ende machte.

Deßhalb befinden wir uns gern in der Lage, aus zuverlässiger Quelle eine Mittheilung über die Ansichten machen zu können, welche in dem erwähnten Einladungsschreiben niedergelegt sind, indem dieselben am besten ersehen lassen, wie weit man hier davon entfernt ist, einer baldigen und befriedigenden Verwirklichung der Handels- und Zoll-Einigung Deutschlands Schwierigkeiten in den Weg legen, oder auch nur von den Voraussetzungen dabei ausgehen zu wollen, welche bei dem etwaigen Eintritte in einen nicht das ganze Deutschland umfassenden Zollverband völlig gerechtfertigt waren.

In jenem Einladungsschreiben wird, wie wir vernehmen, zunächst die Herstellung vollkommener Verkehrsfreiheit und eines gemeinsamen Handels- und Zoll-Systems als die nothwendige Folge der politischen Einigung Deutschlands aufgefaßt, weßhalb die baldige Eröffnung desfallsiger Verhandlungen nur erwünscht sein könne.

Alsdann wird hervorgehoben, daß das vorherige Erkenntniß der in dieser Beziehung zu Frankfurt zu verfolgenden Interessen nicht allein der eigenen, sondern auch der Nachbarländer wesentlich zur befriedigenden Lösung der Aufgabe beitragen müsse; indem man zwar auf der einen Seite keineswegs gemeint sei, die partikulären Rechte und Interessen, der Gesammtheit gegenüber, einseitig und unbedingt festzuhalten, auf der andern Seite aber auch voraussetzen müsse, es sei nicht die Absicht und die Aufgabe, solche vorhandene Rechte und Einrichtungen *), welche einen wesentlichen Bestandtheil des Oeganismus und der Hilfsquellen eines Staats ausmachen, ohne Ausgleichung oder Entschädigung zu beseitigen, oder solche Interessen zu beeinträchtigen, deren gemeinsame Verfolgung eine unabweisliche Verpflichtung mehrerer benachbarter Staaten gegen ihre eigenen Angehörigen sei.

Zu solchen gemeinsamen Interessen gehöre für die meisten norddeutschen Staaten deren Theilnahme am Betriebe des Welthandels und der Seeschifffahrt, und dennoch haben dieselben in Ermangelung einer Theilnahme am Zollvereine bisher keine Gelegenheit gehabt, noch es für nothwendig erkannt, unter sich über diese Wahrung dieser Interessen sich zu verständigen.

Diesen Zweck hoffe man durch eine gemeinsame Berathung vor Eröffnung der Verhandlungen zu Frankfurt zu erreichen, damit alsdann die Instruktionen der dorthin zu sendenden Sachkundigen, in möglichster Vollständigkeit und Uebereinstimmung entworfen, zur schnellen und befriedigenden Lösung der Aufgabe wesentlich beitragen können.

Dies ist der wesentliche Inhalt des Einladungsschreibens. Wir hoffen, daß solcher befriedigen wird, und freuen uns, zu hören, daß unter den Anträgen, welche von den am 15. d. M. hier versammelt gewesenen Abgeordneten des Handels- und Fabrikstandes des Königreichs beschlossen worden sind, auch die auch Vorstehendem schon in Erfüllung gegangene Anheimgabe enthalten ist, die königliche Regierung wolle sich mit den benachbarten, dem Zollvereine nicht angehörigen Staaten wegen gemeinsamer Wirksamkeit bei den Verhandlungen zu Frankfurt in Einvernehmen setzen.

*) Wir verkennen keineswegs die durch die lange Küstenstrecke und vorherrschende Urproduktion hervorgerufene besondere Lage jener Nordstaaten, und stimmen gern darin ein, daß ihnen Rechnung getragen werde. Soll diese Stelle sich jedoch etwa auf eine Entschädigung für den aufzuhebenden Brunshäuser Zoll beziehen, so protestiren wir dagegen von vornherein. A. d. R.

Italien.

* Rom, 24. Juni. Der Kampf um die abstrakte Unabhängigkeit Italiens, um jene Chimäre, die unbedachtsame und unreife Doktrinärs festhalten, nachdem sie durch die Spada d'Italia mit dem Verlust ihrer eigenen Selbständigkeit bedroht sind, ist nicht bloß bei dem österreichischen Heere auf einen unerwarteten Widerstand gestoßen, sondern ist auch durch die Enttäuschung des Volkes, welches sich für die Nationalsache zu schlagen gemeint hatte und jetzt einsieht, daß es eben nur dem ehrgeizigen und eroberungssüchtigen Karl Albert Vorspann zu leisten hat, wesentlich gelähmt worden. Man hatte den Leuten weiß gemacht, das österreichische Heer sei in der Auflösung begriffen, und nun hat es eine so überraschende Energie unter einem greisen Feldherrn entwickelt; man hatte es grausam geschildert, und nun benimmt es sich so großmüthig, kurz von Allem, was man gesagt hatte, ist das Gegentheil eingetreten; vor Allem aber hat Karl Albert durch sein passives Verhalten, durch sein ängstliches Schanzsystem, durch Feigheit nach langer Renommage den größten Theil seines ihm so reichlich zu Theil gewordenen Zutrauens eingebüßt. Den Krieg hat man nachgerade satt, und wenn es sich auch die Deputirten gefallen lassen müssen, täglich von Kriegsprojekten zu hören, wenn sie sogar genöthigt sind, für dieselben zu stimmen, so sind doch auch diese wegen der Verletzung so unpraktischer Maßregeln in nicht geringer Bangigkeit, und sollen ausdrücklich erklärt haben, daß sie nicht für die Beistimmung ihrer Kommittenten einstehen könnten, daß man ja aber ohne Gefahr persönlicher Beschimpfung nicht wagen dürfe, seine Stimme zurückzuziehen. — Die Kammer erklärt sich indeß fortwährend gegen die Zulässigkeit französischer Intervention und hat sich ein Finanzprojekt vorlegen lassen, welches nächstens zur Diskussion kommen soll. Es soll die Kriegsbedürfnisse von 2 Millionen Scudi decken helfen. — Die Provinzen sind in Aufstand begriffen, wie aus den Aeußerungen des Ministers des Innern ziemlich deutlich hervorzugehen scheint, indem derselbe der Kammer Vollmachten abverlangt hat, wie sie nur bei ganz außerordentlichen Gelegenheiten erheischt werden. —

† Neapel, 21. Juni. Das Sicherheitskomité in Cosenza, in einem Cirkular an die Syndiken der Provinz, fordert dieselben zu einer allgemeinen Bewaffnung der Einwohner auf, um „auf eine energische Weise die zuerst erweiterte und hernach wieder geschmälerte Verfassung zu vertheidigen und mit starker Hand die nöthigen Garantien für die Einsetzung einer würdigen Nationalrepräsentation zu erlangen." Zu diesem Zwecke sollen alle Steuern und sonstigen Einkünfte dem Komité abgeliefert werden, welches im Nothfalle auch Geldanlehen leeiren wird. Bereits wurden in verschiedenen Theilen der Provinz bewaffnete Haufen, befehligt von einem K. Kompagna, gegen die anziehenden Truppen abgeordnet. Die Verfügungen des Komités sind unterzeichnet von Raffaele, Valentini, Kommissären der ausübenden Gewalt. Aus verschiedenen Theilen des Reichs fehlen seit mehreren Tagen Posten und Nachrichten, und wir sind über die Bewegungen und Erfolge der Truppen ganz im Dunkeln. Bei den Wahlen der meisten Provinzen wurden die früheren Deputirten ohne Abänderung bestätigt mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die in dem Programme des damaligen Ministeriums vom 3. April gemachten Zugeständnisse in Kraft bleiben. Die neapolitanische Flotte, von Venedig zurückgekehrt, liegt gegenwärtig vor Brindisi und scheint einstweilen bestimmt zu sein, an der Küste von Kalabrien zu kreuzen. Die franz. Flotte unter Baudin zieht alle ihre in den nahegelegenen Häfen stationirenden Schiffe hier zusammen und soll noch um einige andere verstärkt werden, trotz eines bestehenden Verbots, daß auf der Rhede vor Neapel nur eine gegebene kleine Anzahl fremder Kriegsschiffe ankern dürfe. Der König soll darüber sehr ungehalten sein und sich bei dem französischen Admiral über diese unangenehme Nachbarschaft beschweert haben, wird sich aber dennoch zuletzt darein fügen müssen. Seit mehreren Tagen weilt auch hier Herr Bois-le-comte, den die französische Republik in den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen neben dem bisherigen Geschäftsträger Hrn. Levenuit als bevollmächtigten Minister für Neapel zu bestimmen für gut befunden hat. Dagegen verließ uns gestern der seit Wochen in außerordentlicher Botschaft hier anwesende Graf v. Rignon, nachdem seine Bemühungen, den König zur ferneren Theilnahme an dem Krieg in Oberitalien zu bewegen, fruchtlos geblieben sind.

Polen.

Warschau, 23. Juni. Von hier wird der N. Berl. Z. geschrieben: Die mobilen Korps, die im Königreich Polen speciell zur Ueberwachung der Grenzen gebildet waren, und unter dem Befehle des Generals Read standen, sind in Folge des beruhigteren Zustandes des Großherzogthums Posen aufgelöst worden. Die Truppen, welche diese Korps bildeten, werden ins Innere des Königreichs verlegt.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Knp., 79 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 29 Rue Notre Dame des Champs.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — (durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 186. Heidelberg, Donnerstag 6. Juli. 1848.

Uebersicht.

Ein offener Brief Heckers an die Nationalversammlung. — Wien (Pillersdorf gewählt. Friedensunterhandlungen in Italien gescheitert). Berlin (der Magistrat und der demokratische Klub. Verantwortlichkeit der Hauptstadt bei Excessen. Unruhen. Energische Beschlüsse der Stadtverordneten). Köln (Arrestation der Führer des Arbeitervereines). Vom Rhein (Wirkung der Pariser Ereignisse). Stuttgart (die Erklärung Römers. Eindruck im Lande. Abberufung der Gesandten). Tübingen (Stimmung für Erzherzog Johann). Dresden (die Kammer für direkte Wahlen). Leipzig (konstitutionelle Adresse gegen Robert Blum). Mainz (Sturmpetition vom demok. Verein beschlossen. Zu Sonnabendsfreude). Schleswig (Nachricht von einem Sieg über die Dänen). Frankfurt (eine Arbeiterversammlung. Verhandlungen der Nationalversammlung).

Schweiz. Bern. Eröffnung der ordentlichen Tagsatzung.

Großbritannien. Eindrücke der französischen Insurrektion in Irland und England. Das Vaterland der Arbeiter.

Frankreich. Paris. Die Zuzüge aus den Provinzen. Ein Lager bei Versailles. Changarnier. Die Untersuchung über den letzten Aufstand. Die Besetzung des Bureaus in der Nationalversammlung. Thiers.

Rußland. Zunehmen der Cholera.

Afrika. Algier. Die „deutschen" Konsulate.

Nachschrift. Verhandlungen der Nationalversammlung.

Heidelberg, 5. Juli.

Die hochwichtigen Verhandlungen der letzten Wochen, die eine Lebensfrage für Deutschland entschieden, haben uns bis jetzt abgehalten, einem Produkt unsere Aufmerksamkeit zu widmen, das eigentlich zunächst an uns selbst gerichtet ist; wir meinen den Aufruf, das Manifest oder die Herzensergießung, womit der „Volksfreund" von Dr. Hecker seine erste Nummer eröffnet, und die auch als besonderes Flugblatt ihren Weg durch Deutschland gesucht hat. Daß die Ansprache Hecker zum Verfasser hat, darüber kann aus äußern wie aus innern Gründen nicht wohl ein Zweifel obwalten; auch wenn nicht die gleich krasse Auffassung und Form des Erzeugnisses den Verfasser unverkennbar verriethe, so haben es ja die guten Freunde allerwärts mit Stolz verkündigt, daß dies sowohl die journalistische Jungfernrede als die offizielle Botschaft sei, womit sich der Mann unserer republikanischen Zukunft an das deutsche Volk wende.

Uns insbesondere legt das Blatt eine gewisse Verpflichtung auf, es nicht zu ignoriren; der Verfasser erweist uns darin die Ehre, die „Deutsche Zeitung" mit der Majorität der Nationalversammlung in eine Linie zu stellen und diese Beiden als die „feigen Doktrinärs zu bezeichnen, die sich bewußt oder unbewußt das Siechthum der Nation als Aufgabe gesetzt haben." Uns Beiden wirft Hecker in jener edlen Sprache, die ihn schon in der bessern Zeit seiner politischen Thätigkeit auszeichnete, „das Greinen, Lamentiren, untermischt mit Fluchen und Schimpfen" vor, über dem es zu keinem „energischen, das Volk in Mark und Bein packenden Vorschlage" komme. Uns Beide klagt er der „Rath- und Thatlosigkeit" an, uns Beide beschuldigt er des Verbrechens, „den wackeligen Sitz des Fortschritts auf gesetzlichem Wege" einzunehmen. Es ist daher nicht mehr als billig, daß wir diesen Komplimenten ein Wort der Erwiderung widmen; und wir thun es um so lieber, als der Führer des republikanischen Putsches in dem Aufsatz alle seine Trümpfe ausgespielt zu haben scheint, und uns daher die beste Gelegenheit wird, einmal die „energischen, das Volk in Mark und Bein packenden Vorschläge" des Staatsmannes von Muttenz kennen zu lernen.

Dr. Hecker sieht in dem, was die Mehrheit der N.V. will, was wie wollen, nicht den Ausdruck des Volkes; eine Versammlung, die aus allen Gauen Deutschlands nach dem freiesten Wahlrecht, ohne alle Einwirkung von Ministerien und Beamten gewählt worden ist, repräsentirt in seinen Augen das Volk nicht, er selber und seine Partei sind das eigentliche deutsche Volk. Die moderne demagogische Reaktion trifft also wieder mit der alten ministeriellen Reaktion wunderbar zusammen; das war ja wohl das gewöhnliche Schlagwort, womit unsere heimgegangenen Staatsmänner fünfzehn Jahre lang jedes gerechte Verlangen des Volkes und seiner Vertreter schnöde zurückwiesen. „Ihr seid das Volk nicht" — herrschte der badische Minister Winter in seiner späteren schlimmen Zeit den Rotteck und Welcker zu, wenn sie das gute Recht des Volkes mit unerschütterlicher Festigkeit verfochten; „Ihr seid das Volk nicht", rief Blittersdorf in den Zeiten, wo er die bescheidene Forderung einer Bundesreform als einen Aufruf zur Revolution bezeichnete. Die rothen Jakobiner von heute wollen hinter den weißen Jakobinern von gestern nicht zurückbleiben; auch sie herrschen einer Versammlung, die zu vier Fünfteln dieselbe politische Meinung vertritt, trotzig zu: Ihr seid das Volk nicht. Und wenn morgen eine neue Wahl stattfände, und das deutsche Volk ganz ohne Zweifel nach freier Wahl dieselbe Majorität in dem nämlichen Sinne nach Frankfurt entsendete, es würde gleichwohl von Muttenz herübertönen: Ihr seid das Volk nicht!

Wenn das Republikanismus ist, so war Napoleon, so ist der russische Czar einer der größten Republikaner. Wenn es die Volkssouveränetät achten heißt, gegen den unzweideutig kundgegebenen Willen mit Spieß und Stangen herzufallen über die mißliebige, arglose Majorität und ihr mit den Fäusten die neue Freiheit aufdringen zu wollen, dann müssen wir Andern Alle, die wir den „wackeligen Sitz des gesetzlichen Fortschritts einnehmen", allerdings gestehen, daß uns der echte Begriff der Volkssouveränetät noch nicht aufgegangen ist. Wir haben immer gemeint, der frechste Despotismus sei gerade der, wo eine Minderheit, wo eine Handvoll Individuen ohne Beruf und ohne Mandat dem großen Ganzen Gesetze vorschreiben wollen, wir sehen gerade darin das Wesen der Despotie, daß sie alle Rechte, alle Einsichten und allen Willen des Volkes in sich allein individuell oder oligarchisch vereinigen will. Wir haben monarchische und demagogische Willkür sich in diesem Gewande spreizen sehen; Robespierre und Napoleon, Louis Philipp und der alte Bundestag haben sich als den Ausdruck und die Spitze des Volkes gepriesen, und doch jubelte das ganze Volk, als ihre Herrschaft kläglich zu Ende ging.

Dr. Hecker weiß zugleich, daß ein „verrätherischer Fürstenbund" unter Rußlands Protektorat besteht, er hat sogar ganz bestimmte Nachricht, daß in London „eine Verschwörung brütet, in welcher der Prinz von Preußen, Metternich, Guizot, die Gesandten von Rußland, Neapel, Baiern, Hannover und Andere das Gift des Volkstodes kochen!" — Das ist die echte Sprache der Verschwörer. Als man sich in Karlsbad und Wien gegen die Volksfreiheit verschwoe, da fabelte man auch unendlich Viel von weitverzweigten Verschwörungen, und doch gab es damals nur eine einzige, eben die zu Karlsbad und Wien. Als General Bonaparte am 18. Brumaire die Errungenschaften der Revolution umwarf und die Volksvertretung mit Bajonetten hinausfegen ließ, da stammelte er Etwas von Verschwörungen, von ungeheuren Konspirationen; „Ihr sollt uns die Verschwörer näher kennen lehren" — rief man ihm zu, und dasselbe möchten wir auch dem Führer der Freischaaren zurufen. Er lehre uns die Verschwörung näher kennen; es ist das die Pflicht jedes Patrioten, und wenn Dr. Hecker uns genauer die Küche nachweist, wo man das „Gift des Volkstodes kocht", so wird ihm manche Sünde vergessen sein, die er gegen das Vaterland begangen hat. Aber solange er ins Blaue hinein anklagt, ohne nähere Angaben und Beweise, und aus ein paar abgestorbenen Namen einen Popanz zurechtmacht, der eine Verschwörung vorstellen soll, solange müssen wir annehmen, daß der Verschwörungslärm ein blinder sei, daß, wenn es eine Konspiration gibt, dieselbe eher in Muttenz ihren Sitz habe als in London.

Digitized by Google

„Wie ein heulender Policist, so fährt Dr. Hecker fort, denuncirt jene Partei heute die republikanische Presse, die demokratischen Vereins- und Masse-Bestrebungen, morgen den Soldatengehorsam". Oder wie es an einer Stelle heißt: „Sie bespeit mit Schmutz und Verleumdung die besiegten Republikaner". Dr. Hecker konnte noch Eines, und zwar etwas sehr Wesentliches hinzusetzen: Sie erkennt die Märtyrer vom Aprilaufstand und ihren Anhang nicht einmal als Republikaner an, sie bezeichnet sie als das, was sie sind: als Anarchisten. Wir wissen, wie schmerzlich gerade dies Letzte ins Fleisch geschnitten; wie ungern die Helden von der Scheideck und von Dossenbach sich beim rechten Namen nennen hörten. Es war freilich unangenehm genug, daß es eine Partei gab, die unsern Pseudorepublikanern aufmerksam in die Karten sah, die schon vor dem Putsch, trotz ihrer gut gespielten moralischen Entrüstung, den Aufstand voraussagte, daß sich Jemand die Mühe gab, all' die unbewachten Ergüsse, die verstohlenen Hoffnungen, die unzweideutigen Gelüste, den ungeheuern Defekt aller wirklich republikanischen Tugenden mit Pünktlichkeit einzuregistriren. Es zerstörte das bei Vielen früh die Täuschung, ehe es zur kostbaren verspäteten Enttäuschung kam. Es war ein störender Zwischenfall, daß Jemand täglich sich die undankbare Mühe nahm, das Netz erlogener Alarmgerüchte zu zerreißen, den Terrorismus und die politische Immoralität der Partei zu zeichnen, oder die Bewegung, die man für republikanisch ausgab, in ihre eigenen und innersten Motive zu zerlegen. Das war — wir geben es zu — höchst ärgerlich; wir müssen dafür den Ausbruch des Aergers, die „heulenden Policisten", den „Schmutz" und die „Verleumdung" schon entgegennehmen.

Dr. Hecker sieht auch ein Verbrechen darin, daß „jene Partei sich heute auf die Majestät und Herrlichkeit des souveränen Volkes berufe und morgen allen Ernstes die Frage bespreche: ob ein Mann in der Nationalversammlung Zutritt haben könne, welcher trotz der Anklage, er habe die Fürstenherrschaft zerbrochen und nur das souveräne Volk als Quell all seiner Macht und alles Rechts anerkennen wollen — von eben dem Volke zum Repräsentanten gewählt worden sei". Dr. Hecker weiß so gut wie wir, daß die 77 Wahlmänner im Wahlbezirk Waldshut-Thiengen eben so wenig das souveräne deutsche Volk sind, als z. B. die Claque in der Paulskirche die öffentliche Meinung der Nation darstellt. Er könnte es so gut wie wir wissen, was Ledru Rollin kürzlich ohne Widerspruch den 900 Vertretern der französischen Nation erklärt hat: „Die Souveränetät des Volkes, sagte er, existiet in dem Ganzen; sonst, bemerken Sie wohl, könnte es einem befangenen Bezirke einfallen, einen Präsidenten zu wählen, den Ihr eben als solchen bezeichnet, den Ihr durch ein Gesetz geächtet habt. Es kann einem andern Bezirk einfallen, z. B. den Grafen von Paris oder Heinrich V. zu wählen, und wer wollte von Euch behaupten, daß ein so verirrter und widerstrebender Bezirk für sich allein so viel wiege als die Gesammtheit der Nation? Ich wiederhole es, man kann in solchem Falle nicht sagen, daß man die Souveränetät eines Abgeordneten des Volkes antaste, wenn das souveräne Volk selbst oder seine Vertreter erklären, daß der Bezirk sich vergriffen, sich getäuscht hat, daß er Eigenschaften vorausgesetzt, die nicht vorhanden waren. Auf die Gesammtheit der Nation muß man achten und nicht auf den vereinzelten Wunsch eines Bezirkes". Dr. Hecker könnte das zur Noth aus Blättern der eigenen Partei herausesen. Hat doch die Mannheimer Abendzeitung sich kürzlich in einem Briefe aus Straßburg sehr laut dagegen ausgelassen, daß man Louis Bonaparte als Abgeordneten zulasse, der doch gegen die Republik in Konspiration sei; und was gegen Louis Bonaparte, auf dem nur ein Verdacht ruht, billig ist, wird nicht minder billig gegen den sein, der auf frischer That ertappt werden ist.

Die „Majestät und Herrlichkeit des souveränen Volkes" ruht nicht auf Bombdorf oder Thiengen, nicht auf dem Seekreis und nicht innerhalb der badischen Landesgrenzen; sie ruht auf dem ganzen Volke, und das ganze Volk hat deutlich gesprochen; es hat in dem Eindruck, den der Aufstand allenthalben in Deutschland fand, es hat in den Wahlen, die es nach diesem Aufstand vornahm, sehr unzweideutig gesprochen und es nimmt sich nur kläglich aus, wenn eine Handvoll Individuen diesem großen Körper gegenüber sich als Nation benehmen will, wenn dieselben die Souveränetät des Volkes aus der Paulskirche, wo seine gewählten Vertreter sitzen, hinaus exklamotiren möchten in einen verlorenen Wahlbezirk, einen demokratischen Klub oder ein Comité directeur der eigenen Leute. Es mag schmerzlich sein für eine Partei wie die Dr. Heckers, sich in so ungeheurer Minorität zu Frankfurt zu sehen, wie sie es ist; aber wenn sie redlich gegen sich selber ist, muß sie den unzweideutigen Willen des Volkes darin erkennen, seine Souveränetät in Wirklichkeit und Wahrheit achten, statt die ungestümen Wünsche einer Minorität mit dem prahlenden Worte der „Volkssouveränetät" zu bedrängen. Sonderbar auch die Emigranten von 1792 ihre Volkssouveränetät mit weg über die Grenze; Koblenz war für sie Frankreich, die 25,000000 Menschen, die nach Westen zu lagen und unzweideutig gesprochen hatten, waren für sie ohne Gewicht. So meinte auch die Minorität des Sonderbundes sich als Eidgenossenschaft geriren zu können, bis sich vor ganz Europa jene lächerliche Farce ans Tageslicht stellte, die gegenüber dem Willen des souveränen Volkes eine Schweiz zu Bryg oder Sitten etabliren wollte. Dr. Hecker ist auf dem besten Wege, den Arnold und Condés, den Siegwarts und Meyers auf einem Punkte zu begegnen; denn seine Theorie vom souveränen Volke führt geraden Weges dahin, wo jene geendet haben. Ein republikanisches Blatt, das 14 Jahre lang unter geringen Aussichten auf Erfolg seine Ueberzeugung mit Gründen verfochten hat, der National, hat vor wenig Tagen ein Wort ausgesprochen, das ein Jeder unterschreiben muß, der den viel mißhandelten Begriff der Volkssouveränetät ehrlich auffaßt, statt ihn nach den Gelüsten einer Faktion zu wenden und zu drehen. „Mit dem allgemeinen Stimmrecht", sagt der National, „der Freiheit der Presse und dem Associationsrecht ist jeder Aufstand ein Unsinn, ein Attentat auf die Volkssouveränetät, ein Verbrechen gegen die Gesellschaft. Es kann nie von einer Minderheit abhängen, ihre Beschwerden, wenn sie solche hat, in Flintenschüsse zu übertragen".

Gleichwohl will Dr. Hecker, daß die Nationalversammlung in Frankfurt „das Papier der Unterhandlung mit der Monarchie zerreiße" und der Minderheit den Gefallen thue, die deutsche Republik auszurufen. „Versammelt, Bürgerrepräsentanten", ruft er der Nationalversammlung zu, „zwölf Heerführer des deutschen Heeres und beeidigt sie vor Euren Schranken Angesichts des ganzen (?) Wahlvolkes „im Namen des souveränen Volkes", daß sie nach seinen Beschlüssen handeln und vollziehen; stellt auf eine Ostarmee und eine Nordarmee; erlißt ein Aufgebot an die Jugend Deutschlands, daß sie Euch freiwillig zur Seite stehe als junges Heer der Begeisterung und Kraft." Nicht nur kriegerischen, auch politischen Rath gibt Dr. Hecker der Versammlung. Sie soll Zehnten, Zinsen und Gülten, Robotte und Frohnden aufheben, Adel und Vorrecht abschaffen, die Domänen für Nationalgut erklären und einen Theil davon zur Unterstützung armer Gemeinden verwenden; und wenn sie es nicht thue, wenn sie ihr Mandat nicht freiwillig niederlege, so werde ihr das Volk die Vollmacht abfordern und Männer senden, die nicht mehr unterhandeln, sondern handeln würden im Namen des souveränen Volkes.

Es gibt auch einen souveränen Hochmuth der Demagogie, der sich von dem der Monarchie, dem io el rey des absoluten Königthums wenig unterscheidet; jener Hochmuth, der sich als Individuum mit einem ganzen Volke und seinen Vertretern auf eine Linie stellt, der sich geberdet, als sei er die souveräne Macht, die mit der Macht unterhandle. In dem Tone haben alle Parteiführer, die zugleich die nöthige Dosis menschlicher Eitelkeit besaßen, zur Nation gesprochen; so hat Babeuf einst seine Ansprache ans Volk gerichtet, so spricht auch der Führer unseres Freischaarenputsches zur Nationaloersammlung, die sich ohne Zweifel beeilen wird, die erhabene Wichtigkeit des Mannes zu begreifen und ihm als einem Unentbehrlichen die Pforten der Paulskirche zu öffnen.

Mit einem so dürftigen Troste, wie es die That Dr. Heckers ist, wird die Nationaloersammlung das Volk nicht absinden. Das große Wort Republik aussprechen, zwölf Heerführer beeidigen, ein paar Armeen auf dem Papiere schaffen und den Adel, die Feudalität u. s. w. aufheben — mit diesen Thaten wird sich das Volk nicht begnügen; es will mehr. Es will einen festen und soliden Umbau seiner öffentlichen Verhältnisse, es will mit der Freiheit auch die nationale Einheit begründen, es will wieder eine volksthümliche und kräftige Gewalt im Großen, statt der vielen Gewalten im Kleinen. Das Volk weiß, daß sein nationaler Wohlstand, daß das Aufblühen der Gewerbe, des Handels nur dann auf fester Unterlage errichtet und vor den Krisen des Augenblicks gesichert ist, wenn zur augenblicklichen materiellen Abhilfe der gesicherte Rechtszustand im großen Ganzen hinzukommt, wenn ihm die Rechte, die Freiheiten und die Gewalten wieder werden, ohne die keine Nation jemals ihre materielle und politische Wohlfahrt

Digitized by Google

erreicht hat. Das Volk weiß, daß ihm im Sturme des Bürgerkriegs oder inmitten einer ziel- und ruhelosen Agitation diese Güter nimmer zu Theil werden, daß Wohlstand, Freiheit und Unabhängigkeit zugleich verschlungen werden müssen von den Wogen, die der Faktionsgeist aufwühlt. Und solange ihm dies in aller Klarheit vor Augen steht, wird es die Worte, die man ihm als alleinseligmachende Thaten anpreisen möchte, eben nur als leere Worte betrachten.

Oesterreich. Wien, 28. Juni. Man schreibt der Köln. Zeit.: Hier in Wien ist in einem der Wahlbezirke Minister Wilkersdorff als Kandidat aufgetreten und gewählt worden. Er erklärte, daß er dem Reichstag die durch den 15. und 26. Mai umgestürzte Konstitution vom 25. April mit einigen Modifikationen als Verfassungsentwurf vorlegen werde.

Wien, 30. Juni. Man schreibt der Allg. Z.: Die Aussicht zu einer baldigen friedlichen Lösung der lombardisch-venetianischen Angelegenheit scheint nun wieder in Frage gestellt zu sein, da die durch den Abgesandten Morichini gestellten Forderungen der Art sein sollen, daß die Ehre Oesterreichs deren Annahme zurückzuweisen genöthigt ist. Wie ich aus guter Quelle erfahre, soll der Isonzo und nicht die Etsch als Grenzlinie beansprucht worden sein. Im Ministerium ist darauf beschlossen worden bedeutende Verstärkungen an Truppen nach Italien zu schicken (man spricht von 30 bis 35,000 Mann), um die ferneru Operationen mit Nachdruck betreiben zu können.

Preußen. *** Berlin, 1. Juli. Der Magistrat klagt den demokratischen Klub der Verleumdung an, und der demokratische Klub klagt den Magistrat an, daß er ihn fälschlich der Verleumdung angeklagt habe. Jener ruft den Staatsanwalt, dieser die öffentliche Meinung an. Jener denuncirt die drei Personen, welche sich als demokratischer Klub geriren, junge Literaten jüdischer Nation, dieser das ganze Magistratskollegium, als ein aus lauter Irrthümern und Mißgriffen zusammengesetztes. Beide nur einig darin, sie lassen ihre Klagen in großen gedruckten Bogen an die Mauern klatschen. — Nachdem die Saat des Verdächtigungskrautes im üppigen Acker novalis unserer Oeffentlichkeit bis zum Ueberdruß gewuchert, versucht man's mit der Saat der Zwietracht, und sie scheint eben so herrlich aufzugehen. Auch der neue (zur Zeit interimistische) Bürgergeneral, Rimpler, liegt mit dem Magistrat in Differenzen, Letzterer hat in seiner Proklamation ausgesprochen, es bedürfe der Pikenmänner nicht, weil neue fliegende Korps zur Erhaltung der Ruhr und Ordnung errichtet und Piken überhaupt keine Waffen wären, um die Ordnung herzustellen. Herr Rimpler erklärt, man habe ihn mißverstanden: Nur fliegende Korps sind nicht nöthig, nah könnten die Einheit der bürgerwehrlichen Bewegungen stören, dagegen wären Piken keine zu verachtende Waffe und könnten, wo die Flinten fehlen, ganz gut ihre Dienste thun. Diese Differenz hätte sich nun sehr leicht ausgleichen lassen, da Magistrat und Hr. Rimpler darin einig sind, daß die Bürgerwehr die Ordnung und Ruhe herstellen solle, und daß diejenigen, welche sich mit Piken zu bewaffnen wünschen, ordnungsmäßig in die Kompagnien ihrer respektiven Bezirke einzutreten hätten; aber auch Hr. Rimpler muß seine vom Magistrat differirende Ansicht in einem ellenlangen Anschlage an die Mauern kleben lassen. In demselben läßt er auch noch einfließen: daß, seiner Meinung nach, die Bürgerwehr nicht allein zur Erhaltung von Ruhr und Ordnung in der Stadt, sondern auch zu der ihrer konstitutionellen Rechte bestimmt sei. Wer bezweifelt das? Wozu aber war es nöthig, diesen Weiser an die Ecken zu schlagen! um neue Aufregung zu erzeugen, an der es zur Zeit noch nicht Mangel leidet? Möglicherweise nur um auf die Wahlen zu wirken. Als Kandidaten zum Bürgergeneral stehen sich jetzt der interimistische Herr Rimpler und Herr Held gegenüber. Zwischen Beiden ist die Chance, die anderen Kandidaten sind nur des Scheines wegen, Ehrenhalber vorgeschoben. Da hat die Wahl Bedeutung. Würde Held gewählt, so ist freilich damit die Republik noch immer nicht fertig, ja so unmöglich für Preußen als vorher, es ist aber ein rücksichtsloses Zertrümmern alles bisher Giltigen ausgesprochen. Eine große Zahl Bürger würden sich von der Wehr zurückziehen, die Bürgerwehr des Hrn. Held würde ein republikanisches Prätorianerkorps werden, welches die Provinzen in Masse auf uns heranlockte. Herr Rimpler hat also allen Grund, nicht allein im selbstischen Interesse, sondern auch für das Gemeindewohl seine Wahl zu wünschen. Ob es eben das richtige Mittel ist, sich mehr Gunst zu verschaffen, indem er auch etwas demagogisch auftritt, und vor den Augen des Publikums der städtischen Behörde einen kleinen Zankapfel hinwirft? Es ist die Zeit, wo die Parteien sich kennen lernen, ihre Stärke abwägen müssen, nicht mehr die, um nach gegenüber hin zu schmeicheln. Ehrlich und offen! Wie groß ist dir Partei, die noch etwas vom Alten, das nicht verfault, erhalten wünscht? Wir besorgen, daß die Rimpler'sche Politik demselben einige Stimmen der Gutgesinnten entziehen könne. Und wem kommen sie dann zu Gut!

*** Berlin, 1. Juli. Heute Morgen ward Alarm geschlagen, es hieß, bewaffnete Arbeiterhaufen wollten das Arbeitshaus auf dem Alexanderplatz stürmen; dann, daß die Stadtvogtei brenne, man mache einen Versuch, die Strafgefangenen zu befreien, und zugleich, daß im Kastanienwäldchen an der Universität die Studenten mit den Arbeitern fraternisirten, es gelte der Befreiung aller wegen des Zeughausvorfalls Inhaftirten. Die Hörner mußten lange blasen, bis die Bürgerkompagnien zusammentraten; es war indeß ein falscher Lärm, nur durch einige Haufen von Arbeitern, die den Minister Milde zu sprechen wünschten und dann nach dem Alexanderplatz sich verzogen, veranlaßt. Möglicherweise war auch Neckerei dabei im Spiel, die Bürgerwehr zu ermüden. Doch hieß es, Abends werde es von Neuem losgehen. Es ist auch losgegangen, doch vor dem Thore. Die Rehberger Arbeiter sind, wie vor 2 Tagen die am Plötzersee, an einander gerathen, und wie diesen Augenblick versichert wird, ist es zwischen den Akkordarbeitern und den nur auf Tagelohn arbeiten oder fautenzen Wollenden zu einer förmlichen Schlacht gekommen. Den Ausgang weiß man noch nicht, doch riefen die Hörner wieder die Bürgerkompagnien zusammen. — Wir billigen nicht die Emigration der Sechzigtausend, welche Berlin jetzt öde gemacht und den schon ersterbenden Handel und Wandel völlig vernichtet haben, es ist nicht patriotisch gehandelt, die Vaterstadt zu verlassen, wenn sie in Noth ist, wenn es sich darum handelt, daß die guten Bürger zusammentreten, den schlechten entgegen, und es ist nicht recht, diesen das Feld zu räumen; den Stadtverordneten, welche vorgestern den Antrag machten, die Emigranten durch höhere Steuern oder sonst wie zu strafen, ließe sich nur Seitens der Emigranten erwidern: sorgt erst selbst dafür, daß jene täglichen Ruhestörungen aufhören. Erst dann, wenn Ihr den Frieden und die Ordnung hergestellt habt, für die wir unsere Abgabe zahlen, habt Ihr ein Recht, uns zu tadeln, wenn wir Eurem Stadtfrieden nicht trauen. — Die Stadtverordneten fangen übrigens an mit mehr Energie zu handeln. In zwei Sitzungen sind Beschlüsse durchgegangen, die den Muth wieder erwecken. Möchten die Landesdeputirten aus diesen bürgerlichen Verhandlungen im Rathhause lernen, wie man das unnütze Geschwätz vermeiden und zur Sache kommen muß. Auch der Magistrat schließt sich diesen Beschlüssen mit gutem Willen an; die älteren Mitglieder desselben haben sich in die neue Zeit gefügt und, wie früher die Stadtverordneten, ihr Amt in die Hände ihrer Wähler niedergelegt. Es war, es ist die höchste Zeit für Berlin, daß wenigstens eine Korporation den Anfang mache, einen starken Willen zu zeigen. Wir sind freilich ohne Polizei, und in einer Stadt, wo alle aus den Zuchthäusern Entlassenen zusammenströmen. In einer Stadt, wo täglich der Verdienst geringer, die Arbeitslosigkeit größer wird! Die neuesten Beschlüsse der Stadtverordneten sind, außer der Berufung über eine Diktatur und die Zurückweisung des Pikenkorps, ein Bürgerwehrstatut, entworfen nicht von der Bürgerwehr selbst, sondern von den Vertretern der Stadt, ein Eingehen auf den Gesetzentwurf, welcher die Kommune für alle Beschädigungen der Einzelnen verantwortlich macht, einer Deputation an den König, ihm die wahre Lage der Stadt, die echte Stimmung der Bürgerschaft vorzutragen, ein Antrag, zur Sicherung der Stadt, 2 Bataillone und ein Kavallerieregiment in der Nähe derselben zu kantonnieren. Weiter zu gehen, hat man noch nicht gewagt, befragte man die Bürgerschaft und die Bürgerwehr Mann für Mann, so würde die Bitte lauten: Wieder Militär in die Stadt! Daß aus sein Uebermuth nicht wieder kränke, dafür hat die Zeit gesorgt.

Berlin, 30. Juni. Der Abgeordnete für Münster, Herr Hüffer, welcher heute einen sechswöchentlichen Urlaub nachgesucht und erhalten hat, beantragt bei der Nationalversammlung, sie wolle beschließen, „daß die Stadt Berlin für jetzt fortan in gewaltsamer Weise durch die Bevölkerung herbeigeführte Beschädigung des Staats-Eigenthums verantwortlich und haftbar gemacht werde"; denn sie habe, „da sie die Ausweisung des Militärs bewirkt hat, die Pflicht und Verantwortlichkeit, das Staatseigenthum zu schützen. In den Tagen vom 18. und 19. März sind für 2 Millionen Thaler Kriegsmaterial vernichtet". Die Provinzen müssen diese Verluste ersetzen, die sie in keiner Weise verschuldet. „Die Vertreter der Provinzen würden es nicht verantworten können, wenn sie diese nicht vor ähnlichen Leistungen zu schützen suchten dadurch, daß sie Diejenigen zum Ersatze des Schadens verpflichten, denen die Verschuldung desselben obliegt". (K. Z.)

Digitized by Google

** Köln, 3. Juli. Es scheint denn doch wirklich, daß die Besorgniß vor einem Unternehmen der Umsturzpartei in der Rheinprovinz keine unbegründete war. Heute Morgen in aller Frühe sind die Hauptführer dieser Partei, der Präsident des Arbeitervereins, Dr. Gottschalk, und das thätigste Mitglied dieses Vereins, der ehemalige Lieutenant Anneke, gegenwärtig auf dem Bureau der Feuerversicherung Colonia angestellt, von Gendarmen auf Verfügung des öffentlichen Ministeriums in ihrer Wohnung festgenommen und zu Wagen in das Civilarresthaus abgeführt. Die speciellen Gründe dieser Maßregel werden abweichend angegeben: einige Berichte sprechen von einer von Frankfurt aus erfolgten Requisition, Andere wollen wissen, daß aus Paris Mittheilungen eingegangen wären, welche auf den Ergebnissen der dort über die letzten Ereignisse angestellten Untersuchung fußten. Es ist indeß schwer, jetzt schon das Richtige zu ermitteln. Man berichtet mir außerdem, daß noch weitere Verhaftungen in der Stadt theils bereits vollzogen sind, theils noch bevorstehen, und man nennt darunter nicht bloß einige fernere Mitglieder des Arbeitervereins, sondern auch einige Soldaten der Garnison und speciell des in Deutz garnisonirenden Husarenregiments. Auch sollen sehr wichtige Papiere an die Adresse von Gottschalk und Anneke mit Beschlag belegt worden sein. Ich füge indeß ausdrücklich bei, daß die letzten Nachrichten bis jetzt unverbürgte Gerüchte sind. Man ist übrigens nicht ohne Besorgniß, daß die Arbeiter heute Abend einen Versuch zur Befreiung ihrer verhafteten Führer wagen; es sind wenigstens alle Anstalten getroffen, jeden solchen Versuch nachdrücklich zurückzuweisen. —. P. S. Soeben wird eine Ansprache des „stelloertretenden Vicepräsidenten" des Arbeitervereins an den Straßenecken angeheftet, in welcher derselbe den Arbeitern die Verhaftung ihrer „Führer" anzeigt, sie zugleich aber auffordert, sich nicht, „wie man es wünsche", zu Gewaltstreichen hinreißen zu lassen. Es steht zu erwarten, ob diese Ermahnung Erfolg haben wird.

** Vom Rhein, 2. Juli. Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß gerade in den Tagen, wo ich über die mancherlei Anzeichen berichtete, welche hier auf eine gesteigerte Thätigkeit der Umsturzpartei hindeuteten, in Frankreich, in Paris die gräßlichste Schlacht geschlagen wurde, welche die Annalen der neueren Geschichte kennen? Es mag dahin gestellt bleiben, ob ein Zusammenhang stattfand zwischen der Bewegung, welche dort in blutigen Flammen des Aufruhrs emporloderte, während sie hier auf einzelne drohende Manifestationen, welche Kunde gaben von der verhaltenen Gährung, sich beschränkte, als gewiß aber darf man annehmen, daß, wenn in Paris die rothe Republik gesiegt hätte, die Wogen der Anarchie auch über unseren Häuptern zusammengeschlagen wären. Das war eine Ueberzeugung, welche die ganze Bevölkerung durchdrang, und deßhalb lag in jenen Tagen, wo die Entscheidung noch zu schwanken schien, ein tiefer düsterer Ernst auf unserer fröhlichen Provinz, der selbst jetzt noch nicht vollständig gewichen ist: man verhehlt es sich nicht, daß man auf einer schwachen Eisdecke wandelt, unter welcher der Abgrund finster drohend hervorgähnt, der nicht mehr diese oder jene staatliche Form, nein, der die Gesellschaft zu verschlingen bereit ist. Vorzugsweise in Köln hegte man Besorgniß. Die rothen Bänder, selbst innerhalb der Bürgerwehr, mehrten sich von Tag zu Tage, und es war so weit gekommen, daß, unbehelligt von Behörden und Bürgerwehr, ganz große Trupps von allerlei Gesindel mit rothen Fahnen durch die Gassen zogen und, wiederum unbehelligt von Behörden und Bürgerwehr, unter Trommelschlag die Republik ausriefen. Aber der Sieg der Regierung und der Ordnung in Paris ermuthigte die Einen und entmuthigte die Andern. Nie ist die Bürgerwehr so zahlreich erschienen und nie so eifrig im Dienste gewesen, als an den beiden Tagen, wo der Generalmarsch sie unter die Waffen rief gegen die Ruhestörungen, von welchen die Anwesenheit Camphausens nicht sowohl Ursache, als der Vorwand war, oder welche doch jedenfalls nicht gegen den frühern Minister, sondern gegen den Präsidenten der Dampfschleppschifffahrt gerichtet waren. Die rothen Bänder verschwanden, wie sie gekommen waren, und ein Hauptmann der Bürgerwehr, der ein solches Band getragen und die desfallsigen Interpellationen ausweichend beantwortete, hat es bereits erleben müssen, daß drei vollständige Züge seiner Kompagnie sich förmlich geweigert haben, von ihm nach fernere Befehle anzunehmen. Die demokratische Gesellschaft endlich hat die, auf Grundlage der von dem Frankfurter „Kongreß" gefaßten Beschlüsse, in Vorschlag gebrachte Vereinigung mit dem Arbeiterverein fast einstimmig abgelehnt, und es haben sich damit auch hier die Republikaner in zwei Parteien gespalten. Nur die „Neue Rheinische Zeitung" fährt fort, offen und in Ausdrücken, welche nur der Gasse ihr Entstehen verdanken können, den Aufruhr und die Anarchie zu predigen, aber schon haben viele Aktionäre die Erklärung abgegeben, daß sie ein solches Unternehmen nicht ferner unterstützen könnten, und selbst andere Blätter, die sich, wie jene Zeitung, Organe der Demokratie nennen, so unter andern in einem geharnischten Artikel die Bonner Zeitung, haben jene Tendenzen vollständig desavouirt und sich von aller Gemeinschaft losgesagt: kurz, die „Neue Rheinische Zeitung" mit ihrem Anhang wird ohne Zweifel bald gründlich die Erfahrung machen, daß, wie kräftig auch aus den zur Beredung republikanischen Sinnes erfundenen „demokratischen Pfeifenköpfen" geraucht wird, für die rothe Republik, für das Reich der rohen Gewalt und der zuchtlosen Freiheit kein Boden unter uns ist. Es haben indeß alle diese Bestrebungen auch wieder das Gute, daß sie die konstitutionell-monarchische Partei veranlassen, sich enger an einander zu schließen, um in einer festen, organisirten Masse und nach einem gemeinsamen Plane denselben entgegenzutreten, und zwischen den beiden Extremen, der reaktionären Partei und derjenigen, welche fälschlich sich die demokratische nennt und unter der Volksregierung nur die Herrschaft der untern Klassen verstanden haben will, ihre Stellung einzunehmen. Der regsame „Bürgerverein" in Köln, der schon vielfach seinen Beruf bekundet hat, versöhnend, obwohl wahrhaft demokratisch aufzufassen und zu handeln, hat in einem eigenen „Aufruf" aufgefordert zu gemeinsamer Wirksamkeit. „Soll nicht — so lautet eine beherzigenswerthe Stelle in diesem Aufruf — soll nicht das theure Vaterland den Gefahren erliegen, welche seiner Sicherheit von Innen wie von Außen drohen, so muß der Furcht und dem Mißtrauen ein Ende gemacht werden, welche die Gemüther beherrschen, so müssen wie die Lauheit, welche uns bis jetzt umfing, in rege Thatkraft verwandeln, so müssen wir den Elementen, welche einer auf Ordnung gegründeten Freiheit im Wege stehen, kräftig und entschieden entgegen treten, und indem wir der immer mehr drohenden Gesetzlosigkeit wehren, eben dadurch dem Rückschritte den Vorwand nehmen, Zustände wieder herbeizuführen, die sich längst überlebt haben und zu denen nur die Verzweiflung über die Herrschaft anarchischer Willkür greifen könnte. Wir wollen ehrlich vorwärts, aber nicht über alle Schranken hinaus zur Zügellosigkeit, sondern nur bis zu den selbst gestellten Schranken einer auf Ordnung und Gesetz gegründeten Freiheit; wir wollen die volle Gleichheit vor dem Gesetze, die Gleichstellung der äußeren Bedingungen für Alle, sich naturgemäß frei zu entwickeln und die Bedingungen des Lebens zu erwerben; wir wollen endlich streben, der Noth der arbeitenden Klassen ein Ziel zu setzen, ihnen die Mittel zu sichern, menschlich zu leben; wir wollen im Staate Selbstregierung des Volks, Theilnahme Aller an der Gesetzgebung, aber nicht in der Form der Republik, deren Einführung alles Bestehende umstürzen würde, sondern in der Fortbildung durch die konstitutionelle Monarchie. Vor Allem aber wollen wir, was auch kommen möge, festhalten an unserm Vaterlande, in welchem alle Sonderinteressen aufhören müssen, an dem großen, einigen, starken Deutschland." Möchten dieser Aufruf und seine Grundsätze Anklang finden. Möchte die Partei der Ordnung endlich zum Bewußtsein ihrer Kraft und Bedeutung kommen, möchte sie die Gleichgiltigkeit, die Unentschiedenheit, die Furcht verbannen, wodurch sie den regeren geschlossenen Massen ihrer Gegner bisher so oft erlag, möchte Jeder hinaustreten aus der engen Sorge für das Haus und ihn bauen helfen, den hehren Tempel des Vaterlandes, dessen weites Dach das ganze deutsche Volk schirmen soll vor den Stürmen der Zukunft: dann ist der Sieg unser, dann ist die Freiheit gesichert, aber auch die Ordnung, und ohne Ordnung gibt es keine Freiheit.

** Aus **Würtemberg**, 3. Juli. Durchs ganze Land gehen jetzt wieder die Zustimmungserklärungen zu den beiden öffentlichen Erklärungen, welche unsere Minister Duvernoy und Römer kürzlich erlassen haben. Besonders Römers kräftige, ihn so ganz bezeichnende Worte, von der gleichen Schärfe gegen das alte System, das er so lange bekämpft, wie gegen die Wühlereien, die ihn jetzt bekämpfen, haben, weil sie Kraft zeigen, das Vertrauen auf ihn belebt und sind jetzt in Aller Munde. Mit ladenswerthem Eifer gehen, soviel man hört, die Arbeiten der Organisationskommission weiter; allerdings ist dieselbe großentheils aus Beamten zusammengesetzt; sie setzt sich aber in den einzelnen Fragen mit Männern des Fachs aus dem Volke ins Vernehmen; so waren zuletzt mehrere Gemeindebeamte hier in Stuttgart anwesend, um mit der Kommission die Gemeindeverhältnisse zu ordnen. Man erwartet von dieser ersprießlichen Verbindung eine entschiedene Abhilfe unserer Erbübel, des Vielschreibens und Vielregierens. Für Untersuchung der Postverhältnisse ist eine gemischte Kommission, aus Beamten und Privaten bestehend, thätig. Vor 3 Jahren erregten bei Berathung des Budgets die Gesandtschaften lebhafte Stürme in unserer Kammer; jetzt geht die Sache leicht; wie man hört, sind 4 Gesandte: der in Petersburg, der in Haag, welche eigentlich nur der Verwandtschaft der Höfe wegen da waren, der in London und der in Paris abberufen

worden. Eine solche Nachricht macht viel Freude; denn die Ersparniß ist nicht unbedeutend.

* Tübingen, 2. Juli. Die Wahl des ehrwürdigen Erzherzogs Johann zum provisorischen Reichshaupt, wird als eine Bürgschaft der Freiheit und des Friedens in allen deutschen Gauen ohne Unterschied des Bekenntnisses, willkommen geheißen werden. In einer Versammlung des hiesigen vaterländischen Vereines wurde gestern Abend von dem Vorsitzenden das erste Gesetz der Nationalversammlung, betreffend die Niedersetzung einer interimistischen Reichsregierung und das Ereigniß des 29. Juni, die Wahl des bürgerfreundlichen Erzherzogs mitgetheilt, und während noch vor 8 Tagen das grassirende Heckerfieber durch eine stürmische Ovation von Seite einer durch Einheimlinge verstärkten Partei sich Luft machte, ward heute der Name des neuen Hauptes der Nation mit einem allgemeinen Lebehoch begrüßt. — Gleichfalls wurde die Erklärung des Staatsraths Fr. Römer gegen die neuen Wühlereien der Radikalen in unserem Lande verlesen, und der Verein trat ohne Widerrede der Ansicht seines Ausschusses bei, daß die offene, männliche Sprache in dieser Erklärung das volle Vertrauen des Landes zu seinem volksthümlichen Ministerium von Neuem beleben müsse.

Sachsen. Dresden, 30. Juni. Die erste Frage, welche bei Fortsetzung der Berathung des neuen Wahlgesetzes in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer zur Entscheidung gelangte, war die der direkten Wahlen. Die Gesetzesvorlage hat die Wahlen der Abgeordneten nach wie vor an das Institut der Wahlmänner gebunden. Die Majorität der Deputation spricht sich aber auch in diesem Punkt unbedingt gegen die Vorlage aus, indem sie nur den direkten Wahlmodus als den richtigen anerkennt. Nachdem nach einer längern Debatte, Staatsminister Oberländer erklärt hatte, daß die Staatsregierung, Falls die Mehrheit der Kammer sich für direkte Wahlen aussprechen sollte, keinen Anstand nehmen werde, diese Frage in weitere Erwägung zu ziehen, wurde die von dem Präsidium gestellte Frage: Erklärt sich die Kammer mit den von der Majorität der Deputation befürworteten direkten Wahlen einverstanden? gegen 9 Stimmen (darunter 6 bäuerliche Abgeordnete) mit Ja beantwortet. (D. A. Z).

Leipzig, 26. Juni. Es geht in diesen Tagen von hier eine Petition aber vielmehr eine Protestation gegen die Republik nach Frankfurt ab, die von 9681 Unterschriften bedeckt ist. Darin heißt es: „Geleitet von der Ansicht, daß die Frankfurter Versammlung, zusammenberufen vom Vertrauen des deutschen Volks, auch fort und fort von demselben sich getragen zu sehen wünschen wird, und daß zu einer immer größeren Befestigung dieses Vertrauens nothwendig die vollständigste Klarheit über die Wünsche der deutschen Nation bei den Vertretern derselben erforderlich scheint, halten die Unterzeichneten es für ihre ernste Pflicht, ihrer Ansicht über die Grundform einer künftigen Verfassung Ausdruck zu geben, um so mehr, als, während die öffentliche Meinung auf die unzweideutigste Weise mit der hier zu äußernden Ansicht übereinstimmend sich erklärt, bis jetzt eine direkte Aussprache derselben, der Frankfurter Versammlung gegenüber, unseres Wissens noch nicht stattgefunden hat. — Die zwei Stichworte, die jetzt von Mund zu Mund gehen, sind: „Konstitutionelle Monarchie" und „Republik". — Auf der einen Seite steht das gesammte Deutschland, Bauer, Bürger, Gewerbtreibende und Gelehrte, Reich und Arm im innigsten Einklang, auf der andern eine geringe Anzahl entschiedener und gewiß meist nicht unintelligenter Männer und Jünglinge, die, in der Wahl der Mittel nicht verlegen, es freilich hier und da verstanden haben, manchen unbeschäftigten Arbeiter für ihre Ansichten zu entflammen. Ohne mit ihnen rechten aber uns über die absolute Vorzüglichkeit der einen oder der andern Staatsform hier in eine tiefere Darstellung einlassen zu wollen, können wir nicht umhin, hier einfach unsere bestimmte Erklärung abzugeben gegen Einführung der republikanischen Staatsform. Wir thun dies, nicht als ob wir nicht vollständig überzeugt seien, die Männer in Frankfurt werden zum großen Theile die Gründe, die uns gegen diese Staatsform bestimmen, eher als wir in ihrem Geiste erwogen und in ihrer tiefen Bedeutung erkannt haben. Sind doch Alle Männer unserer Wahl, und sind doch die meisten von ihnen, durchdrungen von der großen Wahrheit, daß ein jeder Sprung im Staatsleben, wie dies die Geschichte hundertfach zeigt, für die Nation, die ihn thut, von den unheilvollsten Erscheinungen und Rückwirkungen begleitet ist, Freunde einer vernunftgemäßen Volksentwickelung. Nein, wir thun es, sie zu stärken bei ihrem Ausharren, bei ihrer edlen wahrhaft volksfreundlichen Thätigkeit, indem wir ihnen zeigen, daß ihr Volk, das stolz auf sie ist, mit ihnen kämpft; wie thun es, der kleinen Anzahl Andersdenkender die Augen zu öffnen über die Stimmung des deutschen Volks, in welchem kein Boden für ihre Ansichten vorhanden ist, damit sie Ansehen und Würde der Majorität einer deutschen Nationalversammlung achten und ihre Kräfte der deutschen Sache fort und fort widmen, im Einklang mit uns, ihren deutschen Brüdern. „Es ist beschlossen worden, diese Monstre-Adresse an den Präsidenten der Nationalversammlung unmittelbar einzusenden, nicht aber durch den Deputirten von Leipzig, weil dieser gegen die Gesinnung des bei Weitem größten Theiles von Sachsen und insbesondere auch von Leipzig für die Republik sich ausgesprochen hat. Da die Partei des Herrn Blum so häufig verlangt hat, die Deputirten der rechten Seite müßten zurücktreten, weil ihre politische Meinung der der Mehrzahl ihrer Wähler widerspreche, so geben sich manche der Hoffnung hin, es werde nunmehr unsere Stadt durch treue Befolgung dieses Prinzips von ihrem Vertreter befreit und fortan würdiger vertreten werden. Soviel ist gewiß, daß Herr Blum eine solche Adresse mit Hilfe aller seiner Gesinnungsgenossen nicht zu Stande bringen wird. (O. P. Z.)

Hessen. * Mainz, 3. Juli. Am Samstag Abend war wieder große demokratische Versammlung, und Zitz anwesend. Ich glaube, er sehnt sich die ganze Woche nach diesem Samstag Abend, denn die Erfolge, wornach er während der sechs Tage im Parlament vergebens eingt, erreicht er hier mit leichter Mühe. Diesmal brachte Zitz die Wahl des Reichsverwesers aufs Tapet. Er hat nicht viel weniger als Alles dran auszusetzen, zuerst an der Majorität, die da wählte, dann an dem Erzherzog Johann, der gewählt wurde, dann an dem Veto des Reichsverwesers, das doch im Grunde kein Veto ist, dann an der Uebereinstimmung des Bundestags. Als ob es nicht ganz natürlich wäre, daß, wie alle Welt, so auch der Bundestag seine freudige Uebereinstimmung mit diesem glücklichen Resultat ausdrückt! Indessen ist doch Zitz der Meinung, man solle abwarten, man solle annehmen, was der neue Reichsverweser Gutes bringe, aber man solle vorbereitet sein, rüstig gegen Alles anzukämpfen, was etwa Nachtheiliges für die Volkssouveränetät aus dieser Wahl hervorgehe. Aber unter allen Umständen hält er der demokratischen Versammlung zu einer Protestation an das Parlament gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers. Also wieder eine Adresse! Das Parlament in Frankfurt muß darauf vorbereitet sein, daß aus jeder demokratischen Versammlung in Mainz eine Adresse für die Paulskirche abfällt. Ohne Adresse keine demokratische Versammlung in Mainz. — Weiterhin sprach Zitz von einer großen Volksversammlung in Darmstadt, die, nach dem Ausdruck eines Darmstädter Demokraten, der auch heute Abend sprach, eine Art Demonstration gegen das Fortregieren der alten Ständeversammlung und gegen die Kamarilla in Darmstadt gerichtet sein soll. Obgleich Zitz aus der Darmstädter Ständeversammlung ausgeschieden ist, so kann er es doch nicht verdauen, daß diese Kammer ohne ihn es wagt, noch weiter fortzulaben und noch weiter wichtige Gesetze, die unaufschiebbar sind, zu berathen. Freund Heldmann, auch ein Republikaner, bleibt inzwischen in der Kammer, ist also in diesem Punkt mit Zitz anderer Meinung, trotzdem, daß er dieser Tage die Demüthigung erhielt, daß die erste Kammer, bei Berathung des Gesetzes über die Judenemancipation, sich viel liberaler zeigte, als der Herr Republikaner Heldmann, der bekanntlich auch eine gewisse Beschränkung und Beeinträchtigung für die Juden in den jenseitigen Provinzen beibehalten wissen wollte.

Mainz, 2. Juli. In der gestrigen Sitzung des demokratischen Vereins lud ein Mitglied des Darmstädtischen demokratischen Vereins die Versammlung ein, Sonntag den 9. Juli eine großartige Demonstration in Form einer Sturmpetition nach Darmstadt zu machen, und die Auflösung der ersten Kammer und die Aufhebung des Adels zu bewirken; welche Einladung angenommen wurde. Es werden Extrabahnzüge nach Darmstadt behufs dieser Demonstration abgehen. (O. P. Z.)

Schleswig. Ein zuverlässiges Schreiben aus Apenrade vom 30. Juni meldet Folgendes: Bei Hadersleben hat ein Treffen zwischen dem v. d. Tann'schen Korps und dänische Truppen stattgehabt, worin letztere geschlagen worden sind. Das v. d. Tann'sche Korps ist am 30. Morgens in Hadersleben eingerückt, die Dänen sind auf dem Marsch nach Fünen. Vermuthlich werden die Preußen jetzt in Jütland einmarschieen. (B.-H.)

ϑ Frankfurt, 3. Juli. Ueber die gestrige Diskussion in der Nationalversammlung, deren Resultat ich Ihnen bereits berichtet habe, trage ich noch Einiges nach. Mit dem Entwurfe über die Grundrechte des deutschen Volkes sind zugleich eine Reihe Anträge des Ausschusses für Volkswirthschaft zur Berathung ausgesetzt, welche ebenfalls als Grundrechte des Volkes und somit als Verbesserungs- und Ergänzungsanträge zu dem Berichte des Verf.-Ausschusses vorgelegt sind.

Beseler von Greifswalde nahm im Namen des Verf.-Aus-

Digitized by Google

schusses zuerst das Wort, um die Gesichtspunkte hervorzuheben, welche der Ausschuß bei der Abfassung des Entwurfes vorzugsweise im Auge gehabt habe. Der erste dieser Gesichtspunkte sei die pollt. Einheit Deutschlands, deren Gründung vor Allem die Aufgabe der Nationalversammlung sei und deren Wirkung daenm in Beziehung auf das Staatsbürgerrecht hauptsächlich hervorteeten müsse. Sodann sei das Herauskommen aus dem bisherigen Potizeistaate und die Gründung des Rechtsstaates die weitere Aufgabe, und endtich die Befreiung non allen Feudallasten als ein Eegednitz der jüngsten Umwälzung in Ausführung zu bringen gewesen. Die Kirchen- und Schulangelegenheiten konnten nicht unberührt bleiben, obwohl hiee besonders eine soegfältige Rücksicht auf die Verhältnisse genommen werden müsse. Auch die Organisattan des Gemeindewesens, welches nothwendig eine neue Gestaltung erhatten müsse, habe nicht umgangen werden können. Dabei habe man die Möglichkeit der Aussöheung stets im Auge behalten und darum der bisherigen Oeganisation und insbesondere der Volkssitte genaue Rechnung tragen müssen. Es sei Vorsicht und Behutsamkeit bei der Festsetzung dieser Grundrechte nothwendig, nicht aber Aengstlichkeit. Diese müsse man um so mehe vermeiden, da eine große Zeit auch immer größere Resultate zu erzeugen fähig sei. Damit nun diese Rücksichten auch in der Berathung der Nationaloersammlung selbst genügend beachtet weeden können und die Versammtung in dieser ihrer wichtigsten Aufgabe vor jedem übereilten Beschlusse geschützt bleibe, so trage der Ausschuß in Gemäßheit des §. 44 der Gesch.-Ordnung daeauf an, daß zuerst der ganze Entwurf artikel- und paragraphenweise berathen werde, und sodann, wenn diese erste Beeathung zu Ende gediehen sei, eine nochmalige gleichsam revidirende, auf die Grundlage der in der ersten Beeathung gefaßten Beschlüsse Statt finden solle. Erst die Abstimmung bei der zweiten Beeathung salle als die endgttige betrachtet werden. Diesem Antrag fügt Schwetschke aus Halle den weitern an, daß bei der ersten Beeathung keine Abstimmungen mit Namensaufruf vorkommen sollen. Dietsch unterstützt diesen Antrag, wobei er Viel von Principien spricht; von dem Peincip des Fortschreitens, von dem Princip der Nationatität und dem Unterschiede zwischen franz. und deutscher Nationalität. Gegen die doppelte Berathung des Entwurfes wied nicht nur von der Linken, sondern auch von Mitgliedern der Mitte und der Rechten gesprochen; von Vielen jedoch nicht undedingt, sondern nur la der Weise, daß nicht nothwendig das ganze Gesetz noch einmal zue Berathung kommen müsse. —

Löwe, Wigaed, M. und R. Moht, Spatz und Andere hoben hauptsächlich den Zeitoerlust hervor. Man habe mit Unrecht behauptet, daß die Natian über viele dieser Fragen sich noch gae nicht ausgesprochen habe, sie seien seit 30 Jahren von derselben ausgearbeitet und theilweise mit den Waffen durchgekämpft; man werde ja diese blutige Debatte nicht erneuern wollen, dadurch, daß man das Provisorium verlängere. Eine Berathung in zwei Fraktionen weede nicht gründlicher werden. Es würden nur das zweite Mat eine Menge Transaktionen stattfinden. Wer über diese Plage noch nicht mit sich im Reinen sei, meint Rößler, der hätte die Waht in die Nationalversammlung gae nicht annehmen sollen; die Versammlung stelle sich durch eine sotche doppelte Berathung vor der ganzen Welt ein Armuthszeugniß aus. Bassermann glaubt, wenn am Schlusse etwas Gutes herauskomme, so werde das kein Armuthszeugniß sein. Auch er wünsche, daß das Gesetz so bald als möglich zu Stande komme; aber wenn man das wünsche, so müsse man nicht zu viel Zeit über Nebensachen verlieeen, man pflege doch sonst mit der Zeit gae nicht so zu sparen, wie man jetzt vorgebe; auch sei diesee Zeitverlust keineswegs so groß; denn eine doppelte Berathung werde doch eigentlich nue über die wichtigsten Streitpunkte stattfinden; hiee abee sei sie nothwendig, weil die Amendements, welche theilweise den Boden des Entwurfs ganz verrücken, vorher nicht bekannt seien, wenigstens nicht im Volke. Unter diesem seien die Ansichten auch keineswegs so fest gestellt wie Viele glauben. Er erinneee nue an die Anträge auf unbedingte Geweebefreiheit und allgemeine Freizügigkeit. Es sei gewiß sehr wünschenswerth, daß die öffentliche Meinung Gelegenheit habe, sich vor der Beschlußnahme der Nationatoersammlung auszusprechen, und insbesondere, daß die einzelnen Deputirten auch die Stimme aus ihree Heimath vernehmen können. Wollte man sich auf die Modifikationen bei der Schlußredaktion beschränken, so sei voeauszusehen, daß darüber bei jedem Paragraphen ein so langer Streit entstehen würde, daß damit an der Zeit gar Nichts gewonnen würde. Die Hauptsache aber sei, daß man erst, wenn man mit der Berathung zu Ende gekommen sei, sehen könne, ob nicht einzelne der angenommenen Bestimmungen mit den übrigen im Widerspruch stehen, und darum wieder geändert werden müssen. In dieser Ansicht wird er von Tellkampf, Aheens u. A. unterstützt und daeauf der Ausschußantrag zum Beschlusse der Nationalversammlung erhoben. Damit wurden eine Reihe von Amendements, welche den Ausschußantrag modificirten, von Lette, Neuwall, Spatz u. A. verworfen.

Der Antrag nan Schwetschke, daß die Abstimmung bei der ersten Berathung ohne Namensaufruf Statt finden soll, fand starken Widerspruch von der Linken, welche denselben nach der Geschäftsordnung sie unzulässig erklärte. — Es entspann sich eine lebhafte Debatte über die Auslegung der Geschäftsordnung in dieser Beziehung. Als geäußert wurde: man wolle durch den Schwetschkeschen Antrag nur schwankenden Gemüthern eine Sinnesänderung erleichtern, nahm Schwetschke seinen Antrag mit der Versicherung zueück, daß er lediglich die Ersparniß der Zeit im Auge gehabt habe. Widenmann nimmt zwae den Antrag wieder auf; jedoch ohne Erfalg, indem die Mehrheit der Nationatversammlung sich für die Unzulässigkeit desselben erkläre. Ueber einen Antrag des Abgeordneten Fallati, daß die allgemeine Bestimmung getroffen werden sall, es könne bei einer doppelten Berathung das erste Mat nicht namenttich abgestimmt werden, ließ der Präsident keinen Beschluß fassen, sondeen erklärte: der Antrag müsse geschäftsordnungsmäßig auf die Tagesordnung gebracht werden.

Während dieser Sitzung kam nun auch endlich das lange angekündigte Manifest der äußersten Linken, der radikal-demokratischen Paeiei in der Natianatversammlung, wie sie sich nennt, zum Vorschein. Es bewähet sich daran das atte Speichwort: Was lange währt, wird gut; denn ein vollendeteres Meisterstück der Kunst, Alles zu vredeehen, und im gehässigsten Lichte darzustellen, um damit seinen Zweck zu ereichen, kann nicht leicht gefunden werden. Alles ist berechnet, das Mißtranea aufs Neue aufzustachein und diejenige Masse, welche unjätig ist, ein alleiniges Urtheil sich zu bilden, gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung und die Richtung der Centealgewalt zu fanatisieen. Nicht nur sind die Bestimmungen über die Unverantwartlichkeit des Oberhauptes und seine Stellung zue Nationalversammlung auf die gewissenlaseste Weise entstellt, sondern es ist auch die Wahl des Erzherzogs Johann in einer Art verdächtigt, daß sich jeder ehrliche Mann dadurch aufs Tiefste empört fühlt. So sorgfältig die einzelnen Worte erwogen sind, so sieht doch am Schlusse des Manifestes die rothe Hahnenfeder gerade so weit herans, daß sie den Weltgeschichte machenden Schuster- und Schneidergesellen als leitendes Signal winken kann.

† Frankfurt, 4. Juli. Der Zufall führte mich gestern in eine hinter der Reithahn unter freiem Himmel gehaltene Versammlung des hiesigen demokeatisch-eepublikaaischen Arbeitervoreins, und ein kurzer Bericht dürfte nicht ganz ohne Jatereesse für Sie sein. Der Präsident Esselen stand mit 4 bis 5 Männern, wahrscheinlich dem Vorstande, auf einer hohen, mit einer schwarz-roth-goldnen Fahne, in deeen Roth das Wort „Arbeiterverein“ gewirkt war, geschmückten Tribüne nnd hielt die Reden. Der Hauptinhalt derselben war Geld: Die freiwilligen Beiträge der Mitglieder hätten bisher zwae vollkommen hingereicht, die Ausgaben des Vereines zu bestreiten, aber bei bestimmten Ausgaben müsse man auch bestimmte Einnahmen haben; er schlage daher vor, daß jedes Mitglied wöchentlich eine „Steuer“ von 2 kr. entrichte, wobei die bisherigen freiwilligen Beiträge fortbeständen (angenommen durch Aufheben der Hände). Er (Esselen) habe bisher die Geschäfte des Vorsitzenden umsonst versehen und dtoß 12 fl. Reisediäten erhalten, der Vorsitzende dürfe aber nicht über dem Vereine stehen, damit er nicht andere Zwecke als die des Vereines zu veefolgen scheinen könne. Derselbe werde Arbeiter, sobald man ihn für die Arbeit des Vorsitzes bezahte, der Redner schlage also vor, dem Vorsitzenden ein wöcheattiches Gehalt neu 10 fl. auszusetzen (angenommen durch Aufheben der Hände; zugleich wurden 2 Vicepeäsidenten ohne Gehalt ernannt). Die Mitglieder müßten ein Erkennungszeichen tragen, eine Kokarde mit einem Bienenkoebe. Eine sotche Kokarde koste 3 Kreuzer, und wer sie sich nicht kaufe, schließe sich dadurch von dem Vereine aus (angenommen durch Aufheben der Hände). Ferner wurde jedes Mitglied ermahnt, sich eine Eintrittskarte zu kaufen, welche 1 Kreuzer koste, sowie die Nr. 5 und 6 der Arbeiterzeitung, deren Preis nicht gesagt wurde. Hr. Esselen bemerkte, er wolle diese Zeitung gern fortschreiben, doch müßten die Arbeiter sie bezahlen. Uebeigens waren seine Reden sehr gemäßigt. Der Arbeitervoerein wolle sein Ziet, die Republik, nur auf gesetzlichem, friedlichem Wege erreichen, und dies werde durch die Fehler seiner Gegner in wenig Wochen geschehen. Die Reaktion habe ungeheuere Foetschritte gemacht, und die Gegner der Republik hietten wie Eisen zusammen, also müßten auch sie, auf deren Seite die Vernunft wäer, fest zusammenhalten, und dte Arbeit sei heitig. — Eine große Versammtung, in der, wie hiee, nur Einer, und zwae der Vorsitzee, gesprochen hätte und in

der es ruhiger und ordentlicher zugegangen wäre, ist mir nie vorgekommen. Am Ausgange nahm einer der Vorstände, wahrscheinlich ein Literat, die freiwilligen Beiträge der guten Arbeiter in Empfang. Dieselben sind wohl, nach Bemerkungen des Hrn. Esselen zu schließen, für verschämte Arme bestimmt.

Schweiz.

** Bern, 3. Juli. Soeben wurde die ordentliche Tagsatzung des Jahres 1848 unter Beobachtung des üblichen Ceremoniels eröffnet. Die sämmtlichen Standesgesandtschaften sowie der eidgenössische Kriegsrath und die Kanzleibeamten versammelten sich in dem Regierungsgebäude auf dem Münsterplatze und begaben sich sodann, unter Vortritt des Bundespräsidenten, H. Funk, in feierlichem Zuge zum Eidschwur in die heil. Geistkirche. Einen eigenen Eindruck machte es auf die Zuschauer, die Bundesakte von 1815 durch einen Kanzleibeamten auf einem rothsammtenen goldbordirten Kissen vorangetragen zu sehen; sie wurde im eigentlichsten Sinne zu Grabe getragen und der Bundespräsident hatte vollkommen Recht, wenn er die Gesandten mit den Worten zur Eidesleistung aufforderte: „ich lade Sie ein, „heute noch einmal"" den Eid auf den Bundesvertrag zu leisten". Während voriges Jahr die Repräsentanten mehrerer großen Mächte die Unzufriedenheit ihrer Höfe mit der Schweiz durch ihr Ausbleiben bei der Eröffnungsfeierlichkeit zu erkennen gegeben hatten, und zur Zeit des Sonderbundskrieges sogar das Land verließen — so waren dagegen heute fast alle Mitglieder des diplomatischen Korps wieder anwesend. Es waren nemlich vertreten Frankreich, Oesterreich, Spanien, England, Sardinien, Neapel, (letzteres durch einen außerordentlichen, mit einer Mission in Betreff der Schweizer Regimenter betrauten Gesandten). Bemerkenswerth ist, daß Seite Preußens Niemand anwesend war, weniger auffallend scheint dagegen das Ausbleiben des russischen Gesandten, da, wie bekannt, Rußland vor nicht langer Zeit der Schweiz die Neutralität so viel als aufgekündet hat. Die Rede des Bundespräsidenten war ganz den Umständen angemessen, ernst, würdig und in keiner Weise kriegbegend oder provocirend gegen das Ausland. Sie berührte mit einigen Worten die schwere Krisis, welche die Schweiz glücklich überstanden, verbreitete sich sodann einläßlich über die Umgestaltung des Bundes und sprach sich entschieden für die Wahrung des Neutralitätsprincips aus. Nach Beendigung der Feierlichkeit verfügte sich die Tagsatzung sogleich in das Sitzungslokal, um ihre Arbeiten zu beginnen. Mittags findet ein großes Festessen Statt, zu welchem außer den sämmtlichen Standesgesandtschaften, auch der eidg. Kriegsrath und die Mitglieder des diplomatischen Korps eingeladen sind.

Großbritannien.

London, 30. Juni. England zieht vermöge seiner insularischen Lage, unter dem Schirm seiner Verfassung und bei dem gesetzlichen Sinne seiner Bewohner von den stürmischen Bewegungen des Festlands Vortheile, welche die auf seinen Handel schädlich wirkenden Einflüsse eines solchen Zustandes ziemlich oder ganz aufwiegen. Die Niederlage der Arbeiter in Paris hat auf die Verschwörer in Dublin einen sichtlichen Eindruck gemacht. Ein Brief des Daily News aus Dublin sagt: „Die betäubenden Pariser Nachrichten sind in allen politischen Kreisen der Gegenstand der höchsten Theilnahme; aber sie sind sehr wenig geeignet, die Sache derjenigen zu fördern, die drinnen zu Lande mit der Revolution sympathisiren, sie werden vielmehr mit Wahrscheinlichkeit nach der beabsichtigten organisirten Verschwörung gegen Gesetz und Ordnung wesentlich Abbruch thun". Indeß man täusche sich nicht; auch in Irland ist die revolutionäre Partei eben so dreist, wo Verwegenheit am Platze ist, als vorsichtig und schlau, wenn die allgemeine politische Lage oder eine Niederlage der eigenen Partei anderwärts augenblickliche Zurückhaltung gebietet. Devin Reilly und John Martin werden vielleicht für den Augenblick in dem Irish Felon (der an die Stelle des unterdrückten United Irishman getreten ist) Artikel von weniger entzündlichen Natur schreiben, namentlich wird John Martin fürs Erste vielleicht keinen Brief mehr richten an „J. M. privilegirten Obermörder und Generalverfälscher der Jury von Irland, den sich Georg Graf von Clarendon nennenden Engländer", man wird die sogenannte Nationalbewaffnung vielleicht weniger öffentlich betreiben und seine Karten nicht in so renommistischer Weise mehr bloß legen, aber man wird fortfahren, maulwurfartig den gesetzlichen Boden Irlands zu unterminiren, bis den Leitern des beabsichtigten Aufstandes die Zeit zum Losbruch gekommen zu sein scheint. An der regelmäßigen Organisation des Aufstandes erkennt man übrigens, daß nicht bloß Irländer, welche sonst an regelmäßiger militärischen Organisation nicht viel Geschmack bekunden, sondern auch Emissäre der Propaganda, Polen, Franzosen, Italiener, Spanier u. s. w. ihre Hand dabei im Spiele haben. Die Minister erklärten ja im Parlament neulich, daß die Bill, welche sie zur Ausweisung verdächtiger Ausländer ermächtigt, hauptsächlich auf Irland gemünzt sei. Die in polizeilichen Dingen bis zur Keuschheit vorsichtige englische Regierung schreitet nicht umsonst zu solchen Maßregeln. Wenn übrigens der englischen Regierung in dem protestantischen Repealverein, der sich unter der Leitung Lords Cloncurry gebildet hat, eine neue Gefahr zu erwachsen scheint, so hat sie auch um so verläßlichere Stützen an den Protestanten im Norden Irlands, dem Hauptsitz der Orangemänner. Voraussichtlich wird die Niederlage der Pariser Insurgenten auch auf das unruhige Blut der Chartisten in England besänftigend wirken; der Sieg der Arbeiter in Frankreich hätte schwerlich auf eine ähnliche Erhebung auch in andern Ländern lange warten lassen; denn man sei aufrichtig genug, es sich zu gestehen, daß es in allen Ländern jetzt eine große Masse gibt — und sie fehlt sogar in England nicht — welche nicht mehr den Boden zu ihren Füßen, an dem sie ja keinen Mitgenuß hat, als ihr Vaterland anerkannt, dagegen von dem tausendjährigen Reich einer allgemeinen Arbeiterrepublik, in welchem alle Nationalitäten erlöschen, sich die überirdischsten Vorstellungen macht. Welche Gefahr in dieser Masse liegt, ist klar; es hing vielleicht nur an einem Moment, und die vier Pariser Junitage hätten uns ebensoviele Jahre der Verwirrung und des Blutvergießens gebracht.

O'Connors Plan, den Arbeitern ein kleines Besitzthum unter die Füßen zu stellen und sie dadurch wieder an den Boden des Vaterlandes zu knüpfen, ein Plan, den er, wir wissen freilich nicht mit welchem Glück, in seiner Arbeiterkolonie O'Connorville ausgeführt hat, verdient daher mehr Berücksichtigung und weniger Gespött, als er bei den Reichen und Aristokraten Englands gefunden zu haben scheint. — Wenn dieser Plan auch nicht im Ganzen und Großen ausführbar ist, so doch im Einzelnen; jedenfalls aber erscheint er minder grässlich, kostspielig und imaginär, als die Erfindung der Nationalwerkstätten, dieser Brutnester des Müßiggangs und der Emeute. Die englischen Blätter sehen ein, daß zum Schutze der Civilisation und des innern Friedens der Nationen Etwas für die Bildung, Gesittung und bessere Stellung dieser zahlreichen Klasse geschehen müsse, damit sie sich ferner nicht mehr zu ihrem eigenen Schaden als ein willenloses Spielzeug in die Hände von Emissären gebe, die sie zu selbstsüchtigen Zwecken mißbrauchen und zu Grunde richten. Wie es übrigens mit den Freiheitstendenzen dieser über die Tyrannei Anderer so laute Klagen führenden Arbeiter hier und da steht, erkennt man unter Anderm daraus, daß sie in Berlin alles Ernstes verlangten, man soll Weiber und Kinder aus den Fabriken entlassen. Wittwen und Waisen die Arbeit entziehen, heißt zuletzt die Arbeit organisiren.

Frankreich.

Paris, 2. Juli. Heute um 8 Uhr hat die Nationalversammlung abermals 34,000 Mann auswärtiger Nationalgarden heute passiren lassen, die heute noch in ihre Heimath zurückkehren. Die Einmärsche neuer Detachements dauern unaufhörlich fort. — General Cavaignac hat die Zusammenziehung eines Lagers von 35,000 Mann bei Versailles befohlen. — General Changarnier hat gestern das Kommando der Nationalgarde von Paris übernommen und sich in den Tuilerien installirt. Sein Generalstabs-Chef ist der General Perrot. — Gestern Abend fand wieder ein großer Waffentransport, auf 42 Wagen, nach Vincennes Statt. Es ist dies der vierte, und man mag darnach die Menge der gefundenen Waffen beurtheilen. In manchen Häuseen fand man Depôts von 60 bis 100 Gewehren. — Die Gazette des Tribunaux zeigt an, daß die Untersuchungs-Kommission gestern sehr wichtige Entdeckungen gemacht und Dokumente erhalten habe, die vollen Aufschluß über die eigentlichen Urheber der Insurrektion und den Ursprung der dazu verwendeten bedeutenden Summen gegeben habe.

Die Insurgenten des 12. Arrondissements, die sich zwei Tage lang im Pflanzengarten und in dem großen Wein-Entrepot verschanzt hatten, haben in dem Garten alle Vögel der zoologischen Sammlung, alle Dammhirsche, Lama's, Känguruhs, Büffel u. s. w., sowie die ganze Fasanenzucht todtgeschossen und dann bei den Wachtfeuern gebraten. Man versichert, was nach vorliegenden Beispielen nicht unwahrscheinlich ist, man habe dort darüber berathen, ob es nicht thunlich sei, die Löwen und Tiger aus ihren Käfigen auf die Straße zu entlassen! Jedenfalls bedurfte es der wilden Thiere aus dem Jardin des Plantes nicht.

Die gestrige neue Organisation der Bureaux der Nationalversammlung hat einen sehr bezeichnenden Charakter gehabt. Fast alle Präsidenten der 15 Bureaux sind aus der ehemaligen Linken genommen, und wir sehen neben Thiers, Dufaure, Billault, Beaumont, Ba-

Digitized by Google

roche, Dupin d. ä., Vivien, Teacy u. s. w., nur den einzigen Fr. Arago von der alten republikanischen Partei.

So beklagenswerth es wäre, wenn ein Mensch von der Charakterlosigkeit und Immoralität wie Thiers wieder den Weg zur Regierung fände, so kann er doch in einer Versammlung von 900 Gesetzgebern ein nützliches Element werden. Mit seinem eminenten praktischen Verstand, seiner angebornen Abneigung gegen alles Illusorische und Phantastische wird er den Leuten gegenüber, die den Staat aus abstrakten Begriffen und Theorien zurecht machen möchten, sehr abkühlend wirken. Das bewies er eben wieder mit einer Rede in einem der Bureaux, die Aufsehen erregt, obwohl sie nur das ausspricht, was alle ruhigen und verständigen Leute längst fühlen mußten. Er nahm von dem Paragraphen der „Volksrechte", der dem Einzelnen Arbeit garantirt, Anlaß, die ganze Selbsttäuschung, die in solch einer Zusage liegt, ausführlich nachzuweisen, und zeigte die Gefahr, die darin liege, daß man etwas Unhaltbares verspreche. Er wünsche, sagt er, daß man sich mit allen Socialisten in eine offene feierliche Verhandlung einlasse, daß man sie auffordere, das angeblich in ihrem Besitz befindliche Geheimniß mitzutheilen, wie allen Leiden des Volkes ein Ende gemacht werden könne; könnten sie dieses nicht, so solle man sich auch an ihre Versprechungen für die Zukunft nicht kehren, denn versprechen, was man selbst nicht besitze, heiße nur neues Blutvergießen vorbereiten. Eine Regierung könne allerdings durch geschickte Benutzung ihrer Hilfsmittel, bessere Vertheilung der Steuern, Begünstigung der Produktion die Arbeit vermehren, die Lage der Arbeiter verbessern, aber gegen große industrielle Krisen könne sie doch Nichts thun, als hie und da lindern; Arbeit aus Nichts schaffen könne sie nicht. Es ist traurig, daß es erst blutiger Erfahrungen bedurfte, um die Staatsquacksalber um ihren Kredit zu bringen und jenen einfachen trivialen Wahrheiten wieder Eingang zu verschaffen.

Afrika.

* Algier, 20. Juni. Zu wiederholten Malen haben schon die deutschen Zeitungen, namentlich die Kölnische und die Augsburger Allgemeine, auf die barocke Besetzung der Konsulate im Mittelmeere aufmerksam gemacht. Was an andern Orten stattfindet, darüber kann ich Ihnen keine Nachricht geben, aber schwerlich findet irgend sonst eine merkwürdigere Besetzung der Konsulate Statt als hier. Hören und urtheilen Sie! 1) Der österr. Geschäftsträger ist ein Schweizer und zugleich Schweizerkonsul! 2) Der preuß. Konsul ist ein Däne!! 3) Der hessendarmstädtische Konsul ist derselbe — ein Däne! 4) Der hannoversche Konsul ein Engländer, der englische Konsul! 5) Der mecklenburgische Konsul ein Schwede!! 6) Der hanseatische Konsul allein ist ein „Deutscher." Die übrigen deutschen Staaten sind nicht repräsentirt, und wahrlich es wäre zu wünschen, Alle sammt und sonders seien nicht vertreten, als auf eine Weise, die die Deutschen im Auslande dem Spotte und Gelächter aussetzt. Doch ist hoffentlich die Zeit nicht mehr fern, wo Deutschland im Auslande durch Deutsche vertreten wird und nicht durch diese bunte Musterkarte aller Nationen, wo man auch im Auslande mit Stolz und Selbstgefühl gestehen kann, daß man dem deutschen Volk angehört! Der Uebelstand ist hier von der deutschen Bevölkerung so tief gefühlt, daß sie eine Kommission beauftragt hat, eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt zu entwerfen, um sie um schleunige Abhilfe desselben zu bitten.

Rußland.

Die Börsenhalle berichtet: Briefen aus Petersburg vom 24. Juni zufolge ist dort die Cholera ausgebrochen.

Der St. Petersburger Polizeianzeiger vom 24. enthält bereits die amtliche Mittheilung über den Eintritt der Cholera, welcher am 21. stattgefunden hatte; es waren bereits mehrere Personen an der Krankheit gestorben. Sechs große Hospitäler in verschiedenen Stadttheilen sind zur Aufnahme der Cholerakranken bestimmt und mehrere andere sollen binnen Kurzem eröffnet werden.

Auch in Moskau hat sich die Cholera wieder sehr heftig gezeigt, besonders am 11. 12. Juni, an welchen beiden Tagen von 222 Erkrankten 122 starben. Außerdem herrscht die Cholera in 20 andern südlichen und westlichen Gouvernements von Rußland.

Nachschrift.

* Die Frankfurter Briefe kommen uns, wir wissen nicht, ob durch die Schuld der Post oder des Korrespondenten, leider abermals zu spät, d. h. kurz vor dem Schlusse des Blattes zu. Da es uns unmöglich ist, den Bericht über die Sitzung vom 4. Juni noch vollständig zu geben, so erwähnen wir nur in Kürze, daß die Interpellation Blum's über das schon erwähnte Schreiben der Bundesversammlung an Erzherzog Johann, wie zu erwarten war, verunglückt und die Versammlung zur Tagesordnung übergegangen ist. Auch wurde ein Schreiben vorgelesen von der nach Wien abgesandten Deputation, welches von der freudigen und begeisterten Aufnahme, die sie überall „in jedem Dorfe, in jeder Stadt", namentlich in Nürnberg fand, lautes Zeugniß ablegt. Das ist die beste Antwort des souveränen Volkes auf die Aufruhrproklamation des demokratischen Centralausschusses.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Rheinische Dampfschifffahrt. Kölnische Gesellschaft.

[628]³ Tägliche Abfahrt vom 9. Juni an:

Von **Mannheim** nach **Cöln** 6 Uhr Morgens in einem Tag.
„ „ „ **Mainz** 7 Uhr Abends im Anschluss an das Boot von Strassburg und 2. Zugs von Schlierigon.
„ „ „ **Strassburg** 10 Uhr Abends.

Von **Mainz** nach **Mannheim** 12¾ Uhr Mittags und 5 Uhr Abends.
Von **Strassburg** nach **Mannheim — Mainz** 10½ Uhr Morgens.

Nähere Auskunft ertheilt:

Mannheim, den 8. Juni 1848. ***Die Agentur.***

Niederländische Dampfschiffe.

Täglicher Dienst. Zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Ohne umzuladen in zwei Tagen bis Rotterdam und in drei Tagen von Rotterdam nach Mannheim. Abfahrt von Mannheim 5 Uhr Morgens. Das Boot vom Sonntag korrespondirt mit dem jeden Dienstag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier". Der Agent

[629]¹ Mannheim, 26. Juni 1848. **L. W. Neuner.**

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Eduard Lump, 79 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wenden man sich an G. L. Lizemann in Straßburg Nr. 20 Grand, Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 187. Heidelberg, Freitag 7. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Krisis in Frankreich. — Wien (die Wahlen. Der Ban von Kroatien. Erzherzog Stephan anwesend. Empfang des Erzherzogs Johann. Einnahme des Forts Covenella). Prag (die Reichswahlen. Der Nationalausschuß und der provisorische Regierungsrath aufgelöst). Neuwied (Entwaffnung der Freischärler aus Schleswig-Holstein). Vom Rhein (verf. Arbeiterverein. Rede des Präsidenten). Regensburg (die Deputation der Nationalversammlung). Ulm (die Solidaritätsadresse). Hannover (die erste Kammer lehnt die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung ab). Mannheim (Erklärung des vaterländischen Vereins gegen die Aufruhrproklamation). Homburg (kriegerische Bewegungen. Gerüchte aus Kopenhagen). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Interpellation Blums. Beisetzung der Deputirten an den Präsidenten. Die Debatte über die Grundrechte des Volks. Rücksicht auf die letzten Verhandlungen).

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen: Erklärung Palmerstons über das Verhalten der Regierung zu Frankreich. Günstiger Finanzbericht des Schatzkanzlers.

Frankreich. Paris. Beruhigende Erklärung an den englischen Gesandten. Louis Bonaparte wieder gewählt. Die Verhaftelen. Deutsche unter den Insurgenten. Gesandene Gelder zusammen. Verluste der Mobilen. Caonignac über die Nationalwerkstätten. Finanzvorlagen. Ein Vorschlag Dupins auf Verlängerung der Gewalt Cavaignacs. Die Nationalgarden in den Provinzen.

Belgien. Die Grundzüge einer Wehrverfassung. Ein konstitutionelles Glaubensbekenntniß. Berlin. Die Abgeordneten des demokratischen Kongresses angekommen. Küstrin. Untersuchung der Polengefängnisse. Hannover (das Militär soll auf die Verfassung beeidigt werden). Schweiz. Bern. Verhandlungen über den Bundesentwurf. Italien. Zustimmungsformel der Lombarden zur Verschmelzung mit Sardinien.

Heidelberg, 6. Juli.

Der jüngste Aufstand in Paris ist in ganz Europa mit einer Theilnahme und einer ängstlichen Spannung aufgenommen worden, wie das sonst nur bei dem ernsten Entscheidungskampfe einer Revolution der Fall ist; mit allem Rechte, denn der Ausgang verhütete oder beförderte eine Revolution, die vielleicht nicht von langer Dauer war, oder jedenfalls Gräuel und Zerstörung in einem Maße in sich barg, wie kaum eine der früheren. Allenthalben, wo ähnlicher Gährungsstoff vorhanden war (und die gefüllten Minen, die bereit waren, aufs erste Zeichen zu springen, waren z. B. in Deutschland auch dem blöden Auge sichtbar), da freute man sich über den Sieg, den hier Ordnung, Gesetz und Freiheit gegen Anarchie und Pöbelherrschaft erfochten hatte. War auch die Freude getrübt durch den Anblick der schweren und blutigen Opfer, so fühlte doch Jeder, daß ein Sieg der dies Mal Ueberwundenen nicht nur eine bestimmte Regierung oder Verfassung, sondern Alles, worauf der Staat und die Gesellschaft beruht, Sitte, Familie und Eigenthum, ernstlich gefährden mußte. War aber der Sturm an der Seine beschwichtigt, so war auch in den Nachbarländern die Ruhe fürs Erste gesichert; die renommistischen Vorposten des Aufruhrs, die auch außer Frankreich die „rothe Republik" schon leben ließen und sich probweise einübten auf den bereits angekündigten Kampf, mußten zurückgezogen und die blutige Nachahmung der Tragödie in Paris vorerst verschoben werden. Die schon fertigen Siegesbulletins, deren erste Vorläufer die affiliirte Presse ausgesandt hatte, mußte man für jetzt vertagen.

Die Aengstlichen und die Pessimisten konnten lernen, daß auch ein mit aller Verzweiflung und Hartnäckigkeit geführter Kampf, der lange vorbereitet und durch technisches Geschick mächtig unterstützt war, der Anarchie nicht sofort das Feld gewinnen würde; selbst wenn in Paris die Sache zweifelhaft war, es regten sich dies Mal die Provinzen in selbstthätigem Eifer, und seit langer Zeit zum ersten Male führten auch sie, nicht die Hauptstadt allein, eine Stimme mit in dem blutigen Entscheidungskampfe. Es zeigte sich, daß das in den letzten Monaten ausgesprochene Drohwort: „wir ziehen nach Paris", keine leere Phrase war, und wenn die Pariser Bevölkerung zweifelhaft oder muthlos war, so konnte sich um die Mauern der Hauptstadt ein Kampf des modernen Girondismus gegen die Jakobiner entspinnen, dessen letzter Ausgang sehr wahrscheinlich ein anderer war, als im Jahre 1793. Denn daß eine mächtige konservative Kraft in der französischen Nation noch vorhanden sei, daß die „feige" Bourgeoisie, da wo es galt, die Grundlagen der ganzen politischen Gesellschaft zu schützen, ihr Leben kühn einsetzte und mit einer Energie, mit einer Erbitterung sich schlug, der man nur einen würdigeren Gegner hätte wünschen mögen, das waren bemerkenswerthe und unerwartete Zeichen für alle Die, welche zunächst darauf rechneten, wenigstens Frankreich zu Experimente ihrer zerstörenden Staatsexperimente machen zu können.

Und doch war das nicht die einzige theuer erkaufte Lehre, die man aus der letzten Katastrophe ziehen konnte. Hatte man doch dem „neuen Souverän" nicht nur aus dem sauer Erworbenen der Fleißigen und Arbeitsamen eine immense Civilliste ausgeworfen, als wollte man das Versprechen einer „wohlfeilen" Regierung noch roscher Lügen strafen, als dies vom Julikönigthum geschehen war, sondern man hatte lange genug dem neuen Souverän mit derselben Koketterie Höflingsdienste gethan, wie die Diener der Monarchie dem alten. Statt den Arbeitstrieb zu pflegen und zu wecken, wurden Pflanzschulen des Müßiggangs errichtet; Statt die bürgerlichen Tugenden des Fleißes, der Zucht, des gesetzlichen Sinnes groß zu ziehen hatte man die Masse in aller wüsten Rohheit und Unwissenheit aufwachsen lassen, sprach ihr schmeichelnd nur von ihren Rechten, nie von ihren Pflichten, und war nach allem dem erstaunt, daß ein Proletariat emporwucherte, in welchem die ganze Wildheit ungesitteter Zustände mit einer guten Dosis gesitteter Laster verschmolzen war.

Nicht ohne Vorwurf kann man die Verblendung oder den Leichtsinn betrachten, womit man diesem Proletariat erst die Arbeit „garantirte", socialistische Komödien im Palais Luxembourg aufführen und eben so kostspielige als gefährliche Experimente auf Staatskosten vornehmen ließ, bis man sich schließlich genöthigt sah, zur Erhaltung der Fundamente des Staats die „Garantie der Arbeit" in Kanonaden und Deportationen umzuwandeln. Wohl gewährt es eine hohe Befriedigung, die politische Charlatanerie der Louis Blanc'schen Staatskunst noch rascher enthüllt und in ihrer Armuth bloßgestellt zu sehen, als es die kältesten politischen Beobachter erwartet hatten; so theuer diese Belehrung Frankreich auch zu stehen kam, sie ist und bleibt ihres Preises werth, und die eitlen Schönredner, die mit aller Geheimnißthuerei und Anmaßung einer Sekte ihr politisches Arkanum der Welt anpriesen, werden nun schwerlich wieder in die Lage kommen, mit dem Wohlstand eines großen Staates ihre Versuche auf Tod und Leben zu erneuern. Aber lange genug hat eine unthätige und schwankende Regierung das Alles geschehen lassen; unentschieden nach der einen wie nach der andern Seite hin, wollte sie mit der bürgerlichen Ordnung sich vertragen und kokettirte doch auch mit dem Proletariat. Sie ließ den Gährungsstoff mächtig anwachsen und sah dem Allem mit offenen Augen zu, ohne daß sie den Muth besessen hätte, mit einer entschiedenen und unzweideutigen Politik einzugreifen. Sie fürchtete die Krisis und bedachte nicht, daß jeder Moment den unvermeidlichen Ausbruch nur furchtbarer werden lasse.

Diese Regierung ist gefallen, wie sie es verdiente. Ohne Sang und Klang mußte sie mitten im Sturme das Steuerruder kräftigeren Händen überlassen, und keine Popularität von ehedem, kein wohlerworbener Glanz des Namens hat sie vor der bittern Ungunst des Volkes schützen oder ihr den Vorwurf ersparen können, daß ihre Sorglosigkeit und Schwäche den Ausbruch der Katastrophe vorbereitet habe. Mit wahrer Lust hat sich Frankreich einer neuen Regierung in die Arme geworfen, die, wie die Umstände es verlangten, diktatorisch und militärisch war; keine Stimme der Mißbilligung ist laut geworden, als diese Regierung, ihrem Ursprung getreu, rücksichtslos verfuhr, die freie Presse und das Versammlungsrecht antastete und Martialgesetze verkündete. Ist es

Digitized by Google

Bedenken verschwand vor dem Vertrauen, daß man in die Personen setzte, und vor der Einsicht, daß es jetzt, wenn auch mit vorübergehenden Opfern, zunächst der Rettung des Staates gelte. So hat der kurze Zeitraum von vier Monaten hingereicht, die wesentlichsten Phasen der ersten Revolution abzuwickeln; wir waren noch vor vierzehn Tagen beim Direktorium, stehen jetzt schon beim Konsulate, wer weiß wie bald wir wieder an den Pforten der Monarchie stehen? Wer hätte vor vier Monaten für möglich gehalten, daß Louis Blanc so in die verächtliche Ecke gestellt sein könne, in der damals Thiers stand, oder daß Thiers so bald wieder eine politische Person sein würde, Thiers, der damals in ganz Frankreich keinen Wahlbezirk fand, der ihn wählte? Wer hätte damals in Lamorieière, einem Manne der Regentschaft vom 23. Februar, einen der bevorstehenden Ministee gesehen, indeß Lamartine und Ledru Rollin so ganz verbraucht sind, daß man nicht einmal der Mühe werth findet, sie zu nennen? Wer durfte damals daran denken, daß selbst ein Louis Bonaparte eine momentane Bedeutung gewinnen könne, nicht trotz, sondern wegen seiner Prätendentenschaft, und weil eben Alles sich sehnt, aus den unsichern Zuständen sich in feste und geordnete Verhältnisse zu flüchten? Diese vier Monate haben die Franzosen den Werth einer starken und vom kleinen Kriege der Faktionen unberührten Staatsgewalt sehr schätzen lehren; die Zeit der Reaktion ist für sie nahe, jener gefährlichen Reaktion, die nicht von Außen an sie heran, sondern von Innen aus ihnen selber heraus kommt.

Man täusche sich nicht über den Werth des obligaten Rufes „vive la république", wie sich denn die Franzosen selber darüber schwerlich täuschen. Das „vive le roi" am letzten Neujahrstage hat die Julimonarchie nicht vor dem Untergang geschützt, und in der ersten Revolution hat man nie lauter sein „vive la république" gerufen, nie mit mehr Pomp republikanische Feste gefeiert, als in den Zeiten, wo die wahre Begeisterung erloschen war und die innerliche Kälte mit künstlichem Feuer verdeckt werden mußte. Es bedarf da der Umtriebe eines Prätendenten nicht; die Lage der Sachen drängt von selber auf das Unvermeidliche hin. General Cavaignac ist ein aufrichtiger Republikaner; seine Antecedentien und seine Aeußerungen weisen darauf hin, daß nicht Cromwell oder Bonaparte, sondern eher Washington sein Ideal sein wird. Es wäre die glücklichste Wendung für Frankreich, wenn dieser Mann, der es aus dem Sturme rettete, auch die drohenden Stürme der nächsten Zukunft von ihm abwehren könnte. Es ist noch an den Fundamenten der Freiheit so Vieles zu bessern, es ist für politische und sittliche Erziehung des Volkes, für den Schutz der Freiheit und Persönlichkeit in der Gemeinde, in der Provinz noch so Viel zu thun, es sind noch so manche Reste des jakobinischen kaiserlichen und königlichen Despotismus wegzuräumen, über deren Umfang sich bei der besten papiernen Verfassung niemals ein kräftiger und gedeihlicher Bau der nationalen Freiheit gestalten kann. Die Grundsätze und Theorien des Volksstaats sind in Frankreich bis zu einer feinen Spitze ausgebildet, die Nichts zu wünschen übrig läßt; dagegen fehlt es an den Maßregeln, Handlungen, an den Personen vielfach, die jene Freiheiten schützen und pflegen sollen.

Wie sich auch Cavaignac's Regierung entwickeln mag, der Zug, den die Dinge nehmen, kann nicht zweifelhaft sein. Geht es schlecht, so wird sein Regiment das „letzte Mittel" der Republik gewesen sein, und die Sehnsucht nach festen Zuständen nur wachsen; geht es gut, so wird man das Verdienst der einigen und monarchischen Leitung des militärischen Oberhauptes zu Gute schreiben und sich unwillkürlich dem Wesen der Monarchie, wenn auch dem Namen oder Titel nach nicht, mehr und mehr nähern. Jede Krisis im Innern oder von Außen, wird den politischen Instinkt des Volkes einmüthig dahin führen, an eine feste, unwandelbare Gewalt zu denken und wir haben es schon gesehen, ein paar harte republikanische Monate thun in dieser Hinsicht Wunder. Frankreich „wird seinen Herrn haben", auch wenn man in Namen und Titel nicht so rasch zur Vergangenheit zurückgreift und damit sein politisches pater peccavi ablegt. Die Franzosen haben jedoch zu allerzeit in solchen Umsprüngen eine Virtuosität bewährt, vor der jede Analogie mit andern Völkern zu Boden fällt.

Oesterreich. Δ Wien, 30. Juni. Die Deputirten zum Reichstage treffen nach und nach hier ein, besonders zahlreich aus Galizien; unter den bis jetzt Angekommenen sind wenigstens neun, welche kein Wort deutsch verstehen! — In dem Stanislawer Kreise wollten die Bauern den Kaiser als Deputirten wählen und als ihnen begreiflich gemacht wurde, daß das nicht möglich, so gingen sie unmuthig auseinander und wählten gar nicht. — Graf Stadion ist für Galizien gewählt und wird demnächst hier erwartet. — Die Vorberathungen zu der hiesigen Abgeordnetenwahl nehmen ihren Fortgang; in dem ersten Wahlbezirke der innern Stadt wird wahrscheinlich der Minister Pillersdorf gewählt werden. Als er als Kandidat auftrat, legte er eine Art Glaubensbekenntniß vor den 110 Wahlmännern des ersten Bezirks ab, in welchem er sagte, daß er mit dem Konstitutionsentwurfe des 25. April stehen und fallen werde. (Die Frage über den Anschluß an Deutschland ließ er unberührt). Bei dem provisorischen Skrutinium hatte Pillersdorf die Stimmenmehrheit. Auch Graf Taaffe — welcher seit Kurzem von Innsbruck zurückkam — hatte eine Stimme, worüber eine große Heiterkeit in der Versammlung entstand. Man vermuthet, daß der edle Graf und Exminister sich jene Stimme selbst ertheilte. — Hier ist allgemein das Gerücht verbreitet Banus Jellachich habe in Innsbruck im Namen von ganz Kroatien das Verlangen gestellt, daß die ungarischen Ministerien des Kriegs und der Finanzen, wieder nach Wien verlegt würden und die Vollziehung dieses Begehrens stehe demnächst zu erwarten — doch konnte ich noch nichts Officielles hierüber erfahren. Soviel ist gewiß, daß der von dem Kaiser kürzlich entsetzte Banus noch immer Befehle von Innsbruck aus an die kroatischen Bewohner und Truppen ergehen läßt, welche dort vollzogen werden. — Erzherzog Stephan ist seit vorgestern mit zwei ungarischen Ministern hier, dem Vernehmen nach, um die kroatische Frage zu einer friedlichen Lösung zu bringen. — Erzherzog Johann gewinnt sich durch sein freundliches Entgegenkommen und seine Leutseligkeit bei jeder Gelegenheit, wo sich das Volk ihm nähert, alle Herzen. Am 27. wurde ihm zu Ehren eine große Militärparade auf dem Glacis abgehalten, wobei die N. G. Spalier bildete. Die Truppenanzahl bestand aus 8000 Mann. Am 28. defilirte die N. G. vor ihm, und diesmal machte das Militär Spalier. Es war ein imposanter Anblick, diese 40,000 Mann Garden alle schon ganz gut exercirt und mit wenigen Ausnahmen schon ganz uniformirt vorüber ziehen zu sehen. Ueberall wo sich der Erzherzog zeigte, wurde er von einem tausendstimmigen „Hoch" begrüßt. Es war sichtbar ergriffen von diesem Empfang und mußte sich wiederholt das Tuch vor die Augen halten, um seine männlichen Thränen zu verbergen. Das Vivat, welches für ihn ertönte war vollstimmig, die ganze Bevölkerung nahm Antheil, und nicht einer der anwesenden blieb stumm.

Wien, 30. Juni. Zufolge eines dem Kriegsministerium gestern Abend zugekommenen Berichts des Feldmarschallieutenants Baron Welden aus Treviso vom 27. Juni hat derselbe am 25. das Fort Cavanella an der Etsch unter dem Jubel der Einwohner besetzt, wodurch nunmehr Venedig auf dem ganzen Perimeter von da bis Cortelazzo eingeschlossen ist. (Wien. Z.)

Prag, 29. Juni. Die Prager Zeitung vom heutigen Tage enthält ein Publikandum des Gubernialpräsidenten Grafen Thun, in welchem er auf Befehl des Kaisers den provisorischen Regierungsrath für aufgelöst erklärt. Ein anderes Publikandum löst den Nationalausschuß auf.

Prag, 29. Juni. Bis jetzt sind 92 Reichstagswahlen bekannt geworden. Unter den Deputirten sind 40 Bauern und kleinere Gutsbesitzer, 18 Bürger, 12 Beamte, 4 Juristen, 3 Aerzte, 4 Schriftsteller, 2 Industrielle und nur 1 Geistlicher. Beinahe die Hälfte der Wahlen fiel demnach auf Bauern. (C. Bl.)

Preußen. Neuwied, 2. Jul. Ein bewaffneter Trupp der Taunschen Freischaar, von dieser entlassen und aus Schleswig-Holstein kommend, hatte die letzte Nacht bei den hiesigen Bürgern gastliche Aufnahme gefunden und war heute Morgen im Begriffe, die Stadt zu verlassen, um nach Koblenz weiter zu reisen, als mittelst des k. Landrathes durch den Oberpräsidenten das hier einquartirte Militär sowie die Bürgerwehr requirirt wurde, die Entwaffnung und Festhaltung dieses aus etwa 46 Mann bestehenden kleinen Korps zu bewirken. Es geschah dies in größter Ruhe und Ordnung ohne irgend eine Widersetzlichkeit, und es werden nun von den betreffenden Behörden in Koblenz stündlich die weiteren Dispositionen erwartet. (K. Z.)

** Vom Rhein, 3. Juli. Wenn ich heute nochmals auf das Treiben des Kölner Arbeitervereins zurückkomme, so geschieht das, weil dieses Treiben in keiner Weise ignorirt werden darf, denn, ich wiederhole, was ich schon früher gesagt, dieser große Verein, der von Männern unumschränkt beherrscht wird, welche es mit der Wahl der Mittel für ihre Zwecke nicht sehr genau nehmen, wächst mehr und mehr zu einer Macht heran, und er stellt die Verwirklichung der socialen Republik offen als seine Aufgabe hin. Es mag deßhalb nicht

uninteressant sein, wenn ich Ihnen den folgenden Vortrag mittheile, in welchem der Präsident und die Seele des Vereins, Dr. Gottschalk, in der letzten, von mindestens 5000 Menschen besuchten, Generalversammlung die Frage einiger ungeduldigen Mitglieder beantwortete, welche die Republik sogleich proklamirt haben wollen; der Vortrag ist in jeder Beziehung äußerst lehrreich. „Bürger! Republikaner!“ — so apostrophirte der „Bürgerpräsident“ die Versammlung — „Soviel ich auf dem Kongresse zu Frankfurt zu erfahren Gelegenheit hatte, ist es die große Mehrheit des deutschen Volkes, welche die Republik als die beste, die wohlfeilste, die einzig haltbare Verfassung für Deutschland beansprucht, weil es eben nur in der Republik dem Staate möglich ist, dem Einzelnen Freiheit und Wohlfahrt zu verbürgen. Ich versichere Ihnen, in Süddeutschland ist man entschlossen, an die Erringung der Republik Gut und Blut zu setzen; von uns aber hoffe und glaube ich nicht, daß es je in der Geschichte heißen werde, wir seien so kalt, seien durch die lange Knechtschaft so tief in Unempfindlichkeit und Gleichgiltigkeit versunken gewesen, daß uns das heilige Feuer der Freiheit nicht habe entflammen können zum Kampfe gegen die Tyrannei der Großen. Bürger! Wir werden die Freiheit, die Republik erlangen, und es werden gewiß nicht viele Monate vergehen bis zu dem Augenblick, wo Deutschland nicht mehr ein geknechtetes, zerrissenes und armes Land, worin nach Tausende dem elendesten Loose Preis gegeben sind, sondern wo es eine einige, freie Republik ein wird. Es ist aber nöthig — hier kommt der interessanteste Theil der Rede — daß wir unsere Kräfte durchaus nicht in einzelnen Excessen und Emeuten zersplittern und schwächen. Bedenken Sie, daß es einen weit größeren Muth erfordert, in den Bedrängnissen des täglichen Lebens, wie sie Ihnen ja wirklich zu Theil geworden, einem vorgesetzten Ziel stetig entgegenzustreben, als sein Leben an die rasche Entscheidung des Augenblicks zu setzen. Bedenken Sie, daß Sie allein nicht stark genug sind, daß Köln nicht Rheinland, noch weniger Deutschland ist, daß eine Provinzialstadt nie eine Revolution, immer nur einen Krawall, eine Revolte machen könnte. Von Berlin hängt Alles ab, für uns aber ist es nothwendig, zu warten, bis die Berliner Bürger zu der Einsicht gekommen sind, daß weder das alte System, noch eine konstitutionelle Verfassung, nach endlich der gothische Unsinn eines deutschen Kaiserthums, von dem man jetzt in Frankfurt so lebhaft träumt, daß alle diese Regierungsformen nicht befähigt sind, dem Volke die Ordnung zu geben, in der allein Heil für Alle ist. In jenem Augenblick der richtigen Erkenntniß und der Entscheidung werden wir einig und fest stehen, und der Sieg wird gar uns hergehen, denn wir haben uns ein Recht zu siegen erworben.“ So weit diese Rede, die ihre Ergänzung erhält durch die Betrachtungen, mit welchen das Organ des Vereins die neuesten Ereignisse in Paris und die Niederlage des Proletariats begleitet. „Triumphirt nicht zu früh; Ihr habt nur den Anfang des Kampfes gesehen, nur den Anfang Eures Todeskampfes ist Euch noch zu sehen vergönnt. Zwischen Euch und uns ist kein Friede mehr. Wir haben Nichts zu verlieren. Eure sogenannte heilige Ordnung hat uns und Tausende unseres Gleichen einem langsamen Hungertode überantwortet; wir ziehen den raschen Tod auf einer Barrikade dem durch Eure Kartätschen vor. Wir haben Nichts zu verlieren, aber Alles zu gewinnen. Statt Eurer „Ordnung“, worin Tausende fleißiger Arbeiter verhungern, damit Wenige schwelgen, wollen wir eine „Unordnung“ gewinnen, in der Keinem hungert und elend ist. Ihr habt uns nicht eingeschüchtert. Statt langsam und elend in steter Entsagung zu verkommen, wollen wir Abrechnung halten, in Abrechnung mit Euch! ....“

Baiern. Regensburg, 2. Juli. Die Deputation der Nationalversammlung, welche von Frankfurt nach Wien eilt, um den Erzherzog Johann von der Wahl zum Reichsverweser in Kenntniß zu setzen und seine Annahme zu erhalen, ist heute Abend, nachdem sie vorher die Walhalla besehen, dahier eingetroffen. Die Stadt war zum Ausdruck ihrer Freude über das für Deutschland so glückliche Ereigniß mit Fahnen geschmückt, und die Abgeordneten zogen in Begleitschaft vieler Wagen hier ein, die sie schon zu Ettershausen eingeholt hatten. Dieselben gehen morgen mit einem Extradampfschiffe über Linz nach Wien. (R. Z.)

Würtemberg. Ulm, 3. Juli. Die Untersuchung über den blutigen Abend im Schiff ist im vollen Gange. Daß es der niedergesetzten Kommission Ernst ist, die Sache rasch zu betreiben, geht wohl schon daraus hervor, daß selbst am gestrigen Sonntage Verhöre vorgenommen wurden. — Heute Nachmittag wurde in Begleitung eines unübersehbaren Zuges von Leidtragenden und unter dem Rasseröhren einer zahllosen Menschenmenge der kaum 26jährige Friedr. Haag, als Opfer der blutigen Scenen im Schiff, zur Ruhe bestattet. Eine Bürgerversammlung petitionirt bei den Ministerien um öffentliches Gerichtsverfahren gegen die Schuldigen. (U. Sch.)

Hannover, 2. Juli. Der Morg. Z. zu Folge hat die erste Kammer den Konferenzvorschlag, das Militär, „unbeschadet des milit. Gehorsams“ auf die Verfassung zu vereidigen, wiederum abgelehnt, und wird die Konferenz nun fortgesetzt werden. Dagegen hat sie den Vorschlag statt der Bitte, das Vertrauen zum König auszusprechen, daß er, dem Beispiele seiner königl. Vorfahren getreu, seine Civilliste zum Besten des Landes beschränken werde, angenommen.

Baden. Δ Mannheim, 5. Juli. Gestern wurde auch in dem hiesigen vaterländischen Verein eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen, worin die entschiedenste Mißbilligung des Aufrufs des Centralausschusses der demokratischen Vereine ausgesprochen und die Versicherung gegeben wird, daß die Mitglieder entschlossen seien, mit allen Mitteln nöthigenfalls mit den Waffen den Beschlüssen der Nationalversammlung Achtung und Folge zu verschaffen. Eine Ansprache an das deutsche Volk in gleichem Sinn fand heftigen Widerspruch an einem Mitglied des Vorstandes, welcher in seiner Eigenschaft als Präsident der südrheinischen Sektion der demokratischen Vereine die Erklärung abgab, daß der Centralausschuß in jenem Aufruf seine Zuständigkeit überschritten habe und daher von den demokratischen Vereinen selbst werde desavouirt werden. Dies wurde mit großer Befriedigung entgegengenommen, hielt aber die Versammlung nicht ab, jene Ansprache an das deutsche Volk zu erlassen, welche ich Ihnen bald zusenden zu können hoffe.

Schleswig. Aus dem deutschen Heerlager an der schleswig-dänischen Grenze vom 1. Juli schreibt man dem Hamb. Korr. Nachstehendes: General von Wrangel war am 28. v. M. mit dem größten Theil seiner Armee aus seinen Kantonnements zwischen Flensburg und Apenrade aufgebrochen, weil er vernommen hatte, die Dänen hätten sich in der starken Stellung bei Hadersleben verschanzt und gedächten dort eine Schlacht anzunehmen. Am 29. v. M. waren die deutschen Truppen der feindlichen Stellung gegenüber; am 30. v. M. in aller Frühe gingen sie vor, um dieselbe anzugreifen — aber vergeblich, der Feind war während der Nacht abmarschirt und hatte hinter der Koldingau, auf jütschem Grund und Boden, Schutz gesucht. Nur den holsteinischen Jägern und einigen Abtheilungen preußischer Husaren ist es gelungen, den im Rückzuge bewunderungswerth schnellen Feind einzuholen und ihm einige Gefangene abzunehmen. Die jütsche Grenze beabsichtigt der General v. Wrangel nicht zu überschreiten, weil ihm bisher nur ein sehr geringer Theil der vom deutschen Bunde verheißenen Unterstützungen zugegangen ist, dagegen aber wird er eine solche Vertheilung seiner Truppen vornehmen, daß dadurch das nördliche Schleswig gegen erneuerte Unternehmungen der Dänen geschützt sein dürfte.

Ferner aus Flensburg, 1. Juli: Hadersleben ist wieder vom Feinde befreit worden. General Bonin zog sich mit seinen Truppen seitwärts links von Hadersleben nach Norden, um wo möglich den Dänen in den Rücken zu fallen. Diese erhielten aber auch neue Winke davon, daß wieder „Pickelhauben“ nahe waren, da verließen sie schon die Schanzen und machten eiligst rückwärts. Bei Hadersleben fanden kleine Scharmützel Statt. Einige Häuser wurden in Brand geschossen und etwa 14 Dänen gefangen genommen, die heute schon hier durch nach Rendsburg gebracht wurden. Unsere Truppen standen gestern in der Nähe von Christiansfeld. Die Hadersleber Flüchtlinge kehren jetzt wieder zu ihren Familien zurück. Die Passage ist wieder frei. Es steht anzunehmen, daß Gen. Wrangel einen Angriff von der Seeseite befürchtet, indem hier earige Nacht mitgetheilt wurde, daß im Laufe des heutigen Tages 3000 Mann einrücken würden. Braunschweiger und Hannoveraner kamen schon am Vormittage an; diese lagen im Sundewittschen.

† Hamburg, 2. Juli. Auf dem Kriegsschauplatz, auf welchem es bisher Waffenstillstand war, regt es sich wiederum und zwar auf mehreren Stellen zugleich. Außer dem Vorpostengefecht, welches das Tann'sche Korps bei Apenrade bestanden hat, hat man auch bei Gravenstein gekämpft, 60 Gefangene haben die Dänen verloren und sollen dieselben heut nach in Rendsburg eingebracht werden, wie uns ein von dort kommender Officier versicherte. Die Dänen sind also von Alsen wiederum nach Sundewitt herübergekommen, sind aber gleich mit aller Aufmerksamkeit empfangen worden. Ob dies letztere Gefecht wiederum nur ein Vorpostengefecht war, wie das bei Apenrade, oder ein ernsteres Treffen, welches noch fortwährt und von dem uns nur die Details fehlen, können wir bis jetzt nicht angeben. Der Dänen Versuch zu landen scheint gänzlich gescheitert und die ganze Sache nicht von allzugroßer Bedeutung zu sein oder es muß sehr günstig für unsere Truppen abgelaufen sein, da noch keine Verwundeten in

Digitized by Google

Rendsburg angekommen sind. Von der Affaire des Tann'schen Korps sind schon Verwundete gebracht worden. Schon seit 3 Tagen fehlt jede Nachricht von Kopenhagen, das letzte Dampfschiff, welches ankommen sollte, Malmö, ist nicht eingetroffen. Man vermuthet nun nach allen Seiten, daß Etwas passirt sei. Schon vor 8 Tagen theilte das Merck'sche Komptoir dem Freihafen und dem Altonaer Bürgerverein mit, daß das Kabinet Orla Lehmann und Tscherning gestürzt sei, die ganze Woche war man daher gespannt auf Nachricht von dort, obgleich Nichts eintraf, und bis jetzt die Post ganz ausblieb. Die andere vom Merck'schen Komptoir zu gleicher Zeit verbreitete Nachricht ist indessen wahr geworden, Erzherzog Johann ist zum Reichsverweser ernannt, Hr. Merck muß in Frankfurt die Stärke der Stimmen genau gekannt haben, und darum kann auch wohl diese wahr sein und man hat die Dampfschiffe nicht abgehen lassen. Möglich ist in dieser Zeit Alles. Nach einer andern Version, die an der Börse kursirt, ist das Schiff „Malmö" untergegangen, es hatte schon vorher Havarie gelitten. Doch ist dies minder glaublich. Am glaublichsten ist wohl der Sturz der Kriegspartei und das ans Ruder Treten der Friedenspartei.

ô Frankfurt, 4. Juli. Die Verhandlung in der Paulskirche war eine der pikantesten, welche bisher stattgefunden hatten; aber freilich nicht durch die auf der Tagesordnung stehende Diskussion über die Grundrechte. Vielmehr war diese fast geeignet, einen Schrecken vor der bevorstehenden Riesenarbeit einzuflößen, einer Riesenarbeit nämlich in Beziehung auf die Zeit, welche dazu erforderlich ist, wenn es so fortgehen sollte. Die deutsche juristische Gründlichkeit hatte gleich den ersten Paragraphen mit solchen Barrikaden von Amendements umschanzt, daß man trotz einer wahrhaft heldenmüthigen Diskussion — heldenmüthig hauptsächlich für die Hörenden — von Morgens 10 Uhr bis Abends 3 Uhr seiner noch nicht habhaft werden konnte. Ich werde mir es nicht versagen, die verehrten Leser der „Deutschen Zeit." durch meinen nächsten Bericht über diese Sitzung auch ein Wenig ins Mitleiden zu ziehen. Desto lebhafteres Interesse gewährte die Diskussion, welche auf die Interpellation Blums in Beziehung auf das Glückwünschungsschreiben der Bundesversammlung an den Reichsverweser erfolgte. Die Interpellation ging allerdings nicht so weit, als das gestern erschienene Manifest der „radikal-demokratischen Partei der Nationalversammlung." Sie stellt nicht die Behauptung auf, daß „die ganze Berathung und Entscheidung im Schooße der Nationalversammlung nur ein leeres Spiel gewesen, in dem vorher die Diplomaten Alles mit einander ausgemacht und darnach die Fäden gesponnen hätten, und daß die Mehrheit der Nationalversammlung, anstatt der Freiheit, nur den Interessen der Dynastien gedient hätte." Diese Behauptung war vielmehr der Interpellation Blums offenbar auf eine sehr ungeschickte Weise vorangegangen, wie denn überhaupt der klügere Theil der Linken durch die Ungeschicklichkeit ihres äußersten Anhängsels von Tag zu Tag mehr ruinirt wird. Immerhin aber ging entweder die Interpellation ursprünglich von einem ähnlichen Verdachte aus, oder sie suchte ihn zu erregen. Blum ging jedoch, wahrscheinlich durch das plumpe Zuvorkommen des Manifestes vorsichtig gemacht, ziemlich leicht über diesen Punkt hinweg und legte das Hauptgewicht darauf, daß überhaupt die Regierungen durch ihre Gesandten in dem Glückwünschungsschreiben eine Zustimmung ausgesprochen hätten, was er so sehr den Beschlüssen und der Stellung der Nationalvers. zuwider fand, daß er den Antrag stellte, von der Bundesversammlung amtlich eine Erklärung über den Sinn und die Bedeutung dieser Stelle in dem Schreiben zu verlangen. Die Sprecher von beiden Seiten waren diesmal sehr kampfgerüstet, und insbesondere brachte die ätzende Lauge, welche sogleich der erste Gegenredner, v. Schmerling, über die Interpellation und was damit zusammenhing, ausgoß, eine solche Wirkung hervor, daß es keinen Augenblick zweifelhaft war, wo der Sieg sei. Schuselka und Vogt standen dem Interpellator zur Seite, Edel und Lichnowsky waren die Kampfgenossen des angegriffenen Bundestagspräsidenten. Eine Aeußerung des Letzteren gegen die Linke, durch welche sich diese verdächtigt und beleidigt glaubte, veranlaßte eine Zwischendebatte, welche später am Schlusse der Sitzung noch einmal aufgenommen wurde und sich von der Linken jetzt hauptsächlich gegen den Präsidenten richtete, weil dieser den Ordnungsruf versäumt habe. Eine Erklärung sowohl von Schmerling als dem Präsidenten endete den Streit. Die Nationalversammlung ging mit großer Mehrheit über die Interpellation zur Tagesordnung. Schmerzlicher als diese Niederlage war für die äußeren Fraktionen der Linken ein in der Nationalversammlung vorgelesenes Schreiben der Deputation nach Wien, von Nürnberg aus geschrieben. Dieses bildet in Gemeinschaft mit der Leipziger Monstrepetition eine so schlagende Erwiderung auf das Manifest, daß es einer andern kaum mehr bedarf. Ich theile Ihnen das Schreiben nach seinem ganzen Inhalte mit.

„Nürnberg, den 2. Juli 1848. An den Präsidenten der konstituirenden Nationalversammlung. Herr Präsident! Festliches Jubel begrüßte uns in jedem Dorfe, in jeder Stadt, durch welche uns der Weg unserem Ziele entgegenführt. Freudige Gesichter, herzliche Worte bekundeten uns überall die Zufriedenheit des Volks mit der Person des von der Nationalversammlung gewählten Reichsverwesers und die Uebereinstimmung mit dem gewichtigen Beschlusse, in Folge dessen uns der ehrenvolle Auftrag geworden, Erzherzog Johann als Reichsverweser zu begrüßen und nach Frankfurt in die Mitte der Vertreter des deutschen Volkes zu führen. Hätten wir noch irgend zweifeln können an der Zustimmung des deutschen Volkes, jeder Zweifel wäre geschwunden durch Fürth's und Nürnberg's wackere Bürger. Deputationen dieser Städte, an deren Spitze die Bürgermeister und Stadträthe, so wie die Vorstände der verschiedenen politischen Vereine, empfingen uns schon auf der letzten Station vor Fürth und gaben uns das Ehrengeleite. Die Bürgerwehr in vollem Waffenschmucke und die ganze Bevölkerung jubelten uns entgegen, und Kanonendonner, geschmückte Häuser, unzählige Lebehoch und festliche Nachtmusik verkündeten des Volkes Freude und dessen festes Vertrauen zu der Nationalversammlung, sie werde, wie sie nun den Grundstein zu Deutschlands Einheit gelegt, so auch des Volkes Freiheit und Recht sicher zu stellen wissen. — Wir halten es für Pflicht, Ihnen, Herr Präsident, und durch Sie der Nationalversammlung Nachricht zu geben von der freudigen und zuversichtsvollen Stimmung des Volkes, die wir überall gefunden, und insbesondere von dem ebenso glänzenden als herzlichen Empfang, den das befriedsame Fürth und das altehrwürdige Nürnberg, um in unseren Personen der Nationalversammlung ihre Verehrung zu bezeigen, uns bereitet haben. — Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung der vorzüglichen Achtung, mit der wir zeichnen, Ihrer ergebensten: a. Andelan, Jucho, Raveaux, Franke, v. Saucken-Tarputschen, v. Rotenhahn, Heckscher.

ô Frankfurt, 5. Juli. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung hat, wie ich Ihnen bereits geschrieben habe, hauptsächlich durch die Interpellation Blum's Interesse erregt. Dieser Kampf der Parteien wurde bekanntlich durch die Stelle in dem Glückwünschungsschreiben der Bundesversammlung an den neu gewählten Reichsverweser veranlaßt, worin die Bevollmächtigten von sich sagten, daß sie schon vor dem Schlusse der Berathungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt waren, für eine Wahl des Erzherzogs zu so hohem Berufe sich zu erklären. Der Interpellator findet sich zwar durch die ihm von dem Präsidenten bereits gegebene Erklärung, daß zwischen der Bundesversammlung und der Nationalversammlung keine Verhandlungen stattgefunden hätten, nicht befriedigt, erklärt jedoch, daß er es aufgegeben habe, mit einem bestimmten Antrag aufzutreten, er wolle nur nähere Auskunft verlangen über das, was geschehen sei. Die angeführte Stelle in dem Glückwünschungsschreiben sei sehr auffallend. Nach der Erklärung des Präsidenten habe zwar ein officielles Verkehr mit der Bundesversammlung oder einem Theil derselben nicht stattgefunden, die angeführte Stelle aber sei darum nicht weniger verletzend; er wolle nicht von der Machtvollkommenheit der Nationalversammlung reden, welche darin angetastet erscheine, aber dafür sei zu sorgen, daß das Vertrauen im Volke nicht geschmälert werde, was durch dieses Schreiben leicht geschehen könne. Man werde sich fragen, woher denn die Bundesversammlung so bestimmt vorausgewußt habe, wer gewählt werde, und wenn denn das so bestimmt gewesen wäre, wozu dann noch diese Verhandlungen in der Paulskirche? Man werde sagen, durch dieses Schreiben sei die von der Nationalversammlung abgelehnte Zustimmung der Regierungen durch eine Hinterthür wieder hereingebracht. Wenn die Regierungen das Recht hätten, sich dafür zu erklären, so könnten sie sich eben so gut auch dagegen erklären; es sei das ein Vorbehalt, der bei der nächsten Wahl, und man wisse nicht, ob nicht bald eine solche stattfinden werde, sehr gefährlich werden könnte. Er trägt darauf an, daß die Nationalversammlung eine amtliche Erklärung über den Sinn und die Bedeutung der genannten Stelle jenes Schreibens von der Bundesversammlung verlangen solle. Er wolle eine amtliche Erklärung, nicht eine ministerielle, durch den Bundespräsidenten, welcher hier in der Paulskirche nur als Abgeordneter einen Sitz habe.

v. Schmerling erwidert hierauf: er habe allerdings als Abgeordneter in dieser Versammlung seinen Sitz; allein der Umstand, daß er zugleich Präsident der Bundesversammlung sei, gebe ihm eine doppelte Stellung, und er werde auch in dieser antworten. Er könne so gut wie jeder Andere hier in der Paulskirche mittheilen, was er in

Digitized by Google

einer andern Versammlung außer derselben erfahren habe. Es sei allerdings wahr, daß die todtgemachte Bundesversammlung am 29. Juni spät Abends sich noch versammelt und eine Glückwünschungsadresse an den soeben gewählten Reichsverweser verfaßt habe. Alle patriotisch gesinnten Deutschen hätten an diesem Tage sich gefreut, und nun könne es darum den Bundestagsgesandten wohl nicht so sehr verargen, daß sie über das Ereigniß des Tages auch eine Freude gehabt und in den allgemeinen Jubel eingestimmt hätten; ja, er müsse noch weiter sagen, daß er sogar noch durch einen eignen Eilboten das Glückwünschungsschreiben nach Wien abgesendet habe, und daß dadurch die Nachricht sogar vielleicht zuerst von der Bundesversammlung aus an den Erzherzog Johann gelangt sei; er müsse freilich sagen vielleicht, indem ein Mitglied der Linken schon an dem nämlichen Tage, ehe der Wahlakt begonnen habe, nach Wien abgereist sei, um die Nachricht dem Erzherzog Johann zu überbringen. Es sei jedoch leicht möglich, daß dieser die Reisekosten umsonst aufgewendet habe; denn der Redner müsse es jetzt nur offen gestehen, daß er sich die Freiheit genommen habe, schon 3 Tage früher dem Erzherzog zu schreiben, daß die Wahl wahrscheinlich auf ihn fallen werde. Ueber den Punkt des Hochverrathes, dessen sich die Regierungen an dem Volke schuldig gemacht hätten, dadurch, daß sie für die Wahl der Nationalversammlung sich erklärten, wolle er die näheren Aufschlüsse geben. Seit 3 Wochen sei kein Ort in Deutschland, wo nicht von dieser Wahl gesprochen worden sei, das finde man ganz in der Ordnung, nur die Regierungen hätten sich nicht darum bekümmern, Nichts davon erfahren sollen. Sie hätten in der allgemeinen Bewegung und Aufregung schlafen sollen. Der Bericht des Ausschusses habe darauf angetragen, daß die Regierungen 3 Direktoren vorschlagen sollen; es sei doch denkbar und nicht einmal ganz unwahrscheinlich gewesen, daß dieser Antrag des Ausschusses die Zustimmung der Nationalversammlung finde. Was hätten nun die Regierungen thun sollen? Immer noch Alles ignoriren? Was würde die Versammlung gesagt haben, wenn sie den Ausschußantrag angenommen hätte, und nunmehr erst die Regierungen unter sich herumgefragt hätten, wen sie denn eigentlich vorschlagen wollten. Die Regierungen mußten sich damals über einen Vorschlag nothwendig vereinigen, und daher sei es begreiflich, daß man bereits vor dem Beginne der Berathung in der Pauluskirche über die Männer übereingekommen sei, welche man vorschlagen wollte, in dem Falle, daß der Kommissions-Antrag angenommen würde. Darüber aber sei man von vornherein ungewiß gewesen, ob die Nationalversammlung die Dreiheit annehmen würde, und man habe sich daher auch für den Vorschlag eines Reichsverwesers parat gehalten und ein Uebereinkommen in dieser Beziehung getroffen. Die Nationalversammlung habe nun übrigens nicht nur die Einheit angenommen, sondern auch beschlossen, selbst zu wählen, und nun habe sich herausgestellt, daß sie denselben Mann gewählt habe, welchen die Regierungen vorgeschlagen haben würden, wenn sie dem Antrage des Ausschusses gemäß vorzuschlagen gehabt hätten. Dieses Zusammentreffen der Wünsche der Nationalversammlung und der Regierungen sei in dem Schreiben ausgedrückt. Er gebe zu, daß es den Herren auf der Linken angenehm gewesen wäre, wenn diese Centralgewalt ein Anlaß zu einem Zerwürfniß zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung geworden wäre. Das sei nun allerdings nicht geschehen, es sei kein Zerwürfniß eingetreten, sondern eine vollständige Uebereinstimmung, und er sei stolz darauf, immer dahin gewirkt zu haben, daß ein solches Zerwürfniß nicht eintrete. Er trägt darauf an, über die Interpellation Blum's zur Tagesordnung überzugehen. Die am Schlusse der Rede gegen die Linke gerichtete Bemerkung hatte unter dieser eine große Aufregung hervorgebracht, und sie forderte stürmisch, daß der Redner zur Ordnung gerufen werde. Der Präsident weigerte sich dessen. Er habe in den Worten, sowie er sie verstanden habe, eine Verdächtigung nicht gefunden, er werde sich aber dieselbe, sobald sie von den Stenographen übersetzt sei, vorlegen lassen, und dann am Schlusse der Sitzung wieder darauf zurückkommen.

Schuselka. Man habe gesagt, der Bundestag sei eine Leiche, wenn aber das wirklich so sei, so scheine noch sein Geist bestimmt, Unfriede zu säen. Das Vorparlament habe festgesetzt, daß jede Mitwirkung an dem Verfassungswerke abzulehnen sei; nun habe schon das bekannte Promemoria das Mißtrauen erweckt, man werde im Geheimen einwirken, da man es öffentlich nicht könne. Die Rede Schmerlings habe dieses Mißtrauen aufs Neue erweckt. Die Fürsten Deutschlands hätten vor 30 Jahren Verfassungen versprochen; das Volk habe ihnen vertraut, aber Nichts erhalten; jetzt habe sich das Volk vorbehalten, die Verfassungen zu geben, und es werde dabei großmüthiger gegen die Fürsten sein, als diese gegen das Volk gewesen seien. Er stellt den Antrag, die Nationalversammlung solle die deutschen Fürsten auffordern, ihren Gesandten jede Einmischung in die Verhandlungen der Nationalversammlung zu verbieten.

Der Präsident bemerkt, dieses sei ein selbständiger Antrag, welcher mit der Interpellation nicht in Verbindung stehe und also jetzt nicht berathen werden könne.

Edel kann jenem Beglückwünschungsschreiben den Werth nicht beilegen, der ihm beigelegt werden will, noch auch den Sinn darin finden, welcher ihm unterschoben wird. Was die Bundesversammlung gethan habe, das liege hier unzweideutig vor. Sie habe auf alle Eventualitäten gefaßt sein müssen, wenn nicht große Störungen hätten eintreten sollen. Er könne es der Bundesversammlung nicht zum Vorwurf machen, wenn sie im Gegensatze zu der früheren den Wünschen des Volkes zuvorzukommen suche und der Nationalversammlung die Beschlüsse gleichsam vom Mund absehe. Wenn die Regierungen erkennen, daß ihre Wünsche im Einklang stehen mit denen des Volkes, so könne er nicht einsehen, was darin für ein Unrecht liege. Er unterstützt den Antrag auf Tagesordnung.

Vogt. Niemand könne zweien Herrn dienen, man könne nicht zu gleicher Zeit in einer berathenden und einer Exekutivbehörde sitzen. Die Mitglieder des Bundestages hätten von Anfang an begreifen sollen, daß sie nicht zugleich Abgeordnete der Nationalversammlung sein können. In dem Schreiben heiße es: Die Bundesversammlung sei vorher ermächtigt gewesen, der Wahl ihre Zustimmung zu geben. Und doch sage von Schmerling selbst, daß man erst im Verlaufe der Verhandlung von der Dreiheit auf die Einheit gekommen sei, das sei eben wieder das alte System der Lüge, denn wenn es wahr sei, daß die Bundesversammlung ermächtigt war, 3 Männer vorzuschlagen so sei es nicht möglich gewesen, in der Zeit der Debatte von 6 Tagen die Ermächtigung für den einen zu erlangen. Die Bemerkung Schmerlings gegen die Linke nennt er eine Verleumdung, was ihm von dem Präsidenten einen Ordnungsruf zuzieht. Durch das Glückwünschungs-Schreiben sei in Beziehung auf die Wahl des Reichsverwesers das Mißtrauen unter das Volk gesäet, und man werde sehen, daß es nunmehr fortwuchern werde. Die Rede Schmerlings habe dasselbe nur vermehrt, er verlange mit Blum eine officielle Erklärung vom Bundestag.

Lichnowsky ist überzeugt, daß alle Parteien für Einigung sind, und er hoffe deßhalb, das Mitglied von Leipzig zu überzeugen, daß es seinen Antrag zurückziehe. Der Bundestag sei nicht todt, sondern bestehe nach dem angenommenen Gesetze so lange fort, bis die Centralgewalt in Wirksamkeit getreten sei, und hätten die Regierungen durch die Bundesversammlung allerdings ihre Zustimmung zu der getroffenen Wahl gegeben, er frage aber die Herren von der Linken, ob es ihnen denn angenehmer gewesen wäre, wenn der eine oder der andere Gesandte gesagt hätte: Meine Regierung oder die Kammer in meinem Lande protestirt gegen diese Wahl. Sie möchten sich doch daran erinnern, daß sie im Verlaufe der Diskussion über die Centralgewalt selbst mit einer solchen Protestation der sächsischen Kammer gedroht hätten.

Blum entgegnet hierauf: Man habe nur gesagt, daß man das thun würde, wenn die einzelnen Regierungen gefragt werden. Er habe übrigens nicht geglaubt, daß der Bundestag eine Verwandtschaft mit dem Schwan habe und vor seinem Tode ein heiteres Lied anstimme. Er begreife nicht, wie man in so heiterer Stimmung von dem Leben scheiden könne, wenn man ein falsches Leben hinter sich habe. Der Bundestag habe nie gewußt, was gut und nothwendig sei; ob man es hier gewußt habe, wolle er nicht entscheiden. Der Bundespräsident sei auf eine genügende Erklärung nicht eingegangen; die Nationalversammlung möge daher eine solche auf officiellem Wege, im Interesse der Ordnung und des Friedens, von der Bundesversammlung verlangen. Die Diskussion wurde hier geschlossen, obgleich sich noch mehrere Redner, Römer, Mathy, Binde u. A. gemeldet hatten. Ein Sprecher der Linken berichtigte noch eine Bemerkung Schmerlings, daß das nach Wien abgereiste Mitglied der Linken wohl die Absicht habe, den Erzherzog Johann zu einer Erklärung über die Verantwortlichkeit zu bewegen. Die Nationalversammlung nimmt hierauf den Antrag auf Tagesordnung mit großer Mehrheit an.

Auf dieser steht die Diskussion über die Grundrechte des deutschen Volkes. Eine Reihe von Amendements werden in Beziehung auf den Art. 1 überhaupt und auf den §. 1 desselben insbesondere gestellt und begründet. Sie beruhen sämmtlich nicht auf einer principiellen Verschiedenheit der Tendenz, sondern suchen größtentheils nur eine klarere und bestimmtere Fassung. Solche Amendements werden namentlich von Biedermann, Feltsch, Neumann, Diskau, Könne, Jakob Grimm u. A. begründet. Das des zuletzt Genannten geht auf eine Einschaltung in den Art. 1 und heißt:

„Alle Deutschen sind frei, und deutscher Boden duldet keine Knecht-

Digitized by Google

schaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei.“ Dieses findet in der ganzen Versammlung vielseitige Unterstützung. Die Diskussion geht nunmehr auf den §. 1 des Art. 1 über: „Jeder Deutsche hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben.“ „Das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, übt er da, wo er zur Zeit seinen Wohnsitz hat.“ — Zuerst wird der Ausdruck: Jeder Deutsche von vielen Seiten angefochten, insbesondere von den Deputirten aus den slavischen Ländern. Giskra zeigt, daß das Wort: Deutsche in der czech. Sprache nichts Anderes heiße, als Deutschredende. Wenn darum dieser Ausdruck ohne weitere Erklärung beibehalten werde, so müsse das das Vorurtheil, welches unter den Böhmen herrsche, daß man sie unter die Deutschen herunterdrücken wolle, bestärken. Er wünscht deßhalb, daß hinter dem Worte: „Jeder Deutsche“ eingeschaltet werde: „Jeder Angehörige eines Staates in Deutschland.“ Gegen dieses und viele ähnlicher Amendements wird geltend gemacht, daß ein Gesetz nicht zugleich auch Kommentar des Gesetzes sein könne, daß es sich von selbst verstehe, daß hier Staat und Nationalität zusammenfalle, daß man in Frankreich ja auch nur immer den Namen Franzosen brauche und daß es dabei keinem Menschen einfalle, daß die Elsässer and Lothringer dadurch ausgeschlossen seien. Daß man sich jetzt, wo man ein deutsches Grundgesetz ausarbeite, sich des Namens: Deutsche nicht schämen dürfe, und endlich, daß den Slaven in Beziehung auf die gleiche Berechtigung mit den Deutschen schon durch einen früheren Beschluß hinlängliche Zusage gemacht sei. Die Kat. Vers. nimmt den Ausdruck: „Jeder Deutsche“ ohne weitere Erklärung an. Ueber die weitere Fassung des Satzes liegen abermals zahlreiche Amendements vor, aber gerade ihre große Anzahl mindern die Neigung der Versammlung, auf dieselben einzugehen. — Mittermaier vertheidigt gegen dieselben den Antrag des Ausschusses. Er macht darauf aufmerksam, wie in der Schweiz in der Zeit der helvet. Republik, wo das Bürgerrecht der Kantone ganz unterging in dem allg. schweiz. Bürgerrecht, Niemand damit zufrieden war, und wie es nur darauf ankommt, neben dem Staats- und Gemeindebürgerrecht im einzelnen Staate ein allg. deutsches Reichsbürgerrecht zu schaffen und da nach jedem Deutschen möglich zu machen, daß er, wenn er will, das Staatsbürgerrecht in jedem einzelnen Staate erwerbe, aber schon ohne dasselbe überall in Deutschland sich frei aufhalte, ohne Ausweisung fürchten zu müssen, ferner das Recht der freien Niederlassung, des Gewerbebetriebs und der Erwerbung, das Gemeindebürgerrecht ausübr, und nirgends andere Bedingungen hierzu unterworfen sei, als die Gesetze jenes Einzelstaates ihren Staatsangehörigen vorschreiben. Gegen den Beisatz, in Beziehung auf das Recht zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, erheben sich viele Stimmen gegen den Kommissionsantrag; Schelker, Wesendonk u. A. heben hervor, daß dadurch eine sehr große Anzahl von Staatsbürgern außer Staad gesetzt würde, ihr Wahlrecht auszuüben, z. B. alle im Dienste befindlichen Soldaten, Dienstboten, Handwerker und Studenten. Es wird daher vorgeschlagen, Aufenthalt statt Wohnsitz zu setzen, und etwa die Zeit des Aufenthaltes zu bestimmen. Dagegen wird für den Kommissionsantrag geltend gemacht, daß sich leicht wandernde Wegetruppen bilden könnten, daß man nicht wissen könne, ob Jemand schon anderswo gewählt habe, und überhaupt nicht untersuchen könne, ob er ein Deutscher sei. Es seien Regimenter auf dem Marsche, die eine Gemeinde geradezu ihres Wahlrechts berauben könnten. Die Nationalversammlung kommt zu keinem Beschluß darüber und will die Sache aussetzen bis zur Berathung des Wahlgesetzes. Eine Abstimmung über den Paragraphen erklärt der Präsident erst in der nächsten Sitzung vornehmen zu können, weil er die große Zahl der Amendements erst in eine Ordnung bringen müsse, um sie in einer rechten Reihenfolge zur Abstimmung vorlegen zu können.

Die linke Seite verlangt nunmehr, daß die indessen übersetzten Worte des Hrn. v. Schmerling vorgelesen und derselbe wegen der darin enthaltenen Beleidigung zur Ordnung gewiesen werde. — Die Angriffe sind hauptsächlich gegen den Präsidenten gerichtet, weil er den Ordnungsruf versäumt hat, und die Linke verlangt, daß die Nationalversammlung das Verfahren desselben mißbillige. Die Worte v. Schmerlings hätten eine Verdächtigung enthalten, und die Nationalversammlung solle nicht zugeben, daß die Ehre der Mitglieder auf der einen Seite in solcher Weise verletzt werde.

Nach einer ziemlich gereizten Debatte erklärte v. Schmerling, daß es nicht in seiner Absicht gelegen gewesen sei, irgend ein Mitglied dieses Hauses irgendwie zu verdächtigen; übrigens überlasse er es dem Präsidenten, ihn zur Ordnung zu rufen, wenn er die von ihm ausgesprochenen Worte irgendwie für unparlamentarisch halte. Der Präsident erklärt hierauf: wenn er die Worte des Hrn. v. Schmerling so vor sich gehabt hätte, wie sie jetzt vor ihm liegen, so würde er denselben zur Ordnung gerufen haben. Er müsse aber dabei erinnern, daß Hr. v. Schmerling wohl am meisten in der Lage sei, eine Entschuldigung in dieser Beziehung in Anspruch zu nehmen, nachdem er in seiner Stellung als Präsident der Bundesversammlung so viele Bitterkeiten in diesem Hause habe hinnehmen müssen.

♂ Frankfurt, 5. Juli. Es ist kein Zweifel mehr, die Gefahr ist überstanden; alle Zeichen sagen es, die Besonnenheit ist auf dem Wege zurückzukehren in die Köpfe und die Gemüther. Als in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung der Verfassungsausschuß den Antrag stellte, es soll, sowie im englischen Parlamente eine dreimalige Lesung einer jeden Bill stattfindet, auch über die Reichsverfassung eine dappelte Berathung stattfinden, da war es hauptsächlich die Linke, welche diesen Antrag bekämpfte. Bedenkt man, daß in England außer der dreimaligen Lesung eine Bürgschaft gegen übereilte Beschlüsse noch in der Berathung eines Oberhauses liegt, so ist die Forderung einer nur zweimaligen Lesung oder Berathung in ein und derselben Versammlung gewiß eine bescheidne. Hr. Bassermann hob unter Anderem hervor, daß bis zu dieser zweiten Berathung die öffentliche Meinung Zeit fände, sich über die in der ersten Berathung gefaßten Beschlüsse auszusprechen. Daß auch dieser Grund die Linke nicht bewog, dem Antrage beizustimmen, dünkt mir nun ein Beweis, daß sie die jetzt eingetretene Richtung der öffentlichen Meinung ihren Ansichten nicht für günstig hält. Und wahrlich, wenn man die Riesenadresse aus Leipzig mit fast 10,000 Unterschriften liest, in welcher diese Stadt ihrem Gewählten, Hrn. Blum, erklärt, daß sie mit seiner Wirksamkeit nicht einverstanden sei — wenn man liest, wie selbst der Turnerkongreß in Hanau sich durch Abstimmung gegen die Wühlerei ausspricht — wenn nun aus dem Schreiben der Deputation der Nationalversammlung vernimmt, mit welchem Volksjubel diese Kurboten auf ihrer Reise nach Wien überall empfangen werden — wenn man gar an dem Steigen der Staatspapiere eine erfreuliche Wiederkehr des Vertrauens wahrnimmt, da begreift man den melancholischen Klageruf des Hrn. Dietsch aus Annaberg: die Reaktion sei wieder auf ihrer Höhe angelangt. — Aber nicht aus alle dem Ebengesagten folgert dieser neu auftretende Kämpe der Linken den Sieg der Reaktion, sondern aus einem ganz anderen Umstande. Seine Schlußfolgerung ist allzu belehrend, als daß ich Ihnen nicht etwas ausführlicher darüber berichten sollte. Hr. Blum hat nämlich heute gethan, was Viele von seinem Verstande nicht erwartet, er hat seinen Aerger darüber, daß der Bundestag sich für eine Zustimmung sämmtlicher Regierungen zur Wahl eines Reichsverwesers zeitig und erfolgreich bemühte, wirklich mit dem Antrag auf die Rednerbühne gebracht: die Nationalversammlung solle wegen solcher vermessenen Thätigkeit die Bundesversammlung um amtliche Auskunft angehen. Dieser Aerger darüber, daß eine „in Päulait übergegangene Leiche“ noch immer thätig ist, hat etwas Komisches, und so kam es denn zu dem Unerhörten, zu dem Unglaublichen, daß während der Rede des großen Führers der Linken ein lautes Lachen nicht unterdrückt werden konnte. Schon bei der Ankündigung der Interpellation hatten sich, wie einer Ihrer Korrespondenten ganz richtig beobachtete, hievon die Vorboten gezeigt; und auch ich sagte Ihnen schon vor Wochen in meinem ersten Briefe, Blum scheine mir bei Weitem kleiner als sein Ruf, und dieser werde keinen langen Bestand haben. Zorn und Haß darf der Führer einer Partei erregen, aber nicht Lachen. Wo der Gegner einmal selbst das, was man Respekt nennt, ich meine den Respekt vor dem Talente, der Ueberlegenheit, der Taktik, verloren hat, da wird er auch nicht mehr gefürchtet, und dann hat man gegen ihn keine andere Waffe mehr nöthig, als die des Humors. Diese Waffe schwang denn auch gestern Hr. v. Schmerling, der Bundespräsidialgesandte, über dem elast so furchtbaren Haupte mit einer Ueberlegenheit, welche die ganze Versammlung, natürlich mit Ausschluß der Geschlagenen, zu immer steigender Heiterkeit hinriß. Wer hätte eine solche Scene noch vor sechs Wochen für möglich gehalten? Nun kam der Aeger abermals auf die Rednerbühne, und daß Hr. Blum jetzt sich über das „Witzeln“ beschwert, finde ich natürlich. Doch hören Sie nun, was Hr. Dietsch aus dem heiteren Tone des Bundestagsgesandten gegenüber dem Führer der Linken folgert. Hieraus eben folgert er, daß die Reaktion ihren Höhepunkt erreicht hat, denn, sagt er, in solchem Tone spricht nur der Starke gegenüber dem Schwachen. Ist diese Schlußfolgerung, dieses Eingeständniß nicht lehrreich? Ich schrieb Ihnen schon neulich, wie man bald einsehen werde, daß hinter all' den großen Worten der Linken keine Stärke sei. Nun kommt die Schwäche zu Tag, und nun klagt Hr. Dietsch darüber, daß diese Schwäche kein Geheimniß mehr ist, und nennt das „Reaktion.“ Aber auch dieses Wort ist verbraucht. Diese Schlagwörter-Waffen

Digitized by Google

nutzen sich rasch ab. Man fragt nun wieder nach Gründen, nach dem Wesen einer Sache, und ich bin fest überzeugt, noch ehe Wochen vergehen, hat das deutsche Volk bewiesen, daß im Großen und Ganzen seine Einsicht und seine Besonnenheit zu dem Ungeheuren des Umschwungs, den es erlebt, doch nicht im Mißverhältnisse steht. — Ueber den Antrag des Hrn. Blum ging die Versammlung natürlich zur einfachen Tagesordnung über, ich sah selbst das ganze linke Centrum sich für diesen Beschluß erheben. — Aber außer dem Berichteten gewährte die heutige Sitzung noch eine andere nicht unerfreuliche Wahrnehmung. Hrn. v. Schmerling war der Ausspruch entfahren: den Mitgliedern der Linken sei ein Zerwürfniß zwischen der Nationalversammlung und den deutschen Regierungen angenehm. Hiergegen zeigte sich eine Empfindlichkeit, welche sehr erfreulich wäre, erlaubte sich die Linke nicht ganz häufig das Gleiche und noch Stärkeres gegen die Mehrheit der Nationalversammlung. Ist diese nicht sogar des Hochverraths an der Souveränetät des Volks beschuldigt worden? Aber immerhin! Es ist schön, daß die Linke sich — sowenig auch das Manifest ihrer „radikal-demokratischen" Fraktion dazu stimmt — gegen den Vorwurf verwahrt, als wolle nicht auch sie Einigkeit zwischen Regierungen und Völkern. Das lautet nun schon ganz anders, als an jenem Samstag, den ich so gern aus der Geschichte des deutschen Parlaments streichen möchte, wo in stäckender Anwesenheit der „famosen" Demokraten der Nationalversammlung gedroht wurde, wenn sie nicht schleunig die Wünsche des Volkes erfülle, so werde dieses kommen und ihr „helfen." Freuen wir uns dieser Aenderung des Tons, und hoffen wir auf noch weitere Besserung. — Als bemerkenswerth hebe ich aus der gestrigen Sitzung noch die Mittheilung des Hrn. Wagner aus Steyr hervor, daß Hr. Schilling nach Wien gereist sei, um im Interesse der Einigkeit den Erzherzog Johann zum Verzicht auf die Unverantwortlichkeit zu bewegen. Der gutmüthige Oesterreicher hat, wenn diese Mittheilung richtig ist, bei dieser selbstgewählten Mission nur vergessen, daß es nicht von einer Person, sei diese auch noch so hoch gestellt, abhängen kann, aus einem Gesetze, das in seinen verschiedenen Theilen ein zusammenhängendes Ganzes bildet, einen dieser Theile, vielleicht den wichtigsten, herauszureißen. Ja solchem Gedankengange erkennt man wieder einmal recht die Verwechslung des Politischen mit dem bloß Persönlichen. Nicht der Person des Erzherzogs zu Gefallen wurde der Reichsverweser für unverantwortlich erklärt, sondern aus Gründen politischer Nothwendigkeit. Das englische Parlament würde nimmermehr einen Verzicht der Königin auf die Unverantwortlichkeit der Krone annehmen. Die Aufrechthaltung eines politischen Systems hängt bei Staatsmännern nicht von einem persönlichen Belieben ab. Herr Schilling hat daher auch sicher seine Reisekosten umsonst aufgewendet. — Schließlich mache ich Ihre Leser noch auf ein Organ des Centrums der Nationalversammlung aufmerksam, das unter dem Titel: „Flugblätter der deutschen Nationalversammlung" von den Mitgliedern derselben, Herren Bernhardi, Jüegens und Löw, herausgegeben wird. In gediegenen Aufsätzen erhält der Leser hier Aufschluß über das, was eben verhandelt worden, wie über das, was zur Verhandlung bevorsteht. Auch die politische Satyre, bisher in der deutschen Literatur so selten, wird hier auf geistreiche Weise gehandhabt. Dieses Organ verdient Verbreitung.

Niederland.

* Haag, 28. Juni. Die zweite Kammer ist mit Berathung der Grundgesetzentwürfe in den Abtheilungen beschäftigt. Die Vorsitzer derselben waren übereingekommen, der Behandlung der einzelnen Artikel eine Diskussion über die Hauptpunkte und die Principienfragen vorhergehen zu lassen, so namentlich über die Wahlart, den Staatsrath, das Kronei nkommen, das Placet ꝛc. Allem Anschein nach ist die Meinungsverschiedenheit innerhalb der Kammer nicht so groß als außerhalb derselben. Namentlich übt die Presse eine scharfe und nachdrückliche Kritik an den Entwürfen aus, zumal wo diese von den ursprünglichen Vorschlägen der Staatskommission in einem nicht liberalen Sinn abweichen. Die vorgeschlagenen Wahlbestimmungen scheinen sich in ihren Motiven zu widersprechen. Die Regierung erklärt sich für die direkte Wahl, weil es angemessen sei, daß wer sich vertreten lassen müsse, auch selbst den Vertreter wähle; weil wer einen guten Wahlmann ernennt, auch in der Regel einen guten Vertreter wählen werde; weil ferner die Erfahrung lehre, daß auch der gemeine Mann von einem natürlichen Takt zu einer guten Wahl geleitet werde; weil in der Landesvertretung sich die Stimme der Mehrheit und nicht die einer Minderheit aussprechen solle; weil endlich die Annahme der mittelbaren Wahlen über kurz oder lang eine neue Grundgesetzreform unvermeidlich erscheinen lasse. Wie stimmt mit diesen Grundsätzen aber der hohe Census von 20 bis 160 fl. direkte Steuer (je nach der Oertlichkeit), die erst zur aktiven Wahl befähigen soll — ein Census, der doch eben die große Mehrheit der Staatsbürger von den Wahlen ausschließt, und der diese mithin keineswegs als volksgemäße in jenem Sinn erscheinen läßt? Obendrein ist eine andere Bestimmung des ursprünglichen Entwurfs der Staatskommission, wornach alle Graduirten auch ohne Census Wähler sind, weggelassen, und zwar, wie das Ministerium sich ausdrückt, um kein neues Privilegium zu schaffen. Aber liegt denn in dem Census kein Privilegium? Oder vielmehr, schafft der Census kein Privilegium, so schafft ein solches auch die akademische Bildung nicht, und jedenfalls liegt in dieser eine ebenso starke Gewähr für die gute Wahl, als in dem Entrichten einer hohen direkten Steuer, d. h. im Geldbeutel. Hat die Erfahrung nicht genugsam gelehrt, wie gefährlich es ist, die Ausübung des höchsten politischen Rechts nach Arm und Reich zu schieben, ganz ohne Rücksicht auf Bildung, Verdienst, Ansehen und Tugend? Kann man den eigentlichen Grund der ganzen gegenwärtigen Bewegung, der ein sittliches Erwachen der Völker gegenüber der Inhumanität der politischen und socialen Zustände ist, so sehr verkennen, daß man noch einmal das materielle Vermögen über das geistige, das Geld über den Menschen emporheben will? Vor einem solchen System verdient ohne Zweifel allgemeines Stimmrecht mit Ernennung von Wahlmännern unendlich den Vorzug. — Die Beibehaltung der ersten Kammer wird richtig aus dem Gesichtspunkt vertheidigt, daß man sich darin einen Hebel gegen jede Uebereilung erhalten will. Die Regierung weist die Unmöglichkeit der Bildung einer erblichen Kammer hier zu Lande nach und sagt sehr richtig, daß andererseits die Ernennung der Mitglieder der ersten Kammer durch den König dem allgemeinen Zwecke der Landesvertretung widerspreche, daß sie eine contradictio in adjecto sei. Auch zeigt sie die Nothwendigkeit, daß die Wahlen für beide Kammern durch dieselben Personen geschehen müssen, wenn das Volk nicht ein zweites Wahlkollegium als einen neuen ihm feindseligen Gegensatz ansehen soll. Endlich dürfte gerechtfertigt erscheinen, daß die Mitglieder der ersten Kammer im Allgemeinen an sich selber großes festes Eigenthum vertreten sollen, um so mehr, als für die Wählbarkeit in die zweite Kammer gar kein Census aufgestellt wird. Jedenfalls aber scheint der Census von 500 bis 1200 fl. direkte Steuer viel zu hoch gegriffen zu sein, indem dadurch die Zahl der für die erste Kammer wahlfähigen Personen zu sehr beschränkt wird, als daß genügender Raum für die Wähler bliebe, die geeigneten Männer zu finden, oder, falls man sich getäuscht, sie durch andere zu ersetzen. Auch möchte die erste Kammer nicht bloß den großen materiellen Reichthum, sondern auch die hohe Intelligenz und das hohe Verdienst um's Vaterland repräsentiren. Ferner sollten die Mitglieder der ersten Kammer nach dem ursprünglichen Entwurfe nur auf drei Jahre, nach dem ministeriellen sollen sie dagegen auf neun Jahre erwählt werden. Neun Jahre ist zu lang in unserer rasch gehenden Zeit, die Vertretung wird dadurch in der That fast illusorisch. Und sehen sich die Wähler schon im ersten Jahre in ihrer Wahl getäuscht, so sollen sie noch acht Jahre sich einen Vertreter gefallen lassen, der ihren Wünschen nicht entspricht! Daher erklärt sich der Ruf selbst gemäßigter Blätter: hinweg mit einer ersten Kammer, die eine Kamarilla der Reaktion werden kann! Lieber noch eine Uebereilung, auf die man am nächsten Tage zurückkommen kann, als eine solche erste Kammer! — Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung demnächst einen Gesetzentwurf über Einführung einer Einkommensteuer von 1 bis 10 Procent an die Stelle der Schlacht- und Mahlsteuer einzubringen. Das Maximum, 10 Procent, soll von einem Einkommen von 20,000 fl. und darüber erhoben werden. — Nachrichten aus Batavia vom 26. April zufolge war der Kriegszug gegen Bali vollkommen ausgerüstet und nur noch zurückgehalten, wie die Einen sagen, wegen der aus Europa angelangten Neuigkeiten, wie die Andern meinen, um vorher die Antwort auf drei Proklamationen abzuwarten, welche der Generalgouverneur an die Fürsten jener Insel gerichtet hatte. — Die ersten Berichte vom diesjährigen Häringfang lauten nicht günstig. Dagegen lassen die Ernteberichte Nichts zu wünschen übrig.

Großbritannien.

London, 1. Juli. Im Unterhause richtete gestern Hr. Wyld an Lord Palmerston die Frage, wie es sich mit dem umlaufenden Gerücht verhalte, daß auf Veranlassung der französischen Behörden ein englisches Fahrzeug an der Küste der Bretagne in Beschlag genommen worden sei? Lord Palmerston erwiderte: „Mir ist hiervon Nichts bekannt, aber ich ergreife diese Gelegenheit zu bemerken, daß in Paris Gerüchte im Gange waren, und zwar aus einer Region her, von der sie am wenigsten hätten hervorgehen sollen" (Palmerston bezieht sich hier auf die jüngsten Insinuationen des Ermin isters des Handels,

Digitized by Google

Die „Grundzüge einer Wehrverfassung."

„Die vielen gutgemeinten Deklamationen über die Nothwendigkeit, Nützlichkeit, Dringlichkeit eines Volksheers, einer Volksbewaffnung, der allgemeinen Wehrhaftigkeit, führen zu Nichts. Die Möglichkeit und Ausführbarkeit muß bis in die letzten Verzweigungen hinein herausgefunden und nachgewiesen werden." Mit diesen bezeichnenden Worten, leitet ein „alter deutscher Officier" seine „Grundzüge einer Wehrverfassung" ein, von deren militärischem und politischem Gehalt wir im Folgendem in möglichster Kürze eine Vorstellung zu geben suchen.

Preußen allein unter allen deutschen Staaten hat den Versuch einer wahren Volksbewaffnung, gegründet auf die naturgemäßen Abtheilungen einer Linienarmee, einer Landwehr und eines Landsturmes, gemacht; aber wie alle die großen Schöpfungen der Jahre von 1807 bis 13 ist auch diese nicht im ursprünglichen Sinne weitergeführt worden. Die kleineren deutschen Staaten haben ein keines weiteren Ausdehnung fähiges Konskriptionssystem; $^1/_4$ oder $^1/_5$ der jungen Mannschaft von 21 bis 27 Jahren, welche ein als ein Unglück angesehener Zufall dazu bestimmt, trägt die ganze Last der Waffenpflicht und Landesvertheidigung. Oesterreich steht im Wesentlichen noch auf dem Standpunkte der stehenden Heere des 18. Jahrhunderts. Auswärts ist man dem Ziele nicht näher gekommen; die schweizer Wehrverfassung hat zu beschränkte Zwecke und steht zu sehr einer Gemeindenmiliz ähnlich; die nordamerikanischen Verhältnisse sind von den unsren zu verschieden; ihnen genügt mit einer geringern militärischen Kraftentwickelung und mit lockeren Formen. Die ganze Aufgabe einer völlig ausnahmlosen Wehrpflicht bleibt uns also noch zu lösen; den Plan und Ausgangspunkt dazu bietet die einfache Idee der preuß. Wehrverfassung, die weitere Ausführung zeichnet der Verf. in folgender Weise vor.

Zunächst handelt es sich um die Lehrstämme, oder um die Rahmen (Cadres), die das Gerippe des Ganzen bilden müssen. Die erste Bedingung dazu sind tüchtige Führer. Sie aus der Wahl des Heeres hervorgehen zu lassen, ist bei dem komplicirten Mechanismus und der massenhaften Entfaltung des heutigen Kriegswesens Nichts weiter als ein wohlmeinender Traum. „Wie die Welt steht, wird man der Specialitäten, der Techniker, wie für jeden andern der großen gesonderten Lebenskreise, so auch für den Krieg nicht entbehren können." Die Führer zerfallen nach der alten praktisch begründeten Scheidung in Officiere und Unterofficiere; Beide haben ihre eigenthümlichen und verschiedenen Funktionen; der Verf. will darum in der Regel keinen Uebergang von den einen zu den andern. Im Kriege muß Jeder, der die entscheidenden Eigenschaften seines Standes zeigt, von Unten an bis zu den höchsten Würden steigen können; im Frieden fehlt es an einem sichern Kriterium, und darum muß an zwei Forderungen festgehalten werden: einem frischen Alter und einer durchgreifenden wissenschaftlichen Bildung. Der künftige Officier soll in den vollen Strom der nationalen Erziehung getaucht werden; auf Gymnasien und Universitäten muß er seine Bildung gewinnen; die Errichtung von militärischen Fakultäten an jenen wird mit geringern Kosten besser Erfolge haben als Kadettenhäuser und andere Pflanzstätten des militärischen Partikularismus. Wenn die Unterofficiere geselligee und in pekuniärer Hinsicht höher und richtiger gestellt sind, so werden sie einen geschlossenen, sich selbst genügenden Stand bilden und in vielen Funktionen die Officiere ersetzen können. Dadurch bedarf man der vielen Leutnants nicht mehr; „in diesem aber steckt das Haupthinderniß rechtzeitigen und raschen Vorrückens zu den obern Stellen und außerdem der eigentliche Sitz des Verkommens in militärischer Richtsthuerei, frivoler Zeitvertreibung und drückendem Nichtigkeitsbewußtsein, wodurch so manche tüchtige Naturen sich um ihre besten Jahre gebracht sehen oder ganz darin untergehen."

Wenn die Lehrstämme gebildet sind, so entsteht die Frage nach der Zeit, die zur Einübung der jungen Mannschaft erforderlich ist. Soll die ganze Masse der Pflichtigen in die Rahmen aufgenommen werden, so muß diese Zeit sich auf ein Minimum reduciren. Das preußische System hält 2—3 Jahre unthunlich, was wieder in Oesterreich und Rußland kaum für einen Anfang gilt; der Bundestag erklärte durch ein Dekret 6 Monate für ausreichend, die neuesten Bürgergenerale etwas Exerciren sonntäglich nach der Kirche. Unsre Verfasser hat, nach Beispielen der Kriegsgeschichte und nach Erfahrungen des Friedens, die feste Ueberzeugung, daß der Lauf eines Sommers hinreicht, brauchbare Infanteristen zu bilden, wenn sie auch „die große Probe des Vorbeimarsches" noch weniger gut bestehen. Er rechnet dabei natürlich auf die Vorbildung durch den Unterricht von früher Jugend an. Der Turnunterricht, militärische Formen der Schuldisciplin, Lehrer, die ihren militärischen Kursus selbst durchgemacht haben, Zuziehung von Unterofficieren und selbst Officieren, frühe Uebung des Schießens — das Alles wird den militärischen Instruktoren gewandte und gebildete Rekruten liefern. Wenn der Verf. hier auf die Jugend rechnet, so rechnet er gewiß nicht fehl; die Erfahrung dieser Tage hat dies gezeigt. Seitdem die Polizei die eiserne Ruthe weggelegt hat, ist sicher die doppelte Quantität Pulver und Blei verbraucht worden. Auf die Neigung und Geschicklichkeit des deutschen Volks zum Schießen, wie sie sich in seiner Jagdlust und seinen zahlreichen Schützengesellschaften kund gibt, legt der Verf. besondern Werth. Er räth, bei der Anschaffung der besten Gewehre keine Kosten zu scheuen, und dann der gleichen Art von Gewehren sich bei jeder Gelegenheit, beim Scheibenschießen, bei der Jagd und beim Exerciren zu bedienen. So würde eine Nationalwaffe sich bilden, „und eine Nationalinfanterie, aus lauter guten Schützen bestehend, würde die Welt besiegen." Der Verf. macht darauf aufmerksam, wie auf diese Weise die Infanterie einer unendlichen Vervollkommnung in der Uebung des Einzelnen fähig sei, während die Kavallerie an der Natur des Thieres, dessen sie sich bedient, eine nicht zu überwindende Schranke hat und die Artillerie fast am Ziel ihrer Verbesserungen zu stehen scheint; er macht die vortreffliche Bemerkung, wie günstig diese Eigenschaft der Infanterie für die Verwirklichung eines Volksheeres sei, und wie von nun an auf die theuern und mit technischen Elementen stärker versetzten Waffen kein so starker Accent mehr falle wie ehemals. Dadurch hofft er auch die Nachtheile auszugleichen, welche die kurze Einübungszeit für Kavallerie und Artillerie mit sich führen könnte.

Zum Zwecke der Formation wäre nun das Land in Regimentsbezirke von 2—300,000 Seelen, etwa vier auf eine Million, zu theilen. Jeder Bezirk, oder besser mehrere gemeinschaftlich, haben ihren Waffenplatz, wo die Stämme in Garnison stehen, wo möglich eine Festung; in der Nähe passende Plätze zum Exerciren, mit Sommerbaracken für die Mannschaft, Schießplätzen, Turngerüsten, Reitbahnen u. s. w. An diesen Plätzen erscheint Ende April die junge Mannschaft von 22 Jahren, was der Verf. für das beste Alter zum Diensteintritt hält, wo einer Kommission, die zunächst aussucht, und nach der Körperbeschaffenheit und der frühern Beschäftigung zu den verschiedenen Waffengattungen eintheilt. Jeder Bezirk hat Lehrstämme für ein Infanterieregiment, zu zwei Feld-, einem Ersatz- und einem Festungsbataillon, ein Kavallerieregiment zu 3—6 Schwadronen, eine Batterie zu 6—8 Geschützen. Die Schwächern, Langsamern, minder Tauglichen, selbst die mit wirklichen, aber geringern Gebrechen Behafteten kommen zum Ersatz- und Festungsbataillon; ganz zurückweisen möchte der Verf. so Wenige als möglich, er möchte auch die kärglich Begabten nicht ausschließen von der Ehre, das Vaterland zu vertheidigen, er möchte der Schrecken erregenden Degeneration des Geschlechts nicht gleichsam eine öffentliche Sanktion geben. 2500 Wehrpflichtige liefert ungefähr jeder Bezirk; 2000, glaubt der Verf., würden nach Ausscheidung der schlechthin Untauglichen immer noch bleiben. Von diesen fielen 200 dem Feld- und Ersatzbataillon zu, dem Reiterregiment 160, der Batterie 70—80; für die 4 Feldbataillone der Infanterie bleiben etwa 1200, 75—80 Rekruten für jede Kompagnie. Um die unvermeidlichen Schwankungen nach örtlichen Zuständen zu ertragen, ist die Formation nachgiebig genug. Nun begänne also die fünfmonatliche Uebungszeit. Sie hat am meisten Schwierigkeit für die Kavallerie. Der Verf. aber sucht dem zu begegnen mit derselben sinnreichen Benützung der lebendigen Volkszustände, die wir oben bei dem Schützenwesen gesehen haben. Er rechnet auf die jungen Leute, besonders die reichern, auf die Söhne von Gutsbesitzern, Pachtern, reichen Bürgern und Beamten, die mit Reiten und der Behandlung des Pferdes vertraut sind. Wer zur Reiterei will, muß sein Pferd mitbringen, das er zu reiten versteht; Sattel und Zeug liefert der Staat; nach beendigter Uebungszeit nimmt der Pflichtige Pferd und Pferderüstung mit nach Haus. So würde es, wo Pferdezucht und großer Grundbesitz herrscht, an Kavalleristen nicht fehlen; auch die jeunesse dorée großer Städte wäre nicht zu verschmähen, besonders wenn der reiche Muttersohn sich noch einen tüchtigen Knecht ausrüstet und mitbringt. Kommt so etwas Aristokratisches in die Reiterei, so hat der Verf. Nichts dagegen und wir auch nicht. Die Uebungen gehen ihren Gang, von der Uebung des einzelnen Mannes zu Zügen und Kompagnien, endlich zum Bataillon und Regiment fort; im August muß dies, und was bei den verschiedenen Waffengattungen dem entspricht, vollendet sein; im September beginnen die großen Uebungen mit kombinirten Waffen. Zu diesen treten denn auch die beiden vorhergehenden Jahresklassen mit hinzu, die 23jährigen auf einen ganzen Monat vom 1., die 24jährigen auf einen halben vom 15. an. So erhält man im Herbst jedes Jahres komplete Bataillone von 800—1000 Mann; Kavallerieregi-

munter von 5 — 600 Pferden und vollständig bespannte Batterien; und diese drei Jahresklassen, eingerahmt in vortreffliche Lehrstämme, bilden auf solche Weise das erste (mobile) Aufgebot des Volksheeres, das jeden Spätsommer vollständig gerüstet und geübt in der Stärke von 28,000 Mann auf jede Million Einwohner, also für ein Land von 40 Millionen eine Million stark, zur Verwendung gegen den Feind bereit steht.

Wir halten hier einen Augenblick inne, und geben den Lesern die Größe dieses Werkes zu bedenken, das ausgeführt nicht seines Gleichen in der Geschichte hätte, und auf dem einfachsten Grunde ruht, auf der ausnahmslosen Belästigung und Heranziehung dreier Jahrgänge unserer wehrhaften Jugend, also in letzter Instanz auf dem Willen und der Thätigkeit der Nation. Wir fordern Jeden auf, sich mit der ganzen Größe dieses Plans zu durchdringen, um so den unermeßlichen Schwierigkeiten zu begegnen. Der erfahrene Verfasser kennt diese auch, aber er sagt uns: Dies sind die Wirkungen und Ergebnisse eines großen und folgerichtigen Princips! er ermahnt uns, „den vollen Muth der Gründlichkeit" zu haben.

Aber die Wirkungen jenes Princips erstrecken sich noch weiter; wie die 22, 23 und 24jährigen das erste, so bilden die vorhergehenden fünf Jahresklassen, die 25 — 29jährigen, das zweite Aufgebot. Der 24jährige, nach Hause entlassene Mann, nimmt seine Waffen mit, oder deponirt sie im Zeughaus und gehört nun dem zweiten Aufgebot an. Es wird nicht stärker sein als das erste, wegen des stärkern Abgangs; seine Abtheilungen sind also die gleichen und eingewöhnten. Zum aktiven Dienst wird es einberufen im Falle großer Kriegsgefahr und bildet dann ein zweites Heer von einer Million waffengeübter Soldaten. Um seine Führer zu finden, muß man zum Princip der Wahl greifen. Die Pflichtigen des ersten Aufgebots bestimmen am Ende ihrer fünfmonatlichen Dienstzeit bataillonweise aus ihrer Mitte die Geeignetern zu Officieren und Unterofficieren; aus dieser Liste wählen die Officiere so viele heraus, als zu Führern nöthig sind, und die Gewählten thun sogleich beim Manöver und in den drei folgenden Jahren als Führer ihren Dienst. So hat man für den Fall des Aufgebots eine Zahl von leidlich geübten Führern, aus denen man den einen Theil der nöthigen Stellen besetzen kann; den andern müßten gerade die ältesten und besten Officiere aus den Lehrstämmen bilden.

Die Männer von 30 — 40 Jahren, in den Waffen geübt, wie sie sind, im Besitz ihrer Waffen, unter bereits vorhandenen Führern, bilden gleichsam von selbst, Gemeindeweise, das dritte Aufgebot, die Bürgerwehr. Ihre Bestimmung wäre der Sicherheitsdienst im Innern, wenn ihn die Zeiten nöthig machen; auch die Männer des zweiten Aufgebots können sich dann an sie anschließen. Wer 40 Jahre erreicht, kann nach seinem Willen zurücktreten oder bleiben. Und somit wäre der Kreis des großen Instituts geschlossen, das vom Knaben an bis zum alternden Manne die ganze männliche Bevölkerung in sich aufnähme, das aus einem Guß geformt alle Vertheidigungskräfte des Landes, alle bisher zerstreuten Formationen in sich faßte; die einfache Idee des preußischen Systems — Linie, Landwehr, Landsturm — ist folgerichtig ausgeführt. —

Dem weiten Grundriß des Systems fügt der Verfasser nun noch nähere Bestimmungen und Ausführungen hinzu; aber wenn er schon hier kurz ist und über weite Strecken mit kühnen Zügen hinweggeht, so müssen wir noch viel kürzer sein; wir heben nur Einiges aus, um zu zeigen, wie der Verfasser überall das Pedantische, Kleingeistige, Koepsmäßige von dem Kriegerstande abstreift und zum Freien, Großen, Sachgemäßen vordringt. Zuerst entwirft er ein lebensvolles Bild von der Thätigkeit der Officiere und der andern stehenden Mannschaft, während der Monate, in denen keine Uebungen sind. Theils durch umfassende Organisirung des Materials, durch fortdauernde Instruktion der Stämme, durch eigene Studien und Vorbereitungen, Vorlesungen für militärische Studirende und militärische Reisen, theils durch Vertheilung auf dem Lande in den Schulen, um die Vorbildung der Jugend zu leiten, „kommen die Herren vom Militär gar nicht aus ihrer Bestimmung des Lehrens und Lernens heraus, und es wird kein Raum sein für das Eindringen des alten, specifisch-militärischen, anmaßenden und frivolen Standesgeistes, vielmehr wird das erhebende Bewußtsein bürgerlich-nützlicher und schaffender Thätigkeit über Alle kommen". Weiter beantwortet der Verfasser den bedenklichen Einwurf, wie es mit dem Garnison- und Wachtdienst solle gehalten werden? und verräth uns mit lachendem Munde, daß dieses nur ein Nothbehelf ist, um das viele müßige Soldatenvolk einigermaßen zu beschäftigen und demnach ohne Weiteres aufhören kann. Es gibt große Städte in England und Nordamerika, die keine einzige Schildwach haben und eine Schildwacht kostet den Staat über 1000 Thlr. jährlich. Zur Unterstützung der Polizei in ernsten Fällen ist der Mannschaft der Stämme schon hinreichend, bei größeren Unruhen hat man das dritte Aufgebot. „Für die Schlösser der Fürsten in den Residenzen wird eine Leibwache aus ausgedienten Unterofficieren das Rechte sein". Für die verschiedenen Arten der Infanterie, Kavallerie und Artillerie weiset der Verfasser wieder auf die lokalen Zustände jedes Landes und Volksstammes hin. Von der Infanterie braucht man nur eine Art, nämlich eine gute; der Wehrmann muß auf das zerstreute Gefecht so gut geübt sein, wie für den Kampf in Linie und Masse. Die Eintheilung in Linien und leichte Reiterei ergibt sich, je nach dem ein Bezirk schwereren oder leichteren Menschen- und Pferdeschlag hat, und ebenso die Eintheilung der Artillerie in schwere und leichte Feldbatterien. Die sog. Specialwaffen, Bautruppen, Pioniere, Pontoniere, finden unter den entsprechenden Handwerkern, unter Zimmerleuten, Schmieden, Schiffern leicht ihre Rekruten. Die Generalität organisirt der Verfasser ganz einfach. Je zwei Bezirke haben ihren gemeinschaftlichen Waffen- und Sammelplatz; ihre vereinigten Mannschaften, etwa 10 — 12,000 Mann bilden eine Brigade, die ein General führe. Ein General aber ist ein Mann, der alle Waffen in seinem Kommando hat. Von höheren Befehlshabern gibt es nur noch Militärstatthalter (Feldhauptleute, Feldzeugmeister, Feldmarschälle) in den Provinzen. Wenn ein Krieg ausbricht, bildet man Heertheile nach dem Bedürfniß aus mehreren Brigaden. Die Befehlshaber findet man theils aus den Kommandirenden in den Provinzen, theils durch Beförderung; „es ist gut, wenn der Ausbruch eines Krieges gleich Beförderungen mit sich bringt und junge frische Kräfte an die Spitze der Abtheilungen kommen". Die Elite der höhern und niedern Officiere sammelt endlich der Kriegsminister um sich; er überwacht und übersieht im Großen und Ganzen alles Personelle und Materielle des unermeßlichen Instituts. Ueber das Montirungswesen mag der Verfasser nicht viel sprechen; er erinnert nur, daß die bunten Lappen es nicht ausmachen, und alles Flitterwerk vom Posamentier unkriegerisch ist; das Kriegskleid soll so wenig als möglich vom bürgerlichen abweichen, und dieses sich nach jenem nach und nach richten. Ein Waffenrock, ein gleichfarbiges Beinkleid, ein Filzhut mit breiter Krempe — damit ist der Wehrmann fertig; im Felde noch der unentbehrliche Mantel und die Bluse, die ulkliche Bluse, „mit und trotz ihrer revolutionären Nebendeutung". Ebenso soll in allem Andern die strengste Einfachheit herrschen. Während der Uebungszeit soll die junge Mannschaft wie im Lager stehen; leichte niedrige Baracken, Strohlager, wenig oder gar keine Möbel, eigene Zubereitung der Speisen in Feldküchen und Kochlöchern. Keine Entziehung von Mühen und Anstrengungen, keine Weichlichkeit, kein Luxus in Lager und Kost; Alle müssen ihre spartanische Suppe aus einem Topfe essen. Des zusammenhaltenden Bandes der Zucht, des Gehorsams, der präcisen Ausführung bedarf ein Volksheer von so verschiedenartigen Elementen, mit so kurzer Dienstzeit, nicht weniger, sondern mehr als der lang eingeschulte stehende perpetuus. „Der Krieg ist ein durch und durch ernstes Metier; wer ihn locker und leichtsinnig, mit halb spielendem Dilettantismus behandelt, an dem rächt er die Verletzung und Verkennung mit schnell und sicher treffender Vernichtung.

Auf den Kostenpunkt würden wir gern näher eingehen, um die Leser ganz in die praktische Realität hineinzuführen, die den Unwurf des Idealismus und der Phantasterei niederschlägt; aber der Raum setzt uns unerbittliche Schranken, und wir begnügen uns mit den allgemeinsten Angaben. Jeder Franzose trägt jährlich etwa 2½ Thaler zu den Kosten des Heeres bei, jeder Preuße etwas über 1½ Thlr.; dafür stellt Frankreich 600,000, Preußen 350,000 Mann. In den kleineren Staaten Süddeutschlands beträgt der Beitrag zwischen ⅘ und ⅞ Thlr. auf den Kopf, in den norddeutschen steigt er über einen Thaler. Der Verfasser berechnet den Etat eines Infanterieregiments nach seiner Formation auf jährlich 192,000 Thlr., den einzelnen Wehrmann zu 72 Thlr., mit dem Zuschuß für Montirungskosten und dergleichen auf 200,000 Thlr., ein Reiterregiment auf 60,000 Thlr., eine Batterie auf 20,000 Thlr. Dies macht für das erste Aufgebot (das zweite und dritte kostet im Frieden Nichts) eine Summe von 280,000 Thlrn., und mit einem Zuschuß von 70,000 Thlrn. für alle sonstigen Militärkosten, von 350,000 Thlrn. für jeden Regimentsbezirk. Dieser Bezirk hat zwischen 2 und 300,000 Einwohner, Eins ins Andere gerechnet, kommen etwa 1½ Thlr. auf den Kopf. Dies wäre um die Hälfte wohlfeiler als das französische System, etwas wohlfeiler als das preußische und etwas theurer als das der kleinern deutschen Staaten, wogegen die unendlich größern Resultate in Anschlag zu bringen sind. Beweis genug, daß die Volkswehr nicht mindere Opfer fordert, als das stehende Heer, und daß nicht die bequeme Politik des Abschaffens, sondern die Erhöhung der Nationalkraft zur

Erleichterung der öffentlichen Lasten führen muß! Die Arbeit der Anwendung und Durchführung in den einzelnen deutschen Staaten ist glücklicherweise jetzt von minderem Belang, da wir endlich auf den Punkt gelangt sind, wo eine einheitliche Organisation und Leitung der bewaffneten Macht bevorsteht. „Dies und die von jeder Bewilligung von Einzelstaaten unabhängige Erlangung der dazu erforderlichen Geldmittel ist die erste und ausschließlichste Bedingung für die Gründung einer Centralgewalt in Deutschland, für die Wiedererhebung unseres Vaterlandes zu einer Macht, zu einem Reich."

Die Ansicht des Vers. über die Ausführung seines Planes gibt uns zugleich seine Meinung über die gegenwärtige Lage der Dinge. An eine sofortige und generelle Einführung denkt er selbst nicht. Ein Bezirk nach dem andern, eine Provinz nach der andern müßte nach dem neuen Systeme organisirt werden. Die sorgfältigste theoretische Ausarbeitung des Planes und die umfassende Vorbereitung des Materials wäre der erste Schritt; dann müßte die Bildung der ausgesuchtesten Lehrstämme folgen, ehe mit der Einübung der ersten Jahresklasse begonnen würde. Selbst in unruhigen und Kriegszeiten könnte sich das System allmählich und leise in's Leben führen, wenn auch dann nicht ohne unvermeidliche Anomalien; aber an durchgreifende, ergiebige, allgemeine Einführung wäre nicht zu denken, so lange nicht ein ziemlich verbürgter Zustand der Ruhe und des Friedens wieder eingetreten ist. Der Verfasser glaubt aber, das deutsche Volk werde eher den Krieg haben, als die Konstitution, und ein guter Krieg werde ihm dann allein eine gute Konstitution bringen können. Der Krieg würde dann zunächst noch geführt werden müssen unter den gegebenen Formen und Bedingungen und unter Benützung und Erweiterung der vorhandenen Mittel. Das Dringendste für den Moment wäre also eilige Vorbereitung und Ueberschlagung der Mittel und des Materials, um die bestehenden Formationen zu verstärken. Dies geschieht nicht durch ewig wiederholtes Geschrei nach Volksbewaffnung, nicht durch die Bildung von Bürgerwehren und Kommunalgarden, noch durch Errichtung von Freischaaren, die so viele edle Kräfte nutzlos vergeuden, vor Allem nicht durch Dekretirung eines allgemeinen Gesetzes über Nationalbewaffnung von Seite einer großen gesetzgebenden Versammlung; es kann nur geschehen durch die Bildung einer centralen Militärbehörde aus Leuten von Fach von allen Bundesstaaten, an der Spitze der Bundeskriegsminister, die mit Berücksichtigung der Verhältnisse aller einzelnen Staaten alle möglichen Mittel zu verabreden und zu organisiren hätte, um das vorhandene Material zu vervollständigen und die bestehenden Formationen zu verstärken und wo möglich zu verdoppeln. „In jedem deutschen Staate werden andere Mittel und Wege die rechten sein, und jetzt im Augenblick des Gebrauches wäre generalisiren hier zerstören. Gerade jetzt im Angesicht drohend hereinbrechender Gefahr ist in solchen Dingen die höchste Schonung der Eigenthümlichkeit und des guten Willens dringend nöthig". Vielleicht kommen dann schon vor dem Kriege, wenn die Gefahr sich dichter zusammenzieht, vielleicht im Laufe desselben die Momente, wo man die Einführung einer Volkswehrverfassung dekretiren und theilweise gleich in's Werk setzen, wo man den vorbereiteten Rahmen öffnen könnte für den Eintritt unserer muthigen und kriegslustigen Jugend. Und dies würde vielleicht nicht die schlechteste Art der Einführung sein. „Der Grund zu einer eingreifend kühnen Neuerung wird am Besten in tiefbewegter Zeit gelegt, die folgende ruhigere baut dann aus". —

Wir haben den Inhalt dieser Schrift in den größten Zügen mitgetheilt, um ihn einem möglichst großen Leserkreise nahe zu bringen. Wer der Sache einen ernsten Antheil und ein tieferes Studium widmen will, der wird die Schrift selbst zur Hand nehmen und ihrer klassischen Haltung sich erfreuen, die über der gereiften Erfahrung die Größe und den Schwung des Gedankens nicht verloren hat. Daß aber der Sache allerwärts der ernsteste und gründlichste Antheil gewidmet werde, dazu können wir nicht genug ermahnen, nicht genug die folgenreiche Größe des Werkes in's Licht stellen. Wir wollen hier nur an eine minder augenfällige Seite erinnern, an die politische. Ein waffenfähiges Volk ist nach Aristoteles die Grundlage aller Demokratie. Die Verwirklichung dieses Gedankens würde unsern politischen Institutionen jenen festen Boden geben, den man in der bloßen Volkszahl immer vergeblich sucht. Sie würde die schwersten Uebel unserer sittlichen und bürgerlichen Zustände, den Gegensatz zwischen Volk und Heer, die Feindschaft und Ungleichheit der verschiedenen Volksklassen, Leichtsinn und Unreife auf der einen, feiges und philisterhaftes Spießbürgerthum auf der andern Seite beseitigen und gleichsam einen neutralen Boden schaffen, auf dem sich Jeder in erhöhtem Selbstbewußtsein als Mensch und Bürger fühlte. Auch der Vers. möchte, wenn auch mehr um dem Institute die höchste Sanktion zu geben, die Mündigkeit, die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden, die Theilnahme an den Wahlen, ja die Erlaubniß zur Gründung einer Haushaltung und zum Heirathen an die Erfüllung der Wehrpflicht knüpfen.

Unermeßlich sind die Schwierigkeiten, die sich diesem Werke entgegensetzen in einer überkultivirten, reflektirten, dabei auf's Tiefste erschütterten Zeit, die den frischen Impuls zur That verloren hat. Die vernünftige Einsicht und die Reife des Gedankens scheinen ihr zum Ersatz gegeben, und können am ersten den schlummernden Funken der That erwecken. Mögen sie also diese schwersten aller Fragen im vollsten Maße, in ihrer reinsten Energie zu Gute kommen!

Ein konstitutionelles Glaubensbekenntniß.

Der deutsche Verein in Leipzig hat ein politisches Glaubensbekenntniß abgelegt, aus dem wir die Hauptstellen hier in der Ueberzeugung mittheilen, daß die große Mehrzahl derer, die es redlich mit dem Vaterlande meinen, dieser Kundgebung ihre ganze Zustimmung ertheilt.

Das deutsche Volk hat die Fesseln schimpflicher Bevormundung, die 33 Jahre auf ihm gelastet haben, in wenigen Wochen gesprengt; mit aufbrausendem Zorne wurden die so lange vorenthaltenen Güter gefordert, und es wurde jede andere Rücksicht als kleinlich bei Seite geschoben, um für ganz Deutschland Einheit, Freiheit und Kraft zu erringen. Aber dieser Zorn nahm nicht seine zerstörende Richtung gegen die bestehenden Fürstenhäuser. Das ist eine politische Thatsache, die wir anzuerkennen haben, und so wenig Gewicht wir den Schuldbezeugungen derer, die aus Theorie Republikaner sind, beilegen können, sowenig können wir auch das Verfahren derjenigen billigen, die immer wieder und wieder die zerbrochenen Fesseln vom Boden erheben, um mit ihrem Klirren das Volk zu neuer Erbitterung aufzustacheln. Es ist wahr, die Ungerechtigkeit und Treulosigkeit des Metternich'schen Systems, das zum Theil nicht weniger drückend auf den schwachen deutschen Regierungen als auf dem Volke lastete, hat uns mit Ingrimm erfüllt. Wollten wir aber, nachdem das System gestürzt ist, in diesem Ingrimm fortwühlen und Ungerechtigkeit mit Ungerechtigkeit, Treulosigkeit mit Treulosigkeit erwidern, so möchte uns das weniger Ruhm, und dem Vaterlande weniger Nutzen bringen, als wenn wir nach der Aufwallung des Zornes der Besonnenheit und Gerechtigkeit Raum zu geben wissen, und jeder an seinem Theile an dem edlen Werke bauen helfen, das nicht durch Zwiespalt, sondern nur durch einträchtiges Zusammenwirken gefördert werden kann. Wir können auch nicht zugeben, daß wir deßhalb, weil wir mit Besonnenheit zu handeln wünschen, einen Mangel an Freiheitsliebe zeigten oder im Fortschritt hinter irgend Jemand zurückzubleiben fürchten müßten. Vielmehr leben wir der Ueberzeugung, daß der Zeit des Umsturzes eine Zeit des Aufschwunges folgen müsse, und halten daher diejenigen für die Zurückbleibenden, die nur dem gestürzten System nachzujagen wissen, und sich in seine Fersen so verbissen haben, daß sie unfähig geworden sind, ihre Blicke vorwärts zu richten.

Aber freilich wollen wir nicht Allem anhängen, wozu der Name der Freiheit mißbraucht wird. Wir trauen uns mit Entschiedenheit von einer Partei, die eine jede Handhabung der Gesetze, jede Bekämpfung des Faustrechts als Volksverrath bezeichnet, und welche den Ausdruck Vaterlandsverrath absichtlich abgeschafft zu haben scheint, weil sie nicht gern in ihrem Liebäugeln mit Polen und Franzosen gestört werden möchte. Auch wir wollen keine Ungerechtigkeit gegen Nachbarvölker, aber wir wollen doch zuerst gegen unser eignes Volk und Land gerecht sein. Wir glauben nicht, daß die Vaterlandsliebe mit vielem Andern in die Rumpelkammer zu werfen sei, wir würden vielmehr fürchten, daß Deutschland zu Grunde gehen müßte, wenn sie in ihm erloschen sein sollte. Hoffentlich wird ja auch die Gesinnung solcher Leute selten sein, die im Auslande ihr Vaterland geschmäht haben, und die nun in Frankfurt einen Sitz zu finden wußten, um mit dem traurigen Versuch aufzutreten, einen widerlichen deutsch-französisch-polnischen Brei anzurühren.

Wir haben uns zu den Forderungen bekannt, welche überall in Deutschland gestellt worden sind, aber wir wissen zu würdigen, was noch gethan werden muß, bis wir sie erfüllt sehen. Nur die Preßfreiheit und das Versammlungsrecht sind ins Leben geführt worden, wiewohl noch ohne diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche die Bürger gegen etwaige Uebergriffe einer gewaltsamen Partei schützen müssen. Die Gewährung aller übrigen Forderungen steht bis jetzt nur auf dem Papiere. Noch ist der Bundesstaat nicht einig und stark, noch haben wir keine Geschwornengerichte, kein allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht, noch sind Zollinien aufzuheben, Einheit in Münze,

Digitized by Google

Maaß und Gewicht herzustellen, eine deutsche Flotte zu schaffen, noch ist die Kirche nicht unabhängig vom Staate, die Mittel der Bildung stehen noch nicht Allen zu Gebote, und für das Wohl aller Bürger, und besonders der Arbeiter, ist noch außerordentlich Viel zu thun. Jetzt hat Deutschland die Wahl, ob es mit Anstrengung aller Kräfte diese wichtigen Güter erringen, oder ob es sie hintenansetzen will, um in dauernder Aufregung der Wuth der Parteien zu verfallen, und sich in Bürgerkriegen zu zerfleischen. Wir wünschen im Anschluß an die aus der Revolution hervorgegangenen deutschen Regierungen zu politischen Rechten und Freiheiten zu gelangen, denen wir einen höheren Werth beilegen, als dem Namen Republik. Wir ziehen dem leeren Namen republikanische Einrichtungen vor, wie sie das freie und mächtige England hat. Nur darin soll sich der politische Bau, an welchem das ganze Deutschland jetzt arbeitet, von dem englischen unterscheiden, daß Bildung, Wohlstand und politische Berechtigung nicht einzelnen Klassen der Gesellschaft zu Gute kommen soll, sondern Jedem im Volke, der Neigung und Fähigkeit hat, sich daran zu betheiligen.

Wir haben nun keine Gefahr, wenn wir den neuen Regierungen Vertrauen beweisen; denn wenn man unser Vertrauen wirklich täuschen wollte, so würde der einmüthig erklärte Wille des ganzen deutschen Volkes das nicht zulassen. Unser Vertrauen soll kein blindes sein, wir wollen vielmehr wachsam und thätig alle Schritte der Regierungen begleiten; aber wir müssen uns auch sagen, daß ein blindes Mißtrauen alle Thätigkeit im Keime ersticken würde.

Wir sprechen daher besonders in Beziehung auf das große Verfassungswerk in Frankfurt die Hoffnung aus, daß man von den Errungenschaften der Revolution Nichts preis geben, und daß es der deutschen Nationalversammlung, die aus den Wahlen des ganzen deutschen Volkes hervorgegangen ist, gelingen werde, Deutschlands Einheit und politische Freiheit zu begründen, und daß die dem großen Werke den Bestand sichernde Vereinbarung mit den Regierungen nicht fehlen möge.

So hoffen wir ein großes und erhabenes Ziel der deutschen Revolution zu erreichen; aber wir können nicht zugeben, daß sie selbst das Ziel sei, und wir sind entschlossen, denen, welche zum Schaden des Vaterlandes aus der Revolution einen dauernden Zustand zu machen beabsichtigen, entschieden und mit allen Kräften entgegenzutreten.

Mit gleicher Entschiedenheit verwahren wir uns gegen die nicht selten zu Tage kommende falsche Auffassung der Volkssouveränetät. Wir wissen, daß diese nur im ganzen Volke ruhe, und daß sie nur durch den gesetzmäßig ausgesprochenen Willen des ganzen Volkes auf irgend einen kleinern Theil desselben übertragen werden könne. So wenig wir daher die einseitige Ausübung dieser Souveränetät für uns in Anspruch nehmen, so wenig können wir sie irgend einem andern Verein, oder irgend einer nicht vom ganzen Volke bevollmächtigten politischen Partei zugestehen, und halten es für unsere Aufgabe, solche tyrannische Anmaßungen abzuwehren.

Preußen. Berlin. Die Abgeordneten vom demokratischen Kongresse sind bereits in Berlin eingetroffen, ohne von der Polizei irgendwie belästigt worden zu sein. Wahrscheinlich will man erst das Verhalten dieser Herren abwarten, ehe man sich zu einer Maßregel gegen sie entschließt.

Cöln, 26. Juni. Bei der deutschen Nationalversammlung ist der Antrag gestellt: „Preußen möchte die gefangenen Polen menschlicher behandeln; es säßen 57 Exmirte in einer Kasemate, in der das Wasser von den Wänden laufe." Mehrere hiesige Einwohner waren deßhalb angegangen worden, die Sache durch einige Büeger näher untersuchen zu lassen und, womöglich, einen Juristen einen Geistlichen, einen Arzt und ein paar Bürger zu diesem Behuf zu erwählen. Der Befund, zum Notariatsakt erklärt, lautet nun im Allgemeinen nicht ungünstig für die Behörden und widerlegt jedenfalls alle Inhumanität derselben, da die Polen als Gefangene viele Bequemlichkeit genießen, z. B. in der Kasemate Bowlen tranken, drei verschiedene Zeitungen lasen, beliebig Tabak rauchen durften, und außerdem sich in der Ober zu 20—30 Mann baden durften, auch in ein hiesiges Gasthaus zu Kaffee kamen. In der Kasemate selbst haben wir zwar eine feuchte Stelle, aber kein tropfendes Wasser angetroffen. (Berl. Nache.)

Hannover, 1. Juli, Nachmittags. In der verstärkten Konferenz ist die Beeidigung des Militäes auf die Verfassung mit dem Zusatz „unbeschadet des militärischen Gehorsams" beschlossen, und die zweite Kammer hat heute diese Modifikation angenommen. (M.-Z.)

Schweiz.

** Bern, 2. Juli. In der gestrigen Sitzung des Gr. Rathes kam der neue Bundesentwurf zur Sprache. Die HH. Ochsenbein, Funk u. s. w. sprachen den Wunsch aus, daß die Abstimmung über denselben so bald als möglich erfolgen möchte, und bezeichneten dafür den 31. Juli als den geeignetsten Zeitpunkt, weil auch die Bern'sche Kantonalverfassung an diesem Tage angenommen worden sei. Die HH. Stämpfli, Niggeler u. s. w. machten hingegen, als Vertreter der Bärenpartei geltend, daß die Angelegenheit wegen ihrer großen Wichtigkeit einer reiflichen Ueberlegung bedürfe, daß man sich vor Uebereilung hüten müsse, und ließen ziemlich deutlich durchblicken, daß sie auf Umwerfung des ihnen in mehr als einer Hinsicht mißliebigen Entwurfs hinarbeiten werden. Dabei wurden namentlich die materiellen Nachtheile hervorgehoben, welche dem Kanton Bern im Fall der Annahme anfallen würden, eine Behauptung, welche von Ochsenbein widerlegt wurde. Indessen ward entgegen dem Antrag der Bärenpartei, welche die Angelegenheit aufs Unbestimmte verschieben wollte, beschlossen, es solle der Gr. Rath in vierzehn Tagen sich wieder versammeln, um alsdann eine definitive Schlußnahme zu fassen, und den Tag, an welchem die Abstimmung des Volkes vor sich gehen sollte, festzusetzen. Höchst wahrscheinlich wird diese, wie beantragt, am 31. Juli stattfinden. Daß die Bärenpartei Alles aufbieten werde, um die Annahme des Bundesentwurfes, welcher das Unglück hat, nicht in ihrer Küche gekocht worden zu sein, zu hintertreiben, ist außer Zweifel. Die Gründe dieses Benehmens liegen sehr nahe. Zweifelhafter aber dürfte es sein, ob es ihr gelingen wird, ihre Pläne durchzusetzen. Hoffentlich wird der gesunde Sinn des Berner Volkes die Sonderbestrebungen der Bärenpartei zu Schande machen, und in dieser großen Nationalangelegenheit Hand in Hand gehen mit den übrigen Kantonen, welche den entschiedenen Fortschritt wollen, aber eben darum es vorziehen, den auf dem legalen Wege der Reform zu Stande gebrachten Bundesentwurf anzunehmen, als sich der Gefahr einer Bundesrevolution auszusetzen, welche im Falle der Verwerfung kaum ausbleiben dürfte.

Italien.

* Turin, 28. Juni. Dem schon vor einigen Tagen mitgetheilten Vertrag über die staatliche Verschmelzung der vier Provinzen mit Sardinien ist noch eine Zustimmungsformel des lombardischen Volkes angefügt worden, welche noch einmal in der Kürze die Gründe der Einverleibung darlegt und — es ist dies bezeichnend für das Vertrauen, welches Karl Albert genießt — die Bedingungen des aus freiem Volkswillen hervorgegangenen Anschlusses wiederholt. Dieselbe lautet: „Indem wir Endesunterzeichnete der unumgänglichen Nothwendigkeit, daß Italien vom fremden Joche befreit werde, uns unterordnen und der Absicht sind, den Unabhängigkeitskrieg mit dem möglichsten Nachdruck fortzuführen, beschließen wir als Lombarden im Namen und Interesse der vier Provinzen und als Italiener im Interesse des ganzen Volkes von jetzt an die unmittelbare Verschmelzung der lombardischen Provinzen mit den sardinischen Staaten, vorausgesetzt, daß auf der Grundlage eines allgemeinen Stimmrechts in den genannten Ländern und allen ihren in die Verschmelzung mit begriffenen Theilen eine gemeinschaftliche gesetzgebende Versammlung zusammenberufen wird, welche die Basis und Form der neuen „konstitutionellen" Monarchie mit der Dynastie Savoyen „beräth und feststellt" (discuta et stabilisca). Die hervorgehobenen Stellen werden dem Leser durch die von uns mitgetheilten Eingaben der lombardischen Abgeordneten an die sardinische Kammer verständlich sein. Es bleibt zu erwarten, was aus einer Vereinigung entsteht, bei deren Beginne schon so viel Argwohn gezeigt wird. Nach diesem Votkeide, wenn man es so nennen darf, stehe es nämlich den Provinzen rechtlich jeden Augenblick frei, den staatlichen Verband wiederum zu verlassen, sobald die festgesetzten Bedingungen nicht eingehalten werden. Das heißt aber politisch, das Mißtrauen zum Princip erheben, wenn schon bei den obwaltenden Umständen den Lombarden das Streben, sich durch Klauseln zu schützen, keineswegs verdacht werden kann. — Nach den neuesten Briefen aus Rom hat der Papst die Abdankung des Ministeriums in Masse nicht angenommen, obgleich er sich seine endlichen Entschließungen noch vorbehält. — Aus Neapel bringen die italienischen Zeitungen keine weitern Nachrichten.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Für Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elwert & Kap., 73 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder übernimmt solche C. F. Alexandre in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Verlagsexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 12. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 188. Heidelberg, Samstag 8. Juli. 1848.

Uebersicht.

Deutschlands gewerbliche Fragen IV. — Wien (Berichtigung in Betreff der Sendung des Monsignor Morichini). Bozen (Thätigkeit des Klerus in den Wahlen. Agitation desselben gegen religiöse Duldung). Tirol (Freude über die Wahl des Erzherzogs Johann. Wahlintriguen der Geistlichkeit). Triest (die österreichische Partei in Istrien siegreich). Berlin (Rücktritt des Ministers Rodbertus. Ministerielle Erklärung über die Wahl des Reichsverwesers. Nicht mehr das tragische „Du"). Köln (die Arretirung der Anarchisten und deren Gründe). Posen (Ein Protest gegen den Anschluß an den deutschen Bund. Die Gazetta Polska). Trier (Werbungen für Hecker). Vom Rhein (Thätigkeit des Klerus). Rheinpreußen (die Verhaftungen in Köln. Fest zu Ehren Camphausens). Dresden (königliches Dekret über Anerkennung der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung). Hannover (Depesche des Generals Halkett über den Rückzug der Dänen). Mannheim (Erklärung des vaterländischen Vereins). Hamburg (politische Vereinigung). Frankfurt (Hecker und Struve Ehrenmitglieder des Hanauer demokratischen Vereins. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Grundrechte).

Großbritannien. Die irische Lage.

Frankreich. Paris. Die Nationalwerkstätten aufgehoben. Maßregeln zur Sicherheit. Verhaftungen. Anfang der Deportationen. E. Arago. Wahl des Quästors in die Nationalversammlung. Lamartine und seine Rechtfertigung.

Italien. Rom. Reaktionäre Regungen im Volke.

Oesterreichische Monarchie. Peterwardein. Der illyrische Aufstand erlischt.

Türkei. Bukarest. Die Cholera. Brand in Pera.

Beilage. Abänderungen des Zolltarifs. Straßburg. Rückblick auf die letzte Krisis.

Heidelberg, 7. Juli.

Wenn man den Zollverein ausnimmt, dessen Wirksamkeit ohnedies nur darauf gerichtet war, durch die Wegräumung der provinzialen Zollschranken die Grundbedingung jedes nationalen Güterlebens, einen großen einheimischen Markt, für die vaterländischen Gewerbe aufzustellen, so muß man sich eingestehen, daß die letzten dreißig Jahre ebensowenig eine durch ganz Deutschland greifende volkswirthschaftliche Schöpfung erblickt haben, als sie von einer ähnlichen politischen reden können. Die einzelnen Staaten haben zwar, wie sie Verfassungen gaben, auch mannigfach nach Innen und nach Außen ihre ökonomischen Verhältnisse zu heben gesucht; allein zu einer Maßregel, welche, weil ihre Ausführung die gemeinsame Kraft des Volkes erfordert, in ihren Ergebnissen nun auch der Gesammtheit zu Gute kommt, ist es nirgends gebracht worden; höchstens daß im Verkehr mit dem Auslande die Hansestädte, vermöge ihrer glücklichen Lage als Ausfuhrhäfen des ganzen Hinterlandes bis an die Alpen, im richtigen Verständniß ihres eigenen Vortheils bei der Abschließung ihrer Handelsverträge sich meistens auf den deutschen Standpunkt gestellt haben — ein Beispiel, dessen Befolgung Preußen mit dem bekannten holländischen Vertrage unseeligen Angedenkens zuerst begann. Und wie Vieles hätte geschehen müssen und wie Vieles geschehen können! Deutschland besitzt in seinen nach allen vier Himmelsgegenden auslaufenden Strömen Transportwege, wie sie sich ein Land nur jemals wünschen kann; aber statt die etwa noch wilden Laufstellen derselben zu regeln, Deichbauten vorzunehmen, Leinpfade anzulegen und bei der Wasserfülle über die ganze Fläche, so weit es irgend thunlich ist, ein Kanalnetz auszuspannen, läßt es sich den Einen bei Brielle mit einer grammatikalischen Interpretation und den Andern bei Neni mit russischen Kanonen zuschließen; ja sogar, wo die Fremden außer Stand sind, ihre Ketten über seine Flußstraßen zu ziehen, richtet es selbst seinen Brunshäuserzoll und seine Mainzer Konvention ein. Schon dieser Umstand allein reichte hin, bei der weitverzweigten Wirkung billiger Frachten auf Handel und Gewerbe das wirthschaftliche Aufblühen eines Landes niederzuhalten; leider aber bildet er nur ein Steinchen in dem großen Schutthaufen, der die deutsche Eiche von allen Seiten umgibt und niederdrückt. Denn bei der Anlegung von Chausseen und Eisenbahnen ist es hinsichtlich der Richtung vielfach mit in Erwägung gezogen, durch die „Zuwendung" derselben in einem bestimmten Landesbezirke sich bei den etwaigen Wahlen für das System die Stimmen zu sichern, oder wenn dieselbe für mehrere Staaten projektirt war, diesem und jenem Gebietstheilchen des eigenen Territoriums noch einen kleinen Vortheil mehr zuzuwenden, anstatt daß man bei den Hauptlinien einzig und allein auf das Bedürfniß der wichtigsten Waarenzüge hätte Rücksicht nehmen, und dann erst an die großen Adern des Gesammtgüterlebens die kleineren Arterien knüpfen sollen, von welchen die Nebengefäße ihre Nahrung nehmen. Dieselbe wäre bei richtiger Benutzung der gebotenen Umstände gewiß nicht schmaler ausgefallen, das Wohlbefinden des ganzen Staatskörpers aber dabei bedeutend gesteigert. Heben wir einmal zur Bekräftigung dieser Behauptung nur eine Thatsache heraus. Die Schweiz verbraucht jährlich in ihren Fabriken ungefähr 250,000 Centner Baumwolle, welche sie, da wegen der schwierigen Landfracht und der Verschiedenheit der Beschaffenheit des levantinischen Produktes Triest nur im geringen Maße an der Zufuhr Theil nehmen kann, zum bei weitem größten Theile aus Amerika bezieht. Was wäre nun wohl bei der Lage der Länder natürlicher, als daß sich an der Nordküste von Deutschland, hauptsächlich gestützt auf diesen bedeutenden Konsum, bei den vielfachen geschäftlichen Verbindungen unserer Hansestädte mit den transatlantischen Reichen ein von Liverpool unabhängiger Baumwollenmarkt bildete, und wiederum aus denselben Städten die in den Alpen verfertigten Modeartikel in regelmäßiger schnellen Dampfschiffüberfahrt nach dem ihrer bedürftigen Amerika zurückgesandt würden? Dessenungeachtet hat Deutschland noch einen Weg ausfindig zu machen gewußt, diesen reichlich lohnenden Transportverdienst von sich fern zu halten. Der vom Zollverein auf Baumwollenwaaren gelegte Durchgangszoll ist nämlich so hoch, daß die Schweiz, trotz der größeren Versendungskosten, der Weg durch Frankreich billiger zu stehen kommt. Somit erhält denn die Vereinskasse nicht nur keine Transitoabgaben, sondern dem Lande entgeht ein jährlicher Frachtverdienst von vier Millionen Thalern, und die deutsche Industrie muß noch immer für den in ihren Geweben verwandten Rohstoff an die Engländer die Beförderung der Ballen von Neworleans nach Liverpool bezahlen, da ihr bisher nur geringer Konsum allein den nordischen Schiffseigenthümern eine direkte Einfuhr von Baumwolle noch nicht möglich macht, und sie wegen der britischen Navigationsakte an der Verfrachtung aus überseeischen Häfen nach England nicht Theil nehmen dürfen.

Man hat vielfach von beiden Endpunkten dieses natürlichen Weges auf die Lage jener Verhältnisse hingewiesen, allein vergeblich; der besagte Posten des Tarifes ist derselbe geblieben, und daß die badischen und würtembergischen Regierungen nicht etwa danach gestrebt haben, durch Ermäßigung möglichst wohlfeiler Transportwege die Höhe der Zölle für den Schweizer Kaufmann zu paralysiren, beweist der noch im vergangenen Winter nicht beendigte Streit über den Anschluß der Eisenbahnen bei Bretten oder Pforzheim nur zu genugsam. Es erscheint in der That, so oft man sich die unserm Vaterlande von der Natur verliehenen Produktionskräfte vergegenwärtigt, als ob ein böser Geist mit uns einmal habe den Versuch anstellen wollen, wie weit man ein feines Anlage nach durch und durch gesundes, üppiges Land ökonomisch niederzuhalten vermöchte; wie Gulliver von den Liliputtern, ist Deutschland durch alle jene Maßregeln unfähiger Beamten mit vielen kleinen und großen Stricken an den Boden festgebunden, die, einzeln leicht zerreißbar, in ihrer Gesammtheit zu einer unsprengbaren Fessel für jede großartigere Bewegung des Güterlebens werden. Statt daß eine mit den Fingern der Filialkomptoire in die entferntesten Gegenden des Landes hineichende Nationalbank überall die Kapitalien in Fluß bringt, das Vertrauen befestigt, den feindlichen Geldoperationen des Auslandes oder den Handelserschütterungen entgegenarbeitet, haben wir ein halbes Dutzend verschiedenee Münzsysteme im Lande, damit ja von deren wechselndem Kursverhältniß eine Menge für die Produktion gänzlich

unnützer Wechsler ernährt werden könne; statt daß die Briefversendung, dies Nervensystem des Produktionsorganismus, mit Benutzung aller Dampfschiffe, Eisenbahnen und sonstiger Gelegenheiten in möglichster Eile und Billigkeit betrieben wird, hat beinahe jeder Sonderstaat für ungleich höhere Kosten seine eigene unabhängige Postverwaltung, von deren ineinandergreifenden Betriebsamkeit nur das eine Beispiel ein Zeugniß ablegen möge, daß ein Brief von Bremen nach Heidelberg drei volle Tage unter Wegs sein muß, während der Reisende mit Benutzung der Rheinschiffe dieselbe Strecke in 36 Stunden zurücklegt. Das letzte Theuerungsjahr hat das Verlangen nach einer, den gesammten Bundesstaat umfassenden Statistik als nue zu gerechtfertigt herausgestellt; aber, wenn man in Rußland von Archangel bis Odessa das Korn nach Tschetwerts mißt, so können wir oft sogar in demselben Staate verschiedene gängige Maße aufweisen, so daß die Aufstellung von Reductrungstabellen allein schon einen nicht unbeträchtlichen Aufwand von Arbeit und Kapital erfoedert, und vollends im Geschäftsleben bei der Uebermachung von Sachgütern aus einem Maßbezirk in den andern an den kleinen Stoffverlusten, an Zeit und Kraft eine so beträchtliche Summe jährlich verschleudert wird, daß das neulich vernommene Wort eines Kaufmannes, Deutschland könne dafür allein seine Flotte bauen, am Ende keine so große Uebertreibung enthält.

Der Raum einer Zeitung ist zu beschränkt, um die Wirkung aller dieser Hemmschuhe auf den Gang unserer industriellen Entwickelung in ihren Einzelheiten nachzuweisen; die in den bisherigen Aufsätzen auf unsere gewerblichen Zustände geworfenen kurzen Blicke werden aber gewiß genügt haben, um bei dee nunmehr beabsichtigten Besprechung der sogenannten socialen Frage bei dem Leser die Ueberzeugung voraussetzen zu dürfen, daß noch Brod genug im Lande zu haben ist, wenn wir uns nur nicht selbee die Schränke verschließen, und daß mithin eine praktische, nüchterne Maßregel mehr zu nützen vermag, als alle Reden und Worte, deren philosophischer Glanz nicht den ihnen innewohnenden Mangel an der Einmaleinslogik zu verdecken im Stande ist. Nur freilich dürfen die Voeschläge zur Befriedigung solcher Bedürfnisse nicht aus dem übersprudelnden Geiste eines Kapp hervorgehen; denn so leid auch Vielen aus verschiedenen Gründen sein kürzlicher Austritt aus der Nationalversammlung sein mag, für Entwürfe wie der einer allgemeinen deutschen Bank eigenen sich Männer wie Bruck, Rönne, Duckwitz doch wohl besser.

Oesterreich. Wien, 2. Juli. Die offizielle Wien. Zeit. enthält folgenden Artikel: „Monsignor Morichini, Erzbischof von Nisibi, befindet sich seit einigen Tagen in Wien. Er war Ueberbringer eines päpstlichen Schreibens an den Kaiser, worin Se. Heiligkeit als oberster Hirt der katholischen Kirche seine Wünsche füe die baldige Herstellung des Friedens in Italien ausdrückt und der Großmuth Sr. apostolischen Majestät die allenfalls in Gefangenschaft gerathenen Unterthanen des Kirchenstaates empfiehlt. Morsignor Morichini gedenkt nächstens wieder in die päpstlichen Staaten zurückzukehren. So viel zur Berichtigung der Gerüchte, welche mit der Anwesenheit dieses Prälaten in der Hauptstadt Unterhandlungen in Verbindung bringen wollten".

* Bozen, 27. Juni. Unsre Bewegung ist bereits in ihr zweites Stadium getreten. Als erstes betrachten wir nämlich die Zeit der Wahlen für das Frankfurter Parlament und den tiroler Landtag, wobei der Klerus mit vollen Segeln und doppelten Rudern arbeitete, Kapitän, Steuermann und Matrose war. Hierdurch ergab es sich, daß unter unseen 17 Frankfurter Deputirten, wie Sie wissen, 6 seiner Kaste angehörten, und auch die übrigen, wenigstens die Deutschtiroler, zu Leuten von erprobter Dienstestreue, oder durch das damit getroffene Abkommen zu den unschädlichen zählten, ihre bescheidene Ruhe in der Paulskirche leistet Gewähr hierin, daß keine Mißgriffe geschahen; in unser eigenes Parlament kam leider, ich weiß nicht, durch welche Unvorsichtigkeit der Stonswächter, auch eine weiße Schwalbe, sie wird aber unter den vielen Dohlen wohl kaum bemerkt werden. Das Motiv, wodurch die Geistlichkeit bei beiden Wahlen auf die Menge wirkte, war die Vorspiegelung einer Gefährdung des Katholicismus durch einen innigen Anschluß an Deutschland und die freisinnigen Grundsätze der Konstitution. Der katholische Verein, der sich wohl nur deßhalb auch einen konstitutionellen nennt, weil er der Konstitution entgegenstrebt, bearbeitete sich durch seine geistlichen Helfer alle Wahlen zu leiten; durch die Petition um Aufhebung der Glaubensfreiheit wae das Ball in beständiger Aufregung erhalten, man bildete eine kirchliche Nationalgarde, deren man sich in nächster Zukunft gegen die erzwingbare Ablösung der Zehnten und Grundzinsen, Aufhebung der Klöster, Verbesserung der Schulen u. s. w. bedienen könnte. Das Vordrängen des Klerus war so sichtlich, hastig und leidenschaftlich, daß es selbst bei Vielen, denen katholische Glaubenstreue nicht abzusprechen, Anstoß erregte. Bei den Wahlen für den Wiener Reichstag hingegen zeigte sich, so viel mir bis jetzt bekannt geworden, eine bedeutend geringere Anzahl geistlicher Herren unter den Wahlmännern, die bureaukratischen Männer der rechten Mitte gewannen meistens die Oberhand, in Bozen und Meran unterlagen die Kandidaten, deren Jesuitismus landeskundig war, das unterste Innthal wählte sogar seinen Mann von entschieden tüchtiger Gesinnung, Dr. Pfretschner. Der gemäßigten Fortschrittspartei alten Styls, ich möchte sie die bureaukratisch liberale nennen, gehören die in Viltan, Raubers und Bozen durchgesetzten Vertrauensmänner, Landrath Straßer, Appellrath Stöckl, und der ehemalige Kreiskommissär Baron von Ingram an, zweifelhafter nach den Berichten aus Frankfurt über das dortige konservative Klübchen scheint die Richtung des in Schwaz erkorenen Dr. Greblee, in Meran siegte ein alter Polizeimann, der unmehrige Hofrath von Call über den Jesuitenkoadjutor Graf Brandis, für Imst endlich muß uns der freilich sehr armselige Trost genügen, daß der in Stimmenminderheit verbliebene Dr. v. Pulciani von den geistlichen Heerschaaren noch ungemein höher geschätzt wird, als sein triumphirender konstitutionell katholischer Bundesgenasse Dr. Wörz. Auch die Niederlage des Grafen Brandis bei der Präsidentenwahl des tirolee Kongresses beweist zum mindesten, daß man trotz der unzweifelhaftesten katholischen Gesinnung unserer Stände den Verfasser von lateinischen Gebetbüchern, den Erfinder von Ablaßbildchen, den marianischen Sadalen, den treuen Nachfolger und Ahnherren des Helden aus dem dreißigjährigen Religionskrieg, einen zweiten Sedlnitzky, der unser Wiener Studenten ihres freisinnigen Geruches halber unter Polizeiaufsicht stellte, für heuer doch schon etwas antiquirt hielt. Nicht nue ein Staatsmann, selbst einige Deputirte meinten, nachdem der Ausspench der Ersteren sprichwörtlich geworden, daß Graf Brandis für Tirol „eine Unmöglichkeit" geworden. Was aber die selbstgefühlte Schwäche der klerikalen Partei in ein helles und kaum zu verschleierndes Licht setzt, ist die offenbaer Lüge, womit man tausende von Unterschriften (man rechnet an 200,000 zu erschleichen) für die Petition der in der Verfassungsurkunbete verkündeten Glaubensfreiheit gewann. „Wer ein guter Katholik ist und nicht „lutherisch werden will", wurde öffentlich gepredigt, soll die im Pfarrhof aufgelegte Bittschrift unterzeichnen." Alle Personen männlichen Geschlechtes vom 18. Jahre angefangen, also selbst Minderjäheige wurden dazu angetrieben, die Unterscheiften überdies auch durch einen Geistlichen und zwei Zeugen, auf daß sich die Leute der bösen Nachrede halber sie zu verweigern scheuen möchten, von Haus zu Haus gesammelt, und wer sie unterließ als „lutherisch" gesinnt verschrieen. Man brachte also dem Volke die Ueberzeugung bei, es sei sein alter Glaube gefährdet, und die Bittschrift nichts Anders als eine Erklärung, daß man katholisch bleiben wolle, während sie lediglich eine Verwahrung gegen die Freiheit des Glaubens und Kultus enthielt. In dieser greifbaren Verdrehung ihres wahren Inhaltes, der von den Allerwenigsten gelesen und gekannt wurde, liegt daher auch das offene Geständniß, daß man auf dem Wege der Wahrheit viel geringere Erfolge zu erzielen glaubte. Auch das Volk wird sich am Ende überzeugen, daß eine vorläufige Untersuchung dessen, was man ihm vorsagt, künftig nicht vom Ueberflusse ist, und der Klerus es seiner Zeit derenen, daß er selbst durch die ungeschickte Behandlung einer bei uns so unpraktischen Frage an dem ihm unbedingt geschenkten Vertrauen zu rütteln begann. Daß bei dem unausbleiblichen Konflikt in Geörterung materieller Interessen der Eintritt einer neuen Phase nicht ausbleiben kann, tieget auf flacher Hand, aller Bemühungen ungeachtet kann Tirat allein, so gerne ihm auch seine Lapolitischen Erstatiker eine exceptionelle Stellung bewahren möchten, nicht unbeweglich stille stehen im stürmischen Vorwärtsdrängen der Gegenwart. Den reaktionären Elementen zum Trotze wird der gesunde Sinn unsers Volkes seinen wahren Vortheil durch manche traurige Erfahrung herausfühlen, und seine echten Freunde von jenen, die bei der Demokratie nur ihren eigenen Gewinn und Nutzen suchen, unterscheiden lernen. Einige dee Wahlen für den Wiener Reichstag sind wenigstens Zeichen eines klaren Begriffs der Fragen, die dort zue Sprache kommen, und wir müßten uns über den nothwendigen Gang der Dinge sehr täuschen, wenn man nicht auch hier zu Lande nächstens die fernere Ueberzeugung gewänne, daß das Bureau keine Demosthenese der Freiheit erzieht.

† Aus Tirol, 3. Juli. Es ist großer Jubel im Lande, seit man aus Frankfurt vernimmt, Erzherzog Johann — unser Erz-

Digitized by Google

herzog Johann, wie wir in alleweg mit Stolz sagen, wenn auch der wackere Herr es nicht mehr Allen bei uns recht machen kann — sei zum Reichsverweser für's ganze Deutschland gewählt worden. Ich weiß nicht, ob man uns nicht mißversteht, wenn wir sagen, jeder Tiroler fühlt sich durch diese Wahl gehoben, gewissermaßen geschmeichelt. Wir müssen eben denken, wir wären doch auch Was wert, weil ein Mann, den die Besten des Volkes mit vollstem Vertrauen obenanstellen, sein Lebelang mit Liebe sein Sinnen und Handeln uns zugewendet hat. Der treueste Freund Tirols soll also das alte Reichspanier tragen im neuerstandenen Deutschland. Er wird uns nicht vergessen unter den andern Deutschen, er wird uns manch gutes Wort bei ihnen reden. Was geben aber wir ihm mit zum Gruße an sie? — Die Petition gegen die Glaubensfreiheit, einen Absagebrief an alle unsere Brüder, die nicht unsers Glaubens sind, eine neue Urkunde des alten Geistes und der alten Trennung. „Sie wollen Nichts von Euch wissen, meine Landsleute im Gebirg", wird der edle Fürst den Männern sagen müssen, die ihn um uns theilnehmend fragen. Schau hinauf zum Ortler, tiroler Volk, wenn er Morgens und Abends hoch erröthet und das Roth nicht weichen will von seiner Felsen Stirne — er thut's für Dich, daß Du Deine Ehre und Deine Tugenden verläugnest, weil es etliche unwürdige Priester begehren unter dem geschändeten Namen der Religion. Noch rudert das Treiben nicht, um die genannte Bittschrift um Aufhebung der Toleranz für Tirol mit einer Unzahl-Unterschriften zu versehen. 200,000 sollen „ohne Zudringlichkeit" gewonnen werden. Man legt nicht, wie anderwärts, die Bogen an einem öffentlichen Orte zu freiwilliger Unterschrift auf — ein Geistlicher, von zwei Zeugen begleitet, trägt sie von Haus zu Haus, selbst in die Kanzleien. Die Abhängigkeit aller Stände, vom Beamten, den man bei seinem Obern verleumdet, bis zum Taglöhner, den man um seine Kunden bringt, läßt es zur Gewißheit werden, daß Niemand den Muth hat, die Unterschrift zu verweigern — wenn sie in gefordert wird. Wie die Landleute gepreßt werden, haben wir Ihnen erzählt — dennoch gab es Manche, die bei den Gerichten anfragten, was sie unterschrieben hätten — Andere verweigerten die Unterschrift, weil sie meinten, „es wäre doch zu viel, wenn alle Männer für den Glauben in's Feld ziehen sollten." — In Innsbruck lassen sich die geistlichen Kolporteurs von Nationalgarden begleiten. Vielfach äußern sie: „bald vielleicht fließe Bürgerblut, wenn nicht Alles für die Religion sich erkläre." Der Dekan Amberg in Innsbruck, ein Vorstand des kathol. konstitutionellen Vereins, warf in Alles vergessender Hitze bei einer Bürgerversammlung, wo einige Wenige ihm zu opponiren den Muth faßten, die Worte hin: „Wenn das Treiben gegen die Religion so fortdauert — so stehe ich nicht mehr gut für die Ruhe der Stadt!" Wir wissen, er hat nicht die Verpflichtung, für diese Ruhe zu wachen, aber wir zweifeln nicht, daß es ihm am guten Willen keineswegs fehle, zu seinem Zwecke zu sorgen, daß sie gestört werde. Ueberall sehen wir „den Appel an die rohe Faust der Menge" — und dennoch nennen die Männer desselben Vereins ihr Verfahren — „warmen Eifer ohne Brandfackeln des Zelotenthums" und klopfen uns ihrer „christlichen Liebe gegen Andersdenkende." Die Innsbrucker Zeitung begegnet in ihren letzten Nummern mit Korrespondenzen aus allen Theilen des Landes diesem Thun. Wir ehren den Freimuth der wackeren Männer, die mit offenbarer Gefahr Gesetzwidrigkeit, Schaden und Schande, den wahren selbstsüchtigen, fanatischen Beweggrund dieser Umtriebe darstellen. Ihren Worten wird freilich auch da eine geringe Beachtung werden, wo sie nützen könnten. Graf Brandis, den ein Befehl der Minister verpflichtet, alles Aufregende, als für Recht und Ordnung Bedrohliche, zu entfernen und niederzuhalten, muß als Mitglied des katholischen Klubs pflichtmäßig empört sein über solche Wagstücke der Preßfreiheit; er darf nicht daran denken, daß nach dem Ausbruche eines Bauernaufstandes, wenn ihn auch Priester leiten, seine Präsidialdekrete diesen nicht stillen werden, daß der Brand hoch über seinem hochgebornen Haupte zusammenschlagen wird und — alle seine Versicherungen von der Ruhe und Treue des tiroler Volkes dem geliebten Kaiser aus dem Blute der Erschlagenen und den Flammen der Städte — als eitle Lügen entgegendampfen werden. Doch wir wissen ja, der Graf denkt von sich, wie Ludwig der XIV. — „Tirol — bin ich" — und er wird sich zu retten wissen. Weiß er noch nicht, was der sonst so wackere Bauer Tirols in seiner Wuth vermag, so lasse er es sich von den Leuten erzählen, die Anno 1809 leben, aber er frage nach, wie bei der Mordgeschichte in Vilpinn (Sie kennen sie aus den Zeitungen) die Bauern — auf eines der wälschen Mädchen, das sich aufs Dach hinter den Kamin geflüchtet hatte — knittdütig 12 — zwölfmal schossen bis sie fiel. Die Pflicht der Regierung und somit die seine ist, das mit aller Kraft zu verhüten, daß niemals jener Zustand des Selbstvergessens im Volke eintrete. Sollte es nicht möglich sein, in Wien — in Frankfurt beim Reichsverweser Hilfe zu finden gegen die Gefahr eines Brudermordes — Krieges können wir nicht sagen, denn ohne Widerstand werden schnell die bezeichneten Opfer gefallen sein! Freilich mußte nicht Erzherzog Johann von den Deputirten bei dem Abschiedsgespräche hören, die Tiroler würden niemals das Aufhebungsgesetz der Jesuiten und Redemtoristen bei sich einführen lassen, und übergab nicht schon früher der Abt von Wilten, des Kaisers Erzkaplan in Tirol, den Ständen eine Protestation gegen dasselbe Gesetz, unter welchem er seines Kaisers Namen lesen konnte? Ein Artikel der Augsburger Postzeitung hierüber schließt mit dem Seufzer der frommen Petitionsmänner: „Bald vielleicht fließt Bruderblut". Unbefangene Männer sollen sagen, ob in allem Dem, was diese Partei unternimmt, nicht die gleiche Gefahr liegt, wie in der „Wühlerei" gewisser Ueberstürzer in Wien und der Vaterlandsverräther im badischen Oberland. — Indessen täuscht man mit scheinbarer Ruhe den Kaiser und die Sorglosen, freuet sich, wenn der sechsjährige Erzherzog Ludwig die Wiltenerschützen mit gezogenem Säbel auf die Burgwache führt, und der Hof die Fronleichnamsprozession mit seinem Prunk und seiner Andacht verherrlicht. — Unser Landtag brachte jüngst einige beachtenswerthe Beschlüsse, er erachtet die Schützenordnung für ungenügend und will die Dienstzeit im Militär auf 4 Jahre herabgesetzt wissen. Bei den Wahlen der 17 Wiener Reichstagsdeputirten, die wohl die größte Gewissenhaftigkeit verlangen, fällt unter andern jene von Meran besonders auf, die auf den Polizeihofrath A. v. Call fiel, seit 30 Jahren in Italien ein hochgeschätzter Getreuer des alten Systems beim Veroneser Kongresse und beim Sonderbund verwendet und kaum 3 Monate auf einem Besitzthum zu St. Paul im Etschland lebend. Von unsern Schützen zum Schlusse noch die Nachricht, daß die erste Studentenkompagie mit manchen Trophäen heimgekehrt ist und die Wiener sich aufgelöst hat, nachdem sie ihre deutsche Fahne im Schloß Tirol niedergelegt hatte. Man sagt uns übrigens, Graf Brandis habe diese jungen Patrioten, die für ihre Tapferkeit und guten Geist die besten Zeugnisse haben, durch Präsidialerlaß wegen „wühlerischer Ideen" unter Polizeiaufsicht gestellt.

☽ Triest, 28. Juni, Abends. In Folge von Nachrichten, welche eine aus Venedig kommende Barke brachte, wurde heute hier folgendes Bülletin ausgegeben. — Am 25. d. M. fand in Venedig unter dem Volke eine ernste Demonstration Statt; man verlangte schleunige Abhilfe der allgemein in der Stadt herrschenden Noth und Theuerung. Die Hausbesitzer klagten über Mangel an Verdienst, da seit der Verkündigung der Republik fast kein Fremder seinen Fuß nach Venedig zu setzen gewagt habe; auf gleiche Weise zeugen die bewaffneten Haufen der Gondoliere und Arbeiter ihre Klagen vor. Lieber österreichisch sein und zu leben haben, als Republikaner sein und darben! war die allgemeine Losung. — Die provisorische Regierung, außer Stande die Wünsche der Menge zu befriedigen, und zu sehr ihres früheren Ansehens entblößt, als das schon oft getäuschte Volk noch ferner durch schöne Versprechungen hinhalten zu können, sah sich genöthigt, zu Gewaltmaßregeln ihre Zuflucht zu nehmen. Am 26. wurde die Nationalgarde zur Unterdrückung der Unruhen aufgeboten. Auf den Riva bei Schiavoni, beim Kastell und auf andern Punkten der Stadt kam es zu blutigem Zusammentreffen. Das Volk blieb Sieger, Unruhe, Verwirrung und Bestürzung herrscht überall. — Aus Chiozza schreibt man vom 26. d. M., daß das Volk daselbst, beim Eintreffen der Nachrichten von Venedig, ebenfalls einen Aufstand bewerkstelligt habe. Fenster wurden eingeworfen, Leute, welche die italienische Kokarde trugen, wurden beschimpft, die Trikolore wurde mit Füßen getreten, und unter dem allgemeinen Rufe Evviva l'Austrini das österreichische Banner aufgepflanzt.

Preußen. †† Berlin, 4. Juli. In der heut. Sitzung der Kammer zeigte v. Auerswald (Ministerpräs.) an, daß der Kultusminister Robbertus seine Entlassung eingereicht, die der König angenommen habe. Der Grund dieses Rücktrittes sei der Mangel an Uebereinstimmung zwischen dem Angetretenen und den übrigen Ministern; zwar würde für sie alle die Begründung eines einigen Deutschlands unverrückbares Ziel bleiben, doch würde eine völlige Einigung über die Mittel und Wege dazu nicht leicht sein. Der König habe den Direktor im Kultusministerium, v. Ladenberg, mit der Interim. Verwaltung des Ministeriums beauftragt. Robbertus: ich kann fast nur wiederholen, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat; Differenzen, die selbst bei der gründlichsten Erörterung nicht ausgeglichen werden konnten, trennen mich von dem Ministerium. Ich bin ausgetreten, um mit mir in Einklang zu bleiben; der Fortbestand des Ministeriums wird dadurch nicht gefährdet, ich selbst verspreche, so viel an mir ist, es auch ferner zu unterstützen. Am Schlusse der Sitzung ergriff der Ministerpräsident das Wort und erklärte: die Re-

gierung hat von Anfang an die deutsche Angelegenheit zu ihrer wichtigsten Aufgabe gemacht. Die Regierung Sr. Maj. des Königs ist, wie die deutsche Nation, durchdrungen von der Nothwendigkeit, eine Exekutivgewalt herzustellen und dem deutschen Reiche einen Reichsverweser zu geben. Mit der Wahl des Erzherzogs Johann, eines freisinnigen Prinzen, stimmt sie überein und genehmigt die demselben in Frankfurt bewilligte Gewalt. Die Regierung steht ab von der vorhergehenden Genehmigung, die sie eigentlich zu ertheilen hätte; sie erkennt die Nothwendigkeit und Dringlichkeit des Beschlusses an. Wenn wir ein Haus bauen wollen, so bauen wir es mit Eintracht, wenn wir wünschen, daß es bestehe. — Der Präsident fordert die Versammlung auf, ihre Zustimmung durch ein Hoch erkennen zu geben. Die Versammlung antwortet mit einem dreimaligen Hoch auf Deutschland.

Berlin, 5. Juli. Der Pr. Staatsanzeiger bringt folgende k. Verfügung zur öffentlichen Kenntniß: Zur Beseitigung der bisher noch vorgekommenen Verschiedenheit in der Anrede des Soldaten bestimme Ich hierdurch, daß forthin der Soldat jeder Waffe und jedes Standes den Anspruch haben soll, von seinen sämmtlichen Vorgesetzten mit „Sie“ angeredet zu werden. Sie haben diese Bestimmung der Armee bekannt zu machen. Sanssouci, 26. Juni 1848. gez. Friedrich Wilhelm.

† Posen, 2. Juli. Eine Protestschrift hiesiger Einwohner gegen den Anschluß an den deutschen Bund, die von den Polen seit ungefähr drei Wochen in aller Stille vorbereitet worden ist, muß nun bereits in Frankfurt der Nationalversammlung eingereicht sein. Dem Vernehmen nach wird dieser Protestschrift — ein Protest von den Leuten folgen, deren Namen dabei mißbraucht worden, da es keinem Zweifel unterliegt, daß die Mehrzahl der Unterschriften unrecht ist. — Daß die Posener Frage bei der Nationalversammlung noch so zu sagen vertagt ist, beklagen wir sehr; für die Entscheidung mag dieser Aufschub von Nutzen sein, für die Lage der Provinz ist er entschieden schädlich. Die Agitationen hören nicht auf, auch bleibt die alte Ungewißheit und Besorgniß. — Die noch von dem Kultusminister von Schwerin berufenen Kreiskonferenzen der Elementarlehrer haben wieder Wahlkämpfe unter den verschiedenen Nationalelementen hervorgerufen, wobei zu bemerken ist, daß selbst im Buker Kreise, wo die polnische Nationalität unter den Elementarlehrern in der Majorität ist, zum Abgeordneten und Stellvertreter ein Deutscher gewählt wurde. — Die hiesige Gazeta polska enthielt neulich einen leitenden Artikel: „Die Politik der Deutschen gegen das Slaventhum“, welcher also anhebt: „Die Grundlage der deutschen Politik (der unpolitischsten Politik) gegen die Slaven ist bisher der Cynismus der Unrechtlichkeit; das Mittel derselben List und wilde Gewalt; das Ziel Sklaverei, Satrapendienst, Entnationalisirung; das Werkzeug Legionen verhungerter Beamten, Legionen ausgedienter Maschinen und der Erfolg eine augenblickliche Beute, Haß und die unaussöhnliche Furcht der Vergeltung. Dies ist die Tendenz, die hohe Weisheit der Politik der deutschen Staaten in unserer Sache! So war sie und so ist sie noch heute, bis auch für die Deutschen der Tag des Gerichtes, der Tag der Gerechtigkeit anbrechen wird, bis einst alles das einstürzen wird, was in der Sünde der Vergangenheit angefangen worden. Wer die deutsche Revolution aufrichtig anerkennt, der muß auch die slavische anerkennen! Dies sehen die deutschen Demokraten und Republikaner. Dies sehen nicht: die deutschen Reaktionäre, die Poetrigänger früherer Zeiten, die Lobpreiser der Deutschthümelei, die Schüler der Arndte und Gervinuse; dies sehen nicht: die gemäßigten deutschen Liberalen, welche die Kappen des Despotismus mit Lappen von Freiheit flicken; dies sehen nicht die deutschen Beamten und Kolonisten, welche den slavischen Ländern aufgepfropft sind“ ꝛc. ꝛc.

§ Aus Rheinpreußen, 3. Juli. Soeben verbreitet sich die Nachricht, daß diesen Morgen in Köln drei wohlbekannte Häupter der Anarchisten, Gottschalck, Anneke und Esser verhaftet und sofort nach Jülich gebracht worden sind. Weitere Schritte auf diesem Wege werden auf die Wiederbelebung des Vertrauens mächtig einwirken. Man will wissen, daß die Maßregel beschlossen worden sei, auf eingegangene Nachrichten aus Paris, welche die Verhafteten als in den Plan zu dem letzten furchtbaren Losbruch verwickelt bezeichnen sollen.

Den dübischen Angriffen auf das Haus Camphausens in Köln hat gestern die Bauner „Konkordia“, ein Männergesangverein, eine schöne Kundgebung von Gesinnungen entgegengestellt, welche ohne Zweifel die des allergrößten Theiles der Provinz sind. Viele andere Männer und Frauen Bonns schlossen sich an, ein eigens dazu hergegebenes Dampfschiff konnte die Menge kaum fassen. Man fuhr bis zu einer kleinen Villa, in schönster Lage dem Siebengebirge gegenüber, wo der bisherige Ministerpräsident seine sehr angegriffene Gesundheit wiederherzustellen sucht. Dort stiegen die Sänger aus, ließen einige passende Lieder ertönen und überreichten eine kurze Adresse, in welcher der Wunsch ausgesprochen ist, der Gefeierte möge bald die Fülle der Gesundheit und Kraft wiederfinden, deren er zur Erfüllung seines hohen Berufes als Vertreter der Interessen des Vaterlandes und der Provinz bei den in der Nationalversammlung bevorstehenden inhaltsschweren Fragen und Verhandlungen bedürfe. — Camphausen dankte sichtbar gerührt. Von Bonn habe er als Minister die erste Vertrauensadresse erhalten, es freue ihn aus derselben Stadt, nachdem er in die Provinz zurückgekehrt sei, die erste Begrüßung zu empfangen. Ueber seine Verwaltung, so kurz sie gewesen, werde die Geschichte richten. Zwei Dinge, welche, seitdem er sein Amt niedergelegt, eingetreten, erfüllten ihn mit schönen Hoffnungen: der Sieg der Civilisation über die Barbarei in dem jüngsten Pariser Kampfe und die glücklich zu Stande gekommene Wahl eines deutschen Reichsverwesers. — Nachdem man sich denelandt hatte, wurde der Abend in Königswinter zugebracht, wo es nicht an Gesängen, kurzen Reden und Toasten fehlte. Die Theilnehmer versichern, daß das ganze Fest von einer Heiterkeit beseelt gewesen sei, wie man sie seit den Februartagen nicht mehr gekannt habe. Möge diese Stimmung als ein gutes Omen für die Erfüllung jener ausgesprochenen Hoffnungen gelten!

** Köln, 4. Juli. Es sind zwei Blüthen republikanischer Beredsamkeit und Literatur, eine Rede des Dr. Gottschalck in der Generalversammlung des Arbeitervereins und ein Artikel des Hrn. Anneke in der Zeitung des Vereins (s. Beide in Nr. 187 d. Bl.), welche die Verhaftung der genannten beiden Parteiführer herbeigeführt und die Behörden endlich veranlaßt haben, gegen ein Treiben einzuschreiten, das sie nur zu lange schon geduldet. Die Gerüchte von weiteren Verhaftungen haben sich indeß nicht bestätigt. Auch ist die Ruhe des gestrigen Abends, in Folge der energischen Vorkehrungen, welche man getroffen hatte und welche ein stark herabströmender Regen sehr wirksam unterstützte, nicht weiter gestört worden, als daß Tumultuanten dem Kommandanten der Bürgerwehr und dem Kommandanten der Festung einige Fensterscheiben zertrümmerten. Die Wache im Arresthause, welche auch gestern von einer ganzen Kompagnie bezogen war, ist indeß auch heute noch stärker als gewöhnlich besetzt.

Trier, 2. Juli. Man schreibt der Köln. Z. Seit etwa 8 Tagen finden hier Anwerbungen für das Hecker'sche Korps Statt. Man verspricht den Leuten einen täglichen Sold von 24 Kreuzern und ein Handgeld von 20 Gulden. Sämmtliche Angeworbene werden nach Mainz dirigirt, wo, hiernach zu schließen, ein Hauptdepot sein muß. Wie viele Helden die hiesige Stadt zu der Freiheitsarmee bis jetzt geliefert hat, kann ich nicht angeben, jedoch bezweifle ich nicht, daß das Handgeld von 20 Gulden Manche verlocken mag; gewiß ist es übrigens, daß viele Päße nach Mainz gefordert werden, und daß mehrere der Paßforderer die Unschuld gehabt haben, als den Zweck ihrer Reise, den Eintritt in das Hecker'sche Korps ausdrücklich anzugeben, ein Umstand, der der löblichen Polizei nicht geringe Verlegenheit bereitet. Daß übrigens Hecker nicht isolirt steht, sondern allerwärts Verbindungen hat, und daß ihm selbst in der Frankfurter Versammlung viele Herzen entgegen schlagen, das beweisen mir theils der Umstand, daß die Werbungen für Hecker in vielen Orten gleichzeitig Statt finden, und ferner die Gemüthlichkeit, mit der die Linke in Frankfurt die Hecker'schen Unternehmungen bespricht und behandelt.

** Vom Rhein, 4. Juli. Es ist in hohem Grade auffallend, daß die katholische Partei, nachdem sie bei den Wahlen alle Hebel in Bewegung gesetzt, ihre ergebensten Anhänger in die Nationalversammlung nach Berlin zu bringen, noch keinen nennenswerthen, wenigstens noch keinen direkten Schritt gethan hat, ihrem vorgesteckten Ziele näher zu rücken: die dem geistlichen Stande angehörenden Mitglieder der Versammlung haben sich bis jetzt in ein fast ununterbrochenes Schweigen gehüllt, sie werden indeß ohne Zweifel sprechen und vor allen Dingen stimmen, wenn die rechte Stunde geschlagen, und wahrscheinlich schlägt diese Stunde bald, denn es ist der Kammer die Adresse einer von dem Erzbischof und den Metropolitankapiteln von Posen und Gnesen an den König gerichteten Eingabe und eines ausführlichen Begleit-Promemoria's zugegangen, welches zunächst freilich nur die „Beeinträchtigungen der katholischen Kirche im Großherzogthum Posen seit der königl. preußischen Besitznahme“ behandelt, aber in gleicher Weise auf die Zustände in der Rheinprovinz, in Westfalen und Schlesien Anwendung leidet, und vielleicht nur einstweilen das Terrain zu sondiren bestimmt ist. Es figuriren darin vor allen Dingen der Anspruch auf größere Unabhängigkeit der bischöflichen von der Staatsgewalt und auf Ausführung der ihrem sachlichen Inhalte nach als bindendes Statut der katholischen Kirche des Staats erklärten

Digitized by Google

Bulle De solata animarum, namentlich in Bezug auf die Dotation dieser Kirche. Was das Erstere betrifft, so möchte es indeß an der Zeit sein, daran zu erinnern, daß, noch bevor jene Bulle durch die Gesetzsammlung veröffentlicht wurde, die Staatszeitung, welche die erste Nachricht davon brachte, die ausdrücklichen Worte gebrauchte: „... Stipulationen, wodurch der Wirkungskreis der geistlichen Oberen und ihre Stellung zu den weltlichen Behörden des Staates näher bestimmt würden, sind nicht getroffen worden, und insofern kann von einem Konkordat in diesem Sinne nicht die Rede sein. Der König konnte den Vollgenuß seiner Hoheitsrechte, denen theure, von Gott ihm auferlegte Pflichten gegen sein Volk zur Seite stehen, nicht von fremder Anerkennung abhängig machen, nicht den freien Gebrauch derselben durch drengende Verträge einschränken wollen. Das, was des Glaubens ist, liegt ohnehin außerhalb des Bereichs vertragsmäßiger Bestimmung." Was aber die Dotation der Kirche betrifft, so bestimmt allerdings die allegirte Bulle, daß auf die dazu angewiesenen Staatswaldungen so viel Grundzinsen errichtet und im Jahre 1833 eingetragen werden sollen, als auszustattende Spezengel da sind, so daß jede Diöcese ein Einkommen hat, welches die für die erzbischöfliche oder bischöfliche Tafel, für das Domkapitel, für das Seminar oder für den Weihbischof ausgesetzten Einkünfte deckt. Aber diese Bestimmung ist von vornherein nicht wohl ausführbar, da nicht bloß die Domänen, sondern auch die Staatswaldungen den Staatsgläubigern verpfändet sind, und die jährlichen Zinsen der Staatsschulden mehr betragen, als das disponible Einkommen aus den Domänen und Forsten. Nun bestimmt freilich die Bulle weiter, daß, wenn bis zum Jahre 1833 jene Grundzinsen auf die Staatswaldungen nicht sollten eingetragen werden können, mit baarem Gelde des Staates so viel Grundstücke erkauft und den Kirchen zu eigenthümlichem Besitze übergeben werden sollen, als erforderlich sind, um durch ihr jährliches Einkommen den Betrag jener Grundzinsen zu erreichen. Aber es möchte sehr die Frage sein, ob es nicht gerade jetzt am allerwenigsten an der Zeit sein möchte, einen so ungeheuren Grundbesitz in der todten Hand aufzuhäufen. Der Kampf wird jedenfalls heiß sein, denn, wie geschlossen auch die katholische Partei auftreten mag, so steht sie doch einer protestantischen Majorität gegenüber, und selbst manche Katholiken dürften gegenüber den Ansprüchen der Kirche das Interesse des Staats vorwiegen lassen, und es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß, bei ungestümerem Andringen, von der entgegengesetzten Seite die Herabsetzung der großen Einkünfte der geistlichen Würdenträger in Anregung gebracht wird, eine Herabsetzung, welche bei den theilweise sehr bedeutenden Abzügen, die sich Civil- und Militärbeamte gefallen lassen müssen, sicher nicht ungerechtfertigt erscheinen würde: die Erzbischöfe von Köln, Posen und Gnesen, gleichwie der Fürstbischof von Breslau haben jeder ein Einkommen von 12,000 Thlrn., der letzte, mit den Revenüen aus seinem Gute Wüeben im Preußischen und den Einkünften aus dem österreichischen Theile seiner Diöcese, von 30,000 Dukaten; die Bischöfe von Trier, Münster, Paderborn und Kulm jeder von 8000 Thalern, und ebenso reichlich sind die Weihbischöfe, Pröpste, Dechanten, wirklichen und Ehren-Kanoniki ꝛc. ausgestattet. — Inzwischen aber dauert im Rheinlande die Agitation der Partei fort. An vielen Orten sind eigene katholischer Vereine neu ins Leben gerufen oder regenerirt und reorganisirt, Adressen und Petitionen strömen nicht bloß nach Berlin, sondern auch nach Frankfurt, und in Köln hat man bei der Kunde, daß der Verfassungsausschuß die Unabhängigkeit jeder Kirche vom Staate mit 13 gegen 12 Stimmen verworfen, „feiertich" dagegen protestirt, und die „feste Erwartung" ausgesprochen, „daß die hohe Versammlung die Gewissens- und Kultusfreiheit, die Trägerin aller anderen Freiheiten, in einer gerechteren und umsichtigeren Weise behandeln wird, als dieses im Ausschusse geschehen ist." Bei alle dem erleidet diese Partei den Schmerz, daß ihr Organ in der periodischen Presse, „die Rheinische Volkshalle", nicht, wie es beabsichtigt gewesen, am 1. Juli hat ins Leben treten können. Wie es scheint, hat man noch keine Redaktion gefunden, welche etwas mehr als katholische Gesinnung mit ins Geschäft bringt. Oder fühlt man Erbarmen mit der Rhein- und Moselzeitung, welche in herzbrechenden Worten sich beschwert, daß man ihrer bewährten Katholicität nicht die für das neue Unternehmen bestimmten Fonds zuwende!

Sachsen. Dresden, 3. Juli. In der heutigen Sitzung der II. Kammer erhob sich nach Vortrag des Protokolls der Staatsminister Dr. Braun zu folgender Ansprache an die Kammer: „Wenn auch nur für einen Augenblick, aber für einen Augenblick, der Epoche zu machen geeignet ist, erbitte ich mir Ihrer Aufmerksamkeit. Was jüngst in Frankfurt beschlossen worden ist, das ist Ihnen bereits bekannt; es ist damit erst der Grund zur Einigung Deutschlands gelegt, zur Verwirklichung der großen Idee, welche vor Kurzem noch als ein Traum erschien, wenn auch als ein Traum von den Besten der deutschen Nation geträumt. Sachsens edler Fürst zaudert nicht, den Beschlüssen der konstituirenden Versammlung seine Anerkennung zu ertheilen, der er, treu dem gegebenen Worte, bereit ist, die Rechte der Krone zu opfern, wo es gilt, die Einheit des großen deutschen Vaterlandes zu erzielen. Seine Räthe sind beauftragt, dies der geehrten Kammer zu verkündigen und ihre Zustimmung darüber einzuholen. Indem ich das darauf bezügliche Dekret dem Herrn Präsidenten überreiche, bitte ich diesen, dieses Dekret der verehrten Kammer mitzutheilen. Die Kammer wird in ihrer Weisheit und in ihrem Streben, nach Kräften mitzuwirken zur Einheit, zur Stärke, zur Größe des deutschen Vaterlandes, wissen, was sie zu beschließen, was sie darauf zu erklären hat". Beide Kammern genehmigten durch Akklamation das Dekret. (D. A. Z.)

Hannover, 3. Juli. Die Armee rückte am 29. Juni in mehreren Kolonnen gegen Hadersleben vor, um die dort stehenden Dänen zu vertreiben. Oberst Graf Rantzau blieb mit etwa 4000 Mann zur Beobachtung des Sundewitt zurück. Am 29. Abends standen die Vorposten in der Nähe von Hadersleben dem Feinde gegenüber. Der Angriff sollte am 30. Juni ausgeführt, und mit einer Umgehung des feindlichen rechten Flügels verbunden werden. Als die Armee sich dazu am 30. Juni früh Morgens in Bewegung setzte, ging die Nachricht ein, daß der Feind seine Stellung verlassen, und sich gegen Norden zurückgezogen habe. Zur Verfolgung rückte das 10. Armeekorps von Hamelen über Ausdöl nach Biering, auf der Hälfte des Weges von Hadersleben nach Christiansfeld. Die preuß. Division ging mehr westlich von Gr. Jerstedt über Mangup ebenfalls gegen Christiansfeld vor. In Biering erhielt das 10. Armeekorps den Befehl, nach dem Sundewitt zurückzukehren, um zur Unterstützung des Obersten Graf Rantzau bereit zu sein, für den Fall, daß der Feind Etwas gegen ihn unternehmen sollte. Dieser Befehl ward rasch ausgeführt und am 1. Juli war schon ein großer Theil des Armeekorps in seiner früheren Stellung hinter den gegen Sundewitt stehenden Vorpostentruppen angekommen. Die Feinde hatten hier übrigens, außer einer am 30. Juni ausgeführten unbedeutenden Rekognoscirung, Nichts unternommen, und die neuesten Meldungen der Vorposten, vom 1. Juli, lassen keinen Angriff von Alsen aus vermuthen. Das Hauptquartier des Generals v. Wrangel war am 30. Juni in Christiansfeld. Die Dänen scheinen ganz nach Jütland zurückgegangen zu sein. General Halkett rühmt den Geist und den Zustand der Truppen, die trotz der anstrengenden Märsche Nichts zu wünschen übrig ließen. Von der dänischen Armee sind mehrere Ueberläufer angekommen.

Baden. Δ Mannheim, 6. Juli. Ich übersende Ihnen hier die gestern besprochene „Erklärung" des neuen „vaterländischen Vereins" in Mannheim: „Der sogenannte prov. Centralausschuß der demokratischen Vereine in Frankfurt a. M. hat in einem Aufrufe vom 28. Juni d. J. das deutsche Volk zur offenen Empörung gegen die Nationalversammlung aufgefordert, weil das von ihr angenommene Gesetz über die prov. Centralgewalt und die darauf stattgehabte Wahl des Reichsverwesers sich des Beifalls jenes demokratischen Centralausschusses nicht erfreut. Nach unserm Dafürhalten darf aber die souveräne deutsche Nation nicht zugeben, daß der von ihr berufenen konstituirenden Nationalversammlung von irgend einer Seite her Hindernisse bereitet werden, die möglicher Weise das Ziel ihrer Aufgabe scheitern machen könnten. Wir erklären daher jeden derartigen Angriff auf die nationale Souveränetät für Hochverrath und beantragen, daß gleiche öffentliche Erklärungen allerwärts im deutschen Vaterlande gegeben werden mögen, damit die Feinde der Einheit, des Friedens und der gesetzlichen Ordnung den Willen des Volkes erkennen und ablassen von ihrem verderblichen Streben. Das künftige Glück, die künftige Größe des Vaterlandes kann nur angebahnt werden, wenn die vom Volke frei gewählte konstituirende Nationalversammlung ihre hohe Aufgabe ungestört erfüllen kann, und ihren Beschlüssen treulich Folge geleistet wird. Nur unter dieser Bedingung ist es möglich, daß Ruhe, Friede und Ordnung hergestellt und das Vertrauen zurückgekehrt werde, ohne welches sich der ganz daniederliegende Handel und Verkehr nicht wieder heben, ohne welches sich die Gewerbe nicht wieder beleben und ohne welches wir den nothleidenden Arbeitern kein Brod verschaffen können. Es ist deßhalb das höchste Gebot, für den Einzelnen, sowie für das ganze Volk, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung, welche der Ausdruck des Gesammtwillens der Nation ist, zu unterwerfen. Keine politische Partei soll und darf davon eine Ausnahme machen, am allerwenigsten die rein republikanischer, deren erstes Gesetz ja gerade das sein muß, die persönlichen Wünsche dem souveränen Willen des Ganzen unterzuordnen. Wenn auch zur Zeit sich noch nicht alle Wünsche befriedigt finden, so wird doch künftighin unter der

Digitized by Google

Herrschaft volksthümlicher Grundgesetze Jedem die volle Möglichkeit gegeben sein, mit der ganzen Kraft des edleren geistigen Kampfes und Hand in Hand mit der fortschreitenden allgemeinen Volksentwickelung das höchste Ideal der Freiheit nach seinen Begriffen anzustreben. Für jetzt aber müssen Alle erkennen, daß das bedrängte Vaterland der Einheit und des inneren Friedens bedarf, um aus dem Kampfe seiner Wiedergeburt frei, glücklich und stark hervorzugehen.

* Hamburg, 2. Juli. Heute Nachmittag hat Hamburg, und somit der ganze Norden, einen großen Schritt voran gethan, die Zersplitterung der Parteien hat angefangen sich zu concentriren, indem man eine Vereinigung der Vereine bewerkstelligte. Schon seit Monaten trug man sich mit der Idee, ohne sie in Ausführung bringen zu können, da der sehr bedächtige „deutsche Klub" vor lauter Ueberlegung nicht zum Handeln kam, bis denn endlich der Bürgerverein sich der Sache bemächtigte und rasch eine Vereinigung über alle Erwartung herbeiführte. Der Bürgerverein lud eine Versammlung aller Vereine in seinem Sitzungslokale ein, und wir fanden den Saal von 800 bis 1000 Personen aus allen Ständen und allen Vereinen angefüllt. Herr Maer eröffnete die Session mit einer Rede, welche die Nothwendigkeit einer Vereinigung hervorhob und beantragte am Schluß, daß eine Central-Regierung über alle Vereine eingesetzt werde, da aber heut noch keine Wahlen dieserhalb vorgenommen werden konnten, so schlage man bis zur definitiven Wahl 5 Männer vor, welche die Leitung so lange zu übernehmen hätten. Vorgeschlogen und von der Versammlung angenommen wurden die Herren von der Linden, Freese, Dr. Buchheister, Buchter und Isaacl, und somit war die beabsichtigte Vereinigung ins Leben getreten. Wie bedeutend die Macht der Hamburgischen Vereine durch diese Centralisation gestiegen ist, ahnete nur der kleinere, bedachtere Theil, sie sind nun eine wirkliche Macht, denn was in dem einen Vereine nun beschlossen wird, wird zugleich Sache aller Vereine; freilich, werden so extreme Ansichten, wie die bisherigen des Bürgervereins, nicht mehr durchdringen, sondern er wird mehr in den gemäßigten Liberalismus zurücktreten müssen, wenn es ihm nicht gelingt, die andern Vereine mit sich fortzureißen. Wir hoffen sogar das Letztere und daß der Bürgerverein sich etwas mäßigen werde, damit der schöne Anfang sich nicht wieder in Nichts auflöse. Obgleich vorher beschlossen war, keine Beschlüsse zu fassen, so kam doch der neue Verfassungsentwurf des Senators Geffcken zur Sprache und während der Diskussion erhielt er eine allgemeine Mißbilligung. Die einzelnen Redner hoben die einzelnen Mißstände derselben hervor, sie wiesen nach, daß er nur eine Täuschung bezwecke und unter neuem Namen das abgeschmackte Alte wiederum einführen wolle, da er die Lebenslänglichkeit und Selbstergänzung des Senats fortbestehen lassen will. Nur ein Redner wies darauf hin, daß wir uns auf weitere Diskussionen nicht einlassen sollten, da wir ja die Grundzüge der Verfassung von Frankfurt her erhalten würden, wogegen sich zwar ein Mitglied des Grundeigenthümer-Vereins sträubte, da er das alte Recht der erbgesessenen Bürgerschaft fortbestehen wissen wollte und nur nebenbei Repräsentation wünsche. Dahin nur war man allgemein einverstanden, daß der Verfassungsentwurf unter jeder Bedingung zu verwerfen sei, wohin sich auch die Versammlung aussprach. Der Bürgerverein in St. Pauli hat sich schon auf dieselbe Weise ausgesprochen und somit werden die hier gefaßten Beschlüsse in allen Vereinen als gemeinsame Maßnahmen Geltung finden. Diese Vereinigung ist aber sehr wichtig für den ganzen Norden, da Hamburg trotz seiner isolirten Lage doch bedeutenden Einfluß auf die Nachbarstädte ausübt und besonders solche Beschlüsse stets Nachahmung finden. Hoffentlich bildet sich eine großartige Vereinigung der Städte-Vereine, wie sie schon in Holstein beabsichtigt wurde und auch bis auf Altona Vereinigung fand.

† Frankfurt, 6. Juli. Es fängt an, den Abgeordneten in der Paulskirche ernstlich bang zu werden vor ihrer Gründlichkeit. Es war heute der §. 2 der Grundrechte zur Diskussion ausgesetzt, mit ihm drei von einander abweichende Verbesserungsanträge des volkswirthschaftlichen Ausschusses, und außer diesen nicht weniger als 19 Amendements einzelner Abgeordneten, abgesehen von denen, welche während der Diskussion selbst gestellt wurden. Es versteht sich, daß eben so viele und noch viel mehr Reden gehalten wurden oder vielmehr gehalten werden sollten, denn man kam heute nicht zu Ende. Offenbar ging der Versammlung die Geduld zuletzt aus; (der Galleerie war sie schon lange vorher ausgegangen) und Venedey beantragte daher, daß nur noch solche Amendements begründet werden dürfen, welche wenigstens von 20 Mitgliedern unterstützt wären. Er glaubte dadurch diejenigen Antragsteller, welche sehr wenig von einander abweichen, zu nöthigen, sich zu vereinigen. Waitz, welcher ihn unterstützte, berechnete, daß wenn es so fortgehe, die Nationalversammlung 6 Monate zur Berathung der Grundrechte brauche, wogegen Gistra eine viel genauere Berechnung aufstellte, deren Resultat war, daß die endliche Abstimmung über die Grundrechte in den April des Jahres 1850 fallen werde. Obgleich Jedermann die betrübte Lage, in der man sich befindet, anerkannte, so hielt man doch die Gegengründe gegen einen solchen Zwang für überwiegend, und der Antrag wurde verworfen.

Ueber die Diskussion ist in der That nur Weniges mitzutheilen. Es ist kaum möglich, eine Berathung über eine solche Menge von Anträgen auszugsweise auch nur einigermaßen genießbar wiederzugeben. Es mag daher genügen, nur die Hauptanträge, und was im Allgemeinen dafür und dagegen gesagt worden ist, anzuführen.

Der §. 2 der Grundrechte nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses heißt:

§. 2. Jeder Deutsche darf an jedem Orte eines deutschen Staates Aufenthalt nehmen, sich niederlassen, Grundeigenthum erwerben, Kunst und Gewerbe treiben, das Gemeindebürgerrecht gewinnen — vorerst unter denselben Bedingungen wie die Angehörigen des betreffenden Staates, bis ein Reichsgesetz die zwischen den Gesetzen der einzelnen Staaten noch obwaltenden Verschiedenheiten völlig ausgleicht.

Dazu machte der volkswirthschaftliche Ausschuß folgenden Verbesserungsantrag:

§. 2. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt. Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen wie den Angehörigen dieses Staates zu.

Zwei Minoritätsanträge wurden von demselben Ausschusse beigebracht:

1) Jeder Angehörige eines deutschen Staats ist befugt, in jedem andern deutschen Staate unter denselben gesetzlichen Bestimmungen wie die Angehörigen dieses Staates sich aufzuhalten, ansässig zu machen, Liegenschaften zu erwerben, über sie zu verfügen, Gewerbe und Handel zu treiben. Rechtspersonen des einen Staates werden in Bezug auf Erwerb und Verfügung über das Grundeigenthum den einheimischen Rechtspersonen gleich geachtet. Die Reichsgewalt hat darauf zu halten, daß bei Umbildung der Gesetze über Erwerb von Grund und Boden und Verfügung über denselben, dann über Ansässigmachung und Gewerbewesen in allen einzelnen Staaten gleichmäßige Grundsätze durchgeführt werden. Ferner:

1) Jeder Deutsche hat das Recht, in jedem deutschen Staate und in jedem deutschen Orte seinen Wohnsitz zu nehmen und Grundstücke zu erwerben.

2) Jeder Deutsche ist berechtigt, überall in Deutschland jedes Gewerbe zu treiben, sobald er die, in einer niederd zu erlassenden allgemeinen deutschen Gewerbeordnung bestimmten Bedingungen erfüllt.

Der erste liegt etwas rechts von dem Majoritätsantrag, der zweite links. Der erste wurde von Herrmann und Stahl vertheidigt. Es stehen sich hauptsächlich zwei Ansichten gegenüber; nach der einen soll eine absolute Gleichförmigkeit in Beziehung auf die Gewerbeverhältnisse in ganz Deutschland eingeführt werden; nach der andern soll eine Verschiedenheit gestattet und die besondere Ausführung in den einzelnen Ländern den Regierungen überlassen werden. Diejenigen, welche das Erste wollen, sagt Herrmann, stellen sich bloß auf den Standpunkt derer, welche von außenher in ein Land herein wollen. Um derenwillen sollen die Einheimischen ihre gewohnte Ordnung ändern. Das sei aber unbillig und würde große Unzufriedenheit erregen. Der Eintretende könne Nichts mehr verlangen, als daß er dem einheimischen Staatsangehörigen gleich behandelt werde. Die Gewohnheit des Denkens und Lebens sei so genau mit diesen Einrichtungen verwachsen, daß ein Volk sehr schwer davon abkasse, selbst wenn das, was dafür eingeführt werden soll, an sich vollkommener sei. Man möge allgemeine Grundsätze festsetzen, welche zu beachten wären, wenn in den einzelnen Staaten das Bedürfniß einer Umbildung wirklich eintrete, dann werde sich allmählich eine größere Gleichförmigkeit bilden; aber so lange ein Volk mit seinen Einrichtungen zufrieden sei, solle man es nicht stören. Eine Gewerbeordnung, sagt später Stahl, müsse von den Gewerben selbst festgesetzt werden; diese wüßten besser, was gut für sie sei, als die Nationalversammlung es wissen könne. Man solle deßhalb den Satz, in dem von einer vom Reiche aus zu gebenden allgemeinen Gewerbeordnung die Rede sei, lieber gleich ganz streichen. Der zweite Minoritätsantrag, welcher von dem entgegengesetzten Princip der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit ausgeht und eben darum sogleich allgemeine Bestimmungen hierüber festgestellt wissen will, wodurch die besondern Beschränkungen in den Einzelstaaten wegfallen, wird hauptsächlich von Eisenstuck mit vieler Wärme vertheidigt. Wenn man das Alles den Particularregierungen überlassen wolle, wozu sei denn die Nationalversammlung da? Die Partikulargewohnheiten und Ansichten müßten eben jetzt auch hier, wie in politischer Beziehung, geopfert werden, wenn man ernstlich eine Einheit Deutsch-

Digitized by Google

lands wolle. In die Gemeindeverfassungen werde dadurch nicht eingegriffen, weil auch für diese allgemeine Grundsätze festgestellt werden müßten. Der zwischen inne liegende Majoritätsantrag, welcher dem letzten, dem Princip nach, in der Anwendung aber dem ersten näher kommt, wird von Leite vertheidigt. Das Recht der Freizügigkeit und einer ausgedehnteren Gewerbefreiheit werde durch unsere socialen Zustände dringend gefordert. Man spreche so viel von dem Rechte auf Arbeit. Diese Vorstellung sei nicht neu, sie finde sich schon im Landrechte, aber sie gehöre dem Polizeistaate an. Größere Gewerbefreiheit und Freizügigkeit allein vermöge hier zu helfen, und das zu ersetzen, was man vergeblich durch jenes zu erringen suche. Auch sei sie eine Grundbedingung geworden für den Wohlstand, die Familienbildung, Verstttlichung und Vaterlandsliebe des Volkes.

Alle übrigen Amendements bewegen sich zwischen den angegebenen Endpunkten. Die Antragsteller sind Werner, Tellkampf, Achleitner, Eisenmann, Adams, Gulden, Grödel, Trützschler, Hensel, Edel, Jaup u. A. Es würde allzuermüdend für Ihre Leser sein, sie Alle hier mittheilen zu wollen. Wenn die Eine oder der Andere derselben bei der Abstimmung angenommen werden sollte, so wird es genügen, ihn hernach abzudrucken. Dies ist aber sehr unwahrscheinlich. Denn gerade durch diese Ueberzahl von Verbesserungsvorschlägen wird die Annahme des Kommissionsantrages in der Regel gesichert. Eine so schwere Geduldsprobe aber auch diese Diskussion insbesondere durch die vielen, zum Theil sehr kleinmeisterlichen Verbesserungsanträge geworden ist, so hat sie doch auch ihr Gutes. Die Redner sehen es allmählich ein, daß sie in dieser Art ihre Weisheit vergeblich zu Markte tragen, und daß in einer Versammlung von 600 Personen nicht Jeder für sich allein mit seiner subjektiven Ansicht sich geltend machen könne. Man fühlt, daß eine bessere Einigung der Ansichten und Organisation der Parteien und Fraktionen nothwendig wird, wenn nicht die Verhandlungen in's Unendliche hinausgezogen werden sollen.

≡ Frankfurt, 2. Juni. Nach der „Hanauer Zeitung" vom 28. Juni hat der Hanauer demokratisch-republikanische Verein die Herren Hecker und Struve, „weil sie ihr Leben für das deutsche Volk in die Schanze geschlagen", als Ehrenmitglieder aufgenommen. Gewiß eine würdige Anerkennung! Ob sie jene Herren auch gehörig zu schätzen wissen werden? — Hätten sich statt dessen die Mitglieder des demokratisch-republikanischen Vereins in Hanau seiner Zeit in den Verein, den die Herren Hecker und Struve in Baden gründeten, die Freikorps nämlich, als wirkliche Mitglieder aufnehmen lassen, so würden sie ihnen wahrscheinlich mehr Dank wissen. Es ist aber freilich leichter, mit papiernen Dokumenten, als persönlich für eine Sache einzustehen, und daß republikanische Rodomontaden noch fern von republikanischem Muthe sind, haben uns die Herren zur Genüge bewiesen, indem sie sehr zeitig ihr Leben aus den vaterländischen Schanzen auf Schweizer Gebiet gerettet haben.

Großbritannien.

Londan, 3. Juli. Die englischen Zeitungen vom 3. Juli enthalten, da sie zugleich keine Parlamentsverhandlungen bringen, wenig Neues von Bedeutung. Die interessantesten Nachrichten sind die aus Irland, obschon sich auch hier der Zustand nicht wesentlich geändert hat und die Revolution immer noch wie eine stehende Wetterwolke drohend am Horizonte hängt. Die englischen Zeitungen fahren fort, zu versichern, daß die Bändigung der letzten Pariser Insurrektion auf die mittlern und besitzenden Klassen einen Eindruck gemacht, der für alle etwa bei ihnen vorhandenen Revolutionsgelüste sehr abkühlend gewesen sei. Daher suchen die Leiter des Aufstandes namentlich die Dorfbevölkerung und die untern Klassen in ihre Netze zu ziehen; fortwährend werden neue Klubs gegründet und deren Mitglieder mit Piken versehen. Die Regierung rüstet sich ihrerseits wie zum Kriege; unter andern soll Clonmel, welches Kilkenny und Waterford beherrscht, in einen bedeutenden Waffenplatz umgeschaffen und mit neuen Kasernen versehen werden, auch Verstärkungen an Geschütz erhalten. John O'Connell hat jetzt in einem offenen Briefe die Gründe dargelegt, weßhalb er es sich versagen müsse, dem neuen Irenbunde beizutreten; er könne seinen und seines Vaters Grundsätzen, der friedlichen, gesetzlichen und verfassungsmäßigen Agitation nicht untreu werden, weil er sie für die einzigen halte, durch welche das Glück des Landes begründet werden könne; die Ereignisse würden entscheiden, und wenn es sich herausstellen sollte, daß der Irrthum auf seiner Seite gewesen, so würde Niemand so bereitwillig sich finden lassen, dieses Irrthums gesträubig zu sein u. s. w. Der neue Bund der Jung- u. Altirländer geht damit um, die berühmte Versöhnungshalle, in welcher Daniel O'Connell sein mächtiges Wort so oft zum Schrecken Englands ertönen ließ, käuflich zu erwerben und sich für die Schulden des Repealvereins, die sich auf fast 900 Pf. belaufen, haftbar zu erklären. Unterdeß nimmt jetzt, wo die Vorräthe der letzten Ernte aufgezehrt sind oder zu Ende gehen, die Noth an vielen Orten entsetzlich zu; unter Anderm wird erwähnt, daß am 29. Juni nicht weniger als 5000 Arme das Arbeitshaus in Castlebar umdrängten und Unterstützung heischten. Dazu die unglaubliche Härte, womit selbstsüchtige Gutsherren oder deren Verwalter fortfahren, die zahlungsunfähigen Kleinpächter aus ihren Hütten auszutreiben! Da gibt man den Unterwühlern nicht bloß Vorwand, sondern auch haltbaren Stoff genug, die Leidenschaften in den untern Klassen aufzuregen und das Feuer zu schüren. Man erinnere sich an das sonst so kupale Schlesien, wo demokratische Ideen erst seit der Zeit sich einschlichen, als der Hunger die nothleidenden Weber in die Bajonette der Soldaten trieb und die Gleichgültigkeit der Bureaukratie die Noth in den Kreisen Rybnick und Pleß bis zum Unerträglichen anwachsen ließ. Humanität thut in Zeiten, wie die unsrigen, doppelt Noth; auch ist die englische Regierung ohne Zweifel humaner und liberaler, als ein großer Theil des Landadels und der Landvögte in Irland, aber sie kann durch die eiserne Mauer des ihr entgegenstehenden Egoismus nicht hindurch; deßhalb, wie bereits früher bemerkt, scheint ihr ein offener Ausbruch fast willkommen zu sein, um nach der Bewältigung desselben die Verhältnisse in Irland gründlich umgestalten, die Macht der Agitatoren für immer brechen, aber auch zugleich der Willkür und Härte der Grundbesitzer durch weise Gesetze Zaum und Zügel anlegen zu können. Sonst ließe sich das ruhige Zuwarten der Regierung schwer erklären. Die torystische Britannia freilich fordert unverweilte Unterdrückung der Klubs. „Wenn die Klubs nicht unverzüglich unterdrückt werden", sagt dieses Blatt, „so sind die Tage Irlands gezählt. Unter allen Formen der Volksbosheit sind die Klubs die bösartigsten. Die erste französische Revolution wurde in den Klubs gebraut, so die zweite, so endlich die Insurrektion, welche soeben die Straßen von Paris mit Blut überschwemmt hat. Folgt Irland diesem Beispiel, so wird es auch die Strafe dafür tragen müssen."

Unter den Ereignissen, welche das Steigen der englischen Staatspapiere veranlaßten, nennen die Times auch ausdrücklich die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser Deutschlands.

Frankreich.

Paris, 4. Juli. Der heutige Moniteur bringt die gestern erwähnte offizielle Mittheilung, daß die Nationalwerkstätten aufgehoben seien, die arbeitslosen Proletarier aber auf ihren Mairien Unterstützung finden sollen. Zugleich denkt Cavaignac daran, dem Uebel für die Dauer die Wurzeln abzugraben; zunächst durch Repressivmaßregeln, namentlich durch Entwaffnung der böswilligen und zweideutigen Nationalgardisten und durch Zusammenziehung von Militärmassen, die Paris vor der Erneuerung eines Handstreichs sicher stellen.

Die Anzahl der Verhafteten ist auf 8000 gestiegen und gegen mehr als 2000 Personen, die durch die Aussagen der Verhafteten beschwert sind, sind Verhaftsbefehle erlassen worden. Heute beginnen bereits die ersten Transporte der zur Deportation Bestimmten nach Havre — diese Transporte, 2 — 300 Gefangene stark, werden stets durch ein Infanterieregiment und Kavalleriedetachement eskortirt.

Herr Berard, der Redakteur des Napoleonien und einer seiner Unterredakteure sind gestern verhaftet worden.

Wie heißt, ist Emmanuel Arago von Berlin abberufen, er wird mit Urlaub hieher kommen und nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Diese Abberufung eines Diplomaten, der sich von den Berliner Zeldenpolitikern ein Hoch bringen ließ und sie haranguirte, wäre schon lange in der Ordnung gewesen. Wir möchten es ein mal erleben, daß der Gesandte einer deutschen Großmacht in Paris die Ouvriers oder in London die Chartisten auf offner Straße mit Reden amüsirte, die freilich Keiner verstand, die aber doch hinreichten, die Armseligkeit und den Mangel an jedem Takte beim Redner, wie bei den Zuhörern aus Tageslicht zu stellen.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war die Wahl eines Quästors an die Stelle des gefallenen Generals Negrier auf der Tagesordnung. Das Skrutinium gab folgendes Resultat: Anzahl der Votirenden 709 Stimmen. Absolute Majorität 355 St. Hr. Laboissière 255 St. Hr. Ledreton (General) 205 St. Hr. Lufontaine (Gen.) 192 St. Da keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhalten hat, so wird zu einem neuen Skrutin geschritten, das bei Postschluß noch nicht beendigt ist.

Man sprach in diesen Tagen viel davon, daß es zwischen Cavaignac und der ehemaligen Exekutivkommission zu unangenehmen Erörterungen kommen würde; jeder Theil beschuldigte den andern, durch

Digitized by Google

Die Abänderung des Zollverein-Tarifes.

I.

Adam Smith behauptete, die Schutzzölle seien der Ausfluß einer verkehrten Ansicht und das Werk von Projektenmachern, welche die Operationen der menschlichen Angelegenheiten in ihrer freien Entwicklung behinderten, man müsse die Gewerbe ruhig sich selbst überlassen, alles Uebrige folge im natürlichen Laufe der Dinge von selbst. Bekanntlich geirrt A. Smith mehr als einmal in Widerspruch mit sich selbst; er war ein zu überlegener Geist, um eine starre Konsequenz auf Kosten des praktischen Verstandes festhalten zu wollen. Wenn er daher zugab, daß das Prohibitivsystem ausnahmsweise vortheilhaft sei, „um den fremden Gewerbsfleiß zu Gunsten des einheimischen zu betasten", und wenn er es beklagte, „daß die englischen Flachsspinner durch die (damalige) zollfreie Einfuhr des deutschen Garns beeinträchtigt wurden", und wenn er endlich die englische Navigationsakte pries, „weil sie die holländische Schifffahrt zu Gunsten der englischen beschränke", so gestand er damit zu, daß nicht Alles auf Alles anwendbar sei. Jean Say verfocht zwar das laissez-faire mit noch größerer Entschiedenheit, allein er sowohl als A. Smith sprachen die wiederholte Ueberzeugung aus, daß der Wohlstand eines Landes ohne einen blühenden Gewerbsfleiß undenkbar sei. Unser ruhmwürdiger Landsmann Friedrich List trat Beiden mit der Behauptung entgegen, daß die produktiven Kräfte der Nationen nicht dem blinden Zufall überlassen werden dürften, sondern daß ihre Erweckung und Ausbildung von den Maßregeln der Gesetzgebung abhängig, und daß die Manufakturkraft eines Landes mittelst schützender Zölle am leichtesten hervorzurufen und am sichersten gegen ausländische Uebermacht zu bewahren sei. Zugleich gab er aber zu, daß bei erreichter gleicher Kraft und Geschicklichkeit die Schutzzölle zwischen den Ländern unnöthig und sogar schädlich und daß der völlig freie Handelsverkehr als das vernünftigste Ziel der Bestrebungen zur Vermehrung der menschlichen Wohlfahrt betrachtet werden müsse, indem er dabei der Ansicht war, daß ein Zeitraum von etwa 50 Jahren hinreichend erscheine, um die anfänglich hohen Schutzzölle bis auf ein Minimum herabfallen und sodann die Nation in den Kreis der Handelsfreiheit einführen zu können. Man ersieht hieraus, daß die beiden feindlichen Systeme in ihrem innersten Kern nicht so schroff sich gegenüberstehen, als es Vielen vielleicht erscheinen mag, zumal es für zweifellos gehalten werden muß, daß, wenn dem scharfsinnigen A. Smith die Erfahrung der letzten 70 Jahre zu Gebote gestanden hätte, er in vielen Dingen wahrscheinlich jetzt anders als damals urtheilen würde. So viel ist übrigens gewiß, daß, wenn die Smith'schen Freihandelslehren in der Theorie die richtigeren, das List'sche Schutzzollsystem dagegen das von dem Erfolge bevorzugtere bis jetzt gewesen ist.

Es ist nicht zu bestreiten, daß ein Erzeugniß, dessen Absatz nur mittelst eines Schutzzolles möglich ist, dem Produktionslande eben so viel Verlust bereitet, als der Unterschied gegen die billigere Anschaffung aus dem Auslande beträgt. Die von Vielen festgehaltene Meinung, daß der im Lande ausbezahlte Arbeitslohn als ein reiner Gewinn für dasselbe zu betrachten sei, würde nur dann eine richtige sein, wenn die inländischen Arbeiter schlechterdings keinen andern Erwerb sich zu verschaffen vermöchten; da dies aber voraussichtlich nirgends der Fall, so kann nur allein die Differenz zu einem Urtheil berechtigen, welche zwischen dem Kaufpreise im Auslande und den eignen Produktionskosten besteht. Sind diese letztern die geringern, so wird die einheimische Erzeugung vortheilhaft, dann aber auch der Schutzzoll überflüssig sein; ist die eigne Fabrikation aber theurer als die Beziehung aus dem Auslande, so kann an dem öffentlichen Bilanz-Nachtheil bei der eignen Herstellung kein Zweifel sein.

Bis hierher die Richtigkeit der Freihandelslehre anerkennend, ist jedoch nicht zu übersehen, daß das Blatt eine andere Seite hat. Offenbar sind noch andere Punkte dabei in Frage, als die Untersuchung über die Richtigkeit der einen oder der andern Theorie. Sagt doch selbst Dr. Smith: „Diejenigen Systeme, welche die Manufakturen und die Gewerbe beschränken, handeln gegen ihren Zweck, sie sind noch nachtheiliger als das Merkantilsystem." Wenn es sich also um den Aufschwung der deutschen Gewerbe handelt, und wenn man einsieht, daß durch ein schlaffes Stichgehenlassen oder durch partielle Unterstützungen und ähnliche kleinliche und nichtsfruchtende Maßregeln nicht geholfen werden kann, so wird die Beihilfe der Gesetzgebung nicht zu entbehren sein. In sofern aber jede neue oder vermehrte Anwendung von Schutzzöllen das endliche Ziel des freien Völkerverkehrs immer weiter zu verrücken scheint, so erfordert es die allgemeine Rücksicht, die Grundzüge und Bedingungen aufzustellen, unter welchen die Schutzzölle nützlich und sogar unumgänglich nothwendig sind.

1) Wenn langgewohnte Erwerbszweige durch den Wechsel der Mode oder durch Veränderungen in der Herstellungsweise für die Beschäftigung und den Verdienst einer großen Zahl von Menschen verloren gehen, oder wenn die Ueberfüllung einzelner Gewerbe den Lohn bis unter die Möglichkeit des ehrlichen Bestehens herabgedrückt hat, so kann von einer zerstreut lebenden, mit den Fortschritten der auswärtigen Industrie unbekannten und überdem völlig mittellosen Arbeiterklasse die Auffindung und Einführung neuer Erwerbszweige oder neuer Methoden nicht erwartet werden, und es liegt in solchem Falle dem Staat die Pflicht der Vermittlung dazu ob. Zwar werden in der Regel die untergehenden Gewerbe durch eben so viel neu aufgehende ersetzt. Wenn z. B. die gegenwärtige Bedrängniß der kleinen Tuchmacherei von der zunehmenden Buckskinfabrikation mehr als aufgewogen wird, oder wenn das Beinkleid und in neuester Zeit sogar der Handschuh von dem Leder abgefallen und zu der Wolle übergegangen sind, so soll und kann der Staat eben so wenig eingreifen, als er bis jetzt in die von wechselnden Erfolgen begleiteten Kämpfe zwischen den Hutmachern und den Mützen- oder Strohhutfabrikanten sich gemischt. Wenn aber Tausende in rauhe Gebirgsgegenden zusammengedrängte Arbeiter den einzigen Erwerbszweig verlieren, worauf ihre ganze Existenz bisher gegründet war, oder wenn die Arbeit den zum Lebensunterhalte nothwendigen Verdienst nicht mehr gewähret, so muß ein Ersatz dafür aufgesucht, die Einführung neuer Erwerbszweige als unerläßlich betrachtet und durch angemessene Schutzzölle die nächste Veranlassung dazu gegeben werden. Vertheuern sich nun dadurch diese im Inlande angefertigten neuen Artikel gegen die früher vom Auslande bezogenen, so wird nadebraktisch einzugestehen sein, daß die Differenz von den Konsumenten bezahlt werden muß, wogegen von der andern Seite zugegeben werden wird, daß die Milderung und die in tausendfältige Brüche getheilte Uebertragung des öffentlichen Nothstandes höher als die Differenz in der Handelsbilanz anzuschlagen sei, abgesehen davon, daß außerdem die Unterstützung und Erhaltung der Arbeitslosen ebenfalls der Gesammtheit zur Last fallen muß.

2) Häufig ist es nicht möglich, einen wichtigen und wünschenswerthen Erwerbszweig im Lande einzuführen, wenn im Auslande bereits ein großer Vorsprung in der Herstellung desselben erlangt worden ist. In solchem Falle muß der Staat zu Hilfe kommen, entweder dadurch, daß er selbst Normalanstalten errichtet, oder daß er vermittelst eines hohen Schutzzolles die Privatindustrie darauf hinzulenken sucht. Müssen aber einmal Opfer gebracht werden, so wird dasjenige mittelst des Schutzzolles das wenigst fühlbare und das den Erfolg am meisten verbürgende zeigen. Wenn z. B. Deutschland seine Leinenfabrikation nicht dem gewissen Untergang wollen sehen und einen seiner wichtigsten Ausfuhrartikel nicht nur einbüßen, sondern sogar mit seinem eignen Bedarf von England abhängig werden will, so ist die Einführung der Maschinenflachsspinnung hoch an der Zeit. Niemand wird jedoch Kapital, Zeit, Mühe und Talent an Unternehmungen wenden wollen, deren Anlage kostspielig, deren Einrichtung schwierig und deren Erfolg unsicher und gefährlich ist. Alle jene Erfordernisse werden aber durch einen angemessenen Eingangszoll auf die Leinengarne ohne alles weitere Zuthun der Regierung von selbst hervorgelockt. Es ist allerdings richtig, daß die Verbraucher der feinen Leinen (denn auf die Hauskeinwand wird es ohne Einfluß sein) eine gewisse Zahl von Jahren der Differenz des Schutzzolles wenigstens theilweise zu bezahlen haben werden, wogegen aber sodann der Erwerbszweig für alle Zukunft dem Lande gesichert, der Preis durch die Konkurrenz herabgedrückt und der Gewinn des ausländischen Fabrikanten den inländischen Arbeitern und den Konsumenten selbst zugewendet werden wird.

3) Erscheinen die Schutzzölle als nothwendig, um den einheimischen Gewerbsfleiß vor den periodischen Ueberfluthungen anderer Länder zu bewahren, sobald diese Länder die industriell Mächtigeren sind. Es gibt zahlreiche Erzeugnisse, deren regelmäßiger Absatz und Bedarf auch die regelmäßige Herstellung im Lande selbst bedingt und worauf der Erwerb einer großen und fleißigen Bevölkerung beruht. Gibt es für diese Gewerbe keinen schützenden Zoll, so werden die ausländischen Fabrikanten jedesmal, so oft ihre Magazine sich stopfen, ihre überflüssigen Vorräthe plötzlich und vielleicht auf einzelne Punkte des unbeschäftigten Landes in solchen Maßen hinwerfen, daß zu jedem Preise verkauft, dadurch aber der heimische Produzent in Noth gerathen und bei der Wiederholung solcher Operationen zur Aufgabe seines Gewerbes gezwungen werden wird. Gewinnt nun zwar der inländische Konsument durch den wohlfeilen Einkauf jener Waaren, so ist doch der dem vaterländischen Gewerbsfleiß zugefügte Nachtheil jedenfalls der größere,

Digitized by Google

abgesehen davon, daß wenn das einheimische Gewerbe einmal gesichert oder vernichtet, dann späterhin das fremde Fabrikat um so theurer bezahlt werden muß. Nichts ist überdem für die Gewerbe schädlicher und durch Nichts wird der Pauperismus unter ihnen sicherer erzeugt, als wenn die Preise der in großen Massen für den täglichen Bedarf angefertigten Erzeugnisse bedeutenden Preisschwankungen und samit die Fabrikation dem ewigen Wechsel zwischen unbegründeter Ausdehnung und wieder plötzlichen Stockung unterworfen ist.

4) Darf auch niemals außer Acht gelassen werden, daß es gewerbliche Erzeugnisse gibt, welche zu den unentbehrlichen Bedürfnissen des Volkes gehören, deren Befriedigung nicht von der Willkühr fremder Länder, von Handelskonjunkturen oder vom Zufall abhängig gemacht werden kann. Eine Nation kann nicht von politischer Macht und Freiheit sprechen, so lange sie das Schwert nicht ziehen darf, aus Furcht, dem Feinde alsdann die Halbfabrikate nicht mehr abkaufen und somit auch keine Ganzfabrikate anfertigen zu können. Unter dergleichen Gegenstände gehören z. B. Waffen, Eisen und Gespinaste aller Art. Die Baumwolle ist allerdings ein tropisches Produkt, aber sobald, wie D. Smith sagt, eine Nation ein solches bezahlen kann, so ist es dasselbe, als ob es auf ihren Feldern wächst. Die Baumwolle ist für die Bekleidung der niedern Klassen das, was die Kartoffel für ihre Nahrung ist; sie ist ihnen weit unentbehrlicher als der Kaffe, und die Erörterungen über ihren Ursprung dürften überflüßig sein. An dem baumwollenen Garne hängt die Existenz der gesammten großen deutschen Weberei, und die Emancipation derselben von dem Auslande muß Rücksichten überwiegen, welche in mancher Hinsicht ohne Zweifel begründet, welche aber in Bezug auf die nationale Selbstständigkeit von einem höhern Stand zu fassen sind.

Es ist eine durchaus irrige Ansicht, als ob in dem Schutzzoll ein Monopol zur Bereicherung des Unternehmers zu erblicken sei. Die Folge des Schutzzolles besteht im Gegentheil allemal darin, daß die Speculation auf den beschützten Gewerbszweig hingelenkt und daß dieselbe somit einer in der Regel übertriebenen Konkurrenz preisgegeben wird. Es ist daher auch ganz richtig, wenn Fr. List sagt, daß durch die Schutzzölle hindurch der Weg zur Handelsfreiheit geht. Denn so wie durch die Vermehrung der Produktion der Preis des Erzeugnisses in nicht zu ferner Zeit bis auf das gleiche Niveau mit dem Auslande herabgedrückt wird, so fällt die Veranlassung zu dem Schutzzoll von selbst hinweg, wogegen es anderseits nicht in Abrede gestellt werden darf, daß wenn ein industrielles Erzeugniß bei einem Schutzzoll bis zu höchstens 25 Prac. gegen das Ausland nicht zu bestehen, oder wenn es nicht in Folge solchen Zolles seine Preise mit jedem Jahre bis zur endlichen Ausgleichung mit den jenseitigen Preisen herabzusetzen vermag, die Fabrikation desselben alsdann als ungeeignet und als nationalschädlich betrachtet werden muß.

Frankreich.

* Straßburg, 1. Juli. Eine dämonische Gewalt durchwehte Frankreich und die Nachbarstaaten, eine Macht, welche alle Bande der Ordnung, der Gesetze, der Wohlfahrt zu zerbrechen strebte. Ihre Führer und willigen Werkzeuge sind überall, schleichen von Staat zu Staat, eingehüllt in das Gewand der Freiheit, das heilige Banner derselben schwingend, im Grunde aber das Sklavenjoch des Kommunismus, die Barbarei der Verwilderung erstrebend. Das soll also das freie Volk sein und werden, das man in den Brüderkampf mit wenigen Thalern und der verheißenen Plünderung treibt, dies die Organe eines nach Freiheit dürstenden Volkes, die, ihre giftige Feder niederlegend, aus der Schmiedestätte eines Alles begeifernden Journalismus auf die Barrikade steigen und die mörderischen Waffen ergreifen? Nein, solchen Menschen kann die Gesellschaft nicht anheimfallen, sie werden nicht durch Sieg und Herrschaft die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts brandmarken. Zwar rufen sie jetzt überall, es sei die Reaktion eingetreten, streuen in den Departementen aus, Paris, Versailles und andere Städte der Umgegend stehen in Flammen, um die Einen zu schrecken, die Andern zum Aufstande zu treiben. Aber Letzteres sind heillose Lügen, welche die Lokalbehörden widerlegen und gegen deren Verbreiter sie mit dem Gesetze einzuschreiten bereit sind. Was aber die Reaktion betrifft, so ist dies eine andere Frage. Kann man einen Zustand fortdauern lassen, welcher zu solchen Resultaten geführt hat? Einen Zustand, unter welchem sich so verderbliche Elemente bergen und wirksam sein konnten! Die Schwierigkeit liegt nicht in der Zahl der in der Hauptstadt aufgetretenen Rebeller oder Thäter, sondern sie liegt in den Lehren, in den Mitteln, dieselben zu verbreiten und ihre Verwirklichung zu versprechen. Eine Thatsache steht unbestritten fest: Das Bürgerthum und die öffentliche Ordnung sind Eines und dasselbe, und Alles, was sich außerhalb des Bürgerthums stellt, ist der Anarchie anheimgefallen. So sind wir also wieder auf die alleinige Grundlage der Ordnung und der Gesetzlichkeit zurückgekommen. Bürger ist der, welcher außer der Arbeit noch das Kapital des Betriebes gibt, und da ohne dieses jene nicht möglich ist, so liegt in dem Bürger der Kern der geselligen Ordnung. Was nützt die Kraft ohne Rohstoffe, ohne Werkstätte, ohne Werkzeuge, ohne Mittel den Absatz zu betreiben! So wenig als auf dem Lande die Menschenkraft was vermag, wenn nicht der Besitz des Bodens sich mit ihr verbindet. Jede Lehre, welche etwas Anderes anträgt, ist Unsinn und führt zu Zerstörung. Nun aber haben die Anarchisten dem Arbeiter weiß gemacht, er habe ein Anrecht an das Kapital, ohne es auf dem gesetzlichen Wege zu erwerben, aber vielmehr sie wollen als Gesetz den Grundsatz des Raubes aufstellen. Dagegen tritt aber der Bestehende auf, nicht sowohl seine Rechte zu schirmen, sondern einen Zustand zu bekämpfen, der alle Ordnung vernichten müßte, weil eine solche Theilung des Kapitals ganz gewiß die Arbeit selbst vernichten muß. Dies ist die Erneuerung des Kampfes, den das damals neubegründete Bürgerthum in dem 12. — 14. Jahrhundert durchgekämpft hat, und wie damals, scheint jetzt wieder die Zunftverfassung eine Nothwendigkeit zu werden, aber nicht in Beziehung auf die Gewerbeberechtigung, sondern nach einer andern Seite, die oft vergessen wird, die der Wehrhaftigkeit. Die Zunft in der Reichsstadt war zugleich eine militärische Ordnung, und der Zunftgenosse zum Waffendienste verpflichtet. Die Sturmglocke rief ihn auf die Lärmplätze, wo er mit den Waffen erschien, und gegen den inneren, sowie den äußeren Feind zu kämpfen bereit sein mußte. So erhielt sich die Freiheit Jahrhunderte lang und bis die Entwickelung der Monarchie und der stehenden Heere, mit ihnen Garnisonen, das Waffenspiel zur wirklichen Spielerei herabsinken ließ. Soll es wieder zu jenem Zustande kommen, oder läßt sich eine Republik denken, deren Regierung über Hunderttausende regulärer Truppen gebietet! Hat je ein Freistaat unter solchen Bedingungen sich erhalten? Frankreich steht wirklich an dieser Grenze. Ein großes Glück war es, daß es einem Manne wie Cavaignac die Diktatur in die Hände legen konnte. Insofern hat der Arbeiterkampf einen Entschluß beschleunigt, der vielleicht von der Nationalversammlung auf eine andere Weise gefaßt worden wäre, aber immer eine Nothwendigkeit war. Mit den utopistischen Theorien mußte gebrochen werden, weil sie der Ausführung so nahe gebracht worden, daß die soziale Umwälzung vor der Thüre stand: es mußten also auch alle Diejenigen fallen, die redlich oder unredlich sich auf dieselben stützten. Uebrigens geschah hier, was häufig eintritt: gewisse Menschen verlieren außerordentlich, wenn sie länger zur Schau ausgestellt sind. Untauglichkeit, kleinliche Leidenschaftra, Schwächen in moralischer Hinsicht werden jetzt sichtbar, an die vorher Niemand gedacht. Des Einen Ehrgeiz und andere Flecken, des Andern Herrschsucht, eines Dritten Wankelmuth, die Unfähigkeit, Charakterlosigkeit der Uebrigen sind jetzt vor Allem enthüllt, gehen von Munde zu Munde und untergraben eine Autorität, die in dem Freistaate nur auf die Persönlichkeit sich stützen kann. Die Größe der Gefahr, sowie die Kraft des Diktators haben die Uebertragung einer unbeschränkten Gewalt gerechtfertigt, aber die Verlängerung der Gefahr hat auch die Verlängerung der Macht in demselben Manne herbeigeführt. Ja, Frankreich steht auch nach dem Siege auf einem Abgrunde, und Cavaignac wegen seiner Persönlichkeit, und er allein, ist beauftragt, das Steuer ferner in seiner kräftigen Hand zu halten. Daß ein Deputirter wie Martin, ein so reiner, radikaler Republikaner, den Vorschlag gemacht hat, beweist, daß eine kräftige Regierung, mit energischen Maßregeln für nothwendig erachtet wurde. So leben wir der Hoffnung, daß mit Nächstem alle die gefährlichen Auswüchse in Klubs, in dem Journalismus u. A. ausgeschnitten werden. Wie aber, wenn der Widerstand fortdauert, nicht in den Straßen, aber in den Wahlen, in den politischen Vereinen, in der Presse? Wird nicht die Erinnerung, daß er einmal zu dem Ungeheuren hingerissen hat, auch noch nachwirken und eine Gewalt schaffen, welche der allen Ueberzeugungen von Freiheit, die Freiheit immer mehr sich gezwungen sieht, zu beschränken, einzudämmen und theilweise zu vernichten? Daß aber dieses unsere Lage ist, sieht Jedes ein. Die Transportschiffe für die Deportirung sind gerüstet worden, ehe noch das Gesetz der Nationalversammlung, welches letztere begründen soll, vorgelegt waren; die Militärgerichte haben gehandelt, ehe noch das Gesetz sie ermächtigt hatte, und zwar in Folge des Belagerungszustandes. Wer könnte diese Symptome verkennen, wer aber sie nicht begreiflich finden in einer solchen Lage?

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver 11 K stg., 79 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika wende man sich an J. H. Merrerter à Genstallung Nr. 29 Bruxelles, Poste Nr. 29 Rue Neuve du Commerce.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30 — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 189. **Heidelberg,** Sonntag 9. Juli. **1848.**

Uebersicht.

Die Reichsgewalt und das Reichsministerium. — Wien (Weissenberg. Der Prager Aufstand. Eindruck der Wahl des Erzherzogs Johann). Berlin (Kammerverhandlungen. Das Ministerium des k. Hauses aufgehoben. Verurtheilung des Lieutenants Techow). München (Eindrücke der letzten Ereignisse. Kunstverein. Neuigkeiten. Veränderungen in der Presse). Stuttgart (Spaltung im vaterländischen Verein). Hannover (Beeidigung des Militärs). Von der Kunzig (das ecumenikanische Hauptquartier im Redstock zu Straßburg). Limburg (Flugschrift). Altona (Kriegsbericht des Prinzen Friedrich von Augustenburg. Gerücht vom Abschluß eines Waffenstillstandes). Vom Main (die Abstimmung über die Wahl des Reichsverwesers). Frankfurt (die Kommission der Nationalversammlung gegen Amnestie. Verhandlungen der Nationalversammlung. Petitionen. Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses für Schule und Kirche. Bericht über die Wehrhaftigkeit Deutschlands. Diskussion darüber. Erzherzog Johann nimmt die Wahl an. Ruhestörungen in Sachsenhausen). Bremen (Waffenstillstand).

Großbritannien. Die engl. Zeitungspresse über Deutschland.

Frankreich. Paris. Stille in der Presse. Der Spectateur de Londres über Lamartine. Chateaubriand †. E. Girardin. Die Wahl L. Bonapartes. Bureauwahlen in der Nationalversammlung. Eine feine Entdeckung des National.

Italien. Vicenza. Der Feldzug Radetzky's vom 6. Mai bis Capitulation von Vicenza.

Türkei. Ministerveränderung bevorstehend. Schwieriges Verhältniß zu Egypten.

Heidelberg, 8. Juli.

Wir sind von allen Umständen und Verhältnissen, unter denen die Wahl des Reichsverwesers in Frankfurt Statt gehabt hat, nicht in jeder Beziehung erbaut gewesen; die Ausstellungen an dem Wie haben uns aber nicht einen Augenblick gehindert, die ganze Bedeutung des Was aufs Höchste zu schätzen. Grade in dem Augenblick, wo sich das große Drama in Paris zu entwickeln beginnt, wo eine militärische Diktatur an die Spitze des französischen Staates ohne Widerspruch trat, wo die Aussicht ist, daß man die hungernden Proletarier lieber von feindlichen als von vaterländischen Kanonen, wenn sie einmal decimirt werden müssen, decimiren zu lassen suchen wird, in dem Augenblicke also, wo jeder Nachbar von Frankreich doppelt auf seiner Hut sein mag, konnte in Deutschland Nichts geschehen, was so sehr zur Befriedigung unsrer Zustände und zur Beruhigung der Gemüther dienen darf, wie dieser Schritt der Nationalversammlung. Wenn irgend Etwas dem Auslande zeigen kann, daß wir auf dem Wege der Ordnung vorschreiten wollen, daß wir die anarchischen Elemente, die nach aller durchlebten Vergangenheit in diesem getheilten Lande nur zu natürlich waren, bändigen können, daß wir dann auch im Stande sein werden, dem Auslande in geschlossener Eintracht zu begegnen, wenn irgend Etwas zu Hause Vertrauen auf die werdende Einheit geben und dadurch der Fremde ein Signal dieser neu begründeten Einheit werden konnte, so war es diese Wahl, und wir gestehen, daß wenn alle Eifersüchtelei der kleinern und großen Staaten in Deutschland glücklich und patriotisch niedergekämpft wird, dann sogar die Eine Person des Reichsverwesers dem Auslande gegenüber sprechender diese Einheit ausdrücken wird, als es ein Bundesdirektorium von Dreien würde gethan haben. Die große Maßregel scheint denn auch jetzt schon Wirkung, wenigstens nach Innen zu thun. Die Freudigkeit der Stimmung, das Wachsen des Vertrauens, die Zuversicht auf den weitern Gang der Dinge ist allgemein. Sie ist nicht laut und rauschend, so wenig als sie es bei dem Zusammentritt der Nationalversammlung war, aber sie ist desto verbreiteter, inniger, gleichmäßiger, gewisser. Wir haben des Rausches, der Feste, des Lärms früher nur zu viel gehabt; der Enthusiasmus ist immer unsere Schwäche gewesen; wir sehen diese Veränderung des Volksgeistes gern und wünschen sie erhalten zu sehen, auch wenn die Zeiten einmal wieder weniger ernst sind, als jetzt.

Das Erste ist gethan, ein Zweites bleibt zu thun: die Bildung des Ministeriums. Wir haben weitergehend schon auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam gemacht; hier wird sich auf der Schwelle zeigen, ob sich die Wahl der Nationalversammlung bewähren wird, ob der Reichsverweser noch jugendlich genug ist, die junge Zeit zu begreifen; ob er jede bestimmende Kamarilla aus seiner Umgebung zu entfernen wissen wird; ob er alle localen und nationalen Einflüsse abweisen, jede Rücksicht aus den Augen setzen wird, außer der, die das Wohl des Ganzen gebietet, denn darüber darf wohl kein Zweifel sein, daß in dieses Ministerium die besten Männer treten müssen, die Deutschland besitzt, und daß diese gewählt werden müssen ohne irgend eine der alten höfischen und diplomatischen Rücksichten auf Ort und Herkommen, auf Stand oder Rang, die Kräfte, das Talent, der Charakter allein müssen entscheiden. Selbst die Rücksicht auf die Popularität der einzelnen Minister scheint nur diesem nachzustehen, denn nicht auf einen Schein und eine vorübergehende Gunst muß das Ministerium gestellt sein, sondern auf ein kernhaftes Wesen und auf Handlungen, die Achtung auf die Dauer gebieten. Es muß Erfolge dem Reich zur Morgengabe bringen, und diese lassen sich nicht durch Volksgunst und nicht durch Fürstengunst erreichen, sondern nur durch Gaben des Geistes und des Charakters.

Es kommt einem Blatte, dessen Leiter sich nicht von dem zufälligen Winde des Tages bewegen lassen mögen, wohl zu, die Männer zu nennen, die ihm die geeigneten scheinen, um das Steuer in diesen gefahrvollen Zeiten zu führen. Einige unter denen, die wir zu bezeichnen wagen, scheinen uns so zweifellos die recht Gegriffenen und echt Befähigten, daß wir sie gleichsam auferlegt und nothwendig nennen möchten. Darunter gehören namentlich die drei ersten, die wir anführen wollen. Der wichtigste, am schwierigsten zu verwaltende und am schwersten zu besetzende Posten ist unstreitig der des auswärtigen Ministers. Er hat das deutsche Volk in die europäische Familie der Mächte einzuführen, er hat eine neue Stellung erst zu schaffen, er hat verwickelte Verhältnisse zu lösen und verwickeltere und größere Aufgaben zu erwarten; Geschicklichkeit und Energie, alte Geschäftskenntniß und junge Kraft, Einfachheit, Aufrichtigkeit müssen ihm zur Seite stehen, wenn er die ersten Schritte richtig, taktvoll und entscheidend thun soll, von denen Alles abhängt. Mit den alten Künsten der Diplomatie wird er in den neuen Verhältnissen wenig ausrichten, aber ihre Wege muß er gleichwohl kennen. Preußen wird natürlich wünschen, daß dies Ministerium mit einem Manne aus seiner Diplomatie besetzt werde. Gleichwohl wissen wir ihn da nicht zu finden. Wir wollen die Fähigkeit Arnims nicht bestreiten; aber er hat in der schleswiger Sache, der kleinsten unter viel größeren Aufgaben, die uns erwarten, kein rasches Glück gehabt, und er hat sie, was auch seine Beweggründe gewesen sein mögen, unvollendet verlassen. Dies erregt kein günstiges Vorurtheil; auch sollten Persönlichkeiten, die man außen so unmittelbar vorher in preußischen Diensten hat wirken sehen, nicht sofort, dünkt uns, in den allgemeinen Reichsdienst, gerade in dieser Sphäre, übertreten. Wir wissen nur Einen Mann, der dieser Stelle gewachsen ist: von Stockmar. Er ist der vertraute und bewährte Rathgeber des Königs Leopold, diese Eine Empfehlung mag uns genügen. Er ist aus bürgerlichem Stande, aus einer ärztlichen Thatigkeit in die politische und diplomatische Stellung herübergetreten und hat den einfachsten und schlichtesten Sinn bewahrt, Kopf und Herz auf dem rechten Fleck behalten; er ist in alle großen europäischen Verhältnisse der Kabinete und Staaten eingeweiht, mit dem englischen Staatswesen aus langer nächsten Kenntnißnahme innig vertraut, mit den englischen Staatsmännern, mit einer Reihe von Fürsten persönlich bekannt, von Allen geachtet, von Vielen zu Rathe gezogen, bei Vielen beliebt; nur bei Louis Philipp und in Rußland war er es nicht; auch das mag ihn uns empfehlen. — Für das Kriegswesen legt die Rücksicht auf Preußen, nicht auf seine etwaige Empfindlichkeit (denn wir müssen es wiederholen: soll einmal ein tüchtiges Reichs-

Digitized by Google

regiment werden, so können Lokalrücksichten dieser Art in dieser wichtigsten Sache nicht und die genommen werden), sondern die Rücksicht auf Preußens Machtstellung und Organisation setzt einen Preußen für das Kriegsministerium auf. In dieser Beziehung bedarf es eines großen Organisators; man nennt uns v. Stockhausen vielfach als den rechten Mann für diese Stelle; ungetheilter aber und übereinstimmender, ja fast unwidersprochen bezeichnen die meisten Stimmen Griesheim als das organisatorische Talent, über dessen hohe Befähigung zu diesem Posten kein Zweifel zu sein scheint, dessen Rath und Aushilfe bei jeder bedeutenden Gelegenheit in Berlin gesucht wird. — Für das Handelsministerium bezeichnen wir den Senator Duckwitz in Bremen und hoffen gegen ihn vielleicht am wenigsten Widerspruch zu finden. Er ist aus der besten Schule, die wir für diese Verhältnisse in Deutschland besitzen, seit Jahren thätig, den Gegensatz der Merkantilen und Industriellen zu vermitteln und Deutschland wenigstens in einem Handels- und Schifffahrtsbündniß zu einigen, und noch neulich ist seine Schrift über den deutschen Handels- und Schifffahrtsbund wiedergedruckt worden, in der jeder kundige Leser die Klarheit des Geistes und die Kraft der Bewältigung und Uebersicht der verwickeltsten Verhältnisse bewundern wird. — Die Präsidentur, verbunden mit dem Ministerium des Innern, würde v. Gagern übernehmen; das Vertrauen des ganzen Volkes würde ihn tragen. Wäre es wahr, was man umträgt, daß er den Posten des Vorsitzenden der Nationalversammlung nicht verlassen wolle (und wer möchte es ihm verdenken, wenn er zwischen diesen großen Berufen schwankte?), so wäre Camphausen wohl der Mann, zu dieser Stelle den Adel, die Würde, die Unbescholtenheit mitzubringen, die sie verlangt; er hat durch seine vortreffliche Haltung in den schwierigsten aller Lagen in Berlin alles Vertrauen in Anspruch genommen. — Für die Justiz würde in Schmeeling, soweit wir ihn kennen, ein geschickter Geschäftsmann gefunden werden, dessen parlamentarisches Talent bei jedem Anlasse in Achtung steigt. — Für die Finanzen nennt man in den Frankfurter Kreisen Mathy; er ist uns zu nahe befreundet, als daß wir uns für ihn verwenden dürften; nur das Notoeische dürfen wir sagen, daß er eine rüstige Arbeitskraft ist, wie nicht leicht ein Anderer, und daß man ihn in Baden in der öffentlichen Meinung zum Finanzminister selbst dann schon designirte, als er noch sehr jung und sehr übel gelitten war. Für unsere Marine bekennen wir uns zu unkundig, den Mann bezeichnen zu dürfen, der diese neue Kriegsmacht für uns aus dem Nichts am sichersten und raschesten zu erschaffen vermöchte.

Oesterreich. Wien, 3. Juli. Die „Wien. Ztg." meldet heute: „Nach amtlichen Anzeigen aus Prag, welche an das Ministerium gelangt sind, ergibt sich, daß der Ausbruch des Aufruhes am 12. v. M. wohl durch einen zufälligen Zusammenstoß veranlaßt wurde, der Aufruhr aber ohne allen Zweifel vorbereitet war, wodurch allein es erklärlich wird, daß augenblicklich in allen Theilen der Stadt Barrikaden errichtet, und die Vorbereitungen zum Kampfe gegen das Militär unter der Leitung vieler einzelnen Personen, welche ruhige Bürger sogar mit Drohungen und Gewalt zur Mitwirkung zwangen, getroffen wurden. Nach den Andeutungen, die bereits vorliegen, hätte der Aufruhr erst am 15. d. M. ausbrechen sollen, jedoch waren die Gemüther der in den eigentlichen Plan nicht vollkommen Eingeweihten, wie es scheint, so aufgeregt und zum Aufruhre vorbereitet worden, daß bei der ersten Nachricht von einem Konflikte mit dem Militär der augenblickliche Ausbruch erfolgen mußte. Der eigentliche Plan und die letzte Absicht derjenigen, welche als die wahren Urheber zu betrachten sind, können noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden. Allein die eingeleitete Untersuchung läßt schon darüber keinen Zweifel übrig, daß auch hier republikanische Tendenzen, von Frankreich aus durch Franzosen und die in alle Revolutionen verflochtenen Polen geleitet, im Spiele waren."

Wien, 3. Juli. Dem Fr. J. wird geschrieben: Heute traf durch den Telegraphen aus Prag die erfreuliche Nachricht von der am 29. Juni in Frankfurt erfolgten Wahl des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser ein. Der Stadtrath wünscht, die Freude über diese Nachricht auf dieselbe Weise, wie anderwärts, an den Tag zu legen.

Wien, 3. Juli. Die Nachricht, daß Erzherzog Johann zum deutschen Reichsverweser vom Frankfurter Parlament gewählt worden ist, hat hier in allen Kreisen einen unbeschreiblichen Jubel hervorgebracht.

Wien, 3. Juli. Man schreibt der Allg. Z.: Baron Wessenberg, welcher bereits in Innsbruck, ermüdet von den kleinlichen Ränken, die seiner Wirksamkeit entgegengesetzt wurden, seine Vollmacht in die Hände des Kaisers niederlegen wollte, und nur durch das Zureden einer hohen Person bestimmt wurde, in seiner Stellung bis zum Beginn des Reichstags zu verbleiben, wankt seit einigen Tagen, in Folge der gegen ihn in Bewegung gesetzten Kabalen, abermals in seinem Entschluß und soll gesonnen sein, in einigen Tagen nach Freiburg zurückzukehren. Man will noch vor dem Zusammentritt des Reichstags ein Ministerium Stadion-Colloredo einsetzen, in man geht in dieser Beziehung so weit, daß gestern nach dem Schluß einer wichtigen Ministerialberathung, nachdem Baron Wessenberg sich bereits aus derselben entfernt hatte, die Konferenz noch einmal mit Zuziehung der Grafen Stadion und Colloredo begonnen wurde.

Nach Briefen aus Triest vom 2. Juli lag die feindliche Flotte fortwährend auf der Höhe von Pirano, fortwährend war aller Verkehr gehemmt. Ist dies kein Angriff, kein Kriegszustand zu nennen? (Allg. Z.)

Preußen. ☽ Berlin, 4. Juli. In der heutigen Sitzung unserer Abgeordnetenkammer wurde zunächst ein Schreiben des Staatsministeriums verlesen, womit dasselbe der Versammlung den Entwurf eines Gesetzes über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes in Criminal-, fiskalischen Untersuchungs- und Injuriensachen nebst einer diesen Entwurf einleitenden königl. Botschaft übersendet, und worin gleichzeitig die Abtheilungen ersucht werden, den Entwurf so schleunig wie möglich zu berathen. Der Min.-Präs. ergreift hierauf das Wort zu folgender Erklärung: Das Ministerium sei in der Lage, der hohen Versammlung anzuzeigen, daß für ein Mitglied des Ministeriums (Rodbertus) die in einer Sache zwischen ihm und den übrigen Mitgliedern entstandene Meinungsverschiedenheit bedeutend genug gewesen sei, um seine Entlassung einzureichen, und daß der König sie angenommen habe. Es sei die Behandlung der deutschen Angelegenheiten der Punkt gewesen, in welchem eine Uebereinstimmung nicht zu erreichen war. Einig darin, daß die fortentwickelung Deutschlands das unverrückbare Ziel seines Strebens bleiben müsse, sei es doch dem Ministerium nicht gelungen, auch über den einzuschlagenden Weg in allen seinen Mitgliedern derselben Meinung zu werden. Er, der Min.-Präs., behalte sich vor, noch in der heutigen Sitzung des Näheren, die Ansichten des Kabinets über das Verhältniß Preußens zu Deutschland auseinanderzusetzen. Mit der kurzen interimistischen Verwaltung des erledigten Portefeuilles (Kultus) sei einstweilen Hr. v. Ladenberg betraut worden. Der Abg. Rodbertus, welcher wiederum im Centrum seinen Sitz genommen hat, wiederholt im Wesentlichen die Erklärung des Min.-Präs., welchee er nur hinzufügt, daß er gegründete Ursache habe, auch fernerhin seine Unterstützung dem Ministerium nicht zu entziehen. Nach einigen weniger bedeutenden Verhandlungen entspinnt sich nun eine Debatte, welche unter den vielen in einem Zeitraum von 6 Wochen dem harrenden Lande dargebotnen parlamentarischen Kämpfen zu den unglücklichsten gehört. Trotz der so unendlich kostbaren Zeit und der wöchentlich jetzt nur zwei Mal stattfindenden Sitzungen eine fast sechsstündige Verhandlung und ein Ergebniß, welches an Widersprüchen reich von Niemandem verstanden werden wird. Schwerfälligkeit in der Form, wovon die Kammer schon bei Gelegenheit der Verhandlungen über Anerkennung oder Nichtanerkennung der Revolution so unzweideutige Beweise gab, scheint von Neuem einen Beschluß herbeigeführt zu haben, über welchen hier Alles den Kopf schüttelt. Es lag nämlich den Abtheilungen ein Antrag des Abg. Reuter auf Untersuchung der in der Provinz Posen stattgehabten blutigen Ereignisse zur Begutachtung vor. In der heutigen Sitzung wurde über den Erfolg der Berathung Bericht erstattet und der Antrag gestellt, eine Kommission mit möglichst ausgedehnten Vollmachten niederzusetzen, um dieser die Untersuchung der Posener Angelegenheit in die Hände zu geben. Es entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte, bei welcher die Rechte und ein Theil des Centrums im Allgemeinen gegen die Kommission, die Linke mit den Polen und der katholischen Geistlichkeit für dieselbe sprach — jene in der Besorgniß, es möchten die Nachforschungen der Kommission nur dazu dienen, Wunden, die kaum zu vernarben anfingen, wieder aufzureißen, diese von der Hoffnung geleitet, die Kommission werde endlich die Mittel finden, gegen ein Volk Gerechtigkeit zu üben, welches solange derselben entbehrt habe, insbesondere werde sie, weit entfernt, Aufregung hervorzurufen, die Gemüther, indem sie den Verzagenden wiederum Vertrauen einflöße beschwichtigen und ohne über Schuld oder Unschuld zu richten, lediglich die Wahrheit ermitteln, hierdurch aber eine Basis geben, auf welcher derjenige Theil unsres Verfassungswerkes, der sich auf das Verhältniß zur polnischen Nationalität beziehe, zu errichten sei. Diese letztern Gründe erhielten die Oberhand und mit einer nicht unbedeutenden Mehrheit (195 gegen

Digitized by Google

170) wurde beschlossen, eine Kommission von 16 Mitgliedern (Polen sollten ausgeschlossen bleiben) zu ernennen, damit diese, mit den ausgedehntesten Vollmachten versehen, die Posener Zustände untersuche. Nun begann aber das Chaos. Im Laufe der Debatte war eine Reihe von Amendements gestellt worden, welche die Schwierigkeiten, in welche die lediglich von der zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung eingesetzte Kommission den Gerichten und Verwaltungsbehörden gegenüber gelangen konnte, zu beseitigen suchten. Offenbar fielen diese Amendements mit der Annahme des Hauptantrages. Der Präsident hatte sie indessen sämmtlich mit letzterm zugleich verlesen lassen und bestand darauf, sie zur Abstimmung bringen zu wollen. Ein großer Theil der Linken verließ in diesem Augenblick den Saal. Hierdurch erhielt die frühere Minorität die Oberhand und so geschah es, daß trotz des Hauptantrages, welcher der Kommission unbedingte Vollmacht ertheilt, ein Amendement, welches der Kommission insbesondere gestatten will, sich an Ort und Stelle zu begeben und Sachverständige zu vernehmen, abgelehnt wurde! Wie man diesen Widerspruch beseitigen will, ist mir unklar.

Berlin, 3. Juli. Der Köln. Z. wird geschrieben: Das Ministerium des königl. Hauses, dessen Chef der Fürst Wittgenstein ist, wird aufgehoben, da ein unverantwortlicher Minister nicht mehr bestehen kann.

Der Lieutenant Techow, welcher den Hauptmann v. Natzmer durch falsche Nachrichten dahin gebracht haben soll, daß er ohne Befehl das Zeughaus räumte, ist vom Kriegsgerichte zum Tod verurtheilt worden. Hr. Techow war bisher im Kriegsministerium angestellt, und Hr. v. Griesheim, der Kriegsministerialvertreter und Redner in der Nationalversammlung, hatte ihn früher der Bürgerwehr als Chef empfohlen.

†† Berlin, 5. Juli. In diesen Tagen wird von hier eine Adresse nach Frankfurt abgehen, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, gegen ein Zweikammersystem beim Reichstage zu protestiren. Mit einigen Redensarten von „Einheit und einigem Volke" wird diese wichtigste aller politischen Fragen abgefertigt. Es läßt sich nach solcher Probe mit Sicherheit voraussehen, daß, wenn die zu Frankfurt versammelten Staatsmänner jemals um Rath verlegen sein sollten, sie ihn doch gewiß nicht in Berlin beim demokratischen Klub sich erholen werden. Kapp'sche Phrasen sind noch keine Gedanken. —

Baiern. || München, 4. Juli. Große Windstille herrscht bei uns; nur hie und da wird sie von einer Volksversammlung oder einem schnell auftauchenden, beunruhigenden Gerücht unterbrochen. Uebrigens erregte die Nachricht von der Erwählung des Reichsverwesers Erzherzog Johann unter dem größeren Theile des Publikums keine besondere Ueberraschung; es mochte sein, daß man bereits hinlänglich darauf vorbereitet war, und daß sich überhaupt manches recht weiß-blaue baierische Herz ärgerte, daß ein Habsburger die höchste Würde im deutschen Vaterlande zuerst bekleiden soll. Auch die Ansprüche an die deutsche Nation, ausgegangen von dem demokratischen Centralverein in Frankfurt, machte wenig Eindruck; nur eine kleine Anzahl demokratisch Gesinnter begeifte sie freudig. Die Münchener Bürger scheinen einen dreifachen patriotischen Panzer gegen die Bestrebungen jeder Sorte von sogen. „Wühlern" um ihre Brust gelegt zu haben. Einzelne wollen sich, wie z. B. ein erst in der blauen Traube gegründeter Verein, gegen alle Beschlüsse der Nationalversammlung zu Frankfurt erklären, wenn diese die baierischen Interessen etwa verletzen könnten. Die Münchener polit. Zeit. vertritt (seit dem 1. Juli) als Neue Münchener Zeitung die konstitutionelle Monarchie, während die Deutsche konstit. Zeitung, früher in Augsburg, seit dem 1. d. M. hier erscheinend, mehr den demokratischen Bestrebungen das Wort redet. Die Volksversammlungen in der Au werden fortgesetzt; morgen wird wahrscheinlich wieder eine solche stattfinden.

Würtemberg. ** Stuttgart, 6. Juli. Ich fürchte, in das System unserer vaterländischen Vereine, die seit mehreren Monaten mit Erfolg in unserem Lande gewirkt haben, ist eine bedauerliche Spaltung gekommen durch eine stürmische Verhandlung des hiesigen Vereins, die gestern stattfand. Ich schrieb Ihnen kürzlich von der sonderbaren Ausschußwahl, welche durch den plötzlichen Beitritt (um 18 kr.) einer Menge nach einer Seite hin entschieden worden. Diese Wahl war, da die Mehrzahl der Gewählten dem Rufe nicht entsprachen, neu vorzunehmen. Die Minderheit wollte aber zuvor ein festeres Bekenntniß des Vereins erzielen; zwei Programme, das eine, das der Mehrheit, von Professor Pfizer, das andere, das der Minderheit, von Rechtskonsulent Römer, dem Sohne des Ministers, wurden vorgelegt, darin hauptsächlich verschieden, ob ein ausdrückliches Bekenntniß zur konstitutionellen Monarchie gefordert werden sollte, oder ob die Staatsform bloß Form sei, und der Inhalt das Unterscheidende in den Ansichten des Vereins sein müsse. Das erstere Programm, von Kanzler v. Wächter und einem früheren Abgeordneten der Mittelpartei, Berger, vertheidigt, siegte, und jetzt haben wir nach aller Wahrscheinlichkeit eine Spaltung, die nicht hier in Stuttgart bleiben, sondern alle Vereine des Landes umfassen dürfte.

Hannover, 4. Juli. Auch in der fortgesetzten Konferenz ist keine Einigung über die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung zu erreichen gewesen; von derselben konnte demnach nichts Anderes proponirt werden, als diesen Punkt für jetzt auf sich beruhen zu lassen und die Regierung zu ermächtigen, die Zusätze zum Landesverfassungsgesetze ohne diese Bestimmung zu publiciren. Dem hat sich die 2. Kammer gefügt. (Wes. Z.)

Baden. Von der Kinzig, 5. Juli. Ungeachtet der Befehle, welche die französische Regierung bereits vor mehreren Wochen gegeben haben soll, die Grenzdepartements der Gegenwart der deutschen Umsturzmänner zu befreien und dieselben in das Innere von Frankreich zu verbringen, befinden sich noch immer etwa 400 solche Freischärler in Straßburg; das Hauptquartier dieser republikanischen Invasionstruppen ist im „Rebstock", woselbst die Anführer wohnen; nur Struve hat eine Privatwohnung in der Stadt, nimmt aber den thätigsten Antheil an der Organisirung eines neuen Einfalls in das deutsche Gebiet. Diese Herren hatten auch Kunde von dem letzten Aufstand zu Paris schon vor dessen Ausbruch und warteten nur auf dessen Gelingen, um in Verbindung mit den Straßburger „Rothen" über den Rhein zu ziehen. (Karlsr. Z.)

‖ **Limburg.** So eben ist zu Tiel eine Flugschrift des Hrn. Boissevain über die Limburger Frage herausgekommen, worin die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Doppelstellung des Herzogthums schlagend nachgewiesen wird. Seltsam, Limburg wird in diesem Augenblick zugleich in zwei gesetzgebenden Versammlungen vertreten, so daß jeden Tag zu Frankfurt und im Haag zwei sich schnurstracks widersprechende Gesetze gemacht werden können, die beide den Limburger verpflichten. Der Verfasser kommt nach einer unparteiischen Prüfung des Sachverhalts zu dem Ergebnisse, daß das Herzogthum Limburg zu Deutschland gehöre und deutsch sein müsse, ja er erklärt sich selbst offen für Abtretung der Festungen Maestricht und Venlo an Deutschland, indem er — freilich in starkem Widerspruch mit holländischen Stimmen — beide Plätze in strategischer Hinsicht für unnütz, ja selbst als schädlich für die Vertheidigung Niederlands hält. Weiter erachtet Hr. Boissevain es zweckmäßig, Limburg mit dem Großherzogthum Luxemburg zu vereinigen, wobei er weniger eine administrative Verbindung als lediglich die Personalunion im Fürsten vor Augen zu haben scheint. Der Herr Verfasser sieht durchaus keinen genügenden Grund, warum der jetzige Großherzog (Wilhelm II.) nicht zu Gunsten des Prinzen Friedrich, seines Bruders, entsagen sollte, wobei zugleich den Agnaten des Hauses Nassau ihr Erbrecht auf die Luxemburger Krone, im Fall des Aussterbens des regierenden Stammes, zurückgegeben werden dürfte. Diese Kombination hat Viel für sich. Sie könnte Deutschland nur willkommen sein, dessen bundesstaatliche Verfassung ohnehin die Regierung eines deutschen Landes durch den Regenten eines fremden Staates wohl schwerlich länger dulden wird; sie würde uns also die Durchführung der hierauf bezüglichen Verfassungsbestimmungen wesentlich erleichtern helfen. Zugleich aber wäre jene Kombination auch für Niederland von unzweifelhaftem Vortheil. Denn sie würde, wie Herr Boissevain näher entwickelt, Niederland günstige Bedingungen für die Abtretung von Maestricht und Venlo verschaffen; sie würde Holland die Domänen zurückgeben, die durch das Gesetz vom 25. Mai 1816, im Werthe von 7 bis 8 Millionen, an den Prinzen Friedrich abgetreten sind; die nassauischen Agnaten hätten die 772,893 fl. zurückzuerstatten, wofür sie ihr Erbrecht abgestanden haben; die Schuldverhältnisse zu Luxemburg und Limburg würden sich leicht regeln lassen; die friedlichen Verhältnisse Hollands mit Deutschland würden sich endlich befestigen, während sie jetzt Gefahr laufen, ernstlich gestört zu werden. Holland und seine Staatsmänner mögen das Alles ernsthaft überdenken!

Schleswig. * Altona, 4. Juli. Die Dänen sind wieder über die schleswigsche Grenze zurückgedrängt, sie stehen schon wieder in Jütland und General von Bonin mit der Avantgarde vor Kolding, nach einigen schon in Kolding, doch ist dies kaum anzunehmen, da General v. Wrangel, der sein Hauptquartier in Christiansfeld aufgeschlagen, erklärt hat, nicht über die jütische Grenze zu rücken, um den voebischen Mächten keinen Anlaß zur Klage zu geben. 25,000 Mann deutsche Truppen stehen vor der Königsau, um Schleswig gegen etwaige Einfälle der Dänen zu schützen. Ueber die Begebenheiten der letzten Tage gibt der Armeebericht des Prinzen Friedrich zu Schleswig-Holstein an die prov. Reg. datirt Sölund, 1. Juli, den detaillirt-

Digitized by Google

sten Bericht. Der provisorischen Regierung theile ich hierdurch mit, daß ich am 28. d. a. M. meine Kantonnements verließ, um die Truppen in Apenrade zu concentriren. Am 29. v. M. ging ich mit ihnen gegen Hadersleben vor, um nach dem Befehl des Oberbefehlshabers, Generals v. Wrangel, den Feind nach Hadersleben hineinzuwerfen. Bis Hoptrup traf ich auf keinen Feind und erst zwischen dem Dorf und Hadersleben stieß mein Vortrab auf feindliche Vorposten, welche sogleich umgeritten wurden, zwei Dragoner davon geriethen in Gefangenschaft. Die Avantgarde ging rasch vor und warf sogleich Alles, bis nach den Häusern unmittelbar vor der Stadt, zurück. Hier entspann sich ein Gefecht, welches aber durch den außerordentlich entschlossenen Angriff der ersten Kompagnie des Jägerkorps unter der Leitung des Hauptmanns v. Schöning sehr bald damit endigte, daß alle dänischen Truppen die Häuser schleunigst verließen und über die Brücke nach Hadersleben hinzogen, wohin wir ihnen nicht folgen durften. Es entspann sich jetzt ein heftiges Gewehrfeuer aus den Häusern und Gärten der Stadt gegen unsere Leute, welche die Zäune und Häuschen diesseits besetzt hatten. Die Gebäude (3 Wohnhäuser) unmittelbar an der Stadt wurden sogleich von den Dänen in Brand gesteckt, und dadurch ihre Besitzung durch uns verhindert. Sehr stark war die ganze südliche Seite der Stadt verschanzt, die Häuser, ganz zur Vertheidigung eingerichtet und die Gärten ruinirt. Durch Kanonenfeuer, welches ich auf die stark befestigte Wassermühle richten ließ, aus der unaufhörlich auf uns geschossen ward, wurde einiger Einhalt hervorgebracht, aber da ich der Stadt so wenig als möglich Schaden zuzufügen wünschte, zog ich die Geschütze und die Jägerkompagnie zurück und nach und nach hörte das Schießen der Dänen auch auf, obgleich sie durch Artillerie verstärkt worden waren. Unsere Artillerie hat gut geschossen und bei dieser Gelegenheit sich das Lob des Inspekteurs der preußischen Artillerie des Prinzen Adalbert von Preußen, erworben. Die Jäger hatten in diesem Gefecht 10—12 Verwundete, auch wurde Hauptmann v. Sandrat im Schenkel diesseit. — Die Nacht vom 29. auf den 30. verging ruhig bis 3 Uhr, wo mir die Meldung zuging, daß der Feind vor einer Viertelstunde Hadersleben geräumt hatte, welches er nur dadurch bewerkstelligen konnte, daß er den Pferden Strümpfe angezogen hatte und die Räder der Kanonen und Wagen mit Stroh hatte umwinden lassen. Sogleich traten alle Truppen unter Gewehr, um den Feind, wo möglich noch aufzuhalten. Eine auf Wagen gesetzte Abtheilung Jäger unter dem Hauptmann v. d. Heyden erreichte ihn in einer guten halben Stunde, und es entspann sich ein sehr hübsches Tiraillengefecht, welches mit Bajonetangriffen wechselte und mit besonderer Energie und Lust von unsern Truppen und großer Umsicht und Aufmerksamkeit von den sie kommandirenden Officieren ausgeführt wurde. Wir machten 50 Gefangene und brachten dem Feinde an Todten und Verwundeten keinen unbeträchtlichen Verlust bei, mit dem merkwürdigen Glück, keinen einzigen Todten noch Verwundeten zu bekommen. Da mir der Befehl geworden war, den Feind nicht zu werfen, sondern ihn nur festzuhalten und ihm am etwaigen Einschiffen bei Heilsminde zu hindern, so wendete ich mich dicht vor Christinusfeld mehr rechts und ließ nur den Feind beobachten, während ich nach Aller ging. Jedoch war der Rückzug des Feindes so beschleunigt, und die mir eingehenden Nachrichten, daß die Hauptstärke bereits Kolding erreicht hatte, so vielfältig, daß ich alle Hoffnung eines ernstlichen Zusammentreffens aufgeben mußte und auch wirklich um 1 Uhr Mittags Wonsild die wohin zu folgen mir nur erlaubt war, erreichte, ohne daß sich das Gefecht erneuerte. Die Truppen hatten also in 10 Stunden die bedeutende Strecke von 3/4 Meile südlich von Hadersleben bis Wonsild nach zwar theilweise fechtend zurückgelegt, und dadurch an diesem Tage wieder einen Beweis ihrer Tüchtigkeit gegeben. Ich habe sie theilweise im Bivouak, theilweise Kantonnements bei Stlund beziehen lassen und freue mich ihres guten Gesundheitszustandes. Der kommandirende General der schleswig-holsteinschen Truppen: Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein.

Die Hamb. Börsenh. schreibt: Den Berichten eines so eben mit dem „Nordstiernan" aus Kopenhagen zurückgekehrten glaubwürdigen Reisenden war dort am 3. Morgens ganz allgemein das Gerücht verbreitet, daß am 2. d. ein Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark auf drei Monate definitiv abgeschlossen worden. Die Bedingungen desselben, so weit man sie in Kopenhagen kennen wollte, sollen folgende sein: Räumung Fünens von Seite der schwedischen, Schleswigs von Seite der deutschen Truppen; Schleswig bleibt völlig unbesetzt; Aufhebung der Blokade der deutschen Häfen und Freigebung der in Kopenhagen zurückgehaltenen deutschen Schiffe, Letzteres sobald der Geldwerth der von den preußischen Truppen in Jütland gemachten Requisitionen ermittelt und erstattet ist.

Bremen, 5. Juli. Ueber den von der Börsenh. erwähnten Waffenstillstand schreibt die Wes. Z.: Ein hier eingetroffenes Privatschreiben, datirt Kopenhagen 3. Juli, berichtet aus sicherer Quelle, daß ein Waffenstillstand auf 3 Monate zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark abgeschlossen ist. Sobald daher die preuß. Ratifikation in Kopenhagen eintrifft, werden die Häfen geöffnet und die Kreuzer zurückgezogen werden.

= Vom Main, Anfang Juli. Es ist uns aufgefallen, daß bis jetzt die Abstimmung über die Wahl des Reichsverwesers noch nicht genau besprochen worden ist, und doch läßt sich denken, daß in solch einer Lebensfrage die politischen Parteien sich ziemlich scharf und charakteristisch scheiden mochten. In ruhigerer Zeit wäre eine Einstimmigkeit sehr möglich gewesen; in fertigeren politischen Zuständen hätten alle Parteien einmüthig begriffen, wie wir das in Frankreich, in England und Nordamerika sehen, daß der Einzelne seine persönlichen Wünsche und Ansichten da vertagen muß, wo es unzweifelhaft gilt, diejenige Gewalt festzustellen, die, abgesehen von allen Parteifragen, in diesem Augenblicke die zweckmäßigste und kräftigste ist. In unsern bewegten Tagen war eine solche Hoffnung kaum zu fassen; wir können zufrieden sein, und das Ausland hat es zu würdigen gewußt, daß sich neunstreas über vier Fünftel über eine Ansicht vereinigten. Es lohnt sich der Mühe, die einzelnen Gruppen etwas genauer ins Auge zu fassen. In der Abstimmung für Gagern sind ziemlich verschiedene Elemente neben einander. Nicht alle sind solche, welche der republikanischen Staatsform huldigen, und daher für eine monarchische Zukunft unsrer Verfassung kein Präjudiz aussprechen wollten; diese mußten konsequenter Weise eine nicht fürstliche, aber ehrenwerthe und von allen Parteien geachtete Persönlichkeit wählen, wie Gagern. Es war dies sogar für einen Republikaner der einzige natürliche Weg, auf dem er hoffen konnte, sein Ziel zu erreichen; eine Präsidentschaft Gagerns war das Aeußerste, was man nach der linken Seite für ausführbar halten konnte; es war dadurch die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen allen Parteien gegeben und kein Präjudiz monarchischer Art ausgesprochen. Aber nicht Alle, die für Gagern stimmten, machten so urtheilen; wir glauben z. B. nicht, daß man Jahn, Uhland, Freudentheil, Hildebrand, Düller aus Aschaffenburg mit seiner Fraktion ehrenwerther Republikaner zusammenwerfen darf. Hier stoßen wir vielmehr auf die vielfach in achtungswerthen konstitutionellen Kreisen verbreitete Meinung, man könne aus Deutschland einen Föderativstaat machen, dessen Glieder und Unterlagen konstitutionell-monarchisch, dessen Spitze unbeschadet der Kraft und Einheit republikanisch wäre, wo also Monarchie und Republik, Erblichkeit und Wahl neben einander existirten. Die persönliche Vorliebe für Gagern, dessen Thätigkeit in der gegenwärtigen ernsten Zeit ihrer Erfahrung und Anschauung näher lag, als die eines österreichischen Prinzen, mochte wesentlich dazu mitwirken, daß aufrichtige Konstitutionelle sich hier mit ebenso aufrichtigen Republikanern zusammenfanden. Ist uns diese Abstimmung ganz begreiflich, namentlich von Seite der Letzteren, so können wir uns das Verhalten der überhaupt Nicht-stimmenden weniger erklären. Die Meinung wenigstens, daß die Wahl eines unverantwortlichen Oberhauptes mit verantwortlichen Ministern ein Attentat gegen die Volkssouveränetät sei, scheint uns so oberflächlich und nur auf politische ABCschützen berechnet, daß wir uns damit nicht zufrieden stellen können; oder wenn man es wirklich so Ernst nahm mit dieser wunderbaren und absonderlichen Theorie, so mußte man sofort nach der Abstimmung über die Unverantwortlichkeit den Schritt von Kopenhagen, den dieser, wie Alles, im unrechten Moment und ohne alle Wirkung gethan hat; man mußte nach solch einem Attentat die Sturmglocke für das souveräne Volk so läuten, wie es der demokratische Centralausschuß gethan hat. Aber die Nationalversammlung indirekt eines Majestätsvergehens am Volke beschuldigen, deßhalb bei der Wahl die Hände, wie Pilatus, in Unschuld waschen und doch in der Versammlung bleiben, ist eine Konsequenz, die wir nicht fassen können. — Eine ungefähr gleiche Anzahl, wie die Nichtstimmenden, wählte v. Ihstein, also einen der künftigen Präsidenten der deutschen Republik; dazu war er ja nach den bei Dossenbach gefundenen Papieren ausersehen. Daß eine Anzahl Ihrer Badener, die seiner Empfehlung die Würde eines Reichstagsabgeordneten zu verdanken hatten, aus menschlicher Dankbarkeit ihm dafür mit wahrhaft fürstlicher Großmuth lohnen, d. h. ihn an die Spitze der deutschen Nation stellen wollten, hat zwar viel Rührendes, stellt aber ihrem politischen Blicke, wie dem der Andern, kein besonderes günstiges Zeugniß aus. Denn auch dann, wenn man in einer Versammlung ganz sicher ist, in der Minorität zu bleiben, muß man nicht für eine Wahl stimmen, die Gefahr läuft, von allen verständigen Leuten belacht zu werden. Man mag von Ihsteins früheren Verdiensten so groß denken, als man will, zu einem Regenten von Deutsch-

Digitized by Google

land wird ihn auch die lebhafteste Phantasie nicht umbilden können. Man muß doch bei jedem Wahlakte einigermaßen die Möglichkeit berücksichtigen; hält man es aber im Ernste für möglich, daß der Freund und Patron Heckers einer Regierung herzustellen im Stande war, die viel weiter ging, als die Republiken Konstanz oder Offenburg? Oder wollte man durchaus durch das Unthunliche das Thunliche in ein recht helles Licht setzen und der Wahl des österreichischen Erzherzogs eine recht passende Folie geben? — Betrachtet man das Resultat der Abstimmung nach dem Verhältniß der einzelnen Stämme, so kommt man auf sehr bemerkenswerthe Resultate. Aus ganz Preußen haben nur einige 20 gegen den Erzherzog gestimmt, und auch davon drei Viertel allein aus den Rheinlanden und Schlesien; die große Mehrzahl hat mit bemerkenswerther Selbstverläugnung ihre persönlichen oder Stammes-Neigungen der Einigkeit untergeordnet. Aus Oesterreich ist es schon eher begreiflich, daß sich kaum ein halbes Dutzend Dissentirer fand und kein Einziger die Aufopferung so weit trieb, Herrn von Ihstein dem populären Erzherzog entgegenzustellen. Mit Baiern (die Rheinpfalz ausgenommen) ist es derselbe Fall; zu hier tritt die einige Majorität wo möglich noch ungestörter auf, als unter den Preußen oder Oesterreichern. Dies Ergebniß ist die imposanteste Seite der Abstimmung; die drei größten Staaten und Stämme Deutschlands, deren Abgeordnete allein über 25 Millionen Deutsche vertreten, haben mit einer seltenen Einstimmigkeit und mit Beseitigung aller persönlichen Vorliebe, Stammesneigungen und Eifersüchteleien die Centralgewalt geschaffen, die ihnen in dieser großen und entscheidenden Zeit die zweckmäßigste und kräftigste schien. Eine Reihe von kleineren Stämmen, namentlich sämmtliche norddeutsche, auch die Vertreter der beiden Hessen haben sich diesem Zuge angeschlossen, und wir haben den Triumph, einmal in einem großen Akte der Volkswahl alle die Schranken überspringen zu sehen, welche bisher Nord und Süd, Katholicismus und Protestantismus, bairische, österreichische und brandenburgische Stammes- und Kabinetspolitik um die Wette errichtet hatten. Dies gewichtige Ergebniß, der Eindruck der Wahl, der Empfang, der den Wahlboten auf ihrem Weg durch Deutschland zu Theil ward, in der einen Wagschale — das Pronunciamento der Rouge, Bayrhoffer und Metternich in der andern, macht es erklärlich, daß selbst über einem echt jakobinischen Produkt, wie jenem „Aufruf des Centralausschusses" das Gefühl des Mitleids jedes andere verdrängen kann. — Wer sind aber die dissentirenden Theile, die eine schwankende Präsidentschaft vorzogen oder gar mit einem Regiment Ihstein die innern und äußern Verwicklungen des Vaterlandes zu lösen hofften? Wenn nun die paar verlaufenen Stimmen der andern Länder abrechnet, so ist es vorzugsweise die bairische Pfalz, Baden und Sachsen. Von den Würtembergern reden wir nicht, von ihnen gilt insbesondere das, was wir oben über die Wahlstimmen bemerkten, die auf Gagern fielen. Uhland und mehrere ehrenwerthe Namen haben Gagern gewählt, die Mehrzahl hat für den Reichsverweser gestimmt, ein bestimmter Plan ist hier nicht wahrzunehmen, vielmehr persönliche Ansichten und Einflüsse. Rheinbaiern ist schon auffälliger. Da wurde vor und nach den Wahlen doch ausdrücklich gegen jede republikanische Anwandlung protestirt, und das sonst so bewegliche Volk blieb in diesen stürmischen Zeiten ruhig, selbst die apostolischen Quadreisen waren ohne die erwartete Wirkung. Gleichwohl sehen wir wie die Abgeordneten sich von der „Linken" las Schlepptau nehmen und sich als Repräsentanten einer Meinung gebrauchen lassen, die nach Allem, was man hört und sieht, nicht die der Mehrzahl des Volkes ist. — Das bedeutendste Kontingent zur dissentirenden Minorität, zur nicht wählenden wie zur Ihsteinschen Gruppe haben aber die Sachsen und Ihre Badener geliefert. Die Sachsen schrieen sich jetzt für ein langes politisches Stillleben entschuldigen zu wollen, wenn anders hier in Frankfurt redenden und lärmenden Repräsentanten auch heute noch der Ausdruck der politischen Meinung Sachsens sind, wie sie es zur Zeit ihrer Erwählung waren. Das scheint es dauerlich unwahrscheinlich, daß diese leere Kunstfertigkeit eines Demagogen, wie sie Rob. Blum bewähret, wirklich der Ausdruck der bedeutendsten und rührigsten Stadt Mitteldeutschlands ist oder daß diese radulistische Zungendrescherei, womit ein Schaffrath und was daran hängt uns täglich ermüdet, wirklich dem Sinne und Charaktee des Sachsenvolkes entspricht. Wir können uns sehr gut denken, daß ein lange niedergehaltenes Volk nach einem Umschwung, wie ihn die jüngsten Zeiten hervorriefen, rasch zu den Männern greift, die ihm als die entschiedensten erscheinen; ob aber diese Ansicht ohne Enttäuschung fortdauern wird, ob das sächsische Volk es billigen mag, wenn von seinen Vertretern sieben in der wichtigsten politischen Frage unthätig bei Seite treten, über ein Dutzend A. u. Ihstein der deutschen Nation als ihren Erkorenen präsentiren, dagegen haben wir sehr begründeten Zweifel. — Von Ihren Badenern will ich gern schweigen. Nicht weil, wie uns jüngst ein Mannheimer Blatt belehrte, bereits die besten Bürger entweder flüchtig sind oder „im Kerker schmachten", auch nicht deßhalb, weil, wir dieselben Blätter neben dem offenen Aufruf zur Empörung uns alles Ernstes versichern, der Zustand so ist, wie einst in Flandern unter Herzog Alba. Ueber solche Dummheiten kann man zur Noth lachen, etwas Anderes ist viel beunruhigender. Daß ein großer Theil eines freilich kleinen deutschen Ländchens so der demagogischen Agitation verfallen kann, daß es seinen alten Ruhm politischer Mündigkeit und deutscher Gesinnung mit so kindischem Leichtsinn verscherzen mag und statt der früheren Ehre im wichtigsten Momente der deutschen Entwicklung sich mit einer Reihe parlamentarischer Nullen bloßstellt, indessen seine besten Namen zum Theil außerhalb der engen Landesgrenzen den ehrenvollen Ersatz fanden, das muß jedem deutschen Herzen eben so wehe thun, wie den ohne Zweifel unverdorbenen Elementen, die sich in dieser Erschütterung alle gesunden Begriffe erhalten haben. Sonst war Baden berufen im Vordertreffen für deutsche Freiheit zu stehen, heute muß es im Schweife einer Partei mitgehen, die nimmer das deutsche Volk an sich fesseln wird, ja was noch bitterer ist, es mußte an den Kosten der heitern Intermezzos, mit denen in der Paulskirche bisweilen der politische Ernst unterbrochen wird, die größte Quote tragen.

ϑ Frankfurt, 7. Juli. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde mit einer Reihe von Berichterstattungen eröffnet. Unter diesen befanden sich mehrere Berichte über eingegangene Petitionen, namentlich eine aus dem Darmstädtischen, in welcher verlangt wird, daß die angesagte Rekrutirung sistirt werde, bis das allgemeine Gesetz über die Wehrverfassung Deutschlands erlassen sei. Der Bericht hebt hervor, daß die Einführung einer künftigen Wehrverfassung nicht das Werk einiger Tage, jedenfalls aber jetzt nicht der Augenblick sei, während einer drohenden Gefahr Experimente mit einer Reorganisation zu machen, welche jedenfalls viele Zeit brauche, bis sie durchgeführt werden könne. Auch über eine Beschwerde der Stadt Mannheim über die dortige Militüriast und den Kriegszustand wird berichtet, daß schon frühee eine entsprechende Weisung von dem Bundestage an den Kommandanten besagten Armeekorps ergangen sei; dadurch und durch die Erklärung der badischen Regierung in Betreff des Kriegszustandes sei die Sache als erledigt zu betrachten. Ein Silhouetteur verschafft durch eine Eingabe, in welcher er die Herstellung einer Festung verspricht, welche mit 200 Mann und 4 Kanonen eine Belagerung von 50,000 Mann aushalte, und die Bitte eines Zollkontroleurs um Wiederanstellung im preußischen Staatsdienste der Nationalversammlung einige heitere Augenblicke. Es versteht sich von selbst, daß über alle diese Petitionen zur Tagesordnung gegangen wurde.

Zur Berathung lag ein Antrag des Prioritätsausschusses vor, nach welchem ein besonderer Ausschuß für das Kirchen- und Schulwesen gebildet werden sollte. Anstatt daß die hierauf erfolgte Diskussion sich genau an den Antrag des Ausschusses gehalten hätte, erging sich dieselbe in einer Menge von Ergießungen über Kirche, Schule, Emanzipation der Schule, Trennung der Kirche und des Staates und dergl. m. Wie nun eine solche improvisirte Diskussion niemals eine Sache fördert, sondern immer nur ein Chaos entgegenstehender Ansichten hervorruft, aus denen eine ordentliche Entwirrung nicht möglich ist, so war es auch hier der Fall. Es wurden eine Menge von Phrasen und längst verbrauchter Schlagwörter einander gegenüber gestellt, ohne daß die Versammlung über die Sache, um welche es sich eigentlich handelte, ins Klare gesetzt wurde. Die Hauptfragen, in Beziehung auf Kirche und Schule, werden allerdings in Art. 3 u. 4 der Grundrechte ihre Erledigung finden; wenn aber dort die principielle Frage über die Trennung der Kirche von dem Staate und der Schule von der Kirche entschieden ist, so wird es hauptsächlich auf die eigentliche Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat und Kirche und Schule sich handeln, und aus diesem Grunde wollte der Prioritätsausschuß eine gemeinschaftliche Kirchen- und Schulkommission. Dagegen aber wurde von den entgegengesetztesten Seiten gekämpft. Von der einen Seite wollte man die kirchlichen Angelegenheiten gar nicht in dem Bereich der Nationalversammlung gezogen wissen, von der andern scheute man eine gemeinschaftliche Kommission, weil man die Besorgniß zu haben schien, daß dadurch die Schule zu kurz komme; auch von dieser Seite wollte man keine Kommission für die kirchlichen Angelegenheiten. So kam denn zuletzt der Beschluß zu Stande, daß nur ein Ausschuß für Schule und Volkserziehung gewählt, und in diesem eine besondere Sektion für das Volksschulwesen gebildet werden solle. —

Der Bericht des Abg. v. Auerswald im Namen des Ausschusses für die Wehrangelegenheiten, über den gegenwärtigen Zustand der

Digitized by Google

Wehrhaftigkeit Deutschlands und über die Mittel zur Verbesserung desselben, welcher nunmehr der Berathung ausgesetzt wird, stellt folgenden Antrag: „Die Nationalversammlung wolle die deutschen Regierungen durch den Bundestag einladen lassen, ihre Bundeskontingentstruppen, nach Verhältniß der Waffengattungen, auf diejenige Zahl zu bringen, welche dieselbe nach Maßgabe des bestehenden Prozentsatzes bei der gegenwärtigen, durch die letzte Volkszählung festgestellten Bevölkerung wirklich haben müssen, die Ausführung dieser Maßregel aber in möglichst kurzer Frist zusichern." Dadurch würde die deutsche Bundesarmee um 140,000 Mann vermehrt werden und also 568,000 Mann betragen, wenn das Bundeskontigent wirklich vollständig unter Waffen wäre, was aber nicht der Fall ist. Der Bericht hält aber auch diesen letzten Stand des Heeres für die Sicherung der deutschen Freiheit und Selbständigkeit bei einem auswärtigen Kriege nicht für hinreichend und stellt daher folgende weitere Anträge: „Eine hohe Nationalversammlung wolle ferner beschließen, die einzelnen deutschen Regierungen einladen zu lassen: 1) so schnell als möglich die Vorbereitungen zu einer allgemeinen Volksbewaffnung vornehmen zu lassen, deren Grundzüge die in Arbeit begriffene allgemeine Wehrverfassung demnächst enthalten wird, 2) in Betracht, daß diese allgemeine Volksbewaffnung so schnell und so genügend, als die Verhältnisse es erheischen, nicht wird ins Leben treten können, als ersten Bann dieser Volkswehr die oben verlangte Zahl von 340,000 Mann des Baldigsten in folgender Maßgabe in bereiten Stand bringen zu lassen: Die verlangte Verstärkung von 340,000 Mann, nach Maßgabe der Bevölkerung auf die einzelnen deutschen Staaten repartirt, wird durch die betreffenden Regierungen sofort auf gesetzlichem Wege zur Aushebung designirt — (ohne einstweilen wirklich ausgehoben zu werden) — wobei freiwillige Anmeldungen zu erleichtern sind; — diese so designirten Mannschaften werden, ohne sie dadurch in ihrer bürgerlichen Beschäftigung zu behindern, in den einzelnen Gemeinden und Bezirken, soweit als thunlich, in freien Stunden in taktischen Bewegungen kriegsmäßig geübt; — es wird sofort durch die unter den Waffen befindlichen Bundestruppen die Bildung einer hinreichenden Anzahl kleinerer Kadres vorbereitet, welche bei Ausbruch eines Krieges der eben bezeichneten, neu auszuhebenden Volkswehr von 340,000 Mann als Anhaltspunkt ihrer ferneren Formation dienen. Die deutschen Regierungen werden endlich ersucht, ohne Verzug und ohne Unterbrechung für Beschaffung von Waffen, Munition und nothwendigster Bekleidung für diese Verstärkung aus der Volkswehr Sorge tragen zu wollen."

Nachdem der Berichterstatter diese Anträge von der Tribune noch näher begründet hatte, als es bereits in dem Bericht geschehen war, hielt v. Radowitz eine Rede für die Anträge in ihren Hauptpunkten, welche das größte Interesse erregte. Er will, daß die Regierungen aufgefordert werden, die Wehrmannschaft im Allgemeinen auf die Höhe von 1½ % ihrer jetzigen Bevölkerung zu bringen, den erforderlichen Mehrbetrag sofort zu bezeichnen und für die Herbeischaffung des Bedarfes an Kriegsmaterial zu sorgen. Diese Rede erträgt keinen Auszug; sie gibt ein so klares Bild von dem Zustande unserer gegenwärtigen Wehrverfassung in Deutschland und der nothwendigen Umgestaltung derselben, und ihr ganzer Inhalt von Anfang bis zu Ende ist von solcher Bedeutung und allgemeinem Interesse, daß Sie es gewiß für angemessen finden werden, dieselbe in der deutschen Zeitung vollständig mitzutheilen.

Die Kommissionsanträge werden hauptsächlich von der Linken aus dem Grunde bekämpft, weil keine Kriegsgefahr vorhanden sei und man deßhalb dem Volke diese neue Last nicht auflegen dürfe. Wiesner glaubt, daß die Gefahr von Rußland her nicht so groß sei, die Ungarn seien mit den Deutschen immer gegen Rußland verbündet, und man könne daher das ganze ungarische Heer in das deutsche mit einrechnen. Deßhalb sei ein solcher Ueberschuß der Streitkräfte nicht nöthig. Gegen die inneren Feinde jeder Art habe man ja die Bürgerwehr, wobei er unglücklicher Weise Berlin als Beispiel nennt, was viel Lachen erregt. Die Phrase: Wenn Deutschland und Frankreich Arm in Arm gehen, dann können wir das Jahrhundert in die Schranken fordern, erregt einigen Beifall auf der Gallerie, vielmehr aber noch der Schluß: Man könne den inneren Frieden in Deutschland sehr leicht ohne alle Bajonette herstellen, man dürfe nur — Amnestie geben. Auch Blum bestreitet die Kriegsgefahr; das alte System, welches auf der Gewalt und der Ländergier beruhte, habe aufgehört. Das Streben der Neuzeit sei, sich im Innern ruhig zu entwickeln, die Freiheit zu gründen und zu genießen; deßhalb solle man die dargebotene Hand des westlichen Nachbars annehmen oder doch wenigstens fragen, unter welchen Bedingungen sie dargeboten wird. Er meint, mit einem einzigen Worte der Brüderlichkeit werde man die 300 Bataillone der Mobilgarde von Frankreich, welche so viele Besorgnisse erregten, auflösen. Es sei also kein Grund vorhanden, das schwer gedrückte Volk durch die großen Kosten für ein so starkes Heer noch mehr herabzudrücken. Man solle sich bemühen, ein Band des Friedens nach allen Seiten zu schließen, dadurch werde ein Geist erwachen, der uns sicherer stellt als die größten Heere. — Außer den Rednern der Linken spricht auch Römer gegen den Antrag des Ausschusses. Die stehenden Heere seien nicht populär wegen der früheren Vorgänge, weßhalb die Kosten für dieselben von den Ständen schwer aufzubringen seien. Die jetzige Gefahr scheine nicht so groß, daß für den Augenblick eine solche Vermehrung des stehenden Heeres nothwendig erscheine. Er halte den Antrag auf eine tüchtige Landwehr mit guten Kadres von Linientruppen allerdings für gut, nur jetzt noch nicht für geeignet. Man müsse die Vorschläge hier aber von der Centralgewalt erwarten und dieser nicht vorgreifen; deßhalb solle die Nationalversammlung für jetzt zur Tagesordnung übergehen.

Gegen alle diese Einwendungen findet der Kommissionsantrag zahlreiche Vertheidiger. v. Mayern will Nichts davon wissen, daß Deutschland sich Rußland gegenüber auf die Hilfe der Ungarn verlassen solle; es müsse diesem Feinde durch seine eigenen Streitkräfte die Spitze bieten können. Staffenhagen will zwar gerne mit Frankreich in Frieden bleiben, und wenn Frankreich will, auch mit demselben ein Bündniß eingehen; aber dabei dürfe Deutschland nicht in Beziehung auf seine Wehrkraft zu dem stark gerüsteten Frankreich als eine Bettleria kommen. Auch er wünsche eine Umgestaltung des Heeres, aber in einem Augenblicke, wo Gefahr sei und man auf ein wohlgerüstetes Heer bauen müsse, sei es nicht rathsam, eine solche Umgestaltung vorzunehmen. Beckerath hält es nicht für gut, jetzt noch gegen die stehenden Heere in gleicher Weise wie bisher anzukämpfen. So lange sie eine Stütze des Absolutismus waren, so sei dieses verdienstvoll gewesen, jetzt verhalte sich die Sache anders, nachdem die Soldaten Bürger geworden seien. Auch die übrigen Hindernisse solle man nicht zu hoch anschlagen. Es sei auch hier jetzt der Beweis zu liefern, daß wir die deutsche Einheit aufrichtig und die Unabhängigkeit und Stärke des Vaterlandes nach Außen sichern wollen. Auch Wernee spricht für den Antrag; er will Nichts auf die Hilfe des Auslandes gebaut haben, auf keine Alliance Etwas geben, sei es, mit welchem Volke es wolle; es gebe gar keine Großmuth der Völker auf die Dauer; er achte Frankreich, aber er wolle nicht auf sein Bündniß sich stützen, und er halte es für eine Thorheit, in diesem Augenblick das Heer zu entwaffnen. An dem Berichte setzt er aus, daß er der zukünftigen Gestaltung des Heerwesens nicht genug die Hand reiche; die ganze öffentliche Erziehung der Jugend müsse so organisirt werden, daß diese schon von der Schule an für den Gebrauch der Waffen herangebildet werde. Gegen die Einwendung, welche von dem Kostenpunkte hergenommen wurde, bemerkt Roß: Es gebe nichts Kostspieligeres, als wenn unvorgesehene Begebenheiten einen Staat nicht vorbereitet genug treffen. Trotz dieser und noch einiger anderen Reden und Gegenreden schienen dennoch viele Mitglieder der Nationalversammlung mit sich selbst über diesen Gegenstand noch nicht recht im Reinen zu sein. Deßhalb fand der Antrag des Abgeordneten Reh, daß die Abstimmung auf 8 Tage verschoben werde, viele Unterstützung und wurde durch eine Mehrheit zum Beschlusse erhoben.

N. S. Soeben trifft auf Privatwegen die Nachricht ein, daß der Erzherzog Johann die Stelle des Reichsverwesers angenommen habe.

ƒ Frankfurt, 6. Juli. Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß der Ausschuß der Nationalversammlung, welcher die eingelaufenen Anträge auf Amnestie zu begutachten hat, sich gestern mit großer Mehrheit dafür entschied, diese Anträge abzuweisen. Daß die Nationalversammlung in ganz gleichem Sinne beschließen wird, unterliegt keinem Zweifel; und in der That, wohin käme es auch mit dem Ernste der Gesetze und der darauf allein beruhenden Ordnung der menschlichen Gesellschaft, wenn das Verbrechen des Hoch- und Landesverraths, wenn Erregung von Bürgerkrieg, der Ruin von Tausenden von Familien mit wenigen Wochen Arrest oder Exil gesühnt wären! Hieße das nicht zur baldigen Erneuerung dieser Verbrechen um so mehr auffordern, als man ja nicht mit einem Worte davon vernimmt, daß die Gefangenen und Flüchtlinge ihre That bereuen, letztere vielmehr alle Vorbereitungen zur Erneuerung ihrer wahnsinnigen Versuche treffen.

* Frankfurt. Aus glaubwürdiger Quelle erfahren wir, daß gestern in Sachsenhausen Ruhestörungen stattfanden, bei denen das Militär einschritt und einige Verwundungen vorkamen. Die Sache scheint übrigens keinen politischen Charakter gehabt zu haben; nähere Nachrichten werden ohne Zweifel über den Anlaß aufklären.

Digitized by Google

Großbritannien.

London, 4. Juli. Die Zukunft Deutschlands malt sich im Hohlspiegel der englischen Zeitungspresse in gerade nicht sehr munteren Farben; selbst die auf Erzherzog Johann gefallene Wahl, welche doch gewiß ein Zeichen unserer Solidität ist, hat die Engländer für uns nicht günstiger stimmen können. Ohne Zweifel mag ihnen ein unter einer gemeinsamen Verwaltung und einer Centralbehörde stehendes deutsches Reich für sie selbst minder vortheilhaft dünken, als ein zerstückeltes, in der Entfernung weniger Meilen verschieden und oft ganz entgegengesetzt verwaltetes Deutschland; aber eben so wahr ist es, daß wir einem so Ordnung liebenden, ernsthaften und gesetzten Volke, wie das britische ist, genug Seiten bieten, dir ihm theils verächtlich, theils lächerlich erscheinen. Es ist von einem Redner in der Frankfurter Versammlung einmal ausgesprochen worden: was wird man in dem fortgeschrittenen Frankreich dazu sagen? Warum frage man nicht mit demselben Recht: was wird England dazu sagen? England, welches bisher seit alter Zeit als das eigentliche Vaterland der politischen Freiheit und des am meisten organischen Verfassungslebens anerkannt, bewundert, und, selbst von Frankreich, nur freilich sehr unglücklich, nachgeahmt worden ist! Es wärr doch sehr lächerlich, wenn wir uns ein Zeugniß unserer Reife etwa von den großen Politikern Frankreichs ausstellen lassen müßten, die allerdings mit einer seltenen Virtuosität ihr Vaterland durch konstitutionelle Monarchie, Republik und Pöbelherrschaft hindurchgehetzt und sich nun auf Gnade und Ungnade den Generalen ergeben haben, welche in Algier gewohnt waren, Land und Volk durch Razzien zu verwüsten, die Aufständischen in den Datra-Grotten durch Feuer und Rauch zu vertilgen, und die gesammte Kolonie unter der Strenge eines Martialgesetzes zu halten, welches auch nicht das kleinste Wort der Rüge gegen die fehlerhaftesten Einrichtungen gestattetr. Man trägt sich auch wohl mit einem Bündniß mit dem republikanischen Nordamerika; aber dies weiß eben so gut, wo nicht noch besser zu rechnen, als sein Mutterland, und wird lieber mit dem Czar in Petersburg und dem Großtürken politische und kommercielle Verträge abschließen, als mit den demokratischen Vereinen Deutschlands oder dem Generalissimus der republikanischen Heere, zu denen jetzt Söldlinge zu täglich 24 Kreuzer gesucht werden — freilich ein Lumpengeld, wenn diese Freischärler wirklich im Stande sein sollten, das noch vor Kurzem so monarchische Deutschland in eine Republik umzukehren, wir man einen ledernen Handschuh umkehrt. Alte tausendjährige Gewohnheiten lassen sich nur nicht so leicht abschütteln oder ausbürsten, als der Staub auf dem Kleide. Die Times, um auf die englischen Zeitungen zurückzukommen, halten sogar den Zustand Deutschlands für trostloser, als den Zustand Frankreichs, indem sie für Letzteres erwarten, daß es Cavaignac gelingen werde, das französische Volk mit eiserner Zuchtruthe zur militärischen Subordination und Disciplin zu zwingen, ähnlich, wie dies zur Zeit Napoleon gelungen; nur vergißt diese Zeitung, daß jene algierischen Haudegen schwerlich in Paris sitzen bleiben werden, um höchstens in wilden Straßenkämpfen ruhmlos unterzugehen, daß sie vielmehr, und möglicherweise sehr bald, für ihren Ehrgeiz und Thatendrang Raum nach Außen und dadurch zugleich einen Abzugskanal für die innern Parteileidenschaften zu öffnen suchen werden. Die Times geben zu, daß es viele hervorragende Talente in der Frankfurter Versammlung gebe, aber wie ein Parlament, welches nicht einmal den Lärmen und den Ungezogenheiten auf den Gallerien ein Ende zu machen im Stande sei, erwarten könne, überall, zwischen der Weichsel und dem Rheine, Gehorsam zu finden? Man muß allerdings zugeben, daß die Gallerien in der Paulskirche von Frankfurt vor ganz Europa ein ärgerliches Schauspiel aufgeführt haben, etwa wie man sie höchstens in einem walachischen oder kosakischen Parlamente zu erleben erwarten könnte, und es ist nur zu verwundern, daß die Linke nicht im Interesse der eigenen Ehre ihren ganzen Einfluß geltend machte — da das Ansehen des Präsidenten hierzu nicht ausreichte — um diesem Skandal ein Ziel zu setzen.

Aehnlich wie die Times spricht sich Daily News aus, welches zumeist von den verwickelten dynastischen Familieninteressen und Fürstenverschwägerungen Unheil für Deutschland fürchtet, ähnlich das Morning Chronicle, welches jedoch das Frankfurter Parlament und die Wahl Erzherzogs Johann sehr beiläufig abfertigt, was für Deutschland zu hoffen und zu fürchten ist, mehr nach Berlin verlegt und unter Anderm äußert: „wir wünschten viel mehr, eine kräftige Exekutive in Berlin sich bilden zu sehen, als so eine schwache zu Frankfurt, trotz des majestätischen Titels." Man sieht, wir werden noch Viel zu thun haben, um uns bei dem Auslande geachtet und gefürchtet zu machen.

Frankreich.

Paris, 5. Juli. Bei der Absperrung, die nach dem Sturm eingetreten ist, herrscht in den Zeitungen eine gewisse Oede; das pikanteste Blatt, E. Girardins „Presse", ist verstummt, Paris lebt daher seit vielen Jahren zum ersten Male ohne eigentliche Oppositionsblätter, denn sie sind alle sehr zahm geworden. In dieser Pause war denn das Erscheinen des „Spectateur de Londres", von dem wir früher schon sprachen, eine angenehme Unterbrechung; man hatte ein Objekt, das man ohne Gefahr tüchtig zurechtmachen konnte. Das genannte Blatt steht, ungeachtet entgegengesetzter Versicherungen, unter dem Schutze Guizots und wahrscheinlich auch Metternichs; das beweist Inhalt und Richtung, auch wenn es uns in einem aus London zugesandten Prospektus nicht ausdrücklich versichert würde. Die erste Nummer enthält Vieles übre Paris, ohne große Bedeutung, aber von greller Parteifärbung im Sinne Louis Philipps und voll grimmiger Ausfälle auf die bisherige Regierung. Nur eins war uns bemerkenswerth, daß diese Ausfälle, die übrigens offenbar aus gut unterrichteter reaktionärer Quelle kommen, Niemand weniger schonen, als Lamartine, und dabei einer Thatsache erwähnen, die unsers Wissens noch nicht zu allgemeinen Kenntniß gekommen ist. Lamartine, heißt es, hat Frankreich aus Eitelkeit und Ehrgeiz in die Stürme hineingerissen; er entschied am 24. Februar, als die Abdankung des Königs in der Kammer bekannt ward, für die Proklamation der Republik. Die äußerste Linke hatte sich in einem Bureau vollständig versammelt; man weiß, daß sie nicht zahlreich war. Alle diese Leute, selbst Ledru Rollin, waren für die Regentschaft. Lamartine allein sagte: Es ist zu spät. Jemand, der in der vertrauten Umgebung des Dichters lebt, hat es gehört, wie er mit seiner gewöhnlichen Leichtfertigkeit sagte: „Wenn Frankreich im Kothe steckt, wird man mich rufen; ich werde Ordnung in dies Chaos bringen und es mit meinem Leben büßen". Das letztere wäre freilich nicht in Erfüllung gegangen; das andere hat aber viel innere Wahrscheinlichkeit und gibt den Schlüssel zu Lamartines plötzlichem Auftauchen unter den leitenden Männern der jungen Republik.

Herr v. Chateaubriand ist gestern frühe, fast 80 Jahre alt, gestorben; mit ihm ist einer der letzten Repräsentanten des alten Frankreichs, wie es vor 1789 war, heimgegangen.

Die Estaffette zeigt heute an, daß General Bedeau das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nicht annehme, daß Hr. Jules Bastide sonach Minister des Auswärtigen bleibe und ein Admiral das Portefeuille der Marine übernehmen werde.

Man versichert, daß Louis Napoleon dir in Korsika auf ihn gefallene Wahl als Vertreter gleichfalls ablehnt.

Die geheime Haft, in der sich Emil von Girardin befand, ist gestern aufgehoben worden, seine Frau und seine Freunde dürfen ihn jetzt besuchen. Demungeachtet steht er noch unter der Jurisdiktion der Kriegsgerichte und sein Proceß ist eingeleitet.

Die Nationalversammlung erneuerte heute ihr Bureau. Die sechs Vicepräsidenten sind: Georges Lafayette, Corbon, Lacrosse, Marrast, Cormenin und Portalis — die beiden Sekretäre: Edmund Lafayette und Péan. —

Die guten Freundr der Barrikadenkämpfer vom 24. und 25. Juni waren nach dem entscheidenden Ausgange sichtbar verblüfft; der Schreck hatte ihre Zunge und ihr Denken gelähmt, da mit einem Male so viele Kombinationen zerstört waren und die französische Nation sich einmüthig erhob gegen einen rechtlosen Despotismus von 50000 Menschen, unter denen der geringste Theil wirklich bedürftiges und arbeitsames Proletariat war. Die guten Freunde haben sich jetzt wieder erholt; sie haben es herausgebracht, daß der Riesenkampf der Junitage Nichts weiter war, als eine — Intrigue der „Reaktion", die ihr Geld dazu hergegeben hat; sie drohen bereits wieder der „elenden Bourgeoisie" — einer Menschenklasse, zu der sich z. B. in Frankreich in der letzten Krisis 99 Hundertstel bekannten — mit einem unvermeidlichen Strafgerichte. Die Spitze dieser dummpfiffigen oder pfiffig-dummen Kombinationen erreicht aber ein sonst sehr kluges Blatt, der „National". Die Aeußerung unseres Arndt: die Franzosen werden bald wieder ihren Herrn haben, hatte auch in französische Organe Eingang gefunden; ein Provinzialblatt hatte sie mit der obligaten Bemerkung mitgetheilt, daß Arndt nicht nur Franzosenfresser, sondern auch einer von den Renegaten des Libertinismus sei, dir jetzt überall auftauchen. Der National berichtet die Sache und macht mit vieler Würde die feine Bemerkung: Diese Thatsache sollte man doch so genau als möglich konstatiren. Der National ist da vor lauter Scharfsinn zu der überaus einfältigen Folgerung gekommen, jenes sehr wahre und jetzt schon zum Theil erfüllte Wort Arndts sei nichts Anderes, als ein unbewachtes Geständniß eines Mitwissers der Verschwörung. Die Reaktion hat

Digitized by Google

ja den Aufstand auf Aktien unternommen; da hat natürlich auch die deutsche Reaktion ihren Antheil daran, und schließlich ist der ehrliche E. M. Arndt, der so oft über „wälsche Tücke" sich ausgelassen, einer der gefährlichsten Leiter und Mitwisser der wälschen, tückischen Verschwörung. Darum, bemerkt der Nationnl sehr fein, sollte man jene Thatsache genauer konstatiren; der Wink wird für die Untersuchungskommission nicht verloren sein.

Italien.

▽ Vicenza, 25. Juni*). Ihr werdet meinen früheren Brief erhalten haben, worin ich Euch die Ereignisse vom 6. Mai schilderte, als Karl Albert einen verzweifelten Angriff auf uns machte und die Unsrigen St. Lucia mit einem Heldenmuth vertheidigten, daß die feindlichen Officiere selbst sich gedrungen fühlten, uns ihre Anerkennung zu zollen. Am 25. Mai erhielten wir endlich eine Verstärkung von 20,000 Mann, indem das fünfte Armeekorps, welches Treviso und Vicenza umgangen hatte, sich mit uns vereinigte. Den 27. Abends rückte F.-M. Radetzky mit 30,000 Mann aus Verona aus; wir marschirten die ganze Nacht und den folgenden Tag hindurch und trafen in Mantua um Mitternacht ein. Folgenden Tags griffen wir die Dörfer Montenera und Curtotone an, eroberten sie und nahmen dem Feinde, der keinen schlechten Widerstand leistete, 2 Generale, 7 Stabsofficiere, 76 Officiere und 1760 Gemeine an Gefangenen ab, auch 9 Geschütze nebst Gespann. Den Tag darauf machten wir einen Angriff auf Goito, wurden aber zurückgeschlagen, da eine unserer Brigaden nicht zu rechter Zeit in die Operationen eingriff. Nachdem wir vergebens versucht, den Feind zu einer offenen Feldschlacht zu bewegen, zogen wir uns von Goito zurück, hauptsächlich in Folge des Falles von Peschiera, der durch Hunger erzwungen wurde. Wir kehrten nach Mantua zurück und marschirten, ohne uns hier aufzuhalten, weiter nach Vicenza. Unter unbeschreiblichen Mühsalen, ohne Wechsel der Leibwäsche, bald den furchtbarsten Regengüssen, bald der drückendsten Sonnenhitze ausgesetzt, unablässig marschirend und kämpfend, gelangten wir endlich vor Vicenza, dessen Anhöhen in einer Weise befestigt waren, daß, hätten tapferere Truppen sie vertheidigt, selbst ein an Zahl überlegener Feind sie nicht nehmen konnte. Aber unter den 20,000 Mann, welche das Heer des Generals Durando bildeten, befanden sich keine zwei Drittel reguläre Soldaten, dagegen Viele, welche nach dem ersten Schuß Reißaus nahmen. Früher war ich gewohnt, den Italienern alle Anerkennung zu schenken, aber die Mittel, durch welche sie versuchten, sich von den „Barbaren" zu befreien, die unmenschliche Weise, womit sie hier und da unsere Gefangenen behandelten, das Alles hat meine gute Meinung für sie gar sehr herabgestimmt. Doch ich kehre zu dem Sturm auf die Verschanzungen von Vicenza zurück. Kaum erblickten unsere Soldaten die Höhen, als sie aus tiefster Brust, so lange ihre Lungen aushielten, ihr Hussa, Hurah, Evviva Radetzki u. s. w. riefen. Morgens, den 10. Juni, gegen 5 Uhr anzingelten wir die Stadt und griffen sie von allen Seiten an. Die Kanonade nahm ihren Anfang und wurde ununterbrochen fortgesetzt. Von den Sechs- und Zwölfpfündern stieg der Rauch in schönen weißen Säulen empor, wie bei einem Lustfeuerwerk, dazu das Kriegsgeschrei der Stürmenden, dann um 4 Uhr Nachmittags ein auf der höchsten Anhöhe aufsteigender Dampf, dann eine rothe Flamme, dann ein Dröhnen wie von einem fernen Donner, dann Stille; die Hauptredoute war genommen, die Schanze in die Luft gesprengt, wir im Besitz der Höhen, und schon fingen wir an, einige Bomben zu werfen, als auf dem höchsten Kirchthurm der Stadt die Parlamentärflagge aufgesteckt wurde. Durando begann zu kapituliren, als plötzlich die Friedensflagge verschwand und die beruhigende Fahne wieder an ihrem Platze erschien. Sofort begann die Kanonade von Neuem. Inzwischen will ich Euch noch den Antheil berichten, den unser durch Verluste geschwächtes Regiment an dem Treffen nahm. Es bildete einen Theil der Brigade des in der Schlacht gefallenen Fürsten Thurn und Taxis und stand auf der Straße, die nach Treviso führt. Der General entsendete unser Regiment, um drei Verschanzungen auf dem rechten Flügel anzugreifen; wir drangen querfeldein und über Gräben vor, nahmen 10 oder 12 Häuser und trieben den Feind hinter seine Verschanzungen zurück. Kaum hatten wir jedoch von jenen Häusern Besitz genommen, als ein entsetzliches Feuer aus einigen verborgen gehaltenen Geschützen auf uns zu spielen begann. Wir hatten Nichts weiter als unsere Flinten, und so fiel Mann auf Mann, hierunter sechs Officiere, theils todt, theils verwundet. Der Verfasser des Briefes erzählt nun, wie der Oberst des Regiments die Worte geäußert: „hätte ich nur zwei Zwölfpfünder, so wollte ich einen Sechskreuzer wetten, daß sie jene Batterien zum Schweigen bringen würden", erzählt weiter, wie unser britischer Freund zum General geritt und diesen, nach einigen Einwürfen wegen der Terrainschwierigkeiten, vermocht habe, ihm zwei Zwölfpfünder mit 20 Mann zu überlassen, wie man unterwegs die Gräben mit Reisigbündeln, Stroh, Sand u. s. w. ausgefüllt, um die Kanonen vorwärts zu bringen, wie nun das Feuer begonnen und bis um 9 Uhr Abends fortgesetzt worden, wie man während des Feuerns, nur 200 Schritt von den feindlichen Geschützen, ganz gemüthlich Cigaren geraucht und Wein getrunken habe, und wie er, der Schreiber des Briefs, im Bericht seines Obersten seiner Unerschrockenheit, Umsicht und Kaltblütigkeit wegen belobt, auch zu einem höhern Officiersrang befördert worden sei. „In der Nacht herrschte", schließt das Schreiben, „die tiefste Ruhe; wir erwarteten einen noch heißeren Tag, als wir soeben bestanden; bei Tagesanbruch aber erblickten wir auf allen Hochpunkten der Stadt die weiße Flagge. General Durando kapitulirte und versprach, mit seinen Truppen über den Po zurückzugehen und drei Monate lang nicht gegen die Oesterreicher zu fechten. Welch ein schönes Gefühl, mit Lorbeerzweigen an den Helmen, die Spielbande musicirend voraus, durch eine eroberte Stadt zu ziehen, und dann gar das unvergleichliche Vergnügen — wieder einmal nach langer Zeit ein bequemes Bett und eine gute Mahlzeit! Der Fall Vicenza's zog unmittelbar die Uebergabe von Treviso und Padua nach sich."

*) Ein Auszug aus einem Privatbriefe desselben Engländers, von dem wie schon in No. 141, Beilage, eine Schilderung des Treffens bei Verona gaben. Zu den Berichten der beiden kämpfenden Parteien, die oft sehr voneinander abweichen, bildet diese Darstellung eines Mannes, der zwar im österreichischen Heere dient, aber weder Oesterreicher noch Italiener ist, eine passende Ergänzung.

Türkei.

** Konstantinopel, 25. Juni. Der für den französischen Gesandtschaftsposten von der Republik in Peru bestimmte General Aupick, der bei seinem ersten Landen unter dem Einflusse des Hrn. von Titoff, des russischen Vertreters, vom damaligen Minister des Auswärtigen, Said Pascha, zurückgewiesen wurde, da seine Aufnahme eine Anerkennung der neuen Staatsform zu Paris von Seite des Divans in sich schloß, indem nämlich bisher in den Noten des an die Stelle des ehemaligen Botschafters, Baron Bourqueney, getretenen Geschäftsträger Cor niemals von einer französischen Republik die Rede gewesen war, ist nun doch, freilich nur als Nachfolger dieses ehemaligen ersten Drogomans, von der Pforte angenommen. Mit Rücksicht auf dieses Zugeständniß und namentlich im Hinblick auf die gänzliche Unfähigkeit des jetzigen Ministeriums schließt man nun hier gewiß mit Recht, daß die Fortschrittspartei unter der Leitung des alten Redschid Pascha und des talentvollen Ali Pascha demnächst wieder an's Ruder kommen wird, zumal da Rußlands allzu unverhohlenes Eingreifen in die Angelegenheiten der Donaufürstenthümer der jungen Freundschaft zwischen Sultan und Czar einen bedeutenden Stoß gegeben hat. — Zwischen Egypten und der Pforte ist es zu einigen politischen Mißhelligkeiten gekommen. Bekanntlich wurde neuerdings in der Türkei eine auf den Principien einer größeren Centralisation der Staatsgewalt beruhende Provinzialverwaltung (Tanzimat) eingerichtet. Die Regierung gab den bis dahin beinahe unabhängigen Pascha's einen Finanzbeamten (Defterdar) bei, um durch ihn die Abgaben an den Staat erheben zu lassen. Mehemet-Ali wußte dieser Maaßregel bisher mit seiner gewöhnlichen Schlauheit zu entgehen, und der Divan begnügte sich auch mit der bloßen Ablieferung des Tributs. Gegenwärtig jedoch, wo der alte Vicekönig gänzlich unfähig für die Geschäfte geworden ist, und Ibrahim Pascha an der Spitze des Staates steht, machte die Pforte geltend, daß die bisherige Nachsicht nur dem Vezir persönlich, keineswegs aber der egyptischen Regierung gegolten habe, und sendete kürzlich ihren Defterdar von Arnem. Die Antwort Ibrahims, daß er den Finanzbeamten nicht annehmen werde, und überhaupt bei der Kargheit der Einkünfte jetzt den Tribut zu bezahlen nicht im Stande sei, kann leicht, da er dessenungeachtet zur Sicherstellung seiner Erbtheils eine Armee von 100,000 Mann gegenwärtig auf die Beine bringt, auch im Osten Europas zu einem Kriege führen, sobald der Sultan auf seinem Willen beharrt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elliot 6 Kings., 73 Newgate-Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an C. A. Alexandre à Strasbourg Nr. 38 Grande., Paris Nr. 26 Rue Dauphine.

Deutsche Zeitung.

Die Expedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — ; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 190. Heidelberg, Montag 10. Juli. 1848.

Uebersicht.

Aufgaben der neuen Reichsgewalt. — Wien Volksbewegung in der Wallachei. Die Russen überschreiten den Pruth). Berlin (Erklärung des Ministeriums über das Verhältniß Preußens zu Deutschland. Rückkehr des stattlichen Gesandtvertrauens). Vom Rhein (Werbungen für Hecker). Köln (ein Wort für die Rheinländer wegen ihrer antipreußischen Stimmung). Stuttgart (wie lange soll der Unfug noch geduldet werden?) Von der Saale (die neuen Verfassungseinrichtungen und die kleinen Staatsgebiete). Frankfurt (Schreiben der nach Wien Abgeordneten. Die Vorfälle in Sachsenhausen. Die letzte Sitzung des Reichstags). Hamburg (Waffenstillstand unter Garantie Englands und Rußlands).

Großbritannien. Verhaftungen in Irland. Eröffnung der Dublin-Limerick-Eisenbahn. Der Aufstand in Multan. Strenge Ueberwachung des Hafens von Valletta.

Frankreich. Gesetz über die Verbesserung des Unterrichtswesens. Emil Girardin in Freiheit. Ledru Rollin und Louis Blanc verhaftet. Gerüchte von Barrikaden. Todtenfeier.

Italien. Rom. Anstrengungen der Friedenspartei. Neapel. Zustände im Königreiche.

Ungarn. Konvention mit den Aufständischen.

Heidelberg, 9. Juli.

Die neue provisorische Reichsgewalt wird zu thun bekommen. Wir wollen von unsern äußern Verwickelungen schweigen; mit ihnen haben wir, wenn auch wenig sichtlichen Erfolg, doch bis jetzt das Glück gehabt, daß sie uns keinen Schaden zugefügt haben, und immerhin wird Schleswig und Italien für unsere gänzlich ungeübten Truppen eine gute Schule werden. Aber im Innern greift der Krebsfraß der Anarchie, der Sinn der Gesetzlosigkeit, die Lust der Zerrüttung reißend und widerstandslos um sich, und wenn die Reichsregierung hier nicht ganz im großen Maßstabe und gleich beim Eintritt ihrer ersten Thätigkeit diesen Widerstand leistet, nicht Rath schafft und nicht Thaten wagt, so wird nicht allein Nichts in unserer Lage gefördert sein, sondern es wird, wenn erst die Reichsgewalt eben so nichtig an Macht und Stärke befunden würde, wie alle unsere Einzelnregierungen, wenn dieser Damm, der bisher in der Meinung wenigstens einen Widerhalt hoffen ließ, auch durchbrochen wäre, der Strom der Anarchie nur desto breiter und voller daherbrausen. Dächte man sich ein energisches Ministerium an der Spitze Deutschlands, es hätte einen beneidenswerthen Beruf, wenn es mit entschlossener Hand die Zügel faßte und, die Reichsversammlung und ihr Ansehen im Rücken, die Ordnung herstellte, die zu begründen kein Regiment in Deutschland stark genug war. Es würde sich mit Einem Schlage zeigen, was eine volksthümliche Regierung ist, die sich auf die Mitwirkung der Nation stützt. Die Reichsgewalt würde Preußens und Oesterreichs Regiment erst wieder auf selbständigen Fuß setzen und würde den Mächtigsten in der That zeigen, daß es noch ein Mächtigeres gebe, es würde ihnen die Nothwendigkeit der Unterordnung gleich faktisch darlegen. Der Moment, sich zu begründen und gleich bei der Begründung zu befestigen, wäre für das neue Regiment der günstigste, aber es ist wahr, er ist zugleich voller Gefahr und fordert alle Kraft und Anstrengung heraus. Weder in Preußen noch in Oesterreich ist jetzt eine Widersetzlichkeit denkbar: wenn die Reichsgewalt mit Wohlthaten anfängt, ist sie vollständig abgeschnitten, denn die Meinung wird sie in den Himmel heben, die Wohlfahrt und der Dank der Nation wird ihr Stärke für die Dauer geben. Man hatte bisher Baierns kriegerische Haltung gefürchtet, jetzt treffen alarmirende Nachrichten ein über die gänzliche Auflösung, in der sich die baierischen Truppen im Seekreise befinden. Auch da wird Rath und Hilfe bei der Centralgewalt gesucht. Die kleineren Regierungen sind vollends abhängig. Die Reichsgewalt hat also zu ihren ersten Gängen ganz ebenen Weg.

Ihr erster Gang muß die Niederwerfung des zügellosen Treibens sein, das den Staat bedroht und das bei irgend längerer Fortdauer alle Begriffe der Sittlichkeit verdrehen und untergraben und auf eine Generation hinaus die Nation verwildern und alle Früchte ihrer Bildung vernichten muß. Ein Gesetzvorschlag zur, wenn auch nur provisorischen, Bildung eines Staatshauses wird das Nächste sein, was die neue Regierung einbringen müßte, um sich des guten Willens der Mitwirkung der einzelnen Staaten und einer gesunden Berathung der unverschiebbaren Verwaltungsgesetze zu versichern. Aber gleichzeitig müßten die Repressionsmaßregeln vorgeschlagen werden, die Deutschland seine Ruhe wieder gäben. Solange man nicht den Muth hat, zu verfahren, wie selbst die Republik in Frankreich verfährt, so hoffe man nicht auf Herstellung der Ordnung. Man denke sich die Republik von monarchischen Vereinen so durchzogen, wie wir es von demokratischen sind, man denke sich einen monarchischen Prätendenten an der Grenze, zu dem die französischen Tenpyen mit Sack und Pack so überliefen, wie die baierischen zu Hecker, man denke sich das Land durchwühlt von einer legitimistischen Presse, wie das unsere von einer republikanischen ist, und man frage, ob sich die Republik zu dieser monarchischen Geschäftigkeit so verhalten würde, wie sich die Monarchie bei uns zu der republikanischen verhält! Jede Regierung würde in Frankreich vorziehen, lieber ehrenvoll und offen zu fallen, als einem Treiben dieser Art gegenüber still zu sitzen und sich unvermerkt untergraben zu lassen. Wenn nicht die deutsche Regierung diesen selben Entschluß faßt, so ist es um sie geschehen, noch ehe sie recht besteht. Denn auch ihr Ansehen nach Außen hängt ja nothwendig von der Stellung ab, die sie im Innern zu nehmen weiß.

Wir haben die Republik und die Revolution in der Abstimmung überwunden. Nichts war bei den Berathungen über die Centralgewalt sichtbarer, als dieser Wille und diese Meinung. Niemand war, der von den errungenen Freiheiten das Geringste aufgeben wollte; aber auch mißbraucht wollte man sie nicht länger sehen. Es gibt keine Reaktionäre in der Nationalversammlung, durfte von Radowitz sagen, weil die alten Zustände untergegangen sind und mangelhaft waren, weil Nothwendigkeit und innere sittliche Verpflichtung, äußerer und innerer Zwang sich gegen ihre Rückkehr stellen; es gab aber auch nur wenige Revolutionäre in der Versammlung, die nach dem Sturze der Absolutie in dem eigenen Fleische fortwüthen wollten. Man sagte sich deutlich: es ist kein Thron gefallen in der großen Bewegung dieser Monate! es wär' keiner stehen geblieben, wenn der Trieb und Wille des Volkes nach der Republik gegangen wäre. Man war durchdrungen von der Vortrefflichkeit der monarchischen Verfassung, man hielt an der Idee dieser Staatsform fest, trotz der schlechten Erfahrungen, die man mit den Monarchen gemacht hatte. Man stand stille vor den Thronen und vor dem Gesetze, und man achtete das Recht: der Wille des Volkes sprach sich hierin scharf und bestimmt aus; das ist der Wille, den wir zu vollziehen haben; wären wir in den Beschlüssen der Nationalversammlung weiter gegangen, so wären wir auf den Rechtszustand feindlich gestoßen, den das Volk selber herbeigeführt. Darum wollte man auch selbst an der einheitlichen Spitze Deutschlands Nichts von der Republik wissen, denn sie wäre allerdings eine Fortsetzung der Revolution gewesen; oder glaubt man, daß in Deutschland eine Republik über den Monarchien der Einzelstaaten weniger revolutionär, in friedlichem Nebeneinanderstehen weniger unmöglich wär, als in Amerika eine monarchische Centralgewalt an der Spitze der einzelnen republikanischen Staaten wäre? Man wollte auch ebensowenig die Republik im einzelnen Probeexemplar eindringen sehen, man erklärte, daß man keinen republikanischen Rheinbund begehre, unter der Protektion eines Freundes und Nachbars, der nie Etwas für uns und bei uns gethan, ohne zu wissen warum!

Digitized by Google

So weit ist die Meinung und der Wille der Volksvertreter ganz klar. Aber damit ist Nichts weiter gethan. Man hat die Exekutivgewalt ernannt, aber das Wichtigere ist nun, daß sie zum Handeln getrieben werde. Wir bewegen uns schwer; wir beschwichtigen uns gar zu leicht. Es ist eine momentane Beruhigung der Gemüther eingetreten; die Wahl des Reichsverwesers hat sie bewirkt, noch weit mehr aber die Pariser Ereignisse. Die Leipziger Protestation wird Nachahmung finden. So weit reicht unser Deutsch, so weit nehmen wir uns ein gutes Beispiel an den französischen Dingen, die wir übrigens am liebsten statt unserer selbst in Deutschland operiren ließen. Das Terrorisiren ist bisher die äußerste Waffe der Republikaner gewesen; es wäre uns recht, da man auf der andern Seite diese Kunst nicht so gut versteht, wenn jene Vorgänge in Paris ausreichten, um einmal die Republikaner bei uns zu terrorisiren und von ihren Wühlereien abzuschrecken. Aber darin täusche man sich doch ja nicht, das revolutionäre Element ist in Frankreich nicht vertilgt durch jenen Einen Schlag. Es ist in Deutschland nicht einmal davon getroffen. Es konnte die Republikaner bei uns betroffen machen, es mußte sie aber auch desto mehr erbittern und aufreizen. Uns gefällt dies sogar, daß sie sich nicht irren lassen durch das dort Geschehene: es ist ein Beispiel und Beweis, daß wir auf einmal nicht abhängig von der Fremde sind und unsere Wege auf unsere eigene Faust gehen, daran nehme man sich auf der Gegenseite nur ein Beispiel. Ums Handeln, ums Handeln gilt es endlich, nicht länger ums Zuwarten, Berathen und Beschließen. Nicht die blinden Ereignisse, die heute so fallen und morgen anders, müssen unsere Zustände bilden und umbilden und bald nach dieser, bald nach jener Seite schaukeln, sondern unsere eigene sichere Einsicht in die Lage der Dinge, unsere festen Entschlüsse und unsere wirksamen, raschen, kräftigen Handlungen müssen uns helfen. Richtige Anschauung der Sachlage, richtige Schlüsse aus dieser Anschauung, die unzögerliche Annahme aller Konsequenzen, die daraus folgen, darauf möge sich das neue Reichsregiment richten und dann thun, was seines Amtes ist, und vor seiner Pflicht jede persönliche Gefahr aus den Augen setzen.

Oesterreich. Wien, 3. Juli. Die Wiener Z. meldet: Nach den neuesten aus Bucharest und Jassy an das Ministerium des Aeußern eingelangten Berichten der k. k. Agentien ist am 22. v. M. in der Walachei eine Volksbewegung ausgebrochen, welcher sich auch der Hospodar Fürst Bibesko anschloß, und welche die Erlangung größerer Freiheiten unter einer neuen Verfassung und die Befreiung vom fremdem Einfluß, jedoch mit Anerkennung der türkischen Oberherrlichkeit, zum Zweck hatte. Der als außerordentl. Kommissär Rußlands, vermöge dessen traktatmäßigen Protektorates über die Fürstenthümer, zu Bucharest verweilende General Duhamel verließ hierauf besagte Stadt, und veranlaßte nach dem Bericht aus Jassy vom 26. den Einmarsch der zu Lova am Pruth koncentrirten russ. Truppen, deren Stärke auf 25,000 Mann an Kavallerie und Infanterie angegeben wird, über die moldauische Grenze, von welchen Truppenkorps ein Theil in der Moldau zu verbleiben hat, und schon an demselben Abend zu Jassy erwartet wurde, der andere aber nach der Wallachei bestimmt ist. Auch der in Jassy befindliche türkische Kommissär, Talat Effendi, hat alsbald an seine Regierung geschrieben, damit sie den schleunigen Einmarsch türkischer Truppen in die Fürstenthümer anordnen möge. (Das österreichische Ministerium hat beschlossen, sofort 60,000 Mann Verstärkungen nach Italien zu schicken, Oesterreich wird diese Truppen demnächst vielleicht nöthiger im Osten brauchen.)

Preußen. *** Berlin, 4. Juli. Ein Königreich für einen Zoll Entschlossenheit! — Wer jagt heut nach Königreichen! Die Zeiten der Richard, der Macbeth, der Lear sind vorüber. Die Diktatur für den Genius — nur einen Zoll Entschlossenheit kostet's! — Es ist Alles still; es ist kein Genius da. Nun wenn kein Dalberg da ist, irgend ein anderer Nächstgeborner! Talent, eiserner Wille, Maannskraft! und die Macht ist in seiner Hand. Tausende, Hunderttausende, Millionen Deutsche verlangen nach dem Mann der Kraft. Sie blicken schon wieder mit Neid nach Paris hinüber, wo aus dem Gewimmel von Mittelmäßigkeiten durch die Bluttaufe der Barrikaden einem glücklichen Parteigänger eine Art Diktatur fast aufgedrungen wird. Ach, auch er zitterte noch etwas, als man sie ihm in die Hand drückte! Aber wir! Einen Diktator haben wir doch nicht ernannt, nur einen Reichsverweser berufen. Es ist allerdings, wenn auch nicht eine That, doch eine Handlung. Das für das ganze Deutschland; aber in Preußen, nur in seiner Hauptstadt, seit wie viel Monaten trifft man schon, und in wie viel Kreisen, nach einem Mann von Energie, und in allen diesen Kreisen fand Keiner auf. Lauter Bestrebungen an den Mindestbietenden, Ministerien, Bürgergeneralsstellen, Polizeipräsidenten, Oberbürgermeister, Arbeiteraufseher! Nur den Muth muß der Kandidat mitbringen, den Muth, Etwas zu wagen, und alles Uebrige erläßt ihm die Menge Gewurtender, sie tragen es ihm zu, sie helfen ihm damit aus; sie rufen es ihm zu, sie wollen nur einen Fahnenträger gegen die Anarchie, gegen die Mattigkeit, die Rathlosigkeit. Nur einen Fahnenträger mit Selbstvertrauen, möchte am Ende die Fahne sein, von welcher Farbe sie will. Ach, alle Gebote erreichten nicht einmal die gewöhnliche Taxe! In der allgemeinen Verzweiflung entschlossen sich die Stadtverordneten, entschlossen zu handeln; sie haben wenigstens entschlossen gesprochen. Seit heute Mittag geht das Gerücht um, daß auch das neue Ministerium entschlossen gesprochen und gehandelt. Neben der deutschen Kokarde hat es die preußischen Farben wieder aufgesteckt. Wie verlautet, ward im Ministerrath beschlossen: die Wahl des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser wird von Preußen anerkannt, aus Respekt vor der Persönlichkeit des Prinzen und dem habsburgschen Hause, welches so lange die Kaiserkrone getragen, nicht in Anbetracht der Wahl durch die Majorität der Frankfurter Nationalversammlung, als welche, ohne Vereinbarung mit den Fürsten und Regierungen der deutschen Länder, einseitig zu solcher Wahl nicht berechtigt gewesen. Der Reichsverweser wird anerkannt als berechtigt zu den Anordnungen, welche das gemeinsame Wohl des Reiches deutscher Nation, nach Innen und Außen, betreffen, vorbehaltlich des Prüfungsrechtes von Seite des Königs und der preußischen Nationalvertreter, in wie weit diese Anordnungen und Beschlüsse mit der Verfassung und den Gesetzen Preußens sich vertragen. — In Folge dieses Beschlusses, für dessen wortgetreue Wiedergabe wir nicht bürgen, ist der Minister Rodbertus aus dem Ministerium ausgeschieden. Wir verhehlen uns nicht, von welcher folgenreichen Wichtigkeit diese Beschluß ist. Er ist ein erstes Zeichen wiedererwachten Selbstbewußtseins, das mit dem kleinlichen Maßstab von Fortschritt und Reaktion nicht gemessen werden darf. Möchte es nicht zu spät gegeben sein; möchten die Minister, welche es gewagt, selbst mit eiserner Kraft daran festhalten! Darauf kommt Alles an. An Kraft hinter ihnen wird es in den alten preuß. Provinzen, auch in den neuen nicht fehlen, auch in Berlin selbst nicht. Die Hunderttausend, die vor dem Gebrüll der Tagesschreier geschwiegen, werden nicht mehr stumm bleiben, sie werden sich zusammenschaaren, wenn sie eine Festigkeit, ein Princip in der Regierung erblicken, und den festen Willen seines Rückhalts in das alte Bevormundungssystem. Dann wird sich zeigen, wie klein die Schaar derer ist, die aus Haß über jene Bevormundung vergaßen, daß sie als Preußen geboren wurden, und unter dem Namen Deutschland nicht einem Vaterlande, nur einem Begriffe huldigten. Vor diesem Zusammenstoß hat die altpreußische Partei sich nicht zu fürchten. — Uebrigens sind wir der Zuversicht, daß mit diesem Beschlusse nicht eine Isolirung Preußens, keine Trennung von den deutschen Interessen, kein Zerreißen der Einigkeit, und auch nicht die Nichtunterwerfung unter den Gemeinwillen der ganzen deutschen Nation, zu der ihre Fürsten aber auch gehören, ausgesprochen ist. Nur eine Protestation gegen den Uebermuth, welcher Preußen, als eine nicht mehr da seiende Macht, unter die Füße treten wollte, mit ihm spielen zu können glaubte, wie mit einem wesenlosen Schatten, und mit ihm wirklich Monate durch gespielt hat, um so empörender, je nachgiebiger Preußen sich, nur der Einigkeit willen, in alle ungemessenen Forderungen fügte und Opfer brachte dem Gemeinwillen, wie noch kein deutsches Land sie gebracht hat. Preußens Regierung war es sich schuldig, sich selbst zu achten, und seinen Völkern, die vor Unmuth knirschten über die Unbeholfenheit und Verkennung seines besten Willens. Wenn sie vor denen wieder Achtung erringen, wird auch die Achtung im übrigen Deutschland nicht ausbleiben. Wenn sie selbst Festigkeit dadurch gewann, wird auch Deutschland fester werden. — 5. Juli, Morgens. Wenn! nach der Erklärung des Premierministers, wie wir sie nach dem stenographischen Abdruck lesen, nun kaum begreiflich, warum der Minister Rodbertus ausscheid! Wir nehmen an, daß Hr. v. Auerswald die ursprüngliche Erklärung nur in einer abgefaßten diplomatischen Uebersetzung der Kammer, je nach deren Fassungsvermögen, mittheilte.

Berlin, 4. Juni. Die vom Ministerpräsidenten Auerswald in der Nationalversammlung heute abgegebene Erklärung über Preußens Verhältniß zu Deutschland lautet vollständig: Minister-Präsident v. Auerswald: Die Regierung Sr. Majestät hat den Angelegenheiten des gemeinsamen deutschen Vaterlandes ihre ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet. Dieselbe hat das Entscheidende der Erscheinungen, welche in den jüngsten Tagen ins Leben getreten sind, im ganzen Umfange

Digitized by Google

erkannt und wünscht über ihre Auffassung derselben in Folgendem der hohen Versammlung Mittheilung zu machen. (Trägt vor.) „In gleichem Maße, wie die deutsche Nationalversammlung, ist Se. Majestät Regierung von der Nothwendigkeit durchdrungen, unverzüglich eine provisorische Central-Exekutiv-Gewalt für Deutschland zu schaffen. Sie theilt die Ansicht, daß ein Reichsverweser der geeignetste Träger einer solchen Centralgewalt sei und gibt für dieses, zum Heile Deutschlands so bedeutungsvolle Amt Se. Kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Johann von Oesterreich, in dessen edler und volksthümlicher Persönlichkeit die sichere Gewähr für das allgemeine Vertrauen der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes liegt, um so lieber ihre Stimme, als dies Vertrauen des Volkes sich durch die von der Nationalversammlung in Frankfurt mit großer Stimmenmehrheit auf den Erzherzog gerichtete Wahl auf das unzweideutigste kundgegeben hat. Die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß der Erzherzog diesem Wunsche durch die Annahme des Reichsverweseramts entsprechen werde. In dieser Voraussetzung wird Nichts dagegen erinnert, daß Ihm, als Reichsverweser, diejenigen Attributionen beigelegt werden, welche in dem Beschlusse der deutschen Nationalversammlung vom 28. Juni d. J. näher bezeichnet sind. Die Regierung setzt dabei voraus, daß die gedachte Versammlung, indem sie für die Beschlüsse des Reichsverwesers über Krieg und Frieden ihr Einverständniß verlangt, denselben nicht für alle Fälle an ihre vorgängige Genehmigung habe binden wollen, indem dadurch solche Beschlüsse auf eine Weise erschwert und gehemmt werden würden, welche für die Sicherheit, die Selbständigkeit und das Wohl des deutschen Vaterlandes, unter den schwierigsten Verhältnissen der Gegenwart, von den verderblichsten Folgen sein könnte. Wenn übrigens die deutsche National-Versammlung ihre Beschlüsse über die Konstituirung einer provisorischen Central-Gewalt ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen gefaßt hat, so verkennt die Regierung Sr. Majestät nicht, wie die Veranlassung dieses Verfahrens in der außerordentlichen, von mannigfachen Gefahren bedrohten Lage Deutschlands und in der nunmehr bestätigten Ueberzeugung zu suchen ist, daß alle deutschen Regierungen Sr. Kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Johann ihre Stimme für das Reichsverweser-Amt geben würden. Die Regierung zweifelt deßhalb nicht, daß aus dem Verhalten der deutschen National-Versammlung in diesem außerordentlichen Falle für die Zukunft Konsequenzen nicht werden gezogen werden." Wir also gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß das Werk der Eintracht am sichersten durch den Geist der Eintracht Aller gefördert werde, und daß es nicht erst errungen werden dürfe durch die zu findende, nothwendige Form. Wenn wir in Eintracht das Haus bauen, in dem wir wohnen wollen, dann wird es bestehen und jedem Sturme trotzen. Nachkommende Geschlechter werden über uns zu Gerichte sitzen. Keiner wird ihrem Urtheil entgehen. Möge es alsdann, um zu wissen, wer wir waren, genügen, wenn man auf unserem Grabstein liest: „Er lebte im Jahre 1848 und war ein Sohn des deutschen Vaterlandes." Präsident: Wir Alle begrüßen gewiß mit lebhafter Freude die in der deutschen National-Versammlung erfolgte Wahl Sr. Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser und die von den deutschen Regierungen dieserhalb durch die Bundes-Versammlung abgegebenen Erklärungen als den ersten Akt der Begründung eines freien, einigen und starken deutschen Bundesstaates. Ich ersuche die Versammlung, Ihre Freude über dieses hochwichtige Ereigniß durch ein äußeres Zeichen zu erkennen zu geben und sich zu dem Behufe mit mir von ihren Sitzen zu erheben. (Die ganze Versammlung erhebt sich und bringt ein dreimaliges donnerndes: „Hoch auf das einige Deutschland" aus.)

** Vom Rhein, 6. Juli. Was sagen Sie zu dem Treiben in unserer guten Stadt Trier? Nicht wahr, eine recht ungenirte und naive Sorte Leute, die dort, mit Beobachtung aller gesetzlichen und polizeilichen Formalitäten, als wenn es dem allerrechtmäßigsten Unternehmen gälte, sich zum Eintritt in die Hecker'sche „Armee" anwerben lassen, und auch wohl die Bauern, im Namen der katholischen Religion, auffordern, sich bereit zu halten, „wenn es losgehe"? Und wenn zufällig die Trierer Behörden den Muth haben sollten, den Werbern und Geworbenen das Handwerk zu legen, was man indeß nach aller Analogie stark bezweifeln darf, so würden unsere verehrlichen demokratischen Gesellschaften und Volksklubs nicht ermangeln, von den Reminiscenzen des „Polizeistaats" zu deklamiren und abermals jene Reaktion zu wittern, die hier am hellen Tage als Gespenst umgeht, um Kinder und Schwachköpfe zu erschrecken. Mit diesen Schlagworten Polizeistaat und Reaktion ist aber die Sache abgethan, mit ihnen wirft man alle Vernunft und alle Gründe über den Haufen; und wenn wir hier in Masse auch noch nicht „vorgeschritten" genug sind, um in den Toast einzustimmen, welchen ein schlesisches Mitglied der Nationalversammlung in Berlin, Herr Reichenbach — Graf von Reichenbach nennt ihn nur noch die „reaktionäre" Presse — auf den „Märtyrer" Hecker ausbrachte, so braucht nur Jemand aufzutreten, der im Geruch besonderer Volksfreundlichkeit steht und vor allen Dingen eine starke Stimme hat, und wenn er dann mit dem gehörigen Nachdruck und mit dem eigenthümlichen Blick, halb vernichtend, halb argwöhnisch, den ich bei allen unsern großen Volksrednern bemerkt habe, das einzige Wort „Polizeistaat" hinwirft, so verstummen wir vor der Größe des Frevels, dessen eine Behörde sich schuldig machte, welche der Erschaffung einer republikanischen Armee, zumal bei einem Handgelde von 20 S. und einem täglichen Sold von 24 kr., hindernd in den Weg treten würde. Sie hätten nur die „Indignation" — ich glaube, das ist der beliebte Ausdruck — sehen sollen, welche, mit Hilfe des Polizeistaats und der Reaktion, in den „vorgeschrittenen" Kreisen sich bei der Nachricht kund gab, daß man eine Abtheilung Freischärler, welche von der schleswig-holsteinischen Regierung entlassen worden, in Neuwied entwaffnet habe. Allerdings beunruhigte es manche Leute, daß eine Schaar von mehr als 50 doppelt und dreifach bewaffneten Fremden trunken und lebend in der Provinz umherzog, die gar kein Geheimniß daraus machten, daß sie, nachdem man sie ihrer republikanischen Tendenzen wegen aus ihrem Korps entfernt, gegenwärtig beabsichtigten, sich unter die Befehle Heckers zu stellen, aber jene Leute waren verkappte Reaktionäre aber im günstigsten Falle verrostete spießbürgerliche Gemüther. Glücklicherweise gibt es dieser Spießbürger indeß noch eine bedeutende Menge, und selbst in Köln, wo man, nach dem Lärm zu schließen, der in den Zeitungen umgeht, die Stadt von Demokraten reinsten Blutes erfüllt glauben müßte, zeigt sich das aufwiegelnde Treiben sichtlich seinem Ende zu: es bedarf nur einiger Maßregeln von ähnlicher Energie, wie sie endlich, wenn auch etwas spät, in den letzthin vorgenommenen Verhaftungen sich bekundete, und es wird von der ganzen Aufregung Nichts übrig bleiben, als die unschädliche Demonstration, welche aus „demokratischen Pfriemköpfen" einen „deutschen Parlamentskasaster mit dem wohlgetroffenen Bildniß von Franz Raveaux" raucht. Diesem Umschwung der öffentlichen Meinung, der sich aller Orten verbreitet, ist es denn auch zuzuschreiben, daß das Organ der auf die rohste Pöbelherrschaft gegründeten „social-republikanischen" Demokratie, die Neue Rheinische Zeitung, ihre Existenz bereits ernstlich gefährdet sieht, da es sich bestätigt, daß die Mehrzahl der zahlungsfähigen Aktionäre, und darunter Männer, welche auf der äußersten Linken stehen und sich zu den entschiedensten republikanischen Ansichten bekennen, die weitere Einzahlung ihrer Aktienbeiträge verweigert. Und da ich einmal von Zeitungen spreche, so möchte ich schließlich darauf aufmerksam machen, daß seit dem 1. Juli die Kölnische Zeitung von Hrn. Brüggemann unterzeichnet wird, als ein sichtbares Zeichen, daß dieselbe, in Bestätigung einer frühern Mittheilung, welche ich Ihnen darüber machte, hinfort ausschließlich und konsequent das konservativ-liberale Element zur Geltung bringen wird. Eine tüchtige Stütze wird sie, wie es scheint, an der seit dem 1. Juli in Düsseldorf ausgegebenen „Niederrheinischen Zeitung" erhalten, welche einen Kreis ausgezeichneter, konstitutionell-monarchisch gesinnter Männer, an der Spitze der Oberprokurator Dr. Schnaase, zu ihren Mitarbeitern zählt. Augenblicklich fehlt der Zeitung indeß noch die ordnende Hand eines Hauptredakteurs: Dr. Andree und Professor Stahe haben, der erstere, weil er sich bereits in Braunschweig gebunden, der letztere aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt.

δ Köln, Ende Juni. Sie haben in den letzten Wochen mehrere Berichte über die Stimmungen der preußischen Rheinprovinz in Ihr geehrtes Blatt aufgenommen. Erlauben Sie mir, Einiges, ergänzend zum Theil, zum Theil berichtigend, hinzuzufügen. — Es ist wahr, man hat hier eben keine großen Sympathien für Preußen. Die Rheinprovinz wurde jenem Staate zugefügt, das Volk wurde nicht gefragt, es wußte nicht warum? Der Wiener Kongreß dekretirte seine Einverleibung. Man schickte sich in seinen Willen, weil man keine Macht und wohl auch kein Bedürfniß fühlte, ihm sich zu widersetzen. Denn die Zeiten, wo der Krummstab auch das Scepter führte, waren, wie schon lange verhaßt, jetzt auch unmöglich geworden. Man erkannte gerne den Vortheil an, einem großen Staate anzugehören; aber man wollte darum nicht die Vortheile opfern, die man als Erbtheil einer untergegangenen Fremdherrschaft mitbrachte. Man bewachte sie eifrig, um so eifriger, da man das Bestreben Preußens gewahrte, den Rhein auf seine Kosten mit den andern Provinzen unter gleiche Verfassung und Recht zu stellen. Man hatte ein, wenn auch nicht fehlerfreies, doch auf großen Ideen basirendes, Gesetzbuch unter französischer Herrschaft erhalten — man mußte es dulden, daß an seinen wichtigsten Bestimmungen gedeutelt, ganze Abschnitte mit neuen, eng-

Digitized by Google

herzigen vertauscht wurden. Der Rheinländer Rechtsbuch war frei von jeder Bevorzugung des Adels — es erschien ein Gesetz, welches diesem ein neues Fundament an Stelle des durch die französische Revolution zerstörten unter die Füße schob. Seit Aufhebung des Feudalwesens hatte sich in der Rheinprovinz die Kluft zwischen Stadt und Land so ziemlich ausgefüllt; man fühlte das Bedürfniß einer gleichen Gemeindeverfassung für Beide. — Die preußische Regierung bot den Städten ihre freien Städteordnungen; man verschmähte sie, und als endlich die verlangte Gleichstellung zwischen Stadt und Land anerkannt wurde, entstand eine Gemeindeordnung, die kaum den mäßigsten Wünschen entsprach. Den Katholiken war Duldung ihrer Kirche auf das Jahr 1833 zugesagt, keinerlei Art von Benachtheiligung wegen ihrer religiösen Ueberzeugung war ihnen versprochen worden — ihre Kirche ist noch nicht dotirt, ihren Bischof führte man unverurtheilt fort, die höhern Staatsämter blieben ihnen hartnäckig fast bis auf diesen Tag verschlossen. (?) Man hatte von Preußen in seinem Besitzergreifungspatente das feierliche Versprechen einer Konstitution erhalten — nach Jahren vergeblichen Harrens sah man, wie jenes Versprechen bei der Huldigung annullirt wurde. Es ist wahr, die Rheinlande sind unter preußischem Scepter rasch emporgeblüht; aber, hört man am Rhein sagen, es ist dies nicht durch, sondern trotz Preußen geschehen. Ihre günstige Lage, die Regsamkeit und Intelligenz ihrer Bewohner, welche fast jede Konzession der Regierung abringen mußten — sind die wahren und einzigen Ursachen ihres Gedeihens. So lautet zum wenigsten die Meinung der Mehrzahl der Rheinländer selbst. Da man so aber Preußen wenig zu verdanken glaubte, da man sich so oft in ihm getäuscht fand, da man so gerechte Gründe zum Mißtrauen hatte — wie wäre da Liebe und Anhänglichkeit möglich gewesen? Konnte da das Königthum, das nicht durch Gewohnheit und gemeinsam erduldete Gefahren im Gemüth des Volkes wurzelte, im Stande sein, Gesinnungen niederzuhalten, die selbst dort jetzt wucherisch emporwachsen, wo die Throne seit Jahrhunderten fest und sicher gestanden haben? — Die Rheinländer, auf der Grenzscheide zwischen Frankreich und Deutschland wohnend, haben von dem Blute beider Länder in sich. Sie haben Etwas von jenen französischen Sympathien für die Freiheit — aber sie haben auch reges Gefühl für ihre Nationalität — sie wollen frei sein um jeden Preis, nur nicht um den, französisch zu werden. Deß können Sie versichert sein: Käme ein Gott und ließe er die Wahl zwischen Freiheit und Nationalität, der Rhein würde wie mit Einem Munde ausrufen: Behalte Deine Freiheit und gib mir meine Nationalität, denn habe ich die erst wieder, so wird es mir leicht sein, auch jene zu erringen! Das nationale Bewußtsein hat leider, wie überall, auch am Rhein lang geschlummert. Die ersten Regungen zu Berlin im vorigen Jahre entwandten aber dem Westen wieder alle Sympathien, und die rheinischen Deputirten waren sicher nicht die am wenigsten patriotisch Gesinnten. Als jedoch beim Schlusse des Landtags wieder alle Hoffnung schwand, da kehrte, um so heftiger die plötzliche Begeisterung für Preußen gewesen, um so stärker jetzt die alte Abneigung, das alte Mißtrauen zurück. Dies Mißtrauen wird schwer, sehr schwer auszurotten sein. Man hat keinen Glauben mehr an die Freiheit, die in Berlin verkündet wird. Um so mehr Glauben aber hat man an das nationale Bewußtsein, das sich in der Paulskirche zu Frankfurt in so beredten Worten ausspricht. Wird sich Preußen eng an Deutschland anschließen, „in ihm aufgehn", so wird der Rhein mit Freuden unter der regenerirten preußischen Regierung stehn; zwischen Berlin und Frankfurt hat er aber nur Eine Wahl, weil er alle Sympathien für Deutschland, geringe für Preußen hat.

Würtemberg. * Stuttgart, Anfang Juli. Wenn in der Schweiz, wenn in Nordamerika Einzelne oder gar Vereine aufträten, welche es sich zum Geschäft machten, die Republik zu verhöhnen, das Königthum dagegen anzupeitschen, ja die Menge, unter der es dort auch Unzufriedene genug gibt, gegen jene und für dieses zu bearbeiten; wenn solche Einzelne oder Vereine geradezu aussprächen, sie hätten die Absicht, die Einführung eines Königthums um jeden Preis durchzusetzen, und sollten sie dazu auch ein ausländisches Königreich zu bewaffneter Hilfe herbeirufen müssen: was glaubt man wohl, daß dort mit solchen Menschen oder Vereinen geschähe? Man würde diese Vereine sprengen, die Mitglieder, Anstifter und alle königlichen Wühler zur Verantwortung ziehen und gegen dieselben die ganze Strenge des Gesetzes gegen Hoch- und Landesverrath in Anwendung bringen, und das von Rechts wegen. Denn jeder Staat und jede Regierung hat Recht und Pflicht, sich selbst zu erhalten und Alle unschädlich zu machen, die dem einmal zu Recht bestehenden Staat nach dem Leben trachten. In Deutschland dagegen, wo immer noch so viele Millionen das verfassungsmäßige Königthum wollen, als Tausende für die Republik toben, wo alle Bürger noch in ihrem Eid das Fürsten- und Königthum anerkannt haben, wo fürstliche, königliche Regierungen immer noch als solche bestehen und zum größten Theil verfassungsmäßig anerkannt sind, wird auf allen Gassen die Republik gepredigt, zum Sturz des Königthums aufgefordert und öffentliche Verbindungen gestiftet, deren ausgesprochener Zweck ist, die demokratische Republik, den volksherrschaftlichen Freistaat auf den Trümmern der deutschen Fürsten- und Königthümer zu errichten; ja schon ist der thatsächliche Versuch gemacht worden, mit den Waffen in der Hand, und selbst mit fremder Hilfe, diesen Zweck zu erreichen. Und was ist gegen diese Menschen geschehen, die sich gegen unser immer noch zu Recht bestehendes Staatsleben wie offenbare Landesverräther benehmen? Nur gegen die bewaffneten Republikanerschaaren ist man, als es beinahe zu spät war, eingeschritten. Man ist dabei gegen sie so vorsichtig und schonend zu Werke gegangen, als hätte man es mit einem gleichberechtigten Feinde zu thun. Die andern republikanische Wühler läßt man ihr Wesen forttreiben, läßt Einzelne von ihnen in die deutsche und in die preuß. Nationalversammlung eintreten, läßt sie den großen Haufen, die Soldaten sogar, verführen, indem sie diesem wie jenen den Unsinn vorreden, in der Republik werde Alles aufhören, was lästig sei, und Alles gewährt sein, was man gern möchte. Wie lange soll der Unfug noch geduldet werden? Denn es ist Unfug, was gegen das Bestehen der endlich und rechtlich verbürgten Staaten geschieht; es ist Unfug, diesen Alles zum Vorwurf zu machen, was irgend die Menschen drückt; es ist Unfug, dem leicht bethörbaren Volke weiß zu machen, es sei irgend eine Staatsform im Stande, das alte Wort aufzuheben: im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brod essen! Aber vielleicht denkt man, der Unfug werde sich selbst zerstören, und am Ende wirkungslos vorübergehen? Dem widerspricht bereits der Augenschein und es liegt auch in der Natur der Sache: die stärkste Eiche muß fallen, wenn sie schutzlos ewig wiederholten Streichen ausgesetzt bleibt. Oder haben die fürstlichen und königl. Regierungen etwa bei sich beschlossen, abzudanken und den Republikanern das Feld zu räumen? In diesem seelich kaum denkbaren Falle sollten sie eilen, ihren Vorsatz auszuführen; denn es wäre jedenfalls ehrenvoller, wenn sie es thäten, ehe sie gezwungen würden, und dann würde auch dem trostlosen Zustande der Ungewißheit, aus welchem schon so viel Noth hervorgegangen ist, ein baldiges Ende gemacht und zuletzt, wenn auch nicht jedes, doch viel Blutvergießen vermieden werden. Fände dieser Fall aber nicht Statt, wohlan! so mögen die Regierungen keinen Augenblick mehr zaudern, mit aller Kraft und mit allem Nachdruck, welche sie entwickeln können, einzuschreiten und nicht zu ruhen, bis er vollständig niedergekämpft ist. Denn wenn ihnen dieses nicht bald gelingt, so werden sie vom wachsenden Republikanismus zum Kampf gezwungen werden und denselben dann, trotz eines unendlichen Blutvergießens, vielleicht, ja wahrscheinlich nicht mehr besiegen. Auch deßhalb mögen die Regierungen nicht zaudern, damit die aufrichtigen Anhänger derselben, welche die Verwirklichung des volksrechtlich begründeten Verfassungskönigthums wollen, und die immer noch in großer Zahl vorhanden sind, nicht von Tag zu Tag weniger werden und dazu den Muth verlieren, für Regierungen sich aufzuopfern, deren unverantwortliches Zaudern nur zum Umsturz alles Bestehenden und durch ihn hindurch zur fluchwürdigsten Zwingherrschaft führen muß. Gerade aus den Reihen der verfassungstreuen Anhänger eines volksrechtlich begründeten Königthums ertönt der Ruf am lautesten: Wie lange soll der Unfug noch geduldet werden?

Von der Saale. Es ist in neuester Zeit der Gedanke einer engeren staatlichen Vereinigung der verschiedenen, im Herzen Deutschlands gelegenen minder bedeutenden Länder (Großherzogthum Sachsen-Weimar, die drei sächsischen Herzogthümer, die schwarzburg'schen und reuß'schen Fürstenthümer), welche jetzt, wie vormals Schwaben, vorzugsweise ein Bild der Gebietszerstückelung in Deutschland darbieten, in öffentlichen Blättern vielfach besprochen worden, derselbe auch Berathungsgegenstand mehrerer Volksversammlungen gewesen und unlängbar wohl anzunehmen, daß ihm nicht bloß das vorkommende unbestimmte Suchen nach politischen Verbesserungsvorschlägen, sondern irgend ein wirkliches Bedürfniß zu Grunde liege. Es sind jene Länder bisher schon theilweise, wie Weimar, Koburg, Meiningen, Rudolstadt, Altenburg und Sondershausen, mit einkammrigen, auf ständischer Gliederung beruhenden, neu verfaßten Konstitutionen versehen, theilweise, wie Gotha und die reuß'schen Fürstenthümer, mit Zuziehung der alten Patrimonialstände in unverändert gebliebenen Verfassungsformen regiert worden, und neuerdings haben die Fürsten den bereitwilligsten Anschluß an unsere vaterländische Reformbewegung und die Bestrebungen für Kräftigung des (ohnehin die Bedingung des Bestehens der Mindermächtigen bildenden) Nationalverbandes zu erkennen

Digitized by Google

gegeben. Fast in allen hat man seit längerer Zeit schon die legislativen Verbesserungen der größeren Nachbarstaaten, z. B. die preußischen Ablösungsgesetze, das sächsische Strafgesetzbuch und deren vervollkommneten Verwaltungseinrichtungen, wie die Sonderung der Administration und der bürgerlichen Strafrechtspflege, Steuerkatastrirung, Gensdarmerie, Sparkassenwesen ꝛc. unter Anpassung auf die besonderen einheimischen Verhältnisse sich anzueignen gesucht, in manchem auch, namentlich in Weimar, durch eigenthümliche Gesetze über gerichtliches Verfahren, Sportelwesen, Erbrecht ꝛc. selbstschaffend wirksam sich gezeigt. Das Unterrichtswesen steht anerkanntermaßen auf gleicher, wo nicht auf höherer Stufe, als in vielen größeren deutschen Ländern; Wegbauten und Verkehrsanstalten sind Gegenstand der vorzüglichen Fürsorge der Regierungen; an den Wohnsitzen der Fürsten waltet durchgängig — wenn auch hin und wieder nicht ohne Grund über einen unpassenden Sondergeist und Standesvorurtheile geklagt wird — eine höhere geistige Bildung, als man sie gewöhnlich in Orten gleicher Größe zu finden pflegt; das Einkommen aus den Domänen (welche verhältnißmäßig zu dem Umfang der Länder sehr bedeutend sind, da die der älteren Linie des sächsischen Hauses nach dem schmalkaldischen Kriege zugestandene Abfindung wohl mehr auf Sicherung standesmäßigen Unterhalts, als Gewährung bedeutender Hoheitsbezirke berechnet war, das später ihr zugefallene Henneberg'sche aber, das Schwarzburg'sche und Reußische wesentlich aus dem Grundeigenthum im Lande selbst entstandene Reichsgebiete waren) ist — wenn auch zu Beschwerden über Bevorzugung der Kameralinteressen und über die Regalität der Jagd mitunter Anlaß vorhanden gewesen — gewiß in der Hand der Landesherren regelmäßig mehr in einer zum allgemeinen Besten des Landes gereichenden Weise verwendet worden, als wenn es, wie bei den Grundbesitzverhältnissen im übrigen nordöstlichen Deutschland, unter eine größere Anzahl von Rittergutsbesitzern vertheilt gewesen wäre. Die öffentlichen Lasten sind bisher — mit Ausnahme des Großherzogthums Sachsen — geringer als in den größeren Nachbarstaaten gewesen, da man bei den von Bundeswegen zugestandenen Erleichterungen am Militäraufwande hat sparen können, namentlich im Rudolstädtischen und Reuß'schen jüngerer Linie die geringsten in ganz Deutschland. Allein die Nachtheile, welche mit einer engen Begrenzung des Staatsgebiets nothwendig verbunden sind: der Mangel an wirklichem Gemeingeist und einer über das rein Persönliche und Lokale sich erhebenden Theilnahme der Bevölkerung für das Staatsinteresse, eine gewisse Willkürlichkeit der Landesverwaltung, welche zwar häufig mit heilsamer Berücksichtigung der Einzelverhältnisse handeln, aber der leitenden, durch eine größere Allgemeinheit gegebenen Grundsätze in der Regel entbehren wird, geringeres Ansehen und schwankendes Auftreten der Behörden, da der Nachdruck einer von höherer wirkenden Macht fehlt — haben sich auch längst schon hier fühlbar gemacht. Dazu kommt das (wenn auch noch nicht überall klar gewordene) Bewußtsein von den Schwierigkeiten, welche die neuen, vom politischen Aufschwung unseres Gesammtvaterlandes erwarteten, lebhaft herbeigewünschten Einrichtungen in ihrer Ausführung finden müssen; denn in so wenig umfänglichen Bezirken, wo, um eine Versammlung von Volksvertretern zu erhalten, auf wenig tausend Seelen Einer gewählt werden muß, wird jene bei dem Mangel einer hinreichenden Anzahl unabhängiger, sachkundiger Männer meist aus Mitgliedern zusammengesetzt sein, welche zur Begutachtung örtlicher Angelegenheiten befähigt sind, aber nicht zu einer entscheidenden, von localen Persönlichkeiten freien Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Führung der Regierung; die kollegialische Organisation der Untergerichte wird bei der Unmöglichkeit, aus den gar zerstreut liegenden einzelnen Gebietstheilen größere passende Bezirke zu bilden, unverhältnißmäßigen Aufwand und Weitläuftigkeiten mit sich bringen; die Ausschreibung hoher Einkommensteuern, um darauf unter Aufhebung anderer Lasten den Staatshaushalt mit zu gründen, verliert an Erfolg, wenn in einem kleinen Umkreise, vielleicht an einem und demselben Orte für den Vermöglichen Gelegenheit gegeben ist, sich durch Auswanderung unter ein geringeres Besteuerungssystem zu drgeben. Aus allen diesen Gründen ist dann die Entstehung der oben erwähnten Idee sehr erklärlich. — Erwägen wir aber näher deren mögliche Ausführung, so ist vor Allem die Frage, ob die angeregte Einigung nur eine partielle sein soll, welche die Möglichkeit einer übereinstimmenden Gesetzgebung durch Zusammenkünfte von Bevollmächtigten der Regierungen und Abgeordneten des Volks und die Verwaltung gewisser einzelnen Geschäftszweige durch ständige gemeinsame Behörden, nllein unbeschadet des Gesetzgebungsrechts der einzelnen Staaten in ihren Gebieten selbst und der im Allgemeinen fortdauernden Landesverwaltung durch die einzelnen bisherigen Regierungen, begründen würde, oder eine durchgreifendere Vereinigung, so daß die Gesetzgebung der einzelnen Länder ganz eingestellt, die ausübende Gewalt aber einer gemeinschaftlich bestellten Gesammtregierung übertragen würde, welche letztere in allen Dingen, wo verfassungsmäßig die Entschließung der Regenten erforderlich bliebe, sich an die Fürsten sämmtlich oder an diejenigen, deren Gebiete der besondere Fall anzeigt, sich zu wenden hätte. — Eine Vereinigung der ersteren Art würde unzweifelhaft manche Vortheile gewähren; wir haben schon längst ähnliche Gemeinschaftsverhältnisse, namentlich die von dem sachsen-ernestinischen Hause gegründete und unterhaltene Universität Jena, das für dieselben Länder und die reuß'schen Fürstenthümer ebendaselbst bestehende Oberappellationsgericht, die Verwaltung der in Folge der Zollvereinsverträge eingeführten indirekten Abgaben in einem abgerundeten, auch preußische und kurhessische Gebietstheile umfassenden Bezirke durch die unter Vorsitz eines preußischen Beamten in Erfurt bestehende Generalinspektion, endlich auch gewissermaßen die dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis übertragene Postverwaltung mit der Direktionsstelle zu Eisenach. Es liegt sehr nahe, diese Vereinigungen weiter auszudehnen, zunächst sowohl auf die Rechtsgesetzgebung, als auf das Militärwesen; aber wir müssen bezweifeln, daß jetzt gerade ein gelegener Zeitpunkt ist, darüber zu berathen und Ausführungsmaßregeln zu diesem Zwecke eintreten zu lassen. Dem Bedürfnisse, welches solche weitere Vereinbarungen wünschenswerth macht, wird, wie zuversichtlich zu hoffen, theilweise wenigstens durch die neue Gestaltung des, zum Heile unseres Gesammtvaterlands, fester geknüpften Nationalverbands Genüge geleistet werden, mit der neuen Reichsverfassung vielleicht ohnehin eine demselben Zweck entsprechende Kreiseintheilung verbunden sein; in einer Zeit, wo die Verfassungen der einzelnen Länder zum Theil in Auflösung begriffen sind und neu geordnet werden müssen, würde die Abschließung von so tief eingreifenden Verträgen mit erheblichen Erschwernissen verbunden sein, das neue in unser Staatsleben hereingreifende Element nur störend wirken, den eigentlichen, dem Wesen der kleinen Staaten anhaftenden Mängeln würde nicht abgeholfen, vielmehr — was doch in einer Zeit der, leicht zur Gesetzlosigkeit ausartenden, Aufregung vorzüglich zu meiden ist — das Ansehen der einzelnen Regierungen und volksvertretenden Versammlungen noch mehr in Zweifel gestellt und ohne anderen wirksamen Ersatz gemindert werden. — Anders wäre es freilich mit einer vollständigen Verschmelzung der Länder zu einem, im großen deutschen Bundesstaate als geschlossenes Ganzes bestehenden Gebiete mit einem ohne Rücksicht auf die ältere Territorialeintheilung gewählten Landtage und einer Fürstenoligarchie (ähnlich den sonstigen gewerbschaftlichen Verhältnissen und der Dynastie in dem seit Anfang dieses Jahrhunderts den reuß'schen Fürstenhäusern jüngerer Linie gemeinschaftlichen Gern); — allein für eine solche Maßregel fehlt es gewiß zur wirklichen Ausführung am ernsten Willen sowohl der Fürsten, als der Bevölkerungen. Eine Vereinbarung über das Verhältniß der Theilnahmeberechtigung Seitens der bisherigen Landesherren an den Regierungshandlungen würde fast unlösbare Schwierigkeiten finden, da ein Stimmverhältniß nach der Volkszahl die bisherigen Landesherren der kleineren und zerstückelten Gebiete alles Einflusses entkleiden, ein anderes diejenigen der größeren beeinträchtigen würde. Die Finanzverhältnisse der einzelnen Länder sind äußerst verschieden und durch Gleichstellung der Lasten und Vereinigung der Schulden würden viele Theile verletzt werden. Eine besondere thüringische Volksthümlichkeit ist innerhalb dieser Länder höchstens für die Gegend von Eisenach, Gotha, Arnstadt und Weimar anzuerkennen, ihr würde zu ihrer Entwickelung als natürlicher Mittelpunkt die von jeher wichtigste Stadt Thüringens, das preußische Erfurt, abgehen und die Bewohner der Landstriche südlich des thüringer Waldes, an der Elster und Pleiße, sind ihr viel fremder, als dem benachbarten Baiern und Sachsen; eine neugebildete Gesammtregierung würde also daraus ein Mittel, um Kraft zu gewinnen, nicht entnehmen können, vielmehr die widerstrebenden Interessen und Neigungen mit zugleich größerer Schwierigkeit nur beseitigen, als etwa die auf ein großes, längst bestehendes Ganzes sich stützenden Regierungen der Nachbarstaaten, daher, wenn der Fortbestand der einzelnen kleinen Staatsgebiete wegen der neuen Verfassungseinrichtungen erschwert oder durch auflösende Bestrebungen, wie die jetzigen republikanischen Tendenzen in Altenburg, gefährdet sein sollte, der Anschluß an Preußen, Baiern und Sachsen, wobei für die Fürstenhäuser selbst durch Gewährleistung der Domanialnutzungen und ihre möglichste Gleichstellung mit den Familien der dortigen Regenten gesorgt würde, in jeder Beziehung der in Anregung gebrachten Neubildung vorzuziehen sein.

* Hamburg, 5. Juli. Diesen Augenblick Nachmittags trifft die Nachricht über den abgeschlossenen Waffenstillstand officiell ein, sie wird eben an der Börse angeschlagen, und die Börse wird dadurch in eine ungewöhnliche Bewegung versetzt; denn dem Waffenstillstand wird gewiß der Friede folgen! Ein Friede, der von allen Seiten

erwartet und gewünscht wird. Zwei Fragen bewegen dabei die Börse und die Politiker: wird der Friede günstig für die Herzogthümer ausfallen und wird die Elbblokade aufhören oder die Stockung im Geschäft noch länger fortdauern? Die Hemmung des Handels hört nur erst auf, wenn die Elbblokade aufhört. Der Patriotismus der Hamburger wird aufhören, sobald die Elbe wieder frei ist; denn weiter reicht hier der Patriotismus nicht, als über die nächsten materiellen Interessen.

Hamburg, 5. Juli. Die heutige Börsenhalle bringt Nachstehendes: Aus zuverlässiger Quelle können wir heute die Bestätigung der gestern gegebenen Nachricht mittheilen, daß am 2. d. M. in Kopenhagen ein Waffenstillstand auf drei Monate zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossen worden ist, der, wie wir heute erfahren, unter die Garantie Englands und Rußlands gestellt und einer dreimonatlichen Kündigung unterworfen ist. Derselbe wurde unmittelbar nach dem Abschlusse nach Berlin zur Ratifikation gesandt. Was die Bedingungen des Waffenstillstandes betrifft, so haben wir der gestrigen Mittheilung noch hinzuzufügen, daß dem Vernehmen nach nicht nur das Herzogthum Schleswig, sondern auch Holstein bis auf die Zurücklassung einer kleinen Garnison in Altona geräumt werden soll, während auf der Insel Alsen eine kleine dänische Besatzung zum Schutze der Hospitäler zurückbleiben würde. Außer den Schiffen werden auch die Gefangenen zurückgegeben; auch sind Bestimmungen über die Zusammensetzung einer provisorischen Regierung in Schleswig getroffen, welche nach der Räumung dieses Herzogthums eingesetzt werden soll. Die Summe, welche als Entschädigung für die preußischen Requisitionen in Jütland von Seite der dänischen Regierung in Anspruch genommen wird, gibt man auf 140,000 Species an. — In Betreff des zu vermittelnden definitiven Friedens in der schleswig-holsteinischen Frage soll festgesetzt worden sein, daß sowohl von deutscher als dänischer Seite je zwei Schiedsrichter gewählt werden sollen, welche, wenn sie sich über streitige Fragen nicht einigen könnten, einen Obmann zu erwählen haben würden, dessen Entscheidung als definitiv anzusehen wäre und keine Berufung gestattete. — Wir müssen übrigens bemerken, daß die näheren Bedingungen des Waffenstillstandes noch nicht mit hinreichender Sicherheit in's Publikum gedrungen sind, so daß wir auf völlige Genauigkeit der vorstehenden Angaben einen Anspruch nicht erheben können.

Frankfurt, 7. Juli. Den nachfolgenden Brief der nach Wien entsendeten Deputation der Nationalversammlung d. d. Linz den 4. Juli, Morgens halb 7 Uhr, hat der unterzeichnete Präsident heute nach Schluß der Sitzung erhalten. Er will mit der Veröffentlichung, bei dem lebhaften Interesse, welches das gesammte Publikum an der Sache nimmt, nicht bis zur Montagssitzung warten. Der Präsident der Nationalversammlung. H. Gagern.

An den Präsidenten der Nationalversammlung zu Frankfurt. „Herr Präsident! Wenn wir seit vorgestern schwiegen, so lag der Grund unseres Schweigens lediglich in der Ueberfülle von Jubel, der uns überall umgibt, und der uns zum Berichterstatten die Zeit nicht finden läßt. Wie in Franken, so beurkundete das Volk in Baiern und in Oberösterreich durch die Ehren, die es uns erwies, durch den festlichen, ja rührenden Empfang, den es uns allerwärts bereitete, seine Freude über die Wahl der Nationalversammlung. Das Gefühl, als sei das Volk, als sei das deutsche Vaterland jetzt einer großen Gefahr enthoben, sprach sich in Reden, im Jubel, in Festlichkeiten aus, und wie man uns nicht verhehlte, daß man bisher noch immer mit einer gewissen Beklommenheit nach Frankfurt gesehen, und von der Nationalversammlung für die Selbständigkeit der einzelnen deutschen Stämme gefürchtet habe, so gab sich jetzt festes Vertrauen zu der Nationalversammlung, Bereitwilligkeit, das Sonderinteresse dem Interesse des gemeinsamen Vaterlandes unterzuordnen und aufrichtige Liebe zu dem Vaterlande, inniges Verlangen des Anschlusses an dasselbe auf unzweideutige Weise kund. Am Unzweideutigsten und Offensten sprach sich diese Stimmung aus in den Städten Regensburg und Linz, deren Bewohner, wie sie Deutsche, doch ebensowohl Baiern und (beziehungsweise) Oesterreicher sein und bleiben wollen. Theilen Sie, Herr Präsident, der Nationalversammlung mit, daß ihrer Deputation, in der man die Versammlung selbst, die Vertreter des gesammten deutschen Volks, verehrte, in den Städten, die sie durchreiste, ein Empfang geworden, wie man ihn sonsten nur Fürsten zu bereiten pflegte. Der Stadtrath in Regensburg und viele Bürger waren uns zu Faß und zu Wagen mehrere Stunden Wegs entgegengekommen, schon vor der Stadt empfingen uns die Massen des Volks mit lautem Jubel und Geschützesdonner, wehende Flaggen und Nachtmusik gaben Zeugniß von der Freude der Regensburger, die uns des anderen Tags durch eine Deputation noch mehrere Stunden Wegs auf der Donau geleiten ließen. Die Städte und Oerter, an denen wir auf dem Strome vorbeifuhren, begrüßten uns jubelnd durch Deputationen, die sie auf das Schiff sandten, durch Lösen der Böller, durch wehende Fahnen, durch die Bürgerwehr, die sie am Ufer aufgestellt, durch Musik und durch lauten Jubel des Volks. Aber fast über alle Beschreibung ist unser Empfang zu Linz. Unter lautem Jubel des in unzähliger Menge an den Ufern der schönen Donau und den Bergen hinauf versammelten Volkes und unter Kanonendonner landeten wir. Die ganze Nationalgarde von Linz war in festlichem Schmuck am Ufer aufgestellt, aus allen Fenstern, mit schönen Frauen reich besetzt, wehten uns freudig grüßende Tücher entgegen, und, empfangen von den Behörden der Stadt, geleitet von der Nationalgarde, zogen wir durch deren Reihen, Musik voran, in den für uns bestimmten Gasthof auf dem schönen Markt Linz's. Unaufhörlicher Jubel folgte uns und vielfache Lebehoch, Nachtmusik und festliche Beleuchtung der Stadt Linz gaben Zeugniß von der Freude der Bewohner. Man ist der festen Zuversicht, daß die Wahl der Nationalversammlung dem Vaterlande Einheit und Stärke geben, daß sie die Freiheit festigen und Ruhe und Ordnung begründen werde. Möge Gott des Volkes Wünsche und Hoffnungen erfüllen! Wir zeichnen mit ausgezeichneter Hochachtung, verehrter Herr Präsident, Ihre ergebenen (gez.) v. Andrian, Franke, v. Saucken, v. Rotenhan, Raveaux, Heckscher, Jucho.

Frankfurt, 8. Juli. Das Frankfurter J. berichtet über die Vorfälle in Sachsenhausen: Die seit gestern Abend unterbrochene Passage mit Sachsenhausen ist durch Hinwegräumung einer die Brücke am jenseitigen Ende versperrenden Barrikade diesen Morgen halb 7 Uhr wieder frei gegeben worden. Leider sind die dort gestern ausgebrochenen Unruhen, denen übrigens nicht im entferntesten ein politischer Charakter zu Grunde liegt, nicht ohne Blutvergießen abgelaufen. Der Hergang, wie er uns an Ort und Stelle geschildert wurde, wurde durch die am gestrigen Nachmittage versuchte Verhaftung mehrerer Individuen herbeigeführt, welche in der vorhergehenden Nacht in Begleitung von Katzenmusik einem dortigen Bäcker Beschädigungen seines Hauses zugefügt hatten. Die damit beauftragte Gensd'armerie wurde insultirt und verjagt; die Behörden sonden sich hierauf veranlaßt, eine Abtheilung Linienmilitär zu demselben Behufe hinüber zu schicken. Dies setzte böses Blut, und als die Linie einen der Excedenten arretirt und sich mit demselben in's deutsche Haus an der Brücke zurückgezogen hatte, versammelte sich vor demselben die aufgeregte Menge und versuchte durch Werfen mit schweren Steinen ꝛc. das Thor zu erbrechen und den Arrestanten zu befreien. Das Militär soll nun, um die Massen zu zerstreuen, erst blind, und als später einzelne Schüsse gegen das Thor fielen, scharf zwischen die Menge gefeuert haben, wodurch drei aus derselben verwundet wurden, die im Heiligengeist-Hospital liegen; ein vierter dort aufgenommener Verwundeter hat einen Säbelhieb empfangen. Eine andere Abtheilung des Linienmilitärs, die am Ende der Brückenstraße dieselbe gesperrt hielt, verlor einen Mann, der gerade durch die Externe geschossen wurde, zog sich indeß, nachdem die Aufregung immer höher gestiegen war, vermittelst Kähne über den Main zurück, was auch mit der die Thore besetzt haltenden Mannschaft geschehen ist. Hierauf verbarrikadirten die Sachsenhäuser, um das fernere Eindringen von Militär zu erschweren, alle Hauptstraßen und vertheilten sich bedachtend auf diesen Versammlungen. Auf der Mitte der Brücke war eine Abtheilung unseres Bürgermilitärs, und am diesseitigen Eingange, um jede Verbindung mit jenseits unmöglich zu machen, eine starke Abtheilung Linienmilitär, durch eine große Anzahl Schutzwache verstärkt, die ganze Nacht über aufgestellt. Ein gegen 11 Uhr losgebrochenes starkes Gewitter mit heftigem Platzregen konnte in diesem Zustande der Dinge keine Aenderung hervorbringen, indem beide Parteien auf ihren Posten ausharrten. Außer der argen Heimsuchung des Hauses des obengenannten Bäckers, welches wiederholt die Wuth der Menge auf sich lenkte, sollen jenseits keine weiteren Exzesse vorgefallen sein. Einige im deutschen Hause noch zurückgebliebene Linien-Soldaten wurden gegen Morgen entwaffnet und unter Begleitung von Schutzwachen an den Main zur Ueberfahrt gebracht. Daß in hiesiger Stadt große Bestürzung herrschte über den ungewissen Zustand der Dinge jenseits, läßt sich leicht denken. Aufregung herrschte indeß nur am Ausgange der Brücke und in der Fahrgasse, wo sich natürlich, um dem Schauplatze der Begebenheiten nahe zu sein, eine große Menschenmenge zusammengefunden hatte. Vereinzelte aufregende Reden und Rufe ausgenommen, geschah indeß nichts Besorgniß Erregendes. Wenn im Laufe der Nacht von den Schutzwachen mehrfache Arrestationen vorgenommen wurden, so traf das Loos nur solche Individuen, die, wie es bei solchen Gelegenheiten stets zu geschehen pflegt, den Bewegungen derselben hindernd entgegentreten, und dabei noch ein Recht zu behaupten glauben.

Digitized by Google

Dies Loos wurde auch dem seit einiger Zeit als Präsidenten des Arbeitervereins vielgenannten Hrn. Esselen zu Theil. Dies ist der ungefähre Thatbestand von Vorfällen, die allerdings beträchtend genug sind, indeß leicht noch übertrieben den Weg in die öffentlichen Blätter finden könnten. Möge man ja nicht glauben, wie schon oben gesagt, es hätte denselben eine tiefere Absicht zu Grunde gelegen, und die Sicherheit der Nationalversammlung sei nunmehr gefährdet. Sie wird nach wie vor sicher in unsern Mauern das große Werk berathen können, dessen Vollendung ganz Deutschland mit Spannung entgegen sieht!

♂ Frankfurt, 8. Juli. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung gehört zu den bedeutsamsten und erfreulichsten, welche bisher stattgefunden. Es galt den Vorschlag, Deutschlands Streitkräfte zu vermehren, um in einem Augenblicke, wie der jetzige, nach allen Seiten gerüstet zu sein. Welche bessere Antwort gibt es auf die vielen falschen oder wahren Deutungen Rußlands als die Verstärkung der deutschen Armee? Wie viel besser ist der Friede nach Westen hin gesichert, wenn wir, indem wir die eine Hand zum Freundschaftsbunde reichen, doch die andere an dem Griffe des Schwertes halten können! Wie viel sicherer wird die Nationalversammlung das Endziel ihres großen Werkes der Neugestaltung Deutschlands erreichen, wenn deutsche Heere das Auslaab von jeder Störung abwahren! Es ist nicht genug, eine Centralgewalt zu schaffen, einen Reichsverweser zu wählen, nur wenn ihm zugleich eine Macht zu Gebote steht, welche an Furchtbarkeit keiner benachbarten nachsteht, wird die Achtung des Auslandes eine vollkommene werden. Diese Gedanken unterlagen den Reden, welche für den Antrag gestern gehört wurden. Nicht mehr jenes Betteln um ein Bündniß, damit doch ja der Friede um jeden Preis erhalten werde. Keinerlei Liebäugeln weder mit den Russen noch mit den Franzosen. Ein männliches Vertrauen nur auf sich selbst war der Grundton der Verhandlung, die mir daher als Zeugniß gilt, daß es der Nation Ernst ist mit der Wiedergeburt Deutschlands. — Besonders freute mich, als Beweis selbständiger, von der herrschenden Meinung unabhängiger Ueberzeugung, die offene Erklärung von allen Seiten, daß mit der vielverlangten Volksbewaffnung, welche man noch vor wenigen Wochen als Mittel gegen alle Uebel angepriesen, gegen einen äußeren Feind Nichts gethan sei. Nur durch Unterordnung unter militärische Zucht und strenge Disciplin vermöge man Heere zu bilden, die der Feldherr für brauchbar erkenne, um sie feindlichen Heeren entgegen zu führen. Man war einverstanden, daß allein ein System wie das preußische, die Zwecke erreiche, die man mit der sogenannten Volksbewaffnung erreichen gewollt. Außer einigen Militärs, worunter ich den österreichischen Oberst von Mayern und den preußischen Major Teichert hervorhebe, sprach ganz vortrefflich von Beckerath. Ganz richtig bezeichnete er einen Beschluß, der ganz Deutschland in demselben Grade wehrhaft machen würde, wie es Preußen im Verhältniß zu seiner Bevölkerung bereits ist, als die dritte Stufe, welche die Nationalversammlung in ihrer großen Aufgabe beschreitet. Die erste war die Gründung einer deutschen Flotte, die zweite die Errichtung einer Centralgewalt, die dritte sei nunmehr nothwendig die Erhöhung der Nationalwehrkraft. Und in der That, bei der gesicherten Freiheit im Innern, was fehlte dann noch, damit das Herz Europas zugleich auch der mächtigste Staat dieses Welttheils sei? — Der bedeutendste Redner war indeß v. Radowitz. Schade daß seine frühere politische Thätigkeit, namentlich seine Verwendung für den Sonderbund der Wirksamkeit dieses Mannes im Wege stehen; ein überwiegendes, ganz außerordentliches Talent, die reichsten Kenntnisse und einen patriotischen deutschen Sinn können ihm selbst seine Gegner nicht bestreiten, die sich übrigens, je öfter er die Rednerbühne besteigt, um so rascher verringern werden. Gegen den Antrag sprach außer Wiesner dessen unbedeutende Rede keine Erwägung verdient, Minister Römer und Blum. Ersterer sah überall noch keine Kriegsgefahr um neue Rüstungen zu rechtfertigen. Wir schien, als ob der, einem Minister so natürliche Wunsch, seiner Kammer gegenüber das Militärbudget nicht steigern zu müssen, ihm die Weitlage schon wieder beruhigter erscheinen ließe, als sie es wirklich für alle Dauer ist. Zwar kann ich Ihnen aus der sichersten Quelle mittheilen, daß General Cavaignac vor wenigen Tagen einem in Paris beglaubigten Gesandten die friedlichsten Erklärungen gab und das Vertrauen aussprach, die übrigen Regierungen Europas möchten gleiche Gesinnung hegen; zwar ist es gewiß, daß das Geschrei von dem Anrücken einer russischen Armee nur von polnischen und deutschen Anarchisten ausging, um das Gespenst der Reaktion wieder einmal aufzufeischen, allein wenn auch vorerst der allgemeine Friede gesichert ist, so ist dies doch kein Grund, von Maßregeln abzustehen, die ihn auf die Dauer mehr sichern, als alle Sympathien, welche von Rob. Blum zwischen Frankreich und Deutschland gerühmt wurden und die zu ihrer Ausführung ohnehin einer längeren Zeit bedürfen. Mit Recht bemerkte Weenher: es gibt auf die Dauer keine Großmuth bei einem Volke. Mit Recht fragte man, warum denn Frankreich zu seinem großen stehenden Heere noch 300 Bat. Nationalgarde mobil gemacht, wenn es so friedliche Sympathien hege, und es erfolgten abermals Zeichen der Heiterkeit als Blum darauf äußerte „mit einem Worte der Brüderlichkeit werden Sie diese 300 Bataillone auflösen". Indeß sprach Blum heute sehr gemäßigt, wie überhaupt die Linke sich auffallend zurückhielt. Auf welch fruchtbare Weise hätte sich der gegebene Stoff nicht ausbeuten lassen, um über Mißtrauen in principielle Feindseligkeit gegen die „Republik" Frankreich, über Verstärkung der Fürstengewalt, über Reaktion, über Vergrößerung der öffentlichen Lasten, und somit der Noth und des Elends zu klagen! Aber all das wurde von Hrn. Blum nur angedeutet, und ich freue mich seiner Versicherung, die Aufgabe der Nationalversammlung sei, überall wieder Ordnung und Vertrauen herzustellen, damit Handel und Gewerb sich wieder erholen. Die Adresse von Leipzig mag gewirkt haben, wie denn überhaupt von Allerwärts her Beweise einlaufen, daß das deutsche Volk doch allzu aufgeklärt und besonnen ist, als daß es sich zu gewagten Experimenten gebrauchen ließe. Ist nur erst der Reichsverweser hier eingetroffen, das Reichsministerium ernannt und sind die ersten kräftigen Maßregeln ergriffen, so werden Sie staunen, wie schnell das Vertrauen in den Bestand der Dinge zurückkehrt, wie noch weit tiefer die Aktien der Unruhstifter fallen, und alle Blicke in die Zukunft sich erheitern. — Daß der Konflikt zwischen Militär und Bürgern von Sachsenhausen (gestern Abend) keinerlei politische Bedeutung hatte, werde ich Ihnen kaum zu sagen brauchen. — Was sagen Sie dazu, daß die triumphirende Prophezeihung der HH. Blum und Schaffrath bei Berathung über die Centralgewalt: die sächs. Kammer werde gegen dieselbe protestiren, nun damit in Erfüllung ging, daß die ganze sächs. Kammer mit Ausnahme von nur 6 Abgeordneten sich in freudiger Zustimmung erhob, als der Minister Braun die Ernennung des Reichsverwesers ankündigte? Das gehört zu den Zeichen der Zeit, die dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen werden.

Großbritannien.

London, 5. Juli. Die Times bringen aus Dublin die Nachricht, daß am 3. Juli ein Verhaftbefehl gegen Hrn. Martin, den Herausgeber des „Irish Felon", erlassen wurde, daß sich dieser jedoch unsichtbar zu machen gewußt hat. An demselben Tage wurde ein anderer Angeklagter, Patrick Gogarty, zu siebenjähriger Deportation, seine Mitangeklagten zu zwei- und einjährigem Gefängniß verurtheilt. Thomas Devin Reilly, angeklagt, ungesetzliche Waffenübungen in den Klubs vorgenommen zu haben, auch als einer der Hauptmitarbeiter am „Irish Felon" bekannt, sollte am 4. Juli vor Gericht gestellt werden. Hiernach scheint es, als ob die englische Regierung doch entschlossen sei, gegen die Klubisten und Aufstandsprediger in Irland mit Kraft und Nachdruck einzuschreiten.

Die Eisenbahnstrecke zwischen Dublin und Limerick wurde am 1. Juli dem öffentlichen Betriebe übergeben, man legt jetzt diese Strecke in 5 Stunden, statt früher in zwei Tagen, zurück. Den Eröffnungsfeierlichkeiten wohnte der Lordlieutenant von Irland bei, der in seinem Toast die große Wichtigkeit hervorhob, welche die Eisenbahnen für Irland hätten, weßhalb es auch wünschenswerth erscheine — möge man auch sonst über die Einmischung des Staats in Privatangelegenheiten denken, wie man wolle — „daß der Staat den Irländern bei Errichtung von Eisenbahnen zu Hilfe komme". Diesem frommen Wunsche folgte freilich die wenig tröstliche Bemerkung, daß der Zustand der Finanzen eine solche Hilfeleistung Seitens des Staats rein unmöglich mache.

Neuere Briefe aus Bombay und Mirut versichern, daß der aufständische Nisam von Multan über 30000 Mann und 40 Geschütze verfügt. Man traut auch den einheimischen Behörden in Lahore selbst nicht und hält sie für geneigt, daß sie sich bei der ersten besten Gelegenheit für Mulraj erklären würden. Es läßt sich kaum zweifeln, daß die aufgelösten Truppen der Sikhs, dieser alten tapfern Todfeinde der Engländer, von allen Seiten den Aufstand, der einem Schreiben aus Mirut zufolge ein rein volksthümlicher ist, verstärken werden. Bekanntlich dürfen die Engländer nicht wohl daran denken, vor dem Spätherbst Etwas gegen Mulan zu unternehmen; sie würden aber in eine sehr bedenkliche Lage kommen, wenn das Anwachsen des Aufstandes sie zwänge, für ihre Oberherrschaft in Lahore noch innerhalb der heißen Periode oder der Regenzeit das Schwert zu ziehen.

Der Vicеadmiral M. Parker hat unterm 26. Juni vom Bord der Hibernia ein Ausschreiben erlassen, worin „in Anbetracht der bre-

Digitized by Google

henden Weltlage" die strengsten Befehle wegen Ueberwachung des Hafens von Valletta oder Marsamuscetto gegeben sind, „um jeder feindlichen Ueberrumpelung zuvorzukommen oder die etwaigen Anschläge Uebelgesinnter zu verhüten.

Frankreich.

Paris, 6. Juli. Die gestrige Sitzung ward noch mit der Diskussion des Gesetzes, das einen Kredit von 1 Million zur Verbesserung der Lage der Volksschullehrer bestimmt, ausgefüllt. Die Summe wurde bis auf 5000 Franken bewilligt. Aber Carnot hat in Folge dessen das Portefeuille des Unterrichts niedergelegt.

Der „National" stellt heute folgende bezeichnende Frage: Ist es wahr, was man heute in der Nationalversammlung erzählte, daß am 25. Juni ein General, Volksrepräsentant, in dem Augenblicke der Gefahr, wo General Negrier eben gefallen war, sich geweigert hat, dessen Kommando zu übernehmen?

Emil von Girardin ist gestern in Freiheit gesetzt worden; er wird sein Journal erst nach Aufhebung des Belagerungszustandes wieder erscheinen lassen und zugleich eine Broschüre über seine Gefangenschaft und deren Motive veröffentlichen.

Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, daß die Herren Ledru Rollin und Louis Blanc auf Befehl der parlamentarischen Untersuchungskommission verhaftet worden seien. Wir halten diese Nachricht, die heute mehrere Journale belagen, für unwahr, wenigstens haben wir Beide noch gestern in der Nationalversammlung gesehen.

Gestern Abend cirkulirten Gerüchte von Zusammenrottungen von Arbeitern in der Vorstadt St. Antoine, von Versuchen um Barrikaden zu machen u. s. w. — Die Nacht ist jedoch ganz ruhig vorübergegangen, und auch heute ist Alles ruhig. Wir bemerken jedoch, daß starke Kavallerie-Patrouillen heute die Quais und Boulevards durchziehen, und glauben, daß die Abänderung der ursprünglichen Anordnung des Leichenzuges mit diesen Gerüchten in Verbindung steht.

Der Bruder Leotade, wegen der Ermordung der 14jährigen Cäcilie Combettes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, ist im Bagno von Toulon angekommen.

In diesem Augenblicke (11 Uhr V.-M.) beginnt das Traueramt auf dem Konkordenplatze; die Façaden des Palastes Bourbon und der Madeleinekirche sind schwarz ausgeschlagen; ein Hochaltar vor dem Eingange der großen Allee der Champs elysées, in kolossalen Proportionen erbaut, ist von einem Halbkreise von Trauermonumenten umgeben. Der weite Platz, in eine offene Kirche umgeschaffen, faßt kaum die Menge der Beiwohnenden, der Erzbischof von Orleans funktionirt. Viele Uniformen, ein Wald von Bajonetten, die Nationalversammlung in corpore, unabsehbare Massen von Neugierigen in den Champs elysées, auf den Quai's, und dazu eine glühende Sonnenhitze, die wahrhaft afrikanisch auf Asphaltpflaster niederbrennt.

Da die Nationalversammlung den heutigen Tag für einen gesetzlichen Feiertag erklärt hat, so findet weder eine Sitzung derselben noch der Gerichte Statt. Die Börse ist geschlossen und die Briefausgabe auf der Post nur bis 1 Uhr offen.

Italien.

* Rom, 29. Juni. Odilon ist bei seinem Versuch, die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Nothwendigkeit der Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Fürst und Ministerium zu lenken, durchaus unterstützungslos geblieben und hat sich durch die radikalen Blätter aufs Neue müssen verhöhnen lassen. Mamiani hat frischweg das Vorhandensein eines solchen Bruchs geläugnet, und da handgreifliche Beweise vorzubringen so leicht nicht möglich ist, so ward es zum Schweigen verdammt. Außerhalb der Kammern hat er dagegen um so reicheren Beifall geerntet, und wenn dieser erste Angriff auch zurückgewiesen werden ist, so wird er doch schwerlich der letzte gewesen sein, da sich die Unzufriedenheit mit dem kriegsfeindlichen Ministerium täglich mehrt und Mamiani in der That bereits eine Katzenmusik genossen hat. Die nationale Partei der Exaltirten scheint ihre Kräfte zu überschätzen und obwohl sie versichert, die Stotistik derjenigen, auf welche sie in der Civica zählen zu können meint, mit Sorgfalt und Genauigkeit aufgenommen zu haben, so dürfte sie dabei doch leicht verschiedenartigen Täuschungen ausgesetzt sein. Andererseits mögen sich die Freunde des ruhigen Thatbestandes, den selbst gründliche Liberale aufs Neue schätzen gelernt haben, der kräftigen Entwicklung der Reaktion ziemlich sicher wissen. Die Kardinäle haben einen aus ihrer Mitte, angeblich den Kardinal Bianchi, zum Papst gesandt und ihm erklären lassen, daß sie bei dem auf vergangenen Montag angesetzt gewesenen Konsistorium nur dann erscheinen sein würden, wenn sich dasselbe mit religiösen Gegenständen beschäftigen wollte; von der Politik dächten sie sich zur Zeit durchaus fern zu halten. — Den Klagen über die exorbitanten Kriegskosten hat man Cicernacchio entgegentreten lassen, welcher die Nachweisung in Händen hat, daß die Dämpfung des Aufstandes von 1831 den Staat 8 Millionen gekostet habe. Diese seien denen nicht leid gewesen, welche heute so ängstlich berechnend auftraten, wo es sich doch um weit Höheres, um die Befreiung des Vaterlandes handle. — Rusini ist in der Deputirtenkammer bis jetzt der einzige, der der großen Aufgabe gewachsen ist, die die Zeit jedem Einzelnen stellt. Er ist seiner innersten Ueberzeugung nach gemäßigt. Diese Sicherheit des Wollens aber wird durch einen leidenschaftlichen Patriotismus schicklich umschleiert, welcher sich zunächst in der Festhaltung des Grundgedankens der italienischen Aufstandesbewegungen äußert, der darin besteht, daß die Nation sich selbst genügen müsse und jede auswärtige Hilfe streng zu verschmähen habe. In der gestrigen Sitzung brachte er daher derjenigen Fraktion der Kriegspartei, welche nur in französischer Intervention Heil erblickt, eine heftige Niederlage bei, indem er auf die ausgesprochene Prätension Frankreichs hinwies, der zu Folge dieses die Vergrößerungsgelüste eines Nachbarstaates durch die Vermehrung seines eigenen Gebietes gebüßt sehen will. Die Beziehung dieser Erklärung auf Karl Albert und Savoyen versetzte Sterbini in eine furchtbare Wuth.

† **Neapel**, 26. Juni. Während das öffentliche Journal die beruhigendsten Berichte über Kalabrien gibt, die aufrührerischen Banden, eine nach der andern ohne Blutvergießen durch die Truppen zerstreuen läßt und die baldige Wiederherstellung der Ordnung in nahe Aussicht stellt, hören wir aus Privatnachrichten, daß die Truppen doch nicht so ungestört vorrücken, sondern von allen Seiten von den Insurgenten umgeben und geängstigt sind. General Busacca befindet sich mit seiner Division in Kastrovillari, wo ihm 4000 Kalabresen und 800 Sicilianer mit 10 Stück schwerem Geschütz den Weg nach Kosenza und Paola versperren. In letzterem Orte sollen neuerdings 4500 Sicilianer mit 22 Kanonen gelandet sein, man spricht mit Gewißheit von einem kalabresisch-sicilianischen Schutz- und Trutzbündniß. General Nunziante ist noch in Monteleone verschanzt und von 10,000 Kalabresen ringsum eingeschlossen. Vorgestern kam ein Abgesandter dieses Generals hier an, der dem Ministerium die Bedingungen überbrachte, unter welchen die Kalabresen die Waffen niederlegen wollen. Es sind folgende: 1) Die Deputirten, erwählt nach dem Gesetze vom 3. und 5. April, sollen die Kammer eröffnen. Wenn eine kleine Anzahl derselben des Aufruhrs schuldig geglaubt wird, so mögen sie vor ihre kompetenten Gerichte gestellt werden. 2) Alle bis zum 15. Mai gemachten Konzessionen sollen zurückgegeben werden. Das Ministerium hat sich etwas Bedenkzeit ausgebeten, scheint aber auch nicht geneigt zu sein, nachzugeben, denn in der gleichen Nacht wurden wieder Truppenverstärkungen nach Aquila und Pizzo geschickt. Die Kammern werden indessen doch am 1. Juli eröffnet werden, so versichert die Regierung, die nöthige Anzahl der Deputirten sei bereits gewählt. (Die meisten Wahlen geschahen unter Protest, daß man auf die früheren Konzessionen zurückkehre). Die Eröffnung wird wohl ohne Schwur geschehen, und damit man ihr nicht wieder Barrikaden in den Weg lege, wird die Feierlichkeit wahrscheinlich in der dem k. Palast gegenüber gelegenen Kirche, S. Francesco di Paolo stattfinden. Wer von den allzufurchtsamen Neapolitanern kann, verläßt die Stadt und geht aufs Land, weil Viele eine Wiederholung des 15. Mai fürchten, um somehr freuen sich unsere Lazzaroni dadurch und hoffen, es gebe wieder Etwas zu „dashieren." Man erwartet hier von Toulon die französische Fregatte La Pomone mit dem Admiral Dupetit Thouars, der Baudin ablösen soll.

Ungarn.

Temesvar, 27. Juni. Die Allg. Oesterr. Z. bringt Nachstehendes: Hier traf folgende Nachricht ein: Die k. Civil- und Militärkommissäre Csernovitz und Hrubowsky haben mit den bei Carlovitz und in den Römerschanzen versammelten Aufrührern eine vorläufige Konvention abgeschlossen, in Folge deren eine vollständige Pacifikation versucht werden wird. — Trotz dieser Konvention soll es, andern Nachrichten zufolge, in den Grenzdistrikten ziemlich unruhig aussehen, wenn auch von einem gemeinsamen Plane der Aufständischen, wodurch sie der Gesammtmonarchie gefährlich werden könnten, nicht die Rede ist.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cloer & Kump., 70 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden sich an G. L. Lorentz in Straßburg Nr. 20 Brand-, Paris Nr. 28 Rue Dauphine wenden.

Deutsche Zeitung.

Die Haupterpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 191. Heidelberg, Dinstag 11. Juli. 1848.

Uebersicht.

Deutschlands gewerbliche Fragen V. — **Die Arbeiterfrage** — **Wien** (Empfang der Deputation; der Reichsverweser. Serenade für Wessenberg. Gay aus Agram geflüchtet. Pirano beschossen). **Jaasbrack** (der Landtag). **Brescia** (Aufhebung des ernirten Gerichtsstandes. Einrücken von Militär; die Gefängnisfurcht vor der Reaktion. Kammerverhandlungen: ein Antrag auf Prüfung des Staatshaushalts angenommen. Ein radikaler Antrag Jakobys. Gesetze über den Verlust der Mitgliedschaft in der Nationalversammlung). **Breslau** (eine neue Schrift Knapes). **Posen** (Einzelnheiten der Pariser Ereignisse). Von der **Ysar** (österr. Diplomatie). **Dresden** (Dekret in Betreff der Reichsverweserwahl). **Vom Rhein** (das Reichsministerium. Kandidaten der Rechten und Linken. v. Radowitz). **Mannheim** (der Abzug der Baiern angefährdet. Bitten des Gemeinderaths um Garnison. Das anarchische Treiben und die gänzlichen Aussichten).

Großbritannien. **London.** Korrespondenz der Times aus dem Hauptquartier Karl Alberts. Deutsche Auswanderer in Südafrika. Die Times über die Frankfurter Versammlung.

Frankreich. Die Trauerfeier. Erklärung Girardins. Die Maßregeln gegen die Presse überhaupt. Cavaignacs Erklärungen in der Nationalversammlung. Die Debatte über die Verfassung. Thiers für das Zweikammersystem.

Spanien. Eine **Schilderhebung Kabrera's**.

Italien. **Mailand.** Demonstrationen gegen die prov. Regierung. Maßregeln dagegen. **Venedig.** Verzweifelte Lage der Stadt.

Ungarn. Das illyrische Nationalkomité bittet um Beweatzeit.

Türkei. **Donaufürstenthümer.** Die Nachricht vom Einrücken der Russen voreilig. Konzessionen des Fürsten.

Heidelberg, 10. Juli.

Es war ein Glück für die Dauer des Lorbeerkranzes, den der Dichter **Lamartine**, mag man ihn immerhin den Hupe der Revolution nennen, sich doch auch als Staatsmann geflochten hat, daß er den stolzen Satz: „Eine jede französische Umwälzung ist der Welt eine neue Wahrheit schuldig" mit dem Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe schloß; obgleich diese Wahrheit in Schweden und Toskana schon längst im Gesetzbuche anerkannt ist, dagegen für Frankreich die jüngsten Ereignisse vielleicht doch einige legislative Zweifel an derselben erweckt haben mögen. Denn hätte der ehemalige Deputirte von Maron, der kurz vor dem Beginn seiner letzten politischen Laufbahn in einem halben Jahrr vom entschiedensten Schutzzöllner zum entschiedensten Freihändler geworden war, von seiner Rednerbühne herab den Völkern der Erde die Lösung der socialen Frage verkündigt, es wären gegenwärtig gewiß alle Blätter an seinem Lorbeerzweige von dem Kartätschenblitze des Generals **Cavaignac** versengt worden, bei dessen Donner Frankreich schon nach sechzehn Wochen vergaß, „daß es den Arbeitern die Republik verdankt." Man hält wahrscheinlich dieser bittern Wahrheit den viel Nachsichtigkeit übenden Satz entgegen, daß vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt ist. Wir wollen nicht im Hinblick auf den bekannten Gesinnungsadel der Charaktere, welche sich diesseits und jenseits des Rheines hinter solchem Bollwerke vor der nun auf sie einbrechenden Vrachtung des gesammten Europas zu retten suchen, darauf das bittere Sprichwort erwidern: „Die Hölle ist stets mit guten Absichten gepflastert." Der Traum von dem Reiche Gottes auf Erden, der seit den ersten Anfängen der Weltgeschichte aus den mannigfaltigsten Blüthen der Kunst hervorduftet, ist allerdings groß und erhaben; die innersten, heiligsten Gefühle des Menschen ranken an diesem Bewußtsein von der unendlichen Vervollkommnung seines Geschlechtes empor; aber für uns, die Kinder des 19. Jahrh., bleibt er eben ein Traum, vielleicht ein Demantkleinod für den Dichter und Philosophen, gewiß eine taube Nuß für den Staatsmann, die, wenn er sie irgend pflegt, unter seiner Hand nur zu leicht zu einer zerplatzenden Granate zu werden droht. Oder ist, weil der Ausdruck des Jahrtausende alten Gedankens „der Mensch halb Thier, halb Engel" unserm heutigen der Bilder entkleideten Denkformen nicht mehr entspricht, auch sein Inhalt als eine verwitterte Wahrheit zerstoben? Ist der Herrscher der Erde, weil er seine Vorstellungen von der Gottheit als aus seinem eigenen Wesen abgeleitet erkannte, dadurch nun selbst zum Gotte geworden? Die Innitage von Paris geben auf diese Fragen eine schreckliche verneinende Antwort. Wir sind noch dieselben Geschöpfe, derselben Schwäche unterworfen, und alle unsere eigenen Schöpfungen tragen dieses Kainszeichen an der Stirne. Füllen wir daher die letzten Einwirkungsspuren jener Lehren, die alle geschichtlichen Erfahrung zum Trotz der Menschheit ein neues, seliges Dasein versprechen, und deren einzige unverdiente Kraft nur in den Schilderungen irdischer Unvollkommenheit besteht, in ehrlicher Erkenntniß der unabänderlichen Nothwendigkeit für die Zukunft mit der Ueberzeugung überall wieder aus, daß es immer Arme gegeben hat und denen stets geben wird, und streben wir nur danach, daß der Nothleidenden so wenig wir möglich seien. Es ist traurig, daß die Umstände den Publicisten zwingen, solche allgemeine Sätze noch einmal auszusprechen; allein es läßt sich das nicht umgehen, so lange ein Theil des Volkes noch glaubt, weil seine bisherigen untauglichen Regierungen viel Uebel verschuldet haben, nun nach dem Sturze derselben auch alle Bedingungen der menschlichen Natur von sich werfen zu können, und so lange noch diejenigen vor der Menge das große Wort führen, für welche „die Welt nicht da war, bevor sie sie nicht machten". Denn, wenn auch die ewigen Gesetze menschlichen Zusammenlebens nicht über den Haufen geworfen werden können, so gibt es doch immer Staatskünstler genug, für die wegen ihrer Unkenntniß eben jener Gesetze das ganze gesellschaftliche Treiben nur als ein wüstes Durcheinander daliegt, gleich wie dem Gestirnenkundigen im Weltenraume planlose Anarchie zu herrschen scheint; und die nun mit **ihrem** Systemchen Ordnung in die göttliche Weltregierung zu bringen beabsichtigen — ein Versuch, vor dessen unausbleiblichen, bittern Erfahrungen der Politiker seinen Staat im Voraus sicher stellen muß.

Es ist allerdings ein das Herz oft finster erregender Gedanke, zu welchem wir in unserm Jahrhundert der Reflexion durch die Erkenntniß des menschlichen Wesens in allen seinen Erscheinungsformen durchgedrungen sind, daß das innerste Grundprincip der Gesellschaft im Egoismus des Individuums besteht; aber die feste Verkittung, durch welche es die einzelnen Steine zu dem großen Bau des menschlichen Zusammenlebens an einander bindet, und die Majestät des nach denselben Gesetzen in unmittelbarer Bewußtlosigkeit sich emporordnenden Gebäudes selbst, sei es um ein Parthenon altgriechischer Einfachheit oder der gothische Dom heutiger Civilisation, müssen uns darüber trösten, da die „Liebe" niemals solche gewaltige Gestaltungen hätte aufschießen lassen. Der Kampf nämlich, in welchem der Mensch der Natur sein Dasein abringt, erheischt zu heftige Anstrengungen, als daß bei Ueberwindung derselben das Bewußtsein, seinem Mitmenschen dadurch zu nützen, auch nur für kurze Zeit einen nicht verstumpfenden Sporn für ihn abzugeben vermöchte; vorausgesetzt auch, daß jeder Einzelne die höchste Stufe humanistischer Weltauffassung erklommen habe. Kann doch sogar der Philosoph, weil er sich nicht stets auf der Höhe des abstrakten Denkens zu erhalten vermag, der Religion nicht entbehren; wie viel weniger läßt sich erwarten, daß Taglöhner, wie sie jetzt in der Julisonne auf den Straßen das Holz spalten, ihre saure Arbeit verrichten, wenn man ihnen die Unmittelbarkeit des Bewußtseins: Dafür esse ich nun heute Abend mein Brod und Speck und trinke dazu mein Maaß Bier, wegnähme. Erhielte ein Solcher Beides ohne Mühe, so würde er sicher höchstens Morgens einen und Abends in der Kühle den andern Schlag thun und Mittags im weichen Grase schlafen, wenn er nicht gar den ganzen Tag in orientalischer Bequemlichkeit dahinbrächte. Und wer von uns triebe nicht gerne ausschließlich nur seine Lieblingsbeschäftigung, statt daß er sich nun als Arzt oder Jurist durch seine der Gesammtheit geleisteten Dienste für seine Neigungen die Möglichkeit ihrer Befriedigung und somit die Berechtigung dazu erwirbt? Die Liebe ist in dem Tempel socialer Verneinung ein Mörtel aus Sand und Wasser — ein Stoß und das Ganze mit Zwang aufgeführte Ge-

Digitized by Google

bände kracht zusammen; die Selbstsucht dagegen treibt den Menschen zum Nord- und Südpol, führt ihn in die tiefsten Schachten und auf die höchsten Gletscher. In ihrem Kreise denkt Niemand an den Andern; Jeder quält sich für sich, und Jeder will nur nehmen; aber weil Alle dieselbe Gesinnung mit ihm theilen, so erhält er Nichts, ohne dafür zu geben und er muß nun um so mehr geben, je mehr er zu nehmen beabsichtigt. Von solcher unsichtbaren Kraft getrieben setzen sich dann alle die einzelnen Räderchen zu der großen Maschine zusammen, auf welcher das reiche, hinmengeschmückte Tuch menschlichee Bildung weiter gewirkt wird; und immer von Neuem streben frische Hände darnach, noch ein Plätzchen als Schraube oder Schwungleder in dem auf solche Weise unaufhörlich wachsenden Webstuhl der Zeit zu erhaschen, sowohl um sich selbst zu erhalten, als auch dann je nach ihrer Stelle im Triebwerk für die Dauer eines Lebens sich über die ganz oder theilweis geschaute Schönheit des gefertigten Gewandes zu freuen. Auf analytischem Standpunkt ist das der Kampf Aller gegen Alle; auf synthetischem die Weltgeschichte! Wie aber die physische Welt von der ersten chemischen Verbindung bis znm Menschen pyramidalisch aufgipfelt, ohne daß ein Stoff sich um den andern bekümmere, wie im Menschen selbst Bewegungen stattfinden und Gesetze sich geltend machen, die nicht von seinem Willen abhängig sind, obgleich er kraft seines Selbstbewußtseins ihren etwa eintretenden Unregelmäßigkeit abzuhelfen im Stande ist, so baut sich auch die moralische Welt bewußtlos in unmittelbaeem Gehorsam nach festen Normen zusammen, und deren Kraft vermag kein Blanqui odee Ledeu Rollin, kein Blum oder Zitz mit allen Redensarten zu vernichten, wenngleich ein Peel in genauer Messnng derselben zum Wohle seinee Landsleute ihr hier ein wenig abdämmt, während er ihrem Spiele dort alle Schleusen weithinaus öffnet.

Oesterreich. Wien, 4. Juli. Die Allg. österr. Z. schreibt: Die Serenade, welche gestern Abend dem Minister Wessenberg voe seiner Wohnung (Stadt Frankfurt) gebracht wurde, versammelte mehr denn 20,000 Menschen — ein Beweis, wie groß die Sympathien für den Minister des Auswärtigen im Publikum sind. Eine Deputation sprach dem noch lebhaften freisinnigen Greise die Gesinnung der Liberalen aus. Dr. Franelich, Vorsitzer des Studentenkomités, hielt eine treffliche Anrede, welche der herzliche Greis ebenso schön erwideete. Dr. Albrecht sprach die Wünsche und Hoffnungen der Nationalgarde aus und bat Wessenbeeg, baldigst die Staatskanzlei zu beziehen, damit das im Publikum verbreitete Gerücht, er wolle in kurzer Zeit sein Portefeuille niederlegen, Lügen gestraft werde. Der anwesende Minister Doblhof, Wessenbergs Freund, sprach sich in gleichem Sinne aus. Aus der Mitte der Studenten sprach Dr. Goldmark: Die akademische Legion und die Bevölkerung Wiens erblicke in Wessenberg den Schirmer iheer Freiheiten und Oesterreichs Würde gegenüber dem Auslande nnd sei bereit, ihn aufs Kräftigste zu unterstützen. Doblhof antwortete in Wessenbergs Namen kräftige, freisinnige, gefühlvolle Worte. Lebhafte Enthusiasmus zeugte oou der Gesinnung der versammelten Menge.

Wien. Aus Agram vernimmt man, daß der berüchtigte Gay, nachdem mehrere seiner eben nicht ehrenhaften Intriguen ans Licht gekommen waren, von doet entwichen ist. Er hatte im Namen des Ban von dem Erfürsten Miloseh bedeutnde Geldsammen erpreßt und unterschlagen, woeauf ihn dieser verhaften ließ. In solchen Dingen wne Hr. Gay überhoupt nicht wühlerischer Natur, und verschmähte fürher nicht die geheimen Zuschüsse der Wiener Potizei für seine patriotischen Wühlereien. Woa dem Schauplntz des kroatisch-eaizischen Aufstnnde hört man nichts Neues, der Waffenstillstand dauert noch fort. (A. O. Z.)

Die Allg. Z. scheeibt: Eben erhalten wir noch Briefe aus Triest oom 4. Juli. Ein Theil dee feindlichen Fnhrzeuge hatte am Abeud znvor den Hafen von Pirano beschossen. Die Batterien des Hafens erwideelen das Feuer, dns nach drei Viertelstunden vom Feind eingestellt wurde. Man sprach von einigen Todten und Verwundeteu auf Seiten der Gegner.

Δ Wien, 5. Juli, Morgens 8 Uhr. Nachdem vorgestern De. Schilling hier angekommen war mit der speciellen Nachricht von der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser, traf gestern Nachmittags um 5 Uhr die Frankfuetee Deputation mit der ufficiellen Nazeige daoon ein. Die Sensation, welche schon auf die erste Kunde dieser Wahl hier entstand, ist undeschreiblich. Die Deputirten selbst aber wurdeu mit dem ungeheuersten Jubel empfangen. Alle Korpnationeu sandten Deputationen, um sie an dem Landungsplatze des Dampfbootes zu begrüßen, wo schon Hofwagen bereit standen, die sie in die Stadt brachten. Unter dem Geläute aller Glocken, dem Donner der Kanonen und unter dem lauten freudigen Jubel einer zahllosen Menge aus allen Klassen des Volkes hielten die Deputirten ihren Einzug in Wien. In allen Hauptstraßen der innern Stadt wurde Abends eine Illuminatinn improvisirt — heute wird die ganze Stadt und alle Vorstädte erleuchtet und den Deputirten ein Fackelzug gebracht werden. Einige der Deputirten wollten gestern Abend aus den Fenstern ihrer Wohnungen zum versammelten Volke sprechen, aber die Freude wae so tumultuarisch, daß man ihre Worte nicht vernehmen konnte. Heute früh werden die Deputirten oon dem Erzherzog Johann empfangen werden. Der Erzherzog soll bei der Nachricht seiner Wahl die dankbarste Rührung geäußert haben und besonders erfreut gewesen sein über die große Stimmenmajorität, aus der sie hervorging. Sie werden es begreiflich finden, daß ein Oesterreicher nur Freude und Stolz darüber empfinden kann; aber ich glaube, daß auch jeder andere Deutsche, welchem Lande er auch angehören mag, sie nur billigen kann und anerkennen muß, daß die konstituirende Versammlung in Frankfurt keine würdigere Wahl treffen konnte, nls den Mann, der schon vor acht Jahren die Einsicht und auch den Muth hatte, am Rhein zu sagen: Kein Preußen! Kein Oesterreich! Ein einiges Deutschland, fest wie seine Berge! — Und Oesterreich sollte nicht stolz sein auf den Mann, der das Vertrauen der Repräsentanten des deutschen Volkes besitzt? So sehr wie auch in dem jetzigen Augenblicke unsere partikularen Hoffnungen auf ihn als Repräsentanten des Kaisers nm konstituirenden Reichstag gesetzt hatten — wir lassen nlle Sonderinteressen schweigen und geben ihn freudig hin dem großen Vaterland. Von allen Seiten ergehen Aufforderungen an den Erzherzog, seiner übernommenen Verpflichtungen ungeachtet die Wahl anzunehmen und eine höhere Fügung darin zu erkennen!

Morgens 11 Uhr. Soeben zog, unter dem Zuströmen einer zahllosen Menschenmenge, die schon seit 8 Uhr die Straßen und Plätze besetzt hielt, die Deputation des deutschen Volkes, je zwei Mitglieder derselben in einem der reichsten kaiserlichen Gallowagen in die Burg, geleitet von großen Abtheilungen der Nationalgarde, Bürger nnd Studenten, durch lange Reihen aufgestellter Spaliere derselben Korps. Aus allen Fenstern wehten Tücher nnd Fahnen und die Deputirten wurden mit dem lautesten und herzlichsten Jubel überall bewillkommt. In der Burg hatte Erzherzog Johann Alles, was Wien an irdischen Größen aufzubieten vermochte, versammelt. Tausendfacher Zuruf ertönte, als die Deputation in der Kaiserburg einfuhr und begleitete sie bis in den Empfangssaal. Die nähern Details darüber sende ich Ihnen morgen. Ich stand auf dem Monumente des Kaisers Franz im innern Burghofe gegenüber dem erzherzoglichen Balkon, um den Eindruck auf die Massen desto besser beurtheilen zu können. Nach einer Viertelstunde gab man das Zeichen, daß der Erzherzog die Wahl angenommen, aus den Fenstern des Empfangssaales, worauf augenblicklich ungeheuer Jubel, Kanonendonner und Glockengeläute von allen Thürmen der Stadt die große Botschaft über Wiens weite Räume trug. Umgeben von den sieben Deputirten des deutschen Volkes trat der Reichsverweser auf den Balkon der Reichskanzlei, wo ihnen das Volk mit begeistertem Zurufe entgegenkam. Der Erzherzog winkte mit der Hand, als ob er zu sprechen wünsche und sogleich trat die allertiefste Stille ein, worauf der Erzherzog sprach: „Ich danke meinen braven Wienern. Sie sehen mich — dabei zeigte er auf die Deputirten — in der Mitte des deutschen Volkes ich hoffe von dem heutigen Tage großes Heil!“ Hierauf verließen sie den Balkon wieder unter tausendstimmigem „Hoch“ und die Menge erwartete die Deputirten, welche sich kurz nachher zu Fuße durch die Stadt unter endlosem Jubel zurück nach ihren Wohnungen begaben. Die Hofwagen folgten ihnen in gemessener Entfernung. Um 2 Uhr ist große Tafel für die Deputirten bei dem Erzherzog. Ein noch unverbürgtes, aber allgemeines Gerücht sagt, der Kaiser werde am 8. hier eintreffen.

Innsbruck, 30. Juni. Von unserm Landtage wurde heute über die vier ersten Paragraphen der Verfassungsfrage debattirt nnd angenommen: §. 1. Tirol soll ein einiges, untheilbares Land der österreichischen Monarchie sein. §. 2. Tirol wahrt seine eigene Selbstständigkeit auf Grund dee alten Verfassungsrechte, insofern sie nicht mit den Bestimmungen des Reichstages in Widerspruch treten. §. 3. Das Organ dieser Selbständigkeit ist der Provinziallandtag. §. 4. Der Provinziallandtag besteht aus 4 Gliedern (den 4 Ständen).

(B. f. T.)

Preußen. ☽ Berlin, 7. Juli. In der heutigen Sitzung dee Abgeordnetenkammer erhob nach Verlesung des Protokolls dee norigen Sitzung ein großer Theil der Linken, wie zu erwarten stand, Protest gegen die an Widersprüchen reiche Abstimmung hinsichtlich dee für die Untersuchung dee blutigen Ereignisse in Posen niederzusetzenden

Digitized by Google

Kommission. Der Abgeordnete d'Ester stellte sogar, jedoch ohne Erfolg, den bestimmten Antrag, daß die Versammlung den von ihr gefaßten Beschluß, soweit er die der Kommission ertheilte unbeschränkte Vollmacht wieder beschränke, für nichtig erklären möge. Der Präsident übergiebt sodann der Kammer zwei königl. Botschaften nebst zwei Gesetzentwürfen über Einrichtung der Bürgerwehr und Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens. Er theilt ferner mit, daß zahlreiche Adressen eingegangen seien, welche die Versammlung aufforderten, möglichst schnell an das Verfassungswerk zu gehen oder welche sich über gewisse Abstimmungen günstig oder mißfällig aussprachen. Man beschließt, diese Adressen im Büreau auszulegen. Vierzig Exemplare einer Denkschrift des Prinzen Adalbert von Preußen über Errichtung einer deutschen Flotte, welche der Marine-Ausschuß in Frankfurt mit Genehmigung des Verfassers drucken ließ und der Kammer zur Verfügung gestellt hat, werden derselben übergeben. Johann Jakobi aus Königsberg stellt hierauf folgenden Antrag und bittet demselben die Priorität in der nächsten Sitzung zuzugestehen, die Versammlung wolle beschließen: die preußische konstituirende Versammlung kann den durch die deutsche Nationalversammlung gefaßten Beschluß nicht billigen, daß dem Reichsverweser die Unverantwortlichkeit zugestanden werde — erklärt sich aber dafür, daß die deutsche Nationalversammlung vollkommen befugt war, jenen Beschluß ohne Zustimmung der deutschen Regierungen zu fassen, daß es dafür der preußischen Regierung nicht zustand, jenen Beschluß mit einem Vorbehalte anzuerkennen. — Auch unsere Abgeordneten werden also in einigen Tagen zeigen, ob sie republikanisch oder monarchisch sind. — Es kommt hierauf in bunter Folge eine Reihe von Interpellationen und Anträgen zur Berathung, von denen wir nur die wichtigsten hervorheben wollen. Nach einem Antrage von Grebel soll der Finanzminister ersucht werden, „zum Zwecke der Berathung über die beabsichtigte Zwangsanleihe einer Kommission von 8 Mitgliedern die Einsicht sämmtlicher Bücher und Belege über die Verwaltung der Finanzen und des Staatsschatzes, vom Jahre 1840 an bis auf die Gegenwart, zu gestatten.“ Will man eine Wunde heilen, bemerkt der Antragsteller, so darf man sie nicht verkleistern. Man müsse dem Volke den traurigen Trost nicht versagen, daß es wenigstens wisse, auf welche Weise seit 33 Jahren seine Gelder verwendet seien, um sich vor ähnlichen Katastrophen bewahren zu können. Obwohl der Finanzminister als Mitglied des vereinigten Landtags, d. h. als eine Autorität, die Niemand unfehlen werde, den Staatsschatz auf 30 Mill. berechnet habe, erachte er dennoch schon jetzt eine Zwangsanleihe für nothwendig. Dies habe im Lande große Sensation erregt, da eine Zwangsanleihe die Veräußerin des Staatsbankerotts sei. Der Fin. M. Hansemann sucht in einer längere Rede die Grundlosigkeit der Befürchtungen, welche im Lande über den Staatsschatz verbreitet sind, nachzuweisen und versichert mit den bestimmtesten Ausdrücken, daß alle Andeutungen über das Verschwinden des Staatsschatzes in den letzten 6—7 Jahren völlig ungegründet sind, da letzterer keineswegs vermindert, sondern noch sehr vermehrt worden ist. Den Nachweis werde er liefern, wenn er, wie das in wenigen Tagen geschehen solle, die Finanzvorlagen machen werde. Uebrigens sei es natürlich, daß Zeiten, wie die jetzigen, außerordentlich geeignet sind, blühende Finanzen in weniger blühende zu verwandeln. Das Nothjahr sowohl, wie die politischen Bewegungen der Gegenwart hätten daran ihren Theil. So freudig wir Alle den Umschwung der Dinge begrüßt hätten, so dürfe man doch die Erfahrung nicht außer Acht lassen, daß die Freiheit auch in materieller Hinsicht nur mit großen Opfern zu erkaufen sei. Der Minister des Handels und der Arbeit (Milde) protestirt gegen die Behauptung, als mache das Ministerium ein Geheimniß aus dem Stande des Staatsschatzes. Eine schon der Versammlung übergebene Denkschrift lege denselben dar, und er trage kein Bedenken, die Versicherung zu geben, daß die Regierung auch fernerhin mit der größten Offenheit zu Werke gehen werde. Der Antrag wird hierauf, nachdem er von Parrisius dahin amendirt ist: daß der Finanzminister ersucht werde, über die Verwaltung der Finanzen und des Staatsschatzes seit 1840 binnen 14 Tagen die nöthigen Vorlagen zu machen, und daß eine Kommission schon jetzt die Finanzlage prüfe, fast einstimmig angenommen. — Eine Interpellation von Behnsch bezweckt den Schutz der nach Amerika Auswandernden und fragt, was von der Regierung in dieser Beziehung bis jetzt gethan sei, und welche Vorkehrungen getroffen werden sollten, um die Auswanderung zu regeln. Der Minister des Innern (Kühlwetter) bemerkt, daß der erste Theil der Frage, welcher der Vergangenheit anheimfalle, nicht viel bieten könne, was ihr zum Troste gereiche. Der zweite Theil der Frage betreffe seiner Ansicht nach eine wesentlich deutsche Angelegenheit, indem ganz Deutschland für die Auswanderer sorgen müsse. Dessenungeachtet aber werde die preußische Regierung nicht verfehlen, für jene armen Leute „Alles zu thun, was die Humanität“ erfordere. — Der Abg. Wander (Schlesien) will harte Strafen gegen Beamte, welche ungerechte Verhaftungen vornehmen, eingeführt wissen. Es ergibt sich indeß, daß die bestehenden Gesetze so streng sind, daß der von ihm gestellte Antrag das Gegentheil seines Zweckes, nämlich eine Milderung der vorhandenen Vorschriften zur Folge haben würde. Der Abg. Gladbach (Rheia) interpellirt den Minister des Innern: ob die definitive Ernennung der Beamten nicht bis zum Erlasse der desfallsigen Gesetze unterbleiben solle — ferner, ob die Beamten, welche das Vertrauen des Volkes nie besessen oder verloren haben, nicht sofort entfernt oder suspendirt werden sollen? Der Minister sagt in seiner Antwort u. A.: es gehe die Regierung bei der Besetzung der Beamtenstellen sehr vorsichtig zu Werke und besetze keine definitio, wo eine Veränderung in der Verwaltung zu erwarten sei. Allgemein jedoch die definitive Besetzung zu verwerfen, sei in keiner Weise wünschenswerth. Das Ministerium sei nicht im Stande, bei einem Beamten zu prüfen, ob er das Vertrauen und die Zuneigung des Volkes nie besessen oder verloren habe; auch bestehe bis jetzt noch kein Gericht, welches solche Fragen zu beurtheilen habe. Er, der Minister, habe sich immer zur Richtschnur genommen, nur nach Thatsachen zu urtheilen. Es erlaubten die Gesetze nicht, Beamte ohne Weiteres zu entfernen; wohl aber gebe es Gesetze, welche das Verfahren bei Amtsentsetzungen regelten. Ich habe, so schloß der Minister, vor, die Gesetze zu beachten und halte die Gesetzlosigkeit nicht für geeignet, das Vertrauen im Lande zu stärken — und wäre Gesetzlosigkeit ein Mittel dazu, ich würde es verschmähen! (Starker Beifall.)

*** Berlin, 6. Juli. Auf morgen ist das Einrücken der zwei Bataillone Infanterie und des Regiments Kavallerie bestimmt, um welche Stadtverordnete und Magistrat die Regierung, behufs der Unterstützung zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit, angegangen haben. Zu begreifen ist es nicht, aber es ist so, daß sich jetzt noch unter der Bürgerwehr Stimmen gegen diese Maßregel erheben. Unter denen, die von einiger politischen Bildung sind, ja, wer nur bisher die Zeitungen verfolgt hat, kann von einer solchen Opposition nicht die Rede sein, nicht von einer Furcht vor Reaktion, wenn 2—3000 Mann Garnison in eine Stadt von 400,000 Einwohnern verlegt werden, die, wie die Erfahrung gelehrt, sich selbst nicht mehr gegen die demoralisirten Arbeiter zu schützen wissen. Wer noch Etwas verlieren kann, muß eine Umänderung, und eine schleunige, der Dinge, wie sie sind, wünschen. Eine Garnison, und wäre sie 5000 Mann stark, kann das Rad der Zeit nicht festhalten, das rastlos in aller Welt auf eine demokratische Umgestaltung der socialen Verhältnisse hinarbeitet. Aber eine Garnison könnte uns vor Dieben, Mördern, der brutalen Tumultuanten bewahren, welche 60,000 Berliner aus den Mauern vertrieben haben. Mit der Sicherheit würde ein großer Theil dieser Emigranten zurückkehren; die Garnison selbst würde in Handel und Verkehr wenigstens etwas Leben wieder bringen. Das sieht ein Kind ein, aber wer beweist es denen, die sich bisher in dumpfer Trägheit von den Regierungsbehörden gängeln ließen und nun mit derselben Blindheit des Fanatismus von einem Paar Aufwieglern. Alle Kaufleute und Krämer, alle Hausbesitzer und Professionisten von größerer Thätigkeit sind darin eines Sinnes. Aber unter einer Anzahl kleinerer Professionisten, Schuhmachern, Schneidern, Tischlern, gerade denen, die dem Hungertode nahe sind, unter Leuten, die nie Etwas gelesen, gehört von Dingen, die über ihren Wirkungskreis hinausgingen, haben die Volksredner ihre Plakate und Flugschriften das Gift ausgesäet, das wie ein gelinder Wahnsinn bei ihrem beschränkten Begriffsvermögen wirkt. Wenn man sie überzeugt hat, daß nur ihr eigenes Treiben die Rückkehr der Ordnung hindert, daß sie, jetzt schon brodlos, dem Hungertode und Elend entgegengehen, verfallen sie plötzlich in ein konvulsivisches Zittern, wenn sie das Wort Reaktion hören. Der Bürgerwehrdienst ist ihnen höchst lästig, langsam, verdrossen kommen sie auf den Hornruf, sie entziehen sich dem Dienst, wo sie können, aber Militär wünschen sie doch nicht in die Stadt; es könnte die Reaktion beingen. Was ist Reaktion? Sie wissen es auch nicht. Wenn man diese unglücklichen Menschen politisiren hört, d. h. bunt und wirr nachsprechen, was ihnen vorgesprochen wird, wenn man sie sieht, wie Schaafe einem Paar Böcke nachlaufen, die sich ein Vergnügen daraus machen, sie Kreuz- und Querspränge machen zu lassen, so weiß man nicht, worüber man mehr empört sein soll, über diese gewissenlosen Verführer, welche die armen Leute nur zu ihren Zwecken ins Elend stürzen, oder über das alte System, das solche Stumpfheit und Dumpfheit nährte und die politische Ruhe zur ersten Bürgertugend erhob. — An allen Ecken hängen jetzt Plakate, durch alle Straßen werden Pamphlete ausgeschrien gegen das Zweikam-

Digitized by Google

mersystem. Ich glaube, die Schuster und Schneider schwärmen schon für die Eine Kammer und auch wohl gegen das Vetorecht. Mit diesen intrikaten Fragen, deren Beantwortung den Klügsten Kopfbrechen macht, füttern die Agitatoren jetzt das arme Volk, das soll es begreifen, urtheilen, entscheiden und durch seinen Lärm den Ausschlag geben. Wenn dann eine vernünftige Stimme, auch die radikalste, Gründe dagegen erhöbe, donnert das Geschrei ihn nieder: er ist ein Reaktionär. Bei dem Entwickelungsgange unseres politischen Lebens ist es zeitweilig gleichgiltig, ob unsere Verfassung mit zwei oder einer Kammer ins Leben tritt, wenn sie nur lebt! Lebt sie, dann kommt die andere Kammer von selbst nach, wie in Amerika, wie die Schweiz sie fordert und wie sie, aller Wahrscheinlichkeit nach, in Frankreich jetzt wieder geboren wird. Diese Nothwendigkeit unsern Fanatikern aber schon jetzt zu beweisen, halte ich für sehr schwierig, wenn nicht unmöglich; bei einem tobenden Fieber muß man den Kranken nicht mit Vernunftgründen behandeln wollen. Gerade dies Thema zur Volksaufreizung, und jetzt, voranzustellen, scheint übrigens Einigen ein Zeichen dafür, daß es mit dem Ideenvorrath zu Ende geht, um die Agitation wach zu erhalten.

†† Berlin, 6. Juli. Zur alsbaldigen Abhilfe der Noth der kleinen Gewerbtreibenden haben sich hier zahlreiche Unterstützungs-Vereine gebildet. In zwei Bezirken z. B. werden von den Mitgliedern dem Vereine Darlehen zu 4 % gemacht, welche der Verein wieder zu 5 % Zinsen ausleiht. Wenn schon diese Mittel durchaus nicht ausreichend sind, so ist es doch nicht zu läugnen, daß sie wenigstens in einigen Fällen sehr gute Dienste thun. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, wenn wir hier eine kleine statistische Uebersicht über das Wachsthum des seit 4 Jahren hier bestehenden, in letzterer Zeit viel genannten Handwerker-Vereines (Johannisstr. 4) geben:

Im	Jahre	1844	zählte	er	Mitglieder:	100 Meister	und	3773 Gesellen
„	„	1845	„	„	„	134 „	„	9308 „
„	„	1846	„	„	„	193 „	„	15606 „
„	„	1847	„	„	„	185 „	„	19381 „

Es erhält aus dieser Uebersicht der Anklang, welchen die Tendenz des Vereines gefunden.

Berlin, 3. Juli. Unter dem heutigen Datum erschien eine königl. Verfügung, wodurch, bis zur Vollendung der allgemeinen Umgestaltung der Gerichtsverfassung, der eximirte Gerichtsstand in Kriminal-, fiskalischen und Injuriensachen aufgehoben wird.

Berlin. Die Voss. Z. meldet: Am 7. Juli werden ein Kavallerieregiment und zwei Bataillone des 12. Infanterieregiments (doch nicht dasjenige Bataillon, welches am 18. März hier im Gefecht gewesen; es befindet sich in Schleswig) hier einrücken. Der Magistrat hat die Truppen zur größeren Sicherstellung der Stadt und Umgegend requirirt und ursprünglich den Antrag gestellt, sie dicht bei Berlin in Quartier zu bringen. Da es indessen an den nöthigen Lokalitäten mangelt und hiesige Militärgebäude leer stehen, werden die Infanteriebataillone in den Kasernen des Regiments Alexander und Franz, und die Kavallerie in der neuen Kaserne neben dem Zellengefängniß einquartirt werden.

Berlin, 8. Juli. Der heutige Staatsanzeiger enthält folgende k. Verfügung: Wir Friedrich Wilhelm verordnen auf den Antrag der zur Vereinbarung der preuß. Staatsverfassung berufenen Versammlung, nach Anhörung Unseres Staatsministeriums, was folgt: „Durch die Annahme eines besoldeten Staatsamtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied der zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung berufenen Versammlung Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen. Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem k. Insiegel. Gegeben Sanssouci, den 7. Juli 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (kontr.) v. Auerswald. Hansemann. v. Schreckenstein. Milde. Märker. Gierke. Kühlwetter.

Breslau, 4. Juli. Die Schles. Z. schreibt: Nicht erstaunt, aber indignirt sind alle ehrlichen Männer über ein neues Machwerk, „die badischen Republikaner" betitelt, worin die Republik als das einzige Heil Deutschlands gepredigt wird, und Gesinnungen zu Tage kommen, die dem Geist der reinen Christuslehre schnurstracks zuwider laufen. Der Verf. dieses Buches heißt Johannes Ronge.

Posen, 2. Juli. Der Brem. Z. wird geschrieben: Die vorgestern hier eingetroffene Nachricht von dem gänzlichen Mißlingen der letzten Pariser Emeute hat unsere Polen wie ein vernichtender Donnerschlag getroffen. Sie hatten so fest auf einen entgegengesetzten Erfolg gerechnet, und bereits das ganze Gebäude ihrer revolutionären Tendenzen so bestimmt darauf gegründet, daß sie schon den Sieg Louis Blanc's und seiner 150,000 Anarchisten verkündeten und Polens Wiedererstehung binnen wenigen Monaten zu feiern hofften. Sie glaubten nämlich, daß, nachdem die radikale Partei in Frankreich gesiegt, die Republik in Deutschland unvermeidlich sei, während deren Geburtswehen Polen in verjüngter Kraft sich erheben würde. Dieses ganze Hoffnungsgebäude ist nun wieder zertrümmert worden, und sie sind um so niedergeschlagener, als sich nirgends in Europa in diesem Augenblicke mehr eine günstige Chance für sie eröffnen will. Sie fühlen recht gut, daß sie durch ihre unmittelbare Einmischung in alle Revolutionen alle Sympathien eingebüßt haben. Nicht minder schlimm fahren unsere Polen jetzt mit ihren Prophezeihungen in Betreff einer russischen Invasion. Es war ihnen allerdings gelungen, hier einige Wochen hindurch eine gespannte Aufmerksamkeit auf unsere östliche Nachbarn hervorzurufen. Ueberdies wissen wir hier jetzt mit Bestimmtheit, daß die große Masse der russischen Truppen in Polen nicht mehr längs der preußischen Grenze aufgestellt ist, sondern sich nach und nach auf der Grenze von Krakau und Galizien koncentrirt, so daß mit Grund angenommen werden darf, daß die Russen ihr Hauptaugenmerk dermalen nicht sowohl auf das Großherzogthum Posen und Deutschland, als vielmehr auf die Donauländer gerichtet haben.

Münster, 5. Juli. Amtlicher Mittheilung zufolge sind seit Kurzem in den Niederlanden strenge Maßregeln genommen worden, um alle diejenigen dort sich aufhaltenden oder nur durchreisenden Ausländer sofort über die Grenze zurückzusenden, welche entweder überhaupt nicht mit Pässen versehen, oder deren Pässe bereits abgelaufen sind. Auch mehrere preußische Unterthanen, welche theils zum Vergnügen, theils in Geschäften kurze Reisen nach den Niederlanden gemacht hatten, sind neuerlich dort wegen Mangels an Pässen in Verlegenheit gerathen.

Von der Isar, 5. Juli. Nach einer Mittheilung der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" hätten die vereinigten Schritte der preußischen und baierischen diplomatischen Repräsentationen zu Turin (abseiten Preußens ist jetzt in Turin nur ein interimistischer Geschäftsträger) den sardinischen Hof vermocht, von der gegen Triest verhängten Blokade abzustehen und sich auf eine Ueberwachung derjenigen Schiffe zu beschränken, welche die Absicht haben sollten, dem Feinde Munition zuzuführen. Ohne zu untersuchen, in welchem etwaigen Widerspruche diese Nachricht mit den Thatsachen stehe, wie sie sich zur Zeit vor Triest gebildet haben, können wir im allgemeinen deutschen Interesse nicht umhin, einen ernsten Blick auf die Verschiedenheit des Verfahrens zu werfen, welches das preußische und österreichische Kabinet in zwei für Deutschland wichtigen Fragen beobachtet haben. Wir fassen uns dabei möglichst kurz, bloß die einschlagenden Thatsachen bezeichnend, die laut genug für sich selbst reden. Während nämlich Preußen seinen Gesandten in Turin, Grafen von Redern, in demselben Augenblicke zurückzog, in welchem nach erfolgter Kriegserklärung zwischen Oesterreich und Sardinien der österreichische Gesandte die Hauptstadt des letztern Landes verließ, und es dergestalt seine warme Theilnahme an einem zunächst ausschließlich österreichischen und erst in zweiter Linie deutschen Interesse bethätigte, fuhr Oesterreich, der vorsitzende deutsche Staat in der deutschen Bundesversammlung, nach erfolgter Kriegserklärung des deutschen Bundes gegen Dänemark, also in einer rein deutschen Frage, fort, direkte diplomatische Beziehungen mit dem dänischen Hofe zu unterhalten, indem der dänische Gesandte in Wien, wie der österreichische Gesandte in Kopenhagen unbehelligt in ihrer alten Stellung und Wirksamkeit verblieben. Ja wir erfahren sogar aus der Beilage zum „Nürnberger Korrespondenten" vom 2. d. nach einem Lübecker Blatte, daß man in Kopenhagen der fortdauernden Neutralität Oesterreichs, des einzigen deutschen Bundesstaates, der eine Flotte besitze und dadurch den Dänen gefährlich werden könnte, gewiß sei, und daß, trotz der Beschlüsse der deutschen Nat.-Vers. der österreichische Gesandte, Baron v. Brints-Trenenfeld, nicht allein aus Kopenhagen nicht abberufen worden sei, sondern vielmehr, wie bisher, im freundlichsten Verkehr mit dem dänischen Hofe stehe. Ist diese Nachricht gegründet und leider sind wir nicht im Falle, ihre Richtigkeit bezweifeln zu können, so wirft sie einen Schatten auf Oesterreich, dessen sich die Wiener Politik nicht schnell genug entschlagen kann, wenn sie, gegenüber dem deutschen Volke und beziehungsweise der deutschen Nationalversammlung, nicht die schwerste Verantwortlichkeit auf sich laden will. Das wäre fürwahr ein rechter Beginn deutscher Einheit, wenn Oesterreich, aus dessen Kaiserhause jetzt ein erlauchter Sprößling an die Spitze der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten gestellt ist, fortführe, gegen den erklärten Feind des deutschen Gesammtvaterlandes eine neutrale Stellung zu beobachten, in demselben Augenblicke, wo der ganze deutsche Ostseehandel durch die dänischen Uebergriffe vernichtet ist und Preußen in dieser Frage für das gemeinsame deutsche Interesse die schwersten Opfer bringt. Man möge sich in Wien beeilen, jede Zweideutigkeit gegen Deutschland bei Seite zu legen, um der ohnedies schon stark

Digitized by Google

genug erschütterten österreichischen Monarchie nicht alle und jegliche deutschen Sympathien zu rauben, um ihr so vollends den Todesstoß zu versetzen. (F. J.)

Sachsen. Dresden, 4. Juli. Das gestern an die Stände gebrachte und in beide Kammern mit Akklamation sofort genehmigte kgl. Dekret, die Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland betreffend, ist von den Staatsministern Dr. Braun und Dr. v. d. Pfordten gegengezeichnet und lautet: Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. hat in ihrer Sitzung am 28. Juni die anliegenden Beschlüsse über Einführung einer provisorischen Centralgewalt über Deutschland gefaßt und am 29. Juni S. k. k. Hoh. den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser gewählt. Se. k. Maj., getreu Ihrer ausgesprochenen Hingebung an die Interessen des Gesammtvaterlandes, sind gemeint, sowohl jenen Beschlüssen als der Wahl in der Erwartung beizustimmen, daß S. k. k. Hoh. der Erzherzog Johann auf Grund des Einverständnisses zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung die Wahl annehmen werde. In Hinblick auf §. 2 der Verfassungsurkunde setzen Se. k. Maj. die getreuen Stände von diesem Entschlusse in Kenntniß und sehen der Erklärung darauf in Huld und Gnaden entgegen, womit sie denselben jederzeit wohl beigethan verbleiben. Dresden, am 3. Juli 1848. Friedrich August.

Baden. Δ Mannheim, 9. Juli. Fürst von Thurn und Taxis hat dem Gemeinderath die officielle Mittheilung gemacht, daß die Baiern Mannheim am 10. dss. verlassen werden. Der Gemeinderath und Ausschuß hat sofort eine Deputation an das Ministerium gesendet, um zu bewirken, daß die Stadt nicht ohne Garnison belassen werde, zumal jetzt nicht einmal die Bürgerwehr organisirt und daher gar keine Gewähr gegen etwaige Ruhestörungen vorhanden ist. Man zweifelt auch nicht im mindesten, daß die Regierung die eigenthümlichen Verhältnisse unserer Stadt, auf welche fortwährend das Auge der Wühler gerichtet ist, berücksichtigen und dem Antrag des Gemeinderaths Folge geben wird. — Der hiesige demokratische Verein hat die Voraussicht seines Präsidenten getäuscht, und das Ausschreiben des Frankfurter Centralausschusses nicht desavouirt, weßhalb der Präsident und mehrere Mitglieder aus dem Verein geschieden sind. Der Verein selbst hat sich hiernach auf den Standpunkt des Manifestes des Centralausschusses gestellt, ein Standpunkt, welcher für den unbefangen Prüfenden schon durch das Programm festgestellt war. Es ist die unverbesserliche Minderheit, welche, in der Nationalversammlung geschlagen, nunmehr an die Gewalt der Fäuste appellirt, um ferner auch Niemanden über ihre Begriffe von Volkssouveränetät in Zweifel zu lassen. Der Volksjubel, welcher die an den Reichsverweser abgesandte Deputation allenthalben empfing, gilt diesen Volksfreunden nicht als Beweis der Volksmeinung; ebensowenig die auch anderwärts unverhohlen kund gegebene Freude, das wiederkehrende Vertrauen, ja man darf sagen, die feste Zuversicht, daß wir an einem Wendepunkt der in den letzten Monaten sich überstürzenden Ereignisse angekommen sind, wozu noch die Nachrichten über einen Waffenstillstand mit Dänemark als Vorboten eines nahen Friedenschlusses, die Erfolge der österreichischen Waffen in Italien, die Bildung eines kräftigen und entschiedenen Ministeriums in Berlin, die ruhige und besonnene Haltung der Wiener, vor Allem aber die Besiegung der rothen Republik in Paris kommen, um die Hoffnung auf eine schöne Zukunft unseres deutschen Vaterlandes und auf eine friedliche Entwickelung und Befestigung der großen Errungenschaften der letzten stürmischen Zeit aufs Neue zu beleben. Auch der Himmel meint es gut mit uns; denn er sendet uns einen Erntesegen, wie wir ihn nicht reicher wünschen können. Vielleicht ist es uns vergönnt, von der Nationalversammlung bald in gleich reichem Maße das Volk mit den Grundrechten bedacht zu sehen; wer würde dann nicht überall mit Stolz sagen: Ich bin ein Deutscher?

= Vom Rhein, 8. Juli. Je näher der Augenblick rückt, wo die gewählte Reichsgewalt wirklich die Geschäfte in die Hände nehmen wird, um so gespannter wird die Erwartung auf das verantwortliche Ministerium, durch dessen Zusammensetzung erst Weg und Richtung der neuen Regierung bestimmt werden wird. Ein Frankfurter Blatt hat dieser Tage zwei Ministerlisten gebracht (von der äußersten Linken und der äußersten Rechten), deren Bestandtheile sehr gemischte Stimmungen in uns erwecken mußten. War zwar der Eindruck ein überwiegend heiterer, von der Linken die Herren Zitz, Blum und Wesendonk für Justiz, Finanzen und Inneres, oder gar die Herren Vogt und Ruge für Auswärtiges und Kultus präsentirt zu sehen, war man auch zunächst nur in Versuchung den guten Spaß zu belächeln, so war die Sache, wenn man sie auch nur als möglich dachte, doch ernster, als sie aussah. Bei der Zusammensetzung jedes Ministeriums wird man in erster Reihe nach der politischen Farbe fragen, aber dabei immer als selbstverstanden voraussetzen, daß der nöthige Fond von staatsmännischer und praktischer Bildung nicht fehle; ein Ministerium, nur aus Parteimännern zusammengesetzt, wird nie etwas Ordentliches zu Wege bringen, wohl aber uns in die politischen Bahnen hineindrängen, die Frankreich zu seinem Unglück hat gehen müssen. In allen Fällen freilich wird sich die Erfahrung neu bewähren, daß Opponiren leichter ist als Regieren; aber nirgends wird die Erfahrung ein trostloseres Ergebniß liefern als dann, wenn man nur Faktionsmänner an das Steuerruder stellt und ihnen das politische hic Rhodus hic salta! zuruft. Mit etwas Advokatensuada, viel Oberflächlichkeit, dem herkömmlichen Vorrath der officinellen politischen Schlagwörter und jenem unversiegbaren Strom von Kraftreden, deren Pause die Gallerie mit Klatschen ausfüllt, kann man noch keine Spanne Landes regieren, geschweige denn ein Reich, dessen erst zu schaffende Politik auch dem gereiften und erprobten politischen Verstand noch manche Nuß zu knacken geben wird. Die Herren von der äußersten Linken werden so viel Selbstkenntniß vielleicht besitzen um zu wissen, daß ihre Mission, wie sie sie bis jetzt faßten, die ungleich dankbarere und bequemere war; sie sollten daher Kombinationen, in denen Zitz, Blum, Vogt, Ruge u. s. w. figuriren, auch nicht einmal pro forma aufstellen; die Uneingeweihten könnten sonst über die Armuth erschrecken und an der ministeriellen Zukunft der Partei überhaupt verzweifeln. Die Männer, die am 24. Februar in Paris das Staatsruder ergriffen, waren denn doch ganz andere Namen und Talente, als die Genannten; und doch hat ihr republikanisches Regierungsexperiment mit dem trostlosesten aller Wendungen, einer Militärdiktatur, geendet! — Die Ministerliste der Rechten hat noch ernstere Betrachtungen in uns erregt. Es sind darunter neben Einzelnen, die wir überall anderwärts lieber als in einem Reichsministerium sehen möchten, begabte und tüchtige Männer wie Vincke, dessen rednerisches Auftreten selbst ein unermüdliches Mitglied der Linken zu dem bescheidenen Ausspruch gebracht haben soll: wenn ich nicht Diogenes wäre, möchte ich wohl Alexander sein, der aber gleichwohl sich selber sagen wird, daß seine Ansicht von der Majorität der Nationalversammlung in sehr wesentlichen Punkten abweicht. Es sind außerdem noch andere Namen genannt, die das Frankfurter Blatt nicht erwähnte, die aber in einflußreichen Kreisen der Mainstadt mit einigem Nachdruck betont werden. Wir erinnern z. B. an Radowitz, den sich wirklich eine Fraktion der Nationalversammlung als „möglichen" Minister vorstellt. Daß Herr v. Radowitz durch seine reichen geistigen Gaben, seine vielseitige Bildung, seine aristokratischen Talente vielen Leuten imponirt, ist ganz begreiflich; wir wollen auch durchaus nicht an der Wahrheit seiner Gesinnung zweifeln, wenn er, der hochtorystische Absolutist von gestern, sich zum eifrigen Konstitutionalismus von heute für bekehrt erklärt. Nur möchten wir bei dem Aufbau unseres jungen Staates, dessen Fundamente demokratisch, dessen Ausbau monarchisch sein soll, keinen Konstitutionellen von heute, den der Fatalismus der Ereignisse bekehrt hat, sondern einen bewährten Mann von gestern an der Spitze sehen. Die Zeit der Radowitz u. s. w., auch wenn ihre Talente und ihr Wissen in einer großen Versammlung dem gemeinsamen Vaterlande sehr nützlich werden können, muß vorüber sein, dieselben sollten ganz darauf verzichten, in der jungen Zeit eine leitende Rolle spielen zu wollen. Zwar haben die raschen Wogen der jüngsten Monate manche Erinnerung, gute wie böse, hinweggespült, aber von so überaus kurzem Gedächtniß sind wir doch nicht, um die politische Wirksamkeit des Hrn. v. Radowitz schon vergessen zu haben. Jener romantische Absolutismus, der sich auf eine neue Feudalität des Adels und des Klerus stützen und damit die Errungenschaften des Volksbewußtseins verschütten wollte, dessen feingewobene Larve aber doch die letzten Hintergedanken des monarchischen car tel est notre plaisir nicht verbergen konnte, dieser moderne Absolutismus, dessen Experimente über den größten deutschen Staat eine furchtbare Krisis hereinbeschworen haben, hatte kaum einen begabteren Verfechter und Rathgeber, als den Hrn. v. Radowitz. Seine „Gespräche aus der Gegenwart", deren meisterhafte Komposition auch von den Gegnern anerkannt worden ist, hat diesen modernen Absolutismus in aller Schärfe herausgekehrt. Diese Vergötterung einer Politik, deren Ende Allen überraschend, trostlos und elend war, dieser tiefe Haß gegen konstitutionelle Formen, deren Nothwendigkeit man jetzt anzuerkennen sich beeilt, dieser verbissene Groll gegen die „Bourgeoisie", deren Gewicht nur zu bald sich in ernsten Krisen bewähren sollte, diese widerwärtige Koketterie mit dem Proletariat, das man sich als Hausthier zum Schreck gegen die Bourgeoisie an die monarchische Kette zu legen dachte, dies Alles ist in jenem Buche des Hrn. v. Radowitz mit einer bewunderungswürdigen Virtuosität durchgefochten. Eine innerliche und

Digitized by Google

gründliche Bekehrung von Ansichten, die man mit solchem Eifer verficht, ist uns nicht denkbar; wir verlangen sie auch nicht, aber das verlangen wir, daß in unserem jungen Staatsleben jede Berührung mit diesen Reminiscenzen der alten Politik gemieden wird. Man weiß, welchen Schaden die Radowitz'sche Staatskunst im Großen und Kleinen, in Berlin wie in Karlsruhe anrichtete; je mehr persönliche Ueberlegenheit über Schwächern dem Autor zu Gebote stand, desto unheilbarer mußten die Wunden werden. Diese Staatskunst war es auch, die sich im Dienste Metternichs gebrauchen ließ, in der Schweizer Sonderbundsfehde die Kastanien aus dem Feuer holen zu helfen; sie war es, die in Neuenburg und Bern sich gleich stark kompromittirte, in London von Lord Palmerstons Johnbullscher Derbheit sich mußte schulmeistern lassen und schließlich unter dem Gelächter von ganz Europa sang- und klanglos von ihrer diplomatischen Pilgerfahrt heimzog. Die Mission Colloredo-Radowitz steht dicht hinter der berühmten Sendung Bois le Comtes und seinen Kolumbusfahrten nach dem todten Sonderbund; darum können wir es nicht fassen, wie man auch nur einen Augenblick daran denken kann, die Kandidatur eines Namens vorzuschlagen, der viele peinliche, und was schlimmer ist, auch lächerliche Erinnerungen an die alte Politik aufweckt. Die Staatskunst der „Gespräche aus der Gegenwart" paßt zu dem neuen Aufbau des deutschen Bundesstaates so wenig, als die verdammten Personen der konservativen Sonderbundspolitik sich zum ersten großen Probestück unserer auswärtigen Angelegenheiten eignen.

Großbritannien.

London, 6. Juli. Die Times haben im Hauptquartier König Karl Alberts einen eigenen Berichterstatter, dessen Mittheilungen bis jetzt sehr siegesicher und für die Italiener günstig lauteten, aber in der neuesten Nummer eine um so trübere Färbung angenommen haben. Die Piemontesen, heißt es, seien darüber unwillig, „daß auf sie allein die Last des Krieges falle, daß ihnen von den reichlichen Versprechungen keine gehalten würde, daß der König von Neapel sich von der Sache der italienischen Freiheit zurückgezogen, Pius IX. sie in ächt jesuitischer Weise verlassen, der Großherzog von Toskana so geringe Hilfe geschickt habe, daß sie für Nichts zu rechnen sei. Die Piemontesen sehnten sich nach ihrer Heimath zurück, sie wollten sich nicht ohne Lohn aufopfern, sich nicht im Felde mit dem Feinde herumschlagen, während sie dadurch abgehalten würden, ihre Felder daheim zu bestellen" u. s. w. Aus dieser Stimmung läßt sich wohl die Unthätigkeit des sardinischen Königs erklären, der vielleicht, wie er so eben erst Oesterreich verrathen, seiner intriguanten Natur nach bereits auf neuen Verrath an seinen jetzigen Bundesgenossen sinnt. Im Grunde kann man dem Könige, halte man sonst von ihm was man wolle, einige mißtrauische Vorsicht nicht verargen, da ihm so wenig wie alle Welt verborgen geblieben sein kann, daß die, für die er kämpft oder zu kämpfen vorgibt, zum Theil entschiedene Republikaner sind, welche nach vollbrachter Arbeit ihn auf die eine oder die andere Weise los zu werden hoffen. Dem Korrespondenten der Times zufolge beabsichtigt Karl Albert noch einen Schlag gegen Verona auszuführen; wenn aber dieser Streich mißglücke, so bliebe ihm, setzt der Korrespondent hinzu, keine andere Wahl, als den Oesterreichern den Frieden anzubieten. Inzwischen zögert er vielleicht absichtlich mit diesem Angriff, bis Venedig gefallen ist und F. M. Welden freie Hand gewonnen hat, seine Streitkräfte mit denen Radetzki's in Verona zu vereinigen. Dies würde für Karl Albert ein Vorwand sein, den Krieg abzubrechen und einen für beide Theile möglichst vortheilhaften, aber die Sache leider nur halbirenden Frieden zu schließen.

Die deutsche Auswanderung hat eine neue Richtung, die nach Südafrika, einzuschlagen begonnen, indem, dem South African Commercial Advertiser zufolge, im Laufe des Aprils 190 deutsche Auswanderer in Natal angekommen sind. Daily News bemerkt: jenes Land sei nun eine Hilfequelle für die Deutschen geworden, und nicht, wie es doch sein sollte, für die Engländer; das verdanke man der Faulenzerei und der schlechten Geschäftsführung des Ministeriums der Kolonien.

** London, 5. Juli. Ich sende Ihnen hiermit einen kurzen Auszug aus einem Artikel der „Times", über dessen Werth ich Nichts weiter hinzufüge; Einer der tiefsinnigsten und beredtesten Autoren, welche je die großen Probleme des sozialen Zustandes der Menschheit behandelt und das politische Phänomen der französischen Revolution erforscht haben, der Graf Joseph von Maistre, hat mit seiner gewöhnlichen Kraft und Schärfe die vergeblichen Bemühungen einer Nation geschildert, welche ihren ganz politischen Bau auf einer neuen Grundlage durch die alleinige und unmittelbare Wirkung ihrer eigenen volksthümlichen Energie wieder aufzuführen sucht. „Man gebe ihr Weisheit", sagt er, „Witz, Reichthum und Tapferkeit, nebst einem unbeschränkten Selbstvertrauen und einem durchdringenden und unternehmenden Geiste, welchen Nichts zu verwirren oder einzuschüchtern vermag. Der Sieg und die Macht mögen Wache halten an ihren Grenzen, so daß keiner ihrer Nachbarn den Fortgang des Werkes wird stören können. Es möge eine Nation sein, ausgezeichnet durch Wissenschaft, reich an Philosophie, berauscht von der menschlichen Kraft, frei von aller Knechtschaft des Vorurtheils und der Autorität; sie möge Nichts bedürfen; man lasse sie frei handeln mit ihren ungeheueren Hilfsquellen, damit sie unter dem unverbrüchlichen Schutze des Himmels werde — eine ewige Lektion für das Menschengeschlecht." Zum zweiten Male innerhalb wenig mehr als einem halben Jahrhundert ist das menschliche Geschlecht aufgerufen, Zeuge dieses sonderbaren und erniedrigenden Schauspiels zu sein. In verschiedenen der bedeutendsten Länder Europas, geht der eben erwähnte Versuch gleichzeitig vor sich. Die Frage, welche man alle auf gleiche Weise an alle diejenigen Staatsmänner richten kann, die sich gegenwärtig in dem ernsthaften und zweifelvollen Processe der Revolution befinden, ist die, ob dieses Unternehmen durch die jetzt angewendeten Mittel ausgeführt werden kann, oder ob der Natur der Dinge nach diese Mittel nicht gerade zu unlösbarer Verwirrung führen, welche in maßlosem Leiden und Unglück enden wird? Es ist nicht darum zu zweifeln, daß die Nationalversammlungen sowohl in Paris wie in Frankfurt eine sehr bedeutende Anzahl von hervorragenden Männern aufzuweisen haben, begabt mit vielen der erhabenen Eigenschaften, welche Herr von Maistre beschrieben, und bekleidet mit der Fülle der Volkssouveränetät. Betrachten wir aber den Charakter ihrer Berathungen und ihrer Beschlüsse, so müssen wir staunen über den gänzlichen Mangel an Würde einer Legislatur und Energie einer Regierung. In Verlegenheit über ihre eigene Allmacht, eifersüchtig auf jede individuelle Ueberlegenheit, anmaßend in ihrer Autorität und doch unfähig zu kollektiver Thätigkeit, ohne die Leitung eines individuellen Geistes und Willens, spiegeln diese Körperschaften in sich selbst die Anarchie, welche in den betreffenden Ländern herrscht. Weit davon entfernt, eine praktische Regierung des Staates zu schaffen, können sie ihre eigenen Verhandlungen nicht beherrschen, und um sich in ihrer Eigenschaft als parlamentarische Versammlungen der Nation nützlich zu erweisen, bedürfen sie der Leitung und Kontrole einer selbstthätigen und unabhängigen provisorischen Regierung. Mit einem Wort, obgleich eine Menge die allgemeinen Interessen eines Volkes zu repräsentiren und Eingriffen in deren Rechte zu widerstehen vermag, so ist doch noch niemals ein Reich glücklich gegründet oder wohl regiert worden durch die losen Einflüsse und Schwankungen einer volksthümlichen Versammlung, welche alles Herkommen, alle Autorität verwirft, und das Gesetz selbst nach dem Zwecke des Augenblicks umgestaltet. Wenn die Menschen aufgehört haben, ihre Angelegenheiten nach den Vorschriften der Vernunft und Erfahrung zu regeln, so ergreift eine Art Fatalismus von ihrem Geist Besitz, wie sie den jähen Abweg hinabstürzen, und mit Bedauern lesen wir die Sprache der bestürzten Redner in Frankfurt, welche die Worte Mirabeau's wiederholen: „es ist zu spät die Revolution zu hemmen, oder sogar nur zu beaufsichtigen; Alles was wir thun können, ist auf den rollenden Wagen zu springen und vielleicht, darauf umzukommen." Wie verschieden ist diese wilde und selbstmörderische Sprache von der ruhigen Ueberzeugung, welche Washington vor dem Konvent in Philadelphia hören zu lassen nicht zögerte, als er sagte: „Wir haben vermuthlich eine zu hohe Meinung von der menschlichen Natur gehegt, als wir unsere Konföderation gründeten. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Menschen nie die ihr eigenes Wohl am Besten bezweckenden Maßregeln annehmen und in Ausführung bringen ohne die Intervention einer zwingenden Macht." Aber unsere europäischen Republikaner von 1848 sind ebenso weit entfernt von den Grundsätzen des großen Gründers des amerikanischen Freistaates, als von seinem persönlichen Charakter. Jene zwingende Gewalt, in der Gestalt entweder der Monarchie oder einer vollziehenden Regierung, ist gerade das, was die Revolution umgestürzt hat. Sie wieder herzustellen ist ebenso schwer als die Kraft des Hebels ohne einen Stützpunkt anzuwenden. In Deutschland dürften die Zeichen der wiederkehrenden Ordnung noch kaum ersichtlich sein. Die Frankfurter Versammlung scheint auch nicht zu der Einsicht gelangt zu sein, daß sie ein Werk unternommen hat, welches mit den vorhandenen Mitteln nicht vollendet werden kann. Ihre Abstimmungen folgen aufeinander in nie endender Verwirrung. Der Führer der gemäßigten Partei (Heinrich von Gagern), triumphirt den einen Tag und erleidet den nächsten eine Niederlage. Ohne die Fähigkeit oder die Macht, den Tumult seiner eigenen Galerien zu bändigen, erwartet dieses Parlament Gehorsam von der Weichsel bis zum Rhein; seine eigenen Rechte sind unbegrenzt, und

Digitized by Google

doch hat es einen erlauchten Fürsten zu der Vormeisterschaft des Reiches bestimmt ohne irgend eine wahrhafte Absicht, demselben eine unabhängige Exekutivgewalt anzuvertrauen. Republiken können existiren wie Monarchien; aber die Form der einen kann nicht auf die Dauer verbunden werden mit dem Geiste der andern. Zur Erholung nach des Gegensatzes halber wenden wir uns von diesen verwirrenden Kämpfen Frankreichs und Deutschlands mit besonderer Befriedigung zu einem Staate, welcher genügende Kraft entwickelt hat, seine Unabhängigkeit zu vertheidigen, und genügende Weisheit, seine Institutionen zu erhalten — wir meinen das Königreich Belgien. Dort hat wenigstens die Welt ein Beispiel der vollkommensten Freiheit, in unserer eigenen Zeit und mit monarchischen Einrichtungen gegründet; denn gewiß, während die Belgier dem Throne eine loyale und moralische Unterstützung gewährt haben, verdanken sie ihre politische Existenz in ihrer gegenwärtigen Gestalt und ihre Befreiung von den Uebeln, welche gegenwärtig Europa verheeren, dem gesunden Sinne, dem Patriotismus und der Festigkeit ihres Souveräns, des Königs Leopold — ein denkwürdiger Beleg der Wahrheit, daß unter einem wachen Fürsten und in einem ehrlichen Volke die konstitutionelle Monarchie in der That die „beste Republik" ist.

Frankreich.

Paris, 7. Juli. Der gestrige Trauertag ist in der größten Ordnung und Ruhe vorübergegangen. Die Leichenfeierlichkeit selbst war schon Mittags um 12 Uhr zu Ende. Achthundert Sänger führten die Chorale des Gottesdienstes ohne Musikbegleitung aus, 200 Tambours schlugen in den Zwischenräumen die gedämpften Trauerwirbel. Der Präsident der Vollziehungsgewalt, General Cavaignac, und der Präsident der Nationalversammlung, Herr Marie, präsidirten der Feierlichkeit. Die Boulevards waren gedrängt voll von Menschen, die den Zug erwarteten und die Aenderung des Programms noch nicht kannten — ihre Erwartung wurde getäuscht. Verschiedene Gerüchte cirkulirten über die Ursachen dieser plötzlichen Abänderung, die Einen behaupteten, eine Höllenmaschine, wie die Fieschi's, die den Tod in die Reihen der Nationalversammlung hätte tragen sollen, sei vorgestern Abend von der Polizei in einem Hause der Boulevards entdeckt worden, nach Anderen wäre ein Komplott entdeckt worden, um während des Zuges den General Cavaignac und die Minister zu ermorden. Man kann wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß alle diese Gerüchte nur von der Furcht eingegeben oder gerndezu erfunden sind, und General Cavaignac aus dem einzigen Grunde den Zug abändern ließ, um den Bewohnern der Vorstadt St. Antoine das bittere Schauspiel eines so traurigen Triumphzuges zu ersparen. Die Geistlichkeit nahm an der Feier in einer Zahl und mit einem Aufwand von äußerer Repräsentation Theil, wie man das unter Louis Philipp nicht hätte wagen dürfen. Das Leichenbegängniß des Erzbischofs findet heute Statt. Emil von Girardin protestirt heute in einem an die Journale gerichteten Briefe gegen seine ungerechte und ungesetzliche Verhaftung und gegen die Unterdrückung seines Journals. Sobald die auf seine Pressen gelegten Siegel abgenommen werden würden, werde die Presse wieder erscheinen und er dann die Sache ausführlicher besprechen. Es scheint indessen, als werde gegen die Blätter überhaupt eine stärkere Observanz statt der bisherigen überaus laxen eintreten. So erwartet man zwar bald die Aufhebung des Belagerungszustandes, aber zugleich einige provisorische Gesetze über die Presse und den öffentlichen Journalverkauf; daß dieselben mehr von beschränkender als erweiternder Natur sein werden, läßt sich denken. Gleichzeitig macht der Generalprokurator alle Journale darauf aufmerksam, daß sie ihre Kaution bis längstens den 12. Juli zu erlegen haben, widrigenfalls die gerichtlichen Verfolgungen eintreten würden.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam es darüber zu Interpellationen. Zuerst war von der Stärke der Pariser Besatzung die Rede, und General Cavaignac kündigte in dieser Hinsicht die baldige Vorlage eines umfassenden Planes an. Dann interpellirte Tronsseau den provisorischen Regenten, ob er den Belagerungszustand und vor Allem die Suspension der Journale noch fortdauern lassen wolle. General Cavaignac gesteht, daß der Belagerungszustand ein fürchterliches Mittel sei, und daß nur seine Ueberzeugung, im Interesse des ganzen Landes zu handeln und die Reinheit seines Bewußtseins ihn stark genug gemacht hätten, vor dieser traurigen Nothwendigkeit nicht zurückzuweichen. Allein darum halte er es auch für nöthig, daß der Belagerungszustand noch so lange fortdauere, bis die Ruhe ganz befestigt sei. Die Journale erscheinen ungehindert, und was die suspendirten betrafe, so könnten sie nach Aufhebung des Belagerungszustandes ebenfalls wieder erscheinen. Baraud Lariviere interpellirt die Regierung, wegen der Kaution der Journale, die nun plötzlich in Beziehung auf ein Gesetz gefordert werde, das durch die provisorische Regierung abgeschafft worden sei. — General Cavaignac erklärt, daß die Aufhebung der Septembergesetze nothwendig die frühere Preßgesetzgebung wieder in Wirksamkeit gesetzt habe, und auch diese fordere die Kaution. Uebrigens mache er sich durchaus nicht zum Vertheidiger dieser Gesetze, sondern überlasse es der Nationalversammlung selbst, die künftigen Bestimmungen wegen der Tagespresse festzustellen. Im gegenwärtigen Augenblick habe es sich für die Regierung nur darum gehandelt, möglichen Preßexcessen gegenüber eine Vertheidigungswaffe zu haben, und darauf beziehe sich das Cirkulär des Generalprokurators über die Journalkautionen.

Die Prüfung der Verfassung in den Bureaux wird wohl nicht vor dem 20. Juli beendigt sein; alle Bemerkungen, Amendements, Vorschläge müssen dann an die Verfassungskommission zurückgehen, so daß sich der Anfang der öffentlichen Berathung bis in den August hinziehen wird. Die Berathung in den Bureaux bietet jedoch schon Interesse genug; so war dieser Tage die Frage, ob eine oder zwei Kammern, an der Tagesordnung, und es kam zu einer Debatte, in welcher Cormenin für eine, Thiers und Tocqueville für zwei Kammern mit sehr bemerkenswerthen Reden hervortraten. Thiers erklärte in seiner Rede, er sei kein Republikaner von gestern, sondern nur von heute, er habe die vorige Regierung bekämpft, weil er sie gehofft habe zum Guten zu führen, aber er sei jetzt Republikaner, weil die Republik die gesetzlich bestehende Regierungsform in Frankreich sei. Von dem vorigen König wolle er nichts Hartes und Schimpfliches sagen, um so mehr, da er jetzt im Unglück, in der Verbannung und in Armuth (?) sei; aber das habe er gesehen, daß alle Regierungen seit Napoleon an ihrem eignen Uebermaß zu Grunde gegangen seien. Er warne die Republik, nicht auch diesen Weg zu gehen, und Frankreich habe in die Alternative zu versehen, entweder eine schwache Versammlung unter einem starken Präsidenten der Regierung, oder eine despotische Versammlung unter einem schwachen Regenten zu haben. Man sage, eine Versammlung sei einfacher; aber in der Politik sei nichts einfacher als der Despotismus. Die Gründe, welche Thiers für das Zweikammersystem (eine Abgeordnetenversammlung und einen gewählten Senat) anführte, sind die bekannten, die man allenthalben geltend macht, die auch in Amerika ihre Anwendung gefunden haben; Thiers wußte sie aber mit der ihm eigenthümlichen Geschicklichkeit an die geschichtlichen Zustände Frankreichs anzuknüpfen und neben einer lebendigen Kritik der bisherigen Regierungen zugleich der Republik ihr Horoskop zu stellen.

Spanien.

* Auch in Spanien scheint sich eine neue Krisis vorzubereiten und die lange Abspannung, welche ein so schmähliches Regiment, wie das gegenwärtige, möglich machte, wird vielleicht bald einer allgemeinen Erschütterung weichen. Die seit Espparteros Sturz ganz desorganisirte progressistische Partei scheint durch die jüngsten mißglückten Versuche allen Muth verloren zu haben; der Anstoß geht diesmal von den Karlisten oder den Anhängern des Grafen Montemolin aus. Der berühmte und berüchtigte Kämpfer und Schlächter im Dienste des Don Karlos, Ramon Cabrera, ist wieder auf spanische Erde getreten und, wie sich denken läßt, nicht in friedlicher Absicht. Nach Briefen vom 27. Juni, welche die legitimistische Union in Paris erhalten hat, haben ihn die Generale Forcadell und Bognica an der Spitze von tausend Mann an der Grenze empfangen; er selbst erschien dort am 29. mit einem Bataillon und einer Schwadron Reiter, die Beide gut ausgerüstet waren. In seinem Generalstab befinden sich eine Reihe von Officieren, die unter Don Karlos gefochten haben. Der Bericht nennt den General Arnau, die Obersten Ceballos, Gonzalez, Gastn, Domenée, Flores Villa-Amil, die Brüder Segovia und den Hauptmann Ypareaguirre und mehrere Andere; es scheint also auf eine umfassende Unternehmung angelegt zu sein. Cabrera hat eine Proklamation erlassen, die er als „Oberanführer" unterzeichnet, und worin er die Spanier auffordert, mit den Waffen zu ihm zu stoßen. Es heißt darin unter Anderm: „Ein habsüchtiger, falscher und exaltirender Fürst hat unsere Theilungen benützt und im Einklang mit einer entarteten Fürstin aus dem katholischen Throne der Alphons und Ferdinand einen Gegenstand der Spekulation gemacht; eine Heirathsverbindung ist inmitten der Finsterniß der Nacht ausgeheckt worden, und die Folge dieser Verbindung ist, daß die Krone, welche alle Kronen der Welt an Glanz überstrahlt, von den Häuptern der Frauen, die sie wider Recht tragen, auf einen Fremdling ohne Ansehen, ohne Geltung und ohne rechtliche Ansprüche übergehen würde." Dies zu verhüten, fordert Cabrera alle heldenmüthigen Spanier auf, die Waffen zu ergreifen; denn es gelte

Digitized by Google

der spanischen Unabhängigkeit. „Ich erwarte Euch auf denselben Schlachtfeldern, die einst der Schauplatz Eurer Großthaten waren. Dort werdet Ihr ein Schwert finden, dem es gelungen war, Euch schon zum Siege zu führen, und eine Fahne, die bereits glorreich gewesen ist, die aber jetzt auf der einen Seite den Namen Karl Ludwig Bourban, unsers rechtmäßigen Königs, trägt, auf der andern den Schlachtruf: es lebe die spanische Unabhängigkeit."

Die Zustände in Spanien sind so heillos, daß das Gelingen einer Schilderhebung des „Schülers von Tortasa", oder wie ihn die legitimistischen Blätter salbungsvoll nennen, des „Grafen von Marella" nicht unter die unwahrscheinlichen Dinge gehört. Wer sich erinnert, in welch freundlichen Verkehr englische Staatsmänner sich mit dem Grafen von Montemolin einließen, wird auf den Gedanken kommen müssen, daß Cabrera die Antwort Englands für die Ausweisung des Gesandten Bulwer aus Madrid überbringt. Gewiß wird Lord Palmerston sich nicht beeilen, eine Intervention zu Gunsten des Regiments Narvaez-Muñoz vorzunehmen oder auch nur zu dulden, und Louis Philipp sähe sich dann auch auf der empfindlichsten Seite seiner Politik schmerzlich überwunden.

Italien.

Rom. Wie es heißt hat Mamiani den Papst um die Erlaubniß zum Verkauf der für die Jesuiten gehörig gehaltenen Güter angegangen, dieselbe aber noch nicht erhalten; auch soll der Papst die Entscheidung über diese Frage nicht den Kammern überlassen wollen, weil es sich hiebei um eine geistliche oder gemischte Angelegenheit handle. Die von Vicenza und Treviso zurückgekehrten Truppen sollen sich vieler Unordnungen schuldig machen; der Kriegsminister hat deßhalb (25. Juni) einen Aufruf an sie erlassen, welcher u. A. andeutet, daß man in Rom die Kapitulation von Vicenza als nach immer in Rechtskraft betrachtet. (A. Z.)

Mailand. Der Tessiner Republikano vom 6. d. berichtet, daß hier am Tage vorher vor dem Regierungsgebäude eine Volksdemonstration zur Beschleunigung des Kriegs stattgefunden habe. Eine große Masse Bürger habe der Regierung auf friedliche Weise andeuten wollen, daß wenn Karl Albert nöthig sei, den Krieg zu glücklichem Ende zu führen, man die Hülfe Frankreichs ansprechen solle. Die Regierung habe ihre Maßregeln getroffen, um diese Demonstrationen zu unterdrücken und schreibe diese Erscheinung den österreichischen Umtrieben zu. Jedenfalls wird die provisorische Regierung der Lombardei jetzt die Hülfe Frankreichs nicht ansprechen. Ihr Schicksal ist geknüpft an das Karl Alberts.

Die über die verzweifelte Lage Venedigs mitgetheilten Nachrichten der Wiener Zeit. erhalten jetzt durch einen neuen Bericht des Generals Welden ihre Berichtigung. Er begreift die Operationen vom 24. bis 30. Juni und bestätigt die Besetzung des wichtigen Forts Cavanella, das die ganze Lagunenstraße beherrscht, so daß Venedig des Trinkwassers beraubt und auf das schlechte Wasser der artesischen Brunnen beschränkt wurde. Auch die Eisgrube Venedigs fiel in die Hände der Kaiserlichen. Durch die vielen aus Venedig auswandernden Personen erfuhr man, daß man daselbst eine Gesammtbesatzung von 21,000 Mann hatte. Malghera habe eine Besatzung von 1800 Mann und 60 Geschütze. Es könne nur durch regelmäßige Belagerung genommen werden. (Allg. Z.)

Ungarn.

Temeswar, 29. Juni. Die Allg. Z. meldet bis zu diesem Datum: Die Insurgenten hatten keinen Angriff gegen die Stadt gewagt, sondern sich nach Alibunar zurückgezogen. Das illyrische Nationalkomité — wie es scheint von der Niederlage in Prag betroffen — hatte um eine Bedenkfrist bis zum 30. Jun. gebeten, um die an den Kaiser gesandte Deputation zu erwarten und die Ausgleichung mit dem ungarischen Ministerium zu versuchen. Unser Temeswarer Brief enthält die bedeutsame Stelle: „Wir unsrerseits glauben fest, daß das tragische Schauspiel eines Bürgerkriegs erst beginnen werde, wenn es Rastlosd seiner Politik angemessen findet, sich der Angelegenheit seiner Stamm- und Glaubensverwandten anzunehmen; denn so gewiß es ist, daß die Masse der Slaven der russischen Herrschaft todfeind ist, so gewiß ist es auch, daß die Leiter der Bewegung kein Bedenken tragen werden, dieses letzte Mittel zur Erreichung ihres Zwecks anzuwenden." Der Schreiber dieses Briefes ist ein Ungar. Aber auch unsere deutschen Korrespondenten in Siebenbürgen nehmen für die Magyaren gegen die Illyrier Partei, während in Triest, Wien und Innsbruck im allgemeinen dem Banus von Kroatien mehr Vertrauen geschenkt wird als den Magyaren, die unmittelbar nach der Wiener Märzrevolution ihre auffallende Sonderstellung eingenommen hatten und erst jetzt, da die slavische Noth sie drängt, sich dem Kaiserstaat wieder nähern.

Nach späteren Nachrichten aus Temeswar vom 27. Juni waren die südslavischen Streichaufen in drei Massen abgetheilt. Die eine beherrschte das rechte Donauufer von Karlowitz an, die zweite hielt die sogenannten römischen Schanzen zwischen Donau und Theiß besetzt; die dritte entwickelte sich auf der Ebene am Begafluß von seiner Einmündung in die Theiß bei Perlaß gegen Groß-Becskerek hin. Ihnen gegenüber zogen sich magyarische Truppen und Nationalgarden, kumanische Sensenmänner, jazygische Reiter, Szekler ꝛc. zusammen. In Kurzem erwartete man den Zusammenstoß von 60,000 Mann, entflammt von Haß und Wuth gegeneinander. Gegen den „schwäbischen" Kaiser, der „die serbische Nation an die Ungarn verrathen", fanden in Paresowa ꝛc. starke Manifestationen Statt.

Donaufürstenthümer.

Bucharest, 24. Juni. Die Nachricht von dem Einmarsch der Russen in die Donaufürstenthümer war abermals voreilig und eine jener vielen Alarmgerüchte, durch deren Ausprengung man unsre Blicke nach Osten ziehen und von andern Himmelsgegenden ablenken will. Es hat allerdings in Bucharest eine Volksbewegung stattgefunden, an welcher namentlich die Officiere Theil nahmen. Einer Korrespondenz der Allg. Z. entnehmen wir Nachstehendes: Folgendes sind die Resultate der gestrigen Versammlung im Fürstenhause (denn von Aufstand war gar nicht die Rede), an der die ganze jüngere Generation, der Kaufmannsstand und die Officiere theilnahmen, bei der aber alle Greisbejahrten und Weißbärte fehlten, da die Cholera meist dieselben verschacht hatte. Der Fürst bewilligte und unterschrieb 22 Punkte, von denen die wichtigeren: 1) Preßfreiheit; 2) Abschaffung der Leibeigenschaft der Zigeuner und der Bauern, sowie alle Feudallasten; jener: Uebernahme von Seite des Staats der an die jetzigen Landbesitzer zu erstattenden Vergütung für den Verlust jener Lasten nicht nur, sondern auch derjenigen Theils des Grundes und Bodens, den die bisher an der Scholle klebenden Bauern jetzt als Eigenthum erhalten sollen; 3) Reduktion der Civilliste auf die Hälfte; 4) Verabschiedung der bisherigen Minister; allgemeines aktives Wahlrecht (ob passives, weiß ich noch nicht); 6) Wiedereinführung eines älteren (volksthümlichen) Administrationsmodus; Emancipation der Juden; 8) Erklärung der zahlreichen und sehr reichen Klostergüter und aller übrigen Kirchendotation als Nationaleigenthum; 9) Beschränkung der Dauer der Regentschaft auf 5 Jahre, mit andern Worten alle 5 Jahre Fürstenwahl; 10) die Minister nicht nur, sondern der Fürst selbst ebenfalls verantwortlich; 11) Errichtung einer Nationalgarde; 12) Aufhebung jedes Rangunterschiedes, mit einem Wort: Gleichheit vor dem Gesetz. Daß die Stadt, die gestern früh menschenleer schien, jetzt wimmelt und in feuriger Aufregung ist, braucht kaum erwähnt zu werden; wohl aber, daß außer dem Fenstereinwerfen in den Wohnungen der beiden verhaßten Minister Villara (Inneres) und Maan (Polizei) auch nicht der mindeste Unfug vorfiel. Ungeheure trikolore Kokarden prangen auf jedem Rock. Folgendes sind die neuen Ministerernennungen: Inneres, Nikolas Golescu; Finanzen, Majero; Justiz, Stephan Golescu; Polizei, Konstantin Rossetti; Kultus und öffentlicher Unterricht, Eliade; Militärangelegenheiten, Major Tell (der Oberst Odobesco behält den Befehl der Truppen); Aeußeres, Konstantin Baltschesko. Alle diese Männer sind als wacker bekannt und gehören nicht den reichen Familien an.

Ein Bericht aus Wien sagt: Vermöge eines neuern an das Ministerium des auswärt. Angelegenheiten erstatteten Berichts der k. k. Agentur zu Jassy vom 28. v. M. war die am 26. daselbst allgemein verbreitete und durch einen fürstlichen Befehl wegen freundlicher Aufnahme der einrückenden russischen Truppen beglaubigte Nachricht von dem bereits erfolgten Einmarsch derselben in die Moldau voreilig. Auch die von dem türkischen Kommissär angeblich ergangene Aufforderung an seine Regierung, ebenfalls ihrerseits Truppen in die Fürstenthümer einrücken zu lassen, hat sich bis dahin nicht bestätigt. (Wiener Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elsner & Kap., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. L. Alexander in Straßburg Nr. 20 Grand-, Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 28 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 192. Heidelberg, Mittwoch 12. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die neue Reichsgewalt. — **Wien** (Zasetzung zu Ehren der Deputirten. Reden der Abgeordneten. Wahlen zum konstituirenden Landtag. Der päpstliche Nuntius erhält seine Päße). **Triest** (ein italienischer Angriff. Kanonade bei Pirano. Rückzug der feindlichen Schiffe). **Berlin** (Verkauf der Staatsdomänen. Besteuerung der Landwehr von der Klassensteuer). **Magdeburg** (die freie Gemeinde). **Stralsund** (dänische Insolenz gerügt). **München** (Freude über die Wahl des Erzherzogs Johann). **Stuttgart** (die Trennung im vaterländischen Verein. Erklärung gegen den demokratischen Centralausschuß). **Leipzig** (konstitutionelle und republikanische Gegensätze. Eindruck der Wahl des Reichsverwesers). **Hannover** (Interpellation wegen des Waffenstillstandes. Depesche des Generals Halkett). **Aus Baden** (das Treiben der Anarchisten und die Schweizer Neutralität). **Vom Neckar** (die Portofreiheit). **Altona** (preußische Reservetruppen). **Hadersleben** (Stellung der Truppen, die Bedingungen des Waffenstillstandes). **Kiel** (die englischen Vorschläge). **Lübeck** (der Waffenstillstand). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung über den Frieden mit Dänemark).

Großbritannien. Die Hume'schen Wahlreformvorschläge. Die Times über die Wahl des Erzherzogs Johann. Eine auff. Kriegserklärung aus Köln. Eine Entgegnung Bunsens auf einen dänenfreundlichen Artikel der Times.

Frankreich. Paris. Die prov. Municipalität. Deportationsplan. Uebertäue von Wachposten. Cabet. Wahlthätige Wirkung der Auflösung der Nationalwerkstätten. Falsche Gerüchte.

Italien. Ermattung der italien. Bewegung. Ein Zögling Metternichs in Neapel. Neapel. Vorsichtsmaßregeln; der Aufstand in Kalabrien. Die Kammer ohne Störung eröffnet.

Ungarn. Pesth. Die illyrischen Wirren.

Beilage. Die Abänderung des Zollvereintarifes. **Ungarn.** Wüthen der Jüpiter gegen die Magyaren und Deutschen.

Heidelberg, 11. Juli.

Mit jenem freudigen Jubel, der nicht das Ergebniß eines vorübergehenden Rausches, sondern die Frucht ernster und inniger Theilnahme an dem Wohle des Vaterlandes ist, hat man die Abgeordneten deutscher Nation allenthalben begrüßt, welche die Botschaft der Erwählung dem neuen Reichsverweser brachten. Der Aufruf des demokratischen Centralausschusses, der gegen die neubegründete Einheit zum Widerstand aufforderte, hat von Frankfurt bis nach Nürnberg, Regensburg und Wien hin die verdiente Antwort gefunden, anderwärts höchstens Proteste hervorgerufen, auf keiner Stelle aber, die der Rede werth wäre, den erwarteten Anklang gefunden. Ein paar vergnügte Minuten hat sich unsere republikanische Leichtgläubigkeit noch damit verschafft, daß sie ausbreitete, der Erzherzog habe die Unverantwortlichkeit abgelehnt; die klugen und unklugen Verbreiter dieses Gerüchtes verriethen dabei sehr unzweideutig, wie es mit ihrer Theorie von der Volkssouveränetät bestellt sei. Sie fanden es ganz in der Ordnung, daß ein von den Vertretern des souveränen Volkes erlassenes Grundgesetz so ohne Weiteres vom Reichsverweser „abgelehnt" werden konnte, sie schienen zu glauben, die Unverantwortlichkeit sei nicht etwa ein politisches Princip, sondern eine persönliche Artigkeit gegen den Erzherzog Johann, die dieser eben so galant zurückweisen könne. Sie fanden gar Nichts dagegen einzuwenden, daß das neue konstitutionelle Oberhaupt damit anfing, einen wesentlichen Satz der konstitutionellen Bestimmungen über die Reichsgewalt durchzustreichen; denn Alles, auch die autokratische Willkür, ist ihnen gut genug, wenn nur momentan damit der Zweck erreicht wird.

Jene freudige Stimmung im Volke, die von den sophistischen Deutungen und Verdrehungen des Wortes „unverantwortlich" ganz absah hatte zunächst ihren Grund in der richtigen Einsicht, daß mit der Bestellung eines Oberhauptes der Anarchie langen unglückseligen Zeiten ein Ende gemacht sei. Es sprach sich darin aber auch die Zufriedenheit aus mit der Wahl selbst. Die große Mehrzahl der Nation hatte ihre Vertreter nach Frankfurt geschickt, nicht um ein schwankendes republikanisches Regiment zu bestellen, das uns von Neuem jeder Keisis des Faktionsgeistes wehrlos preisgäbe, sondern um auch an der Spitze die konstitutionell-monarchische Form ausgebaut zu sehen, nach welcher unser Staatsleben im Einzelnen geordnet ist. Der Beifall galt dem konstitutionell-monarchischen Princip zugleich, das in dieser Wahl ausgesprochen war; man hatte das Bewußtsein, daß von zwei Wegen derjenige auserwählt war, der den Wünschen und den Bedürfnissen der Nation am meisten entsprach. Die Wahl eines Präsidenten, auch wenn sie auf eine sehr ehrenwerthe Persönlichkeit fiel, hätte nimmer diesen Eindruck hervorgebracht, weil auch eine ganz tüchtige Persönlichkeit die Bedenken nicht beseitigen konnte, die der schwankende, unfeste Zustand unter solch ungewisser Leitung erwecken mußte.

So weit lägen die Sachen gut, wenn es mit diesem Jubel allein gethan wäre. Aber die neue Gewalt, wie sie uns gegenüber mit ungeheuren Verpflichtungen ans Ruder tritt, verlangt auch weiter von uns das Entgegenkommen und die Unterstützung, ohne die keine Staatsgewalt bestehen kann. Es wäre recht gut, wenn das viele Reden von der Republik uns etwas republikanische Tugend und Selbstverläugnung einimpfen könnte, wenn wir bei der Gelegenheit an echten Republikanern den bürgerlichen, nicht sklavischen Gehorsam, die Zucht und den hingebenden Patriotismus lernen könnten, der uns so überaus Noth thut. Oder wenn wir auch nur den politischen Instinkt der Briten und Franzosen besäßen, der in gefährlichen Lagen die eigenen Neigungen und Parteigelüste zum Opfer bringt und sich an das olte Römerwort hält: Salus reipublicae suprema lex esto.

An eine Nation, die eine so bittere und doch unfruchtbare Schule durchgemacht hat wie die unsrige, ist solch eine Forderung freilich zu hoch gestellt; denn wer sich selbst und sein Volk nicht mit Schmeichelworten bethören will, muß gestehen, daß wir für eine Lage wie die gegenwärtige noch sehr unvorbereitet sind. Aus der trägen Behaglichkeit des politischen Stillebens, aus den angebornen Neigungen der individuellen Absonderung, aus der schlimmen Gewöhnung kleinbürgerlichen Denkens und Thuns, aus dem langen Druck politischer Thatlosigkeit sind wir plötzlich in eine große aber gefährliche Lage gerückt worden und sollen uns nun, der alten Bevormundung entledigt, selber darin zurechtfinden. Einen guten Theil der Schuld trägt die alte Politik, die uns solange in diesen zerfahrenen Wegen leitete, einen andern Theil tragen wir selbst, die wir uns so lange widerstandlos leiten ließen. Die literarische Beschaulichkeit, die uns von jeder ungewöhnlichen Rührigkeit und jedem großen Thun selbstgenügsam entfernt hielt, die ästhetische Genußlibe, die in uns soviele Untugenden eines müßigen, kontemplativen Kulturvolkes großgezogen hat, haben wir selber an uns herangebildet und damit der alten Politik ihre Wege geebnet. Jetzt sollen wir mit einem Male selbst thätig werden und die politischen Tugenden, die in alter und neuer Zeit den freien Mann charakterisieten, die wir bisher nur theoretisch kannten, an uns selber bewähren. Kein Wunder wenn wir da rückfällig werden in die früheren Fehler; wenn die alte Selbstsucht der Behaglichkeit, der alte Eigensinn des Individualismus uns wieder überkommen, wenn wir uns schieben lassen wo wir selber schieben sollten, wenn uns die Genußsucht, das schlimmste Laster der Civilisation, in Zeiten, die Opfer verlongen, peinlich überrascht, wenn wir in dem Eigensinn, der Willkür, der Gesetzlosigkeit aller Einzelnen ein Accidenz der jungen Freiheit setzen.

Wir werden es daher der neuen Reichsgewalt nicht leicht machen, uns zu regieren, wir, die wir solange jeder wohren Regierung entwöhnt sind, die wir von den Republiken geduldig reden hören, ohne auch nur zu bedenken, welch straffe, unbeugsame Gewalt gerade die besten Republiken zu allen Zeiten geübt haben, die wir die Anarchie beseitigt sehen wollen, ohne in uns selbst alle Sondergelüste, alle anarchischen Neigungen der Einzelwillkür überwunden zu haben. Nur wenn wir selbst das gute Beispiel geben und im großen Reiche an uns selbst und Dem was uns umgibt

Digitized by Google

das Konstableramt der Zucht und Ordnung sein, können wir hoffen, daß es der Reichsgewalt gelingen, die Ordnung, das Vertrauen, die Macht des Gesetzes, wonach alle Parteien sich sehnen, zurückkehren zu sehen.

Wir haben ein sehr lehrreiches Beispiel in unserer nächsten Nachbarschaft. Es war nicht auffallend, wenn da nach der blutigen Umwälzung vom Februar die Erschütterung der bestehenden Formen der Anarchie einen weiten Spielraum gab; es war nur bedenklich, daß eine Regierung, der die große Mehrheit der Nation sich willig unterordnete, weil sie Ordnung und Gesetz von ihr geschützt hoffte, trotz aller schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit nicht ernst und eifrig Hand anlegte. War doch das herkömmliche Feldgeschrei „Reaktion! Reaktion!", wo es sich nur von Erhaltung aller politischen und gesellschaftlichen Formen handelte, doch mehr verbraucht als bei uns, hatte man doch ein an politischen Erlebnissen reiches Volk unter sich, das jeden energischen Schritt zum Wohl des Ganzen gern unterstützte. Die Regierung zog es aber vor, mit den anarchischen Bestrebungen Waffenstillstände zu schließen, mit ihnen Verträge zu versuchen, sie mit Liebkosungen und Zusagen hinzuhalten, bis der Stoff ihr über den Kopf wuchs und sie ohne Ruhm und Bedauern das Steuerruder lassen mußte. So ist man zur jüngsten Krisis gelangt; was im Mai und April eine mäßige Energie vermocht hätte, mußte nun mit außergewöhnlicher Kraft erreicht werden; das spielend und gedankenlos ausgesprochene Wort „Reaktion" ward zur harten Wahrheit. Die Presse, die persönliche Freiheit, das Associationsrecht wird jetzt ohne Widerspruch angetastet, ein unbeugsames Militärregiment lastet auf der Hauptstadt, und Frankreich hat, allen eitlen Phrasenmachern zum Trotz, seinen Herrn wieder gefunden. Ein seltenes Glück für Frankreich, wenn dieser „Herr" nicht die Neigungen Cromwells oder Bonapartes in sich trägt; sonst läßt sich Alles so an wie zu der Zeit, wo die von der Anarchie erschöpfte Stimmung des Volkes diesen gewaltigen und gewaltsamen Männern sich in die Hände gab. Man jubelt dem Diktator zu, findet jede Ausnahmsmaßregel gerechtfertigt; Vertrauen und Behaglichkeit, die unter der zuchtlosen Freiheit nicht gedeihen wollten, kehren unter der Militärdiktatur zurück. Es wäre schlimm, wenn die Franzosen auf die Dauer dies exceptionelle Verhältniß der gesetzlichen und ruhigen Entwicklung vorzögen und so die Geschichte des Konsulats noch einmal von vorne anfingen. Aber noch schlimmer, wenn wir unter uns die Zuchtlosigkeit und die Anarchie bis zu dem Grade anwachsen ließen, wo uns die Militärdiktatur unter Ausnahmsgesetzen als eine Zeit der Erlösung erschiene, wo der übersatte Rausch der regellosen Freiheit uns die Freude an der gesetzlichen Freiheit wieder auf lange hin verdorben hätte. Denn wir hätten die Mittel nicht in uns, so rasch und elastisch in die rechte Stellung zurückzuspringen, wie die Franzosen; wir wären dann der wahren und wirklichen „Reaktion" verfallen, mit deren Namen jetzt nicht selten getändelt wird, wie vom Hirtenjungen mit dem Wolf in der Fabel.

Oesterreich. **Wien**, 6. Juli. Der päpstliche Nuntius, Msgr. Morecchini, hat heute seine Pässe vom Ministerium des Auswärtigen zurückbekommen. Ein neuerlicher Beweis von Wessenbergs Energie. (Allg. Ö. Z.)

Δ **Wien**, den 6. Juli. Der Fackelzug, welchen gestern Abend die vereinigten Nationalgarden, Bürger und Studenten dem Reichsverweser Erzherzog Johann und den Deputirten des deutschen Volkes brachten, war eben so glänzend als zahlreich. Er nahm um acht Uhr seinen Anfang und dauerte bis halb zwei Uhr nach Mitternacht. Erzherzog Johann sprach herrliche Worte von dem Balkon der Reichskanzlei. Unter Anderm sagte er: „Es ist eine herrliche Sache um den Besitz einer Krone, aber den höchsten Werth hat in meinen Augen die Bürgerkrone." Zu dem Abgeordneten Raveaux aus Köln hatte der Erzherzog schon am Morgen die schönen Worte gesprochen: „Ich bringe Ihnen mein deutsches Herz und deutsche Treue! Unterstützen Sie mich in meinem Streben!" — Als der Zug in der Kärnthnerstraße bei den Deputirten anlangte, wurde das Lied „was ist des Deutschen Vaterland" von den Musikbanden gespielt und eine Deputation des Gemeinde- so wie des Sicherheitsausschusses begab sich zu ihnen. Die sieben Frankfurter Abgeordneten sprachen wahrhaft begeistert und überaus gehaltvoll zu den versammelten Wienern. Sie dankten ihnen im Namen aller Deutschen und im Namen der Nationalversammlung für die Auszeichnung und die Herzlichkeit, mit der man sie empfangen, sie dankten ihnen für ihre feste und ausdauernde Haltung in den März- und Maitagen, welche allein die feste Einigung Deutschlands vollkommen möglich gemacht habe! — Nach einer Rede des Dr. Schilling brachte man Stürmen, welche ein Hoch für die „Linke" verlangten, worauf endlich diesen: auch der „Rechten". Ein Hoch für beide folgte. Nun nahm Dr. Schilling das Wort und sprach seine Ueberzeugung dahin aus, daß es bei dieser Gelegenheit weder eine „Linke" noch eine „Rechte" gebe, sie wollen Alle das Wohl des Gesammtvaterlandes. Der folgende Redner — ich glaube Raveaux — sprach sich in demselben Sinne aus und sagte: wenn auch auf verschiedenen Wegen, verfolgen wir doch Alle dasselbe Ziel: das Glück des Volkes. — Dr. Goldmark begrüßte die Abgeordneten von der Straße mit einer Rede, worin er unter Anderem den Wunsch aussprach, der Reichsverweser möge mit seiner neuen Würde auch die Verantwortlichkeit derselben übernehmen. Die beiden letzten Redner waren ein Mitglied des Vereins der Deutschen in Böhmen und ein Ungar. Letzterer brachte ein donnerndes Hoch auf den Anschluß von Ungarn an Deutschland aus. Die Begeisterung war allgemein, und man trennte sich endlich gegen zwei Uhr tief bewegt und erschüttert, jedes Herz mit frohen Hoffnungen für Deutschlands Größe, Macht und Stärke erfüllt! Erzherzog Johann wird dem Vernehmen nach am 8. von hier nach Frankfurt abgehen und am 17. hieher zurückkehren.

Δ **Wien**, den 6. Juli. In den beiden Wahlbezirken der innern Stadt wurde heute im 1. Pillersdorf, im 2. Doblhof zu Abgeordneten für den konstituirenden Reichstag erwählt. Bei dem ersten scrutinium fehlte Pillersdorf eine Stimme, bei dem zweiten hatte er eine Majorität von 23 Stimmen. Die meisten Stimmen nach ihm hatten Dr. Aix, Bach und Megerle von Mühlfeld. Auch in dem Bezirk der Leopoldstadt ist Pillersdorf gewählt — er hat aber bereits jene Wahl abgelehnt und die im 1. Bezirke der Stadt angenommen, da er es für seine Pflicht hielt da anzunehmen, wo er als Kandidat aufgetreten war. — Er wird einen schweren Stand auf dem Reichstage haben, da das demokratische Element besonders seit der vorgestrigen Bekanntmachung der provisorischen Geschäftsordnung für den Reichstag in großer Aufregung gegen ihn ist.

☽ **Triest**, 4. Juli. Einem eben einlaufenden officiellen Berichte des Kapitäns Huff, Kommandanten von Pirano, entnehmen wir Folgendes: „Gestern Abend 6 Uhr näherten sich eine venetianische Brigg und ein Dampfer vom feindlichen Geschwader dem Porto Rose bei Pirano. Sie führten einige Kriegsboote im Schlepptau mit sich und machten eine Drohbewegung gegen die Küste. Kaum hatte Kapitän Appiano Zeit, die zunächst bedrohte, beim Konvent S. Bernardino aufgepflanzte Batterie zu sichern, als 5 stark bemannte Fahrzeuge des Feindes sich dem Ufer bis auf 40 Schritte näherten und ein lebhaftes Feuer gegen die genannte Batterie eröffneten. Diese leistete nachdrücklichen Widerstand, konnte jedoch nicht verhindern, daß die Feinde in etwas größerer Entfernung ihr Feuer fortsetzten. Inzwischen hatten die obengenannte Brigg und der Dampfer ebenfalls ihr Feuer begonnen, und es entspann sich eine zweistündige, hartnäckige Kanonade, bis die feindlichen Schiffe, an mehreren Stellen beschädigt, sich ohne Erfolg zurückzogen. Zur Andeutung des Mißverhältnisses zwischen uns und dem Feinde muß bemerkt werden, daß wir nur drei Kanonen zur Verfügung hatten, diese waren jedoch so trefflich bedient, daß sie dem Feinde die Lust benahmen, eine Landung zu wagen." — Kann man in Deutschland solche Berichte lesen, ohne von Scham und Entrüstung erfüllt zu werden, daß trotz aller Erklärungen und Protestationen der Nationalversammlung, unser Hafen noch immer blokirt und das ganze Küstenland täglich den gefährlichen Neckereien der italienischen Verräther ausgesetzt ist? — Neckereien, welche am Ende doch einmal eine ernstere Wendung nehmen könnten. Schon der Ehre des deutschen Namens wegen sollte hier einmal ein ernster Schritt geschehen.

☽ **Triest**, 5. Juli. Der Kapitän des Lloyd, P. Geleich, welcher bei Gelegenheit der bekannten orientalischen Wettfahrten die englischen Dampfer leitete, hat zur Belohnung für seinen Eifer von der englischen Admiralität eine kostbare Uhr und von der österreichischen Regierung die goldene Civilverdienstmedaille bekommen. — Leider geschah es bei Gelegenheit des Ihnen gestern gemeldeten Vorfalls von Pirano, daß bei zunehmender Dunkelheit von der Bernardino-Schanze aus drei Schüsse gegen ein für feindlich gehaltenes Schiff abgefeuert wurden, welches sich später als ein österreichisches Kauffahrteischiff auswies.

Nachschrift. Soeben erhalten wir noch folgendes Schreiben, datirt vom 4. Juli: „Obrecht des Schiff, welches gestern vom Satute-Thurm aus beschossen wurde, die österreichische Flagge geführt haben soll und im ersten Augenblicke für ein Merkantilschiff angegeben wurde, so glaubt man doch heute die Ueberzeugung zu haben, daß es ein feindliches Schiff gewesen ist, indem es zur Flotte zurück-

Digitized by Google

kehrte und heute mit ihr absegelte. Die Flotte hat sich bereits um die Punta di Salvare zurückgezogen und verschwindet immer mehr aus dem Gesichte." — Gestern sprang auf der im Hafen von Triest ankernden österreichischen Fregatte „Guerriera" beim Feuerwerfereiren eine Kanone, wodurch 4 Mann getödtet und 9 Mann (darunter ein Officier) verwundet wurden.

Preußen. Berlin, 6. Juli. Es wird demnächst ein Gesetzentwurf wegen Veräußerung der Staatsdomänen und Forsten an die Nationalversammlung gelangen, und es beabsichtigt die Regierung, bei Zahlung des Kaufpreises die Hälfte in Staatsschuldscheinen anzunehmen. Ganz abgesehen von der Hebung dieser Effekten, würde der Staat sich damit auch einer großen Schuld entledigen. (K. Z).

Berlin, 8. Juli. Der Preuß. Staatsanz. enthält eine kön. Verfügung, wornach für die Dauer der Zusammenziehung der Landwehr, die Officiere und Mannschaften, welche bereits zu den Fahnen einberufen sind oder noch einberufen werden, sammt deren Haushaltsangehörigen, ohne Rücksicht auf die Klasse, zu welcher die Einberufenen eingeschätzt sind, für die Dauer der Einberufung und auch dann von der Klassensteuer befreit bleiben sollen, wenn die zurückbleibenden Familien ein eigenes Gewerbe oder Landwirthschaft treiben.

Magdeburg, 3. Juli. Gestern fand eine große Versammlung der hiesigen, aus etwa 10,000 Mitgliedern bestehenden freien Gemeinde Statt, um über den Zurücktritt in die verlassenen, resp. Pfarrgemeinden, den die neuesten politischen Ereignisse jetzt ermöglicht haben, Beschluß zu fassen. Durch Stimmenmehrheit ward entschieden, daß man zurücktreten wolle, wenn eine Presbyterialverfassung und der freie Gebrauch der Liturgie von den Behörden genehmigt würde. (Köln. Z.)

Stralsund, 3. Juli. Eine in unsern Hafen liegende engl. Brigg ließ seit 8 Tagen an ihrem Spiegel eine dänische Flagge wehen. Von den Hafenbeamten wurde diese ganz unzweideutige Verhöhnung der deutschen Nationalität inmitten eines preußischen Hafens, wenn auch bemerkt, so doch nicht inhibirt. Einige junge Stralsunder Seeleute, welche den englischen Uebermuth mit mehr patriotischer Indignation auffaßten, holten gestern Nacht dem Engelsmann die dänische Flagge von Boev. Jener schimpft den ganzen Tag ein god dam nach dem andern, daß ihm die Deutschen seine Flagge gestohlen; heute früh aber sahen wir dieselbe Flagge, in die man mit unauslöschlichen Farben einen großen Eselskopf gemalt hatte, an ihrem frühern Platze wehen. Freilich hat god dam sie eiligst heruntergenommen, doch ist die Eselsflagge von Vielen gesehen worden, die unsern Seefahrern ein wahlverdientes Brava zuriefen. „Die hochmüthigen Engländer", sagen die braven Jungen, „nehmen uns diesen Sommer über das Brod, denn wir wissen recht gut, daß sie es mehr mit den Dänen halten, als mit uns; nun sollen sie uns doch nicht gar in unserm eigenen Hafen verhöhnen!" (Ostsee-Z.)

Baiern. || München, 9. Juli. Die Nachricht, daß der Erzherzog Johann die Würde eines Reichsverwesers angenommen habe, ward heute durch Musikchöre in aller Frühe verkündet, sodann fand feierliche Gottesdienst in der Metropolitankirche statt, zu dem alle Bediensteten eingeladen waren. Auch gestern, als bekannt wurde, daß Erzherzog Johann Reichsverweser sei, ertönte Glockengeläute von allen Thürmen, und Kanonendonner erfüllte die Lüfte. Für den Empfang des Erzherzogs finden bereits festliche Vorbereitungen statt. Man erzählt sich dahier viel von der Popularität Sr. kaiserlichen Hoheit, und dies scheint auch hier dem Reichsverweser die Herzen zu gewinnen. Die demokratische Partei dahier wird wohl von der Ankunft des Reichsverwesers wenig Notiz nehmen, und dasselbe wird auch anderseits von den sogenannten eingefleischten Baiern stattfinden, bei denen nach das Sprichwort Alles gilt: lieber bairisch sterben, als österreichisch verderben; denn sie sehen im Reichsverweser noch immer mehr den Oesterreicher, als den Deutschen. — Eine neueste Verordnung soll dem Militär alle und jede Theilnahme an Volksversammlungen und Klubs versagen.

Würtemberg. ** Stuttgart, 9. Juli. Die Spaltung des hiesigen vaterländischen Vereins ist vor sich gegangen. Wenn ich in meinem letzten Berichte der beiden Programme von Pfizer und Römer erwähnte, welche von Mehrheit und Minderheit angenommen worden, so ist zu erläutern, daß der Inhalt beider die Spaltung doch wohl nicht erzeugte; der Riß war tiefer, und ein weiteres Zusammenwirken, der Personen wegen, fast nicht möglich. Man muß zugeben, daß die Linke, die jetzt ausgetretene Minderheit, den Verein gestiftet, die Statuten festgestellt hat; sie beging aber, wenn sie den Verein als den ersten entschieden freisinnigen Verein des Landes erhalten wollte, den Fehler, die Aufnahme für 18 Kreuzer Jedermann zu gestatten. Erst in den letzten Wochen sind die Wortführer der Mehrheit aufgetreten; Kanzler v. Wächter ist erst ganz kurz Mitglied, eine Menge älterer Beamten, auch viele Adelige, traten erst zur Ausschußwahl ein. Das Bestreben dieser, den Verein jetzt zu leiten, verbunden mit Pfizers Idee, dem Verein die exklusive Tendenz eines konstitutionellen Vereins zu geben, dazu der Ungestüm der mehr jugendlichen Kräfte der Minorität, welche im bloßen Oppositionsmachen sich nicht abwühen will, haben die Spaltung veranlaßt. Die Minderheit hat sich als „Volksverein zu Stuttgart" konstituirt, beide Vereine arbeiten jetzt, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Wenn man zur Stunde nicht weiß, ob nicht der ältere Verein durch seine neueingetretenen Bestandtheile sich gänzlich auf die Rechte schlagen wird, so ist die Klippe des Volksvereins das Zuströmen demokratischer, extravaganter Elemente. Eifrig werden auch von manchen Seiten her die Ausgetretenen als „Republikaner" verschrieen. Sie sind dies, wie ich glaube, weitaus in der Mehrzahl durchaus nicht, und wirklich ist ihr erstes Auftreten besonnen genug, um einen solchen Verdacht zu entfernen. Sie haben einen sehr gemäßigten Ausschuß, der die Namen Schott, Römer und mehrerer sehr geachteten Bürger enthält, niedergesetzt, sie haben, wie ich höre, ihre Statuten ganz auf ihre alten vom vaterländischen Hauptvereine gebaut, aber Strenge in der Aufnahme (durch Kugelung) festgesetzt, sie haben einen besondern Paragraphen aufgenommen, um die Mitglieder des demokratischen (Rau'schen) Vereins, der an die Allmacht des Centralausschusses in Berlin glaubt, von sich fern zu halten. Endlich, und damit ist der jüngste Verein nicht bloß dem Mehrheitsvereine, sondern auch den übrigen Landesvereinen vorangekommen, haben sie eine entschiedene Erklärung gegen die Herren Bayhoffer, Ronge und Metternich erlassen, worin sie sagen: „Die deutsche Nationalversammlung ist aus dem Willen der deutschen Nation hervorgegangen, die Mehrheit derselben repräsentirt den Willen des deutschen Volks, sie ist der Träger der Souveränetät der deutschen Nation. Die (berührte) Aufforderung reizte zur Auflehnung gegen die Mehrheit der Nationalversammlung und zur Gründung eines Sunderbundes auf, sie begeht einen Verrath an der Souveränetät der Nation und an dem demokratischen Princip, sie schleudert die Fackel des Bürgerkriegs in das Vaterland. Wir erklären daher offen, daß ihre Ansprache bei uns nicht nur keinen Anklang gefunden, sondern, falls sie verwirklicht werden wollte, den entschiedensten Widerstand zu erwarten hat, und bitten jeden wahren Freund des Vaterlandes und der Freiheit, mit allen Kräften einem solchen Treiben entgegenzutreten." Ohne Zweifel wird dieses vernünftige Auftreten bösen Verdacht entfernen. Indeß ist der alte Verein noch zurück. Man ist auf seine Wahlen (morgen) sehr begierig. Vielleicht gelingt es den der Freiheit und Volkssache wirklich ergebenen Mitgliedern desselben, ihre jetzigen wegen ihrer Kammervergangenheit wahrlich nicht als politische Führer zu empfehlenden Leiter zu ersetzen, vielleicht auch, der aristokratischen und bureaukratischen Elemente sich zu entledigen und dann die Jugend wieder heranzuziehen. Eine solche Vereinigung wäre doch wohl besser, als die Spaltung, die jetzt durchs ganze Land gehen kann. Bereits lese ich im Beobachter eine zustimmende Erklärung zu den Schritten der Minderheit von Seite des Ausschusses des Rentlinger Vereines.

Sachsen. *Leipzig, 6. Juli. Die Ruhe ist in der letzten Woche in keiner Weise gestört worden. Die demokratisch-republikanischen Gährungsstoffe sind zwar nicht verschwunden, allein sie scheinen sich im Stillen zu klären. Die verschiedenen politischen Vereine haben ihren ununterbrochenen Fortgang. Der Deutsche, welcher seit Kurzem immer entschiedener auftritt, hielt vor einigen Tagen seine Generalversammlung, an welcher viele Deputirte von auswärts Antheil nahmen. Bei dieser Gelegenheit brachte er ein Schriftchen zur Vertheilung, in welchem die Frage: „Republik oder konstitutionelle Monarchie? Wofür soll ich mich entscheiden?" in sehr faßlicher Sprache erörtert war. Wie sehr sich die große Mehrheit der Sachsen von der Republik abgestoßen fühlt und zu ihren Gunsten der regen Republikanischgesinnten gegenüber immer mehr Thätigkeit und Eifer an den Tag gelegt wird, erhellt aus den Beschlüssen der Deputirten der landwirthschaftlichen Bezirksvereine Sachsens, in dieser unruhvollen Zeit zusammen ein Bündniß zu schließen, welches festhaltend an der konstit. monarch. Verfassung mit den volksthümlichsten Einrichtungen, soweit diese mit der konstit. monarchischen Verfassung irgend vereinbar sind, und jedes Streben nach Republik mit Entschiedenheit bekämpfend, bestimmt, sich freisinnig an die ministerielle Bekanntmachung vom 16. März d. J. anzuschließen und jeden zeitgemäßen Fortschritt eben so zu fördern, als jedem Rückschritte entgegenzuarbeiten. In Dresden ist bereits die Konstitution dieser neuen politischen Vereine erfolgt und dies ist um so wichtiger, da diese Vereine, wohl über 90 an der Zahl stark, eine bedeutende Anzahl in unserm

Digitized by Google

Sachsenland umfassen. Wie verlautet, wird der deutscher Verein, dessen Programm ziemlich gleichlautend ist, eine Annäherung und Vereinigung zu vermitteln suchen. Auch die sächs. Vaterlandsvereine haben bis auf ein Paar das Ansuchen des Leipziger Vereins, Besprechungen zu Gunsten der Republik in sich zu veranstalten, abgelehnt, da in den Provinzen die Mehrzahl keinen Sinn für Republik habe. Wenn dies nun auch günstig für unser konstitutionell Gesinnten lautet, so sind doch die Vaterlandsvereine in ihrer Oppositionslust noch unermüdet. So gibt der Dresdner den Anstoß zu einer neuen Ostentation. In seiner Unzufriedenheit über die 2. sächs. Kammer, welche sich für Beibehaltung des Zweikammersystems entschieden hat, hat der Dresdner Verein den Leipziger zur Einberufung einer Generalversammlung aufgefordert. Eine solche ist denn auch auf den 9. dieses nach Dresden anberaumt, um die Mittel zu berathen, wie man sich des Zweikammersystems entledigen könne. Ja, der Dresdner Verein ist bereits so weit gegangen, auf Auflösung der jetzigen Stände und auf Einberufung einer konstituirenden Versammlung zu dringen. Daß dies anderseits viel böses Blut macht und noch manche Unannehmlichkeiten und Störungen der Eintracht herbeiführen wird, läßt sich wohl mit Gewißheit voraussehen, wenn die Deputirten auf der Generalversammlung keinen versöhnenden Ausweg ausfindig machen. Die Regierung ist jetzt schlimm daran, da jeder Verein sich erlaubt, Ausstellungen über ihnen mißfällige Schritte zu machen, so daß zuletzt eigentlich jede Regierung aufhören muß. Unser Minister sollen daher auch ihre mißliche Stellung bereits etwas satt haben und das Gerücht, daß sie sich zum Theil zurückziehen wollten, hat bereits mehrere Petitionen hervorgerufen, worin man die Männer des Volkes dringend bittet, auszuharren in der guten Sache, deren Belebung sie ja selbst früher mit hervorzurufen fleißig gearbeitet haben. Minister Oberländer hat auch seinen Entschluß, auszuharren zu wollen, auf charaktervolle und entschiedene Weise dieselbst zu wissen gethan. Ein auffallender Schritt ist an hiesiger Universität in so fern geschehen, als der seitherige Kurator der slavischen Sprachen, Dr. Jordan, wegen seiner ringestandenen Betheiligung an der Aufforderung zum Zusammentritt des slavischen Parlaments in Prag seiner Stellung wieder enthoben worden ist. Der verletzte Deutsche hat einen fanatischen Gegner aus seiner Mitte entlassen und so sehr man auch den Verlust Jordans als eines sehr kenntnißreichen Mannes bedauert, so billigt man doch, von deutschem Standpunkte aus, die Maßregeln der Universität und des Ministeriums. Die Erwählung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser hat hier einen guten Eindruck gemacht, und es erzeugte deßhalb vielfaches Mißfallen, daß die Blum'schen Vaterlandsblätter sogleich einen Artikel brachten, der auf Lähmung des Interesses hinzielte, da er von einer gänzlichen Verdienstlosigkeit des Erzherzogs zu einem wichtigen Posten handelte. Auch zugegeben, daß dem so sei, so war es doch unpolitisch, in einer so aufgeregten Zeit neuen Samen zu Mißtrauen zu säen. Die Oppositionslust kann zu einer Krankheit werden. Der fast persönliche Sterit Blums und Biedermanns, die sich von Frankfurt aus in hiesigen Blättern ansechten, erregt um so weniger Sympathie, als die vielen Anhänger Blums in ihrem Eifer für den verdienstvollen Volksmann mit Geeiztheit daneben auf Biedermanns achtbare Persönlichkeit und Tendenz lashacken. Blums Freunde schaden dadurch ihrem Blum oft mehr, als daß sie ihm nützen, wir in Leipzig wissen doch selbst am Besten, was an beiden Männern lobenswerth und tadelnswerth ist.

Hannover. In der Sitzung der zweiten hannoverschen Kammer vom 6. d. M. fragte der Abgeordnete Schulz aus Celle nach dem Grunde der Gerüchte über einen Waffenstillstand mit Dänemark. Der Minister Stüve bedauerte, keine Auskunft darüber geben zu können, versprach sie aber.

Aus Baden, 9. Juli. Seit bald drei Monaten duldet die schweizerische Eidgenossenschaft an der Rheingrenze Anhäufungen von Flüchtlingen und Freischärlern, ihre Rüstungen und Vorbereitungen zu erneuertem Einfall nach Deutschland. Sie erhalten Unterstützungen und Aufmunterungen jeder Art von Angehörigen der Kantone. Seit Kurzem ist eine vermehrte Regsamkeit unter diesen Leuten zu bemerken. Ein Berner Bürger, Becker von Biel, ist diesmal der Führer, nachdem er schon im April mit einer Schaar aus Schweizergebiet herübergebrochen war, aber nach kurzem Verweilen den Rückweg hatte antreten müssen. Hattemer aus dem Kanton Solothurn und Jul. Frödrl sind seine Gehilfen. Ja Muttenz treibt Becker sein Wesen; die militärische Leitung scheint ihm aus naheliegenden Gründen nicht zugedacht, dagegen wird ihm überlassen, durch Schrift und Wort die Aufregung in den angrenzenden Bezirken des See- und Oberrheinkreises zu unterhalten. Sowenig nun auch Deutschland von diesen Banden zu fürchten hat, die bei einem wiederholten Einfall nur noch rascher und kräftiger abgeschlagen werden würden als früher, so kann doch die Nation nicht länger gleichgiltig zusehen, wie von Seite der Schweiz, die mit Deutschland in freundschaftlichen Beziehungen stehen will, dem Völkerrecht Hohn gesprochen wird. Es ist bekannt, daß die besseren Staatsmänner der Schweiz dieses Treiben offen mißbilligen; das Volk kann dabei nicht ruhig zusehen, sobald ihm klar wird, daß die Eidgenossenschaft ein schweres Unrecht begeht, indem sie zugibt, daß von ihrem Gebiete aus Rüstungen und Feindseligkeiten gegen ein Nachbarvolk, mit welchem sie im Frieden leben will, nicht nur geduldet, sondern gefördert und unterstützt werden. Die Note, welche der Bund an den Vorort erlassen hat, wird daher, wie man billig erwarten darf, nicht unbeachtet bleiben. Sollte aber, wider Vermuthen, das gerechte Begehren um Entfernung der Freischärler und ihrer Führer von der Grenze bei dem Vorort Bern keine Beachtung finden, so ist es Deutschland seiner Ehre schuldig, gegen Nachbarn, welche den obersten Grundsätzen des Völkerrechts Hohn sprechen, mit geeigneten Maßnahmen vorzugehen. Die Schweizer mögen dann für die Folgen diejenigen zur Rechenschaft ziehen, welche die Freundschaft einer großen Nation ihren Kameradschaften geopfert haben. Vor einigen Monaten beauftragte die Regierung von Bern den Advokaten Hecker in Mannheim, die „Deutsche Zeitung" zu verklagen, weil sie angedeutet hätte, daß Mitglieder dieser Regierung mit der Propaganda Verbindungen hätten; wird der Vorort etwa jetzt den Beweis liefern, daß die „Deutsche Zeitung" Recht hatte, oder wird er dem Treiben eines Becker von Biel, der die Schweiz in Kriegsgefahr bringt, und dem Unwesen des Freischaarengesindels an der Grenze von Kreuzlingen bis Basel ein Ende machen?

Vom Neckar, 9. Juli. Dem Beispiele von Turn und Taxis, die Portofreiheit den Mitgliedern der Nationalversammlung zu bewilligen, sind die Postverwaltungen anderer Staaten gefolgt. Briefe und Packete, welche an Mitglieder adressirt sind, oder von diesen mit Beisetzung ihres Namens abgesendet werden, laufen durch den größeren Theil von Deutschland auf Kosten der Verwaltung. Unter die wenigen Ausnahmen gehört die badische Post, und verschiedene Klagen, die uns darüber zu Ohren gekommen, veranlassen uns, ein Wort über diesen Gegenstand zu sagen. Der Taxis'schen Post stand kein Hinderniß im Wege, die Portofreiheit anzubieten; eine andere Frage, ob die Nationalversammlung nicht besser gethan hätte, jede persönliche Begünstigung ihrer Mitglieder abzulehnen, wollen wir unerörtert lassen. In Baden dagegen ist seit 1831 die Portofreiheit, welche früher dem Hofe und den höheren Staatsdienern zustand, durch ein Gesetz aufgehoben worden. Man wollte ein solches Vorrecht, das zu schreienden Mißbräuchen geführt hatte, nicht länger bestehen lassen: man schaffte es ab, durchgehends, bis zum Regenten hinauf. Eine Aenderung könnte nur auf gesetzlichem Wege getroffen, es müßte daher den Ständen ein Ausnahmsgesetz vorgelegt werden, um ein Vorrecht für die Mitglieder einer Versammlung zu schaffen, von welcher man die Abschaffung aller Vorrechte erwartet. Kein anderer deutscher Staat hat unseres Wissens ein Gesetz, welches jede Begünstigung von Personen oder Klassen bei Versendung von Briefen und Packeten verbietet; keiner war also, wie Baden, verhindert, die Begünstigung kurzweg eintreten zu lassen. Wir glauben, daß ein Wunsch der Nationalversammlung der badischen Regierung genügen würde, den Ständen eine entsprechende Vorlage auf Aenderung des Gesetzes zu Gunsten der Mitglieder der Nationalversammlung zu machen. Dieser Wunsch würde dann die Stelle jeder weiteren Begründung vertreten, und jede Einwendung wegen der zahllosen Mißbräuche und Unterschleife, die besonders bei dem aktiven Freithum einreißen, beseitigen. Diese Mißbräuche haben auch in England zur Aufhebung der Portofreiheit für die Parlamentsmitglieder geführt (für Packete hat sie nie bestanden), und man ist dort zu der wohlfeilen Post für Alle gekommen, die uns auch für Deutschland wünschenswerther scheint als eine Begünstigung Einzelner. Doch, wie gesagt, wir zweifeln nicht, daß die badische Regierung einem Wunsche der Nationalversammlung durch Vorlage eines Ausnahmsgesetzes gern entsprechen würde, selbst auf die Gefahr hin, daß alsdann durch Mißbrauch des Namens von Parlamentsmitgliedern gewisse Korrespondenzen nach Frankreich und der Schweiz unentgeltlich befördert werden müßten.

Schleswig. Hadersleben, 4. Juli. Der kommandirende General ist heute von Christiansfeld, wo er sich einige Tage aufgehalten, hieselbst eingetroffen und man nimmt an, daß das Hauptquartier sich hier dauernd etabliren werde. Der Norden ist besetzt und geschützt, der General Bonin steht in Christiansfeld, der Prinz Friedrich in Woyensgaard, Mauglerup und nach Westen hin. Die Patrouillen streifen an die Grenze. An einen so schleunigen Rückzug des

Feindes hat wohl Niemand geglaubt, in Betracht, daß die Gegend zur Vertheidigung, selbst gegen einen überlegenen Feind, wie geschaffen ist, und jetzt mögen beide Theile von gleicher Stärke gewesen sein, etwa 16 bis 20,000 Mann. (A. M.)

Der „Lübecker Korrespondent" gibt in einem Briefe aus Kopenhagen vom 5. d. folgende, die Angaben der „Börsen-Halle" vom 4. und 5. dss. näher präcisirende Angaben über die dem Waffenstillstande zu Grunde gelegten Bedingungen: „So viel man bis heute erfährt, ist bei den Verhandlungen, welche zur Erzielung eines Waffenstillstandes in Malmö gepflogen sind und am 1. d. M. zum vorläufigen Abschlusse desselben geführt haben, ein neuerer Vorschlag Englands zum Grunde gelegt worden, dahin gehend, daß 1) beide Theile das Herzogthum Schleswig und die dazu gehörigen Inseln — nach anderen Angaben beide Herzogthümer und die dazu gehörigen Inseln, mit Ausnahme einerseits der Stadt Altona, andererseits der Insel Alsen — gänzlich räumen; 2) die gemachten Gefangenen, sowohl des Militär- als des Civilstandes beiderseits herausgegeben werden; 3) beide Theile die in ihren Militärdiensten stehenden Eingebornen des Herzogthums Schleswig dieses Dienstes entlassen und ihre Freikorps auflösen; 4) für alles Vergangene von beiden Seiten Amnestie verkündet werde; 5) Der Werth der von Dänemark angehaltenen Schiffe und Ladungen und der Werth des von den Alliirten in Jütland kontributionsmäßig Erhobenen gegen einander verrechnet und der Ueberschuß von dem Theile erstattet werde, bei welchem er sich finde; 6) bis zum endlichen Frieden eine provisorische Regierung, unter einem Präsidenten aus vier oder sechs, bei den bisherigen Differenzen gänzlich unbetheiligten Männern bestehend, eingesetzt werde, deren Räthe zur Hälfte vom deutschen Bunde, zur andern Hälfte vom Landesherrn, dessen Präsident aber von den Räthen und nöthigenfalls von einem Obmann — England — zu ernennen seien; und endlich 7) der Landesherr während des Waffenstillstandes sich entscheide, ob er lieber das Herzogthum Schleswig ungetheilt und außerhalb des deutschen Bundes, jedoch mit Holstein durch eine gemeinsame Ständeversammlung und durch eine gemeinschaftliche Verwaltung verbunden sehen, oder ob er lieber dasselbe theilen und den nördlichen Theil in Dänemark einverleiben, den südlichen Theil aber, verbunden mit Holstein, dem deutschen Bunde beitreten und der Erbfolge des Mannsstammes anheimfallen lassen wolle. Welche dieser Bedingungen in dem abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrage Aufnahme gefunden haben, wird die nächste Zukunft lehren."

Altona. Auszug aus den neuesten Depeschen des Generals Halkett. Hauptquartier Höckerup, den 4. Juli. Der Kommandeur der Avantgarde des 10. Armeekorps, Generalmajor von Schnehen, hat in der Nacht vom 3. auf den 4. Juli eine Rekognoscirung des Brückenkopfs vor Sonderburg unternommen. Er hat die Schanzen auf den Düppeler Höhen unbesetzt gefunden, und in dem Brückenkopfe nur einen Posten bemerkt. Auf Alsen verhält sich der Feind jetzt ganz ruhig. (H. Z.)

Altona, 6. Juli. Gestern kamen gegen 150 Mann preußischer Reservisten hier an; morgen wird ein Ersatz mit Reservetruppen der drei im Schleswigschen stehenden preußischen Garderegimenter hier erwartet; sie werden eine Nacht hier bleiben. Die ganze Stärke dieser Ersatzmannschaft wird sich, wie wir schon früher berichtet, auf 3—4000 Mann belaufen.

Kiel, 6. Juli. Aus Mittheilungen, welche eine glaubwürdige Quelle haben, erfahren wir, England wolle den Frieden mit Dänemark dahin vermitteln, daß die Personalunion bestehen bleibe, Schleswig-Holstein im Uebrigen aber von Dänemark ganz getrennt werde und eine gemeinschaftliche Verfassung erhalte, die Frage über die Erbfolge solle unentschieden bleiben und Schleswig vorläufig, nämlich wenigstens solange noch die Personalunion mit Dänemark fortwährt, nicht in den deutschen Bund aufgenommen werden; um die erforderlichen Unterhandlungen und Auseinandersetzungen mit Dänemark zu führen und abzuschließen, solle, nach Auflösung der gegenwärtigen provisorischen Regierung, eine neue gebildet werden, und zwar auf die Weise, daß dazu der deutsche Bund drei, der König von Dänemark ebenfalls drei Mitglieder und England das siebente ernennt. Dänemark soll nicht abgeneigt sein, auf diese Vorschläge einzugehen und sogar in Frankfurt die Stimmung dafür sein, wenn man zweifeln möchte, wenn nicht die wenig ernstliche Art und Weise, wie der Krieg gegen Dänemark von deutscher Seite geführt wird (eine Wiederbesetzung Jütlands scheint ja noch in weiter Ferne zu liegen und ist doch das einzige Mittel, den Frieden zu erzwingen), damit zu harmoniren schiene. Dennoch scheint uns der Abschluß eines solchen Friedens fast unmöglich, und zwar zunächst von uns abgesehen, schon allein um Deutschlands willen. (K. Z.)

Lübeck, 6. Juli. Die mit dem Dampfschiff „Malmö" von Kopenhagen eingegangenen Briefe bestätigen die Nachricht vom Abschlusse eines Waffenstillstandes, dessen Ratifikation jedoch erst von Berlin erwartet werden muß. Bis dahin dürften auch die Mittheilungen über die Bedingungen nur auf mehr oder minder begründeten Muthmaßungen beruhen. Nur die Freigebung der mit Embargo belegten deutschen Schiffe möchte ehestens in Aussicht stehen, wie denn auch das noch in Wirksamkeit stehende Prisengericht bei seinen Aussprüchen mit möglichster Milde verfährt. Neuerdings sind durch dasselbe nach dem Vorgange des Strandsuder Schiffs „Richard", Kapitän Voß, auch vier Lübecker Schiffe freigesprochen, weil dieselben mit Beschlag belegt worden, bevor man annehmen konnte, daß der Krieg mit Deutschland förmlich ausgebrochen. Bei der langen Unterbrechung der Schifffahrt und der dadurch hervorgerufenen Nahrungslosigkeit zahlreicher auf den Handelsverkehr angewiesener Arbeiter muß die baldige Wiederherstellung der freien Seeschifffahrt dringend gewünscht werden. (H. C.)

Frankfurt, 10. Juli. Statt der Fortsetzung der Diskussion über die Grundrechte war die heutige Sitzung der Nationalversammlung einer Verhandlung über den angekündigten Waffenstillstand in Schleswig gewidmet. Die Gerüchte über die Bedingungen, unter denen die Waffen ruhen sollen, hatten verschiedene Anträge erzeugt, die als dringlich betrachtet wurden. Duncker begründete den Vorschlag, die Sache an den Ausschuß für völkerrechtliche Fragen zu verweisen; Claussen erhob sich in sehr ausgedehntem Vortrage gegen jede Unterhandlung mit Dänemark, welche auf Bedingungen, wie sie in den Zeitungen enthalten sind, gepflogen würde, und die Personalunion zuließen. Wurm hält es für unmöglich, daß diese Gerüchte sich bestätigen, daß ein Friede mit Dänemark geschlossen werde, worin nicht vom Sundzoll die Rede wäre. Nach dem Gesetze über die Centralgewalt könne übrigens nur der Reichsverweser im Einverständniß mit der Nationalversammlung einen Waffenstillstand und Frieden schließen. Die Versammlung aber werde an ihrem Beschlusse festhalten, daß die Ehre und die Interessen Deutschlands bei dem Frieden mit Dänemark gewahrt werden müssen. Vogt von Gießen behauptete, es sei eine Abschrift der Bedingungen in den Händen eines Mitgliedes der Nationalversammlung, wurde aber von Lichnowski bedeutet, daß das Papier nur eine Privatmittheilung enthalte. Hierauf erging sich Vogt in Ausfällen gegen Preußen, welches in den Herzogthümern die Sache des Königs von Dänemark gegen eine gesuchte nordalbingische Republik geschützt und seine Waffen befleckt habe. Die Entrüstung, der moralische Ekel der Versammlung gegen diese nur für den Redner schimpfliche Diatribe wäre schwer zu beschreiben. Präsident Gagern rief mit dem sittlichen Ausdruck innerer Empörung den Redner zur Ordnung, dessen Aeußerung keine würdige und keine wahre sei. H. Vogt fuhr noch eine Zeitlang in seiner Rede fort, die das Urtheil über seine politische Befähigung und patriotische Gesinnung vollends festgestellt haben wird. Lichnowski bemerkte, daß die Weise, wie die Sache der Herzogthümer hier vertheidigt werde, mehr als irgend Etwas geeignet sei, den Enthusiasmus für dieses Schmerzenskind des Vaterlandes zu dämpfen. Er stelle die Sache Schleswig-Holsteins und die Ehre Deutschlands zu hoch, um sie in den Kampf der Parteiinteressen herabzuziehen. Der Redner hält die Nachricht für richtig, daß über die Präliminarien eines Waffenstillstandes unterhandelt werde, und glaubt, daß derselbe im gegenwärtigen Augenblicke vielleicht schon abgeschlossen sei. Die Bedingungen aber seien eine andere Frage. Sie können dort nur vorläufig festgesetzt, und müssen hieher zur Ratifikation gesendet werden, welche entweder indirekt, durch stillschweigende Genehmigung, oder direkt durch theilweise oder vollständige Zustimmung gegeben werden kann. Um über die Zweckmäßigkeit der Waffenruhe zu urtheilen, ist die Versammlung nicht hinreichend unterrichtet; man müsse erwägen, daß Schleswig durch zwei Heere, welche 45,000 Mann zählen, aufgefressen, daß die deutschen Hafenplätze eminent worden. Auch frage es sich, ob die provisorische Regierung in Rendsburg zugestimmt habe oder nicht; wenn nicht, so sei über diejenigen, welche die Unterhandlungen gepflogen, der Stab gebrochen. Man solle daher zuerst nähere Erkundigungen einziehen. — Jordan von Berlin sprach über den englischen Einfluß und die russischen Drohungen, welche in dieser Sache gewirkt hätten, trug aber auf motivirte Tagesordnung an, weil nur Gerüchte und Zeitungsartikel vorliegen, weil die Sache von dem Reichsverweser im Einverständniß mit der Nationalversammlung zu erledigen sei, und mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, gegen jeden notorischen Versuch, die Ehre Deutschlands zu gefährden, energisch einzuschreiten. Einen Hauptschlag hatte der Redner auf den Schutz aufgespart, wo er die Versammlung aufforderte, nach dem Beispiele der römischen Feldherren die Fahne in die feindlichen Reihen

zu werfen, damit sie wieder erobert werden müsse — indem sie sofort erkläre: ganz Schleswig ist in den deutschen Bund aufgenommen; zu so kühner That müsse man den Augenblick benutzen, wo man warm geworden. Allgemeine Stille, selbst von den Gallerien nicht unterbrochen, war die beredte Antwort auf die verfehlte Effekthascherei. Nachdem noch Rost, v. Reden, v. Vincke, Eisenmann, Wernher und Clausen über den Gegenstand gesprochen, Letzterer um sich mit dem Uebergang zur Tagesordnung einverstanden zu erklären, weil die Ankunft des Reichsverwesers nahe und ein schädlicher Frieden nicht mehr zu besorgen sei, wurde die Tagesordnung beschlossen. Als Motive dienten die beiden ersten Gründe Jordans, daß nur Gerüchte vorliegen und daß der Reichsverweser im Einverständniß mit der Nationalversammlung zu handeln habe. Der letzte Grund oder vielmehr der Vorbehalt, die Ehre Deutschlands zu wahren, blieb weg, auf von Vincke's Bemerkung, daß es der Versammlung nicht würdig wäre, eine Versicherung, die sie vor drei Wochen gegeben, jetzt zu wiederholen.

Im Anfang der Sitzung wurde die von den in Sachsen lebenden Fremden auf eigene Faust vorgenommene Wahl des Dr. Blöde in die Nationalversammlung für ungiltig erklärt.

Morgen Vormittag 9 Uhr wird der Reichsverweser, Erzherzog Johann, in Frankfurt eintreffen. Ein von den Abtheilungen gewählter Ausschuß beschäftigt sich mit den Vorbereitungen zum Empfang.

Großbritannien.

London, 6. Juli. In der heutigen Unterhaussitzung wurden eine Menge Petitionen zu Gunsten der Hume'schen Reformvorschläge eingebracht; von G. Thompson allein aus Manchester 91, aus Tower Hamlets 17, von Villiers, Puttifon, vom Obersten Thompson, von Luchington, dann aber auch von O'Connor eine große Zahl zu Gunsten der Volkscharte, mit der Bemerkung, daß die arbeitenden Klassen sehr erfreut gewesen, als sie gehört, daß Lord Russell erklärt habe, er seinerseits würde das allgemeine Wahlrecht dem Haushaltswahlrecht und einjährige Parlament den dreijährigen vorziehen. Auch Lord G. Bentinck kam in den eigenthümlichen Fall, eine Petition zu Gunsten der Hume'schen Vorschläge einzubringen, wobei er freilich bemerkte, daß er damit nicht übereinstimme; übrigens hätten sich seine Bittsteller ganz so in Betreff der Russell'schen Versicherung geäußert, als die Bittsteller O'Connors. (Hört, und Gelächter.) Man ging hierauf zur Berathung der Hume'schen Wahlreformvorschläge über, welche schließlich abgelehnt wurden, indem sich für dieselben nur 84, dagegen 351 Mitglieder aussprachen (Majorität gegen die Hume'sche Reform 267). Indeß war schon vorher bekannt, daß Hume höchstens auf etwa 100 Stimmen sich Rechnung machen konnte; ohnehin war jetzt, nach der Pariser Katastrophe und nachdem die Chartisten durch ihre unsinnigen lärmhaften Demonstrationen und Raufereien Vielen den Geschmack an allen Reformen verdorben hatten, keine sehr günstige Zeit für die Einbringung der Hume-Cobdenschen Vorschläge. Es genügte Hrn. Hume, diese Vorschläge überhaupt angeregt und die Meinung des Hauses sondirt zu haben.

London, 7. Juli. Die Times erkennen endlich in ihrer Nummer vom 6. Juli an, daß die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser die beste sei, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen getroffen werden konnte, daß Gagern dem Vaterlande einen unschätzbaren Dienst geleistet, indem es ihm gelungen, alle Pläne für eine mehr republikanische oder diktatorische Regierungsform zu Schanden zu machen. Die Times ziehen bei dieser Gelegenheit eine Parallele zwischen dem Erzherzog Johann und dem Herzog von Sussex. Beide gleich einfach in ihren Sitten, fast zu einfach für ihre erhabene Stellung, Beide unter ihrem Stande verheirathet, Beide zu freisinnig für die gerade bestehende Landesregierung, Beide daher weniger hof- als volksthümlich, Beide nicht gerade bedeutende militärische Genies, dagegen Beide in gleichem Grade Beschützer der Wissenschaft, wie denn der Herzog von Sussex Präsident der „royal society" zu London, Erzherzog Johann Gründer des Johanneums zu Grätz gewesen. Möge sich nun, fährt diese Zeitung fort, der englische Leser vorstellen, daß die Bewegung, welche durch die Reformbill hervorgerufen wurde, in eine furchtbare Revolution umgeschlagen, jede Autorität bis zum Grunde erschüttert und das Parlament dadurch veranlaßt gewesen, mitten unter solchen Gefahren den Herzog von Sussex zum Protektor des Reiches zu ernennen, und man werde eine annähernde Idee von der Stellung des Erzherzogs Johann haben, abgesehen von den größern Schwierigkeiten, die ihm aus seiner speziellen Stellung zu Oesterreich, aus der Territorial- und Hoheitszerstückelung Deutschlands erwüchsen. — In derselben Betrachtung kommt die genannte Zeitung auf das neue preußische Ministerium zu sprechen, auf welches der Vers. des Artikels noch geringeres Vertrauen setzt, als auf das Ministerium Camphausen-Arnim. Von Hrn. v. Auerswald bemerkt der Verfasser: Kaiser Nikolaus habe in einer Note vom 8. Mai seinen Unmuth über die Invasion des Herzogthums Schleswig ausgesprochen und zugleich erklärt, daß er die Besetzung Jütlands als einen Anlaß, mit Preußen zu brechen, betrachten werde; diese Note sei dem Gerücht zufolge von Hrn. von Auerswald gänzlich in Abrede gestellt worden. Der Verfasser bemerkt sodann: „diese Note haben wir selbst einige Wochen vorher, ehe wir auf ihr Vorhandensein anspielten, mit eigenen Augen gelesen, und wir versichern, daß sie den von uns erwähnten casus belli in den unzweideutigsten Ausdrücken enthält, und daß Herr von Meyendorf, an welchen sie gerichtet war, die Weisung erhalten hatte, eine Abschrift davon dem Berliner Kabinet zukommen zu lassen." (?)

Das Morning Chronicle bringt, ohne sich zwar für die Wahrheit des Inhalts verbürgen zu wollen, doch mit wichtiger Miene, ein Schreiben aus Köln vom 3. Juli, Nachmittags, wornach die preußische Regierung am 2. Juli früh angezeigt habe, daß ihr von Rußland der Krieg erklärt worden sei; die gesammte Bevölkerung Berlins befinde sich im Freudentaumel, weil sie sich versichert halte, daß dieses Ereigniß unmittelbar die Einigkeit von Deutschland zur Folge haben werde. Diesem Freudentaumel gegenüber nimmt sich der Zusatz: daß die ungeheure russische Armee bereits die Grenze überschritten und keinen Widerstand zu gewärtigen habe, drollig genug aus. Unter den von Rußland angegebenen Kriegsursachen befindet sich auch die, daß Rußland erzürnt sei über die große Zahl von Russen, welche bei dem Bombardement von Prag und Berlin todtgeschossen worden! Hieran allein konnte das M. Chr. spüren, daß die ganze Nachricht ein bloßer Puff sei, hervorgegangen aus derselben Lügenfabrik, die sich mit Nichts weiter beschäftigt, als jeden Tag ungeheure russische Armeen entweder in Ostpreußen oder in Posen oder in Krakau oder in die Donaufürstenthümer einbrechen zu lassen.

Vor einigen Tagen konnte man in den Times abermals einen ihrer gewöhnlichen Ausfälle auf das Verfahren der Deutschen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit lesen, während die Dänen, wie dies bisher fast immer in den Times geschah, von jedem Vorwurf freigesprochen wurden. Die Times erlaubten sich hierbei die offenbarsten und auffallendsten Entstellungen geschichtlicher Thatsachen. Der (dänische?) Verfasser jenes Artikels versichert, daß die Dänen den Frieden stets aufrichtig gewollt, die Deutschen ihre Friedensneigungen erheuchelt hätten. Nachdem Wrangel sich von Jütland zurückgezogen, habe der König von Dänemark dem General Hedemann den Befehl gesandt, sich jedes Angriffs zu enthalten, der Befehl sei leider zu spät gekommen, aber doch noch zu rechter Zeit, um den General Hedeman abzuhalten, die über den General Halkett erlangten Vortheile (!) zu verfolgen; weiter heißt es: General Wrangel habe bei Düppel einen ernstlichen Schlag erlitten u. s. w. Mitten unter Friedensversicherungen, wird schließlich gesagt, seien die Deutschen wieder gegen Norden vorgerückt; es sei dies ein Verfahren, welches jede Aussicht auf eine friedliche Beilegung des Streits vernichten müsse, es werde nun zu einem neuen Treffen kommen; würden in diesem die Deutschen geschlagen, so könnten sie nicht mehr darauf rechnen, daß der König von Dänemark bei seinen jetzigen „gemäßigten" Forderungen beharren werde, würden die Dänen geschlagen und nach Jütland zurückgetrieben, so würden unverzüglich die Schweden, von Fünen aus, nach Jütland übersetzen, die Deutschen würden sich dann einem neuen Feinde gegenübersehen, „dessen Tapferkeit sie seit dem 30jährigen Kriege immerdar mit einer erblich gewordenen achtungsvollen Scheu anerkannt hätten." Die Times sind diesmal billig genug, diesem für uns ehrenrührigen Artikel eine schlagende Entgegnung folgen zu lassen, welche die Unterschrift „Vindex Germanicus" trägt, aber wohl schwerlich von einem Andern, als vom Ritter Bunsen selbst herrührt, der einige einleitende Worte zu dieser Entgegnung mit seinem Namen unterzeichnet hat. In dieser Entgegnung wird der Gang der Friedensverhandlungen dargestellt wie folgt: die englische Regierung habe ihre Vermittelung angeboten, diese sei angenommen worden, beide Parteien hätten am 18. Mai ihre von Palmerston gewünschten Vorschläge diesem mitgetheilt; folgenden Tags habe Palmerston seine Meinung über die Bedingungen abgegeben, auf die, wie er glaube, beide Parteien eingehen könnten. Preußen habe sie auch ohne Aufschub angenommen, Dänemark nach langer und unerklärlicher Zögerung sie verworfen und, nachdem ihm schwedische und russische Hilfe in Aussicht gestellt worden, seine Vorschläge vom 18. Mai abermals in den Vordergrund gestellt. Zu gleicher Zeit hätten die Dänen ihren Ueberfall von Alsen aus gemacht und, wie sich voraussehen ließ, die Avantgarde Halkett auf

Digitized by Google

das Hauptkorps zurückgetrieben, worauf General Wrangel seinerseits vorgegangen sei, die Dänen zurückgeschlagen, sie aber zur Ersparung unnützen Blutvergießens im Besitze ihres Brückenkopfes gelassen habe — das seien die gefeierten Siege der Dänen. Inzwischen thue Deutschland weiter Nichts, als daß es sein 10. Armeekorps, also den zehnten Theil seiner Armee, vollständig mache. Was die Schweden betrifft, so hätten die Deutschen im Kriege gegen Napoleon zwar den Muth, aber auch den Selbsterhaltungstrieb derselben genügend kennen lernen. Der Schluß der Bunsen'schen Entgegnung spricht von neuen Vorschlägen, welche von England am 23. Juni gemacht worden und auf dem Grundsatze der Nichtinkorporation und des gesetzlichen status quo ante der Herzogthümer beruhten.

Frankreich.

Paris, 8. Juli. Ein Dekret Cavaignacs vom 4. d. ernennt in Uebereinstimmung mit dem neuen Munizipalgesetze vom 3. d. eine provisorische Munizipal-Kommissionen für Paris, bis die Munizipalität der Hauptstadt durch allgemeine Wahlen reorganisirt werden wird. Diese Kommission besteht aus 14 Mitgliedern der nach dem Februar aufgelösten Munizipalität, aus 14 Volksvertretern, 3 Mitgliedern der Akademie, 3 Fabrikanten und 1 Advokaten. Von bekannteren Namen sind Arago, Considérant, Ledru, Lasteyrie und A. unter den Erwählten. Man versichert, die Regierung wolle die zur Deportation bestimmten Insurgenten in zwei Kategorien theilen. Alle gefährlichen Individuen, ferner alle jene, die schon eine infamirende Strafe erlitten haben, werden nach Guyana geschickt und dort zu schweren Arbeiten unter Aufsicht verwendet, dagegen sollen alle nur Verführten, oder die jetzt tadellosen Barrikadenkämpfer in Algier, in eigenen Distrikten als Civil-Kolonisten angesiedelt werden, Grund und Boden zur Kultivirung erhalten, der so wie die nöthigen Werkzeuge und erste Einrichtung ihr Eigenthum wird, sobald sie heirathen und Kinder haben. Obwohl die Regierung sehr auf ihrer Hut ist und die Garnison der Hauptstadt in diesem Augenblick zwischen 50000—60000 Mann beträgt, kommen doch einzelne Fälle vor, welche das Fortglimmen des Feuers bekunden. So hat vorgestern Abend ein Angriff gegen den Wachposten der Barriere von Clichy Statt gefunden, bei dem zwei Soldaten verwundet wurden. Man umzingelte sogleich die Gegend (am Fuße des Montmartre) und fand in den Weingärten 24 Bewaffnete, worunter zwei Schwerverwundete, die sogleich auf die Polizei-Präfektur gebracht wurden. Gestern Abend ward eine Schildwache am Chateau rouge erschossen. Sie hatte noch so viel Kraft den Schuß zu erwidern und den Angreifer zu tödten. Die herbeieilende Patrouille fand Beide todt. Cabet hat einen Brief an den General Cavaignac gerichtet, worin er bittet, mit einigen Hundert seiner Anhänger auf einem Staatsschiffe nach Texas gebracht zu werden, um dort seine ikarische Kolonie zu gründen. Die Regierung soll dieses Gesuch sogleich bewilligt haben.

Die Auflösung der Nationalwerkstätten hat sehr günstige Folgen gehabt. Alle Werkstätten der Eisenbahnen, die wegen Mangels an Arbeitern feiern mußten, sind in voller Thätigkeit, ebenso eine große Anzahl von Fabriken und der Landbau in der Umgebung von Paris, der bis jetzt immer nur mit Mühe Arbeiter erhalten konnte, sieht alle jene rüstigen Arme wieder zu sich zurückkehren, die ihm der höhere Tagelohn der Industrie und später der bezahlte Müßiggang der Nationalwerkstätten entzogen hatte. Man hatte das den socialistischen Doktrinärs vorausgesagt; es bedurfte aber erst der harten Probe, bis der Beweis geliefert war.

Während der Zeit der Aufregung wurde eine Menge von Gerüchten verbreitet, die sich jetzt als unwahr erweisen. Jede Partei hatte ihren Antheil daran; die monarchische Presse erzählte die pikantesten Gerüchte über die Insurgenten, die anarchische Presse wußte von Umtrieben fremder Agenten, reaktionärer und dynastischer Wühler zu erzählen. So hat sich auch das Journal des Débats aufbinden lassen, die abgetretene provisorische Regierung habe ein „Barrikadenbataillon" gegen die konservative Nationalgarde eingeschult gehabt, das dann nach seiner Auflösung der Emeute die gefährlichsten Dienste geleistet habe; wir brauchen kaum zu sagen, daß sich das als erfunden herausstellt. Umgekehrt berichteten die andern Blätter von blutigen Exekutionen, gaben Ort und Zeit ganz genau an, und die Organe deutscher Anarchisten erzählen mit Triumph diese Gewaltthaten blutgieriger Bourgeoisie. Auch das ergibt sich jetzt nach der unzweideutigsten Erklärung als unwahr.

Italien.

* Die italienischen Blätter sind ungemein erbost über das einheitliche Auftreten Deutschlands gegen das Land der Citronen. Die Augsb. Allg. Z., aus der man jenseit der Alpen dieses allmähliche Heranwachsen unserer auswärtigen Politik ersieht, hat täglich in leitenden Artikeln die ganze Wucht ihres Zornes zu ertragen. Hintennach folgen dann freilich die für den italienischen Patrioten mitunter sehr wenig erfreulichen Nachrichten über die eigenen Zustände, ohne daß die jungen Journale in ihrer Naivetät dabei bedenken, wie sehr unser Festhalten an dem Anzeigen durch die Untauglichkeit des wälschen Volkes zu einem großartigen einigen, öffentlichen Leben gerechtfertigt wird. Die Genuesen bieten in ihrer alten Eifersucht auf Turin Alles auf, um den Sitz des neuen Königthums nach Mailand zu verlegen, und ernstliche Verwicklungen beginnen bereits sich zwischen der Hauptstadt und der alten Beherrscherin des Meeres anzuknüpfen. Auf dem Kriegsschauplatze werden schon Gerüchte von einem nahen Frieden laut; man sieht nach und nach ein, und das Losbrechen der österreichischen Partei in Venedig hat auch wohl das Seine dazu beigetragen, daß Cavaignac's noch keine Kanonen sind und mancher General einen Festzug besser als einen Feldzug zu organisiren versteht. Nur Toskana macht in der allgemeinen Misere, von der sich sogar Rom trotz der edlen Persönlichkeit des Papstes nicht mehr fern zu halten vermag, selbst für den Fremden eine erfreuliche Ausnahme. In Florenz fand am 26. Juni die Eröffnung der Kammern unter großen Festlichkeiten Statt. Die Thronrede ist zwar ohne tiefe politische Bedeutung, allein die Beifallsrufe der Abgeordneten, die sie bei vielen Stellen unterbrachen, lassen erkennen, daß das ehrliche Verfahren des Fürsten in der Liebe der Unterthanen seinen Lohn gefunden hat, und geben der Hoffnung Raum, daß an diesem Zweige des Orangenbaumes aus den Frühlingsblüthen gesunde Frucht reifen werden. In Neapel dagegen steigert sich durch die Länge der Agonie der staatliche Verfall mit jedem Tage, obgleich man die Auflösung schon längst als auf dem Gipfel angekommen betrachten konnte. Aus der nunmehr beendigten neuen Wahl sind dieselben Deputirten wieder hervorgegangen; allein da man allgemein bestimmt voraussetzt, daß der König einen zweiten Staatsstreich gegen die ihm lästige Verfassung beabsichtige, so will kein Abgeordneter sich nach der Hauptstadt begeben, wo die Versammlung im Anfang nächsten Monats eröffnet werden soll." Mithin wird das Parlament verschoben, und was dann? Die Beantwortung dieser Frage ist um so schwieriger, da der König das Fort St. Elmo und die andern Kastelle um Neapel sehr stark hat befestigen und mit Brandraketen versehen lassen, um so gegen „sein geliebtes Volk" gerüstet zu sein. Daß auch solche Vorsichtsmaßregeln bei einem Aufstande nicht helfen, in welchem die moralische Macht auf der Seite der Insurgenten ist, hat der 24. Febr. zu Paris klar bewiesen. Indessen man versucht es; man kleidet vorläufig 400 Lazaroni als Gentlemen an und läßt sie die Republik ausrufen, das gibt eine treffliche Gelegenheit, sich der aus dem nenlichen Blutbade übrig gebliebenen verhaßten Liberalen zu entledigen. Die Kalabresen sind ja noch weit, und wenn sie auch den General Nunziante gänzlich geschlagen haben, und ihre Forts Paola und Amantea so befestigt sind, daß kein Bataillon von den 15000 Mann, die jetzt trotz der Geldnoth auf Kauffahrteisahrern gegen sie geschickt werden, den Fuß ans Land zu setzen vermag — in der Hauptstadt erfährt man Nichts von ihren Siegen. Da kann noch der Erminister von Oesterreich, Graf Lebzeltern, sein teuflisches Wesen forttreiben. In der That, Neapel bietet jetzt noch eine treffliche Bühne für die Metternichsche Truppe. Die einzelnen Ausarbeiter des Wiener Schlußprotokolls wären dort alle gewiß besser an ihrem Platze, als in Frankfurt hinter den Kulissen der deutschen Nationalversammlung oder in Innsbruck bei der Kaiserin Mutter, wenn gleich sie vielleicht nur deßwegen so über Europa verstreut sind, damit es zu London dem neuen Guizot-Metternichschen Blatte nicht an Korrespondenzen fehle. Nun freilich, Etwas müßten sie sich doch selbst da in die Zeiten schicken. Ist doch sogar Saloi, Delcarrettos einstiger Liebling, jetzt „liberal" geworden; allein daß das der menschlichen Natur nicht schwer fällt, davon liefert das unmittelbarste Leben nur zu deutliche Belege.

† Neapel, 30. Juni. Nachdem für die Eröffnung des Parlaments erschienenen Programm wird dieselbe nicht durch den König selbst, sondern durch einen Abgeordneten Duca di Serracapriola ohne weitere Ceremonien in dem Bibliotheksaale des Museums vorgenommen werden. Der König wagt noch nicht sein Schloß zu verlassen und seit mehreren Tagen sind Nachts die Zugänge zur Stadt mit starken Truppenabtheilungen besetzt, ob es bloße Vorsichtsmaßregeln sind, oder ob man Zuzüge aus den Provinzen befürchtet, läßt sich nicht bestimmen, wie wir überhaupt über die Vorgänge in Kalabrien selten das Wahre erfahren, weder durch die Staatszeitung, die die Sache ziemlich unbedeutend darstellt, noch durch andere hiesige Blätter oder Privatnachrichten, welche jedenfalls in ihren Berichten sehr über-

Digitized by Google

Die Abänderung des Zollverein-Tarifes.*)

II.

In neuerer Zeit hat sich, besonders in Süddeutschland, die Ansicht geltend zu machen gesucht, daß der Schutz, den der Zolltarif dem deutschen Gewerbfleiß gewähre, ein großentheils ungenügender, sowie daß die Verzollung nach dem Gewicht eine zweckwidrige, die Fortschritte und die Ausbildung der höhern Industrie hemmende Erhebungsweise, und daß die Verfassung nach dem Werthe der allein richtige Modus sei. In Baden und besonders in Würtemberg hat man überdem in Reden, Schriften und Petitionen „die Haltlosigkeit des preußischen Systemes" so vielfach und mit einer solchen Sicherheit als eine so unwiderlegbare Thatsache hingestellt, daß jeder Zweifel an der Begründung jener Anklagen als gewagt erscheinen muß. Wenn sich der preußische Zolldiplomatie ein Vorwurf machen läßt, so kann er nicht im Schwanken des Systemes und in der Principlosigkeit, sondern er könnte im Gegentheil nur darin bestehen, daß Preußen mit strenger Konsequenz an dem Princip des im Jahr 1818 angenommenen Systemes festgehalten hat, obwohl die Preise der meisten Waarenartikel, der industriellen Zustände und überhaupt die allgemeinen Verhältnisse seitdem so bedeutenden Veränderungen unterworfen gewesen sind. Jedem Deutschen, der über die Kirchthurmsinteressen hinauszublicken vermag, muß es schmerzlich sein, die fortwährenden Anfeindungen und selbst gehässigen Verdächtigungen gegen die preußische Zolldiplomatie von Vertretern und Wortführern angefacht und genähret zu sehen, denen es weniger an dem guten Willen, als vielmehr an den Kenntnissen und an der Urtheilsbefähigung zu gebrechen scheint. Alle diese Leute berufen sich auf Friedrich List und legen dadurch den Beweis ab, daß ihnen zum Studium der Nationalökonomie keine Zeit übrig geblieben ist. In seinem Systeme der politischen Oekonomie sagt nämlich Fr. List: „Die Bitte der preußischen Manufakturisten um eine Beschützung gegen das Ausland ward auf meisterhafte Weise erhört. Der preußische Zolltarif entspach den Bedürfnissen der preußischen Industrie, ohne den Schutz auf irgend eine Weise zu übertreiben oder dem nützlichen Verkehr mit dem Auslande zu nahe zu treten. Ein anderer großer Vorzug dieses Tarifs bestand darin, daß er die Zollsätze nach dem Gewicht, nicht nach dem Werth bestimmte. Hierdurch ward nicht nur das Schmuggeln und die zu niedrige Schätzung vermieden, sondern zugleich der große Zweck erreicht, daß die Gegenstände des allgemeinen Verbrauches, die jedes Land am leichtesten selbst fabriciren kann und deren Selbstfabrikation wegen ihres hohen Totalbetrages für das Land am wichtigsten ist, am meisten bestimmt werden, und daß der Schutzzoll um so mehr fiel, je mehr die Feinheit und Kostbarkeit der Waaren, also die Schwierigkeit der Selbstfabrikation und der Reiz, sowie die Möglichkeit des Schmuggelns fiel. Später schritt Preußen zur Zollvereinigung mit den meisten der deutschen Länder, und in Folge dieser Einigung hat die Industrie, der Handel und die Landwirthschaft der deutschen Vereinsstaaten unermeßliche Fortschritte gemacht." Zugegeben, daß einige industrielle Erzeugnisse, besonders die Halbfabrikate, eines höheren Schutzzolles schon längst bedürftig gewesen wären, so haben sich doch in den vier Jahren, seit List Vorstehendes geschrieben, keineswegs solche Veränderungen zugetragen, um die Vorwürfe der „Haltlosigkeit und Principlosigkeit" dadurch zu rechtfertigen. Im Gegentheil, wenn man bedenkt, daß der Zollverein bisher immer noch in der Erweiterung begriffen, und daß der Anschluß der nördlichen Küstenländer nicht von einer Erhöhung der Zölle, sondern von einer Herabsetzung derselben bedingt gewesen war, so konnte man es der preußischen Diplomatie nicht verargen, wenn sie vorzog, es bei dem Bestehenden bewenden, als ein bewährtes System in nicht hinreichend motivirter Weise umstürzen zu lassen. In der That legen die officiellen Zollregister ein unverwerfliches Zeugniß zu Gunsten solcher Ansicht ab, indem sie den Beweis liefern, daß die Einfuhr ausländischer Luxuswaaren bisher nicht so bedeutend war, als die Phantasie einiger Wortführer ihnen selbige bisher vorgestellt haben mag. Im Jahre 1846 wurden in den Zollvereinsstaaten eingeführt und verzollt:

feine Bleiwaaren	Zoll	10	Thaler	8 Centner
feine Bürstenwaaren . . .	„	10	„	89 „
gepolsterte Meubles . . .	„	10	„	134 „
Kleider und Wäsche . . .	„	110	„	66 „
Schnupftabak	„	15	„	103 „
Papiertapeten	„	20	„	434 „
Buchbinderarbeiten	„	10	„	428 „
überzogene Pelze, Mützen .	„	22	„	23 „
Toilettenseifen	„	10	„	66 „
feine Bast- und Strohhüte .	„	50	„	87 „
Porcellan mit Gold od. Silber	„	50	„	11 „
Fußteppiche	„	20	„	417 „
feine Zinnwaaren	„	10	„	35 „

Wenn man diese Einfuhr dem Verbrauche von 28 Millionen Menschen entgegenhält, so ist zu hoffen, daß manche Behauptung von der ungeheuren Einfuhr ausländischer Luxuswaaren in eine Täuschung aufgehen wird. Es wurden zwar außerdem noch verzollt:

feine eingelegte Holzwaaren	Zoll	10	Thaler	2702 Centner
Quinkaillerlewaaren	Zoll	50 à 100	„	1019 „

wozu indeß folgende Bemerkungen beizufügen sind. Die sogenannten Holzwaaren sind meistens Handwerker von sehr schwerem Holz gefertigte Meubles, und da der erste deutsche Seeplatz hoffentlich nicht lange mehr als Ausland zu betrachten sein wird, so muß auch der außerdem zu rechtfertigende Antrag auf erhöhten Schutzzoll für dergleichen Tischlerarbeiten in der Hauptsache dadurch erledigt sein. Was aber die kurzen Waaren, die sogenannten Quinkaillerien betrifft, so ist nicht außer Acht zu lassen, daß ein großer Theil derselben zwar verzollt, aber wieder ausgeführt, d. h. nach Oesterreich und Polen eingeschmuggelt wird. Denn indem der Zoll im Verhältniß zum Werthe nur gering und die Entnahme einzelner Gegenstände aus den Zollhallen umständlich und selbst unmöglich sein würde, so werden sie verzollt und in den Taschen über die Grenze gebracht. Kann man den Zoll erhöhen ohne diesen Transithandel dadurch zu stören, so wird Nichts dagegen zu sagen, schwerlich aber eine Belebung der inländischen Industrie davon zu erwarten sein. Es ist wenig wahrscheinlich, daß die unzähligen Gegenstände des Luxus und der Mode, womit der auserlesene Geschmack der seit Jahrhunderten darauf eingerichteten Pariser Industrie die Putzzimmer aller Welttheile schmückt, jemals in einer deutschen Stadt erfunden und zur Geltung gebracht werden und wenn auch der Zoll darauf noch so sehr erhöht werden sollte. Die Fabrikation von dergleichen Luxusartikeln ist unthunlich, sobald nicht die ganze Welt zum Absatz dafür offen steht und sie ist überdem gefährlich, weil jede Veränderung der Mode, jede fehlgeschlagene Ernte und jede Handelsstockung zunächst die Arbeiter solcher Waaren betrifft.

Wenn ferner in den Einfuhrlisten als verzollt aufgeführt sind:

Steingut	Zoll	10	Thaler.	902 Centner.
Weißes Porzellan	„	10	„	812 „
Farbiges Porzell.	„	25	„	788 „
Grobes Papier	„	1	„	2300 „
Geleimtes Papier	„	5	„	2088 „

so sind diese Importe eben so wenig übertrieben, als andererseits dennoch, gleichwie besonders von

Cigaren	Zoll	15	Thaler	24,405 Centner

eine angemessene Erhöhung wünschenswerth erscheint. Ueber die Nothwendigkeit der Erhöhung der Schutzzölle auf die wollenen, baumwollenen und leinenen Gespinnste, auf gewirkte Seide, auf gemischte Gewebe, auf geschmiedetes Eisen und überhaupt auf Halbfabrikate aller Art hat sich die öffentliche Meinung so entschieden ausgesprochen, daß es der näheren Erörterung schwerlich bedarf. Wenn man dagegen aus dem Grunde, weil in der Verzollung nach dem Gewicht auch die werthvolleren und leicht wiegenden Gegenstände, als wie z. B. Shawls, Jacconets und andere Schleiergewebe, sowie die feinen Gespinnste der höheren Nummern sich verstecken, das seitherige System verlassen und zu einer Werthsverzollung übergehen will, so ist hierauf zu entgegnen, erstens daß die Einfuhr jener theuren Gewebe nicht von Belang, zweitens daß sie theilweise wieder ausgeführt werden und drittens, daß, wenn sie nach dem Werth verzollt werden sollen, man sie ohne Zweifel einschmuggeln wird. Wichtiger allerdings ist das Bedenken wegen der feineren Gespinnste, aber es ist nicht wichtig genug, um zur Annahme eines Princips zu veranlassen, dessen Lichtseite keineswegs überwiegend genug erscheint, um die anerkannten Vortheile des jetzigen Systemes dagegen verschwinden und eine ungeheure Vermehrung der Regiekosten rechtfertigen zu lassen.

*) Wir sind mit dem Einsender darin allerdings einverstanden, daß das Princip des Zollvereins festgehalten werden müsse; über die Belastung der Waaren nach dem Gewicht oder Werth und über andere Einzelheiten behalten wir uns unsere eigene Meinung vor. Der Verfasser hat nämlich das Verhältniß Deutschlands zum Auslande zu wenig ins Auge gefaßt, namentlich Frankreichs jüngste Zolloperationen und die Transitoabgaben nicht berücksichtigt. Wir werden nächstens diese Gegenstände selbst weitläuftiger besprechen.
Anm. d. Red.

Digitized by Google

Wenn die deutschen Staaten sich über eine Werthverzollung vereinigen sollten, so ist es nicht wahrscheinlich und, aufrichtig gesagt, auch nicht wünschenswerth, daß ein allgemeiner Zoll von höher als 20 Procent festgesetzt werde. Bedenkt man, daß die Spesen und die Kommissionsgebühren ungefähr 5 Procent betragen, so wird die inländische Industrie um 25 Procent gegen die ausländische bevorzugt und es würde ein Erzeugniß keine Rücksicht verdienen, welche bei einem solchen Schutzzoll nicht aufzukommen und zu bestehen vermag. Schon die Berechnung einiger weniger Artikel ist aber zu der Ueberzeugung hinreichend, daß bei einem solchen Werthzoll die künftigen Steuersätze gegen die jetzigen erniedrigt werden und daß somit eine große Gefahr für den deutschen Gewerbestand entstehen dürfte, wenn nicht die äußerste Vorsicht dabei angewendet wird.

Gegenstände,	Werth pr. Ctr.,	jetziger Zoll,	künftiger Zoll bei 20 Procent
ord Sarsenets u. Shirtings	40 Thlr.	50 Thlr.	8 Thlr.
gedruckte Kattune . . .	120 „	50 „	24 „
geschiedenes Eisen . . .	3½ „	1½ „	⅞ „
Kupfergeschirr	35 „	10 „	7 „
Briefpapier	20 „	5 „	4 „
Seife	10 „	3 „	2 „
Steingut	20 „	5 „	4 „
Tücher	100 „	30 „	20 „

Es treten indeß noch andere Bedenklichkeiten hinzu, denn welche Einrichtung man auch treffen möge, so kann es nicht zu hindern sein, daß der Werth der eingeführten Waaren zu den äußersten Erzeugungspreisen deklarirt und daß besonders die Hineinwerfung von Ausschußpartheien dadurch außerordentlich erleichtert werden wird.

Kein noch so hoher Schutzzoll kann jedoch in Vergleich zu dem Vortheil gebracht werden, welchen der erweiterte Markt den Gewerben gewährt. Wenn ein Staat von einigen Millionen Einwohnern sich mit Schutzzöllen umgibt, so müssen die Gewerbe bald ins Stocken gerathen. Denn indem es ihnen nicht möglich ist, das Verhältniß der Konsumtion zu ihrer Produktion genau übersehen zu können, so werden sie immer über den Bedarf produciren und somit in einem fortwährend leidenden Zustande sein. Es ist klar, daß aller Verkehr nur im Austausche der gegenseitigen Produkte besteht. Je enger also der Kreis, um so seltener ist die Gelegenheit dazu, je größer aber das Feld, um so eher findet man Liebhaber zu den Gegenständen, deren man sich zu entledigen wünscht. Wenn zwei bisher abgeschlossene Staaten sich zu freiem Verkehr verbinden, so produciren und konsumiren sie dadurch nicht gerade mehr als seither, aber jeder Staat besitzt oder erzeugt Dinge oder Vorräthe, welche ihm selbst weniger werthvoll, dagegen dem Andern um so nützlicher und wünschenswerther sind, nur so wird durch den gegenseitigen Umtausch das Nationalvermögen beider vermehrt. Möchte man in Süddeutschland diesen einfachen und hoffentlich einleuchtenden Satz überall beherzigen, statt fortwährend mit dem Verdachte sich zu quälen, daß das Auge der norddeutschen Zolldiplomatie unverrückt auf die süddeutschen Taschen gerichtet sei. Nichts in der That kann den süddeutschen Gewerben so augenscheinlich vortheilhaft sein, als ein erweiterter Markt. Daher muß der Anschluß der norddeutschen Staaten an den Zollverband der Gegenstand der eifrigsten Bemühung für die südlichen Zollvereinsstaaten sein. Man pflegt sich in den würtembergischen Blättern mit einer Menge gutgemeinter Vorschläge zur Hebung der Industrie, welche entweder zwecklos, oder nicht ausführbar, oder von den Lehrern der Nationalökonomie schon längst gerichtet sind. Fast alle diese Vorschläge laufen darauf hinaus, das Publikum zu Gunsten der Gewerbe zu besteuern, aber an das einzig sichere Mittel, nämlich an die Vermehrung des Absatzes und an die zunächst dazu vorliegende Gelegenheit durch den Anschluß der Küstenländer wird, wie es scheint, gar nicht gedacht. Wenn auch, um mit Fr. List zu reden, der bisherige Widerstand dieser kleinen Staaten im Lichte eines Nationalskandals erschienen war, so wird doch, bei dem zu hoffenden baldigen Aufhören dieser schmachvollen Absonderung, die Schonung der Gewohnheiten, Interessen und selbst der Vorurtheile der Bewohner immerhin anzurathen sein. Wenn daher statt der überall verlangten Erhöhung selbst hier und da eine Herabsetzung der Zölle im partikularen Interesse gefordert werden sollte, so muß von unserer Seite der Nationaleinheit ein Opfer gebracht, dagegen aber in keinem Falle geduldet werden, daß etwa Hamburg sein Gelüst nach einem Freihafen durchsetzen (?), einen Staat im Staate bilden und zwar allen Vortheil aus seiner Verbindung mit Deutschland ziehen, den Nachtheil aber von sich weisen und auf die Hinterländer zurückwerfen wollte. Ein Freihafen an der Küste eines mit Zöllen umgürteten Staates hat keinen andern Sinn und Zweck, als eine einzelne Stadt auf Kosten des ganzen übrigen Landes zu bereichern (?), wie eben das schnelle und gewaltige Aufblühen solcher Städte es beweist. Das System der unverzollten Niederlage in Entrepots ist bis jetzt noch in allen Ländern der Welt ausführbar gewesen und wird es ebensowohl in Hamburg sein, sobald man zur That schreiten und sich auf spezielles Befragen einer an dem Herkommen festhängenden Kaufmannschaft nicht einlassen will. Man denke an das bekannte Gutachten der Leipziger Handelsvorsteher bei Gelegenheit des Zollanschlusses zurück. Wenn der Kaufmann nicht einen handgreiflichen Vortheil für seine Geschäft erblickt, so wird er von jeder Veränderung behaupten, daß sie nachtheilig und nicht ausführbar sei. Die Hamburger Denkschrift ist eine solche Unmöglichkeits-Komposition, in welcher „die Empfehlung einer neutralen Flagge im Falle eines deutschen Krieges" als ein Prüfstein der patriotischen Gesinnungen zu betrachten sein muß!!

Es wird schließlich noch die Beschuldigung, daß die gegenwärtigen Sätze des Zolltarifes die Vertheuerung der den niedern Klassen unentbehrlichen Lebensbedürfnisse bewirken, einer kurzen Prüfung zu unterwerfen sein. Wenn man die Eingänge in den Zollregistern ansehe, so möchten nur die vier Artikel: Reis, Häringe, Kaffe und Zucker darunter zu verstehen sein. Daß der Reis nicht zu den Nahrungsmitteln der deutschen Arbeiter gehört, wird ebensowohl zugestanden werden, als daß der Zoll von Einem Thaler für eine Tonne Häringe nicht zu hoch erscheint. Von den beiden andern Artikeln wurden im Jahre 1846 eingeführt:

Kaffe 850,000 Ctnr., Zoll 6½ Thlr., Zollbetrag 5,500,000 Thlr.
Zucker 1,400,000 „ „ 5 „ „ 7,000,000 „

Denjenigen, welche den Kaffe als ein unentbehrliches Bedürfniß für die untern Volksklassen betrachten, wird die Behauptung entgegengehalten, daß wenigstens Ein Drittheil der deutschen Gesammtbevölkerung bis jetzt nur Surrogate genießt und von dem Geschmack des ächten Kaffe nur eine entfernte Ahnung besitzt. Ein zweites Drittheil trinkt zwar Kaffe, aber ebenfalls mit Surrogaten und stark mit Wasser verdünnt, so daß der obengenannte Zollbetrag von 5½ Millionen Thalern in der Hauptsache von den Wohlhabenden erhoben wird. Ueberdem wird wohl nicht ernstlich bestritten werden, daß der Genuß des Kaffe als ein reiner Luxus und keineswegs als ein unentbehrliches Bedürfniß zu betrachten ist. Nicht ganz so verhält es sich mit dem Zucker, welcher weniger entbehrlich und außer dem Syrup durch kein Surrogat zu ersetzen ist, weil der Rübenzucker nicht als solches zu betrachten, so lange die Erzeugung desselben höher als der Rohrzucker einzustehen kommt. Indeß ist auch hier zu bedenken, daß der bei Weitem größte Theil der Steuer von den Wohlhabenden bezahlt werden muß. Wollte man die Zölle von Kaffe und Zucker wirksam, d. h. um wenigstens drei Thaler per Centner herabsetzen, so ist es zweifellos, daß der für die arbeitenden Klassen daraus entspringende Mehrantheil an Genuß in keinem Vergleich zu dem Ausfall gestellt werden könnte, welcher für die Zollkassen daran entstehen und theilweise immer wieder auf diejenigen Klassen zurückfallen würde, welche der Zoll auf Kaffe und Zucker in der That am Wenigsten berühret. Und wenn der stärkere Verbrauch dieser Artikel bei den Bewohnern Norddeutschlands eine Rücksicht auf selbige nothwendig erscheinen läßt, so dürfte das Zugeständniß eines billigen Präcipuums der allgemeinen Zollermäßigung vorzuziehen sein.

Ungarn.

Pesth, 29. Juni. Man schreibt von hier der D. A. Z.: Die neuesten Vorgänge an der untern Donau erheischen eine schnelle Entscheidung. In Neusatz nämlich haben die Illyrier am 26. Juni gegen die dortigen Magyaren und Deutschen gräßlich gewüthet. Die vielen Privatbriefe, welche hier eingetroffen, sprechen bereits von 12 Todten, worunter zwei schwangere Frauen und ein Greis, und vielen Verwundeten. Dieses Gemetzel, welches am Tage einige Stunden unter Sturmgeläute dauerte, geschah unter den Augen der Dragoner in Neusatz und der Festungsgarnison von Peterwardein, welches von diesem nur durch die Donau geschieden ist. Die Aufständischen forderten bereits die Bergwerksstädte Orawitza und Altmoldau zu gleicher Uebergabe auf, ja sie gewärtigen sogar die Uebergabe von Temeswar, dessen Kommandant ein entschieden ausgesprochener Feind der Magyaren ist.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver 6 Kamp., 73 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder besorgen sich an C. L. Herrmann in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 38 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 193. **Heidelberg, Donnerstag 13. Juli.** **1848.**

Uebersicht.

Die sociale Frage auf der französischen Tribune. — Wien (Proklamation des Erzherzogs Johann). Berlin (fremde Truppen). Königsberg (Thätigkeit für die Flotte) Vom Rhein (die Verhaftungen). Köln (Adresse nach Berlin. Duellat auf dem Theater einer Volksversammlung). Erfurt (offenes Hervortreten der rothen Republik). Posen (Hoffnung auf Frankfurt). München (Officieren und Beamten die Theilnahme an den Klubs versagt). Tübingen (der vaterländische Verein erklärt sich gegen Gewerbefreiheit). Hannover (partikularistische Erklärung des Königs) Vom Neckar (die neue Zeit und der politische Sinn im Volke). Baden (Adresse nach Frankfurt). Jena (Versammlung der vaterländischen Vereine in Köln). Rendsburg (die Ständeversammlung). Hamburg (keine Ruhestörung ferner. Die Staatswaffenkunst. Einrücken von Reserve. Der Waffenstillstand). Frankfurt (die Besetzung des Reichsministeriums. Verhandlungen der Nationalversammlung über den Empfang des Reichsverwesers. Ankunft und Empfang desselben).

Großbritannien. Die bewaffneten Klubs in Irland. Meagher nach Amerika. Irische Brigade in New-York. Eingabe irischer Potamentsmitglieder um Unterdrückung der Klubs.

Frankreich. Die Militärmacht in Paris. Der National vertheidigt die prov. Regierung. Trauergottesdienst. General Bedeau nimmt das Portefeuille des Auswärtigen an. Wiederkehr des gewöhnlichen Lebens. Fernere Verhaftungen eingestellt.

Ungarn. Pesth. Eröffnung des Reichstages. Antrag auf Aufhebung der Magnatentafel.

Beilage. Rußlands Armee, Flotte, Finanzen. **Schweiz.** Zürich. Verweisung der Hannoveraner aus Zürich. Die Aufhebung der Klöster in Thurgau und Tessin. Die Neutralität gegen Oesterreich und Italien in Graubünden. **Ungarn.** Die Insurgenten geschlagen.

Heidelberg, 12. Juli.

In dem Augenblick, wo die Wogen des Pariser Sturms sich gelegt haben, wo man in Frankreich alles Ernstes darauf denken muß, nicht bloß zu unterdrücken, sondern auch zu heilen, damit die Gefahr nicht verdoppelt wiederkehre, mag es an der Zeit sein, auf eine Debatte zurückzukommen, die zu den bedeutsamen Vorzeichen des nahen Sturmes gehört und gleichsam den theoretischen Kommentar zu Dem bildet, was in den Straßen von Paris vorging. Die Frage des Socialismus wurde auf die Tribune gebracht von einem seiner geistreichsten und man darf wohl sagen, einem seiner edelsten Vertreter, von Pierre Lerour; drei Gegner, die für einen Mann standen, vertheidigten die Sache einer praktischen, an das Vorhandene anknüpfenden Staatsentwickelung. Der Umschwung der Dinge hat Einen unter ihnen ans Ruder des Finanzministeriums gebracht, und die Bahn zur Verwirklichung seiner Ansichten steht ihm offen. Um so näher liegt es, die Resultate jener Debatte von ihrer historischen und politischen Seite etwas schärfer zu beleuchten; die nationalökonomische und im engern Sinne sociale Seite zu betrachten, ist nicht unseres Faches, und übrigens würde dazu die Debatte kaum eine genügende Grundlage bilden. P. Leroux gab keine entschiedenen und klaren Gesichtspunkte; er schilderte erschütternd die Lage der Fabrikarbeiter und kleidete die Sätze seiner Schule in die Sprache eines edlen und zarten Gefühls, das sich, von den grell hervortretenden Uebeln des Industriestaats abgeschreckt, zum Ackerbau wendet, wie dies einst auch unsere Reaktionäre thaten, die aus andern Gründen von dem Industriestaat abgeschreckt wurden. Nur einen diese Sätze, und fast den einzigen, der mit Entschiedenheit hervortrat, müssen wir herausheben; er ist nicht minder politisch als nationalökonomisch wichtig. Das reine Einkommen, sagte P. Lerour, ist der alleinige Arbeitgeber; 34 Millionen Menschen in Frankreich leben von Lohn auf diese oder jene Weise, 1 Million von ihrem reinen Einkommen; jene große Masse ist also abhängig von der Arbeit, die ihr diese kleine Minderzahl gibt; hier sind die Herren, dort die Sklaven. Dies ist ganz die unglückliche Trennung von bourgeoisie und peuple, das unheilvolle Uebersehn der großen Klasse, die zwischen unermeßlich Reichen und Besitzlosen mitten inne liegt, die verderbliche Abstraktion, die aus einem falschen Zustande eine Theorie macht, ohne die lebendige Wirklichkeit anzufassen. Sämmtliche Gegner, Goudchaux, Guichard, Dueour, erhoben sich gegen dieses Princip und seine Konsequenz, die P. Lerour nicht gezogen hatte, und die doch so nahe liegt, daß er sie nicht leicht übersehen konnte; sie zeigten, wie eine Arbeit die andere hervorruft, wie der Lohn der einen Arbeit dazu dient, die andere zu bezahlen, wie alle Arbeit und aller Verkehr ein Ganzes bilden und in einem unauflösbaren Verhältniß der Solidarität stehen; sie behaupteten, wenn Alle um Lohn arbeiteten, wenn Niemand mehr reines Einkommen hätte, so würde das Land darum nicht ärmer sein. Mit diesem Satze war das wahre Bild der menschlichen Gesellschaft hergestellt; der Unterschied zwischen dem französischen Volke, das arm ist, und dem französischen Volke, das reich ist, war aufgehoben; Goudchaux durfte sagen: „ich bin ein Freund des Volkes, aber kein Feind der Gesellschaft"; man durfte es aussprechen, die ganze Schwierigkeit der Lage sei in der Stockung der bestehenden Industrie, und dagegen die einfachen Mittel der Erfahrung aufbieten. Goudchaux setzte die Aufgabe des Staates nicht in Beherrschung und Unterdrückung der bestehenden Industrie, nicht in die einseitige Bevorzugung einer bisher einseitig unterdrückten Klasse, sondern darin, daß der Staat diese Klasse nach Kräften in Stand setze, sich selbst ihr nothwendigstes Bedürfniß, den Kredit, zu verschaffen. Die Mittel, diesen zu gewinnen, sind (abgesehen von dem eigentlich Oekonomischen), strenge Rechtlichkeit und erhöhte Bildung, also wesentlich Eigenschaften der sittlichen Menschennatur. In diesem Sinne verlangte Guichard von der Republik die strengsten Beweise von Rechtlichkeit und Sittlichkeit, weil sie für die Achtung des Eigenthums nicht schon an und für sich die Sicherheit darbiete, welche die Regierung einer Minorität von Eigenthümern selbst dann darbietet, wenn sie schlecht und unsittlich ist. Dueour sprach den Satz aus, daß das Eigenthum den Menschen zum sittlichen Wesen macht; er that dies dar an dem Beispiel der Hebung des Bauernstandes in Frankreich seit der Parcellirung der Grundstücke; er machte aufmerksam auf den Unterschied zwischen dem Bauer und Fabrikarbeiter in Frankreich; in dem freien Eigenthümer, dem Bauer, werde die Republik stets einen Krieger gegen Emeute und Anarchie finden, während unter den Fabrikarbeitern, bei eintretender Stockung, im Drange der Noth, leicht der Despotismus seine Helfershelfer werbe. Er schloß daraus, daß man das Eigenthum, die Familie, das Vaterland zur Grundlage der Republik machen müsse, wenn man sie ohne Erschütterung, ohne Anarchie ihr Ziel wolle erreichen sehen, und trotz der Losung: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! werde man dies Ziel doch nur erreichen durch die Sittlichkeit, die aus dem Innern des menschlichen Wesens hervorgeht.

Wir haben diese Sätze einfach hingestellt, ohne uns, wie gesagt, in die nationalökonomischen Einzelheiten einzulassen. Es war unser Zweck, zu zeigen, was Niemand verkennen wird, wie viel mehr Verständniß menschlicher Natur und menschlichen Werthes darin enthalten ist, als in der von christlicher Liebe überfließenden Doktrin des Socialismus, die das Heil stets auswärts sucht und in der thätigen Menschenkraft zu finden versäumt, die der Beförderung durch Gesetze und Institutionen wohl bedarf, aber auch für diese erst die rechte Lebenskraft ausmacht. Und obgleich jene Ansichten auf die reinsten Beweggründe des menschlichen Handelns zurückgehn, so wird sie doch (und dies ist ein günstiges Zeugniß für die heutige Gesellschaft) nicht leicht Jemand unpraktisch finden; sie scheinen vielmehr gerade auf den rechten Weg zu führen, auf dem die Motive der Sittlichkeit und die des zeitlichen Vortheils Hand in Hand gehn. Ihnen gegenüber, im Lichte einer ungetrübten Ansicht der Dinge, im Kreise eines Staats, der nicht länger politisch gehemmt ist, das Gute und Rechte eintreten zu lassen, erscheint der Socialismus als das was er ist, als das Symptom einer socialen Krankheit, als ein Luftgebild, das in dem trüben Heute ein schöneres Morgen vorbildete, ein Morgen, das freilich

Digitized by Google

anders sein wird, als die Phantasie es ausmalte, das aber nach dem Maß menschlicher Kräfte das Bedürfniß ausfüllen wird, aus dem jene krankhaften Gebilde ihre Nahrung zogen. Merkwürdig ist es übrigens, wie geläufig sämmtlichen Rednern die Unterstützung ihrer Ansichten durch die Bibel und die Aussprüche der Evangelien in diesem sonst so heidnischen Frankreich war. Wir machen darauf besonders aufmerksam; bisher hatte die Reaktion sich ausschließlich mit dem religiösen Mantel bedeckt, und Republikanismus und Irreligiosität in Eins geworfen, nun wird man sich auch hier auf eine Frontveränderung gefaßt machen müssen. Jedenfalls glauben wir, der Vertheidiger des Gouvernement laique, wenn er jetzt im „Spektateur de Londres" für Religion und Moral gegen die Neuerer zu Felde zieht, wird an diesen modernen Republikanern mehr als ebenbürtige Gegner finden.

Unsere Reformpartei wird sich zu jenen Ansichten gerne bekennen; was sie in dieser Richtung erstrebt, ist im Wesentlichen nichts Anderes, und eine Republik, in der jene Ansichten sich grundsätzliche und dauernde Geltung verschaffen, würde uns ein gutes Nachbarland werden können. Die geringste Mühr würde wohl sein, zu zeigen, daß die konstitutionelle Monarchie mit solchen Principien sich eben so wohl verträgt als die Republik. Eigentlicher Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich erwarten wir nicht; je mehr die politischen Grundsätze sich ausgleichen, desto reiner kann die Politik der Interessen auftreten, die niemals zu vertilgen ist, und diese wird schwerlich eine enge Freundschaft zwischen beiden Ländern herbeiführen. Aber schon die wesentliche Gleichheit der leitenden Grundsätze auf beiden Seiten würde zur wechselseitigen Sicherung der Zustände ein Großes beitragen.

Der Parallelismus zwischen deutschen und französischen Zuständen gibt sich auch in der historischen Entstehung der gegenwärtigen Ansichten kund, über die wir in den Reden, die uns vorliegen, zwei interessante Aufschlüsse finden. Goudchaux gesteht aufrichtig, die Februarrevolution sei ein Wenig zu früh gekommen, ehe die so wichtigr industrielle und sociale Frage in den Gemüthern genugsam gereift war. Eine extreme Ansicht, sagt er, auf L. Blanr deutend, sei schon aus dem Sattel gehoben gewesen, aber die richtige Ansicht war noch nicht genug durchgedrungen, und so konnte jene die Revolution benutzrn, um wieder hervorzutreten, und nicht bloß in der Theorie, sondern auch in der Praxis Unheil anzurichten. Ein analoges Geständniß findet sich bei Guichard. Auf eine versöhnliche und ehrenvolle Weise erkennt er das Gute der Sozialisten an; wenn Menschlichkeit, wenn eine bewundernswürdigr Milde drr Sitten an die Stelle des alten Hasses getreten sei, so verdanke man es nicht zum Mindesten den Studien, die neue Gedanken, neue Hoffnungen und damit einen neuen socialen Fortschritt wecklen. Man siehl, hier ist der Uebergang gemeint, der in den letzten Jahren der Julirrgierung vor sich ging, und dem oberflächlichen Betrachter nur als der Uebergang von den wildesten Kämpfen der Faktionen zu einer völligen thatlosen Ermattung und Abstumpfung erschien. Hier haben wir nun das Zeugniß eines aufgeklärten und unbefangenen Franzosen (er spricht ja zunächst von seinen Gegnern), daß jener Stillstand seine Früchte getragen hat, daß er im Verborgenen eine Umwandlung des Volksgeistes vorbereitete, daß er selbst durch die Irrgänge der socialen Theorien zur reinen Ansicht des Lebens führte, ja daß jene schon halb überwunden waren, als die Revolution ausbrach. Louis Blanc hat jene Indifferenz so sehr geschollen, diesem socialen Tode gegenüber sind ihm die Kämpfe der Faktionen Zeichrn des Lebens und der Kraft, und doch mußte ein solcher Zustand kommrn, die socialen Kämpfe der Parteien, die soriale Verzweiflung in der Literatur, der sociale Despotismus L. Blanc's selbst mußten dazu dienen, sich wechselseitig aufzureiben und der Gesundheit und Klarheit einen wenn auch späten und schwer erkauften Eingang zu verschaffen.

Es brdarf kaum einer Andeutung, daß bei uns die Zeit der Thatlosigkeit, der politischr Schlummer von 1835—1848, eine ähnliche Frucht getragen hat. Die Cirkulation der geistigen Kräfte nahm frische Stoffr in sich anf, der Begeiff der Nationalität machte sich als ein neues Ferment geltend und vereinigte dir hundertfältig zrrspaltenen Meinungen um sich. Wer der verborgenen Entwicklung dieser Elemente, der inneren Geschichte der deutschen Opposition von den deutschen Jahrbüchern an bis zum Ausbruch der Revolution gefolgt ist, der wird auch einen ähnlichen Gang wie den oben bezeichneten finden. Es bildete sich eine Bahn der Besonnenheit, der Reife, der gristigen Uebrrlegenheit, auf die mehr und mehr Alles einging, was für das Heil der Zukunft mit Hoffnung und Geduld arbeitete; man war in der Lage, zugleich den Obskurantismus und die umsturzsüchtigen Utopien mit den Waffen des Geistes zu bekämpfen. Werden wir auch sagen müssen, daß unsere Revolution zu früh kam? — Wenigstens werden wir von unsern Einheitsbestrebungen sagen können, was Ducoux von den socialen Experimenten sagte: „Es ist zu beklagen, daß man den Augenblick einer Revolution abwarten mußte, um Versuche zu machen, die nicht aufzuschieben sind, aber sich schwer ins Werk richten lassrn, solange dir revolutionären Leidenschaften glühen." Uebrigens, wie dem auch sei, die Frage der nationalen Wohlfahrt liegt nun in beiden Ländern so, wie der plötzliche Umschwung im Februar sie gestellt hat. Wo wird sie am glücklichsten gelöst werden? Einer der erwähnten Redner durfte sagen, die industrielle Frage sei Frankreichs einzige Schwierigkeit. Alles wohl erwogen, kann man ihm kaum Unrecht geben. Von Prätendenten aller Art wird nicht Viel zu fürchten sein; die Sache der Monarchie ist in Frankreich zu entscheidend verloren; ein auswärtiger Krieg kann Frankreich ungeheure Opfer kosten, aber seinen festrn nationalen Bestand nicht angreifen; die inneren Schäden der Verwaltung, wenn es überhaupt im Geiste des französischen Volkes liegt, sie zu heilen, können nur grheilt werden auf dem Wege des industriellen und socialrn Fortschritts. Unsere Lage ist in der Gegenwart viel schlimmer; dürfen wir uns damit trösten, daß uns eine weit höhere politische Aufgabe gestellt ist? Wir haben allerdings eine bessere Erbschaft aus der Vergangenheit, nicht rinen theuer erkauften und doch unfruchtbaren, stets neu aufstachelnden Kriegsruhm, soudern den Nachlaß einer der glänzendsten Perioden menschlicher Geistesentwickelung, in deren großem Sinne wir jetzt auch unsere politischen Angelegenheiten gestalten sollen. Wird es uns gelingen? Ein beständiges, langsam zu überwindendes Hinderniß liegt in Geist und Sinnesart unseres Volkes; ein anderes, augenblickliches, in den Bestrebungen der Partei, die sich rühmt, wie die Faktionen der Julizeiten, die Tyrannei unterwühlt zu haben. Wir wollen ihr Verdienst nicht schmälern; aber wir geben ihr zu bedenken, daß zu jenem Ziel noch Andere auf andern Wegen gegangen sind, daß nun am Ziel die Wege abermals sich scheiden, und daß ihr Weg, undeutsch wie er ist und fremd dem Geiste unserer größten Zeiten, gerade jenen französischen Spuren gedankenlos nachgeht, welche die Franzosen nun selber anfangen mit vollem Bewußtsein auszutilgen.

Oesterreich. Wiea, 10. Juli. Die heutigr Wien. Zeit. bringt eine Proklamation des Erzherzogs Johann, worin er verkündet, daß er dir ihm vom Kaiser in seiner Abwesenheit übertragenen Regentenpflichten in keiner Weise zu verletzen und im vollen Einverständniß mit den Wünschen der Oesterreicher zu handeln glaubr, indem er die Reichsverweserwahl neben jener Sendung anzenommen habe. Er werde mit der an ihn gesendeten Deputation nach Frankfurt gehen, um das Amt als Reichsverweser anzutreten, dann aber wieder zurückkehren, um den österreichischen Reichstag am 18. Juli als des Kaisers Stellvertreter zu eröffnrn.

Preußen. Brrlin, 7. Juli. Während man in Baden doch nur die Truppen anderer Bundesstaaten fremde Truppen nannte, nennt man von Berlin aus bereits dir eigenen Landestruppen fremde. In einer Korrespondenz der Wes. Z. heißt es: Die Aufregung über dieses Einrücken fremder Truppen ist so groß u. s. w. Die Redaktion der Wes. Z. ist naiv genug, den Ausdruck „fremd" durch ein beigesetztes Fragezeichrn zu bezweifeln. Während in Frankfurt Parlament und Gallerien und nebenan die Sachsenhäuser darch Barrikaden an der deutschen Einheit arbeiten, gestattet sich ringsumher Alles nur immer fremder und fremdartiger.

Königsbrrg, 6. Juli. Das provisorische Komité für die Betheiligung der Provinz Preußen bei der Gründung einer deutschen Marine hatte am 1. Juli eine Generalversammlung in Danzig anberaumt, zu welcher alle Diejenigen eingeladen waren, die sich bisher an den Zeichnungen zur Erbauung von Kriegsfahrzeugen betheiligt hatten. Es wurde von dieser Versammlung einstimmig der Beschluß gefaßt: Es sollen unverzüglich die Vorbereitungen zu dem Bau eines Kriegsfahrzeuges (Fregatte von 40 Kanonen oder Dampfkorvette von 300 Pferdekraft) getroffen und hiezu namentlich die Instruktion des Marinecomitéschusses in Frankfurt eingeholt werden. Nach Vollendung dieser Vorarbeitrn wird der Bau unverzüglich in Danzig in Angriff genommen werden, und dir Stadtkommune ist bereits um Abtretung eines Platzes, der sofort zum Bau eingerichtet werden soll, ersucht worden. An Beiträgen, die in Baarem, in Material und in Arbeits-

Digitized by Google

kräften bestehen, sind bis jetzt im Ganzen in hiesiger Provinz etwa 12,000 Thlr. theils eingegangen, theils gezeichnet. (Voss. Z.)

† Posen, 8. Juli. Man hegt hier allgemein die Hoffnung, daß nunmehr nach Entscheidung der österreichisch-slavischen Frage die posener Frage in Frankfurt entschieden werden wird. Im Interesse der Bevölkerungen beider Nationalitäten wäre die Beschleunigung wünschenswerth gewesen, denn es läßt sich nicht läugnen, daß die Pariser wie die serbischen Bewegungen auf die Agitationen hier Rückwirkungen ausübten. Wir Deutsche sind hier natürlich auf eine günstige Entscheidung gefaßt und hoffen auf die Realisirung unserer Abgrenzung von den polnischen Theilen, welche freilich erst dann wirklich eintritt, wenn wir förmlich zu einem neuen Staatskörper gefügt und aus dem unseligen Verbande losgetrennt werden. Gestaunt haben wir, wie auch in Frankfurt die Polen jene Parteischriften der deutschen Nationalversammlung vorlegen konnten, die voll offenkundiger Unwahrheit sind und mit einer unerhörten Dreistigkeit die bekanntesten Thatsachen abläugnen. Wir meinen die Schrift in 4. von den drei Herren Brodowski, Potworowski und Kratzewski, und diejenige des Herrn Kosciolecki. Unwillkürlich dringt sich dem Leser derselben, welcher die Ereignisse mit erlebt hat die Erinnerung an jenen Monstreproceß in Berlin und an das Ableugnungssystem auf, welches dabei beobachtet wurde! Setzt man nun noch voraus, daß dem völkerrechtlichen Ausschuß doch sicherlich Aktenstücke vorliegen werden, welche jene Darstellungen ins rechte Licht setzen, so staunt man um so mehr. Traurig bleibt dabei immer die Erfahrung und sie ist auch einzig in der Geschichte, daß ein deutscher Stamm bei seinem eigenen Volke, die ihm inwohnenden nationalen Rechte sich mühsam fremden Ränken gegenüber erkämpfen muß, und während dieses langen Kampfes nicht ein Zeichen der Ermunterung oder der Sympathie von Frankfurt uns empfangen hat! Wir erkennen darin die alte Geringschätzung, die die Deutschen immer gegen sich selbst genährt haben, der Umstand aber ist uns deßhalb um Nichts weniger schmerzlich. Dazu hört man nur noch den Hohn und Spott der Polen über die Frankfurter unpraktischen Doktrinäre, die sich selbst nicht, also Anderen noch weniger helfen können. In der Stadt ist Alles ruhig, nur der Geldmangel ist drückend und wird wohl noch drückender werden. Die Johanniszeit ist ganz ohne Leben hingegangen.

*Erfurt, 5. Juli. Die rothe Republik geht mit der Farbe heraus. Ein mit rother Farbe gedruckter Maueranschlag lodet zur Unterschrift eines Mißtrauensvotums gegen den Erfurter Deputirten zur Nationalversammlung ein, da derselbe für einen unverantwortlichen Reichsverweser gestimmt hat. Der Anschlag geht von dem hiesigen Schutzbürgervereine aus, einem Vereine, der durch sein Eifern gegen den Adel im eigenen Fleische wühlt; denn er hat tausendjährige Ahnen, seine Geschichte hat schon Sallust geschrieben. Seine Ordner, durchweg Menschen, die von einem gänzlichen Umsturze tabulae novae hoffen, unter denen man auch signatores falsos nicht vermißt, steigern durch ihre Reden, in denen sie satis loquentiae, sapientiae parum entwickeln, die Aufregung der Masse auf eine Besorgniß erregende Weise. Videant consules!

** Köln, 9. Juli. Die Volksversammlungen, deren wir sonst wöchentlich mehrere zu zählen pflegten, waren in der letzten Zeit so selten geworden, daß ein Maueranschlag ohne Unterschrift, welcher auf heute Nachmittag eine dergleichen Versammlung in dem großen Saale des Gürzenich ansetzte, die ganze Stadt in Bewegung brachte. Das Publikum erfuhr aber alsbald, daß die demokratische Gesellschaft die Einladung veranlaßt habe, und als Gegenstand der Berathung ergab sich der Entwurf einer an die Nationalversammlung in Berlin abzusendenden Adresse, in welcher die bescheidene Bitte ausgesprochen wird: „Die hohe Nationalversammlung möge erklären, daß das Ministerium Auerswald-Hansemann das Vertrauen des Landes nicht besitze". Der Eingang dieser Adresse zählt die sämmtlichen Verbrechen und Unthaten des Ministeriums auf. Das Ministerium hat Verhaftungen vorgenommen und Preßprocesse einleiten lassen. Zu derselben Zeit, wo es eine Zwangsanleihe ankündigt, gibt es Geld aus für die Dislokation der Truppen. In Spandau und in Neuwied hat es schleswig-holsteinische Freischärler entwaffnen lassen. Der Kriegsminister hat einen Bombardier und einen Feldwebel unfreiwillig versetzt. Robbertus endlich ist ausgetreten, weil — die übrigen Minister die Souveränetät der Frankforter Versammlung nicht anerkennen. Der Präsident und ein Mitredakteur der Neuen Rheinischen Zeitung, aus deren Atelier auch die Adresse hervorgegangen ist, forderten das versammelte „Volk" auf, durch Unterzeichnung der Adresse seine gerechte Entrüstung über so viele Frevelthaten kund zu geben; Köln, wenn es auch allein stehen sollte, habe dann wenigstens die Beruhigung, daß es „seine Pflicht gethan". Das versammelte „Volk" — die Versammlung war mit großer Umsicht auf einen Sonntag Nachmittag anberaumt — erklärte sich schließlich, wie zu erwarten stand, in Bausch und Bogen mit der verlesenen Adresse einverstanden. — Als der Löwe der Sitzung glänzte übrigens ein Unbekannter, der, wie sich alsbald ergab, Herr Dowiat war, deutschkatholischen Andenkens, eben, wie er bemerkte, aus den Wildnissen Amerikas zurückgekehrt. Hr. Dowiat berichtete zuvörderst allerlei Naturgeschichtliches aus diesem Amerika, kam dann mit einer kühnern Wendung auf Paris zu sprechen, wo er „Thränen der Wuth und des Grams" vergießt, als er das „sonveräne Volk — das ist nämlich das Volk mit Ausnahme der Bourgeois — geknechtet und gekreuzigt sieht von dem scheußlichsten aller Tyrannen, der Bourgeoisie", und gelangt endlich, krank im Herzen und auf das Schlimmste gefaßt, nach Köln. Hier aber bricht ihm das Herz vollends; das hatte er doch nicht erwartet, daß „dies eiserne Ministerium ohne Wissen und ohne Thatkraft" so ungeheure Attentate auf die Freiheit wagen werde. Herr Dowiat beschwört das „freie, starke und tapfere Volk von Köln" (donnerndes Brava), noch ein Mal, zum letzten Male, auf legalem Wege dem Ministerium entgegenzutreten; ist auch das vergeblich, dann ..... Herr Dowiat, aus den Wildnissen von Amerika, hegt das Vertrauen, das freie, starke und tapfere Volk von Köln werde dann wissen, was zu thun. Schluß der Vorstellung.

** Vom Rhein, 10. Juli. Die verschiedenen Verhaftungen, welche in den letzten Tagen in verschiedenen Städten der Rheinprovinz, namentlich in Köln und Düsseldorf, vorgenommen sind, scheinen darauf hinzudeuten, daß man endlich gesonnen ist, einem Treiben ein Ende zu machen, welches man vielleicht nur zu lange schon hat gewähren lassen, und welches offen und ausdrücklich auf den Umsturz der bestehenden Verfassung gerichtet ist. Wohin ich auch gehört habe, ich habe, mit Ausnahme der betroffenen Partei selbst, Niemanden gehört, der nicht die Energie, welche die Behörden plötzlich entwickeln, mit Freude und Befriedigung uns als ein Pfand begrüßt hätte, daß endlich das lange mit Füßen getretene Ansehen der Gesetze wieder zur Geltung gelange. Leider scheint aber gegenwärtig eine Art Fluch auf der Wirksamkeit der Behörden zu ruhen. Es sind bei jenen Verhaftungen Verwechslungen und Mißgriffe vorgekommen, die in der That unverzeihlich sind und mindestens von einer beklagenswerthen Leichtfertigkeit in der Ergreifung von Maßregeln zeugen, welche die persönliche Freiheit der Bürger so wesentlich beeinträchtigen. Wem diese Mißgriffe auch zur Last fallen, den Agenten der öffentlichen Gewalt oder den gerichtlichen Behörden, von welchen dieselben ihr Mandat herleiten, so viel ist gewiß, daß sie begangen sind und im ganzen Publikum entschiedene Mißbilligung gefunden, bei den betheiligten Personen aber und bei der ganzen Partei Erbitterung und Wuth hervorgerufen haben. Der Rheinländer jeder Klasse hat wirklich, wenn auch die letzte Zeit vielfache Ueberschreitungen in ihrem Gefolge geführt, einen tief wurzelnden Sinn für Gesetz und Gesetzlichkeit, aber eben deßhalb empfindet er es tiefer als ein Anderer, wenn er der Willkür, in der Form des Gesetzes und mit der Macht des Gesetzes ausgerüstet, begegnet. Das Gesetz, wäre es auch in seiner ganzen Strenge auf die Parteiführer niedergefallen, hätte Jedermann geachtet; jene unglücklichen Mißgriffe aber haben Mißtrauen erregt, auch gegen diejenigen Maßregeln, welche die wirklich Schuldigen getroffen. Es kommt dazu die, freilich durch die betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuches bedingte, etwas überschwängliche Fassung der Anklage gegen die verhafteten Hauptpersonen, welche beschuldigt sind, „im Laufe des Jahres 1848 ein Attentat oder Komplot gemacht zu haben, dessen Zweck ist, einen Bürgerkrieg dadurch zu erregen, daß man die Bürger oder Einwohner gegen einander bewaffnet oder sie verleitet, sich gegen einander zu bewaffnen oder Verheerung, Mord und Plünderung über die Stadt Köln zu bringen"; dieser Wortlaut ist so fürchterlich, daß das Publikum von vornherein geneigt ist, an Uebertreibung zu glauben, und das schwächt nicht nur den Ernst der Anklage, sondern ist auch geeignet, Sympathie zu wecken für den Angeklagten. — Inzwischen scheinen die Arbeiter doch fürs Erste einigermaßen beruhigt und beginnen bereits vielfach ihre Ansprüche und Forderungen herabzustimmen. Es wurden diese Forderungen freilich mitunter so sinnlos, daß es gar kein Wunder nehmen könnte, wenn die in einem Mitblatt abgedruckte Eingabe des Arbeiter-Komité's in Düsseldorf — doppelter Taglohn, zur Feier des blauen Montags eine besondere Vergütung, als nothwendige Folge des blauen Montags Anfang der Arbeit Dinstags erst um 12 Uhr, Erleichterung für den Mittwoch durch Ausfallen des Nachmittags, Donnerstags Empfang der Löhnung, Freitags, statt der Stockfisch-Fastenspeise des alten Regimes Vollbücklinge mit Eiern, Samstags Leberklöse und Sonntags Einlösung sämmtlicher in der Woche versetzten Pfänder — daß es, sage ich, gar kein Wunder nehmen könnte, wenn eine solche Eingabe wirklich einmal erfolgt wäre.

Digitized by Google

In dieser Beziehung hat namentlich Dr. Gottschalk, bei dem unbegrenzten Einfluß, den er auf seinen Arbeiterverein übte, viel zu verantworten: er hat die Arbeiter gründlich unzufrieden machen wollen mit ihrer Lage und mit ihrem Loose, und das ist ihm leider nur zu gut gelungen. Man erzählt sich eine kleine Geschichte, die, wenn auch nicht wahr, doch gut erfunden ist. Zwei Arbeiter begegnen sich. Sie sprechen über ihre Verhältnisse und der Eine sagt dem Andern, daß er augenblicklich versorgt sei: er verdiene bei den städtischen Arbeiten täglich elf Silbergroschen und bei der gegenwärtigen wohlfeilen Zeit komme er damit aus. Der Andere wird wüthend über diese Beschränktheit: er ist früher auch mit jenen elf Silbergroschen ausgekommen, aber Gottschalk hat ihm bewiesen, daß er nicht damit auskommen könne. Die Geschichte ist wahrlich nicht so lächerlich, als sie klingt.

Baiern. = München, 8. Juli. Die Deutsche konst. Z. schreibt: Den hiesigen Offizieren ist gestern durch ihre Regimentschefs der Wille des Königs bekannt gegeben worden, daß sich dieselben des Antheils an politischen Versammlungen und Klubs zu enthalten haben. Ein Gleiches soll den Beamten und Accessisten mitgetheilt werden. So gehen die Verheißungen vom 6. März in Erfüllung! —

Würtemberg. * Tübingen, 9. Juli. Bei dem Beginn der Verhandlungen über die Grundrechte des deutschen Volks wurde als wünschenswerth erkannt, daß die erste Berathung noch ohne definitive Entscheidung bleibe, damit man sich auswärts mit dem Entwurfe noch bekannt machen könne und vor der zweiten Berathung Gelegenheit erhalte, seine Ansicht zu äußern. In dieser Absicht hat sich der hiesige vaterländische Verein gestern mit dem Entwurfe beschäftigt und vorerst über folgende Punkte geeinigt: 1) Schon die bisherige allzuweit gehende Begünstigung der bürgerlichen Niederlassung und des selbständigen Gewerbebetriebs hat den Gemeindeverband gelockert und der Solidität der Gewerbe geschadet. Um somehr müssen wir uns wider das von einigen Seiten beantragte freie Uebersiedlungsrecht und eine völlige Gewerbefreiheit erklären; gleichwie wir auch hoffen, daß das Ortsbürgerrecht neben dem deutschen Staatsbürgerrecht und dem Landesbürgerrecht seine Bedeutung behalten möge. 2) Statt der Worte, im Art. II. §. 6 „Staatspriviligien finden nicht Statt", wünschen wir bestimmt ausgedrückt: die Vorrechte des Adels sind aufgehoben; bloße Titel, Orden und andere Ehrenzeichen werden nicht mehr ertheilt. 3) Art. III. sollte im Interesse des Religionsfriedens eingeschaltet werden: der Jesuitenorden und die mit ihm zusammenhängenden Orden und Gesellschaften werden in keinem deutschen Lande zugelassen.

* **Hannover**, 8. Juli. Vor dem Schlusse unserer Ständeversammlung langte heute noch ein Schreiben des Gesammtministeriums an, worin der König erklärt, daß, wenn die Centralgewalt weiter in seine ihm von Gott anvertrauten Rechte eingriffe, als es seine Ehre ihr zugestehen könne, er die Krone niederlegen und das Land verlassen wolle. Ich sende Ihnen das Aktenstück selbst noch heute.

Baden. * Von der Oos. Auch die Stadt Baden hat in Bezug auf die Gründung der Centralgewalt und die Wahl des Reichsverwesers in einer Adresse an die N.-V. Freude und Dank ausgedrückt, und zwar sowohl weil die deutsche Nation als solche dadurch neu erstanden, als weil es die Volksherrlichkeit ist, welche das neue Leben begründet hat. Mit besonderer Betonung ist herausgehoben, daß bei Meinungsverschiedenheiten sowohl in der Nation selbst, als in der N.-V. der Mehrheit und nicht der Minderheit das Recht Gesetze zu geben zusteht, und daß es Verrath an der Nation ist, wenn gegen die Gesetze der N.-V. gesündigt wird. Die Adresse schließt: „der Wille der N.-V. ist der Wille des Volks und sein Wille geschehe."

** Vom Neckar, 11. Juli. Was war es doch eine glückliche Zeit für die deutsche Publicistik, als sie noch unter dem Geschrei über die Zimmerlichkeit unserer politischen Verhältnisse die eigene staatsmännische Kleinheit verbergen konnte! Als ein neuer lückenfüllender Aufsatz über Preßfreiheit aus allen vorhergehenden sich noch leichter zusammensetzen ließ, wie der 151. Psalm; als das gläubige Publikum bei „Trennung der Kirche vom Staat" sich noch so Vielerlei denken konnte, und das Ausland noch nicht auf uns Acht gab, wenn unsere Blätter vor aller Augen ihre schmutzige Wäsche rein wuschen, oder nach den vier Winden hin die beabsichtigten Zoll-operationen ausposaunten, damit die fremde Industrie sich ja zur rechten Zeit vor etwaigem Schaden zu hüten vermöchte. Als Jeder noch für gut und edel galt, der nur nach Freiheit brüllte, als Miß Aston noch eine sittliche Weltdichtheit war. Ils sont passés les jours d'Aranjuez. Leider! Denn das Bild von der neuen Kolonie nunmehr ausgedungener Literaten in Texas, was neulich die fliegenden Blätter brachten, birgt unter seinen Zerrstrichen eine harte, bittere Wahrheit. In der That, sollte jemals das Sprüchwort: Gott ist mächtig in dem Schwachen! zum Beweise für seine Gütigkeit verlegen sein, so darf es nur den Strom des Jahres 1848 aufwärts nach der Seite seiner Zeitungsquellen verfolgen; es wäre gewiß für v. Reden's statistisches Journal eine interessante Arbeit, tabellarisch nachzuweisen, für wie viel schreibende Freiheitsmänner die „Sache" nur ein Piedestal gewesen ist, um die eigene tadellos koiffirte Persönlichkeit darauf als Statue zu stellen, oder ein Fels, aus welchem sie, wenn auch nicht eben ein Moses, mit der Feder ein Tröpfchen Champagner herauszuklopfen suchten. Ach, nun ist die „Sache" erreicht; die Pauluse, die bisher von der Pnyx herab dem unten harrenden atheniensischen Volke von der unbekannten Göttin vorpredigten, stehen nicht mehr allein oben; alle Männer von Athen sind ebenfalls hinaufgegangen; alle Deutschen sind so ziemlich liberal geworden und dürfen Hammer und Kelle zur Hand nehmen, um ihr nicht nur einen verborgenen Altar, sondern einen ganzen Tempel zu erbauen. Wer aber bei solcher Arbeit Stimmführer sein will, der muß die Baukunst verstehen. Wenn nun ein Wiener in der Frankfurter Nationalversammlung noch nicht eingesehen hat, daß die Zeit eine andere geworden ist, wenn er auch immer gegen alle Ministerien stimmt, „weil es früher schlechte Ministerien gegeben hat", so ist das allerdings zu begreifen, die Rolle dieses österreichischen Löckenhüters war voraussehen; wenn aber die ganze republikanische Partei auf der Tribüne und in der Presse sich noch immer den alten Gegnern gegenüber glaubt, noch immer die alte Waare von „Despotismus" u. dergl. zu Markte bringt, so dient zwar solcher Mangel alles staatsmännischen Schöpfergeistes den Konstitutionellen zu großer Beruhigung; er legt jedoch vor dem Auslande einen beklagenswerthen Beweis von der politischen Bildung des deutschen Volkes ab. Ja, wenn auch die meisten gesinnungsvolleren Blätter (daß die früher ultrakonservativen, jetzt bei anderm Winde ultraradikal sind, nimmt uns bei ihnen, wie bei den ihnen ähnlichen Menschen um was her, durchaus nicht Wunder), nachdem erreicht ist, wofür sie so lange gestritten, nicht einsehen, daß sie nun für die Existenz des Gewonnenen fechten müssen, oder nicht den Muth haben, aus Furcht vor Abonnentenverringerung, der alten dreißigjährigen Oppositionsgewohnheit der Masse rückhaltlos entgegen zu treten, sondern lieber immer etwas mehr links gehen; und ja nicht „den letzten Trumpf ausspielen" — da darf man freilich den „Times" die höhnische Verachtung nicht verargen, mit der sie auf unser politisches Getreibe herabsehen. Wer macht es in Frankreich oder England dem National oder Morning Chronicle zum Vorwurf, daß sie aus Oppositionsblättern Regierungsblätter werden, sobald das Ministerium ans Ruder kommt, das die von ihnen aufgestellten Grundsätze vertritt? Wer nahekümmert um die Wahrheit Opposition quand même macht, wem es nicht in das patriotische Herz hineinschneidet, sobald die Verhältnisse ihn zwingen, sich auf die linke Seite zu setzen, der schimpft aus Freude am Schimpfen, eine egoistische Gemeinheit, wie sie im parlamentarischen Leben nicht größer gedacht werden kann. Und leider, wir müssen es mit tiefem Schmerze eingestehen (wenn man nicht etwas auf die lange, den Menschen knechtende Gewohnheit des nun beendeten Kampfes schieben will), es herrscht in Deutschland in Schrecken erregender Verbreitung, bewußt oder unbewußt, ein solches Verkommen des ganzen politischen Lebens; unsere am meisten gelesenen Blätter sind Packhäuser für Neuigkeitswaaren, und ein künftiger Geschichtsforscher wird höchstens aus ihnen, nie sie selbst zum Stoff für ein Geschichtswerk unserer Tage nehmen können; und das Publikum selbst — es wird Ihnen genug enthalten, wenn ich Ihnen sage, daß „die 25,000 Thlr.", womit die „Deutsche Zeitung von Preußen bestochen ist", für Viele mehr als eine lächerliche Verdächtigung solcher Herren sind, die es für 100 Thlr. „thäten". Steht Deutschland aber noch so sehr in den Kinderschuhen staatlichen Bewußtseins, wie kann man dann an dasselbe die Anforderung stellen, daß jeder seiner Söhne dem Auslande gegenüber zum Diplomaten werde, daß Niemand im ersten Verständniß des allgemeinen nationalen Geheimnisses eben so wenig aus der Schule schwatze, wie es z. B. die englischen Zeitungen in der kürzlich behandelten Frage über Abschaffung der Navigationsakte gethan haben. In der That, man spricht jetzt so viel von dem Stolze: „ein Deutscher zu sein"! aber damit sieht es noch sehr „klaterig" aus! —

Weimar. ** Jena, 10. Juli. Von Weimar aus war eine Aufforderung an alle konstitutionellen Vereine Sachsens und Thüringens zu einer Versammlung nach Kösen ergangen, und bereitwillig war man drauf eingegangen. Hunderte von Gästen wanderten den Sonntag Morgen in das liebliche Saalthal, Hunderte kamen aus nah und fern mit der Eisenbahn, jeder Zug wurde mit dem herrlichen Liede: „Was ist des Deutschen Vaterland" begrüßt. Alles fühlte sich

Digitized by Google

glücklich und froh, denn Alle waren eines Sinnes, Alle waren begeistert für ihre Sache. Gegen 11 Uhr traten die Deputirten zusammen, Weimar, Naumburg, Leipzig, Halle, Jena, Arnstadt, Merseburg, Weißenfels, Ronneburg, Wieselbach und 6 Dörfer des weimarischen Ländchens waren vertreten, auch die anwesenden konstitutionell gesinnten Studenten von Jena hatten einen Deputirten gewählt, (ich hatte die Ehre es zu werden, und kam mir unter den bejahrten, betagten Männern ganz komisch vor.) In dieser Besprechung wurde folgende Tagesordnung festgesetzt. 1. Antrag von Weimar und Leipzig: Eine Adresse an die Nationalversammlung, worin man ihr, dem demokratischen Manifest gegenüber, Dank für die bisherige Wirksamkeit und für die getroffene Wahl des Erzherzogs Johann zolle. 2. Antrag von Weimar: Die konstitutionellen Vereine in jeder Provinz zu einem Ganzen zu organisiren und dann die vorläufigen Schritte zu thun, um eine Verbindung der Hauptvereine durch ganz Deutschland zu erzielen. 3. Antrag von Naumburg: Eine Verbindung aller deutschen Vereine und Korrespondenz derselben mit Mitgliedern der Nationalversammlung in Frankfurt. Ein Antrag von Jena, die Regierungen aufzufordern, daß sie die Ruhe und Ordnung durch Sicherheitsausschüsse von Bürgern kräftig erhalte, kam nicht zur Besprechung. Koberstein von Pforta wurde zum Präsidenten, Göschen von Leipzig und Eckendahl von Weimar zu Gehilfen, Burmeister von Halle und Bruger von Jena zu Schriftführern gewählt. Gegen 12 Uhr begab man sich in geordnetem Zuge, unter Vortritt der Musik, die „Was ist des Deutschen Vaterland“ spielte, nach dem Versammlungsort, der Buchenhallr. Der Platz ist ein natürliches Amphitheater und eignet sich vortrefflich, herrliche Buchen stimmen das Gemüth an sich schon höher. Bald sammelten sich die Massen und endlich stand Kopf an Kopf, gewiß waren 3 bis 400 Menschen zusammengeströmt. Hr. Pr. Koberstein begrüßte die Versammlung in sinnigen Worten und schloß mit einem dreifachen Hoch auf das freie, einige Deutschland, auf die Nationalversammlung, auf den Erzherzog Johann; jubelnd stimmte die Versammlung ein und weithin trugen die Berge den Schall. Nach dem Lied: Sind wir vereint zu guter Stunde, begrüßte Eckendahl die Versammlung im Namen Weimars, denn von dort war die Anregung ausgegangen, er schlug ihr Hr. Pr. Koberstein zum Präsidenten vor. Diese so wie die von ihm vorgeschlagnen 4 andern Mitglieder des Präsidiums wurden gern angenommen. Jetzt kam die Adresse an die Nationalversammlung zur Sprache, und nachdem Hr. von Groß aus Weimar und Dr. Göschen aus Leipzig die Sache in zwei wirklich gediegenen Reden begründet hatten, nahm die Versammlung die Adresse des Hrn. Dr. Göschen einstimmig an. Hr. Genast aus Weimar zeigte sodann, wie nothwendig es jetzt sei, sich zu einen und in geschlossener Phalanx zu kämpfen, wie nur durch die Lässigkeit unsrer Partei das anarchische Treiben Raum gewonnen, und beantragte eine Einigung der Vereine, er schloß mit den Worten: Wenn man zu einem Hause den Grundstein legt, so pflegt man einen Segensspruch darüber zu sprechen. Auch wir legen heute den Grundstein und da will auch ich einen Segensspruch aussprechen: Einer für Alle, Alle für Einen! Der Antrag wurde einstimmig angenommen und den Deputirten zur Ausführung anheimgegeben. Pr. Steinhardt aus Pforta sprach über die Centralisation der Vereine und über ihre Korrespondenz mit Frankfurt, dann mahnte er noch, die Tugend zu bewahren und schloß mit den Worten: Unsere Burg ist Gott! Darauf zeigte Pr. Burmeister aus Halle an, daß der konstitutionelle Verein in Halle eine Aufforderung an die sächs. und thüring'schen Vereine habe ergehen lassen, sich nächsten Sonnabend durch Deputirte zu besprechen und den Sonntag in einer großen Versammlung zu einen, er lade hierzu alle Anwesenden ein. Darauf meldete Dr. Hase aus Weimar, daß der Erzherzog Johann am folgenden Tage durch dies Thal kommen werde, eine freudige Bewegung lief bei diesen Worten durch die Versammlung. Der Student Vollert begrüßte hierauf die Versammlung im Namen der anwesenden Studenten und versprach in ihrem Namen, rüstig mit auf der eingeschlagenen Bahn fortzustreben und mit ihnen für die Freiheit unter dem Gesetz zu wirken. Sodann erwähnte er: die Versammlung habe noch ein Hoch zu bringen, denn neben dem Erzherzog Johann stehe noch ein Mann, auf welchen Millionen mit Vertrauen blickten. Er, als Jenenser bringe dem edlen Jenenser, Heinrich v. Gagern, ein Hoch, und wieder tönte ein dreifaches Hoch durch die Berge. Darauf sprach Hofrath Sauppe aus Weimar über den Muth und die Entschiedenheit, mit welcher man jetzt kämpfen müsse, ernste, gewichtige Worte. Pforta und Kösen bekamen zuletzt noch ein Hoch. Der Präsident dankte dem politischen Vereine in Weimar und den Festordnern herzlich. Das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland“ schloß das Ganze. Es war gegen halb drei Uhr. Aber wahrlich es war ein schönes Fest, die Versammlung wurde würdig und ernst abgehalten, man fühlte es sei eine heilige Sache, man merkte, es gelte jetzt zu handeln und deßhalb haben Wenige aber Alle gediegen gesprochen. Hundertweise strömte man nun den verschiedenen Orten auch der Rudelsburg zu, um dort in traulichen Kreisen die Gegenwart und die Zukunft zu berathen. Um 4 Uhr versammelten sich die Deputirten wieder um das noch Uebrige zu besprechen. Die Adresse wurde unterzeichnet, dann wurde über die Verbindung der Vereine gesprochen und bestimmt, daß jede Provinz einen Vorort ernennen solle, für Preußisch-Sachsen ist es Halle, für das Kön. Sachsen Leipzig und für Thüringen Weimar, diese unterhandeln mit einander über gemeinsame Angelegenheiten und jeder einzelne wieder mit den verschiednen Provinzialvereinen. Ferner hält jede Provinz ein Volksblatt. Ueber eine gemeinsame konstitutionelle Zeitung wurde die Besprechung bis zu der Zusammenkunft in Halle den 15. Juli verschoben. Zuletzt wurde das Protokoll verlesen und unterzeichnet, endlich bestimmte man eine Wiederkehr der Versammlung in Kösen nach 6 Wochen. Noch einige Stunden verbrachte man in gemüthlichem Kreise, dann trennte man sich fast wehmüthig von dem Orte, wo man so viele tüchtige Männer kennen gelernt, wo man sich einmal so recht heimisch gefühlt hatte! Aber so viel steht fest, der Anfang der gestern gemacht wurde, ist ein schöner, und bauen wir fort im Geiste der Einheit und Kraft, so wird im Herzen Deutschlands der guten Sache der herrlichste Sieg gesichert sein.

Hamburg, 8. Juli. Die Hamb. Börsenhalle berichtet: Aus guter Quelle erfahren wir, daß Graf Pourtales und der schwedische Unterhändler mit den Bedingungen des Waffenstillstandes erst am Mittwoch Abend von Malmö in Berlin eingetroffen sind, am Donnerstag die ersten Konferenzen mit dem preußischen Ministerium gehabt haben und Abends nach Potsdam zum König gegangen sind, mit dem gestern (Freitag) Konferenzen stattgefunden haben werden. Es ist also nicht zu verwundern, daß wir heute noch nicht über das Resultat unterrichtet sind.

Aus Berlin berichtet man ferner der F. O. Z. Die Generale v. Wrangel und Hedemann, welche die preußischen und dänischen Truppen in Schleswig befehligen, haben unbedingte Vollmacht erhalten, den beabsichtigten Waffenstillstand abzuschließen. Die Ankunft der schwedischen Kabinetssekretäre von Mandelström und de Collet in hiesigee Stadt soll sich auf den zwischen Deutschland und Dänemark zu schließenden Frieden beziehen. Graf v. Pourtales wird sich zu diesem Behuf preußischerseits nochmals nach Malmö begeben.

Rendsburg, 6. Juli. Nach dem in der heutigen Sitzung durch Abstimmung erfolgten Wunsche unserer Stände soll die jetzige Ständeversammlung bestehen bis zur Zusammenberufung der künftigen, und diese das Mandat erhalten, eine konstitutionelle Monarchie festzusetzen. (F. J.)

† Hamburg, 7. Juli. Der gestrige Abend ging gegen die Erwartungen des Senats ruhig vorüber, es waren aber auch alle Vorkehrungen getroffen, daß an diesem Abende nicht wiederum an dem noch nicht völlig restaurirten Steinthore Unruhen ausbrächen, obgleich 40 bis 50,000 Menschen an diesem Abende des Wiesengrüns wegen vor dem Thore waren. Mehrere Bataillone Bürgergarde waren aufgeboten und das Thor wohl vierfach besetzt. Außerdem durchzogen Patrouillen innerhalb und außerhalb des Thores die Straßen, und gleich nach eintretender Sperrzeit wurde die Passage nach beiden Seiten hin gereinigt. Nur wenige Hurrah wurden während dieser Affaire laut, da sie, ohne Anklang zu finden, vorübergingen. Unruhen, um nur Lärm zu machen, finden hier nie Anklang, wenn nicht ein triftigerer, tieferer Grund vorliegt, und dies ist jetzt nicht der Fall. Aber ein Stein des Anstoßes für den Senat kann leicht die Staatswasserkunst werden, welche am 1. Juni eröffnet werden sollte, aber trotz der Millionen, die sie über den Etat kostet, völlig unbrauchbar ist. Alle eisernen Röhren sind zum Theil schon gesprungen, theils werden sie bald springen, da sie zu schwach sind, um das Wasser zu halten; sie sind 18—20 Zoll weit und ⅛ schwächer als die Röhren der Smith'schen Wasserkunst, obgleich diese nur 9 Zoll weit sind und daher kaum die Hälfte des Wassers in sich aufnehmen können, welches die Staatswasserkunst faßt. Die erste kleine Reparatur von 10 Fuß Länge (die ganze Röhrlagr beträgt 10,000 Fuß) hat 100 Pfd. Sterling gekostet, was wird also das Ganze kosten, wenn die übrigen Reparaturen auch minder kostspielig sind? Und noch hat die Anstalt Nichts genützt. Es zeigt sich auf's Neue, daß unsere Staatsbauten sehr schlecht ausgeführt und nur zum Besten einiger Wenigen ausgebeutet werden. — Unser Bürgerverein hat gegen die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser Protest eingelegt, ohne aber Mehr zu erreichen, als sich lächerlich zu machen, da er Nichts weniger als die Bürgerschaft zu vertreten im Stande ist. Kaum 300 Mit-

Digitized by Google

glieder stark, protestirt er gegen Alles, wodurch eben seine Protestr nur Komödien werden. — Das heutige Eintreffen von 800 Mann preußischer Reserven zu dem Kaiser Franz und Kaiser Alexander-Regiment, sowie dem Gardejägerbataillon angehörig, hat die Friedenshoffnungen in Etwas herabgestimmt. Man philosophirt so: würde in Berlin dem Frieden vertraut, so würde man die Reserven jetzt wohl zurückgehalten haben, und doch sind alle Anzeichen zum Frieden vorhanden, die Staatspapiere steigen, Dänemark hat die Lübecker Schiffe vor dem Prisengericht freigegeben, die allgemeine Unthätigkeit im Norden Schleswigs, die Entkräftung Dänemarks und die Zurückhaltung Schwedens und Rußlands, Alles läßt den Frieden hoffen. Hoffentlich kömmt diese Sache endlich zum Abschluß, und das Auge kann sich ungestört den Verhältnissen in Frankfurt zuwenden.

00 Frankfurt, 10. Juli. Daß man so schnell als möglich der öffentlichen Meinung bei Bezeichnung der zu ernennenden Minister zu Hilfe komme, noch ehe der Erzherzog eintrifft, scheint sehr wichtig. Aus Gründen, die eigentlich bloßer Expedienz angehören, aber unter gegebenen Umständen von Gewicht sein dürften, möchte es rathsam sein, lieber viele als zu wenig Minister (englische Staatssekretäre) zu ernennen. Hat es große Schwierigkeit, tüchtige Talente zu finden, so könnte man sich dadurch helfen, daß einem Manne zwei Portefeuilles übertragen und derselbe durch tüchtige Unterstaatssekretäre entweder ergänzt oder unterstützt werden könnte. Was nun die einzelnen Ministerien und Persönlichkeiten betrifft, so ist das Kriegsministerium das wichtigste. Ich muß glauben, der beste Mann aus Preußen sei hierzu Schreckenstein. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß man denselben in Berlin nicht gerne losgeben würde, doch würde man schwerlich einem vom Erzherzoge ausgesprochenen Wunsche, der zugleich in der öffentlichen Meinung Hall hätte, widersprechen. Was Ihern auswärtigen Minister angeht, so scheint Stockmar sich abgeneigt zu erklären, irgend eine Stelle anzunehmen. So sagt man sich in der Stadt. Hätte ich unter diesen Umständen einen Minister des Auswärtigen zu wählen, so würde ich Arnim nicht nur ohne Bedenken, sondern mit Zutrauen nehmen. Doch weiß ich, er würde mehreren Einzelstaaten persona ingrata sein, namentlich Hannover. Unter vorwaltenden Rücksichten mag man daher an einen Andern denken. Ein auswärtiger Minister unserer Tage kann es, glaube ich, wagen, ein edles Herz zu haben. Ist Camphausen, wie er mir geschildert wird, so würde ihm seine Gesinnung nicht im Wege stehen. Er hat offenbar das Talent der Vermittlung, so daß ihm die eine Hälfte, das „suaviter" leicht gelingen wird. Freilich reicht dies nicht für das forliter aus, doch muß an dieser Stelle erinnert werden, wie der erste deutsche Kriegsminister nur dadurch sein kann, was er soll, wenn er mit dem Minister des Auswärtigen in Gedanken, Willen und Handlung nur eine Person darstellt. Nach dieser Maxime ist die Hoffnung erlaubt, daß Schreckenstein Camphausen dieser jenen, ergänzen und überwachen können werde. — Schmerling würde aus mehreren Gründen einen passenden und gerne gesehenen Präsidenten des Konseils geben. Mathy dürfte sich eben so gut zum Minister des Innern als dem der Finanzen eignen. Duckwitz hat den großen Vortheil, die wahren und eingebildeten Interessen beider Parteien (der Kaufleute und der Manufakturisten) nicht nur genau zu kennen, sondern auch richtig und unparteiisch abzuwägen. Ich protestire gegen jeden Minister, der vermöge seiner Stellung an einen Kultusminister auch nur erinnern könnte. Doch brauchen wir einen Minister des Unterrichts *). Könnte ein solcher nicht in Schwaben oder Sachsen gefunden werden? Schmerling zum Justizminister zu machen, halte ich für einen Fehler. Ein solcher sollte die freien Institutionen, die Deutschland einführen will, bereits erfahrungsmäßig kennen. Ich offne deßhalb nach einem Justizminister aus Rheinbaiern. Auch einen Minister der öffentlichen Arbeiten sollten wir haben. Oesterreich hat mehrere ausgezeichnete Techniker. — Was in aller Welt fiel doch Ihrem heutigen = Rheinkorresp. ein, daß er zwei Ministerlisten, die Ein einziger Puff sind, so ganz ernsthaft besprach? Es ist das zwar auch hiesigen Blättern geschehen, die besser orientirt sein könnten und ist insofern verzeihlich. Bespricht man doch da auch die Kandidatur von Heckscher ganz ernstlich, die für staatsmännische Leute gewiß nicht weniger scherzhaft ist. Heckscher ist ein vortrefflicher Kopf, aber wesentlich nur skeptisch und kritisch; sein logischer Scharfsinn schlägt nicht selten in querköpfigen Eigensinn über. Politische Produktivität ist Naturen dieser Art fremd. Nicht Alle können wie Alles. Man schlägt das parlamentarische Talent gar zu hoch an. Und doch ist es das, was ein wahrhaft tüchtiger Minister am Ersten entbehren kann. Er wird mit Handlungen und Arbeiten sprechen.

*) Wir glaubten, die Sache der geistigen Bildung gerade ganz ausschließlich als eine Provinz der Einzelstaaten ansehen zu müssen. D. Red.

Frankfurt, 11. Juli. In der um 8 Uhr eröffneten Sitzung der Nationalversammlung berichtete der Abg. Kirchgeßner im Namen des Ausschusses über den Empfang des Reichsverwesers. Der Ausschuß wird als Deputation den Reichsverweser nach seiner Ankunft heute begrüßen und von ihm die Stunde vernehmen, wann er in der Nationalversammlung erscheinen wird. Dies wird voraussichtlich morgen geschehen. Eine durch das Loos bezeichnete Deputation von 50 Mitgliedern wird den Erzherzog von seiner Wohnung zu Fuß in die Paulskirche geleiten, dort wird ihn der Präsident der Nationalversammlung anreden und die Erwiderung entgegennehmen. Die Einfachheit dieser Anordnungen entspricht der Zeit und den Umständen und erfreute sich des Beifalls der Versammlung mit Ausnahme eines Theiles der Linken, welche diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen konnte, ohne einen neuen Beweis zu liefern, wie gut sie es versteht, die Nation in dem Manne ihrer Wahl zu ehren. Simon von Trier, dem wir die Entdeckung der Volkssouveränetät in den Windeln verdanken, stützte sich auf das Wort Friedrichs des Großen, daß der Fürst der erste Diener des Staates sei, um daraus zu folgern, daß „Johann" in die Paulskirche kommen solle, ohne daß ihn Jemand abhole. Arndt gab sich die vergebliche Mühe, den Sprößling der Trierer Barrikaden zu belehren, daß Pöbelwirthschaft eben so verwerflich sei wie Willkürherrschaft und daß es einem freien Volke zieme, sich anständig zu benehmen. Werner machte darauf aufmerksam, daß das souveräne Volk sich selbst ehre, wenn es dem Manne, den es zum Reichsverweser gewählt, Achtung bezeige. Hartmann suchte hierauf die Anrede des Präsidenten als eine vorher zu diskutirende Koresse zu erbeuten, und Herr Wesendunk, damit einverstanden, erhebt sich mit Simon gegen die Deputationen, wenigstens gegen die zweite, weil man noch kein authentisches Dokument über die Annahme der Reichsverweserstelle durch Erzherzog Johann und keine officielle Anzeige habe, daß er heute wirklich eintreffen werde. Die Zweifelsucht der Verzweiflung weckte große Heiterkeit, die Versammlung verlangte den Schluß der Verhandlung, die Redner der Linken mußten mit den gesammelten Lorbeeren abziehen, das Programm des Ausschusses wurde im Ganzen angenommen, der Präsident darf seine Anrede ohne vorgängige Verzierung durch eine Diskussion halten. Bei der Verlosung der Deputation von fünfzig Mitgliedern war das Loos dem Zahlenverhältniß der Parteien ziemlich treu. Neben den HH. Merk, Rüder, v. Mayern, Sepp, Arndt (dessen Name mit lautem Beifall begrüßt wurde), Lette, v. Vincke, Bassermann, Gfrörer, v. Auerswald, v. Beseler u. A. wurd auch Hr. Blum vom Schicksal auserkoren, vermuthlich zur Belohnung dafür, daß er sich auf dem Weg der Besserung befindet und mit Hilfe der Heilpetition aus Leipzig schon soweit gelangt ist, daß er für die Annahme des von dem Ausschuß vorgelegten Programms stimmte.

† Frankfurt, 11. Juli. Ein schöner unvergeßlicher Tag ist an unserer alten Reichsstadt vorübergegangen; wir haben den Mann unter uns aufgenommen und begrüßt, den das Vertrauen des Volkes an unsere Spitze gestellt hat, damit seine Hand die Geschicke deutscher Nation in die großen aber schwierigen Bahnen der neuen Zeit einführe. Schon am frühen Morgen war die Stadt festlich geschmückt, die Bürgerschaft nach ihren Zünften, die Bürgerwehr, das Militär, Alles in festlichem Schmuck aufgestellt, und die Straßen glichen einem wogenden Korso, auf dem sich das Volk in buntester Mischung durcheinander drängte. Die braven Bürger von Frankfurt harrten in aller Geduld zehn Stunden lang unermüdlich aus; auch die zahlreichen Gäste trieben sich in heiterer, ungetrübter Stimmung durch die Gassen, und Keiner schien die Ansicht jenes Parlamentsmitgliedes zu theilen, das es für würdiger hiele, wenn ein Volk sein freigewähltes Oberhaupt mit gleichgiltiger Ruhe in den vier Mauern erwarte. Wer sich an Göthes Schilderung der Einfahrt und Krönung von 1764 erinnerte, dem mußte der ungeheure Gegensatz der Zeiten auffallen; aber der Vergleich fiel zu Gunsten der Gegenwart aus. Wo damals durch äußere Künste der Repräsentation der mangelnde innere Gehalt ersetzt werden mußte, da war heute die zwanglosste, theilnehmendste Bewegung; wo man damals neugierig die leblosen Formen vergangener Zeiten wie eine Kuriosität betrachtete, da war heute Alles von dem Gefühl bewegt, daß diese Feier nicht eine Ceremonie sei, die man einer Person oder einer Dynastie darbringe, sondern daß in den unvergeßlichen Stunden der letzten Tage zu dem neuen Baue der deutschen Einheit die Fundamente gelegt worden seien.

Gegen 6 Uhr endlich verkündigte Glockengeläute und Kanonendonner die Ankunft des Reichsverwesers, der unterwegs vielfach aufgehalten worden war. In einem Augenblick war alle Ermüdung vergessen, mit der unruhigsten Spannung sah man dem erwarteten Moment der Begrüßung entgegen. Die Spaliere ordneten sich, Jeder

Digitized by Google

suchte so gut wie möglich mit dem engen Raume, der ihm übrig blieb, hauszuhalten. Der Zug war ganz bürgerlich; Nichts von dem byzantinischen Pompe unserer letzten Kaiserfahrten, Nichts von eitlen erkünstelten Zierrathen, wie sie der Ernst der Zeit verschmäht. Bürgergarden voran, Bürgergarden zur Seite, so nahte der neue Reichsverweser Deutschlands; mit freundlicher Würde grüßend und dankend für den Gruß, den ihm das Volk entgegenbrachte. Ein Jubel, der das Glockengeläute übertönte, erfüllte die Luft; aus allen Fenstern flatterten die weißen Tücher der Frauen, Blumengebinde und Kränze fielen zu den Füßen des greisen Mannes nieder. Mehrmals mußte der Zug stille halten; immer neu und verstärkter wie zur Ermunterung erklang der begeisterte Ruf: Der Reichsverweser lebe hoch! Keine der Etikettenscenen, womit das alte Reich seine letzte Periode der Agonie abschloß, reichte an diesen natürlichen Ausbruch der Volksfreude, den Träger der Gewalt, den die Nation sich schuf, im Kreise dieser Nation zu begrüßen. Als der Erzherzog am Hôtel de Russie angelangt war, empfing ihn eine Abordnung der Nationalversammlung und der Stadt; wenige Minuten nachher öffneten sich die Flügelthüren des Balkons und er trat heraus. Neuer Jubel aus der Menschenmasse, die sich mit lebensgefährlichem Gedränge auf der Seite zusammenpreßte. Er trat heraus; um ihn kein fürstliches Gefolge, keine Orden und Uniformen, nur die bürgerlichen Vertreter der Stadt, die ihn willkommen hieß, und Repräsentanten der Nation, die ihn gewählt. Man konnte jetzt den Reichsverweser sich noch genauer beschauen; eine schlichte blaugraue Uniform hob ihn aus der Masse hervor, schmucklos, wenn auch mit vieler Würde, bewegte er sich unter diesen jüngeren kräftigen Gestalten, die ihn umgaben. Die Gestalt wie die Gesichtszüge des Erzherzogs sind noch frisch und kräftig und bilden zu dem weißen Haar und kahlen Scheitel einen eigenthümlichen Gegensatz; seine Bewegungen sind noch so leicht und unbefangen, wie man sie sonst nur in jüngeren Jahren findet. Nur der untere Theil des Gesichts erinnert an den bekannten Familienzug, wenn auch nicht sehr stark; der obere Theil des Kopfes ist bedeutend, kräftig und hat Nichts von der geistigen Indolenz, die man sonst an Familienbildern der Lothringer findet. Es lag eine eigenthümliche Mischung von Freundlichkeit und Ernst, von ungezwungener Anmuth und Würde, von militärischem und bürgerlichem Wesen in dem Manne, wie er da so schlicht unter den Volksvertretern stand, sein Militärkäppchen in der Hand, wie er an Allem lebhaft Antheil nahm, was sich unter seinen Augen bewegte. Man gab das Zeichen, daß er sprechen wollte, und so weit es bei dieser gepreßten und bewegten Menschenmasse möglich war, stellte sich die Ruhe her. Er erinnerte an den Ruf der Nationalversammlung, auf den er gekommen, er sprach die Hoffnung aus, seine Mission erfüllen zu können, wenn ihm der Rath und die Unterstützung dazu (hier legte er die Hand auf Heinrich von Gagerns Arm) nicht fehle. Nun begannen die Züge zu defiliren; die Zünfte und Gewerbe mit ihren zahllosen Fahnen, die Schutzwachen, die Bürgerwehr, die Truppen, ein unabsehbarer Zug, der fast eine ganze Stunde dauerte. Alles war in der heitersten, bewegtesten Stimmung; man mußte das Frankfurter Bürgerthum sehen, wie es munter und stolz vor dem Reichsverweser vorüberzog und in immer neuen Jubel ausbrach, wenn eine einzelne Abtheilung vor dem Balkon salutirte. — Heute Abend wird dem Erzherzog ein Facketzug gebracht; morgen Früh wird er von einer Deputation von fünfzig Mitgliedern in die Nationalversammlung geleitet, dort wird ihn der Präsident begrüßen, er selbst mit Bezug auf seine neue Stellung antworten. Dem Vernehmen nach wird das nächste Geschäft die Bildung des Ministeriums sein; dann wird der Reichsverweser den Reichstag in Wien eröffnen, und sobald er dort seinen Auftrag erfüllt hat, zu längerem Aufenthalt an den Sitz der Nationalversammlung zurückkehren.

Großbritannien.

London, 7. Juli. Dem Cork Examiner zufolge bestehen in Cork allein 15 Klubs mit 4000 Männern, welche entschlossen sind, bei der ersten günstigen Gelegenheit für die Unabhängigkeit Irlands handelnd aufzutreten. In der Volkshalle sitzt außerdem ein sogenannter Centralrath, dessen Aufgabe es ist, durch Abgeordnete auf dem Lande und in den benachbarten Städten für Ausbreitung desselben Systems bewaffneter Klubs Sorge zu tragen und Rath und Hilfe zu gewähren. „Nie", versichert das genannte Blatt, „war ein Plan zur That in Irland so einheitlich und vollständig". Man muß den irischen Revolutionsblättern wenigstens das Verdienst der Aufrichtigkeit lassen, womit sie die Regierung von den Plänen der Verschworenen in fortdauernder Kenntniß erhalten; es hat noch nie eine Verschwörung so am offenen Tage stattgefunden, als die jetzige in Irland — mit Ausnahme vielleicht der jetzigen demokratischen Verschwörungen in Deutschland.

Den 4. Juli wurde in der Volkshalle zu Cork eine große Versammlung gehalten, um über die Empfangsfeierlichkeiten für Smith O'Brien zu berathen, welche am 10. Juli in Begleitung der H.H. O'Gorman, Stritch und Galway daselbst eintreffen wollte. Einer der bekanntesten Hauptleiter der Verschwörung, Thomas F. Meagher, war bei jener Versammlung gegenwärtig und zeigte an, daß er demnächst in einer für die Freiheit Irlands höchst wichtigen und einflußreichen Sendung nach Amerika gehen werde. Doch sprach er sich über den Zweck dieser Mission nicht deutlich aus.

Die Times meinen, He. Meagher wolle sich vielleicht der Gefahr, verhaftet zu werden, entziehen, da die Regierung Anstalten mache, gegen die Leiter der Verschwörung ohne Nachsicht einzuschreiten. Es wäre jedoch möglich, daß Meaghers Reise nach Amerika mit dem Projekt der in New-York wohnhaften Irländer in Verbindung steht, eine irische Brigade zu bilden, mit dieser nach den Bermudasinseln zu segeln und Hrn. Mitchell mit Gewalt zu befreien. Ueberhaupt thun die zahlreich in Nordamerika angesiedelten Irländer ihr Möglichstes, um den Eifer der in den Ver. St. allerdings vorhandenen Kriegspartei rege zu halten und den Haß der Ultrarepublikaner gegen die monarchischen Engländer zu nähren, was keine schwierige Aufgabe ist, da Millionen in Nordamerika ihr Auge auf die englischen Kolonien wie auf eine sichere Beute geworfen haben. Eine Schwesterrepublik in Irland wäre den Ver. St. ganz willkommen. Die New-Yorker Zeitungen führen auch die heftigste Sprache gegen die englische Regierung, die, wie sie behaupten, „auf dem europäischen Kontinent erst die Völker gegen die Fürsten und dann die Fürsten gegen die Völker hetze"; daher muß sich die englische Regierung von jenen Zeitungen die freundlichen Benamen „abscheulich, teuflisch, meuchelmörderisch" ꝛc. gefallen lassen. Diese Stimmung könnte England gefährlich werden, wenn der Kandidat der Demokraten, Gen. Caß, zum Präsidenten der Ver. St. ernannt würde, da dieser, wie ein Korrespondent der Times versichert, sich allerdings mit kriegerischen Plänen gegen England trägt.

Inzwischen haben etwa 70 irische Mitglieder des Ober- wie des Unterhauses an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, worin sie die Gefahr, welche aus jenem System bewaffneter Klubs für alle getreuen und Ordnung liebenden Bewohner Irlands, wie für das Reich überhaupt erwachse, als sehr bedeutend schildern, und die Regierung auffordern, sofort die gesetzlich zuständigen Mittel zur Unterdrückung derselben in aller Strenge anzuwenden, und wenn diese nicht ausreichen sollten, das Parlament um Ermächtigung zu wirksameren anzugehen.

Frankreich.

Paris, 9. Juli. Die Garnison von Paris besteht, der officiellen Dienstliste gemäß, in diesem Augenblicke aus 10 Linien-Infanterieregimentern, 6 leichten Infanterieregimentern, 4 Kompagnien Veteranen, 26 Bataillonen der Mobilen, der republikanischen Garde und der Gensdarmerie. An Kavallerie aus: 1 Karabinierregiment, 3 Kürassierregimenter, 2 Dragoner- und 1 Lanciersregiment, aus 2 Regimentern Artillerie und einem Bataillon Genietruppen. Von diesen 80,000 Mann liegen 50,000 Mann in Paris selbst, und 30,000 Mann in der nächsten Umgebung. Alle Anstalten sind so getroffen, daß eine Stunde nach dem Schlagen des Generalmarsches, mit Inbegriff der Nationalgarde, 150,000 Mann unter den Waffen stehen, die in 3 Stunden auf 180,000, und in 12 Stunden auf 220,000 Mann vermehrt werden können. Eine Insurrektion hat also jetzt nicht die geringste Aussicht eines Erfolges.

Auch Herr Marie protestirt heute in einem an das Débats gerichteten Briefe in seinem und seiner Kollegen Namen gegen das alberne Mäßchen eines Barrikadenbataillons.

Der National enthält heute einen sehr anerkennenden Artikel über die abgetretene provisorische Regierung und Exekutivkommission. Er erklärt, wenn auch alle Vorwürfe, die man ihr, ohne die Schwierigkeiten der Lage zu berücksichtigen, über die innere Verwaltung mache, begründet seien, so habe doch ihr gemäßigtes und kluges Programm der auswärtigen Politik nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa einen wesentlichen Dienst geleistet.

Die Verweser des Erzbisthums von Paris kündigen für den 11. d. einen feierlichen Trauergottesdienst, in allen Kirchen der Diöcese, für die Seelen Altee in der Insurrektion Gefallenen an, da die Kirche unter ihren Kindern keinen Unterschied kenne. In der Nationalversammlung haben 90 Volksvertreter eine Subskription eröffnet, um auch den Wittwen und Waisen der gefallenen Insurgenten zu Hilfe zu kommen, und man zweifelt nicht, daß die ganze Versammlung sich diesem wohlthätigen Werke anschließen werde. Die von einigen Journalen verbreitete Nachricht über schlechte Behandlung der Insurgenten

Digitized by Google

Rußlands Armee, Flotte und Finanzen.

Bei der Möglichkeit, um nicht zu sagen Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Rußland wird es vielleicht nicht unnütz sein, die wirkliche Macht des Reiches, mit dem wir kämpfen würden, schärfer ins Auge zu fassen, als es bisher in den deutschen Blättern geschehen. Wir wollen daher über die Organisation der russischen Armee, über die physische und geistige Kraft derselben, endlich über anderweitige Hilfsquellen des Reiches aus zuverlässigen Mittheilungen von Seite Solcher, die dasselbe zum Theil aus eigener Anschauung kennen, hier einige Mittheilungen machen. Die russische Armee soll eigentlich bestehen aus einer Million Menschen, der wirkliche Bestand derselben wird aber höchstens auf 7 — 800,000 Mann anzuschlagen sein, die Kosacken und alle Reserve- und Invalidenkorps mit eingerechnet. Wenn nun für den Krieg im Kaukasus, für Aufrechthaltung der Ordnung im Innern des unermeßlichen Reiches, für die Sicherheit der weiten Grenzen desselben gegen Persien, die Türkei, Schweden u. s. w., endlich für das Niederhalten Polens sehr große Truppenmassen nöthig sind, so wird man nach angestellten genauen Berechnungen höchstens 300,000 Mann als die Zahl annehmen können, die Rußland in einem Kriege gegen Deutschland ins Feld stellen könnte, durch starke Rekrutirungen würden freilich bedeutende Reserven gebildet werden, diese könnten aber bei den ungeheuren Entfernungen nur langsam herbeigezogen werden, zumal da Rußland nur zwei Chausseen und noch keine vollendete Eisenbahn hat. Die Rekrutirungen, deren Stärke früher nach dem jedesmaligen Bedürfniß der Armee bestimmt wurde, sollten seit den menschenraubenden Kriegen im Kaukasus für jedes Jahr regelmäßig in einer Hälfte des Reiches und zwar zu 4 von 1000 stattfinden, was auf eine der Rekrutirung unterworfene Bevölkerung von ungefähr 50 Millionen jährlich hunderttausend Mann betragen hätte. Es ist aber dabei nicht geblieben, die Rekrutirungen sind meistens stärker, oft bis 8 von 1000 gewesen, und es geht daraus hervor, daß in jedem Jahre wenigstens $^1/_7$, oft bis $^2/_7$ der russischen Armee durch Rekrutirung erneuert wird. Die Rekrutirung geschieht durchs Loos, so daß in jeder städtischen oder Landgemeinde alle männlichen Individuen von 20 — 35 Jahren zusammentreten und nach der Reihe der gezogenen Loose der Rekrutenkommission vorgestellt werden. Hier tritt nun aber die in Rußland für alle Fälle organisirte Bestechung ein, die den doppelten Zweck verfolgt, die ordentlichen, arbeitsamen Leute der Gemeinde zu erhalten, die Taugenichtse aber anzubringen; man zahlt dafür, daß jene für untauglich, diese für tauglich zum Militärdienst erklärt werden. Auf diese Weise kommen dann schon, so weit es möglich ist, die schlechtesten Subjekte zum Militär. Außerdem hat aber auch noch jede Gemeinde das Recht, Taugenichtse aus ihrer Mitte zu jeder Zeit als Rekruten auf künftige Abrechnung bei den kompetenten Behörden zu stellen, wodurch dann der moralische Werth des ganzen Heeres noch um ein Bedeutendes sinken muß; und endlich wird in allen Kriminalfällen, wo ein Mann zur Strafe der Ansiedelung in Sibirien mit entsprechender Körperstrafe verurtheilt wird, ein solches Urtheil mit den Worten ausgedrückt: Der R. R. wird zur Erleidung von X Stockschlägen und zur Ansiedelung nach Sibirien verurtheilt oder, wenn er dazu tauglich befunden wird, als Soldat abgegeben. So kommt also eine sehr große Zahl wirklicher Verbrecher ins Heer, und wie das auf die Moralität und das Ehrgefühl der Soldaten wirken muß, liegt ohne weitere Ausführung klar am Tage. Die Zeit der Rekrutirung, die Monate Januar und Februar, sind für alle fühlende Menschen, insbesondere für die Klassen, die der Rekrutirung unterworfen, eine Zeit des Schreckens und der Trauer. Jeder, den sein Loos vor die Rekrutenkommission führt, wird derselben völlig nackt vorgeführt, wird von den anwesenden Personen gemessen, besehen, befühlt, und wenn endlich das furchtbare Wort glop (gut) erfolgt, durch eine Art Spalier, das von Soldaten gebildet, unter wildem Geschrei derselben, von Hand zu Hand gleichsam fortgeworfen, bis in ein benachbartes Zimmer hin, wo dem Unglücklichen sofort der Kopf geschoren wird, um ihm das Desertiren unmöglich zu machen. Die trostlose Verzweiflung des neuen Vaterlandsvertheidigers und das Geheul und Klagen der Angehörigen sind oft herzzerreißend, und Selbstmorde kommen in solchen Momenten nicht selten vor. Und sie haben Recht, die beinahe verzweifelnd in den neuen Stand treten, denn ihr Leben ist fortan eine Kette von Entbehrungen und Leiden aller Art, und verhältnißmäßig nur sehr Wenige sehen in dem unermeßlichen Reiche ihre Heimath und ihre Verwandten wieder. Selbst die Besten ringeben, den verhärteten Herzen der Officiere und Unteroffiziere gegenüber, selten den ärgsten Mißhandlungen, und ihre Nahrung besteht allein in Brod und Grütze, wovon der Oberst hergebrachter Maßen bestimmte Quoten und manchmal auch noch mehr als diese für sich abzieht. Die russischen Soldaten gehören gewiß zu den unglücklichsten Menschen in Europa, sie sehen auch, mit Ausnahme der Ausnahme der Garden, die aus den schönsten Menschen gebildet und besser genährt und behandelt werden, geld und mager und unglücklich aus, und sind meist einem frühen Tode verfallen. Um diesem Schicksal zu entgehen, kommen Selbstverstümmelungen häufig vor, besonders das Abhacken zu Fingern oder das Ausbrechen der Vorderzähne. Es hilft aber den Armen selten, denn in solchen Fällen werden strenge Untersuchungen veranstaltet, und wenn sich nur die Wahrscheinlichkeit einer absichtlichen Verstümmelung ergibt, so treten harte Leibesstrafen ein, und der Verstümmelte wird doch in Militärdienst genommen und nur um so strenger behandelt. Mütter nehmen sogar an ihren noch jungen Knaben schon Verstümmelungen vor, um sie vor dem Jammer des Soldatenstandes und sich selbst vor ewiger Trennung von ihren Kindern zu retten. Auch Desertionen sind sehr häufig. Vor der letzten Erneuerung des Kartellvertrages mit Preußen sah man ganze Schaaren entflohener Soldaten und solcher, die es zu werden fürchteten, auf die preußische Grenze übertreten. Aber auch im Innern des Reichs nimmt die Desertion immer mehr zu. In den dünn bevölkerten Gegenden Rußlands, in den unermeßlichen Wäldern, durch welche oft gar keine größeren Wege führen, wird es den Deserteuren leicht, sich ihren Verfolgern zu entziehen; oft finden sie auch bei Verwandten und Freunden versteckte gastliche Aufnahme. Werden sie gefangen, so treten furchtbare, beinahe unglaubliche Strafen ein, ein Spießruthenlaufen, wobei Tausende von Hieben, ja manchmal bis sechstausend auf einen Rücken ertheilt werden. Wenn ein solcher Unglücklicher unter den Qualen zusammensinkt, so wird er auf einen Karren gebunden und so weiter durch die Reihen gefahren, und wenn er endlich die Besinnung verliert, in das Hospital gebracht. Sobald aber die Wunden zu heilen anfangen, wird die Vollziehung der Strafe fortgesetzt, die eben heilenden Theile des Körpers von Neuem zerrissen, und so fort, bis er die ganze Zahl der Hiebe erlitten. Wenn der Mißhandelte während der Strafe stirbt, so wird der todte Körper noch so lange durch die Reihen geschleppt, bis die volle Zahl der Hiebe gefallen. Für die Gemeinden aber, bei welcher ein Deserteur gehehlt worden, tritt außer der persönlichen Strafe des Hehlers auch noch die bedeutende Geldstrafe von 2000 Rbl. ein, für welche die Gemeinde, zu welcher der Hehler gehört, solidarisch verhaftet ist. Dies ruinirt oft ganze Gemeinden, während sie doch gar keine Schuld trifft; denn bei den meist vereinzelt und bisweilen im Walde liegenden Bauernhöfen ist es den Gemeinden unmöglich, jedes Hehlen eines Deserteurs zu erkunden. Die verhältnißmäßig sehr Wenigen, die fünfzehn Jahre voll Schlachten, Entbehrungen und Mißhandlungen überleben, treten in die Reserve und werden in ihre Heimath entlassen, wo sie dann ihren früheren Gemeinden und in der Regel auch sich selbst eine wahre Last sind. Ihre Pension beträgt nur einige Rubel für Jahr, die Arbeiten im Hause und Feldr aber haben sie verlernt, so führen denn diese Veteranen als Knechte, als Kutscher oder Bettler noch eine meist elende Existenz, bis der Tod sie von allem irdischen Jammer befreit. Vor einigen Wochen sind auch diese Reservan zum aktiven Dienst nach Polen berufen, und bei dieser Gelegenheit hat der Kurische Adel übernommen, für die noch hinterbliebenen Wittwen und Waisen aus eigenen Mitteln zu sorgen. Er wollte den pferdespendenden Liefländern nicht nachstehen. Von irgend auch nur Anfängen einer Bildung kann bei dem russischen Soldaten kaum die Rede sein, da es für die Landgemeinden gar keine Schulen gibt, in den wenigen Städten aber die unteren Klassen auch ohne allen Unterricht aufwachsen. Daß also die intellektuelle und moralische Kraft der russischen Soldaten eine außerordentlich geringe sein muß, ist gewiß; dagegen fehlt es den Russen nicht an natürlichen Gaben, er findet sich leicht und schnell in gegebene Verhältnisse, er hat angeborenen Muth, und wird durch die strenge Dressur zu einer Art Maschine, die wenigstens den ungeheuren Vortheil bietet, daß sie in der Schlacht steht, solange der kommandirende Officier zu stehen befiehlt. In Massen ist der russische Soldat darum immer ein sehr guter zu nennen, während er in kleinen Haufen oder gar vereinzelt unbrauchbar ist. Außerdem ist er an Ertragung von Hitze und Kälte und besonders von Hunger gewöhnt, und ist gern im Kriege, weil es ihm da bei höherem Solde und besserer Nahrung viel leidlicher geht als zu Hause im schrecklichen Kasernendienst; sein Leben aber kann er unter den gegebenen Verhältnissen nicht hoch anschlagen. Die russische Artillerie, zu der die fähigsten und tüchtigsten Leute ausgesucht werden, hat in allen Kriegen einen guten Ruf gehabt, und die Reiterei ist, wenigstens was die Pferde betrifft, vielleicht die beste in Europa. Ungemein geübt sind die Scharf-

schützen, die meist aus den Finnländern genommen, bei angestellten Uebungen Außerordentliches leisten, indem von hundert Kugeln, die auf eine Entfernung von 3 — 600 Schritt auf einen hölzernen Mann abgeschossen werden, in der Regel 60 — 80 Kugeln treffen. Und sie sind nicht nur gegen Holz so tüchtige Schützen, sie haben sich auch schon im polnischen Kriege als solche bewährt, und sehr viel polnische Officieren aus weiter Entfernung weggeschossen. Die Garden sind eigentlich nur zum Soldatenspielen für den Kaiser und seine Familie da, nur im Fall der höchsten Noth sendet man sie gegen den Feind, theils weil ihre Uniformen nach Pferde außerordentlich theuer sind, theils weil die Officiere größtentheils den ersten und reichsten Familien angehören, die man gerne schont, theils endlich, weil eben der Kaiser an ihnen seine tägliche liebste Freude hat und sie nur ungern entbehrt. Kommen sie doch in den Krieg, so bilden sie, wie in Polen, die Reserven und sind selten im Feuer. Als die Garden nach dem Feldzuge von 1831 nach Petersburg zurückkehrten, sangen sie auf sich selbst ein Spottgedicht, in welchem die großen Thaten des Krieges gerühmt wurden, jeder Vers aber mit der Strophe endete:

Und die Garden? — die marschirten
Von Sinkomo nach Semkomo,
Von Semkomo nach Sinkomo! —

Von den Kosacken, die eine Macht von ungefähr hunderttausend Mann ins Feld stellen können, mag hier Nichts gesagt werden, da ihr Nutzen als Vorposten und keine Verfolger eines geschlagenen Feindes eben so bekannt ist, als ihre Unbrauchbarkeit in der eigentlichen Schlacht. Von den Militärkolonien aber darf hier wohl noch ein Wort Platz finden. Sie wurden gegen das Ende der Regierung des Kaisers Alexander durch den Liebling seiner letzten Jahre, Araktschejew, gegründet, der sich große Vortheile für das Reich von denselben versprach. Wenn aber sein Gedanke, was hier dahin gestellt bleiben mag, eine richtige gewesen, so wurde doch die Ausführung desselben ein wahrer Fluch für Rußland. Zwischen dem Gedanken einer Maßregel und ihrer Ausführung liegen die Menschen die sie ausführen müssen, es gibt aber in Rußland nur äußerst wenige, es gibt beinahe keine Männer, die höhere Fähigkeiten mit einer edeln patriotischen Gesinnung verbänden; in die Händen der Menschen, die sie ausführen sollen, werden darum oft in Rußland die besten Maßregeln zu den allerverderblichsten. Die angesiedelten Regimenter wurden von ihren Vorgesetzten auf so empörende Weise betrogen und mißhandelt, daß in der ganzen Armee der größte Widerwille gegen neue Ansiedelungen laut wurde. Bald empörten sich einzelne Soldatendörfer, worauf die härtesten Strafen und Verweisung ganzer Massen nach Sibirien erfolgten. Der Kaiser aber wurde von Araktschejew lange getäuscht; bei seinen Reisen wurde Alles auf ächt russische Weise so eingerichtet, daß die Soldaten ihm im größten Ueberfluße zu leben schienen, während sie kaum ihr Leben zu fristen im Stande waren, und später, als die Wahrheit immer mehr und mehr ans Licht kam, wollte Alexander sich lieber täuschen lassen, als den großen Mißgriff seiner Regierung klar erkennen. Schon nach Alexanders Tode waren die Militärkolonien in dem Grade verhaßt, daß Araktschejew vom Hofe entfernt und ein großer Theil der angesiedelten Regimenter aufgelöst wurde. In den übriggebliebenen brach bei Nowgorod im Jahr 1831 während der Cholera eine der fürchterlichsten Militärrevolutionen aus, die Rußland vielleicht jemals gesehen. Alle Officiere, deren die wüthenden Soldaten habhaft werden konnte, wurden auf die schauderhafteste Weise gemordet, das wüthende Heer wallte nach der von Militär entblößten Hauptstadt ziehen. Petersburg zitterte bei dieser Nachricht, vergaß die furchtbar wüthende Cholera, vergaß den Krieg in Polen und dachte acht Tage lang nur an die drohenden Schrecken von Newgorod. Der Kaiser aber reiste schnell dorthin und rettete durch Muth und Entschlossenheit sich und sein Reich vom Verderben. Die Schuldigen wurden grausam gestraft, und die Militäransiedelungen noch mehr beschränkt, so daß sie jetzt nur einen geringen Theil der Reserven bilden. — Wenn nach dem bisher Ausgeführten in der russischen Armee freilich keine Begeisterung für Freiheit und Vaterland zu finden sein kann, sie mithin immer an moralischer Kraft den Armeen des freien Deutschlands weit nachstehen wird, so würde sie anderntheils durch ihre Masse und durch ihre Disciplin, unter der Führung eines guten Generals und gebildeter Officiere immer noch eine sehr bedeutende Gewalt sein. In dem Mangel guter Officiere aber liegt eben die Schwäche der russischen Armee, wie sie schon 1831 in Polen und wie sie in den Kriegen des Kaukasus deutlich zum Vorschein gekommen. Seit dem Regierungsantritt des Kaisers Nikolaus sind trotz den pomphaften Berichten Umanoffs, alle Bildungsanstalten des russischen Reichs von den Universitäten an bis auf die niedrigsten Stadtschulen herab, wesentlich verschlimmert worden. Es ist dies ein Satz, den Keiner, der einen Blick in die russischen Verhältnisse gethan, läugnen kann. Beispielsweise mag hier Dorpat genannt werden, das von Alexander glänzend dotirt und mit zum Theil vortrefflichen Lehrern geschmückt wurde, und das jetzt unter der Kuratel eines völlig angebildeten Generals zu einer geistlosen, militärisch organisirten Schule herabgesunken, wo die Studenten, in militärisch steife Uniformen gezwängt, vor jedem höhern Officier die Mütze abnehmen, vor dem General Fronte machen müssen. Alle geachteten Männer der Hochschule (wir erinnern beiläufig an Madai und Ullmann) verließen dieselbe, und keine edleren Kräfte aus Deutschland konnten wieder für sie gewonnen werden. Auch das Mitausche Gymnasium, das in frühern herzoglichen Zeiten und noch bis zum Regierungsantritt des Kaisers Nikolaus vortreffliche und allgemein geachtete Lehrer hatte, steht jetzt jetzt unter der Direktion eines Russen, über dessen grenzenlose Unwissenheit schon seit Jahren im Publikum lächerliche Anekdoten umlaufen, von denen neulich Bodens eine den deutschen Lesern mitgetheilt hat. Gleichen Rückschritt mit den bürgerlichen Schulen machten die Militärschulen. Mit eiserner Strenge wird die militärische Jugend in den verschiedenen sogenannten Korps behandelt, herangewachsene Jünglinge werden erst vor wenig Jahren von dem verhaßten General Toll öffentlich mit Ruthen bestraft, weil sie in einer Disciplinuntersuchung ihre Mitschuldigen nicht nennen wollten; — wie kann dabei Liebe zu den Wissenschaften, Liebe zum Vaterland gedeihen? — Ein verbissener Grimm erfüllt die jugendlichen Gemüther, der sich vielleicht einmal furchtbar Luft machen wird. Neben dem Mangel an Bildung wirkt aber noch ein Umstand nachtheilig und entmuthigend auf die Officiere der russischen Armee. Es haben nämlich die Gardeofficiere in gleichem Range mit denen der Armee immer zwei Schritte voraus, so daß der Unterlieutenant als Kapitän, der Kapitän als Oberst zur Armee übergeführt werden kann. Es treten nun alle reichen und vornehmen Russen bei der Garde ein, dienen bis zum Kapitänsrange in derselben und treten dann als Oberste in die Armee, nachdem sie in der Regel ihre Seele, ihren Körper und ihr Vermögen in der Hauptstadt ruinirt haben. Da dieses Uebertreten aus der Garde in die Feldregimenter als Regel sich immerfort wiederholt, so ist natürlich bei jeder das Avancement außerordentlich schnell, und so können, wenn noch persönliche Gunst dazu kommt, die man als Tänzer, als Versemacher, als Cytherspieler bei Hofe gewinnt, die glänzendsten Karrieren gemacht werden, um welche der deutsche Officier manchmal den russischen beneidet, während er nicht erfährt, daß der redliche, aber unbemittelte Mann ohne Konnexionen (ein inhaltschweres Wort), der bei der Armee seinen Dienst beginnen mag, auch bei dem besten Willen und tüchtigen Kenntnissen nimmermehr zu Etwas gelangt. Solche auf leichte und frivole Weise entstandenen Oberste und Regimentskommandeure suchen, indem sie ihre Soldaten betrügen und bestehlen, ihr Vermögen wiederherzustellen, werden dann nach einigen Jahren, meist wider ihren Willen (weil sie dann ihre Regimenter und damit die Gelegenheit zu großem Gewinn verlieren) Generäle, und sind nun als solche oft noch in sehr jugendlichem Alter die Führer der Armee. Daß unter ihnen nur Wenige dazu tauglich sind, daß nur selten einmal der Zufall einen tüchtigen Mann auf die hohe Stelle bringt, ist natürlich, und wird durch den Augenschein bestätigt. — Unter den in der Gunst des Kaisers oder im Vertrauen des Volks Hochstehenden nimmt Paskewitsch die erste Stelle ein. Durch seine glänzenden Feldzüge gegen Persien und die Türkei, dann durch die Beendigung des polnischen Krieges ist er die erste militärische Größe Rußlands, und würde im Falle eines großen Krieges ohne Zweifel den Oberbefehl erhalten. Er hat nur in Polen einem disciplinirten Heere gegenüber gestanden und siegte nur mit großer Uebermacht und von Preußen unterstützt, über das schon in innere Anarchie versinkende Polen; zudem ist er jetzt ein Mann von nahe an 70 Jahren, es fragt sich also sehr, ob er dem in ihn gesetzten Vertrauen entsprechen wird. Der Kriegsminister Tschernitscheff ist 70 Jahre alt, und war immer weit mehr ein geschickter Diplomat und Unterhändler, als guter General. Auch Woronzoff hat sich mehr durch diplomatische als durch militärische Thaten ausgezeichnet, hat als Generalgouverneur von Odessa ein Leben voll Luxus, Schwelgerei, Unsittlichkeit und Despotismus geführt, und ist endlich im Kriege gegen Schamyl, wozu der Kaiser ihm ungeheure Mittel und Gewalten ertheilte, ebenso elend gescheitert, wie alle seine Vorgänger. Panowskt endlich, der Bruder des einflußreichen Ministers des Innern, hat sich durch seinen Zug nach Chiwa, auf welchem eine ganze Armee und zehntausend Kameele verschwanden, eine traurige Berühmtheit erlangt. Neben diesen bekanntesten russischen Generälen stehen eine Anzahl deutscher Namen, die den Ostseeprovinzen angehören. Der interessanteste unter diesen möchte Satz sein. Nach einer wild und roh in Kurland durch-

lebten Jugend trat er in russische Militärdienste, kam nach dem Ausbruche des Krieges im Kaukasus bald dorthin, und blieb dort auch, bis er vor einigen Jahren in Ungnade fiel und abberufen wurde. Seitdem lebte er in Kurland abwechselnd auf seinem Landgute und in einer kleinen Stadt Goldingen auf großem Fuße, und wurde endlich vor wenigen Wochen wieder in den aktiven Dienst gerufen und zu Dorkewitsch beordert. Er ist ein Mann von 50 Jahren, eine kräftige, praktische Natur, ohne Bildung und ohne Kenntnisse, aber im Leben selbst geschult. Im kaukasischen Kriege ist er wohl neben Schamyl die interessanteste Gestalt, er allein von den russischen Generälen hatte durch Muth und Woetestreue die Achtung der Bergvölker gewonnen, und lebt selbst in ihren nationalen Kriegs- und Heldenliedern. Zum Oberbefehl in einem europäischen Kriege würde es ihm an taktischen Kenntnissen fehlen, aber ein vortrefflicher Reitergeneral wird er ohne Zweifel sein. Eine ähnliche, aber im Ganzen doch unbedeutendere Erscheinung ist Rüdiger, der sich als tapferer General im türkischen und polnischen Kriege auszeichnete, aber auch nur in den Dienst geschickt wurde, weil er Nichts lernen wollte, eine in den Ostseeprovinzen sehr gangbare Formel. Ein ernster und gebildeter Mann ist Peter Pahlen, der sich in den letzten russischen Kriegen auszeichnete, und dann als Gesandter in Paris lebte. Er ist aber schon ein bejahrter Mann und seit lange kränklich; es fragt sich also, ober er noch an einem Kriege Theil nehmen würde. Ein vortrefflicher und gebildeter Mann, dabei ein Liebling des Kaisers, ist der Kurländer General Lieven, der von einer deutschen Mutter geboren und in Deutschland gebildet, auch deutschen Sinn sich erhalten und zum Besten der Ostseeprovinzen zu wirken sucht, während er seinem Kaiser treu ergeben ist. Er hat besonders in den serbischen Angelegenheiten eine mächtige Rolle gespielt. Auch die Generäle Sacken und Kotzebue, Letzterer Chef des Generalstabes bei der Armee des Kaukasus, galten für ausgezeichnete Generäle. Die Deutschen werden aber, auch wenn sie das Talent dazu hätten, schon deßhalb, weil sie Deutsche sind, nicht an die wichtigsten Stellen gebracht werden; denn der Haß gegen die Deutschen ist unter den Russen so groß, daß selbst auf den Hofbällen, gegen den ausdrücklichen Willen des Monarchen, die Russen und Deutschen immer in zwei gesonderten Gruppen stehen. Die Deutschen werden von den Russen überall aus den wichtigen Aemtern, besonders aus der Nähe des Kaisers, verdrängt; diese suchen sich allein des ihnen viel zu deutschen Monarchen zu bemächtigen, der doch trotz seiner deutschen Abstammung in allen seinen Tugenden und Fehlern ein vollkommener Russe ist. Es wird also voraussichtig der russischen Armee, wenn nicht ein höchst unwahrscheinlicher Zufall einen Suworow oder Jermolott an ihre Spitze stellt, in einem Kriege mit Deutschland an einem tüchtigen Obergenerul, es wird ihr bestimmt an fähigen Officieren fehlen, und darum sind wir überzeugt, daß, wenn auch der erste Stoß des Kolosses furchtbar sein wird, doch in einem längern Kriege Deutschland unfehlbar siegen muß. Wir sind es um so mehr, weil in der russischen Armee, sobald sie eine Weile im freien Deutschland bleiben wird, nothwendig auch Freiheitsgedanken entstehen müssen, die zu den wichtigsten Veränderungen, vielleicht zur Auflösung des russischen Staats führen würden. Ja wir vermuthen, daß eben um dieser letzten Gefahr willen der russische Krieg gar nicht einmal so nahe uns bevorsteht, als man von vielen Seiten her behauptet, und daß Rußland nur durch außerordentliche Ereignisse dazu wird vermocht werden können, eine so gefährliche Offensive zu ergreifen, bei der es zumal die eben so unglückliche als treulose Nation der Polen hinter sich lassen müßte. —

Wenn schon die russische Landarmee, wie wir glauben gezeigt zu haben, einen geringeren Rang unter den europäischen Heeren verdient, als man ihr gewöhnlich angewiesen, so befindet sich vollends die Flotte wirklich nur in einem glänzenden Elend. Auch sie ist eigentlich nur ein Spielzeug für den Kaiser, ist darum von Außen bunt und herrlich anzuschauen und macht die Parademanöver, zur größten Freude des Monarchen, mit außerordentlicher Präcision. Auch die russischen Matrosen sind bildungsfähig und zum Theil wirklich gute Seeleute; die Officiere dagegen sind erbärmlich, und die Schiffe für den eigentlichen Krieg ganz untauglich. So hat uns ein russischer Seeofficier, und zwar ein russischer Patriot, mit Schmerz berichtet, und wir glauben seinen Worten, die mit andern eingezogenen Nachrichten vollkommen übereinstimmen, vollen Glauben beimessen zu dürfen. Statt weiteren Mittheilungen von Details wollen wir eine Anekdote erzählen, für deren Wahrheit wir bürgen, und welche die russischen Zustände und den Charakter des Monarchen vortrefflich schildert. Ein angesehener russischer Officier hatte eine Reise durch Europa gemacht, hatte dabei England besucht und war endlich nach Petersburg zurückgekehrt. Bald daraus wohnte der Kaiser einem Manöver der Flotte bei, bei welchem auch jener Officier zugegen war. Es ging alles ganz vortrefflich, der Kaiser war sehr zufrieut und fragte am Ende den Officier, ob er wohl in England etwas gesehen, was sich mit diesem Manöver seiner Flotte vergleichen ließe. Der Officier war in seinem Herzen ein wahrer Patriot, er hielt es für seine Pflicht, bei dieser Gelegenheit den Kaiser über seinen Irrthum wenigstens bis auf einen gewissen Punkt aufzuklären, er sprach darum: Was die äußere Erscheinung und die Präcision der russischen Flotte betreffe, so glaube er allerdings, daß sie von keiner europäischen Flotte übertroffen werde, hinsichtlich der Bemannung und der Güte des Materials, und der Zweckmäßigkeit für den Krieg glaube er aber doch, daß die englische Flotte der russischen weit vorzuziehen sei. Das Gesicht des Kaisers verfinsterte sich augenblicklich, der Officier wurde entlassen, und am folgenden Morgen war er aus der Hauptstadt nach einem entfernten Winkel des Reichs versetzt.

Werfen wir zuletzt noch einen Blick auf die Finanzen Rußlands, so finden wir auch diese, trotz des Eklats, mit welchem die Goldbarren in Petersburg aus einem Keller in den andern gebracht werden, in einem sehr bedenklichen Zustande. Rußlands Schuldenlast ist im Verhältniß zu seinen Mitteln ungeheuer, die Ausgaben aber sind, ungeachtet alle Diener des Staats schlecht besoldet sind, doch bei dem herrschenden Bestechungs- und Diebssystem enorm, und der Kredit des Staats ist vollkommen vernichtet. Denn im eigenen Lande gibt es gar nicht so große Kapitale, daß der Staat bedeutende dauer Anlehen machen könnte, und im Auslande ist unter den jetzigen Verhältnissen an ein Anlehen gar nicht zu denken. Als Cancrin, nachdem er lange die russischen Finanzen verwaltet hatte, einsah, daß es nicht länger auf ehrlichem Wege gut gehen könne, nahm er seine Entlassung. Der Kaiser übertrug das Finanzministerium irgend einem Russen, und als dieser offen bekannte, er fühle seine Kenntnisse der großen Aufgabe nicht gewachsen, da sagte ihm der Kaiser: Thut Nichts, gib Du nur den Namen her, ich werde selbst Finanzminister sein. Der kaiserliche Finanzminister schloß darauf ein sehr korrektives Geschäft ab und gab von seinen überflüssigen Metallvorräthen an die Banken von London, Paris und Wien die bekannten Summen, die ihm hohe Zinsen bringen sollten, die aber jetzt vielleicht etwas gefährlich stehen, und machte zugleich zu Hause ein Taschenspielerkunststück, das seinen armen Unterthanen theuer wird zu stehen kommen. Es waren schon unter der Kaiserin Katharina eine Masse Papierrubel in gleichem Werthe mit den Silberrubeln ausgegeben worden; die papierenen vermehrten sich unter den folgenden Regierungen außerordentlich, während die metallenen im umgekehrten Verhältniß seltner wurden, wovon dann eine natürliche Folge war, daß der Werth des Papiergeldes mehr und mehr und endlich bis auf ungefähr den vierten Theil des Namenwerthes sank. Auf diesem Punkt blieb es dann seit Beendigung des Krieges mit Frankreich stehen. Unter der jetzigen Regierung ist das Gold und Silber beinahe ganz aus dem Verkehr verschwunden; dafür hat aber der Kaiser neue Papierrubel und wieder zum vollen Werthe des Silberrubels ausgeben lassen und dabei versprochen, die alten zum Theil entwerthete zu einem bestimmten Kurse bei allen Zahlungen an die Kronsrenteien anzunehmen. So wurden officiell sechshundert Millionen neue Papierrubel emittirt, die alten aber stießen, da man allerhand Schwierigkeiten bei Annahme derselben macht, nur sehr langsam in die Kassen der Krone und werden dann vernichtet. Für den Augenblick war auf diese Weise Geld im Ueberfluß, aber schon jetzt fangen die neuen Papierrubel, deren Vermehrung ganz in der Willkür des Monarchen steht, wieder zu sinken an, und man nimmt sie nur gezwungen zum vollen Werthe. Beim Ausbruch eines Krieges würden sie schnell im Werthe noch mehr heruntergehen, und die Nation wäre abermals um viele Millionen betrogen. — Vielleicht würde das den künstlich hervorgerufenen Kriegsenthusiasmus, von dem die russischen Blätter und Reisenden so viel erzählen, ein wenig abkühlen! —

Rußland hat in diesem Augenblick zwei Bundesgenossen, Dänemark und Schweden. Allein Dänemark, dessen Verzweiflungskampf wir ehren, wird seine Kräfte bald erschöpft haben und dann nothwendig nach der übergroßen Anstrengung in Apathie zurücksinken. Schweden aber wird ein Bündniß, das nur sein König für dynastische Zwecke geschlossen, bald wieder lösen, denn die schwedische Nation kann auch nicht im Entferntesten hoffen, in einem Kriege mit Deutschland Etwas zu gewinnen. Dieser Krieg, der viel Menschen und Geld kosten würde, müßte also in kürzester Zeit unpopulär werden, und die verwandten Völker, die sich gegenseitig achten und die ein gleiches Interesse verbindet, würden, wir hoffen es mit Bestimmtheit, bald zusammen der baebarischen Macht sich entgegenstellen, welche

Digitized by Google

die Sicherheit und Ruhe der beiden Nachbarstaaten bedroht, und beiden schon wichtige Provinzen entrissen hat. Deutschland hat bis jetzt keinen Bundesgenossen als die öffentliche Meinung von ganz Europa, und bedarf auch keines andern; denn abgleich der russische Goliat ein gar gewaltiger Mann ist, so würde der deutsche David, wenn er entschlossen und mit sich einig im Herzen ist, ihn doch niederwerfen durch seine Schleuder, mit welcher er Kugeln und Gedanken dem Riesen betäubend an den Kopf werfen wird.

Schweiz.

* Zürich, 7. Juli. Sie wissen, welch' ein Lärm sich früherhin bei uns erhob, als es hieß, die Schweizer würden massenweise aus Deutschland vertrieben; die Presse, welche ruhig dazu geschwiegen, als Hunderte von Genfern aus Lyon nach Paris vertrieben wurden, affektirte eine patriotische Entrüstung, Volksversammlungen wurden ungekündigt zur Verjagung aller „Schwaben", die Zürcherischen Arbeiter petitionirten um Ergreifung von Repressalien; — indessen ließ sich die Regierung von Zürich in ihrem umsichtigen Verfahren nicht irre machen, sie hob eine Untersuchung an und fand, daß — ein einziger Falle sich herausstelle, in welchem allerdings ein Zürcher in seiner Eigenschaft als Schweizer aus einem deutschen Bundesstaat polizeilich ausgewiesen ist. Der Fall betrifft einen gewissen Jakob Burri von Höngg, Modellstecher, der am 16. April aus dem Königreich Hannover verwiesen wurde, „weil er als Schweizer im dortigen Lande nicht arbeiten dürfe". Eine Verordnung ähnlichen Inhalts stammt gewiß noch von dem vorigen Ministerium her; allein auch das gegenwärtige liberale Ministerium Stüve trägt seinen Antheil an der Verantwortlichkeit; denn die Beschwerde von Zürich, worin mit Ergreifung von Repressalien gedroht wurde, ging vor etwa fünf Wochen vom Vororte ab, ohne daß bis jetzt eine Antwort darauf erfolgt wäre. So wenig dieser vereinzelte Fall geeignet ist, das früher erhobene Geschrei über die „massenhafte Vertreibung" zu entschuldigen, so sehr ist die Zürcherische Regierung gerechtfertigt, wenn sie nun wirklich entschlossen ist, die angedrohten Repressalien eintreten zu lassen, in sie würde mit Grund und Fug zu tadeln sein, wenn sie nicht alle rechtlich zustehenden Mittel ergriffe, um ihre Staatsangehörigen wirksamst zu schützen und sie vor ähnlichen Unbilden zu wahren. Sie hat deßhalb an sämmtliche Statthalterämter die Weisung erlassen, alle Hannoveraner, die sich ohne Niederlassungsbewilligung hier aufhalten — gewiß eine Beschränkung, deren Humanität alle Anerkennung verdient — binnen 14 Tagen aus dem Kanton zu verweisen. Die 24 Hannoveraner, welche von diesem Lose betroffen werden, das für Manche derselben recht empfindlich ausfällt, sollten ihre Angelegenheit sofort in der zweiten hannoverschen Kammer vorbringen, und die Beamten, welche durch widerrechtliches Verfahren oder durch ihre Saumseligkeit diese Repressalien hervorgerufen, für allen und jeden ihnen daraus erwachsenen Schaden verantwortlich machen lassen. Es wird noch lange währen — trotz aller liberalen Gesetze und Ministerien — bis die an manchen Orten immer noch allmächtige Bureaukratie einsehen lernt, daß ihr Reich definitiv aufgehört hat. — Die ultramontane Partei hat in diesen Tagen wieder zwei höchst empfindliche Schläge erlitten, die Aufhebung der Klöster in den Kantonen Thurgau und Tessin, in den zwei auf einander folgenden Tagen vom 27. und 28. Juni. Bis jetzt waren es nur die ehemaligen Sonderbundkantone Wallis, Freiburg und Luzern, die zu dieser Maßregel griffen, um sowohl den sonst unausbleiblichen finanziellen Ruin durch dieses Mittel abzuwenden, als auch um den beständigen Herd der Opposition gegen alle Reformen in Staat und Kirche in seinem innersten Kerne zu treffen und zu vernichten. Allein böse Exempel verderben von jeher gute Sitten. Die Stände Thurgau und Tessin, die wenigstens nicht die sonst unmögliche Zahlung der Kriegskontributionen, wie jene drei Stände, vorschützen können, fanden dessen ungeachtet, die geeignete Zeit sei gekommen, die ihrem ursprünglichen Zwecken entfremdeten frommen Anstalten aufzuheben und das Vermögen derselben auf passendere und zeitgemäßere Weise zu verwenden. Der Gr. Rath des Thurgau beschloß also am 27. Juni die Aufhebung aller Klöster, mit Ausnahme des zu einer weiblichen Erziehungsanstalt bestimmten Frauenklosters Katharinenthal; das Vermögen derselben, welches $2^1/_2$ Millionen Gulden beträgt, wird im Allgemeinen für Armen-, Kirchen- und Schulzwecke bestimmt; da die Katholiken nagefähr den vierten Theil der Bevölkerung ausmachen, so erhalten sie voerwg den vierten Theil des gesammten Vermögens, die übrigen drei Viertheile sollen auf gleiche Weise für den ganzen Kanton verwandt werden; doch wird für den Fiskus, um ihn für die bisher von den Klöstern bezogenen Abgaben zu entschädigen, ein Kapital von 100,000 fl. vorher ausgeschieden. Die Konventualen erhalten eine Pension von 600 — 1100 fl., die Konventualinnen von 400 fl. Der Aufhebungsbeschluß tritt mit dem 1. September in Kraft. — Der Gr. Rath von Tessin, so sehr er auch seiner durch schlechten Staatshaushalt verschuldeten finanziellen Nöthen wegen das radikale, von Thurgau gegebene Beispiel nachzuahmen gewünscht hätte, mußte sich doch mit einer partiellen Maßregel begnügen. Die Bevölkerung ist nicht paritätisch, wie im Thurgau, sondern rein katholisch, und noch dazu sehr bigott; die Aufhebung verletzt natürlich gar mancherlei lokale Interessen, und die Tessiner sind nicht Leute darnach, die eine Verletzung von Lokalinteressen leichtsinnig oder gleichgültig ansähen. Es gab sich wirklich eine allgemeine Aufregung zu Gunsten der in ihrem Bestande gefährdeten Klöster kund, selbst in Lugano, dem Sitze der tessinischen Civilisation, insultirte man die Großräthe, die man als Gegner der Klöster kannte, in den entferntern Thälern fing man schon an, vom Umsturz der gottlosen Regierung zu sprechen. Dieselbe hielt sich aber fest, die ärgsten Schreier wurden verhaftet, und der Gr. Rath nahm am 28. Juni den Dekretsentwurf des Staatsrathes, die neun für die liberale Sache gefährlichsten und wühlerischesten Klöster aufzuheben, mit Mehrheit an; glücklicherweise trifft es sich, daß die schlimmsten Klöster zugleich auch die reichsten sind. Schwerlich wird jedoch das gesammte Vermögen, wie im Thurgau, nur zu Kirchen-, Armen- und Schulzwecken bestimmt werden; der Fiskus, der nicht weiß, wie er sich von der ziemlich bedeutenden Schuldenlast und von dem jährlich zunehmenden Defizit befreien soll, wird auch wohl mit zugreifen. Der Kanton, dessen Bevölkerung sich auf 120,000 Seelen beläuft, behält immerhin noch 12 Klöster, die keine Novizen aufnehmen dürfen, bis der Gesammtbestand derselben auf das künftige Maximum von 158 Personen herabgesunken ist; — gewiß eine hinreichende Anzahl für 120,000 noch noch so sehr des himmlischen Trostes bedürftige Seelen. —

Nach einem Berichte des im Münsterthale stationirten graubündnerischem Obersten Michel scheint es allerdings höchst nothwendig, daß, bei der Anhäufung von tyrolischen und lombardischen Truppen unmittelbar an der Gränze, eidg. Truppen die Neutralität und Unverletzbarkeit unserer Gränzen wahren, und zwar schon der ungleichen Art und Weise wegen, mit welcher die bündtner Soldaten die Neutralität handhaben. Früher kam ein Bericht, man sei auf schweiz. Gebiet auf einen mit einer Pieke aufmarschirenden lombardischen Vorposten gestoßen, der sich auf erfolgte Belehrung zurückgezogen habe; jetzt heißt es ebenfalls, 24 Kaiserjäger hätten, und zwar unabsichtlich, das schweiz. Gebiet verletzt, dieselben seien aber nicht zurechtgewiesen, sondern abgefaßt. So erzählt wenigstens die bündtnerische Presse ohne weitere Bemerkungen; worin der Unterschied in der Grenzverletzung bestanden, der eine so verschiedenartige Behandlung hervorrufen konnte, geht aus der Erzählung nicht hervor. Oberst Michel berichtet, daß ein Versuch der Tyroler, die Höhen des Stilfser Joches wieder zu gewinnen, von den mit einer Batterie versehenen Lombarden zurückgeschlagen, und daß darauf am 2. d. M. der Landrichter von Glarus in Begleitung eines Offiziers durch S. Maria im Münsterthal passirt sei, um die Lombarden im Namen der deutschen Bundesversammlung aufzufordern, das von ihnen besetzte deutsche Bundesgebiet zu räumen; dan Oesterreich werde dagegen versprochen, vom Stilfser Joch her die Feindseligkeiten nicht wieder aufzunehmen. —

Ungarn.

Pesth, 3. Juli. Briefe aus Temeswar melden von einer furchtbaren Niederlage, welche der ungarische Husarenhauptmann Kis einem ratzischen Insurgentenhaufen in der Umgegend von Temeswar in der Nähe eines Waldes beigebracht. Der Hauptmann hatte den Kern seiner Truppen in dem Walde vertheilt, in dessen Nähe er die Insurgenten durch einen Scheinangriff lockte und dann plötzlich umzingelte. Die nähern Details fehlen noch. — Dieser Tage sind hier 23 (!) Batterien ausgerüstet worden. — Der Oberstlieutenant Dreihaha, von dem es hieß, daß er die Stadt Weißkirchen den ratzischen Insurgenten übergeben haben soll, hat sich dieser Tage erschossen.

Sämmtliche ungarische Erzbischöfe und Bischöfe haben dem Erzherzog Statthalter erklärt, daß sie bereit sind, aller ihrer Güter, zu Gunsten einer besseren Besoldung der Pfarrer, zu entsagen. Bedenkt man, daß mancher Erzbischof in Ungarn mehr als eine Million jährlich Revenuen bisher bezieht, so wird man diese zuvorkommende Entsagung nicht nur klug, sondern auch patriotisch nennen müssen. (Bresl. Z.)

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cluer 9 Kanz., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder übernehmen sich an G. L. Lingenbrink in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Rue Neuve des Mathurins.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbreitung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 194. Heidelberg, Freitag 14. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Thüringische Frage. — **Wien** (Ergebniß der Wahlen. Abgeordnetenwahlen. Auszeichnungen der Deputirten aus Frankfurt. Der Baron Jellachich nach Wien berufen. Die Jesuiten aus Galizien ausgewiesen. Pillersdorf gestürzt. Doblhof mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt). **Nordburg** (Postomisersalo). **Berlin** (neuer Finanzplan. Die Frankfurter Messe. Bild des wühlerischen Trebitsch. Der Jakobsche Antrag. Das Ministerium. Beruhigender Nachrichten aus Rußland. Die Kammer. Der Waffenstillstand. Schwedische Gesandtschaft). **Mysłowitz** (die russischen Truppen an der Grenze). **Wreschen** (sonderbarer Zustand). **Leipzig** (Schadenklage des Fürsten Schönburg-Waldenburg gegen den Fiskus). **Hannover** (die partikularistische Erklärung des Gesammtministeriums). **Donaueschingen** (die Boten an die Jllrr zurückgezogen). **Freiburg** (Truppen nach dem Wiesenthal). **Mainz** (Bildung eines konstitutionellen Vereins. Bedürfniß größerer Ruhe). **Lauenburg** (Welcker in Ruheden). **Frankfurt** (Schreiben des Erzherzogs Johann an den Präsidenten der Bundesversammlung). Der Reichsverweser in der Nationalversammlung.

Schweiz. Aargau. Die schweizerische Neutralität.

Großbritannien. Morn. Chronicle über die preußische Nationalversammlung. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit.

Frankreich. Paris. Lamartine und die frühere Exekutivkommission. Die Nationalversammlung über die 17jährigen Freiwilligen. Falsche Gerüchte widerlegt. Protest der „Presse". Der Nationalrat für das Einkammersystem.

Italien. Die neapolitanischen Truppen zurück. Gioberti. Das sardische Ministerium dankt ab.

Donaufürstenthümer. Bukarest. Protestation Rußlands. Abdankung des Fürsten. Einsetzung einer provv. Regierung. Geschichte der letzten Bewegungen.

Türkei. Redschid Pascha wieder Minister.

Griechenland. Athen. Canning abgereist. Die Rebellen von türkischer Seite unterstützt. Die Anleihe mißglückt. Leere Kassen, russisches Anerbieten.

Beilage. Der Gesammtstaat Thüringen. **Schweiz. Bern.** Der Regierungsrath trägt auf Verwerfung des Bundesentwurfs an. **Italien.** Nachrichten vom Kriegsschauplatz. **Messina.** Bolocca bei Mitet geschlagen.

Heidelberg, 13. Juli.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Karte kann uns belehren, daß **Thüringen** das politische Bild Deutschlands im Kleinen darstellt*). Wie das alte deutsche Reich in mehr als dreißig Staaten und Stätchen, so hat das alte thüringische Herzogthum sich in etwa zehn Herrschaften getheilt. Aber damit noch nicht genug; auch diese sind wieder in fast unzählige Landestheilchen zersplittert, die chaotisch durcheinander liegen, nirgends eine Abrundung, nirgends ein System, nirgends die geringste Rücksicht auf geschichtliche oder natürliche Grenzen, überall die gründlichste Verwirrung und das lebendigste und getreueste Abbild der guten alten Zeit, wo noch ganz Deutschland denselben Anblick darbot. Auch in Thüringen freilich hat die Zeit Manches aufgeräumt; die vielen leeren Schlösser, deren sich fast in jedem Städtchen eines befindet, bezeugen, daß es einst ebensoviele besondere Herzogthümer gab in Jena und Eisenach, in Saalfeld und Römhild u. s. w., und alle durch besondere Zollgrenzen und Münzfuße von einander geschieden. In dem Grade hat das nun freilich sein Ende gefunden; aber immer noch ist Thüringen ein Land von lauter Enklaven, die Zufall und Willkür umhergewürfelt hat. Schon lange mußte jeder denkende Mensch es einsehen, daß ein solch unnatürlicher Zustand nicht fortdauern könne. Bei allen Verbesserungen, wie sie unsere Zeit anstrebte, bildete diese Kleinstaaterei eine hemmende Schranke. Die Trennung der Justiz von der Verwaltung erscheint als zu kostspielig, da die kleinen zerstreuten Parzellen kaum für Einen Beamten ausreichen, zwei aber nicht tragen könnten. Soll das Volk in Synoden oder Geschwornengerichten unmittelbar vertreten werden, so ist das nicht möglich, ohne daß das verwirrte Grenzgewebe zerrissen wird. Gehen wir auf das Heerwesen über. Daß bei der jetzigen, sich nach den engen Landesgrenzen richtenden Wehrorganisation die Truppen der kleineren Staaten im Felde wenig brauchbar seien, das lehrt die oberflächlichste Einsicht, das ist aber auch ausdrücklich anerkannt worden, indem man diesen Truppen die Besatzung der Festungen anwies. Wenn nun aber nach dem Ausspruch erfahrener Militärs von allen Zweigen des Kriegsdienstes kein einziger einen solchen Inbegriff aller militärischen Tugenden erfordert, als die Vertheidigung einer Festung, und zumal bei dem neueren Bau derselben, die größten Ansprüche auch an die Unterbefehlshaber macht, so ist klar, wie bei aller Trefflichkeit der Einzelnen die ganze Bestimmung jener Truppen auf die Besetzung einiger Wachtposten und eine lächerliche Paradespielerei hinausläuft.

Alle diese Uebelstände, die schon in gewöhnlicher Zeit zu durchgreifender Abhilfe dringend hätten mahnen müssen, sind jetzt unerträglich geworden. Das sieht Jeder ein. Aber die schwierige Frage: Was soll an die Stelle des alten Zustandes gesetzt werden? beantwortet auch fast Jeder wieder anders, und in Thüringen selber herrschen die verschiedensten Ansichten. Eine radikale Umgestaltung ist dringend nöthig, und darum, so scheint Vielen, bedarf hier die Einschmelzung aller dieser kleinen Staaten in einen großen Gesammtstaat, in eine thüringische Republik, der geringsten Rechtfertigung; die Rücksichten, die mancherlei Umwege, die andere Staaten zu diesem Ziele zu nehmen haben, seien, wie man glaubt, hier unnöthig. Aber so schwer es auch in dieser stürmischen Zeit sein mag, bei einem so entschiedenen Bruch mit den bisherigen Zuständen, wie er in Thüringen nöthig ist, die schmale Mittelstraße einzuhalten und ein politisch unmündiges Volk, dem seine alten angestammten Autoritäten genommen sind, vor Ausschweifungen zu bewahren, so ist doch nirgends die Republik unmöglichee als geeade in Thüringen. Hätten diese kleinen Staaten zu ihrem Mittelpunkte bedeutende Städte, in denen, wie in unsern alten Reichsstädten, noch die Ueberlieferung eines selbständigen Gemeinwesens bestände, so wäre die Sache eine ganz andere; aber in Thüringen gibt es außer dem preußischen Erfurt fast nur Residenzen, die dem fürstlichen Hofhalt wo nicht ihre Existenz, so doch ihre etwaige Bedeutung verdanken; und hier ist noch niemals eine wahrhaft republikanische Saat aufgegangen. Was indeß von diesen Städten, das gilt in noch erhöhtem Maße von dem ganzen Lande. Durch die ins Unendliche gehende Zerstückelung hat sich nirgends ein gesunder Staatssinn entwickeln können; ehe ein Volk an Selbstregierung denken kann, muß es sich als ein Staatsvolk fühlen. Aber wo hätte dieses Gefühl, diese politische Einsicht in Thüringen reifen sollen? Es ist bezeichnend, daß die große Masse derer, die sich niemals um Politik etwas bekümmert haben, nach Republik schreien; das bescheidene Häuflein der Uebrigen verlangt nach konstitutionell monarchischen Formen in einem größeren Maßstabe als sie bisher möglich waren. Aber wie steht Dies zu erreichen? Alle die Projekte, die in dieser Hinsicht für Deutschland aufgestellt worden sind, hat man auch, soweit es ging, auf Thüringen übertragen. Viele wollen ein thüringisches Gesammtministerium, das von den Fürsten gemeinschaftlich ernannt, den vereinigten Landständen verantwortlich, die Regierung des ganzen Landes übernehmen würde. Welche Bedeutung hienach den Fürsten bliebe, möchte schwer anzugeben sein; es ist vielmehr klar, wie der Vorsitzende des Ministeriums die höchste Person des Landes und nur noch ein kleiner Schritt zur Republik zu thun wäre. Ein ebenso provisorischer Zustand, nur mehr zur Monarchie hinüberleitend, würde durch eine zwischen den einzelnen Fürsten wechselnde Gesammtregierung herbeigeführt; ein solcher Turnus ist als bleibende Verfassung für ein Herzogthum nicht minder zweckwidrig als für das Kaiserthum. Aber trotzdem wüßten wir für den Augenblick kaum ein anderes Mittel, um aus dem jetzigen unhaltbaren Zustand herauszukommen und einen thüringischen Gesammtstaat, d. h. da eine Republik nicht möglich ist, ein Herzogthum Thüringen zu schaffen. An manchen Orten hat es zwar vielfachen Beifall gefunden, Weimar, als die älteste sächsische Linie und den immerhin mächtigsten Staat, an die Spitze zu stellen; aber man braucht nicht einmal die Stimmung

*) In der heutigen Beilage lassen wir einen Thüringer über dieselbe Frage reden, der durchgreifende Mittel vorschlägt. D. Red.

Digitized by Google

in den übrigen Ländern genauer zu kennen, um einzusehen, daß dies nicht durchführbar wäre. Wenig tage zu wenig über die andern Staaten hervor, um solche Ansichten ohne Eifersucht und Widerstreit zu erregen, durchführen zu können, sosehr wir es unsererseits auch für das Natürlichste und vielleicht auch Beste hielten. Von Bedeutung wird nun aber auch hier die Stellung Preußens, das für Viele in Thüringen ein gewaltiger Stein des Anstoßes, für Andere ein Stern der Hoffnung ist. Denn bei jedem Versuch, einen thüringischen Gesammtstaat zu bilden, muß Preußen nicht bloß als das mächtige Nachbarland berücksichtigt, sondern als der mächtigste thüringische Staat mit in die Veränderung hereingezogen werden. Mit geringen Ausnahmen ist ganz Nordthüringen preußisch, mit seinem Erfurter Regierungsbezirk und einzelnen Parzellen, wie Suhl, Schleusingen, Ziegenruck, reicht Preußen auch tief in den südlichen Theil hinein. Es wird kaum umhin können, mit einem Theil seiner Besitzungen der neuen Organisation Thüringens beizutreten und, je nachdem ein Turnus oder ein Direktorium beliebt würde, einen entsprechenden Antheil an der Regierungsgewalt zu übernehmen, wenn es auch die Machtfülle, die ihm die Wünsche vieler Thüringer entgegentrugen, in seinem eigenen Interesse zurückweisen müßte. Den kleineren Staaten aber ist dringend anzurathen, sich schnell zu entschließen, denn es ist Gefahr im Verzug. Allgemein ist man gespannt auf das Resultat der schon vor längerer Zeit angekündigten, soviel wir wissen von den drei kleineren sächsischen Höfen veranlaßten Berathungen. Keine Regierung in Thüringen wird stark genug sein, um sich auf die Länge bedeutenden Opfern entziehen zu können; sie werden mit jedem Tage bedeutender sein müssen. Wenn auch ein republikanischer Sturm nicht im Stande sein wird, republikanische Formen von der geringsten Dauer in diesem Lande zu gründen, so würde er doch zu gewaltig wirken, als daß in dem aufgewühlten Boden die dynastischen Rechte der jetzigen Kleinstaaterei wieder Grund fassen könnten.

Oesterreich. Wien, 6. Juli. Der Köln. Z. wird geschrieben: Das Resultat der Wahlen stellt sich immer trauriger heraus. Alle unsere Blätter sind voll von Klagen darüber. Die heutige „Allg. Oesterr. Z." z. B. erzählt: „Die galizischen Deputirten sollen die Weisung bekommen haben, ihre Leinwandkittel während der Dauer des Reichstages abzulegen und die moderne schwarze Tracht anzulegen. Ich bin neugierig, wie sie sich darin ausnehmen werden. Es wäre nur zu wünschen, daß man ihnen zugleich mit dem neuen Kleide das Verständniß der deutschen Sprache beibringen könnte. Nun will, wie ich höre, einen Dollmetsch bestellen, welcher ihnen die Verhandlungen des Reichstages vor der Abstimmung klar machen soll." In der Praxis würde das freilich doch auch seine Schwierigkeiten haben, und die „Oesterr. Z." wirft auch schon selbst die verzweifelte Frage auf: Wäre es nicht vielleicht jetzt zweckmäßig, in denjenigen Bezirken, wo der deutschen Sprache unkundige Deputirte gewählt wurden, neue Wahlen anzuordnen? — Aus Tarnow schreibt man Folgendes: Die Wahlen sind größtentheils ausgefallen, als wenn sie als Parodie dienen sollten. Es hat sich wieder bewährt, daß diejenigen, welche Gesetz und Vorschriften schreiben, weder das Land, noch dessen Einwohner kennen. Als ein Beleg zu dieser Behauptung könnte wohl dienen, daß $^9/_{10}$ der Landgemeinden zu den Wahlen gar nicht zu bewegen waren, und zwar ging diese Abneigung so weit, daß Beispiele häufig vorgekommen, wo man sich gegen die Organe, die als Wahlkommissäre bestellt, auflehnte, ja, sogar dieselben mißhandelte. Von Niederösterreich heißt es: Die Erscheinung, daß größtentheils nur Bauern zum Reichstage nach Wien gewählt wurden, rührt daher, daß der niederösterreichische Bauer gar keinen Begriff von der Aufgabe eines konstituirenden Reichstags hatte. Sein politischer Gesichtskreis schließt sich mit Dienst, Zehent und Robot ab. Schon bei den Frankfurter Wahlen hatte er nichts Anderes im Auge, als eine Ablösung seiner Giebigkeiten; in demselben Sinne wählte er zum niederösterreichischen Provinziallandtage. Nun ihm aber die gewählten Herren bis jetzt nach Nichts in seinem Sinne ausgewirkt hatten, traute er keinem Herrn mehr und wollte selber nachsehen. So ideenall: Mag aus Staat und Verfassung werden, was das wolle, wenn es nur mit dem Bauer anders wird — das ist das allgemeine Losungswort.

Δ Wien, 7. Juli. Die Minister Pillersdorf und Doblhof nannte ich Ihnen schon gestern als Abgeordnete für Wien, heute kann ich noch die erfolgten Wahlen der Herren Professor Füßer (2 Mal), Dr. Alex. Bach, Dr. Fischhof hinzufügen. Zu Ehren der Deputirten der deutschen Nationalversammlung waren gestern in dem Theater am Kärnthnerthore und an der Wien Vorstellungen bei beleuchtetem Hause. Sie betraten beide Theater und der Empfang war stürmischer Jubel! In der Wien wurde ein für diese Gelegenheit gedichteter Prolog gesprochen. Am Kärnthnerthore sah man die Oper Martha, aber plötzlich, als die Deputirten erschienen, stimmte der gesammte Chor „Was ist des deutschen Vaterland" an, und einen größern Anklang hat wohl dies Volkslied noch nie gefunden, das ganze Publikum war wie elektrisirt! Der Beifallssturm wollte nicht endigen und man konnte deutlich wahrnehmen, daß sich eine wahre Rührung der lieben Deputirten bemächtigt hatte. Die Wiener werden die Freudenbotschaft nie vergessen, welche sie ihnen brachten — möchten auch sie gefunden haben, daß die Wiener verdienen, sich ihre Brüder zu nennen.

Δ Wien. In Folge des kais. Auftrags, die Vermittlung zur gütlichen Beilegung der Zerwürfnisse zwischen Ungarn und seinen kroatisch-slavonischen Nebenländern zu übernehmen, hat Erzherzog Johann am 27. Juni ein Handschreiben an den Banus Jellachich gerichtet, worin er denselben auffoedert, in Wien zu erscheinen, wohin auch das ungarische Ministerium Repräsentanten aus seiner Mitte senden wird, um über die Art und Bedingungen der gegenseitigen Verständigung zu verhandeln. Einstweilen zeichnet er beiden Theilen gänzliche Einstellung der Feindseligkeiten und aller dazu aufreizenden Rüstungen während der Unterhandlungen vor. Der Landtag in Agram hat nach der Rückkehr des Banus beschlossen, die Vermittlung anzunehmen, dem Erzh. Johann die Wünsche des Landes, die der Serben miteingeschlossen, nochmals vorzutragen, und dem Ban die unumschränkte Vollmacht in Landesangelegenheiten bis zur Entscheidung der Pacifikationsfrage zu übertragen.

Wien, 8. Juli. Man schreibt der Allg. Z.: Das Ministerium Pillersdorf hat in Folge einer heute stattgefundenen sehr stürmischen Sitzung des prov. Ausschusses der Bürger, Nationalgarde und Studenten, in welcher mit einer Majorität von 154 gegen 5 Stimmen die Abdankung Pillersdorfs beschlossen wurde, seine Dimission gegeben, und Baron Doblhoff ist sofort von dem Erzh. Johann mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. Die erste Veranlassung, daß Minister Pillersdorf die Sympathien des Ausschusses zum Theil eingebüßt hat, war die übrigens vollkommen gerechtfertigte feste Haltung des Ministers gegen die ungerechten Anklagen von Seite des Ausschusses gegen den Fürsten Windischgrätz, in den letzten Tagen verlor er aber die Sympathie des Ausschusses vollends durch das veröffentlichte Programm der Geschäftsführung für den Reichstag. Die Börse war heute in Folge dieses unverhofften Ministerwechsels sehr alarmirt, und die Kurse fielen um mehrere Procent. Seit gestern ist Graf Batthyanyi, der ungarische Premierminister, hier.

Aus Marburg in Steiermark schreibt man der „Allg. Z." folgenden seltsamen Zug der österreichischen Postverwaltung: Ich erlaube mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß trotz aller Versprechungen, trotz aller Erklärungen hier jetzt eine passive Censur besteht, fast schlimmer als vorher, wenigstens in Bezug auf die politische Tagespresse. Es sind nämlich alle Zeitungen erlaubt, man darf sie alle beziehen; fällt es aber Jemandem ein, auf irgend eine außer den bis jetzt erlaubten abonniren zu wollen, so wird die Pränumeration nicht angenommen, weil die Beamten nicht wissen, was sie kosten, weil ihnen noch kein officieller Befehl von ihren Behörden zugegangen ꝛc. Außerdem sind die Preise der früher erlaubten Tagesblätter noch eben so hoch als früher. Dabei kann man nur halbjährig abonniren und muß also gleich eine Summe von 20 Fl. 48 Kr. Münze zahlen, wovon wohl, in der jetzigen Nothzeit, Mancher zurückschrickt*).

Preußen. *** Berlin, 7. Juli Abends. Neue Aufregung am Morgen und schwüle Wolken am Tage. In den Frühstunden rückten die 2 Bataillone Infanterie und 1 Schwadron Kavallerie hier ein, welche Stadtverordnete und Magistrat von der Regierung erbaten, um die Ruhe unter den Arbeitern zu erhalten. Sie rückten aber in die Stadt, statt vor der Stadt, wie gebeten worden, Quartiere zu beziehen. Verrath, Reaktion! schwebte schon auf den Lippen, es ging als dumpfes Gemurmel durch die Straßen, es kam sogar in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Zum Glück erschien bei Zeiten ein Anschlag der Stadtverordneten und des Magistrates, die Sache erklärend. Da den Thoren sind keine Kasernen, die Soldaten in die Dörfer oder die Vorstadthäuser einquartieren, wäre kaum thunlich, dem Zweck nicht entsprechend, und vernachte dem Staate neue, schwere Kosten, während die Kasernen leer stehen. Das mußte man

*) Einem uns heute aus Linz zugekommenen Briefe zufolge beobachtet auch hier die Post dasselbe Verfahren; es steht zu erwarten, daß von Wien aus energische Maßregeln gegen solche Umtriebe des noch nicht geänderten Metternich'schen Verwaltungspersonals geschehen. A. d. R.

einsehen, daß der Absolutismus nicht 2000 Mann nach Berlin schicken werde, um es wieder zu erobern; daß er, wenn so Etwas ihm in den Sinn käme (falls überhaupt noch ein Absolutismus außer Rußland auf der Welt existirt) klüger handeln werde, Berlin von Kasen zu beschießen. Endlich mochte man auch beschämt an Paris denken, welches mit dem bivouakirenden Militär in seinen Straßen noch nicht zufrieden, 40,000 Mann noch von den Alpen ruft, um sich freiwillig von ihnen belagern zu lassen. Dennoch hatten die Angstpulver gewirkt; Bürger umstanden die Alexanderkaserne und wollten die Soldaten nicht einlassen. Sie sind aber eingezogen. Sofort ward ein neues Palver eingerührt: das eine Bataillon war am 18. März in Berlin, Berliner, wollt Ihr es dulden, daß diese Mörder wieder unter Euch sind? Einer sah schon die Musketiere wieder, er erkannte sie persönlich, welche im Kölnischen Rathhause mit den Bajonetten Alles gespießt; ein Anderer die, welche einen Kämpfer vom Dache auf die Straße hinabgestoßen. Es muß einen Zusammenstoß geben, und der wird blutig werden! Ein neuer Anschlag beruhigt: das Bataillon, das hier war, ist in Schleswig, die Kämpfer gegen das Kölnische Rathhaus leben dort als Sieger oder ruhen schon unter kühler, nordischer Erde. — Aber Kriegsminister Schreckenstein hat sich in absolutistischer Willkür, ohne Besprechung, diese Anordnung herausgenommen; das athmet Militärdespotismus. Nein, ward bewiesen, am Sicherheitsausschuß liegt die Schuld, wenn eine vorhanden, Schreckenstein konnte nicht anders handeln. Aber er ist geboren und erstarrt im altpreußischen Militärgeist! — Auch das nicht, er ist von Geburt ein Sachse, ein alter Napoleonischer Krieger, mit dem Orden der Ehrenlegion, erst 1815 zu Preußen übergetreten. — Die Unruhpulver schienen ausgegangen! — Nicht so ganz. Es wird heute eine schwere, furchtbare Sitzung der Nationalversammlung, heute wird das Ministerium gesprengt. Zwei Minister, man nannte ihre Namen nicht, um die Sache noch schauerlicher zu machen, zwei Minister haben ihre absolutistischen Gesinnungen verrathen, Robbertus wird den Mund aufthun und — die Katastrophe tritt ein. — Robbertus hat nicht den Mund aufgethan, und es ist keine Katastrophe (bis jetzt) eingetreten; nur der sehr kitzliche Antrag ist durchgegangen, genauere Rechenschaft über den Staatsschatz abzulegen, und wo er seit 1846 geblieben? Hansemann hat erwidert, in 14 Tagen werde er ihn zeigen, und sogar mit 6 Millionen vermehrt. Alle Achtung vor Hansemann, der ihn gewiß nicht verschleudert hat — 1846 wollte er ihn im Allgemeinen Landtage zum Eisenbahnbau liquid gemacht, was den Minister Thile in Harnisch brachte — aber dies Versprechen könnte an den Zauberer Mendizabal erinnern, der vor mehreren Jahren einen spanischen Schatz aus gar Nichts kreiren wollte. Die Frage ist sehr ernst, und wer wollte ihre wohlthätigen Folgen für die Zukunft ableugnen; da die Radikalen unsere historische Vergangenheit ganz ausstreichen müßten, handelten sie eben logisch gerecht, wenn sie die Todten ruhen, und, was geschehen ist, geschehen sein ließen. Der Vierfragen-Jakoby wollte keinen unverantwortlichen Reichsverweser! Warum nicht offen mit der Sprache heraus: Ich will eine Republik und mich selbst zum Minister! — Damit verging der Tag, die guten Berliner waren von ihren neuen Vormündern mit reichlicher Angst gespeist worden. Was ihnen einige wirklicher Besorgniß machen könnte, das Einrücken der Russen in die Donaufürstenthümer, dazu waren sie vermuthlich von ihren Freunden noch nicht zugestutzt. — Als Löckendüfter zur Angsterregung fehlte es nicht an neuen Plakaten gegen Magistrat, Stadtverordnete, den Reichsverweser. Herr Beta bewies den Berlinern, daß die Reaktionäre die Republik machten, und eine Eingabe kam an den Magistrat, daß Handel und Wandel erst wieder aufblühen werden, wenn alle Vagabunden und Sträflinge mit Piken durch die Straßen gehen werden.

Berlin, 8. Juli. Die Kölnische Zeitung berichtet: Folgende Bedingungen eines dreimonatlichen Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark sind am letzten Donnerstage mit dem hier in Begleitung des Herrn von Pourtalès von Stockholm herübergekommenen Herrn von Manderström abgeschlossen worden: Die beiden Herzogthümer werden geräumt. Nur die Hafenplätze, besonders auf der Insel Alsea, bleiben bewacht. Dänemark gibt die Schiffe heraus und erstattet den Preis der verkauften Ladungen. Deutschland bezahlt die Kriegsrequisitionen in Jütland. Es wird eine gemeinschaftliche provisorische Regierung ernannt für die **beiden** Herzogthümer (wodurch der Nexus realis anerkannt ist). Diese provisorische Regierung besteht aus 5 Mitgliedern, von denen der König von Dänemark zwei ernennt, der deutsche Bundesstaat zwei, und die vier also ernannten Mitglieder das fünfte. Entsteht ein Konflikt, so ernennt England das fünfte. Die Mitglieder der jetzigen provisorischen Regierung, so wie der früheren Centralregierung der Herzogthümer bleiben von der künftigen ausgeschlossen. Die Regulirung des durch das Embargo verursachten Schadens, so wie des Sundzolles bleibt dem definitiven Friedensschlusse vorbehalten. Doch diese beiden letzten Punkte sind in den Bedingungen des Waffenstillstandes unerwähnt geblieben. Für General Wrangel sind gestern Abend die nöthigen Instruktionen von hier aus abgegangen.

*** **Berlin**, 9. Juli. Man erwartet übermorgen, Dinstag, eine lebhafte Sitzung der Nationalversammlung. Jakoby's Interpellation gegen die Berechtigung der preußischen Regierung: ein Votum in der Frankfurter Wahlangelegenheit abzugeben, wird einen ernsten Kampf der Parteien hervorrufen. Wie sollte es anders sein! Ein preußischer Deputirter, aus dem alten Königreich Preußen, wo zuerst eine nationalkräftige Opposition gegen den alten Absolutismus auftrat, aber eine, die festhielt an der ruhmwürdigen historischen Errungenschaft der Väter, er selbst einer der intelligentesten Stammhalter dieser Partei, ungerecht verfolgt wegen freier Worte, gerettet damals, gehoben durch die über die Willkürmacht den Sieg davon tragende öffentliche Meinung, er erscheint jetzt als ein Abgefallener, nicht seine eigenen Wege gehend, sondern auf die breite Heerstraße derer übergetreten, die kein Vaterland, keine Erinnerungen, keine Nationalität kennen, die, dem dürren Verstandesbegriff huldigend, alles Gewesene zertreten möchten, um aus Vernunft und Logik ein neues liebeleeres Staatsgebäude aufzurichten. Muth gehört dazu nicht mehr, wie im Jahre 1841, als er seine Vier Fragen wie zückende Blitze vor den unerschütterten Thron warf. Damals ging er einem Troß voran, heut folgt er nur einem unendlichen Schweife nach. Mag er es nun für sich selbst vertheidigen; seine Freunde und Bewunderer hatten eine andere Rolle von ihm erwartet. Andere Popularität mag er sich dadurch erwerben, nach der ein Mann seines Standes, vermuthen wir, nicht zu geizen habe; seine Bedeutung, die eine geschichtliche hätte werden können, ist damit hin, welche Motive es auch seien, die ihn treiben. Noch wird er sie durch jene Antragstellung wieder gewinnen. Bedeutung aber wird der Kampf haben, es ist eine Herausforderung gegen die, welche noch das Gefühl haben, Preußen zu sein, und denen nur ein Führer fehlt, um ihre Stärke zu zeigen. Es ist der Kampf zwischen Republik und Königthum in einer andern Fragestellung. Ja, wenn Deutschlands Fürsten verpflichtet wären, sich blindlings und unbedingt dem Oberhaupt zu unterwerfen, das die Deputirten der deutschen Stämme in Frankfurt erwählt, so wären sie weniger als Mitbürger einer Republik, sie haben ja nicht einmal selbst die Deputirten mitgewählt, sie wären die Heloten der Republik, das fünfte Rad am Wagen. Der Jacoby'sche Antrag geht weiter als auf Republik: die Fürsten, die Regierungen der deutschen Länder für ausgeschlossen zu erklären bei der Wahl eines gemeinschaftlichen Oberhauptes, heißt sie zu Puppen, Popanzen machen, die man aus Gnaden einstweilen bestehen läßt, um sie bei nächster Gelegenheit von ihrem Fußgestell herunter zu stoßen. Die Konsequenzen sind und bleiben furchtbar, insofern der milde Protest der preußischen Regierung nicht in Kraft tritt. Paßt dieses Manöver zum Charakter eines Mannes, der seine vier Fragen unbekümmert um Gefängniß und Verfolgung in die Welt schleuderte? Warum von ihm nicht offen der Antrag: ich halte die deutschen Fürsten für unnütze Antiquitäten, und wir sind, trotz aller unserer Zerrissenheit, unseres Partikularismus, unseres provinciellen Egoismus, unserer Traditionen und unseres Aberglaubens, reif und gezeitigt zu einer großen, einigen, untheilbaren deutschen Republik? — Weil dann eine angeheure Majorität mit Entrüstung den Antrag verwürfe. So überzuckert, versteckt, täuscht er die Dummen und reißt die Schwankenden und Furchtsamen mit sich fort. Aber es werden Stimmen sich erheben, welche den Zuckerguß von dem Kern von Assafötida abreißen. Mitglieder, die ihre Stimme bis jetzt gespart, wollen sprechen. Es gilt die Lebensfrage: ob Preußen noch existirt, ob ein Preußen noch ferner existiren soll, bis ein wirkliches Deutschland geschaffen ist, in das es der Mühe werth ist aufzugehen? Noch immer meinen Einige, es habe im Ministerium sogar der Gedanke elektrisch vibrirt, den Moment der Frankfurter Wahl zu ergreifen und die alte preußische Fahne wieder aufzustecken, sogar sei der Antrag aufgeblitzt: wenn man in Frankfurt meint, Preußens nicht mehr zu bedürfen, um einen Kaiser zu erwählen, so bedarf man auch nicht mehr seiner Regimenter in Schleswig. Ziehen wir sie zurück! An Friedrich Wilhelms IV. Pietät für Oesterreich und an der besseren Ueberzeugung: daß man in einem so heiligen Momente zum Wohl des Ganzen ein solches Ignoriren hinnehmen müsse, aber zum letzten Male! — sei der Antrag gescheitert. Wird das Ministerium jetzt den Moment ergreifen, dem Jacoby'schen Antrag gegenüber? — Wir wissen es nicht. Einige prophezeien auf den Dinstag seinen Fall. Wird die Nationalversammlung sich in Macht erheben? — Wir wissen es nicht; es kommt darauf an, mit welcher Kraft sie angeredet wird. Aber das wissen wir, tritt das Ministerium mit der Energie

Digitized by Google

auf, die wir wünschen, so lodert es auf, der Ruf hallt wider von der Elbe bis zur Oder und Weichsel und weit darüber, ein Donnerschall, vor dem das Geschrei der Klubs in Berlin und Breslau wie Mückengesumm verstummen müßte.

†† Berlin, 9. Juli. Von den vielen, dem Finanzministerium eingereichten Finanzvorschlägen verdient der von Hrn. W. Seidis entworfene Plan aus dem Grunde Erwähnung, weil behauptet wird, Hr. Hansemann beabsichtige auf denselben unter einigen Modifikationen einzugehen. Nach dem Projekt des Hrn. Seidis sollen sämmtliche, dem Staat garantirte oder 4 Proc. tragende Eisenbahnen durch Ausgabe von Eisenbahnkuponsscheinen vom Staate angekauft und sowit zu Staatseigenthum gemacht werden. Durch eine in Vorschlag gebrachte Lotterie würden die Papiere in etwa 35 Jahren amortisirt und die Eisenbahnen unbelastetes Eigenthum des Staates sein. — Die Frankfurter a. d. O. Messe ist besser ausgefallen, als erwartet wurde. Der Grund mag zum Theil darin liegen, daß diesmal auch Verkäufer sich haben abhalten lassen, die Messe zu besuchen. Es wird versichert, daß das Quantum der auf den Markt gebrachten Waaren selbst dem geringen Bedarfe nicht genüge. Die Preise sind daher natürlich besser, wenn gleich die Zahl der Einkäufer nur gering ist. Die polizeiliche Fremdenliste vom Donnerstage, also vom vierten Tage nach dem gesetzlichen Beginn der Messe, ergab wenig über 2000 Meßfremde. Unter diesen sind natürlich die vielen Kommis, Marktheifer und Harfenistinen mitbegriffen. Die Wollproducenten, welche den Besuch des hiesigen Marktes gescheut hatten, haben ihre Vorräthe nach Frankfurt gebracht. Einkäufer haben viel davon gegen baar gekauft.

|| Berlin, 10. Juli. Die Nachrichten des Generals Pfuel aus Petersburg sollen sehr befriedigend lauten und einen Friedensbruch mit Rußland fürs Erste durchaus nicht befürchten lassen. Der Czar scheint vor der Hand keineswegs gesonnen, seine Heere nach dem Westen zu schicken und sie dort der ansteckenden Krankheit des Liberalismus preiszugeben; nichtsdestoweniger bleiben die Truppenanhäufungen so dicht an der Grenze bedenklich, und so sehr wir nun die moralische Gewißheit gewonnen haben, daß die östliche Wetterwolke einstweilen nicht über uns hereinbrechen wird, so darf dieselbe dennoch nicht einen Augenblick aus den Augen verloren werden. Drohender scheint der Westen, ein so unschuldiges Ansehen er sich auch jetzt noch geben mag. Es ist kaum denkbar, daß sich die in Frankreich so furchtbar und bis in ihre innerste Tiefe aufgeregten Volkswogen beruhigen werden, ohne sich erst als eine verheerende Sturmfluth über Europa zu ergießen. Abgesehen davon, daß die jetzige vollziehende Gewalt in Paris rein militärischer Natur ist, und ihrem Geiste und ihren Interessen nach die Lamartine'sche Ideologie bald beseitigen wird, faßt der Gedanke, daß nur durch einen äußeren Kampf eine Wiederherstellung des Juniaufstandes vermieden werden kann, in den besitzenden Klassen der Franzosen immer tiefere Wurzel, und der Zeitpunkt, wo unser eben wiedererstandener Reichsadler den Streit mit seinem Erbfeinde, dem gallischen Hahn, durchzufechten hat, ist vielleicht ganz nahe. Möchte doch die Frankfurter Centralgewalt die Unsicherheit unserer auswärtigen Beziehungen beherzigen, und besonders die kleinen deutschen Mächte anhalten, für alle Fälle genügende Vorsichtsmaßregeln zu treffen, damit bei der augenblicklichen Zersplitterung Oesterreichs die Schutzpflicht des deutschen Gebiets nicht wieder, wie in Schleswig, fast ganz allein den preußischen Bajonetten zufalle. — Unsere Kammer — welcher übrigens Hansemann morgen mehrere Gesetzvorschläge, unter andern einen über die vielbesprochene Zwangsanleihe vorlegen wird — verliert nach wie vor ihre Zeit auf eine unverantwortliche Art. Auch in unserer Nationalversammlung, wie in der bald zusammentretenden österreichischen, gibt es viele Abgeordnete, denen die edle Schreibekunst ein Buch mit sieben Siegeln ist, welche aber dennoch durch das souveräne Volk abgesandt sind, den Staat neu zu organisiren!

Berlin. Es ist hierselbst in diesem Augenblicke ein außerordentlicher schwedischer Gesandter, wie es heißt, mit sehr ausgedehnten Vollmachten, eingetroffen; man glaubt, daß seine Sendung nicht bloß auf die definitive Regelung der dänischen Angelegenheit, sondern auf eine Feststellung der nordischen Politik im Ganzen für den Fall einer abermaligen Störung des Friedens Bezug habe. (K. Z.)

Breschen, 5. Juli. Wir leben noch immer in der Furcht vor den Sensenmännern, die in dem nahe gelegenen Walde sich Hütten gebaut und förmlich häuslich sich niedergelassen haben. Des Nachts kommen sie aus ihren Schlupfwinkeln hervor, verüben Einbrüche bei Juden und Deutschen und erpressen Geldsummen. Werden diese nicht freiwillig gegeben, so nehmen sie, was sie nehmen können, und zwar unter den größten Mißhandlungen der Geplünderten. Das ist die Ruhe, die wir jetzt hier genießen. Soviel das Militär Patrouillen und Jagd auf diese Guerillas macht, so wenig ist es ihm doch bis jetzt gelungen, die Horden ganz zu zerstreuen. Wie soll das nun werden, wenn uns das Militär verläßt! (Schles. Z.)

Myslowitz, 6. Juli. Nachdem seit längerer Zeit der Grenze entlang auf russischem Gebiet ebenso viele Kosaken aufgestellt worden, als preußischer Seits Husaren postirt waren, sind seit gestern sämmtliche Kosakenposten zurückgezogen worden. Der größte Theil der russischen Armee hat gegenwärtig seine Stellung auf Galizien zu genommen. Die preußische Grenze ist jetzt von der russischen Landwehr besetzt, bekanntlich Leute, welche sämmtlich bereits das 50. Lebensjahr überschritten haben. Die Landwehr wird diese ihre Stellung behalten, bis das Gros der Armee, welche erst gegen den August hier vollständig zusammengezogen sein wird, daselbst aufmarschirt. (Bresl. Z.)

Sachsen. Leipzig, 5. Juli. Aus ziemlich sicherer Quelle erfahren wir, daß Sachsen in nächster Zukunft einen interessanten Proceß erleben wird. Der Fürst von Schönburg-Waldenburg will nämlich eine Schadenklage gegen den Fiskus erheben und Ersatz fordern für Zerstörung und Verheerung seines Schlosses in Waldenburg durch eine Rotte von Aufrührern. Der Suchtage nach dürfte der Fürst eine solche Klage gewinnen, indem er bereits schlagende Beweise geliefert haben soll, daß er volle vier Wochen vor Ausbruch des Tumultes der Staatsregierung von der wachsenden Gährung und der ihm (dem Fürsten) drohenden Gefahr Anzeige gemacht, sowie Hilfe vom Staate demgemäß beansprucht habe. Diese Hilfe sei ihm damals nicht gewährt worden, später aber auf erneuertes Hilfegesuch in nicht ausreichender Weise. Es falle demnach die Schuld der Vernichtung des fürstlichen Eigenthums zum größten Theile der Regierung zur Last. Besteht der Fürst auf seiner Klage, so wird der Fiskus eine sehr bedeutende Entschädigungssumme zu zahlen haben, denn das Schloß zu Waldenburg war ein mit größtem Luxus ausgestatteter, mit Kunstwerken aller Art reich versehener Fürstensitz. Uebrigens wird der Fürst Waldenburg nie mehr betreten und das zerstörte Schloß in seiner großartigen Zertrümmerung als ein Denkmal wilder Pöbelherrschaft für immer in Ruinen liegen lassen. (K. Z.)

Hannover, 8. Juli. Das gestern erwähnte Schreiben, das wir heute ohne Kommentar mittheilen, lautet wörtlich: „Den löblichen Ständen sind ohne Zweifel diejenigen Beschlüsse bekannt, welche nun der deutschen Nationalversammlung über die Begründung einer provisorischen Centralgewalt und die Uebertragung derselben auf Se. kaiserl. Hoh. den Erzherzog Johann von Oesterreich gefaßt worden. Die Persönlichkeit dieses erhabenen Fürsten ist so vollkommen geeignet, das Vertrauen der Fürsten wie der Völker Deutschlands auf sich zu lenken, daß Se. Maj. der König Ihre Zustimmung zu dieser Wahl zu erklären und dieselbe als ein höchst günstiges Ereigniß in der gegenwärtigen verhängnißvollen Zeit zu begrüßen keinen Augenblick Anstand genommen. Auch haben Allerhöchstdieselben im Vertrauen auf diese Persönlichkeit und in der Voraussetzung, daß Se. kaiserl. Hoheit die Wahl annehmen werden, Bedenken, welche die Form und der Inhalt des Beschlusses über die demselben zu übertragende Gewalt zu erregen wohl geeignet gewesen, jetzt nicht geltend zu machen sich entschlossen. Inzwischen haben Se. Majestät Sich bewogen gefunden, in Beziehung auf diese hochwichtige Angelegenheit den löblichen Ständen folgende Mittheilungen machen zu lassen. Se. Majestät haben die gebieterische Nothwendigkeit erkannt, der Verfassung Deutschlands eine größere Kraft und Einheit zu verleihen, daher Ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Verfassung durch eine Vertretung des Volks am Bunde vervollständigt werde, und Sich zu Opfern für die Erreichung des Zweckes einer größeren Einheit und Kraft gern bereit erklärt. Allein Seine Majestät hegen auch die unwandelbare Ueberzeugung, daß der gesammte Zustand Deutschlands die Herstellung einer festen Centralregierung, welche auch die inneren Angelegenheiten des Landes ordnen und die Fürsten lediglich als Vasallen eines andern Monarchen erscheinen lassen würde, nicht zulässt, und daß so wenig das Wohl und die Freiheit der Völker als Ihre eigene fürstliche Ehre es gestatten würde, einer Verfassung Ihre Zustimmung zu geben, welche der Selbstständigkeit der Staaten Deutschlands nicht die nothwendige Geltung sicherte. Unter diesen Umständen sind Se. Majestät zwar entschlossen, auf der einen Seite dem wahren Wohle des Landes alle Opfer zu bringen; auf der andern Seite aber würden Sie, falls die geforderten Beschränkungen der Selbstständigkeit über dasjenige Maß hinausgingen, welches die Pflichten gegen das Allerhöchst Ihnen von Gott anvertraute Land und Ihre eigene Ehre bezeichnen, lieber das Aeußerste ertragen, als zu Maßregeln die Hand zu bieten, welche Pflicht und Ehre als verwerflich darstellen würden. Se. Majestät haben daher die Unterzeichneten beauftragt, bei der Verhandlung über die Verfassung Deutschlands und insbesondere auch

Digitized by Google

rücksichtlich der dem Erzherzog Johann anzuvertrauenden provisorischen Centralgewalt auf alle geeignete Weise dahin zu wirken, daß jene Verfassung und insbesondere die künftige Stellung des Reichsverwesers mit der Selbständigkeit des Königreichs in dem angedeuteten Sinne vereinbar sei. Zugleich aber haben Allerhöchstdieselben auch erklärt, daß, falls diese Verhandlungen zu einem günstigen Resultate nicht führen, vielmehr die Beschränkung der Selbständigkeit des Königreichs über diejenige Grenze, welche Se. Majestät Sich stellen zu müssen geglaubt haben, hinausgehen würde, Se. Majestät Sich nicht verpflichtet erachten könne, in einer Stellung zu beharren, welche alsdann in Ihren Augen jede Möglichkeit, das Wohl des Landes zu fördern, abschneiden würde. Hannover, 7. Juli 1848. Königl. Hannoversches Gesammtministerium. Bennigsen. Prott. Stüve. Dr. Braun. Lehzen. Düring."

Baden. Donaueschingen, 10. Juli. Die Karlsr. Ztg. meldet: Von dem Befehlshaber des 7. und 8. Armeekorps ist die Weisung hier eingetroffen, daß sämmtliche bairische Truppen aus Baden an die Iller sich zurückziehen sollen. Der Abmarsch wird den 13. erfolgen. Diese Truppen nehmen den Ruhm einer tadellosen Haltung und eines besonders freundlichen Benehmens in die Heimath mit. Daß bei den mannigfachen Aufreizungen, welchen sie da und dort ausgesetzt waren, einzelne Desertionen vorkamen, oder auch einzelne thätliche Zurechtweisungen stattfanden, darf nicht in Erstaunen setzen. Etwas der letztern Art fand gestern in unserer Nähe Statt, hatte aber durchaus nur den Charakter einer gewöhnlichen Wirthshausscene.

Freiburg, 10. Juli. Heute Morgen sind zwei Kompagnien Infanterie von hier nach dem hintern Wiesenthal abgegangen, um dort der bedrohten Achtung vor dem Gesetze zur Stütze zu dienen. Am 18. Juni fand eine Volksversammlung in Zell im Wiesenthale Statt, wobei es nicht an aufrührerischen Reden und Vorschlägen fehlte. Namentlich soll auf erneute Organisation des ultra-demokratischen Geistes in Volksvereinen, Verbreitung entsprechender Zeitungen und Flugblätter ꝛc. hingewiesen, und seither Dem entsprechend in der Gegend gewirkt worden sein. Damit wird die Einleitung einer Untersuchung gegen den Vikar Beck in Zell und den Literaten Biala in Lörrach in Zusammenhang gebracht. Der angeordneten Vernehmung des Vikars aber haben sich Zeller Bürger gewaltsam widersetzt, und die Behörden in Schönau sahen sich außer Stand, dem Willen des Gesetzes Nachdruck zu geben. Die Truppenabtheilung dürfte um so eher dem beabsichtigten Zweck entsprechen, als die Zahl derjenigen Bewohner des Wiesenthals, welche dem in diesen Thatsachen kundwerdenden Geist huldigen, doch nicht so groß sein soll, als das Gerücht annehmen lassen könnte, das sie in der Gegend zu unterhalten wissen. (Fr. J.)

Konstanz, 8. Juli. In politischen Dingen ist es hier gegenwärtig ganz still, und wenn die Flüchtlinge in Kreuzlingen, Emishofen ꝛc. nicht wären, so würde der Heckersche Aufstand bald ganz vergessen sein. Die Bürger sind der Mehrheit nach zwar republikanisch gesinnt, dabei aber harmlos und weit entfernt, für die Republik ihre Haut oder ihr Vermögen auf das Spiel zu setzen. Ihr sehnlichster Wunsch ist dermalen eine Garnison, die ihnen hoffentlich auch, sobald die Baiern abmarschiren, zu Theil werden wird, und welche zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in der Seegegend noch für längere Zeit nothwendig sein dürfte. — Die Flüchtlinge in der benachbarten Schweiz sprechen die feste Hoffnung aus, bald, entweder durch allgemeine Amnestie oder mit den Waffen in der Hand, ins Vaterland zurückzukommen. Von einer Rückkehr zur Ordnung und zu friedlichen politischen Gesinnungen ist bei diesen Menschen keine Rede. So lange Militär hier ist, hat man von ihnen Nichts zu fürchten; aber ohne dieses wären sie zu einem Handstreiche bereit, und wenn es auch nur ein Putsch auf ein paar Stunden wäre. (Fr. J.)

Hessen. # Mainz, 11. Juli. Endlich, endlich regen sich auch hier die Konstitutionellen; es ist ein Verein im Entstehen, um den Feinden der Ruhe und Ordnung doch wenigstens einigermaßen das Feld zu schmälern. Es dauerte aber wirklich lange, bis die Gemäßigten ihre Mäßigung in Bezug auf öffentliches Handeln etwas bei Seite setzten. Die ehelichen Leute in ganz Deutschland haben die Augen weit aufgerissen bei dem furchtbaren Schauspiele, das Paris wiederum der Welt lieferte; jetzt begreifen sie, um Was es sich handelt, bei den Wühlereien der radikalen Volksbeglücker, und alle Diejenigen, welche für die Erhaltung der Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft und der Civilisation, für die Herrschaft der heiligen Ideen des Eigenthums und der Familie fühlen, sehen jetzt ein, daß sie handeln müssen. Ordnung müssen wir haben, Vertrauen muß wiederkehren; das fühlt man in allen Kreisen der Gesellschaft, und Wiederbelebung des Vertrauens und des Verkehrs ist die wahre Organisation der Arbeit. Möchten recht viele Männer dieses erkennen, möchten sich überall in Deutschland Vereine bilden, die ebenso sehr den Wühlereien der Uebelwollenden entgegentreten, wie sie die Schmälerung der Märzerrungenschaften mit stets wachsamem Auge verhinderten. Warum ist eine solche Mittelspartei nicht schon lange kräftig aufgetreten? — Weil die Gemäßigten empörend gemäßigt sind, weil die ehrlichen Leute nicht handeln wollen! Georg Büchner legt eine sehr bezeichnende Bemerkung in dem Drama „Dantons Tod" seinem Helden Danton in den Mund, als dieser von seinen Freunden aufgefordert wird, mit Hilfe der ehrlichen Leute Frankreich von den Schreckensmännern zu befreien: „— den ehelichen Leuten kann man Geld leihen, man kann bei ihnen Geoatter stehen und seine Töchter an sie verheirathen, aber das ist Alles!" Der Ausspruch ist hart, aber in vieler Beziehung wahr. Das leichtbewegliche Völkchen, was man, unter dem Namen des souveränen Volkes, die Hiengespinste der Radikalen unterstützen sieht, ist gerade umgekehrt; es besteht größtentheils aus jungen Leuten; ist leidenschaftlich, zum Skandale geneigt und zu allen möglichen Demonstrationen zu gebrauchen. Die Leutchen setzen sich jeden Abend beim Glase, feuern sich gegenseitig an, während die Gemäßigten, was freilich todeswerthes ist, bei ihrer Familie sitzen, die Zeitungen lesen und sich gegenseitig kaum einander kennen. Daher kommt es auch, daß man immer glaubt, diese letztere Partei sei an Zahl schwächer, als die erstere. Obiges Bild ist vielleicht etwas scharf gezeichnet, aber es ist doch wahr. Alle Achtung vor den Gemäßigten, nur etwas mehr Thatkraft möchte man ihnen einflößen. In ganz Deutschland sollten Vereine, wie der hier sich bildende, miteinander in Verbindung treten, um sowohl für die Herstellung der Ordnung und des Vertrauens, als auch für die Sicherung und gesetzmäßige Weiterbildung der längstersehnten, heiligen Güter der Märzerrungenschaften zu wirken. Um ferner bei einem möglichen Zwiste des Reichsministeriums mit einer widerstrebenden Landesregierung, ersteres, so lange es ein volksthümliches, auf alle mögliche Weise zu unterstützen und so die heilige Idee, Deutschlands Einheit entwickeln zu helfen. Unser Wahlspruch sei: „Freiheit, Einheit, Ordnung!"

Lauenburg. Der Wes. Z. zufolge ist Weicker am 4. Juli in Ratzeburg eingetroffen. Von Mölln aus wird der Wunsch geäußert, er möge dort längere Zeit als Bundestagskommissär fungirend, im Lande verweilen. Wenn irgendwo, so that in Lauenburg ein durchgreifendes Regiment Noth.

Frankfurt, 11. Juli. In der heutigen Sitzung der deutschen Bundesversammlung theilte der Präsidial-Gesandte der Bundesversammlung folgendes Schreiben des Reichsverwesers Erzherzogs Johann mit: „Hr. Präsident Ritter von Schmerling! Ich habe Ihnen meinen aufrichtigen Dank für die Eröffnung zu bethätigen, welche Sie unter dem 29. Juni Namens der deutschen Bundesversammlung an mich haben ergehen lassen, und Sie zu ersuchen, der Vertreter dieses meines Gefühls bei der hohen Versammlung sein zu wollen. Das Vertrauen, mit welchem sämmtliche deutsche Regierungen, Zeuge der ihren bevollmächtigten zu Frankfurt gegebenen Ermächtigungen, meine Person beehren, und auf dessen Ausdruck ich den entschiedensten Werth gelegt habe, erhebt und stärkt mich bei Antritt des schweren Berufs, den in schönem Einklange Deutschlands Fürsten und Deutschlands Völker mir zuweisen. Sollte es mir glücken, während der Zeit meiner Amtsführung dazu beitragen zu können, daß der Grund gelegt werde zu einem im Innern einigen und nach Außen starken Deutschland, und daß nur Erinnerungen des moralischen und materiellen Friedens und schöner Eintracht in allen Gauen unseres theuern und großen Gesammtvaterlandes sich an meine Reichsverweserschaft knüpfen, so werde ich den Tag als den schönsten meines Lebens ansehen, an welchem sie anzunehmen ich nicht ohne schweren Kampf, im Hinblick auf meine mangelhaften Kräfte, mich entschlossen habe. Empfangen Sie, Hr. Präsident, für sich und Ihre sämmtlichen Hrn. Kollegen im Bundestage die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung. Wien, am 6. Juli 1848. gez. Johann."

Frankfurt, 12. Juli. Soeben, Vormittags halb zwölf, verläßt der Reichsverweser, geleitet von den Mitgliedern der Nationalversammlung, die Paulskirche und begibt sich unter anhaltendem begeisterten Zuruf der Volksmassen in seine Wohnung zurück. Die Anrede, womit der Erzherzog Reichsverweser von dem Präsidenten Heinrich v. Gagern empfangen worden, die Zusicherung, daß er sich angetheilt dem großen Werke der Einheit und Freiheit Deutschlands widmen werde, bezeichnen einen weltgeschichtlichen Augenblick für das deutsche Vaterland, für Europa, für die bewohnte Erde. — Im Anfang der Sitzung erstattete Heckscher im Namen der nach Wien gesandten Deputation ausführlichen Bericht über ihre Erlebnisse und Wahrnehmungen. Unter den sieben Mitgliedern bestand die vollständigste

Einigkeit und Gleichheit der Gesinnung. Alle sind überzeugt, daß im ganzen Umfange von Deutschland keine bessere Wahl als die des Erzherzogs Johann hätte getroffen werden können. Die Haltung der Bevölkerung in allen Theilen des Landes gab der Deputation die Gewißheit, daß die Liebe und Hingebung für die Sache des gemeinsamen Vaterlandes überall die Erwartungen übertreffe und die Erreichung des großen Zieles verbürge. — In der Paulskirche waren Veränderungen vorgenommen, wie sie die heutige feierliche Handlung erforderte. Die Sitze der Präsidenten waren durch prachtvolle Pflanzen und Blumen dem Auge der Versammlung entzogen. Die Rednerbühne war entfernt. Ein Sessel für den Reichsverweser, ihm gegenüber drei gleiche Sessel für die Präsidenten nahmen ihre Stelle ein. Die unteren Räume und die Gallerien waren gedrängt erfüllt mit Zuhörern. Manche Sitze von Deputirten waren Damen eingeräumt. Die ganze Stadt trägt ein Festgewand und wird heute Abend erleuchtet werden.

Schweiz.

Aargau. Man schreibt der Basl. Z.: „Sonntags den 2. Juli fand in Laufenburg eine Volksversammlung von badischen Angehörigen und Flüchtlingen Statt. Der kl. Rath hat dem Amtmann in Laufenburg wegen Duldung dieser Versammlung einen Verweis ertheilt und ihn angewiesen, in Zukunft allen Versuchen, das internationale Verhältniß durch aufreizende, gegen die öffentliche Ordnung der Nachbarstaaten gerichtete Verbindungen, Besprechungen oder Aufrufe zu verletzen, mit allen amtlichen Kräften entgegenzutreten. Gleichzeitig ergingen auch an die Grenzämter Zurzach und Rheinfelden ähnliche Weisungen, wobei ihnen auch eine frühere Weisung in Erinnerung gebracht wurde, daß die Flüchtlinge von der Grenze weg und sich weiter landeinwärts zu begeben, so wie bei Strafe des Asylverlustes eines ruhigen Verhaltens zu befleißen haben. — Es ist nun zu hoffen, auch Baselland werde endlich in Beachtung seiner Pflicht gegen die Eidgenossenschaft den Umtrieben Heckers durch Wegweisung desselben von der Grenze ein Ziel setzen."

Großbritannien.

London, 8. Juli. Die englischen Journale bringen fortdauernd trübe Betrachtungen über den anarchischen Zustand Berlins, welche beweisen, daß es auf der einen Seite eben so leicht ist, den Beifall des politischen „süßen Pöbels" höherer und niederer Gattung zu gewinnen, als darüber den Beifall und die Gunst achtbarer, ernst- und ehrenhafter Völker einzubüßen. Das Morning Chronicle unter Andern bringt in seiner Nr. vom 8. Juli ein solches Klaglied über das preußische Babylon, welches vielleicht denselben blutigen Gang zu gehen bestimmt ist, wie Paris, um sein Geschick zu erfüllen. Nachdem das M. Chr. die vielen in Berlin stattfindenden einzelnen Gewaltthaten, meuchelmörderische Anfälle auf Schildwachen, die Schwäche der Regierung, die Unselbständigkeit der Behörden, den innern Zwiespalt zwischen Ministerium, Magistrat, Polizei, Bürgergarde, Nationalversammlung beklagt, würdigt es namentlich die letztere einer besondern Aufmerksamkeit in folgenden Worten: „Man sorgt nur für den gegenwärtigen Tag, gleich als ob es kein Morgen gebe; die Minister müssen ihre kostbaren Stunden in der Nationalversammlung durch das Abweisen von Guerillaangriffen, auf ihren Bureaus durch Empfangen von Deputationen und Beantworten inquisitorischer Fragen der Klubs vertrödeln, die Abgeordneten, statt zu „vereinbaren", wozu sie einberufen und gewählt worden, zanken, nehmen das Maul voll, fragen, schlagen vor, amendiren, subamendiren, und Alles dies, nur um ihre eigene Stimme zu hören. Mit Nichts weiter beschäftigt, als mit ihren eigenen kleinlichen Individualitäten und Liebhabereien und aufgezehrt von jämmerlicher Eifersüchtelei und Ehrsüchtelei, scheinen sie zu vergessen, daß sie ein gemeinsames preußisches Vaterland haben, welches dringend von ihnen verlangt, daß sie Ordnung, Vertrauen und Herrschaft des Gesetzes wieder herstellen. Statt sich zu bestreben, ihren eigenen Charakter in eine höhere Sphäre zu erheben und nach der Seite der Klugheit, des gesunden Menschenverstandes und der Tüchtigkeit auszubilden, statt ihr Land auf die hohe Stufe zu erheben, welche es vor der Revolution einnahm, erniedrigen sie sich selbst und ziehen Preußen mit sich auf die niedrigste Stufe herab. Noch ist kein einziger Schritt gewonnen, und Diejenigen, welche sich so gern Männer des Fortschritts nennen, haben noch keinen Fortschritt gemacht, außer in der Richtung des Uebereinanderwerfens und Zerstörens."

Kaum durfte man sich der Hoffnung hingeben, daß die treffliche Zurechtweisung Bunsens die „Times" über die schleswig-holsteinische Angelegenheit eines Bessern belehrt haben würde, als sie bereits in nächster Nummer das Bunsen'sche Pflaster von der alten Wunde wieder abrissen und diese durch einen neuen Schnitt zu erweitern suchen. Aber man belehre einen Preceptmacher über die sittliche Bedeutung einer Angelegenheit, gegen die vielleicht sein eigener Vortheil oder die Engherzigkeit der ihm eingelernten Vorurtheile spricht! Zwar begrüßt das mächtige Organ der „City" — dieser ein- und ausathmenden Lunge des großbritannischen Reiches — den Abschluß des Waffenstillstandes mit großer Freude, beklagt jedoch, daß er auf die unnöthig lange Dauer von 3 Monaten geschlossen worden sei, während eine Zeit von 6 Wochen für die Vervollständigung des Friedensgeschäftes genügt haben würde; aber Deutschland wolle nun Zeit gewinnen (?), bis es zur See gerüstet dastehe oder bis die gefrorenen Belte einen Winterfeldzug gestatteten, wie ja Kopenhagen selbst im Winter 1657—58 durch ein feindliches Heer angegriffen worden. Die „Times" nennen den Krieg einen ruhmlosen, der nicht einmal eins der gewöhnlichen Kriegsobjekte gehabt, nicht aus dringerischem Ehrgeiz hervorgegangen, sondern allein ein Probestück demokratischer Annexation gewesen sei; am besten zu vergleichen sei die Geschichte noch mit der Art und Weise, wie Texas den Vereinigten Staaten einverleibt wurde.

Bei dieser Bemerkung der Times fällt uns nur das Kuriosum bei, daß, während diese Zeitung in den schleswig-holsteinischen Wirren nur das Getreibe des demagogisch-demokratischen Geistes erblickt, von welchem Deutschland besessen ist, der französische National den Streit als das Werk einer aristokratischen Intrigue zu deuten versuchte. Der Vergleich der Annexation mit Texas hinkt ein wenig, es ist übrigens ein Lieblingsvergleich der Times, der sich schon mehrfach in ihren Spalten wiederhalte; ihre Betrachtungen über Schleswig sind ohnehin halb und halb nur ein Wiederabdruck ihrer muthschnaubenden Artikel über die Annexation von Texas. Wenn übrigens den Times diese Annexationen so verbrecherisch erscheinen, mit welchem Grunde werden sie die Annexationen so vieler ostindischen Königreiche rechtfertigen, welche die ostindische Kompagnie in die Tasche steckte, wie sehr auch die Dynastien nicht nur, sondern auch die Völker widerstrebten! Die alte aber immer noch brauchbare Allegorie von Splitter und Balken wiederholt sich täglich im Leben der Völker wie der Individuen. Aber die Times glauben nicht einmal, daß Schleswig dem deutschen Reich einverleibt werden würde, dazu, meinen sie, sei bei der großen Kraftentwicklung Dänemarks keine große Wahrscheinlichkeit. Und was habe nun Preußen dafür, daß es seinen Handel zu Grunde richten lasse, was hätten die norddeutschen Staaten, was das gemeinsame Deutschland als Preis des vergossenen Blutes, des stockenden Handels, der in den Herzogthümern angerichteten Verwüstungen? Nichts, als daß sich die Bundestruppen aus dieser Sackgasse Schleswig-Holstein durch dieselbe Oeffnung zurückziehen müßten, durch die sie eingedrungen, Nichts, als daß das Vertrauen Englands zu Deutschland erschüttert sei und sich andern geordneteren Staaten zuwende, Nichts, als daß die Italiener, Polen, Böhmen nun dasselbe Recht hätten, auf ihre Nationalität zu pochen, wie die Schleswig-Holsteiner, Nichts, als daß diese Angelegenheit entweder zu einem allgemeinen Kriege führen, oder bei einem entstehenden allgemeinen Kriege Dänemark Anlaß geben werde, an Deutschland Rache zu nehmen und ihm durch Diversionen Verlegenheiten zu bereiten. — Wenn man aufrichtig sein will, so wird man nicht behaupten können, daß die in diesem und andern Artikeln der Times ausgesprochenen Rügen und Befürchtungen ohne allen Grund seien; wir halten es aber für möglich, daß das Schmachwort eines Redners im Frankfurter Parlament: „in diesem Kriege hätten sich die preußischen Waffen befleckt" den Times Veranlassung wird, in dieser Angelegenheit die Partei Preußens gegen die schmutzige Undankbarkeit eines Theiles der Deutschen zu ergreifen, aus diesem Vorfall nebenbei nicht sehr erfreuliche Schlüsse auf die viel besprochene deutsche Einheit und Größe zu ziehen und Preußen in seinen vielleicht vorhandenen Partikularneigungen zu bestärken, insofern das Orakel aus Gießen überhaupt in England gehört werden sollte.

Frankreich.

Paris, 10. Juli. Mehrere Journale hatten angezeigt, daß sich in den überfüllten Gefängnissen der Typhus gezeigt habe. Herr Thierry, mit der obersten Aufsicht der Spitäler und Gefängnisse beauftragt, zeigt heute an, daß nach genauer Untersuchung auch nicht ein derartiger Fall vorgekommen sei und namentlich in den Gefängnissen, sowohl in der Stadt, als in den Forts, der beste Gesundheitszustand herrsche.

Es wurde heute Morgen versichert, das Blatt Proudhons, „le Représentant du Peuple" sei mit Beschlag belegt und das Redaktionspersonal verhaftet worden. Gleichzeitig bringen die Blätter eine an die Nationalversammlung gerichtete Protestation der Eigenthümer und

Digitized by Google

Aktionäre des Journals la Presse gegen dessen gewaltsame Unterdrückung seit dem 23. Juni. Achthundert Personen befänden sich durch diese Unterdrückung ohne Erwerb.

Abbé Sybour, geb. 1792 und seit 1839 Bischof von Nimes, ist zum Erzbischof von Paris ernannt worden.

Das Bien public, welches unter Lamartines Einfluß steht, sucht wiederholt die frühere Exekutivkommission gegen die erhobenen Anklagen zu rechtfertigen. Es wird darin versichert, dieselbe habe die Juniinsurrektion nicht nur vorausgesehen, sondern auch alle Mittel vorbereitet, sie zu bekämpfen; die Untersuchung werde dies ausweisen. Uebrigens verbreitet sich das Gerücht, Lamartine werde nach dem Schlusse dieser Untersuchung eine Reise nach dem Orient antreten.

Auf der heutigen Tagesordnung der Nationalversammlung stand das Gesetz über die Aufnahme von siebenzehnjährigen Freiwilligen in die Armee.

Oberst Ambert, als Berichterstatter, vertheidigte das Gesetz namentlich gegen den Vorwurf, es seien das zu junge und schwächliche Soldaten, glaubt aber, daß es jetzt nicht mehr so nöthig sei, als vor der Auflösung der Nationalwerkstätten. Nach einigen Bemerkungen der Herren Ballette und Lacabli erklärt der Minister des Innern, die Nationalwerkstätten seien zwar als Anstalten aufgelöst, aber die Menschen, aus denen sie bestanden hätten, existiren noch immer. Die Regierung, deren Aufgabe es sei, alle diese Tausende in eine normale Stellung zu bringen, betrachte also dieses Gesetz als nothwendig und beharre auf dessen Annahme. General Baraguay d'Hilliers erkennt den guten politischen Zweck des Gesetzes an, will aber nicht, daß einer vorübergehenden Nothwendigkeit wegen ein allgemeines Gesetz erlassen werde, das große Uebelstände nach sich ziehe. Er will, daß man alle jüngeren Freiwilligen in die mobile Garde aufnehme, in der Armee aber nur von 18 Jahren an. Eins wird bei dieser Gelegenheit von allen Rednern konstatirt, daß nämlich die Sterblichkeit unter den jungen Leuten der mobilen Garde außerordentlich groß sei, was die Einen auf die Jugend dieser Soldaten, die Andern auf ihre hohe Löhnung und die dadurch begünstigten Exceße in Genüssen suchen. Nach einer das Gesagte wiederholenden Diskussion wird zu den Artikeln übergegangen und das Gesetz mit sehr großer Majorität angenommen.

Die Frage, ob eine oder zwei Kammern, wird in den Blättern immer noch mit Lebhaftigkeit verhandelt. Der National bringt einen ausführlichen Artikel für das Einkammersyst m, ohne daß es ihm gelungen wäre, die Einwürfe der Gegner zu beseitigen. Das Hauptargument, auf das der National und seine politischen Freunde immer wieder zurückkommen, ist die „Einheit und Untheilbarkeit" der souveränen Volksgewalt — ein Argument, das auf der falschen Voraussetzung, wir möchten sagen, auf dem politischen Aberglauben beruht, daß jedes Abstufen der gesetzgebenden Macht in zwei politische Altersklassen nothwendig eine Theilung und Entzweiung derselben in sich einschließe. Man will kein solches Balanciren und Kämpfen zweier Gewalten, während doch in der That die beiden sich nicht bekämpfen, sondern ergänzen sollen. Dies haben auch die Gründer der nordamerikanischen Verfassung eingesehen; ein gewichtiges Beispiel, das die Freunde des National mit der Bemerkung abweisen, Nordamerika sei eben eine föderative, Frankreich eine centrale Republik. Wir wüßten nicht, daß das föderative Element in Nordamerika Anlaß zu der Errichtung des Senates war, sondern gewiß nur die Einsicht in die Nothwendigkeit, etwas Stetiges und Festes in den bewegten Fluß der demokratischen Verhältnisse einzuführen. Der Senat ist die lebendigen Tradition der großen auswärtigen Politik, die eigentliche Kontrole des Präsidenten, deßhalb vor den Schwankungen demokratischer Krisen mehr geschützt, mehr im Besitze einer festen und konsequenten Politik, und in Zeiten der populären Reaktion wohl auch ein fester unerschütterlicher Schirm für die bedrohte Freiheit. Wenn irgend der Stoff dazu vorhanden wäre, sollten die französischen Republikaner nach Kräften dafür sorgen, daß solch eine Macht sich festsetzte, gerade weil in Frankreich die Schwankungen und Umsprünge größer sind, als irgendwo. Die eine untheilbare Versammlung kann ein neuer Konvent werden, erst an Gewaltsamkeit, dann an Feigheit nach Schwäche; sie kann und wird die Exekutivgewalt entweder tyranniſiren oder je nach der größeren Kapacität der Personen wird diese die Versammlung tyranniſiren. Jede neue Wahl kann, namentlich bei dem unsichern Grunde, in welchem die Republik wurzelt, neue schwankende Verhältnisse bringen, in denen dann ein lebenslänglicher republikanisch gesinnter Senat ein sehr werthvoller Haltpunkt wäre; das anarchistische und das reaktionäre Extrem in solch einer Versammlung, die Schwäche wie die Willkür des Oberhauptes würde eine solche Macht sehr heilsam werden lassen. Aber freilich müßte es dann ein lebenskräftiges Institut, ein Senat nach dem Muster des amerikanischen sein, nicht etwa eine Nachahmung des unglücklichen „Rathes der Alten" in der Verfassung vom Jahr III. Die Errichtung einer einzigen Versammlung wird Frankreich unfehlbar und rasch demselben Ziele zuführen, zu dem das „lange Parlament" und der Konvent England und Frankreich geführt haben.

Die Stellung der Parteien in der Nationalversammlung zeichnet sich nach und nach schärfer. Zwei parlamentarische Klubs, nur aus Repräsentanten zusammengesetzt, theilen die Versammlung in zwei fast gleich starke Lager. Der erste dieser Klubs, der Club de la rue de Poitiers genannt, will eine Republik, die sich der konstitutionellen Monarchie möglichst nähert. General Baraguay d'Hilliers, Thiers, O. Barrot und alle Mitglieder der ehemaligen Linken bilden dessen Bestandtheile. Der andere, Klub da Palais national" genannt, enthält die Republikaner „von gestern" und steht unter Marrasts Leitung. Von beiden, isolirt stehen etwa 80 Mitglieder der äußersten Linken, der Bergpartei unter Flocon, Caussidière, L. Blanc, Lagrange und über hundert Indifferente oder Unentschlossene der Centren die sich bald auf diese, bald auf jene Seite neigen.

Italien.

Die Neue Z. Z. enthält Nachstehendes: Die neapolitanischen Truppen verließen gemäß des Befehls des Königs das Heerlager der oberitalienischen Armee. — Der Großherzog von Toskana ernannte Gioberti zum Ehrenprofessor an der Universität Pisa. — Aus Turin wird vom 7. berichtet, daß das Ministerium in Masse abgetreten, weil es bei dem Vertrauensvotum in Minderheit blieb; der Grund des Abfalls der Kammer vom Ministerium liegt in dem zögernden Verfahren der Kriegsführung, während die Kammer die kräftigsten und schnellsten Maßregeln begehrt.

Oesterreichische Monarchie.

† Galizien. In Folge eines Ministerialerlasses muß der Insaitenordon nun auch Galizien bis zum 15. Juli verlassen, wo er ein adeliges Konvikt, mehrere Gymnasien und eine philosophische Lehranstalt inne hatte.

Griechenland.

* Athen, 29. Juni. Sir Stratford Canning ist abgereist und hat ein Memoire hinterlassen. Noch vor seiner Abreise fielen 400 Aufständische unter Poppakostas wieder ein und kehrten nach einigen Tagen über die Grenze zurück. Warum sie kamen, warum sie gingen? Einige meinen, dem Briten von ihrem Dasein Kunde zu geben. Andere glauben, die Regierung zu erinnern, daß sie die Beilegung des Aufstandes nicht eigenem Verdienste verdanke. Die Folge des Aufstandes war eine Kundgebung verzweifelter Mittelmäßigkeit. — Das Ministerium hat der Kammer geklagt, daß unablässlich der Türke die Rebellen unterstütze und die „Caredonische" um Rath gefragt, ob man ihm nicht den Krieg erklären solle. In vier Sitzungen verhandelte darüber die „Einstimmige" und beschloß, daß man noch nicht hinreichende Beweise von der bösen Absicht der Pforte habe, es sei daher zuerst ein Memorandum an sie zu richten; wenn dies nicht helfe, müsse man sich bei den fünf Großmächten beschweren, und wenn diese nicht hülfen, den Krieg erklären. — Daß über einen solchen Notenwechsel der Sommer vorübergehen muß und im Winter kein Krieg geführt werden kann, begreift hier Jedermann. — Unterdessen beschäft unsern Handel in Konstantinopel der türkische Douanendirektor, und da die griechische Regierung den Raja Nadir, Mussurus Meuchelmörder, nicht ausliefert, so steht Gleiches den gleich. Unterthanen auf türk. Gebiete bevor, die, wenn sie ein Verbrechen begangen, bisher ohne Schwierigkeit ausgeliefert worden sind.

Hr. Trikupis ist zurück, wie vorauszusehen mit leeren Händen. Der Bankdirektor hat vom franz. Finanzministerium die tröstliche Nachricht erhalten, daß die Republik auf Abtragung der Schuld Griechenlands an Frankreich zwar nicht dringen werde, aber an einen ferneren Vorschuß für den Zinstheil der 60,000,000 Anleihe nicht zu denken sei. Woher aber die griech. Regierung ane diese 550,000 Dr. für das fällige Märzsemester — vorausgesetzt, daß die Antheile Englands und Rußlands bezahlt würden — hernehmen sollte, läßt sich bei so leeren Kassen, daß kaum das Militär regelmäßig bezahlt werden kann, nicht absehen. In den Nordprovinzen nämlich bezahlt der einquartierte Soldat mit Scheinen. — Zwar ist die heurige Ernte gut ausgefallen, aber so lange die griech. Reg. von ihren Beamten vor Allem politische Selbstverläugnung verlangt und ihnen dafür sich auf Kosten des Staates zu bereichern gestattet, ist an eine ordentliche Wirthschaft nicht zu denken. Die redlichen und fähigen Männer, welche der König zu seinen Beamten wählen könnte, sind

Der Gesammtstaat Thüringen.

Deutschland mit seinen Namens- und Staatenverschiedenheiten ist nicht unähnlich einem großen Palast, in dessen Zimmern und Abtheilungen die, unter sich zwar mehr als provinciell verschiedenen, ihrer Zusammengehörigkeit und Einheit aber bewußten Stämme und Staaten des einigen deutschen Volks in heilsamer Abgliederung wohnen. Ja dem großen Prachtgebäude gibt es aber auch Zimmer, welche wiederum in so kleine Abtheilungen getheilt worden sind, daß sich die Bewohner doch auch einer freieren, zu größerer Entwickelung und Wirksamkeit Raum geben, Behaglung bereits jetzt schon fühlen, aber noch fehlen werden, wenn sie zu größerer politischer Reife gelangt sind. So z. B. die Großherz. und Herzogl. Sächs. Fürstl. Schwarzburgischen und Fürstl. Reuß Greiz'schen Länder, welche in ihrer jetzigen, durch dynastische Theilungen herbeigeführten, Zerstückelung und Zersplitterung ein trauriges Staatenbild gewähren, vereinigt aber einen ziemlich arrondirten, zumeist aus Thüringer Land zusammengesetzten Staat bilden würden, welcher das unter preußischer Herrschaft gelegene Thüringen vielleicht durch Austausch sich noch würden erwerben können. Es ist schon mehrfach in öffentlichen Blättern auf die Nützlichkeit dieser Staatenvereinigung aufmerksam gemacht, bei dem Reichstag in Frankfurt sind gewichtige Stimmen für das Projekt laut geworden, selbst das volksthümliche Element, nämlich die Vereinigung des Thüringischen Volksstammes, hat man zur Hilfe genommen und wir glauben, daß gerade in Thüringen man dieses Moment nicht verächtlich bei Seite lassen, sondern auf die Erweckung und Förderung der, für eine gedeihliche Gestaltung des ganzen öffentlichen Lebens in jeder Beziehung so heilsamen, Stammsympathien Bedacht nehmen sollten. Gerade in Thüringen ließe sich der Staat am Leichtesten dem Stamm anpassen und der Kern für eine volksthümliche Einigung ruhen so viele in der ganzen Besonderheit des thüringischen Volksstammes, in Sitten, Dialekt, geschichtlichen Erinnerungen, daß sie bei einiger Beachtung und Pflege sich zur schönsten Blüthe entfalten könnten. Aber für die administrativen und politischen Vortheile, ja die Nothwendigkeit einer Arrondirung und Vereinigung der, in geographischer Hinsicht zu einer solchen recht geeigneten, Staaten bedarf es keiner Beweisführung, sie liegen auf der Hand. Jedermann sieht ein, daß es zweckmäßiger, bessre und wohlfeiler ist, eine Staatsverwaltung zu haben als acht, die Einsichtigen und Weitersehenden erkennen, daß den Anforderungen der bevorstehenden politischen Gestaltung Deutschlands von Duodez-Staatsverwaltungen mit so kleinen Mitteln und Zwecken nicht Genüge geleistet werden kann, alle Bewohner der kleinen Länder fühlen jetzt schon oder werden künftig fühlen den ihnen auflastenden Druck der Kleinlichkeit, welcher ihnen bei der Angreifnahme jeder bedeutenden Einrichtung oder Maßregel, bei jeder Berührung mit den Nachbarn ins Gedächtniß zurückgerufen werden wird.

Natürlich können die kleinen Staaten bei einer nur einigermaßen wichtigen Maßnahme, betreffe sie nun größere Bildungsanstalten, z. B. die gemeinschaftliche Akademie oder das Oberappellationsgericht, die Eisenbahnen, das Gewerbewesen, Verbindungsstraßen u. s. w., einander entbehren. In diesen vielfachen Berührungen und Beziehungen zu einander werden aber nun ihnen nicht etwa die Wohlfahrt der ganzen Gegend, das Gemeinwohl u. s. w. als leitende Gesichtspunkte festgehalten, sondern jeder Staat sorgt, nach einer ganz natürlichen Politik, für sich und seine Angehörigen, worunter erklärlicher Weise das Ganze selbst leidet. Man denke nur an die Main-Werra-Bahn, ihre bisherige Geschichte liefert traurige Belege zu den gemachten Bemerkungen. Jeder Staat will einen besonderen Vortheil, jeder besondere Concessionen haben, und derjenige erlangt am Meisten, welcher mit der größten Hartnäckigkeit das Nöthige und Nützliche hinauszieht.

Dieser in den gegebenen kleinlichen Verhältnissen oft unerträgliche Staaten-Egoismus bringt die Behörden, und zwar noch mehr die unteren und mittleren als die Ministerien, in eine gewisse feindliche Stellung gegen einander, welche hinwiederum die Quelle einer Unzahl ärgerlicher, Zeit und Geld raubender, schädlicher Differenzen ist und die Beamten nichts weniger als geneigt stimmt, bei nützlichen Maßregeln einander die Hände zu bieten. Vielmehr ist der Unfug unbeschreiblich, welcher in dieser Beziehung von dem Beamtenpersonal in der besten Ueberzeugung getrieben wird. Die verwegensten Schwenkungen der Advokaten des alten Schlags sind oft nicht so schlimm als die mit der heiligen Toga der Beamten-Autorität umhüllten Federkriege und Züge, um den einheimischen Unterthanen, einheimischen Gemeinden, einheimischen Kassen auf Kosten der unmittelbarsten Nachbarn einen Vortheil zu erringen. Wahrscheinlich werden auch zukünftig, wie zu Zeiten des heiligen römischen Reichs, die kleinsten Länder für die Verhandlungen und Rechtssprüche des Reichsgerichts das ergiebigste Material liefern.

Die Hauptschwierigkeit der gewünschten Staaten-Vereinigung liegt nun aber in dem „Wir." Mit Staatsverträgen wie bisher die Staatsschiffe in dasselbe Fahrwasser zu bringen, müßte eine höchst schwerfällige, der Büreaukratie wieder weiten Spielraum zu einer unfruchtbaren Thätigkeit gebende, Zuflucht sein. Alle diese vielen Staatsverträge über die mannichfaltigsten gegenseitigen Beziehungs- und Berührungspunkte müßten zeitgemäß umgestaltet werden, alle diese 8 gesetzgebenden Gewalten müßten jetzt ihre kostbaren Thätigkeiten von Neuem spielen lassen, welcher unerschöpflicher Stoff für Beamten-Arbeit, und man denkt an eine Verminderung des Beamtenheeres! Das Volk in den kleinen Ländchen würde durch die Presse bald belehrt werden, daß die Freiheit eine sehr theure Sache sei, und daß da auf andere Hilfe, als die des so konstituirten Regierens, gedacht werden müsse.

Der Gedanke liegt nahe, die Lösung der Vereinigungsfrage im Fach der Nationalversammlung zu überlassen, indem man ihr das Recht und die Pflicht zuspricht, die einzelnen Staaten (Fürsten und Landstände), zu einer Vereinigung anzuhalten oder geradezu die Vereinigung zu dekretiren. Allein dagegen sprechen mancherlei Bedenklichkeiten. Die Nationalversammlung kann zwar aus den, dem ganzen deutschen Volk zu gewährleistenden Grund- und Freiheitsrechten, namentlich

1) dem Recht auf konstitutionelle Verfassung in ihrer wahren, lebendigen Gestalt,
2) dem Recht auf volksthümliche Entwickelung,
3) dem Recht auf eine zeitgemäße, die Kräfte des Volks nicht widersinnig in Anspruch nehmende Administration,

die Nothwendigkeit und die Befugniß zur Dekretirung der Vereinigung herleiten, weil in der That mit diesen drei Rechten die Staatenzersplitterung Thüringens unvereinbar ist. Namentlich wird die konstitutionelle Verfassung in einem Staat von geringem Umfang stets eine krüppelhafte, nicht lebensfähige Gestaltung, die Entwickelung eines kräftigen politischen Lebens, das Ministerregiment z. B. eine blose Chimäre sein. Ein nur etwas thatkräftiger Fürst wird seine Minister abnutzen oder zu ausführenden Beamten machen, die nur gut zu Sündenböcken den Landtagen gegenüber sind. Nicht überall, wie jetzt in Weimar werden die Fürsten vertrauensvoll den Ministern die Regierungsgeschäfte in die Hände legen und werden die Minister unabhängige, gesinnungstüchtige, entschiedene Männer sein. Jener mehr oder weniger patriarchalische Zustand der guten alten Zeit wird auch ferner die Spießbürger in seinen einschläfernden Armen umfangen halten.

Indessen wird sich auf der andern Seite die Nationalversammlung nicht verhehlen, daß dann die kleinen Staaten (Fürst und Volk) doch rechtliche Existenz haben, welche gegen den verfassungsmäßigen Willen (Fürst und Volksvertretung) zu vernichten eine bedenkliche und konsequenzenreiche Sache sein würde. Es müßte also die Vereinigung dem freien Willen der einzelnen Staaten überlassen werden. Aber dann werden die Fürsten, zu dem in diesem Fall nothwendigen gänzlichen oder theilweisen Verzicht auf ihre Regierungsrechte eben nicht sehr bereitwillig die Hand bieten, ja vielleicht wird an ihrer Beharrlichkeit die nothwendige Reform scheitern, obgleich wir das Festhalten an den Souveränetätsrechten für eine sehr unkluge Politik halten müßten. Die Fürsten würden vielleicht früher oder später das verhängnißvolle „Zuspät" an ihre Ohren kommen hören, denn nirgends wird beim Erwachen des politischen Lebens, und Bewußtseins, unter Einwirkung der alle Jämmerlichkeiten aufdeckenden Presse, bei den vielen Opfern, welche vorzugsweise auf den kleinen Ländchen ruhen werden, in denen am wenigsten Ersparniß im öffentlichen Haushalt gemacht werden können, der Same der Republik so fruchtbaren Boden finden als da, wo einem nur einigermaßen ausgestatteten Fürst das Volk täglich nachzählt, wie viel er dem Land kostet.

In einem Artikel der Allg. Z. wurde kürzlich der Vorschlag gemacht, die Ministerien sollen zur Anbahnung der Vereinigung eine Kommission zusammentreten lassen, und derselben vorläufig die Leitung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten in die Hand legen. Es wäre dies ein Versuch, von dessen Nützlichkeit wir uns jedoch nicht überzeugen können. Bestehen neben dieser die verschiedenen Staaten mit ihren Landtagen selbständig fort, so würden außer dem Gesetz über die Kommission und deren Befugnisse und Verantwortlichkeit selbst, auf alle anderen finanziellen Maßregeln, Gesetzesvorlagen und dgl. der verfassungsmäßigen Mitwirkung der einzelnen Landtage unterstellt werden müssen. Eine Uebereinstimmung aller Landtage ist

nicht voranszusetzen oder wäre der Einigkeitstrieb in Allen so mächtig, daß sie nur um der Einheit willen ihre Ueberzeugungen dem Ganzen zum Opfer brächten, so wäre dies nicht konstitutionell, so wäre der Ministerialkommission ein unrechtmäßiger Vortheil eingeräumt. Eben so schwerfällig und unzweckmäßig wäre ein Vereinigter Landtag neben den besonderen Landtagen. Es bleibt also Nichts übrig, als einen Gesammtstaat mit einer Regierung und einer Volksvertretung aus den Herzogthümern und Fürstenthümern zu errichten und gerade jetzt ist der einzige schickliche Zeitpunkt hiezu, wo die Umgestaltung des öffentlichen Lebens neue Gesetze und Organisation in allen Zweigen der staatlichen Thätigkeit hervorrufen muß.

Unserer Ansicht nach zeigt sich das „Wie" des ersten Angriffs das konstitutionelle Princip mit deutlichem Finger den allein richtigen, gesetzlichen Weg, wenn man nicht die Vereinigung Thüringens denselben Gang mit denselben Schwierigkeiten gehen lassen will, welchen die deutsche Einheit mit großartiger, anwiderstehlicher Gewalt genommen hat. Zunächst hätten sich nämlich die Regierungen über eine Vereinigung zu einem Gesammtstaat zu verständigen, jede Regierung hätte sodann ihren auf freisinnigen zeitgemäßen Grundlagen gewählten Landtag einzuberufen und mit ihm ein Gesetz über die Wahlen dem vereinigten, die Verfassung vereinbarenden Landtag zu berathen, sodann aber den Partikularlandtag zu vertagen. Bis die Verfassung des Gesammtstaats vereinbart und von den einzelnen Staaten selbst anerkannt ist, blieben die Gewalten der letzteren in Thätigkeit, womit aber natürlich nicht ausgeschlossen sein würde, daß die Regierungen bereits vorher eine (zu den Berhandlungen mit dem Vereinigten Landtag ohnehin nothwendige) provisorische Gesammtregierung übten und dem künftigen Gesammtstaat die heilsamen Früchte einer einheitlichen Verwaltung (eine der ersten Aufgaben bedürfte die prov. Einführung von Geschwornengerichten für politische- und Preßvergehungen, Organisation in der Landesadministration und dgl. sein) zu verschaffen suchten. Bei dem Gesetz über die Wahl zu dem Vereinigten Landtag wurde dann natürlich das „Ob" der Vereinigung Präjudicialfrage sein. Ueberzeugt sich die Volksvertretung eines einzelnen Staats nicht von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit, so wird es einen unmittelbaren Zwang für diesen Staat nicht geben. Werden aber die Regierungen Schwierigkeiten machen, so mögen die Minister zusehn, wie sie vor ihrem Gewissen, vor Fürst und vor Land verantworten können, daß sie die ernsten Mahnungen der Zeit verkannt und zu rechter Zeit einer nothwendigen Reform nicht den verfassungsmäßigen Vorschub geleistet haben. Ein Minister, welcher seinem Fürsten die Vereinigung wiederrathen würde, müßte in kürzerer oder längerer Frist das Vertrauen des Landes verlieren.

Es ist bereits bemerkt worden, daß bei der Vereinigung der Grundsatz der rechtlichen Existenz der einzelnen Staaten festgehalten werden müssen. Eine Folge würde sein, daß kein Staat auf das Vermögen des andern ein Recht oder zur Uebernahme der Schulden eine Verpflichtung hätte, vielmehr müßte in dieser Hinsicht in der Finanzverfassung des künftigen Gesammtstaates auf eine annähernde Ausgleichung Rücksicht genommen werden. Auch dürfte jeder Einzelnstaat vor der Vereinigung mit seinem Fürstenhaus sich auseinandersetzen, wogegen allerdings dem vereinigten Landtag wegen des entfernteren Interesse ein Recht, gegen schädliche, unrechtmäßige Maßregeln des Einzelstaats oder Beeinträchtigungen des Gesammtinteresse bei dem Bundesgericht zu intervenire, zustehen würde.

Welche politische Existenz den Fürsten in dem Gesammtstaat wird geschaffen werden, darüber wagen wir nicht einmal Vermuthungen aufzusprechen. Es läßt sich denken, daß eine gleichzeitige Theilnahme sämmtlicher oder mehrerer Fürsten an der Ernennung der Minister und folgeweise an der Staatsregierung etwa in einem kollegialischen Verhältniß oder etwa eine Uebertragung des konstitutionellen Regiments auf gewisse Zeit nach einer gewissen Reihenfolge auf Einen werde beliebt werden. Wie würden solche Halbheiten beklagen und wünschen, daß in gewinnvoller Entfagung der Uebrigen Einem der Ernestinischen Fürsten die konstitutionelle Krone abgetreten werde. Können sich aber die Fürsten über Erschaffung des einen Regenten nicht einigen, dann möge der vereinigte Landtag den Würdigsten wählen und Deutschland die Wahl bestätigen.

Schweiz.

** Bern, 9. Juli. Der Bernische Regierungsrath hat in einer seiner letzten Sitzungen mit fünf gegen drei Stimmen beschlossen, bei dem Großen Rathe auf Verwerfung des neuen Bundesentwurfes anzutragen. Es verwundert uns dies keineswegs. Denn seit dem eingetretenen Zerwürfnisse zwischen der Bärenpartei und Ochsenbein ist auch im Schooße der Regierung eine Scission entstanden, welche im höchsten Grade nachtheilig auf die Behandlung sowohl der kantonalen als der eidgenössischen Angelegenheiten einwirkt. Die Parteileidenschaft ist in dieser Behörden in dem Maße gestiegen, daß eine unbefangene Untersuchung und Würdigung der vorliegenden Gegenstände kaum mehr möglich ist, und die einzelnen Mitglieder sich blindlings durch persönliche Rücksichten leiten lassen. Es genügt, daß Ochsenbein Etwas wünscht, damit die Mehrheit des Regierungsrathes, welche sich durch Stämpfli und Stokmar leiten läßt — das Gegentheil beschließt. Da nun Ochsenbein sich entschieden für den Bundesentwurf ausgesprochen hat, so war dieses für die Mehrheit des Regierungsrathes Grund genug um die Verwerfung desselben zu beantragen. Die finanziellen Opfer, welche angeblich dem Kanton Bern in Folge des neuen Bundes auffallen sollen, sind augenscheinlich nur ein Vorwand, und es ist wirklich komisch, daß gerade diejenigen Leute, denen man den Ruin des Bernischen Finanzsystems zu verdanken hat, jetzt mit einem Male rücksichtlich des Geldpunktes so scrupulös geworden sind. Hoffentlich wird der Große Rath der sich am 17. Juli wieder versammelt, die Pläne der Bärenpartei durchschauen und im Gegensatze des regierungsräthlichen Antrages dem Bernervolke den Bundesentwurf, den jeder Unbefangene als einen bedeutenden Fortschritt betrachten muß, zur Annahme empfehlen. Jedenfalls hoffen wir, daß das verständige ruhige Bernervolk, welchem der Entwurf in jedem Falle vorgelegt werden muß, sich in dieser großen Nationalsache nicht trennen wird von den übrigen Eidgenossen. Die Folgen, welche es für den Kanton Bern haben müßte, wenn er sich in Widerspruch setzen würde mit der überwiegenden Mehrheit des Schweizervolkes, mit einem Worte, wenn er „sonderbündela" wollte — sind so sehr klar, daß sie jedem Unbefangenen von selbst einleuchten. Wir stehen gegenüber der Eidgenossenschaft bloß, in welche Stellung käme der große mächtige Kanton Bern, wenn die neue Bundesverfassung von einer überwiegenden Mehrheit von Ständen angenommen, und Bern allein oder allfällig noch mit und nebst den Urkantonen dieselbe verwerfen würde? Und wie stände es mit der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität wenn — bei der ohnehin vorhandenen Gefahr eines Krieges in die bis jetzt so ruhige, einige Schweiz mit einem Male die Brandfackel der Zwietracht geschleudert, und sie dem Auslande das Bild der Zerrissenheit und innerer Auflösung geben würde. Wenn der Bernische Regierungsrath diese schweren Folgen erwogen hätte, statt sich durch kleinliche Parteirücksichten leiten zu lassen, so würde er — wir sind dessen gewiß — nicht auf Verwerfung des Bundesentwurfes angetragen haben.

Italien.

Bülletin der provis. Regierung der Lombardei. Mailand, 7. Juli. Die Versammlung der venetianischen Abgeordneten beschloß den 4. d. mit 127 gegen 6 Stimmen die Verbindung der Stadt und Provinz Venedig mit den Vereinigten Staaten des Königreichs Oberitalien. — Beim Heere dauern die Arbeiten für den Angriff von Verona fort; in der Nacht vom 5. auf den 6. machten die Oesterreicher einen Ausfall, um unsere Werke zu zerstören, zogen sich aber nach kurzem Vorpostengefecht zurück. — Es fand eine Auswechslung von Gefangenen und Geißeln zwischen den Krieg führenden Parteien Statt. (N. Z. Z.)

Der „Allg. Z." zufolge war das österr. Heer in Verona gerüstet, am 6. Juli gegen Westen, mithin, was fast unglaublich scheint, gegen die Lombardei aufzubrechen.

* Messina, 26. Juni. Gestern veröffentlichte die Exekutivgewalt ein Kriegsbulletin, dem zufolge die Division des Generals Busacca vollständig in der Nähe von Milet von einer Kolonne von Sicilianern und Kalabresen geschlagen ist. General Nunziante wird umzingelt gehalten, und an ein Entkommen ist für ihn wohl nicht zu denken. Der Enthusiasmus der Kalabresen ist ungeheuer; und, wenn auch jetzt der „Bombenkönig" seinen geliebten und treuen Völkern Berge und Meere verspricht, damit sie sich nur beruhigen, so kennen sie wohl den Werth solcher Versprechungen bei einem Manne, von dem man nicht weiß, „ob seine Thorheit größer ist oder seine Lasterhaftigkeit." — Auf der Rhede liegt ein englischer Dämpfer, und von franz. Seite ein Schooner und eine Fregatte.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bei Hrn. Nivert 6 Kmp., 79 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. H. Alexandre in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Notre-Dame-de-Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 20. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 195. Heidelberg, Samstag 15. Juli. 1848.

Uebersicht.

Deutschland und die österreichische Presse. III. — **Wien** (Dubbthut ohne Vollmacht zur Bildung eines Ministeriums. Die „gemüthliche Anarchie". Naive Erklärung des Sicherheitsausschusses). **Aus Tirol** (Particularismus in der Berathung der Verfassung. Die ultramontane Reaktion. Präsidialnote des Grafen Brandis). **Prag** (Bekanntmachung des Fürsten Windischgrätz). **Teplitz** (Blokade definitiv aufgehoben). **Berlin** (der Jakobysche Antrag in der Nationalversammlung. Hansemanns Darlegung der Finanzen. Berathung des Lehrerbundes über das Verhältniß der Schule zum Staate. Adresse des Kunstv. Kinds nach Frankfurt. Ergebniß der Untersuchung in der Zeughausache. Mittheilung an die Nationalversammlung. Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe. Konstabler. Ratificirung des Waffenstillstandes). **Leipzig** (Empfang des Reichsverwesers. Das Ministerium. Bessere Aussicht). **Weimar** (die Undeutsamkeit des thüringischen Republikanismus der Vereinigung der unterl Vereine gegenüber). **Schleswig** (dänisches Dampfschiff übel zugerichtet. Schleiden. Die allgemeine Wehrpflicht). **Rendsburg** (Ankunft des Justizraths Schleiden und Grafen Pontalés). Von der **Jahde** (deutsche Kriegsbäsen). **Hamburg** (Waffenstillstand. Kriegerische Sprache in Kopenhagen. Schwed. Rüstungen). **Frankfurt** (Anrede des Präsidenten an den Reichsverweser. Dessen Antwort. Feierliche Schließung des Bundestages).

Schweiz. Bern. Tagsatzung. Beschwerde des badischen Gesandten. **Baselland.** Maßregel gegen die Flüchtlinge.

Großbritannien. Die Hume-Cobden'schen Wahl- und Parlamentsvorschläge. Deutsche Schiffe erlöst. Weitere Verhaftungen in Irland. Die Chartistenführer. Erklärung des span. Ministeriums. Graf Dietrichstein.

Frankreich. Paris. Das Journal Proudhons unterdrückt, das von Lamennais hört auf. Maßregeln zur Hebung der Industrie. Die Militärkommission. Einzelne Ruhestörungen. Alarmgerüchte.

Italien. Neapel. Die Thronrede. **Mailand.** Unruhen gegen die prov. Regierung.

Dunaufürstenthümer. Note der prov. Regierung an den franz., österr. und preuß. Konsul. Die Bauern. Aufforderung an die Frankfurter Reichsversammlung.

Beilage. Siebenbürgen und Ungarn.

Heidelberg, 14. Juli.

Wir haben den Plan eines mitteleuropäischen Völkerbundes, wie österreichische Publicisten ihn ausgebildet haben, vor Kurzem besprochen und ihn mit unseren eigenen Ansichten vielfach übereinstimmend gefunden. Nun aber, in dem Augenblicke, wo die Wahl des Erzherzogs **Johann** zwischen Deutschland und Oesterreich ein neues Band knüpft, begegnet uns da, wo wir sie kaum gesucht hätten, eine praktische Anwendung jenes Plans, von der wir uns überrascht bekennen. „Erzherzog **Johann**", so sagt die **Wiener Zeitung**, das Organ der Regierung, „rufe hier in Wien eine mitteleuropäische Nationalversammlung zusammen, zu den für den österreichischen Reichstag zusammenkommenden Deputirten rufe er noch die Vertrauensmänner der Magyaren, der Szekler, der siebenbürger Sachsen, der Walachen, der Kroaten und Serben, der Polen und Italiener, der Holländer, Schweizer und der Deutschen. Zu **diesem** Landtage kommen die deutschen Deputirten von Frankfurt gewiß hieher." „Ihm", fährt sie fort, „und nur ihm allein folgen die Völker Mitteleuropas, weil sie ihm vertrauen. Und spricht er das Wort zur Bildung eines mitteleuropäischen Staatenbundes aus, wo ist der starke Nachbar, der die Bildung zu hindern vermag, ja, der es nur vermöchte, eine seiner eigenen Provinzen am Anschlusse zu verhindern?"

Die Kühnheit dieses Gedankens verdient in einer mehr ereigniß- als thatenreichen Zeit, wie die gegenwärtige, alle Anerkennung; es ist kein Kleines, neben dem Panier der Freiheit und Völkerverbrüderung das habsburgische aufzupflanzen. Eine Politik in diesem Sinne haben wir wohl auch für Oesterreich im Auge gehabt; aber **so** haben wir sie doch nicht gedacht. Wir gingen bei dem erwähnten Plane einfach aus von der Lage und den Zuständen Europas. Duech die Mitte des ganzen Welttheils, von der südlichsten Spitze bis zum höchsten Norden, streckt sich eine Reihe von kleinen und minder mächtigen Staaten hin, getrennt durch Klima, Religion und Sitte in eine südliche und nördliche Hälfte, aber nunmehr alle vereint durch die Gemeinsamkeit von volksthümlichen und konstitutionell-monarchischen Institutionen, und naturgemäß strebend, sich zusammenzuschließen und durch das Princip der Föderation ihre Regierungsform und Nationalität vor centralisirenden Principien zu bewahren, die sie von beiden Seiten bedrohen, in despotischer Form vom Osten und in republikanischer vom Westen. Daß Rußland kein Freund der Nationalitäten ist, bedarf wohl keines Beweises; aber auch Frankreich ist es nicht, trotz aller hochtönenden Deklamationen. Die Franzosen haben wohl selbst ein lebhaftes Nationalgefühl, aber es ist zu wenig bestritten worden und dem rein politischen Interesse gewichen. Von einer kämpfenden Nationalität haben sie keinen rechten Begriff; die fieberhafte Sympathie für Polen, die in den dreißiger Jahren, wo sonst wenig nationaler Sinn sich kundgab, Frankreich und ganz Europa überflog, war wesentlich politischer Natur, ein Symptom des allgemeinen Druckes. Frankreich wird es jetzt zu Hause und auswärts mit der centralisirenden Republik versuchen, und die republikanischen Parteien, die in den einzelnen Staaten ihren Blick nach Frankreich richten, sind alle mehr kosmopolitischer Natur und predigen die Völkerverbrüderung mit möglichster Aufhebung der Nationalitäten. An die Spitze der kleineren Staaten im südlichen Mitteleuropa ist Oesterreich durch die Natur der Verhältnisse als leitende Großmacht gestellt. In selbstmächtige Provinzen und vielfache Nationalitäten zerfallend, nimmt es an der Natur der kleinen Staaten Theil, während eine gemeinsame, volksthümliche Dynastie und die Ueberlegenheit des geistig vorgeschrittensten Volksstamms ihm die kompakte Haltung einer Großmacht geben. Alles kommt ihm dabei zu Gute: die Gleichheit der vorherrschenden Religion; die Gewohnheit eines Jahrhunderte lang geübten Einflusses, welche die Kraft der Zeit und selbst die stärkere des Hasses sobald nicht vertilgen werden; endlich, seit dem letzten Umschwung seines öffentlichen Lebens, ein System allseitiger, volksthümlicher Freiheit und Toleranz gegen Religionen, Sprachen und Stammsitten, das ihm zugleich die einzige Möglichkeit seines Bestehens nach Innen darbietet und seine Politik nach Außen vorzeichnet. So würde Oesterreich ohne bindende Formen, ohne Staatsverträge und Parlamente, durch die festen Bande des Interesses und der Gewohnheit, die Schutzmacht und der politische Moderator des Südens und Südostens von Europa werden.

Italien (dies glauben wir gerade unter den jetzigen Umständen ausdrücklich hervorheben zu müssen) dürfte in der Reihe der so verbundenen Staaten unter keiner Bedingung fehlen; und mögen auch immer dynastische Interessen im Hintergrunde sein, wir freuen uns dennoch, daß die „Wiener Zeitung" Italien mit unter ihren Bundesstaaten nennt, während die „Allg. Oesterr. Zeitung" den Bund ausdrücklich auch gegen den „meuchelmörderischen Süden" gerichtet wissen wollte. Oesterreich hat in Italien eine doppelte Aufgabe. Einestheils müßte es, gestützt auf den edelsten und gebildetsten Theil der Nation, die Volksfreiheit, die es zu Hause pflegt, auch in Italien gegen fürstliche Reaktionen schützen, und wir sind versichert, **eine** Demonstration dieser Art würde, da die Menschen doch vor Allem nach Freiheit begehren, alles Mißtrauen gegen Oesterreich schwinden machen. Auf der andern Seite wäre seine Aufgabe, und dies würde wieder durch das eben angegebene Mittel am besten erreicht, die konstitutionelle Monarchie gegen die republikanische Partei zu sichern und damit französischem Einfluß auf die erfolgreichste Weise entgegenzuarbeiten. Durch Beides wäre sein gebührender und entscheidender Einfluß in Italien ohne Druck und Zwang gesichert. Freilich müssen wir unsere Ansicht dahin aussprechen, daß dies **nur** dadurch möglich würde, daß Italien durchaus unabhängig seiner nationalen Entwickelung überlassen bliebe und Oesterreichs Einfluß ein bloß moralischer und zwangloser wäre. In jedem andern Falle, scheint uns, würde die unbefriedigte Nationalität der Italiener stete Zerwürfnisse schaffen, und mit Oesterreich auch Deutschland in eine unerträglich falsche Stellung zu einem Lande reißen, das ihm durch Kultur, Geschicke und Institutionen vor allen nahe steht. Am wenigsten dürfte sich Oesterreich im Sinne einer solchen Politik der Bildung eines starken Königreiches im Norden Italiens, als der sichersten Schutz-

Digitized by Google

wehr der italienischen Unabhängigkeit, widersetzen; es hätte nur dafür zu sorgen, daß die Bundesverfassung, der Italien so natürlich angemessen ist wie Deutschland, nicht durch das Streben nach Centralisirung, sei sie monarchisch, sei sie republikanisch, in Gefahr gesetzt werde.

So haben wir uns diesen Völkerbund mit Beziehung auf Oesterreich gedacht; als eine von allem Zwang und festen Formen entfernte Verbindung, ohne anderen Schwerpunkt als die Gemeinsamkeit der Institutionen und Interessen, ohne andere Vereinigungen als die des natürlichen, auf jede Weise beförderten Verkehrs, und ohne andere Verbriefung als durch Handelsverträge. Daß dies auch wohl die einzig mögliche Verbindung wäre, wollen wir der „Wiener Zeitung" gegenüber nicht weitläufig beweisen; wir wollen nicht hinweisen auf die Sprachverwirrung und so viele andere Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten; wir wollen nur eine Seite hervorheben, die uns die Sache am meisten principiell zu fassen scheint. In dem Völkerkatalog der Wiener Zeitung lassen sich zwei gesonderte Reihen ganz deutlich unterscheiden. Auf der einen Seite stehen Nationalitäten, die erst nach Selbständigkeit und Anerkennung streben, die noch lange in die politische und industrielle Schule gehen müssen, bis sie Sitz und Stimme im europäischen Rathe einnehmen können; auf der andern die ausgebildetsten Nationen, die eine lange historische Vergangenheit hinter sich haben und ohne Weiteres auf die ersten Plätze Anspruch machen können. Für die politische Erziehung und Versöhnung zwiespältigee Nationalitäten ist, wie Belgiens Beispiel zeigt, der Industrie- und Ackerstaat mit demokratischen Einrichtungen der rechte Boden, und dahin neigt auch Oesterreich durch das überwiegende Schwergewicht seiner nichtdeutschen Bevölkerung. Ausgebildete Nationen dagegen von gleichartigen Bestandtheilen und vielseitiger Kulturthätigkeit haben das Streben, vor Allem ihre Nationalität, den geheimnißvollen Grund ihrer fruchtbarsten Bestrebungen, zu pflegen und zu bethätigen und sie zum Princip auch ihres politischen Lebens zu machen. Dies gilt von Italien wie von Deutschland, und darum könnte keines von Beiden auf dem großen Völkertage erscheinen, denn keines dürfte dem andern das kostbare Gut seiner Sprache opfern. Italien und Deutschland können Beide nur als Ganzes, als rechtskräftig vereinigte Bundesstaaten in die mitteleuropäische Föderation eintreten. Sie werden dadurch kein übermäßiges Gewicht zum Nachtheile der kleineren Glieder in die Wagschale werfen, denn die föderative Verfassungsform und die Eigenschaft von Kulturvölkern wird stets ermäßigend auf die politische Kraftentfaltung wirken. Außer diesen beiden Nationen aber gibt es noch eine dritte, die darum nicht minder Beachtung verdient, weil sie in dämonischer Verblendung des eigenen Verderbens Schmied ist — die polnische. Auch sie steht auf der Stufe der nationalen Abgeschlossenheit, die eine besondere Konstituirung und eine nationale Staatsform erheischt; auch sie kann auf dem Völkertag zu Wien nicht erscheinen. Wenn also die letzten der oben angeführten Worte aus der Wiener Zeitung auf Polen deuten sollen, so müßten wir dies für eine kühne aber falsche Rechnung halten.

Aber wäre nicht die Bundesform, die wir für die großen Nationen Mitteleuropas verwerfen, gerade die rechte für Oesterreich, zum wenigsten für die überwiegende Mehrzahl seiner Bewohner? Diesen Gedanken nimmt ein „Sendschreiben an das Ministerium Pillersdorf" in Nr. 27 der Grenzboten auf, das bedeutend genug ist, um ihm demnächst eine eigene Besprechung zu widmen.

Oesterreich. Wien, 9. Juli, 4 Uhr Abends. Man schreibt der Allg. Zeit.: Doblhof hat noch kein Ministerium beisammen und auch — wie man mit Erstaunen erfährt — vom Erzherzog keine Vollmacht, ein interimistisches zu bilden. Der Erzherzog ist nach Frankfurt gestern sammt Wessenberg abgereist. Wir sind also faktisch ohne Regierung, denn Doblhof muß vom Erzherzog die Bestätigung der Interimsminister einholen. Uebrigens ist die Ruhe musterhaft. Wir Wiener sind an Dinge gewöhnt, daß ein Ministerwechsel nur eine Spielerei für uns ist. Aber die Provinzen? Unsere Ruhe ist die vor dem Sturme. — Eine andere Korrespondenz nennt den gegenwärtig in Wien herrschenden Zustand eine „gemüthliche Anarchie"; dies scheint der bezeichnendste Ausdruck zu sein; leider wird diese „gemüthliche Anarchie" oder „anarchische Gemüthlichkeit" von wenig gemüthlichen Folgen für die österreichische Monarchie begleitet sein. Die Stelle heißt: Die Frankfurter Deputirten waren seit dem ersten Moment ihres Hierseins erschrocken über unsere gemüthliche Anarchie, sie waren heute eben als Gäste im Ausschusse, als die Verhandlung in schönster Blüthe war. Sie verlangten nicht, die Frucht zu kosten und schlichen still aus dem Saal. Was werden die Czechen sagen von der Sicherheit des Reichstages vor diesem Ausschuß, der, wie sie gewiß geltend machen werden, dem Reichstag selber ein Mißtrauensvotum dekretiren wird! Alles fürchtet, daß gar kein Reichstag zu Stande kommt! Uebrigens — Wien ist ruhig!

In Folge einer Rüge des Ministeriums, als überschreite der Sicherheitsausschuß die Grenzen seiner ihm zugewiesenen Wirksamkeit — es betraf die Prager Ereignisse — erklärte (in der Sitzung vom 5. Juni) Dr. Goldmark ungescheut den Ausschuß für ein revolutionäres Tribunal und das Ministerium für ein von ihm tolerirtes, welches nach der zweideutigen Weise, wie es seine Aufgabe löse, fortgejagt zu werden verdiene. Zugleich wies er das Ansinnen Einiger zurück, der Ausschuß sei bloß ein Lokalorgan, und beanspruchte für ihn die Aufgabe der Wahrung der Volksrechte der ganzen Monarchie; donnernder Applaus begleitete seine Rede. (K. B. a. B.)

Prag, 7. Juli. Fürst Windischgrätz, kommandirender General, macht bekannt: Einem von sämmtlichen gutgesinnten Bewohnern des Königreiches Böhmen lautgewordenen Wunsche entsprechend, sehe ich mich zur nachstehenden Kundmachung veranlaßt. Aus den bisher von der militärgerichtlichen Untersuchungskommission gepflogenen Erhebungen geht mit Bestimmtheit hervor, daß der am 12. Juni der zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung verwendeten bewaffneten Macht entgegengesetzte verbrecherische Widerstand nicht durch einen bloß zufälligen Zusammenstoß des Volkes mit dem k. k. Militär herbeigeführt worden, sondern die beabsichtigte Folge einer vorausgegangenen verzweigten Verschwörung gewesen ist, welche eigentlich erst um einige Zeit später hätte losbrechen sollen, jedoch durch den vom Volke zuerst ausgegangenen thätlichen Angriff früher herbeigeführt wurde. Die Veröffentlichung derjenigen speciellen Akten, aus welchen obiges Resultat hervorgeht, ist dermalen ohne wesentliche Beeinträchtigung und Gefährdung des Untersuchungsgeschäftes nicht möglich.

Triest, 6. Juli. Die feindliche Flotte hatte bereits gestern die Höhe von Pirano verlassen und sich, wie wir gestern hörten, bis vor Umago zurückgezogen, wo sie noch heute sichtbar war. Ob ihr der Befehl zugegangen sei die Blokade aufzuheben, wissen wir nicht, vermuthen es aber, da sie zwei österreichische Handelsschiffe, welche heute hier eingetroffen sind, ungehindert ihren Weg ziehen ließ. Von Turin aus ist heute officiell die Nachricht eingetroffen, daß der dortige Hof die Blokade in Folge der Reklamationen des preußischen und baierischen Gesandten aufgehoben hat. (Allg. Z.)

† Aus Tirol, 9. Juli. Mit der Berathung der künftigen Verfassung Tirols gewannen die Verhandlungen unserer Stände zuerst ein allgemeines Interesse. Durch sie wurde zugleich die Probe geliefert, wie weit die unabweisbare Ueberzeugung, daß der alte Zustand unserer Vertretung nicht bestehen kann, die verbissenen Anhänger fauler Gepflogenheiten zu überflügeln vermöge, wie man zu unterscheiden verstehe zwischen der Bewahrung geschichtlicher Grundlagen und der Zurückweisung zeitgemäßer Neuerung. Daß sich die „Historiker", denen auch die Freunde der Metternich'schen historischen Schule beizuzählen sind, im besten Einvernehmen mit den Ultramontanen befinden, ist Ihnen bekannt. Es erließ daher der „kathol. konstit. Verein" ein eindringliches Promemoria an seine Getreuen im Ständesaal, die Verfassung wie sie war zu belassen, namentlich die Religion betreffend, wobei man sich einen kleinen historischen Verstoß gern verzieh und in der bisherigen Charta magna von 1816 eine konfessionelle Rechtsbestimmung zu finden wußte, die ihr übrigens gleich der ältern ganz und gar fehlt. Die fromme Mahnung war nicht auf unfruchtbares Erdreich gefallen, wie die Debatte bewies, besonders ergibige Früchte trug sie auf der Bank des Klerus und des Adels. Der Vertreter unsrer Intelligenz, Prof. Alb. Jäger, stellte unter andern auch das Amendement: „die Beschlüsse des tiroler Landtages sollen in der Art als Volksgesammtwille dekretirt werden, daß man zum Voraus sich gegen alle Bestimmungen des österreichischen (und wie sich am Rande versteht des deutschen) Reichstages protestiren, welche mit ihnen nicht gänzlich übereinstimmten." Der 2. Präsident, Dr. Schuler, konnte mit Mühe den „Historiker" von der Unstatthaftigkeit solcher Sonderbundsmachtsprüche überzeugen und ihn zur Zurücknahme des Antrags bestimmen. Welche Mittel übrigens dem Landtage zu Gebote stehen, sollte es einmal Lust haben zu den angerathenen Unabhängigkeitsbeschlüssen, sagen uns wiederholt die ultramontanen Organe, sie versichern, die Bauern bestehen sich bereits des besten Widerstands gegen Regierungsbefehle, z. B. des Aufgebots neuer Schützenkompagnien, weil die Behörden (in Wien) die Religion kränken. Die „alleinseligmachende Re-

Digitized by Google

volution" Tirols steht somit in nächster Aussicht. Die berathenen §§. der Verfassung berühren übrigens die Konfessionsfrage durch die Bestimmung, der Landtag werde auf gesetzlichem Wege, die Alleinberechtigung der kathol. Kirche zum „öffentlichen Kultus" zu erzielen suchen. Die Stände erhoben sich neuerlich auch zu einem Verzgericht, indem sie auf Antrag des Dekans Amberg zwei Mitglieder an den Redakteur der liberalen „Innsbrucker Zeitung" absandten, von ihm das Aufhören seines Blattes zu begehren, dem jedoch nicht so willig entsprochen wurde als von den Ständen dem Wunsche des Dekans, des Oberleitres des katholisch-konstitionellen Vereins. Eine officielle „Unterdrückung" des Blattes lag übrigens in der ersten Intention. Einschüchternde Schritte gegen die Liberalen geschehen von allen Seiten, man schreibt Warnungen an diese Männer, selbst hochgestellte Geistliche halten es für „Gewissenspflicht" sie aufmerksam zu machen, ob und wie bald die Bauern sie hängen aber erschlagen werden. (Wörtlich wahr.) Die Präsidialnote des Grafen Brandis, der die tirolischen Wiener Studenten der Polizeiaufsicht der Behörden und auch der „Serlsaeger" unterstellt, können wir Ihnen in ihrem vollen Wortlaut mittheilen und würden es thun, wenn wir nicht dieses Meisterstück polizeilicher Katechese ebenso langweilig fänden, als der Verfasser es trefflich halten wird. Die Studenten haben gegen den Gouverneur Klage erhoben.

Preußen. ☽ Berlin, 11. Juli. Der heutigen Sitzung unserer Abgeordnetenkammer wurde von allen Seiten mit der gespanntesten Erwartung entgegengesehen. Dem von Johann Jakoby gestellten Antrage (wonach die Versammlung erklären soll, daß sie zwar die bei der Wahl des Reichsverwesers geschehene Beiteguug der Unverantwortlichkeit nicht billigen könne, daß sie jedoch die Ansicht theile, es sei das deutsche Parlament einen solchen Beschluß ohne die Zustimmung der Regierungen zu fassen vollkommen befugt gewesen, und es habe mithin der preußischen Regierung nicht zugestanden, jenen Beschluß mit einem Vorbehalte anzuerkennen) war in der vorigen Sitzung für heute die Priorität gestattet worden. Es sollte also, wie Jedermann erkennt, eine Lebensfrage für Preußen und für Deutschland zur Erörterung kommen. Der wichtige Akt, womit die Männer der Paulskirche den ersten sichtbaren Grundsteln zu dem gewaltigen Bane deutscher Einheit legten, sollte in dem Schooße des preuß. Verf.-Landtags lauten Widerhall finden, oder, je nachdem sich der Sieg wendete, verworfen werden. Eine große, folgenreiche Entscheidung stand bevor — wer mochte da ohne Bangen die Räume des Sitzungssaales betreten! Die Würfel sind heute noch nicht gefallen, indem die Verhandlungen nach mehrstündiger Dauer auf morgen vertagt wurden; doch ist kaum ein Zweifel vorhanden, wohin sich der Sieg neigen wird. Auch hier wird, wie in Frankfurt, das durch die Freiheiten des Volkes getragene Königthum im Kampfe gegen die Republik ohne Mühe die Oberhand gewinnen. — Bevor die Versammlung zu den Verhandlungen über den Jakoby'schen Antrag überging (die wir, um sie nicht aus dem Zusammenhange mit den noch folgenden zu reißen, in unserem nächsten Berichte mittheilen wollen), übergab der Präsident der Versammlung 1) eine königl. Botschaft nebst vier Finanzgesetzentwürfen (betreffend die Zwangsanleihe, die Erhöhung der Branntwein- und Rübenzuckersteuer, die Aufhebung der Steuerbefreiungen und die Ermäßigung des Zeitungs- und Gesuchsstempels), 2) eine königl. Botschaft wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben. Der Fin.-Minister Hansemann ertheilte sodann die längst erwarteten Aufschlüsse über den finanziellen Zustand unseres Landes. Obwohl in den Gesetzentwürfen, bemerkte der Minister am Anfang seiner sehr bemerkenswerthen Mittheilungen, sowie in den ihnen beigefügten Motiven und einer Denkschrift eine Uebersicht der jetzigen Lage unserer Finanzen enthalten sei, so erschiene es ihm doch nothwendig, bei dieser Veranlassung einen allgemeinen Bericht über das Finanzwesen zu geben, weil man aus ihm vielleicht noch besser, als aus den gedruckten Motiven in mancher Beziehung Aufschluß erhalten werde. Um eine Einsicht in den von ihm eingeschlagenen Weg und einen Blick in die Zukunft zu gewinnen, sei es hinreichend, hier nur einiger Hauptzahlen zu erwähnen. — Die Einnahme habe in den letzten Monaten nothwendig sich vermindern müssen. Bekannt sei das Sinken des Werthes aller Produkte; so haben, weil kein Absatz, die Bergwerke und Forsten keinen Ertrag geben können. In gleicher Weise habe die Verbrauchssteuer verloren und die Unruhen nachtheilig auf den Stand der direkten und indirekten Steuereinnahmen gewirkt. Hierzu sei gekommen, daß die Regierung in Anerkennung ihrer Pflicht, zur Linderung der Noth innerhalb der arbeitenden Klassen alles Mögliche zu thun, Steuernachlässe zu bewilligen genöthigt gewesen. Dieser Zustand würde voraussichtlich noch in dem laufenden Jahre anhalten, so daß, wenn auch eine bestimmte Angabe nicht möglich sei, doch der Ausfall in den Einnahmen auf acht Millionen Thaler berechnet werden könne. Dazu geselle sich die Vermehrung der Ausgaben, welche, die Zunahme der Militärausgabe auf 10 Mill. gerechnet, auf 22½ Mill. anzuschlagen sei, so daß sich überhaupt ein Mehrbedürfniß von 30 Mill. Thlr. herausstelle. — Nachdem der Minister nachgewiesen, wie er dasselbe theils durch den noch vorhandenen Staatsschatz, theils durch die Zwangsanleihe, theils durch neue Steuern zu decken gedenke, und wie es in seinem Plane liege, Vorschläge zu einer Einkommensteuer zu machen (nach einer Skala von ½—2 Prozent), um hierdurch eine größere Gleichmäßigkeit in der Besteuerung zu erzielen, fährt er fort: Es sei von der Vergangenheit im Finanzwesen die Rede gewesen; gut sei es, zu wissen, wie diese Vergangenheit im Großen und Ganzen betrachtet, beschaffen gewesen, damit sie einerseits nicht über Gebühr getadelt, andrerseits erkannt werde, was einer Verbesserung bedürfe. Letzteres gelte von der indirekten Besteuerung, von der Verwaltuag der Domänen und Forsten. Vorbereitungen seien getroffen, um Kostenersparnisse und eine große eigne Aufsicht durch die Beamten herbeizuführen. Der Verpachtung sei die Bewirthschaftung durch freie Eigenthümer vorzuziehen und wo ein Verkauf möglich, werde die Parzellirung vortheilhaft sein (Beifall). — Der Minister wendet sich sodann zu der in letzter Zeit vielfach angegriffnen Seehandlung. Dieses Institut, bereits im vorigen Jahrhundert begründet und in den ersten Dezennien dieses Jahrhunderts neu organisirt, habe hauptsächlich den Zweck, der Hilfsbankier des Staats zu sein und zugleich Privatgeschäfte zu machen, um Erleichterungen im Geldverkehr herbeizuführen. In den letzten sieben Jahren habe sie den früheren Standpunkt nicht mehr festgehalten, sondern einen großen Theil ihres Vermögens in industrielle Unternehmungen gesteckt, der Wahrheit zuwider, daß der Staat nicht Privatunternehmungen betreiben darf. — Hinsichtlich des Staatsschatzes könne die Frage, ob ein solches müßig liegendes Geld wieder angesammelt werden solle, für jetzt unerörtert bleiben — doch sei seine Ansicht, daß eine bloße Privatbank unter genauer Kontrole des Staats mehr Nutzen stifte. — Das Etatwesen habe sich stets in einer musterhaften Ordnung befunden und bleibe gegen konstitutionelle Staaten Nichts zu wünschen übrig, als daß eine größere Vereinfachung eintrete. Zwei Kommissäre seien in das Ausland gesandt, um dort die betreffenden Einrichtungen zu prüfen. — Ueber die Staatsschulden äußert sich der Minister dahin: seit dem Staatsschuldengesetze vom 17. Januar 1820, wo die Gesammtschuld noch 206 Mill. Thlr. betrugen, seien bis Ende 1847 fast 81 Mill. getilgt, ohne daß erhebliche neue Schulden gemacht worden. In diesem Augenblicke blieben nur 126 Mill. zu tilgen übrig. Es sei kein Staat von irgend einer Bedeutung, der in dieser Beziehung besser Haus gehalten, als der unsrige, und wenn man die Vergangenheit tadele, so wolle er auch ihre Verdienste anerkannt haben.

Erwäge man, daß die Domänen und Forsten von einem viel größeren Werthe, als unsere Schulden seien, so komme man zu der Ueberzeugung, daß wir aus der alten Zeit in die neuen mit einem Finanzzustande übergegangen, wie er ohne Vergang sei. Die Vergangenheit habe gut Haushgehalten und uns die Mittel überliefert, Großes zu vollbringen und Preußen durch die Stürme der Gegenwart ruhmvoll hindurchzuführen. Er habe das Vertrauen, daß der Genius dieses Volkes alle Schwierigkeiten überwinden, daß dieses Volk, welches seine Energie zu jeder Zeit auf den gehörigen Punkt zu richten gewußt, ein glanzvoller Bestandtheil der deutschen Einheit sein werde.

†† Berlin, 11. Juli. Der Beschluß der Verfassungskommissiaa, die Schule nicht zur Staatsangelegenheit zu machen, hat die dem Lehrerstande angehörigen Mitgliedern der Nationalversammlung veranlaßt, zu besonderen Berathungen über diese Frage zusammenzutreten. Zur Theilnahme an denselben wurden denkende Männer vom Schulfache, namentlich Diesterweg und der jetzt hier verweilende Gymnasialdirektor Kapp aus Hamm eingeladen. Auch einzelne geistliche Mitglieder der Nationalversammlung wohnten der Berathung bei. Diese hat zu dem Ergebniß geführt, daß die zur Bestreitung des Unterrichtsbedürfnisses erforderlichen Mittel der Annahme des Vorschlages, das Schulwesen zue Staatssache zu machen, nicht entgegenstehen können. Die Kommission hatte den Kostenaufwand auf 48 Millionen angenommen. Die von der Versammlung angestellten Berechnungen haben ergeben, daß jene Annahme übertrieben ist. — Der konstit. Klub hat eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt gerichtet, um Namens Preußen die Versicherung zu geben, „daß wir jedes Opfer, das sie uns ferner zum Besten unseres großen Vaterlandes zumuthen möchte, so viel an uns ist, mit Freudigkeit darbringen werden". — Die Untersuchung in der Zeughaussache hat ergeben, daß die 3 Männer in grünen Blusen, die nach dem Bericht des Staatsanwalts die Schüsse aus den Reihen der Bürgerwehr gethan haben, 3 hiesige Büchsenmacher sind. Sie behaupten, daß bei ihrer Ankunft

Digitized by Google

am Zeughause mehrere Schüsse aus dem Volke gefallen seien, durch welche der Eine von ihnen eine Verletzung am Beine erhalten habe. Auch gegen sie ist die Anklage eingeleitet. Ebenso gegen 12 Personen, die bei dem Einbruch in das Haus des Kaufmanns Benda sich betheiligt hatten.

Berlin, 11. Juli. Im Laufe der nächsten Woche werden die Schutzmannschaften oder Kosakader, 1000 an der Zahl, in Thätigkeit treten. Es hatten sich über 8000 zu diesem Dienst gemeldet, und nur 2000 können angestellt werden. Alle müssen auch medizinisch untersucht werden, was immer sehr zeitraubend ist. Ihr nächster Beruf wird darin bestehen, die Straßen und öffentlichen Orte von Bettlern zu säubern und überhaupt die in den letzten Zeiten verabsäumte Ordnung der Straßen wieder herzustellen. (Voss. Z.)

Berlin, 11. Juli. Wir eilen, unsern Lesern folgende wichtige uns aus sehr sicherer Quelle zugehende Nachricht mitzutheilen: es ist eine telegraphische Depesche nach Antwerpen abgegangen, worin dem dortigen Konsul, Hrn. Philippsbern, aufgegeben wird, sich Angesichts der Depesche unverzüglich als preußischer Konsul nach Kopenhagen zu begeben, da der Waffenstillstand dänischer Seits ratificirt sei. Es soll dies unter englischer Garantie geschehen und sogar ein Friedensabschluß unter sehr befriedigenden Bedingungen in Aussicht gestellt sein. (Voss. Z.)

Berlin. Der mehrfach erwähnte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens, ist mit einer vom 6. d. M. datirten kgl. Botschaft an die Nationalversammlung abgegeben. Eine Botschaft von demselben Tage bringt endlich den schon so oft angekündigten allgemeinen Landesgesetzentwurf über die Bürgerwehr zur Kenntniß der Nationalversammlung. Er wird „der zur Vereinbarung der preuß. Staatsverfassung berufenen Versammlung zu ihrer Erklärung" zugefertigt, und ist von den Ministern Auerswald, Hansemann, v. Schreckenstein, Milde, Maerker, Bierke, Kühlwetter kontrasignirt.

Die Abgg. Temme und Borchardt haben den Antrag gestellt, die Todesstrafe für alle politischen Verbrechen aufzuheben. Es soll dafür in den Rheinlanden lebenswierige Zwangsarbeit, in den alten Provinzen lebenslängliche Zuchthausstrafe substituirt werden. (Voss. Z.)

|| **Berlin**, 12. Juli. Die große parlamentarische Schlacht wegen des Jakoby'schen Antrags, den Reichsverweser betreffend, ist in diesem Augenblick noch nicht entschieden und dürfte überhaupt, da nahe an hundert Redner eingeschrieben sein sollen, auch mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen. Nach der gestern Abend erfolgten Einigung der Rechten mit den beiden Centren unterliegt es übrigens nicht dem geringsten Zweifel, daß die Linke eine Niederlage erleiden wird, und zwar eine Niederlage, von der eine Partei Mühe hat, sich zu erholen; der innere Widerspruch des Antrags, der in einem Athem die Versammlung in Frankfurt für souverän erklärt, und dennoch ihr das Recht abspricht, einen „unverantwortlichen" Reichsverweser zu ernennen, bietet der Partei der Ordnung, die der ewigwiederkehrenden Incidenzfragen müde ist, und endlich einmal zum Ausbau des neuen Staates schreiten möchte, eine zu günstige Gelegenheit, die parlamentarische Tarbutenz zum Schweigen zu bringen, als daß sie dieselbe ungenutzt sollte vorübergehen lassen. Die Wahl des Erzherzogs Johann ist dem preußischen Stolze allerdings eine schwer zu schluckende Pille, nichtsdestoweniger schlackt man sie, weil das höhere Interesse der deutschen Einheit es erfaedert; unklug und selbst unpatriatisch war es aber von der Linken, dem so schwee zu verläugnenden preußischen Partikularismus neuerdings Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. — In einem im Volksdialekte geschriebenen Maueranschlag heißt es unter Anderm: „Wofür haben wir nun unsern alten Fritz gehabt?" und gewiß bringt kein deutscher Stamm ein größeres Opfer, als der preußische, indem er seine Nationalität in die große, eine, deutsche aufgehen läßt; man sollte ihm dieses Opfer nicht ohne Noth erschweren, und wie eine chirurgische Operation für den Patienten um so schmerzlicher wird, je mehr er dieselbe besprechen muß, so fällt auch den preußischen Patrioten, besonders den Männern von 1813 und 1814, das Aufgehen in Deutschland um so schwerer, je mehr sie darüber reden hören. Das Anhören der Jakoby'schen Motivirung, welche in einem schulmeisterlichen, höchst nüchtern Tone vorgebracht wurde, war aber an und für sich nicht viel weniger, als eine parlamentarisch-chirurgische Operation am gesunden Menschenverstand und der Logik, der man sich, auch abgesehen von andern Gefühlen, nicht ohne Mißbehagen unterwerfen konnte.

Sachsen. * **Leipzig**, 10. Juli. Zahllose Menschenmassen waren heute auf den Füßen, um den Reichsverweser Erzherzog Johann, der heute hier durchreiste, von Angesicht zu Angesicht zu schauen. Da erst gestern die Nachricht von seiner Durchreise hieher kam, so ist die ganze Nacht hindurch an Ausschmückung des Dresdner und Magdeburger Bahnhofes gearbeitet worden. Zahllose Guirlanden, Kränze und Flaggen waren in aller Schnelligkeit sinnreich angebracht und auf dem Dresdner Bahnhof ein schwarzrothgoldenes Zelt zum Empfang des Gastes errichtet. Die Kommunalgarde, das Militär, die akademische Jugend und die Turner zogen heute 10 Uhr unter Musik an den Bahnhof und harrten nebst den verschiedenen Deputirten bis gegen 3 Uhr auf den theuren Gast. Zufolge einer Täuschung ertönten schon eine Stunde frühee alle Glocken nebst den Böllern. Unter Jubel und Vivat ward der Zug empfangen, und nachdem die Deputationen mehrere Anreden gehalten, fügte sich der Reichsverweser nebst unserm Könige, der ihn begleitete, in das Zelt, ein Gastmahl einzunehmen, wo verschiedene Toaste erdröhnten, die hier und in der Entfernung natürlich unverständlich waren. Ein Gewitterregen verscheuchte nicht die außen harrende Menschenmasse. Gegen 5 Uhr begab sich der Reichsverweser endlich auf den Magdeburger Bahnhof, unterwegs mehrere freundliche Anreden an Einzelne richtend. Unser König kehrte nach Dresden zurück. Prinz Johann hatte seinem alten Freund bei Tafel ein herzliches Lebehoch gebracht. Von einem aus Dresden eintreffenden Freunde erfahre ich so eben, daß die Generalversammlung der Vaterlandsvereine ohne Störung abgelaufen und dem Ministerium ein entschiedenes Vertrauensvotum wegen seiner Maßregeln abgelegt worden ist. Alle Beschlüsse zur Auflösung der zweiten Kammer sind zunächst vertagt. Seit einigen Tagen kehrt bei uns Hoffnung und Vertrauen in die Geschäfte zurück. Die Kurse steigen auffallend hoch, und neue Bestellungen auf Arbeit sind mehrfach eingetaufen. Soviel ist ausgemacht, daß, wenn nur einmal Ruhe und Ordnung erfolgt, die Geschäfte einen großen Aufschwung insgesammt wieder nehmen werden. Das Verlangen darnach ist ein allgemeines, das Steigen der Kurse ist ein gutes Barometer. Wenn es nur aber auch von Bestand bleibt. Die Ernte, bereits begonnen, ist überaus gesegnet. —

§ **Weimar**, 10. Juli. Sie haben in einem Ihrer jüngsten leitenden Artikel ausgesprochen, daß sich auch in Thüringen republikanische Bestrebungen kund gäben. Es läßt sich nicht in Abrede stellen. Dieselben haben aber, das liegt klar zu Tage, die Besorgniß erregende Bedeutung verloren, welche man ihnen vielleicht zuschreiben mochte. Ich sehe dabei von den Altenburger Zuständen ab, die mir nicht genau bekannt sind. Was indeß das Herz von Thüringen und die damit zusammenhängenden Landestheile betrifft, so hat man sich, wo es dessen bedurfte, ermannt; man schließt sich fest aneinander an und zeigt die überwiegenden Massen, von dem inneren Kerne, der gerade bei denen sich findet, deren Ziel die auf volksthümlicher Grundlage ruhende konstitutionelle Monarchie ist, gar nicht zu reden. Der gestrige Tag gab davon, daß man erwacht ist, ein wahrhaft erhebendes Zeugniß. Der hiesige politische Verein hatte zu einer Versammlung der Gleichgesinnten in Kösen aufgefordert und namentlich Einladungen nach Leipzig, Halle, Weißenfels, Naumburg u. s. w. ergehen lassen. Die numerische Größe der Versammlung läßt sich schwer bestimmen; hier waren zwischen 600 und 700 Fahrbillets ausgegeben worden; mehrere weimarische Landgemeinden nach Erfurt hin hatten eine nicht unbedeutende Zahl von Vertretern gesendet. Vor zwölf Uhr setzte sich vom Bahnhofsgebäude aus der Zug in Bewegung. Ueber die Saale war eine Floßbrücke geschlagen worden. In einer kurzen Entfernung, auf Pfortaer Grund und Boden, in einem Buchenhaine, dessen amphitheatralische Lage sich für den Zweck durchaus eignete, war die Rednerbühne aufgeschlagen. Den Bergkranz mochten 5000 — 6000 Personen bedecken. Ich kann kaum genugsam ausdrücken, welche Wuche diese Versammlung durchdrang. Die Redner, Prof. Koberstein aus Pforta, v. Eckendahl, a. Greiz, Genast, Sauppe aus Weimar, Dr. Göschen aus Leipzig, ein Hallenser, Eidam aus Weißenfels, Vollert aus Jena hatten sich der entschiedensten Zustimmung zu erfreuen. Die Vorschläge: sich eng zu einander zu schaaren, mit Muth und Kraft vorzuschreiten, überall zur Befolgung des gewollten Zweckes für Bildung von Vereinen thätig zu sein, welche sich gegenseitig in Beziehung erhalten, und zugleich das Streben, Organe in der Presse zu schaffen, wurden allgemein gutgeheißen. Aber einen der Hauptbeschlüsse, wenigstens nach Außen, bildete die einhellige Annahme der Adresse des deutschen Vereines in Leipzig an die konstituirende Versammlung zu Frankfurt. Das Treiben der kleinen äußersten Linken hatte überall die entschiedenste Entrüstung hervorgerufen. Man achtet redliche Meinungen auch bei ihr; wenn aber Trug und Täuschung Mittel zum Zwecke sind, da kann man sich nur mit Verachtung abwenden — und diesem Ausdrucke der Gesinnung haben sich alle Vereine, deren Glieder sich in Kösen zusammengefunden hatten, getragen von der einhelligen lauten Zustimmung der Versammlung,

Digitized by Google

ungeschlossen. Der letzte Redner war der Student Vollert aus Jena, ein Germane. Wo sich die Jugend mit dem Mannesalter in solch einer Weise, wie es hier geschah, vereint, da muß man Gutes erwarten. Die letzten Worte des genannten Redners galten dem edlen Heinrich von Gagern. Er wird auf der Bahn wandeln, welche den gedeihlichen Ausgang verbürgt. — Der Erzherzog Johann, welcher vor einer Stunde, kurz vor 9 Uhr Abends, mit einem Extrazuge hier durch ging, wurde, wie überall, auf das Glänzendste, unter dem Geläute der Glocken, empfangen.

Berichten aus **Schleswig** zufolge ist das dänische Dampfschiff „Iris" im Aerasund von einer holsteinischen Batterie beschossen und schon durch den zweiten Schuß so stark beschädigt worden, daß das Schiff von der Mannschaft hat verlassen werden müssen.

Der Justizrath Schleiden ist aus Frankfurt und Berlin am 8. d. M. nach Rendsburg zurückgekehrt. Daß seine Reise auf den Waffenstillstand Bezug hat, dürfte außer Zweifel sein, indeß verlautet über den Zweck derselben Nichts.

Die „Schlesw.-Holst. Zeitung" publicirt die provisorische Verordnung, betreffend die „Einführung allgemeiner Wehrpflicht" und das bei der Aushebung zum Landmilitärdienst zu beobachtende Verfahren für die Zeit des gegenwärtigen Krieges. (B.-H.)

Rendsburg, 10. Juli. Nach der gestern erfolgten Ankunft des Grafen Pourtalès und des Justizraths Schleiden verbreiteten sich hier die tragischsten Gerüchte über den bevorstehenden Abschluß der Friedenspräliminarien. Bestimmtes verlautet im Publikum zwar Nichts, aber es scheint doch gewiß, daß die provisorische Regierung einer neuen Behörde Platz machen soll, welche von Dänemark einentheils, von Deutschland andrentheils mit je drei (nach anderen Angaben zwei) Mitgliedern ernannt würde, wozu England ein Mitglied als Obmann stellte. Zugleich spricht man von Entlassung der schleswig-holsteinischen Truppen!!! (Hamb. Korr.)

** **Von der Jahde.** Wir finden uns veranlaßt, Deutschlands Aufmerksamkeit wiederholt auf den Jahdemeerbusen zu lenken, als derselbe gewissermaßen den Mittelpunkt zwischen Ems und Weser bildet. Von ihm ausgehend, können vermittelst zweier Kanäle die Ems und Weser mit einander verbunden werden, was in jeglicher Beziehung, sowohl in Kriegs- als in Friedenszeiten, für Handel und Wandel, für Ackerbau und Gewerbe von großem Nutzen sein würde. Die Ems mit der Jahde zu verbinden, ist ein altes, schon oft besprochenes Projekt, das zu Napoleons Zeiten gewiß zur Ausführung gekommen sein würde, hätte sein Regiment länger gedauert. Es sei nun, daß man vermittelst eines Kanals sich mit der Leda, und durch sie mit der Ems oder mit der Ems direkt in Verbindung setzen wolle, so muß ein solcher Kanal Breite und Tiefe genug haben, um wenigstens Schiffe von 15—18 Fuß Tiefgang tragen zu können, damit kleinere Kriegsschiffe zur Noth binnenwärts nach der Emsmündung gelangen können. Dasselbe gilt für den Kanal von dem Jahdemeerbusen nach der Weser. Wenn der Jahdemeerbusen einen der deutschen Kriegshäfen erhalten sollte, so schützt er vermittelst dieser Kanäle, auf denen die kleineren Kriegsschiffe, durch Dampfer bugsirt, sehr schnell nach den geeigneten Punkten an Ems und Weser geschafft werden können, auch diese beiden Flüsse; und wäre wohl irgend ein Punkt an der Nordseeküste aufzuweisen, von welchem aus Solches so zweckmäßig und mit, dem Anscheine nach, verhältnißmäßig geringem Kostenaufwande veranstaltet werden könnte? Ob die Weser ohne Wehrbarmachung der Jahde so unbedingt mit Erfolg zu schützen sein würde, ist eine Frage, deren Beantwortung noch keineswegs mit einem bestimmten Ja zu lösen ist. Selbst die Elbe wäre von der Jahde aus leichter zu schützen, als Weser, Jahde und Ems von der Elbe aus. Da aber die deutschen Kriegshäfen nothwendigerweise das Gesammteigenthum ganz Deutschlands werden müssen, und ein zweiter Hafen an der Nordsee jedenfalls erforderlich erscheinen wird, so dürfte sich dafür die Elbe als der geeignetste Punkt herausstellen, indem von ihr aus die Eider und Hever, folglich die Westküste Schleswig-Holsteins u. s. w. wiederum geschützt werden könnte. Wenngleich die Verbindung der Ems mit dem Jahdemeerbusen durch die Leda vielleicht sonst die wenigst kostbarste und die am leichtesten ausführbare sein dürfte, indem sich überdies im Interesse unseres Landes der vielbesprochene Plan eines projektirten Hunte-Emskanal ihr anschließen könnte, so glauben wir dennoch, daß die Untiefe der Leda (bekanntlich ein Nebenfluß der Ems) hier ein zu bedeutendes Hinderniß sein würde, und eine direkte Verbindung mit der Ems muß daher den Vorzug erhalten, da Partikularinteressen dem allgemeinen Interesse weichen müssen. Heppens und Eckwarden für die beiden Hauptpunkte eines Kriegshafens annehmend, dürfte für den Jahde-Ems-Kanal (nun erlaube uns diese Benennung) die Richtung über Jever und Aurich nach Emden wohl die beste sein, indem zwischen den beiden letztgenannten Orten bereits ein sogenanntes Deeckief besteht, welches dann natürlich mit der übrigen Kanalstrecke auf dieselbe Breite und Tiefe zu bringen wäre. Emden ist überdies der Haupthafen von ganz Ostfriesland und am Dollart liegend, der Emsmündung am nächsten. — Was den Jahde-Weser-Kanal anbetrifft, so ist die kürzeste Strecke für denselben die Richtung von Eckwarden nach Bleren, woselbst zur Mitbeschützung der Weser Batterien aufgeführt sind. Bleren liegt bekanntlich Bremerhafen gegenüber, dessen Rhede und Hafeneingang durch ein Fort geschützt wird; ob aber nicht in mancher andern Beziehung Brake vorzugsweise als Endpunkt für den Kanal zu nehmen sein würde, wäre noch in Frage zu stellen. Wie haben hier die Kanalverbindung von Weser-Jahde and Ems bloß aus dem Kriegsgesichtspunkte dargestellt, welche Vortheile überdies in Beziehung auf Handel und Wandel, auf Ackerbau und Gewerbe aus ihr erwachsen würden, ist nicht im Voraus zu bestimmen, sie sind unschätzbar, wenn demnächst das frühere von Preußen aufgefaßte Projekt, Ems und Rhein ebenfalls mit einander in Verbindung zu bringen, zur Ausführung gebracht würde. Die Wichtigkeit einer solchen Verbindung der genannten Flüsse durch Kanäle würde Deutschland dann erst recht erkennen und nach Werth schätzen lernen, wenn es einmal durch irgend eine politische Begebenheit seine Flüsse aufs Neue in Blokadezustand versetzt sähe.

Hamburg, 10. Juli. Der Hamb. Korr. enthält Nachstehendes: Dem Vernehmen nach ist der vorgestern Abend hier durchgekommene Graf Münster Ueberbringer von Instruktionen an den General Wrangel, die sich auf den Waffenstillstand beziehen sollen. Privatbriefen aus Berlin von gestern Abend zufolge soll der Waffenstillstand, über dessen Bedingungen noch immer nichts Bestimmtes verlautet, am 6. d. abgeschlossen und nach einer Audienz, die Graf Pourtalès und der schwedische Kabinetssekretär, Frhr. v. Mandelström, am 7. d. beim Könige in Potsdam gehabt, von preußischer Seite ratifizirt worden, jedoch das Instrument noch erst nach Kopenhagen zurückgegangen sein, und dürfte dahin dessen Publikation sich noch um eine Woche verzögern. Die Authentizität dieser Angaben, als deren Gewährsmänner sogar zwei preußische Minister genannt werden, muß natürlich dahingestellt bleiben. Uebrigens sind heute wieder etwa 150 preußische Reservisten hier durchgekommen, um zu ihren respektiven Regimentern zu stoßen. — Heute Abend um 8 Uhr erhalten wir nach Kopenhagener Blätter vom 8. d., die Nichts weniger als friedlich lauten und keine Silbe über den Waffenstillstand melden. Der König von Schweden und Norwegen wurde am 8. d. auf dem Schlosse Frederikshorg erwartet. Es waren wieder schwedische Truppen in Helsingör von Landeskrona angekommen. Unter den schwedischen Kriegsschiffen herrschte großer Bewegung. — Die Sprache der dänischen Blätter lautet höchst feindselig gegen die Schleswig-Holsteiner. Die Abtheilung von Schiffen findet fortwährend Statt und sind mehrere noch am 8. d. für gute Prisen erklärt, dagegen bei den meisten jedoch die Ladung als aus nicht deutschem Eigenthum bestehend, freigegeben.

Frankfurt, 12. Juli. Die Rede, welche Prof. Arndt Namens der 50 Abgeordneten, die den Erzherzog-Reichsverweser heute aus dem „Russischen Hofe" abholten, an denselben gerichtet, lautet:

Erhabenster Fürst und Herr!

Im Namen eines großen Volkes und meiner hier unwesenden Genossen tritt das in mir personificirte Alter vor Ihr Angesicht und möchte heute Nichts als Jugend und Freude und Glück aus allen seinen Zügen leuchten und blitzen lassen. Es ist in mir gleichsam wieder jung geworden in der Wonne meines Volks, das in den jüngst verflossenen Monaten sich selbst und sein seit Jahrhunderten halb verlorenes Dasein wiedergefunden hat, das die Freiheit wiedergefunden hat. Es tritt das Alter vor Sie im Namen eines Volkes, ohne dessen und seiner Stammgenossen Strebungen und Arbeiten seit vierzehn Jahehunderten in Europa nichts Großes gethan und geschaffen ist. Ein altes Volk, und doch ein junges Volk, weil die beiderlei und schöpferischen Triebe Gottes und der Weltgeschichte in ihm immer noch die lebendigsten sind. Und nun, welche jüngste Jugend, welches frischeste, blühendste Leben in einer allgemeinen Freiheit und in einer Darstellung und Vertretung dieser Freiheit, wie sie unser Väter selbst in ihrer besten Zeit nimmer gekannt, noch besessen haben. Diese Freiheit und alle ihre heiligen und unverletzlichen Rechte, alle Macht und Majestät, die in ihnen ruhen, werden sich heute im fröhlichen, hoffnungsvollen Vertrauen mit Euer Kaiserlichen Hoheit erhabenen Person verbinden und ein unzertrennliches Band gegenseitiger Liebe und Ehrfurcht knüpfen. Euer Kaiserliche Hoheit werden hinfort mit Weisheit und Gerechtigkeit das Scepter und Schwert dieser Majestät

Digitized by Google

tragen. Hoffen wir denn von dieser unsrer frischen politischen Jugend Ehre und Glück! Hoffen, wünschen und beten wir, daß Gott im Himmel dieses unser heiliges und gemeinsames Band mit Eintracht und Stärke, mit Glück und Sieg segnen, daß er unserm großen und herrlichen Volke Weisheit zur Tapferkeit, Treue zum Freiheitsstolze verleihen wolle! Dann wird dieser Tag, dann werden viele noch schönere Tage unvergeßliche und unvergängliche sein, und ein dreifaches Heil, zu ein Heilig wird über sie gerufen werden.

Hierauf antwortete der Erzherzog-Reichsverweser:

„Ich danke Ihnen. Gott wird uns helfen, daß wir es glücklich machen und hindurchführen. Ich hoffe mit Ihren Hoffnungen für unser großes gemeinsames Vaterland und für sein Glück und seinen Ruhm."

Frankfurt, 12. Juli. Nachdem Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser diesen Vormittag aus der Paulskirche in seine Wohnung zurückgekehrt war, verfügte sich Höchstderselbe sodann, von einer (aus dem k. k. Präsidialgesandten, dem k. sächsischen, k. württembergischen, k. hannoverschen und dem stimmführenden Gesandten der freien Städte bestehenden) Deputation des Bundestages geleitet, in das Bundespalais. Dort, in der Mitte der Bundesversammlung, angekommen, nahm Se. kaiserl. Hoheit nachstehende Adresse der Bundesversammlung entgegen, welche der Bundespräsidialgesandte in Gegenwart der sämmtlichen Gesandten, ingleichem der Mitglieder der Militärkommission und einer großen Anzahl von Zuhörern, die sich bei dieser Feierlichkeit eingefunden hatten, darunter viele Mitglieder der Nationalversammlung, in öffentlicher Versammlung vorlas: „Durchlauchtigster Herr Erzherzog-Reichsverweser! Die Nationalversammlung, die Vertreter des deutschen Volkes, hat Eurer kaiserl. Hoheit, dem von ihr erwählten Reichsverweser, eben erst in feierlicher Stunde ihre Huldigung dargebracht. Mit lautem Jubel hat sie ausgesprochen, daß sie Deutschlands Recht und Deutschlands Freiheit, die Unabhängigkeit, die Ehre und die Macht des deutschen Volkes Eurer kaiserl. Hoheit vertraue. Die Bundesversammlung war es, die Sie, erlauchter Prinz, an dem denkwürdigen Tage Ihrer Wahl auch im Namen der deutschen Regierungen als Reichsverweser freudig begrüßte. Sie sah ihre Wünsche erfüllt, indem Eure k. Hoheit das Amt eines Reichsverwesers anzunehmen erklärt haben, und mit großer Befriedigung hat sie es vernommen, daß Sie, hoher Fürst, auf den Ausdruck des Vertrauens, womit sämmtliche deutsche Regierungen Ihnen entgegen kamen, den entschiedensten Werth legten. Ew. kaiserl. Hoheit treten an die Spitze der provisorischen Centralgewalt, jener Gewalt, geschaffen auf den Wunsch des deutschen Volkes, um für die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates zu sorgen, seine bewaffnete Macht zu leiten und seine völkerrechtliche Vertretung auszuüben. Nach der Verfassung Deutschlands war die Bundesversammlung berufen und verpflichtet, die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu wahren, den Bund in seiner Gesammtheit vorzustellen und das beständige Organ seines Willens und Handelns zu sein; sie war berechtigt, für die Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen, Gesandte von fremden Mächten anzunehmen und an sie im Namen des Bundes Gesandte abzuordnen, Unterhandlungen für den Bund zu führen und Verträge für denselben abzuschließen. Der Bundesversammlung war es übertragen, die auf das Militärwesen des Bundes Bezug habenden militärischen Einrichtungen und die zur Sicherstellung seines Gebiets erforderlichen Vertheidigungsanstalten zu beschließen und zu überwachen, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Bundesversammlung überträgt Namens der deutschen Regierungen die Ausübung dieser ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt; sie legt sie ins besondere mit dem Vertrauen in die Hände Euer kaiserl. Hoheit, als des deutschen Reichsverwesers, daß sie die Einheit, die Macht und die Freiheit Deutschlands Großes und Erfolgreiches erzielen werde, das Ordnung und Gesetzlichkeit bei allen deutschen Stämmen wiederkehre, und daß das deutsche Volk der Segnungen des Friedens und der Eintracht dauernd sich erfreue. Die deutschen Regierungen, die nur das wohlverstandene Interesse des Volkes kennen und brachten, sie bieten freudig die Mitwirkung zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach Außen und im Innern begründen und befestigen sollen. Mit diesen Erklärungen sieht die Bundesversammlung ihre bisherige Thätigkeit als beendet an, und die Gesandten erneuern den Ausdruck ihrer persönlichen Huldigung für Eure kaiserl. Hoheit den deutschen Reichsverweser. Frankfurt, 12. Juli 1848."

Diese Adresse wurde Seitens Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzog-Reichsverwesers mit folgender Gegenrede erwidert, die Höchstdieselbe nachher dem Bundespräsidenten schriftlich überreichte: „Hochgeehrteste Versammlung! Indem ich heute das wichtige Amt eines Reichsverwesers antrete, kann ich nicht umhin, in Gegenwart dieser Versammlung meinen Dank auszudrücken für das Vertrauen, welches mir sämmtliche deutsche Regierungen durch ihr Organ bei dem Anlasse meiner Wahl zu diesem wichtigen Amte zu erkennen gegeben haben. Die Art und Weise, mit welcher die hohe Bundesversammlung mich an dem denkwürdigen Tage meiner Wahl im Namen der deutschen Regierungen als Reichsverweser zu begrüßen sich beeilt hat, verdient meine besondere dankbare Anerkennung. Ich übernehme nunmehr die von der Bundesversammlung Namens der deutschen Regierungen an die provisorische Centralgewalt übertragene Ausübung ihrer bisherigen verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen mit dem Vertrauen auf die thätige Mitwirkung der Regierungen zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach Außen und im Innern erstarken und befestigen soll. Ja diesem Vertrauen erblicke ich eine sichere Bürgschaft für Deutschlands künftige Wohlfahrt." Als Se. kaiserl. Hoheit diese Rede geendet hatte, wurden höchstdenselben die Gesandten der einzelnen deutschen Bundesstaaten, sowie die Mitglieder der Militärkommission, und zwar erstere durch den Präsidialgesandten, letztere durch den Vorsitzenden dieser Kommission, Generalmajor Gensen von Nobili, vorgestellt, hierauf aber der Erzherzog-Reichsverweser von den sämmtlichen Mitgliedern der Bundesversammlung und der Militärkommission in den russischen Hof zurückgeleitet. Mit dieser öffentlichen Sitzung, welche als Plenarsitzung zu gelten hat, hat die bisherige Thätigkeit der Bundesversammlung ihre Erledigung gefunden.

Frankfurt, 12. Juli. Die gestern erwähnten Reden bei Einführung des Reichsverwesers in der Nationalversammlung werden von dem Fr. J. wörtlich mitgetheilt. Der Reichsverweser wurde von dem Präsidenten v. Gagern mit folgender Anrede begrüßt: „Von der gegenwärtigen Stunde, in welcher die neu konstituirten Gewalten des geeinigten Deutschlands an diese Stelle sich verbinden, zählt eine neue Zeitrechnung unserer Geschichte." Durchlauchtigster Erzherzog-Reichsverweser! „Wir heißen Sie willkommen im Schooße der Nationalversammlung, die sich selbst und dem Vaterlande gelobt hat, Euer Kaiserliche Hoheit bei dem schweren Berufe, der Ihnen geworden ist, mit allen Kräften, die ihr zu Gebote stehen, zu unterstützen. In Allem, was das Band der Einheit zu stärken, die Freiheit des Volkes zu sichern, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, das Vertrauen zu beleben, die gemeine Wohlfahrt zu vermehren geeignet ist, kann des Reichsverwesers Regierung auf die Unterstützung der Nationalversammlung rechnen. Das deutsche Volk erkennt Euer Kaiserlichen Hoheit Vaterlandsliebe und Widmung dankbar an. Es nimmt aber Ihre ungetheilte Kraft und Thätigkeit für seine Gesammtinteressen in Anspruch. Euer Kaiserliche Hoheit gestatten, daß ich das Gesetz über die Einführung einer provisorischen Centralgewalt verlesen lasse. (Verlesen desselben.) Im Namen der Nationalversammlung erbitte ich von Euer Kaiserlichen Hoheit die wiederholte Erklärung in dem Schooß der Nationalversammlung, daß Sie dieses Gesetz wollen halten und halten lassen, zum Ruhme und zur Wohlfahrt des Vaterlandes." — Der Erzherzog-Reichsverweser erwiderte: „Meine Herren! Die Eile, mit welcher ich hergekommen, um in Ihrer Mitte zu erscheinen, mag Ihnen der deutlichste Beweis sein von dem hohen Werthe, welchen ich auf die Mir übertragene Würde eines Reichsverwesers und auf das Mir bei diesem Anlasse von den Vertretern des deutschen Volkes zu Tag gelegte Vertrauen lege. Indem Ich hiermit das Amt eines Reichsverwesers unterne, wiederhole Ich die Erklärung, daß Ich das Gesetz über die Errichtung der provisorischen Centralgewalt, welches Mir so eben vorgelesen worden, halten und halten lassen will, zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes. Ich erkläre zugleich, daß Ich Mich diesem Amte ungetheilt widmen und ungesäumt Se. Maj. den Kaiser ersuchen werde, Mich nach der von Mir bereits zugesicherten Eröffnung des Reichstages von der weitern Stellvertretung in Wien zu entheben." — Diese Erklärung wurde von der Versammlung mit stürmischen Freudensäußerungen aufgenommen, welche sich erneuerten, als der Erzherzog-Reichsverweser nach kurzer Pause hinzufügte: „Hat man einmal einen Entschluß gefaßt, so muß man sich ganz Dem widmen, wozu man berufen ist, nämlich der deutschen Nation."

Schweiz.

Eidgenössische Tagsatzung. 6. Sitzung. 11. Juli. Nach der Genehmigung der Protokolle wird eine Note des badischen Ministeriums an den Vorort gerichtet und vom 5. Juli datirt, verlesen. Dieselbe beschwert sich in Berufung der vom Vorort ertheilten Zusicherung der

Digitized by Google

getreuen Erfüllung der völkerrechtlichen Pflichten von Seite der Eidgenossenschaft über neue Beunruhigungen von Seite der bad. Flüchtlinge längs der Schweizergrenze von Muttenz bis Kreuzlingen durch Zusammenkünfte, Verbreitung von aufrührerischen Pamphleten aus schweizerischen Druckereien hervorgegangen, Ausfällen in Schweizerzeitungen, welche an den Schweizergrenzen erscheinen und von den Flüchtlingen mißbraucht werden und begehrt schließlich dringend, daß diese Flüchtlinge, wie Hecker ꝛc. von der Grenze verlegt und ihrer feindlichen Thätigkeit ein Ziel gesetzt werden möchte. Zugleich ertheilt die Note dem Vorort die verlangte Auskunft über die in einer frühern badischen Note enthaltene Warnung, daß solche Flüchtlinge ihres Heimatherechtes verlustig werden, indem die betreffenden Gesetzparagraphen citirt würden, wonach solche eines schweren Verbrechens gegen ihr Vaterland bezüchtigte Flüchtlinge wirklich ihr Staatsbürgerrecht verlieren, wenn sie dem an sie ergangenen Ruf, sich zur Untersuchung zu stellen, nicht Folge leisten. Zugleich belehrt das Ministerium den Vorort über den Unterschied zwischen Völkerrecht und Asylrecht, und daß das Asylrecht weder ein durch Staatsverträge noch durch das Völkerrecht anerkanntes Recht, sondern ein reines Zugeständniß eines Staates kraft seines Hoheitsrechtes sei, wonach er aber auch die Folgen desselben zu tragen habe. Der Präsident zeigt an, daß der Vorort diese Note sämmtlichen Grenzständen zur Ertheilung der nöthigen Aufschlüsse mittheilen werde und Thurgau wünscht auch die lithographirten Mittheilungen derselben an die Gesandtschaften und daß der Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werde, um der Eidgenossenschaft Anlaß zu geben, ihren festen Willen zu getreuer Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen aussprechen zu können.

Baselland. Letzten Samstag beschloß der Regierungsrath, den noch nicht 14 Tage in Muttenz, Birksfeld und in andern Grenzorten wohnenden und noch daselbst ankommenden deutschen Flüchtlingen den Bezirk Waldenburg anzuweisen und den übrigen nur unter der Bedingung ruhigen Verhaltens den bisherigen Aufenthalt ferners zu gestatten. (Nat.-Z.)

Großbritannien.

London, 9. Juli. Die Frage wegen der in der Volksvertretung einzuführenden Reformen hat für Großbritannien eine Wichtigkeit erlangt, daß es gerathen scheint, aus den Verhandlungen über die Hume'schen Parlaments- und Wahlreformvorschläge die bezeichnendsten Punkte hervorzuheben. Die Nation hat sich durch ihre Vertreter ausgesprochen und die Hume'schen Anträge mit großer Majorität verworfen; wenn wir sagen die Nation, so verstehen wir darunter diejenigen Klassen der Nation, welche im Parlament vertreten sind, während gerade die Hume'schen Anträge bezwecken, noch einem weitern Kreise bisher nicht repräsentirter tritischen Unterthanen die Vertretung im Parlament zu sichern. Die Ablehnung der Hume'schen vier Punkte ist selbst von diesen Klassen, die am meisten bei einer Ausdehnung des Stimmrechts zu gewinnen hoffen durften, mit jener würdigen Entsagung aufgenommen worden, wie sie dem konstitutionellen und gesetzlichen Sinne der Briten gemäß ist. Man hat nicht über das Hereindrechen reaktionärer Bestrebungen Klage geführt, wie dies bei andern minder ernsthaften, freilich aber auch durch lange politische Unterdrückung ungeduldig und mißtrauisch gewordenen Völkern der Fall gewesen wäre. Man hatte im Voraus bei der jetzigen Zusammensetzung des Parlaments nichts Anderes erwartet, man konnte schon vorher die Stimmen zählen, welche sich für die Annahme der Reformvorschläge aussprechen würden, man war zufrieden, diese Vorschläge nur zur Diskussion und zur Abstimmung gebracht zu sehen, und tröstete sich damit, daß sie in einer künftigen Parlamentssession wieder aufgenommen und je nach dem Grade, wie die Agitation dafür steigen und der Druck der Reformpartei auf das Parlament mächtiger wirken sollte, auch um so mehr bejahende Stimmen sich für sie aussprechen würden. Das Parlament ist ja eben die vertragemäßig eingesetzte und vom Volk und Souverän beglaubigte Fortschrittsbehörde, die wohl sehr genau unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung, aber nicht unter der launenhaften Willkürherrschaft weder eines Einzelnen, noch der Volksmasse steht. Das Volk in England ist nicht außerhalb des Parlaments, sondern vermittelst und innerhalb desselben souverän; das Parlament ist Bein von seinem Bein und Fleisch von seinem Fleisch, es ist der Erdkern des politischen Körpers von England, wie das Volk die Atmosphäre, in welche der Kern gewickelt ist, nicht von dieser bewegt, getrieben, fortgeschleudert, aber allen ihren Einflüssen ausgesetzt, an ihren Veränderungen theilnehmend, von ihr befeuchtet, befruchtet, angeweht. Es liegt aber ohne Zweifel ein weitverbreitetes Gefühl und Bedürfniß im englischen Volke, daß Umgestaltungen in der Landesvertretung eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden sind. Dafür beweisen die Tausende und aber Tausende Bittschriften, welche dieserhalb an das Parlament gerichtet wurden, dafür das Geständniß Russells selbst, daß einzelne Bestimmungen des Wahlmodus und gewisse Ungleichheiten in der Vertretung der Abänderung bedürften, dafür namentlich auch mehrere Artikel der Times, welche sich ebenfalls in reformistischem Sinne aussprechen. Nur über die Ausdehnung des Wahlrechts, bis zu welcher Grenze es erweitert und in welche es eingeschränkt werden soll, sind die Stimmen getheilt. Die große (chartistische) Masse ist freilich für das allgemeine Stimmrecht, wogegen die Intelligenten, mit Berufung auf die französische und preußische Nationalversammlung, Nichts von ihm wissen wollen, und nachzuweisen suchen, wie Unwissenheit, Mittelmäßigkeit und kleinliche Zanksucht für die Majorität in solchen aus allgemeinem Wahlrecht hervorgegangenen Kammern bezeichnend sind. Etwas wird für Verallgemeinerung des Wahlrechts oder mindestens Wegschaffung mancher ganz auffallenden Mißbräuche geschehen müssen; der Stolz des Engländers verträgt es nicht, von bisher politisch mißachteten Völkern überflügelt zu sein, obschon er im Allgemeinen seiner soliden Natur gemäß nicht für stürmische Fortschritte ist, weil er dafür hält, daß damit leicht Uebereilung, Ermüdung, Erlahmung und endlicher Rückschritt verbunden ist.

(Forts. folgt.)

In den Times liest man folgende Notiz: Southampton, 3. Juli. Officielle Mittheilungen des preuß. Konsulats gelangten nach Cowes auf der Insel Wight, wonach allen deutschen Schiffen die Abfahrt nach ihren verschiedenen Bestimmungsorten freigegeben ist. Eine große Zahl hier festliegender Schiffe macht sich zur Abreise fertig, da der zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand einen ferneren Aufenthalt hier unnöthig macht.

Die englische Regierung fährt mit ihren strengen Maßregeln gegen die irischen Revolutionsmänner und Redakteure fort. Dem Standard zufolge sind nun auch O'Doharty und R. Williams, Eigenthümer der Zeitung „der Tribun", ferner Hr. Martin, Eigenthümer des „Irish Felon", endlich auch Hr. Duffy, Redakteur der „Nation", verhaftet. Die Manuskripte und Bücher des Letztern wurden von der Polizei mit Beschlag belegt. Es ist möglich, daß auch an Männer wie O'Brien demnächst die Reihe kommt. Der Herald enthält das Schreiben eines höhern Officiers, wonach die Klubs bereits jetzt schon über 50,000 wohlbewaffnete Männer verfügen; der Verf. macht darauf aufmerksam, wie es gerade etwas Bedenkliches habe, daß es jetzt so ordentlich und ungewohnt still in Irland hergehe und die sonst so gewöhnlichen Missethaten aus Privatrache fast gar nicht vorkämen; das zeige aufs Deutlichste, daß man Etwas im Schilde führe, und es sei Pflicht der Regierung, die Klubs gleichzeitig und unverweilt zu unterdrücken. Die Königin hat, wie die Times anzeigen, unter diesen Umständen ihre vielbesprochene Sommerreise nach Dublin aufgegeben. Inzwischen ist über die aufrührerischen Reden und Versuche angeklagtee Chartistenführer, hierunter der gefürchtetste und gebildetste E. Jones, das Schuldig ausgesprochen, auf das Strafmaß jedoch noch nicht erkannt worden. Die Times rathen, mit ihnen glimpflich zu verfahren, diesem niedergestreckten und unschädlich gemachten Feinde nicht noch einen Fußtritt zu versetzen; das sei unenglisch. Hieraus ist zu ersehen, wie wenig man die Chartisten fürchtet; höchstens, meint man, könnten sie es zu einem Krawall und einer Raufeeei mit der öffentlichen Gewalt bringen.

Der Examiner enthält eine Notiz, wonach die Mitglieder des Kabinets Narvaez im Heraldo offiziell erklärt haben, daß sie, gestützt auf den Beistand der öffentlichen Meinung, sich zu keinerlei Ehrenerklärung oder Entschuldigung für die Wegweisung Bulwers gegen die englische Regierung verstehen und einer solchen Demüthigung zehnmal einen ehrenvollen Krieg vorziehen würden. Das Gerücht von einem beabsichtigten Rücktritt erklären sie für ungegründet. Wie sich denken läßt, wird der abenteuerliche Freischaarenzug des Cabrera von ihnen als eine Palmerston'sche Intrigue betrachtet.

Dem M. Chr. zufolge steht Graf Dietrichstein im Begriff, seinen Posten als österreichischer Gesandter am Londoner Hofe aufzugeben und Ende d. M. nach Deutschland zurückzukehren.

Frankreich.

Paris, 11. Juli. Das Journal Proudhons „le Représentant du peuple" ist durch einen Beschluß der Exekutivgewalt unterdrückt worden. Ursache war ein Artikel, überschrieben: Vom 15. Juli, in dem alle Miether aufgefordert wurden, am 15. Juli ihren Miethzins nicht zu bezahlen. Lamennais Journal, „le peuple constituant", ist heute mit einem Trauerrande erschienen, es zeigt an, daß es von Morgen, wo die Kaution der Journale wieder in Wirksamkeit tritt, nicht

Digitized by Google

Siebenbürgen und Ungarn.

H Die wichtige Frage über das Verhältniß Siebenbürgens zu Ungarn berührt wesentlich das Interesse Deutschlands, nicht bloß weil Siebenbürgen der österreichischen Monarchie angehört und daselbst 350,000 Sachsen wohnen, sondern auch, weil hinter dieser Frage sich die weitere über die zukünftige Gestaltung der untern Donauländer verbirgt.

Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts (1141—1848), wo jene Sachsen sich auf den Ruf eines ungarischen Königs als freie Anbauer im gegenwärtigen Großfürstenthum Siebenbürgen niederließen, haben sie das Land durch Fleiß und Ausdauer aus einer Wüste in einen blühenden Landstrich umgeschaffen. Ihre Städte und Dörfer sind die schönsten des Reichs; ihr gegen 200 □ Meilen großes Wohngebiet, nicht kleiner als Sachsen, gleicht einer Oase mit verhältnißmäßig vertheilter Wohlhäbigkeit. Aus allen Erschütterungen und Stürmen, die über sie hingegangen, haben sie 700 Jahre lang die Freiheiten, die Einrichtungen und die Sprache ihrer Väter gerettet, indem sie einen geschlossenen Gesammtkörper bildeten, bei völliger Gleichheit aller Glieder desselben vor und nach dem Gesetze. Umgeben von Nachbarn mit feudalistischen Institutionen, erfreuten sie sich der Selbstregierung; sie sind frei von aller fremden Gerichtsbarkeit, sie wählen ihre eigenen Beamten, welche der Landesfürst zu bestätigen hat; sie haben in Kirchensachen ihre eigene Gewalt, wählen ihre Geistlichen selbst und senden ihre Jugend auf die deutschen Universitäten.

Ganz Siebenbürgen hat 957 □Meilen (55 mehr als Böhmen, die größte der deutschen Provinzen Oesterreichs) und an 2½ Mill. Einwohner. Es wird in runden Zahlen etwa von 700,000 Magyaren und Széklern (verwandten Stämmen), über eine Million Walachen und 350,000 Sachsen bewohnt. Die walachische Bevölkerung ist zum Theil über den ganzen Boden hin zerstreut und bildete bisher, obgleich die zahlreichste, keine berechtigte Nation. Die Sachsen als ein Landstand genießen eine eminente staatsrechtliche Stellung; sie haben eine gesetzlich garantirte Nationalität, garantirt durch den Gebrauch des Deutschen als Geschäftssprache, durch ihre ganze Verfassung; wogegen den Deutschen in Ungarn gleichsam nur als Magyaren Staatsbürgerrechte zukommen. Das siebenbürgische Staatsleben beruhte bisher auf einer Konföderation und Koordination der drei von einander durch ihre innere Verfassung verschiedenen, zur Bewahrung ihrer Autonomie durch Eidschwur gegenseitig verpflichteten Nationen, der Ungarn, Széklern und Sachsen; der siebenbürgische Landtag ist nicht eine Repräsentativkammer der siebenbürgischen Bevölkerung, sondern eine Ständekammer jener drei Nationen. Diese stehn auf ihren gemeinsamen Versammlungen einander als Körperschaft, als moralische Personen gegenüber und die Abstimmung geschieht nach Kurien. Ihre gemeinsame Thätigkeit ist auf Landesvertheidigung, Besteuerung, Wahl und Dotation des Fürsten, auswärtige Unterhandlung beschränkt; alle anderen Gegenstände der Gesetzgebung blieben den besonderen Repräsentativversammlungen einer jeden Nation vorbehalten. Jede Nation führt als Landstand ein eigenes Siegel, die Beidrückung dieser drei Siegel ist unerläßlich nothwendig zur formellen Giltigkeit jeder landständischen Ausfertigung*), ja nach dem elften Artikel von 1791 kann die sächsische Nation gegen jede Unterdrückungsmaßregel, welche die beiden anderen Nationen etwa ergreifen wollten, nicht nur Protest einlegen, sondern auch durch das Recht der Illo in partes eine Sondermeinung abgeben und ein Veto gegen die ihrem Volksthum nachtheiligen Beschlüsse einlegen. Diese alte Verfassung der Koordination, in der Natur der Dinge, sowie in der Nothwendigkeit begründet, jede der drei Nationen gegen eine Unterdrückung durch die beiden andern zu schützen, ging auch in das revidirte Staatsrecht über beim definitiven Eintritt Siebenbürgens unter den österreichischen Doppelaar gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Also beruht Siebenbürgens Staatsrecht in seinen Grundfesten auf dem Unterschiede von drei einander koordinirten und getrennten Nationen — getrennt durch ihre Abstammung, Sprache, ihr abgesondertes Wohngebiet, ihre abweichenden Formen in Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege — und diesen ihren gesetzlichen autonomen Bestand im Dreibunde garantirten sie sich gegenseitig urkundlich bei Gelegenheit ihrer ersten Verbrüderung zu Schutz und Trutz und wiederholten diese Zusage bei jedesmaliger Erneuerung der Unionsakte vom 15. Jahrhundert angefangen bis in die neuesten Zeiten.

Die aufopfernde Anhänglichkeit der Sachsen Siebenbürgens an Oesterreich und ihr Deutschthum war stets die Hauptstütze der österreichischen Politik in jenen Ländern; blieb durch das Deutschthum war die feste Verbindung des schwankenden Siebenbürgens mit der Monarchie erreichbar. Geschweige vieler andern Gnadenbriefe, schrieb Rudolf II. im Jahr 1600 an die sächsische Nation: „Nachdem Siebenbürgen in Unsere Gewalt zurückgekehrt ist, haben Wir Uns Nichts näher liegend erkannt, als daß Wir Euch, die Ihr durch Abkunft und Sprache, und was die Hauptsache ist, durch Eure angestammte Ehrenhaftigkeit des Charakters Deutsche, nämlich Unseres Geschlechtes seid, vor allen Dingen zu ermuthigen".

Durch die pragmatische Sanktion vom Jahre 1722 steht Siebenbürgen, sowie Ungarn, mit allen übrigen Reichen und Provinzen der Monarchie, bezüglich ihres simultanen Besitzes durch denselben Regenten aus dem Hause Habsburg-Lothringen und seine gegenseitige Vertheidigung, in einem untheilbaren und unauflösbaren Unionsverbande. Das bewirkte keine Veränderung in dem Verhältnisse Siebenbürgens zu Ungarn. Unter Kaiser Leopold I., Josef I., Karl VI., besonders unter Maria Theresia und Josef II. wurden die Sachsen in ihren Rechten geschützt. Als aber des Letztern große Konsolidirungsmaßregeln in Angriff genommen und die deutsche Sprache statt der lateinischen zur Geschäftssprache erhoben wurde, trat nach seinem Tode, ungeachtet der gebrochene Kaiser seine meisten Verfügungen selbst widerrufen hatte, gegen sein System eine hartnäckige Reaktion ein, welche sich theils in dem Bemühen, feudalistische, mittelalterliche Einrichtungen wieder herzustellen, theils in der Befehdung alles Deutschen äußerte. Von daher keimt jener merkwürdige und gefährliche Zug in der neuern Geschichte der österreichischen Monarchie, der in unsern Tagen endlich seinen Höhe- und Wendepunkt erreicht zu haben scheint, daß nämlich das zusammenhaltende Band der pragmatischen Sanktion aufzulockern gestrebt wird, daß vor dem Provincialismus der Gesammtstaat mehr und mehr in den Hintergrund tritt.

Namentlich suchte das Königreich Ungarn den Verband mit dem übrigen Haupttheil der Monarchie zu lösen, indem es zugleich ihm gelegene Nachbarlande, zumal Siebenbürgen, sich einzuverleiben bemüht war. Diese Tendenz fand in dem Umstand eine Unterstützung, daß die beiden Mitnationen der Sachsen, Ungarn und Székler schon seit 1790, in fortschreitender Reaktion gegen die Josefinischen Konstitutionsmaßregeln, eine möglichst enge Verbindung untereinander und mit Ungarn zu bewirken suchten. Sehr viele Anträge und Beschlüsse des Siebenbürger Landtages aus 1790/91 finden ihre Erklärung lediglich in der Absicht, das germanische Element niederzuhalten, und es bedurfte der ganzen Zähigkeit der Sachsen, daß die schon damals eifrig betriebene Union Siebenbürgens mit Ungarn unterblieb, und daß nach feierlicher Wahrung der vollen Autonomie, ihrer Verfassung, Gesetze und Gewohnheiten alsdann die Magyarisirungstendenzen wieder verstummten. Art. 6 vom Jahr 1791 sagt blos, daß Siebenbürgen zur Krone Ungarns gehöre, im Uebrigen aber ein selbständiges, einem andern Reiche unterworfenes Land sei, welches nach seinen eigenen Gesetzen regiert werden müsse*)

Seit zwanzig Jahren indeß erwachten die alten Wünsche, angeregt durch die nationalen Zeitstimmungen, lebhafter und feuriger denn je vorher. Die Vereinigung oder Verschmelzung der vielfach getrennten Nationalitäten Ungarns in eine einzige — die magyarische — ward proklamirt; auch in Siebenbürgen gab es Parteiführer, welche sich alsbald anschickten, den neuen Grundsätzen dort die gleiche Geltung zu verschaffen. Die Union mit Siebenbürgen ward nun eine stehende Reichstagsdebatte. Endlich sagte der 7. Artikel des ungarischen Reichstags von 1847/8 ohne Weiteres und ohne vorherige Stimmung des selbständigen Siebenbürgens, den Anschluß voraus, bestimmt ein Provisorium bis zum nächsten Reichstage, auf welchem Siebenbürgen durch 69 Deputirte vertreten sein soll, und ermächtigt endlich das ungrische Ministerium, schon bis zum nächsten Landtage alle Maßregeln zu ergreifen, welche diese leichte Eroberung vervollständigen und verwirklichen können. Dieses unrechtmäßige Gesetz bietet aber für die besondern Interessen Siebenbürgens keine Garantie, indem die ihm eingeräumten 69 Vota Nichts gegenüber den 377 un-

*) Das Großfürstenthum Siebenbürgen als solches hat kein Siegel. Alle authentischen Akte, welche im Namen des Landes ausgefertigt werden, alle Gesetzentwürfe und selbst die einfachsten ständischen Vorstellungen erhalten ihre Beglaubigung durch die kollektive Beidrückung von drei Einzelsiegeln, von denen jede Nation eines in Verwahrung hat. „Der aus drei Nationen bestehende Bund Siebenbürgen" lautet die Umschrift der Siegel.

*) Deßhalb waren die Stände Niederösterreichs auch befugt, in einer Adresse an den Thron ihre feierliche Verwahrung gegen die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn niederzulegen.

Digitized by Google

gaeischen zählen; eine Beachtung vollends eines Minoritätsvotums der den Sachsen so „großmüthig“ eingeräumten 22 Stimmen ist nirgends gesichert, und diese sind in ihrer Wirkung daher rein illusorisch. Zwar lautet §. 5 des Gesetzes: „Ungarn ist bereit, jene besondern Gesetze und Freiheiten Siebenbürgens, welche sowohl der Verschmelzung der beiden Länder nicht hinderlich, als auch der Nationalfreiheit und Rechtsgleichheit günstig sind, anzuerkennen und zu erhalten.“ Aber das sind zweideutige Redensarten, die die Kammermehrheit auslegen kann, wie sie will, also auch terrorisirend. Oder wie soll es geschehen, daß die für Siebenbürgen angeblich beizubehaltenden Sondergesetze der für das ganze Reich ausgesprochenen Rechtsgleichheit günstig seien? Auf dem letzten ungarischen Reichstage ist an die Stelle der ständischen Institutionen der Repräsentativstaat mit der Centralisation und der herrschenden Kammermehrheit getreten, zumal in der zweiten Kammer ist der Magyarismus durch die Zusammensetzung zur unwiderstehlichen Herrschaft berufen. Gegen die Diktatur dieser magyarischen Mehrheit soll von nun an der sächsischen Nation nicht viel mehr als „das Recht des Aufseufzens zum Himmel“ bleiben. Ist nicht schon durch die Sprachgesetze von 1840 und 1844, trotz der Rechtsgleichheit, der Gebrauch der deutschen Sprache aus dem öffentlichen Leben in Ungarn ausgestoßen?

Uebrigens erheben wir unsere Stimme nur gegen die Einverleibung Siebenbürgens mit Ungarn unter Bedingungen und Umständen, welche das Fortbestehen des deutschen Elementes zu bedrohen scheinen. Die Sachsen werden sich demselben aufrichtig nur dann ergeben, wenn sie Bürgschaft haben, daß sie darin als Deutsche nicht untergehen. Ein großer Theil der Sachsen erklärte sich mit der Vereinigung einverstanden, wofern ihre bisherige Verfassung und ihre Gerechtsame als freies deutsches Volk wesentlich anerkannt würden. Die meisten jedoch, gewarnt durch die Geschichte und die empörenden magyarischen Angriffe auf die natürlichen Rechte der andern Völker, wollten von Union Nichts wissen. Dies Mißtrauen war nur zu sehr gerechtfertigt. Man lese die Klagen über die Verordnungen des Pesther Ministeriums, daß Alles magyarisch werden soll, magyarische Sprache überall, auf den Münzen, den Banknoten, selbst auf den Eisenbahnkarten für die überwiegend deutschen Bewohner Pesths. Wie wenn die Union bereits vollzogen, erließ jenes Ministerium Befehle an siebenbürgische Behörden. Die Bergakademie in Schemnitz — einer Stadt, die früher das Recht hatte, alle Nichtdeutschen von ihrem Gebiete auszuschließen — ward von 140 deutschen und slavischen Zöglingen verlassen, weil der magyarische Bergrath Jendrassik sie in empörender Weise geschmäht. Ein Theil der magyarischen Presse schien unter Union Plünderung der schönen sächsischen Allodialgüter und der mühsam ersparten Nationalkasse, hohe Besteuerung der sächsischen Bürger zu Gunsten des Adels, vor allen Dingen Magyarisirung zu verstehen. Als die sächsische Nationsuniversität (d. h. Nationalvertretung) am 3. Mai zu Hermannstadt dem Gouverneur, Grafen Jos. Teleky, aufwartete, erklärte dieser: die Unionsfrage müsse von vornherein als entschieden betrachtet werden; würde die Union, wie voraus zu sehen, von dem Volke und der Landtagsgallerie proklamirt, so hätten auch die Sachsen sich ohne Bedingung anzuschließen — sie möchten ihre utopischen Hoffnungen in Betreff der Erhaltung ihrer Nationalität, Sprache, Municipalität nur fahren lassen. Nach Klausenburg zu dem einberufenen siebenbürgischen Landtag zogen Hunderte Juraten und Studenten aus Pesth, sowie andere Magyarenschaaren, um die Union auf ihre Weise beschließen und durchführen zu helfen. Und in der That, sie ist beschlossen, auch die sächsischen Deputirten haben das Siegel beigedrückt!

Diese Nachgiebigkeit erklärt sich wohl nur aus dem Zwang der Umstände. Früher hat die sächsische Nation aus ihrer Versammlung vom 29. März d. J. die merkwürdige Erklärung abgegeben: „daß sie nebst der Bitte um Aufrechthaltung ihrer Verfassung und deutschen Nationalität und Theilhaftmachung an den, dem Gesammtvaterlande gewährten Zugeständnissen, Nichts sehnlicher wünsche, als diese ihre Gesinnungen einst auch in einer allgemeinen Reichsständeversammlung der Monarchie beurkunden zu können.“

Um die nämliche Zeit, in den glorreichen Märztagen, hat Ungarn sich dagegen von dem Verbande mit der übrigen Monarchie mehr und mehr loszumachen gesucht. Dieses Ungarn, welches durch Ströme deutschen Blutes und durch die vereinten Kräfte aller Länder der österreichischen Monarchie in fast 200jährigem Kampfe dem Osmanenjoche entrissen worden, das durch den unwandelbaren Grundvertrag von 1722 mit den übrigen Reichen und Provinzen in eine ewige Union getreten und gegenseitige Vertheidigung (mutua et reciproca defensio) mit denselben stipulirt hat — dieses Ungarn erklärte (Ständesitzung vom 31. März 1848), daß es sich durch die pragmatische Sanktion nicht verpflichtet halte, Oesterreich beizustehen, wenn eine oder die andere Provinz der Monarchie ihre „innere Regierung“ zu ändern beabsichtigen sollte, und es bewilligte daher nicht Einen Rekruten! Ja, die ungarischen ministeriellen Blätter bejubelten den Sieg der Lombarden über das österreichische Heer und stellten dem in Wien beliebten Bündnisse mit Deutschland eine Allianz Ungarns mit Italien und Polen gegenüber.

Seit jenen Tagen hat indeß ein merkwürdiger Umschwung in den Gefühlen der Sachsen wie der Magyaren stattgefunden — ein Umschwung, der Beide näher zueinander gebracht hat. Woher diese Erscheinung? Leider dürfte sie weniger in Liebe, als in Furcht und Besorgnissen beruhen. Die Magyaren sind, gewiß mit Grund, vor den gerechten Forderungen des Slavismus, sowie vor den panslavistischen Wühlereien erschrocken — sie begreifen, daß sie erliegen müssen, wenn sie Deutsche und Slaven zu Feinden haben. Die Sachsen ihrerseits scheinen sich vor dem rasch auflebenden Volke der Walachen, die nur zu lange niedergedrückt waren, zu fürchten und jetzt in der Union mit Ungarn Sicherheit zu suchen. Denn allerdings beim Getrenntbleiben Siebenbürgens könnten Sachsen und Magyaren den der Union feindlichen Walachen erliegen. Die Walachen, während der langen magyarischen Adelsherrschaft größtentheils in Unterthanenverhältniß stehend und jetzt Rechte begehrend, gehen mit schnellem Schritt darauf aus, ihr Element in Siebenbürgen zum herrschenden zu erheben und dereinst ein national-dacisches Reich in seinen alten Grenzen zu gründen.

Die wahren Anliegen der Deutschen und Magyaren scheinen demnach in Siebenbürgen ebenso übereinstimmend zu sein, wie sie es in Ungarn überhaupt sind. Um beide Elemente aber dauernd zu versöhnen, dazu gehört durchaus die volle Gleichberechtigung der deutschen Nationalität mit der magyarischen in ganz Ungarn. Wie unbillig die Forderung des Magyarenthums, daß zu seinen Gunsten die doppelte Anzahl der Bevölkerung die von den Vätern ererbte Sprache und Sitten, ein heiliges Nationalgut, opfere! Zeitgemäßen Entsagungen und zweckmäßigen Abänderungen ihrer verbrieften Rechte sind die Sachsen nicht abgeneigt, das haben sie bewiesen. Aber sie wollen ihre volksthümliche Entwicklung und Selbstregierung, sie bestehen auf ihrem Rechte, sich Beamte, Pfarrer und Lehrer ihrer Jugend zu wählen und sich des Deutschen, der Sprache der Bildung, auch als ihrer Geschäftssprache im Staat, Schule und Kirche zu bedienen, weil sie dadurch allein trauriger Versinkung, ja einem irischen Heloteneloge vorbeugen können. Sie widersetzen sich endlich mit Nachdruck der von den Magyaren durch alle Mittel erstrebten neuen Eintheilung des Sachsengebiets, als dem gefährlichsten Angriff auf die deutsche Nationalität in Siebenbürgen. Gegenwärtig bildet das Sachsenland elf Kreise, welche Vertretung auf den Landtagen haben, jeder zwei. Nun aber sollen sieben Sachsenkreise vernichtet und zum Gebiete der doppelt so zahlreichen Magyaren Siebenbürgens geschlagen, nur vier den Deutschen gelassen werden. Dann wäre gebrochen ihre ganze alte Macht auf Land- und Reichstagen, welche ihre Deutschheit bisher unter allen Stürmen und gegen den Andrang der Barbarei erhalten hat. Gerechter Weise kann die neue Territorialeintheilung nur durch die Sachsen selbst bewerkstelligt werden, auch wenn gesetzlich bestimmt ist, daß die Abgeordneten zum Landtage nach der Seelenzahl gewählt werden sollen.

Möchte denn die österreichische Regierung, möchte auch unsere Nationalversammlung sich der deutschen Brüder in Ungarn und Siebenbürgen aus allen Kräften annehmen und sie in ihrem nationalen Streben schirmen! Es ist unsere Pflicht, es ist unser Interesse. Denn es gilt die Erhaltung eines kräftigen Astes des Deutschthums im fernen Osten für künftige Zeiten, eines hochwichtigen Vorpostens an der untern Donau für deutsche Gesittung, deutschen Verkehr und deutsche Ausbreitung, eines Bandes zwischen Ungarn und Deutschland, das siebenhundertjährige Stürme und Widerwärtigkeiten nicht zu lockern vermocht haben.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Knap., 72 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder vermitteln sich G. H. Wagner in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris 20 Rue Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Verlagsexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — (durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 196. **Heidelberg,** Sonntag 16. Juli. **1848.**

Uebersicht.

Deutschland und die österreichische Presse. IV. — **Wien** (Ministerium gebildet. Wühlereien der Radikalen. Der Reichstag). **Aus Tirol** (die Tagespresse. Dr. Gruppenbergs Aufruf. Ein Beispiel Tiroler Gastfreundschaft. Die alte Wehrbarkeit). **Berlin** (Joh. Jakoby's Antrag verworfen. Reise des Erzherzogs Johann. Proceß gegen Korn u. Siegrist Löwinsohn begonnen). **Aus Schlesien** (die Linke und die konstitutionellen Vereine über die preußische Kammern). **Regensburg** (Ruhestörungen). **München** (erwartete Ankunft des Reichsverwesers. Empfangsfeierlichkeiten). **Stuttgart** (der Krieg der politischen Vereine. Demokratische Agitation. Der König). **Mannheim** (der Abzug der Truppen. Sehnsucht nach Militär. Die deutsche Einheit). **Darmstadt** (Thätigkeit der Regierung für Gesetz und Ordnung. Feier der Wahl des Reichsverwesers). **Vom Rhein** (ein Reichsminister). **Frankfurt** (Verhandlungen des Reichstags über den hannöverschen Partikularismus und das österreichische Geldausfuhrverbot).

Großbritannien. Die Hume-Cobden'schen Anträge auf Wahl- und Parlamentsreform. Der Waffenstillstand mit den Dänen. Die westindischen Zuckerzölle.

Frankreich. **Paris.** Neue beschränkende Gesetzentwürfe gegen Preßfreiheit und Assoziationsrecht. Untersuchung gegen den Juniaufstand. Die Bureaux in der Mehrheit für Einkammersystem.

Italien. **Rom.** Diplomatisches. Die Civica. Mamiani.

Heidelberg, 15. Juli.

Je mehr wir in einzelnen Punkten mit dem gestern erwähnten Sendschreiben an Pillersdorf übereinstimmen, desto lebhafter wünschten wir zu wissen, ob es aus Oesterreich und von der Hand eines Oesterreichers kommt. Es würde dadurch noch bedeutend an Werth und Wichtigkeit gewinnen, denn die inneren Zustände Oesterreichs sind so vielfältig verflochten und noch immer so wenig aufgehellt, daß es dem ferne Stehenden äußerst schwer wird, das Richtige zu sehen. Um eben dieser Schwierigkeit willen sind wir nicht in der Lage, uns über die Pläne und Vorschläge des Sendschreibens im Ganzen zustimmend oder mißfällig zu äußern; wir werden uns begnügen, seinen politischen Gehalt im Einzelnen darzulegen, und Manches damit zusammenzuhalten und in Verbindung zu bringen, was österreichische Blätter oder wir selbst über Oesterreichs Zustände und Aufgaben früher bemerkt haben.

Die Wahlen zum österreich. Reichstage sind nahezu beendet. Das ausgedehnte Wahlrecht gab an den meisten Orten die Entscheidung in die Hände der kleinen Eigenthümer. Wo sie überhaupt aufgeklärt genug waren, den Wahlakt zu begreifen, da haben sie ihm den Stempel ihrer herrschenden Leidenschaft aufgedrückt: des Mißtrauens. Sie wollten Nichts wissen von den „Herren", von Adeligen, Literaten und Beamten, sie wählten aus ihrer Mitte, Bauern, die kein Deutsch verstehen und durch ihre Erscheinung das kultivirte Wien in Erstaunen setzen. Wird das Ministerium mit diesem Parlament regieren können? Werden diese Deputirten den Konstitutionsentwurf vom 25. April, das nach konstitutionellem Richtmaß eilig zugeschnittene Werk bedrängter Tage, auch nur richtig verstehen? Es ist vorauszusehen, daß für Fragen des gemeinsamen Interesses kein Verständniß sich findet; wo die höhere politische Form in Frage kommt, wird die Majorität in provinzielle Standpunkte auseinandergehen. Der Grund davon liegt nicht bloß in dem Mangel aller parlamentarischen und politischen Bildung, er liegt auch darin, wie der Verf. des Sendschreibens sagt, daß die Versammlung nur ein schimmerndes Dach zu bauen hat über alten zusammenstürzenden Mauern. Nicht von der obersten politischen Form, von Unten müßte man ausgehen, von da, wo die ehrenwerthen Deputirten orientirt und zu Hause sind; man müßte anfangen von der Kommunal- und Kreisverfassung und zu Provinzen und Staaten weiterschreiten, bis man zuletzt zum Gesammtstaat käme. Um in diesem Sinne den Gefahren des Reichstages zu entgehen, macht der Verf. des Sendschreibens den Plan zu einem Bundesstaat von demokratisch organisirten Einheiten. Jede Provinz würde sich regieren nach selbst gegebenen Gesetzen durch einen Provinzialkongreß, hervorgegangen aus direkten Wahlen. Ein Landeschef mit Räthen aus der Majorität des Kongresses würde die Krone vertreten, er würde die ausübende Gewalt haben und gemeinsam mit dem Kongreß die Souveränetät für Gesetzgebung und Administration in allen Angelegenheiten der Provinz. Die Provinzialkongresse wählen Deputirte, je einen auf fünf Mitglieder, zu dem Staatenkongreß in Wien, der jährlich nach Beendigung der Provinzialkongresse zusammentritt und aus seiner Majorität die Minister des Gesammtstaates liefert. Jeder Gouverneur und jeder Provinzialkongreß haben in Sachen der Gesetzgebung gegenseitig sowohl Initiative als Veto; wird das Letztere von einem Theile geübt, so hat der andere die Appellation an den Staatenkongreß. Diesem gegenüber hat die Krone ebenfalls ein zweimaliges Veto; was in der dritten der aufeinander folgenden Sitzungen die Majorität erhält, wird Gesetz.

An diesem Plan, dessen äußerste Grundlinien wir hier mittheilen, fällt zuerst in die Augen, wie hier die politische Schule ganz vollkommen und stufenweise organisirt ist. Er ruht natürlich auf Freiheit und Selbstregiment auch in den engsten Kreisen des ständischen Lebens, auf Gleichheit vor dem Gesetz, Aufhebung der Unterthänigkeit und freier Kommunalverfassung. In der Verwaltung der eignen Gemeinde sind naturgemäß die vorhandenen Kräfte zunächst an ihrem Platze und der Aufgabe gewachsen; dem Slavischen Stamm namentlich würde diese Thätigkeit zusagen, der noch jetzt nach uralter Sitte in manchen Theilen der Türkei das ganze Auflagenwesen gemeindeweise administrirt. Die Auswahl der geeigneten Personen für Kreis- und Provinzialversammlungen würde dann auch mindere Schwierigkeit haben; nach einer fortschreitenden Aussonderung käme zuletzt die Elite zum Staatenkongreß nach Wien, und dort würde die Gewohnheit und Uebung großer Staatsgeschäfte, die Atmosphäre der feinsten Kultur und des deutschen Geistes, die Berührung mit den Deputirten der vorgeschrittensten Stämme ihre Wirksamkeit auf so anerkannt bildsame und durchaus frische Kräfte nicht verfehlen. Zur Einleitung dieses neuen Weges wäre der jetzige konstituirende Reichstag ganz geeignet; zur Aufhebung von Frohnden, Zehnten und Gülten werden die bäuerlichen Mitglieder bereit und eines Willens sein; „mag aus Staat und Verfassung werden was will, wenn's nur mit dem Bauer anders wird", ist ja ihr politisches Programm; und die andern nothwendigen Grundzüge der obigen Verfassung würden sie einem Ministerium, das sie nicht mit doktrinärem Konstitutionalismus quälte, gerne mit verwilligen.

Viel verwickelter ist die Sache aus dem Gesichtspunkte des österreichischen Gesammtstaates betrachtet. Seine Idee und Aufgabe fassen wir, mit den Worten des Verfassers des Sendschreibens, so, „daß er eine brüderliche Verbindung der Deutschen mit ihren jüngern östlichen Nachbarn darzustellen habe, bei welcher die Deutschen ihre industrielle und wissenschaftliche Bildung, die Organisationskraft ihres Bürgerthums und ihre theoretisch gewonnene Freiheit austauschen gegen die frische Kraft und Energie und den Bodenreichthum der Nachbarvölker". Für diese Aufgabe nun findet der Verfasser den Kaiserstaat zu klein, und nach Süden und Südosten, gegen Bosnien, Serbien und die Wallachei ohne scharf gezogene Natur- und Stammgrenze. Entweder muß also das auswärtige Slaventhum die Südslaven Oesterreichs mit sich ziehen — und wohin dieses Gewicht sich zuletzt neigen wird, das weiß Jedermann — oder Oesterreich muß die auswärtigen Slaven in seinen Kreis ziehen. Diese anziehende Kraft findet der Verfasser in einer volksthümlichen Provinzialverfassung, wie er sie vorschlägt, und

Digitized by Google

ohne im Mindesten Vergrößerungs- und Eroberungsgedanken für Oesterreich zu hegen, sind wir ganz in gleicher Meinung. So lange der friedliche status quo im Osten hält, würde eine solche Verfassung in Oesterreich für die Türkei ein Muster sein, ihre nichttürkischen Nationalitäten in ähnlicher Weise zufrieden zu stellen; diese würden sich zu bürgerlicher Gesittung bilden, sie würden nach Oesterreich blicken, als nach der Heimath einer Freiheit, die Rußland niemals bieten kann, und wenn endlich die Krisis ausbräche, wenn die Dinge im Osten sich lösten, so würden sie entweder als selbständige Staaten der großen mitteleuropäischen Reihe sich anschließen, oder von dem österreichischen Staatsverband angezogen werden. Die Moldau und Wallachei würden in Oesterreich eine starke Schutzmacht sehen, auf deren Beistand sie aber nur rechnen könnten, wenn sie auf dem klug und rühmlich eingeschlagenen Weg der socialen Reformen weiter gingen, der von Rußland weg und zu Oesterreich hinführt. Eine andere Frage ist, ob diese für die aufstrebenden Nationalitäten so günstige Verfassung nicht für Ungarn nachtheilig würde. Dies ist um so weniger zu übersehen, als sich die öffentliche Meinung in Deutschland zu Gunsten Ungarns und für ein Bündniß mit ihm vielfach ausspricht. Aber Ungarn könnte seine Verfassung ungestört beibehalten und hätte nur das kleine Opfer seiner Souveränetät zu bringen, Deputirte zum Staatenkongreß nach Wien zu senden und dessen Beschlüssen in Sachen des Gesammtstaats sich zu unterwerfen. Und zuletzt kommt es doch für Oesterreich immer darauf an, daß mit möglichster Befriedigung der Nationalitäten die möglichst starke und einheitliche Politik des Gesammtstaats verbunden werde. Die erste wird aber nicht gefördert, wenn man eine so kompakte Nationalität, wie die der Südslaven, Ungarn unterwirft, und die zweite nicht, wenn Ungarn im Gesammtstaat eine ganz selbständige Stellung einnimmt und z. B. seine Truppen jeder Zeit zurückrufen kann.

Es bleibt uns noch das Verhältniß des Plans zu den drei bedeutendsten Nationalitäten zu besprechen, die davon berührt werden. Die erste und schwierigste Frage betrifft das Verhältniß zu Deutschland. Ein österreichischee Bundesstaat in obigem Sinne wird auf starken Widerstand stoßen bei der zahlreichen Klasse von Politikern, die in dem festen Anschluß Oesterreichs an Deutschland, und daneben in einem ungarischen Bündniß die sichere Abwehr aller Schwierigkeiten und Gefahren für Oesterreich sehen. Wir müssen dabei erinnern, daß es sich nicht sowohl um die Thatsache des Anschlusses, als um die rechte Form dafür handelt. In dem Augenblick, wo die Deputation des deutschen Volkes von den Oesterreichern, und ein österreichischer Fürst, als ihr Erwählter, von den Deutschen mit so freudigem Jubel begrüßt wurde, wer dürfte da an der innigsten Vereinigung des deutschen Oesterreich mit dem großen Stammlande zweifeln? Aber es handelt sich darum, eine Form zu finden, die *allen* Interessen Oesterreichs entspricht; und Oesterreich hat, ein einziges etwa ausgenommen, kein Interesse, das nicht auch ein deutsches wäee. Man muß sich wohl hüten, Oesterreich in einen deutschen und ungarischen Staat zu theilen und seinen dritten Bestandtheil zu übersehen; der Charakter als Großmacht und die mächtige hegemonische Anziehungskraft könnten dabei verloren gehen. Wenn die Provinzen Oesterreichs durch politische und Handelsinteressen, durch geistigen und gewerblichen Verkehr in Eins zusammenwachsen, so wird das deutsche Element die ganze Masse auch an Deutschland heranziehen; daß es daza stets die Kraft behalte, das scheint uns die rechte geistige Bedeutung des Anschlusses, und daß eine Form sich finde, um den deutschen Theilen Oesterreichs noch eine besondere Beebindung mit dem deutschen Gesammtstaat zu erhalten, dazu geben wir die Hoffnung nicht auf. Daß man diese Schwierigkeit, über die man in Deutschland leicht hinweggeht, in Oesterreich bei aller deutschen Gesinnung recht wohl empfinde, das kann die Einladung der deutschen Nationalversammlung nach Wien wohl zeigen.

Was nun Polen angeht, so ist es klar, daß der Schwerpunkt Galiziens, wie die Richtung seiner Geister und seiner Ströme, nicht nach den Karpathen zu, sondern von ihnen abwärts in das polnische Flachland geht. Es ist ein voeübergehender Besitz für Oesterreich, der einst sich lösen und seinen rechten Platz einnehmen muß, ob früh, ob spät, das kann gegenwärtig Niemand voraussagen. Italien läßt der Verfasser des Sendschreibens gänzlich aus dem Spiele; er glaubt, daß es viel mehr und fester zu Oesterreich gehören wird, wenn es unabhängig, als wena es ihm unterwoefen ist; er sieht in einer Ausbildung der verständigen Interessen Italiens für Oesterreich die einzige und sicheee Aussicht, es an sich zu fesseln, und würde seine Küstenstädte von Venedig bis Messina lieber in den Finanzbüchern der österreichischen Kaufleute, als in denen des Staates stehen sehen. Wir möchten dazu noch eine kurze Bemerkung machen. Man hat kürzlich in Wien dem friedlichen Abgesandten des friedlichen Pius seine Pässe gegeben, und darin sieht ein österreichisches Blatt einen Beweis von Energie. Wir würden einen solchen darin sehen, daß Oesterreich durch einen ehrenhaften und raschen Frieden Italien sich selbst überließe, seinen Rücken deckte und mit einer raschen Wendung die Fronte seiner Heere gegen die Donau kehrte.

Wir fordern hier auf dem Weg der Presse die österreichischen Publicisten auf, über den besprochenen Plan ihe Urtheil abzugeben. Sein Gegenstand ist dringend und wichtig und wird es doppelt beim Beginnen des Reichstags und dem eingetretenen Ministerwechsel. Unter ähnlichen Umständen, wie Camphausen, tritt Pillersdorf ab, mit dem Bewußtsein großer Verdienste um Oesterreich. Er hat in den Stürmen der Revolution mit Weisheit nachzugeben, mit gelinder Hand zu moderiren gewußt. Sein Nachfolger aber darf nicht in diesem Gleise bleiben; ihm liegt es ob, kühne und entschiedene Wege mit Besonnenheit zu gehen. Untee den Planen für Oesterreichs Zukunft, die an seinem Geiste vorübergehen müssen, würde auch der obige wohl eine Stelle verdieuen.

Oesterreich. Aus Wien, 9. Juli, schreibt man der „Spen. Zeit.“: Der hier kommandirende General Genf Auersperg hat das Kriegsministerium angenommen, Dr. Bach ist Justizminister und Professor Füster Minister des Kuttus. Alleia diese Veränderung ist nur der Anfang zu aenen Verwickelnngen. Die rad kate Partei begnügt sich nicht damit. Die Reichstagswahlen sollen umgestoßea und der ganze Reichstag in Frage gestellt werden. Dies ist die Hauptaufgabe unserer Radikaten, und es wird ihaen vielleicht getingen. Unsere Nationalgarde ist seit drei Tagen durch die Presse hintänglich bearbeitet, deßhalb wird sie wahrscheiatlich die Haud bieten zu den nas bevorstehenden neuen Umwätzungen.

Wieu, 10. Juli. Der Reichstag hielt seine erste vorbereitende Sitzuag unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Kudier. — Im „Tiroter Boten“ liest man, daß in Grätz am 5. Juti Vermittags neue Unruhen statigehabt haben.

† Aus Tirol, 9. Juli. Die Tagespresse wuchert bei uns jetzt wie Kresse, die Alles „schnell verräth“ wie's im Liede heißt. Dem „Volksblatt“ des katholischen konstitut. Vereins erwächst in dem „Tiroler Wochenblatt“ zu Bozen ein gesinnungstüchtiger Zwillingsbruder. Auch diese Südfrucht gedeiht am Baume der Erkenntniß dessen, „was Tirol und seine Kirche hofft und fürchtet, wünscht und abwehrt.“ Einige Andeugefäage dee Augsbnrger Postzeitung verkünden auch die baldigste Geburt eines in Brixen, dem tirotischen „Derwischabad“, erscheinenden liberaten Blattes, welches einen der Wiener Aula-Legionisten zum Redakteue haben soll, der bisher mit der Büchse in der Hand seiner Heimath gedient hat, nna aber nach der gettteten Feder greift. Unsere fliegende Literatur möchte Sie an das „Nacht-Gevögel“ im Freischütz überraschend erinnern, da fallen Abschiedegrüße tiefbewegter Appellräthe aa schreibende Jesuiten, Berichte aus Frankfurt, Briefe des Michel Deutsch an den Hans Unverzagt über die Klöstener und ihre Vertreiber und Aehnliches zur „zeitgemäßen Betehrung“, wie sie der kathol. konst. Verein, laut Programm, so sehr im Auge hat. Auch jene Partei, die natürlich von der Preßfreiheit keinen Gebrauch machen soll, weil sie die Uttramontaaen ausbeuten wollen, jene „Wühler und Umstürzer“, welche im Grunde genommen die Loyaten sind, regen sich ernstlich. Dr. Guppenberg in Brixen hat einen Aufruf an alle freigesinnten Tiroler erlassen, die er zur Vereinigung und Vertretung ihrer Gesinnung auffordert. Längst hätte es eines solchen Schritles bedurft, der um so anerkennenswerther ist, als es in diesem Augenblicke den entschlossensten Muth voraussetzt. Die Aufregung des Landvolkes ist groß. Braad um Brandstück wird zugelegt, um die Stuthen im Bauche Motochs zu nähren, dem unsere Fanatiker ihre Brüder opfern. Hier ein Beispiel des Zelotenthums, das über die Menge gebieteeisch verfügt. Ein Fremder, Sch. aus Norddeutschtand, Protestant, im Etschland seiner Gesundheit halber überwinternd, zieht nach Partschins, unsern Meran, dort die Ziegenmilchkur zu gebrauchen. Alsogleich fragt der Pfarrer beim Dekan von Meran an, was er mit diesem Gaste zu thun habe. Maa räth zu einem langsamen Verfahren. Ein Hilfspriester spielt sofort den Theilnahmevollen, macht Besuche, und ehe er vielleicht das erwünschte Resultat erzielte, kamen ihm die nebenher aufgereizten Bauern zuvor, erschieneu Nachts bewaffnet vor dem Hause des „Lutters“ und bedrohten ihn mit Gewaltthat und Mord, wenn er mit dem Morgen ihr Dorf nicht

Digitized by Google

stumm. Hr. Sch. stellte Klage bei den Behörden, aber man wollte oder konnte ihm nicht Recht und Schutz verschaffen, worauf er Tirol verließ. Das ist unsere Gastfreundschaft nach der Auffassung derjenigen, die unsere „Väterungenden" retten wollen. Wie mit dieser, ergeht es allmählich mit den andern, die Vaterlandsliebe, die Streitbarkeit des Volkes bedarf stets klerikaler Nachhilfe. Die „Seelsorger" müssen nun die zögernden Schützen aufhetzen, wahrscheinlichst, damit sie in Wahrheit sagen können, von ihnen hänge die Landesvertheidigung ab. Die Burggrafenämter sind endlich nicht ohne mancherlei Widerspenstigkeit nach dem Mondberg aufgebrochen. Im heranglücken Gefecht auf dem Stilfserjoch vom 27. Juni wollen die Bauern den Verrath eines k. k. Officiers verspürt haben und verließen muthentbrannt ihre Posten. Ganz wie Anno 1796, 1805, 1809! Oesterreich und Tirol! als Losung lautets gut genug — und dennoch verstehen sich die Beiden so schwer.

Preußen. ☽ Berlin, 12. Juli. Die bei der langen Dauer der heut fortgesetzten Debatte über den Joh. Jakoby'schen Antrag schon sehr vorgerückte Zeit erlaubt es nicht, vor Abgang der Post mehr als eine kurze Uebersicht des Ergebnisses der sehr wichtigen Verhandlungen zu geben. Nach einer fast achtstündigen Debatte, in welcher sich besonders Jakoby und Waldeck auf der Linken, Sydow, Baumstark, v. Berg, Jungfleisch auf der Rechten auszeichneten, kamen die Fragen zur Abstimmung. Der Ausgang erschien schon lange kaum zweifelhaft, und es konnte der Linken nur noch darum liegen, eine möglichst starke Minorität zu erhalten, indem sie den Hauptantrag getheilt zur Abstimmung bringen ließ. Es entspann sich bei dieser Gelegenheit ein äußerst heftiger Kampf, welches zuletzt gegen die Linke entschieden wurde, worauf also der folgende Antrag ungetheilt zur Abstimmung kam: Die preußische konstit. Versammlung kann den durch die deutsche Nationalversammlung gefaßten Beschluß nicht billigen, durch welchen ein unverantwortlicher, an den Beschluß der Nationalversammlung nicht gebundner Reichsverweser ernannt wird, erklärt sich aber dafür, daß die Nationalversammlung vollkommen befugt war, jenen Beschluß zu fassen, ohne zuvor die Zustimmung der deutschen Regierungen einzuholen — daß es daher der preußischen Regierung nicht zustand, Vorbehalte irgend einer Art zu machen. Es stimmten dagegen 262, dafür nur 53; 48 Mitglieder hatten sich aus leicht erklärlichen Gründen der Abstimmung enthalten. Auch ein Amendement von Bloehm, das einzige, welches zur Berathung gelangen konnte, vermochte ein günstigeres Resultat nicht zu erreichen und entschied die Kammer auf die Frage: ob sie die Befugniß des deutschen Parlaments anerkenne, ohne vorher die Zustimmung der deutschen Regierungen einzuholen, jenen Beschluß zu fassen, durch welchen ein unverantwortlicher Reichsverweser ernannt wird, ob sie jedoch glaube, einer jeden Kritik über jenen Beschluß sich enthalten zu müssen — mit 240 gegen 36 Stimmen gegen dieses Amendement. Uebrigens hatte auch hier die äußerste Linke den Antrag auf Theilung der Frage gestellt, indem sie die Erwähnung der Kritik weg lassen wollte. Als sie auch mit dieser Forderung abgewiesen wurde, enthielt sie sich, jetzt etwa 38 Stimmen stark, der Abstimmung. Der Exminister Rodbertus, dessen Austritt hauptsächlich durch die Politik des jetzigen Ministeriums dem deutschen Parlamente gegenüber veranlaßt worden, war bei der Abstimmung nicht zugegen. —

†† Berlin, 12. Juli. Ein uns aus Breslau zugegangener Brief enthält Details über die Durchreise des Erzherzogs Johann. Sämmtliche Bahnhöfe der Tour waren festlich geschmückt und von den bewaffneten Bürgerkorps besetzt. Der Erzherzog bezeigte den Letzteren sein Wohlgefallen. In Oppeln tragen die Schützen das Wappen der Stadt, einen Hahn, am Helm; der Reichsverweser hielt dies Abzeichen anfänglich für ein republikanisches Symbol und war sehr erfreut, als er seinen Irrthum widerlegt fand. Auf dem Breslauer Bahnhofe fragte er ein in Blusen gekleidetes Bataillon, warum es nicht uniformirt sei? — worauf er die Antwort erhielt: „die Bluse ist die Uniform des Breslauer Bürgers". Unterwegs hat der Erzherzog bedeutende Kenntniß der Landwirthschaft, des Fabrikwesens, des Berg- und Hüttenbetriebes gezeigt. Seine politischen Aeußerungen bezogen sich meist auf den „Krieg der Deutschen mit den Wälschen", an dem er ein hohes Interesse zu finden scheint.

†† Berlin, 12. Juli. Heute früh wurde in einzelnen Bezirken die Bürgerwehr alarmirt, um die Umgebung des Kriminalgerichts, in welchem der Proceß gegen Korn, Löwinson und Siegrist verhandelt werden sollte, zu besetzen, da man auf etwaige Befreiungsversuche gefaßt sein wollte. Obgleich indeß der Andrang des Publikums zu dem Gerichtssaal so groß war, daß schon vor 7 Uhr Niemand mehr den Zutritt zu erlangen im Stande war, so hat dennoch kein Exceß stattgefunden. Wegen der übergroßen Zeugenmenge — es sind deren über 80 zu vernehmen — ist die Verhandlung, welche um 8 Uhr begonnen hat, jetzt (Abends 6½ Uhr) noch nicht beendet und wird wahrscheinlich morgen fortgesetzt werden.

** Aus Schlesien. Auf den Bericht der Abg. Rees v. Esenbeck, Brill und Stein über die bisherige Thätigkeit oder Unthätigkeit der konstituirenden Versammlung in Berlin hat der schlesische konstitutionelle Centralverein gemeinsam mit dem unterländischen Verein in Breslau eine „offne Antwort" ergehen lassen, in der jene Parteischrift der Linken gegen die Rechte, die sich einen Bericht nennt, im Interesse der Wahrheit geprüft wird. Daß die Thätigkeit der Nationalversammlung noch kein Ergebniß geliefert hat, wie es das Wohl und die Ehre der Nation verlangen, das beklagen alle Parteien, der Bericht aber schiebt die Schuld dem abgetretenen Ministerium zu, das die wichtigsten Gesetze nicht vorgelegt habe. Kann man denn eine Civil- und Kriminalgesetzgebung, eine Gemeindeordnung, eine Reform des Unterrichts- und Kriegswesens in den ersten Wochen schaffen? Und überdies hat die Versammlung die Verfassung zu berathen, und für diese reicht es hin, wenn die Grundsätze der künftigen Gesetzgebung festgestellt werden. Mit dem Entwurf der Regierung waren die Vereine auch nicht zufrieden, aber um so mehr hätte die Kammer sich beeilen mögen, etwas Besseres zu liefern und so ihrer wesentlichen Aufgabe zu genügen. Auch die Adreßdebatte würde keine Schuld an der Verzögerung gehabt haben; in ruhigen Zeitläuften mochte sie überflüssig sein, aber in den gegenwärtigen war sie zur Beruhigung des Landes und zur Aufklärung über den Standpunkt des Ministeriums eine wichtige Sache. Und was hätte sie denn bis jetzt zu verzögern gehabt? Jene Anzahl von Interpellationen, die, so unfruchtbar und kleinlich, dazu bestimmt schienen, Zeit zu verlieren und Mißtrauen zu erregen? Sie tragen an der Verzögerung die ärgste Schuld, sie haben den übelsten Eindruck im ganzen Lande und sogar in ganz Europa gemacht und zum großen Theile sind sie das Werk der Linken. Was diese der Rechten vorwirft, darauf haben die Kommittenten im Lande nicht zu antworten; wenn sie aber als den Unterschied zwischen Links und Rechts den Grundsatz der Volkssouveränetät aufstellt, so dürfte man von ihr eine scharfe Auffassung dieses vieldeutigen Wortes verlangen. Die Revolution bedarf als geschichtliche Thatsache keine Anerkennung; sie war ein wesentliches Moment in der Entwickelung unserer Freiheit, aber sie beschränkte sich nicht auf den Straßenkampf vom 18. und 19. März; dieser war nur der Schlußpunkt der Gesammtbewegung, die in den Wochen (und wir möchten hinzufügen, in den Jahren) vorher durch ganz Deutschland ging. Vor jenem Kampfe hatte sich der kgl. Wille in dem Patent vom 18. März der Entwickelung der Freiheit angeschlossen. Der rechtliche Zusammenhang mit den frühern Institutionen wurde nicht völlig vernichtet; die Institution des Königthums vor allen hat noch jetzt ihr rechtliches Dasein, und darum kann die Verfassung nur aus der „Vereinbarung" mit der Krone hervorgehen. Die Grundlage der neuen Verfassung muß die Durchführung der möglichsten Selbständigkeit des Volks von der Gemeinde bis zur Nationalversammlung hinauf sein; diese Ansicht ist aber kein Eigenthum der Linken, sondern allen Fraktionen der Kammer gemeinsam. Wahrlich, die Kommittenten haben das Recht, wahrheitsgetreuere Berichte zu fordern, als dieser ist, der sich nicht scheut, sogar einer der abenteuerlichsten Muthmaßungen über den Rücktritt des Ministeriums Camphausen, die in den Blättern der Partei, die sich vorzugsweise die demokratische nennt, je aufgetaucht war, seine Autorität zu leihen!

Baiern. || München, 12. Juli. Da wir bereits im Herbst dieses Jahres Schwurgerichte erhalten sollen, so hat nun die Regierung den durch das Gesetz vom 12. Mai d. J. ermächtigten ständischen Ausschüssen einen Gesetzentwurf über die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches vom J. 1813 eingereicht, und es liegt bereits ein sehr ausführliches und gründliches Referat von dem Reichsrathe und Oberkonsistorialpräsid. Arnold über diesen Entwurf vor, der in zehn Artikeln besteht und eigentlich nur Modifikationen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches enthält. In den Motiven zum Gesetzentwurfe selbst fällt jedenfalls auf, daß von einer spätern „landständischen" Berathung die Rede ist, da es doch unserm neuen Wahlgesetze zu Folge keine Landstände mehr, sondern nur Abgeordnete des baierischen Volkes gibt, und es scheint also unsere Regierung demgemäß das neue Wahlgesetz für den nächsten Landtag noch nicht in Anwendung bringen zu wollen. — Der deutsche Reichsverweser, Erzherzog Johann, hat unsere Stadt auf seiner Hinreise nach Frankfurt nicht passirt, doch erwartet man ihn auf seiner Rückreise bestimmt dahier. Man hat sich noch in den letzten Tagen auf einen sehr glänzenden Empfang desselben vorbereitet, und ich glaube, er wäre demselben, nach der allgemeinen Stimmung zu schließen, auch

Digitized by Google

zu Theil geworden, da der Ruf seiner Popularität schon bis in die untersten Schichten des Volkes gedrungen ist. Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung soll auch in seiner jüngsten Versammlung eine Adresse an den Reichsverweser beschlossen haben, worin die Mitglieder desselben einen Ausdruck ihrer Gesinnung niederlegten.

Regensburg, 11. Juli. Hier fanden gestern Ruhestörungen Statt, wobei zwei Personen getödtet und sieben verwundet worden sind. Das Nähere ergibt sich aus einem Erlaß der dortigen k. Kreisregierung dem wir Folgendes entnehmen: „Im Namen des Königs". Die gestern Abend in Stadtamhof zwischen Soldaten der hiesigen Garnison entstandenen Streitigkeiten haben leider einigen Uebelgesinnten zur Veranlassung gedient, einen Theil der niedern Volksklasse auf die sträflichste Weise zur Parteinahme in diesen Streitigkeiten aufzureizen, aus welcher in kurzer Zeit tumultuarische Zusammenrottungen vor dem hiesigen Rathhause entstanden, die in offenbare Gewaltthätigkeiten gegen militärische Patrouillen und in die frechsten Beschädigungen des Rathhausgebäudes ausarteten. Traurige Folge dieser sträflichen Auflehnungen gegen die öffentliche Ordnung war es, daß die gewaltsam mit Steinwürfen angegriffenen Militärpatrouillen zur Anwendung der Schußwaffen gezwungen wurden, wodurch allein der beklagenswerthe Verlust von zwei Menschenleben und 7 Verwundeten herbeigeführt ward. Hiedurch stellt sich das Gerücht, als seien jene bedauerlichen Tödtungen und Verwundungen Folge von aus dem Rathhause abgefeuerten Schüsse gewesen, als falsch und unwahr dar.

Würtemberg. ** Stuttgart, 13. Juli. Jetzt hat sich auch der ältere Verein wieder konstituirt; aus seinem Namen ist stillschweigend das „Hauptverein" weggeblieben. v. Wächter, der Kanzler, das Haupt der Richtung, die gesiegt, ist nicht im Ausschusse, er hat wohl eine Wahl ausgeschlagen. Vorstand ist Dr. Rotter, Abgeordneter, außerdem sind auch G. Pfizer, Wolfg. Menzel und Seeger, der Prokurator, im Ausschusse. Der Verein wirbt jetzt eifrig um die Zustimmung der Landesvereine in einer Erklärung, die allen unsern Blättern beigelegt ist; ferner wurde beschlossen, das Pfizer'sche Programm zu unterzeichnen und sämmtliche Unterschriften, Name und voller Stand, zu veröffentlichen. Inzwischen hat sich eine gewaltige Polemik entsponnen, zu unerquicklich, als daß ich Sie damit behelligen möchte. Allein nicht bloß die Gegnerschaft des alten Vereins hat der junge Volksverein erfahren, sondern ganz besonders den Zorn des demokratischen Vereins, der freilich glauben mochte, er könne die ausgetretenen Kräfte mit offenen Armen empfangen, und sich hierin vollständig getäuscht sieht. Deßhalb wird von den Demokraten jetzt der Volksverein „als ein zwischen Himmel und Erde schwebendes, den Tag und die Wahrheit scheuendes Unding erklärt", mit dem Namen „Biedermannsverein" beehrt, und seine offene Erklärung contra Ronge, Bayrhoffer, Metternich vom demokratischen Kreisverein öffentlich mißbilligt. Ist nun der Volksverein so republikanisch, als er verschrieen wird? Es scheint wohl gar nicht. Im Gegentheil wenigstens wiederholt eine Erklärung seines Ausschusses, die ich im Schw. Merkur lese, das was seine Hauptredner auch in der letzten Sitzung des alten Vereins für die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Basis ausgesprochen haben, und verheißt nochmals dem jetzigen Ministerium seine Unterstützung. Es scheint mir somit, daß die Mißstimmung der Alten eine ungerechte ist; auch bringt bereits der Beobachter eine Reihe von Erklärungen von Landesvereinen, welche sich auf die Seite des Volksvereins schlagen. Es ist jetzt von Göppingen aus auf den 24. d. eine Versammlung von Abgesandten aller Landesvereine ausgeschrieben; diese wird wohl die Streitfrage in die Hand nehmen. Neben beiden Vereinen regt sich fortwährend in unserer Stadt gewaltig der demokratische Kreisverein. Vergangenen Sonntag war in Eßlingen eine demokratische Versammlung, auf der 9 Vereine mit an 2000 Mitgliedern durch Abgesandte vertreten waren. Der Stuttgarter Kreisverein wurde dort als Vermittlungsorgan mit Frankfurt und Berlin anerkannt; somit wäre der Kreisverein, den die Herren in Frankfurt beschlossen, konstituirt. Die „Mannh. Abendz.", der Ulmer „Erzähler" an der Donau (Schifferlag), die „neue rheinische" ꝛc. endlich als Hauptorgan Rau's „Sonne" werden empfohlen. Man hört aber die weiteren Mittel, welche den Zwecken der Demokraten dienen sollen: als Aufgabe wird bezeichnet, sich mit den verschiedenen Turn- und Arbeitervereinen in Verbindung zu setzen, die Wähler der Mehrheitsabgeordneten in Frankfurt sollen Zurückgabe des Mandats in ihre Hände verlangen, die Einberufung Heckers, Freilassung der politischen Gefangenen und Rückberufung der Flüchtlinge wird verlangt, Erklärungen gegen Römers Manifest ꝛc. werden beschlossen. Da haben wir in unserem Schwaben genug politische Parteien: Konservative und Konservativliberale, Aristokraten und Liberale der alten Schule, alle zusammen im allen vaterländischen Vereine; dann die jugendlich-entschiedenen Liberalen im Volksvereine und die Demokraten im demokratischen Vereine! Wie wünschenswerth wäre Einigung der besseren Elemente und tauglichen Kräfte aus beiden ersten! — Der König ist heute nach Frankfurt abgereist, um dem Reichsverweser seine Aufwartung zu machen; er hat vor der Abreise dem Lande noch ein anerkennenswerthes Angebinde gemacht, nämlich 200,000 fl. von der Civilliste für das Jahr 1848/49 nachgelassen. — Man wundert sich über einen Umstand bei einem vorgestern zur Johannisfeier gehaltenen Festmahl, von dem man nicht weiß, ob es Ungeschicklichkeit des einzelnen Beamten oder Anordnung ist; der Toast auf den Reichsverweser wurde erst nach dem auf unsern König ausgebracht. Auch wurden nur 50 statt der üblichen 101 Kanonenschüsse von der Bürgerartillerie abgefeuert; Letzteres ist sicher nicht Schuld des Korps selbst, das durchaus für deutsche Einheit begeistert ist. Woher wohl diese Kanonade bei uns, die wir fern von deutscher Sonderbündelei sind?

Baden. Δ Mannheim, 14. Juli. Die bairischen Truppen ziehen erst heute ab; an ihre Stelle kommen Badner, man sagt 600 Mann vom Leibinfanterie-Regiment. Diese reichen schon aus und die besorgten Gemüther beruhigen sich allmählich. Wir waren so lange daran gewöhnt, die Regierung in allen öffentlichen Dingen handeln zu sehen, daß wir uns nicht die Kunst zutrauen, selbst für Aufrechthaltung der Ordnung sorgen zu können. Wir haben daher, wenn auch nicht mit äußerem Gepränge, doch mit stiller Freude, die rasche Einsetzung einer Exekutiv-Gewalt begrüßt und in diesem echt staatsmännischen Akt den Vorboten einer großen und glücklichen Zukunft gesehen. Wir können es nur einer Anwandlung übler Laune zuschreiben, wenn Ihr Neckar-Korrespondent in Nr. 193 dem ganzen deutschen Volk zur Last legt, was einige eitle Literaten verschuldet haben und fortwährend verschulden. Diese leben freilich noch in dem süßen Traum, daß sie die öffentliche Meinung repräsentiren, und gebehrden sich sehr ungehalten darüber, daß die Reichsversammlung, unbekümmert um ihr allerhöchstes Mißfallen, rüstig voranschreitet. Sie merken so wenig, wie der König von Hannover, den Umschwung der Zeiten und die völlige Verrückung des Schwerpunkts. Die deutsche Nation will eine feste innere Gestaltung, welche ihr freie Hand gibt, nach Außen einheitlich und nachdruckvoll zu handeln. Daß die Times dies nicht begreifen, mag man ihnen verzeihen; sie werden aber das Verständniß schon finden, wenn erst 500,000 Bajonette den Beschlüssen der Reichsversammlung den gehörigen Nachdruck geben. Hat doch der schlaue Karl Albert eingesehen, wie unklug es wäre, einem deutschen Herr den Weg über die Alpen zu bahnen, und für gerathen gehalten, die Blokade von Triest aufzuheben (!). Haben wir auch noch keine Flotte nach Triest zu entsenden, so sind wir mit einem Landherr viel näher bei der Hand, und die strada d'Allemagne führt ebensowohl nach Italien als nach Deutschland. Das werden die Times am Ende auch noch begreiflich finden. Dänemark gegenüber sind wir freilich nicht in gleicher Lage; aber Rom hat einst ohne Schiffe den Kampf mit Karthago angenommen und ist am Ende siegreich daraus hervorgegangen. Zudem bildet in sechs Monaten die Natur selbst eine feste Straße über den Belt, und dann möchten die Dänen vergebens nach ihren Schiffen umschauen. So lange wir einig sind, können wir es noch mit ganz andern Feinden, als die Dänen, aufnehmen; diese Einigkeit zu begründen, zu bewahren, zu befestigen, ist die große Aufgabe eines Jeden, der es redlich mit dem Vaterlande meint. Der erste entscheidende Schritt dazu ist geschehen. Dank der Entschlossenheit, Mäßigung und Einsicht der Reichsversammlung. Daher der ungeheure Volksjubel; das deutsche Volk weiß, was ihm Noth thut und läßt die selbstgefälligen Schwätzer und Schreiber eben schwätzen und schreiben.

Hessen. ☽ Darmstadt, 12. Juli. Auch bei uns spricht sich täglich das Bedürfniß nach Herstellung und Befestigung der Ordnung und Gesetzlichkeit dringender und lauter aus, als dem hauptsächlichsten Mittel zur Wiedererstehung des tief gesunkenen Vertrauens und Belebung der in gleichem Maße darniederliegenden Gewerbe. Namentlich erhoben sich auch in unserer zweiten Kammer schon mehrmals kräftige Stimmen in diesem Sinne, und die Regierung sagte strengere Handhabung der Gesetze zu. Am 7. d. erschien denn auch eine ausführliche Proklamation des Großherzogs, mitunterzeichnet von sämmtlichen Ministerialvorständen, welche unter Anführung des bisher schon im Geiste der neuen Freiheiten Geschehenen, unverbrüchliche Bewahrung und Fortbildung derselben wiederholt verspricht, aber auch den Staatsbürgern Schutz gegen die verderblichen Umtriebe einer Alles unterwühlenden Partei verheißt und zu strenger Ausübung der Gesetze auffordert. Zugleich hat man, diesen Achtung zu verschaffen, an verschiedene Punkte des Landes, wo sie zunächst bedroht erschienen, Truppen abgesendet, mit diesen nach dem Odenwalde einen Civilkommissär und Untersuchungsrichter, welche bereits, wie man hört,

Digitized by Google

Verhaftungen von Unruhestiftern vollzogen haben. Um aber die erschütterte Ordnung neu zu befestigen, genügt es nicht, daß die Regierung mit Entschiedenheit gegen die Anarchie auftrete, sondern die Bürger selbst müssen zu diesem Ziele mit Eintracht zusammenwirken. Sie müssen dieselbe Thatkraft, denselben Eifer für Erhaltung der gesetzlichen Freiheit entwickeln, welche ihre Gegner zu deren Sturze anwenden, wollen sie nicht alle Güter des Lebens, Person und Eigenthum, die wahre Freiheit, ja die Civilisation selbst bedroht sehen. Hier hat sich bereits ein konstitutionell-monarchischer Verein zu diesem Zwecke gebildet, der, kaum ins Leben gerufen, schon über 2200 Mitglieder aus allen Ständen zählt, eine sehr erfreuliche Erscheinung! Möge sie in allen Orten des Vaterlandes rasch Nachahmung finden; denn noch ist die Zahl der guten Bürger, welche die Freiheit nur in der Ordnung und Gesetzmäßigkeit wollen, worin sie allein bestehen kann, und denen die Fürst und Vaterland geladte Treue und beschworenen Pflichten kein leerer Schall sind, die bei Weitem überwiegende. Es gilt nur kräftig zu handeln und vereint mit Muth und Entschlossenheit überall den Feinden des Vaterlandes entgegen zu treten; denn diese sind Alle, welche seine Gesetze und den Willen der unendlich großen Mehrheit, vertreten in der Nationalversammlung zu Frankfurt, nicht achten. Der gute Geist unserer Bürger sprach sich gestern noch bei einer andern, einer höchst erfreulichen Veranlassung aufs Würdigste aus. Kaum wurde es bekannt, daß der neue Reichsverweser, Erzherzog Johann, auf welchen sich alle Blicke vertrauensvoll richten, in dieser Zeit der Noth und Gefahr des Vaterlandes, in der Wahlstadt eintreffe zur Uebernahme seines erhabenen Amtes, als sich allgemein der Wunsch äußerte, dieses große Ereigniß festlich zu begehen. Unter Glockengeläute und Kanonendonner zogen nach 4 Uhr Nachmittags Tausende in feierlichem Zuge vom Markte durch die von einer freudig bewegten Menschenmenge angefüllten Straßen auf den großen freien Platz vor dem Rheinthore. In wohlgeordneten Abtheilungen, von Hunderten von Fahnen und Standarten überwallt, voran das große deutsche Reichsbanner, erblickte man die Veteranen, die Turner, die Gesangvereine, die Bürgerwehren, die Zünfte, die Schulen, den Stadtvorstand, die Geistlichkeit aller Konfessionen, die Landstände, den Präsidenten der ersten Kammer, Prinzen Emil von Hessen an ihrer Spitze, Beamten, Gymnasium, höhere Gewerb- und Realschule, das Militär ꝛc. ꝛc. Der imposante Zug, der wohl eine Stunde lang dauerte, stellte sich auf dem Platze um die errichtete Tribüne auf und stimmte mit den ihn rings umgebenden Volksmassen aus vollem Herzen einen Wrihegesang auf den Reichsverweser an, worauf Prälat Dr. Zimmermann eine wahrhaft ergreifende Rede, würdig des erhabenen Gegenstandes der Feier, hielt und des Himmels Segen für das begonnene große Werk und des Vaterlandes Wohl und Einracht erflehte. Der Choral „Nun danket Alle Gott" folgte, dann mit angemessenen kurzen, aber warmen und kräftigen Worten, unter dem Donner des Geschützes und fast endlosem allgemeinen Jubel, Lebehoch dem Reichsverweser und dann dem Großherzoge, ausgebracht von Bürgern.

* Vom Rhein, 14. Juli. Sie haben wohl Ihren mephistofelischen Freund ganz vergessen, der Ihnen vor einem halben Jahre zuweilen unter dem Zeichen, das ich diesem Briefe wieder vorsetze, vertändelte, und unter Einfälle heiterer Laune seine böse Laune unterweilen verbarg. Ich hatte Ihnen damals vorhergesagt (denn ich glaube wie selbst eine „wohlbekannte Person" zu sein), daß meine Clownische Ader nicht aushalten würde, weil ich eben zu launisch sei, um auf die Länge launig zu sein. Die Zeit ist zu groß, zu ernst, zu tragisch geworden, als daß sie harmlosen Scherz ertrüge; die Katastrophe des ersten Dramas ist noch nicht erschienen, geschweige daß die Trilogie unserer politischen Leidenschaft durchgespielt wäre; es ist zu früh zum satyrischen Nachspiele; der Humor versteckt sich auf der Zunge, die von den ungewöhnlichen Dingen gelähmt ist. Der Witz spielt nur um bewältigte, übersehene Gegenstände, denn nur sie lassen sich in Vergleiche und Gegensätze bringen: das Unfertige und Unvollendete spannt andere Geistesgaben als den Schaefsinn der Laune an. Unvollendet aber scheint mir das jetzt Geschehende in Deutschland dermaßen, daß ich Das, was hinter und vor uns liegt, kaum für den Anfang des Anfanges ansehe. Was in dem Gewaltigen und Unabsehbaren dieser Tagesereignisse allein zu einiger Heiterkeit, zu einer verlorenen Laune stimmen kann, das ist, wenn man sich in der Zeit auf den Tag, auf den Augenblick isolirt und Zukunft und Folgen vergißt, oder wenn man sich im Raume aus dem großen Ganzen ein Stückchen herausfaßt, einen Rahmen auf ein Fleckchen des weiten Bildes legt und sich aus dem historischen Riesenwerk ein Genrebildchen zur Betrachtung herausnimmt. Diese Betrachtung hat sich mir hier in Frankfurt aufgedrängt, wo ich mich für eine Weile angesiedelt habe, um der Entwicklung der Dinge aus ihrem Centrum zuzusehen, so daß ich billiger Weise vom Main hätte datiren müssen, wenn es nicht das Alte Charakterzeichen gegolten hätte. Davon bin ich nun weit entfernt, daß ich etwa die ganze Nationalversammlung als ein solches übersichtliches Stück Zeit und Raum zur muuteren Betrachtung mir ausgehoben hätte; denn wahrhaftig, wenn Etwas bei uns jetzt eine inkommensurable Größe ist, so ist es diese Versammlung, und ich wollte Den sehen, der mit Sicherheit voraussagte, ob sie uns Berg oder Thal, ob Rauch oder Hauch einst enden wird. Nicht sie also eignet sich zum Vorwurf für die Feder eines Mannes meiner Art, selbst die lustigen Personen dieses wohlversorgten Theaters, die hier ungeschickter Weise die Tyrannen, die Böswichter, die Helden spielen, welche den Herodes überherodisiren, selbst sie wirken, daß ich es ohne Metapher sage, weit eher auf den Ekel als auf die frohe Laune. Gleichwohl will ich nicht verreden, daß ich noch einmal über sie meinen Rahmen zu decken suche; sonst aber gibt es in dem bewegten Leben, das sich hier ausbildet, so Mancherlei auszuscheiden und auf das Lästerstübchen zu setzen, daß sich mir Angesichts dieser neuen Dinge die Lust regte, meine alte Beobachtungsinge einmal wieder anzunehmen. Und Sie selbst haben mir diese Versuchung geschärft. Sie sind in diesem Wirbelwind, der über uns gekommen ist, so unbewegt geblieben, obgleich Sie mit bewegten; Sie haben mitgemacht, aber nicht, wie so viele Tausende mit sich machen lassen, Sie haben den Kopf nicht verloren, der Hunderten dreht und taumelt, der gesunde Menschenverstand ist bei Ihnen Meistee geblieben, obgleich die süderliche Genialität der Revolutionssucht allein jetzt gangbare Münze ist. Das ist allein die Atmosphäre, in der sich ein grader Sinn umtreiben kann, dem es vergönnt sein muß, einmal mit der ganzen Welt im Hader zu liegen, wenn sie fieberhaften Vorurtheilen nachgeht. Um endlich zur heutigen Tagesordnung zu kommen: solch einem Vorurtheile scheint mir die Welt anzuhängen in ihrer Beurtheilung des wackeren Heckscher; auch in Beziehung auf diesen Namen macht mir einer Ihrer Karrespondenten erst guten Muth, mit der Farbe herauszugehen. Sie haben das Präsidium zu tadeln gewagt um seinen kühnen Griff, ich tadle das Bureau um seine Wahl der Deputation nach Wien. Die Versammlung hätte in allgemeiner Wahl Männer wie Dahlmann, Beckerath, Herrmann und so manchen Andern, die eine höhere Anschauung der politischen Lage Deutschlands mitgebracht hätten, schwerlich übergangen. Das linke Centrum aber trug auch hier, wenn nicht die Mehrzahl, doch den Sieg davon. Gegen Jucho, Heckscher und Raveaux waren die meisten Andern zurücktretende Naturen und bescheidene Redner; in Heckscher's Reisebericht erschienen auch nur Er und Raveaux als die epischen Helden dieser Odyssee, und die linke Seite als das breite Gebiet der ganzen Nationalversammlung. Dieser Reisebericht nun ist ein solches Fleckchen und Genrebildchen in dem großen Zeitgemälde, auf das ein Rococorahmen vortrefflich paßt; schon sind die Hände rege, um diese Reisebeschreibung für die fliegenden Blätter zu illustriren, und der Stoff ist groß, wenn auch einförmig. Heckscher's scharfer Verstand ist vorher fast bei allen Gelegenheiten seines Auftretens mit Recht bewundert worden; sein rasch entschlossener Geist, seine derbe Aufrichtigkeit, gepaart mit großer Gutmüthigkeit, seine gleiche Unbekümmertheit und Rücksichtslosigkeit gegen Rechte und Linke verschafften ihm die jedesmaligen Ausdrücke eines allgemeinen Behagens an seiner Persönlichkeit so oft er hervortrat. In der schiefwinger Sache entwickelte er vielen Takt u. eine natürliche Geschicklichkeit der Auffassung politischer Verhältnisse. Dies Alles konnte Niemanden, der einige Psychologie und Physiognomik hat, über die originale Bildung dieses Sonderlingsgeistes irren. Ihr 00 Korrespondent von hier hat sie mit zwei Worten bezeichnet. Seine Beurtheilung ist vor dem Mittwoch dieser Woche geschrieben, ohne diesen Mittwoch hätte sie bei Allen angestoßen, auch ihm wird sie allen Verständigen zufallen. An diesem Tage sprach er seinen Reisebericht. Das thut mir leid um uns Alle! wir wird das von den Times ausgebeutet werden! welch ein Stoff für Punch und Charivari! Eine stundenlange Rede von dem Jubel in Nürnberg, von dem Jubel in Regensburg, von dem Jubel in Wien, von dem Jubel in Mähren und Sachsen; und dann von den Tafeln in Wien und von den Tafeln in Breslau und von den Tafeln in Dresden; und wieder von der Last der Ehren, die auf die Nationalversammlung und ihre Deputirten fiel, von Behörden und Vereinen, von Fürsten und Volk, von Frauen und Jungfrauen. Hier und da eine taktlose Erzählung von einem Toast in Breslau und von der Unverschämtheit eines thüringischen Studenten — ich gestehe, so viel selbstgefällige Breite in dem Bericht der selbstverstandenen Dinge bei einem solchen Anlasse und so knappe Kürze in der Berührung der politischen Bedeutung dieser Reise hätte man einem Berichterstatter selbst in manchem Kasino nicht verzeihen. Ueberall Kopfschütteln, Lachen,

Digitized by Google

kurzweilte Langeweile, das tiefere Gefühl der Entrüstung. Die volkssouveräne Herrlichkeit der Versammlung, das war die politische Quintessenz, die aus dieser Reise einzig und allein gezogen wurde. Die zwei großen Wahrheiten, die sich jeder flache Leser aus den Zeitungsberichten herausgriesen hat: daß diese Wahl und diese Reise der Kurboten überall das Gefühl des erneuten Vertrauens erweckt hat, und daß sie Zeugniß von dem keineswegs erstorbenen monarchischen Geiste des Volkes gegeben, diese Wahrheiten sind mit keiner Silbe auch nur erwähnt worden. Mit all dem wäre mir Heckscher erst recht lieb; seine eigene schlichte Unbekümmertheit der Minorität spielte sich in diesem Vortrage ungenirt fort. Daß er sich selbst nicht kennt, und nicht ermißt, für welche Geschäfte seine Gaben taugen, das liegt ganz in diesem Charakter. Andere hätten ihn nicht zu diesem Geschäfte ausersehen sollen. Was mir aber nicht lieb ist, das ist der bei dieser Gelegenheit zu Tag gekommene Mangel an Menschenkenntniß. Denn nun kommt das tragikomische Ende der Sache. Dieser Mann wird Freitags Minister der Justiz im heiligen deutschen Reiche. Dazu hätte man ihm freilich noch weniger das Talent abgesehen. Bestätigt es sich, daß Er bis heute der einzige Minister ist, daß er den Erzherzog nach Wien begleiten wird, daß Schreckenstein und Camphausen abgelehnt haben (und dies ist leider nur zu gewiß), so ist der erste Griff in dieser wichtigen Sache ein Mißgriff. Zum Minister gehört überall ein klassischer Geist, der, von allem barocken Eigensinne und lokaler Bildungsfarbe frei, die Dinge im Großen, durch alle Entstellungen der Berichte, klar und wahr zu erfassen versteht; er muß nicht allein selbst keine Beille tragen, sondern durch alle Brillen der fremden Augen, deren er sich bedienen muß, wie ein Beillenloser hindurchsehen. Der Sonderling ist der fernste Gegensatz des Geistes, der an solch eine Stelle taugt. Aber es ist ein gemüthlicher Sonderling, der dem gemüthlichen Reichsverweser zur Hand ging; nun sitzt er im politischen Rathe voran. Wenn wir dabei gut berathen werden, will ich es loben; für jetzt verzeihen Sie mir, wenn ich die brausenden Hoffnungsvollen, die auch in Ihrem Blatte sogar zuweilen reden, nicht ohne Bitterkeit auslache.

§ Frankfurt, 13. Juli. Nach dem feierlichen Akt des gestrigen Tages kehrte heute die Nationalversammlung wieder zu der Berathung der Grundrechte des deutschen Volks zurück. Nachdem so Großes geschehen, wollte es schwer werden, die Aufmerksamkeit auf die zahlreichen Anträge über die Fassung des §. 2 zu richten, insbesondere nachdem die auseinandergehenden Ansichten sich bereits in der vorigen Woche zur Genüge ausgesprochen hatten. Anstatt, daß eine Vereinbarung unter den Antragstellern in Beziehung auf ihre Amendements, wie es gewünscht wurde, zu Stande gekommen wäre, fanden die Abgeordneten heute abermals einen halben Bogen mit neuen Amendements über diesen Paragraph auf ihren Pulten liegen. Da verloren fast Alle den Muth, sogar die Professoren, nur die Antragsteller nicht. Solange die Versammlung in der Paulskirche tagt, sind nicht so viele vergebliche Reden gehalten worden, wie heute. Sehr wenige derselben wurden angehört, und selbst diese nur theilweise, dafür aber werden sie in den stenographischen Berichten gedruckt und sind dadurch für das große Publikum außer der Paulskirche nicht verloren, vorausgesetzt, daß es sie liest. Der Mangel an Aufmerksamkeit rührte nämlich nicht daher, daß nicht etwa viel Gutes und auch gut gesagt worden wäre, sondern vielmehr daher, daß man schon am ersten Tage der Diskussion die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß durch jede weitere Fortsetzung desselben für die Sache durchaus Nichts mehr gewonnen werden könne. Den principiellen Streit über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit zur Erledigung zu bringen, kann natürlich die Aufgabe der Nationalversammlung nicht sein. Vielmehr handelt es sich nur darum, wie viel von den in den deutschen Einzelstaaten bestehenden Beschränkungen in Beziehung auf den Gewerbebetrieb und die staats- und gemeindebürgerlichen Berechtigungen aufgegeben werden soll, um dem Grundsatze einer allgemeinen Gewerbefreiheit und einer Gleichstellung aller deutschen Staatsbürger näher zu kommen, so daß der Uebertritt dieser aus einem Staate in den andern und aus einer Gemeinde in die andere den möglichst wenigen Hindernissen unterliege, und sie nach diesem Uebertritte die möglichst geringe Verschiedenheit der Verhältnisse vorfinden. Hier treten sich aber nicht bloß die politischen Gegensätze über sociale und bürgerliche Gleichberechtigung entgegen, sondern es durchkreuzen sich auch so viele Partikularinteressen, daß eine Diskussion hierüber in das Unendliche fortgesetzt werden kann, ohne etwas Anderes zu gewinnen, als immer nur neue Widersprüche. So ist auch der heutige Tag vergangen, ohne eine größere Uebereinstimmung herbeizuführen. Ich führe Ihnen aus der Diskussion selbst nur das Bemerkenswertheste an.

In der Richtung nach der Linken von dem Majoritätsantrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses aus sprachen sich Schüler, Koch, Löw, Dieskau, Spatz, Schlüssel, Salzwedel und Wedekind aus. Schüler aus Jena verlangt, daß kein deutscher Staat fortan mehr zwischen seinen Angehörigen und den Angehörigen eines andern deutschen Staates einen Unterschied bezüglich der bürgerlichen, peinlichen und Processrechts machen dürfe. Löw. Ohne das Recht absoluter Freizügigkeit gebe es gar keine Gewerbefreiheit. Mit großer Wärme spricht der Redner über die Pflicht, sich des bedrängten Gewerbestandes anzunehmen, ihm eine freiere Bewegung zu verschaffen und ihm dadurch die Möglichkeit zu bereiten, sich aus seiner gedrückten Lage emporzuarbeiten. Wenn die Nationalversammlung das beste Reichsgrundgesetz ausarbeite, Flotten schaffe, Admirale ernenne und Heere aufstelle, ohne daß dem Staatsbürger Freiheit in der Ausübung seiner gewerblichen Verhältnisse im ganzen großen Vaterlande verschafft werde, so habe sie für die wahre Einheit und Freiheit Deutschlands so viel wie Nichts gethan. Seine Rede erhielt von beiden Seiten des Hauses großen Beifall. Am Weitesten in dieser Richtung ging Schlüssel. Er will keinerlei Beschränkungen gelten lassen. Das Recht, überall sich niederzulassen, sich einzubürgern und Gewerbe zu treiben, welche man wolle, komme jedem Menschen unrechtlich zu. Ob wohl die Gemeinden mit diesen unrechtlichen Ansprüchen auf die Gemeindenutzungen und gemeindebürgerlichen Berechtigungen sich so leicht befreunden möchten? Indessen weiß Hr. Schl. wohl, daß er nicht Gefahr läuft, eine Mehrheit für seine Anträge zu gewinnen. Kolb aus Rheinbaiern sucht die Sätze Herrmanns aus München zu widerlegen. Er stellt sich gleich jenem auf den Boden der Erfahrung und stellt den beigebrachten statistischen Notizen anderer nicht uninteressante Worte entgegen. In Rheinbaiern, wo volle Freizügigkeit und Gewerbefreiheit Statt finde, habe die große Parzellirung der Grundstücke den Sinn für das Eigenthum vermehrt und die Produktion des Bodens ausnehmend erhöht. Auch die Sittlichkeit sei sehr befördert worden dadurch, daß die Möglichkeit, eine Familie zu bilden, fast Jedem gegeben sei. In Altbaiern ist das Verhältniß der unehelichen Geburten zu den ehelichen 100 zu 338, in der Rheinpfalz dagegen 100 zu 910. Hemmung des Gewerbewesens hilft der Noth nicht ab, eher des Fabrikwesens, aber auch dagegen nützen keine Beschränkungen, sondern allein eine bessere Bildung des Gewerbstandes. Freizügigkeit ohne Gewerbefreiheit sei eine leere Illusion; denn das Recht sich irgendwo niederzulassen, ohne ein Gewerbe treiben zu dürfen, sei so gut, wie gar keins. Er will die Bestimmungen hierüber nicht den Einzelstaaten überlassen, sonst bliebe Alles beim Alten. Wenn die Einführung der Gewerbefreiheit auch für viele Landestheile unbequem für den Augenblick sei, so müsse man sich in das, was einmal für das Ganze nothwendig sei, schicken. Der Augenblick sei aber dazu jetzt vorhanden, man dürfe ihn nicht vorüber gehen lassen, weil er nicht sobald wiederkehre. Wenn eine Gleichstellung in dieser Beziehung nicht zu Stande käme, so würde dies ungerecht sein gegen diejenigen Provinzen, welche freie Institutionen bereits besitzen; dennoch würden auch in diesem Falle die Bewohner dieser Provinzen ihre ihnen lieb gewordene Freiheit nicht wiederaufgeben.

Dem letzten Redner widerspricht Reichensperger aus Trier und zwar ebenfalls vom Standpunkte der Erfahrung. In Rheinpreußen habe man dieselben freien Institutionen wie in Rheinbaiern; aber hier seien die Gewerbtreibenden gerade der entgegengesetzten Ansicht; sie wünschen, von der Gewerbefreiheit befreit zu werden. Wenn die Freiheit sich organisiren wolle, so müsse sie von sich selbst immer etwas abgeben; wie viel das sei, das richte sich nach den Verhältnissen und Zuständen der Länder. Ein rücksichtsloses Einschreiten werde hier immer verderblich wirken. Beisler bemerkt gegen die Erlassung eines allgemeinen Reichsgesetzes in gewerblicher Beziehung, an dem Tage, an welchem ein solches erlassen werde, welches nothwendig störend in die Verhältnisse der Gemeinden und des Gewerbswesens eingreifen müßte, gebe man den Einzelregierungen ein Mittel in die Hand, alle Beschlüsse der Nationalversammlung zurückzuweisen. Leider ist diese Bemerkung nur zu wahr und bezieht sich nicht bloß auf allgemeine Gesetze in der genannten Beziehung. Schwarzenberg aus Kassel erkennt in der völligen Gewerbefreiheit die Ursache des Proletariats in Frankreich und der blutigen socialen Revolution daselbst. Die Gewerbefreiheit sei dort hauptsächlich die Ursache gewesen, daß das Kleingewerbe von dem Kapital verschlungen worden sei. M. Mohl vertheidigt den Majoritätsantrag gegen die Abweichungen nach beiden Seiten. Er will nicht, wie Herrmann, die Gesetzgebung für eine besondere Klasse von Staatsbürgern diesen allein überlassen, den Gewerbetreibenden so wenig ein Gesetz über den Gewerbebetrieb, als dem Adel ein Gesetz über die Adelsrechte. Das heiße man in Schwaben den Bock zum Gärtner setzen. Unter den Nachtheilen des

Zunftzwanges, wie derselbe vielfach jetzt noch besteht, hebt er hervor die Uebersetzung einzelner Gewerbe, die Hinderung eines vernünftigen Betriebes desselben, die Unmöglichkeit von einem Gewerbe zum andern überzugehen, wenn die Produktion eines Gewerbes aus der Mode kommt. Die Ungeduld der Versammlung gegen das Ende der Diskussion steigerte sich auf einen hohen Grad, so daß zuletzt viele Redner, in der Voraussicht, nicht angehört zu werden, es über sich gewannen, ihre ohne Zweifel sehr schöne Rede für sich zu behalten.

Die Diskussion ging hierauf auf §. 3 über. Derselbe lautet: „Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf keinem unbescholtenen Deutschen verweigert werden".

Hönbek trägt auf den Strich desselben an, weil er ganz überflüssig sei. Der Berichterstatter erläutert über hierauf, daß unter dem allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechte (Reichsbürgerrecht) und dem besonderen Staatsbürgerrecht allerdings ein Unterschied sei, und daß man nicht annehmen könne, daß das letztere durch die Aufnahme in eine Gemeinde an und für sich gewonnen werde. — Zu dem Majoritätsantrage liegen zwei Minoritätsgutachten vor. Das erste, welches dahin geht: „Einer besonderen Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines einzelnen deutschen Staates bedarf es für den Deutschen nicht, sondern er erwirbt alle Rechte der Eingeborenen durch die feste Niederlassung in dem Lande", wird von Ahrens begründet; es vertrage sich mit der Einheit Deutschlands nicht, daß die politischen Manthtinien fortbestehen. Rob. Mohl begründet das zweite Minoritätsgutachten: „Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf an keine andern Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen". Es haben bisher zweierlei Verhältnisse für die Bürger bestanden, das Staatsbürgerrecht und das Gemeindebürgerrecht; dazu trete nun ein Drittes, das Reichsbürgerrecht. In Beziehung auf das Staatsbürgerrecht, welches fortbestehen müsse, weil damit nicht nur besondere Rechte, sondern auch besondere Pflichten verbunden seien, solle nur der Willkür hinsichtlich der Aufnahme vorgebeugt werden. Als Bedingungen seien festzuhalten: 1) Unbescholtenheit, damit nicht ein Staat dem andern alle seine schlechten Menschen aufladen könne, und 2) Nachweis, daß man sich und seine Familie ernähren könne. Außerdem würden vermögliche Gemeinden mit Gesindel aus allen Weltgegenden überschwemmt und in kurzer Zeit ruinirt werden. Er habe in dieser Beziehung Nachrichten und Petitionen aus seiner Heimath erhalten, wo man mit wahrer Verzweiflung auf die Freiheit sehe, mit welcher man bedroht sei. — Die Diskussion hierüber wird am Montag fortgesetzt, und hoffentlich gelangt man alsdann zur Abstimmung über den Artikel I.

ϑ Frankfurt, 14. Juli. Die dreiviertelige Erklärung, mit welcher der König von Hannover seine Zustimmung zu der Wahl des Reichsverwesers begleitete, ließ heute die Nationalversammlung abermals nicht zu der festgesetzten Tagesordnung kommen, indem dieselbe einen auf jene Erklärung bezüglichen Antrag des Abg. Wesendonk für dringlich genug hielt, sogleich in die Berathung desselben einzugehen. Wesendonk begründete den Antrag, daß die Nationalversammlung die Centralregierung auffordere, die Erklärung und die Vorbehalte des Königs von Hannover entschieden zurückzuweisen, indem er nachwies, daß in diese Vorbehalte fast alle, selbst die wichtigsten Beschlüsse der Nationalversammlung hineingezogen werden könnten. Er wurde in seinem Antrage nicht allein von der Linken unterstützt, sondern das Centrum sprach sich noch viel stärker gegen das hannövrische Aktenstück aus und verschärfte den gestellten Antrag.

Am bedeutungsvollsten sprach in dieser Sache ohnstreitig Bassermann, der dieselbe Angriffswaffe wie gegen den König von Hannover, so gegen die demokratisch-radikale Partei richtete, welche der Autorität der Nationalversammlung sich zu entziehen sucht und gegen dieselbe in der Berliner Kammer manövrirt. Mit der größten Schärfe trat Wydenbruck gegen die hannövrische Erklärung auf, er stellte den Antrag, die Nationalversammlung möge beschließen, daß die Centralgewalt aufzufordern sei, die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt selbst und des über ihre Errichtung von der Nationalversammlung erlassenen Gesetzes von der Staatsregierung in Hannover zu fordern. Wesendonk und der größere Theil der Linken vereinigten sich natürlich gerne mit diesem weitergehenden Antrage; die radikal-demokratische Aeußerste aber wollte sich doch den Ruhm nicht nehmen lassen, mit einem jedes Maß übersteigenden Antrage durchzufallen. Sie formulirten demnach einen dahin, daß der König von Hannover, in Folge seiner Erklärung aufgefordert werden solle, seine Regierung in die Hände der Centralgewalt niederzulegen, und es dann dem souveränen Volkswillen der Hannoveraner zu überlassen, sich eine Regierungsform nach Belieben zu wählen. Die Barrikadenrede des Abg. Simon von Trier, mit welcher dieser Antrag begründet wurde, gab der würdig gehaltenen Diskussion einen nicht ebenso würdigen Schluß. Der Wydenbruck'sche Antrag wurde von der Versammlung angenommen, und damit der Beweis gegeben, daß das Centrum wohl wisse am rechten Orte und im rechten Augenblick Ernst zu machen. Außer dieser hannöverschen Angelegenheit kam noch das Geldausfuhrverbot in Oesterreich zur Berathung. Sämmtliche österreichische Deputirte, welche sprachen, auch die der Linken, nahmen die Maßregel in Schutz, jedoch, wie zu erwarten war, ohne Erfolg. Der Kommissionsantrag, daß die Nationalversammlung dieses Dekret für eine den übrigen deutschen Staaten gegenüber nicht zu rechtfertigende, und mit der Einheit Deutschlands unverträgliche Maßregel erkläre, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

♂ Frankfurt, 14. Juli. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß von dem Erzherzog Johann heute zu Reichsmilitärs ernannt wurden: für den Krieg von Peucker, preußischer Generalmajor, für das Innere von Schmerling, für Justiz: Heckscher, die beiden letztern Mitglieder der Nationalversammlung. Die Ernennung für das Auswärtige, für Handel und Finanzen stehen noch bevor. — Angesichts der Wichtigkeit der gerade jetzt für den Reichsverweser vorliegenden Gesetze soll dieser sich entschlossen haben, vorerst nicht nach Wien zurückzukehren.

Großbritannien.

London, 10. Juli. (Hume-Cobden'sche Anträge auf Wahl- und Parlamentsreform. Forts.) Ehe wir zu den Vorträgen der einzelnen Redner über die beantragte Wahl- und Parlamentsreform übergehen, möge uns die Bemerkung erlaubt sein, daß sich die Berathung durch Ruhe und parlamentarischen Takt auszeichnete; diesen gediegenen Ernst darf man vom englischen Parlament gerade bei Fragen erwarten, welche Lebenspunkte der Verfassung berühren und mit dem Interesse und der Stellung ganzer Klassen verflochten sind. Die Mitglieder des englischen Reichstages glauben dem Volke, welches sie in's Parlament gesandt hat und dessen Wohl und Wehe sie vertreten, diesen Ernst, diese Würde, diese Besonnenheit schuldig zu sein. Eigentlich feiool ist ein englisches Partamentsmitglied nie, leidenschaftlich und auffahrend höchstens bei persönlicher Berührung, wobei man sich schließlich jedoch meist mit gutem Humor abfindet, oder die Beleidigungen gegenseitig mit großer Gemüthsruhe in die Tasche steckt. Der Begründer des Antrags, Hr. Hume, ist ein nüchterner Kopf, ein guter Rechner, den Reformen hauptsächlich aus Ersparungsgründen geneigt, weil er hofft, daß, wenn sie durchgehen, der Sturz der aristokratischen Kaste nicht lange auf sich warten lassen kann, die Regierung an die sogenannte Mittelklasse übergehen, und von dieser der Staatshaushalt wohlfeiler besorgt werden würde. Demselben Ziele strebt Cobden zu, dem namentlich alle unnöthigen Ausgaben für das Heerwesen und selbst für die englische Seemacht zuwider sind, der, nebenbei gesagt, durch seine Freihandelsideen den Krieg abgeschafft zu haben glaubte, welcher Versicherung, da sie Angesichts der hereinbrechenden Revolutionen und Kriege geschah und kurze Zeit darauf Lügen gestraft wurde, seinem Ansehen in der Meinung eigentlicher Staatsmänner nicht wenig Eintrag gethan hat. Umfassendere politische Kombinationen liegen nicht in der Begeistsphäre Cobden's, er ist wärmer, idealischer, anregender als Hume, doch auch weniger praktisch, auch winden sich seine Ideen in einem beschränkten Halbkreise des Freihandels, allgemeinerer Wahlen und des ewigen Friedens ab. Hume und Cobden sind, wie einige philosophische Naturen, die aus höhern menschlichen Principien gemeinsame Sache mit ihnen machen, fordern zwar die „breiteste demokratische Grundlage", aber auch die Monarchie als Spitze der Pyramide, während Männer, wie Muntz, Scholefield u. s. w. sich offenbar dem Republikanismus zuneigen. Sie und Gleichgesinnte halten das Königthum für kostspielig und unnütz, ohne weiter danach zu fragen, was denn aus England morgen werden würde, wenn man heute die Monarchie abschaffte? Denn bei der Einführung der Republik in unsern komplicirten monarchischen Staaten ist noch nicht sofort die Republik da, sondern ein Chaos, das eben so gut zur Anarchie, wie zur militärischen Diktatur und mithin zum Verlust aller mit so vielen Anstrengungen errungenen Freiheiten führen kann. Diese republikanisch Gesinnten in England hüten sich auch, die Republik als solche zu empfehlen, aber sie lassen keine Gelegenheit vorübergehen, die Civilliste und die Kostspieligkeit der unnützen Hofchargen zum Vorwand zu nehmen, um die Monarchie, gegen die, wo sie verderbt ist, ganz andere Gründe sich geltend machen lassen, allmählich in Verruf zu bringen. Aber wenn auch das Königthum in England abgeschafft und dadurch die Civilliste und einige Gehalte für Hofämter erspart werden sollten, so läßt sich doch kaum erwarten,

Digitized by Google

daß diese Ersparnisse groß genug sein würden, um im weitern Umkreise auch nur gespürt zu werden, eher würde man in London selbst ihren Verlust spüren. Diese Civilliste und Besoldungen werden im eigenen Lande verzehrt, während Gutsbesitzer, reich gewordene Advokaten und Spekulanten u. s. w. Millionen im Auslande verthun, ohne daß Herr Cobden, der ja selbst große Rundreisen durch Europa gemacht hat, seine Stimme dagegen erhebt. Dieser mit Herrn Hume, Munt, Scholefield u. A. m. an die Spitze der Geschäfte gestellt, würden ein Knauserregiment in England einführen, bei dem sich mindestens Kunst, Wissenschaft und verwandte Zweige sehr unbehaglich fühlen würden. Für die Humeschen Reformvorschläge stimmten endlich außer den Genannten und Gleichgesinnten noch eine Zahl jener irischen Radikalen, welche gegen die Regierung systematische Opposition machen, auch bei ihrer Einführung hoffen dürfen, die irische Nationalpartei im Parlament durch eine größere Anzahl Mitglieder vertreten zu sehen. Als eine Anomalie verdient erwähnt zu werden, daß neben dem Chartisten O'Connor, der die Humeschen Reformen jedoch nur als eine Abschlagszahlung betrachtete, auch Lord Dudley Stuart, irren wir nicht, der einzige Lord, dafür stimmte. Der arme ehrgeizige Lord, der Stifter der Polenbälle, bei denen nur die vornehmste Welt erscheint, sieht sich nun in der Lage, zu Gunsten des Wahlrechts armer Hungerleider zu stimmen, weil er sich seinen Wählern des radikalen Wohlfleckens Marylebone mit Haut und Haar verschrieben hat! (Forts. f.)

Die Times enthalten aus Hull, 10. Juli Abends, Nachstehendes über den Waffenstillstand mit den Dänen: „Das Gerücht geht, daß der König von Preußen sich weigert, den von England und Rußland vorgeschlagenen Vertrag zu bestätigen, ohne die Zustimmung des deutschen Parlaments, welches, wie man erwartet, ihn nicht bestätigen wird. Die aus Kopenhagen eingelaufenen Nachrichten lauten noch immer kriegerisch. Das Volk ist entschlossen, den Kampf mit erneuerter Kraft fortzusetzen; die Dänen sagen: die Deutschen können einen solchen Vertrag nicht ratifiziren, und wenn sie es nicht thun, so ist uns — den Dänen — der Beistand anderer Mächte sicher."

Nachdem die Einzelnheiten der ministeriellen Bill in Betreff der westindischen Zuckerzölle berathen worden, hat das Unterhaus der Zollskala, wie sie das Ministerium beantragt, mit einer Mehrheit von 56 Stimmen seine Bewilligung ertheilt.

Frankreich.

Paris, 12. Juli. Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung legte der Minister des Innern drei wichtige Gesetzentwürfe vor. Der erste, die Kaution der politischen Journale betreffend, setzt die Kaution für die täglich erscheinenden Journale in Paris und den drei Departements der Seine, Seine und Oise und Seine und Marne auf 24,000 Fr. fest (diese Kaution war unter Louis Philipp 100,000 Fr.) und für alle übrigen Departements auf 6000 Fr. Der zweite, die Bestrafung der Preßvergehen betreffend, ist nur eine neue Auflage der frühere bestehenden Preßgesetzgebung. Der dritte über die Klubs bedingt, daß jeder Klub vor seiner Eröffnung die vorläufige Anzeige bei der Behörde mache, daß seine Sitzungen öffentlich seien und ein Kommissär denselben beiwohne. Das erste Gesetz trifft eine Reihe von Blättern sehr hart; seit dem 24. Febr. halten alle neu entstandenen Blätter keine Kaution entrichtet und sollen nun die frühere hohe Kautionssumme nachzahlen. Dessenungeachtet werden diese Entwürfe angenommen werden; man ist schon jetzt in der Periode angelangt, wo man vom Rausche der schrankenlosen Freiheit übersättigt, die Ruhe um jeden Preis will.

Aus der Gesammt-Uebersicht der Berathung der Bureaux über den Verfassungs-Entwurf geht nun hervor, daß sich die überwiegende Majorität der Versammlung für das System einer einzigen gesetzgebenden Versammlung ausspricht. Nur Thiers und die ehemalige Linke sind für zwei Kammern.

Eine offizielle Note des Secretariats der Exekutivgewalt zeigt heute an, daß die Untersuchung gegen die Theilnehmer der letzten Insurrektion rasch fortschreite. Die Verhöre von 3000 Gefangenen seien bereits ganz beendigt und 168 davon in Freiheit gesetzt worden, da keine beschwerenden Inzichten gegen sie vorlagen. Zugleich wird auf das Bestimmteste erklärt, daß alle in Umlauf gesetzten Gerüchte über nächtliche Hinrichtungen u. dgl. gänzlich unwahr seien.

Der Moniteur enthält heute einen Tagsbefehl des Kriegsministers Lamoricière an die Armee, worin er erklärt, die Armee habe in den Junitagen ihre Schuldigkeit gethan und sich nach dem Ausspruche der Nat.-Vers. wohlverdient um das Vaterland gemacht. Nur ein Detachement habe seine Pflicht verletzt, und zwar die Voltigeurkompagnie und die 1., 2. u. 4. Kompagnie des 2. Bataillons des 18. leichten Inf.-Reg., welches auf der Place des Vosges (ehem. Place Royale in Marais) umzingelt, sich von den Insurgenten ohne Widerstand entwaffnen ließ. Der Chef der Exekutivgewalt wollte dieses Mal nicht die ganze Strenge der Militärgesetze walten lassen, aber er habe bestimmt, daß der Bataillons-Kommandant, zwei Hauptleute und zwei Lieutenants dieses Departements, durch Entziehung ihrer Stellen, aus der Armee entfernt und die fünf Kompagnien aufgelöst werden.

Italien.

* Rom, 4. Juli. Das gegenwärtige Ministerium hatte geglaubt, sich der diplomatischen Relationen des hl. Stuhls mit gleicher Leichtigkeit bemächtigen zu können, wie dies ihm mit der Usurpation der Administrationsgeschäfte theilweise gelungen war, und während man den durch Karl Albert alterirten Gedanken des Zollvereinverbands bereits groß genährt zu haben meinte und sich dem Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses nahe wähnte, schien Nichts erwünschter als das Eintreffen eines französischen Botschafters, von dem man sich wohl gar geschmeichelt haben mag, er sei nur des Ministeriums Mamiani wegen von der Republik nach Rom gesandt worden. Wie unangenehm aber war die Ueberraschung, als der Citoyen de Harecourt dem Grafen Marchetti, der ihm den ersten Besuch machte, erklärte, mit dem Kirchenstaat als weltlicher Macht habe er Nichts zu schaffen, der sei zu unbedeutend. Dem Papst, als dem Oberhaupt der Kirche, habe die Republik die ausschließliche Ehre eines Botschafters zuerkannt. Als solcher aber könne er mit niemand Geringerem als mit einem Kardinal in diplomatische Verbindung treten. Denken Sie sich die Stimmung, welche sich des dupirten Ministers der weltlichen auswärtigen Angelegenheiten des Kirchenstaats bemächtigte. Als ein Mann von Talent und Verdienst mußte er sich jetzt über das Falsche seiner Stellung vollkommen klar werden. Wahrscheinlich mag er in Folge von diesem Zusammentreffen auf seinen Posten Verzicht geleistet haben. Daß er dies gethan habe, versicherte wenigstens vorige Woche der Präsident der Pairskammer. Um so größere Befriedigung hat dieser Vorfall dem Kardinalskollegium gewährt. Man äußert sich in demselben schon wiederum freier und das Staatssekretariat verläugnet jetzt offen die ihm gesetzte Vormundschaft. — Das gestrige geheime Konsistorium hat sich mit den politischen Frageponkten außer Berührung zu halten gewußt. Sechzehn Bischöfe sind ernannt worden, und die Allokution erklärte sich leidlich günstig über den im vorigen Jahre durch Graf Blondoff mit Rußland abgeschlossenen Traktat. — Die Civica, welche in Vicenza und Treviso kapitulirt hat, kommt jetzt sammt und sonders hierher zurück. Wer wieder mit in den Krieg ziehen will, muß sich vorher in die Linie aufnehmen lassen. — Mamiani wird wahrscheinlich an Innenemancipation und Arbeiterministerium den Hals brechen. Ersteres trifft auf Vorurtheile bei dem Volk, dieses auf den Widerspruch mit dem Tridentischen Concil, welche alle Wohlthätigkeitsanstalten der Verwaltung der Bischöfe unvertraut.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[647] **Anzeige,**

die stenographischen Berichte der konstituirenden Nationalversammlung betreffend.

In wenigen Tagen wird der erste Band der stenographischen Berichte über die Verhandlungen der konstituirenden Nationalversammlung von 100 Bogen geschlossen sein, und es beginnt damit ein zweites Abonnement auf weitere 100 Bogen zu 1 fl. 12 kr. rhein. od. 1 fl. C.-M. od. ⅔ Thlr. Preuß. Cour.

Man abonnirt bei dem nächsten Postamte. — Es wird dringend gebeten, die Bestellungen auf dieses zweite Band möglichst bald zu machen, damit die Größe der Auflage darnach bestimmt werden könne und nicht bei späteren Nachbestellungen eine Verzögerung der Ablieferung eintrete, wie dies leider beim ersten Bande der Fall war.

Frankfurt a. M., 28. Juni 1848.

Im Namen der Nationalversammlung:

Die Redaktionskommission.

[647] **Dienstantrag.**

Durch Beförderung unseres ersten Gehilfen ist dessen Stelle in Erledigung gekommen und soll wo möglich sogleich, jedenfalls aber binnen drei Monaten wieder besetzt werden.

Nur wohlbefähigte, geschäftsgewandte Individuen wollen sich um diese Stelle, womit ein freier Gehalt von 500 fl. nebst freier möblirter Wohnung verbunden ist, melden.

Salem, 4. Juli 1848.

Großh. Markgr. Bad. Rentamt.

Lodin.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Glover 6 King., 73 Lowgate-Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und Nordamerika Länder wende man sich an C. L. Alexandre in Straßburg Nr. 20 Brand., Paris Nr. 20 Notre Dame de Lorette.

Deutsche Zeitung.

Die Handexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 197. **Heidelberg, Montag 17. Juli.** **1848.**

Uebersicht.

Parteien und Parteibegriffe in der Nationalversammlung. — **Wien** (die Vorversammlung des Reichstages. Die Verhandlung in deutscher Sprache geführt. Das Ministerium noch nicht vollständig). **Berlin** (Graf Bülow Unterstaatssekretär. Amnestie wegen Forstfrevel. Kriegsgerichtliche Urtheile. Verhandlungen der Kammer über den Jakoby'schen Antrag). **Baden** (Erklärung K. Heinzens gegen Hecker). **Frankfurt** (Aufruf des Reichsverwesers an das deutsche Volk. Partikularismus des Königs von Hannover. Verhandlungen der Nationalversammlung über die hannöv. Erklärung. Rückblick auf die letzten Verhandlungen. Konstit. Bewegung. Erfreulichere Aussichten. Erklärung des Reichsministeriums. Die Amnestie verworfen. Verhandlungen über den Antrag des Ausschusses für Wehrbarkeit).

Schweiz. Baierische Note an den Vorort.

Belgien. Empfang der französ. Gesandschaft.

Großbritannien. Die Hume-Cobden'schen Anträge auf Wahl- und Parlamentsreform.

Frankreich. Allarmgerüchte. Der Nationat über die neuen Gesetzentwürfe. Ledru Rollin und die Freischaaren. Der Papst erkennt die Republik an.

Heidelberg, 16. Juli.

Die „Frankf. O.-P.-A.-Z." enthält, seitdem sie von ihrer wunderlichen Verirrung unter der Wiesner'schen Redaktion zurückgekommen ist, eine Reihe von leitenden Artikeln, die sich an den Gang der Parlamentsverhandlungen anschließen und sie von dem Standpunkte der Mehrheit der Versammlung aus mit Geschick und Würde besprechen. Es ist dies einer der ganz wenigen Gewinne, welche die deutsche Presse bis jetzt aus der angehenren Bewegung gezogen hat, in der wir nun schon über vier Monate leben.

Dies ist eines der Symptome, das uns bei der Ueberdenkung unsres letzten Stückes Geschichte bedenklich den Kopf schütteln macht. Ist dies ein Volk, dem eine große politische Zukunft voraussgesagt werden darf, dies Volk, das so großen Anforderungen gegenüber, nach gefallener Censur, bei diesem maßlosen Eifer der Freiheit, indem es sich zu einem neuen Leben anschickt und seine Verbindung zu einem neuen Staate umformt, mit seiner Presse und seiner Preßfreiheit nichts Besseres anzufangen weiß, als wir bisher gethan haben? Nichts Besseres? Nein, selbst nicht einmal etwas im Parteisinne nur irgend Geeignetes und Zweckdienliches. Wenn man im Auslande dies Organ der Linken, diese „Reichstagszeitung", als ein Blatt der Revolutionärs, als den Ausdruck des Republikanismus halten und studiren wollte; und man suchte da Marats blutige Wuth oder die phantastische Schwärmerei der romanisirenden Franzosen zur Revolutionszeit oder irgend einen antiken, durch Einfalt, Größe, rücksichtslose Kraft imponirenden Lebens- und Staatsgrundsatz, und man fände statt dessen diese Skurrilitäten, diese durchgehende Frivolität, diese Blöße und proletarische Armuth an der geringsten politischen Habe und Einsicht, diese Genredildchen und Tableten, würde man nicht mit Recht den Schluß ziehen: dies ist keine Partei von Staatsmännern oder gar Revolutionsmännern, dies ist eine Partei von Feuilletonisten, und dies Volk, in dem das Extrem in solchen Zeiten nichts Anderes gebiert, als dies, ist und bleibt ein Volk von Literalen und Nichts sonst. Denke man sich, Natur oder Schicksal wiese uns bald nach dieser Bewegung wieder zur Ruhe, wir mieden jede größere auswärtige Kollision auf die Dauer, wir fielen in eine Stagnation des öffentlichen Lebens zurück, so würde jene extreme Seite den zähen Kampf der Ausdauer und politischen Regeneration, wie früher, nicht direkt im Staats- und Parlamentsdienste, sondern vorzugsweise scheidend, dichtend und philosophirend fortsetzen, und ein Zustand unserer Literatur würde zu Tage kommen, gegen den der bisherige, bei dem uns schon oft genug graute, nur ein Kinderspiel wäre. Es ist darum nicht genug anzuerkennen, wenn sich irgendwo die Presse regt, um diesem Wesen ein Gegengewicht zu halten, und wenn sich Blätter bilden oder umbilden, denen man doch einigermaßen abmerkt, was in der Zeit eigentlich vorgeht. Solch eine Aenderung, sagten wir, geht mit der „O.-P.-A.-Z." vor; man sieht es ihr an, daß sie an einem Orte geschrieben wird, der der Mittelpunkt des politischen Lebens in Deutschland werden soll.

Doch dies beiher. Wir hatten heut eigentlich nicht mit den Gegensätzen der O. P. A. Zeit., sondern mit ihr selbst zu thun. Sie enthält in ihren letzten Nummern einige Aufsätze über unsere Beurtheilung der parlamentarischen Wirksamkeit Heinrichs v. Gagern, Aufsätze die auch in die Flugblätter von Jürgens als Originalartikel abgedruckt sind. Es ist den Freunden des Präsidenten ernstlich daran gelegen, scheint es, ihn gegen uns in Schutz zu nehmen. Wir wollen ihnen dabei selbst zu Hilfe kommen. Die Aufsätze sagen, es fehle ihrem Verfasser fast der Muth, an welchem die D. Z. so reich sei, an einem solchen Mann wie Gagern vereinzelte Worte und Thaten zu prüfen. An diesem Muthe soll es uns auch künftig nicht fehlen, und wir sind überzeugt, daß wir unsern ehrenwerthen Präsidenten auf keine Weise besser ehren können, als durch diesen Muth der völligsten Aufrichtigkeit. Wir haben übrigens noch mehr Muth als diesen. Wir haben den Muth, dem Verfasser des Artikels in der O. P. A. Z. seine sämmtliche Argumentation zuzugeben, sein Lob und Ehrenzeugniß des Präsidenten ganz zu unterzeichnen, dessen gute Absicht und, soweit sich die Dinge jetzt entwickelt haben, dessen richtigen Instinkt anzuerkennen, und dennoch nicht zu fürchten, daß man uns des Wankelmuths und der Achselträgerei zeihen werde. Nicht aus Rechthaberei, noch viel weniger aus Streitsucht greifen wir den Gegenstand noch einmal auf; denn eine so gelassene und gehaltene Polemik, wie die der zwei Aufsätze, die wie vor uns haben, ist nach dem was wie gewöhnt sind, ein Friedenszustand für uns. Nur weil der ganze Vorgang, zusammt der Beurtheilung, die er auch in diesen Aufsätzen erfährt, für unser Parteiwesen so ganz charakteristisch ist, ergreifen wir den Anlaß gerne, noch einige nachträgliche Bemerkungen ganz allgemeiner Art zu machen, ohne auf das Persönliche zurückzukommen. Denn der Wunsch jener Vertheidiger kann nicht größer sein, als es der unsrige ist, daß der Präsident, dessen edle Natur noch dieser Tage bei seinem Benehmen in der Ministerfrage, in all ihrer uneigennützigen Größe erschien, vollständig gerechtfertigt erscheine, nicht allein was seine Motive und Grundsätze betrifft, sondern was in dieser Sache weit mehr wiegt, durch den guten Erfolg seines Schrittes und durch dessen Dauerhaftigkeit.

Denn nur vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit sind wir andern Sinnes mit dem Präsidenten gewesen, der auch nur gerade von diesem Standpunkte aus seines Sinnes war. Wir können geirrt haben; bis jetzt darf man uns sagen, wir hätten geirrt; wir wünschen auf die Dauer geirrt zu haben; wir haben auch keineswegs geglaubt, daß wir, was den Erfolg angeht, sogleich Recht behalten würden. Wir haben nur geglaubt, das „Wohl des Vaterlands", das durch diese Wahl gefördert werden sollte, wäre noch gefahrloser gefördert worden, wenn man allen Anstoß vermieden hätte, würdiger gefördert worden, wenn man lieber einen Anstoß mit der Linken gewagt hätte, als einen mit den Regierungen und mit den Volksstämmen. Wir sind ganz und gar nicht der Meinung, und kein Mensch kann bei einiger Selbstprüfung dieser Ansicht sein, daß „die Umstände in diesem einzelnen Falle die Ausschließung der Mitwirkung der Regierungen nothwendig und darum rechtlich (?) zulässig gemacht hätten." Wenn dies der Fall gewesen wäre, so hätten wie den Schritt aus Herzensfülle gut geheißen. — Die Umstände waren aber so, daß die Wahl durchaus ebenso schnell geschehen, die Regierungen ebenso aller

Digitized by Google

Verlegenheit überhoben gewesen wären, wenn die Versammlung gewählt, aber den Regierungen in der Anerkennung das Genehmigungsrecht vorbehalten hätte. Sie wären damit zugleich der Verlegenheit enthoben gewesen, vor Aus- und Inland als im Zustande des Zwangs zu erscheinen, als beseitigt und unterworfen unter die Gewalt der Revolution. Wir Alle wären einer möglichen, der größten aller Verlegenheiten enthoben gewesen, daß nicht künftig einmal bei einem unglücklichen Gang, bei einem Rückgang der Dinge die Regierungen sich auf diese Beseitigung stützen und den Anfang der einheitlichen Gestaltungen Deutschlands und mit ihm wer weiß welche Folgen für ungiltig erklären könnten, weil er einseitig begründet worden sei. Man hat die Erklärung von Hannover gelesen. Sie war und ist unschädlich, wenn Alles gut ging und geht. Lehnte der Erzherzog ab, worauf man in Hannover gerechnet zu haben scheint, so war die Gelegenheit für den Partikularismus gegeben, in dem Trüben der einheitlichen Gesetzgebung und Konstitution zu fischen. Man denke sich aber Preußen ebenso gesinnt, wie Hannover (und man verschaffe sich doch nur die Berliner Maueranschläge über die Wahl des Erzherzogs, die so voll wahren Witzes und witziger Wahrheit sind, um zu sehen, welche Stütze man dabei im Volke gehabt hätte); man denke sich Baiern ebenso gestimmt wie Preußen (und man weiß, wie nah das dort gelegen ist), so wird man begreifen, daß es nur unter diesen drei Staaten einer Verständigung bedurft hätte, um den Erzherzog von der Annahme abzuhalten und die gewünschte Trübe zu schaffen. Glaube doch Niemand, daß dieses Wahlverfahren auch jetzt vergessen wäre. Es wird schon angeschrieben bleiben. Und hüte man sich ja vor ähnlichen Schritten, sonst gibt man dem Partikularismus die gerechtesten Waffen in die Hand. Davor zu warnen, das war die wohlgemeinte Absicht unserer Aeußerungen, und wir rathen noch heute, sie wohl zu beherzigen.

Was aber eine Hauptverschiedenheit unserer Ansicht von denen des Präsidenten und denen des Verfassers jener Aufsätze in der O. P. A. Zeitung bildet, das ist unsere Art zu denken über jenen Eifer um große Majoritäten. Man soll principielle Spaltungen um allen Preis vermeiden, damit man so viele Stimmen als möglich vereinige; wie oft hört man in Frankfurt diesen Grundsatz aussprechen! Und so oft er ausgesprochen wird, ist Alles einig, ihm Beifall zu geben: die Linke, weil sie weiß, daß er das Signal ist, ihr ein Opfer zu bringen, die Rechte — aus der Natur der Gutmüthigkeit, die bei ihr zu Hause ist. Verarge man uns nicht unsere Schärfe: wir meinen, Parteisinn und Parteibegriff hat noch gar nicht angefangen, so lange man solche Sentimentalitäten wie unbestrittene Weisheitssätze herumträgt. Principiis obsta: das heißt nicht allein, den Anfängen, sondern auch: den Principien widerstehe! Wie kann es für eine rechte Seite eine Wahl sein, wenn es sich darum handelt, sich gegen die Linke für eine Sache der Gesetzlichkeit zu entscheiden, oder gegen die Gesetzlichkeit um der Verträglichkeit mit der Linken willen?! Wo ist bei diesen Versuchen selbst nur der sichere Erfolg? Bei der Abstimmung über das Wahlverfahren hatte man sich 135 Stimmen der Rechten entfremdet; hätte man die Mitwirkung der Regierungen gewahrt, so hätten nicht so viele Stimmen auf der Linken dagegen gestimmt; quantitativ wäre die Majorität, die man suchte, größer geworden; und nun lese man erst qualitativ die Namen, die dort oder hier stimmten! Diese gekünstelten Vereinigungen haben schon etwas Häßliches, wenn sie ein Ausdruck des Eigensinns, des starren Parteieifers sind: wenn wir erleben werden, daß sich Ultramontane und Revolutionäre verbinden, die Lostrennung der Kirche vom Staat durchzusetzen, so werden wir das des Näheren erfahren. Aber immer sind dies Verbindungen nur auf kurze Frist, und bei denen jede Seite ihre eigenen Wege geht und ihre eigentlichen Zwecke unerschütterlich betreibt. Viel verwerflicher aber sind in jedes kräftigen Mannes Augen solche gekünstelte Majoritäten, wenn sie der Ausdruck der Flauheit, der Unfähigkeit zu straffen Ueberzeugungen, der nachgiebigen Schwäche, der unzeitigen Verträglichkeit und Gutherzigkeit sind. Die Linke, die mehr Parteiinstinkt schon durch ihre Minderheit erhält, weiß davon nicht weiter, als daß sie diesen Popanz von der Nothwendigkeit großer Majoritäten in ihrem Interesse auf das Geschickteste ausbeutet. Gebe man ihr heute die Eine Stimme über die Hälfte, die ihr die Herrschaft in der Nat.-Vers. verschafft, und morgen werden wir sehen, wie sie mit dieser Einen Stimme Vollziehungsausschüsse schafft, Staaten und Throne umzuwerfen versucht, Konvent spielt und die Republik dekretirt — gänzlich unbekümmert, für so große Dinge große Majoritäten zu gewinnen. Wenn ihr die Rechte dann ihr gutmüthiges Beispiel ins Gedächtniß riefe, wenn sie bettelte um Vermittlung, um Vermeidung der Principienfragen!! Mit „dem Hohngelächter der Hölle" würden die Freunde des Herrn Kapp antworten. Und von Rechtswegen. Denn diese mattherzige Art von Politik verdient sich den äußersten Hohn. Wie auch immer die Linke sein möchte, das könnte sie immer mit Recht für sich anführen: daß sie sich selbst treu bleibe und gerade in Principien unerbittlich sei. Und das ist es, was Parteien Nachdruck und Stärke gibt, nicht aber die Nullen und Ziffern einer charakterlosen und zusammengebettelten Majorität; das allein ist es, was Minoritäten so oft einen plötzlichen Sieg über verjährte Mehrheiten verschafft hat; das allein ist es, was politische Achtung in Anspruch nimmt.

Oesterreich. Wien, 10. Juli. Die „Allg. Z". bringt nachstehende Mittheilungen: Nach der heute Morgen bei Schwarzer stattgefundenen Vorversammlung begaben sich die Deputirten in den für sie bestimmten Sitzungssaal, erwählten zum Vorsitz als Alterspräsident Professor Kudler, als Vicepräsidenten Hrn. Wein und Hrn. Mannheimer, letzterer ein Rabbiner, welchen aber die anwesenden kath. Geistlichen als Kollegen begrüßten und zur Annahme des Amtes aufforderten. Die äußerste Linke war gehäuft voll, etwa 100. Die Linke wenig besetzt, an der äußersten Rechten saßen meistens galizische Bauern, bei welchen auffiel, daß sie keine Schnupftücher bei sich hatten, und im Centrum befanden sich einzelne Hofräthe und einzelne Bauern. Die Versammlung beschloß, daß nur in deutscher Sprache verhandelt werden soll, wozu selbst die galizischen Bauern stimmten, die erst fragen, um was es sich handle, nachdem sie ihre Stimme abgegeben hatten. Partsch, Geier, Resdeda, Demel, Brazdil, Kudlich wurden als Schriftführer gewählt. Die ganze Versammlung bestand aus 189 Deputirten, und erklärte ihre Beschlüsse als provisorisch weil der Beschlußfassung nicht die gehörige Anzahl beiwohnte. — Das neue Ministerium ist noch nicht vollständig zusammengesetzt. Vorläufig kann ich Ihnen darüber aus guter Quelle melden, daß anstatt des gestern von mir angezeigten Hrn. Bruck aus Triest Hr. v. Schwarzer das Departement des Handels erhalten wird, anstatt des Herrn v. Stifft, der sich weigerte die Finanzen zu übernehmen, soll Hr. Horabostel (Fabrikant) in dieses wichtige Departement berufen werden. Als die übrigen Mitglieder des neuen Kabinets werden in den bestunterrichteten Kreisen diejenigen genannt, welche ich Ihnen gestern bezeichnete, nur soll Hr. v. Dodlhoff noch über die Besetzung des Kriegsministeriums zweifelhaft sein. Morgen soll die definitive Liste des neuen Kabinets zugleich mit dem Programm seiner leitenden Grundsätze erscheinen. Man glaubt von Hrn. v. Dodloff, daß er sich zu dem entschieden radikalen Prinzip bekennen und namentlich für das Einkammersystem sich aussprechen wird.

Preußen. ☽ Berlin, 13. Juli. So hat denn gestern die große Entscheidung stattgefunden, wodurch die preußische Versammlung sich mit einer an Stimmeneinheit grenzenden Einmüthigkeit gegen einen Antrag erklärte, in dessen Folgerungen die republikanische Staatsform enthalten. Doch höher als diesen vor der Bedeutung des Frankfurter Parlaments zurücktretenden Beschluß schlagen wir den Muth an, mit welchem man nach einer anderen Seite hin die Stirne bot. Jenes undeutschen Agitation gegenüber, welche in dem gesetzlichen Stane des preußischen Volkes den Fels fürchtete, an dem ihre Politik der Zügellosigkeit zu zerschellen drohte, und welche daher diesen Fels des Rechtes und der Ordnung im Sturme der Revolution mit allen Mitteln höhnenden Leichtsinnes zu unterhöhlen versuchte, wurde ein Bollwerk aufgerichtet, welches zu zerstören den „wahren Vaterlandsfreunden" nicht gelingen wird, sofange Preußen seine Ehre und sein Heil in der Wohlfahrt Deutschlands findet. — Was die Verhandlungen selbst betrifft, so hat die Versammlung mit wahrhaft bewunderungswürdiger Gründlichkeit die Lage der Dinge in Deutschland sich klar zu machen gesucht, und obwohl von vornherein die Gründe für und wider den Antrag erschöpft wurden, mit einer die größte Anerkennung verdienenden Geduld und mit unparteiischem Sinne den beiderseitigen Ansichten zur nachhinderten Entfaltung Raum gegeben. Es ist hinreichend, um die Haltung der Parteien zu charakterisiren, einige der hervorragendsten Redner anzuführen. Der Antragsteller selber begann damit, den Zweck seines Antrags in das Licht zu setzen. Es sei unbedingt nöthig, bemerkte er, die Stellung Preußens zu Deutschland offen und entschieden auszusprechen. Eine andere Zeit wäre dazu vielleicht günstiger gewesen, aber die Erklärung der Minister ließe keine Wahl, weil Stillschweigen Zustimmung sein würde. Zwar sei das Ziel klar, die früheren und die gegenwärtigen Minister hätten beredte Worte für die Einheit Deutschlands gehabt,

Digitized by Google

und stets hätte die Versammlung freudig ihren Beifall zu erkennen gegeben — dennoch könne darüber, wie jenes Ziel zu erreichen, eine Verschiedenheit der Meinungen bestehen. Aus dem Vorbehalte der Minister gehe deutlich hervor, sie hätten wie für, so auch gegen das Parlament sich erklären können — sie hielten, mit andern Worten, die Beschlüsse des Parlaments für Preußen nicht für rechtsverbindlich. Eine solche Meinung stände im Widerstreite mit dem Parlamente, einem Theile der Regierungen und gewiß auch des Volkes. Das Votum über den bekannten Raveaux'schen Antrag zeige deutlich die Auffassung der deutschen Nationalversammlung. Aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, betrachte sie sich als das Organ des deutschen Volkswillens. Die Versammlung müsse sich jetzt entscheiden. Nicht mehr um schöne Worte handle es sich, sondern darum, daß die ersehnte Einheit zur That werde. Er stimme ohne Rückhalt dem Parlamente bei. Wem es Ernst sei mit der deutschen Einheit, dürfe unmöglich meinen, die Beschlußnahme des Parlaments von 38 Regierungen abhängig zu machen — dies heiße die Einheit wollen und nicht wollen. Offenheit und Entschiedenheit sei die einzig richtige Politik..... Umgekehrt wie die Minister erkenne er vollkommen die Beschlußfähigkeit des Parlaments an, spreche jedoch sein Bedauern aus über die Wahl eines unverantwortl. Reichsverwesers, der gleichsam — schwerlich im Sinne des deutschen Volkes — der Vorläufer eines deutschen Kaisers sei. Das Volk habe die bestehenden Throne verschont, aber gewiß nicht daran gedacht, neue Throne zu errichten. Auch die Versammlung werde ihre Ansicht darüber äußern. Möge ihre Entscheidung, so schloß der Antragsteller seine mit vielem äußeren Würde vorgetragne Rede, Preußen und dem gesammten deutschen Vaterlande zum Heile gereichen! — Waldeck (Abgeordneter für Berlin und zu den bedeutendsten Mitgliedern der Linken gehörig, jetzt wohl mit Jakoby als Führer der äußersten Linken zu betrachten) kommt aus seinen Widersprüchen nicht heraus. Auch er sieht den Reichsverweser als Vorläufer eines deutschen Kaisers, sogar eines Erbkaisers an. Daß es aber, ruft er nun aus, mit einem Erbkaiser Nichts werden kann, werde zugeben, wer jemals deutsche Geschichte (!?) gelesen. Sie zeige einen Fürsten ohne Macht, welcher stets in beklagenswerthem Streite mit den einzelnen Theilen des Reiches gelegen habe. Wer halte es für möglich, fragt der Redner endlich, daß sich ein Fürst, wie der König von Preußen, einer so „atomistischen Herrlichkeit", welche mit unbewaffnetem Auge kaum zu erkennen sei, unterwerfen werde? Und dennoch will der Redner, daß die preußische Versammlung einen „warnenden Zuruf" ergehen lasse an das deutsche Parlament, weil es ein starkes unverantwortliches Oberhaupt gewählt und eine Behörde an die Spitze der deutschen Angelegenheiten gestellt hat, welche gerüstet mit der Macht des allgewaltigen Volkswillens dennoch erhaben ist über dem Einflusse des Augenblicks und der Parteiumtriebe! — Jung, der vielgepriesene „Führer des Volkes", ist in Gründen für den Antrag so arm, daß er seine Zuflucht zu Reuß-Greiz-Lobenstein nehmen muß, um seinem Vortrage die ihm ohnedies sehr mangelnde Schärfe zu verleihen. In Betreff des Reichsverwesers wünscht er, daß dieser von allen seinen künstlichen Attributionen nur das im Auge halte: ein deutscher Mann zu sein. Man merkt, daß sich das Mitglied der äußersten Linken in der That an eine sehr einfache Politik gewöhnt hat. — Kaplan v. Berg (Rhein) einer der talentvollsten Redner, vielleicht der talentvollste in der Versammlung, spricht gegen den Antrag. Er verwahrt sich von vornherein gegen die Prätension der Linken, als vertrete sie allein das Volk. Er sieht in dem Antrage nur einen Protest der Minderheit gegen die Mehrheit; einen Versuch, die Partei, welche im Parlamente unterlegen, von Außen her zu stützen! Die Konsequenzen solcher Versuche führten zum Bürgerkriege. Jakoby sage in seinen Schriften: Deutschland mit Preußen Alles! Dies sei auch seine Meinung. Nur ein kräftiges Preußen könne Deutschland retten. Wie auch das Votum der Versammlung ausfalle, man werde sagen, sie habe eine That vollbracht; von ihnen aber werde die Geschichte berichten: „sie haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht!" — Der Abgeordnete d'Ester, welcher für den Antrag das Wort ergreift, ist sicherlich zu den ausgezeichnetsten Advokaten zu rechnen; er beweist der Versammlung sonnenklar, daß sie bisher im gröbsten Irrthume gewesen, wenn sie die Verantwortlichkeit für ein Kettenglied der Republik halte. Gerade das Gegentheil sei das richtige! Nur der Despot sei verantwortlich, die Behörden eines freien Staates aber unverantwortlich. Baumstark (auf der Rechten hervorragend) ist trotz dieser überzeugenden Beweisführung Herrn d'Esters der Ansicht, daß nur in Republiken die obersten Gewalten verantwortlich seien und daß, so lange nicht „ganz besondere Gründe" (die des Abg. d'Ester waren sonderlich genug) angeführt würden, er für seine Person an dem Antiquirten festhalten müsse, wie sie die Geschichte des Staatsrechts von Plato und Aristoteles bis herunter zu Dahlmann liefere. Indem der Redner weiter auf die Möglichkeit der Republik eingeht und als Erforderniß derselben einerseits die sittliche Grundlage im Volke, andrerseits die Persönlichkeiten aufstellt und für letztere ein ganz besonders hohes Maß sittlicher Vollkommenheit verlangt, fragt er: zwar gebe es Viele, die als „Adams" mit der Eva Volksgunst buhlten, aber wo sei der Adam, der uns helfen könne, wo der Washington, wo die Tiefe der Empfindung, das Muster von Einsicht, die noch immer nöthig gewesen, um Republiken von einiger Dauer zu begründen. Temme weist im Namen seiner politischen Freunde alle Verdächtigungen ab, als theilten sie republikanische Bestrebungen. Ueber den Antrag selbst, den er unterstützt, bemerkt er: die Souveränetätsrechte der Fürsten und Völker seien bis jetzt noch nicht begründet; welche Veranlassung also die Spitze aller Souveränetät, die Unverantwortlichkeit, einem Fürsten zuzusprechen? Für zweckmäßig könne er dies nicht halten; warum nun sollte er nicht derjenigen Partei, welche im Parlamente in seinem Sinne stimmte, seinen Beifall zollen? — Von allen Rednern, welche gegen den Antrag sprachen, schien uns der wegen seiner sog. Nichtanerkennung der Revolution hart verfolgte, selbst thätlich mißhandelte Pastor Sydow am meisten das Lob zu verdienen, daß er den Streit über die Parlamentssouveränität von dem Gebiete des rein Formellen ablenkte und, wie dies bei Prinzipienfragen das Gerathenste ist, sich fern haltend von den Schlagwörtern des Tages und von der Weisheit der Theoretiker die Wirklichkeit ungeschminkt hervorhob. Er wolle, bemerkt er gleich am Anfang, die Frage von einer Seite her beurtheilen, die in den letzten Tagen mit einer gewissen Verachtung betrachtet worden, von dem Standpunkte nämlich des sogenannten „Lokalpatriotismus". Er wolle auf sich laden den Schein eines Reaktionärs — denn seine Absicht sei es, zu reden von Recht, Pflicht und Treue — den Schein eines Lokalpatrioten — denn bei aller Begeisterung für die Einheit Deutschlands sei er ein guter Sohn seines preuß. Vaterlandes. Manches sei in der Mitte der Versammlung vorgefallen, wovor der „Lokalpatriotismus" warnen könnte. Er wisse, daß dieser Patriotismus nicht stumpfsinnig sein dürfe, aber auch, daß ein einiges Deutschland nicht möglich sei, ohne ein sittliches Preußen. Es gehe herum eine Art von Afterbildung, von platter undeutschen Revolutionsmacherei; bei der deutschen Einheit aber handle es sich um ein außerordentlich gehaltvolles Werk. Da wo Regierungen und Völker mit dem freien Brudergeiste des Vertrauens einander entgegen kämen, wie bei der Frankfurter Wahl, da sei die Einigung, nicht aber da, wo man nur die Konsequenzen eines abstrakt-verständigen Prinzips um jeden Preis zu ziehen trachte. Wer eine Idee von Sitte habe, der müsse einsehen, daß die Hingebung unsres Sondervaterlandes nur die Folge eines freien Entschlusses, niemals eine Uebergabe mit gebundnen Händen sein dürfe... Mit Ueberraschung habe er gehört, daß man auch den Antrag vom Standpunkte der Loyalität vertheidigt, mit ärztlicher Sorgfalt die Fürsten unter die Aufsicht eines verantwortlichen Reichsverwesers gestellt, ein leichtes Spiel mit Worten über Verantwortlichkeit und Unverantwortlichkeit gespielt habe. In Wirklichkeit handle es sich um Preußen's Stehen und Fallen. Dem Lebehoch auf die Einigung Deutschlands füge er den Wunsch hinzu: auch ein starkes und freies Preußen! — Graf Reichenbach, diese Sonne auf der äußersten Linken, hat offenbar den leichtsinnigsten Grund für den Antrag. Nach seiner Rechnung nämlich wird der „deutsche Kaiser" wenigstens sechs Millionen Thaler kosten. Indem der Redner dem armen Manne zu dieser Steuer Glück wünscht, hätt er eigentlich einen Protest gegen Frankfurt für nöthig, begnügt sich indeß für diesmal, sich dem „sanften Warnungsrufe" Jakoby's anzuschließen. v. Kirchmann, sonst ein eifriges Mitglied der Linken, spricht gegen den Antrag. Man solle, bemerkt er allerdings, wenn man so große Besorgnisse vor der Republik hege, sich erinnern, daß man, was jetzt gesprochen werde, nach Jahren wieder lesen und dann vielleicht, wenn jene Staatsform in unserem Nachbarlande eine Zeit lang bestanden, ganz anders reden würde. Er fuße jedoch lediglich auf dem Rechtsboden. Das Parlament in Frankfurt habe sein Mandat überschritten, und deßhalb dürfe man unsre Regierung nicht tadeln, wenn sie seinen Beschluß nur unter einem Vorbehalte annehme. — Gegen das Ende der Verhandlungen versuchten mehrere Redner dem Ministreium nahe zu legen, auch seinerseits sich zu äußern. Min. Präs. erledigte jedoch diese Aufforderung mit dem Einwande, daß die Minister in dieser Debatte deßhalb Zurückhaltung beobachtet hätten, weil ihre schon abgegebenen Erklärungen keine Zweideutigkeit zuließen. Das Verhalten der Polen bei der Abstimmung war verschieden. Einige enthielten sich derselben, für die anderen erklärt v. Brodowsk: „obgleich das Großherzogthum Posen dem deutschen Bundesstaate nicht angehört" (was vielfachen Wider-

Digitized by Google

spruch hervorruft), so werden sie dennoch als einberufene Mitglieder der Versammlung freudig mitstimmen, weil das Frankfurter Parlament der Weg zu einem freien, kräftigen Deutschland, und Polens Unabhängigkeit von Deutschlands Freiheit wesentlich bedingt sei. — Dürfen wir schließlich noch eine Hoffnung aussprechen, so ist es die, daß sich kein Mann in Deutschland finden werde, welcher den kühnen Schritt der preußischen Abgeordnetenkammer, wie leichtsinniges Verkennen seiner Nothwendigkeit dazu allerdings Veranlassung geben könnte, im Interesse der Zwietracht ausbeuten möge. Ein richtiges Abwägen unsrer Lage und vor Allem die Ueberzeugung, daß unser Sondervaterland, soll es unsrer Einheit die Dienste leisten, welche von ihm gefordert werden, der Stärke bedarf, werden uns davor bewahren, daß die Verwerfung eines körperlosen Princips der Zankapfel werde bei dem Wettlaufe um Deutschlands Größe, Ruhm und Ehre. —

Berlin, 13. Juli. Laut des „Preußischen Staatsanzeigers" ist der wirkliche Legationsrath Graf v. **Bülow** zum Unterstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden.

Der „Pr. Staatsanzeiger" enthält einen Erlaß, datirt Saarbrücken 26. Juni, wonach in Ansehung aller bis zu diesem Tage begangenen Holzdiebstähle und Forstfrevel, soweit dieselben den Strafbestimmungen des Gesetzes vom 7. Juni 1821 und der Cirkulare vom 5. Aug. 1838 und 4. Mai 1839 unterliegen, der Erlaß der verwirkten Strafen, sowie da, wo noch nicht rechtskräftig erkannt worden ist, die Niederschlagung der Untersuchung, unbeschadet jedoch der Verpflichtung des Schuldigen zum Ersatz des verursachten Schadens verfügt wird.

Berlin. Das Kriegsgericht hat nun über den Hauptmann v. **Natzmer**, über den betreffenden Premierlieutenant, sowie über den Lieutenant **Techow** entschieden. Die erstern Beide sind zu 20 Jahr, der Letztgenannte zu lebenswierigem Festungsarrest verurtheilt worden. (N. P. Z.)

Baden. Die „Karlsr. Z." enthält folgende „abgedrungene Provokation" **Karl Heinzen's** gegen **Hecker**: „Wie man mir schreibt, enthält das in Rheinfelden erscheinende Blatt „Volksfreund" eine Erklärung der Herren **Hecker, Mögling** und **Schöninger**, wonach diese Herren mit mir „in keinerlei Verbindung stehen." Was die Adjutanten oder Teabanten **Hecker's** betrifft, so weiß ich nicht, ob das Publikum eine besondere „Verbindung" dieser Notabilitäten mit mir vorausgesetzt hat; ihrer Lossagung könnten sich, dächt mir, mit demselben Recht tausend andere gleichgiltige Personen anschließen. Was **Hecker** selbst betrifft, so habe ich diesem schon vor längerer Zeit in Hüningen die „Verbindung" meinerseits aufzukündigen mich genöthigt gesehen. Das Räthsel, das er in seiner Erklärung jetzt dem Publikum aufgibt, wird er hoffentlich vollständig lösen. Nachdem er einmal den öffentlichen Weg betreten, erwarte und verlange ich, daß er, und zwar nicht in unzureichenden Zeitungserklärungen, mit der Sprache ganz herausrücken werde; ich werde ihm mit ganzer Sprache antworten. Ich lasse den Vorwurf nicht auf mich kommen, daß ich Streit im eigenen Lager hervorgerufen; aber wo ich genöthigt werde, im Interesse meiner Ehre aber im Interesse einer Sache, für die ich nicht ein Kämpfer von gestern bin, hervorzutreten, da darf ich keinen Handschuh liegen lassen, der nicht gar zu schmutzig ist. **Biel**, Kanton Bern, 7. Juli 1848. **K. Heinzen.**"

Frankfurt, 14. Juli. 22 Abgeordnete aus Hannover hatten in Folge des bekannten hannöv. Ministerial-Schreibens vom 7. Juli folgende Erklärung der National-Versammlung übergeben:

Die unterzeichneten, im Königreich Hannover zur deutschen Nationalversammlung gewählten Abgeordneten haben das Schreiben, welches das Königlich Hannoversche Gesammtministerium unterm 7. d. M. an die jetzt vertagte Hannoversche Ständeversammlung gerichtet hat, und welches dieser Erklärung anliegt, mit der Aufmerksamkeit geprüft, welche dessen Inhalt erheischt. In Folge dieser sorgfältigen Erwägung sind sie der Ansicht, daß 1) wenn in den Worten „Auch haben Allerhöchstdieselben im Vertrauen auf diese Persönlichkeit, und in der Voraussetzung, daß Se. Kaiserliche Hoheit die Wahl annehmen werden, Bedenken, welche die Form und der Inhalt des Beschlusses über die Demselben zu übertragende Gewalt zu erregen wohl geeignet gewesen, jetzt nicht geltend zu machen, Sich entschlossen" etwa der Vorbehalt enthalten sein sollte, dergleichen Bedenken in der Folge geltend zu machen, ein solcher Vorbehalt als durchaus unzulässig und wirkungslos erscheint; und daß 2) die Unterzeichneten sich nicht als Abgeordnete eines einzelnen Staates, sondern als Abgeordnete des deutschen Volks anerkennen und sich durch den Inhalt des mehrgedachten Schreibens in der Erfüllung der Verpflichtungen, welche sie dem Gesammtvaterlande gegenüber haben, weder beirren noch beschränken lassen werden, wie sie denn auch die Ueberzeugung hegen, daß es überall nicht in der Absicht der Nationalversammlung liegt, die Besonderheiten der einzelnen deutschen Stämme und Staaten weiter zu beseitigen, als die Herstellung einer kraftvollen Einheit Deutschlands unumgänglich erfordert. Frankfurt 12. Juli 1848. „Dr. Fr. Lang. A. Grumbrecht. H. Ahrens. A. Hugo. C. Groß. J. Brons. Dr. Freudentheil. Röben. Plaß. Droege. F. Schmidt. Winter. C. D. Dammers. Wedekind. Brüning. Wachsmuth. v. Reden. Merkel. Albrecht. Nicol. H. A. Lüntzel. H. Zachariae." Die Abgeordneten von Bothmer und Zum Sande waren nicht anwesend.

Der Abg. **Wesendonk** glaubte jedoch, daß diese Erklärung nicht genüge, vielmehr von der Nat. Vers. selbst ein entschiedener Schritt gegen das Auftreten der hannöv. Regier. geschehen müsse und stellte darum das Ansuchen an die Vers., daß es ihm gestattet sein möge, sogleich in der heut. Sitzung den Antrag begründen zu dürfen, daß der Reichsverweser aufzufordern sei, die Erklärung des Königs von Hannover und die darin enthaltenen Vorbehalte entschieden zurückzuweisen. Der Abg. **Lang** ersuchte denselben, seinen Antrag für jetzt zurückzunehmen, weil jeder etwa in dem Schreiben enthaltene Vorbehalt durchaus wirkungslos erscheine; was in der Paulskirche beschlossen werde, das müsse und werde von Allen, Hohen und Niederen, auch in Hanover befolgt werden. Die Drohung des Königs, daß er abtreten würde, hält er nicht für geeignet, eine Besorgniß in der Nat. Vers. zu erregen. **Grumbrecht** schließt sich diesem Redner an und beantragt, sofern Wesendonk auf seinem Antrag bestehe, für jetzt und im Vertrauen darauf, daß die Centralgewalt die gehörigen Schritte thun werde, zur Tagesordnung überzugehen. Gegen diese beiden Redner unterstützt **Dietsch von Annaberg** das Begehren des Antragstellers, seinen Antrag sogleich begründen zu dürfen, was nun auch von der Nat. Vers. beschlossen wird.

Wesendonk. Der 7. Juli spiele in der hannöv. Geschichte eine besonders traurige Rolle, vor 11 Jahren sei an diesem Tage das Patent erschienen, wodurch das hav. Grundgesetz suspendirt wurde: am 7. Juli d. J. sei ein nicht minder wichtiges Schreiben, in Beziehung auf die Verfassung von Hannover und seine Stellung zu Deutschland erschienen. **Heckscher** habe vor wenigen Tagen gerühmt, wie verschiedene Fürsten von Deutschland erklärt hätten, daß sie der Einheit Deutschlands jedes Opfer zu bringen bereit seien, und er habe daran die Hoffnung geknüpft, daß die andern Fürsten Deutschlands diesem schönen Beispiele nachkommen würden. Diese Hoffnung sei nun bitter getäuscht, der erste Fürst, welcher dies ausgesprochen, habe erklärt, daß er ein solches Opfer nicht zu bringen gesonnen sei. Es liege nicht etwa bloß die Erklärung eines konstit. Ministeriums vor, sondern die eines Fürsten von seiner Person ausgehend. Der König gibt zwar seine Zustimmung zu der Wahl des Reichsverwesers, aber er fügt hinzu: daß er unter Umständen sich auch hätte veranlaßt finden können, sie nicht zu geben; womit er ausspricht, daß er sich das Recht, seine Zustimmung zu geben oder zu versagen, für andere Fälle vorbehält. In gleicher Weise spräche er sich in Beziehung auf die Befugnisse der Centralgewalt und der Nationalversammlung aus. Der Vorbehalt, welchen er in Beziehung auf die inneren Angelegenheiten Hannovers mache, könnte in einzelnen Fällen in sehr weitem Sinne gefaßt werden. Zu den inneren Angelegenheiten könnte möglicherweise fast Alles gezogen werden, was in der Paulskirche beschlossen wird, z. B. die Bestimmungen über die Presse, die Freizügigkeit innerhalb der Staaten u. s. w. Auch seine Stellung zur Centralgewalt wolle er von seiner Zustimmung abhängig machen, um sich dadurch der Autorität der Nat.-Vers. zu entziehen, welcher doch die Kompetenz zustehe, selbst Fürsten zu mediatisiren (Widerspruch), wenigstens Beschränkungen der Souveränität der Einzelstaaten, soweit sie im Interesse der Einheit nothwendig erscheinen, vorzunehmen. Die Drohung am Schluße des Schreibens könne allerdings so verstanden werden, daß der König abtreten wolle, wenn er sich durch die Beschlüsse der Nat.-Vers. und der Centr.-Gewalt zu sehr beschränkt glaube, was allerdings kein Unglück wäre; allein da sei auch die Deutung zulässig, daß sich Hannover in diesem Falle loslösen würde; jedenfalls sei diese Drohung ungebührlich und eine Verletzung der Ehrerbietung, welche auch der König von Hannover der National-Versammlung schuldig sei. Er könne es nicht für angemessen halten, diese Vorgänge geringfügig anzusehen und darüber zur Tagesordnung zu gehen. Der König von Hannover sei der Mann dafür, das durchzuführen, was er ausgesprochen habe. Niemand zweifle an der großen Energie die er in Allem beweise, was er unternehme. Darum müsse der erste Schritt der Nationalversammlung gegen die Widersetzlichkeit eines Fürsten ein energischer sein, um so mehr, da nicht von allen Fürsten die Erklärung vorliege, daß sie sich zu unterwerfen gesonnen seien. Man könnte zu diesem Zweck eine Erklärung und einen Protest zu Protokoll vorschlagen, das käme aber der hannöv. Regierung nicht officiell zu und würde somit keine weitern Folgen haben, deßwegen gehe sein Antrag dahin, daß die Centralgewalt aufgefordert werde, jene Erklärungen und Vorbehalte zurückzuweisen, weil die Centralgewalt in der Lage sei eine Antwort von Hannover verlangen zu können.

Schuselka unterstützt den Wesendonk'schen Antrag. Bei dem Anblick dieses hannöv. Schreibens dränge sich die Ueberzeugung auf, daß

Digitized by Google

die Abgeordneten zusammengekommen seien, um an einem bloßen Scheinwerke zu arbeiten. Wenn Alles fertig sei, so könne ein Fürst um den andern kommen und seine Zustimmung versagen wollen. Hier sei ein deutscher Fürst, der es nicht verschmähr, Unterthan einer fremden Regierung zu sein, aber der seiner fürstl. Ehre zuwiderhalte, der deutschen Nationalversammlung sich zu unterwerfen. Den Antrag, welchen hier der Redner stellt, das Unterthanenverhältniß des Königs von Hannover zu England zu prüfen und sich darüber zu vergewissern, erklärt der Vorsitzende v. Soiron nicht für zulässig, indem er in keinem Zusammmenhange mit der Tagesordnung stehe. Bruesing aus Osnabrück glaubt, man könne die hannöversche Erklärung immer liegen lassen, ohne dadurch der Kompetenz der Nationalversammlung Etwas zu vergeben. Man möchte billigerweise anerkennen, daß der König die Nothwendigkeit selbst ausspreche, Deutschland eine größere Kraft und Einheit zu geben, und daß er entschlossen sei, dem wahren Wohle des Landes alle Opfer zu bringen; was er aber in Beziehung auf die inneren Angelegenheitrn sagr, so habe er, sofern dies nur richtig verstanden werde, vollkommen Recht und die Nationalversammlung habe dies auch schon anerkannt. Das Weggehen des Königs aus Hannover hält der Redner, in Beziehung auf seine Folge, jedenfalls für ein bedenkliches Ereigniß und hält dadurch das Ministerium für grrechtfertigt, wenn es die Erklärung, auch ohne dieselbe in allen Stücken zu billigen, dem Volke mitgetheilt hat.

Bassermann. Wenn Jemand droht, so muß man sich die Ausführung der Drohung vergegenwärtigen. Der König von Hannover denkt sich den Fall, daß es ihm seine Ehre verbietet, länger an der Spitze seiner Regierung zu bleiben. Er wird aber die Ehre seines Nachfolgers nicht niederer stellen wollen, als seine eigne, und somit würde sein Abtreten nicht ein bloß persönliches sein. Für diesen Fall bliebe kein anderer Ausweg, als das Land Hannover für reichsunmittelbar zu erklären, und vielleicht wäre dies kein übler Anfang für eine unmittelbare Einheit Deutschlands.

Allein, m. H., dieser Fall liegt noch nicht vor. Das Gesammtministerium von Hannover protestirt nur gegen Beschlüsse, die später etwa gefaßt werden könnten, nicht, wie die Linke in der Berliner Kammee, gegen einen von uns schon gefaßten Beschluß. Ja nicht bloß von einem Throne, auch von Seite einer sich demokratisch nennenden Opposition ist ein Widerstand gegen unsere Beschlüsse angekündigt. Hr. Wesendonk beklagt es, daß ein Anderer „sich zum Richtee aufwirft über unsere Beschlüsse", er will „jeden Angeiff auf die Würde, auf die Hoheit dieser Versammlung zurückgewiesen" haben. Nun aber ist in der Berliner Kammer der Antrag gestellt, die Kammer eines Partikularstaates soll sich zum Richter aufwerfen über die Beschlüssr der Vertreter des gesammten Deutschlands, sie soll einen hier gefaßten Beschluß mißbilligen. Auch von dort aus geschieht „ein Angriff auf die Würde und die Hoheit dieser Versammlung". Ein Widerstand, eine Reaktion vom Standpunkte der partikularen Eigenthümlichkeit eines deutschen Stammrs läßt sich, wenn auch nicht entschuldigen, doch erklären; rine Reaktion aber, wie die in der Berliner Kammer, fußt auf nichts Anderem, als auf dem ganz undemokratischen Glauben an die unfehlbare Partikularweisheit gegenüber dem ausgesprochrnen Willen der Gesammtheit. Ich bin abee überzrugt, die Mehrheit der Berliner Kammer wird dafür sorgen, daß der Ruhm des preußischen Volkes nicht verkümmert werde, des Volkes, das unsee Schlachten schlägt, dessen Vertreter hier mit so anerkennungswerther Selbstverleugnung zur Wahl des Reichsverwesers mitgewirkt, die mit so großartigem Stolze es ertrugen, daß auf dieser Stelle Preußen nicht immer so gewürdigt worden, wie es das wohl um uns verdient hat. Die Mehrheit der preuß. Vertreter wird in patriatischem und demokratischem Sinn auch über den jetzt anstauchenden Reaktionsversuch ein gerechtes Urtheil fällen. Wir aber wollen unser großes Werk hindurchführen, hindurch zwischen den Klippen rechts und links. Und wer es auch sei, der auf den Weg, den die Nation zu dem großen Ziele der Einheit wandelt, einen Schlagbaum werfen will, ob ein König odee eine Kammerlinke, der verdient, um mit dem Abg. von Leipzig zu reden, zermalmt zu werden. (Anhaltender Beifall.)

R. Mohl unterstützt den Wesendonk'schen Anteag. Der Kampf mit den einzelnen Regierungen könne nicht ausbleiben, es sei besser, ihn sogleich aufzunehmen, und man müsse dabei sich fest zeigen. Venedey will dir Angriffe nicht bloß auf den König, sondern auch vorzugsweise auf das Ministerium Stüve gerichtet wissen. Freudentheil vertheidigt die Erklärung der han. Deputirten gegen den ihnen gemachten Vorwurf der Mattigkeit, gibt aber zu, daß jetzt, nachdem ein Antrag gestellt sei, man nicht zur Tagesoednung übergehen könne. Francke und Möheing begründeten ihren gemeinschaftlichen Antrag, daß die hannöv. Erklärung der Centralgewalt zue sofortigen Zurückweisung zuzustellen sei. Es handle sich hier um ein Attentat gegen die Einheit Deutschlands, und bezüglich dessen Abwehr dürfe es keine Partei in der Nat.-Vers. geben. Eisenmann hält die Worte des Schreibens mit den Unterordentien der han. Regierung zusammen und begründet daraus die Nothwendigkeit eines energischen Einschreitens. Es sei nicht nue die Befugniß der Nat.-Vers., sondern auch die Autorität des Reichsverwesers selbst verletzt. Er verwahre sich gegen den Uebergang zue Tagesordnung; denn gerade die konstit. monarch. Partei sei vorzugsweise verpflichtet, gegen diese Erklärung des Königs von Hannover aufzutreten.

Schwaezenberg bedueirt, wie es in der Natur der Sache liege, daß jeder Staat im Interesse dee Einheit Etwas von seiner Selbstständigkeit aufgeben müsse. Grumbrecht gibt seinen Anteag auf Tagesordnung auf und würde kein Bedenken daein finden, sich dem Wesendonk'schen Antrag anzuschließen, wenn das han. Schreiben wirklich so klar und bestimmt das ausdrückte, was man darin finde; allein das sei eben nicht der Fall. Das Schreiben sei geschraubt und absichtlich zweideutig. Er wünscht daher dem Wesendonk'schen Antrag den Zusatz „etwa" eingeschaltet.

Wydrndrugk stellt den Antrag: die Nationalversammlung wolle beschließen, daß die Centralgewalt die unumwundene Anerkennung der Centealgewalt selbst und des Gesetzes darüber von der Staalsregierung in Hannover fordere. Die Drohung des Königs von Hannoer hält er füe ganz leerlevant, wenn es ihm in Hannover und in Deutschland zu deutsch werde, so mögr er gehen, woher er gekommen sei. Die ganze Schwerkraft des Schreibens liege abee in dee Stelle, wo der König sagt: Daß er im Vertrauen auf die Persönlichkeit des Reichsverwesers sich entschlossen habe, seine Bedenken in Beziehung auf die Foem und den Inhalt des Beschlusses übee die Centealgewalt jetzt nicht geltend zu machen. Darin liege ein entschiedener Vorbehalt gegen die Gesetze der Nationalversammlung. Wenn aber der König van Hannovee das Gesetz der Nationaloersammlung nicht anerkennt, so ist er ein Rebell; er hat es aber nicht posttiv anerkannt, und darum muß ee dazu gezwungen werden, es anzuerkennen. Der Wesendonk'sche Antrag ist dem Redner nicht bestimmt genug; mit dem blaßen Zurückweisen des Schreibens sei Nichts gethan; denn da bleibe jeder Theil bei seinem Ausspruch, und ohnrhin wallr er die gedrohte Abtretung des Königs gar nicht zueückweisen, vielmehr müsse der König das Gesetz ausdrücklich anerkennen; hier gilt es, die Einheit und die Würde Deutschlands aufrecht zu erhalten nad in diesee Beziehung darf es keine verschiedene Parteien geben. Die Nattanalversammlung muß durchaus ihren Beschlüssen Nachdenck gebrn gegen Jeden, sei es ein König oder ein Anführer eines Volkshaufens, er trage eine Krenr oder eine Bluse.

Auf diese mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede nehmen die meisten Antragsteller ihre Anträge zurück. Nue die Zitz'sche Partei will ihren Antrag, daß der König von Hannoer aufgefaeoert werden sollr, in Folge seiner Erklärung die Regierung in dir Händr der Centralgewalt niederzulegen und sodann dem souveränen Volkswillen der Hanaoveraner anheim zu geben sei, sich eine beliebige Regieeungsform zu wählen, zur Abstimmung beingen.

Simon v. Trier vertheidigt diesen Antrag und gibt sich viele Mühe, die Rede Wydendrugk's durch gewaltigr Redensarten in Schatrn zu stellen. Ihm ist die Erklärung des Ministeriums in Hannoorr schon eine vollständige Rebellion. Gegen Bassermann nimmt er die Linke in Berlin in Schutz. Der Antrag Jacoby's wolle ein bloßes Urtheil über den Beschluß der Nationalversammlung und dazu habe die Kammer in Berlin rin Recht. Wenn die Nationalversammlung Etwas zermalmen wolle, so müsse sie nicht die Berliaer Kammer, sondern das Ministerium zermalmen. Der Zitz'sche Antrag erhielt ungefähe 40 Stimmen untee allgemeinrr Heiterkeit. Der Wydendrugk'sche Antrag wuede mit großer Mehrheit angenommen. Deßhalb kounte der Wesendonk'sche nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden, welchee wahrscheinlich einstimmig durchgefallen wäre.

Nach dem Schlusse dieser Debatte verlanglen mehrere Abgeoednete ähnlichr Anträge gegen das preußische Mialsterium stellen zu dürfen, allein die Nat. Vers. wallrr in dieser Beziehung eine Dringlichkeit nicht haben. Dagegen wurde dem Abg. Eisenstuck gestattet, die Dringlichkeit eines Antrages in Beziehung auf die Rgulieung einzelner Zollsätze zu drgründen. Er wünsate nämlich, daß bis zue Einführung des neuen Zallgesetzes füe ganz Deutschland, und zwae vom 1. Sept. 1848 an, in allen Zollvereinen und Staatrn Deutschlands die Eingangszölle für eine Reihe von Artikeln der ihrem Eingange vom Auslande unter Aufhebung der bisherigen Tarifsätze prooiforisch nach gewissen van ihm angegrbenen Zallsätzen erhoben werden. Dieser Antrag solle an den volkswirthschaftlichen Ausschuß gewiesen und diesem auf-

Digitized by Google

gegeben werden, die Begutachtung so zu beschleunigen, daß innerhalb 14 Tagen darüber in der Nat. Vers. berathen werden könne. Mehrere Redner sprechen sich gegen die Frist von 14 Tagen aus, weil es nicht möglich sei, in dieser Zeit die nöthigen Erkundigungen einzuziehen. Herrmann rechtfertigt den Ausschuß gegen den Vorwurf, daß Nichts geschehen sei. Der Ausschuß habe beschlossen, ein allgemeines Zollgesetz für ganz Deutschland zu entwerfen, aber er habe auch die Ueberzeugung gewonnen, daß das nicht möglich sei, ohne Sachverständige aus allen Theilen Deutschlands zu Rathe zu ziehen. Es sei zu diesem Zweck eine Ergründung aller speciellen Verhältnisse nothwendig; der Ausschuß habe deßhalb Aufforderungen an die Regierungen ergehen lassen, um Gutachten von Zollbeamten zu erhalten; zugleich aber habe er von hier Sachverständige eingeladen, um sich mit ihnen zu berathen. Es sei durchaus unmöglich, innerhalb 14 Tagen ein Zollgesetz für ganz Deutschland durchzuarbeiten und allgemeine Maßregeln vorzuschlagen. — Mammen beruft sich dagegen auf die Tausende von Arbeitern, welche gegenwärtig verhungern sollen. Moritz Mohl erinnert, daß es sich ja nur um ein Provisorium handle, welches durch das von der französischen Regierung erlassene Provisorium nothwendig werde, indem dieses letztere der Arbeit in Deutschland höchst gefährlich sei. Der Antrag wird hierauf dem volkswirthschaftlichen Ausschuß zur Begutachtung zugewiesen, die Frist von 14 Tagen verworfen, dagegen dem Ausschusse die möglichste Beschleunigung anempfohlen.

Die auf die Tagesordnung gesetzte Berathung des Auerswald'schen Berichtes über das Heerwesen, wird auf den Antrag des Ausschusses wegen der vorgerückten Zeit auf den nächsten Tag verschoben; dagegen der Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über das Ausfuhrverbot von edlen Metallen, Seitens der Regierung von Oesterreich, der Berathung ausgesetzt. Der Abg. Kolb von Speier hatte nämlich den Antrag gestellt, die Nationalversammlung wolle die österr. Regierung zur unverzüglichen Zurücknahme ihres Geldausfuhrverbotes, so weit dasselbe gegen die übrigen deutschen Länder gerichtet ist, auffordern. Der Ausschuß, welchem dieser Antrag zur Begutachtung überwiesen war, beantragt nun: Die Nationalversammlung wolle erklären, daß das von der österr. Regierung unter dem 2. April d. J. erlassene später bis Ende Juli verlängerte Ausfuhrverbot von edlen Metallen, sowohl für Oesterreich selbst wie für die übrigen deutschen Staaten großen Nachtheil habe, und daß eine solche den übrigen deutschen Staaten gegenüber nicht zu rechtfertigende Maßregel, mit der Einheit Deutschlands unverträglich sei. Diese Erklärung solle der österr. Regierung auf geeignetem Wege mitgetheilt werden. Dieser Antrag wird von den Abgg. aus Oesterreich, Bergee, Würth, Brack aus Triest, Schlekru und Meilling, lebhaft bekämpft; die österreichische Regierung sei zu dieser Maßregel durch die äußerste Noth gedrängt worden. Diese Noth habe nicht aufgehört, sondern sei vielmehr durch den ital. Krieg noch vermehrt worden. Das Geldausfuhrverbot sei jetzt nur noch ein Moratorium, durch eine augenblickliche Aufhebung deßelben würde ein Bankbankerott auch formell eintreten. Die Folgen eines solchen österr. Staatsbankerotts würden von unabsehbarem Nachtheile, nicht nur für Oesterreich, sondern für ganz Deutschland sein, der Verlust würde nicht nur die Reichen, sondern insbesondere die niedern Klassen der Bevölkerung in Oesterreich treffen, weil unter diesen hauptsächlich die kleinen Banknoten kursiren, man solle wenigstens die Unterhandlungen mit Italien und Ungarn wegen der Staatsschuld abwarten; könne man einen Staatsbankerott solange hinausschieben, so sei er wahrscheinlich dadurch ganz verhütet. Gegen diese Einwendungen der Oesterreicher sprechen außer dem Antragsteller Kolb die Abgg. Löwe, Moritz Mohl, Beckerath, Blum und der Berichterstatter Merck. Sie weisen nach, daß durch diese Maßregel die Geldnoth in Oesterreich vielmehr erhöht als vermindert werde; ein solches Geldausfuhrverbot sei immer als eine Art von Kriegserklärung zu betrachten; es sei nicht der Weg, in Deutschland zu einem Bundesstaat zu gelangen, dazu müßten von allen Theilen große Opfer gebracht werden und sie seien auch von den übrigen deutschen Stämmen bereits gebracht worden; damit sei Nichts gethan, daß man die deutsche Einheit bloß dekretire, man müsse auch ein Verfahren einhalten, welches geeignet sei, im Volk den Glauben an diese Einheit zu erwecken, wenn aber solche Maßregeln ergriffen werden, welche der Einheit Deutschlands geradezu widersprechen, so könne ein solcher Glaube nimmermehr aufkommen, hier gebe es keinen andern Weg, als die Maßregel zurückzunehmen. Der Antrag des Ausschusses wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

ζ Frankfurt, 15. Juli. Auf heute war ausnahmsweise eine Sitzung der Nat. Vers. angeordnet, weil gestern aus Mangel an Zeit der Antrag des Wehrausschusses nicht mehr erledigt werden konnte. Der Präsident eröffnete die Sitzung mit der Verlesung einer Botschaft des Reichsverwesers, in welcher dieser der Nationalversammlung anzeigt, daß er nach Wien zurückreise, um daselbst sein gegebenes Wort zu lösen und die dortige Reichstagsversammlung zu eröffnen, worauf er sogleich seine dortige Stelle niederlegen und nach Frankfurt zurückkehren werde. Zugleich wird eröffnet, daß der Abg. von Schmerling vorläufig zum Reichsminister des Innern und Aeußern, Heckscher zum Reichsminister der Justiz und Ed. von Peucker zum Reichsminister des Kriegs ernannt sei, die Vervollständigung des Ministeriums werde nach der Rückkehr des Reichsverwesers erfolgen. Dieser Botschaft war ein Aufruf an das deutsche Volk beigegeben, den Sie bereits erhalten haben. Heckscher, welcher den Reichsverweser nach Wien begleitet, fügte dem Botschaftschreiben mündlich bei, wenn der Reichsverweser bei seiner Reise nach Wien vorzugsweise im Auge habe, sein gegebenes Wort in Beziehung auf die Eröffnung des Reichstages zu lösen, so sehen seine verantwortlichen Minister den Hauptzweck dieser Reise darin, daß derselbe seine Stelle in Oesterreich alsbald niederlege. Das Ministerium habe deßhalb gesucht, zu veranlassen, daß der Nachfolger des Erzherzogs in Oesterreich wo möglich noch zeitig genug eintreffe, daß der Reichsverweser auch der Funktion der Eröffnung des österr. Reichstages enthoben sei. Schmerling bestieg nach ihm die Rednerbühne und erklärte sich über die Bildung und die Grundsätze des Reichsministeriums. Niemand erkenne mehr als die Minister die Anforderungen, welche an dieses Amt gemacht werden müssen. Sie hätten es sorgfältig gewürdigt, als sie dasselbe übernahmen. Sie hätten sich nicht getäuscht über die Aufgabe, wie über die Kräfte, welche erfordert würden, sie zu erfüllen, und sie würden großes Bedenken getragen haben, dieses Amt anzunehmen, wenn sie es nicht besonders jetzt als die erste Pflicht eines deutschen Bürgers betrachteten, sich mit Muth und Bereitwilligkeit dem Dienste des Vaterlandes zu unterziehen. Die Grundsätze des Reichsministeriums seien in dem Aufrufe des Reichsverwesers ausgesprochen. Dem deutschen Volke solle vor Allem Freiheit voll und unverkümmert mit der vollsten Aufrichtigkeit gegeben und erhalten werden, das Verfassungswerk sei im Begriff, von der Nationalversammlung zu Staade gebracht zu werden. Nie werde es der Regierung des Reichsverwesers einfallen, sich auf irgend eine Weise darein zu mischen. Aber damit es zu Stande kommen könne, werde die Centralgewalt darüber wachen, daß die Ordnung und der Friede im Vaterlande erhalten werde, daß das Recht und die Freiheit durch keinerlei Störung verkümmert werde. Auch den Frieden nach Außen werde die deutsche Regierung zu bewahren suchen, aber nicht um jeden Preis, nicht durch Vergebung der Ehre und des Ansehens Deutschlands. Dies sind die Grundsätze, schloß er, des Reichsministeriums, unterstützen Sie uns in der Ausübung derselben! — Wie schon bei der Verlesung des Aufrufes, so folgte auch dieser Rede eine freudige Zustimmung der Versammlung, der selbst ein großer Theil der Linken sich nicht entzog.

Hieran reihte sich der Bericht Widenmanns über die Amnestiefrage. Dieser Bericht ist ein Muster von Klarheit und trotz seiner Kürze von der überzeugendsten Gründlichkeit. Bei dem großen Interesse, welches dieser Gegenstand insbesondere für Baden hat, werde ich Ihnen morgen den wesentlichen Inhalt des Berichtes mittheilen. Der Antrag geht dahin, die Nationalversammlung solle erklären, daß sie sich nicht veranlaßt finden könne, auf die an sie gelangten Bitten um Erlassung einer Amnestie für die politischen deutschen Verbrecher einzugehen, und gehe deßhalb zur Tagesordnung über. Dieser Beschluß wurde von dem Ausschusse mit 13 gegen 2 Stimmen gefaßt. Die Entscheidung der Nationalversammlung ist nach diesem Berichte nicht zweifelhaft, und so wird nun in wenigen Tagen eine Frage zur Erledigung kommen, welche weithin die Gemüther in einer unaufhörlichen Spannung und Aufregung erhalten hat. — Mit großer Lebhaftigkeit wurde die nunmehr wieder aufgenommene Diskussion über den Antrag des Ausschusses für die Wehrangelegenheiten geführt. Der Antrag selbst hatte in Folge der inzwischen eingetretenen Reichsregierung eine veränderte Fassung erhalten und geht jetzt dahin, die h. Nationalversammlung wolle dem Reichsverweser die Ermächtigung ertheilen, die deutschen Regierungen aufzufordern, die wehrhafte Mannschaft auf 2 Proc. ihrer Bevölkerung nach der neuesten Volkszählung und nach der bisherigen Norm der Aushebung zu bringen. Für den Antrag sprachen außer mehreren Anderen besonders v. Radowitz und Lichnowsky, Ersterer mit gewohnter Ruhe und Klarheit, der Andere mit desto größerer Lebhaftigkeit, aber in einer wahrhaft glänzenden Rede. Unter den Gegnern sprachen Vischer und Leue am Besten. Die Linke benutzte den Vortheil der namentlichen Abstimmung, weil sie wußte daß eine Vermehrung der Militärmacht unter dem Volke

Digitized by Google

nicht populär sei. Demungeachtet ergab sich eine Mehrheit für den Kommissionsantrag von mehr als einem Drittheil der Versammlung. Wenn man diese Abstimmung als Maßstab für die ministerielle Majorität annehmen wollte, so würde sich demnach diese wie zwei zu eins verhalten. Allein es stimmten heute sehr viele Mitglieder bloß aus dem Grunde gegen den Antrag, weil sie wollten, daß die Initiative in dieser Angelegenheit dem Kriegsminister überlassen werden solle; so Römer und mit ihm die meisten Würtemberger. Man kann vielmehr für das Ministerium eine Mehrheit von wenigstens drei Viertheilen annehmen, so lange nämlich die eigentliche Rechte dasselbe unterstützt, woran für die nächste Zukunft kaum zu zweifeln ist.

♂ Frankfurt, 15. Juli 1848. Der Reichsverweser wird nun doch heute abreisen. Er hat in Wien sein Wort gegeben, zu einem wichtigen Vermittlungsgeschäft und zur Eröffnung des Reichstages dahin zurückzukehren, und könnte nun sein Reichsverweseramt nicht damit eröffnen, daß er ein gegebenes Wort nicht hielte. Schon am 20. Juli aber wird er die Rückreise von Wien wieder antreten und dann ungetheilt sich den Geschäften des Reiches widmen. Uebrigens gehört ja Wien auch zum Reiche, und diesem selbst könnte möglicher Weise ein großer Nachtheil erwachsen, wenn der Reichsverweser diese Reise unterließe. Ein verantwortlicher Minister, Heckscher, wird ihn begleiten. Die beiden andern bleiben mit ausgedehnten Vollmachten hier, wo schon nach neun Tagen der Reichsverweser wieder eintrifft. — Wie ich höre, werden die Reichsminister heute zum erstenmale als solche in der Nationalversammlung erscheinen. — Nach der Rückkehr des Reichsverwesers soll das Ministerium vervollständigt werden. Eine Unterhandlung mit Camphausen, der sich seit vorgestern hier befindet, hat sich zerschlagen. Es soll mehr preußisch als deutsch gesinnt sein.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war abermals eine wichtige. Gegen die bekannte Drohung des Königs von Hannover hatten sämmtliche hannöversche Mitglieder der Nationalversammlung eine würdige und entschiedene Erklärung abgegeben; die Versammlung selbst aber beschloß, der Reichsverweser soll von dem König von Hannover die unumwundene Anerkennung des Gesetzes über die Centralgewalt fordern. Es freute mich, hierbei bestätigt zu finden, was ich immer voraussagte: Mäover, die in den letzten Monaten die Freiheit gegen die Anarchie vertheidigt und deßhalb von den sog. republikanischen Partei Ueberläufer, Volksverräther gescholten worden, sie waren es, die gegen diesen ersten Versuch der Reaktion am Entschiedensten auftraten. Da der Staatsminister v. Wydenbenck, so Bassermann. Freilich erklärten sich Beide gegen alle Reaktion, gehe sie, wie Ersterer sagte, von einem gekrönten Haupte oder von einem Manne in der Blouse an der Spitze eines Volkshaufens aus. Bassermann stellte den Versuch des Königs Ernst August, sich zum Richter über Parlamentsbeschlüsse aufzuwerfen, dem Antrag Jakoby's in der Berliner Kammer gegenüber, oder vielmehr an die Seite, welcher ebenfalls Nichts weniger bezweckt, als daß diese Partikularkammer einen Beschluß der Nationalversammlung mißbillige. Beide aber acceptirten das Anerbieten des Königs von Hannover, seiner Regierung entsagen zu wollen, wenn seinen Souveränetätsrechten zu nahe getreten werde, und Bassermann sprach es unverhohlen aus, daß das Land Hannover dann das erste reichsunmittelbare sein würde. Seine Prophezeihung, die preußische Kammer werde gerechtes Gericht halten über den Jakoby'schen Antrag, ist bereits erfüllt: dieser Antrag wurde mit einer glänzenden Majorität verworfen. — Sie sehen, die Dinge in Deutschland sind auf gutem Wege, Alles, was das große Werk der Einheit stören will, ist bis jetzt glücklich bekämpft worden. Ueberhaupt laufen meist nur günstige Nachrichten ein. Ueberall erholt man sich von dem Schwindel, in welchen die etwas zu rasche Bewegung die Leute gestürzt hatte. Hier in Frankfurt z. B. ist eine sog. Arbeiterversammlung gar nicht mehr zusammenzubringen. In ganz Sachsen ist ein völliger Umschwung der Gesinnung eingetreten, und wie schon vorgestern Heckscher in seiner Berichterstattung andeutete: die Abgeordneten aus Sachsen vertreten durchaus nicht mehr die Ansichten ihrer Wähler. Die konstitutionellen Vereine erstarken allerwärts und breiten sich aus. Sehr Vieles trägt die Presse der Gegenpartei selbst dazu bei. — Auch der Erwerb belebt sich wieder. In den Fabriken der Lausitz wie des Niederrheins laufen wieder Aufträge ein, und zwar zum Theil Aufträge, die man in Lyon nicht annehmen konnte, weil die dortigen Fabrikanten nicht sicher waren, daß ihre Arbeiter auch arbeiten würden. — Lassen Sie uns frohen Blickes in die Zukunft sehen. —

Frankfurt, 15. Juli. An das deutsche Volk. Deutsche! Eure in Frankfurt versammelten Vertreter haben mich zum deutschen Reichsverweser erwählt. Unter dem Zurufe des Vertrauens, unter den Grüßen voll Herzlichkeit, die mich überall empfingen und die mich rührten, übernahm ich die Leitung der provisorischen Centralgewalt für unser Vaterland. Deutsche! Nach Ihren des Druckes wird Euch die Freiheit voll und unverkürzt. Ihr verdient sie, denn Ihr habt sie muthig und beharrlich erstrebt. Sie wird Euch nimmer entzogen, denn Ihr werdet wissen, sie zu wahren. Eure Vertreter werden das Verfassungswerk für Deutschland vollenden. Erwartet es mit Vertrauen. Der Bau will mit Ernst, mit Besonnenheit, mit echter Vaterlandsliebe geführt werden. Dann aber wird er dauern, fest wie Eure Berge. Deutsche! Unser Vaterland hat ernste Prüfungen zu bestehen. Sie werden überwunden werden. Eure Steppen, Eure Ströme werden sich wieder beleben, Euer Fleiß wird Arbeit finden, Euer Wohlstand wird sich heben, wenn Ihr vertrauet Euern Vertretern, wenn Ihr mir vertrauet, den Ihr gewählt, um mit Euch Deutschland einig, frei und mächtig zu machen. Aber vergeßt nicht, daß die Freiheit nur unter dem Schirme der Ordnung und Gesetzlichkeit wurzelt. Wirkt mit mir dahin, daß diese zurückkehren, wo sie gestört wurden. Dem verbrecherischen Treiben und der Zügellosigkeit werde ich mit dem vollen Gewichte der Gesetze entgegentreten. Der deutsche Bürger muß geschützt sein gegen jede strafbare That. Deutsche! Laßt mich hoffen, daß sich Deutschland eines ungestörten Friedens erfreuen werde. Ihn zu erhalten, ist meine heiligste Pflicht. Sollte aber die deutsche Ehre, das deutsche Recht gefährdet werden, dann wird das tapfere deutsche Heer für das Vaterland zu kämpfen und zu siegen wissen. Frankfurt a. M., den 15. Juli 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Die Reichsminister: Schmerling. Peucker. Heckscher.

Schweiz.

Bern. Nachdem bereits die Regierung des Großherzogthums Baden eine Note wegen der republikanischen deutschen Flüchtlinge in der Schweiz an den Vorort erlassen hatte, übergab heute Herr von Liel, Major im königl. baierischen Generalstabe, begleitet von einem Adjutanten, dem Bundespräsidenten eine Note gleichen Inhalts im Namen der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. (Urkfrd.)

Belgien.

Brüssel, 10. Juli. Der bisherige französische Gesandte Bellocq hat dem Könige das Schreiben überreicht, welches seiner Mission ein Ende setzt. Der neue Gesandte Ouinette ist bereits vom Minister des Aeußern empfangen worden. In seiner Begleitung befindet sich der französische Legationsrath Montigny. — Gregoire ist an die französische Grenze zurückgeführt worden; er darf nicht mehr das Land betreten. — Aus dem Anklageakte gegen die republikanischen Banden geht hervor, daß A. von Bornstedt dem Unternehmen nicht fremd war und mit den Haupttheilnehmern in thätiger Beziehung gestanden. Auch geht aus der Untersuchung hervor, daß der anfängliche Generalkommissar der Republik Delescluze den Einfall begünstigte, indem er einem Schmuggler, welcher die Bande nach Belgien führen sollte, einen Geleitschein ausfertigte. Der neue französische Gesandte wurde an demselben Tage von dem König empfangen. Er erneuerte in seiner Anrede die Versicherung einer friedlichen Politik. „Die Prinzipien der Unabhängigkeit und der individuellen Freiheit der Nationen, deren Triumph die französische Nation durch soviel Energie und Opfer durch sich selbst gesichert hat, diese Prinzipien versteht und will sie bei andern Völkern achten. Diese Erklärung, welche die Republik schon bei ihrem Beginn abgegeben und welche die Exekutivgewalt im Schooße der National-Versammlung erneuert hat, bleibt die Grundlage und Regel der äußern Politik Frankreichs." Am Schlusse erklärte er in seinem und des General Cavaignac's Namen seine Dankbarkeit gegen Belgien, wo sie beide „als ihre Väter Verbannte und sie selbst Flüchtlinge waren," eine edle Gastfreundschaft gefunden hätten. Die Antwort des Königs enthält unter den Versicherungen freundnachbarlicher und loyaler Gesinnung gegen Frankreich folgende Stelle: „Glücklich über seine friedlichen Beziehungen zu allen Nationen, will Belgien nur fortfahren, in Ruhe und Sicherheit seiner Unabhängigkeit, seiner politischen Neutralität und seiner Institutionen zu genießen."

Großbritannien.

London, 11. Juli. (Hume-Cobden'sche Anträge auf Wahl- und Parlamentsreform. Forts.) Wenn auch in der gestern abgebrochenen Betrachtung von Parlamentsmitgliedern gesprochen wurde, die sich dem Republikanismus zuneigen, so beweist doch schon der Umstand, daß sie keineswegs sich offen zur Republik zu bekennen wagen, den treuen verfassungsmäßigen Sinn der Briten im Allgemeinen. Das Wort Republik hat für britische Ohren seit Cromwell,

Digitized by Google

dessen Verdienste um England in anderer Hinsicht gern anerkannt werden, keinen guten Klang, es erinnert den Briten ferner nur zu sehr an den Verlust der abgefallenen nordamerikanischen Kolonien und ist seit den letzten krampfhaften Zuckungen und Windungen der jungen Republik Frankreich bei den Engländern doppelt in Verruf gekommen. Unsere Republikaner in den Städten am Rhein, die sich, so lange sie von den reisenden Engländern Nutzen ziehen, so rücksichtsvoll und demüthig gegen sie benehmen, vergessen trotz ihrer gerühmten ehernfesten Gesinnung so gern, daß eben diese Engländer Konstitutionelle vom reinsten Wasser sind, die auf Nichts mit größerer Verachtung herabsehen, als auf republikanische Schreckensmänner und republikanische Baetwaldungen und nackte Halspartieen! Dies nebenbei. Man wird es in England gern sehen, wenn einzelne unnütze und kostspielige Hofchargen abgeschafft und geeigneten Orts Ersparungen vorgenommen werden, aber daran ist nicht zu denken, daß England je durch einen bloßen Ueberfall, wie in Frankreich geschah, in eine Republik verwandelt werden könnte. Die Hume'schen Reformvorschläge werden allmählich realisirt, die Wahlmißbräuche abgeschafft, das Stimmrecht auf weitere Kreise ausgedehnt, die Dauer der Parlamente abgekürzt werden, aber das Königthum wird bestehen bleiben und die Aristokratie selbst dann, wenn die Regierung mehr der demokratischen Partei in die Hände gerathen sollte, noch immer eine hervorragende Stellung in England einnehmen; sie wird im Parlamente stets eine mächtige Partei bilden, sie wird sich um so fester an einander schließen, je mehr ihr gegenüber die Mittelklassen an Bedeutung gewinnen, und dadurch ein mächtiges Gegengewicht gegen das demokratische Element sein, welches im wohlverstandenen Interesse Englands selbst sich hüten wird, einen Anspruch auf Alleinberechtigung geltend zu machen und dadurch einen Kampf auf Tod und Leben mit der Aristokratie herbeizuführen, welcher möglicherweise den jüngsten Tag der Macht und Herrlichkeit Englands bezeichnen würde. Es ist eben das richtige und verständige Gegeneinanderbalanciren beider Elemente, das besonnene Nachgeben des einen gegen das andere im passenden Augenblick, wodurch allein England seine Größe bewahren und konservativ bleiben kann. So geschieht es denn, daß England dem Einen als ein auf wesentlich demokratischen, dem Andern als ein auf wesentlich aristokratischen Grundlagen ruhender Staat erscheint, daß die Rolle, die es spielt, in reaktionären, der Stabilität zuneigenden Zeiten eine bewegende, fortstoßende, fast revolutionäre, dagegen in stürmisch aufgeregten und sich überstürzenden Zeiten eine mäßigende, ausgleichende und selbst reaktionäre, doch stets im besten Sinne konservative ist. Wie gering übrigens für jetzt noch die außer dem Hause so mächtige Reformpartei, deren Forderungen auch in der Presse immer mehr Vertretung finden, im Parlamente selbst ist, und welche undurchdringliche Mauer die toryistisch-whiggisch-peelitische Phalanx gegen die schlagendsten Gründe der Reformer bilden, dafür zeugt die Abstimmung. Der Augenblick, welchen Hume für das Einbringen seiner Vorschläge wählte, war ohnehin kein vorzüglich günstiger. Die „Times" meinen, im März, „wo Jeder darauf sich gefaßt machte, sich als Royalist zu Bett zu legen und als Republikaner aufzustehen", würden diese Vorschläge einen ganz andern Eindruck gemacht haben. Zwischen der ersten und zweiten Berathung habe man wieder vierzehn Tage unnütz verstreichen lassen, und innerhalb dieser vierzehn Tage seien in Frankreich die Kommunisten aufs Haupt geschlagen, in England die Chartisten vor Gericht gestellt worden; jetzt kämen die Anträge Hume's „wie der Fisch, den man zum Mittag bestellt hat, am Morgen darauf".

Die vier Punkte Hume's sind unsern Lesern schon aus früheren Mittheilungen bekannt. Seine Motion lautete: „Das Haus der Gemeinen, wie es jetzt zusammengesetzt ist, ist keine billige Vertretung der Bevölkerung, des Eigenthums oder der Industrie dieses Landes. Daraus ist eine große und immer zunehmende Unzufriedenheit in den Gemüthern eines großen Theils des Volkes hervorgegangen, und es ist daher rathsam, zum Zweck der Verbesserung der Nationalvertretung, das Wahlrecht so zu erweitern, daß es a) alle Hausbälter in sich fasse; b) daß die Abstimmung durch Kugelung (ballot) erfolge; c) daß die Parlamente nicht mehr über drei Jahre dauern, und d) daß die Zahl der Mitglieder in ein gleichheitlicheres Verhältniß zur Bevölkerung gebracht werde." Besteuerung und Volksvertretung, sagte das Mitglied für Montrose, müßten miteinander Hand in Hand gehen; wer Steuern zahle und doch des Wahlrechts beraubt sei, sei eines ihm zuständigen Rechts beraubt und nur wenig vom Sklaven unterschieden; solcher ihres Wahlrechts beraubter Männer gebe es aber in England nicht weniger als fünf Millionen, denn von sechs Millionen volljähriger Männer seien nur eine Million als Wähler eingeschrieben, die auf etwa 800,000 wirkliche Wähler zusammenschwänden. Die Parlamentsreform vom J. 1832 habe einer jener furchtbaren Revolutionen vorgebeugt, welche jetzt die Länder des Kontinents erschütterten, aber man müsse jetzt abermals reformiren, die Zeit sei kritisch, das Volk aufgeregt, habe Grund zur Unzufriedenheit und müsse noch im geeigneten Augenblicke durch Zugeständnisse beschwichtigt werden. Eine Erläuterung bedarf namentlich der erste Punkt. Hume versteht darunter Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Haus- oder Wohnungeinhaber, d. h. also nicht bloß die Hauseigenthümer, sondern auch die Miethbewohner, welche auf ein Jahr nis zur Armensteuer pflichtig sich haben eintragen lassen, und letztere entrichtet haben, dabei bei gesundem Verstande und eines Verbrechens nicht überführt sind. Herr Hume wies darauf hin, wie durch diese Erweiterung des Wahlrechts viele Männer von Bildung und Verstand für das Parlament gewonnen werden würden, wohlerzogene Männer die in Miethzimmern, in Kollegien oder in den Vorbereitungsanstalten für die Rechtspraxis (Inns of Courts) wohnen, Komptoiristen anständiger Handelshäuser, Ordnung liebende Handwerker ꝛc. Je größer die Zahl der Wähler, desto weniger sei auch Bestechung bei den Wahlen zu besorgen, namentlich wenn hierzu die geheime Abstimmung durch Kugelung komme. Schließlich stellte Hr. Hume dem Hause noch anheim, ob es nicht auch die Abschaffung des Wahlcensus als fünften Punkt in Betracht ziehen wolle, denn es ließe sich nicht wohl einsehen, weßhalb in den übrigen Landestheilen der Grundsatz der Vermögensqualifikation gültig sein solle, da er doch in Schottland nicht bestehe. (Schluß folgt.)

L. Frankreich.

Paris, 13. Juli. Fortwährend laufen noch beunruhigende Gerüchte durch die Stadt, und man spricht von neuen Emeuten, die schon verabredet und festgesetzt sein sollen; die Zusammenrottungen, die hie und da wieder stattfinden, sollen dieser Vermuthung Wahrscheinlichkeit geben. Die größere Zahl dieser Gerüchte verdankt gewiß der epidemischen Unruhe und Angst, die über der Pariser Bevölkerung liegt, ihre Entstehung; denn so wahnsinnig werden die Unruhestifter nicht sein, um jetzt, wo 60,000 Mann Garnison vorhanden sind und binnen wenig Stunden über 100,000 Mann Bewaffnete die Nationalgarde verstärken können, einen Versuch zu wiederholen, der früher bei nöthiger Sorglosigkeit der Regierung gescheitert ist. Die Leute sind aber sehr geneigt, solchen Gerüchten Glauben zu schenken; natürlich kömmt dies Niemandem mehr zu Gute, als der Regierung, die jede strenge und gewaltsame Maßregel vornehmen kann, ohne Widerspruch zu besorgen.

Von allen bedeutenderen Blättern hat sich bis jetzt keines gegen die neuen Repressivmaßregeln der Regierung ausgesprochen, als der National, und auch er nur schüchtern, nicht in dem gewaltigen Tone, wie vormals unter der Juliregierung. Der National steht mit allem Recht in der Herstellung der Cautionen für die Presse einen reaktionären Schritt, der die Presse wieder zu einem Geldprivilegium mache, er hält der Regierung alles das vor, was seit 1815 in dieser Hinsicht versucht, aber ohne Erfolg versucht worden ist. Was das republikanische Blatt über die Maßregel im Allgemeinen bemerkt, ist ganz richtig, nur ist es nicht im Stande, die Nothwendigkeit strengeren Verfahrens zu bestreiten aber ein anderes entsprechendes Mittel anzugeben. Der National will eine ganz strenge Strafgesetzgebung; es sollen dann dem Staatsprokurator jeden Tag die Blätter in der Art vorgelegt werden, daß jeder Aufsatz mit dem Namen des wirklichen Verfassers unterzeichnet und dieser dafür haftbar ist. In der Praxis durchgeführt, würde das freilich zu peinlicheren Zuständen und einem größeren Druck führen, als die neuen Präventivmaßregeln. Charakteristisch genug nimmt nur der National die Debatte über diese Angelegenheit mit Ernst und Freimüthigkeit auf und sucht den Grundsatz zu retten; die übrigen Blätter schweigen ganz und die Masse der Bevölkerung steht mit großer Gleichgiltigkeit dieser Herstellung der monarchischen Preßgesetzgebung zu. Darin liegt denn eine Lehre, die der National nicht näher ausgeführt hat.

Bei Gelegenheit der Prozeßverhandlungen über den Einfall der belgischen Legion kommen nun die Manöver der früheren Regierung zur Sprache. Es wird mit größter Bestimmtheit versichert, daß die Rechnungsablage der provisorischen Regierung über die Verwendung der fonds secrets des Ministeriums des Innern (Ledru Rollin) eine Ausgabe von 123,000 Fr. für die fremden Arbeiter ausweist.

Der Constitutionel zeigt in Folge einer telegr. Depesche aus Rom vom 7. an, daß der Papst die französische Republik anerkannt habe.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elwert & Kapp, 76 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an G. L. Mayer in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 29 Notre Dame des Champs.

Deutsche Zeitung.

Die Herausgeberin besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt stündlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 198. **Heidelberg,** Dinstag 18. Juli. **1848.**

Uebersicht.

Die haanover'sche Ministerialerklärung in der Nationalversammlung. — Wien (das neue Ministerium. Pillersdorf's Unpopularität und ihre Gründe). Triest (das Wahre an der Blokadenaufhebung. Die Verbindung Venedigs mit Sardinien). Prag (Bekanntmachung). Berlin (die Konsequenzen des Jakoby'schen Antrags. Rosenkranz Kultusminister. Brunzel erklärt sich nun als Landesgeneral. Maßregel gegen die Cholera. Krawall. Bülow im Ministerium des Auswärtigen). München (Adresse des Bürgervereins an den Reichsverweser). Stuttgart (Preußens neueste Schritte. Unterdrückung des demokratischen Vereins). Heidelberg (Auszug der Studenten). Frankfurt (Verhandlung der Nationalversammlung über die Vermehrung der Kriegsmacht. Beschluß über die Vermehrung der deutschen Heermacht und Konsequenz der Linken. Amtliche Bekanntmachungen).

Großbritannien. Die Hume-Cobden'schen Anträge auf Wahl- und Parlamentsreform. (Schluß). Der Aufstand auf Kuba im Werke. Die Verurtheilung der verhafteten Chartisten. Der Waffenstillstand mit den Dänen. Neue Verhaftungen in Irland.

Frankreich. Die Ruhe gesichert. Militärische Maßregeln um Paris. Verwicklungen in Marocco. Neapolitanische Entschädigungen. Verhandlungen der Nationalversammlung.

Heidelberg, 17. Juli.

Welch ein Unterschied der Haltung war doch in der Nationalversammlung während der bisherigen Verhandlungen über die Grundgesetze gegen die in der Freitagsitzung vom 14. Juli, wo das hannoversche Ministerialschreiben, das wir neulich mittheilten, zur Besprechung stand! Vorher Alles so ruhig, so geordnet, ja selbst ermüdend, da es sich um Sachen handelte, zu denen Kenntnisse erforderlich waren, deren Abgang die Linke zum großen Theile stumm machte. Hier wo es hauptsächlich um Inoektiven galt, belagerte sie die Tribune wieder fast allein, überrumpelte wieder die Rechte mit einer dringlichen Interpellation, die um Abend vorher im „Deutschen Hause" gründlich berathen war, während die Rechte vielzählig versammelt — über die Militärsachen sich besprach, die von der Tagesordnung durch das hannoversche Intermezzo verdrängt wurden. Nun war Alles wieder in Verwirrung; die Linke stellte gemäßigtere Anträge als die Rechte; sie hatte die gute Taktil, die Preußen zu schonen, die, wenn man es sehr genau nehmen und sehr weit gehen wollte, durch Auerswald's Erklärung in einer ähnlichen Lage gesehen werden könnten wie die Hannoveraner; die Anträge auf Tagesordnung wurden zurückgezogen, ohne wieder aufgenommen zu werden, und der schroffe Antrag ging durch, der Reichsverweser solle den König von Hannover zur unumwundenen Anerkennung der Centralgewalt auffordern. Folgt nun diese Anerkennung nicht, wird nur eine Antwort versagt, so haben wir den Bruch, den wir Alle vermeiden wollten; und die Versammlung ist bereits so weit, daß sogar ihre rechte Seite diese Folgen nicht etwa übersehen hat, sondern in Aussicht nahm, Zwangsmittel nicht gescheut haben wollte, den Widerstand zu zermalmen gebot, das hannoversche Gebiet im äußersten Falle durch eine Maßregel der Konfiskation den rechtmäßigen und ganz schuldlosen Erben entrissen und zum unmittelbaren Reichsgebiet erklärt wissen wollte! Die rechte Seite!

Wir kamen gestern mit einigem Widerstreben auf das Wahlverfahren, und was daran hing, zurück, heute ist es uns lieb, daß wir es gethan haben, weil wir, als wir gestern schrieben, von der Freitagssitzung noch Nichts wußten. Unsre bösen Ahnungen scheinen uns nicht betrügen zu wollen. Dies sind nun die ersten Folgen des kühnen Griffs, den wir gewagt haben; und wer will sagen, wo sie möglicherweise enden werden? Der große Kampf der Einheit und des Partikularismus war gesetzgeberisch und reformatorisch, nicht gewaltthätig und revolutionär zu schlichten, wenn jeder Theil sich mäßigen wollte. So aber haben wir in der Wahlart des Reichsverwesers das erste und große Versehen gemacht, aus einer reinen Unbedachtsamkeit, aus dem reinen Uebermuth, der aus dem Besitze der Gewalt stammt. Wir müssen noch einmal wiederholen und felsenfest darauf bestehen: in einem Bundesstaate ist ein Leiter nicht allein über das Volk, sondern auch über die einzelnen Fürsten zu setzen, und aus dem Princip der Volkssouveränetät selber folgt, daß sie nicht von der Theilnahme und Mitwirkung bei der Wahl des Oberhauptes ausgeschlossen werden können. Wir verloren den Boden des Rechts und büßten das gute Gewissen ein, indem wir zu jenem Verfahren schritten. In der Versammlung selbst fehlte der Instinkt dafür durchaus nicht. Wir wollen sagen, wenn sich das kund gab. Die Einheit gegen den Partikularismus aufrecht zu halten, ist der Wille des ganzen Volkes und auch der Wille der ganzen Nationalversammlung. Ihre Abstimmung in dem Raveaux'schen Antrage ist der Bürge dafür. Hätte sie in dem Wahlverfahren ganz loyal gehandelt, hätte sie sich das gute Gewissen gewahrt gehabt, so wäre sie im Recht gewesen, und wir hätten es nur gut gefunden, daß sie im Nothfalle selbst zermalmende Beschlüsse gefaßt hätte. Aber auf diesem gesetzlichen Boden steht die Versammlung in dem fraglichen Falle nicht. Sie sah sich selbst etwas nach, und es faßt jeden Unbefangenen das Gefühl an, daß es nun nicht mehr als billig ist, daß man auch den Regierungen Etwas nachsehen müsse. Die Sprecher nun in der hannoverschen Sache fußten allerdings auf dem großen Princip, das wir nicht aufgeben können, und hatten in so fern ein günstiges Terrain. Der Einheit soll Nichts vergeben werden. Die partikulare Laune des Einzelnen kann sie nicht stören wollen. Die hannoverschen Deputirten selbst hatten eine ehrenwerthe dahingehende Erklärung abgegeben, die wir gestern mittheilten. Es schien, als ob Niemand zu widersprechen wagte, der Grundsatz war zu wichtig. Die Anträge auf Tagesordnung wurden zurückgenommen. Alles verlangte einen möglichst einstimmigen Beschluß. Alles schien dahin zu drängen. Als aber die Abstimmung fiel, so war die Mehrheit, gegen das, was erwartet worden war, nur eine kleine.

Es sind Anträge gestellt worden auch wegen der Erklärung Auerswalds in Berlin; ihre Dringlichkeit ward nicht anerkannt; man wird über sie ohne Frage zur Tagesordnung gehen, wenn sie vor die Versammlung kommen. So viel Rechtssinn wird sich in der Versammlung finden, daß sie anerkennt, Preußen sei mit seiner Erklärung vollkommen im Recht. Ein Präjudiz kann in dem bei der Wahl des Reichsverwesers beliebten Verfahren nicht gelegen sein sollen, und wir würden die Regierung verachten, die nicht den Muth hätte, das laut zu erklären. Mit dieser preußischen Erklärung ist aber allerdings die hannoversche nicht auf Eine Linie zu stellen. Wir mißbilligen sie unbedingt; doch sind es nur Worte, über die mit einer Gegenerklärung weggegangen werden konnte; wir wären daher für den Wesendonk'schen Antrag gewesen, der einfach auf eine Zurückweisung ging, die vollkommen genügte. Einen offenen Bruch muß die Nationalversammlung nur an Thaten setzen. Sonst wiederholen wir, daß die hannover'sche Ministerialerklärung durchaus unstatthaft ist und auf einer gänzlichen Verkennung der Zeitlage beruht. Wir sind nicht von der Affektation erbaut, mit der man die Allmacht der Volkssouveränetät jetzt zu behandeln pflegt, aber wir sind denn doch auch nicht Willens, die widerlichen Phrasen von den „Allerhöchst unsern Landesfürsten von Gott anvertrauten Ländern" länger anzuhören! Wir lassen uns gefallen, daß Hannover seine Bedenken über die Form und den Inhalt des Wahlbeschlusses hat, aber daß es sie reserviren will, um sie einmal zu gelegener Stunde geltend zu machen, das geht weit. Wir begreifen, daß es einen alten Regenten hart ankommt, die Begriffe von seiner Unabhängigkeit zu ändern, aber daß er die Grenzen stellen will, wie weit er die Selbständigkeit seines Einzelstaates zu Gunsten der Reichsgewalt aufgeben will und wie weit nicht,

Digitized by Google

das würde, wenn Jeder diese Ansicht erheben wollte, eine Einigung unmöglich machen. Zurückgewiesen mußte das allerdings werden, aber es konnte in einer Form und Sitte geschehen, die der Nationalversammlung würdiger gewesen wären.

Wir finden es durchaus unangemessen, daß einer Erklärung gegenüber, die von allen Ministern unterzeichnet ist, die Ausfälle sich gegen den König und nicht gegen die Minister richteten. Das Präsidium wird es gewiß nicht geschehen lassen, daß die Person des Reichsverwesers für Regierungsakte in der Paulskirche angegriffen werde; wir geben zu bedenken, ob es nicht gleichmäßig seine Pflicht ist, den konstitutionellen Grundsatz durchgängig aufrecht zu erhalten, daß die fürstliche Person jedes einzelnen deutschen Staats in der Debatte aus dem Spiel gelassen wird. Diese Unschicklichkeit, die ins Weiteste getrieben ward, ist das Erste, was wir in den Formen und Sitten der Besprechung dieser Sache zu bedauern haben. Wir haben noch ein Anderes ungern bemerkt. Den König von Hannover besonders zu lieben, haben wir nicht besondere Ursache. Was aber auch seine Antecedentien sein mögen, er allein hat sich in den letzten Bewegungen in so hohem Alter als ein König bewiesen. Bei den Begriffen, in denen er erwachsen ist, kann man es ihm nicht verübeln, wenn er die Eingriffe in die bisherige absolute Selbständigkeit seiner Regierung als unverträglich mit seiner Ehre ansieht, und wenn ihn dies bewegt, seine Stellung aufzugeben, so kann man das vielleicht bedauern, vielleicht sich darüber freuen, man muß es unvermeidlich finden, aber man kann den Schritt selbst nur ehrenhaft heißen. Und es thut uns leid, daß das Niemand hervorgehoben hat; die Versammlung würde sich nur selber ehren, wenn sie in solchen Dingen ein sehr feines Ehrgefühl an den Tag legte. Es kam uns daher aus diesem Gesichtspunkte, da sich die Polemik fast ausschließlich gegen die Person des Königs kehrte, der Vorschlag ganz besonders extravagant vor, Hannover, wenn es der König resignirend verlasse, zum Reichslande zu erklären! Aus dem Gesichtspunkte des Rechts ist er freilich ebenso arg. Und aus dem der Politik übrigens am ärgsten. Das haben wir schon vor Monaten vorausgesagt, daß man nur einen Johann ohne Land an die Spitze Deutschlands stellen dürfe, so würde sich gleich die Lust in ihm regen, sich eine unmittelbare Reichsmacht zu schaffen. Aber das konnten wir nicht wissen, daß man sie gar dem Reichsverweser am ersten Tage schon entgegenbringen will! Daß wir mit dem ersten Schritte in das neue Reich den Jammer in Aussicht stellen, an dem das Alte zu Grunde ging! Und dies in einer Weise, die nicht allein für die dunkle Zukunft, sondern gleich für die Gegenwart Gefahr droht. Man sagte: so ließe sich die Einheit Deutschlands am besten anbahnen! Also wäre es auf einen Einheitstaat abgesehen? Also richteten wir den Bundesstaat nur zu einem Uebergang in das einheitliche Reich ein? Das dürfte die Nationalversammlung nur merken lassen, daß dies ihre allgemeine Absicht sei, so würde man sehen, wie schnell die Könige von Hannover, von Baiern, von Preußen u. s. w. sich die Hand reichen würden gegen die deutsche Einheit, wie sie sich sämmtlich nicht weiter „für verpflichtet erachten würden, in einer Stellung zu beharren, die die Möglichkeit, das Wohl ihrer Länder zu fördern, abschneiden würde", wie sie vielmehr, aus dieser Stellung heraustretend, nicht aus dem Lande gehen, sondern die Einheit und ihre Organe aus dem Lande zu treiben suchen würden.

Oesterreich. Δ Wien, 12. Juli. Unsere Ministerkrisis naht ihrem Ende. Die Ministerien der Justiz, des Handels und der öffentlichen Arbeiten sind bereits angenommen von den Herren Dr. Alex. Bach, Fabrikant Hornbostel und v. Schwarzer (Redakteur der allg. österr. Zeitung). Für die Finanzen und den Krieg sind die Herren Mayer (Stemez u. Mayr) und General Schönhals vorgeschlagen. Dieser Letztere ist der Zeit in Italien und alle Jene, welche unserem Kriege in Italien den möglichst glücklichen Fortgang und Erfolg wünschen, stimmen auch in dem Wunsche überein, daß Schönhals dem Kriegsschauplatze nicht entzogen werden möge. Er hat große strategische Kenntnisse und ist dabei ein Mann der That — man nennt ihn die rechte Hand Radetzki's. Wessenberg behält das Ministerium des Aeußern und Dadlhof provisorisch jenes des Innern. — Gestern warf ein Plakat die Frage auf, ob Pillersdorf fortan noch Abgeordneter bei dem Reichstage bleiben könnte. An mehreren Orten war unter dieses Plakat mit Bleistift „ja" geschrieben und die Unterschrift zweier Wahlmänner des ersten Stadtbezirkes beigefügt: Hofr. Hradda und Med. Dr. Moos. Für heute Mittag sind die 110 Wahlmänner genannten Bezirks aufgerufen, sich zu einer Versammlung einzufinden, wo dieselbe Frage in Berathung genommen werden soll. — Pillersdorf ist ein Opfer seiner Schwäche und Inkonsequenz geworden. Seit dem 26. machte er drei Mißgriffe, welche seinen Rücktritt zur Nothwendigkeit erhoben. Der erste Mißgriff war sein Glaubensbekenntniß als Reichstagskandidat, wo er plötzlich wieder die Konstitutionsurkunde vom 25. April als Bedingung seines Stehens und Fallens voranstellte. — Er wurde damals als Abgeordneter gewählt mit einer Mehrheit von 23 Stimmen quand même. — Man hielt diese Behauptung zum Theil für einen jener momentanen Rückfälle, denen er zu Zeiten unterworfen war und sich immer wieder eines Bessern besonnen hatte — zum Theile waren auch Büreaukraten unter den Wahlmännern, deren Stimme ihrer Natur nach unter jeder Bedingung ihm sicher war. Der zweite Mißgriff war jenes Ministerialreskript, welches eine Rüge des Ausschusses enthielt, als Antwort auf dessen Anfrage, warum Graf Leo Thun noch immer Regierungspräsident sei und nicht wegen der Bildung der provisorischen Regierung in Prag und der Nichtachtung, welche er dem hiesigen Ministerium im Angesichte der Welt erklärt hatte — zur Rechenschaft gezogen werde. Die mißliebige Stelle des Reskriptes ist folgende: „Das Ministerium hat immer auf die auf Ruhe und Ordnung gerichteten Andeutungen, auch des Ausschusses, wenn sie nicht die Grenzlinie überschritten, Rücksicht genommen." — Pillersdorf hatte vergessen, daß sein Ministerium nur durch ein Vertrauensvotum des Volks, welches ihm der Ausschuß als Ausfluß desselben gab, nach Bestand hatte; er ging noch weiter, er gab sogar zu verstehen, daß es jetzt an der Zeit sei, daß sich der Sicherheitsausschuß selbst auflöse — wäre dies geschehen, so hätte der kurzsichtige Staatsmann ja mit dieser Auflösung auch die seines eignen Ministeriums ausgesprochen. Der Ausschuß muß und wird bestehen, bis der Reichstag versammelt ist zur „Wahrung des Volkes", denn daß diese noch immer der Wahrung der Rechte bedürfen, hat Pillersdorf durch seinen dritten Mißgriff, die bekannte Geschäftsordnung zum konstituirenden Reichstag, bewiesen. Nach Bekanntmachung dieses Dokumentes, welches dem Preßgesetz und der Konstitutionsurkunde vom 25. April würdig zur Seite steht, entzog ihm der Sicherheitsausschuß, gestützt auf die Bürgernationalgarde und akademische Legion, sein Vertrauensvotum wieder, nachdem der Präsident Dr. Fischhof sich noch am Morgen des 8. überzeugt hatte, daß Pillersdorf, wie ein schwankendes Rohr von jedem Winde bewegt, für alle Meinungsschattirungen einen Anklang finden läßt. Fischhof verlangte in kürzester Zeit ein Programm, worin der Minister seine beabsichtigte Haltung am Reichstag klar aussprechen müsse, besonders über die Punkte: direkte Wahl ohne Census; keine privilegirte Kammer; Absetzung des Grafen Thun. Pillersdorf versprach, auf dies Alles im Ministerium anzutragen, „da es auch seine Ansichten seien", und im Falle er nicht durchdringe, wolle er zurücktreten. Dies waren der Widersprüche zu viel! Mit diesem Manne an der Spitze des Ministeriums wäre die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet gewesen; die wahrscheinlich große Majorität der Rechten in der Reichsversammlung hätte an ihm einen lenksamen Führer gefunden und einen Rechtszustand in ihrem Sinne gegründet, vor dessen Segnungen uns Nichts geschützt hätte, als die Chance einer vierten Revolution! Berlin hat seine Erfahrungen auch für uns gemacht, seine Revolution wurde auf seinem Reichstage in Frage gestellt; daß sie wollte man hier nicht erleben, man entfernte daher zur rechten Zeit den Mann, unter dessen Auspicien sie aufs Neue möglich gewesen wäre.

Prag. Bekanntmachung: Die in mehreren Blättern sich wiederholenden Verdächtigungen der Denkungsweise und Gesinnungen des Guberniumpräsidenten Grafen Leo Thun fordern mich auf, gegen diese unbegründeten Angriffe offene Einsprache zu thun, indem ich keinen bessern Beweis meines vollen Vertrauens und meiner Hochachtung für seinen biedern Charakter geben kann, als daß ich in einer Epoche die Regierungsgeschäfte freiwillig und gern mit ihm theile, in welcher der Belagerungszustand dieselben ausschließlich in meine Hände legt. Fürst Windischgrätz, kommandirender General.

Triest, 9. Juli. In die Vorbereitungen der heute hier stattgefundenen großartigen Feier der Auferstehung Deutschlands fiel gestern wie ein Schreckschuß ein vom Sardenadmiral in unsere Stadt geschleudertes Aktenstück, ein Meisterstück der Frechheit und des Doppelsinnes, ein treuer Abklatsch des treulosen Sardenkönigs. Die wirklich italienische Industrie unserer Presse, die aus jedem Winde ein Gerücht, aus jedem Gerüchte eine Wahrheit macht und nur bei Thatsachen möglichst wahr bleibt, hatte sich bald des genannten Aktenstückes bemächtigt und es in Tausenden von 1 Kr. Exemplaren über alle Straßen gestreut. Man schlug sich darum; auf der Börse, auf den Märkten, auf dem Korso war ein Gedränge, ein Lärmen, ein Schreien,

Digitized by Google

daß mir die Ohren davon gellten. — La leva del blocco! erscholl es ringsum; denn in dem Blatte selbst erwartete man Nichts weniger zu finden, als was auf dem Titel stand, nämlich die frohe Nachricht von der Aufhebung der Blokade unsers Hafens. Nun erlauben Sie mir, Ihnen kurz zu erzählen, was an der Sache ist. Sie kennen die einleitenden Vorgänger: wie der ersten Erscheinung der Flotte in unserm Hafen die officielle Nachricht vorherging, der Admiral habe strenge Weisung erhalten, den Handelsverkehr auf keine Weise zu behelligen; — wie später dennoch nach fruchtlosen Drohbewegungen gegen unsere Stadt die strengste Blokade eintrat, als ein eigenmächtiger, allem Völkerrechte zuwiderlaufender Gewaltstreich des im Augenblicke seine Uebermacht fühlenden Feindes. Sie kennen die verschiedenen Proteste, welche die hier residirenden fremden Konsuln erließen, sowie die späteren Erklärungen des deutschen Bundes und der Nationalversammlung. Schon seit acht Tagen geht das Gerücht, die Blokade sei aufgehoben, die aus dem Innern Deutschlands kommenden Zeitungen sind voll davon. Nach all Diesem können Sie sich unser Erstaunen denken, als wir gestern in dem officiellen Aktenstück, überschrieben die „Aufhebung der Blokade von Triest", folgende Erklärungen des feindlichen Admirals Namens seiner Sardinen-Majestät finden: 1) „Es wird allen Handelsschiffen, die unter österreichischer Flagge inbegriffen, freie Ein- und Ausfahrt gestattet, wenn nicht an Bord derselben Truppen, Waffen, Kriegsmaterial oder Gegenstände der Seekriegskontrebande gefunden werden, weßwegen sich jedes Schiff einer Besichtigung unterwerfen muß." Wie wenig Sicherheit dieser Satz gewährt, springt in die Augen. Man weiß, daß die meisten Handelsschiffe, zum Schutz gegen etwaige Piratenangriffe, mit ein paar Kanonen und sonstigem Kriegsbedarf versehen sind; es dürften demnach wenige Fahrzeuge im Stande sein, unter den angeführten Bedingungen frei ein- und auszulaufen. An Beispielen zur Bestätigung dieser traurigen Vermuthung fehlt es leider nicht. — 2) „Keinem Handelsschiffe ist erlaubt, die Linie der zur Aufrechterhaltung der Blokade von Triest bestimmten italienischen Kriegsschiffe zu durchkreuzen, denn auf jedes Fahrzeug, welches dies versuchen sollte, würde gefeuert werden." Ist dies nicht die dunkle Antiphrase des Sinnes? Die Blokade ist aufgehoben, und hier wird von Aufrechterhaltung derselben gesprochen! — 3) „Zur Nachtzeit müssen die Handelsschiffe stets in Kanonenschußweite von dem italienischen Geschwader Anker werfen, und zwar die einlaufenden gegen die Stadt und die auslaufenden gegen die Segel, um bei Tagesanbruch der oben erwähnten Besichtigung unterzogen zu werden." Kann man sich etwas Widersinnigeres denken! Also ein Schiff darf bei Sturm oder schlechtem Wetter nicht dem schützenden Hafen zueilen, sondern muß die ganze Nacht hindurch in genau abgezirkelter Entfernung von der feindlichen Flotte stehen bleiben! Ja, es kann nicht einmal einen Nothschuß thun, denn es darf weder Pulver noch Kanonen führen! Und die fremden Schiffe, welche uns aus fremden Häfen zueilen, müssen alle angeführten Beschränkungen erdulden, denn bei Uebertretung einer derselben würden sie in Grund und Boden geschossen werden. — Doch das Beste kommt noch: 4) „Se. Excellenz, der Gouverneur des Küstenlandes, wird in Kenntniß gesetzt, daß die italienische Flotte, wenn bei ihrer Ladung (approdi) von den Ortsbehörden die geringste Ursache zur Beschwerde gegeben werden sollte, nicht Willens sei, wie bisher, inoffenso zu bleiben." Dieser Satz spricht für sich selbst und bedarf keines Kommentars. Der Feind knüpft alle frühern, schon an und für sich sehr schwankenden und unsichern Bedingungen an die letzte: frei landen zu dürfen, wo es ihm beliebt, ohne daß sich irgend eine Behörde unterstehe, ihn zu behelligen! Er betrachtet also Triest und das Küstenland bereits als italienisches Eigenthum und uns selbst als Rebellen, die seiner gesetzlichen Macht ungestraft keinen Widerstand leisten dürfen! Wir erwarten, daß das neuerstandene Deutschland mit Nachdruck den höhnischen Schimpf rächen werde, der ihm von dem meineidigen Sardenkönig durch dieses Aktenstück angethan. — Ich muß hier schließen. Von der Werfte, vom Meere, von allen Batterien und Schiffen her donnern die Kanonen — Trommeln wirbeln, Musik ertönt, alle Straßen sind zu menschenwogenden Strömen geworden, und der Korso ist das Meer, in welchem sie muthen. Von Balkons, Thürmen und Fenstern weht die deutsche Trikolore — für uns ein lange nicht gesehenes Schauspiel. Aber die Leute sind plötzlich wie umgewandelt, und Alles nimmt freudig Theil an dem großen Feste der Auferstehung Deutschlands. Selbst die Wellen der Adria springen jauchzend dem Ufer zu und es tönt aus ihnen wie Feierklang, als murmelten sie und sagten: Dir will ich angehören, Dir, mein einiges Deutschland!

○ **Triest**, 10 Juli. Durch außerordentliche Gelegenheit erhalten wir heute ein Paar Zeitungen aus Venedig. Ich beeile mich, Ihnen das Wichtigste daraus mitzutheilen. Lange Deklamationen der „Alba" über das gedeihlicher Fortschreiten und Umsichgreifen unserer demokratischen Vereine, woraus zum Trost aller Denunzianten und Umsturzmänner, eine sonnige Zukunft für unser jetzt noch „in Barbarei steckendes" Vaterland geweissagt wird, werden für Sie weniger Interessen haben als die Nachricht der Gazzetta di Venezia v. 4. d. M., daß die junge Republik im Begriff steht, sich aufzulösen um sich Karolo Alberto in die Arme zu werfen. So lautet der Beschluß der am 3. d. M. im Dogenpalaste stattgefundenen Provinzialversammlung. Der in Bezug hierauf vom Deputirten Castelli gestellte Antrag lautet wie folgt: „Der äußersten Nothwendigkeit gehorchend, daß ganz Italien sich des Fremdherrnjoches entbürde, und hauptsächlich in der Absicht den Unabhängigkeitskrieg mit möglichst großem Nachdruck fortzusetzen, stimmen wir als Venetianer im Namen und im Interesse der Republik Venedig — und als Italiener im Interesse der ganzen Nation für die unmittelbare Verschmelzung der Stadt und Provinz Venedig mit den sardinischen Staaten ꝛc. unter gleichen Bedingungen wie die Lombardei, mit welcher vereint zu bleiben und ihre Geschicke zu theilen wir für alle Zukunft beabsichtigen". Der Antrag wurde mit 127 gegen 6 Stimmen angenommen.

Preußen. *** **Berlin**, 12. Juli. Jakoby's Antrag, mit der doppelten Spitze gegen Frankfurt und das preußische Ministerium, ist heut Nachmittag mit 262 gegen 53 Stimmen, nach zweitägiger Debatte, durchgefallen. Also ein glänzender Sieg des Ministeriums oder, besser gesagt, die entschiedenste Niederlage einer Opposition, welche es darauf abgesehen, mit allen Mitteln, die sie auffinden konnte, das zu zerrütten und zu Boden zu treten, was in Preußen von dem alten Selbst noch fest stand. Daß Jakoby's Interpellation, ungeschickt, d. h. zu künstlich sein komponirt, fallen mußte, durfte man schon seit gestern früh mit einiger Sicherheit annehmen, die ungeheure Majorität dagegen kam indeß unerwartet. Mehrere Umstände mögen dazu mitgewirkt, die Schlummernden erweckt haben: die immer verwegnere Sprache unserer Straßen- und Lokalerepublikaner, das Streitthema, an allen Ecken angeheftet: Republik oder Königthum? Je weniger es praktische Bedeutung hat, um so mehr erschreckt das Wort die Furchtsamen. Dann aber die von allen Seiten aus den alten Provinzen und aus Berlin selbst kundgegebenen Stimmen und Proteste gegen ein völliges, voreiliges Aufgeben des Preußenthums. Wäre Jakoby's Antrag durchgegangen, und hätte das Ministerium auf konstitutionellem Wege seine Entlassung eingegeben, also nicht den Muth gezeigt, auf den Einige hofften, nämlich die Versammlung aufzulösen und durch eine neue Wahl an das Volk zu appelliren, so stehe ich nicht dafür, daß nicht eine große, weit verbreitete preußische Erhebung stattgefunden hätte, die, in der Verzweiflung, sich, freilich nicht Rußland, aber lieber dem absoluten Königthume wieder in die Arme geworfen hätten, als der republikanischen Partei. Schlagt man den Muth der letztern auch so hoch an, als ihre Stimmen laut sind, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sie in Berlin selbst, auch ohne den Beistand der Provinzen, erdrückt würde. Ob die Volksredner unter so bewandten Umständen auch als Volksführer gestanden hätten, ist zweifelhaft. Die Elemente aber, welche die Barrikaden am 19. März vertheidigten, wären in diesem Kampfe getrennt gewesen; denn die Reichsverweserwahl, die der politisch Gebildete als einen Reitungsanker preist, hat in den untern Schichten des Volks, wenn nicht Opposition, doch keinen Anklang gefunden. Sie hat eher das preußische Partikularbewußtsein nach unter denen erweckt, welche im Rausche ihrer Souveränetätsgefühle noch zu gar keinem Bewußtsein gekommen waren. Auf der andern Seite haben auch die Vereine in letzter Zeit an Ausdehnung gewonnen und mehr Thätigkeit entwickelt, welche es sich zum Ziel gesetzt, den Auferzangs- und Verführungskünsten der Wühlerpartei zu begegnen; obgleich die Sprache, welche jene Vereine zum Volke reden, für eine Zeit der Aufregung nicht immer die passendste ist. — Genug, die Abstimmung der Nationalversammlung hat diese Krisis beseitigt. Mit Jakoby, ihrem bedeutendsten Stimmführer, ist die Partei in der Kammer geschlagen; wie lange sie sich noch in der Stenzenliteratur, in den Volksversammlungen halten wird, weiß man nicht, aber das ist jetzt von minderer Wichtigkeit. Hier wird ihr Leben seit den letzten Wochen nur künstlich gefristet; je heftiger ihre Sprache, je bitterer ihre Ausfälle auf Persönlichkeiten, um so deutlicher wird dem Wetterbeobachter das Zusammensinken ihrer innern Kraft. Der neue Polizeipräsident hat eine Einschränkung der Volksversammlungen versucht, man hat ihm gestern Trotz geboten; ich glaube nicht, daß die Art dieses Trotzbietens der Sache der Agitatoren förderlich gewesen ist, mag nun die Behörde, auf die Gesetze gestützt, einschreiten oder es rathsam finden, dem Treiben noch einige Zeit beobachtend zuzusehen. Das Geschrei der kleinen Tagesliteratur gegen die Minister, gegen den Magistrat, die Bürgerwehr hält sich eigent-

Digitized by Google

lich nur noch durch die persönlichen Invektiven. Auch die Arbeiter werden der Aufstände müde, von denen sie einsehen, daß sie ihnen Nichts einbringen; sie fangen an, sich nach der Ostbahn schicken zu lassen. — Seit einigen Tagen ist heiteres Wetter, das Publikum fängt an zu hoffen, daß es auch ohne Katastrophe vorübergehe, daß auch ohne Blut eine bessere Zeit kommen könne. Die Börse ermuthigt sich, die Kurse steigen, nur die Absenter's wollen noch nicht zurückkehren. Vielleicht tröstet man sich, mit dem Winter.

A Berlin, 16. Juli. Hr. Prof. Rosenkranz ist seeben aus Königsberg zur Uebernahme des Kultusministeriums hier eingetroffen. Seine wissenschaftliche Befähigung und seine politischen Grundsätze sind durch seine schriftstellerische und sonstige öffentliche Wirksamkeit längst bekannt. Von seiner persönlichen Liebenswürdigkeit und der offenen Biederkeit seines Charakters geben Alle, die mit ihm in nähere Berührung kamen, williges Zeugniß. Einem hier verbreiteten Gerüchte nach, soll General von Wrangel Anstand nehmen, auf den einseitigen Befehl der preußischen Regierung hin, den Waffenstillstand in Schleswig einzugehen, indem er zum Befehlshaber der Bundestruppen ernannt, seine Befehle von der Centralregierung abwarten zu müssen glaubt.

Berlin, 10. Juli. Um dem Vordringen der seit dem 8. v. M. in Petersburg ausgesprochenen und im Süden bis Bukarest vorgedrungenen Cholera möglichst zu begegnen, werden die Regierungsbehörden der Provinzen, in denen ihr Auftreten zuerst zu erwarten stehen würde, von Seiten der Ministeelen des Innern nach der Medizinalangelegenheiten zu genauer Beobachtung der in Betreff des Verfahrens bei dieser Krankheit verordneten Maßregeln, wie dieselben im vorigen Jahre nach einer Revision des betreffenden Reglements von 1835 getroffen worden sind, aufgefordert werden. (Staatsanz.)

†† Berlin, 14. Juli. Gestern Abend nach 10 Uhr erlebten wir einen Krawall, der das gute Vernehmen zwischen Militär und Bürgerwehr, soweit es überhaupt bestand, bedeutend gestört hat. Ein Soldat vom 24. Regiment sollte — wir wissen nicht, wegen welches Vergehens — nach Magdeburg auf die Festung gebracht werden. Die Kriegsreservisten nahmen sich seiner an und als er deßhalb nach der Füsilierkaserne in der Kaelsstraße gebracht wurde, sammelte sich ein großer Volkshaufe vor dem Kaserngebäude. Die Soldaten geriethen mit dem Volke in Streit und nahmen einer Bürgerwehrpatrouille, die hinzukam und einige Soldaten verhaften wollte, die Gewehre ab.— Das diplomatische Korps ist aufgefordert worden, sich mit dem neuernirten Unterstaatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Grafen v. Bülow, in Verbindung zu setzen; de facto ist Hr. v. B. also Minister der ausw. Angelegenheiten.

Baiern. || München, 13. Juli. Die Adresse des Bürgervereines für Freiheit und Ordnung an den Reichsverweser Erzherzog Johann, die auf dem Rathhause seit gestern zur Unterschrift auflegt, laut also: „Durchlauchtigster Herr Erzherzog, Reichsverweser! Die Worte von Ew. Kaiserl. Hoheit vor wenigen Jahren in edler Begeisterung ausgesprochen: Ein einiges kräftiges Deutschland! sie beginnen wahr zu werden, nachdem sie von der Freiheit die Weihe empfangen. Die in der konstituirenden Reichsversammlung zu Frankfurt vereinigten Abgeordneten aller deutschen Stämme haben mit richtigem Blicke die unabweisbare Nothwendigkeit erkannt, daß bis zur Vollendung der Reichsverfassung eine provisorische Zentralgewalt geschaffen werde. Mit Freude haben wir ihren Beschluß, mit Vertrauen ihre Wahl begrüßt. — Ein reines, fleckenloses Leben, ein warmes Herz für die Geschicke des Volkes, eine für Freiheit und Recht glühende Seele, muthig bestanden in mancher bittern Stunde der Prüfung, diese hohen Tugenden, die wir in Ihnen anerkennen, geben uns die Zuversicht, daß deutsche Einigung, Freiheit, Größe und Macht in Eurer Kaiserl. Hoheit als Reichsverweser die kräftigsten Stützen gefunden haben. Schwer ist die Aufgabe in Mitte einer sturmbewegten Zeit und all der Gefahren, die uns umgeben, das so lange zerrissene Deutschland zu einigen und in gesetzmäßiger Entwicklung ihm die heiligsten Güter zu sichern, die Freiheit. Aber gehen Sie mit Gott an's Werk! Das deutsche Volk hat seine Geschichte noch nicht vollendet; Wahrheit, Treue und Recht sind ihm heilig. Ein solches Volk geht nicht unter! Ja ihm werden Sie den sichern Grundbau finden für des Vaterlandes neue Gestaltung, in ihm die Macht seines Lenkers. Berufen zu sein, die Aufgabe zu erfüllen, ist die schönste Bürgerkrone; sie erfüllt zu haben, ein ewiges, glorreiches Denkmal, so lange deutsche Herzen schlagen. Gott mit Deutschland und seinem Reichsverweser! In tiefster Ehrfurcht Ew. Kais. Hoh. unterthänigst gehorsamste ꝛc. ꝛc."

Würtemberg. ** Stuttgart, 14. Juli. Der Ausschuß des hiesigen vaterländischen Vereins, der durch sein neues Programm den preiswürdigen Entschluß ausgesprochen hat, mit Entschiedenheit an der konstitutionellen Monarchie festzuhalten, gibt unterm 12. die Kunde, daß in seiner Mitte das neueste Benehmen Preußens allgemeine Mißbilligung gefunden habe. Hervorgehoben wird als Gegenstand der Mißbilligung erstens die bekannte Erklärung des Ministerpräsidenten von Auerswald auf dem preuß. Landtage vom 4. Juli, nach welcher die preuß. Regierung die Wahl des Reichsverwesers zwar anerkennt, aber die dabei stattgehabte Umgehung der Regierungen nur als einen außerordentlichen, durch den Drang der Umstände zu entschuldigenden Fall gelten läßt, aus welchem für die Zukunft sicher keine Folgerungen gezogen werden würden; sodann wird auch gerügt, daß Preußen einseitig einen Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen habe. Die letztere Thatsache hätte man, da sie noch nicht verdügt ist, um so eher auf sich beruhen lassen dürfen, als Waffenstillstände eine Kriegsangelegenheit sind, die dem kommandirenden General in den meisten Fällen zu überlassen sein möchte, wenn man nicht das österreichischr Hofkriegsrathsunwesen verewigen will. Die Ratifikation und etwaiger Friedensschluß bleibt ja immer noch vorbehalten; auch existirte die Centralgewalt noch gar nicht, als die Unterhandlungen wegen des Waffenstillstandes schon im Gange waren; die Nationalversammlung aber ist keine Vollziehungsbehörde, und endlich hat man vergessen, daß Preußen vom Bundestage zum Handeln bevollmächtigt war. Es ist zu beklagen, daß der lebhafte und durchaus gerechte Wunsch, den auch wir hegen, der Wunsch, ein einiges Deutschland hergestellt zu sehen, so leicht die Stufen, die dahin führen, überspringen macht und Urtheile hervorruft, die erst gerechtfertigt sind, wenn das Ziel erreicht ist. — Was nun den ersten Gegenstand der Mißbilligung, die bedingte Zustimmung Preußens zur Reichsverweserwahl, aber vielmehr zu dem dabei beobachteten Wahlmodus anlangt, so gestehen wir, daß die betreffende Erklärung der preuß. Regierung uns ebenfalls unangenehm berührt hat, nicht weil wir ihr das Recht bestreiten möchten, Verwahrung für die Zukunft einzulegen, sondern weil es zur unrechten Zeit und eben deßhalb schon in einer Weise geschehen ist, welche verletzen und die Stimmung gegen Preußen, was nicht genug beklagt werden kann, immer mehr verbittern muß. Hat denn die preuß. Regierung schon vergessen, welchen schlimmen Eindruck die unzeitige und nicht wohl erwogene Erklärung, sich an die Spitze Deutschlands stellen zu wollen, gemacht hat, und daß diese Erklärung zum großen Theil daran Schuld ist, daß kein preuß. Prinz zum Reichsverweser gewählt worden? Weiß die preuß. Regierung nicht, daß, wenn auch in den Marken, in Pommern und zum großen Theil auch im eigentlichen Preußen unter „deutsch" eigentlich „preußisch" verstanden werden mag, dies schon nicht in Schlesien, noch weniger im preuß. Thüringen und einem Theil Westfalens, am wenigsten in den preußischen Rheinlanden der Fall ist? Weiß die preuß. Regierung nicht, daß sie die zuletzt genannten Provinzen unter den gegenwärtigen Umständen aufs Spiel setzt, wenn sie dem einmal erweckten und nur durch eine lange Reihe, das Gegentheil beweisender Handlungen zu bestegenden Mißtrauen, als sei es ihm mit dem Aufgehen in Deutschland kein rechter Ernst, durch Worte und Thaten neue Nahrung gibt, in denen auf Preußen als Preußen ein Accent gelegt ist, aber auch nur gelegt zu sein scheint? Es ordne sich innerlich, wie es die Gegenwart gebietet, es handle im deutschen Sinne und Interesse, ohne sich dabei Ehre und Vortheil voreinander zu behalten, und es wird alle Ehre und allen Vortheil davon haben; es wird faktisch an der Spitze Deutschlands stehen und dann, aber auch nur dann namentlich an die Spitze Deutschlands gestellt werden. Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, dessen Einheit, Macht und Ehre will, von Vorurtheilen unbefangen ist und zugleich weiß, wo und wie die Bürgschaften einer ruhmvollen Zukunft Deutschlands zu erlangen sind, der will und wünscht auch und mag die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß ein vorbehaltlos deutsch gewordenes Preußen den wohl und redlich, thatkräftig und mit Aufopferung verdienten Ehrenplatz in Deutschland erhalte.

** Stuttgart, den 15. Juli. Ein gestern Abend noch ausgegebenes Regierungsblatt verkündigt die Auflösung des demokratischen Vereins: die Verfügung trägt die Unterschriften des Königs, des Staatsraths Duvernoy und für den abwesenden Römer seines Stellvertreters Harpprecht. Der bisherige Verein ist aufgelöst, und für fernere Theilnahme ist, sofern nicht ein noch schwereres Verbrechen damit konkurrirt, den Stiftern und Vorstehern Kreisgefängniß bis zu einem Jahre, übrigen Theilnehmern Gefängniß bis zu 4 Wochen oder Geldbuße von 50 — 200 fl. gedroht. Als Gründe für diese Maßregel sind folgende angegeben: daß der Zweck des Vereins, in kommunistischer Richtung den Staat umzugestalten, ihm eine Form zu geben, welche selbst in der demokratischen Republik nur annähernd erreicht wird, die Grundlage der öffentlichen Ordnung bedroht, daß der Verein mit

Digitized by Google

einem Centralkomité in Verbindung steht, welches sich schon ursprünglich als Gegensatz gegen die deutsche Nationalversammlung erklärte, und durch öffentliche Aufforderung zur Auflehnung gegen deren Beschlüsse und zu eigenmächtiger Bildung einer neuen Vertretung seine verderbliche Tendenz hinreichend kundgegeben hat, und daß durch die von einem solchen Verein unterhaltene Aufregung unter dem Volk die Rückkehr des allgemeinen Vertrauens, ohne welche Verbesserung der gegenwärtigen gedrückten Verhältnisse nicht möglich ist, gehemmt wird.

Baden. * Heidelberg, 17. Juli. Seit einigen Tagen befindet sich unsere akademische Jugend in lebhafter Aufregung, und es scheint ein Theil derselben entschlossen, heute noch die Stadt zu verlassen. Eine kleine Anzahl von Studirenden hatte einen demokratischen Verein gegründet, der nach Angabe der Statuten sich als Ziel gesetzt hatte, durch die Presse, Belehrung u. s. w. die Einrichtung der demokratischen Republik vorzubereiten. Eine Aufforderung zum Beitritt, die am schwarzen Brett erschienen war, wurde vom Universitätsamte zwei Mal weggenommen, der Verein selbst aber durch Ministerialerlaß aufgelöst. Obwohl die Mitglieder des unterdrückten Vereins dem Vernehmen nach nur ein Zwanzigtheil der Studentenschaft ausmachten, so sah die Mehrzahl doch in diesem Verbot eine Kränkung der akademischen Rechte; denn ohne mit jener demokratischen Tendenz zu sympathisiren, glaubten dieselben doch, eine einseitige Bevormundung darin wahrzunehmen, daß man andere Vereine ähnlicher Art bestehen lasse, einen aus Studirenden bestehenden aber unterdrücke. Eine größere Versammlung sprach sich dahin aus, daß aus dem angeführten Grunde die Sache des unterdrückten Vereins eine allgemeine Studentensache sei und schickte eine Deputation nach Karlsruhe, um ungesäumte Zurücknahme des Verbotes zu erwirken. Ein Ministerialreskript berief sich auf bestehende Gesetze früherer Zeit und versicherte, es sei im verflossenen März eine Erweiterung der bestehenden Associationsrechte weder gefordert noch erreicht worden. Gestern Abend verkündete die Deputation den Studirenden diese Antwort, sie waren dadurch nicht befriedigt und entschlossen sich nun, heute Morgen die Stadt zu verlassen und nach Neustadt a. d. Hardt zu ziehen. In diesem Augenblick werden die Vorbereitungen dazu getroffen. Ein Anschlag des akademischen Senats mahnt die Studirenden ab, auf diesem Wege ihr vermeintliches Recht zu verfolgen, und erinnert sie daran, daß das Gesetz von 1833, dessen Hauptbestimmungen beigedruckt sind, und welches der Regierung das Recht gibt, jeden Verein, der ihr gefährlich scheint, aufzulösen, auch heute noch in unverkannter Wirksamkeit bestehe. Der Aufruf wird an den Straßenecken angeschlagen, aber, wie wir uns durch eigne Anschauung überzeugten, auch sogleich wieder (nicht von Akademikern) abgerissen. Es scheinen darnach auch Leute thätig zu sein, in deren Interesse es liegt, eine Verständigung wo möglich zu hindern. Gegen 11 Uhr soll, wie wir hören, der Auszug stattfinden.

ö Frankfurt, 16. Juli. Der gestrige Beschluß, welchen die Nationalversammlung hinsichtlich des Heerwesens faßte, ist von so großer Bedeutung, daß ich noch einmal auf denselben und auf die darüber gepflogene Verhandlung zurückkomme. Der Antrag des Ausschusses hatte vielfach die Besorgniß erregt, daß dadurch eine bedenkliche Vermehrung des eigentlichen stehenden Heeres bezweckt und überdies den einzelnen Staaten eine übergroße, in der jetzigen Zeit nicht zu erschwingende Geldausgabe auferlegt werde. Der Ausschuß sah sich daher veranlaßt, diese Mißverständnisse zu berichtigen. Der Berichterstatter Auerswald zeigte demnach, daß von einer permanenten Vermehrung des Heeres überhaupt nicht die Rede sei, sondern daß es sich durchaus nur um eine augenblickliche Vermehrung der disponiblen Truppen wegen der gegenwärtigen politischen Verhältnisse handele. Darüber wie in Zukunft der Stand des deutschen Heeres und die Organisation desselben, als Linie, Land- und Bürgerwehr festzustellen sei, werde ein besonderer Gesetzentwurf vorgelegt werden. Man wolle auch nicht für den gegenwärtigen Augenblick eine Vermehrung des eigentlich stehenden Heeres, sondern überlasse es den Staaten das Kontingent durch Errichtung der Landwehr, wo diese noch nicht eingeführt sei, auf die geforderte Truppenanzahl zu erhöhen. Wo dies für den Augenblick nicht der Fall sein könne, da müßten allerdings neue Aushebungen stattfinden, da aber für jetzt noch nicht verlangt werde, daß das erhöhte Kontingent sofort bei der Fahne versammelt sein soll, sondern nur, daß die Zahl der geübten Mannschaft vorhanden sei, wenn man ihrer in der Kriegsgefahr bedürfe, so würde in den Staaten, welche keine Landwehr haben, für die auszuhebende Zahl von Rekruten ein eben so große Zahl von bereits geübten Mannschaften beurlaubt werden können. — Ferner sagte er also sei, so lange nicht ein wirklicher Kriegszustand eintrete, in der That keine weitere Ausgabe nöthig, als die für die Beschaffung der weiter erforderlichen Bekleidung und Ausrüstung. Ein eigentlicher dauernder Mehraufwand für das Heerwesen würde nur dann eintreten, wenn die Mobilmachung erfolgen muß, d. h. in einem Krieg. — Der Berichterstatter bemerkte hiezu weiter, daß die Bewaffnungsgegenstände für das volle Kontingent in den einzelnen Staaten eigentlich schon vorhanden sein sollte, wo das nicht der Fall sei, da sei es eben ein Versäumniß derselben bisher gewesen. Man rede viel davon, daß man durch die Vermehrung des Heeres der Reaktion in die Hände arbeite, übersehe aber gänzlich dabei, daß die Regierungen diese Art von Bewaffnung gar nicht in ihren Händen habe; die Landwehr ahnehin stehe ja ganz in ihrem bürgerlichen Verhältniß; aber auch dadurch, daß Rekruten ausgehoben und einexercirt und sodann wieder in ihre bürgerlichen Verhältnisse zurücktreten, könne dem Bürgerthum gegenüber dem Militär keine Gefahr erwachsen. Die Mannschaft bleibe ja, die kurze Exercierzeit ausgenommen, ganz in ihren übrigen bürgerlichen Verhältnissen. Er bezeichnet diesen Gegenstand als einen sehr dringlichen, weßhalb man die Beschlußnahme nicht verschieben und wie Andere gewünscht haben, erst eine Vorlage des Reichsministeriums erwarten dürfe. Die polit. Lage habe sich in den letzten 10 Tagen in einer bedenklichen Weise geändert; die russ. Armee sei nach dem Süden gerückt und Verwickelungen in Beziehung auf die Donauländer seien unausbleiblich. Unter diesen Verhältnissen müsse Deutschland nothwendig eine achtunggebietende Stellung einnehmen. Wie einst Friedrich der Große gesagt habe, wenn er König in Frankreich wäre, so würde in Europa kein Kanonenschuß fallen ohne seine Erlaubniß, so müsse jetzt Deutschland sich in eine Lage setzen, daß gegen seinen Willen kein Kanonenschuß in Europa fallen könne. Von Frankreich drohe aber wenigstens im gegenwärtigen Augenblick keine Kriegsgefahr; es stehe in politischer Beziehung auf dem gleichen Boden der Volkssouveränetät wie wir, und seine Gesinnungen in dieser Beziehung gegen Deutschland können darum für jetzt nur friedliche sein, allein man könne doch auch in Frankreich auf eine feste Dauer der Zustände noch nicht mit Sicherheit rechnen und müsse darum auf Wechselfälle sich bereit halten. Der Berichterstatter verkennt nicht, daß der gestellte Antrag unpopulär sei; allein die Nationalversammlung müsse, so ferne sie den Antrag selbst für begründet halte, sich dazu entschließen, das daran sich knüpfende Odium auf sich zu nehmen. — Reh von Darmstadt spricht sich für den Ausschußantrag aus; er selbst sei sehr für eine neue, volksthümliche Organisation des Heerwesens und erwarte auch, daß darüber in kürzester Frist eine Gesetzesvorlage gemacht werde; allein diese Organisation einer Wehrverfassung sei nun eben jetzt noch nicht eingeführt, und könne auch nicht in den nächsten paar Wochen durchgeführt werden. In dieser Periode des Uebergangs dürfe aber das Vaterland nicht den drohenden Gefahren bloßgestellt werden, und darum sei die vom Ausschuß vorgeschlagene Maßregel für jetzt unumgänglich nothwendig. Die Lage von Deutschland erfordere eine viel stärkere Wehrkraft, als sie selbst Frankreich und Rußland bedürfen; welche beide nur nach einer Seite hin eigentlich Angriffen ausgesetzt seien. Der Abgeordnete Blum habe das Vorhandensein jeder Kriegsgefahr bestritten; diese sei aber allerdings in hohem Grade vorhanden, Rußland befinde sich in einer Lage, in welcher der Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei, und auf die französischen Zustände könne man wenigstens nicht bauen. Bequemer scheine allerdings der Antrag, die ganze Sache dem Reichsministerium zu überlassen und abzuwarten, bis von dort eine Aufforderung gestellt würde; allein er hatte das nicht für angemessen. Die Nationalversammlung habe einmal die Sache beantragt, und sie müsse sie nun auch auf sich nehmen; es zieme sich hier nicht, den Widerwillen, welchen dieser Beschluß erregen werde, auf die neue Reichsgewalt überzuwälzen.

Hagen legt eine Petition seines Wahlbezirkes Weinheim und Heidelberg gegen die beantragte Erhöhung des Militärstandes vor und macht die darin enthaltenen Gründe zu den seinigen; man wolle keine Vermehrung des stehenden Heeres, weil kein Krieg drohe, weil die Lasten des Volkes dadurch vermehrt werden, weil eine Verminderung des Heeres versprochen worden sei, und weil man in dem vermehrten Heere nur ein neues Mittel für die Reaktion sehe. Der Redner meint, der Krieg sei noch nicht da, man solle warten bis er kömmt. Wenn man eine allgemeine Volksbewaffnung einführe, so sei man ja kampfgerüstet; die Reaktion sei vorhanden (wa! wo! keine Antwort) man müsse derselben nicht neue Mittel in die Hand geben.

Radowitz. Die Einwürfe gegen den Ausschußanträge seien hauptsächlich zweierlei Art; einmal vermehrte Last des Heeres und sodann das Nichtvorhandensein einer Kriegsgefahr. Die Kostenfrage aber hänge nicht sowohl von der Truppenzahl als von dem Dienstsysteme ab; die Kosten für die englische Armee seien größer als die für die vier Mal größere preußische Armee, weil nämlich die ganze

Digitized by Google

englische Armee immer präsent sei. Man stelle das entgegengesetzte Extrem — die allgemeine Volksbewaffnung als das wohlfeilste System entgegen, das sei aber ein großer Irrthum, wenn man freilich die Volksbewaffnung darein setze, daß man den Leuten Waffen in die Hände gebe, so koste das nicht besonders viel; allein damit könne man keinen Krieg führen. Auch bei einer allgemeinen Volksbewaffnung müsse ein stehendes Heer die Schule bilden und die Kadres abgeben. Allerdings aber könne alsdann, wenn die Organisation einmal durchgeführt sei, die Präsentschaft der Linie bedeutend verringert werden; das erste Aufgebot werde alsdann die Landwehr, das zweite die Bürgerwehr bilden. Wenn man übrigens die Kosten für die jetzige Wehrverfassung so hoch anschlage, so möge man sie doch mit denen in allen Ländern vergleichen; in Preußen kommen c. $1^1/_2$ auf den Kopf, in der Republik Frankreich c. $2^1/_2$. Diejenigen, welche die Kriegsgefahr läugnen, stützen sich hauptsächlich auf die freundschaftliche Gesinnung Frankreichs gegen Deutschland. Er gehe ungern an die Beleuchtung dieser Frage, da sie aber immer wiederholt werde, so könne er ihr nicht ausweichen; er wolle unumwunden erklären, daß die Frage um den Besitz des linken Rheinufers fortwährend das unübersteigliche Hinderniß einer dauernden freundschaftlichen Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland bleiben werde; die Ueberzeugung, daß das linke Rheinufer zu Frankreich gehöre, wachse mit jedem Franzosen auf, er möge einer Partei angehören, welcher er wolle; keine Regierung in Frankreich könne diesem Gelüste auf die Dauer Widerstand leisten; daran seien die Bourbonen gescheitert, und Louis Philipp würde heute noch auf dem Throne sein, wenn er in dieser Beziehung dem Gelüste des französischen Volkes nachgegeben hätte, wie es ihm sein ältester Sohn gerathen. Selbst der friedliche Lamartine habe die Erklärung geben müssen, daß sich Frankreich nicht mehr an die Verträge in Beziehung auf den Ländesbestand gebunden halte und die Regierung der Republik habe temporisirt, weil dieses das Weiseste war; indessen sei man im Begriff gewesen, die Socialfrage durch den Krieg zu lösen, was allerdings im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr so nothwendig erscheine; die alte Frage werde indessen gewiß auftauchen, und er wünsche, daß es später geschehe, als er erwarte. Darum halte er den Antrag des Ausschusses durch die Zeitverhältnisse für dringend geboten, und er bitte die Versammlung, durch ihre Zustimmung das dritte Zeichen der Einheit und Vaterlandsliebe zu Deutschland zu geben.

Bischer aus Tübingen spricht sich gegen die Aushebung von Rekruten aus, welche dem Volke als ein gewaltsamer Griff in seine Mitte erscheinen, und darum sehr verhaßt seien; es würden Folgen daraus entstehen, welche man nicht verantworten könne; man wolle auch von seiner Seite nichts Anderes als eine vollkommen militärisch organisirte Volksbewaffnung. Man gebe ja zu, daß eine große und imposante Vermehrung der Truppenstärke jetzt durchaus nothwendig sei; sei es um einen Krieg zu bestehen oder ihn zu verhindern; aber diese Vermehrung solle in der Weise einer wohlorganisirten Volkswehr stattfinden. Es werde dagegen eingewendet, daß eine solche Organisation Zeit brauche; allein man solle nur erst die allgemeinen Umrisse geben, und vor Allem die Truppenvermehrung nur nicht wieder auf das Konskriptions-System gründen; der Kostenpunkt könne dadurch sehr vermindert werden, daß man den Vermöglichen von einem gewissen Steuerkapital an aufgebe, sich selbst zu bewaffnen und zu kleiden. Er ehre die Armee und anerkenne ihre Verdienste, aber es sei ihm deßhalb doch unleidbar, daß das Volk dem Heer abgeneigt bleibe, so lange seine Organisation auf dem Princip der Konskription beruhe.

Stavenhagen. Es handele sich hier vor Allem um die Dringlichkeit der Sache; wenn diese anerkannt sei, so könne man nicht mehr darauf antragen, daß erst noch ein Gesetz über die neue Organisation des Heerwesens ausgearbeitet, vorgelegt, berathen und dann in den einzelnen Ländern eingeführt werde. Was man auch dafür sagen möge, so erfordre die Durchführung einer solchen Organisation eine viel längere Zeit, als die, welche man bei einer drohenden Kriegsgefahr habe. Er wolle zugeben, daß der Kaiser von Rußland jetzt noch die friedlichsten Absichten habe; allein das könne sich von einem Tag zum andern ändern, und eine große, kampfgerüstete russische Armee stehe nahe an der deutschen Grenze, wolle man warten, bis die Russen da sind? Dann freilich sei dies eine andere Sache, dann könne man sich begnügen, bis dahin Gesetze zu berathen über eine neue Organisation des Heerswesens. Mit einer Volksbewaffnung habe man noch lange keine geübte Mannschaft; wenn die Republik Frankreich wüßte, daß sie ohne stehendes Heer fertig werden könnte, so würde sie gewiß die großen für dasselbe nothwendigen Summen auf eine andere Weise verwenden; die Franzosen aber setzten das Element der Selbstständigkeit des Vaterlandes nach Außen höher als jedes Andere, weil sie wohl wissen, daß es im Innern keine Freiheit gibt ohne Selbstständigkeit nach Außen. Wenn sie darum wählen müssen zwischen der Selbstständigkeit Frankreichs und einer beengten bürgerlichen Freiheit, so ist bei ihnen die Wahl nicht zweifelhaft. In Deutschland leider sei dieses ganz Anders, hier gebe es Männer genug, welche bisher die Ehre und Integrität des Vaterlandes preisgeben als ihre polit. Phantasieen und ihre Vorliebe für gewisse Staatsformen. Leue will keine Vermehrung des stehenden Heeres, weil er an keinen Krieg glaubt; er lobt sehr die Großmuth der Franzosen, welche ganz und gar keine Gelüste mehr nach den Rheinprovinzen hätten; bisher hätten sie geglaubt, daß die Rheinprovinzen selbst gerne französisch wären, weil sie mit dem preuß. Regimente unzufrieden waren; jetzt aber wüßten sie ja, daß die Rheinländer deutsch sein wollen. Auch der Kaiser von Rußland könne gar kein Interesse haben, Krieg mit Deutschland anzufangen; er wisse wohl, daß die Freiheit ansteckend sei, und werde darum seine Russen auch nicht nach Deutschland schicken. Die Vermehrung der Armee sei aber nicht nur unnöthig, sondern auch gefährlich, indem jede gute Armee den Krieg wünsche, und ihn eben deßhalb auch herbeiführen werde.

Lichnowsky vertheidigt ebenfalls den Kommissionsantrag gegen die beiden Haupteinwendungen, die vermehrte Last des Volkes und die Unzweckmäßigkeit, weil kein Krieg da sei; die Gründe, welche er diesen Einwendungen entgegensetzt, sind von früheren Rednern schon hervorgehoben worden, und neu war mehr die glänzende Art, in welcher der Redner von diesen Waffen Gebrauch machte. Zunächst äußerte er seine Zweifel gegen die Wirksamkeit des Blum'schen Hüadedrucks; er will zwar auch abwarten, bis der Krieg kommt, aber nicht wehrlos, sondern in einer achtunggebietenden Stellung. Der Kaiser von Rußland möge noch so friedliche Gesinnungen hegen, so werde er jedenfalls zum Kriege gezwungen werden; der Zankapfel liege zwischen Rußland und Deutschland und der Kaiser könne nicht zuwarten, bis Polen revolutionirt sei. Wenn die Russen Posen genommen hätten, so stehe ihnen der Weg nach Magdeburg offen, und was wolle man dann machen, wenn keine Heermacht daستehe; wollt man dann die Franzosen zu Hilfe rufen? dann werde das Wort Napoleons, daß Europa in 50 Jahren entweder kosakisch oder republikanisch sein werde, in Deutschland, vielleicht ja in Erfüllung gehen, daß wir Beides haben. Eine Volkswehr, wie man sie gewöhnlich verstehe, werde dann eine schlechte Hilfe sein; die Vorzüglichkeit eines Heeres bestehe hauptsächlich in dem Einen: Beinen, und da würde es bedenklich sein, wenn man die Volkswehr in aller Schnelligkeit von einer Grenze Deutschl. zur andern marschiren ließe. Es handele sich jetzt in dieser Sache allein darum, daß man nicht zu spät komme.

Wedemeyer hält die Verstärkung der Landmacht für um so nothwendiger, da Deutschland keine Seemacht besitze. — Schulz aus Darmstadt will zwar auch eine unverzügliche Erhöhung der deutschen Streitkräfte, aber nur durch das erste Aufgebot der Volkswehr, indem er glaubt, daß es doch möglich sei, die Organisation desselben in kurzer Frist zu Stande zu bringen. Hiermit wurde die Diskussion geschlossen; sämmtliche Amendements, welche auf eine motivirte Tagesordnung gingen, wurden abgeworfen. Für den Ausschuß-Antrag wurde die namentliche Abstimmung verlangt. Dieser schon früher mitgetheilte Antrag wurde mit 303 gegen 149 Stimmen angenommen. Jordan aus Berlin enthielt sich der Abstimmung. Ein Antrag von Rießer, welcher dahin geht, daß die Aushebung nach den Grundsätzen allgemeiner Wehrpflicht und mit Beseitigung aller Exemptionen Statt finden solle, wurde fast einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag Wernher's von Nierstein, die Ausrüstung der neu hinzutretenden Mannschaft solle allen militärischen Prunk fallen lassen und der Einfachheit der künftigen Bürgerwehr sich anschließen, zu welcher die Nat.-Vers. in dem gefaßten Beschluß nur einen Uebergang anerkenne, wurde ebenfalls mit sehr großer Mehrheit angenommen.

♂ Frankfurt, 16. Juli. Gestern erst, kann oder muß man sagen, ist die Wiedergeburt Deutschlands vollendet worden. Gestern erst lieferte Deutschland den Beweis, daß es zur Ausführung seines Willens auch die nöthigen Opfer zu bringen, die nöthigen Anstrengungen zu machen bereit sei. Zu den Worten kam die That. — Und doch wollen diejenigen, die immer von Thaten reden im Gegensatze zu Worten, gerade von dieser That Nichts wissen; und dies charakterisirt sie. Auf fremde Monarchen schimpfen, wie wie das erst neulich auf der Rednerbühne gehört, muthmaßliche Friedensbedingungen, als mit deutscher Ehre unverträglich, weit von sich werfen, das können sie mit tapfern Worten wohl, und der Beifall der Gallerien macht sie dann zu Helden, die sich, gehen sie von der Rednerbühne stolz herab, gewiß in ihrem Innern hoch gehoben fühlen. Hr. Jordan von Berlin kann der Nat. Vers. sich auch als römischer Feldherr darstellen und, wie er neulich that, sie auffordern, die Fahne mitten

Digitized by Google

in den Feind zu werfen, um sie dann zurückerobern zu müssen — aber da es nun galt, die Mittel zu schaffen, um hochtönenden Worten nöthigenfalls auch die That folgen lassen zu können, da hatten alle diese Thatenhelden, die ganze Linke — mit Ausnahme des Hrn. Rößler von Oels — nur Worte der Verneinung, und der römische Feldherr — enthielt sich der Abstimmung. Während vor 14 Tagen noch in ihrem Munde der russische Autokrat mit seinen Horden die Freiheit bedrohte, die man durch Aufstellung großer Streitmassen an der östlichen Grenze sofort schützen müsse, war nun auf einmal Nichts mehr zu besorgen, und die Weltlage erschien ihnen so rosig, daß sie nicht für nöthig fanden, die deutsche Streitmacht auch nur um einen Mann zu vermehren. Am empfindlichsten ist die Linke gegen die Vermuthung, die französischen Versicherungen der Brüderlichkeit könnten wohl auch wieder einmal in das Gelüste nach der frontière naturelle umschlagen. Wer es nicht ganz vergessen hat, daß in den letzten Kriegen Deutschland unter der Devise fraternité und egalité geplündert worden, der ist in ihren Augen ein Reaktionär. Die jetzigen Franzosen, versichert man uns, dächten ganz anders, seien für uns nur zärtlich gesinnt, und weil man uns dies versichert, sollen wir ungerüstet bleiben, und sollen dem Hrn. Blum glauben, die neu geschaffenen 300 französischen Bataillone seien nur der Besorgniß entsprungen, es könnte 1848 ein ähnlicher deutscher Feldzug gegen die französische Freiheit wie 1792 unternommen werden!

Ich habe eine zu gute Meinung von dem Verstande der in Deutschland beglaubigten französischen Gesandten, namentlich von Hrn. Savoye, den man ja täglich mit Blum und Ruge und anderen Mitgliedern der Linken verkehren sieht, als daß ich glauben könnte, sie berichteten ihrer Regierung solche Unmöglichkeiten. Ist etwa in dieser ganzen Zeit des Um- und Aufschwungs auch nur irgendwo das Verlangen ausgesprochen worden, das deutsche Elsaß zurückzuerobern? — Ja, wohl möglich, daß zu Eroberungen jetzt in der Paulskirche der Grund gelegt wird, aber auf ganz anderem Wege, als auf dem der Waffen. Gleichzeitig in Paris und Frankfurt sind die Baumeister am Werke. Es wird sich zeigen, wer auf besserem Grunde, wer mit den besseren Materialien, wer mit festerem Gefüge und wer auf längere Dauer baut. Wer hier den Preis davon trägt, wer vor Allem dem Gebäude ein Dach zu geben vermag, das nicht das erste beste Gewitter wieder hinwegreißt, so daß alle Elemente in den leeren Mauern wüthen, der wird einst der friedliche Erobeer sein, dem die früher unnatürlich abgetrennten Familienglieder wieder in die wohnlicher gewordene Heimath zurückkehren. Gegen solche Eroberungen, wenn sie in später Zukunft möglich werden sollten, schützt nicht die jetzige Errichtung von 300 französischen Bataillonen, dagegen muß Frankreich sich wahren durch staatsmännische Weisheit bei Gründung seiner neuen Verfassung. Daß die französische Nationalversammlung sich vorwiegend für das Einkammersystem erklärt, ist für die künftige Größe Frankreichs ein Nachtheil, der durch 300 Bataillone nicht ersetzt werden kann.

Wäre Deutschland in Frankreichs Lage, die deutsche Nationalversammlung hätte wohl nicht für nöthig gefunden, ihren gestrigen Beschluß zu fassen. Im Rücken das ohnmächtige Spanien, im Süden Piemont, im Osten zwischen dem neutralen Belgien und der neutralen Schweiz das sympathisirende und mit sich selbst beschäftigte Deutschland, woher sollte da Gefahr drohen? Deutschland aber steht in einer Ehrensache dem verbündeten Skandinavien gegenüber; Rußland weiß hiebei wie bei den slavischen Bewegungen hinter den Kulissen zu spielen; wird bereits jetzt schon von von den südlichen Donauländern um Schutz angerufen; hat in Triest und der tiroler Südgrenze Berührungspunkte mit dem italienischen Kriegstheatre, die ihm jeden Augenblick gebieten können, zum Schwerte zu greifen. An Frankreich aber haben wir einen Nachbarn, dessen Friedensliebe gerühmt ward, selbst als Lamartine sich von den völkerrechtlichen Verträgen öffentlich lossagte, die neuen Rüstungen damit erklärte, daß wo andere Staaten sich vergrößerten, Frankreich nicht leer ausgehen dürfe, und das jetzt drei junge kriegsgeübte Generale an der Spitze hat. Ob in solcher Lage es nicht ein Akt großer Weisheit war, die Centralgewalt dazu zu ermächtigen, die Streitkräfte Deutschlands nöthigenfalls auf 900,000 Mann zu bringen, mag jeder weiterblickende Vaterlandsfreund selbst ermessen. Dieser Beschluß wird dem Auslande beweisen, daß es uns deutschen „Theoretikern" uns schwärmenden „Idealisten", wie man uns so mitleidig spottend bisher genannt, nun doch endlich praktischer Ernst wird mit der Antwort auf Arndts allzulang gesungene Frage „Was ist des Deutschen Vaterland?". Wenn irgend Etwas uns den Frieden verbürgen kann, so ist es der gestrige Beschluß und ist er dann nicht das „Billigste", was beschlossen werden konnte? Erst nach einem solchen Beschlusse ziemt es Deutschland von einem Bündniß mit Frankreich zu sprechen, worauf seither so auffallend die Linke drang. In einem solchen Bunde muß dann aber England der dritte sein. Sind die drei großen freien Staaten Europas, Deutschland, England und Frankreich, mit einander verbündet, dann ist der Friede und die Freiheit dieses Welttheils gesichert, dann mag man allerwärts die Waffen niederlegen und bei großen Ersparnissen den Segnungen des Friedens die üppigste Entwicklung gönnen. Auffallend war die Schwäche, mit welcher die Linke in dem gestrigen Kampfe auftrat. Ihre vorherrschenden Gedanken sprach Hr. Hagen, das Mitglied für Heidelberg aus, und wahrlich einen unbedeutenderen Vorkämpfer konnte sie nicht auf die Rednerbühne senden. Eine Protestation von etwelchen Leuten aus dem Städtchen Bruchsal gegen die Vermehrung des Heeres gilt ihm als die Volksstimme. Sie erinnerte an die Protestationen badischer Volksversammlungen gegen den Schutz der deutschen Grenze durch „fremde" Bundestruppen. Herr Hagen eifert gegen die Kostspieligkeit des stehenden Heeres, und der Billigkeit wegen verlangt er die Volksbewaffnung. Wenn aber die Selbstbewaffnung jedem Bürger eine Ausgabe von etwa 20 Thlr. verursacht, so erscheint es dem, der rechnen kann doch billiger, durch eine Landwehrorganisation nach Art der preußischen lieber einerseits eine brauchbarere Wehrkraft mit öffentlichen Opfern hervorzubringen, die den einzelnen Bürger durch den Steuerausschlag doch bei weitem nicht mit einer solchen Quote treffen. Aber es gibt Leute, welche nur diejenige Ausgabe eine Last des Bürgers nennen, die er einer öffentlichen Kasse leistet. Daß aber der gelehrte Kämpfer der Linken in der Maßregel vor Allem eine Maßregel der Reaktion sah, das war für einen solchen Denker wohl das Natürlichste. „Ja, schon ist sie da die Reaktion", rief er aus, „überall taucht sie wieder auf", und als man ihm von allen Seiten die Frage zurief „wo, wo?" da wußte der Mann nichts Besseres zu thun, als eben in seiner gelernten Rede fortzufahren. Ich weiß nicht, gab er sich eine so große Blöße, um nicht aus dem Konzepte zu kommen, oder schente er sich doch, als Reaktion die endlich überall erstarkende Gesetzlichkeit und Ordnung anzuklagen; jedenfalls wird die Linke das nächste Mal einen anderen Redner mit der Vertheidigung ihrer Sache beauftragen.

Von dem Auftreten des neuen Reichsministeriums in der gestrigen Sitzung sind Sie schon unterrichtet. v. Schmerling rief durch die offene Darlegung seiner zu befolgenden Grundsätze die lauten Zeichen allgemeiner Anerkennung hervor. Ebenso sprach Heckscher mit staatsmännischer Würde; der Berichterstatter über die Inbeleeise war da nicht mehr zu erkennen und wird es vielleicht auch fernrr nicht sein. Ein so begabter Mann vermag Vieles über sich und die Veränderung der Stellung Vieles über einen solchen Mann. An Energie fehlt rs beiden Karakteren nicht, nur wird man gut thun, nicht Alles am ersten Tage zu erwarten. v. Peucker, der Reichskriegsminister, ist bisher nicht in parlamentarischer Oeffentlichkeit aufgetreten und nahm auch an der gestrigen Verhandlung nur einen hörenden Antheil. Doch soll er ein sehr wissenschaftlich gebildeter und kenntnißreicher Militär sein. Wichtiger als die parlamentarische Wirksamkeit ist die organisatorischr, die man nun von ihm erwarten muß. Diese zu entfalten bietet ihm der gestrige Beschluß reichliche Gelegenheit. — In neun Tagen wird der von Heckscher begleitete Reichsverweser hier zurück sein; man spricht davon, er werde seine Rückreise über Berlin nehmen.

Die Frankf. Oberpostamts-Zeitung enthält in ihrem „Amtlichen Theile", außer der bereits von uns der Sache nach mitgetheilten, folgende Bekanntmachung: Der Erzherzog-Reichsverweser hat mit Verfügung vom 15. d. M. für die Dauer der Abwesenheit des Justizministers von Frankfurt, dessen Geschäfte dem Minister des Innern übertragen.

Großbritannien.

London, 12. Juli. (Hume-Cobden'sche Anträge auf Wahl- und Parlamentsreform. Schluß.) Von den Gegenreden, welche am ersten Tage der Berathung (20. Juni) gehalten wurden, ist die Lord J. Russell's die wichtigste, schon wegen des Geständnisses, daß die Reformakte allerdings einzelner Verbesserungen benöthigt sei, während Russell früher den Kreis der für England nöthigen und wünschenswerthen Reformen mit derselben Akte für abgeschlossen erklärt hatte (sein bekanntes Wort über die „Finalität" der Reformakte). Dieses Geständniß läßt erwarten, daß Lord J. Russell in der nächsten Session (insofern er dann noch an der Spitze der Geschäfte steht, was, sobald nicht neue Reisen über Europa und speziell Großbritannien hereinbrechen, fast zu vermuthen ist) irgend eine Bill einbringen wird, wodurch an der Reformakte einige Flickereien und Ausbesserungen vorgenommen werden. Einen entschiedenen und umfassenden Charakter wer-

Digitized by Google

den sie keinesfalls tragen, einmal weil Russell solchen Maßregeln schon vermöge seiner Gemüthsart abgeneigt und sodann durch seine Stellung überhaupt genöthigt ist, sich mit äußerster Vorsicht durch die Parteien vorwärts zu bewegen. Lord J. Russell bemerkte im Verlauf seiner Rede: Hr. Hume finde es unbillig, daß Erwachsene überhaupt vom Recht zu wählen ausgeschlossen sein sollten, und doch schließe sein Vorschlag, das Wahlrecht an Hausbesitz und Hausmiethe zu knüpfen, immer noch 2—3 Millionen vom Wahlrecht aus. Gegen die dreijährigen Parlamente machte Russell den Einwand geltend, daß in längeren Parlamenten größere Geschäftskenntniß und Vertrautheit mit den Bedürfnissen des Landes erworben würden, während rasch auf einander folgende Parlamentswahlen das Land zu oft in jenen Zustand fieberartiger Erregung versetzen würden, welche mit den Wahlen unumgänglich verbunden sei. Der Minister sprach dann in begeisterten Worten von der britischen Verfassung, an die man nur mit äußerster Schonung die bessernde Hand anlegen dürfe; es sei die Verfassung, welche in diesen stürmischen Zeiten den Neid und die Bewunderung aller Freunde der Ordnung und des Friedens unter allen Völkern erregt habe, es sei die Verfassung, vermittelst welcher die von Tacitus für unmöglich gehaltene Lösung des Problems: Demokratie, Aristokratie und Monarchie zu einem Staatswesen zu vereinigen, erreicht sei. Gegen die Hume'schen Anträge sprach ferner Hr. Drummond, der, obschon ein Attorny, doch Hn. Hume das wichtige Zugeständniß machte, daß auch ihm eine kürzere Dauer der Parlamente als wünschenswerth und nothwendig erscheine, das Parlament stehe nur zu sehr getrennt vom Volke, öftere Parlamentswahlen würden dazu beitragen, beide in unmittelbarem und lebendig in einandergreifendem Verkehr zu erhalten, ja er gieng sogar soweit, um mit den Chartisten selbst einjährige den siebenjährigen Parlamenten vorzuziehen. Gegen eine weitere Ausdehnung des Wahlrechts sprach sich Hr. Drummond unbedingt aus; das Wahlrecht sei weniger ein Recht, als ein unvertrautes Amt; nur dem könne man sein Vertrauen schenken, der etwas zu verlieren habe; Hr. Hume wolle ein Parlament für seine sog. Ersparungsentwürfe, die mehr lokaler als reichsländischer Natur seien, er wolle ein Parlament von Knausern. An demselben Tage sprach noch Disraeli gegen die Humeschen Anträge (mit Ausnahme von Punkt 3, wonach es scheint, daß ein einzeln gestellter Antrag auf Abkürzung der Parlamente den Beifall der Tories, mithin die meiste Aussicht auf Erfolg haben würde,) dafür Hr. W. Fox, in einer mehr warm gefühlten und wohlgesetzten, als an Beweisführung reichen Rede. Hr. Fox berief sich namentlich auf die vielen trefflichen Dichter und Schriftsteller, die aus den arbeitenden Klassen (welche übrigens durch den Hume'schen Reformplan ebenfalls zum größten Theil vom Wahlrecht ausgeschlossen sein würden) in England hervorgegangen wären; wolle man eine ehrenwerthe Klasse, in der so viel edles Blut ströme, von den politischen Rechten ausschließen und wie Sklaven behandeln? England möge seine Leibeigenen emancipiren; erst dann werde das britische Volk ein einiges, durch keine Kluft getrenntes sein. (Schluß folgt.)

Den der Aufreizung zum offenen Aufstande oder der Theilnahme an den chartistischen Emeuten angeschuldigten Chartistenführern, Williams, Fussell, Vernon, Sharpe, Looney und E. Jones ist nun das Urtheil gesprochen worden. Es lautet auf 2 bis $2^1/_2$ Jahren Korrektionsstrafe und Stellung von Kautionen und Bürgen für ruhiges Verhalten nach Entlassung aus dem Strafhause. E. Jones wollte dem Oberrichter noch in einem langen Vortrage die Tugenden des Chartismus auseinander setzen, als der Oberrichter ihn mit den Worten unterdrach: er würde ihm mit Vergnügen zuhören, da jedoch dieser Vortrag in dem Schicksal des Angeklagten keine Aenderung bewirken könne, so möge er, Jones, lieber seine Worte sparen. Nachdem ihm das Urtheil gesprochen worden, sagte E. Jones, der übrigens selbst Rechtsgelehrter ist, sich gegen die Richter wendend: „Ich wünsche Ew. Herrlichkeit gute Nacht und daß Ihr schlafen mögt mit dem Motto der Volkscharte um den Nacken: Keine Ergebung!“ Ein Blatt hat früher darauf aufmerksam gemacht, daß die Angeklagten nicht angelsächsischen, sondern gälischen Stammes, Fussell endlich, der den Königsmord als kürzestes Mittel zur Abschaffung des Königthums empfahl, ein Abkömmling der Schweizerfamilie Füßli sei. Die Times finden die Strafurtheile sehr gelind gegen Leute, denen es nicht darauf angekommen wäre, die Hauptstadt unter Blut zu setzen, wenn sie nur ihre selbstsüchtigen Zwecke erreicht hätten; es gebe keine mildere Strafe, als solche Leute in Stand zu setzen, „daß sie in komfortabeln (!) Gefängnissen ruhig über ihre Vergangenheit nachdenken können.“

Die Regierung schreitet rücksichtslos gegen die Häupter der irischen Verschwörung ein. In Cashel wurde am 11. Juli Doheny wegen Aufreizung zur Rebellion verhaftet und nachdem ein Versuch des Volks, ihn zu befreien, vereitelt worden, ins Gefängniß gebracht. An demselben Tage verhaftete man in Waterford Hrn. Meagher und brachte ihn in Begleitung einer berittenen Polizeiwache nach Dublin, wo er eine Kaution von 300 Pf. durch ihn selbst und von je 350 Pf. durch zwei Bürgen leisten mußte.

Das Chronicle schreibt, daß, wie man in den Ver. Staaten erfahren habe, auf der Insel Cuba eine Insurrektion im Werke und für deren Ausbruch ein bestimmter Tag festgesetzt sei. Es sei dies kein Negeraufstand, sondern ein Aufstand für Unabhängigkeit und Lossreißung von Spanien. Der Gouverneur, hiervon unterrichtet, habe die Forts besichtigt und verstärkt; mehrere Kriegsschiffe der Ver. Staaten seien bestimmt, an den Küsten der Insel zu kreuzen und die Interessen Nordamerikas wahrzunehmen. (In welcher Weise sie die Interessen Nordamerikas wahrnehmen werden, das wird man erleben, wenn der angekündigte Ausbruch wirklich erfolgen sollte. Die Times enthalten übrigens, was nicht ohne Bedeutung ist, in letzter Zeit sehr starke Ausfälle gegen den umsichgreifenden Annexations- oder vielmehr Eroberungsgeist der Ver. Staaten.)

Auf eine Anfrage des Hrn. S. R. Robinson, Vorsitzenden von Lloyds, ist am 12. Juli von dem auswärtigen Amte die amtliche Antwort ertheilt worden, daß die Bedingungen eines in Malmö zwischen den Bevollmächtigten Dänemarks und des deutschen Bundes verabredeten Waffenstillstandes von der preußischen Regierung angenommen worden seien, und daß General Wrangel Befehl erhalten habe, sie zu unterzeichnen und in Vollzug zu setzen. Das Schreiben schließt: man habe Grund zu hoffen, daß der (inzwischen zu Grabe getragene) deutsche Bundestag diese Befehle nicht rückgängig machen werde.

Frankreich.

Paris, 14. Juli. Ungeachtet aller beunruhigenden Gerüchte, die mündlich und durch die Presse verbreitet wurden, blieb Paris doch ganz ruhig, und die Regierung hat sich sogar, wie man hört, veranlaßt gesehen, gegen einzelne offenbar mit Bewußtsein thätige Allarmisten einzuschreiten. Das Innere von Paris hat wieder seine alte Physiognomie angenommen, dagegen sind zwei große Lager außer Paris gebildet. Das eine ist im Norden von Paris zwischen La Chapelle und der fortlaufenden Ringmauer und besteht aus 8000 Mann Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Genie, das andere dominirt den Osten von Paris, es ist in St. Maur und zählt 10,000 Mann Infanterie und Kavallerie. Die Artillerie dieses Lagers ist im Schlosse von Vincennes. Eine Emeute würde somit durch die Truppen der Garnison von vorn, durch die Lager von rückwärts angegriffen, sich augenblicklich zwischen zwei Feuern befinden und Cavaignac und Lamoricière sind entschlossen, vorkommenden Falles augenblicklich zu den äußersten Mitteln zu greifen und der Insurrektion keine Nachsicht zu zeigen.

Der National enthält heute folgende Notiz: Wir können anzeigen, daß die im Namen der Neapel bewohnenden Franzosen verlangte Entschädigung für die Ereignisse des 15. Mai ganz bezahlt worden ist. Der Admiral Baudin und Herr Bois-le-Comte hatten den Befehl, darauf zu dringen und sich nicht eher zu entfernen, als bis unsern Landsleuten diese gerechte Genugthuung gegeben war.

Der französische Konsul in Tanger hat der Regierung angezeigt, daß auf Befehl des Kaisers von Marocco große Kriegslager bei Fez zusammengezogen würden. Er glaubt nicht an irgend eine feindliche Demonstration gegen Algier, wohl aber an den nahen Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Spanien und Marocco. In Folge dieser Nachrichten hat die Regierung befohlen, den regelmäßigen Dampfschiffdienst zwischen Tanger und Oran wieder herzustellen.

In der heutigen Sitzung der Nat.-Vers. stattete Vabaud-Lariviére Bericht über das Dekret ab, welches die Errichtung eines Monuments für den auf den Barrikaden gefallenen Erzbischof von Paris befiehlt. Das Monument wird auf dem Platze des Pantheon aufgestellt. Montreuil legt ein ganz ausgearbeitetes Projekt über die Errichtung einer Colonie von 20,000 Arbeitern in Algier vor. Der Handelsminister kündigt die baldige Vorlage eines Gesetzes über Ackerbau-Kolonien an. — Man schreitet zur Tagesordnung: Gesetz über die Begünstigung der Arbeiter-Associationen bei Arbeiten und Lieferungen für den Staat.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Etwert 4 Kings, 70 Bucyanstreet in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordfranische Länder wende man sich an C. L. Herrenden in Straßburg Nr. 20 Quai Kl., Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Herausgeberschaft besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.15. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 199. Heidelberg, Mittwoch 19. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Flüchtlinge in der Schweiz. — Wien (der Sitzungsort der deutschen Nationalversammlung. Portofreiheit für die Parlamentsmitglieder). Berlin (Gründe des gestrigen Krawalls. Erlaß des Ministeriums in Betreff der Beamten vom alten System. Rückblicke auf den Antrag Jakobys. Stimmungen darüber. Mission des General Below). Aus Rheinpreußen (Eindrücke der Abstimmung über den Jakoby'schen Antrag. Republikanisches Treiben). Vom Niederrhein (deutsche Republikaner jans Nordamerika). Hannover (das Schreiben des Gesammtministeriums). Heidelberg (Auszug der Studenten. Erklärung der zurückgebliebenen Studenten). Altona (der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen. Die Dinge mit Lauenburg geordnet). Ratzeburg (Wahlen. Wahl der Administratoren). Vom Rhein (Heckschers Untauglichkeit zum Reichsminister). Frankfurt (die Auffassung der Amtsthätigkeit von Seite des Ausschusses. Verhandlung über die Form der Interpellation. Heldmann's Wahl für ungiltig erklärt. Debatte über die Grundrechte. Amtliche Bekanntmachung der Reichsregierung).

Großbrittannien. Die Hume-Cobden'schen Anträge auf Wahl- und Parlamentsreform. [Schluß.] Eine revolutionäre Versammlung in Dublin. Weitere Verhaftungen.

Frankreich. Paris. Die herrschende Unruhe. Aufruf der Regierung. Verhandlungen der Nationalversammlung. Erklärung über den Ankauf der Eisenbahnen. Der Verfassungsentwurf in den Bureaux. Die Privatdomänen Louis Philipps.

Ungarn. Pesth. Sieg der Ungarn über die Insurgenten.

Beilage. Aufruf zu einem Kongresse deutscher Offiziere. Vom Rhein. Organisirung der Partei der konstitutionellen Monarchie. Ein Gedicht Lamartines. Posen. Neue Gährung unter den Polen. Schiefe Stellung des Generals Brunneck. Adresse von Leipzig. Leipzig. Adresse gegen die Republik. Mainz. Verhaftungen. Unruhen in Neu-Algesheim. Die Partei des einigen Italiens. Frankfurt. Der hannöver'sche Partikularismus. Schweiz. Die Loyalität der N. Z. Zeitung. Großbrittannien. Malta. Die Flotte unter Segel. Italien. Florenz. Schlichtung der Grenzstreitigkeiten. Venedig. Die neue provisorische Regierung.

Heidelberg, 18. Juli.

Wir hatten schon vor einigen Wochen Gelegenheit, dem Benehmen der Schweizer Presse gegen Deutschland einige Spalten zu widmen. Wir haben zwar damals wie heute den tollen Saturnalien, in denen sich die Blätter an der Limmat und an der Aar gefielen, nicht mehr Werth beigelegt, als die schreibenden und schimpfenden Personen verdienten; wir hielten es aber für nothwendig, ein Treiben zu beleuchten, hinter dem sich eine Richtung der Schweizer Politik versteckt, die es ebenso unbesonnen wie einst der Sonderbund daraus anzulegen scheint, die glückliche Ungestörtheit der Schweizer Entwicklung von Außen zu verwirren und unmöglich zu machen. Diese neue Auslandspartei, die in den westlichen, namentlich den wälschen Kantonen ihren Hauptsitz hat, spielte zwar, als ihr der Vorwurf vor einem halben Jahre gemacht wurde, mit vieler Ungeschicklichkeit den Beleidigten und Empörten; sie hat aber seitdem durch Worte, Thaten und Verbindungen die Wahrheit jener Anklage schlagender, als wir es je erwarten konnten, erwiesen. —

Es ist jetzt den Schweizer Staatsmännern Gelegenheit gegeben, zu zeigen, daß sie mit dieser Minderheit intriguanter Propagandisten, deren Ehrgeiz viel größer ist als ihr Patriotismus, keine Gemeinschaft haben mögen; von deutscher Seite ist endlich geschehen, was längst hätte geschehen sollen, man hat sich an den Bundesrath gewendet und über das Treiben der Freischärler an der deutschen Grenze begründete Klage erhoben. Mag man die Gefahr, die aus solchem Treiben erwachsen muß, allenfalls gering anschlagen, so erfordert es doch schon die politische Ehre, von einem Nachbarstaate zu verlangen, daß er unter dem geduldigen Namen des Asylrechts nicht sein Grenzgebiet zur Zufluchtstätte revolutionärer Umtriebe mache. Sowenig z. B. Frankreich im Jahr 1791 ein Koblenz seiner Emigranten an der Grenze zu dulden brauchte, sowenig sind wir verpflichtet, dicht an der südlichen Grenze unseres Vaterlandes ein Koblenz unserer Emigration zu ertragen; Frankreich hat dies eingesehen und die Führer des verunglückten Putsches, die sich von den Thoren Deutschlands zu weiterer Arbeit rüsten wollten, von den Grenzen zurückgewiesen. Wir wüßten nicht, was die Schweiz berechtigen oder veranlassen könnte, anders zu handeln als Frankreich.

Man scheint dies auch vielfach zu fühlen, und nur Wenige haben den Muth, die Maske abzuwerfen und sich zu einer Mitverantwortlichkeit an diesem Treiben offen zu bekennen. Andere, deren Sympathien ebenso lebendig sind, die aber deren Ausdruck besser zu berechnen wissen, läugnen nicht, daß eine solche Konnivenz gegen alles Herkommen und Völkerrecht verstoße, aber sie stellen die Richtigkeit der Thatsachen in Abrede. Es soll, so versichern sie, durchaus nichts Schlimmes oder Feindseliges von den Emigranten beabsichtigt sein; dieselben seien friedliche, gutmüthige Flüchtlinge, denen man den Genuß des Asylrechts verkümmern wolle. Niemand, fügen sie hinzu, wisse Etwas von den Umtrieben, welche man in Deutschland befürchte; die Beschwerden entbehrten im Wesentlichen der faktischen Begründung. Aehnlich hat sich auch kürzlich einer der Freischaarenführer vernehmen lassen; alle Ausstreuungen, versicherte er aus, seien unwahr, die alte Sünderin, die Reaktion, die gegenwärtig alles Unheil anstiftet, war natürlich auch die Urheberin des ganzen Freischaarenspektakels!

Nicht Alle freilich sind so gutmüthig, auch hier wieder nichts Anderes als eine Finte der Reaktion zu erblicken, und in der Schweiz selbst haben achtbare Staatsmänner anerkannt, daß der Lärm kein blinder sei. Einzelne Behörden sind sogar, im wohlverstandenen Interesse der Eidgenossenschaft, gegen unverhohlene Versuche, die Ruhe eines Nachbarstaats zu stören, unverhohlen eingeschritten, um auch jeden Schein einer Solidarität mit jenem Treiben abzuwehren. In der That liegen der Thatsachen und Aktenstücke so erschöpfende vor, daß eine ehrne Stirne dazu gehört, jede Absicht und jede Bewegung auf Seite der Emigranten läugnen und auch hier wieder nur künstlich erregte Besorgnisse sehen zu wollen.

Es besteht in der Schweiz ein republikanischer Centralausschuß, der in Biel seinen Sitz hat, an dessen Spitze die Herren Becker und Hattemer stehen, und der die einzelnen weitverzweigten Lokalvereine sowohl vor dem April d. J. geleitet hat, als auch jetzt wieder unter seine Leitung zu nehmen sucht. Von diesem Centralausschuß liegt ein lithographirtes Rundschreiben vom verflossenen Monat an die Lokalvereine vor uns, das auch jeden Zweifel darüber zerstreuen muß, wozu man die Neutralität der Schweiz zu mißbrauchen strebt. „Mitbürger, heißt es darin, durch die thatsächliche Betheiligung der Vereine und des Centralausschusses an der republik. Schilderhebung in unserm Vaterlande war unser Verkehr unterbrochen. Wir wollen denselben hiermit wieder anknüpfen. Unser Zweck ist noch nicht erreicht; der erste Versuch zur Gründung einer deutschen Republik nicht gelungen, aber die Erfahrungen, die wir dabei gemacht, laßt uns weise benützen! Zum Glücke wurde unser Vertrauen auf die Sache nicht im Mindesten erschüttert. Im Gegentheil, es sind Viele von uns mit geringern Hoffnungen zum Kampfe ausgezogen, als sie aus der Niederlage zurückgekehrt sind. Wir Alle wissen, daß das Unternehmen nicht aus Mangel an Theilnahme des Volkes, sondern nur an der schwachen Organisation, an der schlechten Bewaffnung und an der völligen Unkenntniß im Waffengebrauch gescheitert ist. Die gleichen Fehler wird man nicht nochmals machen. Darum vorwärts geschaut, und mit erneutee Thätigkeit organisirt. Verschiedenseitigen Nachrichten aus Deutschland zu Folge, gewinnt dort der Republikanismus täglich mehr Anhänger und ist eifrig bemüht, dessen Kräfte zu organisiren. Wir Deutsche in der Schweiz dürfen um so weniger zurückbleiben, als man bei den jüngsten Begebenheiten unsere Kraft schätzen und unsere Haltung achten gelernt hat. Man legt jetzt auf unsere Betheiligung einen großen Werth. Laßt uns daher diese Erwartungen durch ein unermüdliches Streben für die republ. Sache des Vaterlandes rechtfertigen, laßt uns alle Anstalten treffen, um unsern Kräften die höchste

Digitized by Google

Wirksamkeit möglich zu machen; laßt uns zu diesem Behufe über folgende Punkte übereinkommen:

1) Wir wollen, systematischer als bisher, alle Mittel der Bildung und Aufklärung verwenden, damit jedes unserer Mitglieder mit vollem Selbstbewußtsein in den Kampf ziehe, damit keinem die nachhaltige Thatkraft, die sittliche Haltung, der verständige Takt ermangle, wodurch nur allein die despotische Disciplin einer Wehrmannschaft entbehrlich gemacht werden kann!

2) Wir wollen ungesäumt die Reorganisation der Vereine und unserer Legion nach unserer Instruktion vom 27. März beginnen, und nach der vom 9. April fortsetzen und streng und gewissenhaft alle Artikel derselben befolgen!

3) Wollen wir dafür sorgen, daß nebst unserm brieflichen Verkehr unsere zufällig auf der Wanderung begriffenen Mitglieder von Verein zu Verein mündlich wirken und, so oft es thunlich, dem Centralausschuß über die Mittel, Stellung und Wirksamkeit der Vereine Bericht abstatten.

4) Wollen wir alle unsere nach Deutschland reisenden Mitglieder anhalten, daß sie sich dort sogleich ähnlichen Vereinen anschließen oder solche bilden, wo keine vorhanden sind, daß sie in brieflichen Verkehr mit dem hiesigen Centralausschuß treten, und alle in die Schweiz wandernden Mitglieder zu mündlichen Berichten verwenden.

5) Wollen wir uns um das Schicksal unserer Mitbrüder, die noch von unserer Legion kompagnienweise in Frankreich zerstreut lagern, ernstlich bekümmern und ihnen mit Rath und That beistehen.

Also Hand ans Werk, Kampfgenossen und Waffenbrüder! die Ihr zum Theil bei der Einnahme der Schusterinsel, bei den Gefechten zu Günthersthal, bei Todtnau und Dossenbach mitgefochten habt! Helfet nun unermüdlich dazu beizutragen, damit wir bald wieder kampfrüstig und schlagfertig stehen, und auf den ersten Ruf losbrechen können!

Der hiesige Centralausschuß für die Deutschen in der Schweiz wird mit dem Centralausschuß der Deutschen im Allgemeinen, wovon unser Präsident auch Mitglied ist, in beständigem Verkehr bleiben und bei entschiedenen Schritten nur gemeinschaftlich handeln.

Schließlich danken wir noch den Lokalvereinen und ihren Wehrmannschaften im Namen des Vaterlandes für die eifrige Theilnahme und begeisterte Hingebung, womit sie sich bei der ersten republikanischen Schilderhebung Deutschlands betheiligt haben."

Gleichzeitig erscheint ein unter dem Namen von G. Struve und Karl Heinzen gedruckter Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands, worin, wie ein konservatives Schweizerblatt berichtet, „zum Riesenkampfe aufgefordert wird, sowie zur energischen Handhabung der Gewalt und schonungslosen Behandlung der Gegner, namentlich Konfiskation des Vermögens aller Derer, die sich im Dienst der Fürstenpartei hervorgethan. Ein Aufruf an das deutsche Volk verspricht demselben alle möglichen Herrlichkeiten; es folgt sodann eine Organisation des Aufstandes, Organisation der republikanischen Behörden und allgemeine Verhaltungsregeln für die Beamten der Revolution und die Offiziere des Volksheeres, Alles im Sinne des revolutionären Terrorismus."

Dergleichen Erzeugnisse sind nicht isolirt; sie hängen mit verwandten Erscheinungen an der Grenze und über der Grenze mehr als zufällig zusammen. Es fragt sich daher zuerst nur, ob Deutschland sich ferner das will gefallen lassen, was kein Staat, dem an seiner Existenz und seiner Ehre liegt, sich gefallen lassen darf. Und es fragt sich weiter, ob die Schweiz, der im Falle einer inneren wie einer äußeren Erschütterung die Neutralität sehr zu Gute kommen kann, sich selber diesen völkerrechtlichen Talisman muthwillig will zerschlagen lassen. Vor innern Erschütterungen wird die Schweiz, als republikanischer Bundesstaat, sich schwerlich je ganz gesichert glauben; sie wird es dann in diesem Falle ihren Staatsmännern Dank wissen, welche durch gewissenhafte Bewahrung der völkerrechtlichen Verträge sie vor einem sonderbündlerischen Koblenz an der Grenze geschützt haben. Aeußere Erschütterungen und Kriege wird heutzutage Niemand mehr zu den unwahrscheinlichen Dingen rechnen; wenn dann auch nur einem der kriegführenden Theile Vorwand oder Anlaß gegeben wäre, die Neutralität der Schweiz als antiquirt zu betrachten, so würde Niemand die Konsequenzen einer leichtsinnigen und gewissenlosen Politik bitterer beklagen müssen, als eben die Schweiz.

Oesterreich. ** Wien. Die allg. Oesterreich. Zeitung berichtet: Die vom dem Verein deutschen Vereins an den Erzherzog Johann gerichtete Adresse, in welcher der Wunsch ausgesprochen wurde, den Sitz des deutschen Reichstages hierher zu verlegen, ist von dem verehrten Reichsverweser freundlichst entgegengenommen worden, und er hat seine Uebereinstimmung mit diesem Wunsche ausgedrückt. — Mit dem anerkennungswerthesten politischen Takte bestreitet die allg. Oest. Zeit. diese Ansicht des deutschen Vereines und des Reichsverwesers, und zwar, was besonders hervorzuheben ist, nicht bloß mit Rücksicht auf die allgemeinen deutschen Verhältnisse, sondern auch auf Oesterreich. Es scheint ihr eben so unweise, Wien als Berlin zum Sitze der deutschen Nationalversammlung zu wählen; nur eine freie, gänzlich unabhängige, von keinen Dynastien begünstigte Stadt, hält sie als Festung der deutschen Freiheit zur Versammlung der Volksvertreter für geeignet, und unter diesen verdient Frankfurt wegen seiner geographischen Lage den Vorzug. Wollte man einen Sitz mehr im Herzen von Deutschland, so müßte man einen solchen schaffen, wie die Amerikaner das neutrale Gebiet von Washington geschaffen haben. Ob Wien entbehrlich wäre für die österreichische Monarchie, ob nicht seine Stellung als Kaiserstadt eine Lebensfrage für den ganzen Kaiserstaat wäre, das wagt sie kaum verneinend zu beantworten. Und zwar mit allem Rechte. Wien ist trotz des tüchtigsten Kernes deutscher Gesinnung doch keine ausschließlich deutsche Stadt; es ist eine europäische Stadt, eine Freistadt für die Völker, die sich um sie herumlagern, und als Kaiserstadt der mit anziehender Kraft versehene Mittelpunkt der Monarchie, der ihre zerstreuten Kräfte vereinigt. In demselben Verhältniß wie Wien zum österreichischen Gesammtstaat steht das ganze Oesterreich zu den Nachbarvölkern, die es rings umgeben. Auch hier ist ein vorwiegend aber nicht ausschließlich deutscher Kern, der die außerdeutschen Nationalitäten an sich ziehen und zur bürgerlichen Freiheit bilden soll. Diese Aufgabe muß, wenn sie gelöset wird, auch Deutschland zum größten Heile gereichen, aber die Lösung würde nicht gelingen, wenn Deutschland selbst sie in die Hand nehmen wollte. Wenn also auch Wien zur deutschen Reichsstadt gemacht, von aller österreichischen Autorität befreit werden könnte, so würde es doch dem hohen Reichsverweser nicht möglich sein, von einem Kabinete aus zugleich Deutschland und die österreichische Monarchie zu regieren.

Wien, 13. Juli. Das Finanzministerium hat die Einleitung getroffen, daß die Korrespondenzen und sonstigen Briefpostsendungen der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. ohne Unterschied, für die Dauer der Nationalversammlung portofrei versendet werden. (Wien. Z.)

Preußen. ✕ Berlin, 13. Juli. Nach zweitägigen Debatten, die man wahrlich nützlicheren Zwecken widmen konnte, ist denn endlich der Jakoby'sche Antrag mit überwiegender Majorität verworfen worden. Dies Schicksal desselben ist schon an und für sich Beweis genug für den geringen Takt der Partei, die ihn vorbrachte. Die Niederlage der Ultra's thut uns leid, weil ihre Folgen auf die ganze Linke zurückfallen müssen. Sie wird der Rechten für die nächste Zeit das Uebergewicht geben, weil sie Zwiespalt im Lager der Gegner geschaffen und einen Theil derselben moralisch gedemüthigt hat. Wie aber kann eine ganze Fraktion einer konstituirenden Versammlung so auf den blauen Dunst hin Experimente anstellen, ohne sich vorher auch nur im Geringsten um den möglichen Ausgang derselben zu kümmern? Gerade einem so scharfen Denker, wie Jakoby, hätten wir einen so bedauerlichen Schnitzer am wenigsten zugetraut. Umsoweniger, da er selbst am 8. Juni bei Gelegenheit des Berends'schen Antrags erklärte, er hätte gewünscht, daß man von den rein principiellen Debatten für jetzt noch abgestanden. Und inwiefern hat sich denn die Lage der Dinge seit jenem Tage verändert? Zwei Gründe waren es, die den Berliner Deputirten zu jenem Wunsche bewogen. Er sah, daß seine eigene Partei bei rein principiellen Debatten den Kürzeren ziehen mußte, und daß sie nur dazu dienen konnten, eine beklagenswerthe — weil nutzlose — Erbitterung hervorzurufen. Beide Motive galten am 12. Juli mit derselben, ja mit größerem Gewichte, als am 8. Juni. Die Mitglieder der äußersten Linken hatten sich nicht gemehrt, und Jakoby konnte voraussehen, daß er — ganz anders als Berends — vom linken Centrum nur geringe, vom rechten gar keine Unterstützung zu erwarten hatte. Denn der Begriff der Volkssouveränetät liegt in den meisten Köpfen noch viel unklarer da, als der der Revolution; auch mußte der Kampf über die erstere viel heftigere Entzweiungen verursachen, als der Streit über die Anerkennung der letzteren. Aber, wird man erwidern, der Begriff der Volkssouveränetät ist von unendlicher Wichtigkeit. Durchaus nicht: ihre praktische Feststellung ist es gewiß, aber nimmermehr ihre theoretische Definition. Auch wir sind bereit, mit Hand und

Digitized by Google

Jeder dafür zu kämpfen, daß sie unsere ganze zukünftige Verfassung als schaffender Odem durchwehen, daß sie der rothe Faden sein muß, der sich fortan durch alle unsere Institutionen hindurchzieht, von der Gemeinde herauf bis zur Volksvertretung — auch wir sind der Meinung, daß das vergossene Blut nutzlos geflossen ist, wenn es nicht dies Resultat zu Tage fördert, aber ob wir in unserer Konstitution einen Paragraphen haben, der sie ausdrücklich anerkennt, das allerdings ist uns vollkommen gleichgiltig. Sobald die Verfassungskommission die Volkssouveränetät in irgend einem bestimmten Punkte verletzt, dann! hoffen wir, Jakoby wieder als ihren Vorkämpfer bei den Debatten über den Entwurf zu sehen; und das mit größerem Glücke, als gestern. Dann wird ihm die Klarheit seiner Rede, die eiserne Konsequenz seiner Logik, die Tiefe seiner Ueberzeugung zahlreiche Unterstützung zuführen aus den Reihen des Centrums und selbst der Rechten. Aber hüten wir uns vor den principiellen Debatten, vor den abstrakten Definitionen. Wie unendlich viel Unglück verursachte in der ersten französischen Revolution die unfruchtbare Diskussion der Menschenrechte! Haben die Franzosen an der eignen Geschichte Nichts gelernt, beginnen sie auch heute die Debatten über die Verfassung wieder mit Zänkereien über Begriffsbestimmungen, so wollen wir uns wenigstens die Lehre der Vergangenheit nicht rauben lassen. Von diesem Kerne seines Antrags, von der Volkssouveränetät aus wollte nun Jakoby einen Doppelschlag führen, den einen gegen die Frankfurter Versammlung, den andern gegen das Berliner Ministerium. Der erste entbehrte jedenfalls jeder praktischen Bedeutung, der andere verlor sie eben dadurch, daß er aus dem Principe der Volkshoheit deducirt wurde; und überdies war die Verflechtung beider im höchsten Grade ungeschickt und taktlos. Der Rechten war es von ihrem Standpunkte aus wahrlich nicht zu verdenken, wenn sie aus dieser Ungeschicklichkeit Vortheil ziehen wollte und sich einer Theilung des Antrags widersetzte, so faktiös sie sich auch dabei benahm. Sie konnte sich auf die Argumente der Radikalen selbst stützen, die bei der Debatte fortwährend darauf drangen, die einzelnen Paragraphen als ein zusammenhängendes Ganze zu betrachten. Eben weil sie das waren und weil sie von einem bloß theoretischen Grundsatze ausgingen, wurde auch der einzige Theil seiner praktischen Bedeutung beraubt, der eine solche noch allenfalls hatte, der Angriff auf das Ministerium. Was soll uns zunächst eine bloße Mißbilligung des Frankfurter Beschlusses zugleich mit einer Unterwerfung unter denselben nutzen? Verantwortlich oder unverantwortlich — die schließliche Gestaltung der deutschen Centralgewalt wird die Geschichte selber übernehmen; dadurch, daß die Unverantwortlichkeit dekretirt ist, ist sie noch kein Faktum. Papierne Beschlüsse von Berlin aus dagegen können nur zur Vermehrung der deutschen Zerrissenheit dienen. Und nun endlich der Angriff auf das Kabinet. Er war unpraktisch, weil er rein principiell war; er war ungerecht, weil, so lange man die Throne stehen läßt, diese auch die Vollmacht haben müssen, ebenso gut wie die Völker ein Wort mitzureden bei der neuen Gestaltung Deutschlands. Schließlich aber war der Schlag ins Blaue hineingeführt. Als Otto die Theilung des Antrags forderte, erklärte Elsner mit dürren Worten, er sei nicht dazu gestellt, um einem Ministerium Robbertus den Weg zu bahnen. Eine Kabinetsfrage habe man gar nicht beabsichtigt. Ein linkes Centrumsministerium also *wollte* man nicht anbahnen, ein Kabinet Jakoby *hoffte* man nicht, wie derselbe Elsner äußerte: was uns Himmelswillen bezweckte man denn? Man beabsichtigte eben Nichts, als ein abstraktes Princip aufzustellen und mit diesem einige Klopffechtereien auszuführen, ohne daß man bedachte, wie keine Partei sich dazu hergeben würde. Wenn die äußerste Linke aus diesem Vorfalle Etwas lernt, so ist auch natürlich Nichts weiter verloren. Das Kabinet hat keinen Sieg erfochten, keine Partei hat triumphirt — den Radikalen ist einfach ein Seiltänzerstück mißglückt.

*** Berlin, 14. Juli. Die Nachdröhnungen des Kampfes in der Nationalversammlung fangen an durch die Nation zu vibriren. Leise Stoßseufzer bis zum Gebrüll des Unwillens, alle Gesellschaftskreise durchschütternd. Die Menge mochte es sogleich noch nicht recht fassen, was Jakoby und seine Freunde wollten; nun sie es wissen, ist der Sieg mit $^2/_3$ gegen $^1/_3$ ihnen noch nicht genügend, sie sind empört, daß ein solcher Antrag überhaupt vorgebracht werden konnte. Ein reißender Strom, natürlicherweise auch mit dem Schlamm des Egoismus getrübt, aber, wer erwartet es anders; wenn nur die Strömung nach einem Ziele geht. Berlin soll eine Provinzialstadt werden, ein Venedig nach seinem Falle, wo man die Paläste verkaufen muß als Baumaterial. Berlin will seinen König, sein Königshaus niederwerfen, um ein Königsschloß oder gar nur ein Präsidentenhaus in Frankfurt, Wien, Regensburg, oder wo es sei, mit seinem Geld, Schweiß, Blut aufzurichten, von dort Befehle zu erhalten, dorthin seine Abgaben zu senden! Handel und Wandel sind ruinirt; wann wird die stolze Königsschöpfung der Hohenzollern zu einem Dorfe, zu der Ruine Palmyras im Sande werden? Es sind unreine Gedanken, aber sie zünden doch schon im Blute der Bürgerschaft. — In den höheren Kreisen ein anderer gekränkter Stolz: soll Preußen als europäische Macht verschwinden, sollen die Vertreter der Reiche Europas die seit Friedrich II. hier mit an den Weltgeschicken arbeiteten, unsere Municipalstadt verlassen, weil für sie da so wenig Interesse ist, als in Kyeiw und Pasewalk? Soll Preußen freiwillig austreten aus dem Range einer Weltmacht, selbst unberechtigt, unbefähigt, seine Botschafter an fremde Regierungen zu senden! — Das sind noch unreinere Gedanken, aber menschlich. Sie zeugen wenigstens von einem Leben, das man für schon erstorben hielt. Keine Diplomatie mehr, war ein Wunsch, der uns Alle durchdrang, als die ersten reinen Feuerflammen aus dem Boden zum Himmel loderten; die Thaten unserer Diplomatie waren die Seiten des Verderbens, um sie selbst könnte auch noch kein Bedauern sein. Aber das Deutschland ist noch nicht geboren, das sich selbst vertritt. Wir können's, wir sind noch in der Kraft! das ist der edlere Funke darin. Aber in der Allgemeinheit des alten Preußenwalles hörten Sie das Zähneknirschen, sähen Sie die Thränen aus ergrauten Wimpern brechend, bei denen, die in Berlin keinen Kram, keine Häusermiethe zu verlieren, die keine Vettern in der Diplomatie, die keine Anwartschaft auf Aemter, die Nichts haben, als was man sonst nannte ein altes Preußenherz, sähen, hörten Ihre Freunde in Süddeutschland diese, so würden sie doch vielleicht sagen: es ist Schade, daß so Etwas untergehen soll, was Etwas war! daraus hätte doch etwas Anderes werden können! Und im Augenblick, wo man die alten Bandagen, das Kinderwickelzeug, die Schaalen, die seinen Wachsthum hinderten, abgerissen hat, in dem Augenblick will man auch den Kern und den Keim zertreten! Fehrbellin und Roßbach, Mollwitz und Torgau umsonst, umsonst Leipzig und Waterloo, umsonst unserer Stein und Hardenberg Wirken, unsere stille, segensreiche Freimachung der Leibeignen, die Heranbildung der Bauern, die Städteordnung um — um vielleicht dereinst, wenn es in Frankfurt umschlägt, wenn der Schlamm siegt über den Willen der Edlen, Gesetze zu nehmen, Befehle zu empfangen von dirigirenden Komité's, von dem Willen der Hecker, Herwegh, Zitz, Schaffrath, Schlöffel! — Diese Stimmen, vielleicht dringen sie nicht bis zu Ihnen, aber verlassen Sie sich darauf, diese Stimmen tönen aus tiefer Brust, und wenn es zur Stunde der Entscheidung käme, würden sie zu handeln und zu opfern wissen, wie 1813. — Wie unsere Wühler den Beschluß der Nationalversammlung aufgenommen, darüber ist noch kein eigentliches Lebenszeichen zu Tage gekommen. Ich zweifle, daß sie es mit dem preußischen Feuer offen aufzunehmen Lust hätten. Sie sind laut, wenn die Andern still sind, still, wenn die Andern laut werden. Sie bearbeiten; man sagt, ihre neuesten Hoffnungen seien auf das Militär gegründet. Einen Anschlag für die Arbeiter brachte der gestrige Tag. Die Hölle ward denen voergemalt, die sich verführen ließen, nach der Ostbahn zu ziehen. Die Agitatoren brauchen ihre Garde hier, das ist natürlich. Täuschen die Nachrichten aus Posen nicht, so steht daselbst eine neue Erhebung bevor. Die Unseligen, quos deus perdere vult! Aber auch vom Rhein kommen uns Nachrichten, deren Grund oder Ungrund Sie besser kennen, als wir. Wollte Hecker noch einmal die Standarte erheben, trauen auf die Verführungen, die, wie es heißt, bis in die Reihen der Soldaten eingedrungen, nun wohlan, so käme die Entscheidung schneller, nach der wir Alle verlangen. Bang sieht man ihr eben in diesem Augenblicke nicht entgegen.

†† Berlin, 16. Juli. Zu dem Krawall, welcher vorgestern Abend bei der Kaserne in der Karlsstraße stattfand, soll ein kriegsrechtlicher Urtheilsspruch Anlaß gegeben haben, der gegen das Votum der Gemeinen, die in dem Kriegsgerichte Sitz und Stimme haben, ausgefallen ist. Es handelte sich dabei um Aburtheilung eines Gemeinen, der einen Unterofficier beleidigt hatte. Die Gemeinen stimmten für eine Strafe von sechs Wochen, die Sentenz lautete dagegen auf 6 Monat. Dies bewog die Gemeinen und eine Anzahl ihrer Kameraden zu einer Widersetzlichkeit, deren Folge der gestern berichtete Konflikt mit dem Volke und der Bürgerpatrouille war.

Der Min. d. Innern, Hr. Kühlwetter, hat durch eine Cirkularverfügung die Reg. Präsidenten aufgefordert, ihre Unterbeamten anzuweisen, sich fernerhin nicht an reaktionären Bestrebungen in ihrem amtlichen Wirkungskreise zu betheiligen. Jeder Ehrenmann, sagt Hr. K. in dieser Verfügung, würde es vorziehen, unter einem ihm zu freisinnigen Regierungssysteme seinen Abschied zu nehmen. Es dürf-

Digitized by Google

ten in Folge dieses Erlasses vielleicht bedeutende Vakanzen zu erwarten sein.

Berlin. Die Voss. Zeit. schreibt: Die Mission des Generals Bülow nach Wien und jetzt nach Frankfurt a. M. ist gewiß von großer Bedeutung für Preußen und hat uns, wie es scheint, schon Früchte getragen. Der Auftrag desselben bestand, nach der allgemein verbreiteten öffentlichen Meinung, die sich jetzt zu befestigen Ursache hat, im Wesentlichen darin, über die Grundlinien der künftigen Verhältnisse Preußens zu dem Erzherzog-Reichsverweser in Vorunterhandlungen zu treten.

Vom Niederrhein, 14. Juli. Die Nach. Zeitg. meldet: Von Nymwegen hört man, daß dort eine Anzahl Deutscher aus den Vereinigten Staaten angekommen sein soll, denen nachgesagt wird, daß sie zum Zweck hätten, Deutschland zu bereisen, um hier auf alle Weise die republikanischen Bestrebungen zu unterstützen und die Errichtung dieser Staatsform zu fördern. Man fügt hinzu, daß die Regierung bereits von diesen Zwecken unterrichtet sei und Anweisung gegeben habe, etwaigen Versuchen der Art entgegenzutreten.

§ **Aus Rheinpreußen**, 15. Juli. Die Niederlage der Linken in der Berliner Kammer kommt gerade zur rechten Zeit; der Unwille über das Gebahren der Versammlung fing an in Erbitterung überzugehen; Adressen der Wähler und anderer Vereine, sie an ihre Pflichten und Zwecke zu mahnen, sind theils abgegangen, theils wurden sie vorbereitet. Man kommt allmählich zur Einsicht, daß das wahre Ziel der äußersten Linken nicht etwa ein Ministerium Jakoby, Reichenbach, Jung innerhalb einer demokratischen Monarchie ist, sondern die Verwandlung der Monarchie Friedrichs des Großen in eine Anzahl kleiner Republiken, zu welchem allmählichen, aber desto sicherern Zerbröckeln des Staatsganzen die durch systematischer Zeitungsgrubung beförderte wachsende Auflösung aller Verhältnisse der beste Weg schien. Es kommt jetzt darauf an, den errungenen großen Sieg rasch zu benutzen, und in energischer Weise die Washington'sche intervention of a coercive power, auf welche die „Times" in einem auch in Ihre Zeitung übergegangenen Aufsatz neulich hinwies, wieder aufzurichten, nachdem die Revolution sie leider ganz über den Haufen geworfen hat. Man hört und liest jetzt oft von der steigenden Macht der Anarchisten und ihres Einflusses, das mag in einzelnen Erscheinungen gegründet sein, in andern zeigt sie sich dagegen steigend, die Frechheit dieser Partei zunehmend. So Köln wollte man gestern wissen, vorgestern sei in Bonn die Republik proklamirt worden. Was zu diesem Gerüchte Veranlassung gegeben, zeigt ein Brief aus letzterm Orte, den ich soeben erhalte. „Sie wissen, heißt es darin, daß unsere politische Welt jetzt in einen demokratischen (d. i. republikanischen) Verein und einen konstitutionellen Bürgerverein zerfällt. Einige Glieder des letztern wollten gestern den Versuch machen, in dem beide Fraktionen umfassenden Centralbürgerverein die Annahme einer der Leipziger Adresse ähnlichen antirepublikanischen Aufforderung an die Frankfurter Nationalversammlung durchzusetzen, mußten aber bei der Abstimmung. Sie hatten auf ihre größere numerische Stärke gerechnet, aber vergessen, daß diese auf der republikanischen Seite aufgewogen wird durch Rücksichtslosigkeit in der Wahl der Mittel, genaue Verabredung, einen wohlberechneten Kriegsplan, Ausharren bis zum Ende. Unter den Konstitutionellen war gar Nichts verabredet, Niemand wußte, wer reden würde. Die Taktik der Gegner bestand darin, die heftigsten Redner zuerst ins Feuer zu schicken. Da hörte man denn einen Studenten sagen: Die 37 (sic) Fürsten mit ihren Höfen, Ministern und Allen, die das Blut des Volkes aussaugen, müßten schleunigst fortgejagt werden, der neueste Markaussauger, den man jetzt noch überdies eingesetzt dazu. Erst später sprach die eigentliche Seele und das Haupt der Partei, Prof. Kinkel, und konnte nun gemäßigt erscheinen. Die einzelnen Fürsten kann man vorläufig noch lassen, wenn nur die Spitze Deutschlands ganz republikanisch ausgebildet würde. Denn die hohen Vorzüge der Republik über die Monarchie hätten sich doch die neuesten Pariser Straßenkämpfe auf das Glänzendste bewährt. Sie kennen die durch und durch theatralische Art dieses Mannes; seine demagogischen Fechterstückchen rufen immer jubelnde Bravos und Händeklatschen hervor. Sagen Sie mir aber, ob nicht Aufforderungen, wie die jenes Studenten ein nothwendiges Einschreiten des Staatsprokurators erheischen?" Leider bin ich nicht im Stande, diese Frage zu beantworten, und wünschte selbst von einem Rechtskenner darüber belehrt zu sein. Das aber weiß ich, daß ein thatkräftiges Zusammenwirken der Staatsgewalt und aller gutgesinnten Bürger, die sich gegenseitig fördern und unterstützen müssen, immer nöthiger wird gegen die nach solchen siegreichen Manifestationen stets höher steigende Zuversicht, Unverschämtheit und Zahl der Umsturzpartei.

Aus Hannover. Die „Hannover'sche Zeitung" enthält einen Artikel „über das Schreiben des Gesammtministeriums an die allgemeine Ständeversammlung über eine provisorische Centralgewalt und die Reichsverfassung", worin auseinandergesetzt wird, daß die definitive Gestaltung der Reichsgewalt nur im Einverständniß mit den Einzelstaaten zu begründen sei, wenn sie Aussichten auf Befestigung und Dauer haben soll; die jetzigen Aeußerungen der Regierung seien deßhalb nur als die Hinstellung einer Eventualität zu betrachten. Dann heißt es, durchaus irrig sei die Meinung, daß die Minister, indem sie persönlicher Absichten des Königs gedächten, die konstitutionellen Grundsätze mißachtet. Es sei ja von einem Schritte des Monarchen die Rede gewesen, welcher dem Monarchen in jedem Staate freistehe, welchen seine Regierung nicht hindern, daher auch nicht vertreten könne.

Baden. * **Heidelberg**, 18. Juli. Der Auszug eines großen Theils der Studirenden ist, wie unser gestriger Bericht es erwarten ließ, erfolgt. Noch am Morgen hatte der Senat eine Ermahnung erlassen die wir zur Beurtheilung der Sachlage wörtlich mittheilen: **Akademiker!** Das Verbot des hiesigen demokratischen Studentenvereins hat unter einem Theil von Euch eine Aufregung hervorgerufen, die wir der mangelnden Kenntniß der gesetzlichen Zustände unseres Landes zuschreiben müssen und die uns veranlaßt, Euch hierüber aufzuklären. Schon dem Gesetze vom 26. Oktober 1833 liegt das Prinzip der Associationsfreiheit zu Grunde. Dieselbe ist jedoch, wie es überhaupt im Staate keine absolute Freiheit geben kann, in der Weise beschränkt, daß der Staatsregierung das Recht zusteht, Vereine, welche das allgemeine Wohl gefährden, aufzulösen. Dieses Gesetz ist noch jetzt rechtsbeständig, da nicht einmal die Zusicherung einer **unbeschränkten** Associationsfreiheit von Seite der Staatsregierung gegeben, oder auch nur solche von den Ständen beantragt, geschweige denn, daß durch ein jüngeres Gesetz das von 1833 abgeändert oder aufgehoben worden ist. Es kann daher dem Ministerium des Innern das Recht, mit Beziehung auf dieses Gesetz, den demokratischen Studentenverein aufzulösen, nicht bestritten werden. Fühlt sich derselbe dadurch beschwert, so steht ihm das gesetzliche Mittel der Beschwerdeführung bei dem Staatsministerium und **den Kammern** zu. Akademiker! statt daß Ihr Euer vermeintliches Recht dadurch schützet, wollt Ihr Eure Studien unterbrechen, ein nahezu vollendetes Semester wegwerfen, dem Willen Eurer Eltern entgegenhandeln! Akademiker! überlegt diesen Schritt in Eurem eigenen Interesse wohl, umsomehr, als eine Zurücknahme des Verbots durch das von Euch beabsichtigte Mittel **nie und nimmermehr** erlangt werden **kann**. Geht in dieser Zeit vielfacher Gesetzlosigkeit den Hochschulen Deutschlands das Beispiel einer freien Männer würdigen Liebe zum Gesetze. **Heidelberg**, 16. Juli 1848. Engerer akademischer Senat. (Gez). **Rothe**.

Das betreffende Gesetz im Großhzgl. Bad. Staats- und Regierungsblatt Nr. XXXVIII. vom 30. Okt. 1833 lautet: Leopold von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen wie folgt: **Art. 1.** Die Staatsregierung kann jederzeit einen Verein, der die Sicherheit des Staates oder das allgemeine Wohl gefährdet, auflösen und dessen Fortbestehen verbieten. Die Theilnahme an solchen Vereinen, die von der Staatsregierung durch ein öffentlich verkündetes Verbot ausdrücklich untersagt worden sind, ist strafbar. **Art. 2.** Die Theilnehmer an solchen verbotenen Vereinen werden mit bürgerlichem Gefängniß bis zu vier Wochen, oder mit Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden bestraft, vorbehaltlich der höheren Strafe, wenn der Verein nach den Gesetzen als ein besonderes Vergehen oder Verbrechen erscheint. Die Mitwirkung zu verbotenen Vereinen durch Ankündigung in öffentl. Blättern unterliegt den nämlichen Strafbestimmungen. Die Berufung gegen die Strafurtheile geht an die Hofgerichte. **Art. 3.** Die Staatsregierung kann auch die Theilnahme an auswärtigen, die Sicherheit des Staates oder das allgemeine Wohl gefährdenden Vereinen unter gleichen Strafen verbieten. **Art. 4.** Alles öffentliche Tragen oder Aufstecken von Abzeichen verbotener Vereine, sie mögen in farbigen Bändern, oder worin immer bestehen, ist untersagt. Wer diesen Verbote zuwiderhandelt, verfällt, so oft er überwiesen wird, in eine polizeiliche Strafe von fünf Gulden. Gegeben zu Karlsruhe, in **Unserem** großherzogl. Staatsministerium, den 26. Oktober 1833. **Leopold.** Winter. Auf höchsten Befehl Sr. kgl. Hoheit des Großherzogs: Büchler.

Diese Ansprache, wo ihre Veröffentlichung nicht durch dienstfertige Hände gehindert war, verfehlte zwar ihre Wirkung nicht, kam aber zu spät, um das einmal Verabredete und Beschlossene zu hindern. Gegen 11 Uhr zog die größere Hälfte der Studirenden (es mochten etwa 350 sein) ab, um sich über Mannheim nach Neustadt

Digitized by Google

zu begeben; unaufgefordert und der Mehrzahl gewiß auch unerwünscht war das Geleite des demokratischen Vereins, des Handwerkervereins und aller der Elemente, die nicht versäumen wollten, diese reine Studentensache als eine „republikanische“ Demonstration erscheinen zu lassen. Gleiches ist ihnen nachher in Mannheim begegnet, wo sie sich mußten in der bekannten Weise haranguiern und lobpreisen lassen, ohne daß sie auf das Verdienst dieses Lobes irgend einen Anspruch machten. Denn es ist hier Jedermann bekannt, daß mit Abzug des ganz kleinen Theils, der den demokratischen Verein gründete, die Uebrigen durchaus gegen jede Sympathie mit den Elementen, die ihnen ihre Huldigungen aufdringen wollten, protestiren, ja daß man vielfach die Aeußerung hören mußte, wenn alle demokratischen Vereine unterdrückt worden wären, so würde man dagegen Nichts eingewendet haben. Nur daß es aussah, als wolle man an den Studiernden allein „ein Exempel statuiern“, verletzte das jugendliche Ehrgefühl; sie schienen dabei zu vergessen, daß der aufgelöste Verein bis jetzt der einzige ist, dessen gedruckte Statuten vorliegen und die republikanische Tendenz offen als Ziel hinstellen. Eine gute Anzahl derselben ward erst kurz vor dem Abzug über die gesetzlichen Bestimmungen, die das Assoziationsrecht in Baden ordnen, ins Klare gesetzt, wollte aber aus mißverstandener Konsequenz nun nicht mehr zurücktreten. Wäre früher eine ruhige, verständige Belehrung versucht worden, statt daß man der Hetzerei und der kleinen Ambition freien Spielraum ließ, so wäre es wahrscheinlich zu einem Schritte nicht gekommen, der nach der mildesten Auffassung als ganz überflüssig angesehen werden muß. Aber noch einmal, und wir sagen dies im Interesse der Abgezogenen selbst, die nun plötzlich der Gegenstand sehr unerwarteter Lobpreisungen werden, während man sie von derselben Seite früher im Verein mit Professoren und Universitäten überhaupt bitter schmähte, von einer demokratischen oder republikanischen Demonstration konnte keine Rede sein; ebenso wenig wie an den Ruhestörungen der letzten Nacht, worin das „souveräne Volk“ seine öffentliche Meinung wieder einmal voll Takt und Rücksicht demonstrirte, irgend ein Studierender betheiligt ist. — Von den hiergebliebenen Akademikern versammelten sich gestern etwa 120 in einem Saale der Universität; in einer sehr würdig geführten allgemeinen Besprechung gab sich von Vielen das Geständniß kund, daß sie selbst über die Sache früher nicht im Klaren gewesen seien, und zugleich die Ueberzeugung, daß es wohl der großen Mehrheit ihrer abgezogenen Freunde ebenso gegangen sei. Nachdem man übereingekommen war, daß ein stillschweigendes Hierbleiben der Demonstration der Andern gegenüber nicht genüge, wählte man einen Ausschuß zur Entwerfung einer Erklärung, welche wir hier mittheilen:

Erklärung. Als in der vorigen Woche der hiesige demokratische Studentenverein durch das Ministerium auf Grund der badischen Verfassung aufgehoben wurde, berief er die allgemeine Studentenschaft und stellte vor: „daß das badische Ministerium anarchisch gehandelt, indem dasselbe in den Märztagen Assoziationsfreiheit bewilligt habe und jetzt das Versprechen nicht halten wolle; das Ministerium berufe sich ferner auf ein Gesetz von 1833, aus den Zeiten der Ministerialkonferenzen, die natürlich aufgehoben seien. Der demokratische Studentenverein sei aber vor den andern Vereinen aufgelöst, weil das Ministerium uns für Kinder halte, die sich schon Etwas gefallen lassen würden.“ — Wir Studenten hielten die Sachlage für wahr, und durch die einseitige Darstellung bewogen, beschlossen die anwesenden Studenten, daß eine Deputation nach Karlsruhe reise und das Ministerium kategorisch frage, ob es das Verbot aufheben wolle, widrigenfalls die Heidelberger Studenten sofort die Stadt Heidelberg, „wo kein Gesetz und Recht mehr gelte“, verlassen wollten. Das Ministerium ertheilte eine abschlägige Antwort, und in einer wilden Versammlung wurde ohne weitere Diskussion beschlossen, den gedrohten Auszug am andern Morgen ins Werk zu setzen. An demselben Abend jedoch erhielten wir von badischen Bürgern nähere Aufklärung über das dadische Assoziationsrecht, und zwar dahin: Im Jahre 1831 brachte die linke Seite der zweiten badischen Kammer eine Gesetzesvorlage über Assoziationsfreiheit. Ganz im Sinne derselben Partei wurde dieses Gesetz promulgirt 1833. In den Märztagen dieses Jahres forderte die Kammer kein neues Gesetz in Betreff der Association, sondern sprach selbst ihre Zufriedenheit aus. Wenn der demokratische Studentenverein vor dem der Bürger aufgehoben ist, so finden wir eine Rechtfertigung darin, daß diese noch keine Statuten veröffentlicht haben. — Nachdem wir uns nun von der Unrichtigkeit in der Beweisführung des demokratischen Vereins überzeugt hatten, nachdem wir einsahen, daß der Studentenbeschluß auf unrichtigen Voraussetzungen beruhe, und dem demokratischen Studentenverein in Baden selbst nach weitere gesetzliche Wege offen standen, blieben wir in Heidelberg zurück, wohin wir unsere Kommilitonen zurückzukehren auffordern, um nicht ferner ungerechter Weise den Bürgern und der Hochschule Nachtheile zu bereiten. Die zurückgebliebenen Heidelberger Studenten. Im Auftrag: Eschenburg, Harrje, Schulz.

Wir wollen hoffen, daß diese Appellation von den übel Unterrichteten zu den besser zu Unterrichtenden ihre Wirkung nicht verfehlen wird. — Die Vorlesungen werden unterdessen keine Unterbrechung erleiden.

• **Schleswig.** * Altona, 13. Juli. Die Würfel über unsere Zukunft sind noch immer im Rollen, auf welche Seite sie sich wenden werden, ist noch sehr zweifelhaft; ob sie Krieg oder Frieden bringen werden, Niemand weiß es, da selbst die Einleitung zum Waffenstillstand noch sehr viel in Frage stellt und man sich im ganzen Lande, so sehr man den Frieden wünscht, doch gegen die Friedenspräliminarien auflehnt. Die einzelnen Bürgervereine haben sich schon offen gegen den Frieden unter solchen Bedingungen aufgelehnt, am offensten hat sich dagegen der Kieler Bürgerverein ausgesprochen, welcher sich zu folgenden Punkten vereinigt hat, daß wir keinen schimpflichen Waffenstillstand oder Frieden mit Dänemark wollen, daß wir das Zurückziehen der Truppen aus den Herzogthümern vor abgeschlossenem Frieden, die Einsetzung eines Schiedsgerichts und einer neuen Regierung als schimpfliche, unmögliche Bedingungen betrachten, daß wir zu unserer provisorischen Regierung das größte Vertrauen haben und Niemandem außer dem ganzen Volke das Recht zugestehen, eine neue Regierung einzusetzen, die auf Gehorsam Anspruch hätte, daß wir bereit sind, unsere jetzige Regierung und die Ehre unseres Landes auf's Aeußerste zu vertheidigen, endlich daß die Sicherung unserer Freiheit durch Festsetzung unserer Verfassung die dringendste Angelegenheit ist. Diesen Anträgen werden sich alle übrigen Vereine gewiß anschließen. Aber auch Deutschland wird keine schimpflichen Friedensbedingungen eingehen, denn nur durch solche kann Dänemarks fernerer Bestand aufrecht erhalten werden. Dänemarks Kampf und Dänemarks Sprache sind die eines Verzweifelten, der sich an jedem Strohhalm festhält, um dem Ertrinken zu entgehen; die Kriegspartei erhält sich eben durch den Krieg am Ruder, nur durch den Krieg ist es möglich, die großen außerordentlichen Kosten, die der Staat bedarf, zu erschwingen, obgleich der Sundzoll statt 2 Millionen kaum $^1/_6$ Million in diesem Jahre aufgebracht hat. In Dänemark, so gut wie in den Herzogthümern, ist eine große Partei für den Frieden, und gewiß die größte, da der Krieg den Ruin beider Theile herbeiführt. Holstein kann sich aber den Forderungen der Dänen nicht fügen, da diese alle Anstrengungen der Herzogthümer als vergebens hinstellen würden. Die wahrscheinlichen Paragraphen, die dem Waffenstillstand zu Grunde gelegt werden sollen, enthalten: vorläufigen Waffenstillstand über die Ernte, gegenseitige Auslieferung und Austausch der Gefangenen und Innehaltung der jetzt besetzt habenden Posten und Stellungen. Der Herzog von Augustenburg ist am 11. Juli Abends 9 Uhr wiederum mit derselben Eile zum Heere zurückgekehrt, wie er dasselbe verließ, um den geheimen Sitzungen der provisorischen Regierung beizuwohnen, wogegen Graf Reventlow, Preetz und Justizrath Schlerden gleichfalls Rendsburg verlassen haben und hier duechgekommen sind, um nach Berlin zu gehen. Des Herzogs von Augustenburg schleunige Rückkehr zum Heere deutet auf Fortsetzung des Krieges, ebenso der Brief des Generals v. Wrangel, ihm die hier befindlichen Rekonvalescenten nicht nachzuschicken, sondern nur die Reserven, um eben nur lauter tüchtige Leute und nicht Kranke zu haben. Immer über den andern Tag kamen gewöhnlich 800 bis 1000 Mann Reserven, den Garden angehörig, und noch werden ihrer viele Tausende erwartet, lauter tüchtige, kräftige Leute. — Die Verhältnisse in Lauenburg sind nun geordnet, die Administratoren Kielmannsegge, Walter und Hochstädt sind von Welcker beeidet, dagegen sind Graf Rantzau und Graf Reventlow ausgetreten. Merkwürdig genug ist es, daß es gerade auch Welcker war, welcher vor 31 Jahren Lauenburg an die dänische Regierung einverleibte. Welckers Rede an die Lauenburger war gerade nicht sehr voll von ihren Lobsprüchen, er machte ihnen den Vorwurf, daß sie in diesem Zeitraum auch Nichts gelernt hätten, sie wären noch eben so politisch träge, wie damals. Welcker wird wohl heut oder morgen von Rendsburg, wo er mit der provisorischen Regierung wegen der lauenburgischen Jäger und Lauenburgs selbst unterhandelt, hieher zurückkehren. Jedenfalls hat er uns die Gewißheit verschafft, daß Lauenburg nie mehr unter dänische Herrschaft zurückkehren wird. — Die eben eintreffenden dänischen Zeitungen enthalten wiederum noch Nichts über Zustimmung zum Waffenstillstand und Frieden, sie lassen diesen Punkt ganz unberührt. Es scheint demnach, daß man dort gleichfalls der Dinge harrt, welche kommen werden. Einzelne dänische Zeitungen sprechen sogar von großen neuen Rüstungen und Unterhandlungen mit Schweden, die Hilfe von dort hoffen lassen, wir glauben aber nicht

Digitized by Google

daran, sondern glauben, daß General v. Hedemann dänischer Seits und General v. Wrangel deutscher Seits gemeinsam mit dem preußischen Gesandten, Grafen Pourtalès, dem Regierungspräsidenten Beseler und dem Gesandtschaftssekretär Siemann in Frankfurt den Waffenstillstand zunächst, später den Frieden abschließen werden. Alle andern Gerüchte und Nachrichten sind falsch, selbst das der Vossischen Zeitung, welches sich sogar einen amtlichen Anstrich geben will, daß der preußische Konsul Philippsborn in Antwerpen von dort zurückgerufen worden und nach Kopenhagen beordert sei; da der Waffenstillstand abgeschlossen sei. — Der Friede möge bald in unsere Gauen zurückkehren, aber ein ehrenvoller, keiner, der uns mit Schmach bedeckt.

Rendsburg, den 13. Juli. Nachdem in der heutigen Sitzung der Ständeversammlung die vom Präsidenten entworfene Adresse an den Reichsverweser genehmigt worden war, nahm der Kommissär das Wort und sagte: In Veranlassung der Gerüchte über einen bereits abgeschlossenen Waffenstillstand und der Befürchtungen, die sich daran geknüpft haben, bin ich von der prov. Regierung ermächtigt, folgende Erklärung zu geben: daß die prov. Regierung, so lange sie sich des Vertrauens des schlesw.-holstein. Volkes versichert halten dürfe, nicht einwilligen werde, nun ihree Stellung abzutreten, bis eine neue Regierung in Uebereinstimmung mit der Volksvertretung des Landes angeordnet, es sei denn, daß die Centralgewalt Deutschlands ein solches Zurücktreten fordere." Könnenkamp: Die Zeitungen haben Gerüchte über einen abgeschlossenen Waffenstillstand gebracht, die an und für sich willkommen sein müßten, wenn nicht als Bedingungen desselben genannt wären: vollständige Räumung beider Herzogthümer von den Bundestruppen, Auflösung und Entwaffnung unserer Armee, Rücktritt unserer provisorischen Regierung und Einsetzung einer neuen. Ich bezweifle nicht, daß Deutschland bei seinem ersten politischen Auftreten wissen wird, was seine Ehre von ihm fordert, und daß es sich nicht auf Bedingungen einlassen wird, wie sie nur Besiegten gestellt werden können, und die sich weder mit der Sicherheit, noch mit der Ehre, noch mit den Interessen der Herzogthümer vertragen. Das Volk kann einen solchen Waffenstillstand nimmer anerkennen. Vielleicht kann uns aber der Herr Kommissär etwas Näheres darüber mittheilen, ob und in wie weit die provis. Regierung über ihe demnächst einzuhaltendes Benehmen bereits Beschlüsse gefaßt hat. Der Kommissär: Die Antwort liegt zum Theil in der eben von mir gegebenen Erklärung. Was aber die Bedingungen betrifft, so ist das Reich der Möglichkeiten so groß, daß schwerlich im Voraus von der prov. Regierung ein bestimmter Beschluß gefaßt werden kann. Der Herzog von Augustenburg: Der Waffenstillstand ist eine Sache, die zwischen dem Krieg führenden Parteien, also zwischen dem deutschen Bund und Dänemark abzumachen ist, also jetzt den Reichsverweser und nicht die prov. Regierung angeht, und der wir mit vollständigem Vertrauen entgegensehen können. Deßhalb thun wir jetzt wohl am besten, uns jeder Bemerkung zu enthalten. Hiermit wurde zur Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Finanzvorlage, übergegangen. (S. H.-Z.)

* Vom Rhein, 17. Juli. Die Ernennung des Hrn. Heckscher zum Reichsminister fängt schon an, ihre Früchte zu tragen. Diesmal keinen Brief, sondern nur eine kurze Notiz darüber. In allen Ministerlisten, die bisher entworfen wurden, war kein Name so unangefochten (Sie erwarteten das selbst ganz richtig), wie der von Duckwitz. Jetzt aber ist der Hamburger der zuerst designirte Reichsminister geworden und besitzt des Reichsverwesers Ohr, zunächst auch für die ganze Wiener Reise. Da werden denn allerhand Ungeheuer geboren werden. Man denke sich nur den Hamburger Lokalismus, wenn er sich mit dem österreich. Partikularismus paart: das können nur Monstra werden, wie das Kind von Blum's Kaninchen und Ente. (Es that Nichts, wenn Sie das nicht verstehen, Sie werden den Schlüssel wohl noch erhalten.) Achten Sie also ja darauf, welche Handelsminister aus dieser Begattung hervorgehen wird: Triest und Hamburg werden Pathe stehen. Duckwitz können Sie (denn Heckscher intriguirt gegen ihn) für beseitigt halten! Es ist das eine deutsche Kalamität! Und ganz Deutschland sollte sich sogleich dagegen regen, ehe es zu spät ist. Ich bitte Sie, wenn Hamburg im deutschen Ministerium Handel und Recht und Triest vielleicht die Marine zu ordnen erhielten, das sollte eine Pracht von deutscher Einheit und Nationalität werden! Schlimm genug, daß sich in Hannover der Partikularismus keck emporrichtet, in Berlin sich zu fühlen beginnt, in München auf der Lauer steht; wenn er noch gar in die Seele der Freiheit, in das Reich selbst hineingepflanzt wird, dann gute Nacht allen Ihren Hoffenden und allen unsern Hoffnungen! — —

Ich bitte Sie oder vielmehr die Leser, in dem letzten Viertel meines letzten Briefes die Worte — Entrüstung — in Enttäuschung und — der Minorität — in: und Rainrtät zu korrigiren, sie entstellen den Sinn zu sehr.

† Frankfurt, 17. Juli. Es ist von allgemeinem Interesse, zu erfahren, wie der Ausschuß der Nationalversammlung für Gesetzgebung und Rechtspflege die Amnestiefrage aufgefaßt hat, um so mehr, da nicht daran zu zweifeln ist, daß die Entscheidung der Nationalversammlung in dem gleichen Sinne ausfallen werde. Der genannte Ausschuß wurde durch neun Petitionen, theils von Gemeinden in Baden, theils von verschiedenen demokratischen Vereinen um Amnestirung für alle in Untersuchung wegen politischer Vergehen befindlichen Deutschen, theilweise mit dem Antrag um Einberufung Heckers in die Nationalversammlung, welche ihm zur Begutachtung zugewiesen wurden, zur Berichterstattung veranlaßt, und der Bericht wurde in der vorigen Sitzung der Nationalversammlung durch den Abg. Widenmann vorgelegt. Die Petitionen haben sämmtlich die Vorgänge in Baden im Auge, also ein unmittelbares und selbständiges Attentat gegen das Großherzogthum Baden und dessen Verfassung. Der Ausschuß hält es daher für unzweifelhaft, daß nur dem Großherzogthum Baden das Recht der Untersuchung und der Bestrafung zustehe. Dieses Recht, und folgerichtig auch das der Abolition, stehe auch den übrigen Einzelstaaten für die in ihren Territorien begangenen politischen Verbrechen zu. Die Nationalversammlung könne sich im Allgemeinen nicht berufen halten, in dieses Recht der Einzelstaaten einzugreifen. Zu eingreifen in das Innere der Einzelstaaten eingreifenden Dispositionen sei sie nur insoweit befugt, als dies zur Verwirklichung ihrer eigentlichen Aufgabe, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu gründen, sich als nothwendig herausstelle, weil das Recht und die Pflicht zu dem Zweck auch das Recht und die Pflicht zu den Mitteln voraussetze. Die Nationalversammlung würde daher nur dann berufen sein, eine Amnestie und Abolition unmittelbar selbst auszusprechen, wenn ein solches Eingreifen in die Rechtssphäre der Einzelstaaten sich ihe als ein durch die Macht der Verhältnisse als nothwendig gewordener politischer Akt zur Verwirklichung ihrer Aufgabe als unabweisbar darstellte. Eine solche Voraussetzung finde aber in dem vorliegenden Falle nicht Statt, der Ausschuß finde aber auch keine Veranlassung, eine Amnestie und Abolition in den Einzelstaaten zu erwiecken und die hierzu erforderliche Maßnahme zu treffen. Da eine andere Thatsache, als der badische Aufstand, in den Petitionen nicht berührt ist, so knüpft der Bericht seinen Antrag vorzugsweise an die Beurtheilung jener Vorfälle.

„Die republikanische Schilderhebung in Baden ist offenbar aus einem doppelten Gesichtspunkt in Betracht zu ziehen: zuerst als Attentat gegen die konstitutionell-monarchische Verfassung in Baden, sodann als Mittel der Einführung der Republik im übrigen Deutschland. Ob allen Theilnehmern dies klar bewußt gewesen, mag hier dahin gestellt bleiben, hinsichtlich der Führer des Aufstandes und der Haupttheilnehmer dürfte es kaum zu bezweifeln sein. Baden ist nun derjenige deutsche Staat, welcher allen übrigen in der Erfassung der Bedeutung der neuen Zeit und in der sofortigen Anerkennung der Volksrechte und Volksfreiheiten mit rühmlichem Beispiel vorangegangen war, und diese Anerkennung war auch durch einem Akt allgemeiner Amnestie und Abolition gekrönt worden. Die Freiheit war also errungen, und deren weitere Entwicklung auf dem Wege der Ordnung und des Gesetzes eingeleitet. Wenn unter diesen Umständen Einzelne die Waffen gegen den jetzt bestehenden Zustand der Dinge erhoben, so war es nicht mehr das alte System feudalen Druckes und polizeilicher Bevormundung, wogegen sie kämpften; es war vielmehr der Umsturz der neuen auf Freiheit gegründeten Ordnung der Dinge, welche sie mit dem Blut ihrer Mitbürger erringen wollten. In Beziehung auf die Bedeutung dieses Attentates dem gesammten Deutschland gegenüber, muß bemerkt werden, daß damals bereits durch die von den Regierungen der Einzelstaaten Deutschlands vollzogenen Beschlüsse des Vorparlaments festgestellt war, daß die Einheit und Freiheit Deutschlands durch die deutsche Nation selbst, durch das ganze deutsche Volk, d. h. durch die von ihm frei gewählten Vertreter, durch eine deutsche National-Versammlung, gegründet werden solle; es muß ferner bemerkt werden, daß damals in Baden bereits die Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung angeordnet waren. Diesem Willen des gesammten deutschen Volkes sind nun jene Einzelnen mit den Waffen in der Hand, ja mit Hilfe von Fremden, die sich ihrem Freizuge angeschlossen, entgegengetreten und haben versucht, dem Volke eine Verfassung gewaltsam und mittelst Bürgerblutes aufzudringen, von der sie bereits durch das Vorparlament und durch unbefangenes Entgegennehmen der laut gewordenen Volksstimmung hinreichend belehrt sein konnten, daß das deutsche Volk in seiner großen überwiegenden Mehrheit sie nicht wollte. Sie haben

dadurch zu einer Zeit, als die Ordnung in Deutschland sich neu zu befestigen begann, diese Ordnung auf eine Weise erschüttert, daß die Schwingungen dieser Erschütterung noch gegenwärtig in manchen Theilen Deutschlands nachklingen. Es dürfte daher sehr bedenklich erscheinen, wenn wir zu einer Zeit, wo die gesetzliche Ordnung in Deutschland noch keineswegs als völlig hergestellt und gesichert betrachtet werden kann, wo noch von so mancher Seite her anarchische Bestrebungen uns entgegentreten, wo also unser Hauptbestreben dahin gerichtet sein muß, das schwankend gewordene Ansehen der Gesetze zu heben und dem Rechte Achtung und Nachdruck wieder zu verschaffen — wenn wir zu einer solchen Zeit die Hand zu einer Maßregel bieten wollten, die dahin zielt, dem Recht und Gesetze seine Anwendung zu versagen. Dazu kommt noch in Betracht, daß kein Einziger der politischen Verbrecher selbst ein Gesuch um Abolition gestellt hat, also einestheils nicht die mindeste Gewähr gegeben ist, ob nicht die Amnestirten, in ihrer früheren Gesinnung fortbeharrend, den Kampf für ihre Prinzipien erneuern und einen wiederholten Bürgerkrieg herbeiführen würden, anderntheils bei dem Umstande, daß nunmehr die politischen Verbrechen, namentlich die in Baden begangenen, durch Geschworne abgeurtheilt werden sollen, wir nicht wissen können, ob die Beschuldigten nicht den richterlichen Ausspruch ihrer Mitbürger einer Niederschlagung der Untersuchung vorziehen. Ihre Kommission ist daher, mit Ausnahme zweier Mitglieder, der Ansicht, daß die Nationalversammlung, nach gegenwärtiger Lage der Sache, in den Gang Rechtens einzugreifen keine Veranlassung nehmen dürfe, und stellt den Antrag dahin: die Nationalversammlung wolle über die an sie gerichteten Petitionen um Ertheilung oder Erwirkung einer Amnestie für die wegen politischer Verbrechen in Untersuchung befindlichen Deutschen zur motivirten Tagesordnung übergehen."

Die heutige Sitzung wurde mit der Anzeige mehrerer Interpellationen an die Minister eröffnet, was eine Besprechung über die Form, in welcher diese Interpellationen vorzubringen seien, veranlaßte, an welcher die Abgeordneten Vogt, Jordan aus Berlin, Franke, Beckerath und Andere Theil nahmen. Obgleich diese Interpellationen vorzugsweise von der Linken zu erwarten sind, so stellte doch selbst ein Mitglied von der Linken, Jordan, den Antrag, daß nur solche Interpellationen stattfinden sollten, welche von wenigstens 20 Mitgliedern unterstützt würden. So fürchteten selbst die Besonnenen dieser Seite das Ueberhandnehmen des Interpellationsfiebers. — Auf den Antrag des Legitimationsausschusses wurde die Wahl eines Abgeordneten aus Hessen, des Dr. Heldmann, wegen gesetzwidriger Vornahme der Wahl für ungiltig erklärt. — Die hiernach eröffnete Diskussion über §. 3 der Grundrechte nahm die ganze übrige Zeit der Sitzung ein, obgleich eine große Anzahl von Rednern mit patriotischer Resignation auf das Wort verzichtete. Die Debatte wurde nach einer sehr langen Ausführung des Berichterstatters, Beseler, Abends 3 Uhr geschlossen, die Abstimmung über die drei ersten Paragraphen aber auf die Sitzung am Donnerstag verschoben, weil nun erst die durcheinander wogenden Amendements von dem Präsidenten in einer geordneten Reihe aufgestellt werden müssen, um so nach einander vor die Versammlung kommen und ihr Urtheil empfangen zu können.

Frankfurt, 18. Juli. Die Fr. O. Z. bringt in ihrem amtlichen Theile Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß: Die provisorische Centralgewalt für Deutschland hat an die Regierungen aller deutschen Staaten die Mittheilung erlassen, daß der Reichsverweser die verantwortlichen Minister ernannt, und daß die Ausübung der der provisorischen Centralgewalt durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 übertragenen Rechte begonnen wurde. — Sie hat in dieser Mittheilung ausgesprochen, daß sie bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Gewalten auf die thätige vertrauensvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen rechne, die mit ihr in dem lebendigen Wunsch sich vereinigen, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, der Unabhängigkeit und des Friedens zu verschaffen. — Die provisorische Centralgewalt hat den Wunsch ausgedrückt, daß nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bald von den Landesregierungen Bevollmächtigte ernannt würden, um mit ihnen in Verbindung zu treten. Die provisorische Centralgewalt hat erklärt: sie wünsche mit den Bedürfnissen der deutschen Regierungen und der deutschen Volksstämme, soweit sie den nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bestimmten Wirkungskreis berühren, auf das Umfassendste sich bekannt zu machen, und sie zähle hierbei auf freimüthige unumwundene Mittheilung, die auch sie immer zu befolgen wissen werde.

Großbritannien.

London, 12. Juli. (Hume-Cobden'sche Anträge auf Wahl- und Parlamentsreform. Schluß.) Die Berathung über die Humeschen Reformanträge wurde am 6. Juli wieder aufgenommen und in derselben Sitzung zu Ende gebracht. Hauptredner für die Anträge war Cobden, der sie ja zugleich mit Hume aus der Taufe gehoben hatte. Cobden hob hervor, daß, obschon diese Reformbewegung noch gar nicht organisirt sei, doch bereits nicht weniger als 130 Meetings zu ihren Gunsten gehalten worden, ja daß die Agitation für die Wahlreform in den letzten 5 Wochen bereits mächtiger angewachsen sei, als früher die Agitation für Aufhebung der Kornsetze nach 5 Jahren. Das gegenwärtige System der Volksvertretung sei eine Schmach, es würde dem System einer wirklichen Volksvertretung jedoch näher kommen, wenn man die Hume'schen Besserungsvorschläge annehme. Das Wohnungsinhaber-Wahlrecht, wie es Hume vorschlage, werde in der Regierung des Landes keine Aenderung hervorbringen (?), dagegen die Gesetzgebung mehr mit den Bedürfnissen des Volkes in Einklang setzen, auch eine billigere und zweckmäßigere Vertheilung der Steuern befördern. Er sei überzeugt, daß das Land nicht friedlich regiert werden könne, so lange die Masse des Volkes von der Vertretung ausgeschlossen bleibe. Er begehre keine Vermehrung der Volksvertreter in diesem Hause, aber wohl daß ihre Zahl in einigen Distrikten dem natürlichen Bedürfniß gemäß vermehrt, in anderen vermindert würde. Von der Abstimmung durch Kugelung wolle er gar nicht sprechen, für diese gebe es, wie in den mittleren Klassen, so in diesem Hause selbst starke Sympathien. Er wünsche die Tugenden, die Talente und die Mäßigkeit der industriellen Klassen für den öffentlichen Dienst nützlich zu machen, denn nicht dem Adel, sondern den mittleren Klassen verdanke der britische Name seine größten Triumphe, von ihnen seien alle Vervollkommnungen in den Künsten, der Literatur, dem Fabrikwesen und dem Handel ausgegangen. Hr. Osborne befürwortete die Annahme der Hume'schen Punkte, alle wahren Staatsmänner hätten von jeher die gerechten Ansprüche der mittleren Klassen unterstützt, das Wahlrecht sei weder ein Recht noch ein Vorrecht, sondern ein Zubehör jedes geistig und körperlich Mündigen, das Haus der Gemeinen sei kein aristokratisches Institut, eine Regierung dürfe nicht von wenigen vornehmen Geschlechtern in Besitz genommen sein, leider aber monopolisirten die Russells, Greys und andere große Familien jeden Platz, dagegen würden Männer von praktischem Wissen und gründlicher Erfahrung von den Staatsgeschäften fern gehalten, obschon sie dieselben weit besser verständen. Gegen die Vorschläge Humes sprach unter Anderen von konservativem Standpunkt aus Hr. Sidney Herbert. Was habe die letzte Revolution in Frankreich dem Volke genützt? Habe die Wahlfreiheit der Stellenkorruption abgeholfen, die Bemmtenwillkür beseitigt? Marrast und seine Freunde hätten Stellen im Betrage von 40000 Pf. jährlich unter sich vertheilt, der Direktor für Nationalwerkstätten sei in einem verschlossenen Wagen unter Gendarmeriebegleitung fortgeschafft worden, ohne daß man gesagt, warum, die militärische Gewaltherrschaft habe sich zum Unerträglichen gesteigert u. s. w. Er wolle noch die Aufmerksamkeit des Hauses auf Preußen wenden. Es gebe kein Land, in welchem die Schulbildung so allgemein verbreitet sei, kein Land, welches in diesem Hause so oft genannt worden, wenn es darauf angekommen wäre, statistische Mittheilungen aus dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts zu machen, und welche kuriose Dinge höre man jetzt über die preuß. Nationalversammlung! Das gute Volk von Berlin habe vorgeschlagen, die Volksvertreter nicht tageweise zu bezahlen, sondern auf Akkord arbeiten zu lassen! (Gelächter). Der Redner schilderte nun mit großer Aufrichtigkeit die schlimme Lage der arbeitenden Klassen in England. Alle Ursachen, welche in Frankreich die Revolution herbeigeführt, beständen auch in England; hier gebe es viel größere Massen Nothleidender. (Ein Mitglied: wir haben ein Armengesetz). Der Redner fortfahrend: „Ganz richtig, wir haben ein Armengesetz, wir haben auch noch andere Anstalten, um dem Unglücklichen beizuspringen, aber Niemand wird läugnen, daß bei uns der Gegensatz zwischen großem Reichthum und äußerster Armuth viel schrecklicher ist, denn in Frankreich findet eine Theilung der Ländereien bis zum entgegengesetzten Extreme Statt. Noth und Elend, aus den Schwankungen des Handels entspringend, sind bei uns größer als in Frankreich; aber ich glaube nicht, daß diesen Uebelständen durch die Annahme der Hume'schen Vorschläge abgeholfen werden könne." Der Redner stimmt daher dagegen, obschon unter der Bemerkung daß er Reformen, wodurch eine unmittelbarere Vertretung der arbeitenden Klassen bewerkstelligt werde, für rathsam und nützlich halte. Tufnell, obschon ein Liberaler, spricht gegen die Vorschläge Humes, weil sie auf keinem scharf durchgeführten Princip beruhten; O'Connor, der Anwalt der Volkscharte, spricht dagegen, will aber dafür stimmen, nach dem Grundsatz, „daß man von zwei Uebeln das kleinste wählen müsse." Villiers spricht dafür mit dem Beisatz, daß, wenn Jemand ein besseres Heilmittel für das Volk wisse, er nicht anstehen

Digitized by Google

Aufruf zu einem Kongresse deutscher Officiere *).

Darmstadt, 13. Juli. In diesen Tagen wird der Antrag auf Vermehrung des deutschen Heeres in der Reichsversammlung zur Berathung kommen; der Ausschuß für Wehrangelegenheiten ist, wie wir hören, unausgesetzt thätig, um in diese großen und dringenden Sache entscheidende Maßregeln vorzubereiten; die Centralgewalt wird nicht säumen, diesem Gebiet vor Allem ihre Sorge und Arbeit zuzuwenden; die Presse liefert fast täglich den Beweis, wie schwer in der öffentlichen Meinung dieser Gegenstand wiegt und Jeder meint, sei es auch nur durch Urtheilen und Absprechen, sich dabei betheiligen zu müssen. Und dem Allem gegenüber, wie verhalten sich die zunächst Betheiligten, wie verhält sich das Heer und dessen natürliche Vertreter, die deutschen Officiere? Wohl haben wir von Einzelnen treffliche Worte gehört und die letzten Tage erst haben uns ein Meisterwerk gebracht; aber die große Mehrzahl schweigt, macht nicht einmal den Versuch einer selbstthätigen Mitwirkung. In allen großen Lebensgebieten des Staats, in Rechtspflege und Verwaltung, in Kirche und Schule, in Handel und Gewerben sehen wir die Angehörigen sich versammeln, nach einem starken gemeinsamen Ausdruck ihrer Meinungen ringen, von dem Gefühl bewegt, daß nur ein durch Einigkeit mächtiger Wille im Wogendrang der gewaltig eilenden Zeit das Steuer zu lenken vermag. Soll der Soldat allein sich blind dem Zug der Dinge überlassen, soll er schweigen, wo es die bedeutendsten Fragen seines Daseins gilt; soll er thatlos warten, bis ihm die neuen Ordnungen von Außen und Oben fertig gebracht werden? Es scheint doch, als müßten die Begebenheiten dieser Tage auch dem Befangensten die Augen geöffnet haben, als müßte endlich das Vorurtheil verschwinden, daß der reine Wille, der zum Heil des Ganzen die unmittelbare kriegerische Thätigkeit beherrschen soll, auch unbeugsam gebietend das Werk des prüfenden Gedankens, den organischen Aufbau neuer Einrichtungen, zu gestalten habe. Und doch können sich so viele Gemüther nicht losreißen aus der kleinen, engen Anschauungsweise, zu der sie ein eintöniger, nur mit mechanischer Thätigkeit erfüllter Wirkungskreis erzogen hat; mit der betobten deutschen Jugend selbstgenügsamer Indolenz sehen sie dem, was um sie draußen vorgeht, zu, ohne Ahnung, wie sehr ihr eignes kleines Selbst davon berühret wird; vom lieben Herrgott und vom Kriegsminister erwarten sie in tugendhaftem Gehorsam Alles und betrachten es gar als eine Todsünde, wenn man es wagt, über die eigenen Angelegenheiten ein lautes freies Wort zu sprechen. Aber man täusche sich nicht! Zwei große Fragen liegen vor und mahnen dringend zur Entscheidung. Die erste: Wie in den gegebenen Formen die deutsche Heeresmacht zu der Größe und Bedeutung gebracht werden soll, welche die Lage des Vaterlandes fordert; wie die Einheit zu schaffen ist, die, ohne das selbständige Leben der Glieder zu zerstören, weitherrschend Alles zum großen Zwecke leitet. Die zweite: welches die neue Verfassung des deutschen Volksheeres werden soll; wie man mitten in dieser sturmbewegten Zeit den Grundstein einzusenken hat, damit sich auf ihm in kommenden besseren Tagen einst der stolze Neubau erhebe. So viel tüchtige Kräfte schon für die Entscheidung gewirkt haben und noch wirken, die Natur der Dinge verlangt, daß die Officiere in großem Maßstab mit dem gesammelten Ausdruck ihrer Meinung dabei auftreten. Und kein Zeitpunkt war dazu günstiger. Im Anfang der großen Bewegung war die allgemeine Stimmung fast feindselig gegen das Heer, an unverständige Hirngespinnste von Volksbewaffnung knüpften sich die ausschweifendsten Hoffnungen; jetzt, da die improvisirte Bürgerwehr schon hier und dort nur kümmerlich ihr Dasein fristet, nachdem auch die Freischaaren aus ihrem Schiffbruche nur wenige Trümmer von Ruhm gerettet haben, jetzt kehrt die öffentliche Meinung zur Besonnenheit zurück, die Gunst und die Hoffnung des Volks wendet sich seiner Armee wieder zu; es erwartet von den Männern, deren Beruf der Wehrstand ist, ein entschiedenes, ein vereintes öffentliches Handeln. Lassen wir uns nicht gegen den lauten Ruf der Zeit säumig finden; dem Soldaten, dessen Wahl der Krieg, der Kampf mit gewaltigen unlenksamen Elementen ist, ziemt es am wenigsten, ein Spielball des blinden Geschickes zu sein. Wir dürfen wahrlich nicht fürchten, unser Auftreten käme zu spät. Ist auch die Verstärkung der deutschen Streitkräfte mit den Grundzügen der Ausführung in der Kürze entschieden: sie ins Leben zu rufen erfordert erst recht die vielseitigste, auch berathende Thätigkeit; vor Allem wird es gelten, die Einheit der Ansichten und des Strebens herzustellen, es wird gelten, in die noch gesonderten, lose verbundenen Glieder das starke Band der Eintracht zu tragen, damit die neu erstehende oberste Gewalt ein organisches Ganze finde, in dem ihre Gebote von Stufe zu Stufe durch freie natürliche Neigung fortgetragen, eine feste dauernde Wurzel schlagen können. Es bedarf aber auch, was die zweite Frage angeht, der vielseitigsten Berathung; es bedarf einer scharfen Beleuchtung, die in die Einzelheiten dringt, an denen sich der Werth der großen Ideen erprobt; es bedarf einer Prüfung, welche so sehr die Mannichfaltigkeit des Volkslebens, wie das Wesen der kriegerischen Thätigkeit ins Auge faßt, daß nun die künftige Wehrverfassung fest, ein starker Baum, unmittelbar aus dem Volksboden wachsen.

Ein so großes Ziel verlangt große Mittel. Es sollten darum, scheint uns, die Officiere der deutschen Armeekorps zunächst unter sich zusammentreten, vorberathende Versammlungen anberaumen, und mit den Besten, die sie aus ihrer Mitte gewählt, beschicken. So würde sich aus Verständigungen in kleineren Kreisen eine gemeinsame Ueberzeugung der größeren Körper herausbilden, deren Ausdruck in dem Programm enthalten wäre, worüber sich die Mitglieder jener Versammlungen vereinigt hätten. Leichter, als auf irgend einem andern Gebiet ist hier diese Vereinigung, denn sicher stehen schon bei jedem Denkenden ihr Grundzüge fest und klären wir uns nicht, so sind sie nach dem allgemeinen Urtheil am besten niedergeschrieben in der trefflichen Schrift, welche die Deutsche Zeitung am 6. Juli im Auszug mitgetheilt hat. Ist dem wirklich so und haben in den Armeecorps sich die Meinungen vereinigt; so kann es nicht schwer sein, auf einem Congreß deutscher Officiere den Gesammtausdruck der gediegensten und vielseitigsten Ansichten über die großen schwebenden Fragen zu erhalten. Damit aber wäre sicher Niemanden mehr gedient, als dem Kriegsminister bei der Centralgewalt. Wollte es diesem noch gefallen, eine kleine Anzahl von Officieren aus jedem deutschen Armeecorps, bei deren Ernennung aber die Officierecorps eine Stimme hätten, um sich zu versammeln, damit sie vorberatend und berathend ihm zur Seite stünden: so wüßten wir nicht, wie seiner Thätigkeit ein großer Erfolg fehlen könnte. Gut und weise müssen Beschlüsse sein, bei denen die besten Kräfte vereinigt mitgewirkt haben; Kraft und Nachdruck kann ihnen nicht fehlen, denn mit ihnen wird die freie Ueberzeugung der Mehrzahl sein.

Wer uns sagen will, daß solche Vorschläge dem obersten Gesetz des Soldaten, welches der Gehorsam ist, zuwider wären, wer damit die Grundpfeiler der militärischen Ordnungen erschüttert sieht, der hat uns nicht verstanden und, wir glauben, er hat auch seine Zeit nicht verstanden. Gerade weil wir eine starke Wehrverfassung wollen, möchten wir sie auf den festen Grund der geprüften und geläuterten Meinung ihrer Angehörigen gebaut sehen; gerade, weil in dieser erschütterten Zeit unter dem Schild der edlen Freiheit die Zügellosigkeit so frech ihr Spiel treibt, möchten wir zu Gunsten einer starken festen Ordnung, ohne die auch ein Volksheer ein Unding ist, ein lautes, kräftiges Wort gesprochen haben. In diesem Sinne ist es, daß wir Abgeordnete der deutschen Heere versammelt sehen möchten. Kann sich daraus ein Mittelpunkt bilden, der auch für die Zukunft zu berathender prüfender, bildender Wirksamkeit unsere guten Kräfte vereinigt, der, ohne je unmittelbar eingreifen zu wollen, das große Organ wissenschaftlicher und organisirender Bestrebungen wäre, dann würden wir eine Verheißung für die Erfüllung schöner Hoffnungen darin erblicken. Gelingt es aber auch nur dieses eine Mal, so ist schon ein großer Wurf gethan und von der Versammlung aus wird das Gefühl, daß zur deutschen Waffenbenderschaft der Grund gelegt ist, in alle Gauen des Vaterlandes dringen, ein Zeugniß und eine Bürgschaft dafür, daß wir einst auch durch Thaten uns als Söhne Deutschlands erweisen werden.

*) Die resp. Redaktionen der deutschen Blätter werden um Aufnahme dieses Aufrufes vom Verfasser dringend ersucht.

Preußen. ** Vom Rhein, 14. Juli. Ich weiß nicht, ob Ihnen das Aktenstück zu Gesicht gekommen ist, in welchem die konservativ-liberale Partei, die Partei der konstitutionellen Monarchie, wie sie in den zahlreichen konstitutionellen Klubs und Bürgervereinen sich zusammengefunden und organisirt hat, die Heranziehung sämmtlicher konservativen Elemente vorbereitet, die Vereinigung aller redlichen und entschlossenen Männer, welche die Herstellung einer festen, rechtlichen Ordnung wünschen und im Angesicht der drohenden allgemeinen Gefahr, ohne Rücksicht auf die sonst unter ihnen obwaltenden Meinungs-Nüancen, zu gemeinsamem Kampf zusammentreten wollen, zum Kampf gegen republikanische und anarchische Bestrebungen. Die vorhandenen Kräfte haben sich bis jetzt in verschiedenen, zum Theil unfruchtbaren Richtungen planlos zersplittert; ohne einen Vereinigungspunkt wird das

Uebergewicht nicht wirksam geltend gemacht werden können, das durch numerische Stärke, durch materielle Hilfsmittel und durch geistige Ueberlegenheit sonst gesichert erscheint. Besonders interessant ist die Art und Weise, wie die konstitutionelle Partei sich über ihre Stellung zu den Anhängern des gestürzten Systems ausspricht. „Wir müssen — so lautet die betreffende Stelle — zunächst alle minder erheblichen Interessen denjenigen, welche als Lebensbedingungen erscheinen, unterordnen und uns deßhalb bis zur Besiegung der gemeinschaftlichen Feinde, der Anarchie und der republikanischen Propaganda, im eigenen Lager aller Streitigkeiten über die spezielle Form der monarchischen Verfassung enthalten. Selbstredend können hierbei nur Verfassungsfreunde vorausgesetzt werden, welche nicht allein dem Namen, sondern auch dem Wesen nach monarchisch sind, und es würde daher z. B. das Streben, eine Verfassung einzuführen, welche auf dem Einkammersystem beruhen und dem Könige nur die vollziehende Gewalt überlassen, also die Republik unter monarchischen Formen vorstellen sollte, von der monarchischen Partei nicht unangegriffen gelassen werden können. Unter dieser Voraussetzung müssen sich jedoch alle Betheiligten des monarchischen Princips, sie mögen Anhänger des ständischen oder des konstitutionellen Systems, Angehörige der einen oder der andern Glaubenspartei sein, zu einem Kampfe gegen Anarchie und Republik coalisiren. Durch eine solche Koalition wird keine jener speciellen Richtungen präjudicirt, vielmehr liegt es in gleichem Interesse Aller, zunächst ihre wesentlichen Fundamente, die Monarchie und die Herrschaft des Gesetzes, sicher zu stellen, indem erst nach Gewinnung eines festen Rechtsbodens die Lösung der Frage, welches Gebäude darauf zu errichten sei, eine befriedigende und unantastbare Entscheidung finden kann. Hiernach dürfen sich die Anhänger des gestürzten Systems, um der Befriedigung einer kleinlichen Rachsucht gegen ihre siegerischen Feinde willen, von dem gemeinsamen Kampfe gegen die ungleich gefährlicheren Gegner nicht ausschließen, welche ihr Grundprincip bedrohen; wenn sie vielmehr sich mit allen monarchisch Gesinnten zur Erhaltung und Befestigung der Monarchie vereinigen, so werden sie eine bereitwillige Aufnahme bei allen Verständigen der konstitutionellen Partei finden, welche die Ungereimtheit der von der revolutionären Partei geschickt verbreiteten Gespensterfurcht vor einer in der geschilderten Weise unmöglichen und in der That kaum von irgend Jemanden geträumten Reaktion, insofern darunter die Rückkehr zu früheren, bereits erlödteten Rechtsverhältnissen verstanden wird, längst einsehen, dagegen aber die Heillosigkeit des gegenwärtigen, mit dem Begriff von Freiheit völlig unverträglichen Zustandes, und die Unabweisbarkeit des Bedürfnisses anerkennen, eine faktische Befestigung der gesetzlich verliehenen oder noch zu erwartenden Freiheiten, durch Unterdrückung der Anarchie und Pöbelherrschaft zu erstreben." — Es sind die Grundsätze, welche hier ausgesprochen worden, bereits in einer am 7. Juli zu Dortmund abgehaltenen Versammlung, in der eine große Anzahl Städte von Rheinland und Westfalen vertreten war, zur Geltung gekommen und neben einem Mitarbeiter und Gönner der Kölnischen Zeitung steht der Herausgeber des Janos. Ueberhaupt ist, wie eben diese Versammlung bezeugt, eine erfreuliche Rührigkeit in die Partei der Ordnung gekommen. Sie hat dort einstweilen die einmüthige Erklärung erlassen, daß die konstitutionelle Monarchie im innigsten Anschlusse an die allgemeine deutsche Verfassung die von ihr zu erstrebende und fest zu haltende Staatsform Preußens sei, und sich demnach dahin ausgesprochen, Jeder in seinem Kreise dahin zu wirken, daß an allen Orten Rheinlands und Westfalens sich Vereine bilden zu dem Zwecke, die gesetzliche Ordnung und die zwischen König und Volk zu vereinbarende Verfassung zu schützen, dagegen aber allen exaltionären, anarchischen oder republikanischen Bestrebungen, mögen sie offen oder versteckt verfolgt werden, auf's Kräftigste entgegen zu treten. Uebermorgen, am 16. Juli, werden alle zu diesem Zwecke zu gründenden oder in der angegebenen Richtung schon jetzt wirksamen Vereine Abgeordnete zu einem allgemeinen Kongresse nach Duisburg entsenden, um speziell einen oder mehrere Centralvereine für Rheinland und Westfalen zu gründen, die Geschäftsführung dieser Vereine zu ordnen und über die Verfolgung der Vereinszwecke durch die Presse das Nähere zu verabreden *).

*) Bevor ich schließe, erlauben Sie mir, einige Strophen zu citiren aus einem Gedicht, das mir gerade jetzt wieder in die Hände gefallen ist, und das auch heute noch, obgleich der berühmte Dichter, welchem es sein Dasein verdankt, es wahrscheinlich gern der Vergessenheit übergeben möchte, ebenso wahr bleibt als vor 23 Jahren. Die Freiheit redet der Dichter an und spricht:

Trop longtemps l'Univers cassé du tes orages,
Aux mains des factions vit flotter les images,
Trop longtemps l'imposture usurpant ton beau nom,
De ses honteux excès fit rougir la raison.
L'Univers cependant effrayé de lui-même,
Tinvoque et te mondit, t'adore et te blasphème;
Et comme un nouveau culte aux humains inspiré
Ne peut fixer encore ton symbole sacré.
Chaque peuple à son tour te possède ou t'espère,
Et ton oeil cherche en vain un tyran sur la terre,
Viens donc, viens, il est temps, tardive liberté,
Que ton nom incertain par le ciel adopté
Avec la vérité, la force et la justice
Du Palais de nos rois orne le frontispice,
Et pour affermir et consacrer tes droits,
Ton temple le plus sûr est le coeur des bons rois.

Dies Gedicht aber heißt der Chant du sacre ou la veille des armes, und der Verfasser ist kein Anderer als — Alphonse de Lamartine.

† Posen, 13. Juli. Schon wieder gährt es unter den Polen, es scheint eine neue Schilderhebung im Werk, nach Anlässen, nach Aussichten sucht man vergebens. Die Zeit aber, wo dergleichen beunruhigte, ist vorüber. Jetzt wird schwerlich, wie in den Märztagen, die Unsicherheit über die Absichten unseres Gegners uns zu Langmuth oder zu Zögerungen Veranlassung geben. Alle Deutschen kennen jetzt ihren Feind vollkommen, sie stehen allenthalben entschieden zusammen, und jede Meinungsverschiedenheit über die Abgrenzung hat aufgehört, seitdem die Bromberger ihren Anschluß an diese, besonders von Posen aus vertretene, Idee erklärt. Zu bedauern ist nur, daß die höchste Militärbehörde — wenigstens in der Person des Generals v. Brunneck — nicht in der Weise sich auf das Volk stützt, als wir es hier seit der Anwesenheit des hochverehrten Generals v. Pfuel gewohnt waren. v. Pfuel war ein Volksfreund im wahren Sinne des Wortes, Jeder hatte bei ihm freien Zutritt, er hörte Alles und wußte die wahren Stimmen über unsere Zustände wohl zu erkennen. Es wäre ein Unglück, wenn hier, wo Einklang so Noth thut, eine Entfremdung zwischen der deutschen Bevölkerung und dem Generalkommando einträte. In unserer Provinz ist es vor Allem nöthig, daß Volk und Behörden im schönsten Einvernehmen stehen und letztere von dem Willen des ersteren in ihren Maßregeln gestützt und getragen werden. Schon beginnen sich mißbilligende Stimmen über ein Verbot v. Brunneck's, welches das Associationsrecht beschränkt, zu erheben. Man wundere sich darüber nicht. Der Hauptwiderstand des Deutschthums hier in der Provinz, dem Polenthume gegenüber, lag in den Volksausschüssen und Klubs, die alle auf konstitutionellem Boden ruhen. Sie waren zugleich eine starke Macht gegen alles republikanische Wühlen, welches spurlos an uns vorüberging, und nun wird die Gründung neuer politischen Vereine verboten, weil in der Stadt Belagerungszustand ist! Die Polen beginnen dies hervortretende Mißverhältniß schon auszubeuten und womöglich zu vergrößern, dadurch, daß sie Gerüchte von bevorstehender Auflösung der deutschen Bürgerwehren u. s. w. ausstreuen. Den Frankfurt kommt uns immer noch keine Entscheidung, auch kein Zeichen der Theilnahme und Sympathie zu. Die Ankunft des Reichsverwesers, der Jubel bei seinem Empfang, in welchen wir aus der Ferne gern eingestimmt hätten, seine Einführung in die Nationalversammlung, und die sonst etwa bevorstehenden feierlichen Akte werden unsere Frage wohl wieder in den Hintergrund gedrängt haben. Aus Leipzig ist uns dagegen vor einigen Tagen eine an das hiesige Centralkomité gerichtete Adresse zugegangen: „Deutsche Brüder in Posen! Herzlichen Dank Euch zu bringen für die schöne Zuschrift, die Ihr an uns unterm 26. Juni gerichtet habt, ist uns eine heilige Pflicht. Was sollen wir, die wir bis jetzt so wenig für Euch zu thun vermochten, zu dem herrlichen Zuge der Dankbarkeit sagen, der aus Eurem Schreiben spricht? Wir wissen nur Eines, die Versicherung nämlich zu geben, daß wir fortdauernd verbrüdert sein wollen mit Euch, durch Bande wie sie deutsche Treue allein zu schlingen vermag. In Schrift und Wort wollen wie uns als Eure Brüder zeigen, braucht Ihr aber mehr, mit festgewaffneter Hand zu Euch stehen in Streit und Kampf mit Gut und Blut. Mit dieser Versicherung reichen wir Euch die deutsche Bruderhand, rufen nie Euch deutschen Gruß zu. Leipzig, 5. Juli 1848. Der Ausschuß des deutschen Vereins. Dr. Göschen, Vorsitzender.

Sachsen. Leipzig, 13. Juli. Man schreibt der Fr. O. Z. Die Leipz. Adresse „gegen Republik" gewinnt, trotz aller Schmähungen und Verächtigungen, welche sie von der radikalen Partei in vollem Maße erfährt, im Lande immer größere Beistimmung. Gestern sind wieder 154 Exemplare derselben mit 10373 Unterschriften nach Frankfurt abgegangen, so daß die Gesammtzahl der Unterschriften bis jetzt 20,054 beträgt. Am 31. d. M. soll eine dritte Absendung dieser Adresse an die Nationalversammlung erfolgen. Auffallend dagegen ist es, wie wenig Bittschriften um Aufrechthaltung des Zweikammersystems bei dem Landtage eingehen, obschon die Mehrheit im Volk, entsprechend der Majorität in der zweiten Kammer, zwar eine zeitge-

Digitized by Google

mäße Umgestaltung, nicht aber eine völlige Aufhebung der ersten Kammer zu wünschen scheint.

Hessen. Mainz, 14. Juli. Heute Morgen ist durch die Gendarmerie der Zahnarzt Joseph Gallette verhaftet und in Gewahrsam gebracht worden. Erst gestern Abend noch predigte er im Freien Fürstenmord, wornach er der Republik und den Pariser Insurgenten ein Lebehoch brachte. Zum größten Aerger aller Freunde des Gesetzes mußte man sehen, wie die Gendarmen bei dieser Gelegenheit von rohen Pöbelhaufen mit Steinwürfen verfolgt wurden. — Heute Morgen um 4 Uhr wurde in Bingen Generalmarsch geschlagen und sogleich zwei Kompagnien der dortigen Besatzung nach Gau-Algesheim beordert, wo sehr ernstliche Unruhen ausgebrochen sein sollen. (Fr. O.Z.)

Δ Frankfurt, 14. Juli. Es ist lange genug von den Freuden der wahren Volksfreiheit gesagt worden: Undankbarkeit sei die Tugend der Völker, dieses Wort soll und darf nicht zur Wahrheit werden, und Gott sei Dank, die Wahl des Erzherzogs-Reichsverwesers hat es glänzend widerlegt. Der Mann, der in der trüben Zeit, in dem Lande, wo sie am krassesten sich gestaltete, das Wort gesprochen: kein Oesterreich, kein Preußen, ein einiges freies Deutschland, der Mann war der Johannes der neuen Erlösung, und wer ihn nicht darum wählen mochte, weil er einem Fürstenhause angehört, der mochte ihn darum wählen, weil er, obgleich dem größten deutschen Fürstenhause angehörend, doch nicht gescheut, vor Oesterreich, vor Deutschland, vor Europa dieses große Schiboleth unseres Volkes und unserer Zeit auszusprechen. Wir gehen sogar in einem wesentlichen Punkte weiter als die Männer, die wie mit Stolz zu unseren politischen Freunden zählen, wir billigen die ihm gewährte Unverantwortlichkeit aus einem Grunde, den wir zu unserem Erstaunen, in der Nationalversammlung wie in der Presse, unserer Ansicht nach, zu wenig urgiren hörten. Er soll das Haupt sein 35 Unverantwortlicher, er kann das nur, wenn er selbst unverantwortlich ist, die nothwendige Verantwortlichkeit aber in ihrer ganzen Schwere auf das Haupt der Minister fällt, ohne welche er des Arms, wie ohne die Nationalversammlung, die unverantwortlich ist wie er (in ihrer Gesammtheit unbedingt, in ihren Mitgliedern in bedingter aber bedeutender Weise), der Kraft des ganzen Organismus entbehrt. Aber darin liegt, leren wir nicht sehr, die Einseitigkeit der entgegengesetzten Betrachtungsweise, daß man sich den Reichsverweser immer nur in seinem Verhältnisse zum Volke, in welchem er seine Kraft allein finden kann, nicht genug im Gegensatze zu einzelnen deutschen Regierungen denkt, deren Antagonismus bald genug gerade von der Seite ausgebrochen ist, wo er am meisten Grund gehabt hätte, sich still und bescheiden in das eigene Herz zu verschließen. Was man auch, mit Recht und vielfach auch mit Unrecht, gegen einzelne deutsche Regierungen sagen mag, deutsch sind sie doch alle. Wie wenig es auch rechtlich gut oder wahr sein mochte, faktisch waren doch die größten in der That souverän. Es ist nothwendig und muß durchgesetzt werden, aber von dem besondern Standpunkte der Einzelnen aus betrachtet, bleibt es doch wahr, daß ein österr. Kaiser, ein preußischer König sich unbehaglich fühlen mag, die Sonveränetät, die er lange genoß, nicht nur dem Begriffe der Volkssouveränetät, sondern auch der Erscheinung eines einzelnen, über ihn gestellten Verwesers der Centralgewalt in gewissen Fällen unterzuordnen. Dennoch hat — wie wir mit Gewißheit berichtet sind — Friedrich Wilhelm IV. einem abreisenden Abgeordneten zur hiesigen N.V. das Wort gesagt: bringen Sie uns ein einiges Deutschland, wenn auch mit Schmälerung und Unterordnung meiner Fürstengewalt. Oesterreich hat so gehandelt, Sachsen, Weimar und Gotha, wie wir mit Freuden aus den Berichten der nach Wien abgeordneten Kommission unserer Reichsversammlung entnehmen, sich in Volk und Fürsten in diesem Sinn ausgesprochen, Baiern ihm nicht widersprochen. Und der einzige nicht deutsche deutsche Fürst, der einzige, der in seinem Vaterlande ein Unterthan ist und gern geblieben ist, indem er, im Gegensatze zu König Leopold von Belgien, selbst Gelder in dieser Eigenschaft aus seinem alten Vaterlande zieht — der einzige Fürst in Deutschland, der ein Unterthan und kein Deutscher ist, der „will lieber das Aeußerste erleiden, als zu Maßregeln die Hand bieten, welche Pflicht und Ehre als verwerflich darstellen würden", Pflicht — gegen wen? Gegen England. — Ein deutscher Fürst hat nur Pflichten gegen Deutschland! Gegen seine Fürstenehre? Die Könige von England selbst waren Kurfürsten von Hannover und hielten es nicht gegen ihre Fürstenehre, in dieser Eigenschaft den deutschen Kaiser als ihren Gebieter zu betrachten, was die Centralgewalt doch im Grunde den einzelnen Fürsten gegenüber in den partikulären Angelegenheiten des einzelnen Landes nicht sein will noch kann. Und Stüve unterzeichnet diese eventuelle Kriegserklärung an das neue Deutschland und die neue Zeit! Die alte Konstitution Hannovers hielt er heilig gegen seinen König — und wie ehren ihn darum. Aber die neue Konstitution des Gesammtvaterlandes will er der Interpretation des Mannes unterwerfen, der vielleicht schon einen allgemeinen deutschen Zollverein als „eine Beschränkung der Selbständigkeit" seines Königreiches betrachten würde. O Babel, o Geschlecht, dessen Sprache der Herr verwirrt hat! Mit gespannter Erwartung sahen wir der heutigen Sitzung der Reichsversammlung entgegen! Heute mußte es sich zeigen, ob die neugewonnene Einheit Deutschlands eine Thatsache oder eine Phrase ist. Und Gott sei Dank, sie hat sich als eine Thatsache bewährt! Mit Ausnahme einiger unverbesserlichen Querköpfe galt Erzherz. Johann's Wort heute in anderer Weise vor der Nationalversammlung. Keine Rechte, keine Linke, eine einzige deutsche Versammlung! Wydenbrugk, der Minister von Weimar, und Wesendonk, der Mann der äußersten Opposition, fühlten und stimmten zusammen, ja, des Ministers Antrag, der durchging, war, wenn auch den Worten nach deutscher gehalten, doch in Wahrheit schärfer, durchgreifender, als der des Mannes der Opposition. Die Nationalversammlung beschließt, also in letzter Instanz, die Centralgewalt möge die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des dieselbe konstituirenden Gesetzes von der Staatsregierung des Königreiches Hannover fordern. Unumwundene Anerkennung — o selig entschlafene Diplomatie, was soll aus dir werden, wenn Du Etwas unumwunden erklären sollst? Heiliger Talleyrand bete für sie! Und — fordere! Welche Tortur, wie unsäglich quäl! Man fordert Abgaben, Jagdrechte, schuldige Reverenzen! Aber von einer k. Landesregierung fordern! Wahrhaftig, wir fürchten fast, dadurch schon möchten „die geforderten Beschränkungen der Selbständigkeit über alles — hannoversche — Maß hinausgehen"! Und wenn das wäre, und wenn das „Aeußerste" einträte? Doch wir mögen das Schreckliche nicht denken! Aber wenn die Nationalvers. Recht hatte, so zu sprechen, so zu beschließen, so hatte auch Bassermann nicht Unrecht, wenn er zu den bekannten vier Fragen die fünfte hinzufügte: ziemt es wohl in einer einzelnen Versammlung des Reichs eine Kritik über die allgemeine Reichsversammlung zu üben? Dieses Recht steht jedem Einzelnen im Volke allerdings unbedingt zu. Aber die Kritik des Einzelnen ist eine Meinung, kein Beschluß! Was eine Versammlung beschließt, stellt Macht gegen Macht, Theil gegen Ganzes, Glied gegen Körper! Aber so ist es leider noch in unserem Vaterlande. Nicht Mangel ist an Pfeilen. Nur zu viele sind da. Aber das Band, das die Pfeile in ihrer Vereinigung unzerbrechlich macht, das fehlt noch immer, und möge Deutschlands Schutzgeist es uns vergönnen, daß das Ausland, wenn es seine Pfeile gegen uns schwirren lassen will, uns frei finde und — stark!

Schweiz.

† Zürich, 13. Juli. Wir haben in der letzten Zeit dem Züricherischen Monitore, der „N. Z. Z.", keine große Aufmerksamkeit geschenkt; es schien in der That eine Zeitlang, als habe sie die Zweckmäßigkeit der erhaltenen Züchtigung begriffen; sie verschonte Deutschland mit ihren giftig fein sollenden Stichen, idealisirte dasselbe und erhob dagegen Frankreich bis zum Himmel. Wie hatten Nichts dawider einzuwenden; allein seit einiger Zeit regt sich der alte Kitzel wieder mehr und mehr, Deutschland fängt wieder an, ein stehender Artikel für die schalsten, abgestandensten Witze und Verdrehungen zu werden, so daß es wohl passend erscheint, dem Blatte, das nun einmal ohne Aufsicht nicht leben kann, wieder ein wenig auf die Finger zu klopfen. In welcher Art die Vergleichung Deutschlands mit Frankreich gewöhnlich gefühlt wird, davon nur folgende Beispiele: die präsumirte Ungiltigkeitserklärung der Wahlen Louis Napoleons und Hecker's läuft bei der „N. Z. Z." ohne weitere Prüfung der „Verumständungen" einfach darauf hinaus, daß man in Paris den Kaiser, in Frankfurt den Republikaner fortjagt; — als sich in Frankfurt eine Debatte über den Begriff „jeder Deutsche" erhebt, ruft sie triumphirend aus: „bedenklich für das Deutschthum; in der französischen Nationalversammlung wird jedenfalls über das Wort „Franzose" keine besondere Berathung gepflogen werden." Weiß die „N. Z. Z." das so gewiß? Die Korsen oder Elsasser mögen meinethalben „echte, unverfälschte" Franzosen sein; wie steht es aber mit Messieurs les Français in Algerien, die arabisch, kabylisch oder türkisch reden? aber mit den freigelassenen Schwarzen? ist hier etwa die Schwierigkeit geringer als bei den Czechen oder Wasserpolaken in Deutschland? — „Das kleine Dänenvolk erregt ferner durch seine Standhaftigkeit gegen die Uebermacht die Theilnahme der Unbefangenen", zu denen sich die „N. Z. Z." zählt; „es sei empörend, daß den „Süd-„Jüten"!" die Anerkennung ihrer dänisch-skandinavischen Nationalität

„(wie den Böhmen die Anerkennung der czechischen) geweigert werde; „es liege im Recht und im Interesse der Nachbarstaaten, daß die „„Südslaven"" nicht wider ihren Willen an Deutschland gebracht wer„den; am wenigsten könne man die Begeisterung begreifen, mit welcher „die Freunde deutscher Einheit für Aufrichtung eines neuen Thro„nes, einer neuen Souveränetät, zu Gunsten des Herzogs von Au„gustenburg, anleiten"; dafür werden aber die 400 Lauenburger Jäger gelobt, daß sie „ihrer Fahne treu" blieben. Haben Sie je ein größeres Gemisch von dösem Willen und Unverstand gelesen? Doch Geduld, es kömmt noch besser. Nach der „N. Z. Z." schlagen sich in Italien nur die Kroaten tapfer (was man freilich ihren Gegnern weniger nachsagen kann, namentlich dem tapfersten und gebildetsten Volke der Erde, den Lombarden, welchen die Red. der „N. Z. Z." unzugehören die Ehre hat), die deutschen Blätter nennen sie deßhalb „deutsche Brüder", und versorgen es ihnen, wenn sie ihre „nicht deutsche Nationalität" geltend machen wollen; — die „N. Z. Z." hat nämlich nicht die geringste Ahnung davon, daß es sich bei den Kroaten zunächst nicht um den Kampf mit der deutschen, sondern um den Kampf mit der magyarischen Nationalität handelt, wie sie auch an einer andern Stelle den Abfall Kroatien's mit dem von Ungarn identifizirt. — Die „D. Z." wird hart getadelt, daß sie eine Petition um Amnestie der badischen Republikaner nicht unterstützt; dagegen kein Wort des Tadels gegen die famosen Konfiskationsdekrete von Freiburg und Luzern, oder gegen die schöne St. Galler Amnestie. Sobald sich Deutschland einmal der Ruhe erfreut, wie gegenwärtig die Schweiz, wird gewiß auch mit einer Amnestie nicht gezögert werden, und zwar mit einer vollständigeren als einige Schweizerkantone sie ihren politischen Verbrechern darbieten. — Die „N. Z. Z." schüttelt gewaltig das weise Haupt, daß das deutsche Bundesheer auf 700,000 M. gebracht werden solle; „von einem Milizsystem oder einer Kriegsbefähigung eines Theils der Bürger ist keine Rede im Ernst mehr!" ruft sie aus; sie denkt wahrscheinlich: die Franzosen und Russen haben ja genug Soldaten, um die Ordnung in Europa aufrecht zu erhalten, was brauchen diese Deutschen denn auch noch stehende Heere zu errichten? Jetzt wäre allerdings ein passender Zeitpunkt für Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere! Ein Milizsystem im Augenblick, wo Rußland und Frankreich von Waffen starren! Daß die „N. Z. Z." nicht weiß, daß z. B. das preußische Wehrsystem weit volksthümlicher ist, als das französische Konskriptionssystem, aber daß ein Gesetz über die Bürgerwehr nicht als ein Zusatzartikel in einen Beschluß über Vermehrung der stehenden Heere aufgenommen werden kann, will ich nicht besonders rügen; man macht bekanntlich hier keine großen Ansprüche an die Redaktion einer Zeitung. — Die „N. Z. Z." hat auch ihre Korrespondenten in fremden Landen; mit löblicher Sparsamkeit scheint sie sich aber häufig mit gelegentlich reisenden Commis-Voyageurs aber andern Männern von Fach zu begnügen; von der inhaltschweren Sitzung in der Paulskirche, als es sich um Errichtung der Centralgewalt für ganz Deutschland handelte, wußte der Korr. weiter Nichts zu schreiben, als, es sei jetzt drin zugegangen, der Lärm habe dem „stärksten Wüthen des Ocean's" geglichen, ja — um das Maß des Abscheulichen voll zu machen — der Hr. Vicepräsident habe die abermalige Eröffnung der Sitzung „mit einem weißen Strohhut auf dem Kopf" begonnen. So Etwas ist allerdings im Gr. Rathe von Zürich nie erhört worden! — Endlich noch folgender unvergleichliche Satz über die versuchte Abtrennung von Welsch-Tirol: „Das deutsche Volk wird durch die Behauptung erhitzt, die wälschen Confinien gehören schon seit einem Jahrtausend zu Deutschland, welches nicht richtig (wirklich nicht? die historische Berichtigung des Hrn. „Professors" der italienischen Sprache macht eine possierliche Wirkung); denn sie gehörten nach einem phantastischen Begriffe des Mittelalters zum deutschen Reich, nicht aber zur deutschen Nation." Welche artige Taschenspielerei mit „Deutschland", „deutschem Reich" und „deutscher Nation"! Wie köstlich würde es lauten, wenn wir sagten: die schottischen Hochlande gehören keineswegs zu Großbritannien, nach einem phantastischen Begriffe der Jetztzeit gehören sie freilich zum brittischen Reiche, nicht aber zur brittischen Nation. — Wir würden uns nicht so viel mit der „N. Z. Z." beschäftigt haben; allein dieselbe gilt noch — wenn auch in sehr eingeschränktem Maße — als das halboffizielle Organ unserer Regierung, wenigstens in Bezug auf die inländische (kantonale) Politik; im Uebrigen schämt sich die liberale Partei großentheils, keine bessere Wortführerin zu haben, und sie würde mit Freuden eine schickliche Gelegenheit zur Gründung eines neuen liberalen Blattes in Zürich ergreifen. Einstweilen hat das Organ der konservativen Partei, die „Eidg. Ztg.", unter der Leitung ihres neuen Redakteurs, der „N. Z. Z." schon großen Abbruch gethan; jedenfalls ist sie ihr sowohl in der Polemik, wie in der Darstellung des Geschehenen weit überlegen; ja das „konservative" Blatt hat sich in manchen Dingen schon freisinniger gezeigt, als das ex officio liberale. —

Großbritannien.

In den Times liest man den Auszug aus einem Schreiben, dat. Malta 4. Juli, wonach das Geschwader des Admirals W. Parker zur Ueberraschung Aller plötzlich am 29. Juni unter Segel gegangen sei; es habe Vorräthe für 5 Monate eingenommen; der Admiral beobachte das tiefste Schweigen, und als Jemand gegen den Admiral äußert, daß heute ein heißer Tag sei, habe er erwidert, es werde bald heißer hergehen. Nach der Abfahrt habe sich das Gerücht verbreitet, die Flotte gehe nach Neapel, um eine Beleidigung zu rächen, die sich Admiral Bandin gegen den Kapitän des engl. Schiffes Theils erlaubt habe. (Eher dürfte wohl die Flotte nach den Dardanellen bestimmt sein.)

Italien.

* Nach den neuesten Ergebnissen oder besser Stimmungen scheint die Partei des „einigen Italien" doch noch nicht allen Boden unter den Füßen verloren zu haben. In Venedig ist die Einverleibung in die sardinischen Staaten trotz der glänzenden Rede Tommaseo's mit 127 gegen 6 Stimmen auf Grund der vom Deputirten Castelli eotworfenen Form angenommen; und das steil. Parlament hat kürzlich bei der Berathung über die Wahl des neuen Königs beschlossen, damit zu warten, bis die künftige Gestaltung Italiens sich noch schärfer ausgeprägt habe. Wir haben gewiß Nichts dagegen, wenn, um in dem Bilde des schönen Geibelschen Gedichtes „Italien" zu bleiben, der herbe Kummer der Parthenope, die so lange auf ihren Odysseus harrt, endlich gestillt werde, nur bezweifeln wir, daß Karl Albert der Rolle jenes Königs von Ithaka gewachsen ist, sobald es nicht mehr verschlagene List, sondern ehrliche, großartige Staatsschöpfungen gilt. Jedenfalls aber wird Deutschland mit diesem ehemaligen Kurdonaro noch ernstliche Rücksprache wegen seines treulosen Auftretens in der Blokade von Triest nehmen. Das neue Reichstagsministerium kann in dieser Frage, in der Angelegenheit der Donaufürstenthümer und in der Abschließung eines ehrenvollen Friedens mit Dänemark für seine auswärtige Politik seine ersten Sporen verdienen. Die Arena ist weit genug, das Steelroß auch muthig; wenn es aus den Schranken geworfen wird, so liegt die Schuld allein am Reiter. —

* Florenz, 5. Juli. Wenn wir recht unterrichtet sind, so ist die seit längerer Zeit zwischen Toskana und Piemont obschwebende Grenzstreitigkeit nunmehr beendigt. Die kürzlich stattgefundene Zusammenkunft des Großherzogs mit Karl Albert wird Viel zu diesem friedlichen Verständniß beigetragen haben. Eine feste Marklinie ist definitiv angenommen, und die Soeben ziehen demgemäß ihre Truppen zurück. — In der Kammer wurden in der Sitzung vom 31. v. M. Cosima Banni zum Präsidenten und Celso Nacznchi nebst Advokat Cercignani zu Vicepräsidenten erwählt. Zugleich bringt die heutige Gazetta di Firenze ein Dekret der Regierung, kraft dessen Giobert, „dem ausgezeichneten Philosophen, welcher zum größten Theile das neue Leben in Italien hervorgerufen hat", die Würde eines Ehrenprofessors an der Universität Pisa verliehen wird.

* Venedig, 5. Juli. Der Anschluß an Piemont hat einen harten Kampf gekostet. Es handelte sich hier, wie gegenwärtig so vielerwärts in Europa, darum, ob die Staatsmänner Entschlossenheit genug besäßen, auf ihr republikanisches Ideal bei den abwartenden Umständen zu resigniren. Sie haben es gethan, freilich nicht, ohne daß das süße Zauberwort Republik noch einmal seinen Glanz entfaltete und seine ganze Macht ausübte. Manin sprach in einer Weise, daß ihm die ganze Versammlung, obgleich sie die Einverschmelzung annahm, ihre Bewunderung kund gab; allein es war allen Mitgliedern nur zu deutlich, daß die selbständig fortbestehende Republik in den nächsten Wochen wieder Oesterreich in die Hände fallen würde. Es scheint fast, als ob im Grunde Manin selbst sich dem Anschluß nicht ernstlich widersetzen, sondern, weil er ihn gesichert sah, nur seine persönliche Ehre und Konsequenz hat retten wollen. Er hat somit auch keinen Platz in der neuen prov. Regierung angenommen, welche, da Tommaseo auch nach Frankreich abgereist ist, aus Paleocapa, Cavedolis, Reali, Martinengo, Camerata, Paoluccl und Castelli besteht.

Verantwortlicher Redakteur **C. Gervinus.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Abbott & Comp., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika übernehmen sich an G. H. Mittler in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 29 Rue Neuve des Petits Champs.

Deutsche Zeitung.

Der Pränumerationspreis beträgt für das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2.30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2.42. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 200. Heidelberg, Donnerstag 20. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die deutsche Einheit und ihre Gefahren. — **Wien** (das provisorische Ministerium. Neue Redaktion der Oester. Allg. Zeit.). **Triest** (das feindliche Geschwader bei Umago. Erklärung von Biscovich über die Widersprüche der partiellen Verfügungen). **Berlin** (das Urtheil im Zeughausproceß. Schneider Wellling. Siegfried Kern Löwisohn verurtheilt. Piusverein gestiftet. Offene Antwort der Provinzen. **Breslau** (Verhaftung). **Köln** (Steckbrief gegen einen Hecker'schen Werber). **Hannover** (Rath an die Hannoveraner). **Karlsruhe** (Ersatzwahl für Kapp). **Darmstadt** (Jaup Minister des Innern). **Mainz** (Katzenmasik am hellen Tage). **Jena** (Antrag der kaiserl. Leopold-Akademie auf eine allgemeine Akademie der Wissenschaften. **Wiesbaden** (unruhige Auftritte). **Altona** (die Waffenstillstandsbedingungen der Stände. Welcker. Zusammenkunft der Generale). **Frankfurt** (Bekanntmachung des Reichsministeriums. Reichstagsverhandlungen). Schoders Antrag auf Herabsetzung der Civilliste dem Verfassungsausschuß überwiesen. Interpellationen. Vom Prioritätsausschuß ein Bericht über die Anträge zum Schutz der Deputirten gefordert. Bassermanns Antrag über namentliche Abstimmungen. Eingabe der Elberfelder gegen Blums Angriffe auf Arnim).

Schweiz. Gute Aussichten für Annahme des Bundesentwurfs. Der Revolutionsplan. Verhältniß zu Hannover.

Großbritannien. Die Times für eine engl. Intervention in Yukatan.

Frankreich. **Paris.** Programm der republikanischen Regierungspartei. Verhandlungen der Kommission über die italienische Frage. Friedfertige Gerüchte. Rede Lamartine's zu Gunsten der Friedenspolitik. General Bedeau beurlaubt. Minister Bethmont tritt zurück. Die Verluste im Juni. Der Belagerungszustand.

Italien. **Neapel.** Die Eröffnung der Kammer. Berathungen in Palermo. **Turin.** Sardinien erkennt die französische Republik an. **Sicilien.** Gründe der Verlängerung der provisorischen Regierung. Gerücht von einer Königswahl.

Oesterr. Monarchie. Das Prager Komplott und die Lage Böhmens.

Beilage. Der deutsch-dänische Waffenstillstand. — **Vom Rhein.** Antrag des rheinisch-westphälischen Gewerbevereins. **Breslau.** Treiben der demokratischen Partei. Eine „Volksversammlung." **Aus Posen.** Stimmung über die hannöv. Erklärung. **Aus Baiern.** Die Wahl des Reichsverwesers. **Aus Franken.** Brief der Bamberger Wähler an ihren Abgeordneten Titus. **Karlsruhe.** Rückkehr der Truppen in ihre Heimath. **Ratzeburg.** Welcker, Wahl der Administratoren. **Schweiz.** Bern. Verhandlungen der Tagsatzung über die deutschen Beschwerdenoten. **Italien.** **Rom.** Aufgefangene Depeschen. **Neapel.** Die Kammer noch nicht vollständig. Anagiante geschlagen. Uneinigkeit unter den Kalabresen. Untersuchung des Betrugens der Schweizerregimenter. **Oesterreichische Monarchie.** **Lemberg.** Bekanntmachung.

Heidelberg, 19. Juli.

Wenn irgend ein Charakterzug der deutschen Bewegung ausgesprochen und entschieden ist, so ist es das Bestreben nach Einheit. Bewußtsein und Instinkt, Natur und Wille treiben uns auf die Wege, die zu ihrer Erlangung führen, und das Schicksal, über das wir nicht mächtig sind, kommt diesen Bestrebungen wunderbar zu Hilfe. In der Nationalversammlung ist dies der allgemeine Trieb; die Einheit ist es, die, wo sie in einer Frage prinzipiell gefunden wird, die Stimmen vereinigt, die Vorsichtigen kühn und die Extremen bereitwillig zu Zugeständnissen macht; und bei keinen Beschlüssen darf die Versammlung so sehr auf die Dank- und Beifallsadressen des Volkes rechnen, als bei solchen, die die größere Einheit zum Ziele haben. Und diese Richtung förderte dann die Tagesgeschichte bis jetzt in einer auffallend günstigen Weise. Wer hätte je denken können, daß mit diesen Bestrebungen, die auf die ungeheuersten Schwierigkeiten in Deutschland stoßen mußten, gerade die Unmacht von Oesterreich und Preußen zusammentreffen sollte, die jeden Widerstand bisher ganz unmöglich gemacht hätte, die uns Zeit ließ, den Gedanken auszubilden, seine Folgen zu überschlagen, die Aussichten immer größer zu nehmen.

So scheint bis jetzt die Sache der Einheit bei uns fest und sicher zu stehen, und sich die schönsten Erfolge versprechen zu dürfen. Was sie gefährden kann, sind drei Dinge, die man auf alle Weise überdenken und sich nahe legen sollte. Das Eine ist das Uebermaß der Einheit selbst. Wenn die Nationalversammlung in ihrer Konstituirung soweit geht, daß sie den Charakter des Bundesstaates in Deutschland bedroht, wenn sie zu tief einschneidet in die Gewohnheiten des besonderen Lebens der Einzelstaaten, wenn sie allzu grob die Ehre der Fürsten und Regierungen antastet, wenn sie zuletzt dadurch die Stämme und ihre Führer einig macht und zur Opposition zwingt, so wird sie ihr eigenes Werk durch das Zuviel aufs Spiel gesetzt haben. Sie gibt dadurch dem Zweiten, dem Partikularismus, der ihr natürlicher Gegner ist, gewonnene Sache, sie gibt ihm neue Kraft und Stärke in dem Momente, wo er besiegt schien. Wo er besiegt schien. Denn in der That, er ist es nur in dem Maße, wie die Regierungen es sind. Dies Maß ist aber nach unserer innigsten Ueberzeugung mehr von den europäischen, besonders den französischen Zuständen abhängig als von unserer eigenen selbständigen Bewegung. Die Regierungen sind neuerdings mit der französischen überall ein wenig erstarkt, sie raffen sich auf, sie können auch zu der alten Festigkeit wiederkehren, vollends wenn sie die neue Freiheit in einem großen Style aufrecht erhalten. Mit ihnen wird sich der Partikularismus wieder erheben, dem die alte Gewohnheit und das Ehegefühl, das in allen Korporationen lebendig ist, eine Kraft geben würde, die sich die Einheit und das vaterländische Gemeingefühl bei uns erst erwerben muß. Es würde aber diese Kraft um so größer sein, der Partikularismus würde sein Haupt um so stolzer wieder heben können, wenn ein Drittes hinzukäme: die Schwäche der Reichsregierung. Es liegt etwas nur zu Natürliches darin, daß in dem Augenblicke, wo sich die Einzelregierungen der mächtigeren Staaten wieder ermannen, der Glanz der Reichsregierung etwas erblassen wird; wir werden daher zu keinem starken Regimente in Deutschland kommen, dies ist unsere alte Predigt, als bis Preußen an der Spitze von Deutschland steht, oder bis Oesterreich so organisirt ist, daß es seinerseits an der Spitze stehen kann. Alle land- und leutelose Regierung wird sich nur durch Ueberlegenheit der Personen, des Haupts und der Minister erhalten können.

Diese dritte Gefahr scheint uns der deutschen Einheit von Frankfurt aus, von dem Schooße der Reichsregierung aus, zu drohen, wenn es anders erlaubt ist, uns wenigen thatsächlichen Vorlagen schon jetzt ein Prognostikon zu stellen. Unsere Briefe aus Frankfurt bestätigen die Urtheile, die wir uns aus eigener Betrachtung gebildet haben. Es ist sonderbar, daß dieses Blatt, dessen Konservatismus sich in den dringlichsten Zeiten unzweideutig bewährt hat, mit dem Momente, wo eine Reichsregierung eintritt, zu dieser wieder in Opposition treten soll. Doch liegt sie allerdings in unserer Gesammtansicht bedingt, die wir früher immer geltend gemacht haben.

Es gilt uns gewiß nicht darum, die erst sich bildende Reichsgewalt in ihrem Beginne zu schwächen; es gilt uns darum, sie zu stärken: darum eilen wir so sehr, vor den Schwächen und Blößen zu warnen, die sie sich geben zu wollen scheint. Wir haben zu einer Zeit, wo wir die Kaiserwahl noch aus weiter Ferne besprachen, wie haben nachher, zur Zeit der Reichsverweserwahl, unsere Bedenken gegen die hohe Person wiederholt ausgesprochen, die für diese höchste Stelle bezeichnet wurde. Ein Mann, der an der Seite der Mächtigsten geboren, von früh auf Rücksetzung und Anfeindung von dem Kaiser und seinen Dienern zu erfahren hatte, der in seinem schlicht einfachen Wesen den Ersatz für die Welt und ihre Größe in der Natur und der Einfalt des Landlebens fand, sich in die Wissenschaft vergrub und als der einfachste Privatmann am glücklichsten lebte, ein solcher Mann in hohem Alter an eine Stelle gesetzt, wo Alles auf die frischeste Energie und jugendliche Schöpfungen ankommt, konnte an diese Stelle richtig gesetzt heißen nur unter der Voraussetzung, daß ihn seine volksfreundliche Natur der Nation, seine neutrale und private Haltung den Fürsten, seine kaiserliche Geburt dem Auslande angenehm oder annehmlich machen würden; für den eigentlichen Geschäftsbetrieb, mußte man hoffen, werde ihn sein natürlicher Sinn die rechten Männer finden lassen, die für ihn arbeiten würden. Dabei aber vergaß man, daß in Oesterreich der Partikularismus eingeflechtet ist, daß es selbst dem Höchstgestellten und Höchstgebildeten dort unmöglich war, eine genaue Kenntniß der deutschen Zustände und Menschen zu erhalten, daß die steirischen Berge einen ganz anderen Gesichtskreis geben als die Niederungen des deutschen Westens und Nordens. Die

ersten Schritte, die der Reichsverweser that, zeigten, was man damit vergessen hatte. Indem er in Wien der irrthümlichen Meinung war, er könne die doppelten Funktionen eines kaiserlichen Stellvertreters in Wien für Oesterreich und in Frankfurt für Deutschland zugleich verrichten, sprach sich der Austrianismus in einer Unbedachtsamkeit aus, die allerdings neben der offenen Naivetät, die sie eingab und begleitete, die Sache gänzlich unverfänglich machte, die aber doch vollständig verrieth, wie wenig man in Oesterreich die Lage der Dinge in Deutschland kennt, und wie geringe Ahnung man von der Eifersucht und dem Scharfsinn hatte, mit dem man hier außen auf die Unabhängigkeit der Reichsgewalten halten und achten wird. Indem der Erzherzog ferner seine ersten Minister ausersah, beurkundete er, daß er wie von den Zuständen so ebensowenig Kenntniß von den Personen in Deutschland habe. Alles was unsere Frankfurter Korrespondenzen darüber dieser Tage gebracht haben, müssen wir nur bestätigen. Heckscher's advokatischer Scharfsinn macht noch keinen Minister, und wenn es wahr sein sollte, daß sein Hamburger Lokalismus groß genug wäre, die einzige Befähigung des Bremensers Duckwitz zu der Stelle des deutschen Handelsministers zu bemäkeln und ihn hinwegzuschieben, so wäre allerdings Nichts beklagenswerther, als daß dieser Mann in der nächsten Nähe des Reichsverwesers weilt. Die Fähigkeit des Hrn. v. Peucker bestreiten wir nicht; doch verlangte der Posten des Kriegsministers durchaus ein organisatorisches Talent, das als solches bekannt war, und einen Charakter, der der innern Anarchie und der äußern Gefahr gegenüber Etwas, wir möchten sagen, von einem Schlage zu hatte; dazu kommt, daß das Personal des früheren Bundestages schon um des Vorurtheils willen nicht in das Reichsministerium herübergenommen werden sollte. Schmerling ist unstreitig ein unumgängliches und vortreffliches Mitglied des Ministeriums; doch ist es, scheint uns, ein neues Zeichen des eigenen Mangels an Rücksicht, der unwillkürlichen österreichischen Neigung zur Präponderanz, daß ihm das innere und äußere Departement zu gleicher Zeit übergeben ist, und daß er es übernommen hat. Je unbekannter der Erzherzog mit den deutschen Verhältnissen und Menschen war, desto natürlicher und gebotener war es, daß er sich in Frankfurt mit den Notabilitäten der Nat.-Vers., mit dem Präsidium besonders, in eine umsichtige Berathung einließ, und daß er sich Einen Mann zum Ministerpräsidenten auserkor, dem er die Bildung eines homogenen Ministeriums überließ. Dazu hätte er in einer einzigen Hauptrücksicht gegen den Hauptstaat einen Preußen ausersehen müssen; alle anderen Rücksichten schüttelte er dann mit diesem Einen Schritt von sich; ohne dieses Abthun der Rücksichten auf Personen und der Intriguen und Flüstereien wird aber die deutsche Regierung eben da beginnen, wo es alle andern bei uns gelassen haben, ihr Schicksal wird kein anderes sein, als das dieser selben Regierungen. Dürfen wir bescheiden daran erinnern, daß all dieses, das Erste was geschieht, schon Folgen sind, nicht allein der Wahl dieses Reichsverwesers, sondern auch des einheitlichen Direktoriums statt des dreiheitlichen, für das wir immer geredet haben? Sechs Ohren belagert Niemand so leicht wie zwei. Der Mangel an Personalkenntniß ist bei Dreien nicht wie bei Einem. Die Kanäle der öffentlichen Meinung vermehren sich bei Dreien gegen Einen nicht bloß im einfachen Verhältnisse. Das Uebergewicht eines Einzelstaates war da nicht zu fürchten. Die Stimme des Lokalismus hätte geschwiegen. Schon die Scham hätte zur Wahl ehrenhafter und tüchtiger Minister geführt, die dem Neubau gleich Anfangs eine mächtige Unterlage gegeben hätten. Wird das Ministerium, wie es angefangen hat, so ohne innere Nothwendigkeit, nach bloßen Zufälligkeiten, ausgebildet, so wird es mochtlos sein und eine kurze Dauer haben. Es wird dann vielleicht einem besseren weichen. Aber der Schaden wird dann schon schwer auszubessern sein, daß die neue Ordnung gleich eben in derselben Schwäche erscheint, wie alle früheren. Das unersetzliche erste Vertrauen ist eingebüßt.

Oesterreich. Wien, 14. Juli. Gestern Nacht wurde das Ministerium provisorisch festgesetzt, damit, im Falle eine längere Verzögerung die angedrohten Unruhen veranlassen sollte, es sofort proklamirt werde. Aeußeres: Wessenberg; Inneres: Doblhoff; Krieg: (Latour interimistisch) Schönhals; Handel: Hornbostel; Arbeit: Schwarzer; Justiz: Aler. Bach; Finanzen werden vorläufig noch von Kraus besorgt. Brandis und Thun sollen abgesetzt werden. Die Wahlprüfung schreitet rasch vorwärts und wird übermorgen vollendet sein. Schwarzer übergibt die Redaktion der Allg. Oesterr. Zeitg. für die Dauer seines Amtes an Hübner und Stifft jun., seine Mitarbeiter. (A. Z.)

Triest, den 12. Juli. Das feindliche Geschwader liegt bei Umago vor Anker. Heute Morgen hat zum Erstenmale seit langer Zeit wieder ein Dampfschiff des Lloyd seine Fahrt nach der Levante angetreten, und da es bis jetzt (Mittags 1 Uhr) nicht zurückgekehrt ist, so läßt sich annehmen, daß es unbehindert ausgelaufen.

In Bezug auf die Widersprüche in den Erlassen der feindlichen Admirale, veröffentlicht ein österr. Kapitän (A. Bitezovich) folgende Erklärung: „Am 3. Juli auf der Höhe von Pirano angelangt, wurde ich vom italienischen Geschwader aufgefordert, nicht nach Triest zu segeln, sondern in den Hafen von Pirano einzulaufen. Ich wollte mich eben während des am Abende desselben Tages erfolgten Angriffs auf die Batterie von Bernardin dahin begeben, als ich von der Batterie beschossen wurde. — Auf die Weisung von Seite des Geschwaders fuhr ich nun nach dem Porto-Quieto, von wo ich einen Kourier nach Triest absendete, um von Hr. Mattike, dem Eigenthümer des von mir besetzigten Schiffes, Instruktionen einzuholen. Mit diesen versehen, stellte ich mich wieder dem Kontreadmiral vor, welcher sofort eigenhändig in meiner Schiffsliste bemerkte, daß ich mich nach jedem beliebigen Orte begeben könne. Gleichzeitig sagte er: „Lieber Kapitän, ich hatte von meinem König den ausdrücklichen Befehl, den nun österr. Schiffen vermittelten Handel nicht im Mindesten zu stören; allein frühre zählte unser Geschwader drei Admirale; jetzt sind deren nur zwei, und dennoch stimmen wir nicht überein. Ich hätte Manches gern ungeschehen gelassen, allein ich mußte mich dem Willen der Andern fügen.

Er wollte seine Klagen noch fortsetzen, allein ich mußte abfahren und ihn verlassen. Erst später erhielt ich auch die Unterschrift des Admirals Bua."

Preußen. †† Berlin, 16. Juli. Die Befürchtungen, welche gestern während des ganzen Tages in Bezug auf Versuche zur Befreiung der gestern verurtheilten Personen gehegt wurden, haben sich nicht bestätigt. Es hat sich zwar eine lebhafte Theilnahme für die mit unverworteter Energie Bestraften, nirgends jedoch Etwas kundgegeben, was auf gewaltsame Schritte zu Gunsten der Verhafteten hätte schließen lassen. Das Resultat der Verhandlung werden sie den hiesigen Blättern bereits entnommen haben: Urban ist zu ein-, Loewinson zu zwei- und Korn und Siegerist zu siebenjähriger Festungsstrafe verurtheilt. Es steht nun noch der gegen die übrigen bei dem Zeughaussturm betheiligten Personen eingeleitete Monsterproceß zu erwarten. Nach dem Vorgange der Katholiken am Rhein und in Westfalen hat sich auch hier aus Mitgliedern der St. Hedwigsgemeinde ein „Hilfsverein für religiöse Freiheit" gebildet. Die Statuten bestimmen als den Zweck des Vereins: „Die katholischen Interessen nach den Grundsätzen der jetzt allgemein und für alle Bekenntnisse geltenden Glaubensfreiheit und des hieraus hervorgehenden Rechts zu wahren und zu fördern." Das Statut erklärt daneben ausdrücklich, daß es auch die praktische Geltung und das rechtliche Bestehen aller übrigen im Staate aufgenommenen Konfessionen anerkenne und sich ihnen gegenüber nie angriffs-, sondern stets nur vertheidigungsweise verhalten wolle. Heute erschien eine Proklamation: „Offene Antwort der Provinzen an die Berliner." Diese Antwort beweist, daß das „Offene Schreiben an unsere Brüder in den Provinzen" wenigstens bei den mit dieser Antwort Einverstandenen wenig Anklang gefunden hat. In dieser wird sehr entschieden über die Revolution abgeurtheilt und dem Ausschuß zur Verständigung Berlins mit den Provinzen gerathen, noch einige Zeit zusammen zu bleiben, „denn ehe nicht die folgenden Bedingungen Seitens der Hauptstadt erfüllt sind, möchte es mit dem „Hand in Hand gehen, weil Einer des Andern bedarf", noch eine gute Weile haben! 1) Muß Berlin aus seinen Mitteln die Artillerie-Vorrathsschuppen und die Eisengießerei wieder aufbauen; 2) muß Berlin die Todtenliste seiner Märzhelden mit einer aktenmäßigen Biographie jedes Einzelnen verherrlicht neu anlegen; — 3) muß die Bürgerwehr anerkennen, daß die preuß. Garden und Linien-Regimenter, welche am 18. und 19. in Berlin gefochten, ihre Pflicht gethan und sich wie ehrenhafte Soldaten benommen haben; 4) müssen die Berliner nicht mehr soviel mit Schießgewehren spielen, weil sonst leicht Schaden geschieht — wie figurae grzeigt haben; 5) müssen die Berliner den Ausschuß zur Verständigung mit der Provinz so bald als möglich absetzen, denn er ist unnütz." — Das riesengroße Plakat trägt die Unterschrift „die Provinzen."

Berlin, 16. Juli. Das Abends 6 Uhr in der Zeughaussache gefällte Urtheil des Gerichtshofes lautet der Voss. Zeit. zufolge dahin, daß Korn und Siegerist mit 7jährigem, Löwinsohn mit 2jährigem, hingegen Urban nur mit einjährigem Festungsarrest, jedoch sämmtlich ohne Verlust der National-Kokarde, zu belegen seien. — Die Kommunisten und Republikaner neueuropäischen Schlages scheinen

Digitized by Google

sich in Nordamerika, dem Vaterlande der bekanntlich nicht sehr kommunistisch gesinnten Washington und Franklin, wenig behaglich zu fühlen und kehren Einer nach dem Andern zurück. Auch der bekannte Schneider Weitling ist zurückgekehrt, und zwar, wie man liest, nach Berlin, um an der dort zu gründenden socialen Republik mitzuzimmern.

Breslau, 10. Juli. Gestern sollte die zweite „Arbeiter-Versammlung" abgehalten werden; sie wurde aber durch die Verhaftung des Hrn. Falkenhain, des Präsidenten der „Germania", der sie veranstaltet hatte, verhindert. (Schles. Z.)

Köln, 15. Juli. Man schreibt der Karlsr. Z.: Es ist bekanntlich von verschiedenen Seiten in Abrede gestellt worden, daß in Trier wirklich Werbungen für Hecker stattgefunden haben. Ich kann diese Werbungen aber jetzt auf das Bestimmteste bestätigen: bereits ist gegen einen jungen Kaufmann, Delahaye, die gerichtliche Untersuchung deßhalb eingeleitet, und da derselbe flüchtig geworden, die Erlassung eines Steckbriefes gegen ihn angeordnet. Man soll bei dieser Gelegenheit überhaupt wunderbare Aufschlüsse über die Umtriebe und Hoffnungen jener Partei erhalten haben.

Δ **Aus Westpreußen**, 12. Juli. Es wurde kürzlich ein anonymes Flugblatt, datirt Berlin den 25. Juni, in mehreren Exemplaren hieher gesendet mit dem Bemerken, dasselbe könne „als officieller Bericht der Linken an die Provinzen" angesehen werden. Man muß denselben aber richtiger eine Denunciation der Linken gegen die Majorität der Nationalversammlung nennen. Also in Berlin wie in Frankfurt die betrübende Erscheinung, daß die Minorität, da sie in der Kammer den Sieg nicht zu erringen vermag, auf eine Macht außerhalb derselben sich zu stützen sucht, ohne Rücksicht auf den obersten Grundsatz der so vielfach proklamirten Volkssouveränetät, nach welchem die Minderheit der Mehrheit sich fügen muß. Aber wenn dieses Verfahren an sich schon unparlamentarisch ist, so sind die gebrauchten Mittel, Verdächtigungen aller Art und Entstellungen der Wahrheit, noch verwerflicher. Während es notorisch ist, daß gerade durch die unaufhörlichen Interpellationen von der linken Seite, durch die von dorther angefachten Principienstreitigkeiten die Versammlung in beständiger Unruhe erhalten und verhindert worden ist, Zeit und Kräfte ungestört dem Verfassungswerke und den vom Volke ungeduldig erwarteten praktischen Reformen zu widmen, wird die Schuld der Verzögerung allein „der Rechten" beigemessen, welche „nach ihren Grundsätzen alle Feudalrechte und alle damit zusammenhängenden drückenden Lasten anerkennen müsse", wogegen die Linke „die sofortige Beseitigung aller dieser Vorrechte und Lasten ohne Ablösung und Entschädigung als Folge der gleichen Berechtigung Aller betrachte". Nach der Ansicht der Rechten „hänge es ganz vom Willen des Königs ab, ob er die an der Nationalversammlung vorzuschlagende Verfassung verwerfen, die Versammlung entlassen und die früheren Zustände wieder einführen wolle" (Etwas dem Aehnliches ist noch niemals in der Kammer geäußert!), während die Linke „in Anerkennung der Volkssouveränität die Verfassung selbständig feststellen, nicht vereinbaren, und nicht eher auseinandergehen wolle, bis diese Aufgabe vollendet sei." Alle wichtigen Beschlüsse der Mehrheit, über die Adreßfrage, den Berends'schen Antrag u. s. w. werden als Versündigungen gegen die Freiheit, gegen die Rechte des Volkes denuncirt und einer einzelnen Partei — der Rechten — zur Last gelegt. Die Linke dagegen verheißt dem Volke Maßregeln, welche „Allen eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Arbeit und die Sicherstellung eines angemessenen Lebensunterhalts darbieten. Bloße Muthmaßungen, heißt es ferner, können nicht Gegenstand dieses Berichtes sein, und doch wird unmittelbar vorher die Muthmaßung ausgesprochen, „die auswärtigen Verhältnisse und namentlich die Beziehungen zu Rußland mögen ebenfalls zu den Gründen des Rücktritts des Ministeriums gehören", trotzdem, daß Camphausen in der Nationalversammlung diese Vermuthung für durchaus unbegründet erklärt hat. So ist in diesem sog. Manifeste der Linken Alles geflissentlich darauf berechnet, das Volk mißtrauisch zu machen, und eine feindselige Stimmung gegen die Nationalversammlung hervorzurufen. Der Bericht ist freilich anonym, Niemands Namen für den Inhalt verantwortlich, aber durch die Ausdrücke, „wir beharren auf unserer Meinung" u. dgl., gibt sich derselbe den Anschein, als gehe diese Erklärung von der Gesammtheit der Linken aus. Wir können kaum glauben, daß alle Mitglieder dieser Seite an einem falschen Versuche, die Volksgunst für ihre Partei zu gewinnen und das leider schon so schwankende Vertrauen auf die Nationalversammlung völlig zu erschüttern, Theil haben sollten. Es wäre wünschenswerth, ja nothwendig, daß die Nichtbetheiligten offen mit ihrer Namensunterschrift von dieser Denunciation sich lossagen möchten.

** **Aus Westpreußen**, 12. Juli. Nachdem der Versuch einer offenen Theilnahme an der Posener Insurrektion in Westpreußen an der Wachsamkeit der Regierung und der kräftigen Erhebung der deutschen Bevölkerung gescheitert war, verhielt die polnische Partei eine Zeit lang sich scheinbar ruhig. Mit desto größerem Eifer wurde aber die Agitation im Stillen fortgesetzt, an der sich leider auch ein Theil des katholischen Klerus in der Hoffnung auf unbeschränktere Herrschaft lebhaft betheiligt. Es gilt jetzt die Losreißung derjenigen Theile Westpreußens (des sogenannten Kulmer und Michelauer Landes), welche durch einen Gewaltstreich Napoleons im Jahre 1807 zum Herzogthum Warschau geschlagen waren, aber schon nach 7 Jahren von der Fremdherrschaft befreit und im Jahre 1815 wieder mit Preußen vereinigt worden sind. Jener Ignatz Lyskowski, der Verfasser des bekannten Briefes an v. Salenczycki, in welchem er sich so viel von der Freundschaft der deutschen Republikaner und von der Gelegenheit „im Trüben zu fischen" verspricht, befindet sich als Abgesandter der polnisch Gesinnten in Frankfurt. Zahlreiche Adressen, in welchen der Wunsch ausgesprochen wird, an dem Glücke der polnischen Reorganisation Theil zu nehmen, werden dem Lyskowski zugesendet, um sie der Frankfurter Nationalversammlung vorzulegen. Aber man muß wissen, wie diese Adressen zu Stande gebracht worden! Zwei Lehrer, Namens Schneider und Dobbeck, ausgerüstet mit fremdem Gelde, fuhren im Lande umher, ließen die Gemeinden zusammen kommen, predigten diesen von der angeblichen Gefahr für ihren Glauben, für ihre Sprache, sammelten Unterschriften und setzten beliebige Namen hinzu. Auf mehrfache Beschwerden der Leute, deren Namen so mißbraucht worden, schritt die Behörde ein und nahm eine solche Adresse in Beschlag, in welcher die gröbsten Unwahrheiten enthalten sind, z. B. daß die polnischen Katholiken nicht mehr in ihrer Sprache beichten könnten, weil die Regierung absichtlich in den polnischen Gemeinden deutsche Geistliche anstelle, daß nur in deutscher Sprache Unterricht ertheilt werde u. s. w. Gegen die genannten Lehrer ist wegen Aufreizung der katholischen Gemeinden und massenhafter Verfälschung der Unterschriften die Kriminaluntersuchung eingeleitet. Leider hat diese Aufwiegelung schon blutige Folgen gehabt. Ein an sich unbedeutender Exceß polnischer Kantonisten in der Kreisstadt Lobsen, der von der Bürgerwehr unterdrückt wurde, genügte, um die lange schon bearbeitete polnisch-katholische Bevölkerung zu fanatisiren. Folgenden Tages strömten die Landbewohner, mit Knitteln und Stangen versehen, nach der Stadt, auf dem Wege dorthin waren einige verehrte Muttergottesbilder — wahrscheinlich um zur Wuth zu reizen — umgeworfen, auf dem Markte sammelten sich die Haufen und mißhandelten jeden Juden, der sich auf der Straße blicken ließ. Die Bürgerwehr wurde zusammen gerufen, aber sämmtliche polnische Wehrmänner blieben aus. Der brave Landrath von Hindenburg bemühte sich umsonst, die Verblendeten zur Besinnung zu bringen, er wurde mißhandelt und schwebte in Lebensgefahr. Nun gab die Bürgerwehr Feuer, zwei Menschen wurden getödtet, Andere verwundet, aber die kleine Schaar von 80 Mann vermochte nicht, dem mit Steinwürfen wüthend andringenden Haufen Stand zu halten. Gräuliche Scenen der Zerstörung und des Raubes begannen. Zwölf Häuser, meistens jüdischer Bürger, wurden vollständig demolirt, die Läden völlig ausgeplündert, viele Familien verloren all ihr Hab und Gut. Endlich erschien Hilfe durch eine eilig herbeigerufene Abtheilung Kürassiere, auf deren Führer aus einem Hause geschossen wurde. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Haufen zerstreuten sich, um auf dem Lande die Plünderungen und Mißhandlungen gegen einzelne deutsche und jüdische Bewohner fortzusetzen, denn die einmal entfesselte Volkswuth ist nicht so leicht wieder zu zügeln. Man fürchtet einen neuen Angriff auf Lobau, um die Gefangenen zu befreien. Indessen sind jetzt Truppen herbeigezogen, um die Stadt zu schützen.

Hannover. **Osnabrück**, 13. Juli. Das „Tageblatt" sagt: „Würde die ausgesprochene Drohung ausgeführt, so geht unsere Ansicht dahin: das hannover'sche Volk setze dem Allerhöchsten Willen Se. Majestät keinen Widerstand entgegen, begleite vielmehr die Reise mit den heißesten Segenswünschen und übertrage sofort die Regierungsgewalt dem Reichsverweser und seinen dem Parlament verantwortlichen Ministern. Es werden durch diesen Schritt die Kosten einer doppelten, durchaus unnöthigen Regierung gespart, und es wird zur Begründung der festeste Grundstein gelegt, indem der Widerspruch der einzelnen Regierungen gegenüber der Gesammtregierung des deutschen souveränen Volkes in dieser einfachen Verschmelzung seine naturgemäße Lösung findet."

Baden. **Karlsruhe**, 15. Juli. In Folge des Austritts des Abgeordneten Kapp aus der konstituirenden deutschen Nationalversammlung ist eine Ersatzwahl angeordnet und mit der Leitung derselben Oberhofgerichtsrath Mühling beauftragt worden. Als Wahlort ist Gerlachsheim bezeichnet. (O. P. Z.)

Digitized by Google

Hessen. Darmstadt, 17. Juli. Der bisherige Verweser des Innern, Ministerialrath Eigenbrodt, ist abgetreten und Geheimer Staatsrath Jaup zum Minister des Innern ernannt worden, ein Wirkungskreis, in welchen ihn schon längst die öffentliche Meinung berufen hatte. (P. P. A. Z.)

☽ Mainz, 17. Juli. Die Wuth, Katzenmusiken zu bringen, ist nun auch in unserer Stadt rege geworden. Heute Nachmittag gegen fünf Uhr brachten mehr denn dreißig Mann dem Herrn Professor Dr. Riffel dahier, einem bekannten Gelehrten, eine Katzenmusik; von da begaben sich die Musikanten, von einer ungeheueren Menschenmenge begleitet, vor das Stadthaus, um auch da ihr Unwesen zu treiben; die Polizei, welche sie daran verhinderte, wollte dieselben arretiren, was ihr aber nur mittelst Hilfe des Militärs gelang.

☾ Jena, 13. Juli. Während die Frankfurter Nationalversammlung sich bestrebt, das Staatsgebäude des deutschen Reiches neu zu gründen und einen auf Jahrhunderte berechneten Neubau des deutschen politischen Lebens zu beginnen, hat es auch an der Zeit geschienen, den Kulminationspunkt des geistigen Lebens, die deutsche Wissenschaft, in's Auge zu fassen, und was schon vor fünf Jahren in Berlin und Wien vergebens zur Sprache gebracht wurde: die Errichtung einer freien deutschen Akademie der Wissenschaften auf die Basis der Kenntniß der Gesetze des Weltalls, der Natur, als der Offenbarung des Göttlichen in der realen Welt und in der Sphäre des denkenden Geistes, denjenigen versammelten Repräsentanten des deutschen Volkes ans Herz zu legen. Dieser Tage ist an die deutsche Nationalversammlung folgende Petition abgegangen, die wir jedem die Wissenschaft liebenden Deutschen zur Prüfung und Unterstützung empfohlen haben möchten.

Hohe deutsche Nationalversammlung! Bereits vor fünf Jahren geschahen aus der Mitte der kaiserlichen Leopoldinisch-Karolinischen Akademie der Naturforscher, dieser seit dem Jahre 1669 bestehenden freien deutschen Akademie, vorbereitende Schritte in Berlin und Wien, um dies ehrwürdige Institut, welches nur in den königlichen Societäten der Wissenschaften zu London und Paris seines Gleichen besitzt, und dessen kurze Geschichte die gedruckte Anlage*) ergibt, unter den Auspicien sämmtlicher deutschen Fürsten und unter dem Schutze des deutschen Bundes zu einem deutsche Wissenschaft, deutsche Ehre und deutsches Wohl förderndes Nationalinstitut umzuwandeln, wie die ehrerbietigst beigefügte Abschrift der nach Berlin und Wien abgesendeten Briefe beweiset. Es galt schon damals die große Frage: ob es nicht gelingen könne, ein einiges geistiges Deutschland auf der Basis der Naturwissenschaften zu gründen und in sämmtlichen deutschen Staaten anerkannt zu sehen; es galt die Verwirklichung der Idee, daß wenn Deutschland noch einer ferneren geistigen Entwicklung fähig, noch nicht dem Loose abgelebter Staaten verfallen und im Stubenbleiben, gleich Rückschreiten, begriffen sei, ein Zeitpunkt eintreten müsse, wo diese Idee einer allgemeinen freien deutschen Akademie der Wissenschaften ins Leben treten werde. Diese vor fünf Jahren nach Berlin und Wien gestellte und damals ungelöste Frage: ob dieser Zeitpunkt der Einigung des geistigen Lebens in Deutschland eingetreten, ist erst jetzt beantwortet in der Konstituirung des ersten deutschen Parlaments zu Frankfurt. Was der Geist damals in der Sicherheit des Glaubens an den Genius Deutschlands voraussah, steht in glänzender Wirklichkeit vor den Augen von ganz Deutschland, Europa, der ganzen Welt. — Deutschlands Größe, Einheit und Einigkeit wird sich auch in der Wissenschaft bewähren, und so wendet sich das unterzeichnete Präsidium der Leopoldinisch-Karolinischen Akademie der Wissenschaften im Namen der deutschen Wissenschaft an das hohe deutsche Parlament zu Frankfurt mit der ehrfurchtvollsten Bitte:

> Diesen Antrag auf Stiftung einer allgemeinen freien deutschen Akademie der Wissenschaften auf der Basis der regenerirten und verjüngten Academia Caesarea Leopoldino-Carolina nebst den Beilagen einer Kommission aus seiner Mitte zur ferneren Prüfung und Beschlußfassung überweisen zu wollen.

Auf der alten Heidenburg der Academia Caesarea Leopoldino-Carolina, die nun bald zweihundert Jahre lang allen Stürmen der Zeit widerstanden hat, möge sich unter dem Schutze des freien und einigen Deutschlands ein Neubau erheben, würdig der neuen Zeit, der Größe des deutschen Namens und der deutschen Wissenschaft, auf den der freie Deutsche mit stolzem Stolze blicken könne, wie der Engländer auf seine royal society und der Franzose auf seine Institute. Wir unterzeichneten vertrauen der hohen deutschen Nationalversammlung, daß sie die politische Neugestaltung Deutschlands unter der Aegide des Genius desselben vollenden werde, so werden wir uns auch in dem Vertrauen nicht täuschen, daß dieselbe hohe Versammlung der deutschen Wissenschaft, als dem Gipfelpunkt des geistigen Lebens einen Tempel begründen werde, aus welchem das große Deutschland seine geistigen Strahlen ausströme in Zeit und Raum für und für.

In dieser Hoffnung und diesem Vertrauen unterzeichnen wir uns mit der vollkommensten Verehrung: Breslau und Jena, den 15. Juni 1848. Das Präsidium der Kaiserl. Leopold. Karol. Akademie. Dr. C. G. Nees von Esenbeck, Präsident der K. L. C. Akademie, Professor zu Breslau. Dr. D. G. Kieser, Adjunkt des Präsidiums der K. L. C. Akademie, Geh. Hofrath und Professor zu Jena.

Nassau. Wiesbaden, 17. Juli. Gestern Abend wurde hier der Versuch beabsichtigt, einige kriegsrechtlich zu Gefängniß verurtheilte Soldaten aus demselben zu befreien. Der dichte Zusammentritt der Bürgerwehr vereitelte diese Absicht. Ein Theil von drei Kompagnien derselben widersetzte sich, als einer der Rädelsführer, welcher sich in ihren Reihen befand, festgenommen werden sollte, dessen Verhaftung. Es ist deßhalb die Auflösung und Entwaffnung und erst nach Ermittelung der Schuldigen die Reorganisation dieser drei Kompagnien Bürgerwehr angeordnet. Im Uebrigen hat eine Störung der öffentlichen Ruhe nicht stattgefunden. (D. P. Z.)

Schleswig. Altona, 15. Juli. Aus zuverlässiger Quelle sind wir in den Stand gesetzt, anzuzeigen, daß von deutscher Seite die Räumung von Alsen und das Fortbestehen der provisorischen Regierung in unveränderter Weise als Bedingungen des Waffenstillstandes mit Dänemark aufgestellt sind. — Am Dinstage wird der Landtagskommissar den Ständen in Rendsburg die begehrte und versprochene Vorlage über den Stand der Unterhandlungen machen; bald darauf wird wohl der Landtag geschlossen werden. — Eine größere Anzahl von Rekonvalescenten ist heute nach Norden abgegangen. — Mit dem Morgenzuge hat sich Hr. Welcker nach Rendsburg begeben, von wo er aber schon heute Abend zurückerwartet wird. (B.-H.)

Die Börsenh. vom 15. Juli berichtet: Gestern, Nachmittags 2 Uhr, ist General Wrangel mit dem Grafen Poortales und seinem ganzen Stabe von Hadersleben gegen Kolding geritten, um eine halbe Meile von diesem Ort eine Zusammenkunft mit dem dänischen General en Chef zum Zwecke des Abschlusses des Waffenstillstandes abzuhalten. In Hadersleben selbst hatte man keine große Zuversicht, daß der Abschluß zu Stande kommen werde, die dort anwesenden preußischen Truppen hatten indessen Ordre, sich um 5 Uhr marschfertig zu halten.

Altona, den 13. Juli. Graf Reventlau-Preetz u. Hr. Schleiden sind heute auf ihrer Rückreise v. Berlin hier durchgekommen, der Graf um nach Rendsburg zurückzukehren, Hr. Schleiden um nach Hadersleben weiter zu reisen. — Die Stände werden wohl am Sonnabend ihre Sitzungen schließen. — Morgen sollen die kommandirenden Generale der beiden Heere (Wrangel und Hedemann) eine Zusammenkunft in der Nähe der jütischen Grenze halten.

— Die provisorische Regierung veröffentlicht in einem Erlaß vom 13. d. M. das Wahlgesetz für die zur Feststellung der schleswig-holsteinischen Staatsverfassung zu berufenden Versammlung. — In einer diesem Erlasse beigegebenen Verfügung wird bestimmt, daß die Wahlen bis zum 1. August beendet sein müssen. (B.-H.)

☽ Frankfurt, 18. Juli. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war dazu bestimmt, eine Reihe von nahebedeutenden Anträgen zur Erledigung zu bringen. Mit der Berathung der Grundrechte soll morgen und übermorgen fortgefahren werden, nachdem die Limburger Frage zuerst erledigt ist. Diese wurde als die dringlichste erklärt, weil in wenig Tagen dieselbe Frage in Niederland berathen wird, und dort leicht eine entgegengesetzte Entscheidung der Beschlußnahme der Nationalversammlung zuvorkommen könnte. Auf die gestrige Verhandlung über die Grundrechte, insbesondere auf Beseler's Vortrag werde ich zurückkommen, wenn die Abstimmung über den Art. I. erfolgt ist. In der heutigen Sitzung suchte Schoder die Dringlichkeit seines früher übergebenen Antrags auf Herabsetzung der Civilisten zu begründen. Der Verfassungsausschuß, dem er zugewiesen worden sei, habe ihn bis jetzt liegen lassen, und doch sei es um so nothwendiger, daß hierin Etwas geschehe, da in der vorigen Woche ein Beschluß in Beziehung auf die Vermehrung des Militärs gefaßt worden sei, welcher dem Volke eine neue Last auflege; dafür müsse ihm eine andere abgenommen werden. Er wurde darin von Metz unterstützt, während Behr die Sache von der Hand gewiesen wissen wollte, weil sie den Einzelstaaten zugehöre. Die Nationalversammlung ging für jetzt nicht auf die Sache ein, sondern beauftragte den Verfassungsausschuß, darüber baldmöglichst ein Gutachten zu erstatten. — Ruge verlangte das Wort wegen der Ausweisung eines Schweizers aus Hannover; die Versammlung aber verweigerte es ihm, weil sie den Gegenstand

*) Neue Jenaische Literaturzeitung. 1843. Nr. 229–31.

Digitized by Google

nicht für dringlich hielt. — Nun wurde eine Reihe von Interpellationen an die Minister angezeigt, von Vogt wegen reaktionärer Maßregeln in Baiern, in Würtemberg und Baden (die Aufhebung der demokratischen Vereine), Anfrage wegen Anerkennung der französischen Republik, von Hagen wegen Aufhebung des demokratischen Studentenvereins in Heidelberg, von Runwerk wegen Beschäftigung deutscher Bundestruppen in Oberitalien. Mehrere Begehren, sogenannte dringliche Gegenstände zur Sprache zu bringen, wurden abgewiesen, nur dem Abgeordneten Schmidt aus Kaiserslautern wurde gestattet, eine Beschwerde anzubringen, wegen einer gegen ihn ergriffenen Regierungsmaßregel, von der er glaubt, daß sie die Unantastbarkeit des Abgeordneten verletze. Es wurde nämlich eine Haussuchung in seinem Hause zu Kaiserslautern vorgenommen. Fünf junge Leute hätten einen Aufruf zur Bildung eines demokratischen Vereins erlassen und zu einer Volksversammlung auf vorigen Sametag eingeladen. Der Schluß des Aufrufes sei allerdings ein Wenig zu scharf gewesen. Einer von diesen arbeite auf seinem eigenen Komptoir, und da seien nun nicht nur auf dessen Zimmer, sondern auch auf dem Komptoir die Papiere des jungen Mannes untersucht worden. Es bestehe allerdings in der Pfalz gesetzlich kein Vereinsrecht und kein Recht der freien Versammlungen; auch stehe es der Polizei gesetzlich zu, Haussuchungen vorzunehmen. Aber daß so Etwas in dem Hause eines Deputirten geschehen sei, habe große Erbitterung und Katzenmusik erregt und könne leicht noch mehr erregen. Die Nationalversammlung sollr deßhalb ihre Mißbilligung des Verfahrens ausdrücken und den betreffenden Ausschuß auffordern, den Bericht über die gestellten Anträge, den Schutz der Nationalversammlung betreffend, bald zu erstatten. Kirchgeßner machte darauf aufmerksam, daß hier niegends eine ungesetzliche Handlung vorliege, auch nicht in Beziehung auf den Deputirten; die Nationalversammlung habe in dieser Beziehung noch kein Gesetz gegeben, es könne also auch keines verletzt werden. Von einer Mißbilligung könne darum hier keine Rede sein. Beckerath will Tagesordnung. Zum Einschreiten sei nirgends ein Grund. Die Nationalversammlung habe wichtige Geschäfte vorzunehmen, und man könne von den 500 Männern in der Paulskirche nicht verlangen, daß sie sich so ohne Weiteres an die 500 Katzenmusikanten in Kaiserslautern anschließen; sie hätten Anderes zu thun. Nachdem sich noch Gulden des Antragstellers angenommen hatte, und dieser seinen Antrag auf Mißbilligung zurückgenommen hatte, wurde der Antrag angenommen, daß der Prioritätsausschuß beauftragt werde, über die vorliegenden Anträge zum Schutz der Nationalversammlung zu berichten. — So lange hatte die Linke die Nationalversammlung mit ihren Zwischenanträgen wieder hingehalten. Endlich gelangte man zur Tagesordnung. Zwei Berichte über vorgeschlagene Abänderungen und Vervollständigungen der Geschäftsordnung lagen vor. Unter diesen befand sich ein von Bassermann und 64 Genossen gestellter Antrag, welcher den Mißbrauch des Rechtes, die namentliche Abstimmung verlangen zu dürfen, einigermaßen zu hindern bezweckte. Die Antragsteller mochten wohl nicht die Erwartung hegen, ihren Antrag durchzusetzen; vielmehr schien ihre Absicht die zu sein, durch diesen Antrag die Linke zu vermögen, von dem Mißbrauche, welchen sie von diesem bis jetzt nur von ihr gebrauchten Rechte gemacht, ein wenig nachzulassen. Der Erfolg zeigte aber, wie wenig diese Absicht erreicht wurde. Nach einigen heldenmüthigen Reden für die namentliche Abstimmung nicht bloß von der Linken, sondern auch von der Rechten (Lassaux) verlangte die Linke — namentliche Abstimmung hierüber. Venedey rettete diesmal die Linke aus der Verlegenheit, in welche sie sich durch diese übereilte und leidenschaftliche Forderung gestürzt hatte, indem er vorschlug, zuerst den Antrag auf Tagesordnung zur Abstimmung zu bringen, und wenn dieser verworfen würde, dann erst über den Bassermann'schen Antrag namentlich abzustimmen; das war nun die Linke komischer Weise zufrieden, und die Tagesordnung wurde fast einstimmig angenommen. Ueber die meisten gestellten Anträge, namentlich auch über Abänderungen der Sitzungen wurde zur Tagesordnung geschritten. — Ebenso ging man über viele Petitionen, welche theils von dem Petitionsausschusse, theils von dem Wehrausschusse begutachtet waren, zur Tagesordnung. Darunter befand sich eine Eingabe aus Elberfeld, welche sich in starken Ausdrücken gegen die Angriffe Blums auf das preußische Ministerium wegen der bekannten, dem Minister Arnim Schuld gegebenen Aeußerung ausspricht. Pagenstecher fügte erläuternd bei, es könne scheinen, daß die Elberfelder sich jetzt mehr preußisch als deutsch zeigen, da sie doch im Anfang der allgemeinen nationalen Erhebung sich so patriotisch deutsch erwiesen hätten, als nur irgendwo in Deutschland geschehen sei. Das sei aber nicht die Folge einer Reaktion, wie man gerne behaupte, sondern vielmehr die Folge aller jener Verletzungen, welche Preußen habe erfahren müssen. Fort und fort habe man Preußen verlästert und verhöhnt. Von der Linken wird gerufen: hier nicht, hier nicht! der Redner erwidert nachdrücklich: allerdings hier von dieser Rednerbühne ist es geschehen, und man muß sich gar nicht wundern, wenn durch solche Verletzungen der einzelnen Staaten und Volksstämme der Partikularismus aufs Neue geweckt wird. Auf solche Weise schaffe man selbst die größten Hindernisse der deutschen Einheit. *)

Frankfurt. Die Fr. O. P. Z. berichtet in ihrem amtlichen Theile: Der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten hat die bei dem deutschen Bunde beglaubigten Bevollmächtigten der auswärtigen Staaten von der durch den Erzherzog-Reichsverweser übernommenen Ausübung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, sowie von seiner Ernennung als Reichsminister durch Zuschriften verständigt, wodurch der diplomatische Verkehr mit diesen Staaten ununterbrochen erhalten ist. — Die förmliche Begrüßung sämmtlicher mit Deutschland befreundeten Regierungen durch den erwählten Reichsverweser bleibt vorbehalten.

Schweiz.

** Bern, 16. Juli. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die neue Bundesverfassung durch eine überwiegende Mehrheit angenommen werden wird. Der Gr. Rath von Luzern hat sich bereits zu Gunsten derselben ausgesprochen und hoffentlich wird das Luzerner Volk dies Mal klüger sein als im Jahr 1833. (Der damalige Entwurf eines neuen Bundesvertrages scheiterte nämlich hauptsächlich durch die Verwerfung von Luzern). Auch der Regierungsrath von Zürich hat mit Einmuth die empfehlende Vorlegung des Projektes an den Gr. Rath beschlossen. Somit wäre die Annahme in diesen beiden Kantonen bereits so viel als gesichert. Es ist dies um so wichtiger, als Zürich und Luzern sowohl wegen ihrer Größe, als insbesondere infolge ihrer bisherigen Stellung als Direktorialkantone ein bedeutendes Gewicht in die Wagschale legen. Namentlich übt Zürich einen bedeutenden Einfluß auf die östlichen Kantone aus, welche übrigens ohnehin günstig für den Entwurf gestimmt sind. Um so bedauerlicher wäre es, wenn Bern durch persönliche Rücksichten und untergeordnete Sonderinteressen sich bestimmen ließe, der Annahme des mit so vieler Mühe und Zeitaufwand und mit möglichster Berücksichtigung der Kantonalverhältnisse zu Stande gebrachten, ungeachtet einzelner Mängel, allgemein als gut anerkannten Bundesentwurfes hindernd in den Weg zu treten. Wir vermögen diese Politik nicht zu begreifen, und finden sie nur erklärlich durch den unheilvollen jeden Fortschritt hemmenden, leider täglich mehr hervortretenden Riß, welchen die schon früher vorhandenen Parteien im Regierungsrathe und Gr. Rathe gleichsam in zwei feindliche Lager getheilt hat. Die Frage über die Annahme oder Verwerfung der neuen Bundesverfassung ist zum Zankapfel eines persönlichen Parteikampfes geworden, der mit der Niederlage der einen oder andern Partei enden wird. Hoffentlich wird das Berner Volk bei der Abstimmung sich auf einen höhern, würdigern Standpunkt stellen; es wird nicht fragen, ob der Entwurf dieser oder jener Partei in den Kram diene, sondern es wird einfach erwägen, ob derselbe geeignet sei, die Freiheit und Unabhängigkeit sowie die Wohlfahrt des engern und weitern Vaterlandes zu begründen. Hierüber wird jeder Unbefangene bald mit sich im Reinen sein, sowie es auch Jedem von selbst einleuchten muß, daß die Schweiz sich vielleicht nie mehr in einer so günstigen Lage befinden wird, wie eben jetzt, wo sie unabhängig von jedem äußern Einfluß, in Ruhe und Eintracht das große Werk ihrer Rekonstituirung durch eigene Einsicht und Kraft ausführen und vollenden kann.

Basel. Die hies. Z. schreibt: Der von uns im letzten Blatte erwähnte Plan zur Revolutionirung Deutschlands ist ohne Angabe eines Druckortes; aus einer Annonce der „Nationalzeitung" ist jedoch zu entnehmen, daß er bei Wasser erschienen ist und entgegen dem Gesetze ungehindert ausgeboten wird. In der Karlsr. Ztg. nimmt Heinzen den von Hecker ihm hingeworfenen Fehdehandschuh auf. Diese Leute wollen Alles regieren im Namen des Volkes, aber kaum bei dem zweiten Schritte liegt schon das „Volk Hecker" im Kriege mit dem „Volke Heinzen." — Geht es so fort, so hat Deutschland binnen Kurzem statt 34 Landesherren wenigstens 3,000 Volkshäupter die sich gegenseitig in die struppigen Bärte beißen!

Zürich. Die Regierung hat den Beschluß wegen Ausweisung der Angehörigen von Hannover in Folge beruhigender Erklärungen der hannöver'schen Regierung aufgehoben.

---

*) Der vorletzte Bericht enthält mehrere sonderbare Druck- oder Schreibfehler, die jedoch beim Lesen erkannt werden können; nur wenn es von dem Wesendonk'schen Antrage heißt, daß er, wenn er zur Abstimmung gekommen wäre, fast einstimmig durchgefallen wäre, so finde ich hier nothwendig zu erinnern, daß es durchgegangen heißen muß.

Digitized by Google

Großbritannien.

London, 13. Juli. Die Revolutionen zu Hause haben unsern Aufmerksamkeit von dem Welttheil des Kolumbus abgelenkt, obschon dieser Welttheil seit dem mexikanischen Kriege in ein neues Stadium interessanter Begebenheiten und Verwickelungen getreten ist. Auch hier befinden sich ganze Massen im Zustande der Erwartung oder der Gährung. Unterkanada, Kuba liebäugeln mit den Ver. Staaten; diese selbst haben, wie Frankreich zur Zeit Napoleons, allbereits ihre Marschälle (wenn sie auch nicht gerade diesen Namen führen), ihre Prätorianer, ihre rein militärischen Erinnerungen an einen siegreichen Feldzug, die so leicht nach neuen Eroberungszügen lüstern machen; bei der Präsidentenwahl handelt es sich nur noch um einen mehr oder weniger kriegslustigen Feldherrn (um den Demokraten und Britenhasser Caß oder den General Taylor, der sich seiner Versicherung nach eigentlich zu keiner Partei zählt); endlich ist ein Kampf der Racen gegen einander ausgebrochen, die Schwarzen haben sich auf mehreren westindischen Inseln, auf Martinique, auf Haiti gegen die weißen Herren oder gegen die Mulatten erhoben, und in Oregon und Yukatan führen die Rothhäute, wie auf Verabredung, ihren Vertilgungskrieg gegen die Weißen fort. Auf Yukatan suchen die Times in ihrer Nr. vom 15. Juli die Aufmerksamkeit der Politiker zu leiten und den Beweis zu führen, daß hier intervenirt werden müsse, wenn man nicht die gesammte weiße Bevölkerung der Ausrottung Preis geben oder die Gefahr herbeiführen wolle, daß sich die Indianer von Yukatan mit ihren kalifornischen Brüdern auf dem Plateau von Anahuac vereinigen, sich auf Mexiko stürzen und die Hallen Montezumas, wohin alle Traditionen sie weisen, wieder in Besitz nehmen. Die in Nordmexiko hausenden Indianer warteten, heißt es weiter, nur auf den Augenblick, wo Mexiko von den nordamerikanischen Streitkräften geräumt sein würde, um über die entarteten Nachkommen des Cortez herzufallen. Die Times fragen: soll man dulden, daß ein europäischer Stamm in einer amerikanischen Provinz gänzlich ausgerottet werde, nachdem er bereits bald die eine, bald die andere Macht um Hilfe angefleht hat? Die Times sagen: Das darf man nicht dulden, und sie schließen ihren Artikel: „abee auch andere Erwägungen kommen hinzu, und es möchte sich ergeben, daß, indem wir diese ausgearteten Spanier aus den Händen ihrer Feinde befreien, wie unserm eigenen Interesse in jenem übel berathenen Gebiete einen guten Dienst leisten". Zu welchen Verwicklungen mit Nordamerika eine Intervention Englands in Yukatan führen möchte, das läßt sich freilich fürs Erste nicht absehen. Bereits hat ein gewisser Peples, Herausgeber des „Vera Cruz Star", Freischaaren zu einem Zuge gegen die Indianer in Yukatan angeworben; man erwartet aber auch, daß Nordamerika regelmäßige Truppen den Weißen zu Hilfe schicken wird.

Frankreich.

Paris, 16. Juli. Eine Vereinigung von Abgeordneten, die im Palais National zusammenkommen und von der Rechten der HH. Thiers und Odilon Barrot, sowie von der Linken der HH. Louis Blanc, Caussidière u. s. w. gleich weit entfernt stehen, hat ein politisches Programm erlassen; Dupont, Arago, Garnier Pagès, Cormenin, Marast sind die hervorragendsten Namen, die man unter den Unterzeichnern bemerkt. Sie erklären, daß sie vor Allem die Regierungsgewalt, das gesetzliche Werkzeug, unter allen Formen stützen und befestigen wollen. „Eine Gewalt, die durch alle guten Bürger unterstützt ist, könnte, um die Republik auf unerschütterlichen Grundlagen festzustellen, zunächst die moralische Ordnung verbürgen, indem sie durch Kraft und Weisheit den Gemüthern die Sicherheit in der Gegenwart und das Vertrauen auf die Zukunft wiedergäbe; ferner die materielle Ordnung, indem sie alle Gesetze, welche dieselbe schützen, kräftig anwendet und von der Nationalversammlung solche, deren sie noch bedarf, verlangt; ebenso die finanzielle Ordnung, indem sie bei den Ausgaben des Staates die beständigste Wachsamkeit und Oekonomie anwendet; die Ordnung in der Verwaltung, indem sie die Zahl der Beamtenstellen auf das rechte Maß zurückführt und ohne Unterlaß die Beamten überwacht; endlich die sociale Ordnung, indem sie Alles zurückweist, was mittelbar oder unmittelbar die heiligen Grundsätze, auf denen dieselbe beruht, die Familie und das Eigenthum, antasten könnte, und indem sie durch geregelten Fortschritt allen gesetzlichen Bedürfnissen der Bürger die weiteste und brüderlichste Befriedigung gibt." Auf diesen Grundlagen glauben die Unterzeichner arbeiten zu müssen; sie empfehlen dazu vor Allem Eintracht; der Kampf, in welcher Form er sich auch zeige, müsse aufhören und durch die Einmüthigkeit der Gesinnung ersetzt werden, welche alle Kräfte des Landes nach einem gemeinsamen Ziele hinlenke. Die Unterzeichner sähen in der Versammlung nur Republikaner; jede aufrichtige Gesinnung ist ihnen recht, ob sie von heute oder von gestern stamme. Sie sehen in der Gesellschaft nur Brüder und verwerfen „jenen gefährlichen und ruchlosen Zwiespalt, welcher die Gesellschaft in Klassen zerreißt, Meister und Arbeiter, Bürgerthum und Volk in Gegensatz zu einander bringen will." „Unsere einzigen Feinde, so schließt das Glaubensbekenntniß, wir sagen es offen, sind die Feinde der Ordnung und der Freiheit, mit welcher Maske sie sich auch bedecken mögen, die Anarchisten, welche das Vaterland zerreißen, die Pfleger dynastischer Hoffnungen, die den Bürgerkrieg hervorrufen und die Intriguanten, welche die Gewalt in ihrer freien Bewegung stören." — Dies Glaubensbekenntniß ist von allgemeinem Interesse, weil es die Partei obgibt, die in diesem Augenblick am Ruder ist und es auch wohl auch eine Zeit lang bleiben wird; es ist ein Programm des Centrums, das freilich so gehalten ist, daß Jeder, der es mit seinem Vaterlande ehrlich meint, der Republikaner in der Republik, der Monarchist in der Monarchie, es ohne wesentliche Modifikation unterschreiben kann. Wenn es darauf abgesehen ist, unter diese Fahne möglichst Viele zu vereinigen, so konnte das politische Programm kaum anders gefaßt sein; nur sind die Zeitbedürfnisse von der Art, daß man der allgemeinen Grundsätze und Doktrinen ziemlich satt ist und dringend nach Maßregeln und Mitteln verlangt, um jene Grundsätze und Lehren ins Werk zu setzen.

Das Interessantere der politischen Verhandlung ist noch immer mehr in den Kommissionen als in der Nationalversammlung zu suchen; die äußere wie die innere Politik wird da ernstlich und ohne die Koketterien der öffentlichen Rednerbühne verhandelt. So hat die äußere Politik dort zu einer Interpellation Anlaß gegeben, durch die Lamartine zum ersten Male wieder von sich reden macht, und zwar diesmal mit Recht; denn er hat eine seiner besten und schmucklosesten Reden gehalten. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hatte sich seit mehreren Tagen mit der italienischen Frage beschäftigt und die HH. Manguin, Oudinot und Napoleon Bonaparte, alle drei Vertreter der bonapartischen Eroberungspolitik, hatten verlangt, daß Frankreich in Italien energischer auftrete, wo möglich intervenire. Lamartine rechtfertigte darauf die Friedenspolitik, die er in seinem Manifest verkündigt hatte; er ließ die fremden Staaten sämmtlich die Revue passiren und wies nach, daß nirgends ein Anlaß oder ein Rechtsgrund dazu sei, die friedlichen Beziehungen zu stören. Deutschland und die Politik seiner beiden bisherigen Großmächte schien ihm am wenigsten bedenklich; wohl aber jeder Eingriff nach dieser Seite hin für Frankreich selbst gefährlich. Gutzot habe die Formel aufgestellt: Friede um jeden Preis, er möchte dafür den Satz aufstellen: Einigung zwischen Frankreich und Deutschland um jeden Preis. So habe man denn auch Oesterreich in Italien nicht angreifen dürfen, ohne diese Eintracht mit Deutschland aufs Spiel zu setzen; man habe auch nicht Karl Albert zum Kriege veranlaßt. Der Ruf der Völker, seine ganze Lage, der Ehrgeiz seiner Räthe wie sein eigner habe ihn vorwärts gedrängt zum Kriege mit Oesterreich, ungeachtet des alten und ganz persönlichen Bundes mit dem österreichischen Absolutismus. „Wie haben uns, fuhr er fort, nach dieser Wendung der Dinge folgende Alternative gestellt: entweder wird Karl Albert allein siegen, dann verdankt Italien seine Freiheit sich allein und hat darin eine Aufforderung mehr, sie besser zu schützen; oder Karl Albert unterliegt und die Unabhängigkeit seiner eigenen Staaten in Oberitalien wird ernstlich von den Oesterreichern bedroht, dann werden wir intervenireu im Interesse unserer eigenen Sicherheit, und deßhalb hat der Minister des Auswärtigen in der provisorischen Regierung als ersten Akt seiner Friedenspolitik verlangt, daß man ein Korps von 52,000 Mann am Fuße der Alpen bilde. Sie werden nicht verlangen, daß ich in größere Details über die gegenwärtige Lage eingehe, über welche durch die Jodiskretion der Worte die Angelegenheiten des Landes kompromittirt werden könnten. Italien wird frei sein, oder Frankreich wird selbst seine Gefahren bestehen: das sind die einzigen Dinge, die wir Ihnen in diesem Augenblick sagen können." Die Politik des Konvents oder Napoleons solle Frankreich nicht wieder aufgreifen; er habe an Napoleon stets Alles bewundert, nur seine, gesetzliche Organisation im Innern und seine diplomatische Politik noch Außen nicht. Das Eine sei eine Reaktion gegen Alles demokratische gewesen; das andre ein Zerreißen der Völkerkarte, ohne sie je wieder zusammenzusetzen." Er hat mit Schwertschlägen alle Nationalitäten und alle natürlichen Allianzen Frankreichs zerschlagen, ohne je an den folgenden Tag zu denken. Am Tage der unvermeidlichen Schuldtilgung für soviel Blut und soviel Ruhm, was ist für uns geblieben? Nichts als sein Name!" Die neue Politik, welche die Regierung vom Februar eingeweiht habe, diese ebenso demokratische als nationale, ebenso feste als gemäßigte Staatskunst solle man befolgen,

Digitized by Google

nicht die des Konvents und Kaiserreichs, die Politik der Verzweiflung und die der Eroberung.

Der Eindruck der Rede war ein sehr günstiger; die aus sechzig Mitgliedern bestehende Kommission erklärte sich entschieden für Lamartine und man trug sich am Abend mit mehreren sehr friedlich lautenden Gerüchten, die wir nicht verbürgen wollen, die aber die Stimmung gut bezeichnen. Es sollte z. B. General Cavaignac nach einem deßhalb gehaltenen Ministerrathe den Befehl nach Lyon abgeschickt haben, die Alpenarmee von der Grenze in das Innere zurückzuziehen. Auch wollte das „Avenir national" wissen, daß der General Cavaignac dem Marschall Bugeaud die Erlaubniß, das ihm vom Könige Karl Albert angetragene Oberkommando über die piemontesische Armee anzunehmen, verweigert habe.

Der Moniteur du soir beschwert sich über die Uebertreibung der Journale in Hinsicht der Opfer des Juniaufstandes und gibt seinerseits folgende Zahlen als positiv an: Im Gefechte gefallen oder an ihren Wunden gestorben 1400; Verwundete in den Spitälern und zu Hause 1100; im Gefechte oder nachträglich gefangene Insurgenten in den Forts und Gefängnissen 8686.

Da General Bedeau noch eine längere Zeit der Ruhe zur Herstellung seiner Gesundheit braucht, so wird Herr Jules Bastide das Portefeuille des Auswärtigen behalten und das Marineportefeuille ad interim ist dem Schiffskapitän Vernhuac übergeben worden. Auch meldet man, daß der Justizminister Bethmont seiner häuslichen Unglücksfälle wegen (seine Frau ist seit dem Juniaufstand geisteskrank geworden) seine Entlassung gegeben habe und diese von General Cavaignac angenommen worden ist.

General Cavaignac hat entschieden, daß der Belagerungszustand vorläufig bis 1. August fortdauern soll.

Italien.

* Palermo, 3. Juli. Wir haben bereits erwähnt, daß das Parlament beschlossen habe, die Wahl des Königs noch so lange zu verschieben, bis die Gestaltung Italiens festere Formen angenommen habe. Es ist dieser Aufschub gleichsam ein Waffenstillstand, den England und Frankreich zwischen ihren diplomatischen Heeren auf dem Trinakeischen Boden miteinander abschließen. Frankreich nämlich hofft nach wenigen Wochen in Neapel den bourbonischen Thron in einen Präsidentenstuhl umgewandelt zu haben und dann die gleichfalls noch republikanische Insel mit seiner neuen Provinz wiederum unter derselben Staatsform vereinigen zu können. Das konstitutionelle England dagegen, welches wohl einsieht, daß ein jonisches Protektorat am Ende hier unmöglich ist, und deßwegen trotz aller Versicherungen der uneigennützigsten Freundschaft einem von ihm abhängigen Könige die Krone in die Hände zu spielen beabsichtigt, hat bis jetzt noch keinen geeigneten europäischen Kollegen der ostindischen Stichshäuptlinge aufzutreiben gewußt. Der Prinz Luigi Bonaparte ist eine zu lächerliche politische Person, als daß die ernste britische Politik sich ihm anvertrauen könnte, und bleibt dabei auch immer mehr oder weniger Franzose; der Sohn des ehemaligen Vicekönigs von Italien steht ebenfalls England sehr fern, hingegen Rußland sehr nahe. Und endlich Karl Albert, da die Partei des einigen Italiens ebenso gut wie die des einigen Deutschlands zu Gunsten des kräftigen monarchischen Princips in den saueen Apfel der Persönlichkeiten beißen muß, würde sich wohl schwerlich dem Kabinete von St. James unterwerfen wollen. Dazu kommt, daß bisher noch keiner der bestehenden italienischen Staaten Sicilien als unabhängig anerkannt hat. Mithin ist der politische Wind und das Licht der Kämpfer so getheilt, daß Niemand den Anhieb wagt; man läßt daher abtreten, erwartet eine andere Tageszeit, und benutzt die Muße, seine Sekundanten noch besser in seine Fechterpläne einzuweihen.

* Turin. Das Blatt „Italia del Popolo" bringt die Nachricht, daß Sardinien nun definitiv die französische Republik anerkannt habe, und knüpft an dieselbe einige anscheinend sehr warm gefühlte, aber deste weniger durchdachte Bemerkungen. Es ist nämlich sehr erfreut, daß die Regierung endlich einen Schritt gethan habe, auf den sowohl die Konsequenz der von der Nation ausgesprochenen Principien als auch eine weise Politik schon seit lange gedrungen. „Es wird derselbe, so fährt es fort, nur dazu dienen, die wechselseitigen Sympathien und die Gemeinschaft der Interessen immer fester zu schürzen, die bereits zwischen Frankreich und Italien angeknüpft sind." Wenn man es nun auch eben nicht in Rechnung bringen will, daß, sobald England seinen Gesandten wieder nach Paris geschickt hat, bei allen kleinen Staaten sich die berühmte Geschichte des Fürsten von Reuß immer mehr oder weniger wiederholt, dem auf seinen Brief an den Konvent, daß Er „von Gottes Gnaden Fürst von Reuß die französische Republik anerkenne" Talleyrand mit vieler Höflichkeit versichert, wie sehr sich dieselbe geschmeichelt fühle, bei dieser Gelegenheit die Bekanntschaft seiner Durchlaucht zu machen; so läßt sich doch von einer Gemeinschaft der Interessen wenig entdecken. Es müßte denn etwa sein, daß dem sardinischen Staate, bei seiner Vergrößerung im Osten, Savoyen im Westen eine zu schwere Bürde wäre und ihm somit Frankreichs beabsichtigte gütige Befreiung von derselben ausnehmend verpflichtete. Wenn nicht gar hier wie in Neapel sich das alte Spiel der Filialrepubliken wiederholen soll, bei dem doch sicher Karl Albert sich sehr schlecht amusirte. — Wir haben das Ganze nur als ein Beispiel von der kindlichen Naivität der italienischen Blätter bei der Auffassung politischer Verhältnisse hervorgehoben. —

† Neapel, 1. Juli. Die heutige Kammereröffnung ist wohl eine der trockensten, die je vorkam, und eben so trocken wurde die Thronrede, die der Duca di Serracapriola im Namen des Königs ablas hingenommen. Ich füge Ihnen dieselbe im Original bei. — (Wurde schon im Auszug mitgetheilt.) So groß der Jubel war bei dem ersten Erscheinen der Verfassung, ebenso groß ist heute die Gleichgiltigkeit bei dem ersten Zusammenkommen der Kammern. Kein Ausdruck der Freude noch des Wohlbehagens nach dem endlichen Erscheinen des langersehnten Tages; in den Straßen ist es todt und die für diesen Abend angekündigte Illumination wird spärlich genug ausfallen. Das Andenken an den 15. Mai ist noch zu neu, die Scheidewand zwischen dem König und Volk zu groß, als daß mit einigen süßen Worten das gegenseitige Zutrauen wieder hergestellt werden könnte, und die Zustände in Calabrien sind auch nicht der Art, daß sich ein baldiges gutes Ende derselben voraussehen ließe. Die nächste Zukunft wird uns zeigen, wie wir eventuell stehen.

Aus Palermo schreibt man v. 29. Juni. Heute ist außerordentliche Sitzung des vereinigten Parlaments bei verschlossenen Thüren. Man vermuthet, der Grund davon sei eine mit dem Dampfschiffe Pacussine angekommene englische Depesche, die aufs Wärmste eine schnelle Königswahl empfiehlt.

Der National vom 16. Juli zeigt, in Folge einer directen Mittheilung aus Palermo, an, daß der Herzog von Genua, Sohn Karl Alberts, zum Könige von Sicilien erwählt worden sei. Louis Bonaparte, der sich viele Mühe gab, diese Stelle zu erhalten, Broschüren und Geld mit beiden Händen durch seine Agenten in Sicilien ausstreuen ließ, wäre, wenn diese Nachricht sich bestätigt, also wieder einmal durchgefallen.

Oesterreichische Monarchie.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung" berichtet: Die geheime Untersuchung des sogenannten Komplots auf dem Hradschin geht ihren sehr langsamen Gang; wir wissen mittlerweile, daß auf dem Lande ganz unbedeutende Personen in Folge von Aufträgen aus Prag vernommen werden. Uns erscheint das Verfahren, insoweit wir in Kenntniß gelangen, mehr wie ein Tappen im Dunkeln, und die Vermuthung, daß die bedächtige und ganz nach altem Schlag umständliche Kommission leicht anstatt auf einen Kern nur auf ein undeutliches Gewebe kommen werde, wird uns immer mehr bestärkt. Wir haben die czechische Aufregung mehr als einen blinden Rausch betrachtet; die czechische Geschichte, im 17. Jahrh vollständig erloschen, wurde durch den Zugwind der Märztage von neuem angefacht und flackerte mit dem Scheine ihrer alten Trachten, Melodien, Waffen u. Verzückungen in allen Gemüthern auf. Die in den letzten Jahren thätig verbreitete Literatur, die einzige Bestrebung dieser Patrioten, hatte die Gemüther vorbereitet. Daß sich nun mehre entschlossene Häupter der beweglichen Kräfte zu bemeistern versuchen würden, ließ sich voraussehen. Daß es geschehen, kann Niemand bezweifeln, der auch nur einen Blick auf die Planmäßigkeit der bunten Erscheinungen in den letzten drei Monaten wirft. Nur wie weit diese Häupter sich gegenseitig Offenherzigkeit geschenkt, ob sie nicht etwa bloß auf halbem Wege einander verstanden u. trotzdem Jeder seine eigenen Pläne verfolgt habe, ist Gegenstand von Vermuthungen. Um diese czechische Angel dreht sich das ganze Böhmen. Unsere Rodathen, Gerichte, Gemeindeverfassungen, Gendarmerien, Lehranstalten, Gewerbe und Handel bedenkt kein Mensch, und doch haben wir seit fast vier Monaten die goldene Freiheit! Die Deutsch-Böhmen werden ungeduldig über diese thörichten Verzögerungen durch die czechischen Schauspiele und Aufzüge in Prag. Alle großen Worte der czechischen Nationalhäupter sind hohle Worte geblieben oder als unehelich Täuschungen zu Ende gegangen. Die Zahl verschwindet und die Noth wächst. Schon ziehen aus den östlichen Fabrikdistrikten ganze Familien und in Menge in Deutschböhmen herum, der Hunger treibt dieses ehrliche Volk, welches keine Arbeit findet.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Der deutsch-dänische Waffenstillstand.

S Berlin, 15. Juli. Norddeutsche Blätter bringen aus Schleswig und Kiel heftige Protestationen gegen die einzeln bekannt gewordenen Bedingungen des projektirten Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark. Die Blindheit der Angreifer ist in der That nur durch ihre persönliche Betheiligung am Kampfe, durch ihre örtlichen Verhältnisse zu erklären, welche die nationalen Unterschiede in feindliche Gegensätze verwandelt, zu nationalen Antipathien gesteigert haben. Dieser Haß möchte am liebsten den Krieg mit einer Vernichtung Dänemarks beendet sehen; er vergißt, daß Deutschland nur zur Wahrung seiner verletzten nationalen Rechte das Schwert gezogen hat, und daß es nicht anstehen darf, es wieder in die Scheide zu stecken, sobald Dänemark sich zur Anerkennung derselben bereitwillig zeigt; er vergißt, daß Deutschland die rechtlich begründeten Ansprüche seiner Nachbarn achten muß, wenn es die seinigen anerkannt sehen will. Wir haben uns gegen die offenbare Rechtsverletzung erhoben, welche der König von Dänemark durch Erlaß seines auf den Garantievertrag von 1720 gestützten Inkorporationsaktes begieng, indem er darin seine Ansprüche über die authentische Interpretation hinaus, welche König Georg I. jenem Vertrage gegeben, ausdehnte; wir wollten anerkannt wissen, daß das Recht der Regierung über das Ländergebiet der Herzoge von Holstein-Gottorf nur dem Mannesstamme Friedrichs IV. garantirt worden ist, daß also ein Losreißen Schleswigs von Holstein, eine Einverleibung des ersteren in die dänischen Staaten, das gute Recht eines deutschen Landes entschieden beeinträchtige. Leider zwang uns der Starrsinn der dänischen Regierung dazu, ihr mit gewaffneter Hand zu zeigen, daß dieser Wille ein ernstlicher sei. Jetzt, da sie sich davon überzeugt und die Absicht zu erkennen gegeben hat, neu ihren unbegründeten Ansprüchen abzustehen, liegt auch für Deutschland kein Grund mehr vor, durch Waffengewalt zu argumentiren. Der Weg der friedlichen Unterhaltung bleibt der einzig angemessene, und es handelt sich nur noch darum, dieselbe in der Weise möglich zu machen, daß dauernder Resultate daraus hervorgehen. Dies ist aber nur zu erwarten, wenn die Vertragsbedingungen auf beiden Seiten lediglich durch die Ueberzeugung von ihrer Berechtigung und Billigkeit diktirt, nicht aber, wenn sie hier im Gefühle der Uebermacht vorgeschrieben und dort unter dem Einflusse gewaltsamer Beschränkung und drohender Gefahr angenommen werden. Die Aufgabe des Waffenstillstandes besteht aber eben darin, beide kontrahirende Parteien möglichst unabhängig einander gegenüberzustellen; er muß, soweit es thunlich, den status quo zurückzuführen, und im Uebrigen beiden Theilen eine möglichst gleichberechtigte Stellung zu geben suchen. Dieser Forderung genügen aber die bekannt gewordenen Bedingungen des deutsch-dänischen Waffenstillstandes überall. Sie sorgen provisorisch für Sicherstellung des deutschen Rechtes, ohne das der Dänen gewaltsam zu beschränken; sie machen eine aufrichtige Feststellung unserer Ansprüche in friedlichem Wege möglich, ohne uns Etwas zu vergeben und ohne den Vortheil der Gewalt gegen den Gegner zu mißbrauchen. — Wenn man es von Kiel aus für ungerecht erklärt, daß die jetzige provisorische schleswig-holsteinische Regierung aufgelöst werden solle, oder wenigstens zugleich auch die Auflösung des jetzigen dänischen Ministeriums verlangt, so will Letzteres der Waffenstillstand für Schleswig-Holstein gerade bewirken, indem er festsetzt, daß die dänische Regierung sich bis zum definitiven Friedensabschlusse jeder Einwirkung auf die Herzogthümer gänzlich enthalten solle, indem er, um das Land nicht ohne Regierung zu lassen, eine von beiden Seiten zu gleichen Theilen ernannte provisorische einsetzt, von welcher sowohl die Mitglieder der alten Regierung vor dem 17. März, als auch die der letzten provisorischen ausgeschlossen sind. Kann man, ohne unbillig zu sein, dem Könige von Dänemark mehr zumuthen? — Verlangt man aber von Schleswig aus die Beibehaltung der jetzigen provisorischen Regierung unter allen Umständen und fordert die Fortsetzung des Krieges, bis dies dänischerseits zugestanden sei, so möge man bedenken, daß Preußen und das übrige Deutschland nicht wohl gewillt sein kann, auf seine Kosten das Zugeständniß eines solchen, außerhalb der nationalen Rechtsfrage liegenden, Punktes zu erstreiten, daß dasselbe Volk, nachdem es eben der Herrschsucht eines Königs entgegengetreten ist, nicht gleich darauf noch ferner sein Blut verspritzen wird, um die Herrschsucht und Eitelkeit Einzelner zu befriedigen. Wir kämpfen für unser gutes deutsches Recht gegen die Uebergriffe des Auslandes, nicht aber für das Bestehen irgend einer schleswig-holsteinischen provisorischen Regierung; am allerwenigsten für das Bestehen derselben holsteinischen Regierung, welche durch ihren Erlaß vom 8. Mai das Embargo auf dänische Schiffe aufhob, und, indem sie mitten im Kriege ihrem Handel Erleichterung verschaffte, damit zugleich die ganze Last der Hemmnisse und Beschränkungen auf den preußischen wälzte. Allerdings hat Preußen seine großen, bis in das innerste Mark des Landes fühlbaren Opfer mit Hinblick auf das gemeinsame Vaterland freudig gebracht, und nicht mit Seufzen; aber es bringt sie nicht leichtsinnig; es handelt selbstbewußt genug, um Gut und Blut für die Rechte seines Volkes hinzugeben, nicht aber für die Laune einzelner Personen!

Wenn ferner die Bedingungen des Waffenstillstandes angefochten werden, welche einerseits bestimmen, daß alle von Dänemark aufgebrachten Schiffe freigegeben und die bereits verkauften Ladungen ihrem vollen Werthe nach erstattet werden sollen, während andrerseits Preußen die Entschädigung übernimmt für die in Jütland auf Rechnung der Bundestruppen erhobenen Requisitionen, wenn man verlangt, daß Preußen nicht nur keine Entschädigung zahlen, sondern vielmehr eine Kriegsschatzung von Dänemark erheben solle, so läßt man wieder außer Acht, daß der Waffenstillstand zunächst nur den Gesichtspunkt der gegenseitigen Gleichstellung festzuhalten habe, damit eben die gerechten Ansprüche beider Theile in den weiteren Friedens-Unterhandlungen unbefangen abgewogen werden können. Diesen allein bleibt es vorbehalten, in Betreff der definitiven Entschädigungen Bestimmungen zu treffen. Uebrigens dürfte die Berührung dieses Punktes von den eifrigen Gegnern des preußischen Waffenstillstands eine um so voreiligere sein, als bisher weder die Nationalversammlung in Frankfurt, noch irgend ein deutsches Land sich darüber ausgesprochen haben, in welche Weise die im Interesse ganz Deutschlands verursachten Kriegskosten, mit denen bisher vornehmlich Preußen belastet worden ist, überhaupt getragen werden sollen. Es ist ferner in Bezug auf die jütischen Requisitionen zu bedenken, daß die Besetzung Jütlands eigentlich schon eine außerhalb der deutschen Rechtsansprüche liegende Zwangsmaßregel war, daß wir, um die Rechte Schleswig-Holsteins gegen Dänemark zu wahren, nur die Grenzen jenes von diesem zu schützen brauchten. War die Besetzung Jütlands aber nur eine Repressalie gegen die Wegnahme deutscher Schiffe, so muß natürlich, wenn diese freigegeben und der an ihnen verursachte Schaden erstattet wird, billiger Weise auch der den Jütländern zugefügte Schaden ersetzt werden. — In ähnlicher Art ungerecht sind alle übrigen Vorwürfe der verblendeten Schleswiger gegen Preußen, und ihre Aeußerung des Unwillens gegen den von ihm vorgeschlagenen Waffenstillstand. Sie protestiren gegen das Zurückziehen der Truppen, wiewohl es für beide Theile stipulirt werden soll; sie halten die von beiden Seiten zu ernennenden Kommissarien, welche die unparteiische Anwendung der bestehenden Gesetze (also auch der von der provisorischen Regierung erlassenen) auf Deutsche und Dänen überwachen sollen, für eine Schmach, und sehen nicht, daß es eine wohlmeinende Sicherheitsmaßregel während der Schwankungen eines Interimistikums und noch so feindlicher Aufregung ist. Es fehlt nur noch, daß sie gegen die Aufhebung der Blokaden vor preußischen Häfen protestiren, oder verlangen, daß der Waffenstillstand ihre Unabhängigkeit von Dänemark proklamire! —

Doch wie hinten diese Angriffe, wie gesagt, mehr für Ergebnisse leidenschaftlicher Verblendung, als für Produkte gänzlichen Unverstandes oder gar der Böswilligkeit. — Hoffen wir, daß dem endlichen Abschlusse des lange vorbereiteten und endlich überlegten Waffenstillstandes Nichts mehr im Wege stehe, und daß er, von unserm Reichsverweser ratificirt, der Vorläufer eines, alle Interessen berücksichtigenden, ehrenvollen Friedens sei! —

** Vom Rhein, 16. Juli. Der Rheinisch-Westfälische Gewerbverein, ein Verein, der mehr als 500 der bedeutendsten Firmen der beiden gewerbreichen Provinzen zu seinen Mitgliedern zählt, hat schon vor einigen Wochen bei der Nationalversammlung in Frankfurt im Interesse der vaterländischen Industrie Schritte gethan und Anträge gestellt, welche im übrigen Deutschland bis jetzt merkwürdigerweise nicht die Aufmerksamkeit erregt haben, die sie in so hohem Grade verdienen. Erlauben Sie mir deßhalb, mit kurzen Worten auf dies wichtige Thema zurückzukommen. Der Antrag des Gewerbvereins stellt den Grundsatz an die Spitze, daß die Arbeit des deutschen Volks angemessener geschützt werden müsse, als es bezüglich einiger wichtiger Fabrikate und Halbfabrikate im deutschen Zollverein bisher geschehen sei, und daß ein richtiges System nationaler Handelspolitik angenommen werden müsse, um die Menge lohnender Arbeit und damit die Volkswohlfahrt, soweit legislative Maßregeln dazu beitragen können, bedeutend zu erhöhen. Im Einzelnen sodann kann es keinem Zweifel unterliegen, und der Antrag berührt diesen Gegenstand deßhalb nur im Vorbeigehen, daß die Nationalversammlung die Einführung voller Freiheit des innern Verkehres beschließen wird; diese Erhebung Deutsch-

Digitized by Google

lands aus dem Zwiespalt und Krieg, der seine Brüderstämme seit einem Jahrtausend schwächte, zu den Segnungen des Gefühls der Gemeinschaft und des Zusammengehörens wird das sichere Fundament sein zur Größe und Macht des Vaterlandes und zur schlaggebietenden Selbständigkeit der einzelnen Stämme in und mit dem großen Ganzen: an der Erfüllung dieser Lebensbedingung der Einheit unter den gegenwärtigen Verhältnissen zweifeln, würde mit einem Verzweifeln an der Verwirklichung eines einheitlichen Deutschlands gleichbedeutend sein. Von der Einführung eines freien inneren Verkehrs ferner kann allerdings die Bildung eines einheitlichen deutschen Handels- und Zollsystems nicht getrennt werden und es verlangen auch Alle, welche die Freiheit des innern Verkehrs begehren, eine solche einheitliche Handels- und Zollgesetzgebung mit Bezug auf Waaren und Fabrikate der Ein- und Ausfuhr: aber über die Grundlagen, welche diesem System zu geben, laufen die Ansichten auseinander, feindlich stehen sich hier die Theorie des Freihandels und des Schutzzolls gegenüber. Der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein, im Einklang mit der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der beiden Provinzen, entscheidet sich für das System der Schutzzölle. „Abhängig — es mag von Interesse sein, die Ausführung zu hören, welche durch die gründlichste Kenntniß der industriellen und kommerciellen Zustände und Bedürfnisse unterstützt wird — abhängig von den Bestimmungen deutscher Gesetzgebung, ist zunächst das eigene deutsche Gebiet in Betreff der Zahl und des Wohlstandes der Bevölkerung, welche die Erzeugnisse deutscher Arbeit kauft und verbraucht. Was aber die Länder dieses und der andern Welttheile betrifft, welche der Gesetzgebung Deutschlands nicht unterworfen sind und mit deren Mehrzahl der Handel Deutschlands einen Verkehr unterhält, so wird durch ihre Zollgesetzgebungen der Zugang zu ihrem Gebiet dem deutschen Handel entweder erschwert oder sogar verschlossen, und ihrer Bevölkerung der Verbrauch von Erzeugnissen deutscher Arbeit erschwert oder unmöglich gemacht: eine solche Gesetzgebung, theils mit sehr hohen Eingangszöllen, theils mit Prohibitivzöllen, besteht zum Schutz des nationalen Handels und der nationalen Arbeit in den Staaten aller andern Großmächte und den meisten übrigen Staaten Europas, mit einer in Europa und unter der Botmäßigkeit einiger europäischen Reiche in andern Welttheilen lebenden Bevölkerung von mehreren hundert Millionen Menschen; oder es wird durch die Zollgesetzgebungen anderer Länder deren Gebiet dem deutschen Handel eröffnet und das Erzeugniß deutscher Arbeit für den Verbrauch ihrer Bevölkerungen zugelassen: eine solche Gesetzgebung, ohne Prohibitivzölle, mit mehr oder minder hohen Eingangszöllen, theils zum Behuf angemessenen Schutzes der nationalen Handels- und Arbeitsinteressen, theils zu fiskalischen Zwecken, besteht in wenigen europäischen Ländern von geringerer Bedeutung und in großen transatlantischen Staaten. Ein auf der Grundlage der Theorie des Freihandels errichtetes deutsches Handels- und Zollsystem würde trotz der zum Theil ganz entgegengesetzten Grundsätze der Gesetzgebungen anderer Länder, wovon einige die Einfuhr deutscher Arbeitserzeugnisse verbieten, andere sie erschweren, wenige sie begünstigen, die Grenzen Deutschlands allen Völkern der Erde öffnen und ihnen den freien Verkehr im Innern Deutschlands, dessen nach tausendjährigem Harren endlich erst die deutschen Lande selbst zum ersten Male sich erfreuen würden, zur Mitbewerbung und zum Mitgenuß preisgeben. Wie verschieden auch die Wirkungen sind, welche jene theils entgegengesetzten, theils in Bezug auf Höhe oder Zweck der Zölle verschiedenen Gesetzgebungen des Auslandes auf die Beschaffung von Arbeit für deutscher Hände Fleiß und auf die Bewegung deutschen Handels und deutscher Schifffahrt ausüben, das Freihandelssystem öffnet den deutschen Markt den Arbeitserzeugnissen aller Staaten des Auslandes, unbekümmert, ob dieselben ihre Märkte dem Erzeugniß deutscher Arbeit verschließen oder etwa öffnen. Hingegen wird ein deutsches Zoll- und Handelssystem, wenn es auf der Grundlage der erfahrungsgemäßen Bedingungen einer nationalen Handelspolitik aufgebaut wird, unter allen Umständen 1) die Einführung solcher zur Nahrung oder zum Gewerbebetrieb unentbehrlichen rohen Bodenerzeugnisse, welche auf deutschem Boden nicht producirt werden, 2) im Austausch gegen solche Einfuhr die Ausfuhr der Erzeugnisse deutscher Arbeit zumeist in den Gegenständen, woran vergleichsweise der höchste Lohn haftet, in angemessener Weise erleichtern, und namentlich für die Einfuhr jener Bodenerzeugnisse des Auslandes, vorzugsweise aus den Ländern der Erzeugung, und für die Ausfuhr deutscher Gewerbeerzeugnisse ebendahin, den Tauschhandel, mit Bevorzugung der eigenen Schiffe, begünstigen; aber in Betracht des unbezweifelten Vortheils, wie in der Familie, so im Staat, eine möglichst große Menge des Bedarfs an Erzeugnissen der Arbeit durch die eigenen Landesangehörigen, sofern ihrer Viele unbeschäftigt sind oder Viele zu nicht genügendem Lohne arbeiten, verfertigen zu lassen, sowie in Betracht der Zollsysteme aller übrigen Großmächte Europas, welche deutschen Arbeitserzeugnissen, namentlich solchen, woran genügender Lohn haftet, den Eingang in ihre Staaten erschweren oder verbieten, wird jenes nationale System 3) die Einfuhr fremder Gewerbeerzeugnisse durch angemessene Zölle erschweren, Begünstigungen aber in den Fällen zulassen, wo Gegenseitigkeit geboten wird.“ So weit die Motivirung der Anträge des rheinisch-westfälischen Gewerbevereins, die gleichwohl auf Infallibilität keinen Anspruch machen, sondern sich schließlich nur dahin zusammenfassen, die deutsche Nationalversammlung möge einen Ausschuß aus ihrer Mitte niedersetzen, welcher, nach Anhörung besonderer aus den verschiedenen Ländern Deutschlands an den Sitz ihrer Versammlung zu diesem besonderen Zwecke abzuordnender sachverständiger Männer des öffentlichen Vertrauens, die Frage über die Wahl der einen oder andern Grundlage des künftigen deutschen Handels- und Zollsystems prüfe und zur Entscheidung vorbereite. Und das ist ein Antrag, dem die Nationalversammlung bereits entsprochen hat. Die Männer aber, welchen die Entscheidung so großer Interessen anheimgestellt wird, mögen es immer vor Augen haben, daß es sich nicht mehr um ein einzelnes der zahlreichen deutschen Zollgebiete, sondern daß es sich um das ganze Deutschland handelt, von der Ost- und Nordsee bis an das Adriatische Meer und zu den Ebenen der Lombardei, vom Rhein bis an die Grenzen von Ungarn und Rußland, und daß nur diejenigen Grundsätze einen Anspruch auf Geltung gewinnen, welche dem Wohle des ganzen großen einheitlichen Deutschlands in überwiegendem Maße entsprechend erfunden werden.

Breslau, 13. Juli. Hier herrscht dem Aeußeren nach Ruhe. Die Agitation wird soweit sie öffentlich hervortritt, besonders durch Flugblätter und Straßenplakate, welche aber jetzt meist von Berlin kommen, erhalten. Am vorigen Sonntag hatte man es indeß für gut befunden einmal wieder eine Volksversammlung auszuschreiben, um einen Protest gegen die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers zu erlassen. Hochwahrscheinlich ist dies wohl in Folge einer Aufforderung oder Order von Frankfurt aus oder von dem Komitédirektor geschehen, der Linken in der Nationalversammlung Unterstützung zu gewähren. Die Aufforderung war von dem demokratischen Klub und den hier affiliirten Vereinen („der Volksfreunde, Landwehrverein, Verein der Militärpflichtigen“ u. s. w.) ausgegangen. Der demokratisch-konstitutionelle Verein, welcher sonst mit jenen Hand in Hand zu gehen pflegt, hatte sich dieses Mal nicht angeschlossen. Von dem konstitutionellen Centralverein war schon am 6. d. M. eine Dankadresse an die Nationalversammlung erlassen worden. Wiewohl jene Volksversammlung um Sonntag Morgen 10 Uhr angesetzt war, so hatten sich keine 1000 Menschen eingefunden. Die Anwesenden gehörten größtentheils dem Gesellen- und Tagearbeiterstande an. Daß in den Reden „Verräther der Souveränetät des Volkes, Verletzung des Mandats der Abgeordneten, Sorge für das Wohl der arbeitenden Klassen“ u. s. w. eine große Rolle spielten, versteht sich von selbst. Und wenn der unverantwortliche Reichsverweser durchgängig in diesen Reden einem absoluten Monarchen glich, wie ein Ei dem andern, so konnte man bei manchem Redner zweifeln, ob er es dabei auf eine absichtliche Täuschung angelegt. Da ein großer Theil der Anwesenden noch aus Neugierigen bestanden hatte, und sich entfernte als es an das Unterschreiben gehen sollte, so hat durch die Versammlung die Schlußversicherung der Adresse, „daß die Majorität des Volkes mit der Minorität der Nat.-Vers. stimmt“, eben keine große Beglaubigung erhalten. Es hatte sich indeß nach einer Erzählung der hiesigen Zeitungen noch eine kleine Unterschriftenfabrik etablirt, und war von unberechtigten Augen entdeckt worden. — Daß am Nachmittag desselben Tages der Erzherzog Johann auf seiner Durchreise von den Behörden feierlich empfangen und von den zahlreich zusammengeströmten Volksmassen aller Klassen mit großem Jubel begrüßt wurde, haben die Zeitungen bereits berichtet. In der nächsten Woche werden Zusammenkünfte sowohl von Abgeordneten der konstitutionellen als der demokratischen Vereine der Provinz hier statt finden. Ein Zweigverein des hiesigen demokratischen Klubs hat jetzt den Namen republikanischer angenommen und die Demokraten erklären auch hier jetzt offen, daß Herstellung der Republik ihr Zweck sei.

† Posen, 14. Juli. Mit Entrüstung hat uns jene hannöv. Erklärung erfüllt, die als greller Mißton in den hellen Jubel sich mischte, welcher die Wahl unseres Reichsverwesers begleitete. Ein leitender Artikel unserer Zeitung ist der Ausdruck dieses allgemeinen Unwillens, wir entnehmen ihm einzelne Stellen: „Kein deutsches Gebiet, heißt es unter Anderem, hat in unserer Neuzeit eine zweideutigere Rolle gespielt, als Hannover; denn von Anfang an sprach sich gegen den allgemeinen Willen dort jener Trotz der Verwaltung aus,

der in einer Reihe von Separatnoten und Protokollen, Erklärungen und Deklarationen, den Willen der Nation absichtlich mißzuverstehen und zu verfälschen bemüht war. Wer kennt nicht jene Mittheilungen des sogenannten freisinnigen Ministers Stüve an die Stände, und wer weiß nicht wie derselbe Minister mit diplomatischer Gewandtheit seine frühere Rede mit Lügen strafte, als ein mächtiger Sturm im Lande selbst und in der ganzen deutschen Presse gegen diese Kabinetssophistik sich erhob? Wem ist das Betragen Hannovers in dem schleswig-holsteinischen Kampfe unbekannt, wo das Ministerium den freundlichen Zwischenträger zwischen England und Dänemark abgab, die „freundnachbarliche Vermittlung" des englischen Gesandten wegen Aufhebung des Embargo in Anspruch nahm, heimliche Noten schrieb, statt offen seiner Bundespflicht zu genügen, von der Jury der Nation des Reichsverraths verurtheilt, und höchstens im hohen Bundesrath wegen mangelnder Beweise freigesprochen? In der That, ging es Hannover irgend um seine Ehrenrettung, so war das freiste Bekennen dieser Fehler und das freiste Hingeben an Deutschland jetzt erforderlich: Hannover hätte es sich förmlich zur Aufgabe machen müssen, bei jeder Gelegenheit dem Willen der Nation entgegenzukommen und ihm unumwunden zu genügen. Statt dessen gibt das kön. hannov. Gesammtministerium eine Erklärung ab, die Einblick in die Politik gestattet, zu der man sich jetzt dort ohne alle Scheu bekennt". Nach Beleuchtung dieser Erklärung schließt der Artikel also: „Wir glauben, Hannover wird diese Erklärung desavouiren; es wäre nicht das erste Mal, daß es im laufenden Jahre dazu genöthigt worden. Der engl. Prinz auf dem hannöv. Throne, der so kühn am Anfang sein Haupt erhoben und vor wenigen Monaten einer Deputation der Städte erklärt hat, eine „Vertretung des Volkes am Bunde" sei unmöglich, hat nachgegeben und erkennt diese Vertretung jetzt schon an. Er wird hoffentlich auch noch die Souveränetät der Nation im Frankfurter Parlament anerkennen wenn die Umstände es erfordern werden. Die gebieterische Nothwendigkeit ist da, und die Mittel zur Ausführung fehlen nicht. Denn gegen renitente Bundesgebiete wird der Reichsverweser die Reichsexekution verhängen". Diese Sprache möge ein Beweis dafür sein, in welchem Sinne der Deutsche selbst im fernen Osten über die Centralgewalt, welche der Volkswille durch die Nationalversammlung geschaffen, denkt und mit welcher Energie er ihre Hoheit und Machtvollkommenheit aufrecht erhalten wissen will. — Die Erklärung des deutschen Vereins zu Leipzig, welche derselbe als sein politisches Glaubensbekenntniß veröffentlicht hat, findet hier allgemeinen Anklang, da man allgemein auf demselben politischen Boden steht. Es ist überhaupt merkwürdig, wie sehr die Hinneigung zu Leipzig sich in den letzten Tagen hier manifestirt hat. Offenbar liegt der Grund dazu in den Sympathien, welche für unsere deutsche Sache besonders durch den Leipziger Verein zur Wahrung deutscher Sache an den Ostmarken angefacht worden ist. Seit einiger Zeit mehren sich wieder die Reklamationen gegen deutsche Namensunterschriften, welche von den Polen zu allenmöglichen Protesten nach Frankfurt hin fälschlich mißbraucht sind. Die Mißstimmung in der Stadt gegen General v. Bruenneck ist unter der deutschen Bürgerschaft im Steigen.

§§ **Aus Baiern**, Mitte Juli. Durch das ganze Land zieht die übereinstimmende Freude über die Wahl des Reichsverwesers, welche nicht nur einen selbst dem grundlosen Verdacht unzugänglichen Fürsten an die Spitze des neuen Staates stellt, sonden diesem auch mehr als die kühnste That und das beste Wort das festeste Bollwerk Deutschlands sichert: die Tiroler, die auf den Ruf des Erzherzogs Johann aufstehen würden, alle als Ein Mann. Weniger allgemein ist die Zustimmung zu der Art der Wahl, und Viele stimmen mit Ihnen in der Klage überein, daß man ohne Noth den Rechtsboden verlassen habe. Es ist freilich ein gefährlicher Weg, den man eingeschlagen, und nur glücklich zurückgelegt bis zu Ende, wird er Rechtfertigung finden. Die ersten Schritte sprechen alle für ihn. Sämmtliche Regierungen, von denen wir nicht zu viel sagen, wenn wir behaupten, daß sie alle der Neugestaltung Deutschlands in ihrem Herzen fremd, wo nicht geradezu entgegen sind, haben ihre Zustimmung zur Wahl gegeben und sogar über die Art derselben in Anerkennung des Drangs der Verhältnisse hinweggesehen. Warum? Aus demselben Grunde, aus welchem das deutsche Volk ungeachtet seiner entschiedenen Abneigung sich den Wiener, Laibacher, Karlsbader, Frankfurter Beschlüssen von ehedem ꝛc. fügte: weil sie das Recht des Stärkeren anerkennen. Tritt auch ein unbeugsamer Charakter hervor und entgegen, wie der König Ernst; nun das Volk hatte auch seinen Arndt, Jahn, Behr ꝛc. und wir wollen nur hoffen, daß ihre Schicksale nicht gleicherweise vorbildlich seien! Im Ganzen wird damit Nichts geändert: die Macht ist gegenwärtig nicht in den Einzelregierungen. Eine Centralregierung aber, soll sie festgegründet sein, muß von der Macht ausgehen und es ist natürlicher, daß der Schwächere zustimme statt bestimme, zumal die Wahl so wenig als der Zweck der Wahl aus seiner Seele hervorgegangen. Man fragt: was geworden wäre ohne die Zustimmung der Regierungen? Die Antwort liegt in der beispiellosen Eile, mit welcher die Zustimmung verkündet wurde. Dagegen erwäge man einen nicht so ganz unwahrscheinlichen Fall: Die Regierungen hätten gewählt und die Nationalversammlung hätte Nein gesagt zur Wahl. Was dann? — So ungefähr wird hin und da den strengen Rechtsfreunden geantwortet. Nun aber, wenn nicht zu verkennen ist, daß die Nationalversammlung die Trägerin der Macht der Nation ist, so ist es ebenso deutlich, daß sie dies ihr Amt nur dem Vertrauen verdankt, das sie in der großen Mehrheit unsres Volkes genießt. Unter allen Hebeln des öffentlichen Vertrauens aber ist keiner wirksamer, als politische Weisheit. Wenn wir diese bei den Verhandlungen über das deutschen Volkes Grundrechte nicht in überschwänglicher Fülle vorhanden erblicken, so trägt schwerlich unser Auge die Schuld. Staatsrechtliche Bestimmungen vertragen nicht eine Behandlung wie Toasts bei Festgelagen; hier muß deklamatorischer Enthusiasmus der besonnenen Einsicht, der Kenntniß der Thatsachen und der Gerechtigkeit für Alle das Wort lassen; der Gerechtigkeit nicht nur für diejenigen, welche gern unter den vortheilhaftesten Bedingungen in Rechte eintreten möchten, sondern auch für diejenigen, welche mit schweren Opfern die Rechte, die sie besitzen, erkauft haben. Zudem ist gewiß Nichts unzweckmäßiger, als in die Physiognomie der Grundrechte kleine, und viele kleine Züge zu beingen. Schließlich noch ein Wort über die Abgeordneten aus Baiern. Sie sind auffallend schweigsam in der Versammlung. Es giebt Viele, die das tadeln, weil man doch auch gern auf der Rednerbühne vertreten sein möchte. Mir Mehrzahl derer die ich sprach, lobt sie darum, daß sie — bei dem Zeitverderb durch so viele öffentliche Vorträge, in denen das Ausland vergeblich das nach dem ersten preußischen Landtag mit Recht erwartete parlamentarische Talent der Deutschen suchen wird, ihre Thätigkeit auf die Ausschüsse und auf die Abstimmungen beschränken. Daß ihre Abstimmungen zum Theil mit den Ansichten ihrer Wähler nicht übereinstimmen, kann ihnen nicht zur Last gelegt werden. Es ist keiner verpflichtet worden gegen seine Ueberzeugung zu stimmen, und um die Ueberzeugung hatten sich die Wähler vorher zu bekümmern.

Aus Franken, 16. Juli. Die Karlsr. Z. theilt einen offenen Brief mit, welchen die Mehrheit der Wähler des Wahlbezirks Bamberg an den Abgeordneten Titus gerichtet hat. Sie sprechen in diesem Schreiben ihren Unwillen darüber aus, daß Hr. Titus, nachdem er vor dem Wahlakt die feierliche und öffentliche Erklärung gegeben, als Abgeordneter nur im konstitutionell monarchischen Sinn stimmen zu wollen, trotzdem öffentlichen Blättern zufolge auf der äußersten Linken sitze, somit nicht der konstitutionellen, sondern der demokratischen Partei angehöre und namentlich auch „in der wichtigsten Frage über die Wahl eines Reichsverwesers, deren glückliche Lösung das ganze deutsche Vaterland mit Freude erfüllte, als der einzige Baier sich der Abstimmung gänzlich enthalten habe". Zudem sei Hr. Titus seinen Wählern als thätiges Mitglied eines demokratischen Klubs bezeichnet worden. „Wir erklären daher offen", schließt das Schreiben, „daß Ihre Handlungsweise mit unsern Gesinnungen nicht im Einklange steht; wir verabscheuen das bisherige Treiben der ultraradikalen Partei und finden uns in unserm Gewissen gedrungen, Sie über diese Ihre Handlungsweise uns gegenüber zur Rechtfertigung öffentlich hiermit aufzufordern."

Der Einsender oder die Einsender setzen hinzu: Nach einer solchen Kundgebung wird Hr. Titus seinen Sitz in der Paulskirche nicht wohl mehr beibehalten können. Sollte er aber auf diese Stimme nicht achten, so ist die Mehrzahl der Wähler entschlossen, ihn auf eine ganz unzweideutige Weise zur Niederlegung seiner Abgeordnetenstelle aufzufordern.

Lauenburg. Ratzeburg, 8. Juli. Lauenburg ist nun auch in den Kreis des neuen Deutschlands, das freilich ein einiges erst werden soll, gezogen. Am 6. Juli hielt Welcker, als Kommissär der Frankfurter Centralbehörde Deutschlands, vor dem versammelten Landtage in öffentlicher Sitzung eine lange Rede, worin er die Lauenburger aufforderte, zu erklären, ob sie Deutsche oder Dänen sein wollten. Die Antwort war, daß der Landtag am folgenden Tage die Wahl der Administratoren vollzog und am Abend eine Volksversammlung mit der Schützengilde und den Gewerken auf dem Markte den neuen Bund gleichsam besiegelte. (A. M.)

Baden. Karlsruhe, 17. Juli. Der Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps hat angeordnet, daß die baierischen und württembergischen Truppen sich in ihre Länder zurückziehen und nur an der Grenze derselben aufgestellt bleiben, um, sobald das Bedürfniß

Digitized by Google

dazu von Neuem sich zeigt, auf kurzem Wege wieder einmarschiren zu können. Die Würtemberger werden namentlich bei Rottweil und bei Tuttlingen ihre Aufstellung nehmen. — Die Flüchtlinge haben ihre Pläne eines neuen Einfalls vorerst wieder aufgegeben, und die Bewohner des Seekreises sind sichtlich nicht mehr in der frühern gereizten Stimmung, so daß zu hoffen ist, es werde zur Aufrechthaltung der Ordnung einer starken Militärmacht zur Zeit nicht mehr bedürfen. Sollten die Truppen als Exekutionsmannschaft wieder gerufen werden, so würde der Aufwand den unruhigen Gemeinden und Bezirken zur Last gelegt, und Dies mag wohl auch die aufrührerischen Gelüste etwas zurückhalten. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, 14. Juli. Ueber die heutige Sitzung der Tagsatzung, in welcher die Noten Badens und des deutschen Bundes wegen der Flüchtlinge verhandelt wurden, berichtet die Basler Zeitg.: Die einzelnen Kantone suchen sich gegen die sie betreffenden Beschwerden zu rechtfertigen und nachzuweisen, welche Uebertreibungen namentlich die badische Note enthalte. So Schaffhausen, Aargau, Thurgau u. St. Gallen. Thurgau wie Zürich finden die Beschwerden der Noten doch gegründet, wie uns den vorgelegten Akten hervorgehe, denn da liege nun ein Aufruf eines Centralausschusses der Deutschen in Biel vor, in welchem dieselben zur Republikanisirung Deutschlands förmlich aufforderu und eine Instruktion zu vollständigee militärischen Organisirung aller Deutschen in der Schweiz, lauter Dinge, welche schroff im Widerspruche mit den völkerrechtlichen Grundsätzen und den vom Vororte in einem Kreisschreiben vom 18. März d. J. gegebenen Zusicherungen stünden. Auf St. Gallens Rüge erklärte der Präsident, daß er die Zumuthung in der deutschen Bundesnote, als ob dem Vororte diese Umtriebe bekannt seien, bereits entschieden abgelehnt habe. Er spricht bei diesem Anlaß seine vollkommene Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des vorigen Präsidenten hinsichtlich der strengen Unparteilichkeit in auswärtigen Händeln aus und will Neutralität und keine Wühlereien, was aber Waadt und Genf nicht gefallen will und ihnen Anlaß gibt über die sogen. Neutralität quoad même loszuziehen. Denn Genf möchte gerade diese Flüchtlinge voran in Marsch sehen, „pour traquer les ennemis.“ Auch muß der Präsident, genöthigt durch Aeußerungen Genfs, seine diplomatischen Besuche aufzählen, welche er bereits erwidert habe aber noch erwidern werde, so z. B. dem neuen bairischen, dem neapolitan. und dem österr. Gesandten, sowie auch die Aeußerung, als ob die Note von Diplomaten unterstützt worden wäre, als eine Verdächtigung zurückweisen. Baselland machte seinem Unmuthe und seiner auch in seinem Votum dem deutschen Bundestage, dieser Leiche, reichlich zugeflossenen Verachtung Luft, indem es rügt, daß man über eine Note so lange Reden halte und sie am Ende noch an eine Kommission weise, was gewiß einer schweizerischen Note nie widerfahren wäre. Endlich wird nach Zürichs Antrag die Niedersetzung einer Fünferkommission beschlossen, welche die ganze Angelegenheit näher zu untersuchen hat und der Vorort eingeladen, Berichte der einzelnen betreffenden Kantone einzuholen. Baselland und Genf wollen die Note dem Vorort überweisen oder über noch lieber darüber zur Tagesordnung schreiten. In die Kommission werden gewählt: 1) Präsident Funk; 2) Bürgermeister Zehnder; 3) Landammann Houzerdühler; 4) Präsident Kern; 5) Landammann Munzinger, die beiden letztern erst im 4ten Scrutinium mit 11 Stimmen.

Italien.

* Rom, 7. Juli. In der Lombardei oder im Piemontesischen selbst hat man eine in Zahlenchiffren abgefaßte Depesche des Kard. Soglia, die dieser an den Nuntius bei dem kaiserlichen Haflager in Innsbruck den 15. Juni gerichtet und in Turin am 20. zur Post hatte geben lassen, aufgefangen. Die begleitenden Zeilen, welche den Inhalt jener Chiffren als die dem Nuntius zuertheilten Instruktionen angeben, erwähnen der Spaltung, die zwischen dem Ministerium und dem Papst obwaltet. Ein sieneſisches Journal hat sie zuerst publicirt und hat die Echtheit beider Dokamente verbürgt. Hiesige Blätter haben sie gestern wieder abgedruckt und möglichst weit verbreitet. Der Eindruck, den die Erscheinung des Resultats einer an dem päpstlichen Siegel verübten Gewaltthat in dem Publikum hervorgerufen hat, ist lebhaft, und beide Parteien sind dadurch mehr als je hinter einander gebracht wurden. Anfangs wurde die Wahrheit der Thatsache von Vielen beiderseits in Zweifel gezogen, allein diese Zweifel sind nicht im Stande, die unzweideutigen Zeichen der Echtheit, die diese Zeilen an sich tragen, zu zerstören oder auch nur zu beseitigen. In dem einen wie dem anderen Falle aber wird der Papst nicht umhin können, sich über die Sache zu erklären, was nothwendig zu einer Krise führen muß. — Das Ministerium, welches sich als konstitutionelle Macht mehr und mehr mit Bewußtsein geltend macht, ist im Begriff sich im Einzelnen durch entschiedene Charaktere zu ergänzen und zu regeneriren. Fürst Doria legt das Kriegsministerium nieder und Marco Minghetti, gegenwärtig als eine Art von Kriegskommissär im Feldlager Karl Alberts weilend, soll es übernehmen. Recchi, den das Volk öfter vermißte, wird hierher zurückkehren und Lunati's Stelle als Finanzminister einnehmen. Durando ist hier angelangt und wird sich nun wegen der vicentiner Waffenthaten vertheidigen müssen.

† Neapel, 6. Juli. Das hiesige Parlament hat zwar seit dem 17. seine Sitzungen angefangen, aber bis jetzt noch nicht die nöthige Anzahl Deputirte vereinigen können, um einen Beschluß zu fassen, und so beschränken sich die Repräsentanten der Nation einstweilen darauf, sich über unbedeutende Fragen zu ereifern. Die königlichgesinnte Partei der Deputirten hat bis jetzt den Sitzungen nicht beiwohnen wollen, weil sie fürchtet, die Kammer werde, sobald sie in erforderlicher Anzahl versammelt, Etwas beschließen kann, sich als Constituante einsetzen, sie wollen daher erst abwarten, bis der Aufstand in Kalabrien gedämpft ist, oder die Truppen doch sonst Etwas von Belang ausgerichtet haben, um fester auftreten zu können. Nach den neuesten Nachrichten hatte General Nunziante zwar die Insurgenten bei Muida zurückgedrängt und 5 Kanonen erbeutet, sah sich aber doch veranlaßt, mit einer ganzen Kolonne wieder nach Montellone, das sich nach dem Abmarsch der Truppen ebenfalls empört hatte, zurückzukehren, um diese Stadt zu entwaffnen und „dann schnell weiter zu manövriren.“ Auf diesem Rückmarsch scheint er zwar eine ziemliche Schlappe bekommen zu haben, wenn aber hiesige und sicilianische Blätter sein aus 5600 M. bestehendes Korps aufgerieben, ihn selber gefangen und eine Kriegskasse von 23,000 Duc. in die Hände der Insurgenten gefallen sein lassen, so sind doch diese Uebertreibungen zu handgreiflich, als daß Jemand im Ernste daran glaubte. Die Deserteionen unter den Truppen sollen bedeutend sein, und selbst die Staatszeitung muß den Uebergang von 300 M. zu den Insurgenten zugeben. — Die Generale Busacca und Lanza hatten sich in Castrevillari vereinigt und standen im Begriffe gegen Cosenza zu marschiren, wo, wie es scheint, ein Aufstand gegen die dortige provisorische Regierung selbst ausgebrochen war, denn nach einer officiellen Nachricht hat sich diese gegen Ulloa geflüchtet und eine Deputation, an deren Spitze der Erzbischof von Cosenza war, bei Busacca eingetroffen, versicherte ihm, daß die Truppen in Cosenza mit Jubel aufgenommen werden würden und daß die große Mehrheit der Bewegung entgegen sei. Diese Nachricht, an deren Richtigkeit wohl nicht zu zweifeln ist, ist wichtig, weil Cosenza der Centralpunkt des Aufstandes war. Fünf Dampfschiffe, die gestern Nacht von hier abgingen, bringen neue Zufuhren von Truppen, Artillerie und Munition und — Abbildungen des Königs. Vielleicht hofft man den Kalabresen bei Ansicht ihres geliebten Monarchen das Herz brechen zu machen. — Seit mehreren Tagen befinden sich hier die zwei Abgesandten aus der Schweiz, Francini und Cullin, um das Betragen der 4 Schweizerregimenter am 15. Mai zu untersuchen.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 7. Juli. Die „Lemb. Z.“ enthält nachstehende Bekanntmachung: Wir müssen das Publikum auf gefährliche Vorfälle aufmerksam machen, die im Lande entstehen können, wenn die Regierung nicht bei Zeiten einer sich einnistenden Gesetzlosigkeit vorbeugt. Seit einiger Zeit schleicht sich nämlich eine bedeutende Anzahl Menschen von den russischen Grenzen nach Galizien ein. Dieselben ziehen von Haus zu Haus und häufen sich in den Dörfern und Städten an, ohne zu wissen, wozu sie hierher gekommen sind. Sei die Veranlassung dazu, welche sie wolle, so ist dennoch die Handlungsweise und das Verfahren derselben zweideutig. Es haben sich vielseitig Klagen von den Bürgern vernehmen lassen, und das Landvolk tritt deshalb auf. Die Regierung würde eine große Ungerechtigkeit begehen, wenn sie diesen leichtsinnigen Ueberläufern Wohnsitze bewilligte, besonders, da sie schon wegen ihrer im Lande verbreiteten Unruhen eine strenge Aufmerksamkeit erfordern.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ettner 6 Kings. 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder wenden man sich an C. L. Alexandre in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 26 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Handverkäufer beträgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis vierteljährlich 1 fl. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 201. Heidelberg, Freitag 21. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Posener Frage. I. — Wien (Selbstauflösung des Sicherheitsausschusses. Einschreiten gegen die Pasquillanten. Verbrüderungsfest. Friede zwischen Ungarn und Kroaten). Aus Tirol (die Urtheile der Ultramontanen in Betreff des Landtags). Berlin (die Verfassungskommission. Zulassung der Juden zu allen Lehrämtern). Aus Rheinpreußen (Thätigkeit der konstitutionellen Vereine). Vom rechten Rheinufer (die Gesinnung der Rheinpreußen). Regensburg (Aeußerungen des Reichsverwesers). Rheindurken (Salt und Beamte. Ein polizeiliches Verbot). Speier (Exzesse). Heidelberg (die Studentenangelegenheit). Wiesbaden (die Unruhen). Schleswig (Adresse der Ständeversammlung an den Reichsverweser). Rendsburg (die Friedensbedingungen abgewiesen. Der Krieg fortgesetzt. Das Tann'sche Freikorps nicht aufgelöst. Raufereien zwischen Preußen und Hannoveranern). Frankfurt (Reichstagsverhandlungen. Die Limburger Frage. Der Kommissionsbericht angenommen. Neigungen des Partikularismus. Das preußische Seedistriktbl. Schlichtung der Unruhen in Wiesbaden. Die Waffenmacht unter die Reichsregierung gestellt).

Schweiz. Zürich. Die Ausweisung der Hannoveraner zurückgenommen. Die Bundesverfassung von Genf und Luzern angenommen. Theilnahme der Schweizer am italien. Kriege.

Großbritannien. Nachrichten aus Irland.

Frankreich. Paris. Finanzielle Noth; die wahlfreie Regierung. Der National für Lamartines Friedenspolitik. Probe seines Wahlwallens für Deutschland. Die Entwaffnung von Lyon. Die Juniopfer. Petitionen. Verhandlungen der Nationalversammlung. Interpellation wegen der Donaufürstenthümer.

Griechenland. Schreiben des Königs von Baiern. Ministerwechsel.

Heidelberg, 20. Juli.

In der Nationalversammlung ist der Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses über die polnisch-posnische Sache von Professor Stenzel erstattet worden; die Frage wird wohl dieser Tage zur Diskussion kommen. Wir beeilen uns, unsee Votum, möglichst vollständig motivirt, abzugeben.

Der geschichtliche Stand der Sache ist in Kurzem folgender. In Folge des glorreichen Entschlusses Preußens, in Deutschland fernerhin aufgehen zu wollen, ist am 11. April durch Bundesbeschluß die Provinz Preußen in den deutschen Bund aufgenommen worden nachdem die preuß. Reg. und die Stände der Provinz einstimmig ihre Zustimmung gegeben hatten. Am 6. April wurde den Provinzialständen von Posen in Berlin dieselbe Proposition gemacht, sie lehnten aber mit 26 gegen 17 Stimmen die Aufnahme in den deutschen Bund ab. Die Minorität gab abee damals sogleich eine Eeklärung zu Protokoll, worin sie dem Wunsche ihrer Kommittenten gemäß mit dem Gebietsgürtel un der Westgrenze, der vorwiegend deutsch bevölkert ist, dem deutschen Bunde zuzutreten begehrten. Sie wählten auch sogleich fünf Deputirte zu dem deutschen Parlamente, diese Wahlen wurden aber von der preußischen Regierung in Folge der Beschlüsse des Vorparlaments annullirt. Alles dies traf mit dem gänzlichen Zerfall der Dinge in Posen und dem ausgebrochenen Zwiespalte zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung zusammen. Die Deutschen der westlichen Kreise und des Netzdistriktes gaben in einer Erhebung von einer unter unsern Landsleuten sehr seltenen Energie, in einer Revolution, wenn man will, die ein natürlicher Gegenschlag gegen die versuchte Abreißung der Provinz von Seite der Polen war, ihren Willen kund, der nationalen Reorganisation der vorwiegend polnisch bevölkerten Kreise nicht eingeschlossen, sondern dem deutschen Bunde einverleibt zu werden. Volksversammlungen auf Volksversammlungen gaben ihee Stimme, Städte und Dorfgemeinden ihre Anträge dahin ab; 24 Volumina Petitionen sind deßhalb an die preußische Regierung abgegangen, die vielleicht von 100,000 Menschen unterzeichnet sind. Die preuß. Regierung gab ihre Einwilligung zur Aufnahme dieser deutschen Theile in den Bund und der Bundestag vollzog dieselbe am 22. April in Betreff auf die Westkreise und den Netzdistrikt, am 2. Mai in Bezug auf Stadt und Festung Posen, wobei der preuß. Regierung überlassen wird, die endgiltige Abgrenzungslinie nach nationalen und strategischen Gründen zu bestimmen. Dies ist durch Geneeal v. Pfuel am 4. Juni festgesetzt worden: zu den westlichen Geenzkreisen mußten, um sie mit der Festung Posen zu verbinden, die Keeise Bul und Samter zugeschlagen werden; aus weniger dringenden Geünden scheinen einige Paezellen im Süden, Stadt Ostrowo, Schildberg und Theile von Krotoschin dem deutschen Bunde zugeschlagen zu sein; der Rest des Großherzogthums soll als ein Herzogthum Gnesen polnisch reoeganisirt werden.

Gegen die Aufnahme der Provinz Preußen ist so gut wie nirgendsher eine Einwendung erhoben worden; ihre Abgeordurten sitzen unbestritten in dee Nationalversammlung. In den deutschposnischen Theilen sind in Urwahlen die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung gewählt worden; wenige Einsprachen wurden dagegen erhoben; die Deputirten sind in Frankfurt anwesend und haben voeländig ihren Sitz in der Nationalveesammlung genommen; die Wahldokumente sind geprüft und von dem Legitimationsausschuß richtig befunden. Die Abgeoednten sind als persönlich legitimirt zu beteachten. Gleichwohl hat der Legitimationsausschuß die Sache der Posener Deputirten an den völkerrechtlichen Auesschuß überwiesen; er hegt demnach Zweifel über die materielle Rechtmäßigkeit und Endgiltigkeit der Aufnahme der benannten Theile von Posen in den deutschen Bund. In diesen Zweifeln mußten ihn verschiedene gestellte Anträge und Eingaben bestärken, die gleichfalls dem völlereechtlichen Ausschusse zugewiesen worden sind.

Es liegt diesem Ausschusse eine ganze Reihe Anträge und Gegenanträge von Mitgliedern der Nationalversammlung, eine Reihe Anmuthungen, Petitionen und Gegenpetitionen von Behörden und Privatleuten außerhalb derselben vor, eine Reihe, die gradweise und abgestuft immer größere und größere Forderungen und meist auch die entsprechenden Gegenforderungen und Abmahnungen enthält. Diese Reihe ist folgende:

1) Der Abg. Nerreter trägt an, daß die deutschen Theile des Großh. Posen, die durch Bundesbeschluß vom 22. April dem deutschen Bunde einverleibt sind, von dem übrigen der polnischen Reorganisation vorbehaltenen Theile getrennt, der Aufnahmebeschluß des Bundes also sanltionirt weede. Gegen diese Aufnahme protestirt das polnische Nationalkomité in einer Eingabe an die Nationalversammlung und die polnische Bevölkerung des Kreises Birnbaum in einer durch Hrn. Ceffius gemachten Eingabe.

2) Durch Bundesbeschluß vom 2. Mai ist auch die Stadt und Festung Posen diesem aufzunehmenden Theile zugeschlagen worden, und die Stadtverordneten von Posen selbst haben mit 18 gegen 6 Stimmen diesen Anschluß begehet und hierüber eine Vorstellung an die Nationalversammlung gerichtet, worin sie das Uebergewicht der deutschen Bevölkerung in der Stadt nachweisen. Gegen diese Aufnahme der Stadt Posen protestirt der Abg. Benedey, in Folge einer demselben eingereichten Protestation von etwa 3500 Wählern in Posen.

3) Dieser Anschluß der Stadt Posen führt unvermeidlich den Mißstand mit sich, daß zwei zwischen dem Kreis Posen und den deutschen Kreisen an der Westgeenze gelegene polnische Keeise, Bul- und Samter, von überwiegend polnischee Bevölkerung, mit zu Deutschland geschlagen und von dee polnischen Reorganisation ausgeschlossen werden; dazu kommt, daß in den östlichen zu reorganisirenden polnischen Theilen sich die vorhin bezeichneten deutschen Parzellen in einer Art verzweifelten Ungestüms von der Reorganisation oder Gemeinschaft mit den polnischen Kreisen herausdrängten, so daß die letzte als definitiv bezeichnete Demarkationslinie allerdings nur ein sehr kleines polnisches Posen übrig läßt. Dieses starke Reagiren der deutschen Bevölkerung ist die Ursache, daß nun neuerdings die Polen selbst in Posen die Reorganisation nicht wollen, und die Aufnahme des ganzen Großherzogthums in den deutschen Bund betreiben. Diese Bestrebungen haben in direlter

Digitized by Google

Eingabe an die Nationalversammlung, soviel wir wissen, keine Aeußerung gefunden (der Abg. Leue trägt aus andern Gründen auf den Anschluß ganz Posens an Deutschland, aber unter abgesonderter Verwaltung an), dagegen hat sich das deutsche Nationalkomité von Posen in einer eingereichten Denkschrift gegen diese Aufnahme des ganzen Großherzogthums ausgesprochen.

4) Die Bundesversammlung hat durch Beschluß vom 11. April die Provinz Preußen in den deutschen Bund aufgenommen, deren westlicher Theil (Westpreußen) zum großen Theil vor der ersten Theilung von 1772 ein Bestandtheil Polens war. Der Abg. Osterrath erklärt im Namen der polnischen Bewohner vieler Wahlkreise Westpreußens, daß sie diese Aufnahme in den deutschen Bund mit Freuden erfahren hätten, indem er zugleich auf den Schutz ihrer Sprache und Nationalität anträgt. Dagegen überreicht Herr Ignaz. Lyskowski jene Protestationen aus einigen überwiegend polnischen Kreisen von Westpreußen, die gegen die Einverleibung in den deutschen Bund protestiren.

5) Während hier aus der Beute der ersten Theilung von Polen, von Westpreußen, nur der noch polnisch bevölkerte Theil bloß von der Einverleibung in den deutschen Bund ausgenommen werden soll, so beansprucht man von anderer Seite positiv die Herstellung des ganzen alten Polens von 1772, gestützt auf das Vorparlament, das die Verpflichtung Deutschlands anerkannt hat, zur Herstellung Polens mitzuwirken. Eine Petition aus Marburg verlangt, daß die Nationalversammlung das Recht aller polnischen Theile anerkenne, sich von Preußen, Oesterreich und Rußland zu trennen und ein freies Polen herzustellen. Und eine Petition des Frankfurter Arbeitervereins: das Parlament solle die Nationalität des polnischen Volks, wie sie vor der ersten Theilung bestanden, also mit beiläufig ganz Westpreußen, schützen und wahren. Ganz so verlangen die Stimmen einzelner Polen, wie Leiewel, Trentowski, Nakwaski, die Wiederherstellung von ganz Polen von uns; der letztere sogar: wie sollten eine europäische Volksversammlung berufen, aus Repräsentanten aller Nationen: das europäische Interesse erfordere es, daß Polen groß und stark hergestellt werde, wie es war, daß seine Grenzen (ipsissima verba) das baltische und das schwarze Meer berühren: wir Deutsche sollen diesen europäischen Kongreß berufen, da sollen sich die Polen frei aussprechen und der Kongreß darüber entscheiden.

6) Man sollte denken, dies sei das Aeußerste; aber indirekt liegt in der Adresse polnischer Reichstagsmitglieder an die Nationalversammlung, d. d. Paris 6. Juni, von Czartoryski's Freunden, der Aristokratie, unterschieben, noch etwas Anderes und Mehr ausgesprochen. Man weiß, daß dort ein Hof ist mit einer sehr geschäftigen Diplomatie. Sie sehen Polen auch in dieser Adresse, nicht mit geraden Worten, aber indirekt ganz deutlich, als bestehend, als existirend an: sie protestiren, drohen mit Krieg, bieten Bedingungen, wie eine wirkliche Macht. Sie sagen z. B., wir könnten ebensogut Warschau als Posen in den deutschen Bund aufnehmen, sie sehen das also so an, als ob Preußen über Posen ganz so wenig zu verfügen hätte, wie über Warschau. Sie versichern uns schon der Großmuth, mit der Polen keinen Anstand nehmen werde, „sich mit seinen Nachbarn über die verschiedenen Grenzfragen gütlich zu verständigen."

Es handelt sich also, kurz zusammengefaßt, darum: sollen wir das deutsche Posen in den deutschen Bund aufnehmen oder nicht? Sollen wir die Stadt und Festung Posen mit den nothwendig dazu gehörigen Verbindungsgebieten dazu aufnehmen oder nicht? Sollen wir das ganze Großherzogthum aufnehmen oder nach dem Wunsch der Deutschposener auf der Theilung und Auflösung desselben bestehen? Oder sollen wir nach dem Wunsch der Polen unsere deutschen Landsleute aufgeben, das ganze Großherzogthum polnisch reorganisiren lassen und die vorwiegend polnischen Theile von Westpreußen dazu? Oder sollen wir endlich das ganze Polen in seinen Grenzen von 1772 herausgeben und mit den Polen schließlich unterhandeln um die Grenzbestimmungen, wie mit einer in Kraft ihrer gerechten Sache bereits existirenden Nation?

Wir wollen weiterhin in umgekehrter Richtung von den äußersten Anträgen und den umfassendsten Anmuthungen den Rückweg nehmen zu den einfachern und jedesmal unsere Ansicht so kurz als möglich entwickeln.

Oesterreich. Δ Wien, 14. Juli. In Folge des allgemein verbreiteten Gerüchtes einer Militärverschwörung gegen Wien, seine Bewohner, und vorzüglich gegen die akademische Legion hat heute ein Verbrüderungsfest der hiesigen Gemeralität und der Officiere mit der Nationalgarde im Augarten stattgefunden, wobei sich die Officiere gegen jede Art von Separatismus oder Reaktion mit ihrem Ehrenworte verwahrten. Es waren mehr als 25,000 Garden und Militärs zugegen. In der großen Lokalität des Augartens war Kopf an Kopf.

Eine Privatnachricht, welche gestern hier eintraf, bringt folgende höchst wichtige Nachricht: Jellachich ist am 10. d. M. von Agram aufgebrochen, um aller Orten zu verkündigen, daß zwischen Ungarn und Kroatien Friede geschlossen ist. Diese Nachricht ist so wichtig für die slavischen Bewegungen, daß ich mich nicht enthalten kann, sie Ihnen mitzutheilen, auch ohne sie verbürgen zu können.

Wien, 15. Juli. Der Allg. Z. wird geschrieben: Es scheint zu tagen bei uns! Der Sicherheitsausschuß hat auf morgen allgemeine Versammlung angekündigt, um über seine Auflösung zu berathen. Der Himmel erleuchte ihn! Aus den Provinzen kommt ein Protest nach dem andern gegen denselben. Gestern veranlaßte die Garnison ein Verbrüderungsfest im Augarten mit der Nationalgarde und der akademischen Legion, was um so freudiger aufgenommen wurde, je spröder die Offiziere sich bisher gezeigt.

† Aus Tirol, 17. Juli. Die „Allge. Zeit." und noch einige andere „radikale" Blätter und Menschen nannten den §. 15. unseres Verfassungsentwurfes, der für die katholische Kirche die Alleinbefugniß zu öffentlichem Gottesdienst beansprucht, eine „Intoleranzerklärung". Wir waren gleich nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse nicht mehr zweifelhaft, daß aus Wuchs und Wurzel der neuen Landtagspflanze eine ähnliche Frucht erwachsen werde, und gestehen offen, daß wir auf eine viel bitterere gefaßt waren. Ohne zu verkennen, daß manche unter den Vertretern solche Zumuthungen des beschränktesten, eigensüchtigsten Separatismus zwar nicht mit Erstaunen, doch mit der gleichen Indignation aufnahmen, wie etwa Sie und Ihre Leser, daß ferner ein großer Theil derselben das Unkonstitutionelle, folglich Ungesetzliche und obendrein ohne offene Empörung Unhaltbare einer solchen Sonderforderung vollkommen begriff, so wußten wir zu gut, wie überlegen ihnen eben die separatistische Partei ist und wie sie Mittel genug besitzt, um die Gegner förmlich aus der Rechnung zu streichen. Es bedurfte unbezweifelt eines ebenso bemessenen als standhaften Einflusses der liberalen und loyalen Fraktion der Landstände, um diese mildeste Fassung des zelotischen Widerstandes gegen die Glaubensfreiheit durchzusetzen. Das Prinzip aufrecht zu erhalten, konnte schon nicht mehr gewagt werden. Der tirolische §. 15 ist auch offenbar nur ein Gegner des §. 31 der österreichischen Konstitution, der die Kultusfreiheit feststellt, während er die Glaubensfreiheit des §. 17 stillschweigend bestehen läßt, und somit Ansässigmachung, Grunderwerb ꝛc. eines Katholiken durchaus nicht als unzulässig erklärt. Selbst die Abhaltung „nicht öffentlichen" Gottesdienstes anderer Konfessionen wird durch das Begehren des „öffentlichen Kultus" für die katholische Kirche zugestanden, wobei man vielleicht an die bisherige Stellung der Akatholiken in Oesterreich dachte, deren Gottesdienst so ziemlich der eigentlichen Oeffentlichkeit entbehrte, z. B. Geläute, Umzüge, offene Kirchen ꝛc. ausschloß. Auf jeden Fall lag bei der Formulirung des konfessionell-separatistischen Paragraphen die Absicht zu Grunde, die Ansprüche der Ultramontanen auf das Minimum zurückzuführen, und eine Vermittlung zwischen der grundgesetzlichen Bestimmung und dem provinziellen Widerstand anzubahnen. Ein Aehnliches ersieht man aus dem §. 3, der die tirolischen Verfassungssatzungen insofern verwahrt, als sie mit denen des österreichischen Reichstages nicht unvereinbar sein werden. Man hatte ja nicht minder begehrt, jede der herrschenden Partei nicht zusagende Bestimmung von Wien oder Frankfurt solle über und rundweg verworfen und gegen Alles und Jedes protestirt werden, was nicht die „katholischen Blätter" oder sonst ein Parteiorgan als für Tirol annehmbar erklärten. Der Verfassungsentwurf, wie ihn etwa die HH. Ambrez und Kons. abgefaßt hätten, würde doch ein billiges Ausgleichen der Extreme glücklich vermieden haben. Wenn eine rasche Hand die volle Schärfe des kritischen Seciermessers brauchen will, wird sie an diesen Beschlüssen des Landtages eine gewisse Halbheit, Unsicherheit, vielleicht sogar ein bloßes Wortmachen finden wollen, und wirklich hat sich bereits die Zelotenpartei diesen Akt der Gerechtigkeit auszuüben nicht versagen können. In allen ihren Zeitschriften verwirft sie das Benehmen des Landtages, den sie als einen gänzlich um alle Popularität gekommenen erklärt. Mit dem größten Opfermuthe schreiben sich die Ultramontanen eigenhändig ihr Mißtrauensvotum. Sie haben sich selbst in den Landtag gewählt, ja sich, besser gesagt, dazu gemacht, sie haben seine Leitung übernommen, und nun sind ihre Choragen nicht einmal im Stande, Befriedigendes zu leisten. Man findet in den §§. 3 und 15 des Verfassungsentwurfes eitle,

kraftlose, flaue Sprüche, die ihre Widerlegung selbst in der Tasche haben; ähnliche Schüchternheiten, die den Bestimmungen des Wiener-Auss-Ministeriums und vom beipflichten, seien nicht der Wille der Kommittenten, welche ja diese Landtagherren gewählt haben, damit sie von vornherein sagen: Wien und Frankfurt sind für uns nicht da. Man sieht nicht an, eine Art Apostasie unter diesen Erwählten anzunehmen, da man die seltene Billigkeit besitzt, den Einfluß der liberalen Partei nicht besonders zu betonen. Nur aus Gewohnheit fällt so was ab von Wählern, von Einmischung des Galleriepöbels, der aus Wienerstudenten und Tagdieben bestehen soll, den wir aber um so schwerer zu finden wüßten, da er manchmal nur im Style einer sparsamen Theaterdirektion von 4—5 Personen, die anständige Menschheit mit eingeschlossen, auf der Tribüne vertreten ist. Somit nennen unsere Volksmänner radikal, was Sie reaktionär und intoleraut heißen. Wir für unsern bescheidenen Theil halten die Beschlüsse der Stände für die gegebenen Verhältnisse sorgfältigst abgewogen, für das Mögliche, was zu thun und zu leisten war, glauben übrigens so wenig an eine Dauerbarkeit derselben, als die Beschlußfassenden dieselbe ebenfalls nicht zum Augenmerk ihrer Bemühungen machten. Solche Nothbrücken halten nicht im Sturm und Wetter unserer Zeit. — Als ein klägliches Omen des um sich greifenden Neuerungsgeistes erklärt man auch, daß der Prälat von Wiltau, welchem die Bezeichnung „Präsident" für den Vorsitzenden des künftigen Landtags zu sehr „nach der Republik roch", mit Unwillen von Ständen und Zuhörern vernommen wurde und nun der alte Titel „Landeshauptmann" in die Brüche gehen dürfte. Dies hartnäckige Konserviren scheinen die Ultramontanen nun zu dem legalen Vorwand für ihr Treiben erkoren zu haben. Im „Alten", sagen sie dem Kaiser, liegt die Bürgschaft für die Ruhe Tirols. Deßhalb begehren sie auch, den „katholischen" Grafen Brandis als Gouverneur zu behalten. Immer weiter geht der Riß zwischen Tirol und der Monarchie, und wenn nicht die Legion der Beamten wäre, die am Ende auch noch Hüte und Schleier der Bozenerinnen auffräßen, wir die Heuschrecken von 1346, und deßhalb mit Wienergeld gefüttert werden müssen, man hätte sicherlich ein selbständiges Tirol längst beantragt. Dies Lostrennen vom Gehorsam gegen die Centralgewalt verdirbt nicht weniger, als die tolle Anmaßung der Sicherheitsdiktatoren in Wien. Indessen so die besten Männer verzweifeln, als Minister auch nur einen Anfang zur Ordnung herauszubringen, halten inteignante, frömmelnde Weiber den guten Kaiser in Innsbruck, verzieren, Kerzen und Blumensträuße tragend, die Prozessionen, bei welchen man die Hülfe Mariä gegen alle Landesbedrängnisse, die Konstitution obenan, anruft, und vernichten das herrliche Oesterreich, das ihren Söhnen einmal als Erbe zufallen — soll.

Preußen. Berlin, 15. Juli. Die Verfassungskommission hat sich heute mit 15 gegen 8 Stimmen für das Zweikammersystem entschieden. Hiernach würden wir eine zweite oder Volks- und eine erste oder Senatorenkammer haben. Die erstere soll aus 350 Mitgliedern bestehen, die zunächst noch aus dem indirekten Wahlmodus hervorgehen sollen, da sich nur 10 Stimmen für die direkte Wahl entschieden haben, so jedoch, daß nach dem Ablaufe und den Erfahrungen zweier Legislaturen es einem neuen Gesetze vorbehalten bleiben soll, direkte Wahlen einzuführen. Für jetzt hat die Kommission in dem für die gegenwärtige konstituirende Nationalversammlung erlassenen Wahlgesetze nur die Abänderungen gemacht, daß die Zahl der Wahlmänner verdoppelt werden soll, und der zu wählende Abgeordnete ein Jahr in Preußen wohnhaft sein muß. Die erste oder Senatorenkammer betreffend, so soll sie ebenfalls aus Wahlen hervorgehen, jedoch nicht aus Urwahlen wie die Volkskammer, sondern aus der Wahl der vereinigten Bezirks- oder Kreisvertretungen. Die Mitglieder der ersten Kammer sollen 40 Jahre alt sein, bedürfen aber sonst keiner weiteren Eigenschaften, als die Abgeordneten der Volkskammer; ihre Zahl ist auf die Hälfte der Volkskammer, nämlich 175, festgesetzt. Die Dauer der Legislatur ist für die Volkskammer auf 3 Jahre, für die erste Kammer auf 6 Jahre bestimmt. Die Abgeordneten für beide Kammern erhalten Diäten und dürfen auf dieselben nicht verzichten. Die Stellvertretung soll aufhören. (K. Z.)

Berlin, 16. Juli. Aus dem Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten (v. Ladenberg) ist eine Verfügung ergangen, in welcher es heißt: „In Folge einer an mich gerichteten Anfrage wegen der Zulassungsberechtigung jüdischer Gelehrten zu den akademischen Lehrämtern, habe ich mit Rücksicht auf die von des Königs Majestät wegen Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse ertheilten Zusicherungen keinen Anstand nehmen können, zu erklären, daß ich auch jüdische Gelehrte als zulassungsberechtigt zu allen Lehrämtern an den Landesuniversitäten anerkenne, insofern nicht die Natur eines solchen Lehramtes das christliche Bekenntniß nothwendig voraussetzt."

§ Aus Rheinpreußen, 17. Juli. Gestern waren in Duisburg Abgeordnete der in den Provinzen Rheinland und Westfalen bis jetzt gebildeten konstitutionellen Vereine versammelt. Von den meisten dieser Vereine kann man sagen, daß die unermüdliche Thätigkeit der Gegner, der sog. demokratischen, d. i. für die soziale Republik mit allen Mitteln wirksamen Kinds, sie in's Leben gerufen hat. Die Nothwendigkeit, sich so gefährlichen Feinden gegenüber gleichfalls zu verbinden, leuchtet allmählich auch den Trägsten und Bequemsten ein. Ja der vergangenen Woche hatte man auf einer vorläufigen Zusammenkunft zu Dortmund angefangen, über eine Vereinigung der Vereine zu berathen und die Entscheidung einem zweiten in Duisburg anberaumten Tage vorbehalten. Es waren hier gestern 50 bis 60 Vereine, die meisten durch drei Abgeordnete vertreten; eine nicht unbeträchtliche Zahl anderer Mitglieder hatte sich zur Theilnahme an dem lebhaften Gedankenaustausch eingefunden. Und wahrlich! wer ankam, erfüllt mit Ekel und Ueberdruß an dem cynischen, hohlen, eintönigen und der Masse doch imponirenden Treiben der Anarchisten, dem wurde wohl unter diesen, von echter Vaterlandsliebe beseelten Männern, welche von den großen Bewegungen der Zeit Heil und echte Freiheit erwarten, aber mit dem erhebenden Ruhme der preußischen Vergangenheit nicht glauben brechen zu müssen, weil in der letzten Zeit viel gesündigt und noch mehr versäumt worden ist. Einige meinten zwar, es seien dem in Dortmund beliebten kurzen Programm, welches die konstitutionelle Monarchie als die politische Glaubensbasis der Vereine hinstellt, noch einige entschieden demokratische Bestimmungen oder die Aufzählung einiger Volksgrundrechte hinzuzufügen, aber sie blieben mit diesen Anträgen in kleiner Minorität. Alle Uebrigen schienen zu glauben, daß man in einem Augenblick, wo es vor Allem auf den Kern der Gesinnung ankam, mit diesen Verwahrungen sich auf den Boden jenes scharfen Zuspitzens und Verklausulirens stelle, welches auch in den gesetzgebenden Versammlungen mehr schadet als nützt. Ueber die Art der Verbindung der Vereine zu einem gemeinschaftlichen Wirken traten zwei Ansichten einander entgegen. Die eine wollte einen Vorort ernannt wissen, einen zu einem eigentlich leitenden Direktorium erhobenen Centralverein, die andere fürchtete von einer solchen Einrichtung eine zu große Hemmung eigenthümlicher Gestaltung und Entwickelung der einzelnen Kinds, und dieser letzteren blieb der Sieg. Es wurde nun beliebt, einen der Vereine, zu welchem der von Köln durch allgemeinen Zuruf erwählt wurde, als „geschäftsführenden Verein" einzusetzen. Als solcher soll er monatlich von jedem Kind einen Bericht über seine Thätigkeit empfangen und den übrigen Auszüge daraus mittheilen, und jährlich mindestens einmal eine allgemeine Versammlung veranstalten. Bleibt der Geist, wie er sich gestern aussprach, rege und lebendig, so wird diese Uebereinkunft trotz der unbedeutendsten Ereignisse in unserer stürmischen Entwickelung sein. Denn wie sehr man auch die Funktionen des geschäftsführenden Vereins beschränkt hat, in wichtigen Fällen wird er immer — mit den Vollmachten der einzelnen Vereine, die sich gewiß schnell mehren werden, zu einem Votum über eine wichtige Frage versehen — als ein Centralorgan der großen Mehrheit aller Gebildeten in zwei wichtigen Provinzen auftreten und ein Gewicht in die Schale legen können. Sei es auch nur zur Abwehr. So lange wir mit Mephistopheles sagen müssen:

Bestünde nur die Weisheit mit der Jugend,
Und Republiken ohne Tugend,
So wär' die Welt dem höchsten Ziele nah —

solches Ziel aber noch für weit entfernt zu halten haben, wird die Abwehr der unweisen republikanischen Jugendträume ein nothwendiges Geschäft bleiben.

× Vom rechten Ufer des Rheines, Mitte Juli. Die Nr. 190 Ihres geachteten Blattes bringt einen Artikel Ihres Korrespondenten ♂ aus Köln, Ende Juni datirt, in welchem derselbe den in frühern Nummern Ihrer Zeitung gerügten Mangel an Sympathie des preußischen Rheines für Preußen zugibt und sich bemüht, denselben zu rechtfertigen. Hätte der Korrespondent bloß im Namen eines Theiles der Bevölkerung seines Wohnortes und einiger Distrikte des linken Rheinufers dieses Zugeständniß gemacht und jene Rechtfertigung versucht, so möchte dieses hingehen, da es nicht unsere Aufgabe ist, mit ihm über den eingestandenen Mangel an Vorliebe für Preußen zu rechten. Er spricht aber im Namen der ganzen Rheinprovinz, und dagegen möchten wir förmlich protestiren. Wir möchten nicht, daß unsere deutschen Brüder an den Gesinnungen der Bewohner des ganzen Rheinlandes irre würden, und hatten es deßhalb für unsere Pflicht, eine Berichtigung folgen zu lassen. Das Wahre in der Behauptung

Digitized by Google

des Kölner Korrespondenten beschränkt sich darauf, daß an dem linken Rheinufer oberhalb Köln, und so weit das frühere Erzbisthum unterhalb Köln reicht, die Verschmelzung der Bevölkerung mit Preußen mangelhaft geblieben ist. Von dieser Grenzscheide an weht nun aber ein ganz anderer Geist; die frühere Herrschaft Crefeld, die Grafschaft Mörs und die auf dem linken und rechten Rheinufer liegenden Lande des Herzogthums Cleve hängen mit Herz und Seele an Preußen. Aehnliche Gesinnungen für Preußen hegen auch alle Länder des rechten Rheinufers, sowie das ganze Herzogthum Berg (obgleich Letzteres auch erst, wie Köln u. s. w., im Jahre 1815 zu Preußen geschlagen wurde) mit Ausnahme vielleicht seiner Hauptstadt Düsseldorf. Wir rühmen uns zwar in diesen Landen nicht, wie der Korrespondent, „einen Theil französischen Blutes in unsern Adern zu haben und Etwas von jener französischen Sympathie für Freiheit zu hegen", wie er; indem wir zuvörderst zu Viel auf unser ungemischtes und unverfälschtes deutsches Blut halten, und dann etwas mißtrauisch gegen den neuesten Zuschnitt der französischen Freiheit gewarden sind, nachdem wir gesehen, wie diese Freiheit, die uns seit dem Februar als ein neues Evangelium angepriesen wurde, schon jetzt, nach kaum vier Monaten, auch schon wieder bereit ist, sich mit gebundenen Händen und Füßen der Despotie eines militärischen Diktators zu unterwerfen. — Dagegen wollen wir aber eine vernünftige, auf Recht und Ordnung gestützte Freiheit, und diese, sowie unser preußisches, und so Gott will, bald einiges deutsches Vaterland haben unsere Herzen, aber deutschen Sympathien. Daß der Korrespondent im Namen seiner Landsleute versichert, seit verflossenem Jahre schon alle Sympathien vom „Westen" abgewendet zu haben, und um keinen Preis französisch werden zu wollen, ist zwar beruhigend; doch fügt er hinzu: „Preußen wollten sie nicht sein, auch nicht werden, oder vielmehr erst dann werden, wenn Preußen sich gänzlich in Deutschland aufgelöst habe", d. h. nicht mehr bestehe. — Dürften wir den Korrespondenten nun wohl fragen, welchem besondern Gemeindewesen er und seine Freunde sich anzuschließen gedenken, falls sich Preußen nicht auf die angegebene Weise auflösen sollte? Da er Frankreich verwirft und ebenso eine Beherrschung durch den Krummstab (obgleich man solchen Gelüsten in den Rheinlanden flüsterte), so würde nichts Anderes übrig bleiben, als entweder belgisch zu werden oder zur Republik überzugehen. Freilich hieße Beides den Zusammenhang mit dem deutschen Vaterlande aufgeben. Wenn aber, wie der Korrespondent zu verstehen gibt, die deutsche Nationalität am Rhein so lange Jahre, nämlich von 1815 bis 1847, geschlummert hat, so wird sie nur eines guten Schlaftrunkes bedürfen, um nach dem kurzen Rausche wieder einzuschlafen. Konnten die Rheinländer, mit welchen der Korrespondent hormonirt, die Wohlthaten so schnell vergessen, womit Preußen das Rheinland und besonders Köln seit 33 Jahren überhäuft hat, so daß dadurch öfters die Eifersucht der alten Provinzen rege gemacht wurde, so wird es solchen Kosmopoliten wohl auch nicht schwer werden, ihr deutsches Blut zu verläugnen und in Kurzem zu vergessen, was sie dem deutschen Vaterlande schuldig sind. Wir aber freuen uns, von der großen Mehrzahl unserer rheinischen Brüder eine bessere Meinung zu hegen.

Baiern. Die Regensb. Z. schreibt: Von den bedeutungsvollen Aeußerungen, welche der Erzherzog-Reichsverweser gestern dahier in mehreren Beziehungen gethan, trugen wir unserem Berichte folgende nach: „Ich glaubte meine Tage in ländlicher Ruhe beschließen zu können, da ist der Ruf des Vaterlandes an mich ergangen, dem sich Niemand entziehen soll. Ich glaubte ihm folgen zu müssen und werde nach meinen Kräften gewissenhaft meine Pflicht erfüllen. Ich werde keine krummen Wege gehen, sondern gerade und offen nach Recht und Gewissen handeln. Wir haben ein großes Werk vor uns, Gott wird seinen Segen geben." — In Bezug auf konfessionelle Eintracht sprach er: „Dir ist schön und löblich, wir haben Alle Einen Gott und Heiland und hoffen, durch ihn selig zu werden." — Weiteres: „Mit solchen Fürsten wie Ihr König, mit einem so tapfern und wackern Volke, wie das deutsche, hege ich die besten Hoffnungen für eine glückliche Zukunft unseres Vaterlandes." — „Regensburg wonte wieder zur alten Ehre und Bedeutung gelangen! Es ist Eure Sache, durch Eure Deputirten dafür zu wirken. Die Oesterreichischen werden gewiß zustimmen. Auf Vorposten ist nicht gut debattiren."

Aus Rheinbaiern, am 16. Juli 1848. Bei uns lebt, wie vielleicht nirgends, eine Achtung des Gesetzes im Volke. Wir Rheinbaiern wissen indessen recht gut, daß wir dieses nicht etwa dem bisherigen baierischen Regimente verdanken, sondern daß, außer den freisinnigen volksthümlichen Institutionen, ein tüchtiger unabhängiger Beamtenstand hauptsächlich dazu beigetragen hat.

Im Allgemeinen wird bei unseren Beamten der dünkelhafte Kastengeist, der anderwärts gerechte Klagen und viel böses Blut verursacht, nicht gefunden und im geselligen Leben u. s. w. ein Vorrecht irgendwelcher Art ebensowenig gefordert als zugestanden.

Daher wünschen wir aber auch, daß der Beamte, welcher im Dienste allerdings seinen Pflichten nachleben soll, seine Rechte als Bürger vollständig ausüben könne.

Sonach erscheint uns die — in öffentlichen Blättern bereits angekündigte — Ministerialverf., wornach (außer den Officieren) auch den Civilbeamten der Eintritt in politische Vereine untersagt werden soll, ungerecht und unausführbar.

In Baiern hat man, gegen Recht und Verfassung, die Aemterverleihung lange als Gnadensache, ohne jedoch den gehofften Erfolg zu erringen, behandelt, und noch heute scheint man Fügsamkeit und Willfährigkeit an dem Beamtenstande höher anzuschlagen, als aufopfernde Pflichterfüllung und männliche Verläßigkeit.

Nur der Polizeistaat regiert mit Lakeien und betrachtet seine Diener „hörig mit Leib und Seele". In dem Rechtsstaate dagegen steht der Beamte auf dem Rechtsboden. Er nimmt hier das Gesetz zur Richtschnur, und dient so nicht etwa bloß den Machthabern, sondern dem Staat, dem ganzen Volke!

Speyer, 18. Juli. Gestern sollen in einem hiesigen Bierhause mißfällige Aeußerungen über die Ausstellung Heckers in mehreren Buchhandlungen gefallen sein, und hierdurch vielleicht veranlaßt, sammelte sich Abends 8 Uhr eine größere Anzahl Soldaten vor der Lang'schen Buchhandlung und drohte die Fenster einwerfen zu wollen. Es wurden alsbald die Läden geschlossen, die Zusammenrottung vermehrte sich durch Dienstboten, Kinder und Männer, und einigemal ertönten Verrat und Hoch, wobei der Name „Hecker" genannt wurde. Nach halb 9 Uhr neuerte sich der Tumult, und viele Soldaten zogen die Säbel, schlugen gegen die Läden und auch auf Civilisten, so daß zwei, unter diesen aber ein Bediensteter des Regiments, verwundet sein sollen. Jetzt wurde die Aufregung größer und die Officiere kamen herbei, um die Soldaten zum Nachhausegehen zu vermögen, was auch gelang, so daß nach halb 10 Uhr die Straßen ziemlich leer waren. Wie wir hören, soll heute eine strenge Untersuchung eingeleitet werden. (Sp. Z.)

Baden. * Heidelberg, 19. Juli. Noch befindet sich die Mehrzahl der Studirenden in ihrem freiwilligen Exil, wenn gleich die Erwartung, es würden die Vorträge eingestellt werden müssen, sie getäuscht hat. Die Regierung scheint indessen entschlossen, die ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel ohne Milderung anzuwenden; dies beweist nachstehender heute hier eingetroffener Ministerialerlaß vom 18. d.: „Der Kurator der Universität Heidelberg wird auf seine Vorlage vom Gestrigen Nr. 251 beauftragt, den gestern nach Neustadt an der Haardt ausgezogenen Studenten in einer ihm geeignet scheinenden Weise eröffnen zu lassen, daß den Theilnehmern am Auszuge, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von drei Tagen, vom Tage der Eröffnung an gerechnet, nach Heidelberg zurückkehren und ihre Ankunft bei dem Universitätsamte anzeigen sollten, das akademische Bürgerrecht werde gekündet werden, und daß man sich nach Umständen gegen die Anstifter der Sache und diejenigen, welche der Wiederherstellung des geordneten Zustandes hinderlich in den Weg treten, schärferes Einschreiten vorbehalte. Nebstdem ist den Inländern, welche sich bei dem Auszug betheiligt haben, in Gemäßheit höchster Entschließung aus Großh. Staatsministerium vom Heutigen Nr. 1703 zu bedeuten, daß im Falle ihrer Nichtrückkehr das gegenwärtige Semester bei der Bitte um Zulassung zur Staatsprüfung ihnen nicht werde angerechnet werden. (gez.) Bekk."

Die Ansicht, daß die große Zahl vor den Folgen schütze, dürfte wohl eine irrige sein; hat man früher in einem ähnlichen Falle, unbekümmert um die Zahl der Betheiligten, das Gesetz in aller Schärfe angewendet, so wird man es auch heute thun. Es würden damit eine Reihe von Leuten getroffen, die sich im ersten Augenblick die ganze Tragweite der Sache schwerlich vor Augen hielten, die nun aber mit jener falschen Konsequenz lieber den zweiten und dritten größern Fehler begehen, ehe sie den ersten eingestehen. Wenn es richtig ist, daß ein gegenseitiges Versprechen, nicht zurückzukehren, ehe die Regierung nachgegeben, geleistet worden, so würde das die ganze Verwerflichkeit der Begriffe bezeichnen, die voraussetzt, eine Regierung, die in ihrem vollen Rechte ist, werde sich durch trotzige Demonstrationen zwingen lassen, von ihrem Rechte abzugehn. Oder wenn es wahr ist, daß man die Zurückgebliebenen für unehrenhaft erklären wolle, so würde die Antwort darauf schwerlich ausbleiben, der Beschluß selbst aber mehr dazu dienen, die Schwäche als die Stärke zu verrathen. Dessenungeachtet kann man es nur beklagen, daß übler Rath, unüberlegte Eile und Verblendung eine Menge von Studirenden mit fortgerissen hat, deren Studien dadurch mehr beeinträchtigt werden müssen, als sie etwohl erwarteten; die gebornen Badener würden namentlich hart

Digitized by Google

davon getroffen werden. Und doch liegt die größere Verantwortlichkeit nicht auf den von der Ueberredung und Unkenntniß der Sachlage Verführten, sondern auf den Verführern außerhalb, die bessern Rath geben konnten, es aber aus Feigheit oder Egoismus unterließen. Jener Schlag Menschen, die in politischer und sittlicher Charakterlosigkeit eine Art Virtuosität beweisen, die unbekümmert um alle Antecendentien jede neue Chance mit der größten Naivetät ausbeuten, hat so wenig dabei gefehlt, als die Klasse von Mißvergnügten und Verzweifelten, die da hofften, bei getrübtem Wasser für ihre kleine Existenz einen bessern Fischzug zu machen, als bei klarem. — Ob die Verwendung der städtischen Behörde für die Ausgewanderten bei der Regierung Erfolg haben wird, bezweifeln wir; jedenfalls liegt in dieser Theilnahme der weisen und gesinnungstüchtigen Berather unserer Stadt ein erfreulicher Beweis dafür, daß jene vor kurzer Zeit noch gangbaren Schmähungen auf Universität, Professoren und Studenten (letztere ausdrücklich mit eingeschlossen) nicht so ernstlich gemeint waren und jenes prahlende Wort, „wozu brauchen wir die Universität", denn doch bei näherer Ueberlegung sich eben nur als eine unbesonnene und unvernünftige Herausforderung der bösen Schicksalslaunen erwies. Zwischen der Zeit, wo man die Erbitterung der Unverständigen und den Zorn des Pöbels gegen Alles, was mit der Universität irgend zusammenhing, künstlich zu schüren suchte, und der heutigen, wo man mit feierlichen Demonstrationen, Petitionen und Deputationen sich der bedrohten Universität annimmt, liegt ein erfreulicher Zwischenraum der Reue und Besserung, die uns gerade so viel Vergnügen macht, als sie aufrichtig gemeint ist.

Nassau. Wiesbaden. Ueber die gestrigen Vorfälle entlehnen wir dem Fr. Jour. zur Ergänzung unserer ♂ Frankf. Korrespondenz folgenden Bericht. „In Folge einer Drohung einer Deputation, die vom „Arbeiterverein" an den Artilleriobrist v. Hadeln geschickt war, um bei diesem die Befreiung von 26 ungehorsamen Artilleristen zu verlangen, welche Drohung, wie man versichert, nichts Anderes enthielt, als im Weigerungsfalle die Inhaftirten mit Gewalt zu befreien, wurde am Sonntag Abend um 9 Uhr Generalmarsch geschlagen, in Folge dessen alsbald die ganze Bürgerwehr unter Waffen stand. Der Bürgerobrist Gödecke hatte den Befehl, die Drohenden, unter welchen namentlich der Hauptmann Dietz von der ersten Kompagnie, zu verhaften. Als er nun seinem Befehl auf dem Friedrichsplatze nachkommen wollte, wo die 1., 2. und 3. Kompanie aufgestellt waren, widersetzten sich diese mit Gewalt dieser Verhaftung. Der Obrist ging, kam aber gleich darauf mit der 6., 7. und 8. Kompagnie wieder, um die sich ihm widersetzenden Kompagnien zu entwaffnen. Nun entstand ein furchtbarer Krawall. Die Leute wollten sich nicht entwaffnen lassen, die Hilfsmannschaft sollte angreifen, that es auch theilweise, worauf die rebellischen Kompagnien sich entgegenstellten, theils auch nach allen Seiten hin fortliefen. Die Meisten luden ihre Gewehre, und man wußte nicht, was daraus noch werden sollte. Der Obrist zog nach, Dietz wurde nicht verhaftet, und man rückte wieder ein. Gestern Morgen nun erschien eine Verfügung, daß in Folge der Widersetzlichkeit die 1., 2. und 3. Kompagnie sofort ihre Waffen auf dem Stadthause abzuliefern hätten. Es war eine Frist bis 9 Uhr Morgens festgesetzt, die später auf dringendes Bitten mehrerer Deputationen auf 3 Uhr Nachmittags verlängert wurde. Die Sache sollte untersucht und dann die Kompagnie reorganisirt werden. Nur Wenige leisteten dieser Aufforderung Genüge. Man sprengte die Thore des Kriminalgerichts, um die inzwischen verhafteten Rädelsführer Dietz und Gräfe, die sich schon so sehr kompromittirt haben, zu befreien.

Schleswig. Rendsburg, 15. Juli. Dem Hamb. Korr. wird geschrieben: So eben (Abends) geht uns die verbürgte Nachricht zu, daß gestern Morgen in (oder bei) Hadersleben eine Konferenz zwischen dem Oberbefehlshaber der Bundestruppen und dem dänischen General Hedemann stattgefunden hat. (Ersterer soll vom Grafen Pourtalès, Letzterer vom Kammerherren von Reedtz begleitet gewesen sein.) Die Unterhandlungen haben 7 Stunden gewährt, und zwar von Morgens 10 bis Nachmittags 5 Uhr. Das Resultat dieser Verhandlung können wir zu unserm Bedauern noch nicht mittheilen. —

Weiter heißt es in derselben Zeitung: Hamburg, 16. Juli, 8½ Uhr Abends. So eben erhalten wir noch mehrere Schreiben unseres *„* Korrespondenten aus Rendsburg vom 16. d. Eine Nachschrift von 3¼ Uhr Nachmittags meldet: „Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß die Friedensbedingungen abgewiesen sind, und der Krieg mit Dänemark demnach fortgesetzt wird."

Das v. d. Tannsche Freikorps sollte angeblich wegen einer Entzweiung seines Befehlshabers mit dem Prinzen von Noer aufgelöst werden, wie aus einer Ordre des Generals v. Wrangel an den Major v. d. Tann, d. d. Hadersleben vom 13. d., hervorgeht. Am 16. d. sollte es den Marsch nach Rendsburg antreten, wo die provisorische Regierung am 19. d. dessen Auflösung vornehmen sollte; wir erfahren jedoch, daß in Folge der Erneuerung der Feindseligkeiten die Auflösung unterbleiben wird.

Heute Mittag war die provisorische Regierung zu Rendsburg in einer Plenarsitzung versammelt. Graf Reventlow-Preetz kehrte so eben vom Norden zurück, und man sprach noch von einem dreitägigen Waffenstillstand, was jedoch leider durch obige Mittheilung widerlegt wird. Es waren die Reserven der preußischen Grenadierregimenter nach dem Norden abmarschirt.

Aus Rendsburg den 15. Juli wird ferner dem Hamb. Korr. geschrieben: In Folge der gestern Abend auf dem hiesigen Paradeplatz stattgefundenen Reibungen zwischen dem preußischen und hannoverschen Militär, wobei es so arg soll hergegangen sein, daß der hannoversche Major Wilk, welcher herbeigeeilt war, um seine Soldaten zu besänftigen, von den Letzteren dafür mit Steinwürfen begrüßt wurde, ist heute der Befehl ergangen, daß sämmtliche hier in Garnison liegende Soldaten bei schärfster Strafe noch 9 Uhr ihr Quartier nicht verlassen dürfen. — Zur Rekognoscirung durchstreifen in diesem Augenblicke (9 Uhr Abends) starke Patrouillen verschiedener Waffengattungen alle Theile der Stadt. — (Die hannoverschen Soldaten hatten sich mehrere Abende hintereinander Thätlichkeiten gegen holsteinische, dann aber auch preußische Soldaten erlaubt, weil sie, wie es scheint, bei einem Balle sich gegen preußische Kanoniere [Lehrmeister der holsteinischen Freiwilligen] zurückgesetzt glaubten.)

Rendsburg, 14. Juli. Nachstehendes ist der Wortlaut der Adresse unserer Ständeversammlung an den Reichsverweser: „Durchlauchtigster Erzherzog! Gnädiger Fürst und Herr! Der feierliche Akt, durch welchen Ew. Kais. Hoheit zum Reichsverweser erwählt worden sind, und die von Ihnen ertheilte Zusicherung, dieses hohe Amt annehmen zu wollen, haben einen Freudenruf erweckt, der durch alle Gauen Deutschlands ertönt, von den Ufern der Donau und der Weichsel bis zu denen des Rheins, von den Höhen der Alpen bis an die Gestade der Nord- und der Ostsee. — Es ist das der Ruf der Freude über die endlich wieder gewonnene Einheit des großen schönen Vaterlandes, welches in seiner Zerrissenheit nur zu lange und zu oft das Gespötte der Fremden und der Spielball ihrer Gelüste war. Es ist das der Ruf der Hoffnung, der einer schönen Zukunft entgegenjauchzt, in welcher alle Stämme Deutschlands zum Vollgenusse einer allen gemeinsamen gesetzlichen Freiheit gelangen werden. Es ist das der Ruf des Hochgefühls und des Stolzes ob der Kraft, welche in der Einheit wurzelt, und ob der Kraft, welche das Kind der wahren Freiheit ist. — Gnädigster Erzherzog, Sie sind berufen worden, der Beschützer dieser großen Errungenschaften zu sein und Sie haben diesem Rufe Folge geleistet, dem größten, welcher je an einen deutschen Mann gedieh! Nehmen Sie denn unter den Jubeltönen Deutschlands auch den Ruf des Landes gütig auf, welches mehr als irgend ein anderes deutsches Land, in diesem Augenblick Ihres hohen Schutzes bedarf! Bedroht in seinen heiligsten Interessen, bedroht in seiner ganzen Existenz, würde Deutschlands nördlichster Gau, würde Schleswig-Holstein mit Bangen der Zukunft entgegensehen müssen, wenn es nicht auf das gesammte Deutschland seine Zuversicht setzen und auf Ihre Fürsorge die Hoffnung bauen dürfte, daß die Verhältnisse dieser Lande nicht allein auf eine der Ehre Deutschlands entsprechende, sondern auch auf eine die Zukunft gegen erneute Zerwürfnisse und Friedensstörungen sicher stellende Weise werden geordnet werden. Je größer unsere Bedrängniß, desto größer daher auch unsere Theilnahme und unsere Freude über die in Ihre feste Hand gelegte Gewalt! — Gott der Allmächtige segne Sie denn mit seinem besten Segen! Gott segne in Ihnen das theure Vaterland und das große Werk, welches du begonnen ist zu seiner Verherrlichung; das mögen die Worte sein, in welche wir kurz zusammenfassen alle die Wünsche und Hoffnungen, deren unsere Herzen voll sind. Nehmen Sie diese Worte gütig auf, gnädigster Herr, und seien Sie der Ergebniß gewiß, mit welcher auf Sie, als den Inhaber der höchsten Gewalt im Reich, als ihren Schutz und Schirm mit freudiger Zuversicht hindlicken Ew. Kais. Hoh. unterthänigst gehorsame, die Stände Schleswigs-Holsteins. Bargum, Lorenzen.

☥ Frankfurt, 19. Juli. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war vorzugsweise zur Erledigung der Limburgischen Frage anberaumt. Der Bericht des Abg. Zacharis von Göttingen Namens des internationalen Ausschusses verbreitet sich ausführlich über die Entstehung und die staatsrechtlichen Verhältnisse des jetzigen Herzogthums Limburg, welches er, so wie es jetzt ein Bestandtheil des deutschen Bundes bildet, eine der heillosesten Schöpfungen der neueren Diplomatie und eine staats- und völkerrechtliche Zwittergestalt

nennt, welche nicht länger das bisherige Leben fortsetzen kann. Die Limburger, welche sich ohnehin nicht von Holland, unter dessen Steuerdruck sie erliegen, angezogen fühlen, suchen sich fest an Deutschland anzuschließen. Dagegen erklärte ihnen der König und das Gouvernement von Holland, daß Limburg eine niederländische Provinz sei und bleiben müsse. Der deutsche Bund, welcher nur durch ein moralisches Band verbunden sei, werde die bestehenden Verträge respektiren müssen. Die Beschlüsse der Nat. Vers. in Frankfurt seien nicht bindend für Limburg, wenn sie nicht die Ratifikation der niederländischen Regierung in dieser Beziehung erhielten. In Folge dieser Erklärung verlangten die Limburgischen Abgeordneten, daß das staatsrechtliche Verhältniß Limburgs festgestellt werde. Ihr Antrag und Verlangen ist auf Zweierlei gerichtet, nämlich daß das Herzogthum Limburg als deutsches Bundesland von der unnatürlichen Verbindung mit dem Königreich der Niederlande losgemacht und gegen eine Betheiligung an der holländischen Staatsschuld von Deutschland in Schutz genommen werde. Der Bericht führt aus, daß das gegenwärtige Verhältniß Limburgs zu Deutschland nicht auf einem Vertrage zwischen dem deutschen Bunde und dem König der Niederlande als solchem beruhe, sondern auf einem Akte der Bundesgesetzgebung, d. h. auf dem Bundesbeschlusse vom 5. Sept. 1839, wodurch die von dem König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg, also in seiner Eigenschaft als Bundesglied, zur Erfüllung einer ihm als Bundesglied schon obliegenden Pflicht, für das abgetretene Luxemburgische dargebotene Entschädigung als Eventual einverleibt wurde. Darum könne durch einen andern Ausspruch der Nationalversammlung über die Verhältnisse Limburgs auch kein vertragsmäßiges Recht des Königreichs der Niederlande gegen Deutschland verletzt werden. Das ganze zum Herzogthum Limburg erklärte und in den deutschen Bund aufgenommene Gebiet ist eine Entschädigung für das an Belgien abgetretene Luxemburgische Gebiet, und darum sind im Verhältniß zu Deutschland auf Limburg und den Rest des Großherzogthums Luxemburg kollektiv alle diejenigen Rechte übergegangen, welche früher auf dem ungetheilten Großherzogthum Luxemburg ruhten. Aus dem Allem geht hervor, daß Limburg ein deutsches Bundesland ist, und als solches, so gut wie jedes andere, den Beschlüssen der Nationalversammlung sich zu unterwerfen hat. Darum stellt der Ausschuß den Antrag: Die deutsche Nationalversammlung wolle beschließen: 1) „daß sie die bisherige Vereinigung des zum deutschen Bunde gehörigen Herzogthums Limburg mit dem Königreich der Niederlande unter einer Verfassung und Verwaltung als unvereinbar mit der deutschen Bundesverfassung betrachte, und 2) daß es sich von selbst verstehe, daß der in der 8. Sitzung vom 27. Mai d. J. gefaßte Beschluß der Nationalversammlung, wonach alle Bestimmungen einzelner deutschen Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des Letztern (ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet) als giltig zu betrachten sind — auch für das Herzogthum Limburg verpflichtend sei." In Beziehung auf den zweiten Punkt bemerkt der Bericht, daß die Schuldfrage an sich Deutschland oder den deutschen Bund nicht berühre und auch die Nat. Vers. nicht berechtigt sei, in dieser Beziehung sich einseitig zum Richter aufzuwerfen, indem dies lediglich eine Streitfrage zwischen einem deutschen Bundesstaate und einem auswärtigen Staate sei. Dagegen sei es Pflicht der deutschen Centralregierung, wie in solchen Fällen früher des Bundestages, vermittelnd einzutreten, und der Ausschuß stellt daher den Antrag: „Die deutsche Nationalversammlung beschließt, daß die Frage über die Verpflichtung des Herzogthums Limburg zur Theilnahme an der holländischen Staatsschuld der provisorischen Centralgewalt zur Vermittlung und einer die Rechte Limburgs wahrenden definitiven Regulirung, deren Ratifikation der Nationalversammlung vorbehalten wird, überwiesen werde."

In der Diskussion gingen die gestellten Amendments nach zwei entgegengesetzten Richtungen von den Kommissionsanträgen ab. Nach der einen Seite wurde ein stärkeres Auftreten gegen Holland verlangt, weniger in Beziehung auf die ersten Sätze, wo Raumer forderte, daß die Verbindung Limburgs mit Holland unter Einer Verwaltung als aufgelöst erkläret werde, als vielmehr in Beziehung auf die Staatsschuld, wofür von mehreren Rednern, Kolb, Stedtmann, Raumer, ein bestimmter Ausspruch beantragt wurde. Nach der andern Seite, wollte man auch in der ersten Beziehung keinen unbedingten Ausspruch zulassen (Clemens und Linde), indem man behauptete, daß das jetzige Verhältniß Limburgs zu Deutschland und der Niederlande allerdings ein vertragsmäßiges sei, und also nur durch Unterhandlung aufgehoben oder geändert werden könne. Diese letzten Anträge fanden indeß keine Unterstützung und konnten deßhalb gar nicht zur Abstimmung kommen. Die Kommissionsanträge wurden von Wurm, Schubert, Beckerath, Reden und dem Berichterstatter vertheidigt. Wurm zeigte, wie der Bundestag zu gehöriger Zeit so ganz und gar seine Pflicht versäumt habe, und wie wir Deutsche dafür von den Holländern mißhandelt worden seien. Weder Preußen, noch Oesterreich habe sich um die Sache bekümmert, nur Baiern habe endlich auf der Territorialentschädigung bestanden und dadurch die Ehre Deutschlands gerettet. Reden läßt sich besonders auf die finanzielle Frage ein, und zeigt, daß es hier hauptsächlich Noth thue, die Limburger in Schutz zu nehmen, sonst würde ihre Vorliebe für Deutschland bald abgekühlt sein. Die holländ. Staatsschuld beteage auf den Kopf 400 Thlr. Wenn Limburg nach seiner Einwohnerzahl einen Theil übernehmen müßte, so würde eine Summe von 81 Mill. Thlr. auf dasselbe kommen, und wenn man auch die Kolonialschuld abzöge, immer noch mehr als die Hälfte. Natürlich könnte das Limburg nicht tragen. In der Abstimmung wurden sämmtliche Amendements abgeworfen, und sodann die Kommissionsanträge fast einstimmig angenommen.

♂ Frankfurt, 19. Juli. Das Emigungs- und Verfassungswerk hat noch manche Gefahren zu bestehen. Die unter dem Namen Republik getriebenen Wühlereien liegen in den letzten Zuckungen, aber der Partikularismus ist es, der nun erstarkt. Ist auch der hannöversche nicht gefährlich, weil, wie alle Zeichen sagen, das Volk in Hannover die Erklärung seines Königs mißbilligt, so ist es doch der preußische, und in Preußen geht diese Richtung nicht vom Könige, nicht von der Regierung, sondern recht eigentlich vom Volke aus. Wenn ich Ihnen sage, daß sich dort Vereine unter dem Namen „Preußenvereine" bilden, so sagt Ihnen dieser Name auch schon den Zweck der Vereine. Ich sah gestern das Manifest eines solchen Vereins. Hat der König im März gesagt: „Preußen geht fortan in Deutschland auf" so wird nun gefordert, daß Preußen nicht in Deutschland aufgehe. Es wäre schlimm, wenn diese Gesinnung in Preußen Fortschritte machte, denn wahr ist es, von Preußen sind die größten Opfer zu fordern. Preußen, das bisher zu den Weltmächten gehört, soll keine Gesandten mehr bestellen und empfangen dürfen (ausgenommen für die wenigen abgesonderten Posen'schen Kreise) über sein Heer soll von Frankfurt aus verfügt, seine Festungen sollen zu Bundesfestungen erklärt werden. Preußen, das unter Friedrich dem Großen aus einem Kampfe mit halb Europa glorreich hervorging, das, obschon 1806 und 1807 elend zu Boden geschmettert, doch seine Selbständigkeit und Weltbedeutung wieder erkämpft, es soll nun, ohne Kampf, freiwillig in Deutschland „aufgehen"! Man fühlt, daß dies ein Opfer ist, und kann das Widerstreben, wenn auch nicht entschuldigen, doch erklären. Zu diesen angeführten gab der Abg. Wagenstecher gestern auf der Rednerbühne noch weitere Gründe an. Sie erinnern sich, daß Hr. Blum in einer früheren Sitzung aus einer unbekannten Quelle mitgetheilt, die preußische Regierung habe die anderen Regierungen aufgefordert, durch gleichzeitige Berufung möglichst vieler Ständeversammlungen der deutschen Nationalversammlung ein störendes Gegengewicht zu bereiten; es war dies die berühmte Mittheilung, die man Hrn. Blum glauben mußte, weil er ein „Volksmann" ist. Gegen diese Verdächtigung der preußischen Regierung haben 400 Bürger von Düsseldorf s. Z. eine energische Erklärung bei der Nationalversammlung eingereicht, welche gestern zum Berichte kam; und diesen Anlaß benutzte Wagenstecher die Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß unverdiente Angriffe auf Preußen, wie sie nur allzuhäufig vorkommen, die Unterwerfung Preußens unter die Beschlüsse der Nationalversammlung nur erschweren können. Er sagte es mit dürren Worten heraus: „Preußen war noch vor wenigen Wochen mehr deutsch als jetzt." Für die deutsche Sache in Schleswig-Holstein leidet der ganze preußische Handel unendlich, alle seine Häfen sind blokirt, seine Truppen sind es, die im Felde stehen, und statt eines Worts des Dankes spricht Hr. Wagner davon, daß die preußischen Waffen sich befleckt! Die Preußen haben indeß Unrecht, empfindlich zu sein gegen die Vorwürfe von Leuten, welchen, obschon selbst „heilig und unverletzlich", Nichts heilig ist. In den beiden Centren und auf der Rechten aber hat Preußen stets Anerkennung und Vertheidiger gefunden. Und kostet es diesem Volksstamm einen Kampf, „aufzugehen", so darf es ihn doch nimmermehr einen Kampf kosten, „in Deutschland aufzugehen." Wenn ein einiges, großes Deutschland an dem „Preußenthum" scheiterte, dann, dann allerdings wäre die preußische Ehre befleckt; und ist Preußen stolz auf seine Siege, so darf es nicht vergessen, daß, sich selbst überwinden der größte ist. — Charakteristisch ist, daß, wie aus früheren Vorgängen in der Nationalversammlung und aus der Eingabe von Elberfeld hervorgeht, die Preußen eine Beleidigung der preußischen Regierung wie ihre eigene aufnehmen. Nicht bei allen deutschen Volksstämmen findet man diesen Patriotismus, der

indeß auch den Engländer auszeichnet. — Daß der Wühlerei in Wiesbaden durch die Centralgewalt ein Ende gemacht ist, wissen Sie bereits. Bei den vorgenommenen Verhaftungen hat man förmliche Waffendepots gefunden. Das Reichsministerium war es, welches von Mainz Truppen beorderte, und in der Proklamation des Nassau'schen Ministers Hergenhahn sind diese Truppen zum erstenmale „Reichstruppen" genannt. Es soll mich wundern, wenn die Linke nicht heute oder morgen über Reaktion klagt, während die Bürgerschaft von Wiesbaden sich wie erlöst fühlt, und die Reichstruppen gleich Befreiern gastlich bewirthet.

Frankfurt. Die Frankf. O. P. Z. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: Durch Befehl vom 16. d. M. hat das Reichs-Kriegsministerium den Landes-Kriegsministerien eröffnet, daß der Erzherzog-Reichsverweser die Oberleitung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen habe. Es hätten die Kriegsministerien am Sonntag den 6. August 1848 alle deutschen Bundestruppen in ihren Garnisonen in Parade ausrücken zu lassen, ihnen die Uebernahme der Oberleitung, unter Vorlesung des Aufrufs: „An das deutsche Volk", zur Kunde bringen, zum Ausdrucke der Huldigung ein dreimaliges Hoch dem Reichsverweser ausbringen und dies, wo es die Umstände erlauben, durch dreimalige Geschützsalven begleiten zu lassen. Von diesem Tage an seien dann da, wo es bisher noch nicht geschehen, die deutschen Farben anzulegen, und zwar in Kokarden an den Kopfbedeckungen und in Bändern an den Fahnen.

Schweiz.

† Zürich, 18. Juli. Der kleine Notenkrieg zwischen Zürich und Hannover ist glücklich wieder beigelegt: Bennigsen bedauert die Mißgriffe der Harburger Polizeikommission, die sich zu einer irrthümlichen Auffassung einer 1834 erlassenen, fridem aber wieder aufgehobenen Ministerialverfügung habe verleiten lassen — und Zürich nimmt sein Ausweisungsdekret v. J. d. zurück. — Die Gr. Räthe von Luzern und Genf haben, mit Vorbehalt der Genehmigung des Volkes, die neue Bundesverfassung fast einmüthig angenommen; doch scheint sich in ersterem Kanton eine lebhafte Opposition von den alten sonderbündischen Elementen aus gegen dieselbe im Volke bilden zu wollen. Auch der religiöse Fanatismus wird zur Erweckung einer neuen Aufregung nicht verschmäht: mehrere hundert Personen begaben sich kürzlich zu Luzern auf das Dampfschiff, um einer Wallfahrt nach Einsiedeln anzutreten, und dort gegen das religionsgefährliche Bundesprojekt zu beten und Messen lesen zu lassen. Genf hat aus Besorgniß vor sich flüchtenden Pariser Insurgenten eine Kompagnie aufgeboten, die nun den Wachtdienst in der Stadt versieht; — sollte man etwa den Arbeitern von St. Gervais nicht mehr so recht trauen? — Die schweizerischen Blätter bringen mitunter interessante Einzelheiten über die Kriegsvorfälle in Italien, in der Regel freilich mit einem starken Hautgout von Patriotismus, den wir aber nicht so sehr verübeln wollen. Ueberall tritt ein ziemlich großes Selbstgefühl der für die Italiener streitenden Schweizer diesen ihren Bundesgenossen gegenüber hervor; ein römischer Soldat, der bei Vicenza mitkämpfte, weiß im „schwyz. Volksblatt" nicht genug von der Erbärmlichkeit u. Feigheit der italienischen Truppen zu erzählen, die Schweizer seien die Einzigen gewesen, welche dem alten Radetzky, von dem man nur mit einer gewissen „grausigen Scheu" spreche, Widerstand geleistet. Der thurgauische Hauptmann Debrunner berichtet aus Malghera, er habe eine Komp. mit Stutzer bewaffnetee Schweizer unter sei.em Befehl, die Löhnung sei gut und prompt, wenigee gut die Quartiere in den Kasernen, über deren Flöhe und Wanzen — „einem österreichischen Erdtheil" — er sich bitter beschwert. Nun wenn die Flöhe und Wanzen erst ihre bisher unbestrittene italienische Nationalität verläugnen, was können wir da noch Alles erleben! Debrunner erzählt ferner, die Disciplin unter seinen Leuten sei hergestellt, auch rügen dieselben die gefürchteten „rothen Hosen." Diesen „rothen Hosen" weiht man einen förmlichen Kultus; kein Brief, wo ihrer nicht ehrenvolle Erwähnung geschähe; auch vor der Gefangennahme der römischen Schweizer in Vicenza hirß es beständig, die Oesterreicher möchten tapfere Leute sein, aber den Anblick der „rothen Hosen" vermöchten sie nicht zu ertragen. Bei einem Scheibenschießen auf dem Lido hatten die Schweizer zum großen Ergötzen der zuschauenden Venetianer drei Bilder wacker durchlöchert, deren eines den Teufel, das andre Radetzky und das dritte einen Krooten vorgestellt. Im Fort Malghera befänden sich gegenwärtig 3600 Mann nebst 123 Kanonen von schwerem Kaliber, unterstützt noch durch eine 100 Kanonen starke Flotille von Kanonenbooten; den Oesterreichern, die nur leichtes Feldgeschütz hätten, zerstöre man regelmäßig alle Morgen mit ein paar Dutzend Schüssen die während der Nacht aufgeworfenen Schanzen. — Einer der Waadtländer Freiwilligen schreibt aus der Lombardei, es seien ihrer gegenwärtig 50 Schützen unter dem Major Borgeaud in Lovese stationirt; die Aufnahme von Seite der Lombarden könne nicht genug gerühmt werden; doch scheint der Eifer der für die italienische Freiheit kämpfenden Waadtländer nicht bei allen gleich groß zu sein; wenigstens berichtet der Schreiber, mehrere seiner Kameraden hätten sich feig aus dem Staube gemacht, von der Gensdarmerie wieder aufgegriffen, seien sie über die Grenze transportirt, woselbst man ihnen wohl die Freiheit, nicht aber die Ehre zurückgegeben. Das Hauptquartier der kleinen tapfern Schaar sei zu Edolo, „sie seien zur Vertheidigung des italienischen Tyrols bestimmt." Ich dächte, bevor man etwas zu vertheidigen unternähme, suchte man sich doch vorläufig erst in den Besitz zu setzen. Auf dem Stilfser Joche sind keine Feindseligkeiten neuern Datums vorgefallen; die 24 abgefaßten Kaiserjäger wird Oberst Michel wohl wieder entlassen haben. —

Großbritannien.

London, 14. Juli. Dem Globe zufolge hat die große Jury der Grafschaft Wicklow sich dahin ausgesprochen, daß gegen die auf Anordnung der Regierung verhafteten H.H. M'Gee und Hollywood, zweier Redakteur der „Nation", Nichts vorliege, um wegen Hochverraths und Aufregung zur Empörung auf dem Wege Rechtens gegen sie zu verfahren. Beide in Gesellschaft ihres Anwalts befanden sich bereits am 13. Juli wieder in Dublin, wo sie von ihren Freunden mit Beglückwünschungen empfangen wurden. Selbst der Globe läßt einen Dubliner Brief mit dem Geständniß abdrucken, daß die Regierung zwar kräftig, aber nicht ebenso vorsichtig einschreite.

Eigentlich hat die Regierung bis jetzt fast nur gegen Mitchell Erfolg gehabt, da bekanntlich Hr. Smith O'Brien vor einiger Zeit in ähnlicher Weise, wie M'Gee und Hollywood, der gerichtlichen Verfolgung entgangen ist. Gegen Hen. Meagher, das „Schwert" genannt, kann, dem Sun zufolge, erst im Frühjahr 1849 verfahren werden. Alles das ist nicht sehr geeignet, den Muth der ohnehin sanguinischen Irländer niederzuschlagen. Es mag nothwendig sein, daß die Regierung einschreitet, weil, wenn die Verhältnisse bleiben, wie jetzt, die Regierung in allen ihren Schritten gehemmt ist und schließlich zu regieren aufhören muß, aber sie sollte vermeiden, sich in gerichtliche Verfolgungen da einzulassen, wo sie ihres Erfolges nicht vollkommen sicher ist. Die Times gestehen, daß die Regierung schwerlich mit Irland fertig werden könne, ohne sich zu außerordentlichen und umfassenden Maßregeln ermächtigen zu lassen. Immer deutlicher stellt es sich übrigens heraus, daß die irischen Verschwörer tief angelegte Verbindungen mit Nordamerika haben und sich auf dessen Mithilfe Rechnung machen. Sonst sind die Londoner Zeitungen von diesem Datum an Neuigkeiten sehr leer, „ungewöhnlich leer", wie auch Galignanis Messager meint. —

Frankreich.

Paris, 17. Juli. Unter den Verlegenheiten, die sich die Regierung noch nicht hat wegräumen können, ist die peinlichste immer die finanzielle Noth; leere Staatskassen wie früher, Mißverhältniß zwischen Einnahmen und Ausgaben ist auch heute an der Tagesordnung wie unter der alten Regierung. Ja, während sich die Einnahmen verringert haben, sind die Ausgaben nothwendiger Weise gewachsen. Hätte auch nicht die Noth der Zeit die Einnahmen geringer werden lassen, so trug die Regierung selbst durch lobenswerthe Maßregeln dazu bei, dieselben zu mindern. Die Veränderungen in den Konsumtionssteuern, die z. B. auf Salz, Fleisch und Getränken lasteten, mußten einen Ausfall veranlassen, der thatsächlich noch nicht gedeckt ist. Die Ausgaben dagegen sind ungeheuer angewachsen, und das Sümmchen, welches die Monarchie kostete, ist wahrhaft klein zu nennen, gegen die kostbare Civilliste, welche den souveränen Foutlenzern ein paar Monate lang ausbezahlt ward. Die Nationalwerkstätten, die Kriegsrüstungen haben Summen verschwinden lassen, an deren Deckung man sich lange wird abmühen müssen. Auch manche lobenswerthe und humane Einrichtung hat schweres Geld gekostet. Die Verbesserungen z. B. in der Lage der Matrosen, die vollständige Unterdrückung der Sklaverei, die Austheilung von Prämien zur Hebung der Industrie, die Beförderung des unentgeltlichen Unterrichts, die vollständige Reorganisation des Volksschulwesens sind alles Maßregeln, die dem guten Willen der Regierung Ehre machen, aber dem Staate eine Last aufbürden, die den Gedanken an Steuererleichterung zunächst nicht aufkommen läßt. Die „wohlfeile" Republik Frankreich ist eine lebendige Satyre auf das Versprechen einer wohlfeilen Regierung und die kostspieligsten Monarchien in Europa können wohl die Probe dagegen aushalten. Wenn es möglich wäre, diejenigen unter uns in

Digitized by Google

Deutschland, denen Republik und Abgabenfreiheit gleichbedeutende Begriffe sind, zu ein paar Monaten Republik zu verurtheilen und nach Frankreich zu deportiren, sie würden bald als fanatische Monarchisten zurückkehren. — Bei diesem Mißverhältniß zwischen Ertrag und Ausgabe braucht nun die neue Regierung ganz die Mittel der alten; sie wirft Summen in diesen Abgrund von Schulden, die sie nie wird tilgen können. Werden wir den Bankerott oder die Assignatenzeit noch einmal erleben? Zu Beidem sind wenigstens Vorbedingungen genug da.

Der National schließt sich der Friedenspolitik Lamartine's an, was der Stellung wegen, die das Blatt zu den einflußreichsten Männern der Regierung hat, von Interesse ist. Der National ist zufrieden damit, daß Englands Einfluß geschwächt ist und fürchtet von Rußland Nichts; selbst ein anarchisches Deutschland würde, meint er, nicht so leicht sich von den Kosaken niedertreten lassen. Englands Einfluß, fügt er sehr richtig hinzu, würde von dem Augenblicke an wieder allmächtig werden, wenn Frankreich die alte Eroberungspolitik fortsetzte. Der Aufruf ist voll von Freundschaftsversicherungen für Deutschland; der National kann uns nicht angelegentlich genug versichern, wie sehr ihm die deutsche Einheit am Herzen liege. Ja demselben Blatte folgt aber eine Probe, wie sich dies Wohlwollen in einem einzelnen Falle ausnimmt. „Von mehreren Seiten, so berichtet das Blatt, dessen ehemaliger Redakteur jetzt Minister des Auswärtigen ist, wird der Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark angekündigt. Wir hoffen, daß diese Nachricht sich bestätigen und daß sie den Weg zum Frieden bahnen wird. Deutschland kann unmöglich gerne die Fortdauer eines Krieges sehen, unter dem so viele Interessen leiden, und der, wir erklären es offen, nicht in Uebereinstimmung mit den edelmüthigen Inspirationen einer demokratischen Politik ist. Krieg führen, um zu erobern und sich einzuverleiben, paßt nicht mehr für unsere Zeit." Wir sind mit dieser Moral ganz einverstanden; nur scheint der National nicht zu wissen, daß Dänemark erobern und sich einverleiben wollte, er hätte daher seine moralische Lektion nach Kopenhagen adressiren sollen. Derselben Unwissenheit sind wir schon früher im National begegnet; sie ist etwas stark bei einem Blatte, dessen ehemalige Redaktion, wie gesagt, die auswärtigen Angelegenheiten leitet. Viel Wohlwollen für Deutschland spricht sich in dieser Auffassung auch nicht gerade aus.

Die Entwaffnung von Lyon geht ohne Störung vor sich; der Kriegsminister hat gestern Abend folgende telegraphische Depesche von dem Kommandanten der 6. Militär-Division in Lyon erhalten. „Die Anzahl der hier vertheilten oder mit Gewalt genommenen Waffen betrug 35,404 Gewehre und 1160 Mousquetons. Hievon sind bereits eingegangen 32,861 Gewehre und 654 Mousquetons. Ich hoffe, daß wir bald zur vollständigen Entwaffnung gelangen."

Der Constitutionnel widerspricht der gestern mitgetheilten Behauptung des Moniteur du soir, daß der Juniaufstand nur ungefähr 1400 Todte gekostet habe aufs Allerentschiedenste; er weist auch aus den Listen einzelner Kirchhöfe nach, daß jene Angabe jedenfalls zu gering sei.

Die Nationalgarde in Paris unterzeichnet gegenwärtig eine Petition an die Nationalversammlung, worin nachgesucht wird, General Cavaignac möge sofort zum Präsidenten der Republik ernannt werden. Auch spricht man von einer Ergänzung des Ministeriums durch Mitglieder der ehemaligen Linken, wie z. B. Daverrieg oder Leon de Malleville; in diesem Falle würde dann Thiers die Regierung unterstützen.

In der heutigen Sitzung der Nat.-Vers. stellte Lherbette folgende Fragen: Ob es wahr sei, daß die Russen in die Moldau eingerückt seien? Und was, falls diese Nachricht voreilig sei, die Regierung zu thun gedenke, falls sie sich verwirkliche? Der Minister Bastide antwortete, daß er keine officiellen Nachrichten habe, daß er jedoch nicht an den Einmarsch der Russen glaube, übrigens möge die Versammlung versichert sein, daß die Regierung jedenfalls auch dort wie überall die Ehre, die Interessen und die demokratische Politik der Republik aufrecht erhalten werde.

Griechenland.

* Athen, 7. Juli. Zwei Vorfälle sind bezeichnend für unsere Zustände. Gegen die neulich wieder erschienenen Rebellen war eiligst der Generalissimus Gaedikiotis beschickt worden, statt des fehlenden baaren Geldes, mit Anweisungen auf die Kassen von Theben und Livadien versehen. Unterwegs begegnete er einer Sendung von 50,000 Dr., welche beide Kassen an die Generalkasse machten und bemächtigte sich dieser Summe, obgleich sie den Betrag der Anweisungen überstieg, der Küze wegen. Als dieser Tage der Generalkassier Photios erkrankte, erwies sich ein Kassendefekt von 183,000 Dr. in Baarem, den noch nicht ermittelten Defekt an Stempelpapier ungerechnet. Photios ist seit länger als 13 Jahre Generalkassier und galt stets für einen ehelichen Mann. Nach den Einen hatr er das Geld auf Befehl Kolettis oder gar des Hofes vorgeschossen, nach den Andern ausgeliehen und in diesen schwierigen Zeiten nicht eintreiben können. — He. Teikupis hat nebst einem Orden ein griechisch verfaßtes Schreiben des Königs von Baiern an den Ministerpräsidenten mitgebracht, worin die loyale Gesinnung der Griechen in diesen gefährlichen Zeitläufen gelobt wird. Wir halten es — um der Wahrheit die Ehre zu geben — für ein Glück, wenn diese loyale Gesinnung, so lange man das jetzige System beliebt, nicht die Feuerprobe der That zu bestehen hat; und daß man alles Andere der Bewaffnung des Volkes vorzieht, ist kein Beweis des hiesigen besondern Vertrauens auf die Loyalität desselben. Auch stimmt dieses Schreiben schlecht mit den russischen Noten. Nach den ministeriellen Blättern hat der Kaiser von Rußland die Note des H. v. Brunow nicht nur ihrem vollen Inhalte nach gebilligt, d. h. Griechenland mit dem Ausstreichen aus der Liste der unabhängigen Länder gedroht, wenn es der Nation einfallen sollte, die monarchische Regierungsform zu ändern, sondern fügt am Schlusse Graf Nesselrode hinzu, unter Aufrechthaltung der Monarchie verstehe der Kaiser, daß der griech. Thron dem König Otto und seinen gesetzmäßigen Nachfolgern gesichert bleibe. — Das Ministerium ist theilweise geändert. Es besteht aus folgenden Personen: Senatur G. Konduriotis Präsidentschaft und Marine, geblieben; Ruphos, sein Schwiegersohn, Inneres; Deput. A. Mauromichalis Kultus und Unterricht, wozu er schon früher bestimmt gewesen; Advokat Rallis, Finanz- und Justizminister bis zum 3. Sept. 1843, Justiz; gehören zur französischen Partei. General Rhodios Krieg, geblieben; Kollinas Kolokotronis, Deput., Aeußeres; gehören zur russischen Partei. Senator Tahi Manginas Finanzen, gehört zur englischen Partei. Für den Gesandtschaftsposten in Konstantinopel soll Trikupis bestimmt sein. Ferner wird Hr. v. Protesch, welchen die unabhängige griech. Presse den bösen Dämon des Hofes nennt, als künftiger deutscher Gesandter in Athen bezeichnet. Von diesen Gesandten und Ministern wird die Erhaltung der innern Ruhe und des äußeren Friedens gehofft!

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Bekanntmachung.

Die Abfahrt und Ankunft der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

I. Abfahrt von Mannheim bis Düsseldorf täglich um 6½ Uhr früh, im Anschluß an den ersten Eisenbahnzug von Heidelberg, täglich am 3½ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug VII. von Schliengen (Basel).

II. Ankunft in Mannheim von Düsseldorf, täglich etwa um 12 Uhr Mittags, im Anschluß an den Eisenbahnzug X. nach Schliengen (Basel); täglich etwa um 9 Uhr Abends im Anschluß an den letzten Eisenbahnzug nach Heidelberg. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag von Mannheim schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 16. Juli 1848.

Großh. Post und Eisenbahn-Amt

[659]¹ **Eberlin.** vdt. Hölzen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cluer & Kup., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wenden sich an G. L. Winterbin Strasburg Nr. 29 Brand-. Paris Nr. 29 Notre Dame de Nouveau.

Deutsche Zeitung.

Die Verlagsexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 202. Heidelberg, Samstag 22. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Posener Frage. II. u. III. — **Wien** (das Verbrüderungsfest). **Bozen** (zwei Erlasse des alten Beamtenthums; die Reaktion im Landesgubernium). **Tetest** (das sardische Geschwader in Umago. Bua nach Venedig berufen. Welden's Bericht über ein siegreiches Gefecht bei Cavanella). **Berlin** (politischer Proceß). **München** (Associationsrecht). **Dresden** (Interpellation über die Stellung der Regierung zur Nationalversammlung und Antwort des Ministeriums). **Hildesheim** (Protest gegen die Erklärung des Ministeriums). **Heidelberg** (die Studentenangelegenheit). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen. Die Anerkennung des Reichsverwesers. Interpellationen). **Altona** (Welcker. Die Friedensunterhandlungen abgebrochen. Stimmung darüber. Dekret der Regierung über Einrichtung einer Navigationsschule). **Frankfurt** (Reichstagsverhandlungen. Der Reichsverweser verzichtet auf jede Civilliste. Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte. Camphausens Gründe bei seiner Weigerung ins Reichsministerium zu treten).

Großbritannien. Interpellation in Betreff Spaniens.

Frankreich. **Paris.** Ministerernennung. Die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung. Denkmal des Erzbischofs. Proudhon und Thiers. Der Vorschlag J. Favres. Die Juniverschwörer. Das Gesetz über die polytechnische und Militärschule angenommen. **Strasburg.** Schließung des Arbeiterklubs).

Italien. **Neapel.** Sieg der Kalabresen. General Nunziante tödtlich verwundet.

Ungarn. **Pesth.** Bewilligung des Reichstages, ein türkisches Heer in Bosnien. Note des ungar. Ministeriums an Rußland.

Donaufürstenthümer. **Bukarest.** Reaktionsversuch. **Jassy.** Die Russen noch nicht über den Pruth.

Beilage. Die Posener Frage von einem deutschen Bewohner Posens. **Wien.** Note des Geschäftsträgers der Ver. Staaten über zwei angebliche amerikanische Deputirte. **Innsbruck.** Inhalt der neuesten Depeschen von Lord Palmerston an Lord Ponsonby. **Darmstadt.** Die erste Kammer. Agitation für das Einkammersystem. Wünsche für eine Auflösung der zweiten Kammer. Verhandlungen über Pensionen. **Italien.** **Venedig.** Die provisor. Regierung. Ausfall von Ferrari. Eine entscheidende Schlacht erwartet.

Heidelberg, 21. Juli.

Die Frage der Wiederherstellung von Polen im Allgemeinen ist durch ihre lebhafte Wiederaufnahme in ganz Europa, durch die Sympathien, die sich auf dem vorigen Landtag in Berlin, später auf dem Vorparlament und in ganz Deutschland ausgesprochen haben, zunächst durch die betreffenden Eingaben so nahe gelegt, daß es Verzagtheit wäre, ihr aus dem Wege gehen zu wollen. Die Nationalversammlung wird gut thun, diese Frage mit der Entschlossenheit anzufassen, die ihr menschliches und politisches Interesse, nationales Selbstgefühl und Gerechtigkeitssinn gleichmäßig eingeben müssen. Man erlaube uns einen kurzen Umweg, um in der verwickelten Frage erst Boden zu fassen, dann nach einem Leitfaden und Grundsatz zu suchen, der uns möglichst einfach und klar aus dem Labyrinthe herausführt.

Fragen wir uns zuerst, ob irgendwo für uns Deutsche eine Pflicht begründet ist, die Wiederherstellung Polens zu betreiben, so werden wir uns sagen müssen, daß wir bis vor Kurzem diese Frage, wenn wir von allgemeiner, humaner und moralischer Verpflichtung schweigen wollen, verneinen durften. Deutschland war als solches an den polnischen Theilungen ganz unschuldig. Was Oesterreich und Preußen außerhalb Deutschland in einer ganz undeutschen Politik zu einer Zeit, wo ein Deutschland kaum mehr existirte, gesündigt haben, dafür kann Deutschland nicht zur Verantwortung gezogen werden. In Bezug auf Oesterreich, als einen zugleich außerdeutschen Staat, besteht dies Verhältniß noch. In Bezug auf Preußen will es sich eben ändern. Bisher gehörte der preußische Antheil an Polens Theilungen nicht zu Deutschland. Jetzt aber haben wir Westpreußen in den deutschen Bund aufgenommen. Jetzt haben die Regierungsbehörden auch Deutschposen aufgenommen, und die Nationalversammlung wird aufgefordert, diese Aufnahme gut zu heißen. Hier liegt der Kern der Frage: mit dem preußisch-polnischen Raube von 1772, mit Westpreußen, haben wir bereits den deutschen Bund vergrößert; sollen wir auch das, was Preußen aus dem Raube von 1791 und 95 geblieben ist, ganz oder zum Theile ausnehmen? Sollen wir, der deutsche Reichskörper, uns gleichsam diese alte Schuld aufladen in dem Augenblicke, da Alles aufruft sie zu sühnen? Sollen wir mit einem Theil des corpus delicti jetzt noch gleichsam auch das Delikt auf uns nehmen? Da schon 1814 Preußen selbst Alles daran gelegen war, sich von diesem corpus delicti möglichst rein und los zu machen, sollen wir uns jetzt noch, ganz oder zum Theile, damit behaften? Es scheint, diese Fragen und Erwägungen sind es, die den Legitimationsausschuß stutzig gemacht und ihn verhindert haben, die Frage der Zulassung der posenschen Abgeordneten mit der Erledigung der Formalien für abgethan zu halten.

Wenn man verdächtiges Gut kaufen oder geschenkt erhalten soll, so fragt man billig nach dem Erwerbstitel des Veräußerers. Diese Frage weist in unserm vorliegenden Falle auf einen verschiedenen Ursprung des Erwerbs hin.

Bei den 3 Theilungen von Polen gilt es nothwendig zu unterscheiden die Verhältnisse, unter denen sie geschahen, und in Folge derselben, die Urtheile, die man über den Werth und Unwerth der Handlung fällt. In dieser Hinsicht urtheilt man gerechterweise ganz anders über die 1. Theilung von 1772 und die beiden spätern von 1791 und 95, und dies besonders, wenn man bloß Preußen ins Gesicht gefaßt, mit dem allein wir zu thun haben können.

Vor 1772 war Polen ein Reich von ungeheurer Ausdehnung, das seine Nachbarn schon durch seine Größe beunruhigte, wie uns jetzt Rußland beunruhigt. Es beunruhigte sie ebenso durch seine inneren Zerwürfnisse und lockte und versuchte sie zu einer Theilung durch die stete innere Anarchie, durch Hereinziehung der Nachbarn selbst, durch Verrath seiner politischen Interessen an Rußland, durch die drohende ausschließliche Vergrößerung des Einen kolossalen Reiches mit dem Raube des andern. Polen hatte sich selbst seit lange die Kraft der politischen Existenz geschmälert; kein Leser der Geschichte, der lesen kann, darf dies läugnen wollen. Es gibt ein Argument, das Dies statt aller anderen belegt, und das die erste Beraubung Polens, ohne allen Kommentar, in einem ganz anderen Lichte erscheinen läßt, als man im Allgemeinen die ganze schließliche Theilung und Zerreißung Polens betrachtet: dies Argument ist eben das, daß die erste Theilung keineswegs ein Landesraub war, der ohne allen Anlaß mit kaltem Blut extemporirt gewesen wäre, daß dieser Gedanke einer Theilung oder richtiger einer Schwächung Polens 1772 keineswegs neu, sondern schon ein Jahrhundert alt und oft und immer wieder aufgetaucht war. Karl Gustav von Schweden hatte schon dem großen Kurfürsten einen förmlichen Plan zur Theilung Polens vorgelegt. **Friedrich Wilhelm I.** hatte später eine ähnliche Unterhandlung mit **Peter** dem Großen. Der sächsische Polenkönig **August** hatte den Gedanken einer erblichen Heerschaft in Polen und einer Theilung zu diesem Zwecke. Zu so verschiedenen Zeiten, in so verschiedenen Menschen taucht aber solch ein immer gehässiger und gewagter Plan nicht auf, es sei denn wie jetzt in der Türkei der innere Anlaß gegeben, der die äußeren Machinationen, wenn nicht entschuldigt, so doch erklärt und veranlaßt. Die Schwächung Polens war also oft beabsichtigt worden, ehe sie 1772 zum ersten Mal ausgeführt ward. **Friedrich II.** ist ohne Frage der schlaue Anstifter dieses Unternehmens gewesen, das er so geschickt sädelte, daß die ganze Gehässigkeit, ja selbst die Erfindung auf Oesterreich und Rußland fiel. Ein Beweggrund des wichtigsten politischen Interesses bestimmte ihn, ein Interesse von allerdings so wichtiger Art, daß er stets mit der größten Selbstbefriedigung und Gewissensruhe von diesem machiavellischen Stücke sprach. Auf dem Boden der Provinz Preußen ist nämlich ein uralter Kampf zwischen Deutschen und Slaven gekämpft worden, der in der That bei dieser ersten Theilung noch nachwirkte. Preußen war von den deutschen Rittern kolonisirt worden. Im 15. Jahrh. entriß ihnen Polen die Weichsel in einem verzweifelten Kampfe; das Land ward nun slavisch kolonisirt und polonisirt in demselben Style wie die deutschen Ritter es germanisirt hatten, in einem ganz andern Style als später Preußen das Land noch einmal germanisirte. Der Orden ward nach Ostpreußen gedrängt. Dieser Rest des deutschen Ordenslandes verband sich im 16. Jahrh. mit Brandenburg. Von diesem Augenblick an ist es ein natürliches und systematisches Bestreben der Brandenburger Kurfürsten geworden, das von Polen einst ebenso syste-

Digitized by Google

matisch eroberte Westpreußen, welches die Mark von Ostpreußen abtrennte, wieder zu erwerben. Dahin nannte sich schon Friedrich I. König in Preußen, er legte damaligen Anspruch schon in den Titel. Das verstand Friedrich II. es hat es selber in seinen Werken gesagt. Seine eigne Gefahr konnte ihn auf den Weg der Ausführung leiten; in und vor dem 7jährigen Kriege hatte ja Oesterreich alle Welt in eine Verschwörung gegen Preußen gezogen, und so fand Friedrich II. in Dresden einen Vertrag zwischen Oesterreich und Polen von 1745, worin zwischen diesen beiden Mächten eine Theilung, wenigstens eine Schwächung, ein Unschädlichmachen von Preußen verabredet war, so daß also diese Art von Machinationen nicht einseitig immer gegen Polen gerichtet, und daß Friedrichs II. Gedanken nur wie eine späte Repressalie gegen dies polnische Projekt erscheint. Friedrich getraute sich zu rühmen, das, was unter dem innern Verfall des deutschen Ordens an Polen in einem furchtbaren Kampfe verloren worden war, unter dem inneren Verfalle von Polen wieder erworben zu haben in einer friedlichen Eroberung. Aber nicht die unblutige Theilung Polens verdient diesen Namen so sehr, wie die riesenhaften Anstrengungen, die Friedrich II. und späterhin seine Nachfolger gemacht haben, um dieses Land durch deutsche Kultur von Menschen und Boden, durch Kolonisation und Civilisation emporzuheben. Daß unrecht Gut nicht gedeihe, ist von diesem Gute nicht wahr geworden.

Preußen erwarb in dieser ersten Theilung die Provinz Westpreußen und durch sie die unschätzbare, ja unentbehrliche Verbindung Brandenburgs mit Ostpreußen; es erwarb den Netzdistrikt und durch die Schiffbarmachung des früherhin ganz unbrauchbaren Wassers der Netze die Verbindung zwischen Weichsel und Oder. Das übrige Großherzogthum Posen und der größte Theil des sogenannten Kongreßkönigreichs Polen mit Warschau war die Beute der Theilungen von 1791 und 95. Eine viel größere Schmach haftet an diesen Theilungen. Die erste war nur eine Verwundung, diese ein Mord. Jene konnte die Schwächung eines wenigstens scheinbar mächtigen Landes heißen, diese waren eine völlige Ausplünderung und ein Raubmord an einem bereits Verarmten. Dort gab die innere Anarchie einen Vorwand, aber bei diesem war Polen im Begriff, seine Verfassung zu reformiren. Dort war der Anlaß der Theilung in der That vorzugsweise in den innern Zerwürfnissen Polens und in eigner Schuld der Polen zu suchen, aber hier wirkte eine unsaubere Rachsucht und Vergeltung für das was in Frankreich geschah, mit, für Dinge an denen die Polen nicht Schuld trugen. Bei diesem Raube war Preußen mit am schmählichsten verfahren; mit diesem Raube hatte es auch nicht das Gedeihen wie mit Westpreußen. Bei ihm hatte es auch nicht das gute Gewissen, das in Bezug auf die erste Theilung Friedrich II. nie verließ. Es hatte nicht das Gedeihen: denn Preußen verlor diesen Besitz im Tilsiter Frieden; polnische Truppen unter französischer Fahne hatten mit gegen Preußen gefochten. Es hatte nicht das gute Gewissen darin bei dem Pariser Frieden, und auf dem Wiener Kongresse gab es sich alle Mühe, Posen an Rußland zu überlassen. Man weiß, wie es sich schwebend an den Besitz von Sachsen hing, um Posen nicht weiter besitzen zu müssen; es lud den Haß von ganz Deutschland damals auf sich; es war als hätte es den Haß der ganzen Welt über den Besitz von Posen vorausgesehen und vermeiden wollen. Der endliche Friede vermittelte die Sache so, daß Posen bei Preußen blieb, daß es ihm gleichsam aufgenöthigt wurde. Es war wie Alles was es damals erwarb, eine verdiente Vergütung für seine ungeheuern kriegerischen Anstrengungen, die der ganzen Welt zu Gut kamen; es hat alte, deutsche, die legitimsten Besitze, es hat Ostfriesland, Anspach und Baireuth darum fahren lassen; Posen ist als Entschädigung, als ein inkorporirtes Land, keineswegs in einer bloßen Union an Preußen gekommen. Rechtlich kann Preußen seitdem der Besitz von Posen vielleicht weniger bestritten werden, als der von Westpreußen. Wir sind ganz der Ansicht des Abg. Leue: daß das Recht das sich auf Friedensverträge gründet, bisher überall als der rechtmäßigste Besitztitel galt, daß daher der frühere unrechtmäßige Titel des Besitzes erloschen, und ein völkerrechtlich giltiger an dessen Stelle getreten ist, daß dieser Besitz nicht weiter auf die Theilung von Polen zurückgeführt werden kann.

Nach dem oben Gesagten schiene es also, als ob der Legitimationsausschuß es bei der formellen Seite der Sache hätte bewenden lassen und den Posener Abgeordneten den Eintritt in die Nationalversammlung einfach hätte gestatten können. Posen ist preußischen Landes es ist als solches von deutschen Einwohnern vielfach bewährt worden; die Provinz und die Einwohner der überwiegend deutschen Kreise haben nach ihrer Mehrheit die Aufnahme begehrt, der deutsche Bund hat sie gewährt, und es hieße bereits diese Theile ausstoßen, wenn man den Abgeordneten zur Nationalversammlung den Eintritt versagte.

Aber wenn wir so sagen, stellen wir uns nicht ganz auf den verhaßten Standpunkt der Art von Politik und Diplomatie, die die neueste Bewegung begraben haben soll? Stellen wir uns nicht auf die Bestimmungen jenes Wiener Kongresses, auf dem noch vielfach in der Art mit Menschen und Völkern gemarktet wurde, wie es in der ganzen Politik der Militärabsolutien des 17. und 18. Jahrh., wie es etwa bei jenen Theilungen Polens der Fall war? Fußen wir nicht auf jenen Verträgen, deren verbindende Kraft nun von allen Seiten angefochten wird? Verläugnen wir nicht ganz und gar die großen Grundsätze des historischen Rechtes, der nationalen Berechtigung, die heute in Folge der Bewegung dieser Tage die Politik bestimmen sollen? Müßkennen wir nicht ganz jene Bestrebungen aller Nationalitäten, sich frei zu machen von allem fremdartigen Druck und jeder fremden Ansteckung und Befleckung? Grundsätze und Bestrebungen, die wesentlich mit durch Potens Unglück und durch die zähe Kraft, mit der die Polen es von sich abzuwälzen suchen, so große Verbreitung in Europa gefunden haben: so daß Nichts verdienter scheint, als daß der Sieg eben dieser Grundsätze den Polen zuerst eine Frucht bringen müßte? Wenn uns auch nach den alten völkerrechtlichen Satzungen keine Pflicht auferlegt werden könnte, die Theile von Polen, die zu Preußen gehören, von dem deutschen Bunde auszuschließen, legen uns nicht die neuen Ideen und Begriffe und die revolutionäre Macht, die sie durchzuführen ringt, desto zwingender die Verpflichtung auf, nicht allein diese Ausschließung zu beschließen, sondern selbst auf die Rückgabe des alten Erwerbes trotz der neuern Erwerbstitel zu denken? Liegt es nicht ganz in diesen großartigen Ideen geboten, den Besitz, den eine zufällige Bestimmung des positiven Rechtes verlieh, den Forderungen der ewigen Gerechtigkeit zu opfern?

Menschlichere Grundsätze dringen in die Politik ein: dies ist unverkennbar, und es würde einer Versammlung, wie die nach Frankfurt gesandte, am wenigsten anstehen, diese Grundsätze verläugnen zu wollen; sie in Wirklichkeit und Leben durchzuführen, erheischt Aufopferungen, dies ist unabwendbar, und es würde der Nationalversammlung nicht geziemen, diese Opfer karg zu verweigern. Es fallen die Grundsätze von uns angenommen, die Opfer von uns gebracht werden, aber ein natürliches Ziel muß sie begrenzen. Wo diese Grenze ist, das braucht keine Reflexion und kein ausgetügeltes Princip zu entscheiden: es liegt in dem Triebe aller menschlichen Natur. Auch bei dem höchst moralischen Wesen wird die Freiwilligkeit zu Opfern zum Besten Anderer, die Bereitwilligkeit, Beeinträchtigungen zu entsagen und sie gut zu machen, da aufhören, wo die Pflicht und die Nothwendigkeit der Selbsterhaltung ins Spiel kammt.

Dies ist so wahr, daß selbst in der Forderung der Herstellung Polens, die ja von Sachen zumeist gestellt wird, die dabei keine Opfer zu bringen haben, daß selbst in dieser Forderung die Matioe der Selbsterhaltung ebenso laut, ja selbst lauter mitsprechen, als die des Gerechtigkeitssinns und der Menschlichkeit. Frage man sich nur ernstlich, was die allgemeinen, die großen Sympathien der Welt für Polen und seine Sache hervorgerufen und so nachhaltig genährt und immer vergrößert hat? Wäre es in der That nur die menschlichere und gerechtere Weise, politische Akte zu begehen und zu beurtheilen, die die jetzige Zeit vor der jüngstvergangenen voraus hätte? Wir wollen wünschen, es wäre so. Aber überschätzen wir uns ja nicht und glauben wir ja nicht, daß in politischen Dingen eine moralische Selbstentäußerung möglich wäre, die kaum dem am feinsten organisirten Einzelwesen möglich ist. Die Schwächung, die Theilung, der Untergang von Völkern und Staaten ist trotz aller Grundsätze der neuesten humanitarischen, nationalen, volksthümlichen Politik oft vorgekommen, ohne die ungemeine Theilnahme zu erwecken, die Polen in Anspruch nimmt, sie kann, ja sie wird vielleicht bei unsern Lebzeiten wieder vorkommen, ohne eine solche Theilnahme zu erwecken. Wir haben ungefähr gleichzeitig mit Polen auch Venedig untergehen sehen, und auf nicht viel gerechtere Weise. Niemand beklagt es in dem Maße und wird es nicht, selbst wenn es jetzt zum Zweitenmale untergehen sollte. Wir sehen der Theilung der Türkei entgegen, und Niemand ist menschlich und moralisch genug, die feurige Stimme, die nach

Polens Untergang für dieses sich erhob, für die Türkei vor ihrem Untergange zu erheben. Der innere Verfall dieser Staaten macht uns heute noch eben so gleichgiltig über ihr Schicksal wegsehen, wie man 1772 über die Theilung Polens weggesehen hat. Was aber hat denn diesen Polen den Vorzug der ungetheilten gewaltigen Sympathie der Völker verschafft? Nur das Zusammenwirken jener Motive der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit mit einem durchgreifenden Motiv der Selbsterhaltung, ja, wenn man will, der Selbstsucht und des Interesses.

Es ist wahr, der Sinn für Gerechtigkeit hat sich energischer für Polen als in andern ähnlichen Fällen gezeigt, denn nie war freilich eine schreiendere Ungerechtigkeit begangen worden, nie greller in die Augen gefallen, als diese habsüchtige und ruchsüchtige Hinopferung einer großen Macht durch große Mächte.

Es ist wahr, die menschlichen Sympathien haben sich für Polen energischer geregt, als sie es für Venetianer oder Türken thaten oder thun würden, weil diese auch nicht das gelitten haben, was die Polen litten. Wer je einen Polen hat erzählen hören von dem, was sie ihre unterirdische Geschichte, eine Geschichte der Kerker, der Gräber, der Katakomben nennen, wie sie in Russisch-Polen ihren heiligen Vaterlandskultus nur im Verborgenen treiben, die Werke ihrer Dichter nur unter Schloß und Riegel, nur nach Abnahme eines feierlichen Schwurs lesen dürfen, wie sie, wenn sie entdeckt werden, diesen Kultus büßen müssen in Verfolgung, Flucht, Einkerkerung, Marterung und Tod, wer (auch nur bei uns, in diesem Blatte) gelesen hat von jenem wahnsinnig gewordenen Trynkowski, von jenem auf der Schraubenbank gestorbenen Paprocki, von jener Levitu, die sich lebendig im Bette verbrannte, von den Leiden und den Abenteuern der Kosarski und Dembowski, der müßte kein menschlich Blut in den Adern haben, wenn er nicht sagen wollte, daß dies Volk auch das Mitgefühl der Welt ganz anders verdient hat, als andere Völker, die an ihrem Staatsverfalle verkommen sind.

Und dies Mitgefühl der Welt wird in so erhöhtem Maße für die Polen in Anspruch genommen wie durch das, was sie litten, so auch durch das, was sie thaten. Je tragischer der Ausgang von Allem war, um so weniger kann man unbewegt weder die erste Thätigkeit der polnischen Emigranten seit 1796 betrachten, noch die geistigen Anstrengungen, die man sich 1815 in Warschau und Wilna machte, noch die kriegerischen des Jahres 1831, noch die konspiratorischen der spätern Zeit, noch die Wanderungen und Thaten der Emissäre, noch die enthusiastische Ausdauer, mit der die polnischen Frauen jenen zähen Patriotismus erhalten und dem Kinde mit der Milch einflößen, noch den bis zum Fatalismus gehenden Unglauben an die Möglichkeit des völligen Unterganges Polens: obwohl die Geschichte schon schrecklichere Völkergeschicke ungesühnt hat geschehen lassen.

Zu diesen Regungen des Gerechtigkeitssinnes und der natürlichen menschlichen Theilnahme an jeder Größe des Handelns und Leidens kam dann die humanere politische Anschauung der neuern Zeit hinzu und die verfeinerte Moralität, die ihr zu Grunde liegt. Seit jene polnischen Emigranten in der französischen Zeit zum ersten Male von unveräußerlichen Völkerrechten wie die Franzosen von Menschenrechten sprachen, ist so vielerlei Art von Emancipation in die Welt gedrungen, und nun wird auch die der unterdrückten Völker betrieben: die Achtung der Nationalitäten ward ein Schiboleth der Freisinnigen dieser Tage, in dem sich Alle wieder fanden.

Das Zusammenwirken aller dieser humanen, moralischen, freiheitlichen Motive kann wohl erklären, daß sich um Polens Schicksal eine ganz andere Theilnahme regt, als um ein anderes Volk in einer ähnlichen Lage, aber gleichwohl erklärt es sie nicht ganz und völlig. Wir appelliren an Jeden, der eine Auffassungsgabe für die bewegenden Gedanken einer Zeit und einer Völkermasse hat, ob nicht der durchschlagende Beweggrund fehlt, und ob nicht der letzte, den wir noch zu nennen haben, eben jener Beweggrund, der von dem Triebe der Selbsterhaltung und des Interesses hergeleitet ist, dieser durchschlagende ist. Es ist die Furcht vor Rußland, die Besorgniß vor seiner unnatürlichen Größe, der Haß gegen seine Barbarei, der das Größte gethan hat zu der allgemeinen Sympathie für Polen. Man denke sich Rußland und jede Gefahr dorther hinweg, und die Theilnahme für Polen würde erkalten. Man denke sich Rußland ungreifend, und die bisher nur gesprochene Theilnahme würde sich in eine handelnde verwandeln. Man denke sich die Türkei gleich getheilt unter die Mächte Europas, und Niemand würde sich darum regen. Nun denke sie sich als Hauptbeute von Rußland, und die ganze Welt würde ganz dieselbe Empörung mit all dem Glanz von Humanität und Gerechtigkeit umkleiden, die, wo die Selbstsucht nicht im Spiele war, geschwiegen hätte! Einen Wall und Damm gegen Rußland zu haben, damit spornen wir Alle unbewußt unsere Gerechtigkeitsliebe, und die Polen selbst, wenn sie uns aufstacheln wollen, halten uns vor Allem diesen Köder unseres Interesses entgegen. Man blicke nach England und Frankreich, wo man seit lange aus der Sympathie für Polen eine Profession und aus seiner Herstellung ein Dogma machte. Man verhält sich passiv, so lange Rußland passiv ist. Sollte Rußland in seinem Innern plötzlich übermäßig geschwächt und gespalten werden, so würde man ihm von diesen Staaten uns Polen gerade zu erhalten suchen. Sollte es einem von beiden Krieg und Gefahr bringen, so würde dieser das polnische Reich wiederherstellen. So ist die menschliche Natur. Das Christenthum mit seinen göttlichsten Lehren hat sie nicht ausrotten können, und der humanen neuesten Politik und ihren Satzungen wird es ebensowenig gelingen.

Der Grundsatz, der sich aus diesen Betrachtungen für uns ergibt, ist der: Es muß für die deutsche Nation eine Ehrenpflicht sein, sich die Wiederherstellung Polens zur Aufgabe zu machen. Sie soll auch die Opfer nicht scheuen, die diese Herstellung von ihr erheischt. Gerechtigkeit und Menschlichkeit soll sie antreiben, denn, was man als die größeste Aufgabe der neueren Politik bezeichnet, „der naturgemäßen Stellung der Völker" nachzustreben. Sie soll aber in diesen Bestrebungen, in diesem und jedem anderen Falle weder ihr eigenes Interesse, noch das der Polen hintansetzen. Ein Rausch der Großmuth kann uns zu Handlungen treiben, die wir morgen bereuen, und die dann statt Verbrüderung Haß und Verfeindung säen. Wir können mit Sentimentalität und Gutmüthigkeit nicht Politik treiben; wir würden auf Sand bauen. Verhältnisse der Völker werden von Bedürfnissen gestaltet und nicht von idealen politischen oder moralischen Maximen; das wohlverstandene Interesse beider macht allein befreundete Nachbarn.

Gehen wir nun nach unserer Absicht in der umgekehrten Richtung von den weitestgehenden Anträgen, die der Nationalversammlung gemacht sind, rückwärts und halten wir an jeden einzelnen als Maßstab zu unserer Beurtheilung und unseren Beschlüssen den Grundsatz, den wir aufgestellt haben und den keine gesunde Politik bestreiten wird.

Oesterreich. Δ **Wien**, 16. Juli. Die am 14. erfolgte Verbrüderung der verein. Nationalgarde und des Militärs ist für Wien von so großer Bedeutung, daß ich noch einmal darauf zurück komme. Schon seit mehreren Wochen tauchten immer neue Gerüchte von Truppenkonzentrirungen auf, welche angeblich nach Italien bestimmt, in der Umgegend Wiens einquartiert sein sollten; das kam auch am 3. Juli im „vereinigten Ausschuß" zur Sprache und veranlaßte eine Anfrage desselben an das Ministerium. Die Antwort war die gewöhnliche: die Truppen seien auf dem Durchmarsche. Die Beunruhigung in der Bevölkerung dauerte indessen fort und wurde von Zeit zu Zeit durch Plakate erhöht. Ein Wirth im Prater kündigte für den 16., 17., 18. d. M. ein Fest an, welches er ein „Konstitutionsfest zur Feier des Reichstags" nannte, und wobei die vereinigte Nationalgarde, als Nachahmung der Pariser Feste, drei Tage im Freien kampiren sollte; alsbald erschien ein Maueranschlag, welcher vor diesem Feste warnte und es als eine Falle schilderte, um die Bevölkerung ins Freie zu locken, zu umzingeln und der Militärgewalt in die Hände zu liefern! Der Wirth wird vor den vereinigten Ausschuß beschieden, und als sich herausstellte, daß jenes Fest ohne Anzeige und Erlaubniß der betreffenden Behörden angekündigt war, wurde dessen Abhaltung verboten und der Veranstalter zur Rechenschaft gezogen. Aber den höchsten Grad der Alarmirung erreichte die öffentliche Stimmung durch jenen Bericht aus Gallicien, welchen die allgem. österr. Zeitung vom 13. enthält, wo ein Cirkular an die Armee mitgetheilt wird, das auf eine offene Militärverschwörung gegen Wien hindeutet. Jenes Cirkular mag nun echt oder unecht sein, so war die Entrüstung darüber in der hiesigen Garnison allgemein. Noch am 13. erschien eine Militärdeputation, aus Officieren bestehend, bei dem Verwaltungsrathe der Nationalgarde und äußerte sich ungefähr, wie folgt: die sämmtlichen Officiere der Garnison wünschen Nichts sehnlicher, als sich mit der gesammten Nationalgarde, den Bürgern und Studenten, brüderlich zu vereinen; der fortdauernden Spannung müde, erklären sie frei, daß sie nie als Mittel zu einer Reaktion sich gebrauchen lassen werden, daß ihr Herz selbst für alle Freiheit und die Aufrechthaltung des konstitutionellen Thrones und der konstitutionellen Rechte des Volks schlage.

Digitized by Google

Die Militärs und Nationalgarde, sagten sie, sind ehrenhafte Männer, demselben Volke entsprossen, und die Ersteren wie die Nationalgarde zum Wohle des Volkes zu wirken berufen. Diese Gesinnungen wünschen die k. k. Officiere im Namen der ganzen hier garnisonirenden Truppen öffentlich auszusprechen, ihren Brüdern die Hand zu reichen, und laden deßhalb sämmtliche Nationalgardisten, Bürger und Studenten ein, sich zu diesem Zwecke morgen früh 7 Uhr im Augarten einzufinden. Diese Zusammenkunft fand auch wirklich am 14. früh, wie ich Ihnen schon vorgestern gemeldet, im Augarten Statt, und die vereinigte Nationalgarde, sowie Officiere jeden Ranges fanden sich in großer Zahl ein. Generalmajor Frank verlas folgenden Aufruf an die Bewohner Wiens: „Bewohner Wiens! Gerüchte werden ausgestreut, daß wir einen Schlag gegen die junge Freiheit zu führen beabsichtigen. Der Zweck dieser böswilligen Anschuldigungen ist augenscheinlich der, Mißtrauen gegen uns zu erwecken, die Gemüther aufzuregen und dadurch Verwirrung über unser herrliches Vaterland zu bringen. Mitbürger! Wie glauben diesen frechen Angriffen auf keine bessere Art begegnen zu können, als indem wir Euch unsere Gesinnungen offen und ehrlich darlegen. Wir bewahren unverbrüchliche Treue unserm angestammten, jetzt konstitutionellen Kaiser; wir begrüßen freude- und dankerfüllt die von ihm sanktionirten freien Institutionen, die wir, wie Ihr, mit aller Kraft aufrecht erhalten wollen, und verwahren uns feierlichst gegen den Verdacht, daß von uns irgend ein Versuch zur Schmälerung derselben bezweckt oder unterstützt werden könnte. Darum vertraut uns, die wir jedem Feinde des freien Vaterlandes die Stirne zu bieten freudig entschlossen sind. Doch schmerzlich ergreift, ja empört uns der schändliche Mißbrauch einer ungezügelten Presse, welche nicht ermüdet, über die Gesammtheit der Armee und einzelne Glieder derselben die ungerechtesten und gemeinsten Schmähungen auszusprechen. Genugthuung muß uns werden! Gerechtigkeit fordern wir vom Gesetze! — Jeder, in dessen Brust Gefühl für Ehre schlägt, muß uns beistimmen. Bewohner Wiens und insbesonder Ihr Männer der Nationalgarde, deren schöner Beruf es ist, im Herzen des Staates wahre Freiheit und Ordnung zu schirmen, Ihr könnt, Ihr werdet nicht gleichgiltig zusehen, daß Leute — bereits gebrandmarkt durch die öffentliche Meinung — ein Heer frech beschimpfen, dessen größter Theil gerade jetzt Blut und Leben für Ehre und Heil des Vaterlandes opfert." Dieser Aufruf wurde auch gedruckt ausgetheilt und war unterzeichnet: Die Garnison von Wien. Hierauf stellte der obengenannte Generalmajor ungefähr folgende Fragen an die Versammlung: Sind diese Gesinnungen auch die Ihren? Wollen auch Sie die Aufrechthaltung der Dynastie und des Thrones? Wollen Sie mit uns Ruhe und Sicherheit aufrecht erhalten, und wollen Sie keinen bösen Einflüsterungen Gehör geben und unsern konstitutionellen Kaiser auf seinem Throne schirmen? Ein tausendstimmiges „Ja" beantwortete jede dieser und ähnlicher Fragen. Zum Schlusse fügte er noch hinzu: Wir vertrauen auf unsern Reichsverweser und sind überzeugt, daß Nichts die Ruhe stören wird, wenn Sie allen Einflüsterungen von reaktionären Bestrebungen Gehör versagen. Hierauf folgten mehrere Redner der N. G., wie Oberkommandant Pannasch, mehrere Garden zu Pferde und Dr. Rosenfeld. Alle Reden athmeten Eintracht und echte Bruderliebe. Auf die Reden folgte Militärmusik, und Alles umarmte sich unter stürmischem Jubel. — Man hatte den Augarten zu dieser Zusammenkunft gewählt, um ihr jeden Anschein von Vergnügen oder Unterhaltung zu benehmen, da sich keine Art von Restauration oder dergleichen dort befindet. Seit Kaiser Josephs Zeiten haben wohl die Räume dieses Gartens, dessen Gründer er war (und dem er die Aufschrift geben ließ, welche noch jetzt zu lesen ist: allen Menschen gewidmet von ihrem Schätzer), ähnlichen Jubel nicht mehr gehört. Als sich die Führer getrennt hatten, nahm auch der gemeine Soldat Antheil an dem Verbrüderungsfeste. Den ganzen Tag über sah man gemischte Züge von Soldaten, Nationalgarden und Studenten mit Musikbanden in den Straßen, und bis spät in die Nacht hinein bewegten sich noch Fackelzüge nach den in den Vorstädten gelegenen Kasernen. Dieß mal war es gewiß beiderseitiger heiliger Ernst mit dem gegenseitigen Bedürfnisse sich zu vertrauen, und die ganze Bevölkerung hegt nur noch einen Wunsch — daß die gegenwärtige Garnison, von deren Gesinnung man nun überzeugt ist, recht lange hier bleiben möge! —

* Bozen, 14. Juli. Ich meldete Ihnen jüngst, daß unser Gouverneur die tirolischen Akademiker der Wiener Hochschule, die ihrem bedrängten Vaterland zu Hilfe geeilt, unter Polizeiaufsicht stellte. Der Präsidialerlaß, der diese Maßregel verfügte, wird Ihnen die Anschauungen vermitteln, die sich Graf Brandis vom Morgen, der über Oesterreich tagt, und vom Geiste des Lichts, der ihn heraufführt, in seiner Kapuziner-Klause zu Innsbruck bildet. Es lohnt sich um so mehr der Mühe, ihn wörtlich zu kennen, da er und seine Unterbeamten durch Ablängnung dieser mißliebigen Anordnung Scheu vor ihrer Veröffentlichung zeigen. Dies also sein Inhalt: „Es ist zu meiner Kenntniß gelangt, daß die Kompagnie tiroler Studenten aus Wien, die vor einigen Wochen von dort zur Landesvertheidigung hieher gekommen war, sich nun aufgelöst habe, und Jeder in seine Heimath gewiesen worden sei. Der unruhige und revolutionäre Geist, der viele dieser Schwindelköpfe ergriff und sie in Wien zu Werkzeugen der Umsturz-Partei machte, ist aus den öffentlichen Blättern nur zu gut bekannt und hat sich während ihres Zuges durch das Land zu deutlich ausgesprochen, als daß es nothwendig wäre, darüber eine weitere Darstellung zu liefern. Es ist zu besorgen, daß sie die eingesogenen revolutionären Grundsätze und Tendenzen auch in ihrer Heimath und auf dem Wege dahin überall laut predigen und es sich noch zu einem Verdienste anrechnen, durch Irreführung des Landvolkes dasselbe für ihre Zwecke zu gewinnen und auf diesem Wege den fluchwürdigen Umtrieben der revolutionären Propaganda auch die Bevölkerung unserer friedlich und ruhig gesinnten Provinz in deren Gewalt zu überliefern. Der gegenwärtige anarchische Zustand in der Haupt- und Residenzstadt Wien liefert ein trauriges Beispiel, wohin es führt, wenn Menschen, die von Leidenschaften hingerissen, Religion, Gesetze und Obrigkeiten mißachtend, in den Provinzen unter dem Landvolke ihre Grundsätze ausbreiten und einen Anklang sich verschaffen oder wohl gar die Oberhand gewinnen. Um dies zu verhindern, ist daher vor Allem nöthig, daß die Landgerichte und die Polizeibehörden, wie auch die Seelsorgsgeistlichkeit auf das allfällige Erscheinen solcher Studenten und anderer Emissäre mit der Eintadung aufmerksam gemacht werden, dieselben überall strenge zu beobachten, und falls sie sich durch Verbreitung verderblicher Grundsätze als gefährliche Subjekte bemerkbar machen, der betreffenden Behörde zur Kenntniß zu bringen, damit wider die Beschuldigten nach aller Strenge der Gesetze das Verfahren eingeleitet werden kann. Die hiesige k. k. Polizeidirektion ist aufgefordert, in diesem Sinne sogleich eine polizeiliche Warnung zu entwerfen, diese lithographiren zu lassen und sämmtliche Kreisämter, Landgerichte und mittelst der Dekanate auch die Seelsorgsstationen mit einer hinreichenden Zahl Exemplare davon zu betheilen. Innsbruck am 4. Juni 1848. (Gezeichnet) Brandis." — Damit Sie inne werden, wie sehr auch einige unserer Kreishauptleute von den Errungenschaften der Wiener Märztage angesprochen sind, theile ich Ihnen nebstbei den Erlaß des k. k. Kreisamts Schwaz mit, der mit Obigem an alle Landgerichte seines Bezirks erging und den Begriffen des hohen Landeshofs noch erläuternd zu Hilfe kommt. „Auf das baldige Erscheinen dieser Warnung von Seite der Polizeidirektion wird nun das Landgericht zu seinem Benehmen aufmerksam gemacht. Das Kreisamt glaubt und hofft, daß diese jungen Tiroler mit ihren außerhalb des Vaterlandes erworbenen Ansichten hierlands wenig Anhänger finden werden, sollerne unsere Tiroler bedenken, was wir und ganz Oesterreich seit drei Monaten durch diese Schwindeleien Gutes erlangt haben? —! Indessen gibt es überall junge Leute ohne Erfahrung und mit warmem Blute, die zur Verführung reif sind, wenn nicht die patriarchalische Gebirgsheit der vernünftigen Bevölkerung und die Aufsicht der Behörden ihre Achtsamkeit verdoppeln, damit unser Land den Ruhm gesunden Verstandes auch jetzt behaupte. K. K. Kreisamt Schwaz am 6. Juni 1848. (Gezeichnet) v. Gasteiger, Kreishauptmann." — Den obersten Leitern in Wien kann die Gesinnung unsers Gouverneurs, welcher der Konstitution in allewege feindlich entgegentritt und sich den Pfaffen verbindet, um sie dem Volke als seiner Religion und sogar seinen materiellen Interessen verderblich zu verdächtigen, nicht verborgen sein, welche nachtheilige Folgen aber die hiedurch in Tirol verbreitete Stimmung nach sich zieht, bewies eben der gute Takt der schleichenden Kamarilla, die von hier aus ganz Oesterreich mit ihrer Reaktion umspinnen wollte. Es dünkt mich daher eine dringende Aufgabe unsrer Regierung, dafür zu sorgen, daß die Partei des Rückschritts, jene getreuen Anhänger des guten alten Systems, in keinem Theile des Kaiserreichs mehr eine Feste besitzen, auf die sie sich zurückziehen können, um daselbst der Entwicklung des großen Befreiungswerkes zu trotzen und ihm immerzu neue Chancen, Verlegenheiten und Ueberfälle zu bereiten. So lange wie keinen die Konstitution ernstlich fördernden Regierungspräsidenten erhalten, wird der reaktionären Bestrebungen, der Umtriebe der Pfaffen und der künstlich dem Volke eingeimpften Abneigung vor dem Geschenk der Freiheit kein Ende sein. Unser gouvernementaler Jesuitenfreund ließ im Amtsblatt der Provinzialzeitung noch nie die Verordnung über Aufhebung der Loyoliten und Redemtoristen, noch nie die vom Kaiser ertheilte Verfassungsurkunde veröffentlichen. Es wurde sogar nothwendig, daß ein eigener Ministerialerlaß den Orden der Jesuiten auch insbesondere und ausdrücklich

Digitized by Google

für Tirol aufhob. Am 9. d. sollen sie nun zum letzten Mal in Innsbruck ihre Orgien gefeiert haben.

☽ Triest, den 14. Juli. Das vereinte sardo-venetianische Geschwader hat wegen des stürmischen Wetters seine Stellung auf der Höhe von Salvore verlassen und sich, mit Verlust einiger Anker, nach Umagu zurückgezogen. — Bua, der berüchtigte Ueberläufer u. Haupturheber aller Miß- und Uebergriffe des Blokadegeschwaders, ist nach Venedig berufen, um dort die Leitung der Maeine zu übernehmen. An seine bisherige Stelle wird Oberst G. Marstich treten.

Eben wird ein Bericht des F. L. Welden ausgegeben über ein für unsere Truppen erfolgreiches Gefecht bei Cavanella d'Adige. Ich lege eine Abschrift davon bei. —

„Bericht d. F. M. L. Welden, v. 1. bis 9. Juli. Am 7ten Juli Vormittags 10 Uhr ist von dem Fort Berndolu ein Ausfall gegen das von uns besetzte Cavanella d'Adige, mit beiläufig 1000 M., meistentheils Croeiati und Papalini (Päpstlichen) gemacht worden. — Der Feind, welcher durch die vorspringenden Gebüsch gedeckt, erst auf kurze Entfernung von unsern Vedetten bemerkt werden konnte, hatte sich zwar gleich in größeren Abtheilungen bis auf etwa 300 Schritte der dieffeitigen Verschanzung im Laufe genähert, wurde aber von der Besatzung durch einen dichten Kugelregen begrüßt. Der Feind bereitete sich hierauf unter einem mnunterbochen genährten Feuer in beide Flanken aus und suchte zumal den rechten Flügel zu umgehen. Ungeachtet der Stärke des Gegners, gelang es durch die klugen Dispositionen des Hauptmanns Antullich, vom deutsch-banater-Grenzregiment u. der tapfern Haltung der gesammten Mannschaft, nach einem 6stündigen hitzigen Gefechte, die Verschanzungen zu behaupten und den Feind in die Flucht zu schlagen. In Folge dieser Unternehmung ist eine Meuterei gegen den General Ferrari ausgebrochen, welcher die auf 4000 M. geschätzte Garnison von Brondolo und Chioggia befehligte, indem man ihn des Verraths beschuldigte, er habe in dem Augenblicke zum Rückzuge schlagen lassen, als das Fort genommen werden sollte, auch stand auf mehreren Mauern geschrieben: Morte a Ferrari! Die junge Republik von San Marco, ihre Schwäche fühlend, hat sich unter den Schutz Italiens gestellt, von wo ihr Geld und eine Truppenvermehrung von 2000 M. zugesichert wurde. Nach amtlichen Berichten ist Venedig nebst den Forts gegenwärtig mit 18,000 Mann besetzt, darunter befinden sich 2,500 Schweizer, 2,000 Neapol., 4,000 Päpstlichen, 450 Kavalleristen; der Rest besteht aus Freischaaren, verstärkt, durch die nach der Kapitulation von Palma Heimgek hrten, welche ohne Rücksicht auf ihren Eid, ein Jahe nicht zu dienen, sogleich wieder Dienste nahmen. Feindliche Deserteure geben die Besatzung von Malghera auf 2,000 Mann an. Aus dem Fort steckte heute der Feind das Finanzhaus in Campalto in Brand. Mehrere bemannte Schiffe kamen von Venedig in dem Fort an, wo große Thätigkeit im Aufwerfen von Erdwerken herrschte. Von dem unteren Po her, wo sich das Streifcorps des Majors Graf Welter mit vieler Thätigkeit bewegte, sind auch Nachrichten über das Zusammenziehen feindlicher Truppen zwischen Ferrara und Ponte di Lago scuro erfolgt. In Ferrara hatte eine Volksbewegung, durch die heimkehrenden Croeiati veranlaßt, den Kardinal Legaten genöthigt, die Stadt zu verlassen, wo jetzt vollkommen Anarchie herrscht.

Preußen. Berlin, 18. Juli. Das kriminalgerichtliche Erkenntniß erster Instanz gegen den Studiosus Monike, welches denselben bekanntlich wegen seiner sogenannten Thronrede zu zwei und einhalbjähriger Festungsstrafe unter Aberkennung der Nationalkokarde verurtheilt, ist gestern Morgen in zweiter Instanz lediglich bestätigt worden. (Voss. Z.)

Baiern. München, 16. Juli. Der Allg. Zeit. wird geschrieben: Nach den genauesten von uns eingezogenen Erkundigungen ist weder den Offizieren noch den Staatsbeamten und Aceessisten jemals die Theilnahme an politischen Vereinen verboten worden, noch wird dies, solange wir uns auf dem konstitutionellen Boden befinden, jemals geschehen. (Unsere gestrige Korrespondenz aus Rheinbaiern behauptetr das Gegentheil.)

Sachsen. Dresden, 14. Juli. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer interpellirte der Abgeordnete Tzschirner, unter Hinweis auf die neuesten Vorgänge in Preußen und Hannover, die Regierung, ob sie gewillt sei, die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht ohne Weiteres als giltig anzuerkennen, sondern deren Giltigkeit von ihrer Zustimmung abhängig zu machen? Er begründete die Interpellation auf einige Stellen der Thronrede und des betreffenden Dekrets. Staatsminister v. b. Pforden entgegnete mit wenigen Worten: bereits bei Eröffnung des Landtages habe die Regierung ihre Absicht kundgegeben, den Ständen über ihre Betheiligung bei den Verhandlungen über das deutsche Verfassungswerk eine Vorlage zugehen zu lassen, diese werde nächstens erfolgen und dann sei die Zeit zur Erörterung der angeregten Frage. Jetzt halte sich die Regierung für verpflichtet, darauf nicht zu antworten, zumal es parlamentarischer Brauch sei, die Regierungen wohl über Thatsachen, nicht aber über Meinungen zu interpelliren. Dies führte zu einer ziemlich scharfen Debatte über den Mißbrauch der Interpellationen, und Abgeordneter Tzschirner, welcher sich von jener Antwort nicht befriedigt fühlte, stellte den ständischen Antrag: die Kammer möge dahin wirken, daß die Regierung erkläre, daß sie die Beschlüsse der Nationalversammlung ohne Weiteres für giltig erachte. Der Antrag wurde einer Deputation zur Begutachtung zugewiesen. (Allg. Z.)

Hannover. Hildesheim, 14. Juli. In der heutigen Volks-Versammlung ward ein Protest gegen die separatistische Erklärung des Königs, hinsichtlich der Stellung Hannovers zum deutschen Reiche und seinem Verweser, verlesen. Die Versammlung war mit wenigen Ausnahmen für die Unterschreibung des Protestes. — Auch die Bürgerschaft von Osnabrück hat gegen die Erklärung vom 7. Juli Verwahrung eingelegt. (Hildesh. Z.)

Baden. # Karlsruhe, 20. Juli. Die Eröffnung der Regierung über die unbedingte Anerkennung der provisor. Centralgewalt und die freudige Zustimmung zu der Wahl des Reichsverwesers wurde in der zweiten Kammer auf Anregung des Präsidenten Mittermaier mit dem Erheben von den Sitzen zum Zeichen der Uebereinstimmung aufgenommen. Nur der Abg. Richter blieb sitzen. Mez nahm hierauf das Wort, um anzukündigen, daß auch er sich über die Wahl des Erzherzogs Johann freue, obgleich er demselben seine Stimme nicht gegeben habe. Indem er sich deßhalb erhoben, gestehe er jedoch nicht zu, daß Badens Fürst oder Kammer das Recht der Anerkennung der Wahl hätten. Das Parlament sei souverän, und diese Eigenschaft in Beziehung auf die Form zu wahren, fühlte sich der Redner berufen. Junghanns erklärte ebenfalls, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung keiner Anerkennung bedürfen. Arme Regierung, arme Kammer! Nicht einmal anerkennen dürfen sie die Beschlüsse und die Wahl der Nationalversammlung; selbst der Ausdruck ihrer freudigen Zustimmung ist ein Verbrechen, vielleicht gar ein Zeichen reaktionärer Gesinnung. Hätte die Regierung ihre Anerkennung nicht ausgesprochen, wer weiß ob die Nationalversammlung dieselbe nicht, wie von Hannover, ausdrücklich verlangt hätte. Uns scheint die badische Regierung vielmehr Dank dafür zu verdienen, daß sie jeder Ungewißheit über ihre Gesinnung durch die heutige Eröffnung ein Ende gemacht hat. Aber auch den Abgg. Mez und Junghanns gebührt unser Dank dafür, daß sie die unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der Nationalversammlung für Fürsten und Volksstämme Deutschlands von einer Seite her, welche bis dahin das Volk gegen die Mehrheit der Nationalversammlung aufhetzte, anerkannt haben.

Der Abg. Sachs äußerte sich über eine Bekanntmachung der Regierung wegen des Abmarsches der Reichstruppen (Baiern und Württemberger) aus Baden, worin bemerkt wird, daß im Falle neuer Störungen die betreffenden Gemeinden die Kosten von Truppenaufstellungen zu tragen hätten. Sachs fand darin eine Drohung, welche ungerecht sei, weil sie nicht die wahren Schuldigen treffe, und weil man nicht wisse, wie weit sie gehe, indem die Zahl und die Dauer des Aufenthalts der Truppen nicht genau bemessen werden könnten. Er verlangte Mittheilung der Korrespondenz zwischen der Regierung, dem Bundestag und dem Kommandeur des 7. und 8. Armeekorps über die Besetzung Badens durch „fremde" Truppen. Der Antrag wurde ohne Abstimmung beseitigt, indem Staatsrath Bekk erklärte, daß der Kammer das Material zur Beurtheilung der Sache mitgetheilt werden würde. Einer Klage des Abg. Sachs, daß die Regierung ihre Zusagen nicht erfülle und das Vereinsrecht antaste, begegnete Staatsrath Bekk mit der Nachweisung, daß diese Behauptung unrichtig sei. Die Auflösung des demokratischen Studenteavereins in Heidelberg werde bei Gelegenheit der eingelaufenen Petition besprochen werden. Man hatte einen Sturm gegen diese Anwendung des Gesetzes erwartet; allein die Zeit der Stürme scheint auch bei uns vorüber, es kam nur eine bescheidene Hinweisung. Mez benutzt diesen Anlaß, um auf Ersparnisse zu dringen, namentlich bei der Civilliste; er verkündigte, daß von Frankfurt aus ein Beschluß darüber erfolgen werde — Mez gibt sich gern als Lenker der Nationalversammlung zu erkennen — und erklärte endlich, daß er das Mittel kenne, die soziale Frage zu lösen. Staatsrath Bekk ersuchte den Redner, eine Motion darüber zu begründen.

Die Kammer beschäftigte sich hierauf mit den Aenderungen der I. Kammer an dem Gesetz über die Waldrechte und mit Prüfung einiger Wahlen. Die Wahl von Ueberlingen (Dr. Hergt) wurde für

ungiltig erklärt, weil der Gewählte erst nach der Wahl in den Besitz des erforderlichen Steuerkapitals gelangt war.

Morgen kommt das Anleihegesetz zur Berathung.

* Heidelberg, 20. Juli. Die ausgewanderten Studirenden, von denen übrigens Einzelne den Rückweg angetreten haben, senden uns aus Neustadt a. d. H. eine Erklärung, die wir unten mittheilen. Dieselbe beweist den Ungrund ihres Schrittes nur noch klarer. Die zwei Gründe, die sie für den Auszug anführen, sind längst beseitigt; denn daß von allen demokratischen Vereinen gerade der demokratische Studentenverein aufgelöst worden ist, hat eben seine Ursache darin, daß eben von diesem allein eine amtl. Kenntniß und ein aktenmäßiges Statut vorlag, von den andern nicht. Es fällt daher auch der zweite Grund, daß man der „Willkür entgegentreten müsse", um zu verhindern, daß die alten Zeiten der Knechtschaft und Bevormundung zurückkehrten, vollständig weg; denn Vollziehung der Gesetze ist so wenig Willkür, als die Aufhebung eines republikanischen Vereins mitten unter monarchischen Einrichtungen „Knechtschaft und Bevormundung" ist. Die Willkür ist nur da, wo man über die Form und den Geist des Gesetzes hinaus Bewilligungen begehrt, und falls sie billig versagt werden, zur Selbsthilfe greift. Wenn daher die ausgewanderten Studirenden nicht eher zurückkehren wollen, als bis das „Associationsrecht wiederhergestellt ist", so werden sie nie zurückkehren; denn das Associationsrecht kann nicht hergestellt werden, weil es überhaupt gar nicht bedroht war.

Hessen. Mainz, 19. Juli. Heute um 10 Uhr Vormittags ist die von hier nach Wiesbaden gesendete Artillerie und Kavallerie wieder hier eingerückt; auch die übrigen Reichstruppen werden morgen von dort abmarschiren, da die Waffenablieferung in größter Ruhe bewerkstelligt worden ist. Der demokratische Verein hat heute einen Protest gegen den letzten Erlaß der Regierung anschlagen lassen.

(O. P. Z.)

Schleswig. * Altona, 15. Juli, Abend 7 Uhr. Soeben kam Welcker von Rendsburg hier wieder an. Nachdem er die Reorganisation des Lauenburgischen Landes beendet und die neue Regierung beeidet hatte, bestehend aus den Administratoren Kielmansegge, Walter und Hochstädt, nachdem die frühere Administration Graf Rantzau und Graf Reventlow ausgetreten war, traf Welcker heute Morgen hier ein, ging aber erst noch rasch nach Rendsburg, um sich mit der dortigen Regierung zu besprechen. Aus den Mittheilungen Welckers, dem wir einen Augenblick nahe zu sein Gelegenheit hatten, sowie aus der von Bundeswegen vorgenommenen Reorganisation Lauenburgs geht hervor, daß der Friede doch eigentlich noch in weiter Ferne ist, man würde sonst gewiß nicht zu außergewöhnlichen Maßregeln geschritten sein. Gibt Dänemark nicht nach, so ist an einen Frieden nicht zu denken, selbst nicht an den Waffenstillstand, und wird dieser keinesfalls unter „den von den öffentlichen Blättern mitgetheilten Bedingungen" abgeschlossen werden, über welche sich in Malmö die Diplomatie geeinigt hat, es war aber nur England, Rußland, Schweden und Dänemark dabei vertreten, ohne Deutschland zu fragen; aber auch Preußen soll sich damit einverstanden erklärt haben. Doch beruhigt uns Welcker durch seine Erklärung, daß die Nationalversammlung nur darauf den Frieden abzuschließen gesonnen sei, wenn Dänemark Alsen räume und die „Herzogthümer vereint" bei Deutschland blieben. Gegen einen schimpflichen Frieden und die Personalunion sprechen sich nun alle Vereine aus, und der Beschluß des Bürgervereins zu Kiel lautet: „daß wir keinen schimpflichen Waffenstillstand noch Frieden mit Dänemark wollen, daß wir das Zurückziehen der Truppen aus den Herzogthümern vor abgeschlossenem Frieden, die Einsetzung eines Schiedsgerichts und einer neuen Regierung als unmögliche Bedingungen betrachten, daß wir zu „unserer provisorischen Regierung" das größter Vertrauen haben und Niemanden außer dem ganzen Volke das Recht zugestehen, eine neue Regierung einzusetzen, die auf Gehorsam Anspruch hätte, daß wir bereit sind, unsere jetzige Regierung und die Ehre unseres Landes aufs Aeußerste zu vertheidigen, endlich die Sicherung unserer Freiheit durch Festsetzung unserer Verfassung eine so dringende Verlegenheit ist, daß die Ausschreibung der Wahlen und die Berufung der konstituirenden Versammlung nicht die geringste Verzögerung erleiden darf. Aber auch in der Ständekammer gab sich derselbe Geist kund, denn sie erklärte mit überwiegender Stimmenmehrheit, „einer aufgezwungenen Regierung die Steuern zu verweigern", da man nicht wissen könne, ob dieselbe nicht das Geld zum Behufe der Unterdrückung unserer Freiheit benützen würde. — In 8 Tagen wird sich übrigens das Verhältniß aufklären, und wir werden sehen, ob sich die in schwedischen Zeitungen verbreiteten Gerüchte über Waffenstillstand bestätigen werden. In Stockholm, Christiania, Gothenburg, Malmö sind die Gerüchte von eingetretenem Waffenstillstand allgemein verbreitet, nicht so bei uns und in Dänemark denn die letzten von Dänemark hier eingetroffenen Nachrichten enthalten keine einzige Notiz darüber. Für das Zustandekommen des Waffenstillstandes spricht die Erklärung des Herzogs von Augustenburg in der letzten Sitzung der Ständeversammlung, in der er beantragt, die Verhandlung über die Kriegssteuer 8 Tage auszusetzen, da sich bis dahin gewiß entschieden haben werde, ob sie nothwendig sein wird oder nicht; der Herzog glaubt, daß sie gar nicht nöthig sein werde. Für das Vorhandensein der ununterbrochenen Unterhandlung spricht auch der stete Kourierwechsel; mit dem letzten Petersburger Dampfboot auf Lübeck, der „Alexandra", kamen zwei Couriere mit wichtigen Depeschen, der eine nach London, der andere nach Malmö bestimmt. Ferner kehrte Graf Reventlow von Berlin zurück und reiste dieselbe Nacht 2 Uhr mit Extrapost in Begleitung eines preußischen Majors v. Wildenbruch von Rendsburg nach dem Hauptquartiere ab, um mit General v. Wrangel das Weitere zu verhandeln, welcher wenigstens einen Waffenstillstand über die Gendarmezeit hinaus abschließen wird. Keinenfalls ist man zum Abschluß eines Waffenstillstandes geneigt, in Folge dessen die provisorische Regierung von ihrer Amtsthätigkeit abzutreten gezwungen würde. Gegen den Waffenstillstand spricht dagegen das fortwährende Eintreffen preußischer Reserven und die Forderung des Generals v. Wrangel, neue nachzuschicken, auch alle Rekonvalescenten von Altona, Kiel, Rendsburg, Schleswig und Flensburg mußten dem Heere rasch nachgeschickt werden. Ferner spricht gegen den Abschluß des Waffenstillstandes und Friedens das noch fortwährende Bestehen des Ministeriums Orla-Lehmann. Lehmann ist nach Berichten der dänischen Zeitungen eben von Paris zurückgekehrt, um bei den obschwebenden Verhandlungen gegenwärtig zu sein. So lange aber das Ministerium Tscherning-Lehmann besteht, ist kaum an Frieden zu denken, da es sich nur durch den Krieg erhalten kann, und da es auch nur durch den Krieg die nöthigen Mittel zur Fortexistenz des dänischen Staats herbeischaffen kann. Schweden und Normannen, ist es nach den letzten schwedischen Zeitungen im Ganzen gleichgiltig die, ob Schleswig zu Deutschland oder zu Dänemark gehöre; sie meinen, die Millionen, welche die Regierung auf Kriegsrüstungen verwendet, hätten, zumal da wenig Ersatz dafür zu hoffen, nützlicher verwendet werden können.

In Malmö liegen nach denselben Berichten 6500 Mann, worunter etwa 3100 Norweger, welche theilweise in der Stadt, theilweise in einem Lager untergebracht sind. Unter den Studirenden ist noch immer ein Geist der Aufregung für die scandinavische Sache und haben die Studenten Upsalas im Ganzen 5772 Rthlr. Bco. zusammengebracht und an das Komité für freiwillige Beiträge zu den dänischen Staatsbedürfnissen eingesandt. Die schwedisch-norwegische Flotille verließ am 8. Juli Malmö, um nach Landskrona zurückzukehren, was wiederum darauf hinweist, daß auch die schwedische Regierung nicht an Feindseligkeiten denkt.

Altona, 16. Juli. Die Börsenh. will nun doch wissen, daß die Zusammenkunft, welche zwischen den beiden Oberfeldherren am Freitage stattgefunden, den Abschluß eines militärischen Waffenstillstandes bis zum nächsten Dinstage zur Folge gehabt habe. Mit dem Abendzuge ist Hr. Schleiden (auf der Weiterreise nach Süden) angekommen. Graf Reventlow-Preetz war von einer Reise ins Hauptquartier nach Rendsburg zurückgekehrt. (Unsere gestrige dem Hamb. Korresp. entnommene Mittheilung aus Rendsburg vom 16. Juli 3¼ Uhr Nachmittags, wonach die Waffenstillstandsbedingungen verworfen worden, scheint eine spätere oder mindestens gleichzeitige zu sein. Die uns heute zugegangene Brem. und Wes. Z., zweite Ausgabe, Dinstag den 18. Juli, enthalten aus und über Schleswig-Holstein Nichts). — Bekanntmachung. Die prov. Reg. hat die Errichtung einer Seeofficierschule in Kiel beschlossen. Zu Directoren dieser Schule sind ernannt: der Etatsrath Professor Scherk, Prof. Christiaasen, Kapitän Donner von der Kriegsmarine. Die Direktion hat das Nöthige über die Einrichtung und den Lehrplan der Anstalt unverzüglich bekannt zu machen. Rendsburg, 14. Juli 1848. Die provisor. Regierung. Beseler. M. T. Schmidt. J. Bremer. Th. Olshausen. Lüders.

* Frankfurt, 20. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung theilte der Vorsitzende v. Gagern mit, daß nach einer ihm gewordenen Mittheilung des Reichsverwesers dieser für die Zeit seiner Amtsdauer auf jedes Gehalt verzichte. Die ganze Versammlung gab ihrem Dank durch freudigen Zuruf zu erkennen. Graf Schwerin beantragte darauf, dem Reichsverweser im Namen und auf Kosten der Nation jedenfalls eine entsprechende Amtswohnung zur Verfügung zu stellen. Dies verlange die Würde der Nation. Das allgemeine Anstandsgefühl bekundete sich durch zustimmende Erhebung fast der ganzen Versammlung, nur Hr. Venedey beantragte

eine gründliche, geschäftsordnungsmäßige Berathung, da die Sache außerordentlich wichtig sei. Eisenmann aber bedeutete ihm, daß, wo Tausende monatlich für Miethe, Dienstpersonal, Druckkosten ꝛc. ohne alle Berathung und Genehmigung verausgabt werden, man bei einem solchen Gegenstande und nach der gehörten Erklärung durch den Mund des Hrn. Präsidenten über ein paar Tausend Gulden Miethe für das Oberhaupt des deutschen Reichs nicht erst Viel berathen dürfe. Vogt erklärt sich ebenfalls für alles Unterlassen der Berathung und glaubt, es werde bei der Abstimmung von nirgends her Widerspruch erfolgen. Die Abstimmung erfolgt sofort; ein paar einzelne Ausnahmen abgerechnet, erhebt sich die ganze Versammlung. — Nun wurde die Berathung über die §§. 4 und 5 der Grundrechte fortgesetzt. Dieselbe bot sehr wenig Interesse dar. Der §. 1 wird nach dem neuesten Antrag des Verfassungsausschusses angenommen. Die Abstimmung über die §§. 2, 3, 4 und 5 erfolgt morgen, worauf dann der Wydenbruck'sche Bericht, die deutsche Politik gegenüber Frankreich, und der Bericht, die poln. Frage betreffend, zur Verhandlung kommen wird.

Frankfurt, 19. Juli. Camphausen wurde kürzlich in diesen Blättern getadelt, weil er das Reichsministerium abgelehnt habe; man schrieb das einer mehr preußischen als deutschen Gesinnung zu. Dagegen heißt es in einem Berichte der Köln. Z., der offenbar aus guter Quelle kommt: Frankfurt, 15. Juli. Die Weigerung Camphausens, an die Spitze des Reichsministeriums zu treten und zugleich die Führung der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen, hatte, wie versichert wird, keineswegs einen Mangel an Vertrauen auf die Herbeiführung der Vereinigung Deutschlands, noch die Abneigung gegen eine zu große Beschränkung der Einzelregierungen zum Grunde; vielmehr soll sich derselbe über den Umfang der Rechte, welche der Centralgewalt durch die künftige Reichsverfassung beizulegen seien, sehr entschieden und weitgreifend geäußert haben. Allerdings aber scheint Camphausen über die Gefahren, welche der deutschen Sache drohen, wenn, bevor die Verfassung besteht, von den einzelnen Volksstämmen die Hingabe eines zu großen Theiles ihrer Selbständigkeit an ein Provisorium begehrt würde und wenn die Versammlung der Neigung zu regieren zu sehr sich hingebe, in Frankfurt weder eine völlige Beruhigung gefunden, noch auch sich selbst als die geeignete Person betrachtet zu haben, jene Gefahren für längere Zeit mit Erfolg zu bekämpfen. Es ist für die Versammlung die unvermeidliche Nothwendigkeit eingetreten, nicht nur von jetzt an das preußische Volk mit Vorsicht und Schonung zu behandeln, sondern auch ihm recht bald unzweideutige Beweise der Würdigung und Achtung zu geben; diese Achtung muß aber aus freiem Antriebe von der Versammlung eingeschlagen, nicht durch ein Ministerium hervorgerufen werden, dessen Chef man sofort als den Repräsentanten des preußischen Partikularismus zu bezeichnen nicht unterlassen würde. Auch mußten für Camphausen aus seinen politischen Ueberzeugungen eigenthümliche Schwierigkeiten entstehen. Zwar kann und wird die Nationalversammlung nicht die Anforderung machen, daß ihr Ministerium in allen seinen Mitgliedern sich zu einer und derselben der jetzt in Frankfurt umlaufenden staatsrechtlichen Theorien bekenne; auch ist die Führung der auswärtigen Politik eines großen Volkes nicht nothwendig im Zusammenhang mit den Ansichten über innere Verfassung; allein dennoch würde die Versammlung in ihrer dermaligen, durch den Wahlerfolg ungemein gehobenen Stimmung schwerlich lange am Ruder Vertreter der Meinung dulden, daß die provisorische Centralgewalt außer der Zustimmung der Versammlung auch derjenigen der einzelnen Länder nothwendig bedurft hat.

Großbritannien.

London, 17. Juli. Im Oberhause richtete am heutigen Tage der Marquis von Londonderry an den Marquis von Lansdowne die Frage, ob die Regierung mit Spanien noch insoweit verkehre, um gegen die Erneuerung solcher Scheußlichkeiten, wie die Erschießung des Generals Rijaa, der spanischen Regierung Vorstellungen machen zu können? Der Marquis von Lansdowne erwiderte: was diese Gewaltthat beträfe, so wäre der General dem Tode überliefert worden, ehe noch irgend ein Agent einer auswärtigen Macht Zeit gehabt, sich für ihn zu verwenden. Ein anderer Herr führte dem Marquis von Lansdowne zu Gemüth, daß sich der Prätendent auf die spanische Krone in England befände und daß man von ihm verlangen solle, seine Schildknappen aus Spanien zurückzurufen. Der Marquis von Lansdowne erwiderte: daß die Person, auf welche der edle Lord soeben angespielt, in England als Privatmann lebe, daß die Regierung kein Recht habe, sich mit seinen Angelegenheiten zu bemengen, daß es nicht den Anschein habe, als ob er Prätendentenrechte auf die spanische Krone geltend machen wolle, und daß, wenn er dies thue, die britische Regierung mit ihm in seiner Eigenschaft als Prätendenten keinen Verkehr unterhalten könne.

Frankreich.

Paris, 18. Juli. Eine Ordonnanz Cavaignac's ernennt Hrn. Marie zum Justizminister, Hrn. Jules Bastide zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und den Schiffskapitän Bernina zum Marineminister. Die Entlassungen der Herren Bethmant und Generals Bedeau sind angenommen. Durch die Ernennung Maries ist die Präsidentenstelle der Nationalversammlung erledigt. Die republikanische Partei, die im Palais National zusammenkömmt, schlägt Garnier-Pagès, die ehemalige Linke Dufaure vor.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde nach dem Gesetze über die Unterstützung für die Theater noch das Gesetz votirt, welches 300,000 Franken zur Unterstützung der Künstler und Schriftsteller bewilligt, endlich das Dekret über Errichtung eines Monuments für den Erzbischof von Paris. Auf den durch ein Schreiben ausgesprochenen Wunsch des Domkapitels wurde beschlossen, daß das Monument nicht im Pantheon, sondern in der Notre-Damekirche aufgestellt werden solle, und die Versammlung bewilligte 50,000 Franken für die Kosten.

Das Komité der auswärtigen Angelegenheiten hat seine Diskussion über die italienischen Angelegenheiten noch nicht geschlossen. Gestern nahmen die HH. Napoleon Bonaparte, Mangain, E. Durrieu und Larochejacquelin das Wort, um Lamartines Friedenspolitik zu bekämpfen. Heute wird die Diskussion geschlossen, und das Komité wird dann seine Ansicht über die in Italien zu befolgende Politik formuliren.

Berichte aus London sprechen von lebensgefährlichem Erkranken des Prinzen von Joinville.

Man hat gestern die Entdeckung gemacht, daß Barbès, Albert und Blanqui von den Fenstern ihres Gefängnisses im Thurme von Vincennes Signale machten, die wahrscheinlich von einem Hause im Dorfe vor Vincennes aufgenommen und beantwortet wurden. Es ist den Gefangenen nun verboten an's Fenster zu treten und die Schildwachen sollen den Befehl haben auf sie zu schießen, wenn sie dieses Verbot übertreten.

Herr Thiers hat gestern im Finanz-Komité eine lange Diskussion mit Herrn Proudhon gehabt, der seinen socialistischen Vorschlag, alle Besitzenden mit einem Drittel ihres Einkommens zu besteuern, weitläufig entwickelte. Herr Thiers wurde von dem Komité zum Berichterstatter ernannt und wird in seinem Berichte zugleich eine kritische Uebersicht der bis jetzt aufgetauchten socialistischen Systeme geben.

Der Vorschlag Jules Favres, die Privat-Domänen Louis Philipps für Staatseigenthum zu erklären, ist von dem Finanz-Komité mit Einstimmigkeit verworfen worden.

In der heutigen Sitzung der Nat.Vers. war das Gesetz über den Eintritt in die polytechnische und Militärschule an der Tagesordnung. Die Regierung will nach echt republikanischen Grundsätzen, daß der Eintritt in die Anstalten unentgeltlich sei, damit auch dem Armen der Zutritt möglich werde. Sie kann dabei freilich nicht verhindern, daß der vorbereitende Unterricht, welcher der Prüfung und Aufnahme vorangehen muß, ansehnliches Geld kostet und so dem Armen jedenfalls der Eintritt in jene Anstalten wenigstens mittelbar erschwert wird. Die Gegner des Gesetzes, worunter auch Militärs, suchten die Vertagung durchzusetzen; es sollte nach ihrer Meinung erst dann darüber entschieden werden, wenn die Verfassung den öffentlichen Unterricht überhaupt geregelt habe. Nach einer langen und lebhaften Debatte wurde die Vertagung mit der kleinen Majorität von 362 gegen 337 Stimmen abgelehnt.

Strasburg, 18. Juli. Der Kommissär der Republik hat so eben durch Anschlagzettel die Bekanntmachung erlassen, daß der Arbeiterklub bis auf weitere Verfügung geschlossen ist. Zu gleicher Zeit hat der Maire einen Beschluß veröffentlicht, dem zufolge eine der Gemeindewerkstätten in der Nähe des Rheins, welche seit einiger Zeit der Herd von Umtrieben war, die der öffentlichen Ruhe Gefahr bringen könnten, aufgelöst ist. Die Arbeiten wurden von derselben heute eingestellt. Die Geräthe und Werkzeuge wurden von einer Abtheilung Pontonniers auf Boote gebracht, die im Rheine lagen, und nach der Stadt geführt. Eine Abtheilung der Nationalgarde und mehrere Kompagnien Linieninfanterie waren bei der Einschiffung der Geräthschaften gegenwärtig. (St. J.)

Italien.

* Neapel, 6. Juli. Die Nachrichten aus Calabrien lauten für die Insurgenten immer günstiger. Fünf Provinzen haben bereits die Waffen ergriffen und fordern ihre Parteigänger auf, durchaus

Digitized by Google

Die posener Frage.

Von einem deutschen Bewohner Posens.

Hat die schleswig-holsteinische, hat die österreichisch-slavische Frage wiederholte Veranlassung zu Angriffen nach einer gewissen Seite hin gegeben, so läßt sich erwarten, daß die posener Frage, wie dies bei der ersten Berührung derselben deutlich genug hervorging, zum Gegenstand heftiger Parteikämpfe werden wird. Ist sie ja doch eine preußische Frage im weitesten Sinne.

Sechs Wochen lang hat sie nun den Ausschuß beschäftigt, der Bericht liegt endlich gedruckt vor — und kommt hoffentlich Freitag den 21., trotz des Antrages der Polen beim Ausschuß um Verschiebung auf ungewisse Zeit, zur definitiven Diskussion. — Er enthält am Schlusse nach einer umfassenden Geschichtserklärung 4 Anträge ohne besondere Motivirung, gegen welche insgesammt He. F. Schuselka gestimmt hat. Eines vermissen wir schmerzlich in dem Bericht, was in dem schleswig-holsteinischen und dem böhmisch-slavischen so wohl that — den Ausdruck legend einer Sympathie. Es handelte sich doch auch um Deutsche — um Deutsche, die noch jüngst sechs lange Wochen auf Beruhigung harrten, die aber das Unglück haben, preußische Deutsche und mit den „unglücklichen Polen“ verkettet zu sein!

Der Kampf, den sie gegen diese während der letzten Zeit hier in Frankfurt vor der Nationalversammlung für ihr Deutschthum haben kämpfen müssen, bietet ein merkwürdiges, in der Geschichte sicherlich einziges Beispiel. Die Polen, getragen von einer immer noch für sie regen Sympathie, vereint mit den Radikalen durch das gemeinsame Interesse, Preußens Macht moralisch und materiell zu schwächen, wandten mit bekannter Rührigkeit alle Mittel der Intrigue an. Zahllose Proteste kamen für sie von allen Weltgegenden, die Heiligkeit der Traktaten von 1815, geschichtliche Deduktionen aus der Vorzeit, Vorspiegelungen über erlittene Täuschung und treulose Behandlung von Seiten des preußischen Gouvernements beim letzten Aufstand, Verleumdungen, Verdächtigungen, Nichts wurde unversucht gelassen. Die Partei der Deutschen aus Posen wurde in eine Defensive gedrängt. Durch diesen Kampf ist eine eigene posensche Literatur entstanden, in welcher manches Polenschriftchen doppelte Auflagen erlebt, wie z. B. die „edeldenkenden Stimmen“. Kein Fall jedoch zeigt eklatanter, mit welchen Waffen von den Polen gekämpft worden, als der letzte von ihnen durch den Abgeordneten Venedey eingereichte Protest einiger deutschen Posener gegen den Anschluß des deutschen Theiles an Deutschland. Es liegt nehmlich eine notarielle Urkunde vor, die die Fälschung des größten Theiles der Unterschriften beweist. Gegen solcherlei Ränke mußten Deutsche vor Deutschen sich und das preußische Gouvernement vertheidigen.

Der Hauptgrund, weshalb die Polen auf Verschiebung der Diskussion drangen, scheint theils in Uneinigkeiten zwischen den verschiedenen Fraktionen, die sich über ihre Taktik nicht einigen können, theils darin zu liegen, daß sie noch gern ein letztes „Promemoria gegen den projektirten Anschluß des Großherzogthums Posen“ an den völkerrechtlichen Ausschuß hatten überreichen wollen, welches so eben erst die Presse verläßt. Es ist von Abgeordneten des früher bestandenen polnischen Komités verfaßt und behandelt die Anschlußfrage auf staatsrechtlichem Boden. Mit der größten Evidenz wird bewiesen und mit reichlichen Belegen belegt, daß ein Anschluß des deutschen Theiles — eine neue Theilung Polens — unmöglich sei: weil Friedrich Wilhelm IV. erkläret, daß nur diejenigen Gebiete dem Bunde angeschlossen werden sollten, deren Bevölkerung es wünsche. Nun hätten dies aber die Polen und die eigentlichen Deutschen der Provinz (hier werden die Stimmen „Edeldenkender“ citirt) nicht gewünscht. Ferner wird die Integrität und Unantastbarkeit der das ehemalige Polen ausmachenden Landestheile aus den Wiener Traktaten, namentlich der Schlußakte, des Breitesten nachgewiesen. Ferner daraus hergeleitet: daß es dem Könige von Preußen, ohne die „Heiligkeit“ dieser Akte zu verletzen, gar nicht zustehe, irgend welche Trennungen des Großherzogthums vorzunehmen. Endlich wird als Hauptstützpunkt die deutsche Revolution gebraucht (auf den Widerspruch kommt es nicht an), welche die polnischen Gerechtsame anerkannt habe. Außer dieser Schrift scheint der Hauptcoup in einem Proteste zu bestehen, welchen der Geistliche Janiszewski wahrscheinlich in feierlicher Weise von der Tribüne heute erheben wird. Derselbe ist, obwohl gegen seine Wahl Protestationen vorlagen, doch als Abgeordneter in die Versammlung aufgenommen worden. Er hat sie zwar nie besucht, sich ferner auch äußerlich von allen Unternehmungen der Polen in Frankfurt fern gehalten, nichtsdestoweniger aber den eigentlichen Mittelpunkt derselben gebildet, wie dies auch zu erwarten stand, da er, von Anbeginn der Insurrektion in Posen einer der Hauptpartheiführer, nach Beendigung derselben nach Prag zum Slavenkongresse ging, und von dort aus erst, nachdem der hoffnungslose Kampf ausgebrochen war, am 18. Juni nach Frankfurt gekommen ist.

Im Allgemeinen scheint sich für den Abgrenzungsgrundsatz in der Posener Sache eine Majorität unter den Abgeordneten herauszustellen, und das Vertrauen der Deutschen ist auch auf eine solche Entscheidung gerichtet. Da aber durch die Zögerung des preußischen Gouvernements, durch die Ministerkrisen und politischen Constellationen, vorzüglich wohl auch durch eifriges Dazuthun der Polen jede Durchführung der Reorganisation und jede Abgrenzungsmaßregel seit Wochen sistirt ist, ja hofft die deutsche Bevölkerung vor Allem, daß die Nationalversammlung durch eine Aufforderung dem preußischen Gouvernement den gehörigen Impuls zu endlichen durchgreifenden Maßregeln in dieser Beziehung geben werde.

Von Seiten der Polen erwartet man im Posenschen nach dem Ausspruch der Nationalversammlung eine neue Schilderhebung, welche jetzt bereits vorbereitet wird. Sie trifft nunmehr jedoch nicht auf Langmuth und Geduld — nicht mehr auf Unklarheit in der Auffassung, sondern auf Entschlossenheit und Bekanntschaft mit den polnischen Absichten.

Oesterreich. Wien. Vor einiger Zeit erschienen hier zwei Amerikaner, die sich als Deputation gerirten, ihr lebhaftesten Sympathieen der Ver. Staaten ausdrückten, ja sogar Hilfe an Geld u. Waffen versprachen, und zur Uniformirung der Nationalgarde 8000 fl. C. M. überreichten. Es entstand jedoch, vielleicht von Seiten der engl. Gesandtschaft her, der Verdacht, als seien sie keine Amerikaner, sondern politische Abenteurer. Der Geschäftsträger der Ver. Staaten in Wien richtet nun unterm 11. Juli an die Red. der W. Z. eine Erklärung, worin er aus verschiedenen Gründen bezweifelt, daß jene Individuen auch nur Agenten der nordamerik. Deutschen seien, geschweige Beauftragte der Regierung. Er protestirt im Namen seines Landes gegen den Verdacht eines Verfahrens, das der unverbrüchlichen Staatspraxis der Nichteinmischung zuwiderlaufen würde; er erkläret, die Bürger der Ver. Staaten, obwohl keineswegs gleichgiltig gegen die Ausbreitung menschlicher Freiheit und freier Regierung auf dem Erdkreise, seien doch nie und nimmer Propagandamänner gewesen. Wenn die friedlichen Triumphe Nordamerikas nicht hinreichen, seine Grundsätze in andere Länder zur Annahme zu empfehlen, so würden Emissäre, Geld und Waffen dies noch weit weniger bewirken, die Grundsätze selbst müßten der Nachahmung unwerth sein und die Ver. Staaten sich begnügen, in deren Ausübung und Genusse einsam und allein zu verbleiben.

Innsbruck, 12. Juli. Der Allgemeinen Zeitung wird geschrieben: Ein englischer Kourier ist von London hier eingetroffen. Er hat Depeschen für Lord Ponsonby überbracht. Lord Palmerston bespricht darin die Wahl des Reichsverwesers über Deutschland in der Person des Erzherzogs Johann, und mahnt zur Ausgleichung mit Karl Albert. Er glaubt, daß es ein doppeltes Glück für Oesterreich sey, einen Prinzen, wie den Erzherzog Johann, an der Spitze von Deutschland und der eigenen Administration zu wissen, billigt aber doch, daß Lord Ponsonby das kaiserliche Hoflager nicht verlassen habe, was denn allerdings den Werth zu schmälern scheint, den er in die Uebertragung der Centralgewalt an den Erzherzog, in die Vertretung des Kaisers durch den Prinzen setzt; denn es verräth doch gerade keine große Hingebung, kein Verlangen, in enger Berührung zu sein, wenn, statt aufzusuchen, man es sich angelegen sein läßt, entfernt zu bleiben. Der Rath, sich mit dem König von Sardinien abzufinden, ein Rath, den He. Lamartine schon ertheilte, und Lord Palmerston in der wohlmeinendsten Absicht erneuerte, würde gewiß befolgt werden, könnte es ohne Gefahr für Triest geschehen. So lange Venedig nicht unterworfen, kann von keinem Abkommen die Rede sein, und in dem Augenblick, wo der Fall dieser Stadt täglich erwartet wird, Oesterreich zuzumuthen, daß es seinen Ansprüchen gegen einen geringen Preis entsage, heißt ihm doch zu große Gutmüthigkeit beimessen. Uebrigens ist es an Karl Albert, den ersten Schritt jetzt zu thun, nachdem der erste Versuch zur Versöhnung von uns ausgegangen und durch seine ungemessenen Prätentionen fruchtlos geblieben. Ihm wäre vor Allem zu rathen, einzulenken, er hat dabei nur zu gewinnen.

Hessen. Δ Darmstadt, 17. Juli. Von unserer ersten Kammer hört man Nichts, außer durch die Vermittelung der zweiten Kammer. Sie hat schon vor Wochen beschlossen, ihre Sitzungen öffentlich zu halten, und hat die Regierung ersucht, die dazu erforderlichen baulichen Einrichtungen zu treffen, aber weiß der Himmel, woran es liegt, an der Regierung oder an den Maurern, die Thüre der er-

sten Kammer ist nach wie vor so fest zu, wie an dem Jahrestempel zur Friedenszeit. Und so sind wir einzig und um so mehr bloß auf die zweite Kammer beschränkt, als nicht einmal die künftigen Protokollauszüge der ersten Kammer in der Großh. Hessischen Zeitung, nunmehr Darmstädter Zeitung geheißen, erscheinen. Also die zweite Kammer! Aber haben wir wirklich noch eine? Sie zählt eigentlich 50 Mitglieder; in der Regel sind jedoch nur 34 bis 35 da; in ihrer Zahl fällt nicht selten unter die 30. Das kommt von den Frankfurter Parlamentsherren, welche zugleich Mitglieder unserer zweiten Kammer sind und, mit Ausnahme des Abgeordneten Brunck, bis jetzt ihren Abschied da nicht genommen haben. Allerdings thatens auch noch Zitz und Mohr, aber auf andere Gründe hin, als daß sie nicht doppelliebig sein wollten, und unsere zweite Kammer war so stark oder so schwach, dem Gesuch der Herren Zitz und Mohr nicht zu willfahren. Man hätte dem Himmel danken sollen, bei dieser Gelegenheit zwei dem konstitutionellen System absolut abgeneigte Mitglieder völlig los zu werden und dem kleinen Kitzel dabei entsagen sollen, sie durch den Präsidenten an die Erfüllung ihrer Pflicht zu mahnen. Jenes Manko in den anwesenden Abgeordneten kommt ferner von den Abgg. Mohr, Zitz, Geode und Behlen, welche, wie eben erwähnt, unter Anklagen gegen die jetzige Kammer, aus derselben geschieden sind und von einigen Kranken. Für den wegen Krankheit ausgetretenen Abg. Heinrichs wird neue Wahl stattfinden, wenn die Regierung es nach für nöthig hält, mit Rücksicht auf die bevorstehende Auflösung. Das hat wenigstens der Ausschuß ausgesprochen; die Kammer behielt das „Auflösung" im Hals. Vielleicht mit deßwegen, weil das hauptsächliche Interesse unseres Landes sich um diese Frage dreht. Erst noch am 9. d. M. wurde in einer Volksversammlung in Petterweil bei Vilbel an die Stelle des jetzigen Landtages gewünscht, „mittelst census freier **direkter** Volkswahl die Einberufung eines keinerlei Bevorzugungen besonderer Klassen in sich begreifenden **Einkammersystems**-Landtages baldthunlichst." Jene Volksversammlung sind unter Blum'schen und Vogt'schen Auspicien Statt; sie fußte auf dem Boden fortgesetzter Revolution und beschwor darauf hin diesmal die **oberen** Mächte. Aber immer bleibt das Verlangen und Drängen im Lande nach Auflösung unserer jetzigen zweiten Kammer, nach vorgelegtem und angenommenem **freisinnigen** Wahlgesetz. Jene zweite Kammer, unterm Ministerium du Thil nach einem elenden Wahlgesetze gewählt, ist von sich selbst aufgegeben, ihrer Mitheit will aufgelöst sein, das Volk verlangt darnach, und doch hat die Regierung in dieser Beziehung noch nicht das mindeste verheißende Wort gesagt. Im Gegentheil: sie ist immer mehr und mehr jener Frage gegenüber mit ihrem Willen zusammengeschrumpft, und die Spitze erreichte dieses Zusammenschrumpfen, als vor einigen Tagen selbst die zugesagte Auskunft über ein vorzulegendes Wahlgesetz sich in unbestimmte neue Ferne verlor. Wahrscheinlich wird heute der vaterländische Verein dahier, ein Verein mit gemäßigten Tendenzen, sich für alsbaldige Vorlage eines Wahlgesetzes und für Auflösung des Landtages nach Berathung desselben und nach Erledigung der nothwendigsten Vorlagen aussprechen. Er berieth schon letzten Freitag über die nämliche Frage, auch kein Mitglied war dagegen. Sollte trotzdem unsere Regierung bei ihrem Traume von bloßer Vertagung beharren? Sie wird zum Wenigsten an das Gegentheil genug erinnert. So heute, als der Großh. Ministerialrath Emmerling einen Gesetzesentwurf über die Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände vorgelegt hatte und sich wieder entfernen wollte, da machte der Abg. Lehm ihm bekannt, daß er in der nächsten Sitzung eine Interpellation, bezüglich der Auflösung der Kammer und des Wahlgesetzes an die Staatsregierung stellen werde; erfolge die Antwort nicht genügend, so halte er sich nicht länger für berechtigt, in dieser Versammlung zu erscheinen und wohl auch manche Kollegen mit ihm. Die Abgg. **Görz** und **Kretzschmar** erhoben sich und der Reg.-Komm. gab zur Antwort: Diese Interpellation schlage nicht in sein Departement; daher könne er nicht darauf antworten; er werde es aber der betreffenden Stelle kund geben. Auf diese Weise bleibt die Sache fortgesetzt von mehreren Seiten in Gang. Und wohlgemerkt, das sind keine übelgesinnten, keine anarchischen Kräfte, welche die Auflösung unserer zweiten Kammer in der letztbemerkten Weise verlangen. Uebrigens ist anzuerkennen, daß unsere gegenwärtige zweite Kammer, unter einer schon freisinnigeren Gestirn gewählt, selbst in ihren Resten und Trümmern, doch noch Manches zur Sprache bringt, was bis dahin ein soll me tangere war. So heute. Anfang April dieses Jahres hatte Abg. Volhard einen Antrag gestellt auf Durchsicht und Prüfung der Ruhe- und Gnadengehalte, auf Streichung und Minderung aller dieser das billige Maß übersteigenden Gehalte, auf Wiederberufung pensionirter dienstuntauglichen Beamten; auf möglichste Minderung der festen Besoldungen; schließlich beantragte er: „S. K. H. den Großherzog, sowie die Prinzen des Hauses zu bitten, in Berücksichtigung des im Lande herrschenden Elends, der unabweisbaren Staatsbedürfnisse, auf einen angemessenen Theil höchst ihrer Civilliste und Apanagen freiwillig zu verzichten." Bei der Berathung hierüber war die Gallerie gefüllt, wie seit Monaten nicht, und der Präsident sah sich genöthigt, sie zur Ruhe zu mahnen, da sie mitunter den durch das Vorgeführte erzürnten Rednern ihre Beistimmung allzulaut zu erkennen gab. Die Verhandlung gab wahrhaft pikante Details: so erschien der Generallieutenant und Generaladjutant, Prinz v. Wittgenstein, nebenher noch als Diplomat mit einer Pension von 2400 fl., als Ehrenlegionär mit 464 fl.; Legationsrath von Pappenheim, ehemals hes. Geschäftstr. in Paris, mit 3000 fl. Pension, welche er, wie ein Mitglied sich ausdrückte, „wegen seiner Privatschulden erhalten, damit der hes. Geschäftstr. nicht offen proskribirt würde." Abg. **Volhard** beantragte hier, wie beim ersten Posten, Untersuchung und Bericht durch den Ausschuß, ob der frühere Minister du Thil wegen Verschleuderung der Staatsgelder in Anklagestand zu setzen sei. Es erhielt Hr. v. Linde mit 3690 fl. Ruhegehalt; der Großherzog hatte ihm bei seiner Pensionirung sein ganzes Gehalt gelassen. Abg. Volhard beantragte, denselben als Professor nach Gießen zu versetzen, sobald er nicht mehr Mitglied der Nat. Vers. sei. Nun, da kann der Herr Kanzler wie früher Collegia lesen, nach dem von ihm selbst zum Unheil der Universität eingeführten Studienplan nach mit seinem Kollegen, Professor Credner, die alte Bekanntschaft erneuern! Auch Minister du Thil selbst fand sich ein mit 8100 fl. Pension. Auch hier beantragte Volhard, wenn thunlich, Versetzung des Ministers in Anklagestand. Der Ausschuß „erwartet von den patriotischen Gesinnungen des Hrn. Ministers du Thil, daß er auf einen Theil seiner Pension freiwillig Verzicht leiste." Sogar Hr. v. Rothschild in Frankfurt a. M. bezieht von Hessen eine Pension von 161 fl., der Himmel weiß für welche Verdienste! Abg. **Kretzschmar** wünschte, daß dem reichen Bankier eine besondere Urkunde über den Fortbezug dieser Summe ausgefertigt würde! Da kam ein Generalmajor v. Oyen mit 5673 fl. Pension, die er in Genf verzehrt; eine wahre Musterkarte bezahlten Hofadels aber bot das Verzeichniß der Gnadenpensionen, Generals-, Hofmarschallswittwen ꝛc., die außer dem sehr bedeutenden Wittwengehalt von 600—1000 fl. vor der Armen, die der verstorbene Großherzog übrigens auch freigebig unterstützte, erschlichen hatten. Kein Wunder, daß da mancher Abg. aus dem Volke weidlich vom Leder zog; durch solche Pensionen, sagte Abg. **Frank**, wird die Faullenzerei unterstützt; ich wundere mich, daß solche Menschen so unverschämt haben sein können, sie vom Großherzog zu nehmen. Diese Frauenzimmer hätten in der Jugend Was lernen sollen, statt sich im Alter vom Schweiß des Volkes füttern zu lassen! Starke Worte fielen auch bei der Besprechung der Apanagen, welche die 4 unvermählten Prinzen des Hauses im Jahr 1845 von 14000 fl. auf 18000 fl. erhöht bekamen, „wegen des allgemein gestiegenen Preises aller Lebensbedürfnisse." Daß das Ergebniß der Abstimmung ein für unserer früheren Volksbeglücker, welche sich so vorzüglich bedacht, ein sehr unerquickliches sein werde, ist vorauszusehen; zwar wird die Wirkung an der ersten Kammer zerschellen, aber all diese Verhandlungen wecken und heben, so hoffen wir, die politische Regsamkeit unseres Landes immer von Neuem wieder, und dann spinnt sich damit auch die erste Kammer — wenigstens in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung — ihr eigenes Sterbekleid. — Heute erzählt man hier als gewiß, daß Jaup, im März d. J. vom pensionirten Geheimen Staatsrathe zum activen Präsidenten des Staatsrathes befördert, Ministerpräsident geworden sei.

Italien.

† **Venedig**, 10. Juli. Die Gazetta di Venezia, obgleich immer noch mit dem Löwen von San Marco geziert, nennt sich nicht mehr officielle Zeitung der Republik, sondern der provisorischen Regierung. Die Republik von San Marko hat aufgehört nach einem Bestehen von etwa 100 Tagen. Dem Corriere Veneziana zufolge hat General Ferrari mit 1200 Mann vorgestern einen Ausfall von Brondolo aus gethan, um die Operationen der Oesterreicher zu hemmen, wurde aber bald durch das österreichische Geschütz gezwungen, sich zurückzuziehen. Aus Vicenza schreibt man vom 9. d. M., daß am 14. oder 15. eine blutige Schlacht geschlagen werden wird; es ist dies kein leeres Gerücht — Radetzky konzentrirt seine Truppen und bereitet sich zu einem entscheidenden Schlage vor.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in **Mannheim.** — Druck von **G. Mohr** in **Heidelberg.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elwert & Komp., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder beliebe man sich an C. F. Kleyenbroek in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Rue de Beaune du Louvre.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1¼. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1¾. 3 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 203. **Heidelberg**, Sonntag 23. Juli. **1848.**

Uebersicht.

Die Polenter Frage. IV. — **Prag** (bedenkliche Stimmung des Landvolks. Ein neuer Ausbruch erwartet). **Berlin** (der Zeughausprozeß. Die Bürgerwehr. Das t. Veto). **Vom Rhein** (der Pius-verein). **München** (Erklärung von Wahlmännern. Das Verhältniß zum Reichsverweser. Die Kammer). **Kurhessen** (Jordan zum Abgeordneten gewählt). **Mainz** (Petition an den Reichsverweser." Rede des Gerichtspräsidenten Levita über den Werth der Geschwornengerichte). **Wiesbaden** (Herstellung der Ruhe. Der Arbeiterverein). **Hadersleben** (der Waffenstillstand). **Kiel** (das erste Kanonenboot). **Frankfurt** (Reichstagsverhandlungen. Die Abstimmung über die ersten fünf Paragraphen vollendet. Martinis Rede. Ankunft des Reichsverwesers in Wien).

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen. Die Abschaffung der Schifffahrtsgesetze verschoben. Eine spanisch karlistische Junta in London.

Frankreich. **Paris.** Die Wahl des Präsidenten zur Nationalversammlung. Die Zusammensetzung der Regierung. Spaltung der Parteien. Der Erzbischof von Paris. Besetzung der Polizeipräfektur. Zustand in Marseille. Thätigkeit der Militärkommissionen.

Italien. **Ancona.** Die ehemalige Besatzung von Peschiera. Traurige Zustände im Kirchenstaat. Rüstungen **Padua.** Uebergabe Ferraras an die Oesterreicher. **Venedig.** Stimmungen in der Stadt. Parteiverhältnisse.

Beilage. Die Einheit Thüringens von deutschem Standpunkte. — **Darmstadt.** Kammerverhandlungen. Reduzirung der Gehalte und Pensionen der Staatsdiener. **Hannover.** Amtliche Berichtigung vom Ministerium des Auswärtigen.

Heidelberg, 21. Juli.

Die polnischen Aristokraten in Paris stellen ihre Forderungen im Namen der Brüderlichkeit, deren Epoche angebrochen sei, im Gegensatze gegen die alten Systeme der Politik, gegen das Arrondirungssystem, über welches der Stab gebrochen sei; es könne nicht mehr, sagen sie, die Rede davon sein, gewisse Territorialkonvenienzen „auf Kosten eines schwächern Nachbars" zu befriedigen. Was sie die Tereitorialkonvenienzen nennen, die auf Kosten eines schwächeren Nachbaes befriedigt werden sollen, das sind freilich, von uns aus gesehen, die Bedingungen unserer nothdürftigsten Sicherheit einem übermächtigen Nachbar gegenüber. Mau sieht aber wieder aus diesem Ausdrucke, daß sie Polen als bestehend betrachten; sie reklamiren ein entkommenes Gut und nennen es ihr eigen mit Allem, was Zeit, Fleiß, wechselnder Besitz aus ihm gemacht hat, und das heißt ihnen „strenge Gerechtigkeit." Aber die strenge, d. h. die rechtliche Gerechtigkeit sollten die Polen in dieser Sache, gerade Preußen gegenüber, nicht herausfordern. Wir sind überzeugt, daß der Spruch der unparteiischen Richter gegen sie fallen würde. Es kann nur ein Akt sittlichee Gerechtigkeit sein, den sie Preußen — ans Herz legen, nicht gebieterisch auflegen dürfen. Wenn sich die Polen voreilig anstellen wollen, wie sie es in der letzten Bewegung auch in Posen faktisch gethan, als gehörten Land und Leute in allen ehemals polnischen Theilen **bereits** wieder oder **noch immer** ihnen eigen, so müssen sie immer den Rückschlag des verletzten Selbstgefühls in Preußen erwarten, das ihnen fühlbar macht, es sei ihre Sache, wenn auch noch so gerecht, doch nicht geschlichtet, und sie könne durch sie nicht einseitig geschlichtet werden, als durch das Recht des Stärkeren, dessen sich zu bezeben sie doch den theilenden Mächten selber zumuthen, um dessen Anwendung sie sie so hart verklagen. Dem Unglücklichen verzeiht man Vieles und gern, aber Hoffahrt und Anfahren am wenigsten. Gesetzt die theilenden Mächte seien ohne Weiteres mit gewöhnlichen Räubern auf Eine Linie zu stellen. Der bekehrte Räuber, der dem machtlosen Beraubten sein Gut ganz oder theilweise eben zurückzugeben im Begriffe ist, wird sich nie gefallen lassen, daß mann ihm bei diesem Akte auf die Hand schlage. Fühlt sich aber der Beraubte stark genug, den Raub mit Gewalt an sich zurückzureißen und das lieber mit Trotz zurückzunehmen, was ihm der Räuber mit einer Art Großmuth zurückgeben will, dann freilich muß er es immer auf einen neuen Kampf wagen. Uns dünkt, dies sei die ganze Geschichte der letzten polnischen Bewegungen.

Was die Forderung jener deutschen und polnischen Antrag- und Bittstellee angeht, die das alte Polen in den Grenzen von 1772 wieder hergestellt wissen wollen, und das mit unserer Mitwirkung, unter dem Vorgang der deutschen Nation, so müssen wir auch diesen gegenüber daraus bestehen, daß es durchaus in unsere „Konvenienz" gestellt bleibe, d. h., daß die dringendsten Pflichten der Selbsterhaltung Deutschlands mit bei den Fragen gehört werden müssen, **wann** und **wie** die Herstellung Polens von uns betrieben werden soll. Es wäre kindisch, aber nicht politisch, wenn wir andees verfahren sollten. Die Franzosen haben nicht einmal durch ein tumultuarisches Vorparlament, sondern oft durch ihre regelmäßige Vertretung ja durch ihre exekutive Gewalt ihr Verlangen nach der Herstellung Polens ausgesprochen. Die Franzosen haben es leichter auszusprechen und leichter für die Sache zu handeln, als wir, denn sie haben kein Opfer bei der Herstellung Polens zu beingen und ziehen von der Schwächung des übermächtigen Rußlands denselben Vortheil wie wir, ohne die gleiche Einbuße. Gleichwohl haben sie, wie es einer mündigen und politisch verständigen Nation geziemt, immer als selbstverstanden angesehen, daß sie das Wann und Wie dieser Herstellung ihrer Konvenienz und der guten Gelegenheit anheimstellen. Was verlangen dagegen die Polen von uns? Wir stellen das Versprechen, sie wollen Wort gehalten haben nach **ihrer** Konvenienz; wir wollen eine zweifelhafte Schuld bezahlen, sie schreiben trotzig die Termine, nein Einen unverzögerlichen Termin uns vor! Die Sympathien des deutschen Volkes für Polen geben sich unzweideutig kund. Das nennt der wackere **Trentowski**, einer der einsichtigern Polen, einen „Beschluß des deutschen Volkes, Polen herzustellen". **Mierosławski** haranguirt französisch die Berliner Volksmenge und befragt sie über Posens Unabhängigkeit; ihr Ja, das Ja des enthusiasmirten Volkshaufens Einer Stadt ist ihm ein „Vertrag", ist ihm das Mandat, Polen zu bewaffnen und die Basis zu seiner Herstellung. Das Vorparlament nennt sich durchdrungen von der Nothwendigkeit, Polen herzustellen, und nach sechs Wochen klagt das Posnische Nationalkomité Preußen und den Bundestag förmlich an, daß sie im Widerspruch mit Vorparlament und Fünfzigerausschuß noch Nichts für die Herstellung Polens gethan, und dies in einem Tone, den Hr. **Lelewel** noch weit überbietet, in einem Tone, der Zwiespalt und Haß säen soll zwischen Preußen und seiner Dynastie, zwischen Deutschland und Preußen, in einem Tone, der uns, wenn wir Deutsche sein und auf unsere Ehre halten wollen, nicht erlaubt, die Eingaben dieser Männer nur zu den Akten des Parlaments zu legen. Wenn über unser Regiment geschimpft werden soll, so wollen wir das selber thun, und wir thun es aus Herzenslust und nach Leibeskräften; aber der Fremde soll uns ins Angesicht nicht von der „unredlichen Politik und den machiavellischen Operationen eines historischen Kabinets" reden, vollends in dem Augenblick, wo dieses Kabinet, wo dieser König gerade einen uneigennützigen besten Willen zeigt, den man bei hundert andern Kabineten in dieser Lage ganz umsonst suchen würde. Und ganz wie diese Herren die Zeit der Herstellung uns diktiren möchten, ganz so setzen sie den Umfang der Herstellung als den weitesten voraus, nach dessen Zugebung man dann „die Wünsche und Konvenienzen der Befreier" berücksichtigen würde. Und ganz so setzen sie nach **ihrer** Konvenienz allein Zwecke und Mittel fest. So verlangt **Trentowski**, wir sollten nicht allein Posen und Galizien hingeben, sondern dann noch Geld und Waffen dazu, um Russisch-Polen zu befreien, aber keine Menschen, ja keinen Mann Soldaten, damit ja nicht ein Verdienst, ja nicht eine Forderung auf Entschädigung auftauchen könne. Und **Lelewel** vollends, im Tone der neuen großkommunistischen, völkerverschmelzenden Staatskunst, verlangt von uns eine umfassende Politik, die Polen eine Existenz

Digitized by Google

gewährte, „kräftig genug, um dem gemeinschaftlichen Feind entgegenzutreten", eine Existenz, welche keinen Unterschied zwischen polnischen, deutschen, russischen Völkerstämmen macht, welche eine innige Verbrüderung und einen allgemeinen Völkerbund anbahnen solle —, wobei man nur nicht begreift, wenn sich Polen erst mit Deutschen und Russen verbrüderu wollen, wozu sie einer kräftigen Existenz bedürfen, um dem gemeinschaftlichen Feind, das ist doch dem Russen, entgegenzutreten? Darin ist doch Trentowski konsequenter, der, wie neuerdings Sitte geworden ist, damit droht, daß Polen im Nothfall zu den Russen über und gegen uns als den gemeinschaftlichen Feind auftreten werde: wobei nur auch nicht wohl bedacht wird, daß dies gerade am wenigsten der Augenblick ist, ein großes aufstrebendes Volk gerade mit dieser Drohung schrecken zu wollen, und daß man in solch einem Falle die Sympathie aller Völker, die bereits einen großen Stoß erlitten hat, völlig verscheezt haben würde.

Nicht der, dem Opfer gebracht und dem geholfen werden soll, sondern der, der Opfer bringen und helfen soll, muß billigerweise Zeit und Gelegenheit bestimmen, wann und wie dies so geschehen kann, daß es auch am sichersten zum Ziele helfe. Und, wenn wir hier unsere Konvenienz der polnischen gegenüber stellen dürfen, so müssen wir sagen, daß jetzt allerdings nicht der geeignetste Moment dazu ist, wie die Pariser Polen meinten, und daß die Ausdehnung, die sie in Aussicht nehmen, niemals zu einem Ziele führen würde, das beiden Völkern frommen würde. Was die erste Frage des Wann angeht, so heißt Polen herstellen für uns: Rußland den Krieg erklären. Für die preußische Regierung war dies ein Hauptmotiv in eine Abtretung Posens nicht zu willigen, ja die Reorganisation der ganzen Provinz nicht zuzugeben und die Festung Posen nicht aus der Hand zu lassen, weil Stadt und Land im Besitz der Polen sofort ein Waffenlager gegen Rußland werden würde. Wer also einen solchen Krieg mit Rußland in diesem Zeitpunkte nicht räthlich findet, der müßte sich mit den Maßregeln der preußischen Regierung für die Gestaltung der Verhältnisse von Posen schon um deßwillen zufrieden erklären. Was uns betrifft, so weiß man von uns, daß wir den Zusammenstoß Deutschlands mit Rußland nicht fürchten; es war eine Zeit, wo wir ihn gewünscht haben; es war die Zeit, wo auch ein Mann, wie General Willisen, in weitreichenden politischen Planen einen solchen Krieg seinem Gedanken der Reorganisation Posens zu Grunde legte. Aber leider sind wir — dies liegt in der Natur dieser schnell scheeitenden Zeiten — genöthigt gewesen, in vielen Beziehungen von dieser früheren Ansicht zurückzukommen; wir thaten es langsam und thuen es noch mit Widerstreben. Es hatte damals den Anschein, es werde die so heftige Bewegung nicht an den Grenzen Rußlands stehen bleiben und dessen eigne Verlegenheit im Innern würde allerdings die beste Gelegenheit geboten haben, seine übermäßige Macht zu brechen. Noch war damals das Ansehen der preußischen Dynastie und Regierung nicht so versunken und Oesterreich nicht in dem Maße zerrüttet wie jetzt. Wir glaubten damals an einen besseren Zustand unserer Wehrhaftigkeit, als er sich nachher ausgewiesen hat. Wir wußten damals noch nicht, daß ein kleines Völkchen mit ein paar Schiffen uns Monate lang im Norden hinäffen könnte, und daß Italiens verächtliche Soldateska unter einem Knel Albert der österreichischen Monarchie die Spitze bieten dürfte. Wir wußten aus den Stimmungen der Ostprovinzen und so manchen Erscheinungen in Nord und Süd noch nicht, daß der kriegerische Geist bei uns mehr erst ein Wunsch als ein Faktum ist. Wir vergaßen damals gerne, obwohl es uns keineswegs fremd war, daß der Nationalhaß der Polen gegen uns größer als gegen Rußland ist. Wir wußten nicht, daß Frankreich so sehr schnell seine socialistischen Experimente überwinden und so bald getrieben sein würde, kriegerische Beschäftigung für sein Proletariat zu suchen. Wir wußten auch abermals noch nicht, daß unsere Republikaner dem Fremden (Schmach unserem deutschen Namen!) so bereitwillig die Hand reichen würden. Wir wußten auch nicht, daß der polnische Republikanismus sich in so großen Maßen, wie wie es seitdem unzweideutig ersahen haben, solidarisch mit allem Republikanismus der Welt verbunden hat, daß die polnische Frage ein Vorteimittel geworden sei zur Bekämpfung des Monarchismus und zur Förderung republikanischer Tendenzen. Wir denken dies sind Erfahrungen genug, um uns in unserm kriegerischen Eifer etwas abzukühlen. Dazu kommen unsere eignen inneren Zustände. Wir dächten, dies müsse auch dem blindesten Polen und Polenfreunde klar sein, daß wir dem Andeeen nicht helfen können, ehe uns selbst geholfen ist; daß wir nicht aus dem Dritten Etwas machen können, ehe wir selbst Etwas sind; daß wir erst selbst auf festen Füßen stehen müssen, ehe wir dem am Boden Liegenden aufhelfen können.

Die Zeit unserer eigenen Stärkung also müssen wir zur Herstellung Polens, und ehe wir einen russischen Krieg wagen, abwarten; und dann muß diese Herstellung nicht so begehrt werden, daß sie Deutschland selber wieder in die alte Schwäche zurückwürfe. Wenn Oesterreich je zum Bruche mit Rußland kommt und sein Galizien aufs Spiel setzt, so weiß es, wo es sich, selbst wenn es nicht mit Seelen und Meilen geschähe, entschädigen könnte. Preußen dagegen hat das Bedürfniß, stärker zu werden, und jede Anmuthung an dasselbe, sich freiwillig schwächer zu machen, ist eine Foederung, deren Sinnlosigkeit nur die eingefleischten Feinde des preußischen Namens nicht eingestehen wollen. Westpreußen aus dem preußischen Staate weggedacht, so ist das im Westen zerrissene Land im Osten noch ein Mal zerrissen, es wäre ein Schnitt ins Herz, wenn man dies in Leib und Leben verwachsene Gebiet antasten wollte. Den tiefen Ausschnitt des östlichen Posens zu verlieren, das zur Reorganisation bestimmt ist, ist schon herb genug für uns; ganz Posen hinweggedacht, so würde der preußische Staat einen viel schlimmeren Verlust erleiden, als wenn man den Elsaß Frankreich entrisse: es würde durch ein bis tief gegen die Oder eingreifendes fremdes Gebiet auseinandergerissen, Schlesien von Westpreußen ganz getrennt, eine starke Festung dazwischen geworfen werden; es wäre ein Schnitt an der nächsten Stelle beim Herzen des preußischen Staates. Und eine solche tödtliche Verwundung Preußens würde Deutschland ganz ebenso gefahrvoll treffen. Es wäre Verrath an uns selbst, wenn wir das zugeben wollten. Ohne die Festung Posen, das gestehen wahrheitsliebende Polen selbst zu, könnte Preußen das deutsche Land im Osten nicht schützen; die Verbindungslinie zwischen den Festungen Thorn und Glogau wäre zerschnitten, ein kriegerischer Einfall würde Preußen auf der Stelle von den Weichselfestungen abschneiden. Die Pflicht der Selbsterhaltung nöthigt uns, die Maßnahmen gutzuheißen, die nicht Willkür, sondern die die genauere Betrachtung der Verhältnisse erst nach und nach in Betreff der Gestaltung der posenschen Dinge eingegeben hat. Polen in den Grenzen von 1772 herstellen, heißt nicht viel weniger, als ein anderes Rußland an die Stelle des bisherigen an unserer Grenze schaffen; ein kleineres, aber in dem die beweglicheren Kräfte sind.

Nicht allein die Pflicht der Selbsterhaltung aber, sondern auch eben das große Princip der neuern Politik, in dessen Namen die Herstellung Polens gefoedert wird, gebieten uns, von dem Gedanken, Westpreußen und ganz Posen jemals fahren zu lassen, abzustehen: das Princip der Achtung der Nationalitäten. Wenn wir Polen gerecht werden wollen, so müssen wir an unserm eignen Volke nicht ungerecht werden. Es mag sein, daß ein Unrecht, wie es an Polen verübt worden ist, niemals verjähren kann: wohl aber verjahet, veraltert und siecht eine Nationalität hin und verliert ihre Geltung auf einem Boden, wo sie früher ausschließlich herrschte. So ist es in Westpreußen und Westposen gekommen. Die Territorialpolitik verschmähen ja die Polen selbst: nicht das alte Gebiet also von 1772, nicht die geduldige Scholle kann entscheiden, wo Polen oder Deutschland ist, sondern die Bevölkerung. Nun ist aber Westpreußen seit fast 80 Jahren von deutscher Wirksamkeit, Fleiß, Wissenschaft und Bildung wahrhaft an Deutschland erobert worden, durch Kolonisirung, durch Pflege aller Art sind Einwanderer, Handel, Kultue hierhergezogen worden, und nur ein Viertheil der Einwohnee ist noch polnisch, obwohl bei der letzten Bewegung die Manifeste polnischer Nationalkomitee's erklärten, in Westpreußen sei bis auf wenige Städte und Landdistrikte die polnische Bevölkerung die weit überwiegende! Aehnlich ist es mit allen Grenzkreisen von Posen außer nach Osten hin gekommen. Der Netzdistrikt des Lemberger Regierungsbezirks, alle Kreise, die an die Mark und an Schlesien anstoßen, sind theils ausschließlich, theils zu $^2/_3$ von Deutschen bewohnt, nur in dem vormals südpreußischen Theile von Posen überwiegen die Polen an Zahl. Die Polen fechten die statistischen Tabellen an, die dies ausweisen; aber wir haben keinen Grund, ihnen mehr zu glauben, als den officiellen Zählungen, die dazu in einee Zeit gemacht sind, wo Niemand die Bedeutung wußte, die die Tabellen heute erhalten sollten. Diese deutsche Einwanderung, die deutsche Kultue, ist von jeher der Gegenstand gewesen, der den polnischen Haß gegen Preußen geschürt hat: sie wußten, daß Preußens Wohlthaten ihrer Nationalität gefährlicher waren, als Rußlands Unterdrückung. Sie nennen die deutsche Bevölkerung eine künstlich angeschwemmte, die meist aus Beamtenschaaren bestünde, die eine Folge des systematischen Germanisirungssystems sei;

über beides, das System und seine Betreiber, und über sein Produkt, die deutschen Eiawohner, wissen sie nicht genug Schlimmes zu sagen. Allein mit Recht erwidert darauf das deutsche Komité, eine künstliche Bevölkerung zu machen, gehe über menschliche Willkür hinaus. Wie die Zahl der Beamten im Verhältniß zu einer Gesammtzahl der Bevölkerung auch in dem gesegnetsten Landr der Bureaukratie verschwindend klein wird, weiß man überall. Wie kurzdauernd die eigentliche systematische Germanisirung in Posen betrieben wurde und wie wenig Erfolg jene Kabinetsordre von 1833 gehabt hat, die den Oberpräsidenten ermächtigte, bei Versteigerungen Güter anzukaufen und an deutsche Erwerber wieder zu veräußern, das ist notorisch. Sowie es geschichtlich allbekannt ist, daß rin großer Theil der deutschen Bevölkerung langr vor der Theilung Polens, ja seit nralten Zeiten hier angesiedelt war, und daß Deatsche und Juden, welch letztere überall in Posen in ihrem Familienleben Deutschr sind, seit langer Zeit in den Städten die mittlere Lebenssphäee, den Betrieb von Handel und Huadwerken ausfüllen, den der Pokr verschmäht. Uebrigrns würde, wenn wir jetzt nach der deutschen Bevölkerung In Posen fragrn, die Art und Weisr ihrer Entstehung auf unsere Beschlüsse nicht von Einfluß sein können. Die Germanisirung mag ein Fluch sein, der aus jener Theilung Polens stammte, ebenso wie die Kämpfe mit Rußland, die Kerkertödtungen, die Breschleppungen nach Sibirien; aber so wenig diese elend Umgekommenen zurückverlangt werden können, so wenig kann dir Verdeutschung jener Pevoinzen ungeschehen gemacht werden, auch wenn sie mit den barbarischsten Mitteln betrieben worden wäre.

Und wie wenig diese deutsche Bevölkeeang in Posen all die üble Nachrede verdient, die die Polen auf sie häufen, das geht aus der Natur der Bewegung In Posen selbst hervor und aus dem durchaus mannhaften Benehmen, duech welches sich dabei unsere dortigen Landsleute allen Anspruch auf unsere ganze Achtung und Theilnahme erworben haben. Ein Blick auf diese Bewegung selbst mag uns zum Schlusse noch sagen, daß, wenn unsere Brüder In Posen sich unsere Fürsorge verdienen, weil sie Deutsche von Grburt sind, sie es ebenso sehr dadurch thun, daß sie Deutsche sind von Art und Sitte, so gut wie irgrnd ein andeeer Theil des deutschen Volkes in Nord uad Süd, in Ost oder Westen.

Der Mißmuth oder die Verzweiflung über dir Zustände, wir sie sind, hatte in letzter Zeit in Preußen, oder sagen wir nur in Berlin, dir Zahl der Republikaner von zwei Seiten vermehrt; aus den Reihen, wo man Ueberläufer am wenigsten erwarten sollte, aus den Reihen deeer, die eine Republik für unmöglich halten, die sie fürchten, verabscheuen, die Viel, sogar die ganze Errungenschaft der Zeit, darum gäben, um dir alten Zustände, mit allen ihren Schatten, ihrer Fäulniß wieder hergestellt zu sehen.

Beide, Schwindelnde, dir sich in den Abgrund stürzen möchten, weil ihr Nervensystem das Hängen und Schweben über demselben nicht verträgt; beide, Krankr, die sich aus Angst vor dem Tode selbst den Tod geben.

Dir Einen, kecke Logiker, sagten: frisch draaf los, damit es bald überstanden ist! Die giftige Tollheit läßt sich mit rationrllen Mitteln nicht kuriren. Möchtr darum die Republik in einem nächsten Straßenauflauf ausgerufen, proklamirt weeden! Je schlechter, verworfener dir Führer, je toller, dummdreister ihr Schweif ist, um so besser. Eine Republik kann sich in Preußen, in Deutschland nicht halten, weil alle Vordedingungen dazu fehlen; aber ganz speciell darum nicht, weil wir keinr Republikaner haben. Also muß sie in kürzester Zeit wiedrr stürzen. Sie kann sich nicht acht Tage halten. Und wenn sir sich dann selbst gestüzt hat, dnech dir Rath-, Talent- und Hilflosigkeit ihrer Häuptee, verwünscht, verachtet von der Nation, so haben jene sich selbst völlig verbraucht, daß sie, auch ohne Bestrafung, sich nicht mehr vor dem Tageslicht sehen lassen dürfen. Ihre eigenen Anhänger werden sie zerreißen, oder sie müssen fliehen, um in irgend einem Winkel, vielleicht jenseit des Meeres, ihr fluchbedecktes Angrsicht zu verbergen. Wir sind sie los, der aufgeführte Schlamm fällt wieder auf den Boden, und — dir alte Ordnung kehrt von selbst zurück! — Ein schöner Traum, dem nur eine zweitausendjäheige Erfahrung widrrspricht.

Die Andern, minder keck und minder logisch, sind müde gewordrne Kämpfer. Wenn sir nicht mit Falstaff rufen: Ich wünschte, es wäre Schlafenszeit und Alles vorbei! so rufen sir doch: Wenn es denn sein muß, so wünschten wir, es käme bald! — Besser ein wirklicher Nothzustand, als eine immer drohende Gefahr. Besser ein Bergsturz, der einigr Häuser zerschmettert und andere stehen läßt, als täglich angstvoll nach dem Gipfel schauen und auf den Schultern heute seine Habseligkeiten fortragrn, um sir morgen, wenn es ruhig scheint, wieder zurückzutragen. Besser eine Republik, als dir verzehrende Furcht vor ihr.

Wir sind Alle In einem Krankheitszustande, Einige in einem hitzigen Fieber, aber ist er so arg, so rettungslos, um Gift zu nehmen, Gift, das nicht kurirt, sondern in ein anderes Leben befördert?

Jene sind wirklichr Reaktionäre. Denn wohin führte eine gestürzte Republik? Zu irgend einem Despotismus, der demokratischen Wrltströmung zum Hohn. Es wär das alte Spiel der Royalisten In der ersten französischen Revolution, es zum Aeußersten kommen zu lassen, um auf rauchenden Schatthaufen und blutgetränkten Leichenfeldern — was zu ernten? Das sind Träume der Jugend, die noch nicht lernen konnte. Ihr Schlußsatz ist richtig: mit drn Führeen, welche hier dir Zeit geboeen, oder vielmehr, die hier der Gischt zeitweilig an die Obeefläche trieb, ist keine Regierung, kein Gemeinwesen, am wenigsten eine Repnblik möglich. Aus Fanatikern kann einr Umsturzzeit Helden schaffen, Charaktere bilden, abrr wo sind sie? Dir theoretischen Begriffsmenschen kommen fertig zur Welt, sie athmen Nichts ein von Wärme, Licht und Farbe, sie strömen Nichts davon aus. Auch diese, faktisch in der Minderzahl, würden bald von denen bei Seite geschoben sein, welchr jetzt oben auf schwimmen. Und was sind diese von A bis Z? Nicht einmal mit den Hecker, Herwegh, Struve halten sie einen Vergleich aus. Das sind noch leuchtende Heroen an Uneigennützigkeit gegen die, welche ihr Nichts wirklich daran setzen, um Alles zu gewinnen. So steht es um den Berliner Republikanismus; traurig, es aussprechen zu müssen, aber rs ist so. Nicht eine einzigr sittliche Kraft, nicht einmal im Verworfenen etwas Ausgezeichnetes ist im Wirbelstrom der Zeit geboeen, geschweige denn eine republikanische Größe, die entsugen kann, sich srlbst bescheiden. Um zu wissen, daß rin Regiment aus diesen Bestandthrilen schon in den ersten Tagrn zusammenbrechen müßte, dazu bedaef rs keiaer Prophetengabr; abre was könnte sie in Wochen, Tagen, nar in Stunden ihrer Herrschaft zerschlagen und zertrümmern? Sirht man nicht die Tatzen des Bären am Zeughause? — In Frankreich, wo der Nationalstolz selbst im Gassenkehrer lebt, wäre das nicht möglich gewesen, ja eigentlich unter keiaer Menschenracr, die sich dem Begriff Nation nahert.

Die Zweiten sind unfreiwillige Freiwilligr des Fortschritts. Das Tosen des Stromes hatte ihre Sinne benommen; sie wollten sich ergeben, nicht sowohl aus Erschöpfung, als weil ihre Augen geblendrt, ihrr Ohren betäubt waren. Sie verließen ihrr Schanzen, ehe eine wirkliche Bresche geschossen, vor drm Pulverdampf und Knall der Kanonen, brvor sie sich überzeugt, ob sie auch mit Kugrln geladen waren. Der demokratische Strom fluthet weit über die Ebene, wühlt er aber auch tief im Erdreich? Daß wir überall Strudel und Wirdel, schäumende Brandung, sprühenden Rauch sehen, ist das kein Zeichen des Widerstandes? Wenn er tief ginge, würde er ruhig fließen. Er ist gewaltig und wird allen Widerstand bewältigrn, aber wo waren denn die Zeichen, daß er gerade zur Republik hineile? Daß in Baden die republikanische Trommel gerühet ward, in Altenburg republikanische Barrikaden gebaut wurden, die Gamin's in Berlin mit einer rothen Fahne einmal herumzogen? Daß Studenten für dir Republik schwärmten und In Bierschenken lallrnde Stimmen einen Namen in die Luft brausen ließen, dessen Sinn sie nicht veestehen? Ward der Antrag nicht einmal förmlich In Frankfurt, wird er nicht noch täglich sub rosa dort vorgedrucht und jedes Mal zurückgewiesen? Wären das nicht Zeichen? Wäre es da nicht an den Muthigen gewesen, anzuhalten, fest zu stehen uad den Sieg zu benutzen? Dir ungeheure Majoeität drs Volkes war hinter ihnen. Sie ließen sich vor dem Gespenst Republik erschrecken, wie die Masse jetzt erschreckt worden durch dns Gespeast Reaktion. Wäern sie unverdrossen auf der Schanze geblieben, da in den ersten Augenblicken des blinden Angriffs, sie hätten jetzt keinen Grund mehr zur Muthlosigkeit. Jetzt mühen sich Einige In Berlin ab, in den Sturm zu schreien und den Thoren zu beweisen, daß sie Thoren sind. Damals, als das Wort Republik zuerst erschallte, ein hohler Klang für Menschen, die es nir gehört, die kaum begriffen, was ein Gemeinwesen sri, was es von seinen Bürgern fordere, da hätten sie ihnen das Spiegelbild einer wahren Republik In lichten Zügen vorhalten sollen: was sie von ihren freien Bürgern verlangt, Opfer, Selbstbeherrschung, Gehorsam, gerade die Tugenden, von denen

Digitized by Google

sie sich eben frei gemacht wähnten; von ihren Führern die großartigen Züge, die hingebende Verehrung für das Vaterland, kurz die Tugenden, von denen in den Männern, welche sich Republikaner nennen, auch keine Spur zu finden ist.

Wer sind die Republikaner in Berlin? — Die wenigen Schwärmer aus der junghegelschen Schule, wenn man ausgetrockneten Begriffsmenschen die Ehre erzeigen will, sie Schwärmer zu nennen, weil sie von ihren Sohlen jeden historischen Boden abgeklopft, weil ihnen Nichts heilig ist, als ihr Ich und ihre Logik? Oder die paar Renommisten in den Schenken, die verkümmerten oder zerfahrenen kleinen Handwerker, die blassen Schuster, die verhungerten Tischler, die Straßenläufer und Faulenzer, denen man auf ihren leeren Magen Branntwein zu trinken gab, und sie schwören setzt auf die Republik, unter der sie sich einen Zustand ohne Arbeit, Gehorsam, Gesetz, ein Schlaraffenland denken, wo die Obrigkeit da ist, die Tagediebe zu füttern? Oder die endlich, welche ihnen das einbildeten und sich ins Fäustchen lachen über ein Volk, das man ehedem seiner Intelligenz wegen rühmte, und es erwies sich so leichtgläubig, so dumm, daß es Vogelstellern ins Garn flog auf die unverschämtesten und plumpsten Lügen, die je ein Gauner gebraucht hat?

Es ward seitdem besser, die Verzweifelnden haben wieder Muth geschöpft, seit Deutschland einen Schritt vorwärts that durch die Wahl des Erzherzogs. Auf die Massen im Preußischen hat dies weniger Eindruck gemacht. Aber der Gedanke, daß man Preußen ganz vernichten könne, indem man es Deutschland als unterthänig inkorporire, hat elektrisch in diesen gewirkt. Der Königsberger Jakoby verdient vielleicht Dank für seinen Antrag, das Ministerium zu rügen, weil es Preußen nicht ganz wollte bei Seite setzen lassen. Er hat wider Willen das Bewußtsein im Volke geweckt. Die Gährung ist noch unklar, aber die Lebenszeichen sind unverkennbar. Es gibt noch eine Zukunft, noch einen Heilsweg für Preußen, wo die Republik nicht der End- und nicht der Durchgangspunkt ist.

Oesterreich. Prag, 16. Juli. Unter diesem Datum wird der Allg. Zeit. geschrieben: Vergebens haben einsichtsvolle Männer laut und öffentlich zur Ablösung der Robot auf das Dringendste aufgefordert. Es geschieht Nichts. Allgemein spricht man unter dem Landvolk davon zuerst über die Herrschaften und Pfarren (welchen man keinen Grundbesitz mehr lassen, keinen Zehnt mehr entrichten will) herzufallen und dann gegen Prag zu ziehen. Sie sehen man hat die Achillesferse des Bauers zu finden gewußt. In Prag selbst sieht es wo möglich noch bedenklicher aus, man fürchtet einen neuen Ausbruch schon die nächsten Tage. Viele Familien der Altstadt fangen an die Möbel aus den Quartieren auszuräumen. Die Garnison hat Posten und Patronillen verdoppelt und Befehl erhalten in Bereitschaft zu sein. Mich konnte indessen diese erschreckende Nachricht nicht überraschen, ich war jeden Tag gefaßt sie zu hören. Was in der Natur der Dinge liegt, kann nicht wohl ausbleiben. Daß die Heimlichkeit der Untersuchung, die keineriet Garantie gegen Mißbrauch gebendr Bildung einer militärischen Gerichtsbarkeit, verbunden mit der gänzlichen Abhängigkeit der Richter, Mißtrauen auf beiden Seiten erzeugen, und die dadurch genährte Erbitterung mit jedem Tage steigern muß, läßt sich leicht denken. Daß aber Maßregeln wie das Abführen so vieler hundert Studirenden, die man doch der Theilnahme an einer Verschwörung nicht verdächtigen kann, zum Militär, das Aufsuchen, das Einfangen derselben, das Aussenden von Spionen, die Verhaftung von Nationalgardisten, welche während der Schreckenstage gegen Prag hatten ziehen wollen, jedoch wieder umgekehrt waren, das Verfolgen mit Steckbriefen durch die Zeitungen nicht wegen der Verschwörung, sondern wie es die amtliche Kundmachung ausdrücklich sagt, wegen Leitung des Kampfes — daß alle diese Maßregeln, sage ich, mögen sie immerhin juridisch zu rechtfertigen sein, nicht geeignet sind, den Sturm der Leidenschaft zu beschwichtigen, das mußte jeden Denkenden von Anfang an erneuerten Kampf befürchten lassen. Wir erst wenn hiezu eine Regierungspolitik kommt, welche gelinde gesagt, zweideutig ist und sich nach beiden Seiten hin arge Blößen gibt?

Preußen. *** Berlin, 17. Juli. Die Verhandlungen über das Zeughausattentat sind noch nicht geschlossen, wenn gleich die Hauptbeschuldigten bereits verurtheilt sind. Man weiß kaum, ob das Attentat selbst oder dieser Verhandlungen betrübender sind. Da die Angeschuldigten läugnen und alles Faktische nur durch Zeugen erwiesen werden muß, darf man nicht erwarten, daß die weiteren Verzweigungen oder gar die geheimen Fäden und Quellen der That ans Licht kommen. Wenn nicht eine jämmerliche Feigheit, die dann genugsam zu Tage gekommen, alle Plane durchkreuzt hat, so möchte man wirklich an einem durchgreifend angelegten Plan zweifeln, obgleich die Indicien zu viel dafür sprechen. Nachdem die Bürgerwehr, kläglich geleitet, selbst eine so bejammernswerthe Rolle dabei gespielt, hätte es jedem unternehmenden Anführer von einigem Talente gelingen müssen, aus dem Aufstande mehr, wenigstens temporelle Vortheile zu ziehen. Aber weder das Kopfverlieren der Militäreanführer, noch das des Bürgergenerals erweckte auf der andern Seite einen Kopf. Erschraken sie vor der Verantwortlichkeit, vor einer Krisis, deren Folgen sie nicht berechnen konnten, nad krochen die geheimen Aufrührer, wie Herwegh unter das Schurzfell seiner Frau, der Plünderungslust des Pöbels und dem Zufall das Andere überlassend, um, wenn es sich gemacht hätte, später hervorzutreten? Oder wäre es der gespenstische Schatten des alten Ordnungsgeistes in unserm Staate, vor dem die Wühler, wie vor einem Gespenst erschrecken? Wer täglich dem Volke Gespenster vormalt, ist darum selbst noch nicht fest vor der Gespensterfurcht. Sonst sind der Indicien, daß es sich um einen angelegten Plan gehandelt, viel: die Barrikadenversuche in der fernen Landsberger Straße, die rothen Fahnen, das Lebehoch der Republik gebracht, die Volksredner vertheilt in den verschiedenen Gruppen, die von allen Seiten wiederholte Drohung, wer scharf lade, um auf Bürger zu schießen, verdiene augenblicklich gehängt zu werden, endlich die thätige Anwesenheit einiger der renommirtesten Barrikadenanführer, wie des Maschinenbauer Sigerist, der am 18. März aus seiner entfernten Wohnung sich plötzlich als Kommandant der großen Barrikade in der Breiten Straße eingestellt hatte, und nun auch wieder, ganz zufällig, vor dem Zeughause am Abende des 14. Juni erschienen sein soll! Mancher tadelt die Untersuchung oder das Wesen, welches man davon macht; du eben Nichts von beiden Seiten herausgekommen, als Erbärmlichkeit, hätte man die Sache kurz beseitigen sollen. Es war aber, abgesehen davon, daß man ein geflissentlich verbreitetes Gerücht, als habe die Regierung (?) selbst das Attentat veranlaßt und so schwache Maßregeln ergriffen, um die Bürger zur Bitte um militärische Hilfe zu zwingen, durch die Untersuchung gründlich widerlegen mußte, in einer Zeit wie diese, Pflicht, diese Erbärmlichkeit ans Licht zu ziehen, damit es besser werde. So kann es mit der Bürgerwehr nicht bleiben, das ist das erste Resultat, sie muß neu organisiet werden. Ob der neueste eingeschlagene Weg der richtige ist, sie bei jeder Bagatelle zu fragen, ob es ihr gefällig ist, ist freilich eine andere Frage. Ob die unabweislich nothwendige Subordination durch das Skrutinium über den künftigen Bürgergeneral, der sich von seinen Wählern wie ein Schüler von seinen Lehrern prüfen lassen muß, wird erzielt werden, oder durch den Strafkodex für die Bürgerwehr mit, ich weiß nicht, wie viel hundert Artikeln, ist eine zweite Frage. Wie man die Bürgerwehr endlich, von der 24,000 Mann der Sache, und besonders der Schülerei, herzlich satt sind, und nur 1500 bis 2000 am demokratischen Spiele noch Gefallen finden, zu einem einigen begeisterten Korps durch die besten Anführer und besten Gesetze heranziehen wird, ist eine dritte Frage. Bei einem etwaigen neuen Aufstande wird auch die Bürgerwehr, darauf können wie uns verlassen, eine andere Energie zeigen, es gilt die Scharte vom Zeughaus auszuwetzen, sie wird Patronen fordern, scharf laden und, wenn es sein muß, mit dem Bajonett und Feuergewehr die Unruhestifter zur Ruhe verweisen; aber lieber sähe sie es dennoch, wenn sie ruhig zu Hause bleiben und Andern die ungewohnte Sorge überlassen könnte. Nur und allein die Furcht vor den Wühlern hielt dir große Majorität der Bürgerschaft ab, um Wiedereinlagerung der Soldaten zu bitten. Wenn, wir neulich beim Einmarsch der erbetenen Bataillone, Bürgerwehrmänner sich dem widersetzten, wenn sie in ihren Klubs Protestationen gegen das Militär dekretiren, wenn sie Plakate anschlagen lassen, geht das stets nur von den Wenigen aus, die sich des Wortes für die schweigende Menge bemächtigt haben. — Die Regierung geht mit der äußersten Schüchternheit einer konstitutionellen Regierung zu Werke, wo es Militärangelegenheiten gilt. Daß sie damals Nichts bezweckt haben kann, leuchtet aus dem Umstande ein, daß sie heut, einen Monat nach dem Zeughaussturm, noch keinen bewaffneten Mann mehr in Berlin einrücken ließ, als die, um welche sie von der städtischen Behörde dringend angegangen wurde. Ja sie droht, das einberufene Landwehrkorps wieder aufzulösen, wenn die Stadt, um deren willen es allein einberufen worden, die Einberufungs- und Verpflegungskosten nicht übernehmen wolle. Die „Heeresfucht muß aus anderm Stoff bestehen". Leider sind vorgestern auf dem Karlsbade einige gewöhnliche Prügelscenen zwischen Militär und Bürgersoldaten vorgefallen, und am Zeughause soll sich durch eine heruntergegossene Tasse Kaffe auf den Kopf eines Wehrmannes ein ähnliches Aergerniß ergeben

haben; wie dies wieder ausgebeutet werden wird, steht dahin. Ohne Prophetengabe läßt sich aber vorhersagen, daß der gewöhnliche Wachedienst in der großen Stadt Berlin nicht mehr auf die Länge von den Bürgern versehen werden kann. Entweder muß die Stadt ein besoldetes Municipalkorps, wie Paris, sich bilden oder sich entschließen, seine Reaktionsfurcht vom Militär zu trennen und Letzterem den Schildwachtdienst übergeben. Die Bürgerwehr, die Masse gegen Aufstände und im Fall ihrer bedrohten Rechte zusammen berufen, kann und muß dabei noch immer bestehen.

Berlin. Die Verfassungskommission hat mit einer schwachen Mehrheit das aufschiebende königl. Veto angenommen.

** Vom Rhein, 18. Juli. Ich habe Ihnen bereits mehrfach Andeutungen sowohl als Thatsachen geliefert, welche über die Anstrengungen und Zwecke der katholischen Partei im Rheinlande Licht zu verbreiten geeignet sind; es hat sich diese Partei jetzt förmlich konstituirt und in dem „Verein Pius IX." zunächst in Köln einen Mittelpunkt gewonnen, in welchem der Grund gelegt ist zu einer einheitlichen und bewußten Wirksamkeit, und welcher mit anderen bereits entstandenen oder noch in's Leben zu tretenden Vereinen derselben Richtung zu gegenseitiger Unterstützung in einen regen Wechselverkehr treten wird. Die Entstehungsgeschichte jenes Vereines ist lehrreich genug, um einen Platz in Ihrem Blatte beanspruchen zu dürfen. „Nur dadurch — von diesem Gesichtspunkte ist die Partei ausgegangen — daß wir alle Associationen auf den Grundsätzen unserer heil. Kirche errichten, öffnen wir dieser wieder mächtige Kanäle, um ihrer göttlichen Bestimmung zur Veredlung und Beglückung des Menschengeschlechtes Genüge zu leisten; nur dadurch wird der Katholicismus seinen göttlichen Beruf bewähren und den vielen Zweiflern und Ungläubigen unserer Zeit den thatsächlichen Beweis liefern, daß es kein Bedürfniß des Menschen, kein Verhältniß des Einzelnen, der Familie oder der ganzen Gesellschaft gibt, auf welches er nicht den wohlthätigsten Einfluß auszuüben und die ganze Fülle des göttlichen Segens hinzuwenden im Stande und berufen ist. Ferne sei es von uns, für nöthig zu erachten oder es zu beabsichtigen, zur Geltendmachung dieses Einflusses den Verhältnissen des Lebens auch wieder jene Formen zu verleihen, unter denen sie sich ehedem herausgebildet; diese gehören der Zeit und den Menschen an, aus denen sie hervorgegangen und hervorgehen, und wird es sich von selbst finden, welche Anforderungen in dieser Hinsicht unsere Zeit macht; wir glauben, daß mit dem Wiedererwachen eines gesunden, echt katholischen Lebens auch urkräftige, den Geist schützende Gestaltungen sich entwickeln werden, die in Charakter und Ausdruck unserer Zeit angehören". Der „Verein Pius IX." nun gibt seinen Zweck an: „Die socialen und politischen Fragen vom christlichen, speciell vom katholischen Standpunkte aus zu behandeln, und insbesondere die Freiheit, die Unabhängigkeit und das Wohl der katholischen Kirche zu wahren und zu fördern". Die Verhandlungen, welche in der zur Berathung des Statuts berufenen Generalversammlung über diesen Paragraphen stattfanden, waren sehr interessant. Die eine Richtung suchte demselben eine solche Fassung zu geben, daß der Verein aus Mitgliedern ohne Rücksicht auf ihren konfessionellen Standpunkt gebildet werde, während die andere einen entschieden katholischen Verein in Zweck und Mitgliedschaft durchzuführen strebte. Die letzte Richtung erfocht einen vollständigen Sieg, aber sie entschied sich noch einstimmig dahin, die socialen und politischen Fragen in den Zweck des Vereins mit aufzunehmen, „weil sie von zu großem und unmittelbarem Einfluß auf die kirchlichen Fragen seien, als daß sie der Beachtung des Vereins entzogen werden dürften, weil nur dadurch die katholische Kirche ihre Freiheit und Unabhängigkeit dem Staate und den Parteien gegenüber sichern werde, wenn sie alle Verhältnisse des Lebens mit der Kraft ihres Geistes und der ganzen Fülle ihrer Gnadenmittel durchdringe und somit ihre heiligsten Interessen immer mehr oder weniger von den socialen und politischen berührt würden, selbst dann, wenn diese mit jenen in gar keinem direkten Zusammenhange stünden". Die Debatte über die Katholicität wurde nochmals und mit noch größerem Eifer wieder aufgenommen, als der Paragraph zur Berathung kam: Jeder Katholik, der das 18. Jahr zurückgelegt hat, kann Mitglied des Vereins werden. Von der einen Seite trug man auf die Zulassung jedes Unbescholtenen an: der Verein müsse den schroff konfessionellen Standpunkt vermeiden und vielmehr die Vereinigung der Konfessionen andahnen, es genüge, daß der Zweck des Vereines als ein entschieden katholischer zu betrachten sei, und könne derselbe durch Aufnahme von Akatholiken nicht beeinträchtigt werden, das ausschließliche Wesen werde vielmehr der katholischen Sache nur schaden. Allein von der andern Seite machte man dagegen geltend, der Verein habe sich als ein entschieden katholischer in seinem Zwecke dargestellt, der in allen Lebenssagen vom katholischen Standpunkt ausgehe, die Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche erstrebe und nicht die Aufgabe verfolge, Proselyten zu machen; weil aber der Zweck und somit die Grundsätze des Vereins katholisch seien, so könnten nur katholische Mitglieder denselben verfolgen, und könne man diese Verpflichtung keinem Akatholiken auflegen; ebenso wenig könne dies schroff und gehässig erscheinen, da jeder Theil seine besondern Interessen auch ausschließlich zu vertreten habe und man sich in allgemeinen Fragen den Bestrebungen Anderer anschließe; es wurde endlich noch darauf aufmerksam gemacht, wie gefährlich gerade für die katholische Kirche in der letzten Zeit die Theorie der Verflachung und Vermischung gewirkt habe, und wie durch Aufnahme von Akatholiken der Indifferentismus Nahrung finden müsse, und es dahin kommen könne, daß der Vorstand aus solchen Personen bestünde, die der katholischen Sache durchaus nicht zugethan seien. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß diese letzte Ansicht die Oberhand gewann: die exklusive Katholicität ist dem Verein auf diese Weise gesichert, und wir dürfen demnächst speciellen Resultaten seiner Wirksamkeit entgegensehen. Er hat einen ungeheuren Zulauf, namentlich aus dem Handwerkerstande. Einstweilen aber hat er vorgestern ein feierliches Hochamt abhalten lassen, „um den Segen Gottes auf das Unternehmen herabzuflehen"; in der Presse ist er durch ein Blatt vertreten, das den geistreichen Titel führt: christlich demokratische Wochenschrift.

Baiern. In der Augsb. Abendz. erklären die (18) Wahlmänner des Landgerichtsbezirks Obergünzburg, daß die von ihrem Reichstagsabgeordneten, Prof. Haggenmüller von Kempten, in der Centralgewaltsfrage eingenommene Stellung und dessen Stimmgebung für A. v. Itzstein zum Reichsverweser weder mit ihrer politischen Gesinnung, noch mit den von Hrn. Haggenmüller vor der Wahl ausgesprochenen konstitutionell-monarchischen Grundsätzen in Einklang stehe, und daß sie deßhalb eine Adresse an die Reichsversammlung beschlossen haben mit der Erklärung: wie sie den Erzherzog Johann als Reichsverweser mit Freuden und vollstem Vertrauen begrüßen.

|| München, 19. Juli. Der König ist bereits nach seiner Zusammenkunft mit dem deutschen Reichsverweser Erzherzog Johann in Regensburg nach Tegernsee abgereist. Ueber die eben erwähnte Zusammenkunft verlautet nichts Weiteres bis jetzt. Unmöglich wird Baiern eine Erklärung in der Art und Weise der hannover'schen Regierung abgeben, da aus den Beschlüssen der Nationalversammlung hinlänglich zu ersehen ist, wie die Sonderbestrebungen der einzelnen deutschen Regierungen von derselben aufgenommen werden. Im Uebrigen blickt man hier vertrauensvoll nach Frankfurt auf den Reichsverweser und die Nationalversammlung. Die Adresse wegen des schleswig-holsteinischen Friedensschlusses ist bereits von hier, mit etwa 4500 Unterschriften versehen, abgegangen. Außerdem lebt man hier in tiefem Frieden und die Lokalblätter hallen nur von Lokalinteressen, z. B. Sparkassen, Landwehrangelegenheiten (ob Bärenmütze oder Helme ꝛc. ꝛc.) und dergleichen Dingen wider. Ueber die Auflösung der alten Kammer verlautet noch nichts Gewisses. Die ständischen Gesetzgebungsausschüsse sitzen noch beisammen und erst kürzlich sind ihnen wieder zwei neue Gesetzentwürfe über die Voruntersuchung, dann die Gerichtsverfassung und die Einführung der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren vorgelegt worden. Jedenfalls werden wir zu dem diesjährigen so wichtigen und bedeutungsvollen Landtage — die gegenwärtigen Verhältnisse werden ihn gewiß dazu machen — eine neue Kammer nach dem neuen Wahlgesetze erhalten.

*** Mainz, den 18. Juli 1848. Unsere Assisensession für das dritte Quartal, welche durch den Obergerichtsrath Dr. Levita präsidirt wurde, enthielt zwar nur wenige, aber überaus interessante Prozeduren. Der Zudrang zu den Assisen war diesmal ungewöhnlich groß, indem eine große Anzahl deutscher Juristen, denen die Einführung der Schwurgerichte bevorsteht, in officiellem und nicht officiellem Charaktee, und besonders auch viele Mitglieder unserer Nationalversammlung den Sitzungen unausgesetzt beiwohnten. Dieselben wurden gestern Abend nach einer Abtheilung über eine tödtliche Körperverletzung geschlossen, und vor dem Schlusse nahm der Präsident Dr. Levita Gelegenheit, in einer Ansprache an die Geschworenen einige für den gegenwärtigen Moment höchst passende Worte, mit besonderer Berücksichtigung der allgemeinen Zeitverhältnisse und der Stellung der Jury zu denselben, zu richten. Wir entnehmen aus dieser interessanten Rede den Hauptinhalt und sind überzeugt, daß derselbe auf die zahlreichen Freunde unsrer Institutionen denselben erhebenden und begeisternden Eindruck machen werde, wie auf den auserwählten Zuhörerkreis. Der Präsident begann damit, daß die Geschworenen durch alle ihre Aussprüche von Neuem das Vertrauen der Gesellschaft und des Staates zu der Vortrefflichkeit der Jury bewährt und gerechtfertigt hätten. Wenn es auch für die Rheinprovinz, deren ganze Sympathie

Digitized by Google

diesem volksthümlichen Institute schon seit Jahren gesichert gewesen und deren regen Bestrebungen die Abwendung des Verlustes desselben gelungen wäre, keines solchen neuen Beleges bedurfte, so sei doch in dem gegenwärtigen Momente, wo das befreite deutsche Volk die Einführung der Schwurgerichte an die Spitze seiner Forderungen, und die deutsche Nationaloersammlung diese gute nrdeutsche Institution wieder als Grundrecht dem deutschen Volke in Aussicht gestellt habe, eine solche neue Bewährung von erhöhter Wichtigkeit. Der Rheinhesse sei schon lange bereit gewesen, mit allem Nachdruck dieses kostbare Besitzthum zu beschützen, und wenn sich nun die übrigen deutschen Brüder, denen diese Errungenschaft in den letzten Tagen zu Theil geworden sei, vereint mit uns zur Erhaltung und Kräftigung dieser Institutionen wirkten und kämpften, so könne keine Macht dieses ehrwürdige Gut unserer Altvorderen dem deutschen Volke von Neuem entreißen. — Diesem glücklichen Ereignisse sei auch die zahlreiche Anwesenheit unsrer deutschen Brüder zu verdanken, welche den Verhandlungen beigewohnt und aus denselben sichre die erneute Ansicht gewonnen hätten, daß die Achtung vor Ordnung und Gesetz besonders den Geschwornen geheiligt und eingewurzelt ist, daß durch die Jury der Rechtssinn im Volke geweckt und gestärkt wird, und die Rechtsprechung den reinsten Abdruck des nationalen Willens darstellt. — Schließlich dankte der Präsident im Namen des Assisenhofes den Geschwornen für ihre Anstrengungen und Leistungen und forderte dieselben auf, „in ihrem Leben, wie in ihren Aussprüchen, den Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit zu wecken und zu nähren", da ein Volk, welches die Gesetze achte, nur sich selbst, den Gesetzgeber und Richter ehre. In diesem Sinne forderte der Präsident die Geschwornen auf, in seinen begeisterten Ruf aus vollem Herzen einzustimmen: „Es lebe die gesetzliche Freiheit!"

Mainz, 19. Juli. Unser Gemeinderath (und mit ihm die Bürgerschaft) wird sich an den Erzherzog Reichsverweser mit einer Petition wenden, in welcher er um Aufhebung der hier fast gänzlich unbekannten Bundesfestungsreglemente von 1816 und 1832, und um Feststellung solcher Bestimmungen bittet, die der Militärgewalt in Friedenszeiten Handel und Verkehr nicht hemmende Grenzen vorzeichnen, die Landesgesetze in Mainz vor willkürlicher Aufhebung sichern und für das Grundeigenthum insofern eine Garantie bieten, daß alle während eines Krieges demselben zugefügten Beschädigungen von dem gesammten Deutschland vergütet werden sollen. (O. P. Z.)

Nassau. Wiesbaden, 19. Juli. Heute Morgen ist die österr. Artillerie, welche ihre Geschütze auf der Kursaalwiese aufgefahren hatte, wieder abgezogen. Dafür sind zwei nassauische Kanonen an derselben Stelle aufgepflanzt worden. Die Untersuchungen nehmen ihren Gang. Die Entflohenen werden jetzt steckbrieflich verfolgt. Uebrigens herrscht in unserer Stadt die größte Ruhe und das beste Einvernehmen zwischen den Bürgern und den Reichstruppen. (Nass. allg. Z.)

Wiesbaden, 19. Juli. Der Arbeiterverein im Nerothale ist nun durch die neuesten Vorfälle aufgelöst und die Verfügung getroffen worden, daß alle Gesellen, die demselben angehörten und nicht hier wohnungsberechtigt sind, sich sofort von hier entfernen müssen und das Loos des neuen demokratischen Vereins, dessen Leiter theilweise nun auch zerstreut und mißgestimmt sind, wird deßhalb auch wohl das sein, daß er, ohne erst recht gelebt zu haben, wieder von der Welt scheiden wird. (Fr. J.)

Schleswig. Kiel, 16. Juli. Gestern Nachmittag lief das erste der hier im Bau begriffenen Kanonenboote unter dem freudigsten Hurrahruf der zahlreichen Zuschauer vom Stapel und machte darauf einen trotz der Ungeübtheit der Ruderer sehr gelungenen Versuch einer Ruderfahrt bis zur Badeanstalt und zurück. Die Kanonen zu demselben sind in der Eisengießerei der HH. Schweffel und Howald gegossen und sollen gut gelungen sein. (Schl.-H. Z.)

Hadersleben, 17. Juli. Soeben ist der Generallieutenant v. Neumann, Generaladjutant bei dem Könige von Preußen, hier angekommen und hat, wie man bestimmt weiß, den wiederholten Befehl an den General Wrangel überbracht, den bereits in Unterhandlung begriffenen Waffenstillstand mit den Dänen nur unter solchen Bedingungen abzuschließen, daß die Ratifikation desselben durch den Reichsverweser Deutschlands mit Sicherheit erwartet werden kann. (B. H.)

♂ **Frankfurt**, 21. Juli. Der §. 1 der Grundrechte wurde gestern in folgender Fassung angenommen: „Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz." — In der heutigen Sitzung wurde die Abstimmung der folgenden 4 Paragraphen vollendet. §. 2 lautet darnach: „Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt. Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen wie den Angehörigen dieses Staates zu." Hiezu wurde ein Antrag des Abg. Veit angenommen, wonach dem volkswirthschaftlichen Ausschusse aufgegeben ist, bis zur zweiten Berathung der Grundrechte die Entwürfe zu einem Heimathsgesetze und einer Gewerbeordnung wirklich auszuarbeiten (mit 244 gegen 242 Stimmen). Sie sehen, die Ansicht, daß man auch in Bezug auf diese eingreifendsten Rechte alsbald eine deutsche Einheit herstellen will, hat die Mehrheit gefunden; doch ist mehr als zweifelhaft, daß jetzt schon ein Gesetz möglich ist, das ohne weitere Vorbereitungen und Uebergänge völlige Gleichheit herzustellen vermag. Zudem ist nicht gerathen, vor Errichtung eines Ober- oder Staatenhauses eigentliche Gesetze zu machen. — Zu §. 2 wurde dann noch ein Zusatz angenommen, dahin gehend, daß in Bezug auf bürgerliches, peinliches und Proceßrecht kein deutscher Staat den Angehörigen eines anderen deutschen Staats mehr als Ausländer behandeln dürfe. (Also z. B. bei einem Processe keine Kautionen mehr fordern.) — §. 3. „Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf an keine anderen Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen". Hatte bei dem §. 2 die Einheit über den Partikularismus gesiegt, so geschah es bei §. 3 umgekehrt, denn die Anträge, nach welchen jede Bedingung zur Aufnahme, sowohl Leumund als Vermögen, wegfallen sollte, wurden verworfen. §. 4. „Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden, und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht Privatrechte dadurch verletzt werden". §. 5. „Die Auswanderungsfreiheit ist nun Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderung selbst steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs". Die Abstimmung über diese 5 Paragraphen war wegen der vielen Unter- und Nebenanträge so schwierig und zeitraubend, daß sie erst um halb zwei Uhr beendigt werden konnte. Die Leitung des Präsidenten war bei diesem schwierigen Geschäfte meisterhaft. Aber selbst am Schluß desselben sollte er noch nicht erlöst sein. Da stieg ein Hr. Martini, ein neuer Kämpe der Linken, auf die Rednerbühne und verlangte, daß man von nun an nicht mehr in der Berathung nach der Reihenfolge der Paragraphen fortfahre, sondern daß man diejenigen Bestimmungen, welche über persönliche, über Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit handeln, herausgreife, berathe und sofort verkünde. Seine Begründung erregte viele Heiterkeit. Ueberall, wo man zum Dank der Bürger gegen Ruhestörung und Gesetzwidrigkeit endlich eingeschritten, steht er die schandherhafteste Reaktion. In triumphirendem Vorgefühl fragt er die Versammlung: „Meine Herren! wollen Sie das so fortgehen lassen?" Ein allgemeines laute: „Ja" war die unerwartete Antwort. Dafür nun wollte er sich durch Ausfälle gegen die Versammlung rächen, doch sie antwortete ihm nur durch ein Gelächter, das nach so anstrengender Sitzung um so erquickender zu sein schien. Als er hierauf die große Verwechslung beging und sagte, der Versammlung seien die Rechte des Volkes lächerlich, da schritt der Präsident gegen ihn, wie gegen die ihn unterstützende äußerste Linke mit einer solchen Energie ein, die wohl zeigte, welchen Eindruck dies ganze Manöver auf ihn machte. Daß der Antrag Martini's verworfen wurde, brauche ich Ihnen kaum zu sagen. Ich begreife die Führer der Linken nicht, daß sie solche Taktik annehmen und solche Leute zur Ausführung wählen; der schlechte Eindruck und die Erbitterung, die dadurch hervorgerufen werden, fallen auf sie selbst zurück, und wahrscheinlich fürchtete die Linke, dieser Eindruck werde sobald nicht verwischt werden, denn sie stimmte am Schlusse dagegen, daß morgen die Posen'sche Frage verhandelt werde. — Zur Charakteristik des Philosophen Ruge soll doch hier noch angeführt werden, daß er verlangte, über Martini's Antrag solle namentlich (mit Zeitverlust von ¾ Stunden) abgestimmt werden. — Der morgende Tag wird ein heißer werden.

Der Reichsverweser ist am 17. Nachmittags in Wien angekommen. Er hat die Reise dahin in 2 Tagen und 6 Stunden zurückgelegt. Daran mag man seine Rüstigkeit erkennen. Nächsten Dinstag oder Mittwoch schon wird er wieder hier sein.

Digitized by Google

Frankfurt. An die Stelle des aus der Reichsversammlung getretenen Obergerichtsanwaltes Henkel, ist amtlicher Anzeige der „Kasselschen Allg. Zeit." zufolge im 4. kurhessischen Wahlbezirke Legationsrath Sylvester Jordan mit 7173 Stimmen zum Nationalvertreter gewählt worden.

Großbritannien.

London, 18. Juli. Die Parlamentsverhandlungen der jüngsten Tage tragen einen ziemlich gemischten Charakter. Während Centraleuropa unter Kriegs- und Revolutionswehen an Entwickelungen arbeitet, die für Jahrhunderte über sein Schicksal und seine politische Gestaltung entscheiden sollen, während England selbst in Ostindien von einem Kriege, in Irland von einer Revolution, in Amerika von einem möglichen Verlust eines Drittes seiner Kolonien bedroht ist, hat das Unterhaus noch Ruhe und Muße genug, sich mit der Sabbathfeier zu beschäftigen. Am 12. Juli stellte Charles Hindley, ein Zelot, obschon ein Whig, den Antrag, daß das Haus über seine Bill, welche jeden Kleinhandel an Sonntagen verbietet, als Komité berathen möge. Man wird in England noch an Sonntagen den Vögeln das Singen und dem Grase das Wachsen verbieten! Die Einwürfe mehrerer freisinnigeren Männer, die sich namentlich darauf stützten, daß von dieser Verschärfung der Sabbathfeier besonders die ärmeren Klassen getroffen würden, während die Vornehmen auch an Sonntagen ihre Gelüste in vollstem Maße befriedigen könnten, halfen zu Nichts; das Unterhaus beschloß, die zum zweiten Mal gelesene Bill zur Einzelberathung zuzulassen. Bei dieser Gelegenheit erzählte Hr. C. Berkeley, daß neulich ein kleiner Junge von der Polizei verhaftet worden, weil er Sonntags auf der Straße Feigen verkauft habe, und zwar vor Sir E. Burtons großer Brauerei, während in dieser die Brauknechte in eben nicht sonntäglicher Arbeit begriffen gewesen! Wer sich an der Größe der Freiheit und dem Ernste Englands erbauen will, muß freilich über so manches Kleinliche, Unfreie und Lächerliche im Leben Englands hinwegsehen; es ist eine alte Wahrnehmung, daß nirgends die Gegensätze so schroff hervortreten und so nahe beieinander liegen, als in England. Die Bill, wodurch verschuldeten irischen Gutsbesitzern der Verkauf ihrer Güter erleichtert werden soll (Irish encumbered estates bill), wurde in den letzten Tagen in ihren Einzelheiten berathen und amendirt; es ist dies dieselbe Bill, von welcher O'Connor gestand, sie sei die beste und nützlichste Maßregel, welche in dieser (an Resultaten allerdings nicht sehr reichen) Parlamentssession in das Unterhaus gebracht worden. Aus dieser Aeußerung O'Connors ist übrigens zu erkennen, daß dieser Mann nicht zu den gewöhnlichen Schreiern gehört, welche Nichts, was von der Regierung und dem Parlamente ausgeht, anerkennen mögen. Ueberhaupt hat O'Connor um die Ruhe Englands mehr Verdienste, als man ihm zuerkennt; den heftigen Gewaltmännern, E. Jones, Harney u. s. w., würde es vielleicht im Laufe des Märzes und Aprils mehrmals gelungen sein, die Masse wenigstens zu einzelnen Ausbrüchen anzuhetzen, wenn O'Connor durch seine burlesken Witze die Leidenschaften nicht immer wieder in ein ruhiges Bett zurückgeleitet hätte. Das Haus legte auf die Beistimmung O'Connor's auch einiges Gewicht und begrüßte sie mit Beifall. Auch die Repeal wurde in einer der letzten Sitzungen des Unterhauses wieder einmal zur Sprache gebracht und veranlaßte ein hitziges Gezänk zwischen Hrn. Reynolds, Repealer und Mitglied für die Stadt Dublin, und Hrn. Keogh, Konservativer und Vertreter für Athlone in Irland. Im Verlaufe dieses Streits fühlte sich Reynolds gemüßigt an das Sprüchwort zu erinnern: Steckt einen Irländer an den Bratspieß und es wird sich ein zweiter Irländer finden, der ihn herumdreht. Den 13. Juli bat Lord Russell um Erlaubniß zur Einbringung einer Bill, welche bezweckt, der Wahlbestechung durch strenge Prüfung und Untersuchung, die ein Wahlkomité unter Beistand einer vom Sprecher ernannten Rechtsperson und auf Anordnung des Hauses zu führen hat, einen Riegel vorzuschieben. Man hatte Nichts gegen die Einbringung der Bill einzuwenden, war aber einigermaßen überrascht, daß der erste Minister der Krone diese Bill zu einer Zeit in Anregung brachte, wo die Sitzung des Parlaments bereits zu Ende gehet. Das Oberhaus hat sich während der jetzigen Session fast nur dadurch bemerkbar gemacht, daß es die Russell'sche Judenbill verwarf und dadurch den Baron v. Rothschild ziemlich unsanft von der Pforte des Unterhauses zurückwies. In der Sitzung des Oberhauses vom 11. Juli trat der seltene Fall ein, daß eine Bill noch im letzten Stadium, bei der beantragten dritten Lesung, verworfen wurde. Dieses Schicksal traf die namentlich vom Bischof von Oxford befürwortete Bill zum Schutze der Frauenzimmer gegen Kuppelei und Verführung. Brougham fand daran vom Rechtsstandpunkte allerlei auszusetzen, beantragte aber bereits am 13. Juli eine Bill über denselben Gegenstand in veränderter Form, die er jedoch schließlich bis zur nächsten Session zu verschieben sich bereit erklärte. In derselben Sitzung wurde eine Bill zum zweiten Mal gelesen, wodurch der in Kanada bestehende Zwanggebrauch der englischen Sprache in den Eingaben an den gesetzgebenden Rath und die gesetzgebende Versammlung aufgehoben wird. Der Minister versicherte bei diesem Anlaß etwas abweichend von den Berichten der Zeitungen, daß die Stimmung der Gemüther in Kanada sehr zufriedenstellend sei.

In der gestrigen Unterhaussitzung erfreute sich das Ministerium eines neuen Sieges. Der Finanzminister schlug vor, die Rumzölle von 9 Pens auf 4 Pens herabzusetzen; im Augenblick würde dadurch zwar ein Ausfall von 64,000 Pfd. in den Einkünften herbeigeführt werden, wogegen man auf einen Mehrgebrauch rechnen dürfe, der, wenn er nur 150,000 Gallonen in England betrage, den Ausfall decken würde. Mehrere, besonders irische, Mitglieder suchten auf eine Vertagung hinzuarbeiten; schließlich aber siegten die Minister mit 116 gegen 37 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 79. In derselben Sitzung zog Hindley seine obenbesprochene Sonntagsbill freiwillig zurück, indem er erklärte, er habe damit nur beabsichtigt, den kleinen Materialisten u. s. w. einen Tag Ruhe zu verschaffen. Lord J. Russell erklärt: daß jetzt nicht mehr daran zu denken sei, noch in der jetzigen Session die Abschaffung der Schifffahrtsgesetze durchzubringen (wir haben dies schon in Nr. 157 vorausgesagt), indeß wäre es wünschenswerth, wenn man noch die zur Komitésberathung in dieser Angelegenheit vorscheite. Bei diesem Anlaß kritisirten Mehrere, namentlich über Hr. Bright, das Ministerium, welches alle Fragen absichtlich verschleppt und verzögert habe, sehr scharf. Im Oberhause beklagte sich Lord Brougham in etwas weinerlichem Tone über die irischen Zustände; der Marquis von Lansdowne erwiderte: der Graf Glengall wolle über diesen Gegenstand eine Bill einbringen; die Herren des Oberhauses würden dann Gelegenheit haben, ihre Ansichten kund zu geben.

Der **Herald** will wissen, daß in London bereits seit dem 21. Juni eine spanische Junta bestehe, mit karlistisch-progressistischer Tendenz und dem Zweck, in Spanien eine Bewegung zum Sturz des Narvaez hervorzurufen. Diese sog. Junta, als deren Mitglieder Salamanca, Olozaga, Weisweiler, Buschenthal, Samson und Cocosura genannt werden, soll bereits für Anschaffung von Waffen 2000 Pf. St. verausgabt haben. Der Herald wiederholt in einer spätern Nummer diese Versicherung und verbrämt sie mit mehreren Randglossen, deren letztere lautet: „Der persönliche (?) Haß Lord Palmerstons gegen Narvaez ist nicht ausreichend, um ihn zu entschuldigen, wenn er die Umtriebe nicht sehen will, welche sich solche schandbare Unruhstifter und Abenteurer, wie Salamanca und Buschenthal und die andern von Hrn. Bulwer gehegten und gepflegten Juden und Aktienschwindler zu Schulden kommen lassen."

Frankreich.

Paris, 19. Juli. In der heutigen Sitzung hatte die Nationalversammlung statt Marie einen neuen Präsidenten zu wählen. Das Resultat war: Anzahl der Votirenden 791; absolute Majorität 391; hiervon erhielten Armand Marrast 386, Lacrosse 341, Theodor Bac 37. Da keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhalten hat, so wird zu einem neuen Skrutin geschritten, das bei Postschluß noch nicht beendigt ist. Allein A. Marrast's Wahl ist sicher, da von den 37 Stimmen der äußersten Linken, die auf Th. Bac fielen, gewiß die Mehrzahl auf A. Marrast fallen wird. Interessant ist dies Wahlresultat aber, insofern es eine ziemlich genaue Statistik über die Parteien gibt. Die 386 Stimmen gehören den „Republikanern von gestern", die 341 den „Republikanern von heute", den ehemaligen Monarchisten und Mitgliedern des Klubs, der sich unter Thiers und O. Barrot in der rue Poitiers versammelt.

Wird nun, wie kaum zu zweifeln, A. Marrast zum Präsidenten gewählt, so sind fast alle bedeutenden Stellen in den Händen des politischen (nicht socialen) Republikanismus, den der National vertritt. Ein ehemaliger Redakteur dieses Blattes ist dann Maire von Paris und Präsident der Nationalversammlung, ein anderer Minister des Auswärtigen, ein Freund und Mitarbeiter Minister der Justiz und ein alter bewährter Anhänger der Schule des National ist Oberhaupt der Regierung. Wer hätte vor sechs Monaten, wo allenfalls ein E. Girardin oder M. Chevalier die Hoffnung hegten, aus den Zeitungsbureaus zur Gewalt zu gelangen, es für möglich gehalten, daß fast die ganze Regierung unter die Männer des National vertheilt sei, und daß alle Welt sich freuen würde über diesen Sieg des gemäßigten und disciplinirten Republikanismus. Für die ehemaligen Journalisten, die heute Staatsmänner geworden, beginnt nun freilich die kritische Prüfungszeit, wo ihnen Jedermann sein hic Rhodus hic salta zuruft, und begierig ist, zu erfahren, ob auch sie im Opponiren und Regiren stärker waren, als im Wirken und Erschaffen.

Digitized by Google

Die Einheit Thüringens vom deutschen Standpunkte.

Aus Thüringen, 17. Juli. Ihr Blatt hat schon eine Reihe von Aufsätzen gebracht über die Vereinigung der kleinen thüring'schen Staaten zu einem größeren Gemeinwesen, sei es Republik oder Herzogthum. Sie werden einer Betrachtung die Aufnahme in ihre Zeitung nicht versagen, welche die angeregte Frage von einem andren, und, wie wir meinen, allgemeineren, deutschen Standpunkt erfaßt.

Allerdings zeigt uns ein Blick auf die Karte von Thüringen ein wirres Durcheinander von kleinen Staaten: nicht bloß, daß dieser kleine Bezirk in eine Menge von Stäätchen zerfällt, nein! auch die ein Land bildenden Theilchen sind vielfach getrennt und bunt-scheckig untereinander gewürfelt. In diesem Gebiete des Vaterlands hat das Familien- und Hausinteresse der Regenten am schlimmsten gewaltet und das noch bis auf die neueste Zeit. Ist nicht die unselige Art der Landzersplitterung bei der Theilung des Herzogthums Gotha im Jahr 1826 lediglich das traurige Werk von Ministerlaunen und Hofsaatipathieen? Die schöne Gelegenheit, die kleinen Herzogthümer abzurunden, wurde zum großen Nachtheil der Landesangehörigen außer Acht gelassen: jetzt büßen dafür die Fürsten selbst. Der bisherige Zustand kann nicht fortdauern, sind doch einzelne Stäätchen, wie die bisher insularisch abgeschlossenen Reußischen und das Altenburgische, in vollster Auflösung begriffen. Was soll geschehen? Ganz Thüringen vereinigt sich zu einem Gesammtstaat! ist die rasche aber unüberlegte Antwort. Der Gedanke, eine Republik in Thüringen herzustellen, trotz des heftigsten Widerwillens der weit überwiegenden Mehrheit der Einwohner, welche die konstitutionell monarchische Staatsform wollen, ist der Gipfel des Wahnsinns. Soll ein Herzogthum Thüringen begründet werden, so ist die einfache Frage: wer soll Herzog werden? Nicht undeutlich gibt man zu verstehen, daß natürlich Weimar an die Spitze treten müsse. Aber was gibt denn diesem Stäätchen den Vorrang vor den übrigen? Etwa seine Machtfülle? Hat es sich etwa in der langen Zeit der Reaktion als Vorkämpfer der Freiheit hingestellt, hat es eine hohe politische Reife entwickelt? Wer die Geschichte dieses Ländchens genauer verfolgt hat, wird den tiefen, traumlosen politischen Schlaf dieses Großherzogthums zu einer Zeit bewundert haben, wo Meiningen und Koburg schon lange politisch wach und rührig waren. Wenn aber die Persönlichkeit des Fürsten entscheiden sollte, wem gebührte die erste Stelle, als dem zwar noch jungen, aber geistvollen, edlen und durchaus freisinnigen Herzog von Koburg? Hat er doch in dem Herzogthum Koburg seit seiner Thronbesteigung ein so hochsinniges, auf die freien Gedanken der Neuzeit rücksichtslos eingehendes Regiment geübt, daß, als der Februarsturm von der Seine aus fast das ganze gebildete Europa durchbrauste und selbst die stärksten Staaten in ihren Grundvesten erschütterte, in dem politisch ergrauten Koburg der Uebergang in die neue Zeit rasch, sicher und ruhig von Statten ging. Dennoch würde zu seinen Gunsten Keiner der übrigen thüring'schen Fürsten, am wenigsten der König von Preußen, auf die Souveränetätsrechte in den dahin gehörigen Landestheilen verzichten. Die Schwierigkeiten, hier auf diesem Wege eine Einigung herzustellen, sind noch größer, als die, welche sich der Einheit ganz Deutschlands entgegenstellen. Und in der That ist das Opfer, welches von den Fürsten und kleinern Ländern, die mit der Existenz ihrer Fürstenhäuser nicht bloß gemüthlich, sondern auch materiell vielfach verwachsen sind, gefordert wird, kein geringes. Nur die Größe des Zweckes kann die begeisterte Freudigkeit zur Darbringung eines so großen Opfers gewähren. Und welches ist denn die Größe des Zweckes? Wird denn wirklich der thüring'sche Gesammtstaat ein starkes, entscheidendes, lebenskräftiges Glied im Körper des Gesammtvaterlands werden? Wird die beabsichtigte Vereinigung den Landesangehörigen selbst besondere Vortheile gewähren, die ihnen nicht schon durch die Einheit Deutschlands, wenn sie eine Wahrheit wird und nicht ein leerer Schall bleibt, gesichert wird? Ist es etwa ein tiefes Gefühl der Stammeszusammengehörigkeit, welches die Bewohner jenes Gebietes fast unbewußt zur Einigung drängt? Das thüring'sche Gesammtherzogthum bleibt immer ein winziger Staat, wie sie Deutschland schon in zu großer Menge hat; das Ganze des Vaterlands wird aus einer solchen Vereinigung keinen Gewinn ziehen. Im Gegentheil! je mächtiger die Mittelstäätchen werden, um so mehr werden sie sich zur Renitenz gegen die Beschlüsse der Centralmacht zu Frankfurt weit über ihre wirkliche Macht hinaus stark und aufgelegt fühlen. Die Gewinne aber, die den Landesangehörigen selbst durch eine solche Verschmelzung zufließen werden, sind wahrlich unbedeutend genug. Einheit in den Grundsätzen und in der Handhabung der Gerechtigkeit, Einheit in Prinzip und Art der Besteuerung, Einheit im Militärwesen u. s. w., das Alles wird von Frankfurt aus gegeben werden, wenn man dort seine Schuldigkeit thut. Nur Weimar, das sich schon in dem süßen Gedanken wiegt, die übrigen Herzogthümer sich einzuverleiben, wird, im Falle des Mißlingens seiner Pläne, um eine große Täuschung reicher. Das Gefühl der Stammeseinheit aber ist in den Herzogthümern gar nicht so mächtig, als man vorgibt. Koburg und ein großer Theil von Meiningen sind dem Stamme, dem Charakter und Wesen nach süddeutsch, wenn auch die geschichtliche Entwickelung sie an das norddeutsche Thüringen gekettet hat. Die Stimmung in diesen Landestheilen ist einem Gesammtstaat Thüringens unter einem Herzoge von Weimar entschieden feindlich.

Nein! soll die Kleinstaaterei in Deutschland aufhören, was wir als ein Glück begrüßen würden, so möge die Reichsversammlung zu Frankfurt den Muth haben, zu erklären: Alle Staaten Deutschlands, die weniger als eine halbe Million Einwohner besitzen, haben aufgehört, eine selbständige Existenz zu führen; sie bilden den Kern und Stamm eines Reichslandes; das Reichsland wird von dem Reichsministerium unmittelbar verwaltet; die Fürsten werden für das gebrachte Opfer durch eine gute finanzielle Stellung entschädigt.

Der großen Idee der deutschen Einheit werden die Fürsten dieses Opfer der Entsagung leichter bringen, als den Halsstarrigkeiten eines winzigen Nachbars. Das Reichsland wird sich durch geeignete Bestimmungen über die Erbfolge in den übrigen Staaten Deutschlands im Laufe der Zeit vergrößern lassen, so daß eine wahre Einheit in Aussicht genommen werden kann. Das wäre ein hoher Gewinn für ganz Deutschland. Eine Reichsregierung mit einem Reichsverweser an der Spitze ohne alle materielle Machtgrundlage, ohne alles Land, ist ein schlimm Ding, das nur so lange Bestand und Geltung hat, als das begeisterte Einheitsstreben des Volks mit der ganzen physischen Macht von 40 Millionen dahinter steht. Aber die Begeisterung ist flüchtig; ist sie verflogen, so ist die Reichsregierung nur zu sehr auf den guten Willen der Einzelregierungen angewiesen. Aber in den Staatsverhältnissen erzeugt Machtlosigkeit die Verachtung.

Daß das Reichsland vielfach zertheilt und inselartig über ganz Deutschland ausgesäet sein würde, wäre kein Nachtheil, sondern ein Vortheil. Man hätte eben so recht vielen Stellen Krystallisationspunkte für die wahre Einheit Deutschlands. Die tüchtige, prompte und wohlfeile Regierung in diesen Parzellen würde in der ganzen Umgebung die Stimmung für einen Austritt aus den Soaderstaaten und für den Anschluß an das Reichsland hervorrufen und beleben.

Also wir Thüringer gehen nur in der deutschen Einheit auf, aber nicht in einer weimar'schen. Das ist unser entschiedener Wille, dem wir nicht bloß in Zeitungen Nachdruck zu geben wissen werden.

Hessen. Δ Darmstadt, 20. Juli. Der Abg. Bothard hatte bei unserer zweiten Kammer einen Antrag auf Minderung der Ruhegehalte, Staatsdienerbesoldungen, Civilliste und Apanagen gestellt. Am 17. d. M. kam dieser, sehr pikante Details enthaltende Gegenstand zur Berathung, und am 18. zur Abstimmung. Nachstehend einige von der zweiten Kammer in dieser Angelegenheit gefaßte Beschlüsse: Dieselbe beschloß, mit 22 gegen 12 Stimmen, nach dem Antrage des Abg. Görz, die Staatsregierung zu ersuchen, daß vom 1. Juli d. J. an alle Staatsgehalte über 3000 fl. auf diesen Betrag, und, mit 19 gegen 15 Stimmen, nach dem Antrage desselben Abgeordneten, daß vom nämlichen Tag an alle Pensionen über 2000 fl. auf diesen Betrag vermindert werden. Ferner beschloß die Kammer auf den Antrag des Abg. Görz, mit 18 gegen 16 Stimmen, daß die Gehalte von 3000 bis zu 1800 fl. und die Pensionen von 2000 bis 1500 fl. verhältnißmäßigen Abzügen, etwa $^1/_{10}$ betragend, zu jedoch, daß sie nicht unter den Betrag von 1700 fl. für die Gehalte und von 1400 fl. für die Pensionen herabsinken können, unterworfen werden. Diese der Staatsregierung vorzuschlagenden Maßregeln sollten nach dem Antrage des Abg. Görz und dem von der Kammer mit 22 gegen 12 Stimmen gefaßten Beschlusse so lange in Kraft bestehen bleiben, bis der Nothstand aufgehört hat, jedenfalls bis zum 1. Januar 1850. Anderen, vom Abg. Bothard gestellten Anträgen war die Kammer einstimmig oder mit großer Stimmenmehrheit beigetreten. So, einstimmig, dem Antrage, die Staatsregierung zu ersuchen, die Liste der Ruhe- und Gnadengehalte einer Durchsicht und Prüfung zu unterwerfen und nicht nur alle, das Bedürfniß und billige Maß übersteigende Gehalte, soweit nur immer rechtlich möglich, zu streichen und beziehungsweise zu mindern, sondern auch alle in

Digitized by Google

Ruhestand versetzte, noch diensttaugliche Beamten unverzüglich wieder in Dienst zu berufen, sobald geeignete Stellen zu besetzen sind. Weiter einstimmig dem Antrage desselben Abgeordneten, die Staatsregierung zu ersuchen, den Ruhegehalt des Prinzen August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am königl. preußischen Hofe, im Betrag von 2400 fl. nicht ferner auszuzahlen, sondern vorerst einzubehalten. (Prinz Wittgenstein war sehr selten in Berlin; Hessen hatte dort noch außerdem einen Geschäftsträger, der nun zum Gesandten befördert wurde; Prinz Wittgenstein bekleidet noch außerdem hohe, reich dezahlte Militärchargen. Es ist der genaueste Freund des Prinzen Emil von Hessen.) Ferner einstimmig dem Antrage desselben Abgeordneten, den Ausschuß zu beauftragen, die Akten über Anstellung und Ruhestandsversetzung des Prinzen August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg als Gesandter sich zu erbitten und sodann gutächtlich zu berichten: 1) ob wegen Verschleuderung der Staatsgelder durch die fragliche Gehaltsverleihung ein Antrag auf Versetzung des betreffenden verantwortlichen Ministers (Du Thil) in den Anklagestand, sowie 2) eine Rückforderung des seit 1845 bezahlten Ruhegehalts von irgend wem rechtlich statthaft erscheine. Dieselben Beschlüsse, wie hinsichtlich des Prinzen von Wittgenstein, faßte die Kammer hinsichtlich des Legationsraths (später Gesandten) von Pappenheim in Paris, und zwar mit dem Zusatze, daß zu untersuchen sein möchte, ob und welche Gründe vorliegen, zu beantragen, daß Pappenheim wegen Dienstvernachlässigungen oder sonstigee Dienstvergehen duech den Richter in Untersuchung gezogen und des Ruhegehaltes für verlustig erklärt werde, mit 33 gegen 1 Stimme. Dubei beschloß die Kammee nach dem Antrage des Ausschusses einstimmig, die Staatsregierung dueauf aufmerksam zu machen, daß bei Pensionirung der bisherigen Gesandten auf die Pensionen u. s. w., welche sie entweder schon beziehen, oder welche ihnen noch reguliet werden sollen, Rücksicht genommen werden müsse. Desgleichen beschloß die Kammer einstimmig nach dem Ausschußantrage, in Beziehung auf die Kombinirung verschiedener Gehalte und Ruhegehalte die Staatsregierung zu ersuchen, vorkommenden Falls jedesmal eine Untersuchung darüber eintreten zu lassen, was jeder Staatsdiener außee dem nunmittelbar aus der Staatskasse zu beziehenden Gehalte noch aus anderen, unter der obern Leitung des Staates stehenden Kassen bezieht. Abg. Bolhurd hatte beantragt, den Ausschuß zur näheren Untersuchung des Sachverhalts übee die Pensionirung des Geh. Staatsraths von Linde anzuweisen, insbesandere darüder, ob Grund vorliegt, den verantwortlichen Minister (Du Thil) wegen Verschleuderung der Staatsgelder in Anklagestand zu versetzen. (Die Pensioairung v. Linde's wae mit Beluffung von dessen gaazem Gehalte erfolgt.) Die Kammer trat diesem Antrage einstimmig bei. Ebenfo, mit 26 gegen 10 Stimmea, dem Antrage desselben Abgeordneten, zu verlangen, duß der Geh. Staatsrath v. Linde demnächst, nach Beendigung seines Aufenthalts in Frankfurt bei der Reichsoersammlung, als Professor der Rechte in Gießen unter Bordehalt seines Ranges wieder in Dienst gerufen werde. Weniger glücklich war der Abg. Volhard mit einem andern Antrage. Nämlich, den Ausschuß anzuweisen, die Art und Gründe der Anstellung des Ministers Du Thil näher zu untersuchen, namentlich ob etwaige Gründe vorliegen, die Verleihung von 9000 und 6000 fl. als erschlichea anzufechten oder den betreffenden verantwortlichen Minister wegen Verschleuderung der Staatsgelder zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser Anteng wurde mit 18 gegen 17 Stimmen verneint. Dagegen beschloß die Kammer einstimmig, gegen die Staatsregierung das Erwarten auszusprechen, daß künftig bei definitiven Anstellungen strenger verfahren werde. Abg. Lehne wollte, daß die Kammer ihren Ausschuß beauftrage, bezugs der vielfachen Pensionirungeu noch rüstiger Offiziere nähere Aufklärungen einzuholen und nach Befund der Sache eine Versetzung des Kriegsministers in Anklugestand wegen dieser scheinbar nicht zu entschuldigenden Verschleuderung öffentl. Gelder zu veranlassen, ungenommen mit 34 gegen 1 Stimme. Weiter beschloß die Kammer einstimmig, dem Antrag des Abg. Balhaed gemäß, die Staatsregierung zu ersuchen, die geeignete Untersuchung insbesondere auch darüber einzuleiten, welche Ruhe- und Gnadengehalte wohl und welche übel erworben, welche daher zu achten und welche zu streichen seien, und je nach dem Ergebniß Strich oder Minderung zu verfügen. Den damit zusammenhängenden Antrag des Abg. Bolhaed, die Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach künftig bei Civil- und Militärdienern kein Ruhegehalt über 2000 fl. zu bewilligen ist, und wonach alle Ruhe- oder Gnadengehaltsverleihungen aoe dem nächsten Landtag gerechtfertigt werden müssen, bis zur erfolgten Genehmigung der Stände aber widerruflich bleiben, nahm die Kammer nur mit 24 gegen 12 Stimmen an. Dagegen bejahte sie wieder einstimmig den Antrag des Abg. Bolhard, die Staatsregierung zu ersuchen, schon jetzt bei Anstellungen neuer Beamter und bei Gehaltserhöhungen bei Civil- und Militärbeamten ausdrücklich zu bedingen, daß der Beamte einen Anspruch auf einen höheren Gehalt als 2000 fl. nicht erhalte. Mit 35 gegen 1 Stimme beschloß die Kammer nach dem Antrage des Ausschusses, die Staatsregierung zu ersuchen, bei Festsetzung des nächsten Budgets die bisher bestandene, „offenbar dem Regenten selbst Verlegenheiten bereitende“ Einrichtung in Beziehung auf die heimfallenden Gnadenpensiaaea aufhören zu lassen. (Der Regent durfte bisher die Hälfte der heimgefallenen Gnadenpensianen weiter vertheilen.) Einstimmig beschloß die Kammer nach dem Anteage des Ausschusses, die Staatsregierung zu ersuchen, einstweilen bei den Gaadenpensionen eine strenge Prüfung eintreten zu lassen und alle nicht rechtlich begründetea zu streichen. Desgleichen, nach dem Antrage des Abg. Bolhard, die Staatsregierung zu ersuchen, die festen Besoldungslisten edenfalls einer Durchsicht and Prüfung zu unterziehen, and Stellen wie Besoldungen, soweit dies mit dem Staatswohl iegend vereinbarlich ist, zu mindern. Die letzten zwei Abstimmungen betrufen die Prinzen des Großherzogl. Hauses. (Von dem regierenden Großherzog wurde Umgang genommen, weil dessen Civilliste noch nicht fixirt ist, vielmehr deßhalb erst Verhandlung mit den Landständen bevorsteht.) Nämlich die Kammer beschloß nach dem Antrage des Ausschusses, beziehungsweise des Abg. Bolhard, die Prinzen des Hauses (es sind dies die Prinzen Karl, Alexander, Georg, Friedrich und Emil) zu bitten, in Berücksichtigung des im Lande herrschenden Elendes und der unabweisbaren Staatsbedürfnisse, auf einen ungemessenen Theil ihrer Apanage freiwillig zu verzichten. Es geschah dies mit 35 gegen 1 Stimme. Dagegen lehnte sie mit der schwachen Mehrheit von 18 gegen 17 Stimmen den eventuellen Antrag des Abg. Bolhard ab, zu beschließen, daß die im Jahe 1845 den Prinzen des Großh. Hauses bewilligten Apanagezulagen für eben so lange eingezogen werden, als die vom Abg. Görz beantragten Besoldungs- und Gehaltsabzüge dauern. Dies ein Theil der Anteäge, welche, um von den Landständen angenommen zu werden, die Genehmigung der jetzigen ersten Kammer haben müssen, Etwas, wozu offenbar keine Aussicht ist. Indessen dieben Berathung und Beschlußnahme unter allen Umständen unchaltig und wirksam. Gestern und heute war keine Kammersitzung und morgen wird wieder keine sein. Man brachte diesen Umstand mit dem hier umgehenden Gerücht, daß in dieser Woche uoch der Landtag aufgelöst werden würde, in Verbindung. Jedessen wird von anderer Seite versichert, daß die zweite Kammer im Augendlicke nur zwei kleine Berathuags-gegenstände hade und dieß die Ursache der Sitzungspause sei. Auch kann man nicht recht begreifen, was in diesem Augendlicke, wo noch kein neues Wahlgesetz vorgelegt, geschweige berathen ist, eine Kammerauflösung soll. Nur zwei extreme Partrien könnten sich darüber freuen: die konservative, welche von einem neuen Wahlgesetz — wenigstens auf undestimmte Zeit — nichts wissen will, und die äußerste Linke, welche, wenigstens vorläufig, mit der Auflösung dir Berufung eines konstituirenden Landtages auf den Grund eines Wahlgesetzes, welches der Regent aus höchster Machtvollkommenheit erließe and natürlich sehr freisinnig ausfallen müßte, in Verbindung setzt. So wenig wir die Freude der konservativen Partei in jeuee Hinsicht theilten, so — and verhältnißmäßig noch wenigee — theilten wir die Freude der äußersten Linken, welche übrigens, nebeubei gesagt, auch wohl die geringste Hoffaang auf Erfüllung hat.

Hannover. Die „Hannover'sche Morgenzeitung“ enthält eine amtliche Berichtigung aus dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, der zufolge die ursprünglich nach Wien bestimmten hannoveer'schen Abgesandten, General Pratt und Regierungsrath Hoppenstedt, nur den Auftrag gehabt haben, dem Erzherzog Johann den Wunsch des Königs auszusprechen, duß er das Amt des Reichsverwesers unnehmen möge (was damals noch ungewiß war) und ihn zu beglückwünschen. Die Abgesandten trafen den Erzherzog schon in Dresden and kehrten nach Erfüllung ihres Auftrages, soweit derselbe inzwischen nicht überflüssig geworden war, nach Hannover zurück. Das Ministerium stellt demnach die augenblickliche Absicht wegen der Verfügung über das Heer and die Zollverhältnisse zu verhandeln, völlig in Abrede.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei den Herren Kinnert & Kupp., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Algerien sämmtliche Postämter in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 26 Rue de Dauphine.

Deutsche Zeitung.

Die Expedition befindet sich Hauptstraße Nr. 10. Preis vierteljährlich 1 fl. 30 kr. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 204. **Heidelberg,** Montag 24. Juli. **1848.**

Uebersicht.

Die Posener Angel. V. — Wien (die Eröffnung des Reichstags. Der Sicherheitsausschuß. Neues Ministerium. Polizei-Präsidentschaftskandidat. (Zörther Juden als nordamerikanische Sklaven). Karlsbad (D. Laube in die Reichsversammlung gewählt) Triest (Handelsbeschäftigungen der Stadt). Berlin (Sitzung der Kammer. Bericht der Verfassungskommission. Entwurf einer Gemeindeverfassung in Aussicht gestellt. Die Adresse beseitigt. Baldenaire eindrusen). Vom Rhein (Rückkehr der Energie bei den Behörden, der Heiterkeit beim Volke. Preisschießen in Düsseldorf. Ein Fest in Köln. Die Zwangsanleihe). Posen (Röthigkeit unter den Polen. Gerüchte einer neuen Erhebung). Von der Jahde (deutsche Kriegshäfen). Altona (Thätigkeit der Dänen). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung).

Schweiz. Bern. Im großen Rathe der Bundesentwurf angenommen. Niederlage und neue Anstrengungen der Bärenpartei. Schiefe Stellung des Regierungsraths. Zürich. Die N. Z. Z. und die von ihr erregte Mißstimmung zwischen Deutschland und der Schweiz.

Großbritannien. Unruhen in Irland. Mehrere Grafschaften unter das Kriegsgesetz gestellt. Verhaftung in Ashton. Straßentumult in Bradford. Parlamentsverhandlungen.

Frankreich. Paris. Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten der Versammlung. Amtliches. Dornes. Changarnier und die Nationalgarde. Die Untersuchungskommission. Die Freiheit der Gemeinden.

Oesterreichische Monarchie. Tarnopol. Uebertritt flüchtiger Edelleute aus russisch Polen.

Ungarn. Pesth. Siegreiches Gefecht mit den Aufständischen. Die Union mit Siebenbürgen.

Türkei. Russisch-türkische Intervention in den Donaufürstenthümern.

Beilage. Die Stimmung Hannovers in Beziehung auf die deutsche Centralgewalt. Gießen. Landfriedensbruch in Leihgestern. Spanien. Karlistische Rüstungen. **Oesterreichische Monarchie.** Kroastadt. Rüstungen der jungen Bojaren. Fürst Kantakuzeno. Rußlands Pläne.

Heidelberg, 23. Juli.

Wir haben gestern gesehen: nach dem formellen Rechte, das auf Staatsverträgen beruht, ist Posen kein selbständiger Staat, sondern ein Theil von Preußen. Von einem Rechte auf Herstellung kann nicht die Rede sein, wenn man nicht vertheidigen will, daß auch alle Mediatisirten wieder eingesetzt und jedes Stätchen hergestellt werden müßte, das sich auf seine frühere Existenz besänne. Die Thatsache der Einverleibung Posens mit Preußen muß hingenommen werden. Nur die allgemeine Nationalität ist ihm 1815 garantirt worden; selbst den versprochenen polnischen Statthalter hat es bis 1831 gehabt, wo seit der Theilnahme des Adels an der polnischen Revolution die Landrathswahlen suspendirt und ein System der Verdeutschung eine Zeitlang methodisch betrieben wurde. Seit der Regierung des gegenwärtigen Königs geschah bereitwillig Vieles im nationalen Sinne, was das vorhergegangene Germanisirungswesen zu vergüten geeignet schien; noch zuletzt zählte die geübte Gnade an den Verschwörern von 1846 hierhin. So kam das Jahr 1848 mit seiner ungeheuren Bewegung. Man suchte in Posen nach dem 18. März die Verlegenheit Preußens zu nutzen; die Provinz war fast ohne Truppen, die Gelegenheit günstig, Preußen in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln, indem man sich zugleich möglichst unabhängig machte. Eine polnische Versammlung in Posen am 20. Mai, die sich als „Organ des Großherzogthums Posen" bezeichnete, sandte eine Petition nach Berlin, um eine nationale Reorganisation, die sich unter des Königs Schutz „schnell, aber ruhig und gesetzlich" entwickeln sollte. Wir wissen, daß dort Traszewski ausdrücklich äußerte, sie verlangten Nichts, als was sie von 1815 her zu fordern hätten, eine nationale Reorganisation. Diese Reorganisation ward ihnen gewährt; sie hätte wohl eigentlich von den Ständen gefordert und mit ihnen ausgeführt werden sollen, aber der Drang des Augenblicks machte das vergessen. Sie ward für das ganze Großherzogthum verstanden; die deutschen Kreise sollten aber dabei deutsch verwaltet werden. Die polnische Begeisterung auch unter den Deutschen im Großherzogthum war groß; die Verbrüderung beider Nationen schien gesichert; hätten die Polen den ruhigen und gesetzlichen Weg eingehalten, so war kein Zweifel, daß sie die Reorganisation für die ganze Provinz erhalten hätten. Aber diese ruhige Entwicklung fand nicht Statt. Unfähig, die Zeit zu erwarten, wie die Polen alle sind, setzten sie Ungeduld und Unfahrigkeit an die Stelle der Gesetzlichkeit; ein polnisches Nationalkomité konstituirte sich als eine Nebenregierung, breitete ein Netz von Kreiskomité's über das Land, paralysirte die Thätigkeit jeder Behörde und suchte die gesammte Civil- und Militärgewalt systematisch an sich zu reißen: die Wohlthat ward gleichsam gewaltsam geraubt, die Reorganisation ward antizipirt, sie ward als Abreißung von Preußen verstanden und so betrieben, die Scheidung und Losgebung Posens ward als Thatsache angesehen, die von Westpreußen in Aussicht genommen. Es ist nach vorliegenden Thatsachen und Dokumenten nicht abzuläugnen, daß es die Komité's auf Täuschung und Betrügung der Deutschen angelegt hatten, daß die preußischen Behörden und Zeichen beschimpft wurden, daß die gehässigsten Proklamationen an die preußischen Kriegee erlassen wurden, daß ein kommunistisches Manifest des Nationalkomité's vom 1. April zu Gunsten der dienenden polnischen Soldaten alle Landemien und den Zins der Ackerwirthschaften aufhob und über Nationaldomänen verfügte, daß die Geistlichkeit den Aberglauben und die Unwissenheit des Volkes ausbeutete und die katholische Religion in Gefahr erklärte, daß bewaffnete Schaaren sich sammelten und nach dem bekannten Feldzugsplan Mieroslawski's gruppirten, daß die eben begnadigten Leiter der Verschwörung von 1846 von Neuem gegen ihren Wohlthäter in die Waffen traten. Die Anmaßung der Gewalt, das Benehmen des Nationalkomité's, der auftauchende Nationalhaß, Alles in dem Augenblicke, wo die Hand der Gerechtigkeit geboten, wo die deutsche Nation in einer großartigen Erhebung begriffen war, mußte das Ehr- und Volksgefühl der Deutschen in Posen aufs Tiefste verletzen, Falls sie Deutsche waren. Sie zeigten sich unserer nicht allein würdig, sondern sie gaben uns ein Beispiel von nationalem Selbstgefühl, das für uns nicht verloren sein darf. Erbittert über die angemaßte Regierung der Nationalkomité's, die sich überall als Schützer der Ordnung aufstellten und Unordnung und Anarchie über das Land breiteten, gedrückt von dem Gefühle, als ob sie von den Polen erobert werden sollten, beleidigt durch die Beleidigungen, die den deutschen Farben und Zeichen widerfuhren, gereizt durch die höhnische Großmuth, mit der die Polen bei der Reorganisation den Deutschen ihre Sprache zu garantiren versprachen, mit welcher Garantie sie selbst doch so lange unbegnügt waren, regten sich die Deutschen in Masse; der Gegenschlag ging zuerst von dem Netzdistrikte und Westpreußen aus. In dem ganz deutschen Bromberg hatte am 26. März das polnische Komité eine Versammlung berufen, sie breiteten aus, es seien Polen im Anzuge — aber diese Versammlung ist entscheidend gewesen, ihr Schluß war: wir wollen Deutsche sein und bleiben! Die Bewegung sollte nach Westpreußen ausgebreitet werden. Von diesem Momente an war der feindliche Gegensatz der Nationalitäten neu ausgebrochen. In Briesen erschienen am 28. März Polen, die auf einer Versammlung vorschlugen, gemeinsam gegen Rußland zu rüsten; Posen sei bereits von Preußen abgetreten; auch ganz Westpreußen mit Danzig und Elbing sollen dem neuen Polen, hoffentlich auf friedlichem Wege, einverleibt werden. Ein Manifest aus Culmsee vom 30. März antwortete mit demselben Bescheide, wie die Bromberger. Volksversammlungen, Deputationen, Monsterpetitionen trieben eine die andere; der gewaltigste Rückschlag gegen die Usurpation der Polen erfolgte in einer merkwürdigen Raschheit und Energie. Den Protestationen gegen den Einschluß in die Reorganisation, dem ausdrücklichen Verlangen nach Abtrennung von Polen und Aufnahme in den deutschen Bund, folgten nach dem geringsten Aufschube die ungeduldigen Erklärungen an das Ministerium in Berlin: Es scheine ihren Petitionen die zwingende Gewalt zu fehlen, die im Hintergrund der polnischen Bitte um Reorganisation stand. Diese Gewalt sei aber vorhanden! Sie liefen Gefahr, ihre Nationalität unterdrückt zu sehen. Sollte sich die königl. Regierung nicht entschließen, diese Nationalität zu unterstützen, so werde man sich an das deutsche Parlament wenden, und

Digitized by Google

mache die Regierung für alles inzwischen unnütz vergossene Blut verantwortlich. „Wir erklären, sagt eine Deputation des Netzdistriktes am 29. März, daß, obwohl mit dem König unerschütterlich treu und gehorsam sind, wir doch lieber unser Leben verlieren, als das Institutionen aufdringen lassen wollen, welche unsere Nationalität vernichten würden. Wir fassen unser ganzes Streben in die wenigen Worte zusammen: Deutsche Männer aus einem deutschen Lande, Unterthanen eines deutschen Fürsten, bitten am Throne um Erhaltung ihrer Nationalität!" Man sieht: es stellte sich eine deutsche Revolution gegen die polnische, und was dieser im Sturm gelungen war, gelang auch jener: man trug die Gewährung der preußischen Regierung davon, die diese den Polen wie den Deutschen halten wird. Es schien, als ob Nähe und Umgang mit den Polen den Deutschen hier eine Schnellkraft verliehen hätte, die sonst unserm Geschlechte nicht eigen ist. Und es ist wahrhaft ein gerechter Stolz, wenn die Posener geltend machen, daß die Deutschen dort einen Kampf für ihre Angehörigkeit an Deutschland geführt hätten, wie ihn keine Landschaft besser bestanden hat.

Der Gegensatz beider Nationen war schon unheilbar, als General Willisen kam, den Landfrieden herzustellen und die Reorganisation einzuleiten. Er fand die Deutschen krankhaft und unerträglich aufgeregt, die Deutschen hatten ihn im Verdacht des Verraths. Er hoffte, die bewaffneten Polen zu beschwichtigen, ja er erklärte die Pacifikation des Landes für vollendet, als die Leitung der Bewegung den Führern der Polen selbst entschlüpft war. Wir haben hier nicht zu untersuchen, auf welcher Seite das größere Unrecht ist, wer die ärgeren Gewaltthaten geübt und Haß und Rache blutiger entzündet hat. Auf beiden Seiten ist geschehen, was man angeschehen wünscht. Was aber nicht verhehlt werden kann, ist dies: die Berichte, die Beschwerden, die Anklagen beider Nationen stehen sich in so schroffen Widersprüchen gegenüber, wie selten geschichtliche Dokumente thun. Die historische Kritik kann an vielen Stellen nicht zur Wahrheit kommen; Uebertreibungen und Entstellungen auf das Moment der Wahrheit zurückführen, ist nicht leicht. An vielen Stellen aber kommt man zur Wahrheit: in diesen Fällen, müssen wir zu unsrer Ehre sagen, fällt die Verkehrung der Wahrheit den Polen zur Last. Und die Fälle sind arg und nicht selten. Man sagt ja, die Slaven hätten den Genius der Lüge. Die Beschwerden gewogen, die Polen den Deutschen und Deutsche den Polen gemacht haben, ist selbst die Last der Anklagen gegen die Deutschen viel leichter. Keine Frage: die polnische Bewegung hat mit Zweideutigkeit und Gewalt begonnen, da man ihnen in Güte ihre Forderungen gewährt hatte; dies und die Theilnahme der Begnadigten an dem bewaffneten Widerstand, und was vorausgegangen war, jenes Abkürzungssystem in Berlin, hat die Deutschen in Nähe und Ferne erst in ihrer Begeisterung abgekühlt, dann von ihrer Theilnahme abgebracht, und diese aufkeimende Antipathie hat sich selbst Frankreich und England mitgetheilt. Es geht weit, wenn ein Mieroslawski, kaum begnadigt, der menschenfreundlichsten Regierung, deren Briefe von Nichts als Wohlwollen, vielleicht bis zur Schwäche zeigen, vorwerfen mag, sie habe die Bewegung in Posen absichtlich wachsen lassen, um dann desto mehr Menschen zu massakriren! Mit solcher Denkart entfremdet sich Polen die Mitgefühle der Welt unausbleiblich. Mag dies Alles als deutsche Parteilichkeit klingen: das Eine, was nicht geleugnet werden kann und was wir als Thatsache hinzunehmen haben, ist dieß, daß die Gegner sich gegenüberstehen, bereit, sich zu zerfleischen, daß ein Bürgerkrieg droht, gegen den die Unterdrückung der Rebellion ein Spiel wäre, daß es eine politische Nothwendigkeit ist, diese Streiter zu trennen, deren Haß unsühnbar, deren Zwiespalt unversöhnlich geworden ist.

Dies ist das Argument, das über das Schicksal von Posen entscheiden muß; da die Sache auf diesen sophistischen Grund gestellt ist, muß die Zweckmäßigkeit sie schlichten. Wir müssen auf der Trennung und auf der Reorganisation bestehen, und können nicht dem Wunsche der Polen nachgeben wollen, die nun auf die Reorganisation verzichten und mit ganz Posen dem deutschen Bunde beitreten wollen. Der Zwiespalt würde verewigt werden, und nicht einmal der leidliche Fuß des Einvernehmens, wie er bisher war, könnte hergestellt werden. Dächte man sich Polen regenerirt und Posen als einen Bestandtheil davon, so würden die Polen von den Deutschen alles das Ungemach auszustehen haben, das wir von ihnen zu erdulden hatten, und schon in ihrem eigenen Interesse sollten sie das nicht verlangen. Die Deutschen haben in allen ihren Aeußerungen das Nationalbestreben der Polen gebilligt; sie verlangen nur, daß Jedem das Seine werde. Achtung der Nationalität ist ja auch ein Grundsatz, der ohne Gegenseitigkeit nicht gedacht werden kann. Wir unsererseits bedauern es aufrichtig, daß die Pflicht der Selbsterhaltung uns die Abreißung einzelner polnischen Distrikte zur Nothwendigkeit macht. Wir ließen sie sonst unter aller Bedingung gerne fahren. Wir möchten, daß dem Prinzip der Nationalberechtigung in aller Strenge gehuldigt werde, so weit es nur sein kann, ohne daß des Landes Sicherheit gefährdet wird. Will Nordschleswig dänisch bleiben, so habe es seinen Willen. Wenn Böhmen so gelegen wäre, daß es möglich wäre, die czechischen Theile abzutrennen, wir würden mit allem Eifer rathen, es zu thun. Ebendas gilt von dem italienischen Tirol. Ueberall streitet sich hier das Zweckmäßige, das Gebot der Selbsterhaltung mit den Forderungen der Nationalität. In Posen aber treffen für die bei Weitem überwiegende Zahl der Kreise, um deren Aufnahme in den deutschen Bund es sich handelt, die Gründe, die aus der Nationalität und Lokalität genommen sind, zusammen, um für diese Aufnahme zu sprechen. Wir kennen jene Grenzfestung nicht entbehren, und so können wir auch nicht von den 5 bis 600,000 Deutschen unsere Hand abziehen, die dort einem feindlichen Stamme Preis gegeben wären.

Wir könnten, dem Eigennutz folgend, ganz Posen um somehr an uns nehmen, als die Polen selbst ihre Mitwirkung zur Reorganisation des polnischen Theiles, des Herzogthums Gnesen, entziehen. Aber wir nehmen einen höheren Standpunkt ein, wir gehen auf größere und uneigennützige Prinzipien zurück, um diese Sache zu ordnen. Wir nehmen die deutschen Theile an uns aus den gebieterischsten Rücksichten auf die Volksthümlichkeit der Einwohner und auf die Lage des Landes, aus strategischen und notionalen Gründen. Wir wahren dabei innerhalb dieser Theile die polnische Nationalität nach dem Maßstabe der weitesten Zusagen, die 1815 gegeben worden sind. Wir gehen weiter. Wir geben dem polnischen Theile eine ganz andere Selbständigkeit, als die damals (1815) garantirte Nationalität; eine konstitutionelle Verfassung, nationale Schule, Gericht und Verwaltung, Landesangehörige zu Beamten aller Kategorien. Dies ist nicht, wie die Polen sagen, eine neue Theilung Polens, sondern es ist der Anfang einer Wiederherstellung Polens. Mieroslawski selbst hatte aus den Verhandlungen der preußischen Minister mit den Gliedern des Nationalkomités den Eindruck, als ob die Regierung den Polen nicht ostensibel beistehen könne, sich eine Macht gegen Rußland zu schaffen, daß es aber diese Macht gern würde entstehen sehen, um sie dann als Thatsache hinzunehmen. Sie müßte dann nur freilich auch nicht gleich Anfangs in so ostensibler Feindseligkeit gegen Rußland und Preußen zugleich gebildet werden, diese Macht. Dieselben Deutschposener ferner, die am heftigsten für die Abtrennung kämpfen, erklären das Herzogthum Gnesen ausdrücklich als ein Depositum betrachten zu wollen, das unter deutschem Schutze bewahrt werden solle, um einem, in vielleicht nicht zu ferner Zeit, herzustellenden Polen zu Grunde gelegt zu werden. Das deutsche Nationalkomité in Posen hat es selber ausgesprochen, es fände den Zielpunkt der Reorganisation in der Grundlegung der künftigen Wiederherstellung eines freien Polens. Wann dieser Zielpunkt eintreten werde, das werde neben allgemeinen Umständen von der sittlichen und geistigen Kraft, der Befähigung zu staatlicher Existenz abhängen. Von wie unschätzbarem Werthe aber eine solche Pflanzschule polnischer Administratoren und Staatsmänner für diese künftige Herstellung Polens wäre, ja wie unentbehrlich sie ist, wenn je ein Polen zu Gedeihen und Wohlfahrt wieder erstehen soll, das, wünschen wir, möchte den Polen von selbst so einleuchtend sein, wie es uns Andern Allen sein wird.

Die Nationalversammlung wird daher nicht anders thun können, als die vorläufige Aufnahme des deutschen Posens in den Bund zu sanktioniren und den Abgeordneten den Zutritt endgiltig zu gestatten. Sie mag die Linie der Abtrennung anerkennen, vorbehaltlich der weiteren Bestimmungen der preußischen Regierung, in Folge der Erörterungen der Kommission, die zur Ermittelung dieser schwierigen Sache von dem Landtage ernannt ist. In der Pfuel'schen Demarkation fällt auf, wie habgierig man an der Südostgrenze eine Reihe einzelner Parzellen zu Deutschland schlagen will. Uns dünkt, dies hätte aus etwas gröberem Holze geschnitten sein können. Für die nothwendige Zuziehung der polnischen Kreise Buk und Samter wor den Polen einiges deutsche Gebiet schon zur Kompensation gerne zu überlassen; Beides hätte zu gegenseitigen Pfändern und zu Mitteln des Austausches dienen mögen. Es ist ja bei der ganzen Operation Uebelstand genug, daß der Deutsche in dem polnischen Theile, und der Pole in dem deutschen von den

Digitized by Google

Wohlthaten der beabsichtigten Trennung ausgeschieden ist, daß er nur ihre Nachtheile zu leiden hat (und dies nur aus dem Grunde, weil er einer Minorität angehört), daß er sich anchelfen kann durch Uebersiedlung, die für Viele unausführbar ist. Aber all dies sind Dinge, die wie sie bei der Trennung nur von Theilen gelten, nach dem gegenwärtigen Stande der Sachen und der Stimmungen von dem Ganzen gelten würden, sobald man ganz Posen polnisch reorganisiren oder ganz zum deutschen Bunde schlagen wollte ohne Reorganisation. Man muß das Unvermeidliche mit fester Hand erfassen, man muß, wenn dies Nothwendigkeiten sind, sie auch, wie der Dichter sagt, als Nothwendigkeiten besehen.

Oesterreich. Wien, 17. Juli. Die feierliche Eröffnung des Reichstags ist abermals um einige Tage hinausgeschoben. Der Erzherzog-Reichsverweser wird heute Abend um 8 Uhr erwartet; Fackelzüge und Festlichkeiten anderer Art werden vorbereitet. — Der Sicherheitsausschuß, der durch einige Zeit heftig über seine Auflösung debattirte, läßt sich nicht auf, wird sich aber ausschließlich mit Lokalangelegenheiten befassen und sich je nach Verlauf der Ereignisse mit dem Gemeindeausschusse verschmelzen. (N. K.)

Wien, 18. Juli. Man schreibt der Allg. Z.: Wessenberg Präsident; Doblhoff Inneres; Latour Krieg; Schwarzer Arbeit; Kultus wird vorläufig vom Minister des Innern verwaltet und in der Folge von einem Slaven besetzt werden; Hornbostel Handel; Kraus Finanzen; Unterstaatssekretär der Finanzen Stifft soa.; Auswärtiges, welches Wessenberg nicht angenommen hat, ist unbesetzt. Gestern Abend kam Erzherzog Johann hier an, heute wurde das Ministerium anerkannt. Erzherzog Johann hat versprochen 14 Tage (?) hier zu bleiben — nachdem die Herren das obige Ministerium nur unter der Bedingung angenommen haben, daß sie eine Regentschaft ernennen dürfen, wenn kein Vertreter des Kaisers hier sei. In der heutigen Reichstagssitzung hat die nichtdeutsche Partei es durchgesetzt durch namentliche Abstimmung und 10 Stimmen Majorität, daß die Präsidentenwahl auf morgen oder übermorgen verschoben wird, wo sie noch Verstärkung erwartet und Palacky durchzusetzen hofft. Dr. Rieger von Prag hatte den Antrag gestellt; sodann vernehme ich, daß er beim Herausgehen vom Pöbel insultirt wurde, in einer Weise, daß die traurigsten Folgen zu erwarten sind. Die Aufregung ist groß.

Wien. Der Pr. Staatsanzeiger enthält von hier Nachstehendes: In Bezug auf die sogenannte amerikanische Deputation, welche der Aula 8000 Dollars zur Errichtung einer deutschen Flotte und überdies fernere Unterstützung an Waffen und Geld von Seite der Republik der amerikanischen Freistaaten zusicherte und den hiesigen nordamerikanischen Geschäftsträger, Hrn. Styler, zu einer Reklamation in der Wiener Zeitung veranlaßte, hat sich nunmehr ergeben, daß jene angeblichen Amerikaner Juden aus Fürth sind, von denen einer sich eine Zeit lang in Amerika aufhielt; sie sind Werkzeuge der Emissarien zur Verbreitung republikanischer Ideen.

Aus Karlsbad, 15. Juli, wird der „Leipziger Zeitung" gemeldet: Heinrich Laube, welcher sich einige Wochen bei uns befand, ist in Elbogen, einem deutsch-böhmischen Städtchen, zum Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung erwählt worden.

☽ Triest, 17. Juli. Schreiben des österreichischen Internuntius, Grafen Stürmer in Konstantinopel, an den Gouverneur des Küstenlandes, Graf. Salm in Triest. „Ich gebe mir die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß die hohe Pforte, zum Behufe des Schutzes der Handelsschiffe vor den Angriffen der sich jetzt häufiger zeigenden Seeräuber, eine Flotte unter dem Befehle Maschuk-Pascha's, in die türkischen Gewässer außerhalb der Dardanellen abgesendet hat. — Auf das Begehren der Pforte, diese zur Sicherheit des Handels ergriffene Maßregel auch meinerseits zu unterstützen, habe ich an die k. k. Konsularämter von Smyrna, Salonich, Beyrut, Cypern und Kandien die Weisung ertheilt, daß sie dem Flotten-Kommandanten Maschuk-Pascha den nöthigen Beistand leisten mögen, wo er solchen nach den Seegesetzen und bestehenden Traktaten anzusprechen in die Lage kommen sollte." Konstantinopel, 4. Juli 1848. Graf Stürmer.

Preußen. ☽ Berlin, 18. Juli. Nach der die Parteien scharf sondernden Debatte über den Jakoby'schen Antrag wendet heute die Versammlung ihre Aufmerksamkeit einigen längst der Erledigung harrenden Angelegenheiten zu. Vorher jedoch läßt der Vorsitzende eine k. Botschaft verlesen, in deren Begleitung der Kammer der Entwurf eines Gesetzes wegen Umgestaltung der Domänen- und Forstverwaltung überreicht wird. Der Ackerbauminister übergibt den Abtheilungen die Motive für eine Reform der Landeskultur. Bemerkenswerth ist sodann der wöchentliche Bericht, welchen Waldeck als Vorsitzender der Verfassungskommission über die Arbeiten derselben abstattet. Unter den allgemeinen Grundlagen des Gemeindeverbandes hat sie mit Aufhebung der bisherigen Provinzialunterschiede eine Eintheilung des preußischen Staates in Bezirke, Kreise und Gemeinden aufgenommen. Die Verwaltungsform, welche im Einzelnen durch besondere Gesetze zu regeln ist, soll von dem Grundsatze abhängig sein, daß über die inneren Angelegenheiten aus gewählten Vertretern zusammengesetzte Versammlungen beschließen und die Ausführung der Beschlüsse durch die Vorsteher geschieht, welche in den Kreisen und Gemeinden von diesen selbst, in den Bezirken von der Staatsregierung gewählt werden. Mitglied der Gemeinde ist, wer ein Jahr am Orte wohnt und zu den Lasten beiträgt. Die Berathungen der Gemeindeversammlung sollen öffentlich sein. Die Kommission hat sich sodann, auf den politischen Theil der Verfassung übergehend, für zwei Kammern entschieden. Die zweite Kammer soll aus einer festen Zahl von 350 Mitgliedern bestehen. Wähler ist jeder Preuße, welcher älter ist als 24 Jahre und sechs Monate am Orte der Wahl gewohnt hat. Die Wahlen sollen indirekt sein, diese Bestimmung jedoch durch ein gewöhnliches Gesetz geändert werden können. Auf 250 Wähler soll ein Wahlmann kommen, jeder Bezirk wenigstens zwei Abgeordnete wählen, für die Wählbarkeit ein Alter von 30 Jahren erforderlich sein, jede Legislatur einen Zeitraum von 3 Jahren umfassen. Die erste Kammer (Senat) soll aus 175, über 40 Jahre alten Mitgliedern bestehen, welche in jedem Bezirke aus den vereinigten Bezirks- und Kreisvertretern auf die Dauer von sechs Jahren zu wählen sind. Das Institut der Stellvertreter ist von der Kommission verworfen worden. Nach diesem Berichte gab der Minister des Innern folgende Erklärung ab: es sei im ganzen Lande der heiße Wunsch rege, daß von der Regierung der Gesetzentwurf für die künftige Gemeindeverfassung vorgelegt werde. Seit seinem Eintritt in das Ministerium habe der Minister sich bemüht, ein solches Gesetz, auf Freisinnigkeit und Selbstverwaltung beruhend, auszuarbeiten. Es versteht sich indeß, daß ein Gesetz, in welchem die ganze Staatsverfassung ihre Stütze finde, Zeit und Nachdenken zu seiner Vollendung erfordere. Diesem gegenüber gehe das Gerede, daß ein von dem vorigen Ministerium schon ausgearbeiteter Entwurf wieder zurückgezogen sei, weil das jetzige Ministerium weniger freisinnigen Ansichten huldige — er wisse nicht, woraus man folgere, daß das gegenwärtige Ministerium weniger frei gesinnt sei, als das abgetretene, und versichere statt alles Anderen, daß er keinen Entwurf vorgefunden, sondern selbstständig einen solchen ausgearbeitet habe, den er zunächst dem Staatsministerium und nach vorheriger Berathung mit einigen Mitgliedern der Kammer derselben ohne Verzug übergeben werde. — Der Abg. Duncker erstattet sodann als Vorsitzender der Adreßkommission über ihre Thätigkeit Bericht. Bekanntlich ist sie zu der Ueberzeugung gelangt, daß es am gerathensten sei, die Adreßangelegenheit fallen zu lassen. Die Versammlung gab dieser Ansicht, nachdem noch der Minister-Präsident unter starkem Beifall der Kammer die Erklärung abgegeben: daß Seitens des Ministeriums durchaus kein Grund vorliege, dem Antrage der Kommission, welcher sich durch Zweckmäßigkeit empfehle, nicht beizutreten — ihre einstimmige Billigung. Es entspann sich hierauf eine interessante Debatte über einen von 94 Mitgliedern gemeinsam gestellten Antrag, welcher die bisher den Kreisständen zustehende Befugniß, ein Besteuerungsrecht zur Ausführung gemeinnütziger Unternehmungen und bei Nothständen innerhalb ihres Kreises zu üben, für die Zukunft aufgehoben wissen will. Der Antrag ist in der That ein sehr zeitgemäßer zu nennen, denn er berührt den letzten Rest jener künstlichen Gliederung des Volkes, welche im Großen und Ganzen durch den Vereinigten Landtag zu Grabe getragen, von der Revolution übersehen, in den Provinzen unangefochten ihr Dasein fristete, und dort alle in ihrem Wesen ruhenden Nachtheile um so ungestörter entwickeln konnte, als die Vertretung der Städte und Bauern den Rittergutsbesitzern gegenüber noch mangelhafter, als auf dem Landtage war, und die Aufsicht der Regierung erfahrungsmäßig nur als eine Formalität geübt wurde. Nur wenige Redner hielten diese Mißstände für so unbedeutend, daß sie ihre einstweilige Fortdauer in Anerkennung gewisser Verdienste jener kreisständischen Vertretung und aus Besorgniß vor einer augenblicklichen Unterbrechung etwa nöthiger gemeinnützigen Unternehmungen zuzugeben sich veranlaßt fühlten. Siegreich wurde von der andern Seite hervorgehoben, daß man nicht genug eilen könne, eine Einrichtung zu beseitigen, welche dem Polizeistaate nach immer Gelegenheit gebe, wenn er auch im Princip gefallen sei, sich in der Ausübung noch geltend zu machen. Die große Gesetzgebung der Jahre 1807—1815 sei nach dem Wiener

Digitized by Google

Frieden so stark mit reaktionären Elementen versetzt worden, daß man sich den Dank des Landes verdienen würde, wenn man auch nur ein Bruchstück dieser traurigen Vergangenheit zu zertrümmern versuche. Der Antrag wurde heute angenommen, wird jedoch der Geschäftsordnung gemäß in der nächsten Sitzung noch einmal ohne Diskussion zur Abstimmung gebracht. — Die bekannte Waldenaer'sche Angelegenheit wurde sodann nach einer Debatte, in welcher man sich mancher Gebietsverletzung gegen die Würde richterlicher Entscheidungen schuldig machte, dahin erledigt, daß man die Suspendirung der gegen den Abgeordneten von Teier wegen eines ihm zur Last gelegten „Attentats gegen die Sicherheit des Staates" angeordneten Haft für die Dauer des Landtages aussprach und seine sofortige Einberufung zum Beschluß erhob. — Ein Antrag, die schon früher von mehreren Abgeordneten eingebrachten Anträge auf Abschaffung der Todesstrafe in einer der nächsten Sitzungen zu berathen, wird in der Fassung angenommen, daß die Versammlung den Abtheilungen die schleunige Berathung des Antrages empfehlen und den deßfallsigen Bericht der Centralabtheilung vor allen andern auf die Tagesordnung setzen wolle. Nach einer Reihe von Anträgen, welche, obwohl als dringlich bezeichnet, Nichts desto weniger an die Abtheilungen verwiesen werden, richtet der Abg. Bredt eine Interpellation an die Minister, welche das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen darf. Er fragt nämlich, welche Schritte Seitens der preuß. Regierung geschehen seien, um einen allgemeinen deutschen Zollverein herbeizuführen; ob und in wie weit ferner darauf Bedacht genommen worden, daneben einen deutschen Handels- und Schifffahrtsbund zu Stande zu bringen, welcher, gestützt auf ein gemeinsames Differenzial-Zollsystem, den direkten Handel Deutschlands mit den überseeischen Staaten vermittele, und ob endlich mit Rücksicht darauf, daß der gegenwärtige Tarif mit Ablauf dieses Jahres außer Kraft trete, eine vorläufige Revision durch einen Abgeordnetenkongreß unter Zuziehung von Sachverständigen beabsichtigt werde. Minister Milde hält sich die Frage über die Ansichten der Regierung hinsichtlich der Differenzialzölle offen und bemerkt für den ersten Theil der Interpellation, daß die preuß. Regierung nach den Märztagen mehrfach Gelegenheit genommen habe, die Frage über die Verbindung der deutschen Staaten zu einem allgemeinen Zollverbande in Anregung zu bringen, und daß es ihre Ansicht gewesen, die Angelegenheit durch Kommissäre der einzelnen Staaten schleunigst vorberathen zu lassen, bis der Centralausschuß für Volkswirthschaft in Frankfurt seine Wirksamkeit begonnen habe. Die preußische Regierung, welche faktisch noch jetzt an der Spitze des Zollvereins stehe, werde thun, was in ihren Kräften liegt, um die größere Vereinigung zu beschleunigen. Weitere Eröffnungen verspricht der Minister nächstens in Betreff des Zollvereinstarifs zu geben. Vorläufig zeigt er der Kammer an, daß von Seite der preuß. Regierung an die einzelnen Staaten die Anfrage ergangen und zustimmend beantwortet sei, ob es nicht gerathen sei, den gegenwärtigen Tarif auf ein Jahr beizubehalten.

** Vom Rhein, 20. Juli. Es hat wirklich den Anschein, als ob, seitdem die Behörden endlich angefangen haben, mit einer lange vermißten Energie dem gesetzlosen Treiben entgegenzutreten, der böse Zauber gebrochen sei, unter welchen die Provinz gebannt war. Von allen Seiten laufen die beruhigendsten Nachrichten ein. Die regelmäßigen wöchentlichen Reklamationen der verschiedenen Kinds finden, seit das Interesse der Neuheit abgestreift ist, ein immer kleineres und unkankbareres Publikum, die Arbeitervereine scheinen sich noch immer nicht von dem Schlage erholen zu können, der sie in der Verhaftung ihrer beiden Häupter betroffen. Volksversammlungen gehören, während wir vor einigen Wochen schon bis zu einer „Versammlung der Ladenmädchen zur Berathung ihrer Interessen" gediehen waren und eine „Versammlung Aller, welche sich bisher noch nicht versammelt haben", in Aussicht stand, Volksversammlungen gehören jetzt zu den Ausnahmen und Seltenheiten. Und schon erwacht von Neuem der heitere Sinn des Rheinlandes. Koblenz hat soeben in Eintracht und Jubel die Wahl des Reichsverwesers gefeiert, Aachen sieht seine gewöhnliche Langeweile durch eine unverhofft glänzende Badesaison unterbrochen, Düsseldorf hat seit einigen Tagen alle Schützen von Nah und Fern zu seinem schönen Volksfeste, dem Rheinisch-Westfälischen Preisschießen, in seine Mauern versammelt, Köln endlich geht mit Festlichkeiten schwanger, die es seinem von Wien zurückkehrenden Abgeordneten zudenkt — das bereits erschienene Programm, dessen Verfasser freilich ein Dichter, bei dem man es als solchem nicht zu genau nehmen darf, nennt Hrn. Raveaux „eine der mächtigsten Stützen von Deutschland" — und es rüstet sich vor allen Dingen glänzend zu der großen Dombaufeier des nächsten Monats, zu welcher es den Reichsverweser und die Frankfurter Nationalversammlung, König Friedrich Wilhelm IV. und die Könige Max und Ludwig von Baiern feierlich geladen hat. An dieser Feier zumal wird in der nächsten Zukunft alle Politik scheitern; wer den Charakter der Rheinländer kennt, ist darüber im Klaren. Das werden glorreiche Tage für die Bürgerwehr, die dann ohne Zweifel schon, sammt ihren neuen Kitteln und Patrontaschen, der jetzt noch im Entwurf vorliegenden Bürgerwehrordnung unterworfen ist, welche unter anderen Kuriosen auch die Möglichkeit unterstellt, man könne die Bürgerwehr mit dem Militär verwechseln, wenn sie nicht durch ihre Uniformirung sich von demselben unterschiede! Leider ist in diesen warmen Frühling der Dombaufreuden der Frost der Zwangsanleihe hineingefallen, zu welcher die Regierung endlich, nachdem trotz alles patriotischen Geschreis die freiwilligen Beiträge eine kaum nennenswerthe Summe ergeben hatten, ihre Zuflucht hat nehmen müssen. Alles rechnet und bloidirt seine Einkünfte oder sein Vermögen durch die betreffenden ominösen Procentsätze. Die Ankündigung eines bethlehemitischen Kindermordes hätte kein solches Entsetzen erregt, wie das vorliegende Attentat auf unsere wohlerworbenen Thaler. Es ist die Handgreiflichkeit einer solchen Maßregel aber vorzugsweise geeignet, uns einen gründlichen Abscheu vor aller weiteren Agitation beizubringen, die in ähnlicher Weise kostspielig werden könnte, und wahrscheinlich ist vor allen Dingen die Zwangsanleihe die Veranlassung gewesen, welche die in Duisburg zahlreich versammelten konstitutionellen Vereine bewog, in ihr Programm nur die konstitutionelle Monarchie aufzunehmen und die „breiteste demokratische Grundlage" wegzulassen. Aber, ernstlich gesprochen, es beweist dieser Beschluß, der nicht genug hervorgehoben werden kann, daß der Kern des Volkes, wie er in den konstitutionellen Vereinen unlängbar repräsentirt ist, immer dringender und vor allem Andern das Bedürfniß fühlt und zu seiner Befriedigung die geeignetsten Mittel anstrebt, jetzt, wo der Freiheit mehr errungen ist, als vor wenig Monaten noch die kühnsten Geister zu hoffen wagten, auch die Ordnung und die Ruhe wieder herzustellen, ohne welche die wahre Freiheit nicht gedacht werden und nicht bestehen kann, und dieser Wiederherstellung der Ordnung weiter gehende Wünsche und Tendenzen einstweilen bereitwillig unterzuordnen und zum Opfer zu bringen. Die Duisburger Versammlung bezeichnet den Anfang einer vereinten Wirksamkeit aller besonnenen Vaterlandsfreunde um, mit Beiseitesetzung aller untergeordneten Meinungsdivergenzen, dem großen Bau des neuen Preußens, wenn auch nicht die „breiteste demokratische" Grundlage, doch die einzig feste Grundlage zu geben, die sein Bestehen sichert gegen die hoch rollenden Wogen der Zeit, die Grundlage der Ordnung und des Gesetzes.

† Posen, 19. Juli. Seit den letzten 3 Wochen wird polnischer Seits in auffallender Weise Geld aufgetrieben. Wozu es jetzt gerade nöthig sei, fragt man vergebens, wenn man sich nicht der maßlosen Bestechungen erinnert, die bei Führung der polnischen Sache vorgefallen. Die ziemlich verbreiteten Gerüchte von Ansammlung neuer Sensenmännerschaaren, heimlichen Waffenübungen u. s. w. stehen mit einer Thatsache in Verbindung, die über jedem Zweifel steht. Es ist dies die systematische Verführung der Truppen zur Untreue. Von aufregenden Drucksachen sind wir in dieser Beziehung überschwemmt, überdies benutzt man öffentliche Lokale, um die im preußischen Heer dienenden Polen auf die raffinirteste Art zu erbittern und ihrer Pflicht abwendig zu machen. Hie und da hat sich wohl auch wieder etwas polnischer Uebermuth oder Leichtsinn gezeigt. Deutsche Kokarden sind mehrfach beschimpft und Drohungen ausgestoßen worden, daß es mit uns Deutschen hier bald „aus" sein werde! Aus diesen Anzeichen mag wohl das Gerücht einer bevorstehenden Schilderhebung entsprungen sein, an die man übrigens auch höheren Orts zu glauben beginnt. In der That kommt es unter dem polnischen Adel dem Einzelnen auf einen Putsch nicht an. Es ist mehr der süße Hang nach Revolte, der ihnen noch etwas in den Gliedern liegt, und der noch weiter keine Folgen hat bei der Leichtigkeit Amnestie zu erlangen. Die Deutschen sind auf ihrer Hut. Die Centralausschüsse haben an alle Volksausschüsse Rundschreiben ergehen lassen, welche sich auf den Stand der Bürgerwehren und überhaupt auf Maßregeln beziehen, die bei einem Ausbruch nach der Frankfurter Entscheidung zu ergreifen wären. General von Steinäcker hat vor einigen Tagen den schönen Bürgerbrief entgegengenommen, welchen ihm eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten unserer Stadt überbracht hat. Die Katzenmusiken in Pleschen, einem Städtchen im polnischen Theile Posens, richteten sich jüngst gegen einen Deutschen, der sich durch besondere Gesinnungstüchtigkeit auszuzeichnen scheint. Man wunderte sich über die Virtuosität des polnischen Volkes bei diesem Concert, welches einem derartigen Berlinischen Nichts nachgab, als plötzlich die so verhaßten Männer der „Soldateska" angekündigt wurden und die Musikanten

ruhig auseinandergingen. Da nun aber durch den letzten Umstand das Volk in der Ausübung seiner Rechte gestört worden, so erwarten wir jeden Tag die nothwendige Interpellation des Kriegsministers in der Berliner Reichsversammlung, welche die Herren Potworowski, Kraszewski und Bredowski bereits angekündigt haben sollen.

Schleswig. * Altona, 19. Juli. Die dänische Partei entwickelt eine Thätigkeit, die ihresgleichen sucht; Agenten durchströmen nach allen Seiten das Land, um die Stimmung des Publikums für die Personal-Union zu gewinnen. Da dies allein nicht zum Ziele führt, so verbreitet man auf den Straßen Zettel u. s. w. Vorgestern wurden auf unsern Straßen Zettel folgenden Inhalts gefunden: „An das Volk in Schleswig und Holstein! Eine kleine Anzahl ehrgeiziger Männer, die nur für ihr eigenes Wohl sorgen wollten, haben Euch durch lügenhafte Reden eingebildet, daß Ihr nur dann Euer Glück finden würdet, wenn Ihr Euch von Dänemark losreißet. Unter der dänischen Regierung aber habt Ihr viele Jahre in Wohlstand und Zufriedenheit gelebt, die Abgaben waren nicht so groß, daß sie Euch schwer gedrückt haben, und Euer tägliches Brod habt Ihr zu jeder Zeit ohne gar zu schwere Arbeit verdienen können. Der jetzige König von Dänemark ist ein wahrer Freund des Volks und hat Euch freiwillig alle die Freiheiten eingeräumt, die man in andern Ländern mit dem Blute der Bürger hat erkaufen müssen. Jetzt aber seid Ihr durch Eure falschen Freunde in einen unglückseligen Bürgerkrieg gestürzt, der schon unendlich viel Menschenblut und Gut gekostet hat und Euch ins Unglück führt. Denn dadurch allein liegen Handel und Gewerbe bei Euch darnieder, Eure Schifffahrt ist gehemmt und die Saat Eurer Felder wird niedergetreten; um aber das Maß Eures Elends voll zu machen, will man nun gar Euer Söhne in den Kampf schicken und Euch schwere Steuern aufbürden, um die Kosten dieses Krieges zu decken. Aus welchem Grunde wird aber dieser unglückselige, Euch gleichgiltige Krieg geführt? Wahrlich nur darum, daß der nichtswürdige Herzog von Augustenburg, der immer ein Spielball seiner Bauern gewesen ist, ein Herzogthum für sich erbenten kann, und einige ehrgeizige, eigennützige Männer, wie Beseler, Schmidt, Bremer rc. Ministerstellen und sonstige fette Aemter für sich erlangen können. Damit aber dieses Unwesen ein Ende nehme, so sprechet es offen aus, daß Ihr diesen Krieg nicht länger dulden wollt, saget die Aristokraten und Advokaten fort, denn sie sind allein an Eurem Unglück Schuld, sie wollen nur für sich sorgen und haben kein Herz im Leibe für die Leiden des armen Mannes. Habt Ihr aber dieses erst gethan, so werdet Ihr bald bessere Zeiten sehen und Wohlstand und Zufriedenheit werden wieder in Euer Mitte zurückkehren." — Alle diese Machinationen helfen zu Nichts, das Volk hat sich ausgesprochen und bleibt treu am Erfaßten hangen. Trotz aller Versuche, das Volk zu bethören, schreitet die Regierung rüstig voran. Nach einer Verfügung der provisorischen Regierung soll das „Dansk Eiendam" aus den Schiffen herausgehauen und dafür das „schleswig-holsteinische Wappen" eingebrannt werden. Ferner hat dieselbe in der Ständekammer in Folge der beiden von Dänemark gestellten Propositionen erklärt, daß sie in Betreff des ersten Punktes, des Fortbestehens oder Abtretens von der Regierung, so lange fortbestehen würde, wie sie sich des Vertrauens des schleswig-holsteinischen Volkes versichert halten darf, und nur im Einverständniß mit der Centralgewalt oder nach der Aufforderung des Reichsverwesers würde sie zurücktreten. Der zweite Punkt, die Auflösung der schleswig-holsteinischen Truppen, würde von ihnen nie befolgt werden, die Truppen müßten der Regierung zur Disposition bleiben, so lange sie sie bedürfte, und mit dieser Erklärung waren die Stände ganz einverstanden, auch scheint die preußische Regierung jetzt damit einverstanden zu sein, da General v. Neumann, der Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV., dem General v. Wrangel die Ordre gebracht hat, nur mit Uebereinstimmung der provisorischen Regierung einen Waffenstillstand abzuschließen. Jetzt, wo die dänische Regierung sieht, daß die provisorische Regierung sich den diplomatischen Friedensbedingungen nicht fügen will, jetzt ist sie bereit, die 12 Punkte des Waffenstillstandvertrages anzuerkennen, doch jetzt ist es zu spät, und der Friede wird und kann auf diese Bedingungen nicht zu Stande kommen, da jetzt, wenn die provisorische Regierung abträte, Scenen vorkommen würden bei unsrem Landvolke wie in Galizien.

** Von der Jahde. Wir glauben, unseren seitherigen Mittheilungen über den Jahde-Meerbusen in Nr. 165 und 195 der Deutschen Zeitung noch Einiges nachfügen zu müssen. Wenn wir Delfzyl als einer feindlichen Festung erwähnten, so kann dies natürlich nur für den Fall eines Krieges zwischen Holland und Deutschland verstanden werden. Wir bezeichneten die Verbindung der Ems und Weser mit der Jahde durch Kanäle und glauben, noch bemerken zu müssen, daß eine solche Kanalverbindung ebenfalls zwischen Weser und Elbe stattfinden müsse — es sei nun, daß man von Bremerhafen nach Kurhafen, nach Neuhaus a. d. Oste, nach Freiburg oder nach Stade baue. Indem wir diese verschiedenen Punkte anführen, muß es Leuten von Fach überlassen bleiben, welchen sie, aus strategischem Gesichtspunkte betrachtet, für den wichtigsten angesehen wissen wollen. Durch diese Kanalbauten, welche von Kurhafen oder Stade bis Emden kaum 25 deutsche Meilen betragen dürften, würden Elbe, Weser, Jahde und Ems eine innere Verbindung erhalten, wichtig in Kriegs- und nicht minder nützlich für Handel, Ackerbau und Gewerbe in Friedenszeiten, indem manche, auf dieser Strecke liegende Haide- und Moorfläche in Folge derselben kultivirt werden würde. Vielen würde dadurch eine Existenz für die Zukunft eröffnet werden, abgesehen davon, daß diese Bauten überdies vielen Händen auf Jahre hinaus Arbeit und Verdienst verschaffen würden. Und welcher Hebel, dem Proletariat auf längere Zeit und mit Kraft entgegenwirken zu können! Wenn überdies später die Verbindung der Ems mit dem Rheine zur Ausführung kommen sollte, so fehlte nur noch ein Kanal zwischen Hamburg und Lübeck, d. h. zwischen Elbe und Trave, um Ostsee und Rhein sich durch diese Kanalisirung die Hand reichen zu sehen. Wenn gleich diese Pläne etwas großartig erscheinen dürften, so liegen sie dennoch nicht außer dem Bereiche eines einigen Deutschlands. Das kleine, aber nicht minder intelligente Holland mit einer Bevölkerung von 3 Millionen Seelen baute von 1820—1826, mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Gulden, seinen 12 Stunden langen, 120 Faß breiten und 24 Fuß tiefen nordholländischen Kanal, um seine Ostindienfahrer u. s. w. auf kürzerem und sicherem Wege mit Vermeidung der Untiefen in der Zuider See, im Y und auf dem Pampus zur Hauptstadt gelangen lassen zu können. Für Amsterdam war dieser Kanalbau von der größten Wichtigkeit; nicht minder wichtig für Deutschland erscheint uns aber die Verbindung vorgenannter Flüsse durch Kanäle; und sollte denn ein einiges Deutschland mit einer Bevölkerung von 40 Millionen Seelen einem solchen wichtigen Werke nicht gewachsen sein? Wenn gleich wir nicht in Abrede stellen können, daß die Ausführung solcher Bauten große Summen erfordern würde, und vielleicht die bezeichnete Kanalisirung nach obigem Maßstabe des nordholländischen Kanals 10—15 Millionen Thaler und darüber kosten könne, welches hauptsächlich von der größern oder geringern Anzahl der in den Kanälen oder deren Mündungen erforderlichen Schleusen abhängig bleiben wird, so kann dieser Kostenaufwand Deutschland nicht davon zurückhalten. Die dargestellte Kanalverbindung der Ostsee mit dem Rheine ist in Kriegszeiten, und namentlich bei einem Seekriege, dem Deutschland auf die Dauer nicht wird entgehen können, sobald es einige Geltung zur See bekommen haben wird, von unschätzbarem Werthe. Außer, daß sie den inneren Verkehr beleben, und vielen Händen Arbeit verschaffen wird, ist sie, wie gesagt, ein Mittel, dem Proletariat entgegenzuwirken. Und wäre das Geld, das dazu verwendet werden müßte, etwa weggeworfen, oder wird es dem Lande entzogen? — Wir glauben, daß uns weder das Eine, noch das Andere wird bejaht werden können. Den Staatskassen wird es am Gelde fehlen, das ist wohl nicht zu läugnen; aber sollten dennoch die benöthigten Gelder nicht aufzutreiben sein? — Wir glauben, dies nicht bezweifeln zu dürfen. Es bieten sich dazu zwei Wege dar, der einer besonderen Steuer und der einer Anleihe. Im letzteren Falle würde kein deutsches Bankierhaus einem solchen Unternehmen seine Unterstützung verweigern, einem Unternehmen, wobei ganz Deutschland betheiligt ist, und wofür ganz Deutschland also auch haften muß. Eine Anleihe für den deutschen Staatenbund unter Garantie sämmtlicher deutschen Staaten würde unfehlbar auf jeder Börse zu Stande kommen, und wenn die Anleihe auch 100 Millionen betragen sollte. Mit Verwendung einer solchen Summe zu Flotten-, Hafen- und Kanalbauten würde bei guter Verwaltung viel geschaffen werden können, indem sie überdies, wie bereits erwähnt, bedeutend zur Abhülfe des uns drohenden Proletariats beitragen würde. Die Wichtigkeit dieser Bauten ist wohl kaum abzuläugnen. Man nehme die Karte Deutschlands zur Hand, verfolge die vorgezeichneten Kanallinien von der Elbe bis zur Ems oder von der Trave bis zum Rheine, und man wird die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß ihm ein innerer Verkehr längs einer Wasserstraße eröffnet werden würde, wovon nur die Wirklichkeit uns einen Begriff zu machen gestatten wird. Und dann die Wichtigkeit für Deutschland, seine Kriegsschiffe, mit Ausnahme derjenigen der ersteren Klassen, (deren es überhaupt vorläufig schwerlich bedürfen, und welche es daher auch noch nicht bauen wird) unabhängig von Wind und Wetter, und ohne in die Nothwendigkeit versetzt zu sein, sie einem feindlichen Geschütze auszusetzen, durch Dampfer bugsirt, in kurzer Frist von der Ostsee bis zum Rheine, an die etwa gefährdeten Punkte an Elbe, Weser, Jahde

und Ems schaffen zu können. Wir wiederholen im Interesse ganz Deutschlands: der Jahde-Meerbusen verdient bei der Erbauung eines Kriegshafens an der Nordseeküste jede Berücksichtigung, und die Erwägung aller dafür angeführten Gründe darf im allgemeinen Interesse bei einer Berathung über den Bau von Kriegshäfen nicht irgend einem Partikularinteresse zum Opfer gebracht werden.

ƒ Frankfurt, 22. Juli. Die heutige Sitzung war der auswärtigen Politik Deutschlands gewidmet. Der Reichsminister von Schmerling eröffnete sie mit einer würdigen Erklärung, aus welcher ich für jetzt nur hervorhebe, daß die Centralgewalt die Republik Frankreich förmlich anerkenne und so wie an den Sitz anderer Regierungen auch nach Paris einen eigenen Gesandten schicken werde. — Nach einer im Ganzen würdig und mäßig geführten inhaltreichen Berathung wurden folgende Anträge mit sehr großer, an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen.

1. Daß unsre auswärtige Politik die Ehre und das Recht Deutschlands über jede andre Rücksicht setzen werde, ist ein Grundsatz, welcher einer besondren positiven Anerkennung nicht bedarf. Er lebt in dem Herzen des ganzen Volkes, welches sich der Vereinigung zu einem Staate erfreut, welches für seine Freiheit und Einheit jegliches Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen bereit sein wird. Der Ausschuß glaubt aber hervorheben zu müssen, daß Deutschland keinen fremden Staat in der selbständigen Entwicklung seiner inneren Angelegenheiten irgendwie hindern, aber je die Hand zu einem Kampf verschiedener Staaten um politischer Principien bieten wird. In der folgerichtigen und thatkräftigen Durchführung dieser Grundsätze, welche alle gesitteten Völker zu den ihrigen gemacht haben oder machen werden, liegt die Bürgschaft, daß die in der Geschichte fast beispiellos dastehende Bewegung, welche den Welttheil ergriffen, nicht zu einem allgemeinen Völkerkampfe ausarten, daß sie nicht ihre schönsten Errungenschaften selbst zu Grabe tragen werde. Man ist vielmehr zu der Hoffnung berechtigt, daß der Frieden Europas an den wenigen Punkten, an welchen er noch gestört ist, bald wieder hergestellt sein wird. Der Ausschuß lader die Nationalversammlung ein, sich mit diesen einfachen obersten Grundsätzen der auswärtigen Politik einverstanden zu erklären.

1) Die Nationalversammlung wolle über die, Trutz- und Schutzbündnisse mit verschiedenen Staaten betreffenden Anträge zur motivirten Tagesordnung übergehen.

2) Erklären, daß sie die Anerkennung Frankreichs als Republik und die Absendung eines Gesandten für Deutschland nach Paris bei der bevorstehenden Anordnung der Gesandtschaften für Deutschland als selbstverstanden betrachte.

Statt des Antrags

„die Nationalversammlung möge erklären, daß an der östlichen „Grenze Deutschlands den deutschen Streitkräften eine solche Stärke „zu geben ist, daß sie der gegenüberstehenden Heeresmacht vollkommen gewachsen sind",

welcher von dem Ausschuß gestellt worden war, als Deutschland noch keine einheitliche Regierung hatte, wurde die Aufstellung der deutschen Heeresmacht lediglich dem Reichsministerium vertrauensvoll überlassen, und zwar trotz dem, daß die Linke und selbst von Wydenbruck, als Berichterstatter des Ausschusses, auf dem ursprünglichen Antrage beharrten. Die Abstimmung ergab dem Reichsminister eine Mehrheit von $^4/_5$ aller Stimmen und ist darum von Bedeutung. Näheres über diese Sitzung muß ich mir auf morgen vorbehalten.

Schweiz.

* Zürich, 19. Juli. Sie wissen, wie die „N. Z. Z." seit etwa einem Vierteljahre sich bestrebt, eine unheilbare Mißstimmung zwischen Deutschland und der Schweiz hervorzurufen. Bei der totalen innern Gehaltlosigkeit des armseligen Blattes würde es sich nicht der Mühe verlohnen, auch nur ein Wort gegen seine giftigen Artikel zu verlieren; allein die „N. Z. Z." ist, wahrlich ohne Verschulden der gegenwärtigen Redaktion, durch die Gunst der Umstände weitaus die gelesenste Zeitung der ganzen Schweiz, sie gilt als das halboffizielle Organ unserer Regierung, und übt deßhalb doch auf die öffentliche Meinung einen Einfluß aus, der mit ihrem eigentlichen Werthe im größten Widerspruche steht. Was übrigens ihre „officielle" Eigenschaft betreffe, so beschränkt sich dieselbe darauf, daß einige Mitglieder der Regierung bisweilen, in Ermanglung eines bessern, Artikel für sie schreiben, das ist Alles; Thatsache ist es, daß die liberale Partei sich ihres Organs zu schämen anfängt, und daß Sie daher die Wuthausbrüche der „N. Z. Z." nicht mit der Stimmung des ganzen schweizerischen Volkes verwechseln mögen. Sie können es sich denken, mit begierig die „N. Z. Z." die hannoversche Differenz, die Note des deutschen Bundes u. s. w. in ihrem Sinne auszubeuten suchte; systematisch wurde Deutschland als ein Land dargestellt, worin eigentlich kein Schweizer seines Lebens sicher sei; Wochenlang wurde den Schweizern vorgelogen, ihre Landsleute würden massenweise aus Deutschland vertrieben, was sich endlich auf einen einzigen Fall beschränkt, der von der betreffenden Regierung sofort nach Wunsch erledigt ward. Aber nein! die „N. Z. Z." war glücklich genug, einen zweiten Fall ausfindig zu machen: in Dresden sei ein Zürcher vom preußischen Gesandten mit der Bemerkung abgewiesen, in Zeiten wie die gegenwärtigen würden die Schweizer gar nicht nach Preußen eingelassen. Wenn das Faktum, für dessen Glaubwürdigkeit die „N. Z. Z." keine weiteren Beleg beingt, wahr und erwiesen ist, so hoffen wir, daß das liberale Ministerium Auerswald-Hansemann den subalternen Beamten, der sich solcher Anachronismen erlaubt, exemplarisch bestrafen wird. Wie heutet nun die „N. Z. Z." den Vorfall aus? Nachdem sie die Hoffnung geäußert, der Vorort werde von sich aus die nöthigen Schritte thun, meint sie: „den im Kanton Zürich mahnenden Preußen möchten wir aber rathen, auf's Schleunigste bei ihrer Regierung gut Wetter zu machen, ansonst sie leicht in den Fall kommen könnten, nach einigen Wochen unsern Kanton zu verlassen." War die Handlungsweise des preußischen Gesandten in Dresden unsinnig und brutal, so ist es diese Drohung der „N. Z. Z." in noch viel höherem Maße. Vor ein paar Tagen erst hat es sich in dem hannoverschen Falle gezeigt, daß die Regierung mit der größten Bereitwilligkeit die gewünschte Abhilfe traf; Angesichts dessen ist die „N. Z. Z." unverschämt genug, für die vereinzelt dastehende Betise eines untergeordneten Beamten das ganze deutsche Volk verantwortlich machen zu wollen und den hier lebenden Preußen mit Ausweisung zu drohen. Etwas Anderes wäre es, wenn das preußische Ministerium die gehörige Genugthuung verweigerte, was aber — bei Konstatirung des Falles — gar nicht denkbar alsdann wäre die Ergreifung von Repressalien gewiß gerechtfertigt; aber welch' eine Brutalität liegt darin, die hiesigen Preußen sofort, ohne den Erfolg der Schritte des Vororts abzuwarten, mit beleidigenden Aeußerungen für eine ambassadorische Insolenz verantwortlich zu machen. Will man mit Gewalt die Zustände des Mittelalters wieder herbeiführen, so wird es sich zeigen, wer am Meisten zu verlieren hat: die hiesigen Deutschen verzehren entweder ihr gutes Geld, aber verdienen ihr oft angefochtenes Stückchen Brod im Schweiße ihres Angesichts; daß sich einer derselben hier bereichert habe, und mit seinem erworbenen Reichthum in's Vaterland zurückgekehret sei, wie es häufig genug — ohne den mindesten Vorwurf sei es gesagt — von Schweizern im Auslande geschieht, gehört zu den unerhörten Dingen; — man vertreibe sie und gewärtige entsprechende Gegenmaßregeln! Doch nein, die Züchersche Regierung und das Züchereischer Volk sind nicht verantwortlich für die ungewaschenen Redensarten eines hochhaften Zeitungsschreibers, sie werden die Sympathien nicht vergessen, die zur Zeit der Gefahr der Eidgenossenschaft von Seite des gesammten deutschen Volkes zu Theil wurden. An der „N. Z. Z." liegt es freilich nicht, daß sich nicht eine allgemeine Erbitterung gegen ganz Deutschland in der Schweiz erhebt. Bemerken Sie nur folgende unverschämte Lügen, die sie ihrem Publikum in der gestrigen Nummer auftischt: kein Nachbarland habe sich so unfreundlich gegen die Schweiz bewiesen als Deutschland; die aus Frankreich nach der Februarrevolution fortgeschickten Schweizer Arbeiter seien von Privaten, von Arbeitgebern, die sie als Fremde abgedankt, um den Einheimischen den Verdienst zuzuwenden, nicht von der Regierung weggeschickt, aus Deutschland dagegen wurden Schweizer als Schweizer von Regierungswegen fortgewiesen. Die „N. Z. Z." hat die Stirn, dergleichen in die Welt hinauszuschreiben, nachdem der einzige derartige bekannte Fall von der betreffenden Regierung bereitwilligst desavouirt wurde. Mit der Vertreibung der Genfer aus Frankreich verhielt es sich bekanntlich auch etwas anders: sie wurden nicht von ihren Arbeitgebern entlassen, sondern von ihren Mitkonkurrenten, den französischen Arbeitern, förmlich verjagt, ohne von der französischen Regierung den ihnen gebührenden Schutz erlangen zu können. Wie verschieden aber das noble Benehmen der Genfer Regierung von dem, zu welchem die „N. Z. Z." die Regierung von Zürich verleiten möchte! Daß diese Bestrebungen übrigens keinen Erfolg haben werden, glaube ich Ihnen mit Zuversicht versichern zu können. —

** Bern, 19. Juli. Das Vertrauen auf die eidgenössische Gesinnung des Berner großen Rathes hat uns nicht getäuscht. Nach

einer dreitägigen, umfassenden Diskussion hat derselbe heute mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, den Bundesentwurf dem Volke zur Annahme zu empfehlen. Die Volksabstimmung wird am 6. August stattfinden. Die Bärenpartei hatte kein Mittel gespaart, um dem „sonderbündlerischen" Antrag des Regierungsraths bei der obersten Landesbehörde Eingang zu verschaffen. Ihr Organ, die „Berner Zeitung", ließ es an Sophismen jeglicher Art nicht fehlen, um den „neuen Herrenbund", wir sie — lächerlich genug — den Bundesverfassungsentwurf betitelt, mißliebig zu machen, und schämte sich nicht, die Mitglieder der Tagsatzung, welche denselben zu Stande gebracht haben, mit dem nachgerade stereotyp gewordenen Stichnamen „schweizerische Hofräthe" zu beehren. Allein durch diese abgenutzten Kunststücke ließ sich der gesunde Sinn der Bernischen Volksvertreter nicht betören, sie durchschauten die Pläne der Herren Stämpfli, Stockmar u. s. w. und machten sie zu Schanden. Die von dem ersteren aufgestellten fingirten Rechnungen über die großen finanziellen Opfer, welche als Schreckmittel dienen sollten, wurden von mehreren Seiten gehörig beleuchtet und als falsch bezeichnet. Ebenso wenig ging der große Rath auf den mit jesuitischer Schlauheit ausgeheckten Mittelantrag Stockmar's ein, den politischen Theil des Entwurfs nur unter der Bedingung aufzunehmen, daß in Betreff der materiellen Fragen eine nochmalige Berathung durch die Tagsatzung stattfinde und diese die erforderlichen Abänderungen treffe — ein Antrag, welcher, zum Beschluß erhoben, einer Verwerfung des Entwurfs gleichgekommen wäre. Daß die Bärenpartei über diese totale Niederlage im höchsten Grade aufgebracht ist und nun Alles versuchen wird, damit die Volksabstimmung nach ihrem Wunsche ausfalle, versteht sich von selbst. Denn es handelt sich für sie um Sein oder Nichtsein, und ihre Leiter fühlen sehr wohl, daß, wenn sie sich in dieser Lebensfrage in Widerspruch setzen mit der Mehrheit des Volks, ihr Einfluß auf längere Zeit dahin ist. Auch die Mehrheit des Regierungsraths steht alsdann wie ein armer Sünder da, und nach allen parlamentarischen Begriffen bleibt ihr nichts Anderes übrig, als abzutreten. Der Beschluß des großen Raths von Bern und die eidgenössische Gesinnung, welche er dadurch so glänzend bethätigt hat, wird in der ganzen Schweiz den besten Eindruck machen und manchen vielleicht noch unschlüssigen Stand zur Annahme bestimmen. Als Beweis, welches Gewicht auf diesen Entscheid zu legen ist, mag dienen, daß die Tagsatzung „während jener drei Julitage" ihre Sitzungen aussetzte und die meisten Gesandten mit der gespanntesten Aufmerksamkeit den Verhandlungen des großen Rathes folgten. Möge nun das Berner Volk dem von seinen Vertretern als gut befundenen Werke mit überwiegender Mehrheit seine Zustimmung ebenfalls ertheilen.

Großbritannien.

London, 19. Juli. In der vorgestrigen Sitzung verband Lord J. Russell mit der Anzeige, daß die Abschaffung der Schifffahrtsgesetze einer künftigen Sitzung vorbehalten bleiben müsse, zugleich die Erklärung, daß, wie er wünsche und hoffe, folgende Bills durch beide Häuser gehen und die königliche Bestätigung erhalten würden: Die Bill für Besserung des Gesundheitszustandes in großen Städten (welche bereits in zwei Sessionen dem Unterhause viele Zeit umsonst geraubt hat, jetzt aber, da man dem unfreundlichen Besuch der Cholera entgegensieht, Aussichten auf raschen und günstigen Erfolg haben mag), die Bill zur Erleichterung des Verkaufs verschuldeter Güter in Irland, die Bill zur Verhütung der Wahlkorruption und die Bill zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit dem päpstlichen Stuhle. Auch für die Bill, wodurch die Verhältnisse zwischen Gutsherren und Pächtern in Irland geregelt werden sollen, sprach Lord J. Russell seine besten Wünsche für baldige Annahme aus. Herr Bright (seines religiösen Bekenntnisses ein Quäker) lieferte sofort eine scharfe Kritik des Ministeriums und der gegenwärtigen Parlamentssitzung, die eine nähere Erwähnung verdient. Zuvörderst bedauerte er, daß die Vorschläge zur Abschaffung der Schifffahrtsgesetze, für die in den Fabrik- und Seestädten so viel Stimmen sich aussprächen, auf die künftige Session hinaus verlegt werden sollten; warum habe die Regierung sie erst im Mai eingebracht? (Die Antwort ist sehr einfach: die Russell'sche Regierung in ihrer schaukelnden Stellung mag nicht gern die Verantwortung für eine so tief in die Handelsverhältnisse Englands eingreifende Maßregel auf sich nehmen und dadurch ihre eigene Existenz, vielleicht auch die Ruhe des Landes, welche durch eine Ministerkrisis unfehlbar gefährdet sein würde, aufs Spiel setzen. Bis zur nächsten Session, wenn überhaupt bis dahin die Taktik des bloßen Zuwartens und Betastens möglich bleibt, hat man Frist genug, dem Lande den Puls zu fühlen und die Athemzüge der Zeit zu belauschen.) Von dem Ministerium wandte sich nun Bright mit seinen Vorwürfen gegen das Parlament selbst. Schon vor dem Weihnachtsfest sei es zusammengerufen worden, angeblich um über die Bankakte und andere wichtige Maßregeln zu Rath zu sitzen, in der Wirklichkeit aber um einen Theil des irischen Volks zu entwaffnen. Nach dem Christfeste sei das Parlament wieder zusammengetreten, es seien mehrere Bills eingebracht worden, welche die Besserung der heillosen irischen Zustände bezweckten. Aber mit keiner dieser Bills sei man bis jetzt fertig geworden, während man sich doch so sehr beeilt habe, eine Bill, wodurch Rede- und Schriftfreiheit in Irland geknebelt werden sollten, zu Stande zu bringen. Ueberhaupt nahm der Redner namentlich Irland zum Ausgangspunkt seiner Angriffe; der Jammer in diesem Lande schreibe sich namentlich daher, daß die Kirche der Minderheit die herrschende in Irland sei; diese müsse erniedrigt werden, und wenn dies geschehe, werde auch die Kirche in England mit ihr gedemüthigt werden; daß es so kommen werde, prophezeie er. Hiermit stimmte Hume überein, indem er sagte, die englische Kirche sei die Wurzel alles Uebels in Irland, und es sei eine Schande, daß man in Irland ein Heer von 40,000 Mann unterhalte, um diese Kirche gegen den Willen des Volks vor dem Verfall zu schützen. Sir R. Inglis versicherte dagegen: diese so sehr angefeindete engl. Kirche werde sowohl die Sekte Hrn. Beights, wie jede andere Sekte überleben. Dagegen hatte auch Inglis von seinem Standpunkt gegen mehrere Maßregeln, namentlich gegen die Bill zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom viel einzuwenden. Lord G. Bentinck drückte seine Genugthuung darüber aus, daß es Lord J. Russell für rathsam gefunden, die Aufhebung der Schifffahrtsgesetze in dieser Session nicht mehr zur Sprache zu bringen; der Lord machte hierbei einen bittern Angriff auf Lord Elgin, weil dieser den Bericht des Handelsamtes zu Montreal zurückgehalten habe, worin die traurigen Folgen dargestellt seien, welche das Aufgeben der Schutzpolitik für Kanada gehabt. Lord J. Russell vertheidigte sich gegen so mannigfache Angriffe in seiner milden Weise; gegen Hrn. Bright hob er namentlich hervor, daß dieser ja selbst die Bill zur Erleichterung des Verkaufes verschuldeter Güter für die Verbesserung der Lage Irlands nothwendig genannt habe; mit diesem Kompliment sei er so zufrieden, daß er nicht ein Wort weiter zu seiner Vertheidigung hinzufügen wolle.

Dr. M'Donall, ein eifriger Chartist und im letzten April Mitglied des sog. Nationalkonvents, wurde am 16. Juli zu Ashton in seiner Wohnung verhaftet, mitten in der Nacht, weil man befürchtete, das Volk werde ihn zu befreien suchen. Er ist angeklagt, ein ungesetzliches Meeting gehalten und aus dem Fenster seiner Wohnung seine Gesinnungsgenossen aufgefordert zu haben, die Waffen zu ergreifen. An demselben Tage fahndete die Polizei in Bradford auf den bekannten Wat Tyler, einen Hufschmied und Chartisten, der eine große Menge Pilen verfertigt und verkauft hatte. Das Volk befreite jedoch den Waffenschmied aus den Händen der Polizeimannschaft, welche durch Schläge und Steinwürfe übel zugerichtet wurde und kaum mit ihrem Leben davon kam. So klein diese Vorfälle auch sind, so erscheinen sie doch durch ihre öftere Wiederkehr und im Zusammenhange mit der Unzufriedenheit und der Gährung, welche in den nassen recht- und vaterlandlosen Schichten der Bevölkerung herrscht, doch immer bedenklich. Selbst die Times können sich nicht enthalten, auch für England bange Ahnungen laut werden zu lassen; sie fragen: ob nach Ablauf eines Jahres noch die Russell, Palmerston, Grey möglich sein würden? Ob man da noch mit dem Parlamentsschiendrian, mit den vermittelnden und verschleppenden Maßregeln, mit dieser vorsichtigen Experimentalpolitik auskommen würde? Als einzige Rettung betrachtet diese Zeitung die Organisation der Auswanderung in umfassendem und großartigem Maßstabe.

Aus Dublin, 18. Juli, hat man in London die wichtige Nachricht erhalten, daß an diesem Tage der Lordlieutenant die Stadt und Grafschaft Dublin, die Stadt und Grafschaft Drogheda, die Stadt Cork, die Stadt Waterford, die Baronien Cork, Fermoy, Condous und Clongibbon in der Grafschaft Cork, und die Baronien Kilcullihfu, Middlethirt und Gaultier unter die Ausnahmsgesetze gestellt hat. Etwas Genaueres über die Vorgänge, welche Lord Clarendon zu diesem Cavaignacschen Gewaltschritt veranlaßten, weiß man noch nicht; das Chronicle enthält jedoch folgende Angabe: „Wie man erfährt, hat die Regierung Kenntniß von einer Verschwörung, die nicht allein zum Zwecke hat, das Wirken der Gerechtigkeit bei den bevorstehenden politischen Processen unmöglich zu machen, sondern auch durch Anwendung von Gewalt Gesetz und Ordnung über den Haufen zu werfen und das Land in einen tödtlichen Kampf zu stürzen, durch dieselben Mittel, die man in Paris anwandte." Sollte inzwischen ein Ausbruch bereits erfolgt sein, so wäre er jedenfalls nach zu frühzeitig und gegen den Willen der ruhigern und besonneneren Führer erfolgt.

Digitized by Google

Die Stimmung Hannovers in Beziehung auf die deutsche Centralgewalt. *)

In einem Augenblick, wo eine vielleicht nicht erwartete Erklärung des Königs von Hannover und seiner Regierung an die hannoverschen Stände vielfach in Deutschland der Gegenstand von Bemerkungen und Erwägungen ist, wird es nicht am unrechten Ortr sein, sich die Stimmung klar zu machen, welche als die entschieden überwiegende hinsichtlich dieser Sache im Königreich Hannover betrachtet werden muß.

Es konnte nicht fehlen, daß die Bewohner des hannoverschen Landes durchweg dem Ausgange der Verhandlungen über die Centralgewalt mit großer Spaanung entgegensahen. Auch in ihaen schlägt ein deutsches Herz, das sie einst auf dem blutigen Felde von Waterloo und in den langen Kämpfen in Spanien bewährt haben, und neuerlich wieder an Schleswigs Grenzen mit ihrem Blute desiegeln. Und der Gedanke, daß Deutschland duech Ein Haapt, Eine handelnde Hand und Eine leitende Seele zum festen Körper erstarken möge, er war und ist in den Gemüthern der Hannoveraner eben so fest und so warm, als in denjenigen jedes andern deutschen Stammes. Deßhalb war denn auch der erste Eindruck der neugeschaffenen Centralgewalt auch im Lande Hannover durchweg nur ein freudiger. Bei uns, wie in den übrigen Gauen Deutschlands segnetr und segnet noch jetzt fast jede denkende Brust den großen Augenblick, welcher das ganze große Deutschland unter den einigen alleinigen Reichsverweser stellt, und im Innern jadelten und jubeln noch fast alle Herzen ihm entgegen, dem Erzherzog Johann, der durch Fürsten- und Bürgertugend gleich sehr berufen ist, an Deutschlands Spitze zu treten. Mag die Freude über dieses große Ereigniß bei uns stiller sein, mag sie sich weniger in lärmenden Festen und in großen Demonstrationen geltend machen, so ist sie darum nicht weniger innig und tief. Man muß dabei wohl beachten, daß es nicht im Geistr der Hannoveraner, wie überhaupt der Norddeutschen liegt, eine laute Begeisterung zu zeigen.

Die Freude, welche sie hegten, war und ist eine allgemeine; das Volk und die Behörden stimmen darin völlig überein, und selbst der König, wir glauben darunter nicht zu irren, er heißt den deutschen Reichsverweser, welchem er längst hohe Achtung gezollt hat — gleich seinem Volke von der Nothwendigkeit deutscher Einheit durchdrungen — aufrichtig willkommen.

Aber sagen wie es gerade heraus, die Art wie die deatsche Centralgewalt zu Stande kam, sie hat in die Freude, wenn diese auch überwiegend blieb, ein unbehagliches Gefühl hineingemischt. Der hannoversche Stamm ist Gottlob noch nicht so weit wie andere deutsche Stämme in der Nichtachtung seiner Fürsten und in dem fast leichtsinnigen Verlassen des gesetzlichen Weges vorgeschritten, daß er so ganz ohne Bedenken sich über die gesetzlichen Formen, unter welchea die Dinge zu Stande kommen müssen, hinwegzusetzen vermöchte. Er erkannte in den einseitigen Beschlüssen der Natioaalversammlung eine Nichtachtung der Fürsten und damit der Einzelstaaten Deutschlands, welche, wenn auch in diesem Falle durch die sofortige Zustimmung aller Regierungen Deutschlands glücklicherweise in ihren nächsten Folgen unschädlich gemacht, doch den ernsten Gedankea in einer großen Mehrzahl Weiterdenkender weckte, wohin ein Fortschreiten auf dieser Bahn führen könne und müsse. Diesen Weiterdenkenden mußte es bald genug klar werden, daß, wenn nun auch bei dem bevorstehenden definitiven Verfassungswecke die Nationalversammlang mit gleicher Nichtachtung des Bestehens und der Verhältnisse der Einzelstaaten verfahren werde, aus dem Segen, welchen mit Recht jeder Deutsche von der neugeboenen deutschen Einheit erwartet, ein Unsegen, ein Unheil für die Einzelstaaten hereindrechen könne und müsse, welches wahrlich nicht deabsichtigt sein kann, und welchem durch zeitiges Einlenken auf die Bahn der Verständigung mit den Einzelstaaten vorgebeugt werden muß.

Die bekannte Erklärung der hannoverschen Regierung gegen die scheidenden Stände ist großentheils nur der Nachhall dieser Gedanken des hannoverschen Volks. Denn was spricht sie denn anders aus, als daß Hannover die deutsche Centralgewalt und die damit errungene deutsche Einheit freudig begrüßt, daß es aber zugleich an diejenigen, welche nun weiter das deutsche Verfassungswerk zu gründen berufen sind, die ernste Mahnung ergehen läßt, ohne Verständigung mit den Einzelstaaten dieses Werk nicht errichten zu wollen, und insbesondere nicht ohne ihe Einverständniß in die inneren Einrichtungen der Einzelstaaten hineinzugreifen?

Von der Nothwendigkeit, durch solche Verständigung bei der Feststellang des deutschen Verfassungswerks die Verhältnisse dee Einzelstaaten zu berücksichtigen, ist bei uns die große Mehrzahl des Volks, soweit dasselbe überhaupt eines Urtheils sich bewußt ist, völlig durchdrungen.

Diese Mehrzahl verkennt jene Nothwendigkeit um so weniger, als es ihr nahe liegt, daß eine Nichtberücksichtigung der hannover'schen Zoll- und Steuerverhältnisse Hannovers Finanzen nothwendig ruiniren uad damit aach einen zum Ruin der Einzelnen und des Staats gereichenden Steuerdruck herbeiführen würde, daß ferner die möglicherweise beim deutschen Verfassungswerke bevorstehende unbeschränkte Freizügigkeit die Verhältnisse der Gemeinden zerrütten würde, daß manche andere Maßregeln, welche die Nationalversammlung hinsichtlich der inneren Einrichtungen der Einzelstaaten beschließen könnte, dem Lande geradezu verderblich werden können, wenn sie nicht duech Verständigung mit den Einzelregierungen in heilbringenden Grenzen erhalten werden.

Die wenigen Schwärmer, welchen die neue Zeit die Sinne verwirrt hat, und welche sich von einer völligen Mediatisation der deutschen Einzelstaaten goldene Dinge für Deutschland träumen, und die bei uns Gottlob nur wie ein Atom im Meere sich verhaltenden Wenigen, welche geradezuauf eine deutsche Republik hinauswollen, nehmen wir aus. Sie überschwemmen die deutsche Presse mit erklamirenden Aufsätzen, schreien in den Volksversammlungen und geben sich das Ansehen, als ob ihre Ansichten die des hannover'schen Volkes wären, was ihnen bei uns leichter als in den süd- und mitteldeutschen Staaten wird, weil es nicht in der Art und Neigung unseres Volkes liegt, daß die Besonnenen, wenn sie auch die große Mehrzahl bilden, den immer nur jener geringen exaltirten Partei angehörigen Rednern der Volksversammlungen mit Rede und Schrift entgegentreten. So kommt es, daß sie vielfach, weil Niemand widerspricht, obwohl gewiß mehr als drei Viertheil einer Versammlung anders denken, ihre Ansicht als die von eminenter Majorität in den Volksversammlungen gefaßten Beschlüsse erklären und mit diesem Manöorr aufs Leichteste angebliche Beschüsse des hannover'schen Volks oder hannover'scher Volksvereine in die Welt bringen, welche diesen Namen wahrlich nicht verdienen. Man möge daher ja nicht die Ergebnisse solcher Volksversammlungen und die Ergüsse eines großen Theils der hannover'schen Presse, welche eben vermöge jener geringen Neigung der Ruhigen zu Rede und Schrift fast allein in den Händen der Kleinsten, aber desto mehr tobenden Partei ist, als die Ansichten des hannover'schen Volks betrachten. Wir behaupten es dreist, wer das thäte, würde sich arg täuschen, und gerade deßhalb ist jetzt offenes Auftreten derer, welche dieser tobenden Partei gegenüber auch ein Urtheil zu haben glauben, Pflicht, wäre es auch nur, um der deutschen Nationalversammlung es offen und ehrlich zu bekennen, daß sie, wenn sie nicht später die Folgen einer Täuschung zum Unglück für Deutschland empfinden will, nach andern Stimmen hören muß, als nach denen, welche bislang aus den Volksversammlungen heraus und durch die Presse sich geltend zu machen gesucht haben.

Trotz dem Geschrei, welches diese Stimmen erheben, wiederholen wir es bestimmt: Der Sinn des hannoverschen Volks ist ein anderer. Er theilt keineswegs die Entrüstung über die bekannte Erklärung des Königs, welche diese Partei ihm unterlegen will; es freut sich vielmehr eines Königs zu haben, der den Muth und die Kraft hat, laut das zu sagen, was seiner Würde und der Würde seines Volks entspricht. Es dankt es dem König, daß er zuerst unter den deutschen Regenten es unternommen hat, den Uebereilungen und ihren unglücklichen Folgen im Voraus entgegenzutreten, welche ein zu unbedächtiges Eingreifen der Nationalversammlung in die Verhältnisse der Einzelstaaten mit sich führen würde. Es hofft von diesem offenen und im Interesse der deutschen Einheit wohlgemeinten Schritte einigen Einfluß auf Erstarkung derjenigen in der Nationalversammlung, welche mit edlem Sinne eine heilbringende Einheit wollen und nicht wünschen, daß über den Begriff eines einigen deutschen Reichs Deutschland in seinem Wohlstande, in Allem, was dem Einzelnen heilig und theuer ist, untergraben werde.

So möge denn nun auch das übrige Deutschland, so möge die deutsche Nationalversammlung in dieser Aeußerung kein separatistisches Sondern und Entgegenwirken gegen die jetzt nöthige und rechtmäßige Gewalt des Reichsverwesers und die Nationalversammlung in rein gemeinschaftlich deutschen Dingen, sondern nur — abgesehen von dem einseitigen Verfahren in Frankfurt, das sich keine kräftige deutsche Regierung ohne alle Rüge hätte gefallen lassen sollen — eine Er-

*) Wir theilen diesen Aufsatz, der uns aus besten Händen zukommt, gerne mit; die Stimmungen im Norden unseren Lesern zu charakterisiren, wird er sehr gut dienen; die partikularen hannoverschen Stand- und Gesichtspunkte theilen wir darum nicht. D. Red.

Digitized by Google

klärung gegen ein mögliches Uebergreifen erblicken, welches der fürstlichen Würde, sowie der in unserer Nationalgeschichte von Urbeginn an fest begründeten Selbständigkeit der Stämme und eines Stammes, wie des unsrigen, des echt sächsischen, entgegen ist. Eine Mahnung möge man ferner darin finden, daß eine durchgreifende Centralisation in Verwaltungs- und Gesetzgebungsmaßregeln ohne entschiedene Berücksichtigung der Einzel-Interessen der besondern Stämme und Staaten in Deutschland für die Dauer unmöglich ist und, wenn ihre Einführung ohne diese versucht werden sollte, diese Maßregel durch den Ruin der Einzelstaaten und eine erst damit sich entwickelnde Anarchie bald genug auf traurigste Weise sich selbst strafen würde.

Sehen wir recht, so bildet sich auch in verschiedenen andern Staaten Deutschlands die öffentliche Meinung bereits in diesem Sinne heraus; enthalten doch auch die Neue Berliner Zeitung und die Kölner Zeitung vor Kurzem bemerkenswerthe Aufsätze, in welchen mit Recht den deutschen Regierungen vorgeworfen wird, daß sie nicht längst der deutschen Nationalversammlung in deren eigenem Interesse durch ihrerseitige Verständigung die Grenze bemerklich gemacht haben, bis zu welcher dieselbe in den Centralisationsbestrebungen gehen kann, wenn sie nicht Gefahr laufen will, an dem wahrlich nicht von den Regierungen herbeigerufenen, sondern aus der Sache selbst, aus den tief verletzten Interessen des Volks sich ergebenden Widerstande zu scheitern.

Und auch die Nationalversammlung selbst, — wir mögen es nicht anders glauben, — sie wird über all dem Parteitreiben, welches vielleicht jetzt besonders stark in Frankfurt sich geltend macht, und welches allerdings es immer schwerer für sie werden läßt, mit Ruhe ihrem Ziele entgegenzugehen, den rechten Weg zu finden wissen. Sie wird und muß die unumstößliche Wahrheit tief erkennen: „daß Deutschlands Heil in diesem Augenblick von dem Maße abhängt, welches sie bei ihren Beschlüssen innehalten wird."

Weiß sie die richtige Gränze zu finden, wird sie bei ihren Beschlüssen den Verhältnissen der Einzelstaaten die ihnen durch das Bestehen derselben gebührende Berücksichtigung zu Theil werden lassen, wird sie so beschließen, daß die Einzelstaaten, ohne die Interessen ihres Volkes aufs Tiefste zu gefährden, betreten können, und wird sie von vorn herein den Gesichtspunkt der Verständigung, sei es nun den der vorgängigen oder der nachfolgenden, jedenfalls aber der materiellen Verständigung, d. h. des Einverständnisses in der Sache, des Einklangs mit den vorhandenen Verhältnissen, bei dem Verfassungswerke festhalten, dann ist alle Aussicht vorhanden, daß sie sich auch bei ihrem fernern großen Werke den Dank Deutschlands erwerbe und daß aus der ungeheuren Krisis, in welcher wir uns befinden, Deutschlands Heil und Segen dauernd geboren werde.

Wird sie anders handeln, wird sie den Verhältnissen der Einzelstaaten, den im Volke wurzelnden Einrichtungen der verschiedenen deutschen Stämme nicht Rechnung tragen, so wird sie mit ihrem Verfassungswerke — und das wolle Gott verhüten! — an der Nichtberücksichtigung der vorhandenen Elemente zerschellen.

Für die mehr als wichtige Sendung, die ihr geworden ist, möchte wohl jeder Deutsche jedem einzelnen Mitgliede der Versammlung das große Mahnungswort zurufen, mit welchem Johannes von Müller seine Jahrbücher der Geschichte schließt:

„Graue Häupter, Räthe der Könige, Konsuln, Diktatoren! Wee wart Ihr? Die ersten der Menschen? Selten. Die besten der Menschen? Wenige. Die Stürmer, die Treiber der Menschen, die Urheber ihrer Werke? — Werkzeuge, Räder wart Ihr, durch deren ineinandergreifendes Maschinenwerk der Unsichtbare den mystischen Wagen der Weltregierung unter unaufhörlichem Gepraffel, Geschrei und Schnattern über den Ocean der Zeiten fortgeleitet hat. Bei jeder Schwingung, bei jeder Hebung, bei jeder Umkehr eines Rades schallt von dem Geiste, der auf den großen Wassern lebt, das Gebot der Weisheit:

Mäßigung und Ordnung!

Wer es überhört, der ist gerichtet. Menschen von Erde und Staub, Fürsten von Erde und Staub, wie schrecklich dieses geschehe, das zeigt die Geschichte!"

Gießen, 17. Juli. Gestern ist eine zu Garbenteich abgehaltene Volksversammlung Veranlassung zu blutigen Auftritten geworden. Schon als die Großlindner durch Leihgestern zur Versammlung zogen, haben sich Individuen einzelne Insulte erlaubt: bei der Volksversammlung selbst sollen die Studenten B. (aus Darmstadt) und C. (aus Sachsen) offen für Republik gesprochen, die kleine Zahl Gießener Republikaner Verstärkung an den L. und einigen andern Individuen aus einzelnen Orten erhalten haben. Nach einigen Mißhelligkeiten bei der Versammlung ziehen die einzelnen Züge noch in Frieden ab. Als aber die Großlindner durch Leihgestern ziehen, da öffnet sich ein Thor, es fällt ein Schuß auf die hessische Fahne und nun stürzt eine Rotte aus Leihgestern auf die Großlindner zu, um ihnen die hessische Fahne zu entreißen, mit Waffen aller Art. Bald ist der Kampf allgemein, die Großlindner ohne Waffen natürlich im Nachtheile. Es sind sehr schwere Verwundungen vorgefallen, ein Schuß mit Schrot, Hiebe in den Kopf mit Aexten ꝛc. Bald ertönte die Sturmglocke in mehreren Dörfern, aber die Ankommenden, namentlich die braven Preußen, konnten nicht einschreiten, weil sie die streitenden Parteien nicht kannten. Der Fanatismus der Rotte in Leihgestern war so groß, daß Weiber fortwährend Steine zutrugen. Abends 11 Uhr noch ging der Landrichter mit Aerzten eilig nach dem Schauplatz des Kampfes. Die Untersuchung wird das Nähere ergeben. Es ist offener Landfriedensbruch und nun zu erwarten, daß die Regierung und die Gerichte energisch einschreiten werden. (O. P. Z.)

Spanien.

Die ministeriellen Blätter, wie der „Heraldo" und ähnliche, die seit dem Verstummen der progressistischen Blätter das große Wort führen, suchen jede Bedeutung der karlistischen Schilderhebung in Abrede zu stellen; ja, sie stellen sich, als glaubten sie gar nicht an die Anwesenheit Cabreras in Katalonien. Inzwischen geben andere Blätter, wie z. B. der „Barcelonés", zu, daß der karlistische Bandenführer unermüdlich thätig sei und seine Schaaren sich bis unter die Thore von Barcelona wagen. Berichte, die von der Grenze kommen, fügen bei, daß die Rüstungen in Katalonien wie in Navarra fortdauern, und nennen einzelne Punkte, die den Karlisten als Depots und als militärische Stützen dienen. Ein kleines Gefecht zwischen den Truppen und dem Bandenführer Zubel ist zum Nachtheil der ersteren ausgefallen.

Die neuesten Nachrichten von der spanischen Grenze dagegen melden, daß die karlistische Bewegung daselbst eine große Niederlage erlitten hat. Die Generale Iturbe und Zubel, die die karlistischen Banden kommandirten, sind von den Truppen der Königin geschlagen und gezwungen worden, sich auf französisches Gebiet zu flüchten. Die zwei Generale, 3 Obersten, 50 Officiere und 150 Mann wurden von den französischen Behörden entwaffnet und nach Bayonne geschickt.

Oesterreichische Monarchie.

† Kronstadt, 4. Juli. In und um Czernowitz, an der galizisch-moldauischen Grenze, sammeln sich viele geflüchtete junge Bojarensöhne der Moldau und ziehen eine Menge Polen an sich, mit denen sie einen Einfall in die Moldau beabsichtigen, um an dem Fürsten und seinem abscheulichen Sohn Rache zu nehmen für ihre treulose Handlungsweise. Die Fürsten Kantakuzeno, die große Güter in der Moldau, und zwar längs der Grenze von Siebenbürgen bis tief in die Karpathen herein besitzen, haben die Bewohner des Gebirgs bewaffnet und bereiten sich zu offenem Widerstande gegen den von Rußland unterstützten Fürsten vor, haben sogar schon einen Angriff desselben zurückgeschlagen. Ein Kantakuzeno ist hier durch nach Bukarest gereist, um dort mit den Wallachen gemeinschaftliche Rüstungen zu verabreden, und wenn die Befreiung dieser Länder von türkischer Oberhoheit und von russischem Schutz glückt, so könnte leicht ein Glied dieser alten und berühmten Familie zum ersten Fürsten des neuen Daciens gewählt werden. Die Russen stehen, 12—15,000 Mann stark, unter den Generalen Lüders und Gerstenzweig am Pruth, man erwartet täglich ihren Uebergang über den Fluß und auf moldauisches Gebiet. Der russische General und Diplomat Duhamel ist von der serbischen Regierung gar nicht empfangen worden und hat nach Bukarest vor Ausbruch der Revolution verlassen. Jetzt ist er mit dem russischen Generalkonsul von Kotzebue in Fokschany, einem moldauischen Städtchen an der wallachischen Grenze, wo sie die heranrückenden Russen erwarten, um mit Hilfe ihrer Bajonette nach Bukarest zurückkehren zu können. Rußland wird schwerlich einen Krieg mit Deutschland beginnen, wo es Nichts gewinnen könnte, aber an der untern Donau und in der Türkei wird es jetzt seine alten Pläne auszuführen trachten; hieher wird Deutschland jetzt vor allen Dingen seine wachsamen Blicke zu wenden haben.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cowen 6 King-, 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden nur bei dem H. H. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Rue du Foin St. Jacques

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Verlags-Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 48 kr. Für Ausländer wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 205. **Heidelberg,** Dinstag 25. Juli. **1848.**

Uebersicht.

Die Reichscentralgewalt und die Einzelregierungen. I. — **Wien** (Ankunft des Reichsverwesers. Das neue Ministerium, sein Programm. Beschluß des Ausschusses). **Prag** (die Swornost aufgelöst). **Tirol** (Umtriebe des Gouverneurs. Probe der Landtagsverhandlungen). **Berlin** seine preußische Stimme gegen die Nationalversammlung. Die außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten an der Universität). **München** (die preuß. Kammer und die Reichsgewalt. Das österr. Geldausfuhrverbot. Die Spielhöllen). **Würzburg** (Gerücht eines bevorstehenden Einfalls der franz. Arbeiter. Adresse der Studenten an das Ministerium). **Mannheim** (Vorschläge des vaterländischen Vereins zur Unterstützung der heimischen Gewerbe). **Vom Rhein** (die franz. Presse über Deutschland; das Journal des Debats über Preußen). **Vom Neckar** (das monarchische Prinzip und die Personen. Der preußische Partikularismus). **Darmstadt** (Wirken des vaterländischen Vereins. Trüber Ausgang der Volksversammlung für Hrn. Zitz und Freunde). **Readsburg** (Erklärung des Regierungskommissärs). **Frankfurt** (Reichstagsverhandlungen. Die poln. Frage verschoben. „Unser" Ministerium. Amtliches).

Schweiz. **Basel.** Der Deutsche Zuschauer. **Zürich.** Annahme der Bundesverfassung.

Großbritannien. Die Krisis in Irland.

Frankreich. **Paris.** Die Bewaffnung der Forts. Gerüchte. Truppen nach der Pyrenäengrenze. Eindruck der italienischen Nachrichten. Die Wagen und Pferde der Herzogin von Orleans.

Italien. **Neapel.** Die Kammer. Die Unruhen in Kalabrien. Königswahl in Sicilien. **Sicilien.** Die Wahl des Herzogs von Genua zum König.

Heidelberg, 24. Juli.

Das Gesetz über die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt hat das wichtigste Stück des künftigen Verfassungsorganismus bereits geschaffen; es läßt aber, indem es den jetzigen Zuständen das Ziel ihrer Entwickelung schlechthin und unvermittelt hinzufügt, indem es anticipirt, was erst durch die vollständige Verfassung den jetzigen Zuständen organisch angefügt werden müßte, eine Lücke offen, welche durch Interpretation und Praxis ergänzt werden muß. Hierin liegt kein Vorwurf; das Gesetz müßte, um keine Lücke zu lassen, keine provisorische Aushilfe zu schaffen bestimmt, es müßte die definitive und vollständige Verfassung selbst sein. —

Zunächst ist es die Frage von der Kompetenz der Centralgewalt, welche durch Interpretation und Praxis zu lösen ist. Wir sind mit einem Male aus dem Staatenbunde in den Bundesstaat hinübergeschritten, wir haben über die einzelnen souveränen Regierungen, welche nach der bisherigen Verfassung die vertragsmäßig gemeinsamen Angelegenheiten durch einen Kongreß ihrer Abgeordneten besorgen ließen, eine höhere Regierungsgewalt gesetzt, ohne daß zugleich bestimmt wäre, wie und inwieweit sich die Stellung der einzelnen Staaten modificiren muß, welche Rechte von ihnen aufzugeben und abzutreten sind. Aus der Herstellung einer Centralmacht, aus dem Uebergange in den Bundesstaat allein läßt sich hier die Grenze nicht finden. Das Verhältniß der Centralgewalt zu den Theilstaaten kann im Bundesstaate ein sehr verschiedenes sein, und hinsichtlich der Grenze ihrer Befugniß ist ein Mehr und Minder möglich. Das beweist schon die große Verschiedenheit der darüber in den vielen vorliegenden Verfassungsplanen vorgeschlagenen Bestimmungen, die bald mehr bald weniger weit gehen, und z. B. wo sie sehr weit gehen, das Bankwesen, die Gesundheitspolizei und dergleichen mehr zu der Kompetenz der Centralgewalt ziehen.

Das neue Gesetz enthält keine ausreichende Bestimmung. Der Centralgewalt ist die Oberleitung der bewaffneten Macht, die völkerrechtliche Vertretung gegen das Ausland, der Beschluß über Krieg und Frieden, und endlich die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten zugewiesen, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen. Die Unbestimmtheit liegt aber in dem letzten Satze. Die Sorge für Sicherheit und Wohlfahrt begreift so ziemlich die ganze Staatsverwaltung, und man braucht nur die Handbücher des deutschen Staatsrechts zu vergleichen, um sich zu überzeugen, daß unter die sogenannte Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei so ziemlich jede Richtung der staatlichen Fürsorge zu subsumiren ist. Eine Beschränkung liegt scheinbar in der ausdrücklichen Bestimmung, daß nur Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des Bundesstaats betreffen, zur Kompetenz der Centralgewalt gehören sollen, so daß man Alles, was nur die Sicherheit und Wohlfahrt eines Einzelstaats betrifft, für ausgeschlossen halten könnte. Im Bundesstaate ist indeß, wenn die Einheit nicht illusorisch werden soll, eine solche Distinktion gar nicht zu machen. Was die Theile berührt, berühret auch das Ganze, und die Angelegenheit eines Gliedes ist Angelegenheit des ganzen Organismus. Die Interpretation wird nie im Stande sein, hier eine irgend sichere und zuverlässige Grenze herauszubringen.

Weit eher als aus denjenigen Artikeln d.. Gesetzes, welche von der Kompetenz der Centralgewalt handeln, läßt sich eine Grenze für diese Kompetenz aus dem Umstande ableiten, daß die neue Gewalt eine provisorische, und um des dringenden augenblicklichen Bedürfnisses willen geschaffene ist. Dieses dringende Bedürfniß liegt in dem durch innere und äußere Feinde gefährdeten Zustande Deutschlands. Hinsichtlich der äußern Angelegenheiten hat das Gesetz der Centralregierung — was nicht anders möglich war, wenn wirklich geholfen werden sollte — eine völlig freie und durch Rücksichten auf die Einzelstaaten und deren bisherige Souveränetät gar nicht beschränkte Befugniß beigelegt. Rücksichtlich der innern Angelegenheiten ist aber eine Grenze der Kompetenz der Centralgewalt allerdings nöthig, und folgt auch aus dem Zwecke der Einsetzung dieser Gewalt von selbst. Dieselbe wird den Landfrieden handhaben, die Anarchie und Wühlerei kräftig niederhalten und zu solchem Ende die einzelnen Regierungen, die um Ende doch immer die thätigen Vollzieher ihrer Maßregeln sein werden, kräftigen und mit ihrem ganzen Ansehen unterstützen müssen, sie wird ferner durch allgemeine, und eben durch ihre Allgemeinheit wirksame Maßregeln der Nahrungslosigkeit und Gewerbsstockung abzuhelfen haben. Alles dagegen, was nicht dringend nothwendig ist, was sich ohne Gefahr verschieben läßt, insonderheit aber Alles, vor dem nicht als ausgemacht gelten kann, daß es künftig verfassungsmäßig zur gemeinsamen Angelegenheit werde erklärt werden, alles Dieses wird von der Wirksamkeit der neuen Gewalt ausgeschieden sein müssen. Aus der provisorischen Natur der ganzen Einrichtung, aus dem Mangel derjenigen Bestimmungen, welche das Verhältniß der definitiv einzusetzenden Reichsgewalt regeln müssen, folgt die Pflicht, diesen spätern Bestimmungen nicht zu präjudiciren und der definitiven rechtlichen Gestaltung der Verhältnisse nicht faktisch vorzugreifen. Wir verkennen nicht, daß hier die Aufgabe der Centralgewalt eine sehr schwierige ist; sie wird aber können, was größern Versammlungen nicht leicht wird, sie wird sich beschränken können. In je mehr Gegenstände sie sich einläßt, je mehr sie vielleicht hier der Nationalversammlung folgt, welche durch Petitionen und Anträge mit allen möglichen Angelegenheiten behelligt wird, und künftig die Masse ihr zugemutheter Regierungssachen der Centralgewalt zuweisen möchte, desto schwieriger wird ihre Stellung, desto zahlreicher werden die Interpellationen in der Nationalversammlung, desto schwankender werden die Positionen der Minister, desto zahlreicher die Verwickelungen mit den Territorialregierungen und — was uns das Wichtigste scheint — desto empfindlicher und beklagenswerther werden die Verzögerungen sein, welche durch die sich häufenden Interpellationen in der Nationalversammlung die Verfassungsarbeit zu erleiden haben wird.

Digitized by Google

Möge hier auf allen Seiten die Stellung der Centralgewalt richtig erkannt werden. Möge man sich namentlich in der Nationalversammlung vor der Ansicht hüten, die Centralgewalt solle nur den Regierungen gegenüber stark, und der Nationalversammlung und deren moralischem Ansehen gegenüber schwach sein, sie werde, obgleich man von Rechtswegen sie nicht zur bloßen Vollzieherin der Beschlüsse dieser Versammlung gemacht hat, doch — leider haben wir diese Ansicht von sonst verständigen Leuten äußern hören — faktisch sich in einer Stellung befinden, daß sie die Vollziehung der Beschlüsse der Nationalversammlung in Regierungssachen zu vollziehen sich nie entschlagen könne. Die Centralgewalt soll stark sein, sowohl den Regierungen als der Nationalversammlung gegenüber. Jene sollen ihr, wo sie innerhalb der Grenzen ihrer Aufgabe handelt, nicht widerstehen können; diese soll sie zu keiner Ueberschreitung dieser Grenzen hintreiben, sie soll sie nicht faktisch zu ihrem Werkzeuge machen. Die Nationalversammlung wird vielmehr an der Centralgewalt eine Grenze ihrer eignen, bis jetzt oft nicht scharf genug bestimmten Kompetenz finden. Wo die Gewalten nicht geschieden, wo Gesetzgeben und Regieren verbunden ist, ist eine unfreie Staatsform vorhanden und es verschlägt Nichts, ob die Verbindung in einer dazu gebornen Person oder in einer gewählten Versammlung stattfindet. Eben so unfrei ist die Staatsform, wenn nicht jede Gewalt innerhalb ihrer Kompetenz stark, wenn eine die Dienerin der andern ist. Diese einfache politische Wahrheit wird so wenig von der Reichsgewalt als von der Nationalversammlung verkannt werden. In dieser letzten ist so viel politische Einsicht und Besonnenheit, daß weder die vielleicht vorhandene Absicht den begonnenen Bau eines neuen Staatswesens zu zerstören, noch auch die Charakterschwäche, die sich nicht zu beschränken und der Annehmlichkeit die im Regieren und souveränen Befehlen liegt, nicht zu widerstehen weiß, jemals den Ausschlag geben werde.

Oesterreich. Wien, 18. Juli. Auf Antrag des mit der Bildung eines Ministeriums beauftragten provisorischen Ministers des Innern, hat Se. k. Hoh. der Erzherzog Johann, als Stellvertreter Sr. Majestät, die Zusammensetzung des Ministeriums in folgender Weise genehmigt: Konseilpräsident Minister des Hauses und des Aeußern Freiherr von Wessenberg; Minister des Innern Freiherr von Doblhoff; Minister der Justiz Dr. Alexander Bach; Minister des Kriegs Graf Latour, Minister der Finanzen Frhr. v. Kraus (provisorisch); Unterstaatssekretär im Ministerium der Finanzen Frhr. v. Stiffi; Minister des Handels Theodor Hoendoskt; Minister des Unterrichts Frhr. v. Doblhoff (provisorisch); Unterstaatssekretäre im Ministerium des Unterrichts Dr. Frhr. v. Feuchtersleben; Minister der öffentlichen Arbeiten Ernst v. Schwarzer. In dem Programm des neuen Ministeriums heißt es: Es will die dauerhafte Begründung der konstitutionell volksthümlichen Monarchie, auf der Grundlage des gesetzlich ausgesprochenen Gesammtwillens, indem es überzeugt ist, daß nur eine Regierung kräftig ist, wenn sie im Volke wurzelt; nur dadurch wird es möglich, den Staat in fortschreitender Entwicklung zu erhalten.... Um aber die Freiheit stark zu machen, muß auch die Regierung stark sein. Das Ministerium wird mit allen gerechten Wünschen und Ansprüchen des Volkes Hand in Hand gehen; erklärt jedoch zugleich auf das Entschiedenste, sich auf keine Weise irgend Etwas abdringen zu lassen, was seiner Ueberzeugung nach mit der Freiheit und dem Wohle der Gesammtheit unverträglich wäre, während es zugleich als heilige Pflicht es anerkennt, die Stimmung der öffentlichen Meinung immer in genaue Erwägung zu ziehen. Das Ministerium erkennt vollkommen die Nothwendigkeit, die Segnungen der konstitutionellen Freiheit in allen Provinzen gleichzeitig zur Geltung zu bringen, und es wird daher eine seiner ersten Handlungen sein, alle dazu nothwendigen Maßregeln auf das Kräftigste einzuleiten. Ebenso ist das Ministerium vollkommen von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Oesterreich, als Grenzwacht der europäischen Gesittung im Osten, groß, stark und einig bleiben müsse. Um aber die Idee der Größe und Einigkeit Oesterreichs, mit den vollsten Garantien staatsbürgerlicher und nationaler Freiheit verbunden, zur Wahrheit werden zu lassen, muß das Ministerium nicht allein ein Ministerium der politischen, sondern auch der durchgreifendsten administrativen Reform sein. In dem lebhaftesten Gefühle, daß, um jede Schranke des Mißtrauens zwischen Volk und Regierung wegzuräumen, fortan die redlichste Offenheit herrschen müsse, wird die Regierung dieselben lassen daß in allen nationalen Angelegenheiten der Provinzen vollkommene unparteiische Oeffentlichkeit stattfinde. Das Ministerium glaubt, daß das große Ziel, welches das gesammte Vaterland seit seiner Erhebung anstrebt, sowie die innige Verbindung Oesterreichs mit Deutschland, nur durch die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung aller Nationalitäten im Staate erreicht und gewährleistet werde. Nach diesen Grundsätzen handelnd, hofft das Ministerium auf die Billigung der Reichsversammlung rechnen zu dürfen. (Wien. Z.)

Wien. Die Allg. Oestrr. Z. enthält Nachstehendes: Verhandlungen des vereinigten Ausschusses am 16. Juli. Die Lebensfrage des Ausschusses: „Fortbestehen oder Auflösen", Sein oder Nichtsein wurde verhandelt; und, nachdem sich alle Stimmen (bis auf drei) für das Fortbestehen erklärt, wurde beschlossen: daß der Ausschuß nach wie vor seine ihm am 26. Mai gestellte Aufgabe: die Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit und die Wahrung der Volksrechte, dem Reichstage untergeordnet, verfolgen werde.

Die W. Ztg. meldet die Ankunft des Erzherzogs Johann mit folgenden Bemerkungen: Mit der ungewöhnlichen Schnelligkeit von nur 42 Stunden wurde der Raum zwischen Frankfurt und hier zurückgelegt, und des herrlichen Fürsten Beweggrund zu so anstrengender Reise sprach sich wohl zum Theil auch in den herzlichen Worten aus, womit er die zusammengeströmte freudig bewegte Menschenmenge vom Balkone auf dem Franzensplatze aus begrüßte: „Ich habe versprochen, am 17. wieder hier zu sein, und habe endlich mein Wort gehalten."

Prag, 18. Juli. Die Konst. Z. von Böhmen bringt Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß: Sowohl bei dem Aufruhr in Prag, als bei den verbrecherischen Umtrieben, welche zur Unterstützung desselben auf dem Lande vor sich gingen, hat sich das Korps der Sweerest, wie es allgemein bekannt und durch gerichtliche Untersuchung nachgewiesen ist, insbesonders auffallender Weise betheiligt; deßhalb wird dasselbe gänzlich aufgelöst und das Tragen der Abzeichen desselben untersagt. Jede Uebertretung dieses Verbotes ist von der kompetenten Behörde als Polizeivergehen zu bestrafen. Vom kais. königl. böhmischen Landespräsidium. Thun, m. p.

† Aus Tirol, 20. Juli. Wir kommen nochmals auf die berüchtigte Polizeibeaufsichtigung der tiroler Wiener Studenten zurück, lediglich um dem Grafen Brandis eine weitere Strophe des Lieds „vom braven Mann" zu widmen. Diesem edlen Grafen, dem selbst die Organe des katholisch-konstitutionellen Vereins gar das Prädikat „katholisch", nicht aber konstitutionell beilegen, wurden von mehreren Vätern und Vormündern solcher Beaufsichtigter über sein Verfahren Beschwerden zugesandt und darauf hingewiesen, daß allem Spür- und Spähernwesen die Konstitution ein Ende gemacht habe. Der Graf antwortete einem derselben mit Zusendung des in ganz anderm und mildem Sinne gehaltenen Rundschreibens der Polizeidirektion zu Innsbruck und setzte hochfahrend bei: „Hierin sei keine Rede von Polizeibeaufsichtigung der Studenten und einer inkonstitutionellen, entehrenden Maßregel." Nun aber bringen alle Zeitungen den Wortlaut seines geheimen, persönlich von ihm erlassenen Präsidialbefehles und — der Graf — unser Landeschef erlebt die Genugthuung, sich auf einer neuen, echt jesuitischen Perfidie ertappt zu sehen. In wieweit es das Wiener Ministerium zuträglich hält im Lande einen Stellvertreter der Majestät mit dem Brandmale solchen Gebarens gouverniren zu lassen, wissen wir nicht zu bestimmen, es möchte denn sein andächtiges Regiment von den weißen Händen gottseliger Damen aufrecht erhalten werden oder Doblhof vergessen haben, was er in Innsbruck sah und hörte. Aus der Verfassungsdebatte unsrer Stände erwähnen wir noch einiger Vorkommnisse die bei Ihnen als curiosa erscheinen dürften. So ward der §. 11, den Präsidenten betreffend mit dem Amendement des Dr. Larcher angenommen, nach welchem der Landtag bei der Wahl des Präsidenten denselben auch außerhalb seiner Mitte suchen könne. Bei nasäglicher Mühe das Ungereimte und Selbstemiedrigende dieser Bestimmung zu beleuchten, konnte der 2. Präsident Dr. Schuler nicht die Meinungen der Herrn zurechtsetzen im Sinne aller andern ständischen und Volksvertretungen. Ferner sollen alle besoldeten Staatsbeamten von der Präsidentschaft ausgeschlossen bleiben. In der Majorität, womit dieser Beschluß gefaßt wae, mag man wirklich eine Art Rache sehen für den Zwang, den seit Jahren die Vertreter des Volks gerade an dieser Stelle vom bureaukratischen Despotismus erdulden mußten und mit vielem Geschick zu dulden wußten. Bei §. 15 meinte einer der Abgeordneten für Tirol eine Selbständigkeit, wie sie Ungarn hat, beanspruchen zu müssen, man bedeutete ihm jedoch alsbald, das Bedenkliche eines solchen Kantönligeistes gegenüber der Finanzfrage zu erwägen, bei welcher die Centralregierung denn doch nicht zu umgehen sei. Dem Landtage wurde auch die Oberaufsicht in Gemeindesachen vindicirt. Bei §. 18 sträubten sich Geistlichkeit und Adel gegen das Recht mit zwei Drittheil Mehrheit Verfassungsänderungen vorzunehmen, aber hartnäckig drangen Bürger und Bauern gegen manche Zu-

Digitized by Google

muthung, wodurch sich jene in den Besitz des Aenderungsrechtes setzen wollten, durch. Vielseitig wird nun, wo die Berathungen beendet sind, auf die Beschlußnahme der benachbarten Salzburger Stände hingewiesen, wobei die Vertretung nach Ständen aufgegeben und die echte des Volks in aller Freiheit angenommen wurde. Dr. Fischer (von Geburt Tiroler) verfocht tüchtig und erfolgreich das Princip der Repräsentativverfassung, ob er es in seiner Heimat mit gleich günstigem Einfluß hätte thun können, bezweifeln wir. Seine vier Stände sind dem Tiroler ins innerste Herz gewachsen, obwohl sie ihm bis heut blutwenig zu Nutzen lebten. Eine Volksvertretung soll den Einfluß einzelner Kasten aufheben, bei uns fragt sich noch, ob nicht durch Beseitigung der gegebenen Schranken eine einzige alle andern überwerfen und fast allein den Ständesaal besetzen würde. So lange der Klerus als Macht und Allmacht im Lande besteht, wird er auch eine freie Vertretung selbständig für sich ausbeuten. Eine Provinzsynode mit etlichen zugelassenen Ministerialen und Hörigen wäre sicherlich das Wahlergebniß. Der historische Boden, wie Fischer meint, heutzutage wie immer mager genug nas nicht für ewig fest, wird auch bei uns bald solcher Früchte geben, daß jene, die jetzt auf ihm sich sicher wähnen, selbst zum Spaten greifen, ihn umzugraben. Sind doch der Kämpfe, die wir hart bedrängt und ohne die Hoffnung baldigen Sieges durchfechten, die Frucht der Drachensaat, womit uns die „Historiker", die Freunde des Alten beschenkt. Diese Liebhaber des Status quo erzogen auch die „redlichen Laien", welche in einem Briefe vom 3. Juli aus Landeck den Redakteur der Innsbruckerzeitung „wohlmeinend aufmerksam machen, fernerhin die Zeitung nicht mehr so unchristlich und radikal einzurichten, als er widrigens kein gutes Loos zu erwarten hätte und auf eine Weise aus dem Wege geräumt und aus der Welt geschafft würde, die er keineswegs zu vermuthen im Stande wäre". Solche Stilübungen befördern jene Männer, die da fürchten, es könnten einmal Schullehrer aus den Fenstern eines zum Lehrerseminar gewordenen Klosters sehen und unsere Bauern möchten Etwas von jenem Naturzustande verlieren, der sie zu guter Stunde fromm und knechtisch, in schlimmer aber — wüthende Bestien sein läßt — was man mit der Phrase „s' sind halt Bauern" nachsichtsvoll entschuldigt, wie neulich in der Allg. Z. treffend bemerkt wurde. — Den 21. Saden erfahren wir aus Innsbruck, daß — Graf Brandis seine Stelle als Gouverneur von Tirol und Vorarlberg — niedergelegt hat und sich in den Privatstand zurückziehen will. Nächstens das Weitere.

Preußen. || Berlin, 19. Juli. Die Stellung, welche die deutsche Nationalversammlung der hannöverschen Regierung gegenüber eingenommen, erregt hier nicht geringes Aufsehen, und man verbirgt sich nicht, daß es über kurz oder lang zu ähnlichen Konflikten mit Preußen kommen muß, wenn man nicht noch in Frankfurt zur rechten Zeit den Weg der Revolution verläßt, der sicherlich nur zum Bruche führen kann, und den der Vereinbarung einschlägt, auf dem vielleicht noch das scheinbar unnahbare Ziel der deutschen Einheit zu erreichen wäre. Nicht durch parlamentarische Siege in der Paulskirche ist ein Volk von 16 Millionen Menschen zu unterwerfen, nicht durch Machtsprüche einer zur Zeit nur auf einer abstrakten Idee beruhenden Centralgewalt verfügt man über 500,000 Bajonette; nur wenn sich die Frankfurter Autorität Sympathien im Volke selbst erwirbt, kann sie auf das Volk rechnen, und hierzu ist leider für jetzt in Preußen noch wenig Aussicht. Mag man immerhin über das Stockpreußenthum so viel seufzen, so viel schmähen, wie man will, das Stockpreußenthum ist eben vorhanden, und die preußische Regierung, so gerne sie in ihrer Politik einen höheren Standpunkt einnehmen möchte, darf schwerlich ihre Rechnung machen, ohne auch dieses Element in Anschlag zu bringen, welches durch die preußenfeindlichen Verhandlungen in Frankfurt erstaunliche Nahrung erhalten hat. Gott behüte das arme, viel geprüfte Deutschland vor dem Schlage; aber gesetzt, das preußische Volk, müde der Verunglimpfungen süddeutscher Advokaten, entziehe sich einer Diktatur, zu deren Schwächung sie durch ihre „kühnen Griffe" selbst am Meisten beigetragen hat, wohin würde uns ein solches Zerwürfniß führen? Die Republik im südwestlichen Deutschland, vielleicht auch in Oesterreich, und ein konstitutionelles Königthum im Norden, das wären höchst wahrscheinlich die Folgen eines Risses, den die Herren Blum, Zitz und Konsorten freilich gern herbeiführen möchten und auf den sie augenscheinlich unter dem Vorwande der deutschen Einheit hinarbeiten. Säße doch die Majorität der Frankfurter Versammlung noch bei Zeiten ein, daß ihre kühnen Griffe nur die Zwecke der Minorität fördern, daß es die höchste Zeit ist, zu versöhnen und abzulassen von diktatorischen Maßregeln, denen selbst kleinere Staaten, als Preußen, ungestraft Trotz bieten würden, wenn erst ein einziger Protest den zweifelhaften Nimbus zerstreut hätte, mit dem im Anfang der Enthusiasmus einer aus langem Schlafe erwachenden Nation die Versammlung umgab. Möchten doch die Herren in der Paulskirche nicht vergessen, daß ihre Macht, gleich der Unfehlbarkeit des Papstes, nur so lange gilt, als das Volk daran glaubt, und daß sie nothwendig fallen muß, sobald mit einem Wort der Bogen zu stark gespannt wird*).

Berlin, 20. Juli. Der Pr. Staatsanzeiger enthält Nachstehendes: Die deutsche Bundesversammlung hat in ihrer 27. diesjährigen Sitzung vom 2. April d. J. den Beschluß gefaßt:

„daß, nachdem die seit dem Jahre 1819 erlassenen sogenannten Ausnahmegesetze des deutschen Bundes unter veränderten Umständen bereits allenthalben außer Wirksamkeit getreten, dieselben für sämmtliche Bundesstaaten aufgehoben, mithin als bereits völlig beseitigt zu betrachten nad, wo es noch erfoderlich befunden werden sollte, darüber die nöthigen Bekanntmachungen zu erlassen seien."

Dieser Beschluß begreift, wie sich auf deßfallsige amtliche Rückfragen näher herausgestellt hat, auch die im Jahre 1819 wegen der Anstellung von außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten bei den deutschen Universitäten gefaßten Bundesbeschlüsse in sich. Es ist daher von verschiedenen Seiten her, sowohl von den akademischen Senaten, als auch von außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten selbst, der Antrag gestellt worden, dem deßfallsigen Beschlusse auch auf den preußischen Landesuniversitäten unverzüglich Folge zu geben und die Thätigkeit der außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten außer Wirksamkeit treten zu lassen. Das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat diesen Anträgen entsprochen und zu diesem Ende die außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten an den diesseitigen Landesuniversitäten veranlaßt, sich der auf dieser Eigenschaft beruhenden Funktionen in Zukunft zu enthalten und sich lediglich auf diejenige Wirksamkeit zu beschränken, welche bereits die frühere Gesetzgebung, namentlich die Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialpolizei- und Finanzbehörden vom 26. Dezember 1808, deren Bestimmungen sich in Nr. V. der Instruktion vom 18. November 1819 wiederholt finden, den Kuratoren an den Universitäten beilegt. Die bereits eingeleiteten und schnell vorschreitenden Verhandlungen und Berathungen der Universitäten über deren künftige Gestaltung erstrecken sich auch auf die etwaigen Abänderungen in der Einrichtung der Universitätskuratorien. Es wird daher darüber zu seiner Zeit das Weitere im gesetzlichen Wege verordnet werden.

Baiern. § München, 20. Juli. Die Abstimmung des preußischen Landtages, durch welches eine Mißbilligung der Wahlart des Reichsverwesers und ein Vorbehalt gegen die Beschlüsse des deutschen Parlaments ausgesprochen ist, hat hier — wenigstens bei allen denen, die die Einheit Deutschlands wirklich wollen — unangenehm überrascht. Am wenigsten hatte man ein Votum zu Gunsten der Sonderregierungsmacht grade von einer Versammlung erwartet, von welcher bisher die nächst gelegenen Regierung nur Hindernisse bereitet, nur Fesseln angelegt worden waren. Wir dürfen uns nicht täuschen, der Schwerpunkt unserer Macht liegt in Frankfurt. Jede Verrückung bringt das Ganze ins Wanken. Auch Preußen wird am sichersten seine Kräfte wieder sammeln in der lebendigen Verbindung mit dem neuen Reich. Die Verstüchtigung der Rechte des Staates, der Eigenthümlichkeit der Stämme ist nicht zu besorgen, so lange ein wirkliches Leben in ihnen ist; und ein künstliches zu erhalten, ist nicht der Mühe werth. Was allein zu besorgen steht, ist, daß die dynastischen Sonderinteressen sich wieder geltend machen könnten gegen die gemeinsamen deutschen, wie bereits der König von Hannover es versucht hat; und dagegen ist Deutschland allein geschützt durch das Ansehen seines Parlamentes und die Macht seines Reichsverwesers. Nach einer hier mehrfach ausgesprochenen Ansicht muß das Parlament auf den Antrag zurückkommen, daß, so lange es selbst mit dem Verfassungswerk für Deutschland beschäftigt ist, ein besonderes Landtag in einem Einzelstaat, wenigstens ein konstituirender, nicht Statt haben könne. Dazu kömmt die völlige Unfähigkeit des preußischen Reichstages, nur bis zum Anfang der Verhandlungen zu gelangen. Wir sind über-

*) Wir brauchen kaum zu bemerken, daß wir nicht Alles unterschreiben, was der verehrte Korrespondent über das Verhältniß seines engern Vaterlandes zur deutschen Nationalversammlung ausgesprochen hat; aber nothwendig schien es uns an einer der vielen Mittheilungen, die uns von freisinnigen und patriotischen Männern aus Preußen zukommen und die alle ziemlich ähnlich lauten, die Stimmung zu charakterisiren, die sich in einem großen Theile des Landes allmählich geltend macht. Unsere heutigen Korrespondenzen aus München, vom Neckar und vom Rhein sehen das Verhältniß Preußens zum Theil verschieden an, und wir haben natürlich auch ihnen die Spalten geöffnet, da eine Verständigung hier nur durch offene und freimüthige Diskussion möglich ist. Daß man jene Regung des preußischen Partikularismus nicht zu gering anschlagen darf, scheint uns unzweifelhaft; wir werden in den nächsten Tagen in einem leitenden Artikel darauf zurückkommen. Die Red.

zeugt, daß sich dasselbe Schauspiel in Wien wiederholen wird. Man verschwendet Zeit und Kräfte und nutzt eine Regierung nach der anderen ab, so daß das alltägliche Gesetz der Selbsterhaltung schon die Maßregel vorschreibt. — Der durch Ihre Zeitung „aus Baiern“ ergangenen Aufforderung zur Protestation gegen das österreichische Geldausfuhrverbot hat das Parlament rasch und vollständig entsprochen. Vielleicht findet auch ein Antrag „aus München“ Gehör, den Sie mittheilen mögen. Wir haben seit den Tagen des März aufgeräumt, gefegt und gekehrt im Vaterlande, und es ist im Eifer des Ausputzens manch altes Stück mit fortgeschoben und geschafft worden, das wir wahrscheinlich in den ersten Stunden rückkehrender Gemüthlichkeit schwer vermissen, hervorsuchen und, wenn auch beschädigt, wieder aufstellen werden. Einen Schandfleck aber aus alter Zeit hat kein Besen noch Scheuerlappen berührt, und die Schmach liegt nach wie vor über uns. Das Parlament steht dem Unrath nah genug, um ihn zu merken, und sollte nicht säumen, ihn beseitigen zu lassen. Sie verstehen, daß ich die Spielhöllen meine. Die Pächter des Unglücks und der Sittenlosigkeit können kein Recht vor Thronen und Kronen in Anspruch nehmen; und hat das Parlament — wo es des Reiches gemeine Wohlfahrt galt — mit Letzteren wenig Umstände gemacht, welche wären sie den grünen Tischen schuldig? Fort mit ihnen in die Rumpelkammer der Geschichte, wo sie — neben den Folterwerkzeugen des frommen Mittelalters als Andenken aus unsrer Zeit der Aufklärung und Moral uns zur Beschämung, kommenden Geschlechtern zur Warnung und Belehrung stehen mögen. — Der hiesige Flottenverein hat seinen dritten Bericht veröffentlicht. Er ist doppelt so stark, als der zweite. Gegen 10,000 Gulden sind bereits eingegangen; neue Summen stehen in Aussicht. Die Bevölkerung ist dem Unternehmen sehr günstig, vornehmlich der Bürgerstand, der Adel thut wenig oder Nichts, auch der Hof hat sich bisher nur theilweis angeschlossen. Nach Frankfurt wird man die Beiträge erst nach beendigter Sammlung schicken.

Würzburg, 19. Juli. Die vorgestern von der Neuen Würzb. Ztg. gegebene Nachricht von dem Befehl, welcher den vom Rhein zurückkehrenden baierischen Truppen zur Umkehr nach dem Rhein durch eine Staffette nachgesendet worden war, bringt man in Verbindung mit der im „Mainzer Journal“ befindlichen Meldung aus Westrich, wonach sich bewaffnete Arbeiterhaufen aus dem Innern Frankreichs der Grenze nahen, und einen Einfall in Deutschland beabsichtigen. Doch läßt sich das Gerücht nicht verbürgen. Eine gestern hier abgehaltene Studentenversammlung beschloß die Annahme einer Geschäftsordnung, und beauftragte ihren Ausschuß mit Vorlegung einer energischen Adresse an das Ministerium des Innern in Betreff der Sicherstellung des freien Associationsrechtes der Studenten, welches durch einen kürzlich auf Andringen der Studirenden vom Rektorat veröffentlichten Ministerialerlaß sehr in Frage gestellt erscheine. (N.W.Z.)

Baden. Δ Mannheim, 22. Juli. Der neue vaterländische Verein beschäftigte sich in der letzten Zeit weniger mit Politik als mit materiellen Fragen theils lokaler, theils allgemeiner Natur. Eine Kommission aus seiner Mitte trat mit dem Gewerbverein, mit der Handelskammer und dem Gemeinderath zusammen, um die Mittel zur Hebung der Noth leidenden Gewerbe zu berathen, deren Ergebniß in einem Aufruf an die hiesigen Einwohner niedergelegt wurde. Vor Allem wird darin erklärt, daß eine durchgreifende Hilfe nur von dem männlichen Zusammenwirken aller Wohlgesinnten für baldige Herstellung der Sicherheit des öffentlichen Rechtszustandes und des äußern und innern Friedens zu erwarten sei. „Es ist dieses, wird gesagt, die Bedingung einer vollständigen Wiederbelebung von Handel, Verkehr und Gewerbthätigkeit.“ Wie viel Wahrheit in diesen Worten liegt, davon mag sich Jeder überzeugen, der unsern Freihafen besucht. Dieser konnte sonst die Masse der ankommenden Waaren nicht fassen, es war ein Gedränge von Wagen zur Weiterbeförderung dieser Waaren, ein Gewühl von beschäftigten Menschen, Alles voller Leben, Bewegung und Thätigkeit, wogegen jetzt tiefe Stille herrscht und die Arbeiter den Verdienst entbehren. Nur das Vertrauen auf eine friedliche Entwicklung unserer Zukunft wird unserm durch Thätigkeit und Solidität ausgezeichneten Handelsstand den Muth geben, seine Unternehmungen wieder zu beginnen und hierdurch den brodlosen Arbeitern wieder Nahrung zu verschaffen. Um aber bis dahin der herrschenden Noth einigermaßen abzuhelfen, werden folgende Vorschläge gemacht, welche auch allgemeinen Anklang gefunden haben. Es soll 1) die seit einem Jahr bestehende Handwerkerbank ausgedehnt und mit einem größern Kapital fundirt werden. Zu diesem Zweck ist eine Subskription für unverzinsliche Vorschüsse eröffnet worden, welche bereits schon über 10,000 fl. ertragen hat. Es sollen 2) wöchentliche Beiträge gesammelt werden, um Bestellungen bei unbeschäftigten Handwerkern machen zu können. Auch hiefür sind schon mehrere hundert Gulden wöchentlich gezeichnet. Es soll 3) die bisherige Gewohnheit, die Rechnungen der Gewerbs- und Handelsleute erst nach 6 oder 12 Monaten zu zahlen, abgeschafft und nur wohlhabenden Einwohner ersucht werden, alle Einkäufe alsbald baar zu zahlen. Es verdient 4) die Industriehalle noch erwähnt zu werden, welche schon vor längerer Zeit begründet, Vorschüsse auf fertige Gewerbs-Erzeugnisse macht und diese zum Verkauf ausstellt. Zu diesen rein lokalen Einrichtungen, welche übrigens auch in andern Städten nachgeahmt werden könnten, tritt der Vorschlag zur Bildung eines Vereins, dessen Mitglieder sich verpflichten, vorzugsweise inländische (d. h. deutsche) Gewerbserzeugnisse zu verbrauchen. Schon vor einiger Zeit haben Frauen der hiesigen Stadt einen solchen Verein gegründet und mit dem besten Erfolg. Jetzt handelt es sich darum, dieser Idee die möglichste Ausdehnung durch ganz Deutschland zu geben. Hier hat jeder Einzelne Gelegenheit, seine Vaterlandsliebe zu bethätigen, und ohne große Opfer in dieser verhängnißvollen Zeit zum Wohl seiner zum Theil brodlosen Landsleute beizutragen. Wie bald könnten auf diese Art unsere Fabriken wieder in Gang gesetzt und Tausenden von Arbeitern Verdienst verschafft werden! Das möge jeder Deutsche bei sich bedenken und sobald als möglich seine Freunde, Bekannten und Mitbürger zur Bildung gleicher Vereine veranlassen. Auf diese Art wird mehr erreicht, als durch die übertriebenen Schutzzölle, welche Herr Eisenstuck vorschlägt. Denn diese geben einestheils den Nachbarstaaten Anlaß zu Retorsionen (Erwiderungen), anderntheils werden sie Veranlassung zu dem verderblichen Schmuggel. Die Nation muß sich selbst helfen, sie muß durch die That beweisen, welche Theilnahme sie für inländische Gewerbthätigkeit hat; dadurch wird diese ermuntert, schnell herauszublühen und bald allen ausländischen Erzeugnissen die Spitze bieten können.

= Vom Rhein, 22. Juli. Sie haben jüngst eine Probe mitgetheilt, wie eins der bedeutendsten französischen Blätter die deutschen Dinge auffaßt; es ist uns heute Gelegenheit gegeben, darauf zurückzukommen. Im Allgemeinen sind die deutschen Zustände der Presse an der Seine ein „Buch mit sieben Siegeln“; dieselben sind seit dem Februar 1848 darüber nicht klüger geworden als zuvor, und die Mehrzahl der Agenten, welche die Regierung über den Rhein geschickt hat, wird sie darüber auch nicht klüger machen. Sonst sehr gescheite Blätter, auch wenn sie zugeben müssen, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes keine Neigung hat, sich an republikanischen Staatsexperimenten zu verbluten, können doch ihre Verstimmung darüber nicht bergen, daß die deutsche Entwicklung ihren konstitutionell-monarchischen Charakter festhält, statt sich durch die Exempel zu Paris zum Gegentheil verführen zu lassen. Das ist verzeihlich; jeder wünscht seinem politischen Princip die weiteste Verbreitung, und auch wir unsererseits wären nicht untröstlich darüber, wenn Frankreich in die Bahnen einer gesunden konstitutionellen Monarchie wieder einlenkte. Nur ist es lächerlich, wenn man sich über die Lage der Dinge mit Gewalt zu täuschen sucht; wenn einzelne Organe der republikanischen Partei durchaus in den Herren Blum, Schaffrath und Kompagnie den Ausdruck der souveränen Mehrheit des Volkes sehen wollen, oder wenn die „Reforme“ sich einerseits beißt, die Wahl des Reichsverwesers sei allgemein mit tiefer Entrüstung aufgenommen worden, andererseits ihren Lesern von Unruhen und Emeuten in Deutschland berichtet, die sich schließlich höchstens auf eine Katzenmusik, einen Wirthshauslärm oder sonst eine sonveräne Demonstration reduciren lassen. Je stärker sonst dieser Ton durchklingt, um so auffallender ist ein Brief, den das neueste „Journal des Débats“ sich aus Berlin schreiben läßt. Das genannte Blatt bedauert, daß man „statt weisen Grundsätzen zu folgen und offen auf den Weg einer guten politischen Harmonie im Innern einzulenken, sehr häufig in der Paulskirche zu Frankfurt darauf ausgehe, nur den eifersüchtigen Neigungen der kleinen und großen Stämme Deutschlands nachzugeben.“ Es zählt alle die Folgen auf, die ein Bruch zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland nothwendig mit sich führen müsse, und fürchtet, daß der Gedanke einer deutschen Einheit sehr bald „durch die Ungeschicklichkeit seiner Vertreter zu einem Traum Utopiens würde.“ Denn, fährt es fort, „es ist unmöglich, daß ein blühender Staat von 16 Millionen Einwohnern, der 6 bis 700,000 Mann auf die Beine bringen kann, seine Vergangenheit zurückstößt, seine Geschichte verläugnet und einigen Rhetoren zu Gefallen sich dazu hergibt, ohne Zucken, ohne ein Wort des Widerspruchs zu einem Nichts zu werden. Preußen kann diese Rolle der Selbstverläugnung nicht so leicht spielen, wie die kleinen Staaten, deren Souveränetät zufällig vom Fürsten Metternich in den Wiener Verträgen eingeimpft worden ist, das ohne Anstand thun können. Auch wird es allem Anschein nach widerstreben; sein Widerstand wird so nachhaltig sein, als seine Geduld groß war. Vielleicht wird dann das deutsche Reich seine

kleinen Vorurtheile aufgeben und anerkennen müssen, wie ungerecht es gegen den Staat war, der ihm am meisten Opfer gebracht hat." — Soweit der Preuße im Journal des Débats. Seine Worte sind bitter, aber sie enthalten schmerzliche Wahrheiten. So tief wir es beklagen müßten, wenn Preußen sich hinreißen ließe, eine Sonderstellung einzunehmen, d. h. wenn die Regierung nicht mehr stark genug wäre, den Sondereigungen des Volkes zu widerstehen, so wenig dürfen wir die Stimmung verkennen, die sich brieflich und mündlich von Preußen aus kundgibt und die, wenn nicht versöhnend entgegengewirkt wird, zu einem mächtigen und gefährlichen Rückschlag des preußischen Partikularismus führen muß. Es ist nicht ein leerer Name oder eine in der Luft stehende Regierung, aber eine todte, klanglose Reminiscenz verwitterter Erinnerungen, es ist ein Volk, das beinahe die eine Hälfte von Deutschland ausmacht, dessen materielle und moralische Kräfte augenblicklich stark erschüttert, aber nicht überwältigt sind, das sich im Gegentheil unter dem Eindrucke einer fortdauernden antipreußischen Agitation sehr rasch wieder zusammenfinden und erholen werden. Das Gefühl, in jedem starken und einigen Deutschland unvermeidlich und unentbehrlich zu sein, die Erinnerung, daß Preußen dreimal — unter dem großen Kurfürsten, unter Friedrich II. und im Jahr 1813 — die deutsche Waffen- und Nationalehre allein aufrecht erhalten hat, ist etwas im Volke so Lebendiges und Unvertilgbares, daß das weiland rheinbündische Deutschland sehr unklug handeln würde, wenn es diese warmen und fruchtbaren Regungen zurückstieße, statt sie an sich heranzuziehen. Wir am Rhein können es leicht nehmen, wenn ein Professor aus Gießen, dessen frivole Seele niemals im Leben eine ernste Sache mit Ernst erfaßt und behandelt hat, oder ein Mainzer Advokat, dessen Demagogenlorbeer längst verwelkt sein wird, wenn die großen Erinnerungen großer Zeiten in allen Herzen zwischen der Saar und Memel noch lebendig wurzeln, es darauf anlegen, das preußische Ehrgefühl mit Schmähungen und Galleriespektakel zu kränken. Aber in Preußen selbst ist der Eindruck ein anderer, zumal wenn die Zurücksetzung, die sich dort in Worten aussprach, bisweilen von der Mehrheit der Versammlung durch Thaten und Beschlüsse wenigstens mittelbar sanktionirt wird. Jede einzelne Kränkung, jede Schmähung wird sich dort mit unvertilgbaren Zügen im Gedächtniß des Volkes eingraben und früher oder später eine Last von Gegenanklagen hervorrufen, die unsere Hoffnungen auf eine deutsche Einheit mit sammt der Einigkeit begraben wird. Daß den Männern der Zerstörung und Zerrüttung sehr Viel daran liegt, den Körper zerbröckelt zu sehen, der ihren Gelüsten immer noch Widerstand leisten wird, das ist sehr einfach; nur begreifen wir nicht, wie auch bessere Leute ihnen unbewußt in die Hände arbeiten mögen. Die Warnung, die das fremde Pariser Blatt uns vorhält, sollte daher nicht ignorirt werden; nicht nur für die Souveränetät der Throne, auch für die Souveränetät gesetzgebender Versammlungen können Momente eintreten, wo das verhängnißvolle trop tard seine Anwendung findet.

** Vom Neckar, im Juli. Man hat es in den jüngsten Monaten hie und da gehört, daß die Stimmführer der Partei für konstitutionelle Monarchie in Deutschland den Weg der Girondisten gehen würden, nicht weil sie selbst die politischen Fehler der Vergniauds und Guadets begingen, sondern weil der Boden unter ihren Füßen durchlöchert sei, weil zwar nicht die Monarchie, wohl aber die Monarchen während der letzten dreißig Jahre sich unmöglich gemacht und auch noch jetzt nicht geändert hätten. Diese Stimmen kamen keineswegs von Männern, denen daran lag, die Vertheidiger staatlicher Ordnung und Gesetzlichkeit gegen die raubgierigen Angriffe der Pöbelherrschaft zu Gunsten derselben durch Einschüchterung zum Schweigen zu bringen; sie kamen von tiefen Menschenkennern, welche vielleicht nur die lange Beobachtung der menschlichen Jämmerlichkeiten zu sehr aller Hoffnung beraubt hatte. Es ist wahr, daß die Macht des Princips fortwährend durch die Schwäche der Persönlichkeiten gebrochen wurde, die es am Ersten hätten stützen sollen; es ist wahr, daß die höhnende Frage der Republikaner: Wo wollt Ihr einen König hernehmen, der groß und edel genug ist für die große edle Zeit? eine furchtbare Kraft in sich schloß. Dessenungeachtet zerriß das deutsche Volk mit bei Weitem überwiegender Anzahl das schwere Schuldbuch der Vergangenheit; die am tiefsten von den bisherigen Systemen gekränkten Männer erstickten aus Liebe für das wahre Wohl des Vaterlandes die bittern Erinnerungen früherer Zeiten. Ja dem gewaltigen Kampf der letzten Tage hat es sich dargethan, daß der Kern des Volkes mit gleicher Kraft gegen Unten und gegen Oben den Weg eines großartigeren Staatslebens gehen will; aber die vielen Erklärungen der konstitutionellen Vereine, welche die Frankfurter demokratische Aufruhrproklamation vor Kurzem hervorrief, haben, meine ich, bei aller ihrer sittlichen Entrüstung über jene verwerflichen Umtriebe es auch deutlich genug ausgesprochen, daß es eben das monarchische Princip sei, von dessen Ordnung und Gesetzlichkeit verbürgende Kraft für die Erfüllung ihrer politischen Hoffnungen erwarten, daß sie für dieses Princip Gut und Blut aufopfern wollten, keineswegs aber für die persönliche oder dynastische Rechte! Man täusche sich darüber ja nicht. Die konstitutionelle Partei hat damals über die Taktlosigkeit hinweggesehen, mit welcher der Abgeordnete von Wirsitz statt im schwarzen Kleide in der weißen Gardeuniform in der Kammer erschien, obgleich er doch erst vor wenigen Tagen die konstitutionelle Schule Englands verlassen hatte; sie hat die Wildenbruch'sche Note im dänischen Kriege als die Schuld des damaligen Ministers des Auswärtigen betrachtet. Allein wenn vor Kurzem das Publikum erfuhr, daß zu Potsdam die Gebaetsfeier des Petersburger Kaisers vom Hofe prächtig in russischen Uniformen begangen wurde, so fragt ein ehrlicher Konstitutioneller das zeitige Ministerium, wie es einen solchen Schritt hat wagen können. The king can not do wrong — das Ministerium bleibt verantwortlich! Oder weiß man zu Berlin nicht, daß Viktoria kein Kammermädchen haben darf, die ihrem ersten Lord des Schatzes nicht ansteht? Die verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu Personen gehen den Staat und die Politik Nichts an; wenn man aber diese Beziehungen in Formen einkleidet, die sie von persönlichen zu politischen machen, zu einer Zeit, wo das gesammte deutsche Volk jeden Augenblick bereit ist, Gut und Blut in einem Kampfe gegen den Staat zu opfern, dem es immer der entgegengesetzten Principien wegen feindlich gegenüber stehen wird, so heißt es doch fürwahr Nichts weiter, als sich absichtlicher Weise die Hände gegen die Pöbelwirthschaft binden, die jetzt noch unter dem Schreien über „Reaktion!" ihre Wühlereien forttreibt! — Es ist kein Zweifel, daß in Preußen in diesem Augenblick der Partikularismus in bedenklicher Weise zu reagiren beginnt; wir wollen nicht untersuchen, ob nicht auch auf der andern Seite Manches hätte vermieden werden können, das diesen Widerstand heraufbeschwor. Aber davor möchten wir im Interesse der guten Sache auf's Ernstlichste warnen, daß man an diesen Widerstand nicht weitere reaktionäre Hoffnungen anknüpfe; man würde damit nur den Gegnern die mächtigste Waffe in die Hände geben. Es ist vielmehr für die Regierung die höchste Pflicht, jenem Partikularismus versöhnend entgegenzutreten; sie muß sich stark beweisen auch gegen diese Anwandlungen einer Reaktion im Volke, und wenn sie auch Preußens gutes Recht und Ehre mit aller Wachsamkeit wahrt, so muß sie nicht minder bedacht darauf sein, jedem Versuche, dieser preußischen Ehre eine trotzige Sonderstellung zu geben, gleich im ersten Momente entschieden zu begegnen.

Hessen. ○ Darmstadt, 21. Juli. Die heutige Sitzung des hiesigen „vaterländischen" Vereins bot ein mehr als gewöhnliches Interesse, indem sie vorzüglich geeignet war, den Geist und das Streben dieses Vereins näher kennen zu lernen. Derselbe hatte sich Anfangs unter sehr günstigen Auspicien und lebhaftem Zudrang gebildet, hatte später aber durch die Gründung des „konstitutionell-monarchischen" Vereins und den Indifferentismus vieler Theilnehmer, deren Begeisterung für vaterländische Ideen, wie so häufig eine unglaublich kurze Hebung feierte, eine Anzahl seiner Mitglieder verloren. Wir bedauern solche Verluste um so weniger, als dadurch der Verein von vielen Elementen befreit wurde, welche in träger Philisterhaftigkeit zu keinem Entschlusse des vernünftigen Fortschritts gelangen können und einer regen Geistesthätigkeit und frischer Entwicklung immer hemmend entgegentreten. Nach Verlesung einer Adresse des „deutschen" Vereins zu Leipzig, in welcher den Beschlüssen des hiesigen vaterländischen Vereins hinsichtlich des Monge-Metternich'schen Aufrufs ehrende Anerkennung gezollt und zur Theilnahme an einer mit Rücksicht auf jenen Aufruf an die konstituirende Nationalversammlung zu Frankfurt zu richtenden Adresse aufgefordert wurde, schritt die Versammlung zu einer Besprechung über die auf kommenden Sonntag bei Darmstadt angekündigte Volksversammlung, zu welcher Deputationen des ganzen Landes, vorzüglich aber großer Zuzüge aus Rheinhessen erwartet werden. Eine Theilnahme des Vereins als solchen bei dieser Versammlung wurde abgelehnt, hingegen der Wunsch ausgesprochen, daß recht viele Mitglieder sich dabei betheiligen möchten, um den Gang der Berathung auf dem Boden des gesetzlichen Fortschritts zu erhalten und kräftig den dem Vernehmen nach gegen die großh. Regierung gerichteten, in Aussicht genommenen Sturmpetitionen entgegenzuwirken. Nach dem von dem hiesigen „demokratischen Lesevereine" aufgestellten Programm werden auf der gedachten Volksversammlung Anträge über die Auflösung der jetzigen zweiten Ständekammer, auf gänzliche Beseitigung der ersten Kammer und auf alsbaldige Berufung einer konstituirenden Versammlung gestellt werden. In Hinsicht des ersten Antrags sprach sich die Ansicht des Vereins dahin aus, daß das Fortbestehen der zweiten Kammer, welche selbst nicht einmal mehr für sich das Vertrauen des

Digitized by Google

Volkes vindicire und selbst auf Auflösung dringe, nicht mehr unterstützt werden könnte, so sehr auch die vielen dringenden Gesetzesvorlagen einer baldigen Erledigung bedürften und die Basis noch nicht gegeben sei, auf welche hin man eine neue Kammer berufen könne. Was jedoch die Beseitigung der ersten Kammer der Stände, sowie die Berufung einer konstituirenden Versammlung betreffe, könne, ehe die konstituirende Nationalversammlung zu Frankfurt die Grundzüge der zukünftigen Verfassung Deutschlands festgestellt habe, von der Regierung keinerlei Entscheidung verlangt werden. In diesem Sinne wurde ein Antrag, den Advokat Metz auf der gedachten Volksversammlung zu stellen gedenkt, von den meisten Anwesenden adoptirt. Derselbe geht dahin, daß die Volksversammlung es für die Pflicht eines jeden echtgesinnten Deutschen erkläre, der konstit. Nationalversammlung in Frankfurt jede mögliche Unterstützung zu gewähren und daß sie jede Verfolgung von Sonderinteressen, wodurch die Wirksamkeit und das Vertrauen der Nationalversammlung untergraben würde, entschieden mißbillige, daß sie ebenso die bekannte Erklärung der hannaver'schen Regierung wie den Erlaß des demokratischen Centralausschusses in Frankfurt als den Ausdruck einer undeutschen Gesinnung verdamme. Was die auf nächsten Sonntag anberaumte Volksversammlung betrifft, so scheint dieselbe außerordentlich zahlreich zu werden und dürfte bei den aus Frankfurt angekündigten Rednern der Linken uns ein schroffes Bild der jetzt kämpfenden Parteien vorführen.

A Darmstadt, 23. Juli. Heute erschien endlich der vielfach schon angekündigte, aber immer wieder verlegte Tag, an welchem die demokratischen Vereine des Landes, besonders die aus Rheinhessen, mit allerhand Zuzug von Außen verstärkt, ihren Triumphzug hier halten wollten, nachdem sie eine Volksversammlung in dem benachbarten Walde bei Kranichstein abgehalten. Der Zug hat wirklich stattgefunden; aber der Triumph ist ihnen nicht geworden; so wenig auch die Gesinnung der unendlichen Mehrzahl der Bewohner hiesiger Stadt und deren Umgebung für die ganze rein demokratische Thätigkeit irgend einen Anklang versprach, so geht doch die Niederlage, welche sie heute erlitten, über alles Erwarten. An dieser gänzlichen Niederlage trägt nun das Benehmen der Partei allein die Schuld. Ihr Auftreten erregte von vornherein eine entschiedene Mißstimmung. Statt um 11 Uhr auf dem Wahlplatze zu sein, verzögerte das demokratische Komité seine Ankunft bis nach 12 Uhr. Die volksfreundlichen Herren scheinen sich eine Unart der Großen schon angeeignet zu haben, die selbst bei den Residenzlern gerechten Unwillen erregte. Als es nun endlich auf der Tribune erschien, nahm das Komité für sich allein das Recht in Anspruch, den Präsidenten der Versammlung zu bestimmen, als welcher sofort Hr. Zitz bestimmt wurde. Dem wurde opponirt, indem die Versammlung das ihr zustehende Recht behauptete, den Präsidenten zu wählen. Als solcher wurde Hr. Stahl bezeichnet. Diesen Vorschlag zu begründen, wurde mehreren Rednern, die es wollten, verweigert; sie wurden als gemeine Kerle, erkaufte Residenzler, niederträchtige Schurken ꝛc. bezeichnet, und zwar nicht etwa von dem gemeinen Haufen, sondern von den Mitgliedern des Komité's. Diesem wort- und schimpfreichen Terrorismus ging dann ein von den mitgebrachten Turnern auf Kommando geübter zur Seite; sie besetzten alle Stellungen um die Tribune, um ihrem Geschrei und ihren wüthigen Geberden, das von Trommeln akkompagnirt wurde, die Versammlung zu unterwerfen. Allein auch dieser Plan ward an dem energischen Widerspruch der Mehrzahl der Versammelten zu nichte; Hr. Zitz, der ersprießene, konnte nicht durchgesetzt werden. Als er hiervon die Ueberzeugung gewonnen, forderte er seine Begleitung auf, den Versammlungsplatz zu verlassen, sprach sodann gegen die hiesige Bevölkerung den Bannfluch und einige eifernde Drohungen, worauf er mit seiner zahlreichen Sippschaft den Platz unter dem Beifalle aller Anwesenden verließ. Also bei dieser Partei immer und überall dieselbe Anmaßung, Herrschsucht und Sonderbündelei, wie sie sich im Vorparlament und bei der Wahl des Reichsverwesers gezeigt. Der hiesige Volkslesevereín, der auch zur Versammlung eingeladen, hat zwar auch nicht jene Tugenden, doch jedenfalls seine gänzliche Unfähigkeit, eine so große Versammlung zu leiten, bewährt. Schon die Aufstellung und Zurichtung der Tribune war von der Art, daß von ihr aus kein Wort für die entfernter Stehenden vernommen werden konnte. Sodann war es im hohen Grade unklug, den nun hier einmal nicht beliebten Hrn. Zitz durchaus in den Vordergrund zu stellen und den Eingang auf die Tribune den Rednern anderer Parteien durchaus zu verschließen oder zu erschweren. Das Ergebniß hat aber jedenfalls die Versammlung, auch ohne Diskussion, gehabt: daß die Richtung, der Hr. Zitz und Genossen angehört, hier den entschiedensten und allgemeinsten Widerstand findet.

Schleswig. Rendsburg. Die Erklärung des Regierungsk. über die Waffenstillstandsunterhandlungen in der Sitzung der Ständeversammlung am 18. Juli gibt die „S.-H. Z." in folgenden Worten wieder: Der Kommissär: Der Waffenstillstand, über dessen Abschluß viele Mitglieder der Versammlung heute nähere Kunde erwartet haben werden, ist noch nicht eingetreten, sondern, soweit die Nachrichten der prov. Regierung reichen, nur eine Waffenruhe bis morgen (den 19.) Abend, bis zu welcher Zeit man die Entschließung von Kopenhagen im Hauptquartier erwartet. Es wird wegen eines längeren Waffenstillstandes unterhandelt. Wenn es dazu kommt, so würde noch die Ratifikation des deutschen Reichsverwesers erforderlich sein, worüber natürlich noch mehrere Tage hingehen würden. Es hat die prov. Reg. officielle Kunde nur davon, daß unterhandelt wird, und daß eine Waffenruhe eingetreten ist. Aus vertraulichen Mittheilungen aber weiß sie, daß zwei Punkte in den Waffenstillstandsbedingungen zur Frage stehen. Der erste betrifft das Fortbestehen oder Abtreten der prov. Reg., und über diesen Punkt habe ich mich bereits dahin ausgesprochen, daß die prov. Reg., so lange sie sich des Vertrauens des schlesw.-holst. Volkes versichert halten darf, nur im Einverständniß mit der Centralgewalt oder auf Aufforderung des Reichsverwesers abtreten wird. Der zweite Punkt betrifft die Stellung und das Verhältniß der schleswig-holst. Truppen und in Bezug auf diesen Punkt wird die prov. Reg. nie einwilligen, daß dieselben während des Waffenstillstandes ganz oder theilweise aufgelöst werden, vielmehr erkennt sie es als nothwendig an, daß sie zur Disposition der Landesregierung gestellt bleiben, welche über ihre Uebungen, Kantonnements u. dgl. zu bestimmen haben muß. Die Kammer nahm darauf mit 53 gegen 13 Stimmen den Antrag des Abg. Brackel an, der Regierung für ihre Erklärungen über die beiden letzten Punkte durch Aufstehen den Dank der Versammlung zu votiren. — Es wird versichert, daß der zwischen den Generalen Wrangel und Hedemann abgeschlossene Waffenstillstand um 24 Stunden, d. h. also bis zum 19. d. M., Abends 10 Uhr verlängert worden sei, offenbar in der Absicht, den definitiven Bescheid aus Kopenhagen abzuwarten. (S. H.)

Frankfurt. Die O.-P.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theile folgende Mittheilung: Eine der nächsten Aufgaben des Ministeriums war die Regulirung des innern Dienstes. Ihre Lösung war nicht ohne Schwierigkeiten, da das gesammte Dienstpersonal zu wählen und der Geschäftsbetrieb zu ordnen war. Dies ist bereits geschehen und der Dienst im geregelten Gange. Das Ministerium hat dabei die möglichste Vereinfachung der Geschäfte eingeführt und wird überflüssigen bureaukratischen Beigaben nie Raum gestatten. Es sind auch alle Vorbereitungen getroffen, daß, wenn das Ministerium, wie in kurzer Zeit zu erwarten ist, vervollständigt sein wird, die für dasselbe nöthigen Lokalitäten und Arbeitskräfte vorhanden sind und seine Thätigkeit in allen Richtungen beginnen kann.

*0 Frankfurt, 23. Juli. In der vorgestrigen Sitzung des Reichstages ist die angekündigte Tagesordnung nun zur Hälfte erschöpft, und die Frage über die Aufnahme der Posener Deputirten aufs Neue verschoben worden. Da es in der Hand des Reichsministers des Innern lag, die Debatte über den Wydenbrugk'schen Antrag zu verhindern, so fragen wir uns vergeblich, warum er dies unterließ. Denn nachdem er in seiner Rede angekündigt hatte, daß das mit Nächstem vervollständigte Ministerium der Versammlung ein Programm über seine künftige Handlungsweise vorlegen und auch dann die Gesandten für das Ausland ernennen werde, und zwar den nach Paris zu sendenden mit dem bestimmten Auftrage, die Republik anzuerkennen, durfte der Minister nur das Verlangen ausdrücken, daß die Diskussion über den Bericht des Ausschusses so lange ausgesetzt bleiben möge, und der größte Theil der Versammlung würde gewiß mit Freuden diesen Ausweg ergriffen haben, sich einer so unerquicklichen, vierstündigen Verhandlung zu entziehen; ja wir zweifeln nicht, daß selbst ein Antrag auf Tagesordnung nach den Erklärungen des Hrn. Ministers durchgegangen wäre. Unmöglich kann derselbe an diesem Phrasenkampfspiel politischer Neuphilosophen ein so großes Interesse gefunden oder die Hoffnung gehegt haben, daraus Belehrung zu schöpfen; aber dem palenfreundlichen Theile der Versammlung hat er unwillkührlich dadurch trefflich in die Hände gearbeitet, die endliche Entscheidung der posener Frage wieder aufs Neue zu verschieben, welche Absicht in der Freitagssitzung ausdrücklich ausgesprochen worden ist. Es bleibt uns daher nur übrig, in der Unterlassung eines solchen Antrages ein Versehen parlamentarischen Taktes zu erblicken, gegen welchen wir auch noch einen andern Verstoß nicht ungerügt hingehen lassen können, den der Minister dadurch beging, daß er, zur Versammlung redend, sich: Ihren Minister, Ihr Ministerium, nannte. Der verfassungsgebende Reichstag hat aber keine Minister

und bedarf deren auch nicht; Hr. v. Schmerling und seine Amtsgenossen sind Minister der Centralgewalt, und nicht Hr. Vogt, wie es gestern der Fall war, darf sie: „Unsere Minister“ nennen, sondern nur der Reichsverweser.

Schweiz.

* Zürich, 21. Juli. Der Gr. Rath des Kt. Zürich hat so eben einmüthig beschlossen, die neue Bundesverfassung unter Vorbehalt der Volksabstimmung anzunehmen, und dieselbe mit Empfehlung an die Urnerversammlungen des Volkes zu bringen. — Unser Erziehungsrath sprach sich am 19. mit knapper Mehrheit gegen die Berufung Scherr's zum Seminardirektor aus.

Basel, 21. Juli. Die N. Z. Z. enthält folgende Anzeige: Wir zeigen hierdurch einem geehrten Publikum an, daß der unter der Redaktion des mitunterzeichneten Gustav Struve bisher in Mannheim erschienene „Deutscher Zuschauer“ hier in Basel fortgesetzt werden und hinfüro besondere Rücksicht auf schweizerische Verhältnisse nehmen wird. Das Blatt wird außer dem mitunterzeichneten Gustav Struve künftighin den gleichfalls mitunterzeichneten Dr. Sihr zu verantwortlichen Redaktoren haben. Die Tendenz des Blattes wird nach wie vor dieselbe bleiben. Basel, 15. Juli 1848. Gustav Struve. Dr. J. Sihr.

Großbritannien.

London, 20. Juli. Die Londoner Zeitungen von diesem Datum enthalten aus Irland noch keine weiteren Nachrichten, welche auf einen wirklich bereits erfolgten Zusammenstoß zwischen den Regierungstruppen und den bewaffneten Klubs oder der sogenannten irischen Nationalgarde schließen ließen; aber man bereitet sich auf der einen Seite dazu vor und trifft auf der andern seine Gegenanstalten. Die Londoner Zeitungen sind im Allgemeinen guten Muthes und der Ansicht, daß ein offener Ausbruch und seine Folgen nicht schlimmer sein können, als die gegenwärtigen im Geheimen Alles unterwühlenden anarchischen Zustände. Man hofft, die revolutionäre Partei in Irland werde eine tüchtige Lektion empfangen und eine energische, aber menschliche Gesetzgebung dann um so eher im Stande sein, die allerdings in Irland in nur zu reichlicher Fülle angehäuften socialen Uebelstände möglichst zu beseitigen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Regierung selbst gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo die Volksbewaffnung noch nicht vollständig durchgeführt ist und die Leute mit der Ernte beschäftigt sind, das Ihrige gethan hat, um einen offenen Bruch herbeizuführen, und die dadurch etwa veranlaßten partiellen und zusammenhangslosen Emeuten mit rascher und kräftiger Hand zu erdrücken. Wie jetzt die Dinge aussehen, kann man etwa auf einen Kampf rechnen wie im Posenschen gegen die bewaffneten Kadres der polnischen Insurgenten. Allerdings hat Irland eine gute Anzahl volkreicher Städte, und es kommt viel darauf an, in welchem Umfange und mit welchem Glück sich diese an der Insurrektion betheiligen, namentlich wie der Aufstand, wenn man ihn versucht, in Dublin ausfallen wird. Haben die Aufständischen gleich Anfangs einige glückliche Erfolge, so dürfte England bei dem sanguinischen Charakter der Irländer nicht ohne Mühe und nicht ohne Gefahr für sich selbst des Aufstandes Herr werden. England möchte dann vielleicht mit einiger Reue an die Rolle denken, die es in dem letzten Unabhängigkeitskriege der Sicilianer ohne Zweifel gespielt hat! Der Standard sagt: „Die heute frühe eingelaufenen Nachrichten aus Irland beschäftigen die Theilnahme des Publikums vor Allem, und die einzige Befürchtung, die man hegt, ist die, daß die Regierung nicht gehörige Kraft entwickeln wird. Das entschiedenste Verfahren ist jedenfalls hier das zweckmäßigste, dasjenige, welches noch am wenigsten Menschenleben kosten wird“. In England bemüht man sich, den bevorstehenden Kampf als einen bloß socialen, wie denjenigen in Paris, als einen Kampf zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen darzustellen, wogegen sämmtliche Klubs von Dublin, auf den Antrag des Hrn. Smith O'Brien, protestirt haben. In ihrem von den Präsidenten sämmtlicher 21 Klubs von Dublin (hierunter ein irischer Staatsverrätherklub, Bermudaklub, Grattanklub, St. Patricksklub, „98“ Klub u. s. w.) unterzeichnetem Aufruf wird geradezu gesagt: daß der Aufstand keine sociale, sondern nur nationale Zwecke habe, daß man entschlossen sei, die Herrschaft der englischen Gesetze abzuwerfen, und so den Leiden und Unruhen, die unter der Herrschaft Englands nie aufgehört das irische Volk zu drücken, für immer ein Ende zu machen.

In dem von jeher aufsässigen Tipperary (wo beiläufig gesagt, engl. Schriftstellern zufolge, viele Abkömmlinge pfälzischer Einwanderer wohnen sollen) erwartet man den ersten Ausbruch. Während man aber hoffte, daß der Norden unter dem Einfluß der Oranienmänner, welche erst neulich den Jahrestag der Schlacht am Boynefluß durch antikatholische Umzüge feierten, sich von revolutionären Bestrebungen rein und sauber halten würde, erfährt man, daß auch hier die Aufwiegelei oder die sog. „Organisation“ Eingang gefunden hat, indem z. B. eine Abordnung des Centralklubs in der Stadt Enniskillen mit Errichtung von Zweigklubs beschäftigt ist. Von der großen Versammlung am Hügel Slievenamon, weiß man noch nichts Näheres; einer Angabe zu Folge sollen dort zwischen 30 und 50,000 Aufständler versammelt gewesen sein. In Waterford (früher ein Hauptsitz der Altirländerei, seit Meaghers zweckloser Verhaftung ein Hauptsitz des Klubsystems) zog Meagher, von der Versammlung am Slievenamon kommend, an der Spitze von 2 bis 3000 Mann ein; aus Carrick gaben ihm gegen 1200 Mann, Mitglieder der dortigen Klubs, in Marschordre das Geleite. Als der Priester Byrne mit noch einigen Rädelsführern in Carrick verhaftet werden sollte, sprengten sogleich reitende Boten nach allen Seiten aufs Land, um die bewaffnete Dorfbevölkerung herbeizuholen, worauf man es, um Blutvergießen zu vermeiden, gerathen fand, die Verhafteten frei zu geben. Uebrigens scheinen, wie dies gewöhnlich ist, die Urheber der Bewegung nicht mehr Herr derselben zu sein; man zwingt sie zum Theil, sich an die Spitze der Züge zu stellen und bei den Meetings das Volk anzureden. Smith O'Brien hat wahrscheinlich so wenig als früher der badische Hecker daran gedacht, mit dem Säbel statt mit Ideen und Reden zu kämpfen; aber die selbst heraufbeschwornen Dämone, die Gewalt der Umstände, die drängenden Mahnungen ungeduldiger Freunde werden auch ihn wahrscheinlich nöthigen, sich an die Spitze des Aufstandes zu stellen. Das M. Chronicle meldet in einer Nachschrift, daß die Regierung mit einem Dampfboot der Dubliner Dampfschiffahrtsgesellschaft Truppen von Belfast nach Cork geschickt habe, wo die Angelegenheiten eine sehr bedenkliche Wendung genommen hatten. Eine Menge Gerüchte waren in London am 20. in Umlauf, man sprach sogar davon, daß der Lordlieutenant durch Meuchelmord gefallen sei. Trotzdem standen die Konsols auf 87⅞.

Frankreich.

Paris, 21. Juli. Gestern cirkulirte im Konferenzsaale der Nationalversammlung das Gerücht, die parlamentarische Untersuchungskommission werde den Antrag auf Verhaftung und gerichtliche Verfolgung eines Volksvertreters (man nannte Caussidière) stellen. Diese Nachricht hat sich in der gestrigen Sitzung nicht bestätigt; man kündigt nun die Verwirklichung für heute an.

Alle Forts, in denen sich Junigefangene befanden, sind vollständig armirt worden und können jetzt eine Belagerung aushalten. So hat die Republik abermals in 24 Stunden und ohne alle Opposition durchgesetzt, woran Louis Philipp so viele Jahre vergeblich arbeitete. Die Forts sind jetzt einmal armirt und bleiben es, und eine selbst in den Straßen von Paris siegreiche Insurrektion würde erst die in achtzehn Festungen am Paris vereinigte Armee zu bekämpfen haben.

Die „Union“ will wissen, die Regierung habe die Konzentration mehrerer Regimenter im Süden an der Pyrenäengrenze befohlen.

Das Komité der auswärtigen Angelegenheiten hat sich heute wieder versammelt, um die italienischen Angelegenheiten zu besprechen. Eine heute über Turin gekommene Nachricht, daß die Oesterreicher nicht nur die Etsch überschritten haben, sondern auch 12,000 Mann stark bei Lagoscuro über den Po gegangen sind und in Karl Alberts Rücken agiren, Modena und das Römische bedrohen, machte große Sensation und veranlaßte die Herren Drouin de Lhuy, Mauguin und Napoleon Bonaparte abermals, auf die schleunigste Intervention einer französischen Armee zu dringen.

Gestern hat auf Anordnung des Liquidateurs der Civilliste der Verkauf der Pferde und Wagen der Herzogin von Orleans stattgefunden. Die Pferde wurden, obgleich Alle von edler Race, weit unter ihrem Werthe, durchschnittlich um 1000 Frks. verkauft, die Equipagen wurden kaum mit dem Preise des Geschirrs und der Räder bezahlt. Der Wagen, aus dem der Herzog von Orleans sprang und so den Tod fand, ward auf den Wunsch der Herzogin vom Verkaufe zurückgezogen und ihrer Anordnung gemäß verbrannt. Die zwei Ponneys, die ihre Söhne ritten, hat die Prinzessin um 600 und um 800 Frks. für sich zurückkaufen lassen. Der schönste Wagen und die zwei schönsten Pferde wurden, auf Befehl der Herzogin, der Person übergeben, die ihr am 24. Februar ihren Wagen geliehen hatte, um Paris zu verlassen.

Italien.

* Palermo, 11. Juli. Schneller, als wie es in unserm vorigen Berichte erwarteten, hat sich die Königswahl entschieden. Die neulich mitgetheilte Erklärung des Parlamentes, mit der Vornahme derselben noch einige Zeit warten zu wollen, ließ nicht vermuthen, daß

Digitized by Google

man so bald dem Dringen der über die ganze Insel verbreiteten Agenten nachgeben würde. Ob unterdessen eine Verständigung über die Person des neuen Herrschers zwischen England und Frankreich erfolgte, ob England allein ihn einführt, und somit hier der erste diplomatische Sieg Großbritanniens über das neue Frankreich gefeiert wird, dem es in seiner früheren Gestalt immer noch nicht auf die spanische Intrigue geantwortet hat; ob Karl Albert seinem Sohne in irgend einer Weise eine goldene Treppe baute, wir wollen es nicht läugnen, überraschend ist uns dieser schnelle Entschluß der Sicilianer gewesen. Die eigentlich italienische Partei hofft von dem jungen Herzog von Genua, dem zweiten Sohne Karl Alberts, viel, obgleich man wohl schwerlich mehr von ihm weiß, als daß er ein Prinz ist; indem sie erwartet, nun die Sicilianer in den Krieg des Nordens verwickeln zu können, und zugleich eine Handhabe mehr gegen den König von Neapel zu besitzen. Dieselbe scheint sich, ähnlich der deutschen, in ihren Plänen über die Nachhaltigkeit partikularischer Sonderinteressen vollständig hinwegzusetzen, um einen Gedanken schon jetzt ins Leben einzuführen, dessen Verwirklichung eine lange Entwickelungsgeschichte im Bewußtsein des Volkes vorhergehen muß. Womit soll sich denn Deutschland oder Italien in den nächsten Jahren politisch beschäftigen, wenn ihm das erste Jahr seiner neu errungenen Selbständigkeit schon alle Wünsche erfüllt. Ein Volk, das keine Eroberungsgelüste besitzt, mag fortwährend in sich große kämpfende Gedanken tragen, wenn nicht im kurzen Genuß des von den Vätern Geerbten bald alles politische Leben ersterben soll.

† Neapel, 13. Juli. Die Deputiertenkammer erwählte zu ihrem Präsidenten D. Capitelli und zum Vicepräsidenten R. Savarese. Dieselbe hatte sich gestern zu einer geheimen Sitzung versammelt, der zum erstenmale die Minister beiwohnten, wobei es zwischen dem Minister des Innern, Poerzelli, und dem früheren Ministerpräsidenten, Troya, über das Programm vom 3. April zu einem heftigen Wortwechsel kam, indem Borzelli behauptete, dasselbe sei dem früheren Ministerium von einer Partei aufgedrungen worden. Daß übrigens das jetzige Ministerium auf schwachen Füßen steht und in ganz kurzer Zeit wird weichen müssen, sieht Jeder ein. Ueber die Ereignisse in Calabrien wollten auch hier die Minister nicht mit der Sprache heraus, die Verbindungen mit den Hauptorten seien erst seit wenigen Tagen wieder offen, sie könnten daher erst später ausführliche Berichte und Erklärungen geben. Uebrigens unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß diesmal doch die Truppen Sieger geblieben sind, und der Aufstand scheint so viel als gedämpft zu sein. Die Truppen sind in Cosenza eingerückt, das die provis. Regierung vorher verlassen hatte. Diese zog sich nach Catanzaro, wo sie sich als provis. Centralregierung festsetzen wollte, wurde aber nicht aufgenommen und wird nun wohl die Hoffnung aufgeben müssen, irgendwo genügenden Anklang zu finden. — Aus dem Umstande, daß noch fortwährend Truppensendungen von hier nach Calabrien gehen, schließt man auf eine Expedition gegen Sicilien, und dieses Gerücht findet hier allgemeinen Glauben, man sagt sogar, daß auch einige Schweizerregimenter dazu verwendet werden sollen. — Die hier liegende französ. Flotte soll in einigen Tagen nach Palermo segeln.

Nachschrift. Ein so eben aus Palermo hier eingetroffenes englisches Dampfschiff bringt die Nachricht, daß das dortige Parlament den Herzog von Genua, zweiten Sohn Karl Alberts, zu ihrem König erwählt haben. Derselbe soll den Titel führen, Karolo Amadeo I., König der Sicilianer durch die Konstitution des Reiches. (Carlo Amadeo I. Re dei Siciliani per la constituzione del Regno.)

* Neapel, 10. Juli. Der Bischof von Cosenza, den das Regierungsblatt aus jener Stadt in einer Deputation nach Castrovillari abreisen läßt, befindet sich seit 15 Tagen in Neapel!! Eine Presse dieser Art genießt unter Ferdinand II. die vollkommenste Freiheit; daß es dagegen kein Wort davon erwähnt, daß tausend Sicilianer sich wiederum unter dem Schutze einer französischen Fregatte nach Kalabrien eingeschifft haben, versteht sich von selbst. In der Kammer wurde der Advokat Dr. Domenico Capitelli zum Präsidenten und Dr. Roberto Savarese zum Vicepräsidenten erwählt. Die Schweizer und Lazzaroni sind allmählich aus treuen Freunden erbitterte Feinde geworden; bei der Porta Nolana ist es gestern zu einem blutigen Dolchgefechte gekommen, welches auf beiden Seiten mehrere Menschenleben kostete. Dem Vernehmen nach soll die Ursache in der Streitfrage gelegen haben, wer von ihnen den König mehr liebe, die bezahlten Republikaner oder die Lazzaroni, die ihm seine Civilliste aufbringen? Vom Kriegs-Schauplatze her werden mit dem nächsten Dampfer kalabresische Gefangene erwartet; worum um so mehr gezweifelt werden muß, da die „Libera Italia" versichert, daß im Gegentheil die Kolonne des Generals Busacca, nachdem sie neulich den Insurgenten bei Spezzano di Tarsia vermittelst ihres Geschützes arg zugesetzt habe, selbst einige Stunden später eine noch größere Niederlage durch die Artillerie des eben anlangenden sicilianischen Oberst Longo erlitten habe.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[663] **Erklärung.**

Am 19. Juli 1848 wurde der Studentenschaft in Neustadt folgender Erlaß des Ministeriums des Innern durch Vermittelung des schon von der Regierung selbst beseitigten Universitätskurators von dem baierischen Landkommissär mitgetheilt. (S. den Erlaß in Nr. 201). Die Studentenschaft beauftragte hierauf ihren Ausschuß zu erklären, daß sie ihre Indignation über die Unterscheidung der badischen Studenten von den übrigen ausspricht und überhaupt sich gegen jede Verschiedenheit der angedrohten Strafen verwahrt.

Neustadt a. d. Haardt, 21. Juli 1848.

Im Namen des Ausschusses:
Otesch, Grovrlias, Haas.

[664] **Stellegesuch.**

Eine Dame, welche vier Sprachen, mit dem reinsten Accent, spricht, wünscht eine Stelle als Gesellschafterin oder Erzieherin anzunehmen. Es können Adressen angegeben werden, vermittelst welcher man die Bestätigung erlangen wird von deren wissenschaftlichen und musikalischen Bildung sowohl als in Beziehung auf die Vortrefflichkeit des Charakters. Frankirte Zuschrift an Hrn. R. R. Zähringerstr. N. 24 in Karlsruhe.

Rheinische Dampfschifffahrt. Kölnische Gesellschaft.

[665]²⁰ Tägliche Abfahrt vom 9. Juni an:

Von **Mannheim** nach **Cöln** 6 Uhr Morgens in einem Tag.
" " " **Mainz** 7 Uhr Abends im Anschluss an das Boot von Strassburg und 2. Zugs von Schliengen.
" " " **Strassburg** 10 Uhr Abends.

Von **Mainz** nach **Mannheim** 12½ Uhr Mittags und 5 Uhr Abends.
Von **Strassburg** nach **Mannheim** — **Mainz** 10½ Uhr Morgens.

Mannheim, den 8. Juni 1848.

Nähere Auskunft ertheilt:
Die Agentur.

Niederländische Dampfschiffe.

Täglicher Dienst. Zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Ohne umzuladen in zwei Tagen bis Rotterdam und in drei Tagen von Rotterdam nach Mannheim. Abfahrt von Mannheim 5 Uhr Morgens. Das Boot vom Sonntag korrespondirt mit dem jeden Dinstag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier". Der Agent
[666]² Mannheim, 26. Juni 1848. **L. W. Renner.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elwert 4 Kupp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Plätze übernimmt sich an H. L. Lingg und in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Rue de Beaune du Louvre.

Deutsche Zeitung.

Die Buchhandlung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2. 30. — (durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 206. Heidelberg, Mittwoch 26. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Reichscentralgewalt und die Einzelnregierungen. II. — **Wien** (ein sanskulottisches Blatt. Sieg der Ungarn über die Aufständischen. Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten). **Triest** (Vom Kriegsschauplatze. Verhandlungen wegen Geiselnauswechselung). **Berlin** (Kammerverhandlungen. Vorschlag der Regierung zu gleicher Steuervertheilung. Interpellation d'Ester's und Antwort des Justizministers. Rückkehr des Generals v. Pfuel aus Petersburg. Die Verfassung. König von oder der Preußen). **Polen** (die Artikel der Ruge'schen Reform in der Gazeta polska. Towiański's Sekte. Proteste der Polen). **Karlsruhe** (Ernst der Regierung, die Aufhebung der demokratischen Vereine betreffend. Kammerverhandlungen: Die Ablösung der Wild- und Jagdrechte. Bericht über die Einführung der Schwurgerichte. Anleihe von 2½ Millionen fl. beschlossen. Kredit für Gerichts- und Gefängnißbauten gefordert. Die Abberufung der Gesandten. Die Petition der Heidelberger Studentenschaft). **Mannheim** (Peckers beabsichtigte Auswanderung). **Darmstadt** (Kammerverhandlungen. Angriff der Grafen Solms auf die „Darmstädter Zeitung"). **Frankfurt** (Cavaignac's Schreiben an die deutschen Regierungen betreffend die Zulassung der Polen. Verhandlungen der Nationalversammlung).

Großbritannien. Die englische Zeitungspresse über die Stellung der Reichsregierung. Die irische Verschwörung. Ankündigung eines Gesetzvorschlags auf Aufhebung der Habeascorpusakte in Irland. Die Times über Aenderungen im diplomatischen Korps. Die irische Entwaffnungsakte.

Frankreich. **Marseille.** Französische Schiffe in sardischen Diensten.

Italien. **Ferrara.** Die Oesterreicher über die Etsch zurück. **Solto.** Begeisterung der abziehenden neapol. Truppen für ihren König. Befestigtes Lager. Rekognoscirung Radetzky's. Die Oesterreicher im Modenesischen.

Beilage. Verhandlungen der Nationalversammlung über auswärtige Politik. — Rückblick auf die Jacoby'schen Anträge. — **Frankreich.** **Paris.** Ergebnisse der Untersuchungen über den Juniaufstand. Eindruck der neuesten Kriegsereignisse in Italien. **Italien.** Die Alpenarmee soll einrücken. **Genua.** Auch hier ein amerikanisches Geschwader erwartet.

Heidelberg, 25. Juli.

Außer der Kompetenz der neuen Centralregierung verdient die Art und Weise alle Aufmerksamkeit, auf welche sie regieren, oder auf welche sie bei der Erlassung und Vollziehung ihrer Vorschriften sich zu den einzelnen Regierungen verhalten wird.

Wir müssen hierbei erwägen, daß Deutschland kein Staatenbund und auch kein Einheitsstaat, sondern ein Bundesstaat sein soll. Im Staatenbunde bliebe die volle Selbständigkeit der Einzelstaaten gewahrt, und die Centralregierung würde sich daher über die einzelnen Regierungsmaßregeln, wo nicht gerade vertragsmäßige Ausnahmen beständen, vertragsweise mit den einzelnen Regierungen einigen und denselben die Vollziehung überlassen müssen. Dem völlig einheitlich organisirten und centralisirten Staate würde dagegen ein direktes Anordnen und Vollziehen von Seite der Centralbehörde entsprechen, so daß dieser die Behörden der einzelnen Staaten hierarchisch untergeordnet würden und die Regierungen dieser Staaten zu Mittel- oder Provinzialstellen ohne Selbständigkeit heruntersänken. Der erste Modus ist nicht möglich, weil er eben das bisher vorhandene Verhältniß nicht ändern würde. Der zweite ist ebenfalls nicht möglich, weil Deutschland nicht ein centralisirter Staat sein soll, und weil auch die Verschiedenheit der Verwaltungsorganisationen in den einzelnen Territorien den Gedanken an ein direktes und unvermitteltes Regieren der Centralgewalt ausschließt.

Es scheint deßhalb ein Zwischenglied zwischen der Centralgewalt und den einzelnen Regierungen nicht entbehrt werden zu können, und in Gemäßheit des Art. 14 des Gesetzes über die Centralgewalt (die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln soweit thunlich mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen) hat diese letztere, soviel man hört, bereits dahin führende Schritte gethan und die einzelnen Regierungen zur Entsendung von Bevollmächtigten aufgefordert.

Duhlmann hatte in seiner Berichterstattung über den ganzen Beschluß sich gegen diesen Artikel erklärt, obgleich er eine ähnliche Einrichtung für wünschenswerth hielt, und die Umwandlung des Bundestags in eine Art von Staatsrath als den nächsten und passendsten Ausweg betrachtete. Die Bestimmung des Artikels ist durch ein Amendement von **Welcker** in das Gesetz gebracht, und die Reden von **Welcker** und **Stedmann** legen dar, daß die Absicht dabei keine andere war, als den Regierungen ein Mittel zu geben, der neuen Centralgewalt gegenüber ihre Selbständigkeit zu bewahren und nicht schlechthin zu bloßen Provinzialverwaltungsstellen hinabgedrückt zu werden.

Wie nahe oder wie fern die Gefahr einer solchen Mediatisirung der Einzelstaaten liege, wollen wir hier nicht untersuchen. Uns scheint es gewiß, daß die Centralregierung daran zunächst auf keine Weise denke, daß sie vielmehr ihr eigenes kräftiges und erfolgreiches Wirken als durch die Erhaltung und Kräftigung der einzelnen Regierungen bedingt ansehen wird. In diesen treten ihr weder dynastische, noch sogenannte Regierungsinteressen, welche den allgemein deutschen und den Volksinteressen feindlich wären, sondern es treten ihr darin die einzelnen Volksstämme selbst entgegen, deren Kräfte für gemeinsame Zwecke zu verwenden, deren Interessen und Empfindungen zu diesem Ende aber auch zu schonen sind. Die neue Regierung hat keine eigenen und unmittelbaren Quellen materieller Kräfte, sie wird sich wegen dessen, was sie bedarf, immer an die einzelnen Regierungen wenden müssen. Es ist wohl zu erwägen, daß die neue Regierung Kosten und Lasten veranlassen wird, und daß es ihr bei den finanziellen Zuständen in Deutschland trotz der herrschenden Begeisterung für die Einheit schwer fallen würde, das Nöthige direkt herbeizuschaffen. Ebenso ist zu erwägen, daß die unmittelbare Ausführung beschlossener Maßregeln doch nur durch Vermittlung der Regierungen erfolgen kann, und ein direktes Ausführen faktisch unmöglich ist. Für ihre eigene Existenz, für ihr Wirken ist daher der Centralgewalt das Einverständniß mit den Regierungen völlig unentbehrlich.

Dieses Einverständniß soll sich durch Bevollmächtigte der Regierungen vermitteln. Wir halten es dabei wo nicht für völlig unerläßlich, doch für höchst wünschenswerth, daß diese Bevollmächtigten sich in ein Kollegium einigen. Für gemeinsame Angelegenheiten, für Maßregeln, welche alle Regierungen betreffen, scheint dieses schon aus Rücksichten auf den Geschäftsgang und einfache Erledigung nöthig zu werden. Es wird sich oft mit einem Schreiben und einer Antwort abthun lassen, was sonst deren achtunddreißig erforderte. Außerdem aber scheint eine solche Vereinigung nöthig, um gerade die Einheit unter den Staaten herzustellen und dieselben als verbundene Glieder eines und desselben Organismus erscheinen zu lassen. Diese Einheit bedarf gerade in dem Zwischengliede zwischen der Centralmacht und den Einzelregierungen eines vollständigen und unzweideutigen Ausdrucks. Würde es sonst wohl unterbleiben, daß man vorzugsweise mit dieser oder jener Regierung verhandelte, würde nicht die eine oder andere Anlässe finden, sich für übergangen oder zurückgesetzt zu halten, und wohl gar Mediatisirungspläne und nachtheilige Einverständnisse zu besorgen?

Dann aber fragt sich, wie weit die Befugniß dieser Regierungsbevollmächtigten gehen soll. Wir wollen die Fragen von der näheren Organisation der ganzen Einrichtung, von der Nothwendigkeit, anderweite Bestimmungen über die Möglichkeit per majora in einem solchen Kollegium zu entscheiden, sowie Bestimmungen über das Stimmenverhältniß zu treffen, hier nicht berühren, sondern nur bemerken, was unter dem im Gesetze gebrauchten, allerdings etwas unbestimmten Ausdrucke „Einvernehmen" verstanden sein kann. Eine vertragsweise Einigung kann nicht gemeint sein; solche entspräche weder dem Begriffe des Bundesstaats, noch dem einer Centralregierung, noch besserte sie das bisher bestandene Verhältniß. Ebensowenig als die Regierungen ein förmliches Veto haben können, ist aber auch die Mitwirkung ihrer Bevollmächtigten auf ein bloßes Ueberbringen und Uebersenden der Befehle der Centralregierung und ein Zurückberichten über die erfolgte Ausführung zu beschränken. Zwischen einem förmlichen Rechte der zu ertheilenden

Digitized by Google

und zu versagenden Zustimmung und einer blos mechanischen Vermittlung wird vielmehr die Bedeutung der Regierungsbevollmächtigten in der Mitte liegen. Dieselben werden zunächst die Anliegen ihrer Regierungen bei der Centralmacht zu verfolgen haben, und dieser Theil ihrer Thätigkeit wird vielleicht der wichtigste sein. Der Anlaß zu Regierungsmaßregeln wird meistens von den Landesregierungen durch ausdrückliche Anträge gegeben werden. Dann werden die Bevollmächtigten das Recht haben, mit ihren Vorstellungen gehört zu werden, man wird ihr Gutachten fordern — wobei es wesentlich eben auf die Ansicht nicht dieser oder jener, sondern aller Regierungen ankommt, und also die Vereinigung in ein Kollegium unerläßlich scheint — man wird Auskunft über besondere Verhältnisse und Einrichtungen in den Territorien von ihnen verlangen, und künftighin, wenn die Gesetzgebung erst an die Einzelnheiten kommt, kann es wünschenswerth sein, ihnen, gerade um die besondern Wünsche und Anliegen schon bei der Abfassung der Entwürfe kennen zu lernen, eine vorberathende Mitwirkung, in der Art, wie solche einem Staatsrathe obliegt, anzuweisen. Natürlich kann sich Letzteres nur auf diejenigen legislativen Arbeiten beziehen, welche nach Gründung der Verfassung von den durch die Verfassung geschaffenen oder bestätigten Organen vorgenommen werden.

Es leuchtet ein, daß die Stellung der Regierungsbevollmächtigten hiernach weniger auf bestimmten Grundlagen, weniger auf anzurufenden und genaue Entscheidung gebenden Gesetzesworten, als auf gegenseitigem Vertrauen und auf dem Interesse beruht, welches die Centralregierung und die Einzelregierungen dabei haben, mit einander wirklich in gutem Einvernehmen zu bleiben. Es kommt hier gewiß auf guten Willen und richtigen Takt Alles an, und dazu, daß durch Beides das zu erreichende Ziel erreicht werde, kann auch die Nationalversammlung dadurch beitragen, daß sie die Tendenz nicht aufkommen läßt, den Ministern jede Berücksichtigung der Anliegen und Interessen der Einzelregierungen zu verleiden und wohl gar unmöglich zu machen. Wir bezweifeln, daß eine Einrichtung wie die geschilderte als eine definitive bestehen und Dauer haben könnte; als eine provisorische und transitorische wird sie sich aber halten können und müssen, und gerade darin, daß es dabei mehr auf ein einträchtiges Zusammenhandeln, auf Berücksichtigung gemeinsamer großen Interessen ankommt, als auf Befolgung genauer, die Rechte und die Kompetenz regelnder Gesetzvorschriften — gerade hierin wird für die Betheiligten ein Motiv liegen, es an Nichts fehlen zu lassen, was jener Einrichtung ein ersprießliches und tüchtiges Wirken möglich machen kann.

Oesterreich. Wien, 18. Juli. Die von einem Korrespondenten aus Temesvar freben erhaltenen Nachrichten vom 13. d. M. lauten folgendermaßen: Am Festtage der Illyrer oder Serben, Peter und Paul, mithin am 11. Juli, kam es zwischen den ungarischen Truppen und den Aufrührern bei Groß-Becskerek und Werschetz zu bedeutenden Gefechten, in welchen das reguläre Militär, größtentheils Ulanen und Husaren, Sieger blieben und die Aufrührer, die bei Becskerek bei 400 Todte verloren, ohne Pardon zu geben in wilde Flucht jagten und auch ihren Anführer gefangen nahmen. In Temesvar, der Hauptstadt des Banats, würden auch die 5 Kanonen, die man den Rebellen abgenommen, und drei Fahnen mit vielem gefangenen Raubgesindel eingebracht; die drei abgenommenen Fahnen waren eine russische, illyrische, und eine schwarze und gelbe. Große Massen von Empörern, bestehend aus Walachen, Serben, Bosniern und andern Bergvölkern, sind an mehreren Punkten der untern Donaugegend aufgestellt und haben den ganzen Verkehr der Donauschifffahrt, zum großen Schaden des Handels, gehemmt. (Bresl. Z.)

Wien. Die Bresl. Z. bringt von hier folgende, für die fast barocken Wiener Zustände bezeichnende Mittheilung: Dem Journal „Der Ohnehase" ist vom Sicherheitsausschuß aufgetragen worden, seinen in doppelter Beziehung anstößigen Titel zu ändern, nachdem ihm schon früher der Verkauf auf offener Straße mit einem wandernden Bureau untersagt worden war, das ein mit einer blutrothen Schabrake geschmücktes Pferd in Bewegung setzte und von einem mit der rothen Jakobinermütze gezierten Mann ausgerufen ward. Das von Blumberg, einem sehr jungen Literaten, redigirte Blatt hat sich sofort in einen „Proletarier" umgetauft und verfolgt nach wie vor seine republikanischen Tendenzen.

Wien, 20. Juli. In der heutigen Sitzung der verfassungsgebenden Versammlung wurde zuerst der Entwurf der Geschäftsordnung verlesen und derselbe einstweilen bis zur nähern Berathung als Statut angenommen. Die Geschäftsordnung, welche vorzüglich der französischen nachgebildet zu sein scheint, ist im ganzen sehr zweckmäßig verfaßt; nur war uns darin auffallend, daß der Vorsitzende seines Stimmrechts beraubt ist. Die Reichsversammlung schritt hierauf zur Wahl des Vorsitzers auf 4 Wochen, welche mit 259 aus 289 Stimmen auf den Dr. Schmitt fiel. Außerdem erhielten noch Hr. Hagenauer (aus Triest) 12, Graf Stadion 3, Villersdorf 3, Palazky 1, Ludomierszky 2, Mayer (aus Brünn) 3, Robert 2, Füster 1. Dieses für die deutsche Nationalität scheinbar so günstige Resultat ist nur die Folge eines zwischen den Parteien getroffenen gütlichen Uebereinkommens, welches aber doch, wenn es für die Dauer erhalten würde, gute Früchte tragen muß. Hr. Schmitt (aus Wien) ist ein ehrenwerther, erprobter Charakter von gediegenen juridischen Kenntnissen und von gemäßigten aber entschiedenen Gesinnungen. In seiner kurzen, würdigen Antrittsrede bedauerte er den Erfolg der Einigkeit zwischen den verschiedenen Parteien, und hoffte, daß diese auch für die Zukunft bewahrt werden wird. Er richtete auch einige Worte an die Zuhörer, und ermahnte sie ferner mit der bisherigen Würde sich zu betragen. Zum ersten Vicepräsidenten wurde erwählt mit 239 Stimmen Dr. Strohbach (aus Prag). Bei dieser Abstimmung erhielt Stadion 22 Stimmen. Dr. Strohbach sprach gleichfalls mit einigen herzlichen versöhnenden Worten seinen Dank aus, und erklärte in seiner Wahl das slavische Prinzip geehrt. Zum zweiten Vicepräsidenten wurde Hagenauer mit 232 Stimmen gewählt; bei dieser Wahl erhielt auch der galizische Bauer Sawka eine Stimme. Hr. Hagenauer sagte u. A. in seiner Dankrede, daß der Präsidentenstuhl der Reichsversammlung mit einer Glorie umgeben sei, die der eines Thrones gleiche. Die Sitzung wurde um halb 5 Uhr vertagt um sich um 6 Uhr wieder zu versammeln, den Entschluß des Erzherzogs Johann über die feierliche Eröffnung des Reichstages zu vernehmen, und darüber das Weitere zu beschließen. Das Officierscorps der hiesigen Garnison hat ein Komité gebildet zur Wahrung ihrer Standesehre gegen die böswilligen Angriffe der zügellosen Presse, die in letzter Zeit es sich gleichsam zur Aufgabe machte, diesen ehrenwerthen Stand herauszufordern. (Allg. Z).

☽ Treviso, 18. Juli. Zwischen der provis. Reg. von Venedig und dem Feldmarschallieutenant Welden ist am 14. d. M. Nachmittags 2 Uhr eine Uebereinkunft getroffen in Betreff der Geiselauswechselung und der Rückkehr einiger Familien von Venedig nach Treviso. Die Unterhandlung fand in einem eigens dazu errichteten Zelte unfern Malghera Statt. Die wesentlichsten Bestimmungen lauten, wie folgt: 1) Der Transport der Trevisaner Familien, welche in die Heimat zurückkehren wollen, beginnt am 17. Morgens 6 Uhr mittelst einer 2- oder 4ruderigen Barke bis Fusina. Während der Ueberfahrt bleiben die Feindseligkeiten von beiden Seiten eingestellt. Der Beginn des Transportes und die Einstellung der Feindseligkeiten wird durch das Aufhissen einer weißen Flagge angedeutet. 2) Die provis. Regierung liefert dem Feldmarschall-Lieutenant Welden alle bis dahin zurückgehaltenen Geiseln aus: den Vicеadmiral Martini, den Feldmarschall-Lieutenant Ludolf, die Marineofficiere Major Bodai, Oberlieutenants Hadik, Filipps und 21 Officiere (Einige mit Familie), zusammen 221 Personen. 3) Dagegen liefert die österr. Regierung den Venetianern ebenfalls alle Geiseln aus, worunter einige Marineofficiere, den Bürger Fincati ꝛc. 4) Der Transport der gegenseitigen Geiseln findet Statt auf einem franz. oder engl. Kriegsschiffe oder auf einem Dampfer des österr. Lloyd. 5) Sollte aus Gesundheitsrücksichten auf der einen oder andern Seite ein Theil der auszuwechselnden Geiseln zurückbleiben müssen, so findet ein späterer Transport Statt auf Kosten des Landes, wo sie zurückgeblieben. — Die provis. Regierung machte auch den Vorschlag, 90 zu Zwangsarbeiten im Bagno verurtheilte österr. Unterthonen auszuliefern. Der österr. Bevollmächtigte, Graf Grenneville, erklärte hierüber keine Instruktionen zu haben, erbot sich aber, die Genehmigung des F.-M.-L. Welden darüber nachzusuchen. Die Konvention ist unterzeichnet von den Hrn. v. Grenneville, als Bevollmächtigtem des F.-M.-L. Welden, und H.H. Raffaelli und Fontana als Kommissäre der provis. Regierung.

Preußen. *** Berlin, 21. Juli. Die Verfassungsarbeit geht stoßweise vorwärts, wie aus den erpreßten Mittheilungen der Kommissionsmitglieder dann und wann ersichtlich wird. Die Interpellationen aus allen Provinzen haben doch gewirkt, daß die ewigen, kleinlichen, neckischen, alles Fortschreiten hindernden Interpellationen in der Versammlung endlich zu verstummen anfangen. Dieser mit einem Stoßseufzer verschlenderte Stoß des Entwurfs bestätigt indeß, unter welchen andern Interpellationen die neue Arbeit vorgenommen wird. Es wird eine Verfassung „für das Land", den Länder- und Völkerkonvolut, welcher heute Preußen heißt, nicht eine Verfassung des ehemaligen Staates Preußen. Sie könnte auch für Mingrelien oder

den Staat Illinois oder einen schwarzen Staat am Timbuktu passen, falls diese Völker sich auf den Standpunkt der Demokratie und der reinen Vernunft zu stellen die Absicht hätten. Wenn eine neue Brücke über einen Strom geschlagen werden soll, weil die alte nicht ausreicht oder baufällig ist, pflegt man doch die Pfeiler der alten Brücke zu prüfen, ob sie stark genug sind und ausreichen, um den neuen Oberbau zu tragen, und wenn das ist, benutzt man sie gerne, weil sie durch Jahrhunderte der Wuth des Stromes, dem Eisgang widerstanden haben. Wie manche Römerbrücke dient noch, und selbst in Deutschland, heute zum Verkehr, ja man bequemt sich mit der schmalen Passage, die für unsern Handel und Betrieb kaum mehr genügt, weil man die feste, Vertrauen einflößende Substruktion nicht zerstören mag. Wären die Pfeiler, welche der große Kurfürst, der an den störrischen Adel die letzte Bändigung anlegte, wären Friedrich Wilhelms I., Friedrichs II. Werke, wären die Schöpfungen Friedrich Wilhelms III. bis zum Jahre 1818 keine solche Pfeiler, auf denen das neue demokratische Gebäude fortgebaut werden könnte? Sollen sie als stolze Trümmer aus dem Strome hervorragen, ein Vorwurf für die Nachkommen, daß ihre Väter so festes Material unbenutzt ließen? Werden die Substruktionen der Nothbrücke, die wir heute aufführen, so fest sich zeigen, daß unsere Arbeit und Anmaßung vor ihnen gerechtfertigt erscheinen? — Der Adel und die Stände sind geopfert. Wir weinen ihnen keine Thränen nach. Sie haben es durch ihre Demonstrationen seit dem Jahre 1815 verdient. Sie begriffen die Zeit so wenig, als das Königthum sie begriff. Nach einer Ungerechtigkeit wie die alte ständische Vertretung sie bot, wo die kurmärkische Ritterschaft durch ihre Stimmenmehrheit die Vertretung der Städte erdrückte, Berlin mit eingerechnet, das durch seine Einwohnerzahl, seinen Reichthum und seine Intelligenz das ganze Besitzthum an Sandschollen, Kopfzahl, Vermögen und Kenntnissen jener Ritterschaft aufwog, war die andere Ungerechtigkeit eines Wahlgesetzes, welches alle Bedeutung der Ritterschaft und des Grundbesitzes vernichtete, nur eine Widervergeltung, ein maßloser Umschlag im Naturgesetz begründet. Revolutionären Umsturz der bestehenden Verhältnisse, der bestehenden Rechte, nannte man das bescheidene Verlangen, daß der städtische und bäuerliche Grundbesitz besser vertreten werde; haben die, welche das vertheidigten, das jetzige Wahlgesetz revolutionär zu nennen, ein Recht? Sie haben ihren Lohn dahin; aber daß die Bedeutung des großen, ja des Grundbesitzes im Allgemeinen aus unserer Verfassung ganz ausgestrichen wird, ist — kein Mißgriff, denn dem Strom ließ sich nun kein Damm mehr entgegensetzen, aber ein Unglück, das die nach uns erst voll empfinden werden, wenn es schwer sein wird, es zu heben. — Wir werden ein Zweikammersystem bekommen — die Fauteurs des Einkammersystems finden keinen Anklang in den Massen, welche sie kommandiren. Waffen fordern und ein Zeughaus stürmen, das verstehen sie, eine oder zwei Kammern ist ein zu subtiles Ding, um was man keine Faust erhebt. Aber was für ein Zweikammersystem? wird in der konservativ sein sollenden der Grundbesitz, die Intelligenz, der Besitz im Allgemeinen nur einigermaßen vertreten werden? Davon ist nicht die Rede, weil nicht davon die Rede sein soll. Alles natürlich Mächtige, alles Einflußreiche ist von selbst ausgeschlossen; wenn sich Ausgezeichnetes durch den Wahlmodus hinein schleicht, ist es eine Gnade Gottes. Daß die Universitäten dort vertreten würden, als solche, die bescheidenste Anforderung, die uns die Engländer selbst in die Hand geben, um statt der Aristokratie wenigstens ein geistiges Element hineinzubringen, ist nicht zu erwarten. An den Deputirten Waldeck, dessen Hand beim Verfassungswerk thätig ist, und der so beredt das Wort für die nicht Schreibenskundigen Abgeordneten geführt hat, möchten wir nur die bescheidene Frage richten: wird von einem preußischen Senator gefordert werden, daß er Geschriebenes lesen kann, oder wird dies nicht nöthig sein? Viele sind der Ansicht, wie die Dinge stehen, sei es besser, statt einer solchen Senatorenkammer einstweilen beim Einkammersystem zu verharren, eine zweite Kammer muß dereinst kommen, wie das B auf A, oder die Weltgeschichte lügt. Es sei nun besser, jetzt auf sie zu verzichten, wo man nur einen Schatten erhält, und zu warten auf eine Zeit, wo man die Wirklichkeit aus der Hand der Nothwendigkeit erhält. — Auch die Vetofrage wäre in der Kommission entschieden. Daß man auch diesen Spuk, dieses durchlöcherte Kleid aus der Rumpelkammer der revolutionären Vergangenheit hervorholt! Die Kommission laviert wieder im Milieu. Sie möchte vielleicht gern dem Könige das Veto retten, weil es ihr dämmert, daß ein Königthum ohne Veto schon eine Republik ist, sie wagt es aber nicht, sie wirft der aufgeregten Menge Speck hin und erklärt sich für ein suspensives Veto. Zwei Mal, nach Analogie der norwegischen Verfassung, darf der König sagen: ich will nicht, beim dritten Mal sagt er: ich muß wollen. Möglich, daß die Nationalversammlung bis zur Debatte zu besserer Einsicht gekommen ist. Praktisch ist bekanntlich die Frage nicht, da, so lange es wirkliche konstitutionelle Könige gibt, kein König ein Veto gegen den wirklichen Volkswillen durchzusetzen gewagt hat. — Aber die Kommission will den König von Preußen abschaffen und einen König der Preußen daraus machen. Abgesehen davon, daß der Gemüthsmensch von ein Aergerniß unserer Grammatiker ist, und damit doch wenigstens einer Menschenklasse ein Gefallen geschieht, und daß bereits Friedrich II. sich Borussorum Rex nannte, ist ein König der Preußen ein besserer Schild gegen die Republikaner. Wenn ihm auch sein Land genommen wäre, bleibt er ein König seines Volkes.

☽ Berlin, 21. Juli. Bei dem Beginne der heutigen Sitzung unserer Abgeordnetenkammer läßt der Präsident zunächst eine königliche Botschaft verlesen, mit welcher der Versammlung der Entwurf eines Gesetzes, die Aufhebung der noch bestehenden Grundsteuerbefreiungen betreffend, zu ihrer Erklärung vorgelegt wird. Der Finanzminister bemerkt dazu, daß es der Regierung vor Allem darauf ankomme, den Grundsatz einer gleichmäßigen Verpflichtung aller Staatsbürger, wie dies schon bei der Klassensteuervertheilung geschehen, so bei der Besteuerung überhaupt, zur Anwendung zu bringen. Es sei in dem vorgelegten Entwurfe zugleich Fürsorge getroffen, daß eine Kommission von Betheiligten die Mittel angebe, wie die künftigen Veränderungen in ihren Steuerverhältnissen, ohne ungerecht zu sein, bewerkstelligt werden könnten. Zum Schluß gibt der Minister die Erklärung ab, daß die Regierung sich mit durchgreifenden Maßregeln beschäftige, die alle Bürger in gleicher Weise zu den Lasten des Staats heranziehen und die Kraft des Vaterlands zur Erscheinung zu bringen vermögen. Der Abgeordnete Staatsanwalt v. Kirchmann zeigt der Kammer an, er finde, nachdem ihm der Justizminister die Versicherung gegeben, daß er in seiner Ernennung zum Vicepräsidenten des Oberlandgerichts zu Ratibor keineswegs einen Tadel seiner bisherigen Handlungsweise und eine unfreiwillige Versetzung, sondern in Wahrheit eine Beförderung zu suchen habe — keinen Grund, die ihm übertragene Stellung auszuschlagen, und trete in Folge dessen sein Amt als Abgeordneter nieder. Das Gesetz wegen Aufhebung der den Kreisständen nach der neuesten Gesetzgebung zustehenden Befugniß, bei Nothständen und gemeinnützigen Unternehmungen Steuern auszuschreiben — wird hierauf zum zweiten Mal verlesen und fast einstimmig angenommen. Nach dieser Einleitung gibt Herr d'Ester, dessen radikalen Scharfsinn wir in der letzten Sitzung zu bewundern Gelegenheit hatten, wiederum das Signal zu einem jener höchst unerquicklichen Auftritte, wie wir sie bis jetzt allemal erlebten, sobald man auf die äußersten Linken mit schwer zu rechtfertigendem Kosmopolitismus für die sehr unkosmopolitischen Polen Partei ergriff und so die nationalen Leidenschaften auf beiden Seiten im höchsten Grade herausforderte. Der patriotische Abgeordnete fragt nämlich in einer „dringenden Interpellation" den Justizminister, ob derselbe von einer Verfügung des Posener Obergerichts Kenntniß habe, durch welche die Untergerichte im Großherzogthume angewiesen seien, ein Verzeichniß sämmtlicher bei dem letzten Aufstande betheiligten Polen anzufertigen, ohne Unterschied, ob sie bereits in Untersuchung oder sonst denunzirt seien. Es zweifle nicht, bemerkt der ehrenwerthe Abgeordnete, daß in jener Verfügung die Anlagen zu einer „vollständigen Proskriptionsliste" enthalten seien. Nichts wäre so geeignet, die Erbitterung unter der polnischen Bevölkerung von Neuem anzufachen. Ob vielleicht diese Maßregeln zu dem gehörten, welche die „Pacifikation" herbeizuführen bestimmt seien? Der Minister ist bereit, auf der Stelle zu antworten und gibt folgende Auskunft. Er habe zwar von der Verfügung des Obergerichts keine Kenntniß, bestreite jedoch, daß man in irgend einer Weise an Proskriptionen denke. Vielmehr sei es Absicht der Regierung, alle Untersuchungen abzuschneiden und „eine möglichst ausgedehnte Amnestie" zu ertheilen. Damit es geschehen könne, sei es nöthig, die Aufständischen nach Kategorien zu scheiden. Der Posener Gerichtshof habe den Auftrag erhalten, möglichst umfassende Vorschläge zu der beabsichtigten Amnestie einzureichen und aller Wahrscheinlichkeit nach sei die berührte Verfügung der erste Schritt zur Erledigung des Auftrags. Zwei sich daran reihende Interpellationen der Abgeordneten Plagge und Szuman, welche sich gleichfalls auf angebliche Exzesse unserer Landsleute in Posen beziehen, werden ebenso genügend beantwortet. Der Abg. Szuman beschuldigt insbesondere den jetzt bei dem Parlamente in Frankfurt anwesenden Herrn v. Treskow und den Grafen Lüttichau, daß sie im Szubiner Kreise eine Freischaar angeführt, Pelotonexekutionen an den Aufständischen vollstreckt, und bei dieser Gelegenheit auch einen sechzigjährigen Koch zu Tode geprügelt hätten. Auch die schon früher vorgebrachte Beschuldigung, daß gefangene Polen gebrandmarkt worden seien, wird wiederholt. Der Min.-Präsident versichert, daß die Be-

Digitized by Google

Hörden eifrigst bemüht seien, in das Chaos der letzten Wirren einige Klarheit zu bringen. Daß diese jetzt noch nicht vorhanden sein könne, liege auf der Hand, wenn man erwäge, daß die nationale Gereiztheit zu gegenseitigen Anschuldigungen überall Anlaß habe. In Bezug auf die angeblich vorgenommenen Beandmarkungen erläutert er, daß einzelne Befehlshaber Personen, welche der höchsten Strafe verfallen waren, allerdings, um sie für einige Zeit kenntlich zu machen, die Haare abschneiden und die Hände färben ließen, daß aber diese Exekution selbst der strengsten Rüge unterworfen worden sei. Ein deutscher Abgeordneter des Großherzogthums ergänzt die Antwort des Ministers nad belegt mit Beweisstücken, daß die Freischaar des Hrn. v. Treskow eine aus Deutschen bestehende Schutzwehr gewesen sei, deren Errichtung eine die Stadt Grin mit Plünderung, Brand und Mord heimsuchende polnische Freibeuterschaar, um Person nad Eigenthum der geängstigten Bevölkerung zu wahren, nothwendig gemacht habe. Der angeblich todtgeprügelte Koch befinde sich in diesem Augenblicke in voller Gesundheit an seinem Wohnorte. Mit diesen Erklärungen war glücklicher Weise die sehr unnütze und oft von stürmischen Auftritten unterbrochene Verhandlung beendigt. Der Minister des Innern konnte sich jedoch nicht enthalten, den Wunsch anzuknüpfen, daß man ferner nicht die so kostbare Zeit der Versammlung durch Beschuldigungen von Gräueln in Anspruch nehmen möge, wie sie der traurigsten Art leider wohl, solange das Martialgesetz Geltung hatte, auf beiden Seiten der gegeneinander in Kampf begriffenen Nationalitäten vorgekommen sein möchten — daß man vielmehr derartige Anträge an die für die polnischen Angelegenheiten ausschließlich gebildete Fachkommission verweisen möge, wo sicherlich am besten ermittelt werden könne, welches die Ursachen jener unglücklichen Zerwürfnisse im Großherzogthum gewesen sind.

Berlin. Der General v. Pfuel ist gestern von seiner Mission nach St. Petersburg wieder hier eingetroffen. Den öffentlichen Mittheilungen nach hatte dieselbe den Zweck, bei der nordischen Großmacht dahin zu wirken, daß dieselbe ihre neutrale Stellung in Betreff der deutschen Verhältnisse beibehalte und in der dänischen Frage sich einer friedlichen Lösung so viel als möglich annehme. Dem Vernehmen nach soll der General die günstigsten Dispositionen in dieser Beziehung bei dem Kaiser getroffen haben, und dürfte daher eine Störung des europäischen Friedens von dieser Seite her nicht zu befürchten sein. (Voss. Z.)

† **Posen**, 20. Juli. Unsere polnische Zeitung macht auch jetzt dadurch hier im Orte eine Opposition gegen die Deutsche Zeitung, daß sie die Artikel der Ruge'schen Reform, welche sich auf des Reichsverwesers Reise nach Frankfurt beziehen, getreulich übersetzt, und so z. B. das Gespräch mit dem Oberpräsidenten Pinder in Breslau, welches offenbar die Herabziehung der politischen Gesinnung des Reichsverwesers bezweckt, sehr ausführlich mittheilt. — Nach einer Nachricht der „Gazeta polska" ist der bekannte Dr. Libelt in Karlsbad, von wo er Licht über den Slavenkongreß zu Prag zu verbreiten sucht. Die Gazeta bringt schon seit mehrern Tagen in einer Reihe von Artikeln eine aktenmäßige Darstellung und Mittheilung der Verhandlungen des Kongresses. — Die neuesten Nachrichten aus Paris berichten die Verhaftung des berüchtigten Towianski, Gründers einer eigenen mystischen polnischen Sekte, welcher, so wie der mitfestgenomme Gatl, eine Art Propaganda in diesem Sinne gemacht haben soll. — Im Königreich Polen steht die Eröffnung einer Dampfschifffahrt auf der Weichsel bevor. — Dem Vernehmen nach haben ehemalige hiesige polnische Stadtverordnete und, wie sie sich nennen, Stellvertreter der hiesigen Bürgerschaft, welche sich diesen Titel ganz willkürlich anmaßen, einen Protest, der vom 4. Juni datirt, aber bisher verheimlicht worden ist, an die Nationalversammlung gesandt, wahrscheinlich um im letzten Augenblick, wenn die Polen noch alle Minen spielagen lassen, auch producirt zu werden. Auch ist uns zu Ohren gekommen, daß eine sogenanate „erste polnische Legion", welche aus denjenigen emigrirten Polen besteht, die die preußische Regierung in Eisleben, Aschersleben, Quedlinburg und Langensalza großmüthig ernährt, Protest gegen ein preußisches Polen eingereicht hat uab ihren Abmarsch (sic!) nach dem Theile Polens, der unter deutscher Herrschaft steht, garantirt haben will. — Alle diese Proteste, Petitionen u. s. w. werden auf Kosten der deutschen Nationalversammlung gedruckt und wahrscheinlich zur Vertheilung kommen.

Baden. * **Karlsruhe**, 23. Juli. Das heutige Regierungsblatt bringt folgende „unmittelbare allerhöchste Entschließung Sr. k. Hoh. des Großherzogs". Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Unter dem Namen „demokratische Vereine" haben sich an mehreren Orten des Großherzogthums Verbindungen gebildet, die anfänglich nur die Erstrebung verschiedener demokratischen Einrichtungen sich zur Aufgabe machten, später aber die Beschlüsse sich aneigneten, welche ein vom 14.—17. v. M. in Frankfurt versammelt gewesener sogenannter „Kongreß von Abgeordneten demokratischer Vereine" gefaßt und veröffentlicht hat. Darnach ist die Erringung einer „demokratischen Republik" als Zweck aufgestellt, und wie es mit den Mitteln gemeint sei, durch welche dieser Zweck erreicht werden soll, geht unter Anderem aus den in jenen Beschlüssen ausgedrückten Sympathien für die Aufrührer hervor, sowie auch daraus, daß der Centralausschuß dieser Vereine in einer Bekanntmachung vom 28. Juni d. J. sogar der deutschen Nationalversammlung die fernere Anerkennung versagte, ihre Mehrheit als eine volksfeindliche Macht erklärte, and zur Bewirkung einer förmlichen Lossreißung der Minderheit, Behufs der Bildung einer neuen Versammlung auf ungesetzlichem Wege aufforderte. Zugleich wurde in den Beschlüssen vom 14.—17. v. M. eine vollständige Organisation dieser Vereine durch ganz Deutschland und ein gegenseitiger Verkehr derselben durch die Vermittelung von Kreisausschüssen und eines Centralausschusses veranlaßt, um durch vereinte Kraft für den aufgestellten Zweck der Republikanisirung Deutschlands desto wirksamer zu sein. Leider haben nun auch in Unserem Großherzogthume solche Vereine diesem Organismus und überhaupt den Beschlüssen des Frankfurter Kongresses vom 14.—17. v. M. sich angeschlossen, namentlich ein solcher in Mannheim, wo der Kreisausschuß für Baden und die Rheinpfalz gebildet ist, sodann ein solcher in Karlsruhe, einer in Heidelberg, und einer in Lörrach für die Bezirke Lörrach, Schopfheim und Schönau. Wie nach Wir die Freiheit jedes Staatsbürgers achten, und so ungehindert Wir die politischen Bewegungen und die Bestrebungen nach Verbesserungen auf dem verfassungsmäßigen Boden walten lassen, so unzulässig und verderblich erscheint es doch, wenn die Grundlage der Verfassung selbst unterwühlt und so das ganze Staatsgebäude durch die Kraft der Associationen erschüttert wird. Sind solche Versuche gegen die verfassungsmäßige Staatsordnung in gewöhnlichen Zeiten von geringer Bedeutung, so tritt doch in Zeiten der Erregtheit der Gemüther, wie jetzt, das Gefahrvolle derselben klar hervor, zumal in einem Lande, das so betrübende Störungen erlebte, und wo die Folge derselben die Einen geängstigt und die Andern wegen erlittener Niederlage nur um so leidenschaftlicher thätig sind. Je länger die Angriffe auf die Grundlage der Staatsordnung dauern, desto länger dauert die aus dem Mangel an Vertrauen auf die Sicherheit der öffentlichen Zustände entspringende Noth und Erwerbslosigkeit der Staatsangehörigen. In mehrfacher Beziehung sind also die eben erwähnten demokratischen Vereine, die jene Unsicherheit der öffentlichen Zustände nur unterhalten und vermehren, dem Staatswohle nachtheilig und Wir finden Uns durch die Pflichten, die Uns für des Landes Wohl obliegen, gedrungen, dieselben hiermit auf den Grund des Gesetzes vom 26. Oktober 1833 aufzulösen, und die fernere Theilnahme daran unter Androhung der in diesem Gesetze bestimmten Strafen zu verbieten. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 22. Juli 1848. Leopold. v. Dusch. Bekk. C. Hoffmann. F. Hoffmann. Mathy. Auf allerhöchsten Befehl Sr. k. Hoh. des Großherzogs: Büchler.

Karlsruhe, 24. Juli. Die zweite Kammer hat in den vier Sitzungen seit letztem Donnerstag die Gesetze über Ablösung der Weidrechte und Ausübung des Jagdrechts zum Abschluß gebracht. Sie trat der Beschränkung der Dauer des Jagdgesetzes bis 1. Februar 1850, welche von der ersten Kammer der Annahme des Entwurfs beigefügt worden war, bei, weil der gegenwärtige anarchische Zustand ohne die größten Nachtheile nicht länger fortdauern dürfte. Wird in Folge allgemeiner Bestimmungen für ganz Deutschland eine Aenderung des Gesetzes nothwendig, so wird diese doch sicher nicht im Sinne derjenigen ausfallen, welche die Rückkehr der früheren Verhältnisse wünschen. Präs. Mittermaier hat den Kommissionsbericht über die Einführung der Schwurgerichte übergeben, welcher in Bälde berathen werden kann. Die Regierung hat durch Vorlage eines Entwurfs über die Einrichtung und den Geschäftskreis der Verwaltungsbehörden die letzte ihrer noch rückständigen Zusagen erfüllt. Der Entwurf betheiligt das Volk in reichlichem Maße an der Verwaltung der Bezirke und Kreise, durch Versammlungen gewählter Vertreter und aus diesen hervorgehende Ausschüsse. Die Kammer hat eine Kommission zur Begutachtung des Entwurfs ernannt, und es ist zu hoffen, daß in etwa 14 Tagen dieser wichtige Gegenstand mit dem Gesetz über die Schwurgerichte zur Verhandlung kommen kann. — Das Gesetz über den Abschluß einer Anleihe von 2½ Millionen Gulden zum Ausbau der Eisenbahn und zur Rückzahlung von Vorschüssen an die Amortisationskasse ist von der Kammer in einer Fassung angenommen worden, welche von dem ursprünglichen Entwurfe wie von den ersten

Vorschlägen der Kommission wesentlich abweicht. Seit der Vorlage des Entwurfs haben sich die Verhältnisse des Geldmarkts merklich gebessert. Die Bedingungen, denen man sich damals hätte fügen müssen, waren der Kommission zu hart erschienen, und sie hatte deßhalb vorgezogen, die Regierung zum Ausgeben von Papiergeld zu ermächtigen, falls die Summe nicht unter billigen Bedingungen aufgebracht werden könne. Weil unter den gegenwärtigen Umständen die Feststellung von Bedingungen im Gesetze nicht zuträglich erscheint, und weil sich annehmen läßt, daß die Anleihe mit geringern Opfern als frühre vorauszusehen war, zu Stande kommen werde, ist mit allgemeiner Zustimmung die Ermächtigung zur Papieremission weggefallen und der Regierung mit Zuziehung eines Ausschusses beider Kammern überlassen, das Geschäft auf die möglichst günstige Weise abzuschließen. Endlich hatte die Regierung einen Kredit von 266,526 fl. verlangt, um an den Gerichts- und Gefängnißbauten diejenigen Arbeiten vornehmen zu lassen, welche laut abgeschlossenen Akkorden noch in diesem Jahre auszuführen sind. Die betreffenden Bauhandwerker leiden in den gegenwärtigen verdienstlosen Zeiten doppelten Nachtheil durch die Unterbrechung dieser Arbeiten, wobei noch die günstigste Jahreszeit nutzlos verstreicht. Zu dem Schaden, welcher den unvollendeten Baulichkeiten droht, kömmt noch die Staatskasse in Betracht, daß ansehnliche Entschädigungssummen zu bezahlen sein würden, wenn der Kredit verweigert oder auch nur die Bewilligung längee verzögert würde. Gegen die Bewilligung wurde geltend gemacht, daß Pläne und Ueberschläge nicht vorgelegt seien (allerdings ein Fehler, der etwas spät gut gemacht wurde), und daß der gegenwärtige Zustand der Finanzen rathe, die Ausgaben möglichst zu beschränken. Im Hintergrund steht endlich die Hoffnung einiger bei Eintheilung der Gerichtssitze leer ausgegangenen oder nicht vollständig befriedigten Städte (Lörrach, Lahr, Karlsruhe, Mannheim, Tauberbischofsheim), durch Kreditverweigerung eine Aenderung hierin zu ihren Gunsten zu bewirken. Die Kammer beschloß am Samstag, sich von der Budgetkommission Vortrag erstatten zu lassen, und den Gegenstand heute zu berathen. Ueber den Erfolg, so wie über Verhandlungen, welche die Nachwehen des Aufstandes und die fortgesetzten, das Mark des Landes verzehrenden Wühlereien betreffen, werden wir besonders berichten.

†† Karlsruhe, 24. Juli. Die zweite Kammer hat heute die Summe von 266,526 fl. zur Fortsetzung der Gerichts- und Gefängnißbauten, so weit die Arbeiten für dieses Jahr schon in Akkord gegeben sind, bewilligt. Es wird dadurch in 9 Städten den daselbst niederliegenden Baugewerben einige Arbeit gegeben, die Staatskasse kömmt nicht in die Lage Entschädigungen zu zahlen, die angefangenen Bauten zu ungünstiger Zeit mit größerem Aufwande fortzusetzen, und die Einführung der neuen Gerichtsverfassung wird nicht noch weiter hinausgeschoben. Dieser Nachtheile ungeachtet war der Antrag gestellt worden, für Müllheim, Heidelberg und Wertheim Nichts zu bewilligen. Dafür wurde als Grund angeführt, daß die Pläne und Ueberschläge nicht rechtzeitig mitgetheilt worden seien (v. Itzstein). Dies war aber auch bei den übrigen Bauten nicht geschehen, und doch hatte die Kammer den Bau nach ungefährem Anschlag genehmigt, um die Einführung der Gesetze nicht zu verzögern. Ein weiterer Grund war der, daß die genannten Gerichtssitze noch bestritten seien, was zwar von Seite Einzelner der Fall ist, welche die Sitze lieber in Lörrach, Mannheim und Tauberbischofsheim sähen, aber nicht von Seite der Kammer, welche die Orte, an welchen gebaut wird, ausdrücklich genehmigt hatte. Gegen die Bewilligung protestirten die Abgg. v. Itzstein, Metz, Sachs, Scheffelt u. A., nachdem sie beschlossen war. Die Kammer fügte der Bewilligung den Ausdruck der Erwartung bei, daß die Baubehörden gehörig aufsehen möchten, damit sparsam verfahren und bei Ueberschreitungen der Voranschläge die Verordnung von 1839, welche die Techniker haftbar erklärt, unnachsichtlich angewendet werde.

Auf den vielseitig unterstützten Antrag des Abg. Bissing sprach die Kammer zu Protokoll den Wunsch aus, daß die badischen Gesandten baldmöglichst abberufen werden möchten. Nur der Abg. Zell, welcher die Regierung nicht drängen will, stimmte nicht mit.

In den Ausschuß, welcher bei dem Anleihegeschäft gemeinschaftlich mit der Regierung zu beschließen hat, wurden gewählt, die Abgg. Buhl, Dennig, Helbing, Binnkenhoen, Speyeer und Lamey. Nächst diesen hatten Metz 15, v. Itzstein 11, Sachs 4 Stimmen erhalten.

Die Petitionen für Amnestie, welche hauptsächlich aus dem Seekreise kommen, konnten zwar jetzt noch nicht erledigt werden. Inzwischen glauben wir, daß wenn diejenigen, welche zu dem Aufruhre verleitet wurden, selbst um Amnestie nachsuchen, und die Versicherung geben, sich ruhig zu verhalten, ihre Gesuche nicht unberücksichtigt bleiben werden. Bis jetzt sind aber die Eingaben unsres Wissens nicht von den Flüchtlingen ausgegangen, sondern von Andern, und sie enthalten keine Anerkennung begangenen Unrechts, sondern lediglich Klagen über die schlimmen Folgen, welche die Theilnehmer an dem Aufstand betroffen, die sie aber doch lediglich sich selbst zuzuschreiben haben. Wer mit den Waffen gegen die Staatsordnung zu Felde zieht, und in Verbindung mit fremden Zuzügern gegen das deutsche Vaterland und seine Mitbürger kämpft, der kann sich über die natürlichen Folgen nicht als über erlittenes Unrecht beschweren. Der Abg. v. Itzstein machte geltend, daß das Vertrauen zu der Regierung schwinde, wenn die Amnestiegesuche nicht bald berücksichtigt würden. Die Theilnehmer an dem Aufruhr haben aber bewiesen, daß ein Schwinden des Vertrauens zu der Regierung bei ihnen nicht möglich ist, und sie haben, wie gesagt, noch keine Gesuche eingereicht, welche zu berücksichtigen wären. Dagegen begehrten die Gefangenen in Bruchsal, daß sie ohne Weiteres freigelassen und die Untersuchung niedergeschlagen werde. Sie säßen schon 100 Tage und könnten nicht glauben, daß die Kammer diesen Zustand länger mit ansehen werde. Der Abg. Metz, welcher die Petition übergab, äußerte sein Erstaunen, daß kürzlich in Freiburg sogar noch eine neue Verhaftung vorgenommen worden sei, und meinte, in der neuen Zeit sollte dergleichen nicht mehr vorkommen. St.-R. Bekk entgegnete, daß für die alte Zeit vollständige Amnestie bis zum 18. März gegeben worden, daß die Gefangenen und die Flüchtlinge aber gerade zum Umsturz der neuen Ordnung der Dinge sich erhoben hätten. Uebrigens erklärte der Abg. Metz und Binnkenhorn, daß die Behandlung der Gefangenen in Bruchsal eine freundliche und humane sei, und daß alle Berichte vom Gegentheil auf Unwahrheit beruhen. Heute gab G. R. Junghanns die Auskunft, daß von 485 Gefangenen bereits 246 entlassen seien und in dieser Woche noch etwa 40 freigegeben würden, so daß der Stand nicht mehr 200 betragen werde.

Der Bericht des Abg. Lamey und die Verhandlungen über die Petition der Heidelberger Studenten für Aufhebung des gegen den demokratischen Studentenverein erlassenen Verbots war sehr belehrend, nicht nur für die Bittsteller, sondern für Viele, welche der irrigen Ansicht waren, daß die Regierung gegen das Gesetz oder nach einem die Freiheit beschränkenden Gesetz gehandelt habe. Das Gesetz vom Jahr 1833 gibt das Vereinsrecht, es schützt nur die Gesellschaft gegen Mißbräuche, welche kein Staat dulden darf, ohne sich selbst aufzuheben. Kein Staat, seine Form sei, welche sie wolle, kann Vereine dulden, welche den ausgesprochenen Zweck haben, ihn in seinen untersten Grundlagen zu untergraben. Die Freiheit wird durch solche Vereine stets untergraben, und die Gesellschaft dem Despotismus zugeführt. Mit großer Klarheit verbreitete sich hierüber der Vortrag des St.-R. Bekk, der besonders auch die ökonomischen Nachtheile der Wühlereien gegen jede Staatsordnung in dem Mangel an Vertrauen, der Geschäftsstockung und zunehmenden Verarmung hervorhob. Alle redlichen und vaterlandsliebenden Bürger wünschen längst, daß die Gesetze kräftig gehandhabt und dadurch die errungene Freiheit geschützt werde, damit sie nicht schlimme, sondern segensreiche Früchte bringe. Die nach dem Gesetze von 1833 seither verfügte Aufhebung aller demokratischen Vereine wird daher auch mit Ausnahme der Anarchisten allgemeine Billigung finden.

Die Kammer schritt mit allen gegen 6 Stimmen zur Tagesordnung über das Gesuch der Heidelberger ausgezogenen Studenten und verband damit den Wunsch, daß die Frist zur Rückkehr der Ausgezogenen verlängert werden möge, ein Wunsch, dem ohne Zweifel entsprochen sein wird. Wegen des Verbots aller demokratischen Vereine fand heute keine Interpellation in der Kammer Statt. Dies war klug, denn sie würde weder in noch außer dem Saale eine günstige Aufnahme gefunden haben.

† Mannheim, 23. Juli. Die hiesigen Verwandten Hecker's erzählen, Hecker habe sich entschlossen, Anfangs September nach Nordamerika auszuwandern.

Δ Daemstadt, den 22. Juli. Man vermuthete, daß heute in unserer zweiten Kammer eine Eröffnung des neuen Ministerpräsidenten Jaup Statt finden werde, und hatte sich deßhalb die Gallerie sehr frühzeitig gefüllt. Aber man täuschte sich in jener Vermuthung. Der Präsident Hesse benachrichtigte nämlich nach eröffneter Sitzung die Kammer, daß Hr. Jaup bedaure, bis jetzt nicht in der zweiten Kammer erschienen zu sein, daß es seine Absicht gewesen sei, dies heute zu thun, daß aber die vielen Sitzungen der ersten Kammer zur Erledigung der dringendsten Gegenstände seine Anwesenheit dort nöthig gemacht und hier verhindert hätten. Hiemit hob jedoch Hr. Jaup den Wunsch verbunden, daß er (Hesse) jedenfalls nächsten Montag eine Sitzung der zweiten Kammer anberaume, in welcher er erscheinen werde. Es ist mit Gewißheit anzunehmen, daß Hr. Jaup

Digitized by Google

sich dann auch über die Frage der Kammerauflösung aussprichl. Mehrere Zeichen deuten übrigens daraufhin, es werde nach nur noch kurzer Dauer des Landtags eine Vertagung desselben und erst nach seinem Wiederzusammentritte die Vorlage eines Wohlgesetzentwurfs Statt finden. Unter jene Zeichen gehört das ungeheure Eilen, was sich heute mit verschiedenen aus der ersten Kammer zurückgelangten Gesetzen Seitens des Präsidenten der zweiten Kammer kund gab. Das Gesetz über die Verhältnisse der Standesherren, das Jagd- und Fischereigesetz und das Gesetz über die Organisation der Verwaltungsbehörden, wobei die erste Kammer noch Einiges auszusetzen fand, wurden auf dringende Empfehlung zur Nachgiebigkeit mit großer Majorität von der zweiten Kammer angenommen. Aber zugleich wurde über theilweise umfassende Gesetzentwürfe berichtet, so daß die 14 Tage, welche die Kammer noch beisammen bleiben soll, die ihre Vertagung erfolgt, wohl als geringster nöthiger Zeitraum erscheint. Auch einzelne Abgeordnete drangen sehr auf Erledigung von ihnen gestellter Anträge: Abg. von Riedesel wollte die Taxen der Advokaten, Abg. Hillebrand die Aufhebung der geschlossenen Zahl der Anwälte und Andere Anderes noch vorgenommen, ja, der Abg. Heldmann dachte einen ganz neuen Antrag ein, welcher dem gesammten Medizinalwesen wahrscheinlich mit dem Secirmesser zu Leibe gehen soll. — Der Graf Otto zu Solms-Laubach, den man sonst zu den gemäßigteren Mitgliedern unserer ersten Kammer rechnete, hat in deren Sitzung vom 5. d. M. einen Angriff auf unsere „Darmstädter Zeitung" oder vielmehr auf deren Redakteur, Hr. Dräxler-Manfred, unternommen. Nachdem er nämlich erwähnt, daß in der „Darmstädter Zeitung" sich seit einiger Zeit Artikel befänden, „die geeignet seien, gegen die erste Kammer, insbesondere aber gegen die Angehörigen gewisser Stände Mißtrauen und Aufregung zu erregen", auch einige solcher Artikel vorgelesen hatte, äußerte er die Meinung, daß, wenn die „Darmstädter Zeitung" ein Blatt wie ein anderes wäre, es sich von selbst verstehen würde, daß hier keine Rede davon sein könnte. Es liege aber hier ein anderes Verhältniß vor. Die „Darmstädter Zeitung" werde, soviel er wisse, von einem zu diesem Behufe besoldeten „Agenten der Regierung" redigirt, sie müsse von allen Gemeinden des Großherzogthums gehalten werden, und die Landleute seien gewohnt, in dieser Zeitung den Ausdruck der Regierungsansichten zu vernehmen. Nach noch längeren Ausführungen in diesem Sinne, und wie arg es unter diesen Umständen sei, daß die „Darmstädter Zeitung", wie gesagt, ihne, glaubte der gräfliche Redner, „behaupten zu können, daß diese (erste) Kammer nie ein Hinderniß für den vernünftigen Fortschritt gewesen sei". — Nach einigen Bezugnahmen aus neuerer Zeit zum Beweis dieses Satzes, welchen die Beispiele aus älterer Zeit dutzendweise entgegengestellt werden könnten, deutete der Redner die Sache an den gegenwärtigen Justizminister, da kein Mitglied des Ministeriums des Innern vorhanden war, und fand dabei die kräftigste Unterstützung durch den ersten Präsidenten, Prinzen Emil von Hessen und den Freiherrn von Riedesel. Gestern deutete die Darmstädter Zeitung „diese Strafpredigt" des Grafen Otto von Solms-Laubach und heute traf bereits deren Redakteur kampfgerüstet in ihre Spalten ein. Hr. Dräxler-Manfred, der, nebst seinem unmittelbaren Vorgänger Dr. Duller, seiner Ernennung als Redakteur der „Darmstädter Zeitung" dem System des 6. März verdankte, zeigte in seiner Antwort nach, daß ihm kontraktlich in Bezug auf Tendenz und Inhalt seines Blattes, sowie hinsichtlich der Wahl der Mitarbeiter freie Hand gelassen worden sei, daß er sich diese seine freie Stellung durch keine „Censur der Rücksichten" verkümmern lassen wolle, daß man mit dem System der Regierung einverstanden und doch gegen eine „Adelskammer" sein könne. Hr. Dräxler sprach sich dabei scharf und entschieden gegen Strebungen aus, die im Redakteure einer Zeitung nur einen „besoldeten Agenten" erkennen, er fand darin eine neue Stütze für seine Ansicht, er sprach von der „alten Gewohnheit des Uebernehmens." Hr. Dräxler verdient Anerkennung wegen seines unabhängigen Benehmens. Denn wenn auch von der ersten Kammer die Rosen längst abgestreift sind, oder sie dergleichen niemals hatte, so blieben ihr um so mehr die Stacheln.

ƒ Frankfurt, 24. Juli. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war der Verhandlung der Frage gewidmet, ob die Einverleibung des vorherrschend deutschen Theils des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund gutzuheißen und die von demselben gewählten 12 Abgeordneten als gehörig beglaubigt und berechtigt zu betrachten seien. Da Sie in einer Reihe leitender Artikel die Sachlage und die für und gegen sprechenden Gründe ausführlich erörtert haben, so werde ich mich kurz fassen und auf den Inhalt der Reden nur wenig einlassen, da in dieser Sache, die in Zeitungen, Denk- und Flugschriften breiter, als irgend eine andre, verhandelt worden, etwas Neues kaum vorgebracht werden konnte. Um so merkwürdiger aber ist die Stellung der Parteien zu dieser Frage, um so wichtiger die Haltung der Versammlung einer Thatsache gegenüber, gegen welche der Protest eines kriegslustigen Nachbarvolkes vorliegt. Es kam heute zu keiner Abstimmung; allein unverkennbar vorherrschend war, wenn ich auch nie zweifeln gekonnt, das Gefühl der Kraft und Unabhängigkeit gegenüber Frankreich und die Gerechtigkeitsliebe gegenüber einer deutschen Bevölkerung, die man nicht aus falschverstandner Sympathie einem fremden und keineswegs freundlichen Volke opfern will. — Zuerst kam die Frage zur Entscheidung, ob die Abgeordneten aus Posen in dieser Frage mitzustimmen berechtigt seien. Diese Frage wurde mit einer Mehrheit von 52 Stimmen verneint — nach meiner Ansicht mit Unrecht, denn nach dem Grundsatze der Volkssouverainetät hätte ja gerade das betreffende Volk das unbeschränkte Recht, durch seine Abgeordneten zu erklären, wem es angehören will. Nach dem Berichterstatter Stenzel sprach Goeden aus Krotoschyn. Dieser Redner, der heute zum ersten Male die Rednerbühne betrat, ließ an der Kraft und Energie seines vortrefflichen Vortrags deutlich erkennen, daß er Augenzeuge des letzten grausamen Kampfes gewesen. Auf diese beiden Redner für den Antrag folgte Blum als Gegner. Matt, wie sein Antrag, war die Rede, die ihn begründen sollte; man merkte an jedem Worte, daß der Redner selbst seine Sache verloren gab. Um so lieber hätte er eher einen herzhaften Antrag stellen, als so vielen Kanzelpathos bloß auf den Wunsch richten sollen: die von Preußen gezogene Demarkationslinie möge von der Reichsgewalt einer neuen unparteiischen Untersuchung unterworfen werden. So oft ich den Inhalt einer Blum'schen Rede niederschreiben soll, fühle ich, wie schwer derselbe zu finden. Heute war er die Mahnung an das Unglück eines untergehenden Volks, an den Dank, den wir ihm als dem ehemaligen Bollwerk gegen Rußland schuldig seien. Die Fehler dieses Volkes solle man deutscher Seits entschuldigen, denn wer Jemanden auf den Boden niederwerfe, dürfe sich nicht wundern, wenn der Niedergeworfene sich nur schmutzig wieder erhebe. (Ein schönes Blum'sches Bild!) Wenn die Polen in dem letzten Kampfe auch Verbrechen begangen hätten, so sei der Trieb, der sie dazu geleitet, doch ein edler gewesen (als wenn der Trieb, der die Deutsch-Posener zum energischen Nothwehrkampfe geleitet, nicht mindestens eben so edel!). Die Schuld, welche unsere Väter durch die Theilung Polens auf sich geladen, sollen wir wieder gutmachen; wenn wir die Deutschen in Posen zu Deutschland schlagen wollten, so müßten wir eben so gut die deutschen Ostseeprovinzen und das Elsaß zum deutschen Bund erobern, aber auch alle schlesisch-slavischen, schleswig-dänischen, tirolisch-italienischen Theile Deutschlands herausgeben ꝛc. ꝛc. — Ihm folgte Jordan. Zum Erstaunen der Versammlung bekämpfte er Blums Ansicht und die Forderungen der Polen (von diesen waren Viele als Zuhörer anwesend). Seine Rede war zweifelsohne die Frucht langer Arbeit, er hatte Thatsachen gesammelt und brachte durch die dankenswerthe Gründlichkeit seines Vortrags eine große Wirkung hervor. Von der Linken und den Gallerien ward ihm dafür ein mehrmaliges Zischen, und nun geschah das Unerhörte: Jordan freute sich laut des Mißfallens von dieser Seite. Immer schärfer ging er in die Sache ein, verlas einen von der katholischen Geistlichkeit Posens unterzeichneten perfiden Aufruf an das polnische Volk, worin deutsch und protestantisch, und polnisch und katholisch als gleichbedeutend behauptet, und im Namen der heiligen Religion zum Aufruhr aufgefordert wird; schilderte dann die Polen als ein Volk, das der Freiheit noch gar nicht fähig sei und dessen Häupter, die Edelleute, Nichts verständen, als sich im Salon zu bewegen, Mazurka zu tanzen und überall Unruhen anzustiften und Unglück über die Völker zu bringen. Zuletzt versicherte er die vollkommene Enttäuschung der polnischen Bauern, deren Stimmung umgekehrt jetzt so sehr gegen ihre Verführer gereizt sei, daß man sie bei einem etwaigen neuen Ausbruch schwerlich würde vor gallizischen Greueln zurückhalten können. Daß man den Franzosen zu Liebe die Frage anders entscheiden solle, als es die Gerechtigkeit gebiete, erklärte er für Feigheit und sendete der preußischen Regierung reichliches Lob für ihre weise, feste Politik, durch welche mehr für ein einstiges freies Polen gethan sei, als durch alles nutzlose Verschwören. Ein anhaltender Beifall begleitete den Redner von der Tribüne herab; nur die Linke empfing ihren ehemaligen Genossen mit abgewendetem Schweigen. Wie ich höre, wird sich Herr Jordan durch eine Wirksamkeit, wie die heute eröffnete, den Gesinnungen seiner Wähler nur nähern.

Bogt, der ihm folgte, suchte den Abgefallenen in Ausdrücken zu strafen, die mich vermuthen ließen, er betrachtete ihn nicht bloß als in dieser Sache abgefallen. Denn, wen man bloß für einmal irregegangen hält, den nennt man nicht den „Henker eines freien

Volks". Vogt sprach indeß heute ohne alle Wirkung, Jordan hatte unmittelbar vorher eine zu große hervorgebracht; ja V. schadete seiner Sache dadurch außerordentlich, daß er die Versammlung durch eine Hinweisung auf das drohende Frankreich jene Annahme des Blumschen Antrags zu bestimmen suchte. Nur Murren begegneten diesen Worten. Eine Nation, welche die Erhöhung ihrer Streitkräfte auf 900,000 Mann beschlossen, läßt sich nicht mehr einschüchtern. Es ist mir dabei die melancholische Frage durch den Kopf gefahren, ob sich wohl in der französischen Kammer oder im englischen Parlamente ein Mitglied mit solcher drohenden Hinweisung auf das Ausland denken ließe. Mit Vogts Rede wurde um halb 3 Uhr die Verhandlung abgebrochen, um morgen fortgesetzt und wahrscheinlich beendigt zu werden. Wenn auch ultramontane Mitglieder, wie Lasaulx, Clemens, Gfrörer und Andere in diesem Falle mit der Linken stimmen werden, so ist doch die Abstimmung nicht zweifelhaft. Blums Antrag, durch dessen Annahme die Beruhigung in Posen nur hinausgeschoben, und der nach einigen Nachrichten sogar gefährliche Zustand der Ungewißheit nur verlängert werden könnte, wird verworfen werden. — Die ultramontane Partei, welche in dieser Frage vielleicht noch nicht in ihrer ganzen Stärke auftreten will oder kann, hat sich vor Kurzem in einem eigenen Vereine zusammengethan, welcher 74 Mitglieder zählt. Es sollte mich nicht wundern, wenn wir in Frankfurt dasselbe Schauspiel wie in Berlin erlebten, daß sie sich mit der äußersten Linken zu vertragen und zu verbinden weiß. Es stehen für sie noch weit wichtigere Fragen bevor als die heutige. — Von Wien lauten die Nachrichten nicht günstig. Auf dem dortigen Reichstage scheint die Partei für den Anschluß an Deutschland nicht die Mehrheit zu erhalten. Mit diesem Umstande soll in Verbindung stehen, daß, wie ich höre, der Reichsverweser nicht schon in den nächsten Tagen zurückkehrt. Unterdessen ist die Ergänzung des Reichsministeriums doch in fortwährender Unterhandlung geblieben und man erwartet die Ernennung des Senators Duckwitz, welcher persönlich hier anwesend, für den Handel und des Hrn. v. Stockmar für das Auswärtige (dieser soll von Preußen gewünscht sein) schon nächster Tage. — Aus Hannover laufen ganz andere Nachrichten ein, als der Artikel in Ihrer vorgestrigen Beilage glauben machen will. Ueberall, in Stadt und Land, spricht sich die Stimmung für die Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung aus, und es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Antwort des Königs eine zustimmende sein werde.

♂ Frankfurt, 23. Juli. Während Lamartine durch Protestation gegen die Einverleibung Poseas in den deutschen Bund seine Sympathie mit den Polen an den Tag gelegt, hat Cavaignac in sehr freundlichem Schreiben die deutschen Regierungen ersucht, keine Polen mehr nach Frankreich durchzulassen, um in Paris die Elemente neuer Unruhen nicht zu vermehren. Die morgen zu verhandelnde Polenfrage ist somit keine Kriegsfrage.

Großbritannien.

London, 21. Juli. Die Betrachtungen der englischen Zeitungen über die deutschen Verhältnisse lauten nicht gerade tröstlich, obschon sie anerkennen, daß die Wahl des Erzherzogs zum Reichsverweser, den sie bald Protektor, bald Generallieutenant, bald und wohl entsprechendere Vikar oder Administrator des deutschen Reiches nennen, unter den obwaltenden Umständen noch das beste Auskunftsmittel gewesen sei; nur sprechen sie die Befürchtung aus, daß der Erzherzog von der bekannten Hauspolitik der Habsburg-Lothringer zu viel in sein neues Amt hinübernehmen möchte, und daß in diesem Falle die ungarisch-kroatischen, die schleswig-galizisch-österreichischen Wirren und der italienische Krieg ein nicht sehr angenehmer Ballast für das deutsche Reich sein würden. (Beiläufig bemerkt: es wird in Süddeutschland so viel von österreichischer Gutmüthigkeit, Offenheit und Bürgerlichkeit der Mund voll genommen, und es ist ferner allerdings wahr, daß der Oesterreicher durch sein glückliches Naturell liebenswürdiger erscheint, als der vielfach eingeschnürte Preuße mit seinem Ausdruck von Selbstgenüge und Selbstbewußtsein, der aber wenigstens doch ein tüchtiges nationales Gepräge hat, aber man vergißt dabei, daß diese österreichische Gutmüthigkeit und Gemüthlichkeit, die ja auch dem seligen Franz nicht fehlte, sich mit der Ausübung des furchtbarsten Geistesdrucks sehr wohl vertrug, man vergißt dabei, daß Preußen, abgesehen von der Achtung, die seine Schwertführung dem Auslande für den deutschen Namen abnöthigte, sich in sehr vielen und wesentlichen Einrichtungen freier, klarer, weltbürgerlicher und nachahmenswürdiger entwickelte, als je machte jener kleinen Viertel- und Achtelstaaten mit ihrem Kantönligeist, deren Hauptstolz das zum Theil gute der Fremde gebrachte napoleonische Gesetzbuch ist, und die jetzt, selbstgenügsamer und eitler als je Preußen, Chorus machen, um an diesem Staate ihr Müthchen und Hochmüthchen zu kühlen. Wer sich mehr um die freiere Entwickelung Deutschlands verdient gemacht hat, ob Preußen oder Oesterreich, darüber wird die dereinst zu Gericht sitzende Weltgeschichte ein anderes Urtheil fällen, als die süddeutschen Preußenfresser. Wenn endlich der süddeutsche esprit de corps glaubt, namentlich auch gegen die Dynastie Hohenzollern seine Angriffe richten zu müssen, so ist doch nicht ganz außer Acht zu lassen, daß die Stammburg dieses Fürstengeschlechts auf einem Berge tief im deutschen Süden (Hrnt!) Die Times unter Anderm sagen: „Wir sind begierig auf die Ereignisse, die uns zeigen sollen, welche Macht der Erzherzog und seine Minister ausüben, durch welche Rechte diese Macht gestützt und gesichert sein wird, und durch welche Mittel sie über die revolutionäre Versammlung, der sie ihren Ursprung verdankt, erhöht werden wird. Wenn diese Versammlung und diese Exekutive neben einander bestehen und der Erzherzog nicht die Macht hat, einen solchen Körper aufzulösen oder zu prorogiren, so ist es vollkommen klar, daß er einem ungleichen Gegenstoße ausgesetzt oder in eine abhängige Stellung gebracht ist. In diesem Fall wäre sein Ansehen in Frankfurt nur nominell und die Versammlung selbst würde ihn der Fähigkeit berauben, Pflichten auszuüben, welche, wenn auch nicht eine unbeschränkte, so doch eine große Macht erfordern." *) Die Partikularerklärung des Königs von Hannover setzt die Times durchaus nicht in Verwunderung; diese Zeitung meint, man würde dergleichen noch mehr und Aergeres erleben, wenn die Reichsversammlung fortfühee, solche Beschlüsse zu fassen, wie der, den sie gegen den König von Hannover gerichtet. Die Versammlung scheine nicht die Stellung einer Konföderativgewalt, sondern einer erobernden Macht annehmen zu wollen, um aber diese Stellung festzuhalten, müsse sie sich auf die ultima ratio der Könige, auf die Waffen berufen. Es komme dann darauf an, wer sie ihr liefere, die Völker oder die Fürsten. Die Times erklären es für gänzlich nicht nur ratschuldbar, sondern auch gerechtfertigt, wenn Regierungen, die bisher das Interesse ihrer Völker genau gekannt und allein verwaltet, das Heft des Scepters, wie des Schwertes, nicht freiwillig fallen und alleio von dem Ministerium in Frankfurt sich Gesetze vorschreiben lassen wollen; diese Sonderungsgedanken lägen aber auch im Interesse der Völker selbst, wie denn z. B. Norddeutschland eine ganz andere Handelspolitik zu verfolgen habe, als Süddeutschland u. s. w. Aehnlich spricht sich das Morning Chronicle aus, welches meint: Der höchste für Deutschland jetzt zu erreichende Grad der deutschen Einheit sei der, im Zollverein aufzugehen und gewisse innere Hemmungen für Handel und Wandel hinweggeräumt zu sehen. Auch das M. Chr. findet die Verwahrung des Königs von Hannover, die freilich ganz im englischen Sinne ist, sehr erklärlich, und setzt hinzu: „auch das hannöversche Volk, ein verständiger, auch Neuerungen wenig begieriger Stamm, dürfte nicht sehr geneigt sein, seine jetzige Regierung gegen eine andere zu vertauschen, deren Heft Dr. Heckscher aus Hamburg in Händen hätte." Eben so natürlich findet das M. Chronicle, wenn sich die Preußen, „die eher gerechte Ansprüche hätten, an der Spitze zu stehen", der Oberbehörde in Frankfurt nicht auf Gnade und Ungnade unterwerfen wollten. Diese Zeitung sagt: „Die Kaufleute von Stettin und Stralsund, die eben erst in der Lage waren, die Kosten eines Krieges zu schmecken, werden sich nicht leicht dazu verstehen, die Oberleitung ihrer Angelegenheiten und die unbeschränkte Macht, sie mit ihren Nachbarn in Krieg zu verwickeln, einer in Frankfurt tagenden Junta von Oesterreichern, Baiern und Würtembergern in die Hände zu legen. Hier liegt die Schwierigkeit und der Keim künftiger Zwistigkeiten." Auch der Examiner erwartet von der deutschen Einheit nicht viel, und namentlich darum, „weil die Schwerpunkte der deutschen Macht noch immer in Wien und Berlin lägen, gegen welche die nominelle Macht der Reichsregierung nicht aufkommen könne, insofern es der revolutionären Partei nicht gelänge, eine dritte große Macht herzustellen und zugleich die Gewalt in Berlin u. Wien zu schwächen oder aufzulösen." Es ist vielleicht auch besser, nicht zu sanguinisch zu sein und sich lieber darauf gefaßt zu machen, daß weltgeschichtliche Früchte, wie die deutsche Einheit, nicht durch bloße Berathungen und Abstimmungen, sondern nur

*) So eben finden wir, daß ein Londoner Korrespondent der Fr. O. P. Z. ebenfalls diesen Artikel der Times erwähnt und als „merkwürdig" bezeichnet, mit folgender wahrscheinlich von der Redaktion herrührenden Bemerkung: „Das Blatt (die Times) vergißt hierbei, daß jetzt nur von einer provisorischen Centralgewalt die Rede ist. Bei der definitiven Bestimmung wird, nebst der Frage über die Bildung des Staatenhauses, auch die über das Recht, bei allenfallsigen wesentlichen Meinungsverschiedenheiten durch Auflösung der Reichsversammlung und Anordnung unverzüglich vorzunehmender neuen Wahlen, das Volk zum Richter zu machen, unstreitig verhandelt werden."

Verhandlungen der Nationalversammlung über auswärtige Politik. *)

♂ Frankfurt, 23. Juli. Ich habe Ihnen heute das Nähere über die gestrige Sitzung nachzutragen. Zuerst verkündet der Vorsitzende wieder reiche Gaben für die deutsche Kriegsflotte, worunter 3000 fl. von Frauen und Jungfrauen aus Würtemberg. Die Berathung eröffnet He. Ruge mit der Entwicklung seiner Grundsätze in Bezug auf internationale Politik. Er verwirft das Princip der Nichtintervention, dieses sei egoistischer Natur. Humanität und Christenthum gebieten vielmehr die Ausbreitung der wahren politischen Grundsätze und verlangen von einem Staatsmanne, daß er auch in anderen Ländern diejenige Partei begünstige, die sich zu seinen Grundsätzen bekennt. Dabei spricht er sich aber für eine unbedingte Friedenspolitik aus, wie sie auch in England und Frankreich von jeher von allen dichterischen und philosophischen Politikern und zuletzt von dem großen Reformator Lamartine proklamiert worden sei. Im Gegensatze zu den früheren Fürstenkongressen beantragt er einen allgemeinen europäischen Völkerkongreß, auf welchem aller Streit geschlichtet, der Friede in Italien nach Polen und überhaupt der allgemeine Weltfriede hergestellt werde. Die Initiative dazu zu ergreifen, stehe dem deutschen Volke, als einem philosophischen, wohl an. Er hoffe, die Mehrheit der Nationalversammlung werde jetzt noch Vernunftgründen zugänglich sein und seinen Antrag annehmen, damit man nicht auch von ihr sagen müsse: Herre vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie thun. Gegenüber den „rohen Massen" bezeigt der Redner eine souveräne Verachtung, verlangt eine vollständige Entwaffnung, nenne die Soldaten „Müßiggänger und Fresser", die Festungen „Dummheiten" und will, daß alle die „Militärwirthschaft" abgeschafft werde, damit die Kräfte des Volks lediglich den Arbeiten des Friedens, der Wissenschaft, Kunst und des Handels gewidmet werden könnten. — Der Vorsitzende verkündet, daß außer diesem Antrage auf einen Völkerkongreß auch noch der Antrag gestellt sei, die Frage, ob gegen Rußland eine Streitmacht aufzustellen, der Reichsgewalt zu überlassen. Hierauf besteigt der Reichsminister von Schmerling die Rednerbühne. Er spricht in seiner amtlichen Eigenschaft. Den Anlaß der Verhandlung begrüßt er mit Freuden, um sich mit den großen Grundsätzen, in denen der Ausschuß die künftige Politik Deutschlands ausgesprochen (und die ich Ihnen gestern unter I. mitgetheilt) vollkommen einverstanden zu erklären. Sobald das Reichsministerium vervollständigt, werde es ein Programm veröffentlichen und darin mit aller Offenheit, die sich die Centralgewalt überhaupt ein für Allemal zur Pflicht gemacht, seine Grundsätze darlegen. Diese Grundsätze werden die der Ehre, der Freiheit und der Unabhängigkeit Deutschlands sein. Was die Aufstellung einer Heeresmacht gegen Osten betreffe, so ersuche er, dies der Centralgewalt zu überlassen, welcher ja obliege, alle Grenzen des Reichs, also auch die östliche zu schützen. (Hierdurch wurde die Abstimmung über den obenerwähnten Antrag zur Kabinetsfrage). Was das Verhältniß zu Frankreich betreffe, so seien von Seite der Reichsregierung die nöthigen Einleitungen zur Anknüpfung oder vielmehr Fortsetzung des diplomatischen Verkehrs mit allen Staaten getroffen. Die Anerkennung der Republik Frankreich sei bereits beschlossen und sogleich nach Ankunft des Reichsverwesers werde man sowie die anderen Hauptstädte auch Paris mit einem eigenen Gesandten beschicken. Unter großem allgemeinem Beifall verließ der Minister die Rednerbühne. Zunächst kam Vogt, der dies Mal bessre sprach als je, wie er sich überhaupt durch längere Uebung nach und nach in die parlamentarische Sprache und Formen zu finden scheint. Im Beginn der Sitzung hatte von Gagern ermahnt, bei Besprechung auswärtiger Verhältnisse diejenige Rücksicht zu beobachten, die man fremden Regierungen und Völkern schuldig sei. Vogt versprecht, dieser Mahnung nachleben zu wollen, und einige Ausdrücke gegen Rußland abgerechnet, hält er dies Versprechen. Die Erklärung des Reichsministers beruhigt ihn nicht vollständig, da sich Ausdrücke wie die von Schmerling gebrauchten gar verschieden auslegen lassen, er ist demnach gegen die Abänderung des Ausschußantrages in Bezug auf Rußland. Er tadelt das in früheren Sitzungen aufgetauchte Mißtrauen in Frankreichs Friedenspolitik. Wenn Lamartine erklärt habe, die Verträge von 1815 nicht mehr als giltig ansehen zu wollen, so habe er doch erklärt, daß sie jedenfalls der Ausgangspunkt der auswärtigen Politik Frankreichs sein müssen. Hätte Frankreich Deutschland bekriegen wollen, so würden ihm die republik. Erhebung in Baden und die Einverleibung Posens in den deutschen Bund hinreichenden Vorwand haben abgeben können. Die republikanische Partei in Frankreich predige schon seit lange nicht mehr die Eroberung des linken Rheinufers; er kenne sie aus eigener Bekanntschaft und könne sagen, daß die Partei, welche in Paris gesiegt, die Friedenspartei sei. Bei weitem nicht so freundlich stehe England zu uns, und noch weniger Rußland. England habe uns stets durch seine Handelspolitik ausgesaugt, und die frühre bezahlten Subsidiengelder dadurch wieder zurückerobert. Rußland habe ein Manifest erlassen, wie ein solches gegen freie Völker noch nie geschleudert worden. Nach all diesem empfiehlt er der Centralgewalt ein Bündniß mit Frankreich. Hr. Bassermann wendet sich zuerst gegen die von Hrn. Ruge aufgestellten Grundsätze auswärtiger Politik. Wenn man das Nichtinterventionsprincip, wie es die Julirevolution aufgestellt, verlasse, so komme man zu dem System der Propaganda. Dies könne nur rühmen und empfehlen wer, in dem Glauben an die Unfehlbarkeit seiner Ansicht, meine, diese nun auch andern Völkern aufbringen zu dürfen. Wohin werde es führen, wenn man es für Pflicht einer Regierung erkläre, diejenige Partei in einem Nachbarlande zu unterstützen, welche sich zu denselben Grundsätzen bekenne? Wohin anders als zum Umsturze und zum Völkerkriege? Wie passe dies zu der Friedenspolitik, die Hr. Ruge empfehle? Und müsse er, wenn er folgerichtig sein wolle, eine russ. Propaganda nicht ebenso billigen, als eine französische! Wenn Hr. Ruge diese Politik für die Politik der Philosophen aller Zeiten erklärt, so warne er die Deutschen, länger auf Philosophen zu hören. Daß wir uns so lange fast ausschließlich mit Philosophie statt mit praktischer Politik beschäftigt, habe uns bei mächtigen Nationen nur allzu lächerlich gemacht. Die Berufung eines allgemeinen europäischen Völkerkongresses werde auch nur dahin führen. Denn da Hr. Ruge einen solchen Kongreß im Gegensatz zu den früheren Fürstenkongressen beantrage, so werde wohl aus einem solchen Kongresse nichts Anderes werden, als ein großes europäisches Volksparlament. Wie sollten aber hier die Beschlüsse erfolgen? Durch die Mehrheit? Wohin käme es da mit der Unabhängigkeit kleinerer freier Völker? Wie, wenn die östlichen unfreien Völker die Mehrheit hätten? Wolle man aber das große Volksparlament je nach den einzelnen Völkern in ebensoviele Sektionen theilen, so wäre dies dasselbe, wie wenn jedes Volk in seinem heimischen Parlamente berathe. Da gelte es, eine vernünftige praktische Politik festzustellen, und dies für Deutschland zu thun, sei heute der Anlaß gegeben. — Wenn Frankreichs Friedenspolitik als so unbedingt gelobt werde, so bemerke er, daß Lamartine die Verträge von 1815 ja nur als Ausgangspunkt seiner Politik wolle gelten lassen. Wenn Herr Vogt von unseres Reichsministers Worten sage, man könne sie verschieden auslegen, so gelte dies doch wahrlich mehr noch von diesen Worten Lamartine's, und wenn ein Deutscher doch einmal Mißtrauen in die Worte eines Ministers setze, so stehe es ihm, dem fremden Staatsmanne nicht mehr zu vertrauen, als dem heimischen. (Bravo!) Auch habe Lamartine später erklärt, sobald ein anderer Staat sich vergrößere, müsse Frankreich ebenfalls einen entsprechenden Zuwachs an Land und Leuten erhalten. Ob diese Theorie der numerischen, quantitativen Vergrößerung wohl das Lob einer philosophischen, christlichen Politik (denn der Herausgeber der Halleschen Jahrbücher hatte Lamartine's Politik sogar als die christliche anempfohlen!) verdiene? Hier sehe man schon, was sich mit dem Worte „Ausgangspunkt" machen lasse. Wozu denn Lamartine die 300 Bataillone geschaffen, wenn er so friedlich gedacht? Zur Ehre der hellen Augen und des gesunden Verstandes der in Deutschland beglaubigten französischen Gesandten müsse man annehmen, daß die französische Regierung überzeugt sei, Niemand in Deutschland denke an die Wiederholung des Jahres 1792. — Wenn man daher auch zu dem freundschaftlichsten Verhältniß mit Frankreich geneigt sei, so sei doch Vorsicht die angemessene deutsche Politik. Darum sei er auch nicht dafür, die „Militärwirthschaft" abzuschaffen. Militärs waren es, die in Paris die Errungenschaften vor moderner Barbarei gerettet, und auf solche verdienstvolle Bürger passen die Ausdrücke „Müßiggänger und Fresser" nicht. Wenn Frankreich verlangt habe, man solle die Festung Posen herausgeben, so meine er, man solle Festungen behalten, auch wenn Hr. Ruge die Festungen für Dummheiten erkläre. Ob wohl Hr. Ruge glaube, daß die Franzosen die Dummheit Straßburg herausgäben? Hier ruft Herr Ruge: „weil die Franzosen eben nicht gescheidt sind." Worauf Herr Bassermann erklärt, er werde es sich zur Ehre rechnen, wenn Hr. Ruge ihn in diesem Stücke für eben so dumm halte, als die Franzosen. (Allgemeines Bravo und Lachen.) Uebrigens wünsche auch er, daß die Bündalste sich fortan nach politischen Sympathien richten und nicht mehr nach dynastischen Interessen. Die Sympathien der Franzosen zu den Deutschen seien mächtig gewachsen, seit Guizot seiner Zeit die Schulen so bedeutend vermehrt und den Unterricht der deutschen Sprache und Literatur eingeführt. Die Vorstellungen der peuples du nord und

*) Der Bericht kam uns zu spät zu, als daß wir ihn gestern noch hätten mittheilen können.

des föret noire hätten dem Gefühle der Achtung Platz gemacht. Wenn man aber ein Bündniß schließen wolle, so müsse das freie Volk, germanischen Ursprungs, das uns in Achtung vor dem Gesetz, in gesunder Politik und in dem Muster seiner Verfassung ein würdiges Vorbild sei, so müsse England in diesem Bunde der Dritte sein. Hohe England uns im Handel benachtheiligt, so sei dies ein Vorwurf gegen uns selbst. Im adriat. Meere und durch sein Anerbieten der Vermittlung in unserem Kampfe mit Dänemark habe es die Warte des Hrn. Vogt nicht verdient. „Sind einmal, so schloß der Redner, die drei großen freien Völker Europa's, Deutschland, England und Frankreich, mit einander verbündet, dann, aber auch dann erst, ist der Weltfriede gesichert, dann mag man sich wieder den Arbeiten des Friedens hingeben, dann mag Deutschland seine Heere entwaffnen, bis dahin aber lassen Sie uns in der auswärtigen Politik vorsichtig handeln, lassen Sie uns den Namen praktischer Politiker verdienen." Auf diese Rede folgte Hr. Blum. Er hebt hervor, wie das alte Völkerrecht an den Völkern, die es wie Sachen behandelt, nur Frevel begangen habe. Neue Bündnisse müßten an die Stelle der alten treten, nach Sympathien müßten sich die Völker verbünden. Die Propaganda, die Ruge verlangt, sei nur die Propaganda des Gedankens, und daß der Gedanke Propaganda mache, werde man niemals wehren können. Die Errichtung der 300 Bataillone sei 14 Tage nach der Februarrevolution geschehen und dadurch erklärt. Ich habe Hrn. Blum noch nie so unbedeutend sprechen hören, weiß daher auch von seiner Rede Nichts weiter anzuführen, als daß er am Schluß derselben sich über den Spott beklagt, der ihn getroffen, weil er die Verbrüderung mit Frankreich empfohlen. Diese Stelle bezog sich ohne Zweifel auf eine Karrikatur, welche Hrn. Blum darstellt, wie er in etwas demüthiger Stellung dem gelassen aussehenden Cavaignac die Hand anbietet, worüber die ganze französische Armee die Waffen wegwirft, sich auflöst und davonläuft. Der Frankfurter Senat soll den hiesigen Buchhändlern den Verkauf dieser Broschüre verboten haben. Es wäre doch weit gekommen, müßte die Linke sich jetzt schon durch ein Verbot in Schutz nehmen lassen. Nach Wurm und Beckerath folgte von Möring, welcher sich positiv gegen ein Bündniß mit Frankreich ausspricht, auch von England erwartet er Nichts und Rußland ist ihm ein entschiedener Feind. „Nur auf Nordamerika können wir uns verlassen und auf uns selbst." Große Sympathie zeigt er aber noch mit Ungern und lenkt überhaupt die Aufmerksamkeit nach den Donauländern. Nachdem noch Wydenbruck als Berichterstatter gesprochen, wurde die Berathung nach 2 Uhr geschlossen. Die Abstimmung habe ich Ihnen gestern schon mitgetheilt. Nächsten Montag beginnt die Berathung der Posener Frage.

Rückblick auf die Jakoby'schen Anträge.

** Berlin, 19. Juli. An den beiden unvergeßlichen Tagen, wo ich in der alten Kaiserstadt am Main dem Einzuge unsres Reichsverwesers zujubelte, ihm bei Fackelschein meine Huldigung darbrachte und seiner feierlichen Uebernahme des Reichsverweser-Amtes in der Paulskirche beiwohnte, wurde gleichzeitig in meiner Heimath der Versuch gemacht, „das Strahlende zu schwärzen und das Erhabne in den Staub zu ziehn." Am 11. und 12. Juli stand der Antrag Johann Jakoby's auf der Tagesordnung der preußischen Kammer! Der stenographische Bericht liegt vor mir und ich wollte, das Unwahrscheinliche wäre wahr, die große Mehrzahl der Deutschen, insbesondre der deutschen Abgeordneten zur Nationalversammlung, hätte Kenntniß genommen von dem Gange dieser Verhandlung. Ihr Ausgang, der für jeden Preußen, welchem sein Vaterland (ich meine nicht etwa seine preußische Heimath!) theuer ist, so genugthuend, ja erhebend ausfiel, der, wenn er im Sinne der großartigen Mehrheit der preußischen Volksvertreter, welche den Antrag verwarf, von den Deutschen aufgefaßt würde, das Vertrauen und die leider erkaltete Zuneigung zu dem Preußenvolk in ganz Deutschland neu beleben müßte, dieser Ausgang, fürcht' ich, wird im Vaterlande der entgegengesetzten Deutung eher unterliegen.

Der Voraussberechnung des scharfsinnigen Antragstellers scheint dies nicht entgangen zu sein; die Fassung des Antrags ist von der Art, daß man der Verwerfung desselben die einander heterogensten Bedeutungen beilegen kann, wenn man von den Beweggründen derer absieht, welche gegen den Antrag sprachen und stimmten, oder wenn man die Verhandlungen selbst nur im ungenauen Auszug oder gar nicht kennt. Ich will versuchen, sowohl den Antrag als dessen Gegner zu charakterisiren. — — Der Abgeordnete Jakoby verlangt von der preußischen Kammer zunächst, daß sie, die Vertretung „Eines Stammes deutscher Nation, das von der deutschen Nationalvertretung beschlossene und vollzogene Gesetz über die Centralgewalt insoweit mißbillige, als dasselbe in der Paulskirche von der Minorität mißbilligt worden ist. Die Minorität in der Paulskirche war gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers. Jakoby wollte, daß die Vertreter von 15—16 Millionen Deutschen sich mit dieser Minorität einverstanden erklären möchten. — Wer erinnert sich nicht dabei der verunglückten Weissagungen von Schaffrath und Rob. Blum, daß, wenn auch die Majorität des deutschen Volks durch sein gesetzliches Organ zu Frankfurt die Verantwortlichkeit annähme, die Mehrheit des sächsischen Volks in seinem partikularen Organ dieselbe verwerflich erachten würde? Diesen beiden falschen Propheten kam der Antrag Jakoby's zu Hilfe. Haben die Sachsen das unverantwortliche Reichsoberhaupt mit Begeisterung anerkannt, die preuß. Kammer sollte der Frankf. äußersten Linken den zerbrochnen Dreifuß zurechtflicken. Welch eine Aushülfe für die Linke in der Paulskirche, wenn sie die Mehrheit der preußischen Kammer für sich anführen dürfte! Wie ließe sich da der Rechtsboden der neuen hoffnungsreichen Centralgewalt unterhöhlen! Um diesen Preis wären die Preußen der tapfere, hochherzige, intelligenteste deutsche Stamm gewesen, dann würden die 15 Millionen, deren summarisches Gewicht so gering angeschlagen zu werden pflegt, plötzlich als vollwichtig in die Wagschale gelegt, und diese imposante Zahl würde für die Linke die Sturmbock geworden sein, um die naßberwindliche Mauer, die jenes Gesetz vom 28. Juni aufgezeichtet, einzurennen. In welche Lage kamen durch den Antrag Jakoby's die preußischen Abgeordneten in Frankfurt, die größtentheils für die Unverantwortlichkeit gestimmt haben! Nicht bloß hatten die Gegner die stete Handhabe fortan, daß sie nicht ein echter treuer Ausdruck des Volksthums, welchem sie angehören, sondern der Theilchste mußte zweifeln, welche preußischen Vertreter, ob die zu Berlin, ob die zu Frankfurt der öffentlichen Meinung des Landes entsprächen. — Auf diese Weise benutzte Jakoby die Gleichzeitigkeit des Reichstages mit den Landtagen einzelner Staaten, und suchte das ins Werk zu setzen, was er in seinem Scheftchen „Preußen und Deutschland" als die geheime Absicht des Ministeriums Camphausen für so Viele wahrscheinlich machen durfte, suchte nämlich selbst das Ansehn der deutschen Nationalversammlung durch die preußische Kammer zu schwächen, zu paralysiren. — In dem zweiten Theil seines Antrags beantragte Jokoby (mit einem „Aber" den Uebergang bildend!) eine Erklärung der preußischen Kammer über die Kompetenz der deutschen Nationalversammlung. Gleichviel wie die Erklärung lauten sollte, nehmen Sie an, wohin wir mit unserer deutschen Einheit gelangen würden, wenn jeder partikularen Kammer das Recht zustände, die Kompetenz der Nationalversammlung bestimmen zu wollen! Wie leicht könnten die konstituirenden Versammlungen von Dessau, von Mekleuburg, die Kammern Hessens, Badens, der „sog." Reichstag Oesterreichs ganz zuwiderlaufende Erklärungen abgeben! — Der Abgeordnete eines Berliner Wahlbezirks zur Vereinbarung einer preußischen Staatsverfassung überzuckert diese Anmaßung, die in meinen Augen weit unverschämter ist, als der im ersten Theil des Antrages enthaltene Tadel der Mehrheit unserer Nationalvertreter, damit daß Preußens Vertreter denen alter Deutschen hier vollkommene „Befugniß" zugestehen, „diesen Beschluß zu fassen, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen Regierungen einzuholen". Dieses Zugeständniß ist, sollte man denken, doch nicht blos im Interesse der politischen Genossen des Antragstellers, sondern in dem der ganzen Nationalversammlung verlangt. Das Parlament würde dadurch Seitens des preuß. Volkes für alle Fälle über den Standpunkt einer bloßen Vereinbarung mit den deutschen Staaten enthoben. Es fragt sich, ob das Parlament befugt ist, nach Willkür den deutschen Staaten Gesetze zu geben, ohne daß diesen Staaten das Recht der Zustimmung oder auch nur des Beiraths bliebe. Hat die Nationalversammlung dieses Recht, so besitzt es ohne alle Erklärungen preußischer oder sonstiger partikularen Versammlungen. Reicht das Mandat der Nationalversammlung aber nicht so weit: die preußische „Nationalversammlung" wird mit den schönsten Erklärungen (auch ohne giftige Beimischung eines Tadels) dieses Mandat der hoch über sie emporragenden Versammlung nicht erweitern können! — Diese verlangte Anerkennung eines Absolutismus des Parlaments hat zum Keen doch immer nur Parteienspiel der Frankfurter äußersten Linken, in deren Reihen das deutsche Volk dem Antragsteller den Eingang wider Erwarten nicht gestattete. Denn von der Frankfurter Majorität bei dem Ges. v. 28. Juni ging schwerlich Jemand weiter, als Heinrich Gagern, der selbst das Schoberscke Amendement rechts liegen ließ. Gagern aber nennt es einen „kühnen Griff",

sich in diesem außerordentlichen Falle von der Mitwirkung der Regierungen loszusagen. „Ich würde es bedauern“, sagte Gagern, „wenn es als ein Princip gälte, daß die Regierungen in dieser Sache gar Nichts sollten zu sagen haben“. Gagern endlich „rechnete“ bei dieser außerordentlichen Handlungsweise auf die „nachträgliche Einstimmung der Regierungen“. Jakoby dagegen im Einverständniß mit der äußersten Linken, vindicirt der Nationalversammlung die Machtvollkommenheit, den Absolutismus und schließt jede Mitwirkung der Staaten schlechterdings aus. Demgemäß sprechen die Schlußworte seines Antrags der preußischen Regierung das Recht ab, „Wiederholte gegen einer Art zu machen“. Hiermit sollte die Kammer zugleich die von dem Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung über die Reichsverweserwahl mißbilligen. Diese Erklärung des preuß. Ministeriums hat an mehreren Orten böses Blut gemacht, z. B. in München, und die Verstimmtheit wider Preußen erhöht. War es also nicht gerathen, daß die Kammer diesen Eindruck verwischte, indem sie der Regierung das Recht absprach zu solchem Vorbehalt und zu allen ähnlichen? Man ist so weit gegangen, den hannöverschen Protest mit dieser Erklärung gleichzustellen. Eine Beleuchtung ist dienlich. Die preuß. Regierung begrüßt mit Freuden die Wahl des Reichsverwesers ohne alle Restriktion, nicht etwa, weil sie diesen Prinzen getroffen; fast wörtlich in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten v. Gagern billigt sie ganz unumwunden die Art und Weise der Wahl als die durch die Nothwendigkeit gebotene und gegenwärtig zweckmäßigste, billigt vollkommen den „kühnen Griff“, nach den Regierungen nicht zu fragen, und ertheilt, worauf Gagern gerechnet, die nachträgliche Einstimmung. Weder Gagern, noch die Majorität der Nationalversammlung in Frankfurt verlangte von den deutschen Regierungen, dieses Verfahren (dies Ignoriren der Staaten) als Regel anzuerkennen. In Gagern's Sinne sagte der Ministerpräsident, dieses Verfahren möge nicht in Zukunft die Regel bilden. — Der Antrag Jakoby's, indem er es als Regel aufstellt, steht auf dem Standpunkte der Frankfurter Minorität, und so war auch der 2. Theil seines Antrags eine Mißbilligung der Majorität unserer Nationalvertreter in der Paulskirche, da dieselben zwar, ohne sich an die Staatenregierungen zu kehren, wählten, aber diese Handlungsweise als eine Ausnahmemaßregel erklärten. — — Erst wenn man sich vergegenwärtigt, dieser Antrag des Berliner Abgeordneten hätte in der Singakademie die Mehrheit erlangt, erkennt man darin den Mephistopheles, des Pudels Kern. Die preußische Kammer hätte dann zu der Nationalversammlung ungefähr also gesprochen: „An die Regierungen hast du dich nicht mehr zu kehren; eine der mächtigsten ist von meinem Beschlusse verstummt; du bist völlig souverän; aber daß du trotz der Warnung wahrer Volksfreunde z. B. Rob. Blum, einen unverantwortlichen Reichsverweser gewählt hast, ist ein dummer Streich; laß es dir nicht beikommen, in die Verfassung statt der republikanischen Spitze einen unverantwortlichen Kaiser aufzunehmen; sei gewarnt! so souverän Du bist, wir, das Preußenvolk, bringen uns deinen Beschlüssen, aber nicht allzutief; laß dich von den wahren Volksfreunden in deiner Mitte künftig vor derartigen Thorheiten waenen — unsre Mißbilligung wird sonst nicht ausbleiben!“ — — —

Indessen die preußische Kammer hat nicht so gesprochen; nur 52 Abgeordnete haben mit dem Antragsteller Chorus gemacht und darüber Kraszewski und fünf oder sechs andre Polen! Sie hat mit immenser Majorität als ob es noch einmal gälte, den Reichsverweser zu wählen, diesen Antrag verworfen. Die vereitelten Hoffnungen und Pläne der Linken hüben und drüben, in Frankfurt und in Berlin, werden nicht ermangeln, dieser Verwerfung verwerfliche Motive unterzuschieben und ich bin einer Sache beinahe gewiß, Vogt aus Gießen oder sonst einer unsrer intimen Freunde zu Frankfurt hat uns bereits einen reaktionären Mokel, einen altpreußischen Zopf angehängt. Und ein Gegner des Jakobyschen Antrags rechnete auf den Jubel, auf den freudigen Zuruf der Nationalvertreter? Natürlich nicht der äußersten Linken! Fassen wir die Motive zusammen, welche eine so kompakte Mehrheit gegen den Antrag vereinigt haben. Seine Gegner, könnte man behaupten, hätten sich zunächst auf den partikularpreußischen Boden gestellt und den Vorbehalt des Ministeriums unterstützt. Unterstützt hat diese Abstimmung die Regierung freilich ganz ungemein und Hr. v. Rodbertus konnte aus dieser Abstimmung Manches ersehen. Aber Widersacher des Ministeriums stimmten gegen Jakoby. Also vielleicht aus purem Lokalpatriotismus? Viele Redner sprachen auf das Allerentschiedenste sich dahin aus, die deutsche Verfassung möge die eines Bundesstaates sein, Deutschland möge weder ein Staatenbund bleiben, noch ein zentralisirter, uniformirter Staat werden, und nahmen für Preußen als ein kräftiges Glied des deutschen Reichskörpers eine gewisse Selbständigkeit in Anspruch. Doch in der Auffassung des Verhältnisses der deutschen Staaten zur Nationalversammlung stellten die Gegner Jakobys sich auf den Standpunkt, welchen Heinrich Gagern in jener berühmten Reden als den seinigen bezeichnete; auf Gagern berief man sich, Gagerns Worte wurden verlesen; der politische Standpunkt jener großen Mehrheit der Nationalversammlung und ihres edeln Präsidenten war derselbe, den die Gegner Jakoby's d. h. die überwiegende Mehrheit der preuß. Kammer einnahm. Und dabei sind so herzliche, freudige Reden gehalten, solche Zuversicht in die Staatsweisheit der Nationalvertreter wurde laut, so stolze Hoffnungen erhielten Ausdruck, daß ich im Stillen mir manchen unsrer Abgeordneten von Berlin nach Frankfurt wünschte und umgekehrt.

Der durchgehends ausgesprochene Beweggrund, den zweiten Theil des Jakoby'schen Antrags zu verwerfen, war nicht nur keineswegs das Preußenthum, sondern vielmehr ein Motiv, dem der Vaterlandsfreund seinen Beifall nicht versagen kann, hoffentlich auch nicht die zahlreichen Vaterlandsfreunde, die in der Paulskirche tagen. Die Gegner Jakoby's wiesen fast sämmtlich die Anmaßung von sich, als dürfte die Kammer eines Einzelstaates sich erdreisten, der Nationalversammlung Rechte zu- oder abzusprechen. Trotz alles Spöttelns über solche „Inkompetenz“ wurde immer wieder von Neuem darauf Seitens der Mehrheit zurückgekommen, die preuß. Volksvertreter wären nicht befugt; indem dieselben Urwähler sie für das Land und nicht für das Reich gewählt, wäre damit ausgesprochen, daß beide Wirkungskreise sich gar nicht berührten, der partikulare und der allgemeine. — Im Gefühl derselben Ehrfurcht, im Bewußtsein derselben Schranke lehnten die Gegner Jakoby's auch prinzipiell eine jede Kritik, einen jeden Tadel der Frankfurter Beschlüsse ab. Als Einzelnem stünde jedem Preußen unbezweifelt das Recht zu, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu billigen, oder zu mißbilligen. Aber als Versammlung erachte die preuß. Mehrheit einen solchen Ausspruch für völlig ungerechtfertigt und ungehörig. So sprachen denn die Redner der Mehrheit gegen jede Kritik Seitens der Versammlung und gaben gleichzeitig ihr erstes Votum gegen die von Jakoby ausgesprochene Mißbilligung des unverantwortlichen Reichsverwesers. Trotz des Sträubens und sophistischen Gegenredens der Linken galt der Mehrheit die Unverantwortlichkeit als Kriterium der Monarchie im Gegensatze der Republik. Wie damals in der Paulskirche, wurde hier in der Singakademie die Verhandlung hinübergespielt in das Gebiet eines Streites um Staatsformen. Die Gegner Jakoby's, die große Mehrheit der preußischen Volksvertreter, erklärte sich mit Wärme für das konstitutionelle Königthum. Wie in Frankfurt spaltete man Seitens der Linken die schwerwiegende Frage und verlangte für die konstitutionellen Bundesstaaten die republikanische Spitze. Und mit welcher Zähheit geschah das! Diese republikanische Spitze diene zur Konservirung der konstitutionellen Verfassung der Einzelstaaten. Ein konstitutionelles Oberhaupt mediatisirt die konstitutionellen Fürsten, drohe der Selbständigkeit der Staaten den Untergang. Die republikanische Spitze sei die einzige Garantie für die Staaten; meinte man damit etwa die Beibehaltung des Staatenbundes? Die Kammermehrheit ließ sich nicht irre führen; der unverantwortliche Reichsverweser, so hatte die Linke gedroht, wäre der Vorläufer eines deutschen Kaisers; und mit Enthusiasmus nahm die Mehrheit diesen Vorwurf hin, gab die Möglichkeit zu, läugnete, daß damit eine Restauration einträte und erklärte sich mit Festigkeit für konsequente Durchführung des konstitutionellen Systems. Sogar die Stammeseifersucht zu schüren, wurde von Seiten der Anhänger Jakoby's nicht verschmäht; man wies auf den österreichischen Erzherzog und das preußische Heer, auf die Würde der Großmacht — Alles vergebens! Die Redner der Mehrheit erinnerten unaufhörlich an den Jubelruf, mit dem das Haus die Wahl des Reichsverwesers begrüßte, und wiesen alle jene reaktionären Anspielungen und Kannthnungen zurück. Alle vereinigten sich in dem Ausspruch vollkommenster Befriedigung mit der Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers. — Wir würden dem Abgeordneten Jakoby, wenn es gewiß wäre, daß in Deutschland und namentlich in dessen Mikrokosmus in der Paulskirche die rein patriotischen Beweggründe der starken Mehrheit der preußischen Kammer nicht verkannt sind, für diesen Antrag, der zu republikanischem Parteizweck in Preußen eine territoriale Reaktion hervorzulocken bestimmt schien, für seine eklatante Niederlage sogar dankbar sein. Denn die Versuchung ist nicht nur überwunden, sondern in erfreulicher Weise kam immer das Gegentheil von dem zum Siege, was der Versucher beabsichtigte. Statt einer Erklärung über die Kompetenz der Nationalversammlung, über den Unwerth eines mit 450 gegen 100 Stimmen ge-

faßten Beschlusses derselben, anmaßlicherweise ausgesprochen von der Kammer Eines der 37 Partikularstaaten (wenn auch des mächtigsten), was ist erfolgt? die wiederholte Versicherung der bescheidensten Rückhaltung Seitens der Vertreter des mächtigsten deutschen Stammes gegenüber der Nationalversammlung. Vielleicht macht dieser unläugbare Ausdruck der Gesinnungen der Mehrheit in den Augen Deutschlands die Unschicklichkeit gut, welche begangen ist, indem die preußische Kammer einen Namen annahm, den dessen heftigste Verfechter als französische Reminiscenz aufstellten und festhielten, um der Krone damit ein crève-cœur zu bereiten. Statt einer Mißbilligung der Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers, die freudige Billigung des Beschlusses; statt einer Stärkung der äußersten Linken in der Paulskirche eine kräftige Unterstützung der Mehrheit, welche jenen Beschluß gefaßt. Statt einer versteckten, aber brauchbaren Hinneigung zu republikanischen Formen, ein offenkundiges, großartiges Bekenntniß für das konstitutionelle Königthum. Unverantwortlicher Reichsverweser ist kein Preuße geworden, sondern ein Oesterreicher! der unverantwortliche Reichsverweser ist aber ein Vorläufer des Kaisers —; welche Gefahren für die Zukunft! Konnte nicht Preußen den Reichsverweser stellen, so mußte es doch seine Befugniß so klein wie möglich wünschen, wenn auch republikanisch, also verantwortlich. Die Mehrheit in der preußischen Kammer gab eine gute Lehre. Weil nicht Jeder Kaiser sein kann, soll es Keiner sein; von diesem Kalkul möchten doch Alle fern bleiben, die mit im Rathe sitzen; Stammeseifersucht ist des Republikanismus letzter Haffnungsanker. Die Preußen widerstanden dieser Versuchung. Die österreichische Abkunft des deutschen Reichsverwesers hinderte die konstitutionelle Mehrheit der preußischen Kammer nicht, die Weisheit derer zu preisen, welche ihn unverantwortlich hingestellt, auch über Preußens König in der Sphäre der Centralgewalt. Und obwohl der Reichsverweser eben ein Fürst aus dem Hause Lothringen, hat die konstitutionelle Mehrheit, die gegen Jakoby stimmte, mit Freuden darin den Vorläufer eines konstitutionellen deutschen Kaisers erkannt. In Frankfurt liegt diese Frage noch fern; die preußische Kammer-Mehrheit hat nicht den Ausschlag zu geben über den Gipfel der vaterländischen Verfassung. Aber — gewiß wider Jakoby's Wunsch und Absicht — wird in der Paulskirche dies von dem Preußenvolk in Person seiner Vertreter abgelegte Bekenntniß für ein deutsches Königthum (wogegen der von L. L. bereits vorschußweise mit Lorbeer gekrönte Abg. Graf Reichenbach nichts Schlagenderes einzuwenden wußte, als — die Civilliste!!) die dahin widerhallen, wo diejenigen sitzen, welche Ohren haben und nicht hören, welche Nichts lernen und Nichts vergessen, für welche Jakoby die Rechnung ohne den Wirth machte. — —

Und nun noch ein Schlußwort über den Antragsteller. Eine gewisse Pietät, die sich von jenen Zeiten herschreibt, da die vier Fragen mit ihrer klassischen Antwort das Brevier des preußischen Liberalismus ausmachten, hindert Viele, namentlich Königsberger, diesen politischen Charakter unparteiisch zu beurtheilen. Diese Pietät ist eine Zierde der deutschen Nationalität und wurzelt tief im Volke; mit Bewußtsein verläugnet wird sie gewiß nirgend sonst, als auf Seite der politischen Meinungsgenossen des Verfassers der vier Fragen. Sie darf aber nicht so weit gehen, um die Gegenwart mit dem Maßstab der Vergangenheit zu bemessen. Die Zeit der vier Fragen ist für unsere politische Entwicklung eine Art von grauem Alterthum. Die Koryphäen von damals sind mehr oder minder in den Hintergrund getreten. Es handelt sich jetzt um andere, höhere Aufgaben. Wer noch nicht den Schauplatz der Handlung verlassen, genügt nicht immer gegenüber diesen schwierigern Aufgaben. Der Verfasser der vier Fragen ist mit unter denen gewesen, welche die deutsche Verfassungsfrage thatkräftig in die Hand nahmen. Den Anforderungen, welche diese mehr als vier Fragen deutscher Zukunft an den berufenen Staatsmann stellen, scheint Dr. Jakoby nicht gewachsen zu sein. Unklar oder absichtlich undeutlich in seinen Zwecken, statt mit dem Antrag, der sammervoll durchfallen mußte, einen kühnen Griff zu thun, that er in dieser Wahl eines Mittels zu diesem Zweck den unverbesserlichen Fehlgriff, daß er damit auf einen von dem stürmischen Jahrhundert längst überholten Standpunkt, auf den des gehässigsten Partikularismus zurückfiel, und in der Paulskirche mit vollem Recht ein Reaktionär gescholten, so mit Ernst August von Kumberland zusammengestellt werden konnte. Man könnte diese Unfähigkeit, in der deutschen Reformation eine hervorragende Stellung einzunehmen, der provinziellen Eigenthümlichkeit zuschreiben. Indessen die kräftige und deutsche Sprache, womit der Königsberger konstit. Verein gegen den Jakoby'schen Antrag aufgetreten ist, beweist, daß auch in Ostpreußen, im entfernten Thule man unter „deutsch" nicht, wie Ihr Frankfurter Korresp. meint, „preußisch", sondern eben dasselbe versteht, was in der Paulskirche darunter verstanden wird. In Königsberg also sind Stimmen laut geworden, die keinen Zweifel lassen, daß Jakoby auch dort zum Stimmführer nicht mehr taugt. Er wird von der deutschen Sache sich vielleicht bald ganz zurückziehen. — Was er aber auch begiane, sein Begianen ist gleichgiltig. Denn dem Fluge der Zeit zu folgen, ist der nicht fähig, der solchen Antrag versucht und solche Niederlage erlitten.

Frankreich.

Paris, 22. Juli. Die Untersuchung über den Juniaufstand führt zu immer weiteren Ergebnissen. Jetzt ist auch ein Hr. Zeaowicz, ehemaliger Adjutantmajor im Generalstabe, verhaftet worden, angeklagt, ein Agent Rußlands zu sein und an der Insurrektion thätigen Antheil genommen zu haben. Ferner hat die erste Militärkommission gestern den Kommandanten Constantin, Ergeneralsekretär des Kriegsministeriums, vor die Kriegsgerichte verwiesen. Seine Schuld scheint also außer Zweifel zu sein. Vorgestern wurde er aus der Conciergerie in den Palast der Nationalversammlung gebracht und dort von der parlamentarischen Untersuchungskommission gehört. Er war sehr niedergeschlagen, betheuerte aber, daß er unschuldig sei. — Auch ist einer der Redakteure des Père Duchesne verhaftet worden.

Die Wendung der Dinge in Italien hat einen tiefen Eindruck gemacht, und wenn die folgenden Berichte sich bestätigen, so dürfte die Einnahme von Ferrara ein casus belli werden, dessen Wirkungen auch außerhalb der Lombardei zu empfinden wären. — Die Regierung hat nämlich folgende telegraphische Depesche erhalten, die der „Moniteur" veröffentlicht: Die Oesterreicher sind am 14. Juli, 5000 Mann stark, in Ferrara eingerückt; sie haben alle Hauptposten besetzt und eine Kriegssteuer erhoben. Der Papst hat protestirt und die Deputirtenkammer hat mit Einstimmigkeit ein Allianzprojekt aller italienischen Staaten gegen Oesterreich votirt. In Folge dieser telegraphischen Depesche, die gestern um 12½ Uhr Mittags hier eintraf und sogleich dem Komité der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt ward, versammelte sich dasselbe und faßte seinen endlichen Beschluß über die italienische Frage. Der Minister Bastide, der der Berathung beiwohnte, begab sich Abends zum General Cavaignac, wo Ministerrath gehalten wurde. Man versichert, daß eine telegraphische Depesche der Alpenarmee den Befehl überbracht habe, in Italien einzurücken, und daß General Oudinot heute noch auf seinen Posten abgeht.

Italien.

* Genua, 17. Juli. Wenn man den Franzosen gewiß mit Recht der Undankbarkeit deutscher Zustände und Charaktereigenthümlichkeiten beschuldigen kann, so kann man uns und das italienische Volk nicht von großen Irrthümern über die Politik der Vereinigten Staaten freisprechen. Wie nämlich der Deutsche in der Freude seines Herzens, daß nun endlich seine Hoffnungen in Erfüllung gehen, nach nur wenigen Wochen glaubte, Bruder Jonathan, in gleicher Weise darüber erbaut, werde seiner Ohnmacht zur See ohne Zweifel zu Hilfe kommen, und schon manches Blatt das ansehnliche Geschwader von 35 Segeln in der Nordsee erscheinen ließ, so geht nun auch durch ganz Norditalien das fest geglaubte Gerücht, man habe in Washington die gesammte Flotte Karl Albert während der Dauer des Krieges zur Verfügung gestellt, und ihm erlaubt, dieselbe für die Zeit mit der italienischen Flagge zu schmücken! Die grün-weiß-rothen Streifen an der Stelle des Sternenbanners!! „Der Kommandant des „Peiceton" hat gestern die bezügliche Depesche nach Turin gebracht"! O armes Italien, was müßtest du für einen Bären aufbinden, damit du von diesem dir aufgebundenen mit Ehren loskömmst! Wie viel Millionen kannst du Dankee bieten für ein solches Geschäftchen?

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Wiener 6 King, 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder bestehen Bestellungen bei G. L. Mitt... in Straßburg Nr. 29 Broglie... Preis 81... 48 Rue a Dame de Lorette.

Deutsche Zeitung.

Die Redaktion besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30 — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer kleinspaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 207. Heidelberg, Donnerstag 27. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Reaktion des Partikularismus. — **Wien** (ernstliche Aufforderung an den Kaiser zur Rückkehr. Erbitterte Stimmung. Protest Minister des Auswärtigen). **Berlin** (Kammerverhandlungen. Interpellationen über Militärsachen. Gesetzbuch für ganz Deutschland. Eine Kommission für Gewerbe niedergesetzt. Das Verhältniß zur Centralgewalt. Rosenkranz. Die Konstabler. **Königsberg** (Auflösung des demokratischen Vereins erwartet. **Stuttgart** (das Theater geschlossen). **Kuetsenhe** (Rede Beck's über die fortdauernden Umtriebe der Freischärler). **Mannheim** (der erste Artikel der Grundrechte). **Darmstadt** (Kammerverhandlungen. Jaup's Erklärung über seine Stellung und Ansichten. Die jüngste Volksversammlung). **Kötben** (die Vereinigung der Landtage). **Rendsburg** (das Tann'sche Freikorps). **Hamburg** (neues Auftreten des alten Partikularismus beim deutschen Zollentwurf. Die Cholera). **Frankfurt** (Reichstagsverhandlungen. Die polnische Frage. Erklärung des Reichsministers Schmerling in Betreff des Waffenstillstandes und Trieß's. Schreiben Brangels an den Reichsverweser. Energische Note an den surtin. Gesandten. Berichtigende Erklärung Jucho's).

Schweiz. Bern. Die Bärenpartei und die Bundesverfassung. Die Zustimmung der übrigen Kantone.

Großbritannien. Die „Organisation" in Irland.

Frankreich. Die militärische Disciplin in der Republik. Finanzvorlage der Regierung. Beruhigtere Stimmung über Italien. Das Gesetz über die Klubs. Französische Blätter über Deutschland.

Italien. Rom. Antwort des Papstes auf die Adresse der zweiten Kammer.

Amerika. Nachrichten aus Mexiko. Verschwörung des Paredes. Jukatan. Sieg der Weißen. Kuba. Verschwörung. **Nordamerika.** Die irische Brigade.

Beilage. Vom Rhein. Taktik der Arbeiterbestrebungen. **Niederland. Amsterdam.** Rückblick auf die jüngste Zeit. Stimmungen gegen Deutschland. **Frankreich. Straßburg.** Die sociale Republik in Frankreich und Deutschland. **Moldau und Walachei. Bukarest.** Adresse an den Kaiser von Rußland.

Heidelberg, 26. Juli.

Wir sind immer der Ueberzeugung gewesen, daß für Deutschlands Einheit und Macht nur ein Heil blüht auf dem Wege der freien Einigung, der friedlichen Verständigung, der Verträglichkeit oder des Vertrages; daß wir mit Zerwürfnissen, mit Spaltungen, mit Gewalt und Bürgerkrieg zu diesem Ziele nicht gelangen werden. Die Nothwendigkeit ist nicht erwiesen, daß aus jeder revolutionären Gährung ein **Cromwell** nad **Napoleon** hervorgehen muß, der den zerrissenen Staat heilt und ein kräftiges Ganzes herstellt. Und erschiene er bei uns, so ist keine Bürgschaft, daß er seinen mächtigen Arm vererben würde; es ist alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß das mit der Gewalt der persönlichen Ueberlegenheit Zusammengehaltene nach ihrem Aufhören wieder auseinanderfallen würde. Wir werden nicht müde werden zu behaupten, daß dem Charakter dieser Nation und ihrer vielseitigen Natur der Weg der Reform allein zusagt, und daß die streitenden Mächte, die Einheit nad die Staaten, das Volk und die Fürsten, sich nicht einander zum Trotze, sondern zu Liebe handeln müssen, wenn sie ihren gegenseitigen Vortheil recht bedenken wollen.

Wir haben, zum Mißfallen Aller, die sich unangenehme Wahrheiten gerne vom Leibe halten, die Schritte der Nationalversammlung, die die friedliche Verständigung über unser Verfassungswerk stören konnten, mehrfach bezeichnet und unumwunden getadelt. Die Berationen mit Interpellationen, die Eingriffe in die Autonomie der Einzelstaaten, die Gelüste zum Regieren und Verwalten, die Auslegung der Volkssouveränetät, die Herausforderungen nach Außen, die allzu starke Betonung des einheitlichen Prinzips, das Hintansetzen der Bundesnatur dieses Staates, All das ist zwar, kaum mit Einer Ausnahme, in keinem einzigen, einzelnen Falle soweit getrieben worden, daß ein Bruch wäre zu befürchten oder irgend von welcher Seite zu rechtfertigen gewesen; alles zusammengehalten aber machen die einzelnen Ueberschreitungen des wünschenswerthen Maßes einen solchen Körper aus, der bei den Einzelregierungen Mißstimmung und Gedanken der Widersetzlichkeit hervorgerufen hat. Was schlimmer ist: diese Mißstimmungen breiten sich in die Volksmasse, besonders im Norden von Deutschland aus; die Schmähungen der preußischen Regierung und des preußischen Heeres, über den schleswiger-Krieg und Waffenstillstand, besondees in dem Momente wo kein Staat soviel für Deutschlands Gemeininteresse gethan and gelitten hat als gerade Preußen, haben eine Aufregung in den alt- und gutpreußischen Provinzen hervorgerufen, die bereits in Adressen und Demonstrationen aus Städten und Vereinen sich Luft macht.

Diese preußische Reaktion haben gewiß nicht jene unpassenden Ausfälle einzelner Mitglieder der Linken allein bewirkt, die ohnehin ihre lebhafte Mißbilligung jedes Mal in der Nationalversammlung gefunden haben; das Wahlverfahren hat dabei das Seinige gethan and noch mehr die getroffene Wahl des Reichsverwesers. Bei der letzteren ist der Versammlung kein Vorwurf zu machea, die Preußen selbst haben sämmtlich, soweit sie konstitutionell gesinat sind, mitgestimmt. Es stehen nun aber noch weitere Beschlüsse und Verhandlungen in nächster Aussicht, die den beginnenden Zwiespalt zwischen der Einheit und dem Provincialismus nicht auszugleichen, sondern eher za erweitern geeiguet sind. Wenn die Befugnisse der Reichsgewalt zur Sprache und zur definitiven Entscheidung kommen, so wird die Verstimmung der Regierungen erst ihren Gipfel erreichen und es ist zu besorgen, daß sie, einmal ausgesprochen, die Bevölkerung in vielen Theilea Deutschlands mitreißen wird.

Die Regierungen haben in dieser Beziehung eine ungeheure Verantwortung auf sich; mögen sie wohl jeden Schritt erwägen, den sie thun wollen. Der Entwurf des Verfassungsausschusses über die Befugnisse, die der Reichsgewalt beigelegt werden sollen, ist belannt geworden. Wir haben ihn bedächtig gelesen. Er ist wesentlich nicht sehr verschieden von dem Entwurfe der Siebenzehn. Kein Entwurf der Welt, der die Centralgewalt eines Bundesstaates ausstatten wollte, **könnte** wesentlich verschieden sein. Die Natur der Sache führt auf diese Bestimmungen. Soll es ein Bundesstaat wirklich sein und nicht bloß heißen, soll die Centralgewalt eine Gewalt haben und nicht bloß zu haben scheinen, soll eine Einheit begründet werden und nicht die Vielheit von Regimenten bleiben, so ist mit Wenigerem nicht Haus zu halten. Die Einheit des Heerwesens und die Einheit der auswärtigen Vertretung sind die Dinge, die den größern Regierungen am härtesten fallen zu gewähren. Und doch muß das Wort kalt, besonnen aber in aller Schärfe ausgesprochen werden: die deutsche Nation muß unerbitterlich gerade auf diesen beiden Punkten bestehen. Alle unsere Erwerbungen ohne diese beiden sind eitle Illusionen. Die **provisorische** Reichsgewalt, die nicht mit dem **ausschließenden** Rechte der Verfügung in beiden Beziehungen ausgestattet ist, mag den harten Uebergang mildern nad anbahnen. In Beziehung auf das Heerwesea läßt sich eine Organisation schaffea, die den einzelnen Fürsten und Staaten Genüge that, ohne dem Ganzen zu schaden; in Bezug auf die Vertretung läßt sich nur ein unbedingtes Opfer denken. Wir können in diesen Punkten Nichts nachlassen, wir dürfen es nicht, wir am wenigsten, die wir es mit dem Bestande der einzelnen Staaten und Thronen am Besten meinen. Die Bereitwilligkeit, die wir bei den Regierungen voraussetzen und bisher fanden, den begehrten Neubau unseres Staates mit allen Opfern fördern zu helfen, hat allein den Strom der Revolution und die Fortschritte der Republik gedämmt. Hat man sich in diesem Vertrauen getauscht, so ist den Anhängern der Monarchie ihre letzte Waffe genommen, und man mag auf die äußersten Folgen gefaßt sein.

Wir haben die hannoversche Erklärung gelesen, wir haben die dortige erste Kammer ihren Ausspruch thun hören. Wir vernehmen, daß in München große Rührigkeit ist; Verhandlungen mit Oesterreich; Verhandlungen beider mit dem russischen Gesandten in München; auch Würtemberg soll im Spiele sein. Daß Baiern sich die Ausstattung der Centralgewalt nicht will gefallen lassen, wie wir sie brauchen, das ist bekannt. Kommt Oesterreich durch Ermüdung an den Wiener Zuständen wieder zu einer Festigung seiner Regierungsgewalt, so wird sich zeigen, daß auch diese Macht an den Beschränkungen ihrer Selbständigkeit am wenigsten Freude

Digitized by Google

haben kann. Reicht die preuß. Regierung zu den Machinationen die Hand, mit ihrem gewissen Gewicht im Rücken, so wäre denkbar, daß wie der raschen Errungenschaften dieser Monate so schnell verlustig gingen, wie im Jahr 1832 die großen Erschütterungen frühzeitig ihr Ende fanden.

Ob die preußische Regierung bei jenen heimlichen Operationen in Süddeutschland betheiligt ist, wissen wir nicht. Wir glauben es nicht. Wie sehen übrigens hier wieder an einem Beispiele, daß an Preußens Thun und Unterlassen für Deutschland Alles gelegen ist. Schlage Preußen in jene machinirenden Hände ein, und die deutsche Sache kann vorerst verdorben werden. Nicht lang! Denn wie kurz hat selbst jene heftige Reaktion nach 1832 gedauert! Fünf Jahre hernach begannen schon wieder die neuen Aktionen in Göttingen und Köln und haben sich fortgepflanzt und gesteigert bis zu diesem Jahre. Und wie wenig war damals in das Volk gedrungen, mit wie geringer Energie, was diesmal auch den untersten Streiter mitgerissen hat! Aber immerhin, verderben und stören läßt sich durch eine Verständigung des Partikularismus viel genug und lange genug. Bleibt aber Preußen außerhalb jenes Spieles, hält es sein Wort, in Deutschland aufgehen zu wollen, bleibt es auf dem Wege der Großmuth, der Resignation, der weisen Erwägung aller Dinge, des echten Patriotismus, so kann nie Etwas von jenen süddeutschen Mächten versucht werden, was die deutsche Einheit ernstlich gefährdete.. Und wenn die undankbaren Schmäher Preußens in den Busen greifen und sich fragen, an wen man die Anforderung dieser großartigen Politik am ehesten stellen, von wem man sie am ersten erfüllt zu sehen hoffen darf, so werden sie nur das geschmähte Preußen nennen können. Wir stellen diese Anforderung an Preußen. Eine solche Macht darf ein solches Wort, nach dem es künftig in Deutschland aufgehen will, nicht gesprochen haben, ohne es zu halten. Alles, was sie bisher in diesem Sinne gethan, hat sie wenige Opfer gekostet. Alles, was bis jetzt geschehen ist, wird Preußen wenig angerechnet werden wollen, denn es ist aus Nothwendigkeit geschehen. Wenn die preußische Regierung erst ihre frühere Kraft wieder erlangt haben wird, gerade dann werden ihre Darbringungen bei dem Vaterlande erst als wirkliche Opfer, als Handlungen der edelsten Resignation aufgenommen werden; erst wenn freiwillige Akte und nicht gezwungene sie bezeichnen, wird Preußens Politik als eine wahrhaft deutsche anerkannt werden. Noch ist Preußen nicht genöthigt und nicht aufgefordert, seine auswärtige Vertretung aufzugeben. Aber es würde der glänzendste Beweis seiner uneigennützigen und aufrichtigen Absichten sein, wenn es sie schon jetzt, dem Reichsverweser gegenüber, dahingäbe, wenn es den mittleren und kleineren Staaten in aller Art von Aufopferung voranginge. Dies werden Thaten sein, die im Buche der Nation hoch angeschrieben werden. Und was könnte Preußen dabei verlieren? Es will in Deutschland aufgehen, aber nicht untergehen. Nichts ist billiger. Selbst keiner der kleineren Staaten soll das nach unseren Vorstellungen von Deutschlands Zukunft. Was immer die definitive Verfassung Deutschlands sein wird, sie wird in den gegebenen Verhältnissen vorerst immer ein Provisorium sein, sei es, daß durch Turnus, sei es, daß durch Wahl das Reichsoberhaupt für kurze Jahre bestimmt werde. Preußen wird wohl zusehen können, wie sich diese Verfassung entwickeln wird. Wird die deutsche Politik nach Außen unter einer solchen Gestaltung der Dinge wenig bedeuten, so mag Preußens Trost sein, daß die seinige bisher auch Nichts bedeutet hat, und daß es im Innern so viel zu sorgen hat, um vorerst seine Wirksamkeit nach Außen pausiren lassen zu können. Sollte die Ordnung, die sich bei uns bilden wird, zu einer unerträglichen Unterordnung Preußens führen, so wird Preußen immer Zeit haben, Einspruch dagegen zu erheben. Der Bruch mit Deutschland und seiner einheitlichen Verfassung, wenn er ja unvermeidlich gedacht werden müßte, wird nie zu spät kommen können. Wenn die Unverträglichkeit der neuen Ordnung mit der Macht und Ehre Preußens sich wirklich herausstellen sollte, dann wird die Gewalt der öffentlichen Meinung diesen Mißstand von selber bestätigen — bis jetzt wird er bloß vermuthet. Und die öffentliche Meinung wird, wenn jetzt der Organisation der deutschen Verfassung und Einheit Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten, sich für diese mit aller Macht erheben.

Wir haben wohl bewiesen, daß wir parteilos sind, daß wir der Nationalversammlung nicht schmeicheln, daß wir die übertriebenen Meinungen von ihrer Allmacht nicht theilen, daß wir sie für allmächtig in Deutschland nur für den Fall halten, daß sie sich voll wahrer Staatsweisheit beweist. Wir haben die Fälle nicht verschwiegen, wo wir diese Weisheit mangeln sahen. Die Folgen dieser Fälle zeigen sich viel schneller, als wir irgend glaubten, gerade so, wie wir sie befürchteten. Aber nun ist es an uns, uns auch nach dieser andern Seite zu kehren. Wir haben dorthin die Thorheit betont, die darin lag, die Regierungen vor den Kopf zu stoßen, noch ehe sie irgend eine Widersetzlichkeit gegen die großen Wünsche der Nation bewiesen. Wir müssen nun nach dieser Seite die Thorheit betonen, die darin läge, sich mit einer Versammlung zu überwerfen, auf die die Nation wie auf ihre einzige Hoffnung blickt. Wie können die Thatsache nicht verläugnen, die die Regierungen verstimmt hat. Dennoch ist es unsere Pflicht, ihnen auch zu sagen, was sie trotz jener Thatsache an dieser Nationalversammlung besitzen. Sie ist ihr einziger Erhalter gewesen, noch ehe sie im Dasein war: das Vertrauen auf das in Aussicht gestellte konstituirende Parlament hat die Nation mehr als alles Andere vor den Ueberwältigungen der Revolution bewahrt. Sie ist ihr einziger Erhalter auch jetzt noch; das allgemeine Vertrauen liegt im Großen und Ganzen noch immer auf ihr; das Werk der Regeneration unserer Verfassung ist ihr in der öffentlichen Meinung allein vertraut, gewiß können es die Regierungen nicht ohne sie hinausführen. Was man immer in den höheren Regionen von dieser Versammlung denken mag: sie ist, in Erwägung der Zeit, in der sie zusammentrat und gewählt wurde, so zusammengesetzt, daß man sich wohl zufrieden geben mag; die Mehrheit hat im Sinne der Ordnung, der Reform, der konstitutionellen Monarchie die entschiedensten Siege erfochten; ihre letzte Maßregel hat zur Beruhigung Deutschlands aufs Segensvollste gewirkt, trotz des angefochtenen Verfahrens. Und wer den Beschluß zu diesem Verfahren in der Nähe beobachtet hat, der wird nicht anders können als eingestehen, daß, so verletzend der Beschluß sein mochte, die Motive dazu eben so unschädlich waren, ja daß der ganze Vorgang etwas so Gemüthliches, etwas so Vertrauensvolles von Seite der Versammlung zu ihrem Präsidenten, von Seite des Präsidenten und der Versammlung zu ihren Regierungen hatte, wie es nur in einer Versammlung deutscher Staatsmänner vorkommen kann. Diese Versammlung fehlt für ihre Mehrheit nur ein tüchtiger Leiter, um sie auf die besonnensten Wege zu lenken. Ein festorganisirtes, gleichartiges, seiner Zwecke sich klar bewußtes Reichsministerium wird ihr diesen Führer ersetzen. Das ist der Grund, warum wir mit solcher Entschiedenheit uns gegen alle zufälligen und heterogenen Elemente in dem zu bildenden Kabinete so empfindlich zeigen. Mit einem kräftigen, freisinnigen, aber besonnenen Ministerium wird auch die Nationalversammlung diese Eigenschaften überkommen. Mit einer Volksvertretung von solcher Anlage aber in solchen Zeiten muthwillig brechen, wäre unverantwortlich. Gegen sie ernstlich zu reagiren, wäre eine politische Sünde, die nicht ärger gedacht werden könnte. Unklaren Regungen des Stammgefühles in den Massen offen und aufklärend entgegenzutreten, wäre die dringende Pflicht jeder Regierung, unter deren Untergebenen sich dergleichen kund gäbe. Es kann eine Grenze gedacht werden, wo es die Ehre keines Regimentes mehr erträgt, länger bloßgestellt zu werden. Diese Grenze ist, wenn man die Natur der Zeit in billigen Anschlag bringen will, in Deutschland nicht berührt worden. Will man sie zu enge ziehen, so hüte man sich vor den Folgen. Der Moment zur Herstellung des Vaterlands und seiner Macht und Ansehens ist günstig wie nie. Eine Hemmung dieser Entwicklung von Seite der Regierungen, denen Einsicht und Bewußtheit in ihren Maßnahmen zugetraut werden muß, wäre viel unverzeihlicher, als ein zu rascher Betrieb von Seite der Nationalversammlung, die mehr vom Instinkte der Massen abhängig ist. Wir halten mit uns selber Rath, was wir in dem unglücklichen Falle thun würden, daß eine partikularistische Reaktion sich geltend machen sollte, daß sie die Regierungen in den Massen nährten oder stillschweigend wachsen ließen, daß die Hoffnung des Vaterlands noch einmal an dem Geiste der Kleinstaaterei scheiterte. Hätten wir uns in dem Vertrauen getäuscht, das wir auf die Bereitwilligkeit der Regierungen setzten, die Wiedergeburt Deutschlands wetteifernd mit dem Volke zu fördern, so würden wir im geringsten Falle die Feder niederlegen und schweigen müssen. Tausende und Hunderttausende aber werden mit uns an der Gelehrigkeit der höheren Klassen verzagen; man wird den Dingen ihren Lauf lassen, die man nicht ändern kann, und die ihrem Schicksale übergeben, die nicht geholfen haben wollen.

Digitized by Google

Oesterreich. Wien, 21. Juli. Der Allgem. Z. wird geschrieben: Nachdem das Ministerium mit Schmerzen geboren, nachdem es die Weihe eines parlamentarischen Sieges empfangen, war zunächst nöthig dem Hause unserer demokratischen Monarchie auch einen Kopf wieder aufzusetzen. Johann hat sein Amt in Frankfurt und ist gewissermaßen nur auf Urlaub hier, Stephan spekulirt zu selbstherrlich auf Ungarn, außer den beiden Namen hat die kaiserliche Familie keinen, der sich mit der Zeit verträgt. Auch sieht man nicht recht ein warum ein Stellvertreter hier sein soll, während der Kaiser in Tirol Nichts zu thun hat, und so wurde Se. Majestät nun durch Schreiben von gestern ernstlich aufgefordert, die Erfüllung seiner Pflichten als Regent nicht länger hinauszuschieben. Es wird jedoch vermuthet, daß der Kaiser seines Gesundheitszustandes halber die am 18. August eintretende Volljährigkeit des Thronerben abwarten werde und ihm dann, sei es selbständig oder als Mitregent, die Zügel zu übergeben beabsichtigt, ein Plan, der gut wäre und Beifall finden dürfte, wenn nur die Erzherzogin Sophie und ihr Gemahl fern gehalten würden. Der junge Prinz hat viel gelernt und besitzt Talent, in einer guten Umgebung würde er bald die Ansichten abstreifen, welche das alte System ihm angehängt hat und die allein nach seiner Popularität im Wege stehen. Die Oesterreicher wollen einen Fürsten der mit, nicht über ihnen lebt. Zum Minister des Auswärtigen ist nun Obristlieutenant Prokesch ernannt. Das neugebildete Ministerium scheint im ganzen mit einem gewissen Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit seiner demokratischen Tendenz aufgenommen zu sein. Namentlich hat das Programm nicht ganz befriedigt, weil es über die wichtigsten Fragen — die Anerkennung unserer Maitage ꝛc. in hohlen Phrasen hinweggeht. In Wien wie in Pesth waren übrigens Gerüchte im Umlauf, daß die Ungarn von den Serben bedeutende Schlappen erlitten hätten.

Die Berl. N. enthalten ferner Folgendes: Der Erzherzog-Reichsverweser wird uns nach feierlicher Eröffnung des Reichstags, die Sonnabend oder Sonntag stattfindet, verlassen, und seinen Sitz in Frankfurt aufschlagen. Die Frage, wer ihn ersetzen soll, beschäftigt die ganze Kaiserstadt, und schon haben die Anarchisten ein neues Feld gefunden, um das Volk aufzuregen. „Der Kaiser muß kommen, oder!“ — — ertönt es in allen Vorstädten. Wir müssen gestehen, daß wir dies selbst jetzt für nothwendig halten. Alles was sich in Innsbruck befindet, entfremdet sich mit jedem Tage, und die radikale Presse arbeitet fortwährend, um die Gemüther des Volks zu erbittern. Das neue Ministerium hat von der Hand wenig Sympathieen für sich. Jedermann blickt auf den Reichstag, der Alles schlichten soll.

Preußen. ☽ Berlin, 22. Juli. Zu meinem gestrigen Berichte über die Sitzung unsrer Abgeordnetenkammer beeile ich mich einen Gegenstände allgemeinen Interesses betreffenden Nachtrag zu geben. — Der Abg. Schulz (vom Delitz) ließ sich durch den höchst unerquicklichen Verlauf der Debatte, welche sich an die mit Bezug auf die Posener Angelegenheiten gestellten Interpellationen geknüpft hatte, verleiten, den Antrag einzubringen, alle die Posener Verhältnisse berührenden Interpellationen und Anträge, „um nicht von Neuem unseligen Zwiespalt im Großherzogthume und in der Versammlung selbst zu erregen“, ohne Weiteres an die betr. Abtheilung zu verweisen. Die Kammer war offenbar durch die an Ergießungen nationaler Leidenschaft reiche Verhandlung in die übelste Stimmung versetzt worden und dadurch auf dem besten Wege, jenem Antrage, der das unveräußerliche Recht eines Volksvertreters, Anträge zu stellen und an die Landesbehörden Anfragen zu richten, wesentlich geschmälert hätte, ihre Billigung zu ertheilen. Noch zu rechter Zeit kam der Warnungsruf, und der Antrag wurde zurückgezogen. — Ueber die vielfach als Angriff gegen die preußische „Militärdespotie“ benutzte Zeitungsnachricht, daß am 17. Juni das aus Posen ausrückende 19. Infanterieregiment durch die kalte Grausamkeit seines Führers achtzehn Mann verloren habe, gab das Kriegsministerium folgende Erläuterung: es habe sich nach den sorgfältigsten Untersuchungen bis jetzt keine Schuld auf Seite des führenden Officiers ergeben; es seien bei der außerordentlichen Hitze an jenem Tage den Soldaten die größten Erleichterungen bereitet, insbesondere ihnen, was ganz ungewöhnlich, die Tornister nachgefahren worden. Bei einer Kompagnie indeß, wo die meisten Todesfälle zu beklagen gewesen, sei der Wagen gebrochen und dadurch die Leute genöthigt worden, ihr Gepäck wiederum selbst weiterzuschaffen. Außerdem sei der Tagesmarsch auf ein sehr kleines Maß beschränkt worden. Das Kriegsministerium habe sich übrigens bei dieser Rechtfertigung noch nicht beruhigt, sondern dem 3. Armeekorps, welches bei dem betr. Vorfalle vollständig unbetheiligt sei, die weitere Nachforschung übertragen. Von dem Erfolge der Untersuchung werde zur Zeit der Bericht auf dem Bureau der Versammlung niedergelegt werden. — Der Abg. Sperling befragte das Justizministerium, ob es, wie die öffentlichen Blätter berichteten, aus dem Grunde, weil „ein einziges Gerichtsverfahren und Gesetzbuch für das ganze einige Deutschland“ in kurzer Frist eingeführt werden solle, die betreffenden Gesetzesvorlagen zurückgezogen habe? Der Minister erklärt diese Besorgnisse für unbegründet. „Es sei ihm leider nicht bekannt, daß schon jetzt zu Frankfurt Schritte gethan würden, um einen gleichförmigen Rechtszustand in Deutschland herbeizuführen. Von jeher habe die preußische Regierung nach einem solchen Ziele hingestrebt, noch kürzlich sei sie mit einem gemeinsamen Wechselrechte hervorgetreten, allerdings ohne bis jetzt einen Erfolg erreicht zu haben. Es gebe indeß dieser Umstand dem Ministerium keineswegs Anlaß, des besseren Zustandes wegen den guten zu vernachlässigen; im Gegentheil werde auf das Angestrengteste an den erforderlichen Vorlagen fortgearbeitet.“ Wir vermögen nicht, nach diesen Erklärungen die Bemerkung zu unterdrücken, wie sehr wünschenswerth es sei, daß die preußische Regierung ihre Bestrebungen, ein gemeinsames deutsches Gesetzbuch zu schaffen, fortsetzen, und wenn die früheren Versuche an der traurigen deutschen Zersplitterung scheiterten, in dieser Zeit, wo neue Hoffnungen für unsere Einigung den sinkenden Muth beleben, in Frankfurt selbst wiederum ihre Versuche aufnehmen möge. Der Vortheil ist, wenn das große Werk glückt, ein unermeßlicher. In Preußen spart man die Kosten der Veränderungen, welche bei der vielleicht dennoch früher oder später eintretenden Einheit der Gesetzgebung nothwendig werden; in allen deutschen Staaten aber darf man ein mit größerer Vollkommenheit ausgestattetes formelles Recht erwarten, wenn alle Mittel sich vereinigen, um dasselbe zur endlichen Erscheinung zu bringen. Die Wissenschaft hat den Stoff lange bereitet, ihn sogar zu großer Blüthe gefördert, und herrliche Kräfte gibt es überall im ganzen Vaterlande, welche das längst ersehnte Werk schnell zu vollenden vermöchten. Kaum wüßten wir unserem neugeschaffenen Reichs-Justizminister eine lohnendere Aufgabe zu stellen, eine Aufgabe, für deren Lösung ihm sogar auch der materielle Wohlstand des Volkes danken würde, als die Meister zu berufen, welche bald den Bau des deutschen Rechts zu einem herrlichen Dome zusammenfügten! — Wir kehren nach diesen Hoffnungen, die wahrlich nicht in das Gebiet idealer Schwärmerei gehören, zu den Verhandlungen des preuß. Landtags zurück. Ein Antrag des Abg. Vogelsang, welcher die durch neuere Jagdbestimmungsordnungen in mehreren Provinzen sehr benachtheiligte Landbewohner zu schützen beabsichtigt, wird fast einstimmig angenommen. Der Abg. stellt den dringenden Antrag, daß für die Angelegenheiten der Handwerker und Arbeiter eine besondere Kommission gebildet werde. Ein schlichter Fleischermeister aus Fischhausen, welcher das Leben in seiner Wirklichkeit kennen gelernt hat, spricht beherzigenswerthe Worte über die oft sehr traurigen Folgen, welche die auf dem Prinzipe einer abstrakten Freiheit errichtete Gewerbsordnung von 1845 für den Handwerkerstand nach sich gezogen hat. Während der Bauer in Sammet und Seide einhergehe und sich seines Wohlstands freue, sei der Handwerker in Armuth versunken und rechtfertige keineswegs mehr das Sprichwort, daß das Handwerk einen goldenen Boden habe. Es wurde der Antrag in der von dem Abg. Par vorgeschlagenen Fassung angenommen, daß sofort eine besondere Kommission für die Gewerbs- und Handwerksverhältnisse niedergesetzt werde, und daß diese den Antrag erhalte, mit Zuziehung freigewählter Sachverständigen aus dem Handwerkerstande Vorschläge zur schleunigsten Abhilfe der dringendsten Beschwerden bis zum Erscheinen einer neuen Gewerbeordnung zu machen.

Berlin. Die Spen. Z. berichtet: Die Stellung, welche Preußen zu Deutschland einzunehmen hat, ist eine so schwierige, und die von Frankfurt aus an dasselbe gestellten Forderungen in den Opfern für seine Selbständigkeit sind in ungemessener Art, daß es dem Ministerium, welches Preußen für Deutschland zu erhalten bemüht sein muß, auch nicht möglich geworden ist, sich mit dem Prof. Rosenkranz über die allgemeinen politischen Fragen zu vereinigen; er befindet sich etwa in demselben Falle, wie Hr. Robbertus.

Berlin, 23. Juli. Am Sonnabend fand den ganzen Tag über im Exercierhause auf dem Köpnicker Felde die Vereidigung der Konstabler Statt. Dieselben werden von Montag ab in Funktion treten. (Voss. Z.)

Königsberg, 18. Juli. Von hier wird der Brem. Z. geschrieben: Man sieht hier täglich der Auflösung des hiesigen demokratischen Klubs entgegen, obwohl er noch nicht einmal das republikanische Princip proklamirt hat; man glaubt jedoch, daß er in das Schicksal der übrigen Klubs verflochten sein werde.

Würtemberg. ** Stuttgart, 23. Juli. Man erfährt heute hier, daß der König das Theater in der hiesigen Stadt auf die Dauer von 14 Monaten geschlossen hat. Man erinnert sich, daß

Digitized by Google

kürzlich der König auf 200,000 fl. von seiner Civilliste für künftiges Jahr verzichtet hat. Das Theater war ursprünglich Staatsanstalt, später übernahm es gegen einen jährlichen Zusatz von 50,000 fl. zur Civilliste der König. Der Schlag ist für die Stadt hart, noch viel härter ist die Maßregel für die vielen Familien, von deren Häuptern weit nicht alle durch ihre Kontrakte gegen die natürlich jetzt erfolgende Entlassung geschützt sind. — Staatsrath Römer ist von Frankfurt hier angekommen.

Baden. Karlsruhe. Aus dem vom Staatsrath Bekk am 22. d. in der zweiten Kammer gehaltenen Vortrage entnehmen wir nachfolgende Stelle: Daß wir im Allgemeinen noch nicht auf einem Ruhepunkt angelangt sind, Das, meine Herren, können Ihnen die vielen Bemühungen beweisen, die von den Freischärlern, von den Rebellen an unserer Grenze ununterbrochen ausgehen, und von Einzelnen im Lande, sowie von öffentlichen Blättern unterstützt werden. Es wird kaum nöthig sein, Ihnen darüber specielle Belege mitzutheilen; ich könnte Ihnen sonst eine ganze Menge vorlegen. Doch will ich mir erlauben, Einiges vorzulesen aus einem mir erst gestern zugekommenen Originalschreiben von Corvin Wiersbitzky, „Chef des Generalstabs der deutschen republikanischen Legion in Straßburg." Es ist nämlich ein Emissär dieser Legion im Land ergriffen worden, wie er für jene Zwecke Propaganda zu machen suchte, und dieser Emissär hat eine Anzahl Schreiben bei sich gehabt, wovon ich ein Originalexemplar vor mir habe. Hier ist im Eingange gesagt: „Ueberall haben sich demokratische Vereine gebildet, und sowohl Hecker als ich, wie die andern zu ihm haltenden Republikaner, sehen in ihnen die Hoffnung und das Heil für die Zukunft." Wie ersehen hiernus den Zusammenhang dieser demokratischen Vereine, selbst wenn er nicht allen Mitgliedern bewußt ist, mit der aufrührischen Partei außerhalb Landes. „Seit wenigen Wochen", heißt es dann, „hat die Partei der Republikaner sich unendlich vermehrt, so daß wir, wenn einst die rechte Stunde schlägt, mit einem großen Bürgerheer ins Feld rücken können." In einem weitern Satze heißt es: „Wir trachten vor Allem darnach, die Armeen zu sprengen, in der Ueberzeugung, daß die Fürsten nicht im Stande sind, eine zweite zu sammeln. Glauben Sie nicht, daß wir hier unsere Zeit verträumen, wir wirken nach allen Richtungen hin; allein um die Folgen unserer Thätigkeit zu befördern, müssen uns die Freunde der Freiheit, die Republikaner, behilflich sein, um uns in unserm Streben zu unterstützen ꝛc." — „Wir brauchen Geld; wir brauchen es nicht allein, um die Tausende von Verbannten zu unterstützen, sondern mehr noch, um die Vorbereitungen zu dem großen Kampfe zu treffen, der Deutschland frei machen wird." — Das Bestreben der Anarchisten, die von Außen herein operiren, und im Lande wohl auch leider ihre Unterstützer und Anhänger finden, das Bestreben der Anarchisten, durch ein allgemeines Drunter und Drüber ihren Zweck einer demokratischen Republik zu erreichen, und damit für sich selbst weit hinaufzukommen, dieses Bestreben liegt wohl der ganzen Welt offen vor, und Sie werden in diesem Aktenstück einen weitern Beleg dafür gefunden haben. So lange diese Unsicherheit der öffentlichen Zustände dauert, so lange nämlich ununterbrochen Angriffe gegen die Grundlagen des ganzen Staatsgebäudes, gegen die konstitutionelle Monarchie selbst geschehen, solange, meine Herren, wird kein Vertrauen mehr bestehen im Verkehr, solange wird die Quelle des Erwerbs versiegt sein und versiegt bleiben, und die Folgen dieser Vertrauenslosigkeit auf die öffentlichen Zustände fühlt bereits das ganze Volk, es fühlt sie in der Noth und in der Verarmung, die ihm aus dieser Unsicherheit der öffentlichen Zustände quillt. Pflicht, heilige Pflicht der Regierung ist es also, mit allen ihr gesetzlich zu Gebot stehenden Mitteln entgegenzutreten derlei Richtungen und Bestrebungen, um die Frage, ob die konstitutionelle Monarchie, die wir Alle beschworen haben, stehen bleiben, und nur auf ihrem eigenen Boden eine Entwicklung zur bessern Gründung der Volksrechte und der Wohlfahrt erhalten soll, um diese Frage einmal außer Diskussion zu setzen (Stimmen: Sehr gut!). Die Regierung ist daher fest entschlossen, keine Vereine zu dulden, gegen jeden das Gesetz von 1833 anzuwenden, der es sich zur Aufgabe macht, Propaganda für die Republik zu machen. Es wird Dies um so weniger auffallen in einem Zeitpunkt, wo man in Frankreich, das eine Republik hat, um die man es so vielfach beneidet, noch ganz andere Gesetze erlassen, ja, das Vereinsrecht selbst aufgehoben hat, indem man eine polizeiliche Erlaubniß zur Gründung eines Vereins verlangt — in einem Augenblick, sage ich, wo selbst das stolze England, das doch sonst immer so fest auf seinen Füßen steht, sich veranlaßt sieht, gegen die republikanischen Umtriebe der Chartisten mit der größten Strenge zu Felde zu ziehen, die es zu andern Zeiten ihr Wesen ungehindert treiben ließ.

Δ Mannheim, 23. Juli. Sie werden mir erlauben, in Ihrem Blatte den Ausdruck meiner Freude über den ersten Artikel der Grundrechte, wie solcher von der Nationalversammlung angenommen wurde, niederzulegen. Ein lang im Stillen gehegter, auch vielfach laut ausgesprochener Wunsch des deutschen Volkes ist endlich erfüllt. Ein deutsches Reichsbürgerrecht ist geschaffen, alle Deutschen sind in allen Bundesländern gleichberechtigt erklärt. Erst jetzt können wir in Wahrheit sagen, wir sind ein einziges Volk, wir gehören Alle zu einander. Der gleiche Jubel, mit dem der Reichsverweser allenthalben begrüßt wurde, sollte jetzt durch alle deutschen Gaue schallen. Hätte die neue Zeit uns nur dies Eine Gut, dessen großen Werth wir von Tag zu Tag mehr werden schätzen lernen, gebracht, wir müßten sie darum allein schon segnen. Wer wird fürder wagen, eine Versammlung anzutasten, welche uns eine solche Gabe gereicht? Auch dessen wollen wir dabei nicht vergessen, der die Idee eines deutschen Parlaments zur rechten Zeit vermöge eines echt staatsmännischen Blickes angeregt hat. Was wäre in der vergangenen sturmbewegten Zeit ohne diese rechtzeitige Anregung aus uns geworden? Möchten nun auch alle Einzelstaaten sich ebensosehr beeilen, diesen ersten Artikel der Grundrechte nicht allein anzuerkennen sondern auch ins Leben einzuführen, als sie es bezüglich der Centralgewalt gethan haben! Wer sollte glauben, daß z. B. bei uns in Baden die Gesetze den Baier und Preußen, den Sachsen und Hannoveraner ebensosehr als Ausländer bis heute betrachtet haben, wie den Engländer und Franzosen, wie den Spanier und Russen? Welche Anklage des nun gottlob gestürzten Systems liegt in dieser einfachen Thatsache! In 33 Jahren nach einer Erhebung sonder Gleichen, in der Badner, Hessen, Baiern neben Oesterreichern und Preußen fochten, haben wir nicht einmal soviel erlangt, daß unsere Mitkämpfer, unsere Retter aus der Schmach der Fremdherrschaft irgend einen größern Anspruch auf Niederlassung bei uns gewannen, als jene fremden Unterdrücker selbst! Werden unsere Nachkommen dies auch nur glaublich finden? Doch wir wollen nicht anklagen, wir wollen uns freuen der Gegenwart, wir wollen uns fühlen als Ein Volk, wir wollen einander die Hände reichen, wir wollen ein Verbrüderungsfest feiern nicht mit lärmendem Gepränge, sondern indem wir uns beeilen, aus unsern Partikulargesetzgebungen die Spuren der alten Zerrissenheit zu vertilgen. Wir legen der badischen Regierung ans Herz, hierin voranzugehen und damit einen Beweis echt vaterländischer Gesinnung zu geben. Wir erinnern beispielsweise an §. 17 und 40 des Gesetzes über die Rechte der Gemeindebürger, an §. 45. 176. 279. 676. 951. der Prozeßordnung und an jenen bekannten §. 440 daselbst, der allen öffentlichen Urkunden deutscher Behörden die Anerkennung versagt, wenn sie nicht von einer badischen Behörde legalisirt sind. Wir erinnern an einen Staatsministerialerlaß, welcher allen baierischen Juden die Niederlassung im Badischen versagt, während französische, englische, russische Juden zugelassen sind. Ist das möglich oder auch nur begreiflich? Möchten doch die vaterländischen Vereine dem Unterlande den großen Dienst erweisen, den ersten Artikel der Grundrechte alsbald mit den Gesetzgebungen ihrer Länder zu vergleichen, und die gänzliche Ausmerzung aller undeutschen Bestimmungen entschieden und beharrlich zu begehren! Feiern wie dieses Verbrüderungsfest durch ganz Deutschland, und 45 Millionen Deutsche werden durchdrungen sein von dem neuen Gefühle erlangter Volkseinheit!

Hessen. Δ Darmstadt, 24. Juli. Unser neuer Ministerpräsident hat sich kategorisch erklärt: das Ministerium will nicht alsbald ein Wahlgesetz dem Landtage vorlegen; es will nicht nach dessen Berathung den Landtag auflösen. Wie man auch über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit dieser genommenen Maßregel denke, unter allen Umständen wird die Gewißheit übrig bleiben, daß unser ganzes hessisches Staatsleben an einer bedeutsamen Stelle steht. Doch ich beschränke mich lediglich darauf, Ihnen den Inhalt der heutigen Sitzung unserer zweiten Kammer zu melden. Diese hatte bereits mehrere Angelegenheiten mit dem Eifer ihres Präsidenten abgethan, welcher auffallende Mäßigkeiten voraussieht, als Ministerpräsident Jaap in Begleitung des Ministerialraths Murer in der Sitzung erschien. Präsident Hesse erledigte noch mehrere auf der Tagesordnung gestandene Angelegenheiten, worauf Hr. Jaap das Wort ergriff und im Wesentlichen sich dahin aussprach: Zuerst anerkannte er die Dienste der zweiten Kammer, welche, unter einem schlechten System gewählt, die freisinnigen Maßregeln der Regierung vom 6. März unterstützt habe. Dann erläuterte er seine Amtsübernahme, erwähnte seines Alters, und daß ihm darauf hin schwer sollen möchte, in manche neuere Zeitideen sich zu finden, dessenungeachtet habe er nicht aus Ehrgeiz, sondern aus Vaterlandsliebe das ihm angetragene Amt übernommen. Folgte dann sein Glaubensbekenntniß, als dessen Normen er angab: 1) die Ver-

fassungsurkunde; das, was sie noch an Geltendem enthalte und was sie weiterhin an Geltendem enthalten werde; 2) den 6. März mit allen seinen nothwendigen und natürlichen Konsequenzen; 3) die Nationalversammlung in Frankfurt und ihre bisherigen und künftigen Beschlüsse. Die vom Vorparlament ausgesprochene, von den deutschen Regierungen wenigstens indirekt anerkannte Souveränetät des Volkes, der gesammten deutschen Nation, wird dabei erwähnt. Noch direkter habe jene Anerkennung Statt gefunden durch die Unterordnung der Regierungen unter die Centralgewalt des deutschen Bundesstaates. Redner erkennt Beides unbedingt an. Er bittet um Widerlegung, wenn Mitglieder dieser Kammer hinsichtlich des von ihm Vorgetragenen anderer Meinung als er seien. Es seien Wünsche an ihn gelangt wegen Entlassung dieser Kammer, mit Rücksicht auf die Nichtresultate ihrer Wirksamkeit. Die neuesten Tage hätten solche Resultate in Vereinbarung mit der ersten Kammer über wichtige Gesetzesentwürfe geliefert. Aber Anderes sei noch nöthig. Redner schlägt vor, daß die zweite Kammer eine Kommission wähle, um festzusetzen, welche Gegenstände vorzugsweise noch einer Erledigung bedürften. Er erwähnt, daß es sich nicht dabei um finanzielle Interessen des Staatsoberhauptes handle. Auch er habe noch bezügige Wünsche. Namentlich die Realisirung der Verheißungen des 6. März. Sofortige Auflösung des Landtages? Redner ist dagegen: 1) weil auch nach vorgelegtem Wahlgesetze nicht gewiß sei, daß die neuen Landstände berufen werden könnten. Er mocht aufmerksam auf möglichen Krieg; in solchen Zeiten müsse man die Kommern zur Seite haben; 2) weil die konstituirende Versammlung in Frankfurt ausgesprochen habe, daß sie die Verfassung nicht bloß für ganz Deutschland, sondern auch für die Einzelstaaten zu geben die Absicht habe. Uebereinstimmend hiermit sei die Centralgewalt. Man möge nicht verlangen, daß er der Erste sei, der ein solches Wahlgesetz vorlege. Es würde das gegen sein Gewissen, gegen die Verfügungen der Nationalversammlung und der Centralgewalt sein *). Auch nicht provisorisch dürfe Etwas der Art geschehen, denn auch nicht provisorisch wolle er Unrecht thun. In Preußen und Oesterreich sei es freilich anders, aber dort walteten auch besondere Umstände und wir seien darin weiter. Als Nebengründe, jetzt nicht ein Wahlgesetz dem Landtage vorzulegen, führte der Redner an: 1) daß bei Vorlegung eines solchen die beiden Kammern möglicherweise nicht übereinstimmten. Wie dann? 2) Folge davon würde eine große Aufregung im Lande sein; die jetzt sei dergleichen noch genug vorhanden. Wozu also neue, wenn nicht durchaus nöthig? 3) daß die Stände dann noch länger beisammen bleiben müßten. Sogar mit Rücksicht auf die Vorbereitung der Gesetzesvorlage. Denn es seien durchaus keine offiziellen Vorlagen dafür vorhanden. Also früher schon dieselbe Verlegenheit, wie jetzt! Redner kehrt zu seinem Vorschlag der Wahl einer Kommission durch die Kammer zurück. Er stellt dabei Vertagung des Landtages in Aussicht und dann, wenn sich die Nationalversammlung über die bezügigen Punkte gereinigt haben werde, alsbaldige Wiederberufung des Landtages zur Berathung eines alsdann vorzulegenden Wahlgesetzes. Redner gibt sein Wort darauf, soweit ein sterblicher Mensch und entlaßbarer Beamter dies zu thun vermöge. Dann nimmt er Bezug auf H. Gagern, der dieselbe Ansicht über Vertagung und Auflösung des Landtages habe und ihm zur Mittheilung dieses Umstandes die Erlaubniß gab. Während der Vertagung werde die Staatsregierung die Hände nicht in den Schooß legen. Redner deutet dann einzelne Punkte an, womit sie sich beschäftigen werde: die Revision der Gemeindeordnung und der Verfassung; die Hebung des Staats-, des Kommunal-, des Privatkredits. Dazu besonders aber sei vor Allem Ruhe nöthig! Redner äußerte hierbei die Absicht, jeder Störung gesetzlicher Ordnung entgegenzutreten. Er fürchte sich nicht vor der freien Rede und Presse; er freue sich, daß sie erobert worden; er habe für sie gekämpft und auch für sie gelitten; aber Alles habe seine Grenze; wenn also eine anarchische Partei durch Handlungen gegen die Gesetze auftreten werde, so werde er, dieselben auf sie zur Anwendung bringen zu lassen, für seine Schuldigkeit halten. Redner resumirt am Schlusse sein System als das H. Gagern's, im Sinne des Fortschrittes. — Die Versammlung und die Gallerien hatten Jaup mit vieler Aufmerksamkeit zugehört. Aber die Mitglieder der Opposition saßen kalt und fast feindselig da, und jenes lzise Wallen und Wogen des Beifalls nach wohl aufgenommenen Mittheilungen wurde nicht hörbar. Und doch hatte Jaup frei aus dem Siegreife, er hatte mit Wärme gesprochen. Auf die Tasten des Gefühls legte er fast noch mehr die Finger seiner Darstellung, als auf die Tasten der Ueberzeugung. Er verlangte Vertrauen zu seiner Redlichkeit, zu seinem guten Willen. Niemand wird ihm weigern; aber die Welt ist in ein neues Stadium getreten, nicht bloß das Fürsten-, sondern auch das Minister-Patriorchenthum ist wesentlich im Kurse gesunken. Präsident Hesse, ohne zu fragen, ob die Kammer damit übereinstimme, forderte auf zu der von Jaup vorgeschlagenen Berathung Abends. Abg. Heldmann fragte, ob nicht die erste Kammer hinzuzuziehen sei? Abgeordnete verneinen. Abg. Schenck fragt Hrn. Jaup: ob er vermittelst seines Vortrages die Kammer um ihren Rath wegen der Auflösung habe fragen wollen, oder ob er in Bezug auf diese Angelegenheit seine Entschließung bereits ausgesprochen habe? Jaup bejahte das Letztere. Abg. Lehne: Seine neuliche Interpellation sei durch die heutige Antwort des Hrn. Ministerpräsidenten nicht erledigt. Er werde sich mit seinen Freunden darüber berathen und dann ihre Erklärung aussprechen. Abg. Glaubrecht (der heute als neugewählter Abgeordneter in die Kammer getreten) hält eine Erklärung der Kammer auf die Erklärung des Ministers für nöthig, da, wie die Regierung nicht ohne das Zutrauen der Kammer, die Kammer nicht ohne das Zutrauen des Landes bestehen könne. Abg. Kretzschmar wünscht auch Berathung darüber, aber erst in einigen Tagen. Abg. Bolhard: Nach dem Frankfurter Vorentwurfe sollten alle Privilegien wegfallen. Wir der Hr. Minister darnach zu versehen gedenke? Dabei äußerte er sein Bedenken, wie es mit den Beschlüssen der Nationalversammlung gehalten werden solle, wenn darnach beide Kammern in der bisherigen Organisation noch ferner bestehen sollten und dann doch den bisherigen die Pflicht der Berathung obliege. Sodann werde es nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen bei der Nationalversammlung noch einige Monate dauern, bis sie an die hier einschlägigen Punkte komme. Wie inzwischen mit dem neuen Budget und dem neuen Finanzgesetz es halten? Die Kammer werde sich nicht für berechtigt halten, über dies Jahr hinaus noch Steuern zu bewilligen. Jaup: Er holte sich nicht für verpflichtet, auf Fragen zu antworten, wie die Nationalversammlung beschließen werde. Wer Vertrauen zu ihm habe, werde auch darin dem, was er thue, vertrauen. Was das Finanzielle betreffe, so habe er diese Frage, welche zum Ressort des Finanzministeriums gehört, nicht erwartet, sonst würde er für die Anwesenheit eines Mitgliedes des Finanzministeriums in der Kammer Sorge getragen haben. Abg. Hillebrand sprach lebhaft und nachdrücklich über die Nothwendigkeit der baldigen Regelung der finanziellen Verhältnisse. Berühret dabei den Grundrechteentwurf. Jaup: Er wisse, was darin stehe, und werde sein Versprechen zu lösen wissen. Ein Budget sei in diesem Augenblick in keinem Partikularstaate vorzulegen, wo sich das Einnahme- und Ausgabewesen in so wesentlichen Punkten ändere. Präsident Hesse: Die Berathung ist geschlossen; heute Abend ist vertraulicher Zusammentritt der Kammer; und mit diesem — vorläufigen — Durchhauen des Knotens war die Verhandlung vor den Augen und Ohren des zahlreich versammelten Publikums geschlossen. Man hat ihre Fortsetzung aus einer öffentlichen zu einer geheimen gemocht; man hat bei Fassung dieses Beschlusses die allerliebsten Deklamationen, welche kaum eine Stunde vorher auch aus dem Munde des Präsidenten Hesse zu Gunsten öffentlicher Abstimmung gekommen waren, zu Gnaden öffentlicher Berathung ganz vergessen. Eine Vergeßlichkeit, welche schwerlich die Früchte trägt, die sie tragen soll!

* Ueber die vielbesprochene Volksversammlung bei Darmstadt sind uns eine Menge Zuschriften zugekommen, die wir bei der Fülle des Stoffes und der Beschränktheit des Raumes unmöglich in aller Ausführlichkeit geben können; nur das Wesentliche und Thatsächliche wollen wir in Kürze hervorheben. Ein längerer Bericht wendet sich gegen die Darstellung unsers A Korrespondenten in Nr. 305; er sucht Anlage und Plan der Versammlung gegen die gemachten Vorwürfe zu rechtfertigen. „Die Initiative der Versammlung, sagt er, war allerdings von demokratischen Vereinen ausgegangen, oder auch nur soweit kam der demokratische Parteistandpunkt ins Spiel. Die Absicht, einen demokratischen Triumphzug durch die Residenz zu halten, wurde von keinem der Leiter gehegt, mindestens von keinem ausgesprochen; der erste und letzte Zweck der Versammlung sollte der sein: ein möglichst konzentrirtes Mißtrauensvotum des ganzen Landes gegen die bestehenden Kammern und das bestehende Kammersystem vor den Thoren der Residenz zu erwirken; dieses Mißtrauensvotum sollte seinen gesetzlichen Ausdruck finden in einer Adresse an den Großherzog, und diese Adresse selbst sollte von einzelnen Delegirten der Versammlung überreicht werden. Der Gedanke an demokratische Demonstrationen, an Sturmpetitionen und dergleichen tauchte erst auf Veranlassung

*) Sowie Einsender weiß, geschah bereits im Königreich Sachsen die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes durch die Regierung, aber freilich auch seine Abweisung durch die zweite Kammer, da man es den Anforderungen des Zeitgeistes nicht entsprechend fand.

öffentlicher und privater Denunciationen von Seite allzu ängstlicher Nichtdemokraten auf; jeder Gedanke darum sei vornherein zurückgewiesen worden, und auch die vorgeschlagene Adresse habe den Geist loyaler Gesetzlichkeit geathmet." Der Verfasser glaubt daher, daß von Personen der Gegenpartei Alles versucht worden sei, das Zusammenkommen der Versammlung zu hemmen; gibt übrigens zu, daß die dem Komité gemachten Vorwürfe, das zu späte Erscheinen und der Vorschlag des Abgeordneten Zitz zum Präsidenten begründet sind. Doch habe Letzterer selbst sich erboten, zurückzutreten, sei aber nachher von der Mehrheit der Versammlung zum Vorsitzenden erwählt worden. Wie dann die Störung der Ruhe fortgedauert, habe sich Zitz mit der „großen Mehrheit" der Versammlung auf einen benachbarten Raum begeben und „hier sei dann in ungestörtester Eintracht, auf Grundlage der aufgestellten Tagesordnung, die Versammlung vollkommen regelrecht abgehalten, insbesondere wurde eine Adresse an den Großherzog wegen Auflösung der Kammern, Aufhebung der ersten Kammer und Einberufung einer konstituirenden Versammlung einmüthig angenommen, sowie mehrere Adressen an die Nationalversammlung, namentlich wegen Einsetzung eines provisorischen Reichsgerichts, beschlossen worden. Von Rednern nennt er Zitz, Dr. Bamberger und Dr. Schütz von Mainz, Dr. Löhr von Worms, Ohly von Darmstadt, Dr. Schütte von Prag und Andere. Die Schimpfreden, womit die Nichtdemokraten bedient würden, kann der Bericht nicht ableugnen; sie „seien aber erst dann gefallen, als die Minderheit ihren hartnäckigen Willen gezeigt habe, die Versammlung auf alle Art unmöglich zu machen, und auch da seien sie nur von Leuten ausgegangen, die acht bis zwölf Stunden zu friedlicher Berathung gekommen waren." — Ein anderer, ebenfalls sehr ausführlicher Bericht stellt die Dinge im Wesentlichen so dar, wie unser A Korrespondent; mit aller Lebendigkeit eines Augenzeugen, welcher der Versammlung von Anfang bis zu Ende beigewohnt, schildert er die Vorfälle (nur zu detaillirt für unser Blatt) und hebt dabei Manches hervor, wovon der Berichtiger schweigt. Die plump eingefädelte Intrigue, Zitz als Präsidenten einzuschwärzen, das Terrorisiren vom Komité aus, der von der Tribune aus gehörte Ruf: Turner vor, worauf diese die Reihen durchbrachen und die Stelle vor der Tribune besetzten, die desperaten und immer wiederholten Mittel, den Zweck um jeden Preis zu erreichen, sind dort ganz im Einzelnen beleuchtet. Der Korrespondent redet nicht nur von Schimpfwörtern, sondern auch von Faustschlägen, womit z. B. der Kandidat der konstitutionellen Gegenpartei bedient worden sei. — Ganz in demselben Sinne äußert sich ein anderer Bericht, der von der Anlage und Ausführung der Versammlung ebenso wenig erbaut ist; beide Korrespondenten sind aber keineswegs gegen die Abhaltung einer Versammlung an sich und die Abfassung einer Petition gestimmt, vielmehr hat der eine sich in unserem Blatte bereits mehrfach im Sinne einer solchen Petition geäußert. Endlich kommt uns noch folgende Erklärung vieler Bürger aus Darmstadt zu: „Nachdem das Komité für Berufung der gestrigen Volksversammlung zu Kranichstein (bei Darmstadt) einen Vorsitzenden in der Absicht gewählt hatte, die Versammlung über ihre Zustimmung nicht zu fragen, so erklären die Unterzeichneten, daß dieser, die Freiheit der Volksversammlung verletzende, Plan die Möglichkeit jeder Berathung nothwendig ausschließen mußte, wenn auch die von dem Komité ausgegangene Wahl nicht auf Herrn Zitz, als eine (nach seinem eigenen Anerkenntniß) in Darmstadt mißliebige Person, gefallen wäre. Die jetzige Behauptung, daß eine Volksversammlung abgehalten worden sei, steht mit Wort und That des Hrn. Zitz — den ungastlichen Boden zu verlassen — und mit der sofort erfolgten Zerstörung der Tribune durch seine Anhänger im Widerspruch und läßt auf die Intrigue schließen, den Beschlüssen einer Sonderversammlung die Zustimmung der Volksversammlung zu erborgen".

Volksversammlungen, deren Resultate vorher von einer kleinen Oligarchie verabredet sind, aber deren sicheres Ergebniß man durch Hinterthüren zu erschleichen sucht, verdienen jenen Namen gar nicht; vielmehr wird der Mißbrauch sehr bald das ganze Institut um seinen Kredit und moralischen Einfluß bringen. — Indessen ist die Linke in der Paulskirche mit dem Turnus falscher Versammlungen noch nicht zu Ende; am nächsten Sonntag wird Heidelberg so glücklich sein, sie in seiner Mitte zu haben. Als Zweck der Missionsfahrt gab unter Andern vorgestern Abend ein bekanntes Mitglied der Linken an: „man müsse die Hofräthe an der Quelle vernichten"; dieselben sehen nun ihrem Schicksal mit um so größerer Fassung entgegen, je öfter bereits sie dieses Attentat glücklich überstanden haben.

Cöthen. In der Sitzung des Landtags am 14. Juli theilte der Minister eine Resolution des Bernburger Gouvernements mit, welche die Vereinigung der Herzogthümer Cöthen und Dessau zu gemeinschaftlichen Landtagen für gemeinsame Angelegenheiten bewilligt und nur ausdrücklich vorbehält, daß dem Herzog von Bernburg die Theilnahme an den Regierungsrechten ausdrücklich gewahrt bleiben solle. Der Landtagspräsident, die Abgg. Habicht und Wolter erörterten diese Angelegenheit näher, und die Frage: ob nun der Zeitpunkt gekommen, wo der Landtag seine Arbeiten zu suspendiren habe, ward einstimmig bejaht. (Berl. Z.)

Schleswig. Rendsburg, 20. Juli. Aus einem Schreiben des Obristlieutenant von der Tann an General Wrangel, welches von der „Schleswig-Holst.-Ztg." vollständig mitgetheilt wird, geht hervor, daß die Zurücksendung und Auflösung des von der Tannschen Freikorps nur im vollkommenen Einverständniß mit dem Kommandeur desselben erfolgt. Das aus dem Feldzug zurückkehrende Korps ist in Rendsburg herzlich empfangen und ist ihm zu Ehren vor seiner Entlassung eine kleine Festlichkeit veranstaltet worden.

* Hamburg, 20. Juli. Hamburgs Manufakturisten sind in der größten Rathlosigkeit in Folge der Beschlüsse in Betreff des Zolls in Frankfurt. Der Senat sendet den Senator Kirchenpauer nach dort, die Kaufleute selbst haben zwei Deputirte in den Herren Nefardt und Aug. Sanders gewählt, die gleichfalls nach Frankfurt gehen werden, um das scheinbare Unglück, welches der Anschluß an den Zollverein bringen wird, von Hamburg abzuwenden. Nicht Hamburg wird unter dem Anschluß an den Zollverein leiden, sondern nur die wenigen großen Häuser, deren Geschäft allein auf englische Manufakturwaaren basirt ist, deren Hauptabsatz Hamburg war, da sie den Debit nach Außen Hamburg Freihafen werden wird. Der Handel nach dem Norden kann also nicht leiden und bei dem Binnenhandel ist es gleich, ob die Güter in Hamburg oder in Berlin oder sonst wo versteuert werden. Der eigne Verbrauch in Hamburg wird sich in etwas vermindern, da Kolonialwaaren und englische Artikel durch den Zoll im Preise steigen werden, wogegen andere Artikel billiger werden müssen. In Hamburg ist die Angst vor dem Zollverein noch größer, als sie ehemals in Frankfurt und Leipzig war, da Hamburgs ganzer Erwerb auf dem Handel und der freien Bewegung beruht, und man besonders letztere durch den Zollverband gehemmt glaubt. Da es aber kein anderes Mittel gibt, um Hamburg in Deutschland aufgehen zu lassen, so wird sich Hamburg wohl fügen müssen, da auf eine andere Weise ein einiges Deutschland nicht zu erzielen ist. Gleiches Maß, gleicher Zoll, gleiches Gewicht, gleiches Geld, sind unbedingte Erfordernisse der Gegenwart; wer diese anerkennt, verkennt auch seine Zeit. — Die Cholera ist bedeutend im Anrücken, in Riga und Reval ist sie bereits, wie in den meisten Gouvernalrädern ausgebrochen und auch schon auf einem Schiffe im Hafen zu Helsingör der Kapitän und 2 Mann daran gestorben. Auch hier hat sich wie gewöhnlich alljährlich die Cholera gezeigt, doch nur in dem gewohnten Maße, weßhalb sie auch unbeachtet bleibt; sollten aber mehrere Fälle zugleich sich wiederholen, so würde man auch hier ängstlich werden, trotzdem jede Angst vor der Krankheit ein Unsinn ist, da man sich nach Versicherung der Aerzte sehr durch solides Leben schützen kann. Wenn sich die Krankheit auf dem gewohnten Wege weiter verbreitet, so werden wie sie in Kopenhagen, Stockholm, Königsberg, Lübeck und hier fast zugleich ausbrechen sehen, doch hoffen wir, daß sie nicht aufs Neue Deutschland in ungewohntem Maße heimsuchen werde. Die Blokade der Elbe macht das Eindringen der Cholera nicht so leicht, wie es sonst der Fall wäre, also Nichts so schlimm, was nicht sein Gutes hätte.

Frankfurt, 26. Juli. Die Frankf. O. P. Z. enthält in ihrem amtlichen Theile nachstehende Bekanntmachung: General Wrangel hat an den Erzherzog-Reichsverweser berichtet, daß er mit den Dänen noch keinen Waffenstillstand abgeschlossen habe, sondern daß nur vorläufige Verabredungen stattfanden, und daß er keinen Waffenstillstand abschließen werde, der nicht der Ehre Deutschlands vollkommen entspräche, und bei welchem er nicht mit Sicherheit hoffen könnte, daß derselbe die Genehmigung des Erzherzoge-Reichsverwesers erhalten würde. Der Kriegsminister hat hierüber den General Wrangel eventuell aufgefordert zu berichten, welche Zahl von Truppen er benöthige, um den Krieg mit Dänemark schnell und siegreich zu Ende zu führen. Das Ministerium wird dafür Sorge tragen, daß, falls kein allen Anforderungen entsprechender Waffenstillstand abgeschlossen werden sollte, die zur kräftigen Fortsetzung des Kriegs erforderlichen Truppen dem General Wrangel so schnell wie möglich zugeführt werden. — Der k. sard. Gesandte, Marquis v. Pallavicini, hat in Folge der von der deutschen Bundesversammlung gegen die Blokade von Triest gerichteten Vorstellung angezeigt, daß sein König die Aufhebung dieser Blokade verfügt habe. Da jedoch aus einem von dem kaiserl. österr. Gouverneur von Triest, Grafen Salm, an das Reichsministerium erstatteten Berichte und aus der damit eingesendeten Kundma-

Digitized by Google

chung des Befehlshabers der sardinischen Blokadegeschwaders hervorging, daß die Aufhebung der Blokade nur unter solchen Bedingungen erfolgt sei, die mannigfache Plackereien der ein- und auslaufenden Schiffe nach sich ziehen und den freien Handel ungemein beschränken, so fand sich der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßt, eine energische Note an den k. sard. Gesandten zu richten, und im Namen Deutschlands die schleunige Zurücknahme jener Maßregeln, wodurch die Aufhebung der Blokade nur illusorisch wurde, zu fordern. Der Minister suchte der k. sard. Regierung bemerklich zu machen, daß der Sinn für Deutschlands Ehre und Unabhängigkeit in allen Theilen des Vaterlandes so rege sei, daß das Ministerium bei allen zur Wahrung derselben erforderlichen Schritten auf die volle Zustimmung und Mitwirkung des ganzen deutschen Volkes zählen könne.

Frankfurt, 24. Juli. In der Fr. O. Z. liest man folgende Erklärung von Dr. Jucho: Das Reichstagsblatt Nr. 58 in dem Aufsatz „Eine Visite des Reichsverwesers" sieht in einem der Herzogin von Orleans von dem Reichsverweser auf dem Schlosse zu Eisenach gemachten Besuch eine „Quasi-Demonstration gegen die französische Republik", ist „bedenklich" über die Folgen dieses „Schrittes" in Bezug auf die Stellung Deutschlands zu Frankreich und warnt „die Freunde des Friedens mit Frankreich" auf der Hut zu sein gegen irgent eine eingefädelte „Intrigue à la Pillnitz." Der Unterzeichnete, der als Mitglied der nach Wien gesandten Deputation der Reichsversammlung mit dem Reichsverweser auf dem Schlosse zu Eisenach gewesen, ist im Stande, den besorgten Verfasser jenes Aufsatzes vollkommen zu beruhigen. Der ganze Besuch, der nach Aufhebung der Abendtafel, als man eben im Begriff war, sich zu den Reisewagen zu begeben, auf eine besondere Aufforderung des Erbgroßherzogs von Weimar abgestattet wurde, dauerte keine Viertelstunde, und hatte keinen anderen Zweck, als den Wunsch der Herzogin von Orleans zu erfüllen, dem Reichsverweser, der sich mit ihr unter Einem Dache befand, ihren Glückwunsch darbringen zu dürfen. Der Reichsverweser that, als er jenen Besuch machte, nur, was die Rücksicht auf eine edle unglückliche Fürstin forderte, und es zeugt weder von politischer Einsicht des Verfassers jenes Aufsatzes, wenn er eine „Intrigue à la Pillnitz" fürchtet, noch von seinem nationalen Bewußtsein, wenn er sich vor einer Kränkung der französischen Republik ängstigt. Intriguen à la Pillnitz fädelt man nicht so zufällig, in wenigen Minuten, fast unter den Augen der Deputirten der Reichsversammlung ein, und von der Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands müßte man schweigen, wenn das Oberhaupt Deutschlands es nicht wagen dürfte, die Mutter eines französischen Kronprätendenten zu sehen, ohne sich vorher Rechnung darüber abzulegen, ob es dadurch die französische Republik nicht empfindlich berühren könne.

◊ Frankfurt, 25. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Diskussion über die Posen'sche Frage fortgesetzt, ohne jedoch zu Ende gebracht zu werden. Ja dies wird selbst morgen nach nicht geschehen, wenn nicht die Diskussion von der Versammlung selbst abgeschnitten wird; denn es stehen noch nahe an 70 Redner auf dem Verzeichniß, und keine Partei will in dieser wichtigen, vielleicht verhängnißvollen Angelegenheit die andere hindern, sich vollständig auszusprechen. Für die Anträge der Kommission sprachen heute v. Radowitz, v. Wartensleben, Koeß, Ostendorf und Lichnowsky, am klarsten und mit der richtigsten Würdigung aller Verhältnisse, insbesondere auch der kirchlichen Parteirichtung, welche sich hier einmischt, der Erste, am glänzendsten und schlagfertigsten der Letzte. Gegen die Ausschußanträge und für das polnische Interesse sprachen Schuselka, Janitscheffsky, Siemens aus Bonn und der deutschkatholische Prediger Schmidt aus Schlesien. Am besten unter diesen sprach der Pole Janitscheffsky, welcher in einer Stunden langen Rede die Aufmerksamkeit der Versammlung sich erhielt; seine Rede war voll Wärme für die polnische Sache, aber auch voll polnischer Anmaßung und Bitterkeit gegen die deutsche Nation. So wenig das dem Polen anzurechnen war, so war es sehr widerlich, seine Ausfälle auf die Deutschen von einem Theile der Versammlung immer mit einem stürmischen Applaus begleitet zu hören. Die interessantesten Einzelheiten dieser Diskussion werde ich morgen nachtragen und hoffe, denselben den Schluß der Verhandlung beifügen zu können.

Schweiz.

** Bern, 24. Juli. Die Partei der Herren Stämpfli, Niggeler, Schänz u. s. w. hat sich in der Bundesfrage in ihrer nackten Blöße gezeigt und den Beweis geleistet, daß es ihnen mehr um die Erreichung ihrer persönlichen Parteizwecke zu thun ist, als um das allgemeine Beste. Schon die Klugheit hätte dieselben bestimmen sollen, in dieser Nationalangelegenheit einig zu gehen mit der großen Mehrheit der bernischen und schweizerischen Bevölkerung. Allein der unversöhnliche Haß gegen Ochsenbein und sein System schlug sie mit Blindheit, und so zogen sie sich selbst die gewaltige Niederlage zu, welche sie im Großen Rathe erlitten. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stämpfli'sche Partei in Folge ihrer sonderbündischen Bestrebungen bereits bedeutend an Popularität verloren hat, und daß das Volk einzusehen beginnt, in welche Hände es gerathen ist. Noch ein paar falsche politische Schnitzer, und der Einfluß der Bärenpartei ist vollends dahin. Dies scheint man auch einzusehen. Die Berneruzeitung erklärt selbst, daß man sich der Mehrheit unterwerfen müsse (sic!), ja es hat fast den Anschein, daß man die (freilich ziemlich nutzlose) Bearbeitung des Volkes gegen die neue Bundesverfassung aufgeben und sich in das Unabänderliche fügen will. Dies dürfte auch wohl das Gescheiteste sein. Il faut faire bonne mine au mauvais jeu! Auch der Regierungsrath scheint hiatendrein zur Ueberzeugung gelangt zu sein, daß man nicht gegen den Strom schwimmen könne. Wenigstens erklärten sich mehrere Mitglieder desselben, welche bei der Vorberathung im Regierungsrathe gegen den Entwurf gestimmt hatten, im Großen Rathe für denselben, so daß die Herren Stämpfli und Stockmar sich im entscheidenden Augenblicke von ihren Kollegen verlassen sahen und allein die undankbare Mühe übernahmen, den regierungsräthlichen Antrag zu vertheidigen. Inzwischen geht die Sache auch in den andern Kantonen ihren guten Weg. Daß der Große Rath von Zürich dem einmüthigen Antrage des Regierungsraths auf empfehlende Vorlegung des Entwurfes ebenfalls einmüthig beigetreten ist, wissen Sie ohne Zweifel schon. Auch Genf, Solothurn und Appenzell Außer-Rhoden haben sich mit überwiegender Mehrheit für den Entwurf ausgesprochen, Aargau wird in den nächsten Tagen nachfolgen. In den östlichen Kantonen ist die Annahme nicht zweifelhaft. Einzig die Urstände, Tessin und Graubündten dürften Schwierigkeiten machen. Wir hoffen aber, daß wenn erst der Entwurf in den sämmtlichen übrigen Kantonen angenommen sein wird, auch sie sich dazu bequemen werden. Und so wäre es gar nicht unmöglich, daß am Ende durch den freiwilligen Beitritt der sämmtlichen Kantone die Einstimmigkeit herauskäme, welche von den Großmächten früher als conditio sine qua non eines schweizerischen Bundesvertrags bezeichnet wurde. Dann könnte man allerdings mit vollem Recht sagen: es sei Nichts mehr auf der Welt unmöglich.

Großbritannien.

London, 22. Juli. Die übrigens uns zu später Stunde zugegangenen Londoner Zeitungen vom obigen Datum beschäftigen sich hauptsächlich mit der fortschreitenden Anarchie oder, wie die Revolutionsmänner sie nennen, der „Organisation" von Irland. Diese Organisation besteht darin, daß man aller Orten revolutionäre Zweigklubs zu errichten sucht, ihre Mitglieder bewaffnet, einübt, Reih und Glied hatten und marschiren lehrt, und ihnen überhaupt alle Gebote und Glaubensartikel des neuen Revolutionskatechismus beizubringen bemüht ist. Smith O'Brien befindet sich gegenwärtig in Dublin, dem Hauptquartiere des Aufstandes, während die Unterchefs in den Provinzen „organisiren", und zwar Doheny in Tipperary, Meagher in Waterford, Stritch in Roscammon, andere Sendlinge in andern Grafschaften. Hr. Doheny forderte die am Hügel Slievenamon Versammelten zum Schlusse auf, ihre Hände gen Himmel emporzuheben und zu schwören: „es solle dies das letzte Aufruhr- und Hungerjahr in Irland sein"! worauf sich zwanzigtausend Hände, diesen Eid bekräftigend, gen Himmel streckten. Leider wird auch die künftige revolutionäre Regierung Irlands nicht im Stande sein, der Kartoffelfäule Einhalt zu thun, die sich wenigstens streckenweise sehr stark in Irland zeigt. Wie gut übrigens die irischen Aufständler abgerichtet sind, davon erzählt das M. Chr. folgendes Beispiel: In Carrick-on-Suir war man gerade auf dem Gottesacker mit der Bestattung eines Verstorbenen beschäftigt, als plötzlich Sturm geläutet wurde, worauf die Männer sofort die Leiche im Stich ließen, die nun von den zurückgebliebenen Weibern eingesenkt wurde! Trotzdem sind die Times noch nicht sehr geneigt zu glauben, daß die Sache, bei der sehr viel irischer Wind sei, sehr ernstlich werden würde, nur müsse man so bald als möglich die Führer einstecken. Inzwischen haben die Nachrichten aus Irland und die Erwartung, daß die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark von Neuem losgehen möchten, gestern die Konsols von 87⅞ auf 87⅛ herabgedrückt.

Frankreich.

Paris, 23. Juli. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung bot einen interessanten Zwischenfall, der die Begriffe von militärischer Disciplin, wie sie in der Republik herrschen, gut charakterisirt. Eine Anzahl Zöglinge der Militärschule von St. Cyr, die sich durch eine Menge Ernennungen von Unteroffizieren zu Officieren beeinträchtigt fühlen, baten um den Lieutenantsgrad, damit sie in ihrem

** Vom Rhein, 21. Juli. Es ist ein wahrhaft furchtbarer Refrain, der allenthalben widerklingt, wo sich das Proletariat über seine Lage und seine Hoffnungen ausspricht: „Wir haben Nichts zu verlieren, aber Alles zu gewinnen"; diese Worte enthalten das Geheimniß, die Massen zum Vernichtungskriege heraus zu hetzen, und ihre Führer tragen Sorge, den Augenblick zu beschleunigen, wo dieser Krieg erst ausgefochten werden muß. Die Massen wissen, daß der Kampf bevorsteht, und sie sind sich der Mittel wie des Preises des Sieges vollständig bewußt. „Wir theilen — so heißt es in einer Zuschrift des Londoner Bildungsvereins für Arbeiter an den Arbeiterverein in Köln — wir theilen vollkommen Euere Absicht, Arbeitervereine durch ganz Deutschland zu gründen und dieselben in die engste Verbindung zu bringen. Dadurch bilden wir uns gegenseitig aus und erreichen das, was uns so Noth thut, die Vereinigung des Proletariats. Ist dieses erst geschehen, so wird kein Teufel uns den Sieg mehr streitig machen wollen. Kühn müssen wir unsern Feinden die Stirn bieten, denn wir haben Nichts zu verlieren, aber eine ganze Welt zu gewinnen. Muthig und entschlossen vorwärts, denn die Zukunft gehört unser!" Dies Thema wird weiter ausgeführt in dem Organ des Arbeitervereins in einem sicher nicht von einem Arbeiter geschriebenen, aber auf das Verständniß der Masse wohlberechneten zündenden Artikel. „Die Idee der Freiheit — heißt es darin — der ganzen wirklichen menschlichen Freiheit, leuchtet mit den ersten Strahlen der Morgenröthe in den Völkern auf. Wer wird den Sieg davon tragen? Werden die Wenigen siegen, die Herren der Erde, oder werden die Millionen siegen, auf daß jeder Mensch werde, was ihm die Bibel schon verheißt, der Herr der Schöpfung? Die Antwort auf diese Frage ist leicht. Wer mit aufmerksamem Blick betrachtet, was bisheran die Menschen seit ihrer Entstehung gethan haben, der wird mit einiger Ueberzeugung sich sagen müssen: Nun ist die Zeit gekommen, wo wir nicht mehr flicken und pfuschern werden; das ist Alles schon da gewesen; es gibt kein Pflaster mehr, was man nicht schon aus der Apotheke der Geschichte geholt hätte, wir müssen und werden uns jetzt zu einer Kur von der Wurzel aus entschließen. Wenn eine solche Kur auch vielleicht etwas schmerzhaft ist, was macht das? Fürwahr, nur eine Memme würde zurückbeben vor dem Abnehmen eines Armes oder eines Beines, wenn der ganze Körper in Gefahr ist. Die Geschichte schreibt für den, der es lesen kann, mit glühender Flammenschrift in ihre Tafeln: Die Millionen werden siegen!... Prüfen wir die Mittel, die wir haben. Vor allen Dingen haben wir die körperliche Uebermacht. Was diesen Vortheil jedoch sehr verringert, ist der Umstand, daß wir untereinander in keinem Zusammenhange stehen, und dann, daß wir wenig erprobte Führer haben. Der innere Zusammenhang unter uns wächst indeß mit jedem Tage; es ist die Idee der Freiheit, die immer klarer in uns zum Bewußtsein kommt, der Freiheit, die den Hunger stillt und ein menschliches Dasein möglich macht. Um dieser Idee unter uns immer mehr Stärke und Festigkeit zu verschaffen, ist es nöthig, sich gegenseitig und oft zu besprechen, ist es nöthig, so oft die Zeit es erlaubt, Zeitungen, die für die Sache des Volkes kämpfen, zu lesen und, wo man nicht versteht, zu fragen. Aber wenn ihr nun, Arbeiter, durch Zusammentreten und dadurch, daß ihr das Recht der freien Presse zu eurer Unterrichtung in Dingen, die Noth thun, benützt, euch fähig macht, den großen Kampf eines Einzelwillens wie des Willen einer bevorzugten Klasse, der Bourgeoisie, gegenüber dem allgemeinen Willen des gesammten Volkes durchzukämpfen, so müßt ihr auf der andern Seite auch nicht vergessen, daß mancherlei Fehltritte auf dem mühsamen Wege, den ihr und wir Alle gehen müssen, möglich sind. Das ganze Bestreben der alten absolutistischen Macht und auch der Männer, die jetzt an der Spitze stehen, war und ist darauf gerichtet, euch durch sogenannte gesetzliche Bestimmungen dahin zu bringen, daß ihr die mannigfach verschlungenen Schliche und Wege der Reaktion aus Mangel an Bildung nicht merken könnt. Dieses Bestreben ist den alten Mächten nur zu gut gelungen. Arbeiter! Ihr seid noch leidenschaftlich; ein paar warme Worte können euch hinreißen zu einem unbesonnenen Schritte. Hütet euch davor; das wäre euere augenblickliche Niederlage. Es ist nun einmal nicht anders und hat auch gar Nichts zu sagen: Ihr könnt noch nicht selbständig euere Interessen vertreten, so viel Redlichkeit und Treue auch unter euch ist. Darum schaaret euch um Leute, denen der gütige Zufall etwas mehr Bildung und Einsicht in die Zeitverhältnisse verschafft hat und die es redlich bis zum letzten Blutstropfen mit euch und mit sich meinen, und laßt diese Leute sorgen und walten für euch; aber folgt ihnen unbedingt, wenn ihr sie für ächt haltet. Sie werden euch, wenn es Zeit ist, sagen: Jetzt stehen wir Alle für Einen Mann; sie werden euch sagen: Das sind unsere Waffen, das unser Pulver, das unser Blei. Einer der bekanntesten Häupter der englischen Arbeiter sagte ihnen einst: Arbeiter, ihr habt wenig oder gar keine Waffen, aber Eine Waffe habt ihr, die ist billig und unscheinbar und bringt doch große Dinge zur Welt. Wollt ihr, daß ich euch die Waffe nenne? „Es ist ein Döschen Zündhölzer und etwas geheerter Strick. Es brennt so schön und ist kaum zu löschen." Verstehen Sie jetzt, was man will? Blind ergebene Massen, bewaffnet mit einem Döschen Zündhölzer und etwas geheerten Strick: „es brennt so schön und ist kaum zu löschen!" Videant consules!

Niederland.

* Amsterdam, 20. Juli 1848. Unser Schiller sagt: „das ist das beste Land, von welchem man am wenigsten spricht." Demnach zu urtheilen, müssen Ihre Leser zur Ueberzeugung gekommen sein, daß Holland das Eldorado von Europa ist, denn die „Deutsche Zeitung" hat seit Wochen unseres kleinen Ländchens nicht mehr erwähnt. Vergönnen Sie mir, Ihre Leser theilweise zu enttäuschen und eine Spalte Ihres Blattes mit einer kleinen Skizze über unsere jetzigen Zustände in Anspruch zu nehmen. — Während der rauschende Sturm der politischen Leidenschaften die angrenzenden Länder durchzog, Frankreich verwüstete und Deutschland erschütterte, saßen wir hier in tiefer Ruhe und staunten die Zeitungsneuigkeiten an. Zwar regten sich auch hier einige Stimmen und riefen nach Reform; solche waren aber kaum erhoben, als man sie auch schon hörte, und der König trug dem Lande Reformen entgegen, noch ehe das Land sie recht verlangt hatte. Ein liberales Ministerium, und man war zufrieden. Seit vier Monaten nun wird an der Reform des Grundgesetzes gearbeitet; man überstürzt sich nicht, weil das Land mit gemüthlichem Phlegma zusieht, und nichts Anderes verlangt, als Ruhe. — Ruhe haben wir denn auch behalten, nicht allein politische, sondern auch geschäftliche Ruhe und fast gänzliche Stagnation des Handels. Welche nachtheiligen Folgen letztere in einem Handelsstaate, wie Holland, auf die finanziellen Verhältnisse und auf die Finanzen ausüben muß, ist einleuchtend. Unser Verkehr mit Deutschland allein ist im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren um zwei Drittel reducirt, was einen Ausfall von 6 bis 7 Millionen Gulden im Budget zur Folge hat. Um dieses zu erwartende Deficit zu decken und zugleich die versprochene Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer zu bewirken, mußte man auf eine neue Steuer sinnen, was bekanntlich in Holland ziemlich schwierig ist, da selbst von den oder Elementen die Last das einzige ist, für welches man noch keine Abgaben entrichtet. Und da ist denn unser neuer Finanzminister, Herr van Bosse, auf die sehr praktische, jedoch für die Bezahlenden sehr unangenehme Idee einer Eigenthums- und Einkommensteuer gekommen. Diese Maßregel kann man angefähr als die einzige praktische bezeichnen, welche die Holländer durch die europäische Umwälzung bis jetzt errungen haben. — Es ist demnach kein Wunder, wenn den Holländern die Folgen dieser Umwälzung ehen nicht einleuchten, und wenn namentlich auch die deutschen Veränderungen nicht ihren ganzen Beifall haben. — Die Holländer waren bisher gewöhnt, die Nationalität des Deutschen ziemlich geringschätzend über die Schulter anzusehen, Dank dem Schutz, den unsere 38 Vaterländer uns im Auslande gewährten, und der Art und Weise, wie sie dem Auslande gegenüber gewöhnlich auftraten. Daß Deutschland jetzt endlich mündig wird, daß es auftritt, wie es ihm gebührt, daß es nicht mehr 38 Köpfe haben will, sondern Einen Kopf und Eine kräftige rechte Hand, dies will den Holländern nicht recht gefallen. Vor sechs Wochen lachten sie noch über die Idee eines einigen Deutschlands; als vor 14 Tagen der Reichsverweser in Frankfurt einzog, schüttelten sie kläglich die Köpfe und prophezeiten, es werde mit dem Reichsverweser keine 6 Monate halten. Der reizende Protest von Hannover that ihnen innerlich wohl und bestärkte sie in ihrer Ansicht, die jedoch wieder etwas schwankend wurde, als der Beschluß der Ausrüstung von 900,000 Mann Bundestruppen bekannt wurde. Am besten drückt die Haltung des „Handelsblad" die hiesige Stimmung mit Bezug auf Deutschland aus. Ung wiß und zweifelnd, wie die Verhältnisse sich gestalten werden, bringt es Leitartikel, welche die freundschaftlichsten Gesinnungen gegen Deutschland athmen, übersetzt aber mit sichtlicher innerer Freude die äußerst liebenswürdigen Artikel der „Times", und öffnet unter der Rubrik „Korrespondenz" seine Spalten den lächerlichsten und einfältigsten Ausfällen gegen Deutschland. — Dieser Zustand wird und muß aufhören, sobald die deutschen Angelegenheiten sich konsolidirt haben, und ich kann meinen Landsleuten nicht laut und dringend genug zurufen, doch ja so rasch und energisch wie möglich dahin zu arbeiten, daß Deutschland dem Auslande gegenüber eine würdige Haltung an-

Digitized by Google

nimmt, was hauptsächlich nur dadurch herbeigeführt werden kann, daß Zwiste und Streitigkeiten im Innern möglichst beseitigt werden. — In Frankfurt wird nächstens die Limburger Frage zur Sprache kommen und dabei natürlich auch das Verhältniß Deutschlands zu Holland näher beleuchtet werden. Es dürfte daher nicht ohne Interesse sein, den äußerst wichtigen Handelsverkehr ins Auge zu fassen, welcher zwischen den beiden Ländern besteht, und der, trotz aller augenblicklichen kleinen Reibungen, eine loyale Verständigung und Annäherung der beiden Länder unumgänglich erheischt. Eine vor Kurzem vom Finanzminister veröffentlichte statistische Angabe über den Handel des Jahres 1846 gibt hierüber wichtige Aufschlüsse, denen ich folgende Angaben entlehne: Holland hat

	von Deutschland bezogen				nach Deutschland exportirt
von	Hamburg	für fl.	4,070,223,	nach Hamb.	für fl. 10,281,552
„	Hannover	„ „	4,276,450,	„ Hannov.	„ „ 1,996,226
„	Bremen	„ „	1,912,173,	„ Bremen	„ „ 984,298
„	Lübeck	„ „	56,684,	„ Lübeck	„ „ 62,031
„	Mecklenburg	„ „	1,323,266,	„ Mecklenb.	„ „ 319,365
„	Oesterreich	„ „	1,222,257,	„ Oesterr.	„ „ 2,553,373
„	Zollverein	„ „	44,393,213,	„ Zollver.	„ „ 94,118,511
	zusammen für fl.		57,254,266,	zusammen für fl.	110,315,356.

Es stellt sich also heraus, daß das kleine Holland von Deutschland jährlich für den Werth von 57 Millionen Gulden Waaren bezieht, wovon 27 Millionen wieder nach den Kolonien und nach dem Norden ausgeführt werden, während es einen Betrag von 30 Millionen an deutschen Waaren konsumirt. Dagegen bezieht Deutschland von Holland mehr als alle übrigen Länder zusammengenommen: allgemeiner Export fl. 210,352,634, Export nach Deutschland fl. 110,315,356; ferner im Vergleich zu den einzelnen Ländern: dreimal so viel als Großbritannien (fl. 35,800,000); über sechsmal so viel als Belgien (fl. 17,000,000); elfmal so viel als Frankreich (fl. 10,600,000), und achtmal so viel, als die niederländischen Kolonien. — Diese Zahlen beweisen die gegenseitige Wichtigkeit des Handelsverkehrs der beiden Länder, welcher überdies noch bedeutender Ausdehnung fähig ist, wenn von beiden Seiten vernünftige und praktische Maßregeln zur Beförderung desselben ergriffen werden. Abschaffung der Rheinzölle und ein gegenseitiges vortheilhaftes Handelsbündniß müssen den Anfang machen.

Frankreich.

* Straßburg, 18. Juli. Es wird Niemand widersprechen, die blutigen Junitage in Paris haben zu wichtigen Resultaten geführt; der Kampf der Zeit ist in die Straße hinabgestiegen, und Keiner wagt es mehr zu läugnen, daß es eigentlich nicht mehr um Verfassungen oder Regierungsformen sich handelt, sondern um Etwas, das weiter liegt als der konstitutionelle Staat oder die Republik. Und um dieses Weitere handelt es sich nicht allein in Frankreich, sondern auch in Deutschland, überall wo den politischen Bewegungen ohne vernünftige Beschränkung Raum gegeben wird. Thöricht wäre der deutsche Bürger, welcher hinter dem Republikaner, der die Rheingrenze sich zu öffnen strebt, nicht mehr suchen wollte, als einen Genossen seiner politischen Meinungen. Er würde derselben Enttäuschung entgegengehen, wie der Pariser Bürger, der nicht merkte, daß die Schnaren, welche mit Odilon-Barrot und Andern in den Tagen des Februar die Reformen forderten, etwas ganz Anderes darunter verstanden, als die parlamentarischen Reformen. Auch war ja kaum der Sieg erfochten, als sie schon die Erklärung gaben, wie sie die Reform verstanden hatten, und die verderblichsten Maßregeln von ihren Leitern durchgeführt wurden, Maßregeln, die man hinnahm als Anfänge eines mit Nächstem konsequent durchgebildeten Kommunismus; darauf hin weisen auch die dann gegebenen Ermahnungen, sich zu gedulden, abzuwarten, bis durch die Wahlen der Nationalversammlung, die Regierungskommissäre und andere Einrichtungen der große Moment angebahnt worden, der das goldene Zeitalter für das Proletariat, Schwärmerei und Faulenzerei herbeiführen würde. Und treu der Lehre riefen sie dann wieder in den Junitagen das Lebehoch der demokratischen Republik, das heißt, dem Staate, in welchem der Proletarier nicht allein mit herrschen, sondern auch das Vermögen des Landes und der Mitbürger mit verzehren würde. — Die deutschen, hier sich nach aufhaltenden Republikaner oder sogenannten Freischärler, theilten aber vollkommen diese Ansichten und Hoffnungen, und ihre Republik, die sie in dem Vaterlande zu errichten gedenken, wird keine andere sein, als die der Pariser Quarriers. Wie halten sie hier in der Republik für sehr gefährliche Leute, und man wirft der Verwaltung der Stadt vor, aus Schwäche oder anderen Rücksichten, und ungeachtet höherer Weisungen, die, wie man sagt, sehr bestimmt sind, diese gefährlichen Fremdlinge zu dulden, namentlich die Erscheinung eines von denselben herausgegebenen Blattes zu gestatten, welches die Pariser Schlachttage in dem überspanntesten Geiste beurtheilt. Diese Leute sind aber darum hier gefährlich, weil sie sich mit dem Arbeiter an den Biertisch, in den Klub setzen und ihm den vollständigsten Kommunismus predigen. Auch ist es hier schon zu Ueberzeugungen und mit ihnen zu dem Fanatismus gekommen, der einen kleinen Kreuzzug gar zwei Tagen herbeigeführt hat. Denn hier hilft keine Belehrung mehr, keine Ermahnung; und wenn auch Land und Leute zu Grunde gehen, eine Wiederholung des Lebens der wiedertäuferischen Kommunisten in Münster ist das Ziel aller dieser Menschen. Auch hat die Schweiz in jener Zeit gezeigt, wie weit diese Schwärmerei führen könne, so wie schon in älterer Geschichte sich erwiesen hat, daß auch ohne Beilage religiöser Elemente der schrankenloseste Fanatismus durch soziale Fragen entstammt werden kann. Hierüber kann jedoch leider keine Nation mehr der andern eine größere Schuld zumessen: neben Proudhon stehen deutsche Schriftsteller, unter welchen ein gewisser Samuel Ludwigh vor mir liegt, dessen Reise durch Nordamerika in neuster Zeit einen Verleger, Journay, in Leipzig gefunden hat. Dieser Herausgeber der Fackel in New-York scheint schon weiter als viele seiner Genossen gekommen zu sein, nämlich zum Zweifel an dem Gelingen des Sieges der Vernunft über Religion und Moral; er hat an der Energie der Menschen den Glauben verloren und hofft, daß erst nach Jahrhunderten die Emancipation von dem Glauben an Gott und jedem kirchlichen Verhältnisse eintreten und das Menschengeschlecht diesseit wie jenseit des Oceans beseligen werde. — Auf der andern Seite steht aber ebenso fest geschlossen die Bürgerschaft, jetzt sammt und sonders von den Proletariern und ihrem Freunden die Aristokraten genannt, überall gleich bereit, den Kampf aufzunehmen und nicht unzufrieden, wenn sie herausgefordert wird. Eine Versöhnung ist unmöglich geworden, und die gutmüthigen Socialisten finden weder bei den Einen, noch bei den Andern mehr Anklang. Der Regierung bleibt keine Wahl: sie muß sich zur einen oder andern Partei schlagen und je nach ihrer Wahl fallen oder siegen. Von freiern Institutionen ist daher jetzt wenig mehr die Rede, bis durch konsequente Durchführung der vorgeschlagenen Maßregeln die Bürgerschaft beruhigt worden. Auch werden sie in der Nationalversammlung nur geringen Widerspruch finden, und schon spricht man von einer Annäherung zwischen den Fraktionen der Delegirten in dem Palais national (die entschiedenen Anhänger der konstitutionellen Republik) und derjenigen, welche in dem Institut ihren Sitz aufgeschlagen hat (die gemäßigten Republikaner). Ausgeschlossen sind die Fraktionen der Rue de Poitiers (die Anhänger der Dynastie) und der rue Castiglione (die Montagnards). Ihre gegenseitige Stärke werden die nächsten Verhandlungen ausweisen. Unseren Wühlern ist jede Rückkehr zur Ordnung ein Gräuel, wie ihre Deklamationen gegen die Wahl eines Reichsverwesers für Deutschland zeigen: nicht weil Deutschland stärker wird gegen Eroberungsgelüste der konstitutionellen Republik, sondern weil unsere Kommunisten mit Betrübniß sehen, daß ihnen oder ihren Freunden ein Land abgeschnitten worden ist. Wie unbegreiflich erscheint aber dieses muthwillige Tändeln vieler ehrlichen Männer in Deutschland mit der Gefahr, als ob sie nicht frühe genug in die mit Blut übergossenen Straßen hinabsteigen könnten, um Recht, Eigenthum und die Familie zu schirmen!

Moldau und Walachei.

Buchrest, 8 Juli. Die hiesige provisorische Regierung befindet sich in einiger Verlegenheit, da alle größere Bojarenfamilien die Wallachei verlassen haben und nur wenige Persönlichkeiten von einiger Bedeutung zurückgeblieben sind. Sie beabsichtigen daher durch Verweigerung von Pässen ins Ausland, auch diese noch zurückzuhalten und zur Unterzeichnung einer Adresse an den Kaiser von Rußland zu vermögen, welche zur Sammlung von Unterschriften aufgelegt werden soll. In dieser Adresse beruft man sich auf ein in den ältesten Zeiten bestandenes Recht, die inneren Angelegenheiten des Landes selbst zu regeln, bezeichnet die letzte Revolution als aus dem Volkswillen, dem der Druck unverträglich geworden, hervorgegangen und erbittet von der Großmuth der Czaren die Anerkennung des Vorgefallenen, droht aber im entgegengesetzten Falle den Schutz und die Hilfe von ganz Europa an. Auch wurde ein förmlicher Protest gegen das Einrücken russischer Truppen an den russischen Konsul geschickt. (Brsl. Z.)

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Altmann 8 Kings. 72 Broquets Square in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Plätze unter gefl. Adresse F. A. Brockhaus in Straßburg Nr. 20 Grand. Für die Schweiz Nr. 20 Rue de Rosemont

Deutsche Zeitung.

Der Pränumerationspreis beträgt das preuß. Bud. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt fünf Gulden 45 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 5 fl. 24 kr. Für Ausgaben nach der Schweiz, einer beträchtlichen Provinz mit 1 fl. (1 Sgr.) berechnet.

№ 208. Heidelberg, Freitag 28. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Unterhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark. — Wien (die Ankunft des Reichsverwesers. Der demokratische Verein. Eröffnung und Thronrede). Prag (die provisorische Aufhebung des Kriegsgesetzes. Thun seines Postens enthoben. Die Untersuchung). Teleſt (Anerkennung der Königin von Spanien). Berlin (die Bürgerwehr und die Stadtbehörden. Die Kammerverhandlungen. Das Zweikammersystem. Die Verfassungsarbeiten. Die Interpellationen über die Polen. Die alte Gesetzgebung. Stellung des Professors Rosenkranz. Ankunft Camphausens. Präsidentenwahl in der Kammer. Bonn (Berichtigung). Bamberg (Titus an seine Wähler). Altona (die Auflösung des Tann'schen Freikorps. Die Unterhandlungen). Frankfurt (Reichstagsverhandlungen. Die polnische Frage).

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen über die irischen Verhältnisse. Einstweilige Aufhebung der Habeascorpusakte in Irland.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Wahl Louis Bonapartes. Er dankt abermals ab. Zur Geschichte der Associationsfreiheit in der franz. Republik.

Ungarn. Pesth. Ungarische Hilfstruppen nach Italien.

Donaufürstenthümer. Die Russen nun wirklich in Jassy.

Heidelberg, 27. Juli.

Seit mehreren Wochen ist in den norddeutschen Blättern von zwischen Preußen und Dänemark geführten Unterhandlungen über einen Waffenstillstand die Rede, über dessen Bedingungen so fabelhafte Gerüchte kursirten, daß Anfangs Niemand daran glauben wollte, welche aber schon als Gerüchte eine allgemeine Aufregung und Entrüstung hervorriefen, die sich in zahlreichen Adressen und Protesten aussprachen. Während die deutschen Zeitungen über die Einzelnheiten der Verhandlungen ein mystisches Schweigen beobachteten, ist uns endlich durch den Altonaer Merkur eine Uebersetzung der Akte mitgetheilt worden, welche über den Abschluß des Waffenstillstandes von beiden Seiten unterzeichnet sein soll, wodurch denn die früher unglaublich scheinenden Gerüchte nicht nur bestätigt, sondern sogar übertroffen werden. Es scheint nun zwar, daß das wirkliche Zustandekommen des Waffenstillstandes an der Festigkeit des Generals Wrangel und dem Widerstande der provisorischen Regierung scheitern wird; aber schon die Thatsache, daß ein Entwurf, wie dieser, auch nur die vorläufige Genehmigung des preußischen Ministeriums hat finden können, macht es uns zur Pflicht, uns über die Sache offen und unumwunden auszusprechen.

Nach §. 1 soll ein dreimonatlicher Waffenstillstand zu Lande und zur See stattfinden, dessen Verlängerung, wenn keine Kündigung erfolgt, stillschweigend eintritt, dessen Dauer also völlig unbestimmt ist; indessen sollen die Bedingungen des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen keineswegs präjudiciren. Man sieht nun von vorn herein durchaus nicht ein, wozu ein solcher Waffenstillstand, durch welchen der Abschluß des endlichen Friedens keineswegs vorbereitet wird, führen soll; denn wenn Preußen und die übrigen Uferstaaten dadurch auch eine momentane Sistirung der Störung ihrer Schifffahrt erreichen, so ist dieser Gewinn doch höchst prekär, und bei der perfiden Politik Dänemarks läßt sich erwarten, daß die Kündigung zu einer Zeit erfolgen wird, wo man sicher ist, dem deutschen Handel recht empfindliche Wunden schlagen zu können. Daß aber die siegreichen deutschen Truppen alle errungenen Vortheile aus den Händen geben und die Herzogthümer von Neuem preisgeben sollten, daß Dänemark alle möglichen Konzessionen gemacht werden, obgleich die dänischen Truppen nie vor den deutschen Stand gehalten haben, erscheint durchaus unmotivirt, und kann nur dazu dienen, den Dänen aufs Neue Muth zu machen und sie in dem Wahn von der innern Schwäche und Uneinigkeit Deutschlands zu bestärken. Ein ehrenvoller Friede ist zwar im höchsten Grade wünschenswerth, wir halten uns aber überzeugt, daß ein solcher nur erkämpft werden kann, und daß ein Waffenstillstand den Frieden nicht fördern, sondern auf ungewisse Zeit hinausschieben würde. Auch liegt die Streitfrage so klar vor, daß, wenn Dänemark zum Frieden wirklich geneigt wäre, der Friede eben so leicht, wie ein Waffenstillstand zu Stande kommen könnte.

Wie nachtheilig und schmachvoll ein solcher Waffenstillstand, wie derselbe jetzt entworfen ist, sein wird, ergibt sich aber aus der näheren Beleuchtung der entworfenen Bedingungen.

Nach §. 2 sollen, wenn der Waffenstillstand gekündigt wird, beide Armeen in diejenigen Stellungen einrücken, welche sie am 27. Juni inne hatten. Die Dänen sollen also nicht nur Alsen wieder besetzen, sondern auch die Stadt Hadersleben und die umliegende Gegend, welche sie erst am 29. Juni geräumt haben.

Nach §. 4 sollen alle Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen von beiden Seiten in Freiheit gesetzt werden; es geschieht aber der Civilpersonen, die ohne allen Grund von den Dänen weggeschleppt sind und der ihnen gebührenden Genugthuung nicht die mindeste Erwähnung.

Der §. 5 verheißt den Dänen Ersatz der in Jütland ausgeschriebenen Naturalrequisitionen, ohne daß von einem Ersatz der dänischer Seits in Schleswig geschehenen Requisitionen und Plünderungen die Rede ist.

Ebenso ist der §. 6 lediglich zum Vortheil der Dänen, da ihnen die Befestigungen auf Alsen verbleiben würden, während sich in den Herzogthümern keine militärischen Etablissements befinden, deren Besetzung durch die deutschen Truppen dafür einen Ersatz gewähren könnte.

Noch gravirender ist aber der Inhalt des §. 7, wornach, um die wirklich nie gestörte „Ruhe und Ordnung in den Herzogthümern wiederherzustellen", eine gemeinschaftliche Regierung angeordnet werden soll. Wenn es schon überall unzulässig erscheint, daß, während wir mit Dänemark Krieg führen, die Regierung im Namen des Königs von Dänemark gehandhabt werde, so ist es vollends unleidlich, daß die provisorische Regierung abtreten, und der König von Dänemark zwei Mitglieder der Regierung ernennen soll, am meisten aber daß diese Ernennung für Schleswig erfolgen und dadurch die Auflösung der Verbindung der Herzogthümer von vorn herein anerkannt werden würde. Diese Administrationsbehörde sollte ferner einen von England gewählten Präsidenten (vermuthlich den aus den Verhandlungen der letzten Ständeversammlung als Aristokraten und königl. Gesinnten, hinreichend bekannten Baron Blome) erhalten und zum Ueberfluß von einem dän. Kommissär überwacht werden. Daß bei einer solchen Verwaltung die dänischen Interessen vorwiegen, der Einfluß der von Preußen ernannten Mitglieder paralysirt und auf Wiederherstellung des unseligen Zustandes vor dem 24. März hingearbeitet werden würde, ist klar: eben so gewiß ist es aber auch, daß eine solche Behörde niemals das Vertrauen der Länder gewinnen, und da sich der alte Zustand nicht wieder herstellen läßt, an die Stelle der von der provisorischen Regierung musterhaft gehandhabten Ruhe und Ordnung im Innern, Anarchie und Unordnung eintreten würde, wozu die Elemente auch in den Herzogthümern nicht fehlen, zumal da die Akte nicht die mindeste Andeutung einer Gewährleistung dafür enthält, daß die konstitutionellen Rechte der Herzogthümer und die von der provisorischen Regierung getroffenen Einrichtungen anerkannt und aufrecht erhalten werden sollen. Die Geschichte kann gewiß kein zweites Beispiel aufweisen, daß während der Kriegführung zwischen zwei Staaten durch einen Waffenstillstand ein interimistischer Zustand eingeführt wird, durch den sich der siegreiche Theil dem besiegten unterwirft, und diesem die Mittel gewährt, ihn für die Folge so gut wie wehrlos zu machen.

Die größte Indignation erregt aber der achte §., die Entwaffnung der Herzogthümer betreffend. Darnach soll nämlich Hol-

Digitized by Google

stein nur das Bundeskontingent und zwar auf den Friedensfuß reduzirt, Schleswig nur die Cadres der dort ausgehobenen Truppen behalten (es soll also auch für eine verschiedene Behandlung beider Herzogthümer eingetreten), während Dänemark sich gar keiner Beschränkung in Ansehung seiner Truppenzahl unterwirft und die Rüstungen ungestört fortsetzen kann. Die so systematisch durchgeführte Wehrlosigkeit der Herzogthümer steht einer gänzlichen Preisgebung derselben gleich. Völlig unklar ist aber die Schleswig betreffende Vorschrift, wenn man weiß, daß 3 Bataillone und wenigstens 2 Escadronen, die bisher in Dänemark ihre Garnisonen hatten, dort zurückgehalten und durch eine Ueberzahl von Dänen kompletirt, zum Kampf gegen die Herzogthümer gezwungen sind. Wenn es die Absicht war, die Cadres dieser Bataillone wieder in das Herzogthum Schleswig zu schicken, so würde den Herzogthümern hiermit sehr wenig gedient sein, da die Offiziere unter den gegenwärtigen Umständen nicht brauchbar sind; Dänemark wird aber diese Absicht nicht gehabt und den angeführten Umstand verschwiegen haben, um den unkundigen Unterhändler des Waffenstillstandes zu täuschen. Dann würde aber für Schleswig nur Ein Bataillon und Ein Dragonerregiment übrig bleiben, und es dürften in Schleswig so gut wie gar keine Truppen gehalten werden. Endlich würde die nach diesem §. in den Herzogthümern anwesende dänische Militärkommission die beste Gelegenheit haben, sich von allen militärischen Einrichtungen auf das Vollständigste zu unterrichten und das bei der dänischen Armee ohnehin sehr beliebte Spionirsystem im Großen durchzuführen.

Die Dänen haben uns selbst in ihrem thörichten Uebermuthe den richtigsten Maßstab zur Beurtheilung des beabsichtigten Waffenstillstandes an die Hand gegeben. Da nämlich das fanatisirte Kopenhagener Publikum glaubt, daß Dänemark sich durch die nach seiner Meinung den Herzogthümern gemachten Konzessionen zu viel vergebe, so sucht das ministerielle Blatt „Fädreland" dasselbe zu beruhigen, indem es sich zu zeigen bemüht, wie sehr Preußen bei den gepflogenen Unterhandlungen übervortheilt sei. Auf Schweden wie Rußland sei nämlich nicht zu rechnen, die Fortsetzung des Krieges würde Wahnsinn sein, denn die Situation Dänemarks sei in diesem Augenblick höchst ungünstig. Durch den Waffenstillstand gewinne Dänemark Zeit zur politischen und militärischen Organisation; der Werth der zu erstellenden Prisen betrage nur etwa 1½ Millionen Reichsthaler und so viel erfordere die Fortsetzung des Kriegs in zwei Monaten; Preußen habe durch den Waffenstillstand seine Augustenburger Günstlinge aufgegeben und daher habe man seiner Eitelkeit in Etwas nachgeben müssen: wenn der Waffenstillstand in Frankfurt nicht genehmigt werde, so müsse das zu einem Konflikt zwischen dem Reichsverweser und der preußischen Regierung oder zum Sturz des preußischen Ministeriums führen. Der Waffenstillstand sei aber auch materiell für Dänemark höchst vortheilhaft, denn Deutschland müßte aufgeben: 1) Die drei Herzogthümer, welche jetzt von einer unbesiegten Armee besetzt wären, die stark genug sei, einem doppelt so zahlreichen Heere als das dänische sei, die Spitze zu bieten. 2) Die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund, die von der Bundesversammlung feierlich erklärt und von der Nationalversammlung bestätigt worden wäre. 3) Die prov. Regierung, welche als legitim anerkannt sei. 4) Die schleswig-holsteinsche Partei. 5) Die Augustenburger Prätendenten, denen nicht einmal ein Asyl zugesichert sei. 6) Den Ersatz der Kriegskosten. „Das starke Deutschland habe daher weit mehr Ursache mit dem Waffenstillstande unzufrieden zu sein, als das kleine gering geschätzte dänische Volk". Besonders naiv spricht sich das Fädreland über die für die Herzogthümer einzusetzende Regierung aus. Ein tüchtiger, wachsamer, dänischer Kommissär würde dazu beitragen die schleswig-holsteinischen Machinationen im Zügel zu halten, auch könnten die unter der neuen Administrationsbehörde anzustellenden Sekretäre und Regierungsräthe ohne Beschränkung gewählt werden und würden auf den Geist der Administration bedeutend einwirken. „Hochstehende dänische Beamte würden sich bereit finden, solche Stellungen anzunehmen; jeder Däne werde es sich zur Ehre rechnen, solche untergeordnete Posten zu bekleiden".

Wenn es noch irgendeines Zeugnisses bedürfte, um über den beabsichtigten Waffenstillstand den Stab zu brechen, so würde dieses Räsonnement des Fädreland dazu völlig genügen, um uns darüber aufzuklären, wie schlecht wir berathen waren. In den Herzogthümern ist denn auch nur Eine Stimme, daß man lieber die Lasten des Krieges, und würden dieselben auch verdoppelt, tragen, als sich so schimpflichen Bedingungen unterwerfen will. Jedes Abkommen mit Dänemark, in welchem nicht die Anerkennung Schleswigs als deutschen Bundeslandes an der Spitze steht, ist unserer innigsten Ueberzeugung nach unmöglich. Die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Reichsverband ist das Einzige was für die Verbindung der Herzogthümer unter sich und die Aufrechthaltung unserer Verfassung die Gewähre leisten kann; ohne diese würden nicht nur alle blutigen und unblutigen Opfer, die der Krieg gekostet hat, völlig unnütz gebracht, sondern auch unser Vertrauen auf immer dahin und unsere Sache in der That verloren sein. Wir hegen daher die feste Zuversicht, daß Preußen die Uebereilung seiner diplomatischen Agenten nicht gutheißen und von vornherein den Waffenstillstand, so wie er verabredet, verwerfen wird, daß daher der Reichsverweser und die Nationalversammlung gar nicht in die Lage kommen werden, ihre Mißbilligung über die bisherigen Unterhandlungen auszusprechen, und daß die perfide Hoffnung unserer Feinde, daß die Einheit Deutschlands an dieser Klippe scheitern werde, zu Schanden werden muß.

Oesterreich. ** Wien, 22. Juli. Ich übersende Ihnen die Thronrede, womit Erzherzog Johann den konstituirenden Reichstag eröffnet hat, und die Antwortsrede des Präsidenten. Der Erzherzog erschien um 12 Uhr, begleitet vom Generalstabe und dem Ministerium. An der Stiege wurde er von dem Präsidenten, den Ordnern und einer Deputation des Reichstages empfangen. Er hielt nachstehende Thronrede:

„Von Sr. Majestät dem allergnädigsten konstitutionellen Kaiser beauftragt, den konstituirenden Reichstag zu eröffnen, erfülle ich die erfreuliche Pflicht und grüße aus voller Seele Sie, meine Herren, die Sie berufen sind, das große Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes zu vollbringen. Die Befestigung der erwachenen Freiheit für uns und unsere Zukunft erheischt Ihr offenes unabhängiges Zusammenwirken in der Feststellung der Verfassung. Alle Nationalitäten der österreichischen Monarchie stehen dem Herzen Sr. Majestät gleich nahe. In der freien Verbrüderung derselben, in der vollen Gleichberechtigung Aller, sowie dem innigen Verbande mit Deutschland finden alle Interessen eine feste Grundlage. Mit Schmerz erfüllt es das Herz Sr. Maj., daß nicht gleich die Fülle aller Segnungen eintreten konnte, welche freie Institutionen in reichem Gebrauch den Völkern zu sichern pflegen. Sr. Maj. theilen im regen Mitgefühle die Bedrängnisse Ihrer Völker. In Beziehung auf Ungarn und seine Nebenländer läßt sich von dem Redlichkeitsgefühle ihrer edelmüthigen Bevölkerungen eine befriedigende Ausgleichung der noch schwebenden Fragen erwarten. Der Krieg in Italien ist nicht gegen Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichtet, er hat den ernsten Zweck unter vollständiger Anerkennung der Nationalität die Ehre der österr. Waffen gegenüber den Italien. Mächten zu behaupten und die wichtigsten Interessen des Staates zu wahren. Nachdem die wohlwollende Absicht, das unselige Zerwürfniß friedlich beizulegen, ohne Erfolg geblieben, so wird es die Aufgabe unserer tapferen Armee sein, einen ehrenvollen Frieden zu erkämpfen. Die freundschaftlichen Verbindungen Oesterreichs mit allen andern Mächten sind nicht verändert worden. Das seit längerer Zeit unterbrochene freundschaftliche Verhältniß zu der Königin von Spanien ist wieder festgestellt. Durch die Folgen frühere Finanzoperationen und durch das Zusammentreffen außerordentlicher Ereignisse sind die Finanzverhältnisse des Staates in einen Zustand versetzt worden, welcher außerordentliche Maßregeln erheischt, und schon in der nächsten Zukunft das Ministerium veranlassen wird, die erforderlichen Pläne und Entwürfe sammt allen Nachweisungen vorzulegen. In der Berufung der Volksvertreter zur Berathung der allgemeinen Interessen ruht die sicherste Gewähr der geistigen und materiellen Entwicklung des Staates. Se. Majestät läßt Ihnen, meine Herren, und der ganzen Nation Seinen kaiserlichen Gruß und die Versicherung Seines herzlichsten Wohlwollens entbieten. Der konstituirende Reichstag ist eröffnet." Nachdem diese Rede mit Jubel empfangen worden ist, beantwortete sie der Präsident, Dr. Schmitt, folgendermaßen: „Euer kaiserliche Hoheit! Im Namen der konstituirenden Reichs-Versammlung erstatte ich Euer kaiserl. Hoheit als Stellvertreter Sr. Majestät unseres konstitutionellen Kaisers hiermit den geziemenden Dank für die feierliche Eröffnung des ersten österreichischen konstituirenden Reichstages ab. Das Volk tagt — es tagt zum erstenmale mit freier Zustimmung unseres verehrten angestammten Kaiserhauses. Im Namen des Volkes spreche ich Se. Maj. dem geliebten Kaiser Ferdinand dem Gütigen den glühendsten Dank für die dem Volke gewordene Gewährung aus, daß es selbst Schöpfer einer freien volksthümlichen Verfassung sei. Die aus dem unabweislichen Gebote der Zeit hervorgegangene Neuge-

Digitized by Google

Stellung hat heute aus der Hand Eurer k. Hoheit die volle Weihe der Gesetzlichkeit erhalten. Wohl sind wir nach den Worten Eurer k. Hoheit berufen, das große Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes zu vollbringen. Die feierliche Handlung des heutigen Tages ist die Vermählung des konstitutionellen Thrones mit dem freien Volke. Der Allmächtige segne den Bund und die daraus entbrechende Frucht. Aus diesem Bunde schulden und gelobt wie fester Treue dem konstitutionellen Throne. So schmerzlich es uns berühret, Se. Maj., unseren vielgeliebten Kaiser, bei dieser hochwichtigen Handlung zu vermissen, so sehr erkennen wir es als eine günstige Vorbedeutung, daß die Stellvertretung Sr. Majestät durch die Person jenes allgeliebten Prinzen stattfindet, der zuerst den Gedanken der Freiheit zur That werden ließ, der ein freier, volksthümlicher Prinz war, als unsere Hoffnungen volksthümlicher Freiheit noch schlummerten. Ihm gebe ich im Namen der Vertreter des Volkes das feierliche Versprechen, die uns obliegende Pflicht nach unseren besten Kräften und im Geiste der uns vom Volke gewordenen Sendung gewissenhaft zu erfüllen. Brüderlichkeit soll die Kraft sein, welche bei besonnenem weisen Wirken alle Schwierigkeit der großen Aufgabe überwinden und jene Segnungen erreichen lassen wird, die Eure k. Hoheit zu belebenden Hoffnungen des Vaterlandes als die Frucht freier Institutionen dem Volke darstellen. Heil Se. Majestät unserem konstitutionellen Kaiser! Heil unserer konstitutionellen Dynastie und ihrer Dauer zum nachhaltigen Wohle des neuen Bundes! Heil dem volksthümlichen, edlen, deutschen Prinzen Erzherzog Johann! Heil dem, was seinem Herzen am Theuersten! Heil dem freien österreichischen Volke! Heil den österreichischen Waffen, Ehre unseren tapfern Brüdern, die sie führen.

Δ Wien, 20. Juli. Die am 17. um 5 Uhr Nachmittags erfolgte Ankunft des Erzherzogs Johann haben Sie schon angezeigt gefunden. Er zeigte sich gleich nach seiner Ankunft dem zahlreich versammelten Volke auf dem Balkon der Hofburg und sprach diese wenigen, aber herzlichen Worte: „Meine lieben Wiener! Ich habe Euch versprochen, am 17. hier einzutreffen, ich habe redlich mein Wort gehalten. Ich bringe Euch die Grüße Eurer deutschen Brüder.“ Dem Vernehmen nach wird er am 22. den Reichstag eröffnen. Am 18. kam seine Gemahlin, Baronin Brandhof, hier an und wurde zum erstenmale feierlich empfangen. Der Erzherzog fuhr ihr entgegen bis Hietzendorf und fand dort eine Abtheilung reitende Nationalgarde, welche sie schon erwartete. In Schönbrunn wurde sie von einer Deputation des vereinigten Ausschusses empfangen, und Hr. Alois Wessely hielt eine kurze und gehaltvolle Anrede an sie, in welcher er ihr dankte, daß sie als die Tochter eines Bürgers dazu beigetragen habe, das Herz des edlen Erzherzogs dem Volke zuzuwenden.

Der Oberkommandant der vereinigten Nationalgarden, Herr Pannasch, hat durch einen Tagesbefehl vom 15., worin er auf eine etwas patriarchalische Weise den 50,000 Garden den Handschlag abverlangt, für Ruhe und Sicherheit zu wachen, „Mißverständnisse“ hervorgerufen, die wahrscheinlich seinen Rücktritt zur Folge haben werden. Als man von ihm verlangte, er solle jenen Tagsbefehl zurücknehmen, erwiderte er, er würde ehe seine Stelle niederlegen — man habe seinen Worten eine üble Deutung gegeben.

Am 18. hatte sich das Gerücht verbreitet, der böhmische Abgeordnete Rieger trage die Schuld an der verschobenen Eröffnung des Reichstages. In Folge dieses Gerüchtes hatte sich eine Anzahl Menschen versammelt, welche denselben an dem Ausgang des Sitzungslokals erwarteten und ihm unter drohenden Aeußerungen bis zum Graben folgten, wo er in einen Fiaker einstieg; aber die Menge hielt die Pferde an und wollte ihn nicht von der Stelle lassen. Doch dem Dr. Goldmark, der zufällig vorüber kam, gelang es, die Menge zu beruhigen und Dr. Rieger aus dieser peinlichen Lage zu befreien. Man weiß eigentlich nicht, was diese Leute mit ihm vorhatten; denn bis dahin hatte Niemand die Hand gegen ihn erhoben. Alle Gutgesinnten bedauern diesen Vorfall auf das Lebhafteste, er ist die Veranlassung zu einem Gesetzesvorschlag des Justizministers Bach zur Sicherstellung der Abgeordneten für die Dauer der Reichsversammlung.

Δ Wien, 21. Juli. Gestern Abend um 11½ Uhr wurde der hiesige demokratische Klub zersprengt oder gesprengt. Er hatte zu seiner Donnerstagssitzung durch ein Plakat alle Jene eingeladen, „welche es gut mit dem Volke meinen“. Die Versammlungen werden in dem römischen Kaiser an der Freiung gehalten (Rothschild wohnt in demselben Hause), und der Klub zählte über 200 Mitglieder. Gestern Abend hatten sich sehr viele Nichtklubisten als Zuhörer eingefunden. Dr. Jellinek hatte eben angefangen, eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt vorzutragen, womit der Verein gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers Protest einlegen wollte, als ein Zuhörer anfing, laut zu miauen, andere zischten. Der Präsident des Vereines versuchte zur Ordnung zu rufen, aber das Zischen und Miauen wiederholte sich heftiger, und er erklärte daher die Sitzung für eine halbe Stunde geschlossen. Dagegen protestirten einige Mitglieder und wünschten den Vortrag fortgesetzt, verlangten aber auch zugleich, daß die Unruhigen aus dem Saale entfernt würden. Jetzt entstand ein allgemeiner Tumult. Die anwesenden Nichtklubisten schrien: „Ihr seid's Republikaner — fort mit Euch“ und fingen an, um sich zu stoßen. Auf der Straße hatte sich indessen eine Menge Menschen versammelt, welche durcheinander riefen: es sind lauter Republikaner oben, lauter Juden, fangts die Juden zusammen, „s'geschieht ihnen schon recht, warum wollen's überall die Ersten sein“. Die Klubisten entfernten sich in der größten Eile. Nationalgarden zu Pferd und zu Fuß nebst 300 Municipalgardisten wurden herbeigeholt. Ein Legionär, welchen man das bewaffte Haupt nennt, der beschwichtigen wollte, wurde verwundet. Um 1 Uhr nach Mitternacht wurde endlich Alles wieder ruhig. Mehrere Verhaftungen sollen Statt gefunden haben. — Die Kasse des Herrn v. Rothschild soll sich während dieser Scenen und überhaupt in der oft sehr knoten Nachbarschaft des demokratischen Klubs Nichts weniger als heimisch gefühlt haben.

Prag, 21. Juli. Die Prager Z. enthält Nachstehendes: Auf der Kleinseite dichtet das Kriegslager noch fort, die Feuerschlünde sind noch gegen uns gekehrt, um uns zu verderben. Die Kundmachung, womit der Belagerungszustand angeblich als aufgehoben erklärt wird, ist so abgefaßt, daß der gemeinste Mann es einsieht, daß dieser Ausnahmszustand durchaus nicht aufgehoben, sondern bloß das Martialgesetz provisorisch suspendirt sei, dessen erneuerte Wirksamkeit jedoch nach eigenem Ermessen mittelst eines Kanonenschusses zu verkünden sich Fürst Windischgrätz ausdrücklich vorbehalten hat; es ist also nichts Anderes als Kriegsgerichtsfreien.

Der Gubernialpräsident in Böhmen, Graf Leo Thun, ist, der „Wiener Zeitung“ zufolge auf seinen Antrag dieses Dienstpostens enthoben und an seiner Stelle der Kreishauptmann in Pilsen, Graf Karl von Rothkirch, ernannt worden.

Prag. Die Leipz. Zeit. schreibt: Die Untersuchung auf dem Schlosse wird noch immer mit großer Verschwiegenheit betrieben. Ich kann aber aus guter Quelle versichern, daß durch die Untersuchung bereits die ganze weitverzweigte Verschwörung konstatirt ist, daß dieselbe in hohe Regionen hinaufreicht, daß noch Mancher herumwandelt, der in dieselbe verflochten ist und sollen wird. Die verbrecherische Faktion wird allerdings noch die letzten Kräfte aufbieten und — Alles verlieren!

Telrft, 20. Juli. Der hiesige spanischer Konsul hat heute folgendes Schreiben aus Innsbruck vom 18. Juli erhalten: „Nachdem Donna Isabella II. vom Kaiser von Oesterreich und seiner Regierung anerkannt und die Verbindungen zwischen beiden Staaten durch gegenseitige Sendung bevollmächtigter Minister an beider Höfe erneuert worden, hatte ich heute die Ehre, meine Kreditive als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in außerordentlicher Mission bei Sr. k. apostolischen Majestät zu überreichen, welcher dieselben mit unzweideutigsten Zeichen besonderer Achtung und Gewogenheit entgegenzunehmen geruhte. (Gez.) Antonio Ramon Zarco del Valle.“

(J. d. österr. Lloyd.)

Preußen. ⋋ Berlin, 22. Juli. So wenig sich auch in der preußischen Nationalversammlung eminente Talente oder gar geniale Köpfe zeigen, so kann man doch nicht läugnen, daß im Ganzen sehr viel guter Wille herrscht. Entbehren wir der bedeutenden Persönlichkeiten in dieser schweren Zeit, so haben wir dafür auch nicht rein persönliche Intriguen und Kabalen zu bekämpfen. Nur bei Einigen der Ultras von beiden Seiten kann man allenfalls annehmen, daß der Egoismus im Stande ist, für zum Mißbrauch ihrer Stellung zu verleiten. — Nirgend vielleicht zeigt sich der brave, tüchtige Sinn, der die Kammer belebt, deutlicher, als in den Arbeiten der Verfassungskommission. Mit vielem Geschick hat diese bereits den gordischen Knoten wegen des Ein- und Zweikammersystems gelöst, der in den letzten Tagen schon in die Hände unserer politischen Gassenliteraten gerathen war. Man hat sich für das Letztere entschieden; doch soll die erste Kammer von den Bezirksverordneten gewählt werden, sich also nur durch Wahlart, längeren Turnus und höheres Alter von der zweiten unterscheiden. Der Staat wird nämlich in Zukunft in Gemeinden, Kreise und Bezirke getheilt werden, alle mit selbstgewählten Vertretern. So wird also die erste Kammer auf dieselbe Weise gewählt, wie bisher die Landtagsdeputirten, welche bekanntlich die Stadtverordneten und Kreisstände ernannten. Ich weiß kaum, wie die Kommission hätte einen bessern Mittelweg finden können. Uebrigens wird dies System während der ersten Jahre wahrscheinlich zu dem eigenthümlichen Resultate

Digitized by Google

führen, daß die erste Kammer bedeutend freisinniger ist und weiter gehen will, als die zweite, so daß in dieser Beziehung das gegenseitige Verhältniß sich umkehrt. Denn in dem größten Theile der Provinzen — so namentlich in Altpreußen — hat der Liberalismus seine Stütze noch einzig in den Gebildeten und dem wohlhabenden Mittelstand; die Masse ist dort eine willenlose Heerde in den Händen der Reaktion, so wie sie leider in den größeren Städten in die des Radikalismus zu fallen droht. Deßhalb kann ich auch die vorläufige Beibehaltung der indirekten Wahlen nur billigen; sie waren diesmal in manchen Provinzen das einzige Mittel, um zu erträglichen Deputirten zu kommen. — Leider hat sich, wie ich höre, in der Kommission der Grundsatz nicht durchsetzen lassen, daß das Kirchenvermögen in Zukunft der Gemeinde sulzen soll: es wird, wie bisher, bei dem Glaubensbekenntnisse bleiben. Die Trennung zwischen Kirche und Schule ist dagegen ausgesprochen und die zwischen Kirche und Staat auch im Wesentlichen entschieden. — Die äußerste Linke zog sich gestern wieder arge Demüthigungen zu. Bekanntlich behelligt sie das Ministerium fortwährend mit Interpellationen wegen der Vorfälle in Posen. Es ist dies für sie eine unerschöpfliche Tiradenquelle — obwohl das Kabinet wiederholt erklärt, daß alle diese Ereignisse aus der Zeit des Martialgesetzes datirten und die Kammer selbst eine Kommission mit den ausgedehntesten Rechten zu deren Untersuchung niedergesetzt hat. Solcher Interpellationen waren gestern wieder drei auf der Tagesordnung und da sich hieran der Antrag knüpfte, alle derartigen Dinge an die Kommission und nicht vor das Plenum zu bringen, so nahmen diese Intermezzo's den größten Theil der Sitzung in Anspruch. Der ganz vernünftige Antrag wurde zurückgezogen, als die Polen erklärten, sie würden austreten, wenn er durchginge, weil sie dann nicht mehr im Stande wären, ihre Kommittenten zu vertreten! — Nun aber denken Sie Sich den kläglichen Eindruck, wenn ein Volksvertreter gar beweglich schildert, wie ein Herr von Treskow zu Schubin einen 60jährigen, mit einem Bruche behafteten Koch zu Tode geprügelt — und sich dann durch authentische Aktenstücke beweisen lassen muß, daß der Mörder an besagtem Tage zu Frankfurt a. M. war, der Koch aber ganz wohl und munter ist! — Wird das wenigstens gewissen Journalen die Augen öffnen, z. B. der kosmopolitischen Reform, die für Polaken und Slovaken, Baskiren und Wlochen, Italiener und Zigeuner schwärmt und nur für Deutschland kein Wort der Anerkennung und Achtung erübrigen kann? —

Dagegen berührte Jung gestern einen faulen Fleck unseres Rechtszustandes, wobei er wohl größere Aufmerksamkeit verdient hätte. Er trug auf Aufhebung der bekannten Porozraphen des Landrechtes über Majestätsbeleidigung und frechen Tadel der Obrigkeit an. Nicht als ob ich die längere Fortdauer der Gesetzlosigkeit wünschte, im Gegentheil ich freue mich, daß die Behörden wieder anfangen, Kraft und Energie zu entwickeln. Aber allerdings bin ich der entschiedenen Meinung, daß diese Energie sich nicht auf das Landrecht, sondern auf eine schleunige provisor. Gesetzgebung der Kammer stützen muß, wenn sie einen wohlthätigen Eindruck auf die Masse ausüben soll. Diese ist im Ganzen noch von dem besten Geiste beseelt; ein entschiedenes Rechtsgefühl kann man ihr durchaus nicht absprechen, obgleich allerdings das Schwankende und die Halbheit unsrer Zustände viel zu ihrer Demoralisation beiträgt. Entschiedenheit gegen die Schreier ist im eigenen Interesse des Volkes im höchsten Grade nothwendig; aber man schafft nur neues Mißtrauen und neue Märtyrer, wenn man das alte Unwesen der Prozesse wegen Majestätsbeleidigung wieder versucht und sie nach den alten Satzungen entscheidet. Die Menge fühlt den Widerspruch recht gut zwischen einer politischen Ruhe nach dem 18. März und einem Urtheilsspruche in Gemäßheit einer Legislatur, die ein halbes Jahrhundert alt ist. Er liegt auch gar zu klar vor Augen. Ein Gerichtshof sieht sich genöthigt, auf Verlust der bürgerlichen Rechte zu erkennen — in denselben Tagen, wo die Verfassungskommission anzeigt, daß die Strafe des bürgerlichen Todes für immer aufgehoben werden soll! Wird man auch hier nicht eher hören, als bis es zu spät ist? — Ebenso ist es mir unerklärlich, daß das Ministerium fortwährend darauf besteht, das ganze Personal der alten Bureaukratie beizubehalten, trotz aller einlaufenden Klagen. Glaubt man wirklich, daß diese Herren vom alten Regime so plötzlich ihre Gesinnung geändert haben — daß sie das auch nur können, ohne den Verdacht der Heuchelei auf sich zu ziehen und dem verzehrenden Mißtrauen immer mehr Nahrung zu geben? oder ist es auch dem rechtlichsten und kräftigsten Minister, möglich, die hohen Verwaltungsbeamten so zu beaufsichtigen, daß ihre Gesinnung nicht noch bedeutenden Spielraum behielte? Ebenso läßt sich die Art, wie Kirchmann aus der Kammer entfernt ist, schwer rechtfertigen; durch eine unfreiwillige — Versetzung, wie er selbst sagt, Beförderung — wie es das Kabinet nennt; jedenfalls ist durch sein Schreiben an die Versammlung die Unfreiwilligkeit konstatirt. Die Unterhandlungen mit Rosenkranz haben sich zerschlagen, wie ich aus guter Quelle höre, an seinem Verlangen, man solle die Festungen sofort dem Reichsverweser übergeben. Er reist in diesen Tagen nach Königsberg zurück. Schade für unser Unterrichtswesen!

** Berlin, 24. Juli. Ueber Professor Rosenkranz aus Königsberg, der zur Zeit unter uns weilt, kreuzen sich widerstreitende Gerüchte. Auf solch widerstreitende Gerüchte bauen sich ebenso widerstreitende Urtheile über ihn sowohl als über die, welche ihn hieher berufen. — Vom unserm Ministerium aufgefordert, in dringenden Angelegenheiten seinen Rath zu ertheilen, verließ R. die Stadt und Provinz, für die er eine fast schwärmerische Zärtlichkeit hegt. Hier trat man allerdings mit ihm in Unterhandlung wegen Uebernahme des Ministeriums des Unterrichts, des Kultus und der Medicinalangelegenheiten. Das Portefeuille Eichhorns in Rosenkranz Händen, des Hegelianers, des in jenen Zeiten der egyptischen Finsterniß so mannigfach und empfindlich Gekränkten, es wäre wieder eine der Vergeltungen gewesen, an denen unser Jahr so reich ist. Wie sehr gerechtfertigt das Ministerium in dieser Wahl sein mochte, bewiesen die ringsum verlautenden Hoffnungen, die man auf R.'s Amtsführung allgemein setzte, bewies die Presse, die gar keinen andern Zweck seiner Berufung annahm, als dieser Zweck noch völlig unbekannt war; bewies der wahrhaft ehrenvolle schöne Nachruf aus der Feder eines dem Philosophen nicht allzu nahe stehenden Mannes, der in der Königsberger Zeitung ihm gewidmet wurde, da doch zu Hause der Prophet am wenigsten gehrt zu sein pflegt. Dieser Nachruf spielt indessen schon auf einige Seiten in R.'s Individualität leise an, die gar zu leicht ein solches Amt für ihn zur Quelle von Leiden machen dürften, die der Freudigkeit des Schaffens, der Frische der Aktion und dem Erfolg der Wirksamkeit hätten wesentlich Eintrag thun müssen. Rosenkranz schlug das ihm angetragne Portefeuille aus. Das ist nun aller Welt so völlig eine Thorheit, daß man den abenteuerlichsten Erfindungen, den albernsten Muthmaßungen Glauben schenkt. Mit der kühnsten Bestimmtheit versichern Leute, von denen man glauben sollte, sie seien unterrichtet, daß Rosenkranz in der deutschen Frage sich mit dem Ministerium nicht habe einigen können, also als alter Rodbertus! Andre suchen anderswo die politische Differenz. Sind diese Sagen darauf abgesehn, das Ministerium zu schwächen, so fällt aus andern Regionen auf den liebenswürdigen Gelehrten der Schein, als habe er den gegenwärtigen Zuständen nicht vertraut, als mangle es ihm an jenem hingebenden, selbstvergeßnen Patriotismus, durch den die Weisen des Alterthums so groß waren. In jetziger Zeit, heißt es auf dieser Seite, ist es Bürgerpflicht, ein so übertragnes Amt anzunehmen und zu führen; der Bedenken und Zweifel in die eigne Befähigung habe man sich zu entschlagen. Wir sind überzeugt, es wandeln unter uns nicht wenige solcher Patrioten, die ohne alle Rücksicht auf die eigne Befähigung diese Bürgerpflicht erfüllen möchten! — Und auf den einzigen Grund, der den Prof. Rosenkranz in der That bewogen hat, nicht Minister zu werden, ist man nirgend verfallen. Er glaubt sich selbst soweit zu kennen, daß er nach ernster und gewissenhafter Prüfung sich sagen konnte, zum Minister, wenn auch zum Minister des Unterrichts, fühle er nicht Beruf. Schon das Aeußerlichste eines derartigen Amtes, das nothwendige Schalten über Persönlichkeiten, Wahl und Verwerfung, Zurückweisung von Gesuchen, Erhörung Andrer, widerstrebe seiner Natur. Und hätte er noch dazu besorgt, ihm mangle die Gabe penetrirender Unterscheidung der Echten und der Unechten, wenn es sich um das Sortiren von Menschen handelt, die sich um die glückliche Linie der Mittelmäßigkeit bewegen, und die zur Durchführung ins Detail, zur Ausführung, ich möchte sagen zur „Mondirung" der beschlossenen Maßnahmen ganz unentbehrlich sind? Und diese Selbsterkenntniß, die Möglichkeit, aus dieser Erkenntniß heraus so zu handeln, die Nothwendigkeit solcher Handlungsweise liegt den Meisten allzu fern! Auch die Gediegnen und Geistvollen greifen jetzt gewöhnlich blindlings zu, nicht immer aus Ehrgeiz, sondern unterziehen sich eben aus Patriotismus Allem und Jedem, um dem Vaterlande zu dienen. Und das ist denn auch ein Dienst nach der Möglichkeit! — Daß Rosenkranz mit seinem Ideenreichthum, mit seinen tiefen Blicken in das Leben und Naturell des Volks, namentlich des preußischen Volksstamms, das Volksschulwesen einer herrlichen Entfaltung hätte zuführen können; daß ihm auch das organisatorische Talent im vollen Maße eigen ist, davon sind wir überzeugt. Um so mehr freuen wir uns aber, daß er, trotz dieses Anscheins, sich selbst treu blieb. — Nach Königsberg wird Rosenberg nicht zurückkehren, sondern in dem Ministerium und zwar in dem besondern Ressort des Ministerpräsidenten, eine Stellung einnehmen, in der er dem Vaterlande in einer Weise dient, welche freilich schneller und rei-

Digitized by Google

ihrer die Frucht zeitigt, als das noch so segensreiche, von ihm ungern aufgegebene Wirken des akademischen Lehramts, eine Stellung, die ihm eine vielversprechende Thätigkeit anweist. Rosenkranz, der, wie daraus deutlich hervorgeht, sich in seiner Antinomie mit dem politischen Programm des Ministeriums befindet, hat sich solchem Beruf mit Freudigkeit unterzogen. Wenn ein Mann von seiner Gewissenhaftigkeit (die übrigens ein so charakteristisches Gepräge trägt, daß man unwillkürlich dabei des saaern Zusammenhangs von unsrem Worte „Religion“ mit dem römischen Ausdruck für Gewissenhaftigkeit gedenken muß!) sich entschließt, aus befriedetem Kreise herauszutreten, darauf Verzicht leistet, von der Aussaat eines der Wissenschaft geweihten ganzen Lebens zu ernten, und unter den Staatsmännern Platz nimmt, dann wird er wohl, nicht vielleicht oder wahrscheinlich, sondern wirklich und gewiß dem Vaterland und sich Genüge thun, dann werden der neue fremde Beruf in seiner eigenen Individualität und des Mannes eigenstes Individuell sich einander erfüllen, als hätten beide sich gesucht und gefunden. Wir „gratuliren“ ihm „zum neuen Lebenslauf“! —

*** Berlin, 21. Juli. Eine große Zahl Bezirksvereine protestirt gegen Stadtverordnete und Magistrat und deren, wie sie es nennen, Anmaßung: der Bürgerwehr es verbieten zu wollen und sich selbst das Recht zu vindiciren, ein Statut für die Bürgerwehr zu entwerfen. Dieser Zwist könnte gefährlicher als mancher andere werden, wenn die Heilkur in der Nationalversammlung und Regierung nicht diesmal bei der Hand wäre. Die Revolution hat die Bürgergarde hervorgerufen, das ist ein unbestreitbares Faktum, sie ist aus sich selbst entstanden, aus der Noth, mit Niemandes Widerspruch, zu eines Jeden Zufriedenheit vielmehr, um die Ordnung, wenigstens äußerlich, zu erhalten. Magistrat und Stadtverordnete konnten sie nicht ins Leben setzen, obgleich sie Etwas der Art versucht, weil sie am Widerspruch der alten Regierung scheiterten, im Augenblick der Noth war ihre Beihilfe zur Geburt nur sehr sekundärer Natur; späterhin haben sie das Institut mit eben der Bereitwilligkeit anerkannt und dasselbe adoptirt wie Volk und Regierung. Dieser Akkus der Anerkennung gäbe nun den Kommunalbehörden an und für sich kein Recht, die Bürgerwehr zu bevormunden, bevormunden und ihr Gesetze zu ertheilen, wenn diese sich die Vaterschaft und die Gesetze verbittet. An und für sich nicht, wenn man sich die Bürgerwehr als ein Institut dächte, das in der Luft lebte und in den Wolken schwebte. Aber es ist eine Vereinigung von Bürgern, Bürgern aus der Stadt Berlin, und zum Schutze der Freiheit und Ordnung in der Stadt Berlin bestimmt. Vermöge dieser Qualität steht diese Korporation, nach allem historischen und Vernunftrechte, unter der selbstgewählten und bestätigten und anerkannten Obrigkeit der Stadt Berlin. So lange es Städte und Stadtrechte und Bürgerwehr gegeben, in Republiken und Königreichen des Alterthums und der Neuzeit, standen die zum Schutz der Stadt bewaffneten Bürger unter dem Magistrat, dieser gab ihnen Statuten, und der Bürgermeister war in der Regel ihr Kapitän. Wenn die Bürgerwehr sich selbst hätte Gesetze geben wollen, dem Magistrat gegenüber, ihm zum Trotz und sich selbst einen Befehlshaber wählen, dem Bürgermeister zum Hohn, so wäre das Rebellion, ein Parteien- und Bürgerkrieg innerhalb der Mauern der Stadt geworden, wie es deren viele in Italien und auch in Deutschland gegeben hat, nimmermehr wäre es aber der Partei eingefallen, sich noch die Bürgerwehr der Stadt zu nennen, welche unter einem selbstgewählten Sektionshaupt ihre Parteizwecke verfolgte. — In einem ähnlichen Verhältniß sind wir in Berlin. Eine Bürgerwehr, die sich selbständig, als Autonomie, neben dem Magistrat und den Stadtverordneten hinstellen möchte, eine koordinirte Macht, ist ein baarer Unsinn. Entweder — oder. Sie unterwirft sich der Obrigkeit, die da ist, und nimmt ihre Gesetze an und gehorcht ihren Befehlen, oder sie protestirt gegen diese Obrigkeit, gegen das ganze System oder die Personen, und möchte jenes einstürzen oder diese davon jagen. Gelingt ihr eins von diesen beiden letzteren Möglichkeiten, nun denn wird sie selbst Obrigkeit und mag dekretiren, was ihr gefällt; die Sache ist in Schick und Ordnung gerückt. Wollte sie aber eine Obrigkeit kreiren aus Personen, die ihr gefielen, und doch auch diesen wieder nicht gehorchen, sondern nur ihren selbst gewählten Führern, und eine Separatstellung neben der Obrigkeit einnehmen, so würde daraus die unerträglichste aller Despotien, die militärische Prätorianer-, die Janitscharen-Wirthschaft. — Den Protestirenden unter unserer Bürgerwehr ist die Sache selbst wohl sehr unklar. Gegen das System der Stadtverordneten und des Magistrats, die Meisterschöpfung Steins, kommt es ihnen nicht so den Sinn, einen Protest einzulegen; auch nicht eigentlich gegen die Personen, wenigstens nicht der jüngst gewählten Stadtverordneten. Noch weniger denken sie daran, eine Rebellion gegen unsre Städteordnung oder die beiden Behörden als solche anzuheben, um etwa sich oder ihre Frenode ans Ruder zu bringen; aber die prätorianische Idee ist da, aus einem Mißverständniß erwachsen, was aus den bisherigen Verhältnissen unserer Stadt nur zu erklärlich ist. Die Municipalität unserer Residenz hatte als solche gar keine Macht, oder diese Macht war wenigstens dem Einflusse des Königs und des Hofes gegenüber so eingeschränkt, daß sie sich (nicht de jure sondern de facto) fast allein auf die innere Vermögensverwaltung beschränkte. Wo sie im Geringsten polizeilich mit dem Hof und dem Königswillen in Konflikt kam, wollte dieser vor; der Magistrat zog sich bescheiden zurück, die damaligen Stadtverordneten zeigten sich nur in kleinkrämerischer Opposition, dem Magistrat gegenüber, von einem Willen beseelt. Das hat sich nun Alles umgewandt, der Hof hat keine Macht mehr, aber der Magistrat hat die ihm zukommende noch nicht in der öffentlichen Meinung zurück gewonnen. So gut nun, einer so schwachen Behörde gegenüber, der Polizei- und Militäreinfluß des Hofes zu Rechte giltig bestehen können, meinen die Protestanten unter der Bürgerwehr, daß auch diese ein Recht für sich, eine selbständige Situation einnehmen könne. Sie bauen ihre Stärke auf das alte Fundament des Absolutismus. Von Seite der Protestanten ist es reine Unschuld, von Seite ihrer Agitatoren ein kluges Spiel; wohin aber das führen sollte, wenn die bewaffnete Bürgerschaft sich von der Municipalbehörde emancipirte, ist nicht abzusehen. Ein Intrigaant von Energie als Bürgergeneral von Berlin wäre unter solchen Umständen ein gefährlicher Despot, gefährlich für das Königthum wie für eine Republik, insofern er weder der Regierung noch dem Magistrat zu gehorchen brauchte, und die Bürgerwehr ihm blindlings folgte. Hier liegt das eine Heilmittel. Unsere Bürgerwehr ist friedlich gesinnt, sie hat gar keine Lust für Ehrgeizige jenseits oder diesseits Militär zu spielen. Sobald ihre Reaktionsfurcht erst beseitigt ist, wird sie überhaupt das ganze Spiel Jedem gern übergeben, der es übernehmen will. Ein zweites Heilmittel — die Nationalversammlung nimmt das Statut über die Bürgerwehr, als ein Gesetz für das ganze Land in die Hand. So ist der Konflikt zwischen der Wehr und dem Magistrat von selbst gehoben.

†† Berlin, 24. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung fand die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten Statt. Der bisherige Präsident, Hr. Grabow, erhielt wiederum die meisten Stimmen (290 unter 335 Votanten); nächst ihm Temme 13. Zu Vicepräsidenten wurden erwählt: Kosch mit 190, Jonas mit 183, v. Unruh ebenfalls 183, Phillips mit 178 Stimmen. Nächst ihnen hatten die meisten Stimmen: Waldeck (112), Temme (89), Jakoby (90), Robbertus (36), v. Auerswald (32) ꝛc. — Das in der vorigen Sitzung berathene Gesetz über Sistirung aller, auf Grund der Verordnung vom 7. März 1843, wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagdbezirke eingeleiteten Regulirungen wird beschlossen. — An heutiger Börse war ein sehr lebhaftes Geschäft, die Kurse höher.

Berlin. Gestern Abend traf mit dem letzten Bahnzug der frühere Ministerpräsident, Herr Camphausen, von Köln kommend, hier ein. Herr Camphausen wird wahrscheinlich für einige Zeit seinen Sitz in der Nationalversammlung einnehmen. (B.-H.)

Bonn, 21. Juli. Von Seiten des konstitutionellen Bürgervereins erhalten wir eine Berichtigung, welche einen Artikel unsers Korrespondenten über die Sitzung des Centralbürgervereins in Bonn vom 13. Juli betrifft; dieselbe erklärt, daß die gegen Einführung republikanischer Verfassungen in Deutschland gerichtete und von der Majorität der Versammlung verworfene Adresse keineswegs von Mitgliedern des konstitutionellen Bürgervereins beantragt worden war.

Baiern. Bomberg. Hr. Titus hat auf die bekannte Demonstration seiner Wähler eine Erklärung abgegeben, worin er versichert: wollten seine Wahlmänner an die Spitze des deutschen Gesammtstaates einen Kaiser oder König gesetzt wissen und durch die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers die „Errungenschaften unserer demokratischen Bewegung“ selbst in Frage stellen, so wird er für diesen Fall sein Mandat mit Freuden in ihre Hände zurückgeben. Er verlange einen Zusammentritt sämmtlicher Wahlmänner des Bezirks, damit sie sich offen und in ihrer Gesammtheit hierüber aussprechen können.

Schleswig. * Altona, 21. Juli. Das in Rendsburg aufgelöste v. d. Tann'sche Freikorps wird heute noch hier erwartet. Schon gestern ward es erwartet, da die provisorische Regierung darauf die Behörden aufmerksam gemacht hatte, daß es in einer Stärke von 800 bis 1000 Mann, wie das amtliche Schreiben besagt, hier eintreffen würde. Um die vielen widersprechenden Gerüchte über das Korps zu widerlegen, veröffentlicht die provisorische Regierung folgenden Brief des Oberstlieutenant v. d. Tann an den General Wrangel: „Haders-

Digitized by Google

leben, 8. Juli 1848. Se. Excellenz dem General der Kavallerie v. Wrangel. In Erwiderung einer hohen Anfrage vom heutigen Tage beehre ich mich, gehorsamst zu berichten, daß es jedenfalls wünschenswerth scheint, das Freikorps bei der jetzt eingetretenen Waffenruhe und dem nahen Waffenstillstand zu entlassen. Nur muß ich mir die Bemerkung erlauben, daß sich das Freikorps bis zum Eintritt eines Waffenstillstandes bei der provisorischen Regierung zum Dienst verpflichtet hat, welches Engagement vorher gelöst werden sollte. Die in den Freikorps dienenden baierischen Officiere sind an keine bestimmte Zeit gebunden und wünschen sämmtlich ihre Entlassung. Bei Weitem der größte Theil des Freikorps, namentlich die fünf Kompagnien des frühern v. d. Tann'schen Korps und das Aldoherische Korps, haben durch mehrmalige Erklärungen ihren Rücktritt von dem ihrer Führer abhängig gemacht. In einem andern Verhältniß steht die jetzige 6. Kompagnie, aus den Resten des ehemaligen Wismer'schen Korps zusammengesetzt, welche sich schon früher der Regierung zur beliebigen Disposition gestellt hat. Von Seite des Korps dürfte demnach einer sofortigen Auflösung kein Hinderniß im Wege stehen. Oberstlieutenant v. d. Tann, Kommandeur.“ In Folge dieser Erklärung und der mancherlei Unterhandlungen, die zwischen den Officieren und der provisorischen Regierung obschwebten, haben die Officiere des v. d. Tann'schen Korps gestern in Rendsburg folgende Erklärung abgegeben, welche sie nach einer Berathung als Beschluß gefaßt haben: „sie würden sich dem Befehl der provisorischen Regierung als Ehrenmänner unterwerfen, sie hätten der provisorischen Regierung ihre Dienste angeboten, und diese seien von ihr mit Dank angenommen, auf ehrenvolle Weise hätten sie für das Vaterland gekämpft und ehrenvoll wollten sie auch aus dem Kampfe scheiden, und den Ruhm, welchen sie sich vielleicht in diesem Lande erworben, nicht durch eine Auflehnung gegen die provisorische Regierung, welche die Auflösung der Freischaaren für gut befunden habe, beflecken.“ Nur will das Jensen-Tach'sche Freikorps vor seiner Auflösung eine Anerkennung seiner geleisteten Dienste ausgesprochen wissen. Der Prinz von Noer woe in Folge dieser Zwistigkeit in Rendsburg, kehrte aber auch ebenso rasch ins Hauptquartier zurück, nachdem die Angelegenheit zu einer Art Verständniß gekommen woe, da gerade das Benehmen des Prinzen die Zwistigkeit hervorgerufen hat. — Die Aufregung unter den Arbeitern hat in etwas nachgelassen, doch hat die provis. Regierung aus Vorsicht 50 Dragoner nach Plön gelegt. Der englische Gesandte Wynn, der schwedische Gesandte Baron Lagerhelm und Generul von Oxholm, sowie der Kammerherr v. Reedz sind mit dem Dampfschiff Hertha noch Snoghoi gerirt, um ins preußische Hauptquartier zu gehen und die dort mit General Wrangel abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, in der Hoffnung, sie zu einem friedlichen Ende zu führen, woran wir zwoe bei der Stimmung in Frankfurt unter den obschwebenden Verhandlungen nicht glauben; woran aber auch die dänischen Zeitungen nicht glauben, da sie eben mittheilen, daß die schwedischen Truppen bei Faaborg den Befehl erhalten haben sollen, sich marschfertig zu halten, woran wie wiederum nicht glauben, da die Stimmung zwischen den Dänen und Schweden eine Nichts weniger als freundliche ist, so daß die von Stockholm kommenden Dampfschiffe in Kopenhagen schon einen anderen Landungsplatz erhalten mußten, da Passagiere und Schiffspersooi stets Anfeindungen ausgesetzt waren.

Frankfurt, 19. Juli. Gestern theilte der Vorsitzende des Gewerbekongresses, Hr. May, der Versammlung die Antwort des Hrn. v. Gagern auf die vom Kongreß an die Nationalversammlung eingereichte Adresse mit. Diese Antwort lautet sehr erfreulich; es geht aus ihr hervor, daß die verfassunggebende Nationalversammlung mit Wohlwollen und schönen Erwartungen auf den Kongreß blickt und von ihm hofft, daß er dem schwankenden Zustande unseres politischen Lebens einen nicht unwesentlichen neuen Halt geben werde. Gagern hat der Deputation die Versicherung ertheilt, daß die Nationalversammlung durchaus nicht so unbedingt für die Gewerbefreiheit sei, wie dies einzelnen Reden nach scheinen möge, daß vielmehr bedeutende und viele Stimmen sich zu Gunsten der Gewerbordnung aussprechen würden und bereits kund gäben; die Handwerker sollten nicht besorgen, daß Beschlüsse würden gefaßt werden, welche ihr Wohl und Interesse auf's Spiel setzten. Diese Antwort hat Vertrauen erregt und ist ganz geeignet, den Kongreßmitgliedern einen Muth einzuflößen, den nicht Jeder mitgebracht haben mag. (R. C.)

ô Frankfurt, 26. Juli. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung ist geschlossen, ohne daß es zu einer Abstimmung über die Posensche Frage gekommen ist. Die Berathung wurde zwoe Abends 3 Uhe für beendigt erklärt; da jedoch von verschiedenen Seiten auf namentliche Abstimmung über einzelne Punkte angetragen war, so wurde diese auf Morgen verschoben und zugleich dem Berichterstatter noch das Wort vorbehalten. Die heutige Sitzung gab der Sache offenbar wieder eine andere Wendung, als sie gestern zu nehmen schien. Wenn gestern die Rede Janiszewsky's die Wage stark auf die Seite der Polen neigte, so wurde dieser Eindruck heute sogleich zu Anfang der Sitzung durch die Art und Weise, wie Ruge die polnische Sache vertheidigte, wieder neutralisirt. Es ist unbegreiflich, wie die Linke diesen Mann in einer solchen Angelegenheit als Redner vorschieben konnte, da sie ja genugsam aus Erfahrung weiß, daß er nur dazu taugt, der Sache, für welche er auftritt, zu schaden. Wenn Ruge es darauf angelegt zu haben schien, den Enthusiasmus für die polnische Sache durch seine Vertheidigung abzukühlen, so riß hernach die glühend patriotische Rede Simon's für die deutsche Sache zu wahrer Begeisterung hin. Die außerordentlich gedehnten Auseinandersetzungen Venedeys zu Gunsten der Polen, welche darauf folgten, vermochten nicht den Eindruck zu schwächen, und man kann nunmehr die Majorität für den Kommissionsantrag als entschieden annehmen.

Ich komme, um den Faden der Diskussion festzuhalten, auf die gestrige Sitzung zurück.

v. Kodowitz, welcher für die Anträge des Ausschusses sprach, suchte einen gefährlichen Feind, welcher in dieser Frage mit der Linken sich verbindet, die streng katholische Partei, nicht so wohl zu schlagen als zu gewinnen. Er zeigte, daß nicht hier der Ort sei, die kirchl. Interessen geltend zu machen, welche durch die Aufnahme Posens in den deutschen Bund nicht gefährdet seien, sondern allein der deutschpatriotische Standpunkt im Auge behalten werden müsse. Das Recht der Kirche zu wahren, dazu werden sich andere Gelegenheiten bieten, und dann werde er nicht fehlen. Er vertheidigt die Anträge des Ausschusses vom völkerrechtlichen und politischen Standpunkte aus und erklärt, daß er es nicht einzusehen vermöge, wie die Nationalversammlung es vor der deutschen Nation verantworten könnte, wenn diese Anträge verworfen würden. Wollte man die Theilung nicht, so müßte entweder die ganze Provinz zu Deutschland gezogen werden, was ein Unrecht gegen das wiederauflebende Polen wäre, oder sie fiele an das künftige Königreich Polen, und es würde somit 1/6 Million Deutsche diesem zu gewiesen. Das wäre eine wiederholte Theilung Deutschlands; denn man müsse nicht immer von der Theilung Polens sprechen, sondern auch von der frühern Theilung Deutschlands in Nordosten. Frankreich habe weder aus den Verträgen, noch aus irgend einer andern Ursache ein Recht gegen diese Theilung von Posen Etwas einzuwenden. Ungerechte Drohungen müsse Deutschland zurückzuweisen den Muth haben, sie mögen von Osten oder Westen, von einer Monarchie oder einer Republik kommen. Deutschland kämpfe für Schleswig, nicht weil sein Vortheil, sondern seine Ehre es fordere; sollte es nun die dreifache Zahl seiner Söhne im Osten Preis geben? Solle es hier seine Grenze noch der gefahrvollsten Seite offen lassen? Oder glaube man, daß die Wiederherstellung Polens größere Sicherheit biete, als wenn Deutschland diese bedenkliche Grenze selbst vertheidige? — Schuselka folgte als Gegner. Er sprach mit großer Wärme für die Polen und sucht sie gegen die Vorwürfe, welche auf dieselben gehäuft worden sind, zu vertheidigen. Die Nationalversammlung solle nicht den Verdacht auf sich laden, daß sie das frühere von Deutschland begangene Unrecht durch Herabwürdigung Polens zu verdecken suche. Immerhin bleibe das polnische Volk ein sehr unglückliches Volk; wenn auch durch eigene Schuld, so sei ja auch das deutsche Volk nicht weniger durch seine eigene innere Zerrissenheit Jahrhunderte lang an seinem Unglück schuld gewesen. Wenn Polen, wie Jordan sagte, bei seiner Theilung eine Leiche war, was solle man alsdann von den Monarchen sagen, welche über diese Leiche hergefallen seien, um Stücke davon für sich abzureißen? Man sage, die Polen hoffen die Deutschen; dieser Hoß sei derselbe, wie der Haß der Deutschen gegen Frankreich vor 30 Jahren; wenn das Unrecht aufhöre, so werde auch der Haß aufhören. Der König von Preußen habe die gute Absicht gehabt, das Unrecht wieder gut zu machen; daher seine Anordnung, das Herzogthum zu reorganisiren; allein das deutsche Element erhob sich dagegen, verlangte die Theilung, und man solle die Nationalversammlung entscheiden. Das wäre aber ein einseitiger Akt. Wenn eine Noth dazu drängte, so wäre Nichts dagegen zu sagen; allein hier sei das Gegentheil, es würden vielmehr große Nachtheile selbst für die deutsche Bevölkerung daraus hervorgehen. Man setze sich in Widerspruch mit den Beschlüssen über Südtirol, Böhmen, Schleswig. Frankreich werde zum Kriege gereizt, denn es habe das größte Interesse an der Wiederherstellung Polens; Rußland werde nicht weniger herausgefordert, denn es werde eigentlich dadurch gedrängt, das polnische Stück von Posen für sich zu nehmen. Der Redner will demnach, daß das Großherzogthum Posen als ungetheilte Provinz einstweilen fortbestehe und die Abtretung der deutschen Bezirke einer

Zeit vorbehalten bliebe, wo es möglich sei, mit der polnischen Nation darüber zu verhandeln. v. Wartensleben zeigt dagegen, daß es sich hier nicht um einen Vertrag mit dem künftigen Polen handle, sondern daß Preußen einen Theil des Herzogthums abtrete, und eben darum allein die Demarkationslinie zu bestimmen habe. Die Nationalversamml. habe nur darüber zu entscheiden, ob sie das Anerbieten des preußischen Volkes, einen Theil von Posen Deutschland anzuschließen, annehmen wolle. — Janiszewsky (Dr. der Theologie) war der Hauptredner dieses Tages und machte einen so mächtigen Eindruck, daß sich die Entscheidung nach dem Schlusse seiner Rede offenbar auf die Seite der Polen neigte. Dazu wirkten nicht bloß die mit der stärksten Färbung ausgemalten Thatsachen, welche er anführte, und nicht bloß die Macht der Gründe, welche in sehr geschickter Weise für die polnische Sache benutzt wurden, sondern vorzüglich die nationale Eigenthümlichkeit des Redners, die patriotische Wärme desselben und überhaupt der mächtige Vortheil, welcher für ihn darin lag, daß er sich als Repräsentant eines unglücklichen und unterdrückten Volkes darzustellen wußte, welcher nur den Vertretern einer großen Nation Gerechtigkeit und Billigkeit suchte. Er bemühte sich, den letzten Aufstand der Polen in Posen als absichtlich provocirt darzustellen und zu beleuchten, daß derselbe weder gegen die Deutschen, als solche, noch gegen Preußen gerichtet gewesen sei. Er läugnet, daß die Bevölkerung in allen Bezirken dieselbe der Demarkationslinie deutsch werden wolle; er selbst sei ausdrücklich dazu gewählt, gegen jede Einverleibung irgend eines Theiles von Posen zu protestiren. Er sucht aus dem Zahlenverhältniß der Bevölkerung nachzuweisen, wie ungerecht diese Einverleibung wäre. Man sage zwar, die Theilung sei nothwendig, um der deutschen Bevölkerung Schutz zu verschaffen. Allein diese deutsche Bevölkerung sei Jahrhunderte unter polnischer Herrschaft gestanden, ohne daß sie in ihrer Nationalität gekränkt worden sei. Die Regierung habe kein Recht gehabt, die Wahlen für die Nationalversammlung anzuordnen. Aber wenn dies der Fall gewesen wäre, so wären die Wahlen doch ungiltig, denn sie hätten unter der Herrschaft des Martialgesetzes Statt gehabt, wo die Polen sich kaum auf der Straße blicken lassen durften. Er wolle keine Sympathien, nur Recht; werde das verweigert, dann freilich habe kein Volk in der Welt so bittere Täuschungen erfahren, wie das polnische. Es handle sich für Deutschland nicht darum, an Polen Etwas abzutreten, sondern nur darum, ihm Nichts zu nehmen; würde es dieß thun, so würde es in der That Nichts gewinnen, als 600,000 der erbittertsten Feinde.

Nach dieser langen, aber mit steigender Begeisterung vorgetragenen Rede konnte der nachfolgende Redner, Kerst, nur mit Mühe einige Aufmerksamkeit für sich gewinnen. Er forderte im Gegensatze zu dem vorigen Redner Gerechtigkeit für die Deutschen und sucht die vorigen Angaben der Zahlenverhältnisse zu widerlegen. Clemens von Bonn warnt vor der Leidenschaft des Patriotismus, welche so leicht ungerecht werde. Er wiederholt die bereits gegen den Ausschußantrag vorgebrachten Gründe, will keine Theilung, sondern eher eine voeläufige Einverleibung des ganzen Großherzogthums Posen in den deutschen Bund mit dem Vorbehalte einer definitiven Theilung bei der Wiederherstellung Polens auf dem Wege des Uebereinkommens. Die Absicht aber, in welcher er das Wort ergriff, scheint hauptsächlich die gewesen zu sein, alle Angriffe der katholischen Partei auf die preußische Regierung zu werfen. Er sprach zwar von der versuchten Germanisirung Posens, nahm jedoch nur daran Gelegenheit, von der Zurücksetzung der Katholiken in den Rheinlanden und Westfalen, und von der Einwanderung altpreußischer protestantischen Beamten daselbst zu reden, bis er durch den lautwerdenden Unwillen der Versammlung gehindert wurde, fortzufahren. Die radikale Linke zeigte dabei große Sympathien für die ultramontanen Klagen. Ostendorf protestirt gegen diese Aeußerungen in Beziehung auf die Rheinlande und Westfalen. Er glaubt nicht, daß der Beschluß über Posen uns mit den Franzosen in einen Krieg verwickeln könnte; die Sympathien in Frankreich seien gar nicht mehr so groß. Uebrigens könnten die Franzosen erst dann sagen, es müsse Deutschland einerlei sein, ob Posen deutsch oder polnisch ist, wenn sie einmal erklärt haben, daß es ihnen einerlei sei, ob das Elsaß deutsch oder französisch sei. Man möge Polen wiederherstellen, aber da wo noch eine poln. Nationalität lebt, nicht in dem deutsch sein wollenden Posen. Schmidt, christkath. Prediger aus Schlesien, spricht mit großem Eifer für die Polen, beziehungsweise für die Verschiebung der Entscheidung. Das Vorparlament habe die Polenfrage der Entscheidung der Nationalversammlung vorbehalten; die preuß. Regierung aber habe dies nicht respektirt und die Sache voraus entschieden. Man mache jetzt die Sache zu einer Nationalfrage, und da seien die sonst so verachteten Juden in Polen auf einmal deutsche Brüder; die Brüderlichkeit werde aber nur da hervorgehoben, wo man sie gebrauchen könne, einem Andern zu schaden. Er sucht nachzuweisen, daß der Versammlung zu einem Urtheile über die Demarkationslinie gar keine Materialien zu Gebote stehen, und kommt dann auf die planmäßige Germanisirung Posens zurück. Das Gerücht von einer beabsichtigten neuen Schilderhebung der Polen in Posen hält er für einen Schreckschuß. Lichnowsky beklagt es, daß er, wie auf der andern Seite Jordan, sich in dieser Sache nun manchen seiner politischen Freunde entfremden müsse. In den Sympathien für Polen sei er, wie Alle, aufgewachsen, aber diese allgemeinen Sympathien seien nicht mehr da. Das komme daher, weil die Polen sich in alle Revolutionen stürzen; wo eine Barrikade gebaut werde, da stünden Polen darauf. Die Herren, welche sonst alle Pergamente und Vertragsrechte mit Füßen treten, berufen sich jetzt auf das historische Recht und auf die Verträge von 1815, aber natürlich nur in diesem Punkte, denn sonst sollen diese Verträge Nichts mehr gelten. Das historische Recht aber habe kein Datum, und man könne ebenfogut auch weiter zurückgehen, bis wo Leipzig und Dresden von den Slaven gegründet worden sei. In Frankreich aber sage Niemand, Straßburg sei eine deutsche Festung. Man wende ein, die Elsässer wollen keine Deutsche sein; er aber sage, die Deutschen in Posen wollen keine Polen sein. Die Polen können mit dem hist. Rechte auch Danzig verlangen, und sie werden es verlangen. Deutschland aber könne Posen nicht herausgeben; ja wenn es Posen nicht hätte, so müßte es dasselbe erobern, denn wenn diese Festung in fremder Hand sei, so sei Deutschlands Ostgrenze nicht zu schützen. Frankreich habe Nichts darein zu reden, denn diese Frage sei nicht eine völkerrechtliche, sondern, sowie sie jetzt liege, eine staatsrechtliche. — Damit schloß die gestrige Sitzung.

Großbritannien.

London, 23. Juli. Bei der Musterung der Parlamentsverhandlungen, welche in den letzten Tagen stattfanden, stößt man sofort auf einen Vorfall, der bei dem jetzigen Parlament zu den gewöhnlichen gehört, indem am 19. Juli abermals eine adyiche Bill, die des Hrn. Austry, über Beseitigung des Rests von Strafbestimmungen, denen die Katholiken wegen ihrer Religion noch unterworfen sind, für die gegenwärtige Session über Bord geworfen wurde. Das Unterhaus lehnte nämlich mit 87 gegen 40 Stimmen den Antrag ab, die Einzelnheiten dieser Bill als Komité zu berathen. Der einzige Trost ist der, daß diese Strafbestimmungen zwar im Gesetzbuch noch nicht gelöscht sind, aber im Leben meist nicht mehr in Anwendung kommen. Um so weniger Umstände sollte man machen, diese an ein barbarisches Zeitalter erinnernden Strafparagraphen auszumerzen. Folgenden Tags beantragte Lord J. Russell die zweite Lesung seiner Bill, die zum Zwecke hat, Mißbräuche und Bestechungen bei den Wahlen zu beseitigen. Oberst Sibthorpe, der sich seit langer Zeit wieder einmal gewaltig rührte, oppunirte der zweiten Lesung und ergötzte das Haus durch eine Rede, in deren Verlauf er die Herren auf den Ministerbänken die „unzuverlässigste, betrügerischste, schauderhafteste und verrätherischste Bande" nannte, mit der jemals ein Haus der Gemeinen zu thun gehabt. Trotz der Wuth des tapfern Obersten beschloß man mit 216 Stimmen gegen 9, also mit der Mehrheit von nicht weniger als 207, die zweite Verlesung der Bill. Es erregte neues Gelächter, als sich der Oberst sofort erhob und mit drohender Stimme ankündigte, daß er die Bill auch bei der Komitéberathung bis auf's Aeußerste bekämpfen werde.

Die wichtigsten Verhandlungen beider Häuser hatten jedoch, wie sich denken läßt, Bezug auf Irland. Im Oberhause hob namentlich in der Sitzung vom 21. Juli Lord Glengall hervor, daß die Parlamentsakte, auf die sich der Lordlieutenant bei seinen letztverfügten Maßregeln gestützt, nicht hinreichend sei, um der so weit gediehenen und so weit verzweigten irischen Verschwörung ein Ende zu machen; er habe jedoch vernommen, daß die Regierung entschlossen sei, die Habeas-Korpusakte in Irland einstweilen aufzuheben, und er wünsche ihr Glück zu diesem Entschluß. Der edle Lord schilderte nun den traurigen Zustand Irlands, deutete auf die Gefahren des ganz nach französischem System organisirten Klubsystems hin, hob hervor, wie es weder in Nordamerika noch in Frankreich an Sympathien für Irland fehle, wie dort und in Paris irische Klubs beständen, wie man sogar Weiber dazu angereizt, sich gegen Königl.-Truppen die größten Schamlichkeiten zu Schulden kommen zu lassen u. s. w. Schließlich trug der Lord auf Vorlage der amtlichen Berichte über das irische Klubwesen an. Der Marquis v. Lansdowne gestand, wie aus diesen Aktenstücken hervorgehe, daß allerdings die größte Gefahr unmittelbar bevorstehe, wenn man nicht eben so rasch als kräftig ein-

Digitized by Google

schreite, meinte jedoch, er finde es nicht gerathen, gerade in diesem Augenblicke die Berichte der Behörden dem Hause vorzulegen; schilderte dann die militärische Organisation, die ein Mann (Smith O'Brien), der in Frankreich um ein Hilfskorps gebeteit, den Mitgliedern der Klubs gegeben, schilderte ferner den Despotismus, welchen die Leiter der Klubs auf alle ordentlichen und geseten gesinnten Unterthanen J. M. ausübten, indem sie diese durch alle möglichen Drohungen einzuschüchtern und zum Beitritt zu nöthigen suchten, schilderte die Drangsale, welche ein Bürgerkrieg über Irland herbeiführen müsse, und sagte dann, daß in Berücksichtigung dieser gefahrvollen Lage der Lordstatthalter der Regierung gemeldet habe, daß es jetzt nöthig geworden, ihm mit Vollmacht zur Festnehmung aller Personen auszurüsten, welche verrätherischer Absichten dringend verdächtig seien. Der Lordstatthalter sei übrigens ganz der Mann dazu, eine solche Maßregel mit eben so großer Festigkeit als Mäßigung in Vollzug zu setzen. — An demselben Abend berieth man im Unterhause als Komité über die Einzelnheiten der Zuckerzollbill; unter Anderm wurde der Vorschlag des Schatzkanzlers, den doppelt raffinirten Kolonialzucker von 19 auf 18, und den auf andern raffinirten Kolonialzucker von 17 auf 16 Sh. per Centner herabzusetzen, vom Hause genehmigt. — Hr. Anstey sprach den Wunsch aus, daß die auf Italien bezüglichen Depeschen dem Hause vorgelegt werden möchten, worauf Lord Palmerston erwiderte: diese Depeschen seien zum Theil vertraulicher Natur, und er glaube, daß ihre Mittheilung um so weniger gerathen sei, da Sardinien vielleicht aufgefordert werden würde, sich an den jetzt im Gang seienden Friedens-Verhandlungen zu betheiligen. Hierauf drängte sich abermals das unvermeidliche Irland in die Debatte, indem Hr. Keogh, ein Ire, darauf antrug, daß ein Komité niedergesetzt werde, um die, angeblich gegen die legalen Vorschriften verstoßende Zusammensetzung der Juries zu untersuchen, welche für die letzten politischen Processe in Irland berufen worden. Der Redner wiederholte die oft ausgesprochene Behauptung, daß man durch allerlei Ränke und Schliche die Katholiken aus den Juries verdrängt und die Geschwornenlisten verfälscht habe. Verhielte sich die Sache wirklich so, wie Hr. Keogh sie darstellt, so hätte sich die Regierung in diesen Fällen allerdings eine Ungesetzlichkeit zu Schulden kommen lassen, die sie unter keinen Umständen, selbst den außergewöhnlichen Irlands nicht, entschuldigen könnte. Hr. Keogh wies darauf hin, wie die Whigs, wenn sie auf den Oppositions- statt auf den Ministerbänken saßen, eine ganz andere Sprache zu führen gewohnt waren, z. B. bei Gelegenheit des O'Connellprocesses im J. 1843, wie sie Irland goldene Berge versprochen, aber statt ihre Versprechungen zu erfüllen, Irland in dieser Einen Session mit nicht weniger als drei Zwangs- und Maulkorbbills beschenkt hätten u. s. w. Der Minister des Innern entgegnete dem Redner und ließ sich in allerlei persönliche Anspielungen ein, die nur zu sehr die Gereiztheit darüber erkennen ließen, daß man nach frühern Vorgängen eher alles Andere hätte vermuthen dürfen, als daß Hr. Keogh gegen die Minister Opposition machen würde. Ein persönlicher Streit zwischen dem Minister des Innern und Lord G. Bentinck mag seine Bedeutung haben, nicht aber ein Streit zwischen dem Minister des Innern und Hrn. Keogh. Die Angelegenheit wurde übrigens vertagt.

In der gestrigen Unterhaussitzung stellte Lord J. Russell seinen bereits angekündigten Antrag auf Aufhebung der Habeas-Korpus-Akte in Irland bis zum 1. März k. J. Die Sitzung fand außergewöhnlicher Weise an einem Sonnabend Statt. Der Antrag stieß, wie sich denken läßt, auf wenig Widerspruch; doch gaben mehrere Redner ihre Zustimmung unter der ausdrücklichen Verwahrung, wie sie erwarteten, daß nun auch Etwas für eine gründliche Abhilfe der gerechten Beschwerden des irischen Volks geschehen möge. Der Russellsche Antrag wurde, was seit langer unerhört ist, der Dringlichkeit der Umstände wegen in der einen Sitzung drei Mal verlesen. Morgen über diese Sitzung das Nähere. Gleich schnell wird der Antrag im Hause der Lords durchgehen, am 25. die Bestätigung der Krone erhalten, und die betreffende Vollmacht am 26. in den Händen des Lordlieutenants von Irland sein.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung präsidirte zum ersten Male Armand Marrast. Er dankte in einer kurzen Anrede der Versammlung für das ihm geschenkte Zutrauen und verspricht, sich der ihm übertragenen hohen Ehre stets würdig zu bezeigen. Er kündigt die baldigst zu eröffnende Diskussion der neuen Verfassung der Republik als das wichtigste Werk der Versammlung an und hofft, daß bei dem nicht nur auf den Straßen herrschenden, sondern nach und nach auch in den Gemüthern wiederkehrenden Frieden, bei dem Wiedererwachen des Vertrauens und dem Zusammenwirken aller guten Bürger, die französische Republik bald groß, stark und glücklich dastehen werde. General Cavaignac nimmt nach ihm das Wort. Er legt der Versammlung ein Gesetz vor, wodurch der Mutter des gefallenen Vertreters Dornès, Wittwe des im russischen Feldzuge gefallenen Generals Dornès, eine Pension von 3000 Fr. ausgesetzt wird. Das Gesetz wird augenblicklich und ohne Diskussion angenommen. — Der Berichterstatter des 4. Bureaus stattet Bericht über die letzte Wahl eines Deputirten in Corsika (Louis Napoleon Bonaparte) ab. Louis Napoleon hat über 35,000 Stimmen bekommen. die Wahloperationen waren regelmäßig, das Bureau trägt daher auf Giltigkeitserklärung der Wahl an, was angenommen wird. Der Präsident liest einen Brief Louis Napoleons aus London vor, worin dieser abermals seine Entlassung gibt, zugleich aber auch in klaren Ausdrücken hinzufügt, daß er allen Ansprüchen als Prätendent entsagt hat und sich vorläufig noch selbst aus Frankreich verbannt, damit „sein Name nicht von den Feinden der Republik als Vorwand benützt werden könne." Der dies Mal vernünftig und bescheiden gehaltene Brief wird von der Versammlung günstig aufgenommen. Der Berichterstatter des Finanzkomites legt den Bericht über die vorgeschlagene Besteuerung der Hypothekschulden vor, er trägt auf Verwerfung an. An der Tagesordnung stand das Gesetz über die Anleihe, dessen einzelne Artikel diskutirt und angenommen wurden.

Der Kommissionsbericht, den der Abgeordnete Coquerel über das Gesetz gegen die Klubs abgestattet hat, gibt sehr Viel zu bedenken; derselbe geht über den Entwurf der Regierung noch hinaus und stellt Gründe auf, mit denen man jede Association polizeilich unterdrücken kann. Der Berichterstatter sagt das auch geradezu; es sei, meint er, die neue Verordnung noch eine großmüthige Probe, welche die Regierung mache, während es in ihrer Hand lag, alle Klubs geradezu zu unterdrücken. Er beruft sich dabei auf die beschränkende Gesetzgebung vom Jahre 1791, auf das völlige Verbot von 1795 und deutet an, daß diese Maßregeln sehr zeitgemäß und praktisch waren. Verwerflich sind ihm nicht etwa nur die Associationen, die geradezu und eingestandener Maßen auf die Aufhebung der bestehenden Staatsverfassung hinarbeiten und die kein Staat dulden darf, wenn ihm die eigne Ehre und Selbsterhaltung lieb ist, sondern er macht die sehr unbestimmte und bedenkliche Unterscheidung zwischen guten und schlimmen Vereinen, von denen die Regierung nur die ersteren gestatten dürfe. Was dann schlimm sei und wo die Grenze bestehe zwischen dem Erlaubten und Unerlaubten, darüber verbreitet der Bericht eine gewisse Dämmerung, die es der Polizei ganz anheim stellt, Vereine jeder Art zu unterdrücken. Der Bericht beklagt nur im Allgemeinen die Gefahr, die aus Klubs erwachse; daß dieselben sich gern als die eigentliche öffentliche Meinung benehmen und neben der wirklichen Regierung eine zweite Zwischenregierung durch affiliirte Klubs organisiren, das redet er den Franzosen und ihrer Vorliebe für eine starke uniforme Centralgewalt recht nachdrücklich zu Gehör. Kurz mit den Ansichten, die Coquerel im Namen der Kommission entwickelt, erscheinen die politischen Vereine im Allgemeinen eher im schlimmen als im guten Lichte und nach den Grundsätzen, die er aufstellt, ist es der Policeigewalt anheimgegeben, dem Associationsrecht die engsten Grenzen zu stecken, oder das Klubwesen ganz unmittelbar zu beaufsichtigen. Und doch wird diese Ansicht die Mehrheit finden und die neue Gesetzgebung in dem Sinne begründet werden. Was uns dabei tröstet, ist der Umstand, daß solch ein Bericht in einer Republik und nicht in einer Monarchie abgefaßt worden ist; wäre der Fall der umgekehrte, es wäre ein prächtiges Paradestück zur Beleuchtung monarchischer Despotie und Reaktion.

Donaufürstenthümer.

Jassy, 12. Juli. Nachdem der lange gerüchtweise vorhergesagte und kaum mehr geglaubte Einmarsch russischer Truppen über den Pruth in die Moldau wirklich am 7. Juli angefangen hat, und einige Tage darauf auch bereits 6000 Mann in der Vorstadt von Jassy auf einem Berge ein Lager bezogen haben, Aufklärungen über den Zweck dieses Einmarsches aber in keiner Weise ertheilt worden sind, hat der preußische Generalkonsul, B. v. Richthofen, die Beziehungen zur hiesigen Regierung bis auf weitere Ordre seiner Regierung abgebrochen. Dasselbe ist auch von andern Konsula geschehen. (Brsl. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cleave 11 Kamp., 79 Newgate-Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika übernimmt man solche a. d. Expedition a Straßburg Nr. 20 Grand., Paris Nr. 20 Rue de Beaune.

Deutsche Zeitung.

Die Verlagshandlung besorgt das Preuß. Gen. Postamt in Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2. 30. — durch die Post empfangen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 42. Für Ausgegen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 209. Heidelberg, Samstag 29. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die Grundrechte. I. — **Wien** (ungarische Hilfstruppen für den Krieg in Italien. Das republikanische Israel. Erzherzog Johann. Die ungarisch-kroatischen Wirren. Absetzung des Grafen Brandis bevorstehend). **Berlin** (eine Mission Camphausens nach Frankfurt. Urtheil des Kriegsgerichts in der Zeughausache). **Erfurt** (Regungen des preußischen Selbstgefühls). **Ratibor** (Adresse an Lichnowski). **Aus Baiern** (Kommission der Gewerbeverhältnisse). **Osnabrück** (Advokat Detmold). **Koburg** (Erklärung der Bürger über die thüringische Einheit). **Oldenburg** (Oberst Moste ins Ministerium berufen). **Hamburg** (engl. Officiere in deutschen Diensten). **Frankfurt** (Mar v. Gagern. Der Partikularismus in Preußen. Reichstagsverhandlungen. Die Posenerfrage erledigt. Wirth's Beerdigung).

Schweiz. Bern. Die anarchische Presse. Eine Probe der Tollhauspolitik. Vogt.

Niederland. Brüssel. Muckrucht in Belagerungszustand.

Großbritannien. Stimmung über die deutschen Verhältnisse. Beunruhigender Zustand und Veröffentlichung des Entwaffnungsgesetzes in mehreren irischen Grafschaften. Befürchtungen in Liverpool.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Das Klubgesetz angenommen. Die Julifeste abgestellt. Die italienische Frage. Der Konstitutionnel über Deutschland. Die Junigefangenen. Neue Militärkommissionen.

Ungarn. Ungarische Hilfstruppen nach Italien.

Donaufürstenthümer. Einmarsch der Russen.

Heidelberg, 28. Juli.

Der Kampf der einheitlichen und partikulären Interessen in Deutschland, sahen wir vorgestern, rückt näher und näher. Es fragt sich, ob er in ruhiger Verständigung wird geschlichtet werden. Vertieft man sich nur ein wenig in die Konsequenzen der neuen Verfassung, die wir anstreben, so wird man sich gerne gestehen, hier liege der Stoff zu einer ungeheuren Revolution, der wir entgegengehen. Der Zusammenstoß der vielfältigsten Interessen, Einrichtungen und Gewohnheiten läßt kaum auf eine friedliche Lösung dieser Fragen schließen. Gelänge sie doch, so wäre unsrer Nation ein Ruhm gesichert, mit dem kein Volk in seiner Geschichte Etwas zu vergleichen hätte.

Eine Reihe unabsehbarer Reformen, eine allmähliche Evolution unserer privaten und öffentlichen Zustände in dem Geiste dieser Zeit wäre dann die Aufgabe die uns hinauszuführen obläge, ein Werk vieler Jahrzehnte, eine Arbeit der Ausdauer, eine Probe unsrer politischen Mündigkeit, weil es eine Probe unsrer Stetigkeit wäre, unsrer Fähigkeit in der politischen Richtung unsrer Kräfte und in der Festhaltung unsrer neuen politischen Grundsätze zu beharren. Der Uebergang in solch eine stetige Thätigkeit wird uns nicht leicht sein. Nach einer Anspannung, wie die der letzten Monate war, ist die entsprechende Abspannung nur zu natürlich. Ob diese zur Reaktion sich steigern wird, und ob die Reaktion dann sich so sehr zu mäßigen weiß, wie dies die Revolution bisher wohl schon hat, ob man aus Beiden mehr vorübergehenden Abweichungen dann zurückkommen wird auf die Richte jener stetigen Reformthätigkeit, das steht eben zu erwarten. Soll es geschehen, so ist die äußerste Besonnenheit und Mäßigung von Seite unsrer Nationalversammlung und von Seite unsrer Regierungen gleich nothwendig.

Zweierlei Art sind die Gegenstände, worin sich die Forderungen der Einheit und der Besonderheit streiten; die Einen berühren mehr die Fürsten und Dynastien, die Andern die Volksstämme in Masse; bei der Berathung der Verfassung kommen jene, bei der Besprechung der Grundrechte diese vorzüglich zur Frage; dort stößt man mit den neuen Einrichtungen auf die Gewohnheiten der Höfe, hier auf die des Volks! Fragt man sich, wo zuerst am Entschiedensten Hand anzulegen sei, in einer Zeit der Krise wie diese gegenwärtige ist, so wird man sich ohne Zweifel sagen, bei jenen Gegenständen, die die Verfassung betreffen, nicht bei diesen, die der Verwaltung angehören und die um tiefsten in die altüberlieferten Gewohnheiten des Volkslebens eingreifen. Konstituirende Versammlungen treten in solchen kritischen Zeiten zuerst ins Leben; die legislativen, vor die die Gegenstände der zweiten Art eigentlich gehören, folgen ihnen erst in anderer Zusammensetzung nach. Die einfachere Veränderung ist die leichtere, wenn sie auch die größeren Folgen hat; sie muß daher vorangehen. Wenn Deutschland nur Ein Heerwesen und nur Eine diplomatische Vertretung haben soll, so fordert dies keinerlei Entwöhnung im Volksleben, keinerlei Mißstimmung in den Massen, nur die Fürsten beingen ein bisheriges Recht und eine Gewöhnung zum Opfer, folgenreich wie keines für die einheitliche Erstarkung des Vaterlandes, und darum wie kein anderes dankenswerth und groß. Mit dieser Entäußerung wird allen Klassen, Ständen und Korporationen des Volkes ein Beispiel gegeben sein, das sie mahnt, ähnliche Opfer in alten Gewohnheiten und Rechten mit ähnlicher Bereitwilligkeit zu beingen. Und dies Beispiel wird nothwendig sein. Denn die niedern Stände sind zäh und langsam, eine alte Gewöhnung zu lassen; eine Gewöhnung ist auch ganz anders eingewurzelt in ungebildeten Massen, als in wenigen Individuen der gebildeten Stände. Dort ist es billig und nöthig, Vorurtheile zu schonen und langsam in Veränderungen vorzuschreiten, während man hier allenfalls die Nothwendigkeit einer plötzlichen Revolution einsehen kann.

Wir haben aus diesen Gründen in dem Verfassungsentwurf der Siebenzehn, wenn es erlaubt ist, ein so verschmähtes Projekt noch weiter zu loben, einen richtigen Takt darin gefunden, daß man die Grundrechte nur in einigen allgemeinen Grundsätzen aussprach, die für die Verfassungen der einzelnen Staaten normirend sein sollten, daß man dagegen die einheitliche Verfassung Deutschlands sogleich mit aller Bestimmtheit in den Besugnissen der Reichsgewalt umriß. Man legte den Nachdruck auf das Größeste, das Feste, das Unvermeidliche, man koncentrirte hierhin die Aufmerksamkeit und die Arbeit, man fand es nicht gerathen, den zweiten Gegenstand der Grundrechte ebenso auszuarbeiten und ebenso umfassend anzugreifen, das heißt, sich auf zwei Aufgaben zugleich zu werfen, deren jede einzelne von unermeßlichem Umfang ist, jede einzelne nach ganz verschiedenen Seiten hin anstoßen muß, jede einzelne von Versammlungen verschiedener Wahl gelöst sein sollte. Jede einzelne sollte von verschiedenen Versammlungen gelöst sein: denn die letztere erfordert eigentlich eine zur Seite gehende, förmliche Gesetzgebung, zu der das Staatenhaus schon gebildet sein sollte; sie erfordert Specialitäten aller Art, die in einer konstituirenden Versammlung so nöthig nicht gefunden werden, und es kommt aus dieser ungeeigneten Zusammensetzung z. B. der Mißstand, daß wir in den Beschlüssen des volkswirthschaftlichen Ausschusses so häufig alle praktischen Kenner in einer Minorität abgesondert stehen sehen. Jede einzelne jener Aufgaben, sagten wir ferner, ist von unermeßlichem Umfange: denn man stelle sich nur vor, welche Dauer der konstituirenden Versammlung bevorsteht, wenn sie die Verfassung vollenden und die Grundrechte in der angefangenen Weise durchdebattiren und zuletzt einer zweiten Berathung unterwerfen soll! Wir überlesen den Inhalt der von dem Verfassungsausschusse aufgestellten Grundrechte, den wir früher mitgetheilt haben, mit Befriedigung und Stolz: er gibt dem Deutschen eine magna charta, wie sie kein Volk weiter besitzt. Dennoch hätten wir lieber gesehen, man hätte sich, wie der Entwurf der Siebenzehn that, bei einer allgemeinen Adoption der Grundsätze begnügt, welche die Bewegung dieser Tage als die Forderungen des Volks gleich Anfangs in einer seltenen Uebereinstimmung aufgestellt hatte. Diese allgemeinen Sätze hätten in einer sehr kurzen Frist können berathen und angenommen sein, und die Nat.-Verf. blieb dann bei ihrem Hauptwerke, der Verfassung; die Regierungen hätten den Grundrechten keine Schwierigkeiten ent-

Digitized by Google

gegengesetzt; man erinnert sich, daß selbst Baiern zu jenen Sätzen seine Zustimmung gab. Die Ausführung wäre den einzelnen Ständen und Staaten überlassen geblieben; man hätte dafür gesorgt, daß nicht Alles in die Hände der Nationalversammlung gefallen wäre, daß auch die Landstände ihre Arbeit übrig behalten hätten; man konnte ganz unbesorgt sein, daß diese in freisinniger Entwicklung und folgerichtiger Durchführung jener Grundsätze nicht zurückgeblieben wären. Dabei schonte man die Eigenthümlichkeiten der einzelnen Stämme, man griff nicht schneidend in die Sitten und Gebräuche des gewerblichen und korporativen Lebens ein, man koncentrirte die Kräfte auf die Erwerbung der einheitlichen Grundlagen der Verfassung, ohne die keine Herstellung Deutschlands denkbar ist. Es dünkt uns überhaupt ein mißliches Verfahren, daß in dem Verfassungsausschusse die einzelnen Theile der Verfassung stückweise ausgearbeitet und so in die Versammlung zur Berathung gebracht werden. Denn diese Theile sind ja nicht unabhängig von einander, wie sehr sie es auch scheinen mögen; und sollen sie harmonisch zusammengefügt sein, so lassen sie sich nicht füglich im Entwurf von einander trennen, nicht berathen, ohne daß man sie sämmtlich und zugleich übersieht. Die Nationalversammlung hat dies in Bezug auf die Grundrechte dadurch gut gemacht, daß sie bedächtig und weise eine doppelte Berathung beschloß; und es wäre wohl gut, wenn diese erst nach der Berathung der Verfassung Statt hätte. Aber auch so bleibt in jener getheilten Erzeugung des Verfassungsentwurfs ein Uebelstand schon in Rücksicht der gewöhnlichen Klugheit. Bis jetzt sind nur die Grundrechte und die Befugnisse der Reichsgewalt vor das Publikum gekommen. Man hat dort im Volke viele Besorgnisse erregt, und hier bei den Fürsten. Das Gegengewicht, das die Verfassung der Reichsgewalt geben wird, in der Staatenkammer, vielleicht in einem fürstlichen Staatsrathe u. s. w., ist nicht bekannt; die Gesetzgebung, die die einzelnen Bestimmungen der Grundrechte moderiren wird, ist nicht vorhanden; man erregt also für den Augenblick Sorgen, ohne sie zu beschwichtigen, und Mißtrauen, ohne dessen Ungrund darzuthun. Bei der herrschenden Empfindlichkeit sind dies Rücksichten, die nicht bei Seite gesetzt werden sollten.

Indessen, die Grundrechte sind nun einmal aufgestellt und stehen zur Berathung. Der erste Artikel ist dieser Tage zur Abstimmung gekommen. Hoffen wir denn nun, daß in der Hinausführung dieser Berathung alle die Vorsicht und Umsicht angewandt werden möge, ohne die die Nationalversammlung leicht ihre Popularität und mit ihr Macht und Ansehen einbüßen könnte. Wir glauben es ganz entschieden im Sinne einer weisen Politik gehandelt, wenn man auf diesem Gebiete Raum und Zeit zur allmählicher Entwicklung gibt, wenn man hier schont und spart, wenn man dem Einzelleben in den Staaten hier freies Recht widerfahren läßt. Bedächte man sich nicht, mit Freizügigkeit, Gewerbfreiheit, Aufhebung des Adels, Unabhängigkeit der Kirche vom Staate, der Schule von der Kirche und vielleicht auch vom Staate, und andern solchen rücksichtslosen Beschlüssen nach allen Seiten hin alle verschiedensten Stände, Körperschaften, Gemeinden, Interessen zu verletzen, so würde man einer Reaktion der umfassendsten Art gewonnenes Spiel geben. Bei den unendlichen Schwierigkeiten und Hemmungen, die unserer Einheit entgegenstehen, ist es räthlich, das, was nicht unbedingt nothwendig zu ihrem Zwecke ist, mindee grell zu betreiben, damit man auf dem Unentbehrlichen desto unerschütterlicher bestehen könne.

Oesterreich. Wien, 23. Juli. Die Abreise des Erzherzogs Johann ist vorläufig auf den 28. d. M. festgesetzt, und man erwartet die Rückkehr des Kaisers im Laufe des 26. Dem Vernehmen nach soll der Kaiser morgen am 24. Innsbruck verlassen und direkt nach Wien reisen. Vor einigen Tagen ist bereits eine Anzahl Pferde aus dem kaiserlichen Marstall nach Innsbruck abgegangen. Der Banus Jellachich ist abermals von dem Erzherzog Johann aufgefordert worden, bis zum 26. d. M. hier zu erscheinen, um wegen der Beilegung der ungarisch-kroatischen Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. Gleichzeitig soll der ungarische Minister Graf Batthiani in eben dieser Absicht hier eintreffen. Es sollen nun gegründetere Aussichten vorhanden sein, die schwebenden Differenzen friedlich beizulegen. Die Absetzung des Grafen Brandis ist, wie ich höre, vom Ministerium beschlossen, und man wartet nur die Abreise des Hofes von Innsbruck ab, um sie bekannt zu machen. Derselbe erhält den Grafen Chorinsky zum Nachfolger. (Allg. Z.)

Wien, 24. Juli. Heute ist die Stadt voll von einer gestern Nachts stattgefundenen Sprengung des demokratischen Klubs im „Römischen Kaiser“ auf der Freiung, dessen „republikanische Schärfe“ sich als republikanische Essigmutter zu charakterisiren begonnen. Von einigen energisch einschreitenden Männern der Bürgerwehr stob Israel auseinander. Ueberhaupt fängt die Stimmung gegen die immer kecker und dreister auftauchenden Juden, die Hauptmotoren der hiesigen Umtriebe und unermüdlichen Reaktionsschreier, von Tag zu Tag an schwieriger zu werden. (Allg. Z.)

Preußen. || Berlin, 22. Juli. „Preußen oben oder wir haben nur gespaßt“, so endet ein vor Kurzem hier erschienener, im Berliner Volkston gehaltener, geistreicher Maueranschlag, und ich kann Ihnen nicht kürzlicher und deutlicher die hiesige Stimmung bezeichnen, als indem ich Ihnen diese wenigen Worte citire. Als Friedrich Wilhelm IV. die schwarz-roth-goldene Binde um den Arm in den Straßen Berlins umherritt und das „Aufgehen in Deutschland“ proklamirte, war auch das Volk damit einverstanden, weil es unter einem Aufgehen nur eine Verschmelzung verstand, bei der Preußen als der bedeutendste Theil des großen Vaterlandes nimmermehr hintangesetzt werden könnte. Daß damit eine unbedingte Unterwerfung unter einen österreichischen Erzherzog oder unter das Frankfurter Parlament gemeint sein könne, das ließ sich damals Niemand träumen, und die Täuschung war nicht gering, als nun plötzlich dem Berliner Spießbürger zugemuthet wurde, sein liebes Berlin als eine große Provinzialstadt, den König als einen „großen Gutsbesitzer in Potsdam“, das große, in seiner Vergangenheit so glorreiche Preußen als eine Provinz anzusehen. Und in der That, nicht bloß das Gefühl des Spießbürgers sträubt sich bei dem Gedanken, unsere mächtige Selbständigkeit den schwankenden Launen einer konstituirenden Versammlung, in der vielleicht doch noch einmal gelegentlich ein Hr. Robert Blum oder ein Hr. Zitz zur Gewalt gelangt, oder einem noch ungeborenen Reichsministerium unbedingt unterzuordnen, und das einzige Stück von Deutschland, welches — wir dürfen das seit einigen Wochen wieder kühn aussprechen — in seiner ganzen ungeschwächten Macht dastehl, in ein Chaos aufgehen zu lassen, in welches eine einzige Taktlosigkeit der Männer in der Paulskirche das übrige Vaterland stürzen könnte. Ja wir sind schwach gewesen, wir waren volle drei Monate lang ein zerrissenes Volk, unsere Armee schien demoralisirt, über unsere Finanzen liefen fabelhafte Gerüchte, man hielt den preußischen Staat für ein Wrack, welches, gleich Oesterreich, unaufhaltsam an den Klippen der Anarchie auseinander brechen müsse. Aber am 14. Juni erreichte mit dem Zeughaussturm unser Elend seinen Höhepunkt, und von dem Tage, an welchem eine frevelhafte Rotte die Hand an die Trophäen unserer Kriegsgeschichte zu legen wagte, die mit dem Blute unserer Krieger bezahlten Siegeszeichen und Waffen plünderte und entweihte, ermannte sich die ganze Nation, die Parteien — nur die unbedeutend republikanische ausgenommen — schlossen sich fester aneinander, die Regierung trat kräftiger auf, und heute ist es keine Uebertreibung, zu behaupten, daß das Gesetz in Preußen so mächtig herrscht, als vor dem 18. März, ja mächtiger, denn es hat einen gewaltigen Hebel an dem natürlichen Organ des Volks, an der Kammer, gefunden. Unsere Finanzen stehen besser als die der meisten europäischen Staaten, unsere Schuld beträgt in diesem Augenblicke nur 125 Millionen Thaler, wogegen wir wenigstens für 200 Millionen an Domänen zu setzen haben; die außerordentlichen Ausgaben dieses Jahrs werden allem Anschein nach durch freiwillige Darlehen gedeckt, und vom Auslande her fehlt es nicht an Anerbieten, neue preußische Anlehen abzuschließen, an welche jedoch Seitens der Regierung vor der Hand gar nicht gedacht wird. Wir haben eine schlagfertige Armee, die in 4 Wochen auf 500,000 Mann gebracht werden kann, und die noch kürzlich in Schleswig ihre Tüchtigkeit erprobt hat; wir haben ein starkes und seit einigen Wochen ein einiges Volk. Dürfen wir all' diese Macht, die einzige und letzte, auf welche Deutschland zählen darf, zum Schutze gegen innere und äußere Feinde, so ganz ohne Weiteres in andere Hände überliefern, von denen wir noch gar nicht wissen, welchen Gebrauch sie davon machen würden — ob ihr ganzes Werk nicht am Ende darauf hinauslaufen wird, zu desorganisiren, statt zu organisiren? Im Interesse Deutschlands selbst, Preußen muß, um mich Hansemann's Worte zu bedienen, „ein glänzender Punkt“ in der deutschen Einheit bleiben, und wohl möge man es in Frankfurt bedenken: nur durch versöhnliches Entgegenkommen, nicht aber durch Schmähungen oder gar Drohungen, kann man uns den Degen des alten Fritz aus den Händen winden. *)

*) Wir lassen der ehrenwerthen Gesinnung des verehrl. Korrespondenten alle Gerechtigkeit widerfahren, können aber seine Ansicht über die Stellung

Berlin, 25. Juli. Die Berliner „Spener'sche Zeitung“ enthält heute die folgende beachtungswerthe Mittheilung, die zusammengenommen mit der herrschenden Stimmung die größte Beachtung verdient. „Die Anwesenheit des Hrn. Camphausen hierselbst hat zu den verschiedensten Gerüchten Anlaß gegeben, besonders da er, wie man sagt, durch den Telegraphen hierherberufen war. Indessen sind die Angelegenheiten, für welche man den Rath des geehrten Mannes wünschen, auch von der allerdringlichsten Art, und nur Wenige sind im Stande, jetzt darüber eine unbefangene Ansicht auszusprechen. Zu diesen gehört Hr. Camphausen. Sein jüngster Aufenthalt in Frankfurt a. M., als er an die Spitze des Reichsministeriums treten sollte, hat ihm natürlich den vollen Einblick in die jetzige Lage der Dinge in Deutschland verstattet, und, wenn wir nicht irren, ist es vorzüglich auf seinen Rath geschehen, daß Preußen sich nicht blindlings der Souveränetät der Frankfurter Versammlung unterwirft, über welche diese selbst keine recht klaren Vorstellungen zu haben scheint; sie möchte nämlich gern ihre absolute Gewalt an die Stelle der nun eben in Deutschland gestürzten Fürstengewalt setzen, und dieser sich zu unterwerfen sind die einzelnen deutschen Staaten keineswegs geneigt. Um nun die Vermittlung zwischen Frankfurt und Preußen zu regeln, wird Herr Camphausen dorthin abgehen, und als preußischer Gesandter daselbst auftreten, in der Weise, daß er förmlich bei dem neuen Reichsverweser von Seite Preußens akkreditirt wird. Wir müssen erwarten, was für einen Eindruck diese Maßregel hervorbringen wird, und ob sie geeignet ist, das Verhältniß der einzelnen Staaten zur deutschen Centralgewalt in ein richtiges Verhältniß zu bringen. Da Deutschland keine Republik nicht so kann es auch die Souveränetät der Frankfurter Versammlung will, in absoluter Weise verstehen, und so lange die Fürstengeschlechter am Ruder bleiben, ist es unmöglich, sie unter den rücksichtslosen Befehl der deutschen Reichsgewalt zu stellen. Preußen muß sich in Frankfurt auch noch auf andere Weise, als durch seine Abgeordneten vernehmen lassen; wer das nicht will, der proklamire unmittelbar die einige und ungetheilte deutsche Republik.“

Berlin. Ueber das Erkenntniß, welches vom Kriegsgericht gegen die bei der Preisgebung des Zeughauses betheiligten Officiere gefällt worden ist, sind gegenwärtig, nachdem dieses Erkenntniß vom Könige bestätigt worden ist, sichere Nachrichten vorhanden. Das Erkenntniß lautet gegen den Hauptmann v. Natzmer auf 10 Jahre, gegen den Lieutenant Techow auf 15 Jahre und gegen den ältesten Lieutenant in der Kompagnie des Hrn. v. Natzmer auf 2 Jahre Festungsarrest, außerdem gegen alle drei auf Entlassung aus dem Officierstande. (Voss. Z.)

Δ **Erfurt**, 25. Juli. Gestern erlaubte sich hier in einem Bürgerlokale ein reisender Kaufmann aus dem Altenburgischen, den König von Preußen mit Schimpfnamen zu belegen. Sofort erklärten ihn die anwesenden Bürger als Arrestanten und ließen ihn zur Untersuchung ziehen. Dergleichen wäre noch vor einem Monate mit Langmuth getragen worden; aber auch hier zeigt sich große Reizbarkeit, was den preußischen Namen betrifft. Vor wenigen Tagen kam hier das Preußenthum ganz unerwartet zum Durchbruch. In einem großen Bürgergarten, der 2000 Menschen faßt, spielte ein hier beliebtes Musikkorps unter anderen auch das lange nicht gehörte Preußenlied wieder. Ein Hurrah und ein dreimaliges Hoch auf den König war die Antwort darauf. Noch zwei Mal mußte auf stürmisches Verlangen das Preußenlied wiederholt werden. Alles stimmte mit Begeisterung ein. Der Schluß machte ein donnerndes dreimaliges Hurrah für Preußen. Man sah Männer aus den Freiheitskriegen mit dem eisernen Kreuze geschmückt, denen die Thränen unaufhaltsam flossen. Merkwürdig, noch vor vier Monaten durfte dasselbe Musikkorps das Preußenlied nicht mehr spielen, sondern dafür: was ist des deutschen Vaterland? oder die Marseillaise. Dieser Umschlag der Stimmung in einer Stadt, die niemals altpreußisch gesinnt war, ist bedeutungsvoll. Der lang verhaltene Athemzug des preußischen Ehrgefühls ist zu rinem lauten Hurrah geworden — das hat gewiß Etwas zu bedeuten. Das preuß. Volk hat Schmach erduldet, es ist in seinem Könige, in seiner Regierung tief verletzt worden — das fühlt man auch hier. Unsere thüringischen Kleinstaaten, wenn wir nur das Allernächste berücksichtigen, was brachten sie seither der deutschen Sache entgegen? Opfer und Vertrauen, wie wir? Im Gegentheil, sie bewiesen ihr Aufgegangensein in Deutschland dadurch, daß sie heldenmäßig auf Preußen und seinen König schimpften. Aber noch mehr, sie bewiesen uns auch zuerst, wie sie das einige Deutschland verstanden; denn im Monat April sind, wir bekannt, unsere Erfurter Schuhmacher von den Märkten in Meiningen, Eisenach, Schmalkalden vertrieben worden, weil sie gute Geschäfte zu machen pflegen, und aus anderen kleinen thüringischen Städten schrieben die Stadtbehörden: die Erfurter Schuhmacher möchten lieber gar nicht zu Markte kommen, weil sie sie nicht zu schützen vermöchten. Mit solchem Jammer hat man bei unseren Bürgern den Partikularismus geweckt. Möchte diese tiefe Wunde bald geheilt werden!

Ratibor, 17. Juli. An den Fürsten Lichnowski ist eine Adresse seiner Wähler abgegangen, worin sie ihm ihre Zustimmung zu seiner Haltung aussprechen.

Aus Baiern. Am 21. Juli fand im Ministerium des Innern eine Sitzung der Kommission zur Berathung der Gewerbs- und Arbeiterverhältnisse Statt, welcher Se. Majestät der König beiwohnte. Es wurde in dieser Sitzung die Bildung besonderer Gewerbsgremien genehmigt, welche dem Ministerium und den Regierungen in ähnlicher Weise an die Seite gestellt werden sollen, wie in Handelsangelegenheiten die Handelskammern. (Bair. Bl.)

Aus dem **Osnabrück**'schen enthält die „Bremer Z.“ wiederholt die Mittheilung, daß „als Echo seiner Frankfurter Bestrebungen“ (welcher?) dem Advokaten Detmold von den Wahlmännern und Mandanten des Amts Mittlage eine Zuschrift zugegangen, welche die eiligste Rückkehr in die Heimath ihm zur dringendsten Pflicht mache. Seine übrigen Mandanten würden hoffentlich das Gleiche thun, sobald sie diesen Schritt erführen. (Wohl auch der Partikularismus?)

|| **Darmstadt**, 27. Juli. Ihr △ Korrespondent von hier findet es einigermaßen unangemessen, daß die zweite Kammer neulich nach der Erklärung des Ministers Jaup auf dessen Einladung zu einer Abendberathung diese in Form einer vertraulichen Sitzung gehalten, also ohne Zuhörer. Wir können Sie versichern, daß in dieser Sitzung nur von Ministerialmitgliedern und der Kammer besprochen wurde, was vor Trennung der Kammer an Gesetzentwürfen und sonstigen Arbeiten vollendet werden müsse, was ebenso gut öffentlich hätte geschehen können. Uebrigens ist der Wunsch nach baldiger Auflösung bei den meisten Mitgliedern sowenig in Fleisch und Blut übergegangen, daß, wenn man ihre Wünsche berücksichtigen wollte, die Kammer noch Monate lang beisammenbleiben müßte.

Koburg, 20. Juli. In einer Sitzung des Bürgervereins wurde beschlossen, dem Herzog durch eine Deputation zu erklären, das Herzogthum Koburg würde zwar alle zu verlangenden Opfer bringen, wenn es dem ganzen Vaterlande gelte; aber zu Gunsten einer älteren Ducdez-Fürstenlinie (Weimar) die eigene Selbstständigkeit aufzugeben und sich zur Gründung eines neuen Ducdez-Königthums herzugeben, sei es durchaus nicht gewillt, und der Herzog werde dringend gebeten, sich in Verhandlungen über diesen Gegenstand gar nicht einzulassen. Dies Letztere bezieht sich darauf, daß am 22. d. in Gotha eine Ministerkonferenz den berührten Punkt verhandeln soll.

Oldenburg, 21. Juli. Von hier enthält die Köln. Zeit. Nachstehendes: Heute ist von hier ein Kurier nach Frankfurt abgegangen, welcher, wie es heißt, unseren Bundestagsgesandten, Obersten Mosle, zurückberufen, um an der Stelle unseres Ministers, Barons von Beaulieu-Marconnay, welcher bereits wiederholt seine Entlassung erbeten hat, das Ministerium zu übernehmen.

Hamburg, 21. Juli. Die englischen Marineofficiere, unter deren Leitung unsere sechs Schiffe zum Kriegsdienst eingerichtet und neue gebaut werden, sind mit Bewilligung der englischen Regierung in den hiesigen Staatsdienst getreten und tragen Hamburgische Uniform. Vermuthlich werden sie, wenn die Marineangelegenheit beim Reichstag geordnet ist, dieselbe Stellung bei der deutschen Flotte einnehmen. Matrosen und Soldaten werden an Bord erwähnter Schiffe fleißig eingeübt. (Allg. Z.)

◊ **Frankfurt**, 27. Juli. Die Reihe der Redner in der gestrigen Diskussion über die Posensche Angelegenheit eröffnete, wie ich Ihnen schon bemerkte, **Ruge**. Er beginnt mit dem Sündenregister der europ. Mächte gegenüber Polen und hält alsdann den Polen eine Lobrede als Vorkämpfer der Freiheit; er nennt sie das Element der Freiheit in Europa und schreibt ihnen in dieser Beziehung eine ewige

---

dere Reichsgewalt und der Nationalversammlung nicht theilen und berufen uns auf unsere vor zwei Tagen näher entwickelte Ansicht über den Partikularismus. So laut und entschieden wir das Benehmen der Nat.-Vers. in der Wahlsache mißbilligt haben, ebenso bestimmt müssten wir uns gegen jede Ueberspannung von der andern Seite erheben; bleiben wir zwar immer unserem Glauben treu, daß ohne Preußen kein Deutschland werden wird, so möchten wir doch auch daran erinnern, daß ohne Deutschland kein Preußen sich erhalten und gedeihen kann. Stimmen, wie die obige, lassen sich übrigens allerwärts aus Preußen vernehmen; viel stärkere und gereiztere Aeußerungen von dorther liegen wie fast täglich bei Seite, weil Alles darauf ankömmt, zu versöhnen, nicht zu entzweien. Zur Versöhnung ist jedoch nöthig, daß man vor Allem sein Terrain kenne; unsere Landsleute im Süden machen sich aber nun den Dingen im Norden oft noch buntere Vorstellungen, als die im Norden von uns.

Die Red.

Digitized by Google

Mission zu, wie den Juden. Damit soll der Vorwurf Lichnowsky's geschlagen sein, daß man sie auf allen Barrikaden finde. Wenn der Sprecher dabei auch die heimische Wirthschaft der polnischen Edelleute mit ihren Bauern im Auge hatte, so muß er einen sonderbaren Begriff von dieser Freiheitsmission haben. Weiter meinte er, das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß hätten die Ehre der Nation für die Wiederherstellung Polens verpfändet, und dieses Pfand müsse die Nationalversammlung einlösen, sonst müsse die deutsche Nation moralisch zu Grunde gehen. Deutschland habe die Verpflichtung, Polen zu emancipiren, denn die Freiheit dürfe nicht an der polnischen Grenze stehen bleiben; das deutsche Volk müsse die Propaganda der Freiheit weiter führen, bis es keine Tyrannen mehr in Europa gebe. Wenn wir das nicht wollen, so würden uns die Franzosen dazu zwingen. Hier rühmt er gelegentlich die außerordentliche Großmuth der französischen Republik, daß sie Savoyen und Belgien nicht genommen habe. Gegen jede Theilung des Großh. Posen macht er das historische Recht geltend, was sich in dem Munde dieses Redners ganz sonderbar ausnahm. Sein Antrag geht dahin, die Nationalversammlung soll erklären, daß kein Theil des Großh. Posen in den deutschen Bund aufzunehmen und die Deputirten daher zur Nationalversammlung definitiv nicht zuzulassen seien; daß weiter die Centralgewalt aufgefordert werde, in Gemeinschaft mit England und Frankreich die Wiederherstellung Polens einzuleiten. Er meint, daß damit nichts Anderes beantragt sei, als was auch die Wiener Verträge wollen. Dieser Antrag der maßlosen Linken unterscheidet sich von dem der gemäßigten dadurch, daß er die Deutschen in Posen folgerich hinausstoßen will, während der Antrag dieser sie einstweilen nur ans Kreuz hängt, bis die Dinge kommen, die da kommen sollen. Man hatte gehofft, daß der Redner nach der Stellung seines Antrages schließen werde; allein er nahm jetzt erst den rechten Ruge'schen Anlauf, dem deutschen Patriotismus mit einer Kühnheit ins Gesicht zu schlagen, welche seine Pariser Besudelungen des deutschen Volkes, wenn man den Ort berücksichtigt, wo es geschah, wo möglich noch hinter sich ließ. Die Unruhe in der Versammlung steigerte sich, als er von der Tyrannei sprach, welche Deutschland gegen andere Nationalitäten ausübe; als er aber die Stirne hatte, von der Tribune der deutschen Nationalversammlung herabzurufen: „Wir müssen wünschen, daß die Radetzky's geschlagen werden", da erhob sich ein Sturm des Unwillens, wie bis jetzt in der Nationalversammlung noch keiner Statt gefunden hatte. Es dauerte sehr lange, bis selbst der Präsident zum Worte kommen konnte. Dieser erklärte, er könne den Redner nicht zur Ordnung rufen; er könnte wohl sagen, daß es ein halber Verrath an der Nation sei, in solcher Weise zu sprechen, aber er müsse dem Redner seine bekannte Weltanschauung lassen. Dieser, nachdem er mit Mühe wieder zum Worte gelangt war, erging sich in einer gehässigen Kritik der neueren Ereignisse in Posen, prophezeite schreckliche Dinge aus der Theilung des Großherzogthums und drohte nach einer abermaligen Unterbrechung, so lange fortzufahren, bis er die Versammlung zu seinem neuen Völkerrechte bekehrt habe. Endlich schloß er, und ihm folgte Löw aus dem Posenschen. Nach einer mehr der augenblicklichen Aufregung entsprungenen, als wohl überdachten Zurückweisung der Ruge'schen Ausfälle, ging er in ausführlicher Rede auf die Einzelnheiten des polnischen Promemorias und der Rede Janiszewskis ein. Er weist viele Unrichtigkeiten, zum Theile Unwahrheiten nach; erzählt wie die polnischen Petitionen zu Stande gekommen seien, wie man Männer, Weiber und Kinder zur Unterschrift herbeigetrieben habe, rechtfertigt das Verfahren der preußischen Regierung bis auf den Posenschen Proceß, welcher durch das polnische Läugnungssystem so berühmt geworden sei. Die Deutschen wollen sich nicht mehr von den Polen knechten lassen, und werden nie mehr unter polnische Herrschaft zurückkehren. Er beschwört die Versammlung im Namen der Freiheit, die deutschen Brüder in Posen nicht der Herrschaft des poln. Adels Preis zu geben und nicht von ihrem Vaterlande auszustoßen.

Wiesner spricht mit melancholischer Miene und Stimme seine Wehmuth aus, daß man in der deutschen Nationalversammlung nicht polnischer denke und empfinde. Er redete viel von einer neuen Theilung Polens, von einer Menschentheilung, daß die Deutschen in Posen in gar keiner Gefahe seien und andere Dinge, die alle schon da waren. Dieser Unglücklichste der Redner mußte sehen, wie bei seinen melancholischen Ergießungen der Saal sich um mehr als drei Viertheile der Mitglieder entleerte, welche die Zeit seiner Exklamationen benützten, um sich in den umliegenden Restaurationen und Bierhäusern zu erfrischen. Ihm folgte abermals ein Posener Abgeordneter v. Sänger. Dieser bemerkte treffend gegen die früher hier angeführte Aeußerung Blums, die Provinz Posen sei unter Preußen nicht in den Schmutz hinabgedrückt, sondern aus dem Schmutz herausgehoben worden. Er widerlegt die Behauptung, daß die polnische Bevölkerung das Uebergewicht in den bezeichneten Bezirken habe. Die deutsche Bevölkerung fordere es als ein Recht, deutsch zu bleiben, und lasse sich dieses nicht nehmen. Insbesondere spricht er sich gegen die Verschiebung der Entscheidung aus. Der Zustand in Posen sei von der Art, daß eine längere Ungewißheit unerträglich sei, und durch eine Verzögerung der Entscheidung der Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges in sicherer Aussicht stehe. Thinnes, Domkapitular aus Eichstädt, tritt gegen den Ausschußantrag als Redner der katholischen Partei auf. Er spricht sich zuerst dagegen aus, daß die katholischen Geistlichen in der Versammlung deßwegen gegen den Antrag stimmen, weil sie das Vorurtheil der Polen theilten, daß die katholische Kirche in dem Großherz. Posen gefährdet sei, wenn dieses zu Deutschland gezogen werde. Diese Meinung hätten sie nicht, vielmehr mißbilligen sie offen das Cirkularschreiben der katholischen Geistlichen in Posen, und wünschen, daß diese vielmehr, wie der Erzbischof von Paris sich zwischen die Kämpfenden hineingeworfen, als zum Kampfe aufgestachelt hätten. Doch gehe aus diesen Vorgängen hervor, daß solche Befürchtungen unter dem Volke vorhanden waren und ihren Grund in früheren Verhältnissen hätten. Seine Gesinnungsgenossen aber stimmen gegen den Antrag des Ausschusses, weil er durch und durch inkonsequent sei, und ihr Antrag gehe deßhalb dahin, daß die projektirte Grenzlinie nicht anerkannt werde, und die Einverleibung füe jetzt unterbleibe, bis eine Vertretung aus dem ganzen Großherzogthum Posen einberufen und mit ihr ein Uebereinkommen getroffen sei. Wenn das nicht durchgehe, so wollen sie lieber die Einverleibung von ganz Posen.

Giskra. Es werde Alles heraufbeschworen, um die Sympathien für die Polen zu wecken und dadurch den rechten Standpunkt zu verrücken. Diese Sympathien könnten selbst in keinem Polen größer sein, als in ihm selbst, dem Redner. Allein es frage sich, ob überhaupt jetzt das polnische Volk die Wiederherstellung Polens wolle? (die Linke: Ja.) Und er sage: Nein. Das Volk in seiner großen Mehrheit, der Bauer, der Bürger wolle sie nicht, das habe Galizien gezeigt, und so würde sich's beim ersten Versuche in Polen selbst zeigen. Die Philosophen, sagte er, mit ihrem neuen Völkerrechte mögen über mich lachen, die Republikaner mit ihren Theorien mögen über mich schimpfen, die Polenschwärmer mögen über mich klagen; ich halte es mit dem Vaterlande. Muthen Sie einmal mit Ihren Grundsätzen den Engländern zu, daß sie Malta und Gibraltar, den Franzosen, daß sie Straßburg und Algier herausgeben, und hören Sie, was Sie für eine Antwort bekommen. Deutschland gebe, um früheres Unrecht zu sühnen, einen Theil seines ererbten Besitzes her, damit daran der Anfang eines neuen Polenreiches sich knüpfe, aber es dürfe sich und seinem Volke damit nicht eine unheilbare Wunde schlagen. Damit habe es Gerechtigkeit und habe Nichts darnach zu fragen, was man rechts und links, im Westen und Osten dazu sage. Die Unabhängigkeit und Ehre Deutschlands ist unsere Devise; Schmach, wenn wir uns durch die Einsprache dieses oder jenes Nachbars hindern lassen, zu thun, was wir für Recht halten; wäre das so, dann verzweifeln Sie an unsrer Zukunft. Venedey findet es erklärlich, daß die alten Sympathien für Polen nicht mehr vorhanden sind. Das deutsche Volk habe gesprochen: Polen soll frei sein, und die Antwort sei ein Angriff auf Deutschland gewesen. Das habe zuerst auch seine Sympathie abgekühlt, aber er habe genau nachgeforscht, wie es so gekommen sei, und da habe er sehr Vieles zur Entschuldigung gefunden. Er beruchtet den ganzen Hergang des Posenschen Aufstandes und läßt sich in eine ausführliche Kritik der preußischen Politik ein, welche er der Zweideutigkeit und Untreue beschuldigt. Der sehr lange Vortrag blieb ohne alle Wirkung; der Redner erlag unter der Last des herbeigeschafften Materials, das nicht gehörig geordnet war. Biebig aus Posen stellt eine Reihe von Angaben solcher Redner, welche für die Polen gesprochen hatten, als irrig, theilweise als unwahr dar. So bringt er eine Urkunde bei, daß in einer eingereichten Adresse eine bedeutende Anzahl von Namen verfälscht sind. Wenn Janiszewska sagte, Deutschland könne hunderttausend Polen verschlucken, aber nicht verdauen, so sage er dagegen, die Polen werden die Posener Deutschen weder zu verschlucken, noch zu verdauen bekommen. Nachdem Janiszewsky sich gegen einen Vorwurf der Unwahrheit vertheidigt hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Heute nahm nach Eröffnung der Sitzung Blum noch für einen Redner gegen den Ausschußantrag, Reh aus Darmstadt, das Wort in Anspruch, weil die Partei durch ein Versehen um drei Redner zu kurz gekommen sei. Die Versammlung lehnte den Antrag ab, und demnach erhielt der Berichterstatter Stenzel das letzte Wort. Derselbe sprach mit steigender Lebhaftigkeit für die deutsche Sache. Er hebt drei Punkte als wesentlich zu berücksichtigende hervor, die Aufnahme einer

Digitized by Google

halben Million Deutsche in den Bund, die Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland und Polen und die Gründung eines Kernes für die Wiederherstellung eines Polenreiches. Es sei wünschenswerth, daß die Nationalität zur Geltung komme, aber das Leben der Staaten könne nicht in allen Einzelnheiten davon abhängig gemacht werden. Das große Uebergewicht des einen Völkerstammes müsse hier einen Ausschlag geben. Auch der militärische Gesichtspunkt dürfe von der Nation nicht hintangesetzt werden. Nach diesem dürfe die Festung Posen um keinen Preis aus der Hand gegeben werden. Die Deutschen im Großh. Posen wollen Deutsche sein, und Deutschland könne und dürfe sie nicht mit Kartätschen zurückweisen. Man wende ein, Rußland werde es übel nehmen, wenn man das Großherzogthum trenne und hier einen Kern für die Wiederherstellung Polens bilde; aber Rußland werde es noch viel mehr übel nehmen, daß wir die Festung Posen behalten. Man sage, man könne ja im Fall eines Krieges Posen erobern; aber so wohlfeil sei deutsches Blut nicht, behalten müsse man es, dann brauche man es nicht zu erobern.

Nach dieser Rede wurde zur Abstimmung geschritten. Eine Reihe von Anträgen wurde zurückgenommen, sodann nach einer kurzen Diskussion über die Priorität der übrigen Anträge zuerst der von Ruge, als der am weitesten gehende, zur Abstimmung gebracht und gegen eine kleine Minorität verworfen.

Ueber den unsschiedenen Antrag von Blum, dahin gehend, „die Nationalversammlung beschließt, daß sie sofort den Sachverhalt im Großherzogthum Posen durch eine Kommission prüfen lasse, und daß sodann auf den Grund dieses Ergebnisses ein neuer Bericht erstattet werde", wird mit Namensaufruf gestimmt. Das Ergebniß ist, daß der Antrag mit 333 gegen 139 Stimmen verworfen wird. Die katholische Partei stimmte mit wenigen Ausnahmen mit der Linken. Blum erklärt hierauf im Namen seiner Gesinnungsgenossen, daß sie sich der Abstimmung über den Kommissionsantrag enthalten.

Der erste Antrag des Ausschusses heißt: Die hohe Nationalversammlung möge unter den obwaltenden Umständen

1) „Die Aufnahme derjenigen Theile des Großherzogthums Posen, welche auf den Antrag der Königlich Preußischen Regierung, durch einstimmige Beschlüsse des Bundestages vom 22. April und 2. Mai, in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und demgemäß die aus dem Deutschland zugeordneten Theile gewählten zwölf Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, welche auf ihre Legitimation vorläufig zugelassen worden sind, nun endgiltig zu lassen.

Auch hierüber wird mit Namensaufruf abgestimmt und der Antrag mit 342 Stimmen angenommen; 31 Mitglieder stimmten mit Nein, die Linke und ein Theil der katholischen Partei hatten sich der Abstimmung enthalten.

Der zweite Antrag wurde nach einer von Gistra beantragten Abänderung in folgender Fassung angenommen:

2) „Die von dem Königlich Preußischen Kommissarius, General Pfuel, vom 4. Juni d. J. angeordnete vorläufige Demarkationslinie zwischen dem polnischen und dem deutschen Theile vorläufig anzuerkennen, sich jedoch die letzte Entscheidung über die zu treffende Abgrenzung zwischen beiden Theilen nach dem Ergebniß weiterer von der Centralgewalt vorzunehmenden Erhebung vorzubehalten."

Der dritte Antrag des Ausschusses wird in folgender, von Lichnowski vorgeschlagenen, Fassung angenommen. „Die Nationaloersammlung wolle die bestimmte Erwartung zur preußischen Regierung aussprechen, daß sie den in dem Großherzogthum Posen wohnenden Deutschen den Schutz ihrer Nationalität unter allen Umständen zusichern wolle." Die Anträge auf einfache und motivirte Tagesordnung waren vorher verworfen worden.

Ueber den vierten Antrag ging man zur motivirten Tagesordnung über.

Die Linke hatte nun noch folgenden Zusatzantrag eingebracht und namentliche Abstimmung darüber verlangt: „Die Nationalversammlung erklärt die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht, und sie erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes, zur Herstellung eines selbständigen Polens mitzuwirken." Dieser ohne alle Motivirung in die Versammlung geschleuderte Antrag erregte einen gewaltigen Sturm. Es wurde gefordert, daß dieser Antrag nicht zur Abstimmung zu bringen sei, theils weil er nicht berathen, nicht begründet, kein Amendement, sondern ein selbständiger Antrag sei, und ein Urtheil über eine geschichtliche Thatsache enthalte, welches nicht Gegenstand einer Abstimmung sein könne. Dieser Antrag drang jedoch nicht durch, und ebenso nicht der auf Trennung der beiden Sätze. Eisenmann und Wurm erklärten, daß das „Nein", welches die Mehrheit gegen den Antrag aussprechen werde, nicht gegen die Polen, sondern gegen den Zwang gerichtet sei, welchen die Linke in diesem Falle gegen die Mehrheit ausüben wolle; diese werde Gelegenheit finden, der Nation zu erklären, wie ihr Nein gemeint sei.

Der Präsident stellte die Frage: Will die Nationalversammlung, daß eine Erklärung, wie sie von dem Abg. Schaffrath beantragt worden ist, gegeben werde? 331 Stimmen antworteten mit „Nein", 101 mit „Ja", 21 erklärten, daß sie nicht stimmen. Wernher von Nierstein sagte nun von der Rednerbühne, ein sehr großer Theil der Mehrheit habe, um jeder Mißdeutung der heutigen Abstimmung zuvorzukommen, ihn beauftragt, in ihrem Namen die Erklärung abzugeben, sie hätten deßhalb mit „Nein" geantwortet, weil sie nicht glauben, daß ein Urtheil über ein geschichtliches Ereigniß, sowie eine unbestimmte Aeußerung über eine zu übernehmende allgemeine Verbindlichkeit für die Zukunft, Gegenstand eines Beschlusses der Nationalversammlung sein könne. Damit schloß sich eine Scene, welche zu den wildesten gehört, die in der Paulskirche vorgekommen sind.

Am Schlusse der Sitzung lud der Präsident zur Beerdigung des Abg. Wirth, Verfassers der deutschen Geschichte und Herausgebers der deutschen Tribune, welcher gestern gestorben ist, ein.

A Frankfurt, 25. Juli. Das in der heutigen Nummer Ihres Blattes enthaltene Schreiben aus Berlin vom 19. d. M. gibt dem Vaterlandsfreund zu traurigen Betrachtungen Anlaß und stellt eine betrübende Zukunft bezüglich der Haltung Preußens gegenüber dem gesammten Deutschland in Aussicht. Es sei mir vergönnt, einige Bemerkungen an erwähntes Schreiben zu knüpfen: Vor Allem ist es gewiß unrecht, ſße jedes unbesonnene, leichtfertige Wort, welches einzelne Mitglieder der Nationalversammlung aussprechen, die ganze Versammlung solidarisch haftbar zu machen und von preußenfeindlichen Verhandlungen in Frankfurt zu sprechen. Wenn der Abg. Vogt neulich von einer Besteckung der preuß. Waffen sprach, so konnte die Versammlung Nichts thun, als ihre Mißbilligung über solche verletzende Aeußerungen an den Tag legen; dieses geschah so deutlich, wie möglich und der Präsident, als Organ der Versammlung, rief den Redner zur Ordnung, weil seine Aeußerung weder wahr noch würdig sei. Es wäre traurig, wenn das große preußische Volk durch Beleidigung Einzelner, welche die entschiedne Majorität der Versammlung verabscheut, vom Werk der Einigung unseres Vaterlandes sich zurückschrecken lassen würde. Einzelne Stimmen des einen deutschen Stammes haben von jeher auf andere deutsche Stämme geschmäht und es ist dem Schreiber dieses (einem Baiern) noch gar wohl erinnerlich, in welcher Weise früher, als er sich in Berlin aufhielt, die preußische Presse über seine Heimath fast täglich sich aussprach, so daß man sich fast schämen mußte, für einen Baiern zu gelten. Nichts desto weniger hat die Masse des baierischen Volkes die pöbelhaften Demonstrationen, Adressen u. s. w., welche nach den Berliner Revolutionstagen in Süddeutschland eine zeitlang gegen Preußen spukten, entschieden mißbilligt und es ist wohl heute noch nicht mit Bestimmtheit ermittelt, aus welcher Quelle jene Exekrationen flossen und wo die Triebfedern zu denselben zu finden sind. Möchte doch der Kern des preußischen Volkes den unsaubern Geistern, welche in unserm Vaterland ihr Wesen treiben, nicht die Freude bereiten und sich zu feindseliger Gesinnung gegen seine deutschen Brüder im Süden des Vaterlands verleiten lassen durch Unwürdigkeiten, welche die N.-V. niemals gebilligt hat und billigen wird und möchten doch alle öffentlichen Organe in Preußen dem dortigen Volk es immer und immer wieder sagen, daß nur einzelne Mitglieder der Versammlung zu Frankfurt den preußischen Namen verhöhnen, daß die Versammlung selbst aber denselben hoch achtet und seine Ehre ſße eine nothwendige Bedingung deutscher Macht, Freiheit und Einheit hält. — Wenn in dem Eingange erwähnten Berliner Schreiben von den „kühnen Griffen" der Nationalversammlung die Rede ist und hiedurch Gagerns Rede bei der Debatte über die Centralgewalt wiederholt in ein ungünstiges Licht gestellt wird, so möge es mir vergönnt sein, einen Punkt in dieser Beziehung hervorzuheben, welcher meines Erachtens noch nicht gehörig berücksichtigt worden ist: Nur dadurch, daß die Versammlung nach Gagerns Rath den kühnen Griff gethan und den Reichsverweser frei gewählt hat, ist eine Diskussion über die Person des zu Wählenden vermieden worden. Würden die Regierungen einen Kandidaten vorgeschlagen haben, so hätte, fast mit Bestimmtheit kann man es sagen, die Mehrheit der Nationalversammlung die Diskussion über die Person des Vorgeschlagenen verlangt, und ob dann nicht manche Mitglieder in so unziemlichen Ausfällen sich bewegt hätten, ob dann nicht vielleicht die Verhandlung über Erzherzog Johann so geworden wäre, daß er die ihm angebotne Würde hätte ablehnen müssen, dieß läßt sich zwar nicht mit

Digitized by Google

Gewißheit entscheiden, allein so viel ist gewiß, daß solche Ausfälle in bedauerlicher Art vorgekommen wären und daß Viele nur deßwegen für Erzherzog Johann gestimmt haben, weil eben die Versammlung ohne vorgängigen Vorschlag der Regierungen frei gewählt hat. Denken wir uns nun den Fall, Erzherzog Johann hätte die Reichsverweserwürde ausschlagen müssen, welches Mitglied einer deutschen Fürstenfamilie hätte auf günstigeren Verlauf der Diskussion oder auf eine ansehnlichere Stimmenmehrheit rechnen können? Es wird schwer sein ein solches zu nennen und wenn bei der Wahl des Reichsverwesers die Dynastien von einer so eminenten Majorität berücksichtigt wurden, wenn das monarchische Princip dabei gerettet wurde, so verdanken wir dies vornehmlich der freien Wahl durch die Versammlung und daß diese vor sich ging, verdanken wir der Rede Gagerns. (Ueber den letzten Punkt hat die Redaktion dieses Bl. ihre Ansicht so unzweideutig ausgesprochen und begründet, daß jedes weitere Wort darüber überflüssig ist. Was das Andere angeht, so können wir nur wünschen, daß der patriotische wohlmeinende Rath des ehrenwerthen Korrespondenten in ganz Preußen gute Statt finden möge).

Frankfurt, 23. Juli. Die Oberpostamts-Zeit. widerspricht der in der Allgem. Z. ausgesprochenen Vermuthung, Max v. Gagern werde deutscher Gesandter in London werden; derselbe habe im Kreise politischer Freunde geäußert, so lange bis die konstituirende Nationalversammlung die Einheit, für welche er vereint mit zwei Brüdern in die Schranken getreten, zu Stande gebracht habe, werde er seine Stelle in der Versammlung dauernd nicht verlassen.

Schweiz.

Bern, 25. Juli. Es hat uns schon häufig gewundert, daß Sie den publicistischen Erzeugnissen der Herren Hecker und Struve nicht mehr Aufmerksamkeit schenken; lesen und benützen Sie doch den „Volksfreund" und den „Deutschen Zuschauer", wenn Sie an der Unfehlbarkeit der alleinseligmachenden Kirche der Märtyrer von Kandern und Donaueschingen noch Zweifel hegen. Daß die genannten Männer keine großen Meister im Revolutionmachen sind, haben sie schon bewiesen; es scheint, sie wollen jetzt auch über ihre journalistische Befähigung jedes schonende Bedenken beseitigen. Würde sich Marat nicht im Grabe herumdrehen, wenn er diese matte, kraft- und saftlose Parodie seines Ami du peuple vor sich sähe, wenn er sich durch diese langgeschwänzten ungeheuerlichen Sätze durchwinden müßte, wenn er verurtheilt wäre, alle Woche ein paarmal diese Plattheiten, diese verzweifelnden Jeremiaden, untermischt mit Verwünschungen und Drohungen, zu lesen, denen der Kummer darüber auf dem Gesichte steht, eben nur Verwünschungen und Drohungen zu sein. Nein, Ihr Aprilhelden vom Jahr 1848, man hat Euch Unrecht gethan, wenn man Euch mit Robespierre, Danton oder Marat vergleicht; es ist keiner von dem Schlag unter Euch schwächlichen Nachgebornen, Ihr habt zu den grauenvollen Gestalten des Jahres 1793 so weit, wie Robert Macaire zu Mirabeau, und nur die unglückselige Großmannssucht, die Euch wie Sancho Pansa plagt, die Revolution von 1789 „noch einmal zu machen", hat Euch in den gefährlichen Geruch gebracht, mit Jenen auf einer Linie zu stehen. — Wer die Blätter der genannten Herren liest, dem müssen über die normale Beschaffenheit ihres Gehirns die allerbeunruhigendsten Gedanken aufsteigen; namentlich ist der Deutsche Zuschauer eine unerschöpfliche Fundgrube für solche psychologische Betrachtungen. Zwischen vielen Plattheiten und abgegriffenen Redensarten, die nach jugendlichen Styiproben aussehen, kommt von Zeit zu Zeit so ein grobkörniger, viereckiger Aufsatz hereingeschneit, in dem sich der ganze Gustav von Struve in seiner liebenswürdigen Eigenthümlichkeit treu so darstellt, wie er sich einst in seinem berühmten phrenologischen Bildersaal zum Ergötzen vieler Leute preisgab *). Da liegt eine Nummer des „Deutschen Zuschauers" vom 21. Juli vor mir, worin die Leute klassificirt werden, die für eine Republik noch nicht ganz reif sind. Da stehen voran natürlich die — Fürsten, denen man das übrigens noch am ersten verzeihen kann. In zweiter Linie die an die Monarchie Verkauften; wer glauben Sie, der unter diesen angeführt wird? Zuerst Metternich, Seldnitzki, Radetzky, Adel, Arnim, Eichhorn und andere Großen von Ehemals, dann — ich citire wörtlich — Mathy, Bürgersdorf, Welcker, Hinkeldey, Georgi, Rüllmann, Hergenhahn. Sie werden mir jedes Wort über dies Prachtstück republikanischen Humors erlassen; nur Schade, daß Hogarth nicht mehr lebt, um zu dieser Tollhaus-Zusammenstellung, in der die berühmten und einflußreichen Staatsmänner Hinkeldei und Georgi neben Metternich, Welcker und Mathy paradiren, die nöthige Illustration zu liefern. — Die dritte Klasse der Unreifen sind endlich „Leute, wie Gervinus, Bassermann, Lichnowski, d. h. die mediatisirten Fürsten, Grafen und Grundherren, die sämmtlich von dem Schweiße des Landmanns, oder die Wucherer, die von dem der gewerbtreibenden Klassen, oder die Professoren und Pfaffen, die von dem wissenschaftlichen und religiösen Aberglauben des Volkes leben." Auch in diesem Satze ist der Verfasser nicht sehr glücklich gewesen; er wollte etwas recht Boshaftes sagen, und sein ohnmächtiger Grimm hat ihn etwas recht Einfältiges sagen lassen. Hält man aber solche Leute bei Ihnen für unzurechnungsfähig, oder hat die geistige Kartoffelkrankheit bei Ihnen so arg gehaust, daß das für politische Weisheit gilt? — Es macht uns vielen Kummer, daß unser ehemaliger Mitbürger Vogt in Ihrer Nationalversammlung so oft zur Ordnung gerufen werden muß. Unsere Schuld ist es nicht, daß der junge Mann nicht besser gerathen ist. Gemeindepräsident und Bürger von Interlaken hatten ihn, nachdem er in einer Art von Reisehandbuch die Mädchen des Berner Oberlandes sämmtlich für käuflich erkläret, wiederholt in unsern öffentlichen Blättern zu sich eingeladen, in der ausgesprochenen Absicht, seine Erziehung zu vollenden, was aber wegen seitdem hartnäckig inne gehaltenen Alibi's nicht möglich war.

*) G. von Struve ist nicht mehr Redakteur des in Mannheim erscheinenden Zuschauers; vielmehr bezeichnet er in einer öffentlichen Erklärung (Frankf. Journal vom 27. Juli) die dermaligen Herausgeber als seine politischen Feinde und beschuldigt sie des Betruges und des literarischen Diebstahls, indem sie ohne sein Wissen eine „Neue Folge" des Blatts erscheinen ließen, mit welcher er durchaus Nichts gemein habe, worin jedoch Aufsätze von ihm benutzt seien. So erklärt er namentlich den oben besprochenen Artikel für sein eigenes Machwerk, und insofern hat unser Korrespondent ganz richtig gerathen.

D. Red.

Niederland.

Brüssel, 25. Juli. Mastricht ist auf die Nachricht von dem Frankfurter Beschlusse in Bezug auf Limburg, in Belagerungszustand erkläet und auf den Wällen sind Kanonen aufgefahren worden.

(Nach. Z.)

Großbritannien.

London, 24. Juli. Briefe aus Dublin vom 22. d. melden, daß die Ankündigung Russell's, er werde das Parlament um Ertheilung von Vollmachten für außerordentliche Maßregeln angehen, in der Hauptstadt große Bestürzung und Niedergeschlagenheit hervorgerufen habe. Aus den Provinzen lauten die Nachrichten täglich beunruhigender. Die Bezirke von Carrick-on-Suir in der Grafschaft Waterford bis Clonmel im Süddistrikt von Tipperary sind vollständig „organisirt". Zu den Grafschaften und Städten, welche bereits unter die Bestimmungen der Entwaffnungsakte gestellt worden, sind mehrere neue hinzugekommen, als die Grafschaft und Stadt Kilkenny, die Grafschaft Meath, mehrere Baronien der Grafschaften Cork und Waterford. Der Waffenverkauf wird nicht mehr öffentlich, aber heimlich in derselben Ausdehnung betrieben, wie früher. Ein großer Theil der katholischen Geistlichkeit, die überall ihre Hände bei solchen Umtrieben im Spiele haben muß, hat sich der neuen Bewegung angeschlossen und wirkt durch aufreizende Predigten und Proklamationen. So hat sich soeben erst der Bischof von Derry, Dr. Maginn, mit 90 Priestern für die Gewaltpartei erklärt und an John O'Connell die Aufforderung erlassen, sich ihr anzuschließen. Inzwischen haben die Leiter der Bewegung: Gavan Duffy, J. Martin, Brennan, Laloe, Meagher u. A. Proklamationen erlassen (zum Theil von ihren Gefängnissen aus, ein Umstand, der unter den königlich Gesinnten in Dublin große Entrüstung gegen die Behörden hervorgerufen hat), worin sie in wahrhaft diutlechzender Weise das Volk zu den Waffen rufen und zum Kampfe auf Tod und Leben gegen die englische Oberherrschaft aufmahnen. Vielleicht nur ein Verzweiflungsstreich! Es gibt aber eine und dieselbe geschichtliche Nemesis für den Hochmuth tyrannischer Fürsten wie für den Uebermuth solcher ehrgeizigen Demagogen, die aus der Revolution ein Handwerk machen, selbst ohne Aussicht auf Erfolg und auf die Gefahr hin, Tausende von Familien in Unglück und ihr Vaterland in blutige Bürgerkriege zu stürzen, deren Ende sich nicht absehen läßt.

Schwerlich dürfte in Irland die „Königin der Waffen", die Pike, gegen das regelmäßige Militär mehr ausrichten, als in Posen die Sense. Andererseits darf nicht geläugnet werden, daß Irland stets nur wie ein ungezogenes Stiefkind von England behandelt worden ist. Namentlich mögen die verletzenden, höhnenden Artikel der Times über Irland, in denen sich stets die schnödeste Mißachtung des irischen Volkes auszusprechen pflegt, um so mehr dazu beigetragen haben, das irische Volk zu erbittern, da die Sprache der Times zugleich der wahrhafte Ausdruck John Bulls ist. So liegt auch hier das Unrecht nach beiden Seiten hin gleich vertheilt.

Digitized by Google

In Liverpool heißt es, daß hier 8000 Arbeiter bereit seien, bei der ersten Kunde von einer Erhebung in Irland aufzustehen. Die Stadtbehörden hielten deßhalb Versammlungen und trafen ihre Vorkehrungen. Zahlreiche Truppenverstärkungen sind in Liverpool eingerückt. Man weiß, daß die großen Städte Englands von irischen Arbeitern überschwemmt sind.

(Die Parlamentsverhandlungen über die Suspension der Habeaskorpusakte in Irland findet man in der Beilage zur morgenden Nummer.)

X London, 15. Juli. (Aus einem Privatschreiben.) Dieser Stockungslande der Engländer an Deutschlands Zukunft fängt an ergötzlich zu werden, weil es immer offenbarer wird, daß wesentlich dieser Unglaube auf nichts Anderem ruht, als auf reiner insularischen Unwissenheit. Nach der Mutter dieser Unwissenheit und ihrer Sippschaft muß man allerdings nicht zu genau fragen, denn dabei kommt auch Etwas von Eifersüchtelei zum Vorschein. L. J. R. ist nur unwissend; P. hat unser Freund etwas stutzig gemacht im Unglauben. P. hat außerdem staatsmännisches Wohlwollen für die germanischen Völker und selbst für ein germanisches Volk. Die Ernennung eines einsichtsvollen, kenntnißreichen, erfahrnen und ehrlichen Handelsministers würde ihn und alle übrigen eben so beruhigen und im Glauben fördern, als die Ernennung R's, der auch mir kein starker und zuverlässiger Mann zu sein scheint (?), beunruhigen würde. — A. ist der ärgste Schader. Er glaubt an Gott und Kaiser Nikolaus. R. ist wenig besser und dabei etwas falsch, katzenartig; so sind namentlich seine Artikel über die dänisch-holsteinische und überhaupt alle deutschen Angelegenheiten. Miß Austin hat einen tadyliku halb süß, halb sauren Artikel über Deutschland im Edinburgh Review geschrieben. Ein publicistischer Querkopf „Travers Twiß" hat eine ganze Schrift, die einzig englische gegen Holland und Deutschland, mithin auch gegen Bunsen geschrieben, mit vieler Ruhe und Anstand. — Noch einige Worte über unsere hiesigen innern Zustände. Unser Ministerium ist schwach, aber jedes andere unmöglich. Peel hat sich fortwährend gegen das Ministerium Russell sehr edel benommen. Aber den Keen der jetzigen socialen Bewegungen verstehen unsere guten Engländer sämmtlich nicht. Es sind die Leute in der Arche, die vom Berge Ararat herabschauen, mit der pharisäischen Genugthuung — „ich danke Dir Herr, daß ich nicht bin, wie dieser einer." — Oder auch, mit der ruhigen und kurzsichtigen Zufriedenheit eines ehrlichen Insulaners auf die unter ihren Füßen tobenden Wellen. So weit aber hat ihnen die Zeit doch die Augen geöffnet, daß sie erkennen: sie müssen in der Reform etwas weiter gehen. Die rate payers, welche jetzt das Recht der Municipalwahlen haben, werden wohl die politischen auch erhalten. Dies würde die Zahl der Wähler im Allgemeinen verdoppeln. An das allgemeine Stimmrecht denkt hier Niemand. Aber auch noch nicht an die Möglichkeit, ja Nothwendigkeit, die ganz außerhalb des politischen Lebens stehenden 5 Millionen Proletarier durch eine eigene Organisation in die Gesellschaft aufzunehmen. Doch tröste ich mich, theuerster Freund, mit Ihrem eigenen, so oft wiederholten Spruch: Man muß bei Engländern niemals verzweifeln, sobald es auf etwas Praktisches ankommt. Die Finanzen sind gesund, trotz des Deficits einer halben Million. Die Papiere sind in einem Monat von 83 bis 88 gestiegen. P. sieht im Hintergrunde die property-tax, neben der unveränderten Income-tax, und ich glaube, dies wird wohl das Richtige sein. — Wohl selten genoß das Königthum hier so viel Ansehn und Vertrauen, und Pr. A. steigt täglich mehr in öffentlicher Anerkennung. Auch hier heißt Belgien jetzt ein Musterland, und sein König wird als Beispiel citirt, wie die Andern sich benehmen sollten. Die Anerkennung Eures neuen deutschen Reichs, wenn es erst besteht, wird natürlich hier gar keiner Schwierigkeit unterliegen. Vielleicht, daß man meinen könnte, man müsse Deutschland fürs Erste auf dieselbe Stufe stellen wie Frankreich. Allein Ihr könnt verlangen, daß Deutschland anerkannt werde, sobald der Bundestag dem englischen Gesandten in Frankfurt angezeigt hat, daß seine Gewalt an den Reichsverweser übergegangen und die einzelnen Regierungen, welche in England beglaubigte Vertreter haben, der englischen Regierung anzeigen, daß sie die Vertretung der deutschen Reichsangelegenheiten an die neue Bundesgewalt abgegeben haben.

Frankreich.

Paris, 25. Juli. Sitzung der Nationalversammlung. Ein Brief des Generals Oudinot zeigt dessen Abreise zur Alpenarmee an. Auf der Tagesordnung stand das Gesetz über die Klubs, worüber die Kommission den gestern charakterisirten Bericht abgestattet hatte. Die Diskussion bestätigte unsere Erwartung; eine ziemlich laue Verhandlung führte zur Annahme des Entwurfs, über den eine allgemeine Diskussion gar nicht Statt fand. Man schritt sogleich zu den einzelnen Artikeln, von denen 1. und 2. sofort angenommen wurden. Artikel 3, den die Kommission hereingebracht hatte und der Frauen und Minderjährige von dem Besuche der Klubs ausschließt, führt eine Diskussion herbei. Herr Broës bemerkt, daß man von Niemanden seinen Taufschein verlangen könne, wenn er einen Klub besuche, und Herr Flocon verwundert sich, daß man in einer auf den Grundsatz der Freiheit und Gleichheit gegründeten Republik die Frauen den Unmündigen gleichstelle. Ein dritter Redner sagt: entweder die Klubs seien gefährlich oder sie seien es nicht — seien sie gefährlich, so sollten weder Mündige noch Unmündige sie besuchen und im Gegentheile sei auch für die Unmündigen keine Gefahr. Bei der Abstimmung wird Art. 3 unverändert angenommen! Art. 4, der die Gegenwart eines Polizeikommissärs bei jeder Sitzung eines Klubs anordnet, wird ebenfalls lebhaft bekämpft und Durrieus Aeußerung, die Anwesenheit eines Kommissärs werde eher eine Provokation als eine Sicherung der Ordnung sein, zieht diesem eine derbe Zurechtweisung von Seite des Ministers Senard zu; auch der Art. 4 wird angenommen. — Art. 5 den Verbalproceß jeder Klubsitzung betreffend wird nach einer unbedeutenden Diskussion angenommen. Art. 6, der jede Diskussion verbiete, die gegen die Gesetze, die Sitten oder die öffentliche Ordnung läuft, ruft eine längere Diskussion hervor, in der verschiedene Fassungen dieses Artikels vorgeschlagen werden; endlich wird die Fassung Vivien's angenommen.

Die Polen haben wieder ein Manifest für die slavische Sache erlassen; dasselbe wiederholt die bekannten Anklagen und stellt immer wieder an Oesterreich und Preußen die ausschließliche Forderung, Polen wiederherzustellen. Selbst der National, der das Aktenstück mittheilt, meint doch, es sei passend gewesen, auch ein Wort über Rußland zu sagen; er wolle die Verantwortlichkeit, die auf Oesterreich und Preußen ruhe, nicht verringern, aber unter den drei Mitschuldigen am Raube sei doch keiner verdammungswerther, als derjenige, der sonst durch keine Wohlthat der Civilisation für seinen Raub einigermaßen entschädigt habe. Dem National kommt es fast so vor, als habe die slavische Bettergenossenschaft mitgewirkt, daß man Rußlands mit solcher Schonung gedenke.

Gestern Nacht haben zahlreiche Haussuchungen in allen Dörfern um Paris Statt gefunden, und 134 Insurgenten, die sich nach den Junitagen in die Bannmeile geflüchtet hatten, wurden, meist noch mit ihren Waffen versehen, bei dieser Razzia entdeckt und in das Gefängniß der Conciergerie gebracht.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat fortwährend lebhafte Verhandlungen mit der Regierung in Betreff der italienischen Angelegenheit. Auch hat Mauguin Interpellationen über denselben Gegenstand angekündigt, auf die der Minister nächsten Montag Antwort geben will.

Herr Thiers regt sich wieder und zwar auf eine Weise, die ihm unsern Dank erwirbt, weil er zeitig Sorge dafür trägt, jede gefährliche Illusion in uns zu zerstreuen. Der heutige Constitutionnel richtet sich nämlich gegen die Lamartinesche Friedenspolitik, die eine Allianz mit Deutschland um jeden Preis wolle; das Blatt warnt vor den gefährlichen Eroberungsgelüsten Deutschlands und führt als schlagenden Beweis dafür den Vorschlag des Abgeord. Sfrörer an, Venedig mit Deutschland zu vereinigen. Deutschland, so meint der Constitutionnel sehr richtig, bedürfe mehr der Koncentration als der Ausdehnung; es gehe aber, fügt er hinzu, das überwiegende Streben auf Ausdehnung. Freilich, meint das Organ des Herrn Thiers, sei eine „wahrhaft freisinnige" Partei auch in Deutschland vorhanden, die dergleichen Gelüste von sich fern halte, d. h. ins Deutsche übersetzt, denen die Deutschen in Schleswig, Limburg, Lurenburg, Posen, Tirol unendlich viel weniger am Herzen liegen, als die Polen, Franzosen, Italiener und weiß Gott wer sonst. Aber glaube Herr Thiers ja nicht, daß unsre modernen Anacharsis Klotze mit ihrer Universalrepublik des Menschengeschlechts einen Boden im Volke haben; außer den schlimmen Diensten, die sie sich selber täglich erweisen, ist zudem kein schlimmerer ihnen zu thun, als eine Empfehlung durch Hrn. Thiers im Constitutionnel. Die sogenannte „nationale Partei", von der das Blatt des Hrn. Thiers sehr wegwerfend spricht, und welcher er vorwirft, sie sei in innern Reformen lau, nach Außen voll Eroberungsgier, freut sich dieses Vorwurfs von Herzen, insofern er von dieser Seite kommt. — Frankreich, so meint der Constitutionnel weiter, wolle Deutschlands aufrichtiger Freund sein, aber nicht auf Kosten seiner ältern Freunde. Die ältern Freunde sind natürlich die Polen und Italiener; die wissen freilich von der französischen Freundschaft zu erzählen — „sie hat an ihnen so viel Lieb's und Treu's gethan, daß sie's bis an ihr selig Ende spüren." Im Feuer der Verhandlung läßt der Artikel denn auch seine Zweifel an

Digitized by Google

der Nationalität nicht nur Posens, sondern auch Westpreußens laut werden; denn auch an Westpreußen hat ja Frankreich einen alten Freund, die „bonne ville" Danzig weiß davon zu erzählen. — Es ist recht gut, daß die Politik des Herrn Thiers bisweilen wieder laut wird; sie ist ein vortreffliches Gegengift gegen den politischen Schlaftrunk, womit uns die Bornirtheit und Gesinnungslosigkeit betäuben möchte.

Der Moniteur zeigt heute in officieller Weise an, daß dieses Jahr keine Feier der Julitage Statt finde und daß die Börse, wie die Gerichtshöfe geöffnet sein würden.

Die Anzahl von vier Militärkommissionen hat sich als ungenügend erwiesen, um den Riesenprozeß der Insurrektion in der angemessenen Zeit zu erledigen. General Cavaignac hat daher angeordnet, daß noch vier neue Kommissionen gebildet werden sollen.

Ungarn.

Pesth, 18. Juli. Man schreibt der Allg. Oest. Z. Wenn ich mich nicht irre, so wird von Seite unseres Ministeriums in den nächsten Tagen ein Schritt geschehen, der Oesterreich und Ungarn wieder näher zusammen bringen, der die Vereinigung der Kriegsministerien beider Staaten vorbereiten wird, eine Vereinigung, die sich täglich mehr als eine Nothwendigkeit herausstellt. Dieser Schritt ist nichts Geringeres als der Vorschlag, für die österreichische Armee in Italien Hilfstruppen zu werben. Ich will nicht sagen, daß unser Ministerium ganz uneigennützig dabei verfährt, ich glaube sogar, daß unsere Anerbieten nur eine Anfrage ist, aber was immer die geheimen Beweggründe unseres Ministeriums sein mögen, die Einigkeit wird ein Gewinn für beide Theile sein. (A. Oest. Z.)

Donaufürstenthümer.

Die Allg. Z. schreibt: Nach direkten Briefen aus Jassy vom 14. Juli, die wir erhalten haben, sind die Russen am 10. Abends, 4300 Mann stark, in Jassy eingerückt. Die Cholera richtet daselbst schreckliche Verheerungen an.

Briefe, welche die Bresl. Z. erhielt, bestätigen dies; es heißt darin: Die Truppen, welche schon einmarschirt sind, mögen auf 28,000 Mann angeschlagen, welche meist bei Berlad in der mittleren Moldau koncentrirt sind, und von dort weiter nach der Wallachei gehen sollen. Die Bewegung in der Wallachei, heißt es, sei bereits unterdrückt. Die russische Okkupation der Fürstenthümer scheint zweifellos zu sein. Handel und Wandel liege ganz darnieder. Alle Behörden haben schon seit drei Wochen der Cholera wegen und in Betracht der politischen Verhältnisse ihre Funktionen eingestellt. Eine Reaktion der Verfassung ganz im russischen Zuschnitt wird erwartet und geht bereits thatsächlich vor sich.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[670] **Pränumerationseinladung**

zum Vortheile der deutschen Flotte, für welche der reine in Deutschland eingehende Ertrag folgender Schrift gewidmet ist, als:

Staatskundliche Aufsätze,

in welchen die wichtigsten allgemeinen Anliegen und Vorkommnisse der Gegenwart auf freisinnige Weise, im Geiste und Bedürfnisse der Zeit, mit steter Rücksicht auf Deutschland und die Bruderländer, vom deutschen und weltgeschichtlichen Standpunkt aus besprochen werden. Diese Aufsätze erscheinen bogenweise, sind im Kommissionsverlage bei Karl Plonnder zu Innsbruck u. durch alle Postämter und Buchhandlungen zu beziehen. Sie werden im Ganzen in Bände abgetheilt werden. Der Preis ist zu Innsbruck vierteljährlich (vom Juli l. J. an) für neun Bogen 45 kr. C.-M. oder 54 kr. R.-W. oder 18 Sgr. Durch k. k. Postämter bezogen aber 54 kr. C.-M. oder 1 fl. 5 kr. R.-W. oder 18 Sgr.

[671] **Neue, gute Bücher!**

Bei Karl Hoffmann in Stuttgart sind im Monat Juni d. J. erschienen und in allen soliden Buchhandlungen zu haben:

Das Buch der Welt, Jahrg. 1848, 6. (Juni-) Lieferung. 4 Bogen Text, mit Portrait L. Uhlands und 3 col. Tafeln. Preis der Lief. 36 kr. — 10 Ngr.

W. Neubert, deutsches Magazin für Garten- u. Blumenkunde; jährl. 12 Lief. von zusammen 24 Bog. mit 24 col. u. schwarzen Taf. Juli. Preis d. Quartals (Ju. b. Sept). 54 kr. od. 1/3 Thlr.

Gistel und Bromme, neuestes u. vollständigstes Handbuch der Naturgeschichte für Lehrer u. Lernende, für Schule u. Haus. 1.—3. Lief. (von je 10 Bog. Text mit 8 col. Taf. Preis à 1 fl. 12 kr. od. 22 1/2 Sgr.

Bromme, Dr, die Verfassungen der Ver. Staaten v. Nordamerika, der Freistaaten Pennsylvania und Texas, der Königreiche Belgien und Norwegen, die Bundesverfassung der Schweiz und die engl. Staatsverfassung. Zur Beantwortung der Frage: Ob Republik, ob konstitutionelle Monarchie? 12 Bog. gr. 8., Preis brosch. 1 fl. 12 kr. oder 22 1/2 Sgr.

[672] **Dienstantrag.**

Für ein Ladenmädchen, das in dieser Eigenschaft schon in Mercereigeschäften war, Kenntnisse vom Stückereifache besitzt u. gute Zeugnisse aufzuweisen hat, ist in einer der größern Städte Badens eine Stelle offen. — Frankirte Anträge mit der Aufschrift L. M. besorgt die Exp. d. Z.

[673] Der Bäckermeister Christoph Brunner von Wallstadt hat sich seit einigen Wochen von Hause entfernt, ohne daß sein Aufenthaltsort bekannt wäre, und das von ihm zurückgelassene Vermögen ist überschuldet. Er wird deshalb öffentlich aufgefordert, seine Zahlungsfähigkeit innerhalb 6 Wochen dahier nachzuweisen, widrigenfalls höheren Orts der Antrag auf Erkennung des förmlichen Konkurses gestellt werden würde.

Zugleich werden zur genauen Feststellung des Schuldenstandes, sowie zur weiteren Beschlußnahme alle Gläubiger desselben zur Anzeige ihrer Forderungen auf

Dienstag den 5. September d. J. Vormittags 8 Uhr

hierher geladen, und wird von den Ausbleibenden angenommen werden, daß sie den Beschlüssen der Erscheinenden beistimmen.

Großgerau, den 26. Juni 1848.

Großherzogl. Hess. Landgericht.

Becker.

[674] **Die „Deutsche Reichstagszeitung"**

erscheint vom 1. Juli an und zwar in größerem Formate und erweitertem Umfange. Mitarbeiter und Berichterstatter in der Nähe und Ferne sind derselben gewonnen, tägliche Uebersichten über die politischen Tagesereignisse, beurtheilt aus dem Gesichtspunkte der Partei, deren Organ die „Reichstagszeitung" ist, werden den Leser in fortlaufender Kenntniß von den wichtigsten Begebnissen unserer so thatenreichen Zeiten erhalt. Kurze und übersichtliche Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung werden wie bisher einige Stunden nach Schluß der Sitzung in der „Reichstagszeitung" veröffentlicht werden. Die Zeitung kostet vierteljährlich 1 fl. 45 kr., und ist durch alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes zu beziehen. **Die Verlagshandlung.**

[675] **Sechs- und ein halb-prozentige Prioritätsanleihe.**

Anmeldungen zur Betheiligung an einer Sechs- und ein halb Prozent jährlichen Zins ertragende und vollkommene Sicherheit gewährende Prioritätsanleihe von zweimal hundert tausend Thaler, welche kraft des Beschlusses der am 7. Juni abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre auf unsere Neuhäuser Werke und Zubehör aufzunehmen ist, sind an die Unterzeichneten zu richten. Das Unterpfand hat einen Kaufwerth von Ca. 1 Million Gulden. Der Zweck dieser Anleihe ist zunächst: dem Betrieb der sowohl für die Fabrikation von Schienen, als auch für alle Sorten von Stabeisen eingerichteten Werke eine vortheilhafte Ausdehnung zu geben. — Die Partialobligationen sollen, damit sie für größere und kleinere Anmeldungen passen, zu 100 Thlr. — 400 Thlr. und 1000 Thlr. Ct. ausgefertigt und mit Coupons auf 20 Jahre versehen werden. Innerhalb dieser Zeit wird auch die Rückzahlung erfolgen. — Die Partialobligationen werden, nach dem Willen der Darleiher, auf den Inhaber, oder auf Namen ausgestellt und eingetragen, und ist solches bei den Anmeldungen zu bemerken. — Die Einzahlungen der angemeldeten Summen selbst geschieht gegen Aushändigung der Partialobligation direkt bei uns oder durch Vermittelung solider Bankhäuser. — Hildburghausen, Juli 1848.

Die Direktion der deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie:

J. Meyer.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

☞ Wir empfehlen den Lesern der Deutschen Zeitung die dem heutigen Blatte beigegebene literarische Beilage: **„Auswahl staatswissenschaftlicher Schriften"**, sie verdient Beachtung.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cliver & Kind, 79 Broadstreet Square in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Amerika können Bestellungen auch an G. A. Klotz in Straßburg Nr. 20 Brandg., Postamt Nr. 20 Rue de Hanovre, gemacht werden.

Deutsche Zeitung.

Die Expedition befindet sich Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 30 kr. Für Abonnenten durch der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 210. Heidelberg, Sonntag 30. Juli. **1848.**

Die zu Mainz versammelten Abgeordneten deutscher Buchdruckergehülfen haben den Wunsch ausgesprochen, „daß alle Zeitungsredaktionen in Deutschland ersucht werden möchten, die Sonntagsarbeit bei Presse so viel als möglich auszusetzen, damit die in Zeitungsoffizinen angestellten Gehülfen die Sonntagsruhe, nach angestrengter Wochenarbeit, nicht ganz zu entbehren hätten". Wir haben uns schon vor mehreren Wochen bereit erklärt, diesem Wunsche zu entsprechen und die Sonntagsruhe eintreten zu lassen, sobald diese Maßregel in einem größern Kreise Anklang fände. Es haben jetzt mehrere der verbreitetsten deutschen Blätter dem Wunsche der Buchdrucker in der Weise entsprochen, daß sie von Monat August an am Sonntag keine Nummer mehr erscheinen lassen, sondern höchstens eine am Samstag vorbereitete Beilage ausgeben wollen, in welcher die am Sonntag früh eingetroffenen wichtigern Nachrichten in gedrängter Kürze noch mitgetheilt würden; auch die unterzeichnete Redaktion schließt sich dem an und läßt somit am 30. Juli ihr letztes Sonntagsblatt drucken; mit dem Monat August beginnt die Sonntagsruhe in der angegebenen Weise.

Die Redaktion der Deutschen Zeitung.

Uebersicht.

Die Grundrechte. II. — Wien (eine Allgem. Slavische Zeitung. Die politische Jugend). Triest (Sinigaglia zum Freihafen ernannt. Benehmen der feindlichen Flotte). Berlin (Kammerverhandlungen. Arago vom Könige empfangen). Danzig (Protest der deutschkatholischen Gemeinde gegen Ronge's politisches Wirken). Stuttgart (Congreß der vaterländischen Vereine zu Cannstatt). Ulm (Maßregeln gegen Wühler). Hannover (Ministerialbekanntmachung in Betreff des Reichsverwesers). Heidelberg (Gervinus' Rücktritt aus der Nationalversammlung). Rendsburg (der Krieg neu eröffnet). Oldenburg (die Wahlen. Bennigsen-Marconnay. Oberst Mosle. Die Truppen). Frankfurt (Blum's Taktlosigkeit. Reichstagsverhandlungen. Der Kommissionsantrag über Interpellationen. Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung. Rundschreiben des Reichskriegsministeriums. Rückblick auf die Debatten der Nationalversammlung. Die russische Cirkularnote an die deutschen Höfe).

Großbritannien. Die Times über die preußisch-deutsche Verwickelung in der dänischen Sache. Die Aufrufe der irischen Revolutionshäupter. Verhaftungsbefehl gegen Smith O'Brien. Wachsende Aufregung. John O'Connell. Die Revolutionsklubs in Liverpool.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung über das Associationsrecht. Thiers Bericht über Proudhon. Die unterdrückten Blätter.

Italien. Neapel. Entschädigung der Franzosen.

Polen. Krakau. Aufhebung des Standrechts.

Donaufürstenthümer. Walachei. Adresse an den russ. Kaiser. Bukarest. Noch keine Russen.

Beilage. Rendsburg. Erklärung Reventlow's über die prov. Regierung. **Schweiz.** Zürich. Annahme des Bundesentwurfs von Seiten des Großen Raths. **Niederlande.** Haag (Bericht über die Entwürfe zur Verfassungsreform. **Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen über die einstweilige Aufhebung der Habeascorpusakte.

Heidelberg, 29. Juli.

So viel sich aus der Berathung und den Beschlüssen der Nationalversammlung über den ersten Artikel der Grundrechte schließen läßt, ist sie nicht Willens, weder auf den Wegen des Partikularismus und der Mißbräuche, wie sie bisher waren, stehen zu bleiben, noch die einer nivellirenden Uniformität, einer rücksichtslosen Einheit und einer grenzenlosen Freiheit zu betreten. Sie hält die richtige Mitte.

Nachdem im §. 18 der Bundesakte, wie der Berichterstatter Beseler in seinem vortrefflichen Schlußvortrage sagte, der Anfang eines Versuchs zu einem allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechte gemacht war, macht der vorliegende Artikel den Versuch zu einem Reichsbürgerrechte zu gelangen, das nicht bloß wie jener §. 18 auf dem Papiere stehen, das sogleich eine Realität besitzen, das mit Organisationen umgeben werden soll, die die Durchführung des Princips sichern und die Fortdauer der alten Uebelstände unmöglich machen. Der §. 1 des ersten Artikels der Grundrechte stellt demnach das Dasein eines solchen Reichsbürgerrechts fest, das die frühere Ausländerei innerhalb des Vaterlandes künftig ausschließt, das den Deutschen verfassungsmäßig und von Reichswegen gewisse gleiche Rechte gewährleistet, die früher nur in dem Rechte der einzelnen Staaten verschiedenartig begründet waren. Diese Rechte benennt, die Folgen des Reichsbürgerrechts bezeichnet der §. 2, wie er in seiner definitiven Gestalt in unsrer Nr. 203 zu lesen ist. Der §. 3 bestimmt dann, daß vermöge des Reichsbürgerrechts die Aufnahme in das Staatsbürgerrecht des einzelnen Staates nicht ohne Gründe verweigert werden kann. Denn das Staatsbürgerrecht (des einzelnen Staates) ist nicht in dem Reichsbürgerrecht enthalten; der Staat soll so wenig in dem Reiche, wie die Gemeinde im Staate aufgehen; das Staatsbürgerrecht hat noch eigene Rechte übrig, z. B. Anrecht am Staatsdienst, die in dem Reichsbürgerrechte (§. 2) nicht enthalten sind; seine Erwerbung soll aber nicht von der Willkür abhängen, sondern an Bedingungen geknüpft sein, die das Reich aufstellt. Der Unterschied zwischen Beiden schien während der Berathung lange unklar geblieben, so daß sogar der §. 3 von einem Redner für überflüssig gehalten wurde. Die die Unisormität eines Gesammtstaats im Sinne hatten, schienen das Staatenbürgerrecht in dem Reichsbürgerrecht aufgehen lassen zu wollen; die den Bundesstaat schärfer ins Auge faßten, wollten im Gegentheile unter dem Reichsbürgerrechte Nichts verstehen, als die Gleichstellung und gleiche Behandlung jedes Deutschen in jedem deutschen Territorium, wornach das Reichsbürgerrecht nicht ein eigenes, unabhängiges, sondern nur ein Komplex der Staatsbürgerrechte der einzelnen Lande wäre. Zwischen diesen beiden Irrungen führt das Gesetz in richtiger Auffassung unseres gemischten Staates mitten hindurch. Gälte die letzte Auffassung, so müßte das Provisorium: „bis zur Erlassung der Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate unter denselben Bedingungen wie den Angehörigen dieses Staates zu" zum permanenten Gesetze werden. Allein dagegen streitet die sehr große Verschiedenheit dieser Bedingungen in den einzelnen Staaten; es wäre dies eine Ungerechtigkeit, eine Strafe gegen die Staaten, die in Bezug auf Niederlassung und Gewerbebetrieb die freieren Ordnungen besitzen und eine Prämie für die beschränkenden Staaten; es ist dies, wie der Abgeordnete Veit anführte, eine Klausel, die in der Föderationsakte von 1777 Aufnahme fand, als Amerika nur ein Staatenbund war, die aber fiel, als es ein Bundesstaat ward. Gerade die Uebelstände, die diese ungleiche Ordnung der Staaten in Deutschland, namentlich für das freiere Preußen mit sich führt, machte, daß sogar jenes Provisorium unleidlich gefunden ward, daß man sobald als möglich aus dem ungewissen Zustande in einen gewissen übergehen wollte. Es wurde daher von Veit ein Antrag eingebracht, daß ein Heimathsgesetz und eine Gewerbeordnung gleich jetzt von dem volkswirthschaftlichen Ausschusse ausgearbeitet und bis zur zweiten Berathung der Grundrechte vorgelegt werden solle. Dieser Antrag ist nur mit einem Mehr von zwei Stimmen angenommen worden; er hätte eine größere Majorität verdient. Denn mit den allgemeinen Sätzen der Grundrechte und mit dem Provisorium ist nicht viel geholfen; in die Nothwendigkeit, Gesetze zu machen, wird aber die konstit. Versammlung, wie groß der Uebelstand auch sei, noch öfter gerathen, und es wäre wohl gut, wenn in Voraussicht dessen das Staatenhaus, wenn auch nur provisorisch, recht bald gebildet werden könnte.

Die Rechte, die das Reichsbürgerrecht unmittelbar und ohne Bedingungen ertheilt, wie die Erwerbung von Grundbesitz, sind die weniger bedeutenden. Die anderen, die an gewisse Bedingungen geknüpft sind, das Heimathsrecht und Gewerbbetrieb, sind die wichtigsten. Jedermann sieht daher ein, daß auf die Ausarbeitung und

Digitized by Google

auf den Inhalt der betreffenden Gesetze Alles ankommt. Die Berathung läßt wohl voraussehen, in welchem Geiste diese Gesetze, deren Vorlage beschlossen ist, geschrieben sein werden.

Zwei Richtungen traten sich in der langen Diskussion über den ersten Artikel, und innerhalb dieses Artikels vorzugsweise über die Fragen der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit, schroff gegenüber, die unitarische der linken Seite, die sehr schwach vertreten war, und die partikularistische, die fast nur von baierischen Rednern, aber von diesen sehr geschickt und gewichtig vertheidigt wurde.

Absolute Gewerbefreiheit und absolute Freizügigkeit haben selbst die Unitarier nicht verlangt: die letztere nicht in der Ausdehnung, daß sie das Recht enthielte, überall Wohnsitz zu nehmen und Gemeindebürgerrecht mit allen Vortheilen und Lasten zu erwerben, den Mitgenuß bürgerlicher Nutzungen aus dem Patrimonialvermögen der Gemeinden und die Theilhabe an Armenunterstützung eingeschlossen. Wohl aber verlangte man eine allgemeine Gewerbeordnung, die eine uniformistische Gleichheit und Freiheit anstrebte; man verlangte Freizügigkeit ohne Aufschub, ohne ein Gesetz, das sie gefahrlos, ohne die Vorbereitungen, die sie erst möglich machten. Kautionen, Vermögensnachweise, Zeugnisse, unbescholtener Ruf, Alles sollte unnöthig sein, damit keine Willkür der Gemeinden und der Polizei wieder Platz greifen könne. Opfer von Zufriedenheit, Gewohnheit, Interesse sollten dabei nicht in Anschlag kommen; die Eingriffe in die Rechte der Gemeinden und Staaten seien doch unvermeidlich, vom Aufgeben der Einzelinteressen hänge grade das Gelingen unserer politischen Einigung ab.

Dem entgegen führten die Partikularisten (und unter ihnen besonders Herrmann, Stahl, Beseler u. A.) ihre Ansicht vortrefflich aus: durch die Gegenstände, um die es sich hier handle, werde die Einheit des Staates, wenigstens seine Macht, die man durch die Einheit zu heben suche, nicht gestärkt. Die Gesetzgebung des Reichs solle den Einzelstaaten von ihrer Autonomie Nichts nehmen, was nicht zu jenem Zwecke absolut nothwendig sei; sie werde sich die Sympathien der Völker erwerben, wenn sie sich in den höheren Regionen über den Partikularrechten der Einzelstaaten halte. Greife sie in dieser Sphäre in die Partikulargesetzgebung nach Gutdünken ein, beschränke sie das Recht der Gemeinde, der wichtigsten aller Associationen, zu sehr, verletze sie durch schneidende Eingriffe wohlerworbene Rechte in den unteren Schichten der Gesellschaft grade, so möge man einen Rückschlag des Partikularismus fürchten, trotz der gegenwärtigen Schwäche der Regierungen: grade diese Eingriffe würden den Regierungen ihre Kraft wiedergeben, indem sie ihnen eine Stütze an den Gemeinden und in der Bevölkerung verschaffen. Denn die, die der unitarischen Ansicht seien, stellten sich gar zu wenig auf den Standpunkt derer, die in dem Genusse der fraglichen Rechte sind, und zu ausschließlich auf den der Andern, die in diesen Genuß von Außen eintreten wollen. Sie würden Gewohnheiten erschüttern, die mit ihren Gebrechen dem Volke lieb geworden sind, geordnete Verhältnisse stören, mit denen man zufrieden ist, eine Centralisation schaffen, gegen die man in Frankreich kämpft, den Polizeistaat ganz im Großen fördern, gegen den man unter uns so eifert. Man solle die Entwicklung der gewerblichen Zustände dem Volke selbst, den Betheiligten, den Ständen der Einzelstaaten, der Partikulargesetzgebung überlassen, der sie angehöre; diese soll die Bedingungen stellen, unter denen man Heimathsrecht, Staatsbürgerrecht erwirbt und Gewerbe ausübt; die möglichen Verbesserungen sollen auf diese Weise aus dem Volksleben hervorgehen, nicht von Außen hineingetragen werden. Man warnte daher vor einer durchgreifenden uniformistischen Gewerbeordnung ꝛc., es sollte die Reichsgewalt nur die allgemeinen Grundsätze normiren und die Ausführung den einzelnen Staaten überlassen, die auch nicht einmal zeitlich zu den Reformen verbunden sein, sondern nur nach dem Ergebniß des Bedürfnisses, beim Umbilden der staatlichen Gesetzgebung auf die Grundsätze, die das Reich aufgestellt, zurückkommen sollten. Inzwischen solle in jedem Staate der Fremde dem Einheimischen gleich gestellt sein, mit Ausnahme der Ausübung politischer Rechte; dies sei die Gleichheit, die hergestellt werden müsse.

Zwischen diesen beiden Ansichten machte sich nun die mittlere geltend, die in den endlichen Beschlüssen herauskeat, deren Principien wohl nicht zu bestreiten sind, der man aber allerdings erst dann ganz auf den Grund sehen wird, wenn die fraglichen Gesetze vorliegen werden. Sie will die Freiheit in den Verhältnissen, um die es sich handelt, vermitteln mit der Ordnung: der Spielraum zwischen beiden ist groß, und Alles kommt auf das Maß an und den Takt, den man bewähren wird. Die Monopolisirung der Arbeit soll aufhören; es soll jeder seine Arbeitskraft im Vaterland da anwenden können, wo es ihm am gelegensten ist. Es soll demnach die Verschiedenheit in der Gesetzgebung über Gewerbwesen und Heimathrecht aufhören; der unendlichen Verwirrung, den zahllosen Streitigkeiten, die bezüglich dieser Verhältnisse zwischen Gemeinde und Gemeinde, zwischen Gemeinde und Staat, zwischen Staaten und Staaten herkömmlich obwalten, soll ein Ende gemacht werden. Der alte Schlendrian kann also nicht sanktionirt werden sollen. Die Gleichstellung des Fremden mit dem Einheimischen ist nicht genügend; es gibt Staaten, wo nicht einmal im Innern Freizügigkeit Statt hat; es gibt Fälle, wo die Niederlassung in dem Einen Staate an Bedingungen geknüpft ist, die sie dem Einwohner eines andern Staates geradezu unmöglich machen. Die Belästigung der freier geordneten Staaten, wie Preußen, die schon jetzt in den größern Städten sehr arg ist, würde dann ganz unleidlich werden: Preußen hat in Bezug auf Heimath und Gewerbwesen die liberalste Gesetzgebung für die Inländer; für die Ausländer stellt es beschränkende Bedingungen, die aber gegen die übrigen Ordnungen der deutschen Staaten noch immer sehr liberal sind. Höbe man diese durch die vorgeschlagene Bestimmung auf, so benachtheiligte man gerade diesen freiesten Staat aufs Empfindlichste; jeder Deutsche sei dann dort ohne alle Belästigung, aber nicht umgekehrt; und der Andrang müßte erst dann recht erdrückend werden, wenn das freie Zugsrecht mehr, als es jetzt der Fall ist, bekannt und geübt würde. Diese partikularistischen Schranken also, schlimmer als die Zollschranken, müßten fallen: dann werde auch nach Baiern und Hannover eine frischere Bewegung des gewerblichen Lebens kommen. Eine allgemeine Maßregel müsse an die Stelle der Verschiedenheit und der Willkür treten; sie werde einzelne Interessen verletzen müssen; aber die betreffende Gesetzgebung solle darum nicht nivelliren, nicht einmal uniformiren: es komme darauf an, muthig und vorsichtig zugleich, nicht zu wenig und nicht zu viel geben zu wollen. Eine allgemeine Gewerbeordnung sei nicht unmöglich, überall hätten sich die Zunftordnungen einander genähert. Sie solle zwischen Zunftzwang und unbedingter Freiheit die Mitte halten: die letztere hätte in Frankreich den Unterschied zwischen Arm und Reich in nur warnender Weise gefördert; in England ist sie durch die geheiligte Sitte moderirt, daß jeder Gewerbübende sieben Jahre gelernt haben muß; bei uns muß die Gesetzgebung der Sitte zu Hilfe kommen und die Bedingungen zur Befugniß des Gewerbebetriebes festsetzen. Das Gesetz wird also nicht bloß Freiheit geben, sondern sie organisiren, wobei die Freiheit, wie der Abgeordnete Reichensperger vortrefflich sagte, jedesmal eine Abgabe geben müsse, wie das Vermögen für seine Sicherung. Wie viel sie in diesem Falle abgeben solle, darüber, fügte er bei, solle man die Erfahrneren, nicht als Gesetzgeber, aber als Berather, reden lassen: damit man nicht zerstöre, ohne aufzubauen, keine vagen Bestimmungen treffe, sondern tief in die konkreten Verhältnisse eingreife. Und in dieser Beziehung läßt sich ja gewiß viel hoffen von der Rüheigkeit, die gerade die Frankfurter Berathung unter die Erfahrenen geworfen hat: man muß glauben, daß die Gewerbekongresse bis zur zweiten Berathung der Grundrechte hin und für den Entwurf der betreffenden Gesetze sehr gutes Material liefern werden. Unter der Theilnahme der Betheiligten könnte dann allerdings eine Gewerbeordnung ein Segen werden, die, bisher von den Regierungen einseitig erlassen, überall eine Last war.

Man wird also ein einheitliches Gesetz über Heimathrecht und Gewerbebetrieb ausarbeiten; geht man erst an dieses Geschäft, so werden sich die großen Schwierigkeiten herausstellen und ihre Berücksichtigung fordern. Man wird sich in gesetzgeberischer Weisheit hüten, zu sehr ins Specielle einzugehen. Das Gesetz wird sich auf wenige allgemeine Bestimmungen beschränken müssen, es wird nicht weit über bloß normirende Grundsätze hinausgehen, es wird von der Reichsgewalt ein Minimum bezeichnet werden, das die Staaten gewähren müssen; es wird dies Reichsgesetz sich dem nähern, was Heermann von Seite der Partikularisten verlangt hatte: es wird mehr nur grundsätzliche Bestimmungen enthalten, die kein absolutes Gleichmachen bezwecken, die dem Einzelstaate eine bestimmte Grenze freilassen, innerhalb deren er sich bewegen kann. Zwischen Herrmann und dem Ausschuß für Verfassungswesen, das will principiell sagen, zwischen den partikularistischen und einheitlichen Ansichten, stellte sich am Schlusse der Verhandlungen denn auch eine entschiedene Annäherung heraus; und dies ist ja im Grunde Alles, was man wünschen kann. Hoffen wir denn, daß auf diesem besonnenen Wege fortgefahren wird; es

kommen in den Grundrechten die Artikel, wo Umsicht und Maß noch mehr erfordert werden, als hier. Einzelne Fehler und Uebereilungen können mit unterlaufen, wie es uns z. B. mißlich erscheint, daß nach der jetzigen Abstimmung eine gesetzliche Beschränkung des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, nicht zulässig sein soll. Aber dergleichen kann bei der zweiten Berathung ja noch immer verbessert werden, und es kommt nur darauf an, daß die Zwischenzeit benutzt wird, um in der Presse und in den Klubs über die übersehenen, die bestrittenen, die überritten Punkte aufzuklären. Wie wenig aber die Nationalversammlung in diesen Geschäften zu tumultuarischen Beschlüssen aufgelegt ist, ging aus der ganzen Diskussion dieses ersten Artikels zur Genüge hervor, und es liegt noch mehr ausgesprochen in dem Beschlusse, sie einer zweiten Berathung zu unterwerfen. Eine Versammlung, die vor solch einer Gründlichkeit nicht zurückschreckt in solch einer umfangreichen Materie, kann gewiß nicht der leichtsinnigen Gesetzmacherei beschuldigt werden. Und der Partikularismus würde sich offenbar aufs Stärkste versündigen, wenn er sich voreilig um einzelner Mißgriffe willen mit einer solchen Vertretung in Opposition setzen wollte. Die Linie ist ungemein fein, auf der unsere einheitlichen und partikularen Interessen zusammentreffen und sich vereinbaren müssen; wir thun, was wir können, um mit der äußersten Unparteilichkeit, ja mit einer fast empfindlichen Schärfe nach beiden Seiten hin bemerkbar zu machen, wo sie uns überschritten zu werden scheint, aber zugleich mahnen wir aufs Dringendste, auf keiner Seite dieser unserer kritischen Empfindlichkeit, die uns zukommt, faktisch Raum zu geben. Dies sind nicht Zeiten, in denen man es so genau nehmen darf, wenn die rechten Wege nicht gar zu rücksichtsvoll eingehalten werden; gegenseitige Nachsicht wird nach beiden Seiten immer mehr den Takt lehren, sich nebeneinander friedlich zu Einem Ziele zu bewegen.

Oesterreich. Wien, 22. Juli. Die Allg. Z. enthält Nachstehendes: Seit einigen Tagen erscheint hier auch eine „Allgem. Slawische Zeitung“ unter Tscebetsky's Redaktion, deren ausgesprochener Zweck Entwicklung der slavischen Nationalität auf demokratischer Basis, Befreiung der Südslaven und Sympathisirung mit dem Deutschland Ruge's, Feuerbach's ꝛc., sowie mit dem Frankreich Lamennais, im Fall aber einer konservativen Gestaltung Deutschlands mit dem demokratischen Oesterreich und Frankreich. Auch eine „Teinité politique: Liberté, fraternité et égalité“ ist als Zeitschrift angekündigt. Dieß ist nun die — Gott weiß wievielte — journalistische Erscheinung, deren jeder Tag fast mehrere neue gebiert. Alle Welt politisirt, besonders aber die Jugend, die nun für sich allein alle Zukunft in Beschlag nimmt, nachdem sie sich ohnehin schon auf dem Boden der Gegenwart als souveräner Gebieter gebahrt.

☽ Triest, 23. Juli. Soeben läuft die Nachricht ein, daß durch einen Beschluß des päpstlichen Ministeriums Sinigaglia zum Entrepot ernannt ist und den Einwohnern entsprechende Privilegien zugesichert werden. — Die feindliche Flotte kavirt fortwährend in den Gewässern von Umago. Meine gegen Sie wiederholt ausgesprochene Vermuthung, daß der verrätherische Bua als die Hauptursache der seltsamen Widersprüche in der Verfahrungsweise und den Proklamationen des feindlichen Geschwaders zu betrachten sei, bestätigt sich auf vielfache Weise, besonders aber durch den Umstand, daß seit Bua's Entfernung nach Venedig die früheren Inkonsequenzen sich nicht wiederholt haben, und seit Albini's letzter Proklamation der Handelsschifffahrt keinerlei Hindernitz in den Weg gelegt wurde. Die Kapitäne, welche in den letzten Tagen hier eintrafen, rühmen das freundliche Benehmen, welches Albini bei der Besichtigung ihrer Schiffe beobachtete. Ja, ein Kapitän erzählt, der feindliche Admiral habe geäußert, er hoffe „bald als Freund“ in unserer Stadt zu erscheinen, um sich persönlich für die vielen Unannehmlichkeiten zu entschuldigen zu können, die er uns wider seinen Willen bereitet. Rechnet man zu der Thatsache, daß die Blokade für den Augenblick nur noch pro forma aufrecht erhalten wird, die auffallende Unthätigkeit in beiden Heerlagern, die sich täglich wiederholenden Friedensgerüchte, ferner die merkwürdig veränderte Stimmung in den italienischen Korrespondenzen der „Times“ und „Daily News“, und endlich die österreichischen Sympathien, welche überall in Italien auftauchen, so dürfte alles Dieses in gewöhnlichen Gang der Dinge auf einen baldigen Frieden hindeuten. Der Gang der Dinge ist aber ein sehr ungewöhnlicher und in keinem Falle möchte ich Ihnen rathen, diesen Brief als eine Friedensprophezeiung anzusehen.

Preußen. ☽ Berlin, 25. Juli. In der gestrigen, nur zur Neuwahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten angeordneten, Sitzung unsrer Abgeordnetenversammlung wurde der frühere Präsident Grabow mit großer Stimmenmehrheit bestätigt, ebenso auch seine früheren Stellvertreter bis auf den aus der Reihe der Abgeordneten wegen seiner „Beförderung im Staatsdienste“ ausgeschiedenen Vicepräs. v. Kirchmann, für welchen von Uneck aus Magdeburg mit 178 Stimmen eintrat. In der heutigen Sitzung war Nichts bemerkenswerth als eine Interpellation des Finanzministers wegen der von der Regierung ohne ständisches Gutachten begonnenen Arbeiten an der Ostbahn, auf welche Hansemann mit einem soeben von ihm vorbereiteten Gesetzentwurfe zu antworten versprach. Weitere Erklärungen wich der Minister zu großer Unzufriedenheit der Linken aus. Waldeck erstattete darauf als Vorsitzender der Verfassungskommission den gewohnten wöchentlichen Bericht. Das Wichtigste ist bereits bekannt, namentlich das nur aufschiebende Veto, welches dem Könige beigelegt ist. Die Arbeiten der Kommission sind bis auf die Fassung, welche bis morgen vollendet sein wird, geschlossen. Der Entwurf geht nun an die Abtheilungen und von hier nach möglichst beschleunigter Berathung an die Plenarversammlung. Auf der Tagesordnung stand heute der Bericht der Kommission zur Begutachtung der zur Abänderung der Geschäftsordnung gestellten Anträge. Im Allgemeinen behält man sie unverändert bei. Nur das Recht der Interpellation erfährt, weil es so vielfach mißbraucht worde, harte Angriffe, die indeß glücklich abgeschlagen werden. Mit Recht macht man darauf aufmerksam, daß manche Ueberschreitung des Maßes, deren sich beide Seiten schuldig machten, in der Neuheit der Sache ihren Grund hatte. Nichts Unglücklicheres könne es geben, als Beschränkung der Freiheit des Mißbrauchs wegen. In diesen Fehler verfallen, hieße ja der Absolutie nacheifern, welche die Censur einführte, weil man die Freiheit nicht immer zu würdigen verstand. Es wurde in dieser Beziehung folgende Fassung des betreffenden Paragraphen der Geschäftsordnung angenommen: ... ist der Interpellant der Ansicht, daß die Antwort seine Frage nicht erschöpft hat, so ist demselben wiederholt das Wort gestattet. Demnächst kann jedoch sowohl über die Vollständigkeit der Antwort, als auch über die darin ausgesprochenen Ansichten und Grundsätze nur zufolge eines Beschlusses der Versammlung die Debatte eröffnet werden.

✕ Berlin, 25. Juli. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war eine der unergiebigsten. Den größten Theil derselben nahm der Kommissionsbericht über vorgeschlagne Abänderungen zum Geschäftsreglement in Anspruch. Die meisten darunter waren unbedeutend und unzweckmäßig; aber, obwohl sie fast sämmtlich nach kurzer Debatte beseitigt wurden, nahmen sie doch viel Zeit fort. Den einzigen wichtigen Antrag brachte Borchart vor, konnte aber nicht die sofortige Berathung desselben erlangen. Es war im Wesentlichen der, welchen Jung schon vergebens gestellt hatte: Aufhebung der ganz unzeitgemäßen Paragraphen des Landrechts über frechen und unehrerbietigen Tadel der Obrigkeit. Es wäre wirklich im Interesse der Ordnung dringend zu wünschen, daß diese Gesetze bald durch andere ersetzt würden. — Für die Freitagssitzung stehen dagegen interessante Anträge auf der Tagesordnung. Der Staatsanwalt Kuchmann hat die Verhaftung des Abgeordneten Kuhe beantragt, weil er der Theilnahme an den Ereignissen vom 14. Juni dringend verdächtig sei. Er ist am folgenden Tage im Besitz eines Zündnadelgewehres gewesen, das er nach seiner eignen Versicherung sich aus dem Zeughause geholt hatte. Die Abtheilungen haben sich natürlich für den Antrag erklärt und wird derselbe auch ohne Schwierigkeit in der Versammlung durchgehen. — Ebenso hat die Centralabtheilung auch den Vorschlag des Abg. Lisecki auf Abschaffung der Todesstrafe zu dem ihrigen gemacht. Nur für den Kriegs- und Belagerungszustand soll sie beibehalten werden. Ich denke, in politischen Angelegenheiten wird sie wohl fortbestehen trotz aller Dekrete: sie ist da eine Art Nothwehr. Auf welche Weise man aber gemeine Mörder unschädlich macht, das scheint mir in der That eine so wichtige Sache nicht zu sein. — Auch die Verfassungskommission hat heute ihren letzten Bericht abgestattet; der Entwurf geht nunmehr in die Abtheilungen. Unter den letzten Mittheilungen Waldeck's war die wichtigste, daß dem Könige ein suspensives Veto zugestanden ist, dessen Kraft erlischt, sobald ein Antrag drei Mal unverändert durch beide Kammern gegangen ist. Ich fürchte, im Schooße der Versammlung werden sich wieder die alten heftigen Debatten über absolutes und suspensives Veto erneuern, deren Nutzlosigkeit schon Mirabeau zur Genüge nachgewiesen hat. Für das Königthum ist jedenfalls ein suspensives Veto vortheilhafter: denn von diesem kann der Fürst Gebrauch machen, ohne das Land in Aufregung zu versetzen — nicht so von dem absoluten. Besitzt er das Letztere, so hat jede abschlägige Antwort eine ganz andere Bedeutung, und sicher würde er sie bei demselben Antrage nicht mehr als zweimal anwenden können. — Jetzt liegt auch der erste Bericht der Petitionskommission im Druck

vor, ein ziemlich voluminöses Aktenstück. Ueber 6000 Petitionen sind eingegangen; der größte Theil davon ist den einzelnen Fachkommissionen überwiesen worden. Der Rest ist ein wahres testimonium paupertatis, das die Provinzen sich ausgestellt haben. Sie haben keinen Begriff von dem Nonsens, der hier zusammengestapelt ist: die Antwort lautet denn auch in den meisten Fällen „Tagesordnung." Die meisten Bittschriften betreffen reine Privatverhältnisse. Bauern bitten, ihren Gutsherrn zur Herabsetzung der Pacht zu zwingen; Andere klagen über verlorne Prozesse. Dann ist eine Gemeinde, die dringend um die Erlaubniß nachsucht, ihrem Schullehrer ein Drittel seines Gehaltes streichen zu dürfen, weil er das unverschämte Einkommen von 120 Thlr. jährlich besitzt. Noch andere Bittsteller meinen, man solle die Appellationsgerichte abstellen, weil sie zu viel Geld kosten ꝛc. — An einen Frieden mit Dänemark scheint man leider vor der Hand wohl noch nicht zu denken: gestern wurden im ganzen 20. Landwehrregiment Freiwillige nach Schleswig aufgerufen, deren sich auch eine ziemliche Anzahl meldete. — Das Gefühl der deutschen Einheit will hier nicht recht Wurzel schlagen; ein specifisch preußischer Patriotismus zeigt sich immer deutlicher und wird von den Anhängern des Alten auf's Schändlichste ausgebeutet. Jetzt ziert die Straßenecken ein nicht ungeschickt geschriebner Anschlag „an das Volk." Das Schwert, das lange drohend über unserm Haupt geschwebt, heißt es darin, sei jetzt endlich herabgefallen. Das theure Vaterland solle nun vernichtet werden; was Friedrich II. erbaut, was die Freiheitskriege erhalten, das solle nun zu Grunde gehen. Denn nichts Anderes verständen die „Republikaner" unter dem Aufgehen Preußens in Deutschland. — Das Pamphlet hat viel Eindruck gemacht. Sie sehen daraus, daß die Reaktion doch noch nicht so ganz erstorben ist, und den Partikularismus auszubeuten sucht. Auch ich halte es für besser, den Blick keck und fröhlich in die Zukunft zu richten, statt viel nach hinten zu sehen — auch ich weiß, daß die Grenze hier scharf gezogen ist, und daß man durch Gespensterseherei nur den Anarchisten dient: aber darum kann man doch nicht läugnen, was da ist und täglich deutlicher hervortritt?

Berlin, 24. Juli. Der „Staatsanzeiger" berichtet officiell „Se. Majestät der König haben heute Mittag 1 Uhr auf dem Schlosse zu Charlottenburg dem Herrn Emanuel Arago eine Privataudienz zu gewähren und von ihm das Schreiben entgegenzunehmen geruht, durch welches derselbe als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der französischen Republik an Allerhöchstihrem Hoflager beglaubigt wird.

Danzig, 22. Juli. Die Aeltesten der deutschkatholischen Gemeinde haben in der heutigen Nummer des Dampfboots eine Verwahrung eingelegt, worin sie erklären, daß sie die jetzige politische Thätigkeit Ronge's nicht billigen und daß er weder in ihrem Auftrage noch mit ihrer Zustimmung handle. (Voss. Z.)

** **Aus Würtemberg**, 24. Juli. Wir hatten heute in Eßlingen eine sehr interessante politische Versammlung. Sie haben von den Spaltungen des Stuttgarter vaterländischen Vereins in den letzten Tagen berichtet; durch dieselben besonders mußte seine Stellung als Hauptverein, als Mittelpunkt sämmtlicher Landesvereine geändert werden. Deßhalb, zum Zweck der Schaffung eines neuen Mittelpunkts, war eine Versammlung von Abgeordneten aller Vereine einberufen worden, und je 3 Abgesandte von 40 und etlichen Vereinen traten hiezu in dem mit Fahnen geschmückten Gerichtshofsgebäude vor zahlreichem Publikum zusammen. Es war vorauszusehen, daß ein lebhafter Streit zwischen dem alten Hauptverein und den 30 Vereinen, welche sich inzwischen zu dem R. Römer'schen Programm bekannt hatten, entstehen werde, und eine Heilung des Risses war kaum anzunehmen. Anfangs hielt sich die Debatte ganz ruhig; ein höchst ungeeigneter Antrag eines Einzelnen, der zum Voraus den Hauptverein entfernen wollte, fiel durch, man war über die Schaffung eines Centralausschusses der Vereine einig. Als aber die leitenden Grundsätze desselben zur Berathung kamen, zeigte sich, daß Einigung nicht ging. Zu den allgemeinen Sätzen wurde die Bestimmung, welche das Programm des Stuttgarter Volksvereins enthält, vorgeschlagen, die nämlich, zu sagen, daß sich das demokratische Prinzip in der Republik, wie in der Monarchie verwirklichen könne; dieser Punkt, also wieder die Staatsform, veranlaßte Widerspruch, es wurde abgestimmt, und wenn kürzlich dieser Punkt in Stuttgart in einer eklatanten Minderheit geblieben war, so hatte er heute in der Vereinigung der Landesabgesandten die eklatante Mehrheit, etwa 100 Stimmen gegen 27. Die drei Abgesandten des Hauptvereins, unter ihnen Kanzler von Wächter, erklärten nach diesem Durchfall ihren Austritt von allen übrigen Bestrebungen der unter dem Satze verbundenen Vereine. Ein Theil der Minorität, bloß die Abgesandten des Stuttgarter Vereins, traten aus, die übrigen Dissentienten nahmen nach wie vor Theil. Ueber alles Uebrige war dann schnelle Einigung; man wählte einen Landesausschuß von 15 Mitgliedern auf 3 Monate, man beschloß öfter solche Versammlungen zu veranstalten. Der Riß wird jetzt wohl noch weiter gehen, und wir werden, wie es scheint, nun 3 Arten politischer Vereine haben: die demokratischen, exklusivkonstitutionellmonarchischen und die Volksvereine, welche den Streit der Staatsform bei Seite lassen.

Ulm, 25. Juli. Der in jüngster Zeit Ulm vielbewegende Redakteur des „Erzählers an der Donau", B. Schisterling, ist zu Stuttgart, wosetbst er wegen Beleidigung des Königs und Preßvergehen in Kriminaluntersuchung steht, verhaftet worden. Als dies im April d. J. bewerkstelligt worden war, wurde bekanntlich Schisterling durch einen Volksauflauf den Händen der Obrigkeit gewaltsam entrissen und ihm, nebst Andern, ein solenner Fackelzug, dem wackern — vor dem 24. Februar d. J. schon für ein freies Volksthum und Ein Deutschland thätigen — Haßler aber ein Charivari gebracht! Schisterling war bisher Vorstand des hiesigen sogenannten „Arbeitervereins." Ein anderer Koryphäe dieses Vereins, Kommissionär Kauffmann, befindet sich wegen Unterschlagung von anvertrauten Geldern bei dem hiesigen Oberamtsgerichte in Haft und Untersuchung; ein Literal Hauber aus Herrenberg aber, der, wie man hört, neuster Zeit ebenfalls als „Wühler" Geschäfte machte, ist mittelst Schubs in seine Heimath befördert worden. Es ist gut, daß endlich die Behörden Thatkraft zeigen, damit das wühlerische, wahrer Freiheit verderbliche Treiben derartiger Leute ein Ende nimmt. Ueber die Resultate der wegen der Militärexcesse in dem Beinhaus zum Schiff eingeleiteten Untersuchung verlautet nichts Bestimmtes, indeß dürfte deren Beendigung nicht mehr fern sein. (Allg. Z.)

Hannover, 25. Juli. Unsere heutige Zeitung bringt folgende Ministerialbekanntmachung: „Nachdem von der deutschen Nationalversammlung die Gründung einer provisorischen Centralgewalt und die Uebertragung derselben auf Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich beschlossen ist, und nachdem dieser Wahl der volle Beifall der deutschen Regierungen zu Theil geworden ist so bringen Wir dieses für das gemeinsame deutsche Vaterland so höchst erfreuliche Ereigniß hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, indem Wir zugleich den von des Reichsverwesers kaiserlichen Hoheit unter dem 15. d. M. erlassenen Aufruf an das deutsche Volk auf Ersuchen des Reichsministers des Innern bekannt machen. Hannover, 22. Juli 1848. Königlich hannoversches Gesammtministerium. Bennigsen."

Baden. * **Heidelberg**, 28. Juli. Es thut uns leid anzeigen zu müssen, daß unser Gervinus in Berücksichtigung seines schwankenden Gesundheitszustandes sein Mandat als Mitglied der Nationalversammlung niederlegen wird. Er denkt eine kurze Erholungsreise nach dem Süden zu machen.

† **Oldenburg**, 25. Juli. Unsere bisherigen Wahlmännerwahlen sind fast alle sehr entschieden demokratisch ausgefallen. Mehrere reaktionäre, oder als reaktionär angesehene Bestimmungen des provisorischen Wahlgesetzes, welche man trotz dringender Petitionen aufzuheben und umzuändern sich von Oben her weigerte, haben dazu wesentlich beigetragen. Protestationen, in Volksversammlungen beschlossen, vermehrten die Aufregung, und die Abneigung gegen alles mit der Staatsregierung Zusammenhangende ging so weit, daß es z. B. bei den Wahlen der Wahlmänner fast entschiedene Regel wurde, keinen Staatsbeamten zu wählen. So sind denn auch bei der Wahl von 34 Wahlmännern der Hauptstadt nur drei Staatsdiener, sämmtlich jüngere Männer von sehr ausgesprochener liberaler Gesinnung, gewählt worden, und es scheint allem Vermuthen nach, daß sich dieselbe Abneigung auch auf die Wahlen der Abgeordneten, welche unsere Verfassung mit dem Großherzoge zu vereinbaren berufen sind, übertragen und somit eine nicht unbedeutende Zahl von Kapacitäten ausschließen wird. Ist dies freilich im Allgemeinen zu beklagen, so zeigt es doch nur ein Symptom des tiefen Mißtrauens, welches sich bei den Regierten gegen ihre bisherigen Regierer überall festgesetzt hat, obschon gerade in unserm Lande sich nicht läugnen läßt, daß seit den letzten zehn Jahren fast ausschließlich die Klasse der Staatsdiener sich vorzugsweise die Ausbildung liberaler Gedanken hat angelegen sein lassen. Die Verhandlungen unseres vereinbarenden Landtags werden, aller Aussicht nach, ziemlich stürmisch werden. Unser Minister v. Beaulieu-Marconnay hat bereits wiederholt seine Entlassung gefordert und dieselbe gestern erhalten. Zugleich ist gestern unser früherer Vertreter an dem reorganisirten Bundestage, der Oberst Mosle, von Frankfurt auf speciellr Aufforderung des Großherzogs hier angelangt, um ein anderes Kabinet zu bilden. Oberst Mosle ist ein Mann von so eminenten Fähigkeiten und Eigenschaften, daß man ihm hier bei der Frankfurter Reichsregierung eine bedeutende Stellung

als sichere Zukunft voraussagte, und es ist sehr die Frage, ob er geneigt sein möchte, sich hier in einem kleinen Parteikampfe unter kleinen Verhältnissen abnutzen zu lassen, zumal da hier seine Popularität diejenige ist, welche sehr bedeutende Menschen in kleinen Verhältnissen überall zu begleiten pflegt. Vor einigen Tagen ist bei dem hiesigen Militärkommando die erste direkte — nicht durch das Kabinet vermittelte — Anordnung des Reichskriegsministeriums eingetroffen. Es zeigt sich also, daß die Reichsregierung die Gelegenheit der Besitzergreifung der ihr überlegenen Macht zu erfassen rasch bei der Hand ist.

Schleswig. ** Rendsburg, 25. Juli. Vielleicht ist es Ihnen neu, daß die Waffenstillstandsunterhandlungen, die seit mehreren Tagen in Kolding zwischen General Wrangel und Hedemann gepflogen wurden, gestern gänzlich abgebrochen sind. Die Feindseligkeiten beginnen heute von Neuem, nachdem gestern Abend 10 Uhr der kurze zum Behuf der Unterhandlungen geschlossene Waffenstillstand abgelaufen ist. Diese Nachrichten sind so eben durch eine Stafette aus dem Hauptquartier hier eingetroffen.

§ Frankfurt, 28. Juli. Die gestrigen Beschlüsse der Nat.-Vers. geben eine reiche Ausbeute für neue Trompetenstückchen der Linken. Wenn die Zeitungen und Flugblätter dieser Farbe ihre Anathemas auf eine deutsche Nat.-Vers. schleudern, weil diese mehr deutsch als polnisch zu sein sich erkühnte, so läßt sich das nicht anders erwarten. Wenn aber Herr Rob. Blum heute bei der Beerdigung des echt deutschen Wirth in seiner Grabrede den Verstorbenen glücklich pries, daß er den Tag nicht erlebte, an dem ein Volk das andere mordete, so hätte man doch von einem Parteiführer etwas mehr Takt erwarten dürfen. Uebrigens ist er mit seiner eignen Partei wegen seines Benehmens gegen Jordan in Zerfall gekommen, und man weiß jetzt nicht, was er für eine Rolle übernehmen wird. — Nach der dreitägigen Polenschlacht ging die Versammlung heute an friedliche Geschäfte. Zuerst stand auf der Tagesordnung der Bericht des Abgeordneten von Lindenau, die Interpellation an die Minister betreffend. Bassermann trug auf Verwerfung der Ausschußanträge an, weil er glaubt, der §. des Gesetzes über die Centralgewalt, welcher festsetzt, daß die Minister auf Verlangen der Nat.-Vers. in der Sitzung zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen hätten, in Verbindung mit der Geschäftsordnung vollkommen genüge. Wenn man nach dem Vorschlage des Ausschusses gestatte, daß Jeder, sobald nur 20 Mitglieder ihn unterstützen, interpelliren könne, so sei zu befürchten, daß die Minister gar nicht von der Tribune herunterkommen, und die Hauptaufgabe der Nationalversammlung ganz zurückbleibe. Gegen diesen Antrag erheben sich viele Redner, nicht allein von der Linken, sondern aus allen Fraktionen, Eisenmann, Vogt, Wippermann, Wesendonk und Römer. Die Aeußerung Bassermanns, daß, wo legendwo in Deutschland ein Handwerksbursche ausgewiesen werde, sogleich der Reichsminister auf die Tribune werde eitirt werden, wurde von Vogt benützt, um ihn wegen Geringschätzung der Arbeiterklasse zu schulmeistern, was sehr geeignet war, die Gallerie mit großem Jubel zu erfüllen und katzenmusikalische Gedanken zu erregen. Bassermann zeigte freilich hernach, daß man seine Worte verdreht hatte, allein was hilft das? Es ist einmal geklatscht. — Edel will das Interpellationsrecht nicht geschmälert wissen; es sei eine mächtige Waffe der Versammlung, besonders der Minorität, um die Regierung zu kontrolleren und vorwärts zu treiben. Die Interpellation sei aber als vollendet zu betrachten, sobald die Antwort des Ministers erfolgt sei. Eine weitere Diskussion will er nur dann gestatten, wenn auf die Antwort des Ministers ein bestimmter Antrag von dem Interpellator gestellt wird. In diesem Sinne wird der §. 5 des Gesetzes abgeändert. Das Interpellationsgesetz wird hierauf in folgender Fassung angenommen:

1) Jeder Abgeordnete, der eine Interpellation an die Reichsminister beabsichtigt, hat solche am Tage vor der nächsten Sitzung schriftlich bei dem Präsidium einzureichen, um von Letzterem sofort zur Kenntniß des betreffenden Ministers gebracht zu werden; in wiefern Interpellationen, die als besonders dringend bezeichnet werden, ausnahmsweise, in der Sitzung selbst eingegeben werden können, darüber hat jedesmal die Reichsversammlung zu entscheiden; 2) jede solche Eingabe muß den Gegenstand der Interpellation und deren Veranlassung kurz und bestimmt angeben; 3) die Verlesung dieser Interpellation in der Reichsversammlung erfolgt ohne weitere Motivirung jederzeit vor der Tagesordnung; die Frage wird sodann nach §. 29 der Geschäftsordnung auf Unterstützung gestellt und die Interpellation zurückgelegt, wenn solche nicht ausreichend stattgefunden hat; 4) findet sich die Interpellation gehörig unterstützt, so hat der betreffende Reichsminister in derselben Sitzung, „entweder die gewünschte Erklärung abzugeben, oder den Tag zu bestimmen, wann dies geschehen soll, oder die Gründe anzuzeigen, warum überhaupt eine Erklärung nicht abgegeben werden kann." 5) Eine Berathung nach der ministeriellen Erklärung kann nur dann gestellt werden, wenn in Folge derselben ein Antrag gestellt wird, und die Versammlung denselben für dringlich erkennt.

Hierauf folgten die Anträge von Schoder, Lette und Biedermann, Abänderungen der Geschäftsordnung betreffend. Der Schodersche Antrag will alle Amendements zu den Grundrechten schriftlich dem Ausschuß überreichen, und dann eine Abstimmung über die einzelnen Paragraphen ohne alle Diskussion. Nach diesem Antrage hätte die Nationalversammlung Nichts zu thun, als abzustimmen und das deutsche Volk könnte in wenig Tagen mehr Grundrechte haben, als es sich je geträumt hat. Der Antrag ist an den Verfassungsausschuß überwiesen, wo er wohl bleiben wird. Auch die Anträge von Lette und Biedermann bezweckten eine Abkürzung der Diskussion; so gut sie gemeint waren, so ging es ihnen schlimmer als dem ersten. Nachdem der Ausschuß sich mühselig daran vorarbeitet und die Nationalversammlung Stunden lang darüber disputirt hatte, ging man zur Tagesordnung über. Man hat sich überzeugt, daß alle diese Heilmittel gegen die Redesucht Nichts helfen, und daß man eben das Fieber sich austoben lassen muß. Es gibt nur ein Radikalmittel, welches darin besteht, daß die Abgeordneten regelmäßig hinausgehen, wenn es allzu langweilig wird. Wenn die leeren Bänke nicht helfen, so hilft Nichts. Freilich bleiben nach die stenographischen Berichte. — Gott besser's!

Frankfurt, 25. Juli. Der kaiserlich russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat den russischen Gesandtschaften in Deutschland nachstehendes Kreisschreiben zugehen lassen: „Seit einiger Zeit hat die deutsche Presse, deren Haß gegen Rußland einen Augenblick eingestellt schien, sich wiederholt mit uns beschäftigt, und Sicherheitsmaßregeln, welche wie an unserer Grenze zu ergreifen uns genöthigt sehen, haben zu den ungegründetsten Voraussetzungen und Kommentaren Veranlassung gegeben. Obgleich die in den gesetzgebenden Versammlungen und Kammern Deutschlands in dieser Beziehung gehaltene Sprache wenigee überleichen und entscheidend ist, so sind doch auch in ihr dieselben vorgefaßten Meinungen obwaltend. Meine früheren Mittheilungen, hinsichtlich der politischen und militärischen Haltung des Kaisers, haben Sie so befriedigend unterrichtet über die wirklichen Absichten Sr. Maj., daß ich Ihnen jetzt keine neuen Einzelheiten in dieser Beziehung mitzutheilen brauche. Sie wissen, mein Herr, daß gleich beim Beginn der Ereignisse, welche eine Umwälzung in Mitteleuropa herbeigeführt haben, der Kaiser sich eine Verfahrungsregel vorgeschrieben hat, von der er bis heute nicht einen Augenblick abgewichen ist. Die Regel ist, sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten der Länder einzumischen, welche ihre Organisation verändern wollten, vielmehr die Völker vollkommen freizulassen, ohne irgend ein Hemmniß von seiner Seite, die politischen und gesellschaftlichen Experimente zu bemerkstelligen, welche sie unternehmen wollten, keine Macht anzugreifen, die nicht ihn selbst angegriffen hätte; dagegen aber entschlossen jede Beeinträchtigung seiner eigenen inneren Sicherheit zurückzustoßen und darüber zu wachen, daß wenn das Territorialgleichgewicht auf irgend einem Punkte vernichtet oder verändert würde, dies nicht auf Kosten unserer rechtmäßigen Interessen geschehe. Seit vier Monaten ist dies das von dem Kaiser befolgte System gewesen, das er auch jetzt noch unverändert befolgt.

Allein indem Se. Maj. auf dies passive und beobachtende System sich beschränkt, können Sie nicht freiwillig die Augen verschließen vor all den Eventualitäten, welche die Keime der vielen und plötzlichen Umgestaltungen in der Lage in Europa herrschenden Ordnung der Dinge in sich tragen, ebensowenig als over der feindseligen Stimmung, die mit dem Veränderungsfieber gegen uns im ganzen Deutschland sich kundgegeben hat. Denn in der That hatte dies große Land kaum den Terminus seines Einheitsproblems festgestellt, als sein erster Gedanke eine Ausdehnung der Bundesstaatsgrenzen, sein erster Ruf Kriegsgeschrei war. In dem Vorparlament zur Nationalversammlung in Frankfurt, in den Klubs, in Flugschriften und Zeitungen, wurde der Krieg gegen Rußland als eine Zeitnothwendigkeit aufgestellt. Um zu einem solchen Kriege zu gelangen, predigte man offen ein Offensiv- und Defensivbündniß zwischen Deutschland und Frankreich. Man ist so weit gegangen, zu drohen, daß man unsere baltischen Provinzen der großen deutschen Nationalität einverleiben wollte. Das alte Polen sollte in seinen wirklichen Grenzen von 1772 wieder hergestellt werden, um Europa als ewige Scheidewand gegen den sogenannten gemeinsamen Feind zu dienen. Zu allen diesen Herausforderungen und vielen andern, die ich mit Schweigen übergehe, haben sich noch direktere Feindseligkeitsbezeigungen gesellt. Ist es nöthig, an die den polnischen Flüchtlingen gewordene Aufnahme und ihre Geschäftigkeit auf den Eisenbahnen auf Kosten der Regierungen Deutschlands zu erinnern, an die Auswandererzüge, die aus Frankreich kamen, mit der offen eingestandenen Absicht auf unser Gebiet Verheerung und Insurrektion überzutragen? Und wäre es uns wirklich darum zu thun gewesen, Vorwände zum Angriff ausfindig zu machen, hätte sich da nicht

in diesem alleinigen Umstande uns ein solcher Vorwand geboten? Bald hat ein bedauerlicher Krieg gegen eine nordische Monarchie, deren Integrität wir garantirt haben, und deren Erhaltung das europäische Gleichgewicht bedingt, durch Verschützungen, welche er leicht herbeiführen konnte und durch die Ideen eines maritimen Ehrgeizes, welche die populäre Meinung daran knüpfte, gedroht, den allgemeinen Frieden zu stören und dem Handel, den Interessen der benachbarten baltischen Uferstaaten Wunden zu schlagen. Gleichzeitig konnte die Insurrektion im Großherzogthume Posen und der Zustand Galiziens die innere Ruhe unserer eigenen Provinz auf das Ernstlichste kompromittiren. Solchen Möglichkeiten (chances), vorzüglich aber solchen Neigungen gegenüber war es dringend erforderlich, mit größter Vorsicht sich zu waffnen. Wir haben deßhalb unser Heer der Grenze sich nähern lassen, um im Stande zu sein, allen Gefahren, welche sich von jenem Augenblick an bieten konnten, zu begegnen, wie auch allen den Gefahren, welche die immer noch sehr ungewisse Lage Europas uns zu bereiten vermöchte.

Unser System war dabei jedoch einfach ein System der Vertheidigung und der Vorsicht. Wir hatten nie eine andere Absicht, eben so wenig als wir jetzt eine solche von irgend einem andern Charakter haben. — Statt nun unter diesem Gesichtspunkte die Sache in Betracht zu nehmen und sich innerlich zuzugestehen, daß wenn wir uns genöthigt gesehen zu rüsten, die Hauptursache in den gegen uns gerichteten wiederholten Herausforderungen liegt, zieht es die demokratische Meinung vor, uns Angriffsideen zu leihen. In der deutschen Presse werden täglich die abgeschmacktesten Gerüchte, die gehässigsten Verleumdungen gegen uns verbreitet. — Mehr als einmal schon hat man in den öffentlichen Blättern unsere Truppen, die unbeweglich in ihren Kantonnirungen verblieben, die Grenze überschreiten lassen. Es gibt keinen verstecken Plan, den man nicht uns zurechnet, keine Emeute, keine Empörung in den deutschen oder slavischen Ländern, die wir nicht unter der Hand mit unserm Gold oder durch unsere Agenten unterstützt haben sollten. — Die Feindseligkeit, die wir angeblich gegen Deutschland hegen sollen, entspricht in ihrem Umfang genau derselben, die man in Deutschland selbst gegen uns nährt oder wenigstens einzuflößen bemüht ist. — Wenn man, anstatt uns gehässige Gesinnungen zuzutrauen, welche wir nicht haben, und sich hinsichtlich unserer vermeintlichen Pläne Vermuthungen hinzugeben, die jeder Begründung entbehren, unparteiisch die Vergangenheit ins Auge fassen wollte, so würde man sich eine richtigere und wahrhaftigere Idee von der Gegenwart machen; man würde einsehen, daß jener Feind, von dem man so ohne Grund geträumt hat, den man sich wie zum Vergnügen als ein Gespenst vorführt, und gegen welchen ein nationaler Krieg, wie man sagt, Nothwendigkeit ist, immer, wie jetzt noch, für Deutschland, wenn dasselbe dies nur anerkennen will, von ebenso wohlwollenden als uneigennützigen Gesinnungen beseelt ist. — Wenn in der That hat sich denn Deutschland über uns zu beklagen gehabt? Wenn haben wir Pläne gegen seine Unabhängigkeit geschmiedet? Wenn haben wir es nur mit einer Invasion bedroht? Welchen Theil seines Gebietes haben wir genommen oder begehrt? (Schluß folgt.)

Frankfurt, 28. Juli. Die Posener Frage, bei deren lang gedehnter Vorbereitung und Verhandlung Alles aufgeboten war, um das deutsche Interesse zu verdunkeln, ist gestern von der Nationalversammlung mit richtigem Takte erledigt worden. Die überwiegend deutschen Theile, die Festung Posen, das Verbindungsgebiet kommen zu Deutschland; die Nationalität der polnischen Bewohner wird gewährleistet, den deutschen Bewohnern des polnisch zu gestaltenden Gnesen wird der Schutz ihrer Nationalität unter allen Umständen zugesichert. Die Zahl der Druckschriften, worin von polnischer Seite die Thatsachen zu entstellen, die Fragen des Rechts und der Politik zu verwirren gesucht wurde, war Legion. Die Mühe derjenigen, die das polnische Element als bewährtes Mittel der Verwirrung zu benutzen wünschten, war unsäglich. Deutsche Gutmüthigkeit, Weltbürgersinn, edles Mitgefühl ward die Beute fremder Interessen und chaotischer Bestrebungen. Aber die Reichsversammlung blieb deutsch und hielt sich alle ungehörigen Verlockungen vom Leibe. Zwar mag ein Mann, der von der Rednerbühne herab vor der ganzen Nation den deutschen Waffen Niederlage wünscht, fortan im Parlament sitzen; seine „Weltanschauung" mag als ein halber Vaterlandsverrath bezeichnet, auf Spott und Mitleid treffen. In London und Paris würde sie ihn aus der Mitte der Volksvertreter, vielleicht aus dem Lande entfernt haben, in Frankfurt verdient ein guter Mogen alle unangenehmen Folgen.

Ueber die Verwerfung des Antrags von Schaffrath wird sich die deutsche Nation eben so wenig täuschen lassen, als sich die Nationalversammlung über Absicht und Zweck desselben irre leiten ließ. Fünf Siebentheile der anwesenden Mitglieder lehnten eine Erklärung ab, die nur Hoffnungen erregen und Verwickelungen herbeiführen konnte, ohne Nutzen für die Polen, aber zum Nachtheile der Deutschen. Die 331 Stimmen, welche „Nein" sagten, wie jene 26 Mitglieder, welche sich der Abstimmung enthielten, wollten weder die Theilung Polens billigen, noch der Wiederherstellung desselben Hindernisse in den Weg legen; aber sie hielten es für unpassend, ein Urtheil über ein geschichtliches Ereigniß auszusprechen, und allgemeine Verpflichtungen einzugehen, welche unbestimmbare Folgen haben könnten. Was wollten Hr. Schaffrath und Genossen mit ihrem Antrage? Dir Polen ermuthigen, Deutschland zum Kriege für Polen spornen? Wir glauben, daß weder Polen, noch der deutschen Nation damit gedient gewesen wäre. — Rußland hat in Nesselrode's Rundschreiben an seine Gesandten gesprochen. Rußland pflegt nicht zu sprechen, bevor es gerüstet ist zu handeln. Folgen wir in dieser Beziehung seinem Beispiele, und freuen wir uns, daß die Nationalversammlung nicht eine Phrase in die Welt geschickt hat, welche eben so wenig als jene in den französischen Adressen seit 1831 Polen wieder hergestellt, wohl aber Deutschland vor der Welt bloßgestellt haben würden. Die deutsche Nation, so weit die öffentliche Meinung durch Urtheilsfähige sich bestimmt, wird anerkennen, daß die Klippe, gegen welche 101 Stimmen der Minderheit anrennen, diese polnische Klippe, durch den gesunden Sinn der Mehrheit glücklich vermieden worden ist; sie wird in jener Minderheit nicht die Männer suchen, denen sie die Leitung ihrer Interessen anvertrauen kann, sie wird auch billigen, daß die Minister in dieser Sache geschwiegen haben.

Frankfurt, 25. Juli. Folgendes ist der Text eines unter dem 16. d. M. durch das Reichsministerium direkt an die deutschen Kriegsministerien erlassenen lithographirten Rundschreibens: Der von der konstituirenden deutschen Nationalversammlung nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 erwählte Reichsverweser Erzherzog Johann von Oesterreich hat am 12. Juli d. J. die Leitung der provis. Centralgewalt für Deutschland übernommen, sofort am 15. Juli das Ministerium gebildet und hierbei den unterzeichneten kgl. preuß. Generalmajor, Eduard von Peucker, zum Reichskriegsminister ernannt. Der Erzherzog Reichsverweser hat bereits ein Ratifikationsschreiben im Betreff der Konstituirung der prov. Centralgewalt an alle deutschen Regierungen erlassen. Da jedoch die Ausfertigung desselben durch die zeitige Abwesenheit des Reichsverwesers von hier einige Verzögerung erleiden dürfte, so beehrt sich der unterzeichnete Reichskriegsminister, seine Ernennung hiedurch zur Kenntniß des Ministeriums des Krieges mit dem Bemerken zu bringen, daß die provisor. Centralgewalt für Deutschland in Ausübung der nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Funktionen auf die thätige und vertrauensvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen zählt. Der unterzeichnete Reichskriegsminister hat demnach die Ehre, das Kriegsministerium schon jetzt zu ersuchen, in allen in den Wirkungskreis des Reichsministeriums des Krieges gehörenden Angelegenheiten mit demselben sogleich in Verkehr zu treten, die Truppen seines Bereiches aber anweisen zu wollen, die ausnahmsweise in besonders dringenden Fällen an solche unmittelbar vom Reichskriegsministerium ergangenen Befehle sofort zu befolgen. Derselbe wird mit dem aufrichtigsten Danke alle Mittheilungen entgegen nehmen, welche ihn in den Stand setzen, die eigenthümlichen Zustände und Bedürfnisse der verschiedenen deutschen Bundestruppen so genau als möglich kennen zu lernen, und bittet um Erwiderung des vollen und offenen Vertrauens, mit welchem derselbe hiermit seine amtlichen Verbindungen anknüpft. Da der Erzherzog Reichsverweser mit der provisorischen Centralgewalt auch die Oberleitung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen hat, so findet sich das Reichskriegsministerium verpflichtet, zu veranlassen, daß von diesem Akte die gesammten deutschen Bundestruppen durch feierliche Verkündigung des beigeschlossenen, an das deutsche Volk erlassenen Aufrufes Kenntniß erlangen, und gleichzeitig ihnen Gelegenheit gegeben werde, dem Reichsverweser ihre öffentliche Huldigung darzubringen. Zu diesem Zwecke haben Sonntag den 6. August 1848 alle deutschen Bundestruppen in ihren Garnisonen in Parade auszurücken, nachdem der vorgedachte Aufruf ihnen vorgelesen, zum Ausdrucke der Huldigung dem Reichsverweser ein dreimaliges Lebehoch auszubringen, und, wo hierzu die Möglichkeit vorhanden ist, eine dreimalige Geschützsalve abzufeuern sein wird. Von diesem Tage an sind überall, wo es bis dahin noch nicht geschehen sein sollte, die deutschen Farben, und zwar in Kokarden an den Kopfbedeckungen und in Bändern an den Panieren, anzulegen. Frankfurt a. M., 16. Juli 1848. Der Reichsminister des Krieges, v. Peucker. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Juli. Die Times haben vorgeschlagen, einen Mann als Stellvertreter Englands nach Frankfurt zu senden, der den bisherigen engl. Botschafter beim ehemaligen Frankfurter Bundestage an politischen Gaben weit übertreffe. An diesem Vorschlage erkennt man, daß diese einflußreiche Zeitung seit der Wahl des Erzherzogs Johann in die Zukunft Deutschlands ein großes, wenn auch nicht unbedingtes Vertrauen setzt. Letzteres geht wenigstens aus ihren leitenden Artikeln über die deutschen Zustände, namentlich über die Stellung der Reichsregierung zu der Nationalversammlung und beider zu den einzelnen Staatenregierungen nicht hervor. In ihrer Nr. vom 24. Juli sagt diese Zeitung, daß der Konflikt, der durch diese unklare Stellung hervorgerufen werde, bereits auch in Bezug auf die Hauptfragen der Politik und in den Beziehungen zwischen der deutschen Konföderation und Europa sich spüren lasse. Die Times meinen hier namentlich den Krieg mit Dänemark, der ihrer Ansicht nach längst schon beendigt sein würde, wenn Preußen nicht immer wieder auf die Wünsche und Vorschriften der Frankfurter „revolutionären" Behörde Rücksicht nähme. Diese Zeitung meint dann auch, man dürfe nicht überrascht sein, eines schönen Morgens zu erfahren, daß Preußen seine Truppen aus den Herzogthümern zurückgezogen habe. Die preuß. Regierung könne zuletzt nicht anders, sie könne nicht ruhig mit zusehen, daß der Wohlstand der Ostseehäfen durch diesen unseligen Krieg zu Grunde gerichtet werde, Preußen habe sich bereits so in Verlegenheiten gestürzt, daß es, um seinen Finanzen aufzuhelfen, zu dem verzweifelten Mittel einer Zwangsanleihe zu 3½ pCt. habe greifen müssen. (Im Vorbeigehen gesagt, wenn man in Frankfurt Alles centralisirt, wenn man Reichsexekutionen beschließt, Reichskriege führt u. s. w., so wird man auch wohl einen Reichsschatz schaffen müssen, um die einzelnen Staaten für Opfer, wie sie jetzt namentlich Preußen in einem ihm von Deutschland auferlegten Kriege bringt, zu entschädigen. Bei einer wirklichen, nicht bloß illusorischen Einheit muß doch Alles möglichst gleich vertheilt sein; man kann nicht verlangen, daß der eine Staat oder mehrere allein Opfer bringen, während die übrigen das ruhige Zusehen und hinterher noch die möglichen Vortheile und Ehren haben. Das zufällige „Heute mir, morgen Dir!" kann hier doch nicht maßgebend sein.) Aus demselben Artikel der Times führen wir noch folgende Stelle an: „In Bezug auf unseren eigenen Handel mit den baltischen Häfen waren die Folgen sehr ernsthaft und sind es noch. Was allein den Artikel Häringe betrifft, so erfahren wir, daß beträchtliche Ladungen gesalzener Fische von der Ostküste Schottlands, für deren Bevölkerung diese Fischerei von äußerster Wichtigkeit ist, nach Rostock und Stettin ausgeführt werden, daß aber in diesem Jahre, jetzt, wo die Häringsfischerei bereits begonnen hat, der Verlust eines so beträchtlichen Ausfuhrmarktes unseren Landsleuten im Norden einen schweren Schlag versetzen wird."

Die Leiter der irischen Insurrektion haben, wie gestern bereits erwähnt, das Volk in die Waffen gerufen. Die kräftigste Proklamation ist die des Gavan Duffy. Es heißt darin unter Anderm: „Steht auf, Ihr Männer von Irland, da die Vorsehung es so will. Steht auf in Euren Städten und Feldern, auf Euren Bergen, in Euren Thälern, brecht hervor aus Euren dunklen Gebirgspässen, erhebt Euch von Euern Strömen und Seen und meerumspülten Küsten! Erhebt Euch als ein Volk! England hat das Band der Treue mitten durchrissen. Erhebt Euch — nicht um Gerechtigkeit zu fordern von einem fremden Königreich, sondern damit Irland von nun an ein unabhängiges Königreich sei und bleibe. Keine leichte Arbeit ist's, die Gott Euch auferlegt; es ist eine Arbeit der Prüfung und Versuchung. — Seid eingedenk, daß Ihr nicht gegen Individuen oder Parteien oder Sekten den Krieg unternehmt, sondern gegen ein System. Stürzt es nieder, habt kein Erbarmen mit diesem System. Nieder mit ihm, nieder mit ihm, niedre bis zum Grund; aber habt Erbarmen mit den Einzelnen, welche nur dieses Systemes Werkzeuge sind. Handelt, als hinge an jeder Eurer Thaten Eurer Seele Heil, und so wird es sein, denn wir stehen schon an der Grenze der Ewigkeit. Unser ist der Kampf, aber unser vielleicht nicht der Sieg. Manches edle Herz wird nicht mehr schlagen, mancher laut klopfende Puls still stehen, ehe der Siegesruf gen Himmel ertönen wird. Es ist ein erhabener Gedanke, daß die Stunde der Entscheidung gekommen ist, wo nun, nun endlich die Fesseln von sieben Jahrhunderten geistt werden sollen, und zwar durch Euch, Männer des jetzigen Geschlechts, durch Euch, Männer von Irland! Ihr seid die Werkzeuge Gottes, Viele von Euch werden Blutzeugen der Freiheit sein müssen u. s. w." In Hrn. Lalors Aufruf kommt folgende Stelle vor: „Gegenwärtig ist unser Land im Besitz von mehr als 40,000 Mann, welche die Uniform Englands tragen, und die Frage ist, wie man es am Besten bewerkstelligt, diese 40,000 Mann zu tödten und zu fangen? Dürfte ich mir eine Zeit wählen, so würde ich die Zeit wählen, wo die Ernte Irlands in die Scheuern gesammelt sein wird. Aber oft wählt und sendet Gott selbst seine günstigen Zeiten und Gelegenheiten. Wer führt den ersten Streich in Irland? Wer zapft das erst Blut ab? Wer gewinnt einen Kranz, der für immer grünen wird?" Meagher, der jetzt von seiner „Inspektionsreise" im Süden nach Dublin zurückgekehrt, hat vorher noch einen Aufruf an die Bevölkerung von Waterford erlassen, worin es unter Anderm heißt: „In Limerick, in Caerick, in Tipperary war die Entwaffnungsakte seit vielen Monaten in Kraft, und doch hat sie den Geist des Volkes nicht niedergeschlagen, noch seine militärische Organisation gehindert. Ahmet das Beispiel dieser tapfern Leute nach". Daß übrigens der Krieg Irlands gegen England, bräche er ernstlich in größerem Umfange aus, in einen Bürger- und Bruderkrieg ausarten müßte, ist bereits in dem einen Faktum angedeutet, daß Lucius O'Brien, ein Bruder des Revolutionshäuptlings Smith O'Brien, im Parlament für die Annahme der Bill stimmte, wodurch der Lordlieutenant ermächtigt wird, alle Rebellen in Irland einzustecken.

Das Liverpool Journal berichtet, daß auch in dieser Stadt das Klubsystem auf eine bedrohliche Weise betrieben wird; man rechnet, daß fünfzig Klubs, wenn nicht mehr, in Liverpool bestehen, deren jeder 100 wohlbewaffnete und in jedem Augenblicke zum Losbruch fertige Mitglieder zählt. Die Bürgerschaft hat ein Gesuch um Aufhebung der Habeaskorpusakte für die Stadt an das Parlament geschickt, eine große Anzahl Specialkonstabler hat sich freiwillig gemeldet. Die Polizei stellt täglich Schießübungen an und in der Nähe der Stadt ist ein Lager zur Aufnahme von Fußvolk, Reiterei und Geschützen hergerichtet worden.

Die neuesten Nachrichten aus Irland melden, daß gegen den „König von Munster", Hrn. Smith O'Brien ein Verhaftsbefehl erlassen worden ist, dem er sich jedoch durch die Flucht entzogen zu haben scheint. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß er, so in die Enge getrieben, nach Tipperary oder sonst einem der am meisten „organisirten" Bezirke gegangen ist, um hier die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen. In der Gegend von Clonmel, Waterford, Cuerick-on-Suir ist die Aufregung täglich im Wachsen, in einer Menge kleinerer Orte haben sich neuerdings bewaffnete Klubs gebildet, in Ardgerby, nahe bei Clonmel, wurde Lord J. Russell in effigie öffentlich verbrannt. Nach Waterford sollen drei Kriegsschiffe gesandt werden. John O'Connell, der sich gegenwärtig in Cove befindet, läßt inzwischen nicht ab, zum Frieden zu mahnen, er hat den Gedanken nicht aufgegeben, die Conciliation-Hall wieder zu eröffnen und hier die friedliche Agitation seines Vaters fortzusetzen, soll aber die Absicht haben, nach Amerika auszuwandern, wenn in Folge der gegenwärtigen Revolution Irland der englischen Militärdiktatur anheim fallen sollte.

Frankreich.

Paris, 26. Juli. Die gestrige Verhandlung über das Gesetz gegen die Klubs gehört zu den lehrreichsten, die seit lange in der Nationalversammlung stattfanden; alle diejenigen, die unter der Republik die Herrschaft der Gesetzlosigkeit, des Gehen- und Geschehenlassens verstehen, oder die der Monarchie jeden Schritt der Selbsterhaltung und Selbstvertheidigung als Despotismus anrechnen, konnten hier lernen, welche Hand- und Fußschellen die Republik anlegt, wo sie es für nöthig hält. In einer ziemlich flauen Debatte, ohne sehr starken Widerspruch, wurden Bestimmungen angenommen, welche dem Associationsrecht so enge Grenzen setzen, als es je unter der Monarchie geschah, und gleichwohl ist Alles zufrieden und preist die Rückkehr der Stille und Ordnung, nachdem man ein paar bittere Monate der unbegrenzten Freiheit genossen hat. Wenn vor zwei Monaten noch die Regierung der offnen Konspiration entgegentrat, so scheie man in allen Klubs und Zeitungen der „rothen Republik" über „Reaktion"; jetzt, wo die Reaktion in Fleisch und Blut vorhanden ist, klagt Niemand mehr darüber, denn das ganze Volk ist reaktionär geworden, oder wo sich Jemand beschweren sollte, da gibt es Mittel, den unbequemen Kläger zur Ruhe zu bringen. Doch wir wenden uns zur Debatte, die, wie schon bemerkt, für unsre Zustände sehr schätzbare Lehren enthält. Wir haben gestern erwähnt, wie die ersten fünf Artikel des Entwurfs klang- und sanglos angenommen wurden und damit die Klubs unter polizeiliche Aufsicht gestellt, die Gegenwart eines Polizeikommissäes bei jeder Verhandlung angeordnet, und die Einreichung des Protokolls einer jeden Sitzung festgesetzt wurde. Auch der 6. Artikel rief keine besondere Verhandlung hervor, es handelte sich nur um die Fassung, und bezeichnender Weise

Schleswig. Readeburg. In der Schlußsitzung der Ständeversammlung vom 22. Juli erstattete Gr. Reventlow-Preetz Bericht über die diplomatischen Verhandlungen. Derselbe erstreckte sich über die gesammte Thätigkeit der provisorischen Regierung nach Außen vom Augenblick ihrer Konstituirung an. Wir entnehmen daraus den Schluß, der sich auf die neuesten Unterhandlungen bezieht. „Was die gegenwärtigen Verhältnisse betrifft, so sind die zuerst aufgestellten Waffenstillstandsbedingungen völlig unmöglich; nur die große Verlegenheit, in welcher sich Preußen durch die innern Schwankungen, wie durch den gestörten Handels- und Schifffahrtsverkehr und durch die Bedrohung seiner Seeorte und Küsten befand, konnten veranlassen, daß es solchen Bedingungen Gehör gab. Sie sind beseitigt, namentlich zunächst durch die Entschlossenheit des Bundesfeldherrn, und es wird jetzt auf einer anderen Grundlage unterhandelt, die eher eine Ausgleichung möglich machen. Diese letztere aber darf man nicht einseitig vom schleswig-holsteinischen Standpunkt aus beurtheilen, sondern muß festhalten, daß Schleswig-Holsteins Sache eine deutsche ist. Ganz Deutschland hat zu entscheiden, ob die Verhältnisse so sind, daß ein augenblickliches Nachgeben vortheilhaft ist oder nicht. In dieser Hinsicht ist alle Sorge getragen, die Verhandlungen finden nur unter Vorbehalt der Genehmigung der Centralgewalt Statt. Die Ehre der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands wird gewahrt werden. Aber die Sache ist zugleich auch eine europäische geworden. Fast alle Großmächte nehmen an den Unterhandlungen des Waffenstillstands Theil, und wird kein Frieden geschlossen, so steht ein allgemeiner europäischer Krieg zu befürchten. Kommt es aber zum Waffenstillstand auf den jetzt zum Grunde gelegten Bedingungen, so wird materiell den Herzogthümern kein Schaden erwachsen, ihre Rechte sind sicher gestellt, das ganze Land ist geräumt und Ruhe ist wenigstens auf einige Monate für Schifffahrt und Handel gesichert. Und wenn dann wieder der Krieg ausbrechen sollte, so wird das zu einer Zeit geschehen, wo wenigstens von der Seeseite her Sicherheit ist. Eine sehr wichtige Frage bei der jetzigen Verhandlung ist allerdings die: Wer soll das Land während des Waffenstillstandes verwalten? Das steht fest, daß die Verwaltung der Herzogthümer nur Männern übertragen werden darf, welche das Vertrauen des Volks vollkommen besitzen, die dänischem Einfluß nicht unterworfen sind. Gelingt es, solchen Männern die Verwaltung zu übergeben, so ist in dem Abtreten der provisorischen Regierung kein Uebelstand zu sehen; im Gegentheil gewinnen die Herzogthümer dann als eine legitim von allen Mächten Europas anerkannte Regierung. Es wird eine bloße Personenfrage, die bei den höheren Interessen nicht in Betracht kommen kann. Nicht aus Lust, sondern weil wir es für des Landes Beste erforderlich hielten, haben wir die Regierung übernommen. Gelingt es andern Männern, unter günstigeren Bedingungen das Werk fortzuführen, dann ist unsere Aufgabe vollendet; denn unser Mandat ging nur so weit es die Nothwendigkeit erforderte." Auf Antrag des Präsidenten drückte die Ständeversammlung durch Erhebung von den Sitzen der provisorischen Regierung ihren Dank aus. Darauf vertagte der Kommissär die Versammlung auf unbestimmte Zeit.

Schweiz.

† Zürich, 22. Juli. In der gestrigen Sitzung unsers Gr. Rathes zeigten sich die politische Einsicht wie der vaterländische Sinn der Vertreter des zürcherischen Volkes von der vortheilhaftesten Seite. Der Präsident, Dr. A. Escher, suchte in seiner Eröffnungsrede die Mängel und Gebrechen des neuen Bundes durchaus nicht zu übertünchen, offen und freimüthig legte er sie dar; allein er sei weit entfernt, deßhalb der bernischen Opposition beizustimmen, die Zeit verlange es, daß Zürich der Eidgenossenschaft ein Opfer bringe, und er hoffe, und erwarte daß es freudig dargebracht werde. Bemerkenswerth bei einem jungen Staatsmann, der noch eine so schöne Zukunft vor sich hat, war die abermalige Hinweisung auf den „schweiz. Einheitsstaat", obgleich derselbe gegenwärtig im gesammten schweiz. Volke auch nicht die mindesten Sympathien für sich hat. Vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen wird ein Schreiben des Hrn. Hausammann, eines der rüstigsten Kämpen des Septemberthums von 1839, verlesen, worin derselbe seine Entlassung als Mitglied des Gr. Rathes mit den Worten einreicht, er möge der allseitig gewünschten Einmüthigkeit rücksichtlich der Annahme des Bundesentwurfes nicht störend im Wege sein. Der Hauptverhandlungsgegenstand des Tages war Bürgermeister Furrer als Berichterstatter; er weist in einer längern Rede die Mängel und Vorzüge des Bundesentwurfes nach, Zürich habe freilich ein Recht, sich über die Verwerfung und Nichtberücksichtigung seiner Anträge (Zollwesen, Konsumgebühren, Einkammersystem) zu beklagen, allein es sei andern Kantonen ebenso gegangen, und wie würden das Beispiel Berns, wo es Radikale und Ultramontane in vereinter Opposition bis auf 40 Stimmen gebracht, nicht nachahmen wollen, es sei eben schwer, Allen ein Genüge zu leisten, und nur die höchste Noth habe endlich die Hand zu einer gemeinsamen und erfolgreichen Verständigung eröffnen können; in dem Entwurf selbst sei er gerade nicht verliebt; allein man möge an die großen Fortschritte denken, die er darbiete, an die Erniedrigungen der dortiger Jahre, welche der alte Bund verschulde, an die bisherige Unsicherheit aller staatlichen Zustände, welcher der alte Bund nicht abzuhelfen gewußt — man möge daran denken, daß auch in den Dingen, die man allerdings als noch sehr mangelhaft bezeichnen könne, wenigstens der Keim zu einer bessern Gestaltung gelegt sei, — und man werde nicht umhin können, sich für die Annahme des Bundesentwurfes, wie er vorliege, zu erklären. Die konservative Partei hatte sich in ihren starrsten und eigensinnigsten Vertretern freiwillig von der Berathung ausgeschlossen; die gemäßigteren Mitglieder derselben, die keinen persönlichen Groll im Herzen tragen, wie namentlich der sehr achtungswerthe Alt-Bürgermeister v. Muralt, bedauerten zwar einerseits den Sturz des Fünfzehner Bundes, wie andererseits, daß der Bundesentwurf den gerechten und billigen Wünschen Zürichs keine Rechnung getragen; allein sie sähen ein, daß durch die gegenwärtige Umkehrung aller Rechtsbegriffe die Annahme ein politisches Postulat geworden sei, man müsse annehmen, um Schlimmeres — den eidg. Verfassungsrath oder, was wahrscheinlicher, allgemeine Anarchie — zu verhüten; sie würden sich daher dem Antrage des Regierungsrathes nicht widersetzen. Sehr warm sprach auch noch der jetzt in Zürich eingebürgerte, frühere Landammann des Kantons Zug, der greise Veteran Sidler, für die Annahme des Bundesentwurfs, dem Fünfzehnerbunde weine er keine Thräne nach, wenn er schon einer der Unterzeichner desselben gewesen sei. Der Beschluß, den Bundesentwurf dem Volke zur Annahme zu empfehlen, erfolgte, wie schon gemeldet, mit Einmuth; der Tag der Volksabstimmung ist noch nicht festgesetzt; es läßt sich voraussehen, daß das Volk fast mit derselben Einstimmigkeit, wie sie dem Gr. Rathe so sehr zur Ehre gereicht, sich für die neue Bundesverfassung erklären wird. Durch dieses Beispiel scheint nun, da auch der Gr. Rath von Bern mit so großer Mehrheit sich für den Entwurf ausgesprochen hat, die Annahme desselben in der großen Mehrzahl der Kantone außer allen Zweifel zu sein.

Niederland.

Haag, 18. Juli. Aus den letzten Verhandlungen der Generalstaaten holen wir nach, daß die zweite Kammer den Gesetzentwurf in Betreff der Abschaffung der Strafen des Brandmarkens und der Geißelung nach lebhafter Debatte nur mit einer Mehrheit von 30 gegen 21 Stimmen angenommen hat. — Der Bericht des Centralausschusses über die 12 Gesetzentwürfe zur Durchsicht des Grundgesetzes ist erschienen. In den Abtheilungen hat sich eine große Mehrheit gegen die Art und Weise ausgesprochen, wie die beiden Kammern der Generalstaaten fortan gezählt und eingerichtet werden sollen. Viele Mitglieder erklärten sich gegen die direkte Wahl in die zweite Kammer und redten einer einmaligen Wahlabstufung mit Ernennung von Wählercollegien durch Urwahl lebhaft das Wort. Sie befürchtete, aus der unmittelbaren Wahl dürfte eine zu demokratisch gesinnte zweite Kammer hervorgehn, gegen welche die erste Kammer, wie sie gebildet werden soll, kein genügendes Gegengewicht abgeben möchte. Wie die Mehrheit indeß die Generalstaaten gewählt zu sehen wünscht, darüber schweigt der Bericht. Auch die auf die neue Einrichtung des Staatsraths bezüglichen Bestimmungen haben von verschiedenen Seiten Widerspruch gefunden und dürften schwerlich von der Kammer angenommen werden. Nur die Minderzahl war, zumal in Betracht der Regierung der Kolonien, von der Nothwendigkeit durchdrungen, ein ständiges Kollegium zur Berathung des Königs an dessen Seite neben den wechselnden Ministern zu wissen, und hielt die Kosten dafür für wohlverwendet. Was die ersten Artikel des Verfassungsentwurfes in Betreff des niederländischen Grundgebiets betrifft, so wünscht die Mehrheit jetzt die Fassung des bestehenden Grundgesetzes (von 1840) darüber wörtlich beizubehalten, weil sie es für unrathsam, ja selbst für gefährlich erachtet, bei den großen Umgestaltungen, welche die Verfassung Deutschlands bereits erfahren hat, auch nur die kleinste Aenderung an diesen Artikeln vorzunehmen. Namentlich soll die ausdrückliche Erwähnung der Festungen Maestricht und Venlo als holländisches Besitzthum stehn bleiben.

Für die staatsrechtliche Stellung des Herzogthums Limburg in seiner jetzigen ungesetzlichen Vereinigung mit Niederland erlauben wir uns

noch eine sprechende Thatsache anzuführen. Nach der „Indépendance Belge“ beträgt das gesammte Staatsbudget Belgiens für das laufende Jahr, bei einer Bevölkerung von 4,400,000 Seelen, 86,229,930 Fr., was 19 Fr. 60 Cent. auf den Kopf ausmacht. Vor der Revolution von 1830, nämlich im Jahr 1828, erhob das Staatsbudget für das Vereinigte Königreich der Niederlande 169,376,000 Fr., bei einer Seelenzahl von 6½ Millionen, was auf den Kopf 26 Fr. 5 Cent. beträgt. Man bezahlte damals mithin in Belgien beinahe um ein Drittel mehr an Steuern, als gegenwärtig. Das Umgekehrte gilt in Limburg, seit dasselbe mit Holland vereinigt und (seit 1840) demselben Abgabesystem unterworfen worden ist. Denn im nördlichen Niederland betrugen die Staatslasten im vorigen Jahre, bei einer Bevölkerung von 3,054,000 Seelen, allein 111,439,514 Fr., was auf den Kopf 36 Fr. und 48 Cent. an Staatsabgaben ausmacht. Von 1830—40 war Limburg mithin einem Steuersystem unterworfen, das auf seiner Bevölkerung nicht halb so schwer lastete, als das holländische von da bis heute.

Großbritannien.

London, 24. Juli. In der vorgestrigen Sitzung begründete, wie bereits erwähnt, Lord J. Russell seinen Antrag auf eine Bill, wodurch der Lordlieutenant von Irland ermächtigt wird, „zu ergreifen und festzuhalten bis zum 1. März 1849 Jedweden, der verdächtig gefunden werden sollte, gegen J. M. Person und Regierung verschworen zu sein.“ Der Minister versicherte, wie schmerzlich es ihm falle, das Haus um eine provis. Aufhebung der verfassungsmäßigen Bürgschaften Irlands anzugehen; aber es bleibe keine Wahl. Der Redner gab nun eine geschichtliche Uebersicht der Agitation in Irland seit O'Connell, welcher die Lostrennung Irlands von England doch nur durch die gelindwirkenden Mittel der moralischen Ueberzeugung anzubahnen gestrebt, während die jetzigen Revolutionschefs eine gewaltsame Lostrennung durch Anwendung revolutionärer Mittel bezweckten und hierzu das Volk bewaffneten und zur Bewaffnung aufforderten. Im Auszuge theilte er einige Artikel des „Irish Felon“ und mehrere amtliche Berichte mit, deren Inhalt jedoch für die, welche aufmerksam die Zeitungsberichte über Irland verfolgt haben, wenig Neues bietet. Bemerkenswerth ist ein im „Irish Felon“ gemachter Vorschlag, daß die Konföderirten sich in den Besitz alles Eigenthums in Irland setzen und, ohne die Rechte der legitimen Eigenthümer irgend zu schonen, zu gleichen Portionen unter das Volk vertheilen sollten (also die grellste Kommunisterei). Weiter hebt der Redner hervor, wie die Verschwörer jedes, auch das entsetzlichste Mittel, welches zu diesem Zwecke führe, für erlaubt erklärten, wie es namentlich und zuvörderst ihr Plan sei, ganz Irland unter Waffen zu bringen, Irland von England loszureißen und sodann das kommunistische Banner aufzupflanzen. Und zur Ausführung dieses Plans sei jede fremde Hilfeleistung den Verschwornen willkommen. Die Revolution sei reif, man worte nur auf die erste günstige Gelegenheit, um loszubrechen, daher würden die Minister sich der äußersten Verantwortung aussetzen, wenn sie nicht alles in ihrer Macht Stehende thäten, um einem Blutbade in Irland vorzubeugen. Somit suche er um einstweilige Aufhebung der Habeaskorpusakte nach. Die Führer der Verschwörung seien der Gesetze wohl kundig und mit allen Advokatenkniffen wie mit den Mitteln, der gesetzlichen Ahndung zu entgehen, wohl vertraut, so daß es nöthig sei, eine Maßregel zu treffen, welcher sie mit aller ihrer Rechtsgelehrsamkeit nicht entgehen könnten. Hierzu, und um einer Revolution in Irland und der Trennung dieses Königreichs von England vorzubeugen, gebe es kein anderes Mittel, als einstweilen die Habeaskorpusakte aufzuheben und den Lordlieutenant zu ermächtigen, daß ihm alle des Hochverraths verdächtigen Personen in Verhaft zu nehmen erlaubt sei. Er wisse, daß er und seine Amtsgenossen für diese Maßregel haftbar seien, aber wenn sie dieselbe vorschlügen, so glaubten sie damit eine Pflicht gegen die Wohlfahrt des Landes erfüllt zu haben. (Während der Rede des Ministers herrschte im Hause das tiefste Schweigen, als er geendet, ertönte lauter und lang anhaltender Beifall von beiden Seiten des Hauses.) O'Connor sprach gegen die Maßregel; er behauptete keck, es sei unmöglich, daß Irland von England noch länger in Abhängigkeit gehalten werden könnte. Möge man doch auf die Revolution in Frankreich, auf die Unruhen in Preußen, Oesterreich und anderen Staaten des Festlandes blicken, möge man doch eingedenk sein, daß das Volk Nordamerikas nicht gar weit entfernt von Irland lebe, und möge man sich dann gestehen, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge in Irland nicht mehr haltbar sei. Er sei kein Anwalt des bloßen Widerrufs der Union, er sei vielmehr der eifrige Anwalt einer gänzlichen Trennung beider Länder. (Hört! hört!) (Lord J. Russell ergriff hier ein vor ihm liegendes Exemplar der Eidesformel und hielt sie dem Redner unter einem wahrhaft betäubenden Beifall entgegen.) Nichtsdestoweniger fuhr O'Connor fort: er glaube am Besten seinen Unterthaneneid zu halten, wenn er für eine vollständige Trennung beider Königreiche spreche; niemals aber könne er einer Aufhebung der Habeaskorpusakte seine Zustimmung geben; Peel, der einzige Mann, der das Land zu regieren fähig sei, würde an der Stelle Roffell's eine solche Verletzung verfassungsmäßiger Bürgschaften sich nicht erlaubt haben. (Hört! und Gelächter.) Sir R. Peel, ungerührt, oder wie es scheint, eher beleidigt von der Schmeichelei des Chartisten, erhob sich sofort und sagte: daß er der Maßregel der Regierung ohne allen Vorbehalt beistimme und sie auf's Entschiedenste billige. Möge es sein, daß die Regierung auch ohne eine solche Maßregel ihr Ansehen aufrecht zu erhalten im Stande sei, so sei sie doch die einzige, wodurch Ströme Bluts erspart werden könnten. „Ich wünsche“, fuhr Peel fort, „diese Klubs im Herzen der Hauptstadt Irlands auszurotten, diese Scharfschützenvereine, deren Ziel das Haupt des Lordlieutenants ist. (Unermeßlicher Beifall.) Unverzüglich muß gehandelt werden, und ich für meinen Theil stimme dafür, daß man von allen Formalitäten Umgang nehme, damit die Bill in's Leben trete Ich wünsche die Krone von England gegen die Scheinkönige von Munster zu vertheidigen“. (Ein altes Weib hatte neulich den Sir Smith O'Brien als König von Munster hochleben lassen, worauf dieser gesagt haben soll: „Noch nicht, noch nicht!“) Sir Robert kam im Verlauf seiner Rede auch auf Frankreich zu sprechen und äußerte: daß der Anblick, welchen Frankreich seit 6 Monaten gewähre, ihn mit der Ueberzeugung von den Vorzügen der monarchischen Regierungsform nur noch mehr durchdrungen und ihm die Gewißheit gegeben habe, daß die englische Monarchie fester als je stehe, und mehr als je Anspruch habe auf die Anhänglichkeit und Erkenntlichkeit der Nation. Der Rede Peels und namentlich den letzten Worten folgte donnernder Beifall. Hr. Osborne erklärte, der Maßregel der Minister wegen der Dringlichkeit der Umstände seine Zustimmung zu geben, obschon mit großem Widerstreben. Er schlage aber vor, daß das Haus diesmal nicht prorogirt werde, sondern von Monat zu Monat beisammen bleibe, bis die Ruhe wieder hergestellt sei, daß aber die Regierung unverzüglich Maßregeln vorschlage, die geeignet seien, den in Irland anerkanntermaßen vorhandenen Uebeln abzuhelfen; ergriffe hierzu die Regierung nicht die Initiative, so werde er selbst eine Maßregel dieser Art in Vorschlag bringen. Auch Hr. Hume äußerte sich ähnlich, er bedauerte, dieser Maßregel seine Zustimmung geben zu müssen, nur möchte man sich nicht mit dem Gedanken tragen, daß hiermit Alles abgethan und dem Uebel ein Ende gemacht sei. Dieses entspringe aus der langen Unterdrückung, welche auf Irland gelastet. (Hr. d'Israeli hatte kurz vorher in der Weise der Herren, die Nichts vergessen und Nichts dazu lernen, versichert, die irischen Unruhen entsprängen einzig und allein aus den unruhigen Vorgängen in den übrigen Theilen der Welt.) Hr. Hume fuhr fort: So lange diese Unterdrückung dauere, sei an eine bleibende Besserung nicht zu denken. Bürgerliche und religiöse Freiheit müsse Irland in gleichem Maße zu Theil werden, wie England und Schottland. Die Iren dürften nicht wie Sklaven, sondern wie freie Männer gehalten werden. Jetzt werde Irland nur wie eine Garnison behandelt, und das Ministerium, das drauf und dran sei, sich neue Vollmachten für Aufhebung der Verfassung ertheilen zu lassen, sei verantwortlich für den Zustand, in welchem Irland sich befinde. Im Verlauf der Debatte hatte Shurmun Crawford das Amendement gestellt, der Bill den Zusatz beizufügen: „der gegenwärtige Zustand Irlands sei der schlechten Regierung zuzuschreiben, wie dem Mangel an abhelfenden Maßregeln für anerkannte Uebelstände, ohne welche keine Zwangsmaßregel Ordnung und Zufriedenheit in jenem Lande herstellen werde“. Dieses Amendement wurde mit 271 gegen 8 Stimmen (Mehrheit für Aufhebung der Habeaskorpusakte 263) verworfen und die Bill dann hintereinander dreimal gelesen. Galignani's Messenger berichtet bereits, daß das Oberhaus am 23. Juli die Bill einstimmig angenommen hat, nur drückten mehrere Lords ihr Bedauern aus, daß sich die Regierung zu dieser Maßregel so spät entschlossen habe.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Effner 8 Kings., 73 Newgate Street in London, für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Länder vermittelt sich an G. L. Lorentz in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 28 Rue de Bourbon-le-Château.

Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationspreise betragen halbjährlich. Für Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 30. — fl durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1 fl. 30 kr. Für Anzeigen wird den Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 211. Heidelberg, Montag 31. Juli. 1848.

Uebersicht.

Die alte u. die neue preuß. Verwaltung. 1. Eine Stimme aus Preußen. — **Wien** (Reichstagsverhandlungen. Interpellationen. Rieger über die Prager Zustände. Des Erzherzogs Abreise verschoben. Die ungarisch-kroatischen Wirren. Interpellation über Auslieferung politischer Flüchtlinge und den Prager Belagerungszustand). **Posen** (Schlachten bei Villafranca u. Sommercampagne mit wechselndem Erfolge). **Berlin** (konst. Klubs. Die Konstabler. Das Treiben der Aufwiegler. Der Preußenverein und der konst. Klub. Der Huldigungseid). **Köln** (eine Adresse der „Demokraten" an die Nationalversammlung.) **Vom Rhein** Lostrennung der Rheinprovinz in der Rhein- und Moselzeitung). **München** (eine große Schlacht zwischen Mantua und Rivoli begonnen). **Heidelberg** (Gervinus abgereist). **Koburg** (Erklärung des Herzogs über den thüringischen Gesammtstaat). **Altona** (Wiederbeginn der Feindseligkeiten. Landungsversuche der Dänen. Beschlagnahme von Schiffen. Verfügung der prov. Regierung über Preßfreiheit. Aufruf der provis. Regierung. Die Verfassungskommission. Befehle und Christianen nach Frankfurt. **Eckernförde** (Kanal zwischen der Ost- und Nordsee). **Frankfurt** (Schluß der russ. Note).

Großbritannien. Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage. Selbstauflösung der Klubs in Dublin. Smith O'Brien.

Frankreich. Paris. Der Umschlag Proudhon's u. der Bericht v. Thiers. Thiers und Cavaignac. Die Debatte über das Gesetz gegen die Klubs.

Italien. Neapel. Krieg gegen Sicilien vorbereitet. Sechshundert Sicilianer gefangen. Die letzten Truppen aus der Lombardei zurück.

Belluge. Berlin und die Revolution. — **Aus Rheinpreußen.** Lostrennungsgelüste. **Darmstadt.** Junge Glaubensbekenntniß und die Kammer. **Schweden.** Stockholm. Die Truppen zurückgekehrt. **Italien.** Bologna. Trennungsgelüste.

Am 30. Juli.

Preußen steht eine Revolution bevor, gegen welche die bisherige Revolution zum Kinderspiel herabsinken könnte.

Keine Revolution mit Straßengeschrei, mit Barrikaden, Blut und rothen Fahnen, vielmehr eine friedliche.

Eine Revolution, nicht von auswärtigen Propaganden und heimischen Republikanern, noch von ihrem proletarischen Anhange ausgehend, sondern von seinen konstitutionellen Ministern; eine Revolution, die nur auf verfassungsmäßigem Wege ins Leben gesetzt werden soll, durch die Berathung in der Nationalversammlung und die Vereinbarung der Nationalrepräsentanten mit der Krone, und doch von unberechenbarer, unermeßlicher Wirkung.

Daß der alte Fritz von seinem Schimmel steigen, den kleinen Dreimaster lüften und einem habsburgischen Reichsverweser den Strigbügel halten soll, ist Etwas, sogar sehr viel und mehr, als wir uns träumen ließen. — Daß unser Volk die Souveränetät errungen und jeder Eckensteher seinen Theil daran beansprucht, ist mehr als Revolution, es bedünkt Vielen als eine Erscheinung aus einem persischen Mährchen. — Daß ein König von Preußen nicht einmal das Vetorecht unverkümmert in dem von seinen Vorfahren geschaffenen Staate üben soll, was selbst der König in der Republik England unbestritten hat, das ist höchst wunderbar, und noch ist es Manchem zu schwer, um es zu fassen.

Alles das aber ist Nichts gegen die faktische Revolution, welche durch die neue Verfassung und das Ministerium in der preußischen Verwaltung eingeführt werden soll; denn was wir bisher preußische Verwaltung nannten, hört damit auf.

So viel man weiß, soll Land und Volk in Gemeinden, Kreise und Bezirke getheilt werden, von kleinerer Ausdehnung, als die bisherigen Kreise und Provinzen. Den Gemeinden würde ein selbst aus ihrer Mitte gewählter Schulze oder Bürgermeister vorstehen, den Kreisen auch ein selbst gewählter Kreisgraf oder vielleicht ein von der Regierung bestellter Landrath (auf die Namen kommt es nicht an), und dem Bezirke ein Präfekt, oder wie er heiße, den aber die Regierung ernennt.

Jeder dieser Gemeinden-, Kreis- und Bezirks-Vorsteher würde umgeben sein von einem rathgebenden Kollegium, von Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräthen, welche aus den Angehörigen der Gemeinden, Kreise und Bezirke zu erwählen wären und dem Vorsteher, aber nur rathgebend, zur Seite ständen.

In die Administration selbst hätten sie sich nicht zu mischen. Diese besorgte der Schulz, Bürgermeister, Kreisgraf, Präfekt allein, auf eigene Verantwortung, und da es unmöglich ist, schon mechanisch und physisch unmöglich, daß er allein Alles ausfertigte, registrirte, kopirte, so ernennte er sich ein Bureau von Boten, Exekutoren, Schreibern, Registratoren, Sekretären und Geheimsekretären, je nach Belieben, vielleicht auch Präfekturräthe. Diese ständen unter ihm, seine Geschöpfe, seine Diener, sonst in keinem unmittelbaren Konner, in keiner Dienstpflicht, duech keinen Eid gebunden zum Staate.

Dies ungefähr wären die Grundzüge der neuen Verfassung. Einige nennen sie französisch; wir wollen uns nicht an dem Namen stoßen, ja zugeben, daß sie altgermanisch seien, das Recht der Gemeinden in engern und weitern Kreisen, sich selbst zu regieren, konstituirend; wir wollen von vorn herein zugeben, daß die Verfassung für einen neuen Staat trefflich sei, für ein Land und Volk, das nicht aus getrennten Partikeln und Stämmen besteht, nicht örtlich, durch Abstimmung, Sitten, Glauben, vielfach gespalten, das also keiner besondern abstringirenden Regierungsgewalt bedarf, um ein Ganzes zu bleiben, um nicht auseinander zu fallen.

Aber das Element, der Leim, das Salz, das Netz, die elektromagnetische Kraft, welche bis dahin das Königreich, den Staat Preußen, zusammenhielt, welche ihn gebildet hatte, ist damit zerstört.

Wer läugnet die Mängel, das Unbehagliche, das Gefühl Verletzende, was in unserer bureaukratischen Verfassung, in unserer, alle freie Lebensthätigkeit beaufsichtigenden und bevormundenden Administration lag! Wer aber streitet ab, daß sie unter allen ähnlichen Verwaltungen die angebildetste, intelligenteste, schonendste und verhältnißmäßig wohlfeilste war; schon um deßwillen, weil sie durch ihr ängstliches Kontrolewesen dem Unterschleif und den Verschleuderungen einen Damm entgegensetzte, über den nur höchst selten und bei besondern Umständen ein Schmuggler nächtlich hinwegschlüpfte.

Dieses ihr zu zollenden Lobes wären wir eigentlich überhoben, da kein unparteiischer Beobachter es in Abrede stellte; der Neid selbst mußte es anerkennen. Die Fremden, bis in den romanischen Süden, waren genöthigt, seufzend die preußische Administration zu loben, die grundsätzliche und persönliche Rechtlichkeit, die darin obwaltete; seufzend, weil es bei ihnen zu Hause nicht so sei und — weil diese Vorzüge der Schmuck einer absoluten Regierung waren! Finanzminister Hansemann, jetzt der Agent für das neue System, selbst, als er in der Opposition war, ein heftiger Gegner der altpreußischen Administration, hat ihr als Minister das Attest ausstellen müssen, daß sie mit musterhafter Treue, Genauigkeit, Umsicht geführt worden. Das Attest sollte ein Todtenschein werden.

Die geflissentlichen Anfeindungen der Bureaukratie in letzter Zeit hatten einen ganz anderen Grund, als ein Mißbehagen über pedantische Formen oder den vorgeschützten Despotismus der Beamtenwelt. Sie entsprangen aus der einen Radikalquelle, aus der Absicht Alles zu unterwühlen und zu verdächtigen, was Preußens Selbständigkeit ausmachte, um den Boden für eine radikale Demokratie, für ein reines Begriffsgebäude, endlich für die Republik zu easiren. Dahee verfuhr man schonender mit dem Adel, der im altpreußischen System Nichts war als ein Zierrath; aber die Militärmacht, das Ansehen des Königshauses, der Administration, diese drei gefährlicheren Mächte, weil sie im Volksglauben wurzelten, mußten mit allen Mitteln untergraben werden. Bis ins Lächerliche gehen die satirischen Darstellungen von dem Reichthum, dem üppigen Leben, dem Hochmuth und der seinen Sittenlosigkeit der unglücklichen Beamten. Man schildert die armen Geheimeräthe, die oft bei zahlreicher Familie und nach Abzug der Ausgaben für den drückenden

Digitized by Google

Schein, in Wirklichkeit sich mancher Genüsse enthalten müssen, die dem Proletarier gegönnt sind, wie Saturnalien, Schilderungen, die, freilich nur auf die ununterrichtete Menge berechnet, durch ihre Uebertreibungen sich selbst todtschlagen, für den Moment aber doch von Wirkung waren.

Das System, wie es war, wie es geworden, konnte sich der Zeit, wie sie ist, gegenüber, nicht mehr halten. Dies sei zugegeben. Aber war es so faul, so im Kern angefressen, um es an der Wurzel abzuschlagen?

Seine Wurzeln gehen tief in die Nation hinein, sie durchzogen selbst das Familienleben. Das alte Preußen war eine große Beamtennation; wer seinen Söhnen eine sichere, eine rechtliche Stellung geben wollte, erzog sie zum Staatsdienst. Das mag theoretisch vom Uebel sein, aber es war ein Faktum.

Das Uebel ward durch das Bewußtsein ausgeglichen, gemildert, daß vom Beamtenstande die strengste Rechtlichkeit, Bildung und neben der Disciplin, Freisinnigkeit gefordert wurde.

Der preußische Beamtenstand war auch ein Jahrhundert und darüber der intelligenteste, der freisinnigste; er war es, von dem jene Reformen ausgingen, unter Stein, Hardenberg und Scharnhorst, durch welche der Revolution in Preußen, und damit in Deutschland, ein Damm entgegengesetzt ward: Aufhebung der Leibeigenschaft; die Separationsgesetze; der Bauer freier Eigenthümer; allmähliche Ablösung der Feudallasten; Verwandlung des gepreßten und gemietheten Söldnerheeres in ein volksthümliches Heer aus Bürgern, mit menschlicher Behandlung; die Städteordnung; die strengen Examina zu allen Staatsämtern, selbst im Militär, wodurch dem Konnexionswesen Schloß und Riegel entgegengesetzt werden sollte.

Mehr oder minder wirkten diese Grundsätze auch auf die Beamtenwelt im andern Deutschland hinüber. Die Zeit der servilen und tyrannischen Präsidenten, von denen Iffland u. A. uns ein Denkmal hinterlassen, ging vorüber.

War es kein moralischer Triumph der deutschen Beamten, daß, während die Opposition in romanischen Staaten mit aller Heftigkeit, und doch immer vergeblich, auf ihre Anschließung aus den gesetzgebenden Versammlungen drang, es in den konstitutionellen Staaten Deutschlands die Regierungen waren, welche ihnen den Urlaub verweigerten, um die Zahl der freisinnigen Deputirten zu vermindern!

Die alte preußische Bureaukratie war der Träger des Liberalismus, sie war unter dem System des Absolutismus die preuß. Konstitution. Unvollkommen allerdings, aber sehr hinderlich für die feudalistischen Bestrebungen, die unter Metternichs Flügeln Deutschland mittelalterlich restauriren wollten. Als Friedrich Wilhelm III., der, weniger mit Bewußtsein, als mit richtigem Gefühl und Takt, sie aufrecht erhalten, alt und stumpf ward, schlichen sich die Angriffe gegen die gefürchtete Macht ein. Unter Voß, Ancillon, Rochow ging man Schritt für Schritt an die Korrumpirung der unabhängigen, freisinnigen Beamten. Was Kamptz, Tschoppe u. A. gethan, ist bekannt. Durch die Landrathsstellen eröffnete man Söhnen alter Familien, welche die Examina scheuten oder nicht bestehen konnten oder nicht Lust hatten den langwierigen Weg zu gehen, einen kürzeren angenehmeren zu Präsidenten und Ministerstellen. Dem Murren der alten Bureaukratie darüber wurden Entlassungen, Versetzungen auf dem Disciplinarwege, die verschärften Gesetze über Amtsverschwiegenheit entgegengesetzt.

Die preußischen Beamten sollten Diener werden, gehorsame Diener; das ward noch deutlicher in den ersten Regierungsakten Friedrich Wilhelm IV. ausgesprochen. Seinem germanisch christlichen Sinne war die Papierwirthschaft zuwider. Brauchen wir an die germanisch, christlich feudalistischen Instruktoren zu erinnern, die aus allen Winkeln Deutschlands nach Preußen verschrieben wurden, um den starrsinnig preußischen Beamtengeist zu korrigiren!

Ward er in den 7 Jahren vollständig korrigirt? Wir bezweifeln es. Die preußisch-märkische Natur ist zäher Art. Junger feudalistischer Aufschuß mit tönenden Namen ward mannigfach unter die Reihen der Veteranen gemischt, aber sie ließen sich dadurch nicht irren. Im Gegentheil, in dieser preußischen Beamtenwelt, die früher vor dem Nomen Konstitution geschaudert, ist in diesen sieben Jahren und lange vor der Revolution, der Glaube zur Ueberzeugung gewachsen, daß es mit dem Absolutismus aus, daß eine Konstitution an der Zeit sei, daß sie kommen müsse, je eher so besser, auch wenn sie selbst darüber unterginge.

Und nun will man sie mit einem Federstrich vernichten, ihr anderthalb hundertjähriges Dasein und Wirken auslöschen!

Unabhängige, unabsetzbare Beamte, Regierungen mit ihrem kollegialischen Trotz, mit ihrem esprit de corps, der sich in jeder dauernden Gemeinschaft von selbst bildet, wo das Individuum seine Mißgeiffe unter die grüne Tischdecke schiebt, und der Tisch soll dafür verantwortlich sein — sie vertragen sich vielleicht nicht mit einer vollkommenen konstitutionellen Regierung.

Möglich; dann hebe man sie gestündlich deßwillen auf, des zukünftigen Staatsrechts halber, nach dem Expropriationsgesetz, das auch fruchtreiche Obstgärten niederhaut, um Chausseen durchzuführen. Aber man sage nicht, weil das Institut ganz faul und veraltet war. Wer dann veraltet und faul war, ließ sich noch ausschneiden.

An Lobrednern wird es dem Minister Hansemann nicht fehlen, auch nicht von der exklusiven Seite, wo er es am wenigsten erwartet, die in ihrem eigenen Schmerz doch vielleicht ein stilles Triumphgeschrei über die zerbrochenen grünen Tische erheben, von denen so viel Leidwesens ihnen diktirt ward.

Von dem stillen Wehruf, den vernichteten Hoffnungen der Tausende von Familien, die dadurch betroffen werden, wollen wir schweigen. Es sind Individuen, wenn es auch ein großer Bruchtheil der Nation wäre! Es ist Revolution; wer leidet nicht, wer ist nicht zu Opfern verpflichtet?

Aber über Eines dürfen wir nicht schweigen. Die Revolution darf nicht dem Absolutismus nachahmen, und aus den Beamten für den Staat Dienstboten einer Person machen wollen. Wenn der Präfekt oder Schulz im Dienst für das Gemeindewohl, statt mit vereideten Staatsdienern, mit gemietheten Kommis sich umgibt, wenn er diese einsetzen und fortjagen kann nach Gefallen, wenn er bei seiner Einsetzung mit ihnen einzieht, bei seiner Absetzung mit ihnen auszieht, so ist das Princip verletzt, ohne welches kein preußischer Staat gedacht werden kann.

Will man das in den altpreußischen Provinzen versuchen, so schlägt man dort dem Gefühl des Volkes in den Nacken, und dieses Gefühl könnte so stark sein, daß es widerschlüge, und mehr als ein Ministerium davor stürzte.

Oesterreich. ** Wien, 24. Juli. (Dritte Sitzung des konstituirenden Reichstags.) Der Präsident eröffnet die Sitzung mit dem Vorlesen eines Schreibens des gewes. Alterspräsidenten Kudler, worin derselbe der h. Versammlung seinen Dank für die ihm gewordene Nachsicht und Theilnahme ausspreche und die Versicherung gibt, sobald es seine Gesundheit gestatten wird, wieder seinen Pflichten als Abgeordnetee nachzukommen. Mittlerweile war aber der Hr. Abgeordnete Kudler selbst in der Versammlung und fügt dem Schreiben noch mündlich einige Worte des Dankes hinzu. — Eine Eingabe des Wiener Gemeinde-Ausschusses um einen abgesonderten Raum auf der Gallerie wurde den HH. Ordnern überwiesen. Der Präsident erhält eine Zuschrift des Justizministers, betreffend den Gesetzentwurf über den Schutz der Reichstagsabgeordneten, welcher gedruckt und an sämmtliche Herren Abgeordneten ausgetheilt und sodann darüber diskutirt werden soll. — Der Antrag Straffer's, ein neues Militär-Konskriptionsgesetz betreffend, gab zu mehrfachen Diskussionen Veranlassung. Von vielen Seiten wurde die Dringlichkeit dieses Gegenstandes auseinandergesetzt, der Antragsteller selbst motivirte seinen Antrag höchst eindringlich, bis er zuletzt zur Abstimmung kam und den Abtheilungen zur Berathung zugewiesen wurde. — Darauf stellte Dr. Rieger, Abgeordneter aus Böhmen, die Frage an das Ministerium, ob auf die telegraphische Anfrage des Ministeriums nach Prag, in Betreff der Verhaftung des Dr. Brauner, schon eine Antwort eingegangen sei oder nicht. Er sei der Meinung, Dr. Brauner sei ungesetzlich verhaftet, mehrere Stimmen rufen: „zur Sache", allein Dr. Rieger drang durch, er glaube, das Recht, eine Frage an das Ministerium zu stellen, könne keinem Deputirten genommen werden. Er frage das Ministerium, ob Dr. Brauner gesetzlich oder ungesetzlich verhaftet, und ob er schuldig oder unschuldig sei? Darauf entgegnete der Justizminister Dr. Bach: gegenwärtig ist Dr. Brauner erst im Stadium der Voruntersuchung, es könne demnach nicht gesagt werden, ob er schuldig oder unschuldig sei. Was die andere Frage betrifft, ob die Verhaftung gesetzmäßig oder ordnungswidrig ist, so muß das Ministerium annehmen, daß die Verhaftung gesetzmäßig vor sich gegangen sei, weil man voraussetzen muß, daß die Behörden sich an die Gesetze gehalten haben. Das Ministerium sieht darin nur eine Aufforderung, sich über die Sachlage berichten zu lassen. Sobald das Ministerium Etwas über diese Sache erfahren wird, wird es das dringende Bedürfniß fühlen,

die Verhandlungen vorzuzeigen, damit ist Alles beantwortet. — Nun erlaubt sich Dr. Rieger noch eine Anfrage an das Ministerium, ob nach unseren bestehenden Gesetzen Jemand auf diese Art verhaftet werden könne, außer wenn er in flagranti ergriffen wird? und ob die Untersuchungen demnach im Geheimen fortgeführt werden sollen? Der Justizminister lehnte für heute auf diese Fragen die Antwort ab, indem er nach der Geschäftsordnung das Recht in Anspruch nahm, die an das Ministerium gestellten Fragen in einer nächsten Sitzung zu beantworten. — Dr. Rieger stellt eine dritte Frage an das Ministerium, ob der Bezirk, in welchem Dr. Brauner zum Abgeordneten gewählt wurde, unvertreten bleibt, oder ob von dem Ministerium eine neue Wahl ausgeschrieben wurde? Der Justizminister hielt sich auch auf diese Frage bevor, sie in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten. — Dr. Rieger frogt noch einmal das Ministerium, ob der Belagerungszustand in Prag aufgehoben sei oder noch fortbestehe. Duch die Zeitung habe er erfahren, daß vom Fürsten Windischgrätz in einer Proklamation die Belagerung aufgehoben sei, faktisch bestehe sie aber noch fort, das haben ihm Kollegen aus Böhmen geschrieben, der Belagerungszustand bestehe nicht nur in Prag, sondern in ganz Böhmen faktisch fort. Darauf erwiderte der Minister Doblhof, daß zu seinem Bedauern der Zostaad der Belagerung in Prag noch fortbestehe, das Ministerium hätte schon zu wiederholten Malen die Anordnungen an Windischgrätz getroffen, daß der Belagerungszustaad aufgehoben werde, allein Windischgrätz glaube, nicht für die Sicherheit des Eigenthums und der Personen garantiren zu können, wenn er den Belagerungszustand aufhebe, er stellte dringend die Nothwendigkeit dieser Maßregel dem Ministerium vor. — Endlich stellte noch Strosser an den Finanzminister die Anfrage, warum die Wiener Zeitung noch den Stempel habe, während andere politische Blätter ohne Stempel ausgegeben werden, da doch unter den jetzigen Finanzverhältnissen eine derartige Finanzmaßregel zu berücksichtigen wäre. Der Finanzminister Kraus beantwortete diese Anfrage, mit der Bemerkung, daß die Stempelung der Zeitungen vielleicht ganz in Frage gestellt werden könnte. — Es wurde nun von mehreren Abgeordneten darauf angetragen, zur Tagesordnung zu schreiten, da in der letzten Sitzung der Beschluß gefaßt wurde, in der heutigen Sitzung den Entwurf der provisorischen Geschäftsordnung zu berathen. Der Antrag wurde unterstützt und der Berichterstatter der provisorischen Geschäftsordnung, Abg. Mager, bestieg die Tribune und verlas die Geschäftsordnung. Es wurden die ersten 8 Paragraphen verlesen, und nach einigen unbedeutenden Modifikationen von der Versammlung angenommen. Da es bereits 3¼ Uhr war, wurde die Sitzung vertagt, und die nächste auf den 25. Juli um 10 Uhr Vormittags anberaumt.

Wien, 25. Juli. Die Abreise des Erzherzogs-Reichsverwesers war Anfangs auf den 28. d. M. festgesetzt, allein sie dürfte nun um einige Tage verschoben werden, da die ungarisch-kroatischen Differenzen, zu deren Schlichtung der Erzherzog von Se. Majestät speciell ermächtigt wurde, gerade jetzt verhandelt werden sollen. Der seit gestern Abend hier anwesende ungarische Premier Graf Batthyani und der Minister Fürst Esterhazy hatten heute in eben dieser Angelegenheit eine längere Konferenz mit dem Erzherzog Johann, und morgen soll auch der Banus Jellachich hier eintreffen. Möchte doch dieses unselige Zerwürfniß auf friedlichem Wege bald beigelegt sein! Gelingt dies nicht, so sind die Folgen unabsehbar schrecklich. Wie ich aus guter Quelle weiß, sind nicht nur die kroatischen Regimenter, sondern fast sämmtliche Truppen entschlossen gegen die Croaten nicht zu ziehen, auch hat sich die Banater Grenze bereits ebenfalls gegen Ungarn erklärt. — In unseren sonstigen Zuständen nichts Neues von Bedeutung. Das neue Ministerium hat noch kein Lebenszeichen von sich gegeben oder liegt, was die neuen Mitglieder desselben betrifft, noch stark in den Windeln. (Allg. Z.)

Wien, 24. Juli. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung erwiderte Hr. v. Doblhof auf eine deßhalb auf ihn gerichtete Interpellation wegen Auslieferung politischer Flüchtlinge an Rußland: das Ministerium habe sich entschieden für den Grundsatz erklärt, daß jeder politische Flüchtling, der in seine Heimath zurückkehrt, von da unter keiner Bedingung ausgewiesen werden, und daß auch keinem Fremden das Gastrecht aus politischen Gründen verweigert werden dürfe. Das Ministerium habe erst gestern Weisungen in diesem Sinne an den Militärgouverneur von Krakau erlassen (großer Beifall, vorzüglich von der linken Seite des Hauses). Auf eine Anfrage über den Prager Belagerungszustand antwortete der Justizminister Bach in ziemlich unbeholfener Weise: daß das Ministerium sich über den anzuregenden Fall einen erschöpfenden Bericht von den Prager Behörden erstatten lassen werde, daß der Belagerungszustand in Wirklichkeit aufgehoben, und mit demselben auch die Militärkommission aufgelöst worden sei, und daß mithin in Bezug auf die gerichtliche Untersuchung der Angeklagten die regelmäßigen Behörden beauftragt worden seien. (Allg. Z.)

Bozen, 25. Juli. Dasselbe Blatt berichtet: Ein Kurier, welcher heute Nachmittag von Verona eintraf, brachte die höchst erfreuliche Nachricht, daß der kombinirte Angriff auf das Centrum der feindlichen Armee bei Somma-campagna und Villafranca von dem vollständigsten Erfolge begleitet war. Die Verschanzungen der Piemontesen sind erstürmt, 40 Kanonen erobert, der Feind zog sich fliehend über den Mincio zurück. Der linke Flügel unserer Armee unter Baron Welden soll bis Cremona vorgedrungen sein. Auch Rivoli ist wieder in unserer Gewalt; man erwartet die nächsten Tage die Post von Verona durch das Etschthal auf der großen Straße, nachdem sie seit 4 Wochen auf dem Umwege über Vicenza durch die Valarsa gehen mußte. Bald werden die offiziellen Armeeberichte die nähern Details liefern. Eine Korrespondenz derselben Zeitung aus Verona vom 23. Juli meldet: die gesammte Armee wirke vereint auf allen Punkten; um 8 Uhr Morgens habe man von den Anhöhen Veronas die österreichischen Truppen schon auf den uneinnehmbar geglaubten Verschanzungen der Piemontesen bei Sommacampagna gesehen, jetzt Nachmittag 4 Uhr sähe man weder Freund noch Feind. Dagegen meldet man der N. Z. Z. aus Mailand, daß Karl Albert den am 23. geschlagenen Piemontesen zu Hilfe gekommen sei, daß diese seit dem 24. Mittags im Vortheil gewesen, was durch eine Depesche aus Villafranca vom 24. Mitternachts bestätigt wurde; endlich bringt sie aus Mailand zwei fast wörtlich übereinstimmende Schreiben vom 26., deren zweites folgendermaßen lautet; „Nach soeben angelangter und promulgirter officiellen Nachricht blieben die Italiener in einer gestern gelieferten Hauptschlacht Sieger, nahmen 12,000 Oesterreicher gefangen und erbeuteten 50 Kanonen und 17 Fahnen. Auf beiden Seiten viele Todte". Wenn man auch den italienischen Siegesbericht um zwei Drittel weniger Glauben schenken muß, als sie in Anspruch nehmen, so ist doch zu erwähnen, daß die N. Z. Z. auch über den Sieg der Piemontesen bei Goito die erste Nachricht brachte, obschon auch hier die angebliche Niederlage der Oesterreicher sich später nur als ein vereitelter Versuch derselben; Goito zu nehmen, herausstellte, worauf die Siegesbotschaften von Vicenza und Treviso folgten.

Preußen. *** **Berlin**, 24. Juli. Seit vorgestern sah man schon einzelne Blauröcke, halb bürgerlich, halb militärisch gekleidet, durch die Straße gehen: „Das sind Konstabler!" heute erschienen sie in größerer Anzahl und in voller Uniform, die aber das Militärische, eigentlich nur den Säbel, so viel es thunlich, zu verstecken strebt. Ein Plakat des Polizeipräsidenten empfiehlt diese Schutzmannschaft dem Wohlwollen der Bürger! Wie sind durch 2000 Mann Konstabler geschützt. Wo? Es ist still auf den Straßen, oder vielmehr belebt, die schönen Sommertage locken auch die minder Behenzten heraus, schon so lange hat keine Trommel gewirbelt, kein Horn geblasen, die Plakate speien nicht mehr Gift und Feuer, man bedauert fast die Zeughausattaque, man hat auch nur Bedauern für die deßhalb Verurtheilten, man klagt nicht über schreiende Ungerechtigkeit gegen die Richter! Es ward ruhig und mäßig, die Gesetzlichkeit hatte über die Anarchie gesiegt und in den demokratischen Klubs, ja in der Volksversammlung selbst hörte man Mäßigung, Besonnenheit anempfehlen. Die vorgestern noch das Volk bewaffnen wollten, wenn es nicht mit Bändaadlegenehren ging, doch mit Piken, sprachen gestern wie O'Connell: nur auf gesetzlichem Wege unsere Rechte! Der bleiche Schrecken, der den Berlinern wie Blei die Glieder drückte, vor neuen Tumulten, Gefechten, Barrikaden und Plünderung, war plötzlich ausgekehrt. Wie das gekommen, wir wenige Tage Alles umgestimmt hatten, läßt sich nicht angeben. Die Taktik der Agitatoren ist dagegen ziemlich klar. Sie haben gedrängt und getrieben, so lange ihre Mittel ausreichten; sie, von ihrem Standpunkt aus, hatten keinen Fehler begangen, daß sie ihr Alles auf einen Wurf setzten, es auf das Aeußerste wollten ankommen lassen. Aber vor so viel vereinten Schlägen: der Wahl des Reichsverwesers, der Niederlage Jacoby's, der immer lauter sich kundgebenden Entrüstung in den Provinzen, mußten sie zum Rückzug blasen. Daß seit den letzten Wochen ein Theil der Bürgerschaft, was nicht zu läugnen, durch ihre Lehren inficirt worden, half ihnen Nichts; es blieb immer nur ein kleiner Theil, und solcher, die nur mitfunktionirten, höchstens mitschrieen. Hätte man mehr von ihnen gefordert, wäre auch über sie der bleiche Schrecken gekommen. Auch der Rückzug ist geschickt und taktvoll geordnet. Sie betrachten die vorige Aufregung wie einen Scherz, sie lachen über die guten Bürger, daß sie sich von Gespenstern erschrecken ließen, von denen sie ohnen losen, daß man sie nur zur Belustigung, zur Prüfung ihres Muthes citirt. Wie weit der eigentliche Plan gegangen, nachdem beim verunglückten Zeughaussturm die geheimen Anführer ihr Muth verließ, wird schwerlich je ermittelt

werden. Aus ihrer Verborgenheit warteten sie wahrscheinlich auf das glückliche Ungefähr, das sich aber diesmal nicht wie am 18. März einstellen wollte. In langwierigen Kriegen lernt jede Partei die Taktik ihrer Gegner und weiß ernsten Angriffen in der Stille zu begegnen, während sie Scheinangriffe in ihr Nichts verfallen läßt. Thatsache ist, man hat die Agitation in bisheriger Art, die sehr kostspielig wurde, aufgegeben, Berlin kann für die nächste Zeit ganz ruhig sein, es wird keinen Sturm auf Waffenhäuser und Deputirte erleben, auch die „Bummler" scheinen entlassen oder beurlaubt, und in ihre Burgen und Höhlen sich zurückziehend bereiten die Agitatoren neue Kriegspläne vor. Muthmaßlich werden diese feinerer Art sein, und nur wenn im übrigen Deutschland ein offener demokratischer Aufstand gelingen sollte, würde man hier dergleichen noch ein Mal wagen. Gewiß auch dann ungern, wo die mächtigen Bauernfäuste so unheildrohend die Atmosphäre umschwirren. — Wozu unter solchen Friedensauspicien das Heer der Konstabler? Wozu 2000 Mann uniformiren, die täglich (dem Staate? oder wird die Last der Stadt zufallen) weit über 1000 Thaler kosten, wozu aufs Neue 2000 Männer in kräftiger Jugend dem Müßiggange widmen? denn wenn kein Auflauf ist, wird ihr Geschäft nur sein, mit der Cigarre im Mund durch die Straßen zu spazieren. Soll die Antwort abermals dahin lauten: es kommt zu spät! — Die völlig hergestellte Ordnung wird noch viele Opfer kosten; man lasse sich dieses nicht gereuen, auch wenn es für den Augenblick überflüssig erschiene, insofern nämlich die Konstabler sich das verschaffen, wozu ihr Aussehen noch fast zu friedlich ist — Autorität. Die wenige Ordnung, die bis jetzt nothdürftig zurückgekehrt, hißt natürlich im Munde der Volksängstiger Reaktion, und doch ward schon gestern ein Konstabler von Arbeiterhaufen mißhandelt, „weil ihnen seine Nase nicht gefiel", und heute sah ich, wie sie einem Gensdarmen einen Verhafteten im Thiergarten entrissen, und kein Konstabler war zur Hand, um ihm beizustehen. Das Meer nach dem Sturme geht noch lange hohl. Das ist nicht mehr gefährlich; eine ernstlichere Reibung droht von anders her: — die preußischen Demonstrationen aus den Provinzen nehmen einen immer bitterern Ton an; in einigen entfernt man sich von dem konstitutionellen Boden, an dem man bis da festhielt. Geschieht das auch nur in wenigen, und ist die Erbitterung erklärlich, im Gegensatz zu der maßlosen Sprache der Republikaner, so ist es doch immer vom Uebel, und gibt den Gegnern neue Waffen in die Hand; sie können den Berliner Demokraten zurufen: seht und erkennt die konstitutionellen Preußen in Pommern, denen die Konstitution in der Person des Königs und seines königlichen Hauses aufgeht! Sogar erhebt sich eine Stimme, die Hansemann wegen seiner Rede über den Zustand der Finanzen angreift. Nicht um deswegen, weil der Minister die frühere Verwaltung lobt, sondern weil er sie früher auf dem allgemeinen Landtage angegriffen gehabt, ehe er sie hinreichend gekannt. Möge sich diese preußische Partei vor einer solchen Sprache sehr in Acht nehmen. Ein Verein, wie der für König und Vaterland, welcher sich in sehr großer Zahl in Magdeburg versammelt, war ein nur zu billigendes Gegenmanöver gegen die demokratischen Kongresse; der hiesige patriotische Verein (den die demokratischen Vereine schon in den Geruch royalistisch-reaktionärer Tendenzen gebracht) hatte ihn beschickt, nimmt aber jetzt Anstand, sich unbedingt seinen Beschlüssen zu fügen, weil er Elemente aufnehme, die über die konstitutionelle Linie rückwärts gingen. Von diesem Ueberspringen der richtigen Vertheidigungslinie gegen den anarchischen Vorwärtssturm sehen wir hier ein bedauernswerthes Beispiel. Der Preußenverein für konstitutionelles Königsthum ließ gestern (23.) ein Plakat anschlagen, worin er Preußen und seine Selbständigkeit für gefährdet erklärt, worin er alle Preußen aufruft, diesen Augenblick nicht zu versäumen, wo es um die Erhaltung des Werkes Friedrichs des Großen sich handle, und sich wie Ein Mann zu erheben, um gegen die Vernichtung des theuren Vaterlandes zu protestiren! Das würden viele Millionen in Preußen thun, sobald dieser Augenblick wirklich gekommen wäre, wo Preußen in Deutschland nicht aufgehen, sondern untergehen sollte, und zwar in einem Deutschland, was noch nicht existirte, wo Baden sich als Republik erklärte und Oesterreich als slavo-italisch-germanischer Staat sich separat zu konstituiren, Anlaß finden könnte. Dekretirte die Frankfurter Nationalversammlung und Reichsverweserschaft ein solches Opfer in Wahrheit, dann wüßte Preußen mit oder ohne seinen König, was es zu thun hätte. Der Preußenverein für konstitutionelles Königthum hat aber zu vorschnell die Trommel gerührt. Daß der Reichsverweser sich zum Oberfeldherrn des Reichsheeres erklärt, daß er eine Art Huldigung und Anerkennung von den Truppen aller deutschen Staaten und Länder verlangt, ist ein Akt der Förmlichkeit, ein Siegel, das er seiner Wahl aufdrücken durfte, mußte. Er fordert durch diese Huldigung Gehorsam, wenn es gegen einen äußern Reichsfeind losginge, und schlimm wäre es, wenn er ihm in diesem Falle versagt würde; aber vernünftiger Weise ist in dem formalen Akte Nichts zu sehen, was die Treue, den Eid der preußischen Truppen gegen ihren König, ihr Vaterland beeinträchtigte. Wir sind entschieden dafür, daß Preußen sich erheben darf, muß, wird, wenn man es von Frankfurt aus fortfährt zu erniedrigen und vernichten, wenn man es als Dienstbote behandelt und sich heimlich die Hände reibt, wo es seine Kräfte im Dienst für das Gemeinwohl aufreibt, aber dieser Augenblick ist nicht da, wo der edle Erzherzog Johann einen Handschlag deutscher Treue für das Gesammtvaterland auch vom preußischen Militär fordert. Wir betrachten es als eine Mißkenntniß der Verhältnisse; entschuldbar, wenn sie von in Ehren ergrauten preußischen Soldaten ausgeht, sie kannten nichts Höheres, als hingebende Treue für das preußische Königshaus, das sich für sie mit Vaterland und Heldenthum identificirte; entschuldbar bei der schwer zu findenden Grenzlinie — wer ist sich selbst klar über Verhältnisse, die noch im Ungewissen für die ganze Nation, und die Erleuchtetsten schwimmen? Aber Pflicht aller wahren Vaterlandsfreunde ist es, diesem Mißverständnisse zu steuern. Hier, jetzt darf kein Riß ausbrechen, oder Deutschlands Einheit ist zu früh aufgegeben, und auch Preußen geht einer ungewissen Zukunft entgegen. Weigerte sich das preußische Militär, den Huldigungsakt zu begehen, wäre das ein großes Unglück; möchten alle weiter blickende Patrioten in demselben ihre ganze Ueberredungskunst aufbieten, möchten der König, die Prinzen in diesen Kreisen, die noch mit alter Ehrfurcht ihnen horchen, ein warmes, ernstes Wort sprechen. Es ist Gefahr da, wir wiederholen es; nicht sowohl Gefahr dafür, daß jetzt Preußen in Deutschland untergeht, als daß Preußen voreilig, und wo es keine Noth hat, seine besten Kräfte ausspielt, und sie ihm dann fehlen, wo sie ihm wirklich Noth thun. — Der Kongreß der konstitutionellen Klubs hier hat seine „Entrüstung" über den Aufruf des Preußenvereins ausgedrückt, und sieht darin einen Aufruf zur Rebellion gegen den Bau deutscher Einheit, einen Aufruf zu einem Bürgerkriege, der nicht minder wüthen würde, als der, welchen die anarchischen Wühler hervorrufen möchten. Andere Stimmen protestiren gegen alle und jede Kundäußerung, als Data unendlich kleiner Minoritäten; wenn die Frage auf dem Spiel stünde: ob selbständig bleiben, ob untergehen, müsse das ganze Volk in Urversammlungen befragt werden! — Diese Aufregung, sehen Sie, ist eine ernsthafte; Konstabler beschwichtigen sie nicht. — Indem ich dies schreibe, wird der Verfassungsentwurf, wie er aus der Kommission hervorgegangen, auf der Straße ausgerufen. Ich kann ihn nur durchblättern; möchte er der Kraft sein die aufrecht zu erhalten, welche zittern, daß es schon jetzt um ihr Preußenthum geschehen sei.

Berlin. Die bisherigen Beschlüsse des konstitutionellen Kongresses lauten: Der Kongreß erklärt, daß er die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung als unbedingt verbindlich für alle deutschen Staaten erachtet. (67 gegen 20). Daß er aber die individuelle Entwickelung der einzelnen Staaten und Stämme für vereinbar mit der Unterwerfung unter die deutsche Nationalversammlung hält. (Gegen 27 Stimmen.) Ferner: Der Kongreß erklärt die konstitutionelle Monarchie, aber mit den volksthümlichsten Institutionen für die dem Gesammtstaate passendste Staatsform. (52 gegen 36 Klubs). Die Kommission will kein spezielleres Programm aufstellen, als das „der demokratisch-konstitutionellen Monarchie." (Ant.-Ztg.)

** **Köln**, 26. Juli. Es wird von einigem Interesse für Sie sein, von einer Adresse zu erfahren, mit welcher die Stollwerk'sche demokratische Gesellschaft, die freilich diesmal pro aris et focis kämpft, die Frankfurter Nationalversammlung behelligt hat, denn diese Adresse ist durch die neuerdings ergangenen Verbote der demokratischen Vereine in Heidelberg und Stuttgart hervorgerufen und bedroht das badische sowohl als das württembergische Ministerium mit einem Hochverrathsprozeß, Hochverrath nämlich an der Sache des deutschen Volks, das bekanntlich ausschließlich in den demokratischen Vereinen versammelt ist. Wir erfahren aus jener Adresse, daß die betreffenden Verbote „Thatsachen von so verhängnißvoller Bedeutung für das deutsche Volk sind, daß jeder Deutsche, welchem besonderen Stücke des vielgetheilten Vaterlandes er auch angehöre, aufs Tiefste davon ergriffen werden muß"; wir erfahren ferner, daß jene Verbote „ein Attentat auf die heiligsten Volksrechte, auf die Grundlagen alles gesellschaftlichen Lebens" sind. Noch „empörender" aber als die Thatsache selbst sind für die Stollwerk'sche demokratische Gesellschaft die Gründe, welche man dafür erfährt, denn „sie liefern den sonnenklaren Beweis, daß unsere Sonderregierungen Nichts so sehr fürchten, als den Untergang des christlich-germanischen Polizeistaats." Sollte man für möglich halten, daß Vereine verboten werden, welche bloß auf Untergra-

Digitized by Google

buog der bestehenden Staatsordnung gerichtet sind? „Welche Staatsordnung — so frugt die Adresse mit aller ihr zu Gebote stehenden Indignation — welche Staatsordnung ist denn gegenwärtig die bestehende? Es ist der deutsche Bund und das feudalistischr Polizeiregiment, aber gesprengt, aber zertrümmert duech siegreiche Revolutionen. Und die Wegräumung dieser Trümmer, die Verständigung über den Plan des Neubaus, das zeigte von den verderblichen Tendenzen?" Die Adresse deantragt schließlich, die Nationalversammlung mögr die betreffenden Verbote als ein Attentat auf die Grundrechte des deutschen Volks „unverzüglich" aufheben, und, um den Unsinn vollständig zu machen, fügt sie den weiteren Antrag bei, dir Versammlung „mögr durch ihrr Centralgewalt bewirken lassen, daß die Minister, welche diese Verbote unterzeichnet haben, ihres Amtes entlassen und in Anklagezustand versetzt werden, als Verräther an der Sachr des deutschen Volkrs." Sie sehen, die Sache des deutschen Volkes befindet sich hier in guten Händen. Ob die Nationalversammlung resp. die Centralgewalt sich für berechtigt erachtet und geneigt ist, in diesen und ähnlichen Fällen die ihm zugetheilte Rolle des öffentlichen Ministeriums zu übernehmen, ist eine andrr Frage.

** Vom Rhein, 24. Juli. Ob die Rhein- und Moselzeitung eine ihrer gewöhnlichen Ungeschicklichkeitrn begangen und vereilig geplaudert, oder ob die Partei, deren unbestrittrnes Organ die genannte Zeitung ist, es wirklich bereits an der Zeit gehalten hat, ihr letztes Wort zu sprechen: genug, dies letzte Wort, die Lostrennung der preußischen Rheinprovinz von der preußischen Monarchie ist jetzt offen ausgesprochen. „Der Grundsatz — sagt die Rhein- und Moselzeitung — daß die Kaiserwürdr sich nicht mit der Territorialhoheit vertrage, ist öfters ausgesprochen worden und bei der Wahl des Reichsverwesers in die Presse übergegangen. So richtig dieser Grundsatz auch ist, weil dadurch dir Zwietracht der Fürsten gehindert wird, die deutsche Einheit zu gefährden, so wenig entspricht er der nothwendigen Macht eines Kaisres. Ein Kaiser ohne Land ist ein Schattenkaiser. Der Grundsatz ließe sich jedoch dadurch vermittein, daß man dem jeweiligen Kaiser rine Dotation in reichsunmittelbarem Lande schafftr; denn nur die Gefahr, daß der Kaiser seine Würde zur Hebung seiner Hausmacht benutze und den Neid der übrigen Länder erregr, hat den fraglichen Grundsatz hervorgerufen, welcher aber bei reichsunmittelbarem Lande, eben deßhalb, weil dieses Land nicht zur Hausmachl des Kaisers gehört, nicht eintritt. Das frühere Großherzogthum Nirderrhein, dir jetzige preußischr Rheinprovinz, stellt sich als passendes Kaiserland dar. Die anerkannten und nicht anerkannten Revolutionen in Deutschland (die nicht anerkannten! Sie sehrn, die Rhein- und Moselzeitung kann auch boshaft sein) berührten nur die Verfassungen der rinzelnen Länder und die Einheit Drutschlands, nicht aber das Verhältniß der europäischen Staaten zu einandrr. In dieser Beziehung gilt noch die Politik von 1815, welche für nöthig fand, Frankreich kräftige Grenznachbaen zu geben. Aus diesem Grundr wurde Brlgien an Holland g.kettet, drrselbe Grund ließ Metternich die preußische Monarchir durch dir Rheinprovinz an die französische Grenze rücken. Um wir viel mehr würde uber Rieser Zweck erreicht werden, wenn die Rheinprovinz reichsunmittelbur wäre, und jeder Angriff gegen dieselbe dem ganzen Reiche und nicht einzelnen Fürsten gätte!" So weit der eigentliche Vorschlag der Rhein- nnd Mosetzeitung, die sogar schon eine Entschädigung für Preußen bereit hat in Hannover. Es bedarf nun kaum der Bemerkung, daß der deutschpatriotische Schleier, welchen hier die Partei sich umhängt, nur des äußern Anstandes wegrn vorgenommen ist, und er ist in der That durchsichtig genug, um über dir Hintergedanken keiar Zweifel zu lassen; ich will auch weiter kein Gewicht legen auf die eingeflochtene perfide Wiederholung der Anschuldignngen gegen dir preußische Regieeung, Anschuldignngen, welche in diesem Maße nie und zu keinrr Zeit begründet waren und gegenwärtig als vollständig, nicht bloß ungerecht, sondern ungereimt erscheinen müssen; eben so wenig will ich bei der Behauptung verweilen, die von eben so viel Abgeschmacktheit als Schamlosigkeit zeugt, der Brhauptung, daß die uttpreußischen Provinzen schon mehr dem slavischen Elrmentr angehörrn und deßhalb auf Stammverwandtschaft mit dem Rheinlandr keinen Anspruch haben; ich will auf die Frage selbst eingehen und sie als das behandeln, was sie entschieden nicht ist, als eine offene Frage. Vielleicht wird eine nähere Erbeterung, wenn auch nicht auf dir Partei der Rhein- nnd Mosetzeitung, wenigstens auf Diejenigen von Einfluß sein können, welche einer blinden Abneigung gegen Preußen folgen, großentheils ohne sich bestimmter Gründe dafür bewußt zu sein: sie werden ermessen, was der Verbund mit der preußischrn Monarchie ihnen bietet, und was sie, losgetrennt von Preußen, dagegen eintauschen würden. Es dürfte indessen angemessen sein, einige kurze Notizen über die Zusammensetzung der preußischen Rheinprovinz zur lesseren Or'entirung vorauszuschicken.

Das Gros der Provinz liegt auf der linken Rheinseite. Hier hattr Frankreich bekanntlich aus den eroberten deutschen Reichsländern, den linksrheinischen preußischen Besitzungen, dem Herzogthum Jülich und Allem, was auf dem linken Rheinufer von kurkölnischen, kurtrierschen, kurmainzischen, pfälzischen und nassauischen Besitzungen ing, nebst den dazwischen liegenden reichsunmittelbaren Besitzungen geistlicher und weltlicher Fürsten und Herren und den vormals freien Reichsstädten Köln und Aachen, dir 4 Departements, Aar, Rhein und Mosel, Saar, Donnersberg, gebildet. Preußen erhielt nun beim Wiener Kongreß das Rhein- und Moseldepartement ganz, das Aarund das Saardepartement größtentheils und erwarb später auch noch die Anfangs für Meklenburg-Strelitz und Sachsen-Koburg ausgeschiedenen Theile des letzteren durch Kauf. Diese dnnle Masse auf der linken Rheinseite, dann auf der rechten Rheinseitr das ehrmalige Frauenstift Niederelten, der dortseitige Theil des Herzogthums Cleve, dir rhematigen Reichsabteien Essen nnd Werder, das Herzogthum Berg mit den enklaoleten Herrschaften Homburg, Gimborn, Neustadt und Wildenburg, endlich einige vormals nassauische Landestheilr nebst der ehemaligen Reichsstadt Wetzlar bilden die jetzige preußische Rheinprovinz. Altes preußisches Besitzthum darunter ist das aus der im Jahr 1609 eröffaeten Clevesche Erbschaft herrührende Herzogthum Cleve, das aus der Oranischen Erbschaft im Anfangr des 18ten Jahrhunderts erworbene Fürstenthum Moers und das durch den Utrechter Frieden erhaltene Oberquartier von Geldern; alles Andrrr ist erst durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 und dann, nachdem es im Titsiter Frirden sämmtlich verloren gegangen, durch dem Wiener Kongreß an Preußen gekommen.

Es geht aus dieser Darstellung hervor, daß eigentlich preußische Erinnerungen nur in einem verhältnißmäßig geringrn Theile der preußischen Rheinprovinz existirrn können: fast jede Quadratmeile hat ihre eigene und eigenthümliche Vergangenheit und Geschichte, bis zuerst das Kaiserreich sie verschlang und zu einem Ganzen gestaltete, und dann der Wechsel der Geschicke sie an Preußen gab. Eine gemeinsame Geschichte verbindet die Rheinprovinz mit Preußen nicht: es nützt also zu Nichts, an ihre Erinnerungen zu appelliren; appellrrn muß man an ihre Interessen. Ein zweiter Artikel möge weiter ausführen, was die Rheinprovinz mit Preußen und was sie ohne Preußen zu erwarten hat.

Bnern. H München, 27. Juli. Mit heutiger Post trafen Briefe von der tirolisch-lombardischen Grenze hier rin, welche die wichtige Nachricht von einer großen Schlacht zwischen Radetzkis und Karl Alberts Armeen, hier in Umlauf setzten. Radetzki soll am 23. d. M. früh die Linir der Lombardopirmontesen von Mantua bis gegen Rivoli zugleich angegriffen, das Hauptgefecht aber nach Rivoli geleitet, diese Felsenstellung auch forcirt haben. Am 24. Abends noch keine Entscheidung. Doch scheint gerade diese lange Dauer des Kampfes für österreichische Erfolge zu sprechen, wenn es ihnen gelungrn, die Linie zu durchbrechen und in die linke Flanke des Sardenkönigs bei Rivoli zu grlangen. Morgen erhalten wir gewiß die entschirdene Kunde über die gefallenen verhängnißvollen Loose, welche das Schicksal des italienischen Krieges zur Bestimmtheit herausgebildet haben werden.

Baden. * Heidelberg, 30. Juli. Professor Gervinus hat seinen grstern erwähnten Entschluß ausgeführt und srine Stellr als Mitglied der Nationalversammlung niedergelegt. Er hat unsere Stadt bereits verlassen, um seinr Erholungsreisr nach dem Süden anzutreten.

Koburg, 28. Juli. Auf die bereits erwähnte Adresse des hiesigen Bürgervereins ist dir Antwort erfolgt, daß der Herzog mit männlichrr Fassung bereit ist, jedes Opfer, und sei es das Aeußerste, zu bringen, welches die Einigung Deutschlands, die Wohlfahrt des grmeinsamen Vaterlandes erheischt. Allein in dem Aufgeben der Selbständigkeit der sächsischen Herzogthümer Behufs ihrer Zusammentegung zu einem thüringischen Gesammtstaat unter einer gemeinschaftlichen oder Wechselregierung könne er ein geeignetes Mittel zur Erreichung und Förderung jener Zwecke nicht erblicken. Er sei daher auch fest entschlossen, einem solchen Vereinigungsplane mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Schleswig. Kiel. Dem Vernehmen nach hat dir prov. Reg. das Verfassungswerk einer Kommission, bestehend aus den Herren: Dr. Baremann, Dr. Steindorf, O.-A.-G.-R. Preusser, P. Lüders und Adv. Samwer, übergeben, welche einen Verfassungsentwurf für eine konstitutionelle Monarchie zum 10. August ausarbeiten soll. Der

Digitized by Google

Sitz der Kommission ist in Kiel und wird, wie es heißt, die Reg. den Entwurf ohne Aenderung der konstituirenden Versammlung vorlegen.

Schleswig-Holstein. Die provisorische Regierung hat folgenden Aufruf erlassen: Mitbürger! Die Unterhandlungen, welche zur Anbahnung friedlicher Ausgleichung mit Dänemark geführt worden, sind abgebrochen. Die Feindseligkeiten sind wieder eröffnet; die Waffen werden entscheiden. Deutschland hat gezeigt, daß es den Frieden wünscht. Auch die billigsten Forderungen sind von Dänemark verworfen. Unehrenhafte Bedingungen sind gescheitert an dem Willen Deutschlands, an der Festigkeit des tapfern Feldherrn, der an der Spitze des deutschen Heeres die Grenze des Landes bewacht. Schleswig-Holsteiner! Wir sind dem deutschen Vaterlande zu dauerndem Danke verpflichtet. Preußen und die Staaten des 10. Armeecorps stehen für uns in den Waffen. Alle deutschen Seestädte bringen seit Monaten unserer Sache schwere Opfer. Laßt uns dieser Theilnahme uns würdig beweisen. Nur Einigkeit und Thatkraft führen rasch ans Ziel. Unsere junge Mannschaft eilt freudig zu den Fahnen, damit wir, beim Anfange des Kampfes durch die List der Dänen ungerüstet, mit Ihren unsern deutschen Brüdern zur Seite treten. Wir wollen alle bereit sein, jeder andern Anforderung zu entsprechen, welche die energische Fortführung des Krieges nöthig macht. Mitbürger! Wir dürfen nicht zweifeln an dem Siege unserer gerechten Sache. Fern sei es von uns, in fremdes Recht hinüber greifen zu wollen. Aber was unser ist, von unsern Vorfahren als ein heiliges Vermächtniß uns überkommen, das wollen wir bewahren und behaupten. Die Herzogthümer gehören unzertrennlich dem deutschen Vaterlande an. Für das Vaterland haben wir zu den Waffen gegriffen, ist das Blut unserer deutschen Brüder geflossen. Mit ihm wollen wir einig sein, zu siegen oder zu fallen. Rendsburg, 25. Juli 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. F. Reventlow. J. Bremer. Th. Olshausen.

Altona, 25. Juli. Die Waffenstillstandsverhandlungen sind abgebrochen. Morgen Abend werden Beseler und Prof. Christiansen (nicht Graf Rev.-Bretz) über Altona, wo sich ihnen der Abg. Kaufmann Semper anschließen wird, nach Frankfurt a. M. reisen, um die Centralgewalt zur energischen Wiederaufnahme des Krieges zu bewegen. Die Grafen Pourtales und Münster sind heute hier durch nach Berlin gegangen. (B. H.)

Eine von der provisorischen Regierung erlassene Verfügung, die Freiheit der Presse betreffend, lautet also: Nachdem die vereinigte schleswig-holsteinische Ständeversammlung der am 25. März d. J. erlassenen provisorischen Verfügung, die Freiheit der Presse betreffend, ihre Zustimmung ertheilt hat und diese Verfügung demnach als eine definitive erlassen ist: so wird hiermittelst verordnet, wie folgt: §. 1. Die Presse ist völlig frei. §. 2. Zur Herausgabe einer periodischen Schrift bedarf es fortan keiner Konzession. § 3. Die an einigen Orten stattfindenden Beschränkungen hinsichtlich der Aufnahme von Intelligenz-Nachrichten bleiben bis weiter bestehen. §. 4. Ueber Verbrechen und Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, wird durch die ordentlichen Gerichte nach den allgemeinen Gesetzen entschieden. §. 5. Alle älteren Verfügungen über Censur und Beschränkungen der Preßfreiheit sind hiemit aufgehoben. Rendsburg, den 24. Juli 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. F. Reventlow. J. Bremer. Th. Olshausen. S. A. Jacobsen.

Altona, 26. Juli. Die Wes. Z. enthält Nachstehendes: Mit dem eben in Altona eintreffenden Eisenbahnzuge der Kiel-Altonaer Bahn trifft die Nachricht ein, daß die Dänen bei Schleimünde in der Nähe Kappelns gelandet seien. Gestern Nachmittag wurd dieserhalb in Schleswig Generalmarsch geschlagen und die Besatzung mußte ausrücken. Ist dies kein blinder Lärm, so hatte Wrangel sehr Recht zu erklären, nicht eher über die Königsau hinaus nach Jütland rücken zu lassen, bis sein Rücken gedeckt sei, wozu es des IX. Armeecorps bedürfe. Soviel ist gewiß, die Nachricht hat hier sehr alarmirt, obgleich wir Nichts zu fürchten haben, wenn auch die Dänen ihre letzten Kräfte zu opfern bereit wären, wie sich eine dänische Ztg. ausdrücken beliebt nach der Rückkehr der Herren Wynn, Lagerhjelm, Orholm und Reedtz von Colding, wohin sie, um den Waffenstillstand zu unterhandeln, gezogen waren. Graf Pourtales, Graf Münster und Oriola machten ihnen auch alle Hoffnungen, doch scheiterten alle Versuche zur Nachgiebigkeit an der Festigkeit des Generals v. Wrangel, welcher als Grundlage der Unterhandlung das Fortbestehen der provisorischen Regierung zur Bedingung machte.

Von beiden Seiten sind nun ernstliche Anstalten zur Fortsetzung des Krieges gemacht, die prov. Regierung hat eine officielle Kriegserklärung erlassen und die dänische Regierung außer der oben angegebenen versuchten Landung ihre Feindseligkeiten gegen die deutsche Schifffahrt wieder begonnen. Zwei mecklenburgische Schiffe, von denen eines von Sunderland nach Rostock bestimmt war, sind mit Beschlag belegt, ein Loos, welches, wie wir fürchten, noch manche Schiffe von denen theilen, die in den letzten Tagen im Vertrauen auf den Waffenstillstand von England abgesegelt sind.

Eckernförde, 24. Juli. Man schreibt der Voss. Z. von hier: Als wichtige Nachricht beeile ich mich mitzutheilen, daß die provisorische Regierung zwischen der Ostsee und Nordsee zur Umgehung des Sunds und dessen verhängnißvollen Zolls einen deutschen Marine- und Handels-Kanal in Angriff nehmen läßt. Derselbe soll von dem hiesigen Hafen aus nach Braunsbüttel bis Schiernau und Steinwese gekritzet werden. Die provisorische Regierung fordert in einem Cirkular die Ingenieure des Landes auf, sich zu dem Unternehmen zu melden. (Voss. Z.)

Frankfurt, 25. Juli. (Schluß der russ. Note.) Während der ganzen Zeit, als auf dem Kontinent die unterdrückende Herrschaft eines Eroberers dauerte, hat Rußland sein Blut vergossen, um Deutschland, seine Integrität und Unabhängigkeit zu unterstützen. Das russ. Gebiet war längst befreit, als Rußland noch fortfuhr, seinen deutschen Verbündeten auf alle Schlachtfelder Europas zu folgen und ihnen beizustehen. Noch jüngst, im J. 1840, als es einen Augenblick schien, daß der Krieg am Rhein ausbrechen wolle, hatten wir ihnen unsere moralische und militärische Macht zur Verfügung gestellt. Während jenes 33jährigen Friedens, dessen Wohlthaten wegzuläugnen der aufregende Geist der gegenwärtigen Generation so gern geneigt ist, haben wir uns unabläßig angelegen sein lassen, Eintracht und Einheit in Deutschland zu empfehlen und zu erhalten — freilich nicht jene materielle Einheit, von welcher heute eine nivellirungs- und vergrößerungssüchtige Demokratie träume, und die, wenn sie die ehrgeizigen Theorien, wie sie dieselben aufgefaßt, verwirklichen könnte, früher oder später Deutschland unfehlbar mit allen benachbarten Staaten in Kriegszustand versetzen würde — sondern die moralische Einheit, die aufrichtige Uebereinstimmung der Ansichten und Absichten in allen politischen Fragen, welche der deutsche Bund nach Außen zu verhandeln hatte. Diese Einheit zu erhalten, die Bande, welche die deutschen Regierungen miteinander verbinden, enger zu schließen, nur das ist, was unsere Politik erstrebte, weil wir den europäischen Frieden wollten und weil in unsern Augen die sicherste Bürgschaft dieses Friedens stets in strenger Verbindung aller Regierungen geruht hat, welche den deutschen Bund bilden. Was wir zu jener Zeit wollten, wollen wir auch heute noch. Den Kränkungen und den Herausforderungen zum Trotz ist es nicht gelungen, unsere Gesinnungen umzuwandeln. Ungeachtet der wüthenden Demonstrationen wissen wir immer zwischen den Männern der Ordnung und den Tollköpfen, zwischen der arglosen Leichtgläubigkeit und der perfiden Böswilligkeit zu unterscheiden. Wir tragen der Trunkenheit und Exaltation des Augenblickes Rechnung, die erconlopt sind, durch so viele und so unerwartete, so überstürzende und so außer aller Voraussicht liegende Ereignisse. Weit entfernt, Verwirrung zu wünschen, entfernt, Zwiespalt säen zu wollen, ersehnen wir für Deutschland heute, so wie immer, nichts Anderes, als Eintracht zwischen den Regierungen und den Völkern, jene Eintracht, so wesentlich, um es vor Verwicklungen zu bewahren, die ihm von Außen her kommen könnten, wie vor den ungeheuern Gefahren hinsichtlich seiner eigenen inneren Lage. Wir können unsere Zweifel und Besorgnisse über das Resultat des großen Versuches hegen, den Deutschland in diesem Augenblick macht, um seiner Nationalität einen größeren Grad von Stärke und Zusammenhang zu geben, aber diese Zweifel und diese Besorgnisse haben niemals die Grenzen des besonderen Gebietes unserer Privatansichten überschritten. Wir wünschen nichts Anderes, als uns bald darüber beruhigt zu sehen; und wenn Deutschland wirklich dahin gelangt, das Problem seiner Organisation zu lösen, ohne Nachtheil für seine innere Ruhe, ohne daß die neuen, seiner Nationalität aufgeprägten Formen der Art sind, daß sie die Ruhe der andern Staaten gefährden, so werden wir uns aufrichtig Glück dazu wünschen, aus denselben Gründen, die es uns stark und einig wünschen ließen unter seinen vormaligen politischen Formen. Da unsere Gesinnungen solcher Art und durchaus die des Friedens und der Versöhnung sind, so können wir nur beklagen, daß man dieselben in so entgegengesetzter Weise erwidert. Wenn wir nur die Zumuthungen der demagogischen Partei zurückzuweisen hätten, so würden wir uns nicht darum kümmern, und würden uns hüten, denselben mehr Bedeutung beizulegen, als sie verdienen. Die festgehaltene Absicht dieser Partei ist, im Voraus keine gute Absicht auf unserer Seite zugeben zu wollen, und um jeden Preis ihr Vaterland mit uns zu entzweien, um in demselben durch den Krieg eine Verwirrung herbeizuführen, welche sie zu Gunsten ihrer anarchischen Pläne auszubeuten hofft. Da es bei ihr aus- und

abgemacht ist, uns Gerechtigkeit zu versagen, und da der Versuch, den Überzeugen zu wollen, der sich nicht überzeugen lassen will, ein unnützer ist, so würden wir uns, wenn wir keine anderen Gegner hätten als diese, darauf beschränken, ihnen Stillschweigen entgegenzusetzen, der Zeit die Sorge überlassend, alle die falschen Gerüchte und alle die Verleumdungen, welche sie verbreiten, zu Nichte zu machen. Aber neben diesen Demagogen gibt es Leute von guter Gesinnung, die in ihrer Unwissenheit oder Leichtgläubigkeit, ohne Mißtrauen und ohne Prüfung die falschen Eindrücke, die man ihnen beibringt, in sich aufnehmen und auf solche Weise, ohne es zu wissen, das Spiel der revolutionären Partei spielen. Dadurch, daß man ihre Einbildungskraft aufregt, ihren Argwohn nährt, ihre Besorgnisse steigert, hofft man also, sie zu einem Krieg zu treiben, der, in Hinsicht auf ihre Interessen, die Wahrheit zu sagen, eine Ungeheuerlichkeit (monstruosité) sein, und sie, wie es sich nur zu oft ereignet hat, in den Abgrund eines wirklichen Unheils, um ein eingebildetes Unheil zu vermeiden, stürzen würde. Das ist es, was die ultrademokratische Partei will, und hier ist es, wo, wenn möglich, vorgebeugt werden muß. Es läßt sich also von den Regierungen, welche mit uns in diplomatischer Beziehung stehen, voraussetzen, daß sie wissen werden, was sie von unsern eigentlichen Absichten halten sollen; es ist die Pflicht der Staatsmänner, der aufgeklärten Mitglieder der Versammlungen aber der Gesetzgebungskammern, mit einem Worte aller Derjenigen, bei denen reformatorische Lehrsätze eng verbunden sind mit dem Wunsche, ihrem Vaterlande die Wohlthaten der öffentlichen Ordnung und die des monarchischen Princips zu erhalten, ihren wohlbegründeten Einfluß aufzubieten, um darauf hinzuwirken, daß hinsichtlich Rußlands die Verirrungen der öffentlichen Volksmeinung möglichst berichtigt werden, und um diese letzte zu verhindern, in einer Richtung weiter fortzuschreiten, welche früher oder später zu unberechenbarem Unglück führen müßte. Der Kaiser beauftragt Sie ausdrücklich, mein Herr, ihnen diese Nothwendigkeit vorzuführen, indem Sie, um auf ihre Ueberzeugung einzuwirken, die vorstehenden Betrachtungen und Bemerkungen geltend machen. Wiederholen Sie ihnen, machen Sie allen gescheiten Personen, mit denen die öffentlichen Angelegenheiten oder gesellschaftlichen Verhältnisse Sie in vertrauliche Berührung gebracht haben, begreiflich, daß die Intentionen des Kaisers hinsichtlich Deutschlands offen friedfertig sind und bleiben; daß unsere Rüstungen bisher keine andere als eine streng defensive Bestimmung gehabt haben, nämlich die, uns in den Stand zu setzen, einem der tausend unvorhergesehenden Fälle, die in dem Provisorium zustande, in den die letzten Ereignisse plötzlich die Welt versetzt haben, zu den Möglichkeiten gehören, mit Nachdruck begegnen zu können; daß, was im Besondern Deutschland betrifft, wie, so lange dieses uns nicht angreift, so lange die Konföderation, welche neue Form sie sich auch geben mag, die Nachbarstaaten unangetastet läßt, und nicht darauf ausgeht, zwangsweise ihre Gebietsumschreibung weiter auszudehnen, oder ihre rechtmäßige Kompetenz außerhalb der Marken, welche die Verträge ihr vorschreiben, geltend zu machen, der Kaiser auch ihre innere Unabhängigkeit achten und nicht gesonnen sein wird, die Stellung zu verlassen, welche er bis heute behauptet hat. Indem Sie in dieser Richtung wirken, wollen Sie dem Kabinet, bei dem Sie akkreditirt sind, Mittheilung und Abschrift der gegenwärtigen Depesche zugehen lassen. (Unterzeichnet) Nesselrode.

Großbritannien.

London, 26. Juli. Die Schwierigkeiten der englischen Regierung liegen nicht bloß in Irland, sie liegen auch namentlich in den amerikanischen Kolonien, welche mit der von England befolgten Handelspolitik seit Langem unzufrieden sind und entweder mehr Schutz auf dem englischen Markte wie früher oder mehr Freiheit als bisher für sich in Anspruch nehmen, d. h. die Freiheit, ihre Waaren auf welchem Schiffe ihnen beliebt, nach welchem Hafen ihnen beliebt, ausführen zu dürfen. Die letzten Maßregeln in Betreff der Zuckerzölle konnten nach keiner Seite hin befriedigen; man nahm sie an in Ermangelung eines Besseren und um das bereits genug bedrohte Land nicht noch dem Provisorium und den Schwankungen einer Ministerkrisis auszusetzen. Peel, wie es heißt, hat durchaus keine Lust, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen, aber wohl hält er es für seine Pflicht, das jetzige Ministerium durch sein persönliches Ansehen, wie durch seinen Anhang zu stützen. Auch dies ist eine stolze und dabei patriotische Rolle, durch deren Uebernahme er im Stillen um so mehr für den Bestand der Dinge wirken kann, je mehr sie ihn vor den Angriffen Böswilliger schützt und vor dem Verdacht ehrgeiziger Motive sicher stellt. Um auf die Schwierigkeiten der Lage Englands zurückzukommen, so möge hier erwähnt sein, daß, einer Londoner Korresp. der Allg. Z. zufolge, der Sekretär des Handelsbureaus von Montreal dem Generalgouverneur, Lord Elgin, mit sehr dürren Worten erklärt hat: „wenn der Lorenzstrom nicht die große freie Fahrstraße für den kanadischen Handel sei und bleibe, so werde ein Handelsbund der engsten Art zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada zu Stande kommen, der in seinem Verlauf unfehlbar die Bande zwischen der Kolonie und dem Mutterlande aufheben müsse." Der Korrespondent setzt sodann hinzu: „Lord Elgin hat zwar diesen rebellischen Ausdruck stark getadelt, dieser Tadel wird aber den Stand der Sache nicht ändern; der Freihandel reißt die Kolonien vom Mutterlande los, das ist unvermeidlich, und eben diese sichere Aussicht hat das Ministerium stutzig gemacht und es vermocht, seine übel zusammengeflickte Zuckerbill einzudringen, d. h. einen halben Schritt rückwärts zu thun. Daraus erklärt sich das charakterlose Hin- und Herschwanken der Times, die jetzt für Freihandel sich ereifern, und dann alle möglichen Argumentationen für Erhaltung der Kolonien anmarschiren lassen." Dies die Schwierigkeiten der Kolonien. Durch die letzte westindische Post erfährt man, daß auf Trinidad durch Einstellung der Arbeit auf 35 Pflanzungen nicht weniger als 5000 Personen beschäftigungslos wurden. Die letzten ostindischen Nachrichten lauten in kommercieller Hinsicht auch nicht befriedigend, dazu der wie es scheint nach einem umfassendern Plane angelegte und an Mitteln noch wachsende Aufstand in Multan, die Gährung und Verschwörung in Lahore, die Fakirs bemüht, durch Bestechung und fanatische Reden das Volk gegen die Engländer aufzuhetzen, die Sikhs schwierig, in unmittelbarer Nähe Irland in voller Insurrektion, revolutionäre Arbeitervereine in den englischen Fabrikstädten, von Zeit zu Zeit in der Hauptstadt selbst chartistische Zuckungen — man sieht, daß auch abgesehen von der ganzen erschütterten und konfusen Weltlage, genug düstere Wolken über England theils hängen, theils aus der Ferne heraufziehen. Aber was zum Theil das wegen seiner oft meisterhaften Artikel über einheimische Angelegenheiten viel bewunderte Organ des City-Egoismus, die Times, auch verderben mag, indem es durch harte, rücksichtslose Sprache (z. B. „laßt die Irländer verhungern, dieses unordentliche Volk verdient es nicht besser"; „mögen die westindischen Pflanzer zusehen, wie sie sich selbst helfen, England kann Nichts für sie thun" u. s. w.) die Bevölkerung Irlands wie der Kolonien aufs Tiefste verletzt, erbittert und dem Mutterlande entfremdet, das wird die politische Weisheit der englischen Staatsmänner, die ja oft das Schiff des Staats durch die empörten Wogen sicher hindurch geleitet hat, hoffentlich wieder gut machen. Bei den unzähligen Berührungen, in welche England durch die ungeheuere Erdfläche, die es beherrscht, sich versetzt sieht, muß es noch Wunder nehmen, daß diese Berührungen nicht öfter feindseliger Art sind. Wir Deutsche würden in gleicher Lage weltumfassender Macht — zu der freilich die uns eigene abenteuerlich phantastische und unpraktische Art, und namentlich unsere Uneinigkeit uns schwerlich je wird gelangen lassen — bereits nach allen Seiten hin angebunden haben und in Mißhelligkeiten gerathen sein.

Um der Gefahr zu entgehen, aufgelöst zu werden, haben, dem Standard zufolge, die revolutionären Klubs von Dublin das sicherste und kürzeste Mittel gewählt — sie haben sich freiwillig aufgelöst. Somit ist die Regierung einer großen Furcht los, da die Hauptgefahr einer Revolution, wie sich namentlich in neuester Zeit dargethan hat, stets in den Haupt- und Centralstädten liegt. Die Häupter der Rebellion sind flüchtig geworden, und haben sich in die Provinzen zerstreut, um hier wahrscheinlich eine Schilderhebung zu versuchen, deren Ende, nach dem kläglichen Vorgange von Dublin, leicht abzusehen ist. Doch soll die Aufregung in Tipperary, Kilkenny, Cork und Limerick allerdings sehr groß und nicht zu erwarten sein, daß sich die Bevölkerung hier ohne Widerstand entwaffnen lassen wird. In den Theatern zischt man den Namen der Königin aus, die Proklamationen des Lordlieutenants werden abgerissen, und Führer, welche sich jetzt gern von dem gefährlichen Handel zurückziehen möchten, gezwungen, bei dem Volke auszuharren, um nicht als Verräther unglimpflicher Behandlung ausgesetzt zu sein. Der gewöhnliche Lauf der Dinge. Die in Cork erscheinende „Constitution" will wissen, daß Smith O'Brien nun wirklich verhaftet worden; er hat sich vielleicht verhaften lassen, um nicht für wenige Tage die tragikomische und gefährliche Rolle eines „Königs von Munster" spielen zu müssen, denn die stimmfähigen alten Weiber von Cork scheinen, wie O'Brien selbst, mehr königlich als republikanisch gesinnt zu sein.

Frankreich.

Paris, 27. Juli. In der gestrigen Sitzung brachte, wie schon erwähnt wurde, Thiers seinen Bericht über Proudhons kommunistischen Besserungsvorschlag, der darauf ausgeht, allen Eigenthümern,

Digitized by Google

Berlin und die Revolution.

*** Berlin, 19. Juli. Wenn ihr Rausch vorüber und die Berliner erwacht sein werden, wie wird alsdann die Physiognomie der Stadt der norddeutschen Intelligenz sein?

Wenn sie sich die Augen reiben, und die nackte, graue Nüchternheit ringsum sie anstarrt! Wenn sie sich zu schämen anfangen werden über sich selbst, und mehr noch über die Männer, denen sie blindlings, in tollem Bachantenjubel gefolgt sind!

Diese Krisis steht Berlin bevor, es ist so mathematisch gewiß und ausgemacht, als die Richtigkeit des Einmaleins. Sei es eine Schwäche, sei es ein Vorzug der Bewohner der preußischen Hauptstadt, die Idole, vor denen sie heute räuchern und flogen, und vor Verehrung sich selbst in die Opferflammen stürzen möchten, stürzen sie morgen oder übermorgen, oder sei es auch erst über ein Jahr, von den Piedestalen. Je lauter woehin, je übertriebener die Bewunderung war, um so ärger wird dann der Spott. Sie spotten eigentlich über sich selbst; in diesem Spott verbergen sie das Schamgefühl, die Selbstkritik, die bescheidene Selbsterkenntniß, die sie in weit höherem Grade besitzen, als man es auswärts ihnen zugibt.

Berlin steht darin ganz einzig in Deutschland da; es ist auch nicht mit andern preußischen Städten und den Provinzen zu vergleichen. Stettin und Königsberg, Breslau, Magdeburg, Münster und Köln, haben einen völlig andern Lebensorganismus. In Königsberg zum Beispiel, das an politischer Erkenntniß Berlin weit voraus war, ist die Entwickelung langsam, kalt, aber dann dauerhaltig; in Berlin kommt sie wie mit der Luft angeflogen, ein diabolischer Hauch, es ist ein Impuls, und die Luft steht in Flammen, die Alles mit sich fortreißen, sobald aber der Brennstoff aufgezehrt ist, verlöschen alle Flammen zugleich, wie bei einer Gaserleuchtung, wenn das Gas in der Anstalt ausgeht. Es bleibt kein Licht, nur der üble Geruch zurück.

Das ist nicht allein so in Kunst- und Theaterdingen. Wie schnell war der Rausch nach dem Huldigungsjubel von 1840 verflogen, und damals ohne eigentlichen Grund. War man 1840 zufrieden, als Friedrich Wilhem IV. versprach, „jedem Stande" ein gerechter König zu sein, so konnte man es auch nach 1841, 42, ja bis 47 sein; der König war gerecht gegen seine Stände. Man war sich nun im Jubelrausch des Vierziger Jahres noch nicht klar, daß es ganz etwas Anderes war, was Preußen forderte, was Jeder, der dem Fortschritt huldigte, verlangte, als Gerechtigkeit gegen die Stände — die Rechte des Bürgers, des Menschen.

Der König war nicht befremdet, als ihm jene Veränderung in der öffentlichen Stimmung nicht mehr zu verbergen war. Er kannte seine Berliner, er sagte lächelnd: Nach einem solchen Rousche mußte der Katzenjammer auch arg sein!

Vom Kapitol ist nicht weit bis zum tarpejischen Felsen. Man braucht die Einwohner Berlins keiner besondern Perfidie anzuklagen.

Dem tarpejischen Felsen entgehen auch die Volkslieblinge nicht, die Helden der Plakate, der Klubs, der Volksversammlungen und Tumulte, das ist so gewiß als das Einmaleins. Man wird sie hoffentlich nicht zerschmettern und nicht steinigen; aber je dämonischer ihre Macht war, je unbegreiflicher ihr Einfluß auf die rasend gewordne Menge, um so tiefer, empfindlicher wird ihr Sturz nach dem Erwachen des Volkes sein.

Vor einigen Jahren, als der Virtuos Liszt der Gott des Tages (nicht in Berlin allein!) war, wollten die Studenten, vom allgemeinen Taumel mit fortgerissen, ihm die Pferde ausspannen, oder sie haben es wirklich gethan, und zogen ihn bis ins nächste Dorf Schönhausen. Wenn die Studenten von damals, heut vielleicht Aerzte, Geistliche, Richter oder wahrscheinlich Politiker, für das konstitutionelle Königthum oder die Republik, gewiß für die Freiheit erglühend, sich jenes Schauspiels entsinnen, werden sie nicht erröthen, daß sie die Rolle von Sklaven, zu schlimmer, von Thieren übernahmen, nur um einen ausgezeichneten Klavierspieler zu ehren? Und Liszt war immer noch eine wirkliche Größe in seinem Fache!

Wenn aber die Berliner einst erwacht sein werden, und sich selbst Rechenschaft geben, vor wessen Kurren sie die Pferde gespielt, vor wem die appartirenden Pudel, vor wem sie die Hüte geschwenkt, die Hand an die Brust geschlagen und in die Lüfte gerufen, oder beim Klirren der Bierglöser: „das ist noch ein Mann, der sagt uns die Wahrheit!" so wird ihre Schamröthe noch eine ganz andere sein!

Das Wachsein, das Klarwerden und Klarmachen überkommt sie dann mit derselben Schnelligkeit wie der Fieberanflug der Begeisterung. Auch glaube man nicht, daß sie dann mit sich selbst schön thun, den einstigen Lieblingsgedanken hätscheln, und an dem Gegenstande ihrer ehemaligen Bewunderung noch gute Seiten herauskehren, um ihren vorigen Zustand vor sich selbst zu entschuldigen. Nein, sie zerfetzen ihn mit der chemischen Säure ihres Witzes. Damit machen sie den vorigen Fehltritt gut. Sie schauen das goldene Kalb nicht und sich selbst nicht, damit meinen sie, es sei ausgeglichen.

Sage man nicht, daß vor dem goldenen Kalbe von heute nur der Pöbel auf den Knieen liegt, daß die Krankheit nur die Extremitäten, den Spülicht und Kehricht der Bildung ergriffen hat, und das große Korpus der Vernünftigen und wahrhaft Freigesinnten sich davon frei erhalten hat. Letzteres versteht sich von selbst; und die Fahnenträger, die Vorläufer und der Schweiß des neuen Bacchusdienstes sind die Auswürfe der Sitte und der Bildung. Aber in der Mitte zieht ein ansehnliches, ehrbares Korps rechtschaffener Bürger mit, die es gut meinen, und eben nicht besser wissen, als daß sie etwas Gutes thäten.

Sie sind durch einen elektrischen Schlag aus der langen politischen Apathie erweckt; wundert man sich, daß das neue Licht sie blendete, und was man ihnen vor die Augen führt, was man ihnen ins Ohr schreit, ihnen als Wahrheit gilt? Solche Kernsprache, solche tönende Phrasen, hören sie nie, und wie setzt der edle, uneigennützige Redner es ihnen klar und bündig auseinander, wie lange man sie gehänselt, in Dumpfheit und Dummheit niedergehalten, damit sie nicht sehen sollen, wie man mit dem Gemeingut schalte, zu ihrem Schaden, und es kommt von ihrem Schweiß her! So und so viel erhält ein Minister Gratifikation und Pension, und was bekam von Euch der und der, als er um das und das petitionirte! Das ist eine Sprache, die allüberall zum Herzen dringt. Ja 3 Monaten ward ihnen die ganze Weisheit erschlossen, um die das übrige Menschengeschlecht schon über zwei Jahrtausende sich vergebens im blutigen und im Schulkampf abringt, was die beste Regierung sei. Und diesen Männern, auf den Schemeln, Tischen und Gerüsten, in den Bierschänken und unter freiem Himmel, die es ihnen mit einem Male kurz und rund herausjagen, woran die Weisheit der Jahrtausende sich vergeblich abgerungen, sollten sie nicht zu innigstem Danke verpflichtet sein! Die Thräne sollte ihnen nicht im Auge stehen, sie sollten ihnen nicht die Hand schütteln, die ihnen täglich zurufen: Bürger! laßt Euch Eure Errungenschaft nicht nehmen, und fürchtet Euch vor Nichts, als vor der Reaktion!

Ja, die Bewunderung ist ehrlich gemeint, und die Schamröthe und Verachtung wird es auch sein, wenn das Fieber überwunden ist. Wir könnten sogar vor der natürlichen Reaktion, die denn eintreten muß, besorgt sein. Wenn der Bürger inne wird, was er in seiner Tobsucht zerstört hat, dem Gemeinwohl, seinem Nächsten, sich selbst.

Es sind viele Zeichen dafür, daß die Krankheit schon jetzt ihre Krisis in Berlin überstanden hat. Die Plakate an den Ecken und Brunnen plastern ab, wie ein Geschwür, das austrocknet. Hätte man im Inflammationszustande durch einen Schnitt heilen wollen, würde der Ausschlag den ganzen Körper ergriffen haben. Man hat glücklicherweise keinen Krieg gegen die Maueranschläge geführt, und schon jetzt haben sie sich selbst geschlagen und vernichtet durch ihre Maßlosigkeit. Auch die Bürger, die noch im Rausche sind, hört man dann und wann ausrufen: Das ist doch wohl zu viel! Es ist das erste Zeichen der Genesung.

---

§ Aus Rheinpreußen, 22. Juli. Was ich Ihnen vor fast zwei Monaten schrieb, die in unserer Provinz bemerkbaren Gelüste zur Trennung von Preußen, würden nicht säumen, sich auszusprechen, ist in Erfüllung gegangen, ohne daß freilich ein Versuch in Frankfurt, an dem Territorialbestand zu rütteln, vorausgegangen ist, von dem ich damals ein solches Hervortreten abhängig glaubte. Es haben die Ungeduldigen eben sich nicht länger bezwingen können. Die Furcht, daß mit der Einsetzung des Reichsverwesers sich die aufgelackerten Zustände schnell genug befestigen könnten, um ihrer ganze Hoffnung zu Schanden zu machen, hat sie zu einer raschen Wendung bewogen. Eben der Reichsverweser ist es, dem sie die Provinz anbieten, in einem Artikel, den die Rhein- und Mosel-Zeitung vor einigen Tagen brachte. Ein Kaiser, meint der Artikel, bedürfe eines Kolosses Landes, und das passendste sei die jetzt preußische Rheinprovinz. Würde sie reichsunmittelbar, so würden französische Angriffe auf sie um so entschiedener zurückgewiesen werden, weil sie alsdann dem ganzen Reiche und nicht einzelnen Flüssen gelten würden. Eine Entschädigung für Preußen würde sich finden, z. B. in Hannover. Die Rheinländer, heißt es dann mit giftigem Hohne weiter, würden allerdings nur mit Wehmuth von dem liebgewonnenen spezifischen Preußenthume scheiden, sich aber mit der Zeit doch trösten. Ja in ihrem eignen Namen verbeut, enthüllet die Redaktion sich nicht, hinzuzusetzen: „Der Altpreuße

Digitized by Google

ist mit uns (!) weit weniger stammverwandt, als der Bewohner des östlichen Frankreichs, der, von den Franken herstammend, mit uns desselben Ursprungs ist, während der Altpreuße jenseit der Elbe schon mehr dem slavischen Elemente angehört." Ein köstliches Tschinesium, welches das Blatt hier seinem deutsch-vaterländischen Sinne ausstellt. — Die Kölnische Zeitung druckt in ihrem heutigen Blatte den ganzen Artikel ab, begnügt sich aber, Statt weiterer Erläuterungen, zu fragen: ob die Umstände etwa so günstig seien, daß die Partei glaube, von ihren sonst mehr verhüllten Gedanken einmal den Schleier recht stark heben zu dürfen und ihren Freunden schon ein vorläufiges öffentliches Signal geben zu müssen. Ich wollte, die Köln. Zeit. wäre aus ihrer in diesem Verhältniß übervorsichtigen Haltung etwas mehr heraus und der Sache auf den Grund gegangen. Ich prophezeie ihr, daß sie bald genöthigt sein wird, diese Frage ohne Umschweife zu beleuchten, und dann wird sie viel nachzuholen haben. — Wer ist denn nun diese Partei, die sich mit ihren Absichten hier so hervorwagt? Ich habe Sie schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß eine Spaltung ausgebrochen ist im Lager der Ultramontanen, in die ganz zu schämen seitlich Keinem, der nicht zu ihnen gehört, gegönnt ist, die sich doch aber bemerklich genug macht. Die gemäßigte Fraktion sucht sich ein Organ in der „Volkshalle", die in Köln erscheinen soll, zu gründen. Das hat die Rh. und M. Z. zugleich mit Jammer und mit Wuth erfüllt. Als alle ihre Betheuerungen, sie selbst sei ja schon ein vortreffliches katholisches Organ, ihre Warnungen, man möge sich doch nicht zersplittern, vergeblich blieben, beschloß sie, vom Himmel zurückgewiesen, sich an die unterirdischen Mächte zu wenden. Plötzlich wurde sie ultraradikal. Einige Tage, ehe sie das obige bedeutsame Manifest vom Stapel ließ, überschüttete sie die Köln. Zeit. mit einer Fluth auserlesener Schimpfreden, weil sie es nicht mit der äußersten Linken in Berlin halte, welche doch allein die Rechte des Volkes gründen und behaupten wolle. Sie sehen nun leicht, worauf es abgesehen ist. Die Partei, die früher ein unabhängiges Erzbisthum errichten wollte, sich aber allein zu schwach dazu fühlt, bietet nun den Republikanern die Hand zum Abfall von Preußen. Ist die Provinz ein Mal unter dem Namen eines unmittelbaren Reichslandes sich selbst überlassen, dann können Jesuiten und Jakobiner, die sich schon oft zu überlisten trachteten, streiten, wer die Beute an sich reißt. Das Ohr des romanischen Jesuiten guckt in der Versicherung, daß der Rheinländer sich den Franzosen verwandt fühle, trefflich hervor. — So tritt denn also zu den unzähligen äußern und innern Schwierigkeiten, mit welchen das nun seine neue Gestaltung eingehende Deutschland zu kämpfen hat, auch diese, auch dieser Wurm zu den andern, die schon an den Keimen der künftigen Blüthe nagen, und sie zu zerstören drohen. Jesuiten nicht bloß in Tirol, sondern auch in Rheinpreußen, dort mit der alten Aristokratie, hier mit den socialen Republikanern im Bunde, und, verlassen Sie sich darauf, sie werden nicht minder eifrig und thätig wühlen, als diese. Die Gefahr ist eine sehr ernste, und keineswegs bloß für das preußische Rheinland, aber sie kennen und ihr muthig ins Auge sehen, ist schon der beginnende Sieg über sie. Die preußische Regierung kann ihr gegenüber Manches thun, doch wird sich darüber erst weiter reden lassen, wenn in den Verfassungsfragen das künftige Verhältniß von Staat und Kirche sich mehr entwickelt haben wird.

Hessen. Δ Darmstadt, 26. Juli. Man war auf die Schritte gespannt, welche namentlich der Abg. Lehne nebst seinen Freunden in Folge der Erklärung Jaups am 24. d. M. thun würde. Lehne hatte nämlich neulich seinen Austritt aus der Kammer angekündigt, wenn die Regierung nicht befriedigende Auskunft in Bezug auf die baldige Vorlage eines Wahlgesetzes und die Auflösung des Landtages ertheile. Nun ist davon gerade das Gegentheil geschehen. Lehne erklärte deßhalb auch durch Jaups Mittheilung seine Interpellation nicht für erledigt, sondern behielt sich Benehmung mit seinen Freunden und bezügige Erklärung vor. Vielleicht, so vermuthete man, erfolgt diese Erklärung noch am Abend des nämlichen Tages, in der vom Präsidenten Hesse angekündigten vertraulichen Berathung. Aber es geschah nicht; die vertrauliche Berathung, welche in Beisein der Minister Jaup und Kilian und der Ministerialräthe v. Schenck und Maurer abgehalten wurde, lieferte überhaupt keine betangreichen Resultate. Der eine Abgeordnete wollte Dies, der andere Jenes noch vorgenommen; man wurde laut und heftig, aber Alles war doch in einer Stunde vorbei. Gestern endlich hatte man sich über den Plan geeinigt. Sechzehn Abgeordnete baten den Präsidenten Hesse in einem Schreiben, den Ministerpräsidenten in eine der nächsten Sitzungen zur Entgegennahme der Erklärung der Kammer auf die dieser gemachten Eröffnungen einzuladen. Diese hatte vorläufig abgelehnt, weil Jaups Vortrag noch nicht gedruckt sei, ein Umstand, der sich mittlerweile erledigte. Ein anderer formeller Anstand beseitigte sich durch einen vom Abg. Lehne eingebrachten Antrag auf unverzügliche Vorlage eines zeitgemäßen Wahlgesetzes. In Verbindung mit diesem Antrage kam in der heutigen Sitzung unserer zweiten Kammer die Sache wieder vor. Nachdem ein Mißverständniß sich aufgeklärt hatte und der neueingetretene Abgeordnete Glaubrecht die Reihe der Opposition verstärken zu wollen schien, blieb die Hauptsache die, daß Präsident Hesse den Gegenstand morgen oder übermorgen auf die Tagesordnung zu setzen versprach. Da nun die morgende Tagesordnung Nichts darüber sagt, sondern andern dringenden Stoff zur schließlichen Erledigung bringt, so wird das Versprechen übermorgen gelöst werden. Hr. Jaup wird dann Gelegenheit genug haben, Einwendungen gegen seine Ansichtungsweise, die Auflösung der Kammer betreffend, zu hören. Jener Stoff, der morgen erledigt werden soll, ist der auch heute schon zur Berathung gekommene Gesetzentwurf, die Einführung des mündlichen und öffentlichen Strafverfahrens mit Schwurgericht in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen, besonders die provisorische Einführung dieses Gesetzes betreffend. Der Schlußantrag des Ausschusses, welcher dem Entwurf seine vollkommenste Anerkennung widmete, geht dahin: „die Staatsregierung nach dem Antrag des Abg. Kahlert zu ersuchen und beziehungsweise zu ermächtigen, den vorgelegten Gesetzentwurf nebst den von dem großherzoglichen Regierungskommissär in seinem Antwortschreiben v. 28. Juni d. J. in Vorschlag gebrachten Abänderungen und denjenigen, welche die Regierung, nach geschehener Prüfung, auf die von dem Ausschuß gemachten Bemerkungen, für sachgemäß erachten wird, in den diesseitigen Provinzen als provisorisches Gesetz bis zur ständischen Verabschiedung, sofort gesetzlich einzuführen." Drei rheinhessische Abgeordnete, wovon zwei der Opposition angehörig, rühmten namentlich an dem vorgelegten Entwurfe, indem er sich für die Formen dem rheinhessischen Verfahren aufs Engste anschließe, seine „wesentliche Umgestaltung des Geschworneninstituts im liberalsten Sinne" und knüpften daran den Antrag: „die Staatsregierung zu ermächtigen, das vorgeschlagene Gesetz über die Geschworenen auch in der Provinz Rheinhessen als ein provisorisches sofort einzuführen." Der Ausschuß berichtete ganz diesem Antrage entsprechend, und es unterliegt keinem Bedenken, daß jedenfalls die zweite, wahrscheinlich aber auch die erste Kammer, mit nur zugefügten einigen Wünschen, jenem Entwurfe wie diesem Antrage beitritt. Gewiß ein Gewinn fürs Land!

Schweden.

Stockholm, 19. Juli. Die beiden Leibgrenadierregimenter sind von Helsingborg nach Malmö zurückgezogen. Seit der Rückkehr des Frhrn. Manderström aus Berlin glaubt man hier an den baldigen Eintritt des Friedens und die Beurlaubung der in Schonen stehenden Truppen in die Heimath. (S.-H.)

Italien.

* Bologna, 17. Juli. In der letzten Zeit haben die italienischen Blätter vielfach von einer bedenklichen Stimmung in Bologna berichtet. Man ist im Norden des Kirchenstaates fest entschlossen, den Krieg fortzusetzen, selbst auf die Gefahr hin, sich vom Papste lossagen und an Karl Albert anschließen zu müssen. Unter obigem Datum enthält heute wiederum die „Concordia" einen Artikel aus Bologna, worin es heißt, daß der dortige Sicherheitsausschuß Hand in Hand mit der energischen und muthigen Bevölkerung nunmehr unabhängig von Rom handeln wollte. Die Büsten von Pius IX. sind bereits an den meisten öffentlichen Plätzen zerschlagen. Die Besetzung Ferrara's von den Oesterreichern hat nun freilich die günstigen Aussichten Karl Alberts in diesen Gegenden etwas verdunkelt, indem bei der Nachricht von der Ueberschreitung der Etsch die Kriegspartei in Rom wieder neuen Fuß faßte, und somit die Wünsche dieser Provinzen erfüllt wurden. Die alsbaldige Rückkehr des deutschen Heeres läßt jedoch auch eine Rückkehr Pius' zu seiner Friedenspolitik erwarten, wodurch es dann nicht unwahrscheinlich wird, daß das lombardisch-sardinische Königthum seine Grenzen noch nicht abgeschlossen hat. Italien liefert ein lebendiges Beispiel, daß ein Druck von Außen ohne vielen Widerstand auch bei politischen Körpern, die einzelnen lose zusammenhängenden Theile eng geschlossen auf einen Mittelpunkt hindrängt; thüringische Fragen werden da gar nicht mehr lang und breit erörtert — und doch herrschte jenseit der Alpen in ruhigen Tagen ebensoviel Partikularismus als bei uns. —

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Robert Kemp, 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und Nordamerika können sich an G. H. Kiesewetter in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 38 Rue de Bourbon le Vieux wenden.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 212. Heidelberg, Montag 31. Juli *). 1848.

Uebersicht.

Der sechste August. — **Wien** (Verhandlungen des konstituirenden Reichstags. Die Ministerverantwortlichkeit. Erzherzog Stephan hier eingetroffen. Die Konferenz über die kroatisch-ungarischen Angelegenheiten). **Teschen** (Uebereinkunft Weldens). **Berlin** (die dänischen Friedensunterhandlungen. Die Stimmung in Preußen. Verhandlungen der Kammer. Ministerielle Erklärung über die dänische Sache und die Huldigung des Heeres. Die Ostbahn. Die ermittelte Gerichtsbarkeit). **Danzig** (der Kriegshafen). **Stuttgart** (Abreise des Königs. Der Kriegsplatz). **Frankfurt** (nahe Vervollständigung des Reichsministeriums. Gesandtschaften). **Heidelberg** (Volksversammlung).

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen. Erklärungen Grey's und Russell's über Irland, Palmerston's über die dänische Angelegenheit und die Donaufürstenthümer. Smith O'Brien mit andern Insurrektionshäuptern in Wexford. Klubs in Manchester.

Frankreich. **Paris.** Die Verhandlungen der Nationalversammlung. Noch einmal das Klubgesetz. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Italien. **Chur.** Italienische Siegesberichte. Günstigere Nachrichten. Bulletin Radetzky's über den Sieg bei Sommacampagna. Niederlage der Brigade Lichtenstein. **Verona.** Bericht aus dem Lager über das Treffen.

Heidelberg, 31. Juli.

Eine Botschaft des Kriegsministeriums beruft sämmtliche deutsche Reichstruppen auf den 6. August zu feierlicher Huldigung dem Verweser. Das ist einmal eine große Parade, die einen noch größeren Sinn hat; aber einen Sinn, der nicht aller Orten dieselbe Auslegung finden, nicht überall die gleichen Empfindungen wecken wird, einen Sinn endlich, der nirgends so tief als in Preußen ins Fleisch schneidet und ins Blut schießt. Der dritte August vor neun Jahren und heuer der sechste: welch unermeßliche Kluft zwischen zwei so nahe liegenden Tagen? Damals donnerten am dritten von allen Festungswällen die Kanonen ihre Grüße zum Geburtstage des Königs gen Himmel, und jetzt sollen am sechsten dieselben Kanonen, für das verletzte Ohr empfindlichen Preußenstolzes wenigstens, über dem Grabe preußischer Selbstherrlichkeit donnern? Täuschen wir uns nicht über Worte, deren Bedeutung so tief und so ernst ist; in dem Augenblicke, wo Preußen das Schwert, durch das es groß geworden, in eine andere Hand legt, geht dieses Schwert mitten durch sein Herz, und die Wunde wird nicht heilen, wenn auch jene Hand das Schwert einem preußischen Fürsten oder Heerführer demnächst wieder anvertraut und gleichsam als Lehen zurückgibt. Wenn in diesem Augenblicke so manchem alten Kriegsmanne der preußischen Armee das Bild seines seligen Königs aufersteht, so wollen wir die Thräne ehren, welche die Soldatenwimper netzt. Ehren wollen wir auch das zornige Zaudern eines ganzen großen Volkes, das geharnischt, in voller Kraft, in voller Rüstung in den Abgrund der Revolution sich stürzen soll, um Deutschland — in unserem Sinne vielleicht! — zu erretten, und sich in seinem Sinne gewiß! — zu begraben.

Aber weil wir die Schwere und Schmerzlichkeit des Opfers erkennen, sind wir um deßwillen weniger berechtigt und verpflichtet, es zu fordern? Ist die Huldigung, welche die Reichstruppen dem Reichsverweser darbringen, eine dem Ganzen unnütze oder unnöthige Grausamkeit gegen die Einzelnen? Verstehen wir uns recht. Es handelt sich hier um mehr als um eine Erneuerung der mit dem Bundestage untergegangenen Militärkommission. Eine Militärpolitik, die nothwendige Ergänzung der Nationalpolitik, soll geschaffen, der neu gebildeten Centralgewalt die rechte Hand und eine blanke Waffe in denselben gegeben werden, eine Waffe, die nach allen Seiten, gegen Feinde von Innen und von Außen zu kehren ist. Als Symbol dafür gilt uns die feierliche Handlung des sechsten August, und zugleich, von Seite der deutschen Fürsten, als natürliche Folge ihrer früheren freiwilligen Unterordnung unter ein gemeinsames Oberhaupt, ihre eilig verspäteten Zustimmung zu der vom Volke ausgegangenen Wahl dieses Oberhauptes. Der König von Preußen wird am 6. August das B zu dem A sagen, welches er am 25. März in Berlin persönlich, am 29. Juni in Frankfurt durch seinen Vertreter am Bundestage gesagt hat. Wer zweifelt, daß für ihn und für alle übrigen deutsche Souveräne noch ein ganzes bitteres Alphabet jenem A und B folgen wird? Sie sind auf ihrer Buß- und Wallfahrt nach Kanossa; wie sich dort die kaiserliche Macht vor der auch nur im Gedanken und kraft des Gedankens über ihr stehenden päpstlichen Macht beugte, so wird sich jetzt die fürstliche Macht vor der des Volkes beugen. Der Begriff Volkssouveränetät fängt an, nein, er fährt fort, eine Wahrheit zu werden. Als die Vertreter des deutschen Volkes in immer größeren Kreisen, in der Heppenheimer Versammlung, im Vorparlament, im Fünfzigerausschuß, in der Nationalversammlung zusammentraten, als der neue Geist, von der Leidenschaft beflügelt, in der Volkswehr und in der freien Presse seine beiden Schutz- und Angriffswaffen zumal empfing, als die einzelnen deutschen Heere zu dem Eid, welchen sie ihrem Fürsten geschworen, einen neuen auf die Verfassung ablegten und über seiner Bivouac, dem jetzt ent- ergangenen Befehle vereinend, die deutschen drei Farben aufsteckten, als die sieben Kurboten von Frankfurt auszogen und mit dem Erkorenen von Wien zurückkehrten, überall jubelnd empfangen und entlassen, da bewährte sich Schritt für Schritt, Tag um Tag, daß die alte Pythia auf dem Dreifuße der Wiener Haus-, Hof- und Staatskanzlei Recht gehabt hatte, die Nachricht von den zu Heppenheim tagenden Männern in ihrer bekannten Manier Talleyrand'scher Stereotypverkehr mit dem Ausruf zu begrüßen: Voilà donc le commencement de la fin! Ja, es war der Anfang des Endes. Ein Attribut der Souveränetät fällt nach dem andern, und mit ihnen verschwindet demnächst wohl so manche Souveränetät selbst, deren Wesen oder Unwesen, ein ächtes nonens logicum, nur aus Attributen bestand. Bundestag, auswärtige persönliche Vertretung, stehende Heere, neue Reichsverfassung, Wahl des Reichsverwesers, es geht Alles von den alten Souveränen über auf den Einen, den neuen. Sollen und dürfen sich denn, in ihrem eigenen und wohlverstandenen Interesse, erstere gegen diesen Uebergang sträuben? Können sie es nur? Die Zeit der Verheißungen, der Hintergedanken, der Vorbehalte, der Verklausulirungen alten Styles ist vorbei; vorbei auch die der Zugeständnisse, an denen nachträglich zu markten, zu beschneiden, zu deuteln ist. Nicht mehr dem Empfänger, nur noch dem Geber beingt heut zu Tage eine solche Politik Gefahr und Nachtheil. Nicht oft, nicht laut genug kann es den einzelnen Fürsten und Regierungen gesagt werden, daß es für sie keine Brücke aus dem alten Zustande in den neuen gibt, daß nur ein Sprung sie über den Abgrund trägt und daß der kühnste, der offenste, der rascheste Springer unter ihnen der glücklichste sein wird. Anläufe aber allein sind noch kein Sprung. Je größer sie die Forderungen ihrer Völker auffassen und behandeln, um so fester werden sie selbst stehen. Je mehr sie die Centralgewalt stützen, um so mehr schirmen und stützen sie die eigene. Sie haben jene nicht geschaffen, sie können jene nicht zerstören, selbst wenn sie es wollten; aber sie können jene und diese erhalten, vermehren, kräftigen, sichern. Daß dies mit persönlichen Opfern geschehen muß, unter Kämpfen, Verwickelungen, Schwierigkeiten und Zusammenstößen aller Art, ist natürlich. Aber auch hier gilt es wie oben: wer das Höchste einsetzt, gewinnt das Höchste; dem größten Opfer der größte Preis.

*) Wir werden vom Monat August an statt wie bisher das Blatt vorzudatiren, jeder Nummer auch den Tag und das Datum vorsetzen, an welchem sie gedruckt wird, weshalb die heutige Nummer 212 dasselbe Datum hat, wie die gestern gedruckte Nummer 211.

So steht die Lage der Dinge in Frankfurt. Man wird sich darüber hoffentlich in Berlin keine Illusionen weiter machen; dort wie anderwärts wird man zurückkommen müssen von dem im Stillen gehegten Wahn, es sei Alles eben nur ein vorübergehender Zustand, von dem unheilvollen Pessimismus, der in jedem Ueberstürzen der Bewegung die wahrscheinliche Wendung zu einer Reaktion erblickt, von dem alten Kindertroste, heute mir, morgen dir. Dieses Morgen wird nicht kommen, und daß es nicht kommt, ist weder Verdienst noch Schuld der Fürsten. Wir begreifen von ihrer Seite vollkommen jede innere Renitenz; der muß ein sehr unbedeutender Mensch sein, der heutzutage ein glücklicher Fürst ist und bleibt. Auch von Seite der einzelnen Volksstämme begreifen wir als natürlichen Rückschlag ein unwillkürliches, instinktmäßiges Sträuben gegen jene Einheit, auf die nun einmal die dämonische Kraft der allgemeinen Bewegung in Deutschland mit ihrem vollsten Drange gerichtet ist. Wir begreifen die geschlossene, verschlossene Haltung der Regierungen und der Abgeordneten von Preußen, von Baiern, von Hannover, die Versammlungen zu Dortmund, die Adressen aus Pommern, die Demonstrationen der Provinzen, die nach Berlin drohen und auf Frankfurt zielen, wir begreifen alle Hindernisse, welche sich jener Bewegung entgegenstemmen. Aber wir sagen es auch voraus, die Bewegung wird sich nicht an den Hindernissen brechen, sondern die Hindernisse werden von der Bewegung zerbrochen werden, wenn sie nicht selbst und früher sich beseitigen. Einen deutschen Bürgerkrieg halten wir für möglich, aber eine Reaktion im Sinne irgend eines Partikularismus nicht. Zu lange, zu tief haben wir an diesem Erdübel gelitten, als daß die gesunde, erstarkte Natur nicht mit um so furchtbarerer Gewalt den krankhaften, die verderbliche Neigung erzeugenden Stoff ausscheiden sollte. Unsere Fürsten waren in ihrer Weise geschickte, gescheite Aerzte; sie hegten und sie pflegten unsere Wunde zu ihrem Frommen. Wie wären sie doch ohne des Volkes edliche, natürliche Disposition so lange im Stande gewesen, es auseinander zu halten, in seiner Schwäche stark, über seiner Zerrissenheit selbständig zu werden und zu bleiben? Jetzt, da das Volk seine Radikalkur übernommen und „der Arzt seiner eigenen Ehre" geworden ist, gestaltet sich Alles anders. Wie in Frankfurt die Abgeordneten der einzelnen deutschen Stämme, gleichsam ihre emporragenden Zweige, sich mit jedem Tage unwillkürlich fester umschlingen, so werden auch die zusammenstrebenden Stämme selbst verwachsen. Jeder hat dabei zu gewinnen und zu verlieren, aufzugeben und zu erringen, vielleicht Alle nicht in dem gleichen Verhältniß, aber Jeder für sich. Der preußische Nationalstolz, der bei täglicher Gelegenheit seinen großen Kurfürsten und seinen großen Friedrich hervor zieht und mit trotziger Wehmuth auf Befreiungskriege und Zollverein pocht, weiß nicht, daß hinter den Bergen auch Leute wohnen, daß die Uebrigen in Sachsen, Thüringen, Hessen, Schwaben auch ihre „Geschichte" haben, daß wir Erinnerungen, stolz und schmerzlich, wie die seinigen, mitbringen und ihm entgegentragen, als Morgengabe für die bräutliche Einheit und Freiheit Deutschlands, als unsere Einlage zu dem großen Betriebskapitale deutscher Zukunft Hat die Berliner Garde ein Monopol auf Waffenehre, oder die preußische Bildung ein Privilegium vor der sächsischen, welche in dem Reformationskampfe des sechzehnten Jahrhunderts, vor der schwäbischen, die in den konstitutionellen Vorkämpfen des achtzehnten als leuchtendes Zeichen voranschritt, während Berlin, Wien und München noch in tiefer Nacht, in sicherem Siebenschlafe sich wälzten?

Nein, wir fordern, wie von Hannover, so auch von Baiern und von Preußen, daß sie an den charakteristischen Scheidewegen der neuen Zeit, wie der sechste August einer ist, nicht abseits, nicht links wandeln, während wir rechts wollen, gradaus und mittendurch müssen. Es war doch nicht bloße Redefigur, das berühmte „Aufgehen Preußens in Deutschland", welches am 21. März, da Frühlingsanfang im Kalender stand, so demüthig-stolz und so opferfroh durch die jubelnden Gassen der Hauptstadt lief. Je mehr Preußen eilt, es zur Wahrheit zu machen, um so sicherer darf es seiner eigenen Zukunft mit, in und duech Deutschland sein. Für die Dauer des Provisoriums, die sich über die Anfangs gesteckte Frist eines Jahres hinauserstrecken dürfte, ist allerdings die große Frage der Hegemonie gegen Preußen entschieden worden. Aber ist denn nicht diese Entscheidung offenkundig eben ein Provisorium? Ist sie nicht durch ihren persönlichen Karakter unverfänglich und unmaßgeblich für alle Folge? Drängen nicht Vergangenheit und Gegenwaet wie ein mächtiger Strom Preußen an seine natürliche Stelle in Deutschland, so daß es nur ernstlich mitschwimmen darf, um anzukommen? Und am Ende, wo liegt der Verlust, wenn preußische Herre in Zukunft unter dem doppelten Adler statt unter dem einfachen siegen? Wo das Unglück, wenn der Preuße, König oder Bürger, als Deutscher und nicht mehr als Preuße in Petersburg, in Paris, in Rio Janeiro, in Washington vertreten wird? Heißt das, Selbständigkeit und Selbstherrlichkeit verlieren, wenn das Einzelne nur im Ganzen, nicht als Einzelnes mehr erscheint und scheint? Reißt doch aus dem Sternbilde der amerikanischen Flagge einen Stern oder ein Sternlein heraus; glänzt dieses, glänzt dieser um deßwillen heller, weil sie allein stehen? Nein, gewiß nicht. Aber freilich: das Gestirn ist zerrissen. Eine traurige Genugthuung das, vor welcher Preußen der Himmel bewahren möge!

Oesterreich. ** Wien, 25. Juli. Noch immer ist ein großer Theil der Reichsverhandlungen, obgleich für den wesentlichen Geschäftsgang von unumgänglicher Nothwendigkeit, für doch die Zuhörer im Saale, wie für dir Leser in auswärtigen Blättern minder wichtig, bis einmal die Aeußerlichkeiten, Formen und Regelungen geordnet snd und politischr und seciale Lebensfragen zue Verhandlung kommen. Nach Vielesung des Protokolles von gestern und mehreren diese Sitzung betreffenden Berichtigungen wurde ein an das Präsidium eingelangter Protest vorgelesen. In demselben geben in leidenschaftlicher Weise 10 bis 15 Abgeordnete aus den deutsch-böhmischen Bezirken ihr Mißfallen kund über die in der gestrigen Sitzung von Dr. Rieger gestellten Anträge und Anfragen an das Ministerium, insoaders wollen sie ihm einige Unwahrheitrn in denselben Schuld geben, wie z. B. daß der Belagerungszustand nicht, wie nach seinen Angaben bloß Prag, sondern ganz Böhmen getroffen, und daß Fürst Windischgrätz vollkommen gerecht, ja den Umständen gemäß edel gehandelt habe, und dem gutgesinnten Deutschen in Böhmen als rettender Schutzengel erschienen sei. Bei dieser sehr heftig aufgegriffenen Debatte würde es zu einer störenden und vielleicht mißlichen Kollision zwischen diesen beiden Parteien gekommen sein, wenn nicht der Abgeordnete Borrasch die Reibungen durch herzliche Ermahnung zur Brüderlichkeit versöhnend auszugleichen gesucht hätte. Der Zweck wurde auch gleich erreicht, indem einstimmig zur Tagesordnung übergegangen wurde. In Berücksichtigung, daß wie in den untern Räumlichkeiten unsers Reichssaales die geistige, so in den obern (den Gallerien nämlich) nur physische Kräfte geltend gemacht werden, indem bei den Kartenvertheilungen bloß starke kräftige Fäuste durchzudringen vermögen, stellt der Studentenausschuß die schriftliche Bitte diesem Komité täglich eine proportionelle Anzahl solcher Karten für die Mitglieder der akademischen Legion zukommen lassen zu wollen, welches Ansuchen den Ordnern zur Erledigung zugetheilt wurde. Nachdem eine Eingabe eines in der Namenskonteotr der Abgeordneten nicht vorgefundenen Ed. Chormitzer deßhalb ad acta gelegt wurde, kam der gründlich motivirte Antrag des Abg. Greßler, wegen Unverantwortlichkeit der Herren Abgeordneten zur Debatte. Dies sei im vollkommensten Einklange mit dem bereits in Abfassung begriffenen Gesetzentwurf zue Wahrung der Rechte und zum persönlichen Schutz der Reichstagsabgeordneten, bemerkt hierauf in sehr freisinnigrn volksthümlichen Aeußerungen über Oesterreichs großartige Errungenschaftrn, der neugewählte Justizminister Bach. Die Freiheit und das ungeschmälerte Recht des Volkes stets zu ehren und aufrecht zu halten sei die heiligste Aufgabe des Ministeriums, fährt er unter großen Beifallsbezeigungen fort; auch in Bezug der Angelegenheit des in Prag verhafteten Dr. Brauner habe das Ministerium die entschiedensten Maßregeln getroffen, sowie nicht minder in der ganzen politischen Sachlage des Prager Belagerungszustandes; mittelst einer bestimmten Depesche sei dir dort bestehende Militärenntersuchungskommission unverzüglich zur Auflösung beauftragt, hierher zur Untersuchung beschieden worden, wo alle diese Angelegenheit betreffenden Umstände öffentlich unter Beiziehung von Geschworneu aus der Mitte des Volkes verhandelt werdrn sollen. (Unruhiger rauschender Beifall.) Wir wie bemerken können ist Minister Bach auf dem besten Wege der Popularität, mögr nur dieser sein Berufseifer andauernd und auch auf seine Berufsgenossen einflußreich wirken.

Eine sehr interessante Debatte entspann sich nach der Antragstellung des Abgeordneten Sisakovsky bezüglich der Verantwortlichkeit des Ministeriums, welche, wie Abg. Hagenauer berichtigte, bereits am 18. d. M. bei Uebernahme des Portefeuills als geltend ausgesprochen wurde. Hierauf trägt Minister Bach selbst an die Erledigung dieses Anteages ohne Bezug einer eigenen Verfassungskommission zuzutheilen; als aber hierauf der Beantragende, ohne im Gange der lebhaften Debatte seinen Zweck aus dem Auge zu verlieren, die verfängliche Frage stellte,

ob auch das abgetretene Ministerium verantwortlich sei, erhob sich der Abg. Billersdorf, Mitglied dieses frühern Ministeriums, und erwiderte in seinem in verletzenen Momenten gewöhnlichen salbungsvollen Tone, daß allerdings auch das vorige Ministerium vollends verantwortlich sei, und er allenfalls für jeden Akt bei dem er mitgewirkt anständlich zu stehen bereit sei. „Ja diesem Falle erkläre ich", fiel ihm der Antragsteller Sirakowsky in die Rede, daß ich für eine nächste Sitzung das frühere Ministerium somit in den Anklagezustand zu versetzen gewillt bin. Diesem Antrage folgte eine wortreiche anerkennende Lobrede, die bewunderungswürdigen Leistungen unserer tapfern Armee in Italien betr., vom Antrage begleitet, derselben auf eine Weise die vollkommene Anerkennung und Würdigung ihrer Verdienstlichkeit kund zu geben, und den öfteren Angriffen und ungerechten Schmähungen von Seite der Presse hemmend in den Weg zu treten. Die ausführliche Berathung dieses Punktes wurde bis nach der Regelung der Geschäftsordnung vertagt. In der bei Eröffnung des Reichstages vom Kaiserstellvertreter verlesenen Thronrede lauten zwei Stellen folgendermaßen: der Krieg in Italien sei keineswegs eine Bedrückung der in allen unsern Staaten geltend gemachten Nationalitäten, sondern um die Ehrenrettung der österreichischen Waffen und „um einen ehrenvollen Frieden zu erkämpfen". Ein 2. Passus: der finanzielle Zustand in unserm Staate ist unsäglich geschwächt", „und wir werden außerordentliche Maßregeln ergreifen müssen, um diesen Umstand zu ordnen". Diese zwei Stellen der kaiserlichen Urkunde im Auge haltend formulirte Abg. Fischer folgende Anträge: 1) In Bezug auf den italienischen Frieden, wolle die h. Versammlung es sich bald zur heiligen Pflicht machen, genau und vollständig über den Punkt zu berathen, welcher Theil unserer Staatsschuld auf das Lombardisch-Venetianische fallen solle? 2) Werde, in Bezug auf das Finanzwesen, das Ministerium dringend angegangen, den deutlichen Finanzcrhalt mittelst der Tabellen der 3 letzten Jahre, der gesammten h. Versammlung der Art mitzutheilen, indem es genannte Tabellen in wenigstens 383 Exempl. (Deputirtenzahl) abdrucken und unter den Abgeordneten vertheilen lasse. Dieser Antrag zur nächsten Berathung angenommen. Die vielfachen Ruhestörungen in unserer Stadt, die durch die Anwesenheit des Kaisers gewiß unterblieben wären, bringt Abg. Umlauft in Anregung stellt zugleich die unumgängliche Nothwendigkeit der unverzüglichen Rückkehr des Monarchen vor Augen und fragt hierauf das Ministerium, welche Ansichten es hiefür bei der bevorstehenden baldigen Abreise des Erzherzogs Johann nach Frankfurt getroffen? Zur Beruhigung auf diese in feuriger Begeisterung gestellte Anfrage entgegnet Minister Doblhof, daß bereits ein Kurier mit der dringendsten und gründlichsten Vorstellung über die unerläßliche Nothwendigkeit der hiesigen Anwesenheit des Kaisers nach Innsbruck abgegangen und heute oder morgen zurück erwartet werde, bis dahin er sich definitiven Bescheid zu erstatten vorbehalten müsse. Nachdem noch schließlich die noch rückständigen Prüfungen der Wahlakte vorgenommen und zur weitern Diskussion der Geschäftsordnung übergangen wurde, ward die heutige Sitzung aufgehoben und die nächste für morgen den 26. um 10 Uhr anberaumt. Schluß 4 Uhr.

Wien, 26. Juli. An diesem Tage traf der Allg. Z. zufolge der Erzherzog-Palatin Stephan aus Ofen hier ein, um an der Konferenz zur Schlichtung der kroatisch-ungarischen Angelegenheiten theilzunehmen. Der Banus Jellachich wurde im Laufe desselben Tages erwartet. Es hieß, der Kaiser werde am 5. August in Wien eintreffen.

* **Triest**, den 25. Juli. Der zwischen F. M. L. Welden und der provisorischen Regierung abgeschlossenen Uebereinkunft wurde von Seite Weldens noch eine Protestklausel beigefügt. (Die Klausel ist zu lang und weitschweifig, um hier ganz mitgetheilt werden zu können. Der Hauptpunkt darin ist die begründete Erklärung, daß die Zurückhaltung Martini's und seiner Genossen als Geiseln ein unrechtmäßiger, das Völkerrecht verletzender Schritt gewesen sei.) In Folge dieser Uebereinkunft geht heute auf Befehl des F. M. L. Gyulai das Lloyd'sche Dampfboot Triefte Cap. Pallina, zuerst nach Duino, um die daselbst versammelten italienischen Geiseln aufzunehmen und dann unverzüglich nach Venedig überzuschiffen, um die Auswechselung mit dem dort gefangenen F. M. L. Martini und den übrigen Geiseln zu bewirken. Zu diesem Ende sind unsererseits Major v. Kruder und Oberlieutenant v. Tham als Kommissäre beauftragt. Admiral Albini wurde um Ausfertigung eines Geleitbriefs für die Fahrt des Dampfers Triefte mittelst eines Parlamentärs ersucht, welcher sich heute Morgen um 3 Uhr an Bord des „Vulkan" zur feindlichen Flotte begeben hat.

Preußen. *** **Berlin**, 25. Juli. Der Verfassungsentwurf ist zur Nebensache geworden, kaum spricht man heut davon. Was soll uns auch eine preußische Verfassung, wenn Preußen in der Art in Deutschland untergeht, als der Frankfurter Kommissionsentwurf es beabsichtigt! Eine gute Hälfte der Paragraphen ist dann umsonst; es lohnt gar nicht darüber zu berathen. Als ich Ihnen gestern von der Agitation schrieb, welche die vom Reichsverweser geforderte Huldigung unter den altpreußischen Patrioten hervorgebracht, war ich von dem Grade der Erhitzung noch nicht unterrichtet, indem mich ein Unwohlsein einen Tag ans Zimmer gefesselt hielt. Die militärische Huldigungsforderung, die zu gleicher Zeit mit der privaten Mittheilung über den Dahlmann-Beseler-Mittermaierschen Verfassungsentwurf hier bekannt geworden, hat einen Zustand von Gemüthsgährung hervorgerufen, der sich weniger äußert, aber desto furchtbarer werden kann, wenn ein Funke hineinfällt. — „Die Truppen werden den Eid am 6. August nicht leisten; ja man wird es nicht wagen, von ihnen denselben zu fordern!" Das mußte ich heute Morgen von besonnenen Männern hören, Freunden des Fortschritts, einer möglichen Einigung mit Deutschland und Nichts weniger als Stockpreußen des alten Styls. Meine entgegengesetzte Ansicht theilte ich Ihnen gestern mit; ich sehe darin nur eine respektvolle Unterwerfung unter den gemeinsamen Feldherrn des deutschen Reichs für die Eventualität eines deutschen Krieges mit dem Auslande, und es freut mich, daß auch der Kongreß der konstitutionellen Klubs der gefärbten Huldigung diese Deutung gegeben hat. Diese Deutung wird nicht angenommen. Mit dem Gewissen der Soldaten darf man nicht spielen, ihren Fahneneid nicht zersplittern und deuteln, oder das ehrenhafte Fundament, das, Gott sei Dank, im Heere noch da ist, wird zerstört. Der preußische Soldat erkennt seinen König als seinen Herrn, einen Herrn darüber aber nicht. Er wird auch auf die Verfassung schwören, und sich Mühe geben, ihren Sinn zu begreifen, aber nicht einem Reichsverweser oder Kaiser. Das heißt sein Bewußtsein spalten, ihn zum Richter machen, wo er gehorchen soll. Diese Ansicht des Soldaten ist aber auch die des Volkes. Es hat an einem Könige genug, es will Nichts darüber wissen; wo Sie hinhören, schallt Ihnen jetzt diese Volksstimme entgegen, wie damals, als die Bauern fragten: was sollen wir nach Frankfurt wählen? Was geht uns Frankfurt an, nach Berlin ist genug. — Ins Volk ist der Frankfurter Entwurf noch nicht gedrungen, möchte er es auch zur Zeit noch nicht, bis die politisch Gebildeten mit sich selbst darüber im Klaren sind. Zerschlägt man aber einen Partikularismus, dem 15 Millionen durch ein Menschenalter gehuldigt, und die Hälfte dieser 15 M. durch ein — zwei Jahrhunderte, wie ein baufällig Haus; bricht man überhaupt ein altes Haus ab, worin Tausende gewohnt, während von dem neuen Hause, in das man sie einquartieren will, noch nicht einmal der Grundriß fertig ist! War der preußische Staat überhaupt ein Partikularismus, ein Staat mit solcher Geschichte, so eigenen Wegen der Entwickelung, mit solcher Einwohnerzahl? Kann man einen ausgewachsenen Sohn wieder in den Kinderrock zwängen, damit er ein Ansehn, eine Größe mit den andern Kindern habe? Aber das alte Preußen ist ja untergegangen in der Blutnacht vom 18. zum 19. März, am Zeughaus am 14. Juni, ruft man uns vielleicht vom Main und Neckar, vom Schwarzwald und vom Donaersberg zu. Kommt her und seht, ob es untergegangen ist. Euer Calwurf, wird man antworten, hat es aus seiner Erstarrung wieder geweckt. Preußen ward in den Kriegen oft geschlagen, es schien vernichtet, aber es sammelte sich schnell wieder nach der ersten Betäubung, und im Vertheidigungskriege ward es groß. Das ist seine eigenthümliche Stärke. Täuschen Sie sich nicht in Süddeutschland, es steht ein gewaltiger Augenblick vor der Thür, ich wünsche um Deutschland, um uns Alle nicht, daß er die Thürflügel sprengt; das Unglück für unser schönes Vaterland wäre unermeßlich. Aber fordern Sie nicht zu viele Geduld, zu viel Bescheidenheit, zu viel Hingebung. Von der ganzen Ostseeküste tönt ein Zähneknirschen, eine kaum verhaltene Wuth um den fortgesetzten Schleswigkrieg: Uns Millionen diktiren sie aus Frankfurt schweigenden Gehorsam, Verderben und Ruin, ohne Dank, als Schuldigkeit, wofür? Sie sitzen im Frieden und Wollen, sie (und diese Stimme thut mir weh), die nie für Deutschland geblutet und geopfert haben; wir lernten sie nur kennen als vorgetriebene Bundesgenossen des gemeinsamen Feindes. Gern verschwiege ich diesen bittern Vorwurf, jetzt kann er aber noch als Warnung dienen, er würde schrecklicher wiederhallen, wenn es zum Aeußersten, zum Bruch käme. Dieselbe Stimme aus dem deutschen Osten; ringsum uns, aus allen Provinzen bis weit über die Elbe. Täuschen Sie sich auch nicht durch die paar lauten Stimmen von hier, die im andern Sinne sprechen, an ihrem Tone mögen Sie ihre Unsicherheit abnehmen. Das Feldgeschrei: Wir wollen Preußen bleiben! übertönt alle andern, wenn es sich einmal erhebt, es reißt sogar von denen mit, die hier mit der äußersten Linken raunten. Die Ultra-Demokraten, die Republikaner, auf die Mancher im Süden zählen mag, werden den preußischen Strom

nicht aufhalten, wenn er die Schleusen gebrochen hat; nur kurz während der allgemeinen Betäubung, sind sie zerdrückt im Augenblick, wo es losgeht, und die Welle schäumt über sie fort. — Das wünschen jetzt Viele hier, aus wahrem Partiotismus, aus Fanatismus und aus egoistischen Interessen; ich wünsche es nicht, aber ich bin darauf gefaßt, wenn der Geist Gottes nicht die Geister aus ihrer Verblendung erweckt. Verlangt man Wahrzeichen, so blicke man auf unsere Nationalversammlung, die an Talent, Charakter, Takt, selbst an patriotischer Gesinnung mit der Frankfurter sich doch nicht entfernt messen konnte; aber die Macht des Augenblicks, die Verkündung dessen, was Preußen geleistet und fordern darf, hat auch sie aus ihrer wüsten, zankstichtigen Renommisterei geweckt. Wenn man es rechtfertigen, wenn man bis jetzt Anstand nahm, die posener Deutschen zuzulassen, wenn man zu Oesterreichs Zollabsperrung, seinem Geldausfuhrverbot, seinem alten Paßreglement gegen das übelgesinnte Deutschland, seinem Frieden mit Dänemark schonungsvoll das Auge zudrückt, und nur von Preußen blinden Gehorsam und jedes Opfer fordert. Möchten ihnen die Augen aufgehen, wo es noch Zeit ist. Mit der von ihnen besiegten radikalen Partei hätten wir gern einen Kampf begonnen, mit den edleren Geistern, einen Gagern an der Spitze, die aufrichtig für des Vaterlandes Heil schwärmen, geschähe es mit tiefem Leidwesen.

(Der Partikularismus in Preußen — es wäre thöricht, sich die Thatsache verbergen zu wollen — fängt an sich energisch, ja leidenschaftlich zu regen; auf Beschuldigungen aus dem Süden folgen jetzt Gegenbeschuldigungen aus dem Norden, und während man in Frankfurt die deutsche Einheit in ihren Formen auszubauen sucht, kann es kommen, daß die einzelnen Theile des Reichs sich in Zwietracht und Groll entzweien. Es wundert uns nicht, daß die Aussaat endlich aufwuchert, die vom Unverstand und bösen Willen nach Kräften gepflegt ward; wir sind nur erstaunt, wie rasch man auf beiden Seiten Maß und Haltung vergißt und uns die Hoffnungen auf eine deutsche Einheit und Einigkeit verdüstert. Wir selbst haben nie an dem süddeutschen Uebermuth Theil genommen, der es bewußt oder unbewußt darauf anlegte, das große Werk der Einigung schon im Keime zu ersticken, wir haben mitten im Sturme der größten, zum Theil künstlich geschürten Erbitterung die Geduld und den Muth nicht verloren, für Preußen die Stellung anzusprechen, die ihm nach Natur und Geschichte gebührt, wir sind von der Einsichtslosigkeit mißverstanden, von der schlechten Gesinnung verdächtigt worden, aber wir ließen nicht ab, den Weg unverdrossen zu gehn, den uns die Liebe zum großen ganzen Vaterlande, den uns die nüchterne Betrachtung der Dinge, wie sie sind, vorzeichnen mußte. Darum haben wir auch ein Recht, nach der andern Seite hin zu warnen; wer gegen den süddeutschen Partikularismus von Anfang an mit allen Kräften kämpfte, wird mit dem norddeutschen keine Kapitulationen schließen. Wir erkennen an, daß es nicht frivole äußerliche Gründe sind, die in Preußen so tief verletzt haben, wir wissen recht gut, daß die partikularistische Reaktion dort im Gemüth des Volkes, von dem ein herzloses Demagogenthum keine Ahnung hat, ihre Stütze findet, aber wir können in allem Dem keine Rechtfertigung finden, daß der ersten Unklugheit von der einen eine zweite unheilvollere von der andern Seite folgen soll. Es gibt freilich kein Deutschland ohne Preußen, aber wir wiederholen es, auch kein Preußen ohne Deutschland; die alte Lehre, die Menenius Agrippa seinen römischen Mitbürgern in einem Bilde anschaulich machte, gilt auch heute noch für uns. Die Rheinbundspolitik im Westen, die Zeiten von Tilsit im Osten sind die Zukunft, den wir uns im Falle einer Trennung zuwenden würden. Darum erinnere man uns im Süden nicht an den Rheinbund; mit solchen Erinnerungen und Anklagen, mit der inneren Entzweiung die darauf folgen muß, kann die böse Zeit am leichtesten heraufbeschworen werden. Die schlimme Vergangenheit müssen wir vergessen, wenn wir der bessern Zukunft theilhaftig werden wollen. Ein jeder Theil muß seine Opfer bringen, nicht Opfer, die die Ehre kränken, sondern solche, die den Lohn der patriotischen Resignation in sich selbst enthalten. Man höre am Rhein, am Main und am Neckar auf, dem preußischen Selbstgefühl Zumuthungen zu machen, die es nicht ertragen kann; aber man gewöhne sich auch an der Spree, an der Oder und Weichsel an den Gedanken, daß ohne gegenseitige Opfer, vielleicht große Opfer, wir die alte Zeit nicht überwinden können. Ein solches Opfer ist auch die Stellung des preußischen Heeres zur deutschen Centralgewalt; es mag schwere Kämpfe kosten, aber ist für die Einheit unentbehrlich. Wir haben in unserem leitenden Artikel von heute die Gefahren näher beleuchtet, die eintreten müssen, wenn man die süddeutschen Mißverständnisse mit einem großen preußischen Mißverständniß beantworten wollte.)

‖ Berlin, 27. Juli. Die Friedensverhandlungen mit Dänemark sind nun vollständig abgebrochen, und zwar nicht von deutscher sondern von dänischer Seite, wobei Dänemark erklärt haben soll: „Es könne mit der Centralgewalt nicht verhandeln, weil die Art und Weise wie in Frankfurt die auswärtige Politik besprochen und betrieben werde, nicht die genügende Sicherheit für die zu treffende Uebereinkunft biete.“ Die Mißstimmung wegen des „Aufgehens in Deutschland,“ ist leider noch nicht beseitigt, im Gegentheil gibt sie sich auch an Orten, wo man es am wenigsten erwarten sollte, (an der Börse z. B.) durch bedauerliche Demonstrationen von Tag zu Tag mehr kund. Die Landwehr soll erklärt haben, sie werde zwar zur Feier des 6. Augusts ausrücken, aber nicht „huldigen“; das stehende Heer, welches sich durch manche bei den Frankfurter Verhandlungen über den dänischen Waffenstillstand gefallene Aeußerungen verletzt fühlt, wird wahrscheinlich noch energischer protestiren. Als charakteristisches Eingesandt einer hiesigen Zeitung zitire ich Ihnen folgendes: „Da die Idee: „Preußen geht in Deutschland auf“ keinen rechten Anklang findet, — wie wäre es, wenn man Deutschland in Preußen aufgehen ließe? — Ein preußischer „Soldat im Namen von 500,000 gleichgesinnten Kameraden.“ Wollte Gott, man sähe es in Frankfurt, daß nur durch versöhnende Schritte, Preußen für das Aufgehen zu gewinnen ist! Mehrere preußische Mitglieder der Frankfurter Versammlung (v. Beckerath, Auerswald) sind in diesem Augenblick hier anwesend und machen kein Hehl daraus, daß sie sich den Zustand des Landes ganz anders gedacht, als sie ihn wirklich gefunden. In der That ist vielleicht nie ein Staat schneller aus einer scheinbaren gänzlichen Desorganisation gerettet worden, als gerade Preußen, und die fünf Wochen welche seit dem berüchtigten Zeughaussturme vergangen sind, haben genügt, eine Veränderung hervorzubringen, zu der in einem andern Lande vielleicht ebensoviel Jahre nicht ausgereicht hätten. Die Hauptstadt ist kaum wieder zu erkennen, und in den Provinzen spricht sich der Sinn für Ordnung und Gesetz auf eine so energische Weise aus, daß ich es ohne Uebertreibung aussprechen darf: Die preuß. Regierung ist in diesem Augenblicke mächtiger, als sie es seit Jahren gewesen; und es ist ein die deutsche Einheit im höchsten Grade gefährdender Irrthum, uns als einen mürben Apfel zu betrachten, der durch Schütteln von selbst fallen muß!

☽ Berlin, 28. Juli. In diesen Tagen waren der erwartete Waffenstillstand im dänischen Kriege und das Verhältniß Preußens zu Deutschland diejenigen Fragen, welche in unsern politischen Vereinen fleißig erörtert wurden und selbst die Theilnahme der Massen in dem Grade in Anspruch nahmen, wie wir sie nur in den Tagen der höchsten Erregung zu bemerken Gelegenheit hatten. Mit Dank ist es anzuerkennen, daß die an der Spitze der Verwaltung stehenden Behörden heute Veranlassung fanden, in das Chaos der widerstreitenden Meinungen, die im Kampfe der Ansichten verloren gegangene Ruhe zurückzuführen. Bei dem Beginne der heutigen Sitzung unsrer Abgeordnetenkammer gab der Minister-Präsident unter allgemeiner Spannung der ganzen Versammlung folgende Erklärung ab: Es sei bereits zur öffentlichen Kenntniß gelangt, daß die Unterhandlungen des deutschen Bundesfeldherrn mit dem dänischen Befehlshaber ohne Erfolg geblieben seien; er habe hinzuzufügen, daß das zeitige Mißlingen unsrer Bestrebungen in einer Sache, der das Ministerium die angestrengteste Thätigkeit gewidmet, die Hoffnungen nicht zerstört habe, daß das gewünschte Ziel dennoch in nächster Zeit erreicht werden könne. Die Lage der Dinge gestatte nicht, schon jetzt genauere Aufschlüsse zu geben. Doch hoffe das Ministerium, daß der Augenblick der Aufklärung nicht ferne sei. Es hege die Ueberzeugung, daß die Regierung Sr. Maj. ebenso wenig die niederdrückenden Folgen des Krieges für den Ostseehandel außer Acht lassen dürfe, als ihm die Ehre Preußens und Deutschlands bei Abschließung des Friedens zur Richtschnur dienen müsse. Das Ministerium wolle übrigens bei dieser Gelegenheit auch einen andern Gegenstand berühren, der in diesem Augenblicke nicht geringe Aufregung unter der Bevölkerung des Landes verursacht habe, die Aufforderung nämlich, welche kürzlich von dem Reichskriegsministerium an alle Truppentheile Deutschlands, dem erwählten Verweser des Reiches ihre Ehrfurcht zu bezeigen, ergangen sei. Er erblicke darin nicht, bemerkt der Min.-Präs., eine so große Schwierigkeit, als man ihr gemeinhin beigelegt habe. Vielleicht sei es eine ungewöhnliche Bezeichnung, aber er vermöge keinen andern Ausdruck zu finden, daß „diese häusliche Angelegenheit“ in unsrem deutschen Vaterlande unschwer zu einer Verständigung zu führen sei. Wie man fortfahren würde, mit Aufopferung und Ergebenheit der Einheit Deutschlands alle Kräfte zu weihen, so sei man andererseits entschlossen, Alles zu vermeiden, was die nothwendige Würde und Selbständigkeit Preußens zu gefährden im Stande sei (Beifall). Der schon in der vorigen Sitzung bei Gelegenheit einer Interpellation getadelte Angriff der Ar-

beiten an der Ostbahn, ohne daß zuvor ein ständisches Gutachten über die Richtung der Bahn (ob über Stargardt, Konitz oder Posen, Thorn oder endlich Küstrin, Bromberg, Dirschau) eingeholt worden wäre, gab heute Veranlassung zu einem Antrage, nach welchem eine aus den Abtheilungen zu bildende Kommission niedergesetzt werden soll, deren Aufgabe es ist, unter Benutzung der Ministerialakten und der eingegangenen Petitionen zu begutachten, ob die in der Richtung von Driesen und Bromberg begonnenen Arbeiten bis zur Entscheidung der Versammlung eingestellt und die Arbeiter inzwischen da beschäftigt werden sollen, wo über die Richtung der Bahn kein Zweifel besteht. Die Ursachen, welche die Regierung bewogen, scheinbar voreilig die Arbeiten an der Ostbahn beginnen zu lassen, finden wohl hauptsächlich in politischen und strategischen Rücksichten ihre Begründung; außerdem vielleicht in dem Ausspruche der preußischen Stände, welche sich, obwohl ihre Partikularinteressen ein Anderes rathen müßten, dennoch einstimmig für die (jetzt von der Regierung eingeschlagene) mittlere Richtung der Bahn über Driesen und Bromberg entschieden. In einer bald zu machenden Vorlage verspricht die Regierung den Beweis zu liefern, daß die in Angriff genommenen Arbeiten keineswegs nutzlos seien, und obwohl man dem Ministerium von der linken Seite vielfach mit einem an dasselbe zu nehmenden Regresse droht, versichert der Handelsminister, daß er diesen Regreß in keiner Weise fürchte, vielmehr nur gern sehen werde, wenn man schon jetzt eine Kommission, die von der Regierung mit allen ihr nöthigen Mitteln unterstützt werden würde, zu bilden beschließe. Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen. — Ein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Mahlsteuer ging an die btrf. Fachkommission. — Auf der Tagesordnung stand der Kommissionsbericht wegen Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, vorläufig in Kriminal- und statistischen Untersuchungssachen und Injurienprozessen. Der Justizminister gab zunächst den allgemeinen Standpunkt an, von welchem die Regierung bei dem Gesetzentwurfe ausgegangen sei. Es sei einer der größten Uebelstände in unsrem Lande, wird von ihm bemerkt, daß die Gleichheit vor dem Gesetze weder in materieller noch formeller Hinsicht hergestellt sei. Nichts verletze mehr als der eximirte Gerichtsstand und hier wiederum am stärksten die Exemtion im Strafverfahren. Es sei der Versammlung die Gründe schuldig, weßhalb nicht schon jetzt die Aufhebung auch auf den Civilprozeß ausgedehnt werden könne. Dies hinderten unübersteigliche Hindernisse. Die Zahl der Untersuchungen gegen Eximirte sei nämlich im Ganzen sehr gering, deßhalb könne hier allerdings eine Veränderung möglich gemacht werden, ohne daß sie eine besondre Vermehrung der Geschäftslast zur Folge hätte. Anders stelle sich jedoch dies bei Civilsachen, wo überdies der Mangel an Kenntniß für gewisse Kategorien z. B. Lehnsachen, wo nur Obergerichte zuständig sind, hinzukomme. Er gebe zu, daß der Gesetzentwurf nur einen sehr unbedeutenden Theil der nöthigen Reformen umfasse, doch seien die Folgen desto gewichtiger. Ein Hauptgrund endlich, diesen Theil der Reformen zu beschleunigen, liege in dem Umstande, daß dadurch allein die Möglichkeit gegeben werde, den Uebergang zur Einrichtung der Geschwornengerichte anzubahnen. — Die von dem Minister ausgesprochnen Grundsätze werden im allgemeinen von der Versammlung anerkannt. Zahlreiche Amendements suchen indeß bei dieser Gelegenheit auch die Aufhebung des militärischen und des akademischen Gerichtsstandes herbei zuführen. Es wurde indeß mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Gerichtsstände weniger in einer persönlichen Bevorzugung, als in besondren wirklich im Leben und im Berufe wurzelnden Umständen begründet seien, und daß außerdem für das Heer ein ganz neues Strafgesetz erforderlich sein würde, wenn die Vergehen gegen Disziplin und diejenigen gegen bürgerliche Strafgesetze, wie dies nach Aufhebung des besondren Gerichtsstandes nöthig wäre, geschieden werden müßten. Trotz dieser Gründe war in der Versammlung das Verlangen nach möglichster Gleichstellung aller Stände vor dem Gesetze so stark, daß alle Bedenken gegen die Gefahren einer plötzlichen Einführung des neuen Rechtszustandes im Ganzen wenig gewürdigt wurden und nur eine äußerst geringe Mehrheit sich für die einstweilige Beibehaltung der bisherigen Vorschriften entschied. Die von der Regierung beantragte Aufhebung der Exemtionen ging indeß, wie sich von selbst versteht, in ihrer ganzen Ausdehnung fast einstimmig durch. — Die Angelegenheit des Abgeordneten Kuhr, zu dessen gerichtlichen Verfolgung wegen angeblicher Betheiligung bei dem Zeughaussturme sich der Staatsanwalt die Zustimmung der Versammlung erbeten hatte, wurde heute dahin erledigt, daß die Kammer in die gerichtliche Untersuchung willigte. Es fand namentlicher Aufruf Statt. Die Versammlung glaubte, wenn auch dem Kommissionsberichte zufolge der Abgeordnete weniger einer direkten Betheiligung an jener skandalösen Plünderung, als vielmehr einer unverzeihlichen Unbesonnenheit im Verkehre mit Betheiligten verdächtig schien, es dennoch der eignen Ehre des Abgeordneten schuldig zu sein, die Rechtfertigung seiner Unschuld durch eine öffentliche Verhandlung vor dem Richter geben zu müssen. — Die nächste Sitzung wird dem Gesetzentwurfe über Abschaffung der Todesstrafe gewidmet sein.

Danzig, 29. Juli. Unser „deutsches Marinekomite", an dessen Spitze der Polizeipräsident v. Clausewitz steht, entwickelt eine rüstige Thätigkeit. Der Magistrat hat sich im Einverständniß mit den Stadtverordneten, bereit erklärt, den „Saspersee", einen geräumigen, nur durch eine schmale Straße vom Meere getrennten Landsee, behufs Anlage eines Kriegshafens dem Vereine abzutreten. Schon Napoleon hatte die Absicht, den genannten See in einen Kriegshafen zu verwandeln, und ließ, mit einem Kostenaufwande von etwa 450,000 Fr., durch das Geniekorps des Danziger Gouvernements die erforderlichen Voranschläge und Pläne anfertigen, welche letztere sich gegenwärtig im Besitz eines Herrn Solly in London befinden. (Spen. Z.)

Würtemberg. ** **Stuttgart**, 27. Juli. Der König braucht eine Molkenkur in Meran, der Kronprinz leitet inzwischen die Regierungsgeschäfte, und das Publikum findet darin die Anzeige, daß dem König der Gedanke nicht ferne stehe, die Regierung seinem Sohne zu übergeben. Eine Verstimmung über den Gang der Dinge in Frankfurt, über jene Sitzung, in welcher nicht anwesend gewesen zu sein, der König amtlich bekanat machen ließ, nämlich über die gegen den haanoverischen König, Mißstimmung über die Nothwendigkeit der Beschränkung der Einzelsouveränetätsrechte ist sicher vorhanden. Römer wollte gestern wieder nach Frankfurt abreisen, seine Abreise ist durch Ministerfitzungen auf heute zurückgeschoben worden. Der Kronprinz ist wohl eher geneigt, sich in die Verhältnisse zu finden, er ist jung, ihm sind keine Erinnerungen und Gewohnheiten einer so langen Regierung gebrochen worden. Es scheint, er will sich populär machen; so hat er bereits melden lassen, daß er die Uebungen unserer Bürgerwehr besichtigen wolle. Fortdauernde Beurlaubungen im Militär lassen annehmen, daß die Bürgerwehr bald zum Dienst beigezogen werden soll. Es herrscht jetzt ziemliche Thätigkeit, leider unendlich gehemmt durch die ungeschickten Bestimmungen eines zwar erst vom jetzigen Ministerium verkündeten, aber noch vom alten vorbereiteten Gesetzes. Möchten doch bald praktische, kräftige Anordnungen über Volksbewaffnung von Frankfurt kommen! — In einer vor einigen Tagen in Gmünd stattgehabten Versammlung zur Besprechung kirchlicher Fragen unter Vorsitz des pietistischen Prälaten v. Mehring wurde unter Anderem beschlossen, bei dem kirchlichen Synodalentwurf den Satz zu verlangen: „Nicht allein die bürgerliche Unbescholtenheit, sondern die kirchliche Würdigkeit, in fleißigem Gebrauche der Kirche und Besuch des Abendmahls sich äußernd, verleiht das aktive und passive Wahlrecht." Ich kann den Kommentar hiezu erspuren!

Baden. D **Heidelberg**, 30. Juli. Bevor mich die Eisenbahn wieder nach den Norden trägt, greife ich zur Feder, um Ihnen den Eindruck zu schildern, den das heutige Volksfest Ihrer Stadt auf mein nüchternes, norddeutsches Gemüth gemacht hat. Zuerst muß ich Ihnen meine Verwunderung über die Theilnahmlosigkeit aussprechen, die der eigentliche Bürgerstand bei der ganzen Sache zeigte. Ist das jenes republikanische Heidelberg, der Wahlort Hagen's, der Sitz der vierhundert gesinnungstüchtigen Studenten, auf die neulich in der Hardt „ganz Europa hindlickte", wie Einer der Redner dort sagte? Die Bevölkerung war ebenso dünn in den Straßen, wie die schwarzrothgelben Fahnen, die hie und da aus den Fenstern schauten. Ich hatte wenigstens Lebehoch auf die Republik erwartet beim Einzug der Gäste, aber nur etwas Mnsik und neugierige Gesichter auf den Gassen, dann einige dumpfe Hurrahs aus der Harmonie, über welche selbst Köpfe mit der rothen Hahnenfeder lachten. Und nun vollends oben im Schloßhof! Kaum dreitausend Menschen. Ein mich begleitender Engländer nannte die roth und weiß ausgeschlagene Tribüne gleich beim ersten Anblick eine Seiltänzerbude, so unschön war sie. Was würde der sinnige Norden eine Scenerie wie den Heidelberger Schloßhof zu Ausschmückungen benutzt haben! dann hätten sich doch wenigstens die versammelten Menschen mit Beschauen die lange Zeit vertreiben können, die das souveräne Volk auch hier auf seine Stimmführer warten mußte; denn die einzelnen Carricaturen, welche an den Eingängen verkauft wurden, reichten nur für Wenige aus. Einige derselben waren auch dem Fremden gleich verständlich, der gelbnankingene, kolorirte Kanarienvogel, die Reaktion und andere; aber ein Bild blieb mir räthselhaft: im Hintergrunde eine aufgelöste Armee, von links ein Feldmarschall, auf den eine Gestalt mit vorgestreckten Händen zutrippelt, die mein geistreicher deutscher Freund sehr unpolant mit Socrates und Andern in Parallele stellte. Was es bedeuten sollte, weiß ich nicht, das Bild ging aber rasend ab. Ende

sich eröffnete der Bürgermeister Winter als Alterspräsident die Versammlung. Die Linke muß doch in Darmstadt eine hinreichende Lehre bekommen haben, daß es gut ist, ärgerliche Präsidentenwahlen zu vermeiden; mit dem Alterspräsidenten ging es herrlich. Er begann mit den Worten, daß die Heidelberger es sich zum Vergnügen, „ja man könne wohl sagen, zur Ehre anrechnen könnten" (sic), die Männer der Linken hier bei sich zu sehen; dann einige Satzverbindungen über Volk, Freiheit, Ordnung — das war Alles. Verzeihen Sie es der norddeutschen Nüchternheit, aber bei uns zu Lande schweigt man still, wenn man Nichts zu sagen weiß. Am Schluß seiner Worte versprach Winter nun die bereit gehaltenen Redner dem Publikum vorzuführen und bei jedem Einzelnen Namen und Tugenden vorher laut nennen zu wollen. Mein Engländer verglich ihn mit one Aken. Zuerst kam Hagen, der Deputirte der Stadt. Er setzte des Weiteren aus einander, wie er gestimmt habe, und was er hier gethan und was er dort gethan und fragte endlich, nachdem er nur von sich gesprochen, ob seine Wähler mit ihm zufrieden seien. Ich habe freilich nicht erfahren, ob bei Ihnen in Baden die Freizügigkeit schon vor den Beschlüssen der Nationalversammlung ins Leben getreten ist; allein es muß doch wohl der Fall sein; denn eine ganze Riege Mainzer Turner schrie ihr Ja! während von vielen weniger in Leinwand gekleideten Männern ein sehr entschiedenes Nein! laut wurde. Professor Hagen scheint übrigens nicht „von dem wissenschaftlichen Aberglauben des Volkes zu leben", wie Struve's Zuschauer kürzlich schrieb; denn trotz seiner langen statistischen Studien brachte er es doch nur zu dem Satze: „daß die Mehrheit in Frankfurt nur deshalb über die Minderheit siege, weil sie eben die Mehrheit sei". (Wörtlich) Daß die Opposition stets allein seit dreißig Jahren das Wohl des Volkes im Auge gehabt u. s. w., er wurde immer lebhafter; aber die Claque war zu schlecht dressirt; alle Schlagwörter gingen wirkungslos vorüber, oder man klatschte gar an sehr unpassenden Stellen. Neben mir stand ein ältlicher Mann, der sehr viel Personalkenntniß zu haben schien. Hagen war nämlich als „Demokrat schon im Mutterleibe" von Winter anempfohlen; dieser Herr aber erzählte seinem Nachbar viel von einem erst vor acht Wochen erschienenen Flugschriftchen jenes Professors, worin die constitutionelle Monarchie als einzige in der Gegenwart mögliche Staatsform dargestellt werde; und dann meine ich verstanden zu haben, daß er im Besitz einer Zuschrift sei, welche Hagen nach seinem Geburtslande Franken im April als Glaubensbekenntniß geschickt habe, die ganz gleiche Grundsätze wie jenes Buch enthalte. Nach Hagen folgte Blum als Winter's „lieber Sohn, an dem er ein Wohlgefallen habe".

Der Redner verwischte das grell Hervortretende dieses Witzes, den man bei uns wohl auf Jahrmärkten hört, mit der einleitenden Bemerkung, daß die Väter oft mit ihren Söhnen Unglück hätten, daß er stets linkisch gewesen wäre und es auch bleiben werde. Nach dieser beruhigenden Erklärung, nach welcher es also mit dem ihm in Aussicht gestellten Portefeuille gar Nichts ist, ging es nun los; gemordete Polen, Hand in Hand mit General Cavaignac, Reaction! aber das war für sein Publikum zu hoch, es mußten andere Saiten angeschlagen werden. So stellte er denn (wörtlich) als eine der schönsten „Märzerrungenschaften" hin, daß gegenwärtig das schöne Geschlecht vor ihm ihren Teint der Julisonne aussetze, um an den „Berathungen" und „gegenseitigen Gedankenaustausche" freier Männer Theil zu nehmen. Ich weiß nicht ob dergleichen Liebenswürdigkeiten in Süddeutschland die Art sind, „mit Frauen umzugehen"; für unsere Damen wären sie viel zu plump und für die Bauermädchen zu fein. Während seiner übrigen, gänzlich ungeordneten Rede, die nur die Unterhaltung des Publikums zum Zweck zu haben schien, sah ich auch Herrn Wiesner zum ersten Male; er stellte sich dicht neben Blum, fing stumm an seiner Seite die nebenhin fallenden Brocken des Beifalls auf und wischte sich nach dieser Anstrengung den Schweiß von der Stirne. Der unglückliche Alte hinter mir zerstörte, wie vorher, jeden Eindruck, den eine mächtigere Persönlichkeit mir mit in die Heimath geben wollte, ging in dem Tumulte der, eben entstehenden Prügelei für mich verloren. Blum hatte nämlich um seiner Zuhörerschaft mundlicher zu werden, die Volksverräther geschildert, eine Stimme rief, Mathy! die Claque klatschte; von einer andern Stelle rief es sehr laut: Mathy hoch! aber in demselben Momente wurde der letztere Rufer mit Fahnenstangen und Stöcken niedergeschlagen, und ein Tumult wälzte sich mit ihm zum Schloßthore hinaus. Nun aber bitte ich Sie um Gotteswillen, in einer Versammlung „freier Männer zur Berathung und gegenseitigem Gedankenaustausche" wird ein Mensch, der seinen als Volksverräther bezeichneten Freund vertheidigen will, ohne Weiteres mit den Fäusten zum Stillschweigen gebracht! Eine schöne Freiheit! Für wahr wiederum ein Beispiel dafür, daß so lange die Herren die Gewalt nicht haben, ihre Beweise in Schimpfworten bestehen, wenn aber bei ihnen die Mehrheit „die Minderheit besiegt, weil sie eben die Mehrheit ist," in Knittel und Guillotinen! Blum winkte während der ganzen Scene mit der Hand, wie es mir schien, um zu besänftigen, Mr. J. behauptete jedoch steif und fest: „he shows him out." Als die Ruhe wiederhergestellt war, wünschte freilich der Redner Freiheit für die Leute, denen es Vergnügen mache, Männer wie Metternich und Polizeirath Dunker leben zu lassen! Schüffel lobte später geradezu von der Tribüne: „die hilfige Polizei des Volkes!" Der Ekel wies mich hierbei aus der Versammlung, und er zwingt mich auch jetzt, die Feder niederzulegen. Ich schämte mich vor dem Sohne Albions meines Vaterlandes, der unablässig wiederholte, daß ihm die ganze Verhandlung erschienen sei, als ziehe eine Schauspielergesellschaft aus der undankbaren Residenz auf die Dörfer, um dort bei ihren Vorstellungen vor schlechteren Kritikern mehr Beifall zu erndten. Ein solches „Schwatzen aus der Schule" würde sich kein Mitglied des Unterhauses erlauben, und was eigentlich die ganze Sache bezwecke? Belehrungen, wo entgegenstehende Meinungen niedergehauen würden, Propaganda bei einem Publikum, das man sich zum Theil selbst mitgebracht habe, und das bereits ganz „gut" sei? Er habe nicht geglaubt, daß das badische Volk, welches bei ihnen für den am meisten politisch gebildeten Theil Deutschlands gelte, sich zur Befriedigung solcher kindischer Eitelkeit hergebe; und ich für meine Person darf Sie versichern, daß es den Herrn anzurathen ist, nur ja nicht zu uns in den Norden zu kommen; unsere nüchternen Bauern und Schiffer sind für dergleichen Komödien zu ernsthaft und dumm. Wie ich höre, wird nächsten Sonntag in Worms das Stück zum vierten Male gegeben. —

In Leipzig hat der deutsche Verein beschlossen, wenn die Linke Miene mache in dieser Angelegenheit an der deutschen Sache zum Verräther zu werden, sofort eine außerordentliche Versammlung zu veranstalten und namentlich den sächsischen Abgeordneten, den HH. Blum und Ruge, eine entschiedene Mißbilligung ihres Verfahrens in der posener Angelegenheit zu erkennen zu geben, auch andere Vereine aufzufodern, dieser Erklärung beizutreten, überhaupt das deutsche Element in Posen gegen Uebergriffe des Slawenthums aufs nachdrücklichste zu schützen. (D. W. Z.)

* Heidelberg, 31. Juli. Gestern hielt in unserer Stadt die Frankfurter Linke eine Volksversammlung, die jedoch nur spärlich besucht war. Was man eigentlich mit derselben bezweckt hat, ist nicht recht klar geworden, da nur Reden vorgetragen wurden, ohne daß irgend ein Abschluß stattfand.

Frankfurt, 29. Juli. Die „Fr. O.-P.-Z." enthält Nachstehendes: Man erwartet in wenigen Tagen, und zwar unmittelbar nach dem Eintreffen des Reichsverwesers, die Ernennung des Hrn. Mathy zum Finanz- und des Hrn. Duckwitz zum Admiralitätsminister. Es scheint, als würden vorläufig die Portefeuilles des Innern und des Aeußern in der Hand des Hrn. v. Schmerling verbleiben, während denselben Hr. M. v. Gagern als Unterstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten beigegeben wird. Daß Hr. v. Dietz nicht zum Unterstaatssekretär, sondern zum Chef des Militärkabinets unter dem Kriegsministerium ernannt wird, steht fest. Das Marineministerium scheint Hrn. v. Beuck vorbehalten zu bleiben. Wer die Präsidentschaft des Gesammtministeriums übernehmen wird, ist gänzlich ungewiß, und die darüber umlaufenden Gerüchte verdienen keinen Glauben. — Für die Gesandtschaft nach Paris nennt man Hrn. v. Andrian, für Petersburg den Fürsten Lichnowsky; Hr. v. Rönne wird noch immer in der Nationalversammlung ausschließlich für die Gesandtschaft in Washington bezeichnet. Vergeblich spricht man, wer Deutschland in England vertreten werde. Man hofft, es werde gelingen, Hrn. Bunsen dafür zu gewinnen, wobei indeß nicht zu übersehen ist, daß sich derselbe gegenwärtig als preußischer Gesandter daselbst befindet und Preußen seine dortige partikulare Vertretung wohl nicht aufgeben wird.

Großbritannien.

London, 27. Juli. Daß die Bill für Aufhebung der persönlichen Freiheit in Irland vom Oberhause am 25sten einstimmig angenommen wurde, haben wir bereits erwähnt. Eines ausführlicheren Auszuges dürfen wir uns wohl enthalten, da das Oberhaus unter den Gründen für und gegen die Bill nur die Nachlese hatte, deren Hauptergebniß war: unter jeder Bedingung muß die Maßregel angenommen werden, das einzige Mangelhafte an ihr ist, daß man nicht schon früher zu ihr seine Zuflucht genommen. Diese Ansicht führte in scharfer Weise namentlich Lord Ellenborough durch, welcher bitter die Sorglosigkeit rügte, womit die Regierung der anwachsenden Organisation des Aufstandes in Irland zugesehen habe, überdies seine Befürchtung aussprach, daß die Maßregel jetzt zu spät komme, um einen Ausbruch in Irland zu verhüten; diesem könne man nur da-

durch vorbeugen, daß man, was schon längst hätte geschehen sollen, die getreue Bevölkerung des Nordens bewaffne. Lord Brougham erklärte, zwar mit peinlichen Gefühlen, doch aufs Entschiedenste für die Bill zu stimmen, schilderte in seiner Rede die verschiedenen Klassen der Verschwörer und Aufwiegler, von denen die einen auf den Beutel des Volks spekulirten und von einer Umwälzung, wenn sie ohne ihre eigene Gefahr geschehen könnte, allerlei Vortheilee erwarteten, die Andern, die minder Verächtlichen, aus Eitelkeit die Rolle der Agitatoren spielten. Weder jenen noch diesen liege eigentlich daran, daß die Insurrektion zum Ausbruche komme, weil sie die damit für ihre eigene Person verbundene Gefahr fürchteten, aber trotzdem werde man diesen Ausbruch, bei den einmal aufgestachelten Leidenschaften und der bis zum Aeußersten getriebenen Spannung nicht hindern können, wenn man nicht gestatte, daß die Maßregel der Regierung sofort in Vollzug gesetzt und die Leiter der Verschwörung festgenommen würden. Er fühle sich um so mehr gedrängt, für die Maßregel zu stimmen, da er eben erst heute früh erfahren habe, mit welcher Freude einzelne verabscheuenswerthe Freunde der Unordnung in Frankreich auf die irische Insurrektion blickten, freilich nur eine Rotte von Buben, die keineswegs mit dem französischen Volke verwechselt werden dürfe. Graf Glengall eiferte namentlich gegen denjenigen Theil der katholischen Geistlichkeit, der mit den Verschworenen gemeinsame Sache mache und sogar den Verhandlungen der Klubs beiwohne. Diese Geistlichen möchten doch ein wenig in die Blätter der Geschichte blicken und sie würden finden, daß noch jede Revolution der römisch-katholischen Religion Abbruch gethan habe. So sei der Fall gewesen in Irland und in England nach der Reformation, so im J. 1688, in den Revolutionen von Spanisch-Amerika, in Spanien selbst, in der französischen Revolution von 1830, und in welche kritische und ohnmächtige Lage sei nicht jetzt der heilige Vater durch die neueste Revolution gebracht worden! Im Unterhause kamen an demselben Tage verschiedene Kostenanschläge für das Militärwesen zur Besprechung. Hr. Hume fand, daß hier wie überall viel zu viel ausgegeben würde, daß man, wie er vorschlage, recht gut 445000 Pf. ersparen könne. Bis zum J. 1838 habe das Landheer 86500 M. gezählt, jetzt dagegen 113000, ungerechnet 15000 einregistrirter Invaliden; die Zahl der Marinetruppen betrage jetzt 43000 statt früher 27000, die Mannschaft beim Geschützwesen 13000 statt 8000; hierzu käme die beeittene Landmiliz (Yeomanry) die Miliz und die Polizeimannschaft im Betrage von 23000 M. Von letzterer kämen auf die Hauptstadt 5338, auf Irland 10639 u. s. w. Er sei sehr überrascht von der Vermehrung der Polizei in jüngster Zeit. Mit Einschluß der Artillerie habe man seiner Meinung nach nicht weniger als 236000 Bewaffnete im Lande, das reicht hin, um jedes Land zu erschöpfen. Bei diesem Anlaß glaubte Hr. Hume noch dem Hause zu der Mannszucht Glück wünschen zu dürfen, die im Heere trotz des Mißbrauchs der Körperstrafen herrsche; dieser Umstand sei ausnehmend günstig für Die, welche die Abschaffung der Leibesstrafen im Heere befürworteten. Uebrigens wurden die Forderungen der Regierung sämmtlich bewilligt.

Aus der Unterhaussitzung vom 25. Juli ist namentlich eine Erklärung Palmerston's über den Stand der dän. Waffenstillstandsverhandlungen vor deren Abbruch zu erwähnen. Es ergibt sich aus dieser durch eine Anfrage d'Israeli's veranlaßten Erklärung, daß die von England vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen zugleich die Basis für den künftigen Friedensvertrag in sich schlossen, daß jedoch im Verlaufe der Unterhandlungen diese Basis aus dem Waffenstillstandsvertrag entfernt worden sei, zu welchem Zweck ein im Vertrauen der Regierung stehender preußischer Officier nach Malmö gesandt worden sei, um hier mit dem schwedischen und dänischen Minister das Nähere zu verabreden. Einige in Berlin gemachte Veränderungen seien von Dänemark angenommen worden. Der preußische Oberbefehlshaber habe zwar Schwierigkeiten erhaben bezüglich seiner Stellung zu seiner eigenen Regierung und zum deutschen Bunde; er, Palmerston, hege jedoch die Hoffnung, daß man sich verständigen werde, zu welchem Zwecke die englische Regierung ihre Vermitteinng auch fernerhin fortzusetzen gesonnen sei. Diese Hoffnung auf Vereinbarung ist, wie man weiß, durch die Hartnäckigkeit und den bösen Willen Dänemarks vereitelt worden. Auf eine Anfrage Urquharts erklärte Palmerston ferner in derselben Sitzung, daß die Regierung über den Einmarsch der Russen in die Wallachei keine offizielle Anzeige erhalten habe, daß jedoch, wenn dieser Fall stattfinden sollte, keine Kollision herbeigeführt werden würde, indem es sich hierbei nur darum handle, gewisse Punkte eines bestehenden Schutzvertrags in Vollzug zu setzen.

Galignanis Messenger bringt bereits einen vorläufigen Bericht über die Sitzung des Unterhauses am 27. Juli, worin namentlich mehrere falsche Lärmgerüchte zur Sprache gebracht wurden, welche den Londonern Blättern aus Liverpool vermittelst des elektrischen Telegraphen zugegangen waren. Nach diesen Berichten sollte ganz Südirland im Aufstande sein, blutige Kämpfe sollten namentlich in Clacnal stattgefunden haben, unter den Truppen sollte sich eine Neigung zum Abfall kund thun (allerdings verschmäht man in Irland ebensowenig wie anderwärts, wo der Emeutengeist umgeht, die schlechtesten Mittel, um die Truppen zum Abfall zu verleiten). Sowohl Sir G. Grey als Lord J. Russell glaubten versichern zu können, daß diese Nachrichten — mit denen die Erfinder wahrscheinlich auf die Börse wirken wollten — gänzlich falsch seien, doch fügte Lord J. Russell hinzu: allerdings sei der Zustand Irlands der Art, daß er den irischen Mitgliedern empfehlen müßte, unverweilt nach ihrer Heimat zurückzukehren; an Abhilfmaßregeln könne erst nach Unterdrückung der Rebellion gedacht werden. Sir G. Grey erklärte: Sir Ch. Napier sei mit seiner Flotte bei Cork angekommen mit einer tüchtigen und zahlreichen Truppenabtheilung, von der man versichert sein dürfe, daß sie ihre Pflicht erfüllen würde und von den Abfallgelüsten rein sei, welche die Gerüchte des heutigen Tages den Truppen fälschlich beilegten.

Sir Smith O'Brien ist bis jetzt der Verhaftung glücklich entgangen; er traf am 22. mit der Dubliner Postkutsche in Ennlscorthy ein und begab sich sodann nach Ballinkeele, wo sich bald darauf die Revolutionschefs Dillon und Meagher einfanden. Smith O'Briens erster Besuch der Grafschaft Wexford, die am Aufstande von 1798 in lebhaften Theil nahm, wurde durch Signalfeuer auf den Hügeln der Bevölkerung angezeigt.

Frankreich.

Paris, 28. Juli. Die gestrige Sitzung kam über das Gesetz gegen die Klubs nicht hinaus, ja nicht einmal damit zu Ende; ihr Beschluß war in dem schon früher charakteristirten Sinne gehalten, von dem der National sagt, daß er die Folge übertriebener Befürchtungen sei. Die Blätter im Allgemeinen nahmen die Debatte mit ziemlicher Gleichgiltigkeit hin; höchstens ein paar Organe der äußersten Linken klagen über die reaktionäre Wendung der Dinge. Der National, der sich treu geblieben ist im Grundsatz, wenn auch nicht im Tone und der äußern Haltung, tadelt die Politik der Regierung und Nationalversammlung, aber wie matt, wie unbedeutend ist sein Tadel im Vergleich mit dem stürmisch beredten Tone, womit er einst jeden Fehlgriff der Monarchie ans Licht zog und richtete! — Am Schluß der Sitzung kündigte Herr Mauguin an, daß er die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die auswärtige Lage wenden wolle. Nicht als wenn diese Lage Besorgnisse einflößen könne, aber es gebe sehr ernste Thatsachen, über welche das Publikum, die Regierung und die Versammlung sich zu verständigen hätten. Die Interpellation, die Mauguin an den Minister zu richten wünschte, wurde auf Montag festgesetzt.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat sich mehrere Tage hindurch mit der äußern Politik beschäftigt und gestern mehrere seiner Mitglieder beauftragt, ihm Berichte über die wesentlichen Fragen abzufassen. Drouin de l'Hays wird über Spanien, Aragon über Italien, X. Durrieu über Rußland, Edmund Lafayette über die Donaufürstenthümer, Pupegur über Aegypten, Bolsin über den Orient den geforderten Bericht abstatten. Oesterreich und die slavischen Lande sind einem Herrn Jober, der „deutsche Bund" (la confédération germanique) Herrn Payes, Preußen und die Posener Frage Herrn Heckeren zugefallen. Die letzte Eintheilung beweist, daß in den Augen der Franzosen das alte Deutschland in seiner bisherigen politischen Abgrenzung nach existirt. Es wird noch eine Zeitlang dauern, bis dem Ausland der Gedanke an ein Deutschland, das aus Oesterreich, Preußen und der confédération germanique besteht, ausgeredet ist.

Italien.

Chur, 27. Juli. Ich theile Ihnen hiermit eine Sammlung der neuesten Berichte aus der Lombardei mit. Schon lange deuteten alle Anzeichen darauf hin, daß etwas Entscheidendes vorfallen werde. Von beiden Seiten standen sich zugroße Truppenmassen gegenüber, um in dieser drückenden Hitze in der von Lebensmitteln entblößten Gegend lange noch unthätig bleiben zu können. Den 24. d. machte eine österreichische Kolonne, 20,000 Mann stark, in der Nähe von St. Giorgio einen Angeiff auf ein italienisches Korps, welches bloß 1800 Mann zählte. (?!) Die Piemontesen hielten sich tapfer, mußten jedoch der Uebermacht weichen. Im Taumel des Sieges drangen nun 15,000 Oesterreicher zwischen Borghetto und Peschiera um Mincio vor und es entspann sich gegen die dort aufgestellten ital. Truppen ein lebhaftes Gefecht. Am 25. gelang es einem Korps Oester-

Digitized by Google

reichern, den Mincio zu überschreiten; als sie aber allzu sicher vorwärts marschirten, fiel ihnen Karla Alberto mit seinem Heer in den Rücken. Die umringten Oesterreicher wurden in die Flucht geschlagen, zogen sich über den Mincio zurück und suchten Schutz in Verona. Die italienische Armee nahm in Folge dieses Treffens ihre frühere Position an der Etsch wieder ein. Die Oesterreicher sollen 8—10000 Todte zurückgelassen haben. — Neuere Bulletins sprechen sogar von 12,000 Gefangenen, 50 Kanonen und einer Menge Fahnen, die den Piemontesen in die Hände gefallen sein sollen. Wenn wir auch annehmen, daß diese ersten Berichte nach italienischer Manier etwas übertrieben lauten mögen, so ist doch soviel gewiß, daß ein Zusammenstoß stattgefunden hat und daß dieser für die Italiener günstig ausgefallen ist. —

Folgender Umstand mag den Schlüssel zu der regeellosen Bewegung der Oesterreicher geben: Mantua ist bekanntlich seit längerer Zeit blokirt, die umliegende Gegend ist an und für sich ziemlich ungesund und durch die zusammengedrängte Menschenmasse, der es an gutem Trinkwasser fehlt, die Luft noch ungesunder gemacht. Die Sterblichkeit unter der Garnison ist sehr groß geworden: daher die Nothwendigkeit eines Garnisonwechsels, einer Verstärkung, daher der Ausfall Radetzki's aus Verona. Die Stelle bei Rivoli war von den Piemontesen am schwächsten besetzt; daher dort der erste Angriff. Das Uebrige erklärt sich von selbst. (Wir brauchen kaum darauf aufmerksam zu machen, daß obige Nachrichten aus italienischer Quelle stammen und wie der verehrte Korrespondent bereits bemerkte, auch das Gepräge der Uebertreibung offenbar an sich tragen. Ganz im Widerspruch mit diesen Berichten und den gestern nach der N. Z. Z. mitgetheilten Siegesnachrichten aus Mailand vom 26., meldet die Baier Ztg. nach einem Schreiben aus Mailand vom 27., daß die gestern daselbst verbreiteten Siegesnachrichten, nicht nur sich nicht bestätigen, nach gar nichts Offizielles darüber bekannt gemacht wurde, sondern daß Karl Albert von einem bedeutenden östreichischen Korps überfallen, geschlagen und gezwungen worden sei, sich hinter die Linien von Golto zurückzuziehen. In Mailand herrsche die größte Konfusion; alle verfügbaren Truppen, sogar der jüngere Theil der Nationalgarde, mußten sogleich zur Armee ausbrechen.)

Die Allg. Z. theilt das Bulletin des F M. Grafen Radetzky mit, welches derselbe aus seinem Hauptquartiere Palazzo Alzneera bei Castelnuovo am 24. Juli, Nachmittags 2 Uhr über die am 22. und 23. Juli von ihm erreichten Vortheile an den Kaiser gerichtet hat. Der Schluß faßt die strategischen Resultate der verschiedenen Treffen wie folgt zusammen: „Das dritte Korps wird nach seiner mir soeben eingesendeten Meldung heute Abend in Pastrengo und Santa Lucia eintreffen, im Laufe des morgigen Vormittags aber die Cernirung von Peschiera auf dem linken Etschufer beginnen. Ich beherrsche somit an dem heutigen Tag die feindlichen Uebergänge längs des Mincio von Peschiera, Sallonze und Monzambano, und bedrohe auch jenen von Valeggio, habe die südliche Lehne des Gebirgs diesseit dieses Flusses vollständig besetzt und stehe somit in einer sehr starken Flankenstellung gegen Villafranca und Roverbella, um den König, wenn er gegen Verona marschiren sollte, im Rücken angreifen zu können, während mir zugleich das ganze Hügelland über Castelnuovo und Postrenga und Rivoli zu Gebote steht, und meine Kommunikation mit Trient gänzlich wieder eröffnet, und dieses brave Land, wo unser allergnädigster Kaiser sich befindet, von jeder ferneren Bedrohung befreit ist. Die ferneren Ereignisse werden bestimmen, was ich in den nächstfolgenden Tagen zu thun im Stande bin. Ich habe einstweilen die ausgedehnte Stellung des Königs von Rivoli bis an den Po durchbrochen, mich des Hügellandes bemächtigt, und dadurch eine taktische Stellung bekommen, welche mich wenigstens um 10,000 Mann stärker macht als ich wirklich bin, da mich der Feind von der Ebene aus gegen die Höhen angreifen muß. Unser Verlust ist gottlob verhältnißmäßig nicht sehr bedeutend.

Ferner berichtet der Tirolerbote nach Privatnachrichten aus Verona vom 24. Juli über die Erstürmung der piemontesischen Verschanzungen auf Sommacampagna: Alle diese gut verschanzten Positionen wurden mit Bajonettangriffen genommen. Ein Theil des Feindes, bis vor die Thore von Peschiera verfolgt, warf sich in die Festung. Alle unsere Truppen haben eine fast wunderbare Kühnheit und Todesverachtung gezeigt. Die Ulanen, die einzigen, welche von der Kavallerie mitwirkten, da diese Terrainshindernisse halber nicht verwendet werden konnte, richteten unter den fliehenden Feinden große Niederlagen an. Die Vorposten stehen nur eine Stunde vor Peschiera. Die 6000 Mann Piemontesen, welche über den Hügeln von Valleggio, und äußerst vor Rivoli stehen, und entweder der Entfernung halber oder aus andern Gründen an dem Kampfe nicht theilnahmen, stehen zwischen den beiden Armeekorps von Tirol und Radetzky, und wenn sie sich nicht in der vergangenen Nacht in Eilmärschen zurückgezogen, und den Gardasee bei Garbalino oder Lasise erreicht haben und in das nahe Peschiera auf Dampfschiffen übergeschifft worden sind, so sind sie unrettbar verloren, jedenfalls verloren ist ihr Kriegsmaterial, das sich nicht in solcher Eile fortbringen und einschiffen läßt.

Dagegen haben die Oesterreicher am 24. auf einer andern Seite allerdings einen harten Schlag erlitten, worüber der Allg. Z. aus Verona vom 25. Juli berichtet wird: Während das Gros des österreichischen Heers gegen das Centrum und den linken Flügel der piemontesischen Armee operirt, gegen Peschiera und den Mincio vorrückte, widmete es dem rechten Flügel der letzteren keine Beachtung.(!) Von dieser Seite aus wurde gestern die Brigade Liechtenstein bei Sta. Lucia und Umgegend überfallen und — völlig unvorbereitet — gänzlich versprengt, niedergemacht oder getödtet. Das Infanterieregiment Nugent hat besonders gelitten. Die Leute liefen auseinander wie sie waren, da ihnen keine andere Auswahl blieb. (!?) Auch drei Kanonen gingen verloren. Die Piemontesen, welche die Verschanzungen und Kanonen als ihre vorzügliche Kriegsweise sich erwählten, so daß man sagt, sie schössen auch nach Sperlingen mit Kanonen, sind hier ebenfalls wieder mit grobem Geschütz besonders thätig gewesen. Ueber Tirol werden Sie bereits Nachricht haben, daß die Straße von hier nach Tirol über Rivoli wieder frei sei; ebenso davon, was die Behauptung dieses Terrains gekostet hat. So lange seit zwei Tagen immerfort in größern und kleinern Abtheilungen Gefangene hier an. Der Postkurs über Volargne und Peri ist bereits angekündet. — Officielle Kriegsberichte fehlen hier noch. In Wien ging das Gerücht, General Fürst Franz Liechtenstein (nicht der Generalmajor Fürst Friedrich Liechtenstein, der sich in den Gefechten am 22. u. 23. auszeichnete) sei in Gefangenschaft gerathen.

○ Verona, den 23. Juli. Heute wird das Schicksal Oberitaliens entschieden! Während ich Ihnen schreibe, wird der Angriff auf Somma Campagna eröffnet; schon gestern Abend zogen die kampfbegierigen Truppen aus; wir fürchteten, daß ein in der Nacht ausgebrochenes Gewitter mit unhaltendem Regen die Operationen verzögern werde, aber der fernherrollende Kanonendonner verkündet uns, daß keine Aenderung im Plane des Feldherrn eingetreten. Der Kampf wird ein hartnäckiger und blutiger werden; die Verschanzungen des Feindes bieten allen Anstrengungen Trotz; aber unsere Truppen haben bei Curtatone und Vicenza bewiesen, daß ihnen auch das unmöglich Scheinende möglich ist. Wenn Tapferkeit, Kampfesgluth und Ausdauer im Gefecht zu frohen Hoffnungen berechtigen, so dürfen wir am Siege nicht zweifeln.

Den 23. Nachmittags 1½ Uhr. Meine Hoffnung hat mich nicht getäuscht. Von Fort St. Felice aus beobachtete ich die Bewegungen. Der sich immer weiter entfernende Kanonendonner verkündete schon um 9 Uhr Morgens das siegreiche Vorrücken unserer Truppen. In diesem Augenblicke sprengt ein Kurier heran mit der Nachricht des vollständigsten Sieges. Die ganze Mincioliniе ist unser! Das 11. Feldjäger-Bataillon (Italiener) und das Regiment Ernst Infanterie (Ungarn) haben sich beim Stürmen der Höhen besonders ausgezeichnet. Leider haben wir abermals den Verlust vieler Officiere zu beklagen, die — wie immer — mit beispielloser Todesverachtung die Ersten beim Angriff waren. Nähere Details werde ich erst morgen im Stande sein Ihnen mitzutheilen.

Die N. Zür. Z., die zuerst jene entschiedenen italien. Siegesberichte brachte, theilt jetzt aus einem Mailänder Briefe vom 28. d. mit, „daß Karl Albert nur durch langen und hartnäckigen Kampf siegte und beide Heere große Verluste erlitten haben müßten.“ Das lautet freilich schon anders als die erste Nachricht.

Ungarn.

Pest, 22. Juli. Folgendes wird als das Neueste vom Kriegsschauplatz gemeldet: Der Banus Jellachich ist, nachdem er von dem geheimen Ministerialprotokoll vom 5. d. M. Kenntniß erhalten, nach Bukowar aufgebrochen, unterwarf dort die aufständischen Illyrier und versöhnte sie mit den Ungarn. Von Bukowar rückte er mit starker Truppenmacht gegen die Serbianer bei den römischen Schanzen, welche er im Vereine mit den diesseitigen Truppen wohl nicht ohne Mühe auseinandertreiben wird. Die ungarischen Streitkräfte beobachten seit dem verfehlten Angriff bei St. Thomas die Defensive. (Bresl. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elkert in Manchester, 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder übernimmt solche an G. H. Alexander in Straßburg Nr. 29 Brandgasse, Paris Nr. 28 Rue de Beaune du Louvre.

Deutsche Zeitung.

Die Expedition befindet sich Grsh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 15. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 24. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 Sgr. (3 Kgr.) berechnet.

№ 213. **Heidelberg, Dinstag 1. August.** **1848.**

Uebersicht.

Die alte und die neue preußische Bewaltung. II. Eine Stimme aus Preußen. — Wien (Verhandlungen des konst. Reichstags. Entlassung des Grafen Beaulieu. Der Kaiser). Das Tirol (der Aufruf Dr. Guggenbergs). Berlin (Ministerialkommission nach Posen. Demonstrationen des preuß. Partikularismus. Gerüchte). Vom Rhein (der Klerus und der preuß. Verfassungsentwurf. Kirchliche Agitation. Die Rheinprovinz und Preußen). München (die Desertionen im Seekreis). Hannover (der König und der Ministerialerlaß. Erläuterung des neuesten Ministerialerlasses). Darmstadt (die Stellung des Ministeriums Jaup). Schleswig (erneuerter Anfang der Feindseligkeiten. Zur Charakteristik der dänischen Politik und Presse).

Schweiz. Bern. Oberst Kern Gesandter in Wien.

Großbritannien. Ein Gesandter nach Frankfurt. Ritter Bunsen. Die Lage in Irland. Verbündete Chartisten und Repealer in England. Kinds in Manchester.

Frankreich. Paris. Das Klubgesetz angenommen. Die Untersuchung. Der Verfassungsentwurf. Verhandlungen der Nationalversammlung über die mobile Garde.

Italien. Großer Sieg der Oesterreicher bei Custozza. Vorrücken gegen Mailand, Brescia und Cremona. Rom. Die Kriegspartei am Siege. Anordnungen im Kirchenstaate. Mailand. Bulletin der provisorischen Regierung.

Nachschrift. Frankfurt. Verhandlungen der Nationalversammlung. Erklärung des Reichsministeriums über den dänischen Krieg. Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten.

1. August.

Der Mechanismus einer französischen Regierung ist ein Kunststück; dem Erfindungsgeist unseres Geschlechts gereicht es zur Ehre. Der Premier oder der Mächtige, der wollen darf, braucht nur den Willen in Worte zu hauchen, und in wenigen Minuten fliegen diese Worte durch die Luft, an den Rhein, in die Schluchten der Pyrenäen, bis an die äußersten Felsenküsten der Bretagne. — Die Präfekten sind nur Kommis der Regierung; kaum daß sie den Willen derer, von denen ihr Dasein abhängt, eingeathmet, so ist er ausgeführt.

Diese Art zu regieren ist ohne Zweifel angenehmer, als im Kollegium mit Ministerialräthen berathen, dann dekretiren, expediren, kollationiren, mundiren lassen, dann den Befehl per Estafette oder nur per Post an den Oberpräsidenten oder die Regierung in das Departement schicken, wo Oberpräsident, Präsident und Regierung wohl noch über die Ausführbarkeit debattiren, und ehe sie exekutiren, remonstriren. Dann kann redemonstrirt werden, mit Verweisen aber ohne Verweise, und möglich ist, daß selbst diese Verweise noch den störrigen Sinn der Räthe nicht beugen, die ihre Provinz und was ihr Noth thut, besser zu kennen vermeinen, als der Minister in der fernen Hauptstadt.

Wenn nun Preußen in lauter kleine Präfekturen getheilt wäre, von Trier bis Tilsit und von Ratibor bis Stralsund, und die Präfekten absetzbare Beamte, die täglich mit einem Auge am Fernrohr ständen, um die Befehle, die der Telegraph bringt, zu erhaschen, und hinter ihnen ein Bedientenkorps, um auf ihre Ordres zu fliegen (denn der Präfekt kann sie auf der Stelle entlassen, wenn sie nicht pünktlich gehorchen), so dünkte das Vielen gewiß eine sehr glückliche Manier zu regieren. — Ein Minister, der täglich im Parlament einer unerbittlichen Opposition Rede stehen, der selbst auf die Interpellationen der Herren Gladbach und Drischle vernünftige Antworten geben muß, kann fordern, daß er wenigstens ein gut einexercirtes, gehorsames Beamtenkarps hinter sich habe. Ein konstitutionelles Ministerium, verantwortlich dem Parlamente, der vollkommen freien Presse gegenüber, kann nicht auch noch ein selbständiges, unabsetzbares Beamtenheer hinter sich haben, oder es ist verloren, es wird unmöglich.

Möglich, daß es so ist, aber wie dasjenige Preußen ist, mit seinen langen, schmalen Streifen, hier ausgestreckt in eine Spitze, dort eingeschnitten bis ins Herz, mit seinen Grenzen, die nicht zu besetzen, nicht zu vertheidigen, mit seinen Völkerstämmen und Völkerschaften, die zu einer Einigkeit gediehen nur durch sein Königshaus, nur zusammengehalten durch seine Verwaltung, welche wie ein lebendiges Netz es umspannte, wie es als Ganzes, als Einheit bestehen soll, wenn dieses Netz zerfetzt wird, das wie ein Schlinggewächs am Meeresstrand, wie ein grüner Rasenteppich das lockere Erdreich verbunden, den Sandboden vernarbt hat, scheint einer andern Unmöglichkeit nahe.

Eine rasche Exekution des Regierungswillens ist in einer konstitutionellen Monarchie nöthig; das sei zugegeben. Sie imponirt aber auch! Das bleibe in suspenso. Das Rheinland ist aus der Napoleonischen Zeit an imponirende Regierungsakte gewöhnt. Es will sie haben. Gefallen sie ihm nicht, so sucht es wieder zu imponiren durch Demonstrationen; es kommt dann nur darauf an, ein Rechenexempel, wer kürzeren Athem hat, in der imponirenden Stellung zu bleiben. Ganz anders ist es in den alten Provinzen; die Vorstellung von einem patriarchalischen Walten, einer väterlichen Fürsorge, einer Berücksichtigung der menschlichen und persönlichen Verhältnisse ist in der Bevölkerung, trotz der Konstitution, trotz des demokratischen Principes, das sie sonst sehr willig adoptirt hat, nicht erloschen. Man will gegenseitige Verständigung, es ist Vertrauen geblieben, und selbst da, wo es durch die Albernheiten der letzten Jahre zu erblassen anfing, Liebe.

Die alte Provincialeintheilung will man, nach französischem Muster, in neue Departements, in kleine Bezirke zerschneiden. Das vertilgt freilich am besten die alten Erinnerungen und Stammvorurtheile; wie es aber dienen soll, das altgermanische Princip des Selfgovernments der Gemeinden, der Provinzen zu fördern, ist schwer abzusehen. Was verbunden war durch den Namen, durch jahrhundertlanges Zusammenstehen, durch mannigfache Erinnerungen, will man lösen; dort vielleicht zusammenleimen, wo keine Sympathien sind, je nach Bequemlichkeit für die Regierung. Ein solches Versehen hat sich überall in der Geschichte gerächt, und versuchen wollte man es in einem Augenblicke, wo das nationale Element zu einer fast dämonischen Geltung gelangt ist, wo die getrennten Völkerstämmen, jede ihre Rechte fordernd, zu einer neuen babylonischen Verwirrung geführt haben! Der Thurm des europäischen Staatengebäudes, das auf den alten Cyklopenmauern im Renaissancestil aufgeführte Schloß ist darüber zerspalten und zertrümmert.

Selbstregierung der Gemeinden! Man athmet danach auf, wie nach einer langen Sommerdürre, wenn ein erster erquickender Regen fiel. Die Bevormundung war in manchen Dingen mehr als drückend, sie war lächerlich geworden. Die Vormünder und ihre Handlanger mußten selbst lächeln, wenn sie den erwachsenen Kindern die Erlaubnißscheine ausstellten, auf der Wiese zu tanzen — eine Kommission hatte zwar untersucht, ob sie nicht feucht und dunstig war — die Erlaubniß, ein Brett über den Graben zu legen — nachdem untersucht war, ob der Graben auch nicht zu tief sei, daß man beim Ausgleiten ertrinken könne.

Das ging nicht mehr; auch unter dem alten Regime hätte es von selbst fallen müssen. Aber der Schritt ist von einem Extrem zum andern. Man hütete die Kinder, daß kein Trapfen Wasser sie berühre; nun man plötzlich anderer Ueberzeugung geworden, läßt man sie Hals über Kopf in den Teich springen, man stürzt die Zaudernden auch wohl hinein: Lehrt Euch selbst schwimmen. Die Mehrzahl wird schwimmen lernen, aber die Ertrinkenden? —

Daß eine Befähigung zur Selbstverwaltung in der Nation ist, daß sich Elemente dafür schon längst, und unter dem Druck der Vormundschaft ausgebildet, zeigen die Eisenbahngesellschaften. Dieses gewaltige Moanus der Gegenwart, was aller Analogie nach unter die Verwaltung der Regierungen gehört, denn es geht über den Kreis der Gemeinden, der Distrikte, der Provinzen, ja der Länder und Reiche hinaus, es verbindet die civilisirte Welt, es

Digitized by Google

konnte kein Privateigenthum bleiben, dies ließen die alten Regierungen sich entgehen, weil sie im Wahn der Altersschwäche seine Bedeutung nicht begriffen, und, indem sie sich davor fürchteten, aus Furcht nicht wagten, sie in die Hand zu nehmen. Die kräftige Art, wie die Mehrzahl der Privatgesellschaften die Verwaltung geführt, ist ein Beweis, daß Mündigkeit in der Nation ist.

Aber es gibt Regionen, die nicht allein der Oberaufsicht des Staates nicht entzogen werden dürfen, wo unsere Sitten, Gefühle, unsere ganze Bildungsgeschichte noch so fest an der Vergangenheit wurzelt, daß wir selbst den Betrieb einer obern Leitung wollen überlassen haben. Mag in Amerika, in England die Gewerbefreiheit bis auf die Charlatane und Quacksalber ausgedehnt sein, gegen unsere Sitte, unsere Gefühle, unsere Ueberzeugung sträubt sich diese Freiheit. Der Bürger in Deutschland will nicht Apotheken, wo er selbst prüfen muß, ob er Gift oder wirkliche Heilmittel einhandelt, er will sich nicht Aerzten anvertrauen, die nur von ihm, der Gemeinde, dem Kreise geprüft, er verlangt solche, die es von einer höchsten wissenschaftlichen Behörde und vom Staate selbst beglaubigt sind.

Ueber das Medicinalwesen möchte kaum eine Meinungsverschiedenheit sein. Allgemeine Lehrfreiheit wird jetzt zwar gefordert, wenn aber die Wogen der Aufregung sich gelegt, möchten Stimmen genug sich erheben, die wieder einen staatlichen Schutz verlangen, eine Oberaufsicht und Prüfung, damit nicht Quäler oder Jesuiten jeder Art unter dem Lammfell der reinen, freien Lehrer sich ins Volk einschleichen. Frankreich hatte sich vor dem bewahrt, dem Belgien nicht entgehen konnte. Der Bergbau seufzte unter einem pedantischen Drucke aus dem Mittelalter, aber ihn gänzlich der Oberaufsicht des Staates entziehen, hieße die Schätze der Erde dem Raubbau, der wucherischen Spekulation preisgeben und für den Vortheil des Augenblicks und Einzelner die Schätze vergeuden, ja zertreten, von denen künftige Generationen leben müssen.

Wir haben einzelne traurige Beispiele, wie Gemeinden, nach der Ertheilung der Städteordnung, mit dem Gemeingut umgingen. Verschleuderungen, die an Raub zu Gunsten Einiger, die sich für berechtigt hielten, grenzen, konnten kaum durch das Einschreiten der Regierung gehindert werden. Wir nehmen an, daß der Sinn für das Gemeinwohl seit 1809, wo eine andere, freiere Generation herangewachsen ist, zugenommen hat und solche Uebelstände vom öffentlichen Geiste selbst zurückgehalten werden, es also der Regierungsvormundschaft nicht mehr bedarf. Aber noch immer gibt es Dinge, die erhalten werden müssen, und für die der Sinn, die Werthschätzung, auf dem Lande, in den kleinen Städten noch nicht reif ist. Soll man die historischen Ruinen, die Kunstdenkmäler der Vergangenheit gleichgiltig von einem Schulzen, einem Magistrat einer kleinen Stadt, damit die Gemeinde einige Backsteine, einige Sparren altes Holz gewinnt, zerstören lassen, über deren unersetzlichen Verlust die Nachwelt uns der Barbarei anklagen wird, wie wir schon jetzt die Geschlechter vor uns nur zu bitter anzuklagen genöthigt sind. In Rußland und in Rom stehen alle Denkmäler der Vorzeit unter dem Schutz der Krone.

Doch eine Partei möchte alle Ruinen, alle Erinnerungen opfern, selbst die Kunst ist ihr nur die Tradition einer verabscheuenswerthen Vergangenheit, deren Schatten selbst um der lahlen Begriffsfreiheit willen verschwinden sollen. Aber es gibt Dinge, die dem Wilden heilig waren, vor denen unsere heidnischen Väter beteten, die das Mittelalter in Ehrfurcht stehen ließ, und von denen unsere Kultur, die Festigkeit unseres lockern Bodens, von denen der Segen des Landes für die Zukunft abhängt. Das sind das Wasser und die Bäume. Das fließende Wasser wird noch geschützt, weil es Gemeingut, weil der Schade, die Abdämmung, die der Eine vornimmt, den Andern benachtheiligt. Aber wenn die Wälder, die Bäume, die Privat- und Gemeindeeigenthum sind, der Willkür völlig frei, dem Eigennutz der lebenden Geschlechter ohne Einspruch preisgegeben werden, gehen wie einer Zukunft entgegen, wo die Freiheit die kommenden Geschlechter nicht vor dem Verhungern, dem Austrocknen aller physischen und geistigen Säfte schützen wird. So gingen blühende Länder in Wüsten und Barbarei unter, Kleinasien, ein großer Theil von Griechenland, so ist Spanien zu dem Zustande von Verwüstung herabgesunken, der es fast aus der Reihe civilisirter Länder ausgestrichen hat. So ward die Mark Brandenburg, einst ein grünes Land, zu einer Sandsteppe, so sind noch in den letzten Jahrzehnden fruchtbare Felder versandet, wo die Gemeinden, nach der Separation, die sandigen Höhen holzen ließen, Hügel, die nur durch die Wurzelkraft zusammengehalten, nun, vom Winde gestreift, ihren Sand über die Nachbarländereien ausbreiten. Es ist nicht damit gethan, daß die Staatsforsten erhalten bleiben, das Gemeinwohl erfordert in diesem Punkte mehr Beschränkung auch des Privateigenthums. Versäumen wir es, laden wir schwere Verantwortung auf uns.

Das Recht zur Selbstregierung der Gemeinden bedarf in einem Staate gewisser Beschränkungen; auch in einer Republik.

Oesterreich. ** **Wien**, 26. Juli. (Fünfte Sitzung des konstituirenden Reichstags). Eine Reihe von wichtigen Gegenständen steht auf der Tagesordnung. Zunächst eine Eingabe des Wiener Sicherheitsausschusses, um die reichsständische Sanktion seines ferneren Bestehens, die der Petitionskommission zur Erwägung zugetheilt wird; dann eine Reihe von Anträgen des Dep. Löhner über Provinzialverfassung der nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder, Provinzialeintheilung, Aufhebung der Adelsprivilegien, über die Vorfälle in Prag. Mit Spannung erwartete man hitzige Debatten, als plötzlich die Bemerkung des Präsidenten, daß ein Unwohlsein des Antragstellers Löhner die Diskussion seiner Anträge für heute unmöglich mache, eine große Mißstimmung in der Versammlung erzeugte. Desto größere Kraft koncentrirte sich in der Besprechung des nächsten Antrages vom Abg. Haas Kublich, bezüglich der Aufhebung des Unterthänigkeitsverhältnisses sammt allen daraus entsprungenen Rechten und Pflichten, vorbehaltlich der Bestimmungen ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei. Auf tiefsinnige und geistreiche Principien gestützt, motivirte der Antragsteller in feuriger Rede seinen Antrag. Mit Schmerz denke er an den Umstand, in welchen traurigen und gedrückten Verhältnissen in dem größten Theile der österreichischen Provinzen der Bauer lebe, mit welchen harten und grausamen Maßregeln er noch da und dort, unter der Willkür manches herzlosen Dorftyrannen, behandelt und bevortheilt werde. Er kenne heute, fügte er feierlich hinzu, keinen Unterschied mehr zwischen Unterthan und Staatsbürger und es dürfe auch nach den Grundsätzen eines freien konstitutionellen Staates keine wie immer gestaltete Beschränkung stattfinden; Gleichstellung aller Staatsangehörigen sei die Leuchte, die in einem Lande, wie es nunmehr Oesterreich ist, nicht früh genug angezündet, und allenthalben Licht verbreite, aufgestellt werden könne. Das Auge des gesammten österr. Volkes ist auf uns gerichtet, und besonders die Augen der Gedrückten, Leidenden, denen wir helfen sollen, helfen müssen. Suchen wir durch baldige und kräftige Schritte das Vertrauen dieses Volkes, das wir hier vertreten, zu gewinnen; die altherkömmlichen Standesunterschiede haben eine Flamme in den Provinzen angefacht, die wir, wenn nicht bald, nimmer zu löschen vermöchten. (Anhaltender, einstimmiger, stürmischer Beifall). Auf die vielfache Unterstützung dieses Antrages wird beschlossen, ihn nach drei Tagen von heute zur Vollberathung vorzunehmen, indem, wie ein Abgeordneter sehr richtig bemerkt, durch den Umstand, daß hier und da in den Provinzen das Unterthansverhältniß faktisch bereits aufgelöst ist, die Wichtigkeit der Regelung dieser Angelegenheit um so bedeutender sich herausstellt. Die gewaltsame Störung der Sitzung des demokratischen Klubs, sowie der kürzlich geschehene Angriff auf den Redakteur des Freimüthigen, Dr. Mahler, dem man mit den Waffen in die Hand und durch Todesdrohungen die Abschwörung der politischen Tendenz seines Blattes abgenöthigt hatte, gab dem Abg. Borrosch Veranlassung zu einer Interpellation, worin er sich lebhaft darüber aussprach, daß die schönsten Errungenschaften des Märzes, Assoziationsrecht, Preß- und Redefreiheit, durch die Wächter der Gesetze, die Nationalgarde, selbst verletzt würden. Er stellte die Anfrage an das Ministerium, ob und welche Maaßregeln es zur Steuer und zur Strafe dieser verbrecherischen Uebergriffe getroffen habe? Eine bestimmte und ausführliche Erledigung erhielt diese Anfrage nicht, wegen Abwesenheit des Justizministers Bach; Minister Kraus versicherte indeß, daß das Ministerium bereits mit aller Energie und Strenge eine genaue Ermittelung dieser Vorfälle eingeleitet und die nöthigen Vorkehrungen getroffen habe, um ähnliche Angriffe für die Zukunft zu verhüten. — Mag es sein, daß das neue Ministerium, erst seit Kurzem im Amte, noch nicht mit der nöthigen umfichtsvollen Routine, mit der unentbehrlichen, übersichtlichen Kenntnißnahme des politischen Gesammtzustandes auftreten kann, oder daß auch die Anhäufung der Geschäfte ihren Theil an der Schuld habe, immerhin ist es unerquicklich, wenn von Männern, von denen man erschöpfende Referate zu erwarten berechtigt wäre, nur oberflächliche höchst ungenügende Auskunft über wichtige Dinge gegeben wird. So mußte, als Abg. Goldmark fragte, ob und welche Schritte geschehen seien, um die Uebergriffe Rußlands in der Moldau und Walachei im Interesse Oesterreichs zu überwachen, die haltlose unzureichende Antwort des Ministers Doblhof die Versammlung unangenehm berühren, daß näm-

lich die Berichte von dorther unzuverlässig und widersprechend seien, und er erst dieser Tage, wenn ein an den russischen Gesandten nach Jassy abgegangener Kurier zurückkehre, einen nähern Bescheid ertheilen könne.

Wien, 26. Juli. Der Kaiser hat durch Entschließung vom 17. Juli die von dem Ministerium beantragte Pensionirung des Landesgouverneurs von Tirol und Vorarlberg, Clemens Grafen v. Brandis, genehmigt. Die Leitung der Geschäfte der Tiroler Landesstelle wurde dem Gubernialvicepräsidenten Frhr. v. Benz übertragen.

Das Frankf. Journ. will wissen, der Kaiser werde nicht nach Wien zurückkommen.

† Aus Tirol, 24. Juli. Ich wende heute Ihren Blick auf ein Dokument der politischen Thätigkeit, die auch bei uns allmählich zu geeinter Uebung und unverhohlener Aeußerung gelangt. Es ist der bereits einmal erwähnte Aufruf Dr. Guggenbergs „an alle Freisinnigen des Vaterlandes." Die einleitende Zeichnung unserer konstitutionellen Zustände hält sich treu an die Wahrheit und mit scharfen Strichen sehen wir einerseits die regungslose unbebaute Oede unserer theilnahmlosen Massen, wie andererseits das gierige ingrimmige Getriebe der fortschrittsfeindlichen Partei und die kleine Gruppe der gefesselten Freiheitsfreunde geschildert. Mit eben so fester Hand wird aber auch die rechte Moral unter das Bild geschrieben. Wo das Uebel erkannt ist, muß zur Hilfe geschritten werden. Hat Tirol noch keinen Antheil an den Errungenschaften des neuen Oesterreichs, so müssen jene darnach trachten, welche sie nicht länger entbehren, noch weniger aber denselben widerstreben wollen, wie es bis jetzt von der allein thätigen Partei der Ultramontanen und Reaktionäres geschehen ist. Eine Vereinigung aller Freigesinnten Tirols kann allein diesem eigensüchtigen Widerstand die Wurzeln abschneiden, wenn sie das Volk über Beschaffenheit und Absicht der neuen Ordnung belehrt, die Regierung somit unterstützt und sich selbst am offenen Feld dem Feinde gegenüber stellt. Der Aufruf verlangt also einen Bund der Liberalen, der sich zum Organ eine populäre Zeitschrift schafft. Die Thätigkeit der Einzelnen versiegt unter der Indolenz und erliegt der feindlichen Ueberzahl der Umgebung, das kleinste Häuflein aber bleibt rüstig und hält sich und der erste Erfolg schafft ihm Zuwachs und Geltung. Bald ist dann von Ort zu Ort der laufende Faden gezogen, und vom Kern aus geht Vertrauen, Ermuthigung und Verständniß durch die gesammte Thätigkeit. Von dem Theilnehmer des Vereines wird einzig Entschlossenheit und Hingebung verlangt, hier zu Land um so nöthiger, da man nicht zum Scherz, und weil es eben Mode ist, einen Bund von Freiheitsfreunden bilden kann, sondern auf jede Gefahr hin für eine solche Gesinnung einstehen muß. Mit edler Wärme sagt deßhalb der Verfasser am Schlusse: es prüfe sich Jeder, ob er bei dem Panier aushalten will, das ehrlich und gesetzlich über den Häuptern der Streiter weht. „Das Bedürfniß des offenen, männlichen Kampfes macht sich gebieterisch geltend — vererben wir nicht der Nachwelt die traurige Erscheinung, daß das wackere Bergvolk, jederzeit das verbissste im Kampfe mit physischen Waffen, auf dem Felde geistigen Ringens das letzte und zaghafteste geblieben ist." Wir ersehen in diesem Aufrufe eine entscheidende That, die bereits ihre Wirkungen äußert. Es wird immerhin die unverhohlene, thätige Verbindung der tirolische, wahrhaften Konstitutionellen unter Hemmnissen, Feindestücken und Angriffen anfänglich kaum die Handbreite Bodens sich erfechten können, auf dem sie steht, und der Spott und die Afterklugheit des chelos-erbärmlichen Indifferentismus, der bei uns zumeist unter den sogenannten Gebildeten in Blüthe steht, werden ihr mehr im Wege sein als die Bollwerke der erklärten Gegner; dennoch ist Viel und das Wichtigste geschehen, weil nach drei Monaten lautlosen Zagens und Harrens nun endlich offen und vernehmlich erklärt wurde, daß der Kampf mit den Gewaltherren aufgenommen ist. Die Partei der im Sinne und mit dem Gesetz des Staates Liberalen hat ihr Programm veröffentlicht. Nicht länger kann sie ohne offenbare Lüge verdächtigt, nicht länger ohne strafbaren Friedensbruch bedroht werden. Bereits sehen wir auch, daß überall Stimmen in ihrem Sinne sich vernehmen lassen, die „Innsbrucker Zeitung" gibt davon täglich Beweise. Treten die wackern Männer, die sich nun mit edlem Freimuth für das Vaterlandswohl in die Kämpferreihe gestellt haben, nicht zurück, und dafür bürgt uns eben die Gesinnung, in der sie den Schritt thaten, so kann ihre Sache nicht untergehen. Die Uebergriffe der Feinde, ihre offene Verhöhnung des Gesetzes und der bis zum Aufruhr vorschreitende Widerstand gegen das Prinzip des Staates wird auch die Regierung in kürzester Zeit zu entschiedenen Schritten nöthigen, und nicht länger wird dann der Sieg zweifelhaft bleiben.

Preußen. Berlin. Man erinnert sich, daß unlängst in der Nationalversammlung nach lebhaften Debatten eine Centralkommission zur Untersuchung der polnischen Angelegenheiten niedergesetzt worden ist. Wie es heißt, sind nunmehr vom Ministerium zwei Kammergerichtsräthe und zwei Ministerialräthe mit unbeschränkten Vollmachten zur Durchsuchung der polnischen Gefängnisse nach dem Großherzogthum Posen abgesandt. Sie sollen sich aller Orten die Untersuchungsakten, welche über die polnischen Insurgenten geführt sind, vorlegen lassen und, falls es nach Lage der Akten einigermaßen thunlich erscheint, sofort Freilassung der Verhafteten bewirken. (Voss. Z.)

Gestern beim Appel wollte eine Kompagnie der Gardelandwehr unter dem Rufe: „Es lebe der König!" die deutsche Kokarde abreißen und in den Staub treten!! Nur den Bemühungen des Kompagnieführers gelang es, diese Demonstration zu verhindern. (N. B. Z.)

Berlin, 28. Juli. Hiesige Blätter berichten: Heute Morgen ist der General von Below nach Wien abgereist, sicherm Vernehmen nach, um dem Reichsoberhaupt die Nachricht zu überbringen, daß von Seite des preuß. Heeres am 6. August nicht werde gehuldigt werden. (Die N. Berl. Zeit. bemerkt hiezu, ohne Zweifel mit Grund: Wir können nicht umhin, dieser Nachricht die Bemerkung entgegenzustellen, daß sie mit der Erklärung des Ministerpräsidenten in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung, falls wir dieselbe richtig aufgefaßt haben, nicht im Einklange steht).

† Vom Rhein, den 28. Juli. Alles ist verloren! Mit diesen Worten soll unlängst der Erzbischof Geißel aus der Nationalversf. zu Berlin auf Urlaub nach Köln zurückgekehrt sein. Und woher denn dieser Weheruf? Die kathol. Kirche beansprucht das Recht der Aufsicht über die Volksschule, und sie beansprucht ferner für die Zwecke des Kultus, d. h. zu deutsch, wesentlich für die Befindungen der Bischöfe und Domkapitel, eine Dotation in liegenden Gründen statt der bisherigen Zuschüsse aus der Staatskasse in Baar. Sehr gut weiß es die katholische Kirche, oder, um mich sachgemäßer und richtiger auszudrücken, sehr gut weiß es der katholische Klerus, was er erobern, wenn ihm diese beiden Forderungen zugestanden würden; wie ihm dann, bei den großen Rechten und Freiheiten, die ihm sonst schon eingeräumt sind, und bei dem unermeßlichen Einfluß, den er durch den Beichtstuhl und überhaupt durch sein geistliches Amt ohnehin schon ausübt, der Staat so zu sagen in seine Hände fiele, und wie es dann zu gelegener Zeit nur noch eines kühnen Griffs bedürfen würde, um die bereits halb fertige „Einordnung des Staates in die Kirche" ganz zu vollenden und die Geschichte des Mittelalters, soweit die Götter gnädig wären, sich noch einmal abspielen zu lassen. Daher die Anstrengungen und Rücksichtslosigkeiten bei dem Wahlgeschäft; daher die Ueberschwemmung der preußischen Nationalvers. mit Geistlichen, frommen Advokaten und sonstigen Getreuen und Erprobten; daher aber auch der herzerschütternde Weheruf! Der Ausschuß für den Verfassungsentwurf hat nämlich beschlossen: In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt; die öffentlichen Volksschulen aber, sowie alle übrigen öffentlichen Unterrichtsanstalten, stehen unter Aufsicht eigener Behörden und sind von jeder kirchlichen Aufsicht befreit. Und er hat ferner beschlossen: Jede Religionsgesellschaft ist in Betreff ihrer inneren Angelegenheiten und der Verwaltung ihres Vermögens der Staatsgewalt gegenüber frei und selbständig; ein Beschluß, durch welchen allerdings keine „liegenden Gründe", keine Schutz- und Trutzmauern gegen den Staat, und nicht einmal die ungeheuren Besoldungen der Fürstbischöfe, Erzbischöfe, Bischöfe und ihrer Appertinenzien garantirt sind, und der, wie es scheint, eine Reduktion des Uebermäßigen und eine wenigstens annähernde, schon so oft verlangte und so gerechte und billige Gleichstellung der evangel. Kirche und der übrigen Kulte mit der unverhältnißmäßig begünstigten kathol. Kirche noch offen läßt. Man würde aber sehr irren, wenn man dächte, die „kathol. Partei" werde das Verlorne verloren geben. Das ist gar nicht ihre Natur und Art, und den schönen Wahlspruch: nunquam retrorsum! befolgt sie auch diesmal wieder, und ganz in ihrem Sinn. Denn nicht deßhalb nur war der Erzbischof Geißel nach Köln geeilt, um den Weheruf auszustoßen; und ungefähr gleichzeitig mit ihm langte von Berlin aus ein Aufruf des Advokaten Stupp in Köln an, der in der kölnischen Ztg. abgedruckt wurde und namentlich die Schulsache den Wählern und dem Volke recht bedrohlich schilderte und recht warm ans Herz legte. Stupp blies Lärm; Andere organisirten und instruirten, und seit 8 Tagen erdröhnen die Kanzeln von den heftigsten Predigten, cirkulirten die abenteuerlichsten, unwahrsten und aufregendsten Gerüchte unter dem Volke, laufen Pfarrer, Kapläne, Vikarien und Küster mit Adressen und Listen umher und sammeln Unterschriften, um die Weisheit und den Willen des Volks, des nämlichen Volks, das die Stuppe entsendet hat, gegen die Weisheit und den Willen der Nationalversammlung in die Wagschale zu werfen und durch die Zahl der Stimmen das zu erlangen, was durch das Gewicht der

Stimme zu erlangen unmöglich ist. Ein solches Verfahren richtet sich selbst, und wir sind nur begierig, welche Aufnahme es bei der Nationalversammlung finden wird. Hoffentlich eine noch mißfälligere als die war, welcher vor einigen Jahren der ultramontane Petitionensturm gegen den bekannten Zittelschen Antrag in der badischen Kammer fand. Zittels Antrag ist seitdem deutsches Reichsgesetz geworden, und Niemand wagt es mehr, ihm zu widersprechen; möge der Antrag des Ausschusses ein preußisches Reichsgesetz werden, und an dem Tage nachher wird jeder Widerspruch verstummen oder doch nichtig und erfolglos sein. Die Wahrheit ist mächtiger als der Wahn, und das Recht mächtiger als das Vorrecht; und demjenigen falschen christlichen Staat, den schon unsere Ständekammer im J. 1846 erschütterte, und der seitdem, nicht allein in Preußen, in Folge der außerordentlichsten und gerechtesten Revolution vollends zusammengestürzt ist, ihm wird kein Talar und keine Rabe wieder aufhelfen können.

** Vom Rhein, 26. Juli. Die Rheinprovinz, gleichviel ob sie einem anderen Staatsverbande angeschlossen oder zu einem reichsunmittelbaren Lande umgeschaffen wäre, wäre in keinem Falle ein Staat des nächsten Augenblicks, sondern höchstens einer mehr oder minder entfernten Zukunft, und wir können des gegenwärtigen Staates, mit anderen Worten, des geordneten und gesicherten Rechtszustandes keinen Augenblick entbehren, wenn wir nicht alle Güter, die wir errungen, abermals in Frage stellen wollen. Aber davon abgesehen, würde die Rheinprovinz, abgetrennt von Preußen, an Rechten Nichts gewinnen, an Macht und Sicherheit unendlich verlieren. An Rechten würde sie Nichts gewinnen, weil kein anderer deutscher Staat hinfort wahrhaft konstitutioneller als Preußen sein kann, weil nach den Ereignissen der letzten Monate die ganze Zukunft Preußens auf der vollen Wahrheit des konstitutionellen Staatslebens beruht. An Macht und Sicherheit würde sie unendlich verlieren, weil das dir Rheinprovinz rings schließende Preußen, wie der erste Staat in Deutschland, so der stärkste und gewaltigste Staat gegen das Ausland ist. Keine andere Kombination bietet und sichert der Rheinprovinz, was sie in ihrer Verbindung mit Preußen bereits hat und in noch reicherem Maße erwerben wird. Was verletzte und hemmte, was trennte und drückte, ist entweder schon gefallen oder muß fallen in der nächsten Zeit. Geblieben ist nur das Gute und Schätzbare, die Rechtlichkeit in der Verwaltung, die Integrität in der Rechtspflege, die Disciplin und Mannszucht im Heer. Mit diesen Mitteln, mit dem, was die Rheinprovinz und die älteren Provinzen verbunden vermögen, was sie sich gegenseitig geben und von einander empfangen können, ist die erste Macht in Deutschland geschaffen, und diese erste deutsche Macht gehört an Deutschlands Grenze. Deutschlands Grenze ist gesichert, aber auch nur dann gesichert, wenn ein freies starkes Preußen, wenn eine preußische mit der Rheinprovinz wahrhaft verbrüderte Armee Wache an ihr hält. — Es ist vielleicht durch alle diese Erörterungen einer Partei zu viel Ehre angethan, die, welchen Boden sie auch in der Rheinprovinz inne hat und trotz aller augenblicklichen Erfolge, durch Ueberstürzen und Uebermaß an ihrem eigenen Untergange baut. Aber, was hier gesagt ist, möge für Alle gelten, die, gleichviel unter welcher Form, an der Auseinandersprengung des preußischen Staates mit mehr oder weniger bewußter Thätigkeit arbeiten. Mit mehr oder weniger bewußter Thätigkeit, sage ich, denn es gibt — und ich meine damit namentlich die republikanische Partei, die in Berlin ihr Wesen treibt — es gibt auch solche, die jene Lostrennung nicht beabsichtigen, sondern eine einheitliche preußische Republik wollen und für möglich halten. Ihnen gebe ich die Warnung zu bedenken, welche ein Abgeordneter des Rheinlandes vor wenig Wochen in der Sitzung der Nationalversammlung sprach: „Wir Rheinländer, Westfalen und aus auch anderen Provinzen haben mit Preußen durchaus keinen anderen Verband, als daß wir zur Krone Preußen gekommen sind. Lösen wir das Band auf, so fällt der Staat auseinander. Eine Republik Berlin würde höchstens eine Republik Köln ins Leben rufen"; und ein anderer Abgeordneter derselben Provinz: „Das Regentenhaus ist das einzige Band, das die verschiedenartigen Provinzen dieses Staates umschlingt. Zerreißen Sie dieses Band und Sie lösen den Zusammenhang: eine Republik in Berlin wird in den Rheinlanden und in Westfalen nicht festhalten können." Ich schließe mit den schönen Worten desselben Abgeordneten: „Zu einem eben zu beginnenden Bauwerke liefert Preußen acht feste Ecksteine. Sie waren bisher nicht abgeglättet, sie waren nicht einander gleich gemacht, sondern nur rauh neben einander gefügt. Diese Unebenheiten verschwinden durch eine volksthümliche Verfassung für ganz Preußen. Keine Provinz wird ein Opfer scheuen, um der anderen entgegen zu kommen, jede wird gern bereit sein, der anderen die Freiheit zu bringen. Wenn so die acht Elemente Preußens zusammengefügt sind durch die konstitutionelle Monarchie, dann wird dies Gestein eine würdige Ecke sein für das große Gebäude der deutschen Einheit, und wir werden es darbieten dem großen deutschen Baumeister, damit er es mit den anderen Bausteinen verbinde und Alles gehörig einfüge."

Baiern. München. Der D. konst. Zeit. wird geschrieben: Die „Desertionen über Desertionen", welche den Nachrichten aus dem Seekreise zu Folge bei den baierischen Truppen vorkommen, bestehen darin, daß von 8000 Mann während 3½ Monaten — 16 Mann, und zwar 12 Fußsoldaten und 4 Reiter — letzterer mit Pferden — fahnenflüchtig geworden sind; ein Zahlenverhältniß, nach welchem ein Desertionsfall auf je 500 Soldaten während vierthalb Monaten vorgekommen ist; Militäes aber wissen, daß dieses Verhältniß selbst in der Garnison unter den ruhigsten Umständen nicht im mindesten auffallen würde; über dieses besteht die bei weitem größere Zahl jener 16 in Leuten von übler Führung.

*** **Hannover**, 27. Juli. Das Ministerialschreiben an die Ständeversammlung vom 7. d. M., dessen Inhalt und dessen mögliche Folgen bilden hier noch immer den Gegenstand lebhafter Unterhaltung. Wie früher auf die Frage vom Ein- oder Zweikammersystem, so wirft sich jetzt aller im Lande vorhandene anarchische Stoff auf dieses Schreiben, und verursacht, da die Schreier auf dieser Seite stehen, einen großen Lärm, der sich unter der Form eines außerordentlichen militärischen Enthusiasmus kund giebt. Leider ist nur dieser Enthusiasmus viel zu plötzlich entstanden, er giebt sich viel zu tobend kund, ist in seinen Voraussetzungen und Forderungen zu unklar und verworren, seine eifrigsten Träger und Apostel sind gar zu bekannte Subjekte — als daß man an eine nachhaltige Dauer desselben glauben dürfte. Wir wollen von Herzen wünschen, daß wir uns irren, — allein wir besorgen, daß wenn die deutsche Einheit erst einmal den Kaffee und Zucker um einige Pfennige vertheuern wird, dann die jetzige Begeisterung sehr lahm werden dürfte, und daß das Ministerium, wenn dasselbe es wirklich ehrlich mit der Einheit meint, darüber verscheien werden wird, daß es die wichtigsten materiellen Interessen der Ehre der Einheit aufopferte. — Um aufzuregen hatten die Schreier hier all die Lügen ausgestreut, wie z. B. daß der Minister Schmerling hieher kommen werde, der König wolle abreisen, habe die Silberkammer bereits fortgeschafft u. dgl. m. Natürlich ist von all dem kein Wort wahr: der Herr von Schmerling hat in einem Augenblicke, wo der Reichsverweser von Frankfurt abwesend und er fast allein das Ministerium zu vertreten hat, gewiß nicht Frankfurt verlassen, wo er sehr viel zu thun hat, um nach Hannover zu kommen, wo er Nichts zu thun hat; der König denkt nicht an das Fortreisen und die Silberkammer ebensowenig. Indessen, um aufzuregen, sind all diese Lügen gut, und werden von den hiesigen Blättern eifrigst verbreitet; gegen das, daß sie als Lügen erkannt wurden, hat man neue Mährchen der Art erfunden. — Ueber das vielbesprochene Schreiben selbst und dessen Entstehung wird hier Folgendes erzählt, das hier, ohne es verbürgen zu wollen, um so mehr mitgetheilt werden mag, weil es auf die Entstehung und Intention jenes Schreibens ein helles Licht wirft. — Schon vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung, schon beim Erscheinen des Siebenzehnerentwurfs hatte König Ernst August erklärt: wenn ihm seine Souveränetät so stark beschnitten werde, daß er nur noch Pair bleibe, werde er die Krone niederlegen und nach England gehn; dort sei er auch Pair und er sei lieber in England als in Deutschland Pair. Als nun das Gesetz über die Errichtung der provisorischen Centralgewalt und die Wahl des Erzherzogs Johann zum Inhaber dieser Centralgewalt publicirt wurde, erklärte König Ernst August: jenes Gesetz schneide zu tief in seine Souveränetätsrechte ein als daß er bleiben könne. Er war daher entschlossen, abzureisen, der Kronprinz mit ihm. — Daß eine Ausführung dieses Entschlusses ein großes Unglück für unser Land gewesen wäre, mag man anderswo mit wahlfeilem Witze bezweifeln; wer die hiesigen Zustände kennt wird es ohne Weiteres zugestehen. Die Minister sachten den König von seinem Entschluß abzubringen, drei Tage lang widerstand er ihren Bemühungen, den Bitten seiner Umgebung. Endlich erklärte er: er wolle bleiben, wenn sein Ministerium eine scharfe Erklärung über das Verfahren erlasse, das die Nat.Vers. hinsichtlich der Errichtung der Centralgewalt eingehalten. Nach mehrfachem Handeln soll auf diese Weise das Schreiben v. 7. d. M. entstanden sein. Als die Minister dasselbe unterzeichnet hatten, reichten sie — so wird weiter erzählt — sämmtlich dem Könige ihre Demission ein. Allein der König nahm diese nicht an, erklärte vielmehr: daß er seinen Entschluß, abzureisen, nur unter der Voraussetzung aufgegeben habe, daß das bisherige Ministerium ihm ferner zur Seite bleibe, und daß, wenn die Herren auf ihrer Demission beharrten, er, der König, trotz Erlassung jenes Schreibens das Land verlassen werde. Die Minister beachten nun ein neues Opfer, indem sie ihre Demission zurücknahmen. Diese Thatsachen finden hier in den

Digitized by Google

bestunterrichteten Kreisen vollen Glauben, sie haben der Sachlage gegenüber die größte Wahrscheinlichkeit und lassen dann freilich das Verhalten des Ministeriums in einem andern Lichte erscheinen, als die Schreier und Wühler mit ihren abenteuerlichen neuen Ministerlisten (Justiz: Hantelmann II., Auswärtiges: Lang, Finanzen: Dr. Schröder, Krieg: Cohen-Honek, Kultus: Dr. Mensching) solches darstellen. Von einer besonderen Anerkennung der Centralgewalt Seitens des Königs kann, selbst wenn man in dem Schreiben vom 7. eine solche nicht finden will, obgleich sie deutlich genug darin ausgesprochen ist, um so weniger die Rede sein, als jener Erzählung nach dieses Schreiben ja eben der Preis ist, um welchen der König, trotz der neuen Gestaltung der Dinge, in seiner Stellung verbleibt, d. h. diese neue Gestaltung der Dinge anerkennt: wenn das Ministerium eine solche auf den Beschluß der Nationalversammlung gibt, wird es sich wahrscheinlich einfach darauf berufen, daß in jenem Schreiben bereits die volle Anerkennung vorhanden. (Wir erhalten gleichzeitig einen zweiten Brief aus Hannover, welcher die Kulissengeschichte jenes Ministerialerlasses geradezu umdreht. Nach diesem ist nicht der König, sondern das Ministerium selbst der zum Partikularismus drängende Theil, indem dasselbe von dem über seine Handlungsweise noch unschlüssigen Könige seine Entlassung verlangt, wenn er nicht in der bekannten Art „die Rechte seiner Krone" wahre.)

Hannover, 27. Juli. Die hiesige Morgenzeitung bemerkt, daß die jüngst erwähnte Bekanntmachung, worin das Ministerium den Auftritt des Reichsverwesers veröffentlicht, keineswegs als eine unumwundene Anerkennung der Centralgewalt angesehen werden könne. Die Nationalversammlung hatte die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt gefordert; das Ministerium macht nur bekannt, daß die Uebertragung der von der Nationalversammlung zu gründen beschlossenen Centralgewalt mit dem vollen Beifall der deutschen Regierungen aufgenommen sei, und bringt „dies für das gemeinsame deutsche Vaterland so höchst erfreuliche Ereigniß zur allgemeinen Kunde." Darin liegt keineswegs eine unumwundene Anerkennung der Centralgewalt, sondern nur eine andere Form der vertrauensvollen Begrüßung der Person des Reichsverwesers. Die Centralgewalt beruht in dem Gesetz vom 28. Juni. Soll die Centralgewalt als solche unumwunden anerkannt sein, so muß zuvor das Gesetz darüber unumwunden anerkannt sein. Von einer solchen Anerkennung haben wir aber in Hannover noch Nichts gehört.

Hessen. Δ* Darmstadt, 26. Juli. Wir sind an dem Vorabende einer Krisis angelangt, deren Ausgang noch nicht abzusehen ist; es scheint sich die allgemein ausgesprochene Ansicht zu bestätigen, daß unsere jetzige zweite Kammer in direkten Widerspruch mit den Ansichten unseres Ministerpräsidenten kommen wird. Wie Sie wissen hat der Ministerpräsident Jaup in der Kammersitzung vom letzten Montag in einem sehr beredten Vortrage die Grundsätze seines Regierungssystems entwickelt und dabei, in Hinsicht der Stellung der Regierungen zur verfassunggebenden Versammlung in Frankfurt und der dortigen Centralgewalt, freisinnige Grundsätze ausgesprochen, wie wir sie noch von keiner Ministerbank hörten, er hatte jedoch hinsichtlich der Auflösung unserer zweiten Ständekammer der von vielen Seiten der sog. Fortschrittspartei gehegten Erwartung nicht entsprochen, vielmehr seine bloße Vertagung derselben auf unbestimmte Zeit in Aussicht gestellt. Es ist nicht zu läugnen, daß es vollgewichtige Gründe waren, welche Herr Jaup für die Zweckmäßigkeit einer Vertagung des Landtags anführte, es ist grade in der jetzigen Zeit und grade in diesem Falle besonders zu beachten, daß Herr Jaup einem häufig ausgesprochenen, aber besser gemeinten als verstandenen Wunsche entschieden entgegentrat, und es hätte sicher zu einem befriedigenden Resultate geführt, hätte die Kammer selbst Muth genug gehabt, die Regierung in diesem Wege zu unterstützen, hätte sie nicht vorgezogen, sich in ihren letzten Zügen des Beifalls der Menge zu vergewissern und das Schicksal unserer Staatsverwaltung dem zweifelhaften Resultate des Parteikampfs in dieser sich oft überstürzenden Zeit preisgegeben. Es ist kaum zu begreifen, wie so viele tüchtige Männer, wie sie die zweite Ständekammer enthält, in solchem Maße das Vertrauen in ihre eigne Stärke und Bedeutung verlieren konnten. Demgemäß stellte in der heutigen Sitzung der Abgeordnete Lehne einen von einundzwanzig Kammermitgliedern unterzeichneten Antrag auf alsbaldige Auflösung des Landtags sowie in Rücksicht auf den vom Ministerpräsidenten in der letzten Sitzung gehaltenen Vortrag, die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes zur sofortigen Berathung und Beschlußnahme. Es steht zu erwarten, daß dieser Antrag die Majorität der Kammer für sich haben wird, er wird als Antwort auf den gedachten Vortrag des Herrn Ministerpräsidenten gelten. Man sieht deßhalb mit allgemeiner Spannung der nächsten Kammersitzung entgegen, in welcher der Antragsteller in Gegenwart des Ministerpräsidenten zu der näheren Begründung übergehen will. Letzterer hatte versprochen, im Sinne Gagerns für das Wahl des Vaterlandes fortzuwirken. Sollten wir durch eine Meinungsverschiedenheit mit der Kammer Jaup für unser Ministerium verlieren — und schon droht uns das bestimmte Gerücht mit einem Rücktritte von Eigenbrodt, Emmerling und Maurer — dann würde der letzte kräftige Halt des Gagern'schen Systems, das wir mit so großem Jubel begrüßten, von dem wir so viel Gutes hofften, verschwinden. Wir würden einer Zukunft entgegengehen, die ihre Männer erst schaffen müßte, die aber, eben weil wir ihre Tüchtigkeit und Gesinnung noch nicht kennen, mit keinem ausschließlichen Vertrauen würden begrüßt werden.

* **Schleswig**, 26. Juli. Nach einer Bekanntmachung, welche die Regierung erlassen hat, erwarten wir mit jedem Augenblicke den Wiederanfang der Feindseligkeiten. — Wie perfid bei Stellung der Waffenstillstandsbedingungen die Dänen zu Werke gehen, schreibt das Kieler Korrespondenzblatt, wird leicht klar aus folgender Mittheilung, welche uns aus geachteter Quelle zugekommen ist. Bekanntlich war eine der dunkeln Waffenstillstandsbedingungen, daß während desselben die holsteinischen Soldaten in Holstein, die schleswigschen in Schleswig stationirt werden sollten. Der Graf Pourtales bewirkte daher eine Umfrage in unserer Armee nach den geborenen Schleswigern. Einem höhern preuß. Officiere scheint indessen die Sache bedenklich, und als auf seine Veranlassung auf eine strikte Interpretation dieser Bedingung gedrungen wird, kommt es denn zu Tage, daß die Dänen der Meinung waren, sie wollten ihre in der dänischen Armee befindlichen und zu diesen gehörigen sogenannten schleswigschen Bataillone und Regimenter, welche früher allerdings von Schleswig aus rekrutirt warden, jetzt aber natürlich größtentheils aus Dänen bestehen, und von dänischen Offizieren kommandirt werden, in Schleswig stationiren!*) Die Folge dieser Bedingung wäre also die vollständige Wiederbesetzung Schleswigs durch die Dänen geworden, und Letztere hätten, obwohl besiegt durch diesen Waffenstillstand, doch eine noch bessere Position bekommen, als durch die Gefechte vom 9. April, wo sie Sieger waren. Wer möchte mit einem solchen Volke noch unterhandeln! Der „Altonaer Merkur" theilt wieder mehrere Aeußerungen dänischer Blätter mit, aus denen sich die feindselige Stimmung der Dänen gegen Deutschland und Schleswig-Holstein, sowie der Geist dieser Blätter beurtheilen läßt. Den Reichsverweser nennt ein Einsender in der „Kiöbenhavnspost" (sich an das Wort „verwesen" haltend) „Rigs ö delaeggeren" (Reichszerstöerer), die Adresse der schleswig-holsteinischen Stände nennt sie ein Prachtstück von süßlich sentimentaler Affektation und kriechendem Servilismus, denn nur gegen Dänemark wären die Schleswig-Holsteiner übermüthig. Sie, die Schleswig-Holsteiner, hätten j tzt eine gute Stütze an dem Hamburger Juden Dr. Heckscher, einem ganz ordinären Rabulisten von der rechten Seite. Einzelne schleswig-holsteinische Beamte, als der Amtmann Liliencron, der Bürgermeister Esmarch, werden als Verbrecher, als verächtliche Miethbuben bezeichnet. An einer anderen Stelle wird gesagt, durch die Bildung einer Centralgewalt in Deutschland wäre der König von Dänemark von jeder Verpflichtung in irgend einem Konnex mit dem deutschen Kaiserreich zu bleiben frei; er könne sich daher, da er doch unmöglich Vasall von Erzherzog Johann werden könne, ausmelden, wozu bei der Stimmung in Preußen, Hannover und ohne Zweifel auch in Mecklenburg und Luxemburg nicht ganz ungünstige Chancen wären. Wenn Dänemark sich dann von der Einmischung der deutschen Centralgewalt befreit habe, müßte es heißen: „Dänemark bis an die Elbe." Die demokratische Partei in Deutschland, welche die Kiöbenhavnspost als ihre natürliche Bundesgenossen ansieht, wird dagegen belobt. Wir hoffen, daß diese und ähnliche Manifestationen, welche die dänischen Blätter füllen, in ganz Deutschland die allgemeine Meinung davon überzeugen werden, daß die Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark fortan unmöglich sei. In Schleswig-Holstein spricht sich die Volksstimme über diesen Gegenstand immer entschiedener aus. Ein in Nr. 11288 der „Börsenh." aufgenommener Artikel zeigt mit schlagenden Gründen, daß die Fortdauer der Personalunion moralisch und politisch unmöglich sei, und schließt mit folgenden Betrachtungen: „Ohne Zweifel werden die Reibungen, zu denen sich oft genug Gelegenheit zeigen wird, nur zu bald wieder beginnen. Von dänischer Seite wird man natürlich immer bemüht sein, solche Männer mit der Leitung unserer Angelegenheiten beauftragt zu sehen, die sich wenigstens einigermaßen dem dänischen Interesse hinneigen. Wie soll der Fürst, unter den Dänen residirend, sich ihrem Einflusse entziehen? Aber, wird man vielleicht einwenden, wenn Minister vom

*) Wir haben auf diese Unklarheit schon in dem Nr. 208 dieses Blattes abgedruckten Artikel über den damals beabsichtigten Waffenstillstand hingewiesen.

Digitized by Google

Monarchen gewählt sind, welche die Majorität der schleswig-holsteinischen Kammer nicht für sich haben, so werden dieselben ihre Funktionen niederlegen und andern Männern Platz machen müssen. So wird es allerdings in jedem Staate sein, in welchem das Volk es nur mit seinen eigenen Regenten zu thun hat. Hier würde aber der Herzog, wenn er zugleich König von Dänemark wäre, es nicht wagen dürfen, Minister zu entlassen, dies hier im Lande zwar keine Billigung finden, in Dänemark aber destomehr Sympathien für sich haben werden. Der Regent würde auf diese Weise jeden Augenblick in das Dilemma kommen, es entweder mit uns oder mit den Dänen zu verderben, und zu wessen Nachtheil die Entscheidung ausfallen würde ist klar genug. An eine ruhige Entwickelung unserer Freiheit ist, solange die Personalunion mit Dänemark besteht, gar nicht zu denken. Wir würden fortwährend den Neckereien der in ihrer Eitelkeit gekränkten Dänen ausgesetzt bleiben, immer gegen die feindlichen Uebergriffe gerüstet sein müssen, und nie zu oft die Wahl haben, ob wir uns die dänischer Anmaßung des lieben Friedens wegen ruhig gefallen lassen, oder wieder mit unserem Landesherrn Krieg führen wollen. Daß ein solcher Zustand kein glücklicher, vielmehr ein unerträglicher zu nennen sei, wird wohl keines weiteren Beweises bedürfen."

Schweiz.

** Bern, 27. Juli. Heute war die Geschäftsträgerstelle in Wien an der Tagesordnung. Seit vielen Jahren versah dieselbe ein bernischer Patrizier, He. von Effinger von Wildegg, ein Mann von ehrenwerthem Charakter, allein zu sehr den Metternich'schen Grundsätzen ergeben, und deßhalb zur politischen Unmöglichkeit geworden. Zudem hatte er sich in jüngstre Zeit durch die bekannte Paßgeschichte des Hrn. v. Philippsberg, welcher in Mailand als beglaubter Spion verhaftet wurde, mißbeliebig gemacht. Es läßt sich daher leicht begreifen, daß die Tagsatzung die unter den gegenwärtigen Zeitumständen doppelt wichtige Geschäftsträgerstelle in Wien andern Händen anzuvertrauen sich bewogen fand. Die Wahl fiel mit überwiegender Mehrheit auf Dr. Kern, ersten Gesandten des Standes Thurgau. (Hr. Effinger hatte bloß 2 Stimmen). Es ist diese Wahl in jeder Beziehung eine glücklicher zu nennen, so sehr es zu bedauern wäre, wenn die ausgezeichneten Fähigkeiten und Kenntnisse dieses Mannes, zumal bei der bevorstehenden Reorganisation der Bundeseinrichtungen, der Schweiz auf längere Zeit entzogen würden. Hr. Kern hat sich Bedenkzeit ausgebeten, und es steht zu hoffen, daß wenn Kern nach dem ehrenvollen Rufe folgt, seine Mitwirkung bei den wichtigen Arbeiten, welche die Einführung der neuen Bundesverfassung erheischt, deßhalb nicht ausgeschlossen bleibe.

Großbritannien.

London, 28. Juli. In Irland der alte Zustand, Dublin ruhig, die Geoffschaften im Süden fuchtbar aufgeregt, die Matadore der Verschwörung heumziehend und wilde Reden haltend, dazu die Kartoffelkrankheit in bedenklicher Weise um sich greifend. Die jüngsten Gerüchte von einem bereits erfolgten Ausbruch haben sich nicht bestätigt. He. (nicht „Sir", wie es durch einen Druckfehler gestern hieß), Hr. Smith O'Brien befand sich zuletzt in Mullinahone, ein Ortschaft der Grafschaft Kilkenny, wo er das Demagogengeschäft betrieb und das Volk zur Rebellion aufforderte. Er spielt bereits den irischen Karl Moor, indem er, wie seine Begleiter Meagher und Doheny, Pistolen im Gürtel trägt, um, wie er sagt, Jeden, der ihn zu verhaften Miene mache, sofort vor den Kopf zu schießen.

Auch in der Provinz Ulster, von der man glaubte, daß sie sich von revolutionären Anwandlungen frei erhalten werde, geräth das Klubwesen um sich. In der Nachbarschaft von Belfast hielten am 23. mehrere Klubs ein Meeting, wobei der Hauptredner, ein Handwerksmann, unter Anderm äußerte: Lord J. Russell habe im Hause der Gemeinen gesagt, diese Landschaft sei zufrieden, er seinerseits sage, Russell sei ein Lügner. Er sage Beiden, dem Herzog von Wellington, diesem Blutsunger von Irland, und Sir Robert Peel, sie seien allzusammen Lügner, wenn sie so Etwas behaupteten. Wer könne zufrieden sein, so lange man noch die Königin Viktoria habe, mit ihren Hunderttausenden von Diamanten um ihren Hals, und den Prinzen Albert, der von Deutschland her sich eingedrängt habe; er prophezeie übrigens, daß der Lordlieutenant nächstens seine sieben Sachen zusammenpacken und von Irland abziehen würde u. s. w. Dieser Mann, der durch eine eigenthümliche Ironie des Zufalls Russell heißt (ähnlich wie in Deutschland der Name Metternich zugleich der eines Erzdemagogen ist), rühmte sich, zu gleicher Zeit Repealer und Chartist zu sein. Uebrigens rühren sich die Chartisten von Neuem in England, seit die gleichartigen Elemente in Irland in Gährung gekommen sind.

Auf Clerkenwellgreen (London) sammelte sich am 24. Juli ein ziemlicher Haufe Volks, worunter einige chartistische Hetzer, um einen Mann, welcher den Versammelten die Vortheile der Republik auseinander zu setzen suchte und unter andern den Grundsatz aufstellte: daß man ein Recht habe, einem Mann, welcher zwei Röcke besitze, einen derselben zu nehmen. Lehrsätze der Art haben, auch ohne philosophischen und mathematischen Beweis, einer gewissen Klasse von jeher am meisten eingeleuchtet und sind auch von jeher instinktartig befolgt worden. Der Mann wurde schließlich verhaftet, und es ergab sich, daß er ein verdorbener oder im Kopfe verwirrter Kandidat der Gottesgelahrtheit, Namens John Gaver Dee sei, der auch als Verfasser einer Flugschrift gilt, welche den Titel trägt: „Die Zeichen der Zeit, wie sie sich am 10. April und 12. Juni 1848 im Hause der Gemeinen kund thun." In London fanden in jüngster Zeit mehrere Meetings von Repealern und Chartisten Statt, die in der Regel unter wüstem Tumult enden; sie bestehen zum größten Theil aus Irländern, die nicht wohl Ordnung und Ruhe halten können. Einem solchen Meeting präsidirte vor Kurzem Hr. Kroneley, der Anwalt des Chartisten Looney, der aber die Versammlung für aufgehoben erklärte, als ein Anwesender behauptete: wenn eine Regierung einem Volke seine Rechte nimmt (mit Bezug auf Irland), so hat das Volk ein Recht aufzustehen. Bei einer andern Chartistenversammlung nannte ein gewisser Mereiman die gegenwärtige Regierung eine „blutige, obschon er dies in keinem beleidigenden Sinne meine(!). Er wünsche nicht, daß dem Lord John Russell ein Haar gekränkt werde, aber er sage, daß dessen Anwesenheit im Lande ein Schmutzfleck für die Menschheit im Allgemeinen sei." Bei einer andern Versammlung von Repealern und Chartisten, die den 27. d. in London gehalten wurde, sagte ein Sprecher: „die Rebellion in Irland hat angefangen, die Truppen sind geschlagen worden oder übergegangen (lauter Beifall), und eine Eisenbahnstation ist in Brand gesteckt worden" (Beifall). Aus dieser kleinen Blumenlese chartistischer politischen Weisheit und Redekunst kann man sich einen Begriff machen, was es geben würde, wenn diese Elemente auch nur vorübergehend die Oberhand in Großbritannien gewinnen sollten.

Auch in Manchester gibt es sog. „konföderirte Klubs", deren Mitglieder sich am 25. Juli zahlreich versammelten und beinahe „die Sache" hochleben ließen. Sonst wurden keine Reden weiter gehalten. Wie es scheint, will man durch solche Demonstrationen nur Befürchtungen erregen und die Regierung veranlassen, Truppen, die sonst nach Irland geschickt werden würden, in die Fabrikstädte Englands zu verlegen. In Liverpool sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Das Chronicle meldet als gewiß, daß Ritter Bunsen, der London bereits verlassen hat, von dem Könige von Preußen zurückgerufen worden sei, um einen wichtigen Posten im preußischen Ministerium zu übernehmen. Eben so gewiß sei es, daß Palmerston beschlossen habe, einen englischen Gesandten, und als solcher werde Lord Cowley genannt, nach Frankfurt zu schicken, wo er namentlich die Beilegung der dänischen Frage dringend empfehlen und für sie wirken soll. Hr. Bunsen, dessen Stelle in London der Gesandtschaftssekretär Prinz Löwenstein einnimmt, wird ihm dabei durch seine reiche Erfahrung in dieser Frage zur Hand gehen.

Frankreich.

Paris, 29. Juli. Das Gesetz über die Klubs ist endlich im Ganzen mit 629 gegen 100 Stimmen angenommen worden. Noch kurz vor dem Ende schien es aber von einer bedenklichen Niederlage bedroht. Es handelte sich um die Art der Bestrafung; die Linke brachte den Vorschlag, alle Abweichungen von dem Gesetz müßten durch die Jury gerichtet werden, ein Vorschlag, der geschickt empfohlen ward und den Grundsatz für sich hatte, daß jedes politische Vergehen Geschworene zu Richtern haben müsse. Nur mit acht Stimmen (370 gegen 362) wurde der Vorschlag verworfen und die ministerielle Fassung angenommen: die Vergehungen gegen die Formalitäten, welche das Gesetz vorschreibt, werden durch die Polizeigerichte, alle andern Vergehungen durch Geschworene abgeurtheilt. — Die Konstitutionskommission wird am 6. August den revidirten und umgearbeiteten Verfassungsentwurf der Nationalversammlung vorlegen. — Die parlamentarische Untersuchungskommission über die insurrektionellen Bewegungen des 15. Mai und des 23. Juni hat ihre Arbeit beendet. Sie hat beschlossen, keinen Anklageakt gegen einzelne Personen zu formuliren, aber ihren Bericht sammt allen Dokumenten, Zeugenverhören u. s. w. zu veröffentlichen, damit das Land selbst klar sehen und urtheilen

Digitized by Google

könne. Unter den Zeugen befinden sich die Herren Cauissidière und Louis Blanc, die mehrere Male gehört wurden. Gestern ist eine legitimistische Flugschrift: Vie populaire du Henri de France von Theodor Muret von der Polizei mit Beschlag belegt worden.

In der Nationalversammlung war heute die Diskussion über das Gesetz wegen der mobilen Nationalgarde an der Tagesordnung. Die Regierung hat für dieselben einen Kredit von 9,600,000 Frk. verlangt; — die Kommission schlägt vor, diesen Kredit auf 6 Millionen zu reduciren, indem man die mobile Garde auf nur 24 (statt 26) Bataillone und den Effektivstand jedes Bataillons (statt 800) auf 650 Mann beschränke, die mobile Garde zu Pferde aber ganz aufhebe. Die ganze Einrichtung, als etwas Exceptionelles die Gleichheit Störendes, wird lebhaft angegriffen, namentlich vom Berichterstatter, Oberst Ambert. Der Minister des Innern, Senard, macht darauf aufmerksam, daß die Bildung dieses Korps unter außerordentlichen Umständen erfolgt sei und keineswegs so streng beurtheilt werden dürfe, wie man dies thue. Jetzt könne man allerdings regelmäßig und legal handeln, damals sei es schwer gewesen und wenn man die Formen table, so müsse man doch die patriotische Absicht lobend anerkennen. Der Minister geht auf die Reduktionen der Kommission in Hinsicht der mobilen Garde zu Fuß ein, beharrt aber auf der Bildung von drei Eskadrons der mobilen Garde zu Pferde. Er hebt mit Enthusiasmus das tapfrer Betragen dieser mobilen Garde zu Pferde hervor und ruft alle Vertreter, die im Kampfe warrn, zu Zeugen auf. Er überläßt übrigens der Versammlung die Entscheidung. Bei Postschluß spricht Brunet für das Gesetz.

Italien.

* Rom, 19. Juli. Die Kriegsfrage ist durch das Erscheinen der Oesterreicher vor Ferrara in eine neue Phase eingetreten. Das Ministerium wird Alles versuchen, um von der jetzt so höchst erwünschten Verwickelung Nutzen zu ziehen, und hat bereits Alles aufgeboten, um den Papst durch Vorstellungen, die auf früher erge gemachte Vorurtheile berechnet sind, zu einer ihm nun als unvermeidlich dargestellten Kriegserklärung zu vermögen. Bis jetzt hat man ihm nichts Anderes abgewinnen können, als eine jener Protesterklärungen, die dem heiligen Stuhle so geläufig sind, die aber nicht Viel zu besagen und noch weniger zu wirken pflegen. Mons. Pentini ist mit derselben in der Nacht vom 17. auf den 18. nach Ferrara abgegangen. Kard. Soglia hat dies dem diplomatischen Korps durch eine Cirkularnote, welche gestern in der Gazzetta di Roma erschien, zur Anzeige gebracht. Das Volk aber, dem man die Sache in einem möglichst falschen Licht darzustellen bemüht gewesen ist, erwartet mehr, und die Kammern werden nun alle Minen springen lassen, um ein allgemeines Aufgebot durchzusetzen. In der gestrigen Sitzung, wo man für nichts Anderes Sinn hatte, als für diese Frage, und darüber nicht zur Tagesordnung gelangen konnte, schlug Buonaparte bereits vor, man möge sich in solcher Bedrängniß für permanent erklärrn. Mamiani, der fein ist und sehr perfid, wußte seine Interessen besser zu wahrrn, und hat daher mehr Aussicht, mit seinem Vorhaben durchzudringen. Bis in die letzten Tage war von seinem jeden Augenblick zu erwartenden Rücktritt die Rede gewesen. Auf das Pretker seiner Stellung leitete er daher die Blickr der Deputirten und erklärte, daß das Ministerium zwar bereit sei, sich den immer schwieriger werdenden Geschäften auch ferner mit Aufopferung der Tag- und Nachtruhe zu widmen, daß man ihm dies aber unmöglich zumuthen könne, ohne eine Garantie dauernder Existenz. Wohin dies führen soll, läßt sich kricht vorhersehen. Drm energischen Auftreten drs Präsidenten Sereni wird man es zu verdankrn haben, wenn es nicht zu beabsichtigten Excessen kommt. Dean bisher hat sich Mamiani Prälerte mühsam schaffen müssen, jetzt regnet es dergleichen. Nicht bloß im Norden sind die Grenzen bedroht, sondern auch in den Abruzzen haben sich neapolitanische Truppen gezeigt. Diese sollen dem päpstlichen Gouvernement ihre Dienste angeboten haben gegen eine Partei von Unruhestiftern, durch die sich der neapolitanische Staat von Rieti aus bedroht sieht. — Schlimmer als alle diese Drohungen von Außen her sind aber die Unordnungen, welche im Innern immer mehr überhand nehmen. Das Räuberwesen wird sich in Kurzem wieder in einer Weise ausbilden, wie zu Zeiten der Franzosen und Pius VII. An andern Orten hat die Civica zum Umsturz der Gerichtsordnung beigetragen, und die Personen, welche mit drr Exekution des Rechtserkenntnisses beauftragt waern, verhöhnt, mißhandelt und sogar beigesteckt. — Mons. Morichini sieht sich seit seiner Rückkehr von Wien allerlei Insulten bloßgestellt.

× Casa Buri San Michele bei Verona, den 22. Juli. Wir führen ein lustiges Lagerleben; mit kleinen Vorposten-Gefechten, Tanz, Musik und Gesang bringen wir die Zeit hin, bis uns wieder eine größere Operation ins Feld ruft. Ich bewundere die Lebensweisheit des österreichischen Soldaten, der die kurze Spanne Zeit, die zwischen der entwichenen und der kommenden Gefahr liegt, so frisch und freudig auszufüllen weiß, ohne Klagen über die leidensschwere Vergangenheit, ohne kleinliche Sorgen für die Zukunft. Bei meiner Anwesenheit in Vicrnza war ich Zeuge einer rührenden Scene. Einem jungen Engländer, Lieutenant Swineburn, der als Freiwilliger unserer Schlachten mitzuschlagen und sich die Achtung und Liebe aller Kameraden erworbea hat, wurde ein von einer Kanonenkugel zerschmettertes Bein abgenommen. Wahrscheinlich wird er die Freude, welche ihm durch Ueberreichung des Ritterkreuzes der eisrnea Krone bereitet wurde, nicht lange überleben. Von General Clam muß ich Ihnen einen schönen Zug erzählen. Sein tapferer Adjutant (v. Reitinger), der eine alte Mutter von seiner Sage unterstützte, fiel im Gefecht. Sogtrich sendet der General einen Trostbrief nrbst einer bedeutenden Unterstützung an die alte Dame und bittet sie, ihm zu gestatten, auch für die Zukunft Sohnesstelle bei ihr zu vertreten.

Maitand, 27. Juli. 2 Uhr. (Provisorische Regierung der Lombardei. Außerordentliches Bulletin.) „Wir erhalten offizielle Berichte über die in den drei letzten Tagen gelieferte Schlacht. Der durch neue Truppen verstärktr Feind versuchte einen Angriff auf der ganzen Linie, wobei er sich auf die 3 Festungen Mantua, Legnago und Verona stützte. Am Sonntag (23. Juli) mußten die vorgeschobenen Heeresabtheilungen bei Rivolt und Sommarampagna, durch die Zahl überwältigt, diese festen Stellungen nach ehrenvollem Widerstande räumen. Am Montag (24.) eilte König Karl Albert von Marmirolo nach Villafranca herbei, und die Unsrigen eroberten aufs Neue die Stellungen von Sommacampagna. Der Kampf war langwierig und blutig, die Verluste des Feindes bedeutend größer als die unsrigen, und der Tag endigte mit Aussichten auf einen vollständigen Sieg für den nächsten Tag. Aber am Dinstag, während unserer Artillerie von den Höhen von Sommacampagna herabdonnerte, kam ein neues feindliches Korps, das unter Radetzky's Anführung von Verona, wo es sich von Legnago und Vicrnza aus gesammelt hatte, aufgebrochen war, hinzu und fiel den Unsrigen in den Rücken. Nach einem für den Feind mörderischen (micidialn) Widerstande erkannte man es als gefährlich, diese so bloßgestellten und ausgedehnten Stellungen zu behaupten, und das Heer zog sich nach Villafranca zurück, von wo es in der Nacht, 2500 Gefangene mit sich führend, ohne daß der Feind es zu verfolgen wagte, sich auf Goito zurückzog, um sich von den außerordentlichen Anstrengungrn dieses dreitägigen Kampfes zu erholen und sich mit dem Reserorkorps auf der Linir des Mincio wieder zu vereinigen. Peschiera wird von dem linken Flügel des Heeres unter dem Befehl des Generals Svinnzy tapfer vertheidigt. Die Einzelnheiten der Schlacht sind im Hauptquartier noch nicht zusammengestellt."

Die Allg. Z. theilt jetzt den Bericht mit, welchen Radetzky aus seinem Hauptquartier Alzarea unterm 26. Juli an den Kaiser über seinen drei Custozza am 25. erfochtenen glänzenden Sieg eingeschickt hat. Nachdem der Feldmarschall die der Schlacht vorhergegangenen Bewegungen und die Aufstellung seiner Truppen geschildert, fährt er fort: Ja dieser Aufstellung erwartete ich nunmehr den Angriff des Königs auf meine Armee, welchee nach um 10 Uhr Vormittags bei einer Glühhitze von wenigstens 28 Grad, wodurch mehrere Leute in Folge des Sonnenstiches wahnsinnig wurden und während des Marsches starben, begann und ununterbrochen bis Abends 7 Uhr, mithin 9 volle Stunden dauerte. Ich bin noch unvermögend, alle näheren Details dieser Schlacht, die ich die Schlacht von Custozza nenne, da dieser Ort in dem Centrum der Armeeaufstellung war, und dem Feinde noch zuletzt genommen und er daselbst von den Höhen ganz hinabgeworfen wurde, sowie alle tapfern Thaten in selber mit gebührender Berücksichtigung des Verdienstes jedes Einzelnen anzugeben; so viel kann ich jedoch sagen, daß ich nie eine Armee mit so viel Beharrlichkeit sich schlagen sah, und daß nicht nur allein alle Versuche der königlichen Armer, die von mir eingenommenen Höhen zu erstürmen, vergebens waren, sondern daß auch die von ihr besetzten Höhen mit einem Muthe und einer Bravour von meinen braven Truppen erstürmt wurden, daß trotz der brinahe gänzlichen Erschöpfung derselben, durch die Hitze, und die Anstrengungen des Tages, der Feind nach Verlust der letzten Höhen von Custozza und Sommacampagna seinen Rückzug beginnen mußte, und denselben in der heutigen Nacht gegen Goito vollendete. Ein entscheidender Sieg ist somit das Resultat dieses heißen Tages, und ich verfolge nun den König, während ich mich mit Mantua wieder in Verbindung setze, und dadurch verstärke, soweit als es drr meinen bedeutenden Verlusten die gegenwärtige Stärke der Armee erlaubt. Ich habe bei der Beharrlichkeit des Kampfes viele Officiere verloren, da sie überall als Muster der

Digitized by Google

Tapferkeit hervorleuchteten; ich kann nur vorläufig ihren Verlust auf 40 bis 50, und von der Mannschaft auf 500 bis 600 Todte und Verwundete (?) rechnen. Auch sind viele Kanonen, Waffen u. Trophäen erbeutet, sowie Officiere und Mannschaft in bedeutender Zahl gefangen worden, welche jedoch gegenwärtig noch nicht zu übersehen sind.

Die N. Z. Z. vom 30. Juli schreibt: Gestern in Zürich eingelaufene Handelsdepeschen berichteten von einer völligen Niederlage des italienischen Heeres, so daß die Oesterreicher bereits in Masse auf dem rechten Mincioufer sich befinden und gegen Mailand vorrücken. So wie aber die Siegesberichte vom 24. d. übertrieben waren, so scheinen es auch die Niederlageberichte zu sein. Der Tessiner Republikano berichtet, daß ein Reisender, der am 28. frühe Mailand verlassen hatte, versicherte, das italienische Heer halte noch gut zusammen. Ein zweites amtliches Bulletin vom 27. d. 3½ Uhr Nachmittags versichert, das italienische Heer sei bei Gotto in bester Schlachtordnung aufgestellt. Das Korps von Somma sei nun auch dazu gestoßen, nachdem in Peschiera eine genügende Besatzung zurückgelassen worden sei. Die letzten Berichte melden, die Piemontesen hätten die bei Volta auf dem rechten Mincioufer stehenden Oesterreicher wieder angegriffen. General Zucchi übernimmt das Kommando in Brescia. Die mobilisirte Nationalgarde zieht von Mailand nach dem Kriegsschauplatz. Ein Sicherheitskomité ist in Mailand niedergesetzt. Einem Privatbriefe vom 28. d. entnehmen wir, daß die Oesterreicher die Provinzen Brescia und Cremona bedrohen. Die Bestürzung soll hier groß sein. Am 28. d. erwartete man eine großartige Demonstration der republikanischen Partei zum Sturze der prov. Regierung.

Nachschrift.

* Die Berichte aus Frankfurt sind uns abermals erst zu der Zeit zu gekommen, wo unser Blatt geschlossen wird; wir können daher leider nur das Wesentlichste davon mittheilen. Zuerst trat in der gestrigen Sitzung vom 31. Juli der Reichsminister Schmerling auf und verkündigte den Wiederanfang des dänischen Krieges, der nach der neuesten Wendung der Unterhandlungen unvermeidlich sei. Er freute sich der deutschen Gesinnung des Heeres und des Feldherrn und sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland, indem es von seinem Rechte keinen Schritt weiche, auch zum Ziele eines ehrenvollen Friedens gelangen werde. „Erlauben Sie mir aber, fuhr er fort, auch dessen zu gedenken, was während des Krieges von Seite so vieler Deutschen bereits geschehen ist. Erlauben Sie mir, daß ich Sie darum erinnere, mit welcher Begeisterung ein großer Theil des preuß. Heeres auf die erste Nachricht dieses Krieges dahin geeilt ist, woher die Ehre Deutschlands zu den Waffen rief. Vergessen wir es nicht, daß erst sie es möglich machten, daß unter ihrem Schutze die andern Theile des deutschen Heeres sich versammeln konnten. (Vielstimmiger Bravoruf.) Vergessen wir nicht, welche große Opfer sie während des Krieges, mit welcher Ruhe und Ergebung sie dieselben getragen haben. Wir sind dem preuß., dem deutschen Heere, als deutschen Brüdern, für diese Ergebung die lauteste Anerkennung schuldig. (Von allen Seiten lebhafter Beifall.) — Das Ministerium erkennt es als heilige Pflicht, daß dieser Krieg gegen Dänemark, der ein deutscher Krieg ist, mit deutschen Reichstruppen geführt, aber dessen Kosten auch aus dem deutschen Reichsschatze getragen werden. Das Ministerium erkennt, daß die einzelnen Staaten nunmehr eine Vergütung finden, daß sie entschädigt werden müssen für die Opfer, welche sie für diese ganze deutsche Sache gebracht haben, daß diese Entschädigung aus der Reichskasse und aus dem Reichsschatze erfolgen müssen. (Großer Beifall von allen Seiten.)

In ähnlichem Sinne und unter ähnlichem stürmischen Beifallsruf sprach sich der Kriegsminister Peuker aus; er stellte zugleich in Aussicht, daß in nächster Zeit auch Truppen der übrigen deutschen Armeekorps zum Krieg verwandt würden. Auch aus der Versammlung sprach sich die lebhafte Anerkennung dessen aus, was Preußen gethan, aber auch, daß der Krieg eine allgemeine deutsche Last sei und als solche geführt werden müsse. — In derselben Sitzung wurde mit 357 von 391 Stimmen H. v. Gagern wieder zum Präsidenten erwählt; 25 Stimmen fielen auf Itzstein. Vicepräsident wurde (unter 375 Stimmenden) Hermann aus München mit 252 Stimmen. An der Tagesordnung war ein Bericht des Marineausschusses, in Betreff der deutschen Kriegsflagge.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[678] **Stellegesuch.**

Ein junges Frauenzimmer von gutem Stande, welches bereits seit einigen Jahren sich mit Erfolg der Erziehung und dem Unterrichte gewidmet hat, französisch und englisch wie deutsch spricht und schreibt und im Zeichnen und den feinen weiblichen Handarbeiten sich Erfahrung angeeignet hat, wünscht baldigst eine geeignete Stelle im In- oder Auslande. Die Adresse gibt die Expedition.

[677] Soeben sind in unserm Verlage erschienen und an alle soliden Buchhandlungen versandt worden:

Reisen des
Königs Otto
und der
Königin Amalia
in Griechenland.
Aufgezeichnet und gesammelt von
Ludwig Roß,
Lehemaligem Oberkonservator der Alterthümer und Professor an der Universität in Athen, gegenwärtig ordentl. Professor an der Universität in Halle, des Griech. Erlöserordens und anderer Orden Ritter.
2 Bde. Mit 1 Karte. gr. 8. geh. 2 Thlr. 15 Sgr.

Halle, 22. Juli 1848. **C. A. Schwetschke und Sohn.**

[678] In meinem Verlage erscheinen seit Anfang Juli d. J. und können durch den Buchhandel wie durch die Post bezogen werden:

„Fränkische Blätter"
belletristische Zeitschrift nebst einem humoristischen satyrischen Beiblatt:
„Der Nürnberger Trichter"
und einer monatlichen artistischen Sonderbeilage: Allgemeine Gedenkblätter, gezeichnet von C. Heideloff. Prospektus und Probenummern sind in allen Buchhandlungen gratis zu haben. Der vierteljährige Pränumerationspreis für 12 Nummern mit 3 artistischen Sonderbeilagen beträgt 2 fl. 30 kr.

Nürnberg, im Juli 1848. **Fr. Campe.**

[679] **Bekanntmachung.**

Die Großh. Bad. Regierung nimmt für ihre Eisenbahnschuldentilgungskasse ein Anlehen von 2½ Millionen Gulden gegen unterpfändlich gesicherte Obligationen auf, welches im Wege der Soumission begeben werden soll. Tagfahrt zur Eröffnung der Soumissionen ist auf

Donnerstag den 10. August d. J. Vormittags 9 Uhr

anberaumt.

Die näheren Bedingungen, unter welchen das Anlehen aufgenommen wird, sind im Großh. Bad. Regierungsblatte vom 30. Juli d. J. Nr. LIII. enthalten. Wer sich an dem Anlehensgeschäfte betheiligen will, wird auf Begehren von der Großh. Bad. Eisenbahnschuldentilgungskasse zu Karlsruhe ein Exemplar dieses Regierungsblattes erhalten.

Karlsruhe, 28. Juli 1848.

Großh. Badisches Ministerium der Finanzen:
Hoffmann.
vdt. Behaghel.

[680] Im Verlage von Kurt Wiegandt in Berlin erschien soeben:

Denkschrift
über die
Ereignisse im Großh. Posen
seit dem 20. März 1848.
(Aus den Akten des Ministeriums des Innern.)
Preis 10 Sgr.

Wasser-, Molken- und Traubenkuranstalt
Gleisweiler
bei Landau in der Pfalz (am obern Haardtgebirge).

Die Wasserheilanstalt des Unterzeichneten ist das ganze Jahr über geöffnet. — Die Ziegenmolken werden bis Ende Oktober getrunken. Was die Traubenkur betrifft, so eignet sich dazu vorzüglich die um Gleisweiler am häufigsten verbreitete Rebsorte, der sogenannte Gutedel. Betreffende Prospektus, sowie jede nähere Auskunft ertheilt der Unterzeichnete, welcher im Kurhause beständig wohnt, unter der Adresse:

[681] **Dr. med. L. Schneider.** Landau in der Pfalz.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cohen 6 Kings. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder nimmt Bestellungen an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 49 Rue de Beaune du Louvre.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbreitung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 214. **Heidelberg, Mittwoch 2. August.** **1848.**

Uebersicht.

Der Partikularismus in Preußen. — Wien (Konferenz wegen der kroat. Wirren. Abermaliges Rückkehrgesuch an den Kaiser. Abgeordnete nach Frankfurt in Zollsachen. Das Geldausfuhrverbot). Triest (die Geiseln). Berlin (die partikulär. Bewegung. Armeebefehl. Gesandtschaft mit Camphausen nach Frankfurt. Besuch des Königs. Das Titelwesen. Beckerrath). Breslau (die Huldigung am 6. August). Hannover (keine Feier zu Ehren des Reichsverwesers. Der Herzog von Braunschweig). Karlsruhe (ein badisches Regiment nach Schleswig). Kassel (Gesetz über das Versammlungsrecht). Frankfurt (Reichstagsverhandlungen. Debatte über das „von“).

Großbritannien. Fest der Deutschen zu Ehren dem Reichsverweser. Mittheilungen der Times über Ritter Bunsen. Smith O'Brien an der Spitze des bewaffneten Aufstandes. Preise auf die Verhaftnahme der Häuptlinge ausgesetzt. Vorgänge in Multan und Lahore. Verhaftungen in Edinburgh.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Eindrücke der italienischen Nachrichten. Mission nach London.

Italien. Brescia. Nachträgliches vom Kriegsschauplatz. Die Bedeutung des Sieges bei Custozza. Bisenza. Nachrichten vom letzten Kampfe. Roveredo. Die Bewegungen des österr. Heeres. Rom. Gerüchte von Einsetzung einer prov. Regierung. Die Schlacht bei Custozza. Siegreiche Gefechte bei Volta. Die ehemals Liechtensteinsche Brigade. Das Vertheidigungskomite in Mailand. Eine Deputation aus Mailand nach Frankreich.

Ungarn. Ungarisches Militär nach Italien bewilligt.

Türkei. Konstantinopel. Zusammenstoß italienischer und österr. Matrosen.

---

1. August.

Die preußische Sonderbewegung im Volke scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben, und die nächsten Tage müssen uns zeigen, ob sie stille stehen oder es bis zu der Stärke treiben wird, die nothwendig einen Zusammenstoß oder einen Gegenschlag hervorrufen muß. Man scheint in Frankfurt die ganze Gefahr der Lage begriffen zu haben; denn nachdem man dem sonderbündlerischen Versuche Hannovers harte Worte und energische Beschlüsse entgegensetzte, haben wir in der Nationalversammlung als Antwort auf die Regungen des preußischen Partikularismus in der Montagssitzung aus dem Munde der Minister und der Abgeordneten nur warme und beredte Worte der Anerkennung für Preußen vernommen. Mit Recht; denn während man dort mit einer ganz unberechtigten Opposition eines Kabinets zu thun hatte, hat man hier eine, wir wollen nicht sagen berechtigte, aber doch ganz begreifliche Bewegung des Volkes gegen sich; während man dem König Ernst August gegenüber sich Nichts vorzuwerfen hatte, war es sehr an der Zeit, manche Wunde zu heilen, die man vielleicht unbewußter Weise dem Ehrgefühl und Rechtsgefühl des preußischen Volksstammes geschlagen hat. Wir haben zwar nie daran gezweifelt, daß die große Mehrheit der Nationalversammlung die Worte, wie sie ein Zitz, Vogt oder Blum über Preußen in den Mund nahm, entschieden von sich abweist, aber es wäre schon längst passend gewesen, dies auf so offene und entschiedene Weise an den Tag zu legen, wie es am Montag geschah.

Inzwischen hat die Agitation in Preußen eine Stärke erreicht, von der unsere Freunde und Berichterstatter dort glauben, sie sei mächtiger als die Regierung selbst. Wir haben Jene selber reden lassen, auch wenn wir ihre Aufregung nicht theilten; es lag uns nur daran, daß Deutschland aus ihren eigenen, frischen, lebhaften, oft leidenschaftlichen Ergießungen erfahre, wie sich auf dem Standpunkte des preußischen Bewußtseins die neueste Stellung der deutschen Reichspolitik ausnehme. Wir mochten die Bewegung nicht so gering anschlagen, wie es die Selbsttäuschung bisweilen thut; denn wir sind zu fest davon überzeugt, daß man mit Begeifern, Worten, Dekreten allein eine Einheit nicht schaffen kann, der sich als mächtige Thatsache der Widerstand eines Volkes von sechszehn Millionen entgegenstemmt. Wir sind uns bewußt, zu dem Zündstoffe der Aufregung Nichts hinzugetragen zu haben; es müßte denn sein, daß die wohlmeinende Warnung, der vorsichtige Rath, den wir in die Jubeltage des schrankenlosen Selbstgefühls hineinwarfen, den man aber damals für furchtsamen Pessimismus ausgab, das Entgegengesetzte seines Zweckes erreicht und, statt beschwichtigt, nur aufgeregt oder verbittert hätte.

Dies Bewußtsein, zu rechter Zeit unsere Pflicht gethan zu haben, auch wenn wir mit unserer Weissagung das Schicksal der Kassandra theilten, macht es uns heute leichter, die Dinge unbesangen und ruhig anzusehen, wie sie sind. Man ist dem Selbstgefühl des preußischen Volkes vielfach zu nahe getreten, man hat die vorübergehende Krisis in Berlin als den Anfang der Auflösung betrachtet, man hat zu den Kränkungen in Thaten nicht selten das noch kränkendere Wort hinzugefügt, und nun regt sich jenes Selbstgefühl im Volke, hat rasch seine Einheit und Stärke wiedergefunden und tritt mit seinem Widerstande an einer Stelle hervor, wo er der gesammten deutschen Sache am störendsten und feindseligsten entgegenwirken muß. Denn schlimme Elemente haben sich der natürlichen Verstimmung beigemischt: der böse deutsche Zug der Isolienng und Selbstgenügsamkeit, durch den wir dahin gekommen sind, wo wir bis zum März dieses Jahres waren und wohin wir wieder kommen können; die alte Entzweiung zwischen Nord und Süd, und mit ihr all die Anklagen und Vorwürfe einer Zeit, die für immer vergessen sein sollte; die Erbitterung über die materiellen Folgen der Revolution und des nordischen Krieges, die Tausende sehr empfindlich drücken — das Alles hat sogut mitgewirkt, als die eigentlichen reaktionären Gelüste, die natürlich nur in dem einen Falle eine neue Erhebung hoffen können, wenn sie sich an so mächtige und tiefwurzelnde Regungen im Volke anlehnen. —

Das Rundschreiben des deutschen Kriegsministers ist der äußere Anstoß geworden, der diese seit Monaten vorbereitete Stimmung in Fluß brachte; es schien, als sollte uns gleich beim ersten Probestück einer politischen Centralgewalt die ganze Schwierigkeit einer solchen Schöpfung vor Augen gehalten werden, als sollten wir vor In- und Ausland gleich Anfangs den Beweis liefern, wie viel Weg wir noch zurückzulegen haben zur „einen und untheilbaren“ Monarchie oder Republik. Uns schien jenes Rundschreiben nur eine natürliche Konsequenz der neuen Gewalt, die doch fast allenthalben anerkannt ward, ein so nahe liegendes Symbol der Anerkennung eines neugeschaffenen Mittelpunktes der Regierung, daß wir einen Widerstand schon gegen diesen ersten Buchstaben unserer neubegründeten Staatsform nur einer Aufregung oder einem Mißverständnisse zuschreiben konnten, das tiefer wurzelte und dessen Datum nicht erst von heute war. Nur diese Aufregung und diese Mißverständnisse konnten von einem Aufhören oder „Mediatisiren“ des preußischen Staates reden; denn es wurde mit der Anerkennung einer deutschen Reichsgewalt keine bestehende Pflicht verletzt, keine vorhandene Verbindlichkeit gelöst, es sollte nur in dem einen Theil des deutschen Volkes, der zum Schutz und Trutz der einen festen Leitung am meisten bedarf — dem Heere — die Thatsache einer wiederhergestellten deutschen Reichsgewalt durch eine symbolische Handlung lebendig vor Augen geführt werden. Als die Gewalt geschaffen war, ging ein Jubel durch das ganze deutsche Vaterland; und als sie von ihrem ersten Attribute Gebrauch machte, regte sich der preußische Partikularismus mit aller Stärke des Widerstandes! Wie lange haben wir als Gegenstand der heißesten Wünsche aller Patrioten die Einigung bezeichnen hören, die zu Frankfurt jetzt begründet werden soll; und in dem Augenblick, wo man zur That schreitet, brechen alle die Reminiscenzen wieder hervor, die wir wenigstens seit acht Jahren, oder doch ganz gewiß mit diesem welthistor. Jahre für vergessen und aufgegeben hielten! Jahre lang spottete und klagte man der bunten Vielfarbigkeit, der schwerfälligen, vielköpfigen Leitung unseres Heeres und als der Tag gekommen ist, an dem der Gedanke der

Einheit seinen äußern Ausdruck erhalten soll, droht man uns, man werde den Ruf der Anerkennung verweigern!

Möglich, daß auch in Oesterreich dieselbe Erfahrung gemacht worden wäre, Falls ein preußischer Fürst das Reichsverweseramt erhalten hätte; möglich, daß wir vielleicht jetzt schon oder sehr bald ähnliche Erscheinungen in andern deutschen Staaten erleben; in jedem Falle muß man solche Regungen mit allen ehrlichen Waffen bekämpfen. Wenn wir ernstlich herausstreten wollen aus der trüben Vergangenheit unseres losen Staatenbundes in die festere, hoffnungsvollere Zukunft eines deutschen Bundesstaats, so wird dies das letzte Opfer nicht sein, das man der partikularen Selbständigkeit deutscher Stämme und Regierungen zumuthen wird; wenn eine deutsche Centralgewalt nicht einmal über die deutsche Waffenmacht gebieten soll, wenn wir dieses erste und sehr wesentliche Attribut einer bundesstaatlichen Regierung der Reichsgewalt ruhig entwinden lassen, so mögen wir nur unsere Einheits-Hoffnungen und Wünsche sammt und sonders begraben. Wir bedürften dann des verfassunggebenden Reichstags nicht, wir könnten dann die unbehilfliche und verhaßte Maschine des Bundestags wieder herstellen. Ja es stündr uns Schlimmeres bevor, wrnn in Folge der Entzweiung und Verbitterung auch nicht einmal jener Nothbehelf einer staatenbundlichen Regierungskommission wieder aufzubauen wäre. Wir würden die schwierigste, aber auch wichtigste Aufgabe unserer Reform von 1848 ohnmächtig vertagen und damit einer anabwendbaren Revolution drn allrrgefährlichsten Zündstoff hinterlassen.

Wir wollen nicht hoffen, daß es so weit kommen wird; aber es ist Zeit, zuzusehen, dasi man keinen Schritt weiter gehe. Gewiß ist der preußische Name mannigfach gekränkt worden, aber die Patrioten in ganz Deutschland haben diese Kränkungen mißbilligt, gewiß ist die Wahl des Reichsverwesers, wie sie erfolgte, für sehr viele Preußen nicht die erwünschteste gewesen, aber sie ist geschehen, sie hat in einem sehr großen Theile von Deutschland die freudigste Anerkennung gefunden, und auf ihr ruht das Vertrauen des Volkes, daß sie uns den Abgrund der Revolution verschließrn werde. Wir haben uns der Wahl nicht zu schämen, sie, so Gott will, auch nicht zu bereuen; große Patrioten in alter und neuer Zeit haben in ähnlicher Lage schlimmern Gewalten gehorcht, weil in ihrer Hand die Rettung des einigen ganzen Vaterlandes lag. Ein Mann, dessen preußische Gesinnung naverdächtig ist — Niebuhr — hat dies an Carnot gerühmt und ausgerufen: das ist ein schlechter Patriot, der in dem Augenblick, wo das Vaterland in Gefahr ist, nicht jeder Gewalt dient, die es zusammenhält!

Die symbolische Anerkennung der neuen Gewalt über das deutsche Heer verweigern, heißt sie überhaupt verwerfen, heißt die wichtigste „Märzerrungenschaft“ dem Sturme einer ungewissen Zukunft preisgeben, und es ist schwer zu sagen, für wen dieser Ausgang gefahrvoller ist, ob für Preußen oder das übrige Deutschland? Sollen wir an die Verträgr von Basel und Tilsit erinnern, um zu zeigen, welche Früchte das alte Preußrn von seiner Sonderstellung getragen hat; sollen wir daran mahnen, daß das Preußen von heute die schlimmen Folgen einer solchen Sonderstellung noch weniger überwinden wird, als das Preußen aus der Erbschaft Friedrichs des Großen? Ein Bruch zwischen Preußen und dem übeigen Deutschland, der auf diese Weise erfolgtr, würdr den Keim einer tirfen Entzweiung zwischen beide legen, er würde den Keim der Zwietracht nach Preußen selber werfen, denn nicht Alle würden sich dort bei einem solchen Ausgang der deutschen Einheitobestrebungen beruhigen. Man geht von einer Seite schon so weit, daß man die Frankfurter Versammlung schmäht, ihr Konventsgelüste einer absoluten Herrschsucht andichtet; man täusche sich aber nicht ja über die Macht dieser Versammlung. Hat sie selber wohl sich über die Macht Preußens durch eine vorübergehende Krisis täuschen lassen, sieht man sich vielleicht dort die Welt häufig nur so an, wie sie in den souveränen Räumen der Paulskirche zu sein scheint, so nicht, wie sie in der That und Wahrheit ist, so wäre doch der Irrthum auf preußischer Seite nicht minder gefährlich, sich die Welt nach einem einseitig preußischen Bewußtsein zu konstruiren und die Macht einer Versammlung zu gering zu schätzen, die in dem Augenblick furchtbar werden kann, wo sie die angefochtene Idee riner deutschen Einheit mit Muß und Energie vertritt.

Preußen würde in solchem Falle freilich nicht in „Deutschland aufgehen“, aber es könnte kommen, daß eines oder das andere oder noch wahrscheinlicher beide untergehen müßten. Die Stellung der Parteien würde an dem Tage, wo die Einheit mit dem Partikularismus in Kampf geriethe, eine andere werden; die nationale und freisinnige Majorität in und außer der Versammlung, die bisher unter Mühe und Unkunst gegen Anarchie und Reaktion zugleich Front machte, wäre desorganisirt und würde in ein Lager getrieben, wohin sie nicht die Neigung, aber die Nothwendigkeit drängte. Die revolutionäre Partei würde eine Macht werden, wenn sie das Banner der Einheit entfaltete; die konservative Seite würde gespalten und ihrer besten und natürlichsten Waffe beraubt. Der Bund Preußens mit andern partikularistischen Stämmen und Regierungen würde die grenzenlose Verwirrung nur vermehren und den Zerfall in ein preußisches, österreichisches und rheinbündisches Deutschland nur beschleunigen. Die Freude und der Vortheil bliebe dann den Gegnern allein, dir sich seit lange von der deutschen Zwietracht nährten. Preußen selber würde der innern Reaktion unfehlbar verfallen; denn die neue Politik im Innern hat mit der deutschen Politik nach Außen einen und denselben Entstehungstag, und wie sich aus der Berliner Anarchie rasch die preußische Macht und Ordnung wiedersand und befestigte, so kann auch die alte Politik an einem Tage wieder Herr werden über die jungen Schöpfangen der Revolution. Wie dir Anarchie in Frankfurt zum Haß gegen Preußen zu schüren suchte, so hilft die Reaktion zur Entzweiung mit Deutschland drängen; beide Theile spielen ein sicheres Spiel, dessen Kosten und Lasten aber Deutschland würde tragen müssen. Die Gutgesinnten am Main wie an der Spree sollten sich zur dupe dieses Spieles nicht brauchen lassrn; beide vielmehr die Fehler und Irrthümer vergessen, deren Tragweite nie verhängnißvoller und größer war, als eben jetzt.

Im alten Bundestag ist noch vor seiner Reinigung einmal als Wahlspruch für die deutsche Flagge das Wort: „Eintracht trägt ein“, vorgeschlagen worden; es war das Schlimmste nicht, was die alte Politik der jungen Zeit als Vermächtniß hinterließ. Sollten die klugen und patriotischen Männer in Frankfurt und Berlin des guten Spruches nicht gedenken, sollte der alte Bundestag uns, die wir den jungen kräftigen Bund stiften wollen, an politischer Weisheit wie an Patriotismus überholen?

Oesterreich. Wien. Auf die Anfforderung des volkswirthschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung, seine Verhandlungen mit sachkundigen Männern zu beschicken, die, wie an alle deutschen Regierungen, so auch an die österreichische erging, hat diese, wie die Wiener Zeit. berichtet, den Ministerialrath Freih. v. Geringer nach Frankfurt abgeordnet und ihn zugleich mit einem Beirath erfahrener Kaufleute und Industrieller sowohl aus Wien, als den Provinzen umgeben. Zugleich hat das Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel eine Kommission von Sachverständigen ernannt, um unter der unmittelbaren Leitung des Handelsministers das Erforderliche vorzubereiten, um die Bedingungen eines Einverständnisses zwischen Oesterreich und den übrigen Staaten des deutschen Reiches im Allgemeinen, und über die Zoll- und Tarifefrage insbesondere, einer sorgfältigen, auf alle Verhältnisse ausgedehnten Berathung unterziehen und dem Reichstage befriedigende Vorarbeiten für seine Beschlüsse über unsere künftige Industrie- und Handelspolitik auch in dieser Richtung vorlegen zu können.

Wien. Das Verbot der Ausfuhr von österreichischen Gold- und Silbermünzen ist durch Cirkular vom 24. Juli bis dahin verlängert worden, daß der Reichstag, dem binnen Kurzem eine Vorlage darüber gemacht werden soll, diese Frage entschieden haben wird.

Wien, 28. Juli. Die Unterhandlungen zur friedlichen Ausgleichung der ungarisch-croatischen Angelegenheit haben nun seit gestern unter dem Vorsitze des Erzherzogs Johann zwischen dem Erzherzoge Palatin Stephan und dem Banus Jellachich unter Mitwirkung der ungarischen Minister Batthyanyi und Esterhazy begonnen, indessen hat über den Gang der Konferenz Nichts verlautet. Eine allgemeine Mißstimmung herrscht über die nun abermals hinausgeschobene Rückkehr des Kaisers. Der gestern aus Innsbruck zurückgekehrte Generaladjutant Hunneeart hat keine bestimmte Antwort überbracht. Dahre ist vorgestern der Feldmarschallieutenant Graf Grünne abermals mit einer dringenden Mission nach Innsbruck gesendet worden um den Kaiser zur schleunigen Rückkehr zu bewegen. (Allg. Z.)

Preußen. *** Berlin, 28. Juli. Nach der heutigen Erklärung des Ministerpräsidenten wäre Aussicht auf eine friedliche, wenn nicht befriedigende, Ausgleichung der Mediatisirungsfrage. Ja, die Sache wäre schon als abgethan zu betrachten durch die vertrauliche Notifikation des Reichsverwesers, daß in der Anordnung wegen des 6. Augusts ein Mißverständniß liegt. Man habe sich geeinigt und werde die Sache von beiden Seiten ruhen lassen. An eine offene

Digitized by Google

Fehde hatte Niemand ernstlich glauben können. Aber es ist gut, es war höchste Zeit, daß durch jene Erklärung ein Wasserguß auf den Feuerbrand geschüttet ward. Wir wissen noch nicht, ob er davon gelöscht wird! Daß ein Sturm losbricht, und sehen keine Wetterwolken; es ist ein Erdbeben, und die Symptome, die es verkündigen, fehlen, das wie ja das Charakteristische unserer Bewegungen. Es lag, und was liegt noch, aufgespeichert in verborgenen Schrunen und Höhlen, was der Brand erfaßte und ihn unwiderstehlich machte! Wie vor dem März auch der Weiseste nicht ahnen konnte, welchen dämonisch wüthenden demokratischen Feuerstrom das ruhige Preußen aus seiner vesuvisch geöffneten Brust ausspeien werde, weiß man auch heut noch nicht, bis wohin das lang unterdrückte Preußenfeuer, genährt im Innern durch Schmach, Verhöhnung, Verkennung ohne Gleichen, aufsprühen kann. Der leitende Artikel Ihrer Zeitung vom gestrigen Datum (27.), heut hier angekommen, spricht schon bange Besorgnisse aus, daß das Eintractswerk am Partikularismus scheitern könne, aber er fürchtet von den Regierungen, daß diese dem Ehrgeiz oder gekränkter Heerscherlust nicht widerstehen möchten; er wacht sie mit deutscher Wärme aus bang beklommener Brust, noch ein Mal Selbstbescheidung zu üben, das Werk nicht jetzt zu verlassen, es sei der einzige Damm für das Königthum gegen die Fluthen des Republikanismus. Wenn ich für seinen Ernst und Eifer dem Verfasser aus der Ferne die Hand schütteln möchte, so theile ich doch nicht mehr seine Furcht, noch kann ich ihm Recht geben, wenn er, was Preußen anlangt, vor dem erwachten Selbstgefühl der Regierung besorgt ist. Es ist diesmal das Volk; das fühlt sich getroffen, in seinem Herzblut, in seinem Stolz verwundet. Ein Strom braust daher, und selbst der Thron könnte ihm nicht widerstehen. Das Begrabene, Unterdrückte wühlt er heraus, und was bis da Unausgesprochenes, ängstlich Gehütetes an Gedanken zugleich mit! Es gilt ihm nicht mehr, die schnöden Verkennungen in der Mainzer, der Posener und der Schleswig'schen Sache zu rächen, Herr Bitz und Blum, Vogt, Schaffrath sind ihm gleichgültige Personen geworden, der Groll geht tiefer, und spritzt Höheres an, leider heute schon mit Gift die edle Person, die historischen Erinnerungen des Erzherzogs Johann, zu aller Besseren tiefstem Leidwesen. Es zu vertheidigen, davon bin ich fern, aber menschlich ist es, wenn man vom preußischen Soldaten und Bürger (und Beide sind eins) nicht Engelsgeduld erwartet. Was Sie uns als Schreckbild vorhalten: die Einigung geht zu Grunde, wenn Ihr Euch jetzt nicht mäßigt! hat bei den Aufgeheckten keine Wirkung. Wir wollen kein einziges Deutschland um diesen Preis! das wird nicht mehr still geflüstert, es wird laut gerufen, es wird in Liedern gesungen. Was ist das Bessere, was die germanischen Professoren und die edlen Schwärmer uns vorhalten, als eine verbesserte und veredelnete Auflage von dem, was die Herwegh und Hecker auf der Pike uns präsentirten, ein Aufgehen alles Eigenen, Selbständigen, Eingeborenen, in einem zerflossenen Ganzen, von dem Niemand absieht, wie es sich gestalten kann. Sollen wir untergehen, so sei es in unserer Kraft, im Kampf für eigenen Herd und Penaten, nicht als zusammengerührte Theile in einer neuen Ordnung ohne Ordnung und Konsistenz. Es ist keine leichte Aufgabe, diesen Aufgeregten zu widersprechen. In diesem Augenblick kann und wird allein die preußische Regierung an der Einigung, an der Verständigung mit Frankfurt festhalten; zum Mißbehagen vieler preuß. Patrioten, die Sie übrigens nicht allein im Militär suchen müssen. Möchte Frankfurt sich entgegenkommend zeigen, starres Festhalten von dort und Alles scheitert, ob ich zwar in dem einen Punkte Ihnen völlig beistimme: Kein einiges Deutschland ohne eine einige Verständigung nach Außen.

Berlin. Erst vor Kurzem beklagt sich das Morning Chr. darüber, daß Korrespondenz und Unterhaltung in Deutschland und speciell in Preußen durch das übermäßige Titelwesen vom Geh. Oberfinanzraths- bis zum einfachen aber vielfach mißbrauchten und mißkreditirten Doktortitel herab über alles menschliche Verhältniß hinaus erschwert würden. Die preuß. Regierung scheint jetzt Etwas für Vereinfachung dieses verwickelten Systems thun zu wollen, indem, der Nationalz. zufolge, das Ministerium beabsichtigt, einen Erlaß an alle Behörden und Beamten zu richten und mittelst desselben den allzu üppigen Wuchs des Titelwesens, unter Anderem auch das Prädikat „Geheimerrath" abzuschaffen.

Berlin. Der Pr. Staatsanzeiger enthält in seinem amtlichen Theile die Bekanntmachung, daß der Staatsminister Camphausen als („Allerhöchstihrer") Bevollmächtigter des Königs bei der provisorischen Centralgewalt von Deutschland nach Frankfurt a. M. abgeordnet worden ist. Dem gedachten Bevollmächtigten sind der Oberstlieutenant Fischer, der wirkliche Legationsrath v. Kamptz und der Geh. Finanzrath Camphausen beigeordnet worden, um demselben bei der Ausführung der ihm übertragenen Geschäfte zur Seite zu stehen. Auch enthält der St.-A. die Nachricht, daß der König am 29. Juli nach langer Unterbrechung wieder einmal Berlin besucht, namentlich die jetzt im Gusse vollendete Reiterstatue Friedrichs des Gr. beabsichtigt und mit dem Minister im Schlosse Bellevue gearbeitet hat. Für den 30. Juli sind sämmtliche Abgeordnete zur verfassunggebenden Versammlung zu dem König in Potsdam geladen, wo sie in bereitgestellten Wagen Stadt und Umgegend besichtigen werden.

Berlin. Dem hiesigen Militär soll, sicherm Vernehmen nach, bekannt gemacht sein, daß von der so viel besprochenen Huldigung am 6. Aug. keine Rede mehr sei (s. unten). Auch ist gestern von den hier stehenden Truppen die deutsche Kokarde abgelegt worden, nachdem sie schon seit mehreren Tagen unter dem Bürgerstande gänzlich verschwunden ist. (N. P. Z.)

Die „Spener'sche Z." meldet: Herr v. Beckrath hat Berlin wieder verlassen, um nach Frankfurt zurückzukehren; er nimmt die Beruhigung mit, daß die Hauptschwierigkeiten, welche sich der Begründung der deutschen Einheit entgegenstellten, von hier aus beseitigt sind, nur hat Preußen seine starke Organisation, zum Wohle von Deutschland selbst, sich bewahren müssen.

Berlin. Der König hat aus dem Schlosse Bellevue nahe bei Berlin unterm 29. Juli 1848 folgenden Armeebefehl erlassen, den die kommandirenden Generale beauftragt sind, den Truppen bekannt zu machen: „Zur Befestigung der Einheit des gemeinsamen Vaterlandes ist die Führung der deutschen Centralangelegenheiten einem Reichsverweser anvertraut worden. Ich habe mich für die Wahl Sr. Kaiserl. Königl. Hoheit des Erzherzogs Johann ausgesprochen, nicht nur, weil dieser Fürst Mein persönlicher Freund ist, sondern auch weil er in Krieg und Frieden einen glorreichen Namen erworben hat. Preußen weiß, daß die Kraft Deutschlands zugleich seine eigene ist. Preußen weiß, wie sehr Deutschland der erprobten Tapferkeit der preußischen Truppen vertraut. Es weiß, daß die Geschicke Deutschlands wesentlich auch auf seinem treuen Schwert beruhen. Für alle gemeinsamen Zwecke Deutschlands wird es daher aufrichtig seine Ehre darin setzen, den Frieden, die Freiheit und die Unabhängigkeit der deutschen Nation durch seine Armee mit allen deutschen Brüdern nachdrücklich zu schützen. Soldaten! Ueberall, wo preußische Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach Meinem Befehl Sr. Kaiserl. Königl. Hoheit dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben, werdet Ihr den Ruhm preußischer Tapferkeit und Disciplin treu bewahren, siegreich bewähren! Bellevue, den 29. Juli 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) Freiherr von Schreckenstein."

†† **Breslau**, 29. Juli. Der specifische Preußenenthusiasmus Berlins findet hier keinen Nachhall. Soweenig erfreut man hier von der „Unverantwortlichkeit" des Reichsverwesers gewesen, so entschieden spricht sich doch die Stimmung des Volkes für ein einiges Anschließen an Deutschland mit allen Konsequenzen dieses Anschlusses aus. Man erwartete vom 6. August, daß es zugleich ein Fest der Verbrüderung mit dem Militär werden solle und da diese Erwartung bei der Haltung des preuß. Gouvernements zu dem intendirten Akte der Anerkennung des Trägers der deutschen Einheit nicht in Erfüllung gehen dürfte, so wurden Manifestationen vorbereitet, welche die Gesinnungen Breslaus in dieser Frage ausdrücken sollen. Der demokratisch-konstitutionelle Verein hat bei dem Obersten der Bürgerwehr, General v. Sasst, und dem Bürgermeister Bartsch den Antrag gestellt, eine große Huldigungsparade der Bürgerwehr am 6. August abzuhalten; der Antrag hat günstige Aufnahme gefunden und dürfte den gewünschten Erfolg haben. Aber selbst ohne Veranlassung der städtischen Behörde will der bei Weitem größte Theil der Bürgerwehr an gedachtem Tage zur Huldigung paradiren. Ebenso das Freikorps, die am Besten disciplinirte und ausgebildete Truppe. Die demokratischen Vereine bereiten für den 6. August festliche Aufzüge und ein Monsterdankfest vor.

Hannover, 29. Juli. Die hiesige „Morgenzeitung" berichtet: Die an den Magistrat gerichteten Wünsche, eine öffentliche Feier zu Ehren des Erzherzog-Reichsverwesers zu veranstalten oder zu gestatten, sind abgelehnt. — Der Herzog von Braunschweig war am 27. hier und hatte mit dem König im Georgenpark eine längere vertrauliche Berathung. Er wohnte der Tafel bei, zu der auch der Minister Graf Beaulieu gezogen war. Gegen Abend reiste er nach Braunschweig zurück. Wie wir hören, trägt er noch die deutsche Kokarde, die wir in Hannover noch nirgends officiell kennen gelernt haben als bei der Bürgerwehr.

Baden. Karlsruhe, 30. Juli. Wie die Oberrh. Z. meldet, ist Order eingetroffen, daß unverzüglich ein Linien-Infanterie-Regiment nach Schleswig-Holstein mit der dazu erforderlichen Artillerie marschirt,

Digitized by Google

um mit andern süddeutschen Truppen sich an dem wieder beginnenden Kampfe mit Dänemark zu betheiligen.

Kurhessen. Kassel, 27. Juli. Das Gesetz über Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht ist so eben erschienen. Nach demselben sind Versammlungen und Vereinigungen zu allen gesetzlich nicht verbotenen Zwecken, so wie Berathungen über gemeinschaftliche Petitionen gestattet. Die Vereine haben der Behörde auf Verlangen über ihre Zwecke, Einrichtungen und Mitglieder Nachweisung zu geben. Niemand, der nicht durch seinen Beruf zur Führung von Waffen verpflichtet ist, darf in Volksversammlungen bewaffnet erscheinen. Die Vereine dürfen sich ohne besondere Gestattung der Behörde nicht bewaffnet versammeln. Volksversammlungen unter freiem Himmel müssen den Ortsvorständen unter Angabe des Zweckes und des Gegenstandes der Verhandlung wenigstens 24 Stunden vorher angezeigt werden. Sofern obige Vorschriften beobachtet sind, können Vereine nur dann aufgelöst, Versammlungen nur dann verboten und verhindert werden, wenn sie gesetzlich verbotene Zwecke verfolgen, oder zur Erreichung erlaubter Zwecke gesetzlich verbotene Mittel anwenden. (Fr. J.)

Dessau, 29. Juli. Die neueste Nummer der Gesetzsammlung enthält eine Verordnung, vermöge deren die Volksvertreter Unseres Herzogthums Anhalt-Köthen zur Vereinbarung einer gemeinsamen Verfassung am 31. d. Mts in Dessau zusammentreten werden.

Homburg, 29. Juli. Die Börsenhalle berichtet: — Heute Nachmittag um 4 Uhr lief hier das erste Hamburger Kanonenboot, getauft „St. Pauli", auf der Werfte des Hrn. Meyer in der Vorstadt St. Pauli vom Stapel, in Gegenwart mehrerer Mitglieder der städtischen Behörden, vieler Offiziere der Bürgergarden, so wie der hier anwesenden Offiziere des Kontingents und der jungen deutschen Marine, welche letztere heute zum ersten Male in ihrer Uniform erschienen.

ϑ Frankfurt, 31. Juli. Zu Anfang der heutigen Sitzung der Nationalversammlung las der Präsident eine Adresse aus Köln vor, welche eine Einladung an die Versammlung zu dem bevorstehenden Dombaufeste enthielt. Eine Deputation der Nationalversammlung wird dem Feste beiwohnen. Hierauf trat der Reichsminister v. Schmerling auf die Rednerbühne und machte folgende Eröffnung:

Es sind gerade acht Tage, meine Herren, daß ich Anlaß gefunden habe über den Zustand der Dinge in Schleswig Ihnen eine Mittheilung zu machen. Damals habe ich bereits darauf hingedeutet, wie es allerdings möglich sein dürfte, daß die Unterhandlungen wegen Abschließung eines Waffenstillstandes zu keinem Erfolg führen würden. Das ist nun in der That eingetreten. Nach einem Bericht, den der Oberbefehlshaber des kombinirten Heeres in Schleswig erstattete, hat er die Unterhandlungen über einen Waffenstillstand abgebrochen, und es haben nun in der That am 21. Juli die Feindseligkeiten gegen das dänische Heer aufs Neue begonnen. Wer die Ereignisse der letzten Zeit und die Bemühungen, den Krieg mit Dänemark auf eine friedliche Weise zu schlichten, aufmerksam beobachtet hat, wird dem deutschen Volke das gerechte Zeugniß nicht versagen, daß von seiner Seite das Aeußerste geschehen ist, um zu verhüten, daß aufs Neue der Kampf der Waffen beginne. Deutschland, meine Herren, kann deßhalb in dieser Angelegenheit mit Ruhe sehen, daß neuerdings wieder das Spiel der Waffen beginnt. Es hat vor ganz Europa das Zeugniß abgelegt, daß, soweit es nur immer mit seiner Ehre verträglich war, der Wunsch realisirt werden sollte, auf eine friedliche Weise diese Sache mit dem nordischen Könige abzumachen. Aber auch diese Geduld, diese Bemühung, den Krieg friedlich beizulegen, haben, wie Sie sehr begreiflich finden werden, ihre Grenzen. Sie dürfen nicht so weit gehen, daß darunter die Ehre und die Unabhängigkeit Deutschland's in irgend einer Weise gefährdet werde. (Bravo!) Insbesondere kann ich Ihnen nicht verhehlen, daß von Seite Dänemark's geradezu verweigert wurde, jene Bedingung in den Waffenstillstand aufzunehmen, die unser deutscher Feldherr vorangestellt hat, die Bedingung nämlich, daß der Waffenstillstand von Seite der Centralgewalt ratificirt werde. Die Dänen haben dies zurückgewiesen, und mit gerechter Entrüstung spricht sich der deutsche Feldherr in seinem Bericht darüber aus, was es denn heißen solle, eine Ratifikation durch den Reichsverweser nicht eintreten lassen zu wollen, der ja von dem ganzen deutschen Volke freiwillig und freudig gewählt und von allen deutschen Fürsten begrüßt worden sei. Sie werden den warmen Ausdruck deutschen Sinnes des Generals Wrangel theilen, der auf das Neue bewiesen hat, wie er mit seinem Heere dem deutschen Reichsverweser, den Sie Alle gewählt haben, freudig zugethan ist. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Es ist ein sehr ernstes und bedeutungsvolles Wort, wenn wir Ihnen sagen müssen, daß neuerdings der Krieg beginnen werde. Wir erkennen Alle an, wie namenlos die Leiden sein können, die an einen, wenn auch, wie ich hoffe, nur vorübergehenden Krieg sich knüpfen, welche unendliche Opfer er dem ganzen deutschen Volke und besonders unsern Seeküsten auferlegt. Ich glaube, meine Herren, Sie werden sich dann überzeugen, daß Das, was ich bereits vor 8 Tagen anzukündigen die Ehre gehabt habe, in kürzester Zeit eintreten wird, daß, wenn das Heer auf die nöthige Stärke gebracht ist, im Falle es zur Entscheidung durch die Waffen kommen sollte, dieser Krieg nur ein sehr kurzer sein dürfte. Ueberlassen wir uns aber auch dabei der Hoffnung, daß, wenn der laut ausgesprochene Wunsch, daß sämmtliche Heere Deutschland's sich bei einem solchen Zusammentreffen betheiligen mögen, erfüllt wird, dadurch die Ueberzeugung hervorgerufen werde, daß Deutschland in seinem guten Rechte keinen Schritt weicht (Braao), und diese Ueberzeugung dürfte vielleicht, ich gebe die Hoffnung nicht ganz auf, Dänemark bewegen, von seinen bisherigen Bedingungen abzustehen, und in solche zu willigen, die von Deutschland angenommen werden können. Erlauben Sie mir aber auch Dessen zu gedenken, was während des Krieges von Seite so vieler Deutschen bereits geschehen ist. Erlauben Sie mir, daß ich Sie daran erinnere, mit welcher Begeisterung ein großer Theil des preuß. Heeres auf die erste Nachricht dieses Krieges dahin geeilt ist, wohin die Ehre Deutschlands zu den Waffen rief. Vergessen wir es nicht, daß erst sie es möglich machten, daß unter ihrem Schutze die andern Theile des deutschen Heeres sich versammeln konnten. (Vielstimmiger Braoruf.) Vergessen wir nicht, welche große Opfer sie während des Krieges, mit welcher Ruhe und Ergebung sie dieselben gebracht haben. Wir sind dem preuß., dem deutschen Heere, als deutschen Brüdern, für diese Ergebung die lauteste Anerkennung schuldig. (Von allen Seiten lebhafter Beifall.) — Das Ministerium erkennt es als heilige Pflicht, daß dieser Krieg gegen Dänemark, der ein deutscher Krieg ist, mit deutschen Reichstruppen geführt, aber dessen Kosten auch aus dem deutschen Reichsschatze getragen werden. Das Ministerium erkennt, daß die einzelnen Staaten nunmehr eine Vergütung finden, daß sie entschädigt werden müssen für die Opfer, welche sie für diese ganze deutsche Sache gebracht haben, daß diese Entschädigung aus der Reichskasse und aus dem Reichsschatze erfolgen müsse. (Großer Beifall von allen Seiten.) Das Reichsministerium beschäftigt sich mit der Lösung dieser Aufgabe, und wird sich bemühen, Ihnen in kürzester Zeit Vorschläge zu machen darüber, wie es auszuführen, daß dieser deutsche Krieg auch mit dem Gelde des deutschen Reichsschatzes geführt werde. Das Ministerium verkennt aber auch nicht, daß Diejenigen in Zukunft geschützt werden müssen, welche bei dem Kriege vorzugsweise zu Schaden kommen. Es wird auch hier die Berücksichtigung, welche es schuldig ist, nie aus den Augen verlieren und sich mit dieser Frage nach ihrer großen Wichtigkeit beschäftigen. (Vielfaches Braao.) Wenn sonach das Ministerium hoffen darf, gethan zu haben, was es unter den gegenwärtigen Verhältnissen thun konnte, um einen Krieg, falls er jetzt geführt werden muß, mit dem entschiedensten Erfolge zu führen (Bravo!), so erlauben Sie mir aber noch, daß ich nunmehr mich bittend an Sie wende, an Sie, Vertreter des deutschen Volkes. Fördern auch Sie mit Rede und Schrift die Begeisterung für die deutsche Sache, wirken Sie dahin, daß die Kränkungen, welche vielleicht in einzelnen Theilen des Vaterlandes entstanden sind, beschwichtigt und vergessen werden; wirken Sie dahin, daß, wie die Truppen, auch alle Bürger sind dahin vereinigen, willig und mit Ergebung noch diejenigen Opfer zu bringen, welche — so Gott will — mit einem ehrenvollen Frieden belohnt werden sollen. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall von allen Seiten der Versammlung und von der Gallerie.)

Dieser Vortrag wurde oft mit Zeichen der Zustimmung unterbrochen, und der Redner mit solchen von der Rednerbühne begleitet. Ihm folgte der Kriegsminister v. Peucker. Der wesentliche Inhalt seiner Eröffnung war: Sowie die Sachen sich nunmehr gestaltet haben, ist eine Fortsetzung des Kampfes unvermeidlich. Zwei Gesichtspunkte gingen das Reichsministerium hauptsächlich ins Auge fassen zu müssen. Vor Allem, daß das Heer so namhaft verstärkt werde, daß der Krieg mit aller Energie und der größten Schnelligkeit zu Ende geführt werden könne; sodann, daß alle Theile Deutschlands die Ehre haben, auf dem Kampfplatze vertreten zu sein. Obgleich der Reichsverweser in dem Augenblicke noch abwesend sei, so habe doch das Ministerium kein Bedenken getragen, sich sogleich mit den betreffenden Ministerien in Verbindung zu setzen, damit die erforderlichen Truppen mobil gemacht und zum Abmarsch bereit gehalten werden. Bundestruppen aus Oesterreich und von dem 7. 8. und 9. Armeekorps werden bereit sein, dem Feinde die Lehre zu geben, daß das einige Deutschland nicht ungestraft sich verhöhnen läßt. Lauter und ungetheilter Beifall folgte den letzten Worten, und Schotl aus Würtemberg auf der Linken sitzend, gab der Gesinnung des süddeutschen Volksstammes einen Ausdruck, indem er die volle Anerkennung der Tapferkeit und des Patriotismus des preuß. Heeres und die Bereitwilligkeit des süddeutschen

Volkstheiles, an den Opfern und Lasten des Krieges Theil zu nehmen, aussprach. Auf den Vorschlag des Präsidenten ging hierauf die Versammlung zur Tagesordnung über.

Die Uebereinstimmung, welche sich in der Nationalversammlung bei dieser Gelegenheit, wo es sich um die Ehre und Integrität Deutschlands handelte, so allgemein aussprach, wird einen mächtigen Eindruck, wie wir hoffen, unter den einzelnen deutschen Völkerstämmen machen, und dem in dem gegenwärtigen Augenblick so gewaltig sich aufblähenden Partikularismus ein Gegengewicht verleihen. Es ist unglaublich, was man sich jetzt, wohl nicht ohne Uebertreibung, sagt, daß das Stockpreußenthum gerade jetzt unter den mannigfachen Gefahren, von welchen das Vaterland bedroht ist, größere Neigung zeige, dem Russenthume sich in die Arme zu werfen, als mit Aufrichtigkeit und einiger Selbstverläugnung dem einigen deutschen Vaterlande sich anzuschließen. Sie können sich denken, daß die Stimmung in der Nationalversammlung nicht wenig gedrückt ist durch die Gefahr eines Risses, welcher mitten durch das Herz des Vaterlandes gehen und dieses in die furchtbarsten inneren Kämpfe stürzen würde. Wäre es allein der alte preuß. Korporal, der noch einmal sich regt und seinen Schnurbart streicht, so möchte die Sache weniger bedenklich erscheinen; allein das Junkerthum einerseits hat sich aufs Engste an die Soldatendemonstration angeschlossen, und die Wühlerpartei andrerseits klatscht in die Hände und hetzt aus allen Kräften; natürlich, denn was könnte ihr gelegener kommen, als dieses unerwartete Hinderniß, welches sich einer friedlichen Entwickelung der deutschen Zustände in den Weg zu stellen droht? Indessen werden heute die deruß. Deputirten zusammentreten, um die Wege aufzufinden, auf welchen eine für das Vaterland ersprießliche Ausgleichung zu Stande zu bringen ist, und bei dem bewährt patriotischen Sinn, der unter ihnen herrscht, läßt sich mit Gewißheit erwarten, daß ihnen ihr schönes Vorhaben gelingen wird.

Heute wurde in der Nationalversammlung geschäftsordnungsmäßig eine neue Präsidentenwahl vorgenommen. Zum Präsidenten wurde H. v. Gagern mit 357 von 391 Stimmen gewählt; 25 St. fielen auf Jtzstein, einige andere zertheilten sich. Es stimmten also nur ein ganz kleiner Theil der Linken und einige wenige Stimmen der Rechten gegen ihn. Zum ersten Vicepräsidenten wurde v. Soiron mit 322 von 392 wieder gewählt. Robert Blum erhielt 30 und v. Jtzstein 27 Stimmen. Bei der Wahl zur zweiten Vicepräsidentenstelle wurde ein Wechsel der Person vorgenommen, nicht weil sich die Stimmung für den bisherigen Vicepräsidenten v. Andrian etwa geändert hätte, sondern weil es für angemessen gehalten wurde, an dieser Stelle einen Wechsel in Beziehung auf das Land, welchem der Abgeordnete angehörte, eintreten zu lassen. v. Herrmann aus München wurde auf den gemeinschaftlichen Vorschlag des würtemberger Hofes und der Hirschgrabengesellschaft mit großer Mehrheit (252 v. 375 St.) gewählt. Blum erhielt 51 Stimmen.

An der Tagesordnung war nunmehr der Bericht des Marineausschusses, die deutsche Kriegs- und Handelsflagge betreffend. Nachdem eine Stunde lang darüber berathen worden, ob der deutsche Adler ein- oder zweiköpfig sein, offene oder geschlossene Fänge haben solle, und ob dann Handelsschiffen gestattet werden könne, neben der deutschen Flagge noch die ihres Landes oder Ortes zu führen, wurde das Gesetz in folgender Fassung angenommen:

„Die Nationalversammlung bestimmt: 1) Hinsichtlich der Kriegsflagge. a) Die deutsche Kriegsflagge besteht aus drei, gleich breiten horizontal laufenden Streifen, oben schwarz, in der Mitte roth, unten gelb. In der linken obern Ecke trägt sie das Reichswappen im viereckigen Felde, welches zwei Fünftel der Breite der Flagge zur Seite hat. Das Reichswappen zeigt in goldnem (gelben) Felde den doppelten schwarzen Adler mit abgewendeten Köpfen, ausgeschlagenen rothen Zungen und goldnen (gelben) Schnäbeln und desgleichen offenen Fängen. b) Jedes deutsche Kriegsschiff, welches nicht Admiralsflagge oder Kommodores Stander führt, läßt vom Top des großen Mastes einen Wimpel fliegen. Derselbe ist roth und zeigt am obern Ende den Reichsadler, wie oben beschrieben, in goldnem (gelbem) Felde.

2) Hinsichtlich der Handelsflagge. a) Die deutsche Handelsflagge soll aus drei, gleich breiten, horizontalen schwarz- roth- gelben Streifen bestehen, wie die Kriegsflagge, jedoch mit dem Unterschied, daß sie nicht das Reichswappen trägt. b) Diese Flagge wird von allen deutschen Handelsschiffen als Nationalflagge ohne Unterschied geführt. Besondere Farben und sonstige Abzeichen der Einzelstaaten dürfen in dieselbe nicht aufgenommen werden. Dabei soll es jedoch den Handelsschiffen freistehen, neben der allgemeinen deutschen Reichsflagge noch die besondere Landes- oder eine örtliche Flagge zu zeigen. Weitere Bestimmungen über die Größe der Flaggen, über die Unterschiede in den von verschiedenen Oberbefehlshabern zu führenden Flaggen, sowie über die Anordnung sonstiger Flaggen, z. B. beim Lootsen- und Zollwesen, bleiben vorbehalten. Gegenwärtiges Gesetz wird der provisor. Centralgewalt zur Ausführung überwiesen."

Moriz Mohl hatte gegen die Gestattung einer Partikularflagge für die Handelsschiffe gekämpft, Briegleb u. A. wollten nur Einen Kopf, konnten aber den andern nicht wegbringen, weil er geschichtlich zu fest stand; nur das Schwert und die Pfeile des Ausschusses wurden dem Adler aus den Fängen genommen.

ƒ Frankfurt, 1. August. Heute endlich kehrte die Nationalversammlung zur Berathung der Grundrechte zurück. Wenn man nach diesem Anfang urtheilen wollte, so müßte man mit halber Verzweiflung in die Zukunft blicken; denn es war nirgends eine Besserung zu bemerken, es wollte des Redens kein Ende werden. Indessen darf man deßhalb nicht verzagen; es war ein außerordentlicher Fall. Die von einer Minorität beantragte Abschaffung des Adels stand auf der Tagesordnung, und man hätte in der That das größte Wunder der Weltgeschichte erwarten müssen, wenn man hätte hoffen wollen, daß soviele parlamentarische Mittelmäßigkeiten die schöne Gelegenheit vorüberlassen würden, sich auf ein solches Paderoß zu setzen und einen ungefährlichen Ritt zu thun. Die heutige Popularitätsjagd hatte in der That etwas Komisches, weil die Gegenpartei die hagrlichsten Hiebe, mit denen man auf den Adel hineindrosch, mild mit Lachen hinnahm, ohne sie zu pariren. So wohlfeile Bravos sind in der Paulskirche noch nicht errungen worden, wie heute, und das will viel sagen. Man darf nicht übersehen, daß es sich keineswegs um reelle Vorrechte des Adels handelte, denn daß diese aufhören müßten, bezweifelte kein Mensch in der Versammlung, sondern ganz allein darum, ob Jemand das Wörtchen „von" noch länger vor seinem Namen behalten, sich Graf oder Baron nennen lassen dürfe u. s. w. Es war in der That lästig, beweisen zu hören, daß dir ganze Freiheit, die ganze Ehre, das ganze Glück des deutschen Volkes davon abhänge, daß man das nicht mehr dulde. Die gewichtigsten Lanzen gegen den Adel irgten Moriz Mohl, Marek, Hartmann, Rößler und Schneider ein, wogegen Schwetschke, Arndt und besonders Lichnowski sich der herkömmlichen Familienbezeichnungen annahmen. Eine Abstimmung findet erst Statt, wenn der ganze Art. II. berathen ist; wenn nicht die adeligen Mitglieder sich dabei der Abstimmung enthalten, was viele zu thun gesonnen scheinen, so ist die Majorität für die Ablehnung des Antrages kaum zweifelhaft.

Großbritannien.

London, 29. Juli. Den 27. v. M. hielten die Deutschen, unter dem Vorsitz des Ritters Bunsen, in der Krone- und Scepterstaverne ein öffentliches Festmahl dem Reichsverweser zu Ehren. Zwei mächtige Banner in den deutschen Farben hingen über die Lehne des Präsidentenstuhls. Die Toaste wurden vom Ritter Bunsen, Grafen Dietrichstein, Grafen Kirlmannsegg, Syndikus Banks, Herrn Sieveking u. A. ausgebracht. Leider sind uns die Londoner Zeitungen vom 29. Juli zu spät zugegangen, um den Inhalt der Reden auch nur in einem kurzen Auszuge mittheilen zu können. Aus einem Vortrage Bunsens entnehmen wir, daß die englische Regierung bereits Lord Cowley dazu ausersehen hat, der Ueberbringer ihrer Glückwünsche an den Erzherzog zu sein. Die Festbeschreibung trägt in den Times die Ueberschrift: „The German unity." Letztere Zeitung widmet dem bereits abgereisten Ritter Bunsen in derselben Nr. einen Nachruf, welcher des wärmsten Lobes voll ist. Durch seine Abreise, heißt es in diesem Nachruf, werde eine Lücke in den geselligen, diplomatischen und literarischen Kreisen hervorgebracht, welche nicht leicht wieder auszufüllen sein werde. Die Times geben an, daß Ritter Bunsen nach Berlin berufen sei, um über die gegenwärtig Deutschland bedrängende Krisis der Krone seinen Rath zu ertheilen, möglicherweise auch als Ministerpräsident und Minister für die auswärtigen Angelegenheiten dem Reichsverweser beigegeben zu werden. Die Times erklären, keine glücklichere Wahl könne getroffen werden, um die Verhältnisse zwischen England und Deutschland aufs Innigste zu gestalten, sprechen übrigens ihren Wunsch aus, Ritter Bunsen später als Gesandten des vereinigten deutschen Reiches am Hofe von St. James zu erblicken.

Durch den elektrischen Telegraphen erhielt aus Liverpool die Redaktion der Times eine Nachricht, dat. Dublin 28. Juli Abends, wonach der Lordlieutenant von Irland auf die Habhaftwerdung des Herrn Smith O'Brien, „weil dieser gegen die Königin die Waffen ergriffen, einen Preis von 500 Pf., auf die Einbringung der HH. Meagher, John Dillon und Doheny für Jeden einen Preis von 300 Pf. ausgesetzt. Verhaftungen fanden in Dublin wie an andern Orten Irlands zahlreich Statt, unter Andern sind in Dublin sämmtliche Drucker der

Nation, ferner Patrick O'Higgins, Hauptl der Dubliner Chartisten, der Pikenverfertiger Flanagan, in Drogheda der Redakteur des „Drogheda Argus" u. A. verhaftet worden. O'Brien soll an der Spitze von 2000 Mann stehen, welche sich in Ballingaay gesammelt hatten und unter Pfeifen- und Trommellärm gegen Kilkenny ausgerückt sein sollen. Vorher hatte er in Mullinahone der Obrigkeit die königl. Waffenvorräthe abverlangt. Er trug die Uniform eines irischen Rebellenhauptlings (grün mit Gold), und war mit einer Pistole und einer Lanze bewaffnet. Der Rebellenchef Meagher befand sich am 26. verkleidet in Waterford; sein Aussehen war niedergeschlagen; man glaubte, daß er auf Mittel und Wege zur Flucht sinne. Im Hafen von Waterford war übrigens ein beträchtliches Geschwader von Kriegsdampfschiffen angekommen.

Die Nachrichten aus dem so lange windstillen Ostindien fangen die engl. Blätter lebhaftes zu beschäftigen an. Während in Multan der Aufstand fortdauert, das Fort der Stadt und zugleich Mitenkote am Indus befestigt werden und Sikhs und Beludschen zahlreich nach diesem Sammelpunkte der mit der englischen Oberherrschaft Unzufriedenen eilen, berichtet die Delhi Gazette vom 20. Mai über eine in Lahore gesponnene, glücklicherweise aber entdeckte und vereitelte Verschwörung, die nichts Anderes zum Zweck hatte, als eine Niedermetzelung aller in Lahore befindlichen britischen Offiziere und ihrer Familien. Ehemalige Offiziere der Sikhs und fanatische Fakirs scheinen ihren Einfluß auf die Sipoys geltend gemacht und eine nicht unbeträchtliche Anzahl derselben gewonnen zu haben. Am 13. Mai sollte der Aufstand ausbrechen, auch zeigten sich folgenden Tags 3000 Reiter außerhalb der Stadt, sie umschwärmend und des Augenblicks gewärtig, wo, wie verabredet war, die Thore der Stadt sich öffnen sollten. Inzwischen war die Verschwörung entdeckt worden; zwei der Hauptverschwörer, hierunter ein alter Sikhoffizier, wurden an einem Thore der Stadt aufgeknüpft. Beide Delinquenten versicherten kurz vor ihrer Hinrichtung: „sie hätten sich in ihr Schicksal ergeben, da dies Gottes Wille sei, aber sie hätten gewünscht, nur noch zwei Tage länger zu leben, um die Niedermetzelung der Engländer mit ansehen zu können." Seitdem hat man auch die Rani (Königin Mutter) mit List und Gewalt von Schirkarpur entfernt und ihr Beaares als künftigen Aufenthalt angewiesen. Sie wird als ein ränkevolles Weib geschildert. Aber die Politik des gegen die Politik anderer Staaten mit Sittlichkeitsgründen zu freigebigen Englands hat sich in Ostindien stets mit großer Vorliebe gegen die Königin-Mütter gerichtet, um deren Einfluß auf die Kronprinzen zu beseitigen; jeder Anlaß dazu ist der englischen Politik willkommen. Von Ludiana sind Verstärkungen nach Lahore und Dschullundur gezogen worden. Die Zeitung von Delhi meint, der Aufstand in Multan bezwecke, die englischen Streitkräfte nun Lahore wegzuziehen, damit die hier beabsichtigte Empörung um so ungehinderter losbrechen könne. Die Sikhs können die Tage ihres Kriegsruhms und ihrer nationalen Unabhängigkeit nicht vergessen.

Auch in Edinburgh haben die Irländer (für Großbritannien etwa derselbe Gährungs- und Emeutenstoff wie für Deutschland die Slaven), mit Chartisten verelnt, in jüngster Zeit Versammlungen gehalten, um ihr Mitgefühl mit Irland „in seiner jetzigen Bedrängniß" kund zu geben. Den 26. Juli wurden daselbst drei Chartisten, Walker, Rankine und Cumming, wegen ungesetzlichen Verhaltens bei öffentlichen Versammlungen verhaftet und ihre Papiere, die angeblich von einiger Wichtigkeit sein sollen, mit Beschlag belegt. Mitten unter diesen Wirren haben die Times noch Zeit und Stimmung genug, zu scherzen, sie enthalten z. B. folgende Notiz: „Bei einem genauen und eifrigen Durchlesen der Zeitungen während der letzten Monate hat man die Entdeckung gemacht, daß sechs der Häupter der Chartisten und Repeale benamset sind wie folgt: „Duffy, Cuffy, Ruffy, Looney, Mooney und Rooney!" Ohne diese kleinen komischen Züge, zu denen sich selbst die einfallsreichste Zeitung, die Times, hergibt, in Anschlag zu bringen, wird man den Charakter der Engländer, mit dem der Charakter des Staatslebens wieder so genau zusammenhängt, nicht vollkommen richtig beurtheilen können.

Der Limerick Reporter kündigt die Ankunft des Herrn Richard O'Gormanac. Derselbe war Mitglied der irischen Deputation, welche in Paris, der Hochschule der Emeuten, zurückblieb, um hier Studien in der Errichtung von Barrikaden zu machen!

Frankreich.

Paris den 30. Juli. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Gesetz über die mobile Garde mit der von der Kommission beantragten Reduktion des Kredites angenommen, die mobile Garde zu Pferde wird, trotz aller Bemühungen des Ministers Senard und einiger Vertreter, aufgehoben und nur die Offiziere des aufgelösten Fuß-Bataillons von Rouen wurden zu anderweitiger Verwendung angenommen. Ein zweites Gesetz über die Tantiemen-Gesellschaften führte wie das erste zu heftigen Angriffen gegen die frühere provisorische Regierung, die von den Herren Blanc und Lateyrie des „Randes" angeklagt, von Herrn Cremieux energisch vertheidigt ward.

General Damesme ist im Laufe des gestrigen Tages an seinen Wunden gestorben.

Emil Girardin hat heute seine Petition an die Nationalversammlung, in der er den General Cavaignac anklagt, Schuld an der Insurrektion im Juni zu sein und ihn mit mehreren Artikeln des Strafgesetzbuchs bedroht, sowie seine Broschüre und andere auf die Unterdrückung der Presse bezüglichen Aktenstücke in Journalformat im Drucke erscheinen lassen.

Das Komité der Nationalversammlung für Algier und die Kolonien hat seinerseits einen Plan ausgearbeitet, wonach alle bloß Verführten in eigenen Dörfern als Kolonisten in Algier angesiedelt werden sollen. Man zweifelt nicht daran, daß dieser letzte Ausweg angenommen werden wird.

Die Nachrichten aus Italien machen, wie sich denken läßt, großen Eindruck. Obwohl die Turiner Blätter noch voll Siegesnachrichten sind, sind doch Gerüchte nach Paris gelangt, die von einem Sieg der Oesterreicher und der Bedrohung Peschieras sprechen. Im Konferenzsaale der Nationalversammlung cirkulirte das Gerücht, Karl Albert habe die Intervention Frankreichs verlangt, die Alpen-Armee werde in Italien einrücken und General Lamoricière das Oberkommando führen.

Der frühere Finanzminister Durieux ist vor einigen Tagen mit einer Mission nach London abgegangen und hat, wie es heißt, zwei Konferenzen mit Lord Palmerston gehabt. Man glaubt, daß die Angelegenheiten Spaniens eine andere Wendung nehmen werden, und man kündigt bereits mit Bestimmtheit an, daß der Graf von Montemolin im nächsten Frühjahre in Madrid sein werde.

Italien.

* Mailand, 20. Juli. Das Mailänder Blatt, Italia del Popolo, widmet heute den deutschen Angelegenheiten zwei ziemlich lange Artikel. Der erstere gibt eine etwas flüchtige Uebersicht der Entstehung und Entwickelung des preußischen Wehrsystems, von dem am Schlusse gesagt wird: „Rimane l'esercito del Bosco", „weil der Soldat zu kurze Zeit für seine Ausbildung in der Linie bleibe", und dennoch heißt es zwei Zeilen weiter, „daß dies s. g. ökonomische System die besten Kräfte des Landes verzehre." Man kann gewiß nicht läugnen, daß Italien einst die Lehrmeisterin von ganz Europa gewesen ist; allein das ist doch schon zu lange her, und der damals aufgespeicherte Schatz der Erfahrungen ist in den letzten Jahrhunderten so sehr erschöpft worden, daß es gegenwärtig von einer zu weit getriebenen Großmuth zeugt, wenn seine etwaigen Ueberreste dem eigenen Lande zu Gunsten des Auslandes entzogen werden. Das fehlte auch noch, nachdem Scharnhorst's Schöpfung, für dessen einzelne, aber einem italienischen Auge viel zu feine Extartungen wir keineswegs blind sind, in der ganzen gebildeten Welt als Muster aufgestellt ist, von Mailschland aus strategische Anweisungen zu holen. Wir haben allerdings „keinen Kaukasus, kein Algier", wo sich unsere Truppen an den Krieg hätten gewöhnen können; daß jedoch, wenn nur der Muth nicht fehlt, es einer solchen Gewöhnung gar nicht bedarf, haben die dänischen Schanzen und lombardischen Wahlstätten hinreichend bewiesen; und es zeugt andererseits eben nicht von jenem Ersatzmittel der Uebung, wenn man anfängt, seine Schaaren mit einer Auseinandersetzung der feindlichen taktischen Dispositionen zu trösten. — Der zweite Aufsatz könnte wohl von einem Mitgliede der Frankfurter Linken geschrieben sein, dürfte man voraussetzen, daß die Korrespondenzen derselben sich über die nächsten „radikalfreundlichen" Blätter hinauserstreckten, so „philosophisch" ist er. In langer Reihe werden die Sünden der deutschen Fürsten aufgezählt, bis herab zu der Ausweisung der anarchisti personaggi Hecker und Itzstein, und endlich, nachdem noch echt republikanisch von einem glänzenden Bergeltungstage der Zukunft gesprochen ist, schließt ein Hoch auf das einige Deutschland sammt seinen Farben die Vorstellung italienischen Kosmopolitismus! Ob man wirklich jenseit der Alpen glaubt, durch dergleichen edle Sympathien die Liebe der Deutschen zu gewinnen, ob man trotz solcher Annexionationswünsche für uns in Mailand noch nicht eingesehen hat, daß nicht Oesterreich, sondern mittelbar Deutschland den Krieg in Italien führt, und daß eine Intervention Frankreichs in diesen Gegenden sich nicht etwa auf einen Zusammenstoß Radetzky's und Oudinot's an den Ufern des Po beschränken, sondern auch der Rhein seine

Wellen röthen würde — das ist schwer zu singen. Der ganze Artikel ist so kosmopolitisch seltsam, daß es fast aussieht, als habe der Redakteur Giuseppe Mazzini eine jener allerweltfreundlichen, nur Deutschland feindlichen Reden aus der Paulskirche gelesen, und nun wüsche eine Hand die andere!

☽ Aus Verona, 24. Juli. Nähere Details über den gestrigen blutigen Kampf werde ich erst morgen im Stande sein Ihnen zu senden. Die gestern Abend vom Hauptquartiere (S. Giorgio in Salice) eingetroffenen Nachrichten bestätigen, daß der kühne Angriff der feindlichen Verschanzungen auf den Höhen von Somma Campagna, Madonna del Monte, S. Giustina ꝛc. vom glänzendsten Erfolge gekrönt wurde. Eine Menge Gefangener, unter welchen der General Mauton, sein Adjutant und mehrere Officiere, die Wegnahme zweier 16pfündigen Kanonen und das Vordringen unseres Heeres bis St. Giorgio, Castelnuovo und Oglioli sind die Früchte dieses ruhmvollen Tages.

In diesem Augenblicke (Mittags) erhalten wir folgendes Bulletin aus Padua vom 25. Juli: „Der Feldmarschall Graf Radetzky hat am 23. und 24. l. M. den Feind in seinen festen Stellungen aufs Lebhafteste angegriffen, und das österreichische Heer trug einen entscheidenden Sieg davon. Rivoli, Castelnuovo, Sona, Somma Campagna, Monzambano und Valleggio sind in den Händen unserer siegreichen Truppen. Der Feind ist in voller Flucht, daher nicht viele Gefangene gemacht werden konnten: doch haben wir den General Mautun, seinen Adjutanten und mehrere Officiere, 6 Kanonen, 1 Fahne und viele volle Munitionswagen genommen. Gez. Generalmajor Safan." Auf die ungeheure Wichtigkeit dieses Sieges brauchen wir wohl kaum aufmerksam zu machen. Die ganze Minciolinie ist dadurch gewonnen und der österreichischen Kavallerie jetzt freier Spielraum gegeben.

* Vicenza, 25. Juli. Heute geht der erste Eilwagen wieder auf der direkten Straße von Verona nach Roveredo. In der Richtung von Mantua hörte man gestern anhaltenden Kanonendonner; es muß wieder ein Schlag ausgeführt worden sein, doch fehlen uns noch nähere Nachrichten. Ebenso dauern die heute vom Schlachtfelde eingelaufenen Briefe noch immer keine umfassenden Details. Sie bestätigen bloß das Ihnen gestern Mitgetheilte. Die Division Wimpfen hat die ersten Höhen, Oberst Pergen Sona, und das erste Korps Somma Campagna genommen. Die Schanzen waren sehr stark vertheidigt; man ließ dem Feinde aber keine Zeit zum Feuern. Die Gefangenen werden auf 200 angeschlagen; daß sich ein General darunter befindet, wissen Sie wohl schon.

Nachschrift: Eben (Nachmittags) läuft die Nachricht ein vom Tode des Generals Mitis. Peschiera ist cernirt.

* Roveredo, 24. Juli. In diesem Augenblicke (Abends 5 Uhr) bringt ein Adjutant des Feldmarschallieutenants Grafen Thaen, Kommandanten des dritten Armeekorps, die Nachricht, daß die piemontesischen Truppen am 22. aus ihrer Stellung auf dem Monte della Corona gebracht und bis zu den Verschanzungen von Rivoli zurückgedrängt wurden. Gestern wurde die starke Position von Rivoli vom 3. kaiserl. Armeekorps besetzt, wodurch die Strecke durch das Etschthal von hier bis Verona frei ist und nach wenigen Tagen wieder fahrbar sein wird.

☽ Triest, 27. Juli. Heute sind die ausgewechselten Geisseln: Martiny, Ludolf ꝛc. glücklich hier eingetroffen, nachdem sie ihren Muth und ihre Treue mit fast viermonatl. Gefängniß gebüßt haben.

Man schreibt der Allg. Z. aus Innsbruck, 29. Juli. Die Schlacht bei Custozza, welche die Oesterreicher am 25. Juli erfochten haben, ist die glänzendste Waffenthat des dermaligen Kriegs in Italien, beweist das Feldherrntalent des Feldmarschalls Radetzky und die Tapferkeit seiner von Heldenmuth begeisterten Truppen. Es mögen wohl 80,000 Mann in dieser neunstündigen Schlacht der afrikanischer Sonnengluth gekämpft haben. Noch sind keine Einzelheiten des beiderseitigen Verlustes bekannt. Die Oesterreicher machten große Beute an Kanonen und Kriegsmaterial. Sicher ist, daß das Schwert von Italien eine starke Scharte bekam, da die Sieger bedeutend in die Lombardei vorrücken. Der Adjutant des Kaisers, Oberstlieutenant Graf Crenneville, hat die ehrenvolle Mission erhalten, das höchste militärische Ehrenzeichen dem Feldmarschall nach Italien zu überbringen. Ein eben aus dem Hauptquartier des Feldmarschalls Radetzky aus Valleggio an den Kaiser in Innsbruck angekommener Kurier bringt die officielle Nachricht, daß bei Volta das zweite Armeekorps am 26. Abends und 27. früh zwei siegreiche aber blutige Gefechte bestanden hat. Die Piemontesische Armee sei in vollem Rückzug nach Cremona begriffen und werde herzhaft verfolgt.

Ferner heißt es in einer Korrespondenz aus Verona: Es langen ununterbrochen piemontesische Gefangene hier an, zweitausend mögen bereits hier sein, dreitausend sind für morgen angesagt. Ein gefangener eingebrachter piemontesischer Officier äußerte sich dahin: „die Oesterreicher kämpfen nicht wie Soldaten, sondern wie Teufel." Das Ganze über die Operationen der Hauptarmee gegen Peschiera lautet nur günstig für Oesterreich; Peschiera, von den Feinden verlassen, soll wieder in unserer Macht sein.

Die am 24. durch einen Überfall bei St. Lucia aufgelöste Brigade Liechtenstein, (nunmehr Simschen) bestehend aus drei Infanterieregimentern, hatte sich später zum größten Theil wieder gesammelt und an dem Kampfe gegen die erst von den Oesterreichern genommenen, dann von dem siegreichen rechten Flügel der Piemontesen wieder besetzten Verschanzungen bei Sommacampagna und der Wiedereroberung ruhmvollen Antheil genommen. Die Wiener Freiwilligen sollen bei dieser Waffenthat ein Drittheil verloren haben.

Die N. Z. Z. enthält Nachstehendes: Aus Italien liegt Nichts vor uns als der „22. März". Dieses Blatt enthält ein amtl. Bülletin vom 28. d., welches Nichts von Bedeutung berichtet, als daß die Piemontesen noch keinen Angriff auf Volta, das jetzt noch in Gewalt der Oesterreicher ist, gemacht hatten. Das piemontesische Heer scheint noch ziemlicher Zeit zur Herstellung zu bedürfen. General Zucchi ist zum Kommandanten der Nationalgarde der Lombardei ernannt. Das Vertheidigungskomité, das mit ausgedehnten Vollmachten ausgerüstet ist, besteht aus drei Mitgliedern, den Hrn. Gaudi, Maestri und Restelli. Irgendwelche genauere Angaben der erlittenen Verluste finden wir weder in der A. A. Ztg. noch in italienischen Blättern. Auch wird uns ein Brief aus Mailand vom 29. d. mitgetheilt. Der am 28. d. erwartete republikanische Demonstration hatte nicht stattgefunden; dagegen heißt es, es rumore unter dem Volke und es könne Auftritte geben; ferner lesen wir in diesem Briefe: „Gestern ging die Deputation ab, die Frankreichs Hilfe ansprechen soll." Man sei hier in ängstlicher Spannung; nähere beim Feld seien sie es viel weniger; in Brescia seien sie hellauf.

Rom. In den Pariser Blättern vom 30. Juli wird berichtet: „In Rom fand am 19. eine Volksbewegung Statt, das Volk bestand darauf, daß der Papst Oesterreich den Krieg erklären solle und wollte sich der Engelsburg bemächtigen, es drang dann in die Deputirtenkammer und verlangte die augenblickliche Kriegserklärung. Der Papst beharrte auf seiner Weigerung, das Ministerium Mamiani gab seine Entlassung. Die Regierung hat nun auf außerordentlichem Wege aus Rom vom 22. die Nachricht erhalten, daß, nachdem es dem Papst unmöglich geworden war, ein neutrales Ministerium zu bilden, das Volk und die Deputirtenkammer eine provisorische Regierung eingesetzt haben." — Die franz. Berichte über Italien sind zwar nicht immer die zuverlässigsten; indessen wäre eine solche Wendung der Dinge an sich keineswegs unwahrscheinlich. Unser gestern mitgetheilter Brief aus Rom, vom 19. Juli, ließ so Etwas erwarten.

Ungarn.

Pesth, 23. Juli. In der gestrigen außerordentlichen Abendsitzung erklärte sich das Unterhaus mit einer ministeriellen Majorität von 233 gegen 36 Stimmen für die Bewilligung des ungarischen Militärs in dem Kriege gegen Italien. 79 Deputirte haben sich der Abstimmung durch Wegbleiben entzogen. Schon heute gehen von Ofen Kürassiere und Husaren nach Italien ab, während der illyrische Aufstand noch im vollen Brande ist. Wie man versichert, wird der Finanzminister in einigen Tagen dem Landtage auch die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Theils der österreichischen Staatsschuld vorschlagen. (Bresl. Z.)

Türkei.

☽ Konstantinopel, 12. Juli. Bei Bajakdere fand vorgestern zwischen der Mannschaft der österreichischen Goelette Elisa della und einem Haufen italienischer Matrosen (größtentheils Genuesern) ein blutiger Zusammenstoß Statt. Der Hader ging von Seiten der Italiener aus, weßwegen auch die zu Hilfe geeilte Mannschaft sich zu den Oesterreichern schlug und die Genueser nach mehreren tödtlichen Verwundungen zurückdrängte. Seit der Zeit wagen sich die italienischen Matrosen nur in großer Anzahl ans Land.

Berichtigungen. In Nr. 212 sind mehrere sinnstörende Druckfehler stehen geblieben. S. 1686, Spalte 1, Z. 13 v. u. muß es heißen: „Manche interessante Einzelheit ging in dem Tumulte u. s. w. Ebendaselbst Spalte 2. Z. 28 muß es statt „in dieser Angelegenheit" heißen: „in der Posener Angelegenheit." Auch steht die Nachricht an der falschen Stelle, was sich übrigens der Leser leicht von selbst berichtigen konnte.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[682]

Neues Abonnement.

Leuchtkugeln.

Rundzeichnungen zur Geschichte der Gegenwart.

Zweiter Band. Auflage 8000.

Die erste Nummer des II. Bandes, als zweites Semester der Leuchtkugeln pro 1848 erscheint am 6. Juli d. Jahres und wird von nun an regelmässig jede Woche eine Nummer ausgegeben.

Geneigte Bestellungen belieben bei allen Buch- und Kunsthandlungen, allen Postämtern und Zeitungs-Expeditionen baldmöglichst gemacht zu werden, damit in der Zusendung keine Störung eintritt.

Das Joch der Censur ist gebrochen, die Presse frei! Jetzt erst können die **Leuchtkugeln,** nimmer gehemmt durch den Ballast kleinlicher Rücksichten, ganz das sein, was sie zu werden gewünscht. Sie nehmen nun einen feurigen, kühnern Flug, um aus der ewig heitern Höhe des Witzes und Humors ihre Streiflichter auf alle Steine des Anstosses zu werfen, die selbstsüchtige Berechnung, Herrschsucht und Knechtsinn, Bosheit und Unverstand unserer politischen und socialen Entwicklung unermüdlich in den Weg wälzen. Noch sind wir nicht am Ziele, nur die Bahn ist gebrochen, die zu dauernder Einheit, Freiheit und Grösse uns führen soll. Freudigen Herzens rufen wir: Vorwärts!

Der Preis für den 2. Band der Leuchtkugeln ist 3 fl. — rhein. — fl. 2. 33 kr. C.-M. — Rthlr. 1. 21 Ngr. Der 2. Band kann nur dann geliefert werden, wenn die Bestellung darauf **erneuert** worden ist, wir bitten deshalb diess nicht zu übersehen, da uns sonst eine etwaige Verspätung nicht zur Last gelegt werden könnte. Der erste Band der Leuchtkugeln ist in geschmackvoll broschirten Exemplaren durch alle Buch- und Kunsthandlungen zu beziehen.

Die Verlagshandlung:

Emil Roller in München.

[683] **Edictalladung.**

Nachdem rechtskräftig über das Vermögen des Israel Joseph Mai zu Flörsheim der Konkursprozess erkannt worden ist, wird Termin zur Liquidation sämtlicher wie persönlicher Ansprüche an der Konkursmasse, auf Freitag den 11. August Morgens 8 Uhr unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses von der vorhandenen Konkursmasse hiermit anberaumt.

Hachheim, 17. Juli 1848.

Herzogl. Nassauisches Amt:

Enatz.

[684]² **Dienstantrag.**

Für ein Ladenmädchen, das in dieser Eigenschaft schon in Mercereigeschäften war, Kenntnisse vom Stickereifache besitzt u. gute Zeugnisse aufzuweisen hat, ist in einer der grössern Städte Badens eine Stelle offen. — Frankirte Anträge mit der Aufschrift L. M. besorgt die Exp. d. Z.

[685]¹ A. Nr. 9703. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Joseph Herlag Sohn in Steinsfurth haben wir Gant erkannt und wird Tagfahrt zum Richtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf

Donnerstag den 31. August d. J. Morgens 9 Uhr

anberaumt. Wer nun aus was immer für einem Grund einen Anspruch an diesen Schuldner zu machen hat, hat solchen in genannter Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses aus der Masse schriftlich oder mündlich, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte dahier anzumelden, die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen und sogleich die ihm zu Gebot stehenden Beweise sowohl hinsichtlich der Richtigkeit, als auch wegen dem Vorzugsrecht der Forderung anzutreten.

Auch wird an diesem Tage ein Borg- und Nachlassvergleich versucht, dann ein Massenpfleger und ein Gläubigerausschuss ernannt, und sollen hinsichtlich der beiden letzten Punkten auch hinsichtlich des Vorgehens die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Grossh. Bad. Fürstl. Leiningensches Bezirksamt Sinsheim.

Staiger.

vdt. Ruppert, act. jur.

[686]³

Nachricht für Auswanderer nach Nordamerika.

Spezialagentur

der Postschiffe zwischen Havre und New-York.

Die Postschiffe der Linie zwischen Havre und New-York unterhalten den wöchentlichen Dienst ununterbrochen während des ganzen Jahres und sind sowohl wegen der Sicherheit, mit der auf die Abfahrt zu zählen ist, als auch wegen ihrer bequemen innern Einrichtung, da sie zum Transport von Reisenden ursprünglich gebaut sind, dem Publikum besonders zu empfehlen. Von Mannheim und allen unterhalb liegenden Rheinhäfen aus werden die bei mir eingeschriebenen Passagiere von einem meiner Agenten bis nach Haare begleitet, der ihnen überall, wo es nöthig sein sollte, mit Rath und That an die Hand gehen wird. Die Reise geht entweder über Rotterdam per Dampfboot nach Haare, oder mit dem Dampfboot bis Köln und von da per Eisenbahn bis Havre. Die Ueberfahrtszeit von Mannheim oder Mainz bis New-York kann durchschnittlich auf 30—35 Tage angenommen werden. Gegen Zahlung einer kleinen Assekuranzprämie wird das Reisegepäck von den rheinischen Häfen aus bis Haare, und auf Verlangen bis New-York versichert.

Mainz, im Mai 1848.

Washington Finlay,

Spezialagent der Postschiffe zwischen Havre und New-York.

Nähere Auskunft ertheilen meine Agenten die Herren

Hermann Feles in Heidelberg. — F. J. Steenrack in Achern. — J. B. Engelhard in Bruchsal. — Th. Bacavleini in Bretten. — J. v. Rankel in Wertheim. — H. Clausen, Inspektor der Köln. Dampfschifffahrtsgesellschaft in Mannheim. — Bernhard Schweig in Karlsruhe. — Louis Berolla in Offenburg. — B. J. Herkert in Buchen. — W. Bouginé in Freiburg (Breisgau). — Max Eisig in Oestringen bei Wiesloch.

Bekanntmachung.

Die Abfahrt und Ankunft der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

I. Abfahrt von Mannheim bis Düsseldorf täglich um 6½ Uhr früh, im Anschluß an den ersten Eisenbahnzug von Heidelberg, täglich um 3¼ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug VII. von Schliengen (Basel).

II. Ankunft in Mannheim von Düsseldorf, täglich etwa um 12 Uhr Mittags, im Anschluß an den Eisenbahnzug X. nach Schliengen (Basel); täglich etwa um 9 Uhr Abends im Anschluß an den letzten Eisenbahnzug nach Heidelberg. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag von Mannheim schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 16. Juli 1848.

Grossh. Post und Eisenbahn-Amt

[687]³ **Eberlin.** vdt. Hölzen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver in London, 19 Broadstreet-buildings. Für Frankreich, Belgien, Portugal und Spanien übernehmen Bestellungen die Herren C. L. Winterer in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris 20 Nr. 20 Rue Neuve des Petits Champs.

Deutsche Zeitung.

Die Herausgeberschaft besorgt das Großh. Bad. Professor Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2. 30 kr. — durch die Post bezogen im Anfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 42 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 213. Heidelberg, Donnerstag 3. August. 1848.

Uebersicht.

Eine Stimme des allpreußischen Partikularismus. — Wien (die Todtenfeier. Ankunft Jellachichs. Erzherzog Rainer. Stimmung darüber. Die Bedingungen des Bans von Kroatien). Berlin (der Armeebefehl des Königs. Die preußische Sonderbewegung. Die Umtriebe der Reaktion. Stimmung im Volke. Englands Stellung zum Reichsverweser). München (ruhige Stimmung. Der König. Erwartung auf die Kammer. Geistliches Treiben.) Stuttgart (die auswärtigen Gesandten an den deutschen Höfen. Der König. Der Prozeß gegen die Rentenanstalt). Frankfurt (Reichsverhandlungen. Debatte über die Grundrechte. Fortsetzung. Der Reichsverweser auf morgen Abend erwartet).

Schweiz. Abgeordnete von Mailand nach Luzern.

Großbritannien. Böse Aussaat Englands zwischen Preußen und Deutschland.

Frankreich. Paris. Eindruck der italienischen Nachrichten. Gerüchte von Verstärkung der Alpenarmee. Interpellationen. Mauguins über die auswärtige Politik.

Italien. Neuestes Bulletin Radetzkys. Das italien. Heer in vollem Rückzug auf Cremona. S. Rocco, Bleenza. Schlachtberichte über die Tage vom 24. und 25. Juli.

3. August.

Wir haben gestern den preußischen Partikularismus besprochen und darauf hingewiesen, daß man diese Bewegung nicht zu gering anschlagen dürfe, daß sie vielmehr die große politische Arbeit, die dem deutschen Volke vorliegt, gleich in den Anfängen aufs Ernstlichste gefährde. Wir kommen noch heute darauf zurück und ergreifen die Gelegenheit, eine kleine Broschüre zu besprechen, in der sich das ganze Preußenthum in seiner ausschließendsten Gestalt mit aller Erbitterung, aller Abneigung gegen das übrige Deutschland ausspricht. Wir würden darauf den Werth nicht legen, wenn uns nicht alle Briefe und Zeitungen aus Berlin triumphirend das Erscheinen dieser Schrift ankündigten, wenn uns nicht ausdrücklich erwähnt würde, dieselbe habe den tiefsten Eindruck gemacht und in wenig Tagen drei Auflagen erlebt. Diese Wirkung verglichen mit Ton und Inhalt der Broschüre ist zu charakteristisch, als daß wir es unterlassen dürften, zu zeigen, mit welchen Mitteln man den preußischen Volksgeist gegen den Gedanken einer deutschen Einheit und Centralgewalt zu erhitzen sucht.

Die Schrift, die wir meinen, führt den Titel: „Die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee, geschrieben den 23. Juli 1848"; sie kämpft ganz mit den Waffen, mit denen man in dem Augenblicke einer großen Aufregung und eines beklagenswerthen Mißverständnisses verwirren, aufregen, erbittern kann; sie mag daher auch das unbeneidete Verdienst für sich in Anspruch nehmen, in diese Zeit einer gefahrdrohenden Spannung und Entzweiung ihr gutes Scherflein dazu beigetragen zu haben, daß die Frage nicht vereinfacht, sondern nur noch mehr verwickelt ward. Sie kämpft mit aller Leidenschaft gegen die Anerkennung der Centralgewalt an, sie „beschwört die Regierung, den Akt vom 6. August nicht vorzunehmen, damit das Heer nicht an sich selbst, an der Regierung, an seinem König irre würde"! Sie stellt sich auf den Standpunkt des starrsten, preußischen Partikularismus und kämpft von diesem Standpunkt aus mit Gründen, welche die Kluft erweitern, statt ausfüllen müssen, in einem Tone und einer Haltung, an der Niemand Freude haben wird, als die Leute, die bisher vom Süden aus den Norden schmähten, und jetzt den Triumph erleben, daß auch der Norden anfängt, die gleiche Waffe gegen den Süden zu gebrauchen.

Die Broschüre nimmt ihren Ausgangspunkt von dem Entwurf der Bestimmungen über die Centralgewalt, welchen Dahlmann, Beseler und Mittermaier im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung verfaßt haben und in dem sich sieben Paragraphen befinden, welche die kräftige Stellung des Reichsheeres zur obersten Gewalt feststellen. Wir führen die betreffenden Paragraphen in der Note an*), enthalten uns aber vorläufig der Beurtheilung des Einzelnen, da die Bestimmungen bis jetzt nur Gutachten Einzelner, nicht Entwurf der Versammlung, noch weniger ein der Debatte ausgesetzter Gegenstand der Berathung sind.

Gegen diese Bestimmungen erhebt sich nun die genannte Schrift mit aller Scheoffheit; sie nennt sie geradezu unausführbar. Sie beruft sich dabei auf die vortreffliche Organisation, die tüchtige Disciplin, den zweihundertjährigen Waffenruhm, die eigenthümliche Einrichtung des preuß. Heeres, auf die Unmöglichkeit einer ganz gleichen und einförmigen Gestalt, auf die ganz individuelle Ausbildung der militärischen Erziehung, der Beförderung, der Belohnungen und Auszeichnungen im preußischen Heere, mit einem Worte sie wirft die fertige und selbständig ausgebildete Gestalt des preußischen Kriegswesens in die Wagschale und kommt zu dem Schlusse, daß so große und bewährte Vorzüge nicht ohne Weiteres einer eingebildeten deutschen Einheit zum Opfer gebracht werden könnten. Die Schrift beweist demnach zu viel; denn mit denselben Argumenten kann man nicht allein die Unausführbarkeit des genannten Entwurfes, sondern überhaupt eine jede, wenn auch nur lose verbundene, Form der Einheit angreifen. Das Ergebniß würde dann in Kürze etwa lauten: „das preußische Heerwesen ist so vortrefflich, daß es einer größeren deutschen Einheit nicht nur nicht sich unterordnen, sondern ihr überhaupt keine Konzession machen kann. Der preußische Staat genügt so sehr sich selbst, daß er der Annäherung an das übrige Deutschland nicht bedarf, daß er zwar bereit ist, über dasselbe zu herrschen, aber nimmermehr gemeinsam mit ihm einer frei gewählten Centralgewalt über das ganze Deutschland zu gehorchen."

Die Schrift ist demnach preußischer, als sich je die preußische Regierung seit fünf Monaten gezeigt hat. Während unter den Verheißungen des März die deutsche Einheit, ja das Aufgehen Preußens in Deutschland mit inbegriffen ist, während die preußische Regierung den Entwurf der Siebenzehn, in welchem doch gewiß das Princip der deutschen Reichseinheit in aller Schärfe durchgeführt war, billigte und die Erklärung abgab, „sie erkenne in ihm diejenigen Bestimmungen wieder, die es zum Heile Deutschlands gefordert und zu denen es sich ausdrücklich verpflichtet habe", während die konstituirende Versammlung berufen und gewählt ist, um

*) §. 6. Die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande gehört der Reichsgewalt an. Sowohl ihre Einrichtung und Unterhaltung als auch die Vertheilung derselben und die Verfügung über sie ist Sache der Reichsgewalt. §. 7. Das Reichsheer wird gebildet aus der gesammten Kriegsmacht (stehendes Heer und Landwehr) der einzelnen deutschen Staaten. Die Nummern der Regimenter laufen durch das ganze Reichsheer. §. 8. Das Reichsheer schwört Treue dem Reichsoberhaupt und der Reichsverfassung, jede andere Verpflichtung des Militärs steht diese nach. §. 9. Das Reichsheerwesen soll in Beziehung auf Kommando, Feldzeichen, Militärgesetzgebung und Gerichtsbarkeit, Dienstzeit, Dienst- und Exercier-Reglement, Kriegsmaterial und Kaliber gleichmäßigen Bestimmungen unterworfen sein. Gleichmäßigen Bestimmungen unterliegt ferner die Beförderung. Pensionirung, Entlassung, Besoldung und Auszeichnung von Militärpersonen, das Invaliden- und Militär-Medizinalwesen, die Einrichtung von Militär-Bildungsanstalten. Bekleidung und Verpflegung sind unter Berücksichtigung der Landesverhältnisse für das ganze Reichsheer gleichzustellen. §. 10. Die Ernennung der Ober-Officiere vom Brigadier aufwärts aus diesen eingeschlossen geht vom Reich aus. Die General-Artillerie-Direktion, der General-Quartiermeisterstab und die mit ihm verbundene höhere Adjutantur, das Geniekorps, das Pionier- und Pontonierkorps und die Central-Plankammer sind der Reichsgewalt ausschließlich untergeben. §. 11. Das deutsche Festungswesen ist Reichs-Angelegenheit. Alle deutschen Festungen sind Reichsfestungen und werden von Reichswegen auf Reichskosten angelegt und unterhalten. §. 12. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung und Unterhaltung der Kriegsflotte, der Kriegshäfen und der Seearsenale ob. Die Ernennung aller Flotten-Officiere geht vom Reiche aus.

Digitized by Google

diese Einheit herzustellen, will die genannte Schrift mit einem Federstrich alles Das aufheben, was seit fünf Monaten das Ziel unseres politischen Strebens ausmacht. Es ist zwar kein Zweifel, daß man mit einseitigen Satzungen die schwierige Einheit nicht gründen wird, daß es des freien Willens, der Verständigung, der gegenseitigen Annäherung bedarf, um zum Ziele zu gelangen — aber in jener Schrift wird Alles, was seit dem März aufgebaut und dem Volke lieb geworden ist, mit leidenschaftlicher Heftigkeit zurückgestoßen, jede Verständigung verschmäht und statt an die Einheit des deutschen Bundesstaates, werden wir an die Unübertrefflichkeit des preußischen Soldatenstaats verwiesen.

Wenn das preußische Heerwesen so vortrefflich ist, so liegt der Gedanke sehr nahe, es bei der Organisation eines deutschen Heeres als Muster und Grundlage anzunehmen; wenn, wie der Verfasser versichert, Preußen zur deutschen Einheit die „beste Organisation", die beste Disciplin, das beste Officierkorps, den besten kriegerischen Geist, den größten Waffenruhm mitbringt, wenn es dazu noch mit seiner überlegenen Zahl so mächtig wie kein anderer Staat ins Gewicht fällt, so wird auch ohne allen Zweifel dieses Heer und seine Organisation in allen seinen guten und vortrefflichen Seiten dem künftigen Reichsheer als Vorbild dienen müssen. Dies mußte dem Verfasser die einfachste Logik sagen; er brauchte nicht den Standpunkt zu verschieben und zu thun, als sollte dem preußischen Heere eine österreichische, oder badische oder „sachsenmeiningische Organisation" aufgedrungen werden, er mußte den Unkundigen nicht als plausibles Grund vorrechnen, wieviel pekuniäre Opfer Preußen bringen müsse, wenn so sein Heer, seine Bewaffnung, sein Material von „einem österreichischen Erzherzog" etwa nach österreichischer Norm umgestaltet werden würde.

Aber die Schrift geht noch weiter; sie beschwört alle die Leidenschaften herauf, die der wirkliche Patriotismus beschwichtigen müßte; sie trüt mit einer Prätension ausschließender Stammeseitelkeit, einem Uebermuth des Soldatengeistes auf, den man mit der vorübergehenden Gemüthsaufregung nicht mehr entschuldigen kann. „Ignoranz und Perfidie" ist der gewöhnliche Vorwurf, womit die Schöpfer des Entwurfs abgefertigt werden; Dahlmann wird wiederholt in einem Tone zurechtgewiesen, in welchem das soldatische Junkerthum von 1806 durchklingt. Die vom Volke gewählte Nationalversammlung, in welcher zweihundert Preußen sitzen, wird mit affektirter Geringschätzung unter der Benennung „die Frankfurter" abgethan, als eine „kraftlose Macht" bezeichnet, die „keine andere Macht" mehr besitze, als die täglich „mehr schwindenden Sympathien der Menge", oder ein „Schattenreich genannt, das den deutschen Regierungen und vor allen Dingen Preußen den Todesstoß geben wolle." Oesterreich wird seine Wiener Anarchie (von Berlin aus!) zum Vorwurf gemacht, Baiern seine schlechte Militärverwaltung, den kleinern Staaten mit wohlfeilem abgegriffenen Spotte ihe geringer Umfang. In allen Gestalten wird uns vorgerechnet, was Preußen Alles mitbringe, in allen Variationen dagegen ausgebreitet, wie wenig das übrige Deutschland bedeute. Die Nationalversammlung, heißt es, will das preußische Heer unter den „Erzherzog Johann oder den Grafen von Meran, oder den Herrn von Itzstein oder den Herrn Hecker stellen, sie will die preußischen Truppen dem österreichischen Interesse als Reserve aufbieten, oder sie nach dem Bodensee anschicken, um sie mit den Ideen der Republik vertraut zu machen."

Was werden die Herren Zitz, Vogt u. s. w. für eine Freude haben, wenn sie dies lesen und ihre Schmähungen auf Preußen nun mit gleicher Münze bezahlt sehen! Wie werden die süddeutschen Preußenfresser jubeln, wenn sie den ganzen Westen und Süden Deutschlands auf einmal mit den Herren Zitz, Vogt und Blum über einen Kamm geschoren sehen, oder wenn sie lesen, mit welchem Hohne, welchem Hasse alles nicht Preußische in Deutschland hier überschüttet wird. Wir hätten nicht gedacht, daß man altpreußischer Seits die Schuld so rasch wett machen würde; denn nach dieser Schrift könnten die lautesten Schmäher auf Preußen beruhigt sagen: wir sind quitt!

Wir wissen, was Preußen in den Jahren 1813 und 1814 für die deutsche Sache gethan hat; aber wir lassen uns das Werk von damals nicht, wie es hier geschieht, für ein specifisch preußisches ausgeben. Das specifische Preußenthum hatte vor dem Jahre 1806 gerade so gesprochen, wie der Verfasser unserer Broschüre heute spricht, und es empfing sein Gottesurtheil in den Tagen von Jena und Auerstädt, in der entsetzlichen Katastrophe des Friedens von Tilsit. Jenes Preußenthum, das die Stein, die Scharnhorst, die Hardenberg neu aufbauten, war ein deutsches; es ist, gelind gesagt, ein Irrthum, in ihrer Aussaat und ihrer Ernte eine That uns einen Triumph des alten Preußenthums zu sehen. Wir wissen, daß Süddeutschland damals wider Natur, Pflicht und wohl auch wider Willen von einer verkehrten Politik an den Bonapartismus gefesselt war, aber wir weisen es mit Entrüstung zurück, daß man jetzt das nachgeborne Geschlecht dort für die Schuld der Vätervera ntwortlich machen will. Eine treffliche Einheit und Deutschheit, wenn die einzelnen Stämme anfangen wollten, das Sündenregister der Vorfahren zu durchblättern und mit Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen das „herzliche Einverständniß" vorzubereiten! Eine treffliche Gesinnung, die es darauf anlegt, daß man vom Süden und Westen her dem Norden Gegenrechnungen macht, Gegenrechnungen, von denen wir auch nicht einmal eine waenende Probe hier frei entwerfen wollen, weil uns dies Treiben zu tief empört!

Wir haben Nichts dagegen, wenn man die preußischen Siege und Trophäen nach der Reihe aufzählt oder auf die preußische Stärke und Waffenehre pocht, denn wir denken, allen Deutschen fällt davon ihr Antheil zu. Aber man rechne den Süddeutschen nicht ihre Niederlagen und Unglückstage vor, man greife nicht zu Roßbach zurück, um für Großgörschen und den Tag an der Katzbach eine Folie zu haben. Es ist unglaublich, und doch ist es wahr: der Verfasser jener Schrift konnte sich so weit vergessen, die künftige deutsche Reichsarmee mit der von Roßbach, der sogenannten „Reißausarmee", indirekt in Parallele zu stellen! Er fühlte dabei nicht einmal, welch mächtiges Argument er mit dieser einen Erinnerung den Gegnern in die Hände gab; er schien nicht einmal einzusehen, daß eben Tage, wie die bei Roßbach, in dem Volke das Bewußtsein ausgebildet haben, die alte Kriegsverfassung tauge Nichts, daß aber, um einen neuen Tag von Roßbach zu vermeiden, man eine andere lebenskräftige Reichsarmee erschaffen will. Der Verfasser ließ sich lieber zu einem Ausfalle fortreißen, dessen sittliche Würdigung wir gern dem Gefühle jedes Einzelnen überlassen.

Der altpreußische Fanatismus der Broschüre kennt weder Maß noch Ziel; er läßt sich selber in einer Weise die Zügel schießen, die wiederum ein Lächeln ablocken könnte, wenn der Gegenstand nicht zu ernst wäre. Er versichert uns, ein preußisches Infanterieregiment „gebe lieber die deutsche Einheit auf, als daß es die Reichsnummer eines deutschen Regiments annehme"; er erzählt uns, ein Preuße denke bei dem Vaterland nur an Preußen, nicht an das „Frankfurter Deutschland", er behauptet steif und fest, kein preußischer Officier werde für den Orden pour le mérite ein „deutsches Reichskreuz" hinnehmen!! Aber er fügt auch hinzu, daß kein Preuße einem österreichischen oder hessischen Generale gehorchen würde, daß „wenn die Männer in Frankfurt das für möglich halten, die preußische Armee mit einem entschiedenen Nein antworten werde."

Uno dies ist, wenn man den bittern Kelch bis auf die Hefe gekostet hat, die eigentliche Quintessenz der ganzen Schrift. Mit der größten Naivetät hofft der Mann auf die Zeit, wo die lebendigen Kräfte Deutschlands sich von den Fesseln des Zaubertranks, den die Revolution ihm beigebracht hat, sich losmachen werden, mit nicht geringerer Naivetät bezeichnet er das Königswort vom 19. März als ein übereiltes und deßhalb unverbindliches und kündigt dem übrigen Deutschland unumwunden die Verbindung auf. Eine Einheit deutscher Völkerstämme hält er nur da für möglich, „wo gleiche Interessen, gleiche geistige Bildung der Masse, gleiche Religion vorhanden ist"; darum läßt er sich die norddeutschen Brüder, die Hannoveraner, die Hessen, die Mecklenburger wohl gefallen, mit den süddeutschen dagegen, die „auf jede Weise mit Oesterreich kokettiren", will er keine Gemeinschaft haben. Er will keinen Selbstmord an Preußen, vielmehr soll der König an Volk und Heer appelliren, damit (und diese Schlußworte sind mit Riesenlettern gedruckt) „diese Frankfurter begreifen lernen, daß der König von Preußen, daß die 16 Millionen des preußischen Volkes mit einem andern Maßstabe gemessen werden müssen, wie etwa der Fürst von Liechtenstein."

Deutlicher, scheint uns, kann die Sonderbündelei nicht reden, unzweideutiger zu einer Zerreißung Deutschlands in zwei Hälften nicht auffordern. Da hätten wir also die Politik, die das kaum begonnene Gewebe mit plumper Faust wieder zerreißen, die unsre Politik mit Gewalt in die Zeiten des Rheinbundes und der Friedensschlüsse von Basel bis Tilsit zurückdrängen möchte. Wir begreifen indessen wohl, daß in einer aufgeregten Zeit man mit einer Dialektik, die auf den Mißverstand berechnet war und einem Tone der an die gefährlichsten Leidenschaften des Sondergeistes appellirte, aufregen, erbittern, überhaupt Schlimmes genug bewirken konnte.

Digitized by Google

Ob sich der versöhnende Menenius Agrippa finden mag, der die entzweiten Glieder eines Ganzen wieder zur Eintracht ruft, oder ob die Uebertreibung sich selber strafen und dem preußischen Volke nach dieser Schrift nur klarer werden wird, wohin eine gewisse Partei es drängen möchte, darüber muß uns die nächste Zukunft belehren. Der neueste Schritt der Regierung gibt wenigstens die Hoffnung, daß man in die Wege, wie sie die besprochene Schrift vorschlägt, nicht einlenken wird.

Vielleicht wird man uns einwenden, ist das Ganze nur die verlorne Stimme eines Einzelnen oder eine unfreiwillige Persiflage auf den blinden Partikularismus, der sich dem Werke der Einigung widersetzen will. Das ist sie nicht; die öffentlichen Blätter nennen den General von Griesheim, den Chef des Generalstabs, als Verfasser und es ist dem noch nicht widersprochen worden. Wir dächten diese Quelle wäre bedeutend genug, um die Aufmerksamkeit auf die Schrift zu rechtfertigen. Aber mit der Bedeutung dieser Stellung wächst auch die Größe der Verantwortlichkeit; wer in diesen ernsten Tagen der Entscheidung statt zu versöhnen, auszugleichen, den bittern Erisapfel zwischen die deutschen Stämmen geworfen hat, von dem wird, wenn die Aussaat der Drachenzähne aufgegangen ist, das öffentliche Urtheil des ganzen Volkes, seine Rechenschaft fordern.

Oesterreich. ** Wien, 27. Juli. (6. Sitzung des konstituirenden Reichstags.) Vor Beginn der Debatte über die Geschäftsordnung nehmen zwei interessante Interpellationen die Aufmerksamkeit der Versammlung in Anspruch. Abg. Wagner interpellirt das Ministerium, ob uns was von demselben zur Lösung der ungarischen und kroatischen Wirren gethan worden sei. Die Anwesenheit des Ministerpräsidenten aus Ungarn und des Banus Jelachich in Wien, erwidert Minister Doblhof, geben die beste Hoffnung für den Erfolg der vom Erzherzog Johann übernommenen ausgleichenden und versöhnenden Vermittlung aller stattgehabten Kollisionen. Mit Feuer interpellirt hierauf Abg. Neuwall das Finanzministerium. Die dringende Nothwendigkeit der Ersparnisse in unsern Finanzen veranlassen ihn zur Fragestellung an das Finanzministerium: 1) ob und welche Beamte, von den vielen, die seit den glorreichen Märztagen theils ihrer Stellen enthoben wurden, theils sich denselben entzogen haben, noch immer im Vollgenusse ihrer ungeschmälerten Gehalte stehen. 2) Ob seit den Märztagen Beamte, welche in einem die Bestimmungen des Pensionsgesetzes übersteigenden Verhältnisse pensionirt seien, ihre Pensionen noch gegenwärtig beziehen? 3) Ob diejenigen minist. Personen, die nach dem bestehenden Gesetze keine Pensionen beziehen sollen, noch immer Wartgelder erheben? Finanzminister Krauß ist erbötig, diese Fragen erschöpfend und mit Belegen zu beantworten, erbittet sich aber, um die nöthigen Nachforschungen anstellen zu können, eine längere Frist. — Auf die in der gestrigen Sitzung wegen Abwesenheit des Justizministers nicht genügend erledigte Interpellation des Abg. Borosch, die gewaltsame Verletzung des Assoziations- und Preßrechts betreffend, ergänzt heute Justizminister Bach unter stürmischem Applaus, daß das Ministerium wie diesmal, so auch stets, mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften das Volk in der Wahrung und Aufrechthaltung seiner Rechte unterstützen werde, und durch die diesfälligen Maßnahmen, die in den nächsten Tagen ans Licht treten würden, sich das vollste Vertrauen desselben zu gewinnen hoffe. — Bei Berathung der Geschäftsordnung entspann sich heute eine lange, höchst wichtige und lebhafte Debatte darüber, ob die Einreihung der Deputirten in die Abtheilungen durch Loos oder Wahl zu geschehen habe. Da in der Versammlung das slavische Element eine nicht unbedeutende Majorität im materiellen Sinne bildet, und auch, wir können es ohne Parteilichkeit nicht in Abrede stellen, hervorragende, durch Geist und Beredsamkeit einflußreiche Kapazitäten, in seiner Mitte zählt, so würde bei der Bildung der Abtheilungen durch Wahl augenscheinlich die deutsche Sache benachtheiligt werden, und deßhalb sah sich der deutsch gesinnte Theil in die Nothwendigkeit versetzt, nach Kräften für die Einreihung durch das Loos zu kämpfen. Wie lebhaft und eifrig die Verhandlung gepflogen wurde, ist daraus ersichtlich, daß eine Abstimmung durch Aufstehen, und sogar auch eine zweite durch Zählung erfolglos und ohne sicheres Resultat blieb, daß auch eine Gegenprobe durch Zählung noch immer nicht genügender und ausreichende Gewißheit bot, und durch die Abstimmung des Barons zu Ende gebracht werden mußte, die, zur Freude der Deutschen, die Einreihung durch das Loos als Resultat lieferte. — Kriegsminister Latour bringt vor dem Abschluß dieser Angelegenheit die sehr erfreuliche Nachricht eines telegraphisch eingelaufenen Kriegsbulletins aus Italien, das über einen von unserer tapferen Armee erfochtenen entscheidenden und großartigen Sieg berichtet.

Δ Wien, 28. Juli. Heute wurde auf dem Glacis ein feierliches Todtenamt für die im März Gefallenen abgehalten. Die Feier ging von dem Sicherheitsausschuß aus, welcher die Abgeordneten am Reichstag und die Minister beizuwohnen einlud, die auch sämmtlich erschienen. Sechs bis acht tausend Nationalgarden und Studenten wohnten dem Todtenamte bei. Der Oberkommandant Pannasch hat in einem Tagesbefehl von gestern diese Feier desavouirt — der Sicherheitsausschuß drang auf dessen Zurücknahme, welche der Oberkommandant verweigerte. Er bot für den Fall, daß man weiter in ihn dringen würde, seine Entlassung an, welche angenommen wurde. Sie überrascht Niemand, da sie seit dem 15. vorauszusehen war. — Baron Jelachich, der gestern hier ankam, hat häufige Konferenzen mit dem Erzherzog Reichsverweser, dem Erzherzog Stephan und dem Grafen Batthiany und Fürsten Esterhazy. Man glaubt, daß eine der Hauptbedingungen, welche Jellachich stellt, die Wiedervereinigung der Ministerien des Kriegs und der Finanzen für Ungarn mit der Gesammtmonarchie oder wenigstens die Verlegung dieser jetzt in Pesth befindlichen Ministerien nach Wien sei. — Die Ankunft des Kaisers, welchen man täglich hier erwartet, soll leider durch ein Unwohlsein der Kaiserin neuerdings einen Aufschub erleiden. Doch hofft man allgemein, daß sie noch vor der Abreise des kaiserlichen Stellvertreters erfolgen werde. — Die Spaltung des demokratischen Vereins — welche ich Ihnen am 21. mittheilte — wird hier als von der Reaktionspartei ausgegangen beurtheilt. Sie wurde der Gegenstand von Verhandlungen im Sicherheitsausschusse und sogar in der Reichsversammlung und fand allgemeine Mißbilligung. Eine direkte Folge davon ist, daß sich gestern die ganze akademische Legion in den Verein aufnehmen ließ, der bereits seine Sitzungen ohne weitere Störung wieder aufgenommen hat.

Δ Wien, 29. Juli. Die Ankunft des Erzherzogs Rainer, gewesenen Vicekönigs des lombardisch-venetianischen Königreichs, hat hier große Aufregung der Gemüther hervorgebracht. Man hatte den Kaiser selbst erwartet — statt dessen erhalten wir nun in Rainer einen Stellvertreter, der keine Sympathien für sich hat wie sie Erzherzog Johann sie im vollsten Maße besitzt. Erzherzog Rainer bewies sich in Italien, wo er es nur mit einer Nationalität zu thun hatte, als einen zwar wohlwollenden aber höchst schwachen Mann, wie sollten ihm nun plötzlich jene Eigenschaften geworden sein, die ihn fähig machen könnten das Ruder des Gesammtstaats in dieser bewegten Zeit zu führen? Zudem ist diese Wahl auch in sofern eine verfehlte zu nennen, als Rainer in doppelter Verwandtschaft zu Karl Albert steht. Sein Sohn ist mit einer Tochter desselben vermählt und Rainers Gemahlin ist eine Prinzessin von Carignan, Tante Karl Alberts. Es steht zu erwarten, daß gegen die Wahl Rainers Protestationen erfolgen werden. — Gestern Abend wurde dem Ban Jellachich ein Fackelzug gebracht, an welchem mehrere tausend hier anwesende Kroaten Theil nahmen. Ich bemerkte darunter viele kroatische Soldaten, viele Offiziere und sogar mehrere Generale. In den Reihen ging Alles gemischt — Nationalgarden, Studenten, Civil von kroatischer Abkunft. Den hier anwesenden Ungarn soll diese Demonstration höchlich mißfallen haben, aber sollten die Kroaten weniger Recht haben ihrem Banus in unsern Mauern einen Fackelzug zu bringen als die Ungarn ihrem Fürsten Esterhazy und ihrem Batthiany, wie sie dies am 26. thaten? Die Bedingungen zum Frieden mit Ungarn, welche Jellachich stellt, sollen folgende sein: 1) Integrität des Gesammtstaates (also Verlegung des in Pesth befindlichen Kriegs- und Finanzministeriums nach Wien). 2) Vollkommen gleiche Berechtigung der Kroaten mit den Ungarn. 3) Selbständige innere Verwaltung für Kroatien und Slavonien. Die vielbesprochene Rede von Koffuth und dessen doppelzüngige Politik in Bezug auf Italien und mehr als zweideutige Anhänglichkeit an die Dynastie, hat manches österreichische Herz tief verletzt.

Preußen. ** Berlin, den 31. Juli. Der gestrige Armeebefehl des Königs in Betreff des deutschen Reichsverwesers, fürcht' ich, wird wegen der Stellen, die ihn am schätzbarsten machen, bei Ihnen am meisten Anfechtung erleiden. Der König rühmt die Persönlichkeit des edeln Erzherzogs, seinen Kriegsruhm und nennt ihn seinen Freund. Man wird daraus Veranlassung nehmen, zu sagen, also aus persönlichen Rücksichten füge sich der preußische König, wie der hannöversche! Daher bitte ich Sie mit aller intellektuellen Macht, solcher Mißdeutung entgegenzuarbeiten. Ich habe bis jetzt noch geschwiegen über die furchtbaren Zeichen einer territorialen Reaktion in Preußen, die ich schon im Mai besorgte, als ich gegen den Namen „preuß. Nationalversammlung" mich mit Entrüstung aussprach. Ihr

Digitized by Google

nen brauche ich nicht erst zu sagen, daß dies antideutsche Preußenthum, das jetzt auftaucht, mich mit dem tiefsten Schmerz erfüllt, zumal die ganze Erscheinung keine zufällige ist. Mit Nächstem aber, wenn ich die Reihe meiner Beobachtungen für das Erste abschließen darf, um mich auszusprechen über sie, gedenke ich, mit Ihrem *** Korrespondenten eine Lanze zu brechen. Für jetzt nur über jene Worte des Königs noch dies: der durch und durch echtpreußischen Armee, die zweimal preußisch ist, ehe sie sich Einmal deutsch weiß, zum Deutschthum eine Brücke zu bauen, vermag nur der König und der Thronfolger. Jene Worte sind daher, wenn irgend etwas, im Stande, gerade weil der König das Persönliche hervorgehoben hat, die Truppen mit der Idee eines Reichsverwesers auszusöhnen. Möchte dies doch gewürdigt werden.

✕ Berlin, 30. Juli. Die Ruhe, welche nach den Ereignissen vom 14. Juni sich täglich mehr in unserer Hauptstadt befestigte, hat leider in der letzten Zeit wieder einer Aufregung Platz gemacht, die fortwährend mehr um sich greift und uns wahrscheinlich einer bedauerlichen Katastrophe entgegenführt. Der Grund der allgemeinen Besorgniß liegt in der bekannten Verordnung Peuckers über die am 6. August vorzunehmende militärische Demonstration und in dem neuesten Entwurfe Dahlmanns über die Attribute der Centralgewalt. Leider muß auch der unbefangene Beurtheiler zugeben, daß der Reichsminister rücksichtslos zu Werke gegangen ist und den allerdings nothwendigen Erlaß durch unnütze Schroffheit der Form für die preuß. Regierung noch unangenehmer gemacht hat, als er es nach seinem Inhalte schon sein mußte. Auch möchte ich fast besorgen, daß der jüngste Plan Dahlmann's, Mittermaier's u. s. w. etwas zu voreilig ans Licht getreten ist. Daß er an und für sich vortrefflich ist, daß er den Fürsten nicht mehr nimmt, als zur Herstellung der deutschen Einheit unbedingt nöthig ist, gebe ich gerne zu; aber wie will man die Masse des Volkes für eine bloße Idee empfänglich machen, die für den Augenblick ohne praktischen Nutzen für sie ist und dennoch verlangt, daß sie dasjenige aufgibt, was ihr bisher heilig war — was seit dem 18. März eine noch viel höhere Bedeutung für sie gewonnen hatte: den Lokalpatriotismus. Die Aufregung des Militärs kennt keine Grenzen mehr: unter dem Rufe „wir wollen nicht österreichisch werden, wir wollen preußisch bleiben"! haben die meisten Truppen — so das 24. Regiment — die deutsche Kokarde abgerissen. Dennoch könnte man auf eine ruhige Entwicklung des Drama's hoffen, wenn unser Gouvernement nur mehr Entschiedenheit zeigte und wenn die Reaktion nicht Alles thäte, um das bornirte Preußenthum für ihre Zwecke zu benutzen. Sie kennen die Erklärung des Ministerpräsidenten von vorgestern. Das Gouvernement wird mit Hingebung die Einheit Deutschlands fördern, aber zugleich Alles thun, die Würde Preußens zu wahren. Je nun, das versteht sich von selbst, aber der Stein des Anstoßes liegt ja eben darin, daß Jedermann unter Deutschlands Einheit und Preußens Ehre etwas ganz anders versteht, daß der Eine in denselben Maßregeln die Hebung Deutschlands erkennt, worin der Andere die Vernichtung Preußens sieht. Keine Partei von den Ultras der Reaktion bis zu denen der Anarchie, die nicht die Phrasen Auerswalds zu ihrem Stichworte machte: deßhalb das donnernde Bravo der Kammer — deßhalb aber auch die totale Wirkungslosigkeit seiner Rede für die öffentliche Ruhe. Wollte er beschwichtigen und versöhnen, so mußte er Auskunft über die Wege geben, die das preußische Gouvernement, der Frankfurter Verhandlung gegenüber, einzuschlagen gedenkt, namentlich über das Verhältniß zu Branzel. — Reaktion und Anarchie haben sich wieder einmal die Hand gereicht, um die Menge durch Plakate und Flugblätter — diese Pestbeulen unserer Literatur — zum Werkzeug ihrer Zwecke zu machen. Der Berliner Bürger wird auf recht höhnische Weise in seinem nächsten Interesse angegriffen. Man begnügt sich nicht, Preußen als verloren zu schildern, sondern malt auch aus, wie Berlin nun selbst zu einer reinen Provinzialstadt herabsinken wird. — Auch dem Unbefangensten muß es auffallen, daß es immer sehr fein gekleidete und gewählt sprechende Herren sind, die unter den zahlreich versammelten Volksgruppen das Wort führen, das Herz der Proletarier durch Anbieten einer Pfeife und sanftige Herablassung gewinnen und dabei ihre Klagelieder über das linke Borussiae anstimmen. Daß hier Falschheit im Spiele ist, sieht Jeder; diese Männer sind offenbar zu gebildet, um den Unsinn selbst zu glauben, mit dem sie die Masse zu bethören suchen. Es erregt unbeschreiblichen Ekel, wenn man so das Heiligste, den Patriotismus zum Parteiwerkzeuge herabwürdigen hört. Bis zu welchem Grade die Aufregung gewachsen ist, können Sie aus der Erklärung ersehen, die der sehr beliebte konstitutionelle Klub erlassen hat. Er greift, um das Volk zu beruhigen, zu dem Mittel, die militärische Demonstration vom 6. August als ein einfaches Hurrah ohne weitere Bedeutung und die Verwerfung des Dahlmann'schen Entwurfes als ganz gewiß darzustellen! Das sind denn doch gar gefährliche Palliativmittel. Die große Menge bewährt übrigens auch hier wieder den gesunden Sinn, den ich ihr stets vindicirt habe. Sie ist durch und durch deutsch, nur bei einem Theile der Kleinbürger und bei unsern Börsenmännern haben jene Einflüsterungen Erfolg gehabt. Die letzteren reißen sich neulich gegenseitig an der Börse die dreifarbigen Kokarden ab; dagegen habe ich unter den Volksgruppen manchen Biedermann sprechen hören, der die vornehmen, für Preußen schwärmenden Herren recht tüchtig ad absurdum führte. Wenn ich von dem gesunden Sinne des Volkes spreche, so versteht es sich von selbst, daß ich Exzesse desselben nicht vertheidigen will; aber ich will ihm auch nicht zur Last legen, was aus den halben Maßregeln der Regierung, Deutschland gegenüber und mit Bezug auf die innere Ordnung, hervorgeht. Die Aufregung hatte gestern ihren Gipfel erreicht; Abends war unter den Linden Alles gedrängt voll debattirender Gruppen. Da werden plötzlich in der Ingenieurschule — ebenso in einer Kaserne der Friedrichsstraße — eine Menge schwarzweißer Fahnen herausgesteckt. Das Volk droht und schmeißt zuletzt die Fenster ein, bis man die Flaggen zurückzieht. Das ist sicher nicht zu rechtfertigen, aber das Benehmen des Militärs in diesen Tagen der gewaltigsten Aufregung ist es noch weniger. Um 2 Uhr Nachts stellte endlich die Bürgerwehr unter Rimpler mit Mäßigung und Umsicht die Ordnung her. Am wenigsten aber ist die Regierung und die Nationalversammlung bei allen diesen Scenen zu entschuldigen. In den Tagen der Gefahr legt das Gouvernement die Hände in den Schooß, um mit dem Landrecht dreinzuschlagen, wenn Alles wieder ruhig ist. Geht es in dieser Halbheit noch lange weiter, so muß auch das trefflichste Volk demoralisirt werden; aber die Schuld ist wahrlich nicht sein. Dinstag wird die Kammer über die Abschaffung der Todesstrafe debattiren; ich denke ein energisches, aber dem neuen Zeitgeiste angemessenes, provisorisches Gesetz über politische und Preßvergehen ist uns ungleich nothwendiger. Oder will man auch bei uns abwarten, bis man, wie in Frankreich, durch Entsittlichung der Masse zur wirklichen Reaktion gezwungen wird?

Berlin, 29, Juli. Der Köln. Z. wird geschrieben: Folgende richtige Nachricht über die Stellung Englands zum Reichsverweser geht uns aus verbürgter Quelle zu. Sir For-Steurgways wird Frankfurt nicht verlassen, aber fürs Erste mit der Centralgewalt nur offiziöse Bezüge haben, England befolgt also in Frankfurt wie in Paris dieselbe Politik, es engagirt sich mit keiner provisorischen Regierung. Sie wissen, daß Lord Normanby seine Creditivbriefe in Paris nicht übergeben hat.

Baiern. *** München, 28. Juli. Sähe es in ganz Deutschland so aus, wie jetzt bei uns, die Regierung und die „ruhigen Bürger" würden gewiß bald wieder freundliche Gesichter machen, und die Männer der Börse könnten bei gehobenem Handel und Verkehr sich wieder in das Luftschiff der Agiotage setzen. Eine reiche Ernte ist in unserm ackerbauenden Lande großentheils schon eingebracht, Staatsdiener und Arbeiter sind in ihrer Subsistenz gesichert, ein Proletariat, das wir ohnedies nur in seinen Anfängen an vereinzelten Punkten kennen, steht nicht in Aussicht, und da die Republik und die Gewerbefreiheit, welche nach der von vielen Seiten genährten Ueberzeugung unseres Mittelstandes beide gleich gefährlich sein sollen, nicht ins Leben treten, so fürchtet man sich auch nicht mehr vor den Frankfurter Beschlüssen. König Max ist persönlich sehr beliebt, er ist leutselig und politisch; die hiesige Garnison und Einwohnerschaft hat ihn, was ihm als Kronprinz nicht gelang, sehr lieb gewonnen, und wo er erscheint, wird er in einer Weise begrüßt, welche zeigt, daß wir nicht viele fanatische Republikaner besitzen. Unsere Minister sind sehr thätig. Die Ausführung der beschlossenen Gesetze, der Kapital- und Einkommensteuer, die Vorbereitung unserer Kriminalreformen, welche uns an die Stelle des bisherigen Verfahrens binnen weniger Wochen Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichte bringen werden, die Ausarbeitung eines Polizeistrafgesetzbuches, einer neuen Gemeindeverfassung u. A. gibt die Hände voll zu thun. Die Anstellungen in neuerer Zeit haben fast ausschließlich gegen bisherige Gewohnheit nach Ancienität und Qualifikation Statt gefunden und somit Zufriedenheit erregt. Da gegenwärtig die Kammern nicht versammelt sind, so können keine Gesetze gegeben, keine Principienfragen angeregt werden, und Besonnene warten ruhig auf den Landtag, der aus neuer Wahl hervorgehend gegen Ende dieses Jahres zusammentreten wird. Hoffentlich werden in ihm die materiellen Interessen besser vertreten sein, als es durch unsere Parlamentsmitglieder der Fall ist, und der Einfluß der kath. Geistlichkeit bis dorthin auch in Altbaiern gemindert sein. Dafür haben wir auch Aussichten; denn die Ablösung wird Geistliche und Landeigenthümer mit-

unter auf einem Punkte, dem nervus rerum, so einander entgegensetzen, daß der kindliche Gehorsam dem pekuniären Interesse weicht, und in den Städten sind es nicht nur die knix pax und criminal-conversations mancher Geistlichen, die von der Tagespresse ausgebreitet das Ansehen mindern, sondern namentlich auch wieder eine auf einem Dorfe Statt gehabte Erscheinung der Mutter Gottes — angeblich durch die Pfarrköchin repräsentirt — welche vielfach erörtert, von dem höheren Klerus aber nicht bestätiget und nicht widersprochen, sondern wie es scheint als offene Frage dem respektiven Aberglauben zur gefälligen Verarbeitung überlassen wird. Klubs und Volksversammlungen sind nicht mehr als bestehend zu betrachten, erstere weil sie nie lebendig waren, letztere weil sie an der Schwäche ihrer Leiter und dem Mangel nährender Theilnahme seitig verstarben. Die Presse ist viel schneller, als man nach so langem Druck und bei ihrer völligen Freiheit in so bewegter Zeit hätte erwarten sollen, wieder ruhig geworden. Schmutziges Geklatsch ist jetzt bereits ziemlich abgenützt, und es wäre nur zu wünschen, daß die ernstlichen aber gemessenen Bestrebungen um wirkliche „Freiheit und Gesetzlichkeit", wie wie sie namentlich im Nürnberger Courier und in der deutschen konstitutionellen Z. häufig finden, mehr Nachhall im Mittelstande fänden. Die Versprechungen der Märztage sind bei Weitem noch nicht alle erfüllt; für die Association, Volksbewaffnung und Gleichberechtigung aller Kulte haben wir keine gesetzliche Garantie; und haben sie die jetzigen Minister nicht geben können oder wollen, gleichviel, jedenfalls darf man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß sie von einem nachfolgenden Ministerium aus freien Stücken geboten werden. Wohl mag in diesen Punkten Manches von Frankfurt aus angeordnet werden; noch sehen wir aber nicht klar, wie es mit Anordnungen von dieser Seite principiell und konsequent für alle Folge bei uns gehalten werden wird. Darüber ein ander Mal.

Würtemberg ♂ Stuttgart, 30. Juli. Die fremden Großmächte, welche natürlich die deutschen Regierungen nicht verhindern können, ihre abgesonderte Repräsentation im Auslande zurückzuziehen und dafür den Legationen der deutschen Centralgewalt Raum zu geben, scheinen die Wirkungen einer solchen Maßregel durch eine ausgezeichnete diplomatische Höflichkeit, wenigstens theilweise, neutralisiren zu wollen. So wird, wie man in wohlunterrichteten Kreisen vernimmt, der englische Gesandte am hiesigen Hof auf seinem Posten verbleiben, auch wenn Würtemberg den seinigen von London abberuft, und Sir Alexander Malet soll bereits von Lord Palmerston darüber instruirt worden sein. Daß, bei den nahen Familienverhältnissen zwischen der königlichen Familie und der kaiserlich-russischen, auch der russische Gesandte, Fürst Gortschakof, in gleicher Eigenschaft, wie bisher, verbleiben wird, wenn gleich die würtembergische Gesandtschaft in Petersburg aufgehoben wird, schient gleichfalls außer Zweifel. Der französische Gesandte hat vorerst „offiziös" den Verkehr mit der würtembergischen Regierung wieder eröffnet, und es steht zu erwarten, daß der alte würdige Diplomat, welcher seit einer Reihe von Jahren Frankreich hier vertritt, und der in allen Kreisen geachtet ist, auch ferner als Gesandter der Republik hier verweilen wird, obwohl unser diesseitiger Gesandter in Paris abtritt und keinen Nachfolger erhält. Die vielen Ernennungen französischer Gesandten an deutsche Höfe, welche in neuerer Zeit erfolgten, beweisen, daß die drei auswärtigen Großmächte in dieser Sache, wenn auch nicht übereinstimmend, so doch nach gleichen Ideen handeln. Das wäre nun eine bedeutende Abweichung von allem bisherigen diplomatischen Gebrauch und Herkommen, gegen welche aber Nichts zu thun sein wird, da sie nur eine ungewöhnliche Höflichkeit gegen die Person deutscher Fürsten vorstellt, und jeder etwa dagegen — im Eifer für die alleinige Centralgewalt — unternommene Schritt als eine direkte völkerrechtliche Beleidigung der betreffenden Großmächte erscheinen würde. Jedenfalls aber verdient die Sache Beachtung und lehrt Vorsicht nach allen Richtungen. — Die Gerüchte von einer beabsichtigten Abdankung des Königs finden hier noch wenig Glauben und wurden nur durch die Kunde von dem tiefen Ergriffensein der königlichen Familie bei der Abreise S. Maj. noch Meran im Augenblick befestigt. Was von Gerüchten über ein Zerwürfniß zwischen dem König und seinen Ministern circulirt, ist durchaus unbegründet. — Die von dem Reichsministerium für das Heerwesen vorgeschriebene militärische Feier zur Anerkennung des Reichsverwesers wird bei uns, nach aller Vorschrift, Statt finden. Seltsam erscheint Manchen das vom Reichsministeriums wegen dabei kommandirte dreimalige „Hoch", und man fragt, ob das vorgeschriebene dreimolige „Hoch" förmlich kommandirt, oder ob es von dem freien Antriebe der Armee erwartet werden wird. Im ersteren Falle wäre es eine eigenthümliche Bereicherung des Exercierreglements, im zweiten wäre zu überlegen, was dann die Folge sein würde, wenn zufällig die Soldaten aller, mehrerer oder Eines Regiments oder Bataillons sich nicht gedrungen fühlten, „Hoch" zu rufen, oder doch nur Ein oder zwei Mole, statt der vorgeschriebenen drei Male. Die Sache ist so scherzhaft nicht, wie sie aussieht, und wo das dreimalige „Hoch", welches zwischen einer Huldigung und einem Fahneneide mitten inne stehen soll, bei dieser Gelegenheit eine sehr tief greifende Bedeutung haben soll, so will Vielen bedünken, es sei ein ungeschickter Mittelweg beliebt worden. — Endlich habe ich noch eine Nachricht anzufügen, welche weit über Würtemberg hinaus Interesse erregen wird, obwohl sie nur einen Civilrechtsstreit betrifft. Dem Vernehmen nach ist der berühmte Rechtsstreit des hiesigen „Proceßvereins" gegen die Direktion der Stuttgarter Allgemeinen Rentenanstalt nunmehr, wenigstens im Principe, von dem Königl. Obertribunal (höchste Instanz) gegen die genannte Direktion dahin entschieden worden, daß dieselbe zum Schadenersatz gegen die klagenden Aktionäre der Anstalt verurtheilt ist, somit anerkannt wurde, daß die vielbesprochene „Wahrscheinlichkeitsberechnung" auf falscher Grundlage beruhe. Nur über die Größe der Entschädigung und Rückzahlung soll noch ein Gutachten von Sachverständigen eingeholt werden. Da nun die Summe der bei dieser Anstalt angelegten Kapitalien über zwei Millionen beträgt, so wird sie so wenig in ihrem jetzigen Bestande fortbestehen können, als die Direktoren derselben im Stande sind, aus ihrem Vermögen alle nunmehr nachfolgenden Kläger, deren Zahl Legion sein wird, zu befriedigen. Damit sie wieder eine Illusion der „alten Zeit". Wenn nun gleich das „Dotationskapital" der Stuttgarter Rentenanstalt sehr sicher angelegt ist, so dürfte es doch in jetziger Zeit fast unmöglich sein, diese Unsumme von Hunderttausenden, welche auf Hypotheken ausgeliehen sind, in baares Geld zu verwandeln, und sogleich alle Aktionäre zu befriedigen. Diese höchste richterliche Entscheidung dürfte nicht ohne Nachwirkung auf die ähnlichen oder gleichartigen Rentenanstalten in Oesterreich, Baden u. s. w. bleiben.

♂ Frankfurt, 2. Aug. Es bleibt mir nur Weniges übrig, aus der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung nachzutragen. Der §. 6 der Grundrechte, welcher zur Berathung aufgesetzt war, lautet:

> Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht Statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich.

Der Präsident verlas vor der Eröffnung der Berathung eine große Anzahl der Amendements, welche ihm eingereicht worden waren. Es muß doch eine schöne Sache, eine Freude auf dem Sterbebette sein, ein Amendement in der deutschen konstituirenden Nationalversammlung gemacht zu haben, sonst würden sich gewiß nicht so viele abmühen, ihre Geisteskinder dem sichern Opfertode zuzuführen. Ahrens wünscht, daß der erste Satz ohne Diskussion angenommen werde, was er sehr gründlich und allseitig ausführt, ausserdem aber, daß alle Civilorden aufgehoben werden. Moritz Mohl geht sogleich auf den Hauptpunkt, den Adel, oder vielmehr auf das, was von dem Adel allein noch übrig bleibt, die Namensbezeichnung und den Titel, los. Er hält das Wörtlein „von" für eine schwere Beleidigung der Nation, beweist, was übrigens Niemand bestreitet, daß der Adel nicht aus besserem Stoffe gebildet sei, als andere Leute, redet viel von Menschenracen, von den Vorzügen des Bürgerstandes und der Schädlichkeit des Adels, sodann von dem ersten Anspruch des Menschen, daß jeder nur nach seinem Verdienste eine Stellung einnehmen soll, wobei er jedoch nicht an die Söhne reicher Eltern gedacht zu haben scheint. Auch von den adeligen Kamaellas an den Höfen läßt er Etwas fallen, was aber von seinen Nachfolgern viel kräftiger hervorgehoben und ausgemahlt wird. Ein gemäßigterer Gegner des Adels ist Kierulff aus Rostock. In Mecklenburg bestehe eine Feindschaft zwischen dem Adel und dem Bürgerstande, welche durch alle Verhältnisse hindurch ziehe. Daran sei jedoch nicht der Adel an sich, sondern das Zerrbild desselben, das Junkerthum, Schuld, und nur gegen dieses spreche er. Er will den Adel nicht abschaffen, was er für erfolglos und zu unnützigen Verwickelungen führend hält, sondern nur keine neue Adelstheilungen mehr und eine bestimmtere Fassung des §. Arndt spricht sich mit großem gemüthlichen Eifer für die Beibehaltung der adeligen Familiennamen, Titel und Zeichen aus. Das Recht der Familienerinnerung dürfe Niemand geschmälert werden, wo es einem Andern nicht zum Schaden gereiche. Hier nimmt er Gelegenheit sich ausführlich über die Gleichmacherei, das demagogische Getreibe und die Popularitätshascherei auszusprechen, und stellt diesem das Wesen des echten Republikanismus gegenüber. Mareck hält hierauf eine sehr eintönige Vertheidigungsrede gegen den Adel, spricht von Unkraut, von Mißtrauen, von dem unglücklichen Volk u. schließt mit Freiheit und Gleichheit, was einen ziemlichen Klatsch hervorruft. Hartmann setzt dasselbe Thema mit kaum merklichen Variationen fort u. schließt mit einem Gleichniß, in welchem ein verrosteter Schild und die Sonne mit einander reden. Rösler aus Oels fordert die

Aufhebung des Adels im Namen der Gerechtigkeit, welche man dem deutschen Volke schuldig sei, denn der Adel müsse abgeschafft werden, weil viele Adelige Speichellecker der Fürsten seien, weil Metternich, Münch-Bellinghausen und Andere adelig gewesen seien, weil der Adel hoffähig sei und die Bürger nicht. Ferner müsse man ihn abschaffen, weil er sonst immer eine Kamarilla an den Höfen bilde. Der Redner scheint nämlich anzunehmen, man dürfe nur das Wörtchen „von" wegstreichen, dann hätten die Leute plötzlich Alles vergessen und seien andere Menschen. Für das deutsche Volk gebe es kein liederes Geschenk, als wenn man das Wörtchen „von" abschaffe, und die Nationalversammlung solle sich hüten, daß man ihr nicht anderwärts zuvorkomme, und etwa die Bauern sagen: wir haben jetzt schon mehr, als man uns von Deutschland aus geben kann. Neuwall macht die alten Standesunterschiedr und Titulaturen lächerlich und Jakob Grimm greift das „Von" wie der Grammatik an. Schneider aus Wien hält eine lange Wiener Barrikadenrede gegen den Adel, in welcher er besonders hervorhebt, daß in Oesterreich Alles den Adel abgeschafft wissen wolle, jetzt nämlich; wie es aber in drei Wochen in Oesterreich sein wird, weiß weder der Redner, noch sonst irgend Jemand in der Welt. Gegen die Aufhebung des Adels sprachen außer den bereits genannten noch mehrere Redner, theilweise für eine veränderte Fassung des Ausschußantrages, doch im Sinne desselben, z. B. Briegleb, welcher eine bestimmtere Redaktion beantragte. Am ausführlichsten sprach in dieser Richtung der letzte Redner, Michelsen aus Jena, welcher den Einwendungen der Gegner der Reihe nach begegnete; das meiste Interesse aber zog die Rede Lichnowskys auf sich, schon wegen der persönlichen Stellung des Sprechers. Er sagte ausdrücklich, er ergreife das Wort, weil er zum Adel gehöre, und halte eine Rede pro domo im strengsten Sinne des Wortes, wozu er das Recht so gut, wie jeder Andere habe. Man habe, was von Rechten an dem Adel haftete, Stück für Stück weggenommen, und was davon übrig geblieben sei, das sei ein solches stabile beneficium, daß Jeder, der das Herz am rechten Flecke habe, es sehr gerne hingebe. Wenn man aber auch die Namen nehmen wolle, so begreife er nicht, was man damit eigentlich wolle, man müßte den Adeligen statt ihrer bisherigen Namen etwa Nummern geben wollen. Wenn man aber meine, man habe damit Etwas gewonnen, wenn man Zeichen und Titel ohne den Namen nehme, so irre man sich. Der Adel sei damit keineswegs abgeschafft, er bleibe und bestehe fort durch die Namen, wie das der Erfolg der französischen Revolution gezeigt habe. Nur dränge man dadurch den Adel selbst auf eine entgegengesetzte Seite hin. Zugleich müsse er darauf aufmerksam machen, daß, wenn man gar keinen Unterschied mehr gelten lassen wolle, selbst nicht in der Bezeichnung der Namen, so werde man sich das Mediatisiren mehrerer kleinen Fürsten, was so wünschenswerth sei, sehr erschweren. — Die Diskussion über diesen Gegenstand wurde gestern geschlossen, die Abstimmung aber auf heute festgesetzt.

In der heutigen Sitzung wurden mehrere Verbesserungsvorträge zu dem Satze: „die Wehrpflicht ist für Alle gleich" gestellt. Insbesondere wurde der Zusatz: „Stellvertretung findet nicht Statt", vielfach unterstützt. Teichert macht dabei auf sich von selbst verstehende Ausnahmen aufmerksam; z. E. für Geistliche im Amte. v. Stavenhagen spricht sich zwar entschieden dafür aus, daß die Stellvertretung nicht zugelassen werde, glaubt aber, daß das nicht in die Grundrechte gehöre. Mittermaier besteht dagegen auf der Annahme dieses Zusatzes, weil sonst der Satz: „die Wehrpflicht ist für Alle gleich" unvollständig wäre. Erst wenn die Stellvertretung nicht mehr Statt finde, werde der Arme nicht mehr mit Neid und Unwille seiner Wehrpflicht genügen. Die Aufhebung der Stellvertretung werde von den besten Folgen, sowohl für die Ehrenhaftigkeit des Militärs, als für die Veredlichung des Volkes überhaupt sein. Hierauf wurde die Diskussion über den §. 6. für geschlossen erklärt und der Berichterstatter Beseler erhielt noch das Wort zur Vertheidigung der Kommissionsanträge. Gegen die Anwendung, daß die Fassung des ersten Satzes zu weit sei, indem man die besondere Stellung der Fürsten, die besondere Verantwortlichkeit der Minister und dergl. nicht darunter fassen könne, bemerkt er, daß jeder Satz seine Beschränkung in dem Rechtssysteme finde, dem er angehöre. Sehr ausführlich und bestimmt behandelt er die Adelsfrage. Er zeigt genau, um Was es sich handle, und wie in der gestrigen Diskussion Alles untereinander geworfen worden sei. Er unterschied die Klassen des höhern und niedern Adels, und welche Vorrechte denselben zugekommen seien. Alle diese Vorrechte wolle man aufheben; man thue das in dem Vertrauen, daß der Adel auch diese großen Opfer bereitwillig dem Vaterlande bringen werde. Damit sei die rechtliche Bedeutung des Adels aufgehoben. Etwas Anderes sei die soziale Bedeutung des Adels, welche auf der Familienbezeichnung beruhe; diese aufzuheben, sei schlechthin kein Grund vorhanden, weil Niemand dadurch beeinträchtigt werde. Viele glauben auch in dieser Beziehung gegen den Adel stimmen zu müssen, weil sie fürchten, ihre Popularität zu verlieren, wenn sie es nicht thun. Allein die Popularität könne keinen Maßstab für den Abgeordneten bei seiner Abstimmung abgeben, sondern allein die Erwägung, ob es gerecht und weise sei, wofür er sich erkläre. Es sei aber nirgends ein hinreichender Grund, eine große und einflußreiche Klasse des Volkes und insbesondere des Militärs so tief zu verletzen, am wenigsten im gegenwärtigen Augenblicke, in welchem eine so mächtige Reaktion gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung sich zu bilden drohe. Der Berichterstatter legt auf diese Abstimmung einen ganz besondern Werth, weil darin, wie er glaubt, sich entscheiden müsse, ob die Versammlung ihr Ziel auf dem Weg der Reform oder der Revolution zu verfolgen gedenke.

Nach einer kurzen Diskussion über die Fragestellung und die Priorität der Anträge wird der §. 6 in folgender Fassung angenommen:

Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht Statt.

Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nicht wieder eingeführt werden.

Das Waffenrecht und die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei letzterer findet nicht Statt.

Der letzte Satz wurde mit geringer Majorität angenommen, und zwar scheinen manche Mitglieder bei der Abstimmung das unbedingte allgemeine Waffenrecht dabei übersehen zu haben.

Eine Reihe von Aenderungsanträgen wurde verworfen. Der wichtigste derselben, um den sich eigentlich der ganze Streit drehte, war der Minoritätsantrag auf gänzliche Abschaffung des Adels. Es wurde mit Namensaufruf darüber abgestimmt, und das Ergebniß war, daß 282 Stimmen gegen, und 167 St. für den Antrag fielen. Man sieht daraus, daß eine größere Anzahl von Mitgliedern die Popularitätsangst überwunden hat, als man zuvor glaubte; denn man hatte die Frage für schwankend gehalten. Ein kleiner Theil der adeligen Deputirten stimmte mit der Minorität, also für die Abschaffung des Adels, Einige enthielten sich der Abstimmung. Wenn sämmtliche adeliche Abgeordnete sich der Abstimmung enthalten hätten, so würde immerhin noch eine Mehrheit von ungefähr 60 Stimmen gegen den Antrag sich herausgestellt haben. Sehr viele Abgeordnete waren bei der Abstimmung nicht zugegen. — Mit schwacher Mehrheit wurde der Grimm'sche Antrag verworfen, daß in Zukunft keine Adelsverleihungen mehr stattfinden sollen. — Für den Antrag, daß Jedermann eine adelige Bezeichnung vor seinen Namen setzen könne, stimmte die Linke, was große Heiterkeit erregte. — Die Abschaffung der Orden überhaupt, wurde mit großer, die der Civilorden mit sehr geringer Mehrheit verworfen. — Die radikal-demokratische Partei hat nun wieder Stoff zu Proklamationen an die Arbeiter, welch: jetzt offenbar dadurch ruinirt sind, daß einige Leute noch ein „v". vor ihren Namen setzen dürfen; doch hält man es nicht mehr für der Mühe werth, auf dieses Getriebe zu achten, seitdem ein viel drohenderes Gespenst von der entgegengesetzten Seite aufsteigt.

N. S. So eben kömmt die Nachricht, daß der Reichsverweser morgen Abend hier eintreffen werde.

Schweiz.

Der „Eidgenosse von Luzern" vom 2t. Juli meldet: Letzten Samstag Abends passirten zwei Abgeordnete von Mailand hier durch, ein Hr. Casati und ein Hr. Carcano, um, wie sie auf hiesigem Postamte erklärten, die franz. Regierung um bewaffnete Intervention (nach Mailänder Handlungsbriefen, die in Zürich eingegangen, bloß um Mediation) anzugehen. Das gleiche Blatt sagt: In Luzern hat sich durch Reisende, die von Mailand kamen, das Gerücht verbreitet, Karl Albert habe, im Einverständniß mit Radetzki, bei dem letzten Kampfe die Sache der Italiener verrathen und den österreichischen Waffen allen möglichen Vorschub geleistet. Der bekannte Trost nach erlittener Niederlage! (Basl. Z.)

Großbritannien.

London, 30. Juli. Das Morning-Chronicle enthält nachstehende Bemerkungen und Mittheilungen: „General Pfuels Sendung nach Petersburg ist mit Erfolg gekrönt worden. Er bringt die Zusicherung, daß Seitens des Kaisers Nikolaus nicht die geringste Absicht vorhanden ist, sich in die Angelegenheiten Preußens zu mischen, daß Rußland dagegen wünscht, zu einer billigen Ausgleichung der dänischen Frage beizutragen, was in seinen Kräften steht. Diese

Digitized by Google

Versicherungen waren, wie man wohl sagen darf, sehr überflüssig (!). Rußland hat stets gezeigt, daß seine Politik Deutschland gegenüber im eigentlichsten Sinne konservativ und defensiv ist, und daß es keinen mit Gerechtigkeit und Vernunft verträglichen Versuch unterlassen hat, die zwischen den kriegführenden Parteien bestehenden Gehässigkeiten auf ein billigeres Maß zurückzuführen. Das selbsterwählte Vorparlament und der sich der Fünfzig-Männer-Ausschuß nennende Greuel fanden es für passend, Deutschland in einen ungerechten und verderblichen Krieg zu stürzen. Preußen, Hannover u. s. w. fanden es ihrerseits für angemessen, sich den Vorschriften dieser regelwidrigen Diktatoren zu fügen, und gegenwärtig beschließt ein preußischer General, seinen eignen Kopf aufzusetzen und die Befehle seiner Regierung nicht zu vollziehen; hieraus folgt aber noch nicht, daß Rußland oder England sich zu gezwungenen Mitschuldigen bei der Unterdrückung einer freundnachbarlichen und übel behandelten Regierung werden hergeben wollen. Süd- und Mitteldeutschland mögen gleichgiltig bleiben gegen die Interessen ihrer Landsleute im Norden und ihre Eifersüchteleien mit den pausbackigen Erklärungen der „deutschen Ehre" beschönigen, aber Rußland und England, zu Vermittlern gewählt, sind praktische Nationen und werden nicht nur den gegenwärtigen materiellen Interessen, sondern auch etwaigen zukünftigen Vorkommnissen Rechnung tragen." (Wir wollen uns in eine Betrachtung über die fast auffallend innige Verbrüderung und gegenseitige Bewunderung zweier so gänzlich verschiedenartiger Staaten, wie Rußland und England, nicht zu tief einlassen, und nur nebenbei bemerken, daß der Ausdruck „praktische russische Nation" ungeeignet erscheint an einer Stelle, wo höchstens von einem praktischen Herrscher und einer praktischen Politik Rußlands die Rede sein kann; aber wohl mag es geeignet sein, darauf ausdrücklich aufmerksam zu machen, mit welchem Eifer die englischen Zeitungen bemüht sind, Hader und Streit, Eifersucht und Mißtrauen zwischen Preußen und Deutschland zu säen, wie sie mit mehr als warmen Worten den preußischen König, die preußische Regierung, das preußische Volk daran mahnen, was Preußen noch vor Kurzem gewesen, welche Rolle es im Staatsrath der Mächte gespielt, welches entscheidende Gewicht es seit Friedrich dem Großen in die Wagschale der weltgeschichtlichen Dinge geworfen habe; ob es jetzt tanzen wolle, wie ihm die möglicherweise dereinst dem Radikalismus zufallende Reichsversammlung pfeife? Ob sich König und Land freiwillig dazu verstehen wollten, jener, ein Vasall Oesterreichs, dieses, eine bloße Provinz Deutschlands zu werden? Ob man sich in Berlin gefallen lassen wolle, daß General Wrangel erkläre, der Oberbefehl des Reichsverwesers konterbalancire den Unterbefehl seines eigentlichen Herrn, des Königs von Preußen? Es scheint in der That, als leihe man dergleichen falschgemeinten Vorstellungen in Berlin ein nur zu williges Ohr, und während man glauben durfte, die deutsche Einheit werde noch ganz andere härtere Prüfungen überstehen, scheint sie bereits an der Vorschrift des Reichskriegsministers für den 6. August bis zu einem gewissen Grade zu scheitern, und nicht bloß in Berlin, sondern auch in Hannover und muthmaßlich in Braunschweig und Mecklenburg. Aus allen Winkeln Altpreußens werden Stimmen laut, man solle sich lossagen von dem einigen Deutschland und der Centralgewalt, ja es sind einzelne Rufe laut geworden, „ob es nicht am Besten sei, mit Hilfe von 500,000 Bajonetten Deutschland in Preußen, statt wie die Republikaner und verfressensten Unitarier wollten, Preußen in Deutschland aufgehen zu machen." Dazu, sollte man denken, sei noch Zeit genug, wenn kein anderes Mittel mehr übrig bleibt, wenn der Reichsverweser die Anliegen Deutschlands den Interessen der habsburgisch-lothringischen Hausmacht nachsetzen und die deutsche Einheit für die kroatisch-ungarischen oder italienisch-österreichischen Wirren aufzubrauchen Miene machen sollte, wenn die süddeutschen Fabrikanten unnachsichtlich auf Forderungen bestehen wollten, bei denen vielleicht die schon hart genug geprüften norddeutschen Seestädte zu Grund gehen müßten, oder wenn die Bewohner des westlichen und südwestlichen Quartiers gestatteten, daß ihr schönes deutsches Land eine Beute der Propaganda und der gallischen Nachbarn würde, und in kleine unmächtige Republiken zerfiele, dadurch aber den Beweis lieferten, daß Egoismus, Unverstand und unnationaler Sinn eine aufrichtige deutsche Einheit für immer unmöglich machen; denn allerdings muß die Einheit in den Gemüthern, nicht in den Dekreten sein, oder sie ist keine. Hoffentlich wird aber die Erklärung des Reichsministeriums über den dänischen Krieg, welche Minister Schmerling am 31. Juli in der Reichsversammlung abgab, zum Aerger des Auslands eine innigere Annäherung Preußens an Deutschland bewirken; denn es ist preußische Art, sich oft nur mit wenigen Winken und Worten der Anerkennung und Aufmerksamkeit begnügen und zu edler That anspornen zu lassen; hoffentlich wird es aber auch andererseits einer im Westen und Südwesten Deutschlands rührigen Partei nicht gelingen, diese Aufwallungen preußischer Empfindlichkeit — und bloße Aufwallungen sind überall schlechte Faktoren und Kriterien geschichtlicher Dinge — zur Hervorbringung eines tiefen und unheilbaren Bruches zu benutzen. Preußen übrigens möge bedenken, daß es mit der Loreißung von Deutschland auch dem Loose einer furchtbaren Reaktion und Versteinerung verfallen sein würde. Bereits beginnt man, die Märzrevolution öffentlich und ungescheut zu höhnen, und obschon Jedermann sich denken mag, daß genug unedle Elemente, namentlich bei ihrer Entstehung, thätig waren, so gehört doch schon viel dazu, wenn man dieselben gefallenen Barrikadenkämpfer, die in den Todtenlisten zum größten Theil mit Stand und Namen aufgeführt sind, deren Häupter man mit grünen Zweigen kränzte, deren Erinnerung man anfangs mit einer Glorie umgab und um die Berlin wie um die Märtyrer seiner Freiheit trauerte, jetzt bereits öffentlich und ungescheut in eine Klasse mit Missethätern und Sträflingen zusammenwirft. Hat der eigentliche Berliner Bürgerstand auch nur in sehr geringer Anzahl und in geringem Maße sich handelnd bei der Revolution betheiligt, so doch in um so höherem Grade durch Geschehenlassen, Ermuntern, Sympathisiren, Billigen. Ist auch ein Ueberwiegen des ächten Adels wie zur Zeit der Stein und Gneisenau in Preußen, wie in England unter den gerecht und mäßig waltenden Whigs noch jetzt, wenig zu fürchten, so ist für Preußen doch um so mehr die Wiederkehr der Herrschaft steifer Bureaukraten, die nur noch aus Tabellen bestehen, hochmüthiger Krautjunker, wespenleibiger Sekondelieutenants und glacebehandschuhter Gecken mit ihrem stehenden menschenverächtlichen Kunstlächeln zu fürchten. Ist diese Herrschaft auch auf die Dauer unwahrscheinlich, so ist sie doch für eine vorübergehende Zeit nicht unmöglich; sie würde früher oder später zu einer zweiten Revolution führen, die nicht nur den Umsturz, sondern auch die jetzt so sehr gefürchtete Auflösung des mehr als man denkt demokratisirten preußischen Staats zur Folge haben würde.)

Frankreich.

Paris, 31. Juli. Die Nachrichten aus Italien machen fortwährend tiefen Eindruck; Lucian Murat, Sohn des Königs Joachim von Neapel, ist gestern mit einer wichtigen Mission der Regierung nach Italien abgegangen. Der Moniteur de l'Armée zeigt an, daß Befehl ertheilt worden ist, die Alpenarmee um eine Infanteriedivision zu verstärken. Lamartine's Bien public will sogar schon wissen, daß General Oudinot von der Regierung den Auftrag erhalten habe, mit der Alpenarmee in Italien einzurücken. Gestern (Sonntag) herrschte die größte Thätigkeit im Kriegsministerium, und die Telegraphen auf den Linien von Lyon und Toulon waren den ganzen Tag in Bewegung. Man versichert, daß sich die Nationalversammlung vom 25. August bis zum 25. September vertagen wird, da in dieser Zeit die Sitzungen der Departementsräthe Statt finden. Nur das Bureau und ein Ausschuß sollen in Paris zurück und dem Chef der Exekutivgewalt zur Seite bleiben. Die Verfassung wird somit erst nach dem Wiederzusammentritte verhandelt werden.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung fanden unter sehr großem Andrang von Neugierigen die Interpellationen Mauguins Statt. Zuerst bestieg Bastide, der Minister des Auswärtigen, die Tribune und erklärte, er habe über die auswärtigen Angelegenheiten zahlreiche Konferenzen im Komité der auswärtigen Angelegenheiten gehabt, und die Folge sei gewesen, daß einzelne Details, noch dazu entstellt, den Weg in die Journale gefunden und in Europa einen ungünstigen Eindruck gemacht hätten. Habe dies in einem Komité Statt gefunden, so sei der Uebelstand bei einer öffentlichen Diskussion noch größer. Das Kabinet halte es aber für nöthig, jetzt zu schweigen. Bündnisse seien auf dem Wege geschlossen zu werden; andere Nationen befänden sich in gefährlichen Krisen, die erst über ihre auswärtige Politik entscheiden würden, und ein einziges unvorsichtiges Wort könne viel verderben, könne einen europäischen Krieg herbeiführen. Das Kabinet weigere sich daher zu antworten, — es könne nur versichern, daß es die Ehre und die Interessen Frankreichs stets im Auge habe. Jedenfalls könne er sagen, daß Italien wisse, Frankreich wolle seine Selbstständigkeit, wolle, daß es sie durch sich selbst erlange, sei aber im Nothfalle zur Hülfe, ohne Egoismus und ohne Hintergedanken, bereit. Deutschland wisse, daß Frankreich mit Freude den Fortschritt und die Einigung Deutschlands begrüße und der Redner hofft, daß es Niemanden gelingen werde, diese edelmüthigen Bestrebungen zu einem Kriege Deutschlands gegen Frankreich auszubeuten. Die andern Völker wüßten, daß Frankreich keine Einmischung in seine Angelegenheiten dulde, sich aber auch nicht in fremde mische. Die Lage sei günstig, Frankreich mit allen Mächten in Frieden; er wolle nicht sagen, daß

Digitized by Google

man Frankreich fürchte, aber man achte es und es werde die Zeit kommen, wo man diese Achtung durch Freundschaftsbündnisse bethätigen werde. Wenn aber diese Zeit gekommen sei, dann werde das Kabinet sprechen und der Versammlung wie dem Lande die ganze Sachlage vorlegen. — Mauguin ist unzufrieden über das Schweigen des Kabinets und ergeht sich in einer sehr weitschweifigen Rede, wie er sie seit achtzehn Jahren mehr als einmal gehalten hat. Er läßt alle Staaten die Revue passiren, erprobt an jedem einzelnen seine souveräne staatsmännische Weisheit und kommt schließlich zu dem Resultate, daß Frankreich eigentlich gar keine auswärtige Politik habe. Dies belegt er namentlich durch den empfindlichen Vorwurf, Lamartine habe der Welt die Friedenspolitik verkündigt und gleichzeitig die Freischaareneinfälle in Belgien, am Rhein und in Savoyen geduldet. Von der Freundschaft mit Deutschland ist der Redner nicht sehr erbaut; er sieht in Frankfurt die österreichische Politik am Ruder und sogar den Einfluß Preußens durch Oesterreich verdrängt, er fürchtet von Deutschland Eroberungsgelüste weil es, unter Eingebung des englischen Einflusses, Triest für deutsch erklärt habe!! Uebrigens hat der gelehrte Redner eine richtige Witterung davor, daß ein Einfall Frankreichs in Italien von deutscher Seite nicht so gutmüthig werde hingenommen werden. — Unter tiefer Stille nimmt General Cavaignac das Wort. Er bestreitet das Recht nicht, Interpellationen anzukündigen, aber es stehe der Regierung frei, darauf zu antworten. Er schließt sich im Ganzen dem an, was Bastide über das Bedenkliche solcher Interpellationen geäußert hatte, weist aber auch zugleich mehrere Vorwürfe Mauguin's, namentlich die Verdächtigung einzelner Agenten der Republik entschieden zurück. Mauguin ist mit seiner Antwort nicht glücklich; das Ganze endet mit einer für den Redner peinlichen Scene, nachdem die Regierung alle seine Angriffe und Entschuldigungen abgewiesen und die Kammer durch die Tagesordnung es bestätigt hatte.

Italien.

Graf Radetzky hat aus seinem Hauptquartier Valleggio am 28. Juli: nachstehendes Bulletin an den Kaiser gerichtet: "Das zweite Korps unter dem Befehl des Feldmarschall-Lieutenants Baron D'Aspre hat am 26 Abends und am 27 früh bei Volta zwei hartnäckige, aber glänzende und siegreiche Gefechte bestanden, während welcher ich das erste Korps nebst dem Reservekorps hinter selbem konzentriren ließ, um sie zur Unterstützung des zweiten Korps zu verwenden. Allein dies waren die letzten Gefechte, welche, so blutig sie gewesen, von der Arrieregarde des Feindes bloß unternommen wurden, um sich der Höhen von Volta zu bemächtigen und dadurch den Rückzug des Gros der Armee zu decken. Feldmarschall-Lieutenant Baron D'Aspre und die Generale des zweiten Armeekorps, sowie die Offiziere und Mannschaft desselben, gleich jenen der Kavalleriedivision Fürst Taxis haben sich mit Ruhm bedeckt, und ich habe mich Mittags persönlich überzeugt, daß der Feind nun im vollen Rückzug nach Kremona begriffen ist. Radetzky, m. p. Feldmarschall."

* S. Rocco, 26. Juli. Nachdem wir am 23—24. d. die stark verschanzte Stellung von Somma Campagna and Sona erstürmt, den Mincio überschritten, Ponet, Monzambano genommen und durch diese Erfolge den ganzen linken Flügel der feindlichen Stellung von Somma Campagna bis Rivoli frei gemacht hatten, rückte gestern (25) Karl Albert mit seiner ganzen Armee gegen unsere linke Flanke und unsern Rücken heran. Durch ein wirklich kühnes Manöver schob er seine Armee mit der ganzen Artillerie wieder auf die Höhen von Somma Campagna und Custozza, von wo die Kolonnen sich dicht gedrängt gegen uns herabsenkten. Ein hartnäckiger Kampf entspann sich, das Feuer des Feindes wurde von unserer Seite nur wenig erwidert, dafür stießen unsere Truppen, wuthentflammt daß man den Erfolg ihres Muthes wieder in Schwanken setzte, desto kräftiger mit dem Bajonett darein. Die Höhen wurden — obgleich mit großem Verluste von unserer Seite — zum zweiten Male erstürmt und die Schaaren des Sardenkönigs mußten nach blutigem Kampfe das Feld räumen. Abends halb sieben Uhr waren wir in Besitz der ganzen feindlichen Linie. Karl Albert scheint die ganze Wichtigkeit des Tages gefühlt zu haben, denn seine Vertheidigung war eine wirklich verzweifelte. Selbst die schönen piemontesischen Garden wurden zu wiederholten Malen ins Feuer geführt, hielten aber ebensowenig wie die andern Truppen unsern Bajonettangriff aus. Valeggio und Villafranca sind von uns besetzt; alle unsere Festungen sind frei. Geschütze, Munitionskarren, Waffen aller Art, viele Gefangene, ein Fourgon mit reichem Silbergeräth, Kriegs- und Mundvorräthe aller Art sind in unsern Händen. In den rührendsten Ausdrücken dankte der Feldmarschall der Armee für ihre ausdauernde Tapferkeit.

* Vicenza, 26. Juli. Das Centrum des Feindes ist gesprengt; der linke Flügel bei Rivoli vernichtet; Karl Albert hat sich in wilder Flucht nach Peschiera und Brescia gezogen. Das ganze rechte Ufer des Gardasees ist vom Feinde gesäubert. — Heute war ich in Lazise am See, und habe bei Pontou, wo ich auf einen Offizier des Thurn'schen Korps stieg, die Kommunikation wieder hergestellt. — Wir stehen bei Kastelnuovo und überschreiten morgen den Mincio. Das erste Korps und die Reserve haben ihn bereits passirt. Ponti ist besetzt; in der Lombardei stehen nur 4 Brigaden. Unser Verlust beläuft sich auf 200 Todte und 4 Offiziere. Nie sind solche Vortheile mit so geringen Opfern erzielt. Die Brigade Savoyen, die Kerntruppen Karl Alberts standen uns gegenüber und sind theils gefangen, theils zersprengt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[668] **Sechs- und ein halb-prozentige Prioritätsanleihe.**

Anmeldungen zur Betheiligung an einer Sechs- und ein halb Prozent jährlichen Zins ertragende und vollkommene Sicherheit gewährende Prioritätsanleihe von zweimal hundert tausend Thalar, welche kraft des Beschlusses der am 7. Juni abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre auf unsere Neuhauser Werke und Zubehör aufgenommen ist, sind an die Unterzeichneten zu richten. Das Unterpfand hat einen Kostwerth von Co. 1 Million Gulden. Der Zweck dieser Anleihe ist zunächst: dem Betrieb der sowohl für die Fabrikation von Schienen, als auch für alle Sorten von Stehnisen eingerichteten Werke eine vortheilhafte Ausdehnung zu geben. — Die Partialobligationen sollen, damit sie für grössere und kleinere Anmeldungen passen, zu 100 Thlr. — 400 Thlr. und 1000 Thlr. Ct. ausgefertigt und mit Coupons auf 20 Jahre versehen werden. Innerhalb dieser Zeit wird auch die Rückzahlung erfolgen. — Die Partialobligationen werden, nach dem Willen der Darleiher, auf den Inhaber, oder auf Namen ausgestellt und eingetragen, und ist solches bei den Anmeldungen zu bemerken. — Die Einzahlungen der angemeldeten Summen selbst geschieht gegen Aushändigung der Partialobligation direkt bei uns oder durch Vermittelung solider Bankhäuser. — Hildburghausen, Juli 1848.

Die Direktion der deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie:
J. Meyer.

Rheinische Dampfschifffahrt. **Kölnische Gesellschaft.**

[689]

Tägliche Abfahrt vom 9. Juni an:

Von **Mannheim** nach **Cöln** 6 Uhr Morgens in einem Tag.
" " " **Mainz** 7 Uhr Abends im Anschluss an das Boot von Strassburg und 2. Zugs von Schliengen.
" " " **Strassburg** 10 Uhr Abends.

Von **Mainz** nach **Mannheim** 12½ Uhr Mittags und 5 Uhr Abends.
Von **Strassburg** nach **Mannheim — Mainz** 10½ Uhr Morgens.

Nähere Auskunft ertheilt:
Die Agentur.

Mannheim, den 8. Juni 1848.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cramer & Kamp., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder vermittelt sich an G. L. Alexandre à Strasbourg Nr. 20 Grand., Paris Nr. 26 Rue à Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Insertionsgebühren betrag des Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1½. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1½. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 216. **Heidelberg, Freitag 4. August.** **1848.**

Uebersicht.

Die auswärtige Politik auf der Tribune der französischen Nationalversammlung. — Wien (Weigerung des Kaisers zurückzukehren. Adresse der Reichsversammlung an den Kaiser. Adressedeputation. Mißstimmung. Erklärung des Kaisers über seine Rückkehr). **Berlin** (Jungs Schrift gegen Griesheim. Auch hier ein schlagender Gegenbeweis). **Stuttgart** (das Strafverfahren für Preßvergehen. Das Aufgebot der Truppen nach Schleswig. Die Abwesenheit des Königs. Die Bürgerwehr). **Karlsruhe** (ein Theil des 8. Armeekorps nach Schleswig. Meldungen von Freiwilligen). **Vom Rhein** (der Huldigungsbefehl des Reichsministeriums). **Darmstadt** (Truppen nach Schleswig) **Limburg** (Proklamation). **Wiesbaden** (Truppen nach Schleswig). **Readsburg** (das dänische Recht beim Militär abgeschafft). **Oldenburg** (neues Ministerium)? **Bielefeld** (Volksversammlung wegen Trennung von Oldenburg). **Frankfurt** (Reichstagsverhandlungen. Juniewskys Austritt. Urlaubsgesuche. Bericht über die Wahl Heckers. Günstige Nachrichten aus Preußen. „Die Reichsverweserin". Eröffnung der prov. Centralgewalt an die Einzelregierungen. Die Abstimmung in der poln. Frage. Die limburg. Frage. Befehl über Vollziehung des Huldigungsaktes). **Bremen** (Gmidt Bevollmächter bei der Centralgewalt).

Dänemark. Kopenhagen. General Pedersmann Rückzug der Dänen.

Großbritannien. London. Schreiben O'Connells an d. irische Volk. Die Ormiennmänner. Der irische Hecker. Neue Verbote u. Haftbefehle in London, Manchester und Liverpool. Das Fest zu Ehren des Reichsverwesers. Chartistische Aufschneidereien. Der irische Aufstand unterdrückt.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Vertheidigungsrede Proudhons. Verdammungsurtheil der Versammlung. Die Interpellationen wegen der unterdrückten Journale.

Italien. Mailand. Rückzug Karl Alberts. Rückzug hinter den Oglio. Besitzergreifung der Stadt. Die franz. Intervention. Die Kammern in Turin bauten eine Anleihe. Gefecht bei Volta. Waffenstillstand nicht bewilligt. **Neapel.** Beabsichtigtes Bündniß mit Oesterreich.

Ungarn. Pesth. Deputation nach Innsbruck. Nachrichten vom Kriegsschauplatze.

Donaufürstenthümer. Die türkisch-russische Invasionsarmee. Die türkischen Rüstungen.

Beilage. Deutschlands Verhältnisse in Ungarn. — Vom Rhein. Wünsche der ultramontanen Partei. Die Domdaufeier. **Schweiz. Bern.** Die Pläne der deutschen Demokraten. **Niederland.** Die Reformfrage. Schlimmer Zustand der Finanzen. Zehntverweigerungen. **Haag.** Die Finanzlage.

4. August.

Die französische Nationol-Versammlung hat sich in ihrer Montagsitzung mit auswärtiger Politik beschäftigt; Hr. Mauguin, der wortreiche Sprecher in auswärtigen Angelegenheiten, hat das Thema angeregt und in seiner Weise behandelt. Die Regierung hat sich den Vorwurf hören müssen, sie greife nicht thätig genug ein, sie isolire Frankreich; denselben Vorwurf hat aber Hr. Mauguin seit 18 Jahren noch jeder Regierung in Frankreich gemacht und wird ihn auch fortwährend einer jeden machen, die nicht auf die erobernde und propagandistische Staatskunst des Konsulats und Kaiserreichs eingeht. Hr. Mauguin ist der eigentlich privilegirte Redner der bonapartistischen Politik; der unverblümte und praktische Kommentar zu Thiers' Diplomatie und Geschichtsschreibung. Darum hat er auch die seltsame Entdeckung gemacht, daß Deutschland mit Eroberungsgedanken umgehe und die Frankfurter Versammlung unter österreichischem Einflusse stehe; denn dieselbe habe Triest für deutsch erklärt. In demselben Athem, wo er Frankreich zumuthet, sich in fremde Händel zu mischen und in Italien zu interveniren, rechnet er es also den Deutschen als Eroberungsgelüste an, wenn sie erklären, ihr Gebiet schützen zu wollen.

Die Nationalversammlung war nicht so bonapartisch gesinnt; sie hörte seine Rede mit ziemlicher Ungeduld an, aber sie opplaudirte wenigstens einem Grundsatz, den er aussprach, einem Grundsatz, den auch wir, so wie die Sachen liegen mit aller Entschiedenheit adoptiren. „Wenn man die Geschäfte seines Landes besorgen will, sagte Mauguin, so muß man nicht sein Gefühl, sondern sein Interesse befragen". Dieser Ausspruch fand lauten Beifall, nicht weil es ein neues Problem war, das der Redner in die Versammlung warf, sondern weil es das feststehende Princip, die geschichtliche Tradition der französischen Volkspolitik enthielt, weil es das Losungswort war, um das sich in Frankreich alle Parteien schaaren. Die Theorien der Humanität und Bruderliebe sind bis jetzt noch in keiner Politik irgend eines Volkes Fleisch und Blut geworden; sie werden es dann werden, wenn alle Politik überhaupt aufhört, und wenn das egoistische Wesen, das man Mensch nennt, durch den für jetzt noch abstrakten Homunculus unserer Friedensphilosophen völlig überwunden ist. So lange aus diesem egoistischen Stoff Völker und Staaten bestehen, so lange noch Nationalitäten mit ihrer gesonderten Entwicklung, ihrer Physiognomie und Lebensweise sich selbständig erhalten, so lange überhaupt die rührige abendländische Welt mit ihren widerstrebenden Bewegungen und ihren Kämpfen sich vor der moskowitischen Ruhe der Erstarrung, schützen so lange die Völkerindividuen Europos zu viel Lebenskraft und Eigenthümlichkeit bewahren, als daß man sie in einen großen Völker- und Menschenbrei zusammenschlagen könnte, so lange wird auch Hr. Mauguin's Wort seine Geltung behaupten: wenn man Politik machen will, muß man seine Interessen, nicht seine Gefühle befragen.

Verlieren wir diesen Wahlspruch ja nicht aus den Augen; er wird in allen verwickelten Fragen der großen Politik für die Franzosen schließlich das entscheidende Moment sein. Es wäre das erste Mal nicht, daß sie die officiellen Principien der Republik „verhüllten und vertagten", eben weil sie mit Rom sagten: salus reipublicae summa lex esto, weil sie als endgiltige Instanz das Interesse und nicht die Gefühle befragten. Es gibt Leute unter uns in Deutschland, die uns das mit aller Gewalt wegstreiten möchten, in deren Augen der französische Saulus der Eroberungs- und Kriegslust am 24. Februar seinen Tag von Damaskus gefunden hat und so recht eigentlich zum Paulus des Völkerfriedens und der Bruderliebe geworden ist. Die Zeit der Wunder ist vorüber; die Bekehrung erfolgte zu rasch, als daß sie so durchgreifend und gründlich sein könnte. Wir geben zu, daß die Franzosen Deutschland gegenüber einen erfreulich besseren Ton angeschlagen haben als früher; wir glauben auch, daß die freundlichen Kundgebungen gegen Deutschland, wie sie die provisorische und die gegenwärtige Regierung ausgesprochen hat, ernstlich gemeint sind, wir wünschen auch, daß dies so bleiben möge, weil nur der Friede und die Freundschaft mit Frankreich unser junges Werk der Reform vor der Reaktion wie der Anarchie sicher stellen kann. Allein wir denken uns mögliche, selbst wahrscheinliche Fälle, wo eine unerwartete Verwicklung diese klare und friedfertige Politik stört, wo eine Katastrophe am Po oder an der Weichsel neue politische Eventualitäten in den Vordergrund stellt, wie dann? Zu dieser Stunde wird die Politik der Brüderlichkeit vertagt werden, und das französische Volk wird nur „seine Interessen, nicht seine Gefühle" befragen.

Bei aller Liebe zum Frieden — wir müssen auch auf diese Wendung gefaßt sein. Je mehr man uns von einer Seite sagt, es sei den Franzosen alles bonapartesche Blut ausgetrieben, um so dringender ist es, für diesen möglichen Fall einmal die andere Seite herauszukehren; je eifriger Herr Vogt in Frankfurt die friedathmenden Artikel des „National" betont, um so nachdrücklicher erfordert es die Unbefangenheit, auch die Gegenprobe anzustellen. Die französische Presse, der „National" an der Spitze, spendet uns zwar Worte der Freundschaft und Bruderliebe, aber sie nimmt — von Italien nicht zu reden — in der schleswiger und posener Angelegenheit Partei gegen uns; sie dichtet uns, wie Herr Mauguin, Eroberungsgelüste an, wo wir Nichts als unser gutes Recht vertheidigen. Und doch ist diejenige republikanische Fraktion, die gegenwärtig Frankreich beherrscht, unstreitig diejenige, die es mit einem friedlichen Verhältniß zu Deutschland am ehrlichsten meint; ihr eigenes Interesse, ihre ganze politische Situation drängt ihr die Verbindung mit Deutschland auf, und ihre Theorie von der Brüderlichkeit ist deßhalb bis zu einem gewissen Punkte aufrichtig gemeint, bis zu dem Punkte, wo ein anderes größeres Interesse eine andere Haltung gebietet.

Steht aber diese Partei unwandelbar fest, sind die französischen Zustände so geordnet und vor jeder unerworteten Katastrophe

Digitized by Google

so sicher, daß man auf sie unsere eigene äußere Politik wie auf einen Felsen stützen könnte? Wir glauben es nicht; die letzten sechs Monate in Frankreich haben uns den Glauben an das feste, stetige, Unwandelbare im dortigen Staatsleben so mächtig erschüttern müssen, daß es Thorheit wäre, die Stärke und die Zuversicht außer uns statt in uns selber zu suchen. Thiers z. B. und was an ihm hängt — und wir schlagen das nicht zu gering an — hat sein früheres System der auswärtigen Politik mit nicht größerer Aufrichtigkeit verändert als seine Ansicht von der innern Politik; er ist ein ebenso ehrlicher Anhänger der friedlichen Staatskunst, wie er ein ehrlicher Republikaner ist. Es hat uns daher auch nicht im Geringsten befremdet, daß er jüngst wieder in seinem „Konstitutionnel" den Ton der alten Politik anschlug, die alte Staatskunst des divide et impera sehr hörbar durchklingen ließ und die ersten Anfänge einer deutschen Einigung und Centralisation mit unverhohlenem Mißmuth beurtheilte.

Nach der Rechten wie nach der Linken zu, sehen wir die nämlichen Erscheinungen; Ledru Rollin's Freunde und die Legitimisten haben so wenig wie Hr. Thiers mit dem 24. Feb. ihre Erinnerungen und ihre Gelüste abgelegt. Während die ersten die Träger der deutschen Politik nur in Vogt, Zitz, Ruge und Blum erblicken, oder die „Reforme" z. B. mit wahrer Wollust jedes Zerwürfniß, jede Unordnung, jede Störung des Friedens ins Große ausmalt, stehen die Andern auf dem Boden jener überlieferten Politik, welche seit Franz I., Heinrich IV. und Ludwig XIV. sich entwickelt hat u. wodurch Frankreich groß geworden ist. „So lange der deutsche Bund besteht — sagt erst vor acht Tagen das bedeutendste Organ des legitimistischen und katholischen Frankreichs mit lobenswerther Naivetät — hat Frankreich vom Rhein her Nichts zu fürchten; erst die Einheit Deutschlands schafft unmittelbar gegen uns ein großes volksthümliches Interesse. Die Einheit Deutschlands schlägt das, was von französischem Uebergewicht noch da ist, nieder. Es war ein großes Mittel unsres Einflusses, bei zwanzig oder dreißig Souveränen durch unsre Diplomaten ein gewisses Gleichgewicht (!) unter den verschiedenen Staaten Deutschlands zu unterhalten. Das war die französische Politik seit Richelieu; mit der deutschen Einheit hingegen hat Frankreich Nichts mehr in Deutschland zu suchen, denn man braucht einer Nation von vierzig Millionen keinen Rath mehr zu geben ..... Nicht alle Staaten Deutschlands werden die Frankfurter Verfassung annehmen, sollen wir den Widerstand unterstützen? Unsere Pflicht ist es, abermals den Geist der Freiheit gegen den Grundsatz der unbedingten Einheit, der die Länder Europa's bedroht, zu unterstützen."

Auch wenn wir den Einfluß der Partei, die hier spricht, geringer anschlagen wollten als er ist, die Politik, die sich darin kundgibt, hat ihre tiefe Wurzeln; sie hängt mit der volksthümlichen Erinnerung und mit der monarchischen Tradition seit Jahrhunderten zusammen. Sollen wir Thoren sein und eine unerwiderte Beüderlichkeit predigen, wo Jeder die eigenen Interessen sorgsam überdenkt und pflegt? Wir haben an der Ostsee einen Kampf auszufechten, vielleicht bald am Niemen und an der Weichsel; wir haben die Citadelle Posens mit derselben Umsicht zu schützen, wie die Höhen von Prag. Wer bürgt uns dafür, daß nicht eine Krisis komme, die den Rhein so bloosstelle wie die Etsch, so daß wir Gott danken können, wenn unsere „Alba's" und „Tilly's", allen Metaphysikern und Rhetoren zum Hohne, die deutsche Waffenehre aufrecht halten? Der Zeitpunkt kann dann noch dringlicher als jetzt uns die Wahrheit des trockenen Satzes anschaulich machen: „wenn man die Politik seines Landes leiten will, muß man seine Interessen zu Rathe ziehen, nicht seine Gefühle."

Oesterreich. Wien 29. Juli. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung, beschäftigte man sich der Allg. Z. zufolge ausschließlich mit der Rückkehr des Kaisers: Die Benachrichtigung durch den Minister v. Doblhoff daß Se. Maj. bereit sei, seinen Bruder, den Erzher. Franz Karl, als Stellvertreter abzusenden, sobald die Reichsversammlung die jetzige Freiheit genieße, die zu Erfüllung ihrer gesetzgeberischen Pflichten so nothwendig sei, wurde nicht genügend gefunden, und einstimmig eine Adresse beschlossen, um den Kaiser zur unverweilten Rückkehr dringend einzuladen.

Im Fr. Journ. heißt es: Der Kourier an den Kaiser nach Innsbruck ist mit der unaufgebrochenen Depesche zurück gekommen. Das Gerücht ist verbreitet, daß der Monarch das Ministerium nicht anerkennt, deßhalb auch keine Depesche angenommen habe. Officiell heißt es, daß der Kaiser einzig und allein aus dem Grunde den Bericht vom Ministerium nicht angenommen habe, weil der Stellvertreter Erzherzog Johann sich noch in Wien befindet, und daß man sich nur an denselben zu wenden hätte. Dem Erzherzog nur steht es zu, eine Depesche an den Kaiser abzuschicken! Jedenfalls hat dieser Umstand eine neue Aufregung hervorgebracht. Man weiß in der That kaum, was mehr zur Verwirrung und im Geheimen schleichenden Auflösung der österreichischen Monarchie beiträgt, die Unbesonnenheiten u. Leichtsinnigkeiten der Wiener oder dies halbkindische Schmollen des Monarchen, für den ein Ministerium in Wien verantwortlich sein soll, und der doch nur von einer verderblichen Hofpartei oder sonst einen geheimen Machinisten-Rath annimmt. Dazu die Schwäche des Ministeriums, dazu die Umtriebe der Czechen, die bereits wieder kecker das Haupt erheben, dazu das Heeandrohen neuer Verwickelungen von den Donaufürstenthümer her, was helfen da die ruhmvollen Waffenthaten eines heldenmüthigen und unerschütterlichen Heers?

Wien, 29. Juli. In der Sitzung des konstituirenden Reichstages theilte der Minister Doblhof der Versammlung mit, das Ministerium habe alle möglichen Schritte angewendet, um Se. Maj. zur Rückkehr zu bewegen, er verliest die betreffende Depesche, worin gesagt ist, daß zur vollständigen Sicherung der glücklichen Zukunft des Vaterlandes Nichts fehle, als die Rückkehr Sr. Majestät. Im Gegentheile, wenn Se. Maj. nicht zurückkehete, würde sich das Ministerium verpflichtet fühlen, alle daraus entspringenden Folgen von sich abzuwenden. Die Antwort des Kaisers lautet dahin: Se. Maj. würde vor der Hand nicht zurückkehren, bis er die Ueberzeugung erhielte: der Reichstag berathe ganz frei; inzwischen würde er den Erzherzog Franz Karl nach Wien senden. Demzufolge beantragt das Ministerium, die Versammlung möge durch eine Adresse an Se. Maj. die bestimmte Erklärung abgeben, daß das freie Handeln der Versammlung gesichert sei, und durch eine Deputation nach Innsbruck diese Erklärung an Se. Maj. gelangen lassen. Der Antrag des Ministeriums wird ohne Debatte einstimmig angenommen. (N. K.)

Wien, 30. Juli. Der Allg. Z. wird geschrieben: Die mit Ueberbringung der Adresse beauftragte Deputation reist noch heute nach Innsbruck ab, und auch der Erzherzog Johann verläßt heute Nacht Wien, um sich nach Frankfurt zu begeben. Der Umstand, daß der Erzherzog nicht wenigstens die Rückkehr der Deputation aus Innsbruck abwartet, ist uns eben kein günstiges Vorzeichen über die zu gewärtigende Antwort. Die Verzögerung der Rückkehr des Kaisers drückt nicht nur alle Gemüther und alle Verhältnisse zu Boden, sondern droht der Anarchie vollends Thür und Thor zu öffnen, und die Mißstimmung darüber ist so groß, daß selbst die in den letzten Tagen eingelaufenen Siegesnachrichten vom Kriegsschauplatz in Italien in den Hintergrund treten.

Preußen. †† Berlin, 1. Aug. Heute ist auch die Schrift von Jung gegen Hr. v. Gerlach unter dem Titel „der Berliner Cavaignac" ausgegeben worden. Der Verfasser bezeichnet seinen Gegner treffend als den Spiritus familiaris des Kriegsministeriums. Von diesem sagt er, es sei eine Ergötzlichkeit, die man abgelebten Generalen, bevor man sie in Ruhestand versetze, der Reihe nach scheine gewähren zu wollen.

†† Berlin, 1. Aug. Heute Früh kam das 24. Regiment vom Exercieen und die Regimentsmusik spielte die Melodie: „Ich bin ein Preuße ꝛc.". Aus dem Volke, welches unter den Linden versammelt war, brachte Einer, nachdem die Musik geendet hatte, dem vereinigten Deutschland ein Hoch! Ein Lieutenant in Civil, der mit seinem Lohnbedienten aus dem Hotel kam, mißhandelte den Rufenden mit Stockschlägen. Dies hatte einen Zusammenlauf großer Massen zur Folge. Die Sache endigte mit einer Prügelei. Der Lieutenant und der Lohnbediente wurden durchgeprügelt und zur Wache gebracht. Vor dem Wachgebäude wiederholte das Volk den Ruf: „Deutschland hoch!" und da die wachhabende Bürgerwehr einstimmte, so zerstreuten sich die Haufen.

Berlin, 31. Juli. Die Stadtverordneten haben heute den Beschluß gefaßt, keine Scheitte bei der Nationaloersammlung betreffs der Preußen in Deutschland zu bewahrenden Selbständigkeit zu thun.

Baiern. München, 1. Aug. Nachdem man sich im Publikum schon mit den verschiedenartigsten Zweifeln getragen hatte, ist gestern Abend von Seite unseres Kriegsministeriums eine Order an sämmtliche Garnisonen abgegangen, wonach der Huldigungsakt am 6. d. M. genau nach der Vorschrift des Reichskriegsministeriums zu vollziehen.

Würtemberg. ** Stuttgart, 29. Juli. Als Vorläufer eines neuen Strafverfahrens, welches uns auf der Grundlage des Schwurgerichts verheißen ist, bringt das heutige Regierungsblatt eine Verordnung, welche mündliches und öffentliches Anklageverfahren für Preßvergehen vorschreibt. Leider führt diese Verordnung keine Geschworenen zur Aburtheilung der Preßvergehen ein, weil eine altbal-

Digitized by Google

dige Einführung derselben „bei den nöthigen Vorbereitungen noch unthunlich“ sei. Wenn man aber bedenkt, daß wie der Zeit noch unter der bekannten Prieser'schen Strafprozeßordnung leben, so wird man glauben, daß auch eine Absichtslosigkeit, wenigstens von einem Minister, dessen Kredit so fest ist, daß man ihm gerne Frist gestattet, sehr willkommen ist. Auf Klage des Betheiligten oder auf Klage des Staatsanwalts führen nach der Verordnung die Bezirksgerichte eine Voruntersuchung; vor dem urtheilenden Gericht findet dann nicht bloß, wie in den schweren Strafsällen der Strafprozeßordnung, ein Schluß-, sondern das Hauptverfahren Statt. Der Gerichtsvorstand verhört Angeklagte, Zeugen, Sachverständige u. s. w. Die Oeffentlichkeit dieser Verhandlung ist bloß bei der Sittlichkeit gefährlichen Prozessen ausgeschlossen. Da die Verordnung ganz allgemein von öffentlicher Verhandlung spricht, so ist wohl die Beschränkung auf die „ehebaren Männer“ des Prieser'schen Gesetzes endlich beseitigt, und wir wollen hoffen, daß auch wirklich Jedermann zugelassen sei. Das Relationsverfahren ist aufgegeben, denn das Gericht vernimmt bloß nach dem vor ihm Vorgekommenen. Die Entbindung von der Instanz ist für Preßvergehen ganz abgeschafft. Dem Staatsanwalt steht wie dem Angeschuldigten das Recht des Rekurses zu, in welchem Fall vor dem Oberteibunal gleichfalls mündliches Verfahren Statt hat.

** Stuttgart, 2. August. Heute erfuhren wir den Beschluß der Reichscentralgewalt, den deutschen Krieg in Schleswig-Holstein auch auf eine Art zu führen, daß man erkennt, er sei ein deutscher. Gewiß ist dieser Beschluß, gewiß die Anordnung, daß auch unsere Truppen am Kampfe Theil nehmen sollen, hier nur mit Freuden aufgenommen worden. Gerne nimmt unser Land am Kampf, an den Lasten, an den Kosten Theil, und die Verheerungen der Heere im Kampf wird am besten die Eifersüchteleien, wenn solche je etwa Preußen gegenüber bestehen sollten, verwischen. Für unsere Truppen insbesondere ist der Feldzug sehr wohlthätig. Ich erinnere mich, Ihnen bei Veranlassung unserer Militärmeutereien geschrieben zu haben, man wünsche bei uns, wir könnten das 8. Regiment, das sich dazumal leider hervorthat, nach Schleswig-Holstein schicken. Jetzt soll's also noch sein. An der Bereitwilligkeit der Regierung, dem Reichsbefehle Folge zu leisten, zweifelt man besonders in Betreff der Minister nicht im Mindesten, ob es aber so schnell gehen wird, wie in Baden, möchte ich fast bezweifeln. Erst vor wenig Tagen, und mehrmal zuvor in der letzten Zeit, haben Beurlaubungen beim Militär stattgefunden; die Regimenter sind also zuvor erst wieder zu ergänzen. Die Hauptsache ist jedoch die Abwesenheit des Königs, über welche ohnedies so gar vielerlei behauptet wird. Zwar ist der Kronprinz während des Königs Abwesenheit zu seinem Stellvertreter bestellt, indeß scheint seine Gewalt eine beschränkte zu sein, denn man hört, es sei alsbald der Befehl wegen der Truppen nach Meran zum König geschickt worden. Heute hört man denn nun nicht das entfernteste Bestimmte, was von Würtemberg aus geschehen wird. Badische Blätter theilen mit, daß ein würtembergischer General die würtembergische, badische und hessische Division führen soll; wer es ist, oder überhaupt eine Bestätigung vernimmt hier noch nirgendwo. Und doch thut Eile Noth! — Der Kronprinz hat wirklich in den letzten Tagen zur Freude Aller, die wünschen, daß er dem Volke näher als bisher treten möge, die Uebungen der Bürgerwehre besucht. Die Artillerie, die sich sehr ausgezeichnet, hat mit der That gezeigt, daß sie würdig ist, endlich ihre bisher abgeschlagene Bitte um Ueberlassung von Kanonen zum Gebrauche erfüllt zu sehen. Unbegreiflich ist, daß von Oben dem Institute der Bürgerwehr immer noch Schwierigkeiten in seinen ohnedies so schwierigen Weg gelegt werden. Man hat allgemein als den Hauptfehler unseres Bürgerwehrgesetzes betrachtet, daß es bloß selbständige Männer von 25 bis 50 Jahren zum Dienste verpflichtet, und die kräftige, bereitwillige Jugend von 18 bis 25 Jahren nicht beizieht. In unserer Stadt haben sich freiwillig die Turner, Polytechniker und eine Gesellschaft junger Kaufleute zu Uebungen vereinigt, und bei der Heerschau durch den Kronprinzen war gerade diese Schaar weitaus am besten geübt. Diese Leute haben jetzt um Erlaubniß gebeten, an unsere sechs Bürgerwehrbanner sich als siebentes anschließen zu dürfen, und diese Bildung eines Banners wird vom Ministerium nicht gestattet!

Baden. Karlsruhe, 1. Aug. Wie man vernimmt, ist ein Theil des 8. deutschen Armeekorps beordert, nach Schleswig-Holstein aufzubrechen, um die im Felde stehenden Reichstruppen zu verstärken. Die badische Abtheilung wird aus 4000 Mann und einer Batterie Artillerie zu 8 Geschützen bestehen und mit der großherzoglich hessischen Abtheilung eine Brigade bilden, welche mit einer würtembergischen Brigade unter einem würtembergischen Divisionskommandanten vereinigt wird. Die Mobilmachung muß so beeilt werden, daß die Bataillone Montag 7. August in ihren gegenwärtigen Stationen zum Abmarsch bereit sind. (Karlsr. Z.)

* Vom Rhein, 1. August. Ich hatte in Ihrem Blatte nach Ihrer ganzen bisherigen Stellung einen Angriff auf den Erlaß des Reichskriegsministers bezügl. der Huldigung der deutschen Armeen erwartet: er kam nicht; Sie bestehen vielmehr, wie ich sehe, mit so vielen Andern auf dieser Beerfindung. Haben Sie der allgemeinen Unzufriedenheit mit Ihrer Opposition, nicht gegen das Reichsregiment, sondern gegen einige seiner ersten Akte, nachgegeben? Wollen Sie auch duldsamer werden, wie die meisten Blätter? Wollen Sie die Kurzsichtigkeit theilen, mit der man den Quell zu verstopfen versäumt, um dann die Mühe zu haben, einen Fluß zu dämmen? Eine so neue, jungfräuliche Regierung, die hinter sich keine tastende Vergangenheit und kein böses Gewissen hat, keine Verwicklungen früherer Politik, keine Rücksichten alter Verbindungen, die auf ganz frisch gebahnten Wegen gehen kann, eine solche Regierung müßte äußerst schwach sein, wenn sie empfindlich sein, wenn sie für Ausstellungen nicht empfänglich sein wollte; und wäre sie das, so läge darin der Keim ihres schnellen Absterbens. Ein Regiment in diesen neuen Verhältnissen, hinter sich ganz frei, vor sich Aufgaben von erhebend großer und von niederdrückend schwerer Bedeutung, muß ein Genie der Gelehrigkeit haben, wenn sie zu Bestand und Wirksamkeit gelangen will. Ich gestehe Ihnen nun, daß ich ein ungeschickteres Debut kaum zu erfinden wüßte, als dieses Ausscheiden des Kriegsministers. Das Provisorium hat gar keine wichtigere Aufgabe als die, die Formen der neuen Einheit vorzubereiten und den sanften Uebergang aus Staatenbund in Bundesstaat zu mildern. In der auswärtigen Vertretung mag es einstweilen die besonderen Repräsentationen der einzelnen Staaten noch dulden, bis man im Auslande sich gewöhnt an die gemeindeutschen Botschafter, bis man die Zurückziehung der besonderen Vertreter als einen freiwilligen Akt, in Folge einer vereinbarten definitiven Regierungsform, ansehen lernt. In Bezug auf das Heerwesen wäre eine ungeforderte Bekanntmachung der neuen Ordnung von Seite der einzelnen Kriegsministerien völlig ausreichend gewesen; der formelle Akt der Huldigung, bei dieser bekannten Stimmung in Preußen und Baiern, würde möglicherweise die bedauerlichsten Scenen und Folgen mit und nach sich ziehen können. Ein solcher Befehl im Momente des Auszugs zum Kampfe hätte gar nichts Verfängliches gehabt, aber warum solch eine auffallende Maßregel, bei so unbefestigten Verhältnissen, in Abwesenheit des Reichsverwesers, vielleicht ohne sein Wissen, von einem kaum halbgebildeten Ministerium aus? Künftig werden Verfassungsformen den einzelnen Regierungen eine Mitsiehung bei Beschlüssen von so weitreichender Bedeutung sichern; das Provisorium sollte wohl, so lange diese Formen noch nicht bestehen, um so vorsichtiger in solchen Vorschriften die Zustimmung der Regierungen voraus haben, als gerade diese Handlung gar nichts so Eiliges an sich hat. Und endlich, in dieser gebieterischen Form wünschte ich vollends nicht, das jemals das Reichsministerium mit den übrigen Ministerien der einzelnen Staaten spräche, geschweige das unsrige provisorische Ministerium in solcher Zeit und solcher Sache! Eine anständige Regierung stellt an ihre Behörden nicht mehr so herbe Befehle, sondern freundlich gefaßte Ersuchen aus; und mehr als ersuchen sollte das Reichsministerium nie die Regierungen Deutschlands, bis sie sich widerspenstig zeigen; bestehen Sie, ich bitte, in Ihrem Blatte, so unerbittlich Sie auf dem Bundesstaate, der Einheit bestehen, eben so unerbittlich auf dem Bundesstaate, der Vielheit und ihren Rechten! Es scheint immer mehr vergessen zu werden, dieser Bund, der doch ist, der unser Stolz, der das Meisterstück unserer Staatenbildung sein könnte. Die Regierungen dieser Bundesstaaten sollen nicht wie subalterne Behörden zu dem Reichsregimente stehen, sondern wie die Vaters, deren zusammengefaßter Wille erst den des Reichs ausmacht, deren Einheit und Einigung seine Macht und Stärke bildet. Werden Sie nicht müde, auf Minister zu dringen, die die Zeit und ihre Lage begreifen, die allen Dingen ihr Recht thun, die den Takt gesunder Köpfe und reicher Erfahrung haben. Ohne solche ist all' unser Beginnen eitel und vergebens.

Hessen. Darmstadt, 1. Aug. Zufolge der Erklärung des Reichskriegsministers, daß der Bundeskrieg gegen Dänemark kräftig fortgesetzt werde und auch Bundestruppen Oesterreichs, dann vom 7., 8. und 9. Armeekorps daran Theil nehmen sollen, erfährt man, daß das großh. 4. Infanterieregiment mit einer Batterie von 6 Geschützen nach Schleswig-Holstein abgehen wird.

Nassau. Wiesbaden, 1. August. Das Reichsministerium des Kriegs hat die Mobilmachung des 7., 8. und 9. Armeekorps beschlossen. In Folge dieses Beschlusses werden von unsern Truppen 3 Bataillone, circa 2500 Mann nebst unserer Artillerie sofort auf den

Digitized by Google

Kriegsfuß gestellt. Unsere Truppen werden am 10. Aug. nach Schleswig-Holstein marschiren. (Nass. Z.)

Aus dem Fürstenthum **Birkenfeld**, 24. Juli. Gestern fand eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung in Niederbrombach Statt. Es wurde von den Leitern derselben der Vorschlag gemacht, die Nationalversammlung in Frankfurt zu bitten, das Fürstenthum Birkenfeld einem näher gelegenen größern Staate einzuverleiben. Wer das unnatürliche Verhältniß zwischen dem (überrheinischen zu Oldenburg gehörenden) Fürstenthum Birkenfeld und dem Herzogthum Oldenburg kennt, wird diesen Vorschlag hinreichend begründet finden, und so konnte es nicht fehlen, daß die Adresse sehr zahlreich unterschrieben wurde. (Fr. J.)

Gera, 28. Juli. Gestern fanden hier Unruhen Statt, hervorgerufen durch die Absicht der Regierung, den längst mißfällig gewordenen Landkammerrath Krause verhaften zu lassen. Das Volk widersetzte sich diesem Vorhaben, immer größere Haufen strömten herbei, das Militär, etwa 60 Mann stark, mußte scharf laden, um die Haufen von den Angriffen auf das Schloß und das Landhaus zurückzuhalten. Verwundungen reizten zur höchsten Wuth, da wurde endlich die Freilassung des Gefangenen verfügt: dieser stellte sich nun an die Spitze der Haufen und griff die Turner an, welche sich dem Militär angeschlossen hatten, es erfolgte ein heftiger Kampf, der mit Demolirung vieler Häuser und Vertreibung der Turner aus der Stadt endete, man spricht von etwa 30 Verwundeten. Heute ist Alles ruhig. (Wes. Z.)

* **Oldenburg**, 1. August, Unser neues Ministerium ist gebildet, auch zwar kein konstitutionell verantwortliches, aber doch ein solches, welches dem Lande eine Bürgschaft für die bevorstehende Vereinbarung unserer „Konstitution" bietet. Minister v. Beaulieu tritt aus und wird pensionirt, für ihn tritt ein Staatsrath Schloifer, Präsident der Verfassungskommission. Für das zweite Mitglied des alten Ministeriums, für den Staatsrath Römer tritt ein der bisherige Regierungsassessor Buchalz, Mitglied der Verfassungskommission, deren Verfassungsentwurf im Lande soviel Zustimmung gefunden hat. Drittes Mitglied des Ministeriums bleibt der bisherige Geh. Referendar Hofrath Zedelius. Die Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten übernimmt unser Gesandter bei der Centralgewalt in Frankfurt, unter dessen Zuziehung dies neue Ministerium hauptsächlich zu Stande gekommen ist. Derselbe ist gestern nach Frankfurt abgegangen.

Limburg. Der Gouverneur von Maestricht hat folgende Proklamation erlassen: „Der Gouverneur bringt den Bewohnern Limburgs in Folge höheren Beschlusses zur Kenntniß, daß der Beschluß der Nationalversammlung zu Frankfurt den Ständen verbreitet hat, als sei die Trennung des Herzogthums von den Niederlanden schon eine ausgemachte Sache, daß eine falsche Ansicht die Störung der öffentlichen Ruhe zur Folge haben kann, daß Se. Maj. der König durch das Grundgesetz und die Traktate verpflichtet ist, Limburg nach den Landesgesetzen zu regieren und die Integrität des Landes aufrecht zu erhalten, daß die legale Stellung des Landes nur mit Zustimmung des Königs und der gesetzgebenden Gewalt geändert werden kann. Daraus geht hervor, daß die gesetzliche Autorität des Königs geachtet werden muß. Limburger, bleibt also ruhig und unterwerfet Euch der Ordnung und dem Gesetze. Eure Interessen und das Wohl Limburgs fordern es. Die Gewaltthätigkeit hat niemals das Glück eines Landes geschaffen, selbst immer zum Verderben geführt. Wartet mit Ruhe bis die Zukunft aus den hohen Parteien geordnet ist und widersetzt Euch jedem Angriff auf Personen, Eigenthum oder die gesetzlichen Behörden. Die Militärgewalt wird, indem sie die strengste Disciplin beobachtet, doch energisch jede Verletzung der Ordnung oder der Behörde unterdrücken." Die Mannschaften der Jahre 1845 und 1846 sollen wegen der limburger Ereignisse nicht entlassen werden.

Schleswig-Holstein. Schleswig, 30. Juli. Man will die bestimmte Nachricht haben, daß 10 (nach Andern 14) dänische Schiffe Truppen nach Alsenhlogebracht haben. Der Rückzug der Dänen, von Beile tiefer in Jütland hinein, bezweckt offenbar, daß General Wraagel folgen soll, damit von Alsen her irgendwo ein Einfall ins Land geschehen könne. Allein schon nahen neue Truppen. (H. K.)

Rendsburg, 30. Juli. Durch Verordnung der provisorischen Regierung ist die Geltung des dänischen Rechts für den Wehrstand aufgehoben.

Bremen, 31. Juli. In Folge der unterm 15. d. M. an den Senat ergangenen Aufforderung der provisorischen Centralgewalt ist Herr Bürgermeister Smidt als bremischer Bevollmächtigter bei derselben akkreditirt worden.

Z **Frankfurt**, 29. Juli. Die Sitzung des verfassungsgebenden Reichstags am 27. d. M., zur Abstimmung über die Posener Frage, bot so mancherlei Interessantes, auch außer dem vorliegenden Gegenstande, daß es nicht unangemessen erscheint, noch einmal darauf zurück zu kommen. In Beziehung auf die eingebrachten Verbesserungsvorschläge muß der richtige Takt anerkannt werden, den die Majorität bei der Annahme derjenigen von Giskra, Lychnowski und Heuning bewiesen hat. Der Giskra'sche ist aus zwei Rücksichten eine wirkliche Verbesserung des 2. Antrags des Ausschusses. Einmal wird durch Ueberweisung der definitiven Feststellung der Demarkationslinie an die Centralgewalt, der Reichsversammlung wieder ein Regierungsgeschäft erspart, wozu sie selber nur zu oft veranlaßt worden ist, und die preuß. Regierung wird dadurch gegen die Vorwürfe der Parteilichkeit sicher gestellt, die man, wie sie auch die Grenzlinie ziehe, ihr von gewisser Seite machen würde. Aber zweitens erscheint der Vortheil noch viel wichtiger und weitergreifend, daß dadurch diese Demarkationslinie zu einer Reichsgrenze erhoben wird, so daß der abgetrennte deutsche Theil der Provinz Posen nunmehr ein integrirender Theil des deutschen Reichs geworden ist. Es wurden dadurch manche Hoffnungen und Pläne von vornherein zerstört, welche in einem bloßen Anschluß an den deutschen Bund, kein Hinderniß erblickten, daß dieser Landestheil auch wieder einmal aus dem Bunde entlassen werden könne. Aus dieser Idee geht der Plan hervor jetzt auch den noch übrigen Theil der Provinz, welcher der polnischen Reorganisation vorbehalten ist, in den deutschen Bund aufnehmen zu lassen, ein Plan, dessen Unzweckmäßigkeit und Unthunlichkeit Hr. v. Radowitz in seiner Rede schon auf überzeugende Weise dargethan hat, dessen Ausführung aber nunmehr durch eine Reichsgrenze eine unübersteigliche Barriere vorgeschoben worden ist. Der Verbesserungsvorschlag von Fürst Lychnowski hat der Versammlung eine günstige Gelegenheit ihre lebhaften Sympathien für unsere deutschen Brüder auch jenseit der deutschen Grenze zu bekunden, nachdem ihre Sympathien für Polen so vielfach in Anspruch genommen worden waren. Der Heuning'sche Antrag endlich auf motivirte Tagesordnung war eine Seitens der preuß. Regierung wohl verdiente Anerkennung der gerechten und unparteiischen Grundsätze, mit welchen sie stets bei allen Regierungsmaßregeln gegen ihre polnischen Staatsangehörigen verfahren ist, und die ihr gewiß Niemand versagen wird, der sich nur einigermaßen mit den dortigen Verhältnissen bekannt gemacht hat. Daß die Majorität für den ersten Antrag des Ausschusses eine so bedeutende sein würde konnte schwerlich vorausgesehen werden, ist aber für die Sache selbst von höchster Wichtigkeit. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir sie daraus herleiten, daß wirklich ein großer Theil der Versammlung durch die dreitägige Verhandlung über die Sache selbst hinreichend aufgeklärt worden ist, wie dies auch von dem Abgeordneten aus Triest ausdrücklich anerkannt wurde, indem er einen Antrag auf neue Untersuchung der Sachlage zurückzog. Es erklärt sich auch auf diese Weise die unerwartete Minorität, in welcher der Blum'sche Antrag blieb, nachdem noch einige Tage zuvor derselbe sehr viele Stimmen für sich hatte, die darin nichts Anderes erblickten, als den gerechten Wunsch, in einer Sache, in welcher man noch nicht gehörig unterrichtet sei, sich auch vorläufig des Urtheils zu begeben, und denen die Ueberlassung der weiteren Untersuchung an die Centralgewalt als ein unverfängliches Auskunftsmittel erschienen war. Nachdem der Blum'sche Antrag verworfen worden war, gab es für die Linke nur noch eine Hoffnung, die auf den Schaffrath'schen Zusatz-Antrag, und zwar nicht eine Hoffnung ihn durchzubringen, aber doch damit einen lärmvollen Auftritt in der Versammlung zu veranlassen. Das ist ihr nun auch gelungen, aber der Schlag, den man der Majorität zudachte, hat diejenigen getroffen, zu deren Schutz und Vortheil er ausgeführt werden sollte. Und das beklagen wir aufrichtig und im höchsten Grade; denn wie sehr wir auch vor Allem Deutsch zu sein bekennen, so hätten wir doch gern, um hohen Preis diesen vernichtenden Ausspruch denen erspart, die zu seiner Herbeiführung Nichts gethan haben, sondern ihn erleiden mußten, weil ihre sogenannten Freunde ihn frevelhaft hervorgerufen hatten. Man hat der Majorität einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie es nicht vermieden oder verhindert habe, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Dieser Vorwurf ist aber ganz ungerecht, und kann mit viel größerem Rechte der Minorität zurückgegeben werden. Denn eines Theils hat die Versammlung kein Mittel, einen Antrag, der rechtzeitig eingebracht und hinlänglich unterstützt wurde, von der Verhandlung auszuschließen, andern Theils konnte die Minorität über das Schicksal dieses Antrages nicht ungewiß sein, und sie hat also klar an den Tag gelegt, daß es ihr nicht darum zu thun war, damit der polnischen Sache zu dienen, sondern vielmehr die Majorität in eine schwierige Lage zu versetzen. Diese Absicht erreichte sie aber nicht, indem der bei Weitem größte

Digitized by Google

Theil der Versammlung, wie nach wiederholentlich und bestimmt ausgesprochen wurde, ohne Rück- und Nebengedanken, den Zusatz als nicht zur Sache gehörig verwarf. Die Polen haben also diese Abstimmung, die durch die große Majorität dagegen sehr bedeutungsvoll ist, ihren Freunden zu verdanken und mögen aufs Neue darum erkennen, daß sie hier, wie so oft anderwärts, nur als Bewegungsmittel einer Partei haben dienen müssen, die ihrer Sache nur zu gefährden im Stande ist, weil sie sie gestissentlich bei unlösbaren Problemen verbraucht.

Frankfurt, 30. Juli. Aus dem Haag sind Mittheilungen eingegangen, die sast mit Sicherheit annehmen lassen, daß die Angelegenheiten Limburgs bald in einem den Wünschen dieses Herzogthums und dem Ausspruche der Nationalversammlung entsprechenden Sinne geregelt sein werden. Das Hnager Kabinet wird sich gegen den Beschluß der Nationalversammlung in Betreff Limburgs zu verwahren suchen, zuletzt aber nachgeben. Mit diesen Mittheilungen stimmen die Handelsbriefe, die man hier aus Amsterdam und Rotterdam in den letzten Tagen erhalten, vollkommen überein; der Handelsstand in Holland würde der Haager Regierung keinen Dank dafür wissen, wenn sie wegen Limburgs eine Haltung annähme, welche die friedlichen Beziehungen auch nur vorübergehend gefährden oder gar stören könnte. (N. K.)

Die Darmstädter Zeitung theilt den Wortlaut der Anzeige mit, welche nach Einsetzung der provisorischen Centralgewalt an die Einzelregierungen erfolgte. Dieselbe war in nachstehender Weise gefaßt: Der von der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 erwählte Reichsverweser, Erzherzog Johann von Oesterreich, hat am 12. Juli 1848 die Leitung der provisorischen Centralgewalt übernommen, sofort am 15. Juli 1848 das Reichsministerium gebildet, und zwar demnächst 1) für die auswärtigen Angelegenheiten, 2) für das Innere, 3) für das Kriegswesen, und 4) für die Justiz. Die provisorische Centralgewalt beginnt daher mit der Ausübung der in dem Gesetze vom 28. Juni 1848 vorgezeichneten Befugnisse und Verpflichtungen. Die provisorische Centralgewalt kennt genau die Grenzen der ihr ertheilten Rechte und Gewalten, sie wird sich nur innerhalb derselben bewegen, sie wird insbesondere die vollziehende Gewalt nur in Angelegenheiten ausüben, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen. Die provisorische Centralgewalt erkennt es als ihre Aufgabe, dahin zu wirken, daß die Einheit Deutschlands auf friedlichem Weg erreicht, daß Deutschland nach Außen hin stark und unabhängig werde. Sie rechnet, indem sie dieses Ziel anstrebt, auf die thätige, vertrauensvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen, die mit ihr in dem lebendigen Wunsche sich vereinigen, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, der Unabhängigkeit und des Friedens zu verschaffen. Die provisorische Centralgewalt wird sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln so weit thunlich mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen setzen; sie wünscht, daß diese Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt so bald als thunlich ernannt werden, um mit ihnen in Verbindung treten zu können. Die provisorische Centralgewalt wünscht mit den Bedürfnissen der deutschen Regierungen und der deutschen Volksstämme, so weit sie den nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bestimmten Wirkungskreis berühren, auf das umfassendste bekannt zu werden, und sie zählt hierbei auf freimüthige, unumwundene Mittheilung, die sie auch bei allen ihren Handlungen zu befolgen wissen wird. Frankfurt a. M., den 15. Juli 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern: Schmerling.

ô Frankfurt, 3. Aug. Der Pole Janiszewsky, welcher schon früher erklärt hatte, daß er von seinen Wählern nur deßhalb in die Nationalversammlung geschickt worden sei, um gegen die Aufnahme des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund zu protestiren, zeigte heute der Nationalversammlung an, daß er in Folge der über Posen gefaßten Beschlüsse austrete. Die Paulskirche ist seit einiger Zeit sehr leer geworden; eine große Anzahl von Deputirten befindet sich zu Hause oder auf Vergnügungsreisen, genießt die Freiheit auf den Schweizerbergen, anstatt sie in der Paulskirche erst zu gründen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, stellte heute Wernher aus Nierstein den Antrag, daß ein besonderer Ausschuß gewählt werden solle, welcher die Urlaubsgesuche prüfen und begutachten solle, damit die Versammlung beurtheilen könne, ob auch wirklich genügende Gründe dafür vorhanden seien. Für den Präsidenten sei es eine delikate Sache, für sich allein Urlaubsgesuche abzuschlagen. Nach einer kurzen Berathung beschloß die Versammlung, daß die Urlaubsgesuche zwar nicht an einen besonderen Ausschuß, wohl aber an das Bureau zur Begutachtung gehen sollen. Widenmann erstattete Bericht über die Hecker'sche Wahl. Als Urkunden liegen demselben die Berichte der badischen Regierung nebst den übersandten Aktenstücken, eine Anzahl von Petitionen, meistens von demokratischen Vereinen, und ein Schreiben Heckers an den Präsidenten, so wie endlich die Verhandlungen der badischen Kammer über den Aufruhr in Baden zu Grunde. Die Thatsache liege unzweifelhaft vor, daß Hecker versucht habe, mit Gewalt der Waffen die konstitutionell-monarchische Verfassung Badens umzustürzen, und zwar zu einer Zeit, wo der Uebergang in die neue Ordnung bereits erfolgt war. Es sei mit Nichts dargethan, daß das badische Volk in seiner Mehrheit die Republik gewollt habe, am wenigsten, daß es dieselbe mit Gewalt der Waffen habe erzwingen wollen. Aber wie gegen sein engeres Vaterland, habe er sich Hochverrath gegen ganz Deutschland zu Schulden kommen lassen. Denn es geht unzweifelhaft aus den vorliegenden Aktenstücken, wie aus dem von ihm in Mutterz herausgegebenen Volksblatte hervor, daß er die Republik für ganz Deutschland einführen wollte und wolle. Dadurch übe er Verrath an der ächten und wahren Volkssouveränetät, und sei unfähig, einen Sitz in der Nationalversammlung einzunehmen, deren Leben schon in der Geburt zu vernichten, der Zweck seines Strebens gewesen sei. Der Ausschuß beantragt daher, die auf Hecker gefallene Wahl für ungiltig und unwirksam zu erklären, und die badische Regierung aufzufordern, sogleich eine neue Wahl anzuordnen. Der Bericht ist sehr gründlich abgefaßt, ruhig und würdig gehalten und verdient allgemein bekannt zu werden. Die Tagesordnung führte hierauf zu der Berathung des §. 7 der Grundrechte. Sie ist nicht zu Ende, und es stehen auf morgen noch einige Reden über die Todesstrafe bevor. Wenn die Abstimmung Statt gefunden hat, will ich Ihnen das Wichtigste aus der Diskussion im Zusammenhange berichten. — Aus Preußen sind heute günstigere Nachrichten eingetroffen; der preußische Rausch scheint im Abnehmen begriffen zu sein, und man fängt an, zur Besinnung zu kommen. Die konstitutionellen Vereine haben in dieser Beziehung große Verdienste; sie wirken unermüdlich dahin, das Volk über die Sache aufzuklären. Hier in Frankfurt denkt man in diesem Augenblick nur an die Ankunft des Reichsverwesers. In allen Straßen begegnet man weißgekleideten Mädchen mit Eichenkränzen in den Haaren und in den Händen, welche hinauszielen, die „Reichsverweserin" zu empfangen.

Dänemark.

Kopenhagen, 29 Juli. General Hedemann ist hier angekommen und General Krogh hat statt seiner das Kommando übernommen. Vor seinem Abgange hat Ersterer in einem Armeebefehle dem Heere seine Zufriedenheit und seinen Dank ausgesprochen. (H. K.)

Großbritannien.

London, 30. Juli. J. O'Connell hat ein Schreiben an das irische Volk erlassen, worin er erklärt, demnächst die von seinem Vater erfundene „friedliche und gesetzliche Agitation" wieder aufnehmen und die Conciliation-Hall wieder eröffnen zu wollen. Zugleich eifert er aber in diesem Schreiben gewaltig gegen die englische Regierung, „die nun zum dreißigsten Male ihre feierlichen Versprechungen gebrochen habe, die gleich bei der Hand sei, wo es gelte, beschränkende, strafende, unterjochende Maßregeln für Irland ins Werk zu setzen, die aber unbegreiflich zögere, wo es gelte, wirklich nützliche Maßregeln für Irland in Vollzug zu bringen, die ein auf Lüge und Demoralisation gegründetes Spionirsystem unterhalte und aufs Schamloseste die Juries in den politischen Processen verfälscht habe" u. s. w. Brougham hat nicht Unrecht, wenn er O'Connell, Vater und Sohn, mit Individuen vergleicht, welche eine brennende Lunte einem Pulverfasse nahe bringen, es dem Zufall überlassend, ob ein Funke hineinfällt, dann aber, wenn es geschieht, vor Verwunderung darüber die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, daß es geschehen. — Im Norden und in Dublin waffnen die Oranienmänner, die wieder muthiger ihr Haupt erheben; jeder „Bruder" sucht in den Besitz eines Gewehrs zu kommen. Die Whigs, obgleich von ihrer in gegnerischer Stellung den Orangemännern, können und dürfen unter den jetzigen Verhältnissen diese Hilfe nicht ausschlagen. So droht die gegenwärtige Bewegung das Land der Reaktion erst recht in die Arme zu führen. — Das gegen Smith O'Brien erlassene Ausschreiben des Lordlieutenants lautet: „Nachdem wir in Erfahrung gebracht, daß William Smith O'Brien sich hochverrätherischen Beginnens schuldig gemacht und offen in Waffen Ihrer Maj. entgegengetreten ist, und wir entschlossen sind, besagten William Smith O'Brien der Gerechtigkeit zu überliefern, so bieten wir eine Belohnung von 500 Pf. jedem Individuum oder Individuen, welche ihn lebendig zur Haft liefern" u. s. w. Aehnlich lauten die Ausschreiben gegen die etwas niedriger, nämlich auf 300 Pf. geschätzten Rebellenhäuptlinge Meagher, Doheny und Dillon. Es mag erlaubt sein, diesen irischen Hecker, Smith O'Brien, zu bedauern, der sich stufenweise in die offene Rebellion hineingeschwatzt hat, der sich durch Ehrgeiz, unbestimmten Thatendrang, Verführung und Schmeicheleien verleiten ließ, die ihm gebührende Rolle eines Parlamentsmitgliedes aufzugeben und im offenen Felde der Rebellion einen schlechten General zu spielen! Dem Gisde zufolge sind wieder neue Verhaftsbefehle gegen mehrere Londoner Chartisten ausgefertigt und in Manchester durch eine obrigkeitliche Bekanntmachung alle von den konföderirten Klubs

beabsichtigten Meetings verboten worden. Die Obrigkeit von Liverpool soll beschlossen haben, die gefährlichsten Demagogen der Stadt zu verhaften; zu diesem Zweck ist ein Haftbefehl gegen Dr. Reynolds erlassen, der sich nach Birmingham geflüchtet hat. Es muß übrigens entweder mit der Gefahr oder der Reaktion in England weit gekommen sein, wenn, wie geschehen ist, von englischen Städten um Aufhebung der Habeascarpusakte petitionirt wird.

Es mag erlaubt sein, auf das in Greenwich zu Ehren des Reichsverwesers gefeierte Fest der Deutschen mit einigen Worten zurückzukommen. Nachdem die Gesundheit der Königin von England und ihres Gemahls getrunken worden, galt der nächste Trinkspruch dem Erzherzog Reichsverweser. Graf Dietrichstein dankte und sagte im Wesentlichen: Niemals könne fortan die Sache Oesterreichs von der Deutschlands, oder die Sache Deutschlands von derjenigen Oesterreichs getrennt werden, es gebe fortan kein Oesterreich ohne Deutschland; Oesterreichs Ruhm, Oesterreichs Macht, ja Oesterreichs Dasein sei jetzt eins mit dem Ruhm, dem Dasein, der Macht des glorreichen großen Landes, welches der größere Theil der hier Versammelten mit gleichem Stolz und gleicher Liebe sein Vaterland nenne. Wie für sich selbst könne er für den Reichsverweser bürgen, daß dieser, den er seit Langem kenne und der ihn mit seiner Freundschaft beehrt, keine der Erwartungen, die man zu ihm hege, unerfüllt lassen werde. Bansen erhob sich hierauf und sagte: „Es gibt ein theures Wort, welches in jedem deutschen Herzen sein Echo findet. Dieses Wort lautet: unser deutsches Vaterland! Aber dieses Wort, wie einigend, kräftigend, begeisternd es auch auf die Deutschen wirken möge, wurde doch im Auslande kaum verstanden; eher war es ein Gegenstand des Spottes und der Belästigung. Man sagte: Ihr seid ja nie eine Nation gewesen. Ich aber sage, daß, wenn die Deutschen nie eine Nation waren, jetzt Lust und Muth genug in ihnen ist, sich gegenwärtig zu einer Nation zu machen." (Lauter Beifall.) Der Redner suchte nun weiter nachzuweisen, daß allerdings die Deutschen stets ein Volk waren, trotz des anscheinenden Zerfalls, trotz zeitweiliger Unterdrückung, trotz der unseligsten aller Reaktionen, die im Jahre 1815 ihren Anfang nahm. Im Verlauf seines Vortrags stellte der Redner die Behauptung auf: Deutschland sei kein centralisirender Staat und dürfe es nicht sein; es sei nicht seine Aufgabe, alle Kräfte und Talente in einem Fokus zu verzehren und 45 Millionen Menschen von einer Hauptstadt aus zu regieren, wie dies in Frankreich der Fall ist. Der Redner zog nun eine geschichtliche Parallele zwischen England und Deutschland; unabhängige Fürsten, Barone, die Könige zu machen das Recht gehabt, seien dort Pairs des Reichs und Unterthanen der Krone geworden, während es in Deutschland dem abhängigen Feudaladel gelungen sei, sich unabhängig vom Reich zu machen und es dadurch zu schwächen. Jetzt eröffne sich eine neue Laufbahn, die zum Heile führe, wenn Fürsten und Völker sie mit aufrichtigem Verlangen Hand in Hand beschritten und alles Das vergessen wollten, was von beiden Seiten gefehlt worden. Der Redner glaubte jede Furcht vor einem Kriege als eitel und nichtig bezeichnen zu dürfen; Deutschland denke nicht daran, Eroberungen zu machen, habe es keine Verbündeten, so habe es doch viele Freunde; und Verbündete habe es darum nicht, weil Friede, nicht Krieg, sein Streben sei. Dann hob er hervor, wie theuer gerade Englands Freundschaft dem deutschen Volke sein müsse, sei doch das englische Volk desselben Blutes; er bezog sich sodann auf die großen Dinge, die im Laufe der letzten vier Monate erreicht seien, prophezeite noch größere, welche erreicht werden müßten, und ließ schließlich die Einheit Deutschlands und das Parlament zu Frankfurt hoch leben. Graf Kleinmannsegge dankte auf einen dem Wehrstande ausgebrachten Toast, rühmte die Schlagfertigkeit der deutschen Heere, die, wo sie auch ständen und wohin man sie führe, sich ihres alten Kriegsruhmes würdig zeigen würden, und schloß in seinem Dank zugleich die deutsche, wenn auch nur noch kleine Marine ein, zu der höchstens die Schiffe fehlten, während Friesland, Hannover und die übrigen Meeresküsten von wackern und kernhaften Seeleuten wimmelten, hinreichend, um eine tüchtige Kriegsflotte zu bemannen. Herr Sievekking nahm Gelegenheit, eine gelungene Parallele zwischen den Kriegern von 1813 und den Führern der jetzigen deutschen Bewegung zu ziehen, welche auf dem Vorposten ständen gegen veraltete Schwächen und Mißbräuche. Sein Trinkspruch galt Herrn von Gagern, dem Sprecher des Frankfurter Parlaments. (Die Fr. O. P. Z. enthält über dieses Fest folgende Privatmittheilung: London, 28. Juli. Ich kann nicht umhin, Ihnen einige Worte über unser gestern zu Greenwich gefeiertes Fest, zur Verherrlichung der Ernennung des deutschen Reichsverwesers, mitzutheilen. Nie sah ich etwas Erhebenderes. Sämmtliche Botschafter und Gesandte der deutschen Staaten nebst ihren Beigeordneten waren gegenwärtig, ebenso die Elite der Kaufleute und überhaupt was Gefühl für das gesetzliche Bestreben der Verbesserung deutscher Zustände hat. Wie saßen 150 zur Tafel. Nur zwei Nichtdeutsche waren gegenwärtig: Hr. Colquhoun als Generalkonsul der Hansestädte und Sachsens, und der amerikanische Gesandte, Hr. Bancroft. Der Letztere hielt eine ausgezeichnete Rede in deutscher Sprache. Die Harmonie des Festes wurde unterstützt von der Londoner deutschen Liedertafel.)

Den 28. Juli fand in London abermals eine jener chartistisch-repealistischen Versammlungen Statt, die zu charakteristisch sind, als daß man sich versagen sollte, sie wenigstens kurz zu erwähnen. Ein gewisser Kean schlug vor, zu beschließen: „daß diese Versammlung mit Verdruß und Argwohn die Maßregeln ansehe, welche die Regierung zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung (!) in Irland getroffen, daß diese Versammlung zugleich ihr herzliches Mitgefühl mit ihren patriotischen Brüdern in Irland ausspreche." Einstimmig angenommen, nachdem ein gewisser Pebler bemerkt: wie er glaube, schlage man sich in Irland, und wie er hoffe, würden die Patrioten einen schnellen Sieg erlangen (Beifall). Ein gewisser Shell äußerte: wenn sie gestatteten, daß brave Mitbürger (die verhafteten Chartistenführer) im Gefängniß blieben, so verdienten sie nicht den Namen von Männern (lärmender Beifall). Er rufe sie auf, muthig vorwärts zu gehen und zu zeigen, daß sie keine Feiglinge seien, und Gott der Allmächtige werde ihnen Sieg verleihen (Hurrah und Beifall). In diesem Augenblick trat der sogenannte Mitchelklub in den Saal. Der Vorsitzende äußerte hierauf: man möge sich hübsch ruhig verhalten, da ihn ein Mitglied der Mitchellaner soeben davon in Kenntniß gesetzt, daß draußen Polizeisoldaten mit blanken Hirschfängern ständen. Ein gewisser Radney vom Mitchelklub fragte: „ob die Versammelten ruhig mit ansehen wollten, daß Truppen in London eingeschifft würden, um die Irländer zu schlachten (Nein! Nein!). Die Mitchelbrüder waren zu dem Entschluß gekommen, daß der Weg dieser Truppen nur über ihre Leichen gehen solle". Unermeßlicher Beifall folgte dieser anermeßlichen Aufschneiderei.

London, 31. Juli. Die heutigen Times enthalten in einer zweiten Ausgabe die Nachricht, daß Smith O'Brien am 29. Juli mit den Waffen in der Hand einen offenen Aufstand versuchte, daß aber 50 bis 60 bewaffnete Polizeisoldaten hinreichten, die mit so vielem Pomp angekündigte Insurrektion zu unterdrücken. Dieser Zusammenstoß fand in Boulagh nahe bei Ballingby statt, drei Insurgenten wurden erschossen, mehrere verwundet. Smith O'Brien, der an der Spitze des aufständischen Haufens stand, ergriff, von seinen zusammengerafften Anhängern vollständig verlassen, die Flucht und schlug die Richtung gegen Urlingford ein; man hoffte, daß man noch vor Einbruch der Nacht seiner habhaft werden würde. Mit ihm waren einige der bekanntesten Aufruhrprediger, Doheny und Dillon; letzterer soll sich unter den Gefallenen befinden. Diese Nachricht wird durch Mittheilungen, die im Ministerium des Innern einliefen, bestätigt. Im Parlament antwortete Sir G. Grey auf eine dieserhalb gestern an ihn gerichtete Anfrage: er habe durch den elektrischen Telegraphen vom Mayor von Liverpool eine vom Lordlieutenant selbst herrührende Botschaft erhalten, wonach vergangenen Sonnabend in der Grafschaft Tipperary zwischen den Insurgenten und den Konstablern, aber nicht mit den k. Truppen ein Zusammentreffen stattgefunden habe, und daß Gen. Macdonald mit einem zahlreichen Truppenkorps ganz nahe hinter Smith O'Brien her sei. Es seien bei diesem Scharmützel auch Einige geblieben, die Namen derselben jedoch nicht genannt. So kläglich endete der so lange und nach einem umfassenden Maßstabe vorbereitete irische Unabhängigkeitskrieg, unblutiger und kläglicher noch, als man irgend voraussehen konnte! Die Times nennen diese Schilderhebung die Travestie einer Revolution und ergießen ihren übrigens fast allzu herzlosen Spott über O'Brien. „Der arme O'Brien!" rufen sie aus, setzen aber hinzu: „wenn es erlaubt ist, mit einer so verkehrten und schädlichen Bestie Mitleid zu haben." Es ist wahr, daß Smith O'Brien eine furchtbare Verantwortung auf sich lud, indem er ohne Gewissen und ohne Aussicht auf Erfolg sein Heimatland, unter dem Vorgeben es glücklich zu machen, einem blutigen Bürgerkrieg aussetzte, der unendliches Unglück über Millionen Irländer bringen konnte; aber alle Berichte und die Times selbst stimmen darin überein, daß Smith O'Brien, ursprünglich eine edle Natur, in der letzten Zeit seiner Sinne nicht mehr mächtig geschienen, ganz verkehrt gehandelt und gesprochen habe und nur das fast willenlose Werkzeug in der Hand der eigentlich bösartigen Aufrührer, der Meagher, Doheny, Dillon u. s. w. gewesen sei. Inzwischen werden in Dublin die noch übrigen Leiter der Verschwörung einer nach dem andern verhaftet, hierunter der wilde Lalor, der zuerst den John Mitchell in die Bande des Republikanismus und

Kommunismus verstrickte; ein anderer bekannter Rädelsführer, O'Reilly, stellte sich den Gerichten freiwillig.

Frankreich.

Paris, 1. August. Der zweite Theil der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung war viel bewegter, als der erste; Herr Proudhon beantwortete den Bericht, den Thiers über seinen socialistischen Vorschlag gemacht hatte; er that es bald unter Lachen, bald unter Lärm vier volle Stunden lang und sagte so ziemlich Alles, was er wußte. Er that es, wie der Nationnl sagt, mit voller Brutalität und vollem Cynismus und trug noch mehr, als Thiers in seinem gewundenen Bericht gethan hatte, dazu bei, sich und seine Schule vor den Augen der öffentlichen Meinung zu begraben. Er that es mit der ganzen kindischen Eitelkeit, dem brohenden Hochmuth des Sektirers, der sich und seine Ansicht der ganzen übrigen Welt gegenüber als gleichgewichtig in die Wagschale wirft und in jedem Mißfallen, jedem Widerspruch nur eine neue Anweisung auf das Märtyrerthum erblickt. Mein Vorschlag, sagt er, ist nichts Anderes als die Februarrevolution selbst; Ihr wißt von meinem Vorschlag selbst noch nicht das Geringste mehr als von der Revolution. Im Jahr 1793 bezahlte das Eigenthum der Revolution seine Schuld (die Konfiskationen, gezwungenen Anleihen, Plünderungen!!); seit dieser Zeit hat das Eigenthum Nichts mehr zur öffentlichen Sache beigetragen, die Arbeit allein bezahlt die Steuern. Es fragt sich also, ob das Eigenthum, d. h. der Reinertrag jetzt Etwas für die Revolution thun will. Ihr habt die „Arbeit garantirt"; die Garantie der Arbeit ist aber dann am leichtesten, wenn die Produktion eine „Mündung ohne Grenzen" hat. Der Redner macht nun wieder eine jener imaginären Rechnungen, wonach Frankreich mit leichter Mühe 100 oder wenigstens 20 bis 30 Milliarden statt 10 Milliarden producirt, und dieses Sümmchen vertheilt er dann, um namentlich den „Kredit gratis" zu schaffen. Errichten wir, sagt er, eine Nationalbank, organisiren wir so den Kredit, so haben wir das Diskonto umsonst, den Kredit umsonst, die Benutzung der Häuser und des Bodens umsonst. Sind wir einmal so weit, ist so die Liebe zum Wohlbehagen an die Stelle des Ehrgeizes und der Habsucht gesetzt, ist der Fetischismus des Geldes durch die Wirklichkeit der Genüsse verdrängt, so wird die Verzehrung sowohl als die Fähigkeit, zu genießen, grenzenlos sein!!" — Aber, fährt Proudhon unter allgemeiner Heiterkeit fort, die Garantie der Arbeit ist unverträglich mit der Erhaltung des Zinses und aller Zölle, die auf den Werkzeugen der Produktion, die auf der Arbeit lasten, unverträglich mit allen Herrenrechten des Eigenthums. Wer das Gegentheil behauptet, ist kein Republikaner. Das Eigenthum, der Reinertrag sind in der Republik unmöglich; also Eines von Beiden, entweder wird das Eigenthum die Republik aufheben, oder die Republik wird das Eigenthum aufheben. Auf das schallende Gelächter, das diesem Satze folgte, erwiderte Proudhon mit Zuversicht: Ich bedauere, daß das Sie so lachen macht, denn was ich hier sage, wird Sie todt machen. — Natürlich müssen auch alle Miethzinse, alle Servituten wegfallen, die Rente muß mit mathematischer Gewißheit zuletzt auf Null herabsinken, das ist eine unabänderliche soziale Wendung; sie herbeizuführen ist die Aufgabe der Februarrevolution, denn am 24. Februar hat die Liquidation der alten Gesellschaft begonnen. Diese Liquidation mag nun stürmisch oder friedlich ausfallen, sie muß erfolgen. Auch ohne Sie, ruft Proudhon aus, wird sie erfolgen; und als diesen Worten heftiges Murren folgt, setzt er hinzu: ich identificire mich nämlich mit dem Proletariat und Sie mit der Bourgeoisie. Der Redner sucht nun die Mittel nachzuweisen und ergeht sich in langen Berechnungen, deren Unhaltbarkeit schon Thiers nachgewiesen womit er aber jetzt von Neuem die Geduld der Versammlung auf die Probe stellt. Mehrmals wollen die Abgeordneten die Bänke verlassen, der Finanzminister fordert sie dringend auf, doch ja den Redner ruhig auszuhören und nicht „ohne ein entscheidendes und feierliches Votum" sich zu trennen. Proudhon kommt dann noch einmal darauf zurück, daß das Eigenthum „aufhören müsse, zu existiren"; es sei das nur eine Folge der Februarrevolution, ihres Verfassungsentwurfs und jenes Versprechens, die Arbeit zu garantiren. Auch die Verträge müßten, strenge genommen, schon aufhören; „wenn sie noch fortwährend beachtet werden, so geschieht dies allein durch den freien Willen der Schuldner". Als ihn der Präsident hierüber zur Ordnung ruft, behauptet der Redner, auch das sei eine Folge der Februarrevolution; wenn man sich auf die Heiligkeit der Verträge berufe, müsse man vor Allem die Revolution aufheben. Der Redner kommt auf die Stellung der Versammlung und meint, sie sei „nur eine Thatsache, kein Princip"!! Das allgemeine Stimmrecht habe sich in den letzten Wahlen als trügerisch erwiesen, man müsse es daher „organisiren". „Sie erheben sich zwar gegen meinen Vorschlag, aber gleichwohl können Sie nur dadurch dem Tode entgehen. Sie stützen sich auf Bajonette, aber der Socialismus hat sein Auge offen über Sie; wenn Sie die Garantie der Arbeit aufheben, so lassen Sie dem Arbeiter nur das Recht der Insurrektion. Was Sie auch thun mögen, die Ideen werden sich Bahn brechen; nehmen Sie sich in Acht, ich wiederhole es, der Socialismus hat seine Blicke auf Sie gerichtet". Mit dieser Drohung, diesem „la bourse ou la vie!" schloß der Redner unter unsäglichem Tumulte. Es hatte die größte Anstrengung gekostet, dem Sprecher das Wort zu erhalten; Präsident und Minister hatten, unter nicht sehr schmeichelhaften Hindeutungen auf den Redner selbst, wiederholt dringend gebeten, ihn doch zu Alles sagen zu lassen, aber gleichwohl konnte man die Ausdrücke des heftigsten Unwillens, die wilde Aufregung in der Versammlung nicht bewältigen. Man kann denken, welch' ein Beschluß gefaßt wurde; es wurde eine Tagesordnung beketirt, die keine Tagesordnung, sondern ein souveränes Verdammungsurtheil, eine Art von kirchlichem Bannspruch war. Mit 691 gegen 2 Stimmen wurde beschlossen: „Die Nationalversammlung, in Anbetracht, daß der Vorschlag des Bürgers Proudhon ein gehässiger Eingriff in die Grundsätze der öffentlichen Sittlichkeit ist, daß er das Eigenthum verletzt, die Angeberei ermuthigt und die schlimmsten Leidenschaften anruft — in Anbetracht, daß der Redner die Februar-Revolution verläumdet und sie zur Mitschuldigen an den von ihm auf der Tribune entwickelten Theorien gemacht hat — geht zur Tagesordnung über." —

Eine größere Niederlage als durch dieses Urtheil bereitete sich Proudhon selbst durch die Art seiner Vertheidigung; die ganze Begründung war ein viel gehässigerer Angriff gegen die Grundsätze der gesunden Vernunft, als gegen die öffentliche Moral. Und insofern hat der National Recht, wenn er sagt: für solche Lehre ist das helle Tageslicht der Tod; dem unerbittlichen Urtheil des gesunden Sinnes unterwerfen, verlieren sie selbst das Vorrecht, die Neugierde zu erregen oder Aergerniß zu verursachen.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war die Interpellation wegen der Unterdrückung von elf Journalen und die Verhaftung Girardin's an der Tagesordnung. Die Debatte wurde von einigen Mitgliedern lebhaft geführt, der Regierung Diktatur und Gewaltsamkeit vorgeworfen, aber das Ganze endete mit einer eclatanten Rechtfertigung derselben. Der Justizminister Marie erklärte:

Am 24. Juni habe die Nationalversammlung auf den Antrag eines Mitglieds Paris in Belagerungszustand erklärt und alle Exekutivgewalt in die Hände Cavaignac's gelegt. Von diesem Augenblicke an hatte der General nicht nur große Rechte, er hatte auch große Pflichten. Seine größte war, die Gesellschaft gegen ihre Feinde zu schützen, gegen die, die sie mit den Waffen, wie gegen die, die sie mit Wort und Feder angriffen. Dies habe Cavaignac gethan, hier handle es sich nicht um ein Gutachten von Rechtsgelehrten, nicht um eine legale Frage, hier habe es sich um das Wohl des Vaterlandes und das Heil der Republik gehandelt und dieses stehe über Allem. (Allg. Beistimmung.) Nachdem die Emeute besiegt war, habe Cavaignac seine Ausnahmsgewalt niedergelegt, man habe ihn gebeten, sie zu behalten, keine Stimme habe sich mit den Anklagen gegen ihn erhoben, die jetzt laut würden, man habe vielmehr erklärt, er habe sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Glaube die Versammlung jetzt, daß er schlecht gehandelt, daß er seine Gewalt gemißbraucht habe? (Von allen Seiten: Nein! Nein!) Man frage, warum die Unterdrückung der Journale noch fortdaure. Weil es in diesem Augenblicke noch keine Gesetzgebung gäbe, die die Gesellschaft gegen die Uebergriffe der Presse schütze. Die alte Gesetzgebung passe nicht für die Republik, die neue komme erst in diesen Tagen zur Diskussion, sobald sie votirt sei, werde die Unterdrückung der Journale aufhören.

Cavaignac selbst bemerkte: Man spricht von Diktatur — aber, als man mir unter dem Drucke der Ereignisse jene außerordentliche Gewalt übergab, da waren Jene, die mich heute interpelliren, die Eifrigsten, und ich will nicht fragen, wie weit ihre Rathschläge, wie weit ihre Inspirationen damals gingen. — Ich blieb fest auf dem energischen, aber gemäßigten Wege, den ich mir vorgezeichnet hatte. Was die Anklagen gegen mich betrifft, so möge das Votum der Versammlung darüber entscheiden. Das Votum der Versammlung entschied sich mit allen Stimmen gegen ungefähr zehn appontrende für die Tagesordnung.

Italien.

Mailand. Die A. Z. Z. bringt folgende Nachrichten: Karl Albert hat unterm 28. Juli aus seinem Hauptquartier Bozzolo zwei Proklamationen erlassen, die eine an das Heer, die andere an die Völker Oberitaliens. In diesen Proklamationen thut er kund, daß

Deutschlands Verhältnisse zu Ungarn.

H Darüber, daß Deutschland und Ungarn Länder sind, durch ihre Lage und Interesse, durch vielhundertjährige historische und verwandtschaftliche Bande berufen, sich eng aneinanderzuschließen und dadurch sich wechselseitig zu fördern und zu kräftigen, waltet wohl keine Meinungsverschiedenheit ob. Die deutsche Nationalversammlung hat sich in diesem Sinne vorläufig schon bei zwei Gelegenheiten lebhaft ausgesprochen, namentlich hat sie mit fast einmüthiger Zustimmung die Nachricht entgegengenommen, daß Ungarns Regierung Abgeordnete an sie mit dem Auftrage entsendet, „über die Erhaltung und Kräftigung der zwischen den ungarischen und deutschen Staaten obwaltenden freundschaftlichen Verhältnisse, sowohl in politischer als kommerzieller Beziehung, im Belang der gegenseitigen Selbständigkeit, Freiheit und des materiellen Wohlstandes zu wachen." Ein noch entschiedenerer Schritt dürfte in dieser Hinsicht bevorstehen. Ehe wir jedoch auf jene Verhältnisse näher eingehen, müssen wir vorher noch einmal kurz auf die Lage des deutschen Volkselementes in Siebenbürgen und in Ungarn überhaupt zurückkommen, weil darauf immer die wesentliche Bedingung des guten Einvernehmens zwischen den beiden Nachbarländern beruhen wird.

Es ist natürlich, daß der heutige, die ganze europäische Welt erschütternde Doppelkampf der Freiheit und der Nationalität auch seine Schwingungen Donau abwärts weit hinab fortsetzt, daß er stärker und stärker auch in jenen östlichen Landen ausbraust. Die Pflicht, die deutschen Interessen und Elemente in diesen durch ihre Lage, ihren Reichthum, ihre Fruchtbarkeit so wichtigen Gegenden zu wahren, wird an jedem Deutschen gefühlt. Namentlich liegt hierin für Oesterreich die wahre Lebensaufgabe. Es kann und wird nimmermehr die anhänglichkeit der Sachsen Siebenbürgens an der österreichischen und deutschen Sache vergessen, daß diese den sichern Schwerpunkt sehr vieler Berechnungen seiner östlichen Politik seit Jahrhunderten bildeten. Im Jahre 1600 schon schrieb Rudolf II. der sächsischen Nation: „Nachdem Siebenbürgen in unsere Gewalt zurückgekehrt ist, haben Wir uns Nichts näher liegend erkannt, als daß Wir Euch, die Ihr durch Abkunft und Sprache, und was die Hauptsache ist, durch Eure angestammte Ehrenhaftigkeit des Charakters Deutsche, nämlich Unseres Geschlechtes seid, vor allen Dingen ermuthigen". Kräftigung der sächsischen Nation, und durch sie des österreichisch-deutschen Elements, als dessen Repräsentanten für immer einen deutschen Kommandirenden aufzustellen, Kaiser Leopold im 17. Punkte seines berühmten Diploms vom 4. Dez. 1691 sich ausdrücklich vorbehielt, somit die bloß durch das Deutschthum erreichbare feste Verbindung des schwankenden Siebenbürgens mit der Monarchie, das war der leitende Grundsatz der österreichischen Politik, aber auch der stete Anlaß zur Eifersucht und zu einer, leider nur zu oft erfolgreichen Anfeindung der Sachsen seitens ihrer zwei Mitnationen. Durch Kaiser Leopold I., Josef I., Karl VI. und besonders Maria Theresia wurden sie jedoch im Ganzen in ihren Rechten geschützt. Als aber Josef II. Konsolidirungsmaßregeln in Angriff genommen, und das Deutsche zur Geschäftssprache erhoben hatte, trat nach seinem Tode, ungeachtet der Kaiser seine meisten Verfügungen selbst widerrufen hatte, gegen sein System eine hartnäckige Reaktion ein, die sich theils in Widerherstellung feudalistischer Institutionen, theils in der Befehdung alles Deutschen äußerte. Seit 1790 haben die beiden Mitnationen der Sachsen, entsprechend der Tendenz in Ungarn, in fortschreitender Rückwirkung gegen die Josefinischen Maßregeln ihre Institutionen dadurch fester zu begründen gesucht, daß sie eine möglichst enge Verbindung untereinander und mit Ungarn zu bewirken suchten. Wilde Anträge und Beschlüsse des Siebenbürger Landtags von 1790/1 haben ihre Erklärung eben in der Absicht, das germanische Element niederzuhalten und dienstbar zu machen. Jedoch setzten die Sachsen den Angriffen auf ihre Selbständigkeit und Nationalität eine männliche Abwehr entgegen, in deren Folge die eifrig betriebene Union Siebenbürgens mit Ungarn damals unterblieb und die Autonomie Siebenbürgens selbst (seine eigene Konstitution, die keinem andern Reiche unterworfen, die eigenen Gesetze und bestätigten Gewohnheiten*) sorgsam bewahrt wurde. Die Magyarisirungstendenzen verstummten eine Zeit lang.

Allein neuerer Zeit regten sich, begünstigt durch das ganze Metternich'sche System, jene Tendenzen von 1790 in unerwartet beängstigender Weise und schritten auf dem Wege des nationalen Separatismus und der politisch-administrativen Isolirung vom Mittelpunkte der Monarchie, von einer Forderung und Geldhülfe zur andern, unaufhaltsam vorwärts. Als das geeignetste Mittel hierzu ward die Vereinigung der vielfach getrennten Nationalitäten Ungarns in die eine magyarische proklamirt. Diese Bestrebungen konnten auch in Siebenbürgen nicht ohne Nachhall bleiben, zumal sich auch hier bald Parteiführer fanden, welche allen dort neu auftauchten Grundsätzen und Prozeduren die gleiche Geltung in Siebenbürgen mit Talent und kühner Zuversicht zu verschaffen suchten. Die Frage der Union ward mit der angeregt, und der alte Wunsch reifte mit jedem Landtage seiner Erfüllung entgegen. Auf dem Reichstage von 1847/8 (7. Art.) kam endlich, freilich ohne Willensaussprech des selbständigen Siebenbürgens, das Gesetz zu stande, welches den Anschluß im Prinzip ohne weiteres voraussetzt und, indem es die Bestimmungen eines Provisoriums bis zum nächsten ungarischen Reichstage und die Vertretung Siebenbürgens durch 69 Abgeordnete auf demselben enthält, eine Eroberung auf dem Papier vollzieht, zu deren Verwirklichung es das ungarische Ministerium zur Ergreifung der dahinführenden Maßregeln ermächtigt. Neuerdings hat denn auch der siebenbürgische Landtag diese Einverleibung zugestimmt, ungeachtet ihm keine wirklichen Garantien gegeben sind und die Siebenbürger auf dem Reichstage Ungarns eingeräumten 69 Vota gegenüber den 377 ungarischen Nichts zählen. Fortan gilt dort nur noch die absolute Stimmenmehrheit, und ein Minoritätsvotum der 22 sächsischen Stimmen wird nicht mehr beachtet werden. An sich ist der §. 5 des Gesetzes („Ungarn ist bereit, jene besonderen Gesetze und Freiheiten Siebenbürgens, welche sowohl der Verschmelzung der beiden Länder nicht hinderlich, als auch der Nationalfreiheit und Rechtsgleichheit günstig sind, anzuerkennen und zu erhalten") ein leeres Wort. Oder wie will man es anfangen, daß die für Siebenbürgen angeblich detaillirten Sondergesetze der für das ganze Reich ausgesprochenen Rechtsgleichheit günstig seien? Was soll das Aufgehen Siebenbürgens in Ungarn hindern? Auf dem jüngsten ungarischen Reichstage sind die ständischen Institutionen beseitigt worden, an ihre Stelle ist der Repräsentativstaat mit der Centralisation und einer souveränen Kammermehrheit getreten, und der Magyarismus ist besonders in der zweiten Kammer zur unwiderstehlichen Heerschaft durch deren Zusammensetzung berufen. Gegen die Diktatur dieser magyarischen Kammermajorität bleibt der sächsischen Nation, wenn Oesterreich, wenn Deutschland sich ihres guten Rechts nicht annimmt, nur „das Recht des Aufseufzens zum Himmel" übrig. Bedenkt man noch, daß durch die Sprachgesetze von 1840 und 1844 der Gebrauch der deutschen Sprache aus dem öffentlichen Leben in Ungarn ausgestoßen ist, so wird jeder Unbefangene zugeben, daß der Sachsen höchste Güter, für die sie sonst gekämpft und gelitten, bedroht sind.

Seltsam, daß zur selben Zeit, wo Ungarn einerseits sich Siebenbürgen durch alle Mittel einzuverleiben, andrerseits den innigen Verband mit den übrigen Theilen der Monarchie*) zu lösen suchte, der alte treue Sinn der Sachsen unerschüttert hervortrat, indem ihre Nationalversammlung unterm 29. März l. J. in einer Adresse an den Kaiser erklärt: „daß sie nebst der Bitte um Aufrechthaltung ihrer Verfassung und deutschen Nationalität, und Theilhaftmachung an den, dem Gesammtvaterland gewährten Zugeständnissen, Nichts sehnlicher wünsche, als diese ihre Gesinnungen einst auch in einer allgemeinen Reichsständeversammlung aller konstitutionellen Länder der Monarchie bekunden zu können."

Eine Aufforderung mehr, daß das geeinte Deutschland, wie die Sachsen wünschen, und wegen ihres gerechten Mißtrauens wünschen müssen, die Gewährleistung der ihnen bei der Union verheißenen Rechte übernehme. Diese Gewährleistung soll sich aber nicht bloß auf die Sachsen beziehen, sondern auf alle in Ungarn ansässige Deutschen, die nahezu 2 Millionen betragen und die früher wirklich schon nationale Rechte besaßen**). Auch müssen jene Sprachgesetze, welche alle nicht magyarischen Stämme in ihren Rechten kränken, zu bestehen aufhören.

Es wäre irrig zu wähnen, durch die Nichtberechtigung der Deutschen in Ungarn werde das magyarische Element, dessen wahre Interessen allerdings mit den deutschen in Einklang stehen, zum Schutze Deutschlands gekräftigt werden. Um in Ungarn allein zu herrschen, dazu fehlt es dem Magyarenthum an innerer Stärke. Das Unterliegen

*) Wir erinnern an die Zipser- und die Bergstädte. Seit die 24 Zipser Städte sich 1271 unter einem Grafen vereinigt hatten, stieg ihr Wohlstand und ihre politische Bedeutung, bis König Sigmund 1412/13 dieselben an Polen verpfändete, wo ihr Unglück begann; wie diese, verloren die übrigen ihre Freiheit, als König Matthias sie 1464 einem Adeligen schenkte, wodurch dem Slaventhum Thor und Riegel geöffnet ward. Die heutigen sog. Zipser Städte haben zwar eigene Verwaltung, konnten jedoch unerklärlicher Weise bisher noch keine Vertretung auf dem Reichstage erlangen.

**) Ungarn ist für alle Zeiten durch die pragmatische Sanktion vom J. 1722 unter dem Hause Habsburg mit allen Reichen und Provinzen in einen unauflöslichen Verband und ewige Union getreten und hat gegenseitige Vertheidigung mit denselben stipulirt.

Digitized by Google

des deutschen Elements, als des numerisch schwächeren in Ungarn, würde unausbleiblich das spätere Aufgehn des magyarischen Elements im Slaventhum, als dem numerisch stärksten, zur Folge haben. Nur durch das Deutschthum kann sich auch das Magyarenthum behaupten. Nur durch Stärkung des deutschen Elements im ganzen Donaugebiet können die Südslaven von den Nordslaven getrennt gehalten, kann dort der Bildung eines alle andern Elemente verschluckenden Slaventhums vorgebeugt werden. Daher die Nothwendigkeit eines festen Zusammenhaltens zwischen den beiden Elementen. Ungarn, Siebenbürgen und die Militärgrenze hatten 1843 nahe 13½ Millionen Einwohner, nämlich etwa 5 Millionen Slaven, 2 Millionen Walachen, 4½ Mill. Magyaren — mit eingeschlossen die Kumanen, Jazygen, Haiducken ꝛc. — und kaum 2 Millionen Deutsche, aber die Letztern übertreffen an Fleiß, Wohlstand (vom Grundbesitz abgesehen), Betriebsamkeit und Gesittung alle andern Bewohner, und hinter ihnen steht eine große Nation mit einer hohen Kultur. Schon aus numerischen Gründen kann das vereinzelte Magyarenthum zwischen jenen großen Völkerströmungen unmöglich eine dauernde Herrschaft über die übrigen Nationalitäten ausüben. Auch kann in Ungarn keine nationale Mischsprache entstehen, wie etwa in England und Schottland, weil die Nationalitäten räumlich auseinander stehen, und weil die Slaven sich an die slavische Sprachentwicklung, die Deutschen an die deutsche Sprache fest anzulehnen vermögen. Das Magyarenthum selbst findet wesentlich seine Rettung nur im Erstarken des Deutschthums, und Ungarn wird ein nationales Reich stets mit der Eigenthümlichkeit bleiben, daß dort mehrere Sprachen Geltung haben, und hoffentlich bald auch gleiche Berechtigung, welche allein den innern Frieden erhalten kann.

Die Magyaren haben mithin ein Lebensinteresse daran, das deutsche Element in Ungarn zu stärken, weil dieses der Unterdrückung überlassen, nicht im Magyarenthum, sondern im Slaventhum untergehen wird. Alsdann aber wäre auch für den Schutz Deutschlands an der Ostgrenze viel verloren — ein kostbares Bollwerk, ein lebendiger Vorposten in Südosten für deutsche Gesittung und deutschen Verkehr — und die slavische Bewegung würde nur immer höhere Fluthen werfen, in welchen das magyarische Element allein bald verschwände. Möchten daher die Magyaren, eh' es zu spät ist, einsehn und darnach gerecht handeln, daß ihr Lebensinteresse hier Hand in Hand geht mit Deutschlands Wunsche! Möchten sie allen Deutschen in Ungarn die nämlichen Volksrechte gewähren, welche Deutschland allen seinen Bürgern zugesteht, möchten sie ihnen vor Allem ihre selbständige volksthümliche Entwicklung und die Gleichberechtigung ihrer Sprache mit der magyarischen zugestehen! Geschieht dies, so werden auch deutsche Auswanderer, zumal aus Baiern, Franken, Würtemberg, in immer größern Schaaren Donau abwärts ziehen, das deutsche, d. h. kulturbringende Element dort überall, selbst in der Walachei, stärken, Fleiß und Wohlstand vermehren und die Vorposten der gemeinsamen europäischen Kultur gegen die Knechtschaft der Türken und des Kosakenthums befestigen helfen.

Aber Deutschland hat auch ein Recht, jene Garantie von Ungarn zu verlangen, im Namen seiner Stammesgenossen, im Namen der Wohlfahrt, der Freiheit und Selbständigkeit beider Reiche selbst sowie der Sicherheit seiner Ostgrenze gegen das panslavistische Wühlen, im Namen endlich auch der Humanität und des Friedens unter Bendervölkern, indem ein weiteres Häufchen von neuem Unrecht zu dem alten Unrecht dort von den Karpathen bis zum adriatischen Meere das Zeichen zu einem furchtbar blutigen Gemetzel geben könnte, das vielleicht mit einem Triumphe des Slaventhums endete würde. Deutschland wacht für sein eigenes Heil, es wacht für Ungarns Heil, indem es sich seiner schwer bedrängten Brüder dort mit Herz und Hand annimmt, „ohne das Erbtheil deutscher Natur, jenen reinen und edlen Sinn aufzugeben, in welchem der Gedanke der Gerechtigkeit gegen alle Völker lebt." Es muß um Deutschlands Kraft und Ehre zu bewahren ein Grundsatz der neuen deutschen Volkspolitik werden: wo ein Stamm deutscher Art und Name ist und aus freiem Entschlusse dahin verharren will, oder wo er sich erst im Laufe der Zeiten zum Deutschthum gewendet, da muß er auch von der deutschen Nation hierbei geschirmt und erhalten werden, wenn eine feindliche Macht ihn bedroht. Und für diesen Grundsatz sprechen hier noch die nächstigsten Anliegen!

Man erwäge die Lage der österreichischen Monarchie, wie sie sich jetzt zu gestalten scheint. Ungarn zählt 3,962 □ Meilen, die Militärgrenze 583, Siebenbürgen 957, zusammen 5,502 □ Meilen. Diese Summe von den 11,577 □ Meilen, welche die Monarchie im Anfange dieses Jahrs zählte, abgezogen, bleiben für die nichtungarischen Provinzen 6075 □ Meilen. Hiervon die 789 □ Meilen Flächenraum der Lombardei und Venedigs abgezogen — denn selbst im Fall ihrer Wiedereroberung durch die österreichischen Waffen müssen diese, sollen sie nicht am Marke der Monarchie zehren, national reorganisirt werden — so bleiben den nichtungarischen Ländern nicht mehr als 5,286 □ Meilen, d. h. schon 216 weniger als das neue Ungarn. Aber auch Galizien und Kroatien, würden sie selbst einen dickbeinigen Bestandtheil der Monarchie bilden, werden doch einer nationalen Reorganisation unterworfen, mithin in einer besondern Verwaltung abgetrennt werden müssen. Es ist sogar nicht wünschenswerth für Deutschland und nicht wünschenswerth für die deutschen Provinzen Oesterreichs selbst, daß dieses zu viele ganz fremde Anhängsel habe. Oder, um die Inkonvenienz davon auf die Spitze zu stellen, würden wir etwa ohne die größeren Gefahren Rußland wegen seiner deutschen Ostseeländer in den deutschen Bund aufnehmen können? Uns will es zweckmäßig dünken und von einer voraussichtigen deutschen Politik sogar geboten, daß in Zukunft das polnische Element auf dem Reichstage zu Wien nicht erscheine, sondern zu Hause seine Vertretung fände, daß eben dadurch das deutsche und ihm verbundene Element in Wien um so stärker werde. Dagegen müßten die übrigen österreichischen Länder mit Ungarn sich aufs Engste aneinanderschließen, zur Verfolgung einer gemeinsamen großen Donaupolitik, zur Sicherheit, zur Freiheit, zur Kräftigung und Wohlfahrt Aller. Doch dieses wichtige und folgenschwere Bündniß wird nur auf der Grundlage dauernd zu begründen sein, daß den Deutschen in Ungarn, deren Zahl sich bald verdoppeln und verdreifachen kann, die volle Gleichberechtigung mit den Magyaren zugestanden wird, und daß der Sachsenstamm Siebenbürgens frei und selbständig, und darum doch dem ungarischen Reich getreu, in dessen Grenzen wohnt.

Die Nothwendigkeit hiervon wird aus folgenden Zahlenverhältnissen sich noch deutlicher ergeben. Von dem ohne Italien auf 5,286 □ Meilen herabgeschmolzenen Flächenraum der Erbländer Galizien mit etwa 1,520 □ Meilen (einige Kreise des jetzigen Galiziens sind vorwiegend deutsch und würden hierher fallen) weiter in Abzug gebracht, bleiben etwa 3,760 □ Meilen für die deutschen Provinzen, denen die Flächenmasse von ganz Ungarn mit 5,502 □ Meilen gegenüberstände. Das Verhältniß der Bevölkerung sowie der Erzeugungsfähigkeit dieser beiden Ländercomplexe stellt sich so ziemlich in gleiche Weise heraus. Im Jahr 1843 hatte das nackte Ungarn nahe 13½, die übrigen Provinzen 22½ Millionen Einwohner. Wird hiervon Italien und Galizien zusammen mit 10 Millionen abgezogen, so bleibt als Seelenzahl der nichtungarischen Länder nur noch 12½ Millionen, also eine Million weniger als für Ungarn. Zudem ist zu bedenken, daß bei der großen Menge anbaufähigen Grund und Bodens in Ungarn und bei nunmehr angebahnter freier Kultur desselben und freierer Bewegung der bisher unterthänigen Bevölkerung, dort der Volkszuwachs in einem weit rascheren Verhältnisse eintreten dürfte, als in den übrigen Provinzen.

Uns scheint nicht zu gewagt hieraus den Schluß zu ziehen, daß ein solcher ungarischer Sonderbund, der sich auf eine Separatpolitik stützte und dieselbe geltend machen könnte, das Gleichgewicht des Staats umändern und die österreichische Monarchie umgestalten oder sie aus ihren Fugen reißen müßte. Da aber das vielgespaltene Ungarn nicht stark genug wäre Oesterreich zu verschlucken, und noch vielweniger es zu verdauen, so würde wahrscheinlich nur eine völlige Lostrennung erfolgen, und während das deutsche Oesterreich als dann ganz in Deutschland aufginge, würde Ungarn wahrscheinlich der inneren Selbstzerfleischung und schließlich einem auswärtigen Eroberer verfallen. Denn ebenso entschieden als die Magyaren wollen die slavischen Stämme, die sich mehr und mehr auf Rußland stützen würden, wollen auch die Romanen, die sich an die Moldowalachen anschließen, ihre eigene Sprache, ihre eigene volksthümliche Verwaltung haben, und ihnen würden sich dann noch die Sachsen und Deutschen in Ungarn anreihen. Selbst die romanische Nation des Donaugebiets, vorwiegend in der Moldau und Walachei, in der österreichischen Provinz Bukowina, in der russischen Provinz Bessarabien, selbst in Siebenbürgen, ist numerisch fast doppelt so stark als der magyarische Stamm. Wie kann dieser als solcher noch von einer ausschließlichen Herrschaft über die schönen reichen Donauländer träumen?!

Aber jener düstern Aussicht in die Zukunft stellt sich die freundlichste entgegen, wenn Ungarn und Deutschland, durch Vereinigung mächtig, dort im dauernden Bunde zusammen wirken, wenn Ungarn sich freudlich entschließt, den Einfluß der deutschen Gesittung mit ausbreiten und eine reiche Kulturaat in jenem empfänglichen Boden mit ausstreuen zu helfen. Nur dann ist die Gründung eines freien Staatenbundes im untern Donaugebiete mit eigenen Verfassungen nach den verschiedenen Bedürfnissen der Nationalitäten zwischen der Türkei und Rußland möglich; nur dann werden auch die Romanen als Ganzes ein Glied dieser freien großen Föderation bilden, deren Schutz, Rück-

Digitized by Google

Land gegenüber, Oesterreich und Deutschland zu übernehmen hätten; nur dann wird der freie Handel auf der Donau — eine Lebensfrage für Deutschland wie für Ungarn — dauernd gesichert sein. Ja, Deutschland muß das nationale Princip auf seine Fahne schreiben und die Freiheit aller Nationalitäten im Osten gegen jede feindliche Macht vertheidigen, um seines eigenen Heiles willen und damit der Donaustaaten einer und derselben Freiheit Zeuge werde. Schließt Ungarn sich diesem Princip nicht an, dann wird auf seinem fruchtbaren Boden die Bildungssaat nur vollends zerstampft und im Blute des Bürgerkriegs ersäuft werden. Weh den Deutschen und den Magyaren, wenn sie einander nicht völlig gerecht werden!

---

† Vom Rhein, 27. Juli. Drei Dinge sind es, welche gegenwärtig die katholische Partei der Rheinprovinz, die sich im Pio Nono-Verein koncentrirt, am meisten in Bewegung setzen: die am 15., 16. und 17. August bevorstehende 600jährige Jubelfeier des Domes zu Köln; die künftige Stellung der Volksschule (und in weiterer Perspektive natürlich aller Schulen) zur Kirche und die Dotirung der katholischen Kirche von Seite des Staates. — Was nun zunächst den Dom und die Dombaufeier anlangt, so sind sie ohne Zweifel sehr geeignet, der Kunstliebe und dem Frömmigkeitssinn ein hohes und reines Interesse einzuflößen, und wenn Beide, jene Liebe und diese Sinn, brünstig daran denken und eifrig daran arbeiten, die nahe Feier würdig zu begehen, so ist Nichts dagegen einzuwenden. Nur darf freilich dabei nicht vergessen werden, daß wir in einer schweren Zeit leben, in der die Noth fast an jede Thür klopft und der Staat seine Zuflucht zu einer Zwangsanleihe nehmen muß; daß Preußen gerade jetzt zu Berlin, Oesterreich zu Wien und Deutschland zu Frankfurt damit beschäftigt sind, sich Dome zu erbauen, die den Dom zu Köln in jeder Hinsicht weit überragen, und daß Preußen, Oesterreich und Deutschland außerdem noch Werke (den Flottenbau, die Heeresverstärkung, die Lösung der schwebenden Socialfragen ꝛc.) auszuführen haben, die gerechtere und größere Opfer für sich in Anspruch nehmen, als der mittelalterliche Prachtbau sie für sich in Anspruch nehmen darf. — Jedessen, schon diese Rücksicht scheint man kaum zu kennen; dem Dome und der Dombaufeier gegenüber sind für Viele der schleswig-holsteinische und der lombardische Krieg, sind Berlin, Wien, Frankfurt und was dort vorgeht, eine Kleinigkeit, und nicht Wenige wiegen sich in der Hoffnung, die Könige und Fürsten, der Reichsverweser, die Reichsversammlungen, kurz, ganz Deutschland werde Alles stehen und liegen lassen und sich auf die Beine machen, um nach Köln zu wallfahrten und daselbst den Tribut der Verehrung und Bewunderung darzubringen, sowie seine Schätze aufzuthun und Gold zu streuen. Gleichwohl, so übertrieben auch diese Hoffnung ist, so müede sich doch Niemand an ihr stoßen, da sie zugleich sehr naiv ist und deßhalb zum Unwillen gar nicht reizen kann; ja, man könnte sich nur darüber freuen, wenn sie wenigstens theilweise in Erfüllung ginge, um so mehr, weil die Dombaukasse an Erschöpfung kränkeln soll. — Allein wir müssen Etwas hinzusetzen, was sich weit weniger vertragen läßt: das, daß die „Eingeweihten" an dieser Hoffnung nicht einmal genug haben, und daß ihre Wünsche und Kombinationen, vielleicht sogar schon ihre Absichten und Bestrebungen viel weiter reichen, und sehr weit. Für sie hat der Dom und die Dombaufeier, wo nicht eine welthistorische, wie uns die Enthusiasten unter ihnen schon lesen lassen, doch eine tiefe politisch-kirchliche und deutsch-nationale Bedeutung und Wichtigkeit; der 15., 16. und 17. August würden Tage der wahren Einigung und der vollen Einheit Deutschlands, wenigstens Tage der Anbahnung dieser Einigung und Einheit sein. Wie so? Sollen wir etwa mit einem neuen Religionsfieber, der besser wäre, als der westfälische war, überrascht, soll etwa eine einige, deutsche, von fremdem Lande unabhängige und auch in sich freie Nationalkirche gestiftet, sollen etwa die Pfaeten des Domes allen Denen, die ihn bauen helfen, zu gemeinschaftlichem Gebrauche geöffnet werden? Das wäre wohl schön, und danach verlangen viel echte deutsche Herzen; allein Nichts weniger, als dies! Bedenkt doch, was auch vom Dome aus und gerade vom Dome aus den Hermesianern, den gemischten Ehen, den Gegnern der Trierer Rockfahrt, den Deutschkatholiken und in den Wahlversammlungen allen Akatholiken widerfahren ist! Wie so denn aber? Nun, wie es in den Redensarten: gut kaiserlich, und: Rheinland ein Reichsstehen, anklingt; wie es heißt „Lehein" vom Hause Hohenzollern und dessen Zubehör geweissagt hat; wie es sich in dem Sprichwort ausdrückt: qui non vidit Colonium, non vidit Germaniam; mit einem Worte so: Köln, wie sein Dom; und Deutschland, wie Köln! Hoch die Einigkeit und Einheit, diese Einigkeit und diese Einheit! — Wahnwitz, wird man erwidern, beleidigender Wahnwitz! Ja, es ist Wahnwitz in den Augen derer, die sich auf die deutsche Geschichte der letzten 3 Jahrhunderte verstehen, die wissen, was das wirkliche Bedürfniß und der wirkliche Trieb der Gegenwart ist, und die eben darum überzeugt sind, daß der Dom in Köln der allerletzte Ort ist, wo die Deutschen Ein Herz und Eine Seele werden können, und wo Deutschland das suchen darf, was ihm Noth thut. Aber es ist kein Wahnwitz in den Augen derer, die seit Jahrhunderten Nichts gelernt und Nichts vergessen haben, und die sich von einer bekannten fixen Idee blindlings beherrschen lassen; und es ist auch kein Wahnwitz in den Augen der unglaublich unwissenden und borirten Massen, in denen es, da sie bearbeitet werden, bereits auch schon zu gähren anfängt, und die Gott und dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen meinten, als sie unsere Berliner Nationaloersammlung mit „Schwanzröcken" und „frommen Advokaten" übervölkern halfen. Schwerlich dürfte es daher einer gesunden Politik angemessen sein, diese fanatischen Träume irgendwie zu begünstigen, und jedenfalls ist man zu dem Wunsche und zu der Erwartung berechtigt, mit einer Wiederholung der Täuschereі des Jahres 1842 verschont zu bleiben. Ob der König zur Dombaufeier nach Köln kommen werde? Man hält es kaum für möglich, und die Verständigen rathen ab. Zwischen 1842 und 1848 ist eine allzugroße Kluft befestigt; die Königswürde fordert dringend die schonendste Berücksichtigung, und der Königsmantel darf mit keinem einzigen Stiche an die Schleppe des Bischofskleides angenäht werden.

Schweiz.

☽ Bern, 29. Juli. Das muß man derjenigen Partei, welche Deutschland republikanisiren will, zugestehen, sie hält mit ihren Plänen nicht hinter dem Berge und spricht offen vor aller Welt die Mittel aus, die sie zur Realisirung ihrer Tendenzen anzuwenden gedenkt. So ist eben erschienen und wird von den hiesigen deutschen Arbeitern fleißig gelesen und besprochen: „Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands von Struve und Heinzen." Nur zwei Wege gibt es, heißt es dort, in Deutschland wieder einen festen Zustand zu gründen; der eine Weg ist der: durch das Mittel der Gewalt ein deutsches Rußland; der andere ist der: durch das Mittel der Gewalt eine deutsche Republik zu schaffen. Absolutismus im Gefolge der Reaktion, oder Republik im Gefolge der Revolution — eine andere Wahl gibt es für Deutschland nicht mehr. Daß aus dem bevorstehenden Riesenkampfe die Republik siegreich hervorgehen werde, daran zweifeln die Herren Heinzen und Steuve keinen Augenblick, wenn man nur ihre Rathschläge zur Erringung der Republik annimmt. Die dem Plane zum Grunde liegenden Grundsätze sind: zwischen der Fürsten- und republikanischen Partei ist keine Vereinbarung denkbar, Sieg oder Vernichtung sind die Pole, zwischen welchen der Kampf so lange zerren und schwanken muß, bis eins von beiden erreicht ist. Jede Rechtskonzession, der andern Partei gegenüber, ist Verrath an der Sache; die andere Partei zu ruiniren, ist der einzig richtige Gesichtspunkt. Die Fürstenpartei mit ihrem Anhang muß aber nicht bloß besiegt werden, sondern sie muß auch die Kosten des Kampfes tragen und dem Volke volle Entschädigung für alle Leiden und Entbehrungen geben, die sie ihm auferlegt hat. Die deutsche Föderativrepublik zerfällt in 23 Staaten. Das Vermögen sämmtlicher Fürsten Deutschlands und aller ihrer Diener, welche Partei gegen das Volk nehmen, wird zu Gunsten des Volkes eingezogen. Sämmtliche bisher an den Staat, fürstliche Personen oder fürstliche Diener geleistete Abgaben, welchen Namen sie immer tragen mögen (mit alleiniger Ausnahme der Zölle), desgleichen alle auf dem Grund und Boden haftenden Lasten und Abgaben, namentlich alle Zehnten ꝛc., endlich alle Zehntablösungsschuldigkeiten sind ein- für allemal aufgehoben. Die bisherige Bevormundung der Gemeinden durch den Staat und die Kirche ist aufgehoben. Das Kirchenvermögen wird den Gemeinden zurückgegeben. Der Nothstand der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes soll beseitigt, Handel, Gewerbstand und Landwirthschaft sollen durch selbständige Mitwirkung der Betheiligten gehoben werden. Das Mißverhältniß zwischen Arbeit und Kapital soll ausgeglichen werden durch die Wirksamkeit eines besondern Arbeitsministeriums, welches dem Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen angemessenen Antheil an dem Arbeitsgewinne sichert. Um die Zwecke der Republik zu erreichen, sollen alle waffenfähigen Männer vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 40. Jahre die Waffen zur Befreiung des Vaterlandes ergreifen, und Jeder muß nach seinen Kräften zu den Kriegskosten beitragen. Sobald eine Bevölkerung von drei Millionen die republikanische Freiheit errungen, werden freigewählte Abgeordnete des gesammten deutschen Volkes zusammenberufen werden, um die Verfassung und

Verwaltung Deutschlands auf den volksthümlichsten Grundlagen festzustellen. „Die Organisation des Aufstandes und die republikanischen Behörden", sowie die „allgemeinen Verhaltungsregeln für die Beamten der Revolution und des Volksheeres" werden sehr detaillirt angegeben. Der letztere Abschnitt enthält interessante Bestimmungen, z. B. „denjenigen Fürsten, welche, bevor der Krieg ihr Land berührt, für sich und ihre Erben auf alle Thronrechte Verzicht leisten, kann eine angemessene, im Ausland zu verzehrende Pension zugesichert werden, wenn sie kein Vermögen im Ausland haben. Diejenigen fürstlichen Personen, welche mit den Waffen in der Hand oder als Anordner volksfeindlicher Unternehmungen ergriffen werden, sind als unheilbare Volksfeinde sofort zu erschießen." — Den Verfassern dieses Revolutionsplanes hat die Bundesgenossenschaftliche Regierung das Asylrecht aufgekündigt. Bereits ist Heinzen nach einem kurzen Aufenthalt in Bern mit seiner Familie wieder nach Genf abgereist.

Niederland.

Der Unmuth über den vorläufigen Kammerbericht in Betreff der Gesetzentwürfe zur Grundgesetzreform macht sich in der niederländischen Presse lebhaft Luft. „Die zweite Kammer, ruft das Handelsblad aus, will konservativer sein als der König selbst und seine Minister. Den Drang der Zeit verkennend, die Bedürfnisse des Augenblicks vergessend, tritt ihre Mehrheit den Maßregeln entgegen, welche die Regierung anwenden will, um das Einigkeitsband zwischen Fürst und Volk zu befestigen. Nicht die Vertreterin der Nation, sondern in Wahrheit nur die Vertreterin jener Stände, aus welchen die prinzipiellen Provinzialstaaten zusammengesetzt sind, stellt sie sich zwischen den König, dessen Regierung endlich die zu lang überhörten Wünsche des Landes befriedigen will, und das Volk, welches, ohne alle Sympathie für eine Versammlung, die seine Interessen nie zu wahren wußte, mit schmerzlicher Ungeduld den Zeitpunkt erwartet, wo es, durch Männer seiner eigenen Wahl vertreten, im Genusse einer freisinnigen Verfassung, seine Zustände sich verbessern sieht. Indessen wird die Nation durch keine halben Maßregeln sich zufrieden stellen lassen."

Was die öffentliche Meinung am meisten verletzt, ist die Art und Weise, wie die Mehrheit der zweiten Kammer die erste Kammer gestaltet wissen und jeden volksmäßigen Einfluß auf die letztere abschneiden will. Es sollen nämlich die Mitglieder der ersten Kammer, statt durch Wahl, durch den König aus gewissen Klassen auf Lebenszeit ernannt werden, und zwar in ganz beliebiger Anzahl; die Kammer soll unauflösbar sein und das Recht der Initiative sowie das des Amendements, wie man es nennt, erhalten. Nur unter der Bedingung, daß eine solche erste Kammer als ein angeblich starkes Bollwerk gegen die demokratische Veränderungssucht zu Stande komme, ist die Mehrheit geneigt, sich die direkte Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer, bei ziemlich hohem Census, und mit der Ernennung auf sechs Jahre, so daß alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder abzutreten hätte, gefallen zu lassen. Diese Forderungen werden als reaktionär bezeichnet, wie denn auch die ganze liberale Presse nicht daran zweifelt, daß die Minister ihnen ihre Zustimmung verweigern werden. — Wir heben noch als bedeutsam aus dem Bericht hervor, daß die Mehrheit sich für die Freiheit des Unterrichts mit dem, wie uns dünkt, angemessenen Vorbehalt erklärt hat, daß von Staatswegen der Volksunterricht in jeder Gemeinde gesichert werde. Das Ministerium dürfte mit diesem Vorbehalt einverstanden sein. Das Recht der Vereinigung und der Versammlung, mit gesetzlichen Bestimmungen gegen den Mißbrauch, wird ebenfalls von der Mehrheit der zweiten Kammer anerkannt. Indessen bleiben der Differenzpunkte so viele und prinzipiell so bedeutende, daß Wenige nur noch eine Verständigung zwischen dem Ministerium und der Kammermehrheit für möglich halten. Man sieht daher irgend einem entscheidenden Schritt, da der jetzige Stand der Dinge bei der Ungeduld des Landes länger unhaltbar scheint, von Seite der Regierung entgegen.

Die Lage des öffentlichen Schatzes ist unerwartet rasch eine sehr ungünstige geworden. Mehr Ausgaben und weniger Einnahmen, als veranschlagt worden, haben bereits das Gleichgewicht, welches eben mit unsäglicher Mühe und durch die größten Opfer im Staatshaushalt hergestellt war, wieder umgestürzt und die Regierung zu einer außerordentlichen Maßregel genöthigt. Während das Budget für den König für dieses Jahr zuerst um 3,074,100 fl. und dann wieder um 1,829,021 fl. erhöht worden ist, zeigen die Zuschüsse aus den ostindischen Hilfsmitteln einen Ausfall von mindestens 4,650,000 fl. und nach einer mäßigen Schätzung dürfte sich der ganze Ausfall heuer auf mindestens 12 Millionen fl. erlaufen. So hat die erste Erschütterung Europas schon klar an den Tag gestellt, was Jedermann voraussehen konnte, daß nämlich der finanzielle Haushalt Niederlands auf einem schwankenden Grunde aufgeführt worden, und daß es völlig verkehrt gewesen ist, das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben lediglich auf die ostindischen Zuschüsse und nicht auf die eigenen Kräfte zu stützen. Welche Verwegenheit, auf dem Fortbestand eines jährlichen Einkommens von 14½ Millionen fl. aus den überseeischen Besitzungen zu rechnen! Die Regierung selbst fürchtet, heuer bestimmt nur auf 6,900,000 fl. zählen zu können. So schwinden die dem Lande so lange vorgespiegelten Hoffnungen über Beseitigung seines öffentlichen Kredits mit einem Schlage in die Brüche zu gehn.

Mittlerweile hat das Ministerium, den öffentlichen Wünschen entgegenkommend, einen Gesetzentwurf zur Erleichterung der Schlacht- und Mahlsteuer (von Roggen, Schaafen und Schweinen wird die Accise ganz abgeschafft) der zweiten Kammer vorgelegt. Die Einbuße, welche der Staatsschatz hiedurch erleiden dürfte, wird auf 3,146,826 fl. geschätzt. Nachdrücklich wird in dem Entwurfe bestimmt, daß jene Steuer vom 1. August an auch in Limburg ganz so wie in „den übrigen Provinzen" erhoben werden soll. (In der Kammer hat letzter Tage auch das neuernannte Mitglied für Limburg, Hr. Geradts, nachdem es vereidigt worden, seinen Platz eingenommen.)

Um nun aber allen jenen Ausfällen des Schatzes vorzusehen, hat das Ministerium einen weitern Gesetzentwurf eingebracht, der auf alles Besitzthum und verschiedene Einkommen eine neue Abgabe legt. Mit Ausnahme der Güter unter 2000 fl. Werth, sollen alle anderen ¾ Percent ihres Werthes steuern. Im Allgemeinen sollen die Steuerpflichtigen diesen Werth selbst angeben, unter Kontrole von Kommissionen, denen sich Niemand unter Strafe entziehen darf. Diese vorübergehende Vermögensabgabe soll in drei Terminen entrichtet werden. Die Einkommensteuer soll dagegen von allen Gehalten, Wartgeldern und Pensionen erhoben werden und im Allgemeinen 5 Percent betragen, jedoch so, daß sie progressiv nur das Einkommen über 2000 fl. ganz trifft, das Einkommen unter 600 fl. gar nicht mehr. Verschiedene gewichtige Stimmen erheben sich gegen dieses Gesetz.

Von Eindhoven wird berichtet, die Bauern hätten in verschiedenen Gemeinden unter Trommelschlag und Kesselmusik kund gethan, daß sie die Zehnten nicht entrichten würden. Ihr Widerstand scheint systematisch und nicht ohne Erfolg gewesen zu sein. In einer Gemeinde haben sich die Bauern zu dem Vergleich verstanden, im nächsten Jahre die doppelten Zehnten zu bezahlen, wenn der betreffende Eigenthümer sein Recht darauf vor Gericht beweisen kann.

* Haag, 27. Juli. Der Widerstand gegen den Gesetzentwurf zur Deckung eines vorläufig auf elf Millionen Gulden geschätzten Ausfalls über das laufende Jahr wird von der Presse bereits mit einer Leidenschaftlichkeit geführt, wie man sie hier nicht gewohnt ist. Warnend steht freilich das Jahr 1844 vor Augen. Schon damals ward eine Grundgesetzdurchsicht in Aussicht gestellt, sobald der Staat durch eine außerordentliche Steuer aus der Verlegenheit gerissen worden. Das Land steuerte, aber das Grundgesetz blieb unverändert. Eine neue außerordentliche Abgabe scheint unvermeidlich geworden zu sein, und sie ist jedenfalls wohlfeiler, als unter den gegenwärtigen Umständen eine Vermehrung der Staatsschuld; aber die Verfassungsrevision soll vorausgehn und sodann von einer wahrhaften Volksvertretung das ganze Steuersystem einer Durchsicht und Umgestaltung unterworfen werden. „Erst das Grundgesetz durchgesehen, nach den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes; sodann Wahl der neuen Volksvertretung und Bildung eines definitiven Ministeriums. Dann erst wird es Zeit, die allgemeine Finanzlage des Landes gründlich in Betracht zu ziehen, die Verwaltung zu vereinfachen, Ersparnisse zu erzielen, das Abgabensystem durch eine allgemeine Einkommensteuer zu verbessern", so ungefähr lautet die öffentliche Stimme. Jener Gesetzentwurf hat übrigens um so mehr überrascht, als er Eingeständnisse enthält, die mit früheren Versicherungen der Minister, selbst bis in den Mai hinein, im grellsten Widerspruch stehen. Niemand hatte vermuthet, daß die Zusage auf Erleichterung an Lasten und Steuern sich in Beantragung einer so beschwerenden Maßregel auflösen würde!

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Nilver & Kapp, 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Elsaß-Lothringen, Belgien, Holland und Nordamerika beliebe man sich an C. F. Lieseking in Straßburg Nr. 18 Brandgasse, Preis Nr. 20 Neue Francs de Banque.

Deutsche Zeitung.

Der Pränumerationspreis beträgt bei d. resp. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30, — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 45 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 217. Heidelberg, Samstag 5. August. 1848.

Uebersicht.

Deutschland und die österreichische Frage V. — **Wien.** (Adresse des Reichstags an den Kaiser. Bildung der Handelskammern. Schreiben des Kaisers. Gesetzentwurf. Proklamation des Reichsverwesers. Sendung nach Innsbruck). **Salzburg.** (Die Sendung nach Innsbruck. Reaktion). **Berlin.** (Bessere Aussichten in Preußen. Bunsen Camphausen. Der Zollverein). **Aus Rheinpreußen.** (Berichtigung). **Von der Saale.** (Preußen und das übrige Deutschland). **Vom Rhein.** (Die Feier der Wahl des Reichsverwesers.) **Regensburg.** (Die Huldigung nicht zurückgenommen). **Hannover.** (Truppen nach Schleswig). **Vom Neckar.** (Die deutschgesinnte Entsetzung Hagens). **Limburg.** (Feindseligkeiten gegen die deutsche Zahne). **Koburg.** (Antwort des Herzogs in der Thüringer Angelegenheit). **Braunschweig.** (Armeebefehl). **Hamburg** (Adresse an den Reichsverweser). **Travemünde** (Volksunfläufe in Kopenhagen). **Frankfurt** (das Reichsministerium vervollständigt. Verhandlungen der Nationalversammlung).

Schweiz. **Bern.** Beschluß der Tagsatzung über die Beantwortung der deutschen Noten. **Graubünden.** Die Bundesverfassung einstimmig angenommen. **Zürich.** Italienische Stimmungen.

Dänemark. **Kopenhagen.** Elbblokade. Friedensunterhandlungen. Choleramaßregeln.

Großbritannien. Die Katastrophe O'Briens. Lord Cowley.

Frankreich. **Paris.** Die Verfassungsarbeiten. Wahlen in den Bureaux. Ein italienischer Emissär. Der Nationalt über Italien und Deutschland. Ein Lager bei Marseille. Ankunft von Mieroslawski. Ein preußischer Geschäftsträger. Proudhon. Verhandlungen der Nationalversammlung über die Hypothekenbewahrer.

Italien. Vertheidigungsanstalten. Truppen nach Brescia. Die Oesterreicher in Cotogna. In Mailand Diktatur. Kurt Alberts Rückzug über den Po. Proklamation Radetzkys an die Lombarden. Zwei Bulletins.

Donaufürstenthümer. Wiedereroberung der Russen. Türken anrückend.

---

5. August.

Mit der regsten Theilnahme und in lebhafter Spannung sehen wir Deutsche zu, wie die Dinge in Oesterreich sich jetzt gestalten und wie sie betrieben werden. Was dort entschieden wird, das wird auch für uns entschieden. Die große Frage, die alle anderen einschließt, liegt zur nahen Entscheidung vor: Was ist heilsamer für Deutschland, daß Oesterreichs deutsche Theile sich aufs Engste mit Deutschland verbinden, während daneben Ungarn ein selbständiges Reich bildet, und die slavischen Bevölkerungen an beide Mittelpunkte sich vertheilen: oder daß der Gesammtstaat Oesterreich eine große Konföderation mit einem Mittelpunkt bilde, die, durch ihren deutschen Bestandtheil mit Deutschland zusammenhängend, durch dessen Vermittlung deutschen Geist und deutsches Leben empfinge? Es ist eigenthümlich genug und bezeichnend für das Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich, daß selbst die rein deutschen Politiker darüber in ihren Meinungen getheilt sind oder noch keine feste Meinung sich gebildet haben. Von der Stärke, der Zuverlässigkeit, der allseitigen Tüchtigkeit des deutschen Elements hängt es für uns ab, für welche Seite wir uns entscheiden sollen. Wir haben uns gleich Anfangs mit Zutrauen zu der deutschen demokratischen Partei in Oesterreich gewandt; wenn wir uns jetzt minder sicher fühlen, wenn wir nicht ohne Sorge in die Zukunft Oesterreichs blicken, so wenden wir uns wieder vor Allem dorthin, um nach einer festen Meinung und dem rechten Losungswort der Zeit zu fragen.

Das große Zauberwort „Demokratie" freilich reicht allein nicht hin, unsere Zweifel und Bedenken zu lösen. Es scheint in Oesterreich zunächst dadurch seinen Zauber zu bethätigen, daß es alle Regierungsfragen, ja sogar die schwerwiegenden Nationalitätsfragen in Freiheitsfragen umwandelt und auf das Princip des Kampfes der Demokratie gegen ihren entschiedenen Gegner, den Absolutismus, und den halben, den Altliberalismus, gleichmäßig zurückführt. Die Demokratie aber ist eine schaffende Thätigkeit, die von den mittleren und unteren, im eigenen Interesse thätigen Schichten der Gesellschaft aus allmählich alle Verhältnisse organisirend erfüllt. Ein geistreicher Publicist der „Allg. Oester. Z". sagt es selbst, die Demokratie könne nicht die Frucht einer Revolution sein, sie sei schaffender Natur und wirke als fertiges Princip in friedlicher Weise, durch das Mittel der Wissenschaft, vorzugsweise nach unten. Wenn dem aber so ist, so bedarf sie doch einiger vorhandnen Punkte, an die sie ihr weites vielfältiges Gewebe anknüpfen kann; wenn sie auch nicht wählerisch ist und in jedes einigermaßen bequeme Gefäß sich eingießt, so bedarf sie doch irgend welcher Formen. Mit Einem Worte, auch die Demokratie bedarf einer Regierung, sie bedarf des Konstitutionalismus, der (nicht bloß negativ, sondern auch positiv) die oberste Regierung und Verwaltung regelt, und durch freie Umgestaltungen oder Revolutionen der Demokratie erst freie Bahn schafft. Wir geben gerne zu, daß es nur eine Demokratie für Alle gibt, und daß sie für zahlreiche Differenzen das rechte und einzige Heilmittel ist, aber zuvor müßte sie durchgeführt sein, und wenn sie es wäre, gibt es nicht auch eine Sünde gegen den heil. Geist?

In diesen Schwierigkeiten gibt es wohl einen Ausweg; die demokratischen Führer des Volks halten, als unabhängige Tribunen, ihre Grundsätze und ihre Laufbahn rein und lassen das Ministerium regieren. Dabei setzt man aber die lebensfähige Existenz eines Ministeriums voraus. In gesicherten, parlamentarisch durchgebildeten Zuständen regiert ein Ministerium stets aus einer geschlossenen Partei im Lande und in den Kammern heraus und ist selbst der Führer einer Kammerpartei. Hier ist ein Ministerwechsel auch ein Partei- und Systemwechsel; hier mögen auch die unabhängigen Demokraten sich vom Kreise der Regierenden fern halten, um aus der Tiefe des Volkslebens heraus stete Befruchtung und Erneuerung den oberen, so leicht erstarrenden Regionen zuzuleiten. Anders ist es in unseen Tagen, wo konstituirende Versammlungen in ganz unvorbereitete Zustände plötzlich hineintreten. Unwillkürlich koncentriren sie durch ihre Wichtigkeit einen Theil der Regierungsgewalt in sich, Parteien sind entweder noch nicht organisirt, oder ziehen sich mit einer gewissen Scheu vor dem Ministerium zurück; so steht dieses nicht innerhalb, sondern neben der Versammlung als etwas Fremdes da. So ist es in Berlin und in Wien, so war es auch in Frankreich zu Zeit der Konstituante; nur war diese billiger, sie regierte wirklich durch die Macht ihrer Talente und schob die unbedeutenden Minister ganz zur Seite. Unsere jetzigen Versammlungen dagegen, die sich ähnlicher Kapacitäten nicht rühmen können, sehen auf der einen Seite die Minister mit Mißtrauen an, und fordern auf der andern das Außerordentlichste von ihnen; „die Parteien (wir benutzen die eigenen Worte der „A. Oest. Z".) weil sie sich schwach fühlen, legen ihre eigene Aufgabe der Regierung auf und fordern von den Ministern, sie sollen für sie revolutioniren". Dadurch muß nun von zwei Dingen Eines geschehen: entweder die Ministerien thun, was man ihnen auferlegt und verwandeln sich in Diktaturen, oder sie reiben sich eines nach dem andern auf und werden unmöglich, alle Regierungskräfte werden erschöpft und Ministerium, Kammer und mit ihnen die Demokratie treiben zusammen in den Strudel der despotischen Anarchie. Welche Haltung das österreichische Ministerium annehmen wird, wissen wir nicht; aber wir fragen, wenn es einem dieser Minister gelänge, sich der Lage zu bemeistern und mit fester, ja vielleicht mit diktatorischer Hand die Richtpunkte zu stecken für die neue Gestaltung der Dinge, würde die demokratische Partei ihn stützen? Die Antwort würde wohl lauten: Ja, wenn all sein Thun und Lassen demokratisch wäre. Dabei ist aber noch ein anderer Punkt zu bedenken. Ein Ministerium muß vor allen Dingen regieren. Das Regieren ist aber immer nur die Sache von Wenigen; weßhalb auch die Demokratie, um den möglichst Vielen Antheil an der Regierung zu geben, den Staat in viele kleine Kreise theilt, die sich selbst regieren, damit der obersten Instanz möglichst wenig zu regieren übrig bleibe. Auf die Wenigen also, die zum Regieren und Verwalten durch Bildung und Erfahrung berufen sind, muß ein Ministerium nothgedrungen sich stützen. Diese sind, wie anderwärts, so besonders in Oesterreich unter drei Klassen zu finden, zuerst unter den Männern des ancien régime, die durch ihre Grundsätze unbequem und selbst gefährlich, aber durch Talent

Digitized by Google

und Geschäftserfahrung oft unentbehrlich sind; dann unter den Altliberalen, die in Aemtern und Würden oder in gezwungener Zurückgezogenheit von den Josephinischen Zeiten her bis zur Gegenwart eine stille Tradition freisinniger Grundsätze fortgepflanzt haben, mit der leider das Verständniß freisinniger Institutionen nicht immer verbunden ist; endlich unter den Häuptern der Börse und der Industrie, deren eigene, großartige Thätigkeit den Regierungsgeschäften am meisten nahe steht. Alle diese Elemente stehen schon naturgemäß in Opposition zu einer jugendlich demokratischen Partei; sie werden die Oberhand gewinnen, ihre Politik, wäre sie auch schwach und halb, wird als eine politique d'affaires erscheinen und die der Demokraten als phantastische Ideologie, wenn diese nicht ihrerseits auftreten mit der nüchternen Prosa scharfgeschliffener, wohldurchdachter Entwürfe.

Wir wollen uns deutlicher machen an den zwei größten Fragen in den gegenwärtigen Verwicklungen Oesterreichs: der italienischen und der ungarischen. Die „Allg. Oesterr. Zeitung" erklärt sich entschieden gegen den italienischen Krieg und die betreffende Stelle der Thronrede, sie fordert Frieden, Frieden um jeden Preis. Auch wir wünschen auf das Sehnlichste das Ende dieses unpolitischsten aller Kriege, aber schon als Deutsche, geschweige denn als Oesterreicher, würden wir nicht rufen: Friede um jeden Preis. Von diesem Gefühl war auch die deutsche Nationalversammlung ergriffen, als sie die italienischen Sympathien des Herrn Ruge so ernst zurückwies. Aber mit Klarheit und Bestimmtheit auszusprechen, was die Politik auf der einen Seite, die Ehre auf der andern gebietet, was im Kriege zu gewinnen, im Frieden zu opfern wäre, und umgekehrt: das wäre der Weg, die verworrenen Meinungen zu lichten und eine siegreiche öffentliche Meinung zu bilden. Es wäre zugleich der Weg, auch die Minister zu einer staatsmännisch klaren und festen Sprache zu zwingen, an der es ihnen sehr zu fehlen scheint. Ganz anders als der vage und vieldeutige Paragraph der Thronrede, hat doch L. Kossuth von seinem Standpunkte aus den möglichen Zweck des italienischen Krieges bezeichnet: „Es müßte ausgesprochen werden, sagte er, daß die vollkommene italienische Freiheit anerkannt sei, wenn auch unter gänzlicher Lostrennung von Oesterreich, aber mit Berücksichtigung der strategischen Stellung und der zu konstatirenden Grenzen Oesterreichs. Mehr kann ja Italien nicht verlangen, sonst wäre es den Italienern nicht um Freiheit zu thun."

Dies führt uns zu der zweiten Frage, der ungarischen. Wenn unsere Beobachtung uns nicht trügt, so sieht man auch hier nur eine Freiheitsfrage. Weil Oesterreicher und Ungarn zugleich die Freiheit erstrebten und errangen, weil Jellachich geheimen Inspirationen der Kamarilla folgt, so ist nun auch die völlige Losreißung Ungarns nur eine Niederlage des Absolutismus, der Kampf gegen die Kroaten nur ein Kampf gegen die Kamarilla. Und doch kommen hier ganz andere Fragen zur Entscheidung. Ist Ungarn stark genug, in seiner Mitte den Frieden herzustellen, so ist es selbständige Mitteimacht im Süden und Südosten, und das alte Oesterreich ist getheilt; ist es nicht stark genug, so ist seine unabhängige Stellung im Gesammtstaat nicht zu halten. Wäre es nicht gleich wunderbar, wenn in Einem Gesammtstaat, unter Einem Monarchen, zwei Ministerien fortwährend sich bekriegten oder fortwährend eine harmonische Politik verfolgten? Ist nicht schon der Beschluß, ungarische Truppen nach Italien zu senden, ein Geständniß, daß Ungarn des Gesammtstaats und der Gesammtstaat Ungarns bedarf? Und soll trotzdem, zum Dank für geleistete Hilfe, der Gesammtstaat dem Filialstaat noch zur vollen Selbständigkeit helfen? Oder ist es, allen diesen Zweifeln und Bedenken gegenüber, eine Nothwendigkeit, daß Oesterreich sich entweder Ungarn oder Deutschland oder beiden in die Arme werfe? Ueber diese Fragen wäre es nöthig, einen festen Plan zu haben, der zum Mindesten als Richtschnur des Handelns zu Tage treten müßte, wenn man ihn auch, aus anerkennungswerther Klugheit, der öffentlichen Diskussion nicht Preis geben wollte.

Um zu vereinigen, was Principienkämpfe getheilt und zerrissen haben, ist kein besseres Mittel, als gesunde Politik, verständige Entwicklung der Interessen und echt bürgerlicher Sinn, zumal in Zeiten drohender Gefahr des Vaterlandes. Das haben wir in unserer Nationalversammlung in Frankfurt erlebt und hoffen es auch in Oesterreich zu erleben. Um die abstrakte Freiheit zu gewinnen, mag Nichts nöthig sein, als Energie des Willens; aber um ihr unter tausend Schwierigkeiten den Boden zu bereiten, um die spröde Wirklichkeit zu besiegen, dazu bedarf es aller Seiten menschlicher Thätigkeit und der vollen Summe menschlicher Kräfte.

Oesterreich. ** **Wien**, 29. Juli. (Siebente Sitzung des konstituirenden Reichstages.) Am 28. fand wegen der Trauerfeier keine Sitzung Statt. Beim Beginn der heutigen bestieg der Kriegsminister Latour die Tribune und verlas die so eben angekommene telegraphische Nachricht von dem zweiten großen Siege in Italien. Aus allen Räumen des Saales erschallt ein rauschendes minutenlanger Freuden- und Beifallsruf; der Kriegsminister bringt ein „Hoch" der tapfern Armee, in welches die ganze Versammlung mit einstimmt. — Mit Bezug auf eine früher gestellte Interpellation wegen der Beschleunigung der kaiserlichen Rückkehr in die Residenz nahm Minister Dobhoff das Wort, verlas die vom Ministerium an Se. Maj. ergangene energische Depesche, welche mit allgemeinem Beifalle aufgenommen wurde, und theilte darauf der Versammlung die in einem kaiserlichen Handschreiben enthaltene Erwiderung Sr. Maj. mit. Der Kaiser erklärt, nicht eher in die Residenz zurückkehren zu wollen, bis ihm die zuverlässigste, sicherste Ueberzeugung geworden, daß die Sicherheit und Unverletzbarkeit der Abgeordneten des Reichstages vollkommen festgestellt sei, und damit zugleich eine hinlängliche Garantie für die in der Hauptstadt herrschende Ruhe und Ordnung. Minister Dobhoff beantragte, sogleich eine kräftige Bittadresse von Seiten des Reichstags zu verfassen, und dieselbe, begleitet von einer Deputation aus den Mitgliedern der Reichsversammlung, an Se. Majestät abgehen zu lassen. Hierüber entspann sich eine lebhafte und anhaltende Debatte. — Abg. Kiaudl (aus Böhmen) regt an zu einer festen mündlichen Aufforderung an Se. Maj.; die Zeiten der Bitten seien vorüber, die Gegenwart erheische entschiedenes Auftreten, man müsse vor den Kaiser treten und nicht bitten, sondern fordern im Namen des Gesetzes, fordern im Namen des freien Volkes, fordern im Namen der Reichsversammlung, der Vertreter des freien Volkes! (Lang anhaltender stürmischer Beifall.) Hierauf entwickelt Abg. Stadion in weitschweifigem Vortrage die Unthunlichkeit einer solchen Adresse, indem Se. Maj. unter solchen Auspicien, wie sie gegenwärtig in Wien vorwalten, nicht nur nicht zurückkehren würde, sondern sogar nicht dürfe, weil ihr für ihre persönliche Sicherheit keine Garantien geboten werden können, und es überhaupt nicht begreiflich ist, wie in einer Residenz einem verantwortlichen Ministerium gegenüber noch eine andere verantwortliche Behörde bestehen könne, welche den monarchischen Rechten Abbruch thue und sogar den Beschlüssen dieses Ministeriums nicht Folge leiste. Sehr kräftig erwidern ihm die Abgg. Hauschild und Löhner, daß es sich nicht um Erörterungen für und gegen die Kamarilla, oder um Verdächtigungen des Sicherheitsausschusses, sondern um die Entscheidung der hochwichtigen Lebens- und Peceipienfrage handle: Ist überhaupt ein Doppeldild der Majestät aufzustellen für längere Zeit denkbar, und ist es möglich, daß ein Staat wie Oesterreich noch länger fortbestehen könne, wenn der Monarch nicht an seinem Platze ist? Dort, wo der Reichstag sich frei und sicher fühle, dürfe Niemand zweifeln, daß der Monarch sicher sei. Abg. Fischhof: Der Abg. Stadion fordere Garantien für die Sicherheit des Kaisers; als man nach dem 26. Mai diese forderte, habe er erwidert, man könne keine geben als die Liebe Wiens zu seinem angestammten Monarchen; jetzt sprechen die Völker Oesterreichs dies aus, und die Völker haben keine Ursache, zu lügen. Als am 18. Mai der Kaiser die Residenz verlassen, als alle Elemente der Anarchie und Reaktion vorhanden gewesen, da habe das besonnene Wien sie durch Muth und Biederstinn zurückgedrängt; eine Behörde sei entstanden aus schlichten Männern, ohne Regierungskenntnisse, ohne Aussicht auf Belohnungen und Orden, ohne Leitfaden als ihr Gewissen und ihre Liebe zu Kaiser und Vaterland; sie habe die Ruhe und Ordnung bis zum gegenwärtigen Tage gewahrt, und der Abg. Stadion fordere noch Garantien? Die Völker Oesterreichs säßen beisammen in ihren Vertretern, sie erklärten einstimmig, daß sie ihren Kaiser lieben und verehren, er könne zurückkommen, er sei sicher, und der Abg. Stadion fordere Garantien? Wenn Jemand berechtigt sei, Garantien zu fordern, so sei es der Reichstag. Man kenne das edle Herz des Kaisers; aber eine dreifache Mauer umgebe ihn, die ihn von seinem Volke trenne und fern halte. Vertrauen um Vertrauen, dies werde die Kammer aussprechen. Stürmischer Beifall folgte der effektvollen, ihren wiederkehrenden Refrain mit Emphase hervorhebenden Rede. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, eine energische, in würdiger, aber zugleich entschiedener Sprache abgefaßte Adresse an Se. Maj. durch Abgeordnete des Reichstags gelangen zu lassen. Dieselbe soll durch eine sogleich zusammentretende Kommission unter Mithilfe des Bureaus verfaßt und alsbald nach der in einer heutigen Abendsitzung stattgefundenen Prüfung derselben abgeschickt werden. Somit wurde diese Sitzung geschlossen und eine zweite auf den Abend anberaumt.

Digitized by Google

Wien, 31. Juli. Der Erzherzog Johann hat folgenden Aufruf erlassen: „An die Bewohner Wiens. In der Stunde des Scheidens aus Eurer Mitte, in dem Augenblicke, wo eine unabweisliche Pflicht mich an den Antritt meines Amtes als deutscher Reichsverweser mahnt, ist es meines Herzens dringendes Bedürfniß, einige Worte der Liebe an Euch zu richten. Nehmt vor Allem meinen tiefgefühlten Dank für die herzliche Zuneigung und das schöne Vertrauen, welches Ihr mir so oft bewiesen; übertragt dieses Vertrauen nun an den verfassungs und gesetzgebenden Reichstag, vertraut auf den redlichen Willen und die feste Gesinnung des Ministeriums, welches die Aufgabe der Vermittlung zwischen Thron und Volk mit den Vertretern desselben theilt; fahret fort mit rühmlichem Eifer Ordnung, Sicherheit und Gesetzlichkeit zu wahren; beweiset der Welt, daß der Oesterreicher das neue kräftige Bewußtsein der Freiheit mit der alten Liebe und Treue zu seinem Kaiser zu vereinen wisse. Wenn gleich mein Herz für das große deutsche Vaterland erglüht, so werde ich doch stets an der geliebten Heimat hängen, und auch in meinem neuen Berufe nie aufhören, für das mir theure Oesterreich und für Euer Wohl zu wirken, so viel in meiner Macht liegt. Erzherzog Johann.„ (Wien. Z.)

Nachdem Se. kais. Hoheit der Erzherzog Johann, seiner unabweislichen Pflicht als deutscher Reichsverweser folgend, Wien verlassen hat, um seinen dieibenden Aufenthalt in Frankfurt zu nehmen, hat er zugleich sein Amt als Stellvertreter Se. Majestät für vollbracht erkläet. Um nunmehr die fortwährende Verbindung mit dem konstitutionellen Monaechen zur Ausübung der Regierungsgeschäfte zu unterhalten, hat der Ministerrath beschlossen, den Minister des Ackerbaues, des Handels und der Gewerbe nach Innsbruck zu schicken. (Oest. Z.)

Wien, 29. Juli. Der Reichstag hat folgende, von allen Mitgliedern unterzeichnete Adresse an den Kaiser nach Innsbruck geschickt: „Ew. Majestät! Der von Ew. Majestät zur Konstituirung des Vaterlandes berufene Reichstag hat, im Vorschritt zu seinen nächsten Aufgaben begeiffen, duech das Ministerium die höchst betrübende Mittheilung empfangen, daß Ew. Maj. Ihre oder die Gegenwart eines Stellvertreters in Wien nicht für nothwendig erachten, infolange nicht der Reichstag seine Gesetze festgestellt habe, und daß Sie vor Allem die Ueberzeugung von der Sicherung des freien Hanneln der gesetzgebenden Versammlung zu gewinnen wünschten, weil Ew. Maj. diesen Beweis väterlicher Vorsorge und Liebe Ihren Völkern schuldig zu sein glauben. Eine solche Darlegung aus dem Munde des konst. Monarchen, in dem Augenblicke da alle Augen der österr. Völker in ernster Erwartung hierher gerichtet sind, muß die Vertreter Oesterreichs mit den bangsten Besorgnissen füe das Wohl, ja für den Bestand des Kaiserstaats erfüllen, und sie fühlen sich in der Ausübung ihrer unverbrüchlichen Pflicht, wenn sie Ew. Maj. die Ueberzeugung aussprechen, daß die geheiligte Person des Staatsoberhauptes nicht länger mehr im Schwerpunkte der konstitutionellen Monarchie, am Sitze der Reichsversammlung, an der Spitze der Staatsgeschäfte entbehrt werden kann. Aus welchen Beweggründen auch sich Ew. Maj. zu der Entfernung aus Ihrer Residenz bestimmt haben mögen: jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo alle Interessen des Reichstags und der Krone in der Einen Nothwendigkeit Ihrer Rückkehr zusammenfließen, Ihrer Rückkehr an den Ort, wo die von Ew. Maj. selbst berufenen Vertreter des einigen Volkes, in dem Aufbau des neuen konstitutionellen österr. Kaiserstaates begriffen sind, an den Ort, wo die einzigen gesetzlichen Rathgeber Ew. Maj., die verantwortlichen Miaistee, diesen Aufbau mitwirkend fördern. Diese Einteacht des Zusammenwirkens möge Ew. Maj. auch Bürgschaft für dessen Freiheit sein. Im Angesichte Oesterreichs, im Angesichte Deutschlands, ja im Angesichte Europas spricht es die Reichsversammlung einhellig aus, daß sie im vollen Bewußtsein der Freiheit die Konstituirung des Vaterlandes berathe. Die Männer Oesterreichs, die das Vertrauen des Volkes hierher gesendet hat, sie würden es als einen Verrath an den Rechten desselben ansehen, wenn sie an einem Orte verblieben, wo sie nicht der vollsten Freiheit der Berathung und des Handelns gewiß wären. Daß aber die Reichsversammlung sagt und aus ihrer Mitte Abgeordnete aller Ländergebiete an Ew. Majestät zu dem Ende sendet, daß der konstitutionelle Kaiser dem ruhmvoll begonnenen Verfassungswerke jene Weihe gebe, die des Volkes treue Pietät aus seiner unmittelbaren Gegenwart abzuleiten bereit ist, dies, Ew. Majestät, ist der sicherste Beweis, die nahestreitbare Garantie, daß das freie Handeln der gesetzgebenden Versammlung in jeder Hinsicht gesichert ist. Den Dank hiefür zuerkennt die Reichsversammlung vor Allem der bewundernswerthen Mäßigung, Ordnungsliebe und Loyalität der Bevölkerung Wiens, so wie der aufopfernden Hingebung der Nationalgarde. Unter diesen sichersten aller Garantien fordern die Völker Oesterreichs durch ihre in Wien versammelten Vertreter als den von Ew. Majestät zugesicherten Beweis väterlicher Vorsorge und Liebe die ungesäumte Rückkehe Ew. Majestät in Ihre treue Residenz, indem sie nunmehr der bestimmten endlichen Erfüllung der bei so vielfachen Anlässen wiederholten Versprechungen zuversichtlich entgegensehen. Denn nur dadurch, daß sich Ew. Maj. persönlich an den Sitz des Reichstages und in die Mitte Ihres verantwortlichen Miaisteriums begeben, kann jenen Gefahren des Mißtrauens, der Verführung und Anarchie vorgebeugt werden, welche die Krone und die Dynastie Ew. Maj. zu bedrohen vermöchten — nue dadurch können die Segnungen, welche das Vaterherz Ewr. Maj. Ihren Völkern zugedacht hat, im Strahle des Friedens und der Freiheit zur Reife kommen. Wir beschwören Ew. Maj. hören Sie nicht den Rath falscher Rathgeber: hören Sie die Stimme, die Foederungen Ihrer treuen Völker. Im Namen des konstituirenden Reichstages.“

Wien. Das Ministerium füe Ackerbau, Gewerbe und Handel hat in Anerkennung dringenden Bedürfnisses der Gründung von Handelskammern, Handelstribunalen, Fabriksschiedsgerichten, Manufakturerathen, sowie eines Organs, gleich dem in Frankreich alljährlich zusammentretenden Konseilgeneral, seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Das Ministerium hat diesemnach ein eigenes Komité aus Mitgliedern des Großhandlungs- und bürgerlichen Handelsgremiums, des niederösterreichischen Gewerbevereins und aus Regierungsorganen mit der Aufgabe bestellt, vor Allem zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, bezüglich der ungesäumten Errichtung und Organisirung der Handelskammern zu schreiten. Das Komité ist dieser Aufgabe nachgekommen, und der fertige Entwurf wurde bereits den gewerbthätigeren Provinzen mit der Aufforderung zugesendet, denselben zu berathen und sodann Abgeordnete zu den betreffenden Schlußverhandlungen zu entsenden. Die „Wiener Zeitung“ theilt diesen Entwurf mit.

Wien. Dem Reichstage sind vom Ministerium zwei Gesetzentwürfe vorgelegt worden: 1) zur Hintanhaltung gewaltsamer Störungen der Verhandlungen des konstituirenden Reichstags, und 2) zum Schutze der persönlichen Freiheit der Mitglieder des konstituirenden Reichstags. (D. A. Z.)

Wien. Die abschlägliche Antwort des Kaisers auf das an ihn gerichtete Gesuch der Minister, um unverweilte Rückkehr, lautet: „Ich habe Meinen Oheim, den Erzherzog Johann, beauftragt, bei der Eröffnung des Reichstages Meine Person zu ersetzen. Von diesem Augenblicke an ist der Reichstag vollkommen berechtiget, mit seiner gesetzlichen Organisirung und seinen legislativen Befugnissen sich zu beschäftigen. Die verantwortlichen Minister, welche alle sich in der Hauptstadt befinden, sind mit den ihren respektiven Plätzen zustehenden Vollmachten versehen. Bevor der Reichstag seine Gesetze nicht festgestellt hat, ist Meine Gegenwart oder Meines alter Ego nicht nothwendig. Vor Allem aber muß Ich die Ueberzeugung gewinnen, daß das freie Handeln der gesetzgebenden Versammlung in jener Hinsicht gesichert ist. Diesen Beweis väterlicher Vorsorge und Liebe in der Bewahrung ihrer Rechte glaube Ich Meinen geliebten Unterthanen schuldig zu sein. Geben Meine Erwartungen in Erfüllung, so werde Ich ungesäumt Meinen geliebten Bruder Erzherzog Franz Karl an Meines Oheims Erzherzog Johanns Stelle als Mein alter Ego nach Wien senden, und dadurch Seinem herzlichen Wunsche entgegen kommen, so schmerzlich es Mir auch fällt, Seine Mir so treu geweihte Sorgfalt zu entbehren. Ich beauftrage Mein Ministerium, diese Meine Zuschrift in ihrem ganzen Umfange dem Reichstage mitzutheilen. Innsbruck 25. Juli 1848. Ferdinand m. p.“

* **Salzburg**, 2. August. So eben traf die vom Reichstage aus Wien nach Innsbruck abgesandte Deputation hier ein, welche die Aufgabe hat, den Kaiser zur Rückkehr nach Wien zu bestimmen. Der Handelsminister v. Hornbostel ist unter den Abgesandten. Eine intelligente Physiognomie spricht für Herrn v. Hornbostels Geistesgaben. Ob der Kaiser zur Rückkehr in die Revolutionsstadt, nimmer „Kaiserstadt“, zu bewegen sein wird, zweifeln selbst die Deputationsmitglieder. Die Kamarilla spukt von Ischl bis Innsbruck. In Ischl werden häufige Konferenzen gehalten. Wann wird jene Ruhe nach Oesterreich wiederkehren, welche allein die fernere Entwickelung des einst großen Staates zu einem neuen Organismus fördern und möglich machen kann?

Preußen. Berlin. Die Staaten, welche sich im Zollvereine befinden, sind benachrichtigt worden, daß Preußen an den bestehenden Statuten festhalten werde bis zu dem Augenblicke, wo die Centralgewalt das Prinzip eines allgemeinen deutschen Zollverbandes aussprechen dürfte. (K. Z).

☽ **Berlin**, 31. Juli. Ihr Frankfurter A.Korrespondent macht uns Preußen nicht ohne Grund den sehr zu beherzigenden Vorwurf, daß wir, allzu empfindlich, unseren deutschen Brüdern auch die schmachvollen Tiraden eines Zitz oder Vogt anrechneten, ohne zu überlegen, daß die Mehrheit der Frankfurter Versammlung solchen Auswüchsen parlamentarischer Beredsamkeit gegenüber ihren Unwillen nicht unkräftiger äußerte, als es die Geschmähten selbst vermocht hätten. Obwohl indeß dieser Vorwurf im Ganzen ein gerechter ist, so trifft er uns doch nicht in dem Maße, wie der verehrliche Korrespondent aus Frankfurt besorgen zu müssen glaubt. Es ist nämlich sehr natürlich, daß die Rücksichtslosigkeit, mit welcher das Parlament bei der Wahl

Digitized by Google

des Reichsverwesers gegen die deutschen Einzelstaaten verfuhr, in denselben gerade diejenigen am meisten verletzte, denen es von jeher Ueberwindung gekostet hatte, das sichere Besitzthum der engren Heimath, an das sie eine liebgewordene Gewohnheit und die Bande gemeinschaftlich überstandenen Unglückes gefesselt hielt, aufzugeben, um sich mit ergebenem Sinne der Entwicklung eines zwar durch große geschichtliche Erinnerungen und durch eine Zukunft machtvoller Herrlichkeit lockenden, aber in seinen Formen noch sehr unsicheren Gesammtvaterlandes anzuschließen. So hat namentlich in Preußen, nachdem schon die ohne irgend eine Mitwirkung der Regierungen vorgenommene Wahl des Reichsverwesers die ehrfurchtsvolle Scheu vor der Allmacht des Parlaments gebrochen hatte, die jüngst erschienene Aufforderung des Reichskriegsministers wie mit einem Zauberworte gerade solche Elemente in Bewegung gesetzt, welche wohl lange schon über die kühnen Neuerungen der revolutionären Zeit bittern Unmuth im Herzen trugen. Es kam hinzu, daß die von unserm Heere geforderte Huldigung den wundesten Fleck unseres Nationalstolzes berührte. Alles Andere hätte man fordern dürfen, nur nicht schon jetzt diese Unterwerfung des von einem jeden Preußen mit freudiger Genugthuung betrachteten Heeres, ohne vorher ein Verständniß mit der Regierung einzugehen. Die unter dem Wogen der Revolution fast vergessenen Erinnerungen an die gewaltigen Zeiten der Freiheitskriege und weiter zurück des großen Friedrich erwachten in neuer Kraft, und wenn die Alten hier vorzugsweise voll Wehmuth das Wort ergriffen, wer mochte ihnen das Recht dazu bestreiten, wer die Pietät so verletzen, daß er ihnen den Unmuth nicht verzieh, welchen sie bei dem scheinbaren Untergange ihrer schönsten Hoffnungen nicht verhalten konnten? Nur eine Zeitung jedoch mochte man diesen Rücksichten nachgeben, und nicht ertrug man es geduldig, daß der Fanatismus das deutsche Banner beschimpfte. Schon erhebt sich wieder in gewaltiger Kraft die Stimme des Volks, weist die Extreme von sich und verschmäht unwillig ein Preußenthum, welches wortbrüchig die dargereichte Hand der Vereinigung zurückzieht. Mit Genugthuung hörte man die milde Erklärung des Ministeriums und vertraut der Regierung, daß sie die nöthige Selbständigkeit Preußens gegen die Gefahren einer der wahren Einheit Deutschlands schädlichen Herrschaft leerer Abstraktionen in Schutz nehmen werde. Ein kräftiger Widerstand des Volkes gegen die von Tag zu Tag kühner hervortretende Reaktion eines fanatischen Preußenthums hat begonnen, und selbstbewußter als zuvor, ist man bereit, der Einheit des Vaterlandes bei aller Liebe für die engere Heimath diejenigen Opfer zu bringen, ohne welche weder Preußen in seiner alten Kraft als das Schwert und der Schild Deutschlands bestehen, noch Deutschland selbst zu der mit so vieler Wärme der Begeisterung herbeigesehnten Einheit sich aufschwingen kann.

Berlin, 3. Aug. Der heutige Staatsanzeiger meldet, daß Bunsen von London eingetroffen und der Staatsminister Camphausen nach Köln abgereist ist.

§ Aus Rheinpreußen, 30. Juli. In Bezug auf die Ihnen aus Bonn zugekommene Berichtigung meines Artikels über eine in den dortigen Centralbürgerverein gebrachte, aber zurückgewiesene antirepublikanische Adresse habe ich meinen Korrespondenten in jener Stadt befragt und zur Antwort erhalten, daß er dieser Adresse nicht als einer von Mitgliedern des konstitutionellen Vereins beantragten, sondern als einer von ihnen unterstützten gedacht habe, was vollkommen in der Wahrheit begründet sei, obschon sie allerdings nicht zur Sache des Vereins als eines solchen gemacht worden war.

** Vom Rhein, 31. Juli. Es wird Sie nicht überrascht haben, daß die Wahl des Reichsverwesers in ganz Norddeutschland, mit sehr vereinzelt stehenden Ausnahmen, ohne allen Enthusiasmus, um nicht zu sagen mit Mißtrauen und sogar — was hilft es, die offenkundige Wahrheit verhehlen zu wollen? — vielfach mit Unwillen aufgenommen werden ist, und zwar, denn das hätte in diesem Falle weniger Bedeutung, nicht bloß von den Regierungen, sondern eben so sehr und fast mehr noch vom Volke; im höchsten Grade aber hat es befremden müssen, daß auch am Rhein, wo man das specifische Preußenthum doch sicher nur schwach vertreten findet, jenes Ereigniß nur in einzelnen wenigen Kreisen in einer Art begrüßt worden ist, die auf einen gewissen Grad von Enthusiasmus schließen läßt. Ich will die Ursachen dieser Erscheinung hier nicht weiter erörtern, weil es das Beste sein möchte, in der gegenwärtigen Zeit Alles fern zu halten, was eine Spaltung und Zerrissenheit herbeiführen oder eine etwa bestehende Spaltung erweitern könnte, aber es ist immerhin wichtig, die Thatsache selbst zu konstatiren. Diese Thatsache läßt sich nicht wegläugnen. Ich will ganz absehen von dem auf der rechten Rheinseite gelegenen Theile der Provinz, denn dort herrscht eine sehr entschiedene Anhänglichkeit an Preußen und der preußische Stolz fühlt sich gekränkt, daß sein König einem österreichischen Prinzen, und wäre es selbst der edle Prinz, auf den die Wahl der Nationalversammlung gelenkt worden ist, sich unterordnen soll; ich will von diesem, obgleich sehr bedeutenden Theile der Provinz, ganz absehen. Aber blicken Sie auf das linke Rheinufer. Es ist dort auf Anlaß der Ernennung des Reichsverwesers hier und da Etwas veranstaltet, was einer Feier ähnlich sieht, aber wo ist es geschehen, wie ist es geschehen und wann ist es geschehen? Drei oder vier Dorfgemeinden haben, sobald die Wahl bekannt wurde, Freudenfeuer angezündet und einige Gewehre abgeschossen, und es hat derzahlter Zeitungs-Inserate bedurft, um die übrige Provinz damit bekannt zu machen: Köln, Aachen, Koblenz, Düsseldorf, Trier, Bonn und wie die größeren Städte alle heißen, nahmen das Ereigniß schweigend hin. Nicht sobald aber hatte die Partei der Rhein- und Moselzeitung ausfindig gemacht, daß die Rheinprovinz eine passende Dotation für den jedesmaligen länderlosen Kaiser sein würde, als sie sich auch beschäftigte, die Begeisterung in dem künftigen reichsunmittelbaren Lande hervorzurufen, die sich bis dahin nicht hatte zeigen wollen. Es ist ihr das da gelungen, wo sie, aus verschiedenen Ursachen, gegenwärtig am mächtigsten ist, zuerst in Koblenz, später in Köln. Die Feier, welche Koblenz veranstaltet hat, habe ich nicht selbst gesehen; man hört indeß übereinstimmend von allen Seiten, daß eine ganz officielle Feier nicht übler hätte ausfallen können, und um das gehörig zu würdigen, muß man wohl beachten, daß nirgends in der Provinz sich eine so preußenfeindliche Stimmung ausgebildet hat, als gerade in Koblenz und dessen nächster Umgebung. Die Feier, welche Köln veranstaltete, habe ich gesehen, und ich kann Ihnen versichern, daß von irgend einem Enthusiasmus auch keine Spur zu erblicken war, wie denn auch, ohne die wiederholten und dringenden Anträge des katholischen Pius-Vereins, von dieser nachträglichen Feier überhaupt nicht die Rede gewesen wäre. Der Gemeinderath hatte im Voraus jede Betheiligung, welche irgend Kosten verursachte, und deßhalb namentlich auch die in Aussicht genommene allgemeine Beleuchtung der Stadt, mit großer Majorität abgelehnt. So verlief die Suche denn sehr einfach. Die Glocken der Kirchen läuteten, die Bürgerwehr löste auf den Wällen 101 Kanonenschüsse, von denen man in der Stadt keinen einzigen hörte, und ihre Musikchöre hatten sich zu einem großen Zapfenstreich vereinigt; dann wurde in den Kirchen ein Hochamt celebrirt und schließlich eine Parade der gesammten Bürgerwehr abgehalten, bei welcher sie dem Reichsverweser ein Hoch brachte. Das Publikum sah sich das Ganze mit seiner gewöhnlichen Neugierde, aber ohne irgend eine Spur von besonderer Theilnahme an, und damit war die „Feier" zu Ende. Das ist bis jetzt Alles, was in der Provinz in dieser Angelegenheit geschehen ist.

* Von der preußischen Saale, 31. Juli. Das starke preußische Nationalgefühl hat sich mit einem Male in dem großen lauten Schrei über die Huldigung für den deutschen Reichsverweser Luft gemacht. Gottlob! daß dieses Gefühl noch da ist, denn es soll, so widersprechend es klingen mag, zugleich eine Stütze für Deutschland werden. Die Grundpfeiler, die in den letzten 200 Jahren in Preußen für einen großen deutschen Staat tief und sicher gelegt worden sind, sollen auch zum Grundpfeiler für ein großes deutsches Staatsgebäude werden. Friedrich der Große und der 7jährige Krieg haben dieses Nationalgefühl hauptsächlich gegründet, in den Jahren 18$^{13}/_{15}$ hat es sich mächtig bewährt und wenn die Zeichen nicht trügen, würde es auch zum dritten Male in mächtige Funken schlagen. Das möge Deutschland und besonders Süddeutschland bedenken; es möge dem preußischen Volke seine Erinnerungen nicht verargen. Aber bedenken möge auch das preußische Volk, daß es jetzt an der Schwelle einer neuen Zeit steht, daß ein neues Stadium für sein politisches Leben begonnen hat, und daß es hinführo nur als Glied von Deutschland die Aufgabe erfüllen kann, welche zu lösen ihm die Geschichte vorbehalten hat. Könnte sein großer König wiederkehren, Preußen würde diese Forderung aus seinem Munde vernehmen. Preußen möge nicht vergessen, daß es bei aller Stärke seines Nationalgefühls, bei aller seiner Tapferkeit und militärischen Bildung, doch nicht stark genug ist, um ohne Deutschland alle Stürme die von Osten und Westen kommen werden, allein zurückzuweisen. Es möge nicht vergessen, daß seine geistige Individualität, sein Charakter und seine Bildung in der allgemeinen deutschen Natur wurzeln und von daher Nahrung und Leben erhalten. Aber was macht den gegenwärtigen Augenblick für Preußen so unerträglich, warum fühlt sich das preußische Volk so tief verletzt? Weil das südwestliche Deutschland verkannt hat, was es an Preußen hat und künftig haben muß, weil Schmähungen ohne Ende auf Preußen losgelassen werden, während es schon im gegenwärtigen Augenblick große Opfer bringt und weil man andererseits über Oesterreich völlig geschwiegen hat, was durch die Metternich'sche Politik über Deutschland

Digitized by Google

su viel Unheil gebracht hat. Soll das preußische Volk allem diesem ruhig zusehen? Würde man dieses Schweigen nicht so auslegen, als ob es alles Selbstgefühl verloren hätte? Man verstehe also diesen Nothschrei in Preußen, man nehme ihn für das, was er ist, für ein Zeichen seines noch lebendig vorhandenen und tief wurzelnden Nationalgefühls. Die träumenden Republikaner in der Frankfurter Versammlung mögen dieses beherzigen, sie haben gerade das Gegentheil von dem erreicht, was sie beabsichtigten, sie wollten Preußen vertilgen und sie haben es wieder zum Leben erweckt. Aber auch das Volk im südwestlichen Deutschland möge endlich zur Besonnenheit zurückkehren. — Friede sei unter uns! wollen wir ihm zurufen. Verlangt man aber von uns Preußen jetzt Besonnenheit, so machen wir die nämliche Forderung an das übrige Deutschland. Es wird sich im Verlauf der Zeit immer mehr zeigen, daß Preußen in Deutschland nicht die rechte Stellung gefunden hat, die ihm gebührt. Es wird sich zeigen, daß Oesterreich bei seinem besten Willen nicht in Deutschland aufgehen kann, während Preußen nach seinen ganzen Verhältnissen dazu bestimmt ist. Es wird sich endlich herausstellen, daß zwischen Oesterreich und Deutschland nur ein nutzgemäßer enger Bund möglich sein wird, der ihm seine eigenthümliche staatliche Stellung frei läßt. Um nur bei dem gegenwärtigen Augenblick stehen zu bleiben, wird der Erzherzog Johann als deutscher Reichsverweser von Oesterreich verlangen können, daß es seine italienischen Interessen aufgeben und den Krieg in Italien nur mit Ungarn und Slavonien führe? Man gehe doch nur nach Tirol, man stelle sich an die Etsch und der gesunde Menschenverstand wird jedem Unbefangenen sagen, daß Oesterreich Venedig nicht frei geben kann. Venedig ist das Thor für Tirol, zu dem es hinaus maß. Soll es sich diesen Ausgang verschließen lassen, soll es einen Fremden um Erlaubniß bitten, um ihn passiren zu können? Erst wenn die Zeit diese österreichischen Sonderinteressen als unerbittlich herausgestellt haben, wenn jener naturgemäße enge Bund zwischen Oesterreich und Deutschland geschlossen sein wird, wenn andererseits Preußen nach seiner geographischen Lage fortdauernd von Deutschland als sein Vorkämpfer in Westen und Osten in Anspruch genommen, wenn fortwährend die größten Opfer von ihm verlangt werden, wird Deutschland zu der Erkenntniß kommen, daß Preußen an seine Spitze gehört. Dies ist die Stellung, die Preußen verlangen kann und die Zeit wird sie geltend machen. Entweder kein einiges Deutschland oder Preußen an seiner Spitze, nicht um die Stammesindividualität seiner deutschen Brüder zu unterdrücken, sondern vielmehr um von ihnen zu empfangen und dadurch seine eigene Individualität, da wo sie schroff und vielleicht verletzend wird, zu mildern, dagegen aber auch mit dieser seiner Individualität, mit seinem kriegerischen Geist und seiner Geistesbildung die übrigen Stämme zu stärken und zu befruchten. Deutschland wird nicht das Unmögliche verlangen, es möge nicht verlangen, daß Preußen ohne alle Aussicht auf Anerkennung jetzt immerfort Opfer bringe; dem preußischen Volke aber wollen wir zurufen, sich durch Hingebung an die deutschen Interessen (wenn dies sind seine eignen) sich seiner künftigen Stellung, die ihm für die Länge nicht entgehen kann, würdig zu machen; sich an Deutschland, so weit es seine Ehre zuläßt, hinzugeben und mit Besonnenheit und Ruhe die Entwickelung und künftige Gestaltung zu erwarten. Die Einheit Deutschlands ist keine Chimäre, kein bloßer Traum von Ideologen, es ist eine weltgeschichtliche Idee, die sich wie alle Ideen Bahn bricht, wenn ihre Zeit gekommen ist, und daß diese Zeit da ist, lehren alle Erscheinungen der Gegenwart, die Forderungen der Völker in Westen und Osten, die sich ihrer Nationalität bewußt werden und sie entwickeln wollen. Sollten die Deutschen, das Volk, das mit der tiefsten Anlage zur Religion die tiefste Forschung in den Wissenschaften vereinigt und durch diese Gemüths- und Geistesthätigkeit auf alle übrigen Völker belebend einzuwirken berufen ist, allein zurück bleiben und ihre Bestimmung verkennen? Unmöglich!!

Baiern. Regensburg. Die Reg. Z. berichtet: „Soeben vernehmen wir die bestimmte Aeußerung des auf der Durchreise nach Frankfurt begriffenen Reichsministers Heckscher, daß die angebliche Huldigungsverweigerung des preußischen Militärs gänzlich unwahr sei und die Sendung des Generals v. Below nach Wien einen ganz andern Zweck zum Grunde hat".

Hannover, 29. Juli. Wie man hört, wird das nach Schleswig bestimmte 9. Bundesarmeekorps hier in den nächsten Tagen eintreffen und in Eile per Eisenbahn weiter befördert werden. (M.-Z).

** Vom Neckar, 22. Juli. Dem Vernehmen nach geht die badische Regierung gegenwärtig damit um, den außerordentlichen Professor der Geschichte, Karl Hagen, zur Verantwortung zu ziehen, vielleicht seiner Stellung an der Heidelberger Universität zu entsetzen, weil er nicht allein im geistigen Verkehr mit den flüchtigen Landesverräthern steht, sondern auch offenkundig Adressen für und an dieselben unterschreibt. Wie ohne Zweifel nach Kühlwetters Vorgange ein jeder Minister an die Staatsdiener die Anforderung stellen kann, ihrer eigenen Ehre wegen ihr Amt niederzulegen, sobald die Grundsätze des neuen Systems nicht mit den ihrigen übereinstimmen, ebenso unzweifelhaft kann einem Gouvernement das Recht nicht abgesprochen werden, nach vorhergegangener richterlichen Ermittelung der Thatsachen einen Beamten seiner ferneren amtlichen Einwirkung auf einen Staatsorganismus zu entheben, auf dessen Untergrabung derselbe mit allen Kräften hinarbeitet. Allein im vorliegenden Falle sind der Bedenken gar viele, und wichtige Gründe scheinen es uns zu erfordern, so lange es bei dergleichen Auflehnungen wie die geschehenen bleibt, von der Strenge des Gesetzes abzusehen. Es bedarf wohl keiner Erwähnung für irgend einen Ihrer Leser, daß die Redefreiheit des Parlaments Hagen gegen jede Verantwortlichkeit für seine auf der Tribune ausgesprochenen Grundsätze schützt, selbst wenn er dort ein Danton wäre, wozu bis jetzt eigentlich noch wenig Aussichten vorhanden sind; daß ihm ferner die Lehrfreiheit gestattet, auf dem Katheder aus allen Winkeln der Bibliotheken Beweise für die alleinige absolute Folgerichtigkeit der republikanischen Staatsform herbeizustöbern, um so mehr da zugleich seine eigene Persönlichkeit daneben darthut, daß die Beine der Wirklichkeit nicht dem vorauslaufenden Gedanken zu folgen vermögen; mithin bleibt nur seine Thätigkeit außerhalb der Paulskirche und der Universität Gegenstand der Frage. Ob jedoch ein Mitglied des Reichstags während der Parlamentsdauer vor's Gericht gefordert werden — denn ohne richterliche Feststellung der Thatsachen darf nun und nimmermehr eine Bestrafung, welcher Art sie auch sei, verhängt werden — ob er, so lange seine Unverletzlichkeit als Deputirter dauert, wegen seiner als Privatmann vorgenommenen politischen Handlungen belangt werden kann, ist, so weit wir wissen, bisher in Frankfurt noch nicht zur Sprache gekommen, und die Entscheidung darüber möchte jedenfalls sich nicht so aus dem Aermel schütteln lassen. Stellt sich aber auch in dieser Beziehung das beabsichtigte Verfahren des Ministeriums als gesetzlich heraus, so fällt doch die Wichtigkeit der Sache fast zu Nichts vor der Gehässigkeit zusammen, die einer solchen Maßregel noch aus den Zeiten der Polizeiwillkür unbestreitbar anklebt, welche außerdem nur die Wirkung haben könnte, daß der dünne Nimbus eines Märtyrerthums den Getroffenen umhülle. Wenn Hugens politische Laufbahn einmal beendet ist, und in dem Staatsmanne der gemüthliche Mann von früher, den jetzt die Verblendung der Eitelkeit nicht zu Worte kommen läßt, in seine alten Rechte eingesetzt ist, so wird die Reue über die letztverflossenen Wochen gewiß ihn den kurzen Rausch schon bitter genug bezahlen lassen. Vielleicht, daß eine ernste Ermahnung der Regierung das geeignetste Mittel wäre, ihn zum parteilosen Urtheil über sich selbst zu bringen.

Braunschweig, 1. August. Der Herzog Wilhelm von Braunschweig hat folgenden Armeebefehl erlassen. „Sr. k. k. Hoheit dem Erzherzoge Johann von Oesterreich ist zu kräftiger Förderung der Einheit und der gemeinsamen Interessen Deutschlands, die Ausübung der Centralgewalt provisorisch übertragen. Indem ich dieser Wahl meine volle Zustimmung ertheile, habe ich die Verwendung der bewaffneten Macht des Herzogthums in derselben Weise und Ausdehnung, wie solche bisher dem hohen deutschen Bunde unterstellt gewesen, Sr. k. k. Hoh. dem Erzherzog Reichsverweser untergeordnet und hege das feste Vertrauen, daß meine Truppen für die deutsche Sache den stets bewährten Ruhm der Vaterlandsliebe und echt kriegerischer Eigenschaften auch fernerhin bewähren und aufrecht erhalten werden. Braunschweig, den 1. Aug. 1848. (gez.) Wilhelm."

Koburg, 29. Juli. Auf die Bestellung des Koburger Bürgervereins an den Herzog, betreffend die thüring'sche Angelegenheit, hat derselbe soeben folgende Antwort ertheilt: „Wir Ernst ꝛc. freuen uns dem Bürgerverein zu Koburg auf seine an uns gerichtete Adresse vom 19. d. M. unsere Uebereinstimmung mit den darin ausgesprochenen Ansichten erklären und hiermit die Zusicherung verbinden zu können, daß wir, bei aller Bereitwilligkeit zu einer gleichförmigen Gestaltung der Gesetzgebung in den thüring'schen Staaten die Hand zu bieten, auch Vereinbarung zu gemeinsamen Staatszwecken zu gestatten, um Erleichterung in der Staatsverwaltung anzubahnen, doch der Bildung eines Gesammtstaates oder auch nur einer gemeinschaftlichen Regierung von Thüringen sehr entschieden entgegentreten werden. (W.Z).

Aus dem Limburgischen, 31. Juli. Die Holländer haben ihre Drohungen wahr gemacht. Gestern rückte ein Detaschement Truppen in Heerlen ein und verlangte, daß alle deutschen Fahnen abgerissen würden. Wo es nicht geschah, thaten sie es selber. Die Kirche wurde gewaltsam geöffnet, um vom Thurme die Fahne herabzuholen. An einzelnen Konflikten hat es nicht gefehlt. Wie in Heerlen, wird es

im ganzen Lande ergangen sein. Die Erbitterung ist allgemein. Wird man uns diesen Gewaltthätigkeiten gegenüber schutzlos lassen? (Nach.B.)

Kopenhagen, 28. Juli. Nachrichten mit dem Gothenburger Dampfschiffe zufolge, drahte in Kopenhagen das aufgeregte Volk die Regierung zur energischen Fortsetzung des Krieges mit Deutschland zu zwingen, da an einen für Dänemark ehrenvollen Frieden doch nicht zu denken sei. Es hatten wiederholte Volksaufläufe zu diesem Zwecke stattgefunden, und in der Hauptstadt nicht nur, sondern in ganz Seeland war man der bisherigen Waffenruhe und fruchtlosen Unterhandlungen überdrüssig. Die Regierung werde, wenn sie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wolle, dem entschiedenen Volkswillen nachgeben und den Kampf aufs Neue beginnen müssen, durch den man mit Hilfe Schwedens, Rußlands und Englands einen ehrenvollen Frieden zu erreichen hoffte. Man scheint zudem noch stark auf Uneinigkeit unter den Deutschen zu rechnen und soll sich in Kopenhagen nicht wenig über die bekannte Erklärung des Königs von Hannover gefreut haben. (W. Z.)

Hamburg, 31. Juli. Heute geht eine Hamburger Adresse zur Beglückwünschung des Reichsverweseers mit 2000 Unterschriften versehen an ihren Bestimmungsort ab. Die HH. Dr. G. L. Heise und Gust. Godeffroy werden dieselbe persönlich überreichen.

Frankfurt, 4. Aug. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß das Reichsministerium nunmehr im Wesentlichen vervollständigt ist.

Minister des Auswärtigen: Fürst von Leiningen.

Unterstaatssekretäre: Mur v. Gagern. Mevissen.

Minister des Innern: v. Schmerling.

Unterstaatssekretäre: Bassermann. v. Würth.

Minister der Finanzen: v. Beckerath.

Unterstaatssekretär: Mathy.

Minister des Kriegs: Peucker.

" " Handels: Duckwitz.

" der Justiz: Heckscher.

Mitglieder der Nationalversammlung.

Die Ernennung der Unterstaatssekretäre der drei letzteren Ministerien steht noch bevor, so wie die Bildung eines Marine Ministeriums.

* Der Bericht über die Verhandlungen der Nationalversammlung kommt uns abermal (in dieser Woche zum zweiten Male) in dem Augenblicke zu, wo unser Blatt geschlossen wird; wir können denselben also wieder nicht mittheilen. Warum es liegt, daß ungeachtet der Eisenbahnverbindung ein Brief von Frankfurt hieher beinahe einen Tag Zeit braucht, können wir nicht entscheiden; jedenfalls haben wir Fälle erlebt, wo die verspätete Aufgabe des Briefes nicht Schuld war, sondern Briefe wenigstens von Abends 6 Uhr bis Morgens 9 Uhr Zeit brauchten, um hieher zu gelangen.

Die Verhandlung der Versammlung drehte sich um die Grundrechte (§. 7); nach längerer Debatte wurde der Antrag der Kommission nebst dem Minoritätsgutachten, also folgende Fassung angenommen:

> Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden. Die Verhaftung einer Person soll — außer im Fall der Ergreifung auf frischer That — nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls.
>
> Dieser Befehl muß im Augenblick der Verhaftung oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Verhafteten vorgewiesen werden.
>
> Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer vom Gericht zu bestimmenden Kaution (oder Bürgschaft) der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeigen eines schweren, peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen.
>
> Ebenso wurde die Abschaffung der Todesstrafe, vorbehaltlich der Beibehaltung im Kriegsrechte, und die Aufhebung der körperlichen Züchtigung angenommen.

Schweiz.

Bern, 1. August. Gestern behandelte die Tagsatzung die Note des Ministerresidenten Marschall in Freiburg und des Bundestages, betreffend die badische Flüchtlinge. Der Berichterstatter der eigens dafür niedergesetzten Kommission verliest den sehr weitläufigen und gründlich gehaltenen Rapport, welcher die Frage von allen Gesichtspunkten aus beleuchtet, ohne in der Handlungsweise der Schweiz aber einzelner Kantone eine Schuld zu entdecken und endet mit folgendem Schlußvortrag: „Die eidgenöss. Tagsatzung: Nach Ansicht und Prüfung der an Sr. Excellenz den Präsidenten des eidgenöss. Vororts gerichteten Note, datirt Frankfurt a. M. den 30. Juni 1848 und unterzeichnet: der deutsche Bund und in dessen Namen der kaiserlich-österreichische präsidirende Gesandte der Bundesversammlung, Ritter von Schmerling — enthaltend Beschwerden und Reklamationen, betreffend die in den verschiedenen Kantonen der schweiz. Eidgenossenschaft das Asyl genießenden deutschen Flüchtlinge — sowie nach Ansicht und Prüfung einer andern gleichlautenden Note des bei der schweiz. Eidgenossenschaft beglaubigten großherzoglich badischen Ministerresidenten Freiherrn von Marschall, datirt Freiburg den 5. Juli 1848; —. Nachdem in Folge Ihres Beschlusses vom 14. l. M. die Regierungen der verschiedenen Kantone mittelst Kreisschreiben des eidgenöss. Vorortes vom gleichen Tage eingeladen wurden sind, sich über die in beiden erwähnten Noten angebrachten Beschwerden und die diesen zu Grund gelegten Thatbestände berichts- und auskunftgebend vornehmen zu lassen; — In Betrachtung, daß die gegen die Flüchtlinge vorgebrachten beschwerenden Thatsachen, als mißbrauchtes diesseitigen den in den einzelnen Kantonen, namentlich in Basel, Schaffhausen und Thurgau, gewährten Asylaufenthalt, „um ihre Freischaaren durch Werbungen fortwährend zu verstärken, dieselben förmlich zu organisiren und in den Waffen zu üben" — gemäß den übereinstimmenden, in den betreffenden Kantonen eingegangenen, amtlichen Erkundigungen, wie solche in den durch eine besondere Kommissionaluntersuchung sorgfältig geprüften Antwortschreiben der einzelnen Kantonsregierungen vorliegen, sich keineswegs erwahre haben; — In Betrachtung, daß die übrigen, in den erwähnten Noten den politischen Flüchtlingen zur Last gelegten beschwerenden Thatsachen, insoweit selbe an sich begründet erscheinen, die politischen Flüchtlinge theils gar nicht berühren, theils ihrer Natur und Unwichtigkeit wegen niemals zu diplomatischen Erörterungen und Reklamationen, wie die vorliegenden, hätten Stoff und Veranlassung bieten sollen; — Erwägend, daß der Regierung des h. Standes Bern zutrauensvoll überlassen werden kann, gegen die Verfasser und Verbreiter von strafbaren, nicht zu duldenden Publikaten, wie z. B. die zu den Akten gebrachten, angeblich von einem Centralausschuß des Vereines der Deutschen in der Schweiz erlassenen „Instruktion", d. d. Biel den 27. März, und das „Rundschreiben", d. d. Biel den 11. Juni 1848 — auf dem Polizeiweg einzuschreiten, insofern gegen die Erstbaren nicht bereits schon anderweitig auf wirksame Weise eingeschritten worden ist; — In Erwägung endlich, daß nach zuverlässigen, wenn auch nicht officiellen Berichten die deutsche Bundesversammlung seit dem Erlaß ihrer Wohlderselben erwähnten Note, d. d. 30. Juni 1848, kraft inzwischen eingetretener konstitutiven Aenderungen in den centralorganischen Bundesverhältnissen Deutschlands, zu existiren aufgehört hat, beauftragt der eidgen. Vorort: 1) Dem noch in Bern weilenden Abgeordneten der aufgelösten deutschen Bundesversammlung, Namens der eidgen. Tagsatzung, in einer kurzen Verbalnote den Inhalt und das Ergebniß ihrer, die Anstalten der genannten h. deutschen Bundesversammlung als unstatthaft ablehnenden Verhandlungen mitzutheilen und zugleich die Gründe anzugeben," weßhalb die schweizer. Tagsatzung nach eingetretenen veränderten Verhältnissen sich der Erlassung einer Gegennote schicklicher Weise habe enthalten müssen; 2) die Note des bei der schweiz. Eidgenossenschaft beglaubigten großherzoglich badischen Ministerresidenten, d. d. 5. Juli 1848, mit Benutzung und im Sinne der heute der Tagsatzung vorgelegten Berichterstattung in ablehnendem Sinne zu beantworten; 3) den Kantonsregierungen mittelst vorörtlichen Kreisschreibens Namens der Tagsatzung, unter Bezeigung des Beifalls über die bisher von ihnen zur Handhabung einer guten Fremdenpolizei getroffenen Maßnahmen, die vertrauensvolle Erwartung auszusprechen, daß sämmtliche Kantone auch fortan, wie bis dahin, Nichts versäumen werden, was, namentlich in Betreff des Verhaltens der politischen Flüchtlinge, die Handhabung guter innerer Ordnung, sowie die Achtung und Beachtung völkerrechtlicher Rücksichten und nachbarlicher, internationaler Verhältnisse gerechtermaßen erfordert." — Der Berichterstatter der Kommission fügt am Schlusse einen nachträglichen schriftlichen Bericht bei, indem seit dem Drucke des Kommissionalberichtes noch nachträgliche Berichte der Kantone Aargau, Luzern, Schwyz und Bern eingelaufen seien, wo aus demjenigen von Bern hervorgeht, daß die mit den Verfassern der erwähnten Aufrufe an die Deutschen angehobene Prozedur bereits dem Richter überwiesen sei, und aus dem ausgezeichneten Berichte des Regierungsraths von Aargau sich befriedigend ergebe, daß alle die in der badischen Note erhobenen Beschwerden gänzlich ungegründet seien. Deßhalb stellt die Kommission nachträglich noch den Modifikationsantrag, den Erwägungsgrund des Beschlußantrages, mit den Worten beginnend: „Erwägend, daß der Regierung des h. Standes Bern zutrauensvoll ꝛc." und endend mit den Worten: „wirksame Weise eingeschritten worden ist", wegzulassen, sowie daher auch das dritte Dispositiv: „Den Kantonsregierungen mittelst vorörtlichen Kreisschrei-

hens ꝛc." bis: „nicht schon anderweitig erfordert" — weggelassen werden solle. — Die nun folgende Diskussion war heftig und für die Ansichten der Tagsatzung über die jetzigen deutschen Verhältnisse bezeichnend. Darum werde ich sie Ihnen morgen ausführlich mittheilen. Die Abstimmung zeigt für den modificirten Kommissionalantrag für die zwei ersten Dispositior, mit Weglassung des dritten, 19²/₂ Stände. Nach Verlesung der bekannten Cirkularnote von Rußland wird die Vertagung der Tagsatzung mit 13½ St. auf den 4. September festgesetzt. Präsident Funk weist in einer kurzen Abschiedsrede auch, daß es bei den wirren Zeitumständen nicht nawahrscheinlich wäre, daß die Tagsatzung auf außerordentliche Weise zusammenberufen würde; unterdessen werde der Vorort seine Pflichten als solcher getreu thun. Er dankt für die Aufmerksamkeit, die man ihm bisher erwiesen und wünscht glückliche Heimkehr. Zürich erwidert den Dank, spendet der Präsidentschaft großes Lob für ihre geschickte, vaterländische Führung der Geschäfte und wünscht denselben auch im September wieder in bester Gesundheit an der Spitze derselben zu erblicken. Hierauf geht die Tagsatzung auseinander.

Graubünden, 1. August. In heutiger Sitzung hat unser Gr. Rath nach einer dreistündigen ziemlich einläßlichen Diskussion der neu entworfenen eidg. Bundesverfassung einhellig die Genehmigung ertheilt, vorbehalten die schließliche Sanktion durch die Räthe und Gemeinden. Zugleich beschloß der Gr. Rath die Annahme dieser Bundesverfassung den ehrsamen Räthen und Gemeinden in einem ausführlichen Ausschreiben dringend zu empfehlen. Am 20. August findet die Volksabstimmung Statt.

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Juli. Die „Berlingische Zeitung" meint, daß das, was man von den Hamburger Marinerüstungen erfahre, hinlänglicher Grund zu einer vollständigen Blokade der Elbe sei. — Die Friedensunterhandlungen betreffend, so hofft man hier trotz aller kriegerischen Prahlereien stark auf den Frieden, betrachtet die Unterhandlungen als fortgehend. „Näderlandet" selbst erwartet, daß trotz aller dealschen Aufhebung deßhalb der Waffenstillstand doch zu Stande komme, und glaubt weniger an den gänzlichen Abbruch der Unterhandlungen, als an eine von Wrangel verlangte Modifikation der Bedingungen. — Die Kopenhagener Zeitungen beschäftigen sich fast ausschließlich mit den bevorstehenden Wahlen zur Reichsversammlung, es findet große Opposition Statt gegen den Einfluß, welcher dem Ministerium dadurch gegeben ist, als Vertrauensmänner des Königs eine Anzahl Männer derselben beizuordnen. — Der heranrückenden Cholera von russischen Landen wegen sind vielerlei Vorbeugungsmaßregeln angeordnet worden, die Quarantainezeit für Schiffe aus russischen und finnischen Häfen auch von fünf auf zehn Tage erweitert und der russischen Flotte das Landen, Handeln und sonstige Kommunikation untersagt worden. (B. H.)

Großbritannien.

London, 1. Aug. Den Zusammenstoß zwischen dem Insurgentenkorps O'Brien's und der Polizeimannschaft in der Gemeinde Boulagh, 70 engl. Meilen von Dublin in der Grafschaft Tipperary, beschreibt der Standard mit folgenden Worten: „Der Waterinspektor bei der Konstablerie, Hr. Trant, zog am Sonnabend Morgen an der Spitze von 50—60 bewaffneten Konstablern aus, um O'Brien und seine angesehenern Helfershelfer zu fangen, die, wie es hieß, sich in Boulagh an der Spitze von 4—5000 bewaffneten Rebellen befanden. Hr. Trant wußte jedoch, mit wem er es zu thun habe; so rückte er denn mit seiner kleinen Truppe furchtlos gegen das Dorf. Hier angekommen, besetzte er mit den Seinigen ein mit Schiefer gedecktes Haus, um nicht durch die bloße Masse seiner Gegner erdrückt zu werden. Die Rebellen forderten ihn auf, sich zu ergeben, wurden jedoch verächtlicher Weise abschlägig beschieden. Nun häuften die Rebellen brennbare Stoffe zusammen an den Thüren und Fenstern, in der Hoffnung, die Eingeschlossenen lebendig zu verbrennen" (näher liegt wohl die Deutung, um die Eingeschlossenen hinauszutreiben). „Aber der unerschütterliche Trant und seine Genossen ließen sich nicht irren, und da sie nicht bei lebendigem Leibe verbrannt sein wollten, gaben sie eine tüchtige Ladung auf die Angreifenden mit so gutem Erfolge, daß drei oder vier von ihnen (nach Einigen sogar zwölf) getödtet wurden, hierunter Dillon, einer von Denen, die mit O'Brien geächtet worden; worauf die übrige Rebellenschaar entfloh." Die Berichte der Times und des Morning-Chronikle weichen von dem des Standard vielfach ab; namentlich geben sie, viel wahrscheinlicher, die Zahl der von O'Brien angeführten Insurgenten auf nur 3—400 an. Vorher hatten sie einen Konstabler gefangen, welcher, dem Globe zufolge, erzählte, daß Smith O'Brien sehr eifrig ausgesehen, auch seinen Entschluß ausgesprochen, sich nicht lebend zu ergeben. Ferner enthalten die Times eine Mittheilung aus Ballingarry, in dessen Nähe der Ort Boulagh liegt, wonach die Ruhestörungen in jener Gegend vollständig unterdrückt seien, und die Gegend von Truppen schwärme, die vom General Macdonald beschligt sind. Bei dem Strauß in Boulagh seien Viele verwundet, zwei davon tödtlich, die am Streben lägen. Smith O'Brien sei nach Johnstown geflohen, verfolgt von Reiterei und Polizei. Einem Bericht zufolge, der Vertrauen verdiene, hätten bei dem früheren Zusammenstoß zwei Polizeisoldaten auf O'Brien geschossen und ihn verwundet. Es ist vielleicht auch das Ehrenvollste für O'Brien, seine Niederlage nicht zu überleben, ehrenvoller, als sich in Sicherheit zu bringen, und vielleicht aus der Fremde her mäßig wie ein Raubthier auf den Augenblick zu lauern, wo er sich auf die ihm entrungene Beute von Neuem stürzen könne. Wer Dergleichen anfängt, möge die Gerechtigkeit seiner Sache, oder seine Ueberzeugung, daß sie gerecht sei, mit seinem Blut besiegeln, statt sich, wie eine deutsche republikanische Heroine über die „schönen Leute" zu freuen, die man verführte, und nun gleichgültig zur Schlachtbank schickt, sich oder bei gelegener Zeit mit dem Hrn. Gemahl und schlechten Feldherrn aus dem Staube zu machen. Es ist zu hoffen, daß O'Brien ehrenvoller enden wird.

Dem Morning Chronicle zufolge wollte Lord Cowley London den 31. Juli verlassen, „um in Frankfurt eine Zeitlang als Geschäftsträger Großbritanniens während der wichtigen Sitzungen der deutschen Reichsversammlung zu bleiben. Da jedoch dort bis jetzt nur eine provisorische Exekutivgewalt errichtet sei, so könne man Lord Cowley nicht als beglaubigten Gesandter betrachten; er habe nur gewisse Instruktionen erhalten, wornach er den Umständen gemäß handeln, die britischen Interessen wahren und seine Regierung von den wichtigen Ereignissen, welche die Aufmerksamkeit der Reichsversammlung beschäftigen würden, in Kenntniß setzen solle".

Frankreich.

Paris, 2. August. Die Arbeiten der Verfassung sind nun zum Schlusse gediehen. Von 15 Bureaus haben sich 14 für eine einzige Kammer ausgesprochen. Zehn Bureaus von 15 haben sich für die Wahl des Präsidenten der Republik durch das allgemeine Stimmrecht aller Bürger, 5 für dessen Wahl durch die Nationalversammlung ausgesprochen. In der nächsten Woche wird Marrast den modificirten Verfassungsentwurf der Versammlung vorlegen. Bei der Wahl der Präsidenten und der Sekretäer der 15 Bureaus der Nationalversammlung trug gestern die republikanische Partei einen entscheidenden Sieg davon. Herr Thiers wurde nicht wieder gewählt, und die Partei Barrot siegte nur in 4 Bureaus. In allen übrigen Bureaus gehören die Präsidenten Fr. Arago, Dupont (de l'Eure), Pagès, Landrin, Cremieux, Garnier Pagès, Cormenin, Latrade, Carnot, G. Lafayette und Lamartine, sowie die Sekretäre der republikanischen Partei an.

Heer Guerieri, Mitglied der provisorischen Regierung in Mailand, ist in aller Eile in Paris angekommen. Er bringt die Nachricht, daß sich in Mailand ein Wohlfahrtsausschuß gebildet hat und das Vaterland in Gefahr erklärt worden ist. Die drei Mitglieder des Ausschusses sind die HH. Mastri, Restelli und General Fanti, alle drei der republikanischen Partei angehörend. Der italienische Emissär konnte die bittere Wahrheit der Niederlage am Mincio nicht verbergen, tröstete aber die Franzosen mit der Versicherung, es seien im Rücken der Oesterreicher z. B. in Padua mächtige Aufstände ausgebrochen, eine Behauptung, an der so viel Wahrheit ist, wie an den 12,000 Gefangenen, wovon man vor fünf Tagen noch in Mailand erzählte.

Die neuesten Nachrichten aus Italien machen übrigens, wie sich denken läßt, einen tiefen Eindruck, der sich auch in den Aeußerungen der Blätter kund gibt. Die französischen Politiker haben jetzt Gelegenheit, ihre Friedensliebe und ihre Freundschaft für Deutschland die Probe bestehen zu lassen; die Probe wird aber, fürchten wir, anders ausfallen, als es die schönen Worte erwarten ließen; der National, dessen Friedenspredigten jüngst in der Frankfurter Nationalversammlung als Autoritäten angeführt worden sind, sagt heute: „Frankreich wird nicht unthätig sein; das Gewicht seiner Worte wird bei Deutschland in die Wagschale fallen. Hinter diesen Worten, wenn sie nicht gehört werden, hinter der angebotenen Vermittlung, wenn sie nicht angenommen würde, stehen Bataillone." An diese freundlichen bonaparteschen Winke knüpft der National einen wohlmeinenden Rath für Deutschland, das, wie er glaubt, sich auf falscher politischen Fährte

Digitized by Google

Die polnische Frage.

** Berlin, 31. Juli. Die kleine Genugthuung will ich mir nicht versagen, der großen Entscheidung der Nationalversammlung in der polnischen Frage bis zur Seite zu halten, was ich in der Deutschen Zeitung seit den Märztagen unausgesetzt verfochten und vertheidigt. Aber nicht etwa, um wieder abdrucken zu lassen, daß es mir damals vergönnt war, innerhalb Ihres Blattes mit Ihnen zu streiten, daß Sie unmittelbar nach der Märznacht, als ganz Deutschland unserem Könige die Dornenkrone auf das gebeugte Haupt drückte, zur Sühne des Geschehenen die Wiederherstellung Polens forderten und die Reorganisation eine halbe Maßregel nannten, daß Sie den Krieg gegen Rußland begehrten und daß ich von unserem Norden und Osten her dagegen heftigen Widerspruch erhob, sondern um in dem Herzen Ihrer Leser den Urhebern oder dem Urheber der Politik voll Edelmuth und Ehre ein Denkmal zu setzen, nachdem das Votum der Nationalversammlung ihr die Sanktion vor dem deutschen Volk ertheilt hat. Das Ministerium Camphausen ist nicht mehr am Ruder. Ich zahle eine Ehrenschuld, wenn ich demselben, und insbesondere dem damaligen Minister des Innern, Alfred Auerswald, der am Tage des Amtsantritts die Kabinetsordre über die Reorganisation erwirkte und bis zuletzt die polnische Frage zu seiner Hauptsorge gemacht, ein Wort des Andenkens widme. — Der Nationalversammlung ist es, wie die Verhandlungen beweisen, eine schwere Aufgabe gewesen, in dieser Frage zu entscheiden. Schon die Männer im nationalen Ausschuß, wie wir Gelegenheit hatten wahrzunehmen, waren in einer peinlichen Lage gegenüber den mannigfachen Ansprüchen und Klagen, bewegt von den widerstreitendsten Gefühlen, gequält von den Widersprüchen, die sich unwillkürlich entwickeln. Dasselbe Bild in vergrößertem Maßstabe bot die Paulskirche. — Vergleichen Sie nun die Stellung des Parlaments mit der der preußischen Regierung, die Aufgabe des ersteren und die damalige der letzteren, die jetzige Zeit mit den Märztagen, den Aprilstürmen! Ich erinnere an jene jüngste Vergangenheit. Auf brandender See der Revolution steuerte das Staatsschiff, die Wogen der Anarchie spülten immer noch über Deck. In jenem ersten Stadium einer Gestaltung der Dinge, als Camphausen noch nicht das Heft führte, bestürmten, bedrängten die polnischen Deputationen das Ministerium. Kaum war Auerswald angelangt, so umlagerten ihn diese, ja hatte er stundenlange, nichtsdestoweniger unterhandlungen mit ihnen, ebenso anstrengende Konferenzen im Ministerrathe derentwegen. Wie stand es in jenem Augenblicke in Europa! Frankreich schien in der Lage, die furchtbaren, im Februarkampf heraufbeschworenen Kräfte in einem Kriege nach Außen bald abzlagern und sich blutig reorganisiren zu müssen. Polnische Briefe aus jener Zeit sprechen als gewiß aus, daß der Franzose über den Rhein schreite. Schon nannte man den Befehlshaber der Rheinarmee. Rußland stand drängend da; bald erließ der Zar jenen Fehdebrief an die Freiheit der Nachbarvölker. — Deutschland, im ersten Vollgefühl der jungen Freiheit („seid umschlungen, Millionen"), schwärmte für Polens Wiederherstellung. Das Vorparlament später gab diesem Gefühle Worte. In der preußischen Hauptstadt waren die befreiten Polen vom König amnestirt, im Triumph umhergeführt; Polens Auferstehung war die Losung, soweit die deutsche Zunge klang. Was lag der preußischen Regierung ob, zu thun? ihr, die aus einer Revolution hervorgegangen? Sie hatte, hieß es damals allgemein, den Volkswillen zu vollziehen. Bündniß mit Frankreich, Wiederherstellung Polens in den Grenzen vor der ersten Theilung, Preisgebung von Westpreußen mit Danzig, Elbing ꝛc., Kriegserklärung gegen Rußland. Wir brauchten nur ein Ministerium Oelsa Lehmann zu haben, dann waren wir soweit, nämlich am Abgrund! Die Minister vollzogen jenen Volkswillen nicht; trotzdem, daß die geachtetsten und gediegensten Organe der freien Presse, so die deutsche Zeitung, die Kölnische Zeitung, diesem Volkswillen künftig und mit haltbaren Gründen das Wort redeten. Die aufjodernde Gluth und Wuth der Partei, welche wir jetzt sattsam kennen, die man aber damals noch nicht recht von seinen Freunden unterschied, lehrt, wer von dieser Befolgung des Volkswillens sich besonders Vortheil versprach! — Das preußische Ministerium wollte keinen Krieg, weder gegen Frankreich, noch gegen Rußland. Heutigen Tages sind die deutsche Zeitung, die Kölner Zeitung derselben Ansicht. Dieselbe wollte demungeachtet der Ehre Deutschlands in keiner Weise vergeben. Im Widerspruch mit der Majorität aller Deutschen glaubten jene Patrioten, diese Ehre dadurch nicht zu entsprechen, wenn sie Polen in seinen Grenzen vor der ersten Theilung wiederherstellten. Wurden diese aufgegeben, so galt es, andere festzusetzen. „Nach dem russischen Kriege", riefen unsere Russophagen, d. h., wenn Polen durch uns so mächtig geworden, im Bunde mit Frankreich uns die Demarkationslinie zu bestreiten! Diese neue Demarkationslinie beschloß das Ministerium vorläufig und überhaupt von Berlin aus nicht festzusetzen. Die Polen verlangten keine Wiederherstellung, sondern Reorganisation in nationalem Sinne; wie sie's sich dachten, hieße das, von jetzt ab solle in ganz Posen das polnische Element das herrschende sein!! Diese Reorganisation wurde gewährt. Wie wurde diese Maßregel damals aufgenommen! Frankreich ließ durch seinen Geschäftsträger ernstlich mahnen; ganz Deutschland verhöhnte die Ohnmacht der Maßregel, und Rußland nahm sie fast als casus belli auf! — Die Polen machten bekanntlich darauf die friedliche Reorganisation unmöglich. Jetzt klagen sie die Regierung an, eigenmächtig die Demarkationslinie beschlossen zu haben. Hätten sie nicht durch Usurpation obrigkeitlicher Gewalt über das ganze Großherzogthum, die dortigen Deutschen sich zu Feinden gemacht und die Flamme der Leidenschaft entzündet, so wäre auf dem Wege der Reorganisation die Grenzscheide entschieden worden. Innerhalb der Reorganisationskommission sollten Polen u. Deutsche Vertreter sein; wie bald hätte diese Kommission an sich selbst die Wahrheit erkennen müssen, daß eine staatliche, politische Trennung das einzige Mittel sei, Polen und Deutsche zu versöhnen, und dann wurde die Demarkation zu Posen ins Werk gesetzt. Jetzt aber, wo die deutschen Grenzkreise, auf das Aeußerste gebracht, sofortige Trennung zu begehren getrieben waren, wo die von den Polen durch ihre ins Lächerliche gehende Anmaßung bis zum erbittertsten Hasse gereizte deutsche Bevölkerung zum Schwerdte griff, da mußte die Scheidelinie zwischen Deutschland und Polen sofort, also von Berlin aus gezogen werden, bei der eben prinzipiell die Nationalität, und leider nicht ganz ohne Widerspruch mit diesem Prinzip diejenige Rücksicht entscheidend war, welche die Pflicht der Selbsterhaltung und Deutschlands Sicherheit und Ehre anseelegten. — Die Nationalversammlung hatte eine Demarkationslinie zu bestätigen. Aber ins Leben gerufen und zu jener verhängnißvollen Zeit, während der Fünfzigerausschuß mit dem Bannstrahl drohte wegen Nichtbefolgung eines Beschlusses des Vorparlaments haben diese nothwendige Trennung der Deutschen und Polen: jene muthigen und getreuen Freunde des Vaterlandes, deren ich gedenke, insbesondre Hr. v. Auerswald, der warme Vertheidiger und Anwalt der polnischen Sache im Ministerath. — Durften sie denn ungestraft dem Volkswillen entgegenhandeln? Noch schwärmte ganz Deutschland für Polen. Noch konnte zu Berlin Niemand zu Worte kommen, der die Sache der Deutschen in Posen vertrat. — Mit Mühe verschaffte der unermüdliche Apostel aus Posen, Dr. Hepke, sich Gehör in der Aula der Universität und in seiner Gegenwart entbrannte dort jener heftige Kampf widerstreitender Gefühle. Ja, Camphausen und Auerswald durften dem Volkswillen hier entgegenhandeln, denn sie trugen das Bewußtsein dessen, was der Volkswille sein sollte, in der Brust, und vollzogen den geläuterten Willen der Nation! Eine Lehre für die Zukunft, den deutschen Staatsmännern, insonderheit unsern Reichsmännern, mehr zu thun, als zu — „porträtiren!" Die drohende Stellung Frankreichs in dieser Frage veränderte Hehr. v. Arnim in geschickter Unterhandlung mit Circourt, der an Lamartine berichtete; und jener Sieg Lamartines in der Nationalversammlung über die Kriegspartei war zugleich ein Triumph preußischer Staatskunst. — Nun suchten die Camphausen und Auerswald aber mit gleicher Energie den Polen gerecht zu werden, und dem gewaltigen Rußland ins Angesicht sprach das Patent vom 26. April dem Polnischen Herzogthum (Gnesen) eine eigne konstitutionelle Verfassung zu. Trotz Rußland sollte hier ein neues Polen erblühn, trotz Rußland und mit weiser Wahrnehmung des Friedens, denn Rußland gewann dadurch keinen gerechten Vorwand zum Kriege. Auerswald spricht am Ende seiner Denkschrift aus, daß mit der Aufnahme der überwiegend deutschen Theile des Großherzogthums in den deutschen Bund „die Möglichkeit der allerumfassendsten Reorganisation der Polnischen Theile desselben für die Zukunft gegeben zu sein schien." Und Deutschland? das deutsche Volk ist seither in sich gegangen. Wenn aber nun die Nationalversammlung den Erfolg der von den preußischen Staatsmännern eingeschlagnen Politik gebilligt; wenn die edelsten Männer unsres Landes nach tieferem Blick in das Getriebe dieser verwickelten Angelegenheit sich sogar eines Irrthums schuldig bekennen; endlich wenn die große Mehrzahl des Volks neben der Stimme des Herzens für die gebeugte fremde Nation selber noch ein Wort für deutsche Brüder, und auch die Stimme des Verstandes aufmerksam vernommen hat, — dann ist es wohl an der Zeit, in Ehren derer zu gedenken, welche damals um der Wahrheiten willen, die heute Gemeingut sind, Tadel und Schmähung

trugen. Man redet nach heute von der Politik der halben Maßregeln, wie man damals die des Ministeriums Camphausen genannt hat. Wahlan die Politik in der polnischen Frage, die Auerswald befolgte, gehörte mit zu jener Politik. Für den Ausgang dieser Politik hat jetzt die Nationalversammlung sich mit ihrer, mit unsrer Ehre verpfändet. Diese Politik Camphausens und Auerswald ist jetzt die Politik Deutschlands! —*)

Verhandlungen der Nationalversammlung.

ϑ Frankfurt, 4. August. Wenn man bedenkt, welche Geistesfreiheit zu Reden der §. 7 der Grundrechte, welcher von der persönlichen Freiheit handelt, dacbietet, so wird man der aus so vielen gelehrten Juristen bestehenden Nationalversammlung die Anerkennung nicht versagen dürfen, daß sie in zwei Tagen über die vier Sätze dieses Paragraphen hinausgekommen ist. Da war die Rede von Verhaftsbefehlen, von dem gesetzlichen Richter und Ausnahmsgerichten, von Gefängnissen und Kautionen, von Prügeln, Praager und Todesstrafe; in der That, wenn man bedenkt, wie viele Bücher über das Alles schon geschrieben, wie viele Reden schon gehalten sind, und welche weitschichtige Stoff hier vorliegt, so muß man gestehen, daß die Nationalversammlung einen bemerkbaren Fortschritt in der Rede-Enthaltsamkeit gemacht hat. Der §. 7 lautet nach der vom Verfassungsausschusse vorgeschlagenen Fassung so:

> Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden. Die Verhaftung einer Person soll — außer im Fall der Ergreifung auf frischer That — nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls.
>
> Dieser Befehl muß im Augenblick der Verhaftung oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Verhafteten vorgewiesen werden.

Schon in dem Ausschusse selbst wurden dazu mehrere Minoritätsanträge gestellt, nämlich, daß jeder Angeschuldigte gegen Stellung einer vom Gericht zu bestimmenden Kaution der Haft entlassen werden solle, sofern nicht dringende Anzeigen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen, ferner auf Abschaffung der körperlichen Züchtigung und der Todesstrafe, der letzteren wenigstens für politische Verbrechen. Daran reihten sich, wie gewöhnlich, eine große Anzahl von sogenannten Verbesserungsanträgen einzelner Abgeordneten, welche nun in der Berathung der Reihe nach vertheidigt wurden. Künstdeeg hat den ganzen Artikel umgearbeitet und fünf große Paragraphen daraus gemacht. Solche Anträge sind schon von vornherein durch die Form, in der sie erscheinen, Kandidaten des Todes. Lene hält es für nothwendig, die persönliche Freiheit dadurch zu schützen, daß jeder Beamte, welcher dieselbe verletzt, sammtverantwortlich und entschädigungspflichtig sei. Reichensperger wünscht, daß die Grundrechte nicht zu sehr in Einzelheiten eingehen. Man sollte diese Erinnerung vor jeder Berathung besonders verkünden lassen. Sein Antrag geht dahin, daß Niemand, der in polizeiliche Haft genommen wurde, länger als 24 Stunden gefangen gehalten werde, ohne einem richterlichen Beamten vorgestellt zu werden. Mittermaier zeigte, wie schlecht in Deutschland die persönliche Freiheit geschützt sei, wie die Voruntersuchungen übermäßig lange dauern, wie die Bestimmungen der Verfassungsurkunden, nach welchen jeder Verhaftete nach 48 Stunden vernommen werden muß, nur eine hohle Form werden und auf Täuschung beruhen, indem die Verhafteten bloß im Allgemeinen befragt werden, aber nicht die Verdachtsgründe erfahren und so sich nicht vertheidigen können. Er trägt darauf an, daß man künftig dem englischen Rechte folge und die Freiheit schütze, daß insbesondere das Verhör so vorgeschrieben werde, daß der Angeschuldigte sogleich die Verdachtsgründe erfahre und fordert vorzüglich freisinnige Vorschriften in Beziehung auf die Freilassung des Angeschuldigten gegen Kaution. Nauwerk will, daß die Schuldhaft nicht mehr Statt finde, und kein Richter einen Verhaftsbefehl ausstellen dürfe, wenn nicht dringende Anzeigen eines Verbrechens vorliegen. Freudentheil will Beschränkungen der polizeilichen Verhaftungen bei Aufruhr, Straßenaufläufen, Raufereien u. s. w. Weener verlangt, daß auch die Unzulässigkeit außerordentlicher Justizkommissionen in dem Grundrechte ausgesprochen werde. Spatz will die persönliche Freiheit nicht nur für unverletzlich, sondern auch für unveräußerlich erklärt haben.

Gegen den Antrag auf Abschaffung der Körperstrafen sprach Niemand. Eine längere Berathung wird über die Abschaffung der Todesstrafe geführt. Scheller hält eine lange und wohlgesetzte Rede dafür. Als einzigen Grund will er geltend machen, daß kein Mensch das Recht habe, einem andern sein Leben zu verkürzen. Als Surrogat für die Todesstrafe will er lebenslängliches Gefängniß mit Entziehung von Lebensmitteln. Das bedeutende Pathos dieser Rede geht rein verloren, weil die Zuhörer Nachmittags zwei Uhr viel zu hungrig und abgespannt sind, um dafür empfänglich zu sein. Roßmäßler spricht in gleichem Sinne, besonders auch weil der Staat an den Verbrechen zum großen Theil selbst Schuld sei, weil er die Menschen so schlecht werden lasse. Jordan aus Marburg wünscht ebenfalls die Abschaffung der Todesstrafe, weil der Hauptzweck der Strafe, die Besserung, dadurch verloren gehe; aber er glaubt, daß eine Bestimmung hierüber nicht in die Grundrechte gehöre. Gegen die Abschaffung der Todesstrafe sprechen Lene, Arndt und Andere, der letztere besonders gegen den vorgeschlagenen Unterschied in Beziehung auf die politischen Verbrechen; vielmehr hält er den Vaterlandsverräther für am meisten des Todes würdig, und politische Amnestie für einen Unsinn. Dagegen sprach gestern noch Vogel (Dekan) für die Aufhebung der Todesstrafe für politische Verbrechen, und heute besonders Mittermaier. Derselbe hält dafür, daß die Todesstrafe überhaupt abgeschafft werden könne, und beruft sich dabei auf den Vorgang von Toskana. Jedenfalls will er sie aber bei politischen Verbrechen abgeschafft haben. Er gehe von dem Grundsatze aus, daß die Gerechtigkeit einer Strafe bestimmt sei durch die Nothwendigkeit, und die Nothwendigkeit durch die Wirksamkeit. Daß der Hauptgrund für die Todesstrafe die beabsichtigte Abschreckung sei, gehe schon daraus hervor, daß da, wo die Oeffentlichkeit der Todesstrafe abgeschafft sei, die Gesetzgebung sich schäme, die Todesstrafe vollziehen zu lassen. Dieser Fall aber falle bei politischen Verbrechen ganz weg. Vielmehr erscheine der hingerichtete Verbrecher in den Augen der Menge eher als ein Märtyrer für eine unterdrückte Sache. Außerdem müsse man in's Auge fassen, in welche Verlegenheit durch ein solches Todesurtheil der Regent gesetzt werde, und wie leicht die Geschwornen in dergleichen Fällen zu Lossprechungen verleitet werden. Uebrigens thue man durch die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrecher nichts Anderes, als was die neueste deutsche Verfassungsurkunde (Lurenburg) bereits gethan habe. Unter den Gegnern der Abschaffung der Todesstrafe sprach sich besonders Wernher von Nierstein mit seiner gewohnten Energie aus. Es sei humaner, einzelne Verbrechen mit dem Tode zu bestrafen, als das Leben von Hunderten und Tausenden auf's Spiel zu setzen. Schaffrath zankt dagegen unter Wiederholung der bekannten Gründe. Teichert will die Abschaffung der Todesstrafe mit Ausnahme der Fälle, wo das Kriegsrecht anzuwenden ist. Nachdem noch mehrere Redner für die Abschaffung der Todesstrafe gesprochen, verlangt die Versammlung den Schluß der Debatte. Der Berichterstatter vertheidigt im Allgemeinen die Anträge des Ausschusses, erklärt sich aber mit einigen vorgeschlagenen Verbesserungen einverstanden. Die Aufhebung gewisser Strafarten gehöre aber nicht in die Grundrechte, weil sonst noch viel Anderes, namentlich auch über das Gefängnißwesen, hinein müßte. Die Gesetzgebungskommission habe sich damit zu befassen, sobald einmal von einer allgemeinen Kriminalgesetzgebung die Rede sei. Uebrigens spricht er sich gegen die Abschaffung der Todesstrafe aus. Bei der Abstimmung wurde der Antrag von Lene verworfen, ebenso wurde der Antrag von Adams verworfen; sowie Reichenspergers Antrag, der nur die Redaktion des Ausschußantrages verbessert; es wurde dann der Antrag des Ausschusses angenommen, so daß Niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden kann und Ausnahmsgerichte nicht stattfinden. Nach dem Beschlusse soll die Verhaftung einer Person außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That nur kraft eines schriftlichen Befehls, der mit Gründen versehen ist, geschehen; dieser Befehl muß wenigstens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Angeschuldigten zugestellt werden (auf das Wort zugestellt ging der Antrag von Adams). Der Antrag Mittermaiers, nach welchem der Verhaftete binnen 24 Stunden so vernommen werden muß, daß das Vergehen, weßwegen er verhaftet wurde, ihm nebst den Anschuldigungsgründen mitgetheilt werde, wurde verworfen. Lene's Antrag, nach welchem die Polizei Jeden, den sie in Verwahrung nahm, im Laufe des folgenden Tages freilassen oder dem zuständigen Richter übergeben muß, wurde angenommen. Der Antrag der Minorität, daß der Verhaftete gegen Sicherheitsleistung entlassen werden kann, sofern nicht andere Anzeigen eines peinlichen Verbrechens vorliegen, wurde angenommen; Mittermaiers Zusatz, daß die obersten Gerichte in allen Fällen auch Umständen freilassen können, wurde nicht angenommen. Der Antrag von Spatz, daß der

*) In meinem Brief über den Jakobyschen Antrag rede ich von den politischen Freunden Jukuby's in der Paulskirche, von Vogt aus Gießen u. s. w. Da steht nun: „Vogt oder ein Andrer von unseren intimen Freunden." Ich berufe mich, gegen dies „unser", gegen diese Freundschaft meinerseits Einspruch zu thun, ehe von der andern Seite dagegen protestirt ist! —

ungerecht Verhaftete Entschädigung erhalte, wurde angenommen. In Bezug auf den Antrag, daß die Todesstrafe und andere Strafarten aufgehoben werden sollen, erhoben sich große Streitigkeiten; es wurde der Antrag gestellt, daß alle diese Anträge zuerst an den Ausschuß für Gesetzgebung gewiesen werden sollen; der Antrag wurde lebhaft bekämpft, zuletzt wurde beschlossen, daß über den Antrag, daß diese Anträge an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen und in den Grundrechten Nichts darüber bestimmt werde, namentlich abgestimmt werde. Bei der Abstimmung wurde mit 265 Stimmen gegen 175 der Antrag verworfen. Es wurde nun die Abstimmung die über einzelnen Anträge vorgenommen, und zwar zuerst über den Antrag daß die Todesstrafe abzuschaffen sei; der Antrag wurde von der Mehrheit angenommen. Hierauf wurde namentliche Abstimmung verlangt, und zwar nur über den Antrag, daß die Todesstrafe aufgehoben sei. Bei der Abstimmung nahmen 288 Stimmen den Antrag auf Abschaffung an (gegen 146 Stimmen); auch bei der Abstimmung über Teichert's Antrag, daß die Todesstrafe da vorbehalten ist, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, wurde der Antrag angenommen. Der Antrag auf Abschaffung der körperlichen Züchtigung wurde angenommen. Der Antrag auf Aufhebung der Schuldhaft wurde verworfen.

Bericht des Ausschusses über die Wahl Fr. Hecker's.

Der Bericht stellt zuerst das Thatsächliche in Kürze zusammen, nämlich die Eingabe Heckers, worin er seine Aufnahme verlangt, dann die verschiedenen Adressen demokratischer Vereine, die dasselbe begehren, endlich die bekannten Vorfälle und Aktenstücke, welche die Schilderhebung im Seekreis betreffen. Das Ergebniß enthält dann der Schluß des Berichtes wie folgt:

So stand die Sache, als Hecker am 7. Juni im Bezirk Thiengen mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt wurde; und es fragt sich nun, ob dieser Wahl, gegen welche keine formellen Bedenken vorliegen, materielle Wirksamkeit beigelegt werden kann. Zunächst versteht es sich von selbst, daß auch ohne Vorhandensein eines positiven Gesetzes der Nationalversammlung die Entscheidung über die formelle Giltigkeit der Wahlen ihrer Mitglieder zustehen muß, und daß sie nicht minder selbständige und souveräne Richterin darüber ist, ob gegen eines ihrer Mitglieder genügende Beweise oder Judicien solcher verbrecherischen oder unehrenhaften Handlungen vorliegen, welche die Verweigerung der Aufnahme oder die Ausschließung des gravirten Mitgliedes begründen; es liegt in der Natur einer solchen Versammlung und ihre Existenz ist dadurch bedingt, daß, wie sie einestheils nicht dulden darf, daß man ihr Mitglieder ohne zureichenden Grund entziehe, sie anderntheils auch unwürdige und ihrem Wesen widersprechende Bestandtheile von sich ausscheiden dürfe. Fallen nun die Thatsachen, welche eine Ausschließung oder Verweigerung der Aufnahme begründen würden, in einen der Wahl vorhergehenden Zeitraum, so benehmen sie der Wahl selbst ihre Wirksamkeit und machen daher die Wahl selbst materiell ungültig. Und das ist gerade unser Fall. Hecker hat versucht, die konstitutionell-monarchische Verfassung in Baden mit Gewalt der Waffen und sogar mit Hilfe von Fremden umzustürzen und die Republik daselbst einzuführen; er hat dies gethan zu einer Zeit, wo bereits die Entwickelung der Freiheit auf dem Wege des Gesetzes und der Ordnung angebahnt war und die Errungenschaften der Neuzeit nur in der Wiederbefestigung des Rechtszustandes ihre Sicherung und Erhaltung finden konnten. Vergeblich beruft man sich hierbei auf den Willen des badischen Volkes; es genügt, eine solche Berufung bloß von der faktischen Seite ins Auge zu fassen. Mit Nichts ist dargethan, daß die Mehrheit des badischen Volkes die Republik gewollt habe, noch viel weniger, daß sie solche mit Gewalt der Waffen habe einführen wollen; — haben doch selbst die mit dem Aufrufe und Befehle Heckers verbundenen und den Terrorismus nicht undeutlich verkündenden Drohungen ihm nur eine kleine, unbedeutende Schaar zuzuführen vermocht. Nicht auf dem Willen der Mehrheit des Volkes fußte das Unternehmen, vielmehr stand er, der Einzelne, nur mit Einzelnen der Gesammtheit des badischen Volkes gegenüber, und wollte seinen und seiner Genossen Sonderwillen dem gesammten badischen Volke mit Waffengewalt aufdringen. Hecker hat sich also des Hochverrathes gegen sein eigenes engeres Vaterland, gegen einen Theil seines großen deutschen Vaterlandes, schuldig gemacht; — eine solche That, eine solche Schuld ist schlechterdings unvereinbar mit dem Sitz in der Versammlung der Vertreter des Vaterlandes.

Aber nicht nur gegen Baden war das Hecker'sche Unternehmen gerichtet, sondern gegen das gesammte deutsche Vaterland: in ganz Deutschland sollte die Republik eingeführt werden, und der Umsturz der Verfassung in Baden sollte dazu nur Anfang und Mittel sein. Dieß ergibt sich — abgesehen von der Deposition des mitbetheiligten Eduard Steffelin, welcher aus einer Unterredung Hecker's mit Kaiser entnommen haben will, daß der Zug zu erst nach Freiburg und demnächst nach Frankfurt gehen sollte — vor Allem aus der von Hecker selbst in den öffentlichen Blättern abgegebenen Erklärung in Beziehung auf die Ereignisse bei Kandern, wonach er sein Unternehmen als eine „aus Begeisterung für Volk und Volksfreiheit geschehene republikanische Schilderhebung" bezeichnet, und dann den ihm vorgeworfenen Fanatismus berichtigend für eine „Hingebung für die Befreiung eines großen Volkes" erklärt. Dieß ergibt sich ferner aus dem oben aufgeführten Schreiben Hecker's an die Nationalversammlung, worin er sich und seine Kampfesgenossen auf Eine Stufe mit den Vertretern der deutschen Nation stellt, und als einzigen Unterschied hervorhebt, daß die Letzteren die Souveränetät des Volkes und die Vereinigung der monarchischen Gewalt nur in Beschlüssen ausdrücken, während er und seine Gesinnungsgenossen den Beschlüssen auch die Mittel des Vollzugs, die Waffen, beilege, wie denn überhaupt zwischen der redenden und dekretirenden und zwischen der bewaffneten Revolution grundsätzlich kein Unterschied bestehe. Dieß ergibt sich endlich aus fast jedem Blatte des von Hecker redigirten Volksfreundes, worin die Republik nicht etwa für Baden, sondern für ganz Deutschland gepredigt und zur Vernichtung der Fürstengewalt in ganz Deutschland aufgerufen wird.

Nun war aber bereits durch das Vorparlament, dem Hecker selbst beigewohnt hatte, festgestellt, daß eine freie und einheitliche Verfassung Deutschland's auf friedlichem und gesetzlichem Wege durch eine Volksvertretung, durch eine aus den Wahlen des gesammten Volkes hervorgegangene konstituirende Versammlung gegründet werden solle; die Regierungen der Einzelstaaten Deutschlands hatten demgemäß auch wirklich die Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung angeordnet; ja in Baden war sogar schon vorher, durch Verordnung vom 25. März, die unverzügliche Einleitung der Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung veranlaßt worden. Schon mit Anfang des Monats Mai sollte die konstituirende Versammlung in Frankfurt zusammentreten. Es bedarf nicht der Erwähnung, daß nunmehr jeder Deutsche seinen Einzelwillen dem auf die Nationalversammlung übertragenen Gesammtwillen unterordnen, deren Beschlüsse abwarten und sich ihnen unterwerfen mußte. Wer statt dessen seinen besondern Willen gewaltsam in's Leben setzen und mit Hilfe der Waffen seinen Mitbürgern aufzudringen sich bemühte, der beging Verrath an der Souveränetät der Nation. Hecker hat sich dieses Verraths schuldig gemacht, — eines Verrathes an der echten und wahren Volkssouveränetät, mit deren falschem Schein er sein frevelhaftes Beginnen vergeblich zu umhüllen und zu bemänteln gesucht hat. Hecker hat also einen Verrath am deutschen Volke, mithin auch an der Nationalversammlung, als der Vertreterin des gesammten deutschen Volkes, begangen; dadurch hat er sich, wie sich von selbst versteht, unfähig gemacht, Mitglied dieser Versammlung zu werden, zu deren Existenz sein Unternehmen im geradesten Widerspruch steht, und deren Leben schon in der Geburt zu vernichten das Ziel seiner Schilderhebung war. Schwer fällt dabei noch in die Wagschale, daß sein Unternehmen nicht etwa die Frucht einer augenblicklichen Verirrung, eines nur vorübergehenden Fanatismus war, er vielmehr noch gegenwärtig, wie sein Schreiben an die Nationalversammlung, seine Aufrufe und der von ihm herausgegebene „Volksfreund" nachweisen, von derselben Gesinnung, aus welcher sein Unternehmen entsprungen, beseelt ist, diese Gesinnung öffentlich auszusprechen und ihr in den Gemüthern der Deutschen Eingang zu verschaffen fortfährt, sein sündhaftes Unternehmen preist und dessen Mißlingen beklagt, das Volk zu gewaltsamer Empörung gegen die bestehenden Zustände offen auffruft, endlich der deutschen Nationalversammlung selbst mit einer Feindseligkeit und Gehässigkeit entgegentritt, daß das Verlangen der Aufnahme in dieselbe von seiner Seite nur als Hohn erscheinen würde, wenn man nicht tiefer liegende Pläne dahinter zu erblicken verfacht sein müßte.

Hecker konnte demnach am 7. Juni nicht mit rechtlichem Erfolg zur deutschen Nationalversammlung gewählt werden: Hecker war nicht wählbar; seine dennoch erfolgte Wahl ist also nugiltig und unwirksam. Die Folge davon ist, daß sowohl nach §. 84 der badischen Wahlordnung, als auch nach allgemeinen, in der Natur der Sache liegenden Grundsätzen, eine neue Wahl angeordnet werden muß. Die von der badischen Regierung zur Erwägung gestellte Ansicht, daß die Majorität erst nach Ausscheidung der zu Gunsten Heckers abgegebenen Stimmen zu ermitteln wäre, können wir um deßwillen nicht theilen, weil wir dadurch in der That den Ausdruck der Minorität willkürlich und mittelst einer Fiktion zu dem Willen der Majorität erheben wür-

Digitized by Google

den. Ebensowenig haben wir die von der badischen Regierung angeregte Frage, ob nicht der Wahlbezirk Thiengen, weil er sich durch die Mehrheit seiner Wahlmänner auf die Seite der Hochverräther gestellt habe, des Wahlrechts für vorläufig zu erklären sei, zu bejahen vermocht, weil ein von den Wahlmännern verübtes Unrecht keinen Grund abgeben kann, dem Wahlbezirke selbst sein Wahlrecht und somit die Möglichkeit der Vertretung in der Nationalversammlung zu entziehen.

Ihr Ausschuß stellt demnach den Antrag:

„Die Nationalversammlung wolle die am 7. Juni in dem vierten badischen Wahlbezirke (Thiengen) vorgenommene und auf den Dr. Friedrich Hecker aus Mannheim gefallene Wahl eines Abgeordneten zur konstituirenden deutschen Nationalversammlung für ungiltig und unwirksam erklären; demgemäß die badische Staatsregierung veranlassen, unverzüglich eine anderweitige Wahl in jenem Bezirk anzuordnen."

Frankreich.

Paris, 3. August. Die gestrige Verhandlung über die Hypothekensteuer wurde zu einer Kabinetsfrage gemacht und führte zu einer Scheidung der Parteien, in welcher sich die Republikaner von gestern und die von heute schroff entgegenstanden. Das Ergebniß war, daß der Entwurf der Finanzkommission mit schwacher Majorität beseitigt ward und der erste Artikel des Gesetzes mit 378 gegen 339 Stimmen angenommen wurde. Wenn man die Wichtigkeit und das tief Eingreifende der neuen Steuer bedenkt, so ist dieser Sieg der Regierung, mit kaum 40 Stimmen Mehrheit, bei Weitem nicht entscheidend genug, um eine solche Veränderung unerschrocken durchführen zu können.

Der sardinische Gesandte Ricci ist angekommen und sogleich dem Minister des Auswärtigen vorgestellt worden; er wünscht die Mitwirkung Frankreichs in den italienischen Angelegenheiten zu erlangen. Die Unglücksbotschaften aus Italien sind jetzt in Paris alle bekannt; man weiß, daß Radetzky sich auf dem Wege nach Mailand befindet. Es hieß sogar, es habe in Turin unruhige Auftritte gegeben; man habe am 29. Juli eine Sturmpetition an die Kammer gerichtet und es sei am 30. dem König Karl Albert eine unbeschränkte diktatorische Gewalt übertragen worden! Man spricht außerdem von einem raschen Aufbrechen französischer Truppen an die italienische Grenze; Karl Albert soll seine letzte Reserve, die savoyische Armee, eiligst aufgeboten haben. Hinter ihr liegt Nichts mehr, als die französische Intervention.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung gehörte zu der bewegtesten, die man noch erlebt hat, obwohl nicht einmal eine Verhandlung Statt fand. Bauchard las den Bericht der Untersuchungskommission über die Ereignisse vom 15. Mai und vom 23—26 Juni. Wir können das umfassende Aktenstück, das unter der größten Spannung und Aufregung gelesen ward und eine zweimalige Unterbrechung der Sitzung nothwendig machte, heute nur in Kürze erwähnen. Das Interessanteste daran ist, daß Leden Rollin, Caussidière, Louis Blanc darin aufs Entschiedenste kompromittirt, der Erste wegen seiner revolutionären Propaganda, die beiden Andern wegen ihres Verhältnisses zu den Klubs und anarchischen Gesellschaften der moralischen Mitschuld an den beiden Aufständen wiederholten angeklagt sind. Es werden Thatsachen und Aussagen darin mitgetheilt, die darauf hinweisen, daß die Insurrektion fortwährend von einzelnen Mitgliedern der Regierung selber geleitet ward. Ueber die Rüstungen, die Paris zu einer Festung der Barrikadenemeute umschaffen und einzelne Häuser zu Citadellen machten, sind interessante Details mitgetheilt. Der Bericht weist jede Theilnahme von Prätendenten als nicht nachweisbar zurück, drängt dagegen sehr unverblümt auf die Anklage der genannten Revolutionsmänner los.

Neuestes.

Wien, 31. Juli. In der heutigen Sitzung des Reichstags ist der Antrag des Fürsten Lubomirski, es möchten von den größeren Gouvernements (Galizien und Böhmen) auf je 15 Abgeordnete zwei in den Verfassungsausschuß gewählt werden, mit 177 gegen 133, und damit für die deutsche Sache ein wesentlicher Sieg erfochten worden.

* Aus Berlin erhalten wir einen Brief, der uns wiederholt versichert, es werde am 6. August nicht gehuldigt werden, sondern beim Armeebefehl sein Bewenden haben. Eine unserer früheren Korrespondenzen hat aber gerade diesen Befehl nur als Uebergang zum Akt des 6. Aug. betrachtet. — An die Stelle Kiechmanns ist der Justizminister Bornemann als Abgeordneter erwählt worden. — In Charlottenburg sind Reibungen zwischen Studenten und Konstabler vorgekommen; ein Abgeordneter will das Ministerium darüber interpelliren.

Berlin. Die Br. Zeit. berichtet: Das Staatsministerium ist gegen den Obersten Griesheim, Verfasser der Broschüre: „Die deutsche Centralgewalt und das preußische Heer" eingeschritten und hat denselben vorläufig von der Vertretung des Kriegsministers bei der Nationalversammlung und von aller politischer Thätigkeit suspendirt, zugleich aber auch bestimmt, daß seine Stelle im Ministerium von einer geeigneten Person besetzt werden solle.

Rendsburg, 1. Aug. General v. Wrangel hat heute sein Hauptquartier nach Apenrade verlegt, wo er so lange bleiben wird, bis er Truppenverstärkungen erhält.

Rendsburg, 2. August. Nach so eben eingegangenem Berichte hat sich unser Heer von Könitzau gänzlich zurückgezogen bis nach Apenrade hin, unsere Vorposten stehen bei Christiansfeld. Dort werden unsere Truppen sich so lange postiren, bis das neunte Armeekorps zu uns gestoßen sein wird. Die Dänen haben Jütland geräumt und sich auf ihre Schiffe begeben. Man vermuthet, daß sie mit vereinter Macht in einem unserer Häfen oder gar an verschiedenen Punkten einen Landungsversuch machen werden, was ihnen aber jetzt, da die deutschen Truppen eine solche Stellung eingenommen haben, daß sie die Küsten vor jedem Angriff schützen können, nicht gelingen wird.

* Aus Verona vom 29. Juli wird gemeldet, daß die Oesterreicher mit geringen Opfern Brescia und Cremona genommen haben. Das Hauptquartier war an genanntem Tage in Giudizzuola aufgeschlagen. Macaria hat sich freiwillig ergeben. Der Herzog von Modena ist in der Nacht vom 28. auf den 29. durch Verona gekommen, um die Regierung seiner Staaten wieder anzutreten!!!

* Radetzo, 28. Juli. Die österreichische Armee folgt im Sturmschritt des Sardenkönigs zersprengten Truppen, die in wilder Flucht gegen den Oglio und Po zurückeilen. Die Straße von Volta hierher und nach Gazoldo ist in ihrer ganzen Länge von 3 Meilen mit Montursstücken und Gepäck aller Art dicht übersäet; wenigstens 20,000 Mann müssen unter Zurücklassung aller Bagage die Flucht genommen haben. Vorgestern verließen 4—5000 Mann Hilfstruppen von Brescia das sardinische Lager, um in ihre Heimath zurückzukehren. Andere große Haufen Verbündeter haben Karl Albert schon verlassen, als am 24. nach unserm Ueberschreiten des Mincio die österreichischen Kanonen ihr Feuer eröffneten. Man schätzt die Zahl der an jenem Tage ohne Kampfversuch davongelaufenen Vaterlandsvertheidiger auf 15 bis 20,000 Mann. Wenn der König jetzt die Schaaren seiner Treuen zählt, die einst mit ihm gezogen in die Thale des Pabas so wird er höchstens noch 24 bis 25,000 Streiter um sich versammelt finden. Gaschergestalt zerschmetterte der italienische Heeresbund, groß an Zahl und Uebermuth, seine stolze Stirn an der kleinen, aber starken Phalanx österreichischer Männer, zusammengewürfelt aus allen Theilen des alten Kaiserreichs. Schon schaudert die italienische Bevölkerung unter den Ruinen frühern Wahnstandes dem fremden Verführer ihre Flüche nach, und möchte das Geschehene gerne ungeschehen machen, aber: „Das Rad des Glücks kann Nichts zurückbewegen!"

* Volta, 27. Juli. Unsere Armee hat den Mincio überschritten und ergießt sich über die Lombardei. Karl Albert hat unfern unserer Stadt eine neue Niederlage erlitten und flieht jetzt vor dem Sieger in der Richtung des Po, nicht sowohl in Folge großer Verluste, als des Eindrucks, den die Tapferkeit unserer Truppen erzeugte, gegen welche die schönsten Positionen, eine numerisch bedeutende Uebermacht und lange vorbereitete Verschanzungen weder Schutz noch Erfolg gewähren. Die baldige Wiedereroberung der Lombardei scheint sicher zu sein; jedenfalls ist die größte Aussicht dazu vorhanden. Welchen Eindruck werden die so rasch und unvorbereitet aufeinanderfolgenden Nachrichten der Siege Oesterreichs auf die Lombardei machen, die noch vor Kurzem in die Etikettestreitigkeiten mit Turin ihr größtes Unglück suchen!

In Frankfurt waren Gerüchte verbreitet, Radetzki stehe nur noch wenige Stunden von Mailand entfernt.

Brescia hält sich noch (s. oben); man organisirt ein allgemeines Aufgebot. Der englische Gesandte am Turiner Hofe hat sich, wie es heißt, in Radetzky's Hauptquartier begeben um durch Drohung mit einer englisch-französischen Intervention einen Waffenstillstand zu bewirken. Die sardinischen Kammern haben den König mit unbeschränkter Vollmacht bekleidet. In Genua wird auf das Heftigste die Kreuzzug gepredigt. (Basl. Z).

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Für Postbezug nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver 6 Kings., 76 Bowgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Länder nehmen solche an C. L. Hirschfeld in Straßburg Nr. 29 Broglie., Preis Fr. 20 Cent. pro Nummer.

Deutsche Zeitung.

Die Verlagshandlung befindet sich Grabengasse Nro. 676 in Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1¾. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1¾. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 218. Heidelberg, Montag 7. August. 1848.

Uebersicht.

Die Verhandlungen über die Adelstitel. — Wien (Verhandlungen des Reichstags). **Triest** (Lage Venedigs). **Berlin** (Verhandlungen der Kammer. Schreiben Pinckers. Wahl eines Bürgerwehrobristen. Keine Parade am 6. August). **Breslau** (Zusammenstoß zwischen Bürgern und Soldaten in Schweidnitz). **Vom Rhein** (das Gerichtswesen am Rhein und in den alten Provinzen). **Aus Baiern** (die preußische Flottenfrage. Die Verhandlungen der Nationalversammlung). **München** (officielle Berichtigung. Die Huldigung am 6. August. Mobilmachung der Truppen). **Frankfurt** (Charakteristik des Reichsministeriums. Die Reichstruppen nach Schleswig. Das neue Ministerium. Ankunft des engl. Gesandten. Die Debatte über Hecker.

Schweiz. Zürich. Die Verminderung der stehenden Heere in Deutschland und die französische Friedenspolitik.

Großbritannien. London. Die irische Insurrection und ihre Häupter.

Frankreich. Paris. Der Anklagebericht der Untersuchungskommission. Vertheidigung Ledru Rollins. Die Hypothekensteuer zurückgenommen.

Italien. Bulletin Radetzky's aus Sesta jenseits Cremona. Ministerwechsel in Florenz und Rom. Bedingungen Radetzky's). **Mailand.** Stellung Karl Alberts.

Oesterreichische Monarchie. Agram. Die Proklamation der Grenzer.

Beilage. Die polnische Frage. — **Frankfurt.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Bericht des Ausschusses über die Wahl Fr. Heckers. **Frankreich.** Die Hypothekensteuer. Die Intervention in Italien. Bericht der Untersuchungskommission. Neueste Nachrichten.

7. August.

Die Berathung der Grundrechte ist um einen wichtigen Schritt vorwärts gekommen; in der Mittwochsitzung ist die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz, die Aufhebung aller Standesprivilegien beschlossen worden. Die Debatte gelangte bei diesem Anlaß auch zu der Frage, ob Titel, Orden und Adelsbezeichnungen fortbestehen sollten oder nicht. Die Titel wurden abgeschafft, den Orden, den Adelsbenennungen noch eine kurze Lebensfrist gegönnt. Die Verhandlung darüber war im Verhältniß ruhig und leidenschaftslos; wenn auch der Angriff bisweilen lebhaft war, so nahm man die Schläge mit bemerkenswerther Fassung entgegen; ja es fehlte der Diskussion selbst nicht an humoristischen Partien — so wenig eigentliches Gewicht schien man auf diese Formen zu legen — nachdem einmal über das Wesen sogut wie entschieden war. In der ersten französischen Revolution war die Sitzung vom 19. Juni 1790, wo die Titel und Auszeichnungen des Erbadels abgeschafft wurden, eine der stürmischsten; heutzutage kann man darüber schon debattiren, ohne einen heftigen Ausbruch der Leidenschaft zwischen Anspruch und Recht, Privilegium und Gleichheit besorgen zu müssen.

Man fühlte eben, daß jene äußern Zeichen und Benennungen eine Nebensache seien, wenn einmal die Hauptsache, der Grundsatz der bürgerlichen Gleichheit, gewahrt ist. Diese Hauptsache liegt aber in dem Satze: **alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze; Standesprivilegien finden nicht Statt.** Ueber diese Bestimmung hinausgehen, aus lauter Freiheit neue Schranken setzen, liegt, wie uns scheint, ganz außerhalb des Kreises der „Grundrechte" des deutschen Volkes. Ist jener Lebenspunkt sichergestellt, wird in allen deutschen Ländern die Feudalität in ihren größeren oder kleineren Resten abgeschafft, jede Art von Privilegium, das an der Geburt haftet, aufgehoben, so sind wir zufrieden, die Sprößlinge vom alten Adel mögen sich tituliren, wie sie wollen. Die Titelsucht, der Junkerhochmuth, die sociale Scheidewand zwischen dem bisherigen Geburtsadel und der großen Mehrzahl des Volkes sind nur gleichgiltige Dinge; wenn der Adel sich als „Kaste" benahm und sich abschloß von dem Kreise der bürgerlichen Bildung und Sitte, so war der Verlust lediglich auf seiner Seite. Ein Paragraph der Grundrechte hätte dies schwerlich geändert; hätte man darin auch die seltsame Bestimmung aufgenommen, daß der Adel das Wörtchen „von" oder „Baron" oder sonst so Etwas nicht mehr als Beiwerk zu seinem Namen führen durfte, so war damit die innere Verschmelzung um Nichts befördert, nach menschlicher Denkungsart eher gehemmt. Man hebe die politische Ausnahmsstellung des Adels, die feudalen Vorrechte streng und unnachsichtlich auf, man mache das Wort Gleichheit vor dem Gesetz zu einer lebendigen Wahrheit, man weise den Adel lediglich darauf an, durch Talent, Thätigkeit und Verdienst im Wetteifer mit dem bürgerlich Geborenen seine Stellung in der politischen Gesellschaft sich zu erringen, und man wird auch im socialen Leben der Nation die Kluft leichter ausfüllen als durch alle Verbote, diesen oder jenen Namen zu führen.

Es ist mit den adeligen, wie mit den andern Titeln, wie mit den Orden; das Alles sind, wenn nicht Rechte daran haften, nur todte Dinge, die man nicht mehr künstlich beleben kann, die höchstens dadurch wieder eine scheinbare Bedeutung gewinnen können, daß man ohne Noth und ohne Gefahr sich in einer erbitterten Polemik gegen sie erhitzt. Selbst einen Adel wie den englischen durch Dekrete und Verordnungen heutzutage erschaffen zu wollen, würde zu ebenso bitteren Täuschungen führen, als der Glaube, man könne mit einem Wort, einer abstrakten Bestimmung, Republiken und Republikaner machen; der Grundsatz der rechtlichen Ungleichheit ist gerichtet und die künstliche Treibhauspflanze eines restaurirten Adels würde dem Widerwillen der öffentlichen Meinung nicht lange widerstehen können. Was haben in Preußen jene unglücklichen Restaurationsversuche des Privilegiums, jene Rückfälle in adelig-ritterliche Staatsformen, wie man sie seit Jahren mit unermüdlicher Emsigkeit betrieb, genützt? Sie sind weder dem Adel noch dem Throne zu Gute gekommen; der Adel hat sich selber vor dem Schlage, der ihm droht, nicht schützen können, viel weniger um die Monarchie einen festen Wall gegen die Revolution gebildet. Diese Lehren, wie sie in Frankreich und bei uns seit der ersten französischen Revolution vielfach sehr lautes Zeugniß geben, sollten uns nicht verloren sein; den Grundsatz der Rechtsgleichheit in aller Strenge durchzuführen, auf dieser demokratischen Grundlage weiter zu bauen, wo in den Verfassungen und Einrichtungen der einzelnen Staaten noch feudale Reste vorhanden sind, das sei unser ernstes Bestreben; Wappen und Titel mag dem bürgerlich gleichgestellten Adel dann immerhin als Familienerinnerung verbleiben.

In diesem Geiste ist auch der Paragraph, wie ihn die Kommission vorschlug, entworfen; der Berichterstatter spricht sich darüber unzweideutig aus. „Die Bevorzugung in politischer Hinsicht bei Vertretung des Volkes, eine Bevorzugung in der Besteuerung, bei der Verleihung von Aemtern, eine Bevorzugung in Beziehung auf den Gerichtsstand — alle diese Vorrechte sind durch das Recht der einzelnen Staaten gewährt. Wir haben aber geglaubt, daß wir auch hier eine allgemeine Regel aussprechen müssen; **sie sollten ein für allemal entfernt werden**". Konnte man sich, scheint uns, hierbei vollkommen beruhigen, so hat jede weitere Verhandlung über die Abschaffung des Adels ihre wesentliche Spitze verloren; es handelt sich dann nur noch um äußere Zeichen, um Namen und Präpositionen. Um dieser willen das ganze schwere Geschütz aufzuführen gegen das Institut des Erbadels, alle Vorzüge des Bürgerthums vorzurechnen und alle Sünden des Adels aufzuzählen, scheint uns nicht der Mühe werth; der Angriff hat keinen Gegenstand mehr. Die Ausfälle auf die „vornehme Kaste", ihren Standeshochmuth, ihre sociale Abschließung mögen alle gegründet sein; aber sie zu widerholen, ist von dem Augenblicke an überflüssig, wo man der Kaste alle Privilegien, alle die Ausnahmsrechte

Digitized by Google

entziehen, die sie zur Kaste gemacht haben. In der Masse des Volkes lebt dafür ein ganz richtiger Instinkt; man wird dort die Abschaffung der feudalen Vorrechte und Standesprivilegien mit aufrichtiger Freude begrüßen, gegen die Bezeichnungen und den Namen aber gleichgiltig werden, wenn ihm die Realität, das Vorrecht und die Ausnahmsstellung entzogen ist.

Es handelte sich bei der Debatte also lediglich noch um eine Benennung, mit deren Beibehaltung Niemand geschadet, mit deren Abschaffung Mancher gekränkt wird. Die Benennung ist etwas mit dem Menschen und der Familie eng Verwachsenes; es bedarf nicht einmal der großen und historischen Erinnerungen, auch in bescheidenem Kreise lebt der gerechte Stolz auf einen unbefleckten Namen und, wir ein Abgeordneter ganz richtig sagte, es wird sich ein echter Bürgerlicher seinen ehrlichen bürgerlichen Namen sowenig wollen umadeln lassen, als der Adel den Namen preisgeben will, an den sich die Vergangenheit seiner Familie mit allen Erinnerungen knüpft. Eben weil es etwas ganz Persönliches ist, wäre ein Verbot, solche Namen und Bezeichnungen zu führen, nur ein Eingriff in das Recht des Einzelnen, ein Eingriff, der kränken und verbittern, aber nie und nimmer seinen Zweck der innern Ausgleichung und Verschmelzung erreichen wird. Denn man kann dem Einzelnen nicht zugleich vorschreiben, die Erinnerungen, die sich an den Namen heften, abzustreifen; sie werden sich um so nachdrücklicher in ihm geltend machen, je mehr er sich in seinem guten Rechte und seiner natürlichen Freiheit gekränkt glaubt. So seltsam es lauten mag, es ist doch echt menschlich, Rechte und Vorrechte viel leichter hinzugeben, als solche persönliche Merkmale; die Abschaffung der Feudalität am 4. August 1789 hat viel weniger Widerstand und Erbitterung gekostet, als die Aufhebung der Adelstitel im Juni 1790.

Diese Lehre sollte für uns um so wenigre verloren sein, je nutzloser sich die damals dekretirte Abschaffung der Adelsbenennungen erwies. Sie sind alle wieder gekommen, und um welchen Preis! Es hat sich über dem Grabe der marquis und vicomtes eine neue Aristokratie der citoyens gebildet, in welcher die Affektation und Eitelkeit nicht minder groß war als beim alten Erbadel; vierzehn Jahre nachher sah man die Titel sammt allen Rechten und Vorrechten wieder einziehen. Wie bitter spottete damals Mirabeau, der doch über Adelseitelkeiten hinaus war, über das Bestreben, Namen und Bezeichnungen durch Dekrete ändern zu wollen; welchen Hohn goß er über die Leute aus, die sich vergeblich bemühten, seinen welthistorischen Namen in einen unbekannten „Riquetti" umzutaufen. Erst die Sitte, die ganze politische Entwicklung, wie sie der Abschaffung des Feudalwesens in Frankreich folgte, konnte das Ziel der innern Gleichheit erreichen, das man mit jenem Gesetze vergeblich zu erreichen hoffte. In der jüngsten franz. Revolution bedurfte es dann keiner gesetzlichen Bestimmungen mehr; ohne Neid und ohne Leidenschaft läßt man die alten Familien ihre Präpositionen führen, gibt sich nicht einmal Mühe, den Titel citoyen besonders lebhaft zu affektiren, denn es lebt in allen das Gefühl, daß die realischen Unterschiede jetzt völlig verwischt sind und an den äußern Zeichen und Benennungen Nichts liegt. Diese Einsicht hat auch die Mehrheit der Versammlung geleitet; in der Abstimmung über die Frage schieden sich die politischen Parteien viel weniger scharf, als man es sonst nach der Natur der Dinge hätte erwarten sollen. Leute aus den Centren stimmten, weil sie die Wichtigkeit der Benennung überschätzten, für Abschaffung der Titel des Erbadels; Männer, die sich stark nach der Linken neigen, wir nennen z. B. Uhland, Römer, Lrne, erklärten sich dagegen für Beibehaltung, und die Zeit wird lehren, daß sie Nichts für die Freiheit und Gleichheit des deutschen Volkes Gefährliches beschlossen haben.

Oesterreich. ** Wien, 30. Juli. (Achte und neunte Sitzung des konstituirenden Reichstages.) Nach der begeisterten Vormittagssitzung des 28. hatten in süßer Erwartung, Abends die Fortsetzung zu finden, alle Räume des Saales mit andächtigen Zuhörern sich gefüllt; der Saal bot ein höchst erhebendes Bild, einen ganz eigenen, in unserer Stadt gewiß noch nie gesehenen Anblick dar. Diese festenvolle Ruhe und Ordnung, die trotz des massenhaften und unbeschreiblichen Andranges herrschte, die Zuversichtlichkeit, der ehrfurchtgebietende Ernst, der Eifer, der in den Gesichtern der reichversammelten Abgeordneten sich kundgab, hier die prachtvolle splendide Beleuchtung, der großartige tausendarmige Lustre in der Mitte des Saales, die vielen Gasflammen in der Runde, am Bureau und bei den Stenographen-Tischen gab ein höchst imposantes, wenigstens uns Wienern neues Schauspiel. Wie sehr mußte nun die so ganz verschiedene Stimmung auffallen und überraschen! So begeistert und von heiligem Eifer erfüllt die Versammlung am Morgen auftrat, so lau und matt waren die Verhandlungen am Abend. Höchst unbefriedigend hatte die mit Abfassung der Adresse beauftragte Kommission ihre Aufgabe gelöst, Nichts weniger als die Energie und Entschiedenheit der Morgensitzung gab sich in ihrer Arbeit kund. Viele der Herren Abgeordneten schienen von der heißen Gluth des Patriotismus und der Freiheit einen Sonnenstich bekommen oder im schwarzgelben Strome der Reaktion ein kühlendes Douchebad genommen zu haben; sie wollten dieser Adresse volle Geltung lassen; aber mit gekränkter Entschiedenheit sprachen die Abgeordneten Löhner, Violand, Umlauft, Goldmark sich gegen dieselbe aus. Auf die Bemerkung eines Abgeordneten, man möge allenfalls die unpassenden Stellen durch Feile und Umarbeitung verbessern, entgegnete Abgeordneter Fischhof, in allen Theilen des Entwurfes seien der stylistischen Barrikaden so viele, daß es eines stylistischen Windischgrätz bedürfe, um sie so schleunig als nothwendig wegzuräumen. Wunderbar genug, obgleich Jeder von der völligen Unzulänglichkeit dieser nichtssagenden Adresse überzeugt war, konnte dennoch der Antrag auf die Entwerfung einer neuen nicht durchdringen, und nur der parlamentarischen Kriegslist, daß viele Abgeordnete den Saal verließen, bis die beschlußfähige Mitgliederzahl nicht mehr vorhanden war, gelang es, die Annahme der Adresse zu hindern und die Vertagung der Sitzung zum nächsten Morgen zu bewirken. Gleich beim Beginn der Sitzung vom 30. bittet Abgeordneter Umlauft um Erlaubniß, eine in der Form der ersten, nur in wenig Punkten amendirte Adresse vorzutragen. Mochte nun dieser milden Form der Einführung Bescheidenheit oder Politik zu Grunde liegen, jedenfalls war die neue Adresse von der andern völlig verschieden, erst die Form gefällig und wirksam, die Sprache energisch, der Inhalt dem Geiste der gestrigen Vormittagssitzung entsprechend. Mehrere andere Abgeordnete hatten die gleiche Arbeit unternommen, und 6—8 Entwürfe wurden verlesen, von denen indeß nur der des Abgeordneten Violand mit dem Umlauft'schen konkurriren konnte. Der letzte wurde durch Beschluß der Versammlung zu Grunde gelegt und nach ziemlich langer Debatte mit wenigen Veränderungen angenommen. Diese Adresse wurde mit den Unterschriften sämmtlicher Abgeordneten versehen und sogleich dem Kalligraphen zur Ausfertigung übergeben, wonach sie morgen in Begleitung von zehn Deputirten aus allen Theilen des österreichischen Kaiserstaates an Se. Majestät abgeschickt wird.

☽ Triest, 1. Aug. Gestern brachte ein Boot unter schwarzer Flagge die auf der Höhe von Pirano liegenden italienischen Flotte eine Depesche aus Venedig. Seit der Zeit weht eine Trauerflagge von allen Masten des feindlichen Geschwaders. Die Enttäuschung muß groß gewesen sein in Venedig. Man hatte, um das aufgeregte Volk zu beruhigen, fingirte Siegesnachrichten ausgestreut, und drei Tage hindurch gab's nichts als Festlichkeiten und kanonendonnernde Freudendemonstrationen. Plötzlich erfahren die armen Leute die ganze so entsetzliche Wahrheit! Das ganze Heer zersprengt, Karl Albert auf der Flucht, alle Hoffnung verloren!

Preußen. ☽ Berlin, 1. August. Bei dem Beginn der heutigen Sitzung unseres Verfassungs-Landtages zeigte der Ministerpräsident durch ein Schreiben der Verfassungs-Urkunde an, daß der König dem von ihr entworfenen Gesetze, wegen Aufhebung des den Kreisständen zustehenden Besteuerungsrechtes, seine Genehmigung ertheilt habe. Es machte sodann der Abg. Waldeck, im Hinblick auf die neuerlich erfolgte Vermehrung der polizeilichen Kräfte und die dadurch nahegerückte Gefahr, daß polizeiliche Verhaftungen noch in ausgedehnterem Maße als bisher stattfinden würden, auf das Bedürfniß einer habeas-corpus Akte aufmerksam und begründete die Dringlichkeit des Antrages folgender, schon in dem Verfassungsentwurfe enthaltenden Bestimmungen sofort zum Gesetze zu erheben: §. 1. „Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That darf eine Verhaftung nur Kraft eines schriftlichen, die Anschuldigung bezeichnenden, richterlichen Befehls bewirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung oder spätestens innerhalb 24 Stunden zugestellt werden. In gleicher Frist ist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen Richter vorzuführen. §. 2. Niemand darf wider seinen Willen vor einen anderen, als den im Gesetze bezeichneten Richter gestellt werden. Ausnahmsgerichte sind unstatthaft. Keine Strafe kann angedroht oder verhängt werden, als in Gemäßheit des Gesetzes. §. 3. Die Wohnung ist unverletzlich. Haussuchungen dürfen nur unter Mitwirkung des Richters oder der gerichtlichen Polizei in den Fällen und nach den Formen des Gesetzes

vorgenommen werden. §. 4. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militärbeamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen gerichtlich zu belangen." Bedeutsam und Wichtigkeit des Antrages und der Umstand, daß bei der wiedererwachenden Energie unserer Behörden fast täglich Verhaftungen unter den alles Maß überschreitenden Häuptern der radikalen Partei stattfinden, bewogen die Versammlung in einem Augenblicke der Ueberraschung, mit großer Mehrheit der sofortigen Berathung des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung zu geben. Sehr wenige Bemerkungen der folgenden Redner genügten indeß, bei dem Mangel aller Vorberathungen den eben gefaßten Beschluß als einen fast unausführbaren hinzustellen. Besonders befand sich das Ministerium in einer üblen Lage, indem die Geschäftsordnung der Versammlung das enorme Recht in die Hand gab, ein Gesetz, welches freie Völker nur um den Preis langer blutigen Kämpfe erwagen, zu berathen, ohne daß eine Verständigung des Ministeriums zuvor hätte stattfinden können. Gewiß, bemerkte in dieser Beziehung Minister Kühlwetter, sei der Erlaß einer habeas-corpus Akte ein wichtiger Theil der einem Volke zu gewährenden Freiheit; aber eben wegen der Wichtigkeit eines solchen Gesetzes sei eine Vorbereitung desselben dringend zu wünschen. Um ein Gut, wie die persönliche Freiheit, zu beschränken, müsse, dies erkenne er an, den Richter befragt werden. Dazu aber werde ein Band nöthig zwischen den Gerichten und der Polizei, eine s. g. gerichtliche Polizei, welche bis jetzt nur in der Rheinprovinz bestehe. Solche Einrichtungen müssen vorbereitet werden. Glaubt man übrigens (wie dies wirklich die Motive des Antragstellers andeuteten) sich für Berlin über vorgekommene Fälle der Ueberschreitung des gesetzlichen Maßes bei Verhaftungen beschweren zu müssen, so würde es ihm wünschenswerth sein, solche Fälle kennen zu lernen. Eine Antwort auf diese Aufforderung des Ministers haben wir nicht vernommen, sondern nur die sehr herzlose Beschuldigung der äußersten Linken (Gelächter), daß diejenigen, welche sich weigerten, auf die sofortige Berathung des Antrages einzugehen, die Verlängerung des alten fluchwürdigen Polizeistandes beabsichtigten. Trotz dieser unsauberen Verdächtigung, für welche dem Urheber der Unwille der Versammlung dankte, beschloß man mit Verwerfung des Uebergangs zur Tagesordnung die Berathung des wichtigen Gesetzvorschlages nur eine Woche auszuschieben und ihn selbst zur Vorbereitung den Abtheilungen zuzuweisen. Der Abgeordnete Schulze (aus Delitzsch) befragte hierauf das Ministerium: auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung die Einführung der Schutzmannschaft geschehe, und inwieweit dieselbe bereits ausgeführt, welche Befugnisse ihr beigelegt seien, und ob durch ihre Einführung eine Aufhebung oder Verminderung des bisherigen Polizeipersonals angebahnt werde? Die Ungeschicklichkeit, mit welcher die neugeschaffenen Konstabler bis jetzt aufgetreten sind und die unangenehmen Reibungen, welche fast allabendlich mit dem Volke stattfanden, verleiteten den Interpellanten, das Kind mit dem Bade auszuschütten und über eine Einrichtung, deren Werth bei richtiger Verwendung wohl nicht zu bestreiten ist, gänzlich den Stab zu brechen. Er nannte sie deßhalb einen unseligen Schritt, der die höchste Mißbilligung in der Hauptstadt und in den Provinzen erfahren habe. Ob dies der Uebergang vom Polizeistaate zum Rechtsstaat, diese Schutzmänner etwa die Schmetterlinge seien, welche den neuen Volksfrühling, den wir Alle so sehnlich erwarteten, verkünden sollten? Der Minister des Innern berief sich, um die Einführung der Schutzmannschaften zu vertheidigen, auf die in jedem freien Staate der exekutiven Gewalt zustehende Befugniß, Beamte zur Aufrechthaltung der Ordnung anzustellen: die Pflichten, welche die Schutzmannschaften zu beobachten hätten, könnten keine anderen sein, als diejenigen, welche überhaupt den Beamten der exekutiven Gewalt zustünden. Eine Verminderung der polizeilichen Kräfte stehe für Berlin allerdings in Aussicht. Uebrigens habe er viele Stimmen vernommen, welche das neue Institut vortrefflich fänden. Bei der Verschiedenheit der Ansichten gehe er auf seine eigne zurück und diese sagte ihm, daß die Einrichtung „sehr nützlich" sei. Hin.-Min. Hansemann motivirte die Einführung der Schutzmannschaften durch die Nothwendigkeit, das Vertrauen auf eine dauernde Ordnung herzustellen. Nur das Vertrauen belebe von Neuem den gesunkenen Verkehr, jedes andere Mittel sei illusorisch. Dies Vertrauen vertrage sich recht gut mit einer sehr ausgedehnten Freiheit. Er begreife nicht, wie man bei einer so ungeschmälerten Freiheit der Presse, des Versammlungs- und Verbindungsrechtes, wie sie bei uns stattfinde, polizeiliche Uebergriffe befürchten könne. Noch nie habe ein Volk so starke Uebergänge ohne gewaltsame Erschütterung der Ordnung vollendet. Er werde stolz sein, wenn es in Preußen gelinge, die neue Freiheit ohne größere Opfer, als die bisher gebrachten, zu wahren und zu befestigen. — Die Berathung des Antrages auf Abschaffung der Todesstrafe wurde zwar schon heute begonnen, jedoch schon nach wenigen Rednern auf die nächste Sitzung vertagt.

Berlin, 31. Juli. Es wird uns erzählt, daß der Reichskriegsminister v. Peucker sich in einem Privatbriefe dahin ausgesprochen habe, daß er nicht begreifen könne, wie Preußen nur einen Augenblick Anstand nehmen vermöge, seine Truppen dem Reichsverweser huldigen zu lassen. Es sei das Geringste, was man zum Unterpfande für die deutsche Sache von Preußen haben verlangen müssen; man habe zuerst die Absicht gehabt, einen Eid zu verlangen und begnüge sich jetzt mit einem Hurrahruf der Truppen als Zeichen der Anerkennung und Huldigung. Wenn man diesem Verlangen nicht stattgeben werde, so sei er gewillt, seinen Abschied zu nehmen. (Magd. Z.)

Berlin, 3. Aug. Die gestrige Wahl eines Bürgerwehrgenerals ist auf den Major Rimpler gefallen mit muthmaßlich 76 Stimmen, da jeder Bürgerwehrmann seine Stimme persönlich abgegeben hat, die Stimmenmehrheit der Wehrmänner in einem Bezirk die Stimme des Bezirks und die Stimmenmehrheit der Bezirke die Wahl bestimmt, die einzelnen Ergebnisse aber noch nicht bekannt sind. Nächst Rimpler hatte Held die meisten (26) Stimmen. (P. O. Z.)

Der Herr Kriegsminister hat den Allerhöchsten Armeebefehl vom 29. Juli d. J. den Truppen zur Bekanntmachung mit dem Bemerken übergeben, daß eine Truppenparade am 6. August nicht stattfinde. (Voss. Z.)

† Ein Brief aus Breslau vom 2. August, den wir erhalten, bemerkt: Die Schweidnitzer Angelegenheit ist weit ernstlicher als man Anfangs vermuthen konnte. Der Kommandeur der Bürgerwehr hatte die Anordnung getroffen, daß jeden Montag dieselben zu ihrer Exerzierübung durch Generalmarsch berufen werden sollte. Der Kommandant der Festung verbot dies; deßhalb brachte ihm die Bevölkerung von Schweidnitz eine Katzenmusik, wobei einige Steine in die Fenster des Kommandanturgebäudes flogen. Zu gleicher Zeit erschien nun um ihrer Pflicht, Exzesse zu verhüten, zu genügen, die Bürgerwehr und der Festungskommandant ließ ganz unberufener Weise eine Kompagnie Füsiliere anmarschiren, welche in einer dunkelen Gasse luden, aus derselben mit gefälltem Bajonet auf den Markt im Sturmschritt vorrücken, wo ihnen gegenüber ein Volkshaufe und die Bürgerwehr stand, voran die Schützen. Jetzt gab das Militär Feuer „ohne die geringste Aufforderung" zum Auseinandergehen oder sonstige Andeutung ihres mörderischen Vorhabens. Es fielen im Ganzen 103 Schüsse (?); die Zahl der Todten ist 11, meistens Bürgerschützen, die der schwer Verwundeten 12, unter den letztern befindet sich eine hochschwangere Frau. Die Schüsse sind meistens in die Brust gegangen. Anbei bemerke ich, daß das jetzt noch bestehende Gesetz bei uns vorschreibt, daß bei solchen Gelegenheiten der Volkshaufe unter Trommelschall zwei Mal zum Auseinandergehen aufgefordert werden muß.

† Breslau, 3. August. Gestern ist wegen der bewußten dortigen Ereignisse eine Deputation von Schweidnitz angekommen, um die Entfernung des 22. Füsilierbataillons — welches eben an jenem Abende auf das Volk geschossen — auszuwirken. Sie haben ihren Zweck erreicht und bereits an demselben Tage sind von Breslau Züge nach Schweidnitz abgeschickt worden, um die Zweiundzwanziger abzuholen. Heut geht eine zweite Deputation von Schweidnitz an die Nationalversammlung, um eine Interpellation des Kriegsministers zu bewirken. Heut Früh fand ein Ertrazug der Freiburger Eisenbahn nach Schweidnitz mit herabgesetzten Preisen Statt, wegen des heut stattfindenden Leichenbegängnisses der Erschossenen. Sehr viele von der hiesigen Bürgerwehr, dem Freikorps und aus den verschiedenen Klubs haben sich an der Fahrt betheiligt. Die Zahl der Todten beläuft sich gegenwärtig bereits auf 14, da von den schwer Verwundeten schon einige gestorben sind. In zwei stürmischen Generalversammlungen unseres demokratischen Klubs, von denen die erstere am Montage bis nahe an Mitternacht, die letztere gestern bis daselbst hinaus dauerte, wurde die Frage debattirt und endlich auch darüber abgestimmt, ob der 1. Paragraph des Frankfurter Demokratenkongresses — enthaltend bekanntlich die Erklärung, daß die Republik für Deutschland die einzig haltbare Staatsform, und der Staat verpflichtet sei, die „Wohlfahrt" des Einzelnen zu garantiren — anzunehmen oder zu verwerfen sei? Berthold Auerbach hatte es für eine Gewissensangelegenheit erklärt, das letztere zu beweisen und einen darauf lautenden Antrag gestellt. Man drohte sich gegenseitig mit dem Austritt aus dem Klub, je nachdem die Sache sich so oder so entscheiden würde. Das Ergebniß der Abstimmung war: Annahme des 1. Frankfurter §. in seinen beiden Theilen mit starker Majorität.

Schweidnitz, 1. August. Ueber die hier stattgehabten traurigen Vorfälle enthält die Schles. Z. Nachstehendes: „Der Oberst von der Hardt, Kommandeur unserer Bürgerwehr, ordnete vor Kurzem an, letztere sollt von jetzt ab zum Exerciren alarmirt werden. Gestern

Abend sollten wir uns auf diese Weise zum erstenmale sammeln. Natürlich wurde der Kommandant hiervon in Kenntniß gesetzt, welcher es aber nicht genehmigte, und demnach unterblieb das Exerciren. Ein Theil der Bürger, darüber gereizt, mag sich über den Kommandanten an verschiedenen Orten mißliebig ausgesprochen haben, und diese Aeußerungen wurden leider für eine Menge unnützer Subjekte Veranlassung zu einer Katzenmusik für den Kommandanten. Unser Bürgermeister soll sich schon den ganzen Nachmittag bei demselben aufgehalten haben. Als das Geschrei vor dem Kommandantengebäude nicht aufhören wollte, trat Hr. Berlin plötzlich aus dem Nebenhause mit brennender Fackel unter das Publikum, wahrscheinlich, um einige von den Tumultuanten zu erkennen. Die Fackel wurde ihm aber entrissen und nun begann das Fenstereinwerfen. Jetzt wurde auf Befehl des Kommandanten Alarm geschlagen und der Markt von der ganzen Garnison besetzt. Augenblicklich trieb das Militär mit gefälltem Bajonet die Tumultuanten auseinander, die bis auf Wenige sofort verschwanden. Jetzt wurde gegen die zusammentretende Bürgerwehr geschwenkt, und 2 wohlgezielte Gewehrsalven streckten 8 Bürger auf den Fleck todt nieder, 5 von den Bürgerschützen und drei von der Bürgerwehr. Besonders soll die Schützenkompagnie, die am Rathhause gestanden, sehr gelitten haben. Man zählt 14 Todte und mehrere Verwundete, von denen einige bereits im Laufe des heutigen Tages noch gestorben sind. Die Bürgerschaft ist in einer Stimmung, die für heute Alles befürchten läßt. Noch steht Artillerie mit brennender Lunte auf dem Markt."

** Vom Rhein, 2. August. „Unser Plan zur Reorganisation der Rechtspflege — so spricht sich das Ministerium Auerswald-Hansemann in seinem Programme vom 26. Juni aus — geht von der Absicht aus, die anerkannten Vorzüge des rheinischen Gerichtsverfahrens in nicht ferner Zeit im ganzen Lande zu verallgemeinern und die diesen Zweck fördernden Vorbereitungen zu beschleunigen." Dies Programm beginnt allmählich in der civilistischen Welt, und zwar nicht bloß den alten Provinzen, eine große Bewegung hervorzubringen. Einerseits ist es, da es hiernach keineswegs in der Absicht der Regierung zu liegen scheint, das ganze rheinische Gerichtsverfahren in allen Zweigen auch in den nichtrheinischen Landestheilen einzuführen, fraglich, welche Vorzüge dieses Gerichtsverfahren von den gesetzlichen Behörden als solche anerkannt werden, anderntheils handelt es sich darum, ob nicht wiederum manche unläugbare Vorzüge des altländischen Verfahrens auch auf die Rheinprovinz zu übertragen seien. Der Gegenstand ist so außerordentlich wichtig, daß Sie mir einige kurze Andeutungen über die Sachlage gestatten werden. In der Reinwaldrechtspflege wird wohl allgemein dem rheinischen Verfahren der Vorzug eingeräumt und daher, wie denn auch in dieser Beziehung schon wiederholte Zusicherungen der Regierung vorliegen, mit Bestimmtheit erwartet, daß im ganzen Bereiche der Monarchie der Anklageprocess und die öffentliche Verhandlung vor Schwurgerichten eingeführt werde, wobei man nur diesem Verfahren durch anderweitige Bestimmungen über die Vor-Untersuchung eine sicherere Basis gegeben zu sehen wünscht. Dagegen scheint man sehr geneigt, dem altländischen Civilprocessverfahren, wie es durch die Verordnung vom 21. Juli 1846 angeordnet ist den Vorzug einzuräumen vor dem Code de procedure civile; jenes Verfahren ist einfach, schnell und gründlich und Richter, sowohl als Parteien würden einer durchgreifenden Umänderung desselben nur mit Besorgniß entgegensehen. Auch das preußische Exekutionsverfahren hat sich im Allgemeinen bewährt und würde allenfalls nur eine Vereinfachung als wünschenswerth erscheinen lassen; das rheinische Verfahren leidet, namentlich durch das Fostlint der Gerichtsvollzieher, an einer beispiellosen Kostspieligkeit. Das preußische Hypothekenwesen ist mancher Verbesserungen bedürftig, aber es überragt das rheinische bei Weitem, und außerdem hängen seine Bestimmungen so eng mit dem materiellen Rechte zusammen, daß ohne die, bis jetzt nicht beabsichtigte, Vertauschung dieses Rechts mit dem rheinischen, von der Uebertragung des rheinischen Hypothekenwesens überhaupt nicht die Rede sein könnte. Bei dem preußischen Vormundschaftswesen stellt es sich besonders dringend heraus, den Vormündern eine selbständigere Stellung anzuweisen, dagegen werden vom praktischen Standpunkte aus erhebliche Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit des rheinischen Familienrathes geäußert. Was endlich die Organisation der Gerichte angeht, so ist die allgemeine Einrichtung von Appellhöfen und kollegialisch formirten Gerichten erster Instanz als ein Bedürfniß anerkannt, aber dagegen zweifelt man, ob es rathsam sein würde, die rheinischen Friedensgerichte mit den ihnen in der Rheinprovinz beigelegten Funktionen ins Leben zu rufen, und es würde bei der ganzen Frage auch wohl nicht zu übersehen sein, daß die Einführung des rheinischen Gerichtsverfahrens die Auflösung der Land- und Stadtgerichte nöthig machen, und dadurch nicht bloß einen bedeutenden Kostenaufwand, sondern auch für eine Masse kleiner Städte einen unersetzlichen Verlust herbeiführen würde. Es steht zu erwarten, daß das Beispiel einer Anzahl von westfälischen Juristen, welche über die angeregten wichtigen Fragen demnächst zu einer Berathung zusammentreten werden, auch in den übrigen Provinzen und namentlich auch am Rhein Nachahmung finde. Es galt freilich bisher gewissermaßen als Ketzerei, an der Vortrefflichkeit des rheinischen Rechts und Gerichtsverfahrens in seiner Gesammtheit auch nur den leisesten Zweifel laut werden zu lassen; hoffentlich wird man aber jetzt, wo das wirklich Gute, was es bietet, dauernd gesichert ist, die Augen nicht da verschließen wollen, wo die alten Provinzen wirklich Besseres aufzuweisen haben.

§§ Aus Baiern, 1. August. Es gehen viele Unglückspropheten im Lande umher, und künden die bevorstehende Zertrümmerung aller Hoffnungen an. Bald weisen sie auf die „Schwäche der Nationalversammlung", bald auf die „entschiedenen Sondergelüste der Einzelregierungen", bald auf die „Erschlaffung der Kräfte im Allgemeinen". Ich bin zu alt zu hochfahrenden Hoffnungen und zu jung für die Muth- und Trostlosigkeit und sehe gottlob ganze Schaaren meines Gleichen rings um mich im Baierlande. Aber die neuesten und letzten Nachrichten aus Preußen wollen sich doch schwer mit dem Gedanken der Herstellung eines deutschen Reiches einen. Nachdem Preußen alle Kräfte aufgeboten, die in seiner glorreichen Geschichte ruhenden Grundpfeiler seines Staatsgebäudes zu erschüttern, erhebt es sich mit einem Male für diese Geschichte, scheidet sie und sich von Deutschland, und verweigert die Huldigung dem Reichsverweser. Das thut Preußen, obwohl seine Regierung die erste war, die (im Patent vom 18. März) mit klarem Blick die Nothwendigkeit erkannte, dem deutschen Heere die Einheit zu sichern, indem sie sagte: „Wir verlangen, daß das deutsche Bundesheer unter einem Bundesbanner vereinigt werde, und hoffen einen Bundesfeldherrn an seiner Spitze zu sehen". Das thut der Reichsverweser, obschon er in seiner Proklamation die Oberleitung des Heeres übernommen! Es wird sehr schwer, nun festzuhalten an der Hoffnung, das Schwarz der Zukunft für Himmelblau zu halten. Hier ist gefehlt worden: wer wird die Fehler gut machen? Möge das Parlament Weisheit und Kraft dazu haben! Unabweisbar ist die Nothwendigkeit der Einheit des Bundesheeres und der einheitlichen Oberleitung; die Folge davon ist die Anerkennung dieser Nothwendigkeit, die Verbindlichkeit gegen das Oberhaupt. Nehmen Sie die Verbindlichkeit weg, so ist die Einheit eine Lüge, die Centralgewalt lächerlich; heben Sie die Verbindlichkeit an einer Stelle auf, an der andern nicht, so ist sie Willkür, die Centralgewalt verächtlich. Die Centralmacht aber, die allein durch die gesunde Kraft der Einzelstaaten gehalten wird, hat kein anderes Interesse, als diese zu erhalten. Fragen wir uns auf diesem Standpunkt, was hätte Preußen bei der Huldigung gewagt, und was hat es sich und Deutschland durch die Weigerung geschadet? so ist der Schade außer allem Verhältniß zu dem Glück, das es in Sicherheit gebracht, das Glück: keinem nichtpreußischen Befehl gehorchen zu müssen. Der Schade für Deutschland erscheint, wenn uns nicht durch ein Wunder geholfen wird, unheilbar. Welcher Ruhm für Preußen, das Werk der Einheit in Deutschland im Beginn gestört zu haben! Welcher Gewinn für Preußen, das durch seine Weigerung nach der Zustimmung zur Reichseinheit offen und unzweideutig seine Meinung dahin abgibt, daß es in Deutschland wohl Huldigung annehmen, aber keine geben wolle? Preußen kann nicht glauben, damit das Vertrauen des übrigen Deutschlands befestigt zu haben, und das ist ein großer und unheilbarer Schaden für Preußen. Wer hat nun gewonnen, wenn beide Theile verlieren? Zwei Gespenster, die bis jetzt vergeblich nach Wirklichkeit trachteten: Reaktion und Revolution. Die Nachrichten aus Frankfurt regen schon seit längerer Zeit die Gemüther nach verschiedenen Seiten hin auf. Im Allgemeinen ist man mit der Abstimmung zufrieden, allein die Verhandlungen verbrauchen unverhältnißmäßig viel Zeit und bei der eröffneten Aussicht auf die Interpellationen an die Minister, ist zuletzt ein Ende nicht mehr abzusehen. Möchte es irgend einer Macht gelingen, dem Parlament in jedem seiner Glieder die Ueberzeugung zu geben, daß seine Gewalt allein in der Theilnahme und Zustimmung der Nation liegt, daß diese erkaltet und verschwindet, sobald der Gang stockt oder große Interessen verletzt werden, daß aber keine Rettung von allmählicher Ermattung ist, bei langandauernder, anstrengender oder ermüdender Thätigkeit. Man erschrickt bei uns vor der Aussicht auf die Winterverrichtungen des Parlaments; sowie bei dem Klange einzelner Anträge, wie das der „Abschaffung des Adels." Kann das Parlament auch einen Namen nehmen? Möchte es dem Parlament gelingen, die Verfassungsfrage in möglichster Kürze und Gründlichkeit zu beantworten! Möchte es bei der Diskussion über die

Digitized by Google

Grundrechte erkennen, daß es sich hier meistens noch um bloße Anerkennung der seit dem März thatsächlich bestehenden handelt und nicht in Einzelheiten, selbst der Grammatik sich verlieren. Und soll ich sogleich einen Wunsch aus Baiern zufügen, der gewiß weiterhin Anklang findet: möchte es der Verfassungskommission eingefallen sein, in ihrem Entwurf die Rechte der Partikularstaaten — statt sie negativ zu fassen, als solche die von den der Centralmacht unberührt erschienen — positiv neben die Rechte der Centralmacht zu stellen, damit jeder Zweifel im Voraus gehoben wäre.

§ München, 1. Aug. Die „Neue Münchner Zeitung", von der ich nicht weiß, ob Sie sie regelmäßig lesen, bringt in ihrer neuesten Nummer vom gestrigen einen Artikel, der Sie angeht. „Wenn die „Deutsche Zeitung", sagt sie, in der Nummer vom 27. Juli von Unterhandlungen spricht, welche in München mit Oesterreich, und in Verbindung mit diesem mit Rußland unter Theilnahme von Würtemberg zu dem Zwecke gepflogen werden sollen, um den Bestrebungen zur Konstituirung eines einigen, kräftigen Deutschlands von Seite der Regierungen der deutschen Einzelstaaten entgegenzuwirken, so können wir die ganze Erzählung als durchaus unwahr bezeichnen." Die „Neue Münchner Zeitung" steht in so nahee Beziehung zur Regierung, daß diese Erklärung als officiell zu betrachten ist.

|| München, 4. August. Unsere Truppen werden, soviel ist gewiß, am 6. August dem Reichsverweser huldigen. Es hat zwar etwas lange gewährt, bis das Ministerium die Kommandos von der bevorstehenden Huldigung benachrichtigte, und es scheint, als habe der Befehl, der vom Reichsministerium ausging, auch noch eines neuen vom baierischen Ministerium nach dem Königee selbst ausgesandten Befehles bedurft, wie dies in Berlin nach dem jüngsten Aemeedefehl der Fall war. Doch sei dem nun, wie ihm wolle, es wird nun doch gehuldigt, nachdem unser König seine Minister aufforderte, das zu thun, wozu sie sich verpflichtet fühlten. Uebrigens bemerkt man noch keine besondern Vorbereitungen mit Ausnahme etwa der Versammlung sämmtlicher Freikorps, die gestern zu dem Zwecke Statt fand, sich über die würdige Feier des 6. August zu berathen. — Daß von der Tann und die übrigen baierischen Officiere, die in Schleswig-Holstein gegen die Dänen sich so tapfer schlugen, bereits hier unter uns weilen, haben Sie wohl schon vernommen. Es soll ihnen zu Ehren am nächsten Sonntag (6. August) eine große Festlichkeit veranstaltet werden. — Unser König weilt noch in Tegernsee; ob er hieher am 6. August kommen werde, davon verlautet Nichts. Es ist übrigens nicht zu bezweifeln, daß dieser Tag von der hiesigen Bevölkerung erkannt und gefeiert werden wird.

München, 3. August. Aa unser 4tes, 5tes, 13tes und 18tes Infanterieregiment, an das 3te und 4te Jägerbataillon und das 5te (?) und 6te Chevaurlegersregiment ist unter dem heutigen ein Befehl vom Staatsministerium des Krieges ergangen, sich sofort zum Ausmarsch nach Schleswig-Holstein marschfertig zu halten. (A. Z.)

München, 4. Aug. Von hier schreibt man der Allg. Z. Die Huldigungsfeierlichkeit am kommenden Sonntag wird nach einer Anordnung des Kriegsministeriums in der Weise vor sich gehen, daß Morgens 9 Uhr sämmtliche Truppen der hiesigen Garnison auf das Marsfeld ausrücken, dort einer Feldmesse beiwohnen, worauf den Soldaten die Proklamation des Reichsverwesers verlesen und drei „Hoch" unter Kanonensalven ausgebracht werden. Dan diesen soll der Verordnung gemäß das erste Hoch unserm König, das zweite dem Reichsverweser und das dritte dem deutschen Vaterlande gelten! Sonderbar — daß man höhern Orts bei dieser rein der deutschen Sache geltenden Festlichkeit dem Partikularstaat eine Concession machen zu müssen glaubte, während doch die Stimmung der Majorität des Volks und in ihm der Truppen eine solche durchaus nicht verlangte. Wie ich die Aufforderung des Reichskriegsministers verstanden habe, mußten die drei Hoch als Ausdruck der Huldigung dem Reichsverweser unverkürzt dargebracht werden.

♂ Frankfurt, 5. August. Die Dinge schelaen nun hier rasch voran schreiten zu sollen: 24 Stunden nach Ankunft des Reichsverwesers war das Reichsministerium vervollständigt und wie, ich höre, soll auch die Ernennung der Gesandten nach Paris, London und Petersburg noch heute erfolgen. Bei der Verwickelung, in welche die auswärtige deutsche Politik durch den dänischen, wie durch den italienischen Krieg gerathen, ist die Thätigkeit deutscher Diplomatie im Auslande nicht länger zu entbehren. — Die Zusammensetzung des Reichsministeriums trägt deutlich das Gepräge der neuen Zeit. Die alte Stufenleiter, auf welcher sonst allein und folgerecht zu wichtigen Posten emporzusteigen war, liegt zerbrochen am Boden; hier ist die alte „Karriere" nicht mehr zu machen. Neue Menschen trägt die junge Zeit empor und greift sie nicht gerade aus der Beamtenstube, sie nimmt die Tüchtigen, wo immer diese zu finden sind. Die wahrhaft Tüchtigen sind aber auch so nur zu finden, und darum freuen wir uns der Zusammensetzung unseres ersten Reichsministeriums, in dessen Reihe wir Kaufleute, Buchhändler und Advokaten sehen, wie ja auch England und Frankreich in Baumwollenspinnern, Bankiers und Advokaten seine größten Staatsmänner fand. Lassen Sie mich das neue Ministerium etwas nähee betrachten: Fürst Leiningen ist durch seine Denkschriften als ein freisinniger und unabhängiger Fürst bekannt. Seine Handlungsweise gegenüber dem König Ludwig von Baiern zeigte ihn großer Energie fähig. Seine nahe Verwandschaft mit der Königin Viktoria, seine guten Verbindungen in Paris machen ihn zu dem Posten eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten wohl geeignet. Als Präsident der baierischen Kammer der Reichsräthe hatte er Gelegenheit, parlamentarische Erfahrung zu sammeln. Schmerling, vor dem Monat Mai Advokat in Wien, der erste der den Gang in die Hofburg that, eine Konstitution für Oesterreich zu erwirken (was jetzt freich von denen vergessen ist, welche alle, die nicht Purzelbäume schlagen wollen, Reaktionäre schelten), ein Staatsmann und Redner. Mitten in großen Schwierigkeiten zeigt ein heiterer Humor von der Ueberlegenheit eines Geistes, den Nichts so leicht, am wenigsten der heftige Angeiff eines Mitgliedes der Linken aus der Fassung bringt. Beckerath, Bankier in Crefeld, ist schon durch sein bisheriges Geschäft für die Finanzen sehr geeignet. Seine Wirksamkeit als Staasmann und Redner entfaltete er gleich bei seinem ersten öffentlichen Auftreten unter den schwierigen Verhältnissen des ersten Vereinigten Landtags zu Berlin. Das sanfteste, edelste Gemüth, gepaart mit entschiedener Gesinnung, machen ihn zu einem der liebenswürdigsten Menschen. Heckscher, bisheriger Advokat in Hamburg, ist einee der scharfsinnigsten und unabhängigsten Köpfe der Nationalversammlung. Sein ganzes Wesen erinnert im Guten an Thiers. Seine Berichterstattung in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit zeigte, wie klar er die verwickeltsten Sachen auseinander zu legen weiß; seine Rednergabe ist bekanntlich sehr bedeutend. Duckwitz, Kaufmann in Bremen; seine Schiffe besorgen den Austausch südamerikanischer und europäischer Produkte. Ein ausgezeichneter Mann, dessen Einfluß die verhältnißmäßig günstige Stimmung Bremens für den Zollverein vorzugsweise zu danken ist. Seine Schriften sind bekannt und sein kürzlich für die Zoll-Konferenz in Hannover geschriebenes „Memorandum, die Zoll- und Handels-Verfassung Deutschlands betreffend", ist das Praktischste und Bedeutendste, was man in diesem Fache lesen kann. Die große Aufgabe der Vereinigung von ganz Deutschland in ein Zollgebiet konnte in eifeigere und bessere Hände nicht gelegt werden. v. Pencker, ein wissenschaftlich gebildeter Militär, dem auch, wie er letzten Montag bewies, die Gabe der Rede nicht mongelt. — Ueber die Unterstaatssekretäre das Nächstemal.

♂ Frankfurt, 6. August. Ich habe Ihnen gestern einige Notizen über die Persönlichkeit des Reichsministers gegeben. Ich will heute noch einige über die Staatssekretäre folgen kassen. Vorher aber muß ich meine gestrige Mittheilung dahin berichtigen, daß Herr von Schmerling früher nicht Advokat, sondern Mitglied eines Gerichtshofes war. Mae von Gagern, Bruder des Vorsitzenden der Nationalversammlung, früher in nassau'schen Diensten als Gesandter in Brüssel und im Haag, auch auf besonderen Missionen in Petersburg und London diplomatisch thätig, muß für die Stelle eines Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten als besonders geeignet betrachtet werden. Mit großer Personenkenntniß in der diplomatischen Welt verbindet er die Gagern'sche Biederkeit und bietet in der Vereinigung solcher Eigenschaften eine höchst schätzbare Aquisition dar. Es war es bekanntlich, der am 7. oder 8. März, gleich nach der Zusammenkunft der bekannten 51 Männer in Heidelberg, mit Bewilligung seines Herzogs, die Rundreise über Daemstadt, Karlsruhe, Stuttgart, München und Dresden nach Berlin unternahm, welche die Unterzeichnung von sechs wichtigen Konzessionspunkten durch die Kabinete dieser sämmtlichen Höfe zur Folge hatte, Konzessionspunkte, deren man sich in Preußen, wie es scheint, jetzt nicht mehr vollständig erinnern will. Mevissen, Kaufmann in Köln, trat auf dem ersten vereinigten preußischen Landtag in das größere öffentliche Leben ein. Scharfsinn und ein gesundes praktisches Urtheil zeichnen diesen jungen energischen Mann vor Vielen aus. v. Wüth, bisher bei einem obersten österreichischen Gerichtshof thätig, ist ein Mann solider Kenntnisse, ruhigen staatsmännischen Blicks und des zuverlässigsten Charakters. Bassermann, früher, im Kampfe gegen das Blittersdorf'sche Ministerium öfter genannt, in den letzten Monaten gegen die Anarchie kämpfend, ist besonders durch seinen Antrag auf ein deutsches Parlament bekannt geworden, von dem freilich jüngst das Journal des Débats erzählte, er sei erst nach der französischen Revolution als ein eiliges Produkt

derselben entstanden. Er ist ein naher Freund von Hrn. Mathy, mit welchem man ihn regelmäßig gehen sieht. Herr Mathy war in den dreißiger Jahren im badischen Staatsdienste; bald wegen demagogischer Umtriebe verfolgt, von welcher Anklage aber das Hofgericht in Rastadt ihn später völlig freigesprochen, lebte er bis 1840 in der Schweiz, sich dort als Schullehrer ernährend, was ihn aber nicht hinderte, einen von der Berner Regierung ausgeschriebenen Preis für die beste Abhandlung über (ich glaube) die Zehntablösung zu erwerben. Schon in der Schweiz sollen ihn die hiesigen Staatsmänner häufig um Rath gefragt haben. 1842 trat er in die badische Kammer und war darin sehr schnell als die größte Autorität in Finanzsachen anerkannt. Seine Rednergabe ist ungewöhnlich, seine Einfachheit, sein mehr auf Handlung als auf Worte gerichtetes Wesen, seine Unerschütterlichkeit in allen Lebenslagen, sein Vertrauen auf sich selbst, mag auch die ganze Welt sich gegen ihn sträuben, dies Alles macht seinen Charakter zu einem der seltensten: ich möchte ihn einen antiken nennen, und weiß nur einen Fehler an ihm: den Mangel alles Ehegeizes. Davon braucht der Staatsmann ebenso gewiß einen leichten Anflug als Triebfeder der Wirksamkeit, wie die Frau zum Gefallen einen wenigstens leisen Wunsch darnach. — Wählten die drei Minister, welche mit Ernennungen noch zurück sind, ihre Staatssekretäre in gleicher Richtung, so sehe ich in dem Reichsministerium Kräfte vereinigt, die ihm, selbst unter den jetzigen schwierigen Umständen, eine glückliche Wirksamkeit versprechen.

♁ Frankfurt, 6. August. Lord Cowley, Botschafter der Königin Viktoria, ist hier eingetroffen, um den Erzherzog Reichsverweser zu begrüßen. Er muß übrigens wohl einen längern Aufenthalt beabsichtigen, denn seine Familie folgt ihm, und er hat dafür bereits ein Haus gemiethet. Wie die europäischen Dinge jetzt stehen, kann Nichts mehr den Frieden verbürgen, als ein inniges Verhältniß zwischen Deutschland und England. — Auch ein russischer Gesandter ist bereits eingetroffen und wird, so hört man, in den nächsten Tagen in öffentlicher Eigenschaft bei der Centralgewalt auftreten. So wird sich also die Einheit Deutschlands wenigstens in Bezug auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten bereits thatsächlich verwirklichen, ob man nun auch der heutige Tag in den preußischen Garnisonsstädten gefeiert werden oder nicht, das politische Leben Deutschlands koncentrirt sich hier im Mittelpunkte, und dieser Schwerpunkt wird sich je länger, desto mehr geltend machen. Wie dies überall in Europa erkannt wird, beweist die Ankunft von Abgesandten der siebenbürgischen Sachsen, welche hier eine Feststellung ihres Verhältnisses zu Ungarn, Oesterreich und Deutschland erwarten — und beweisen zwei Abgesandte der provisorischen Regierung zu Mailand. Letztere, worunter ein Signor Morelli, suchen die Intervention der Reichsregierung noch. Sie kommen über Paris, wo die Regierung, wie sie sagen, ihnen bewaffnete Hilfe zugesagt hat.

♂ Frankfurt, 6. August. Morgen werden wir also endlich die Verhandlung über Heckers Wahl und über die Anträge auf Amnestie hören. Wüßte man nicht aus Erfahrung, daß von der Linken auch das Unerwartetste zu erwarten ist, man müßte nach Anhörung der Wiedemann'schen Berichte doch sehr bezweifeln, daß morgen die Zulassung Heckers und eine Amnestie wirklich noch würde verlangt werden. Was namentlich die Letztere betrifft, so würde so die Linke sich nur selbst kompromittiren, wenn sie Vergeben und Vergessen für Leute verlangte, die noch vor wenig Tagen in Tausenden von Exemplaren den Grundsatz gepredigt: „Alle Mittel, die zur Sicherung einer gerechten Sache nothwendig sind, sind gerecht.“ So steht wörtlich zu lesen in einer kleinen von Heinzen und Struve unterzeichneten Flugschrift, betitelt: Plan zur Republikanisirung Deutschlands. Daß Heinzen alle und jede Mittel für gerechtfertigt hält, weiß man längst aus seinen Brandschriften, von Struve aber rühmte man bisher, bei aller politischen Schwärmerei, doch stets die sittliche Grundlage. Man ist's auch mit diesem Rufe vorbei. Jesuit ist nicht blos, wer den Namen trägt; und während die große Bewegung der Neuzeit mit der Vertreibung der Jesuiten aus der Schweiz begann und bis zu deren Verbannung aus Oesterreich fortschritt, sollte morgen in der Paulskirche der Antrag gestellt werden, politische Jesuiten wieder zu uns einzuladen? Nun, wir werden die Taktik der äußersten Linken sehen; ihre bisherige war nicht glücklich. Wie diese Partei allmählich zusammenschmilzt, zeigte sich deutlich bei der letzten Präsidentenwahl; das Höchste, was sie auftreiben konnte, waren 51 Stimmen für Blum. Wer hätte noch vor ein paar Monaten für möglich gehalten, daß dieser einst berühmte Führer von seiner eignen Partei verlassen, gleichsam ausgestoßen werden könnte? Man erzählt sich die Sache so: Nachdem Herr Jordan in der Polenfrage die deutsche Sache verfochten, griff Blum in seiner Reichstagszeitung ihn sogleich mit der schwersten Beschuldigung an, er besuche schon länger im Geheimen den Klub der äußersten Rechten und sei auf Seite der Linken bisher nur Spion gewesen. Jordan verlangte von der Partei des Deutschen Hofes, welcher Blum und Jordan angehörten, daß sie zwischen ihnen beiden entscheide, einer von ihnen müsse ausscheiden. Die Verhandlung soll interessant gewesen sein, endigte aber mit einer vollständigen Niederlage Blums, welcher darauf im Holländer Hof, wo Ruge's Weltanschauung den Vorsitz führt, Aufnahme suchte und fand. Als nemlich Blum sang- und Klaglos von der Rednerbühne herabstieg, sagte eine Dame hinter mir: nun könnte bald der Bundestag, setzte er noch, die äußersten Linke „eine in Verwesung übergehende Leiche“ nennen. Zum Glück findet sie noch Anerkennung bei Deutschlands Feinden: ihr Lob ist in den dänischen Blättern zu lesen.

Frankfurt, 6. August. Oesterreich und die süddeutschen Staaten werden zu den Reichstruppen in Schleswig-Holstein stoßen lassen auf Anordnung des Reichsministeriums: Oesterreich: 4 Regimenter Infanterie, in 2 Brigaden, eine Division bildend; 8 Eskadronen Kavallerie, 1 Brigade bildend, mehrere Raketenbatterien, sammt entsprechendem Geschütz. Bolern: 4 Regimenter Infanterie, 1 Division bildend, 8 Eskadronen Kavallerie nebst entsprechendem Geschütz. Würtemberg: 1 Brigade Infanterie von 2 Regimentern, 4 Eskadronen Kavallerie nebst Geschütz. Baden: ebenso wie Würtemberg. Hessen-Darmstadt: 1 Regiment Infanterie. Nassau: 1 Regiment Infanterie, zu diesem das Infanterie-Bataillon der freien Stadt Frankfurt und ein Weimar'sches Truppenkorps, 1 Brigade bildend. Die hiesige Garnison wird durch 1 Bataillon des kurh. Garderegiments und eine Abtheilung Husaren ersetzt. Unser Linienbataillon steht marschfertig. (Wes. Z.)

Schweiz.

† Zürich, 2. August. Bei den jüngsten Verhandlungen der Nationalversammlung zu Frankfurt über Vermehrung der stehenden Truppen der deutschen Bundesarmee war das Hauptargument derer, die dagegen oder die gar für Verminderung oder Abschaffung derselben redeten: „mit den Russen wollen wir schon durch eine bloße Bürgerbewaffnung fertig werden, dazu braucht es keiner stehenden Truppen; die Gefahr von Westen her, auf welche die „Reaktion“ so eifrig hinweist, ist nicht mehr vorhanden, seitdem die Franzosen so einmüthig sich zu Lamartine's Friedenspolitik bekennen, seitdem dieselben alle frühere Eroberungsgelüste mit Stampf und Stiel aus dem Herzen gerottet haben, — also fort mit den stehenden Truppen, die Nichts sind, als ein blindes Werkzeug in der Hand der Reaktion!“ Abgesehen davon, daß uns die Ueberlegenheit einer Bürgerwehr über wohl disciplinirte russische Truppen mehr als problematisch erscheint, will uns auch das zweite Argument noch nicht recht einleuchten. Wir verkennen es nicht, daß gewiß eine große Zahl von Franzosen aufrichtig den Frieden mit Deutschland will, und deßhalb alles feroceren Rheingedanken Valet gesagt hat; allein wir sind eben so fest überzeugt, daß dieses bei der Mehrzahl keineswegs der Fall ist, daß es da nur eines Anstoßes, nur eines Hauches bedarf, um die scheinbar stockende Masse in den schnellsten Fluß zu bringen; ja, es sind sogar Anzeigen vorhanden, daß es nicht einmal den eifrigsten Aposteln jener Friedenspolitik große Ernst damit ist. Zwar verläugnen dieselben überall, wo sie gehört zu werden glauben, diese ihre friedlichen Ideen von gestern durchaus nicht, um so mehr als Deutschlands „Eroberungssucht in Dänemark, Posen und Italien“ die prächtigste Folie gegen die selbstgepriesene Uneigennützigkeit und Friedensliebe alsdann abgibt; allein in einzelnen unbewachten Augenblicken entschlüpfen dem gepreßten Herzen Laute, die dem geradezu widersprechen, und die um so größere Ansprüche auf Unfehlbarkeit machen können, als ihre Unwillkürlichkeit klar am Tage liegt. Werfen wir einen Blick auf die Organe der öffentlichen Meinung in Frankreich: ich will mich nicht an den „National“ halten, der vor nicht gar langer Zeit erst seine imperialistischen Eroberungsgedanken aufgegeben; aber da ist die „Réforme“ eines der Blätter, die vorzugsweise als die Vorkämpfer jener Theorie der Völkerverbrüderung bekannt sind; gewiß stößt sie mit dem ostensibelsten Abscheu jeden Gedanken an eine Eroberung des Rheins als ihrer unwürdig von sich; allein es heißt auch bei ihr: naturam expellas furca, tamen usque recurret. In ihrer gestrigen Nummer klagt sie darüber, daß die Nationalversammlung mehr Mitgefühl mit dem Schicksal Abd-el-Kader's zeige, der zehn Jahre einen erbitterten Krieg gegen Frankreich geführt, als mit dem der unglücklichen in die Kasematten vergrabenen Insurgenten, die so gern ihr Blut für das geliebte Frankreich verspritzen würden, und zwar wie? etwa in den Bergschluchten Kabyliens oder in der Ebene des Po oder an den Mündungen der Donau? O nein! „la Réforme“ hat ihre Feinde näher: „sur la frontière du Rhin“ schreibt

sie in einem Augenblick vom Selbstvergessenheit, wo der ursprüngliche Gedanke mit Macht hervorbricht. Am Rhein also sind die Feinde Frankreichs, dort wünschen Frankreichs Söhne für die geliebte Mutter ihr Blut zu vergießen, so spricht das Blatt der Friedenspolitik, der Völkerverbrüderung, und Angesichts solcher Erscheinungen scheut man sich nicht, von Verminderung der nunmehr gewordenen stehenden Heere zu sprechen! —

Großbritannien.

London, 3. Aug. Die englischen Zeitungen sind, wie dies ihre Art, über die Polizeischlacht auf dem Gemeindeplatz oder der Gemeindewiese von Donnagh (Common of Donnagh) sehr ausführlich und bringen fortdauernd noch Bulletins und Nachträge über jenes Schermützel, in welchem allerdings sechs aber nicht Insurgenten getödtet, fünf derselben tödtlich, andere minder erheblich verwundet wurden, von der Polizeimannschaft dagegen kein Einziger eine Verletzung davon getragen zu haben scheint. Das Haus der Wittwe Cormack, worin sich die Vollstrecker der obrigkeitlichen Gewalt vertheidigten, wird ebenfalls weitläufig beschrieben; es liegt etwas über dem Gemeindegrund erhöht, ist solid gebaut, mit einer 4 F. hohen Mauer umgeben und daher zu dem Gebrauch, den die Polizeisoldaten von ihm machten, sehr wohl geeignet. Die Eingeschlossenen wagten jedoch das Haus nicht eher zu verlassen, bis ihnen zwei neue Abtheilungen Polizei zu Hilfe kamen. Die Times fahren inzwischen fort, sich über Smith O'Briens angebliche Feigheit in wohlfeiler Weise lustig zu machen, er habe sich in den Gärten der Wittwe Cormack hinter Krautköpfen auf den Boden gelegt und sei dann auf allen Vieren zum Garten hinausgekrochen. Letzteres wäre nicht unmöglich, wenn O'Brien wie neuerdings bestätigt wird, von zwei Schüssen getroffen wurde. Den Vorwurf der Feigheit widerlegt der Dublin Freeman mit der Erzählung, daß hart neben O'Brien ein riesenhafter Mann, welcher eine Pike schwang, niedergeschossen wurde. Dasselbe Blatt erzählt, daß, als die Bauern Reisig und Stroh zusammentrugen, um das Haus in Brand zu stecken, O'Brien sie auf den Knien beschworen habe, von einem solchen Beginnen abzulassen, er wolle kein Führer von Mordbrennern sein. Man kennt den gegenwärtigen Aufenthalt derjenigen Insurrektionshäupter, welche an dem Aufstande thätigen Antheil genommen, bis jetzt noch nicht; einigen Nachrichten zufolge befindet sich O'Brien in Killeash am Hügel Slievenamon an der Spitze von 3 bis 4000 Anhängern, Andere lassen ihn mit O'Brien, Meaghee und Reilly sich in Galway nach Amerika oder Frankreich eingeschifft haben. In Dublin wurden C. Taffe, Präsident des Saifklubs, und T. W. Mapler, Präsident des Bürgerklubs, in Kilkenny Dr. Cane, in Galway der Rechtsanwalt C. Rashford, J. Blake, Herausgeber des „Galway Vindicator", und ein Schmidt verhaftet. Dem Morning Chronicle schreibt man aus Dublin, daß in der Nacht vom 1. zum 2. August ein Insurgentenhaufe auf die Polizeikaserne in Thurles einen Angriff gemacht, sich aber, nachdem sechs Mann erschossen worden, zum Rückzug genöthigt gesehen habe. Eine zahlreiche Abtheilung Konstabler und Verstärkung an Fußvolk und Reiterei sind sofort dorthin verlegt worden. Daß die englische Regierung noch immer nicht ohne Besorgniß ist, darauf deutet wohl der Umstand hin, daß kein Anderer als Lord Hardinge ausersehen ist, den Oberbefehl über die Truppen zu übernehmen und die Operation zu leiten. Er ist bereits in Dublin angekommen.

Der amtliche Globe will wissen, daß die französische Regierung das Gesuch Karl Alberts, mit Truppenmacht in Italien einzuschreiten, abgelehnt habe, indem sie der Ansicht sei, daß es gelingen werde, durch Verhandlungen den Frieden zwischen Italien und Oesterreich zu vermitteln.

In den jüngsten Tagen wurden in York wieder mehrere Chartisten abgeurtheilt, welche sich bei den Unruhen am 29. Mai betheiligt hatten, und sämmtlich bis auf Einen schuldig gefunden. Besonders abgeurtheilt wurde ein gewisser Tomlinson, der bei der Chartisten- und Proletarierversammlung bei Bradford am 12. Juni eine wüthende Rede gehalten hatte. Es war dies ein Meeting, zu welchem 7—8000 Menschen in vollständiger Marschordnung, mit aufspielenden Musikbanden und fliegenden Fahnen herbeigezogen waren. Die Banner trugen allerlei Inschriften, z. B.: „Besser durch das Schwert sterben, als durch Hunger verderben", oder: „Entweder die Volkscharte in Frieden, oder eine Republik." Tomlinson sagte in seiner Rede unter Anderm: „Es heißt, Gott habe einen Fluch über die Menschen ausgesprochen, den Fluch: im Schweiß Deines Angesichts sollst Du Dein Brod essen; aber wenn Gott diesen Fluch über den Menschen aussprach, so hat der Mensch über seinen Nebenbruder einen noch viel bitterern Fluch ausgesprochen, er hat gesagt: Du sollst kein Brod essen, sondern Mangel leiden. Darum macht Euch fertig, für immer die despotische Regierung, die Euch tyrannisirt, abzuschütteln — die niedrigste, brutalste, raubsüchtigste, freiheitmörderischste, blutigste Mittelklassenregierung" (während die eigentlichen Repräsentanten der Mittelklassen, ein Hume, Cobden, Bright u. s. w. das jetzige Regiment als ein aristokratisches bekämpfen), „womit je ein Volk heimgesucht war. Blutig, sagte ich? Ja, denn bis zu den Pforten des englischen Senats zieht sich die Spur des Bluts von Millionen hin, Blut, das gegen dieses mörderische System um Rache schreit." Da auf Erden Alles seine Grenzen hat, sogar in England die Redefreiheit, wurde über Tomlinsonsdas Schuldig ausgesprochen.

Frankreich.

Paris, 4. August. Der gestern erwähnte Bericht der Untersuchungskommission führt den größten Theil der moralischen Schuld an den Aufständen vom 15. Mai und 23. Juni auf Ledru Rollin, Louis Blanc und Caussidière zurück. Es werden darin Stellen aus Ledru Rollins Bulletin de la république angeführt, worin noch vor dem Zusammentritte der Nationalversammlung zu einer neuen Revolution aufgefordert wird, ferner wird das Treiben der Kommissarien, die der damalige Minister des Innern in die Provinzen schickte, geschildert, endlich sein propagandistisches Treiben gegen die Nachbarstaaten ihm zur Last gelegt. Gegen Louis Blanc werden Stellen aus einer seiner Reden im Luxembourg angeführt, worin er die Bedeutung und die Macht der Arbeiterversammlung über die der Nationalversammlung stelle, und schwur, wenn ihm je dazu die Macht gegeben würde, die gesellschaftliche Ordnung, die jetzt sofort sei, ganz umzustürzen, und mit der Kraft der Arbeiter und mit dem Geiste der Denker eine neue Zeit zu begründen. Endlich wird in dieser Stelle Louis Blancs aufgefordert, die neuen Gesetzvorschläge, die zur Herstellung der neuen Ordnung der Dinge nöthig seien, der Nationalversammlung aufzuzwingen. Der Bericht gibt ferner die historische Darstellung der Bildung und des Fortgangs der Nationalwerkstätten, die zu einer politischen Armee, zu einer Prätorianergarde für die Regierung bestimmt, bald ihren Händen entschlüpften und sich gegen sie wendeten. Die Manifestationen vom 16. und 17. März werden vorzugsweise Caussidière zugeschoben; es werden Briefe und Reden mitgetheilt, in denen Caussidière ganz die Sprache der Anarchisten vom 23. Juni redet; es werden Zusammenkünfte erwähnt, worin sich Caussidière und Ledru Rollin mit Raspail, Blanqui und Sobrier über die Bestellung der Regierungsgewalt unterredeten. Die Demonstration der Proletarier, welche sie am 17. April gegen die provisorische Regierung machten, wird als die Folge dieser Unterredungen bezeichnet, und die Leitung des Tages lag, nach dem Berichte, in den Händen von Barbès, Blanqui, Caussidière und Ledru-Rollin. Nach dem Scheitern dieses Versuches waren vorzugsweise zwei Klubs, einer von Sobrier, der andere von Villain geleitet, die Mittelpunkte der Wühler geworden. Beide Klubs waren auf 36,000 Mitglieder und Affiliirte gestiegen, sie gossen Kugeln, fabricirten Patronen, setzten sich mit allen Klubs Frankreichs in Verbindung, und die Regierung sah ruhig zu. Die Exekutivkommission blieb, was die provisorische Regierung war, — schwach, unentschlossen im Handeln. Die Stimmung der Arbeiter der Nationalwerkstätten war durch die Predigten des Luxemburg eine wahrhaft fanatische, ihre militärische Organisation höchst gefährlich geworden. Die Manifestation des 15. Mai war der Ausbruch, die bei Sobrier gefundenen Papiere zeigen, was sie wollte, — einen vollständigen Umsturz alles nur irgend Bestehenden, eine systematische Plünderung aller Besitzenden, eine gouvernementale Anarchie. Der Bericht sucht nachzuweisen, daß die Aussagen Einzelner, die am 15. Mai in den Saal der Nationalversammlung eindrangen und sich auf Ledru Rollin beriefen, Glauben verdienten, daß die Regierung alle Grenzen der Sorglosigkeit überboten habe, und daß Caussidière wie Louis Blanc jedenfalls Mitwisser des Unternehmens gewesen seien. Der Bericht gibt eine Schilderung der Polizeipräfektur mit ihrer Besetzung von republikanischen Garden, Montagnards, Lyonesern, er erwähnt die Fabrikation von Pulver, Kugeln, die Herbeischaffung aller Handgranaten von Vincennes auf die Präfektur; er verlangt geradezu die Verhaftung von Louis Blanc, was diesen zu wüthenden Exklamationen veranlaßt und die Versammlung zum zweiten Male nöthigt, die Verlesung des Berichts eine Zeit lang zu unterbrechen. Im weiteren Verlaufe des Berichts wird nachgewiesen, wie man nach dem mißlungenen Unternehmen vom 15. Mai sich sogleich auf einen weiteren Versuch gerüstet und dazu alle Vorbereitungen mit der Umsicht und Energie getroffen habe, wie sie der Aufstand vom 23. Juni zeigte.

Ein Nachtrag vom 17. Juni, der Aufsehen macht, schlägt Caussidière zum künftigen Präsidenten der Republik vor. Das Bankett

zu 5 Sous wird angekündigt, die Departemente werden eingeladen, daran Theil zu nehmen. Ein Brief von Blanqui in Vincennes, der aufgefangen wird, kündigt diesem an, daß bald ein allgemeiner Aufstand ihm seine Freiheit wieder geben werde. Die Zusammenrottungen an den Thoren St. Denis und St. Martin werden immer drohender, man verdiegt die Vorbereitungen zur Emeute hinter Bonapartistischen Manifestationen. In St. Cloud findet am 18. Juni eine Versammlung Statt, der Caussidière, Grandmesnil, Beaune, Monnière, General-Sekretär der Polizei-Präfektur, und Desrabode, Gouverneur von St. Cloud, beiwohnen, und Zeugen wiederholen die bei dieser Gelegenheit gehaltenen heftigen Reden. Die entlassene republikanische Garde behält ihren Sold und bewahrt ihre Organisation. Im Augenblicke des Ausbruches kommen seltsamerweise 20 Kisten mit Gewehren aus dem Depot in La face an, sie werden in Villette niedergelegt, und die Insurgenten bemächtigen sich derselben.

Alle Warnungen, alle Aufforderungen an die provisorische Exekutivgewalt waren vergeblich; die Sorglosigkeit grenzte an Zweideutigkeit, bis es nöthig war, die äußerste Energie zu entfalten. Der Bericht sucht nachzuweisen, daß L. Blanc und Caussidière auch bei dieser Bewegung betheiligt gewesen seien. Einige Tage vor dem 23. Juni besuchte L. Blanc die Nationalwerkstätte von Clichy, den Sammelplatz der Exaltirtesten unter den Arbeitern. Herr Teelat erklärt, daß L. Blanc es war, dessen Einfluß überall auf den Arbeitern lastete und sie taub gegen alle Vorstellungen machte. Caussidières Name ward auf allen Barrikaden genannt — ja er war das Losungswort des Tages, und gefangene Insurgenten haben sich beschwert, daß Caussidière sie verlassen habe.

Auch behaupten Zeugen, daß C. an verdächtigen Stellen mit verdächtigen Leuten gesehen worden sei. Ebenso wird Pecuchet dezichtigt, sich in der Nähe der Insurrektion gleichsam als Zuschauer desnaden und die Insurgenten gelobt zu haben, eine Anschuldigung, die wieder einen heftigen Sturm hervorruft. Der Bericht verspricht eine zweite Arbeit, worin die Verzweigungen in den Provinzen und die geheimen Gesellschaften besprochen werden und schließt mit den Worten: Am 17. März die Manifestation, am 16. April das Komplott, am 15. Mai das Attentat, am 23. Juni der Bürgerkrieg, wir ziehen keine weiteren Schlüsse.

Diese Schlüsse liegen allerdings nahe genug und waren auch der Versammlung sehr deutlich. Der Bericht, der eigentlich eine Anklage gegen vier Mitglieder der N.-V. enthielt, wurde in der heftigsten Aufregung angehört; es gab Zwischenscenen, die an den Konvent erinnerten. Die Verhandlung wurde bis zum Druck der Aktenstücke verschoben; nur haben die Angeklagten das Wort wegen thatsächlicher Thatsachen. Während Caussidière und L. Blanc nur kurz erklären, sie würden sich zu rechtfertigen wissen, erhebt sich Ledru Rollin in leidenschaftlicher, feuriger Rede und greift den Bericht in seiner ganzen Glaubwürdigkeit an. Man habe Zeugen gehört, aber ihn nicht konfrontirt; man habe ihn ein einziges Mal gehört, es sei das keine Untersuchung, sondern geheime Inquisition; es sei eine Justiz, wie sie nach dem 9. Thermidor, Partei gegen Partei geübt habe. Er wisse wohl, was er am 24. Febr. aufs Spiel gesetzt; er wisse, daß man ihn jetzt dafür wolle büßen lassen. Er führt an, was er Alles organisirt und geschaffen habe, und weist den Vorwurf der Unthätigkeit in den kritischen Stunden mit Entschiedenheit zurück. Er habe lang geschwiegen, jetzt wolle er reden und jedes Wort mit Thatsachen, mit Beweisen belegen, die der Bericht vergessen habe, der Bericht sei ein Parteiwerk, das politische Feinde gegen ihn geschmiedet hätten. Die Rede machte tiefen Eindruck, und man kann auf die Verhandlung mit Recht gespannt sein.

In der heutigen Sitzung wurde bei Berathung der Hypothekensteuer ein Amendement (mit 329 gegen 313 Stimmen) angenommen, wonach die Steuer auf ein Achtel gesetzt werden solle statt, auf ein Fünftel der Interessen; in Folge dieses Votums retirirte der Minister, er ziehe das Gesetz zurück.

Italien.

Mailand. Von hier schreibt man der Basl. Z.: Karl Albert, welcher sich von Lodi, ohne ernsteren Widerstand zu leisten, zurückgezogen hatte, brachte die Nacht vom 1. auf den 2. August in Lodi (7 Stunden von Mailand) zu, und auf den Morgen des 3. August wurde die Avantgarde der österreichischen Armee bereits vor den Thoren von Mailand erwartet. In Mailand wurden zwar Anstalten zur Vertheidigung getroffen, allein wir würden uns sehr täuschen, wenn nicht Angesichts der feindlichen Armee und bei der ungeheuren Verwirrung und Bestürzung, die in der Stadt herrschte, die Idee eines unnützen Widerstandes bald aufgegeben würde.

Man erfährt, daß die von Feldmarschall Radetzki gestellten Bedingungen folgende waren: die Uebergabe von Venedig, Peschiera und Osopo und der Rückzug der Piemontesen hinter die Adda.

(Pr. St. A.)

Das letzte Bulletin Radetzky's lautet: „Hauptquartier Sesta, 5 Miglien vorwärts Cremona, 31. Juli. Heute frühe beim Vormarsch meiner Truppen hat die Stadt Cremona, welche der Feind bei Nacht verlassen und sich bei Pizzighettone über die Adda zurückgezogen hatte, sich mittelst an mich gesendeter Deputation ohne allen Widerstand unterworfen. Ich ließ daselbst eine Brigade des Reservecorps als Garnison, während alle meine vier Armeekorps im vollen Zuge gegen die Adda sind, welche ich, wenn der Feind nicht bedeutenden Widerstand leistet, vielleicht schon morgen überschreiten kann. Das Landvolk kam uns auf den Wegen mit freudigen Zurufen „i nostri liberatori" entgegen. In den Städten aber herrscht ein schlechter Geist, der gezüchtigt werden muß. In Cremona fanden wir 5 Kanonen und erbeuteten viele Vorräthe an Viktualien und mehreren Wagen mit Manturstücken und Schuhen. Die Armee ist bei ihren großen Anstrengungen fortwährend vom besten Geiste beseelt und vollbringt trotz der bedeutenden Hitze mit Freuden die ihr zur Verfolgung des Feindes auferlegten Gewaltmärsche. Radetzky, Feldmarschall." Dies Bulletin, welches jedoch in dem Ausdruck „züchtigen" den alten martialischen und rauhen Ton des Radetzky'schen Bulletinstyls nicht verläugnet, widerlegt am besten die in Turin am 31. eingetroffene telegraphische Depesche, daß den Tag vorher Karl Albert ein österreichisches Korps, welches Cremona zu nehmen versucht, zurückgeschlagen und ihm 2000 Gefangene abgenommen habe!

In Florenz hat das Ministerium abgedankt, nachdem am 29. eine Volksdemonstration gegen dasselbe unter dem Ruf: „gezwungene Aushebung" erfolgt war. Florenz ist ruhig, Genaueres fehlt. In Rom hat Rossi (26. Juli) Auftrag erhalten, ein Ministerium zu bilden und selbst in dasselbe einzutreten. Das Preßhaus der Jesuiten daselbst ist in eine Kaserne verwandelt. (Allg. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 29. Juli. Die Agramer Zeitung bringt folgende Proklamation: „An die k. k. österreichische Armee! Waffenbrüder! Jahrhunderte hindurch kämpften wir zusammen unter Einer Fahne; Jahrhunderte hindurch theilten wir mit einander muthig und ergeben dieselben Gefahren, denselben Ruhm, auch dasselbe Unglück, kurz Alles, was dort oben dem Allwächtigen gefiel, uns zu spenden. Der schwarze Doppeladler in seinem goldenen Sonnenglanze, breitete über uns Alle seine mächtigen Schwingen aus, und stets treu folgten wir seinem kühnen edlen Zug. Immer schritten wir bis jetzt noch unter demselben auf der Bahn der Ehre. Heute nun fallen wir, des alten in unserer Brust tiefwurzelnden Eides eingedenk auf eine bunte ruhmlosen Standarte, auf einen mit magyarisch frevelnder Hand roth, weiß und grün angestrichenen Theater-Regenbogen einen neuen Schwur ablegen, wir sollen ungarische Pandouren werden und k. k. Soldaten zu sein aufhören. Man sagt uns wohl, Se. Majestät haben es Allerhöchstselbst so befohlen. Wir können, wir wollen aber einem solchen Grunde nicht glauben; denn es wäre für unsern guten Kaiser, König und Herrn, wir für uns selbst eine Schmach, und das Wort kennen wir Gott sei Dank nicht. — Vor einigen Monaten wurde uns ebenfalls erzählt, daß wir dem kaiserlichen Rufe nach Italien nicht zu folgen brauchten. Unsere Söhne rissen sich dennoch von ihren Weibern, von ihren Kindern los, sie zogen männlich hin, wo die Trompete klang, und bis zu dieser Stunde erfüllten sie mit Euch, wackere Kameraden, ihre ernste Pflicht, wie es Soldaten einer und derselben unbefleckten Armee geziemt. Man behauptet jetzt, Ihr werdet selbst bald die Waffen gegen uns kehren, wenn wir noch länger anstehen sollten, meineidig zu werden — man braucht uns, im Falle wir bei unserer alten Treue weiter beharren wollen, daß die Grenzer von dem Landesvater und den Brüdern zugleich verdammt und verstoßen werden. Dieses Gerücht, ob wahr oder erlogen, greift jedenfalls noch weit mehr Eure als unsere Ehre an; wir melden Euch die Kunde... Antwortet. Die Grenz-Regimenter.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Gilbert & Rivington, 13 Bowgentreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika hinter man sich an W. L. Alexander & Strasburg Nr. 10 Prinzess... Paris Nr. 8 Rue de Tournon.

Deutsche Zeitung.

Der Pränumerationspreis beträgt bei der Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1½. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1½. 20 kr. Für Ungarn wird der Raum einer durchlaufenden Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 219. Heidelberg, Dinstag 8. August. 1848.

Uebersicht.

Deutschland und die österreichische Provinz. VI. — Wien (Verhandlungen des Reichstags. Ein Anschlag gegen die jüngste k. Proklamation. Eine Musterinterpellation. Die kroatisch-ungarische Frage). Berlin (die Konstabler. Wiederkehrende Ruhe. Die preußische und deutsche Partei. Elemente der preuß. Partei. Landtagsverhandlungen. Die Abschaffung der Todesstrafe. Vorbereitung zur Huldigungsfeier. Die deutsche Kokarde. Das Wandern der Handwerksburschen nach der Schweiz erlaubt). Stettin (der Prinz von Preußen). Danzig (Unruhen). Schweidnitz (der Kommandant). Stuttgart (die Huldigung am 6. August. Die deutsche Einheit). Hannover (Generalbefehl). Braunschweig (die Huldigung. Gerücht von einer geheimen Ministerkonferenz). Apenrade (Gerücht vom Abzug der Schweden). Frankfurt (das Verhältniß der Centralgewalt zum deutschen Heere).

Schweiz. Lugano. Bevollmächtigte der Mailänder Regierung.

Dänemark. Kopenhagen. Blokade der deutschen Flüsse angeordnet. Hoffnungen auf deutsche Unthätigkeit.

Großbritannien. Schlimme Seiten der Niederlagr der irischen Insurrektion.

Frankreich. Paris. Die italienischen Agenten. Angeblich russisches Gold. Ledru Rollin und O. Barrot in der Nationalversammlung. Wahl der Vizepräsidenten und Sekretäre. Stimmung der Regierung gegen Deutschland und die Nationalversammlung.

Italien. Neuestes Bulletin Radetzkys von Formigara. Verona. Das Vorrücken unserer Armee. Mailand. Karl Albert bei Mailand. Verwirrung in der Stadt. Bulletin des in den Kirchenstaat eingerückten F.-M.-L. Welden. Sendung des Lord Aberkromby.

Amerika. Ver. Staaten. Botschaft des Präsidenten über den Friedensvertrag. Bedeutung der neuen Erwerbungen für die Ver. Staaten. Mexiko. Empörung des Pöbels. Yukatan. Traurige Lage der Weißen.

8. August.

Wie ein fressendes, verzehrendes Gift greift der böse Geist des Partikularismus um sich. Kaum ist an einem Ende das dämonische Unheil geweckt, kaum ist die Stimme des Hasses, des Neides, der gegenseitigen Verkleinerung an einem Ende laut geworden, so hallt es gleich von allen Enden wider. Wir haben noch kaum ein trauriges Erzeugniß des bewußten, absichtlichen Partikularismus in Preußen besprochen, wir haben mit Entrüstung gezeigt, in welcher Weise dort von einem „österreichischen Erzherzog" gesprochen wurde, und am nämlichen Tage führt uns die „Allg. Oesterr. Zeit." aus Wien das Echo zu: „Oesterreich ist nicht gesonnen, sich von Friedrich Wilhelm IV. regieren zu lassen!" So vergißt man alles Maß und alle Würde, so gibt man die Ehre und die Geschicke des Vaterlandes der kleinlichen Eifersucht und dem politischen Hasse Preis. Dort ist ein vielgelesenes, für den Verstand und die Urtheilskraft der Massen berechnetes Buch, hier eine verbreitete, zu politischer Aufklärung bestimmte Zeitung. Dort ein feuriger Verehrer des alten kastenmäßigen Soldatenthums, hier ein Blatt, das unter dem Feldzeichen der Demokratie kämpft. Die Parteien sind auf dem Wege, gegen einander quitt zu werden. Mit schmerzlicher Sorge für die gute Sache, mit Beschämung für unser Vaterland, aber von unserer Seite mit reinem Gewissen zeichnen wir diese traurigen Erzüsse auf, und appelliren an die Verirrungen der Einzelnen, an die gemeinsame Weisheit, an den guten Geist unseres gesammten Volkes.

Auch in dieser Frage, die doch vor Allem eine ruhige, allseitige Ueberlegung in Anspruch nehmen darf, finden wir die Eigenthümlichkeit der österreichischen Presse wieder. In Dingen der verschiedensten Natur, in Fragen der Regierung und Verwaltung, der Einheit, der Nationalität, überall sieht sie Nichts als Fortschritt und Rückschritt, Freiheit und Reaktion, und vermengt diese glühenden Fragen, an denen eine ganze Geschichte von Haß und Zwietracht klebt, in das reine Streben eines großen Volkes nach der ersehnten Einheit, nach der endlichen Erlösung von alten eingestandenen Sünden und Verirrungen. Gegen den König, gegen die Regierung von Preußen richtet die „Allg. Oesterr. Zeit." ihre Angriffe und stellt die Sache der Reaktion mit der des Partikularismus auf gleichen Boden. Dadurch entgeht ihr schon das Erste, was dem gesunden Blick sogleich begegnet, daß der preußische Partikularismus vom Volke ausgeht und darin eine gewisse Berechtigung, einen Anspruch auf Schonung und Heilung hat. Der König Friedrich Wilhelm IV. ist deutsch gesinnt, das kann kein Unbefangener läugnen und hat seine Gesinnung durch die That zu bewähren gesucht. Freilich nennt die „Allg. Oesterr. Zeit." die Schrift des Herrn v. Radowitz eine schlechte Broschüre; aber diese schlechte Broschüre enthält die unumstößlichen Dokumente, die unwiderleglichen Beweise, daß der König für deutsche Einheit in seinem Sinne wirkte, und daß er in Oesterreich den Stein des Anstoßes, die unüberwindlich träge Hemmung fand, an der seine guten Absichten scheiterten. Er war deutsch gesinnt vor und nach dem März 1848, in Oesterreich aber erklärte noch nach den Märztagen das Ministerium seinen Barbehalt gegen die Beschlüsse einer centralen Bundesgewalt. Sollen wir nun auch auf Oesterreichs Füesten, auf seine Regierung seit Jahrhunderten das Anathem schleudern, wie die „Allg. Oesterr. Zeit." gegen Preußen thut, sollen wir die Sünden der Väter aufführen und sagen, Oesterreichs Fürsten hätten stets nur ihr Interesse und das damit im Zusammenhang stehende aristokratische, adelige, bureaukratische gefördert? —

Wir wollen nicht anklagen, sondern vertheidigen. Wir wollen Friede fordern, Nachsicht, Versöhnung zwischen den Bundesgliedern deutscher Einheit, und müssen damit beginnen, der nackten Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen. Es ist bekannt, daß Niemand die Macht des Mittelalters, seine Vorurtheile, seine Privilegien mit größerer Wirkung brach, als Friedrich II.; es ist bekannt, daß sein Kampf gegen die vereinte Macht des alten Europa, Oesterreich an der Spitze, der Anfang einer neuen Zeit war, daß er der deutschen Nation einen Helden, nationale Zuversicht, Muth und Bewußtsein gab. Daß er, der erste Beamte seines Volkes, der es müde ward, über Sklaven zu herrschen, ein volksthümlicher Regent war, das zeigt bis auf den heutigen Tag das Andenken, das er in seinem Volke hinterlassen. Aber die „Allg. Oesterr. Zeit." sieht hier nur Militärregiment, und vergißt über Wöllner die großartige Talrenz Friedrich's. Und 1807 bis 1812, als Stein, Schnrnhorst, Hardenberg regierten, als die großen Schöpfungen: agrarisches Gesetz, Städteordnung, Wehrverfassung, rasch und schlagkräftig aus dem Boden stiegen, war das auch Förderung des Adels und der Bureaukratie? Und 1813? Als Preußens Erhebung und Aufopferung erst Deutschland und halb Europa in die Waffen rief, da sorgte es freilich für sein Interesse, aber sein Interesse war das des Rechts und der Freiheit. In den dunklen Tagen der Reaktion, die dann folgten, welcher Einfluß lastete da mit eisernem Gewichte auf halb Europa und hemmte jeden Fortschritt? Es war die österreichische Regierung. Wollten wir nun Oesterreich anklagen, wollten wir auch seine Regierung einer fortdauernden Tradition eigensüchtiger Bestrebungen bezichtigen, so würde uns die natürliche Antwort treffen: Jene Regierung besteht nicht mehr. Warum soll das Gleiche nicht für Preußen gelten? Das alte System ist dort gründlicher ausgerottet als in Oesterreich. Ein langer, glänzender Kampf hat es unterhöhlt, nicht eine kurze Revolution, ein Kampf, der eine Schule von Staatsmännern, eine regierungsfähige Opposition bildete, die in jenem vereinigten Landtag glänzend zu Tage trat, eine Stärkung für ganz Deutschland, von der nur die „Oesterr. Allg. Zeit." Nichts weiß. Und wer zeigte dort vor Allen das volle Verständniß einer neuen bürgerlichen Zeit, in klassischer Klarheit des Gedankens, in behutsamer Festigkeit des Handelns, in schmucklosem Adel der Farben? Eben jener Camphausen, den die „Allg. Oesterr. Zeit." so bitter angreift, weil er die leere, formale Anerkennung einer Revolution verschmähte, die verspätet nachkam, als das Größte schon errungen war, ein Sieg der Gewalt nach hundert Siegen des Geistes. Und ein Camphausen, ein Aerswald, ein Schwerin haben den reaktionären Planen des Kö-

nigs gedient, der, nach der „Allg. Oesterr. Zeit.“, absichtlich mit schwachen Ministern sich umgab, um durch falsches Spiel mit freien Formen die Freiheit zu verderben? War auch Pillersdorf ein Werkzeug der Kamarilla in Inspruck? Darf man es den Zeitgenossen, den Augenzeugen dieser Ereignisse bieten, die Schwäche einer Regierung, die in der Auflösung aller Verhältnisse, in den Stürmen der Anarchie die letzten Bande mühsam zusammenhielt, in berechnete, verrätherische Absicht umzudeuten? — Und nun der gegenwärtige Partikularismus. Er wurzelt im Volke; darum hüte man sich, von einheimischer wie von fremder Seite, seine Quellen zu vergiften. Was das Volk, das Heer jetzt noch als ein Unglück nicht ohne Schmerz erträgt, das lang es rächen wollen als ein Verbrechen, als einen Verrath, wenn die Saat des Mißtrauens und der Verleumdung Platz gefaßt hat, und wer wäre stark genug, die Verantwortung der Folgen zu tragen? — Hat man wohl gerade in Oesterreich ein Recht, diesen Partikularismus aufs Gehässigste zu deuten? Die Wahl zum Reichsverweser ist auf einen österreichischen Prinzen gefallen. Wir haben ihn mit Freude und Vertrauen begrüßt; die Preußen, die überhaupt einen Fürsten wollten, haben für ihn gestimmt. Aber hätte die Wahl einen preußischen Prinzen getroffen, was würde in Oesterreich das Volk, das Heer, die Geduldigsten selbst gefühlt, geäußert, gethan haben? Sollten wir diese Frage beantworten unter dem Eindruck der oben angeführten Worte, die Wagschale würde sich wahrlich nicht zu Oesterreichs Gunsten neigen.

Aber nicht bloß gegen Preußen, gegen ganz Deutschland sind die Angriffe gerichtet. Die Männer in Oesterreich wollen nicht ruhig zusehen, daß die Reaktion Deutschlands auch das freie Oesterreich mit in das reaktionäre Labyrinth zieht. Oesterreich weiß, daß in Deutschland die Reaktion herrscht, daß sie täglich mehr Boden gewinnt, daß die Revolution eigentlich fruchtlos vorüberging und ihr ganzer Gewinn den Königen zu Gute kommt. Nun wohl, Deutschland kann und will Oesterreich keinen Zwang anthun. Das glückliche, einige, vor Allem *freie* Oesterreich ist sich selbst genug und überläßt das zerrissene, mit schweren Kämpfen nach Einheit ringende Deutschland seinem Schicksal. Wir wollen in diesem Tone nicht fortfahren, er möchte zu bitter werden. Möge Oesterreich seiner jungen, so tapfer gewonnenen Freiheit sich freuen, möge es sich glücklich preisen, daß seine wiederentwickelten Zustände ihm manchen der äußersten Auswüchse der Anarchie und solcher Freiheit erspart haben: wir werden uns mit ihm freuen. Aber dächte man dort wirklich, sich überhebend, das Mutterland zu vergessen, aus dem man Mark und Nahrung sog, wollte man stolz herabsehen auf die selbständige Entwicklung eines großen, hochentwickelten, gereiften Volkes, so hätten wir uns in Oesterreich getäuscht; legt man den Maßstab der eigenen augenblicklichen Gegenwart ohne Kenntniß, ohne Prüfung an alle noch so verschiedenen Zustände, so können wir dies nicht ohne Rüge dulden. Noch ist unser nationales Streben nach Einheit der einzig neutrale Boden, auf dem die Besten aller Parteien, Meinungen und Ueberzeugungen sich zusammenfinden, der reine Boden, den politische, religiöse, literarische Parteiung noch nicht befleckt hat. Schon lange, und jetzt am gefährlichsten, ist auch er bedroht von den schlechten und unheimlichen Mächten des menschlichen Wesens, ihn zu retten, reinigen, heilig zu halten, ist die erste Pflicht für Jeden, dem sein *ganzes* Vaterland noch theuer, und theurer als alles Andre ist.

Oesterreich. ** Wien, 2. Aug. In der gestrigen Sitzung, welche von Morgens 11 Uhr bis Abends gegen 6 Uhr währte, konzentrirte sich der Schwerpunkt der Debatte in den 34. Paragraph der Geschäftsordnung, nachdem die Protokolle der vorhergehenden Sitzungen verlesen, und ein Antrag des Abg. Sirakovsky laut der Gesetze der Geschäftsordnung auf später vertagt wurde. —

§. 34 der Geschäftsordnung lautet: „Der konstituirende Reichstag schreitet gleichzeitig zur Zusammensetzung eines Ausschusses, welcher den Entwurf der Verfassung des Reiches der Provinzen u. Gemeinden zu berathen hat.“ „Dieser Ausschuß wird in der Art gebildet, daß hiezu die Abgg. der einzelnen zehn Gouvernements aus sich je 3 Mitglieder, daher zusammen 30 wählen.“ Ueber diesen Paragraphen entspann sich nun eine unendlich lange und lebhafte Debatte, in welcher die Abg. Lubomirsky, Rieger, Löhner, Borrosch, Claudi, Straßer und Umlauft in Bezug der wichtigen Frage, ob bei dieser Wahl der Mitglieder in den Ausschuß auf Nationalitäten, Provinzialitäten oder Kapacitäten die größte Rücksicht genommen werden solle, sich besonders hervorthaten. Zum ersten Male trat heute die lange, im Stillen langsam fortglimmende Glut über die große Lebensfrage der Nationalitäten ans Licht, und so sehr auch die verschiedenen Parteiungen sich gegenseitig bemühten, ja keine Blöße in diesem Punkte zu vergeben, konnte es dem beobachtenden Auge dennoch nicht entgehen, daß dieser Umstand, nur künstlich zurückgedrängt, gleichsam durch Gewalt in den Hintergrund gestoßen worden sei, um bei der nächsten besten Gelegenheit mit desto größerer Energie hervorzubrechen. — In begeisterter, kräftiger Rede motivirte Abg. Lubomirsky sein Amendement, welches dahin lautet: „Der Reichstag wähle aus den gesammten Abgg. derjenigen Gouvernements, welche weniger als 30 Abgg. im „Reichstag haben, je 2 Mitglieder, aus den großen Gouvernements aus „je 15 Abgg. 1 Mitglied.“ In demselben Sinne sprach ein Amendement des Abgg. Rieger, welche aber beide, Dank der deutschen Gesinnung der Mehrzahl, bei der Abstimmung durch die Kugelung durchfielen. — — In der heutigen Sitzung wurden die Verhandlungen über die Geschäftsordnung, die ich nach Beendigung der deßfallsigen Berathungen kurforisch bringen werde, fortgesetzt. Wie die bisherigen Sitzungen alle war auch die heutige, in Bezug auf die Wichtigkeit und das Interesse, dem deutschen Leser im Auslande mitgetheilt zu werden, nur zweiten Ranges, bis auf einige bezeichnende Interpellationen. So interpellirte Abg. Wiesenauer das Ministerium, was es auf den vor Kurzem in einem hiesigen Blatte erschienenen Schmähartikel, in dem das Ministerium beschuldigt wurde, den gegenwärtigen Minister Schwarzer, und somit auch sein Organ, „die öster. Ztg.“, bestochen und für sich gewonnen zu haben, erwidert oder zu erwidern habe? In der Ueberzeugung, daß diese Anklage mehr das frühere Ministerium betreffe, entgegnete hierauf Abg. Pillersdorf, vormaliger Minister, daß er jede Verletzung seiner Ehre zurückweise, indem er mit Hrn. Schwarzer nicht mehr als mit dem Redakteur jedes anderen Blattes in Verbindung gestanden, denen er die ministeriellen Mittheilungen zumittelte, und zudem habe, wie er wisse, das Ministerium alle Vorkehrungen getroffen, um jenen Verleumder u. Schänder der Presse vor das Forum des Preßgerichtes zu laden. Im Interesse des Finanzwesens stellte Abg. Neuwall mehrere interessante Interpellationen. In erschöpfender Weise besprach er den Punkt über die von jeher so verschwenderisch gespendeten Tafelgelder, ob und warum sie noch immer fortbestehen? ob und wozu die zahllosen, von Seite der Empfänger ganz entbehrlichen Ruhegehalte und Pensionen ertheilt werden? wozu so viele kostspielige auf Staatskosten erbaute Paläste einerseits leer stehen, während dem anderseits so theure und ganz nutzlose Miethen und Pachtschillinge ausbezahlt werden? Finanzminister Kraus, der hierüber umständlich zu antworten sich auf nächstens, wo er mit allen hiezu nöthigen Beilagen versehen sein wird, vorbehielt, schien uns über diese Interpellation nicht sonderlich erfreut zu sein.

** Wien, 3. Aug. Nachdem das Sitzungsprotokoll vom 1. August verlesen und eine Eingabe eines Abgeordneten um Bewilligung eines 10tägigen Urlaubes erledigt war, eröffnete der Vorsitzende Vizepräsident Dr. Strobach der Versammlung, daß mehrere Interpellationen an das h. Ministerium angekündigt seien. Der Herr Minister des Innern *Dobblhof* ergriff hierauf das Wort, um die gestern an ihn gerichtete Interpellation des Abg. Smolka, in Betreff der Abg. Dalmatien's zu beantworten. Er erklärte, daß er Nachricht bekommen, daß bereits die Wahlen von 10 Abgg. vor sich gegangen, die des 11ten bald vorgenommen werden wird, und daß nur wegen der Blokade Triest's dieselben an der Hieherreise verhindert waren, aber demnächst kommen dürften. Hierauf beantwortete der Minister der öffentl. Arbeiten, H. Schwarzer, die gestern vom Abg. Neuwall an ihn gerichtete Interpellation dahin, daß der modenesische Palast wirklich auf Staatskosten erbaut, aber nicht Eigenthum des Hofes sei, auch der Pachtkontrakt mit dem Fürsten Batthyani bezüglich dessen Palais bestätige sich, der Fürst sei aber jederzeit bereit, den Kontrakt aufzulösen. Die Umsiedelung des Justizministeriums könne aber für den Augenblick wegen mehrerer von ihm angeführten Gründe nicht Statt finden. Es interpellirte hierauf der Abg. Trummer aus Steiermark den Herrn Minister des Innern über einen in der Nacht vor dem Hause des Pfarrers der Alservorstadt Statt gefundenen Exzeß. Derselbe ließ sich in einer lächerlichen, breiten und detaillirten Auseinandersetzung dieses Straßenauflaufes ein und behelligte den H. Minister des Innern wie einen Polizeikommissär mit diesem Vorfalle. Ungeachtet der lautesten Aeußerungen des Mißfallens und des öfter wiederholten Gelächters ließ sich H. Trumer, der wahrscheinlich seine zierlich verfaßte Erzählung dieses Vorganges gut einstudirt hatte und sich in seinem Vortrage sehr gefallen mußte, nicht stören seiner Redseligkeit. Er wendete sich sogar auch an den Herrn Justizminister und fragte selben, ob er geeignete Maßregeln getroffen oder zu treffen

Willens sei, den Anstifter dieses Auflaufes zu entdecken und ferner solche Volksauflaufe unmöglich zu machen. In seiner lächerlichen, wahrhaft krähwinkleriſchen Breite und Bornirtheit zog er die widersinnigsten Konsequenzen aus diesem Ereignisse. Beide Hrn. Minister antworteten ihm seiner Frage würdig, daß sie wohl derlei Vorgänge den Behörden zur Untersuchung überlassen müßten, und daß sie in seidem nichts Bedenkliches gesunden hätten, wozu H. Minister Doblhof mit Ironie auf den Interpellanten noch hinzufügte, „doch wenn die H. Versammlung darin etwas Bedenkliches sehen sollte", bei welchen Worten die ganze Versammlung mit „Nein" antwortete, und den geschwätzigen Interpellanten zur Ordnung verwies. Es wurde hierauf mit der Berathung der Geschäftsordnung fortgefahren, und bis zum 10. Kapitel §. 57 fortgesetzt. Die §§. 47, 48, 51, 55 u. 56 wurden amendirt, die übrigen §§. aber ohne Bedenken angenommen. Die Diskussion bot nichts Erhebliches. Die nächste Sitzung wurde auf den 3. August anberaumt. Ich füge nun diesem Berichte den Vorgang der gestrigen Nacht hinzu. Der Pfarrer in der Alservorstadt wurde angegangen, beim Leichenbegängniß eines Studenten läuten zu lassen. Derselbe weigerte sich aber, dies thun zu lassen, weil die Mutter des Studenten, ein blutarmes Weib, die Gebühren dafür nicht entrichten konnte. Die Kameraden des Studenten drangen nun mit einigen Soldaten in die Kirche ein und läuteten selbst. Als sie vom Leichenbegängnisse zurückkehrten, glaubten sie nichts Besseres thun zu können, als dem Pfarrer eine Katzenmusik zu bringen. Wie Ihnen bekannt sein wird, läßt sich ein Theil unsrer Nationalgarde sehr gerne zum Polizeidienst verwenden, und so war es auch in dieser Nacht. Hierdurch kamen die katzenmusicirenden Studenten mit der Nationalgardenpolizei in Konflikt, wobei selbst ernstliche Verwundungen vorfielen, auch zwei Pferde der reitenden Nationalgardenpolizei erstochen worden sein sollen. Dieser Vorgang war es, der den Hrn. Trummer zu einer Interpellation an das ganze hohe Ministerium bestimmte.

Δ Wien, 2. August. Gestern war die ganze Sicherheitswache in Bewegung gesetzt wegen einer Flugschrift, deren Ausgabe durch den Sicherheitsausschuß erlaubt und, wie man sagt, durch den Gemeindeausschuß verboten war. Hunderte von Menschen sammelten sich gruppenweise in den Straßen, um die Jagd nach dieser Flugschrift mit anzusehen. Ich theile sie Ihnen mit, weil sie — zwar in sehr grellen Farben — die Meinung eines Theils der Bevölkerung ausspricht, welche das letzte kaiserliche Manifest ans Innsbruck hervorgerufen. Abends war das Blatt wieder im Verkauf, und Alles drängte sich um die Verkäufer. Das Blatt, welches die Umtriebe der Jansbrucker Kamarilla aufs Stärkste angreift, schließt mit den Worten: „Wenn unser Kaiserhaus durch den offenen Trotz, der der Nation gegenüber bereits in Mißachtung und Hohn ausartet, seinen fernern Verfall zu befestigen glaubt, so ist dies ein eben so trauriger als ungeschickter Irrthum. Noch einige Zeit auf diesem Wege fortgefahren, und das Volk wird sich in der anfänglichen Anarchie einer verbannten Republik erhaltlicher finden, als in unseren gegenwärtigen trostlosen Zuständen. Diese zu verbessern, ist aber die unbedingte Rückkehr des Kaisers erforderlich. Und darum sollen wir nicht bitten, sondern müssen, fordern dürfen wir sie. Denn, so frage ich offen und ehrlich, was ist der Kaiser, was ist ein jeder Regent? Der erste Diener des Staats und sonst Nichts mehr. Er ist unsertwegen da, nie aber nicht seinetwegen. Und darum darf er nicht taub sein, wenn ihn die Stimme des Volkes ruft; denn dies ist die Mahnung an seine Pflicht, und diese Pflicht ist die Erfüllung des Gesammtwillens der Nation. Wenn er diese Pflicht hintansetzt, hat er freiwillig aufgehört zu sein, was er war, eine Majestät, denn die Majestät, die Hoheit ist ihm vom Volke geliehen, das in ihm den Vollstrecker seines Willens, den es in frei gegebenen Gesetzen ausspricht, ehrt. Darum keine Monarchen von Gottes Gnaden mehr, wir brauchen Monarchen von Volks Vertrauen.

Wenn also unser Kaiser, den wir zu sehr bemitleiden, um ihm von Herzen zürnen zu können, nicht zurückkehren will, wenn er dadurch einen neuen Beweis seiner Schwäche, seiner Bevormundung durch eine nichtswürdige Hofpartei an den Tag legt, wenn er so aus Unkenntniß des wahren Sachverhaltes das mächtigste Werkzeug wird, seinen eigenen Thron zu untergraben, den Verband seiner Völker zu lockern, dann — dann sind wir es uns, sind es der Dynastie schuldig, ihn zu bitten, eine Krone nieder zu legen, deren Pflichten er entweder nicht gewachsen ist, oder welche ihm zuwider sind. Julius Krean, Garde der akademischen Legion".

Die Deputation von Abgeordneten des Reichstags an den Kaiser ist gestern abgegangen. Folgende Herren Mitglieder wurden dazu erwählt: für Niederösterreich Schmitt, für Oberösterreich Fischer, für Böhmen Borosch, für Schlesien Weiß, für Galizien Dinievsky, für Steiermark Ongerkart, für Istrien Lamaru, für Tirol Klebelsberg und Straßer. Die Adresse ist einstimmig angenommen und von allen Abgeordneten des Reichstags ohne Ausnahme unterschrieben.

Wien, 2. August. Die Berliner Nachrichten enthalten nachstehende Mittheilungen: Nachdem vorgestern Morgens der Palatin mit seinen Ministern nach Ofen zurückgekehrt war, hat Abends auch der Banus von Kroatien seine Rückreise nach Agram angetreten. Es ist in der kroatisch-ungarischen Frage nichts Definitives zu Stande gekommen. Beide Parteien haben jetzt Kommissäre zurückgelassen, welche weiter verhandeln sollen. Unterdessen bleibt bis zum 6. August Alles im Status quo. — Der Banus Be. Jellachich hat kein Jota von seinen Anforderungen in Betreff der Trennung des ungarischen Ministeriums des Kriegs, des Aeußern und der Finanzen, die sich wieder an das Centralministerium in Wien anschließen sollen, nachgelassen.

Preußen. *** Berlin, 2. August. Ich komme von den Linden, wo die Konstabler mit großer Hartnäckigkeit die Gruppirungen an der Ecke der Friedrichsstraße (bei Kranzlerschen Straßenklub) auseinander zu bringen versuchten; es schien ihnen diesmal zu gelingen. Vermuthlich waren sie gestern besser instruirt worden, und die Verhandlungen der Nationalversammlung über sie hatten einen wohlthätigen Rückschlag auf die neuen Männer der Ordnung ausgeübt. Aber ich war noch nicht nach Hause gelangt, eine der langen Straßen, welche die Linden kreuzen, als ein Volksgemühl mit andern Mienen und Bewegungen, denen der Angst, aus einander floh. Schüsse waren vernommen worden, ich hatte sie auch gehört, Schüsse, Kanonenschläge, ganz in der Nähe. Aus allen Häusern war man gestürzt, die Bürgerwache holte ihre Gewehre, alle Fenster hatten sich geöffnet, und die Läden fing man an zu schließen, die Wagen und die Karren in die Hausflure und Höfe zu schieben, denn — ein neuer Barrikadentag stand vor der Thüre, das Militär rückte gegen Berlin, vielleicht mit den Bauern aus den Dörfern, mit den bewaffneten Provinzialen! Gefecht schon an den Thoren, für das Preußenthum, für die Reaktion, und welcher Kampf konnte innerhalb der Straßen entbrennen! — Das Schießen hatte sein Richtiges, der Trommelschlag, der hell dazwischen wirbelte, desgleichen; aber es war nur ein Militärkonzert im Blumengarten vor dem Potsdamer Thor, vermuthlich als Vorfeier zum morgenden Geburtstage (3. Aug.) des verstorbenen Königs. Das sind unwillkührliche Neckereien, mit denen wir seit drei Tagen geängstet werden. Neckereien, die aber auch in ernste Exzesse ausgeartet sind. Die Gruppirungen unter den Linden, bei Anbruch der Nacht, hatten aller Wahrscheinlichkeit nach gar keinen ernsten Zweck, die neuen Konstabler wollten sich eifrig zeigen und schritten ein, ehe es Noth that; so wenigstens ist die allgemeine Meinung, daraus entstanden Konflikte, die mit Verhaftungen, sogar mit Verwundungen endeten. Der Witz nennt die Konstabler Unruhstifter; ernste Leute sagten: sie waren noch nicht gehörig instruirt. Das sollte gestern geschehen sein, während die heftigen Angriffe auf das Institut in der Nationalversammlung erfolgten. Konstabler und Bürgerwehr hatten auf sogenannte Tumultuanten, die nicht welchen wollten, Angriffe gemacht, bis sich herausstellte, daß diese Tumultuanten nur gegen die Anarchisten tumultuiren wollten! Inzwischen hatte die Poetsitzung dieses neckischen Spektakels doch die Behörden zur löblichen Wachsamkeit ermuntert, da mehreren Nächten war der interimistische Bürgergeneral desthätig auf dem Schlosse, und der Polizeipräsident hatte sich zu einem sehr höflichen Erlaß veranlaßt gesehen, daß er von der Bildung der Berliner hoffe, sie würden diese sogenannten Straßenkinds aufgeben, die zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß geben möchten. Wie zum Protest dagegen hatten sich gestern neue Haufen gesammelt, und vor einer Stunde sah ich wieder den Anfang dazu. Ich bin überzeugt, daß hier kein Ernst beabsichtigt war, noch glaube ich, daß ein Ernst daraus hervorgehen wird. Selbst die demokrat. Volksversammlung am Montag unter den Zelten, die mit terroristischen Phrasen in gewohntem Style um sich warf, konnte an keine Wirkung denken, es galt nur ihr Dasein zu konstatiren für die, welche etwa glaubten, daß sie ausgestorben wäre. Ebenso wenig wird der unglückliche Zusammenfluß, den die Studenten gestern Abend in Charlottenburg mit den dort garnisonirenden Soldaten hatten, von Folgen sein. Wenn wirklich von einer Seite der Wille da wäre, so steht ihm die gänzliche Unsicherheit im Wege, in der sich jede der beiden großen Parteien in diesem Augenblick in Berlin über ihre eigne Stärke befindet. Wer ist reiner Preuße, wer ist unreiner Deutscher? Wer weiß das eigentlich von sich selbst genau zu sagen? Wenn man die beiden Adressen, die vorliegen und umgehen, vergleicht, die der Urwähler Preußens für ein selbstständiges Preußen (von Berlin) und die des konstitutionellen Klubs für ein in Deutschland nicht untergehendes, aber ihm sich innigst anschließendes Preußen, so gibt der Vernünftige der Sprache der letzteren, weil sie versöhnend ist,

Digitized by Google

Recht. Aber der Gegner sagt: in einer Krisis, wie diese, ist keine Zeit zu einer versöhnlichen Sprache; es heißt ja oder nein, wer noch Preuße ist und sein will, muß die Sprache der Entrüstung führen, oder er gibt seine Sache feig auf! Diese Sprache tönt denn auch in Plakaten über Plakaten, sie klingt wie ein Verzweiflungs- oder wie ein Rachegeschrei, während die der Gegner sich immer mehr in der Vertheidigung hält. Die Meisten betheuern, sie wollten ja nicht aufhören Preußen zu lieben, Preußens Erinnerungen zu ehren, wenn gleich die deutsche Einigung ihr erstes Ziel sei. Hier sieht man also ein Zugeständniß, daß etwas Terrain verloren gegangen, daß man nicht ganz sicher zu stehen meint. Die Streitre auf dieser Seite sind nicht die Republikaner und Demokraten, deren Taktik sicher ist, weil sie überall nur gewinnen und Nichts verlieren können; es sind junge Doktrinäre und Schwärmer, die wohl der Gedanke zuweilen überkommt, daß sie zwischen zwei Parteien in der Mitte stehen, die sie beide nicht zum Todeskampf reizen möchten, die ahnen, daß sie in der preußischen Partei ein Volksgefühl verletzen könnten, das in seiner Echtheit Respekt verdient. Hier sitzen das junge Hegelthum und der Theil der Jugend der nicht unter die Radikalen eingereiht ist; natürlich auch die Studenten. Wer sollte von ihnen Anderes erwarten? Ihre Proklamationen athmen die ganze Begeisterung, deren die Jugend für eine große und schöne Idee fähig ist. Die rein preußische Partei theilt sich in zwei Lager, die der alten Krieger, der Freiwilligen von 1813—1815, mit dem großen Anhange, den sie in einem Menschenalter im Bürgerstande gewonnen haben, er geht bis tief hinunter in die Proletarierstände. Auf dem Lande und in den Provinzen gehört die überwiegende Majorität der Einwohnerschaft dazu. Das andere Lager umfaßt die politische Partei, die liberale und die nicht liberale Bureaukratie. Ohne zu bestreiten, daß nicht auch ein wahrer Patriotismus in ihnen lebt, denken sie doch dabei auch an sich und ihre Kinder. Wiewohl die Theilung nicht ganz paßt, könnte man sagen, jenes Lager repräsentirt den Schmerz, daß der alte Heerstaat Preußens untergehen könne, diese den Schmerz, daß seine Vertretung nach Außen, seine Diplomatie bedroht sei. Daran schließen sich endlich die Berliner Bürger aller Glaubensparteien an, die jetzt erst erschreckt aus dem Revolutionstaumel von der unerwarteten Vorstellung erwachen, daß Berlin zu einer Provinzialstadt herabsinken könne. Zwei Demonstrationen stehen vor der Thür, einige Preußen wünschen den morgenden Tag als Preußenfest zu begehen; die Studenten suchen die untern Deutschen unter den Bezirksbürgern zu einem Festzuge am 6. August auf. Beide wollen auch dem Kreuzberge, dem Denkmal der gefallenen Krieger für Preußen und Deutschland, ziehen. Wären diese Feste, diese Festzüge so ganz getrennt, daß sich keine Vereinigung denken ließe? Was wird das Militär am 6. August thun? Von der ultrapreußischen Partei senken Viele das Haupt seit dem königlichen Armeebefehl. Er ist ausgleichend, versöhnend; sie hatten auf einen entscheidenden Schlag gehofft, auf eine selbständige Preußenerhebung, auch mit Opfern, und großen. So weit diese Entscheidung vom Könige selbst ausginge, hielt ich diese Hoffnungen von jeher für illusorisch. Durch jenen Armeebefehl, durch Camphausens Sendung nach Frankfurt ist die Ausgleichung angebahnt; man sollte jetzt, nach dieser Entscheidung, die heftige Sprache antreten lassen. — Bei allem Unbehagen hat dieser Kampf wenigstens nicht das Niederdrückende der vorigen von den Radikalen aufgeregten Kämpfe; es handelt sich nicht um Beschimpfung von Deputirten, um Zeughausanfälle und Raub von Waffen, es wird auch nicht mit Lügen gekämpft, sondern um Ideen. Auch erquicklicher ist er, als das gestern in der Nationalversammlung stattgehabte Gezänk über die Konstabler. Man hatte gehofft, daß dieselbe durch den Ernst von Außen auch im Innern eine würdigere Haltung anstreben werde. Die Debatte über die Konstabler-Interpellation hat diese Hoffnung wieder getäuscht.

†† **Berlin**, 5. August. Zu morgen steht die Huldigungsfeier bevor. Die Klubs haben sich zu einem Zuge vereinigt, die politischen Korporationen, Stadtbehörden, Nationalversammlung u. s. w. sind eingeladen, und es läßt sich jedenfalls etwas Großartiges erwarten. Von der Treppe des neuen Museums herab soll die erste Rede gehalten werden, 6—8 Redner, von den Klubs zu erwählen, sollen auf dem Kreuzberge sprechen. Diejenigen Soldaten, welche ihre deutsche Kokarde abgerissen haben und nur die preußische trugen, müssen auf höheren Befehl erstere auf eigene Kosten wieder anschaffen.

Berlin, 4. August. Das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin enthält eine Bekanntmachung, wodurch das Verbot des Wanderns preußischer Handwerksgesellen nach und in die Schweiz aufgehoben wird.

Stettin, 3. August. Bei der zu Ehren des Prinzen v. Preußen heute stattgehabten Tafel brachte derselbe den ersten Toast, auf den König lautend, etwa mit folgenden Worten aus: „Wenn Preußen zusammen sind, gehört das erste Glas dem Könige! dem Könige, den keine Provinz besser kennt als sein treues Pommern, denn Er war sein Staathalter und sein kommandirender General. Schwere Tage sind über unsern K. Herrn hereingebrochen, darum lassen Sie uns heute das Gelübde erneuern, daß wir beim Wiederaufbau des Staates auf neuen Grundlagen ihm dieselbe Unterstützung, dem Throne dieselbe Treue beweisen, die wir ihm zu allen Zeiten bewiesen haben, damit das Vaterland wieder groß, stark und muthig dastehe!"

Danzig, 1. August. Leider haben sich gestern Abend wieder Unordnungen in unserer Stadt wiederholt. Die Veranlassung dazu gab ein von dem hiesigen Gymnastallehrer Dr. Hintz verfaßter und am Freitag veröffentlichter Adreßentwurf, durch welchen der König aufgefordert wird, die versprochene Amnestie gegen die Barrikadenkämpfer aufzuheben ꝛc., Berlin durch eine starke Militärmacht zu besetzen oder einzuschließen, die Nationalversammlung aufzulösen, den vereinigten Landtag zu berufen und mit ihm die Verfassung zu berathen. Es vergaßen sich die Tumultanten so weit, daß sie mit größeren Steinen sogar von den Dächern warfen und Einzelne von der Bürgerwehr verwundeten. Es kam daher zu den ernstlichsten Konflikten, durch die mehrere, darunter eine lebensgefährliche Verwundung herbeigeführt sind. Die Bürgerwehr hat große Gelassenheit und Standhaftigkeit gezeigt. (D. R.)

Schweidnitz, 1. August. Die Voss. meldet: Die Artillerie-Officiere erklärten heute dem Kommandanten, daß die ganze Angelegenheit zu sehr eine persönliche für ihn sei, als daß er vorläufig noch das Kommando hier führen könnte. Er übergab es in Folge dessen an den Major v. Thile. Die Unterhandlungen führten heute dahin, daß das Militär von den Wachtposten zurückgezogen und diese von Bürgerwehr besetzt werden. Der Kommandant hat nun unsere Stadt verlassen, und die Garnison soll nach Silberberg verlegt werden. Der Bürgermeister hat in Folge der großen gegen ihn herrschenden Erbitterung abgedankt. Morgen geht eine Deputation nach Berlin, um Untersuchung und strenge Bestrafung des begangenen Frevels zu verlangen.

Würtemberg. †† **Stuttgart**, 6. August. Gestern Abend kam der nach Meran geschickte Kurier vom König zurück. Nach Schleswig-Holstein brechen von unseren Truppen auf: das 6. und 8. Infanterieregiment, das 2. Reiterregiment, 1 Batterie Artillerie, 90 Pioniere, jedoch ohne Bespan-Train, den Baiern stellt. Falls kein Gegenbefehl von Frankfurt kommt, marschirt diese Mannschaft schon in wenig Tagen, geht von hier nach Bruchsal, wird dann mit Eisenbahn und Dampfschiff weiter befördert und trifft voraussichtlich in 9 Tagen, von denen, Dank der deutschen Einheit alten Styles, 2 auf die kurze Strecke zwischen Stuttgart und Bruchsal fallen, am Bestimmungsorte ein. Reiterei und Geschützbespannung soll, wieweit im Augenblicke die nöthigen Pferde fehlen, einstweilen aus anderen, sofort wieder zu remontirenden Abtheilungen versehen werden. Der Befehl des Königs kam gerade recht, um die heutige Huldigungsfeier zu erhöhen. Sie ging ungestört und in vollkommen befriedigender Weise von sich. Die Stuttgarter Garnison rückte bis früh 7 Uhr nach Cannstatt aus und bildete auf der Volksfestwiese ein offenes Karré, in dessen Mitte der Kriegsminister eine kurze, sehr passende Anrede hielt und durch seinen Adjutanten die Ansprache des Reichsverwesers an die Deutschen verlesen ließ. Darauf Salutation, dreimaliges Hoch, Kanonendonner, Defiliren unter wiederholtem Vivat, Rückmarsch mit klingendem Spiel. Die ganze Handlung bot ein bewegtes, hübsches Bild: als Mittelpunkt das Militär in glänzendem Waffenschmuck, mit munter flatternden Fähnlein; drum herum ein weiter Kreis von Zuschauern, Männern und Frauen, alle Trachten und Waffengattungen der Bürgerwehr hineingemischt; die Schlangenlinie des Neckars als nahe Umsäumung, und als ferner Rahmen sanft ansteigende Hügel mit hellem Rebengrün und dunkel abschließendem Tannen-Hintergrund. Damit Nichts zur Verherrlichung fehle, erfüllte sich auch des Zeitungsstyles geheiligte Revue- und Paradesprache: „Das schönste Wetter begünstigte die erhabene Feierlichkeit." Ein frisches Wehen, das durch die Sonntagsfrühe zog, mochte als vorbildliche Verheißung gelten für den Athem einer neuen Zeit, der nun auch das stehende Heer bewegen und beleben, seine buntscheckige Zerfahrenheit und Vielgliederei in Einen kräftigen Strom und Guß, zu Volkes Schutz und Trutz, umwandeln soll. In diesem Sinne wollen wie unserer abziehenden Landsleute Kriegeslust und Siegeshoffnung theilen und die Zuversicht aussprechen, daß in Feindesland der alte Ruf würtembergischer Soldaten und das sprichwörtliche Treffenglück der Schwabenstreiche sich neu bewähren wird. Ihnen allen würd' es ein garstiger Strich durch die Rechnung sein, wenn die seit ein paar Tagen herumwandernden Gerüchte von abermaligen Friedensunterhandlungen, durch englische Finger in Frankfurt angebandelt, sich so bald erfüllen sollten, daß der süd-

Digitized by Google

deutsche Heereszug nach Norden in einem harmlosen, nur deutsches Geld kostenden Spaziergang sich auflöste. In der That verstehen auch wir, vom bürgerlichen und friedlichen Standpunkte aus, viel eher die allzeit fertige Vermittelungslust Englands in dieser Frage, als unsere unermüdliche — Fähigkeit, durch fremde Hände vermittelt, das heißt, genasführt aber bevormundet zu werden. Entweder — oder. Dänemark hat uns die Liebe gethan, einen Vertrag zu verwerfen, der keinem Auge verwerflicher scheinen mußte, als dem deutschen. Ob es allein auf seinen Füßen stand oder wen anders im Rücken hatte, um so auftreten zu können, das wissen wir nicht, das kümmert uns auch nicht viel. Fast möchte die letztere Annahme glaublich werden, wenn wir an die geforderte und abgeschickte Reiterei denken. Was soll sie in Holstein, Schleswig, Jütland, wo das Terrain ihren Gebrauch, bisherigen Erfahrungen zufolge, unmöglich macht? Zum Vorposten- und Depeschendienste war an Reiterei auf dem alten Kriegsschauplatze genug vorhanden, so daß die Begehr nach Verstärkung derselben bei dem Kommandirenden fast auf die Vermuthung schließen lassen dürfte, der Schauplatz könne unpäßlich werden. Vielleicht auch will man nur auf alle Fälle gerecht sein und kein Heer ohne Hände, wie Napoleon die Reiterei bezeichnete, in's Feld stellen. Sei dem nun, wie ihm wolle: wir meinen kurz und gut, es müsse kurz und gut zum Ende kommen. Wie das Ausland die dänische Frage auffaßt, beweisen Nesselrodes Note, die Artikel der Times, die Artikel des National; wie Deutschland sie auffassen muß und Dänemark sie auffassen will, braucht nicht bewiesen zu werden. Die Akten sind geschlossen; deutsches Blut hat sie besiegelt. Es handelt sich jetzt nur noch um ein ganz einfaches, kategorisches: hic Rhodus, hic salta. Will die neue Volkspolitik nicht springen, sondern Brücken bauen, wie es die alte Kabinetspolitik gethan, so mögen Lord Cowley und Ritter Bunsen in Frankfurt die Pioniere vorstellen; vielleicht wird dann in Jahr und Tag die Sache zur Entscheidung reif und etwaa Hamburg dänisch geworden sein. In anderm Falle laßt unsere Heere machen, den Marschall Drauf und die Soldaten Deria. Preußen kann jetzt die berechtigte Klage nicht mehr erheben, daß es allein stehe, allein Opfer bringe. Wir stehen — und fallen, wir opfern und gewinnen mit ihm. Es ist der zweite Scheideweg deutscher Politik, wie Posen der erste gewesen. Rechts die „Eroberungspolitik", wie der National es heißt, nebst obligatem, „maritimem Ehrgeiz" nach Graf Nesselrode; links die Verschleuderungspolitik, welche in der Nationalversammlung auch ihre tiefen linkischen Vertreter hat. Posen haben wir behalten, sollen wir Schleswig-Holstein los werden? Herr Venedey verschenkt einstweilen die Lombardei; für Galizien, Ungarn nebst Anhang, Böhmen, Limburg werden sich auch noch freigebige Haushälter finden. Deutschland hält Ausverkauf; fort mit Schaden, ist die Losung! —

** **Stuttgart**, 6. August. Der Akt der Huldigung des Militärs für den Reichsverweser ist hier auf eine befriedigende Weise vorübergegangen. Es war vom Kriegsministerium die Feierlichkeit für alle Garnisonsorte (Stuttgart, Ludwigsburg, Ulm, Asperg, Artillerie in Gmünd, Beobachtungstruppen an der badischen Grenze) gleichmäßig angeordnet worden. Da in Stuttgart selbst kein hinlänglich großer Raum sich befindet, marschirten die sämmtlichen hiesigen Truppen heute früh auf den großen Exerzierplatz nach Kannstatt, wohin eine ungeheure Menge Menschen durch Eisenbahnextrazüge befördert wurden. Die Kannstatter Bürgerwehr hatte sich dort aufgestellt, Stuttgarter Wehrmänner erschienen, wenigstens uniformirt auf dem Platze. Die Truppen, Infanterie, Kavallerie (worunter Feldjäger und Leibgarde, heute alle mit der deutschen Kokarde marschirten in Kolonnen im Viereck auf, in dessen Mitte der neue provisorische Kriegsminister, von Rüpplin mit seinem Stabe stand. Mit lauter Stimme hielt Rüpplin eine Ansprache an die Soldaten, in der er ihnen die Bedeutung der Feier auseinandersetzte. Was Ihr Berichterstatter davon verstand, war sehr gut, auf dem weiten Platze war das Verständniß natürlich schwer. Sofort verlas Hauptmann Hardegg den Aufruf des Reichsverwesers. Rüpplin brachte ein Hoch auf ihn aus, in das so lebhaft als die Soldaten, die Menge einstel*) und wozu eine dreimalige Geschützsalve ertönte. Beim Defilén vor dem Kriegsminister ließen die Soldatrn den König leben, zum Schluß rief die Menge nochmals dem Reichsverweser ein begeistertes Hoch. Wie wirds heute in Berlin aussehen?

Hannover, 5. August. Folgende Generalordre an die Armee ist heute erschienen: „Soldaten! Ich mache Euch bekannt, daß Se. kaiserl. königl. Hoheit, der Erzherzog Johann von Oesterreich, zum deutschen Reichsverweser erwählt worden ist, wozu ich meine Zustimmung gegeben habe. Es gehört zu den Befugnissen des Reichsverwesers auch die Oberleitung der deutschen Heere, wie diese bisher dem Bundestage zugestanden hat. Sobald es zum Schutze Deutschlands erforderlich ist, werde ich Euch befehlen, Euch den Heeresabtheilungen der übrigen deutschen Staaten unter der Oberleitung des Reichsverwesers anzuschließen. Die Hannoveraner haben zu allen Zeiten mit Hingebung, Tapferkeit und Treue für das gesammte deutsche Vaterland gefochten; sie thaten es in den Jahren der Gefahr von 1793 bis 1815; sie thaten es noch in diesem Jahre. Ich hoffe, Ihr werdet dessen stets eingedenk sein, und ich vertraue zu Euch, Ihr werdet auch unter der Oberleitung des Reichsverwesers den alten Ruhm der Hannoveraner unversehrt bewahren. Hannover, 5. Aug. Ernst August. V. L. Prott."

Braunschweig. Die in Braunschweig erscheinende „Reichszeitung" meldet in einer Nachschrift: Wir haben unsern Lesern eine höchst freudige Nachricht zu bringen. Braunschweigs Herzog geht mit seinem Volke Hand in Hand. Die Aufstände, welche das Schreiben des Reichsreichsministers der Foem wegen erregte, sind beseitigt. Die Feier des 6. August wird hier von den braunschweigischen Bundestruppen in der von der Centralgewalt vorgeschriebenen Weise vorgenommen werden. Es lebe das Vaterland! Dieselbe Zeit. enthält Folgendes, was aber doch der Bestätigung bedürfen wird: Aus München kommt uns von gut unterrichteter Quelle die Nachricht zu, daß Gesandte sämmtlicher deutscher Fürsten in dieser Woche eine geheime Zusammenkunft halten werden, wahrscheinlich in Wien. (?)

Schleswig. Apenrade, 3. August. Die B. H. meldet: Heute um die Mittagszeit kam auch von Norden her durch einen schleswig-holsteinischen Deagoner die Nachricht ins Hauptquartier, daß die Schweden von Fünen abgezogen und nach Schweden zurückgekehrt seien. Man vermuthet, daß diese Nachricht von einem aus dem dänischen Hauptquartier zurückgekehrten preußischen Officier, der einen dänischen Officier zur Auswechselung dahin gebracht hatte, herrühre.

Rendsburg, 3. August. Die provisorische Regierung hat einem zum Zwecke der Anlegung eines Marine- und Handels-Kanals von Eckernförde über Schleswig nach Husum zusammengetretenen Komite die Befugniß ertheilt, die zur Vorbereitung des Unternehmens nöthigen Nivellirungen vorzunehmen. — Dem „Kieler Korr.-Bl." zufolge hat General Wrangel auf eine Anfrage des Bürgermeisters Kjär von Hadersleben, ob die Stadt ganz von Truppen entblößt werden solle, geantwortet, daß Nordschleswig besetzt bleibe, nur solle die Macht verringert werden, um diese Gegend nicht zu sehr zu drücken.

S. Frankfurt, 5. August. Die ultrapreußische Bewegung in Berlin, obwohl nur sehr vorübergehend, wie wir es von dem Lande, das den andern Deutschen in allem Guten sonst voranzugehen pflegte, nicht anders erwarten konnten, hat doch schon ihren Gegenstoß hervorgebracht, den wir bezeichnen zu müssen glauben, damit er nicht schlimme Früchte trage. Die Verfasser des bekannten Entwurfs, der, wenn er auch nicht ursprünglich den Sturm heraufbeschworen, doch zur gelegentlichen Ursache davon angegeben wird, sind jetzt in den Berathungen des Verfassungsausschusses hartnäckiger in ihren Ansichten geworden, als sie es vielleicht ohne die maßlosen Angriffe in der Schrift des Hrn. v. Gerlsheim gewesen wären. Da dies nun Männer sind, welche in bedeutendem Grade die Mittel besitzen, ihren Ansichten in der Versammlung Geltung zu verschaffen, so wird es in den Verhandlungen des Ausschusses und der Versammlung wenigstens harte Kämpfe kosten um andere Bestimmungen in das Wehrverfassungsgesetz aufzunehmen, als die im Entwurf enthaltenen. Ja dem Ausschuß war der Reichskriegsminister zur Theilnahme an den Berathungen zugezogen worden, er hat aber die Mitwirkung an der Ausarbeitung dieses Theils des Verfassungswerkes abgelehnt, um sich, im Falle er seinen Ansichten widerspräche, deren Bekämpfung frei zu erhalten, und hat sich darauf beschränken zu müssen geglaubt, die Grundsätze, welche er dabei als die allein richtigen anerkennen könne, dem Ausschuß vorzutragen. Diese lassen sich auf folgende 3 Hauptpunkte zurückführen: 1) Im Kriege nach Außen muß das ganze deutsche Heerwesen der direkten Oberleitung der Centralgewalt, oder dem von ihm bestellten Oberfeldherrn, untergeben sein. Hier ist eine vermittelnde Zwischenstelle durch die Einzelregierungen ganz unstatthaft, ja durchaus unmöglich. 2) Bei Ruhestörungen im Innern muß der Centralgewalt ebenfalls die Macht zustehen, wenn die disponible Macht eines Einzelstaates nicht zu deren Unterdrückung hinreicht, die nöthigen Streitkräfte eines Nachbarlandes ohne Weiteres direkt zur Hilfe beordern zu können. 3) In allen übrigen Verhältnissen aber der Wehrverfassung der Einzelnstaaten muß sich die Centralgewalt einer direkten Einmischung enthalten, sie könnte dadurch nur den Vortheil, den die eigenthümlichen politischen Verhält-

*) Ein anderer Korrespondent, der uns über die Feier berichtet hat, klagt dagegen über die matte Physiognomie derselben. D. R.

nisse Deutschlands im Innern bietet, aufheben. Denn wir befinden uns in diesem Punkte in ganz andern Verhältnissen, als die beiden andern uns zur Seite stehenden großen Kontinentalmächte, Frankreich und Rußland. Diese besitzen nur stehende Heere, und solche können und müssen von einem Centralpunkte aus geleitet werden, soweit es sich um Material, Ausbildung und Vervollständigung des Heerwesens handelt. Ja Deutschland aber bilden die stehenden Heere nur gleichsam die Rahmen, welche durch die theils schon bestehende, theils noch zu schaffende Volksbewaffnung ausgefüllt werden. In dieser aber bilden die verschiedenen Verfassungen ein bedingendes Moment, in denen eine Generalisirung unmöglich ist. Sie auszubilden und zu fördern muß den Einzelregierungen um so mehr überlassen bleiben, als dadurch ein den Hauptzweck fördernder, heilsamer Wetteifer begründet wird, den wir als einen bedeutenden Vorzug vor jenen Ländern ansprechen dürfen. Hier kann die Centralgewalt weil es sich um Handhabung der jeder Einzelverfassung nach Bedürfniß und Eigenthümlichkeit der verschiedenen Stämme zustehenden Mittel handelt, unmöglich die fördernde Einwirkung haben, welche den Einzelregierungen von selbst gegeben sind, und sie muß ihre Einmischung darauf beschränken, allgemeine Principien festzustellen, um zu große Verschiedenheiten zu verhindern, die ein Zusammenwirken hindern könnten. Was zuletzt den Punkt der Eidesleistung betrifft, so kann es keiner Frage unterliegen, daß ein solcher im Allgemeinen von den Truppen auf die Reichsverfassung zu leisten ist, welcher ja, nach den schon festgestellten Grundsätzen die Einzelverfassungen nicht widersprechen dürfen. Eine solche Eidesleistung hebt den Eid auf die letzteren ja keineswegs auf und ist für die Wirksamkeit einer Oberleitung unerläßlich. Ja es läßt sich eine Ausführung kriegerischer Maßregeln durch die Centralgewalt geradezu gar nicht denken, wenn ihr die Truppen nicht vorher den Gehorsam nach Kriegsgebrauch durch einen Eid zugesagt haben, und so gut wie General Wrangel dem deutschen Bunde bei Uebernahme seines Oberbefehls verpflichtet worden ist, muß künftig das ganze Bundesheer für die Reichs-Centralgewalt in Pflicht genommen werden, und zwar ein für allemal, da eine Wiederholung für jeden gegebenen Fall den Begriff der höchsten, stetigen Obergewalt in Deutschland, den das gegebene Gesetz festgestellt hat, nicht entsprechen würde. Diese Grundsätze scheinen uns so verständig und zweckmäßig, daß wir der guten Sache nur zu dienen überzeugt sind, wenn wir sie der Versammlung zu reiflicher Erwägung empfehlen.

* Briefe aus Frankfurt über die gestrige Sitzung sind uns nicht zugekommen.

Schweiz.

Luzern, 2. August. Hier kam der Herzog von Litta als außerordentl. Abges. der provis. Regierung aus Mailand an, um nach Bern sofort weiterzugehen und, wie es heißt, an den Vorort das Begehren um den Durchmarsch eines franz. Hilfskorps durch die Schweiz zu stellen. Weiter heißt es in der Allg. Z.: Gestern trafen hier noch andere Bevollmächtigte der provisorischen Regierung von Mailand, die HH. Rivalzi, Mora, Porro, Martara ein; sie begeben sich nach Paris. Es ist außer Zweifel, daß das Begehren bewaffneter Intervention an Frankreich bereits gestellt ist, und zwar im Namen des lombardischen Volks, ohne daß Karl Alberts Einwilligung dazu abgewartet wurde. Sollte Frankreich sich wirklich zum Krieg gegen Oesterreich verleiten lassen, so dürfte der deutsche Bund ungesäumt Truppen zur Besetzung der Südgrenze von Tirol aufbieten. Nach Berichten von Reisenden, welche gestern aus Mailand eingetroffen, herrschte dort grenzenlose Verwirrung. In allen Kaffeehäusern wurde über Verrath geschrieen und gegen Karl Albert geschimpft. Die kleine republikanische Partei mit ihrem Führer Mazzini, welcher allen Kredit verloren hatte, erhob wieder kühn ihr Haupt. Unter dem Landvolk sollen dagegen Demonstrationen zu Gunsten Oesterreichs stattfinden, und der reiche Adel, der alleinige Anstifter der Revolution, ist in solchem Schrecken, daß er allenthalben zur Flucht sich anschickt.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. August. Die Elbe, Weser und Jahde werden, laut Beschlusses des Marineministers vom 1. August, mit dem 15. August blokirt. — Der anhaltende Stillstand der Armeen läßt uns zwar auch hier annehmen, daß noch friedliche Unterhandlungen im Gange sind, deren Ausgang aber in diesem Augenblicke der entscheidenden Krisis, der Umgestaltung aller deutschen Regierungsverhältnisse schwer zu bestimmen ist. Die Kriegspartei setzt alle ihre Hoffnungen auf den Partikulargeist einzelner deutschen Regierungen und die aus Widerstand gegen die Centralgewalt entstehende Schwäche Deutschlands. (B.-H.)

Großbritannien.

London, 4. August. Die irische Insurrektion scheint zu verdampfen wie ein Wassertropfen auf einer heißen Eisenplatte. Und in diesem einen Wassertropfen offener That schrumpft jener ganze, mit Donner und Blitz verbundene Platzregen der wildesten und prahlerischsten Deklamationen zusammen. Die Irländer sind ein Volk der Uebertreibungen, ihr Patriotismus wird fett von Hyperbeln. Nie ist eine Insurrektion so prahlerisch ausposaunt worden und nie so gänzlich verunglückt. Das faktiöse Irland stellte sich England bereits als selbstständige Macht gegenüber, man erklärte diesem förmlich den Krieg, man bot mit einem Heere von 200,000 Bewaffneten, und als der Tag der Entscheidung kam, war eine Gewehrsalve von einem Halbhundert Polizeisoldaten hinreichend, die Revolutionsarmee zu sprengen. Man weiß nicht, ob sich das Volk mehr in den Führern oder die Führer mehr im Volke verrechnet haben. Die Irländer sind eben so sanguinisch, so unbesonnen wie die Polen, so befangen in den Erinnerungen an den Glanz altkönigtlicher Geschlechter, begannen ebenso wie wir Polen ihre Revolutionen zu unrechter Zeit, sind unter einander ebenso eifersüchtig, eben so getheilt in ihren politischen Ansichten und Zwecken, aber sie haben lange nicht den militärischen Geist wie die Polen, die kecke Todesverachtung, den ritterlichen Heldenmuth — oder sie haben wenigstens diese Eigenschaften unter der Herrschaft der die Herausbildung des Bürgerthums hauptsächlich bezweckenden englischen Gesetze verloren. Man dürfte fast wünschen, daß die Insurrektion einmal begonnen, so viel Kräfte entwickeln werde, um England Furcht und Achtung einzuflößen und ihm die Arbeit einigermaßen sauer zu machen; das durch sein langes Erbglück verwöhnte England wäre dann doch vielleicht genöthigt gewesen, sich zur Güte zu verstehen, zwar die Führer zu strafen und die Faktiosen zu unterdrücken, aber doch auch für die Abhülfe der nur zu gerechten Beschwerden des irischen Volks etwas Gründliches zu thun und die Gutsherren zur Annahme besserer und mildrer Gesetze zu nöthigen. England würde, in diese innere Schwierigkeit verwickelt, vielleicht gelernt haben, auch von andern, an innern Schwierigkeiten leidenden Völkern gerechter und bescheidener zu denken. Statt dessen haben die Engländer das irische Volk zu fürchten aufgehört und zu verachten angefangen, oder umgekehrt; jene 60 tapferen Konstabler haben auf der Boulagher Gemeindewiese Irlands Schicksal für lange Zeit entschieden, mit dieser ärmlichen Macht hat England ein Volk von Millionen besiegt, das jetzt mehr als je von Englands Gnade und Willkür abhängig ist. Der stolze Kanzherr der City und der hartherzige Gutsherr sind mehr als je obenauf; der Czar Nikolaus unter den englischen Zeitungen, die Times, äußert bereits: daß das irische Volk nicht wie andere Völker durch milde Gesetze zu leiten sei, daß es für lange Zeit unter die Herrschaft von Zwangs- und Ausnahmsgesetzen gestellt werden müsse. Vergesse man übrigens nicht, daß an diesem schnellen Siege Englands auch Parlament und Presse großen Antheil haben, indem namentlich die katholische Geistlichkeit durch die Parlaments- und Zeitungsdiskussionen belehrt wurde, daß es in ihrem eigenen Interesse sei, das Volk von aller Theilnahme an dem unbesonnenen Unternehmen abzumahnen.

Frankreich.

Paris, 5. August. Der sardinische Gesandte hat täglich Konferenzen mit dem General Cavaignac und dem Minister Bastide. Die Alpenarmee hat den Befehl erhalten, sich zu konzentriren und bis dicht an die Grenze zu rücken, allein es scheint, daß man bis jetzt noch nicht entschlossen ist, thätig zu intervenniren.

Herr Germain Sarrat, Vertreter (der äußersten Linken) hat an den Präsidenten der Untersuchungskommission einen Brief geschrieben, worin er ihm anzeigt, daß in den ersten Tagen des Juni aus dem Auslande eine Sendung Gold im Gewichte von 1800 Pfund in Paris angekommen seien, er hat ihm die Person bezeichnet, die hierüber genaue Auskunft geben könne und angedeutet, daß dieses aus russischer Quelle gekommene Gold für die Insurrektion verwendet worden sei. Die Kommission hat sogleich eine Untersuchung eingeleitet.

Die Wahlen der neuen Municipalitäten sind fast in ganz Frankreich beendigt und mit geringen Ausnahmen im Geiste der gemäßigten Republik ausgefallen.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam nur ein Zwischenfall von Interesse vor. Ledru Rollin verlangte, daß die Diskussion über den Anklagebericht schon am Dienstag stattfinde; O. Barrot behauptete, es sei nicht möglich, weil die Beweisstücke bis dahin noch nicht gedruckt seien. Beide Gegner geriethen dann heftig an einander, Ledru Rollin und seine Partei wirft dem Führer der rhe-

maligen Blatten vor, er habe die Dokumente nur an einen Drucker gegeben, um so die Diskussion zu verzögern; auf Caussidières Vorschlag wird dann beschlossen, die Diskussion drei Tage nach der Vertheilung der Dokumente zu beginnen.

Die Wahl der Vier-Präsidenten der Nationalversammlung in den Bureaux hat folgendes Resultat gegeben: Vaternde: 607. Erhielten: Biria: 570, G. Lafayette: 564, Corbon: 512, G. v. Beaumont, 493, Cormenin: 368, Lacrosse: 361. Sekretäre: die Herren Peupin: 494, Robert: 486 Stimmen.

Δ Paris, 1. August. (Aus einem Privatschreiben). Die Stimmung des hiesigen Gouvernements gegen Deutschland hat sich bedeutend geändert und ist namentlich gegen das Frankfurter Parlament, für welches man hier Anfangs manche Sympathien empfand, entschieden feindlich geworden. Man hofft, daß die Fürsten sich gegen die Centralgewalt und die Nationalversammlung auflehnen werden. Um die schleswig-holsteinische Frage bekümmerte man sich bisher wenig; gegenwärtig nimmt man entschieden Partei gegen die Anforderungen Frankfurts, und Deutschland dürfte in Bezug hierauf sehr bald Vorstellungen von hier zu erwarten haben. Aehnlich ist die Stimmung und die Absicht in Betreff der Limburger Frage. Mit der Formel Lamartine's: l'amitié de l'Allemagne à tout prix, möchte es hier wohl vorbei sein. Man fürchtet die Folgen, welche die Einheit Deutschlands für Frankreich haben könnte; es ist und bleibt die alte traditionelle Politik von Richelieu.

Zu obiger Mittheilung, die aus guter Quelle kommt, werden wir in einer der nächsten Nummer Beiträge aus der Pariser Journalistik liefern.

Italien.

Mailand. Die N. Z. Z. bringt nachstehende Mittheilungen: Am 3. August war die Hauptstadt der Lombardei noch nicht in der Gewalt der Oesterreicher. Das besagen uns die Blätter aus dieser Stadt selbst, die vom 3. August datirt sind. Die Gefahr aber, bald in die Gewalt der Oesterreicher zu fallen, war groß, obgleich Karl Albert entschlossen scheint, Mailand mit seinem Heere zu schützen. Sein Heer zählt noch etwa 40,000 Mann und soll jetzt ganz nahe vor Mailand stehen. Im Gasthof von St. Giorgio vor Porta Romana soll am 2. d. Karl Albert Quartier genommen haben. — Der piemontesische General Olivieri hat Namens des Königs von Piemont Besitz von der Regierungsgewalt genommen, so daß Mailand nun keine eigene Regierung mehr hat. Das Vertheidigungskomité bleibt dennoch in Thätigkeit und macht seinerseits die größten Anstrengungen. Der Republikano von Lugano schreibt unterm 4. d.: „Das Vertheidigungskomité thut Wunder. Hätte die provisorische Regierung einen tausendsten Theil seiner Thätigkeit entwickelt, so wäre die Sache nie so tief heruntergekommen.“ In den höheren Regionen sollen aber die Verfügungen dieses Komités wenig Unterstützung finden. An den Befestigungswerken vor der Stadt wird indessen sehr thätig gearbeitet. Der 22. März veröffentlicht einen Tagesbefehl des Oberkommandanten der Nationalgarde, General Zucchi, worin er seine Freude über die Bereitwilligkeit, womit so viele Bürger dem Rufe zu den Waffen Folge geleistet, bezeugt. — Der 22. März vom 3. August verräth große Niedergeschlagenheit. An der französischen Hilfe sucht er sich aufzurichten. Der französische Gesandte in Turin, Herr Reizet, ist am 3. d. in Mailand angekommen, was natürlich als gute Vorbedeutung angesehen und ausgegeben wird. — Die Mailänderzeitung zeigte am 2. d. an, daß sie einstweilen aufhöre zu erscheinen, da ihre Offizin verlassen sei. — Laut eines Privatschreibens aus Mailand vom 4. d. werden in den Straßen keine Barrikaden errichtet; man wolle vor der Stadt den Kampf aufnehmen und diesen von der Stadt aus nach Kräften unterstützen. Weder Ordnung noch Vertrauen scheine jedoch zu herrschen; am 4. erwartete man etwas Entscheidendes.

Der Verfassungsfreund schreibt aus Bern, 4. August: Aus Mailand langte heute von dem eidg. Konsul ein Schreiben, datirt 2. August, an, welches die interessante Nachricht enthält, daß die provisorische Regierung die offizielle Mittheilung erhalten habe, Lord Aberromby, der großbritanische Gesandte in Turin, habe sich nach dem Kriegsschauplatz begeben, um zwischen den kriegführenden Partien einen Waffenstillstand zu Unterhandlungen herbeizuführen. Sollte der österreichische Feldherr nicht eintreten, so hat der englische Gesandte die Instruktion zu erklären, daß England vereint mit Frankreich für die Unabhängigkeit Italiens intervenire werde. (?)

Das neueste Bulletin Radetzko's aus dem Hauptquartier Formigara an der Adda vom 1. August lautet: „Meine tapfere und unermüdliche Armee hat heute Mittags mit dem vierten Korps bei Crotta d'Adda und mit dem ersten, zweiten und dem Reservekorps bei Formigara die Adda passirt, die Truppen des Feindes am rechten Ufer und Pizzighettone auf beiden Seiten umgangen, worauf der Feind die Brücke daselbst sprengte und den Platz verließ, der nun uns sogleich besetzt wurde. Nach allen Nachrichten scheint der Feind theils gegen Piacenza, theils gegen Pavia in vollem Rückzuge zu sein. Ich werde daher morgen mit dem vierten Korps bis an den Po gegenüber Piacenza, mit dem ersten und zweiten Korps dagegen auf der Straße von Pavia bis an den Lambro rücken, und das Reservekorps zu Unterstützung des vierten Korps bei Casale pusterlengo aufstellen. Ich habe ein Streifkorps auf der Straße von Pavia entsendet, dessen Nachrichten ich bis 3. d. früh erwarte. Sollte sich der Feind auch bei Pavia über den Tirina und dann bei Mezzana Coeti über den Po ziehen, und somit seine Armee den Boden der Lombardei verlassen so würde ich dann mit der Armee meinen Marsch nördlich über Melegnano gegen Mailand beginnen. Radetzky, m. p.

Der Tir. Bote bringt über die Fortschritte der österr. Armee folgende Mittheilungen:

Verona, 1. August. Nach den Treffen von Goito und Volta zog sich der König Karl Albert mit seiner Armee in solcher Eile gegen Cremona zurück, daß unsere Truppen, die ihn auf dem Fuß verfolgten, in den ersten 6 oder 8 italienischen Meilen überall auf den Straßen und Seitenwegen auf hingeworfene Waffen und Gepäck, zurückgelassene Wagen und Ausreißer stießen. Sie ließen dies Alles unberührt, um keinen Augenblick in der Verfolgung der feindlichen Armee zu verlieren. So ging es vorwärts ohne Halt bis Cremona, durch welche Stadt in wilder Unordnung und nur noch zwei Brigaden stark der Feind zog, sogleich über den Po setzte und sich ins Parmesanische bis Piacenza zurückzog. Gleich darauf hielten die österreichischen Truppen in Cremona ohne Schwertstreich und Blutvergießen unter vollem Jubel der Mittel- und untern Volksklasse ihren Einzug. Drei Brigaden setzen die feindliche Verfolgung gegen das parmesanische Gebiet fort. Gestern früh zog auch der Marschall mit der Hauptmacht in Cremona ein, und heute früh weiß man hier schon durch die Aussage eines Offiziers (Augenzeuge) daß auch Crema ohne Blutvergießen in kaiserl. Händen ist. Die Uebergabe von Brescia, wohin auch ein kaiserl. Korps sich gewendet hat, bestätigt sich noch nicht, jedoch wohl unsere Besitznahme von Desenzano und Lonato. Indessen gehen gegen Peschiera Belagerungsgeschütze in Menge ab, sowie nach allen Theilen der Lombardei neuangekommene Truppen und Getreide. Tagtäglich kommen hier piemontesische Gefangene bald in großer, bald in kleiner Anzahl an. Peschiera soll 1800 Mann als Besatzung haben.

Feldmarschallieutenant Welden hat aus Bondeno 3. August einen Aufruf an die Bewohner der Legationen erlassen. „Zum zweitenmale überschreite ich den Po mit meinen Truppen, um die Banden zu zerstreuen, welche den Frieden und die öffentliche Ordnung stören. Vor 30 Jahren hat Oesterreich die Legationen erobert und sie freiwillig ihrem Herrn wiedergegeben; hätte Oesterreich Eroberungsabsichten gehabt, so hätte es vor 30 Jahren mit allem Recht die Legationen behalten; aber Eroberungsabsichten sind ihm wie damals so auch jetzt fern. Es will nur die friedlichen Einwohner schützen und ihrer Regierung die Herrschaft bewahren, die ihr von einer Faktion bestritten wird. Es ist Zeit, den Unordnungen Derer einen Damm zu ziehen, welche aus abscheulichem Fanatismus, aus Herrschsucht, aus Bereicherungswuth eine stets unruhige Partei bildeten, die Euer Land mit Krieg und Elend bedeckt. Der heilige Vater hat mehemals erklärt, keinen Krieg zu wollen. Nichtsdestoweniger haben päpstliche Truppen und die von ihm besoldeten Schweizer gegen Oesterreich gekämpft.* Bei Treviso und Vicenza besiegt, haben sie sich verpflichtet, drei Monate lang nicht die Waffen gegen das Reich zu ergreifen. Wehe ihnen, wenn sie ihre Verträge brechen. Ich habe ihre Namen aufgezeichnet, und sie haben, wenn sie in meine Hände fallen, die verdiente Strafe zu gewärtigen. Meine Bewegungen sind gegen die Banden gerichtet, welche sich Crociati nennen, gegen die Faktiosen, die zur Schande ihrer eigenen Regierung sich abmühen, das gute Volk zu belügen und ihm einen dummen und ungerechten Haß gegen eine stets freundliche Macht einzuflößen. Wehe Denen, die meiner Stimme taub bleiben und Widerstand zu leisten wagen. Werft den Blick auf die rauchenden Reste von Sermide. Der Ort ward zerstört, weil die Einwohner auf meine Soldaten Feuer gaben.“

Amerika.

*Ver. Staaten. Nicht ohne vielfaches Interesse ist die Botschaft, durch welche der Präsident Polk beiden Häusern anzeigt, daß ihm die Ratifikation des mexikanischen Vertrags zugegangen sei. Nachdem er hervorgehoben, welch' großes Ansehen der siegreiche Krieg

Digitized by Google

den Ver. Staaten verschafft, wie er andern Völkern eine so große Furcht vor Nordamerika eingeflößt, daß dieses sobald in keinen Krieg muthwillig verwickelt werden würde, fährt er fort: „Neu-Mexiko und Oberkalifornien sind jetzt von Mexiko abgetreten und bilden fortan einen Theil der Ver. Staaten. Den Werth dieser zu den Ver. Staaten geschlagenen Besitzungen, die sich fast über 10 Breitengrade erstrecken, an das Gebiet von Oregon grenzen und 100 Meilen weit vom stillen Ocean bis zum Rio grande reichen, richtig abzuschätzen, dürfte schwer sein. Für sich selbst sind sie ausgedehnt genug, um ein großes Reich zu bilden, und an Wichtigkeit steht ihre Besitznahme nur der von Louisiana im Jahre 1803 nach. Reich an Hilfsquellen für Mineral- und Ackerbau, mit einem sehr gesunden Klima, schließen sie die wichtigsten Häfen auf der ganzen Küste des nördlichen Amerika's längs des stillen Meeres in sich. Der Besitz der Häfen von San Diego, Monterey und der Bai von San Francisco wird die Ver. Staaten in den Stand setzen, den schon jetzt beträchtlichen und mit reißender Schnelligkeit anwachsenden Handel des stillen Oceans zu beherrschen. — Durch die Erlangung dieser Besitzungen sind wir in die unmittelbare Nachbarschaft der Westküste Amerika's vom Kap Horn bis zu den russischen Besitzungen im Norden von Oregon und mit den Eilanden des stillen Oceans gebracht, und in einer direkten Fahrt auf Dampfschiffen werden wir in noch nicht dreißig Tagen nach Kanton und andern Häfen China's gelangen. In diesem weiten Gebiete, dessen reiche Mittel durch die Kraftdauer und den Unternehmungsgeist der Nordamerikaner bald werden entwickelt werden, muß die Zunahme unseres Handels groß sein, und damit auch die Vermehrung neuer und einträglicher Aufträge in allen Arten des Fabrikats, die Vermehrung der Absatzwege für unsere Maschinen- und Ackerbauerzeugnisse" u. s. w. Aber freilich hat der mexikanische Krieg auch seine Nachwehen; die Kriegsschuld beläuft sich auf 48 Millionen Dollars, dazu 3 Mill. zahlbar bei Auswechselung der Ratifikation, 12 Mill. zahlbar in vierteljährlichen Raten für die abgetretenen Gebiete, und 3 weitere Millionen, welche Nordamerika an die Gläubiger Mexiko's zu zahlen übernommen hat. — Gegen diesen Vertrag hat sich in Mexiko selbst Paredes erhoben, er hat an der Spitze von 400 Mann sich der Stadt Guanajuato bemächtigt, deren Besatzung nach kurzem scheinbaren Widerstande zu ihm übertrat, eine Protestation gegen den Friedensvertrag erlassen, und die Bevölkerung aufgerufen, sich mit ihm gegen die gegenwärtige Regierung von Mexiko zu verbünden. Bustamento und Minon sind gegen ihn ausgeschickt; beide Generale aber, glaubt man, spielen mit ihm unter einer Decke.

Die Nachrichten, welche so eben das Dampfschiff Hibernia nach England überbrachte, bestätigen die über die Schilderhebung des Paredes umlaufenden Gerüchte. Der Regierung des Herrera heißt es, sei es nicht gelungen, den Fortschritt des von Paredes und Jarauta befestigten Aufstandes zu hemmen. Die unter Minon gegen ihn ausgesandten Truppen seien zu ihm übergegangen; er befinde sich jetzt an der Spitze von 1500 Soldaten, habe 19 Geschütze und versehe Guanajuato mit Befestigungswerken. Die mexikanische Regierung hat befohlen, daß jedem höheren Officiere des Aufstandes, der den Regierungstruppen in die Hände falle, sofort erschossen werde. Aus Yucatan lauten die Nachrichten wieder traurig. Aus Laguna hat man die Nachricht erhalten, daß in der Nähe von Campeachy ein Treffen zwischen den Weißen und Rothhäuten geliefert wurde, ohne für einen der beiden Theile entscheidend zu sein. Die Wilden waren Laguna so nahe gekommen, daß man einen Angriff jeden Augenblick erwartete. 8000 Weiße, welche vor den Indianern flüchteten, hatten in Merida Schutz gesucht.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[667] **Erklärung.**

Dem unterfertigten, schon seit 17 Jahren im Ruhestand befindlichen baierischen Regierungsbeamten in Augsburg, welcher während seiner Aktivität wie in der Quiescenz unerhörte persönliche Verfolgungen erfuhr, und der sich nach einer endlosen Reihe roher Gaunereien, Verhöhnungen und Gewaltthätigkeiten um Existenz und Gemüthsruhe gebracht sieht, werden besonders in jüngster Zeit Gefährdungen an Leben und Gesundheit durch künstliche Influenzen und Experimente verschiedener Art, durch Erkältung und Erhitzung des Körpers, durch betäubende und exaltirende Einwirkungen wahrscheinlich mittelst elektrischer Medien auf eine solche Weise zugefügt, daß derselbe von katharrhalischen Uebeln deßhalb heimgesucht wird, auch schon einmal gewaltsam aus dem Schlaf aufgeschreckt, wie durch starken elektrischen Schlag auf den Zimmerboden niedergeworfen und am Schultergelenk mit mehrwöchentlichen Schmerzen schwer verletzt wurde. Hiermit in Verbindung stehen Entwendungen und Beschädigungen des Eigenthums an Geld, Effekten und Garderobe, die von Zeit zu Zeit mit Frechheit und boshafter Quälerei wiederholt werden. Dies widerfährt einem Mann in schon vorgerücktem Lebensalter, der, nachdem er dem baierischen Staat 18 Jahre lang gute Dienste geleistet, mehr durch schlechte Künste aus der Aktivität verdrängt, als wegen Kränklichkeit seine Quiescirung nachzusuchen, veranlaßt wurde, unter Gemüthsverhältnissen, die in Folge eines unglücklichen persönlichen Attachements durch fremdes Verschulden, unbeschreiblichen Betrug und Täuschung in hohem Grad afficirt und unheilbar geworden sind, allen Umständen nach in der Absicht, ihn in seinem kläglichen Zustand von seinem Wohnort zu vertreiben, ihm durch Gewaltthätigkeiten eine schon vor mehreren Jahren mit Widerwillen zurückgewiesene, schmutzige Verkuppelung in einer nahe verwandten Familie aufzunöthigen, und ihn zu diesem Ende auf ganz unverträgliche Art wieder in den Staatsdienst zu bringen. Es kann nur im Interesse der deutschen, persönlichen und bürgerlichen Freiheit liegen, wenn dieses empörende Verfahren gegen einen Staatsdiener, welches ohne Kenntniß der zum Schutz der persönlichen Freiheit, des Eigenthums und der bürgerlichen Rechte bestellten öffentlichen Behörden nicht stattfinden kann, als seltenes Beispiel brutaler Gewaltthätigkeit dem größern deutschen Publikum mit dem Beifügen veröffentlicht wird, daß bei fortgesetzten Gewalthandlungen nähere Detailirungen nachfolgen werden.

Augsburg, 3. August 1848.

Dr. Bachmann,
quiescirter k. Appellationsrath.

[668] In unserm Verlage erschien soeben und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Materialien
zur Revision der rheinpreußischen Strafprozeßordnung.

28 Bogen. broch. 1 Thlr. 15 Sgr.

Das rheinische Gerichtsverfahren und die demselben zum Grunde liegenden Gesetze nehmen gegenwärtig die Aufmerksamkeit aller Juristen und Staatsmänner in hohem Grade in Anspruch. Die vorstehenden Materialien zur Revision eines wichtigen Theiles dieser Gesetze, welche verschiedene Anomalien und Inkonsequenzen in praktischer Anwendung derselben mit freimüthiger Gründlichkeit benennen, stammen aus der Feder eines in jeder Beziehung kompetenten Staatsmannes, dessen Erfahrungen zu einem entscheidenden Urtheile berechtigen. Sie enthalten zugleich den vollständigen Entwurf einer revidirten Strafprozeßordnung, nebst den in Erläuterungen dazu entwickelten Gründen, und sind als ein wichtiger Beitrag zum Neubau auf dem Gebiete deutscher Gesetzgebung und Rechtspflege zu betrachten.

Köln, im Juli 1848. M. Du Mont-Schauberg'sche Buchhandlung.

[669] Bei C. F. Winter Verlagshandlung in Heidelberg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

(Classisches Werk zu höchst ermässigtem Preise).

C. Sal. Zachariä's

40 Bücher vom Staate.

Umarbeitung des früher unter demselben Titel erschienenen Werkes.

Ermässigter Preis für das vollständige Werk in 7 Bänden 4 Thlr., 7 fl. rh. od. 6 fl. C.-M.

Von diesem klassischen Werke, dem umfassendsten und geistreichsten, welches wir über die Staatswissenschaften besitzen, haben wir eine Anzahl Exemplare bestimmt, um ja dem bemerkten wohlfeilen Preise abgegeben zu werden; ist diese Anzahl vertauft, so tritt der fast um das Dreifache höhere Ladenpreis wieder ein. Man wird deßhalb wohl thun, Bestellungen bald zu machen.

[670] **Aufforderung.**

Friedrich Löw, Gastwirthssohn aus Presburg, wird hiermit aufgefordert, mir auf meine Briefe zu antworten, wenn nicht, werde ich ihn öffentlich blamiren. Heinrich Hurst,
Gastwirth zum Darmstädter Hof in Heidelberg.

[671] Nr. 18518. P. S. Michael Schäfer von Reisenbach, Soldat beim Infanterieregimente Großherzog Nr. 1 hat sich unerlaubter Weise von seinem Regimente entfernt und nach Frankreich begeben. Derselbe wird deßhalb aufgefordert, sich binnen 6 Wochen um so gewisser dahier, oder bei seinem Regimente zu stellen, als er sonst der Desertion für schuldig erklärt, und nebst seiner persönlichen Bestrafung im Betretungsfalle, in die gesetzliche Vermögensstrafe verurtheilt werden soll.

Buchen, 1. August 1848.

Großh. Badisches Bezirksamt:
Zelleisen.
vdt. Hartmagel.

[672] Bei Tob. Löffler in Mannheim erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Karte vom Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein. Preis 24 kr. oder 7½ Sgr.

Bei der jetzigen Wiedervornahme des deutsch-dänischen Krieges allen Politikern besonders empfehlenswerth!

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Wilcox 11 Kingsway, 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Klingenberg in Straßburg Nr. 23 Brandg., Paris Nr. 28 Rue de Beaune du Temple.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 20. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 22. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 220. **Heidelberg,** Mittwoch 9. August. **1848.**

Uebersicht.

Preußenthum oder Deutschthum? — Wien (Uebereinkommen in der ungarisch-kroatischen Frage. Verstärkung nach Italien. Ehrensäbel Radetzky's. Neue Ministerialräthe). **Innsbruck** (der Kaiser sagt Rückkehr zu. Die Verfolgung der geschlagenen ital. Armee. Karl Albert in seine Staaten zurück). **Salzburg** (die Deputation an den Kaiser. Die Nationalitäten Oesterreichs. Die Sprachenungelegenheit). **Aus Tirol** (Graf Brandis. Petition der Ultramontanen gegen die Aufhebung der Jesuiten) **Berlin** (die Stimmungen. Das Abstellen der Parade und das Zuhauenverbot. Die Aufstände in Charlottenburg. Die Katastrophe in Schweidnitz. u. Griesheim). **Bulletin** (Proklamation an die Truppen). **Kassel** (die Huldigung). **Darmstadt** (Vertagung der Kammer). **Braunschweig** (unruhige Auftritte. Die Huldigung vom Herzog bewilligt). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Aergerliche Auftritte. Die Polizei gegen Dänemark. Die Trennungspartei. Muthy. Berichtigung eines Mißverständnisses).

Schweiz. Bern. Der Bundesentwurf angenommen. Italienische Nachrichten. Gerücht von der Einnahme von Mailand.

Großbritannien. Interpellationen über Limburg und Schleswig-Holstein.

Frankreich. Paris. Die italien. Nachrichten. Note des National. Gerüchte vom Truppenmärschen. Ein angebliches Attentat auf Thiers. Das russische Gold. Erste Abtheilung der Deportirten.

Italien. Lumbardei. Mailand soll kapitulirt haben. **Verona, Cremona.** Einzelnes über die Kriegsereignisse.

---

9. August.

Preußenthum „oder" Deutschthum?! „Aepfel oder Obst?!" Welch ein Gegensatz! — Zorn und Schmerz mahnen unaufhörlich, diesem Gegensatz die Spitze abzubrechen; denn in beide Heerlager zerstreut sind edle brave Naturen; unvernünftig ist nur ihre Feindschaft. Gegen sie gilt es. Haben wir nicht in Europa genug Widersacher; wozu untereinander dies Kinderspiel von Freund und Feind? Wozu die Manövres mit Scheingefechten? Wir haben ja wirklichen Krieg genug. — Von der sogenannten preußischen Partei, von der des sogenannten spezifisch Preußenthums geben wir den Troß ganz und völlig Preis. Es ist freilich nicht Alles Gold, was glänzt; auch auf Seite der sogenannten deutschen Partei gibt es einen Troß, der nicht um ein Haar besser ist, als der gegnerische Haufe. Zuerst fassen wir aber den Pöbel auf jener Seite ins Auge. Da ist es denn keinen Augenblick zweifelhaft, daß die Reaktion, die nicht einen Schuß Pulver werth ist, das spezifische Preußenthum zum Aushängeschild gebraucht. Diese Maulwürfe sind denn endlich zu Tage gekommen mit ihrem verzweifelten, unterirdischen Wühlen. Wenn man unter den Linden zu Berlin in diesen Tagen spazierte, so ging man von Maulwurfshaufen zu Maulwurfshaufen. Diese Plakate an den Bäumen, auf feinem Papier, in „volksthümlicher" Sprache und z. B. mit Anführung dessen, was die Times (!) den Preußen zu thun gerathen — sie verrathen nur zu bald die Quelle, von der sie herstammen. Ueberlassen wir den Gärtnern die Jagd auf die Maulwürfe! — Es ist den Gönnern und Freunden des ancien régime wirklich anrichtig um ein undeutsches Preußenthum zu thun. Gewiß, man kann denjenigen, welche seit 20 oder 30 Jahren gegen alle deutschen Gesinnungen Opposition gemacht, denen ein Rochow, ein Savigny, ein Bodelschwingh als Burschenschafter galten, eine gewisse Bornirtheit gerechterweise nicht absprechen. Diesen einigermaßen vernagelten Köpfen ist es eigen, daß jedes Allgemeine über den Horizont ihrer Besonderheit hinausgeht. Dennoch, so sehr ihnen Deutschland eine terra incognita sein mag, ihr Borussenthum ist dieser Sorte gegenwärtig nur das Mittel zum Zweck. In der Vossischen Zeitung fragt vorlauterweise eines jener lesenswerthen „Eingesandts:" „wenn wir uns den Frankfurtern (!!) gegenüber auf unsere große Vergangenheit, auf die Thaten unsrer Könige berufen, warum stellen wir uns nicht ebenso gegenüber den Demokraten im Inland auf den historischen Boden und berufen uns auf unsre große Vergangenheit, auf die Thaten unsrer Könige?" — — Wir geben ferner Preis diejenigen Vertreter des spezifischen Preußenthums, welche ohne Nebenabsicht, in ihrer Kurzsichtigkeit und Verblendung soweit gehen, daß sie den alten Staatenbund für das non plus ultra einer deutschen Einheit ansehen. Und diese gutmüthigen Fanatikee vergessen sogar, daß den Forderungen gegenüber, die sie für Preußens Selbständigkeit zu begehren, den Unverstand haben, die alte Bundesverfassung viel zu drückend, viel zu straff ist. „Wie", rufen sie aus, „das gewaltige Preußen soll nicht einmal das Recht haben, für sich Krieg zu erklären und Frieden zu schließen? Uns soll von Frankfurt aus befohlen werden, einen Krieg zu führen oder fortzusetzen? uns soll ein Friede von Frankfurt aus diktirt werden?". Und nach der alten Bundesverfassung darf doch kein deutscher Bundesfürst, kein deutscher Bundesstaat für sich Krieg erklären oder Frieden schließen. Oesterreich für seine außerdeutschen Länder, Preußen für seine außerdeutschen Provinzen, der Herzog von Holstein für sein skandinavisches Königreich, der Großherzog von Luxemburg und Limburg für sein Königreich der Niederlande waren davon nicht berührt. Nun sind aber seither, ohne Tyrannei von Außen, die altpreußische Königsprovinz und Deutschposen dem deutschen Bunde einverleibt. Der König von Preußen hat infolge dessen, abgesehen von allen Entwürfen der Beseler, Mittermaier und Dahlmann, gemäß der Bundesakte kein Recht mehr, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen, außer für das einzige Polnisch-Posen, also als polnischer Fürst, und nicht als Preußenkönig, nicht als deutscher Monarch. Wer daher hiergegen eifert, der klagt die Bundesakte an: und wer von dieser behauptet, daß sie Deutschland allzusehr centralisire, der hat sich selbst gerichtet. Diese zweite Art von Preußenthümlern redet auch in Plakaten, doch ihre Sprache ist verschieden von der jener Ersteren. Sie streichen das Preußische heraus, aber schmähen nicht. Sie leben und sterben für das glorreiche Preußen, aber eifern nicht gegen deutsche Einheit; vielmehr bilden sie sich ein, dieselbe so recht wohl erreichen zu können. Daß man den Verfasser des früher erwähnten Pamphlets über die Centralgewalt, dessen Anonymität das Gerücht hat aufkommen lassen, Oberst von Griesheim sei der Autor, ebenso preisgeben muß wie die Genannten, das verlangt wohl schon die Achtung vor dem preußischen Namen. Durch die höchst anstößige Form allein, in welcher jene Flugschrift für Preußen redet, ist jene Achtung auf das Tiefste herabgesetzt. Preußen kann sagen: Gott behüte uns vor solchen Freunden! Wir wollen jetzt das Gros derjenigen mit einigen Umrissen zeichnen, die sich vorzugsweise deutsch nennen. Symmetrisch entsprechen zwei Klassen desselben den beiden eben dargestellten auf der andern Seite. Wie dort die Reaktionäre, so lagern hier — im Hintergrund — Revolutionäre. — Wir wissen alle, daß gegenwärtig in Deutschland die äußersten Flanken links, völlig gleichgiltig gegen alle Nationalität, ja Kosmopoliten in dem thörichten Sinne sind, daß sie das Nationalgefühl als unverträglich mit der Humanität anfeinden, daß sie den nationalen Standpunkt als einen untergeordneten, bourirten, verhöhnen. Und diese Spötter stehen jetzt in erster Reihe als Vorkämpfer des Deutschthums in Preußen. Natürlich ist ihnen das Preußenthum zuwider, und insoweit meinen sie es ehrlich. Denn wie sie Nationalität und Weltbürgerthum, Nationalgefühl und Humanität nicht zusammenreimen können, so sehen sie in aller Besonderheit eines deutschen Stammes, im Unterschiede zu andern deutschen Volksstämmen, sogleich Exklusivität und Feindschaft gegen das allgemein Deutsche. Aber neben dieser ihrer Beschränktheit in Beurtheilung des Verhältnisses vom Allgemeinen zum Besondern, waltet bewußte Perfidie. Sie, die von einem Vaterlande Nichts wissen wollen, ergreifen plötzlich das vaterländische Banner. Eben noch hielt ihre Hand die blutrothe Fahne, kaum verhallte das Schmäh-

Digitized by Google

wort auf die deutsche Trikolore, da werfen sie sich zu Fürsprechern, zu Anwälten der deutschen Sache auf. Ihr Zweck ist unwandelbar derselbe, wie der der Reaktionäre, für ihre fixe Idee Propaganda zu machen. Aber, geschmeidig und chamäleonartig wie sie sind, wechseln sie schnell ihre Mittel und Wege. — Daß die Demagogie den deutschen Namen als Deckmantel gebraucht, den Patriotismus zu einem Parteiniß herabwürdigt, erklärt mehr, als mancher andre Grund, warum so sehr Viele das schwarzweiße Panier entfalten — aus Feindschaft gegen diese Leute vom Troß, die sich für Deutsche ausgeben, ohne eine Ahnung von deutschem Wesen, deutscher Art! — Die nicht zahlreichen Plakate, welche diese Sorte für Deutschland drucken und ankleben läßt, tragen den Stempel der Partei, so sehr sie sich auch hinter leeren Phrasen versteckt; denn Deutschland ist eigentlich nebensächlich; die Schimpfreden auf die Gegner, die Verdächtigungen, die Anreizungen bilden das eigentliche Thema. Eben dieselbe Taktik wird unter den Zelten beobachtet, wo man die „deutsche Frage" behandelt hat. Die Zusammenrottungen, der wüste Tumult in den Nächten, die Kreuzzüge gegen die zweifarbigen Fahnen, das sind die Ritterthaten zur Ehre Deutschlands. Namhafte Parteiführer läßt die Fama an solchen Kreuzzügen sich betheiligen; Abgeordnete des preußischen Volkes sollen die Schwelle des Hauses, das doch des „Bürgers Burg" ist, überschritten und Entfernung der Fahnen verlangt haben. Solchen Individuen ist Alles genehm: „Deutschthum", „Prinz v. Preußen", „direkte Wahlart", „Landtag", Alles, was ihrem Zwecke dient: Dieses Preußen, das bisher den anarchischen Attentaten Stand gehalten, im Konflikt mit Deutschland zu Grunde zu richten! Dieses „Deutschthum" geben wir preis. Wenn bei der schwebenden Differenz des sogenant spezifischen Preußenthums und des sogenannten Deutschthums dieser erste Troß, sobald man den Motiven seiner schlausten Parteimänner auf den Grund geht, mit seinen geheimsten Gelüsten, die Zernichtung und Zertretung Preußens, durch ein demselben feindlich entgegengesetztes Deutschthum zu erreichen wünscht, und der Hoffnung lebt, sodann auch und zwar um so leichter dieses Deutschlands Meister und Herr zu werden, so läßt sich ähnliche Heimtücke nicht von denen aussagen, die außer diesen gegenwärtig das deutsche Zeichen hoch emporschwingen. Aber eine zweite Klasse ist, wie die jener verblendeten Preußenthümler, ihrerseits mit Blindheit geschlagen.

Sie wollen nicht, wie die Erstern, Preußens Verderben; aber sein Gedeihen ist ihnen so gleichgiltig, als wäre Preußen Kamtschatka. Sie meinen Alles gethan zu haben, wenn sie sich dreimal, viermal, zehnmal, hundertmal mit Begeisterung deutsch nennen. Ueber die deutsche Eigenthümlichkeit, sich in manigfaltigen Spielarten verschiedener Volksstämme darzustellen, sehen sie ganz hinweg. Sie sind ohne alle Kenntniß ihres besondern Volksstammes. Sie ahnen nicht, daß sie mit ihrer hohlen Allgemeinheit sich völlig von ihrem Stamme loslösen und folglich auch mit Allem, was sie denken, behaupten, bestreiten, öffentlich erklären, dem deutschen Vaterlande für Null gelten müssen; sie repräsentiren nur sich selbst. — In ihrem Fanatismus ziehen sie zu Felde gegen die preußischen Farben, gegen die schwarz-weißen Fahnen. Und doch diese schwarz-weißen Farben, woher stammen sie? Friedrich von Hohenstaufen, der Schwabenherzog, hat auf dem Kreuzzug, wobei sein Vater, der Rothbart, im Kydnos den Tod fand, ein Hospital für Deutsche und einen deutschen Ritterorden gestiftet. Wie jetzt in weiter Fremde der Deutsche auf den Schutz von Briten und Franzosen angewiesen ist, so wurden damals die deutschen Kreuzfahrer in den reichdotirten Spitälern der französischen und anderer Nationen verpflegt; Friedrich schuf seinen deutschen Landsleuten ein eignes Asyl und Obdach und in dem deutschen Orden deutsche Krankenwärter, Pfleger, Aerzte. Dieser „deutsche Orden" trug die Farben schwarz und weiß. Er trug diese Farben aus den unfruchtbaren Kämpfen in Palästina nach dem europäischen Orient; die schwarzweiße Fahne Hermanns von Salza eroberte und germanisirte Preußenland; das Banner Wineichs von Kniprode auf der Marienburg bezeichnete einen Sitz deutscher Kunst, Wissenschaft und wahrer Größe. Die schwarzweiße Fahne flatterte vor den Mauern Wiens neben der des Sobiesky. Es sind mit Einem Worte deutsche Farben, diese Preußenfarben, und ein Anfeinden dieses Zeichens ziemt keinem Deutschen.

So weit über den Troß auf beiden Seiten. Troß ist ein gar gehässiges Wort; aber wie bezeichnet man diese Leidenschaftlichkeit ohne tieferes Nachdenken über die Sache, dieses wilde wüste Eifern, auch abgesehen von den unrechtlichen Motiven Einiger, diesen Fanatismus der Beschränktheit? Auf beiden Seiten stehen jedoch Männer, von denen man nicht behaupten darf, sie hätten der Sache nicht tiefer nachgedacht; Charaktere, die völlig rein sind, Patrioten, die es recht und redlich meinen, Intelligenzen, denen vielleicht die höhere Weihe des politischen Genies mangelt, die aber weiter und schärfer blicken, als der vulgus unserer Politiker. Und dennoch stehen dergleichen Persönlichkeiten einander in dieser Frage feindlich gegenüber, dennoch sind unter ihnen Solche, die sich im Gegensatze zu Andern, welche insbesondere das Deutschthum hervortreten lassen, das Preußenthum vertheidigen und mit Wärme, ja mit wahree Gluth zur Geltung bringen. Diese Letzteren sind zwar durch die Form des Peuckerschen Ministerialerlasses tief verletzt. Aber weder das Peuckersche Reskript, noch der Dahlmann-Beseler-Mittermaiersche, also zu $^2/_3$ preußische Entwurf, noch die Kommission über Reduktion von sämmtlichen Civillisten der Regenten, noch die Drohung Bassermanns, Hannover als eröffnetes Reichslehen zu konfisciren und damit den Reichsverweser auszustatten (vielleicht das Alles zusammen, nebst Manchem derselben Art?) hatte die Besorgniß jener patriotischen und edlen Preußen geweckt, die ich meine, sondern der Umstand, daß die Nationalversammlung im Ganzen noch keine für die Völker beruhigende Erklärung abgegeben, daß sie, gleich dem amerikanischen verfassunggebenden Kongreß, den deutschen Staaten das Recht zuerkenne, mindestens in ihrer Gesammtheit (per majora beschließend) der zu entwerfenden deutschen Reichsverfassung die Sanktion zu ertheilen und den Grundvertrag abzuschließen. In einzelnen Mitgliedern hatte das Parlament vielmehr die Neigung offenbart, sich die exklusive Souveränetät beizulegen. Dieser Absolutismus der deutschen Nationalversammlung ist es vorzugsweise, der in jenen Männern das lebhaftere Bewußtsein, dem preußischen Stamme anzugehören, hervorrief. Sie sahen, wie schon das Provisorium sich in Preußen eigentlich recht im Allgemeinen nur dadurch einzuleben versprach, daß seine Konstituirung durch Zustimmung und freudige Billigung der Staatsgewalt (neuerdings des Königs in Person) vermittelt worden. Dauer und Kraft für Preußen im Ganzen könne sich daher nur eine Reichsverfassung schaffen, die durch Vertrag mit den Staaten, demnach also auch mit Preußen zu Stande gekommen. — Diese Männer sahen ferner in der schrankenlosen Fürstlichkeit und allmächtigen Majestät der Nationalversammlung jede Garantie schwinden, daß die neue Verfassung strenge denjenigen Charakter an sich tragen werde, zu dessen Erzielung das deutsche Volk Repräsentanten gewählt, den bundesstaatlichen. Wenn die Nationalversammlung auf ihrem Absolutismus bestände, so könnte ohne Widerrede ihre Mehrheit statt des Bundesstaates einen Centralstaat mit Hintansetzung des Föderativprincips oktroyren. Sie glaubten in der deutschen Natur tief begründet das Streben, ein Selbstregierungsrecht, wie für die kleinste Gemeinde, auch für die größere zu beanspruchen, und so innerhalb des Reiches die größtmöglichste Freiheit für die Staatsgemeinden. Diese Männer stellten sich und stellen sich, wie sehr auch der Schein gegen sie ist, nicht auf den Boden eines stockpreußischen Egoismus, sondern vielmehr auf den deutschen Standpunkt, auch wenn sie selbst das Gegentheil von sich aussagen. Das, was sie für Preußen in Anspruch nehmen, nehmen sie im Grunde doch für alle deutschen Stämme in Anspruch. Sie wollen den Bundesstaat in seiner Reinheit und allerdings in möglichst freier Weise, so wenig straff, als es Macht und Größe des Reichs irgend gestatten. Sie wissen, daß die Sache des Bundesstaats verloren ist, wenn Preußen erst zerbröckelt, und so geht ihr ganzer Partikularismus, ihr Steifen auf das starke Preußen, ihre gebieterische Forderung seiner ferneren Selbständigkeit lediglich hervor aus der Ansicht, durch die Unbeschränktheit des verfassunggebenden Reichstags sei der bundesstaatliche Charakter der künftigen Reichsverfassung, sei somit das Vaterland gefährdet. Deßhalb halten sie den Uniformisten die ungebrochne Kraft, die kernige Natur, die unverwüstliche Gesundheit des Preußenthums entgegen, als ein unüberwindliches Hinderniß alles Centralisirens. Danach handeln sie. Sie mißbilligen in hohem Grade den preußischen Fanatismus, der in der Straßenliteratur gepredigt und lautbar wird; aber sie geben dieser Mißbilligung keinen öffentlichen Ausdruck. Sie tadeln das Aufstecken der Landesfahnen aus den Fenstern der Kasernen, aber sie billigen es an den Häusern der Privaten. Alle Kraft und aller Nachdruck sei jetzt auf das Preußenthum zu legen; mit seiner Rettung allein rette man Deutschland. Sie ehren die herrlichen Farben des deutschen Reichs, sie legen auch nicht die dreifarbige Kokarde ab — aber, wo sich auch

Digitized by Google

nur Gleichgültigkeit gegen Preußisches kundgibt, eifern sie mit Leidenschaftlichkeit dagegen. Wo jetzt mit einiger Emphase das Deutschthum sich hervorthut, argwöhnen sie Feindschaft gegen Preußen, Feindschaft gegen die Eigenthümlichkeit und Berechtigung der Volksstämme.

Diesen gegenübee, mil derselben Heftigkeil, die bis zne Erbitterung sich steigert, stehen im entgegengesetzten Lager ebenso edle Charaktere, ebenso warme Patrioten, im Kampfe mit ihnen. Mit derselben Nachsicht oder Gleichgiltigkeit, wie die zuletzt Beschriebenen dem verwerflichen Treiben iheer Gruppe zuschnuen, wie Jene in unbewachten Augenblicken selbst in der Uebertreibung das preußische Selbstgefühl sich wohl gefallen lnssen: ebenso betrachten die tüchligsten der deutschen Patrioten hier die Umtriebe und die Uebereilungen ihrer Hintermänner. Sie durchschauen das Spiel dee als Deutschthümler maskirten Demngogen, sie belächeln den inhaltarmen Enthusiasmus der Subjeltivitäten, die im Namen der Nation jedes Zucken des Preußenthums als Volksverrath, als Hochverrath proklamiren —, aber sie haben kein Wort eines Dementi's gegen die Wühler, keine Warnung für die Schreier nnd Lebehochruser. Denn dem Preußenthum zum Trotz ist es ihnen lieb, nur recht viele Schwarzrothgoldne ins Feld stellen zu können. Das soll voe dem Vaterlande die Ehre des preußischen Namens retten! Denn jedes stärkere Betonen des Wortes „Preuße" däucht ihnen ein Makel. Sie schämen sich fast der deutschen Volksfamitie, der sie entsprossen sind. Sie haben im Grnnde Nichts gegen dir Landesfarben; nber, da die Reaktion sie mißbraucht, fürchten sie durch Annahme und Anerlennung vou Schwarzweiß in Gemeinschaft und Berührung mil ihr zu kommen und sich so zu beflecken. Daher Nichts von jenen Farben und Fahnen, außer wenn sie zufällig von früherhee das weiße Pünktchen in dem schwarzen Centrum ihrer dreifarbigen Kolarde hatten! — Sie stehen bewußterweise auf nllgemein deutschem Standpunkt der Beurtheilung. Sie wollen auch nicht den Untergang Preußens, aber sie begehren eigentlich keine Garantien dagegen, da *sie ihn für unmöglich ansehen*. Auch sie größtentheils verlangen den Bundesstant; seine Realisirung sei ja der offne Zweck des konstitnirenden Reichstngs; nber sie erwarten Treue zu dem Föderativprincip vou den deutschen Volksvertretern. Nichts ist ihnen odiöser, nls das Hervorthun des Preußenthums in *diesem* Moment. Sie besorgen davon einen desto stärkern Widerspruch in Frnnlfurt, heftige Antipathien gegen Preußen, wie sie in Oesteereich die Presse *schürt*, z. B. *die Allg. Oester. Zeit.*, die ihre warnenden Beispiele nus Preußen nimmt, von Preußen Alles im schwärzesten Gewande darstellt, und mit Einem Wort an Preußen recht eigentlich ihr Müthlein kühlt. Solchen Stammesvornrtheilen gebe die Schilderhebung des Preußenthums neue Nahrung. Hochherzigkeit in der Politik der Regierung, in der Zuversicht allee Stnatsmänner, in der Hingebung des ganzen Volks sei die Weise, die Preußen zum wahren Heil gerichen würde. Untergehen, auch als Preußen nntergehen, könne Preußen nnn und nimmermehr.

Wir wiederholen es; der Gegensatz vou Preußen- u. Deutschthum ist eitel und nichtig. Nur das ist die Unvernunft des heutigen Konflikts, daß einerseits geglnubt wird, mnn könne *Deutsch* sein, wenn man Preußen oder ein nnderes Deutschtnnd anseindet oder Preußen als Preuße verläugnet, und daß andrerseits eine heftige, oft maßlose Sprache gegen Deutschlnnd sich damit vertrüge, ein echter *Preuße* zu sein, insbesondre ein *Preuße*, wie *die* glorreichen Namen, auf welche die Straßenliteratur sich so lnut und häufig beruft. Nein, wahrlich ein *Deutschthum*, das von *Preußen Nichts wissen will*, das *Preußen* auf Tod und Leben *bekämpft*, verdient den *Namen nicht*, ist *völlig undeutsch*. Und ein in *der That undeutsches Preußenthum* ist *kein* Preußenthum! — Was ist denn Peeußisch Anderes, als eine Art der deutschen Gattung? diese Art der deutschen Gattung soll und wird abee fortbestehen; Friedrich des Großen Land und Volk wird forl und fort ein ungekränktes, ungebeugtes, starkes Glied des großen Ganzen sein. An dem *Preußenthum*, wie es jetzt manchen Vaterlandsfreund, der nur dessen Trotz wahrnimmt, tief betrüben muß, an dem Preußenthum ist ein Kern, der *so deutsch ist, wie nur Etwas deutsch sein kann*; diesee Kern ist der Widerwille, die Leidenschaft gegen *Undeutsches*, was sich rings erhebt, und das Festhalten nad die Treue an dem wahren Wesen deutscher Nation. Es wird ein Tag kommen, der die Spreu vom Weizen sondert; da wird all das undeutsche Wesen, auf Seile eines vermeintlichen Deutschthums und auf Seite eines vermeintlichen Preußenthums zusammen ebenmäßig für *undeutsch* gelten; und die, welche Preußens Größe zu Deutschlands Rettung foedern, das echte Preußenthum, und die, welche Deutschland über Alles lieben nnd in ihr Gebet stillschweigend Preußen einschließen, ohne es zu nennen, Beide werden als echte Söhne Deutschlands sich die Hände reichen.

Oesterreich. *Wien*, 3. August. Man schreibt der *Allg. Zeitung*: Aus guter Quelle kann ich Ihnen berichten, daß in Betreff der ungarisch-kroatischen Differenzen vorläufig festgesetzt wurde: von jedem weiteren feindlichen Angriffe abzustehen, und sowohl die kroatischen Regimenter als die ungarischen Truppen von der Greuze zurückzuziehen, um sie vielmehr zue Verfügung süe das italienische Heer direkt zu halten. Der Feldmarschall Radetzky soll ebenfeas eine abermalige Verstärkung von 15,000 Mann erhalten. Der Verlust unserer Armee an Todten und Verwundeten in den letzten Schlachten wird auf 3000 Mann angegeben. — Heute fand in der hiesigen Augustiner-Kirche zu Ehren unserer tapfern in Italien gefallenen Krieger ein feierliches Todtenamt Statt, welchem nebst dem ganzen Offizierskorps und einem Theil der hiesigen Garnison auch viele Nationalgarden und die akademische Legion beigewohnt haben.

Wien, 4. August. Unsere Nationalgarde hat beschlossen, dem heldenmüthigen Führer unseres tapferen Heeres, Feldmarschall *Radetzky*, als Zeichen ihrer Hochachtung einen kostbaren Ehrensäbel zu weihen, und zu diesem Ende ist eine Subskription bei der ganzen Nationalgarde eröffnet worden, damit sich Jedermann an dieser Ehrengabe betheiligen könne. — Die Ernennung des mähreisch-schlesischen Landesadvokaten, Dr. Cajetan Mayer zum Unterstaatssekretär, sowie der Herren A. Fischee, Advokat in Salzburg, und A. Fischhof, Doktor der Medicin, zu Ministerialräthen im Departement des Innern, werden Sie bereits aus dee Wiener Zeitung entnommen haben. Die Ernennung des Letztgenannten dürfte das erste Beispiel in Oesterreich sein, daß ein Jude eine öffentliche Stelle im Ministerium bekleidet.

Innsbruck, 5. Aug. Der Allg. Ztg. zufolge ist Folgendes die wörtliche Antwort, die dee Kaiser den Deputirten gab: „Ich freue mich, die HH. Abgeordneten des konstituirenden Reichstags bei mir zu empfangen. Stets nur das Beste meiner Staaten wollend, werde ich unter den dargestellten Verhältnissen dem Wunsche Ihrer Kommittenten gerne entsprechen und mich in Ihre Mitte begeben. Trotz meiner noch nicht befestigten Gesundheit gedenke ich, meine Rückreise nach Wien — zu meinen getreuen Oesterreichern — in durch mein gegenwärtiges Befinden bedingten kleineren Tagreisen am 8. d. M. anzutreten. Den Ausdruck der loyalen Gesinnungen nehme ich mit Wohlgefallen auf.

Innsbruck, 5. August. Der Tir. B. meldet: Nach einem uns ebin zugekommenen Bericht des Feldmarschalls Radetzky an das hohe Kriegministerium aus dem Hauptquartier Tucano vom 2. August ein Theil der piemontesischen Truppen bei Piacenza über den Po gegangen, ein anderer, 20,000 Mann stark, hat sich gegen Lodi gezogen. Der Feldmarschall ist in Verfolgung des Letztern begriffen. Zugleich detachirt er zwei Kavalleriebrigaden in der Richtung Buffalora, welche Mailand von dee Rückseite fassen sollen, während er selbst mit dem Gros der Armee von voene gegen die Stadt anzurücken gedenkt. Am 4. hofft dee Marschall Lodi anzugreifen. Karl Albert soll die Armee für seine Peeson am 3. verlassen und sich über den Ticino in seine Staaten zurückbegeben haben.

** *Salzburg*, 3. August. Gestern Morgen kam die Reichstagsdeputation hier durch nach Innsbruck, um dem Kaiser die Pflicht nnd Dringlichkeit darzustellen, welche dessen unbedingte Rückkehr nach Wien unverzüglich erheischt. Die Meinungen der Deputirten über den Erfolg ihree Sendung sind getheilt. Ihre Sprache ist entschieden. Dee zum Unterstaatssekretär ernannte Salzburger Reichstagsabgeordnete Doktor Fischer, welcher sich unter dieser Gesandtschaft befindet, zweifelt nicht, daß sie ihre Aufgabe zu gewünschtem Ende bringen und den demokratischen Kaiser nach Wien rückgeleiten werden. Mir scheint das nicht ganz wahrscheinlich. Der ultramontane reaktionäre Einfluß der kaiserl. Umgebung dürfte nicht so leicht zu beseitigen sein, als man glaubt. Die entente cordiale zwischen Hof und Kamarilla ist zäh aus Interesse, weil nach den zu Innsbruck vorwaltenden Ansichten sie allein im Stande ist, den früheren oder vorrevolutionären statusquo wenigstens so weit wieder herzustellen, daß nicht jede Aussicht auf günstigere Konstellationen der Zukunft durch das Ungethüm der Gegenwart „demokratische Monarchie" verschwinde. Vorderhand ist das eitle Hoffnung. Die Slaven ringen nach der Suprematie, welche die Deutschen aus tausend Rechtsgründen besitzen. Dieser gordische Knoten wird nur mit dem Schwerte zerhauen; der Wiener Reichstag löst ihn eben so wenig, als er das Zerfallen der österreichischen Lande hindern kann. Dieser Reichstag soll beschwichtigen, verbessern, refor-

miren, umstürzen, aufbauen und mit dem alten Schutt das neue Bauwerk vollenden. In früherer Zeit wo Leidenschaften noch unentfesselt, da Loyalität als mächtiger Gehilfe zur Seite gestanden und die schmachvolle Wirthschaft Metternich's die gesunde Natur der Oesterreicher noch nicht zum Siechthum gebracht hatte, scheiterte der edle Josef in dem Bestreben, die Einheit Oesterreichs zu begründen. Die Vielheit dieses unnatürlichen Staatenverbandes war die Klippe, sie ist es jetzt vielmehr, da nimmer ein Wille, ein Steuer, ein Pilot das Staatsschiff lenkt. Ein so deutlich ausgesprochener Haß, wie er von den Polen und Czechen dem Deutschen zugerufen wurde, bedarf keiner weiteren Kommentare. Die deutschen Oesterreicher werden sich mit offenem Visir dem Feinde zeigen, die eichene Lanze einlegen und grad d'rauf los gehen, das ist die beste, ihrer würdigste Politik. Wir haben den Slaven, welche Genossen unserer Sklaverei gewesen, vollkommen gleiche Rechte nach Erkämpfung der Freiheit angeboten. Das war fair play; denn Wien hat es allein möglich gemacht, daß wir überhaupt Volksrechte mit den Slaven brüderlich und ehrlich theilen können. Die Kroaten und Grenzer verlaugten unlängst Annexation zum Reichstage, von welchem sich die Czechen und Polen zu trennen beabsichtigen. Seltsam erscheint dieses entgegengesetzte Benehmen verwandter Stämme, es ist aber psychologisch begründet. Die Czechen werden Ottokar u. Rudolf den Habsburger, die Polen und Grenzer aber Maria Theresia nie vergessen. Die große Kaiserin half Polen vernichten, und sie hat die Kolonialverfassung der Militärgrenze ins Leben gerufen. So erzog sie für Oesterreich einen unversöhnlichen Feind und gleichzeitig einen ergebenen treuen Freund. Ja Polen und Böhmen herrschte der Adel ganz willkührlich und mit dem Adel die blutsaugenden Beamten; in der Militärgrenze dagegen patriarchalische Militärobrigkeit wenigstens durch ein Reglement in Schranken gehalten, wenn nicht ein wichtigerer Umstand dem Grenzer humane Behandlung gesichert hätte. Der Offizier war mit dem Soldaten meistens durch Verwandtschaftsbande mehr auf gleichen Fuß gestellt. Aus demselben Regimentsbezirke (Kreis) hervorgegangen mit dem Soldaten von Jugend an durch dieselbe Beschäftigung, Landbau und Grenzdienst in stete Berührung gebracht, ging auch beim Ausmarsche der Regimenter das freundschaftliche Verhältniß nicht verloren, weil die vereinigten Interessen ihrer Heimath, von den zurückgelassenen Familien dann verwaltet, beständige Berathung und Rücksprache der Entfernten forderten. So bildete sich eine Militär-Demokratie unter jenen ackerbautreibenden Kriegern organisch aus, welche durch die vortrefflichen Grenz-Kompagnie-Regiments- und Gymnasialschulen die Weihe der Bildung erhielt, und mit dieser den gemeinen Grenzer höher stellte als den rohen ungarischen Nachbar. Deßhalb sympathisirt jetzt der Grenzer mit dem demokratischen deutschen Oesterreich und nicht mit dem aristokratischen Ungarn, noch viel weniger aber mit den Polen oder Czechen. Der Grenzer möge aber nie vergessen, daß in der Geburtsstunde seines Volkes sein Mutterland Oesterreich von den heldenmüthigen Magyaren gerettet, somit auch ihm das Leben von Ungarn erhalten wurde. Dankbarkeit verbindet, Politik verbündet die Grenzer den Ungarn. In einem magyarisch-slavisch-romanischen Staatenbunde hat Oesterreichs Dynastie und die Südvölker des heutigen Oesterreichs eine Zukunft, welche von Deutschland gesichert beiden Theilen mehr frommt, als die jetzt wüthend fortgekämpfte Sonderbündelei, woraus gewisser Untergang fließt. Es ist unvernünftig ob dem Streite über Verständigungsmittel, den Zweck oder das politische Ziel — Macht, Größe und Wohlfahrt — aus den Augen zu verlieren. Der Sprachenstreit muß aufhören. Die Engländer, in Vielem ein Musterstaat, geben auch hierin ein gutes Beispiel. Im Parlamente zu London wird nicht die Sprache der Kimmern von Wales, auch nicht die gälische der Hochschotten und Irländer (Hibernier) sondern englisch gesprochen. Die Bewohner der kleinen Insel Man sprechen zwar in ihrem eigenen Parlamente ihre aller Welt unverständliche Sprache; — man frage aber den celtischen Bewohner Großbritanniens oder Eins, ob dieser Vortheil ihn veranlassen würde, die höheren Weltansprüche seiner Insel gegen das Prärogativ des obsturen Eilands der celtischen See zu vertauschen. Mit Ungarn werden die kroatoslavonischen Bewohner der Drau, Sau, Donau groß und mächtig, ohne es bleiben sie nichtig. In eigenem Lande mag jedes Volk nach Belieben schaffen und walten, wenn es sich jedoch um das Interesse im Großen handelt, dann soll gemeinschaftlich entschieden werden. Wie viele Verbesserungen sind beiden Gebieten noch nöthig, um ihre reichen weiten Ländereien höher zu verwerthen. Landstraßen, Eisenbahnen, Kanäle, Dampfboote, Ackerbau und Industrie gedeihen auf keinem von Menschenblut befeuchteten Boden. Arbeiter zu solchen Zwecken bezahlt, werden segensreichere Früchte dem schönen Ungarn u. Kroatenlande bringen, als zum gegenseitigen Morde gedungene Räuberhorden.

† Aus Tirol, 3. August. Die amtliche Erklärung der Pensionirung des Gouverneurs Grafen Brandis ist nun erfolgt und die Leitung der Geschäfte dem Vicepräsidenten, Freiherrn von Benz, übertragen worden. Die Entfernung des Grafen von der obersten politischen Stelle dieser Provinz war für die österreichische Regierung eine längst gebotene Nothwendigkeit, wenn sie ihrem Prinzipe, dem aufrichtig konstitutionellen, auch hier Geltung verschaffen wollte. — Sie war unerläßlich geworden durch die offen ausgesprochene Opposition des Grafen gegen die Wiener-Ministerbeschlüsse, selbst wenn man seine Beziehungen zu den konstitutionsfeindlichen Ultramontanen, seine Verbindung mit der Hofpartei und die unumwundene Abneigung des Volkes, der sich selbst Solche anschlossen, die seine Parteifarbe trugen, hätte übersehen wollen. Als eine unparteiische Durchführung der neuen, freisinnigen Grundsätze, an ein gesetzmäßiges Zurückweisen der hierarchischen Uebergriffe und des gefährlichen Treibens der Fanatiker, an die Herstellung der Gleichberechtigung der liberalen Tiroler, ja nur an einen gesetzlichen Schutz derselben gegen Gewaltsscheitte ihrer Gegner war nicht zu denken, so lange Graf Brandis auf seinem Posten blieb. Die absichtlichen Partei-Maßnahmen wie die Mißgriffe desselben, vor Allem aber seine Ansichten und die durch sie gebotenen Endzwecke mußten darum ohne Rückhalt und Beschönigung öffentlich kundgegeben werden. Hier war von Verdächtigungen und falschen Anklagen nicht die Rede, denn der Graf hatte seines Tendenzen kein Hehl, wenn er auch manchmal mit wenig Glück die Mittel zur Durchführung geheim zu halten oder umzudeuten versuchte. Kam bei den Angriffen auf seine Handlungsweise und seine Grundsätze wohl auch die Persönlichkeit des Grafen in's Gedränge, so war dies um so weniger zu vermeiden, je mehr Brandis selbst seine Person mit seiner amtlichen Stellung identificirte und seine Privatansichten zu officiellen erhob. Es hat sich neulich in der „allgemeinen Zeitung" ein Korrespondent veranlaßt gefühlt, dem Charakter des Gouverneurs das Wort zu reden und beiläufig zu beweisen, daß man ein braver, festgesinnter Mann sein könne, ohne sich alsobald mit dem neuen Systeme der Regierung zu verständigen. Wir theilen mit ihm die Meinung, daß Graf Brandis niemals andere als rechtliche, ja patriotische Beweggründe für sein Verfahren hatte, daß er selbst die eigensüchtigen, unlautern der Partei, für die er arbeitete, nicht einmal erkannt, viel weniger daran Theil hatte, und was wir immer gegen denselben gesagt haben, wird ihn niemals des Gegentheils geziehen haben; — dennoch war es uns nicht möglich in der Achtbarkeit des persönlichen Charakters, die wir nie zur Sprache brachten, den Grund zu finden, den Staatsbeamten und seine Ansichten und Handlungen zu entschuldigen. Dieser mußte bekämpft werden, wenn wie anders unsere Pflichten für Tirol so eifrig erfüllen wollten, als es Graf Brandis in seinem Sinne that. Von nun an wird es uns wohl vergönnt sein, dem Verfahren des obersten Leiters tirolischer Dinge naherhohlen beizupflichten; — Freiherr von Benz, von Geburt ein Freibuerger, als trefflicher Beamter erprobt und schon unter dem voeigen System als ein Freund der jetzigen Grundsätze bekannt, gibt uns hiefür gute Bürgschaft. — Als neueste Leistung ultramontaner Thätigkeit erwähnen wir die Petition gegen das Jesuiten-Aufhebungsgesetz. Sie ward sehr geheimnißvoll nur unter dem Landvolk betrieben und auch zur Aushändigung an den Kaiser oder die Stände (?) den Bauern anvertraut, um das Unternehmen volksthümlich erscheinen zu lassen. Die Siege der Armee in Italien werden hier zu Land mit besonderer Freude vernommen; wir bedürfen des baldigsten Friedens, um unsere Handels- und Verkehrsverbindungen wieder aufzunehmen und die kostspielige Grenzvertheidigung entbehren zu können, die obendrein so viele Hände der Arbeit entzieht.

Preußen. *** Berlin, 4. August. Die Stimmen, die Versöhnung predigen, fangen an, lauter zu werden, aber zu einer Ausgleichung ist es noch nicht gekommen. Vielmehr ist dem mächtigen Impuls, der Nahrungsstoff überall fand, aber keine Führer, eine Stimmenverwirrung gefolgt, in der sich der Beste, der klar Denkendste nicht zurechtfindet. So viel ist gewiß, wären wir Kroaten und ein Banus Jellachich unter uns aufgetreten, wäre der Sturm losgebrochen. Wo er geendet, ob er zur Selbstvernichtung geführt hätte, das ist eine andere Frage. Genug, es stand kein Jellachich auf, und es ist wohl so besser. Die Stimmen aus Frankfurt lauten versöhnlich, und wir senden hoffentlich versöhnliche Vorschläge hinüber. Die Brücken über die Kluft werden sich, wo zwei gut denkende Mächte mit arbeiten, leicht herstellen lassen, sobald man in Frankfurt diejenigen Centralisationsvorstellungen aufgibt, vor denen nicht allein der preußische Partikularismus erschrickt, gegen den sich vielmehr die ganze germanische Natur sträubt. Wie eben verlautet, ist man dort schon von Vielem zurückgekommen; worauf man hier zu kommt, ist schwieriger zu sagen. Nach dem Armeebefehl des Königs, der die Hoffnungen der

Stockpreußen, wenn Sie diese Partei so nennen wollen, vernichtet, nachdem von dort aus entschieden das Einziehen der deutschen Fahne, das Abreißen der deutschen Kokarden mißbilligt worden, nachdem man Alles gethan, eine einseitig preußische Demonstration vom 3. August zu hintertreiben, mußte man auch einen positiven Akt erwarten, eine Legalisirung der Feier des 6. August. Daß das geforderte Lebehoch für den Reichsverweser an und für sich ein harmloser Akt der Höflichkeit ist, ist nun tausendfach gesagt und anerkannt; wenn er von Seite der preußischen Regierung dem Heere unempfohlen wäre, meinethalben mit allen möglichen Vorsichtsklauseln, so wäre alle und jede Gefahr damit beseitigt, entfernt gewesen. Der König hätte nur im Tone des Armeebefehls auch in dieser Beziehung zu seinen Soldaten zu sprechen gebraucht, und Alles wäre in Ordnung, legalisirt. Statt dessen erläßt der Kriegsminister eine Weisung an die Armeekorps, daß die Parade am 6. August nicht Statt finden solle. Wer begreift das? Das durch so vielfache Besprechungen unschädlich Gewordene unterläßt man, um zulassen zu müssen, was Gefahr bringen kann! Eine Macht, die man in der Hand hatte, um sie zu lenken, wohin man wollte, übergibt man den Parteien, damit sie gegen die Regierung daraus eine Parteidemonstration machen, denn wie am Rhein und in Breslau wird man auch hier jetzt aus Opposition gegen die Regierung Etwas feiern, was die Regierung zu ihrer eigenen Konsolidirung feiern könnte! Das Militär war aufgebracht, und es ist aufgebracht; aber hatten der König, die Prinzen, die bewährten und beliebten Generale nicht mehr die Mittel in der Hand, dieser Macht, die voller Loyalität für sie ihr Blut vergösse, nicht umzustimmen, sondern uns zu überzeugen, daß sie durch ein Hurrah für einen edlen deutschen Fürsten nicht ihr Vaterland verriethe und nicht Preußen unter die Herrschaft Oesterreichs gebe? Wer nun nach am 6. August vor's Thor ziehe, ein wie großer oder wie kleiner Theil der Bürgerwehr, ob die Studenten dabei eine dreifarbige Fahne entfalten, hoch wie ein Haus oder wie der Marienthurm, es ist und bleibt immer eine Oppositionsdemonstration, die man hätte vermeiden müssen, und die Opposition wird daraus ihre Früchte ziehen. Die werden am lautesten schreien und über Verrath und Reaktion klagen, denen ein einiges Deutschland unter einem Erzherzog Johann zum wenigsten am Herzen liegt, und der Pöbel wird jubeln und alle Zeitungen werden berichten, Berlin hat sich bekehrt, die ganze Bevölkerung ist zu Tausenden und Hunderttausenden mitgezogen, um der Welt zu zeigen, daß die Preußenerhebung nur ein Parteikunststück der Reaktion gewesen! Wir besorgen keinen Aufstand, keine Unruhe, aber es ist betrübend, gemeinsame Gegner Etwas ausbeuten zu sehen, das, wenn beide gegenüberstehende Parteien sich verständigt, ihnen zur Waffe gegen denselben geworden wäre. Bei einer Feier, die von der Regierung ausging, hätte die preußische Fahne neben der deutschen wehen können, jetzt, da sie von einer Opposition ausgeht, dürfte Schwarz und Weiß, wo es sich zeigen wollte, der Gefahr ausgesetzt sein, verhöhnt, ja im eignen Vaterlande beschimpft zu werden. Zwar nur im Vaterlande Herrn Arnold Ruges; es bleibt aber doch schmerzlich für Einige. Heute liest man an allen Ecken eine Klage: gestern hat die Polizei dem alten Dessauer eine preußische Fahne aus dem Arm gerissen, desgleichen Arbeitern, die ihren Karren damit geschmückt hatten. Soll es uns in Preußen nicht mehr erlaubt sein, uns Preußen zu nennen? Kann es uns die Obrigkeit selbst verbieten? Aus Besorgniß vor einer Faktion und daß es Unruhe gebe, erlaubt man uns nicht, unsere Farben zu zeigen! Trostlose Widersprüche, Aengst, Hingeworfen den wühlenden Parteien. Das Ultrapreußenthum verhüllt sich schon mit schweren Stoßseufzern in den Mantel der Resignation, doch wohl nicht ganz die Hoffnung aufgebend, daß auch noch seine Zeit komme. Jetzt stürzt sich der Radikalismus darauf, er versucht, was daraus zu machen ist. Frankfurt ist ihm verloren, aber er kann die Maske annehmen, für Frankfurt in Berlin kämpfen zu wollen. Da Baden nach Amerika auswandern will, ruht seine Hoffnung nur noch auf Wien und Berlin! Des Agitators Held Stimmr ist neulich durch die Nacht gehört worden, von der Königsstraße bis auf den Schloßplatz; Held als Vertheidiger der deutschen Einheit! Feuer muß geschürt werden, wo noch der Funke lodert, wenn es nur brennt! Und leider flackerte es mehrmals in diesen Tagen auf. Es ist möglich, daß Soldatenübermuth den Zank mit den Studenten in Charlottenburg anfing, aber, fragt man, weshalb mußten die Studenten mit den dreifarbigen Fahnen gerade nach Charlottenburg zu ihrem harmlosen Vergnügen hinausziehen, wo sie wußten, daß Militär lag, und gerade von dem Militär, welches in der Barrikadennacht in Berlin thätig war? Es gibt so viele Vergnügungsorte um Berlin, wo die deutsche Fahne kein Aergerniß gegeben hätte. Auch unter den Studenten sind übrigens Spaltungen. Eine große Zahl derselben erkennt die Plakate nicht an, welche mit der Unterschrift: „die Berliner Studentenschaft“ im radikalen Sinne zum Publikum sprechen, und behauptet, sie rührten nur von einem kleinen Bruchtheil derselben her. So Spaltungen in jedem Verein; wiß doch in den Kompagnien der Bürgerwehr Niemand, ob er seinem Hintermann, seinem Vordermann ganz trauen kann. Die Blutscene, die uns aus Schweidnitz gemeldet wird, ist betrübender, als alle hiesigen Neckereien. War es ein Zusammenstoß, war er durch mehr als Neckereien provocirt, aber war es eine brutale Ausübung der Militärgewalt, die gestraft werden muß? Wir erwarten nähere Nachrichten und eine strenge Untersuchung. Die Radikalen werden das traurige Ereigniß inzwischen nach Möglichkeit ausbeuten.

|| Berlin, 5. August. Soeben bekomme ich die Nr. 215 der Deutschen Zeitung zu Gesicht, und bitte Sie, Ihren Lesern doch unverzüglich mitzutheilen, daß die Geiesheimsche Schrift durchaus keine andere Bedeutung hat, als daß sie eben ein preuß. Oberst (nicht General) geschrieben, der zufällig eine höhere Stellung im Kriegsministerium bekleidet. Das Ministerium selbst ist dem Pamphlete durchaus fremd, und unsere Minister mißbilligen dasselbe. Es ist zu erwarten, daß Hr. v. Ge. entlassen werden wird, sobald nur ein Nachfolger für ihn ausgemittelt ist. Daß Sie die Schrift mit Bitterkeit angreifen, finde ich natürlich; bedenken Sie aber, daß der Drachenzähne bereits genug gesäet sind, und daß, wenn der Bruch nicht größer wird — noch Alles gut gehen kann. Auch hier will man das Gute, aber man scheidet die Ideologie vom praktisch Möglichen.

Baiern. Die Proklamation des Königs, welche bei der heute (6. August) für den Reichsverweser stattfindenden Huldigungsparade den Salouten verlesen wird, lautet: „Baiern! Der Reichsverweser unseres deutschen Gesammtvaterlandes ist ernannt. Erzherzog Johann von Oesterreich hat mit Zustimmung aller deutschen Regierungen dem Rufe der Nationalversammlung entsprochen und die Leitung der provisorischen Staatsgewalt übernommen. Seine Person, Seine hochwichtige Sendung begrüßen Wir, begrüßt ganz Deutschland mit offenem Vertrauen. Eine neue Zeitrechnung hat begonnen. Das theuere Gesammtvaterland wird nach Innen und Außen kräftig erstarken und durch Einigkeit überallhin Achtung gebieten. Sowie Baiern schon vor dreißig Jahren mit Begründung verfassungsmäßiger Freiheit vorangeschritten ist, sowie es Unsere erste Regierungshandlung war, diese Freiheit zeitgemäß zu entwickeln und fortzubilden, so sind auf solchen Rechtsboden schließen Wir Uns auch dem Reichsverweser, und in ihm dem gesammten deutschen Vaterlande freudig an. Baiern wird, wo es Noth thut, der großen deutschen Sache bereitwillig alle seine Kräfte — und wo es gilt — Gut und Blut zum Opfer bringen. Reichenhall, 1. August 1848. Max. v. Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld. Weishaupt. Genf v. Bray. Freiherr v. Strauß. — Von solchen Gesinnungen durchdrungen, vernehmt die Ansprache des Reichsverwesers selbst.“ (Folgt dann dessen „Aufruf an die Deutschen.“)

Kurhessen. Kassel, 6. August. Heute Vormittag hat die hiesige Garnison auf dem Forst dem deutschen Reichsverweser in der vorgeschriebenen Form gehuldigt. Der Kurfürst stand selbst an der Spitze der Truppen und brachte zuerst dem Reichsverweser mit gezogenem Degen ein lautes Hoch, in welches die Mannschaft einstimmte, sodann dem Kurfürst ein Hoch brachte und nach einmaligem Defiliren sich zur Stadt zurück begab. 101 Kanonenschüsse verkündeten der Stadt den feierlichen Augenblick. (Fr. J.)

Hessen. △ Darmstadt, 8. August. Die Darmstädter Zeitung vom Heutigen enthält folgende Nachschrift: „Darmstadt, 8. August. In heutiger Kammersitzung verkündigte der Hr. Minister Jaup die Vertagung der Ständeversammlung auf unbestimmte Zeit, mit Zusicherung, daß ein auf die liberalsten Grundlagen gebautes Wahlgesetz vorbereitet und den demnächst wieder zusammentretenden Ständen vorgelegt werden soll.“ Es ist begreiflich, daß eine Nachschrift etwas kurz gefaßt ist, aber dadurch wird der Wunsch nicht beseitigt, sie vollständiger zu haben, sie in ihren Motiven zu erklären und sie ihrem Werthe nach zu beurtheilen. 22 Mitglieder unserer zweiten Kammer wollten also dahin die Vorlegung eines freisinnigen Wahlgesetzes und, nach Erledigung dessen sowie der übrigen wichtigsten Angelegenheiten, Auflösung des Landtages. Ein Theil der Antragsteller begründete ihren Antrag glänzend. Der Präsident der Kammer verwies den Antrag zum schleunigsten Berichte und der bei der Begründung versammelt gewesene Ministerpräsident Jaup versprach nach Erstattung des Berichts die Mittheilung seiner Ansicht. Heute erstattete der Abg. Langer Namens des dritten Ausschusses den Bericht. Er schloß sich dem Antrage der 22 an und somit hatten 25 bis 26 sich dafür ausgesprochen, also eine starke Majorität, da seit Monaten die versammelten Kammermitglieder über die Zahl 40 nicht hinausgingen. Man erwartet nun demnächstige Berathung, nach gedrucktem Berichte. Aber

Digitized by Google

Hr. Ministerpräsident Jaup ersparte der Kammer diese Mühe. Er erschien sofort in Person, erklärte, „eine thunlichst kurze Vertagung erscheine ihm immer noch als das Zweckmäßigste. Die Meisten sehnten sich, nach 5monatlicher Thätigkeit, nach Ruhe, nach den heimathlichen Beschäftigungen. Zur Vorlage eines Wahlgesetzes seien die Grundlagen noch nicht vorhanden, die Beschlüsse der Nationalversammlung genügten noch nicht vollständig. Er wolle ein Wahlgesetz vorlegen, sobald als möglich und im liberalsten Sinne, wofür der politische Zustand Deutschlands, die Kammer selbst Bürge sei, sowie sein ganzes politisches Leben und sein Grundsatz in öffentlichen Verhältnissen: das Wohl des Staates ist oberstes Gesetz.“ Der großherzogliche Vertagungsbeschluß war bereits fertig und kontrasignirt; Präsident Hesse wünschte baldiges Wiederzusammenkommen und die Abgeordneten gingen unter Zeichen lebhafter Unzufriedenheit auseinander. Hierzu die nachstehenden wenigen Bemerkungen: He. Jaup mochte in Bezug auf die erwähnte Frage anderer Meinung als die Majorität der Kammer sein, er mochte auf seiner Meinung beharren, aber er konnte sich den Folgen nicht entziehen, welche in Staaten mit aufrichtiger Repräsentativverfassung ein solcher Konflikt im Gefolge hat. Das heißt: er mußte entweder abdanken oder die Kammer auflösen. Das letzte hatte allerdings seine wesentlichen Bedenken, aber keine, woraus der Minister hätte Vortheil ziehen dürfen; sie kehrten nämlich nur ihre Stacheln gegen das Volk. Man hätte wieder nach dem alten verrotteten Wahlgesetz wählen müssen, da noch kein neues vorhanden war. Aber doch würden sich selbst daraus dem Volk annehmbare Vortheile entwickelt haben: der Ersatz in Frankfurt abwesender oder sonst ihm nicht genehmer Mitglieder durch andere, wenn auch nach dem alten Wahlgesetz. Nach einigem Erstaunen, daß man der Majorität des Landtages und so für sich selbst sprechenden Gründen wegen eines neuen Wahlgesetzes nicht nachgegeben, hätte es einen Ausweg für seine Empfindungen bei Uebung des alten Wahlgesetzes gesucht. Aber auch das soll es nicht. Vielmehr tröstet man es mit der Aussicht auf ein Wahlgesetz „im liberalsten Sinne“, und zwar im nämlichen Augenblicke, wo man behauptet, für ein Wahlgesetz „im liberalsten Sinne“ noch nicht die erforderlichen Fundamente gefunden zu haben.

Braunschweig. Die Hannov. Morgenz. meldet: In Braunschweig ist es, den eingehenden Nachrichten zufolge, zu unerhörten Auftritten gekommen. Die Bürger verlangten die Anordnung der militärischen Huldigungsfeier für den Reichsverweser, wie der Reichskriegsminister sie vorschreibt. Der Herzog versprach, dem Beispiel der verbündeten Regierungen folgen zu wollen. Diese Antwort genügte nicht. Eine zweite Deputation ging ab, über deren Erfolg wir noch keine Nachricht haben.

Vom 5. August. Aus Braunschweig erhalten wir die Nachricht, daß der Herzog von Braunschweig dem Willen der Bürger nachgegeben hat; die braunschweigischen Truppen werden morgen ausrücken und dem Reichsverweser huldigen.

Braunschweig, 4. August. Folgende Mittheilung entnehmen wir der Magdeb. Z. Die Stadt ist in einer unerhörten Aufregung. Plötzlich verbreitet sich das Gerücht, der Herzog wolle die Truppen dem Reichsverweser nicht huldigen lassen; der Oberbürgermeister wurde daher veranlaßt, dieserhalb direkt bei dem Herzoge anzufragen, und brachte die Antwort desselben, er wolle, könne und werde unter keinen Umständen, sowohl wegen derletzter Form bei dem Befehle, als wegen der dadurch entstehenden Beeinträchtigung seiner Gewalt, die Huldigung geschehen lassen. Es begab sich hierauf eine Deputation zu dem Staatsministerium; der Staatsminister v. Schleinitz erwiderte derselben, die Minister befänden sich außer Stande, in dieser, nur den Herzog persönlich betreffenden Angelegenheit anders einzuschreiten, als durch Vorstellungen bei Sr. Hoheit; diese seien bereits gemacht, aber vergeblich. Bald nachher ließ der Herzog jene Deputation zu sich berufen und eröffnete derselben, daß er unter keinen Umständen die Huldigung geschehen lassen werde. Zugleich erfuhr man, daß Se. Hoheit morgen früh nach Blankenberg reisen werde, wobei er sich zugleich aussprach, derselbe werde einen Theil der Truppen mit dorthin nehmen. Der Herzog gab aber, wie wir oben gesehen, schließlich doch nach.

Frankfurt, 4. August. Ein Korrespondent von hier schreibt der Köln. Z: „Wir sind so glücklich, einen Umstand berichtigen zu können, der auf die Gemüther einen sehr lebhaften und aufregenden Eindruck hervorgebracht hat, nämlich die angebliche Weigerung Dänemarks, den Vorbehalt der Ratifikation Seitens des Reichsverwesers sich gefallen zu lassen. Diese Angabe beruht durchaus auf einem Mißverständnisse. Dänischerseits ist allerdings gegen die Dazwischenkunft des Reichsverwesers ein Bedenken erhoben worden, aber lediglich aus formellen, aus diplomatischen Gründen, in so fern der dänischen Regierung auf amtlichem Wege bisher von dem Dasein dieser neugeschaffenen Behörde noch Nichts bekannt geworden. Wie es scheint, hat unser biederer deutscher Oberfeldherr dieses Bedenken der „Federfuchser“ mißverstanden und auch das Reichsministerium darüber irre geführt. Aus der Mittheilung des Hrn. v. Schmerling in der Sitzung vom 31. Juli entnehmen wir mit Befriedigung, daß der angegebene Umstand die Hauptveranlassung zu Wiedereröffnung der Feindseligkeiten gegeben; wenigstens ist ein fernerer Kriegsgrund nicht angegeben. Somit dürfen wir denn festhalten an der Aeußerung des preußischen Ministerpräsidenten, daß der Waffenstillstand mit Dänemark wohl bald zu Stande kommen werde. Gewiß ist, daß man in Berlin den Frieden eifrigst wünscht und nicht abzusehen wäre, aus welchen Gründen man in Frankfurt den Krieg bieten sollte.

☞ Frankfurt, 7. August. In der heutigen Sitzung war der Antrag des Ausschusses in Betreff der Amnestie zur Verhandlung ausgesetzt. Der Berichterstatter Wiedemann gab Kenntniß von mehreren neu eingelaufenen Petitionen und entwickelte die Gründe, aus welchen dem Gesuche zur Zeit nicht Statt gegeben werden könne. Itzstein war von Hecker mit der Erklärung beauftragt, daß derselbe für seine Person keine Amnestie verlange, aber für seine Genossen darum bitte. Gegen die Amnestie sprachen Schoder, Biedermann und Edel, für dieselbe Hagen, Simon v. Trier und Brentano. Als der letztere eine Parallele zwischen dem Prinzen von Preußen und Hecker zog, machte sich die Entrüstung der großen Mehrheit und insbesonder der Mitglieder aus Preußen in dem Ruf „zur Ordnung!“ und „herunter von der Tribune!“ Luft. Jedermann fühlte das mehr als Unziemliche, das die so nöthige Einigkeit der deutschen Gefährdete einer Vergleichung, welche der ohnehin hochgespannten Mißstimmung in Preußen neuen Zündstoff gibt. Als die Bemühungen des Vorsitzenden von Soiron, die Ruhe herzustellen, vergeblich blieben und er die Sitzung aufhob, entstand eine Scene, die nicht zu beschreiben, aber tief zu beklagen ist. Die Rednerbühne war umdrängt von Mitgliedern, die mit leidenschaftlichen Geberden gegen einander sprachen. Der Lärm auf der Gallerie mischte sich mit dem Lärm im Saale und endete erst, als endlich Brentano die Tribune und die Versammlung die Paulskirche verließ*). — Dem Vernehmen nach haben viele Mitglieder über den Schritt, welcher in Beziehung auf diesen Vorfall zu thun sei, berathen, und sollen zu dem Entschluß gekommen sein, morgen den Antrag zu stellen, daß die Nat.-Vers. ihre Mißbilligung der Aeußerung des Abg. Brentano ausspreche. Näheres über die Verhandlungen morgen.

☞ Frankfurt, 8. August. Wie ich höre, hat das Reichsministerium beschlossen, dem Streit mit Dänemark nunmehr eine entscheidende Wendung zu geben. Dies bewiesen nicht blos die aufgebotenen Truppen, welche schon dieser Tage nach dem Kriegsschauplatze abgehen, sondern ein Mitglied des Reichsministeriums selbst, Herr Heckscher, will sich als Bevollmächtigter der Centralgewalt diese Woche noch nach Schleswig begeben, um für neue Vorschläge in der Nähe zu sein. — So wie die Sympathien für Polen während der letzten Monate bedeutend geschwächt worden, so beinahe erloschen sind, so hört man jetzt überall nur Freude äußern über den Sieg der österreichischen Waffen in Italien. Besonders fühlbar ist in der österreichischen Armee der Mangel an Wundärzten. Viele Verwundete, die noch geheilt werden könnten, gehen an diesem Mangel zu Grunde. Schon mehrmal sollen die Mediziner unter den Wiener Akademikern aufgefordert worden sein, diesem Mangel abzuhelfen; allein diese Wiener Akademiker scheinen es vorzuziehen, in der Hauptstadt, den Säbel an der Seite, und die Feder auf dem Hute, als Regenten einher zu steigen. — Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war nicht geeignet, die Einheit Deutschlands zu fördern. Während alle Vaterlandsfreunde bemüht sind, die in Preußen, namentlich unter der Armee, rege gewordene National-Empfindlichkeit zu beschwichtigen, trägt einer Ihrer badischen Abgeordneten, Herr Brentano, kein Bedenken, in seiner Jungfernrede den bei der preußischen Armee populären Prinzen von Preußen auf eine Linie mit Hoch- und Landesverräthern zu stellen. Ob man in Preußen zwischen der Aeußerung eines Einzelnen und der Haltung der Versammlung unterscheiden wird? Man muß unterscheiden, wenn

*) Es ist allerdings zu beklagen, daß es in einer Versammlung, welche die deutsche Nation vertritt, zu solchen Auftritten kommen kann; die Verantwortlichkeit fällt aber hier, wie immer, auf Den zurück, welcher Aergerniß gibt. Wir geben uns indessen der Hoffnung hin, daß man in Preußen zwischen der Aeußerung der Einzelnen und der Gesinnung der ganzen Versammlung wird zu unterscheiden wissen. Es gibt eine Partei, dem es wesentlich darum zu thun ist, theils Unfrieden zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland zu säen, theils die Nationalversammlung selbst durch solche wohlberechnete Spektakelscenen vor In- und Ausland möglichst in Mißkredit zu bringen. Wir hoffen, daß man in Preußen nicht in die plumpe Falle gehe und sich vom Abg. Brentano nicht beleidigt fühlen wird.

Digitized by Google

man nicht absichtlich Vorwände zu Trennungsgelüsten sucht. Die Entrüstung, der Abscheu war in der Versammlung allgemein, und gerade der Sturm, den die Aeußerung erregte, ist Beweis genug dafür, wie unbetheiligt die Versammlung dabei ist. Ganz in ähnlichem Tone war der übrige Theil der Rede des Hrn. Brentano gehalten. Komisch war nur die Stelle, wo er zum Beweis, wie ungesetzlich es in Ihrem Baden zugehe, beklagte, daß ein Privatmann den Fickler verhaftet. Gerade wie wenn Jemand als Ungesetzlichkeit beklagt, wenn Einer, der den Einbruch in ein Haus versucht, daran verhindert wird. — Was einer Ihrer Korrespondenten in Ihrer gestrigen Nummer von dem Mangel an Ehrgeiz bei Hrn. Mathy sagte, scheint wahr zu sein, wenigstens erzählt man sich hier allgemein, er habe die ihm angebotene Ministerstelle dem Herrn von Beckerath mit Freuden abgetreten, um die Vertretung Preußens im Ministerium zu verstärken. Solchen Mangel an Ehrgeiz möchte ich aber nicht als Mangel tadeln. Stellen Sie eine solche Handlungsweise neben Brentano's Aeußerung — jedes weitere Wort ist überflüssig.

Schweiz.

☽ Bern, 7. August. Gestern war der entscheidende Tag für die Zukunft der Schweiz; in den Kantonen Bern, Zürich und Solothurn hat das Volk über die neue Bundesverfassung abgestimmt. Das Gesammtresultat ist nicht zweifelhaft. Für heute kann ich Ihnen mit Zahlen nur über das Ergebniß der Abstimmung in der Stadt Bern berichten, die Bundesverfassung ist hier mit 1131 gegen 131 Stimmen angenommen worden. Das Patriziat hat nur geringen Antheil an der Abstimmung genommen, und die Stockaristokraten sind diesmal in der Verwerfung der Verfassung mit den Erzradikalen Hand in Hand gegangen. Gestern Abend wurde dieses günstige Resultat mit Kanonendonner dem Land verkündet. — Die Nachrichten, welche gestern und heute durch Privatbriefe aus Italien gekommen sind, bestätigen, daß Karl Albert mit 40000 Mann zum Schutze Mailands angekommen sei und sein Quartier in der Stadt genommen habe. Hier herrsche eine ungeheure Thätigkeit zur Vertheidigung der Stadt bis aufs Aeußerste. Eine Regierung bestehe eigentlich nicht mehr; General Olivieri übe diktatorische Gewalt; bis zum 7. erwarte man französische Truppen (?) Das Vertheidigungskomite entwickle eine außerordentliche Kraft; seine Maßregeln fänden aber bei den Vornehmen keine gehörige Unterstützung. Heute soll die hiesige Regierung Depeschen gleichen Inhalts erhalten haben, nach daß eine Schlacht bevorstehe. — Nachschrift. Eben verbreitet sich das Gerücht, heute angekommene Privatbriefe melden die Uebergabe Mailands. Ebenso habe der Kriegsrath eine Depesche erhalten, welche den Einzug der Oesterreicher in Mailand anzeigt. Diese Nachricht, welche ich aus zuverlässiger Quelle mittheile, sei von der Tessiner Regierung eingetroffen. Nach wird beigefügt, Karl Albert habe unter den Mauern Mailands kapitulirt.

Großbritannien.

London, 5. August. In der heutigen Unterhaussitzung stellte Hr. Disraeli an Palmerston eine Frage „in Betreff eines neuen Angriffs- und Annexationsakts Seitens jener Macht, welche aus herkömmlicher Artigkeit der deutsche Bund genannt wird.“ Dieser Ankündigung folgt das bekannte Hört! Hört! und dann Seitens des Redners eine lange gründliche Auseinandersetzung des historischen Verhältnisses Limburgs zu Niederland. Hr. Disraeli behauptete sodann: die Reichsversammlung habe durch ihren Beschluß in der Limburger Frage das frühere Uebereinkommen umgestoßen und sich dahin entschieden, daß sie den vernünftigen und heilsamen Verträgen, deren Mitgarant Großbritannien war, ihre Zustimmung nicht ertheilen könne. Es trete hier ganz derselbe Fall ein, wie in der Frage der dänischen Herzogthümer. Der Redner schloß: „Der Friede Europas ist wiederum gestört und bedroht durch dieses krankhafte Annexionssystem, von dem die deutsche Konföderation besessen ist.“ Lord Palmerston gab zu, daß die historischen Erläuterungen Disraelis vollkommen richtig seien; aber die großbrit. Regierung habe von der zwischen dem König der Niederlande und dem deutschen Bunde getroffenen Uebereinkunft in Betr. Limburgs keine afficielle Kenntniß, und solange dies nicht der Fall sei, könne sie nicht darüber entscheiden, bis zu welchem Grade und auf welche Weise England verpflichtet aber berechtigt sei, sich in diese Angelegenheit zu mischen. — Herr Christie wünschte von Lord Palmerston zu wissen, ob sich seit seiner neulich abgegebenen Erklärung, daß die dänisch-deutschen Zwistigkeiten einer friedlichen Ausgleichung nahe seien, Etwas zugetragen habe, was diese Hoffnung zu nichte mache? Daß die Feindseligkeiten noch nicht, wie man erwartet, aufgehört hätten, habe große Verlegenheiten hervorgebracht. Lord Palmerston erwiderte: wenn in Großbritannien hierüber Verlegenheiten entständen, so sei dies in noch viel höherem Grade in Deutschland der Fall. Allerdings sei es eine unangenehme Täuschung, daß der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen worden. Wie er glaube, entspringe wahrscheinlich der Hauptgrund dieser Verzögerung aus einigen formellen Punkten, über die man sich noch vergleichen müsse. — Uebrigens zieht der Beschluß der Reichsversammlung in der Limburger Frage abermals einen Journalsturm über uns herauf. Die Times namentlich saugen hieraus neues Gift und speitzen es mit demselben Behagen gegen uns aus, wie in der schleswig-holsteinischen Frage. Die genannte Zeitung erklärt es „für baare Unvernunft, daß gerade unter den jetzigen Umständen diese Angelegenheit in den Vordergrund gestellt worden wäre; das sei der beste Weg uns mit Frankreich zu verwickeln und uns alle Nachbarländer mit Ausnahme (?) der Schweiz auf den Hals zu hetzen.“

Daily News glaubt versichern zu können, daß Smith O'Brien nachdem er seine Sache zu Grunde gerichtet, wenigstens seine Person in Sicherheit gebracht habe; es sei ihm gelungen auf dem Dampfboot „der Batavier“ nach Rotterdam zu entkommen. In Irland sind abermals 15 Grafschaften und Baronien unter die Bestimmungen des Entwaffnungsgesetzes gestellt worden. Wer keinen Erlaubnißschein hat und die Waffen nicht bis zum 7. einliefert, verfällt zweijähriger Zuchthaus- und Arbeitsstrafe.

Frankreich.

Paris, 6. August. Die italienischen Angelegenheiten nehmen fortwährend die größte Aufmerksamkeit in Anspruch. Ueber das Verhalten der französischen Regierung wird nun versichert, daß Unterhandlungen mit England eingeleitet und auf dem Punkte des Abschlusses sind, damit diese Vermittlung gemeinschaftlich an beiden Mächten unternommen werde. Frankreich würde zu Lande, England zur See zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen beiden kriegführenden Parteien einschreiten und dann durch ihre Bevollmächtigten die Unterhandlungen leiten. Gestern ist ein Beamter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit Instruktionen für den französischen Gesandten nach Wien abgegangen, und Herr Bois-le-Comte hat sich von Neapel, wo seine Mission beendigt ist, nach Turin begeben. Unter diesen Umständen ist ein Artikel, den der National, das Organ des Hrn. Bastide, an der Spitze seiner heutigen Nummer bringt, von Bedeutung. Derselbe lautet: „Obwohl wir heute traurige Nachrichten aus Italien erhalten haben, verlieren wir doch die Hoffnung nicht, die Unabhängigkeit dieses Landes siegreich aus diesem Kampfe hervorgehen zu sehen, ohne daß Frankreich mit bewaffneter Hand einzuschreiten braucht. Wir wissen, welche gerechte Empfindlichkeit bei einem Volke die Hilfe einer fremden Armee stets erweckt, wenn sie gleich eine befreundete ist, wir achten dieses Gefühl, das wir stets getheilt haben, und wir würden uns glücklich schätzen, wenn Italien seine Befreiung nur sich selbst zu danken hätte. Frankreich hat in diesem Augenblicke sein Auge auf die Lombardei gerichtet, die Niederlage der sardinischen Armee legt uns Pflichten auf. Unsere Regierung wird sie zu erfüllen wissen. Wenn das republikanische Frankreich, stark durch seine Uneigennützigkeit, spricht, hat es das Recht, gehört zu werden. Oesterreich wird begreifen, daß, je mehr wir den Augenblick, unsere Truppen ins Feld rücken zu lassen, hinausgeschoben haben, wir uns um so energischer zeigen werden, wenn man uns zwingt, das Schwert zu ziehen. Die Unabhängigkeit Italiens ist künftig eine festgestellte Thatsache. Es wäre klug von Seite Oesterreichs, diese gutwillig anzunehmen. Die von Frankreich angebotene Vermittlung kann von einer verständigen Regierung nicht zurückgewiesen werden, denn sie würde auf ihrem Haupte eine ungeheure Verantwortlichkeit, Europa gegenüber, anhäufen. Wer kann sagen, wo man stehen bleiben wird, wenn einmal der erste Kanonenschuß abgefeuert ist. Es gibt Opfer, die das eigne Interesse eben so sehr, wie die Gerechtigkeit erheischen. Italien ist auf immer für Oesterreich verloren, warum will sich dieses gegen diese unvermeidliche Thatsache stemmen und durch einen unnützen Widerstand vielleicht das, was ihm bleibt, kompromitiren, ja, was es vielleicht noch verlieren kann, wenn es sich nicht entschließt, nachzugeben, so lange es noch Zeit ist.“

Nach den neuesten Nachrichten wurde sofort wieder Ministerrath gehalten, und heute verbreitete sich das Gerücht, es seien heute Truppen, die das Lager bei St. Maur bildeten, in Eilmärschen nach dem Departement de l'Ain aufgebrochen sind. Durch den Telegraphen sind andere Regimenter von Laon und Soissons berufen, um das Lager wieder zu beziehen. —

Der Moniteur du soir von gestern Abend enthält folgende, etwas dunkle Notiz: „So eben verbreitet sich in Paris das Gerücht, daß

Digitized by Google

auf Herrn Thiers geschossen worden sei, und daß eine an seiner Seite befindliche Person verletzt worden ist. Es ist an diesem Gerüchte Nichts wahr, als daß ein junges Mädchen, das an der Thüre von Thiers Hause saß, von einer Kugel getroffen und sehr leicht verwundet worden ist. Da man keinen Knall hörte, so muß der Schuß aus einer Windbüchse gefallen sein. Herr Thiers war übrigens in dem Augenblicke des Ereignisses noch nicht aus der Sitzung der Nationalversammlung zurückgekehrt.

Die 1800 Pfund schwere Sendung russischen Goldes, die vor den Junitagen in Paris ankam, und jetzt Gegenstand einer Untersuchung geworden ist, ist an der Zollstätte von Sarrelouis in Frankreich eingegangen und war an einen Ober-Officier der ehemaligen kaiserlichen Armee adressirt.

Heute Nacht ist die erste Abtheilung der zur Deportation bestimmten Insul-Gefangenen nach Havre abgegangen. Sie werden dort sogleich an Bord der Dampffregatte Ulloa gebracht. Diese erste Transport zählt 600 Köpfe.

Italien.

* Verona, 2. Aug. Die gestern und heute von der großen Armee errungenen Vortheile führten zu dem Beschlusse, Peschiera auch von der Westseite des Mincio aus zu blokiren, wohin sie eben ein Detaschement abgesendet ist. Man wird Anstalten treffen, die Schiffahrt auf dem Gardasee zu verhindern und allen Belästigungen zu begegnen, welche dieselbe den am linken Ufer liegenden Dörfern verursachte. — Wenige Tage genügten also, um diese wichtigen Ereignisse herbeizuführen, welche einerseits die glänzenden Fortschritte der großen Armee unterstützen, und anderseits von nicht geringem Belange für die Sicherheit Tirols und seines freien Handels sind.

† Cicognolo, 30. Juli. Die Armee hat in Verfolgung des fliehenden Feindes heute mit ihrer Hauptmacht den Oglio überschritten und ihre Vorposten bis vor Cremona geschoben, wo die Reste der piemontesischen Truppen liegen. Ein ernsterer Widerstand der Sarden bei dieser Stadt aber an der Adda ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus nicht anzunehmen, ja kaum möglich. Ein kurzer Ausfall des Feindes wurde heute Morgen gleichsam spielend zurückgeschlagen; wir erbeuteten bei dieser Gelegenheit 1 Kanone und drei Munitionskarren. Die Wiedereroberung der Lombardei scheint demnach so ziemlich sichergestellt, die wenigen 1000 Schweizer, welche in Mailand stehen, sind nicht zu beachten und lassen durchaus nicht den Widerstand einer Stadt rechtfertigen, welche durch denselben einem sichern Untergang entgegengehen würde. Die österreichische Armee führt Belagerungsgeschütze und Mörserbatterien mit sich, welche sie vor 4 Monaten nicht hatte; daß aber Karl Albert seine Armee nach Mailand führen werde, ist zum Wohle dieser Stadt durchaus nicht zu besorgen, ihn dürfte vielmehr die Frage des Seins oder Nichtseins bestimmen, seine fliehenden Truppen bei der nächsten Brücke über den Po oder Ticino nach Turin zu ziehen und Pavia zu seinem Rückzugspunkte zu machen. — Wir finden überall von dem Feinde aufgehäufte und im Stiche gelassene große Vorräthe. Die Einwohner der bedrohten Landesstrich: sind vertrauensvoll in ihren Wohnungen geblieben; von Aufregung ist keine Rede. Eine energische Proklamation des Feldmarschalls wurde heute verbreitet, welche sicher auch in Mailand den besten Eindruck hervorbringen wird. Daß die Dekorirung des Feldmarschalls mit dem Großkreuz des Theresienordens bei der Armee mit dem lebhaftesten Jubel begrüßt wurde, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

Lombardei. Die Baseler Zeitung bringt folgende Mittheilungen: Laut eines Briefes vom 4ten August waren die Oesterreicher aus den Thoren Mailands, Karl Albert hatte die Stadt mit einem Heere von 40,000 Mann besetzt, man erwartete täglich eine Schlacht. Die Stimmung war eine sehr gedrückte, man suchte sich zu vertheidigen, die Bäume im Corso wurden gefällt, um Barrikaden zu machen, man hoffte Mailand acht Tage zu halten, und hoffte dann auf französische Hilfe. — Den Mailändern, welche so lange durch die Siegesnachrichten Karl Alberts getäuscht wurden, war die plötzliche Wendung der Dinge ganz unbegreiflich, es sei ein Geheimniß, wie das so kommen konnte, schreibt man.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[673] Im Verlage von D. Reimer in Berlin ist soeben erschienen:

Topographisch-statistische Karte der Schweiz.
Von **J. M. Ziegler.**
Cart. 15 Sgr. auf Leinwand 25 Sgr.

Karte von Mitteleuropa,
zur Uebersicht der Eisenbahnen und Dampfschifffahrten,
nebst Angabe der optischen und electrischen Telegraphen. (Die Eisenbahnen sind roth, die Dampfschifffahrtslinien blau eingedruckt). Cart. 15 Sgr. auf besserem Papier, illum. 25 Sgr.

Karte zur Geschichte des Mittelalters
von ***A. v. Freyhold.***
Imper. Folio. Illum. Nebst Text. Preis 25 Sgr.

Karte der Provinz Rio de Janeiro.
Von **H. Mahlmann.**
Preis 10 Sgr.

[674] Bei Huber u. Comp. in St. Gallen u. Bern sind so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Wissenschaft des Staates, von Perikles Philalethes. 1r Thl. Der Mensch. geh. 2 fl. 24 kr. od. 1 Thl. 15 Ngr.

Die großen, jetzt weiterschütternden und wetterbewegenden Fragen der zivilisirten Menschheit veranlaßten den Herrn Verfasser, eine Lösung dieser Probleme zu versuchen. Um eine gründliche Erörterung der politisch-kirchlich-sozialen Verhältnisse anzubahnen, mußte derselbe, zur Erlangung einer reellen Basis, von der Quelle jener Probleme ausgehen und mit einer Analysis des Menschen selbst beginnen, um sodann in einem spätern Theile die richtigen Konsequenzen in staatlicher Beziehung aus diesem ersten zu ziehen, welcher indessen an und für sich als ein selbständiges Werk da steht.

Geschichte der diplomatischen Verhältnisse der Schweiz mit Frankreich von 1698—1784. Ein Versuch, die Einwirkung dieser Verhältnisse auf den sittlichen, ökonomischen und politischen Zustand der Schweiz darzustellen, von J. C. Zellweger, Dr. phil. 1r Bd. 1e Abtheilung. 4 fl. 12 kr. od. 2 Thl. 15 Ngr.

Bei dieser, seit einer langen Reihe von Jahren vorbereiteten Arbeit stellte sich der ehrwürdige Hr. Verfasser die Aufgabe, die Meinungen der handelnden Personen, die Urtheile ihrer Zeitgenossen, so wie die Vorgänge mit den eigenen Worten der Theilnehmer zu schildern und dagegen das eigene Urtheil zurückzuhalten; um seiner Darstellung das Verdienst einer wahren und treuen zu erwerben, fügte er sie durchaus auf authentische Aktenstücke, von denen manche und wichtige bisher unzugänglich in den geheimen Archiven in Wien, Innsbruck, Paris u. s. w. ruhten, und deren Benutzung ihm bereitwillig gestattet wurde. Der gelehrte Geschichtsforscher wird daher in diesem Spiegel der Vergangenheit manches Neue finden, wie der Freund vaterländischer Geschichte vieles Belehrende und für die Jetztzeit Nützliche über die Stellung der Schweiz zum Auslande und die Einwirkung des letztern auf unsere einheimischen Verhältnisse.

[675] **Erbvorladung.**

Nr. 7429. Eva Dorothea Vetter von Oeschelbronn, welche vor 18 Jahren nach Amerika ausgewandert und daselbst kinderlos verstorben sein soll, ist zur Erbschaft ihres am 7. Dez. 1847 verstorbenen Vaters Alt Löwenwirth, alt Adam Vetter von Oeschelbronn berufen; da ihr Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird solche mit dem Bedeuten zur Erbtheilung vorgeladen, sich innerhalb 3 Monaten bei der unterzeichneten Stelle zur Wahrung ihrer Ansprüche zu melden, weil im Nichterscheinungsfalle die Erbschaft lediglich denjenigen wird zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn sie vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Pforzheim, am 7. August 1848.

Großh. Badisches Amtsrevisorat:
Eppetin.

[676]b A. Nr. 9705. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Joseph Hering Sohn in Steinsfurth haben wir Gant erkannt und wird Tagfahrt zum Richtigstellungs- und Verzugsverfahren auf

Donnerstag den 31. August d. J. Morgens 9 Uhr

anberaumt. Wer nun aus was immer für einem Grund einen Anspruch an diesen Schuldner zu machen hat, hat solchen in genannter Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse schriftlich oder mündlich, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte dahier anzumelden, die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen und sogleich die ihm zu Gebot stehenden Beweise sowohl hinsichtlich der Richtigkeit, als nachgewiesenem Vorzugsrecht der Forderung anzutreten.

Auch wird an diesem Tage ein Borg- und Nachlaßvergleich versucht, dann ein Massenpfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, und sollen hinsichtlich der beiden letzten Punkten und hinsichtlich des Borgvergleichs die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Großh. Bad. Fürstl. Leiningensches Bezirksamt Tinsheim.
Staiger.
vdt. Rappert, act. jur.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cowie 8 King. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Ueberseeische bei der Buchhandlung sich an C. F. Kiesant in Straßburg Nr. 20 Brand., Paris Nr. 20 Rue de Beaux Arts wenden.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 221. Heidelberg, Donnerstag 10. August. 1848.

Uebersicht.

Ein Angriff der Oberpostamtszeitung. — Wien (Reichstagsverhandlungen. Die Verfassungskommission. Der Charakter des Reichstags. Interpellation wegen der deutschen Kokarden. Abschiedsworte des Erzherzogs an den Sicherheitsausschuß. Die Huldigungsfeier zweifelhaft. Der deutsche Sinn der Allg. österr. Zeit.). Berlin (die Feier des 6. August). Stuttgart (Ansprache des Kriegsministers). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Abermals ärgerliche Auftritte. Beschluß über die Amnestie. Definitive Gestaltung des Ministeriums).

Schweiz. Bern. Abnahme des Einflusses der äußersten Radikalen.

Niederland. Amsterdam. Die Limburger Frage. Die Polemik des Handelsblads. Das Ministerium.

Großbritannien. Times und Morning Chr. über den Krieg in Italien und die französische Intervention. O' Brien noch als Insurgentenchef thätig. Interpellation wegen Siciliens.

Frankreich. Paris. Stimmung über die ital. Verwickelung. Aufhebung des Zeitungsverbots. Das Attentat auf Thiers.

Italien. Mailand. Offizielle Bestätigung der Kapitulation von Mailand. Besetzung von Como. Flüchtlinge in Tessin. Die Kapitulation und die vorangegangenen Ereignisse. Die italienische Presse. Rom. Das Collegio Germanico. Ein Censurakt des Volks. Graf Rossi ins Ministerium berufen. Mamiani wieder Minister. Neapel. Grundzüge der sicilischen Verfassung Ruggiero Settimo lebenslänglicher Senator.

Beilage. Verhandlungen des verfassunggebenden Landtags. Englische Meinungen über Deutschland und den dänischen Krieg. — Schweiz. Basel. Gericht von der Kapitulation Mailands.

10. August.

Die „Frankf. Oberpostamtszeitung" hat sich seit einiger Zeit mehrfach mit uns beschäftigt; erst vor wenigen Tagen ist sie wieder in einem Aufsatze, den sie an die Spitze ihres Blattes (Nr. 220) stellte, auf uns zurückgekommen. Sie beginnt dort mit einer höflichen Wendung gegen uns, faßt aber gleich darauf in einem Athem alles Das zusammen, was unsre erbitterten Gegner jemals haben gegen uns aufzubringen wissen. Sie verzweifelt daran, daß guter Rath über uns einen Einfluß üben könne, sie spricht in dem Augenblick, wo sie uns selber sehr schulmeistert, über unsren hochschulmeisterischen Vorlesungston, sie traut uns einen unerschütterlichen Glauben an die Unfehlbarkeit unsrer Aussprüche zu, sie findet die Benennung „Professorenzeitung" gewissermaßen gerechtfertigt, sie bezeichnet unser Grundsätze als „fixe Ideen und Verirrungen", sie findet in uns Etwas von jener Eigenwilligkeit, die wie an den Hecker, Ruge und Kapp zu rügen verstanden, sie empfiehlt uns schließlich echt schulmeisterlich mehr „Selbstzucht" zum Nutz und Frommen der deutschen Einheit.

Wenn wir dies Alles hier erwähnen, so hat es in keinerlei Art von Empfindlichkeit seinen Grund; wir wollen nur beweisen, daß neben dieser starken Dosis von Ausstellungen das Lob der Oberpostamtszeitung Nichts weiter war, als eine Wendung obligater Höflichkeit. Wir sind an jede Art von Opposition, von leisem Widerspruch an bis zur Schmähung und Verleumdung so gründlich gewöhnt worden, daß wir ganz aus der Rolle fielen, wollten wir eine persönliche Angelegenheit in dieser ernsten Zeit mit persönlicher Eigenliebe aufgreifen und fortsetzen, oder in die wichtigen Verhandlungen des Tages als echte querelle allemande einen Zank zwischen uns und dem Frankfurter Blatt hineinwerfen. Wir wollen lediglich über die Sache miteinander verhandeln; und die Sache verdient es schon, daß man ein Wort darüber redet.

Die Oberpostamtszeitung wirft uns zunächst vor, wir hätten „die allerdings harte Probe der Selbstverläugnung" nicht bestanden, welche mit „Bekämpfung" aller Selbstüberhebung die eignen Meinungen nicht höher stelle, als den „ernsten Willen der Vertreter unsres Volkes". Wenn die Oberpostamtsz. von uns fordert, daß wir mit Hintansetzung aller eignen Ansichten das Werk der Einheit, das die Mehrheit der Vertreter der Nation zu schaffen im Begriffe ist, thatsächlich unterstützen, daß wir den in der Paulskirche gefaßten Beschlüssen alles Ernstes nachleben und den Ruf des Ungehorsams dagegen, komme er von der Rechten oder von der Linken, eifrigst bekämpfen sollen, so hat sie damit keinen Akt der Selbstverläugnung von uns verlangt, sie hat uns nur einfach an das Recht der Majoritäten erinnert, dem wir uns zu fügen und zu gehorchen aller Zeit bereit sind. Diese „Selbstverläugnung" ist für uns keine; wir werden die junge Reichsgewalt stützen gegen jeden unberechtigten Widerstand des Partikularismus, gegen jede eigenwillige Sonderbündelei, komme sie von der Donau, von der Isar, von der Leine oder von der Spree, wir werden der unglückseligen Entzweiung und dem selbstgenügsamen Hochmuth der Stämme entgegentreten, mag er in der Neuen Preußischen oder in der Allg. Oesterr. Zeitung gepredigt werden. Wenn aber die Oberpostamtsz. von uns verlangt, alle Mittel und Wege, auf denen man in Frankfurt die Einheit aufzubauen meint, nur gutzuheißen oder höchstens bescheiden unser Bedenken anzudeuten; wenn sie uns zumuthet, die Opposition unserer Ueberzeugung und ihre Gründe einer Autorität anderer Meinungen stillschweigend unterzuordnen oder alle die Schwächen und Inkonsequenzen, die wir mit Händen greifen konnten, unerörtert und unbeurtheilt zu lassen, dann fordert sie von uns eine „allerdings harte Probe von Selbstverläugnung", die wir nicht bestehen können. Müssen wir die Oberpostamtsz. daran erinnern, daß es zweierlei ist, Rebellion predigen und Opposition machen, sind wir so rasch in den gouvernementalen Stil der alten Zeit zurückgefallen, daß wir uns dem offiziellen Deutschland gegenüber das Recht der freien Diskussion, der unbeschränkten Beurtheilung wieder wahren müssen? Sollte die neue Gewalt oder ihre Verfechter so schnell die Unsitte der alten Gewalten sich angewöhnt haben, Alles mit dem souveränen Bannstrahl zu treffen, was nur den eigenen unabhängigen Ueberzeugungen folgt, was unberührt von Parteien, Coterien, Klubs, unbeirrt von Rücksichten und falscher Popularitätssucht, unerschüttert von den wechselnden Störungen einer politischen Hauptstadt, in seinem stillen Kreise sich bewegt und Nichts weiter als freie, ungehemmte Lebenslust für sich ansprich? Ist es schon so weit gekommen, daß die O.P.Z. die Aufgabe der Allg. Preuß. Z. über sich nimmt und uns für unsere Opposition halboffiziell lautende, gemessene Weisungen ertheilt; fühlt sich die neue Autorität der Reichsgewalt, der Mehrheit der Nationalversammlung, ihres Präsidenten schon als eine so unbedingte, daß eine Bekämpfung mit Gründen, Ansichten, Principien in dem wahrhaft schulmeisternden Tone des Frankfurter Blattes angefochten werden darf?!

Wir glauben nicht, daß Jemand den Muth hat, dies so geradezu zu verlangen; aber die Polemik der O.P.A.Z. müßte nothwendig dazu führen. Wir betrachten die Nationalversammlung als den vollgiltigen Ausdruck des deutschen Volkswillens, wir verwerfen jeden revolutionären, reaktionären oder sonderbündlerischen Widerstand gegen sie; aber wir wahren uns das gute Recht, auch sie mit Gründen und vom Standpunkt unserer Auffassung mit aller Entschiedenheit anzugreifen. Wir ehren ihren Präsidenten — wahrscheinlich besser und würdiger als seine bewußten und unbewußten Schmeichler — aber selbst seine Persönlichkeit ist uns nicht Autorität genug, von unserem Grundsatz abzulassen und das etwa als hohe Weisheit zu preisen, was uns nicht einmal politische Klugheit scheint. Wir stehen entschlossen auf Seite der neuen Reichsgewalt, aber wir werden uns nie und nimmermehr scheuen, die Mißgriffe aufzudecken, die ihrer eigne junge Existenz untergraben; wir werden stets und zu aller Zeit uns die Freiheit wahren, sie und die Versammlung daran zu erinnern, wie die Welt außerhalb der Paulskirche aussieht. Bei allem dem denken wir so viel „Selbstverläugnung" zu besitzen, als andere Leute, und glauben weder an „Selbstüberhebung" noch an „eigensinniger Vorliebe" für die eignen Meinungen krank zu sein.

Digitized by Google

Aber freilich, der Politiker der Oberpostamtszeitung gefällt sich darin, in der D. Z. nur eine ganz bestimmte Persönlichkeit und deren sehr individuelle Ansichten zu erkennen und zu bekämpfen. Er deutet in Worten und Wendungen so ganz unverkennbar auf diese eine Persönlichkeit hin, daß er statt der verbrauchten Anspielungen auf den „hochschulmeisterlichen Vorlesungston", statt des parlamentarischen Euphemismus — „der Abgeordnete von Wanzleben" — viel offener und passender den Mann geradezu genannt hätte, der am Schlusse unseres Blattes als verantwortlicher Redakteur unterschrieben ist. Dies Urtheil scheint, nach einzelnen Aeußerungen anderer Blätter zu schließen, der Politiker der Oberpostamtszeitung mit manchen andern Leuten zu theilen; es ist freilich auch bequemer, seine Polemik so an eine Person oder einen Namen heften zu können, als die sonst nahe liegenden Anstandsregeln journalistischen Umgangs zu beobachten. Ein jedes Blatt, das sich sein Publikum gefunden hat, muß dafür gelten, eine Partei und deren Meinung zu vertreten; ist es Nichts weiter, als eine Zufluchtsstätte individueller „Selbstüberhebung" oder des persönlichen Meinungseigensinns, so wird es statt der publicistischen Wirksamkeit nur den vorübergehenden Reiz einer journalistischen Kuriosität für sich erlangen. Ohne eitel zu sein, glauben wir doch sagen zu können, daß die D. Z. ein Publikum gefunden hat; hat sie das, so muß sie auch ihre Partei hinter sich haben, und weder der akademische Professor, noch der „Abgeordnete von Wanzleben" können dem Gewicht ihrer Ansichten irgend Etwas benehmen. Wir dürfen mehr sagen; wir dürfen ohne Indiskretion hinzusetzen, daß das, was unserem Blatte Farbe und Richtung gab, keineswegs vom Neckar oder Main ausschließlich ausging, daß es vielmehr seine Unterstützung fand in den verschiedensten Theilen des deutschen Vaterlandes, daß es also unbillig ist, die ganze Schwere der Anklage dem „Abgeordneten von Wanzleben" allein und persönlich aufzulegen. Auch darauf freilich ist man mit einer Antwort leicht fertig; wenn wir vor Konflikten warnten, in welche die neue Reichsgewalt und die Nationalversammlung nach den einmal eingeschlagenen Bahnen unvermeidlich gerathen mußten, und wenn diese Warnung — zur Beschämung aller Ungläubigen — nicht nur in Staatsmännern und Publicisten, sondern in der unzweideutigen Stimmung eines guten Theiles von Deutschland die unerwünschte Bestätigung fand, so waren, so lautet die neueste Anklage, nur wir die Uebelthäter oder, um mit der Oberpostamtszeitung zu reden, der „Abgeordnete von Wanzleben", der unbequeme Warner, hat allein die partikularistische Bewegung in Preußen hervorgerufen.

Es könnte uns dies Eingeständniß unseres Einflusses mit unberechtigtem Stolze erfüllen, wenn uns nicht die Erfahrung, wie wenig man in Deutschland noch die eigentliche Stellung der Presse begreift, zugleich so niederschläge! Hat uns denn die lange Periode der Reaktion und Censur, die Zeit der diplomatischen, an Drehungen und Wendungen unermüdlichen Presse, die Zeit der Farb- und Tendenzlosigkeit unserer Zeitungen so ganz entwöhnt, die Stellung eines entschiedenen und konsequenten Tendenzblattes zu begreifen, daß der schwierige Versuch dazu gleich entmuthigt werden muß durch Mißverständnisse und persönliche Polemik? Ist man in Deutschland so wenig fähig, Jedem sein Recht zu lassen, daß man die Flitterwochen unserer politischen Presse uns verderben muß mit allen Untugenden der alten officiellen Journalistik, mit all dem kleinen Gezänk, das aus den Zeiten der literarischen und kritischen Klopffechterei uns geblieben ist und das aus der Politik ein- für allemal verbannt sein sollte?!

Müssen wir es erst noch ausdrücklich sagen, daß in unsern Spalten nicht Personen und persönliche Interessen, sondern Sachen und Grundsätze vertreten sind? Grundsätze, die wir uns nicht wie Wachs dehnen und drehen lassen, die nicht von der kühnen Aufwallung des Moments beherrscht, nicht von der schlauen Feinheit klügelnder Berechnung modificirt werden sollen. Der Politiker der Oberpostamtszeitung meint zwar, man müsse für die Wahrheit „die rechte Zeit, den rechten Ort und die rechten Umstände klug zu wählen wissen"; allein diese Weltklugheit darf nicht so weit gehen, daß man aus Rücksichten gerade das verschweigt, was man zu „rechter Zeit, am rechten Ort und unter den rechten Umständen" für recht und klug ansieht. Wenn die O. P. A. Z. in einer Nummer Preußen über die Schultern ansieht mit einem stolzen Blick auf Oesterreich und dann in einem Artikel vom 30. Juli gegenüber den Regungen eines österreichischen Partikularismus es „vorzieht, einstweilen auf die Aufnahme Oesterreichs in das deutsche Reich zu verzichten und die deutsche Kaiserkrone ohne Weiteres auf die Dynastie Preußens zu übertragen", wenn sie also heute Preußen mit Oesterreich, morgen Oesterreich mit Preußen bange zu machen sucht, so ist das eine Staatsklugheit, der wir niemals nachgeben werden, eben weil es uns um Grundsätze, nicht nur momentane Stimmungen und Verhältnisse zu thun ist. Die Oberpostamtsz. brauchte daher nicht, mit einem merklichen Anflug von Ironie, unsre Unparteilichkeit zu loben, daß wir in der hannoverschen Sache dem Antrag des Gegners Wesendonk den Vorzug gaben vor dem unsres Freundes Bassermann. Persönliche und politische Freundschaften werden nie Bestimmungsgründe für uns sein; sind wir mit der Politik unseres Freundes Bassermann im Wesentlichen einverstanden, so besteht doch zwischen uns beiden kein Bündniß auf Schutz und Trutz, und im Falle einer Meinungsverschiedenheit würden wir zwischen der Bassermann'schen Verlagsbuchhandlung und dem Staatssekretär Bassermann zu unterscheiden wissen.

Mit unsrer Freundschaft gegen Preußen verhält es sich nicht anders. Der Politiker der Oberpostamtszeitung gibt sich zwar viele Mühe, uns zu beweisen, daß unsre Freundschaft Preußen mehr geschadet als genützt habe, wir werden aber gleichwohl auf dem Wege, den wir einmal als den richtigen erkannt haben, auch fernerhin verharren. Es macht uns selbst das seltsame Mißverständniß der Oberpostamtszeitung nicht irre, als sei unsre eeste Sorge gewesen, für die preußische „Dynastie" zu fechten. Wer unsre Spalten mit Aufmerksamkeit durchlas, konnte sich von Anfang sagen, was wir mit der preußischen Hegemonie erreichen wollten; daß unser Kampf dynastischen und persönlichen Interessen nicht galt, mußte auch der halbwegs Verständige zugeben, der in Bezug auf lokale und Stammesvorurtheile nicht soviel „Selbstverläugnung" besaß als wir. Doch gibt sich uns wohl noch die Gelegenheit darauf zurückzukommen, jetzt um so eher, wo sich gezeigt hat, daß wir die Schwerkraft Preußens richtiger beurtheilt haben, als die Ideologen der Paulskirche.

Leichter wäre wohl unsre Arbeit gewesen, wenn wir dem süddeutschen Partikularismus oder dem unsinnigen Preußenhaß in der näheren oder entfernteren Umgebung gehuldigt, wenn wir vor der neuen Autorität in Frankfurt uns so bereitwillig gebeugt hätten, wie andere Leute vor der alten, wenn wir für jede wechselnde Stimmung, jede Laune der Menschen und des Zufalls, der die Menge bestimmt, ein neues Programm gehabt hätten, wenn uns jene gemeine Weltklugheit mehr galt, als Grundsatz und Ueberzeugung. Aber wir suchten in dieser bewegten Zeit, so schwer und undankbar es war, treulich festzuhalten an dem Wahlspruch, womit wir in ruhigeren Tagen den ersten Aufsatz unsres Blattes abschlossen: wir denken geradeaus zu gehen oder unsern Gang zu unterlassen!

Oesterreich. ∂ Wien, 2. August. Seit 14. Tagen ist der Reichstag eröffnet (abgerechnet einer vollen Woche früherer Berathung), und noch immer ist er über die Debatte der Geschäftsordnung nicht hinaus. Wir möchten die ungeschickte Schwerfälligkeit in Berücksichtigung des ungewohnten Wirkens ihm gern nachsehen, wenn wir in seinen bisherigen Probethaten nur irgendwie ein bedeutendes schöpferisches Talent oder eine hervorragende Individualität entdeckt hätten. Bei einer genauen Beobachtung wird jeder Fremde, der das Gebahren dieses Reichstags verfolgt, zu der Erkenntniß kommen, daß ihm alle einheitliche Kraft abgeht. Auf diesen prachtvoll dekorirten Bänken sitzen nichts als eifrige Vertreter von Partikularinteressen, Kämpfer von denen jeder nur sein specielles Gebiet vertheidigt, ohne um die ganze Schlacht sich zu kümmern. Der Pole wartet bis das Schlagwort kömmt, welches seine Interessen berührt, der Czeche desgleichen. Die Vertreter Triests und Südtirols folgen demselben Beispiel, und so bleibt die eigentliche Organisation auf die rein deutschen Kräfte reducirt, die aber nicht minder mißtrauisch auf ihre fremdnationalen Mitdeputirten hinüberschielen, jeden ihrer Schritte verbarrikadiren und vor lauter Mißtrauen nicht zum Handeln kommen. Ueberdies muß man unparteiischer Weise gestehen, daß die deutschen Deputirten unseres Reichstages nicht gerade diejenigen sind, die am meisten durch ihr Talent hervorragen. Unsere besten Kräfte sitzen im Frankfurter Parlament und es ist tief zu bedauern, daß nicht ein Theil jener Parlamentsmitglieder in den Reichstag gewählt wurde. In Frankfurt können die Oesterreicher unmöglich mit großer Bedeutung hervortreten. Bei aller Achtung vor dem Talente der Herren Auerspeg (Anastasius Grün), Schuselka, Kuranda, Giskra, Berger ꝛc. haben wir doch beim Durchlesen der stenographischen Berichte nicht entdecken können, daß sie auf eine Abstimmung einen entschiedenen Einfluß geübt hätten. Dagegen bin ich überzeugt, daß sie im Kreise ihres speciellen Vaterlandes sehr wirksam aufgetreten wären. Die heutige Reichstagssitzung

war noch unbedeutender als alle andern, Interpellationen über die geringfügigsten Gegenstände. Man sieht, daß die Herren das ungewohnte Vergnügen einen Minister zur Rede zu stellen, aus vollen Schüsseln genießen wollen, gleichsam, um sich für die frühere Zeit der Maulsperre mit einem Male zu entschädigen. Es gab heute Nacht einen kleinen Krawall zwischen Katzenmusikant.n und ordnungsbeflissenen Nationalgarden und richtig der Minister wurde schon heute darüber interpellirt; wenn es so fort geht, werden wir von heute über ein Jahr auf demselben Flecke stehen wie bisher.

Wien, 3. August. Laut Bekanntmachung ist Karl Graf von Rothkirch auf sein Ansuchen von der Uebernahme der ihm verliehenen Guberntal-Präsidentenstelle in Böhmen enthoben und die provisorische Leitung dieses Dienstpostens dem dortländischen Guberntal-Vicepräsidenten Karl Freiherrn v. Mecsery anvertraut worden. Ferner zeigen die öffentlichen Blätter an, daß sich der Kaiser bewogen gefunden hat, dem Gesuche des Grafen Franz Stadion, um Enthebung von seinem Posten als Gouverneur von Gallizien zu willfahren, dagegen den bisherigen Ministerialrath Wenzeslaw Ritter v. Zaleski zum Gouverneur von Gallizien mit Einschluß des Krakauer-Kreises und der Bukowina zu ernennen. Officiell wird endlich bekannt gemacht, daß der Reichstagsabg., Dr. der Rechte, Cajetan Mayer, zum Unter-Staatssekretär und Alois Fischer, Dr. der Rechte und Advokat in Salzburg, und Adolph Fischhof, Dr. der Arzneikunde, zu Ministerialräthen im Ministerium des Innern ernannt worden sind.

Wien, 3. August. In der heutigen Sitzung interpellirte der Abg. Scherzer den Kriegs-Minister, ob im Kriegs-Ministerium dafür Sorge getragen worden, daß das österreichische Militär, als Kontingent des deutschen Heeres, Kokarden mit deutscher Farbe tragen solle. Kriegs-Minister Latour: Man müsse eingestehen, es sei dies ein Akt der größten Wichtigkeit, derselbe erfordere reife Ueberlegung, und man berathe hierüber ungelegentlich im gesammten Ministerrathe, es sei jedoch außer allem Zweifel, daß die österreichische Armee zu jeder Zeit auch ohne deutsche Kokarde die bewunderungswürdigste Tapferkeit und größtmögliche Energie zeigte, wenn es galt, für die Interessen der Integrität Deutschlands zu kämpfen, er weise auf die Völkerschlachten, namentlich bei Leipzig, hin. Es könnte, er sage, es könnte die Einheit der österreichischen Armee durch Annahme der deutschen Kokarde gestört werden, darum erfordere der Beschluß hierüber reifliche Erwägung des Ministeriums und werde seiner Zeit hier mitgetheilt werden.

Wien, 3. August. Die Abschiedsworte des Reichsverwesers an den Sicherheits-Ausschuß lauteten: „Ich nehme die Stelle an, zu der man mich berufen, weil ich hoffe, in Deutschland für Alle unbefangen und selbständig Gutes wirken zu können. Es erwartet mich dort gleich eine Arbeit; es ist die nordische Frage und die Pacifikation Italiens. Was nun mir liegt, die Einigkeit Deutschlands zu kräftigen, da wir Alle Deutsche sind, will ich thun. Ich befinde mich seit sechs Wochen in Wien und habe mich überzeugt, daß außer Kleinigkeiten die Ruhe nicht gestört wurde. Ich sehe, daß der Reichstag ungehindert berathen kann und unsere brave National-Garde ihre Pflicht kennt." (Bresl. Z.)

** **Wien**, 4. August. (Wiener Reichstagsverhandlungen. Sitzung am 3. August.) Nachdem der Vicepräsident Dr. Strobach die Sitzung eröffnet und von dem Sekretär das Protokoll der letzten Sitzung verlesen war, zeigte der Hr. Vicepräsident an, daß drei Interpellationen an das Ministerium angekündigt sind. Die erste wurde vom Hrn. Abg. Scherzer an den Kriegsminister gerichtet, an den er die Frage stellte, wann bei dem deutsch erbländisch konskribirten Militär des österreichischen Armee das Tragen der deutschen Kokarde nebst der österreichischen eingeführt wird? Der Hr. Kriegsminister Latour entgegnete hierauf, daß die österreichische Armee auch ohne Abzeichen stets für die deutsche Sache gekämpft und die Grenzen Deutschlands gewahrt habe. Die Einführung der deutschen Kokarde erfordere Ueberlegung und werde nächstens im Ministerrathe zur Berathung kommen. Die zweite Interpellation wurde vom gallizischen Deputirten Onbicki an den Finanzminister gestellt, warum in Gallizien die Judensteuer noch auf das Schonungsloseste eingefordert wird, und warum sogar für's nächste Triennium die Licitation für diese Steuer vor einigen Tagen ausgeschrieben wurde? Er glaube, daß es davon kein Abkommen haben müsse und es nicht mehr an der Zeit sei, solche exceptionelle Steuern und auf so schonungslose ja harte Weise einzutreiben. Der Hr. Finanzminister Kraus antwortete, daß er von Anschreibung einer Licitation Nichts wisse, daß aber die Einhebung der Steuern verpachtet sei, und daß die schonungslose Eintreibung derselben nur den Pächtern zur Last falle, er werde aber energische Maßregeln ergreifen, diesen Uebelständen abzuhelfen. Was die Judensteuer überhaupt betreffe, werde sie nächstens beim h. Reichstag zur Sprache kommen, ob sie noch ferner zu bestehen habe. Der Abg. Hanns Kudlich interpellirte hierauf den Minister der Arbeiter Hrn. Schwarzer, was für Maßregeln derselbe wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit nicht nur in Wien, sondern auch in den Provinzen getroffen habe? Der interpellirte Minister erläuterte hierauf die Verfügungen, die er getroffen, und daß selbst von den andern Ministerien Kommissäre einem Komité zur Organisation der Arbeiten zugetheilt wurden, auch habe er die Maßregel getroffen, daß die Arbeiten in Akkord übergeben werden, wodurch der Staat doch für seine Ausgaben Arbeiten geliefert bekommt, was früher nicht geschah. Auch der unermüdliche Interpellant Sierakowski hatte wieder eine Frage an den Minister des Innern, wie es denn komme, daß der General Hammerstein in Lemberg zugleich Kommandirender und Civilgouverneur in Gallizien sei, und warum Gallizien sich in einer solchen exceptionellen Stellung befinde, daß die Militär- und Civilbehörde vereinigt sei, und ob vom Ministerium ihm diese Stellung anvertraut wurde. Hierauf antwortete Minister Doblhoff, daß er bereits einmal darüber Auskunft ertheilt habe, daß Graf Stadion, als er von Lemberg abreiste, den General Hammerstein eingeladen hat, in Verbindung mit dem Vicepräsidenten des Gouvernements seine Stelle zu verwalten. Hierauf ging man auf einige Wahlprüfungen über. Nachdem der Vorsitzende bereits die Sitzung für geschlossen erklärt und die Tagesordnung für die nächste Sitzung bestimmt hatte, nahm noch der Abg. Kautschitsch das Wort und berichtete, daß das Landvolk in Oesterreich bereits darüber unruhig zu werden beginnt, daß bisher ihre Angelegenheiten nicht zur Sprache gekommen sind, er erzählte, ein Abgeordneter Oberösterreich's, auf den er auch hinwies, hätte ein Schreiben bekommen, worin ihm gedroht wurde, wenn nicht bald die Angelegenheiten des Bauers am Reichstage zur Sprache kommen sollten, sie ihm das Haus anzünden werden, auch soll der Brief mehrere andere Drohungen enthalten haben. Mehrere Hrrn. Abgeordneten bestätigten gleichfalls, daß an vielen Orten vom Landvolke bereits darüber gemurrt wird, daß bisher noch Nichts für sie geschehen sei. Die nächste Sitzung wurde auf morgen den 4. August anberaumt. Ich füge Ihnen hier noch die nach den einzelnen Gouvernementsbezirken gewählten Mitglieder des Ausschusses für den Entwurf der Konstitution an. Für den Gouvernementsbezirk N.-Oesterreich die Abgeordneten: Fischhof, Breland, Goldmark; O.-Oesterreich die Abgeordneten: Fischer (Alois), Lasser, Barcano; Gallizien die Abgeordneten: Jablonowski, Zierniakowski, Smolka; Böhmen die Abgeordneten: Palacky, Pinkas, Rieger; Mähren und Schlesien die Abgeordneten: Hein, Mayer, Cajetan, Feifalik; Steiermark die Abgeordneten: Mikloschitsch, Krainz, Caoaloabo; Illyrien die Abgeordneten: Kaulschitsch, Scholl, Ambrosch; Küstenland die Abgeordneten: Gebbi, Madonizza, Gerlup; und Tirol die Abgeordneten: Turko, Pfretschner, Ruß.

Wien, 5. Aug. Man schreibt der Allg. Ztg. Ein zur Feier der letzten Siege unserer tapfern Armee in Italien für heute angesagtes Dankfest und Tedeum der hiesigen Garnison, zu welchem auch die Körperschaften der Nationalgarde, des Reichstags, des Sicherheits- und Gemeindeausschusses geladen waren, ist wieder abgesagt worden. Ob das für morgen anberaumt gewesene Fest zur Aufsteckung der deutschen Kokarde fürs Militär abgehalten wird, ist zweifelhaft, da die Kokadenfrage bei der in der österreichischen Armee vorhandenen Verschiedenheit der Nationalitäten einzelner Regimenter (Ungarn, Kroaten, Italiener, Polen) sehr überlegt werden muß.

Die Allg. Oesterr. Ztg., welche so lange als Verfechterin der Demokratie und des Deutschthums angesehen wurde, wenigstens da wo es galt, den Sondergeist der Preußen zu züchtigen und den Hohenzollern den Text zu lesen, bringt jetzt einen merkwürdigen Artikel unter der Ueberschrift „der 6. August", worin der bekannte Befehl des Reichskriegsministers als eine „Ueberreilung", als ein „Leichtsinn" begrichnet wird. Die Nationalitäten in den österreichischen Regimentern", heißt es in jenem Artikel, „seien gemischt, der Minister hätte daher warten sollen, bis die in dieser Hinsicht nöthigen Veränderungen vorgenommen worden wären"; es wird gesagt: „Aber noch mehr. Wenn unsere deutschen Regimenter in Italien die deutsche Kokarde aufstecken, will der deutsche Kriegsminister die Verantwortlichkeit übernehmen, ganz Deutschland mit in den Krieg gegen Italien zu verwickeln?"

Zum Schluß heißt es sodann: „Wir stellen dem Ministerium daher die Frage: Ob nicht dem Geiste der Verordnung des deutschen Kriegsministers dadurch entsprochen werden könne, daß am 6. August die hiesige Garnison als die Repräsentation unseres Bundeskontingentes durch eine Gratulöhnung, Gottesdienst und Schmückung der österreichischen Fahnen mit den deutschen Farben den Tag feiern, an welchem ganz Deutschland einem ihrer Waffengefährten — Johann —

dem Reichsverweser huldigt und seine Leitung anerkennt?" Was würde man erst in Wien rathen, welche schöne Aufwallungen deutschen Einheitsgefühls würde man in manchen deutschen Ländern, die jetzt Preußen wegen seiner Sonderstellung zur Zielscheibe ihrer Verunglimpfungen machen, dann erlebt haben, wenn die deutsche Reichsversammlung zufällig einen Hohenzollern zum Reichsverweser erklärt hätte!

Preußen. *** **Berlin**, 6. August, Morgens. Der freudige Festtag für einen großen Theil Deutschlands ist bei uns als ein Tag banger Erwartung angebrochen. Noch weiß man Nichts, nicht was geschehen, nicht was nicht geschehen wird. Nur das ist gewiß, daß die Feier, die eine Feier Aller hätte werden können, und ohne Ueberwindung zu großer Schwierigkeiten, allein in die Hände einer Partei gefallen ist. Die Partei der Studenten, welche am 3. August, auf dem Universitätsgebäude, nicht einmal eine bescheidene preußische Fahne zwischen zwei großen deutschen Fahnen wollte, ist die Unternehmerin! Von der Bürgerwehr wollen mehrere Kompagnien ganz, andere zum Theil sich daran betheiligen; die übrige Bürgerschaft ganz gespalten. Der Agitator Held für die Sache! Der konstitutionelle Klub, der erste, welcher es wagte, der preußischen Erhebung gegenüber, ein warmes Wort für die Einheit, für den 6. August, auszusprechen, ist jetzt — wenigstens bis diesen Augenblick — dagegen; er mag sich an einem Feste nicht betheiligen, das aus solchen Elementen hervorgeht, das hier nicht in der Liebe und Begeisterung, das nur im Haß und in der Opposition seine Wurzel hat. Ellenlange Plakate fordern, Namens des namenlosen Festkomités auf, sich um 2 Uhr auf dem Lustgarten zum Zuge zugesellen. Nach dem Vorschlage des demokratischen Klubs soll er dieselben Straßen durchziehen, welche der König am 19. März mit der deutschen Fahne durchzog; an denselben Stellen, wo er gesprochen, soll wieder geredet werden. Ziel ist der Kreuzberg, das Denkmal für Preußens Helden von 1813—1815. Zu ihrer Ehre oder ihrer Schmach, fragt der Bürger? Und an demselben Kreuzberge wollen zur selben Stunde der Teltower Bauernverein (von 60 Ortschaften), der Preußenverein für konstitutionelles Königthum und der Patriotische Verein, alle Stammhalter des reinen Preußenthums, sich versammeln! Was soll daraus werden? Wahre Patrioten von beiden Seiten beschwören die Theilnehmer, von einer Feier jetzt abzustehen, welche zu allem Andern eher, als wie die Dinge stehen, zu einer Einigkeit führt. Was nur an Stoff zu Aufregung in Berlin vorhanden, ist aufgewandt, die Gemüther zu erhitzen. Es ist nicht mehr die Frage: ob ein vereinigtes Deutschland, ob ein specifisches Preußenthum? wo die an der Spitze stehen, die blaß wurden über die Frankfurter Wahl, über einen unverantwortlichen Reichsverweser, über einen Fürsten, einen österreichischen Erzherzog. Der edle Johann ist ihnen nur ein hohles Symbol geworden, um gegen die Einigkeit zu wühlen, die ihr Untergang wäre. Sie glauben in Ihren Blättern, mit edler Selbstverläugnung, genug Raum den Stimmen für ein specifisches Preußenthum gegeben zu haben, aber der Oeffentlichkeit gönnen Sie doch noch einige Worte. Dies Preußenthum hatte mit Erlaß des königlichen Armeebefehls seine scharfen Waffen von selbst niedergelegt, es begab sich des Angriffs; was erwartet man aber von ihm, wenn es so in seinen heiligsten Gefühlen angegriffen wird, als es von einer Studentenpartei am 3. August geschah. Daß sie in dem Hause der Wissenschaft, welches Friedrich Wilhelm III. gründete, an seinem Erinnerungstage nicht einmal seine Fahne bescheiden unter der deutschen dulden wollte, dieser Mangel an Pietät erscheint denn doch auch glühenden Verehrern einer deutschen Einheit quand même ein Eingriff in das sittliche Gefühl, das jede Partei auch in den aufgeregtesten Zeiten zu ehren hat! Die Wirkung ist nicht ausgeblieben. Die preußische Partei unterließ an ihrem Tage jede Demonstration, in Erwartung, daß von der andern Seite dieselbe Mäßigung eintreten werde. Alle bessern, wie der konstitutionelle Verein, haben dem entsprochen. Ich sehe kein Heil, für Niemand, am wenigsten für das einige Deutschland, von der Demonstration, die uns droht. Damit sei nicht zurückgenommen, ich wiederhole vielmehr, was ich Ihnen neulich schrieb: Hätte die preußische Regierung das Fest angeordnet, wäre der König selbst an der Spitze seiner Truppen hinausgezogen, hätte er seinen Degen entblößt und das erste Lebehoch dem hochherzigen Freunde und edlen Reichsverweser ausgebracht, dann wäre es ein Fest der Einigkeit geworden, wo im großen Deutschland Preußen stark blieb. —

Würtemberg. **Stuttgart**, 6 Juli. Die erwähnte Ansprache an die Truppen lautet: „Die Nationalver. zu Frankfurt, gebildet aus Abgeordneten aller Stämme unseres großen Vaterlandes, hat durch Beschluß vom 29. Juni d. J. für ganz Deutschland eine provisorische Centralgewalt aufgestellt und diese unter dem vollen Beifalle aller Fürsten und Völker in die Hände des Erzherzogs Johann von Oesterreich als Reichsverweser niedergelegt. Ihm ist zunächst die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht von Deutschland übertragen. Er hat die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und die Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, in Ihm begrüßen wir das erste sichtbare Zeichen der deutschen Einheit, der deutschen Kraft. Den Reichsverweser in dieser hohen Würde zu verehren, sind wir hier versammelt und mit uns am heutigen Tage, so weit die deutschen Fahnen wehen, Hunderttausende unserer wackern Brüder und Waffengenossen. Mit gerechtem Stolze treten wir in diesem Augenblicke, mit Allen gleich berechtigt, wie gleich verpflichtet, feierlichst in das mächtige Heer des deutschen Volkes ein. Ein Band der Einigkeit, des Vertrauens, der Zuversicht umschlinge uns forthin, aber ebenso auch ein Band des Gehorsams und der Treue. Soldaten! So laßt es denn die heiligste Sorge eines unter uns Jeden sein, daß, wie seither so auch künftig die württembergischen nunmehr mit den deutschen Farben geschmückten Banner, wo immer sie sich auch zeigen, zu den geachtetsten und ruhmreichsten deutscher Nation gezählt werden mögen, daß wahre Krieger-Ehre, die da besteht in Achtung vor dem Gesetze, in muthvoller aufopfernden Hingebung für das Wohl des Vaterlandes, in unverbrüchlicher Treue gegen den angestammten König, den Württemberg zu seinen besten Regenten, Deutschland zu seinen gefeiertsten Helden zählt, daß diese Ehre stets eine Heimath in unsern Herzen finde."

Frankfurt, 8. August. Die Nationalversammlung ist heute, nach dem Antrage des Ausschusses über die Amnestiefrage zur motivirten Tagesordnung geschritten, mit 317 gegen 90 Stimmen, unter Umständen, wie die gestrige Unterdrückung der Sitzung und die letzten kennpfhaften Anstrengungen der rothen Republik sie ahnen ließen. Vizepräsident **Soiron** eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, er sei gestern verhindert gewesen, die Worte Brentanos, welche den von Allen beklagten Sturm erregten, wiederholen zu lassen. Er habe dieselben nun nachgelesen, auch seien ihm Anträge übergeben, wovon der erste (a. Winke und etwa 170 Genossen) verlange, die Nationalversammlung möge die Aeußerung Brentanos als eine gröbliche Beleidigung eines deutschen Volksstammes und der Versammlung selbst mißbilligen; ein zweiter Antrag (Wernher) verlangt gegen Brentano den Ordnungsruf; zwei Erklärungen von der Linken klagen über Thätlichkeiten gegen den Redner und Forderungen auf Pistolen. Der Präsident erklärt, der Abg. Brentano habe durch seine Vergleichung einen edeln deutschen Volksstamm und damit die Versammlung selbst schwer verletzt. „Das deutsche Volk hat uns hieher gesendet, um das Werk der Einigung zu vollbringen; dazu ist nöthig, daß sich zuerst die Abgeordneten aufrichtig und treu die Bruderhand reichen, und sich nicht gegenseitig anfeinden. Die Anfeindung ist unpatriotisch. Aus diesem Grunde rufe ich den Abg. Brentano zur Ordnung." — Dieser Schlußsatz wurde von der Linken mit tobendem Lärm unterbrochen, welcher von der überfüllten Gallerie auf das Lauteste unterstützt wurde. Es war unmöglich, die Verhandlung fortzusetzen, und die Sitzung ward auf eine Stunde unterbrochen. Nach der Wiedereröffnung um 11 Uhr nahm der Vorsitzende v. Soiron abermals das Wort: Sie haben den Ordnungsruf gehört (neues Toben auf der Linken, sekundirt von der Gallerie). Ich habe aus den angeführten Gründen den Abg. Brentano zur Ordnung gerufen, und Sie werden mit mir einverstanden sein. Die Versammlung erhebt sich zustimmend mit Ausnahme der Linken, welche „nein, nein!" ruft. Der Präsident spricht die Erwartung aus, daß Vorfälle, wie der, welcher gestern zur Aufhebung der Sitzung Anlaß gab, sich nicht wiederholen werden. „Man muß auch gerechten Zorn bemeistern und unterdrücken können, wenn es die Würde der Versammlung gilt, welche Deutschlands Verfassung zu berathen hat." — Der tobende Sturm auf der Linken erhob sich aufs Neue; sie begehrte Diskussion über den Ordnungsruf, wurde aber von Vielen zur Ruhe gebracht, welcher ausführte, daß gegen das Verfahren des Präsidenten nur mittelst eines schriftlichen Antrags an die Versammlung appellirt werden könne. Nun erschien **Brentano**, zum Wort gerufen, auf der Rednerbühne. Die Gallerie begrüßte ihn mit Klatschen und Zuruf, worauf der Vize-Präsident das Publikum aufforderte, sich zu entfernen. Das Publikum, welches großentheils von Mainz, Offenbach, Hanau u. a. O. gesammelt war, traf keine Anstalten, der Weisung Folge zu leisten. Nur Wenige setzten sich in Bewegung. Die Aufforderung wurde von Neuem auf den Gallerien wiederholt. Selbst einige Damen bedurften wiederholter Erinnerung. Der Vize-Präsident erklärte, daß er Gewalt anwenden lassen werde, wenn gütliche Ermahnung nicht fruchte. Gegen mehrere ebenfalls zur Folgeleistung. Noch immer blieb ein festes Kern auf beiden Gallerien, bis endlich durch das Zureden der Aufseher und durch Gegen persönliches Erscheinen und Zureden auch die Hartnäckigsten

bewogen wurden, sich zu entfernen. Es entspann sich nun eine Debatte über die Frage, ob die Sitzung unterbrochen und dann die Zuhörer wieder eingelassen werden sollten, oder ob ohne Publikum fortgefahren werden solle. Für Letzteres entschied die Versammlung bei Namensaufruf mit 380 gegen 91 Stimmen, und nun führte Brentano aus, daß er den Ordnungsruf nicht verdient, weil er nur ein freies Urtheil über einen Fürsten gefällt habe. Ueber den König von Hannover und den Großherzog von Baden (?) seien schon härtere Aeußerungen gefallen, ohne daß Jemand darin eine Verletzung eines Volksstammes erblickt und den Ordnungsruf verlangt habe. Dagegen sei an ihn, den Abgesandten des Volkes, Hand angelegt, und er sei auf Kugeln gefordert worden. Auf den Ruf: wer Hand an ihn gelegt habe, berief sich der Redner auf seine Freunde, welche die Namen nennen würden; er habe sich gewundert, daß die Herren Platner und Graf Wartensleben, welche ihn auf Pistolen gefordert, den Antrag auf Mißbilligung gegen ihn unterschrieben hätten. Ueber die Amnestie rede er in geheimer Sitzung nicht. — Nachdem von Venedey und Andern der Versuch gemacht worden, die Verhandlung über die Amnestie zu vertagen, die Versammlung aber die Fortsetzung wiederholt beschlossen hatte, berichtigte Welcker die wahrheitswidrigen Angaben des Abg. Brentano über sein Verhalten gegen Fickler und dessen Verhaftung durch Mathy und erklärte, daß er für den Antrag auf Tagesordnung in der Zuversicht stimme, daß die humane badische Regierung den Verirrten Amnestie ertheilen werde. Sie jetzt zu beschließen, gehe nicht an, weil neues Unglück die Folge sein würde. Widenmann, als Berichterstatter, vertheidigte den Antrag des Ausschusses gegen die verschiedenen Angriffe mit großer Ueberlegenheit und wies insbesondere darauf hin, wie Beerstano, der sich nicht nur Hecker's Freundschaft zur Ehre gerechnet, sondern auch dessen Unternehmen vertheidigt habe, in Widerspruch mit sich selbst komme, indem er am 17. April mit Itzstein der Erklärung der badischen Kammer beistimmte, in welcher das Unternehmen als ein verbrecherisches bezeichnet und auf das Stärkste mißbilligt wurde. Er hob insbesondere hervor, daß die badische Regierung keinen Anlaß gegeben habe, ihr besonders zu empfehlen, die minder Schuldigen zu amnestiren, daß man vielmehr das Zutrauen habe, daß sie das Ihrige thun werde, da sie schon viele Gefangene entlassen, die Behandlung der Gefangenen aber Nichts zu erinnern gebe. Hierauf wurde bei namentlicher Abstimmung der Ausschußantrag mit 370 gegen 90 Stimmen angenommen. Die Linke hatte sich großentheils entfernt, nachdem der Beschluß gefaßt war, die Verhandlungen fortzusetzen. Viele Mitglieder der Minorität erklärten, daß sie nur deßhalb mit „nein" gestimmt hätten, weil sie dem Antrag Schoder's, die Tagesordnung mit der Voraussetzung zu begründen, daß die Regierungen den Verführten Amnestie ertheilen würden, den Vorzug gäben. Zitkel erklärt, er stimme für die Tagesordnung, weil er die Ueberzeugung habe, daß die badische Regierung die bloß verführten Theilnehmer an dem Aufstande jedenfalls amnestiren werde, und es hiezu eines Beschlusses der Nationalversammlung nicht bedürfe. Vor der Paulskirche verführte das Publikum der Gallerie einen Höllenlärm. Es waren Franzosen dabei, und Einer rief wiederholt: il faut massacrer tous. Die Haufen nahmen eine drohende Haltung an, und um Unglück zu verhüten, stellten sich Bürgermilitär und Schutzwachen auf. Der Abg. Wigard, Einer von denen, welche sich der Abstimmung enthielten, erklärte deßhalb, daß er unter dem Schutz der Bayonette nicht stimme. Als die Abgeordnten um 3 Uhr die Kirche verließen, war von der drohenden Schaar wenig mehr zu sehen *).

*Aus Frankfurt, 8. August, erhalten wir folgende Reklamation: Die Oberpostamtszeitung scheint einen sehr unzuverlässigen Referenten in der Paulskirche zu haben, sonst könnte sie nicht Ereignisse, wie das durch den Abgeordneten Brentano am 7. August Veranlaßte so total entstellt in die Welt schicken. Brentano hat gesagt: „Nachdem anderwärts so bereitwillig Amnestieen ertheilt wären, würde man doch nicht wollen die Männer, die in Baden die Waffen für die Republik ergriffen hätten, gegen einen Prinzen von Preußen zurücksetzen." Daß diese Aeußerung laute Mißbilligung aller derjenigen Mitglieder der Versammlung, denen der Begriff der Ehre auch nicht zu einem Vorurtheil herabgesunken ist, hervorrief, ist wohl natürlich; die Worte dagegen, welche die Oberpostamtszeitung enthielt, würde man als eine der vielen Taktlosigkeiten, die man von einer gewissen Fraktion schon gewohnt ist, ruhig hingenommen haben. Nach der Sitzung versammelten sich nicht preußische Abgeordnete, sondern alle Männer der obenbezeichneten Gesinnung, welchem deutschen Staate oder welcher politischen Partei sie auch angehören mochten, im Kasino, um eine Abendbesprechung zu verabreden, in der berathen werden sollte, auf welche Weise das Benehmen Brentano's zu ahnden sei. Jeder, der es wahrhaft gut mit deutscher Einheit meint, wird einsehen, daß es nicht gestattet werden darf, daß des Vaterlandes Wohlfahrt durch einen Einzelnen gefährdet werde, und daß sich nicht falsche Vorstellungen über die Veranlassung zu der allgemeinen Entrüstung verbreiten. Der flauenstellende Bericht, den die Oberpostamtszeitung über dies Ereigniß mittheilt, nimmt uns um so mehr Wunder, da ein preußischer Professor, der zugleich Abgeordneter ist, als Mitarbeiter an derselben bezeichnet wird.

♂ Frankfurt, 9. Aug. Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß in der morgenden Sitzung der Nationalversammlung die definitive Zusammensetzung des Reichsministeriums amtlich bekannt gemacht werden wird. Dasselbe hat sich nunmehr wie folgt gestaltet:

Ministerpräsident ohne Portefeuille Fürst Leiningen.

Auswärtiges	Herr Heckscher mit	
	„ Max v. Gagern	als Staatssekretäre.
	„ v. Biegeleben	
Inneres ...	„ v. Schmerling mit	
	„ Bassermann und	
	„ v. Würth.	
Finanzen ...	„ v. Beckerath mit	
	„ Mathy.	
Handel ...	„ Duckwitz mit	
	„ Mevissen und	
	„ Professor Fallati.	
Justiz ...	„ Robert Mohl mit	
	„ Wiedenmann.	
Krieg ...	„ v. Peucker.	

Hr. Staatssekretär v. Gagern soll morgen nach Schleswig abreisen.

Schweiz.

* Unser Berner ☽ Korrespondent schreibt uns: Tessin ist voll flüchtiger Familien. Die Regierung hat in Form eines Cirkulars an alle Gemeindebehörden die Aufforderung erlassen, die Unglücklichen freundlich aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß sie unter möglichst billigen Bedingungen Unterhalt finden. Die Regierung von Bern hatte vor acht Tagen für 50,000 Fr. Pulver in die Lombardei geschickt. Da diese Ladung noch nicht bezahlt ist, so sind gestern zwei Abgeordnete nachgereist, um sie womöglich noch auf Schweizerboden einzuholen. Heute hieß es, die französische Regierung habe bei dem Vorort um Durchpaß von Truppen nach Italien nachgesucht. Dem ist aber nicht so. Aus ziemlich zuverlässiger Quelle, welche dem hier akkreditirten französischen Gesandten nahe steht, kann ich melden, daß Cavaignac für bewaffnete Intervention, der Finanzminister aber dagegen sei. Das letztere Hinderniß hoffe man jedoch zu beseitigen.

Die Basl. Z. meldet in ihrer Nr. vom 8. Aug.: Der Vorort Bern theilt durch Kreisschreiben vom 7. den Ständen ein Schreiben des Staatsraths von Tessin vom 5. Rachts mit, welches anzeigt, daß Mailand kapitulirt habe, wie wir bereits gestern berichtet haben.

Niederland.

* Amsterdam, 6. August. Die Limburger Frage ist durch die Frankfurter Versammlung beschlossen. Der durch altmodische diplomatische Künste verstrickte Knoten ist mit einem Krafthieb gelöst: Limburg wird deutsch. Was auf dem Wege der Unterhandlung vielleicht in einigen Jahren erzielt worden wäre, es ist in Einem Tage entschieden, und in Deutschland scheint man den Gegenstand bereits vergessen zu haben. Nicht so hier: der Beschluß der Versammlung hat einen gewaltigen Effekt hervorgebracht; wenige Holländer haben sich die Mühe gegeben, die verwickelte Frage gründlich zu erforschen, sie gefallen sich in ihrer Unwissenheit und in der Rolle eines duldenden Märtyrerthums, das bei einer gerechten Sache gezwungen ist, als Schwächerer dem Stärkeren nachzugeben. Diese unrichtige und beleidigende Anschauung ist hauptsächlich hervorgerufen durch eine Serie

*) Vorliegender Brief trägt den Poststempel „Frankfurt, den 8. August", ist uns jedoch erst am Nachmittag des 9. Aug. zugekommen; da von Frankfurt, soviel wir wissen, nicht nur eine Nachtpost, sondern auch noch ein Eisenbahnzug Morgens um 6 Uhr nach Heidelberg geht, so ist diese Ankunft jedenfalls eine verspätete. Es liegen uns jedoch Fälle vor, wo Briefe 22 Stunden Zeit (von Morgens 11½ bis 9½ Uhr) von Frankfurt nach Heidelberg brauchten, und täglich erhalten wir Berliner und Leipziger Zeitungen, aus denen die Frankfurter Blätter schon drei (oft auch zwei) Stunden später hier sämmtliche Neuigkeiten mittheilen, die wir zwei oder drei Stunden früher aus den Originalen erfuhren. Wir heben diese wenigen Ersatzungen aus vielen ähnlichen hervor, sind aber bereit, zur Charakteristik des deutschen Postwesens auf Verlangen noch Weiteres mitzutheilen. Unsere Korrespondenten übrigens, denen die deutschen Postverhältnisse so gut bekannt sind, wie uns, könnten durch pünktlicheer Besorgung der Briefe einen Theil des Uebelstandes beseitigen. D. Red.

Digitized by Google

von gereizten, giftigen Leitartikeln des hier viel gelesenen „Handelsblad“, welche mit bewundernswürdiger Kühnheit behaupten, daß Deutschland nie das mindeste Recht auf Limburg gehabt habe, noch haben könne. Eine unparteiische Darstellung der Sachlage findet das Handelsblad überflüssig, dagegen tischt es seinen Lesern allerlei hübsche Anekdötchen auf, z. B. von einem Wanderer, der, im Walde von drei Räubern angefallen, seine Börse gutwillig herausgibt, um nicht gar sein Leben zu verlieren; sei dies eine Schande? gewiß nicht: „que voulez vous, qu'il fit contre trois?“ Dem gewaffneten, stärkern Räuber müsse man weichen, und so müsse man denn auch Limburg dem brutalen, deutschen Räuber überlassen, damit er nicht gar noch mehr nehme. — Diese und andere edle Argumente gebraucht das „erste“ holländische Blatt. Es wäre nicht der Mühe werth, Ihre Leser mit derartigen tollen Ausfällen zu behelligen, wenn solche nicht leider darauf berechnet wären, hier zu Lande eine gehässige und feindliche Stimmung gegen Deutschland zu erzeugen und zwei Länder zu entzweien, statt sie inniger zu verbinden. Hiergegen muß energischer Protest eingelegt werden. — Wie auch der Beschluß der Frankfurter Versammlung etwas abrupt und diktatorisch, so war er doch gerecht; mögen die Diplomaten bei der definitiven Regulirung der Angelegenheit immerhin wieder zu der feinern Komplimentensprache zurückkehren, dem Ausspruch der Vertreter einer großen Nation stehen feste Worte zu. — Beinahe hätten wir hier wieder eine kleine Ministerkrise erlebt; die Verwerfung zweier liberalen Gesetzes-Entwürfe von Seite der ersten Kammer gab unserm Konseils-Präsidenten, Herrn Donker-Curtius, Veranlassung, seine Demission einzureichen. Dagegen erhob sich jedoch das ganze Land, der allgemein populäre Mann wurde von vielen Seiten bestürmt, am Ruder zu bleiben, und unser liberaler König bewog den Minister, sein Demissionsgesuch zurückzunehmen; Alles bleibt somit in statu quo. — Unser Finanzminister wird einen harten Stand bekommen: die vorgeschlagene Vermögens- und Einkommensteuer findet so heftige Opposition, daß sie schwerlich durchzuführen sein wird; inzwischen ist ein Deficit von 11 Millionen Gulden im Budget zu decken, und Herr van Bosse wird manchmal in seinen Träumen einen guten Genius anflehen, ihm aus der Noth zu helfen. Es ist wirklich ein wahrer Jammer mit unsern Finanzen; vor 4 Jahren brachte die Nation ein Opfer von 127 Millionen und jetzt ist schon wieder ein großes Deficit vorhanden!

Großbritannien.

London, 6. August. Die Times rathen auf's Entschiedenste der französischen Regierung von einer bewaffneten Intervention in Italien ab. Cavaignac habe mit innern Feinden genug zu thun, um noch mit auswärtigen Feinden anzubinden. Und Oesterreich sei, wie die letzten Kriegsereignisse bewiesen, kein verächtlicher Feind. Die Stelle heißt: „Das österreichische Reich mochte noch vor wenigen Monaten auf die niederste Stufe des Verfalls gesunken scheinen; aber selbst in diesem Zustande, nachdem alle Provinzen, wie durch eine Centrifugalkraft von den Erblanden abgelöst, nachdem das alte Regierungssystem gebrochen, sein Erfinder als Verbannter in fremden Landen war, dazu Verwirrung und Rebellion in allen Ecken, kein Geld im Schatze, kein oberster Leiter, kein Heer und kein Diener, Wien, Prag und Pesth im Aufstande — selbst dann noch übte Oesterreich einen Rest seiner Macht über das, was einst seine italienischen Provinzen waren, eine Macht, welche die äußersten Anstrengungen Karl Alberts und die inhaltlosen Prahlereien der „heiligen Kreuzfahrer“ in Mittel- und Unteritalien zu vernichten nicht im Stande waren. Die Stellungen, welche Marschall Radetzky erobert hat, und der Ersatz seiner jüngsten Operationen sollte doch allen Vernünftigen einen Zweifel darüber beibringen, ob wirklich jener Theil der Karte von Europa, welcher mit dem ehrwürdigen Namen des österreichischen Reiches bezeichnet war, so vollständig mit einem Schwamm weggewischt worden, als gewisse Enthusiasten uns in jüngster Zeit wollten glauben machen.“ Die Times warnen zugleich auch Karl Albert (der wahrscheinlich selbst so pfiffig ist) vor dem Herbeiziehen der Franzosen, die sich schon für ihre Mühe bezahlt machen und sich eben so weit in Savoyen ausdehnen würden, als Karl Albert seine Besitzungen auf Kosten der Oesterreicher auszudehnen versuchen sollte.

Auch Morning Chronicle warnt Frankreich vor einem unvorsichtigen Schritt in Betreff Italiens, der ganz Europa in die Schrecken des Krieges zu stürzen drohe; eine Intervention in Italien würde in diesem Augenblicke der Parteiauflösung in Frankreich und bei einem Zustande der Finanzen, der nach Thiers eigenem Ausdruck „die größten und letzten Anstrengungen des Landes erfordere“, eine wahre Tollheit sein; die rothen Republikaner seien jetzt eben so wenig niedergeschmettert als der Berg in dem Augenblicke war, da Dumouriez Paris verließ, um die Schlacht bei Jemappes zu gewinnen, weil, wie er sagte, Frankreich nur durch gewonnene Schlachten gerettet werden könne. „Jedermann kennt den Gebrauch“, fährt das M. Chr. fort, „welchen Marat und Robespierre von diesen Siegen zu machen verstanden: wie sie die Partei, welche den Krieg organisirte, niedertraten und verfolgten — ein Gebrauch, welchen diejenigen, die in den Straßen von Paris Proudhon's Rede so eifrig kaufen, nur zu bereit sein würden zu erneuern.“

(Der wohlunterrichtete Korrespondent der Times aus dem Hauptquartier Karl Alberts gibt übrigens die Streitkräfte des Königs vor ihrer Niederlage auf 80,000 Mann an; hiervon habe er am 28. nur noch 20,000 beisammen gehabt. Die übrigen waren getödtet, gefangen oder verwundet (10,000), lagen krank in den Hospitälern (15,000), hatten sich nach verschiedenen Richtungen hin in aufgelösten Bataillonen zerstreut (20,000), aber waren marodirend über den Po und nach Piemont zurückgegangen (20,000); von den Lombarden und Modenesen waren 5000 desertirt. Durch schlechte Verpflegung, durch die furchtbare Hitze, durch Erschöpfung und ermüdende Märsche hatten die Piemontesen eben so sehr gelitten als durch die Oesterreicher, welche, der Behauptung des Korrespondenten zufolge, an Todten und Verwundeten noch mehr verloren als die Italiener, da sie — was ohne Zweifel für den Kriegsmuth der Oesterreicher zeugt — alle Stellungen mit dem Bajonett nahmen. Die Operationen Karl Alberts unterliegen vielem Tadel, dagegen wird zugestanden, daß er und die beiden sardinischen Prinzen großen persönlichen Muth bewiesen und sich in den letzten Schlachten dem Feuer auf das Unerschrockenste ausgesetzt hätten).

Dem Globe zufolge bestätigt sich die Angabe anderer Blätter nicht, daß es O'Brien gelungen sei, den Boden Irlands, obschon er ihm unter den Füßen brennen mag, zu verlassen, vielmehr will man ihn mit Doheny und Meagher, alle drei in grüner, mit Gold gestickter Rebellenuniform und wohl bewaffnet, in den Kepper-Bergen gesehen haben, überall unter dem Landvolke Aufstand predigend. Fünfhundert Konstabler sind in jene Gegend abgeschickt worden, die eine Vorpostenkette bilden und die Flucht der Insurgentenchefs hindern sollen. Neuerdings wurden wieder zwei Redakteure des „Volkstribun“, Meany und Brennan, und 20 bei dem Scharmützel von Baulagh Betheiligte verhaftet.

In der gestrigen Oberhaussitzung richtete Lord Brougham an seinen edlen Freund gegenüber (Marquis v. Lansdowne) die Frage: ob es wahr sei, daß Hr. Fagan, ein Attaché der engl. Gesandtschaft in Neapel, nach Palermo gesegelt sei und der dortigen Bevölkerung gedroht habe, England werde Sicilien seinen Schutz und seine Sympathien entziehen, wenn nicht innerhalb 24 Stunden der Herzog von Genua zum Regenten gewählt würde. Eben so gut könne ja der König von Neapel eine ähnliche Anforderung an die Irländer stellen, denn Irland stehe in demselben Verhältnisse zu England wie Sicilien zu Neapel. Er, Brougham, würde dieser Nachricht keinen Augenblick Glauben geschenkt haben, wenn sie ihm nicht aus glaubwürdiger Quelle zugegangen sei. Der Marquis v. Lansdowne erwiderte: wie die Sache sich verhalte wisse er nicht, aber er könne seinen edeln und gelehrten Freund versichern, daß Hr. Fagan Seitens der engl. Regierung keine Vollmacht noch Weisung hierzu erhalten habe.

Frankreich.

Paris, 7. August. Die Blätter sind ziemlich inhaltleer; nachdem die Aufregung, welche der Anklagebericht verursachte, wieder etwas beschwichtigt ist, bleibt ihnen keine wichtige Tagesfrage zur Besprechung übrig, als die Wendung des italienischen Krieges. Nach der Art zu urtheilen, in welcher diese neueste Katastrophe besprochen wird, ist man trotz aller schönen Reden und Verheißungen, keineswegs zu übermäßigen Opfern und Anstrengungen bereit; in mattem und lauem Tone nimmt man sich der „lombardischen Unabhängigkeit“ an, spricht jedoch viel von Vermittelung und hofft auf eine friedliche Lösung. Der Kriegslärm ist nicht groß in den Blättern und doch, wenn man etwas der Art thun will, wäre es jetzt die rechte Zeit. Mit der geläufigen Redensart, „die Unabhängigkeit Italiens sei fortan eine Thatsache“, die sehr an das ominöse Wort — la charte sera désormais une vérité — erinnert, aber mit der unbestimmten Versicherung, Italien müsse frei werden, ist in einem Augenblicke, wo österreichische Truppen wieder in Mailand einziehen, nicht viel gethan. Es scheint an Geld zu fehlen, und im Volk, das durch Staatsexperimente aller Art seit fünf Monaten gequält worden ist, scheint keine übertriebene Lust vorhanden zu sein zu neuen Opfern. Die kaum erst beschwichtigte Bewegung im Innern würde wohl im Falle eines Krieges sich von Neuem regen, und die Erfahrung hat gezeigt, wie viel Bajonette Frankreich in seinem Innern bedarf, um

seine Freiheit zu schützen. Doch kann man gerade bei der Unsicherheit der französischen Zustände auch hier keine feste Norm annehmen, es könnte umgekehrt auch der Krieg als die beste Lösung der socialen Fragen angesehen werden und bei dem ersten Erfolg der französischen Waffen würde ganz unzweifelhaft der früheer bonapartesche Geist neu erwachen, und die jetzt schon halbmilitärische Form der Republik ganz militärisch werden. Das fürchten ihrerseits wieder die aufrichtige Anhängen einer friedlichen Republik; daher die Scheu und Lauheit, womit sie die Dinge in Italien berühren.

Ein Dekret Cavaignac's vom 6. hebt das am 24. Juni auf zehn öffentliche Blätter gelegte Interdikt auf. Die „Presse" und die „Assemblée nationale" sind heute bereits wieder erschienen.

Ueber den Schuß auf das Haus des Herrn Thiers gibt heute das Journal des Débats einige Einzelheiten. Thiers habe schon seit einiger Zeit anonyme Drohbriefe erhalten und selbst die Polizei habe ihn aufmerksam gemacht, auf seiner Hut zu sein, vor Allem aber den weißen Hut, der ihn kenntlich mache, abzulegen. Hr. Thiers verschmähte diese Warnungen. Am 5. kam Hr. Mignet, ebenfalls einen weißen Hut tragend, in Thiers Wohnung; indem er durch den Garten ging, schlug die Kugel von oben zwischen den Bäumen herein und verwundete das Mädchen, das vor dem Thore saß. Zu gleicher Zeit wurde eine Scheibe in dem Hause des Herrn Chevreux neben Herrn Thiers zerschmettert, was auf einen Doppellauf aber auf eine Ladung mit mehreren Kugeln schließen läßt. Man hörte keinen Knall; die auf das Eifrigste geführte Untersuchung hat kein Resultat gegeben.

Italien.

* Rom, 27. Juli. Trotz dem, daß das Ministerium abgedankt hat und die Kammersitzungen vertagt worden sind, bleibt ersteres noch am Platz, vorgeblich um die öffentliche Ordnung zu wahren. Das ist nun freilich ein sehr beziehungsreicher Begriff. So scheint es z. B. Mamiani in der Ordnung zu finden, daß die römische Legion, welche vorgestern von Vicenza hieher zurückgekehrt ist, den Konvent der Jesuiten besetzt und in eine Kaserne verwandelt hat. Unterzeichnet hat er wenigstens die dahin einschlagende Vollmacht, die vor einer geheimen Kammersitzung zur Berathung kam. Damit ein unrechtmäßiges Beginnen nicht ein illegales Aussehen bekomme, stellt nun den Feinden des Rechtsbestands Freischeine aus! Wer möchte jetzt wagen zu behaupten, jene Kapitulation und Barrikadenheiden seien nicht in ihrem Rechte gewesen? Der Schritt hat übrigens zufällig seinen gewaltthätigen Charakter nicht verloren. Man ist nämlich mit einer anderen Korporation zusammengestoßen, deren Rechte dem Minister des Innern selbst Respekt abverlangen sollten, mit einer deutschen Stiftung, dem Collegio Germanico, welches man schon zu Leos XII. Zeiten hier untergebracht hatte. Schon damals war dieselbe in ihren Besitzrechten gekränkt worden und diesen Ansenthaltsort hatte man nur als eine provisorische Wohnstätte angenommen, unter Verwahrung der dem Kolleg zustehenden Eigenthumsrechte. Diesem zufolge gehört ihnen das Collegio Apollinare. Das Frankfurter Parlament würde gut thun, sich bei dieser Gelegenheit nach selbigem zu erkundigen und es als nationales Eigenthum in Anspruch zu nehmen, sowie auch darüber Aufklärung verlangt werden müßte, in wiefern diese Zöglinge einer deutschen, mit den Jesuiten nur zufällig in Verbindung gerathenen Stiftung bei diesem gewaltsamen Ueberfall gekränkt worden sind. Die Legionarier rühmten es, 60 Konverts vorgefunden zu haben, da die Okkupation gerade zur Mittagszeit erfolgte. „Wär es nicht eine katholische Stiftung", hörte ich Römer sagen, die sich entrüstet zeigten, „so hätte sich Deutschland längst dieses schon in früheerer Zeit verkürzten Rechte angenommen." (?) Mit der Kirche S. Maria dell' Anima ist der Fall ein ähnlicher. Zwar hat sich Oesterreich derselben angenommen, aber nicht im Sinne eines deutschen Nationaleigenthums. Es wäre gut, den Römern und ganz Italien zu zeigen, daß Deutschland Recht und Konfession nicht als zwei getrennte Begriffe behandelt und zuerst der Nation zu sichern weiß, was nachher jede Konfession nach Bedürfniß verbrauchen mag. Nimmt man nicht derartige Gelegenheit wahr, die Manchen Kleinigkeiten scheinen mögen, so wird der deutsche Name im Auslande immer des Ansehens einer realen Größe ermangeln. Bei den Italienern sind derartige Demonstrationen im gegenwärtigen Augenblick ganz besonders zweckmäßig angebracht. Auf den Papst hat Nichts einen solchen Eindruck hervorgebracht, als die Drohung der deutschen Bischöfe beim Aufbruch der Cocciaten. Die Italiener müssen auf ähnlichem Wege zur Besinnung gebracht werden. — Viele wollen behaupten, daß der erwähnte Akt prätorianischer Willkür nur ein unschuldiges Vorspiel viel ernsthafterer Scenen sein werde. In dem Augenblick, wo ich diese traurige Prophezeiung vernehmen mußte, trat ein Mann in das Zimmer, welcher meldete, man habe so eben den Redakteur des pikantesten der hiesigen Witzblätter, die von Mailand bis nach Neapel wie Pilze aufgeschossen sind, auf dem Platz vor Gericht ermordet. Gegen Satyre ist der Italiener sehr empfindlich. Diesen besprochenen Zeitungen legt man die Schuld der Erkaltung der Nationalbegeisterung zu einem großen Theil bei. In der That wirkt Nichts erkältender, desenthusiasmirender, als solche Schreiberei, in welcher der Italiener es Engländern und Franzosen, vor Allen aber uns Deutschen zuvorthut. — Graf Rossi, der ehemalige Botschafter Louis Philipps, hat es alles Ernstes unternommen, ein Ministerium zu bilden, durch welches er die weltliche Gewalt des Papstes und die italienische Nationalsache noch zu retten gedenkt. Ein kühner Gedanke! Gleichwohl verfolgt ihn der erfahrne, sonst so kalte Staatsmann mit fichtischem Enthusiasmus. Er läßt sich durch Nichts zurückschrecken, und heute muß es sich entscheiden, ob er mit seinen letzten Vorschlägen durchzudringen vermocht hat. Die fremden Truppen, welche an der Vertheidigung von Vicenza Theil genommen haben, sind zu Staatsbürgern erklärt und mit allen durch das Staatsgrundgesetz gewährten Prärogativen belehnt und beihnt worden. Ein Dekret vom 20. Juli, von dem ganzen Ministerium unterzeichnet, wird in der römischen Staatszeitung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

* Rom, 29. Juli. Die Ministerkrisis ist beendigt. Mamiani bleibt in voller Macht. Sein Ministerium wird durch geringere Kapacitäten ergänzt. Er hat es beim Papste dahin zu bringen gewußt, daß eine innige Allianz mit den italienischen Fürsten zur gemeinschaftl. Vertheidigung beschlossen ist, und sieht sich beauftragt, sogleich die Kontingente zu Karl Albert stoßen zu lassen, um mit aller Macht den Staat zu vertheidigen. (Die Nachrichten von der Lombardei nach Rom scheinen lange unterwegs zu sein, sonst würde man der äußern Politik des Kirchenstaates dieses trop tard wohl erspart haben).

† Neapel, 27. Juli. Das sicilianische Parlament hat nun seine neue Verfassung proklamiet, wie entnehmen daher derselben Verfassung folgende Hauptpunkte: Die Pairie auf Lebenszeit ist abgeschafft und der Pairskammer eine Kammer der Senatoren unterschoben, die von Distriktsvereinen erwählt werden. Die Wirksamkeit eines Deputirten ist auf zwei Jahre, jene eines Senators auf sechs Jahre festgesetzt. Das Parlament vereinigt sich jedes Jahr am 12. Januar, dem Jahrestage der sicilianischen Revolution. Der König kann das Parlament weder auflösen noch vertagen, er kann es nur auf außerordentliche Weise zusammenberufen. Um Wähler zu sein, bedarf es Nichts als Lesen und schreiben zu können. Eine Kommission, zusammengesetzt aus Mitgliedern der beiden Kammern, entscheidet über entstehende Streitigkeiten zwischen diesen beiden Kammern. Dem Parlament ist es vorbehalten, den Unterricht des Königs zu leiten, über dessen Unfähigkeit bei intellektuellen Gebrechen zu urtheilen und eine Regentschaft einzusetzen. Das Parlament gibt Gesetze und dispensirt von denselben, der König hat das Recht zu einem suspensiven Veto, muß aber ein Gesetz anerkennen, wenn es binnen 14 Tagen nochmals votirt wird. Die ausübende Gewalt kann die Nationalgarde, der die Bewachung der Festungen unvertraut ist, weder auflösen noch suspendiren. Die Milizen des Reichs dürfen in Friedenszeiten den sechsten Theil der Nationalgarde nicht übersteigen. Der König ist unverletzlich, aber den Gesetzen des Peinntrechts unterworfen. Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich. Freiheit der Presse, des Wortes, des Unterrichts, der Association. — Die Deputirtenkammer votirte für die Civilliste des Königs 240,000 Dukaten und den Besitz der beiden k. Schlösser in Palermo und Messina nebst den beiden Villen La Favorita und la Ficuzza in Palermo; Ruggiero Settimo ist auf Lebenszeit zum Senator mit den Ehren eines Präsidenten der Kammer der Senatoren ernannt. Ein Artikel der Verfassung erklärt ihn als einen verdienstvollen Bürger (benmerita Cittadino) und ertheilt ihm den Grad eines Generallieutenants der Nationalgarde. Die Pairskammer erklärte ihn (wie die Amerikaner ihren Washington) frei von aller Posttaxe für seine Privatkorrespondenz während der Dauer seines Lebens. — Am 24. verließ die englische Flotte unter Admiral Parker Palermo, um nach Neapel zu segeln, wo sie wahrscheinlich heute noch eintreffen wird. Sicherm Vernehmen nach kömmt sie zur Unterstützung der englischen Reklamation, um Auslieferung der durch neapol. Schiffe unter engl. Flagge gemachten sicilianischen Gefangenen auf 2 Schiffen, die die hiesige Regierung nun wahrscheinlich doch fahren lassen müssen wird. — An der Expedition gegen Sicilien wird fortwährend eifrig gerüstet, obschon Viele behaupten wollen, England werde dieselbe verhindern, und dies sei der eigentliche Zweck des Hieherkommens der Flotte. Man sagt, daß 30,000 Mann bestimmt seien, in Sicilien einzufallen, und dazu hat die Regierung etwa 20 Dampfschiffe, über 50 Kanonenboote, mehrere Fregatten und ein Linienschiff, die schon sehr bald zum Auslaufen bereit sein sollen.

Digitized by Google

Verhandlungen des verfassunggebenden Landtags.

**Berlin, 4. August. Der schon in der vorigen Sitzung auf die Tagesordnung gestellte Antrag wurde zwar auch heute nicht ganz erledigt, dennoch der Grundsatz zu Gunsten der schon lange von der Wissenschaft verfochtenen milderen Ansicht entschieden. Wir waren gespannt, bei diesem Kampfe, wo sich Ueberzeugung gegen Ueberzeugung erhob und die heiligsten Güter der Menschen, sein leibliches und sittliches Dasein in die Wagschale gelegt werden mußten, das Verhalten der Parteien zu beobachten. Vielleicht gibt es kaum eine andere Frage, welche so sehr einen klaren Blick in die Wirklichkeit verlangt, wie die vorliegende — denn wo fühlt sich der Mensch härter im Innersten seines Gemüthes ergriffen, als wenn er Entscheidungen über Leben oder Tod seines Mitmenschen fällen soll? Ohne uns einer Parteilichkeit schuldig zu machen, müssen wir bedauern, auch bei dieser Gelegenheit, obwohl sie die hinreichend deutliche Aufforderung enthielt, mit praktischen Gründen zu schlagen, von der äußersten Linken keinen Redner vernommen zu haben, der sich von dem schwankenden Boden der Abstraktion erhoben hätte. Humanität, Sittlichkeit — dies waren die ewig wiederkehrenden Schlagwörter, mit welchen man dort die Frage des Tages zu entscheiden suchte. Recht erschöpft wurde die Frage fast nur von dem Justiz-Minister. Er war der erste Redner, welcher sich heute erhob und mit so überzeugender Wahrheit für die Abschaffung der Todesstrafe sprach, daß seinen Nachfolgern nur wenig zu sagen übrig blieb. Wir theilen seine Rede etwas genauer mit. Es sei diese hochwichtige Frage, begann er, im Justiz-Ministerium reiflich erwogen worden, ohne daß es jedoch gelungen, eine Einheit der Meinungen zu erzielen. Er könne deßhalb nur seine eigne Ansicht vortragen, welche sich schon seit Jahren dahin entschieden habe, daß die Abschaffung der Todesstrafe dringendes Bedürfniß sei. (Beifall.) Zwar halte er sie nicht für unsittlich — ein tiefes Gefühl der Gerechtigkeit fordre vielmehr bei allen Völkern, daß, wer Blut vergieße, dessen Blut wieder vergossen werden solle. Dennoch folge daraus nicht die Nothwendigkeit ihrer Beibehaltung. Denn lediglich darauf komme es an, ob ein Volk auf einer solchen Bildungsstufe stehe, daß es einer so harten Strafe entbehren könne. Die Abstimmung in der Versammlung selbst, welche ja das Volk vertrete, werde am besten zeigen, ob das Volk noch auf jener Strafe beharre. Am wenigsten könne er ferner die Gründe billigen, welche man aus dem Christenthume hernehme. Indem man die alten Theorien der Widervergeltung heraufbeschwöre, gehe man auf ein Jahrtausend vor das Christenthum zurück; wenn man sich aber auf den Ausspruch des Apostels berufe, daß der Obrigkeit nicht umsonst das Schwert in die Hand gegeben sei, so finde er darin nur die Hindeutung auf das strafende Schwert der Gerechtigkeit, keineswegs aber auf die Todesstrafe. Er seinerseits finde im Gegentheil, daß das Christenthum durchaus einer milden Behandlung des Verbrechers das Wort rede, und daß es ihm noch hier auf Erden Zeit zur Buße und Besserung geben wolle. Auch als Abschreckungsmittel könne er die Todesstrafe nicht anerkennen: denn noch nie sei die Erfahrung gemacht, daß ohne Todesstrafe mehr Verbrechen als mit ihr begangen würden. Es käme dazu, daß der Verbrecher nur für sein Verbrechen, nicht auch dafür, daß Andere kein Verbrechen begehen sollten, bestraft würde. Wenn ein Theil des Volkes sich noch jetzt nur durch den Tod von dem Verbrechen abschrecken lasse, so werde gerade die Scheu, welche der Staat trage, das Blut eines Menschen zu vergießen, dazu beitragen, das Gebot des Sittengesetzes dem Verbrecher tiefer einzuprägen. Endlich könne er auch nicht den Zweck der Todesstrafe als ein bloßes Sicherungsmittel anerkennen; denn auch diese nur polizeiliche Auffassung der Strafe halte sich nicht an die Natur des Verbrechens selbst. Nachdem der Redner die Gründe für die Todesstrafe widerlegt hat, geht er mit derselben Schärfe und Gewissenhaftigkeit auf die Gründe ein, welche gegen sie sprechen. Zur größten Ehre gereicht seinem persönlichen Charakter der Grund, welchen er an die Spitze stellt. Er wisse aus Erfahrung, bemerkt der Minister, daß sich der Richter durch jedes Todesurtheil, welches er auszusprechen habe, in seinem Gewissen beunruhigt fühle. Vor diesem Zagen schütze ihn nicht das Bewußtsein, daß er nur den Buchstaben des Gesetzes vollziehe. Er gehe aber weiter: schon jetzt finden sich sehr schwer die Vollstrecker der Urtheile. Alle diese Erscheinungen würden sich künftig vermehren. Die Geschwornen würden freisprechen und so die größten Verbrecher straflos ausgehen lassen. Endlich der schwerwiegende Grund, daß ein Irrthum möglich sei, welche Qual für den Richter, wenn er finde, daß er auf Grund falscher Zeugenaussagen einen Unschuldigen verurtheilt habe? — Zuletzt theilt der Minister einige Ergebnisse statistischer Untersuchungen mit, um darzuthun, in wie seltenen Fällen die Todesstrafe trotz der zahlreich genug ergangenen Urtheile vollstreckt worden sei, und schließt sodann, indem er auf die Bedenken hinweist, welche einer Vertagung der Entscheidung, wie einige Redner verlangt hatten, bis zum Erlasse des neuen Strafgesetzbuches entgegenstehen. Pastor Jonas stellt zu dem Kommissionsantrage, welcher im Allgem. auf Abschaffung der Todesstrafe geht, aber sie für den Kriegs- und Belagerungszustand beibehalten wissen will, ein Amendement auf ausnahmslose Abschaffung. Seine Rede vermag sich nicht von einem gewählten Kanzelstile loszuringen, obwohl sich vielleicht ein so freisinniger Kenner des Evangeliums den Dank der Versammlung verdient hätte, wenn er die angeblich aus dem Christenthume hervorgenommenen Gründe für die Beibehaltung der Todesstrafe einer ausführlicheren Kritik, als dies ein Laie, wie der Justiz-Minister vermochte, unterworfen hätte. Besser, als sein Amtsgenosse weiß um diese Klippe Pastor Sydow herumzuschiffen und sogar, was auffallend sein kann, den Beifall der äußersten Linken zu gewinnen. Es ist ihm tiefes Bedürfniß, in dieser tiefeingreifenden Frage mehr als eine bloß stumme Abstimmung abzugeben. An und für sich sei die Todesstrafe nicht gegen die Vernunft, denn begehe ein Individuum ein Verbrechen, wodurch es die ganze sittliche Ordnung in ihren Grundfesten angreife, so sei es sehr vernünftig, daß es für diesen Frevel durch die Majestät des Rechts u. der Gerechtigkeit auch die höchste Spitze der Strafe fühle. Aber dieser Grund sei ihm nicht hinreichend. Das Christenthum lehre ein Andres; obwohl er aus ihm seine Gründe gegen die Todesstrafe nehme, wolle er dennoch nicht hinausgehen aus dem Gebiete des echt Menschlichen — denn Beides sei unzertrennlich. Zwar wurzele der einzelne Mensch in dem ihn umgebenden Ganzen, in seinem Verbrechen liege jedoch zugleich auch ein persönliches Vergehen, er sei Thäter seiner That; bis jetzt sei nur dies letztre berücksichtigt. Unsere Zeit erkenne in dem Verbrechen auch eine Gemeinschuld und fordere zur Milde auf. Er glaube an die veredelnde Macht der Freiheit, und darum stimme er für die sofortige Aufhebung der Todesstrafe. — Es hatten sich im Ganzen etwa fünfzig Redner einschreiben lassen, doch gelangten kaum zehn zum Worte. Nach Verwerfung des Schlick'schen Amendements auf motivirte Tagesordnung (Vertagung bis zum Erlaß des neuen Strafgesetzes) ging man zur Abstimmung über das Amendement von Jonas ausnahmslose Abschaffung über; auch dies wurde mit 193 gegen 164 beseitigt. Es gelangte sodann der §. 1. des Kommissionsantrages zur Abstimmung. Derselbe lautet: Die Todesstrafe ist abgeschafft. — Für Verbrechen, rücksichtlich deren in den Gesetzen für den Fall eines Krieges oder Belagerungszustandes Todesstrafe vorgeschrieben ist, verbleibt es bei derselben. — Unter welchen Umständen, mit welchen Formen und Wirkungen ein Belagerungszustand ausgesprochen werden kann, bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten. — Es wurde die Theilung dieses Paragraphen beliebt, und es kam somit der Satz: die Todesstrafe ist abgeschafft — gesondert zur Abstimmung. Es waren 294 Stimmen für, nur 37 Stimmen dagegen. In der nächsten Sitzung wird sich nun entscheiden, inwieweit man geneigt sein wird, die in dem Paragraphen folgenden Beschränkungen anzunehmen. Die Abstimmung über das Amendement von Jonas läßt vermuthen, daß sie höchstens eine sehr unbedeutende Mehrheit erlangen werden.

Englische Meinungen über Deutschland und den dänischen Krieg.

** London, 2. August. Die Nachricht von dem am vergangenen Donnerstag in Greenwich gefeierten Feste, zu Ehren des Regenten von Deutschland, wird Ihnen wahrscheinlich schon auf anderem Wege zugekommen sein. Ich will daher nicht auf die Details des Diners und der dabei gehaltenen Reden eingehen, um so mehr, da ein sehr ausführlicher Bericht in den Times Ihnen mehr sagen kann, als ich schreiben könnte. Nur auf den charakteristischen Zug möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken, daß die Spalte, welche die Times dem Festberichte gewidmet haben, und besonders der Titel „German Unity" einen Sturm von Indignation in der englischen Presse erregt hat. Die Morning Post vor Allen wirft das ganze Gewicht ihres Zornes auf Deutschland, die Times und den Ritter Bunsen, druckt den Festbericht als „literarische und politische Kuriosität" ab und spricht von der „Abstraktion, welche Mode geworden ist, „deutsche Einheit" zu nennen. (The abstraction, which it has become the fashion to call „German Unity"). Nicht weniger erbost ist die Morning Post über einen kurzen Artikel, welchen die Times der Abreise des Ritters Bunsen widmen. Dieses Blatt sagt u. A.: wir können nicht vergessen, daß die Abreise des Ritters Bunsen eine nicht

leicht auszufüllende Lücke in der Londoner Gesellschaft macht. Ausländer von Distinktion haben zu verschiedenen Zeiten hohe diplomatische Stellungen in diesem Lande gehabt und wurden, als sie es verließen, von ihren Bekannten schmerzlich vermißt, aber wir wissen von Niemand, dem es so sehr gelungen ist, die Zuneigung und Liebe aller mit ihm in Berührung Gekommenen zu gewinnen, wie dem Ritter Bunsen. Und nicht nur in den diplomatischen Zirkeln war sein Einfluß fühlbar. Während sein Haus seinen Landsleuten jeden Standes gastlich offen stand, war es nur einem Engländer verschlossen, der wirklich nützliche oder wissenschaftliche Zwecke im Auge hatte. Viele von diesen, denen des Ritters Bunsen Beistand und Rath von unschätzbarem Vortheile war, werden die Nachricht von seiner Abreise mit tiefem Schmerze hören und mit uns hoffen, daß seine Trennung von England nicht von Dauer sein werde, sondern daß er zurückkehren werde, um entweder sein bisheriges wichtiges Amt wieder zu übernehmen, oder es für die höhere Stellung eines Repräsentanten des deutschen Reichs am Hofe von St James zu vertauschen.

Ein solches Vale ist freilich noch nie einem fremden Gesandten geworden und am wenigsten von einem so unabhängigen und unzugänglichen*) Blatte wie die Times, die überdies in der dänischen Angelegenheit sich, wie Sie wissen, als eifrige Gegnerin der von Bunsen vertretenen deutschen Ansicht gezeigt haben. Die Times sind in der That das einzige Blatt, welches den Verteeter der hier so verhaßten deutschen Politik gegen Dänemark von dieser Politik selbst zu trennen wußte. Wäre der Ritter Bunsen vor drei Monaten abgereist, so würde wahrscheinlich die ganze Londoner Presse in sein Lob eingestimmt haben. Wie es ist, hat er sich durch seine energische Vertretung der deutschen Sache viele u. erbitterte Feinde gemacht u. manche seiner früheren Freunde verloren. Man will und kann nur einmal in England das Verfahren Deutschlands gegen Dänemark nicht begreifen. Die deutsche Sache, die Erhebung unseres Vaterlandes ist durch den dänischen Krieg im höchsten Grade unpopulär geworden. Die Art u. Weise, wie die Unterhandlungen des Waffenstillstandes abgebrochen wurden, hat die Bitterkeit des hiesigen Publikums so möglich noch erhöht. Ich will mich hier nicht in eine Diskussion über die Verdienste der einzelnen Artikel des Malmöer Traktats einlassen, sondern Ihnen mit Ihrer Erlaubniß eine Skizze der engl. Ansicht über den Traktat und dessen Verwerfung geben. Vor allen Dingen herrscht hier die Ansicht, daß Deutschland bei dem Waffenstillstand mit beiden Händen hätte zugreifen sollen. Das Verwerfen erkläet man für ein Unrecht und noch dazu für eine Thorheit. Deutschland konnte bei dem Waffenstillstand nur gewinnen; Dänemark nur verlieren. Während der 3 Monate konnte das deutsche Reichs- u. Heerwesen sich konsolidiren. Man konnte sich über eine energische, konsequente Politik verständigen. Man hätte sogar einige Kanonenboote von Stapel laufen lassen können. Die deutschen Hafenstädte hätten so ziemlich bis zum Eintritt des Frostes, der ihre Schifffahrt ohnehin bindet, ihrem Handel und Verdienst nachgehen können. Wurde nach Ablauf des Waffenstillstandes der Krieg fortgesetzt, so war die dänische Flotte, des Frostes wegen, weniger zu fürchten, und ein harter Winter hätte den deutschen Truppen den Weg nach Kopenhagen, wenn nicht gebahnt, doch ungemein erleichtert. Die deutschen Armeen hätten es dann auch mit den Dänen allein zu thun gehabt, denn Dänemark ist zu arm, um die schwedischen Truppen während eines dreimonatlichen Waffenstillstandes zu verpflegen. Diese Truppen hätten nach Schweden zurückkehren müssen; einmal im Lande zerstreut, wären sie wohl wahrscheinlich nicht zum zweiten Male in die dänischen Provinzen geschickt worden und dies um so mehr, da die skandinavische Begeisterung, die jetzt schon theilweise im Abnehmen ist, sich in einer 3monatlichen Feist vollständig ausgebrannt haben würde. Dies sind die Vortheile, welche durch Refüsirung des Waffenstillstandes für Deutschland verloren gingen. Und was hat man durch diese Verwerfung gewonnen? Weiter Nichts wie das Recht, den saumselig und kalckrig geführten Krieg von Neuem zu beginnen, in Schleswig hin und her zu marschiren, in Jütland sich mit den Schweden schlagen, die langr Küstenstrecke der Herzogthümer und der preußischen Provinzen gegen die ermüdenden Angriffe der dänischen Kreuzer zu vertheidigen und vom Sund aus nach den dänischen Landen, in denen allein der Krieg beendigt werden kann, hinüber zu schauen.

Werden Sie, die Sie so energisch gegen den Waffenstillstand geschrieben haben, die englische Ansicht über das Benehmen des Generals Wrangel abdrucken oder nur lesen wollen? Seine Weigerung den Waffenstillstand zu unterzeichnen, ist in Deutschland allgemein gepriesen worden; hier erklärt man sie für ein Verbrechen. Der König von Preußen hätte von dem Bundestag, der damals anerkannten Centralgewalt ein Mandat erhalten, den Krieg gegen Dänemark zu führen und alle Schritte zu thun, die ihm zur Sicherstellung der Herzogthümer nothwendig erschienen. Dieses Mandat wurde seiner Zeit vom deutschen Volke nicht verläugnet, im Gegentheil, man freute sich desselben und erkannte den König von Preußen als Oberfeldherrn und Bevollmächtigten der deutschen Nation in der schleswiger Sache an. Hat die Wahl des Regenten an diesem Mandate Etwas verändert? Ist es widerrufen oder nur modifizirt worden? Es liegt kein derartiges Aktenstück vor. Der König von Preußen mit der vollen ihm übertragenen Autorität schließt durch seinen Bevollmächtigten, den Grafen Pourtales einen Waffenstillstand ab. Das Dokument wird nach Berlin gebracht, einzelne Punkte werden abgeändert und diese Abänderungen dänischerseits genehmigt. Der Traktat wird dann an die Generale der beiden Armeen geschickt mit dem Befehl, ihn zu unterzeichnen und die einzelnen Punkte zur Ausführung zu bringen. General Wrangel weigert sich, dem Befehl Folge zu leisten. Er kommandire, sagt er, eine Reichsarmee und habe seine Befehle nur von Frankfurt zu erhalten. Mit demselben Rechte könnte der jüngste Sekondelieutenant in General Wrangel's Armee ihm den Gehorsam aufkündigen und sagen, er sei der Reichsoffizier und habe seine Befehle nur von Frankfurt zu erhalten. Der Vorwand des Generals Wrangel ist im höchsten Grade nichtig, denn nicht er ist der Reichsfeldherr in Schleswig, sondern der König von Preußen, der in Folge seines Mandats dem General Wrangel den Oberbefehl über die Truppen gab. Der General hat sich also in doppelter Hinsicht verfündigt, als preußischer Offizier und als Offizier des Reichs, indem er sich weigerte, den Ordres seines ihm vom Reiche bestellten Generals zu gehorchen. General Wrangel ist, sagt man hier, Nichts mehr und Nichts weniger, als ein Meuterer und würde unter einem kräftigern Fürsten als Friedrich Wilhelm IV. seine unverantwortliche Verletzung der militärischen Disciplin schon mit dem Tode gebüßt haben. (!!) Je höher der Meuterer, desto schlimmer ist das Beispiel. Mich würde es freuen, wenn die matter of fact logik dieser Ansichten genügend widerlegt werden könnte, denn die Ueberzeugung von General Wrangel's Schuld die man als solche nicht anzuerkennen wagt, füllt die englischr Presse mit einem hämischen Bedauern für Verhältnisse, wie die, aus denen solche Thatsachen exultiren können.

(Wir haben diese englischen Ansichten über den dänischen Waffenstillstand mitgetheilt, weil sie thatsächliches Interesse haben; daß wir von Anfang bis zu Ende anderer Ansicht sind, brauchen wir kaum zu sagen. Alle diese scheinbaren Vortheile des Waffenstillstands, wir sie uns von der englischen Presse eingeredet werden wollen, erhalten ihre erschöpfende Widerlegung durch den Entwurf des Waffenstillstands selbst und durch die frohlockenden Stimmen, wie sie in der dänischen Presse darüber laut wurden. Wir haben in unserem leitenden Artikel zu Nr. 208 das Schmähliche und Gefährliche des Vertrags im Einzelnen beleuchtet; es ist bis jetzt noch kein thatsächlicher Einwand gegen die dort von uns begründete Ansicht erhoben worden. Wem es damit noch nicht genug ist, der lese die Auszüge aus dänischen Blättern, namentlich dem Fäderlandet, welche vor einigen Tagen unter dem Titel „Stimmen aus Dänemark über den bevorstehenden Waffenstillstand" in Frankfurt abgedruckt worden sind, um zu sehen, in welch grobem Netz dänische und englische Schlauheit uns hat fangen wollen. Dies uns anzuerden, wird hoffentlich weder John Bull's mühsamer Höflichkeit noch seiner natürlichen Grobheit gelingen; man wird vielmehr in Deutschland gewiß sehr gut begreifen, auf welche tieferen Beweggründe der Zorn über die schleswiger, der Unmuth über die limburger Angelegenheit, das schlecht verhüllte Mißbehagen über die deutsche Centralgewalt, der Groll gegen den braven Wrangel und die liebäugelnden Seitenblicke nach dem Partikularismus sich zurückführen lassen.)

*) Unzugänglich? Doch wohl jenem mit Gold beladenen Thiere nicht, das der macedonische Philipp für den besten Städteeroberer hielt! ?

Schweiz.

Bnsrl, 7. Aug. Die Mailänder Post ist heute wieder ausgeblieben. Dagegen meldet ein Brief v. 5. Aug. von Como: Karl Albert habe sein Hauptquartier gerade vor den Thoren von Mailand, das Gros seiner Armee stehe 30,000 Mann stark in und um Pavia, und man habe am 4. Aug. den ganzen Tag kanoniren hören. Eine Nachschrift zu diesem Briefe meldet, so eben komme eine Staffette an und man sage: Mailand habe kapitulirt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Z. etwas Z. an. Für England bei Hrn. Cl. in 3 Lstrg., 75 Neugroschen-Stücke kosten, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Plätze unterwerfen sich an G. L. Kleyser in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris bei Nr. 28 Rue de Bourbon.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition befindet sich Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 5 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 222. Heidelberg, Freitag 11. August. 1848.

Uebersicht.

Das preußische Ministerium und die reaktionären Beamten. — Wien (Verhandlungen des Reichstags. Interpellationen. Die Rückkehr des Kaisers. Die Huldigungsangelegenheit. Die ungarisch-kroatische Verwicklung. Die Huldigung. Gerücht von Unruhen in Ungarn. Stimmung über das Ausbleiben des Kaisers. Die Juden. Die italienischen Siege. Prag (Ergebnisse der Untersuchung). Triest (ein Schiff durch die feindliche Flotte gerettet). Berlin (Verhandlungen der Kammer über die Todesstrafe. Die Parteien am 6. August. Die Huldigungsparade der Bürgerwehr). Stettin (skandalöse Auftritte. Sympathien der Bevölkerung für die deutsche Einheit). Stuttgart (Gerücht von einer Ministerkrisis. Die Truppen. Die politischen Vereine). Dresden (die Huldigung). Darmstadt (neue Gesetze). Hannover (der 6. August. Volksversammlung. Der französische Gesandte). Braunschweig (die Huldigungsfeier). Neuenburg (die konstituirende Versammlung berufen). Oldenburg (Anerkennung der Reichsgewalt). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Hecker's Wahl verworfen. Das Ministerium proklamirt. Leiningens Rede).

Schweden. Stockholm. Die schwed. Truppen. Der König.

Großbritannien. Das Parlament. Ungünstige Nachrichten aus Westindien. Verhaftung O'Briens.

Frankreich. Paris. Die italien. Frage. Die angeblichen Bedingungen der Intervention. Ein dänischer Emissär. Gerücht über einen Ministerwechsel. Die Verhandlungen der Nationalversammlung. Deutsche Arbeiter unter den Deportirten. E. Girardins Presse.

Italien. Mailand. Uebergabe der Stadt. Einzug der Oesterreicher. Belagerungszustand. Karl Albert. Näheres über die Einnahme von Mailand. Stimmung gegen Karl Albert. Bulletin Radetzky's aus S. Donato. Cpinsso. Karl Alberts Verrath. Zuchts Flucht. Garibaldi und Mazzini bei Como verschanzt. Verona. Die Kriegsereignisse.

Ungarn Pesth. Die Repräsentanten für einen Bund mit Deutschland.

10. August.

Die schwierige Lage, in welche durch den erwachten oder vielmehr erweckten Sondergeist in einem großen Theile des preuß. Volks das Berliner Kabinet versetzt worden, haben wir keinen Augenblick verkannt. Verantwortliche Minister sind nicht so durchaus unabhängig von einer wenn auch kurzsichtigen öffentlichen Meinung ihres Landes, als daß sie derselben schnurkstraks entgegen handeln dürften. In diesem Zeitpunkt widmet der achtsame Staatsmann sogar der Volkslaune sein Augenmerk. Die preußische Regierung insbesondre hat Ursache, den Schwächen und Eigenheiten der Staatsgenossen Rechnung zu tragen; denn ihr ist die mühsame Aufgabe gestellt, unter einer neuen Ordnung der Dinge widerstreitende, zum Theil altreingelebte Elemente friedlich zu vereinigen, dem Strom des permanenten Revolutionirens Dämme entgegenzusetzen und ein reaktionäres Versumpfen durch zeitiges Aufziehen der Schleusen zu verhüten. Ihr ist es vorbehalten, die Kraft und Einheit eines großen und erlauchten Staats zu stärken und zu bewahren, ohne zu den verzweifeltsten Mitteln zu greifen, deren die französische Republik im Interesse ihrer Selbsterhaltung gegenwärtig nicht entrathen kann. Die preußische Regierung scheint bestimmt, der Welt das Beispiel zu geben, wie nach einer ebenso gewaltigen und noch gewaltigern Erschütterung, als Frankreich im Februar erlebt, die größtmöglichste Freiheit der Individuen in der Staatsform des Königthums für die Dauer möglich war, während im Nachbarlande die Republik für den Augenblick der Krisis die Freiheit knechten mußte, um die „freiste Staatsform" nicht in einem Chaos untergehen zu lassen. Denn schon hat die Volksfreiheit in dem monarchischen Preußen die Demokratie, die wahre Demokratie von Frankreich überlebt. — Um so weniger erwarteten aber, oder verlangten wir gar von dem Berliner Kabinet ein geharnischtes, feindseliges Auftreten gegen den preußischen Partikularismus, weil ein solches nur heftigern Widerstand hervorgerufen, edlere Elemente, die sich bisher vom Streite fern gehalten, mithineingezogen hätte, und weil, wenn der deutsche Sinn des Preußenvolkes, wie zu erwarten steht, mit Beseitigung allen Mißbrauchs, den jetzt die Demagogie Berlins mit der deutschen Sache treibt, das Uebergewicht erlangt, dies bald und aus dem Volke heraus, ohne ministerielle Suboention zweifelsohne vor sich gehen wird, wenn dagegen der sonderbündlerische Geist dem Volksthum entspräche, keine Ministererklärung etwas Anders vermöchte, als ein Sondeebundsministeium an das Ruder zu bringen. Wie gehen in Anerkennung der argen Verwickelungen, die das preußische Kabinet gerade von der Volksseite her, jetzt umdrängen, soweit, daß wir das Unterlassen der militärischen Demonstration am 6. August noch nicht als Maßstab für die Gesinnungen des gegenwärtigen Ministeriums gelten lassen wollen. Wir glauben recht berichtet zu sein, daß die Parade vom 6. August nebst der geforderten huldigungsähnlichen Handlung nirgend mehr herbeigewünscht ist, als in den Kreisen, wo man nächstens sich nicht scheuen wird, seinen extremsten Gegnern von der äußersten Linken die Hand zu bieten zu einer Koalition, die den Sturz des jetzigen Ministeriums zum Zweck hat. Von dieser Seite scheint man auf den 6. August Hoffnungen gebaut zu haben, die das Kabinet nicht anders zu vereiteln in der Lage war, als indem es jede Feierlichkeit unterließ und durch den Armeebefehl in dieser Sache das Aeußerste that, was in seiner Macht stand. — —

Hiermit wollen wir keineswegs gesagt haben, daß konstitutionelle Minister jeder noch so thörichten Laune des souveränen Volkes fröhnen müßten. Gerade weil sie verantwortlich sind, gilt das Wohl des Staates, dem sie vorstehen, d. h. das, was sie dafür erkennen, als die einzige Richtschnur ihrer Handlungen. Unter Umständen können sie gerade, indem sie die Volksgunst verscherzen, ihre Pflicht erfüllen. — Wir haben daher mit Obigem nicht ausschließen mögen, daß, während in Preußen der böse Konflikt fortdauert, das Benehmen des Ministeriums nicht doch auf den Ausgang desselben unmerklich einwirken und einen wohlthätigen, versöhnenden Einfluß üben könne. Die Macht wahrer Bildung, däucht uns, wenn sie die Seele aller, wenn auch nur entfernt mit der sog. deutschen Frage in Verbindung stehenden Akte des Kabinets von Berlin ausmachte, müßte, wie immer, alle Uebertreibungen, welche die Verzweiflung und der Unverstand eingegeben, alle trostlose Anfeindung der wahren Wurzel preußischen Wesens, des Deutschthums, überwältigen. Wir betrachten es als einen Wink des Schicksals, daß in diesem Augenblick durch ein Zusammentreffen seltsamer Umstände dem Ministerium Auerswald die Gelegenheit geboten ist, dem preußischen Lande nicht mindee als dem übrigen Deutschland eine Bürgschaft seiner Gesinnungen zu geben, in einer Weise, die für das eigne Land nichts Verletzendes hat und doch für Preußen und ganz Deutschland keiner doppelten Deutung fähig wäre.

Daß das von uns bereits genügend gewürdigte Berliner anonyme Pamphlet: „die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee", welches in seiner Polemik gegen die Einheit Deutschlands das Stockpreußenthum zu einer Höhe besinnungsloser Leidenschaftlichkeit, Gehässigkeit und Absurdität hinaufschraubt, die schwerlich noch einer Steigerung fähig ist, daß dieses Machwerk, welches den Angeiffen süddeutscher Winkelblätter und Flugschriften sich so ganz ebenbürtig zur Seite stellt, einen preußischen Stabsofficier zum Verfasser hat, der die hohe und einflußreiche Stellung eines Bureauchefs im Kriegsministerium einnimmt, wird uns durch Briefe wiederholt bestätigt. Schon ist man um uns hier geschäftig, dem Berliner Kabinet eine Mitschuld aufzuheften, und die in dem Schriftchen entwickelten sanbeen Grundsätze einer Politik zuzuschreiben, mit welcher die preußischen Minister, sobald sie sich im Innern stark genug fühlten, und sobald mit den norddeutschen Staaten die Verschwörung eingegangen, offen hervortreten würden. Zu unserer besondern Genugthuung brachte die Berliner Nationalzeitung vom 3. August (Nr. 121.) eine Besprechung dieser Schrift, welcher wir eine besondere Bedeutung beimessen zu müssen geglaubt haben. Unterzeichnet hatte sich nämlich Hugo von Hasenkamp, als militärischer Schriftsteller mehrfach mit Auszeichnung genannt, der, wie wir mit Bestimmtheit wissen, in genauer Beziehung zu dem preußischen Ministerium steht, indem er durch Herrn Kühlewetter

Digitized by Google

eigends in das Ministerium des Innern berufen worden. Die Besprechung weist mit Entschiedenheit jenes Manifest des Stockpreußenthums zurück, das „sowohl nach Form, wie Inhalt jeden wahren Patrioten mit wahrer Trauer erfüllen muß", deckt überdeutlich die reaktionären Gelüste des Anonymus auf und schließt mit folgenden Worten: „die öffentliche Meinung bezeichnet einen hochgestellten Officier als den Verfasser dieser Schrift. Da wir, so lange uns die Gewißheit hierüber fehlt, in seinem Interesse und im Interesse des Vaterlandes dies nicht glauben wollen, so bitten wir den bereits vielfach Genannten, diesen Irrthum öffentlich berichtigen zu wollen; ist er dies nicht im Stande, so hoffen wir zuversichtlich, daß unser Ministerium seine Pflicht gegen reaktionäre Staatsbeamte kennen wird." Die Sprache der Kritik ist so maßvoll, als die der kritisirten Schrift maßlos ist, so zurückhaltend und mit so besonderer Schonung angethan, daß der Gedanke sehr nahe lag, das Ministerium habe sich des Hrn. v. Hasenkamp als seines Organs bedient, um die lakonische Kürze gewisser Worte im nächsten Staatsanzeiger halbofficiell näher zu erläutern. Doch in der nächsten und in den folgenden Nummern des Staatsanzeigers fand sich ebensowenig die erwartete Pensionirung des vermeintlichen Verfassers, als irgend sonstwo ein Protest des Hrn. v. Griesheim gegen den beleidigenden Verdacht der Autorschaft. Jene besondre Bedeutung, die wir den Worten des Herrn v. Hasenkamp beigelegt, haben sie demnach freilich nicht! Aber der Verfall wird dadurch um so interessanter und gewinnt wirklich Bedeutung, eine Bedeutung, die man kaum hoch genug anschlagen kann. — Es unterliegt jetzt keinem Zweifel, beide Beamte des Ministeriums haben aus freiem Antrieb gehandelt; der des Kriegsministeriums, als er den Bannstrahl gegen die deutsche Einheit schleuderte, der vom Ministerium des Innern, indem er Jenen in des Reiches Acht erklärte. Somit hat der preußisch-deutsche (!) Konflikt die Region erreicht, wo er entweder zum Heil des Vaterlandes für immer gütlich beigelegt, oder zu dessen Verderben und zu Preußens Unheil ins Unendliche verlängert werden kann. Die Minister sind jetzt genöthigt, sich zu entscheiden. Beide Herren können unmöglich länger dem Ministerium als Beamte verbleiben. Der Eine oder der Andere wird entlassen werden müssen. Namentlich ist es mit dem konstitutionellen System völlig unverträglich, daß, wenn der Verfasser jener Schrift gegen Deutschland Beamter bleibt, ein anderer Beamter noch ferner im Ministerium geduldet werde, der in Bezug auf Jenen öffentlich, mit Namensunterschrift die „Zuversicht" ausgesprochen hat, das Ministerium werde seine „Pflicht gegen reaktionäre Staatsbeamte kennen."

Wir verhalten uns diesen Vorgängen gegenüber lediglich beobachtend, es der preußischen Presse überlassend, ein Wort darein zu reden. Wir richten kein Verlangen an das Berliner Kabinet. Wir sind erfreut, daß es uns nun vergönnt sein soll, das jetzige Ministerium Preußens, dem wir Vertrauen und Hochachtung entgegenbringen, hier kennen zu lernen. Denn, hic Rhodus! — Entließe das Ministerium Herrn von Griesheim, den vielgenannten Autor der Schrift, so wäre damit bei Weitem noch kein Zugeständniß gemacht, das den Befürchtungen des Preußenthums Nahrung gäbe; es würde durch solchen Akt, der durchaus in der Macht der konstitutionellen Minister, insonderheit des Minister-Präsidenten liegt, nur allen Deutschen klar und ersichtlich, daß ein erklärter Feind der deutschen Einheit (nicht bloß ein begeisterter Sohn Preußens, sondern ein leidenschaftlicher Feind Deutschlands), und wenn er auch so kenntnißreich, so gewandt und beredt, so unentbehrlich ist, als Herr v. Griesheim im Kriegsdepartement, nun und nimmer Funktionär der preußischen Regierung, der Regierung eines Königs sein dürfe, den sein Volk vor Jahr und Tag „den deutschen" genannt hat! Schwerlich würde so bald die Pensionirung eines reaktionären Beamten solche freudige Sensation in ganz Deutschland erregen, wie diese. Schwerlich dürfte die Beibehaltung eines reaktionären Beamten so böses Blut machen, wie diese. Doch wir wollen nicht vorgreifen. Auf die Entschließungen der preußischen Regierung deßfalls einzuwirken, liegt uns um so fernee, da, während wir dies niederschreiben, die Entscheidung wahrscheinlich schon getroffen ist. Aber die getroffene Entscheidung wird uns den Maßstab der Beurtheilung abgeben, mit welcher wir bis jetzt so sehr behutsam gewesen. Bis jetzt ließen wir die Erklärung des Herrn v. Auerswald vor offner Kammer, sowie den Armeebefehl als Winke gelten, daß das Ministerium das Stockpreußenthum mit den gehässigen Invektiven seinerseits desavouire und wir begnügten uns, zwischen den Zeilen zu lesen. Wir werden jetzt sehen, ob wir uns getäuscht haben, oder ob wir mit Recht dem Ministerium vertrauten. Denn, daß der Entlassung jenes Schriftstellers kein Hinderniß von Potsdam aus im Wege stehe, dessen sind wir gewiß. Das Patent vom 18. März, die Erklärung vom 22. März, diese königlichen Worte würden vor Europa zur Lüge werden, wenn der König nicht in die begehete Entlassung eines Mannes willigte, der mit niedrigen Ausfällen auf Oesterreich, mit brutaler Verhöhnung Alles dessen, was König Friedrich Wilhelm im März verhieß, Preußen zu vertheidigen sich anmaßt, der das Wort seines Monarchen „Preußen solle fortan in Deutschland aufgehn" als Uebereilung und Unklarheit bloßstellt. — —

Wir haben unermüdlich für Preußen eingestanden, Preußen's Beruf und Größe nach allen Seiten verfochten. Wie sehen in Preußen's unbestrittener Hegemonie das einzige Heil für unser Vaterland. Aber es kann kommen, daß wir, wie vor dem März dieses Jahres, künftig wiederum als preußenfeindlich in Preußen verschrien werden, wenn wir Preußen's Feind in Preußen angreifen müssen. Damals sagten wir ohne Unterlaß und wiederholen es heute: Preußen soll an der Spitze Deutschlands stehen — aber nicht Preußen quand-même, nicht damals das bureaukratische, nicht heute das Griesheimisch undeutsche Preußen, sondern allein das Preußen, das konstitutionelle, das deutsche Preußen. — Wir werden in diesem bestimmten Falle sehen, ob, das Kabinet von Berlin kräftigß zu unterstützen, wie wir es wünschen, uns von Berlin aus mögtich gemacht werden wird — oder unmöglich. —

Oesterreich. ** Wien, 5. August. (Reichstagsverhandlungen. Sitzung am 4. August.) Nachdem das Sitzungsprotokoll der gestrigen Sitzung verlesen und berichtigt angenommen wurde, eröffnete der Vicepräsident, Dr. Strobach, der h. Versammlung eine Mittheilung des Kriegsministeriums, nach welcher morgen um 8 Uhr früh auf dem Glacis, zwischen dem Burg- und Schottenthore, zur Feier der von der k. k. Armee in Italien erfochtenen Siege ein feierliches Te Deum abgehalten wird, an welchem sämmtliche hier garnisonirende Truppen Theil nehmen werden und wozu der hohe Reichstag vom Kriegsminister eingeladen wird. Diese Einladung wurde nach einmüthigem Beschlusse der h. Kammer angenommen. Hierauf kündigte der Vorsitzende zwei Interpellationen an. Abgeordneter Tlmann interpellirte den Minister des Innern über einen im Amtsblatte der Prager Zeitung vom 1. August d. J. enthaltenen Hauptgrenz- und Territorialrecess, wonach der Kaiser von Oesterreich seine Ansprüche auf 4 böhmische Orte an der sächsischen Grenze aufgibt, so daß sie in den vollen ferten Besitz des Königs von Sachsen übergehen. Da nun diese Oete ihn (Tlmann) nach Wien wählten, bitten sie inständigst, daß ihr bisheriges Verhältniß zu Oesterreich nicht gelöst werde, und er frage, was der Herr Minister in dieser Angelegenheit zu thun gedinke? Minister Dobblhof gesteht, daß diese Angelegenheit so weit zurück gehe, daß er keine nähere Kenntniß davon habe. Er sei geneigt, eine genauere Prüfung der Akten vorzunehmen, und bitte den Abgeordneten dabei um seinen Beistand, da er von den Lokalverhältnissen wohl unterrichtet sein müsse. Doch glaubt er, daß ein solcher Vertrag auf Grundlagen beruhe, wogegen Nichts einzuwenden sei. Der interpellirende Abgeordnete bemerkte hierauf, daß am 8. Juli d. J. die Uebergabe dieser Ortschaften noch nicht erfolgt sei. Hierauf interpellirte Abg. Violand gleichfalls den Minister des Innern: „Es sei bekannt, daß Montecuccli am 26. Mai sich in Pläne einließ, die mit der Reaktion in Verbindung zu stehen schienen und nach der allgemeinen Ansicht dahin zielten, die Errungenschaften des 15. Mai zu schmälern. Er entfloh. Es sei also zu wundern, daß neulich in mehreren Blättern eine Proklamation stand, wo Montecuccoli als Staatsminister sich zur Verwaltung Italiens berufen erklärte. Er fragt also: 1) Ist Montecuccoli Staatsminister oder nicht, verantwortlich oder nicht? 2) Ist er unter der Kontrasignatur eines hierortigen Ministers ernannt oder nicht? 3) Ist er nicht von hier aus kontrasignirt, so ist klar, daß der Kaiser sich hinsichtlich Italiens für absolut betrachtet; ist er kontrasignirt, so erinnert er an das Betragen dieses Mannes am 26. Mai. 4) Ist Italien unabhängig von hier und in keiner Verbindung, so begreife er nicht, warum die hier vertretenen Provinzen ihren letzten Gulden und ihr Blut opfern sollen? (Beifall im Saale und von den Gallerien.) — Der Minister Dobblhof erwiderte: Montecuccoli wurde im Februar Staatsminister mit der Mission nach Italien, um die dortigen Zerwürfnisse, wo er Vertrauen genießt, zu beheben. Uebrigens sei die Kategorie der Staatsminister eine bloße Ehrenstelle ohne Einfluß und Wirksamkeit. Auch

billigt das Ministerium diese neuerliche Proklamation keineswegs, da sie zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte, sie diente wohl nur, um Montecuccoli's Stellung in Italien zu verbessern. Derselbe trat seine Mission im Februar nicht an, da er daran durch die Mäz- und darauf folgenden Ereignisse gehindert war. Graf Hartig wurde nach Italien gesendet zur Pacificirung der Provinz und zur Leitung der Civilverwaltung, doch zwischen ihm und dem Feldmarschalle Radetzky entstanden Differenzen, worauf Hartig seine Abberufung verlangte, und Radetzky bezeichnete Montecuccoli als den einzigen Mann seines Vertrauens, der zugleich Vertrauen in Italien genieße. Zufolge allerhöchster Entschließung vom 26. Juni d. J. wurde Montecuccoli also hingesandt und hat daselbst schon günstige Resultate erzielt. Uebrigens müsse er noch bemerken, daß es sich hier nur um eine provisorische Verwaltung handle, die nach den erklärten Grundsätzen des Ministeriums nicht länger dauere, als sie nothwendig wäre. — Bianchi fragt weiter, ob ein verantwortlicher Minister die Genennung unterzeichnete? Hierauf bemerkte der Abg. Billersdorff, daß das frühere Ministerium die Hinsendung Montenuovi's als die einzige, von Radetzky ausschließlich mit seinem und dem Landsvertrauen bekleidete erklärt. Der Titel eines Staatsministers war übrigens ein bloßer Ehrentitel, an seiner Ernennung (im Februar) hatte das frühere Ministerium keinen Antheil, er war in Italien beliebt und sollte dem Erzherzog Rainer zur Seite stehen, der aber durch die Verhältnisse gezwungen, sich nach Verona zurückzuziehen, dies nicht benutzen konnte. Uebrigens schließt er sich ganz dem an und bestätigt es, was der Hr. Minister gesagt hat. — Doblhof fügt noch hinzu, daß das Ministerium Anfangs Bedenken getragen habe, Montecuccoli anzuerkennen, da derselbe aber sich über die Vorgänge am 26. Mai vor dem Reichstage zu rechtfertigen erklärte, habe es sich der Nothwendigkeit gefügt. — Es wurden nun von der Prüfungskommission der Wahlakte über die hinzugekommenen neu geprüften Wahlen Bericht erstattet und sämmtliche Wahlen als giltig erklärt. — Hierauf wurde die Berathung über die Geschäftsordnung fortgesetzt. Mehrere Paragraphen wurden amendirt und gaben zu vielfältigen Diskussionen Veranlassung, die aber wenig Erhebliches boten, da sie sich um minder wichtige Meinungsabweichungen bewegten. In der morgigen Sitzung dürfte die Berathung über die Geschäftsordnung beendigt werden und sodann die Sitzung eine lebendigere Gestaltung annehmen. Es liegen bereits eine bedeutende Anzahl mitunter höchst wichtiger Anträge vor, die in der nächsten Woche zur Berathung kommen dürften.

ƶ Wien, 4. August. Die widersprechenden Gerüchte in Bezug auf die Rückkehr des Kaisers kreuzen sich. Gestern hieß es im Publikum mit Bestimmtheit, der Kaiser käme still und geräuschlos heute Nacht an. Auf der Börse stiegen deßhalb die Kurse, heute zeigt es sich — was jeder Leser sich hätte im Voraus sagen können, daß Alles ein Bösenmannöver war. Mit großer Spannung sieht man dem 6. August entgegen. Werden unsere Truppen dem Reichsverweser huldigen? Ja der gestrigen Reichstagssitzung wurde der Kriegsminister Latour interpellirt, (man versicherte er habe die Interpellation selbst veranlaßt) und er antwortete: es sei seine Privatansicht, daß dieser Schritt einen Zwiespalt in der Armee zu Folge haben könne. In der That hört man wunderliche Stimmen über den 6. August diskutiren. Das Widerstreben, welches sich in Preußen gegen den vom Reichsministerium anbefohlenen Akt erhob, hat hier sein Echo gefunden, und Viele bezweifeln, daß die verlangte Huldigung zu Stande kommt. — In Ungarn gestalten sich die Dinge immer gefährlicher. Kossuth trug im Pesther Reichstage darauf an, Ungarn solle an allen europäischen Höfen durch eigene Gesandte protestiren gegen die Aufnahme, welche Jellachich officieller Weise in Wien gefunden. Des Pudels Kern ist in dieser Frage folgender: Ungarn will sich von Oesterreich vollständig losreißen: Kroatien will im Gegentheil entschieden bei Oesterreich bleiben; nun verlangen die Magyaren, der Kaiser solle den Kroaten befehlen der ungarischen Regierung Gehorsam zu leisten. Dieser Kreislauf der Ideen scheint verrückt und dennoch reducirt sich Alles, was in Ungarn vorgeht, auf diese Logik.

†† Wien, 6. August. Heute Morgen waren die Nationalgarden Wiens und die hier garnisonirenden deutschen Regimenter auf dem Glacis ausgerückt, um dem Reichsverweser Deutschlands zu huldigen. Die Nationalgarden waren sehr vollzählig und aus den entferntesten Rayons des Hauptstadtbezirkes über eine Meile herzumarschirt. Es wird den deutschen Bürgern nicht leicht gelingen, die blutgetauften und kampfgewohnten Nationalgarden von Paris zu übertreffen, aber zu ihrer Ehre sei's gesagt, daß der größte Theil der hiesigen Volkswehr sich mit Erfolg bestrebt, den schmucken Waffenglanz durch leichte Bewegung und militärischen Anstand zu erhöhen. — In Pesth sollen Unruhen vorgefallen sein. Ein Gerücht verbreitete gestern Abend die Abdankung des Ministers Kossuth in Folge der Emeute. Eine ungarische Deputation, worunter der Bischof von Herrmannstadt, kam letzten Donnerstag in Linz an, um nach Innsbruck zu reisen und den Kaiser einzuladen, nach Pesth zu kommen. Zuletzt geht die Unverschämtheit ungarischer Prätension noch dahin, zu verlangen, daß der Kaiser in Pesth zu residiren habe. Wir Wiener werden aber gelegentlich gegen jede Absentirung des immer noch geliebten guten Ferdinand protestiren, wenn er einmal wieder hier ist; wozu jedoch keine gewisse Aussicht vorhanden. Die Reichstags-Deputation ist noch nicht zurückgekehrt. Die Stimmung des Volkes ist höchst gereizt, bitterböse Plakate gegen die nichtswürdige Kamarilla erscheinen jeden Tag Dutzendweise an allen Straßenecken angepickt. Aufschriften wie „Was sollen wir thun, wenn der Kaiser nicht kommt" reizen die Neugierde der darin ohnehin schwachen Residenzler; der gegebene Rath des Plakates, den Kaiser abzusetzen und einen anderen Regenten als konstitutionelles Haupt zu ernähren, findet unter den Lesenden vielen Anklang. Die Stadthauptmannschaft hat den öffentlichen Verkauf dieses Flugbogens verboten, und nur die angepickten „Was sollen wir thun, wenn der Kaiser wieder kommt" von den Mauerecken nicht herabreißen lassen. — Der Judenhaß vermehrt sich jeden Tag, er droht bei nächstigen Anlässen der israelitischen Konfession verderblich zu werden, welche in der Wahl ihrer Mittel, das alte Vorurtheil zu versöhnen, weder billig noch klug ist. Man klagt die Juden an, mit der Reaktion im Bunde zu stehen, was als Handelsgeschäft für sie sehr einträglich sein solle. Das ist aber leidenschaftliche Uebertreibung und vielleicht gerade nur eine Spitzfindigkeit, um die wirklich reaktionäre Partei zu maskiren. Im Allgemeinen geriren sich die Wiener Israeliten als Republikaner. Allen den immer gedrückt gewesenen Volksklassen erscheint die Republik als die Erlösung von jedem Ungemach. Welche entsetzliche Reaktion aber bei Verkörperung der Idee Republik eben durch die jetzt eifrigsten Republikaner gegen die Republik als die bitterste Täuschung ihrer Erwartungen eintreten würde, darüber hat Paris ein blutiges Lehrbuch geschrieben. — In den vielen von Juden redigirten Zeitungen ist gestern ein neues Journal gekommen, „der Judengnigen", welchen der edle Mosaist den Judenfeinden neunhundert Fuß hoch à la Haman bestimmt hat und das kommende Hochgericht von Eckenstehern-Raaten, welche das Journal verkaufen, während mit den Worten verkündet läßt: „Um an Kralzer n' Jud an Galgen". Der Wiener Gamin vermiethet sich, wie seinen Witz. Der Witz gibt ihm den Freibrief, alles Thörichte zu geißeln, und die Wahrheit des Volkswitzes ist das Asyl, welches ihn gegen verletzte Bosheit oder Dummheit schützt. Bei der heutigen Parade verkauften die Gassenjungen Teichwasser und riefen es hinter den Nationalgarden mit „Razzi-Wasser" und „Razzi-Wasser" aus. Alles lachte; die Garden erregen den Spott von Straßenjungen, welchen ungestraft der Kaiser nicht wagen dürfte. — Seit zwei Tagen sind die Kanonenfiaken verboten, auch die Nationalgarde aufgefordert, kräftig dagegen einzuschreiten. Allen Garden und Legionen wurde das Tragen der Waffen außer Dienst gestern untersagt. Dannasch hat das Kommando der Nationalgarde niedergelegt. — Die Siege Radetzky's werden mit großem Jubel von der Bevölkerung aufgenommen. Freie Werbungen sind in Wien und Gratz für die drei steirischen Schützenbataillone und in Wien für eine weibliche Krankenwärter-Legion nach Italien eröffnet. Letzteres würde vom hiesigen General-Kommando heute in Abrede gestellt. — Jellachich reiste von hier vor einigen Tagen wieder ab, ohne Frieden aber einen Vergleich mit den Ungarn geschlossen zu haben. — Und der Kaiser sieht in Innsbruck ruhig zu, wie sich seine Untreuhanen zerfleischen! —

Prag, 4. August. Eine heute erschienene Kundmachung des Fürsten Windisch-Grätz veröffentlicht die durch die gemischte Kommission erlangten Ergebnisse der Untersuchung über die Prager Unruhen. Zugleich ersieht man aus dieser Kundmachung, daß die militärgerichtliche Kommission mit dieser allgemeinen Untersuchung ihre Wirksamkeit beendet hat und aufgelöst wurde. Die weitere Untersuchung über die noch in Haft befindlichen Theilnehmer des Prager Aufstandes, es sind noch 41 in Haft, nachdem 22 bereits auf freien Fuß gesetzt wurden, ist bekanntlich vom Ministerium den ordentlichen Gerichten übergeben. Das Schlußverfahren wird öffentlich und mündlich stattfinden. (Die hauptsächlichsten Ergebnisse dieser allgemeinen Untersuchung werden wir später nach der Kundmachung mittheilen.) (A. Z).

☽ Triest, 5. August. Was ich Ihnen zu wiederholten Malen über das freundliche Einlenken des feindlichen Admirals schrieb, findet heute eine wundersame Ergänzung durch ein Vorkommniß, welches die Triestiner fast in die Verlegenheit setzen dürfte, dem italienischen Geschwader eine Dankadresse zu senden. Bei dem gestern die

Adria furchtbar zermählenden Sturm, der die Schiffe wie Nußschalen schaukeln machte und die aufgeschreckten Meereswogen bis an die Mauern von Tergeste schob, wurde ein griechisches Schiff, das vergeblich den Hafen zu gewinnen suchte, gänzlich entmastet und drohte in seinem hilflosen Zustande auf der Höhe von Pirano zu scheitern. Ein feindlicher Dampfer (von dem Kriegsgeschwader) nahm sich des mastenlosen Fahrzeugs an und bugsirte es heute Morgen bis in den Hafen von Triest. — — Es geht das Gerücht, auf der feindlichen Flotte sei ein bedrohlicher Hader ausgebrochen zwischen den sardinischen und neapolitanischen Schiffen.

Preußen. ☽ Berlin, 6. August. Als Vertheidiger der Todesstrafe sind im Laufe der Verhandlungen, die wir in unserem gestrigen Berichte zu charakterisiren versuchten, nur sehr wenige Redner aufgetreten, am geistvollsten der Abg. Reichensperger (von der äußersten Rechten), der sie indeß keineswegs in ihrer bisherigen Ausdehnung beibehalten, sondern auf Mord und Hochverrath beschränkt wissen wollte. Vielleicht zeigte keine Vertheidigung am besten, daß selbst gute Gründe nicht mehr ausreichen, um eine so schlechte Sache wie die Todesstrafe zu rechtfertigen. Denn gründliche Gelehrsamkeit mit großer Klarheit des Verstandes verbindet der Redner in gleicher Weise und dennoch, welches war der Grund, auf welchen er die stärkste Betonung legte? daß in jeder Strafe etwas Großes und Erhebendes liegt, weil für der Sieg des Rechts und der Ordnung über Willkür und Gewalt sei, und daß in demselben Maße, als sie sich stärker erweise als die Willkür, in demselben Maße das Gesetz hoch gestellt werde. Daß dieser Grund gar Nichts beweist, liegt auf der Hand; denn ob die Todesstrafe eine wahrhafte, des Menschen würdige Strafe, ob sie wirklich Recht sei, war ja der Gegenstand des Streites. Unter diesen Umständen ist zu erwarten, daß die Abschaffung der Todesstrafe, da ihre völlige Beseitigung nur mit einer sehr unbedeutenden Stimmenmehrheit (193 gegen 164) verworfen wurde, nur geringe Ausnahme erleiden und höchstens für den Fall des Kriegs oder Belagerungszustandes anerkannt werden wird. Immerhin werden wir uns rühmen können, der erste von den großen europäischen Staaten gewesen zu sein, welcher in dieser Ausdehnung eine Jahrtausende lang für gerecht geachtete Strafe aus dem Gesetzbuche ausgeschieden hat.

*** Berlin, 7. August. Das Fest hatte den Charakter gestern, den ich voraussagte. Alle Elemente der Opposition waren mit dem Besen aus den Winkeln gekehrt, um den Festtag zur deutschen Einheit zu feiern, und Tausende von Kehlen brachten dem edlen Erzherzoge ein Vivat, die lieber gerufen hätten: Tod allen Fürsten! und: Es lebe die einige Republik! Die Republik, wo das Unterste zu Oberst kommt! Der Zug, und die sich ihm anschlossen, um nach dem Kreuzberge zu ziehen, soll, nach Angabe der radikalen Blätter, gegen 20,000 Köpfe betragen haben. Dies bedeutet für Berlin Nichts, am wenigsten in dieser Zeit, die mehr als 20,000 Müßiggänger Tag für Tag ernährt. Man hätte feiern können, was man wollte, so würde eine endlose Zahl Volkes den bunten Fahnen nachgelaufen sein. Die Studenten, d. h. die Partikel der hiesigen Studentenschaft, welche in allen diesen Dingen das Wort führt, waren die Leiter des Festes, d. h. vor den Augen der Menge; die demokratischen Vereine, aus ihrer Mitte heraus Herr Held, die eigentliche Seele; die verschiedenen Genossenschaften, Bezirksvereine, Bürgerwehrkompagnien, welche mitzogen, nur die Ausschmückung der Sache. Der lange Schweif hinterher machte sich von selbst. Wie gesagt, man kann auf dieses Zahlenverhältniß gar Nichts geben, und das einzig Richtige ist dasjenige, welches bei der Wahl des Bürgergenerals sich herausstellte. Herr Rimpler erhielt pp. 8000, Herr Held pp. 2000 Stimmen; ein Verhältniß, welches Beachtung verdient und merkwürdig genug ist. Der Zug bewegte sich durch Berlins Hauptstraßen, aber Berlin war still. Die Blätter der äußersten Linken klagen über „die weltverwendische, mantelträgerische Stadt, die nur in manchen Straßen und nur sehr wenige dreifarbige Fahnen herausgesteckt habe." Jedoch hatten sich in der großen Friedrichsstraße „diese Embleme der Freiheit" häufiger gezeigt. Dies ist deutlich gesprochen, aus der Schule heraus. Der Reichsverweser und das deutsche Banner unter ihm waren Nebensache, es war eine Demonstration zu Gunsten dessen, was die Radikalen Freiheit nennen. Berlin fühlte das und steckte die Embleme nicht aus den Fenstern, welche die Meinung zugelassen, daß es dieser Freiheit zustimme. Es würde diese Fahnen, untermischt mit preußischen, aber auch vielleicht allein haben wehen lassen, wenn es ein großes, allgemeines Fest, und keines, das von einer Partei veranstaltet gewesen wäre. Die Stimmen gegen eine deutsche Einheit, wie sie in den ersten Tagen herausbrachen, sind schon verhallt, die Hoffnung auf gütliche Vereinigung hat die Oberhand behalten, und hätte der König es vermocht, die Stimmung seines Heeres ganz zu beschwichtigen, wäre er an der Spitze desselben nach dem Kreuzberg gezogen, er der Erste, der dem Erzherzog ein Lebehoch gebracht, so hätte ganz Berlin am gestrigen Tage sein spezifisches Preußenthum aus dem Sinne geschlagen, der Veränderlichkeit, der Einigung wegen. Aber für das einige Deutschland der Herren Held, Benary und Schramm konnte es sich nicht begeistern. Diese Stimmen können Sie heute durch die ganze Stadt, auf allen Straßen hören. Die Rede des Studenten Boßwinkel, von der Rampe des Opernhauses herab gesprochen, vor Beginn des Zuges, mochte passiren, weil sie von einer wirklichen Gesinnung diktirt schien. Man darf von jungen Leuten nicht das wahre Verständniß großartiger Zeiten der letzten Vergangenheit erwarten, welche von der Geschichte selbst noch nicht in ihrer wahren Bedeutung aufgefaßt worden. Die Rede des Herrn Held von der Treppe des Denkmals herab wird indeß nicht einmal von den radikalen Blättern mitgetheilt. Was man laut in den Straßen davon spricht, war für von einer Art, daß sie selbst zur Glorifizirung eines Festes in diesem Sinne nicht beitragen konnte. Auf die Spitze des eisernen Denkmals für Preußen gefallener Helden pflanzte Jemand, der mit Gefahr hinaufkletterte, mitten im Sturmwinde die deutsche Fahne. Wir wissen nicht, wer der Mann war, noch in welchem Sinne er es that; wir nehmen eben das Omen an. Möge sie dort wehen, jene Krieger, über denen sie flatterte, kämpften und bluteten für Deutschlands Freiheit. Sie trugen nicht die Schuld, daß diese Freiheit später verkümmert ward; ihre Geister können ruhig weilen unter dem Rauschen dieses Banners. — Zu einem Konflikt zwischen den verschiedenen preußischen Vereinen, welche ebenfalls an dem Tage nach dem Kreuzberg gezogen, ist es nicht gekommen. Der Teltower Bauernverein und die Berliner Vereine waren nur einige Stunden früher an der Stelle gewesen, und hatten dem Tage der deutschen Vereinigung, aber unter preußischen Fahnen, durch Reden und Lebehoch ihr Weihopfer gebracht, so viel man weiß in versöhnlichem Sinne. Schon vor der Ankunft des demokratischen Festzuges hatten sie sich indeß nach Tempelhof gezogen, auch mehre Tausende stark. Von beiden Seiten war man ohne Waffen erschienen. Die Wirkungen der radikalen Demonstration werden bald verwunden sein, da sie aus keinem kompakten Gesammtwillen hervorgingen und Jeder weiß, daß das Wort auf den Lippen ein anderes war, als der Sinn in der Brust. Einen Sieg haben demnach die Radikalen gefeiert, das darf nicht abgestritten werden, weil sie die von ihnen geleiteten Massen in Ruhe und Ordnung hielten. — Morgen, am 8. wird die allgemeine Bürgerwehrparade zu Ehren Johanns abgehalten, bei der auch der Ministerpräsident sich betheiligen wird. Wer ist nicht damit einverstanden, wer aber sagt sich nicht zugleich im Stillen: Auch das wieder zu spät!

** Berlin, 8. August. Heute Mittag fand die von der Bürgerwehr begehrte und von ihrem Kommandanten Rimpler angeordnete feierliche Parade zu Ehren „der Vereinigung von Deutschland" Statt. Das Staatsministerium, die Kammer der Abgeordneten, Magistrat und Stadtverordnete, die Militärbehörden von Berlin waren eingeladen. Der Ministerpräsident v. Auerswald nahm die Parade ab. Unabsehbar war der Zug; stattlich defilirten die Kolonnen mit Musikchören und einem Wald von Fahnen auf dem Schloßplatz an den Ministern, den Abgeordneten (deren Präsident Gradaw dem Feste beiwohnte) und städtischen Civil- und Militärbehörden vorüber. Die preußischen Fahnen waren meistens schwarzrothgoldne; auf vielen war ein mittleres Feld mit dem preußischen Adler, auch mitunter mit dem Bären von Berlin; von sämmtlichen Fahnenstöcken flatterten schwarzsilberne Bänder; von den meisten im Verein mit den schwarzrothgoldnen Bändern. — Die Musiker spielten u. A. das Arndt'sche Nationallied; die Musik der bewaffneten Eisenbahnarbeiter (in blauen Blusen, schmuck und kräftig) das Schleswigholsteinlied. Vor dem Ministerpräsidenten salutirten die Befehlshaber des Korps. — Soviel wir bis jetzt wahrnehmen können, ist der erwartete Rückschlag in der öffentlichen Meinung eingetreten; und zwar ein recht vernünftiger Rückschlag; nicht ins andere Extrem. Es flattern jetzt, wie heute neben dem Ministerpräsidenten, die Farben unseres Landes neben der Tricolore des deutschen Reichs. — Man kann behaupten, die von der Regierung mit richtiger Würdigung des Volksthums eingeschlagene Richtung hat bereits die Billigung der großen Mehrzahl gefunden. Der Preuße bleibt Preuße; doch nicht in jenem undeutschen Sinne, den die Vaterlandsfreunde am Pregel ebenso zurückweisen, als die am Neckar. Preußen für immer, und Deutschland über Alles! —

Stettin, 5. August. Man liest im Fr. J.: Durch die gestrigen Plakate, welche zu einem Volksfeste am 6. August aufforderten, wurde unsere Stadt in nicht geringe Aufregung gesetzt; nicht durch den Inhalt, sondern hauptsächlich dadurch, daß sie von der Preußen-fanatischen Partei mit dem größten Eifer überall abgerissen, resp. mit Koth

beworfen wurden. Es sind gegen 10 Personen, meist anständig, selbst vornehm gekleidete Leute dabei betroffen, ergriffen worden; sogar ein Stabsoffizier wurde bemerkt, der sich diesem ruhmwürdigen Geschäfte unterzog. Abends hatten sich zahlreiche Straßenkluds gebildet, in denen man Deutschland hoch leben ließ. Allmählich vereinigten sich die verschiedenen Rotten, zogen nach dem Schlosse und sangen, nachdem sie das Verlangen ausgedrückt hatten, den Prinzen von Preußen zu sehen, das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland." Se. k. Hoheit hatte der Liedertafel, die ihm gestern früh ein Ständchen brachte, die Absingung dieses Liedes, wie man sagt, erlassen. Das Volk bewegte sich ruhig, unter fortwährendem Gesange durch die Straßen und brachte den Männern, die es als der deutschen Sache ergeben kennt, noch schließlich verschiedene Lebehoch. Auch dem General Wrangel, dem deutschen Feldherrn, wurde von der das deutsche Lied singenden Menge ein Hoch gebracht. Nach 11 Uhr verlief sich die Masse ohne allen Exerz.

Würtemberg. ♂ Stuttgart, 6. Aug. Ich will Ihnen ein Gerücht mittheilen, das hier sehr vielfach gesagt wird; natürlich kann ich aber Nachrichten aus dieser Sphäre nicht verbürgen. Es ist nämlich eine angebliche Ministerkrise; der König, heißt es, sei im Widerspruch mit seinen Ministern, und zwar wegen der Person des Hrn. v. Sternenfels, letztere Zeit würt. Bundestagsgesandten, mit dem er in Frankfurt bei seinem kurzen Aufenthalte einen Auftritt gehabt zu haben scheint und den er jetzt entfernen wolle, den die Minister aber schützen. Ein Ueberwerfen in diesem Betreff wäre sehr zu beklagen, denn es könnte nur neue Aufregung und Unruhe für unser Land folgen. Man kann es entschieden sagen: ein anderes Ministerium wäre jetzt ein unmöglich, heiße es nun Kanzler von Wächter oder wieder Schlayer. Unterstützung hätte ein solches weder an den Beamten, noch an der Bürgerschaft im ganzen Lande zu hoffen.

**Stuttgart, 8. August. Man erfährt jetzt, daß, wenn überhaupt der Auszug nach Schleswig-Holstein stattfindet, hierzu das 6. und 8. Infanterie- sowie das 2. Kavallerieregiment bestimmt seien. — Außer dem Akte der Huldigung für den Reichsverweser beachte uns der 6. August noch ein erfreuliches Verbrüderungsfest zwischen Linie und Bürgerwehre. Die Bürgerwehr hatte die Linie eingeladen, und zahlreich stellten sich Soldaten wie ihre Offiziere ein, die an den patriotischen Kundgebungen, den Gesängen, den Reden ꝛc. lebhaften Antheil nahmen. Es ist bei uns Mancherlei nachzuholen, um gutes Einvernehmen mit dem Militär herzustellen, damit Scenen militärischer Brutalität, wie in Ulm, unmöglich werden. Deßhalb sind solche gesellige Vereinigungen wohl am Platze. — Man wundert sich, daß der Kronprinz beim Akte der Huldigung des Militärs nicht zugegen war. — Von unserer Bürgerwehr ist die Ersatze einer sehr verderblichen Maßregel glücklich beseitigt worden. Pflichtig ist zu ihr jeder „selbständige" Mann; dies wollte nun von einem Mitglied des Verwaltungsraths, der schon in unserer früheren Abgeordnetenkammer eine nicht sehr glückliche Rolle gespielt hatte, im Sinne der alten Zeit so gedeutet werden, daß in Privatdiensten Stehende nicht pflichtig seien. Diese Scheidungen in zwei Klassen hat unter den Betheiligten: Buchdruckern, Goldarbeitern ꝛc. große Aufregung und böses Blut hervorgebracht. Der Verwaltungsrath hat jedoch glücklicherweise begriffen, daß unsere Zeit über solche Scheidungen erhaben ist, und hat jenen Antrag beseitigt. — Gestern fand hier eine Versammlung des Landesausschusses der vaterländischen Vereine Statt; es wurden, wie wir hören, drei wichtige Beschlüsse gefaßt. Einmal eine befriedigende Erklärung über die Stelle des Progamms dieses Ausschusses, welche bei Stiftung desselben in Eßlingen so viel Streit verursacht hatte. Dadurch dürften wohl nun die sämmtlichen Vereine des Landes dem Ausschuß beitreten; die meisten sind es bereits. Weiter wurde eine Bitte an die Regierung um eine besondere neuzuwählende konstituirende Ständeversammlung beschlossen, da nach den neuesten Beschlüssen der Nationalversammlung, welche die Vorrechte des Adels aufhebt, unsere erste Kammer, sowie die Vertretung des Adels in der zweiten fallen müssen. Endlich bittet der Landesausschuß das Reichsministerium, das Eisenbahnwesen zwischen Würtemberg und Baden, in welchem jetzt Alles daniederliegt, in die Hand zu nehmen.

Sachsen. Dresden, 6. August. Heute Vormittag brachten die hier garnison. Truppen, der Anordnung des Reichsministeriums gemäß, dem Reichsverweser ihre Huldigung dar. Die Feierlichkeit fand auf dem Infanteriexercirplatz in Gegenwart einer großen Anzahl von Zuschauern Statt. (D. Z).

Hannover, 7. Aug. Unsere Truppen haben den 6. August nicht feiern dürfen. In den Kasernen wurde am Morgen die Generalorder, welche Ihre Zeitung mitgetheilt hat, verlesen. Die Stadt dagegen hat ihre Theilnahme an dem ernsten Tage in würdiger Weise bezeugt. Am Abend zuvor brannte auf dem Lindener Berge ein Freudenfeuer, und der Turnverein und der Arbeiterverein sangen dort die Lieder, die ein so schönes Eigenthum unsers Volkes sind. Am Abend waren viele Häuser erleuchtet, auch die Wohnung des Ministers v. ausw. Angelegenheiten, Grafen Bennigsen, der damit persönlich seine Freude über ein Ereigniß an den Tag legte, das von dem Ministerium, dem er angehört, so undeutsch desavouirt ist. Heute Abend soll eine Volksversammlung Statt finden, um über die Mittel zu berathen, noch zu erlangen, daß auch unsere Truppen dem Reichsverweser huldigen. Hr. Anselm Peletin, einer der geistreichsten franz. Schriftsteller, ist als bevollmächtigter Minister der französischen Republik für Hannover, daselbst eingetroffen.

Hannover, 7. August. Die heute Nachmittags stattgefundene Volksversammlung vereinigte sich auf Antrag des Dr. Hoyns zu einer Adresse an die Regierung, in welcher die unverzügliche Huldigung des Militärs und die schleunige Beseitigung aller Konflikte mit der Reichsgewalt gefordert wird. Die Ueberreichung derselben wurde auf morgen vertagt. (Weserz.)

Hessen. ** Darmstadt, 7. August. In den jüngsten Tagen sind eine Reihe neuer Gesetze bei uns verkündet worden, so das über Jagdverhältnisse, über Aufhebung der Gewerbsmonopolien, über politische Gleichstellung aller Religionsgenossen u. s. w. Die nächsten Tage werden uns wieder einige Gesetze bringen, wie namentlich über die staatsherrlichen Verhältnisse. Alle diese Gesetze sind von den früheren Ministerien vorbereitet worden, waren aber seither auf sehr große Schwierigkeiten gestoßen, und man glaubt allgemein es nur der großen Thätigkeit von Jaup verdanken zu müssen, daß endlich von beiden Kammern die verfassungsmäßige Zustimmung ist ertheilt worden. Daß es aber dem neuen Ministerium auch mit der raschen Ausführung dieser Gesetze Ernst ist, können Sie daraus entnehmen, daß das Gesetz über die Verwaltungsorganisation am 3. August publicirt wurde, und daß am 21. August die neugeschaffenen Behörden bereits in Amtsthätigkeit sein werden.

Braunschweig, 6. August. Einem längern Bericht in der B.H.Z. zufolge scheint hier die Feier des Tages mit besonderer Wärme begangen worden zu sein, indem sich namentlich das Volk daran betheiligt. Der Schluß des Berichts lautet: Nachdem dem Militär die Proklamation des Reichsverwesers verlesen worden war, brach ein allgemeines donnerndes Hurrah los, so kräftig, wie ich noch nie eines gehört. Einige Zeit darauf erschien der Herzog. Auch er wurde durch Hurrah begrüßt, namentlich vom Militär, und eilt die ganze Fronte entlang. Nun erfolgte der Vorbeimarsch des ganzen Zugs, wobei mehrere Fahnen, namentlich Schleswig-Holstein und Mecklenburg mit lautem Zuruf begrüßt wurden. Damit war gegen ein und ein halb Uhr Mittags die Huldigungsfeier zu Ende. Bedeutungsvoll und ernst war dieser Morgen; namentlich wichtig durch die Opposition, welche die Feier gefunden, und die Energie, mit welcher der Volkswille sie dennoch erkroßt hatte. Heute Abend findet auf dem kleinen Exercirplatz das Verbrüderungsfest mit dem Militär Statt, wozu großartige Anstalten getroffen sind. Aus Hannover ging heute Vormittag die Nachricht ein, auch dort werde gehuldigt. Der König habe sich gestern Abend noch entschlossen. (S. oben.) Das gesammte Land hatte eine imposante Haltung angenommen. Gestern Nacht brannten auf den Höhen bei Hannover große Feuer. Niedersachsen hält fest zum Reichsverweser. Möchte es ihm gefallen, uns bald einen Besuch zu machen. Man hofft allgemein, er werde es thun.

Oldenburg. Aus Eutin vom 3. August schreibt man uns: Officiell ist hier bisher über die Konstituirung der deutschen Centralgewalt Nichts bekannt gemacht, und man hörte schon Stimmen, die daraus allerhand Folgerungen ziehen wollten. Jetzt aber ist dem hiesigen Militärkommando aus Oldenburg die Weisung zugekommen, künftig allen Anordnungen der Centralgewalt ohne Aufschub und unbedingte Folge zu leisten. (Lüb. B.)

Schleswig. Rendsburg, 6. August. Durch das Patent der prov. Reg. vom gestrigen Datum ist die zur Feststellung der schleswig-holsteinischen Staatsverfassung erwählte Versammlung auf den 15. d. nach der Stadt Kiel berufen. Die prov. Reg. wird die Versammlung an dem gedachten Tage eröffnen. Die Mitglieder der Versammlung haben sich am 14. d. bei dem Präsidenten der prov. Reg. in Kiel zu melden. (H. K).

Nach einem Briefe aus Rendsburg, 6. August, ist dort die Feier des 6. Aug. lediglich von der Bürgerwehr begangen worden. Die fremden Truppen, nicht einmal die schleswig-holsteinischen Truppen hielten die Parade ab. (W.-Z).

☆ Frankfurt, 10. August. Zwischen den Stürmen in der Paulskirche von vorgestern war bis zur heutigen Sitzung die Mitt

Digitized by Google

wochenlang eingetreten, und in der That schienen sich die Gemüther einigermaßen, wenn auch nicht beruhigt, so doch der Einsicht gefügt zu haben, daß es so nicht fortgehen könne. Der Zudrang der Zuhörer war natürlich heute sehr groß, da die Hecker'sche Wahl auf der Tagesordnung stand. Da jedoch wegen vorzunehmender Veränderungen auf der Gallerie heute nur ein Theil derselben geöffnet wurde, so wurde nur ein kleiner Theil des herbeiströmenden Publikums hereingelassen; der übrige vergnügte sich auf dem Platze vor der Paulskirche mit verschiedenen Lebehoch und dergleichen. In der Sitzung ging es ohne die mindeste Störung vorüber. Die Diskussion über die Heckersche Wahl wurde ohne verletzende Ausfälle geführt; offenbar suchten beide Parteien Auftritte, wie die in den letzten Sitzungen, sorgfältig zu vermeiden. Der Ausschußantrag, den Sie in der deutschen Zeitung schon selber mitgetheilt haben, wurde außer dem Berichterstatter von Platner und Simson aus Königsberg vertheidigt; gegen denselben sprachen v. Itzstein, Wiesner und Vogl. Das Resultat der namentlichen Abstimmung war, daß der Ausschußantrag mit 350 gegen 116 Stimmen angenommen wurde. In dieser Abstimmung feierte die Jurisprudenz einen eigenthümlichen Triumph, welcher, wenn er vollständiger gewesen wäre, das erstaunenswürdigste Resultat hervorgebracht haben würde. Der Ausschußantrag erklärt nämlich die Wahl Heckers für „ungiltig und unwirksam." Viele hielten nun den Ausdruck „ungiltig" nicht für juristisch gerechtfertigt und nahmen daher Anstand, für den Antrag zu stimmen. Dabei aber mußten sie sich sagen, daß, wenn ihre Stimme den Ausschlag in der Sache gebe und durch ihr „Nein" die Wahl Heckers genehmigt würde, ein Resultat hervorginge, welches mit ihrer Ueberzeugung im vollkommensten Widerspruch stünde. So kam das juristische und das patriotische Gewissen in ihnen zum Kampfe auf Tod und Leben; in einem Theile siegte das letzte, in Vielen aber auch das erste. Nur dadurch war es möglich, daß es die Minorität auf 116 Stimmen bringen konnte. — Vor der Diskussion über diesen Gegenstand war die Linke mit 17 Beschwerdepunkten gegen den Vicepräsidenten v. Soiron wegen seines Verhaltens in den beiden letzten Sitzungen aufgetreten. Das Nähere darüber in meinem nächsten Berichte. Die Beschwerdeschrift wurde an den Ausschuß für Geschäftsordnung verwiesen. Zu Anfang der Sitzung verlas der Präsident eine Zuschrift des Reichsverwesers, in welcher die definitive Ernennung des Reichsministeriums mitgetheilt wird. Sie haben dieselbe bereits erhalten. Hierauf betrat der Ministerpräsident, Fürst von Leiningen, die Tribune und richtete einige Worte an die Versammlung. Er erklärte als Richtschnur des Ministeriums den Erlaß vom 28. Juni, und es würde das ernstlichste Bestreben des Ministeriums sein, diesen Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Die Schwierigkeiten dagegen hätten sich bis jetzt nicht vermindert; allein mit der entschiedenen Unterstützung der Versammlung würden sie überwunden werden. Es sei der feste Wille der Centralgewalt, die Freiheit und Einheit, den Ruhm und die Ehre Deutschlands aufrecht zu erhalten; in dem Einzelnen könne das Ministerium irren, im Großen und Ganzen aber könne es in dieser Richtung nicht fehlen. Er habe nicht die Ehre, Mitglied der Versammlung zu sein, und er fühle wohl, daß es ein Wagstück sei, als Fremder diese Stelle einzunehmen. Deßhalb bitte er um Nachsicht. Wenn er auch wenig Talent mitbringe, so doch gewiß ein deutsches Herz.

Schweden.

Der Oberbefehlshaber der schwedischen Truppen in Fünen, General Löwenhjelm, hat in der „Aalborger Stiftszeitung" die dänische Nachricht, als ob die schwedischen Truppen darum petitionirt, einen thätigen Antheil an dem schleswig-holsteinischen Krieg zu nehmen, für vollkommen unwahr erklärt. — In Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche in den Friedens-Unterhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark eingetreten, hat der König seine Rückreise nach Stockholm aufgeschoben. (B. H.)

Großbritannien.

London, 7. August. Das Chronicle sagt: „wir haben mit Vergnügen vernommen, daß das Parlament in diesem Jahre nur auf kurze Fristen, von Zeit zu Zeit, vertagt werden soll, da man befürchten muß, daß Ereignisse in Irland seinen Betrath von Neuem nöthig machen dürften." Die Vertagung des Parlaments, auf kürzere oder längere Frist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach im zweiten Drittel des laufenden Monats stattfinden.

Das k. Postdampfschiff Dee brachte Nachrichten aus Westindien, die aus Jamaika bis zum 8., Barbados bis zum 12., St. Thomas bis zum 15. Juli reichen. Die Nachrichten aus allen Theilen des westindischen Archipelagus sind nicht die günstigsten. Zu den kommerciellen Bedrängnissen Jamaika's kam noch die Befürchtung vor einem Aufstande im westlichen Theile, wo die Pflanzer außer Stande waren, die Arbeiter zu beschäftigen. Man hatte die Polizeimannschaften in den bedrohten Bezirken zur Fürsorge sofort vermehrt. Die Handelskammer von Jamaika hat den Beschluß gefaßt: „es sei Pflicht der Volksvertreter, während des gegenwärtigen beunruhigenden Zustandes der Kolonien der englischen Regierung die Steuern zu verweigern, bis den Unbilden, unter welchen die Kolonie jetzt leide, vollständig Abhilfe gethan sei." Aus den dänischen Besitzungen lauten die Nachrichten noch trauriger. Die Sklaven auf St. Croix und zwar auf den Besitzungen des Gouverneurs Scholten verlangten unter furchtbaren Drohungen ihre Freilassung, die ihnen auch zugestanden wurde. Trotzdem erhoben sie sich in Frederiksted und Umgegend zu offenem Aufruhr und begannen ein allgemeines Werk der Plünderung und Zerstörung, bis die Weißen sich ermannten, die Schwarzen aus den Städten hinaustrieben, Viele derselben tödteten, Andere zu Gefangenen machten, welche auf der Stelle hingerichtet wurden. Von St. Thomas wurde Hilfe nach St. Croix geschickt, auch kamen spanische Truppen, Infanterie und Artillerie, von Portorico zur Unterstützung, welche jubelnd empfangen wurden. Unter den Schwarzen auf Cuba zeigte sich ebenfalls bedeutende Gährung, die, wie man auf Jamaika wissen wollte, bereits einen Aufstandsversuch zur Folge hatte.

Der „König von Munster", der „General" Smith O'Brien, ist in die Hände der Polizei gefallen, und zwar lebendig, nicht, wie er dem Volke feierlich versprochen hatte, als todter Mann. Er wurde in Thurles verhaftet, als er gerade ein Eisenbahnbillet nach Limmerick zu lösen im Begriff war. Einer der Kondukteur trat zu ihm, legte die Hand auf seine Schulter und sagte: „Ihr seid Hr. O'Brien, Ihr seid der Königin Gefangener." O'Brien antwortete keine Sylbe, der Kondukteur schickte nach der Polizei, und in wenigen Minuten kamen 37 Polizeisoldaten, in deren Begleitung O'Brien nach Dublin gebracht wurde. Das erste, was O'Brien verlangte, war Ruhe; man gönnte sie ihm und bald fiel er in einen tiefen Schlaf. Ein Korrespondent des Chronicle schildert ihn als sehr niedergeschlagen; die letzten Ereignisse, das entbehrungsvolle und stürmische Zigeunerleben in den Bergwerksdistrikten Tipperarys, die wechselnden Gemüthsstürme schienen in der That auf seinen Verstand zerrüttend gewirkt zu haben. Die Britannia trägt auf milde Behandlung für ihn an und sucht aus seinem früheren Leben nachzuweisen, daß er immer überspannt und für seine Handlungen nicht zurechnungsfähig gewesen; um so strengere Bestrafung, nach allen Vorschriften des Gesetzes, fordert sie für die übrigen Insurrektionschefs, die bei klarstem Bewußtsein Irland in einen Abgrund von Zerrüttung und Krieg zu stürzen beabsichtigt hätten. Die Irländer haben auch diesmal, wie so oft, die Rechnung ohne den Wirth gemacht; sie gleichen den Slaven auch darin, daß sie im Allgemeinen schlechte Wirthe sind, nicht nur in häuslichen, sondern auch in staatlichen Dingen. Aber die Polen wissen, mit ihrer angeborenen Schlauheit, wenigstens Verschwörungen geschickter anzuzetteln und heimlicher zu halten, gleichsam hinter Schloß und Riegel, während die irischen Verschwörer Fenster und Thüren offen hielten und zuverlässiger als irgend ein Spion ihre Geheimnisse an die Regierung verriethen. Außerdem war der Augenblick, wo man loszubrechen versuchte der ungünstigste; im März als die Regierungen selbst eingeschüchtert waren und dem gewaltigen Strom der Ereignisse gegenüber sich selbst und ihrem Schicksale nicht recht vertrauten, als namentlich die besitzenden Klassen, der begüterte Mittelstand einige durch die Pariser Juniereignisse noch nicht gedämpfte Revolutionslust in den Gliedern spürte, zu der Zeit dürfte auch die Revolution in Irland, einmal begonnen, einen stürmischeren Charakter angenommen haben. Für jetzt hat diese gänzlich mißglückte Verschwörung über die Führer nur Unglück und über das Land einen Zustand der Ausnahmsgesetze und der Unordnung gebracht. Bereits hört man, daß Haufen von Hunderten die Postkutschen anfallen und wegnehmen, was sie an Geld und Waffen vorfinden. Der „Spectator" sagt: „Das Vertrauen des Volkes zu erdentlichen Führern ist verschwunden, aber seine Wildheit, seine Unwissenheit, sein Elend, seine Unzufriedenheit bleiben, und es ist nur zu wahrscheinlich, daß es zu der Führerschaft des Kapitäns Rock und Molly Maguire wieder zurückkehren wird."

Frankreich.

Paris, 8. Aug. Die italienischen Nachrichten haben endlich die letzten Illusionen über Karl Albert's große Siege zerstört, und man fängt an, sich an die bittere Möglichkeit zu gewöhnen, daß Mailand verloren sei. Noch geben sich zwar einzelne Blätter dem gutmüthigen Glauben hin, Mailand werde ein zweites Numantia oder Saragossa werden, aber auch diese Hoffnung ist erschüttert, seit ein-

Digitized by Google

zelne Blätter mit Zuversicht behaupten und sich dabei auf Depeschen berufen, Radetzky sei in Mailand eingerückt. Man wiederholt jetzt die Versicherung, die sardinischen Unterhändler hätten gestern eine Unterredung mit Cavaignac gehabt und das Einschreiten Frankreichs unverzüglich verlangt; ob mit diesem Einschreiten ein bewaffnetes gemeint sei, bezweifeln wir, weil wir Karl Alberts Schlauheit genug zutrauen, um die Gefährlichkeit von 50,000 solcher Freunde wohl zu beurtheilen. Mehr Wahrscheinlichkeit hat die Nachricht, welche die Union mittheilt; dieselbe sagt auch offen, daß Mailand kapitulirt habe. Das genannte Blatt bezeichnet als die Basis der englisch-französischen Vermittelung in Italien 1) die Unabhängigkeit der Lombardei von Oesterreich, 2) die Theilung der Lombardei zwischen Piemont und Toskana, doch so, daß Toskana den größeren Theil erhalte, 3) Venedig und das Venetianische bleiben Oesterreich, 4) Frankreich und England bleiben bei diesem Arrangement ganz uninteressirt. Man versichert, daß Herr Marie an die Stelle des verstorbenen Seguier, Präsident des Appellhofes, Herr Semerd Justizminister und Herr Marrast Minister des Innern werden sollen.

Ein Herr Ockmann ist mit einer Mission der dänischen Regierung in Paris angekommen.

Unter den mit dem ersten Transport weggeführten Insurgenten befinden sich außer vielen polnischen auch deutsche Namen genug, wie nennen z. B. Johann Kilian, Theodor Rippert, Alexander Binz, Karl Lauz, Peter Rehtig, P. F. Becker, Heinrich Leon Bencker, Philipp Ganger, A. Ludwig Siebert, Ferdinand Gult, Arnold Weber, Konstant Leicher, Mathias Henkel, Franz Stall, R. F. Wilhelm Wiebeck, Mathias Kind, Jakob Hoffmann, Franz Kremer, Paul Kilch, Stephan Kahler, Michel Scherr, Gottfried Schulz, Franz Stöß, August Mähn, Joseph Schneider, August König. Auch bei dem zweiten Transport der heute abgehen soll, befindet sich eine Anzahl deutscher Arbeiter.

Die Nationalversammlung hat gestern das Dekret über die Jury angenommen und die Diskussion über die Kaution der Zeitungen begonnen; dieselbe wurde heute fortgesetzt. Der Justizminister und Ledru-Rollin waren die bedeutensten Sprecher für und gegen; wir werden auf die charakteristischen Verhandlungen noch zurückkommen.

E. Girardin's Presse ist am 7. Aug. zum ersten Male wieder erschienen; ihr erster leitender Artikel bespricht die Unterdrückungsmaßregel und deren Ungrund. Doch will sich Girardin durch Großmuth rächen an der Exekutivgewalt, die seine Freiheit und sein Vermögen gekränkt hat, sie unterstützen bei Bekämpfung der großen Schwierigkeiten der Lage, das soll, so versichert er, seine einzige Rache sein. Als erste Probe gibt er dann eine Beilage von 24 Riesenspalten, worin alle Aktenstücke, welche die Gewaltmaßregel betreffen, zusammengestellt sind.

Italien.

Mailand. Die A. Z. Z. bringt nachstehende Mittheilung: Feldmarschall Radetzky hat gestern Mittag wieder von der Stadt Besitz genommen und die Piemontesen zogen sich ohne irgend welchen Kampf in ihre Staaten zurück. Wir erlebten übrigens ein paar fürchterliche Tage, da noch Samstag Morgens der entschiedenste und hartnäckigste Widerstand beschlossen schien und die ganze Stadt wieder verbarrikadirt war; als dann aber die Kapitulation bekannt wurde, so trat Verwirrung, Entmuthigung, Wuth, Verzweiflung und Anarchie ein und wir wußten nicht, ob uns Schlimmeres vom Militär oder vom Pöbel bevorstand; doch Gott sei gelobt, es ist uns nichts Böses begegnet.

* Unser Berner ☽ Korrespondent berichtet vom 9. August: Heute hat der Vorort zwei Depeschen erhalten. Der schweizerische Konsul schreibt aus Mailand, daß die Oesterreicher in Mailand eingerückt seien, unter der Mannschaft die strengste Kriegszucht herrsche, und man sich bemühe, die Ordnung wieder herzustellen. Der Staatsrath von Tessin berichtet, daß Tessin von Flüchtlingen wimmele und von Seiten der Behörden Alles aufgeboten werde, ihnen einen leidlichen Aufenthalt zu verschaffen. Auch General Zuchi sei in Lugano angekommen. Piemontesische Truppen, die sich mit Waffen und Munition auf Schweizerboden geflüchtet hätten, seien entwaffnet worden; man werde sie über den See auf sardinischen Boden bringen. Die Oesterreicher ständen dicht an der Schweizer-Grenze; man befürchte keine Verletzung des eidgenössischen Gebietes, habe aber doch aus Vorsicht einige Truppen an die Grenzen postirt. Ein Mann, der in verflossener Nacht direkt aus Mailand hier angekommen ist, erzählte mir Folgendes: „Ich kam am 4. August nach Mailand; die Stadt war in ungeheuer Aufregung und zu äußersten Vertheidigung entschlossen; Barrikaden waren an allen Orten errichtet; Alles trug Waffen; auch ich mußte sie sogleich ergreifen und Schildwache stehen. In der Nacht vom 4. auf den 5. hatte Karl Albert sein Quartier in der Stadt. Der Herzog von Genua hatte Tags vorher einige glückliche Gefechte gehabt und österreichische Soldaten mit Munition gefangen. Am frühen Morgen des 5. verbreitete sich das Gerücht, es sei eine Kapitulation zwischen Albert und Radetzky geschlossen worden. Ein Mann, der diese Nachricht in die Stadt brachte, wurde von einem Nationalgardisten als Spion und Verräther niedergestoßen. Immer lauter und lauter rief man sich jedoch die Schreckenskunde zu. Ich lief auf das Kriegsministerium. Weder dort noch auf dem Regierungsgebäude war Jemand zu finden. Die Mitglieder der provisorischen Regierung hatten sich bereits aus dem Staube gemacht. Das Volk toste und wälzte sich in tobenden Haufen vor den Palast Karl Alberts. „Er hat uns verrathen", schrie es. „Sollen wir untergehen, so soll auch er sein Leben lassen — lebendig kommt Niemand aus dem Palast." Man umzingelte das Gebäude. Es mochte gegen 9 Uhr sein, als der König mit zwei Begleitern auf dem Balkon erschien und erklärte: „Ich glaube, im Interesse des Volkes zu handeln, wenn ich eine Kapitulation abschloß, die Jedem Leben und Eigenthum und, wenn er will, freien Abzug garantirt. Jede Vertheidigung wäre unnütz gewesen, da das Heer ohne Munition ist." Als es fortwährend aus dem Volkshaufen schrie: „Tod dem Verräther!" so rief Karl Albert: „Gut, wenn Ihr es so wollt, so bin ich bereit und entschlossen, mich mit meiner Armee und dem Volke unter den Trümmern Mailands begraben zu lassen." Als nun die sichere Kunde einlief, daß das Heer wirklich ohne Munition sei (ohne Zweifel hatte es Karl Albert so einzurichten gewußt), bildeten sich im Volke zwei Meinungen, von denen die eine, mit dem König abzuziehen, die andere sich zu vertheidigen rieth. Nun aber stieg die Verwirrung von Minute zu Minute. Die Straßen füllten sich mit Leuten und Equipagen; Alles eilte zur schnellsten Flucht. Nur noch zwei Thore waren frei. Mir gelang, mit Zurücklassung aller Habe, zu Fuße auf Schweizer Boden mich zu retten. Unter allen Einsichtsvollen in Mailand herrscht die Ansicht, daß der engl. Gesandte, der zuerst im piemontesischen Lager mit Albert und dann im österreichischen mit Radetzky lange Unterredungen gepflogen, diese Katastrophe eingefädelt habe. Karl Albert wird laut ein Verräther genannt. Er soll noch am 5. Nachmittags Mailand verlassen haben. Auf Frankreich hofft Niemand." Diesen Bericht vernahm ich aus dem Munde eines wohlheitliebenden Mannes.

Die Basler Z. berichtet aus Mailand, vom 6. August. Das Neueste, was ich Ihnen zu melden habe, ist, daß Karl Albert kapitulirt hat, unter dem Vorwand, er habe nicht genug Munition zur Vertheidigung der Stadt. Man spricht von Nichts als Verrath und mag auch nicht ganz Unrecht haben. Sie können sich vorstellen, wie das Volk darüber erbost ist. Die Nationalgarde war gestern Abend noch wüthend und wollte mit Gewalt sich vertheidigen; über Nacht sind die Hitzköpfe etwas kühler geworden; man hörte die ganze Nacht schießen, und aus Rache hat es Gewaltthätigkeiten unter den eigenen Leuten gegeben. Diesen Morgen ist Alles ruhig, oder niedergeschlagen. Die Piemontesen sind mit ihrem König, welcher gestern Abend noch durch die Volkshaufen bedroht wurde, abgezogen. Alle öffentlichen Gebäude, Palast, Justizgebäude ꝛc. sind verlassen, die Fahnen eingezogen, die Kokarden ab den Hüten; die Barrikaden werden mit aller Thätigkeit weggeräumt, und die Thoren stehen offen zum Empfang unserer Gäste. Regierung ist gar keine mehr, oder wahrscheinlich wird schon heute die alte wieder neu eingesetzt.

7. Aug. Radetzky ist gestern Mittag mit 50,000 Mann und vieler Artillerie hier eingezogen. Sein Erstes war der Erlaß einer Proklamation, worin er einstweilen das Civil- und Militärgouvernement der hiesigen Provinzen übernommen. Mailand ist in Belagerungszustand erklärt. Fürst Schwarzenberg ist Militär-Gouverneur der Stadt. Alle Läden sind geschlossen und man kann sich vorstellen, wie die Bevölkerung von der man Nichts auf den Straßen sieht, niedergeschlagen ist. Unsere jungen Leute sind die meisten noch fort, und wir, wie können nur die Vorsehung bitten, daß uns kein größeres Unheil widerfahre.

Dasselbe Blatt berichtet: Ein Priester sagte dem König ins Gesicht: Im Namen des ganzen Volkes, im Namen der vaterlosen Kinder verfluche ich Dich in die unterste Hölle. Diese Reden habe ich alle gehört, da ich nahe dabei stand. Karl Albert, ein Mann von circa 62 — 65 Jahren sah sehr leidend aus und deßhalb sprach sein ältester Sohn, der Herzog von Savoyen zum Volke: Im Namen des Königs versprech ich Euch, daß wir Mailand bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen werden, und wenn's nöthig ist, wollen wir uns unter den Mauern Mailands begraben. Abends spät wollte derselbe

Digitized by Google

Herzog ausgehen, sobald er aber auf der Straße erschien, fielen zwei Schüsse auf ihn und drei Kugeln flogen ins Zimmer des Königs. Dieser verließ zu Fuß seine Wohnung, begab sich zu seinen Truppen und machte sich nach Mitternacht davon.

Wie erhalten aus Innsbruck, 7. Aug. ein Kriegsbulletin des Feldmarschalls Grafen Radetzky aus dem Hauptquartier S. Donato vom 4 Aug. 6 Uhr Abends. „Ich bin am 4. Aug. früh von Lodi aufgebrochen und mit 3 Armeekorps, nämlich mit dem 1sten, 2ten und dem Reservekorps, bis S. Donato gegen Mailand vorgerückt. Bei S. Donato entspann sich sogleich ein Gefecht mit den piemontesischen Truppen, welche eine Stellung vor Mailand genommen hatten. Das erste Korps hielt jedoch den Feind so lange in der Front, bis seine rechte Flügelbrigade unter Kommando des Generals Grafen Clam dem Feinde links, sowie das parallel mit dem 1sten marschirende 2te Armeekorps demselben rechts in die Flanke manövrirte, worauf der Feind geworfen und bis nahe an die Mauern der Stadt verfolgt wurde. Das tapfere 10te Jägerbataillon von der Brigade des Grafen Strassoldo des 1sten Korps, welche den Feind in der Front aufhielt, hat bei dieser Gelegenheit einen erneueten Zug ausgezeichneter Tapferkeit vollführt, indem die 1ste, 6te, 4te und 5te Kompagnie desselben unter den Hauptleuten Brandt, Jablonsky, Birk und Brandenstein links und rechts der mit Kanälen eingeschlossenen Straßen soweit vorwärts stürmten, bis sie eine ganz frindliche 16pfündige Batterie in ihrem Rücken angriffen, die Mannschaft, die sich wehren wollte und einige Pferde niederschossen, und hierauf sich triumphirend dieser Batterie bemeisterten. Eine Abtheilung der Jäger brachte die Batterie in vollem Jubel ins Hauptquartier. Nebstbei wurden 4 Officiere und 120 M. durch die Brigade Strassoldo gefangen genommen. Ich bin nun in der Erwartung, ob die Stadt Mailand, in welcher, soviel ich in Erfahrung brachte, sich zwei Parteien um die Herrschaft streiten, mir morgen die Thore öffnen oder eine Deputation senden wird. Sollte keines von beiden im Laufe des Vormittags erfolgen, so werde ich die Stadt auffordern, sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben, und wenn sie nicht Folge leistet, meine weitern militärischen Maßregeln nehmen. Eben erhalte ich auch vom 4ten Armeekorps die Meldung, daß sich Pavia mittelst einer Deputation diesem Korps ergeben habe. Der Feind hat die Brücke über den Po bei Mezzana Corti abgebrochen. Ich gebe somit sogleich dem 4. Korps den Befehl, mit Zurücklassung einer angemessenen Garnison zu Pavia, über Abbiategrasso auf der Straße von Magenta dem Feinde in den Rücken zu marschiren und ihn anzugreifen, sollte er aber den Ticino schon überschritten haben, sodann Mailand von der westlichen Seite einzuschließen".

Piemont. Italien ist verloren. Karl Albert hat den dritten Verrath begangen. Nachdem in der Nacht vom Freitag auf Samstag den 5. sich die Mailänder nebst Piemontesen tüchtig mit den Oesterreichern herumgeschlagen hatten, machte Karl Albert Samstag Morgens um 6 Uhr bekannt, daß er mit Radetzky eine Kapitulation abgeschlossen habe, laut welcher er Nachmittags abziehen werde und Abends 6 Uhr sollte Radetzky einziehen. Diese Nachricht brachte Stadt und Heer gegen ihn auf und selbst die Piemontesen wollten anfangs nicht gehorchen; hernach jedoch weiß der Himmel durch welche Mittel wußte Karl Albert sich wieder das Zutrauen seiner Truppen zu erschleichen und ist gestern morgen abgezogen, worauf Mittags zwölf Uhr die Oesterreicher in Mailand einzogen. Auch die Guardia Nationale wurde von General Zucchi im Stich gelassen, indem er sich auf und davon machte. (Solcher ist gestern Nachmittag um 3 Uhr hier durchgesahen.) In der Nähe von Como hat sich General Garibaldi nebst Mazzini mit circa 2 — 3000 Mann auf einer Anhöhe verschanzt, und es könnte nun leicht sein, daß wir heute hier den Kanonendonner von dort her hören dürften, da die Oesterreicher heute noch von Como Besitz nehmen wollen. (N.Z.Z.)

* Die Gazette di Verona v. 4. Aug. meldet Folgendes: Die kaiserliche Armee dringt rasch gegen Mailand vor. Am 31. v. M. wurde sie mit Jubel in Cremona empfangen, woselbst die Bürger, ohne die geringste amtliche Veranlassung, die Ankunft unseres Heeres aus freien Stücken durch eine glänzende Illuminotion begrüßten. Bei Tagesanbruch wehten von allen Thürmen, aus allen Fenstern die österreichischen Fahnen. An demselben Tage wurden schon die Brücken über die Adda geschlagen und am Abend das Hauptquartier nach Codogno verlegt. Diese raschen Fortschritte der Armee bestätigen, daß der Rückzug der Piemontesen einer wirklichen Flucht ähnlich sah, was auch in folgendem, von unsern Vorposten aufgefangenen, Briefe Bestätigung findet.

Lodi, 28. Juli. „An den Hrn. Kommand., Generol der kais. Truppen zu Cremona. Ich habe die Ehre, Ew. Exclz. den Empfang einer an das (sich gestern provisorisch in Bozzolo befindende) Hauptquartier gerichteten Depesche zu bestätigen, welche daselbst Abends 8 Uhr abgeliefert wurde. Was die militärischen Vorgänge betrifft, so unternahm die Division von Volta einen Rückzug, der in Betreff der ungleichen Stärke als eine Flucht angesehen werden kann. Viele Soldaten kommen theils ohne Flinte, theils ohne Tschako hier durch. Ueber das Gros des Armeekorps, welches in Goito stand, fehlen bestimmte Nachrichten ꝛc. ꝛc."

Ungarn.

Pesth, 3. August. Am heutigen Tage fand eine wichtige Verhandlung der Repräsentantenkammer Statt; es handelte sich um die Stellung Ungorns zu Deutschland. Der Beschluß des Hauses lautet: Indem das Haus der Repräsentanten das Verfahren des Ministeriums, vermöge dessen dieses sich mit Frankfurt in officielle Verbindung setzte, billigte, erklärte es zugleich, daß diese Nation mit deutschen Elementen in herzlichster Freundschaft und innigster Verbindung leben will, und erwartet demnach vom Ministerium, daß es, die besonnene Bahn verfolgend, den mit der vereinigten deutschen Nation zu schließenden Bund zu erwünschtem Erfolge führen werde.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[678] Bei L. Fr. Fues in Tübingen ist erschienen:

Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft. Herausgegeben von Beseler, Reyscher und Wilda. XII. Bandes, 2. Heft.

Inhalt: Wilda. Beitrag zur Lehre von den Familienfideikommissen, nebst einem Rechtsfall. — Buchka, über korrespektive Testamente. — Delbrück, das Pfändungsrecht wegen Schuld nach dem Rügenschen Landgebrauche. — Weiske, der Sachsenspiegel und das Bergregal. — Merkel, Recension der L. Sammlung des westgothischen Volksrechts und der Beziehung zum Volksrecht der Baiern. — Reyscher, Anzeige des Entwurfs einer allgemeinen deutschen Wechselordnung. Das Gesetz über Einführung einer prov. Centralgewalt und die künftige Organisation Deutschlands.

[679] Im Verlage von G. P. Aderholz in Breslau ist soeben erschienen:

Ueber die

deutsche Kirchenfreiheit.

Sendschreiben an den Professor Dr. Otto Meyer in Königsberg zur Beleuchtung seiner Schrift: die deutsche Kirchenfreiheit und die künftige katholische Partei.

Von **Dr. Jos. Ign. Ritter,**

Domkchantan und Prof. d. Theologie an der Universität zu Breslau.

gr. 8. geh. Preis 5 Sgr.

Bekanntmachung.

Die Abfahrt und Ankunft der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

I. Abfahrt von Mannheim bis Düsseldorf täglich um 6½ Uhr früh, im Anschluß an den ersten Eisenbahnzug von Heidelberg, täglich um 3¼ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug VII. von Schlengen (Basel).

II. Ankunft in Mannheim von Düsseldorf, täglich etwa um 12 Uhr Mittags, im Anschluß an den Eisenbahnzug X. nach Schlengen (Basel); täglich etwa um 9 Uhr Abends im Anschluß an den letzten Eisenbahnzug nach Heidelberg. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag von Mannheim schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 16. Juli 1848.

Großh. Post und Eisenbahn-Amt

[680]¹ **Eberlin.** vdt. Hölzer.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elliott 6 Kings., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Länder übernimmt sich an C. L. Hirschfeld 8 Schreiberg Nr. 29 Strasbg., Place Nr. 29 Rue a Dame de Nazareth

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition befindet sich Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 223. **Heidelberg,** Samstag 12. August. **1848.**

Uebersicht.

Ein Wort zur Verständigung. — Wien (Verhandlungen des Reichstags. Rede des Finanzministers. Die Rückkehr des Kaisers. Siegesfeier der Truppen. Die Kamarilla. Ungarische Angelegenheiten. Erzherzog Franz Karl erwartet. Interpellation. Der 6. August. Die Huldigung). Berlin (die Griesheimsche Broschüre. Die preußische Stimmung. Bekanntmachung des Gouverneurs von Scholtz in Betreff der Schiffahrt nach Santa Cruz und S. Thomas). Baiern (der Vorschlag Preußens betreffend die Bevollmächtigten bei der deutschen Centralgewalt). Darmstadt (Erklärung von Kammermitgliedern). Luxemburg (die neue Verfassung. Huldigungsparade). Altona (die süddeutschen Truppen). Flensburg (Truppenabbewegungen). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Beschwerde über Soiron. Die Heckersche Wahl. Die dänische Frage. Stimmen aus Preußen über die Centralgewalt).

Großbritannien. London. Erklärung Palmerstons über die französisch-englische Vermittlung in Nordtalien.

Frankreich. Paris. Die Vermittlung in der italienischen Angelegenheit. Der angebliche Schuß auf Thiers. Der Anklagebericht. Der Transport der Insurgefangenen. Ein Anliegen an die deutsche Diplomatie. Das Gesetz über die Kautionen.

Italien. Näheres über die Kapitulation und die Vorgänge in Mailand.

12. August.

Die preußische Sonderbewegung läßt nach und hat in der Bevölkerung selbst einen allmächtigen Rückschlag hervorgerufen; auch die aufregenden und verbitternden Pamphletisten, wie Herr v. Griesheim, haben ihre Gegner in Preußen selbst gefunden. Unter den Entgegnungen, welche die vielbesprochene Allarmschrift veranlaßt hat, ist uns aber noch keine zu Gesicht gekommen, die eine so allgemeine und aufmerksame Berücksichtigung verdiente, wie die in diesen Tagen anonym erschienene Broschüre, die den Titel „Frankfurt und Berlin, ein Wort zur Verständigung" führt. Es ist dies in der That das erste Wort einer ruhigen und praktischen Verständigung. Während man bis jetzt von beiden Seiten vorzugsweise seinem Unmuth die Zügel schießen ließ, auf Vorwürfe neue Vorwürfe brachte oder Anklagen und Gegenanklagen entgegensetzte, beschränkt sich diese kleine Schrift auf das nächstliegende Bedürfniß, den Bruch zu heilen und ausführbare Mittel der gegenseitigen Ausgleichung vorzuschlagen. Sie sieht von dem Allgemeinen und abstrakt Gehaltenen ganz ab, hält sich an die konkreten Erfordernisse, wie die Gegenwart und nächste Zukunft sie bieten muß, und verräth in jedem Zuge den praktischen Staatsmann, der Preußen nahe steht, aber sich darum von Deutschland und seinen Bedürfnissen um keinen Schritt entfernen möchte.

Wir glauben, daß es höchste Zeit ist, solch gutem Rathe Gehör zu schenken, da wir vor neuen Gefahren einer Entzweiung noch keineswegs sichergestellt sind. Der preußische Partikularismus hat immer noch dieselben festen Wurzeln wie zuvor, er hat in der Huldigungsangelegenheit nur den ersten Anlaß gefunden, sich zu regen, und wird bei jeder ernsten Frage von Neuem laut werden, wenn zu versöhnender Annäherung nicht vorher die Wege gründlich gebahnt und geebnet werden. Jede Regung jenes „süddeutschen" — wir mögen lieber sagen undeutschen — Preußenhasses, welcher nur von einer Partei, nicht von der süddeutschen Bevölkerung ausgeht, jedes unbesonnene oder schmähende Wort in der Paulskirche oder außerhalb in der Presse wird die alte Mißstimmung mit neuer Stärke wecken, und bei wiederholten Konflikten leicht jenen Ton der maßlosen Erbitterung hervorrufen, wie er in der Griesheim'schen Schrift seinen Ausdruck gefunden hat. Darum ist es höchste Zeit, ehe es auch hier zu spät wird, in die wiederkehrende Ebbe der Stimmungen ein Wort der Verständigung hineinzusprechen, wie es der ungenannte Verfasser der uns vorliegenden Broschüre thut; denn es genügt nicht, daß man aufhöre, sich gegenseitig zu zürnen und zu entzweien, es müssen Wege und Mittel gesucht werden, die locker gewordenen Bande der Einigkeit wieder fester zu knüpfen, bevor sich die Apathie und Abspannung der Lage bemächtigt und die Dinge in jenem unentschiedenen Zustande des Waffenstillstandes läßt, in den sie gegenwärtig eingetreten sind. Sehr gern gehen wir daher auf den Inhalt der kleinen Schrift ein und knüpfen an Gedankengang des Verfassers um so lieber an, als die darin ausgesprochenen Sätze in allen wesentlichen Punkten dem entsprechen, was wir in diesem Augenblicke für rathsam und ausführbar halten.

Die Schrift geht von dem Gedanken aus, daß die vorhandenen Hindernisse der deutschen Einheit mit der bloßen Gewalt schwerlich zu überwältigen sind. Der Partikularismus, namentlich in Preußen, leider aber auch anderwärts, ist zu stark, die Elemente, denen es aufrichtig um Einheit zu thun ist, sind selbst zu wenig einig und organisirt, daß — ganz abgesehen von den Verlusten und Wunden, die zu befürchten wären — die deutsche Einigkeitsbewegung schon mächtig genug wäre, einen Kampf auf Leben und Tod mit Erfolg zu bestehen. Man muß sich also verständigen, einen Weg der Ausgleichung suchen, auf dem die Einheit kein wesentliches und wirkliches Opfer beingen muß. Es gab einen Zeitpunkt, wo diese Schwierigkeiten am leichtesten zu lösen schienen: wir meinen den Moment gleich nach der Februarrevolution. Wenn sich damals Preußen offen und ehrlich an die Spitze der deutschen Bewegung stellte, mit dem Werke der Freiheit und Einheit voranging, so bildete sich das Verhältniß von selbst, das der Natur und politischen Lage Deutschlands am besten entspricht. Wir haben dies Verhältniß nach allen Seiten so ausführlich durchsprochen, daß auch die Gegner, so weit sie aufrichtig und besonnen waren, nicht den Grundsatz anfechten konnten, sondern nur die Zweckmäßigkeit der Anwendung. Wir haben in den Tagen vom 24. Februar bis zum 18. März so eindringlich und ernst, wie es nur die patriotische Besorgniß vor den drohenden Gefahren des Vaterlandes vermochte, unsere Ansicht über Preußens Stellung zu Deutschland durchgefochten und sind ihr auch treu geblieben, als die Ungunst der Zeiten Grundsätze und Ansichten allenthalben mächtig erschütterte. Hätten wir für ein Zufälliges oder Persönliches gestritten, wären uns individuelle und dynastische Beziehungen die Hauptfrage gewesen, wir hätten ohne Anstand mit wechselndem Winde auch die Segel anders wenden können, aber es galt uns ein Princip, das auch heute noch auf unerschütterten Grundlagen besteht und deßhalb früher oder später zu seiner vollen Geltung gelangen muß.

Man ist damals in Berlin einen andern Weg gegangen, als wir ihn vorschlugen; man hat die alte Politik des Zuwartens und Geschehenlassens dem kühnen Eingreifen in die dargebotene Nothwendigkeit vorgezogen, und die neueste Geschichte ist dadurch um ein verhängnißvolles „Zuspät" reicher geworden. Es folgte der Umschwung vom 18. März; der König verkündete das „Aufgehen Preußens in Deutschland" und die „Wiedergeburt, die Gründung eines neuen Deutschlands". Die Erklärung kam zu spät und zu früh, wie man will; zu spät, indem sie den rechten Moment des Entgegenkommens versäumt hatte, zu früh, indem sie die neu aufgestachelten Leidenschaften nicht in Rechnung brachte und auf eine Stimmung zählte, die erst, nachdem die Wogen der Aufregung geglättet waren, sich der Gemüther wieder bemächtigen konnte. Die königliche Zusage wurde außerhalb Preußens mit Hohn und Entrüstung aufgenommen; die blinde Leidenschaft vergaß alles Maß und Ziel, und diente unbewußt den kalt berechnenden wühlerischen Bestrebungen, die Preußen und das übrige Deutschland zu entzweien trachteten. Die innere Krisis, die Preußen zu überstehen hatte, ward als Symptom der Auflösung gedeutet; man glaubte sich Alles erlaubt gegen den scheinbar verkommenden Staat, die

Digitized by Google

Zeit schien nahe, wo man von der Monarchie Friedrichs des Großen „zur Tagesordnung" übergehen könnte.

In dieser Zeit ist gesäet worden, was wir jetzt ernten. Der Unmuth, der sich bis zur ernsten Erbitterung steigerte, ließ eine ruhige Betrachtung der Dinge nicht mehr aufkommen, man arbeitete von beiden Seiten dem in die Hände, was die Feinde Deutschlands wünschen müssen. Und nicht die Leidenschaft allein trug die Schuld; auch die Politik, die durch Besonnenheit die Wunden hätte heilen können, trug das Ihrige dazu bei, zu entfremden und zu verbittern. Es kam die Stunde, wo die Zusagen vom März ihre erste Erfüllung finden sollten; jetzt stieß Preußen die angebotene Einheit wie ein aufgezwungenes Opfer zurück und vergalt dem deutschen Süden die Bitterkeiten und die blinde Leidenschaft, womit dort die Verheißungen vom März waren aufgenommen worden. Jetzt zählte man alle die einzelnen Schmähreden auf, womit Neid und Haß gegen Preußen herausgetreten waren; man machte die Nationalversammlung, das deutsche Volk dafür verantwortlich, wenn sich der ohnmächtige Grimm der anarchischen Gelüste schimpfend und lärmend in der Paulskirche entlud; man übersah, daß die Wahl des Erzherzogs Johann nicht aus berechneter Hintansetzung Preußens, sondern aus der ganzen Lage und Verwicklung der Dinge fast unabweisbar hervorging; man stieß die Anerkennung der neuen Reichsgewalt, die aufzubauen eine der Zusagen des März gewesen war, schon in ihrem ersten Symbole mit blinder Leidenschaft zurück.

Der Verfasser unsrer Broschüre ist der Ueberzeugung, daß Preußen, indem es den Vorsitz des Reichsministeriums und die zwei wichtigsten Stellen in demselben annahm, die Verwaltung seiner höheren Politik bis auf Weiteres nach Frankfurt verlegen und provisorisch die Angelegenheiten zugleich Deutschlands und Preußens von dort aus ordnen und leiten mußte. Wo Preußen, sagt er, in Deutschland sein ganzes Gewicht in edler, uneigennütziger Absicht für die gemeinsame Sache in die Wagschale wirft, da darf es nicht fürchten, sich zu verlieren oder unterzugehen, sondern es kann versichert sein, sich selbst wieder zu gewinnen, indem es sich einsetzt, um mit neuer, verstärkter Macht hervorzugehen aus und in dem großen Vaterlande. Statt dessen schien man sich dort der deutschen Einheitsbewegung nur halb anzuschließen und mehr abwarten zu wollen, wohin sie führe. Man hielt Abrechnung über die Fehler der jüngsten Vergangenheit, man repetirte Alles, was Unkluges gesagt und gethan worden war, man setzte sich zum übrigen Deutschland in eine ganz trotzige Stellung und verweigerte das erste unentbehrliche Opfer, das man der deutschen Einheit bringen mußte. Zum Glück hat die Regierung sich diesem Stürmen und Drängen nicht hingegeben, aber das Unheil ist da; der erste Akt unsrer Einheit ist ein halber, unvollständiger geblieben.

Diesen Mißverhältniß auszugleichen sucht die vorliegende Broschüre einen Weg; sie stellt dabei einerseits den Grundsatz der Mäßigung und Billigkeit voran, andererseits die politische Regel, daß eine gegebene Situation nicht über die Grenzen der Zeit und der Umstände hinaus, in der und mit denen sie eben vorliegt, behandelt werden muß. Sie weist darauf hin, daß wir uns noch in einem Provisorium befinden; sie will dafür nur provisorische Anordnungen schaffen, denn die Natur, sagt sie, kennt keine Sprünge, nur Uebergänge von einem zum andern, und die Extreme lassen sich nicht vermitteln; nur läßt sich durch die Vermittlung der Zeit ohne Gewaltsamkeit von dem einen zum andern gelangen. So, meint der Verfasser, müsse man auch die zwei Punkte fassen, auf die es bei der deutschen Einheit vorzugsweise ankomme, das deutsche Reichsheer und die Vertretung des Reichs nach Außen; denn, „wenn ein deutsches Reich entstehen und bestehen soll, so muß das Schwert, um es zu vertheidigen, in einer Hand sein und das Wort um seinen Willen auszusprechen, aus einem Munde kommen."

Zu diesem Ende bringt die Broschüre in Betreff des Heerwesens folgende Vermittlungsvorschläge. Während des Reichsprovisoriums ergehen die Anordnungen des Reichskriegsministeriums nur durch Vermittlung der preußischen Regierung, nachdem sich die Centralgewalt darüber mit dem in Frankfurt anwesenden Kommissär derselben thunlichst in Einvernehmen gesetzt hat; ebenso kann es hinsichtlich der andern Staaten gehalten werden. Wenn die deutsche Centralgewalt den Regimentern durchlaufende Nummern durch das ganze Heer gibt, so bleiben doch die alten Nummern und Namen daneben bestehen; die deutschen Truppen tragen das deutsche Feldzeichen neben oder über dem Feldzeichen des Volksstammes, dem sie angehören. Den deutschen Heerabtheilungen wird das Banner des deutschen Reichs voraufgetragen und hinter demselben die Banner der verschiedenen Staaten; die alten gedienten Fahnen der Regimenter werden ihnen erhalten und mit einer Binde in den deutschen Farben versehen. Die Ernennung der Oberoffiziere durch die preußische Regierung (oder auch andere) wird für jetzt thunlichst beschränkt; im Falle eines Krieges kann sie nur nach Einvernehmen mit der Centralgewalt erfolgen. Der Oberfeldherr wird von der Centralgewalt ernannt und ist dieser allein verantwortlich. Er hat für den Krieg und im Kriege die unbedingte Gewalt über die Truppen aller Bundesstaaten.

In Bezug auf die Diplomatie schlägt der Verfasser der Brochüre vor, daß Oesterreich und Preußen, als europäische Mächte, zwar ihre Gesandten noch nicht völlig zurückziehen, aber möglichst beschränken. Wo sich Repräsentanten dieser beiden Mächte befinden, wird dem Einen oder dem Andern einstweilen das Mandat als deutscher Botschafter übertragen, insofern die Centralgewalt die Person desselben damit zu betrauen für zulässig erachtet. Den deutschen Botschafteen werden Räthe und Sekretare vorzugsweise aus den andern deutschen Bundesstaaten beigegeben. Die deutschen Botschafter werden beauftragt, während des Provisoriums die zwischen den Einzelstaaten Deutschlands und dem Auslande bestehenden Verträge unter Leitung der Centralgewalt in Verträge mit dem deutschen Reiche umzuwandeln. Die deutschen Botschafter berichten direkt an die Centralgewalt und erhalten von dort ihre Instruktionen; die ihnen als preußischen oder österreichischen Repräsentanten ertheilten Instruktionen müssen der Centralgewalt mitgetheilt werden. Die Vertretung der einzelnen deutschen Staaten unter einander hört sogleich auf.

Dies sind die wesentlichen Umrisse der Vermittlungsvorschläge, von denen der Verfasser der Brochüre glaubt, daß sie weder der Einheit des Ganzen, noch den Interessen des Einzelnen zu nahe treten, und somit in diesem Zustande des Provisoriums einen passenden Uebergang anbahnen werden, aus den Verhältnissen des alten Staatenbunds zu den neuen Formen des Bundesstaats.

Oesterreich. ** Wien, 5. August. Nun endlich fängt unser Reichstag an, sich wichtiger zu gestalten, er beginnt in lebenswarmen Debatten des Staates Wohl und Weh zu berathen, nachdem er bisher die Regelung der die wesentlichen Berathungen betreffenden Nebenumstände auf der Tagesordnung hatte. — Die Mitglieder der h. Versammlung sind bereits fast Alle anwesend, weßhalb wir für Nächstens mit Sehnsucht wesentlichen, gewichtigen Verhandlungen entgegensehen. — Nachdem mit der Verlesung des Protokolls von gestern die heutige Sitzung eröffnet wurde, kündigte der Kriegsminister an, daß die auf heute bestimmte, durch ungünstige Witterung verhinderte Siegesfeier erst Montag stattfinden werde. Abgeordneter Paul interpellirte das Kriegsministerium mit Bezug auf den im gestrigen Blatte der Wiener Zeitung enthaltenen schauerlichen Bericht von den schrecklichen und martervollen Leiden unter den schlechten chirurgischen Operationen und überhaupt der vernachlässigten Pflege der Verwundeten in Italien und fragte, was das Ministerium wohl zur Steuerung dieses Uebels gethan habe und zu thun gewillt sei? Aber in höchst philantheopischer Weise erledigte Kriegsminister Latone diese Interpellation; er habe durch einen Anruf an die Aerzte und die Studirenden der Heilkunde diesem Uebel möglichst zu begegnen sich bemüht; es sei geschehen, was in diesem Falle geschehen konnte, auch habe sich bereits ein günstiges Resultat herausgestellt. (Beifall.) — Hierauf kamen die Mittheilungen der Berichterstatter aus den Sektionen über die Prüfung der beanstandeten Wahlen; dieser Gegenstand gab zu langen ermüdenden Debatten Anlaß, welche, um wahr zu sein, die kostbare Zeit bedauerlich machten, indem sie in unzähligen Riesendiskussionen sich einzig und allein auf dem Felde bewegte, ob dieser und jener Protest berücksichtigt, diese oder jene Wahl beanstandet, oder anstandslos angenommen werden solle. Mit Spannung horchte Alles auf, als Finanzminister Kraus die Tribune bestieg, um der h. Versammlung eine das Finanzwesen betreffende Mittheilung zu machen. In Bezug auf die in einer früheren Sitzung an ihn gerichtete Interpellation, welche vorzüglich auf den in der Thronrede enthaltenen Passus: „die Finanzen des Staates seien dermaßen angegriffen, daß man wohl zu außerordentlichen Maßregeln seine Zuflucht werde nehmen müssen", fußte, bemerkte er, daß diese Aeußerung in mehrfacher Beziehung mißverstanden worden zu sein scheine, da man sie irrthümlich dahin deutete, daß der finanzielle Zustand Oesterreichs vollständig geschwächt, ja zu Grunde gerichtet sei. Diese irrige Meinung des Publikums wundere ihn um so weniger, als der Grund hievon in dem unbilligen falschen Systeme lag, daß die offenlandige Einsicht in die finanziellen Verhältnisse bisher

dem Volke vorenthalten, und eine gewisse Geheimnißkrämerei in diesem Punkte getrieben wurde. Zur Beruhigung jedoch könne er hinzufügen, daß der Zustand, wenn auch nicht glänzend, doch auch ganz und gar nicht trostlos sei. Es sei bereits ein ausführliches Verzeichniß und ein instruktiver Voranschlag in Arbeit, welcher in Kurzem beendet sein, und zur öffentlichen Einsicht vorliegen und woraus ersichtlich sein werde, daß der Stand der Art sei, um nach gehöriger Regelung der Staatsverhältnisse allen Wünschen zu entsprechen. War es bisher bei den vielfachen Unfällen und Zerwürfnissen des Staates demselben gelungen, die mannigfaltigen Unebenheiten auszugleichen, um wie viel leichter muß es uns nun, bei dem innigen Verbande aller österreichischen Völker, werden, die Fugen unseres Gesammt-Vaterlandes zusammenzuhalten, und demselben zu einem blühenden, gedeihenreichen Staate wieder aufzuhelfen! Die massenhaften riesigen Ausgaben, im Gegensatz zu den täglich abnehmenden Einnahmen, besonders in letzter Zeit, wo diese beiden Gegensätze sich so bedeutend hoben, mußten nothwendiger Weise ein nicht unerhebliches Deficit als Resultat erzeugen (wobei Minister Kraus mehrere Zahlenreitate anführte, welche die mit jedem Monat gesteigerten Ausgaben sowohl, als auch die in sehr ungleichem Maße monatlich gefallenen Einnahmen bestätigten). Daraus aber, bemerkte er, ergebe sich nur, daß die Ausgaben auf vielfache und umsichtige Weise beschränkt und eingezogen, die Einnahmen hingegen zweckmäßiger verwendet werden müssen. Hierauf ging er in die umständliche, so viel als mündlich mögliche Erörterung des ganzen Steuersystems und von da zu den speciellen Abgaben über. Die Verzehrungs- und Salzsteuer müsse nach seiner Ansicht, wenn auch nicht völlig aufgehoben, doch bedeutend ermäßigt werden. Die Judensteuern könne er unmöglich billigen, indem sie mit dem Sinne eines konstitutionellen Staates sich keineswegs vertragen. Einfuhr- und ähnliche Steuern lösen sich, als mit dem Princips des Anschlusses an Deutschland unvereinbar, von selbst auf. Die gerechter und verdienter Weise so häufig angefochtene Stempeltaxe müsse, was gar keiner Erwähnung bedürfe, vom Grunde aus mobilisirt und völlig umgestaltet werden, und zwar der Art, daß vorzüglich die der ärmeren Klasse am meisten nöthige Kategorie berücksichtigt und verändert werden müsse. Was das Tabaksmonopol betrifft, spreche er sich mehr dafür als dagegen aus, indem dieses Einkommen ein bedeutendes, besonders aber weil es ein Luxus, also entbehrlich sei für den, dem es schwer fällt. Hingegen betrachte er wieder das Lotto als ein jedem civilisirten Staate verderbliches, eines freien Volkes unwürdiges Spiel, und hoffe, dieses Spiel ernstlich zu hintertreiben. Post- und Wegmauth endlich seien zwei große, ebenso nöthige als ersprießliche Staatsanstalten, und bedürfen einer völligen Regelung. — Den ganzen, Alles bisher besprochenen, umständlich behandelnden Voranschlag werde er mit Nächstem der h. Kammer zur Prüfung unterbreiten, nur bitte er schließlich, ihn des dem Finanzminister so nöthigen, ja unentbehrlichen Vertrauens zu würdigen (rauschender anhaltender Beifall). — Somit wurde zur Berathung der Geschäftsordnung übergegangen, die §§. 80—85 geprüft und sodann die nächste Sitzung auf Montag festgesetzt.

†† **Wien**, 7. August. Gestern Abend kam ein Kourier aus Innsbruck hier an, welchen die Reichstags-Deputation mit dem Berichte über ihre ehrenvolle Aufnahme und die in baldigste Aussicht gestellte Rückkehr des Kaisers nach Wien abgesandt hatte. — Heute Morgen um 8 Uhr rückte die Garnison bei 13,000 Mann stark auf dem Glacis zu der Siegesfeier der österreichischen Waffenthaten in Italien aus. Nationalgarden wurden durch Abtheilungen von jeder Waffengattung repräsentirt. Die schönen sechs Grenadierbataillone, Pioniere, Kuirassiere, Husaren, Artillerie und Fußvolk gaben uns durch ihre vortreffliche Haltung die Ueberzeugung, daß sie in der Kugelparade ebenso mannhaft stehen werden, als sie vor den heute ihnen zujubelnden Wienern vorüberzogen. Der Kriegsminister mit einer zahllosen Suite, der Reichstag, Sicherheitsausschuß wohnten dem Te Deum bei. Gewisse reaktionäre Stichreden hörte man hier und da schüren, die auf einander gefolgten Paraden von gestern und heute gaben Stoff dazu, denn gestern war der Pomp der Nationalgarde entwickelt, heute die Kriegszucht der Weißröcke. Dazwischen schrieen die Zeitungsjungen „Letztes Wort an unsern Kaiser, um an Schein Kreuzer die Komedie aus der untern Welt“ (id est Unterwelt), eine Preßklage der Kamarilla, welche durch die Rückkehr des Kaisers aus ihrem Netze jede Hoffnung auf weiteren Fortbezug der sinecuren und Diäten von 10,000—30,000 fl. schwinden sieht. Dies ist das Motto aller Intriguen — keineswegs politischer Parteigeist; nur gemeine selbstische Gewinnsucht durch Aussaugen des Volkes. — Die ungarischen Gerüchte über den Sturz Kossuth's scheinen sich nicht zu bestätigen, ebenso erstreckt sich das Verbot des Waffentragens außer Dienst nur auf die Nationalgarden Prag's. — Die Wiener Nationalbank zahlt 5—6 Procente agio bei Ablieferung oder Umwechslung von Silbergeld gegen Banknoten. Was soll man dazu sagen?

Δ **Wien**, 7. Aug. Der Tag, dem man mit so vieler Spannung entgegensah, ist vorüber. Alle deutschen Regimenter der hiesigen Garnison rückten gestern früh auf das Glacis und gaben ihre Fahnen ab, welche durch den Feldkaplan mit den deutschen Farben geschmückt und geweiht und dann jedem Regimente wieder feierlich übergeben wurden. Ein tausendstimmiges, nicht endenwollendes Hoch ertönte, als die Fahnen mit den deutschen Farben wieder erschienen, und Oesterreich hat somit wieder einen wichtigen Schritt zum innigsten Anschluß an Deutschland vorwärts gethan. Die Nationalgarde und akademische Legion war bei der Feierlichkeit zugegen, und Tausende von Zuschauern drängten sich, um an diesem, jedes deutsche Herz erhebenden Schauspiele Theil zu nehmen. Dem Reichsverweser wurde ein dreimaliges Hoch ausgebracht. Das Tedeum für die Armee in Italien wurde heute abgehalten, nicht gestern, wie es Anfangs bestimmt war, weil man jeder Feier ihre eigenthümliche Bedeutung erhalten wollte. — Die Erklärung des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, daß Frankreich in Italien nicht interveniren werde, hat auf die hiesige Börse vortheilhaft eingewirkt.

†† **Wien**, 7. Aug. Erzherzog Franz Karl wird heute, der Kaiser in drei Tagen von Innsbruck hier erwartet. Zwei interessante Interpellationen wurden heute im Reichstage von den Abgg. **Löhner** und **Brestl** vorgebracht: von Brestl wegen Verletzung des modenesischen Gebietes durch die Besetzung Carpis vom Korps des Feldm. v. Welden — und von Löhner wegen Verkaufs oder Verpfändung der Klostergüter durch die Klostergeistlichkeit. Von morgen an werden die Klöster inventirt und unter strenge Staatsaufsicht ökonomisch gestellt werden.

Preußen. ** **Berlin**, 6. August. Sie besprechen in ihrer gestr. Nummer das **Griesheimische Machwerk**. Dabei lassen Sie aber Etwas einfließen, dem ich nicht früh genug, nicht entschieden genug entgegentreten kann. Alle Berliner Zeitungen, sagen Sie, machen ein Aufheben von dieser Schrift. Freilich; aber nicht in dem Sinn, den Sie vorauszusetzen scheinen. Die hiesige Zeitungshalle ist schon aus demagogischem Interesse „deutsch“ gesinnt, also weit entfernt, einem Schriftsteller aus dem Kriegsministerium das Wort zu reden. Die Nationalzeitung, deren weitere Verbreitung wirklich wünschenswerth wäre, hat entschieden Partei ergriffen gegen Hr. v. Griesheim, nicht nur, indem sie der offnen Kriegserklärung des Herrn a. Hasenkamp gegen den Anonymus ihre Spalten öffnete, sondern indem sie überhaupt mit dem ganzen Stockpreußenthum sich herumschlägt. Vielfältig in leitenden Artikeln, in Aufsätzen ihres Feuilletons („Front gemacht gegen die undeutsche Reaktion!“), und am heutigen 6. Aug. in Poesien von Karl Beck, offenbarte dieses Blatt seine wahrhaft-preußischen, d. h. deutschen Gesinnungen. So brechen Sie denn nicht den Stab über die ganze Berliner Presse. Verurtheilen Sie diese nicht nach Kenntnißnahme der Armseligkeiten, die sich in der Voss. Zeitung als leitende Artikel geberden! — Ebensowenig beurtheilen Sie die öffentliche Stimmung nach den vulkanischen Ergüssen des im Irrgarten der Politik umhertaumelnden Benda. Dieser gute Alte, der sich in den Märztagen um Herstellung der Ordnung recht verdient gemacht, der in der ersten Zeit danach eine permanente Staffage in den Vorsälen des königl. Schlosses gebildet, und die Minister, welche dazumal im Schlosse ihr Wesen trieben, mit wohlgemeinten Warnungen und Rathschlägen, mündlich und schriftlich belagert haben soll, gilt hier in Berlin, seitdem sein ambulanter Patriotismus zum Stadtgespräch geworden, seit er in der Spener'schen Zeitung über das Thema: „Katilina ist vor den Thoren“ eine Weile Predigten gehalten, nachgerade als eine von denjenigen komischen Figuren, die man aus Respekt vor ihren grauen Haaren sich scheut, dem Gelächter preiszugeben. — — Aber Sie schreiben ferner, auch alle Briefe aus Berlin sprächen sich (wenn ich Sie recht verstanden) so aus, Himmel, welche Korrespondenzen! Doch unmöglich von Berliner Mitarbeitern der deutschen Zeitung? denn auch Ihrem *** Korrespondenten, der unser liebes Preußen wahrlich für weit preußischer hält, als es ist, traue ich keine Sympathien mit dem Anonymus zu. — Sie erwähnen der mehreren Auflagen, welche jene Broschüre in wenigen Tagen erlebt. Wofür soll dieser Umstand zeugen? Sie werden doch nicht jeden Käufer als Mitschuldigen zur Verantwortung ziehen? Die Schrift macht einigermaßen Epoche, freilich eine recht traurige. Aber 2/3 der Exemplare kann man wohl sagen, sind in Händen von Neugierigen, und das übrige Drittheil, das ihres Rufs wegen gekauft, hat ihre Leser gewiß eher „deutscher“, als partikularer gemacht! Außer der Hasenkamp'schen Erklärung haben wir bereits zwei Entgegnungen, die eine von Alexander Freiherrn von Forstner, Obristlieutenant a. D. — — Nein,

Digitized by Google

tariren Sie nach dem Anonymus nicht das Preußenvolk, nicht die Stimme des Tages, nicht einmal das jetzige Preußenthum! Das Militär und dessen Stimmung ist schon kein Maßstab für Alle; noch weniger dieser Anonyme für die Gesinnungen unseres Heeres! Nicht über den provinziellen Gesichtspunkt, über den einer speciellsten Heimath sehen im Allgemeinen die Jünglinge des gewöhnlichen Schlages hinaus, wenn sie als Rekruten eintreten. Der König und die Pietät für ihn und die Seinigen, das ist Alles, was sie vom Preußenthum mitbringen, wenn sie ihre Jahre abdienen. Hier im Heere freilich, da lernen die, welche ich meine, Preußen sein. Der Altpreuße unterdrückt im Anfang seine Verwunderung nicht, daß der Pommer ohne Weiteres Preuße genannt wird. Es ist ganz vortrefflich, daß, während die Jünglinge ihre Wehrpflicht erfüllen, dafür gesorgt wird, daß die Vorurtheile der Provinzen gehoben, die Unterschiede, die oft schroff genug sind, verwischt werden und in die Strophen „Ich bin ein Preuße, kennt Ihr meine Farbe" Alle vom Niemen bis zur Saar als Ein Volk mit solchem Enthusiasmus einstimmen, wie nur die Schleswig-Holsteiner in ihre Hymne. Der gemeinsame Waffendienst, die gemeinsame Fahne vereinigt also verschiedene Stämme. Denn, um eine Sekunde in dem Ton eines Anonymus zu reden, was hat denn ursprünglich der Titsiter mit dem Teterer, der Erfurter mit dem Stralsunder gemein? Die höhere Idee einer staatlichen Einheit von Litthauen und Rheinland, von Sachsen und („schwedisch-") Pommern gibt die Veranlassung, den beschränkten Gedankenkreis dieser Leute zu erweitern und sie mit eben jener Idee vertraut zu machen. — Nun freilich ist man nicht weiter gegangen mit Aufklärung, als auch der Horizont des Anonymus zu fassen vermag, und „Preußen" ist der Gipfel geblieben. Aber so wenig unser Heer von Deutschland weiß, die Idiosynkrasie, die Animosität gegen deutsche Einheit, die den Autor auszeichnet, ist der Armee fremd. Die Gluth und Begeisterung, mit der unser Heer an unserm Preußen hängt, ist ein schlechter Beweis dafür, daß es für ein Einiges Deutsches Reich keine Fassungsgabe besäße, wie vielleicht der Anonymus. Vielmehr da dieser flammende Enthusiasmus ein durch höhere Bildung anerzogener ist, so dürfte gerade er einen Beleg liefern, wie sehr empfänglich der preußische Mann für edlere Bildung und so für die Auffassung der deutschen Einheit ist, falls Officiere andern Schlages auf seine Fortentwicklung einwirken, als der Anonymus. — Vollends die Erinnerungen an die Regimentsnummer, an Hohenfriedberg, an Roßbach! Es sieht fast so aus, als steckten die Soldaten aus jenen Schlachten noch in den Uniformen? In den Uniformen? Aber der König ist ja so grausam unpreußisch gewesen, Waffenröcke und Helme einzuführen! wahrlich, wäre der Anonymus damals schon Direktor im Kriegsministerium gewesen, unsere Truppen trügen noch heute die Uniformen von Hohenfriedberg, von Roßbach?!! — Ich frage, was der Bauer, wenn er zu dienen anfängt, von Hohenfriedberg weiß, was der Student, der Oekonom, der junge Kaufmann nach Roßbach fragt? Aber die von den glorreichen Erinnerungen Nichts wissen, lernen es unter den Waffen. Also auch die Erinnerung an Roßbach und Hohenfriedberg, an die Regimentsnummer und an das berühmte Siegel werden gelernt! Gelernt? Nun so werden unsere Landsleute auch noch Anderes lernen und manches Andere vergessen, mit Ausnahme derer, die Nichts vergessen und Nichts lernen. Deren sind in Preußen hoffentlich Wenige; zu diesen gehören die sogenannten Ultra's und Reaktionäre; Herr v. Hasenkamp zählt den Anonymus zu den Letztern. — Sehr ergötzlich ist aber, zu ersehen, wie besagter Anonymus, der Dahlmann in die Lehre nimmt, über die bisherige Militärverfassung des deutschen Bundes nicht einmal oberflächlich unterrichtet ist, oder den Schein der Ignoranz mit großer Geschicklichkeit angenommen. Wie würde er sonst ein solches Zetergeschrei darüber erhoben haben, daß ein österreichischer Erzherzog den Oberbefehl über preußische Truppen jemals übernehmen könne. Das preußische Kontingent, was nach Aufforderung der Centralgewalt zu stellen war, bestand aus drei Armeekorps. Für jedes derselben hatte Preußen das Recht, einen kommandirenden General zu ernennen. Aber die deutsche Centralgewalt besaß das ausschließliche Recht, den Oberfeldherrn des Bundes zu ernennen, welcher allein der Centralgewalt verantwortlich sein sollte. So hätte denn schon 1840, 1841 das Ungeheure geschehen sein können, daß preußische Truppen von der Centralgewalt abhängig, unter Befehl eines „ultramontanen", „habsburgischen" Prinzen, z. B. des Erzherzogs Karl, standen! Eine ähnliche Unkenntniß dürfen Sie von unserem intelligenten Officierkorps nicht annehmen. — Dieses Thema ließe sich ausdehnen; aber das Paradies des Anonymus ist sicherlich vor der Zeit des deutschen Bundes verloren gegangen; etwa zur Zeit des siebenjährigen Krieges. — —

Berlin, 8. August. Der Minister Milde macht Nachstehendes bekannt: Nach einem Bericht des Königl. Konsuls zu St. Thomas vom 1. v. M. hat der dasige General-Gouverneur von Scholten unter dem 30. Juni d. J. der Kaufmannschaft zu St. Thomas bekannt gemacht, daß die Schiffe der mit Dänemark augenblicklich im Kriege sich befindenden Staaten bis auf Weiteres ihren Verkehr zu St. Thomas, wie zu St. Croix, ganz ungestört fortsetzen könnten, und daß die dänischen in Westindien stationirten Kriegsschiffe Befehl erhalten hätten, den Schiffen dieser Staaten auch auf dem Meere keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Aus Baiern, im August, schreibt man dem Rüenb. Kurier: „Die preußische Regierung hat an sämmtliche deutsche Höfe einen Vorschlag ergehen lassen zu einer Vereinbarung wegen Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vom 28. Juni 1848 in Betreff der am Sitze der provisorischen Centralgewalt für Deutschland von den Landesregierungen zu bestellenden Bevollmächtigten. In dem Kollegium dieser Bevollmächtigten sollen diesem Gutachten zufolge als Einheiten vertreten werden: 1) Oesterreich 2) Preußen, 3) Baiern, 4) Königreich Sachsen mit Sachsen-Weimar, sowie mit den herzoglich sächsischen, fürstl. schwarzburgischen und fürstl. reußischen Landen, 5) Würtemberg und Baden mit den fürstlich hohenzollern'schen Landen, 6) Hannover mit Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig, Holstein und Lauenburg, Schaumburg-Lippe und den freien Hansestädten, 7) die beiden hessischen Hauptstaaten mit Hessen-Homburg, Nassau und Frankfurt. Die Vertreter der sieben Einheiten sollen einen Rath bilden welcher über die gemeinsamen, mit der provisorischen Centralgewalt zu verhandelnden Angelegenheiten der von ihnen vertretenen Regierungen nach Stimmenmehrheit Beschlüsse faßt. Bei dergleichen Beschlußfassungen sollen Oesterreich und Preußen jedes für sich drei Stimmen abzugeben haben, und können sich, wenn sie es nöthig finden durch ebensoviele Bevollmächtigte im Rath vertreten lassen. Jede von den übrigen Kurien soll eine Stimme führen."

Hessen. △ Darmstadt, 10. August. Unter den Inseraten der heutigen Nummer unserer „Darmstädter Zeitung" findet sich nachstehende „Erklärung" von 13 unserer Landtagsabgeordneten: „Als Grund für die heute stattgefundene Vertagung der Landstände ist von der Staatsregierung angeführt worden, daß viele Mitglieder der Stände, besonders der zweiten Kammer, sehr wünschten, sich wieder ihren gewöhnlichen heimathlichen Beschäftigungen zu widmen. Da nun zugleich das Bedauern ausgesprochen wurde, daß noch nicht alle für das Wohl des Landes nöthigen Gesetzesentwürfe erledigt worden seien, so finden sich die unterzeichneten Mitglieder der zweiten Kammer zu der Erklärung bewogen, daß sie keine Veranlassung zu der Unterstellung gegeben haben, als wären sie im Stande, ihre Privatinteressen den Interessen des Landes voranzustellen. Ihr Wunsch, nach Erlaß eines Wahlgesetzes, die Kammer baldigst aufgelöst zu sehen, beruhte auf rein politischen, der Staatsregierung offen ausgesprochenen Gründen. Darmstadt, den 8. August 1848. Bolhard. v. Steinherr. Heldmann. Hillebrand. Görz. Christian Zöppritz. Kinscherf. Lehne. Gretzschmar. Kostee. Koch. Karl Zöppritz. Koch."

Luxemburg, 7. August. Seit dem 1. August ist die neue, vom König-Großherzog beschworene Verfassung vom 9. Juli in Kraft, welche schon den bisherigen Frankfurter Beschlüssen in vielen Punkten widerspricht. Daß unser Heil nur von Deutschland zu erwarten, und inniger Anschluß an dasselbe Recht und Pflicht für uns sei, hat die Regierung bereits am 3. April proklamirt, und die deutsche Fahne wehte seit jenem Tage mehrere Wochen lang neben der luxemburgischen vom Balkon des Regierungsgebäudes. In ähnlicher Demonstration erschienen daselbst gestern beide Fahnen von Neuem, während die preußische Festungsgarnison die vom Reichsminister vorgeschriebene Huldigungsparade hielt. Dieselbe ging ohne Störung vorüber. (K. Z.)

Schleswig. Flensburg, 7. August. Nach den lebhaften militärischen Bewegungen, wie solche in diesen Tagen hier stattfinden, zu schließen, wird jetzt besonders dafür gesorgt, daß die Ostküste der Herzogthümer, in ihrer ganzen Länge, eine Schutzwehr bekomme. Die Schleswig-Holsteiner sind theils schon nach Süden durchmarschirt, theils werden diese und die Hamburger morgen in dieser Richtung abgehen. Oldenburger werden einstweilen hier bleiben, dagegen sind die Mecklenburger wieder nördlich gegangen. Daß es unverzüglich nach Ankunft der zu erwartenden Armeeverstärkung in Jütland hineingeht, ist eben so gewiß, wie die Unterbringung einer größeren Truppenzahl, als augenblicklich schon da steht, eine Unmöglichkeit sein würde. (B. H.)

Altona, 8. August. Morgen sollen die ersten Truppen aus dem Süden, die Frankfurter, 900 Mann stark, eintreffen. Zum 10. sind keine Truppen angekündigt; am 11., 12. und 13. dagegen werden außer den nassauischen auch die badischen Truppen hier erwartet.

Digitized by Google

Dieselben werden so lange hier einquartiert, bis die ganze Brigade angekangt ist und dann gemeinschaftlich nach dem Norden befördert wird. (B.H.)

§§ Frankfurt, 8. August. Bisher haben wir die Verhältnisse und Stellung der Centralgewalt zu Preußen meist aus dem hiesigen Standpunkt beleuchtet, es fordert aber die Unparteilichkeit, die wir uns jeder Zeit zur Pflicht gemacht haben, dieselben Verhältnisse auch aus dem preußischen Standpunkte einer näheren Prüfung zu unterwerfen, damit man uns nicht den Vorwurf der Einseitigkeit machen könne, wenn etwa die Dinge eine andere Wendung nehmen sollten, als man dahier vorausgesetzt und hofft. Wir können nach uns zugekommenen, zuverlässigen Nachrichten nicht daran zweifeln, daß die Stimmung im Norden und Osten Deutschlands noch andauernd eine für die Nationalversammlung und die Centralgewalt ungünstige Richtung nimmt.

Zunächst sind es die materiellen Interessen des Nordens und Ostens Deutschlands, die man in Frankfurt verkannt glaubt. Namentlich findet dies Statt hinsichtlich 1) der dänischen Fenge, 2) der Posen-Polnischen, 3) der Fenge wegen eines ensischen Krieges, 4) mehrerer nationalwirthschaftlichen und handelspolitischen Fragen. Dann aber und ganz besonders ist man über die Art und Weise verletzt, wie die Centralgewalt und die Reichsminister sich den Landesregierungen und namentlich Preußen gegenüberstellen. Selbst auf der Basis des Gesetzes vom 28. Juni findet man dies nicht gerechtfertigt: denn Art. 14 setzt ausdrücklich vorgängiges Einvernehmen mit den Staaten-Bevollmächtigten voraus. Hierauf wird man preußischer Seite um so mehr festhalten, als die öffentliche Stimme des Landes es peremtorisch fordert. — Man fühlt sich im Norden und Osten Deutschlands durch die Vorgänge in Frankfurt in seinem Nationalstolze beleidigt, und die Kingheit dürfte fordern, Etwas zu seiner Sühne zu thun. Es hat sich gezeigt, daß die alten Bande zwischen der Dynastie Preußens und dem Lande sich wieder befestigt haben. Der König und der Prinz von Preußen werden überall, wo sie sich zeigen, mit steigendem Enthusiasmus empfangen. Vor wenig Tagen ist die ganze Berliner Nationalversammlung beim König in Sans-Souci zu Gast gewesen. Alle, selbst die äußerste Linke, sind gekommen und haben sich dem König und der Königin einzeln vorstellen lassen. Auch wird der König der dringenden Einladung zum Domhanfest nach Köln für den 14. d. Folge leisten und in Begleitung des Ministers Auerswald dahin gehen. Unter diesen Verhältnissen möchte es bedenklich sein, um bloßer äußeren Einheitsformalien willen die wirkliche innere materielle Einigkeit zu kompromittiren. Es ist eine physische und moralische Unmöglichkeit, Preußen, das wieder auf eigenen Füßen steht, auch formell ganz so zu behandeln, wie jene Staaten, die sich nicht in gleicher Lage befinden und sich auf die Nationalversammlung und die Centralgewalt stützen müssen. Dieser thatsächliche Unterschied wird lange nicht genug berücksichtigt und vor Allem nicht genug gekannt. Die Presse ist hierin einseitig. Die süddeutsche Presse bringt gewöhnlich nur das, was man in Frankfurt gern hört. Die zahllosen Demonstrationen des Nordens und Ostens gegen Frankfurt kommen dort nicht zur Kenntniß. Es handelt sich hierbei vor Allem um Berichtigung faktischer Irrthümer, und nicht allein um das, was aus dem ideellen Gesichtspunkte wünschenswerth für Deutschland wäre. Es dürfte nun darauf ankommen, einen Riß und eine Kluft zu vermeiden. Dies zu beweisen, wird die Aufgabe aller wahrhaften Freunde des gemeinsamen Vaterlands sein müssen *).

ϑ Frankfurt, 11. Aug. Das Sündenregister, welches die Linke der Nationalversammlung gestern gegen den Vicepräsidenten v. Sairan dem Präsidium einreichte, enthielt nicht weniger als 17 Beschwerdepunkte über sein Verfahren in den beiden vorhergehenden Sitzungen. Es habe mehrere Eingaben und Anträge an die Versammlung über eine Aeußerung Brentnna's zwar ankündet, aber eigenmächtig für erledigt erklärt, theilweis auch gar nicht berücksichtigt und unerledigt gelassen. Dem Abg. Brentano habe er nicht gestattet, sich gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß er den preußischen Volksstamm beleidigt habe. Es habe der Parteiberathung in der Sonntagsloge, an welcher die Linke nicht Theil genommen habe, beigewohnt, und sei deßhalb nicht unparteiisch geblieben. Er habe die Gallerie ohne genügenden Grund und ohne vorherige Warnung geräumt und dergleichen mehr. Durch das Alles habe der Vicepräsident die Geschäftsordnung verletzt, seine Befugnisse überschritten und seine Pflicht versäumt. Deßhalb verlangt die Linke, daß die Nationalversammlung das geschäftsordnungswidrige Verfahren des Vicepräsidenten mißbillige, dasselbe für ungesetzlich erkläre und den gegen Brentano ausgesprochenen Ordnungsruf für null und nichtig erkläre, endlich über die von der Linken eingereichte Erklärung sogleich entscheide. Diese ganze Eingabe konnte zu nichts Anderem dienen, als die Vorfälle der beiden vorhergehenden Sitzungen zu wiederholen, indem sie alle jene Streitpunkte, welche die tumultuarischen Auftritte hervorgerufen hatten, noch ein Mal in die Versammlung warf. Deßhalb trug der Präsident v. Gagern darauf an, die Eingabe an den Ausschuß für die Geschäftsordnung zu verweisen, damit dieser seiner Zeit darüber berichte. Dem widersetzte sich v. Soiron, welcher eine alsbaldige Entscheidung durch die Nat. Vers. verlangte. Schaffrath, welcher im Namen der Linken die Anklageschrift überreicht hatte, erklärte sich mit dem Vorschlage Gagern's einverstanden und sprach dabei die Hoffnung aus, daß unter der Leitung des Präsidenten eine gerechte und zur Verständigung führende Entscheidung herbeigeführt werde. Auch Rüder verlangt die Ueberweisung an den Ausschuß. Die Eingabe solle die Nat.Vers. zu einem Kassationshof und zugleich zu einem Gerichtshof über das Verfahren des Vicepräsidenten machen, und das könne man nicht so kurzweg abthun. Wernher von Nierstein verlangt, daß die Nat.Vers. alsbald zur Tagesordnung über die Eingabe übergehe. Wenn man eine Untersuchung über die einzelnen Vorgänge der letzten Tage anstellen wolle, so werde man von jeder Seite einen Katalog über die Sünden der andern Partei aufstellen können; aber was werde die Welt dazu sagen, wenn die Nat.Vers. ihre Zeit damit hindringe, sich gegenseitig Privatbeschuldigungen hinzuwerfen und Untersuchungen darüber anzustellen, anstatt die Verfassung des deutschen Reiches aufzubauen? Man solle groß und patriotisch handeln und den Mantel der Vergessenheit über das Vorgefallene werfen. Noch einige Redner sprachen in diesem Sinne, andere dagegen, Rauwerk nennt den Uebergang zur Tagesordnung eine Guillotine für alle Anträge der Minorität. Der Präsident hält dafür, daß dem Antrag auf Tagesordnung eine Diskussion über den Inhalt der Eingabe vorangehen müßte, und stellte daher die Frage, ob die Nat.Vers. den Gegenstand für dringlich halte. Nachdem dies mit großer Mehrheit verneint war, wurde die Eingabe an den Ausschuß für die Geschäftsordnung verwiesen. Pinthner, von welchem behauptet worden war, daß er während der Sitzung Brentano gefordert habe, erklärt, daß er, was er gethan habe, erst nach dem Schluße der Sitzung gethan habe. Binke zieht seinen von 172 Mitgliedern unterzeichneten Antrag, daß die Nat.Vers. eine Mißbilligung über die Aeußerung Brentano's aussprechen solle, zurück, weil der Ordnungsruf des Präsidenten durch eine so große Mehrheit unterstützt worden sei, und die Linke so eifrig dagegen reklamirt und damit gezeigt habe, welchen Werth sie darauf lege. Löwe wünscht, daß dieser Antrag stehen bleibe und eine Entscheidung darüber erfolge; denn der Friede, so wie er jetzt sei, sei nur ein fauler Friede. Es sei auch Preuße, aber er protestire dagegen, daß durch die Aeußerung Brentano's der preußische Volksstamm beleidigt sei. Die Ehre dieses Volksstammes gehe nicht nur in der Ehre eines Einzelnen. Der Prinz von Preußen sei jetzt Staatsbürger wie jeder andere; das habe er selbst damit bewiesen, daß er eine Abgeordnetenstelle angenommen habe. Diese Ansicht sei die vieler Preußen, und man solle auch diese sich aussprechen lassen. — Damit wurde der Gegenstand verlassen und zur Berathung des Wildenmann'schen Berichtes über die Hecker'sche Wahl übergegangen. Gagern verließ den Präsidentenstuhl, welchen der zweite Vicepräsident Herrmann einnahm. Jordan aus Berlin suchte die ganze Diskussion abzuschneiden. Nachdem über die Amnestiefrage so entschieden worden sei, wie es geschehen, so habe die vorliegende Frage keinen Sinn mehr, und er trage deßhalb darauf an, daß ohne weitere Verhandlung über den Ausschußantrag abgestimmt werde. Schaffrath widersetzt sich diesem Antrag, welcher auch nicht hinreichende Unterstützung erhält. Der Antrag des Ausschusses lautet:

„Die Nationalversammlung wolle die am 7. Juni in dem vierten badischen Wahlbezirke (Thiengen) vorgenommene und auf den Dr. Friedrich Hecker aus Mannheim gefallene Wahl eines Abgeordneten zur konstituirenden deutschen Nationalversammlung

*) Wir theilen obiges Schreiben mit, weil es die Stimmung eines Theils der preußischen Bevölkerung charakterisirt, die nicht zum Stockpreußenthum zu zählen ist; wie sind jedoch der Ansicht, daß die Folgerungen, die der Brief ausspricht, zu weit gehen. Man läßt sich in Preußen in einem Augenblick, wo erst die nothdürftigsten Grundlagen des Bundesstaats gelegt werden, viel zu viel von der Besorgniß vor einer übermögigen, gewaltsam centralisirenden Einheit beherrschen; man vergißt, daß für das hohe Gut der Einheit jedes Theil Opfer bringen muß, diese Opfer aber in der Einheit ihre volle Entschädigung finden. Man hält, nach unserer Ansicht, ganz mit Unrecht die Mehrheit der Nationalversammlung für einseitig, antipreußisch gesinnt, und man mißt den verlorenen Stimmen einzelner süddeutschen Blätter eben so viel übermäßiges Gewicht bei, als den Ausfällen einzelner Parlamentsmitglieder. Es scheint, als wenn auf Beide im Norden viel mehr Werth gelegt würde, als im Süden. Auch ist es ein Irrthum, wenn man die Anerkennung einer starken Centralgewalt in militärischen Dingen und der auswärtigen Politik für bloße äußere Einheitsformalien hält; das sind vielleicht sehr wesentliche und unentbehrliche Bedingungen der neuen Einheit. D. Red.

Digitized by Google

für ungiltig und unwirksam erklären; demgemäß die badische Staatsregierung veranlassen, unverzüglich eine anderweitige Wahl in jenem Bezirk anzuordnen".

Dagegen wurden folgende Amendements gestellt: 1) von Vogt, Kalb und Genossen, daß die Nationalversammlung über die Erklärung der badischen Regierung, die Petitionen und das Schreiben von Hecker zur Tagesordnung übergehe, der bad. Regierung aber überlassen bleibe, wegen des einzuleitenden Processes gegen Hecker Vorlagen an die Nationalversammlung zu bringen. 2) von Simon aus Trier, von Muhr und von Itzstein drei verschiedene Amendements, die aber darin übereinkommen, daß die Wahl für giltig und wirksam erklärt, und Hecker durch die Centralgewalt einberufen werde. Der Berichterstatter legte noch einige Eingaben zu Gunsten Hecker's und einen Aufruf Hecker's an die Wahlmänner vor. Sodann vertheidigt er die Form des Ausschußantrages, insbesondere, daß die Wahl „ungiltig und unwirksam" zu erklären sei. Von einer Ausschließung Hecker's könne nicht die Rede sein, weil damit anerkannt wäre, daß er bis jetzt Mitglied gewesen sei; die That aber habe vor der Wahl Statt gefunden, und darum sei die Wahl selbst ungiltig und unwirksam. v. Itzstein sprach gegen diesen Antrag. Er nennt Hecker seinen wärmsten Freund, den er stets als einen Ehrenmann gekannt habe, und fühlt sich schmerzlich berührt, daß man ihn einen Hochverräther genannt habe. Zwar bedauert er, daß Hecker die Republik, die ja doch kommen müsse, mit den Waffen in der Hand habe einführen wollen. Es sei aber nicht wahr, daß H. noch immer damit umgehe, einen bewaffneten Einfall zu machen. Die Nat.-Vers. habe nur formell die Wahl zu prüfen, das Uebrige gehe sie Nichts an. Hecker sei übrigens kein Hochverräther; es sei noch keine Untersuchung geführt und kein Urtheil gesprochen; er habe es gut mit dem Volke gemeint und nur darin gefehlt, daß er die Freiheit mit den Waffen in der Hand erringen wollte. Wenn das Hochverrath sei, wie man denn die nennen wolle, welche das Versprechen in Kalisch gegeben und nicht gehalten hätten? Er halte H. nicht für strafbar; wenn es aber wäre, so müsse man das der bad. Regierung überlassen. Wenn H. hier wäre, so würde das eine große Genugthuung für das Volk sein.

Pfuthner. Man könne die vorliegende Frage nicht von dem juristischen Standpunkte, sondern nur von dem der Souveränetät dieser Versammlung entscheiden. Das Erste wäre nur dann möglich, wenn ein Gesetz da wäre, nach dem entschieden werden könnte; das könne aber bei einer konstituirenden Versammlung gar nicht der Fall sein. Ob H. ein Hochverräther sei, darum habe sich die Nationalversammlung nicht zu kümmern, darüber haben die Gerichte zu entscheiden. Die Nationalversammlung habe eine Thatsache vor sich, nämlich die, daß H. seinen Willen der deutschen Nation mit bewaffneter Hand aufdringen wollte. Es sei ganz richtig, daß die Nationalversammlung in Folge der Revolution da sei, aber eben in Folge dieser Revolution könne H. nicht hier sein, weil die Revolution etwas ganz Anderes wolle, als er. Die Barrikadenkämpfer in Berlin seien Repräsentanten des Nationalwillens gewesen; H. aber habe sich gegen den Willen der Nation empört, und darum sei sein Unternehmen nicht eine Revolution, sondern eine Rebellion. Er sei nicht ein Rebell, weil er unterlag, sondern er unterlag, weil er die Majorität des deutschen Volkes terroriſiren wollte. Der zu fassende Beschluß sei höchst wichtig, denn daraus sei zu entnehmen, ob die Nationalversammlung das Verfassungswerk auf friedlichem Wege vollenden, oder ob sie den Weg der Gewalt sanktioniren wolle. Wiesner meint, es handle sich um das Recht von 50,000 Deutschen (des Wahlbezirks), und bezeugt den Wählern seine Hochachtung für die getroffene Wahl. Er stellt die Wiener und Oesterreicher auf gleiche Linie mit Hecker. Das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß seien revolutionär gewesen, also auch die Revolution noch im Gange, da Hecker seinen Aufstand unternahm. Jetzt aber wolle Hecker friedlich sein, es steht ja im Frankfurter Journal. In Baden sei Alles für Hecker, und man solle doch die Volkssouveränetät achten.

Simson aus Königsberg ermahnt die Juristen, sich hier einmal ihrer specifischen Wissenschaft zu entschlagen. Es handle sich nicht darum, eine offen vorliegende That juristisch zu charakterisiren; das sei Sache des Richters, die Versammlung aber sei kein Richter, sie sitze nicht hier, um eine Strafe zu erkennen, sondern sie habe nur darüber zu urtheilen, in welches Verhältniß sich Hecker durch diese That zu der Nationalversammlung selbst gestellt habe, und in dieser Beziehung sei es unzweifelhaft, daß er sich dadurch den Eintritt in dieselbe verschlossen habe. Wenn die Nationalversammlung Hecker aufnähme, so würde sie damit erklären, daß sie keinen Unterschied finde zwischen ihrer Art, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu gründen, und der Art, wie Hecker es wollte. Man spreche davon, daß die Nationalversammlung den Muth haben müsse, auch einen Hecker in sich aufzunehmen. Das wäre allerdings ein Muth, aber der Muth eines Selbstmörders. Würde die Nationalversammlung dieses thun, so wäre damit ihre ganze Gewalt in Deutschland mit einem Schlage vernichtet, sie wäre zur Unmöglichkeit geworden für den weit überwiegenden Theil der deutschen Volksstämme. Man sage, es werde dadurch die Volkssouveränetät verletzt, weil er doch einmal vom Volke gewählt sei. Wenn aber jeder Wahlbezirk für sich ein souveränes Volk wäre, und so in Deutschland über 600 souveräne Völker wohnten, dann sähe es sehr schlimm mit der deutschen Einheit aus. Es erfülle ihn mit Wehmuth, daß ein Mann aus solchem Geist und Herzen von dem Vaterlande verstoßen sein solle; aber hier könne nur die politische Beurtheilung der Sache entscheiden. Das bleibe stehen, Hecker habe den vaterländischen Boden mit Blut getränkt und den Fremden die Thüre geöffnet; darum könne er nicht sitzen im Rathe der Männer, welche das Schicksal Deutschlands entscheiden sollen, und erst nach langer Zeit könne es für ihn wieder einen Raum auf vaterländischer Erde geben.

Als Hauptredner der Linken tritt zuletzt Vogt aus Gießen auf, und zwar zuerst mit dem Angriff auf den Berichterstatter, daß er in wenigen Tagen seine Ansicht geändert habe. In dem Berichte über die Amnestie habe er behauptet, der Aufstand in Baden sei nicht gegen Deutschland, sondern gegen Baden gerichtet gewesen, und die Amnestiefrage müsse daher Baden überlassen bleiben, jetzt sage er in dem Bericht über die Hecker'sche Wahl, Hecker habe gegen Deutschland die Waffen erhoben, und deßhalb müsse die Nationalversammlung ihn richten. Vor einigen Tagen sei von Welcker das Begehren Struves und Fickers, in Baden über die Verfassung abstimmen zu lassen, „abgeschmackt" genannt worden, er, der Redner, aber wünsche, daß diese Abgeschmacktheit in ganz Deutschland eingeführt werde, weil er sie für das einzige Mittel halte, eine blutige Revolution zu verhüten. So habe man es in Bern gemacht, und dadurch den Bürgerkrieg verhütet. Den Gesammtwillen des Volkes könne man anders gar nicht finden, und so lange das nicht geschehe, könne man mit demselben Recht sagen, das deutsche Volk sei für die Hecker'sche Wahl, als man anderer Seits behauptete, es sei gegen dieselbe. In dem Berichte werden überall Thatsachen als „notorisch" angenommen; allein der Rechtsstaat kennt keine Notorietät, sondern nur ein rechtskräftiges Urtheil; bis dahin müsse der Angeschuldigte, als unschuldig angenommen werden. Wenn die Nationalversammlung den Ausschußantrag annehme, so usurpire sie die Gesetzgebung und zugleich die Ausübung des Gesetzes, den Rechtsspruch; sie entziehe den Angeschuldigten seinem kompetenten Richter. Wenn er später von dem Gerichte freigesprochen würde, so würde dadurch das Urtheil der Nationalvers. annullirt und man müßte ihn alsdann aufnehmen. Der Redner hält das Princip, wornach die Nat.Vers. sich anmaße über die Fähigkeit und Unfähigkeit des Gewählten zu beschließen, für äußerst gefährlich und erinnert dabei an den Makel, welchen die Ausschließung Manuels auf die franz. Kammer geworfen habe. Wenn man einmal dieses Prinzip angenommen habe, so könne die Majorität Jeden ausschließen, der ihr nicht gefalle. Seinen ganzen Zorn ergießt der Redner auf die badische Regierung. Da die badische Regierung durch die Verhältnisse genöthigt war, unter allen deutschen Regierungen zuerst und am kräftigsten den Bestrebungen der republikanischen Partei entgegenzutreten, so ist es ganz natürlich, daß sie auch unter allen Regierungen am meisten den Unwillen dieser Partei zu tragen hat, und daß He. Vogt der geeignetste Mann ist, diesen Unwillen in den dicksten Strömen über sie auszugießen, wird ihm Niemand bestreiten. Er nennt das Schreiben des Minister eine Monstrosität; der Vorschlag, den Wahlbezirk seines Wahlrechtes für verlustig zu erklären, sei vollkommen unwürdig, und das Ansinnen, die Minoritätswahl von Buhl anzuerkennen, den Minoritätswahlen von Hannover gleich zu achten. Sodann tadelt er das Ansinnen des Bundestages an die schweiz. Eidgenossenschaft, die Flüchtlinge von der Grenze zu entfernen und behauptet, die badische Regierung habe sogar das Verlangen gestellt, einzelnen Individuen das Bürgerrecht aufzukünden (?). Die Eidgenossenschaft gebe aber gar keine Antwort, und zwar aus dem Grund, weil die angeführten Thatsachen falsch seien. Er habe ganz zuverlässige Nachricht, daß Hecker keinen Einfall beabsichtige. Der von Vogt gestellte Antrag ist schon oben angeführt.

Der Berichterstatter, Widenmann, entgegnet hierauf, daß er aus den von Hecker herausgegebenen Blättern, welche er hier zu Jedermanns Einsicht vorlegen wolle, beweisen könne, daß Hecker noch fortwährend zum Aufstand aufreize. Was die ihm vorgeworfene Sinnesänderung betreffe, so müsse er diesen Vorwurf Hrn. Vogt zurückgeben; er zeigt, daß er in beiden Berichten buchstäblich dasselbe ge-

Digitized by Google

sagt habe. Die badische Regierung vertheidigt er gegen die gemachten Vorwürfe, wenn er gleich ihre Ansicht in dieser Sache nicht ganz theile. Wenn der Standpunkt des Gesetzes der richtige wäre, dann könnte man auch den verurtheilten Verbrecher nicht ausschließen, weil kein Gesetz darüber da sei. Die Nationalversammlung sei die souveräne Richterin darüber, ob Jemand in ihrer Mitte einen Sitz haben könne oder nicht. Der Ausspruch des Gerichts sei davon ganz unabhängig und für die Versammlung nicht maßgebend. Daß das eine gefährliche Waffe der Majorität sei, könne in gewisser Beziehung zugegeben werden. Man müsse eben derselben zutrauen, daß sie dieselbe nicht mißbrauche. Wenn man ihr solche Schlechtigkeit zutraue, so könne man sie auch durch kein Gesetz daran hindern. Das sei eben die Macht, die sie als Majorität habe, und die man ihr nicht erst gebe. Diese Majorität erkläre hier, daß der, welcher darauf ausgegangen sei, die Nat.Verf. selbst zu untergraben, nicht ihr Mitglied sein könne. Nicht ausschließen wolle man Hecker, sondern erklären, daß er nie Mitglied der Nat.-Verf. gewesen sei und nie sein konnte.

Damit wurde die Diskussion geschlossen und die namentliche Abstimmung über den Ausschußantrag vorgenommen, deren Resultate ich Ihnen gestern schon mittheilte. Mit der Annahme des Ausschußantrages waren die Amendements ohne weitere Abstimmung beseitigt.

Ein unangenehmer Zwischenfall wurde durch eine Aeußerung Vogts herbeigeführt. Er interpellirte den Präsidenten a. Gagern, ob es wahr sei, daß Buhl mit einer Legitimation der bad. Regierung für seine Minoritätswahl hieher gekommen sei. Ja sichtlicher Bewegung antwortete Gagern: H. Buhl ist nicht hier, H. Buhl hat keine solche Legitimation, und er hat erklärt, daß er nie von einer Minoritätswahl Gebrauch machen würde. Als eine Stimme von der Linken rief, es sei doch so, sa sagte Gagern mit starker Stimme: es ist nicht wahr. Bald darauf übergab Sachs von Mannheim eine schriftliche Erklärung an das Präsidium, worin er auf sein Ehrenwort versicherte, daß er bei Buhl eine solche Legitimation gesehen habe. Gagern wiederholt, daß Buhl nie eine solche Urkunde erhalten oder angenommen, sondern auf das bestimmteste erklärt habe, daß er von einer Minoritätswahl nie Gebrauch machen würde. Sachs entgegnet, er habe nicht gegen Buhl gesprochen, sondern nur von dem Benehmen der Badischen Regierung.

Von der heutigen Sitzung, welche bis halb vier Uhr Abends sich in einer höchst ermüdenden Diskussion über verschiedene Gegenstände hinschleppte, will ich Ihnen vorläufig nur die Resultate mittheilen. Der Antrag, dem Präsidenten ein monatliches Gehalt von 2000 fl. zu bewilligen, wurde nach einem kurzen Widerstande eines Theiles der Linken mit großer Mehrheit angenommen. Die dänische Frage brachte eine große Anzahl von Rednern auf die Tribüne, von welchen nur wenige angehört wurden. Nach sehr langem Hin- und Herreden wurden die Ausschußanträge angenommen, welche im Wesentlichen dahin gehen, die gestellten Anforderungen der Ostseebewahrer wegen Entschädigung u. s. w. der Centralgewalt zur Berücksichtigung zu überweisen. Eine Beschwerde der Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Ulm, wegen angeblich gewaltsamen Eingreifen in ihr Schiffahrtsrecht auf der Donau wurde auf Wetters Antrag ebenfalls der Centralgewalt zur geeigneten Erledigung überwiesen.

Großbritannien.

London, 8. Aug. In der gestrigen Unterhaussitzung richtete ein Mitglied an Lord Palmerston die Frage, ob es Absicht der Regierung sei, für sich oder in Gemeinschaft mit ihren Verbündeten das Vermittlungsgeschäft zwischen Sardinien und Oesterreich zu betreiben, um in Norditalien den Frieden wieder herzustellen? Palmerston erwiderte: „Ich kann versichern, daß J. M. Regierung aufs Tiefste fühlt, von welch großer Wichtigkeit die Beilegung des jetzt in Norditalien stattfindenden Krieges ist, und ich bin in Stand gesetzt — obschon ich nicht das Recht habe, für eine andere Regierung zu sprechen — doch glaube ich versichern zu dürfen, daß dieses Verlangen in gleicher Weise von der französischen Regierung getheilt wird. (Laute Rufe: Hört, hört!) Demgemäß ist J. M. Regierung im Begriff — ich möchte fast sagen, bereits mitten darin — doch jedenfalls im Begriff, Schritte zu ergreifen — und zwar, ich hoffe, in Verbindung mit der französischen Regierung — behufs des Versuche, durch eine freundschaftliche Vermittelung dem Kriege ein Ende zu machen." Ein anderes Mitglied fragte, ob der Rest der Aktenstücke in Betreff des von Amerika erhöhten Porto's für Briefe, welche mit englischen Dampfbooten befördert würden, vorgelegt werden würde? worauf Palmerston erwiderte: daß die Verhandlungen hierüber noch im Gange seien, und vor deren Abschluß die Aktenstücke nicht wohl vorgelegt werden könnten. Auf eine dritte Interpellation in Betreff Hayti's antwortete Palmerston, daß der Oberkommandeur der großbrittannischen Kolonien in Westindien Befehl erhalten habe, zum Schutz deut. Unterthanen ein Kriegsschiff nach den Küsten Hayti's abgehen zu lassen. In derselben Sitzung wurde endlich die Kamitéberathung über die ewige Gesundheitsbill zu Ende gebracht, bei welcher Gelegenheit mehrere offizielle die Cholera betreffende Beleffschaften aus Odessa, Kairo, Jassy, Therapia u. s. w. vorgelesen wurden, aus denen sich ergibt, daß diese Seuche gegenwärtig in einer mildern Form erscheint als bei ihrem frühern unwillkommenen Besuche. Häufige Auslüftung und vollkommene Reinlichkeit sind, diesen Berichten zufolge, die besten Schutzmittel gegen diesen gefährlichen Feind.

Frankreich.

Paris, 9. August. Die englisch-französische Mediation in Italien ist nun, nach Lord Palmerstons vorgestriger Erklärung im Parlamente, eine Thatsache. Herr Gustav van Beaumont, früher zu der Linken Barrots gehörend, der sich aber schon seit einem Monate von derselben und von Herrn Thiers getrennt hat, ist zum Botschafter in London ernannt und geht heute noch auf seinen Posten ab. So wie er daselbst angekommen ist, wird Lord Normanby hier dem General Cavaignac seine Kreditive übergeben, durch die er als Botschafter Englands bei der französischen Republik beglaubigt ist. — Die von Frankreich vorgeschlagene Basis der Mediation in Italien ist vom englischen Kabinete angenommen worden, und diese Annahme durch einen Kabinets-Kurier gestern Mittag Lord Normanby überbracht worden. Der Botschafter begab sich sogleich zu Herrn Bastide und um 2 Uhr expedirten Beide Estaffetten an Lord Abercromby und Herrn Reizet, mit dem Auftrage, dem K. Karl Albert und dem Marschall Radetzky die Vermittlung Frankreichs und Englands anzuzeigen und sogleich einen provisorischen Waffenstillstand zu Stande zu bringen. Ob man die Instruktion schon für den Fall der Einnahme Mailands und der Räumung der Lombardei vorbereitet habe, wird nicht erwähnt.

Neueren Erkundigungen zufolge würde die Kugel, die in Thiers Haus schlug, nur der Unvorsichtigkeit zuzuschreiben sein. — Verschiedene Klubs, die aus Abgeordneten der Nationalversammlung bestehen, besprechen sich darüber, ob es nicht rathsam sei, die Diskussion des ganzen Anklageberichtes fallen zu lassen; die ehemalige Linke indessen und die gegenwärtige äußerste Linke bringen wie natürlich auf die Verhandlungen, Beide zu ihrer Rechtfertigung. In der Nationalversammlung entspann sich heute noch einmal ein Zank wegen des Drucks der Dokumente der Anklageschrift. — In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Ministerium wegen des Transports der Junigefangenen interpellirt; es hatten sich dabei sehr bedenkliche Gerüchte verbreitet. Der Kriegsminister Lamoricière antwortete, daß dieser Transport mehr aus Gesundheitsrücksichten geschehen sei, um jede Ueberhäufung der Forts und die möglicherweise entstehenden Krankheiten zu vermindern, und daß die transportirten Gefangenen vorläufig in das Fort Belle-Isle-en-mer gebracht würden, bis über den Ort ihrer Transportation entschieden sei.

Bei der Auswahl der Deportirten scheint man indessen sehr leichtfertig verfahren zu haben; es sollen viele ganz Unschuldige aufgepackt worden sein. Da die Liste im Moniteur wieder eine ganze Reihe deutscher Namen zeigt, und von diesen Deutschen Viele ohne Zweifel gezwungen worden sind, an dem Kampf im Faubourg St. Antoine Theil zu nehmen, so wäre es wohl am Platz, wenn die deutsche Diplomatie sich der Sache annähme. Die französische Regierung hat die in Baden gefangenen Franzosen reklamirt, wenn auch nur zur Strafe; so sollte auch die Deutsche zeigen, daß sie die Deutschen allenthalben unter ihren Schutz stellt. In diesem vorliegenden Falle kann sie auch manches Unrecht gut machen, das die Regierung der französischen Republik in militärischer Eilfertigkeit ohne Zweifel begangen hat.

In der heutigen Sitzung wird die Diskussion über das Gesetz wegen der Kautionen fortgesetzt; ein Amendement Paskal Duprats, welches das Peinelp der Gelokautian aufhebt und die der Schriftsteller und Redakteure an die Stelle setzt, wird mit 407 gegen 342 Stimmen verworfen.

Italien.

Mailand, 7. August. Der Basler Ztg. wird geschrieben: Nach den (gestern gemeldeten) Schüssen in die Wohnung Karl Alberts wurde die Straße durch die Kavallerie gesäubert, und eine bedeutende Truppenmasse in die Gegend versammelt, der König ließ sich nun seinen Schnurrbart abnehmen und entfloh mit seinen Söhnen zu Fuß bis auf den Platz Belgiojoso, wo er in Mitte seiner Dragoner zu

Digitized by Google

Einiges über die englische Dampfmarine im Hinblick auf die künftige deutsche.

„Sie schlagen in der finstern Schlacht,
Wo Schiff an Schiff sich donnernd legt,
Wir schlagen dort wie sie;
Das stellt uns ihnen gleich."

Klopstock.

Ich will Ihnen dieses Mal Einiges über die englische Seemacht schreiben, indem es mir von Wichtigkeit zu sein scheint, in einer Zeit, wo man in Deutschland ernstlich an die Gründung einer Kriegsflotte denkt, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die in jeder Beziehung höchst stehende Marine der Welt hinzulenken. Was uns bei Beginn des großen Unternehmens vor allen Dingen Noth thut, ist eine genaue Kenntniß alles dessen, was andere Völker auf demselben Felde geleistet haben. Es scheint, daß man diese Nothwendigkeit bis jetzt nicht gehörig gewürdigt habe; namentlich nimmt es mich Wunder, daß man noch immer damit angestanden, eine Kommission von Sachverständigen nach England und Frankreich, vielleicht auch nach Nordamerika, abzusenden, um, auf Grund einer ausführlichen Berichterstattung derselben über den gegenwärtigen Standpunkt des Kriegsmarinewesens in jenen Staaten, einen Zweck und Zeit gemäßen Marine-Entwurf für Deutschland feststellen zu können. Bis jetzt haben, unter einer großen Anzahl von mehr oder minder praktischen, nur allen drei in weiteren Kreisen Anklang gefunden: der Entwurf des Marineausschusses der deutschen Bundesversammlung, den die Generalmajor von Radowitz in der Sitzung vom 8. Juni vor der deutschen Nationalversammlung entwickelte, der Entwurf, welchen die Kieler Denkschrift aufstellte, und den der Hamburger Matrosenkongreß nach zu seinem Programm für die Seebewegung Deutschlands gemacht zu haben scheint, und endlich drittens der Entwurf des Prinzen Adalbert von Preußen, den dieser der Bundesversammlung vorgelegt, und wenn ich nicht irre, Ende Juni als Manuskript veröffentlicht hatte. Dieser letztere ist der beste von allen. Er ist erschöpfend, fußt auf den deutschen Verhältnissen und auf einer bedeutenden, durch lange Studien und Reisen erworbenen Sachkenntniß, und ist der einzige, aus dem eine logische Zergliederung der großen von Deutschland sich hergesetzten Aufgabe herauszuerkennen ist. Ich kenne den in Rede stehenden Entwurf leider nur seinen Umrissen nach aus einem Artikel Ihres geschätzten Blattes in der Beilage zu Nr. 182, und scheue mich dieses Umstandes wegen hier auf eine nähere Beleuchtung desselben einzugehen, wie gerne ich dieses auch in jeder andern Hinsicht möchte. Das Nachfolgende darüber nur beiläufig.

Prinz Adalbert hat richtig erkannt, daß, wenn es sich um Herstellung einer selbständigen Seemacht handelt, die Frage über die Stärke derselben von der Zahl der in der Handelsmarine gebildeten und während des Friedens durch dieselbe beschäftigten Matrosen abhängig ist. Er schätzt für Deutschland diese Zahl auf 15,600 Matrosen, erklusive Schiffsjungen und auf 2500 Caboteurs, Fischer ꝛc., und sicherlich nicht zu hoch. Ich spreche hiermit nicht leichtfertig ein Urtheil über eine unerwogene Thatsache, sondern eine, deren ich gewiß bin, aus, und da es sich hier um ein statistisches Verhältniß handelt, so dürfte es angemessen sein, dasselbe auch in statistischer Sprache, d. h. mit Zahlen zu erörtern und zu belegen. Es zählen nämlich die deutschen Handelsmarinen an der Nord- und Ostsee augenblicklich etwa 5552 Schiffe (die Küstenfahrer eingerechnet) mit einem Gesammtgehalt von 318,071 Commerzlasten, und zwar kommen von diesen Gesammtsummen auf

die Preußische Rhederei	1411 *)	Schiffe	134,271	Lasten.
„ Bremer	227	„	39,325	„
„ Hamburger	253	„	29,187	„
„ Schleswiger	1048	„	26,474	„
„ Holsteiner	1426	„	25,312	„
„ Mecklenburger	282	„	25,040	„
„ Hannoversche	737	„	24,881	„
„ Lübecker	70	„	6,968	„
„ Oldenburger	98	„	6,613	„

Alle seefahrenden Nationen rechnen auf 15 Kommerzlasten mindestens einen Matrosen, und würde demnach die deutsche Handelsmarine allein deren 21200 beschäftigen. Indeß ist diese Zahl eben nur ein Minimum und vermuthlich in Wahrheit noch bedeutend größer. Was die Caboteure und Fischer anlangt, so hat der Prinz dieselben für ganz Deutschland, ohne allen Zweifel mit 2500 Mann viel zu niedrig berechnet. England, welches mit Ausnahme Schottland's und Irlands keine ausgedehntere (aber freilich eine viel bevölkertere) Seeküste als Deutschland besitzt, berechnet die Zahl seiner Kohlenschiffer, Fischer u. s. w. auf 40,000 Köpfe, die Bootfahrer in den Mündungen der großen Ströme nicht mit eingerechnet, und dürfte man darum nicht zu hoch greifen, wenn man für Deutschland den 5ten Theil dieser Summe oder 8000 in Rechnung brächte. So viel ist also gewiß, daß die vom Prinzen Adalbert in Vorschlag gebrachte Stärke der künftigen deutschen Flotte aus Rücksicht auf unzureichende Matrosenmenge nicht reduzirt zu werden braucht, sondern im Gegentheil, selbst nach den mäßigsten Annahmen in Hinsicht auf die Zahl der Letzteren noch vermehrt werden dürfte. Ich gehe aus bereits angegebenen Gründen nicht auf die Einzelheiten des Entwurfes ein, sondern halte mich einzig und allein an seine Umrisse. 20 Linienschiffe, 10 Fregatten à 60 Kanonen, 30 Dampfer à 350—560 Pferdekraft, 40 Gaffelkanonenboote und 80 Kanonenschaluppen: das sind sie. Ich finde darin namentlich zweierlei bemerkens- und anerkennenswerth: zunächst den treffenden Accent, der auf die Linienschiffe als auf die für jede größere Seemacht unentbehrliche Schiffsklasse gelegt wird, und dann die richtige Schätzung des Werthes der Fregatten in der heutigen Zeit, von denen sich, den großen Steamern gegenüber nur noch die größten von mehr als 50 Kanonen Erfolg versprechen können. Der Marineentwurf des Ausschusses der Bundesversammlung schlug den Bau einer leichteren Klasse vor, deren Bedeutung jetzt von Jahr zu Jahr abgenommen hat, und wollte sogar Corvetten von 30 Kanonen, eine Schiffsgattung, die im Neubau schon seit länger als 8 Jahren von keiner größeren Seemacht mehr zu Werft gebracht worden ist. Hätte man vor Feststellung des letztgedachten Entwurfes die Schiffslisten, und namentlich die neuesten von Frankreich, England und Nordamerika zu Rathe gezogen, so würde man sich davon überzeugt haben, daß diese Mächte bereits seit längerer Zeit auf den Bau kleinerer Segelschiffe verzichten und sich dahin entschieden haben, die Steamer an deren Stelle treten zu lassen. Vor vierzehn Tagen (am 15. Juli) lief ein englisches Uebungsgeschwader von Portsmouth aus, das augenblicklich bei Cap Clear kreuzt, und dessen Hauptbestimmung die Prüfung der Manövrirfähigkeit der Schraubenschiffe im Gegensatz:

1) zu den Briggs von 12—18 Kanonen,
2) zu den neuen Zweideckern von 20 Kanonen und einer mittleren Klasse der älteren (von 78 Kanonen) und
3) zu den Dreideckern ersten Ranges von 120 Kanonen

ist. Es ist dies das dritte Geschwader, welches zu nautischen Experimenten größerer Art von der Admiralität seit 1848 abgesendet worden ist; die Times hat in weitläufigen, detaillirten Berichten die Resultate der beiden vorhergehenden Experimental-Kreuzfahrten (mit Linienschiffen, Dampfschaufel-Fregatten und Segelfregatten) besprochen; im Parlament selbst verbreiteten sich die Debatten oft auf Details, und nahmen eine fast rein technische Färbung an; aber deßungeachtet scheinen weder der Bundestag seiner Zeit noch der Marinekongreß in Hamburg diesem Allem eine entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Der Abgang des letzten Uebungsgeschwaders wurde lange Zeit vorher besprochen; warum hat man diese Gelegenheit abermals vorübergehen lassen, um, sei es durch eine Kommission oder einen einzelnen abgesandten Sachverständigen, Kenntniß über die vorzunehmenden Versuche einholen zu lassen? handelt es sich doch bei den diesmaligen Experimenten um einen so hochwichtigen Fragepunkt die Feststellung des wahren Werthes der großen Schraubenfregatten, den anerkannt glücklichsten und besten Konstruktionen der Segelflotte gegenüber.

Daß die Idee, Linienschiffe der Art mit Vortheil in der Schlacht zu verwenden, eine praktische und ausführbare ist, bedarf kaum einer Erwähnung, nachdem Sir Charles Napier und andere Autoritäten im offenen Parlamente ausgesprochen, es würde keinen Schwierigkeiten unterliegen, selbst mit einer Maschine von nur 40—50 Pferdekraft ein Linienschiff von 74 Kanonen unter allen Umständen und beim stärksten Gegenwinde in jedwedes Schlacht-Alignement zu stellen.

Es ist zwar kaum zu hoffen, daß die bevorstehenden Versuche, ein völlig entscheidendes Endresultat liefern werden; wenn aber der Frage eine Aufstellung bevorsteht, so muß sie nothwendiger Weise von dieser Seite her erwartet und gegeben werden. Die Zahl der Schraubenschiffe war in England seither in der Handels- wie in der Kriegsmarine sehr gering, wozu die ungünstigen Ergebnisse, welche der Great-Britain, dieser Riese des neuen Systems, freilich aus Gründen, die mit diesem nicht im Geringsten im Zusammenhange stehen, seither geliefert hat, das Ihrige, und zwar sehr viel beigetragen haben mögen. Seit etwa 15 Monaten richtet indeß die englische Admiralität ein lebhafteres Augenmerk auf diesen Theil der brittischen Dampfmarine. Einer der ältesten Kriegsschraubendampfer war „die Antilope." Sie

*) Hierbei sind die 542 nur für die Küstenfahrt bestimmten Fahrzeuge mit eingerechnet. Ohne diese besitzt Preußen 869 Seeschiffe (langer Fahrt).

hatte regelmäßige Fahrten zwischen England nad Brasilien gemacht, und diese waren, hauptsächlich, was die Schnelligkeit anlangt, so günstig ausgefallen, daß die Regierung sich alsbald entschloß, zu größeren Constructionen nach dem neuen System (die Antelope besitzt nur Maschinen von 260 Pferdekraft) überzugehen. In Folge dessen wurden mehrere andere Schraubenschiffe*) gebaut, und im Januar des Jahres 1846 erschien die große Schraubenfregatte „Amphion“ von 300 Pferdekraft und 36 Kanonen, zugleich das erste Dampfschiff, dessen Maschine gänzlich unterhalb der Wasserlinie (water-line) lag, auf dem Meere. Es war groß, geräumig, reichte, was seine Artillerie anlangt, an die Stärke der Schaufel-Steamer von 800 Pferdekraft (Terrible, Watt, Retribution) hinan und versprach große Erwartungen zu erfüllen. Das machte alsbald noch kühner, und obgleich ein anderes Schiff dieser Gattung (wenn ich nicht irre, „The Albion“) beim vorjährigen Uebungsgeschwader des Admirals Charles Napier nicht eben brillant manoeuvrirt hatte und, seinem eigenen Ausdruck nach, wie ein „Stier im Porzellanladen“ unter den rangirten Linienschiffen umhergetaumelt war, so ließ die Admiralität sich dadurch nicht im Mindesten stutzig machen, und im Februar dieses Jahres die Schraubenfregatte „Arrogant“ vom Stapel laufen. Dieses ausgezeichnete, unter des neuen Inspekteurs der Marinebauten (Surveyor-General) Walker Leitung ausgeführte Schiff trägt 10 Kanonen mehr, als der Amphion (also 46) und rangirt mit den größten Schaufelschiffen auf einer Linie. Dessenungeachtet wurde dieses Fahrzeug von dem „Blenheim“, einer Schraubenfregatte von 56 Kanonen, völlig in den Schatten gestellt. Mit dem letztgedachten Schiffe ist nun endlich das große Problem gelöst, Dampffregatten von der Geschützkraft der größten Segelfregatten herzustellen, und wenn auch, wie man dieses bei völlig neuen Konstruktionsversuchen stets thun muß, anzunehmen ist, daß der Blenheim, der mit einer Maschine von 450 Pferdekraft treibt und dem Uebungsgeschwader des Admiral Napier angehört, nicht völlig befriedigende Resultate liefern wird, so sind doch die Hauptschwierigkeiten, der Dampfmarine zum Siege über die Segelfregatten zu verhelfen, überwunden, und was nunmehr noch übrig bleibt, wird durch Special-Korrektionen im Bau und in der Bewaffnung der Schraubensteamer zu überwältigen sein. — So weit ich den Marineentwurf des Prinzen Adalbert kenne, hat er sich in Betreff der 30 Dampfschiffe, welche er als das Minimum dieser Gattung in einer künftigen, die maritime Selbstständigkeit Deutschlands erzielenden Flotte annimmt, nicht ausdrücklich, weder für das Schrauben- noch für das Schaufelsystem, entschieden. Dagegen macht er die Meinung geltend, die zwanzig Linienschiffe, welche den Kern seiner Flotte bilden sollen, würden am zweckmäßigsten mit der Schraube auszurüsten und zu diesem Zweck mit einer kleinen Dampfmaschine, als Hilfskraft, zu versehen sein. Diese Idee ist in gewisser Hinsicht neu und von allerhöchstem Interesse. Der Prinz räumt willig ein, daß auf diese Weise eingerichtete Linienschiffe für weite Fahrten nicht passen würden, er rechnet aber im Voraus nur auf eine Verwendung in den europäischen Gewässern, indem er bemerkt, daß hier die Hauptschläge gegeben zu werden pflegten. Obgleich ich durchaus derselben Ansicht bin, und darin mit dem hochgestellten Projekteur ganz einverstanden, daß Linienschiffe der Art, wie er sie vorschlägt, im Treffen im Besitz von ganz erheblichen Vortheilen sein würden, so regen sich in mir dennoch einige Bedenken dagegen, die ganze Linienflotte auf dieses neue und durchaus noch nicht erprobte Princip von vorn herein zu basiren, und möchte ich vornehmlich davon abrathen, zuvörderst mehr als ein Paar dieser Schiffe, falls man sich überhaupt für Fahrzeuge dieser Gattung entscheiden sollte, in Bau zu nehmen. In England, dessen Marine uns, wie ich nicht oft genug wiederholen kann, in jedee Beziehung, namentlich was die Anwendung des Dampfes anlangt, als ein nachahmenswerthes Vorbild und Muster gelten muß — in England hat man, so viel mir bekannt ist, Linienschiffe der Art für den eigentlichen Flottendienst noch nicht eingeführt. Zwar wurden im Jahre 1846 die 4 Linienschiffe Edenburgh, Ajax, Blenheim und la Hogue, jedes von 72 Kanonen, und die 4 Fregatten von 44 Kanonen: Horatio, Stag, Seahorse und Eurotas mit der Archimedes-Schraube versehen, indeß nur zum Hafendienst und als Blockschiffe.

In Schweden, dessen Ericson die Erfindung der Schiffsschraube für sich in Anspruch nimmt, hat man schon vor mehr als 9 Monaten sich für eine Umwandlung der gesammten Segelmarine in dieser Weise entschieden; so viel mir bekannt ist, will man Linienschiffe und Fregatten mit starken Maschinen versehen, dagegen ihre Bewaffnung um ein Bedeutendes reduziren. Man will sie also, ihrem Wesen nach, den eigentlichen Dampfschiffen noch ungleich näher rücken, als Prinz Adalbert dies mit seinen 20 Linienschiffen zu beabsichtigen scheint. Jene Umwandlung berührt die eigentlichen Constructions-Verhältnisse des Schiffes freilich ungleich tiefer, aber ihrer Ausführbarkeit stehen eben so wenig Hindernisse wie der oben besprochenen gegenüber. Das schlagendste Beispiel hierfür wird immer die englische Fregatte Penelope bleiben, die im Jahre 1843 aus einer Segelfregatte von 44 Kanonen in ein Schaufeldampfschiff verwandelt, und bei dieser Gelegenheit um 65 tausende Fuß (durch Auseinanderschneiden und Einfügen im Mittelschiff) verlängert wurde. Anstatt jener obigen Anzahl führt sie jetzt 28 Geschütze, worunter schwere 10 zöllige Bombenkanonen und eine Maschine von 700 Pferdekraft. Sie gilt überdies für eines der besten Steam-Schiffe der Flotte.

*) Unter diesen der „Rattler“ beim Uebungsgeschwader des Admiral Hyde-Parker (1846 im Mai) ganz vortreffliche Resultate lieferte.

Preußen. ☽ Berlin, 8. August. Bevor die Abgeordnetenversammlung in ihrer heutigen Sitzung in der Abstimmung über Abschaffung der Todesstrafe fortfuhr, ließ der Präsident ein Schreiben des Bürgerwehrobersten verlesen, worin dieser im Namen der Bürgerschaft zu der auf heute zu Ehren der deutschen Centralgewalt angesetzten Parade einladet. Bemerkenswerth, weil sie der hier augenblicklich herrschenden Verstimmung auf den Grund gehen, sind die Worte des Abg. Stein (von der äußersten Linken), womit derselbe die Theilnahme der Versammlung an der Bürgerparade zu motiviren sucht. Der bekannte Erlaß des Reichskriegsministers habe in dem Lager des specifischen Preußenthums große Aufregung verursacht. Zwar sei diese Aufregung ungefährlicher Art, denn das preußische Volk habe an allen Orten offen und unverhüllt seinen Willen ausgesprochen, und dieser habe gelautet: Deutschland über Alles; jedoch könne man nicht dasselbe auch von dem Ministerium sagen. In seiner Erklärung vom 28. Juli liege Alles oder Nichts, und an derselben Unbestimmtheit leide der Armeebefehl vom 29. Juli, welcher der Huldigung gar nicht und der Centralgewalt nur nebenbei Erwähnung thue. Von einer Feierlichkeit am 6. August sei nicht die Rede gewesen, erst heute bequeme man sich dazu. Er werde daran Theil nehmen, wie an derjenigen Feier, welche das Volk am 6. August veranstaltete, doch könne er nicht umhin, über diese Verspätung sein tiefes Bedauern auszusprechen. Unmöglich könne man übrigens länger in dieser Ungewißheit der Stellung unseres Ministeriums zu der Centralgewalt bleiben, und behalte er sich deßhalb vor, in der nächsten Sitzung an das Kriegsministerium den Antrag zu stellen, seinen Notenwechsel mit der Reichsgewalt vorzulegen. — Die Versammlung beschloß, sich in corpore zu dem von der Bürgerwehr veranstalteten Feste zu begeben. — Als Abgeordnete der Versammlung für die Säkularfeier in Köln bestimmte sie die HH. Philipps, v. Auerswald (der frühere Minister des Innern) und Elsner. Der Abg. Koch zeigte sodann als Vorsitzender der Centralabtheilung an, daß ihr, unausgesetzter Bemühung ungeachtet, nicht gelungen sei, schon heute den Entwurf einer habeas-corpus Akte vorzulegen. Nicht zu beseitigende Schwierigkeiten, welche namentlich in der jetzigen Organisation der Gerichte lägen, hätten die Verzögerung nöthig gemacht. Dennoch werde die Vorlage schon innerhalb 8 Tagen erfolgen können. Der Abg. Hesse hebt ferner als Vorsitzender der Fachkommission für Gemeindeverfassung die zahlreichen Beschwerden hervor, welche aus den Provinzen über die mangelhafte Vertretung der Stadt- und Landgemeinden auf den Kreistagen laut würden. Schon auf dem Vereinigten Landtage seien diese Uebelstände gerügt worden. Er stelle im Namen der Fachkommission den Antrag, es möge das Staatsministerium, bis eine gute Gemeindeverfassung das Uebel gründlich beseitige, wenigstens für die Landrathswahlen die für sie erforderliche königliche Bestätigung nicht unterstützen. Der Minister des Innern erkannte die Beschwerden als vollkommen begründet an und bemerkte hinsichtlich der Landrathswahlen, daß, so lange er an der Verwaltung Theil nehme, schon immer der Grundsatz befolgt worden sei, die Anstellung neuer Landräthe zu vermeiden. Was die erwartete Gemeindeverfassung betreffe, so sei das Ministerium unablässig bemüht gewesen, einen Entwurf auszuarbeiten. Abgeordnete aus allen Provinzen wären hinzugezogen worden. Ein reiches Material liege vor und werde dadurch die Möglichkeit gegeben, die betreffenden Vorlagen schon in einer der nächsten Sitzungen der Versammlung zu übergeben. (Beifall.) Bei der Abstimmung hinsichtlich des Gesetzes über die Todesstrafe ergaben sich für das Reichensperger'sche Amendement, welches getheilt zur Abstimmung gelangt, nur sehr geringe Minoritäten. Es wird nämlich die Frage: soll die Todesstrafe für das Verbrechen des Hochverrathes beibehalten werden? mit 315 gegen 28 Stimmen und dieselbe Frage auf das Verbrechen des vorbedachten Mordes angewendet, mit 248 gegen 80 Stimmen verworfen. Nur für den Fall des Krieges und Belagerungszustandes erkannte die Versammlung, wenn auch selbst hier nur mit unbedeutender Mehrheit (166 gegen 160), die Todesstrafe an. (Alle diese Abstimmungen fanden durch Namensaufruf Statt.

Es ergab sich dabei, daß in dem Ministerium die Abgg. v. Auerswald (der Aeltere) für, Milde und Bierke gegen die theilweise Beibehaltung der Todesstrafe waren.) Die übrigen Paragraphen des Gesetzes wurden sämmtlich fast einstimmig angenommen, so daß nun das Gesetz folgende Gestalt gewonnen hat: §. 1. Die Todesstrafe ist abgeschafft. Für Verbrechen, rücksichtlich deren in den Gesetzen für den Fall eines Kriegs- oder Belagerungszustandes Todesstrafe vorgeschrieben ist, verbleibt es bei derselben. Unter welchen Umständen, mit welchen Formen und Wirkungen ein Belagerungszustand ausgesprochen werden kann, bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten. §. 2. An ihre Stelle tritt lebenswierige Zwangsarbeit, Zuchthaus- oder Festungsstrafe. §. 3. Die Umwandlung schon erkannter Todesstrafen geschieht durch die zuständigen Gerichte. — Nicht unerwähnt will ich lassen, daß auch das Staatsministerium der heutigen Feier zu Ehren der Centralgewalt in corpore beiwohnte, und daß der Min.-Präsident den Vorwürfen des Abg. Stein gegenüber, welche er auf das Entschiedenste zurückwies, „weil die Ansichten des Ministeriums über das Verhältniß Preußens zu Deutschland vor Jedermanns Augen lägen“ — die Erklärung abgab, daß er sich genauere Erläuterungen bis auf die Berathung des von dem Abg. gestellten dringenden Antrages vorbehalte. — Eine morgen unter der Ordnung stattfindende Sitzung wird hauptsächlich den unseligen Zerwürfnissen in Schweidnitz gewidmet sein.

Würtemberg. * Aus Schwaben, Anfang August. Die in Stuttgart eingetretene Spaltung zwischen den politischen Vereinen hat die Veranlassung gegeben, eine Versammlung der Abgeordneten sämmtlicher vaterländischen Vereine am 24. Juli in Eßlingen abzuhalten, um für die Geschäftsführung einen gemeinschaftlichen Landesausschuß ins Leben zu rufen. Je mehr gerade die Dinge eine Wendung genommen haben, bei der sich nicht verkennen läßt, daß die republikanischen Sympathien eine Zahl achtungswerther und tüchtiger Kräfte für sich haben, desto wünschenswerther wäre eine Vereinigung in der Art gewesen, wodurch die Vertreter auch der verschiedenen Richtungen und Ansichten für die praktischen Zwecke der Gegenwart, für die Förderung der politischen Bildung und der sittlichen Hebung des Volkes sich die Hand geboten und ohne Streit über Staatsformen sich die Erstrebung einer wahren und kräftigen Einheit des deutschen Vaterlandes zur Aufgabe gemacht hätten. Die vielseitige Zustimmung, welche das Progeamm der Stuttgarter Minorität von Seite der Vereine des Landes gefunden hat, erklärt sich ja gerade aus dem Bedürfnisse, daß die Freiheit der politischen Ansicht auf keine Weise ausgeschlossen wurde, und Konstitutionelle wie Republikaner vereint zusammenstehen, wo es gilt für vaterländische Zwecke zu wirken; wie denn gerade die entschiedene Mißbilligung, welche die Stuttgarter Majorität gegen den seither verbotenen republikanisch-demokratischen Centralverein ausgesprochen hat, eine offene unumwundene Erklärung war darüber, daß auch von Seite Solcher, die der republikanischen Staatsform an und für sich den Vorzug geben, am gesetzlichen Boden festgehalten werden müsse. Die Theilnahme von Seite des Stuttgarter vaterländischen Vereins der Majorität, welcher einzelne reaktionäre Elemente in sich aufgenommen hat, an der Eßlinger Versammlung wurde dann auch als ein Zugeständniß aufgenommen, daß man eine Ausschließung bloßer republikanischen Ansichten und Ueberzeugungen hätte vermeiden sollen. Der Anfang der Eßlinger Verhandlungen zeigte auch wirklich das aufrichtige Bestreben, zu einer Einigung zu gelangen. Statt das Programm der Stuttgarter Minorität als maßgebend für die Thätigkeit des Landesausschusses zu benutzen, wurden zur Bewahrung der Eintracht als leitende Grundsätze aufgestellt und gutgeheißen: „die Erstrebung einer wahren und kräftigen Einheit des deutschen Vaterlandes, die Einführung des Princips der Humanität, der gleichen Berechtigung in allen gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnissen und die entschiedene Durchführung des demokratischen Princips in den Einrichtungen des Staats, mit Benutzung bloß gesetzlicher Mittel.“ Allein nur zu bald stellte es sich heraus, daß einer großen Mehrheit der Versammelten, ohnerachtet es wiederholt geltend gemacht wurde, wie unfruchtbar und verderblich ein Streit um Staatsformen sei, doch hauptsächlich darum zu thun sei, wie man sich nicht mit der subjektiven politischen Ansicht der Einzelnen und der freien Aeußerung derselben begnügen wolle, wie man vielmehr es ausdrücklich ausgesprochen haben wollte, daß der Landesausschuß in alle Wege die Verwirklichung nach der republikanischen Staatsform erstreben könne. So drang der Zusatz durch: „Daß das demokratische Princip sowohl in der republikanischen, als in der konstitutionellen monarchischen Staatsform verwirklicht werde.“ Somit war es dem Landesausschuß anheimgestellt, ob er für die Verwirklichung der einen aber der andern wirken wolle. Die unmittelbare Folge dieses höchst unbedachtsamen Beschlusses, über dessen Formulirung sogar die Debatte abgeschnitten wurde, indem die Unterstützer des Antrags, ehe die Debatte auf den Kern der Sache eingehen konnte, durch Zuruf Abstimmung verlangten und erhielten, war die, daß der Stuttgarter vaterländische Verein sich jeder weiteren Theilnahme enthielt und ausgeschieden ist. Die weitere Folge wird sein, daß wohl in den meisten politischen Vereinen die bis jetzt noch schlummernden Gegensätze aufgeweckt werden und eine ausgiebige Saat der Zwietracht und der Spaltung ausgestreut ist; das Alles in einem Zeitpunkte, wo die Geduld des Volkes zu ermüden beginnt, wo man immer dringender nach materieller Abhilfe verlangt, wo alle Kräfte zusammengehalten und dahin verwendet werden sollten, mit Einsicht und festen Grundsätzen über die Erfordernisse der Zeit aufzutreten und mittelst der Vereinsorganisation auf dem Wege einer gesunden politischen Bildung fortzuschreiten und so einem kräftigen, sittlich hebenden Gemeingeist Bahn zu brechen. Statt dessen macht sich ein Treiben bemerkbar, dem bis jetzt wenigstens fast überall die Mehrheit zufällt, darauf berechnet, stets die extremsten Anträge durchzusetzen und die Leitung der Sachen in Hände zu bringen, die der Aufgabe, für die Wohlfahrt des Volkes und Vaterlandes zu wirken, weitaus nicht gewachsen sind. Diesen verworrenen, zum großen Theil sich überstürzenden Gang der politischen Bewegung machen sich dann die wirklich reaktionären Elemente, die Hofpartei, die Bureaukraten, vor Allem die pietistisch-orthodoxen Anhänger des Alten, trefflich zu Nutze. Sie bearbeiten die Masse des Volks im Stillen, indem sie höhnend fragen: was denn bei allem dem Treiben Gutes und Heilsames herauskomme? Sie wärmen die alten Glaubenssätze von der unmittelbar göttlichen Einsetzung des Landesregiments auf und säen das Mißtrauen aus gegen ein Ministerium, das aus den Gegnern der allein rechtmäßigen Landesregierung zusammengesetzt sei. Sie fangen an dem Volke den Wahn beizubringen, daß Religion und Glaube in Gefahr sei, und deuten hiefür die in Frage stehende Trennung der Schule von der Kirche aus, eine allerdings höchst unglückliche Bezeichnung für eine Sache, bei der es sich bloß von der Beseitigung einer ausschließlichen Leitung der Volksschulen durch den geistlichen Stand, sodann nun einer das Volk geistig, sittlich und praktisch hebenden Organisation der Schule handelt.

Sachsen. ** Leipzig, 7. August. Gestern früh wurden den sächsischen Kriegern die deutschen Kokarden übergeben und mit Freuden aufgenommen. Hieraus marschirte die hiesige Garnison auf den Exercierplatz, wo der Stadtcommandant General v. Holtzendorf in lebendiger Rede die Verdienste des Reichsverwesers schilderte und unsern Kriegern ankündigte, daß derselbe den Oberbefehl über die gesammte deutsche Kriegsmacht übernommen habe. Unter dem Präsentiren des Gewehrs wurde demselben ein dreimaliges kräftiges Hoch ausgebracht, in welches das zahlreiche Publikum einstimmte. Darauf spielte die Musik: Was ist des deutschen Vaterland. Der General v. Holtzendorf nahm hierauf wieder das Wort, und leitete ein Lebehoch auf unsern innigverehrten und geliebten König ein, in welches Krieger und Bürger mit gleichem Enthusiasmus einfielen. Hieran schloß sich das Lied: den König segne Gott. Nun defilirten die Truppen und zogen nach der Stadt zurück. Wie am Tage der Vereidigung unserer Truppen auf die Verfassung, so war auch gestern die Stadt mit deutschen und sächsischen Fahnen reich geschmückt. Ein Gedanke, welcher damals schon laut geworden war, unserer Garnison, welche sich in den schwierigen Tagen des März durch ihre musterhafte Haltung allgemeine Achtung erwarben hatte, ein Fest zu geben, kam gestern zur Ausführung. Der Abend dieses Tages schloß mit einem großen Verbrüderungsfeste der Soldaten und Bürger im Garten des Schützenhauses. Kein Mißton störte das frohe Fest, und wenn noch Etwas die Bereitwilligkeit und Freudigkeit, mit welcher unsere Krieger fürs Vaterland ins Feld ziehen, erhöhen kann, so ist es die Achtung und Liebe, welche ihnen von ihren Mitbürgern bewiesen worden ist.

Die Zerwürfnisse im hiesigen deutschen Vaterlandsvereine scheinen sich zu vergrößern. Er ist in zwei Vereine zerfallen, von denen jeder die Rechtmäßigkeit des Namens und Bestandes für sich in Anspruch nimmt. Die Partei, welche mit dem Obmann Wuttke unzufrieden ist, erklärt den Verein noch zu Recht bestehend, und die 8 Mitglieder des Ausschusses, welche den Verein für aufgelöst erklärten und einen neuen deutschen Vaterlandsverein begründeten, nur für faktisch ausgeschieden, ohne daß dadurch das Bestehen des Vereins in Frage gestellt worden sei. Dagegen erklärt Wuttke, als Obmann des leitenden Ausschusses für sämmtliche Vaterlandsvereine im Königreiche Sachsen, nur einen, den neu begründeten, Vaterlandsverein als berechtigt anzuerkennen. Wahrscheinlich wird nur eine Generalversammlung der sächsischen Vaterlandvereine die Sache entscheiden können. Selbst Wuttke's Freunde glauben, daß von Seite desselben Formfehler begangen worden seien, und daß [illegible] Stellung schwerlich haltbar sein werde.

Digitized by Google

Schweiz.

** Bern, 7. August. Gestern fand im hiesigen Kantone die Volksabstimmung über den schweiz. Bundesverf.-Entw. Statt. Obschon noch von mehreren Landestheilen zuverlässige Nachrichten fehlen, so unterliegt es gleichwohl keinem Zweifel, daß die große Mehrheit des Berner Volkes sich für die Annahme ausgesprochen hat. In der Hauptstadt wurde der Entwurf mit 1020 gegen 126 Stimmen angenommen. Die Radikalen hatten öffentlich und im Geheimen ihr Möglichstes gethan, um dieses Resultat zu hintertreiben. Allein die Sonderbündelei scheiterte an dem ruhigen, gesunden Sinne des Volkes, welches der beständigen Agitationen u. Hetzereien müde ist und sich nach einem sichern, geordneten Zustande sehnt. Interessant war es, daß in dieser großen Nationalsache die beiden extremen Parteien sich gewissermaßen die Hand reichten. Während nämlich die Bärenpartei geradezu auf Verwerfung des Bundesentwurfs hinarbeitete, legten die Patrizier, „welche Nichts gelernt und Nichts vergessen haben" — ihre Abneigung oder mindestens ihre Gleichgiltigkeit gegen den neuen Bund durch ihr Ausbleiben bei der Abstimmung an den Tag. Es ist daher die Annahme desselben ganz eigentlich als ein Sieg der Liberalen über die Radikalen und Aristokraten zu betrachten. Die Freude über dieses glückliche Resultat war eine allgemeine und gab sich auf jede möglicher Weise kund. Nur die „Sonderbündler" schlichen niedergeschlagen und grämlich umher und schämten sich der erlittenen Niederlage. Wir mögen wohl die Freudenschüsse in den Ohren der Herren Stämpfli, Niggeler u. Komp. geklungen haben — sie, die bis dahin nur dann schießen zu lassen und zu hören gewohnt waren, wenn das radikale Prinzip einen wirklichen oder vermeintlichen Sieg davon trug? — Welchen Eindruck mußte es auf diese Herren machen, sich nun auf einmal von dem Volke, auf das sie bei jedem Anlaß pochten, verlassen und als „Sonderbündler" betrachtet zu sehen? — Dies sind Fragen, die sich jedem von selbst aufdrängen, und deren Beantwortung nicht schwer fällt. Es ist im Kanton Bern ein Umschwung eingetreten, welcher gute Früchte tragen wird. Die Kraft der Radikalen ist gebrochen, und das Bernervolk ist nicht mehr gesonnen, sich blindlings von ihnen leiten zu lassen.

Frankreich.

Paris, 10. August. Die Nationalversammlung hat gestern nach einer langen und verwickelten Debatte das Princip der Jouenal-Kaution angenommen, zugleich aber auch bestimmt, daß diese Maßregel nur provisorisch sei, und das Dekret nur bis längstens 1. Mai 1849 Giltigkeit habe.

Der National kündigt heute als wahrscheinlich an, daß die Oesterreicher in Mailand eingerückt seien und er glaubt: der Zeitpunkt sei nun für die Regierung der Republik gekommen, um **energisch zu handeln**. Leider sei die französische Intervention **zu spät** verlangt worden, als es schon materiell unmöglich geworden war, daß eine französische Armee Mailand noch retten konnte. Davon sei jetzt auch nicht mehr die Rede! — Es handle sich jetzt darum, die Freiheit und Unabhängigkeit Italiens durch, unter Englands und Frankreichs Vermittelung, geschlossene Verträge festzustellen, weigere sich Oesterreich, in seinem Siegestaumel, darauf einzugehen, so werde Frankreich das Schwert ziehen, und die Verantwortlichkeit für die dann folgenden Ereignisse werde nicht auf Frankreich zurückfallen, sondern auf die, die es, nach so lange bewiesener Mäßigung und Geduld, gezwungen hätten, seine Grenzen zu überschreiten und eine befreundete Neutralität zu retten. Sei dies vollbracht, so werde Frankreich ohne Eroberung, ohne Eigennutz, das Schwert einstecken und wieder in seine Grenzen zurückkehren.

Was die Basis der englisch-französ. Vermittlung betrifft, so scheint es gewiß, daß die Lombardei, gegen Uebernahme eines Theils der österreichischen Staatsschuld unabhängig erklärt, die Linie der Etsch aber, das ist das ganze Venetianische, Verona, Mantua, Legnago, Peschiera u. s. w. Oesterreich erhalten werden soll. Man glaubt, daß die Lombardei dann getheilt und halb zu Toskana, halb zu Piemont geschlagen werden solle.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung, kurz vor Postschluß, interpellirte Bagnes das Ministerium wegen der Kapitulation Mailands und des Marsches Radetzky's auf Turin. Der Minister Bastide kündigt mit England gemeinschaftliche Vermittlung an, die bereits beiden kriegführenden Mächten angetragen sei; er hoffe, bald eine befriedigende Pacifikation anzeigen zu können.

Neuestes.

†† Wien, 8. Aug. Die soeben erschienene Proklamation schicke ich Ihnen als das Resultat der Reichstagsdeputation, welche mit Minister Hornbostl gestern zurückgekehrt ist. „Se. Maj. der Kaiser haben am 5. d. M. die Reichsdeputation empfangen und derselben folgende Antwort ertheilt:

„„Ich freue Mich, die Herren Abgeordneten des konstituirenden Reichstags bei Mir zu empfangen. Stets nur das Beste Meiner Staaten wollend, werde Ich unter den dargestellten Verhältnissen dem Wunsche Ihrer Kommittenten gerne entsprechen, und Mich in ihre Mitte begeben. Trotz Meiner noch nicht befestigten Gesundheit gedenke Ich Meine Rückreise nach Wien — zu Meinen getreuen Oesterreichern — in, durch Mein gegenwärtiges Befinden bedingten kleineren Tagreisen, am 8. d. M. anzutreten. Den Einbruch Ihrer loyalen Gesinnungen nehme Ich mit Wohlgefallen auf.""

In Begleitung ihrer Majestät der Kaiserin und Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Franz Karl sammt dessen Sohn Erzherzog Franz Joseph wird unser allgeliebter Kaiser Sonnabend den 12. von Linz mit dem Dampfboote hier eintreffen. Die übrigen Mitglieder des allerhöchsten Hofes, die noch in Innsbruck weilen, nämlich Ihre kaiserliche Hoheit Erzherzogin Sophie mit Familie, werden um einen Tag später ihre Reise antreten und daher am 13. in Wien eintreffen. Der Minister des Innern beeilt sich, diese hocherfreuliche alle treue Herzen der Oesterreicher mit Jubel erfüllende Nachricht allgemein kundzumachen. Wien, am 8. August 1848. Der Minister des Innern: Doblhoff."

§ Frankfurt, 12. August. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war zunächst der wälsch-tirolischen Frage gewidmet. Die Abgeordneten von Wälschtirol hatten den Antrag eingereicht, daß die Kreisbezirke von Trient und Roveredo, unbeschadet ihre Verbindung mit dem Kaiserthum Oesterreich, aus dem deutschen Staatenbunde entlassen werden, und eventuell, daß der italienische Theil von Tirol eine von den deutschen Kreisen unabhängige, ihrer Nationalität entsprechende Organisation erhalte. Der völkerrechtliche Ausschuß trägt darauf an, zu erklären, daß eine Trennung und Lossagung Südtirols vom deutschen Bunde nicht stattfinden könne, hinsichtlich der zweiten Forderung aber die südtirolischen Abgeordneten auf den frühern Beschluß der Nationalversammlung zu verweisen seien, wornach den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet sei. Die Anträge wurden angenommen.

Es folgte die Diskussion über die **österreichisch-italienische** Frage. Auch hier that **Raumer** noch einmal seinen nationalen Ritt für die Italiener und verlangte, die Nationalversammlung solle die Centralgewalt auffordern, dem italienischen Krieg Einhalt zu thun, einen Waffenstillstand und einen für beide Theile ehrenvollen Frieden erwirken; lauter Dinge, die schon gesagt sind. Von Interesse war die kurze Rede von **Radowitz** über diesen Gegenstand. Als er mit der Anerkennung begann, daß die ruhmgekrönten Armee Oesterreichs auch für uns, für Deutschland gekämpft und gesiegt habe, sandten seine Worte als Echo einen unermeßlichen Jubel im Hause. Durch diese Siege aber sei eine fremde, wenn auch nur vermittelnde Intervention in der nächsten Aussicht; deßhalb sei es ein Glück, daß die Centralgewalt geschaffen sei, welche dabei nicht unthätig bleiben dürfe. Er zeigte, von welcher Wichtigkeit Oberitalien für Deutschland sei, wie, ohne daß Deutschland in demselben einen festen Fuß behalte, Tirol nicht zu halten und das adriatische Meer für Deutschland verloren sei, wie in strategischer Hinsicht Deutschland bis mitten in Baiern herein offen und wehrlos wäre. Das ehemalige venetianischr Gebiet bis an den Mincio könne und dürfe dem deutschen Interesse nicht entzogen werden. Wenn Oesterreich verdrängt würde, so würde Italien dennoch nicht frei. Oberitalien würde unausbleiblich einer französischen, Unteritalien einer englischen Hegemonie anheimfallen. Er wünscht, daß der nordöstliche Theil Oberitaliens durch ein Schutzbündniß mit Deutschland verbunden werde zur Vertheidigung, nicht aber für den Angriff. Dazu müsse aber schnell Hand angelegt werden, und er stelle daher den Antrag, daß die Centralgewalt aufgefordert werde, **unverzüglich** zugleich mit England und Frankreich vermittelnd einzutreten. **Heckscher**: Das Reichsministerium habe bereits diese Frage in Berathung gezogen und beschlossen, dahin zu wirken, daß sie zu einer friedlichen, aber auch der Ehre und dem Interesse Deutschlands entsprechenden Lösung gebracht werde. Deßhalb aber sei zu wünschen, daß in diesem Augenblick keine speciellen Anträge der Nationalversammlung an die Centralgewalt gebracht, sondern vielmehr alle Anträge an sie gewiesen werden, in der Erwartung, daß sie ihrer Pflicht nachkommen werde. Diesem Wunsche entsprach der hierauf gefaßte Beschluß der Nationalversammlung, „alle bisherigen Anträge an die Centralbehörde abzugeben mit der Erwartung, daß sie die Interessen Deutschlands wahren werde."

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden Bestellungen bei G. L. Lizarraga et Comp. in Straßburg Nr. 20 Quai, à la ville de Rotterdam Nr. 20 Rue de Dunkerque.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition befindet sich Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 48. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 224. Heidelberg, Montag 14. August. 1848.

Uebersicht.

Die Verhandlungen über die Amnestie. — Wien (Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Die Banknoten). Triest (die Huldigungsfeier). Berlin (die Finanzlage. Die Kosten des dänischen Krieges. Die neue preußische Zeitung. Probe reaktionärer Thätigkeit. Zölle auf französische Waaren). Koblenz (Ankunft des Königs). Aachen (die deutsche Fahne). Dresden (Kommission für Arbeiten und Gewerbsverhältnisse). Hannover (Adresse und Antwort des Ministeriums. Die neue Verfassung unterzeichnet). Karlsruhe (Finanzplan). Aus Baden (Parlamentswahl). Heidelberg (Behandlung der deutschen Gefangenen in Dänemark). Oldenburg (die Huldigungsfeier). Hadersleben (Ueberfall einer Feldwache durch die Dänen. Zuzug der Truppen). Altona (Sitz der Regierung). Rendsburg (die süddeutschen Hilfstruppen). Schleswig (Feier zu Ehren des Reichsverwesers). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Beschränkung der Gallerie. Die Lostrennung von Südtirol verworfen. Die italienische Angelegenheit.)

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen. Interpellation wegen der sicilianischen Angelegenheit. Sieg der Opposition in Betreff der geheimen Parlamentswahlen. Drohung Neapels.

Frankreich. Diplomatische Ernennungen. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung über das Preßgesetz.

Beilage. Einiges über die englische Dampfmarine mit Hinblick auf die künftige deutsche. Berlin. (Kammerverhandlungen über die Todesstrafe. Aus Schwaben. (Die Spaltung in den politischen Vereinen). Leipzig (Huldigungsfest der Bürger und Soldaten. Die Spaltung in den vaterländischen Vereinen.

Schweiz. Bern. Die Abstimmung über den Bundesentwurf. Unehmen der Radikalen.

Frankreich. Paris. Die Journalcaution angenommen. Der National über die Intervention. Die Basis der engl.-franz. Vermittelung. Interpellation wegen der Kapitulation Mailands.

(Neueste Nachrichten.)

---

14. August.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung über die Amnestie sind beendigt; die Entscheidung ist so ausgefallen, wie sie im Voraus zu erwarten war. Die Verhandlung selbst war freilich von Vorgängen begleitet, auf die man sogar nach allen bisher gemachten Erfahrungen kaum gefaßt sein konnte, es ist ein Benehmen und ein Ton in der Debatte vorherrschend gewesen, wie es in der Geschichte parlamentarischer Kämpfe gottlob nur als seltene Ausnahme vorkommt, und wie er in Deutschland sich nicht oft geltend machen dürfte, ohne uns vor dem politisch gebildeten Ausland um alle Achtung zu bringen. Die Frechheit der Gallerie hat sich zu einer Höhe gesteigert, die an die verwildertsten Episoden des Konvents erinnert, einer Höhe, die selbst der Langmuth der Versammlung endlich das nothwendige Ziel setzte. Weder in Frankreich, noch in England, noch in Nordamerika, in den monarchisch oder republikanisch freisten Staaten würde eine Versammlung, welche die ganze Nation vertritt, sich von einer zügellosen Zuhörerschaft so dominiren lassen, wie wir es zu Frankfurt erlebt haben; sie würde ihrer eignen Würde wie der Würde der Nation eingedenk genug sein, um eine Faktion, die ein Minimum der ganzen Bevölkerung vertritt, nicht auf ihre Verhandlungen so einwirken lassen, wie dies seit dem 18. Mai in der Paulskirche in immer gesteigertem Grade geschehen ist. Es gehört das zu den Dingen, wo wir erst durch Schaden klug werden mußten; die Erfahrung, daß Oeffentlichkeit und lärmender Spektakel nicht nothwendig mit einander verbunden sein müssen, sollte erst in bitterer Weise gemacht werden, bis man den Muth fand, einmal zu thun, was man sich selber, was man der Würde der Nation schuldig war.

Nicht erquicklicher als die bekannten Auftritte im Saale und auf der Gallerie der Paulskirche waren die Beehandlungen selbst; sie gehören zum Unbedeutendsten und Trivialsten, was noch in einer solchen Frage und an einem solchen Orte diskutirt worden ist. Daß die äußerste Linke, bei Vertheidigung der Amnestie, sich nicht bemühte, besonders viel Anstand an den Tag zu legen, darauf durfte man gefaßt sein; aber daß sie nicht mehr Geschicklichkeit und Reichthum an Mitteln der Vertheidigung bewies, diese Erfahrung war doch selbst der bescheidenen Erwartung überraschend. Sie war nicht im Stande, die kurze und schlingende Erörterung der Sachlage, wie sie der Bericht des Ausschusses gab, zu erschüttern oder eine neue Ansicht von dem Wesen und Charakter des Aufstandes im Seekreis auch nur nothdürftig zu begründen. Der Thatsache, daß man in Baden zuerst die Hand dazu bot, den Weg der alten Politik zu verlassen, daß dort die Regierung dem alten Bundestag, den großen Kabineten zuerst den Handschuh hinwarf und den Beweis gab, daß es ihr mit der Nationalvertretung Ernst sei, diesen Thatsachen antwortete man mit Schmähungen und Verleumdungen jener Regierung, in denen sich nur zu fühlbar der ohnmächtige Grimm über ein mißglücktes Spiel kund gab. Die Thatsache, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit Nichts von der Politik der Hecker und Struve wissen wollte, daß daher ein bewaffneter Ueberfall ein wirkliches Attentat auf die vielgepriesene Souveränetät der Nation sei, auch diese Thatsache konnte man nicht widerlegen. Den sehr richtigen Grundsatz, den jüngst ein republikanisches Blatt in Paris mit allem Nachdruck betonte, daß in einem Lande, wo die Freiheit der Presse, der Association und allgemeines Stimmrecht gesichert sei, jede Insurrektion zum Verbrechen gegen die politische Gesellschaft und ihre Souveränetät werden müsse, diesen Satz konnte man zwar anfechten, aber nicht erschüttern.

Die Armuth an wirklichen Argumenten ersetzte man reichlich durch sophistische Künste und jene plumpe Sophistik, durch die man weder sich selber noch die Sache ehrt. Da sollte erst noch der Beweis geliefert werden, daß das deutsche Volk von der rothen Republik Nichts wissen wollte; als wenn die gleichgiltige Apathie, womit man hier, der laute Unwille, womit man dort den Heckerschen Aufstand aufnahm, als wenn die unter dem Eindrucke dieses Aufstandes vorgenommenen Parlamentswahlen mit ihrem so entschieden antirepublikanischen Ergebniß nicht Zeugnisse genug abgäben für die wahre Stimmung des Volkes; als wenn die Ruhe, womit man alle Rufe der Agitation und Rebellion beantwortete, oder die Opposition, die sich in einzelnen getäuschten Wahlbezirken gegen die republikanischen Stimmführer selbst kundgab, Dokumente der Sympathie wären, und nicht vielmehr sprechende Beweise der Reaktion im Volke, das sich lieber sehr stark auf die Rechte neigte, ehe es mit diese Linken ging. Was dieses Versteckenspiel, dies Ableugnen von Thatsachen und Stimmungen, die man in jenem Lager so gut kennt wie diesseits, schon eines der ärmlichsten Fechteestückchen, womit eine geschlagene Partei sich zu decken sucht, so war der affektiete Nachdruck, womit man plötzlich seine Freundschaft und seine Sympathien für Hecker bekannte, doch noch widerwärtiger. Simon aus Trier meinte zwar, es „sei eine bequeme und wohlfeile Heldenthat", im sichern Schooß der Paulskirche Hecker einen Hochverräther zu nennen; wir glauben aber, die wohlfeilste Heldenthat ist jedenfalls die, jetzt, wo keine Gefahr mehr dabei ist, zum weidlichen Ergötzen der Klaque auf der Gallerie sich mit Emphase als Heckerling zu bekennen. Wo waren denn die Herren, die jetzt den Aufstand im Seekreis so preisen und für den Führer eine kokette Schwärmerei an den Tag legen, wo waren sie denn damals, als es auf die ernste Entscheidung ankam, damals, wo nur der politische Parteiruf: Welf oder Waibling, galt, und nicht jener „wohlfeile und bequeme" Heldenmuth, der nach dem Ende der Gefahr aus dem sichern Winkel herauskriecht und mit der Zunge ficht? Waren die Herren Simon oder Brentano oder Itzstein bei Hecker im Lager, oder bekannten sie auch nur ihre warmen Sympathien für den Aufstand und dessen Urheber? Nein, sie schwiegen, sie stimmten zu Verdammungsbullen zu und schrieben ihre Namen darunter, sie sparten ihre offenen Sympathien auf die Zeit auf, wo es ein „bequemer und wohlfeiler", aber auch ein sehr unschädlicher Heldenmuth war, unter dem Schutze der Redefreiheit sich als Anhängee der Rebellion zu bekennen. Damals,

Digitized by Google

wo man Feind gegen Feind gegenüber stand, war das Geständniß, für Hecker zu sympathisiren, unzweifelhaft mit einem Risiko verbunden; heute, wo die Sache sich ausgelebt hat, geht man über solch verspäteten Zuzug gleichgiltig zur Tagesordnung über und denkt: laßt die Todten ihren Todten begraben.

Während die Einen ihre Sympathie für den Aufstand und den Anführer an den Tag legten, schienen die Andern die Existenz beinahe zu bezweifeln; sie verlangten einen eichterlichen Beweis, die notorische Thatsache genügte ihnen nicht. Und über den Anlaß des Aufstandes, welche wundeebare Fabeln mußte sich da die ernste Versammlung in der Paulskirche erzählen lassen! Meinen die Herren im Ernst, es werde irgend Jemand glauben, die Verhaftung Fickler's sei in dem Sinne, wie sie es deuten wollen, der Anlaß der Schilderhebung gewesen? In einem andern Sinn, ja; insofern mit der Festnehmung des eifrigsten Agitators das ganze, lange voebereitete Gewebe zerrissen, die Verabeedung mit den auswärtigen Freunden gestört, der ganze Plan verrückt ward und man dann am falschen Orte und zur falschen Zeit loeschlagen mußte, insofern alleedings war die Verhaftung ein entscheidendes Moment zum gewaltsamen Aufbruch geworden. Die Parole, eben noch ausgetheilt, schien jetzt verrathen, man wußte nicht, wie weit man durch die Verhaftung kompeomittirt werden konnte, man schlug daher loe, aber die gut zurecht gelegten Fäden waeen nun einmal verwirrt, und die Verhaftung Fickee's war und blieb der aegerlichste Strich, der buech die Rechnung gemacht werden konnte. Statt dessen will man uns alles Ernstes das Kindermähechen aufbinden, in der Verhaftung jenes Individuums hätten die eifrigen „Patrioten" ein erstes Attentat gegen die Zusagen vom März erblickt und sich dadurch genöthigt gesehen, mit Spieß und Stangen für die bedrohte Freiheit ins Feld zu ziehen!

Sie waren so unschuldig dabei, sie dachten so gae nicht an französische Intervention, gar nicht an die naheliegende Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs, der zur Theilung und Zerreißung des großen Vaterlandes führen konnte! „Man hatte absichtlich verbreitet, sagte Herr Brentano, es wollten fremde Zuzüge den Rhein überschreiten!" Absichtlich verbreitet! Natürlich; denn die in Paris oeganisirten und bewaffneten Freischaaren, die von Ledru Rollin bezahlten Kolonnen des Bürgerkriegs, die aus Deutschen, Franzosen, Polen und allen möglichen Elementen zusammengetriebenen Haufen „deutscher Brüder", die uns eine Verwicklung mit Frankreich über den Hals beingen sollten — dies Alles ist nach Herrn Brentano wohl nue eine perfide Erfindung der Reaktion, die das „absichtlich verbeeitete!" — Aber freilich, in Baden überstieg der Zustand der Unterdrückung, wenn man die Redner hört, alle denkbaren Begriffe. Sogae unser Preßgesetz von 1831, das von den Rotteck, Itzstein, Welcker u. s. w. begründete, vom Bundestag unterdrückte Preßgesetz, dessen Wiederherstellung fünfzehn Jahre lang alle badischen Kammern forderten, ist nach Hrn. Brentano ein reaktionäres Gesetz, welches die Censur noch als obersten Grundsatz aufstellt! Warum hat Hr. Brentano das nicht am 1. März gesagt, warum hat sein Freund Hecker damals die Wiederherstellung dieses reaktionären Gesetzes von der Regierung als Koncession verlangt? So begeündet wie dieser Vorwurf sind denn freilich alle andere auch. Wenn Hr. Simon von einem „unterdrückten Süddeutschland, dem wahren Heerd des Rückschritts" und der Tyrannei in Baden eezählt, so ist das ebenso begründet, als wenn er der ehrwürdigen Versammlung in der Paulskirche die Unwaheeit erzählt, „es werde Jeder, in Baden, der Hecker hoch leben lasse, dort eingesteckt". Oder wenn He. Wiesnee den bekannten Antrag v. Andlaws, man solle Personen in der Umgebung des Großherzogs als Mitschuldige der Hecker'schen Erhebung zue Verantwoetung ziehen, wenn ee dieseu Antrag der ultramontanen und hocharistokeatischen Partei, der nur eine schlecht verhüllte Angriffswaffe gegen das konstitutionelle Ministerium war, in dem Lichte einer begründeten Anklage hinstellt, der man aber unbilliger Weise keine Folge geleistet habe — so weiß man in der That nicht, soll man die Unbekümmertheit in den Mitteln bewundern, oder die Unwissenheit und Frivolität anstaunen, womit der seichte Schwätzer vor die Nationalversammlung hinzutreten wagt.

Für die Vielseitigkeit der Mittel zeugte auch die wiederholte Appellation ans Gefühl, die Rede zur Milde und Veesöhnung. Nachdem man erst die Schuld der That geläugnet, bat man dann um Verzeihung füe den armen Schuldigen! Der Berichterstatter hat dies am schlagendsten beantwortet durch die Mittheilung jenes Revolutionsplanes von Struve und Heinzen, in welchem sich Jesuitismus und jakobinische Gesinnung brüderlich verschmelzen; wer aber auch nur den „Volksfreund" von Hecker liest, wird sich über die Versöhnlichkeit der Gesinnungen in jenem Lager sattsam orientiet finden. Daß diese schlechte Travestie von Marats ami du peuple fortwährend zur neuen Rebellion auffordert, ist das Geringste; es wird die neue Reichsgewalt sammt der Nationalversammlung dort buchstäblich mit Koth beworfen, die Person des Reichsverwesers mit pöbelhaften Schmähungen überhäuft, ja das Reichsministerium muß von diesen großen Freiheitsmännern sogar wiederholt den Vorwurf hören, daß dee „Jude Hecker" Mitglied sei. „Erbärmlichkeit und Verrath", Heuchelei und Verrath" sind die stehenden Beiwörter füe die Versammlung in der Paulskiche. „Das Volk, heißt es in Nr. 5 des Blattes, ist durch den Verrath der Nationalversammlung um seine Wohlfahrt betrogen woeden; Verrath, Verrath soll es heulen von Land zu Land, und das Gericht Gottes wird über Euch kommen." Es werden in der Nummer vom 23. Juli die Hunderttausende an Diäten vorgerechnet, „welche der Bürger für seine Verräther noch aufbringen muß", es wird die ganze Vrhandlung in der Paulskirche als eine „fratzenhafte Lügenkomödie" bezeichnet und das Gericht des souveränen Volks über sie heraufbeschworen. „Treibts nur „unverantwortlich"; „um so schneller werden wir Euch verantwortlich machen."

Nach diesen Proben ist es schwer begreiflich, wie man von Versöhnlichkeit, von Vergessenheit reden kann; wir würden es der Nationalversammlung vielmehr als Schwäche auslegen, wenn sie den einlüde, in ihrer Mitte zu sitzen, der nicht ruht, zum Unfrieden aufzueufen, der die eigne Würde so sehr vergessen konnte, daß er die gewählten Vertreter der Nation mit pöbelhaften Schmähungen überhäuft. Daß man die Verführten von den Verführern unterscheide, und gegen jene, sobald das Gericht gesprochen hat, das milde, versöhnende Verfahren in der weitesten Ausdehnung gelten lasse, darübee wird wohl keine Verschiedenheit der Meinungen bestehen; die bad. Regierung, auch wenn sie die Schuld nicht trägt, wird dem badischen Lande den peinlichen Anblick gefüllter Kerker zu ersparen wissen. Aber die aus menschlichen und politischen Gründen fließende Milde und Versöhnlichkeit gegen die große Zahl der Verirrten schließt nothwendig die Gerechtigkeit gegen die kleine Zahl der Verführer nicht aus. Man wird nicht so unklug sein, den Aufstand dadurch zu sanktioniren, daß man die Ueheber im Momente, wo sie ihr Werk noch ohne Reue foetsetzen, für straflos erklärt; man wird nicht so schwach sein, da Versöhnlichkeit anzubieten, wo mit Hohn und Schmähung geantwortet wird, man wird in die noch unfertigen Zustände unserer Konstitution nicht ein Element der Gährung und Aufwiegelung hineinwerfen, das nicht nur einmal zur Rebellion den Anstoß gab, das vielmehr auch heute uns noch keine Bürgschaft gibt, daß der Versuch nicht wiederholt weede. Republiken geben uns Beispiele von einer ganz andern Strenge, wenn es denen gilt, die gegen die Republik selbst die Hand erhoben; wir möchten nicht, daß Monarchien dies Beispiel nachahmten, aber daß man zu unterscheiden wisse zwischen Milde und Schwäche, daß man die billige Versöhnung gegen die Werkzeugs nicht ausdehne auf die immer noch rührigen Urheber, das kann man aus Gründen der Gerechtigkeit wie der Politik verlangen.

Oesterreich. †† Wien, 9. Aug. Gestern veröffentlichte das Kriegsm. die Namen der braven Krieger, welche während der in Italien vorgekommenen Gefechte durch kühne Thaten Auszeichnungen erwarben. Im Ganzen wurden bisher an die Mannschaft, nämlich Unteroffiziere und Gemeine, 36 goldene und 140 silberne Medaillen vertheilt, dann noch 612 Dukaten in Gold als Belohnungen an verschiedene Soldaten verabreicht. So auszeichnend österreichische Medaillen sind, indem sie selbst des Tapfern Sneg noch verherrlichen, wenn er nach thatenreichem Leben dem letzten Feldzuge erliegt; so unangenehm muß es den Militär berühren, Geld füe eine Beavoue zu erhalten, wobei er uns Patriotismus sein Leben in die Schanze schlug. Mit der österreichischen goldenen Medaille ist das ganze Gehalt jener Charge als fortlaufende Pension verbunden, an welcher die Medaille verliehen wurde. Die silberne Medaille empfängt die halbe Gehaltszulage nach obigem Grundsatze. Es hat manche Generale in der Armee gegeben, welche zu ihrem Generalsgehalte auch die Löhnung eines Gemeinen oder Korporals in Folge des Medaillebesitzes bezogen. Feldmarschall Radetzky zeigt in seinem heute eingelaufenen Berichte dem Hofkriegsrathe die glänzendste aller Waffenthaten seines Heeres an vom heldenmüthigen zehnten Feldjägerbataillone ausgeführt in der Schlacht bei Sun Donato nächst Cremona. Die kühnen Jäger überflügelten eine 16pfündige piemontesische Batterie, welche gut postirt und brav bedient war, indem diese

ausgezeichnete Tirailleurs mit unübertrefflicher Schlauheit und Kühnheit durch Benutzung zweier Kanäle in Doppelkolonnen der Batterie soweit genaht waren, um durch ihre Scharfschützenschüsse die Kanoniere niederzustrecken; dann mit blankem Eisen die Bedeckung und übrige Bemannung angriffen, tödteten, versprengten und mit der eroberten Batterie zum ersten Treffen der östrr. Armee zurückfuhren. Mit Stolz muß Deutschland auf diese Jäger blicken, welche sämmtlich aus Oberösterreich konskribirt, mit Mark und Bein Deutsch sind. Unsere deutschen Truppen bluten in Italien; möge das Frankfurter Parlament sie nicht verbluten lassen, wenn sich Frankreich in die Streitfrage mengt, welche wie jedes Recht, das bisher gegolten, zu unserem Vortheile jetzt ausgefochten wurde. Italien um Elsaß! wollen wir zum Kriegsrufe machen, wenn uns die Franzosen zumuthen, Italien aufzugeben. — Vom hiesigen Baukierhause Stametz ist dem Kriegsminister die Nachricht mitgetheilt worden, daß Mailand kapitulirt habe. Der Kriegsminister hat diese erfreuliche Neuigkeit dem Reichstage heute mitgetheilt. — Zwei dichte Reihen Menschen bilden sich jeden Morgen vor zwei Gebäuden Wiens. Eine will Karten zum Reichstage durch das Opfer, oft zwei Stunden in der drückendsten Sonnenhitze stehen zu müssen, erhalten — die andere zwischen die Bajonette und Musketen der Nationalgarden gezwängt, bringt fünf Gulden Banknoten der Nationalbank zum Auswechseln gegen Silber — ein höherer Betrag wird nicht gewechselt. In Regen und Sonnenhitze muß der Staatsbürger warten, um Silber für die schlechten Kassenscheine zu erhalten, welche jetzt in der Mitte zerschnitten werden dürfen und die Geltung einer Hälfte behalten, wenn keine Münze vorhanden ist. Vielleicht befreit uns die Mailänder Kontribution von dem Geldmangel. Wir mußten den Italienern nebst dem edlen deutschen Blute auch gute Zwanziger opfern!

☽ Triest, 6. August. Von den bunten, verschwimmenden Zuständen unserer Stadt können Sie sich da draußen nur schwer eine richtige Vorstellung machen. Denken Sie sich diese, ihre Gefühle in einem Dutzend verschiedener Sprachen und Dialekten kundgebende, aus germanischen, slavischen, romanischen und magyarischen Stämmen zusammengewürfelte Bevölkerung: Wainchen, Illirier, Carnier, Croaten, Dalmatiner, Ungarn, Italiener, Griechen, — dazwischen die fadenscheinen Bewohner von Istrien, die Tschitschin, die Slovenen, die Savinen von den Wassern des Risano und der Dragogna, und wie die unzähligen Stämme alle heißen mögen, wovon unsere Stadt eine bunte Musterkarte bietet — denken Sie sich alles dies zusammen an einem Tage, wie der heutige ist, wo nach ziemlich langer Zwischenzeit die deutsche Fahne sich wieder einmal von den Thürmen und Schiffen herab in den Wellen der Adria spiegelt. Daß sich in so verschiedenen Sprachen auch mehr oder minder verschiedene Gefühle kund thun, die mit den schwarz-roth-goldenen Fahnen gar seltsam kontrastiren, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Aber am auffallendsten tritt solche Erscheinung an Tagen wie der heutige hervor. Es ist nämlich heute der Huldigungstag der Truppen; ich komme eben von der Feierlichkeit her. Die Feier wurde in unserer Stadt auf eine Weise begangen, welche wie als eine durchaus taktvolle bezeichnen müssen. Keine lärmenden Demonstrationen, keine prahlende Deutschthuerei, kein überflüssiges Militärgepränge — kurz Nichts, was einen störenden Mißklang hätte werfen können in den ruhigen, würdevollen Ausdruck der Anerkennung jener vom Volke geschaffenen obersten Reichsgewalt, unter deren Schutz hinfort alle Stämme des großen Gesammtvaterlandes, welcher Abkunft sie auch sein und welche Sprache sie reden mögen, gleichberechtigt und verbrüdert in einem neuen Leben wandeln sollen. Das Symbol dieser Verbrüderung, die deutsche Fahne, wehte gestern von allen Zinnen; im Schatten dieser Fahnen knieten unsere Krieger (der Mehrzahl nach Italiener und Slaven) zu feierlichem Gebete nieder, und die, welche das Ganze so sinnig geordnet, zeigten, daß sie die Bedeutung des Tages vollkommen begriffen. Die treffliche Militärmusik trug nicht wenig dazu bei, die feierliche Stimmung zu heben. Das deutsche Lied unseres Arndt, welches wahrscheinlich gestern in allen übrigen deutschen Gauen erscholl, wurde hier nicht gesungen noch gespielt, weil es hier unter der Mehrzahl fremder Zungen nicht am Platze gewesen wäre.

Preußen. ** Berlin, 3. August. „Füll' Deinen Beutel mit Geld!“ ruft im Othello mit meisterhaften Variationen des Tons und der Mimik unser Döring als Jago. „Füll' Deinen Beutel mit Geld!“ es ist und bleibt das ceterum censeo, vor Revolutionen, bei Revolutionen, nach Revolutionen. Insbesondre dem Herrn Hansemann nun Finanzminister muß ein Dämon es zugerufen haben, als er das gefährliche Portefeuille übernahm, das selbst die Zeitenpolitiker, da sie ein Kabinet Mauwerk-Behrends-Reichenbach vorstirirten, ihm nicht beneidet haben: „Füll' Deinen Beutel (d. h. den Staatsbeutel) mit Geld!“ In der That, es war kühn, am 29. März Preußischer Finanzminister zu werden, wenn auch die Finanzverwaltung des alten régime nicht so gar schlecht gewesen war. Noch befand sich die Anarchie im besten Flor; alle Gewerbe stockten; der Kredit gesunken; die Armuth der Staatsangehörigen in gleichem Grade wachsend, wie die Anforderungen an den Staat. Ein barrikadenstürmendes Volk von Arbeitern stellte seine gebieterischen Begehren. Die grenzenlose Noth der Vielen unterstützte die trotzigen Bitten. Noch thronte Louis Blanc im Luxemburg. — Also Aussicht auf verminderte Einnahmen, auf vermehrte Ausgaben. Freilich und nicht allein Brodlosigkeit, Arbeitslosigkeit verlangten Unterstützung. Vergesse man nicht, daß es den Uebergang aus dem Beamten- und Polizei-Staat in ein neues Staatsleben galt. Füll' Deinen Beutel mit Geld! Eine durchgreifende Reorganisation, Reformation an Haupt und Gliedern, dazu reicht nicht Feder, Tinte und Papier hin. Man hat bei dem schleichenden Gange der Veränderungen im Justizwesen, in der Administration, im Heerwesen, sehr gründlich Alles erwogen, was daran die Schuld trage, und nur den Einen nicht nachdenkenden Faktor außer Acht gelassen: Füll' Deinen Beutel mit Geld! Der vereinigte Landtag von 1848 war sehr verwundert, als ihm einer seiner frühern Koryphäen, von dem das berühmte Wort stammt: „bei Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf“, eine Geldbewilligung zumuthete. Doch Herr von Blacke stellte das dräuende Gespenst eines Ministeriums Bismark-Schönhausen auf, auch Milde unterstützte seinen jetzigen Kollegen Hansemann, und der Kredit von 40 Millionen wurde einstimmig bewilligt; doch nein, nicht einstimmig: Tyndden-Teleglaff bewilligte Nichts! — — Die freiwillige Anleihe, welche sich auf jene Bewilligung stützt, hat bisher, wie es heißt, 3½ Million eingetragen, und heut' über acht Tage ist ihr Termin abgelaufen. Dann wird die Zwangsanleihe das Theure zu thun haben! — — Soviel ist also klar, Herr Hansemann ist, um mit Blacke zu reden, nicht auf Rosen gebettet. Das Dekorum einer Großmacht gebietet doch wohl, es bei diesen Andeutungen bewenden zu lassen. Sie bilden die Grundlage für einen Gegenstand, der wunderbarerweise bis jetzt in der deutschen Presse nirgends angeregt ist. — — Der Bruch zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark war unvermeidlich. Preußen, in der Ueberzeugung, daß der Bundesbeschluß vom 17. September 1846 diese Konsequenz fordre, hob den Raader'schen Handschuh auf, der den Herzogthümern hingeworfen war. Die preußischen Garden waren schon auf dem Marsch, als der Bundestag die Sache vornahm und Preußen beanstragte, in Seinem Namen das zu thun, was es bereits unaufgefordert begonnen. Von nun an waren die kriegführenden Mächte nicht mehr Preußen und Dänemark, sondern Deutschland und Dänemark. Der Kriegszustand dauert ein Vierteljahr und darüber. Die Verluste, die Preußen und Mecklenburg erlitten, sind unermeßlich. Herr Hansemann hat immer weniger Aussichten für das Gedeihen seiner freiwilligen Anleihe, denn an der Ostsee gingen und gehen fortwährend Kapitalien zu Grunde, deren halbjährige Zinsen die ganze Anleihe gedeckt hätten. Je mehr das „Haben“ unsrer Staatszeit schmolz, desto mehr wuchs das „Soll.“ Dazu kam nun gar eine Art von Polnischem Kriege, und um das Maß vollzumachen, der gemeine Rand im Zeughause, „wo das Volk, dem man die Waffen verweigert, das man der Wehrhaftigkeit nicht werth erachtet“, sich Waffen aneignete, die es um ein Lumpengeld gleich darauf, z. B. dicht am Zeughause, verschacherte, und Bijouterien, Dolche mit kostbarer Einfassung, Stahl. — — In dieser kritischen Lage hatte Preußen soviel Scham und Ehrgefühl, daß es nicht bloß die Verluste, sondern auch die Kosten dieses im Namen Deutschlands geführten Krieges geduldig trug, zahlte und immer wieder zahlte. Füll' den Beutel mit Geld! — Weder der hochselige Bundestag, noch eine deutsche Regierung, noch die deutsche Nationalversammlung sprach das Wörtchen aus, das verlauten zu lassen Preußen sich schämte. Es ist namentlich in der Paulskirche so erstaunlich viel angerennt und durchgesprochen, auch drittehalb an einem schönen Morgen die Schandgeschichte mit dem Embargo, vielleicht auch (??) der seltsame Umstand, daß Oesterreich seinen Gesandten von Kopenhagen nicht abberufen hat — aber auch nicht einmal andeutungsweise ist jemals davon die Rede gewesen, daß die Bundesstaaten sich an den Kosten des Bundeskriegs zu betheiligen hätten. Man könnte meinen, das verstünde sich von selbst? Eine kleine Historie mochte Herrn Hansemann um dieses „Sichvonselbstverstehen“ einigermaßen besorgt machen. Den aus Frankreich kommenden Polen war, während es in Posen sehr verhängnißvoll aussah, von Baden, vom deutschen Bunde großmüthig freier Durchzug gestattet; sie sollten von Bundeswegen unterstützt werden im Fall der Bedürftigkeit. Preußen, das keinen Polen auslieferte, richtete unter allgemeiner Zustimmung zwischen der Weser und Elbe Dépots ein, wies hier den Polen einen ehrenvollen Aufenthalt an, versorgte sie mit allem Nöthigen; diejenigen, welche nach Frankreich zurückkehren wollten, erhielten, wenn es

Digitized by Google

nöthig war, Reisegeld; Allesammt aber Freipässe; dies Alles von Bundeswegen. Herr Hansemann hat seine Auslagen wahrscheinlich mit Kohle in den Schornstein geschrieben. — Mit dem dänischen Kriege konnte die Sache ernster werden. Aber, wenn es sich so von selbst verstand, daß Preußen seine Auslagen vergütet erhielt, die Nationalversammlung hat Manches verhandelt, was sich von selbst verstand. Der Beschluß über Triest, nachdem der Bundestag bereits im Namen Deutschlands gesprochen, verstand sich auch von selbst und welchen großen Eindruck rief er hervor! — Was sich nun aber nicht von selbst verstand, das war die Art und Weise der Vergütung jener schweren Auslagen. In solchen Zeiten, wie die gegenwärtige, ist es dem Finanzminister eines Staats, wie der preußische, nicht gleichgiltig, wann dergleichen Auslagen wiedererstattet werden. Ein gewissenhaftes, treues Abrechnen von Zeit zu Zeit erleichtert fernere Auslagen und verhütet Erschöpfung. Die geheimen Triebfedern einer Politik lassen sich oft errathen, auch wenn ein Blick in das Getriebe nicht vergönnt ist. Ein weiser Haushalter richtet seine Ausgaben, sein ganzes Verhalten, nach den ihm zu Gebote stehenden Hilfsmitteln ein. Ich meine, daß, wenn man nicht Preußen gänzlich isolirt gelassen hätte, wenn Preußen von dem stolzen Bewußtsein hätte getragen sein können, es sei in dem dänischen Kriege nicht auf seine eignen Hilfsmittel angewiesen, sondern die Finanzen von ganz Deutschland ständen ihm hierin zu Gebote, seine Politik nach einem weit größern Maßstabe gemessen, sein Auftreten kühner, seine Rücksichten auf Dieses und Jenes weniger behutsam und der bisherige Erfolg ein wahrhaft großer gewesen wäre! — Mit Vergnügen lasen wir daher die Eröffnung des Reichsministeriums in Betreff der Kriegskosten. Ja wir glaubten darin sogar eine Andeutung zu finden, daß die Verluste der Ostseeländer von dem Gesammtvaterlande getragen werden sollten. Von allen Seiten ist hierauf anhaltender Beifall laut geworden. Und doch hätte ein einfacher Antrag, und in Folge dessen eine Erklärung der Versammlung vor einigen Wochen Manchem vorgebeugt, das wir heute beklagen, und viel Gutes bewirkt, dessen wir uns heute freuen könnten! Die Waffenstillstandsunterhandlungen zu Bellevue und Malmoe, wo der gesunkene, bis zur Verzweiflung gesunkene Muth der Dänen [der vor dem Rückzuge Wrangel's aus Jütland so gänzlich auf dem Gefrierpunkte stand, daß man den Sturz des Ministeriums, folglich den Frieden hoffen durfte], sich wieder zu der alten Keckheit, zu der gewohnten dänischen Frechheit erhebt, hätten vielleicht ein anderes Kolorit gehabt! — Die Erklärung Schmerlings kommt vielleicht noch zur Zeit, nämlich dann, wenn auf das Wort vom Reichsschatz unverzüglich die That folgt — widrigenfalls zu spät, zu spät! Jetzt gilt Dir unser Ruf, Reichsfinanzminister: — Fülle den Beutel mit Geld! — Und zwar nicht nach dem Spruch: „Kewmst Du nicht heute, kommst Du doch morgen!" Es ist Gefahr im Verzug.

** Berlin, 9. August. Ist die Kunde von der Existenz einer „Neuen Preußischen Zeitung" bis zu Ihnen gedrungen? Die Reaktion in des Worts verwegenster Bedeutung ist hierin vertreten. Die Herren Gerlach, Hengstenberg (im Jahre 1848, horribile dictu, von der theologischen Fakultät der Berliner Universität zum Dekan gewählt!) und Konsorten dirigiren die Marionetten. Besinnen Sie Sich auf die Adresse der kurmärkischen Junker gegen den vereinigten Landtag von 1847? Da wurden dieselben Namen genannt; ermessen Sie daraus die Kühnheit, die Tollkühnheit der Reaktion! Das eiserne Kreuz in großem Maßstab prangt obenauf als Wappen dieser Reaktion! — Indessen ist diese Neue Preußische Zeitung denn doch, so seltsam es klingen mag, eine „Errungenschaft der Revolution". Jene unterirdische Partei tritt ans Tageslicht. Ihr Zweck ist die Reaktion, aber ihr Mittel — die freie Presse! Greift erst jene höllische Bande zu den geweihten Waffen, zu denen des Geistes, dann ist sie geschlagen. Wie das nimmermehr der vorgesteckte gute Zweck ist, den man mit schlechten Mitteln zu erreichen versucht hat, eben so wenig wird mit guten Mitteln ein verwerfliches Ziel erreicht! — Die Spinne Bureaukratie ist freilich unschädlich gemacht; aber ihre zerrissenen Glieder äußern immer noch Zeichen von Leben. So soll der Regierungspräsident v. Krosigk, der bereits entlassen worden und nur noch die Amtsgeschäfte einstweilen verwaltet, in seinem Regierungsbezirk Merseburg die — Neue Preußische Zeitung ungemein angepriesen und deren Verbreitung amtlich anempfohlen haben. Aehnliches wurde in Betreff dieses saubern Blattes von dem Landrath des Kreises Herford ruchbar. Die Regierung, welche natürlich dies mißliebige Organ der Reaktion nicht unterdrücken kann, nimmt jenen reaktionären Umtrieben gegenüber eine feste Stellung ein. Gegen den Regierungspräsidenten v. Krosigk ist dieserhalb eine Untersuchung eingeleitet; einem Individuum, das in der Stille bei der Neuen Preußischen Zeitung schriftstellerisch betheiligt war, eine in Aussicht stehende Anstellung abgeschlagen, und an den den Landrath des Kreises Herford vertretenden Kreissekretär folgende Schreiben gerichtet: „Das Westfälische Volksblatt veröffentlicht in seiner ersten Nummer folgendes mit Ihrem Namen unterzeichnetes Zirkularschreiben an die Amtmänner des Kreises Herford: „An den Herrn Amtmann N. N. Auf höhere Veranlassung übermache ich Ew. Wohlgeboren die angeschlossene Probenummer der in Berlin erscheinenden Neuen Preußischen Zeitung, mit dem Ersuchen, dieses in einem guten Sinne geschriebene Blatt in Ihrem Bezirke thunlichst zu empfehlen. Herford, den 29. Juni 1848. Der Landrath abwesend. Der Kreissekretär Consbruch." Sie haben umgehend anzuzeigen, ob der Erlaß dieses Skriptums wirklich von Ihnen ausgegangen und, wenn dies der Fall ist, von welcher Behörde das dortige Landrathsamt resp. Sie veranlaßt worden sind, die Neue Preußische Zeitung in der angegebenen Art zu empfehlen. Berlin, den 5. August 1848. Der Minister des Innern, gez. Kühlwetter."

Berlin. Nach einer Mittheilung in der „National-Zeitung" hat die preußische Regierung den Zollvereinsstaaten einen Entwurf zur Annahme vorgelegt, nach welchem der Eingangszoll auf solche französische Waaren, für welche die französische Nationalversammlung vor Kurzem Ausfuhr-Prämien bewilligt hat, erhöhet werden soll; man beabsichtigt dadurch die Maßregel der französischen Nationalversammlung zu paralysiren.

Der König von Preußen ist in Koblenz am 12. d. M. eingetroffen, um den Reichsverweser zu empfangen und ihn nach Köln zu begleiten.

Aachen, 7. August. Gestern ist auch im limburgischen Flecken Vaals die deutsche Fahne aufgesteckt worden, diesmal jedoch mit Erlaubniß des holländischen Gouvernements, welches dabei nur die Bedingung stellte, daß die Einwohner möglichst alle Demonstrationen dabei vermeiden möchten.

Hannover, 10. August. Einem Bericht der hiesigen „Morgenzeitung" zufolge, sollte die mit mehr denn 4000 Unterschriften bedeckte Adresse dem Könige durch eine Deputation überreicht werden. Der König lehnte den Empfang der Deputation mit dem Beifügen ab, daß er der schriftlichen Einreichung ihrer Wünsche entgegensehe. Die Deputation übergab die Adresse und verfügte sich zu dem Ministerpräsidenten, Grafen Bennigsen, der die Versicherung gab, die hannoversche Regierung stehe mit der Centralgewalt in Frankfurt im besten Einvernehmen und in freundlichster Korrespondenz. Die in der Adresse geforderte Huldigung des hannover'schen Militäres sollte sofort in dem Ministerrathe in Berathung genommen werden.

Hannover, 11. August. Seit einigen Tagen war in unserer Stadt das schlimme Gerücht verbreitet, der König verweigere dem neuen Verfassungswerke seine Unterschrift; indessen wird heute mit Bestimmtheit versichert, daß der König in diesen Tagen seine Zustimmung gegeben habe und daß dieses Gesetz sich schon unter der Presse befindet. (W. Z.)

Sachsen. Dresden, 7. August. Heute hielt die Kommission zur Erörterung der Arbeiter- und Gewerbsverhältnisse ihre erste Sitzung. Sie wurde vom Staatsminister Oberländer mit einer Ansprache eröffnet, in welcher er mit Hinblick auf die großen Bewegungen der Zeit die Nothwendigkeit hervorhob daß die Arbeiter sich selbst helfen müßten. Die Association, das bewegende Princip unserer Zeit, sei die Hauptaufgabe der Gegenwart. (Voss. Z.)

Aus Baden, 11. August. In dem badischen Wahlbezirk Wertheim, Tauberbischofsheim ꝛc. ist gestern an die Stelle des aus der Reichsversammlung in Frankfurt getretenen Abgeordneten Hofrath Kapp von Heidelberg Gymnasialdirektor Damm von Tauberbischofsheim, und zwar erst im zweiten Skrutinium, mit 65 von 123 Stimmen zum Nationalvertreter nach Frankfurt gewählt worden; 53 Stimmen fielen auf den Obergerichtsadvokaten Weller von Mannheim. (O. P. Z.)

Karlsruhe, 10. August. In der heutigen Tagfahrt zur Einrichung der Sommissionen auf das für die großh. badische Eisenbahn-Schuldentilgungskasse aufzunehmende Staatkanlehen von $2^1/_2$ Millionen Gulden ist keine annehmbare Soumission eingegangen. Dem Vernehmen nach beabsichtigt nun das Finanzministerium, 5prozentige Partialobligationen von 100 fl., 500 fl., und 1000 fl mit hypothekarischer Sicherheit ausfertigen zu lassen und allmählich nach Bedarf zu verkaufen oder auf ihre Rechnung verkaufen zu lassen. (K. Z.)

Baden. γ Heidelberg. Eine hier lebende deutsche Frau wendete sich vor Kurzem in Angelegenheit eines in dänischer Gefangenschaft befindlichen Deutschen, und zwar im Auftrage von dessen bekümmerter Mutter, an zwei der berühmtesten Gelehrten und Staats-

Digitized by Google

männer Dänemarks, und erhielt von ihnen sofort beruhigende Antworten, aus denen man folgende Stellen nicht ohne Interesse lesen wird. Vielleicht gereichen sie einer oder der andern deutschen Familie, die einen Angehörigen in dänischer Gefangenschaft weiß, zu einiger Beruhigung. Kopenhagen, 25. Juli. „Ich hoffe immer gehofft", heißt es in einem dieser Briefe, „daß wir bald Waffenstillstand erhalten sollten; weil man aber deutscher Seits noch nicht darauf eingehen will, so eile ich, mit wenigen Worten Ihre Furcht wegen des jungen Grafen A. zu beschwichtigen. Mit aller Humanität ist hier für den Zustand der Gefangenen gesorgt; Jeder hat ein reinliches Bett, aus einer Matratze, einem Kissen und einer wollenen Decke bestehend, im luftigen, gesunden Raum des Schiffes; des Tags können sie auf dem großen schönen Verdeck des Linienschiffes spaziren, so lange sie wollen, können lesen, schreiben, Karte spielen ꝛc. Für Geld können sie Alles bekommen, was sie wünschen. Ein Freund von mir hat Graf A. auf dem Schiffe besucht, und er selbst hat gebeten, Sie wissen zu lassen, daß er es gut habe und daß ihm Nichts mangele." — Dem zweiten Briefe, der ebenfalls das Datum vom 25. Juli trägt, entnehmen wir Folgendes: „Was man von der harten Behandlung der Gefangenen verbreitet hat, ist größtentheils ganz erdichtet. Zwar hielt man sie in den ersten Tagen strenger, als nachher, aber doch ohne Vorbedacht. Sobald man erfuhr, daß die Strenge der nächsten Aufseher größer als nöthig ist, wurden Erleichterungen befohlen und wirklich eingeführt. Ich hoffe, daß man in Deutschland selbst anfängt zu entdecken, daß man viele recht grob ersonnene und unentschuldbare Unwahrheiten von den Dänen erdichtet habe." Das Uebrige gehört nicht hierher; man mag es einem patriotischen Dänen nachsehen, wenn er schreibt: „Schleswig ist nie von Deutschland abgerissen worden, wie die deutsch-französischen Provinzen, welche man wohl aus guten Gründen nicht nehmen will."

Hessen. = Darmstadt, 11. Aug. Der Artikel von hier in Ihrem Blatt vom 9. über die Vertagung der Kammern bedarf Berichtigung. Nicht 22 Mitglieder hatten den Antrag auf alsbaldige Vorlegung eines neuen Wahlgesetzes gestellt, sondern 21. Der Antrag lautete nicht zugleich auf Auflösung des Landtags, sondern vollständig so: „die Staatsregierung zu ersuchen, unverzüglich ein zeitgemäßes Wahlgesetz der Kammer zur Berathung und Beschlußnahme vorzulegen." Die weitere Behauptung, daß durch den Ausschußbericht die Zahl der dafür sich aussprechenden sich auf 25 bis 26 vermehrt habe, ist ebenso unrichtig. Der Ausschußbericht wurde von 3 Mitgliedern erstattet. Einer derselben trug auf alsbaldige Vertagung an, 2 dagegen dahin: „die Kammer möge aussprechen, daß sie die oben als dringend bezeichneten Gegenstände vor ihrem Auseinandergehen noch erledigt zu sehen wünsche und, dem Antrage des Hrn. Görtz und Konsorten Folge gebend, beschließe, die Staatsregierung zu ersuchen, den Ständen ein zeitgemäßes Wahlgesetz alsbald zur Berathung und Beschlußnahme vorzulegen." Diesen Ausschußantrag kann man schwerlich als identisch mit dem ursprünglichen Antrag betrachten, zumal da diejenigen Gegenstände, deren Erledigung vor dem Auseinandergehen als wünschenswerth bezeichnet wurde (Aufhebung der Personalfreiheit des Militärs, Besteuerung des Weines, Ablösung der auf Grundrenten haftenden Lasten, Aufhebung der Lehen, Ablösung der Weideberechtigungen, Beschluß über Revision der Dienstpragmatik), noch eine lange Reihe von Wochen erfordert hätten. Wären aber auch beide Anträge identisch, so wäre dadurch die Zahl der 21 Antragsteller auf 23 gestiegen, nicht auf 25 oder 26. Als Majorität für einen künftigen Beschluß konnte man die 23 aber um so weniger zum Voraus ansehen, als man wußte, theils daß bei der Diskussion und Abstimmung viele abwesende Mitglieder von beiden Seiten beiwohnen würden, theils daß mehrere der Antragsteller entschlossen waren, bei der Diskussion ihren Rücktritt von diesem Antrag zu erklären (was in dem Antrag versteckt lag oder wenigstens nach Einiger Absicht liegen sollte, war ihnen erst später klar geworden). Bei Diskussion und Abstimmung würde höchst wahrscheinlich die Majorität sich für den Antrag der Ausschußminorität ausgesprochen haben, nämlich für alsbaldige Vertagung. Der Vorwurf, daß der Minister nicht der „Majorität des Landtags" nachgegeben hätte, ist also ein durchaus ungegründeter und faktisch unrichtiger, abgesehen davon, daß die zweite Kammer noch nicht den Landtag umfaßt, da in diesem Augenblick neben derselben noch eine erste Kammer besteht.

Schleswig. Hadersleben, 9. August. Diese Nacht überfiel eine starke dänische Patrouille, aus Jütland kommend, eine 25 Mann starke Feldwache des 2. preußischen Kürassier-Regiments bei Hadersleben, tödtete sechs Mann derselben und nahm Einige gefangen. Die Uebermacht der Feinde war zu groß, so daß sie unsere Soldaten, trotz des tapfern Widerstandes, überwältigen mußten. Jetzt stehen unsere Truppen nur noch 1 — 1½ Meilen von der jütischen Grenze entfernt und werden dieselbe wahrscheinlich in den nächsten Tagen überschreiten. Die mecklenburgische Brigade ist jetzt in die äußerste Linie eingerückt und bildet nebst der preußischen Garde-Brigade die Spitze der Armee. Trotz des strömenden Regens, der bei dem starken Vorpostendienst sehr beschwerlich fällt, ist der Geist aller Truppen ein vortrefflicher. In Jütland soll der Landsturm aufgeboten sein und alle Männer bis zu 50 Jahren unter den Waffen stehen. (B. H.)

Apenrade, 8. August. Am heutigen Tage ist der Oberstlieutenant v. Treitschke, Flügeladjutant des Königs von Sachsen im Hauptquartier angelangt. Kurz vorher war der nassauische Hauptmann Simon angekommen. Die Sendung beider Offiziere bezieht sich dem Vernehmen nach auf den Zuzug der Hilfstruppen aus den entsprechenden Bundesländern. Die Nassauer und Frankfurter werden, 4 bis 5000 Mann stark, bereits den 11. d. M. in Altona erwartet. Der Ankunft sächsischer Truppen kann man gleichfalls binnen Kurzem entgegensehen, und somit beginnen die Zusicherungen, welche der Reichskriegsminister, General Peucker, ertheilt, sich zu verwirklichen. Diejenigen, welche in dem Zustandekommen einer gemeinsamen Maaßregel gezweifelt, werden binnen Kurzem eines Besseren belehrt sein, und mit Freuden begrüßen wir darin die Verwirklichung der Idee eines einigen und in seiner Einigkeit starken Deutschlands.

Die provisor. Regierung veröffentlicht drei Verordnungen, betreffend eine außerordentl. Grund- und Hypothekensteuer, eine Einkommensteuer von 1 — 4 %, und die Emittirung von Kassenscheinen bis zum Betrag von 3,730,000 Thlr. Schl.-Holst. Cour. (S. H. Z.)

Altona, 10. August. Einer an die provisorische Regierung abgesandten Deputation Rendsdueger Bürger ist die Mittheilung geworden, daß die Regierung ihren Sitz nach Kiel nicht verlegen werde.

Rendsdueg, 9. August. Es ist dahier die officielle Anzeige eingelaufen, daß vom Sonntag den 13. d. an die angekündigten Hülfstruppen hieselbst eintreffen werden, und zwar täglich 900 Mann. (H. K.)

Schleswig, 7. August. Der 6. August ist ohne Feier vorübergegangen, doch hat der hiesige Bürgerverein, als der gegenwärtige Centralpunkt, von dem aus öffentliche Angelegenheiten ihren Impuls empfangen, den Beschluß gefaßt, dem Reichsverweser zu Ehren eine öffentliche Feier zu veranlassen. Man wünschte diese aber im Verein mit unserem Militär zu begehen, das in diesen Tagen in unsere Stadt vom Norden her einziehen wird. Die neuesten Maaßregeln der Executivgewalt legen, wie man hier allgemein fühlt, unserer Stadt und unserem Lande diese Pflicht dankbarer Anerkennung für die vom gesammten deutschen Vaterlande dargebrachten Opfer auf. (H. K.)

ϑ Frankfurt, 12. Aug. Wie schlimm es ist, wenn in einer großen Versammlung Jeder mit seinem guten Rath aus der Noth helfen will, das zeigte sich in der gestrigen Sitzung der Nat.-Vers. Mehrere Ausschüsse sind nicht mehr vollständig, weil einzelne ihrer Mitglieder ausgetreten sind. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß machte passende Vorschläge über die Art der Ergänzung. Allein eine große Anzahl von Abgeordneten meinten noch passendere Vorschläge machen zu können, und sie bereiten sich mit solchem Eifer, die Tribune zu erobern, als gelte es wirklich, das Vaterland zu retten. Die Folge war, daß bei der Abstimmung für keinen der Anträge eine Mehrheit herauskam und der Gegenstand noch einmal an den Ausschuß zurück mußte. — Seit drei Tagen sieht man nur die beiden mittleren Abtheilungen der Gallerie mit Zuhörern besetzt; die beiden Seitenabtheilungen sind leer, und man bemerkt, daß Handwerksleute darauf beschäftigt sind. Das ist keine geringe Unannehmlichkeit für die Linke, denn sie ist dadurch in die Gefahr versetzt, die Hilfe der Gallerie gänzlich zu verlieren. Deßhalb interpellirte Dietsch v. Annaberg heute den Präsidenten über diesen Frevel an der Oeffentlichkeit. Der Präsident erklärte, das Bureau habe für nöthig gehalten die Zahl der Zuhörer, welche in keinem Verhältniß zu der Zahl der Abgeordneten stehe, zu beschränken, theils weil es außerdem unmöglich sei, die Ordnung gehörig zu handhaben, theils weil es nothwendig sei, einen Theil der Gallerie zu Zimmern herzurichten, in welchen die Deputirten Geschäfte dringender Art vornehmen könnten. Natürlich erklärte sich damit die Linke nicht für befriedigt, und die Sache wurde dem Ausschuß zur Begutachtung zugewiesen; der Erfolg ist nicht zweifelhaft. So geringfügig diese Anordnung an und für sich scheint, so ist sie doch von großer Bedeutung, denn man sieht daraus, wie sehr sich die Dinge geändert haben. Früher hätte es kaum möglich geschienen, eine solche Maßregel zur Bändigung der Gallerien zu treffen, was jetzt ohne den mindesten Anstand geschehen wird. Damit sind aber alle weitern Versuche, die Nat. Vers. von da aus zu terro-

Digitized by Google

ähren, für immer unmöglich gemacht. — Eine ziemlich unerquickliche Diskussion entwickelte sich über den Gehalt des Präsidenten. Es war der Antrag gestellt, denselben auf 2000 fl. monatlich festzusetzen, worüber sämmtliche Fraktionen des Centrums und der Rechten übereingekommen waren. Der größere Theil der Linken wollte nur 1000 fl. bewilligen. Es wurde dabei viel über Sparsamkeit, über hohe Besoldungen, Civillisten u. s. w. geredet, dagegen wurde von der Majorität geltend gemacht, daß der Präsident der deutschen Nat. Vers. auch äußerlich eine dieser würdige Stellung einnehmen müsse, und daß man ihm nicht zumuthen könne, zu den schweren Opfern, die er bringe, auch noch Geldopfer zu bringen. Man müsse den Maaßstab anderer Staaten in's Auge fassen. In Frankreich erhalte der Präsident der Nat. Vers. außer 50,000 Fr. ein vollständig eingerichtetes und mit Dienerschaft versehenes Hotel. Ein Theil der Linken war wirklich so taktlos, namentliche Abstimmung zu verlangen, doch fand sich diesmal nicht die nöthige Anzahl, um es durchzusetzen. Der Antrag wurde mit sehr großer Majorität angenommen; auch ein Theil der Linken stimmte mit. —

Die Berathung über die dänische Frage begann damit, daß der Präsident fast eine halbe Stunde lang Verbesserungsanträge, welche zu dem Ausschußberichte eingebracht waren, verlas. Immer noch die alte Krankheit. Man muß übrigens nicht glauben, daß es mit diesen vielen Amendements immer ernstlich gemeint sei; die Antragsteller wissen recht wohl, daß sie damit durchfallen; allein sie stellen sie dennoch, um desto sicherer an das Wort zu kommen. Nur Schade um die schöne Zeit. Bei Weitem die meisten der heutigen Reden wurden wieder ganz allein für die stenographischen Berichte gehalten. Der Gegenstand der Berhandlung betraf die von der dänischen Regierung zu leistende Entschädigung für die Beschlagnahme deutscher Handelsschiffe und die Separatverhandlungen und Verträge deutscher Staaten mit Dänemark. Es waren mehrere Petitionen von den Beschädigten eingekommen und viele Abgeordnete hatten Anträge gestellt, welche theils gegen die, wie es scheint, neutrale Stellung einzelner deutscher Staaten zu Dänemark (weil sie das Embargo auf dänische Schiffe aufgehoben haben), theils auf Ersatz des Schadens, welcher durch die Beschlagnahme deutscher Handelsschiffe verursacht worden ist, gingen. Das Resultat der Untersuchungen, welche der Ausschuß hierüber anstellte, war folgendes:

1) für angebliche Separatverhandlungen deutscher Staaten mit der dänischen Regierung während der Dauer des Kriegs liegt kein Nachweis vor, und zufolge der deßfallsigen Kommunikation des Vorsitzenden des Ausschusses mit dem ehemaligen Bundespräsidialgesandten war von solchen Separatverhandlungen und Neutralitätserklärungen auch bei der Bundesversammlung Nichts vorgekommen;
2) was die zwischen deutschen Staaten und Dänemark früher schon bestandenen Verträge betrifft, so ist deren Fortdauer durch den ausgebrochenen Krieg nach völkerrechtlichen Grundsätzen ohnehin in Frage gestellt. Die Revision dieser Verträge versteht sich also schon von selbst, und die Nationalversammlung ist zu der Erwartung berechtigt, daß dabei das Interesse Deutschlands von der Centralgewalt vollständig gewahrt werde;
3) der von Dänemark zu leistende Ersatz alles Schadens, welcher durch die Beschlagnahme deutscher Handelsschiffe zugefügt wurde, macht schon im Stand des Beschlusses der Nationalversammlung vom 9. Juni eine zur Wahrung der Ehre Deutschlands nothwendige Bedingung des dereinstigen Friedensschlusses aus. Da nun die Friedensbedingungen überdies, gemäß dem Gesetze vom 28. Juni über die Einführung der provisorischen Centralgewalt, der Prüfung der Nationalversammlung und ihrem Einverständnisse unterliegen, so bedarf es in dieser Beziehung um so weniger jetzt schon eines Beschlusses, weil die Nationalversammlung auch hier zu der Erwartung berechtigt ist, daß die Centralgewalt sowohl während des Kriegs, als bei dem Abschlusse des Friedens alle Vorkehrungen treffen wird, damit der Ersatz des durch den Krieg Dänemarks Deutschland überhaupt verursachten Schadens gesichert werde.

Lichnowsky veranlaßte den Minister des Auswärtigen in einer ziemlich herausfordernden Weise zu einer Erklärung über diese Verhältnisse.

Deckherr erklärte hierauf, wie es gekommen sei, daß das Embargo auf dänische Schiffe aufgehoben worden sei. Die Bundesversammlung in Uebereinstimmung mit dem Fünfzigerausschuß habe es gestattet, theils weil man von einem höheren völkerrechtlichen Standpunkte ausging, theils weil überhaupt nur zwei dänische Schiffe mit Embargo belegt waren, welche überdies von deutschen Kaufleuten befrachtet und in deutschen Assekuranzen versichert waren. Die Unterhandlungen deutscher Staaten mit Dänemark während des Krieges hätten sich lediglich auf Anfragen und Anzeigen beschränkt. Modifikationen früherer Verträge würden bei dem Friedensschlusse unerläßlich sein. Die Sundzollfrage biete große Schwierigkeiten; der Streit darüber bestehe schon über 200 Jahre, ohne erledigt zu sein. Der Sundzoll mache nicht nur eine Haupteinnahme des dänischen Staates, 2 Millionen Thaler, aus, sondern es bestünden darüber auch Verträge mit Schweden und England. Was die Entschädigung betreffe, so werde dies natürlich eine der ersten Bedingungen des Friedens sein. Aber eine Solidarität sämmtlicher deutschen Staaten dafür auszusprechen, liege nicht in der Kompetenz des Ministeriums des Auswärtigen, obwohl er für seine Person glaube, daß erhebliche Gründe für eine solche Solidarität geltend gemacht werden können. — Der Entschädigungspunkt wurde von den Deputirten aus Preußen besonders hervorgehoben und deßhalb Anträge von Osterrath und Bincke gestellt, nach denen es als eine Pflicht der deutschen Staaten anerkannt werden sollte, denjenigen Staatsbürgern, welche durch den Krieg unmittelbaren Schaden gelitten haben, volle Entschädigung zu gewähren. Von Andern wurde das Bedenkliche eines solchen Beschlusses hervorgehoben, und die Nationalversammlung bezeigte wenig Lust, darauf einzugehen. Schließlich wurden alle diejenigen Anträge und Petitionen, welche sowohl die Aufhebung oder Modifikation früherer Verträge deutscher Staaten mit Dänemark bei dem Friedensabschlusse, als durch die Entschädigungsfrage betreffen, der Centralgewalt überwiesen, ohne daß jedoch ein bestimmter Antrag damit verbunden wurde. — Die Dampfschifffahrtsgesellschaft in Ulm gab schon vor mehreren Wochen eine Petition um Schutz gegen gewaltsame Eingriffe in ihr Schifffahrtsrecht auf der Donau ein. Sie verlangt darin, daß die Nationalversammlung die österreichische Regierung zu einer Verfügung veranlasse, daß den Ulmer Schiffen fernerhin kein Hinderniß des Güterein- und Ausladens an österreichischen Anlandeplätzen mehr in den Weg gelegt, überhaupt aber die Donauschifffahrt von den noch bestehenden Beschränkungen befreit werde. Der Ulmer Deputirte Heßler nahm sich der Sache aufs Eifrigste an, und der Ausschußbericht von Moritz Mohl stellt ziemlich scharfe Anträge gegen die österreichische Regierungsbehörde. Somaruga bemerkt dagegen, daß die Sache auf alten Rechten und Verträgen beruhe, die allerdings zu beseitigen seien; aber es gebe nicht bloß österreichische, sondern auch viele baierische und würtembergische Hindernisse für die Donauschifffahrt, man müsse sie alle in gleicher Weise beseitigen. Auf den Antrag Welckers wird die Petition an die Centralgewalt zur geeigneten Erledigung verwiesen. Die heutige Sitzung der Nationalvers. war zunächst der welsch-tirolischen Frage gewidmet. Die Abgeordneten von Welschtirol hatten den Antrag eingereicht, daß die Kreisbezirke von Trient und Roveredo, unbeschadet ihrer Verbindung mit dem Kaiserthum Oesterreich, aus dem deutschen Staatenbunde entlassen werden, und eventuell, daß der italienische Theil von Tirol eine von den deutschen Kreisen unabhängige, ihrer Nationalität entsprechende Organisation erhalte. Der völkerrechtliche Ausschuß trägt darauf an, zu erklären, daß eine Trennung und Lossagung Südtirols vom deutschen Bunde nicht stattfinden könne, hinsichtlich der zweiten Forderung aber die südtirolischen Abgeordneten auf den frühern Beschluß der Nationalversammlung zu verweisen seien, wornach den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet sei.

Gegen die südtirolischen Forderungen sprachen sich auf eine originellkräftige Weise die deutschtirolischen Abgeordneten, Flir und Schuler aus. Sie zeigten, wie ungerecht die Anschuldigungen der Welschtiroler seien, wie vom historischen, politischen und strategischen Gesichtspunkte aus eine Trennung Südtirols von Deutschland unverantwortlich und selbst eine provinzielle Spaltung Tirols für Deutschland nachtheilig wäre. Die Forderung der Welschtiroler wurde von dem Abgeordneten v. Roveredo Prato in etwas gebrochenem Deutsch vertheidigt. Der Italiener machte nicht den Eindruck, welchen neulich der Pole Janiszewsky machte; doch hörte man ihn mit Geduld und nicht ohne Interesse an. Weniger Geduld zeigte die Versammlung mit seinen Sekundanten Raumer und Vogt, von welchen der erste seine Nationalitätstheorie in unsäglicher Breite auseinanderlegte, der andere viel von der Länderfresserei der deutschen Nat. Vers. redete. Ihm scheint es Länderfresserei, wenn Deutschland nicht Alles hergebe, was man von ihm haben will. Kohlparzer sprach mit großem Unwillen gegen die welschtyrolischen Deputirten und verlangte, daß sie aus der Versammlung ausgewiesen würden. In Beziehung auf die nationalen Theorieen, mit denen man Südtyrol abreißen wolle, sagte er: Beati possidentes, wir besitzen es und darum behalten wirs, das ist mein Völkerrecht. Die Ausschußanträge wurden unter Verwerfung aller

Digitized by Google

Amendements angenommen. Die nun folgenden Verhandlungen über die österreichisch-italienische Frage haben wir bereits in der gestern ausgegebenen Beilage mitgetheilt.

Die Sitzungen bleiben bis zum nächsten Donnerstag ausgesetzt, weil der größte Theil der Nat. Vers. morgen der erhaltenen Einladung gemäß sich nach Köln begiebt.

Großbritannien.

London, 9. Aug. Mit Ausnahme einiger politisch-bedeutsamen Interpellationen und der Bescheide darauf haben wir der jüngsten Verhandlungen und Beschlüsse des Parlaments keine Erwähnung gethan. Wichtige Beschlüsse wurden ohnehin nicht gefaßt, die Thätigkeit des Oberhauses beschränkte sich auf breite Rednerei, die des Unterhauses meist auf Verwerfen und Beseitigen von Anträgen, wie es denn überhaupt für die gegenwärtige Parlamentssession charakteristisch ist, daß die meisten Anträge in höflicher Weise beseitigt werden; das Kabinet läßt manche der seinigen fallen, aus Zuvorkommenheit gegen das Haus, die einzelnen Mitglieder die ihrigen auf freundliches Zureden der Minister. Selbst die Times haben sich durch die Resultatlosigkeit dieses „langen" Parlaments die Galle so erbittern lassen, daß sie fragen, ob diese Lahmheit des Parlaments nicht etwa gar ein Zeichen von Altersschwäche und Uebrlebtheit des Instituts selbst sei? Die Minister wüßten kein Leben in das Haus und das Haus keins in die Minister zu bringen u. s. w. Mehrere der Verhandlungen in letzter Zeit betrafen die Zustände Irlands. Am 28. Juli stellte Hr. Sharman Crawford einen Antrag, das Haus möge erklären, daß es ungesäumt Maßregeln für nöthig erachte, welche geeignet seien, den Uebelständen und Beschwerden Irlands abzuhelfen. Gehe dieser Antrag durch, so werde er weiter beantragen, daß, was Lord J. Russell selbst im J. 1844 vorgeschlagen habe, ein besonderes Komité vom Hause ernannt würde, um sämmtliche Beschwerden und Anliegen Irlands in Betracht zu ziehen. Bei dieser Verhandlung kamen alle Uebelstände Irlands wieder zur Sprache: das unnatürliche Verhältniß zwischen Gutsherren und Pächtern, zwischen Pächtern und Feldarbeitern, die anomale und kostspielige Einrichtung eines Vierkönigthums, die Geltung der englischen Kirche als Staatskirche, während doch, wie selbst der Minister des Innern (Sir G. Grey) einräumte, umgekehrt die katholische als die herrschende in Irland angesehen werden sollte u. s. w. Die Motion Crawford's, welche freilich unter den jetzigen Umständen und kurz vor dem Ende der gewöhnlichen Parlamentssession zu nichts Entscheidendem führen konnte, wurde schließlich mit 100 Stimmen gegen 24 (ministerielle Mehrheit 76) verworfen. Irland gab außerdem im Oberhause wie im Hause der Gemeinen zu mancherlei Interpellationen und Vorschlägen Anlaß, unter andern ergriff Lord Brougham die Gelegenheit zu bemerken, man könne Smith O'Brien ja als Pferdedieb abtheilen, nachdem derselbe einem Landjäger sein Pferd abgenommen habe, um sich vor seinen Verfolgern rascher flüchten zu können. Hr. Horsman schlug im Unterhause am 1. August wieder sein Lieblingsthema an, die bessere und nutzbringendere Verwendung des Kirchenvermögens betreffend, und er variirte dies Thema diesmal mit so großem Erfolg, daß Lord J. Russell selbst ihm in der Hauptsache Recht und dem Hause die Zusicherung gab, daß das Kabinet selbst sich bereits mit Vorarbeiten über diese wichtige Angelegenheit ernstlich beschäftige. He. Horsman ging in seinen Vorschlägen von der Ansicht aus, daß Kirchen und Kirchengüter hauptsächlich deshalb gegründet würden, um die religiöse Erziehung zu fördern, statt dessen dienten die Einkünfte nur, um die theologische Aristokratie zu füttern und sich in wenigen Händen anzuhäufen, während die niedere Geistlichkeit aufs Traurigste besoldet sei und das Volksschulwesen im Argen liege. Man höre da wieder schöne Dinge über die Verwilderung und den geistigen und sittlichen Schmutz, worin Tausende und aber Tausende in England, namentlich aber in der Hauptstadt und den Fabelkstädten aufwachsen, so daß man noch dem Himmel danken muß, wenn durch städtische Missionen die sog. „zerlumpten" oder „Lumpenschulen" traurigen Namens gestiftet wurden. W. Molesworth beachte den Zustand der Kolonien zur Sprache, die seiner Ansicht nach nicht eher wieder aufblühen könnten, bis ihnen die ausgedehntesten Rechte auf Selbstverwaltung eingeräumt würden. Wie könne man in dem Kolonialdepartement zu London mit allen eigenthümlichen, lokalen Verhältnissen und Bedürfnissen der über die ganze Welt zerstreuten und so verschiedenartigen britischen Kolonien vertraut sein! Bei einer solchen Einrichtung sei es ganz natürlich, daß man nach allen Seiten hin anstoße. Der Redner deckte die Gebrechen und Mängel dieses Departements schonungslos auf. Die Russell'sche gegen Wahlbestechung gerichtete Bill führte in den letzten Sitzungen zu langen und etwas minutiösen Verhandlungen. Ihr Hauptgegner war Oberst Sibthorp. Als die Sprache darauf kam, ob man die Bewirthung von Grafschaftswählern in die Kategorie von Bestechungsmitteln zu verweisen habe, äußerte der tapfere Degen entrüstet: „Wenn mich ein anständiger Herr zur Frühstückszeit besucht, so werde ich ihm ganz gewiß ein Glas Wein vorsetzen und diese Bewirthung für eine nothwendige Erfrischung halten. Ich bin für Gastfreundschaft und für Ausübung christlicher Milde gegen die, welche uns hierher geschickt haben." Mit großem Eifer erklärte er sich gegen die Klausel, wonach Jemand, der wegen Wahlbestechung in Untersuchung gekommen, gewisse, seine persönlichen Verhältnisse betreffenden Urkunden der Untersuchungskommission einzuhändigen habe; man wisse ja nicht, was die Kommission damit anfange? Der Redner schloß: „Ich würde der Erste sein, der sich in diesem Falle in den Tower bringen ließe (Gelächter), und wenn irgend Jemand wegen gleicher Verweigerung in den Tower gesandt würde, so würde ich als Gesellschafter mit ihm gehen (schallendes Gelächter). Die ganze Bill ist ein schmutziges und fiziges Pendakt!"

London, 10. Aug. In der vorgestrigen Sitzung des Oberhauses kritisirte Lord Stanley die von England in der sicilischen Angelegenheit befolgte Politik in einer langen Rede, welche unter andern die bewundernde Zustimmung des immer mehr in die Stellung der toryistischen Opposition zurückweichenden Morning Chronicle findet. Lord Stanley's Tadel umfaßte namentlich folgende Punkte: 1) England hat sich ohne haltbaren Grund in den Zwist zwischen Sicilien und Neapel eingemischt und den Lord Miato nach Italien geschickt, der aber so unglücklich war, daß, wo er auch erschien, die Erbitterung der Gemüther bis zum Unversöhnlichen stieg, daß, wo er auch vermittelte, von Bern bis Palermo die schwarze Flagge aufgehißt wurde; 2) England hat Sicilien vorgeschrieben, welche Regierungsform es zu wählen habe, und zwar die Monarchie in der Person des zweiten sardinischen Prinzen; 3) England hat die Unabhängigkeit eines Landestheiles anerkannt, bevor noch der Krieg zu Ende gewesen, und zwar eben unter der Bedingung, daß Sicilien sich entschließen müsse, eine Monarchie zu sein. Lord Stanley erinnert hierbei an die der Stellung Irlands zu England ähnlichen Stellung Siciliens zu Neapel — eine Analogie, welche sich den Briten immer bedeutungsvoller und drohender aufdringt. Lord Lansdowne, der ohnehin mit ziemlich unverständlicher Stimme sprach, gab eine wenig genügende Antwort: England habe mehr zu einer monarchischen als republikanischen, und mehr zu einem italienischen als ausländischen Prinzen gerathen u. s. w. Auch Lord Miato ergriff das Wort und äußerte: er habe nur auf dringendes Nachsuchen der neapolitanischen Regierung das Werk der Vermittelung übernommen und dabei den Grundsatz befolgt, daß, wenn irgend möglich, Sicilien für Neapel gerettet werden müsse. Der Earl von Malmesbury fragte, ob Admiral Parker den Befehl habe, sich einer Kriegsflotte mit Eroberungszweck, welche der König von Neapel gegen Sicilien zu senden etwa im Sinne haben sollte, in den Weg zu legen? Marquis von Lansdowne erwiderte, im Interesse des Publikums selbst eine Antwort hierauf verweigern zu müssen.

Was wir bereits in einer frühern Nr. vorher gesagt, daß von den Humeschen 4 Punkten derjenige, welcher die geheimen Parlamentswahlen betrifft, am meisten Aussicht hätte durchzugehen, wenn er in Einzelfassung beim Hause beantragt würde, hat sich am 8. Aug. erfüllt. M. H. Berkeley beantragte in einer tüchtigen Rede, das Haus möge sich dahin erklären, daß es geheime Stimmengebung bei der Wahl der Parlamentsmitglieder für zweckmäßig erachte. Oberst Sibthorp bemerkte: möge Lord Russell sehen, wie er mit seinen „meuterischen" Truppen die Sache durchfechte, er für sein Theil sei nicht für den Antrag. Lord J. Russell widersetzte sich dem Antrag aufs Eifrigste, und hob treffend hervor: Oeffentlichkeit sei die Grundregel der englischen Verfassung, Geheimniß und Heimlichkeit nur eine Ausnahme; geheime Wahlen aber widersprächen diese Grundregel ganz und gar. Cobden berief sich auf das Beispiel Nordamerikas mit einer Wärme, welche deutlich genug verräth, daß ihm die Einführung der Republik in England je eher je lieber willkommen sein würde: der „piebejische" Abzweig von Engländern in den Vereinigten Staaten habe da Ballot und das allgemeine Wahlrecht eingeführt, und befinde sich ganz wohl dabei. Die Nordamerikaner regierten sich selbst viel praktischer, wohlfeiler u. klüger als irgend ein anderes Volk. (Wie Cobden sind auch wohl alle übrigen Anhänger der sog. „Manchester-Schule" Kryptorepublikaner, die jedoch immer unverhohlener ihre Maske abwerfen). Napier läugnete den günstigen Einfluß der geheimen Wahlen und berief sich namentlich auf den nordamerikanischen John Randolph, der sich ihrer Einführung in Virginien mit Erfolg widersetzte, wogegen C. Villiers bemerkte: Virginien sei auch ein Sklavenstaat. Schließlich wurde die Motion Hen. Berkeley's mit 86 Stimmen gegen 81 (Mehrheit für die Opposition 5) angenommen, ein Ergebniß, welches der Opposition selbst

Digitized by Google

unerwartet zu kommen schien und mit großem und wiederhaltem Beifall aufgenommen wurde. Die Times machen wohl nicht mit Unrecht darauf aufmerksam, daß das Ministerium sich diese Schlappe ersparen konnte, wenn es das Parlament früher geschlossen hätte, da eigentlich nur die Opposition jetzt noch mit Eifer bei den Geschäften sei.

Die Times erklären sich ermächtigt, anzuzeigen, der neapolitanische Gesandte sei angewiesen, Lord Palmerston zu erklären, daß wenn Großbritannien in bewaffneter Weise der neapolitanischen Flotte in den Weg träte, dies von dem Hofe von Neapel als eine Kriegserklärung betrachtet werden würde. Der neapolitanische Gesandte in London, Fürst Castelcicala, hatte wiederholt Unterredungen in jüngster Zeit mit Palmerston.

Frankreich.

Paris, 11. August. Der Moniteur bringt folgende Ernennungen im diplomatischen Corps: Herr von Rayneval, Gesandter in Neapel, Hr. Detezac, Gesandter in Kopenhagen, Hr. Benoit-Champy, Gesandter in Florenz, Herr Ch. Baudin, Legationssekretär in Neapel, Herr Bellecourt, Legationssekretär in Kopenhagen, Herr Fontenilliat, Attaché in Hannover und Herr Bernays, Attaché in Wien. Der letzte Name erinnert an ein sämmtliches Blatt („Vorwärts"), das seiner Zeit den deutschen Namen vor dem Auslande ebenso beschimpfte, wie die deutsche Brüsseler Zeitung des H. v. Bornstedt. Mit solchen Ernennungen beweist die französische Regierung weder große Achtung gegen uns, noch den Willen, mit uns in ehrlicher Eintracht zu gehen.

Nachdem in der gestrigen Sitzung der Minister Bastide die baldige Pacification Italiens angekündigt hatte, erhob sich Herr Baune und rügte das Wort: Pacification, — man habe bereits mehrere Male erlebt, wie die Oestreicher Italien pacificirt hätten, der Minister unterbrach ihn jedoch mit den Worten: „Es kann keine complete Pacification geben ohne die Befreiung Italiens." Die Versammlung, der man vorgeschlagen hatte, zur Tagesordnung überzugehen, weigerte sich, dieses zu thun, und votirte fast einstimmig die Vertagung der Debatte über Italien, bis man nähere Nachrichten habe. Die Diskussion des Preßgesetzes ward hierauf wieder vorgenommen, und die Herren Pierre Lerenz, Proudhon, Jules Favre, Lagrange schlugen Amendements vor, die sämmtlich angenommen wurden, und die an die Stelle der Unverletzlichkeit des Königs die Unverletzlichkeit der republikanischen Institutionen, der Konstitution, der Regierung, der Volkssouveränität, des allgemeinen Wahlrechts und des Eigenthums setzten. Es ward jedoch wohl verstanden, daß nur die leidenschaftlichen, zum Umsturze aufreizenden Angriffe der Presse verboten seien, keineswegs aber die wissenschaftliche Diskussion dieser Fragen. In der heutigen Sitzung wurde die Diskussion des Preßgesetzes beendigt. Vier Artikel waren schon gestern angenommen, — man beginnt bei Artikel 5 und die Artikel werden, einer nach dem andern fast ohne Diskussion angenommen. Pascal Duprat erinnert jedoch noch ein Mal im Namen der Kommission, daß die Kommission das Princip dieses Gesetzes nicht anerkenne, daß sie das, was votirt worden sei, nur als eine provisorische Modifikation der bestehenden Preßgesetze betrachte, und daß erst nach der Konstitution durch ein organisches Gesetz die Verhältnisse der Presse geregelt werden würden. Das Ganze des Gesetzes wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

In der mehrtägigen Verhandlung über das neue Gesetz war die Debatte über die Kautionen unstreitig die interessanteste Episode. Die Linke hatte, indem sie den Grundsatz der Kaution angriff, mochte dieselbe 100,000 oder, wie das neue Gesetz will, nur 24,000 Fr. betragen, unstreitig das Recht und die Konsequenz auf ihrer Seite; denn alle Exzesse der Presse berechtigen noch immer nicht zu einer Präventivmaßregel, die die Reichen vor dem Armen begünstigt, die nicht sie abwehren kann und gleichwohl den Einzelnen oft empfindlich trifft. Das führten Avon, Ledru-Rollin und Andere in sehr einleuchtender Weise aus; sie verlangten strenge Repressivgesetze, wollten aber keine Rückkehr zu den Bestimmungen, welche die Februarrevolution mit so vielem Nachdruck verurtheilt hatte. Die Vertreter der Regierung, namentlich der ehemalige radikale Advokat Marie, jetzt Justizminister, glaubte dagegen die Ausschweifungen der Presse nur mit dieser präventiven Beschränkung abwehren zu können; sie versicherten zugleich, die Maßregel solle keine bleibende sein. Im Uebrigen erinnerte Marie's Rede an Manches, was Billaud und Guizot ihrer Zeit auch gesagt hatten; sogar den famosen Unterschied zwischen „guter und schlechter Presse" stellte er in seiner Rede auf. Die beiden Berhandlungen über das Associationsgesetz, über die Preßkautionen sind unstreitig die belehrendsten Episoden in der Geschichte Frankreichs seit dem 24. Juni; sie beweisen, die wie vielte Stunde der Republik geschlagen hat. Die Monarchie, die dreifarbige, die rothe Republik, wenn sie am Ruder sind, sehen sich einander ganz ähnlich in Frankreich, weil eben die Menschen dieselben bleiben, auch wenn die Staatsformen und Namen wechseln.

Italien.

* Verona, 5. August. Nach den soeben (Abends 6 Uhr) aus S. Donato, unserm Hauptquartier, einlaufenden Nachrichten haben die Mailänder den Piemontesen die Thore versperrt, von denen es am 4. zu einer Schlacht kam, worin unsere Truppen wieder Sieger waren, eine Batterie 16Pfünder erbeuteten und darauf Pavia besetzten. Die Avantgarde unserer Truppen kam mit der Arrieregarde des Feindes nur beim Uebergang über den Po und in der Nähe von Savagnana zusammen. Wir eroberten in dem Gefechte mehrere Kanonen, verloren aber dabei leider einige Offiziere. Jetzt sind wir im Besitz aller Orte auf der ganzen Straße von Mantua bis Mailand. Das Landvolk kommt überall der Armee mit Evviva und Freudendemonstrationen entgegen. Die Männer tragen grüne Zweige in der Hand, die Mädchen und Frauen haben das Haar festlich mit Blumen geschmückt.

In Bergamo waren am 8. d. die Oesterreicher noch nicht eingerückt. Man war hier sehr besorgt wegen Plünderung von Seite des Pöbels, um so mehr, da fast alle jungen Leute geflüchtet waren. Das Gerücht, Radetzky stecke die jungen Leute unter die Truppen und schicke sie nach Ungarn, hat diese massenhafte Flucht hauptsächlich veranlaßt. Die Kolonne Garibaldi hatte sich diesen Briefen zufolge auf schweizerisches Gebiet zurückgezogen und da die Waffen niedergelegt.

Verantwortlicher Redakteur S. Gervinus.

[688] **Schuldenliquidation.**

Nr. 7397. Jakob Jockers der III. Bürger zu Neumühl ist gesonnen mit seiner Familie nach Amerika auszuwandern. Tagfahrt zur Schuldenliquidation wurde anberaumt auf

Donnerstag, 31. d. M. früh 9 Uhr

wozu alle diejenigen, die etwaige Ansprüche an Jakob Jockers III. zu machen haben, hiermit aufgefordert werden, dieselben in dieser Tagfahrt um so gewisser schriftlich oder mündlich anzuzeigen, als ihnen sonst zu ihren Forderungen nicht mehr verholfen werden könnte.

Kork, 10. August 1848.

Großh. Bezirksamt:
Bodmann.
vdt. Conant.

[689] **Oeffentliche Vorladung.**

Nr. 12753. Musikdirektor Johann Schiegri in Neustadt erhob heute gegen Joseph Kirner von Rudenberg folgende Arrestklage: Am 26. März d. J. bestellte der Beklagte von Mannheim aus eine Musikuhr, unter genauer Angabe der Beschaffenheit derselben, und verlangte nun wie deren Fertigung bis Ende April oder Anfangs Mai d. J. den Brief lege ich in Original vor. Ich verfertigte das Kunstwerk, überschickte es Anfangs Mai dem Besteller, und ersuchte ihn, den Preis dafür, der sich mit der dazu gegebenen Kiste auf 61 fl. 20 kr. beläuft, alsbald an mich zu bezahlen. Erst am 26. Juni d. J. zeigte mir der Besteller auf 3 maliges Schreiben den Empfang der Musikuhr an, und versprach den Kaufpreis mit 61 fl. 20 kr. an mich binnen 14 Tagen zu zahlen, auch diesen Brief übergebe ich zu den Akten. Bis jetzt ist noch keine Zahlung erfolgt. Der Beklagte hat seinen bisherigen Aufenthalt — Mannheim — verlassen, zieht herum, ohne daß man weiß, wo er ist, ja man hat sogar die sichere Vermuthung, daß er sich ganz flüchtig gemacht hat, und seine Gläubiger leer ausgehen lassen oder hintergehen will. Auch über diese Thatsache lege ich eine Urkunde des Bürgermeisteramts Rudenberg vom heutigen dar, welche als Bescheinigung über das Dasein des Grundes dienen soll, auf welchen ich meine gegenwärtige Arrestklage baue. Der Beklagte hat in der Gegend einige Forderungen ausstehen, namentlich eine bei Kieser Mathä Jordan in Löffingen, im Betrage von 300 fl. Auf diese Forderung bitte ich bis zum Betrage von etwa 100—120 fl. Beschlag zu verfügen, so dann alsbaldige Tagfahrt zur Rechtfertigung des Arrestes anzuordnen, den Beklagten vorzuladen, und nach gepflogener Verhandlung zu erkennen, der verfügte Arrest sei für gerechtfertigt zu erklären, und habe fortzudauern, auch habe der Beklagte alle Kosten zu tragen. Da der Beklagte sich auf flüchtigem Fuß befindet, so wolle die Ladung durch Einrückung in die öffentlichen Blätter bewirkt werden. Auf diese Klage ergeht der

Beschluß.

1. Wegen der klägerischen Forderung in Betrag von 61 fl. 20 kr. nebst Zinsen und Kosten, wird Beschlag auf das Guthaben des Arrestbeklagten bei Kieser Mathä Jordan zu Löffingen, bis zum Betrage von 120 fl. verfügt und dem Letzteren aufgegeben, die mit Beschlag belegte Summe bis auf weitere diesseitige Verfügung der Vermeidung nochmaliger Zahlung, nicht auszuzahlen.

II. Nachricht hievon drei Theilen und wird Tagfahrt zur Rechtfertigung des Arrestes auf

Samstag, 9. Sept. d. J. früh 8 Uhr

angeordnet, bei welcher dieselben zu erscheinen haben, bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß beim Ausbleiben des Arrestklägers, der Arrest wieder aufgehoben, beim Ausbleiben des Arrestbeklagten, das Arrestverfahren gleichwohl fortgesetzt, und er mit seinen Einreden gegen die Rechtmäßigkeit des Arrestes ausgeschlossen würde. Diese Verfügung wird nun auf flüchtigem Fuß sich befindenden Arrestbeklagten, auf diesem Wege verkündet.

Neustadt, 8. August 1848.

Großh. Bezirksamt.
Leiber.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver II Exeter, 19 Hanover Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Herrenschwand in Genf. Bestellungen für Heidelberg Nr. 29 Brunnengasse, Preis bei Nr. 29 Neue Brücke in Kommission.

Deutsche Zeitung.

Die Expedition befindet sich Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 45 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 225. Heidelberg, Dinstag 15. August. 1848.

Uebersicht.

Die innerdeutsche Frage. — Wien (Verhandlungen des Reichstags. Interpellation wegen Modenas und der geistlichen Güter. Die Sendung der Truppen nach Schleswig abgelehnt. Die Schlüssel von Mailand in Innsbruck). Botzen (zur Charakteristik der Ständeverhandlungen). Teiß (Adresse an Radetzky). Prag (Feier des 6. Aug.). Berlin (die Verhandlungen der Kammer. Die Verfassung. Die Gesetzentwürfe über das Gemeindewesen und die Bürgerwehr. Die Händel wegen der Konsubier. Die preuß. Partei. Der 6. August. Die ultramontanen Gegner. Unterhandlungen mit Dänemark. Hr. v. Griesheim. Der Geschäftsstyl). Aus Rheinbayern (die Parlamentssitzungen vom 7. und 8. August). Stuttgart (die angeblichen sonderbündlerischen Unterhandlungen. Die Stimmung Württembergs). Leipzig (Adresse des Ostmarkenvereins). Hannover (die Frankfurter Reichstruppen. Friedliche Gerüchte. Ein Theil des Kontingents nach Baden). Zeetzburg (Aufbruch der Truppen nach Schleswig-Holstein). Oldenburg (die Huldigungsfeier). Eckernförde (der Waffenstillstand. Keine Huldigung der Truppen). Rendsburg (die süddeutschen Truppen).

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen: Russell und Palmerston über die Weltlage. Marryat †.

Frankreich. Paris. Das Komité der auswärtigen Angelegenheiten über die italienische Frage. Programm der auswärtigen Politik Frankreichs im Moniteur.

Italien. Mailand. Stimmung der Bevölkerung. Gerücht aus Turin und Genua. Aufbruch der Oesterreicher gegen Piemont. Bologna. Bericht Weldens über die Besitznahme der Stadt. Portermo. Festlichkeiten. Das englische Geschwader. Die französ. Schiffe.

Beilage. Wien. Verhandlungen des Reichstags. Berlin. Eine Gesinnungsinquisition.

15. August.

Der Ruge'sche Kosmopolitismus will weder in der Paulskirche, noch außerhalb besonderes Glück machen. In denselben Tagen, wo der philosophische Politiker dem „Alba des neunzehnten Jahrhunderts" eine tüchtige Niederlage gewünscht hat, jagte der greise Feldherr mit deutschen Waffen „das Schwert Italiens" vor sich her, säuberte die Lombardei in zehn Tagen von den Feinden und die italienische Schilderhebung fand ein so klägliches und ruhmloses Ende, wie es selbst die nicht erwartet hatten, die vom italienischen Heldenmuth nur sehr mäßige Vorstellungen haben. Und als die Siegesbotschaft in der Paulskirche zur Sprache kommt, so jubelt die Nationalversammlung, hört abermals nicht auf die humanistische Theorie des Wegschenkens und Hergebens, sondern faßt den Beschluß, „man erwarte, daß die Centralgewalt die Interessen Deutschlands wahren werde." Ganz ähnliche Stimmungen machten sich auch außerhalb der Versammlung geltend; selbst Leute, die den Besitz Italiens vor Wochen und Monaten wohlfeil gaben, oder solche, die voll Sympathie für das Loos der Lombarden wenigstens nur die Kriegskunst Radetzky's, nicht seine Politik preisen mögen, haben dem unmittelbaren Eindruck nachgegeben und über den Sieg gejubelt, den — zum Erstaunen von ganz Europa — die bunten Heere eines in bedenklicher Krise begriffenen deutschen Staates rasch, mit allen Ehren und mit allem Erfolge erfochten haben.

Wie die Sachen liegen, scheint demnach der Kosmopolitismus noch nicht tief in Fleisch und Blut eingedrungen zu sein, Völker wie Individuen huldigen noch der alten schlechten Theorie, daß in politischen Dingen Nehmen und Behalten besser sei als Geben. Die so geläufige Lehre, die Grenzen der Staatsgebiete dürften sich nur nach Nationalitäten scheiden, muß dann bei solchen praktischen Konflikten Modifikationen erleiden, und zwar selbst in den Augen derer, die sie sonst theoretisch gern festhalten möchten.

Indessen liegt jenem Systeme der kosmopolitischen Politik eine treffliche humane Wahrheit zu Grunde. Was einmal die alte Praxis vergangener Jahrhunderte, Menschen wie leblose Dinge zu verwerthen und zu verhandeln, verdammt und preisgegeben, räumte man einmal den Völkern wieder ihr natürliches Recht ein, über die eigenen Angelegenheiten befragt und gehört zu werden, dann mußte man auch von der alten Art, gewaltsam Nationalitäten und Eigenthümlichkeiten auszurotten, zurückkommen und jedem Volksthum die gleiche Berechtigung zuerkennen. Waren die Differenzen unter den Einzelnen auf diesen Grundlagen ausgeglichen, dann war die Völkerverbrüderung nicht mehr ferne; die Theorie vom kosmopolitischen Weltstaat des Friedens und der Einigkeit war fertig, man konnte die Zeughäuser schließen, die Festungen niederreißen, die Grenzpfähle wegnehmen, die Schutzzölle aufheben — denn das Alles waren nur barbarische Reste der früheren Verwilderung.

Nur Schade, daß die Praxis mit der Theorie nicht gleichen Schritt hielt. Die beiden europäischen Mächte, die seit hundert Jahren am Meisten an Macht und Umfang zugenommen haben, und die auch in politischen Geschäften einiges Renommée genießen, Rußland und Großbritannien, bezeigten durchaus keine Lust, sich der humanen Lehre zu akkommodiren. Die Einen nehmen zu den Ostseeprovinzen noch Finnland, binnen auch die Donaufürstenthümer, den Rest von Polen; die Andern bemächtigen sich beinahe der beiden Indien, der jonischen Inseln, Maltas, und man könnte nicht sagen, daß alle diese Erwerbungen sehr mit Willen und Wunsch der Betheiligten erfolgt sind; die Theorie von der Nationalität blieb dabei unbefragt. Ja, die Franzosen selbst, die in ihrer ersten Revolution den genannten Grundsatz förmlich verkündigten, ließen ihn faktisch wieder fallen, verfielen zwanzig Jahre lang in einen Patriotismus, der den schneidendsten Gegensatz zur humanen Theorie von den Nationalitäten bildete, und auch als die europäische Welt der Krankheit ein Ziel setzte, kamen die alten Nachwehen als kleine Anfälle wohl zurück, und es that dem Volksbewußtsein sehr wohl, an den Kabylen ein Material zu haben, woran man die alte inhumane Doktrin nach Kräften erproben konnte.

Uns Deutschen allein, dem „philosophischen Volke", sollte die Ehre verbleiben, die sehr heißen Kastanien der neuen Theorie auf eigene Kosten aus dem Feuer zu holen. Als geborne Ideologen stürzten wir uns mit aller Eile in die neue Lehre hinein; unsere ganze geistige Bildung im vorigen Jahrhunderte, obwohl eine durchaus nationale, erhielt das kosmopolitische Relief, das unsere Dichter und Philosophen als eine deutsche Tugend an sich pflegten und ausbildeten. Die ernsten Männer und die Thoren machten sich mit deutscher Begrifflerung zu den Gefoppten der neuen Lehre; wie trieben auch hier die Sache leicht ins Grenzenlose und Unvernünftige, und jener „Anacharsis Clots", der in dem kosmopolitischen Drama der französischen Revolution die lächerliche Person spielte, war unser Landsmann. Ihm, dem Mann der Universalrepublik, dem „Abgeordneten des Menschengeschlechts", wie er sich im Juni 1790 redend einführte, mußte Robespierre hämisch zurufen: „Wie kann der sich für Frankreich interessiren, wenn er Weltbürger ist! Sollen wir auf dem Erdball Propaganda machen, sollen wir Monomotapa zu einer französischen Schwesterrepublik erheben?"

Es sind jenem Rausche der neunziger Jahre Zeiten bitterer Erfahrungen gefolgt; den Humanitätsphilosophen zum Hohne hat Europa zwei Decennien des blutigsten Krieges gesehen, und die letzte Phase war ein erbitterter Volkskrieg unter den einzelnen Nationalitäten. Die Eindrücke dieser Epoche sind lebendig geblieben; es hat sich seitdem noch schärfer als zuvor der einzelne Staat und das einzelne Volk mit eifersüchtiger Wachsamkeit gegen den Nachbar sicher zu stellen gesucht, auch die Deutschen sind abgekühlt worden von ihrem kosmopolitischen Jubel. Die gutmüthigen Theoretiker, die hergeben und wegschenken möchten auf die Chance einer ungewissen Weltverbrüderung hin, sind nicht mehr nur zu Viele; es hängt sich außerdem an sie der wüste Troß der Gesinnungslosigkeit, der Leerheit und Nichtigkeit, die, wie sie überhaupt Nichts ist und Nichts hat, auch des nationalen Selbstgefühls entbehrt.

Digitized by Google

So ist in unserer Politik ein Umschwung entstanden, der uns zwar der lieben Theorie entfremdet, aber der Praxis der andern Völker näher bringt; in dem Sinne hat auch die Nationalversammlung in der posener, schleswiger, tiroler Angelegenheit wie in der lombardischen Verwicklung Beschlüsse gefaßt, die mehr von dem Grundsatz des Behaltens und Erhaltens ausgehen als des Verschenkens und Verschleuderns.

Man fühlt allmählich, daß bei der neuen Theorie der Nationalitäten bis jetzt noch alle Gegenseitigkeit fehlt, daß wir die gutmüthigen Narren und unkluges Opfer davon sein sollen. Wir haben noch nicht gehört, daß russische Staatsleute an die Herausgabe der deutschen und polnischen Besitzungen denken, oder daß England auch nur Helgoland oder Gibraltar oder Malta in die Masse schenken will, geschweige denn Irland oder gar Ostindien, und doch wäre hier der Wille bei den Unterworfenen gewiß vorhanden. Wir glauben auch nicht, daß diese Theorie die Franzosen, die sie sonst sehr nachdrücklich betonen, irgend auf den Gedanken gebracht hat, den keltischen Westen oder den deutschen Osten, wenn er einmal daran dächte, seiner Nationalität zu folgen, bereitwillig preiszugeben. Frankreich würde mit England oder Rußland in solch einem Fall ganz den gleichen Weg gehen, und lieber die furchtbarste Gewalt anwenden, als auf eigene Kosten der Theorie einen Triumph bereiten. Nicht einmal der bescheidenen Forderung, in Sprache und Sitte ungestört zu bleiben, wird von diesen Staaten nachgegeben; das humane Frankreich wie das freie England suchen mit ehrlichen und unehrlichen Mitteln die widerstrebenden nationalen Elemente, die mit dem Staatskörper verbunden sind, allmählich zu untergraben.

Die praktischen Leute, die am Ruder der genannten Staaten stehen, würden uns auslachen, wollten wir auf eine allgemeine Abrechnung nach streng „nationalen" Grenzen dringen. Sie würden uns darauf hinweisen, daß — selbst die Möglichkeit der Durchführung vorausgesetzt — eine Verwerfung und Umwälzung aller Verhältnisse die nächste Folge sein müßte. Sie würde uns nicht mit Unrecht daran erinnern, daß beinahe kein einziger Staat in seinem Gebiete ganz gleichartige Bewohner, Sitten und Sprachen vereinigt. Nationalitäten und Sprachen begrenzen sich nicht immer in scharfen und festen Linien; sehr häufig gehen sie an offnen ungeschützten Stellen allmählich in einander über. Die politischen Grenzen, die sich jeder Staat suchen muß, sobald er seine Existenz zu fühlen und zu sichern beginnt, sind daher sehr häufig an andern Punkten gezogen, als da wo Sprache und Nationalität die Grenzlinie machen. Auch diese Grenzen sind sehr alt; sie hängen mit der Existenz und der Sicherheit des Staates zusammen und wurzeln daher in einem natürlichen und nothwendigen Bedürfnisse. Kleinere Gruppen, die sich durch Sprache und Nationalität unterscheiden, verwachsen so durch Jahrhunderte mit dem großen Staatskörper, der sie umgibt; oft ist die Sicherheit und selbständige Entwicklung beider durch diese Vereinigung bedingt und es wird dann die volksthümliche Verschiedenheit durch das gemeinsame Interesse, durch die Forderungen der geographischen und politischen Lage überwogen. Es ist dann nicht selten entweder das Gefühl, einem großen und mächtigen Staate anzugehören, oder das Bewußtsein, unter dem Schutz freierer Institutionen zu stehen, mächtiger als der nationale Individualismus; denn solche Verhältnisse sind häufig alt und durch Gewohnheit wie durch Interesse zusammengekittet. Fast alle Staaten Europas schließen solche heterogene Elemente in sich ein oder haben sie nicht selten an der politischen Grenze liegen; aber alle diese Staaten würden auch unser Verlangen einer streng nationalen Parzellirung mit der Berufung auf ihre politische und materielle Existenz, auf Bedürfniß und Sicherheit entschieden zurückweisen. Sie würden uns sagen, daß der Staat in seinem geschlossenen Ganzen so gut seine Berechtigung hat, wie die Nationalität; ja daß in Konflikten, wo die unabhängige Existenz des erstern auf dem Spiele steht, die letztere nachgeben muß.

Die Politik aller europäischen Staaten von Rußland an bis zu Dänemark würde uns diesen Beweis führen; uns Deutschen bliebe die Rolle des politischen Aschenbrödels überlassen, und würde man entkleiden bis wir bettelarm wären, wenn wir unklug und gesinnungslos sein wollten uns darein zu fügen. Uns muthet man zu, unsere Ostgrenze gegen die Barbarei bloszustellen durch die Herausgabe von Posen, wir sollen allenfalls auch Böhmen losgeben und so dem Feind den Weg zum Herzen öffnen, und doch haben wir diesen Boden seit Jahrhunderten mit deutschem Fleiß und deutscher Bildung angebaut, und doch hören wir nirgends davon, daß diejenigen, welche die Forderung stellen, im Nothfall bereit wären, ihrerseits ein Gleiches zu thun. Solange diese Gegenseitigkeit fehlt, gehört jene Forderung komme sie woher sie wolle zu den nativen Frechheiten, welche die alte Politik sich gegen uns angewöhnt hatte.

Die italienische Verwicklung führt uns auf dasselbe Gebiet der Verhandlung. Wenn der politische Vortheil es gebietet, eine Besitzung die uns als Entschädigung durch Verträge bewilligt ist, hinzugeben, wenn die Opfer und Anstrengungen größer sind als der Ertrag und wir uns mit großer Mühe und Gewalt den Besitz erhalten können, dann können wir uns zum Nachgeben verstehen; wo dies aber nicht der Fall ist, da wäre es unverantwortlich, wenn wir uns vom Ausland zu Hausnarren einer kosmopolitischen Theorie gebrauchen ließen, die bis jetzt weder in London noch in Paris anerkannter Glaubensartikel geworden ist. Wir wollen die Opfer nicht aufzählen, die wir seit mehr als einem Jahrtausend jenseit der Alpen haben bringen müssen; das beste deutsche Blut ist dort mit einer Verschwendung vergossen worden, mit der allerdings der Ertrag in keinem Verhältniß stand. Aber wenn wir auch keine Römerzüge mehr machen, so wollen wir doch die Errungenschaften eines vielhundertjährigen Kampfes schützen und Gebiete nicht preisgeben, deren Verlust den Süden unseres Landes so offen machen würde, wie man uns Ost und West zu machen sucht. Es war ein sicherer Instinkt schon der hohenstaufischen Politik, diese Gebiete z. B. an der Etsch zu einem deutschen Herzogthum zu schlagen, da sie wie Thüren und Haus miteinander zusammenhängen; das Verhältniß ist auch heute noch dasselbe, und wenn wir thöricht genug wären, was wir in Händen haben, hinzugeben, so würden wir klügere Nachkommen nöthigen, das Verlorene wieder zu erwerben.

Diese politische Einsicht wäre unter verwandten Umständen in Frankreich oder England ganz ohne Ausnahme die Ansicht des Volkes; kosmopolitische Philosophen, die uns zumuthen, die junge Freiheit damit zu beginnen, daß wir nackt und bettelarm den letzten Bündel unserer Habe in die Luft werfen, würden sich weder in Frankreich noch in England vorfinden. Man wird auch bei uns nicht auf sie hören; man wird einsehen, daß der Beschluß der Nationalversammlung, der unsere Interessen zu wahren gebietet, ein ganz berechtigter ist, daß wir bei der italienischen Vermittlungsangelegenheit sehr wesentlich mitzureden haben, und daß die Centralgewalt, wenn sie ihrer Pflicht dabei nachkommt, die ganze Unterstützung der Nation verlangen darf.

Oesterreich. ** **Wien**, 7. August. Abg. **Beeksl** interpellirte heute das Ministerium. Bekannt sei es, mit welchem Beifall und Enthusiasmus die Stelle in der am Eröffnungstage der Reichsversammlung von Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Johann verlesenen Thronrede aufgenommen wurde: „Es sei der entschiedene Wunsch Sr. Majestät, die Rechte und Nationalitäten aller seiner Völker zu wahren und zu beachten; der Krieg in Italien sei keineswegs ein Eingriff in die Nationalrechte des lombardisch-venetian'schen Reiches, er diene durchaus bloß zur Ehrenrettung der österreichischen Waffen und erziele nur, einen ehrenvollen vortheilhaften Frieden zu erkämpfen." Nun aber habe er (Beeksl) zufällig in einem hiesigen Blatte gestern einen officiellen Bericht aus Italien gelesen, daß auf Ordre des Feldmarschalls Radetzky Baron Welden den General Liechtenstein mit einer 2500 Mann starken Truppe nach Modena in der Absicht geschickt habe, den Herzog von Modena, vom Volke seiner Regierung entsetzt, in seine Rechte wieder einzusetzen. Niemanden, fügt der Interpellant im Eifer hinzu, kann es unbekannt sein, auf welchen streng absolutistischen Prinzipien die herzoglich modenesische Regierung fußte, so daß im engsten Wortsinn alle anderen absoluten Regentschaften in Europa im Vergleich mit dieser, höchst freisinnig genannt werden können, so sehr er also auch das Einschreiten unserer Militärmacht in diesen Landstrich, der illegaler Theilhaber an den italienischen Unruhen war, als dem Kriegsrechte vollkommen gemäß billigen müsse, könne er doch nicht umhin, sich ganz und gar dagegen auszusprechen, den vom Volke unmöglich gemachten Herzog von Modena wieder auf den Thron zu bringen, indem dieses geradezu dem Absolutismus huldigen und ihn wieder feststellen heiße. — In ganz gleicher allgemein beifällig aufgenommenen Gesinnung mit der des Interpellanten spricht Minister Doblhof, demselben antwortend, sich dahin aus, daß ihm selbst dieser Umstand durch die Zeitung bekannt wurde, er billige, ja theile sogar ganz die Ansicht des verehrten Redners, glaube aber anderseits auch mit voller Zuversicht, daß an den in der Thronrede ausgesprochenen Grundsätzen festgehalten und von denselben auch nicht ein Fingerbreit

abgewichen werden wird. (Beifall.) Außer dem Antrage des Abg. Löhner, es solle den im Reichssaale beschäftigten Journalisten und Stenographen als zur genauen Verständlichung der Verhandlungen unumgänglich nothwendig auch alle vom Reichstage in den Druck gelegten Akten als Protokolle, Anträge, Gesetzentwürfe ꝛc. mitgetheilt werden, was Vicepräsident Strobach, als zur Beschlußfassung überflüssig den Ordnern zur Besorgung zuwies, stellte derselbe Abg. noch eine zweite viel wichtigere und interessantere Interpellation. Seit Langem, sagte er, zirkulire das Gerücht allenthalben, daß der Klerus, um seine Klöster und Kirchengüter vor äußern Angriffen zu schützen (indem anfänglich allgemein die Rede war, in den rathlosen Finanznöthen hiezu die Zuflucht zu nehmen) diese, ja sogar die kirchlichen Schatzkammern mit Schuldinstrumenten zu belegen, z. B. kursirte vor einigen Tagen das Gerücht, daß ein nächst Wien gelegenes Kloster seinen Grundbesitzthum mit einer aufgenommenen Summe von 80,000 fl. K. M. schuldbelastete, da aber dies durchaus nicht Stattfinden könne noch dürfe, indem diese Besitzthümer Gemeindegut und zum Wohle der Menschheit gegründet seien, welche im äußersten Nothfalle nur zugreifen ganz im Rechte wäre, frage er also hiemit das verehrliche Ministerium, welcher Meinung es wohl in diesem Belange sei und was es hiefür gethan habe? Daß diese Gerüchte, entgegnete Minister Doblhoff, durchaus falsch und grundlos seien, gehe daraus hervor, daß ihm so wie dem Ministerium, dem doch Etwas hievon mitgetheilt werden müßte, auch nicht das Geringste bekannt sei. Ein einziges ähnliches Gesuch in dieser Angelegenheit sei ihm schon vor mehreren Wochen vom Kloster St. Peter unweit Salzburg eingelaufen, das aber entschieden abgewiesen wurde; ohne Zweifel ist aus diesem Grunde alles Weitere ausgeblieben, weßhalb er auch hievon gar nicht mehr Notiz nehmen zu müssen glaube, welcher Antwort Minister Bach noch hinzufügte, daß Aehnliches auf gesetzlichem Wege gar nicht Stattfinden könne, indem dies kein Privat-, sondern Staatskirchen- und Volkseigenthum zusammen sei. — Hierauf wurde zur Berathung der Geschäftsordnung geschritten, von welcher heute die letzten Paragraphen verhandelt wurden; zur größeren Bequemlichkeit der Hrn. Abgg. wird diese auch der gänzlichen Annahme im Taschenformate abgedruckt. Zum Schlusse muß ich Ihnen noch mittheilen, daß dem Ministerium heute am 7. von Minister Hornbostl ein konfidentielles Schreiben aus Innsbruck zugekommen sei, in welchem diesem gemeldet wird, daß bereits den baetigen Köchen die Aufhebung der Küche aufgetragen, Quartiere auf dem Wege hieher schon bestimmt seien, und bei Empfang seines Briefes zweifelsohne Se. Majestät der Kaiser bereits auf der Reise nach Wien sein werde. Uebrigens werde heute mit jeder Staudr einer bestätigten Nachricht mittelst Kurier entgegengesehen.

Wien. Radetzky's Bülletin, die Uebergabe von Mailand ankündigend und vom General Fürsten von Liechtenstein sammt den Schlüssen der lombardischen Hoaptstadt nach Innsbruck überbracht, enthält nichts wesentlich Neues.

Wien. Die A. B. Z. behauptet: Die von dem Reichskriegsministerium verlangten 10,000 Mann Oesterreicher zur Fortsetzung des Krieges in Holstein sei von dem hiesigen Ministerium mit dem Bemerken verweigert worden, daß man zur Deckung Deutschlands in Tirol bereits 30,000 Mann verwende.

Prag. Man schreibt dem Fr. J. aus Wien: Während Fürst Windisch-Grätz von der Presse ungefeindet wird, hat dieselbe laut eines vor uns liegenden Briefes aus Prag die Befehle des deutschen Reichsministers am 6. August genau (?) vollzogen. Die ganze dortige Garnison, mit deutschen Bändern geschmückt, rückte an demselben Tage in großer Parade aus, brachte dem Erzherzog-Reichsverweser ein dreimaliges Hoch, und eine Kanonensalve verkündete dies der ganzen Stadt. In dem czechisirten Prag ist das von doppelter Bedeutung.

* **Bozen**, 7. August. Kurz vor der Mitte des vorigen Monats schloß unser konstituirender Landtag seine Sitzungen nach vierwöchentlicher Berathung. Die stenographischen Berichte darüber geben ungefähr das Bild einleitender Scenen. Einiges statistisches Volk, worunter etwa 10 — 12 Stimmführer, die sich in kurzen Reden und Gegenreden über mancherlei Landesangelegenheiten, namentlich auch über die künftige Provinzial-Verfassung, vertraulich unterhielten. Der Wortkampf war ein friedlicher, die Komitéberichte wurden verlesen, die Reden, d. i. aphoristische Bemerkungen, von den Sitzen aus gesprochen, die Bedingung „freien Vortrags" wurde aus der Geschäftsordnung gestrichen. Dekan Amberg, ein frommer, tiefsinniger Denker, der die Geschicke der Stadt Innsbruck in seinen Händen hält, bemerkte schon in der zweiten Sitzung, daß die versammelten Landesväter sowohl unserm Lande als dem „Ausland" gegenüber jede Fäbung vermeiden sollen. Dies Programm haben sich denn auch die Heiden des Tages, vielleicht Graf Brandis und sein Knappe Pater Albert Jäger am wenigsten, so ziemlich zur Richtschnur genommen; scheerlich aber hat sich durch umsichtige, abwägende und erschöpfende Darstellung irgend eines Gegenstandes, wodurch sich der Kern der Gesinnung vollends von der Schale löst, Niemand kompromittirt. Häufige Fragen, wie die über Glaubens- und Kultusfreiheit, wurden zuerst hinter den Thüren geschlichtet, aus dem Beschluß über Letztere ergab sich höchstens, daß unsere sogenannten Liberalen der rothstämmigen ultramontanen Partei eine Schlinge gelegt, wenn nämlich gesetzliche Mittel zur Abwehr eines andern öffentlichen Kultus als des katholischen nicht ausreichen, so ist stillschweigend die Unterwerfung unter den Ausspruch des Reichstags zugestanden. Dies das Urtheil, dem der Witz unserer Fanatiker nicht gewachsen war. Man kann sich den Zeter eines Duile, Amberg, Blans, Santner und P. A. Jäger denken, wenn sie einmal der Steick am Halse juckt. Die beantragte häufige Vertretung bei unsern Provinziallandtagen ist ein unklares Gemisch ständischer und demokratischer Prinzipien. Die Geistlichen fallen 13 Stimmführer behufes, wovon drei auf die Bischöfe von Salzburg, Trient und Brixen, zwei auf den Regular-, sieben auf den Säkularklerus und eine auf die Universität entfallen; der Adel ist auf deren 12 beschränkt, die nach dem Amendement des Herrn Beigl, eines Vertreters des Bauernstandes, „der in Tirol wohnende immatrikulirte Adel aus seiner Mitte erwählt", sieben aus dem deutschen, fünf aus dem wälschen Landestheile; der Bürgerstand erhielt 22 Stimmen, 13 deutsche und 9 wälsche, der Bauernstand endlich 35, „zu deren Wahl das ganze Land mit thunlichster Berücksichtigung der Lokalverhältnisse in der Seelenzahl in 35 Wahlbezirke eingetheilt wird." Ganz nach der Anleitung des Paters Albert Jäger in seinen „drei beherzigenswerthen Bedenken" beschränkten die Bauern die passive Wahlfähigkeit ihrer Vertreter duech die Bedingung der Grundsteuerpflichtigkeit. Mich dünken dergleichen Projekte in jetziger Zeit den Seifenblasen ähnlich, die eben zerplatzen, wenn ihr Künstler ganz wohlgefällig die schillernden Farben bewundert. Allein dies heißt bei uns noch Fortschritt, der Provinzial- und Lokalgeist trat bei andern Fragen noch weit unbedingter hervor, z. B. rücksichtlich der Wehrverfassung und Nationalgarde. Unser antiquirter Land nun, Gott sei Dank, abgesetzter Graf Brandis erklärte ganz im Sinne des größten Theils dieser Versammlung: „Tirol habe durch seine Lage und historischen Verhältnisse eine Ausnahme" anzusprechen, welche der Prälat von Wilten auf die Vertheidigung des innern Landes mit Ablehnung auswärtiger Kriege beschränkte. Auch die Begehung von Prozessionen und die Abhaltung von Seelenmessen, wobei Graf Brandis die geistliche Bank zur Aufführung aufforderte, ob sie „in der Oktave von Corpus Domini abgehalten werden dürfen", schlichen sich wieder in die Berathungen ein. Der freisinnige Vorschlag war wohl die Vereinigung der theologischen Lehranstalt zu Brixen mit der Innsbrucker Universität, die, wer sollte es glauben, von P. Albert Jäger, Domherrn Duile und Domkapitular Tarnoczy unterstützt wurden; man sieht, die Herren werden an sich selber irre. Schade aber ist es um die 15 — 20,000 fl. K. M., die für diesen unparlamentarischen Zwischenakt verwandt wurden, er gereicht uns weder zum Nutzen noch zur Ehre. —

☽ **Triest**, 8. August. Die deutschgesinnten Triestiner haben eine in italienischer Sprache abgefaßte Riesenadresse an Radetzky abgehen lassen, worin sie dem greisen Marschall ihre Anerkennung und Verehrung für seine Thaten ausdrücken. Die typographische Ausstattung der Adresse ist überaus reich und prachtvoll. Die italienische Partei, welche sich für die verhängnißvollen Siege in der Lombardei schmerzhaft krümmt und windet, hat ihrem Unmuth in einem, den Absendern obenerwähnter Adresse gewidmeten Sonette Luft gemacht, worin Triest „ein Hohn der Völker, ein Auswurf der Nationalitäten, eine Bastaedestadt, einer Hetäre genannt wird, die ihre Gunst dem Meistbietenden verkaufe".

☽ **Triest**, 9. August. Der Freudenlaumel, welcher gestern Abend — bei der von Radetzky aus dem Hauptquartier Mailand eingelaufenen Siegesnachricht unsere Stadt beherrschte, wurde durch einige von der italienischen Partei ausgebrachte Evviva Pio IX! Evviva l'Italia! ꝛc. nur unwesentlich gestört. Die Scheeier wurden eingesperrt was ganz überflüssig war, da ihre verringerten Stimmen unter dem rollenden Kanonendonner und den bis spät in die Nacht dauernden Jubeldemonstrationen des Volkes ohnehin verhallten. — Eines seltsamen Gefühls kann ich mich immer nicht erwehren, wenn ich die Schmach italienischer Fürsten und die Niederlage italienischer Waffen in italienischer Sprache preisen höre. — Es war am 6. August als der greise Marschall seinen Einzug in Mailand hielt. So war denn dieser Tag bestimmt, ein doppelt denkwürdiger in der deutschen Geschichte zu werden. — Ich kann diesen Brief nicht schließen, ohne eines rühmlichen Unternehmens des wohlhabendern Theils unserer Mitbürger

Digitized by Google

Erwähnung zu thun. Sie kennen aus Schilderung die momentan so traurigen Finanzzustände Oesterreichs, die Sündfluth von Kassenscheinen, den Mangel an baarem Gelde ꝛc., lauter Uebelstände, welche theils durch falsche Regierungsmaßregeln, besonders aber durch die unverantwortlichen Schwindeleien der Nationalbank erzeugt wurden. Um dieser Noth wenigstens einigermaßen zu steuern, werden in Triest jetzt durch gemeinschaftliche Anstrengungen und Opfer unserer wackern Kaufleute und Anderer Zwanziger zusammengeschossen, deren Totalbetrag man auf K. fl. 100,000 zu bringen hofft. Die Bank weigert sich, dazu den kleinsten Beitrag zu liefern. Die Regierung gibt 100,000 fl. in Scheidemünze. Mit diesen Geldern will man kleine Beträge von Banknoten einwechseln um den immer mehr steigender, die Nahe der Bevölkerung gefährdenden Verlegenheiten des Kleinverkehrs einigermaßen zu begegnen. Es ist lobens- und dankenswerth, daß Privatanstrengungen das Uebel zu vermindern suchen, während Jene, die es verschuldet, Nichts thun. Aber die so mit Privatopfern in Umlauf gesetzten Zwanziger werden eben so gut dem Kleinverkehr wieder entlockt werden, als es mit den größeren Summen geschehen ist, welche früher überall anzutreffen waren, als noch keine Zwangsmaßregeln den Umlauf ganz mit Banknoten angefüllt hatten. Spekulanten werden sie an sich bringen und mit Vortheil heimlich ins Ausland schaffen. Ich mache Sie bei dieser Gelegenheit auf einen leitenden Artikel im Journal des österr. Lloyd, Nr. 182 aufmerksam, welcher die Mißstände und Schwindeleien der Nationalbank scharf beleuchtet und züchtigt. Sie werden zugleich daraus sehen, daß zur Hebung unserer traurigen Finanztage noch andere Mittel nöthig sind, als die vom Minister Kraus auf dem Wiener Reichstage angedeuteten.

Preußen. × Berlin, 4. Aug. Die Verhandlungen unserer Kammer, die in der letzten Zeit wieder ziemlich ermüdend und einschläfernd waren, werden hoffentlich mit nächster Woche an Interesse gewinnen. Es ist nämlich beschlossen, jeden einzelnen Titel des Verfassungsentwurfes sofort vor das Plenum zu bringen, wenn die Abtheilungen ihn berathen haben. Wie man hört, wird nun die Centralsektion bereits in einer der nächsten Sitzungen über die ersten Abschnitte „vom Staatsgebiete" und „von den Rechten der Preußen" Bericht erstatten. Es ist auch in der That im höchsten Grade nothwendig, daß man endlich Ernst macht mit den Berathungen über die Verfassungsurkunde: nicht nur weil die Provinzen ungeduldig werden, sondern noch mehr weil die Herstellung der Ordnung und des Vertrauens, die Organisirung der exekutiven Gewalt nicht zu bewerkstelligen ist ohne gleichzeitige Organisirung der Freiheit. Man muß mit der letzteren schnell, sehr schnell vorangehen und, wo dies nicht thunlich ist, durch provisorische Gesetze nachhelfen. Wenn ich mich freue, daß die Konstabler und die Bürgerwehr unter Rimpler's kräftigem Kommando die Ruhe auf den Straßen wiederherstellen, so finde ich doch auch Waldeck's Vorschlag vollkommen gerechtfertigt durch den Erlaß einer interimistischen Habeascorpusakte, den Bürger gegen ungesetzliche Verhaftungen zu sichern. Ich kann in dem Beschlusse der Kammer, auf diesen Antrag sofort einzugehen, keine Uebereilung sehen, wie Ihr ☽ Korrespondent. Die Versammlung wird sich nur dann zur Höhe ihrer Aufgabe erheben, wenn sie mit der einen Hand das Gesetz und mit der andern zugleich die Freiheit schützt. Daß eine stückweise Gesetzgebung dabei nicht immer zu umgehen ist, liegt an den revolutionären Zuständen, in denen wir uns befinden. Wie wollen auch die Behörden die Ordnung aufs Neue begründen, mit Vorschriften, die das einstimmige Urtheil des Landes lange vor dem 18. März verworfen hatte? In diesen Tagen wurde wiederum ein Auskultator nach dem alten Landrechte zu 15monatlicher Einsperrung und Dienstentlassung verurtheilt, weil er gleich nach der Revotation von dem „Kartätschenprinzen" gesprochen. Gewiß war das eine kindische Rodomontade: aber ist das ein Grund, ein halbes Jahr nachher das Lebensglück eines Jünglings zu vernichten? Und in welche niederdrückende Lage muß sich ein Richter versetzt fühlen, wenn er sich gezwungen sieht, nach längst veralteten Gesetzen zu erkennen, sich an den todten Buchstaben zu halten, während gerade die Jetztzeit dringend der Geschwornen bedarf, die nur ihr Gewissen als Richtschnur festhalten, wenn er merkt, daß er nur das todte Werkzeug in den Händen eines elenden Denunziantenkinds ist — wenn er dies Alles begreift und doch nicht ändern kann, daß das summum jus in seinem Munde zur summa injuria wird? — Neben dem Verfassungsentwurfe sind in dieser Zeit noch zwei andere wichtige organische Gesetze fertig geworden. Das eine geht vom Ministerium aus und betrifft die Organisirung der Kreise, Gemeinden und Bezirke, ordnet mithin das ganze Kommunalleben. Kühlwetter zeigte heute an, daß es bis auf den Druck vollendet sei. Hoffen wir, daß es den Anforderungen des Volkes besser entspricht, als ein angeblicher Regierungsentwurf, den vor einigen Wochen einzelne radikale Blätter publicirten. Ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage, daß die Augen der ganzen Bevölkerung auf dies Kommunalgesetz mit noch größerer Aufmerksamkeit gerichtet sind, als auf die zukünftige Staatsverfassung. Von Tage zu Tage gewinnt die Ueberzeugung mehr Boden, daß eine heilsame Umgestaltung unserer Zustände nur von Unten auf erfolgen kann. Die Früchte von der Wirksamkeit des edlen Stein beginnen zu reifen, nachdem man sie ein halbes Jahrhundert mit Gewalt an jeder weitern Entwicklung gehindert hatte. Jedermann sieht ein, daß Nichts gewonnen ist, daß alle Freiheiten nur scheinbar sind, wenn es nicht gelingt, das alte Centralisationssystem zu brechen oder vielmehr auf das richtige Maß zurückzuführen. Die Gemeinde muß die Grundlage unseres freien Staates werden: sie muß so viel Selbständigkeit erhalten, als mit dem Wohle des Gesammtorganismus irgend verträglich ist. Bleiben wie bei der Centralisation, so kehrt über lang oder kurz auch die alte Bureaukratie mit all ihren schlimmen Konsequenzen wieder. Natürlich will ich ihre guten Seiten nicht läugnen: aber die Beamten bilden dann wieder eine besondere Kaste, die nur nach Oben hinschaut und mit dem Volke Nichts gemein hat. Worin haben Englands Freiheiten ihre sichere, unerschütterliche Basis? Einzig in dem Selfgovernment, das alle Zweige des Staatsorganismus kräftigend durchdringt und mit seinem lebensfrischen Hauche eine verknöcherte Beamtenhierarchie nicht aufkommen läßt. Frankreich dagegen wird niemals zur Freiheit gelangen, und wenn es noch ein Dutzend Revolutionen machte, so lange es von der Erbschaft Richelieu's nicht lassen kann und nicht in die Fußstapfen der Girondins tritt. Freilich müßten mit der Centralisation diesseit und jenseit des Rheins auch noch andere Uebelstände fallen; doch will ich später darauf zurückkommen, zumal da in Ihrem Blatte eine Stimme aus Preußen sich in entgegengesetztem Sinne hat vernehmen lassen. — Der zweite Gesetzentwurf, der nächstens vor das Plenum kommen wird, betrifft die Bürgerwehr und geht von der Nationalversammlung aus. Die Kommission scheint sich bei der Organisirung unserer Nationalgarde im Ganzen nach der belgischen Legislatur gerichtet zu haben. Alle Bürger vom 24. bis 50. Lebensjahre sind zum Dienste verpflichtet, mit sehr geringen Ausnahmen; jedoch zerfällt die Bürgerwehr in die eigentliche Dienstwehr und die bloße Hilfswehr. Der Eintritt ist übrigens eben sowohl ein Ehrenrecht als eine Pflicht; er ist denen nicht gestattet, die durch richterliches Erkenntniß den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte verloren haben. Die unteren Officiere bis zum Hauptmann inkl. werden von den Bürgerwehrmännern erwählt und ernennen ihrerseits die Majore. Sämmtliche Officiere wählen, wo es nöthig ist, drei Kandidaten, aus denen der König einen Obersten bestimmt. Das Letztere ist für größere Städte, besonders für die Residenz, eine nothwendige Vorsichtsmaßregel, da sonst die anarchische Partei leicht durch den Kommandanten der Nationalgarde dem Gouvernement ewige Verlegenheiten bereiten könnte. Die Strafen sind nicht so strenge, als nach den belgischen Statuten. Dienstvernachlässigung wird durch zeitweise Entfernung und verhältnißmäßige Geldbußen geahndet. Sonst würden, besonders in den Provinzen, die Reihen der Bürgerwehr bald sehr dünne werden, wenn Ausstoßung die einzige Strafe wäre. — In unserer Kammer wird das linke Centrum seinen verunglückten Angriff auf das Ministerium wohl bald wieder aufnehmen. Berg bemerkte heute mit vielem Hohne, als Milde zufällig das Wort Staatsschatz gebrauchte, wie sehr es ihn freue, aus dieser Aeußerung entnehmen zu können, daß wir noch einen solchen besäßen. So witzig und schneidend aber auch Bergs Spott gewöhnlich ist — er schadet sich dadurch, daß er ihn häufig ohne allen Grund anbringt, und noch mehr dadurch, daß er es bald mit dieser, bald mit jener Partei hält. Er hat es jetzt ziemlich mit allen verdorben und ist seit dem letzten Vorfalle zur Linken gedrängt, ohne daß diese seinen Plänen dienen wird. So zweifle ich, trotz seiner bedeutenden Fähigkeiten, ob er sein Ziel erreichen wird.

*** Berlin, 11. Aug. An äußern Anlässen fehlt es nicht, an unserm Staatskörper zu schütteln und zu rütteln. Aus anscheinend weit leichteren Bewegungen entstanden die Zusammenstöße, an denen wir gelitten. So könnte man zum Glauben verleitet werden, daß unser innerer Organismus wieder genesen, der schwankende Staatskörper wieder sein Gleichgewicht gefunden habe; denn alle diese Bewegungen gingen, ich sage nicht spurlos vorüber, aber ohne die Wirkungen, welche sie früher unfehlbar gehabt hätten. Der Krieg gegen die Konstabler wird unablässig geführt, selbst Deputirte vergessen sich im Parteieifer so weit, sich auf der Straße in Kollisionen mit den Schutzmännern einzulassen, um nachher Anlaß zum Klagen gegen das ganze Institut zu haben. Sogar ein ehemaliger Minister gibt sich dazu her. Die Nationalversammlung nimmt die Klagen mit aller Heftigkeit auf, und diesmal sieht die Opposition nicht ohne Grund gegen ein Institut, von dem es zweifelhaft ist, ob es im Augenblick

noch nothwendig, und ob seine Wirkungen den ungeheuern Kosten, die es veranlaßt, entsprechen. Aber eine höhere Nothwendigkeit der Rückkehr zur Ordnung wird allgemein gefühlt, und, ohne durch Rednerkraft eigentlich geschlagen zu sein, zieht die Opposition den Kürzern. Die blutige Rauferei der Studenten in Charlottenburg bleibt ohne Folgen, obgleich alle politischen Minen dabei springen; es ist Blut vergossen, Blut durch Soldaten an Jünglingen, weil sie die deutsche Fahne trugen! wird durch die Straßen geschrien, und die Straßenbewegung legt sich doch nach der ersten Aufwallung. Das in Schweidnitz wirklich und, wir es scheint, in Folge ruchloser Nachlässigkeit vergossene Bürgerblut schreit, wie sich von selbst versteht, lauter um Rache. Hier muß eingeschritten, gebessert und gestraft werden. Das sieht Jeder ein, und die Opposition in der Nationalversammlung erstreitet den bedenklichen Sieg, daß sie eine Untersuchungskommission nach Schlesien schicken darf. Damit wäre, unter andern Verhältnissen, das Ministerium gestürzt, denn die nur konstituirende Versammlung greift in die Befugnisse der exekutiven, der richterlichen Gewalt. Aber das Bedürfniß nach wirklicher Ordnung ist mächtiger als die verletzte legale Ordnung; man läßt die Kommission ziehen und Niemand denkt daran, das Ministerium zu stürzen. Selbst die es möchten aus Parteigeist, fragen sich doch vielleicht: soll dafür ein Minister eintreten, der auf der Straße Skandal gesucht, um der Regierung drßhalb in der Kammer Schwierigkeiten zu bereiten? Es ist noch so viel guter Sinn auch in den von der Drohung Erschütterten und Verführten, dies als ein Unglück, als eine Schmach für das Land und die Nation zu betrachten. Endlich ist selbst die allerbedenklichste Parteienaufregung, der Kampf um Preußens Selbsterhaltung, der Streit um die Feier des 6. Augusts ohne Aufstand vorübergegangen. Die preußischr Partei ist die stärkere, auch in Berlin, das leidet keinen Zweifel, aber sie hat sich zurückgezogen, weil ihr die Unterstützung der Regierung abgeht; die Ultras dieser Partei haben es zähneknirschend, mit schwer verhaltenem Ingrimm gethan, wer verdenkt es ihnen, wenn man von Polizeiwegen an zweien Tagen die preußischen Fahnen abnahm, um nicht Aergerniß zu erregen; wenn Männer mit preußischen Kokarden vom Pöbel auf den Straßen verfolgt wurden (in der Hauptstadt des Königreichs Preußen!), wenn man dir Soldaten zwang, die deutschen Kokarden wieder aufzustecken! Diese preußischr Partei begab sich, wie gesagt, mit blutigem Herzen, ihrer Rechte — der Ordnung wegen; und die andere Partei hat anscheinend gesiegt, und der Sieg, die Demonstration vom 6. August, ist ohne alle Folgen geblieben. Der Festzug nach dem Kreuzberg war ein Parteifestzug, wie der Zug der Teltower Bauernschaften von der andern Seite. Beide zogen sich zurück ohne Resultat, oder vielmehr mit dem wichtigen, daß die Parteikämpfe vor dem allgemeinen Willen nach Einigung, Sicherheit und Ordnung sich bescheiden mußten. So hat sich, von wenigen vernünftigen Stimmen geleitet (darunter ist die Zuschrift unseres Deputirten, Dr. Veit, in Frankfurt mit Ehren zu erwähnen) der allgemeine Sinn in unserer Bürgerschaft dahin gesetzt und ausgesprochen: es möchte keiner aufhören Preuße zu sein, aber er fürchtet auch nicht mehr, daß man das von ihm verlangt, wenn Preußen aufs Innigste sich mit Deutschland verschmilzt. Zu einer einseitigen preußischen Erhebung sah er keinen Grund mehr nach den beruhigenden Nachrichten aus Frankfurt, und nachdem er überfühet worden, daß seine Deputirten dort ihrr Schuldigkeit thun. — Er ward darin durch die neuesten Nachrichten aus Frankfurt nicht irre. Der Angriff Brentano's auf Preußen kann hier keine Aufregung mehr veranlassen, nachdem er von den preußischen Deputirten in Frankfurt in einer Art zurückgeschlagen ist, welche alle Anschuldigungen gegen ihren Eifer Lügen straft. Noch weiß man freilich nicht bestimmt, welchen Feind man dort vor sich hatte, ob er wirklich republikanisch, oder nur die Maske vor dem Gesicht hatte, um den Ultramontanismus zu verbergen. Welchen Strauß dieser mit Preußen noch zu fechten hätte, ist freilich weniger klar. Hat er nicht mehr als alle Positionen seit 1837 zurückgewonnen? Und was in dem heutigen Preußen ihm entgegen stünde, das steht ihm in allen rein katholischen Ländern entgegen. Will er also gegen die Todten noch Krieg führen? Oder hegt er specielle Besorgniß vor dem präsumtiven Thronfolger in Preußen? Wie dem sei, Angriffe der Art schlagen sich selbst, und das Ansehn des Prinzen von Preußen ist auch durch den Brentano'schen Angriff in Preußen nicht geschwächt. — Während aller dieser heftigen Bewegungen, die das Innere unseres Gemeinwesens erschütterten, lief, parallel damit, die äußere Erschütterung des Lindenaufstandes, der nun bald 14 Tage fortdauert, der viele Verhaftungen, die Lärmtrommel, sogar Verordnungen veranlaßt hat. Also Zündstoff die Fülle, Funken auch, und dürres Holz zur Seite, und doch kein Ausbruch, kein Brand. Ja, ein Brand fand vorgestern Statt, eine wirkliche Feuersbrunst in einer Quergasse der Linden. Sofort zog sich der Straßenauflauf dahin und die politische Demonstration unterblieb. So ist der Spiritus leichter Art, argumentiren Viele, der uns noch in Unruhe erhält. Täusche man sich nicht und glaube nicht zu früh an eine Genesung.

Berlin. Der Börsenh. wird geschrieben: Hr. v. Griesheim bleibt im Dienst, aber nicht in seiner gegenwärtigen Stellung; Hr. v. Schreckenstein wird für sein Ministerium ebenfalls einen Unterstaatssekretär ernennen und jenem einen andern Platz anweisen. Der Ton seiner Schrift ist so verletzend für Deutschland, so unzweigemäß, daß Hr. v. Griesheim trotz seiner schätzbaren Eigenschaften aus dem Ministerium zurücktreten mußte.

Die Kölner Ztg. berichtet über die bevorstehende Ernennung des Generals von Brandt zum Unter-Staatssekretär im Kriegs-Ministerium, eine Beförderung, die bei der bekannten Freisinnigkeit dieses Officiers nicht ohne bedeutenden wohlthätigen Einfluß auf die Armee bleiben kann.

Berlin. Der Finanz-Minister und der Minister des Innern haben unterm 26. Juli eine Verfügung an die Behörden erlassen, wonach „dem Geist der Zeit entsprechend", der Geschäfts-Styl bedeutend vereinfacht und dem Titularunwesen zum großen Theil ein Ende gemacht wird, indem die Bezeichnungen „hoch, hochpreislich, hochlöblich, Ein, Eine" wegfallen sollen. Die königliche Regierung hat ferner bestimmt, daß sich dir mit ihr verkehrenden Behörden auch der Anrede „Hochwohlgeboren" und „Wohlgeboren" zu enthalten hätten.

Berlin, 10. Aug. der Köln. Z. wird geschrieben: Wichtige Nachrichten von Frankfurt. Die Vollmacht ist Preußen ertheilt, aber nicht für den früheren Waffenstillstand, sondern für neue Bedingungen, von denen eine darin besteht, daß die beiden Herzogthümer von den deutschen Truppen unter Wrangel's Kommando besetzt bleiben. Da Hr. v. Bourtalès sich in Spaa befindet, so wird wahrscheinlich Hr. v. Usedom mit den Unterhandlungen, welche Preußen jedenfalls übernimmt, beauftragt werden. Eine hohe Person hat den Krieg zwischen Dänemark und Deutschland einem Kampfe verglichen, der zwischen einer Dogge und einem Fische Statt finde. Dir Dogge ist stärker, aber der Fisch rettet sich durch Schwimmen.

Aus Rheinbaiern, 10. Aug. Keine Feder ist im Stande, ein vollständiges Bild der letzten Parlamentssitzung zu geben. Man muß es gesehen und gehört haben, um Alles zu glauben. Es ist nicht zu läugnen, hier bleibt ein unauslöschlicher Flecken in der deutschen Parlamentsgeschichte! Obwohl es nicht in meiner Absicht liegt, auf die Wesentheil der Verhandlungen einzugehen, so kann ich doch die verwässerte, fadenscheinige Rede nicht unerwähnt lassen, mit welcher der Abgeordnete Hagen Freund und Feind gelangweilt hat. Dir ungebührliche Länge derselben kann der Redner ohne Zweifel entschuldigen, denn er hatte das Unglück, Manches oft zu wiederholen, und wollte ja — so schien es — öfters schließen, konnte aber das Ende nicht finden. Brentano's Rede war bei Weitem nicht so unschuldig, als sie sich liest. Die bekannte Stelle wirkte auf dir rechte Seite des Hauses wie ein elektrischer Schlag und rief den Sturm hervor, der später den Friedrn brach und die Ordnung in der Versammlung aufhob. Da noch lag Alles in der Hand des Vorsitzenden. Es gelang seiner gewaltigen Stimme, die Vordrängenden zum Rückzug auf ihre Sitze zu bewegen. Aber dem entscheidenden Augenblicke war Soiron nicht gewachsen. Vor Allem mußte er die Rechte zur Ordnung, zur Schicklichkeit rufen und dann das Urtheil über Brentano's Rede fällen. Daß diese auf dem Präsidentenstuhle verstanden werden konnte und mußte, unterliegt keinem Zweifel. Einzig und allein die Aufforderung an den Redner, die Worte zu wiederholen, führte dir Scene herbei, dir ich mit dem Namen der wildesten Anarchie zu bezeichnen keinen Anstand nehme. Alle Mittel, die Ordnung wieder herzustellen, blieben ohne Erfolg. Diese Sitzung dürfte auf die nächste Wahl eines Vorsitzenden nicht ohne Einfluß sein. Die Emporbühne hat zu dem Nachtstück einen passenden Hintergrund gebildet. Im Gipfelpunktr der Zügellosigkeit und Wildheit wurden anhaltende Rufe: es lebe Hecker!!! gehört. Ich habe das Haus mit Wehmuth und Empörung verlassen. Hoffentlich wird jetzt diesem Unwesen ein Ende gemacht, das die Würde der Versammlung vernichtet, ja auf dem Fuße eines Theaters nicht geduldet wird. Oder will man abwarten, bis die Zuhörer sich mit Blumensträußen und faulen Aepfeln an der Verhandlung betheiligen? Daß die Bitten und Ermahnungen des Vorsitzenden bei der Gallerie Nichts fruchten, hat allein dir Sitzung vom 7. sattsam bewiesen. Warum versucht man nicht die Zaubrrkraft des Koaktionsstabes? Das Direktorium der Versammlung gebe einr angemessene Anzahl — abwechselnd für jede Sitzung — in die Hände der Bürger der Stadt, die für die Sicherheit unserer Volksvertreter einsteht. Wer sich auf

der Emporbühne ungebührlich betrügt, wird mit dem Stabe berührt und hat sich augenblicklich zu entfernen. Gegen den Widerspänstigen muß das Publikum selbst den Vollzug übernehmen. Im schlimmsten Falle würde der Vorsitzende die Räumung der Gallerie, beziehungsweise der Abtheilung verfügen, die dir Ordnung nicht selbst handhaben kann oder will. In Bezug auf die Räumung der Gallerie um 8. d. M. bemerkt die Spelerer Zeitung (Nro. 191) tadelnd, daß der Befehl vom Präsidenten ausgegangra sei, obschon die Ruhe vollkommen wieder hergestellt war. Das klingt ja fast naiv. Nach dem Berichterstatter müßte ein solcher Befehl während des Tumultes gegeben werden. Dann müßte jedenfalls neben die Schelle ein Sprachrohr auf den Präsidententisch gelegt weeden.

Würtemberg. †† Stuttgart, 10. August. Unsere bairischen Nachbarn weheen sich ganz gewallig und halb officiell gegen den Verdacht oder das Gerücht, als seien zwischen Berlin, München und Stuttgart — obendrein mit unsichtbaren Anzetteiungen in Petersburg — sonderbündlerisch-reaktionäer Geheimverständnisse eingefädelt worden. Da scheint es denn am Ende natüelich, wenn nicht nöthig, daß Wüetemberg, übrigens weder halb officiell noch viertels officiös, dem Protest sich anschließt. In der That, wir wissen hier weder von innerrn reaktionäeen Planen, noch von versteckten Bündnissen nach Außen, sei es nah oder fern, nur das Mindeste. Die würtembergische Politik stand bisher, sowohl die aite wie die neue, mehr isolirt da, als es namentlich den materiellen Jateressen des Landes nützlich und wünschenswerth gewesen wäer. An wem die Schuld lag, wollen wir hier nicht untersuchen; warum die schmutzige Wäsche, und nun gar die abgelegten Kinderwindeln auf dem Markte einlaugen und abseifen? Aber Thatsache ist, daß die persönlichen Verbindungen der Regenten und der Zusammenhang der Kabinete zwischen Stuttgart und Wien, Stuttgart und Berlin, Stuttgart und München, Stuttgart und Karlsruhe, è tutti quanti, nicht eben der innigsten Art zu sein pflegten. Thatsache ist es, daß noch zu Zeiten des in Gott enhenden Bundestages die würtembergische Stimme in der Regel ein Solo in der Eschenheimer Gasse sang, nnd daß sie heute in St. Paul selten oder niemals mit dem speeifischen Preußenthum ebee Baiernthum Choens macht; ein Umstand, den wir nicht sowohl ihr znm Ruhme, als uns zum Beweise unsführen. Thatsache ist es, daß wir troh aller diplomatischen und technischen Botenläuferei hin nnd her, troh aller internationalen Zweckessen in Bruchsal oder Ulm, weder links noch rechts, weder in Baden noch in Baiern, unsee bescheidenes Fädchen in das Eisenbahnneh Deutschlands zu verkalupfen vermochten, um wie viel weniger einen schwäbischen Einschlag in das politische Riesengarn Europas. Wenn nun das volksthümliche März-Miaisterium uns, wie wir hoffen, aus solcher isolirten Stellang herausfüheen wird, so hoffen wir doch nicht für uns, glauben es nicht von ihm, daß dieses auf reaktionäeem Schleichwege, durch undeutsche Hinterpförtchen geschieht. Abgesehen davon, daß wie derartige Teadenzen in Berlin wie in München füe unwahrscheinlich ha'ten, erscheinen sie uns in Stuttgart, wo sie keinen Sinn und keinen Zweck hätten, geradezu unmöglich. Was aber unseren politischen Zusammenhang mit, oder gar unsere Abhängigkeit von Petresburg anlangt, ana, über eine Besorgniß oder Anklage nach dieser Richtang meinen wir hier hinaus zu sein. Wir kennen den König und sein, fremden Einflüssen schwer zugängliches, durchaus charaktersestes Wesen; der König seiner Seits kennt, besser vielleicht als jeder andere deutsche Fürst, weil er mit einer russischen Prinzessin vermählt war, alles persönlich Mißliedige und Bedenkliche, äußerlich Gefahevolle, was in riner, auf Verwandtschaftsverhältnisse gestützten politischen Sympathie und Solidarität mit einem so großen, so fremden Hofe, wie der kaiserlich russische, zu jeder Zeit gelegen hal, zu keiner Zeit mehr liegt, als in der unsrigen. Wir kennen den Kronprinzen und die Kronprinzessin in der durchaus unbefangenen Stellung, die beide zu den Geschäften von vorn herein einnahmen und konsequent einhalten; sie ihrer Seits kennen die Verhältnisse genug, um sogar jedem Scheine so weit aus dem Wege zu gehen, daß sie einverstaadener Maßen ihre Umgebung nur deutsch wählten und zusammensetzten. Wie kennen endlich Römer, die Seele und die Hand unserer Regierung; er ist, persönlich und politisch, der Mann nicht, welcher an der mit vollstem Vertrauen ihm anheimgegebenen Zukunft unseres Landes, wie an der großen Lebensaufgabe Deutschlands, die er mit zu lösen berufen ist, eine russische Mitarbeiterschaft oder partikular-preußische, bairische, badische Hineinpfuscherei seiner Seits suchen, oder von anderer Seite angeboten, hinnehmen, oder endlich, so lange er ihren gewaltsamen Aufdrang verhindern kann, dulden würde. Diese inneren wie äußeren Gründe genügen uns als Bürgschaften gegen jede Vermathung und Verdächtigung in der bezeichneten Weise, die übrigens bei uns noch gar nicht laut geworden ist. Da nun bekanntlich unsere schwäbische Sinnesart zu übertriebenem Zutrauen und leichtsinniger Gutmüthigkeit gegen Andere wie gegen uns selbst nicht gerade habituell laborirt, so meinen wir auch für die Folge uns vor solchen Verirrungen behüten und unsere theilnehmenden Freunde draußen darüber beruhigen zu können.

Sachsen. Leipzig, 11. August. Der deutsche Verein trat in seiner gestrigen Sitzung der Ihnen bereits mitgetheilten Adresse des Ostmarkenvereins „an die deutschen Brüder in Posen" auf Haupts Antrag fast einstimmig bei. Es wird diese Adresse sowohl in Frankfurt als in Posen durch Anschläge veröffentlicht werden. Lebhaften Beifall erregte die Mittheilung, daß Professor Dr. Wattke, der Stellvertreter R. Blum's die Adresse verfaßt und unterzeichnet hat. (O. P. Z.)

Hannover, 11. August. Wie erfahren aus guter Quelle berichtet die Morg. Ztg. daß ein Waffenstillstand mit Dänemark in so naher Aussicht steht, daß General Wrangel der Centralgewalt in Frankfurt angezeigt habe, er brauche einstweilen keine Truppen mehr.

Dieselbe Ztg. berichtet, es solle ein Theil des hannoverschen Kontingents nach Baden verlegt weeden.

Die Frankfurter Reichstruppen kamen am 11. d. M. durch Hannover. Die auf dem Bahnhofe versammelte zahlreiche Menge empfing die deutschen Brüder mit jubelndem Hoch. Die Truppen sollten in Lehrte mit weimar'schen Kameraden zusammentreffen und heute schon in Altona sein. (O. P. Z.)

Baden. Freiburg, 12. August, 8 Uhr Morgens. So eben hat das zweite Bataillon unseres 2. Linieninfanterieregiments den Marsch nach Schleswig-Holstein begonnen. (O. P. Z.)

(*) **Oldenburg,** 7. Aug. Gestern haben wie hier dem Erzherzoge Reichsverweser in aller Form gehuldigt. Um die Mittagsstunde zogen die Kompagnien der Bürgerwehr, das Bürgerschützenkorps und das Freikorps, letzteres eine eigne Abtheilung der Bürgerwehr, aus jungen Kaufleuten, Künstlern u. s. s. bestehend, mit klingendem Spiele auf den Marktplatz, woselbst die stattliche schwarzrothgoldene Fahne, welche die Stadt der Bürgerwehr zu diesem Tage geschenkt hatte, derselben von dem Stadtdirektor auf dem Rathhause übergeben wurde. Nach dem Empfange derselben zogen die drei Korps unter Begleitung einer zahlreichen Menschenmenge durch die Stadt nach dem Exercirplatze, woselbst das gesammte, hier von unserem Kontingente noch zurückgebliebene Militär, Infanterie und Artillerie, bereits in Parade aufgestellt war. Hier ward ein Viereck gebildet, in dessen Mitte die Musikchöre und die Officiere des Militärs und der Bürgerwehr sich aufstellten. Bald darauf erschien der dazu vom Großherzoge beauftragte Generallieutenant von Gayl, frühereer Beigadekommandeur, und verlas eine Proklamation, welche ungefähr, so weit es möglich war, sie zu verstehen, auf die bekannten hannöverschen nad braunschweigischen Erklärungen hinauslief, zufolge deren der Landesregent dem Erzherzog Johann als Reichsverweser Deutschlands die Stellung zu den Truppen überträgt, welche bisher der Bundestag eingenommen hat. Als darauf der Redner das Hoch auf den Erzherzog Reichsverweser ausbrachte, fiel die gesammte Menge mit hellem Jubel in diesen Ruf der Huldigung ein, und der Donner des Geschützes machte der Stadt kund, daß die echt volksthümliche Feier vollzogen war. Daß dieselbe hier als eine solche galt, davon konnte man sich leicht überzeugen, wenn man am Abende die festlich innen und außen geschmückten Lokale aller Kasino's und sonstigen öffentlichen Vergnügungsorte durchwanderte, wo Tausende von Menschen aus allen Klassen der Bevölkerung unterschiedlos gemischt, den für das Vaterland so bedeutungsvollen Tag mit einer, in unserem phlegmatischen Norden, seltenen Erregtheit feierud begingen. Diese Haltung verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, wenn man weiß, daß der Regent des Landes in der Hauptstadt eine im Lande verdiente Liebe und Verehrung genießt.

Schleswig. †† Eckernförde, 6. August. Die Ende vorigen Monats unterbrochenen Waffenstillstandsunterhandlungen scheiterten an zwei die Ehre unserer Gestaanng und Waffen verletzenden Bedingungen: der Absetzung der prov. Regierung, der Zurückziehung und theilweisen Auflösung unserer Teuppen. Daß Dänemark die schleswigschen i. e. dänischen Regimenter in Schleswig belassen wollte, war ein Kniff, dessen Perfidie erst später zu Tage kam. Der ganze Unwille des Volkes sträubte sich gegen jene erstgenannten Stipulationen. Wir wissen seitdem, daß die Unterhandlungen wieder aufgenommen sind. Es handelt sich darum, jene beiden anstößigen Forderungen hinwegzuräumen. Nichts ist leichter: was wir uns nicht als Bedingung wollen aufgelegen lassen, thuen wir aus militärisch-patriotischen Rücksichten freiwillig. Unsere schleswig-holsteinschen Teuppen, heißt es, bedürfen einer neuen Organisation — sie rücken also hinter die Elder. Sind sie einmal dort, so werden sie theils permittirt, theils behalten

sie ihre vor dem Abschluß genommene Stellung — und das erste Hinderniß des Waffenstillstands ist beseitigt. Was das Zweite anbetrifft, so hat die prov. Reg. zum 15. d. M. die Stände einberufen und zwar nach Kiel — damit in Schleswig keine holsteinischen Abgeordneten berathen, damit sie geschützt sind vor dänischer Propaganda. Die prov. Regierung wird ihnen alsdann eröffnen, daß ihre Persönlichkeit ein Hinderniß sei für die Ratifikation des Waffenstillstandes, daß unter der Obhut der konstituirenden Versammlung die Herzogthümer wohlberathen und gesichert seien und sie selbst deßhalb ihr Mandat jetzt in die Hände der Landesdeputirten niederlegen könne. Es wird eine neue prov. Reg. ernannt, wozu die dänische zwei Kommissäre ernennt; das zweite Hinderniß ist hinweggeräumt und der Waffenstillstand fertig. Es sollte uns nur noch wundern, wenn nicht Baron Blome als dänischer Bevollmächtigter in dieser neuen Regierung aufträte. Unterdessen wird auf diesem Wege die Vereinigung der Herzogthümer faktisch sanktionirt, und ebenso die Aufnahme wenigstens eines Theils von Schleswig in den deutschen Bund, wie auch die Fortdauer der Personalunion. Damit aber dieser Erfolg ein Motiv und imposanten Schein habe, so werden 40,000 Mann Bundestruppen beordert, um gegen Dänemark eine Demonstration zu machen. So werden wir eine neue Wendung auf altem Fuße haben. — Der heutige Huldigungstag ist bei der Armee nicht begangen worden. Von keiner Heeresabtheilung aber war man mehr berechtigt, eine Feier zu erwarten, als von unseren schleswig-holsteinischen Regimentern, denn bei ihnen war es zugleich eine Pflicht der Dankbarkeit. Um dieser aber zu entgehen, sind unsere Truppen heute auf dem Marsch nach Flensburg. Schon am 8. und 9. d. M. werden sie in Rendsburg die Quartier beziehen.

Rendsburg, 11. August, Heute werden außer den Frankfurtern noch Weimaraner und wohl auch schon Nassauer hier erwartet. Daß heute über Berlin auch schon Oesterreicher eintreffen werden, ist dagegen noch zu bezweifeln. (B. H.)

Großbritannien.

London, 11. Aug. Das Unterhaus verhandelte vorgestern über die Subsidien für die Marine. Hr. Cobden, wie immer, sprach sich für Reduktionen aus, Jemand müsse den Anfang damit machen, mögr England Andern darin mit gutem Beispiele vorangehen. Der Redner berief sich abermals auf die Wohlfeilheit der nordamerikanischen Selbstverwaltung, eiferte stark gegen dynastische Intriguen, gegen die Kriege, welche bloß dem dynastischen Ehrgeiz ihre Entstehung verdankten, läugnete, daß irgend ein Anzeichen eines drohenden Krieges mit einer der großen Nationen vorhanden sei, wies darauf hin, daß Deutschland, Italien und Frankreich nichts weiter wollten, als nur ihr eigenes Hauswesen ordnen, daß die Deutschen Deutsche, die Italiener Italiener sein wollten, nur daß Oesterreich leider Italien an der Erreichung dieses so natürlichen Wunsches in aller Weise hindere. (Die Lehre von der Alleinberechtigung der Nationalitäten den Dynasten gegenüber hat etwas Erhabenes und Verführerisches, aber sie nimmt sich etwas eigen im Munde eines Engländers aus, der an andere Völker die Forderung stellt, ihren Raub herauszugeben, ohne an die Herausgabe Irlands, wenigstens seinem katholisch-keltischen Bestandtheile nach, Malta's, der jonischen Inseln, des französischen Unterkanada, der Kaffernlande, der asiatischen Reiche auch nur im Entferntesten zu denken. Im Uebrigen hat diese Lehre auch etwas Bedenkliches. Jeder Grenzdistrikt mit gemischter Bevölkerung kann, dieser Lehre zufolge, zuletzt zu einem Gegeneinanderstoß zweier Völker, zu einem fanatischen Ausrottungskriege führen, in welchem dann doch die eine Nation über der andern Meister bleibt und das alte Spiel der Unterjochung wieder seinen Anfang nimmt. Auf der andern Seite steht bei uns feierlich eine Schule, nach deren Grundsätzen die Nationalität als solche nichts, die Freiheit allein etwas werth ist. Hiernach bliebe es sich ganz gleich, ob Oberitalien dem jetzt konstitutionellen Kaiser von Oesterreich oder dem König von Sardinien zugehörte, denn schwerlich scheint Karl Albert, so weit man ihn kennt, der Mann dazu, seinen Völkern größere Freiheiten einzuräumen, als der Kaiser von Oesterreich sich hierzu herbeilassen würde. Auf diesen innern Widerspruch gibt die genannte Schule freilich nicht Acht.) Lord Russell in seiner Erwiderung läugnete, daß der Friede so ganz gesichert sei, sollte hierbei aber der friedfertigen Politik der jetzigen französischen Regierung seine wärmste Anerkennung, dieselbe habe allen Eroberungsgelüsten, welche Frankreich unter dem Konsulat und der Kaiser-Regierung beseelt, gegenwärtig entsagt (?), eine gleiche Friedensliebe beseele Rußland und England, und so hoffe auch er, daß der Friede werde erhalten werden. Lord John Russell bemerkte, daß sich Cobden schon mehrmals als schlechter Prophet erwiesen, unter Anderm durch seine Voraussagung, daß die Politik des englischen Kabinets geradewegs zu einem Kriege mit Frankreich führen müsse. Wie wenig diese Prophezeiung eingetroffen, davon zeugt das jetzige Einvernehmen zwischen England und Frankreich in allen größeren politischen Fragen. Gegen Reduktionen im Seekriegswesen sprach sich Lord J. Russell unbedingt aus; er wolle zwar nicht behaupten, wie Lord Castlereagh im Jahr 1817 gethan, daß die englische Flotte um das Doppelte größer sein müsse als die jedes andern Landes, aber daß sie um ein Bedeutendes größer sein müsse als die jedes andern Landes, werde das Haus ohne Weiteres zugeben. Hr. Disraeli zwang Lord Palmerston zu einer Erklärung in Betreff der dänischen Blokade in den nordischen Meeren und der englisch-französischen am La Plata. In Bezug auf erstere erklärte der Lord: der Waffenstillstand sei deßhalb nicht zu Stande gekommen, weil der Bundestag seine Machtvollkommenheit auf den Reichsverweser übertragen habe; Dänemark habe unter diesen Umständen angekündigt, daß es bis zum 15. August eine Blokade werde eintreten lassen, strenger und härter als die frühere; hiergegen könne England Nichts haben, wenn die Blokade nur in einer Weise ausgeführt würde, daß dadurch den Grundsätzen des Völkerrechts kein Eintrag geschehe. Im übrigen glaubte der Lord versichern zu können, daß er guten Grund habe, auf einer baldigen Beilegung der Streitigkeiten rechnen zu dürfen. In Betreff der Blokade am La Plata konnte der Lord nur sein Bedauern aussprechen, daß sie wider alles Erwarten kein Ende nehmen wolle. (Rosas hat, wie man hört, wieder alle Verhandlungen abgebrochen. Es erweckt überhaupt eigene Gedanken, daß da wo England vermittelt, die Zwistigkeiten kein Ende nehmen und namentlich die Blokaden ewig dauern.)

Die Zeitungen melden den Tod des berühmten Novellisten Marryat, der sich auch als Seeofficier rühmlich auszeichnete, und des Sir N. H. Nicolas, Herausgeber der „Nelson letters and despatches."

Frankreich.

Paris, 12. August. Das Komité der auswärtigen Angelegenheiten hat sich gestern mit den Angelegenheiten Italiens beschäftigt. General Cavaignac und die Minister waren anwesend. Nach einer sehr lebhaften Debatte über die Frage einer unmittelbaren Intervention, ohne die Negociationen abzuwarten, ward dieselbe in folgenden Fragen resumirt: Welches ist der Zweck und das Ziel der französisch-englischen Vermittlung in Italien? General Cavaignac antwortete, daß es im Interesse Frankreichs, wie Italiens liege, daß die Unterhandlungen geheim blieben, und daß er daher jede direkte Antwort verweigern müsse. Auf die zweite Frage: Ob die Vermittelung mit dem von der Nationalversammlung am 25. Mai aufgestellten Prinzipe: Befreiung Italiens, übereinstimme, entgegnete der General: Der Wille der Versammlung wird stets die Richtschnur meines Benehmens sein — ich kann nicht mehr sagen, aber ich beschwöre das Komité zu glauben, daß ich nur im Interesse Frankreichs, im Interesse seiner Ehre und Würde handeln werde. Auf die dritte Frage: Ob er entschlossen sei, Falls die Vermittlung zu keinem Resultate führe, den Krieg zu erklären, antwortete Cavaignac: Ich habe die feste Hoffnung, gemeinschaftlich mit England den Frieden zu erhalten, und ich würde nur in der äußersten Nothwendigkeit zum Schwerte greifen. Die Mittheilung der seit dem 12. Mai bis zum 24. Juli gewechselten diplomatischen Aktenstücke in Bezug auf Italien hat der General verweigert. Das Komité versammelt sich heute um 11 Uhr, um über die Antworten der Regierung zu berathen und einen Beschluß, ob die italienische Frage unmittelbar vor die Nationalversammlung gebracht oder noch vertagt werden soll.

Der heutige Moniteur enthält einen officiellen Artikel, der eine Art von Programm der auswärtigen Politik Frankreichs aufstellt und von Bedeutung ist. Nie habe, sagt der Artikel, eine größere Verantwortlichkeit auf einer Regierung Frankreichs gelastet, als jetzt auf der Regierung des Generals Cavaignac. Die Geschicke Frankreichs, ja die der ganzen civilisirten Welt lägen in seinen Händen. Die neueste Wendung der Dinge in Italien habe eine ganz neue Situation geschaffen, die Frankreich vielleicht hätte verhindern können, wenn Italien weniger selbstvertrauend gewesen wäre. Die Regierung habe Angesichts so ernster Ereignisse, ehe sie zum Aeußersten greife, zugleich die traditionellen Verpflichtungen der französischen Politik und die Lage der Republik zu vereinigen gesucht; sie habe dabei vorzüglich die jetzt so wichtigen industriellen und kommerciellen Interessen der Völker ins Auge fassen müssen. Gestellt zwischen die Nothwendigkeit, den öffentlichen Kredit wieder herzustellen, und die Unmöglichkeit, der Ehre Frankreichs aus irgend einer Rücksicht zu nahe treten zu lassen, mußte die Regierung vor Allem beide Punkte zu vereinbaren suchen. Die Richtschnur der Re-

Digitized by Google

Oesterreich. ** Wien, 8. August. (Sitzung des konstituirenden Reichstags.) Noch vor der Verlesung des Protokolls theilte der Vicepräsident Strobach der Kammer zwei sehr erfreuliche Dokumente mit. Das eine ist die mündliche Antwort Sr. Majestät an die Deputation (von uns bereits mitgetheilt). Das andere ein Schreiben der Reichstagsdeputation, ungefähr folgenden Inhalts: „Hoher Reichstag! Die Reichstagsdeputation kömmt eben von der Audienz bei Sr. Majestät zurück, und beeilt sich, den Entschluß, welcher in der beiliegenden Antwort zugesichert ist, und der bereits vor der gestern Abends erfolgten Ankunft der Reichstagsdeputation gefaßt worden war, zur Kenntniß des Reichstages zu bringen, damit die Völker Oesterreichs nicht einen Augenblick in Zweifel über den Erfolg unserer Sendung seien. Wir werden das Protokoll nachsenden und schätzen uns glücklich, unsere Bemühungen so erfolgreich zu sehen. Gott segne den h. Reichstag und sein Wirken, und gönne uns bald das Glück, uns als thätiges Glied dem Ganzen anschließen zu können." — Mit welchem Jubel diese beiden Mittheilungen entgegen genommen werden, bedarf keiner Erwähnung. In einigen herzlichen Worten spricht Vicepräsident Strobach der hohen Kammer seinen Glückwunsch aus; er sehe darin ein glückliches Prognostikon, daß der erste entscheidende Schritt des Reichsbaues mit so glücklichem Erfolge gekrönt wurde. — Hierauf liest der Präsident ein kurzes Register der bis jetzt eingelaufenen Petitionen verlesen, worunter mehrere höchst possirlichen Inhaltes, wie z. B. die eines Wundarztes und Geburtshelfers aus Eger, um eine Anstellung bittend „zur ärztlichen Inspektion bei der Reichsversammlung" oder die eines Bauern wegen „Dankbezeugung gegen Kaiser Joseph", eine dritte wegen „verfassungmäßiger Abänderung der Volkshymne." — Abg. Sturm interpellirte darauf das Ministerium: 1) Welches Resultat die vom Erzherzog Johann eingeleitete Pacifikation zwischen Ungarn und Kroatien geliefert habe; 2) welche Stellung das Ministerium, Ungarn und Kroatien gegenüber, einzunehmen gedenke; 3) welche Maßregeln es getroffen habe, strenge Waarensendungen nach Kroatien und Slavonien vor ungarischer Konfiskation, wie diese besonders in letzter Zeit häufig vorgekommen, zu schützen? In erschöpfender Weise erledigte Minister Doblhof diese Interpellation, weßhalb wir seine Antwort dem wesentlichen Inhalte nach ganz mittheilen: In Bezug auf die letzte Frage, die er zuerst beantworten wolle, habe das Ministerium, gleich nachdem ihm die von ungarischer Seite erfolgte Beschlagnahme zweier mit Eisen beladenen Schiffe auf der Drau bekannt geworden, an das ungarische Ministerium das Ersuchen gestellt, die Freigebung jener Schiffe und die Verhütung ähnlicher Vorfälle zu veranlassen. Hinsichtlich der beiden anderen viel wichtigeren Fragen habe er vor einiger Zeit Gelegenheit gehabt, der h. Versammlung mitzutheilen, daß der Erzherzog Johann die Vermittlung der eingetretenen Zerwürfnisse übernommen habe, und daß zu diesem Behufe Graf Batthyani und Baron Jelachich nach Wien gekommen, um die Verhandlungen einzuleiten. Ueber den Erfolg dieser Verhandlungen ist dem österreichischen Ministerium Nichts bekannt geworden. Bevor jedoch der ungarische Ministerpräsident Graf B. Wien verließ, hat er dem österreichischen Ministerium eine Note zurückgelassen, in welcher er demselben folgende Fragen gestellt hat: 1) ob das österreichische Ministerium der pragmatischen Sanktion in Betreff der Integrität der in derselben begriffenen Länder volle Geltung angedeihen lassen wolle; 2) ob das österr. Minist. in den gegenwärtigen Zerwürfnissen zwischen Ungarn und Kroatien mit Rücksicht auf die Bestimmungen der pragmatischen Sanktion die Rechte der Krone Ungarns unterstützen werde? — In kurzem Auszuge hat das österr. Minist. auf diese Zuschrift erwidert: Die pragmatische Sanktion könne in ihrem ganzen Umfange von dem österr. Minist. nie bezweifelt werden, und es sei entschlossen, die Geltung derselben in allen ihren Richtungen unfrecht zu erhalten; rücksichtlich der zweiten Frage hat das Ministerium sich auf die Bemerkung beschränken müssen, daß, so weit die Ansprüche der Kroaten bekannt seien, dieselben keineswegs gesinnt schienen, sich von der Krone Ungarns loszureißen, und daß sie nicht minder als das ungar. Minist. auf die pragmatische Sanktion und ihre Bestimmungen sich berufen. Die Untersuchung, welcher von beiden Theilen die pragmatische Sanktion richtiger auffasse, erfordere gründliche Erörterungen über die staatsrechtlichen Verhältnisse und über Thatsachen, welche gegenwärtig bezüglich der Zerwürfnisse vorliegen. Bisher sei das österr. Minist. nicht in der Lage gewesen, eine solche gründliche Erörterung vorzunehmen, könne daher auch nicht mit der verlangten Bestimmtheit Auskunft geben. Es könne nur den Wunsch festhalten, daß eine gütliche Vereinigung dieser Wirren stattfinde, daß Alles angewendet werde, den Bürgerkrieg zu hindern, und daß insbesondere Schritte vermieden werden, welche auch die Gesammtmonarchie gefährden könnten. Es gehe im Allgemeinen von dem Grundsatze aus, daß die Erhaltung des inneren Friedens und die Einigung der Gemüther unter dem Schutze der pragmatischen Sanktion, sowie die Gleichberechtigung aller Nationalitäten festzuhalten sei. — Auf diese Erwiederung hat das Ministerium bis jetzt keine Antwort erhalten; es wäre denn, daß jene Reden, welche der ungarische Finanzminister in der Deputirtenkammer gehalten hat, als eine solche zu betrachten seien. — Erwarten Sie nicht, meine Herren, fährt der Minister fort, daß wir den Handschuh, den uns der ungarische Finanzminister zu Budapest hingeworfen hat, aufnehmen werden. — Nur gegen die Beschuldigungen und die Verdächtigungen, die in diesen Reden gegen das österr. M. gemacht werden, müssen wir uns verwahren. Es wird uns vor Allem Reaktion vorgeworfen, eine Reaktion, mit welcher wir die österreichischen Völkr der Willkührherrschaft in die Arme werfen sollen. Meine Herren, wenn Einer unter Ihnen auch nur die geringste Besorgniß in dieser Beziehung hegen sollte, so sind wir bereit, diese Stelle augenblicklich niederzulegen. (Großer Beifall. Nein! Nein!) Es ist uns ferner vorgeworfen worden, daß wir planlos, charakterlos, ohne Politik handeln. In unsern Tagen wird die Politik nicht auf den Ministerbänken, nicht auf der Rednerbühne gemacht, die Politik hat einen höheren Standpunkt erreicht: der Weltgeist macht die Politik! (Großer Beifall). Der Weltgeist ruft den Völkern zu: Ihr seid frei, ihr sind wieder in dem Besitze eurer angebornen Rechte! (Großer Beifall.) Ihr habt sie festzuhalten, wenn ihr nicht vernichtet sein wollt. (Beifall.) Die gemachte Politik wird nicht weit führen; eine Politik insbesondere, welche Bundesgenossen in der Ferne sucht und die nächsten natürlichen verläßt, eine Politik, welche einseitig, selbstsüchtig, undankbar handelt, kann keine lange Dauer haben. (Beifall.) — Man hat uns endlich verdächtigen wollen, daß wir die deutsche Sache verrathen. Wir müssen diese Anklage für eine Lüge erklären; wir sind Deutsche (Beifall), wir sind durch und durch Deutsche, nicht bloß, weil wir Deutsche sind, sondern weil wir ehrlich und gerecht sind. (Beifall.) Wir sind gerecht, weil wie die angebornen Rechte eines jeden Volkes ehren (Beifall), weil wir keinen Vorzug, keine Suprematie bevorworten. (Beifall.) Wir streben nach Einem Ziele, der Einigung aller österreichischen Völker, wir streben nicht nach einer mit Gewalt erzwungenen Gleichheit, sondern nach einer durch die Geschichte, durch die Nothwendigkeit und das Gefühl gebotenen Brüderlichkeit. (Allgemeiner Beifall.) In diesem Gefühle glauben wir auch der deutschen Sache die besten Dienste zu leisten. (Bravo!) Zum Schlusse erlauben Sie mir nur noch, Ihnen zu eröffnen, daß sich das Ministerium mit einer Staatsschrift befaßt, welche alle zwischen Oesterreich und Ungarn schwebenden Fragen gründlich erörtert und dann Ihnen vorgelegt werden wird, damit dieses Verhältniß vollkommen geordnet werde. (Rauschender, anhaltender Beifall.) Abg. Hein interpellirte nun den Finanzminister in einer Angelegenheit, die keineswegs mit den soeben ausgesprochenen Prinzipien harmonire. Es stimme nicht mit der Gleichberechtigung aller konstitutionellen Staatsbürger, daß noch immer einige Millionen derselben, die Bewohner der Grenzbezirke, eigenen Ausnahmegesetzen in der Besteuerung unterliegen. — Dieser Uebelstand, erwiderte Minister Kraus, hänge mit der Abänderung des Zolltarifs zusammen. Er werde den Tag der Umgestaltung dieser Angelegenheit mit Freuden begrüßen, einstweilen jedoch Mittel treffen, daß die bereits bestehenden Maßregeln erleichtert und milde gehandhabt werden. — Auf die vor einigen Tagen gestellte Frage, in Bezug der bei der Armee in Italien befindlichen Verwundeten, theilt heute Minister Latour mit, daß kürzlich 167 Aerzte zur Armee nach Italien geschickt wurden und nun im Ganzen 460 angestellt seien; eben so sei sonst die Armee mit allem Nöthigen versehen. Nun wurde zur Berathung des schon vor 14 Tagen gestellten und heute neuerdings verbesserten Antrags des Abg. Hans Kudlich wegen Aufhebung des Unterthänigkeitsverhältnisses geschritten. Da nach der trefflichen Motivirung die weitere Berathung auf Morgen vertagt wurde, so verschieben wir die Berichterstattung auf unsern nächsten Brief.

** Berlin, 10. August. Die Schweidnitzer Ereignisse sind an sich beklagenswerth genug. Aber wenn, wie es uns erschien, dieselben die Veranlassung zu einem gestern gefaßten Beschlusse waren, den wir am liebsten ungeschehen wünschten, den wir aber jetzt aus Gewissenspflicht nicht unbesprochen lassen dürfen, — dann sind die Vorgänge zu Schweidnitz ein unermeßliches Unglück für unser Land gewesen. Ihr Berichterstatter über die Kammerverhandlungen vom gestrigen Tage wird Ihnen gemeldet haben, daß der Abgeordnete Stein (von der äußersten Linken) folgende Anträge stellte und mit bedeutender Stimmenmehrheit durchbrachte: 1) Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der Schweidnitzer Vorfälle an Ort und Stelle; 2) Ersuchen an das Ministerium, die kompromittirten Truppen sofort (vor beendigter Untersuchung!?) aus Schweidnitz zu entfernen; 3) Aufforderung an das Kriegsministerium, in einem Rund-

Digitized by Google

schreiben die Officiere aufzufordern, sich von allen reaktionären Bestrebungen fernzuhalten und nicht nur Konflikte mit dem Civilstande zu vermeiden, sondern auch zu zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollten. An diesen dritten Beschluß halten wir uns. — Daß das Heer mit der plötzlichen Veränderung der Dinge noch nicht ausgesöhnt ist, daß das Officierkorps im Ganzen weder ein richtiges Verständniß davon, noch viel weniger eine Zuneigung dafür gewonnen hat, wissen wir Alle. Jedem Patrioten muß daran gelegen sein, daß dieses Verständniß unserer Armee vermittelt, eine derartige Befreundung derselben mit den Ideen der Neuzeit angebahnt werde. Dies geschieht freilich nicht mit Kammerbeschlüssen, nicht mit Deklerationen, nicht mit Ministerialerlässen! Solche Versöhnung der Gemüther, solche Ausgleichung der Ansichten fordert Zeit; große Begebenheiten und gesellschaftliche Einflüsse thun dazu das Meiste. — Von selbst versteht sich allerdings, daß mit unnachsichtiger und großer Strenge Seitens der Regierung gegen diejenigen Militärs verfahren werde, welche ihre Stellung und amtliche Autorität mißbrauchen, um durch Rede oder Schrift innerhalb oder außerhalb der Armee den Prinzipien und Handlungen der Regierung in den Weg zu treten, und welche sich reaktionärer Bestrebungen thatsächlich schuldig machen. Was soll eine so vage, unbestimmte, ins Blaue gehende Aufforderung des Kriegsministers, sich von allen reaktionären Bestrebungen fernzuhalten? Was hat das Herr sich unter „Reaktion“ zu denken? Was Herr Sodrier darunter verstand, als er Lamartine einen Reaktionär titulirte? oder was die Berliner Klubbs bei der Zurückberufung des Thronfolgers „Reaktion“ nannten? oder das spezifische Preußenthum, was neuerdings als solche bezeichnet ist? Doch die Erläuterung folgt auf dem Fuße. Die Officiere sollen Konflikte mit dem Zivilstande vermeiden? Dieser Passus ist geeignet, eine allgemeine tiefe Indignation unter den Militärs hervorzubringen. Sie sollen Konflikte vermeiden, das wird ihnen ausdrücklich gesagt. Also haben sie bisher Konflikte gesucht, aber doch nicht vermieden? Wo sind für eine so schwere Anklage die Beweise? Einzelne Brutalitäten begründen sie noch lange nicht. „Mit dem Zivilstande.“ Es ist recht sauber, im Jahre 1848 in Preußen wieder den Zivilstand und den Militärstand kastenmäßig gegenüberzustellen, während ein Wincke bei dem Bescholtendeitsgesetz, dessen Begutachtung ihn etwa nicht als einen Neuerer und einen Ideologen erschienen ließ, im Jahre des Herrn 1847 erklärte, die preußische bewaffnete Macht bilde keinen Stand, die Wehrpflicht sei Beruf. Und wenn der Kriegerstand auch bisher Konflikte vermied, soll er jetzt etwa besonders und auffallenderweise schonend mit dem „Zivilstande“ umgehen? Werden bei letzterm Eigenschaften vorausgesetzt, die eine solche Zartheit nothwendiger machen? Oder, was näher liegt, sollen die Officiere in ihrem Umgang mit andern Staatsbürgern mehr, als früher, die Rücksicht auf Ehre aus den Augen setzen, um Konflikte zu vermeiden? — Der Antrag und Beschluß d. h. was der Minister schreiben soll, ist bisher nebelhaft. Der Schluß ist nicht deutlicher, aber unweiser. „Die Officiere sollen zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollten“! Zeigen, wie? Sollen die Officierkorps sich in Klubs formiren? Oder liegt darin die Aufforderung sich an konstitutionellen Klubs zu betheiligen? Und an welchen ist es der Singakademie gefällig, daß die Officiere sich betheiligen, an den patriotischen Vereinen, an den konstitutionellen oder an den demokratisch konstitutionellen? Zeigen sollen sie, daß sie wollen. Es ist also nicht an den Gesinnungen genug, sondern diese sollen demonstrirte, manifestirte Gesinnungen sein! Es ist ein Preis auf Gesinnungen gesetzt. An die Zeiten des ämtervergabenden Pietismus erinnert diese moderne Staatsweisheit. Wir haben einen Ausdruck für die Charakteristik dieses Beschlusses, den wir aber zurückhalten, bis wir ein Amendement zu demselben beleuchten werden, dessen Annahme dem Ganzen die Krone aufsetzt. — Unverständlich, fruchtlos wäre eine solche Aufforderung des Kriegsministers. Aber sie ist in einem Grade unpolitisch, daß wir auch diesen Gesichtspunkt nicht umgehen dürfen. Die Verfassung unsres Staats wird gegenwärtig in den Abtheilungen berathen. Niemand sieht vorher, welche Gestalt ihr die Verhandlungen im Plenum geben werden, inwiefern Modifikationen durch den andren Kontrahenten des zu vereinbarenden Grundvertrags, durch die Krone begehret und durchgesetzt werden. In diesem Provisorium fordert man die Intelligenzen der Armee auf, den konstitutionellen Rechtszustand zu fördern, der nur divinatorisch gehandhabt wird, in Erwartung eines definitiv konstituirten. In dem Bürgerwehrgesetz läßt die Kammer als Aufgabe der Bürgerwehr den Schutz „der konstituirten Gewalten“ zu, mit andern Worten also, sobald sich die Republik in den Herrn Fröbel bis Heramer konstituirt, hat die Bürgerwehr diese zu schützen; solange die konstituirten Gewalten in Frage stehen, hat sie das Zusehen. Müßte es doch heißen: „zum Schutze der Verfassung“ — nicht jeder beliebigen, sondern der Einen; aber ihr Entscheid schwebt noch. Jetzt, eine Aufforderung an die Offiziere, wo man selbst so unklar ist, daß man jenen ebenso reaktionären, als revolutionären Passus in das Bürgerwehrgesetz aufzunehmen geneigt war! — Ferner, jetzt, wo Deutschland gegenüber eine halbe Welt in Waffen steht, wo gegen Dänemark unsere Truppen für Deutschland kämpfen. Welchen Eindruck möchte solche Aufforderung wohl in Wrangels Lager machen? Möchte. Denn wir halten sie für unmöglich, trotz dem Antrag der Kammer, unmöglich vollends durch die Annahme eines Amendements, welches seinem Vater und Erzeuger im Wettlaufe Pieyerscher und Dierschkescher Staatskunst ohne Zweifel den Kranz gebracht hätte, wenn nicht 180 gegen 179 Stimmen die politische Blöße des Individuums mit dem Deckmantel allgemeinee Unfähigkeit verhüllt hätten. Es war der Abgeordnete Schulze von Wanzleben, der das Amendement stellte: „es solle in dem Rundschreiben den Offizieren, mit deren politischer Ueberzeugung der neue Rechtszustand nicht übereinstimme, zur Ehrensache gemacht werden, ihren Abschied zu nehmen.“ — Wir sind versucht, es Ihren Lesern gänzlich zu überlassen, die Thorheit und den Unverstand jenes Beschlusses ohne Kommentar still für sich zu genießen. Doch es könnte uns damit gar ebensoschlimm ergehen, als den Ministern, die mit Ausnahme weniger Worte von Schreckenstein, nicht für werth hielten, gegen Mühlen zu Felde zu gehen, und die in ihrer Zuversicht auf die menschliche Vernunft durch die Abstimmung in so überraschender Weise sich enttäuscht sahen. Denn ebensowenig wie sie in die Schmähungen des Heers durch Stillschweigen ihre Zustimmung zu erkennen gegeben, haben sie einem so querköpfigen Beschluß Vorschub leisten mögen. Schien es denn in der Reihe des Denkbaren zu liegen, daß die äußerste Linke diesmal die Oberhand gewinnen würde, wo weder der Verstand der Verständigen, noch das kindliche Gemüth in Zweifel gerathen konnte. Die Minister stimmten dagegen. Uebrigens war der Saat wenig besucht. — Indessen der Beschluß ist gefaßt, und es liegt die Alternative, ob er mit allen seinen Folgen getragen werden, oder ob die Krone von ihrem Rechte den Gebrauch machen soll, welcher dem Lande großes Unheil, der Kammer einen nicht angenehmen Nachruhm ersparte. — — Das ganze Land weiß oder ahnt mehr oder minder, wie das Offizierkorps gesinnt ist. Das Offizierkorps selbst glaubt im Rufe von Reaktionärs bei den Bürgern zu stehen. Voraussichtlich wird es im Heer Individuen geben, welche durch materielle Beweggründe sich leiten lassen, über gewisse Meinungsdifferenzen hinwegzusehen. Diese wären nicht die Besten, nicht die Würdigsten. — Mit Solchen in Einer Reihe stünde fortan der Offizier, der im Dienst verbliebe. Wenigstens würden viele Ehrenmänner sich dem kränkenden Argwohn solcher Gesinnungstoszigkeit ausgesetzt wähnen und deßhalb ausscheiden. Wir sind der Ansicht, daß unser Officierkorps weder reaktionär, noch konstitutionell gesinnt, sondern mehrentheils unklar ist. Dieser Widerstreit, dieses Schwanken wird durch die Wohlweisheit aus Wanzleben bei den trefflichen Charakteren in der Armee gegen das konstitutionelle System entschieden; denn welcher Ehrenmann würde nicht argwöhnisch gegen eine Meinung, auf die ein Preis gesetzt ist. Mancher würde freilich recht schnell und wohlfeil ein unklarer Konstitutionsverehrer! — Wir vertrauen auf das Ehrgefühl der preußischen Officiere. In unserer Armee möchte es nächstens kahl werden! Noch einmal diese parlamentarische Kinderspielerei mit dem Feuer, während ein allgemeiner Weltbrand droht, jetzt, jetzt! Reicht denn der Blick unserer Gesetzgebe nicht über den Cäcilienlaal hinaus? Wo sollen wir Officiere hernehmen für Schleswig, für die leise grollende Anarchie der Hauptstadt, die nun überwunden knirscht, für die russische Grenze, für den Rhein?! — — Die äußerste Linke wußte was sie wollte; wurde nicht in der badischen Kammer einst Entfernung der fremden Truppen verlangt? Zernichtung der Armee unter dem Vorwande der Reaktion, zu Gunsten der Revolte! — Hoffen wir, daß die Presse hier ihre Pflicht erfülle. Das Ministerium stehe oder falle im Kampfe gegen den Beschluß. Von dem König erwarten wir, daß er der Welt beweise, Willen und Kraft zu besitzen, indem er, gestützt auf die gerechten Forderungen der öffentlichen Meinung seine Zustimmung entschieden versagen, dagegen die Versicherung vom 18. März hierbei der Reaktion gegenüber erneuern wird, das gesammte Heer solle auf die zwischen Krone und Kammer vereinbarte Verfassung vereidigt werden. — Wenn ein Offizier diesen Eid weigert, so ist seine unausbleibliche Entlassung die Folge einer Handlung, eines thatsächlichen Widerstandes. — Was der Abgeordnete v. Wanzleben vorschlug, was die Kammee mit 180 gegen 179 Stimmen zum Beschluß erhob, ist — Gesinnungsinquisition.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cleave 9 Kath., 73 Numern stempelfrei beigelegt, für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Länder werden solche bei G. H. Lierow in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris bei Nr. 48 Rue d'Orleans du Luxembourg.

Deutsche Zeitung.

Die Insertionsgebühren betragen die Petitzeile oder deren Raum 1 Sgr. Postämter in Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 226. **Heidelberg, Mittwoch 16. August.** **1848.**

Uebersicht.

Deutsche Vertretung im Auslande. — **Wien** (Reichstagsverhandlungen. Interpellation wegen der Donauprovinzen. Die Robotfrage. Mangel an Oeffentlichkeit). **Linz** (Reise des Kaisers). **Prag** (der sechste August. Stellung Oesterreichs zu der Reichsregierung). **Berlin** (Mar v. Gagern. Abänderung im Ministerium. Die Revolution und die Universität. Abrel. des Königs). **München** (der deutsche Sinn der Baiern). **Hannover** (die deutschen Farben und die Huldigung). **Dormstadt** (Adresse des vaterländischen Vereins. Die Leiche der Gräfin Görlitz. Die Bürgerwehr). **Homburg** (Abdankung des Landgrafen). **Altona** (Ankunft der süddeutschen Truppen). **Hamburg** (Verhandlungen der zusammengetretenen politischen Vereine). **Frankfurt** (die Amerikaangelegenheit).

Dänemark. Officielle Lügen. Die Schifffahrt in dänisch Westindien. Graf Reventlow.

Schweden u. Norwegen. **Stockholm.** Längerer Aufenthalt des Königs in Malmö.

Großbritannien. Finanzielle Lage der Krieg führenden Parteien im Norden. Aus **Irland.** Smith O'Brien und John Mitchel. Morning Chronicle über Russen. Die Zeitungspresse über deutsche Einheit.

Frankreich. **Paris.** Der Aufsatz des Moniteurs und die auswärtige Politik in Frankreich. Finanzielle Maßregel. Des Nationals über die italienische Frage. G. v. Beaumont in London.

Italien. **Mailand.** Sechswöchentlicher Waffenstillstand. Como besetzt. Rückkehr der geflohenen Beamten. Zusicherung Schwarzenbergs. **Bologna.** Briefe über die letzten Bewegungen. **Mailand.** Der Zustand der Stadt. Vorrücken der Oesterreicher.

Türkei. **Galacz.** Die Truppen in der Nähe. Einmarsch der Russen. Preußische Konsuln.

---

16. August.

Kann Jemand sich den künftigen Reichs-Premierminister als den verantwortlichen Administrations-Jupiter denken, der nur zu winken braucht, nur zu schütteln seine Blitze in der Hand, und sie fliegen auf den elektrischen Telegraphenfäden zu seinen Präfekten in Baiern und Hannover, in Oldenburg und Oesterreich, in Liechtenstein und Preußen!

Wie das selbst für das kleinere Preußen seine Schwierigkeit haben dürfte, darüber sprachen wir uns neulich aus.

Wie es für das größere Germanien nicht paßt, bewies neulich der Blitz, den der Reichskriegsminister **Peucker** an seine Präfekturen schleuderte. — Die Präfekten nahmen ihn voesichtig in die Haad und besahen ihn sich. Die Sache schien ihnen gefährlich. Nur Einige spedirten ihn weitre, Andere umwickelten ihn, noch Andere ließen den Blitz seiner Wege gehen, und er fuhr und zündete, wo er nicht sollte, in Haide, Sumpf und Moor, davon wie denn viel brenstigen Geruch, Höhenrauch und Dampf hatten.

Ganz gegen die Absicht; er sollte die Luft klären. Es war ein gutgemeinter Blitz. Wenn die Wirknng am Ende doch gut wurde, war es die gute Gesinnung im ganzen Volke, welche die gute Absicht erkannte und half, wie es eben ging.

Zweifelt noch Jemand, daß es so ist, oder träumt noch Jemand davon, daß eine Centralisation der Verwaltung, wie in Frankreich und Rußland, in Deutschland ein Ding der Möglichkeit ist?

Wo sind die großen **Peter** und großen **Richelieus**, die vorangingen, die nur versucht hätten den Weg anzubahnen? Dies, ohne Vorbereitungen, und jetzt, von Frankfurt aus zu versuchen, in der Sprache des großen **Napoleon** oder des etwas minder großen **Thiers**, imperatorisch, diktatorisch zu den deutschen Völkern und Fürsten zu sprechen, kann Niemand mehr einfallen, sowohl nach der letzten Erfahrung, als wenn man die Erfahrung der Jahrhunderte, ja beinahe zweier Jahrtausende ins Auge faßt.

Allerdings wollen wir Alle diese deutsche Freiheit nicht mehr, wir wollen sie zeitgemäß bessern, die uns unfrei, schwach, verächtlich sogar gemacht hat dem Auslande gegenüber. Mit brennender Flammenschrift steht vor ans Allen Polens Geschichte als Warnungstafel, wohin diese Freiheit führt, aber mit einer nur dekretirenden Centralgewalt ist es nicht geschehen, auch wenn nicht allein alle Völkee und Stämme, sondern aach alle Fürsten durch ihre Verordneten, und ausdrücklich, in ihre unbeschränkte Autorität eingestimmt hätten.

Es ist das ureigenste Wesen der deutschen Individualität, daß sie keinen Respekt hat vor der Autorität, welche sie nach Einem Kamme scheeren will. Das ist in der Kunst, in der Wissenschaft, in der Religion, in dee Politik so. Dort hat nar die Schule, die Gemeinde Respekt vor ihren Autoritäten, die Nation nie. Wenn z. B. A. v. **Humboldt** einen allgemeinen Namen genießt, so ist das, weil die Anerkennung aus Amrrika und ganz Enropa zu uns herüber kam. Wäre sie von Deutschland ausgegangen, wäre diese Autorität aie eine so allgemeine geworden. In der Politik bewährt sich das vom Kampf der Marbod und Hermann, der Sueven und Hermunduren, der Frankrn und Sachsen durch die Kaiserzeit bis zu den Kontroversen in der Paulskirche. Nicht die Hunnen und nicht die Kreuzzüge, nicht der Papst und die Franzosen, nicht die neuen Theorien noch die Drohungen des Kommnnismus und des Proletariats konnten das Verlangen nach einer Einheit, die in einer Spitze, einem Punkt, einem Kopf, einer Centralisation ruht, aus dem unbestimmten Wunsche zum Gefühl der Nothwendigkeit erheben. Die Stammesnatur, das Blut widerstrebt, trotz aller Fahnen und Kokarden, einer solchen Wirklichkeit. Wer längnets, wir Deutsche sind nun einmal Republikaner, die Stammesindividualitäten wollen ihre Geltung behalten, und sollten auch die theoretischen Republikaner, die nur Begriffe, Menschen und Zahlen kennen, ein Mal die Oberhand gewinnen, der Stammesrepublikanismus wird immer wieder auftauchen. Nicht durch Dekrete, durch Vereinbaenng werden wir Brüder, nur durch Vereinbarung erzielen wir die Autorität, die Einheit, die uns Allen Noth thut, um die wir Gott anflehen.

Auch wenn die deutsche Verfassung da ist, sei in ihe der Centralgewalt noch so viel absolute Befugniß beigelegt, sie wird immrr sicherer handeln, wenn sie vor dem Befehl die Verständigung, die Vereinbarung mit den Einzelregierungeu, mit den Stämmen versucht. Das braucht nicht auf dem alten Kanzleiwege zu geschehen, nicht braucht sie der Reihe nach bei den 39 Staaten herum zu fragen. Dafür hat die Zeit andere Mittel; der Geist ist allüberall fortgeschritten. Die Schwerpunkte sind leicht ermittelt, wo der Wille der Nation ruht. Versäumt sie dies, so hat sie später vielleicht gefährlichern Widerstand von den einzelnen Stämmen zu fürchten, als von deren Regierungen. War das nicht schon bei der Fahnenhuldigung der Fall? Nicht vom Könige, sondern aus dem Volke ging in Preußen die Opposition aus.

Ließen sich Vereinbarungen nicht auch in Bezug auf die Vertretung Deutschlands nach Außen in der Art finden, daß Gefühle und Rechte der Einzelstaaten dabei geschont und berücksichtigt bleiben?

Angenommen, die alte Diplomatie, ihr Ritus bliebe einstweilen in der europäischen Welt; soll der Reichsverweser, soll die Centralgewalt sich ein neues corps diplomatique heranbilden oder durch Kontingente der Einzelstaaten beschaffen? — Dem neaeu demokratischen Deutschland liegt es nicht daran, sich im Saloaglanz der fremden Residenzen zu sonnen und wieder eitlen Luxtre anszustehlen. Ueber diese Misere dee abgelebten Zeit muß es hinaus sein. Es wird in die Hauptstädte Männer seines Vertrauens senden, Männer, welche die neue Zrit, die Brdürfnisse und Forderungen Deutschlands kennen; wenn es möglich ist, Männer, welche auch die Personen und Verhältnisse der Höfe kenaeu, der Regieungen und Völker, an die sie abgesendet werdeu.

Vielleicht ist Seitens des deutschen Reiches eine ständige Aussendung solcher Männer gleichzeitig an alle Mächte nicht nöthig. Deutschland hat nicht solchen Ueberfluß an Männern der Art, daß es wünschen sollte, so viele immer in der Fremde zu halten. Um zu lauschen? Das Geschäft der alteu Diplomatie; dazu werden sie nicht geeignet sein. Was ist überall jetzt zu erlauschen, wo die Presse schon die ungebornen Gedanken erräth und verräth? Um zu intriguiren? Wird, kann, darf das Deutschlands Aufgabe seiu, wenn es einig, groß und stark ist?

Digitized by Google

Es läßt sich annehmen, daß das deutsche Reich Abgesandte der Art nur zu gewissen, wichtigen Zeitpunkten ins Ausland zu senden sich bewagen findet. Diese Männer, seine Bevollmächtigten, ausgesandt zu dem speciellen Zwecke, im alleinigen Interesse des Gesammtreiches, werden von der Centralgewalt ohne alle Rücksicht auf Stand, Geburt, Abstammung, Angehörigkeit, nur nach Maßgabe der Tüchtigkeit und des Vertrauens, welches die Reichsregierung zu ihnen hegt, erwählt. Sie haben nur für diese zu handeln, nur ihr Rechenschaft zu geben.

Aber wenn sie unvorbereitet in die fremde Hauptstadt kommen, müssen sie Mittel zur Hand finden, um agiren zu können. Ein eben so unerfahrenes Gefolge, was sie etwa mitbrächten, hilft ihnen Nichts. Sie müssen, um uns populär auszudrücken, ein „fertiges Nest" vorfinden: ein Bett, ein Haus, Diener, Schreiber, eine Kanzlei, Gesandtschaftssekretäre, vielleicht Chargé d'Affaires, oder wie man sie nennen will, kurz eine ständige Gesandtschaft, deren Befehl sie für die Zeit ihres Daseins übernehmen, wie der Pilot den des Schiffes, der Diktator den des Heeres für die Zeit der Gefahr oder der Krisis.

Von diesen Gesandtschaftssekretären, Chargé d'Affaires, erfahren sie die Lokalverhältnisse, den Stand des Windes, die Richtung der Kanäle. Die Abgesandten operiren mit ihnen, jene sind ihre Untergebenen.

Diese ständigen Gesandtschaften sind dort im Namen des deutschen Reiches; aber ihre Mitglieder sind von den Einzelstaaten, je nach gesetzlichem Abkommen, nach einem Turnus, ernannt.

Wem lag daran und wem liegt daran unter den deutschen Einzelstaaten, im Auslande repräsentirt zu sein? Doch vorzugsweise nur Oesterreich und Preußen, den beiden bis da europäischen Mächten. So bleibe diesen bei den Staaten das Recht, zur deutschen Gesandtschaft in London, Paris, Petersburg, oder, wenn sie wollen, auch nach Madrid, Konstantinopel, nach Amerika, nach einer oder der andern italienischen Residenz, nach Stockholm, Amsterdam — es sind da keine Coenzen zu stecken — jedes einen Chargé d'Affaires zu senden.

Den kleineren deutschen Staaten war die Aussendung von Gesandten an jene Höfe noch immer mehr eine kostspielige Ehrenlast, als ein Bedürfniß. Sie vereinigten sich schon oft freiwillig zur Bestellung eines gemeinschaftlichen Chargé d'Affaires. Liegt ihnen daran, so mögen sie auch jetzt gemeinschaftlich an alle jene Hauptorte noch einen dritten Chargé d'Affaires senden; Mecklenburg, die Hansestädte, die anhaltischen, die sächsischen Fürsten vielleicht nach Petersburg; Hannover, Oldenburg vielleicht nach London; Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen nach Paris. Eine Einigung darüber, je nach Wunsch, wäre doch nicht schwer zu treffen. Im Interesse der kleinsten Staaten läge es vielleicht, sich nur durch Sekretäre gewissermaßen dort betheiligen zu lassen.

Der ganze Kompler bildet aber eine deutsche Gesandtschaft. Wäre in ruhigen Zeiten dies kollegialische Verhältniß so schwer durchzuführen: als Pässe visiren, das Vertreten des Interesses deutscher Angehörigen in der Fremde, der Abgabe deutscher Reichsnoten und Empfang derselben, das Abschließen gewöhnlicher Handelsverträge, die Berichterstattung nach Hause? Wie oft überträgt in ruhigen Zeiten ein Gesandter dem andern in Abwesenheit die Mehrzahl dieser laufenden Geschäfte. Sie sind nicht so schwer, als der Laie denkt; und denke man — alles das nur unter der Voraussetzung, daß die deutsche Einheit zur Wahrheit ward.

Aber es gibt zur Zeit noch dynastische Interessen in Deutschland. Der Chargé d'Affaires, den einer dieser Einzelstaaten zur Gesammtgesandtschaft ausgeschickt, bleibt in dieser Beziehung der Abgesandte seines Herrn. Er mag besondere Gratulations- und Kondolenzscheiben, Notifikationen von Geburten, Hochzeiten und Todesfällen abgeben und empfangen, so lange man an diesem Ceremoniell Behagen findet (dem Völkerwohl schadet es nicht); auch darf ihm eine Privatkorrespondenz mit seinem Hof und für denselben nicht verboten sein. Den Fall eines Verrathes wird Niemand präsumiren; oder die deutsche Einheit wäre auch ohne diesen Chargé d'Affaires verloren. Er mag repräsentiren, so viel er Mittel und Last hat; aushorchen, Verbindungen eingehen, was er privatim erreicht, ist zum Vortheil des Gemeinwesens.

Es können Fälle eintreten, wo das kollegialische Zusammenstehen nicht ausreicht, wo es Bedenken hat, Risse herbeiführt; in solchen Fällen, und ehe dieselben eintreten, wird das deutsche Reich seinen Gesandten hinsenden. Die kleine Autorität tritt dann zurück vor der großen Gesammtautorität. Wäre es doch nur eine Aushilfe, um die Sonderinteressen der Einzelstaaten nicht zu verletzen, bis zu dem Zeitpunkt, wo die ganze Diplomatie umgeschmolzen wird; eine versöhnende Maßregel, ohne Gefahr für die Gesammtheit; ein Mittel der Einzelstaaten, die Angehörigen ihres corps diplomatique zu beschäftigen, ohne genöthigt zu sein, mit einem Federstrich die Existenz so Vieler zu streichen; endlich, wie es ein höfliches wäre, auch ein billiges Auskunftsmittel im Vergleich zu den Kosten, welche die getrennte diplomatische Vertretung aller deutschen Einzelstaaten bis jetzt der deutschen Nation gekostet hat.

Oesterreich. Prag, 7. August. Während man dem Fr. J. schreibt, daß hier die Huldigungsfeier ganz der Vorschrift des Reichsverweserministers entsprochen habe, schreibt man der Allg. Z.: Der gestrige Tag, an dem die Huldigungsfeier des Reichsverwesers in allen deutschen Bundesländern begangen werden sollte, ist hier ohne alles äußere Zeichen vorübergegangen. Es hat keine militärische Feier, keine Feier der Nationalgarde stattgefunden, das Militär hat die deutsche Kokarde nicht aufgesteckt. Man sieht, Fürst Windisch-Grätz respektirt die czechischen Antipathien. Die Aeußerung des Wiener Ministeriums: die österreichische Armee könne bei der Verschiedenartigkeit ihrer Zusammensetzung die deutschen Farben nicht anlegen, führt uns übrigens nothwendig zu einer weitern Betrachtung über die unklare Auffassung des „Anschlusses" Oesterreichs an Deutschland. Die österreichische Regierung — falls es eine solche noch gibt, was man manchmal bezweifeln möchte — scheint das Verhältniß Oesterreichs zur deutschen Nationalversammlung ganz seltsam aufzufassen. So oft diese dem zerfallenden Oesterreich ein Stück Fundament unterbreitet, nimmt die österreichische Regierung dies sehr gut auf, wenn hingegen das deutsche Parlament ein Opfer, eine kleine Anstrengung von der österreichischen Regierung fordert, läßt diese es mit dem „Anschlusse" sein Bewenden haben. Zwei Oesterreich betreffende Beschlüsse der Nationalversammlung sind Belege dafür: wir meinen den Parlamentsbeschluß, die Aufhebung des Gildausfuhrverbots betreffend, und den andern, der die rückständigen Wahlen in Böhmen schleunigst vornehmen zu lassen aufforderte. Beide Beschlüsse sind schon vor langer Zeit formulirt worden, von beiden hat man bis jetzt in Oesterreich noch nicht die mindeste Notiz genommen.

** Wien, 10. August. Nach der mit der Vorlesung des Protokolls geschehenen Eröffnung der Sitzung wurde das Bureau des gewählten Finanzausschusses kund gegeben, es besteht aus Pillersdorf Präsident, Hagenauer Vicepräsident und Stark Schriftführer. — Bei der Prüfung der Wahlen kam seine Beanstandung der des Abg. Schuselka vor, und auch im Parlament stellte ein Abgeordneter die Frage, da Schuselka Abgeordneter für Frankfurt sei, ob Ein Individuum Mitglied zweier Parlamente sein könne, aber Schuselka erklärte, daß er bereits seine Entlassung beim Frankfurter Parlamente eingereicht habe. Bei der Meldung von der Rückkehr der Reichstagsdeputation von Innsbruck, bittet Abgeordneter Barrosch, als ihr Schriftführer das Reichsprotokoll ablesen zu dürfen. Es ist ein in kräftiger, schöner und unterhaltender Sprache gefaßtes Reisetagebuch, mit lebhaften, farbigen Schilderungen der Festlichkeiten in Innsbruck und auf der Hin- und Herreise. Abg. Neuwann interpellirte hierauf den Minister des Innern. Wie wichtig die Donaufürstenthümer Moldau und Walachei sowohl wegen ihrer Industrie, als auch Politik für Oesterreich seien, bedarf wohl keines Beweises. Durch das gestürzte System, das mehr im russischen als österreichischen Sinn und Interesse gehandelt, seien sie von Oesterreich entfernt worden, auch dort haben die Ereignisse der Märztage einen Umschwung hervorgebracht, worauf die Russen in die Moldau einmarschirt sind. Einmischungen der Art seien den Verträgen von Adrianopel und Akermann entgegen, der französische und preußische Agent hätten auch dagegen protestirt, vom österreichischen sei solches nicht bekannt; er frage demnach, 1) ob es wahr sei, daß die Agenten in Jassy und Bukarest gegen den Einmarsch der Russen nicht protestirt haben und ob dies auf oder ohne Instruktion geschehen sei? 2) Ob das Ministerium gedenke, diese Angelegenheit auf eine den Interessen und der Freiheit Oesterreichs würdige Weise zu vertreten? endlich 3) ob das Ministerium gesonnen sei, jene ernste Sprache in Petersburg und die aufmunternde in Konstantinopel zu führen, um solches Einschreiten in der Folge unmöglich zu machen. In Abwesenheit des Ministers des Aeußern bedauerte Minister Doblhof, nur eine ungenügende Antwort geben zu können, er könne jedoch so viel versichern, daß die Pforte den Einmarsch der Russen gebilligt, die preußische Regierung den Protest ihres Agenten desavouirt und England gar nicht protestirt habe; über das Benehmen Frankreichs könne er noch keine Nachricht geben. Ob die Verträge auf keine Weise gebrochen, sei er völlig ohne Daten, übrigens sei er in genauer Kennt-

Digitized by Google

nicht alles dessen, was in den Donaufürstenthümern vorgehe. Eine würdige und ernste Sprache in Petersburg sei nicht zu bezweifeln, obgleich die Verhältnisse bedenklich seien und man Alles vermeiden müsse, um Ereignisse zu verhüten, die unsere innere Festigung beirren könnten. Hierauf interpellirte der Abg. Claudi das Kriegsministerium: 1) Welche Maßregeln es getroffen habe zur neuen Vermittlung eines Militäreides, verschieden vom bisherigen Fahneneid, um wie in allen konstitutionellen Staaten die Anerkennung und Wahrung der Volksrechte zu beschwören? 2) Nach den erfreulichen Siegesnachrichten aus Italien, wo die Streitkräfte nicht mehr so stark zu sein benöthigt werden, sollte bald eine Verminderung der Truppenmacht vorgenommen werden, um hierdurch ein nicht unbedeutendes Ersparniß in den Finanzen zu erzielen? und 3) Welche Anstalten das Ministerium getroffen habe, um von allen Militärkommandanten in den Provinzen unbedingten Gehorsam für die Ministerialbefehle zu erhalten und ein Mäkeln an denselben unmöglich zu machen? — Er müßte vor der hohen Versammlung gewiß als vorrilig und unbescheiden erscheinen, entgegnete Minister Latour dieser Interpellation, wenn er nun schon eine Konstitution vom Militär beschwören ließe, die erst hier berathen und abgefaßt wird, sobald dies geschehen, wird nach das Gewünschte erfolgen; eben so wenig dürfe man vor dem definitiven Friedensabschlusse in Italien zu einer Truppenverminderung schreiten, was endlich die Gehorsamsmaßregeln anbelangt, sei bisher noch kein Beispiel von Ungehorsam vorgekommen. — Abg. Claudi fährt in seiner Interpellation fort, der Belagerungszustand in Prag sei den hier gegebenen Versicherungen zufolge aufgehoben, noch immer aber bivouakiren kleine Truppenkörper in den Straßen, die Stadt sei cernirt, und nächstens würden anstatt der 6pfündigen 12pfündige Kanonen aufgepflanzt werden! Aber Minister Latour beantwortet auch diese Frage zu vollkommener Zufriedenheit, der Belagerungszustand sei vollständig aufgehoben, konstitutionelle Rechte in Wirksamkeit, doch weil die Gährung noch nicht vollkommen unterdrückt sei, habe Fürst Windischgrätz Vorsichtsmaßregeln getroffen, um die Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Stadt zu erhalten! Abg. Catinelli verliest ein gehaltloses Schreiben von seinen Kommittenten, welches er noch mit solcher Affektation und Bizarrerie begleitet, daß diese possirliche Deklamation öfters die ganze Versammlung in helles Lachen versetzte, er zur Ordnung gewiesen wurde und abbrechen mußte. Weiter wird eine Interpellation von Abg. Umlauft vorgebracht: Es sei Jedermann das Treiben des Grafen Leo Thun bekannt, wie er ohne Vorwissen und Zustimmung des verantwortlichen Ministeriums einen Landtag für Böhmen auf den 10. Juni ausgeschrieben, kurz darauf eigenmächtig eine provisorische Regierung eingesetzt habe, welche verwerfliche Umtriebe bei jenen Wahlen stattgefunden, ja daß sogar gerichtliche Verfolgungen gegen die Personen ausgeschrieben sind, die jene Wahlen unmöglich zu machen suchten. Er erlaube sich daher, die Frage zu stellen: 1) ob das Min. die Abhaltung dieses auf inkonstitutionelle Weise zustandgebrachten Landtages zu gestatten gedenke? 2) ob es die von Grafen Leo Thun ausgeschriebenen Wahlen als giltig zu erklären gesonnen sei und 3) ob es jenen wegen der Wahlen gerichtlich verfolgten Personen Schutz gewähren werde? Die Beantwortung des Ministers Dobblhof lautet dahin, daß man es ihm erlassen möge, sich über Maßregeln auszusprechen, deren Anwendung erst in Zukunft nöthig sein dürfte, daß ferner eine Abhaltung von Provinziallandtagen keineswegs unstatthaft sei, beweisen die eben jetzt in Tirol, Oberösterreich, Steiermark und Mähren versammelten Landtage. Bezüglich dessen ließe sich nicht aburtheilen, indem die Ausschreibung noch nicht erfolgt sei, was endlich den Schutz jener gerichtlich verfolgten Personen betreffe, bitte er um nähere Daten. —

Hierauf wurde zu dem seit 3 Tagen schon besprochenen Kudlich'schen Antrag geschritten, worauf abermals unzählige Amendements einliefen, die wieder zu lebhaften und langen Diskussionen führten, aber zu keinem Resultate kommen ließen. Sobald der Beschluß des Parlamentes hierüber ausgesprochen ist, werde ich Ihnen den Antrag mit den erheblichen Amendements und den besten Motivirungen nach Möglichkeit ausführlich bringen; heute wurde die Sitzung geschlossen, ohne weiter als zu den Verlesungen einiger Verbesserungsanträge gekommen zu sein.

†† **Wien**, 10. August. Die Verhandlungen des heutigen Reichstages über Robot-Zehnt-Lehen-Frage sprachen sich im Allgemeinen für Abschaffung dieser schmachvollen Feudalreste aus, doch hundertfache nach eitlem Selbstdünkel modificirte Amendements lagen nebst dem Urantrage auf dem Pulte des präsidirenden Stellvertreters Hrn. Strohbach. (Präsident Schmidt hatte sich entschuldigt, ich glaube mit Heiserkeit, er war während der Sitzung auf einer Abgeordnetenbank.) Der Abgeordnete Havelka sprach mit slavischem Accente kräftig, einsichtsvoll und gewandt für Abolition aller aus dem Feudalwesen überkommenen Lasten. Er stimmt für Beibehaltung der Gerichtstaxen und anständige Bezahlung der Gerichtsbeamten und eigentlichen Richter, welche oft so schlecht besoldet, daß bei Herrschaften und Magistraten Gagen von 40 fl. rheinisch in jüngster Zeit auf 360 fl. bis zu 480 fl. rhein. erhöht vorkommen. Er kennt z. B. eine Herrschaft, welche allein 80,000 fl. Gerichtstaxen einträgt, und der Richter hat kaum so viele Hundert Besoldung. Eine Jahresgage von 3600 fl. ist übrigens ganz hinreichend und gehört wohl zu den besten richterlichen Anstellungen. Der Redner verlangt weiter unbedingte Einführung des öffentlichen Gerichtsverfahrens, und leitet davon ein größeres Zutrauen des Volkes zur Regierung ab. Der gestern in einer schönen Rede des Ministers Doblhoff ausgesprochene Gedanke: „Der Weltgeist macht jetzt die Politik, und nicht Ministerbänke noch Konferenzen", wurde von Hrn. Havelka dahin angewandt, daß dieser Weltgeist auch erst dann seine Mission erfüllen könne, wenn sich das Göttliche desselben im Volke verkörpert hat, welches aber nur geschehen wird, wenn man dem bisher gedrückten Menschen das gebe, was ihm vor Gott und den Menschen gebührt. Die Abgeordneten mögen sich durch die Schwüle der vielen Amendements durcharbeiten, und ohne Zeitverlust dem lange Entwürdigten Menschenwürde — Menschenrecht zurückstellen. Abgeordneter Umlauft sprach zu Gunsten seines Amendements, daß man der Welt zeigen möge, wie der Reichstag zu Wien die Menschenrechte als ewig, unverletzlich anerkenne, was sie trotz Tyrannenketten immer bleiben; weßhalb er fordert, daß dieser wichtige Ausspruch auch mit dieser Betonung geschehe, um damit der Thronrede jenen letzten Nachdruck zu geben, welcher das Bestehen jedes gesetzwidrigen Zustandes als mit dem festgestellten Grundsatze des Rechts unvereinbar fortan unmöglich mache. Die Rede war mit Feuer gesprochen, wenn schon das Gedankenkonzept nicht früh genug entworfen war, und dadurch jener Fluß verloren ging, welcher als ein Resultat des Zusammengehens von Idee und Wort des Redners nöthigste Gabe ist. Ein galizischer (Bauer) Abgeordneter dankte der Versammlung für die vorgesetzte gänzliche Abschaffung der Robot- etc Lasten, und meinte, daß eine Ablösung dieser unrechtmäßigen den Bauer drückenden Bürde durchaus kein Geschenk sei, sondern eine Fortsetzung der bisher befolgten Rechtlosigkeit. (Bravo und Beifallklatschen.) Der Abgeordnete Klein hielt einen ausgezeichneten nur etwas zu langen Vortrag über dasselbe Thema. Schöne Sprache, Stimmfall und Stoffbehandlung machen ihn zu einer Rednernotabilität dieser Versammlung. Etwas mehr Feuer und kürzere Fassung bleiben zu wünschen. Unstreitig war seine Rede die beste der heute gesprochenen.

Die Ordner des Reichstages lassen nur kleine Partien zu den Gallerien gelangen, wodurch die Oeffentlichkeit so gut wie gar nicht besteht; denn wer wird es sich gefallen lassen, zwei Stunden vor einem geschlossenen Thore theils bei Sonnenhitze theils bei Regen zu warten, bis endlich das verheißene Thor geöffnet, und der gedrückte, gepreßte durch Sonne und Regen gefolterte Harrende von der ungeduldig nachdrängenden Menge in Gefahr gebracht wird, von den Bajonetten jener ungeschlachten Nationalgardisten (die heute auf der Thorwacht waren) aufgespießt zu werden. Glückliches England, überglückliches Amerika — und großmüthiges Frankfurt, wo man Tausende nicht nur mithören, sondern sogar mitagiren läßt! Im Innern der Reitschule spricht man von Menschenrechten und außerhalb läßt man die harmlosen Wiener von der Sonne rösten; im Innern spricht man von Oeffentlichkeit, und man schließt zu dem Zwecke alle Eingangsthore oder besetzt sie mit Bajonetten. Man kann sich hier von uniformirter Polizei und polizeilicher Uniform nicht emanzipiren. Gestern aber und vorgestern hielt wieder das Volk Gericht über Wucherer und unbarmherzige Miethfrauen; das lynch law oder „Haberfeldtreiben" ist trotz Polizei oder Sicherheitswache ein Privilegium, eine Errungenschaft der Wiener geblieben, welche sie durch Katzenmusiken fort ausüben.

In **Wien** treffen bereits, einer Korrespondenz der **Allg. Z.** zufolg. Bürger und Nationalgarden Anstalten zum Empfang des Kaisers; eine Menge Triumphbögen werden errichtet, und die Mädchen machen ihre weißen Kleider zurecht.

Linz, 11. Aug. Der Allg. Z. wird geschrieben: Verwichene Nacht hat der Kaiser in Neulambach geschlafen, heute trifft er hier ein, morgen wird er auf einem höchst geschmackvoll dekorirten Dampfschiff, das in Bereitschaft steht, die Reise nach Wien fortsetzen und daselbst Abends anlangen. Zu Salzburg ward er mit der Nachricht von der Uebergabe Mailands überrascht. Der Feldmarschalllieutenant Fürst Lichtenstein hatte daselbst den Kaiser erreicht, und ihm im Auftrag des Feldmarschalls Radetzky die Schlüssel jener Stadt überbracht. Mailand hat sich in sein Schicksal gefügt, aus der Noth eine Tugend gemacht, dem alten Feldmarschall eine Loyalitätsadresse zugestellt, an seine Großmuth appellirt und dann das Haupt gebeugt.

Preußen. *** Berlin, 12. August. Jetzt, wo Manches sich klärt, und was schwere Wetterbänke schienen, in Nebel zerfließt, fängt man auch an, sich über das Verhältniß der Universität zur Revolution zu befragen. Unter Universität ist hier natürlich nur die Studentenschaft zu verstehen. Aus dem Korpus der Lehrer sind nur einige jung-hegelianische Extraordinarien bei der radikalen Bewegung betheiligt. Wer aber ist die Studentenschaft, von der das Gerücht vor 5 Monaten sagte: daß sie voran auf den Barrikaden gestanden; die Zeitungen: daß sie es alsdann gewesen, welche die Ordnung hergestellt, eine Art orientalischer Gerechtigkeit in den Straßen geübt, daß sie eine zweifelhafte Theilnahme beim Zeughaussturm an den Tag gelegt, nachdem sie beim vorangängigen Angriff auf die Deputirten und Minister im Kostümenwäldchen dieselben zuerst geschützt vor den Insulten der Menge, dann aber den Geretteten in ihrer Aula ungebührlich den Text gelesen haben sollte? Wer endlich ist die Studentenschaft, welche so oft in Plakaten an den Ecken erscheint und den Festzug des 6. Augusts verunstaltet hatte? Wer die Studentenschaft, welche am 3. August nicht geduldet, daß neben der deutschen Fahne eine preußische Fahne auf dem Universitätsgebäude hing, sie abriß, und neben dem schwarzen Brett des Senates ihre eigene schwarze Tafel ausgehängt hatte? Unlängst erklärte eine andere Studentenschaft durch Plakate an den Ecken, daß man sie nicht mit jener agitirenden oder wühlenden Studentenschaft verwechseln solle, daß jene sich unberufen diesen allgemeinen Namen beilege, und aus dem kleinsten, kaum dem zehnten Theil der Allgemeinheit bestehe. Heute antwortet die angegriffene Studentenschaft, daß über ihre Anzahl der Festzug des 6. Augusts Belehrung gebe, daß von jener andern sie zur Rede stellenden Allgemeinheit, nachdem sie aufgefordert, sich zu nennen, nur 9 ihre Namen gegeben. Zu einer klaren Anschauung ist man noch nicht gekommen, wenn man auch überzeugt ist, daß wirklich nur der allerkleinste Theil der hier immatrikulirten Studenten an den Bewegungen im Sinne des Radikalismus Theil nimmt, meist von einem Propagandisten aus der Schweiz geleitet, und die Masse der Andern, wie überall, das Treiben mißbilligt, aber schweigend. Von einer Schließung der Universität ist die Rede gewesen, eine flüchtige Anregung, mehr aber nicht. Das Uebel wird sich auch hier von selbst heilen. Der Unfug und die Pietätlosigkeit vom 3. August mußte dagegen gerügt werden. Der Student Langfeldt, welcher die preußische Fahne über dem Universitätsgebäude verhöhnte und Geld unter die Straßenläufer austheilte, um sie herabzureißen, ist in perpetuum relegirt worden. Wenigstens ist es kein Preuße, wie die Bekanntmachung des Senates bezeugt, es ist also keine Pietätssünde gegen die Erinnerung Friedrich Wilhelms III. Ein anderer Student, Feenburg, betheiligt beim Zeughausattentate und überwiesen, ward heute, in Anbetracht mehrerer mildernden Umstände, nur zu 1 Jahr Festung verurtheilt, auch ward ihm die schwerste Konsequenz seiner Verurtheilung erlassen, die Auslieferung nach Rußland, zu dem er im Unterthänigkeitsverhältniß steht.

†† Berlin, 13. August. Unser Ministerpräsident Hr. von Auerswald hat häufige Konferenzen mit dem hier anwesenden Unterstaatssekretär des Reichsministeriums Hrn. Max v. Gagern. — Morgen soll auch der Reichsminister Heckscher hier eintreffen. Es handelt sich um die Feststellung des Verhältnisses der Krone Preußen zum Reichsverweser.

Berlin. Die elektrisch-magnetische Telegraphenlinie von hier nach Frankfurt a. M. wird nun ungesäumt in Angriff genommen werden. Sie wird nach dem System des Lieutenants Siemens ausgeführt, der jetzt in Schleswig, oder zurückgerufen worden ist. Die Drähte werden in Hülsen von Gutta Percha gelegt und unter der Erde fortgeführt. In spätestens zwei Jahren soll das Ganze vollendet sein.

Berlin, 13. August. Der König hat gestern Nachmittag in Begleitung des Minister-Präsidenten von Auerswald und des Ministers des Innern, Kühlwetter, die Reise nach Köln angetreten.

Berlin. Der bisherige Brigade-Kommandeur Generalmajor v. Brandt ist laut K.O. vom 10. d. M. zum Unterstaatssekretär im diesseitigen Kriegsministerium ernannt worden. Durch königliche Verordnungen vom 29. und 31. Juli werden die geheimen Kondukteurlisten beim Militär und in der Civilverwaltung aufgehoben.

Baiern. § München, 7. August. Nun spreche mir nach Einer in Frankfurt oder wo von baierischen Sondergelüsten: Im Gegentheil! Bald wird man vom Furor teutonicus in Baiern singen und sagen: Deutsch sind wir! dem Reichsverweser huldigen wir! und ginge darüber unser Ministerium zum Teufel und mehr! Es ist ein eigen Ding um die Leidenschaft, wenn sie sich der Menge bemächtigt hat, und wer nicht mitten drin steht, hat eigentlich kein vollgiltiges Urtheil. Inzwischen stellt sich doch dem ruhigen Beobachter Einiges als Thatsache heraus. Die Bürger-Landwehr und sämmtliche Freikorps verlangten nun der dem Reichsverweser am 6. August vom stehenden Heer zu bringenden Huldigung Theil zu nehmen, und zwar so, daß sie zur selben Stunde und an denselben Ort, wie das Heer, zur Parade marschirten, um vor der Welt das Zeugniß abzulegen, daß sie die Einheit Deutschlands in aller Wahrheit und mit allen Folgen wollten und mit voller Freude begrüßten. Das ist gewiß erfreulich. Allein es war in diesem Verlangen schlechterdings keine Rücksicht genommen auf den Wortlaut und die Bedeutung des Reichskriegsministerialreskripts, welches ausschließlich die Bundestruppen angeht, d. h. diejenigen, welche auf Befehl der Centralmacht (nicht etwa zur Parade, sondern) ins Feld zu rücken haben. Unsre Bürger-Landwehr oder und Freikorps gehören ihrer Organisation gemäß nur für den innern Dienst. Hier lag also eine enthusiastische Auffassung einer Dienstvorschrift, einem Irrthum der Bevölkerung zu Grunde, der, als er auf Widerstand stieß, zu einer großen Gefahr anschwoll und selbst das Ministerium in seinem Bestand bedrohte. Dieses nun, so klar wir gedachten Irrthum als solchen anerkennen, trägt doch leider vornehmlich die Schuld seines Entstehens und Wachsthums. Vor Allem war es gefehlt, nicht den Reichsministerialbefehl einfach in Vollzug zu setzen, sondern der Huldigung des Reichsverwesers, d. h. dem dem Reichsverweser ausgerufenen Lebehoch ein Lebehoch auf den König von Baiern vorzuschicken. So wurde umgekehrt das Zeichen des Enthusiasmus in die Aengstlichkeit dienstlicher Rücksichten und kleinlicher Besorgnisse eingepreßt, ihm aller Werth genommen und der Verdacht rege gemacht, man meine es nicht sehr ernstlich mit der Achtung vor der Centralgewalt. Der Verdacht stieg, als das Verlangen der Bürger sich bei der Huldigung zu betheiligen, absichtlich beschieden wurde. Da beging das Ministerium den zweiten Fehler. Statt ganz ruhig zu antworten: „die angeordnete Feier bezieht sich nur auf das stehende Heer. Geboten ist eine Betheiligung der Bürger nicht; allein auch nicht verboten; wie denn auch nicht verboten sein kann, wenn die Bürger ihre Anhänglichkeit an die neue Reichsgewalt irgendwie bethätigen wollen", werden Sitzungen nach Sitzungen gehalten, erst abgeschlagen, dann Deputationen gewährt, dann Beisein ohne Waffen, endlich Alles. So haben Mißgriffe auf zwei Seiten Verwickelungen herbeigeführt, die keinesfalls wünschenswerth waren. Denn es ist nicht sehr leicht, an die Stelle unserer Minister Männer zu bringen, die besser als sie zu den gegebenen Verhältnissen paßten. Wie nachhaltig aber die ungeregte Stimmung in der Bevölkerung ist, können Sie aus dem Umstand entnehmen, daß man bei einem am Nachmittag gehaltenen allgemeinen großen Volksfest (auf der Meuterschwaige) nach dem dem Reichsverweser ausgebrachten Lebehoch einen Redner, der dem König ein Lebehoch ausbringen wollte, nicht zum Worte kommen ließ. — Am 5. August fand ein ländliches Fest in dem nahen Neuberghausen Statt, zum Vortheil der deutschen Flotte. Dabei wurden die dem Verein geschenkten Gegenstände öffentlich verloost. Es waren 509 Nummern, die in bunter Abwechslung von Kunstwerken, weiblichen Arbeiten, Fruchtschüsseln, Büchern, Krystall- und Porzellangefäßen u. s. w. Interesse und Heiterkeit lebendig erhielten, und unter denen die Gewinnste von ein Paar Fäßchen Sommerbier, vornehmlich aber von einer Anzahl Flaschen Rüdesheimer, Johannisberger Eiser und Steinwein vierundachtziger großen Jubel verbreitete. Gegen achttausend Loose waren dazu verkauft worden. Die Sammlungen für das Unternehmen im Ganzen haben nach immer sehr guten Fortgang.

Hannover, 12. Aug. Der König hat „die Anlegung der deutschen Farben an den Fahnen und Kokarden" beschlossen, und der Armee ist darüber das Nöthige höchstinmst eröffnet worden. Die Huldigung ist nicht genehmigt. (H. Morgenz.)

Hessen. Δ Darmstadt, 12. August. In seiner gestrigen Versammlung hat der hiesige vaterländische Verein eine Adresse, welche hauptsächlich durch den bekannten Gritznerschen Antrag hervorgerufen wurde, an die verfassungsgebende Reichsversammlung in Frankfurt a. M. beschlossen. Die Adresse schließt mit nachstehender Bitte: „Wir bitten daher die hohen Abgeordneten deutscher Nation, sowie sie seither stets im Geiste der wahren Freiheit, der echten Vaterlandsliebe und der Humanität gewirkt haben, nun auch Alles zu thun, was die Einheit und Stärke Deutschlands befestigen und den Bruderssinn in dem Volke neuerneu kann; deßhalb also auch in einer Zeit, wo das Vaterland von Außen und Innen bedroht ist, solche Anträge und Verhandlungen zu vermeiden, welche zur Erreichung des nächsten Zweckes, nämlich der Erhaltung, Stärkung und Vereinigung Deutschlands und der Begründung seiner freien volksthümlichen Verfassung nicht nothwendig

erforderlich sind, namentlich aber auch solche Fragen unberührt zu lassen, welche Umänderung bestehender kirchlichen Formen und Einrichtungen betreffen." — Eine Maßregel, welche das Hofgericht in einer, wie es scheint, außerordentlicher Weise zusammenberufenen Sitzung (eben gegenwärtig laufen noch die Gerichtsferien) beschlossen hat, daß nämlich der Leichnam der nun bald 14 Monate beerdigten Gräfin Görlitz ausgegraben werde, hat hier große Sensation erregt. Gestern kam jener Beschluß zur Vollziehung. Ueber die Ergebnisse ist noch Nichts bekannt. — Es sind bedauerliche Spaltungen in der hiesigen Bürgergarde entstanden. Ein Theil war für Uniformirung nach Art der Linie, wenn auch einfacher, ein anderer Theil wollte vorerst gar keine Uniformirung, da das Bürgergardegesetz als Tracht der hessischen Volkswehre blaue Blusen und schwarze Turnerhöte vorsieht. Die Mehrheit, wobei aber allerdings auch diejenigen mitstimmten, welche die Uniformen in Folge ihrer Verhältnisse werden angeschafft bekommen, schloß sich der ersteren Ansicht an, und es sind in Folge dessen bereits viele Austritte erfolgt.

Homburg, 10. August. Nachdem im vergangenen Winter der junge Erbprinz in Bonn gestorben ist, hat die direkte Erbfolge damit ihe Ende erreicht. Der regierende Landgraf ist bereits ein alter Herr und leidet an einer unheilbaren Brustwassersucht, so daß der Tod jeden Augenblick erfolgen kann. Sein Bruder, Prinz Ferdinand, ist ein vollkommener Misanthrop, lebt in der größten Abgeschiedenheit und hat bereits auf jedes Regierungsrecht verzichtet. Nach dem Rechte der Agnaten fällt die Landgrafschaft an Hessen-Darmstadt, mit dessen Gebiet sie in ihrer größeren Ausdehnung zusammenhängt. Der Zeitpunkt dieser Vereinigung scheint früher eintreten zu sollen, als nach dem natürlichen Verlaufe, denn wir hören soeben, daß der Landgraf die in nächster Woche zum ersten Male sich versammelnden Stände, 15 der Zahl nach, mit der Anzeige seiner Abdankung eröffnen wolle. Die Verabredungen wegen der sofortigen Besitznahme von Seite des Großherzogthums sollen in Darmstadt bereits getroffen worden sein. (K.Z.)

Schleswig. Altona, 11. Aug. Die Frankfurter und weimarschen Truppen sind nun heute gegen Abend wirklich eingetroffen und hier einquartiert worden; sie werden wenigstens einen Rasttag in hiesiger Stadt halten. (B.-H.)

* Hamburg, 9. Aug. 48 Stunden, die wie verlebt haben, wiegen schwer in der Geschichte Hamburgs, sie haben eine totale Umwandlung angebahnt, sie haben eine Einigkeit erzeugt, die wir bisher nicht kannten, sie haben einen gesetzlichen Widerstand bethätigt, der früher nicht vorhanden war. Vorgestern Abend 7 Uhr am 7. dieses wurde in dem großen Saale der Tonhalle eine inhaltschwere Versammlung von etwa 2000 Anwesenden abgehalten, welche sämmtliche hiesige Vereine vertraten, und zwar den deutschen Klub, den Bürgerverein, die erste politische Association, den Verein für sittliche und politische Bildung der Juden, den Verein zur Hebung der Gewerbe und den Bildungsverein für Handwerker, um sich über eine zu schaffende konstituirende Versammlung zu vereinbaren. Nachdem von Hrn. Gliza, Dr. Baumeister, Dr. Buchheister und Dr. Ree längere Reden über den Gegenstand der Tagesdebatte gehalten worden waren und derselbe von allen Seiten beleuchtet war, schritt man zur Abstimmung der folgenden Anträge, welche sämmtlich angenommen wurden. I. Antrag des Dr. Ree. Die Versammlung erklärt hierdurch, daß sie eine konstituirende Versammlung für nöthig hält, weil nur durch die von einer solchen bewirkte Umgestaltung dem Begriffe der Souveränetät, dem Begriffe der Volkssouveränetät entsprochen wird, und weil es sich um solche politische und soziale Verbesserungen handelt, wie sie zu einem Neubau nöthig sind, welcher nur durch neu dazu besagte Vertreter beschafft werden kann. II. Der Antrag Löwes. 1) Die Versammlung erklärt sich für permanent für den Zweck einer konstituirenden Versammlung. 2) Die Versammlung hält alle Montage Sitzungen, bis der Zweck erreicht ist; 3) die Versammlung wählt sich einen Präsidenten, Vicepräsidenten und 2 Sekretäre; 4) Statt des Löwe'schen Antrages Nr. 4, die Präsidenten führen den Vorsitz in dem Central-Komité, das jede Woche zusammentritt, ward dieser Paragraph folgendergestalt, wie er von Marr gefaßt wurde, angenommen: die Versammlung hat aufgehört eine Vereinigung der Vereine zu sein, sie ist eine neu zu konstituirende Versammlung für die ein Komité ernannt werden muß, unabhängig von dem Central-Komité; 5) das Central-Komité besorgt die Ausführung der von der Versammlung gefaßten Beschlüsse und das kann seinerseits Maßregeln zur Beschlußnahme vorlegen. III. Der Antrag des Dr. Trittan, bestehend aus 5 Punkten, von denen aber nur 2—5 angenommen wurde, da Trittan auf Nro. 1 von selbst verzichtete, als in dem Ree'schen Antrage schon mitinbegriffen. Die 5 Punkte lauten: 1) Daß die Versammlung nur eine durch allgemeine direkte Volkswahlen zu berufende konstituirende Versamml. für kompetent erachte, ein Verfassungsgesetz für die Republik Hamburg zu entwerfen; 2) daß die definitive Annahme der Staatsverfassung nur unter der Bedingung rechtliche Kraft und Giltigkeit erlangen könne, wenn die Sanktion des Verfassungsgesetzes in der Vorversammlung durch einen Majoritätsbeschluß aller mündigen Angehörigen erfolgt sei; 3) daß der Rath und die Erbgesessene Bürgerschaft nicht ferner für berechtigt erachtet werden können, die gesetzgebende Gewalt in unserer Republik auszuüben, sondern, daß vielmehr jeder noch etwa zu erlassende Rath- und Bürgerschluß als ein Attentat gegen die Souveränetät des Volks anzusehen sei, dem kein hiesiger Staatsangehöriger Gehorsam zu leisten brauche; 4) daß namentlich jeder in Folge solcher anmaßlichen Rath- und Bürgerschlüsse erlassene Befehl, Steuern oder Abgaben zu bezahlen, in rechtlicher und politischer Hinsicht als null und nichtig zu betrachten sei; 5) daß gleichfalls aus dem fernerweitigen in Gemäßheit eines Rath- und Bürgerschlusses zu kontrahierenden Anlehen oder zu verkaufenden Staatsschuldscheinen der zweiten Hälfte der Prämienanleihe der Staatskasse überall kein Präjudiz erwachsen könne, sondern daß fortan vielmehr die Uebernahme solcher nagiltigen Verträge sich lediglich an die Privatkasse der unbefugterweise kontrahirenden Staatsbeamten zu halten habe. Nur der Energie der demokratischen Partei ist es zuzuschreiben, daß die Trittau'schen Anträge ohne Diskussion angenommen wurden. Alle Parteiführer sowohl die gemäßigten wie die radikalen waren für und gegen die Trittau'schen Anträge auf der Tribune, man sah nach einander den Doktor Trittau, W. Marr, Doktor Baumeister, Doktor v. Böninghaus, Dr. Ree, August Prinz und Andere das Wort nehmen, bis denn die demokratische Partei, die energischste von allen, den Sieg errang und die Anträge ohne Diskussion angenommen wurden. Die Annahme erhielt noch mehr Gewicht dadurch, daß Dr. Cohn beantragte: Alle für Einen und Einer für Alle zu stehen in dieser Sache, was allgemein mit großem Beifall aufgenommen wurde. Noch mehr drang aber die Sache der Demokraten in den Vordergrund durch die Wahl des provisorischen Komités, welches aus lauter entschiedenen Demokraten besteht, wie Löne, Dr. Ree, Dr. Trittau, Dr. Gallois und W. Marr. — Die oben angegebenen Vereine repräsentiren etwa 7000 Mitglieder, und zwar zunächst aus den höchsten Ständen, ihr Zusammenwirken konnte nur durch die größte Ungeschicklichkeit des Senats hervorgerufen werden, welcher seit Monaten ordentlich mit Blindheit geschlagen ist und Alles thut, um die Bürgerschaft gegen sich aufzubringen. Statt das Wesen der Reform gefördert zu sehen, gehen wir täglich zurück, und die am 13. März ernannte Reform-Deputation schadet der Freiheit und der freien Bewegung mehr, als sie ihe rühen kann, daherdie allgemeine Auflehnung gegen die vorgenommenen Schritte, eine Aufsehaung, die selbst im Senate Zwiespalt erzeugt und Anklang gefunden hat. Die nächste Sitzung, am nächsten Montag, wo das neue Komité gewählt wird, wird entscheiden, in welchem Geiste die Versammlung fortwirken soll und wird, ob durch Demonstration oder nur durch passiven Widerstand; man glaubt allgemein, durch Ersteres. So sind wir wiederum in dem Stadium der Revolution, in welchem wir seit März nicht mehr waern. — Die Nachtwächter, die Satelliten des Senats, sind selbst in Aufregung, so daß gestern Abend 60 Mann derselben festgesetzt wurden, welche sich gegen ihren Kapitän aufgelehnt hatten, welcher freiwillig abdankte, um den ewigen Angriffen zu entgehen, denen er seit Freigebung der Presse durch die „Reform" ausgesetzt ist. Die „Reform" und der „Republikaner", zwei Blätter, die die Preßfreiheit hervorgerufen hat, kämpfen sehr entschieden gegen den alten Schlendrian in Hamburg. Die Reform hat bereits eine Auflage von 6500 Exemplaren, der Republikaner, welcher sich in höherer Weise hält, ist noch nicht so verbreitet.

Δ Frankfurt, 10. August. Amnestie — Vergeben und Vergessen, wer sollte das, nach politischen Kämpfen, nicht von ganzer Seele wünschen, wer nicht mit Freuden mit aller Kraft dahinwirken, sie herbeizuführen? Aber jedes Vergeben und Vergessen muß ein gegenseitiges sein, und Rousseau hat schon das traurige, aber wahre Wort ausgesprochen: Der Beleidigte verzeiht leichter als der Beleidiger. Darum aber ist die Zeit allgemeiner und umfassender Amnestie keine willkürlich zu bestimmende, sondern von der Natur der Dinge selbst gegeben. Wo die Hoffnung des Erfolgs in der Seele der besiegten Häupter eines bewaffneten Aufstandes erlischt, da ist weitere Strenge gegen sie, vor dem Gefühle wie vor der Vernunft verwerflich. Wo sie noch in bedeutendem Grade, in Wahrheit aber in viel vorhandener Selbstverblendung besteht, da ist nur der faktische Kriegszustand, nicht der Kriegszustand in den Gemüthern aufgehoben, und der Friede im Reiche der Geister ist nicht durch ein paar Federstriche, ist nur im Reiche der Geister selbst zu schließen. Wer nun, wie wir,

Digitized by Google

ein aufmerksamer, unausgesetzter, und, wie wir glauben, auch selbst bezeugen zu dürfen, auch ein durchaus unbefangener Zeuge der parlamentarischen Kämpfe in unserer Reichsversammlung ist, der wird gewiß, wie wir, zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß wir zu dem Zeitpunkte gegenseitigen Vergessens und Vergebens noch nicht gelangt sind. Himmel, wie kämpfte man da um und für Versöhnung und Verzeihung! Es rauschte und dröhnte das Haus des Friedens, wie im Waffensaal, die Worte waren von beiden Seiten verletzender und einschneidender als die schärfsten Schwerter, und wie haben Tage der Barrikaden gesehen, an welchen die Aufregung und gegenseitige Erbitterung sich so maßlos nicht aussprachen, wie bei diesen parlamentarischen Diskussionen um Frieden und Versöhnung! Man kann aber, wenn man in einer Lebensfrage den Sieg im Wissen davon getragen hat, die besiegten Personen nur dann in ihren vorigen Zustand einsetzen, wenn man die besiegte Sache nicht wieder mit einsetzt, weil eben die Humanität, die Jenes vorschreibt, Dieses, welches neues Blutvergießen fast zur nothwendigen Folge haben muß, verbietet. Darum aber waren, daß wir es offen gestehen, die eben vollendeten Debatten um Hecker und Amnestie in unserer Nationalversammlung, wie vor den Mauern derselben, für uns im höchsten Grade betrübend. Es waren, einzelne ehrenvolle Ausnahmen abgerechnet, die Kämpfe des Bürgerkrieges mehr, als die Kämpfe nach dem Bürgerkriege. Den Gegner zu verletzen, lag vielen der Redner weit mehr am Herzen, als der Sache zu dienen, für welche sie auftraten. Die Frage ist offenbar rein politischer Natur, und genau genommen eine Dutzendfrage. Auch Hochverräther kann und soll man begnadigen, wenn die Zeit gekommen ist, wo sie nicht mehr schaden können. Auch solche Gegner, die, ohne Hochverräther zu sein, Waffengewalt gegen die bestehende und von dem allgemeinen Volkswillen getragene Ordnung der Dinge anwenden wollten und noch wollen, kann man nicht amnestiren, wenn der Bürgerkrieg durch sie abermals angefacht werden kann. Was sollte also der ewige Invektivenaustausch bei der Sache, die man von beiden Seiten vertrat? Er sollte, wie man im gemeinen Leben es nennt, beiderseits das Mäthchen kühlen; die Reden dieser Art waren nicht Mittel, sondern selbst Zwecke. Man kämpfte hier von Seite der Extreme mehr für Heckers Sache, als für seine Person; man kämpfte dort, wieder von Seite der Extreme, mehr gegen die Gegner, die man vor Augen hatte, als gegen die, für welche Amnestie in Anspruch genommen ward. „Es muß ja Aergerniß sein", schien das Losungswort, und ein brüllender Zuhörerhaufe schlug den Takt dazu. Medice, cura te ipsum! hätten wir gern dazwischen gerufen; amnestirt Euch gegenseitig, Ihr Herren, wenn Ihr beweisen wollt, daß die Zeit der Amnestie gekommen! Und nun gar die gestrige Debatte, ob man den in Thiengen zum Abgeordneten Gewählten eintreten lassen solle! Die Frage war, wie ein aufrichtiger und ehrlicher Abgeordneter, der größtentheils mit der Linken stimmt, ganz richtig sagte, durch die Verweigerung des allgemeinen Amnestiegesuches, wenn auch nicht der Form, doch dem Sinne nach, schon entschieden, und was sollten die neuen Proben der Redekunst, die nun pleonastisch abgegeben wurden? Die Frage war dabei so einfach, daß der gesunde Menschenverstand sie leichter als die feinste Dialektik zu lösen vermochte. Auch hier konnte die Invektivenartillerie von der einen wie von der andern Seite füglich aus dem Spiele bleiben. Hätte ein Stuart unmittelbar nach 1688 einen Platz im englischen Parlamente finden können? Könnten die orleans'schen Prinzen es jetzt in der französischen Nationalversammlung? Und könnten es diese Letzteren, von welchen zwei vor ihrer Abreise von Algier ausdrücklich den Willen ihres Gesammtvaterlands als maßgebend auch für sie erkannt, und mit Abscheu den Gedanken von sich gewiesen, die Waffen gegen diesen Gesammtwillen zu ergreifen — noch wäre damit für Hecker Nichts erwiesen, der, gleichviel, ob mit Recht oder Unrecht, bei gleicher Veranlassung sich eher im entgegengesetzten Sinne erklärte. Es giebt Dinge, die Axiome sind, und als solche den Beweis in sich selber tragen. Jede Meinung muß da vertreten sein, wo aus deren Meinungskampfe die Wahrheit hervorgehen soll. Waffengewalt darf im Hause des Friedens nicht zur Anwendung kommen, und wenn auch — wofür wir durchaus keine Garantie haben — Hecker selbst diese jetzt nicht beabsichtigen sollte, so wissen wir ja doch, daß der Führer bewaffneter Freischaaren in dem Augenblicke Nichts mehr über sie vermag, wo er, wie man es in der französischen Revolution nannte, ein „wüthender Gemäßigter" (un enragé modéré) wird. Hecker ist nicht eine Person, er ist eine Fahne, und zwar eine solche, welche die Mehrheit des deutschen Volkes, im Parlamente der zu erstrebenden deutschen Einheit, nicht geschwungen haben will. Aber ach, die deutsche Einheit! Wieder erscheint sie fast als eine Fata Morgana auf unruhiger Seereise! In wie herrlichen Farben malt man sie aus, wie schön erscheint sie den sehnsüchtigen Blicken! Aber kein Wort will man ihr zu Liebe unterdrücken, und wo es gilt, ihr Opfer zu bringen, da fehlt der gute Wille hier und dort!

Dänemark.

* Da die handgreiflichen Lügen, wodurch man dänischer Seits die Truppen im Anfange des schleswig-holsteinischen Kriegs anzufeuern suchte, jetzt keinen Anklang mehr unter denselben finden, sucht man durch „Gerüchte" ihnen das beizubringen, was man auf dem Wege der „Bestimmtheit" bei ihnen nicht mehr glauben machen konnte. Die dänischen Zeitungen wetteifern in Anbringung solcher Gerüchte. Wir wollen nur den Schluß von einem dieser Gerüchte anführen, um zu zeigen, wie man selbige gewöhnlich am Schlusse würzt: Die „Hremsalsche Zeitung" (in Hüsen) theilt unter Anderem aus einem Briefe vom Kriegsschauplatze in Schleswig-Holstein Folgendes mit: „Man will mit Bestimmtheit wissen, daß eine plötzliche Wendung in den Unterhandlungen eingetreten, und daß ein Waffenstillstand bis zum 10. August beschlossen ist, mit Aussichten auf einen ehrenvollen folgenden guten Frieden für Dänemark; es ging auch das Gerücht, daß General Wrangel, hart verwundet, von einem Mitgliede des Tauschen Freikorps, in Appenrade liege. „Dieser wohlberechnete Zeitungsbericht, hat allgemeine Freude unter den dänischen Truppen erregt, insbesondere was Wrangel betrifft, dem diesen tapfern Feldherrn fürchten sie wie den Tod. Doch um das dänische Militär richtig beurtheilen zu können, muß man die engere Zusammensetzung desselben kennen. In Dänemark ist nicht wie in Deutschland allgemeine Wehrpflicht. Nur die Söhne der Bauern, d. h. diejenigen die sich ausschließlich mit Ackerbau beschäftigen und deren Väter und Großeltern früher Leibeigene waren *), sind militärpflichtig; die Bewohner der Städte sind des Dienens in der Linie überhoben, und bilden nur in ihrer Vaterstadt eine Sicherheitswache, oder wenn man will, eine Bürgerwehr, ohne Verbindlichkeit unter das reguläre Militär einzutreten, und können auch nie wie dieses im Felde verwendet werden. Ihre Funktionen beschränken sich nur auf die Vertheidigung ihrer Stadt. Wenn man nun diese Zusammensetzung des dänischen Militärs kennt, so wird es gewiß Niemand mehr wundern, wie die tapfern Preußen im Anfange des schleswig-holsteinischen Kriegs den dänischen Truppen so große Angst einjagten. Schon die bloße Uniformirung war hinreichend, dem Bauernbuben, der in seinem ganzen Leben kein anderes Militär gesehen hatte, als seine rothröckigen Kameraden, und nun mit einem Male sich gegenüber bekannten Kriegern sah, Schrecken einzuflößen, der sich im höchsten Grade steigern mußte, als man ihm so muthig mit dem Bajonett zu Leibe ging. — Der Gouverneur der dänisch-westindischen Besitzungen hat die Bekanntmachung erlassen: „daß alle Schiffe ungehindert in den dänisch-westindischen Häfen ein und auslaufen können, auch sollen die Schiffe in den westindischen Gewässern von den dänischen Schiffen nicht beunruhigt werden. Dieses erstreckt sich auch auf die Schiffe, die den Landesangehörigen mit denen Dänemark im Kriege liegt, angehören."

* Der Graf L. Reventlow Sandberg, der seit dem Monat April als Gefangener auf dem Linienschiffe „Dronning Maria" sich befindet, hat durch Hilfe eines Lohnbedienten zu entfliehen versucht, was aber durch die Unbesonnenheit des Letzteren vereitelt worden ist. Der Lohnbediente, Kund Petersen, der den Grafen früher als Kind gekannt hatte, verschaffte sich die Erlaubniß denselben zu besuchen, und sprach lange mit ihm in deutscher Sprache. Der Graf bat ihn um folgenden Tage wieder zu kommen, und gab ihm, wie er sich diesmal entfernte, heimlich zwei Briefe mit: den einen an den Vater des Grafen, den andern an den Bedienten selbst, worin er letztern bat, ihm bei seiner Flucht behilflich zu sein, und zugleich den andern Tag wieder zu kommen, um den Plan zur Flucht näher zu besprechen. Der Lohnbediente zeigte indessen in seiner Dummheit denselben Tag einem Fiakerkutscher diese zwei Briefe, und dieser machte sogleich Anzeige davon bei der Polizei. Der Bediente wurde nun festgenommen, und der Graf befindet sich jetzt unter strenger Aufsicht auf dem obengenannten Schiffe.

Schweden.

Stockholm, 4. August. Der König wurde in dieser Woche täglich hier erwartet, und gestern war seine Ankunft bestimmt verkündigt. Statt seiner kam aber auf dem königl. Dampfschiff Sylfe der Hofmarschall Graf Lilljecrantz und überbrachte einen Befehl an die Mitglieder des Staatsraths, welche vor zwei Tagen aus Schonen hier

*) Friedrich VI. hob im Anfange dieses Jahrhundert die Leibeigenschaft auf.

Digitized by Google

angekommen waren, sogleich dahin zurückzureisen, weil der König bis auf Weiteres zu Malmö bleiben werde. Diese Staatsräthe, worunter der Staatsminister des Auswärtigen Frh. Stjernekl, begaben sich schon am selbigen Abend an Bord des Dampfschiffs, welches heute Nacht abgegangen ist. Der Reichstag, welchen der König bei seiner Rückkehr sogleich aufgelöst haben würde, bleibt jetzt noch einige Zeit zusammen. (Allg. Z.)

Großbritannien.

London, 12. August. Das Morning Chronicle enthält aus Berlin folgende Mittheilung: „Bunsen befindet sich noch hier, wird aber wahrscheinlich in Kürze nach London zurückkehren; man versichert wenigstens, daß er die Stelle eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Frankfurt, welche zuerst dem Baron Stockmar angeboten wurde, entschieden abgelehnt hat. Man sagt, daß, um Bunsen zur Annahme jenes Postens zu veranlassen, Baron Stockmar sich erboten habe, unter ihm zu arbeiten oder vielmehr ihm zu assistiren, ohne offizielle Stellung oder Entschädigung. Es ist nicht der erste Beweis von Patriotismus und Uneigennützigkeit, welchen der Baron Stockmar gegeben hat. Auch dem Hrn. v. Usedom ist ein Portefeuille zu Frankfurt angeboten worden, aber auch er hat abgelehnt. Kein preußischer Diplomat von irgend einigem Verdienst oder Rang wird eine Stellung an einem Hofe annehmen, wo er gezwungen ist, die Interessen seines eigenen Landes denen einer Macht zu opfern, deren Zukunft fraglich ist, aber deren Dasein allein auf Zerstörung aller vorhandenen Nationalitäten gegründet sein könnte." Auch das Morning Chronicle leidet, wie es scheint, an der phantastischen Monstervorstellung der 38 deutschen Nationalitäten. Ueberhaupt benutzt diese Zeitung jede Gelegenheit, bald die Streitigkeit zwischen Schwarzrothgold und Schwarzweiß in Berlin, bald den berüchtigten Artikel der Allg. österr. Zeitung über den Beucker'schen Befehl, bald die skandalösen Scenen, die zum Vergnügen des sehr gemischten Publikums der Gallerien in der Paulskirche aufgeführt werden, dazu, um der Welt die Zerrissenheit und Abgerissenheit der deutschen Einheit recht anschaulich darzuthun. Das M. Chronicle sieht mit Schrecken der Zeit entgegen, wo der deutsche Gesammtkörper, nicht jedes der so und soviel dreißig Glieder in London durch einen Gesandten vertreten werden soll. „Wir fühlten uns", sagt diese Zeitung, „ganz wie daheim, wenn wir mit unsern alten Freunden (Preußen, Oesterreich u. s. w.) unterhandelten, von denen wir jetzt, wie uns die Centralisten sagen, für immer Abschied nehmen sollen, wir kannten ihre Interessen, wir waren mit ihrer Politik vertraut. Aber welches sind die Interessen des deutschen Reichs? — — — — Die auswärtige Politik dieses Reichs ist den launischen Impulsen einer Versammlung anheimgegeben, welche wenig (?) Männer von Ansehen in sich schließt, in noch geringerer Zahl solche, welche durch das Geschäftsleben gezogen oder daran gewöhnt wären, die Dinge von einem unparteiischen und staatsmännischen Standpunkt zu betrachten; während Alle, mit Ausnahme von einem oder zwei hervorragenden Führern, an die wir uns speciell wenden (wer sind diese ein oder zwei Mitglieder, denen England sein Vertrauen schenkt?), von den Vorspiegelungen eines unbestimmten Ehrgeizes besessen und von einer reizbaren und krankhaften Eitelkeit angesteckt sind." Die Times machen es kaum besser, als das M. Ch., sie sagen u. A., „von Deutschland könne jetzt das Wort gelten: L'Autriche règne et le Prusse gouverne." Dann bringen sie noch folgende mysteriöse Mittheilung: „Der König von Baiern findet Gelegenheit, den russischen Gesandten an dritten Orten zu sprechen, und die hin und wieder gehenden Kuriere zwischen München und Innsbruck haben über etwas ganz Anderes zu berichten, als über den Gesundheitszustand des Kaisers von Oesterreich".

Daily News bemerkt: „Was am meisten einen baldigen Friedensschluß hoffen läßt, ist die Finanzdürre auf beiden Seiten. Der dänischr Staatsschatz ist bereits erschöpft, und Preußen mit seiner Zwangsanleihe ist nicht besser daran. Die Frankfurter Reichsversammlung mit ihrem Generalvikar hat weder Geld noch Truppen (daß die Reichsregierung über Truppen zu verfügen hat, wird jetzt dem Daily News wohl einleuchten), und wir sehe König Oskar auch geneigt sein möchte, seinem königlichen Vetter von Kopenhagen beizustehen, so hat der schwedischr Reichstag, weniger empfänglich für die skandinavischen Sympathien, dafür materieller in seiner Politik, die nöthigen Hilfsgelder vorenthalten".

Die Times enthalten zwar immer noch ellenlange Berichte über Irland mit der Aufschrift: Die irische Revolution, worin jedoch von einer Revolution gar nicht mehr die Rede ist, dagegen um so mehr von Verhaftungen, vom eingeleiteten Hochverrathsprozessen, Waffenbeschlagnahme u. s. w. Mehrere der noch nicht eingefangenen Rädelsführer haben, wie es heißt, der Regierung angeboten, sich freiwillig zu stellen, wenn sie die Zusicherung erhielten, daß ihnen an Leib und Leben Nichts geschehen werde. „Das Leben ist doch schön!" sagt Marquis Posa. Smith O'Brien, der in seinem Gefängniß alle immer nur möglichen Erleichterungen und Bequemlichkeiten genießt, hat sich in sein Schicksal ergeben; man nimmt an ihm kaum eine Spur von Niedergeschlagenheit mehr wahr. Er behauptet zuversichtlich: daß, wenn die Vorbereitungen zum Ausbruch nur noch sechs Wochen in gleicher Ausdehnung betrieben werden konnten, er ohnfehlbar im Strauß Sieger geblieben sein würde, Clarendon habe durch seine Maßregeln Alles vereitelt. Als ob Clarendon dem Treiben noch sechs Wochen lang ruhig hätte zusehen sollen!

John Mitchel kam, wie nach Irland in einem Privatbrief gemeldet wird, am 20. Juni auf Bermuda an. Er wird als ein Staatsgefangener, nicht als ein Sträfling behandelt, trägt auch seine eigenen Kleider, wird aber streng überwacht und darf keine Besuche annehmen. Sein Gesundheitszustand war übrigens sehr angegriffen.

Frankreich.

Paris, 13. Aug. Der gestern mitgetheilte officielle Aufsatz des Moniteur verkündet zwar den Frieden und kämpft für die Vermittlung, ist aber gleichwohl nur eine andere Variation über dasselbe Thema französischen Politik, wie es zu aller Zeit sich gleich blieb und auch durch die Revolution von 1848 keine Veränderung erlitten hat. Der Aufsatz deutet darauf hin, wie gern Frankreich schon lange die Dinge in Italien selbst geschlichtet habe, wie es nur dadurch abgehalten worden sei, daß die Italiener zu viel „Vertrauen in die eignen Kräfte" hatten, d. h. mit andern Worten, bisher jede französische Intervention als eine zweideutige und gefährliche Hilfe erkannten. Frankreich wolle aber, fügt der Artikel hinzu, jetzt den „traditionellen Nothwendigkeiten" seiner Politik nachgeben, d. h. es wolle unter der Firma der Vermittlung und Friedensstiftung den herrschenden Einfluß in Oberitalien zu gewinnen suchen. Zu dem Ende scheue es den Krieg nicht, wenn die „Ehre" es verlange, aber es hoffe auf eine friedliche Beilegung, da es sich mit England verständigt habe. Gestützt auf diese Verständigung, maßt sich die französische Politik in stolzem, zudersichtlichem Tone das europäische Schiedsrichteramt an; sie will nicht nur in Italien, sie will auch in Schleswig-Holstein um die kämpfenden Parteien, ähnlich jenem Populius Länas, einen Kreis beschreiben, aus dem sie nicht mehr herausgehen dürfen. „Der Krieg in den Herzogthümern soll aufhören" — so sicher und unfehlbar lautet der Orakelspruch der französischen Politik. Frankreich hat darüber mit England, Holland, Dänemark und weiß Gott, wem sonst noch, Etwas abgekartet, dem muß nun Deutschland gehorchen. „Der Krieg soll aufhören." Auch wir wünschen, daß er aufhöre, aber nur so, wie es unser Interesse und unsere Ehre verlangt; wir wollen uns den Frieden nicht von Holland und Dänemark machen lassen, sondern wir wollen ihn selber suchen. Der Artikel schließt mit einer selbstgefälligen Betrachtung des auf diese Weise wiederhergestellten Einflusses, den die Republik und nur die Republik so rasch erreicht habe. In der That ist der Aufsatz, so friedlich er klingt, ganz im souveränen Tone der französischen Politik gehalten, wie sie zu aller Zeit zu sagen sich befliebte; er spricht ganz so von oben herab, so unfehlbar, wie zu andern Perioden, und pocht trotzig auf das Einverständniß „der beiden einflußreichsten Nationen in Europa." Nur die Einkleidung ist verschieden, die Sache bleibt dieselbe. Man nahmet Friedensworte und will nur Macht, Macht und wieder Macht. „Brüderlichkeit mit Deutschland" — hieß das Motto vor einigen Wochen; „Einverständniß mit England zur Beseitigung Deutschlands", heißt es heute; wir haben andere Konsequenzen nie erwartet. Wir wundern uns auch nicht, daß alle Parteien ohne Ausnahme das Programm dieser Politik unterschreiben; es führt zu sicher zu dem Ziele, das jeder Franzose von vornherein als die Aufgabe der Politik seines Landes betrachtet. Zur höhern Erbauung erläutert der National den Aufsatz dann durch neue Versicherungen von der uneigennützigen Friedensliebe Frankreichs, durch wiederholte Beschwerden gegen den Länderappetit und die Eroberungssucht Deutschlands. Er bedauert zugleich, daß Deutschland nicht am Gängelbande Frankreichs die Vermittelung betrieb, d. h. seinen Namen dazu hergab, die österreichischen und deutschen Interessen begraben zu helfen. — Für unser neues Reichsministerium ist jetzt eine Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob es den Willen und die Fähigkeiten besitzt, unserr auswärtige Politik in würdigem Sinne zu leiten.

Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung zeigte der Finanzminister Goudchaux an, daß die Anleihe von 175

Digitized by Google

Millionen am festgesetzten Termine (12. August) vollständig unterzeichnet worden sei.

Der National enthält heute die officiöse Anzeige, daß zwischen Oesterreich und Italien ein 45tägiger Waffenstillstand abgeschlossen worden sei, und daß, wenn kein neuer Zwischenfall die Lage der Dinge verwickle, die englisch-französische Vermittlung nun die Pacification bereden werde. Der National fügt hinzu: „Wir wissen auch, daß der Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark, der bis jetzt durch den Widerstand des Generals Wrangel wirkungslos geblieben ist, definitiv abgeschlossen ist und in Vollzug gesetzt werden wird".

Der Zwischenfall, auf den der National oben anspielt, ist der Einmarsch des Generals Welden in den Kirchenstaat und sein Marsch gegen Bologna. Der englische und der französische Gesandte sollen dem General Welden angezeigt haben, daß er den Kirchenstaat sogleich zu räumen habe, widrigenfalls beide Mächte einschreiten und die Besitzungen des Papstes beschützen würden. Dies wäre der entsprechende Anfang der englisch-französischen Vermittlung! — Von Lamartine befindet sich eine interessante Broschüre unter der Presse; — sie führt den bezeichnenden Titel: Trois mois au pouvoir. — Der neapolitanische Gesandte hat vorgestern eine Konferenz mit dem Minister Bastide gehabt und demselben im Namen seines Hofes das ausdrückliche Verlangen gestellt, daß Frankreich sich jeder aktiven Einmischung in die Streitigkeiten zwischen Neapel und Sicilien enthalten wolle. So wie die Union versichert, falle Herr Bastide geantwortet haben, Neapel könne ganz ruhig sein. Frankreich werde nie die Hand dazu bieten, aus Sicilien ein zweites Portugal zum alleinigen Nutzen Englands zu machen. Dasselbe Journal meldet, daß Bachs in Vincennes lebensgefährlich erkrankt sei und von seiner Schwester gepflegt werde. — Briefe aus London rühmen die überaus freundliche Aufnahme, die G. de Beaumont bei Lord Palmerston fand; sie verkündet triumphirend daß die entente cordiale fester geknüpft sei, als jemals in den Zeiten der Monarchie. Wir haben weder von England noch von Frankreich je etwas Anderes erwartet; wir sollten gegen Beide auf der Hut sein und Keinem von Beiden den Hof machen, oder mit deutscher Gutmüthigkeit uns durch diplomatische Redea bethören lassen.

Italien.

* Bologna, 7. August. Um die Bewegungen des G. F. Liechtenstein, welcher mit 5000 Mann am 3. gegen Modena vorrücken sollte, zu decken, setzte Welden mit einem Theil seines Korps am 3. bei Ponte Lagoscura über den Po und schob noch in derselben Nacht seine Truppen in die Stadt Ferrara, von wo sich die feindliche Armee theils nach Ravenna, theils nach Bologna zurückzog. Auf der Straße nach letzigenanntem Orte war dem Feinde Oberst Gerstner mit einer Kolonne zuvorgekommen, und die italienische Arrieregarde (2 Officiere und 148 Mann) wurde bei Malalbergo gefangen und verschiedene Beute bei der Gelegenheit gemacht. 4 Kompagnien päpstlicher Grenadiere unter Oberst Mareccotti zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Ferrara zurücklassend, begab sich F. M. L. Welden am 4. mit seinem Hauptquartier nach Boadine und am folgenden Tage (5.) nach Cento. An diesem Tage begann die Kolonne des Fürsten Liechtenstein bei Ostiglia den Uebergang über den Po, worauf die gegen Carpi vorgeschobenen Detaschements von Welden zurückgezogen und nach St. Giovanni und Bologna gerichtet wurden. Vor Cento waren einige Stunden vor dem Einrücken der Kolonne das feindliche Bataillon del basso Reno, unter Oberstlieutenant Rasi, die Legion della Liberta Italiana, unter Oberst Marandi, und die Legion Antonini, — das erste nach Bologna, die beiden andern gegen Modena in größter Eile ausgerückt; — unsere äußersten Vorposten standen am 5. Abends, Bologna nordöstlich und westlich umgehend, nach eine Stunde davon entfernt. — Die Thore waren schon einen Tag vorher gesperrt, Alles in wilder Unordnung, alle Pferde der Stadt wurden bereit gehalten zur vorausgesehenen Flucht der Helden des Tages. An der Porta galliera hatte der Feind 4 Geschütze aufgestellt; in der Stadt bildete sich inzwischen eine Friedenspartei, welche jedoch durch Oberst Zambeccari unterdrückt wurde. Noch am Abend des 6. rückten unsere Truppen bis auf Kanonenschußweite vor die Stadt — nur die Seite gegen Forli und die Straße nach Florenz blieb offen. — Der ganze von unsern Truppen besetzte Theil des Landes hatte allgemeine Unterwerfungsakte eingesandt und wirklich Proben des besten Willens zur Erhaltung der Ruhe gegeben, so daß Welden sich bewogen fand, einen Theil der Guardia civica bewaffnet zu lassen und zum innern Dienst zu verwenden. — Modena war bereits von den feindlichen Schaaren geräumt. In der Nacht des 6. auf den 7. ward auf den Höhen bei St. Michele eine Haubitz-Batterie errichtet, eine andere von der Seite St. Felice und die dritte vor Porta Galliera. Nachdem diese Maßregeln genommen waren, kam eine Deputation aus der Stadt, welche dem F. M. L. Welden Unterwerfung antrug. Den Freischaaren wurde freier Abzug gestattet und Bologna von unsern Truppen besetzt.

Mailand, 11. August. Die Stadt ist in vollkommener Ruhe. Man sieht offenbar, daß Oesterreich mit Klugheit und Sanftmuth verfahren will, auch soll nächstens der Belagerungszustand aufgehoben werden, wodurch das Zutrauen wieder wachsen, und viele Familien, die ausgewandert waren, zurückkehren werden.

Die Oesterreicher haben erst gestern Como in größter Ruhe besetzt.

Die Oesterreicher haben den Ticino in Pavia überschritten und Gravellona (also den Poübergang) besetzt. Sie sollen indeß erklärt haben, sie kämen nicht, um Piemont mit Krieg zu überziehen, sondern um den Staat und den König gegen jegliches Attentat „böswilliger und stürmischer Neuerer" zu beschützen.

Das Hauptquartier von Turin hat die HH. Casati und Gioberti nach Karl Alberts Hauptquartier Vigevano geschickt, um die Alternative zu stellen: entweder franz. Intervention oder Demission. Karl Albert zog die letztere vor. Dieses Alles erzählt wenigstens der Republicano. (Basl. Z.)

Mailand. Wie der „Republikaner" wissen will, seien die Oesterreicher bereits in Piemont eingerückt und von Pavia aus über den Ticino und Gravellano gegangen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Vielleicht in Folge dieser Vorwärtsbewegung, die seine eigenen Staaten bedroht, mag sich Karl Albert veranlaßt gesehen haben, einen Waffenstillstand zu schließen.

Nun schreibt der Allg. Z. aus Cavalcasello, 10. August. 9¼ Uhr. So eben ist ein Kurier aus Mailand hier im Hauptquartier der Peschiera belagernden Armeeabtheilung angekommen; er ist Ueberbringer eines Befehls des Marschalls zur Einstellung aller Feindseligkeiten gegen diese Festung. Schon eilte ein Jägerofficier mit einer weißen Fahne, hinter ihm ein Trompeter mit einem durch obigen Kurier eingelangten Befehl Karl Alberts an den Kommandanten in Peschiera — wahrscheinlich wegen Uebergabe der Festung. —

Verona, 11. Aug. Gestern Nacht gegen 12 Uhr ist der Parlamentär zurückgekommen. Die Festung wird Sonntag den 13. d. geräumt. Ein Waffenstillstand ist auf sechs Wochen abgeschlossen, während dessen der Friede mit Karl Albert unterhandelt werden soll. Binnen drei Tagen müssen die Plätze, wo sich noch piemontesische Truppen befinden, vom Bekanntwerden des Waffenstillstandes an geräumt werden und die Gefangenen zurückgegeben sein.

Die Neue Z. Z. bringt Nachstehendes: In Como sind die Oesterreicher am 10. d. eingerückt. Ueberall sollen die alten verhaßten österreichischen Brunnen wieder eingehen, die man in den Märztagen verjagt hatte; so in Mailand der berüchtigte Paehta.

— Aus einer Depesche des eidg. Konsuls in Mailand vom 9. d. an den eidg. Vorort vernimmt man, daß Fürst Schwarzenberg hinsichtlich der Schweizer die besten Zusicherungen ertheilt habe; Personen und Eigenthum sollen auf das gewissenhafteste respektirt werden. Am 8. d. hatte laut dieser Depesche Fürst Schwarzenberg eine Proklamation erlassen, in der das Gerücht, daß man eine außerordentliche Konskription vornehmen gedenke, als durchaus grundlos bezeichnet. Oesterreich brauche jetzt in der That keine neuen Truppen. Ein schweizerischer Waffenhändler, der verhaftet worden, ist auf Verwendung des eidg. Konsuls wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Auch die N. Z. Z. erwähnt des durch die obigen Mittheilungen der Allg. Z. zur Thatsache erhobenen Gerüchts, daß ein 6wöchentlicher Waffenstillstand zwischen Oesterreichern und Piemontesen abgeschlossen worden.

Türkei.

* Gallacz, 26. Juli. Die Zahl der dicht bei unserer Stadt lagernden Truppen beträgt 5000 Mann; ein Gemisch von Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Der Befehlshaber Rifaat-Pascha ist ein sehr gebildeter und humaner Mann. Das Benehmen der türkischen Truppen ist durchaus musterhaft.

Der preußische Generalkonsul, Freiherr v. Richthofen, und der französische Konsul haben gegen den jetzigen völkerrechtlichen Zustand Protest eingelegt. —

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elliot & Knipe, 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an C. L. Warenton in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 31 Rue d'Enfer du Luxembourg.

Deutsche Zeitung.

Die Herausgabe besorgt das Verl. Bur. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 227. Heidelberg, Donnerstag 17. August. 1848.

Uebersicht.

Militärmacht und Diplomatie. — **Eine Stimme aus Preußen.** — **Wien** (Verhandlungen des Reichstags. Verhandlungen über den Robot. Zur Charakteristik des Reichstags. Anschläge. Geldmangel. Empfangsfeierlichkeiten für den „Bürgerkaiser" vorbereitet. Die Aufgabe des Reichstags). **Berlin** (Verhandlungen des verfassunggebenden Landtags. Die scheinbare und die wirkliche Reaktion. Zusammenkunft des Landadels). **Stuttgart** (der König und Hr. von Sternenfels. Gerüchte von Ministerveränderungen). **Hannover** (Generalordre an die Truppen).

Großbritannien. **London.** Die Zeitungspresse über den italienischen Krieg und die englisch-französische Vermittelung. Irische Jammerzustände.

Frankreich. **Paris.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Artikel im Avenir national und Bien public. Bulwer in Paris angekommen. Marquis Ricci in Lyon. Zusammenziehen von Streitkräften.

Italien. Die Journale. General Welden in Bologna. **Mailand.** Bedingungen des Waffenstillstandes. Widerlegung von Gerüchten.

Ungarn. Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Donaufürstenthümer. **Jassy.** Die Russen. Verwickelungen.

Nachschrift. Die Ankunft des Kaisers in Wien.

17. August.

Ueber den Riß zwischen Frankfurt und Berlin wird eine Brücke gebaut. Man zimmert und hämmert wenigstens von beiden Seiten eifrig daran. Man zieht aus der Entfernung den Hut vor einander, man wirft sich seitwärts Kußhände zu. Die Häupter zu beiden Seiten beschwichtigen ihre ungeduldigsten Glieder: sie haben es ja drüben nicht so böse gemeint! Und um die Aussöhnung sichtlich zu einer Wahrheit zu machen, hört man schon von Berlin aus eine Gesandtschaft von Vertrauensmäuern über die Brücke galoppiren, während von Frankfurt aus den Preußen in Schleswig Batterien und Brigaden von Baiern, Würtembergern und Badensern, zu brüderlicher Hilfe, gesandt werden.

Aber wovon ist diese Brücke zur Zeit gebaut? Nur von Phrasen. In Berlin heißt diese Versöhnungsscheift jetzt: „Ein einiges Deutschland, und darin ein starkes Preußen."

Eine schöne Phrase, wenn sie ihren Zweck erreicht, die Aufregung zu beschwichtigen, die Gemüther versöhnlich zu stimmen. Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein. Beim nächsten Zusammenstoß bricht diese Phrasenbrücke, wenn wir uns bis dahin nicht über das Wesen verständigt haben, was ein starkes Preußen innerhalb eines einigen Deutschlands zu bedeuten hat?

Es ist Noth, sich bald darüber zu verständigen, wie es in verwickelten Angelegenheiten redlich ist, auch unter den besten Freunden, die Verträge schriftlich aufzusetzen, um allen Mißverständnissen vorzubeugen.

Lassen wir einstweilen die andern Centralisationsfragen bei Seite, es sind zwei Momente, die nach der Kundbarwerdung des Dreimännerentwurfs den preußischen Geist in Harnisch riefen: die Militärverfassung und die Diplomatie.

Diese beiden der Centralgewalt abgeben zu sollen, darin in Deutschland aufzugehen, hatte den preußischen Patriotismus aufs Empfindlichste verletzt; darin erblickte er mehr als ein Aufgehen, ein vollständiges Untergehen seiner Geschichte, seiner Eigenthümlichkeit, seiner Kraft.

Der Dreimännerentwurf ist, nach allen übereinstimmenden Nachrichten, zurückgenommen. Hätte aber die Nationalversammlung auf dem Princip des Artikel III. §. 6 bestanden, daß die bewaffnete Macht der Reichsgewalt allein angehöre, ihr zustehe deren Einrichtung und Unterhaltung, daß die Nummern der Regimenter durch das ganze Reichsheer fortliefen, daß dieses Gesammtheer nur dem Reichsoberhaupte Treue zu schwören habe, und jede andere Verpflichtung des Militärs dieser nachstehe u. s. w. — wäre dieser Entwurf zum Gesetz geworden, so hätte das historische Preußen damit aufgehört; diese Unterwerfung wäre eine Auflösung alles Bestandenen und Bestehenden, Preußen wäre mehr vernichtet worden durch das Hingeben seines Organismus an die neu kreirte Macht, als wenn das Königthum gestürzt, wenn es zur Republik umgeschaffen wäre.

Es ist wohl nicht mehr davon die Rede. Es ist bewiesen worden, daß eine solche muthwillige Zersprengung einer seit 200 Jahren organisch entwickelten Macht, die alle Stürme der Neuzeit überdauert hat, nicht allein zu Preußens Schaden, sondern zu dem des einigen Deutschlands selbst ausschlagen würde. Bis nicht ein besseres System aufgefunden wird, hat das bisher das Bestanerkannte, abgesehen von allem Andern, ein Recht ferner zu bestehen. Dieses System als solches aufzugeben, ehe das andere erfunden, ja ehe es noch als Theorie dasteht, wäre mehr als Thorheit; es einem andern fertigen System, das sich durch die Zeit noch nicht bewährt hat, aufopfern, wäre Selbstmord.

Aber diese Frage scheint abgethan, und die Unterordnung der bestehenden deutschen Heere unter ein Gesammtheer, unter einen deutschen Obeefeldherrn, in den Zeiten, wo Deutschland ein Heer gegen den gemeinsamen Feind braucht, keine Aufgabe, die eines außerordentlichen Scharfsinns, eines Genius bedarf. Sie ist von der Geschichte in Bundesstaaten vielfältig gelöst, erst in der neuen Zeit in Amerika und der Schweiz. Bei den Fortschritten der Kriegswissenschaft, die überall dieselben sind, bei dem kriegerischen Geist, der unter allen deutschen Heeren sich gezeigt, liegt die Furcht sehr fern, daß das einige Deutschland der Neuzeit Heere ins Feld stellen werde, unzuverlässig, buntscheckig, wie die Reichsexekutionsarmee der Kaiserzeit. In allen deutschen Ländern ist (oder er wird es) der Soldat ein Bürger, ein freier Mann. Gewisse allgemeine Normen und Regeln, in sofern sie erprobt und wünschenswerth sind, werden, von der Reichscentralgewalt ausgehend (besser in Antrag gebracht, als kategorisch befohlen), sich mit Leichtigkeit in den verschiedenen Heeren einführen lassen, selbst wenn das so wichtig scheint, Reichsnummern, die neben den Nummern der Staatenregimenter oder deren anderweitigen Beziehungen harmlos herlaufen.

Worin endlich unterscheiden sich die Truppen in den Staaten, die vorwärts in ihrer Bildung gehen! Es ist das natürliche Bestreben in jedem Militärstaate, die Verbesserungen auch bei sich einzuführen, die in einem andern Staate sich bewährt haben. So hat die Abschaffung des Stockes, der Waffenrock und der Helm sich von selbst im Militärwesen der Staaten eingeführt, die nicht aus Neigung oder Muß am Alten festhalten. Ein sardinischer Soldat ist schwer von einem preußischen zu unterscheiden.

So bedarf es keiner Ordres zur Gleichmachung der Truppen, der natürliche Nachahmungs- und Nacheiferungstrieb führt zum selben Resultate, als die ängstlichste Uniformirungsfabrik einer Centralbehörde. Und wenn denn doch Verschiedenheiten in den einzelnen deutschen Staatenheeren bestehen blieben, aus Schonung für alte Erinnerungen und besondere Vorliebe, so könnte gerade das in Zeiten gemeinsamer Gefahr zum edlen Sporn der verschiedenen Truppentheile werden, sich hervorzuthun, über die Pflicht hinaus, um die Vorzüge ihrer bestandenen Einrichtungen darzuthun.

Die Brücke über diesen Riß ist also schon gebaut oder unschwer zu bauen. Die Besonderheiten im Heerwesen mögen bestehen bleiben, ohne der Einheit und Kraft des Gesammtheerwesens Eintrag zu thun. Wenn die Einheit sonst da ist, fügt sich das Militär, seine Bestimmung ist gehorchen. Sollte die Einheit aber erst durch ein uniformirtes deutsches Heer geschaffen werden, sonst

Digitized by Google

bürgerlich auseinander gehend, so stünde es schlimm um jene erstere. Was hülfe uns ein nur durch Militärmacht einiges Deutschland? —

Weit anders ist die Frage über die Diplomatie, sehr schwer, hier eine Brücke über die Kluft zu bauen. Sie wird fast unmöglich, wenn die eine Seite nicht ihre Ansprüche fahren läßt.

Wozu ein einiges Deutschland, als damit es einig gegen das Ausland dasteht.

Lägen wir auf einer einsamen Insel, von Klippen umgeben, die keine Landung zuließen, ohne Bedürfniß zum Handel, dann wäre der Nutzen der Einheit ein sehr zweifelhafter. Um nicht in Monotonie geistig unterzugehen, wäre die Reibung der Verschiedenheiten vielleicht ein wohlthätiges Erhaltungsmittel.

Aber wir liegen auf keiner Insel, unsere Grenzen sind überall leicht zu überschreiten, wir treiben viel Handel mit unsern Nachbarn, und unsere Nachbarn haben sich noch immer von der Art gezeigt, daß sie mit dem divide et impera uns übervortheilt, uns beraubt, Stücke von uns abgerissen haben. Wir haben gefährliche Nachbarn, und unsere Reisenden und Kaufleute keinen Schutz in der Fremde.

Darum wollen wir ein einiges Deutschland, darum vor Allem, daß es den Nachbarn und den Fremden wenn nicht die Zähne zeige, doch ernst Stirn gegen Stirn ihnen stehe.

Daeum müssen wir eine einige Vertretung gegen das Ausland haben. Deutschland als solches muß seine Bürger, sein Areal, seine Einzelstaaten in Petersburg und in Merilo, in Neapel und in London vertreten.

Neben dieser Gesammtvertretung läßt sich schwer eine „ständige" Vertretung der einzel en Staaten denken. Der Verfassungsentwurf will sie ganz verbieten.

Die preußischen Patrioten seufzen: damit geht Preußen unter, Preußen, klein an Ausdehnung, aber ein europäischer Staat durch seine entwickelte moralische Kraft, Preußen seit hundert Jahren so oft der Mittelpunkt des europäischen Staatenlebens, noch öfter das Glied, ohne das keine Kette geschlossen, kein Bund sich einigen, sich trennen konnte, scheidet ohne diplomatische Vertretung im Auslande, ohne die Minister der fremden Höfe an dem seinen zu empfangen, aus der Reihe selbständiger Staaten aus. Es begeht einen zweiten Selbstmord an sich.

Und der Patriotismus im engern Sinn, in Berlin selbst, stimmt dem aus sehr begreiflichen Ursachen bei. Berlin, einmal Weltstadt gewesen, versinkt zu einer Provinzialstadt, mit einem Könige und Hofe, der keine fremden Gesandten mehr bei sich empfängt.

Wer will die Wahrheit ableugnen!

Nein es ist ein Opfer, ein schweres, großes Opfer, das die Sache fordert. Wenn Preußen in Deutschland aufgeht, muß es seine Diplomatie im bisherigen Sinne aufgeben, oder es wird ein Zwitterwesen genährt, in dem die Einheit Deutschlands am Ende aufgeht. Von dem Trost, der uns bleibt, nachher; vorerst ist es Pflicht, die ganze Wahrheit in ihrer ganzen Größe aufzufassen.

Aber kann Preußen, wenn es seine Diplomatie aufgibt, die Klage erheben, die es mit Recht führte, wenn es sein Heerwesen der deutschen Einheit opferte: damit opfern wir unsern Ruhm und unsere Ehre hin!

Preußens Diplomatie war nie sein Ruhm und seine Ehre, nie seine Stärke; im Gegentheil, wo es stark durch die That, durch moralisches Bewußtsein auftrat, wird es wieder schwach in den Verhandlungen. Die halbe Frucht aller seiner Siege hat es durch die Diplomatie wieder eingebüßt. Wir reden nicht von alten Zeiten, nicht von Friedrichs Siegen und seinen Diplomaten, wiewohl auch diese, nur wo sie von seiner Heldengröße getragen waren, glücklich operirten. Wir reden von der preußischen Diplomatie seit den Zeiten Steins, Hardenbergs, Humboldts. Wo zeigte sie sich groß, wo sprach sie ein Wort, entscheidend und scharf wie das preußische Schwert, wo ging ein preußischer Diplomat mit einem Vorwärts auf den Feind los, wie der alte Blücher?

Welche Rolle spielte Preußen, mit allen seinen gewonnenen Schlachten und eroberten Festungen hinter sich, im Wiener Kongreß! — Was wurde denn dort her gestellt? — Was der Staeke für sich und seinen kleinen Anhang zurückverlangte. Das Andre war Gemeingut geworden, Kriegsbeute, der Stärkste nahm das Beste. Das die praktische Auslegung des Princips der Legitimität. Da war es Zeit und Recht, das Brennusschwert in die Wagschaale zu werfen. Preußen hätte es gekonnt. Aber hinter seine Diplomatie stellte man einen Beichtvater (protestantisch oder katholisch, das war gleichgültig), der mußte ins Ohr raunen: Gottes und seiner Gebote nicht zu vergessen, auch keine Beute theilen!

Es war ein obligater Beichtvater, den Metternich bestellte. Nicht mit rauher Stimme schrie er das alte Gebot: Du sollst nicht stehlen! sondern sanft, mit lächelndem Munde und die Augen gen Himmel, flüsterte er nur: Du mußt Dich billig finden lassen im Nehmen. Seit Preußen auf die Stimme des Beichtvaters hörte, war es um seinen Einfluß geschehen, und Metternich's Diplomatie hatte freies Spiel. Da beging Preußens Diplomatie die Sünde, sich vor der Sünde zu scheuen, das ganze Sachsen zu nehmen. Die halbe traute es sich auf sein Gewissen zu laden, und nahm damit den ganzen Fluch. Hätte es ganz Sachsen genommen, hätte es den Seegen geerntet von Sachsen, Preußen, vielleicht ganz Deutschland, wir hätten die Revolution erspart, und die Frage war, ob es Herr sein soll über das einige Deutschland.

Und welche Rolle spielte Preußens Diplomatie am Bundestage? Wie oft mußte sie in Wien anfragen, was Metternich gefällig sei. Und wenn sie sich einmal entschlossen, allein zu handeln, zum allgemeinen Besten vorwärts zu gehen, wie oft schlug Metternich's Politik ihr ein Bein, und auf wen fiel Haß und Abgunst deßhalb? Nicht auf Metternich, auf Preußen. Die arme preußische Diplomatie, in tausend Rücksichten verstrickt, wußte sich nicht selbst zu helfen, nicht einmal den unverdienten bösen Schein von sich abzuwenden!

Noch ehegestern in Schleswig, ließ sie sich zweimal düpiren, und von wem? Von einem Metternich, einem Talleyrand? Von Dänen war sie hinters Licht geführt, wenn nicht der grade Degen eines preußischen Generals zur rechten Zeit dazwischen gefahren und die Schlinge zerhauen hätte, ehe sie zugezogen wurde!

In der That, Preußen hat keinen besondern Verlust, wenn es seine besondere Diplomatie verliert. Der Patriot, der ernsthaft darüber nachdenkt, ruft wohl: Fort! auch mit Schaden! — Oder was helfen dem preußischen Kaufmann, Schiffen, Reisenden im Auslande seine Gesandten? Das waren in der Regel feine, sehr feine Heeren, wohl bewandert in den Hofintriguen der Residenzen, alle Kanäle dort kennend, aber keinen benutzend zum Wohl ihres Landes, ihrer Landsleute, duftend in Glacehandschuhen und vornehmen Phrasen, sehr höflich und sehr spröde; aber was der Franzos, der Holländer, der Engländer, von seinem Gesandten als Pflicht fordert, sie wären erschrocken gewesen, wenn ein preußischer Bürger es ihnen als Bitte vorgestellt hätte. „Dazu bin ich nicht kompetent", sagte der seelige Bundestag. Was bedauert es der preußische Bürger, wenn er in der fernen Küste diese Antwort nicht mehr hört, wenn er aber an die Thür des deutschen Gesandten pochen kann, und der Portier darf ihn nicht zurückweisen, der Gesandte muß ihn hören, er muß ihm helfen.

Wird nur Preußen seine Specialdiplomatie aufgeben, nur Baiern, Sachsen? Wird nicht das ganze alte Institut, als Schule, vor der neuen Gestaltung der Dinge zusammenbrechen! Welches Volk kann es als Ehrensache betrachten, daß von diesem Nürnberger Tand, mit dem glänzenden Lack oben und dem Wurmstich innen, seine Puppen ihm bleiben!

Wenn man das Spielzeug wied in die Naritätenkammern gestellt haben und nach Männern und Geistern suchen, statt der feinen geschniegelten Hofpuppen, um die Völker und Staaten zu vertreten — denn Abgesandte, Vertreter der Nationen vor andern Nationen, diese Diplomatie wird es immer geben — werden diese Männer und Geister, der Natur der Verhältnisse nach, zumeist aus dem größten rein deutschen Staate gewählt werden, aus dem, welcher schon den ausgebreitetsten Verkehr mit dem Auslande hatte. Der preußische Kaufmann und Reisende braucht nicht zu fürchten, daß er im Auslande nur auf ihm fremde Gesandte trifft.

Außerordentliche Bevollmächtigte in besondern Angelegenheiten in fremde Länder zu senden, verbietet selbst dee Entwuef den Einzelstaalen nicht; es hieße ein Recht aus dem Naturrecht antasten. Deßgleichen, wo die Handelsinteressen der deutschen Provinzen und Staaten sich trennen, ist die gesonderte Bestellung „ständiger" Konsuln Seitens der Staaten denkbar, welche nach feenen Handelsorten bedeutenden Verkehr haben. Von der politischen Nationalrepräsentation wäre das ganz getrennt.

Müßte und könnte endlich, wenn Deutschland, nur als solches, ständige Gesandtschaften im Auslande unterhalten darf, den fremden Regierungen es verwehrt werden, ihrerseits Gesandtschaften bei den deutschen Einzelstaaten zu unterhalten, insofern sie eine solche Beschickung ihrem Interesse angemessen finden, und über den

Digitized by Google

Ceremoniellpunkt sich hinwegfegten: Besuche zu machen, ohne wieder zu empfangen?

Verbieten läßt sich das nicht. Es ist auch ein Naturrecht, und wo man es versuchte, würde die Gesandtschaft aus der Fremde unter irgend einer andern Form sich einfinden. Besser eine öffentliche Ambassade als eine versteckte.

Wo Schwerpunkte der Macht und des Ansehens in Deutschland sind, werden sich diese Gesandtschaften der fremden Regierungen von selbst einstellen. In der preußischen Hauptstadt werden sie nicht fehlen, so lange es im einigen Deutschland ein starkes Preußen gibt.

Endlich, wäre es undenkbar (ich sage nicht wünschenswerth), daß die Centralmacht ihr Repräsentationsrecht nach Außen einer deutschen Großmacht delegirte, sowohl im Andetracht der zu vermindernden Mehrkosten als der eignen noch mangelhaften Einrichtungen? Wie eine solche Großmacht für Deutschland bisher den Krieg in Schleswig modo delegationis geführt, könnte sie auch beauftragt werden modo delegationis im Frieden füe Deutschland im Ausland zu verhandeln, vorausgesetzt, daß das innere Vertrauen in Deutschland hergestellt ist, und eine solche Delegation zweckdienlich erscheint.

Eine Großmacht müßte es sein. Reuß-Schleiz-Greiz würde Deutschland in Pecking und Buenos-Ayres nicht gut repräsentiren, weil man es dort nicht kennt. Oesterreich auch nicht, wenigstens in den meisten Fällen, weil es außer seinem deutschen, slavischen, ein magyarisches, vielleicht selbst noch ein italienisches Reich erpräsentiren will.

Oesterreich. †† Wien, 11. August. In der heutigen Reichstagssitzung wurde die Robotfrage fortdiskutirt. Endlose Amendements wurden vom Präsidenten verlesen, von den Antragstellern begründet, sie sagen wenigstens immer, daß sie begründen wollen, selten gelingt es. Der Eine will Ueberweisung des Gegenstandes an eine Kommission, zusammengesetzt aus je drei Gliedern von jedem Gouvernement (Provinz verstand er darunter), ein Anderer, Abg. Jageam aus Tirol, sagte, daß in Tirol keine Robot bestehr und die Ablösung der Zehnten und sanftigen Feudallasten nur gegen eine sehr kleine Summe oder gar nicht gewünscht werde. Daraus schloß er, daß nach den verschiedenen Provinzen auch verschiedene Rücksichten walten sollten. Abg. Helf hielt heute den besten Vortrag; der Präsident erinnerte ihn, durch das Murren der Rechten aufgefordert, daß er bei der Sache bleiben solle. Der Redner protestirte gegen dies unparlamentarische Benehmen der Rechten und war viel würdevoller in seiner Defension, als der aus dem Strgreif gegen Helf sprechende Abg. Goldmark, welcher, ohne ums Wort zu ersuchen, Herrn Helf zurechtwies. Helf sagte unter Anderm, daß in dieser Kammer so oft von Freiheit, aber so wenig bisher vom Rechte gesprochen worden sei. Man solle daher den, der verliert, durch den, der gewinnt, entschädigen lassen, oder die Feudallasten nicht gänzlich aufheben, sondern mit Ablösungen abolieren. Ein galizischer Bauer, dessen schwarzes Aussehen besonders auffällt, sprach auch für Abschaffung und behauptete, daß schon Kaiser Joseph diese Lasten abgeschafft habe. Die Bauern werden immer applaudirt, wenn sie an der Debatte Theil nehmen; ihr freudestrahlendes Gesicht spricht der Versammlung einen aufrichtigen Dank dafür und ist Bürge für die Treue ihrer Kommittenten. Der abgetretene Gouverneur Galiziens sitzt im selben Saale, auf denselben Bänken, mit denselben Rechten, wie der Banee aus der Bukowina. Den polnischen Reel wird diese Gleichstellung nicht sehr freuen. Diese orientalische Färbung des Wiener Reichstags ist die interessanteste Erscheinung darin. Im groben langen Lodenkittel, mit sonngebräunten Bauerngesichtern, vorn kurzen und rückwärts langen Haaren, glänzenden Augen, mit langem, ganz sichtbarem Hemden und leinenen weiten Beinkleidern, die in die hohen Stiefel geschoppt werden, bekleidet, sitzen die Vertreter des östlichsten Landes vom Kaiserstaate in nachlässiger Attitüde zwischen eleganten Dandy's, welche mit Lorgnon und Musteeung der Gallerieen sich so viel beschäftigen. — Der Reichstag kommt vor Partikularinteressen zu keiner Partei-Einheit. Die bestehenden Klubs haben nicht die Förderung und Vertretung großer Fragen zum Zwecke, nicht die patriotische Idee zum Grunde, durch allgemeine, für alle Provinzen anwendbare Gesetze den Verband zu sichern und Oesterreich groß zu gestalten; der Vortheil der Provinz wird immer ein Hinderniß für die Entwickelung des Staates bleiben. Es bestehen in dem Reichstage zu viel Provinziallandtage; der Tiroler will sich nicht bequemen, Etwas für Böhmen, der Böhme für Oesterreich, Steiermark ꝛc. zu opfern. Derselbe fatale Umstand, wie er in Frankfurt sich offenbarte. Jede Reform bringt theilweise Unheil für Einzelne, und stets genießen Jene auch die Früchte von der politischen Umgestaltung, welche durch Umsturz einer Verfassung ins Leben trat. So werden die Wiener bald müde und bald ungeduldig über den jetzigen Stand der Dinge, welcher ihre sanguinischen Erwartungen noch lange unbefriedigt lassen wird. — Heute wurde vom Sicherheitsausschuß ein Plakat konfiscirt, welches in Form eines Theaterzettels erschien und den Titel hatte: „Demokratisch-konstitutionelle Monarchie, großes Spektakelstück, vom Minister Hornbostl in Scene gesetzt." Als Personen wurden die kaiserliche Familie und Minister angeführt, als Schauplatz Nußdorf und Wien. Der Kaiser kommt morgen mit dem Dampfschiffe von Linz in Nußdorf an, dahin geht nun der ganze Spaß. Man ärgert sich über das lange Ausbleiben eines Preßgesetzes.

†† Wien, 12. August. Gestern verließ das ungarische Grenadierbataillon Wasa, Schwarzenberg, die Residenz, um nach Italien als Verstärkung zu gehen. Als Ersatz erhielten wir 5 mit Silber beladene Wagen von Hamburg, welche auch gestern hier ankamen. Vor Kurzem zog Geld und Mannschaft fort, unsere Siege in Italien werden bald Beides zurückführen. Der Geldmangel an Münze ist noch immer drückend. Empörend ist es, hören zu müssen, daß in den Kellern vieler Reichen, z. B. des bekannten Großfuhrmannes und Armeelieferanten, Baeons Dietrich, 500,000 Gulden in Zwanzigern liegen sollen. Solche Menschen, welche aus dem Elend der französischen Kriegszeiten Millionäre geworden und ihr Vermögen größtentheils in liegenden Gründen gesichert haben, würden mehr als legend Jemand verpflichtet sein, das gegenwärtige Elend durch Zurückhaltung des baaren Kapitals nicht zu vergrößern. Vor zwei und einem halben Jahre verfünfzigten sich die Kornwucherer am Volke, jetzt die Geldwucherer. Trotz des gesegneten Jahres, trotz der um die Hälfte gefallenen Lebensmittelpreise haben wir eine Hungersnoth an — Geld, und der gefräßige italienische Krieg, dessen Ende Niemand kennt, schwebt wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern. Zwei Wünsche wallen wir für das allgemeine Beste aussprechen: Mögen die Oesterreicher so großmüthig als tapfer, und die Italiener so billig als patriotisch sein, dann würden unsere Zukunft weder französische Alpenarmeen noch großbritannische Intriguanten bedrohen. Wir brauchen in unserm Lager keine Lord Minto's, denn mit Deutschland vereint, reichen unsere Kräfte füe jeden rechtmäßigen Krieg aus, komme er von Ost, West oder Süd. — Dem Kaiser fuhren heute Morgen Deputationen bis Stein an der Donau entgegen, um 3 Uhr Nachmittags wird er in Nußdorf erwartet, wo ihn der Sicherheitsausschuß, die Minister, Nationalgarden und viele Frauen wie Mädchen Wiens, mit Blumensträußen in den Händen, empfangen. Der Bürgerkaiser, so nennt ihn heute ein grünendes Plakat, wird durch die Hauptstraßen Wiens nach der Stephanskirche fahren, wo auf sein ausdrückliches Verlangen ein Te Deum gefeiert wird, und von wo er nach Schönbrunn heimkehrt. Morgen um 9 Uhr Vormittags versammelt sich der Reichstag in der Stephanskirche, um dem Kaiser in Schönbrunn sich darauf vorzustellen. Alle Straßen sind jetzt, 3 Uhr Nachmittags, schon mit Menschen erfüllt. Heute bemerkt man nicht, daß 60,000 Wiener und wohl eben so viele Fremde fehlen. Die Industrie hat am Graben, Kohlmarkt und Stephansplatz eine Menge Gerüste im Nu herbei gezaubert, wenn nur der Zauber nicht im bösen Zufall bricht. — Des Kaisers Anwesenheit wird auf des Reichstags schleppenden Gang den Einfluß nehmen, daß die rine Ursache nun wegfällt, die Unterfertigt der durch den Kaiser zu bestätigenden Gesetzesvorschläge. Heute wurde mit einer glänzenden Rede des Abgeordneten Borrosch die Amendementsfluth zu dem Kudlich'schen Robotantrage beendet, worauf die Debatte durch den Abgeordneten Klaudi begann. Borrosch, auf der äußersten Linken, besitzt alle Eigenschaften eines Redners. Schöne reine Aussprache, ein weiches, doch volles Organ, Feuer und Schmiegsamkeit nach Bedarf des Gedankens beim Vortrage, helles klares Auffassen des Gegenstandes und Verwendung der Zeitereignisse als Schlagschatten seiner Ideen, endlich eine vollendete Bildung als Rechtsgelehrter, welche er in den 14 Sätzen seines Amendements daelegte. Jedoch muß ich trotz Borrosch's Beredsamkeit zu der gestern ausgesprochenen Ansicht wiederkehren: es ist nicht die Aufgabe des Reichstags von Wien, in den partikulären Modus der Robotablösungen einzugehen, sondern er hat den Grundsatz festzustellen, ob alle Feudallasten entweder ganz abgeschafft oder mittelst Ablösung aufgehoben werden sollen. Wird nun Letzteres bestimmt, so ist das Wie den Provinziallandtagen zu überlassen. Daraus ergibt sich aber die dringendste Nothwendigkeit, das Erstehen dieser Landtage auf demokratischer Basis nicht eine Minute zu verzögern. Die große Last der Begründung von Provinzial-Gesetzen fällt dann weg, und der Reichstag wird sich mit

Digitized by Google

dem höheren Berufe beschäftigen können, Reichsgesetze zu offenbaren. Es ist auch die vorgestern von einem Abgeordneten ausgesprochene Ansicht unrichtig, daß sie, weil aus allen Provinzen zusammengesetzt, mit den Bedürfnissen des vertretenen Landes vertraut, für es Gesetze vorschlagen können. Mit einem Vergleiche würde diesem Abgeordneten seine Stellung klar geworden sein. Die Reichstagsabgeordneten sind die Minister des Aeußern ihrer Provinz, wie die Provinzialstände Minister des Innern derselben Provinz. Es sind vier Tage blos mit der überflüssigen Begründung der Amendements versplittert worden. Diese Praxis gilt nirgends, weil man jede Zeitverschwendung als höchst schädlich überall beseitigen will. Hier spricht der Amendementsteller eine halbe Stunde, auch länger, für Begründung seines Amendements und läßt sich dann noch als Redner für die Debatte vormerken, spricht sohin zweimal ohne Zeitbeschränkung. Das Begründen geschieht von der Abgeordnetenbank, das Debattiren von der Rednerbühne. Heute präsidirte wieder der Vicepräsident. Abg. Kinudi hielt eine lange Rede, seine Aussprache ist nicht richtig und sein Vortrag war zu predigend, besonders der Schluß. Die Rede selbst zeugte von reifem Ueberlegen, Sinnim der däuerlichen und herrlichen Verhältnisse, historischer Beurtheilung, und war als erste Rede in der Debatte eine gut geführte Avantigarde.

Wien. Die „Wien. Zeitg." theilt nun auch den Wortlaut der Kapitulation von Mailand mit. Abgeschlossen sind folgende Aktenstücke: Am 6. August um 3 Uhr früh erhielt der k. k. Generalquartiermeister Feldmarschallieutenant v. Heß nachstehendes Schreiben des sardinischen Generalstabschefs Generallieutenant Grafen Salasco: „Ich beeile mich, Euer Excellenz eine Abschrift derjenigen Konventionen zuzustellen, welche zwischen Ihnen und der städtischen Deputation heute Nachmittag in S. Donato abgeschlossen worden ist. Sämmtliche Artikel stimmen mit den Verabredungen überein, welche heute morgen durch die Generale Rossi und Lazaet und am Nachmittag durch die Deputation der Stadt genommen worden sind. Am Schluß meines Schreibens muß ich neuerdings auf Befehl Sr. Maj. die Aufmerksamkeit Sr. Excellenz des Feldmarschalls Grafen Radetzky auf den Zustand dieser Stadt und die letzten Vorfälle in selber lenken, um die Ordnung allenthalben herzustellen, und daß mit derselben auch ein Vergessen des Geschehenen eintrete, damit die Einwohner und das Eigenthum unangetastet bleibe. Empfangen Sie ꝛc. ꝛc. Am 6. um 9 Uhr Vormittags ging dem Feldmarschall in San Donata folgendes Schreiben des Podesta von Mailand zu: „Herr Marschall! Ich bitte Sie inständigst, den Einmarsch der k. k. Truppen in Mailand möglichst zu beschleunigen, denn der Pöbel hat die Zeit, wo die Stadt ohne Truppen steht, benützt und begeht alle Arten Exceße, die man leicht auf die schlimmste Weise zu deuten im Stande wäre. Ich habe die Ehre, zu versichern, daß mit Ausnahme dieser wenigen Uebelthäter die Stadt ruhig ist, und sich anschickt, die kaiserl. Truppen geziemend zu empfangen. Ich ersuche E. E. diese meine dringendste Bitte zu beherzigen und die Versicherung meiner größten Hochachtung zu empfangen. Mailand, 6. August 1848. P. Bossi, Podesta der Sadt Mailand." Nur eine Stunde später kam ein zweites Schreiben folgenden Inhalts: „Zufolge desjenigen, das ich die Ehre hatte, Euer Excellenz diesen Morgen zu berichten, erneuere ich hiermit meine dringendste Bitte, damit ein Kavallerikorps sich eiligst nach Mailand verfügen möchte, um daselbst die Ordnung aufrecht zu halten, denn ich besorge nur allzusehr, daß der Pöbel die öffentlichen Kassen plündern dürfte. Euer Excellenz verzeihen, daß ich Sie abermals belästige, allein die mir anvertraute Stadt, welche in dieser Zwischenzeit gänzlich machtlos ist, würde den Uebelthätern zum größten Nachtheile der gutgesinnten Bevölkerung überliefert bleiben. Ich bitte Euer Exc. die Versicherung ꝛc. ꝛc. Mailand, 5. August 1848. Um 8½ Uhr früh. P. Bossi m. p., Podesta."

Preußen. ☽ Berlin, 11. Aug. Die Hoffnungen, welche wir bei einer früheren Gelegenheit aussprachen, daß unser Landtag für wirklich praktische Fragen tüchtige Kräfte genug besitze, um trotz des Frankfurter Parlaments eine ehrenvolle Stellung unter den vielen gegenwärtig tagenden Versammlungen Europa's einzunehmen, haben durch die heutigen Verhandlungen ihre Bestätigung erhalten. Auf der Tagesordnung stand nämlich ein Antrag auf Regulirung und Gleichstellung der Bergwerksabgaben, ein Gegenstand also, zu dessen Beurtheilung mehr gehörte, als die Weisheit unserer politischen Renommisten, wie sie sich in diesem Augenblicke in den Klubs und an den Straßenecken breit machen. Wer jemals einen Blick in die industriellen Verhältnisse Deutschlands gethan hat, wird zugeben, daß eine Frage von großer Bedeutung vorlag. Nicht nur in Preußen mögen die Verhältnisse des Bergbaues so verwickelt sein, wie sie es in der That sind; es leidet der ganze Zollverein in dieser Beziehung an derselben Krankheit, und die bedeutenden Nachtheile, in welche unsere Eisen- und Kohlenproduzenten gegen das Ausland, namentlich Belgien und England, bei der Konkurrenz in diesem wichtigen Zweige der Industrie versetzt sind, haben wohl hauptsächlich ihren Grund in den mancherlei Bedrückungen, unter welchen gerade das Bergwesen noch immer schmachtet. Es genügt hier die Bemerkung, daß in Preußen nicht nur der Bergbau ein Regal ist, also nur unter landesherrlicher Aufsicht und Verwaltung getrieben werden kann, sondern auch nicht weniger als 22 verschiedene Bergordnungen die gesetzlichen Bestimmungen enthalten, nach welchen der Betrieb des Bergbaues geregelt wird. Es leuchtet ein, daß es ein fast tollkühner Versuch gewesen wäre, in diesen Wirrwarr der altherthümlichsten Erbschaften ohne Verletzung vieler Interessen und ohne die gründlichsten Vorarbeiten einiges Licht zu bringen. Wohlweislich hatte sich deßhalb der Antragsteller begnügt, nur die allerdringendsten Uebelstände, soweit sie in der hohen Besteurung des Bergwerksbetriebes liegen, beseitigen zu wollen. Die Kommission wünschte eine fixe Steuer von 2 Thlr. 20 Sgr. (10 Frks.) von 390 Morgen (1 Quadr. Kilometer), ferner eine proportionelle Steuer, welche 5 Proc. des Reinertrages nicht übersteigen sollte und endlich einen Beischlag von 10 Proc. der fixen Steuer als Fonds für Steuernachlässe zu Gunsten solcher Bergwerkseigenthümer, welche Verluste oder Unglücksfälle erlitten haben. Es fand indessen selbst diese Veränderung, weil sie eben das Uebel nur zum Theil beseitige, heftigen Widerspruch. Besonders wies der Handelsminister auf die Gefahren des Vorschlages hin, welche daraus auch für den Staatsschatz entständen. Es sei derselbe keineswegs in der Lage, so bedeutende Steuerausfälle zu ertragen. Im Uebrigen läugnete er, daß die gegenwärtige Bedrängniß der Bergwerksbesitzer durch ihre hohe Besteuerung herbeigeführt sei. Die Gründe lägen in den unglücklichen Konjunkturen und dem Mangel an Zutrauen, welches augenblicklich alle Gewerbe, nicht allein die Eisen- und Kohlenproduktion bedrücke. Gründliche Berathungen mit Sachverständigen seien von dem Ministerium eingeleitet, um möglichst bald ein umfassendes Gesetz vorzulegen, welches das Uebel an der Wurzel angreife. Auch der Finanzminister (Hansemann) erblickte das Heilmittel nur in durchaus eingreifenden Anstalten. Die Noth sei auf dem linken Rheinufer, wo der hohe Zehnt nicht bezahlt werde, nicht weniger empfindlich als auf dem rechten. Ueberall hätten sich bei der Verkehrsstockung die Vorräthe angehäuft, und deßhalb sei es vor der Hand nicht nöthig, neue Gruben zu eröffnen, sondern gute Absatzquellen zu schaffen: nicht wegen der durch die Gesetze gebotnen Beschränkungen stocke die Arbeit, sondern weil man nicht verkaufen könne. Wäre es möglich, durch einen schnellen Akt der Gesetzgebung alle Hindernisse zu beseitigen, die Noth, den Hunger der Arbeiter zu stillen, wer würde da nicht gern seine Hand bieten? Freiheit im Betriebe fehle, und hier werde ein sorgfältig vorbereiteter Gesetzentwurf Hilfe bringen. — Die wegen ihres, dem Polizeistaate angeblich noch immer anhängenden, Sinnes sonst vielgeschmähte Rechte schicke diesmal manchen wackern Kämpfer für und gegen den Kommissionsantrag in das Feld, während auf der Seite der privilegirten Vertheidiger der Volksrechte völlige Windstille herrscht. Mit großer Sachkenntniß und von dem Beifalle der Versammlung häufig unterbrochen, spricht besonders Kaufmann Harkort (Westfalen) und Stupp (Köln). Preußen allein beziehe, bemerkt ersterer, jährlich für 2½ Mill. Thlr. Eisenschienen aus England. Man werde einen Steuerausfall von 350,000 Thlr. leicht ertragen können, wenn man dafür 5 Mill. Thlr. in die Tasche stecke. Der Engländer sei groß durch seine Kohlen und sein Eisen, er gewinne kein Gold, wisse aber auf die vortheilhafteste Weise sein Eisen in lauteres Gold zu verwandeln. Diese Maxime wollte der Redner der Versammlung bestens empfohlen haben. Herabsetzung der Abgaben werde für die Bergwerke vielen Nutzen stiften. Als Sir Robert Peel die Ausgangssteuer auf Kohlen (im Betrage von 800,000 Thlr.) aufgehoben, habe er dadurch die Engländer auf den holländischen Markt gebracht und uns von 4 Millionen auf 2½ Millionen herabgesetzt. Das Beispiel Englands und Belgiens, die öffentliche Meinung und die Noth einer halben Million Bergleute sprächen für den Antrag der Kommission. Er habe im Warten graue Haare bekommen; schiebe man das Bergwerksgesetz noch länger hinaus, so werde er sein Haupt wohl zum ewigen Schlummer niederlegen müssen, bevor sich seine Hoffnungen erfüllten. Die Ausführungen von Harkort machten augenscheinlich auf die Versammlung einen tiefen Eindruck, und es ergab sich deßhalb, obwohl man im Ganzen gegen den Kommissionsantrag eingenommen schien, nur eine geringe Mehrheit für ein Amendement v. Meusebach, welches den ministeriellen Vorschlägen entsprach. Es soll danach allerdings eine schleunige Revision der ganzen Berggesetzgebung unter Zuziehung der Interessenten angeordnet, die Zehentpflichtigkeit der Landestheile

dieſſeit des Rheines nach einem billigen Maße geregelt, auch die Regierung, wo es nöthig zu Steuernachlässen bis auf ein Fünftheil des Reinertrages ermächtigt werden, die betreffenden Geſetzesvorlagen jedoch erſt an die nächſte geſetzgebende Verſammlung erfolgen. — Die heutige Sitzung war auch noch in andrer Weiſe von Intereſſe. Der Abg. Zoltowski brachte vor der Tagesordnung den dringlichen Antrag ein: es möge eine Erklärung der polniſchen Abgeordneten des Großherzogthums Poſen, enthaltend einen Proteſt gegen die Beſchlüſſe des Frankfurter Parlaments in der Poſener Frage, ſofort verleſen werden. Die Verſammlung fand ſich indeſſen nicht bewogen, die Dringlichkeit dieſes Antrages, welcher offenbar eine in Frankfurt verlorene Schlacht in Berlin wieder aufnehmen will, anzuerkennen, und ſo unterblieb für heute eine weitere Debatte. — Die Bedenken, welche wir in unſerm letzten Berichte gegen den auf das Amendement des Abg. Schulz von Wanzleben gefaßten Beſchluß (es den Officieren des Heeres zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten, Falls ihre Anſichten ſich mit einer konſtitutionellen Regierung nicht vereinigen können) äußerten, haben bereits heute einen ſehr ſtarken Ausdruck durch ein Separatvotum erhalten, worin jener Beſchluß eine „politiſche Jaquiſition“ genannt wird. Namen wie Brünneck, Auerswald, Sydow, Jonas, Horkort, v. Wangenheim befinden ſich unter den Unterzeichnern.

*** Berlin, 13. Auguſt. Stände die Reaktion wirklich vor der Thür? Auch Ihre Blätter deuten darauf hin. Ich habe nie an eine Reaktion in dem Sinne geglaubt, wie man ſie fürchten muß, aber eben ſo gewiß, daß die Revolution auf dem betretenen Wege ſich bald überſchlagen müſſe. Daß dieſer Augenblick ſchon gekommen, dafür ſprechen allerdings Anzeichen, das ſicherſte iſt die überſprudelnde Wuth der Anarchiſten, die bis dahin mit ſo ſicherer Taktik operirten. Seit der Zenghausattaque ward Nichts aus allen ihren Unternehmungen; ihre Stürme prallten auf einen Widerſtand, auf den ſie nicht gerechnet, auf einen nachgebenden, paſſiven. Kugeln, die an weiche Stoffe ſchlagen, Matratzen und Wollſäcke, verlieren ihre Kraft. Mehrmals wäre die Regierung in der Lage geweſen, ſich in Harniſch zu werfen, die Reiſigen hinterher hätten nicht gefehlt; ſie unterließ es, aus Klugheit, Inſtinkt oder Schwäche, das beides auf ſich beruhen, ſie konnte aber nicht wirkungsreicher gegen den ungeſtümen Angriff operiren. Sie gab, wo es ſich thun ließ, nach, ſie machte Platz, wo der Strom vorüber wollte, ſie ließ die mißliebigen Zeichen einſtecken, ſie antwortete auf die gröbſten Beſchuldigungen mit Sanftmuth, ſie ließ nur Thatſachen widerlegen, und auch das immer in klarer ruhiger Sprache. Anhänger des alten Syſtems waren über dieſe Nachgiebigkeit, dieſe Schwäche empört, ſie forderten den vornehm zurückweiſenden Ton, entweder den militäriſch exerzirten, oder den bureaukratiſchen Schulmeiſterton der ſeligen G. R. Mathis u. A. Sie hielten das Königthum um deßwillen, weil er nicht gebraucht wurde, für verloren. (Es ſtünde beſſer um daſſelbe, wenn man ihn ſchon ſeit 8 Jahren nicht gebraucht hätte!) Nur die auffälligſten Uebertretungen ließ ſie, auf ganz geſetzlichem Wege, durch den Staatsanwalt vor die Gerichte ziehen. Verhandlungen, Vertheidigung öffentlich, Alles in legaler Weiſe, dergeſtalt, daß die dadurch unangenehm angegriffene Partei Nichts dagegen erwidern konnte, als: die Richter ſind keine Geſchwornen, und die Geſetze von vor der Revolution paſſen nicht auf die Zuſtände nach der Revolution. Das mochte richtig ſein; ſollte aber die Regierung um deßwillen Verbrechen ungeſtraft laſſen, oder ſollte ſie ſchnell neue Geſetze machen, angepaßt auf die vorliegenden Fälle oder Zuſtände? Welchen gerechten Vorwürfen hätte ſie ſich ausgeſetzt! Die Richter ſprechen verhältnißmäßig (zu den frühern Anſichten) milde Strafen aus. Die Oppoſition drang in der Nationalverſammlung auf Beſchleunigung der Einführung der Geſchwornengerichte, anderer Kriminalgeſetze. Man trat ihren Anträgen nicht hinderlich in den Weg; ſie ſelbſt war das größte Hinderniß durch ihre Interpellationen, welche die Verfaſſungsgebung immer hinausſchoben. Endlich drang ſie mit interimiſtiſchen Geſetzanträgen hervor, denen ebenfalls die Regierung keinen hartnäckigen Widerſpruch entgegenſetzte. Daß ſie dem ſentimentalen Verlangen nach Abſchaffung der Todesſtrafe, die in einer oder zwei leichtfertigen Sitzungen ausgeſprochen ward, faſt beredtwillig entgegen kam, werden wie Alle noch Gelegenheit zu bereuen haben. Nur in Rußland iſt die Geſetzgebung bis zu dieſer Spitze der Humanität gedrungen, dort mit den mindeſt ſchädlichen Folgen, weil die ruſſiſche Praxis in ihren Surrogaten für die Fehler in der Theorie nicht ſkrupulös iſt. Aber mit alledem hatte die Oppoſition Nichts gewonnen, nichts Poſitives, ihren Zwecken Dienliches erreicht. In einem einzigen Punkte wurde der Widerſtand der Regierung königer, aber nicht eigentlich gegen die Principien ihrer Feinde, nur gegen die Anarchie auf der Straße, in der Einſetzung und im Feſthalten des Konſtablerkorps. Die Oppoſition marſchirte in geſchloſſener Phalanx darauf los, nicht unbedeutend unterſtützt von einem Theil der öffentlichen Meinung, und dennoch prallte der Angriff zurück. Auch das Publikum hat ſich ſchon an die blanca Aufpaſſer auf der Straße gewöhnt; es fühlt die Wohlthat der lang entbehrten Sicherheit. Noch heftiger der Angriff wegen der Schweidnitzer Mordſcene. Die Regierung vertheidigte nicht die Unthat, und der Angriff löſt ſich, wie die Poſener Beſchwerden, in eine langwierige Unterſuchungskommiſſion, die mit ihrem Reſultat hervortreten wird, wenn die Sache vergeſſen iſt. Eben ſo wenig gewann die Partei irgend Etwas durch ihre Demonſtration vom 6. Auguſt, obgleich man ihm gewiſſermaßen die Straßen räumte, und mit der größten Bereitwilligkeit entfernte, was zu Anſtoß Anlaß geben konnte. — Die Partei hat geſiegt und iſt erſchöpft von ihrem Siege, weil es ein negativer Impuls war, weil ihr die Kraft zum Schaffen, zum Geſtalten fehlt. So ſteht es in Berlin. Die berühmteſten Straßenecken, wo die ſkandalöſeſten Plakate hingen, ſind von den Hausbeſitzern ſchön übertüncht, und daran ſteht geſchrieben: „Hier iſt verboten, Zettel anzukleben.“ Finis revolutionis! rufen die Hausbeſitzer. Iſt es nur in Berlin ſo? Arnold Ruge macht eine Rundreiſe durch Deutſchland und ſucht nach der Gemeinde, die er in Frankfurt nicht fand, er predigt auf den Gaſſen die junghegeliſche Weltanſchauung und Glückſeligkeit, den neuen Staat, allein auf Logik gebaut. Trotz der Tauſende, die ihm Leipzig und Breslau Vivats gebracht, erſcheint mir die Reiſe wie ein letzter verzweifelter Verſuch, Subſkribenten zu ſammeln auf eine Revolution, für welche das dumme Deutſchland noch nicht reif iſt. Die Philiſterwelt „glaubt“ nach! Wenn auch nicht Viel, doch Etwas. So mußte auch hier das Hauptblatt der Radikalen, die Zeitungshalle, ihre Inſufficienz bekennen; ſie bettelt um Groſchenbeiträge bei den demokratiſchen Klubs, nur um noch zu beſtehen! Der Skandal in der Paulskirche wäre aber wohl das ſchlagendſte Anzeichen, daß die anarchiſche Partei ſich ihrer Inſufficienz bewußt iſt. So operirt nur, wer ſelbſt ſeine Sache aufgibt. Die Nachwirkung des Brentano'ſchen Ausfalls beginnt erſt hier, aber es wird ruhig bleiben. — Muß jedoch eine Reaktion unabwendbar eintreten, wenn die Bewegung aus Erſchöpfung ſtill ſteht, oder gar athemlos zu Boden fällt? — Die dumpfen Athemzüge bewußter wirklicher Reaktionsgelüſte waren allerdings ebenfalls ſeit einiger Zeit vernehmbar. So lange die Tollheit ſchnaubte, freute man ſich ihrer als Lebenszeichen irgend eines Widerſtandes gegen den Wahn, obgleich einige dieſer Adreſſen, die König und Vaterland, nah nedeaher auch die Konſtitution an der Stirn trugen, nach dem Duft der Frühſtücksſtuben zur Zeit der Wollmärkte in Berlin rochen. Kraftlaſter wieb jetzt die Sache. Die Zeitungen füllen ſich mit unendlich langen Aberſea der Gutsbeſitzer, des Vereins „zur Wahrung der Intereſſen des Grundbeſitzes und der Wohlfahrt aller Klaſſen.“ Wie der Geſetzvorſchlag zur Aufhebung des Lehnsnexus, der Steuerbefreiung, der gezwungenen Ablöſung der Grundzinſen eine Oppoſition hervorruft, die aus den Provinzen mit jedem Tage vielſtimmiger herſchallt, davon ein ander Mal beſonders. Ich fürchte um deßwillen keine Reaktion. Aber wird der Sieg der öſterreichiſchen Heere in Italien nicht eine anderartige Reaktion einleiten? Klingen nicht die Montecucculi'ſchen Proklamationen im Tone des alten Regiments: Verirrungen, Verzeihung, Strafe den Widerſpänſtigen! Deutſchland freut ſich über die Heldenthaten ſeiner öſterreichiſchen Brüder und daß eine Scharte an ſeiner Ehre gegen die übermüthigen Großſprecher ſo ehrenvoll ausgewetzt iſt, aber nicht, wenn die Frucht des Sieges eine Reſtauration iſt, oder gar der Verſuch einer Reſtauration im Metternich'ſchen Sinne.

Berlin, 12. Auguſt. Das Miniſterium ſoll keineswegs geſonnen ſein, die es betreffenden, am 9. d. M. in der ſchweidnitzer unglückſeligen Sache gefaßten (allerdings ſehr übereilten) Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ausführen zu wollen. So wird alſo das Füſilierbataillon des 22. Infanterieregiments nicht ſofort aus Schweidnitz abberufen, noch viel weniger der Kriegsminiſterialerlaß an die Officiere in der angegebenen Weiſe erfolgen. Ob ſich die Unterſuchungskommiſſion verwirklichen laſſen werde, muß noch dahingeſtellt bleiben, weil die Gerichte ſich ſchwerlich eine ſolche Dazwiſchenkunft gefallen laſſen werden. (K. Z.)

Berlin, 13. Auguſt. Man ſchreibt der Fr. O. Z., daß demnächſt aus allen Provinzen des Königsreichs Abgeordnete der Grundbeſitzer erwartet werden, welche, Bülow-Cummerow an der Spitze, bereits in Stettin die bekannte Zuſammenkunft hatten und ihr Ziel, die Rechte des Grundbeſitzes zu ſichern, im ſchärfſten Gegenſatze gegen das Princip des Miniſters Hanſemann verfolgen werden. Kommt, wie wahrſcheinlich verlautet, nach dem Vorgange Frankfurts ein Fünfzigerausſchuß zu Stande, welcher die Berathung über die gegenwärtige Finanzlage auf ſich nimmt, und beſteht derſelbe aus hinreichend intel-

Digitized by Google

eigenen Kräften; so ist es keine Frage, daß die innere Politik Preußens in ein neues Stadium treten muß, da noch kein Verein so bedeutende materielle Grundlagen aufzuweisen hatte. Nach den Erklärungen des Stettiner Vereins will dieser seine Adels- und übrigen Vorrechte gegen Erlaß der damit verbundenen Pflichten gern hingeben; nur solle ihm nicht zugemuthet werden, das Recht des Besitzes schlechthin aufzuopfern.

Würtemberg. †† Stuttgart, 13. Aug. Was Ihr hiesiger ♂ Korrespondent unter dem 6. d. Ihnen als Gerücht über die Angelegenheit des vormaligen würtemb. Bundestagsgesandten und eine daran geknüpfte Minister-Krisis mittheilte, kann ich, jedoch gleichfalls nur aus einem unverbürgten Gerücht, dahin ergänzen, daß der Grund der zwischen S. M. und Hrn. v. Sternenfels obwaltenden Differenz liegen soll in einer Verwilligung von 300,000 fl., für die Zwecke der neuen deutschen Marine durch Letzteren ohne des Ersteren Instruktion oder Vorwissen im Namen Würtembergs beim Bunde gemacht. Da mir überhaupt nicht bekannt oder erinnerlich ist, daß für die deutsche Marine Seitens der Fürsten offizielle Anerbietungen in dem aufgelösten Bundestage ausgesprochen, oder durch die Nationalversammlung andere als allgemeine Forderungen und Erwartungen gestellt worden, so erscheint mir auch das oben wiederholte Gerücht nicht glaubwürdig. Wäre es begründet, so dürfte allerdings, vom Standpunkte des Königs betrachtet, sein Gesandter weder innerhalb der ihm zustehenden Befugnisse noch in den Grenzen diplomatischer Konvenienz geblieben sein, und daß das Ministerium die Sache soweit adoptirt, um sie zu einer Kabinetsfrage zu machen, könnte nur durch die Vermuthung erklärt werden, es habe seiner Seits von jenem Anerbieten des Hrn. v. Sternenfels Kunde gehabt, wenn nicht gar dasselbe veranlaßt. Thatsächlich unwahr ist, was ebenfalls verlautet hat, daß Hr. v. Sternenfels entlassen worden sei; mit dem Bundestag erlosch natürlich auch seine Funktion, und es bedurfte einer ganz neuen Sendung oder seiner ausdrücklichen Wieder-Beauftragung als diesseitigen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt. Eine solche hat bis jetzt von hier aus überall nicht stattgefunden, und unseres Wissens ist Preußen der einzige Staat, welcher durch Sendung des Hrn. Camphausen nach Frankfurt in dieser Richtung sein Recht wahrte und seiner Pflicht genügte. Ebenso kann von einem „Auftritte" zwischen S. M. und Hrn. v. Sternenfels gelegentlich des Ersteren neulicher Anwesenheit in Frankfurt um so weniger die Rede sein, als der König Hrn. v. Sternenfels damals und dort gar nicht gesehen hat. Was endlich die Kabinets-Krisis angeht, so glauben und hoffen die Meinungen aller Farben, eine solche müsse, wenn überhaupt vorhanden, von beiden Seiten gütlich gelöst werden und vorübergehen ohne einen in jeder Hinsicht höchst gefährlichen und bedenklichen Rücktritt des Ministeriums. Außer dem Ministerium Römer kennen wir unter obwaltenden Umständen kein mögliches, heißt nun ein etwaiges neues Projekt Linden, Schlayer, Wächter, Schoder, oder wie es sonst wolle. Eine andere Frage ist, ob das jetzige Ministerium in seiner bestehenden Zusammensetzung der voraussichtlich in Kurzem zusammentretenden Kammer gegenüber sich hält, und nicht vielmehr in einem oder dem anderen Departement persönliche Umänderungen nöthig werden. Daß Paul Pfizer durch dauernde Kränklichkeit der Nat.-Vers. und dem hiesigen Ministerium entzogen bleibt, kann nicht genug betrauert werden. Sollen wir ihn einmal entbehren, so hätten wir ihn am liebsten in's Reichsministerium als Kultminister abgegeben; eine Wahl, die in ganz Deutschland mit allgemeiner Akklamation begrüßt worden sein würde. Nun fehlt er sowohl in Frankfurt als in Stuttgart, und hier außer ihm die eigentliche Unentbehrlichkeit, die Nothwendigkeit des Ministeriums: Römer. Eine Regierung ohne ihn ist — mit aller Anerkennung seiner Kollegen und seines Stellvertreters gesagt — bisher nur das gewesen, was eine Kammer sein wird, welcher eine große Zahl tüchtiger Kräfte durch ihre Thätigkeit in Frankfurt entzogen wäre.

Hannover. An die Armee ist folgende Generalorder erlassen worden: „Da die Truppen in der Mehrzahl der deutschen Staaten die deutschen Farben als gemeinschaftliches Erkennungszeichen angelegt haben, so haben Se. Maj. der König zu befehlen geruht, daß dies von allerhöchstdero Truppen gleichfalls geschehen solle. Das Erkennungszeichen wird theils in Bändern an die Fahnen geheftet, theils von einzelnen Leuten in einer noch näher zu bestimmenden Art und Weise getragen. Se. Majestät befehlen, daß dies vorläufig der Armee bekannt gemacht werde, und es sollen die einzelnen Truppenabtheilungen weitere Befehle darüber erhalten, wie auf einer abzuhaltenden Parade die Bänder an die Fahnen befestigt werden sollen. Für den Generaladjutanten: F. Jarodt, Oberst."

Schweiz.

☽ Bern, 12. August. Aus einem vom 8. d. datirten Bericht des schweizerischen Generalkonsuls in Mailand, sowie aus Privatnachrichten theile ich Ihnen Folgendes mit: Fürst von Schwarzenberg hat als Platzkommandant von Mailand in einer Proklamation vom 7. d. Schutz der Person und des Eigenthums und strenge Mannszucht verheißen. Zugleich erließ er den Befehl, daß alle Waffen der Bürger binnen 24 Stunden abgeliefert werden und diejenigen, welche dem Befehle nicht entsprächen, vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Da viele schweizerische Kaufleute mit Waffen Handel treiben, hat der Konsul gegen diese, das Eigenthum der Kaufleute schwer bedrohende Maßregel reklamirt. Es werden keine Zeitungen nach Mailand gelassen, und man weiß daher in der Stadt nicht, was außerhalb vorgeht. Das reguläre Militär der Lombardei, gegen 20,000 Nationalgarden und sehr viele Familien sind mit der sardinischen Armee nach Piemont gezogen. Die Stadt ist verödet; über die Hälfte der Einwohner ist ausgewandert. Der Kanton Tessin beherbergt allein über 30,000 Flüchtlinge. Lugano ist so voll, daß viele unter freiem Himmel schlafen müssen. Die meisten sind ohne Geld, nur mit den nothwendigsten Kleidern versehen. Fast die ganze männliche Jugend der Lombardei ist flüchtig. Der Werth der von Karl Albert außerhalb Mailand zerstörten Häuser beläuft sich auf 30 Millionen. Die Wuth gegen Karl Albert, den alle Blätter „Verräther" nennen, soll grenzenlos sein. Briefe aus Genf versichern, die französische Intervention sei eine ausgemachte Sache. Die Kavallerie werde über Besançon, die Infanterie über Seissel und die Brücke von Beauvoisin in Savoyen einrücken.

Großbritannien.

London, 13. August. Die englischen Zeitungen füllen sich mit Betrachtungen über die oberitalienische Frage. Es wiederholt sich hier dasselbe, was wir, nur in umgekehrter Folge, bei der dänischen Angelegenheit wahrnahmen. Als die Deutschen Jütland besetzt hatten, verlangten die englischen Zeitungen höchstens die Räumung dieses stockdänischen Gebiets, als die Deutschen sich aus Jütland zurückgezogen hatten (wahrscheinlich vor dem berühmten jütischen Ungeziefer, denn dänische Rothröcke ließen sich da gar nicht mehr sehen), verlangten sie die Räumung von Schleswig, als man Nordschleswig räumte, verlangten sie sogar die Preisgebung Holsteins. Als dagegen Radetzky sich ein wenig in der Klemme befand, vor sich einen mächtigen Feind, hinter sich Venedig, Vicenza u. s. w. im Aufstande, waren die englischen Journale sehr geneigt, Oesterreich zur Verzichtleistung auf sämmtliche italienische Besitzungen zu rathen, als die Oesterreicher Vicenza wieder eroberten und die Operationen Karl Alberts sonst gar keinen Fortgang nahmen, hielten dieselben Zeitungen es für angemessen, daß Oesterreich wenigstens die Etschlinie behielte, die, nachdem Radetzky in viertägiger Schlacht das Heer Karl Alberts durchbrochen und so gut wie kampfunfähig gemacht hatte, sofort bis zum Mincio ausgedehnt wurde. Jetzt meinen die Times, daß es doch eine eigene Sache sei, von Oesterreich zu verlangen, daß es den mit Blut zurückeroberten Boden Lombardiens freiwillig herausgebe. Warum sei Palmerston früher so rigorosinnig gewesen, sich auf den Vorschlag Oesterreichs hin, daß es im Besitz des Venetianischen bleibe, nicht auf das Vermittlergeschäft einlassen zu wollen? Jetzt sei es für das Vermittlergeschäft überhaupt zu spät, die Oesterreicher seien im Recht des Siegers, sie sind aber auch, worauf sich das M. Chronicle beruft, im Recht eines dreihundertjährigen Besitzes. Das M. Chronicle, welches, beiläufig gesagt, für das Einzelinteresse Preußens wie Oesterreichs stets lebhaft Partei nimmt, um so in seiner Weise das Gesammtinteresse des deutschen Reichs zu kreuzen, stellt den passenden Vergleich an: daß Frankreich und England gegenwärtig mit ihrem Vermittelungsgeschäft in Italien in derselben Lage seien, wie Guizot, als er seine Vermittelung zwischen dem Sonderbund und der Eidgenossenschaft angeboten habe; damals habe Palmerston ihm triumphirend entgegengehalten, der Sonderbund sei ja vernichtet, zu jeder Vermittelung gehört aber das Vorhandensein zweier Parteien, die gleiches Interesse dabei hätten, daß ihre Streitsache durch eine dritte ausgeglichen würde. Die liberalen und mehr demokratischen Blätter, wie Daily News, bedauern die Niederlage der Italiener; letzteres setzt jedoch hinzu: „dies Bedauern kommt aber nicht daher, weil wir etwa den Sieg eines der deutschen Race als etwas Unerfreuliches betrachteten"; es bedauert die Niederlage der Italiener als einen über die Freiheit und Selbständigkeit einer Nation errungenen Sieg, und räth Oesterreich und den Fürsten überhaupt, nicht zu weit zu gehen und zu übermüthig zu sein; wenn Frankreich einmal losbreche, so könne es sich nur auf die De-

Digitized by Google

mokratie führen, so werde es vor Allem Süddeutschland und Oberitalien in Republiken umzuschaffen suchen, und in ihrem eigenen Interesse möchten die Fürsten bedenken, daß gegenwärtig das Fürstenthum ein „sehr wackliges, von stürmischen Wellen hin und hergeworfenes Fahrzeug sei, welches nur durch kluge Mäßigung noch flott erhalten werden könne.“ Andererseits verkündeten die torystischen Zeitungsblätter mit Jubel: daß der Sieg der Oesterreicher gar sehr dazu dienen werde, den wuchernden demokratischen Ideen in Europa ein Ziel zu setzen. — Jedenfalls ist zu erwägen, daß Jemand, der in Folge eines Vertrags für so und so viele Jahre in einem Hause wohnt, eine durchaus lächerliche Rolle spielen würde, wenn er sich von einem Dritten, namentlich von einem Menschen wie Karl Albert, mit Gewalt herauswerfen ließe, ohne zu versuchen, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Oesterreich hat dem Auslande bewiesen, daß es auch in seinem jetzigen Zustande heldenmüthige Heere und tapfere und kriegskundige Heerführer besitzt, auf die es sich unter allen Umständen verlassen kann. Die Achtung, die sich Oesterreich erworben hat, wird auch dem gesammten Deutschland zu gute kommen.

In Ballingarry wurde am 7. August über die von den Konstablern (die übrigens Iren und Katholiken waren) auf der Boalagher Wiese erschossenen Aufwiegler Todtenschau gehalten. Die Aussage von Anne Walsh, Wittwe des einen Gebliebenen, ist nicht ohne Interesse. „Mein Mann, erzählt sie, ging Samstags früh aus, um Steine zu klopfen. Um 12 Uhr sah ich Haufen Volks nach der Gemeindewiese ziehen, dann hörte ich einige Schüsse, aber wie viele kann ich nicht sagen. Dann ging ich nach der Wittwe Cormack's Hause, von wo die Schüsse zu kommen schienen, und sah einen Mann außerhalb der Hofmauer liegen. Ich eilte zu ihm hin, als zwei Flinten aus dem obersten Fenster des Hauses auf mich gerichtet wurden und mehrere Personen drinnen mir zuriefen: ich sollte zurückgehen oder sie würden mir das Lebenslicht ausblasen. Es war Niemand in der Nähe des Hauses, außer mir selbst, meinem Mann und noch Einem, der in den letzten Zügen lag. Dann kam der Pfarrer Higgenbotham und ich bat ihn, das Seinige zu thun, daß ich meinen Mann mit nach Hause nehmen dürfte. Ich habe ein Kind und Nichts zu leben, aber mein Mann verdiente ein Pfund Mehl täglich durch Steinklopfen für die Armenanstalt. Smith O'Brien ist allein Schuld an meines seligen Mannes Tod, für keinen Andern würde er sich in die Gefahr begeben haben.“ Das ist eine jener irischen Geschichten, rührend und erschütternd in ihrer Einfachheit. Man darf sich nicht wundern, wenn ein Mann, der täglich mit saurer Arbeit nur 1 Pfund Mehl verdient, für einen Revolutionschef, der ihm goldene Tage verspricht, in den Tod geht. Smith O'Brien gab der Wittwe 1 Pf. Sterling, um ihren Mann begraben zu können, verzweifelt wenig für einen Rebellenhäuptling, durch dessen Schuld die Frau um ihren Mann und dadurch um ihr tägliches Lebensmittel, 1 Pfund Mehl, kam! Die Leiden und Kümmernisse Irlands sind groß, seine Beschwerden nur allzu gerecht; man denke nur an jene ejectments oder in der Kunstsprache der Landherren clearances (Säuberungen, Aufräumungen!), wornach die — allerdings der Faullenzerei geneigten und von den katholischen Geistlichen in Dummheit gehaltenen — kleinen Afterpächter ohne Goode und Barmherzigkeit aus ihren Hütten gestoßen werden können, daß der Himmel ihr Dach und die Landstraße ihr Pfühl ist. Man sagt, daß auf neunthalb Millionen Bewohner in Irland nur 1400 wirkliche Grundeigenthümer kommen! Auch die Times gestehen jetzt, „daß mit militärischen Maßregeln, mit Aufhebung der Habeaskorpusakte, mit Ausnahmegesetzen überhaupt Irland nicht geholfen sei“, andererseits dämpfen sie das Mitleid sogleich wieder durch die Aufzählung der Staatsgelder, die für Irland verausgabt werden; „eine falsche Sentimentalität verleite das Parlament und die englischen Staatsmänner, sich mehr mit der Lage Irlands als Englands abzugeben“ u. s. w. Vor darüber möge man sich klar machen, daß Irland mit kindischen Revolutionsversuchen nicht gedient ist, daß es einen Schein von Selbständigkeit nur mit dem gänzlichen Ruin seiner zum Theil blühendes Handels- und Seehafenstädte erkaufen könnte.

Frankreich.

Paris, 14. August. Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 14. August. Vorsitzender: Arm. Marrast. Erst um 2 Uhr wird es möglich, die reglementsmäßige Anzahl von Deputirten zusammenzubringen, und der Präsident droht, von nun an um 1½ Uhr den Namensaufruf vornehmen und die Namen der Abwesenden im Moniteur veröffentlichen zu lassen. (Eine ähnliche Maßregel wäre gewiß auch sehr geeignet, die täglich leerer werdende Paulskirche wieder zu füllen.) Die Sitzung selbst war ohne allgemeines Interesse. Nachdem ein Vorschlag über Kreditbewilligung zur Unterstützung der Privatindustrie verworfen war, und im Betreff der Anfangs September beabsichtigten Zusammenkunft der Departementsräthe der Minister des Innern bemerkt hatte, daß dieselbe bis zur Berathung des Budgets verschoben werden solle, wo es dann von der Versammlung abhänge, ob sie den Deputirten, die zugleich Departementsräthe seien, einzeln oder in pleno Urlaub ertheilen wolle, ging man zur Tagesordnung, die Gründung eines Regierungsjournals betreffend, über.

Dieses unglückliche Projekt, das schon vor der Diskussion allgemein mißbilligt und von der Regierung weder vorgeschlagen, noch unterstützt worden ist, wird von Kerdrel mit unerbittlicher Logik angegriffen, und es wird von ihm mit großer Klarheit die unbestreitbare und doch so verkannte Wahrheit nachgewiesen, daß jedes Regierungsjournal, das mehr oder etwas Anderes als ein schwarzes Brett, d. h. ein officielles Amtsblatt ist, theils in Widerspruche verfällt, theils zu einer jeder gefährlichen Waffen wird, die in der Hand zerspringen und stets zu vertheidigen, tödten. Bei Postschluß dauert die Diskussion fort und die Verwerfung des Vorschlags steht außer allem Zweifel.

„L'avenir national“, gegenwärtig gewiß eines der bestredigirten Blätter in der französischen Presse, ungefähr von der Farbe des National, bringt unter dem gestrigen Datum einen längeren Artikel gegen die Interventionsgelüste des Moniteur. Schon in der vorhergehenden Nummer begann er gegen jenes officielle Organ zu plänkeln; da fielen bereits einzelne gewichtige Fragen, wie z. B. ob man denn glaube, daß bei einer Intervention in Italien eine Alpenarmee genüge, ob da nicht auch eine weit größere Rheinarmee aufgeboten werden müßte, da Deutschland jenem sich Einmischen in seine Angelegenheiten sicher nicht mit verschränkten Armen zusehen würde. In der gestrigen Nummer kommt er nun bei Gelegenheit des nunmehr zwischen Radetzky und Karl Albert geschlossenen Waffenstillstands von 45 Tagen auf diesen Gegenstand zurück. Der Artikel beginnt mit einer kurzen, aber treffenden Auseinandersetzung, warum die französischen Hoffnungen sich nicht zu viel von einer solchen Kampfruhe für die Wiederherstellung des Friedens in Italien versprechen dürften. Wie die piemontesische Armee den Tessin überschritten und fast die ganze Lombardei den Oesterreichern entrissen habe, so glaube auch Radetzky nicht durch die Grenzen von Piemont aufgehalten zu sein. Er sei Sieger und der könne nach den Kriegsgesetzen seinen Vortheil so weit verfolgen, wie er es für zweckmäßig halte; die Vermittler aber müßten seinen Standpunkt als Operationsbasis annehmen. Dann heißt es ferner: „So lange Radetzky hinter der Etsch stand, konnte man ihm die Hingabe von der ganzen Lombardei abverlangen; als er hinter der Adda noch war, konnte man ihm von einem Verzicht auf Mailand reden — jetzt, wo er hinter dem Tessino Fuß gefaßt hat, darf er es sich noch als Milde nachrühmen, wenn er kein Besatzungsrecht in Alessandria verlangt, denn nur eine Intervention vermag ihn daran zu hindern.“ „Und ebensowenig wie wir, wird fortgefahren, kann ein großer Theil der Engländer, nach den neuern Nachrichten, einsehen, unter welchem Titel man den österreichischen Feldherrn auffordern kann, Mailand zu verlassen, da sie sehr wenig gemein sind, ihn mit dem Aufwande von einer Million Pf. St. dazu zu zwingen.“ Man sieht, der Artikel faßt, trotz seines französischen Ursprungs den einzig richtigen Gesichtspunkt der Angelegenheit auf; ob diese Meinung sich jenseits des Rheines Geltung verschaffen wird? Wir bitten nicht darum, wir bedauern nur, daß ein, wenn auch noch so schätzbares aber doch uns fremdes Blatt dem freigebigen Kosmopolitismus vieler unserer Landsleute Politik lehren muß.

Lamartines: Bien public enthält heute gleichfalls einen sehr interessanten Artikel über die italienische Frage. Er weist darin nach, daß der Besitz von Venedig eine Lebensfrage für Oesterreich sei, und daß diese Macht auf kein Arrangement eingehen könne, das ihr nicht den Besitz von Venedig sichere. Der Artikel versichert, diese Ansicht sei, so lange Lamartine an der Spitze der Regierung war, stets die Basis seiner Politik gewesen. Uebrigens hat die italienische Frage bereits die verschiedenen Kräfte in Bewegung gesetzt. — Sir L. Bulwer, früher Gesandter in Madrid, ist in Paris angekommen, um mit dem französischen Kabinete über die Angelegenheiten Italiens zu konferiren, er begibt sich nach Turin. — Der sardinische Bevollmächtigte Marquis Ricci, der die Intervention Frankreichs verlangt hatte, befindet sich in diesem Augenblicke in Lyon, wo er den Verlauf der Unterhandlungen abwartet. — Die erste Eskadron der neu gebildeten Guides hat den Befehl erhalten, sich von Saumur in Eilmärschen nach Grenoble zu begeben, und die französische Eskadre im Mittelmeere ist beordert, sich unverweilt nach den Küsten Sardiniens zu begeben, wo sie in diesem Augenblicke bereits angelangt sein muß.

Digitized by Google

Italien.

* Die italienischen Journale sind sehr kleinlaut, in Rom war am 10. das neue Ministerium Fabri noch immer nicht gebildet, man kannte die letzten Unfälle Karl Alberts und den Fall von Mailand dort noch nicht. Die Mailänder Journale erscheinen nicht mehr.

Am 7. Aug. ist General Welden in Bologna eingerückt, nachdem wie es scheint Tags zuvor Fürst Liechtenstein Modena besetzt hatte. Der Bericht Weldens meldet, das Land unterwerfe sich bereitwillig und die Städte zeigten den besten Willen zu Erhaltung der Ordnung, so daß in mehreren Städten der Guardia civica die Waffen gelassen werden konnten. — Nur durch eine solche Gleichgiltigkeit aber durch die höchste Demoralisation ist es wohl erklärlich, daß die sehr kleinen österreichischen Korps so weit vordringen konnten. Die Kolonne von Fürst Liechtenstein ist nur 2500 Mann stark, Modena zählt 27,000 Einwohner, die Armee Weldens zählt nur 4192 Mann und die von ihr weggenommene Stadt Bologna 71,000 Einwohner. Hier war es doch gewiß nicht der „Verrath" Karl Alberts der am Unglücke schuldig ist, ehe kömmt man zu der Ansicht, die Bewegung sei eine künstlich gemachte, nicht aus dem eigentlichen Volksleben entsprungene. (Basler Z.)

Mailand. Die N. Z. Z. berichtet: Ein Waffenstillstand zwischen den Oesterreichern und den Piemontesen ist abgeschlossen! Der Repablikaner theilt denselben mit. Dessen Hauptbestimmungen sind: Die Grenzen beider Staaten bilden die Scheidungslinie zwischen beiden Heeren. Die Festungen Peschiera, Rocca d'Anfo, Osopo und die Stadt Brescia werden den Oesterreichern innert drei Tagen übergeben. Die Staaten Parma und Piacenza werden von den piemontesischen Truppen geräumt. Ebenso werden die Stadt Venedig und das venetianische Gebiet von der See- und Landmacht des Königs von Piemont geräumt. Personen und Eigenthum stehen überall unter dem Schutz der kaiserlichen Regierung. Der Waffenstillstand dauert 6 Wochen zum Behufe von Friedensunterhandlungen; nach verflossener Zeit wird derselbe entweder verlängert oder acht Tage vor Erneuerung der Feindseligkeiten aufgekündet. Der Innsbrucker Ztg. zufolge werden auch alle Gefangenen gegenseitig herausgegeben; die sardinische Flotte verläßt das adriatische Meer; Modena und Piacenza werden von den Oesterreichern besetzt. — Der Republikaner widerruft die von ihm gestern mitgetheilte Nachricht, daß den Ausgewanderten Konfiskation angedroht sei. — Die Neuigkeit von der Kriegserklärung bestätigt sich ebenfalls nicht.

Ungarn.

Pesth, 9. August. Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz in den untern Gegenden sind wieder ungünstig. Die Insurgenten sind bereits in das torontaler Komitat eingedrungen und bedrohen schon Großbecskerek, eine der größten und ersten Städte in Ungarn. Der ganze Kreis von Großkikinda ist bedroht, von allen Seiten kommen flüchtige Familien hier an. Bei Verbacz, in der Nähe der beiden Lager, hatte ein kleines Gefecht Statt, in welchem unter Andern auch der Graf Franz Zichy von den Insurgenten getödtet worden. Diesen Grafen hat die Allgemeine Oesterr. Zeit. in einer diplomatischen Mission von Seiten des hiesigen Ministeriums nach Petersburg reisen lassen! Die ungarischen Zustände sind in ihrer wahren Gestalt kläglich genug, als daß die Wiener Blätter sie noch absichtlich entstellen müßten. Der Kriegsminister L. Mesaros ist gestern nach dem Banat abgereist. General Bechtold, welcher an der Spitze der ungarischen Streitkräfte steht, hat einen Parlamentär in das Lager der Aufständigen bei St.-Thomas gesendet. Diese bleiben bei ihren früheren Forderungen, Banat, Bacska und Baranya sollen zu einer raizischen Woywodschaft vereinigt, der Woywode von der raizischen Nation gewählt, ein allgemeiner Patriarch ebenfalls von der Nation bestellt und die Sprache und Religion der Raizen vollkommen garantirt werden. Dann sind sie geneigt, den Verband mit Ungarn beizubehalten und den ungarischen Landtag zu beschicken. In der Woywodschaft selbst aber soll die diplomatische Sprache die raizische sein. (D. A. Z.)

Donaufürstenthümer.

Jassy. Man schreibt der Allg. Z. Die Russen überschritten am 9. Juli. (27 Jun.) bei Sketen den Pruth. Bei Stinka, dem Gute des ex. Nicol Rosebiana zogen sie vorbei und schlugen das Lager auf dem Bosco bei der Stadt Jassy auf. Aus sichern Nachrichten geht hervor, daß die russischen Truppen, welche sich von Berlat nach dem Pruth zurückzogen, plötzlich wieder Gegenbefehl bekamen und am 15/27 Juli schon wieder bis Berlat und Tekutsch vorrückten. In Bessarabien ist die Armee um 30,000 Mann verstärkt und General Rosaroff hat das Oberkommando erhalten. Aus Nachrichten von Galacz ersehen wir daß drei türkische Kanonenboote stark bemannt und mit großem Kaliber armirt dort am 16/28 Juli ankamen, eine in Galacz verblieb, die andern aber am jenseitigen Ufer der Donau Posto nahmen. Die hiesigen Angelegenheiten scheinen sich sehr zu verwickeln, und Deutschland muß, glauben wir, der Donaumündungen wegen Partei nehmen, besonders da es scheint daß Rußland einen Krieg mit der Türkei sucht. Gregory, der allgemein berüchtigte Sohn des Fürsten, ist wieder in Jassy angekommen. Es scheint daß ihn die Russen losließen, um wie ein Wüthrich wieder zu hausen. Die Bauern haben auf den Gütern, welche er in Pacht hat, all seine Fechsung verbrannt. Bald haben wir alle Uebel nach der Litanei, Cholera, Krieg, Hunger und Noth!

Nachschrift.

Die „Kunst. Allgemeine Zeitung" von Böhmen bringt folgende telegraphische Depeschen:

1. Wien, 12. August. Eben wird die Ankunft Se. Majestät bei Nußdorf signalisirt — um 6 Uhr 15 Minuten.

2. Se. Maj. ist unter dem Geläute aller Glocken in der Stadt Wien mittelst Dampfboot feierlich angekommen.

Ganz Wien ist freudig belebt, voller Jubel. — Um 7 Uhr 30 Minuten.

Heute Abend (13. Aug.) wird Prag festlich beleuchtet.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[690] Soeben ist erschienen:

Neun Bücher
Preußischer Geschichte
von
Leopold Ranke.

3. Band. 8. 2 Thlr. (Jeder Band 2 Thlr.)

Hiermit ist — in einem in der That verhängnißvollen Moment — das Hauptwerk vollendet: die Geschichte der Erhebung Preußens.

Berlin, August 1848.

Veit und Comp.

[691] Nachstehende früher bei uns erschienene Werke erlauben wir uns im gegenwärtigen Zeitmomente abermals dem deutschen Publikum zu empfehlen:

Thellung, V. E., von Courtilary, Versuch über die ehemalige und gegenwärtige Milizverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft. Preis 2 fl. oder 1 Thl. 6 Sgr.

Moser, A., gesunder Menschenverstand über die Kunst Völker zu beglücken. Eine Morgengabe, allen Völkern, Volksregierern, Priestern, Lehrern, Eltern und Freunden der gegenwärtigen und künftigen Generationen, dargereicht mit warmem Brudergefühl. Zweite Auflage. Preis 1 fl. 48 kr. oder 1 Thlr. 12 sgr.

St. Gallen u. Bern. **Huber und Comp.**

[692] Bei Georg Wigand in Leipzig ist erschienen:

Sächsischer Volkskalender
auf das Jahr 1849.
Herausgegeben von
Gustav Nieritz.

Inhalt:

Astronomischer Kalender. Angefertigt v. Gust. Jahn.
Der taubstumme Mörder. Von J. Benedix.
Vor hundert Jahren oder der Quakfalter. Von Gust. Nieritz.
Der Schurfrichtsknecht. Von Georg Gand.
Der Herr Gevatter. Von Hermann Kurz.
Ein Sommermährchen. Von Hermann Kurz.
Der Monat Juny. Von Hermann Kurz.
Jetzt vorbei! Von Hermann Kurz.
Deutsche Sagen und Mährchen. Von K. Simrock.
Deutsche Sprichwörter. Von K. Simrock.
Industrielle Miscellen. Von Ed. Pelz (Tewmund Welp).
Räthsel und Charaden. Von Mises.
Mit 3 Kupferstichen und 20 Holzschnitten.
Preis 10 Ngr.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver 6 Kings., 72 Hungerford-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden solche bei G. L. Lizius in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Rue e Bonne de Nazareth

Deutsche Zeitung.

Die Versandexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 228. Heidelberg, Freitag 18. August. 1848.

Uebersicht.

Die letzten Verhandlungen und der Stand der Parteien in der Nationalverf. — Wien (Ankunft des Kaisers. Ungarns Verhältniß zu Deutschland. Proklamation des Banus Jellachich). Vom Rhein (die Arbeitervereine. Die Geistlichkeit). Köln (das Fest). Vom Neckar (ein Flugblatt von Prince Smith). Altona (Ankunft süddeutscher Truppen. Stellung der Heere. Aussichten für die Zukunft). Hamburg (ruhige Auftritte. Die Führer der Volkspartei verhaftet. Petitionen und Proklamationen. Freilassung der Verhafteten. Aufregung). Frankfurt (Reichstagsverhandlung. Gagerns Bericht über das Kölner Fest. Toast des Königs).

Großbritannien. Englische Zeitungspolitik. Eine Schmähschrift gegen Preußen. Das französisch-englische Bündniß. Ein frischer Rebell von Gerichtswegen freigelassen. Die engl. Regierung und der kathol. Klerus Irlands.

Frankreich. Paris. Verwickelungen in Marocco. Chateaubriands Grab. Eine Stelle aus der Rede Kerdrels. Cavaignacs beabsichtigte Abdankung.

Italien. Florenz. Bewegungen in der Stadt. Die englische Vermittelung. Bulletin Karl Alberts. Zu Sardinien ein Reichsverweser u. Sicherheitsausschuß. Peschiera zur Uebergabe aufgefordert. Mailand in Belagerungszustand erklärt. Rom. Eindruck der letzten Nachrichten aus der Lombardei. Neues Ministerium. Anarchie. Provisorische Regierung.

Türkei. Talat-Efendi eingetroffen. Jassy. Rückmarsch der russischen Truppen.

Beilage. Amerikanische Ansichten über Deutschland. Wien. Reichstagsverhandlungen. Lotours Rede über die deutschen Farben beim Heer. Aus Tirol. Opposition gegen die Trennungsgelüste. Der Kampf in der Lombardei. Wünsche der Wahlmänner in Vorarlberg. Berlin. Der konstitutionelle Klub über die Gefangenschaftsquästion beim Heere. Schweiz. Zürich. Der Bundesentwurf. Das Luzernische Kontributionsdekret. Konsumsteuer in Graubünden. Bedrängnisse der Walliser Geistlichkeit.

18. August.

Während die Sitzungen der Nationalversammlung ausgesetzt sind, der größere Theil der Abgeordneten der Deputation zum Dombaufest nach Köln sich angeschlossen, Andere in ihre Heimath, noch Andere zu den Assisen nach Zweibrücken sich begeben haben, und nur Wenige in den plötzlich still gewordenen Mauern Frankfurts zurückgeblieben sind, wollen wir noch einen Blick auf die Verhandlungen der letzten Woche zurückwerfen. Sie begannen so stürmisch, daß man Alles in Frage gestellt meinen konnte, und endigten in so gemessenen, staatsklugen Darlegungen, daß auch die Lösung schwierigerer Fragen wieder mehr zu den Möglichkeiten gerechnet werden dürfte. Zugleich klangen die Nachrichten von Außen zu Anfang der Woche sehr niederschlagend, während von Tage zu Tage die Fluth des Partikularismus wieder zurückging, so daß jetzt ein solches Eintrachtsfest, als welches, so Gott will, das Kölner sich erweisen wird, nicht mehr in unzeitgemäß erschien. Doch, wenn auch die Verhandlungen in der Paulskirche zuletzt minder stürmisch ausfielen und die Einheit der deutschen Staaten wieder weniger in Frage gestellt scheint, die Parteien, die sich bekämpfen, haben ihre Stellung darum nicht verändert. Der Partikularismus in den einzelnen Staaten wird von Zeit zu Zeit mehr, als ihm erlaubt sein muß, sich regen, so lange die deutsche Verfassung nicht festgestellt ist, die schwierigsten Fragen der Lösung harren, so lange nicht wenigstens ein Staatenhaus geschaffen, dessen Mitwirkung die Regierungen einer nicht sowohl den Beschlüssen, als der Form des Beschließens nach niederdrückenden Situation enthebt, so lange mit einem Wort die Revolutionsperiode, in der wir faktisch uns befinden, nicht den Ruhepunkt gefunden, der einen Widerstand der Einzelstaaten gegen die Grundgesetze unserer neuen Existenz nicht nur schlechthin verwerflich, sondern absolut nutzlos machen muß. Auch die Parteien in der Nationalversammlung haben ihre Stellung nicht wesentlich geändert; man fängt aber an, sie richtiger als bisher zu beurtheilen. Die Linke kannte ihre Schwäche längst. Nicht mit Unrecht berief sie sich immer auf die Massen außerhalb der Versammlung, die wirklich mehr wiegen als sie, die Berufenden selbst; nicht mit Unrecht sah sie in den Abgesandten von Außen, die die Gallerien überfüllten, einen unschätzbaren Bundesgenossen, um dieses Centrum ein Wenig zu paralysiren, nachdem man einmal durch Lärm und Toben die mangelnde Kraft, den Geist, zu ersetzen begonnen hatte. Auch das scheint uns ein Beweis für die offenbar gewordene Schwäche der Linken, daß ein Theil des linken Centrums sich von der eignen Partei losgesagt, ohne mit der Linken, wie sie ist, sich zu vereinigen. Sechs und dreißig Mitglieder des würtemberger Hofes haben eine abgesonderte Partei gebildet, eine gemäßigte Linke, die in Westendhall sich versammelt. Geschah dies nicht in dem Gefühle, daß die linke Seite Unterstützung bedürfe, die Art aber, wie sie ihr Princip zu verwirklichen strebt, die Formen ferner, ja die Personen die Verschmelzung mit ihr zweckwidrig erscheinen lassen? In der That, die Linke hat sehr an Boden verloren und wird es täglich mehr, nachdem die Drohung, die Gallerie räumen zu lassen, endlich einmal verwirklicht und der Resonanzboden jener Linken, durch Verkürzung des Gallerieraumes, wahrscheinlich für immer verringert worden. Ob die Partei Simons von Breslau ihr diesen Nachtheil vergüten wird, läßt sich stark bezweifeln. Die Partei des würtemberger Hofes, jetzt wirklich das linke Centrum, besteht fort und hat sich schon durch neue Elemente verstärkt. Daß sie Berücksichtigung verdient, scheint der Umstand anzudeuten, daß das rechte Centrum ihr ein Ministerium (für R. Mohl) und zwei Unterstaatssekretariate (für Fallati und Wiedenmann) überlassen hat. Im Uebrigen dürfte die Richtung dieses Klubs erst schärfer hervortreten, wenn er seine Statuten, womit er sich jetzt beschäftigen soll, neu begründet hat. Das rechte Centrum, die größte und wichtigste Masse des Hauses, ist ebenfalls in der Erstarkung begriffen: es schwankt nicht in dem Grad, wie zur Zeit, da die provisorische Reichsgewalt geschaffen wurde, aber noch immer ist es führerlos, und es möchte auch an dem nun und zwar mit größtentheils wackern Bestandtheilen vervollständigten Reichsministerium, dessen Ergänzung uns auch diese Woche brachte, schwerlich den Leitstern bekommen haben, dessen es in schwierigen Augenblicken bedürfte, da schon die Zusammensetzung dieses Ministeriums aus verschiedenartigen Elementen nicht die Festigkeit verbürgt, die der Partei noch abgeht. Das kleinere Häuflein der eigentlichen Rechten steht schon weit fester und gesicherter. Wäre der Führer minder heftig und manchmal würdevoller, ihr Beispiel würde noch wirksamer und die Achtung, die sie selbst bei der Linken genießt, in diesem Betracht noch vollständiger sein.

Die Verhandlungen der letzten Woche geben zu dieser Schilderung vielfache Belege. Es war, als wenn die Linke sich austoben wollte in den ersten Tagen, bei der Amnestiefrage und der Thiengener Wahlsache. Aber wie wenig Gehalt setzte sie in Bewegung, von ihren ersten Koryphäen hinab bis zu Wiesner's Mißbegabtheit! Besser weiß diese Linke ihre Sache nicht zu verfechten? mußte Jeder fragen, der die Dinge in der Nähe betrachtete oder sie nunmehr in den stenographischen Berichten liest. Andere Wege wußte sie nicht einzuschlagen, namentlich an den ersten Tagen, ansehnlichere Kräfte nicht ins Feld zu stellen? Die Linke hatte der Sache selbst geschadet. Um so geringerer Anstrengung bedurfte es auch von der andern Seite in diesen Verhandlungen. Es sprachen Mehrere recht gut; die Hauptsätze standen aber im Voraus fest, und es war gar nicht nöthig, sie mit Aufwand zu vertheidigen.

Die Wogen legten sich, aber ganz erschöpft erschien die Linke in den folgenden Verhandlungen. Die dänische Frage konnte nichts Neues mehr bieten. Fruchtbarer aber und in jeder Hinsicht erquicklicher waren die letzten Verhandlungen, welche Deutschlands Stellung zu Italien zum Gegenstand hatten, und zwar zuerst die Frage über die von Wälschtirolern beantragte Losreißung Trients und Roveredo's von dem deutschen oder wenigstens tiroler Verband, zweitens die Stellung und Maßregeln, welche Deutschland im österreichisch-italienischen Kampfe nehmen solle, erörterten. In beiden

Digitized by Google

Diskussionen wirkte die eben eingetroffene Nachricht von Radetzky's Siegeseinzug in Mailand fördernlich, um der Debatte einen praktischen Charakter aufzudrücken. Die erste Frage stand in mancher Beziehung zur posener Entscheidung; der strategische Gesichtspunkt ändert sie jedoch sehr. Auch hier stellte die Linke ihren Rauwerck voran, der diesmal mit wahrem Leichenbittertone seine ohnehin traurigen Abstraktionen vortrug und die ohnedies vorhandene Ungeduld der Versammlung auf unbegreifliche Weise steigerte. Man hatte längst den Schluß verlangt, endlich schloß dieser Sprecher, man erwartete sofort die Abstimmung über die Debatte. Da ward ein Name aufgerufen, der sogleich die Schlußforderung erstickte: Alles belebt sich, die leer gewordenen Bänke, selbst der Linken, füllen sich. General von Radowitz besteigt die Tribune. Nur einige Worte sind gesprochen, und die tiefste Stille herrscht im Hause. Alles lauscht dem klaren, kurzen, festgepanzerten Vortrag eines Mannes, den Jedermann mit einer gewissen Scheu betrachtet, dessen Ansehn aber mit jedem Auftreten steigt und der schon als eine der wichtigsten Kapacitäten des Hauses und, nächst Gagern, als erster Redner desselben anerkannt ist. Mag dieser Mann noch lange zu kämpfen haben gegen das natürliche Mißtrauen, das sich an seine Präcedentien heftet, seine Rolle ist nicht aus. Diesmal verstand er es, mit den einfachsten Mitteln die Versammlung auf den Standpunkt zu heben, von welchem aus ein Engländer solche Fragen behandelt, wenigstens im Parlament behandelt. Nicht die ganze Tiefe aufwühlend, mit der man unter vier Augen die Frage erörtern würde, vergaß er kaum einen Augenblick der Aufmerksamkeit, die das Ausland dieser Debatte schenken wird, und der Folgen, die sich an einzelne Worte knüpfen könnten. Vielleicht war es noch ein an dem staatsklugen Manne unerwartetes Zugeständniß, das er der Linken machte, indem er so bestimmt eine Verknüpfung Venedigs mit einem italienischen Bunde, freilich unter österreichischer Herrschaft und als eine Art deutschen Schutzlandes, in Aussicht stellte. Dieser Ausspruch war von idealer Seite wohl gerechtfertigt, aber zu bestimmt für das gegenwärtige Stadium der Entwicklung der österreichischen Monarchie. Dagegen wies er mit siegreicher Schärfe die strategische Unentbehrlichkeit nicht bloß der Etsch, sondern der Mincioslinie mit Mantua und Peschiera für Deutschland nach und forderte das Reichsministerium auf, thatkräftig seine Vermittlung in einer Oesterreich und die deutschen Interessen-schützenden Weise geltend zu machen. Das Ministerium erklärte, daß es im Begriff sei, diese Vermittlung einzulegen; sämmtliche Anträge dieserhalb wurden vertrauensvoll der Centralgewalt überwiesen, und mit freierem Herzen konnten, nach einer im Beginn so tumultuarischen Woche, die Geladenen, konnte namentlich auch der Oesterreicher der Einladung zu einer Festlichkeit Folge leisten, von der man allseitig gestärkt und gewitzigt zur Berathung der Grundrechte zurückkehren wird.

Oesterreich. ††Wien, 12. August, um 8 Uhr Abends. Das große Ereigniß, welches die Wiener in zwei widersprechende Fridlager getheilt hatte, entschied durch die Ankunft des Kaisers nur zwei Stunden siegreich für die an die Rückkehr des Monarchen Gläubigen. Gegen 6 Uhr verkündeten Glockenklänge die hohe Einkehr in die treue Stadt. Vom alten herrlichen Münster zum St. Stephan brummte der tiefe Baß jener Glocke, welche nur bei außerordentlichen Vorfällen geläutet wird. Ihr dumpfer Ton erschütterte mit seiner mächtigen Welle das ehrwürdige Gemäuer, und Staubwolken flogen aus den Thurmfenstern, aufgescheucht vom ungewöhnlichen Schall der seltenen Metallstimme. Von der äußersten Zolllinie an der Naßdorfer Barriere bis zum Münster und weiter zur Burg und Schönbrunner Linie waren Nationalgarden und Linienmilitär als Spalier aufgestellt. Um 6 Uhr traf der Kaiser, als General gekleidet, mit der Kaiserin in einem Wagen sitzend, auf dem Stephansplatze ein. Eine Abtheilung Nationalgarden zu Pferde eröffnete den Zug. Der Kaiser fuhr in einem 6spännigen Hofwagen. Er sah müde aus und salutirte militärisch hier und dort. Die Kaiserin lächelte freundliche Grüße dem Volke. Jene vom Herzen kommende Leutseligkeit des alten Johannes, unseres edlen Reichsverwesers, spricht freilich mehr zum Herzen, als ertönte Spendung kaiserlicher Huld. Im Gefolge des Kaisers befand sich Erzherzog Franz Karl, mit der Erzherzogin Sophie, und ihre drei Söhne, worunter der Thronfolger Joseph. Diese Prinzen erschienen in der Obersten-Uniform ihrer Regimenter. Die jungen Herren salutirten viel zu viel, aber begrüßten viel zu wenig. — Die Studenten haben sich heute so zahlreich bei dem Willkommen des Kaisers eingefunden, wie auf den verhängnißvollen Alarm-Barrikaden ille tempore. Eigenthümlich der neuen Gestaltung der Dinge bildete eine große Schaar Studenten, Bürger, Arbeiter, Hand in Hand gehend, die Schutzbewache eines jeden der 6spännigen Hofwagen, worin der Innsbrucker Ausflug nach Hause kam. Sie marschirten hinter den Wagen, und wehe den Republikanern, hätten sie gewagt, den Kaiser unfreundlich zu empfangen. Derselbe ging mit all' seiner Suite in den Dom. Ein feierliches Te Deum laudamus sang der Erzbischof, segnete mit dem Sanctissimum Kaiser und Volk — eine religiöse Vereinigung der kaum Getrennten vollendete also die Ceremonie des Empfanges der Majestät. — So pompös die Nationalgarde mit der Spaliereasmee dem Kaiser sich darstellen mußte, arm, nackt und kahl erschien die Stadt. Keine Kränze, keine Blumen, keine grünen Zweige am Stadtthore, kein Laubschmuck an den Häusern. Wir in Wien können diesen Jubel nicht ausdrücken, trotz der italienischen Siege und glänzenden Waffenthaten der letzten 14 Tage, trotz der Wiederkehr des Kaisers, trotz der gestürzten (?) Kamarilla, trotz des Jauchzens der 40,000 Garden, trotz des Wehens der gestickten weißen Sacktücher unserer Wiener Damen, welche gestern eine schönere Guirlande von den Gassen zu den Häusern, von Fenster zu Fenster mit strahlenden Blicken flochten, als alle Treibenschlingpflanzenblüthen zu thun vermöchten. Ja der jetzigen Fassung wird Oesterreich kein Heil, keine Zukunft haben. Der Bürgerkaiser und die à la Paris geschaffene Centralisations-Stellung Wiens ist bei der Verschiedenheit der nationalen Elemente nicht von Dauer. Eine kräftige Föderativverfassung, wovon Ungarn nicht ausgeschieden ist, hätte Oesterreich retten können. Seit Ungarn abgefallen, ist der österreichische Staatenbund gestört; das alte Sprichwort der Ungarn: „Sine Hungaria non est vita, et si est vita, non est ita" wird von Oesterreichs Staatenregierung schmerzhaft empfunden. Die westlich von Ungarn gelegenen deutschen Provinzen Oesterreichs werden durch den innigsten Anschluß an Deutschland eine höhere Stellung gewinnen, als sie je in Oesterreichs Vergangenheit und Zukunft besaßen oder besitzen würden. Für sie ist Ungarn leicht aufzugeben, schon deßhalb, weil bei einer dynastischen Trennung des Reiches, womit es jetzt allein zu retten und groß zu erhalten ist, viele wichtige Vortheile aus dem bis noch zollgesperrten Ungarn dem deutschen Handel erwüchsen. Die im Norden, Osten und Süden Ungarns gelegenen Provinzen haben keine andere Zuflucht, sie müssen sich an Ungarn anschließen, dessen Vitalität Bürgschaft für das Gedeihen eines großen Oststaates gibt. Ungarn ist kein Land von gestern, wie das moskowitische Reich. Es beginnt seine Geschichte nicht viel später, als die westlichen Völker Europas; seine Stellung als Reich und Nation war immer würdevoll; seiner Helden Arme haben Deutschland gegen Mostims Ränderhorden vertheidigt, haben mitgefochten bei Leipzig und Belleallianee; sein Handel verbindet uns mit dem schwarzen Meere, ihm strömt unsere Donau zu; in es ist der Geist Luther's mit der Freiheit Morgenröthe vorgedrungen, der das Morgenland nicht erreichte. Damit hat Ungarn seine höhere Empfänglichkeit für die freie Idee bewiesen. Die digotten Verehrer des Griechenkultus im Süden und Westen Ungarns, die von den oft zur Bischöflichkeit heradgesunkenen Priestern römisch-katholisch getauften Bewohner des Nordens von Ungarn besitzen weder die politische noch geschichtliche Verbildung des Hungaren, dessen Ahnodl gleich dem Deus ex machina plötzlich in Europa erschien und seine Mythe bisher vergebens in den asiatischen Steppenlanden suchte. Mit der Voraussetzung, daß in der Freiheit zuerst das Recht gilt, dürfen wir die immer eingenommene Selbständigkeit der Ungarn nicht vergessen, welche sie jetzt veranlaßte, aus der Unterordnung einer Provinz im stolzen Bewußtsein der Kraft sich zu einem Staate zu erheben. Die Ungaren zeigen dem Kaiser von Oesterreich einen Spiegel, in welchem er entsetzt seinen Doppelgänger, den König von Ungarn sieht, jetzt noch ein Spiel erhitzter Phantasie, ein Schattenkönig; bald aber mehr als Chimäre, ein wirklicher König mit Fleisch und Bein in Bada-Pesth sein wird. Der Dualismus Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, ist vom Zeitgeiste mit napoleonischer Formel: „Hat aufgehört zu sein" aufgelöst. Die zweite Frage, ob der Kaiser von Oesterreich die eiserne Krone Mailands in Zukunft noch auf dem Haupte tragen wird, ist in Wien vorläufig entschieden; das Wie kann übermorgen erst in Paris bekannt werden. Deutschland wird ein Wörtchen mitsprechen. — Der Kurs an der Börse fiel heute und fällt morgen bis zum Eintreffen gewisser Nachrichten. — Von den Wechslern und Börsenjuden wird bei jeder Gelegenheit die Vertheidigung russischer Politik, vielmehr des russischen Kaisers, aufgenommen, und warme Sympathien für Rußland ausgesprochen, worunter immer der Autokrat verstanden ist. — Im Gefolge des Kaisers erschienen einige süßsaure Gesichter, die Luft war vermuthlich zu schwül

gegen die von Innsbruck, welche Höflingen besonders zusagt, ihnen den freien Athem nicht beengt.

†† Wien, 13. August. Eine aus der Agramer Zeitung vom 8. d. entnommene Proklamation des Banus von Kroatien, Ber. Jellachich benachrichtet das kroatische Volk von dem Mißlingen seiner Sendung in Wien, dankt den Bevölkerungen von Wien und Graz für die erhaltenen Auszeichnungen und schließt mit dem Aufrufe, die edle Sache des kroatischen, respektive slavonischen und dalmatischen Vaterlandes mit dem Schwerte zu entscheiden. In Wien hatte die kroatische und reaktionäre Partei einen Fackelzug zu Ehren Jellachich's veranstaltet. Kroatische Sympathien äußerte auch gestern die kleine Stadt Baden, welche zur Feier der Rückkehr des Kaisers die deutsche, österreichische, kaiserliche, italienische und kroatische Fahne aufgehißt haben soll. Baden wurde alljährlich von vielen kroatischen Edelleuten besucht. Der gestrige Tag lief ganz ruhig ab. Die Dampfflottille, welche den Kaiser von Linz nach Wien begleitete, bestand aus fünf festlich geschmückten Donaudampfern. — Der gestrige Sprecher im Reichstage hieß Jorak und nicht Glandi, der irrthümlich genannt wurde.

** Vom Rhein, Anfang August. Wenn es ein Zufall ist, so ist es jedenfalls ein merkwürdiger Zufall, daß seit den stattgefundenen Verhaftungen der Führer der Arbeitervereine die tiefste Ruhe in der ganzen Provinz und namentlich in Köln geherrscht hat. Gährungsstoff ist allerdings noch in Masse vorhanden, aber es fehlt jetzt der Mann, der auf die willenlosen Schaaren entschiedenen Einfluß übt und sie zu beherrschen weiß, und die einzige hervorragende Persönlichkeit, welche die Arbeitervereine gegenwärtig aufzuweisen haben, Ferdinand Freiligrath, steht ihrer Lage und ihren Interessen zu fern und fremd da, um die Lücke ausfüllen zu können; er setzt mehr politische Hebel an, und damit bringt er die Arbeiter nicht in Bewegung, die vor allen Dingen sociale Verbesserungen, oder was sie als solche betrachten, im Auge haben; die furchtbar grausen Gedichte, die er unter die Massen schleudert, vermögen für den Augenblick zu zünden, aber sie üben keine dauernde und nachhaltige Wirkung, wie die einfache, aber auf ein bestimmtes, den Arbeitern faßliches und greifbares Ziel hinarbeitende volksthümlicher Beredsamkeit Gottschalks. Für unmittelbaren Unternehmungen scheinen einstweilen bei Seite gesetzt, und für die nächste Zukunft dürfte schwerlich Etwas zu besorgen sein; daß man aber entschlossen ist, den Zweck nicht aus dem Auge zu verlieren und jedes günstige Ereigniß zu seinen Gunsten auszubeuten, beweist ein mehrfach charakteristischer Artikel der Arbeiter-Zeitung, welcher auf das Herannahen der — Cholera vertröstet. „Wir müssen — so heißt es in diesem Artikel unter Anderm — unsern Vortheil aus dem Ereignisse zu ziehen suchen; es ist unsere Pflicht und wir vermögen es, ein so gewaltiges Ereigniß für die Sache der Demokratie heilbringend zu wenden. Alte Zustände werden in der Regel durch Revolutionen gelockert, und so wird auch das europäische Auftreten der Cholera, fürwahr eine großartige Revolution, unsern gesellschaftlichen Zuständen, die schon wieder in den Schlummer zu sinken drohen, einen mächtigen Stoß versetzen. Die alten abgeleierten Gesetze werden vor dem drohenden Antlitz der Pest erbleichen, die Schergen der Gesetze werden muthlos ihre polternde Eigenmächtigkeit aus Schrecken vergessen, und dann, dann ist es vielleicht kräftigen, kalten und besonnenen Köpfen aufbewahrt, gründlich zu reformiren, was leider bis jetzt noch nicht vollständig gelungen ist." Neben den fortgesetzten Bestrebungen dieser Art haben sich aber auch bereits einzelne erfreuliche Erscheinungen gezeigt, welche den Beweis liefern, daß auch in diesen Kreisen Besonnenheit und Mäßigung wieder zur Geltung gelangen. So ist namentlich ein Schreiben beachtenswerth, in welchem der Präsident des „Vereins für sociale und politische Bildung" in Krefeld dem Vicepräsidenten seinen Austritt aus dem Vereine anzeigt und diesen in Folgendem motivirt: „Nachdem der Verein für sociale und politische Bildung in seiner jüngsten Sitzung eine Adresse an den Arbeiterverein in Köln beschlossen hat, in welcher unter Anderm das Bedauern über die Verhaftung von Männern wie Gottschalk, Anneke ꝛc. ausgesprochen wird, Männer, welche beschuldigt sind, auf Umsturz der bestehenden Staatsformen und der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung ausgegangen zu sein, finde ich es mit meinen Grundsätzen nicht länger vereinbar, Mitglied des Vereins zu bleiben." Solche Erscheinungen, wie gesagt, sind in hohem Grade erfreulich und es steht zu hoffen, daß sie dazu beitragen, auch Andere zur Besinnung zu bringen. Ein großes Glück ist es, daß die Neue Rheinische Zeitung, welche sonst einen sehr verderblich aufregenden Einfluß üben würde, von der Masse, die sich in den Arbeitervereinen zusammenfindet, gar nicht verstanden wird: „Die Musik darin — bemerkte neulich ein Arbeiter sehr richtig — ist uns zu hoch gesetzt; wir können sie nicht pfeifen." — In dieser Beziehung ist die katholische Partei gewitzigter: sie setzt ihre Musik so niedrig, daß sie Jeder pfeifen kann. Ihre Thätigkeit ist unermüdlich und mehrt sich in dem Maße, als die Berathung des Verfassungsentwurfs herannaht, welche für ihre Ansprüche entscheidend sein wird. Der Kölner Pius-Verein hat „in Erwägung der vielen in Frankfurt und Berlin von Seite der Altkatholiken gegen die katholische Kirche gerichteten Anträge", wohin er namentlich die Anträge auf Aufhebung des Cölibats rechnet, sofort auf eine weitere Ausdehnung seiner Wirksamkeit Bedacht genommen und nicht bloß besondere Komités für die einzelnen Pfarren in Köln, „um dem Verein eine größere Theilnahme zu gewinnen", niedergesetzt, sondern auch in einem Aufruf zur Bildung von Filialvereinen außerhalb Kölns aufgefordert; seine nach Berlin bereits abgegangene Protestation gegen die bekannt gewordenen Bestimmungen des Verfassungsentwurfes rücksichtlich des Kirchenvermögens und der Stellung der Schule zur Kirche, weist warnend und drohend auf die durch ein Organ der Partei bereits formell vorgeschlagene Lostrennung der katholischen Rheinprovinz von dem Verbande der preußischen Monarchie hin, sie bittet, daß man die „Katholiken nicht zwingen möge, den Tag zu segnen, an welchem es ihnen gestattet sein würde, aus dem Staat- und Bürgerverbande auszuscheiden, dem sie bis dahin angehörten"; ein förmlicher Petitionssturm ferner ist von allen Seiten im Werke, seit an die sämmtlichen Pfarrer ein gedrucktes, „mehrere katholische Abgeordnete" unterzeichnetes Schreiben mit der Aufforderung gerichtet ist, die Abfassung und Absendung von derartigen Petitionen bei der Bevölkerung mit allem Eifer zu betreiben, ein Schreiben, das zugleich, charakteristisch genug für das ganze Treiben, die Weisung enthält, daß jeder Pfarrer einzeln die betreffende Petition abfassen möge, „damit der Anschein einer Verabredung vermieden werde"; eine besonders tiefe Verstimmung unter dem Klerus endlich, „dem oft geplünderten und gegenwärtig größtentheils armen Klerus", wie die „christlich-demokratische" Wochenschrift ihn bezeichnet, hat sein Heranziehen zu den Steuern und der Zwangsanleihe zu Wege gebracht. Die christlich-demokratische Wochenschrift klagt es, diese Maßregeln als schließlich gegen das arme Volk gerichtet zu beklagen. „So viel ist uns wenigstens sicher in Aussicht, daß der katholische Priester, was er zur Füllung der Staatskasse beitragen muß, den Armen nicht vorenthalten kann; jetzt bleibt ihm Nichts übrig als Gebet." Das ist ohne Zweifel sehr rührend und sehr traurig für das arme Volk, aber mit diesem Argument in der Hand könnte das arme Volk gegen jede Besteuerung, als eine Schmälerung der sonst in Aussicht stehenden Almosen, Protest einlegen. Die christlich-demokratische Wochenschrift übrigens „weiß nicht, ob es nicht gerathen wäre, wenn der katholische Klerus gegen die Besteuerung, als eine Verletzung seiner Rechte, Einspruch erhöbe", und es stehen also wahrscheinlich auch hierauf bezügliche Demonstrationen bevor. Bei alle dem ist der Geistlichkeit noch Gelegenheit genug geboten, ihre regelmäßigen Einkünfte zu erhöhen; lesen Sie z. B. nur die folgende von Bonn aus erlassene öffentliche Aufforderung, die freilich auch in anderer Beziehung charakteristisch ist. „Zu der mit hoher geistlichen Erlaubniß auf Maria-Himmelfahrtstag, am 15. d. M., von Bonn nach Kevelaer wallfahrtenden zahlreichen Procession aus hiesiger Stadt und Umgegend fehlt ein geistlicher Führer. Es werden daher die Herren Geistlichen — bemerken Sie die ausgesuchte Höflichkeit dieses Passus — welche dieses gegen ein gutes Honorar zu übernehmen belieben, ergebenst gebeten, ihre gefällige Bereitwilligkeit schriftlich oder mündlich gütigst gelangen zu lassen an den ersten Vorstand, Sternstraße No. 314 in Bonn."

Köln, 14. Aug. Die Köln. Z. bringt ausführliche Berichte über die Einzelheiten des Dombaufestes. Ueber die einleitenden Scenen entlehnen wir zunächst der K. O. P. Z. folgenden Bericht: „Die Dombaufestlichkeiten haben begonnen. Man sieht der ganzen Stadt in ihrem Festschmucke an, daß die gesammte Bürgerschaft den lebendigsten Antheil daran nimmt, daß sie es sich zur Ehrensache gemacht hat, die Feier so würdig als immer möglich zu begehen. Wir haben die Stadt noch nie so lebendig, so heiter gesehen. Der Zudrang der Fremden ist so groß, daß die Gasthöfe sie nicht alle zu fassen vermögen. Gestern Abend nach 7. Uhr traf der Reichsverweser auf dem Dampfschiff „Schiller" der kölnischen Gesellschaft hier ein. Wie wir vernehmen, sind die Rheinufer von Mainz herunter alle auf's Festlichste geschmückt gewesen. Trotz dem, daß man den hohen Gast schon nach 2 Uhr erwartete, daß es einigemal in Strömen vom Himmel goß, war die Menschenmenge am Landungsplatz unübersehbar, und unaussprechlich der Jubel, mit welchem er am Ufer begrüßt wurde, nachdem ihn der Oberbürgermeister auf dem Dampfschiffe empfangen und der Reichsverweser hier durch wenige aber tiefergreifende Worte Aller Herzen gerührt, Aller Herzen gewonnen hatte. Zu Fuß hielt er seinen Einzug. Der Jubelruf wollte kein Ende nehmen. Ich sah Leute

Digitized by Google

vor Freude weinen, und einen nicht zu schildernden Eindruck machte es, daß er im schlichtesten Bürgerrocke ohne jedes äußere Abzeichen erschien. Beim Chefpräsidenten von Wittgenstein, dem Kommandanten unserer Bürgerwehr, stieg der Reichsverweser ab und wurde vom Prinzen Friedrich von Düsseldorf und von dem Erzbischof von Köln und den hohen Würdeträgern der katholischen Kirche, die hier anwesend waren, empfangen. Diesen Morgen war die Stadt noch lebendiger als gestern, die Zahl der Gäste hatte sich noch um ein Bedeutendes vermehrt, und die Straßen und Plätze waren noch festlicher und heiterer geschmückt. Schon vor 9 Uhr besuchte der Reichsverweser den Dom, den Bau in allen seinen Details besichtigend, über 2 Stunden darin verweilend. Hr. v. Gagern und viele Deputirte besuchten ebenfalls den Dom, wie denn auch Peter von Cornelius und Prof. Rauch, die mit dem Maler Begoß und Prof. Bildh. Wichmann die Berliner Kunstakademie vertraten. Diesen Morgen um 11 Uhr eröffnete unser kunstbewährter Männergesangverein mit einer musikalischen Feier das Fest, welcher der Erzherzog Reichsverweser, der Präsident von Gagern und viele Deputirte und Andere der deutschen Ehrengäste beiwohnten. Am Schlusse des Concerts dankten der Erzherzog und Herr v. Gagern dem Musikdirektor Weber und dem Vorstande des Vereins; der Reichsverweser sprach sich in herzlichster Weise über des deutschen Liedes Kraft und geistige Macht aus. Dann ließ er sich das dem Verein von Kölns Frauen gestickte Ehrenbanner zeigen und schied unter einem unendlichen Volksjubel, mit dem auch v. Gagern empfangen wurde." Die Antwort des Erherzogs Reichsverwesers auf die Begrüßung des Oberbürgermeisters theilt die „Köln. Z." in folgender Fassung mit: „Meinen wärmsten Dank für den herzlichen Empfang! Sie haben den Kölner Dom das Symbol der deutschen Einheit genannt — er ist es, er soll es sein! Das Werk, das wir zu Deutschlands, des Vaterlandes Heil zu bauen haben, ist ein großes, ein riesenhaftes, wie Ihr Dom selbst. Es bedarf da eines festen Willens und tüchtiger Werkleute, welche jeden einzelnen Stein bearbeiten, daß er genau passe, daß er sich füge zu dem großen einigen Ganzen. Wir wollen Gott den Herrn bitten, daß er uns die Kraft dazu verleihe, daß wir Alle mit gleichem Eifer und thatkräftiger Ausdauer daran arbeiten, daß felsenfest, wie Ihr Dom, erstehe ein einiges, ein großes, ein glückliches Deutschland. Ich wiederhole nochmals meinen herzlichen Dank und bringe der Stadt Köln ein Hoch!" Um zwei Uhr bildete sich auf dem Neumarkt der Festzug. Der Himmel, Anfangs mit Regen drohend, klärte sich auf. Musikkorps und Sängerchöre eröffneten den Zug; an sie schlossen sich die Waisenkinder, 500 an der Zahl, durch die Freigebigkeit des Grafen von Fürstenberg Mitglieder des Dombauvereins. Ein zweites Musikkorps ging vor der Dombauhütte, begleitet von ihrem Banner, den wackern Werkmeistern und Polirern, deren Fleiß unter Zwirners Leitung der Bau seine überraschende Förderung verdankt. Dann folgte das große Vereinsbanner, von Kölner Frauen gestickt, den vollendeten Dom darstellend. Im Zuge sah man Sulpiz Boisserée, Peter Kornelius und Kauldach. Die Mitglieder der Dombauvereine, ein drittes Musikkorps und eine Abtheilung Bürgerwehr schlossen den Zug. Am erzbischöflichen Palast schloß sich der Erzbischof mit den hohen geistlichen Würdeträgern, worunter der päpstliche Nuntius, Viale Prela, dem Zuge an. Am Westportale des Doms stellte der Zug sich auf. Der Giebel zeigte die Worte: „Einigkeit und Ausdauer!" Nach einer Ansprache des Dr. von Groote im Namen des Vorstandes öffneten sich die Thüren des Doms. Dombaumeister Zwirner empfing den Erzbischof mit einer Rede, worauf eine Festkantate und der Segen des Erzbischofs die erste Feier schloß. — Um ½8 Uhr kam der König von Preußen auf dem Dampfboot „Schiller" von Deutz herüber. Unter herzlichem Willkommruf stieg er ans Land, begleitet von den Prinzen Wilhelm und Friedrich, dem Platzpräsidenten v. Auerswald, dem Minister des Innern, Alex. v. Humboldt, Bansen u. A. Auf dem Werfte, nahe am Thor, kam ihm der Reichsverweser entgegen, die Fürsten umarmten sich und gingen zusammen zu Fuß nach der Wohnung des Reichsverwesers. Im Regierungsgebäude fanden die Vorstellungen Statt. An der Spitze von gegen hundert Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung, richtete Heinrich v. Gagern folgende Worte an den König: „Königliche Majestät! Der Dombauverein von Köln hat die deutsche Nationalversammlung eingeladen, einem bedeutungsvollen Feste beizuwohnen. Diese hat solcher Einladung entsprochen, und die hier anwesenden Mitglieder konnten sich überzeugen, daß es für den Ausbau auch dieses herrlichen Werkes der nationalen Einheit bedarf. Das Streben nach Einheit auch in diesem Werke ist durch Ew. Maj. neu erweckt worden. Die Reichsversammlung vertraut fest auf die Unterstützung Ew. Maj. bei dem Bau der Einheit, der unternommen ist und den die Nation ausführen wird!" Der König bemerkte: „Die Einheit Deutschlands liegt mir am Herzen; sie ist ein Erbtheil meiner Mutter!" Präsident v. Gagern: „Wir wissen, daß Ew. Maj. der Pfleger dieses Gedankens sind!" Der König entfernte sich, kam zurück, ließ sich durch den Präsidenten die anwesenden Mitglieder der Nationalversammlung vorstellen und sprach dann etwa folgende Worte: „Meine Herren! Um recht gute Freunde zu sein, ist es nothwendig, daß man sich von Angesicht zu Angesicht kenne; deßhalb freut es mich wahrhaft, Sie hier gesehen zu haben. Mit vollem Herzen wünsche ich Ihrer wichtigen Aufgabe ein segenreiches Gedeihen. Seien Sie überzeugt, daß ich sie vergessen werde, welch ein großes Werk zu gründen Sie berufen sind, wie ich überzeugt bin, daß Sie nicht vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten gibt, und ich zu diesen gehöre. Ich wünsche Ihnen zu Ihrem schwierigen und großen Berufe allen Segen und alles Gedeihen von ganzem Herzen". Ein lebhaftes, kräftiges Lebehoch war die Antwort auf diese Worte. Am Abend vereinigten sich viele hundert Bürger zu einem Fackelzuge, der noch einander dem Könige und dem Reichsverweser, den Würdenträgern der Kirche, dem Präsidenten der Nationalversammlung und dem anwesenden Vicepräsidenten der preuß. konst. Versammlung seine Huldigung unter Musik und Hochruf darbrachte. Der König und der Reichsverweser traten unter endlosem Jubel auf den Balkon und dankten mit Herzlichkeit für die aufrichtig dargebrachte Huldigung. Herr v. Gagern, umgeben von zahlreichen Abgeordneten, sprach vom Balkon seiner Wohnung über die hohe Bedeutung des Dombaufestes an sich und als Abbild des Ausbaues der deutschen Gesammtverfassung. In dieser letzteren Beziehung erinnerte er auch an das Recht und die Stellung der Fürsten, und gedachte insbesondere des mit dem Reichsverweser Deutschlands sowohl persönlich vereinigten Königs. Für den Dombau selbst stellte er im Hinblick auf Kunst und Religion die Unterstützung dieses großen Werkes durch die hohe Nationalversammlung in Aussicht. Der König und der Reichsverweser begaben sich nach dem Schlosse Brühl. Am Morgen des 15. kamen sie nach Köln zurück, um einer Parade der Bürgerwehr und der Garnison beizuwohnen. —

** Vom Neckar, Mitte August. Die Freischärler und ihre parlamentarischen Freunde kommen allmählich zu der Besinnung, daß für den Augenblick sich die Republik nicht gut einführen lasse, daß jedoch die Notion zu derselben erzogen werden müsse. Wäre die Gedankenfähigkeit der Freihandelsmänner doch auch nur erst so weit gediehen, so würden sie gleichfalls einsehen, daß Deutschland zur Verwirklichung der internationalen Handelsfreiheit zu erziehen sei — denn einen Freihandel selbst ohne Finanzzölle wird doch nie Jemand fordern können, der auch nur einen halben Blick in das Innere eines Staatshaushaltes gethan hat. Daß dieselbe jedoch noch eine ziemliche Strecke hinter dem Standpunkte eines s. g. hausbackenen Verstandes zurück steht, beweist mir neuerdings wiederum ein Flugblatt von J. Priner Smith, welches den (an das Berliner: „Ueberfluß an Mangel" erinnernden) Titel trägt: „Petition um Schutz gegen Beschränkung des Verkehrs", und, allen Winden übergeben, den Zweck hat, Namensunterschriften aus den verschiedenen Theilen Deutschlands bei Justizkommissarius Martens, dem Danziger Abgeordneten in Frankfurt, zusammenzutragen, damit man vor das Parlament mit den Worten hintreten könne: Seht so viel „Männer" sind für den Freihandel! Die Bittschrift ist auf äußerst feinem Papiere gedruckt, allein aus ihren scharfen Buchstaben blickt die Gedankenarmuth nur noch schärfer hervor. Immer noch das alte Lied: „Schutzzoll ist Konsumentenbesteuerung", immer noch die alte Melodie R. Cobdens: „Freihandel allein begründet den Weltfrieden!" Daß einige Danziger Importeure mit ihren Hamburger Geschäftsfreunden bei einer Erhöhung des Zolltarifs nicht mehr die englischen Waaren auf die deutschen Märkte zu werfen vermögen, daß es ihnen sehr unangenehm sein muß, wenn die Deutschen allmählich selbst die Tuche eben so billig verfertigen wie die Engländer, das glauben wir sehr gern, aber daß sie nicht einsehen, daß unter den gegenwärtigen Umständen sie selbst „die Monopolisten" sind, von denen die Bittschrift alle drei Zeilen einmal spricht, das thut uns leid. Ist es denn gar nicht möglich, einzusehen, daß Deutschlands Industrie auch viele theuere Erfahrungen machen muß, ehe sie die Ausbildung der englischen erreicht, daß deßhalb für den Anfang die Kapitalien angereizt werden müssen, sich neuen gewerblichen Unternehmungen zuzuwenden; daß also, damit wir die 100 Millionen Thaler, die das freundnachbarliche Großbritannien uns jährlich des Weltfriedens wegen abnimmt, unsern eigenen Arbeitern nach und nach zukommen lassen können, — daß wenigstens der heimischen Industrie der heimischen Markt gesichert sein müsse — ist es denn gar nicht möglich, diese einfachen Sätze zu begreifen? Ja Hamburg wird man mit dem Namensammeln gewiß gute Geschäfte machen, dafür bürgen die Artikel

der Börsenhalle; Bremen jedoch ist, wie ich Ihnen aus bester Quelle versichern kann, gerne zu augenblicklichen Opfern bereit, welche ihm für später ein desto kauffähigeres Hinterland erzeugen. —

* Altona, 12. August. Gestern Abend rückten 1000 Frankfurter und etwa 800 Weimarer hier ein, um weiter nach dem Norden zu gehen; sie bleiben bis morgen hier; heute werden Nassauer erwartet, in einigen Tagen Sachsen und die übrigen Kontingente. Sie werden zunächst die Küstenstriche besetzen, um den Dänen die Landungsversuche unmöglich zu machen. Fast täglich werden solche Versuche gemacht; so vorgestern bei Flensburg, wo eine deutsche Jolle den Dänen in die Hände fiel, die am Ufer ohne Bewachung aufgestellt war. Vor einigen Tagen überfielen sie einen preußischen Vorposten, tödteten einige Leute und nahmen 6 gefangen. Die feindlichen Heere stehen sich gerade gegenüber, und nur die Königsau trennt sie von einander, man glaubt aber kaum, daß es zum Angriff kommen wird, da General Wrangel auf baldigen Frieden hofft. Die Verstärkung der Truppen scheint nur vorgenommen zu sein, um den Gegnern zu zeigen, welche Macht man im Hinterhalt habe. Jütland zu nehmen, lohnt sich kaum, nach Alsen, Fünen und Seeland kann man ohne Kriegsschiffe nicht kommen, und die fehlen total. Die Dänen lachen sich ins Fäustchen; sie sitzen wie die früheren Raubritter auf ihrem Raubneste und warten in Geduld der Dinge, die da kommen sollen; in der Zwischenzeit machen sie einige kleinliche Plänkeleien und requiriren, was zu requiriren ist. Unsere Zukunft ist noch sehr dunkel, so wenig wie Deutschlands Freiheit schon auf festen Füßen steht; die Gegenwart läßt kaum viel Gutes erwarten. Die Wege der Revolution sind weit, sie führen langsam ans entzige Ziel. Sowie man in Hamburg Ruhe unter jeder Bedingung will, so will man hier Krieg aber ehrenvollen Frieden; Frieden auf nicht ehrenhafte Weise verabscheut man allgemein.

* Hamburg, 12. August. Heute Nacht wurden die ersten Barrikaden in Hamburg gebaut, der Sturm ist losgebrochen, ohne daß es zu einem Entscheid gekommen wäre, da die Unruhe des Volksaufstandes nicht politischer Natur war. Vor einigen Tagen stand in der hier erscheinenden Reform ein Brief aus dem Irrenhause, worin ein gewisser Brackenwagen anzeigte, daß er seit 5 Jahren, obgleich gesund, für wahnsinnig ausgegeben werde, und das Volk aufforderte, ihn zu befreien, da man es nur thue, um ihn um sein Vermögen von 50,000 Mark zu betrügen. Außer ihm säßen noch 5 Andere im Irrenhause aus demselben Grunde. Gestern Abend wallte nun das Volk in Strömen nach dem Krankenhause ziehen, konnte aber nicht zum Thore hinaus, der Thorsperre wegen. Es kam zum Handgemenge mit der Bürgergarde; Generalmarsch ward geschlagen, die Bürgergarde kam nur sehr einzeln unter das Gewehr, doch wurde das Volk zurückgedrängt. Es tanzte auf dem Schweinemarkt Barrikaden, verließ sie aber bald und verlief sich. Der Oberarzt des Krankenhauses, Dr. Bülau, soll dem Volk in die Hände gefallen und sehr malträtirt worden sein, eben so ein paar Gardisten. — Wichtiger ist die Verhaftung der Führer der Volkspartei, Gallois, Trittau, Ree und W. Marr, die heute Morgen Statt fand. Während ich dies schreibe, wird eine Volksversammlung in dem Lokale des Vereins für Hebung der Gewerbe, unter Vorsitz des Dr. Banmeister abgehalten, zum Zweck, Schritte zur Befreiung der verhafteten Demokraten zu thun, versteht sich von selbst, nur gesetzliche. Die Verhaftungen scheinen durch die gestrigen Maßregeln der Börsenaristokratie hervorgerufen, die eine Supplik an den Senat unterzeichnen ließ, daß man alle Vereine aufheben und die Führer der Vereine, die Volksredner, verhaften möge. Man wuth, so viel man konnte, und vertheilte sogar Geld unter der Pöbel. Die Männer der Börse haben nicht bedacht, welche böse Gewalt sie aufregen, wenn sie den Pöbel ins Feuer schicken. Man fürchtet für den Abend wieder neue unruhige Auftritte und bereitet sich darauf vor.

* Hamburg, den 13. August. An hiesiger Börse circulirt folgende Petition an den Senat: „Die Unterzeichneten haben sich vereinigt, um ihre entschiedenste Entrüstung über das von einem Theil der hiesigen Clubs schon seit längerer Zeit ungescheut betriebene gesetzwidrige Verfahren, namentlich über die in der Versammlung am 7. d. M. in der Ton-Halle gestellten, zur offenen Empörung führenden Anträge und Beschlüsse öffentlich kund zu geben. Sie sind wahre und aufrichtige Freunde der Freiheit, sie wollen die ungehemmte Entwickelung einer freisinnigen Verfassung, aber nicht die Anarchie, nicht die Zerrüttung unseres Wohlstandes, nicht die Zerstörung des Vertrauens zu der Ordnung und Sicherheit unserer öffentlichen Zustände: unvermeidliche Folgen solcher Umtriebe! — Die Unterzeichneten erwarten daher auch von den verfassungsmäßigen Behörden, daß sie den Urhebern und Beförderern dieses frevelhaften Treibens, denjenigen Vereinen, welche die erlangte Freiheit öffentlicher Versammlung auf so schmähliche Weise mißbrauchen, mit dem ganzen Ernst des Gesetzes entgegentreten werden; sie sind entschlossen, die Behörden dabei auf's Kräftigste und Treueste zu unterstützen und fordern die Bürger und Einwohner ihrer Vaterstadt auf, diesem öffentlichen Abscheu ihres Entschlusses beizutreten und sich dadurch um das Banner des innern Friedens und der gesetzlichen Ordnung zu schaaren." — So teilt also auch die Gegenpartei offen auf; sie hat bekanntes Mittel, aber es fehlen ihr die geistigen, und darum ist gewiß, daß sie zuletzt unterliegen muß. — Die gestern Morgen Verhafteten, Dr. Gallois, Dr. Trittau und Marr hat der Senat gestern Abend 6 Uhr ohne Kaution wieder freigegeben, obgleich die Häupter der demokratischen Partei sich zur Kaution erboten. Gestern Abend noch erließ der Senat ein Proklam, worin er das Publikum aufforderte, fernzubleiben von aufrührerischen und anarchischen Scheitten, wogegen er, der Senat, verspreche, die angebahnten Reformen so rasch wie möglich zu Ende zu führen. Das Central-Komité der Vereine erklärt gleichfalls in einem gestern Abend beschlossenen und heut veröffentlichten Plakate, daß es den Fortschritt unter jeder gesetzmäßigen Form zu erringen suchen werde, aber gegen alle Anarchie und jeden Despotismus sei. Die Stadt ist in Folge aller dieser Erklärungen in der furchtbarsten Aufregung, man kann kaum zu seiner gewöhnlichen Beschäftigung kommen. Alles bewegt sich auf der Straße und in öffentlichen Lokalen, Alles politisirt. Morgen ist eine neue Versammlung der Central-Vereine; sie wird entscheidend werden (inhibiren wird man sie keines Falls), denn sie wird den späteren als Norm dienen.

☆ Frankfurt, 17. Aug. Die Abgeordneten in der Paulskirche waren heute zwar vollzählig, aber ihre Reihen doch sehr gelichtet. Eine ziemlich große Anzahl scheint noch nicht von Köln zurück zu sein. Ueber die Reise dahin und das Resultat derselben erstattete der Präsident v. Gagern zu Anfang der Sitzung Bericht. Welche Sympathien der Gedanke an die Einheit Deutschlands in der Bevölkerung des Rheinlandes erregte, zeigte schon die Hinreise des Reichsverwesers und der Abgeordneten nach Köln, welche einem fortwährenden Triumphzuge glich. Ueberaus herrlich war der Empfang in Koblenz, aber noch kein Darf dem Rhein entlang unterließ es, auf die bezeichnendste Weise seine Freude zu bezeigen. Ebenso in Köln, welche gastfreie Stadt in der gewohnten Weise sich bewähret hat. Die Betheiligung der Deputation an dem religiösen Feste war nicht so, wie sie selbst und die anordnenden Behörden in Köln es gewünscht hatten, indem der Andrang des Volkes van der Art war, daß es dem Aufsichtsperfonale unmöglich wurde, für die Gäste die vorbehaltenen Plätze frei zu halten. Das Fest war aber zugleich von hoher politischer Bedeutung. Die Begrüßung zwischen dem Reichsverweser und dem König von Preußen war die herzlichste, und eben so war die Ansprache des Letzteren an den Präsidenten und die Mitglieder der Nationalversammlung herzlich und hoffnungerweckend. Wenn einige Worte am ersten Tage (daß die Nationalversammlung bei ihrem großen Werke, an dem er den innigsten Antheil nehme, doch nicht vergessen möge, daß auch noch Fürsten in Deutschland seien) Manchen nicht ganz befriedigend schienen, so haben seine Anreden am zweiten Tage (in seinen Trinksprüchen auf den Reichsverweser und auf die „anwesenden und abwesenden" Mitglieder der Nationalversammlung) seinen innigen Wunsch, an dem großen Werke des Aufbaues der Einheit Deutschlands mit der Nationalversammlung Hand in Hand zu gehen, auf's Unzweideutigste ausgesprochen. Somit ist diese große Angelegenheit auch durch das Ereigniß in Köln ihrem Ziele um einen großen Schritt näher gerückt. Auf der Tagesordnung stand die Berathung über die Grundrechte. Der §. 8, das Hausrecht betreffend, mit seinen Dutzenden von Verbesserungsvorschlägen, wurde unter allgemeiner und vielfach kundgegebener Sehnsucht nach dem Schlusse durchdebattirt und angenommen. Etwas Näheres darüber theile ich Ihnen in meinem nächsten Berichte mit.

Frankfurt, 17. August. Der Erzherzog-Reichsverweser ist gestern von dem Kölner Dombaufest zurückkehrend wieder in Frankfurt a. M. eingetroffen. Mündlichen Mittheilungen zufolge hat der König von Preußen während des Dombaufestes in Köln bei dem Festmahl im Gürzenichsaal folgenden Trinkspruch ausgebracht: „Es ist schon zweimal auf die Erfüllung meines Jugendtraumes getrunken worden: auf Deutschlands Einheit; lassen Sie uns diesen Bau mit Allem, was an uns ist, fördern. D'rum vor Allem ein Hoch denen, die daran bauen. Es leben die anwesenden und abwesenden Deputirten der Nationalversammlung!" (Fr.O.P.Z.)

Großbritannien.

London, 14. August. Am sinnreichsten im Unsinn, der in Betreff auswärtiger Verhältnisse in England so häufig ausgebrütet wird, scheint der Examiner zu sein, wenn er äußert: sowohl in Frankfurt als in Berlin wünsche man dem „einfältigen" Krieg gegen Dänemark ein Ende zu machen, aber Weangel sehe ihn fort, zur Befriedigung seines Rachegefühls und zur Verherrlichung seines Namens. Dasselbe geschehe von Radetzky in Italien. In welcher Fabelwelt müßte Deutschland gehören, wenn seine Feldherren den Befehlen, Anordnungen, Wünschen und Sympathieen der Fürsten, Regierungen, Parlamente und Völkerschaften zum Trotz auf eigene Faust die ihnen übertragenen Kriege mondlang fortsetzen könnten, ohne sich um jene Befehle, Anordnungen, Wünsche und Sympathien im Entferntesten zu kümmern. Ohnehin brauchen Feldheeren sowohl Truppen als Gelder, die ihnen geliefert werden müssen, die ihnen nicht wie die Haare auf dem Kopfe wachsen. Wenn man Sinnlosigkeiten der Art in englischen Journalen liest, so darf es weniger auffallen, wenn auch die englische Politik auswärtigen Verhältnissen gegenüber, insofern sie das Wohl und Wehe Englands nur mittelbar berühren, so häufig im Dunkeln tappt und von falschen und willkürlichen Voraussetzungen ausgeht. Oder man stellt sich absichtlich dumm, um ungestört sein Eigeninteresse hätscheln und großziehen zu können. Inzwischen drücken die Times ihre Freude darüber aus und erkennen eine Art Konnivenz gegen England darin, daß der Fürst v. Leiningen, ein Halbbender der Königin von England, zum Präsidenten des Reichsministeriums ernannt worden. Die Ernennung dieses Mannes, der von je den konstitutionell-liberalen Grundsätzen Englands entschieden und behoerlich angehangen, sei sehr geeignet, neue Friedenshoffnungen zu erwecken und das in die Friedensliebe Deutschlands gesetzte Mißtronen zu beseitigen.

Lord Dudley Stuart hat eine Flugschrift über die Angelegenheit Posens veröffentlicht, worin er den deutschen Bewohnern des Großherzogthums und den preußischen Soldaten die ärgsten Dinge zur Last legt; jene hätten Alles gethan, um das gute Einvernehmen zwischen Polen und Deutschen zu zerstören, sie hätten den Landfriedensbruch aufs Schnödeste und Unverschämteste betrieben, diese dagegen hätten sich die empörendsten Grausamkeiten zu Schulden kommen lassen — kurz, es sieht aus, als ob Lord Dudley Stuart seine Brochüre der Hauptsache nach aus irgend einem jener deutschen radikalen Blätter übersetzt habe, die mit wahrer Wollust das Schändlichste erzählen und erfinden, was irgend dazu dienen kann, die „Niederträchtigkeit" deutscher Nation vor aller Welt an den Pranger zu stellen. Möglich, daß Lord Dudley Stuart seine Brochüre hauptsächlich aus den leichtfüßigen und boshaften Briefen jener polnischen Dame (angebl. eine geb. Engländerin) schöpfte, welche der Globe als Aktenstücke zu der polnischen Angelegenheit zu veröffentlichen keinen Anstand nahm. Nur eine Dame kann Mährchen erfinden oder an Erfindungen glauben wie folgende: Die Preußen haben verwundete Polen, welche in den Hospitälern lagen, ermordet, ja ein Lazareth mit verwundeten Polen in Brand gesteckt, daß Alle in den Flammen elend umkommen mußten, sie haben Geistliche getödtet, welche mit dem Bestatten von Todten beschäftigt waren, sie haben die von den Polen in offener Feldschlacht (vermuthlich in der Vesper von Bak!) Getödteten in auffallender Weise verstümmelt und dann den Deutschen in den Städten gezeigt und ihnen gesagt: die Polen hätten sich diese grausamen Verstümmelungen zu Schulden kommen lassen, sie haben die Leichen getödteter preußischen Soldaten nicht auf dem Kampfplatz begraben, sondern in ihre Heimathsorte gebracht, um deren Bevölkerung aufzureizen, sie haben preußische Uniformen in Blut getaucht, in Breslau und andern Orten öffentlich ausgestellt u. s. w. Davon, daß in einem Kriege wie dieser, der mehr aus bloßen Ueberfällen und Metzeleien bestand, gegenseitige Barbareien kaum zu vermeiden sind, wie von den offenkundigen Grausamkeiten der rohen branntweintrunkenen polnischen Bauern, ist gar nicht die Rede; und ein Erlaß des Generals Colomb, der für das menschliche Gefühl des Generals beweist und zum Zweck hat, die preußischen Soldaten von ungesetzlichen Exzessen abzumahnen, wird zu den unhaltbarsten Folgerungen mißbraucht. Unter wirklichen Barbaren pflegt von solchen Ermahnungen gar nicht die Rede zu sein, unter überfirnißten Buebaren sucht man solche Exzesse zu bemänteln und zu beschönigen. Der politische Geck Lord Dudley Stuart ist bekanntlich ganz in den Händen der polnischen Aristokratie (während die polnischen Demokraten nicht viel von ihm wissen wollen), mit der er „Weiße-Adlerquadrillen", „Lanzen- und Eichenblätterquadrillen" aufführt, andererseits befindet er sich in den Händen der ultraradikalen Theer- und Zwillichjacken von Marylebone, denen er sich erst neulich gefällig zeigte, als er für geheime Parlamentswahlen stimmte, obschon er äußerte, er glaube nicht, daß der gehoffte Zweck dabei herauskommen würde.

Galignanis Messenger führt an, daß die amtliche Zeitung des Königreichs Schweden unter dem Datum Stockholm, 4. Aug. ebenfalls der zwischen Frankreich und England getroffenen Verabredung, gemeinsam die Beilegung der dänisch-deutschen Streitigkeiten zu beleeben, Erwähnung thut und zwar mit dem Hinzufügen: die Kabinete von Paris und London hätten der Centralgewalt förmlich und übereinstimmend erklärt, daß Frankreich und England jedem weitern Angriff von Seite Deutschlands auf Dänemark, als eine ihnen von Deutschland gemachte Kriegserklärung ansehen würden. Auch der Examiner versichert: es sei ein intimes Bündniß zwischen England und Frankreich geschlossen, um den deutschen Anmaßungen gegen Italien, Holland und Dänemark ein Ziel zu setzen. Also ein speciell gegen Deutschland gerichtetes englisch-französisches Bündniß, dem zu einer Teipelallianz Rußland vielleicht nicht lange mehr fehlen wird. Die kleinen, schon längst gereizten Kläffer zu diesen großen Doggen gerechnet, werden wir demnächst ganz Europa auf dem Nacken haben — es sind dies zwar keine Verbündeten, aber wie Bunsen sagt, lauter gute Freunde, nämlich Freunde, wie wir sogar unter unsern eignen Volke besitzen, Freunde, welche die Einheit und das Glück Deutschlands wie die Bitte um das liebe tägliche Brod im Munde führen, und die doch nichts Sehnlicheres wünschen, als einen Uebereinanderstürz, ein Zerfallen, eine atomistische Auflösung Deutschlands, um dann an der zerstückelten Leiche ihre Wiederbelebungs- und Zusammensetzungsversuche anstellen zu können, insofern unsere auswärtigen „guten Freunde" ihnen zu so zeitraubenden Experimenten noch Raum und Zeit genug übrig lassen.

Die Nachrichten aus Irland vom 12. August sprechen von einem Zusammenstoß zwischen dem Volk und dem Militär aber der Polizei zu Abbeyfeale. Bis jetzt nur ein unbeglaubigtes Gerücht. Empfindlicher, als ein solcher Vorfall der Regierung sein könnte, ist ihr jedenfalls die Niederlage, die sie nicht gegen die rohe Gewalt, aber wohl auf dem auch in Irland ziemlich „durchlöcherten" Boden des Gesetzes erlitten hat, indem einer der Eigenthümer des Blattes „dee irische Tribun", O'Doherty, angeklagt, offenen Aufstand gepredigt zu haben, am 12. Aug. von der Jury freigegeben wurde, indem sich die Geschwornen über dos Schuldig nicht verständigen konnten. Es ist dies ein böser Schlag für die Regierung, wenn man erwägt, daß sie das Blatt unterdrückt, die Lettern und Maschinen mit Beschlag belegt, die Setzer und Drucker vertrieben hat, wenn man bedenkt, daß das leicht entzündliche Volk Irlands hieraus die unerwartetsten Lehren und Folgerungen ziehen wird. Jedenfalls ist die Regierung in ihrem Bestreben, die Häupter der Verschwörung, Gars nach dem Andern, zu züchtigen und unschädlich zu machen, von vornherein gelähmt. — Dem Spectator zufolge beklagt sich O'Beien bitter über die Lauheit, welche das Volk in den Tagen der Krisis für die Sache der Revolution zeigte; er äußerte unter Anderm: „Ich beabsichtigte nach Limerick zu gehen, um, wenn dies möglich wäre, meine Familie zu besuchen. Man wird mich hängen und drei oder vier Andere deportiren, und Irland wird wieder ruhig sein. Aber ich that meine Pflicht, während das Volk nicht die seinige that. Man sagte mir, sie würden mir zuströmen aus Waterford, Kilkenny, Thurles, Cashel, Clonmel und all dem umliegenden Land; aber das war nicht der Fall, man ließ mich im Stich. Mögen die Dinge nun ihren Weg gehen!" — Das M. Chronicle erwähnt, übrigens mit bitterm Tadel, daß die Regierung beabsichtige, mit der irischen katholischen Geistlichkeit eine Art Bündniß einzugehen nad ihr in irischen Landesangelegenheiten mehr Spielraum zu gewähren, wogegen sich der Klerus verbindlich machen solle, für Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen. Durch ein solches monströses Bündniß würde die Regierung verrathen, daß sie entweder an Irland oder an sich selbst verzweifle.

Frankreich.

Paris, 15. August. Die Regierung hat wichtige Nachrichten aus Marocco erhalten — der Kaiser Abderrhaman ist in ernste Schwierigkeiten mit England, in offene Feindseligkeiten mit Spanien gerathen. Ein englischer Handelsmann und Konsul in Mazagan, Herr Redmann, hat vom Kaiser gegen Bezahlung die Bewilligung zur Ausfuhr eines großen Getreidevorrathes erhalten. In dem Augenblicke, wo das Getreide eingeschifft werden sollte, ward die Bewilligung zurückgenommen. Hr. Redmann forderte seine erkaufte Ausfuhrsbewilligung oder eine Entschädigung von 225,000 Piasters. Der englische Generalkonsul schritt ein, der Kaiser sah alle Schuld auf den Kaid von Mazagan El Hadschi Mussa, und die Entschädigung ward von beiden Seiten auf 185,000 harte Piaster festgesetzt. Allein der Kaid wei-

Digitized by Google

gerte sich zu zahlen, vorgebend, er habe keinen Befehl erhalten, und würde, selbst wenn er ihn erhielte, nicht zahlen. Der Generalkonsul schreibt an den Kaiser und erhält als Antwort — seine Depesche uneröffnet zurück. Er referirt an seine Regierung und diese trägt ihm auf, dem Kaiser als letzte Zahlungsfrist 25 Tage zu gestatten, nach deren Ablaufe die englische Flotte unter Admiral Parker vor Tanger erscheinen und der Forderung Englands Nachdruck geben würde. Zugleich mit der englischen Depesche hat der Kaiser auch eine Depesche des französischen Generalkonsuls Da Chastlan unerbrochen zurückgeschickt. Man fragt sich nun, was die französische Regierung thun wird.

Alle bedeutenden Journale zeigen heute an, daß sie morgen des Feiertags wegen nicht erscheinen würden; der Mangel an Stoff hätte ihnen auch schon heute eine Berechtigung zur Ruhe gegeben. Der Moniteur hat an die Stelle seines neutschen kriegathmenden Artikels gegen Deutschland eine sentimentale Schilderung von Chateaubriands Leichenbegängniß in Saint Malo treten lassen. Der berühmte Felsen Grand Bey hat somit endlich seinen langerwarteten Gast, der selbst noch nach seinem Tode etwas aristokratisch „Apartes" für sich haben wollte, aufgenommen; zwischen Stein, Himmel und Meer ruhen die Reste des Dichters der Atala, ob angenehmer als auf dem Père La Chaise oder einem weniger berühmten Kirchhofe lassen wir dahin gestellt sein. Dem ferner von demselben Blatte mitgetheilten stenographischen Berichte der letzten Nationalversammlung entlehnen wir noch eine Stelle aus der gestern schon im Auszuge mitgetheilten Rede Kerdrel's gegen die beabsichtigte Gründung eines Regierungsorgans. Es heißt darin nämlich gleich zu Anfange: „Wenn die Presse in unsern Tagen noch wäre, was sie ehemals war, wenn sie sich darauf beschränkte, kleine Neuigkeiten mit kleinen Erörterungen aufzuweisen (ein Frankfurter Journal), so würde ich vielleicht begreifen, warum sich die Regierung ein solches Blatt zugestehen wollte; der weniger begüterte Bürger erhielte dadurch die reinste Quelle für die Tagesereignisse. Aber die Presse ist gegenwärtig der Boden aller großen Kämpfe" u. s. w.; er hätte noch hinzusetzen können: deßhalb wollen die heutigen Zeitungen nicht mehr beim Kaffee oder in andern Verdauungsstunden gelesen sein, und unser Blatt würde in diesem Passus eine kurze bündige Entgegnung auf so viele an dasselbe gemachten Ausstellungen gefunden haben.

Die Presse zeigt heute an, General Cavaignac habe seinen Freunden gesagt, er sei der Regierung müde und werde zu Ende dieses Monats die ihm von der Nationalversammlung übertragene Gewalt niederlegen. — Cavaignac soll sich entschieden gegen eine Intervention in Italien ausgesprochen haben, und wird somit vielleicht dieselbe zu einer Existenzfrage machen. — Die Minister waren gestern Abend von 7 bis 10 Uhr bei ihm versammelt: heute um 2 Uhr, nach dem großen militärischen Gottesdienste zu Napoleons Gedächtniß, ist wieder Ministerrath. — Die Madrider Journale bis zum 10. sind angekommen. Sie melden, daß das diplomatische Korps eingeladen worden ist, der Entbindung der Herzogin von Montpensier beizuwohnen. Hätten die regierenden Häupter mehr Ehetüchtigkeit selbst in der Angelegenheit ihres Hauses bewiesen, so würden sie gegenwärtig nicht nöthig haben, sich solchen Sicherungsmitteln zu unterwerfen.

Italien.

Florenz, 6. August. Durch den Zug der Oesterreicher nach Bologna ist Florenz, welches nur 3 Stationen von jener Stadt entfernt ist, in die größte Bewegung gekommen. Man erwartete, daß sich die österreichische Armee auch hierher wenden wird. Der englische Gesandte, Sir George Hamilton hat bei toskanischen Regierung eine officielle Note zugestellt, um ihr die Vermittlung Englands anzubieten; die Regierung scheint entschlossen, dieselbe anzunehmen. Die Blicke Vieler sind übrigens nach Frankreich gerichtet. Die ministerielle Krisis dauert fort, und die Bewegungspartei möchte dieselbe gerne benutzen um Guerazzi zum Ruder zu verhelfen. (Basler Z.)

× Verona, 9. August. Die Besatzung von Peschiera wurde heute aufgefordert, sich zu ergeben, da dach in Folge des Rückzuges Karl Alberts und seiner Armee über den Ticino ihre Stellung eine unhaltbare wurde. Bis jetzt fehlt noch eine bestimmte Antwort. Im Fall die Aufforderung kein Gehör findet, wird das Feuer der Belagerungsbatterie ohne Verzug beginnen.

Mailand ist in Belagerungszustand erklärt, der F. M. L. Fürst Schwarzenberg zum Militärgouverneur der Stadt ernannt.

Turin. Karl Albert hat am 7. durch folgendes Bulletin Kunde von der Uebergabe Mailands gegeben: „Die Verbindungen mit der Armee sind wieder frei. Nach dem Gefecht vom 4. d. hatte sich der König in Mailand eingeschlossen, um dessen Schicksal zu theilen; indem er aber sah, daß die zunehmende Zahl der Feinde keinen langen Widerstand zu hoffen erlaube, und da er dieser Stadt die Schrecken eines Sturmes oder die Leiden einer Belagerung ersparen wollte, so räumte sie der König, nachdem er eine Kapitulation abgeschlossen, die den Mailändern Leben und Eigenthum sichert. Unsere Armee hat sich hinter den Tessin zurückgezogen. Seine Majestät war gestern um 1 Uhr Nachmittags in Magenta" — Laut der N. d. G. hat der sardinische Reichsverweser (der König setzte bei seiner Abreise zum Heer in der Person seines Bruders einen Reichsverweser ein) einen Sicherheitsausschuß niedergesetzt, eine Maßregel, die einer in Belagerungszustandserklärung der sardinischen Staaten gleichkomme. Derselbe Reichsverweser übernahm das Oberkommando der Truppen. (N. Z. Z.)

Rom. Die Basler Ztg. enthält von hier folgenden interessanten Bericht: Am 29. Juli vernahm man zuerst, daß eine große Schlacht geliefert worden sei. Tages darauf wurden die abenteuerlichsten Siegesnachrichten mit gewohnter italienischen Uebertreibung verbreitet. Nicht genug, daß man eine ungeheure Zahl Oesterreicher gefangen nehmen und Kanonen in Menge erbeutet werden ließ, es hieß sogar, Radetzky sei getödtet worden und man bringe seinen Kopf als Trophäe und Siegeszeichen. Ein rasender Jubel bemächtigte sich der Bevölkerung; in ungestümer Eile schlug sie die Kirchthüren ein und läutete mit allen Glocken, die vorhanden waren, selbst Todten- und Sturmglocken; Musketen wurden in den Straßen abgefeuert, und überall ertönte der Ruf: „Lang lebe Karl Albert, einziger König von Italien, der Siegreiche!" Mit den Vivas auf Karl Albert mischte sich auch der Ruf: „Tod den Kardinälen! Tod den Priestern!" Am 31. drangen nach und nach die Nachrichten ein, daß die Italiener nicht gesiegt hätten, daß Karl Albert geschlagen sei, und die piemontesische Armee sich nach Cremona zurückgezogen hätte. An die Stelle des Jubels und der Ausgelassenheit trat jetzt Angst und Befürchtung. Die Deputirtenkammer richtete eine Adresse an den Papst, in welcher sie ihn beschwor, Italien im Namen Gottes zu helfen; sie verlangte, daß Freiwillige unter die Waffen gerufen, die Nationalgarde mobilisirt und eine Fremdenlegion im päpstlichen Solde errichtet werde. Der Papst versicherte zwar, daß ihm die Unabhängigkeit Italiens theuer sei, antwortete aber auf die gestellten Begehren meist ausweichend. Die Menge tobte fortwährend und beschimpfte die Deputirten, welche als Deputation der Kammer beim Papste gewesen waren. Die Kammer versammelte sich mittlerweile wieder und dekretirte von sich aus die kriegerischen Maßregeln, welche sie dem Papste vorgeschlagen hatte. Mamiani, der mit dem Papst zerfallen war, gab seine Entlassung ein, und der Papst berief den Prategaten von Urbino und Pesaro, Grafen C. Fabri, nach Rom, um ein neues Ministerium zu bilden. In einer Proklamation wurde diese Veränderung dem Volke kund gethan; der Papst wiederholte übrigens die zur Zeit der Ferrarischen Händel von seinem Staatssekretär in Wien abgegebene Erklärung, daß es sein Wille sei, die Grenzen des Kirchenstaats zu vertheidigen. — Die Stadt befindet sich fortwährend in vollkommener Anarchie; eine provisorische Regierung von drei Männern ist gebildet. Die Civica hat mit den Helden von Vicenza und andern Faktionen gemeinschaftliche Sache gemacht, die päpstliche Kokarde wurde abgerissen und mit Füßen getreten. Alle Nacht hört man das Geschrei: „Tod den Kardinälen! Alle Priester sind infam, sie betrügen uns! Es lebe die provisorische Regierung!" Mehrere Kardinäle, so wie der Präsident der Deputirtenkammer Sereni haben sich bereits geflüchtet.

Türkei.

* Am 18. Juli ist der Pfortenkommissär Talat-Effendi von Jassy in Galacz eingetroffen; kurz nach ihm kamen der russische General Duhamel und Generalkonsul v. Kotzebue an. Ich kann Ihnen als ausgemacht mittheilen, daß der Einmarsch der Russen in die Moldau ganz ohne Wissen und Willen der Pforte geschehen ist. — In Jassy haben die Russen die Regierungsgewalt faktisch an sich gerissen; Fürst Stardza scheint bereits in seiner persönlichen Freiheit ziemlich beschränkt zu sein und der Centralpunkt des Moldauischen Gouvernements ist offenbar im russischen Konsulate.

Konstantinopel, 2. August. Das J. de Const. meldet in seinem neuesten Blatte: „Wir haben aus Galacz vom 22. Juli eine sehr wichtige Nachricht erhalten. Nachdem der türkische Kommissair, Talat Effendi, am 18. Juli aus Jassy in Galacz angelangt und der russische Kommissär gleichfalls daselbst eingetroffen und am folgenden Tage wieder nach Jassy zurückgekehrt war, verbreitet sich das Gerücht, die Russen würden die Moldau räumen und in ihre Kantonirungen hinter den Pruth zurückkehren; ein Schreiben aus Berlat bestätigt dieses Gerücht mit dem Beifügen, daß die russischen Truppen wirklich Berlat verlassen haben und nach Bessarabien zurückgegangen sind.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Amerikanische Ansichten über Deutschland.

** Newyork, 25. Juli. Während ich Ihnen am 17. Juni schrieb, horchten Sie auf die gewaltige Rede des Hrn. von Gagern, wodurch er Uebereinstimmung in die Versammlung, und es dahin zu bringen wußte, daß man sich für seinen Plan einer Centralregierung entschied. Wir wissen jetzt, daß Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser erwählt wurde und hoffen mit dem nächsten Dampfschiffe zu hören, daß er die Wahl, und zwar unter allgemeiner Zustimmung, angenommen hat. — Der Plan einer Centralregierung für Deutschland, den wir in den letzten deutschen Blättern lesen, scheint mir der einzige ausführbare, der einzige zu sein, bei dessen Befolgung man Stabilität für die neue Regierung hoffen darf — ich sage hoffen, denn meines Erachtens beseitigt es keineswegs alle Zweifel. — Viel wird auf die Persönlichkeit des beabsichtigten Oberhaupts des großen deutschen Reichs ankommen und zwar um so mehr jetzt, wo das Gefühl der Loyalität einen so herben Stoß bekommen, wo man Fürsten und Prinzen als gewöhnliche Menschen betrachtet, ist es keineswegs Einerlei, ob das Oberhaupt des Reichs ein Mann ist, der durch seine Persönlichkeit imponirt, durch seinen Geist und seinen Wandel Achtung gebietet oder nicht! — Ich gestehe, ich möchte jetzt wohl in Frankfurt sein, wäre es auch nur deßhalb um über die Ansichten der vernünftigen gebildeten Amerikaner, in Betreff der europäischen Angelegenheiten, zuverlässige Auskunft zu geben. Glauben Sie ja nicht, daß man mit Frankreich fraternisirt, aber erwartet, daß dessen Republikversuche zu mißlungenen Resultaten führen werden. Die volle Freiheit läßt sich nicht in einem Tage erringen, sie erfordert das allmähliche, langsame Wachsthum von Jahrhunderten. Die Franzosen glauben sie mit einem gewaltigen Sprunge, über den Kopf des Königs hin, erringen zu können; der Deutsche aber wird hoffentlich, ehe er einen ähnlichen Sprung wagt, einsehen, daß der Weg zu ihr mühsam ist, wie der Weg zum Himmel, und daher beständige, ruhige, tugendhafte, christliche Arbeit und Ausdauer erfordert. Ich beharre bei der Ansicht, daß die Dynastien in Deutschland von der Hand beibehalten werden müssen, daß man nicht den Umsturz alles Bestehenden fordern darf, sondern sich auf durchgreifende Reformen beschränken muß. Und dies, glauben Sie mir, ist die Ansicht der ungeheuren Majorität des praktischen amerikanischen Volks. — Die Adresse unseres Senats an die französische Republik, die er vor einigen Monaten in der ersten Aufwallung, auf den Antrag einiger interessirter, aus Parteizwecken handelnden Politiker erließ, und gegen welche Calhoun und andere hochstehende Männer schon damals protestirten, wird jetzt von allen Seiten verdammt. Man bedauert, daß sie geschickt ist, und wenn sie mit Anstand zurückgenommen werden könnte, es geschähe auf der Stelle. Die übrigen Demonstrationen haben natürlich nicht den geringsten Werth, wenn man weiß, wer sie ins Werk stellt, und sich dabei betheiligte; sie hatten sämmtlich Lokalzwecke im Auge, ohne sich viel um die französische Republik und die Franzosen zu kümmern. Würde Deutschland jetzt auch die Republik proklamiren, so würden Sie wohl ähnliche nichtssagende Demonstrationen sehen, von unserer Regierung dürften Sie aber keine aufmunternde, eher eine warnende Mittheilung gegen Ueberstürzung erwarten. Was hat denn Frankreich bisdahin durch den Umsturz des Königthums erlangt? Millionen von Proletariern, Bürgerkrieg und militärischen Despotismus, und gelüstet es Deutschland etwa nach ähnlichen Resultaten? Doch ich schließe. Sie waren ja anscheinend, den letzten Nachrichten zufolge, auf dem rechten Wege, auf dem Wege zum Heil. Mögen Sie darauf fortschreiten zur Erreichung des sich gesteckten hohen Ziels „der Einigung Deutschlands“ und mögen alle Versuche scheitern, Sie davon ab- und auf den Weg des Verderbens zu treiben. Dann darf Deutschland auf die vollsten Sympathien der Vereinigten Staaten rechnen. Beider Interessen sind eng verknüpft, und Beide vereinigt sind unüberwindlich! —

** Wien, 11. August. Nachdem der Schriftführer Hanschild das Protokoll von der gestrigen Sitzung verlesen hatte, beantragte er, das vom Abgeordneten Borrasch gestern vorgetragene Reiseprotokoll in 1000 oder mehr Exemplaren drucken und um die liberalen Gesinnungen die es enthält, allgemein zu verbreiten, in Tirol und den andern österreichischen Provinzen versenden zu lassen. — Abg. Zitter interpellirt hierauf das Ministerium des Kriegs. Wohl habe sich von Seite des Militärs schon öfters in schönen Worten die aufrichtigste Gesinnung für Deutschland und seine Interessen kundgegeben, auch habe die Feier des 6. August Tausende wahrhaft deutscher und deutschfühlender Männer begeistert, nun aber bemerke er, daß das Militär seit dieser ergreifenden Feierlichkeit die deutschen Bänder wieder abgelegt habe, er erlaube sich daher, das Ministerium um die Deutung dieses Räthsels zu befragen. Latour's Antwort lautete: „In einer frühern Sitzung bin ich bereits über diese Frage interpellirt worden, und da hatte ich die Ehre Ihnen zu sagen, daß diese Frage im Ministerium noch nicht berathen worden sei und ich nur meine persönliche Meinung ausspreche, daß es nehmlich in der österreichischen Armee in allen Theilen derselben, die zum Bundeskontingent gehören oder nicht, (ich verdürge es sogar in jenem Theile der Armee, der nicht dem österreichischen Kriegsministerium untersteht) nur Ein Gefühl der Theilnahme für unsre deutschen Brüder gebe, daß wir Deutschlands Grenzen, und hierdurch die Grenzen der ganzen österreichischen Monarchie zu vertheidigen stets bereit sein werden; ich hatte die Ehre Ihnen zu sagen, daß ich der Meinung sei, daß vielleicht durch Annahme anderer Farben die Einheit der Armee zerstört werden könnte, zumal einer Armee die aus so vielen Nationalitäten besteht. Heut zu Tage wo die Nationalitätenfrage so oft angegriffen wird, könnte der Fall eintreten, daß eine solche Störung von Folgen wäre. Seither hat das Ministerium diese Frage berathen, und in dem, was ich hier vorzutragen die Ehre haben werde, ist die Meinung desselben enthalten: „Die Grundlage unsers Staates ist die Gleichberechtigung aller Nationalitäten, (Beifall) von diesem Gesichtspunkte faßt das Ministerium auch die Frage über die Annahme der deutschen Farben auf; nach seinem Erachten hat ein solches Abzeichen bei den Truppen keineswegs einen nationalen Charakter, es soll das gemeinsame Bundeszeichen für die Bundeskönige sein, welche die deutschen Reichsverweser zu bilden haben, ohne daß dadurch eine National-Suprematie ausgedrückt werde. Das gemeinsame Bundeszeichen wird daher von jenem Theile der österreichischen Armee, welcher zur deutschen Bundesarmee gehört, im Bundesdienste getragen werden.“ Hierauf wurde die Debatte über den Kudlich'schen Antrag fortgesetzt; abermals wurden heute mehrere Amendements verlesen, und die wesentliche Berathung dürfte schon wieder für morgen, oder da der morgige Tag, allem Scheine nach, wegen der Rückkehr des Kaisers zu keiner langen Sitzung Muße gestatten dürfte, für Montag vorbehalten. —

† Aus Tirol, 7. August. Vor wenigen Tagen haben die Bewohner des Gerichtes Wälschmetz an das Kreisamt Trient eine Erklärung eingesandt, worin sie dasselbe bitten, die Nationalversammlung in Frankfurt in Kenntniß zu setzen, daß sie keinesfalls der von ihrem Deputirten, Appellrath Dr. Prettlis, mit beantragten Trennung von Deutschland und Tirol beipflichten, obwohl sie eine gesonderte, italienische Verwaltung zu erhalten wünschen. Von den Landleuten ward schon bei dem Zusammentritt in Trient verlangt, man solle erklären, daß ohne jeden Hintergedanken nichts Anderes begehrt würde. Bei den Bewohnern der Thäler hat sich das Comitato der Trientiner und die Stadt selbst um alles Zutrauen gebracht, weil ihre trilosoren Nebenabsichten zu grell durch die Tünche leuchten. Man erfährt auch immer mehr von der zweideutigen Haltung der Deputirten in Wien. Nicht minder ist es bekannt, daß die Nationalfanatiker der Trientiner in Venedig zur Klasse ehemaliger kaiserlichen Beamten gehören. Da sind die Brüder Serafini aus Sulzberg, der Merkantilpräsident und der Appellrath, Girodani und Venturi, Appellräthe, Benvenuti, aus Roveredo, Agostini, Teschi. Die Söhne der Serafini und der junge Paris Zapelli (Sohn des vielbeliebten Karbonari-Richters, verstorb. Präsidenten zu Teiest) fechten als „Kreuzfahrer“ gegen Oesterreich, von dem die Mutter des Letztern mit ihren Töchtern 1700 fl. Pension bezieht. Was die eifrig genährten Gerüchte von Feindes Einfällen beleuchtet, so fürchtet man in ganz Wälschtirol wenigstens nichts Bedeutendes mehr und meint, Erzherzog Johann, der mit etlichen Tirolerschützen in Trient gute Wache hielt, werde jetzt als Reichsverweser Männer genug finden die den schwarz-roth-goldenen Grenzpfählen Achtung verschaffen. Man erwartet für den Fall, daß Frankreich, was aber bezweifelt wird, in der Lombardei bewaffnet einschreitet, sogleich die Besetzung Trients und der Grenze durch Reichstruppen.

† Aus Tirol, 8. August. Beachtenswerth auch für die Nachbarn außer den rhätischen Bergen, erscheinen die von einer Versammlung vorarlbergischer Wahlmänner zu Doernbirn ausgesprochenen Wünsche an die Reichstag-Abgeordneten in Wien. Die Vertreter dieses kleinen, aber tüchtigen Volkes begehrten 1) Vollständigen Anschluß an Deutschland. — Im Falle daß die galizischen und dalmatischen Provinzen sich zur deutschen Reichsordnung nicht bequemen wollten, möchten sie selbstständig, vielleicht mit Anschluß an Ungarn ihre Konstitution genießen. 2) Aufrechthaltung der März- und Mai-Errungenschaften, weil seine sittliche Tüchtigkeit das deutsche Volk befähigt, die freiesten Einrichtungen zu ertragen und es nur durch sie

Digitized by Google

dauernd beglückt werde. Dem Kaiser, der die deutsche Centralgewalt in allen ihren Befugnissen anerkennt, stehe gegen die Reichstagsbeschlüsse zu Wien nur ein einmaliges Veto zu. Gemeinsame Initiative, allgemeine Wahlfähigkeit und Wählbarkeit, dreijährige Dauer des Mandates, jährlicher Zusammentritt der Reichsstände. Einer zweiten Kammer könnte nur nach Art wie der Norwegische Lagthing aus dem Storthing ausgeschlossen wird, gedacht werden. Die volle Giltigkeit der deutschen Reichstagsbeschlüsse gebe die Bestimmung für die Modifizirung jener der Wiener Konstituante und somit berühren die übrigen Punkte nur Lokales, worunter wir erwähnen: die Aufhebung der Verzehrungssteuer und aller Zölle auf Lebensmittel und Rohstoffe, die Ordnung des Stempelgesetzes, die gründliche Verbesserung des Unterrichtswesens, und die Protestation gegen die sog. „Riesenpetition wider die Religionsfreiheit „welche unchristlich in ihrem Wesen und wiedergesetzlich in ihrer Form nicht aus freier Selbstbestimmung der Unterzeichner, sondern durch jesuitische Schleichwege entstanden ist." Ferner begehrt man vollständige Unabhängigkeit von Tirol in politischer und kirchlicher Beziehung, wofern man dort die „ständische" Verfassung und die Unduldsamkeit nicht aufgeben wolle, sowie direkten Verkehr mit den Wiener Ministerien. Die Theologen sollen von nun an in Feldkirch nicht in Brixen die Weihen erhalten. Die Jesuitenausweisung soll auch zu Innsbruck durchgeführt werden. Man bemerkt leicht, um wie viel entschiedener die Männer jenseits des Arlbergs ihre Meinungen kundgeben und auch in der Auffassung der Dinge dem konstitutionellen Begriffe näherstehen, als die am Inn und der Etsch. Das demokratische Element in den alemannischen Thälern erfuhr eben niemals so vielen Abbruch und so viel geistige Verkümmerung als in Tirol, wo es ebenso vorhanden war und im Volkskern, im Bauer, noch wurzelt: Ein paar Sonnenblicke und etwas Schutt beseitigt, und es gedeiht wieder so saftig und fest wie unsere Tannen und Reben.

** Berlin, 14. August. Der konstitutionelle Klub in seiner Sitzung vom 11. August hat dem Beschlusse des „Verfassunggebenden Landtags" in Betreff der Gesinnungs-Inquisition im Heere seine Aufmerksamkeit gewidmet. Wie Ihnen berichtet sein wird, hat die Minorität gegen jenen Beschluß einen Protest oder ein Separatvotum eingereicht. Die Linke ist darüber sehr entrüstet. Auf welcher Seite der politischen Parteien sind aber die Minoritäts-Praktike innerhalb und außerhalb der Kammer Styl geworden? Wir mißbilligen übrigens alle Minoritätsgutachten, von welcher Seite sie auch kommen mögen. — Hr. Feese sprach sich im Klub zuerst darüber aus und erklärte sich mit der Minorität gegen den Beschluß einverstanden. Hr. Oldenberg charakterisirte darauf den Terrorismus der beantragten Aufforderung. Hr. Küttgen erklärte den Beschluß in Bezug auf das Schutzesche Amendement für einen bedauerlichen und wünscht, daß demselben von Seiten des Ministeriums keine Folge gegeben werde. Das Heer dürfe nicht zum Werkzeuge der Parteien herabgewürdigt werden; der Minister sei nicht befugt, über die Ehrenhaftigkeit der Offiziere den obersten Richter abzugeben. Hr. Stern verlangt eine Erklärung des Klubs, daß jener Beschluß von nachtheiligen Folgen für das Wohl und die Sicherheit des Landes sein werde. Nachdem die hervorragendsten Mitglieder des Klubs sich gegen den Beschluß ausgesprochen, den mein letzter Brief zum Gegenstand hatte, nahm die Versammlung auf Oldenberg's Antrag die motivirte Tagesordnung an, weil der Klub gegen die Beschlüsse der Abgeordnetenkammer „nicht Front machen", sondern sie nur zum Gegenstand der Diskussion machen wolle. — Doch wurde gleichzeitig die von Hrn. Linz vorgeschlagene Tagesordnung: „der Klub geht in Nebeneinstimmung mit dem Beschluß der Nationalversammlung (!sic!) zur Tagesordnung über" beseitigt. Deutlicher brauchte der Klub nicht über einen Kammerbeschluß sich auszusprechen, der einen traurigen Beleg dafür abgiebt, wie freilich Viele berufen, doch wie Wenige auserwählt sind, oder hier eigentlich besser: „wie Viele gewählt, und wie Wenige berufen sind!"

Schweiz.

× Zürich, 15. Aug. Die neue Bundesverfassung ist nunmehr von den Großräthen der Mehrheit der Kantone angenommen, indem zu den 10½ Ständen, deren Annahme ich Ihnen berichtet, Baselstadt, Thurgau und Wallis hinzugekommen sind. Der Kantonsrath von Schwyz konnte es nicht über sich gewinnen, dem Volke die Annahme zu empfehlen; er beschloß sogar ausdrücklich, die neue Bundesverfassung nur dann als verbindlich anzuerkennen, und sonach zu deren Ausführung Hand zu bieten, sofern dieselbe ein allseitiges Einverständniß auf sich vereinigt habe; doch protestirte er in einer folgenden Sitzung gegen die Interpretation, als wolle er sich der von der Tagsatzung beschlossenen Einführung mit Gewalt widersetzen. Lobenswerth ist der Beschluß des schwz. Kantonsrathes, für Errichtung von Primär-, Repetir- und Sekundärschulen das Erforderliche anordnen zu wollen. — Definitiv angenommen ist der Bundesentwurf von der Bevölkerung von 5½ Kantonen: Zürich, Bern, Genf, Solothurn, Glarus (einstimmig) und Baselland. Da wo die Ultramontanen die Oberhand hatten, wie im Solothurner „Schwarzbubenland" und in einem Theile des Berner Jura (in Pruntrut) wurde verworfen, sonst nirgends. — Die Regierung von Baselland hätte für ihr verständiges und gewiß nicht unbilliges Verfahren in der Flüchtlingsangelegenheit sich fast ein Mißfallensvotum von dem über die „Kennung gegen die Forderungen der Despoten" erbos'ten Landrathe zugezogen, indem bei einer dreimaligen Abstimmung 28 Mitglieder für und 28 Mitglieder gegen einen Tadel der Regierung stimmten; nach der 3ten Abstimmung absolvirte der Präsident Dr. Matt durch Nichtentscheid die hart bedrängte Regierung. — Der Gr. Rath von Luzern hat eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefaßt: als in einer der letzten Sitzungen der Tagsatzung der Gesandte von Luzern den deutschen Regierungen baldigste Ertheilung einer allgemeinen Amnestie dringend ans Herz legen zu müssen glaubte, hätte wohl Niemand in Deutschland gerade von Luzern folgendes Kontributionsdekret erwartet: Die Mitglieder des frühern Gr. Rathes, welche, mit Umgehung des verfassungsmäßigen Veto, für Beitritt zum Sonderbunde gestimmt, sind in eine Buße von 313,500 Schw. Frk. verfällt. So hat der Gr. Rath beschlossen; das Recht dazu bestreiten wir ihm nicht; allein sollte immer noch nicht der Zeitpunkt gekommen sein, Gnade für Recht walten zu lassen? Das Dekret trifft 90 Mitglieder, deren Beitrag höchst willkürlich nach Maßgabe theils der Schuldbarkeit, theils des Vermögens sich zwischen dem Minimum von 500 und dem Maximum von 20,000 Schw. Frk. bewegt; zu dem letzteren sind die Herren Siegwart-Müller und Mazzola verurtheilt, Alois Hautt zu 10,000 Frk., B. Meier zu 1000 Frk. u. s. w. Allen steht zwar die Berufung an den Richter frei; was nützt aber ein richterlicher Spruch, wenn das Princip, worauf derselbe sich basiren soll, absolute Willkür ist? — Damit ferner die am 20. vorzunehmende Volksabstimmung über die neue Bundesverfassung ein möglichst günstiges Ergebniß liefere, wurde beschlossen, daß die ohne Entschuldigung ausbleibenden stimmfähigen Bürger zu den annehmenden gerechnet würden, und daß die ansässigen Schweizer anderer Kantone ebenfalls ihre Stimme abgeben dürfen. Der Vorschlag, das berüchtigte Preßgesetz von 1843, sowie das bucherische Freischaarengesetz von 1845 zu beseitigen, und das durch Siegwart-Müller verstümmelte Strafgesetzbuch wiederherzustellen, ward in erster Berathung angenommen, die definitive Annahme bleibt einer folgenden Session vorbehalten. — Der Kanton Graubündten hat von jeher einen unüberwindlichen Abscheu vor allen direkten Steuern besessen; jetzt da die Ansprüche an den Staat auch größere Staatseinnahmen erheischen, legt der Gr. Rath, da er sich zu einer Vermögenssteuer nicht entschließen kann, schnell noch, ehe die definitive Annahme der Bundesverfassung dergleichen Experimente unmöglich macht, eine Konsumsteuer auf einheimischen und fremden Wein, eine Maßregel, die in den Bündtner Blättern eifriger besprochen wird als seiner Zeit der Sonderbundkrieg oder als jetzt die Annahme des Bundesentwurfes. Die souveränen Gemeinden, die über jeden Gesetzesentwurf abzustimmen haben, ehe derselbe Gesetzeskraft erlangt, sind über diesen Gegenstand von allgemeinem Interesse plötzlich in die größte Aufregung gerathen. Hoffentlich wird jedoch die oberste Bundesbehörde dergleichen Versuche von freundnachbarlicher Ausdeutung zu verhüten wissen; sonst wäre ja noch bis zur definitiven Annahme der Bundesverfassung der Willkühr Thür und Thor geöffnet. — Der Gr. Rath von Wallis hat den Vergleichsvorschlag des mit Vollmachten vom heil. Stuhle versehenen Abtes von St. Moritz, die Bisthümer Sitten und St. Moritz in eines zu verschmelzen, die Abtei St. Moritz zu säkularisiren und das Kapitel von Sitten auf 6 Chorherren zu reduciren, mit Mehrheit verworfen, und zugleich den Staatsrath beauftragt, den Beitrag der Geistlichkeit zur Deckung der sich auf eine Million belaufenden Staatsschulden zu bestimmen. Ein Antrag, die Abteien von St. Bernhard und St. Moritz definitiv aufzuheben, erfreute sich großen Beifalls, und wird wahrscheinlich im November mit Erfolg wiederholt werden. —

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elliot 6 Exp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Lauremann in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Rue de Rambuteau.

Deutsche Zeitung.

Die Verlagsexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 229. Heidelberg, Samstag 19. August. 1848.

Uebersicht.

Staat und Kirche I. — **Wien** (die Rückkehr des Kaisers. Die östliche Frage. Karl Alberts strategische Stellung bei Mailand. Befehl des Kriegsministeriums die Räumung Modenas betreffend. Finanzmaßregel. Proklamation des Kaisers. Patent der Walachen. Der Waffenstillstand. Reichstagsverhandlungen. Die Robotfrage. Truppen nach Italien.) **Triest** (der Tag der Eroberung Mailands. Triest deutsch oder italienisch. Die Flotte Umago verlassen). **Innsbruck** (Bombardement von Peschiera). **Berlin** (Verhandlungen des verfassunggebenden Landtages). **Köln** (das Fest). **München** (Soldatenexcesse. Kapenmusik bei Abel). **Stuttgart** (Amnestie). **Hannover** (Antwort des Ministeriums auf die Bittschriften der han. Städte. Pr. v. Bothmer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt. Radetzky einen Orden erhalten). **Karlsruhe** (Amnestie). **Kassel** (Jordan Bevollmächtigter bei der Centralgewalt). **Frankfurt** (Verhandlg. der Nationalversig. Grundrecht. Beiseitegeschoben. Gesandten ernannt. Das Reichsministerium und die Italienische Frage. Bittesdorfs Artikel in der O.-P.-A.-Z. aufgenommen. Die Oberpostamtszeitung).

Schweiz. Vaa der Schweitzergrenze. Die Flüchtlinge.

Schweden. Stockholm. Bevorstehender Schluß des Reichstags.

Großbritannien. London. Nachrichten aus Irland. Die Kartoffelkrankheit.

Frankreich. Paris. Die Untersuchung über die Juniinsurrektion. Verhandlungen der Nationalversammlung über den Antauf der Eisenbahnen vom Staat.

Italien. Modena. Rückkehr des Herzogs.

---

19. August.

Daß unter den Foederungen, welche die öffentliche Stimme an die Neugestaltung Deutschlands stellt, auch solche sich befinden, welche die kirchlichen Verhältnisse betreffen, wird Niemanden in Verwunderung setzen. Lebt ja doch die Gegenwart noch in frischer Erinnerung an die nächste Vergangenheit, die, wenn irgend einmal, von Streitigkeiten kirchlicher Natur erfüllt war. Sind nun auch die letztern zurückgedrängt worden von den großen Interessen, durch die unser heutiges politisches Leben bewegt wird, so liegt doch Nichts so sehr in der Natur der deutschen Verhältnisse, als das stets erneuerte Hervortreten der kirchlichen Fragen. Mag man dasselbe als ein Glück oder als ein Unglück für Deutschland ansehen: so viel ist gewiß, eine endliche Entscheidung über die Konflikte zwischen Staat und Kirche und die Stellung der einzelnen Kirchengemeinschaften zu einander ist nicht zu umgehen. Die neue Konstituirung Deutschlands nöthigt auch diese Punkte auf's Neue hervorzuziehen. Schon in der nächsten Zeit wird die Berathung des Artikels III. der Grundrechte in der deutschen Nationalversammlung auf eine Menge jener Punkte zurückführen, welche im Lauf des letzten Jahrzehnts die Gemüther allgemein bewegt, zum Theil in die leidenschaftlichste Gährung versetzt haben. Es ist daher Nichts so sehr zu wünschen, als daß aus dieser Gährung, die sonst nicht zu den erfreulichsten Partien unserer Geschichte gehört, wenigstens ein solider Niederschlag gesunder Grundsätze über die staatliche Behandlung der Kirchenfrage sich möge gebildet haben, um unserer Gesetzgebung zu Gute zu kommen.

Nach manchen Anzeigen scheint es aber noch nicht dahin gekommen zu sein, daß wir diese Grundsätze so ohne Weiteres als reife Frucht vom Baume pflücken können, indem — worauf auch in diesen Blättern bereits mehrfach hingedeutet worden ist — nicht Alles, was in Beziehung auf Religions- und Kirchenverhältnisse als Forderung der öffentlichen Stimme laut geworden ist, den Stempel reiflicher Erwägung und umsichtiger Berücksichtigung aller einschlagenden Verhältnisse in dem Grade an sich trägt, wie es ihn an sich tragen sollte. So scheint uns auch der Entwurf der Grundrechte in seinem Artikel III. an manchen Gebrechen zu leiden, und zwar vor Allem an dem Hauptgebrechen, daß er die Fragen, die er zur Entscheidung bringen soll, mehr von gewissen humanitarisch-idealistischen, als von eigentlich praktisch-politischen Gesichtspunkten aus auffaßt. Es ist daher gewiß nicht überflüssig, bevor vielleicht verhängnißvolle Entscheidungen darüber gefaßt werden, Beurtheilungen des Artikels Gehör zu schenken, die bei aller Anerkennung der ihm zu Grund liegenden Intentionen, doch gegen einzelne Theile seines Inhalts mancherlei gewichtige Bedenken nicht verbergen können. Wir freuen uns, einr ebenso ideell freisinnige, als den Thatsachen, der Wirklichkeit die unerläßliche Beachtung schenkende Kritik des Artikels III. in der Schrift eines berühmten deutschen Gelehrten*) gefunden zu haben, der längst als einer der bedeutendsten Stimmgeber auf dem Gebiet der kirchlichen Fragen die verdiente Anerkennung genießt, und glauben, daß mindestens nicht Wenige den Hauptgedanken mit demselben Interesse, wie wir, folgen werden.

Der Artikel III. des Entwurfs der Grundrechte lautet bekanntlich folgendermaßen: §. 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. §. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. §. 14. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. §. 15. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. §. 16. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilaktes stattfinden.

Halten wir uns zunächst an den §. 13, so unterliegt nach dem Verfasser der Grundsatz der rechtlichen Gleichstellung der Bekenntnisse an sich natürlich keiner Einwendung. Er ist eine Sache der Humanität und zugleich der politischen Nothwendigkeit. Er stützt sich insbesondere auf den Begriff der Selbstständigkeit des Staates, vermöge deren derselbe die Ertheilung seiner Rechte nicht abhängig machen kann von der kirchlichen Stellung seiner Angehörigen. Allerdings aber kann darüber ein sehr ernster Zweifel entstehen, ob — unter Hinzunahme von §. 14 — es wohlgethan sei, die Nothwendigkeit irgend einer Anerkennung durch den Staat für die sich bildenden Religionsgesellschaften völlig aufzuheben und somit alle denkbaren Bekenntnisse schon im Voraus gleichsam in Bausch und Bogen für berechtigt zu erklären? Es kann freilich das bisher sogenannte Hoheitsrecht des Staates in Beziehung auf die Religionsgesellschaften in einer für die religiöse Freiheit hemmenden und bedrückenden Weise geübt werden und ist bekanntermaßen oft genug so geübt worden. Allein jedenfalls liegt einerseits darin die wichtige Wahrheit, daß das gemeinsame öffentliche Leben nicht ein zwiespältiges, sondern ein einheitliches sein, in dem Gemeinwohl und in den dasselbe bedingenden höchsten sittlichen Zwecken zusammenstimmen soll; andreseits hat die faktische Uebung dieses Rechtes nir gehindert, daß sich eine große Mannigfaltigkeit religiöser Denkarten und Bekenntnisse unter uns bilden und bis zu ihren letzten Konsequenzen entwickeln konnte. Um so mehr gehört es zum Unbefriedigenden des Entwurfs, daß er, anstatt einen Versuch zu machen, durch Vorkehren gegen Mißbrauch den rechten Gebrauch zu sichern, vorschlägt, das Recht gänzlich aufzuheben. Der Knoten ist damit zerhauen, keineswegs aber gelöst. Wir wollen nur fragen, wie der Staat, wenn hier zugleich das unbeschränkte Associations- und Unterrichtsrecht hinzugenommen wird, den Jesuitismus auf gesetzlichem Wege fern halten will? Aber auch anderweitigr Verlegenheiten werden nicht ausbleiben. Es ist

*) Die bürgerliche und politische Gleichberechtigung aller Konfessionen; die unbeschränkte Sektenbildung und die Trennung der Kirche vom Staat, im Zusammenhang erwogen von Dr. C. Ullmann. Stuttgart u. Tübingen 1848.

bereits vorgekommen, und wir werden es noch ferner erleben, daß staatsgefährliche, staatzerstörende Elemente unter religiöser Einkleidung, unter dem Deckmantel der religiösen Association zur Geltung zu kommen gesucht haben. Erinnern wir uns nur an die politisch-socialistischen Grundsätze der Münsterschen Wiedertäufer im sechzehnten Jahrhundert und fragen uns, ob in unsern Tagen nicht ähnliche Tendenzen versucht sein könnten, sich unter ähnlichen Hüllen zu verstecken. Die demokratisch-sociale Republik, das Ideal einer gewissen Fraktion der Gegenwart, in Wahrheit aber und im Grund nichts Anderes, als eine Erneuerung der alten Wiedertäuferei — wird sicherlich nicht lange mehr in offenen Vereinigungen, auf dem Grund des politischen Vereinsrechtes, fortbestehen und Propaganda machen. Was aber kann der Staat, der auf sittlicher Basis ruhen will, der Besitz und Ehe als die unveräußerlichen Grundlagen seiner Existenz betrachtet, der die konstitutionelle Monarchie festgestellt hat, thun, sobald die Doktrinen der demokratisch-socialen Republik im Gewande der Religion auftreten? Es ist dies keine überflüssige Frage. Denn bereits wissen wir, daß aus religiösen Gründen der Besitz und die Ehe verworfen, daß der Socialismus, der Kommunismus, selbst die Republik zur Religion gemacht werden kann, die sich als solche keinem ausgesprochenen Majoritätswillen fügt. Es wird nicht schwer fallen, auch den Satz, daß der Besitz Diebstahl sei, auf eine religiöse Weltanschauung zurückzuführen. Was kann also der Staat thun, wenn es den vom politischen Gebiet verdrängten Fanatikern der socialen Anarchie, zum Beispiel wie sie Frankreichs üppiger Boden in erschreckender Weise hat aufwachsen lassen — gefiele, sich als religiöse Sekte zu konstituiren? Er kann Nichts thun, er ist wehrlos, er kann sie nicht einmal hindern, sich öffentlich und vollständig zu organisiren. Zwar sagt §. 12 des Entwurfs: „Verbrechen und Vergehen, die bei Ausübung der Religionsfreiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.“ Und das ist allerdings eine gewisse Schranke. Allein ehe es zu wirklichem Verbrechen und Vergehen kommt: was kann nicht Alles schon im Bereich des inneren Lebens geschehen, wie können nicht in den Gemüthern vermittelst gesetzlich zugestandener Thätigkeit alle die Grundsätze zerstört und unterwühlt sein, auf denen in letzter Instanz unser ganzes öffentliches Leben beruht! Will man aber einwenden: Gesellschaften dieser Art seien nur scheinbar religiöse, in der That aber politische — so würde sich, wenn sie sich selbst als religiöse geben, wieder fragen: wer über den Begriff des Religiösen im Unterschied vom Politischen entscheidet, und auch das würde der Staat in seiner neuen Stellung natürlich nicht thun können. Endlich sollte wohl in Zeiten, wo so viel vom Volk geredet wird, auch die Anschauungsweise berücksichtigt werden, die sich von diesen §§. im Volke bilden wird. Letzteres hat bisher mehr oder minder klar die ganz natürliche Vorstellung gehegt, der Staat ruhe auf religiösen, und noch bestimmter, auf christlichen Grundlogen. Begibt sich nun der Staat aller und jeder religiösen Basis, so wird der Staat selbst seinen sittlichen Charakter im Bewußtsein des Volkes nicht behaupten können, weil in diesem Bewußtsein das Sittliche durchaus auf dem Religiösen beruht. Täusche man sich darüber nicht: die Ideen von absoluter Toleranz, Bekenntniß- und Kirchenfreiheit, welche Atheismus und Profanation alles Heiligen mit Religiosität und Christenthum völlig in eine Linie stellen, werden für den Staat keine goldnen Früchte tragen. Denn diese Ideen, die uns auf den Höhen der Bildung in so erhabener Gestalt entgegentreten, krystallisiren sich in den untern Regionen zu gemeiner Zügellosigkeit und platter Gottlosigkeit sans phrase, weil man hier dasjenige für gebilligt hält, was sich unter die Augen der hohen Obrigkeit keck hinpflanzen darf. Unter solchen Umständen drohen von solchen voreiligen Genehmigungen unreifer Sekten mehr öffentliche Nachtheile, als man jetzt ahnen dürfte.

Ist es sonach nicht eben verständig, schon im Voraus alles das zu legitimiren, was möglicher Weise auf dem religiösen Gebiete auftauchen kann, und durch solch' unbeschränkte Anerkennung in gewissem Sinne zur Sektenbildung aufzumuntern, so kann es dem Staate noch viel weniger vom Standpunkt des Rechtes zugemuthet werden. Denn die Individuen würden vermöge der fraglichen Bestimmungen außerordentlich frei, der Staat dagegen ihnen gegenüber gebunden und wehrlos sein. Liegt es nun ohne Zweifel im Interesse des Staates, den Individuen zwar möglichst viel, aber doch nur so viel Freiheit zu gewähren, daß dabei die Ordnung und das Wohl der Gemeinschaft noch gesichert bleiben, so erscheint eine allem Möglichen, noch völlig Unbekannten zugesprochene Berechtigung nicht als eine wohlbemessene Zuertheilung, sondern als eine Begründung von Rechten. Auch läßt sich zu Gunsten des §. 14 nicht an die §. 11 proklamirte volle Glaubens- und Gewissensfreiheit Berufung einlegen. Denn auch der, welcher diesen Grundsatz vollkommen billigt und vertheidigt, wird doch noch einen Unterschied machen müssen, zwischen dem Glauben des Individuums und der genossenschaftlichen Vereinigung auf gewisse Grundsätze. Dieser Unterschied wird z. B. auch in dem neuen französischen Verfassungsentwurf festgehalten, welcher einerseits die vollkommene individuelle Glaubens- und Bekenntnißfreiheit feststellt, andererseits aber doch in Betreff der Gemeinschaften von einer Anerkennung durch das Gesetz spricht. Um den Glauben des Individuums hat sich unter uns auch bisher schon der Staat nicht bekümmert; aber die religiöse Gesellschaftsbildung hat er allerdings seiner Kontrole unterworfen. Das Erstere möge er auch ferner nicht thun, und, wenn er es ja gethan, so möge er es in Zukunft auf's Sorgfältigste vermeiden. Aber auch das Letztere aufzugeben, wie §. 14 ihm vorschlägt, daran würde er nicht wohl thun; er würde unvorsichtig und voreilig handeln und, während er einigen Schwierigkeiten entginge, sich in andere größere verwickeln.

Oesterreich. ** Wien, 12. August. General Graf Klam, der heute Vormittag als Kurier mit der Nachricht der Kapitulation Mailands beim Ministerium anlangte, erzählte unter mehreren wichtigen Details auch Folgendes: Karl Albert hat sich keineswegs von Pavia aus zurück auf sardinischen Boden geflüchtet, sondern vielmehr mit einem Korps von 40,000 bei Bordana zum Schutze Mailands aufgestellt. In dem Momente, wo die österreichischen Truppen ihn in dieser Stellung angriffen, erfuhr er, daß zwei Kolonnen ihn im Rücken anzugreifen herbeieilten. Er gab daher eiligst seine Stellung auf und trat den Rückzug an, wobei ein Theil seiner Truppen durch Mailand zog. Der Podesta dieser Stadt kam auch alsobald im Lager Radetzky's an und brachte den Schlüssel der Stadt. Als die österreichischen Truppen in die lombardische Hauptstadt einzogen, war noch ein Theil der Piemontesen im Rückzug aus derselben begriffen, und diese wurden von dem Mailänder popolo Grasso todt geschlagen, während den Oesterreichern Blumen gestreut wurden. Eins so niederträchtig, als das Andere! — Eine andere Nachricht von Bedeutung, die ich Ihnen geben kann, ist, daß heute Mittag ein Kurier an den Feldmarschall Welden expedirt wurde, mit dem Befehl des Kriegsministeriums, sogleich Modena wieder zu räumen und, wie es in der Motivirung dieses Befehls ausdrücklich heißt, jedem Konflikt mit Frankreich und andern Großstaaten fern zu bleiben.

δ Wien, 12. August. Anderswo würde ein Monarch, der unter solchen Verhältnissen der Hauptstadt den Rücken gekehrt und so viel Verwirrung dadurch hervorgebracht hätte, mit bitterer Gereiztheit empfangen werden, und in dieser Bitterkeit läge der Keim zu langen, nachhaltigen Konflikten. Der sanguinische Oesterreicher ärgert, sobald man ihm wieder freundlich entgegen kommt, die Kränkung von gestern, und der Bruch ist viel leichter zu heilen. Die Gegenwart des Kaisers verlegt den ganzen Schwerpunkt der Monarchie wieder nach Wien, und damit ist unendlich viel gewonnen für die Konsolidirung der Ordnung. Die letzten Tage haben sich überhaupt viel günstiger für die Geschicke Oesterreichs gestaltet, und man ist wirklich genöthigt, an jenes wunderbare Räthsel zu glauben, welches Hormayr in seinen schneidenden „Anemonen“ das Mirakel des Hauses Oesterreich nennt, ein Mirakel, welches darin besteht, daß Oesterreich fast in allen Jahrhunderten gerade in den Momenten, wo es am unrettbarsten schien, kräftiger als je sich erhob. Der Sieg in Italien, wo der äußerste Nationalfanatismus und eine numerisch viel größere Waffenmacht Radetzky entgegenstand, ist ein solches Mirakel. Radetzky hat nach dem Ausspruch aller Kenner ein sehr gewagtes Spiel gespielt und fast Alles auf eine Karte gesetzt — und hat gewonnen. In Ungarn ist die kroatische Gegenbewegung gegen die nunmehr zweifellose Perfidie Kossuth's eine ähnliche Erscheinung, und schon bereitet sich im Schooße der Magyaren selbst eine mächtige Bewegung vor, die nach Versöhnung mit Wien strebt. In Galizien ist die fortdauernde Ruhe, im Vergleich mit den tragischen Ereignissen in Posen, ein nicht geringeres Wunder, und die Niederlage des Panslaalismus in Prag ist trotz allen Geschreies, das man gegen den männlichen, etwas allzumilitärischen, aber keineswegs unredlichen Windischgrätz erhebt, von den wohlthätigsten Folgen. Der konstituirende Reichstag hat jetzt alle Fäden ungestört in seinen Händen, um Oesterreich wieder zu kräftigen und konsolidiren zu können. Auf ihn müssen wir jetzt alle Blicke wenden. Wird er Zeugungskraft genug haben, um seine Aufgabe zu vollenden? Die Frage ist keine orrtiazelte, sie ist dieselbe, die auch

in Bezug auf die konstituirende Versammlungen in Berlin, in Frankfurt, in Paris die Welt in Spannung erhält.

†† Wien*), 14. Aug. Folgendes Plakat ist die Proklamation des Kaisers an die Wiener nach seiner Rückkunft: Der gestrige Tag, an welchem Ich, in Eure Mitte zurückkehrend, die schönsten Beweise Eurer alten unveränderlichen Liebe erntete, wird mir und allen Gliedern des kaiserlichen Hauses unvergeßlich bleiben. Möge er als feierlicher Gedächtnißtag des neuen Bandes zwischen einem freien Volke und seinem konstitutionellen Kaiser in der Geschichte des Vaterlandes ewig glänzen, mögen auch fernerhin Friede, Eintracht, Ordnung und Gesetzmäßigkeit herrschen, damit unter ihrem Schirme der Aufbau unseres neuen verfassungsmäßigen Staates zum Heil und Segen aller Völker Oesterreichs gedeihe und sich kräftige. Im Vereine mit den selbstgewählten Vertretern derselben und unterstützt von meinen verantwortlichen Räthen hoffe ich, die schwere, von der Vorsehung mir beschiedene Aufgabe, die neue Konstituirung des Vaterlandes rühmlich zu Ende zu führen. Wien, 13. Aug. 1848. Ferdinand. In dieser Proklamation tritt das erste Mal das apostrophirende Fürwort „Eure" mit einem großen Anfangsbuchstaben geschrieben neben dem persönlichen „Ich" auf. Das alte lächerliche „Wir" wird hoffentlich nie wiederkehren. — Ein letzthin erschienenes Plakat der Romanen oder Wallachen enthielt ihre neue Verfassung und versprach sich den Schutz von Deutschland, Frankreich, England, wenn Rassen oder Türken ihre errungene Volkssouveränetät angreifen sollten. — Der aus Wien verwiesene Demagog Schütte ist wieder zurückgekommen und hat seine Wühlereien neuerdings begonnen. — Man ist hier auf die Schritte des französischen Diktators sehr gespannt. Wird Frankreich intervenieren? Gestern traf der Kurier Radetzky's mit den Bedingungen eines abgeschlossenen sechswöchentlichen Waffenstillstandes ein. Sie lauten auf Uebergabe von Venedig, Peschiera, Osoppo, Rara d'Anfo, Räumung Parma's und Rückgabe aller österreichischen Schiffe. Diese sechs Wochen geben Frankreich Zeit sich zu rüsten, England zu intriguiren, Oesterreich sich zu verstärken und Deutschland einen Beschluß zu fassen! Wird man von Frankfurt aus schweigen, während schon Frankreich und England über die italienische Frage debattiren; wird man jenem von Unverschämtheit noch nicht emancipirten Diplomatie es begreiflich werden lassen, daß das deutsche Reich eine Macht ist, und nicht wie er unlängst im Parlamente sagte, ein Name, welcher aus Courtoisie bloß gegeben werde; wird man deutsche Heere bloß für Schleswig-Holstein in petto haben, und auch von Oesterreich jetzt noch verlangen, seine zu Hause unentbehrlichen Soldaten dahin zu schicken; wie lange wird man noch mit der höchst nöthigen Verfügung zaudern, auszusprechen, welche Armeen zum deutschen Reiche gehören? — — Gewiß doch die aus deutschen Landen ausgehobenen, und diese müssen vom deutschen Reiche geschützt oder zurückgerufen werden. Wenn die zu Frankfurt für Deutschland Tagenden passiv bleiben bei unserer Aufopferung, mögen sie sich auch die leeren Akklamationen bei den Radetzky'schen Siegesbotschaften ersparen, denn jene Siegesnachrichten sind meistens mit dem Blute deutscher Gefallenen geschrieben. — Bei der heutigen Reichstagssitzung folgte die weitere Diskussion auf den Kudlich'schen Antrag. Ein galizischer Gutsherr, Abgeordneter Lupul, ergötzte und wärmte die Versammtung mit seiner humoristisch kräftigen Rede für gänzliche Abschaffung der Robot und ähnlicher Lasten. Er sprach auch gegen seinen Vortheil. Auf ihn folgte ein Salzburger Abgeordneter und langweilte mit einer gebrochen-deutsch, das heißt im Salzburger Dialekte gesprochenen Rede die Anwesenden, gelangte aber am Ende zu dem unerwarteten Schlußeffekt, den Abgeordneten Borrosch mit einem groben, fein sein sollenden Witze abzutrumpfen. Die früheren Reden waren mir entgangen, weil die Nationalgarde die vielen anwesenden Fremden nach altem System durch das Hinterpförtchen protegirte und das lange schon bei 26 Gr. Hitze wartende Wiener Publikum übervortheilte. Man kann weder dem hies. Reichstage, noch der Gallerie unanständigen Lärm oder andere Unzukömmlichkeiten vorwerfen, daher freier Einlaß auf die Gallerie die Souveränetät der oft zu wenig sagenden Versammlung nicht verletzen würde. — Morgen marschirt wieder ein Landwehrbataillon nach Italien, Alles patrisirt in Wien, ausgenommen das Militär — welches auch bei der Reichsversammlung bisher äußerst selten sichtbar wurde.

Wien, 11. August. Das Finanzministerium hat die folgenden wichtigen Anträge an den Reichstag gestellt, über deren Motivirung wir uns weiteren Bericht vorbehalten: 1) Das Ministerium wird ermächtigt zur Bestreitung des durch die laufenden Staatsausgaben nicht gedeckten, unaufschieblichen Aufwandes, insbesondere aber zur genauen Erfüllung der gegen die Staatsgläubiger übernommenen Verpflichtungen bis zur Feststellung des Staatsvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1849 durch die Ausgabe verzinslicher Kassenanweisungen, oder die Aufnahme eines Staatsanlehens, oder die Benutzung des Kredits der Nationalbank zur Leistung eines weiteren Vorschusses diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche nach den obwaltenden Umständen dem Staatsschatz die mindeste Belastung verursachen, und eine Störung in den Verhältnissen des Geldumlaufes nicht hervorbringen. 2) Das Ministerium erhält sogleich die Ermächtigung für den Fall, wenn es bei der Abschließung eines Anlehens erforderlich oder vom überwiegenden Nutzen wäre, dasselbe mit einer Specialhypothek zu verbinden und zu diese Hypothek Staatsgüter oder geistliche Güter zu verwenden. 3) Ueber die Art, in welcher das Ministerium diese Ermächtigung vollführen wird, und das Ergebniß der ergriffenen Maßregel ist der hohen Reichsversammlung seiner Zeit in kürzester Frist eine ausführliche, wohlbegründete Darstellung vorzulegen. — Auf die Unumgänglichkeit dieser Maßregeln hat der Oesterr. Lloyd schon seit Wochen aufmerksam gemacht — aber trotz der gemüthlichen Anarchie geht es in Oesterreich auch jetzt noch immer langsam voran.

Δ Wien, 14. August. Die Bank hat seit gestern angefangen, statt wie bisher 5 fl. K.-M., 25 fl. K.-M. auf einmal in Silber zu verwechseln.

Innsbruck, 10. Aug. Nachrichten aus Roveredo vom 11. zufolge war Peschiera Tags zuvor noch nicht gefallen. Ein zweitägiges Bombardement hatte viele Häuser verbrannt, auch ein Pulvermagazin in die Luft gesprengt. — Man sagte, der Kommandant sei auf dem Punkte gewesen, von seinen eigenen Soldaten, die durch die Ereignisse der letzten Tage ganz muthlos geworden, zur Uebergabe gezwungen zu werden. (D. k. Z.)

☽ Triest, 12. August. Als eines seltsamen Spiels des Zufalls mag der Thatsache Erwähnung geschehen, daß der Siegeseinzug Radetzky's in Mailand zu derselben Stunde (Mittags 12 Uhr) an demselben Tage (6. Aug.) stattfand, an welchem vor zehn Jahren Kaiser Ferdinand seinen Einzug in Mailand hielt, bei welcher Gelegenheit er so manche That der Milde und des Edelmuths übte. (Amnestirte ꝛc.) Der Jubel der Mailänder soll dieses Mal eben so rauschend gewesen sein als damals! Aber damals war er sicher aufrichtiger. — Unter den hiesigen Blättern herrscht seit einiger Zeit ein komisch-wüthender Nationalitätskrieg. Die Einen behaupten, Triest sei rein italienisch — die Andern weisen nach, unsere Bevölkerung sei rein slavisch — die Dritten stimmen für Deutschland. Heute bringt der Osservatore Triestino einen Artikel, worin sehr witzig nachgewiesen wird, daß die Mehrzahl der Triestiner aus Chinesen besteht.

Nachschrift. 1½ Uhr Mittags. Soeben wird uns berichtet, daß die italienische Flotte die Gewässer von Umago verlassen hat und in westlicher Richtung davon segelt. (Wahrscheinlich nach Venedig zu).

Preußen ☽ Berlin, 15. Aug. Die heutige Sitzung unserer Abgeordnetenversammlung wurde mit Verlesung eines Schreibens eröffnet, worin der Ministerpräsident anzeigt, daß die Vertretung des Kriegsministers dem Generalmajor v. Brandt übertragen worden sei. (Hr. v. Griesheim ist hiermit seiner politischen Funktionen innerhalb der Versammlung enthoben!) Unter den vielen Interpellationen und schleunigen Anträgen, welche hierauf vor der Tagesordnung zur Berathung kommen sollen, wird nur die Interpellation des Abg. Köhler aus Görlitz für dringlich erachtet. Er stellt die Frage, ob das Ministerium Schritte gethan habe, um von der österreichischen Regierung die Aufhebung eines neueren Verbots, daß kein gemünztes Silber aus den kaiserlichen Staaten ausgeführt werden dürfe, zu erlangen. Bekanntlich ist diese Angelegenheit auch in Frankfurt wiederholt Gegenstand der Beschwerde namentlich von Seite süddeutscher Abgeordneten gewesen, ohne daß diese Versuche, jenes für die Gewerbetreibenden der an Oesterreich grenzenden deutschen Staaten sehr verderbliche Verbot zu beseitigen, von Erfolg gekrönt worden wären. Auch die preußische Regierung hat, wie der Handelsminister dem Fragesteller mittheilte, keine andere Antwort erhalten können, als daß das Ausfuhrverbot durch die eigene Selbsterhaltung geboten sei. Uebrigens scheine die österreichische Regierung in neuester Zeit ein Einsehen haben zu wollen, indem sie seit etwa acht Tagen Papiergeld auszugeben anfange. — Auf der Tagesordnung stand heute die wichtige Berathung über die Richtung der großen Ostbahn. Einem Jeden sind wohl noch die denkwürdigen Verhandlungen, welche vor einem Jahre im Schooße des Vereinigten Landtages über diesen Gegenstand gepflogen wurden, in lebhaftem Andenken. Der Widerspruch des Patents vom 3. Februar mit der Gesetzgebung von 1815 bewog damals die hochherzigen Stände von West- und Ostpreußen, ihrem eigenen

*) Daß die Ungarn, sonst tapfere Mitkämpfer in unserem Freiheitskriege mit bei Belle Alliance gefochten haben, wie unser geehrter Korrespondent gestern schrieb, ist uns nicht bekannt. D. Red.

theuren Interesse zuwider die nöthigen Geldbewilligungen der Regierung zu versagen, und obwohl jeder Tag der Verzögerung die Gefahren, welche der deutschen Freiheit von Petersburg drohten, vermehrte, säumte der Absolutismus, dem Barbaren des Ostens den eisernen Arm entgegenzustrecken, denn über die Selbständigkeit des Vaterlandes gingen dem Ministerium Bodelschwingh die Grundsätze des Febeuarpatentes! Auch hier brachte uns der Frühling dieses Jahres die ersehnte Rettung. Es wurden sogleich die im Unmuthe über den Widerspruch der Stände unterbrochenen Arbeiten an der Weichsel wieder aufgenommen und unter eigener Verantwortlichkeit der Regierung sogar noch umfassendere Arbeiten an denjenigen Stellen begonnen, wo über die Richtung der Bahn kein Zweifel schien. Die Maßregel war allerdings kühn, jedoch durch die nach der Revolution täglich steigende Noth des Proletariats, welches Arbeit verlangte, gerechtfertigt. Die von dem Abg. Pakrzywnicki an die Versammlung gerichtete Frage, ob Veranlassung vorhanden sei, die von der Regierung ohne Genehmigung des Landtags vorläufig begonnenen Arbeiten einzustellen? führte endlich von selbst die Entscheidung über die Richtung der Bahn herbei. Die vorberathende Kommission befürwortete fast einstimmig die mittlere Richtung über Küstrin, Landsberg, Driesen, Bromberg, Dirschau (Weichselübergang), Königsberg. Das große Interesse, welches die Ostbahn für die Wehrhaftigkeit von ganz Deutschland in Anspruch nehmen darf, rechtfertigt eine genauere Mittheilung der von der Kommission zusammengestellten Gründe. Voran stehen die strategischen und nationalökonomischen Rücksichten. In ersterer Beziehung macht sie darauf aufmerksam, daß auf jener Linie die Festungen Küstrin, Thorn, Graudenz, Danzig liegen. Es könne wohl kaum mit Grund bestritten werden, daß eine Eisenbahn, welche, gedeckt von der Weichsel und Netze, parallel mit diesen Flüssen läuft, von der entschiedensten Wichtigkeit gerade auf einer so langen Vertheidigungslinie sowohl für die Feldarmee, als auch für die Festungen sein würde. Stettin und Küstrin (man kann Spandau hinzufügen) würden Graudenz und Thorn mittelst der Bahn ebenso unterstützen, als wenn jene Plätze ohne Bahn nur 8 Meilen auseinander lägen. Gegen den Einwand, daß das strategische Interesse bei der Anlage einer Bahn unerheblich sei, wird bemerkt, es genüge ein Blick auf die Eisenbahnkarte von Frankreich, daß die Richtungen der Bahnen keineswegs ohne Beziehung auf einen Krieg mit Deutschland gewählt worden. Nicht geringer werden von der Abtheilung die nationalökonomischen Vortheile angeschlagen. Es liege in dieser Hinsicht auf flacher Hand, daß der Wohlstand in einer feuchtbaren Gegend durch Anlage einer Eisenbahn, welche mit der Hauptstadt und dem Meere zugleich die Verbindung herstelle, bei Weitem mehr wachse, als in einem größtentheils unfruchtbaren sandigen Boden. (Die nördlichere Richtung über Konitz berührt die Tuchler Heide!) Jedem der Werth der Grundstücke im ersteren Falle nämlich auf eine halbe Meile Breite zu jeder Seite der Eisenbahn um 10 pCt. steige und die Bahn sich also selbst bezahlt mache, laste sie im andren Falle mit $^2/_3$ ihrer Kosten auf den Steuerpflichtigen — eine Erscheinung, deren Wahrheit sich schon bei den Chausseebauten herausgestellt habe. Als weitern Grund macht die Abtheilung geltend, daß die Handelswege nicht parallel mit der Seeküste, sondern, wie dies bei der Danzigbromberger Bahnstrecke der Fall sein würde, in das Land hineingingen. Endlich spreche für die mittlere Richtung der Bahn auch das Bedürfniß einer Verbindung des Netzlandes mit dem südlichen Theile von Westpreußen. Diese Gründe für die mittlere Bahnrichtung waren in der That so triftig, daß nur wenig dagegen gesagt werden konnte. Die nicht selten fast an Ironie grenzende Uebertreibung derjenigen, welche, wie der Abg. Bauer aus Krotoschin, mit den lebhaftesten Farben die blumigen Auen und fruchtbaren Gefilde schilderten, die man längs der Eisenbahn auf den öden Sandsteppen der Tuchler Heide aufkeimen sehen würde, zeigte am Besten, auf wie schwachen Füßen die Gegner sich hielten. Von den Abgeordneten aus den westlichen Provinzen ließ besonders der Abg. Moritz (Sachsen) den edlen Bewohnern der Provinz Preußen volle Gerechtigkeit widerfahren. Es sei wohl noch nicht in der Geschichte vorgekommen, bemerkt er u. A., daß man seine politischen Ansichten über die wichtigsten Interessen der eigenen Heimath gestellt habe. Die Pietät fordere, jenen stiefmütterlich behandelten Landestheilen schnell die Wohlthaten einer Verbindung mit dem Kerne des Landes angedeihen zu lassen; Preußen würde in sich selbst ersterben, wenn man ihm nicht die Ausfuhr nach Westen sichere, die ihm nach Osten hermetisch verschlossen sei. G. v. Brandt, der heute zum erstenmale den Sitz des H. v. Griesheim einnahm, entwickelte des Näheren die oben berührten strategischen Motive. Hier noch wenige Worte über die Stellung des Kabinets in dieser hochwichtigen Angelegenheit. Schon lange, bemerkt in dieser Hinsicht Minister Milde, habe das Bedürfniß obgewaltet, unsre Brüder im Osten, jene Hochwärter unserer Freiheit, dem Herzen Deutschlands näher zu bringen. Eine Eisenbahn wäre nothwendig geworden. Jahre lang sei indeß über die Richtung der Bahn, ob sie über Posen oder Küstrin oder nordwärts über Stettin zu legen, gestritten worden. Nach heftiger Opposition habe man sich endlich dem gesunden Principe der Nationalwohlfahrt gemäß entschieden, diejenige Linie zu adoptiren, welche mit Unrecht die „Regierungslinie" genannt werde. Es sei diese Richtung auch von der Kommission unterstützt worden; er hoffe, daß die Versammlung gleicher Ansicht sein werde. Inzwischen habe es sich für die Regierung gefragt, ob sie die Bahn mit den gewöhnlichen Baufonds in 18 bis 20 Jahren oder schnell mit außerordentlichen Mitteln vollenden wolle. Sie habe sich für Letztes entschieden und auf ihre Verantwortlichkeit hin den Bau an der Stelle, wo ihr die Richtung unzweifelhaft schien, zwischen Driesen und Schneidemühl begonnen. Eine weitere Verantwortlichkeit über die darüber hinausfallende Richtung der Bahn wolle das Ministerium nicht übernehmen. Ein Entschluß müsse schnell gefaßt werden. Der Wohlstand Westpreußens beruhe hauptsächlich auf der Getreideausfuhr nach England; eine Verbindung zwischen der Oderweichsel mit Danzig und Stettin sei deßhalb von der größten Wichtigkeit. — Die Versammlung entschied sich nach einer langen Debatte endlich mit einer bedeutenden Mehrheit für die von der Kommission vorgeschlagene mittlere Richtung der Ostbahn über Küstrin, Driesen, Schneidemühl, Bromberg, Dirschau nach Königsberg. Es versteht sich, daß durch diese Abstimmung der Finanzpunkt noch keineswegs entschieden ist; die Vorlagen hierüber werden indeß schon binnen 14 Tagen erfolgen.

Köln, 16. August. Wir fahren fort, der Köln. Zeit. den Bericht über die Feier des 15. zu entlehnen, wenn wir auch Viel von dem obligaten Festprunk opfern müssen, der uns gar sehr an den officiellen Bulletinstyl erinnert, womit in vergangenen seligen Tagen die gute Presse ihre Spalten füllte. — In der Frühe des 15. fand nach dem Ritus die Konsekration bei verschlossenen Thüren des Domes Statt. Nach 8 Uhr sammelte sich von Neuem der Festzug, heute noch reicher als am gestrigen Tage durch die Theilnahme aller möglichen Korporationen und Vereine Köln's. Der Zug trat in den mit Menschen angefüllten Dom; der König, der Reichsverweser, der Vorstand des Dombauvereins, die Deputirten und Ehrengäste nahmen im Chore ihre Plätze. Man zählte an zehntausend Menschen im Dome. Neun hohe Würdenträger der Kirche waren anwesend bei dem feierlichen Hochamt. Nachdem die Messe von Haydn ausgeführt war, stimmte der Erzbischof, unter dem Geläute der Glocken und dem Donner der Geschütze, das Te Deum an. Bis 1 Uhr währte die kirchliche Feier. Die neuen, gestern enthüllten Fenster, das Geschenk des Königs von Baiern nach einem trefflichen Erzeugniß der neuen Glasmalerei, leuchteten herrlich in der hellen Mittagssonne. In der ganzen Stadt war für die Freude des Tages gesorgt; die Armen erfreute Wein und Wurstbrod, und auch der Gefangenen wurde durch bessere Speisung gedacht. — Der große Saal des Gürzenich, künstlerisch geschmückt und reich mit Gasflammen erleuchtet, mit einer Tribune für die hohen Gäste und sechs langen Tischreihen zum großen Festmahl gerüstet, öffnete sich um 1 Uhr. Die Tribune zeigte die Inschrift: Ein einiges Deutschland, und wieder die beiden großen Worte: Eintracht und Ausdauer. Unter Hochruf traten die hohen Gäste ein; der Reichsverweser, der König, der Prinz Wilhelm, der Nuntius, der Erzbischof von Köln, Heinrich v. Sagern und der Fürst von Leiningen nahmen auf der Tribune Platz. Der Männergesangverein und die Liedertafel sangen das von Otto Sternau gedichtete Festlied, das dreimal mit Jubel wiederholt wurde. Darauf trat der König von Preußen, das Glas in der Hand, an den Rand der Tribune und brachte folgenden Toast: „Mein Toast gilt einem deutschen Manne, einem Meiner bewährten treuen Freunde, dem Manne Ihres Vertrauens, der auch Meine Liebe, Mein vollstes Vertrauen besitzt. Er gebe uns einige und freie Völker, er gebe uns einige und freie Fürsten — dem Erzherzog Johann, dem Reichsverweser!" Bald darauf erhob sich der Erzherzog und sprach mit fester Stimme: „Dem Fürsten, der eben meine Gesundheit ausgebracht, dem Könige von Preußen! Gott erhalte ihn noch lange, und unserer Eintracht und Ausdauer stehe so fest, wie Kölns Dom!" Nach diesem Trinkspruch umarmten und küßten sich die beiden Fürsten. Das Lied „Was ist des Deutschen Vaterland" wurde von der Mehrzahl der Versammlung angestimmt. Dr. v. Groote brachte den Trinkspruch auf Deutschland. Dann trat v. Sagern auf, mit dem lautesten Hoch begrüßt. Seine kräftige, sonore Stimme beherrschte den ganzen Saal. Sein Trinkspruch galt auch dem einigen Deutschland, und passend nannte er das Fest selbst ein Fest der That. „Keine Erinnerung feiern wir, sondern ein Fest der That!" sagte er im Eingange seines Trinkspruches, der mit Begei-

sterung aufgenommen wurde. Nach ihm nahm der König wieder das Wort. Sein Trinkspruch lautete: „Den wackeren Werkleuten am Baue eines einigen Deutschlands, den an- und abwesenden Mitgliedern der Nationalversammlung in Frankfurt!“ Daß derselbe enthusiastisch aufgenommen wurde, bedarf keiner Versicherung, wie auch der folgende Trinkspruch des Reichsverwesers: „Der Stadt, die uns das Fest bereitet hat; sie wachse und gedeihe, sei gleich ihrem Dome, stark und kräftig!“ Der Erzbischof von Köln brachte seinen Trinkspruch, „den Fürsten und deutschen Völkern, die berufen, den deutschen Dom, den Dom des Vaterlandes auszubauen.“ Er schloß mit den Worten: „Wir sprechen den Segen über die Eintracht der Völker und Fürsten, wie wir diesen Morgen den Segen über den Bau ausgesprochen haben.“ Nach dem Herrn Erzbischofe nahm v. Soiron das Wort und sagte etwa Folgendes: „Gönnen Sie einem einfachen Manne ein einfaches Wort. Geben wir uns als Brüder die Hand durch alle Gaue des Vaterlandes bis an seine äußersten Grenzen. Hoch lebe die deutsche Brüderschaft!!“ Nochmals trat nun v. Sagern auf und sprach: „Meinem Vorgänger schließe ich mich an, es gelte der allgemeinen Brüderlichkeit aller deutschen Volksstämme, auf das Zusammenwirken Aller, die berufen sind, mitzubauen an dem großen Werke der deutschen Einheit, auf das Zusammenwirken aller deutschen Stämme in ihren Vertretern, und so vor Allem ein Hoch der Nationalversammlung in Berlin.“ Ihm dankte der Vicepräsident der Berliner Nationalversammlung, Phillips, den Vertretern des gesammten Vaterlandes und ihrem würdigen Vorsitzer ein Hoch bringend. Nach der Entfernung des Königs und des Reichsverwesers nahmen noch, während Freude und Heiterkeit unter den Anwesenden wachs, der Abg. von Köln, Raveaux, der Nuntius, und Baumeister Zwiener, der seinen verdienten Ehrentag gefeiert hatte, das Wort. — Am Abend schloß eine allgemeine Beleuchtung unter heiterem Himmel das Fest. Um 11 Uhr strahlte der Dom bis in die kleinsten Gliederungen und Zacken in rothem Feuer. Im Schlosse Brühl fand ein großes Festmahl Statt. — Am 16. früh bestieg der Reichsverweser in Bonn das Dampfboot zur Rückkehr nach Frankfurt. Der König begab sich zunächst nach Elberfeld. Die Abgeordneten der Reichsversammlung, sowie der Bevollmächtigte Preußens, Hr. Camphausen, begaben sich ebenfalls nach Frankfurt zurück.

Baiern. München, 16. Aug. Die Allg. Ztg. berichtet von sehr bedauerlichen hier vorgefallenen Soldatenexcessen, indem eine Anzahl Soldaten vom 1. Linieninfanterieregiment sich einen gewaltsamen Angriff zweier Häuser und Zerstörung alles Zerstörbaren daran und darin zu Schulden kommen ließen. Am 14. brachte man vor der Wohnung des Hrn. von Abel eine fürchterliche Katzenmusik, und dabei rühmt man sich in Baiern andern deutschen Ländern gegenüber eines gesetzmäßigen ordentlichen Zustandes! Hr. von Abel hat übrigens München verlassen.

Würtemberg. Stuttgart. Der Schw. M. berichtet: Sicherem Vernehmen nach ist die Untersuchung gegen die bis jetzt von der großh. badischen Regierung ausgelieferten, bei dem bewaffneten Einfall in Baden betheiligten, Würtemberger — 31 an der Zahl — durch höchste Entschließung niedergeschlagen worden.

Baden. * Karlsruhe, 18. Aug. Das Regierungsblatt enthält das Amnestiedekret des Großherzogs für die bei dem letzten Aufstand Betheiligten und minder Gravirten. Das Nähere werden wir morgen nachtragen.

Hannover, 12. August. Das Ministerium hat in der Petition der Volksversammlungen von Hannover, von Hildesheim und von Celle eine vielleicht willkommene Gelegenheit gefunden, seine Ansichten über die Stellung Hannovers zur Reichsgewalt in einer friedlicheren Weise auszusprechen, als dieses in dem unglücklichen Schreiben vom 7. Juli geschehen ist, mit dem die Stände so eigenthümlich überrascht wurden. Diese Antwort, die, wie es heißt, von Stüve selbst verfaßt ist, lautet: „Die unter dem 9. d. M. Sr. Majestät überreichte Eingabe einer größeren Anzahl von Einwohnern der Städte Hannover, Celle und Hildesheim ist von Allerhöchstdemselben uns zur Bescheidung übergeben und sind wir im Stande, darauf den Bittstellern Folgendes zu eröffnen: Se. Majestät haben aus der gedachten Eingabe gern ersehen, daß die Bittsteller diejenigen Aufopferungen, mit welchen Se. Majestät zur Förderung der Freiheit und Einheit Deutschlands mitzuwirken seit dem März dieses Jahres Sich stets haben bereit finden lassen, dankbar erkennen und die Gefühle Sr. Majestät rücksichtlich der glücklich vollzogenen Wahl des Reichsverwesers theilen. Se. Majestät beharren in der unveränderten Ueberzeugung, daß die Erhaltung des Friedens, der Wohlfahrt, der Freiheit, der Ehre und des Rechts in Deutschland nur zu erreichen sind durch die innigste Verbindung aller Theile des gesammten Vaterlandes, daß aber diese nur allein zu erstreben sei auf dem Wege der wahren innern Einigung und des gegenseitigen Vertrauens, und nicht erreicht werden könne durch bloße äußere Formen, welche bei der großen Verschiedenheit der deutschen Staaten, ihrer nothwendigen äußeren Verbindungen und ihrer inneren Zusammensetzung nur durch den wahren Geist der Eintracht den Verhältnissen angepaßt werden können. Wenn Sr. Majestät es für Ihre Pflicht gehalten haben, Sich über diese Schwierigkeiten stets mit völliger Offenheit zu äußern, weil ja dieselben nur dann vermieden werden können, wenn man sich ihrer nach allen Seiten hin vollkommen bewußt ist: so ist die angestrengteste Thätigkeit deßhalb nur um so mehr stets darauf gerichtet gewesen und wird ferner darauf gerichtet sein, dieselben in der Art zu beseitigen, daß kein Theil Deutschlands der vollständigen Theilnahme an der zu gründenden Verfassung entzogen und keiner in seiner Freiheit und seinem Rechte unbillig beeinträchtigt werde. Se. Majestät haben zu bedauern, daß diese Ihre Handlungsweise zur Zeit nicht überall in ihrer richtigen Bedeutung erkannt ist. Allerhöchstdieselben dürfen aber vertrauen, daß solche, wenn sie einmal im Zusammenhange zu übersehen sein wird, sich der Anerkennung nicht bloß Ihrer getreuen Hannoveraner, sondern aller derer zu erfreuen haben werde, die es mit Deutschlands Einheit und Recht wahrhaft gut meinen. Wenn nun die Bittsteller die Besorgniß hegen, daß Konflikte der Regierung Sr. Majestät mit der provisorischen Centralgewalt entstanden seien, welche allerdings beklagenswerthe Folgen mit sich führen könnten, so gereicht es uns zur Genugthuung, denselben ferner eröffnen zu können, daß zu dieser Besorgniß durchaus kein Grund vorliegt, daß vielmehr die geschäftlichen Verhandlungen auf völlig befriedigende Weise ihren Fortgang haben und daß namentlich wegen des Verhältnisses der Truppen zur provisorischen Centralgewalt denselben durch Allerhöchste Generalordre vom 6. d. M. das Nöthige bereits mitgetheilt ist. Ueberdies ist die Anlegung der deutschen Farben an den Fahnen und Kokarden von Sr. Majestät bereits beschlossen und wird noch darüber der Armee das Nöthige forderlichst eröffnet werden. Hannover, den 11. Aug. 1848. Königl. hannov. Gesammtministerium. Bennigsen.“ (K. Z.)

Wir entnehmen der Wes. Z. daß in Folge dieser ministeriellen Antwort am 13. August eine neue Volksversammlung stattfand, in welcher das Ministerialschreiben ungenügend befunden und eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen wurde, worin erklärt wird, daß die Unterzeichner über das Verhältniß Hannovers zum Gesammtvaterland anders denken als die Regierung und der Nationalversammlung unbedingt ergeben sind. 1300 Personen erklärten sich auf dem Platze für die Adresse; die Volksvereine in Celle, Lüneburg und Hildesheim hatten ihren Beitritt zugesichert.

Hannover, 15. August. Der König hat dem Feldmarschall Radetzky den Georgenorden verliehen und den Justizrath von Bothmer zum Gesandten Hannovers bei der Centralgewalt ernannt. Hr. v. Bothmer erwarb sich im Jahre 1837 den Ruhm, daß er vielleicht der einzige Beamte war welcher sich seines Eides auf das Grundgesetz nicht ohne Weiteres entbinden lassen wollte, sondern es vorzog, sein Amt niederzulegen. Die Erinnerung an diese That verschaffte ihm seinen Platz in der Nationalversammlung. (H. M. Ztg.)

Kurhessen. Der Kurfürst hat den Prof. Sylv. Jordan zu seinem Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt.

† Frankfurt, 17. August. Zu den eigenthümlichsten Erscheinungen in der Journalistik gehört unzweifelhaft die Koloratur der Frankfurter Oberpostamtszeitung. War vor Begründung der Centralgewalt das Schwankende in ihrer Tendenz aus dem Kampfe zu erklären, den ihr damaliger neuer Redakteur mit irgend einer geheimen Macht führte; so ist das seltsame Bestreben der geheimnißvollen jetzigen Redaktion, welche sich hinter dem Namen eines früheren Redakteurs verbirgt, nur räthselhafter. — Die neue Vorkämpferin der Centralgewalt führt einen Schild, in dem bald ein schwarzgeldes Banner, bald ein Präsidentenstuhl, bald ein Berg mit der Ueberschrift „ultra“ als Wappen erscheint. Welches das wahre Emblem sei, ist ungewiß, und daher mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß alle drei gleichberechtigte seien. Hierin macht den unbefangenen Leser nur die Bemerkung irre, daß die Berichte aus der Paulskirche so sehr in der Manier der äußersten Linken geschrieben sind, daß sie füglich in der Reichstagszeitung erscheinen könnten; daß ferner die Berliner Korrespondenzen ganz gut von Hrn. Eichler, Präsidenten des demokratischen Klubs, herrühren könnten und also auch die rothe Schleife der socialen Republik mit ins Wappenschild der Oberpostamtszeitung passen würde. — Doch dem ist nicht ganz so. Die letzten Abnormitäten sind erklärbar auf natürlichem Wege. Der radikale oder republikanische Postsekretär blieb trotz sonstiger Veränderungen Berichterstatter in der Paulskirche für die Zeitung, weil — offen heraus gesagt — er bisweilen einen recht passen-

den Hieb auf Preußen führen kann. — Oppositionskorrespondenzen aus Berlin sind brauchbar, weil sie doch deutliche Fingerzeige von Unterminirung der preußischen Macht sind und andre Berichte entbehren lassen. — Doch sind solche Phänomene, wie man deutlich ersieht, aus dem Bestreben hervorgegangen: durch Nivellirung hervorragender Unebenheiten im einheitlich deutschen Sinne zu handeln, und wie nun die Oberpostamtszeitung gegen Preußen die väterliche Strenge herauskehrt offenbar nach dem biblischen Grundsatz: „wen er liebt, den züchtigt er“ — so wendet sie gegen Oesterreich zunächst den Mantel der Liebe und umhüllt damit die Blößen rücksichtsvoll. — Schwerlich werden wir von ihr rasch die Nachrichten hören, die ein nachtheiliges Licht auf die Gesinnung dieses Staates werfen könnten. Die Ansicht des österreichischen Kriegsministers, die er so ungescheut offenbarte, daß nämlich die österr. Truppen die deutschen Farben nur als Bundeszeichen betrachten könnten u. s. w. wird sie uns nur zögernd oder gar nicht bringen. Mit patriotischem Herzen hängt sie den Mantel der Liebe darum, und ihr Gewissen bleibt dabei ruhig, ruhiger als wenn sie, was freilich selten genug geschieht, einem preußenfreundlichen Artikel ihre Spalten öffnet. Mit ängstlicher Hast bemerkt sie dann unter der Kolumne, es sei nicht ihr Parlaments-Korrespondent, der so Etwas schreibe. Unwillkürlich denkt man bei solchen Bemerkungen an eine Jungfrau, die zimperlich erröthet, weil sie kein gut Gewissen hat.

△ Frankfurt, 18. August. Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß von dem Reichsministerium die Gesandten ernannt sind, welche in Petersburg, London und Paris den Regierungsantritt des Reichsoberhaupts officiell anzuzeigen haben. Nach Rußland geht General von Auerswald, nach England v. Andrian und nach Frankreich von Raumer, alle drei Mitglieder der Nationalversammlung. Der Letztere hat ohne Zweifel die schwierigste Sendung, denn es ist nicht anzunehmen, daß der hiesige französische Gesandte, Hr. Savoye, Berichte nach Paris sendet, welche bei seiner Regierung eine freundliche Gesinnung gegen die deutsche Centralgewalt zu erwecken geeignet wären, da die persönliche Gesinnung des Hrn. Savoye aus dem intimen Umgang mit den heftigsten Gegnern dieser Centralgewalt ja leicht zu errathen ist. Zudem wird ohne Zweifel den deutschen Gesandten in Paris auch die italienische Frage beschäftigen. Das Reichsministerium hat den Grundsatz aufgestellt, daß, wenn sich die kriegführenden Parteien ohne Vermittlung verständigen wollen, es bei der Schlichtung des Streites zwar keine Ansprache, daß es aber, sobald andere europäische Mächte ein Vermittlungsgeschäft übernehmen, bei der Entscheidung einer so wichtigen und namentlich Deutschland so nahe berührenden Frage sich jedenfalls mit betheiligen werde. Die Sorgfalt, welche das Reichsministerium dieser Angelegenheit widmet, geht unter Anderem auch aus der gleichzeitigen Absendung zweier Agenten, nach Wien und Mailand, hervor, welche schon heute oder morgen abreisen sollen. Bei diesen Bestimmungsorten läßt sich wenigstens ein anderer Bezug als auf die italienische Frage nicht vermuthen. — Es ist nicht richtig, wie mehrere öffentliche Blätter sagen, daß der Reichsminister Heckscher selbst nach Schleswig gehe; der Minister des Auswärtigen möchte jetzt in Frankfurt schwer entbehrt werden können. Der Unterstaatssekretär Max von Gagern befindet sich gegenwärtig dort. Sollte ein Waffenstillstand als Einleitung zu einem ehrenvollen Frieden nicht zu Stande kommen, so wird General Wrangel die ihm zukommenden frischen Verstärkungen wohl sogleich ins Feuer zu führen Gelegenheit haben.

Die Abgeordneten, welche aus Köln zurückgekommen, bringen sehr verschiedene Eindrücke mit, je nachdem ihre Ansicht, ihre Hoffnungen vorher größer oder geringer waren. Diejenigen, welche die preußischen Zustände genau gekannt, freuen sich, mehr deutschen Sinn gefunden zu haben, als sie erwartet; die Anderen, welche bisher ein Diktat von Frankfurt aus für genügend gehalten, sehen nun ein, daß der Weg der Vereinbarung wohl der allein praktische sein werde. Nach den Berichten heiter aber war die politische Bedeutung des Festes eine außerordentliche. Je gewagter es war, in der jetzigen aufgeregten Zeit, so verschiedenartige Elemente zusammen zu bringen: die hervortretendsten Repräsentanten des Partikularismus und der Einheit, um so erfreulicher war die Eintracht und die gegenseitige Zufriedenheit, in welcher man schied. Daß das große Werk der Einigung Deutschlands unter einer bundesstaatlichen Verfassung zu Stande kommen werde, bezweifelt keiner mehr von denen, welche in Köln gewesen — und steht dieses fest, was liegt dann für die ganze Zukunft des großen Vaterland's daran, wenn dies nicht auf dem streng diktatorischen Wege, nicht auf dem Wege des berühmten „Einzig und Allein“ geschieht! Möchten wir nur unter uns nicht irre werden, ist doch das Ausland geschäftig genug, uns irre zu machen. Aus dem Umstande, daß Frankreich in dem jetzigen Augenblick auch die kleinsten deutschen Höfe mit neuen Gesandten beschickt, können wir zum Beispiel schon entnehmen, wie unsere „brüderlichen“ Nachbarn viel lieber die Fortdauer unseres Partikularismus sehen als unsere Einigung. Es gab wohl selten in der Geschichte eine schwierigere Aufgabe für eine Regierung, als die von der jetzigen Reichsregierung zu lösen ist. Die dem Reichsministerium feindlichen Artikel der Oberpostamts-Zeitung rühren, sagt man, von dem ehemahligen Bundestagsgesandten, Freihr. von Blittersdorf, her.

ϕ Frankfurt, 18. August. In die Diskussion der Nationalversammlung über das Hausrecht der deutschen Bürger mischten sich viele bittere Erinnerungen, und man war daher auf allen Seiten mehr geneigt die beschränkenden Bestimmungen dieses Rechtes möglichst zu beseitigen, als zu verschärfen. Der §. 8, wie er von dem Ausschuß vorgeschlagen wurde, lautete:

> Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung darf nur auf den Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. Dieser Befehl muß sofort oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten vorgewiesen werden. Für die Verhaftung in einer Wohnung finden keine besonderen Beschränkungen Statt.

Drei Mitglieder des Ausschusses, Mittermaier, Adam und Lenz wollten anstatt der einzelnen Bestimmungen dieses Paragraphen nur die allgemeine Fassung: Eine Haussuchung, sowie die Verhaftung in einer Wohnung dürfe nur von den gesetzlich dazu bestimmten Personen und in den Formen, welche das Gesetz vorschreibt, vorgenommen werden. Mittermaier begründete diesen Antrag, indem er nachwies, daß der Schutz für die Sicherheit und Freiheit in dieser Beziehung in einer andern Formel nicht ausgesprochen werden könne. Wollte man mehr sagen, so müsse man in Einzelheiten der Gesetzgebung eingehen, welche nicht in die Grundrechte gehörten. In entgegengesetzter Richtung begründete Schlöffel einen Antrag, daß dem Ausschußantrage noch beigefügt werde: „und unter specieller Leitung eines richterlichen Beamten“, und daß der Beisatz wegfalle: „für die Verhaftung in einer Wohnung finden keine besondern Beschränkungen Statt“. Die Anträge, welche nicht über alles Maß hinausgingen, und von denen auch der letzte angenommen wurde, erscheinen in der Begründung nicht als die Hauptsache, sondern es schien dem Redner hauptsächlich daran zu liegen, seinen Unmuth über die Polizei, welche ihm sehr unangenehm zu sein scheint, auszusprechen. Die bisherigen Haussuchungen trugen den Charakter von gewaltsamen Einbrüchen an sich. Als großartige Beispiele führt er an Rendt, Weicker und sich selbst. Hier erzählte er eine sehr lange Geschichte, wie bei ihm eine Haussuchung in seiner Abwesenheit stattgefunden habe, wie seine Frau sich dabei benommen, wie ein deutscher Schlosser, ein bürgerlicher Schlosser seine Schlösser aufgemacht habe, und noch andere traurige Dinge. Die Polizei und die Minister hätten gegen ihn sich verschworen und Zeugen durch Bestechung zum Meineid verleitet. Nach der Märzrevolution sei es besser gewesen, aber jetzt sei es wieder wie vorher. Es sei eine schreckliche Geschichte, wie es wieder zugehe; die Patrioten seien von Spionen umgeben, in Kerker geworfen und Gott weiß was. M. Mohl dagegen will das Haussuchungsrecht nicht allzusehr beschränkt wissen. Man dürfe über der Sorge für die persönliche Freiheit nicht die für die Gesellschaft überhaupt vergessen. Das Recht der schleunigen Haussuchung sei in vielen Fällen unvermeidlich, wenn man nicht die Verfolgung vieler Verbrechen, z. B. der Zolldefraudation, des Waldiebstahles u. s. w. ganz aufgeben wolle. Er beantragt in diesem Sinne einen Zusatz. Jordan aus Marburg warnt vor dem Eingehen in allzuspecielle Bestimmungen, wünscht aber eine Einschaltung, wornach die Haussuchungen, so weit thunlich, unter Beiziehung von zwei Hausgenossen vorgenommen werden sollen. Mehrere Redner sprachen gegen Mittermaiers Antrag, dem sie vorwarfen, daß er, vorläufig wenigstens, Alles beim Alten lasse. Kolb spricht in gleichem Sinn, beantragt aber zugleich, es solle dem Artikel der Satz vorangestellt werden: Jederman ist befugt zu thun, was das Gesetz nicht verbietet. Der Berichterstatter bekämpft entschieden diesen Antrag, als eine Uebertreibung, vertheidigt die Ausschußanträge, spricht sich aber für seine Person für den Mittermaier'schen Antrag aus. In der Abstimmung wird der Kolb'sche Antrag verworfen. Die Ausschußanträge werden angenommen mit einer Einschaltung im zweiten Satze, welcher nun so heißt: „Eine Haussuchung darf, außer im Falle einer Verfolgung eines Verbrechens auf frischer That, nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden“. Eben so wird der Zusatz von Jordan angenommen. Nach der Annahme dieses Paragraphen wurde die gestrige Sitzung geschlossen.

In der heutigen Sitzung legte Mittermaier den Entwurf des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister vor. Ueber den Inhalt kann ich keine Mittheilung machen, weil derselbe nicht vorgelesen,

Digitized by Google

sondern sogleich zum Druck übergeben worden ist. Die Ministerbank war leer, worüber von Wesendonk Beschwerde erhoben wurde, da derselbe eine Interpellation an den Minister des Auswärtigen angezeigt habe. Der Präsident entschuldigte den Minister; er, der Präsident, habe ihm die gestellte Anfrage erst heute früh zuschicken können, und er wisse nicht, ob sie zur Zeit schon in den Hand des Ministers sei. Später erklärte der inzwischen eingetretene Justizminister Mohl, es sei nicht möglich, von Seite des Ministeriums den Anforderungen jetzt schon immer sogleich Genüge zu leisten; man möge noch einige Tage Geduld haben. Es sei nach Alles in der Organisation begriffen von der Papierscheere an aufwärts. Daher, daß die Kanzlei noch gar nicht geordnet sei, komme es, daß die gestellten Interpellationen nicht übergeben worden seien. Außerdem sei das Ministerium in diesem Augenblick von sehr wichtigen Geschäften gedrängt, und darum könnten die Mitglieder nicht immer in der National-Vers. gegenwärtig sein. Der §. 9 der Grundrechte war zur Diskussion ausgesetzt. Die von dem Ausschusse vorgeschlagene Fassung ist folgende:

Das Briefgeheimniß ist gewährleistet; die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls angenommen werden.

Eine bedeutende Anzahl von Verbesserungsvorschlägen liegen auch hiezu vor, von denen jedoch nur wenige die genügende Unterstützung erhalten. Zuerst trat Cuyeim für die Posten in Deutschland auf. Er sei als Rechtskonsulent der turn- und tarischen Post genau mit den Grundsätzen derselben bekannt und könne aus seiner Erfahrung versichern, daß die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses auf das Strengste gewahrt werde. Dieser Grundsatz habe sich jetzt in ganz Deutschland Geltung verschafft. Er hält aber deßhalb die Ausnahme des Paragraphen nicht für überflüssig und selbst im Interesse der Post gelegen. Osterrath, Eisenstuck, Kerreter u. A. vertheidigten das Minoritätsgutachten des volkswirthschaftlichen Ausschusses, nach welchem der Paragraph 9 einfach heißen soll: „Das Briefgeheimniß ist unverletzlich“ und alle weiteren Zusätze und Ausnahmsbestimmungen wegfallen sollen. Sie hatten die Aufnahme des Paragraphen für gefährlich, weil dadurch der Willkür immer wieder eine Hinterthüre geöffnet werde, und für unnöthig, weil die durch die Verhältnisse als nothwendig gebotenen Ausnahmen einer besondern Erwähnung in dem Grundgesetze nicht bedürfen. Franke aus Rendsburg glaubt dagegen, daß durch diesen Antrag, welcher der Willkür „eine Hinterthür“ verschließen wolle, ihr mehr derselben eine weite Flügelthüre geöffnet werde. Denn damit, daß man sage, die nothwendigen Ausnahmen ergeben sich von selbst, sei der Regierungsgewalt viel mehr Spielraum gegeben, als wenn man bestimmte Grenzen setzt. Er empfiehlt die Annahme des Majoritätsantrages des volkswirthschaftlichen Ausschusses, welcher den ersten Beisatz so formulirt: „Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen.“ Der Berichterstatter, Beseler, stimmt zwar damit überein, daß es im Interesse der Freiheit selbst liege, daß gewisse Vorschriften darüber gegeben werden, wo die Wahrung des Briefgeheimnisses eine Ausnahme zu erleiden habe, weil sonst die Willkür viel mehr Spielraum gewinne. Er will aber diese Grenze nach dem Entwurf des Verfassungsausschusses in den Grundrechten selbst bestimmt wissen, und nicht erst einer künftigen Gesetzgebung überlassen. Der Umstand, daß die beiden Ausschüsse ihrer Mehrheit nach den Beisatz über die Beschränkung des Hausrechtes unter bestimmten Voraussetzungen verschieden formulirten, obgleich beide Anträge in gleicher Richtung gestellt waren, hatte die Folge, daß beide durchfielen, weil die Minorität der Versammlung gegen beide stimmte, und in beiden Abstimmungen einen Theil der Mehrheit für sich hatte. Es wurde also der ganze Beisatz verworfen, und der Paragraph so angenommen, wie ihn die Minorität beantragt hatte, was aber ganz gegen den Willen der Mehrheit war; auch hierin zeigte sich wieder, wie wenig noch die Parteien organisirt sind. Der §. 9 heißt nun: „Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehles angenommen werden.“ Der §. 10 hieß nach der Fassung des Ausschusses:

Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern.

Die Preßfreiheit darf weder durch Censur, noch durch Konzessionen oder Sicherheitsstellungen beschränkt werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte gerichtet.

Hiezu waren eine große Anzahl von Verbesserungsanträgen gestellt, welche größtentheils diejenigen etwa noch möglichen Beschränkungen der Presse beseitigen oder ihrer Einführung vorbeugen wollten, deren in dem Ausschußantrage nicht gedacht ist. Spatz will beigesetzt wissen, daß die Presse auch nicht durch Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, noch durch Hemmungen des freien Verkehres beschränkt werden dürfe. Er erinnert an das Dekret Napoleons von 1810, wodurch die Buchhändler zu den allerängstlichsten Censoren gemacht wurden. M. Mohl verlangt, daß auch die Postverbote mit aufgenommen werden. Römer spricht für den Minoritätsantrag, wornach die Preßfreiheit „unter keinen Umständen und in keiner Weise beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden darf.“ Im Hinblick auf die 33jährige Mißhandlung der Presse sei eine bestimmtere Sprache nothwendig; die meisten Regierungen seien der Preßfreiheit nicht hold, daher müsse man auch in Zeiten der Gefahr den Schutz derselben nicht aufgeben. Gegen ihren Mißbrauch habe man Strafgesetze und Beschlagnahme. Rheinwalb beantragt, in den ersten Satz aufzunehmen: „durch Druck und bildliche Darstellungen.“ Die Parlamentskarrikaturen liegen ihm am Herzen. Behr sprach ebenfalls für die weiteste Fassung, wurde aber von Niemand verstanden wegen seiner schwachen Stimme. Er spricht sehr oft und ziemlich viel, aber eine Wirkung auf die Versammlung hat es nie, weil man ihn nicht hört. Scheller will die ganze Organisation des Geschworenengerichtes für Preßvergehen in die Grundrechte bringen. Dagegen beantragt Mittermaier die Bearbeitung eines besonderen Reichsgesetzes für die Presse. Er zeigt, daß die Errungenschaft der Preßfreiheit durch die Preßgesetze der einzelnen Staaten sehr verkümmert werde, er zeigt, wie sehr die häufig aufgestellten Vorschriften über Verantwortlichkeit der Verfasser, Drucker u. A., sowie die der Redakteure den richtigen Grundsätzen des Strafrechts von der Mitschuld widersprechen, daß die Bestimmungen über Beschlagnahme der Polizei zu viel Willkür geben, daß die d a Preßvergehen gedrohten Strafen häufig zu hart, und die Strafgesetze wegen ihrer Unbestimmtheit gefährlich seien; er findet in den Bestimmungen über den Beweis der Wahrheit ungerechte Beschränkungen und weist nach, wie ungenügend häufig die neu eingeführten Schwurgerichte organisirt wären. Er stellt den Antrag, daß ein Reichsgesetz das Verfahren und die Abtheilung der Preßvergehen regele. Der Berichterstatter, Beseler, schließt sich dem Mittermaierschen Antrage an, bekämpft dagegen die übrigen Verbesserungsanträge. Man dürfe doch bei aller Liebe zur Freiheit die Grenze nicht aus dem Auge setzen, welche in dem öffentl. Interesse nothwendig inne gehalten werden müsse. Der Freiheit werde am meisten damit gedient, daß ihr ein vernünftiges Maß bestimmt werde. Die Bestimmung, daß die Preßfreiheit „unter keinen Umständen“ eine Beschränkung erleiden dürfe, halte er für unausführbar, wie es die letzten Vorgänge in Paris gezeigt hätten. Diese Einwendungen, welche übrigens ohne besonders Nachdruck gemacht waren, blieben ohne Erfolg. Die Versammlung war einmal im Zuge und nahm alle Anträge an. Der §. 10 heißt nun, wie er aus der Abstimmung hervorgegangen ist, so: „Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellungen seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur, noch durch Konzessionen oder Sicherheitsleistungen, noch durch Staatsauflagen, noch durch Beschränkungen des Buchhandels und der Druckereien oder Postverbote und andere Hindernisse der Mittheilung beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte nach einem zu erlassenden Reichsgesetze geurtheilt“. — Man sieht jetzt sehr deutlich, daß die Berathungen über die Grundgesetze sich wirklich bessern. In zwei Tagen wurden 3 Paragraphen angenommen, und zwar solche Paragraphen, welche vielfache Gelegenheit zu phrasenreichen Reden boten. Allein man drängte von allen Seiten zu dem Schlusse, und die Redner beschränkten sich darauf ihre abweichenden Ansichten in möglichster Kürze zu begründen. Nach der Annahme des Art. II. erinnerte Vischer aus Tübingen an seinen Antrag, die Art. III. und IV. über Kirche und Schule bis an das Ende der Berathung über die Grundrechte auszusetzen. Der Antrag, welcher an den Verfassungsausschuß zur Begutachtung verwiesen ist, soll am nächsten Montag zur Berathung kommen und darüber beschlossen werden.

Schweiz.

♂ Von der Schweizergrenze. Am 11. dieses Monats fand in Baden (Schweiz) eine Versammlung deutscher Flüchtlinge Statt, um über ihr ferner einzuhaltendes Verfahren zu berathen. Hecker, mit welchem die Flüchtlinge unzufrieden und zerfallen sind, war nicht zugegen. Struve hatte den Vorsitz. Die Ueberzeugung, daß für die nächste Zeit keine Aussicht auf Erfolge vorhanden, machte sich, trotz aller sonstigen Selbsttäuschung dieser Partei, denn doch geltend, wozu namentlich Radetzky's Siege beigetragen zu haben scheinen. Es ist be-

Digitized by Google

Italienische Briefe *).

I.

Vom Natu, 6. August **). Viele Fragen sind unserer jungen Einheit zur Lösung und Bewältigung gegeben, aber wenige schneiden so tief in unsere Sympathien und Interessen, als die italienische, keine bezeugt so laut das Zwiespältige, Gefährdete unserer Lage. Hinter unsern Siegen lauern Niederlagen; jeder Gewinn, jedes neu erreichte Ziel birgt neue Gefahren, neue Hemmungen, neue Konflikte. Das glückliche Frankreich! Dort ist die nationale Größe stets das unbestrittene Erste, und die Sympathien, ohne je damit in Widerstreit zu kommen, dienen ihr zur gefälligen Folie; frei und offen liegt der Schauplatz der Politik und der That, und hinter jedem, auch dem kühnsten Griff, steht diese fest verwachsene Ländermasse, diese kompakte Nationalität, die kein Waterloo, keine Macht der Erde zersprengen und vernichten kann.

So melancholische Siegesgedanken kennt der frohe Jubel in Oesterreich nicht; und vielleicht mit Recht. Es galt dort mehr als Waffenruhm und nationale Ehre, das ganze gewagte Spiel stand auf dieser einen Karte; Zwiespalt in Böhmen, Bürgerkrieg in Ungarn, die Russen an der Grenze, in Wien ein stürmeschwangerer Reichstag, der Kaiser getrennt von seiner Hauptstadt, seinen Räthen durch einen Raum, der nicht bloß nach Wegstunden zu messen ist — und dennoch wird allein in Italien gesorgt und gehandelt. Wir wollen nicht glauben, was Böswillige sagen, daß Plan und politische Weisheit aus dem Wiener Kabinet ausgezogen, daß statt Metternich'scher Indolenz die völlige Rath- und Thatlosigkeit eingetreten sei; die Sache mußte ihren tiefern Grund haben, und auf den lombardischen Feldern nach ein Stück der österreichischen Geschicke entschieden werden. Ein großes Land hatte sich nach den Märztagen, empfindlicher als Italien, von dem Kaiserstaate losgerissen; Alles hatten die Magyaren genommen, aber Nichts gegeben. Erst als der Brand im eignen Hause tobte, gab der allmächtige Kossuth mit der einen Hand Geld und Truppen, während er mit der andern den Italienern zuwinkte, und die Gegenrechnung für geleistete Hilfe würde dereinst nicht ausgeblieben sein. Aber Oesterreich hat gesiegt ohne ungarische Hilfe; während Ungarn noch den innern Zwist bekämpfen muß, kann der italienische Krieg geendigt sein, und der Gesammtstaat hat eine mächtige Waffe, einen mächtigen Hebel der Einheit mehr. Bei diesem italienischen Heere hoffte und wirkte noch das alte Oesterreich, und mag von diesem verwitterten Gebäude noch so wenig für die neue Ordnung der Zeiten taugen; daß sein Zusammenhalt als Ganzes, sein Dasein als einheitliche große Macht gerettet werde, ist Bedingung des Lebens und der Zukunft für Mitteleuropa.

Wir stimmen also ein in die Feier eines Sieges, der uns ein starkes Oesterreich wieder bringen kann. Mit ganz andern Gefühlen wenden wir uns nach Italien. Daß wir Sympathien haben, innige, schmerzliche Sympathien, warum sollen wir das nicht offen aussprechen? Wenn ein Volk, das gleich uns auf der Höhe menschlicher Bildung gestanden, das gleiche Schmach der Zerrissenheit und Fremdherrschaft getragen, das zugleich mit uns den Weg friedlicher Reform betrat, das durch den ersten frohen Jubel seiner Wiedergeburt auch uns erschütterte und stärkte, wenn dieses Volk zum gleichen Ziel, wie wir, zur Einheit, ungtücklich ringt, wie sollte unsere Sympathie ihm fehlen? Denn darüber täusche man sich doch nicht, unter österreichischer Herrschaft, und sie sei noch so milde, ist keine italienische Einheit möglich. Die Kraft der Nationalität, und wäre sie für einige Zeit entmuthigt und erstarrt, ist dämonischer Natur, und wird Ruhe, Freiheit und Glück verschmähen, bis ihr Ziel erreicht ist. Daß dem so sei und immer sein werde, haben wir es nicht selbst erfahren, und müssen wir es nicht für uns selber wünschen? — Eine schwerere Wahl hatten wie noch nicht zu bestehen, keine herbere Probe konnte des jungen Nationalgefühls warten, als dieser Kampf zwischen fremden und heimischen Sympathien. Er ist bestanden, Hr. Arnold Ruge hat es nicht zuerst empfunden; und die Aufnahme der Siegesbotschaften hat gezeigt, daß für deutsche Waffenehre das ganze Deutschland einsteht.

Der Ruhm der deutschen Waffen ist glänzend hergestellt; das Nationalgefühl hat sich bewährt, sollen wir nun der Sympathie ein Wort vergönnen? Noch nicht; wir wollen uns streng beweisen bis ans Ende; aber die Politik soll und muß reden. Es ist unsere beharrliche Ueberzeugung: und das Glück der Waffen kann zwar Vieles ändern, aber nicht die Natur der Dinge: das unabhängige Italien kann nicht vermißt werden in dem großen Verein mitteleuropäischer Staaten, welche Unabhängigkeit, Nationalität und volksthümliche Monarchie gegen drohende Gewalten zu schützen haben. Wenn Oesterreich auf der Bahn des Sieges einzuhalten, wenn es den Sieg mit weiser Mäßigung zu gebrauchen wüßte, es würde nicht bloß die Zweifler an der Beherrschungs- und Entsagungsfähigkeit menschlicher Natur beschämen, es würde nach dem Geist dieser Zeiten dienen und auf ihn die schönste Hegemonie sich gründen. Und Deutschland — es könnte keine schönere Bestätigung des eignen Daseins finden, als wenn ein zweites großes Volk, durch Kultur verweichlicht, durch Denk- und Zerrissenheit geschwächt, jetzt unabhängig, und stark durch Verbindung, auf den europäischen Schauplatz träte. Doch wir müssen zweifeln, im Hinblick auf die Schwäche menschlicher Natur. Oesterreich hat den kriegerischen Lorbeer errungen, wir wollen ihm nicht zu früh den Kranz der Mäßigung und Enthaltsamkeit reichen, obwohl auch er Nichts wäre, als eine Bürgerkrone, für Verdienst um's gemeine Wesen.

Wir glauben, es gibt viele Deutsche, die unsere Gefühle und Betrachtungen theilen. Dies gibt sich kund in dem Wunsch nach Vermittlung, die man vor Allem unserer jungen Reichsgewalt zuweisen möchte. Es ist ein gutes Zeichen, daß man der selbstgeschaffenen Gewalt sich freut und ihr gerne das Richteramt in so großer Sache zuweisen möchte; aber dieser untürkische Wunsch ist gerade hier nicht geeignet, unsern Ruf als Politiker zu vermehren. Unsere Reichsgewalt ist jung und tritt kaum auf die Höhne; an ihrer Spitze steht ein österreichischer Fürst. Er wird sein engeres Vaterland nicht über das große Gesammtinteresse setzen; aber die Erfordernisse zu einer diplomatischen Vermittlung wird die neue Gewalt doch nicht haben. Wir wünschen ihre Vermittlung nach aus anderem Grunde nicht. Wenn Oesterreich, im stolzen Bewußtsein des Sieges, sich nicht zu mäßigen wüßte, wenn deutsche Vermittlung und deutsche Garantie, aus irgend welchen Gründen, ihm dann nicht zuwider wäre, wenn dann die Kette der Zerwürfnisse, der Verwicklungen folgte, die nicht ausbleiben können, so wäre Deutschland mit verwickelt, und der älteste Fluch unserer Geschichte stände wieder an der Wiege unsers neuen Daseins. Als Gegenbild Deutschlands im Süden möge Italien dastehen, mit uns verbunden durch die geistigen Bande verwandter Bestrebungen, durch die materiellen freundlichen Bande des Reiseverkehrs und der Herrschaft; aber wenn Deutsche und Wälsche im Interesse des Handels auseinander stoßen, da folgt nur Unglück für die Einen und die Andern.

Als zweite Vermittlungsmacht bietet Frankreich sich dar. Die junge Republik könnte hier zum erstenmale auf das Gebiet der großen europäischen Transaktionen treten und ihre diplomatischen Sporen verdienen durch ein großes und schönes Werk. Wahrscheinlich wird auch Frankreich zuerst ein vermittelndes Wort in dieser Sache sprechen. Aber wir fürchten für den Erfolg, denn hier tritt die eigenthümlichste Seite dieser wunderbaren Verwicklung hervor. Deutschland, ja Oesterreich in seinem wohlverstandenen Interesse, muß ein starkes Königreich in Norditalien wünschen, als Schutzwehr gegen fremden Einfluß, Zersplitterung und anarchischen Zerfall. Es ist schlechte Politik, sich an die menschlichen Eigenschaften des Königs Karl Albert zu stoßen, während seine politischen und militärischen nicht einmal entgegenstehen. Frankreichs Interesse ist ein ganz anderes; es wünscht Italiens Unabhängigkeit, aber nicht seine Stärke, und für die republikanische Staatsform, die es naturgemäß fördern muß, gibt es keine bessere Vorstufe, als kleine und uneinige Staaten. So wenig stehen sich in Wahrheit Oesterreich als Feind, Frankreich als Freund Italiens gegenüber! Und wenn diese Vermittlung nicht gelingt, bei der die Interessen sich so wunderbar durchkreuzen, dann steht hinter ihnen, nach aller Wahrscheinlichkeit, der Krieg. Die Entstehung des italienischen Königreichs schien von günstigen Geschicken selbst beschleunigt, aber schon hat Oesterreichs Waffenglück es aufgelöst, und jeder Schritt nach Mailand, nach Piemont hin führt Italien zur fremden Einmischung, zur Republik, zur Anarchie. Und fällt in diesem Alarmzustand von Europa, wo Alles auf dem qui vive? steht, einmal an einem Ende der erste Lärmschuß des Kampfes und der Zerstörung, so fliegt er gleich durch die ganze aufgeschreckte Postenkette fort.

Sollen wir fürchten, sollen wir hoffen, daß auch diese Frage der Weisheit der Geschicke anheim fallen, daß auch hier die Vorsehung den Minister des Auswärtigen spielen wird? So lange die Zukunft

*) In einer so vielseitigen und verwickelten Frage, wie die italienische, geben wir gerne, da wir die unsrige kürzlich ausgesprochen, verschiedenen Ansichten Raum. D. Red.

**) Vor der Einnahme Mailands, unter dem Eindruck der ersten Siegesnachrichten geschrieben, möge dieser Brief als verspätete Einleitung zu den folgenden gelten. D. Verf.

Digitized by Google

verhüllt, so lange der Würfel nicht gefallen ist, wenden wir uns nochmals an Oesterreich mit Warnung und Mahnung. Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit enthüllt in diesen Tagen die Geschichte das wahre innerste Wesen der Menschen und Zustände. Im Augenblick, wo die Oesterreicher nach Mailand vorschreiten, stehen die Russen in der Moldau. Möge Oesterreich, so lange es Zeit ist, seinen Beruf und seine Pflicht gegen ganz Europa erkennen, nicht Wächter im Süden zu sein, wo die Natur selbst ihre Alpenmauer aufgestellt hat, sondern Wächter im Osten, wohin durch offenes Land die Gewässer der Donau den germanischen vordringenden Geist von selber leiten.

Die ungarisch-kroatische Angelegenheit.

Temesvar, 23. Juli.*) Der heutige Streit der Nationalitäten in Ungarn geht zurück auf die Verhandlungen des Landtags in Preßburg im Jahr 1836. Man fand es dort für die jetzige Zeit nicht mehr angemessen, als diplomatischer Sprache die lateinische zu gebrauchen, und an ihre Stelle sollte dann ohne Weiteres die magyarische treten. Alle Parteien im Land waren damit einverstanden, und der magyarische Uebermuth schwoll alsbald dermaßen an, daß man Alles magyarisiren wollte, und das Gesetz durchführte, wer binnen 6 Jahren nicht magyarisch spreche, verliere seine öffentliche Bedienung; ja, es wurde verlangt, daß nach 6 Jahren in allen deutschen, illirischen, slavakischen, wallachischen Schulen und Kirchen magyarisch gelernt und gepredigt werde. Alle öffentlichen Dokumente mußten schon nach 3 Jahren magyarisch gestellt sein, war allen die Kirchenbücher, was einen sehr schlimmen Eindruck machte, da Deutsche, Illieer, Wallachen, Slovaken nicht einmal mehr ihren Taufschein verstehen konnten. Dieser magyarischen Anmaßung stemmten sich die Kroaten mit ihrer ganzen Macht entgegen, und trotz alles Einredens von Seite der Stände redeten die kroatischen Deputirten auf dem Landtag immer noch Latein. Der Wortführer auf dem Landtag in Preßburg wurde Kossuth, ein Mann von entschiedenem Rednertalent, sehr vieler Phantasie, gar keiner Praxis, voll Haß gegen Adel und Regierung, weil ersterer ihn nicht aufkommen lassen wollte, letztere ihn unter Metternich verfolgt hatte; Magyar vor Allem. Er sieht es klar vor seiner Seele, daß die Magyaren ganz allein dastehen in der Welt, daß kein Volk der Erde mit ihnen verwandt ist. Er weiß sehr wohl, daß kein Volk in seiner Minderzahl entweder die andern Stämme im Lande unterdrücken muß oder selbst vernichtet wird. Sein Trachten ging also dahin, die Regierung immer mehr zu schwächen, gleichzeitig aber das Nationalgefühl der Magyaren gegen die Fremden, die Deutschen mit eingeschlossen, immer mehr aufzureizen. Glaube man es in Deutschland, trotz aller schönen Worte der Hrn. Gesandten und der officiellen Phrasen der Magyaren, im Herzen hassen und verachten sie „die Schwaben." Durch sein agitatorisches Talent gelangte Kossuth dahin, in seiner Nation den Haß gegen alles Fremde immer mehr anzufachen, und wirklich blind folgten ihm viele seine Landsleute, unbewußt, wohin er sie führen wolle. So kamen die Idus des März, und er erfaßte den einzigen Augenblick, wo er auf Adel und Regierung zugleich seinen Schlag führen konnte. Die gutmüthigen Wiener ließen sich durch seine Ansprache irre führen, er mache sie glauben, Ungarn wolle sich durch eine freisinnige Konstitution den deutschen Provinzen nach mehr nähern, und des Kaisers Statthalter ließ sich auch bethören. Anstatt sich nur einmal gegen Kossuth zu wenden, drohte er, der deutsche Prinz, immer nur dem Kaiser, er werde abdanken, wenn nicht Alles den Magyaren bewilligt werde. Kossuth ist gerächt nach beiden Seiten. Der Adel ist auf ewige Zeit ruinirt, Deutschland aber und der Regierung wendete er den Rücken, als Alles von ihr erlangt war. Als Deutschlands gewaltiger Geist gleichzeitig sich regte, da fürchteten die Magyaren, das: Alle für Einen, Einer für Alle könnte in Deutschland sich schnell wahr machen, und darum erschien nun plötzlich die Gesandtschaft in Frankfurt, während die ungarische Regierung sich zugleich als Feind Deutschlands zeigte, mit Italien schön that und über eine deutsche Niederlage am Mincio sich ergötzen würde. Das Spiel schien für die Magyaren gewonnen; da kam ein veto von dem größten Theil der Bevölkerung im Lande, ausgesprochen durch Jellachich. Ein großer Theil der in Ungarn lebenden Slaven ist noch neutral oder hält es derzeit noch mit den Magyaren, weil diese einen furchtbaren Terrorismus ausüben; aber die Zeit wird kommen, wo Alle wie Ein Mann gegen ihre Unterdrücker stehen werden. Glaube man es nur, die Slaven in Ungarn verstehen ihre Zukunft recht wohl. Sie wissen, daß ihre Zeit noch nicht da ist; sie wissen, daß sie nur als Freunde Deutschlands oder als Sklaven von Rußland einmal bestehen können, und ziehen Ersteres gewiß vor. Jellachich ist ein feingebildeter, energischer Slave, und alle Verdächtigungen der Magyaren, daß er z. B. nach Tische seiner Sinne nicht mächtig sei, sind erlogen. Jellachich begreift die Zukunft seines Volkes und kennt die Magyaren hinlänglich, um zu wissen, daß, wenn sie auch anscheinend jetzt in Bezug auf die Sprache nachgegeben haben, dies nicht im Ernste gemeint sein kann, sondern daß sie jetzt die Slaven einschläfern wollen, um später ihr Magyarisirungswerk mit List durchzuführen. Jellachich begreift auch die Zukunft Deutschlands und weiß, daß dieses nur groß und geachtet sein kann, wenn es Ein Ganzes bildet, und zwar muß Oesterreich an der Spitze stehen, wenn Deutschland die Donau haben will*). Mit den czechischen Unruhen sind die Bewegungen der Südslaven nicht zu vermengen, sie stehen damit in gar keiner Verbindung.

*) Aus einem uns gütigst mitgetheilten Privatbriefe von einem in Ungarn lebenden Deutschen. Wenn irgend eine, so ist die ungarisch-kroatische Frage eine offene. Nur wenige Politiker in Deutschland möchten sich darüber eine fest Meinung gebildet haben. Es möge also mit andern auch diese Stimme zur allseitigen Beleuchtung der Sache beitragen. Die Red.

Prag, 4. August. Die heutige Prager Zeitung enthält eine längere Darlegung des Fürsten Windischgrätz, worin der Beweis zu liefern versucht wird, daß die Ereignisse der Pfingstwoche allerdings in einer Verschwörung, wer besser Verbindung, namentlich der Studenten, ihren Grund haben, daß ihnen weitverzweigte Verabredungen und Veranstaltungen vorausgingen, daß das kaiserliche Militär in der Zeltnergasse, auf dem Roßmarkte und in der Odstgasse von den Aufrührern zuerst und selbst mit Schüssen angegriffen wurde. Nur einige der bezeichnendsten Stellen mögen aus dieser Denkschrift hier mitgetheilt sein. Es heißt darin unter Anderm: Aus den vorgefundenen Schriften der Studentenverbrüderung „Slavia" ist zu ersehen, daß diese eine eigene Militär- und Emissions-Sektion hatte. In diesen Papieren fanden sich auch Planskizzen vom Wißehrad, vom Hradschin und anderen Stadttheilen, mit den Bemerkungen über die leichteste Art des Angriffes dieser Objekte. Eben so enthalten sie Skizzen zur Anlegung von Barrikaden. — Weiter nach hatte die „Slavia" eine besondere Sektion für Verbreitung aufreizender, den Nationalhaß gegen die Deutschen aufflackernder, bis zum Mord und Todtschlag derselben auffordernder Lieder, von Mitgliedern der „Slavia" verfaßt und deren Druck von einem eigenen Buchdrucker besorgt. In den Schriften des Slaven-Kongresses, namentlich in jener der polnischen Sektion, finden sich Vorschläge zur gewaltsamen Losreißung Galiziens von der österreichischen Monarchie. Schon durch lange Zeit waren die Drucker veranlaßt worden, sich mit der „Sworność" und mit den Studenten zu verbinden; es wurden ihnen Waffen zu dem Ende versprochen, um ihren auszusprechenden Wünschen Nachdruck zu geben. Sie selbst äußerten sich, daß sie das Generalkommando mit Sturm nehmen wollen. Man warb bereits früher die Arbeiter, hielt sie insbesondere mit Trunk frei, und eines der thätigsten und besonders kompromittirten Individuen versprach denselben, daß sie keine Aemter mehr haben, Nichts mehr zahlen würden, daß dasjenige, was sie sich erkämpfen, auch unter ihnen gleichmäßig vertheilt werden solle. Zu diesen Zwecken, jeden Augenblick bereit zu sein, selbst ihr Blut vergießen zu wollen, wurden sie mehrmals vereidet. — Weiter heißt es in diesem Aktenstück: Am 13. Juni wurden in Krakau in allen Häusern gedruckte Zettel vertheilt, auf denen „15. Juni, Achtsamkeit, Vorsicht, zu Hause sitzen", zu lesen war. Bekanntermaßen wurde gleich nach den Märztagen das Landvolk durch die öffentlichen Blätter in verschiedenen Richtungen aufgeregt, indem sie zur Verweigerung der Robot und anderer Leistungen des Gehorsams an ihre Aemter aufgefordert wurden. Ferner wurde sowohl vor den Juni-Ereignissen, als auch während derselben das Landvolk in Böhmen, unter dem Vorwande, daß es sich um Zurücknahme der Konstitution und Wiedereinführung der Robot handle, auf alle erdenkliche Weise aufgewiegelt und weiter aufgefordert, den Prager gegen das Militär zu Hilfe zu eilen, und ihnen Dreschflegel mit eisernen Spitzen, ge-

*) Es versteht sich, nach unsern darüber öfter geäußerten Ansichten, daß wir für diese Ansicht des verehrten Korresp. die Vertretung nicht übernehmen. Die beherzigenswerthe Wahrheit, die dabei zu Grunde liegt, würden wir so ausdrücken: Oesterreich muß, um Deutschlands Vorkämpfer im Osten und Südosten zu sein, Ein Ganzes bilden und Eine ungetheilte Politik verfolgen; es darf also nicht in einen halb ungarischen, halb deutschen Doppelstaat zerfallen. Auf den Besitz der untern Donau macht Deutschland als solches natürlich keine Ansprüche, aber es weiß, daß ein starkes und mächtiges Oesterreich in jenen Gegenden der Wächter seiner Ehre, seiner Sicherheit und seiner Handelsinteressen ist. Im Allgemeinen können wir nach auf den Aufsatz in der Beil. zu unserer Nr. 216 verweisen. D. Red.

Digitized by Google

rade gerichtete Sensen an Stangen, Lanzen mit Einschnitten und Widerhaken, Morgensterne und derlei als die zu verwendenden Waffen in Vorschlag gebracht. — Ein geständig gewordener Inquisit sagte Nachstehendes aus: Zu Ostern 1847 wurde er zu Eperies in Ungarn mit mehreren polnischen Emigranten bekannt, welche ihn in ihre Gesellschaft aufnahmen, deren Hauptplan gewesen, ein großes slavisches Reich aus Kroatien, Slavonien, Serbien, den Slowaken in Ungarn, Böhmen, Mähren, Schlesien und österreichisch Polen zu bilden, das eigentliche Ungarn verschwinden zu machen, sich von Oesterreich loszureißen, im ungünstigsten Falle aber sich den Russen zu unterwerfen. Ueber die Form des neuen Reiches — ob nämlich Königreich oder Republik — war man noch mit einem fremden Staate in Korrespondenz. Der Plan sollte im Jahre 1850 verwirklicht werden und die Revolution zugleich in Agram, Prag, Krakau und der Umgebung von Preßburg bei den Slowaken ausbrechen. Nachdem jedoch im Februar d. J. in Paris die Republik proklamirt war, wurde beschlossen, die Revolution an den genannten vier Orten noch im Jahre 1848 ausbrechen zu machen. Zu diesem Behufe wurden in den verschiedenen Ländern Centralisationen errichtet, denen eigene Chefs vorstanden und die ihre Korrespondenz theils mit Chiffern, theils mit chemischer Dinte führten. Die Namen der meisten dieser Chefs sind bekannt. Flugschriften sollten das Landvolk aufreizen, was auch in Ausführung gebracht worden ist. Inquisit gibt an, mehreremale als Emissär an verschiedenen Orten Polizeiens verwendet worden zu sein. In Lemberg beauftragte man ihn, im Frühjahre nach Prag zu gehen und Waffen mitzunehmen, nachdem bereits Alles vorbereitet und es bald losgehen werde. In Prag angekommen, erhielt er eine Eintrittskarte in die slavische Beseda, wo gegen die Regierung und gegen das Militär aufreizende Reden gehalten wurden. Einer der Leiter der Bewegung trug vor Pfingsten darauf an, den kommandirenden General, Fürsten Windischgrätz, wenn er zum Slavenballe führe, auf der Fahrt dahin niederzuschlagen; von diesem Vorhaben wurde jedoch, mit dem Bemerken, daß es noch nicht an der Zeit sei, und daß man ihn noch immer erreichen könne, einstweilen abgestanden. Außer den Sitzungen im Kongresse waren noch an verschiedenen anderen Orten geheime Sitzungen gehalten. — Weiter nach dem Schlusse zu heißt es: Bis zu diesem Punkte waren die Verhandlungen der Untersuchungskommission gediehen, als das kaiserliche Ministerium sich veranlaßt fand, die weitere Untersuchung über die auf dem Prager Schlosse in Folge der Juni-Ereignisse Verhafteten dem kompetenten ordentlichen Gerichte zu übertragen, mit der Zusicherung, daß das Schlußverfahren mündlich und öffentlich stattfinden werde. Demzufolge wurde die militärgerichtliche Untersuchungskommission mit heutigem Tage aufgelöst und die hierorts in Haft befindlichen 4 Inquisiten des Civilstandes, nachdem früher bereits 22 auf freien Fuß entlassen wurden, sammt den auf sie Bezug nehmenden Akten dem Civil-Kriminalgerichte zur weiteren Amtshandlung ordnungsmäßig übergeben. — Zu bemerken ist übrigens noch, daß, wie in dieser Denkschrift an verschiedenen Orten ausdrücklich hervorgehoben wird, die Verbündeten, so weit es Czechen waren, es hauptsächlich auf den Fürsten Windischgrätz selbst abgesehen hatten. Was von dem zu Eperies gefaßten chimärischen Plane zu einem großen Slavenreich zu halten ist, mag fürs Erste dahingestellt bleiben; in Prag selbst scheint die Verbindung eben so sehr und vielleicht mehr gegen die Aristokratie, als gegen das Deutschthum gerichtet gewesen zu sein. Dieser Kampf gegen die Aristokratie, wobei man zwischen der czechischen und deutschen keinen Unterschied zu machen scheint, dauert in Wort und Schrift auch jetzt noch fort, und auch die deutschen Bürger Prags scheinen sich an ihm lebhaft zu betheiligen.

Baden. Nachstehendes ist der Wortlaut der drei ersten und wichtigsten Paragraphen des gestern kurz erwähnten Amnestiedekrets: Leopold ꝛc. So schwer die Verbrechen sind, welche viele Staatsangehörigen (zum Theil in Verbindung mit Fremden) durch Theilnahme an hochverrätherischen Unternehmungen verübten, so haben Wir gleichwohl die Ueberzeugung gewonnen, daß eine große Anzahl von Theilnehmern theils durch Aufwiegler verführt, theils durch Einschüchterungen oder Zwangsmittel jeder Art mit dem Strome fortgerissen wurden. Wir haben daher beschlossen und verordnen wie folgt: §. 1. Das strafgerichtliche Verfahren gegen die Theilnehmer an den stattgefundenen hochverrätherischen Unternehmungen, welche durch das Gesetz vom 16. Mai d. J. vor das in Freiburg niedergesetzte Untersuchungsgericht gewiesen sind, wird, wenn dieselben vor Gericht oder in einer Eingabe an das Justizministerium ein gesetzliches Verhalten versprechen und um Begnadigung bitten, eingestellt, vorbehaltlich jedoch der im §. 2 bestimmten Ausnahmen. §. 2 Ausgeschlossen von der Begünstigung des §. 1 sind diejenigen Theilnehmer, welche bei einer derartigen hochverrätherischen Unternehmung 1) als Anführer oder Anstifter oder als Führer bewaffneter Schaaren thätig waren — oder 2) als Beamte des Staats, der Kirche oder Schule, oder als Bürgermeister ihre besondern Pflichten verletzten, oder überhaupt als öffentliche Diener ihre Stellung zur Beförderung des hochverrätherischen Unternehmens mißbrauchten, oder welche 3) durch unzweideutige Aufforderungen in Volksversammlungen, in öffentlich verbreiteten Aufrufen oder Druckschriften oder durch Werbungen mittelst Herumreisens oder durch Täuschungen, Einschüchterungen und Drohungen Andere zur Theilnahme verleiteten oder zu verleiten suchten — oder 4) zugleich an einem gemeinen Verbrechen, z. B. an einer Tödtung, Verwundung, Plünderung, an einem Raub, an einer Erpressung u. dgl. Theil nahmen oder einen Fahneneid gebrochen haben, — oder welche sonst 5) eine besonders gefährliche Thätigkeit durch Herbeischaffung oder Vertheilung von Waffen oder Schießbedarf, Sturmläuten, Signalgeben, Errichtung von Barrikaden, Zerstörung der Eisenbahn oder Unterbrechung der Kommunikation auf solcher, u. dgl. entwickelten; 6) mit Schußwaffen an einem Gefecht Theil genommen haben oder 7) mit einer auswärtigen Macht oder einer auswärtigen Faktion Verbindungen anknüpfen oder anzuknüpfen suchten.

Großbritannien.

† London, 14. August. Man fragt sich hier: wie lange werden die gesetzgebenden Versammlungen fortfahren, die Formen der weiland französischen Deputirtenkammer denen des englischen Parlamentes vorzuziehen? Es ist keine Frage der verletzten Nationaleitelkeit, im Gegentheil, ich, der ich nicht Engländer bin, wünsche Nichts sehnlicher, als daß man des Präsidenten Hut und Stock so schnell wie möglich aus der Paulskirche und der Singakademie entfernen möge. Und wenn man mich fragte warum? so würde ich antworten: weil sie Nichts taugen. Muthwille oder Böswilligkeit in der französischen Deputirtenkammer haben sich nie von der Glocke zähmen lassen und das tragikomische Finale des Hutaufsetzens des Präsidenten hat eben keine weitere Bedeutung, als daß er sich für überwunden erklärt. Wie oft die ausgezeichneten Präsidenten der Berliner und Frankfurter Versammlung diese unverdiente Niederlage erlitten haben, weiß ich nicht. Es schwebt mir vor, als hätte ich das ominöse Wort: „der Präsident bedeckt sich", an sehr vielen Stellen gefunden. Die letzten Nachrichten von einer solchen Rebellion einer legislativen Versammlung gegen Gesetz, Sitte und Ordnung sind uns in dem Berichte über die Sitzung der Nationalversammlung vom 7. August zugekommen. Am Schlusse des Berichtes heißt es: der Präsident habe „gedrillt" und sich während einer skandalösen Scene, welche einer Balgerei so ähnlich sieht, wie ein Tropfen Wasser dem andern, bedeckt. — Ich will Ihnen nicht die höhnenden Reden wiederholen, welche die Uebelwollenden in England bei Gelegenheiten wie diese über Deutschland und die Deutschen aussprechen, über „honorable Members", die zu Dutzenden auf Stroh schlafen, wie in Wien, die sich mit dem Gassenpöbel gegen die Polizei zusammenrotten, wie in Berlin oder das „boose" zur Arena zum Faustkampf machen, wie in Frankfurt. — Ich möchte nur einfach von den Herrn in Frankfurt und Berlin wissen, wo das am Ende hinaus soll? Es wäre wirklich an der Zeit, das berüchtigte Plakat des Berliner Kolosseums zu wiederholen und an die Paulskirche zu schreiben: „Hon. Members werden gebeten, sich nicht der Bankbeine zu bedienen; beim Präsidententisch stehen Stöcke." — Wenn die Nothwendigkeit dieser oder einer ähnlichen bescheidenen Bitte für die Zukunft vermieden werden soll, so ist es nicht genug, an die Würde, das gute Gefühl, die gesunde Vernunft einer aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzten Versammlung zu appelliren. Leidenschaftlichkeit, Haß der Partei oder der Person, Ueberreitung und Trotz werden trotz allen Predigens Scenen wie die, welche am 7. die Paulskirche schändete, herbeiführen und vielleicht noch schlimmere. Ein großer Grund der Unmacht der französischen Deputirtenkammer ist darin zu finden, daß das fehlte, was auch den deutschen Parlamenten fehlt, und welches man hier die „Jurisdiktion des Hauses" nennt. Bei den rheinischen Assisenhöfen ist das Princip anerkannt und in Praxis — bei den gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands hat man es ganz außer Acht gelassen. So lange ein Mitglied oder eine Partei die Verhandlungen unterbrechen kann, so lange der Präsident nicht die Macht hat, die beleidigte Autorität des Hauses zu wahren und den Schuldigen zu strafen — so lange kann von Ruhe, Ordnung und Respekt von Außen und Innen nicht die Rede sein. Ohne Jurisdiktion des Hauses, ohne Anerkennung dieses Prinzips mit allen seinen Konsequenzen gibt es kein Haus. — Das Princip ist logisch und einfach, so daß es einem ordentlich verzweifelt macht, daß es den Herren in Frankfurt so fern liegt. Daß die Nationalversammlung in ihrer Totalität die Nation vertritt und deren Majestät repräsentirt, das ist schon oft genug wiederholt worden.

Digitized by Google

Es kommt also nur darauf an, zuzugeben, was schon in der Natur der Sache begründet ist, daß der Präsident oder Sprecher, indem er im Hause das Haus selbst vertritt, mit diesem Hause auch der Vertreter und Repräsentant der Majestät der Nation ist. Als solcher spricht er. Er eröffnet und schließt die Verhandlungen, er entscheidet über die Formen und Ordnungen des Hauses und — er hat das Recht, jedes Mitglied zur Ordnung zu rufen, welches gegen diese Formen und Ordnungen verstößt. Das sind Alles bekannte Sachen, die man in Deutschland angenommen hat, weil sie auch in der Deputirtenkammer waren. Wie aber, wenn das zur Ordnung gerufene Mitglied dem Rufe keine Folge leistet? Da ist des Sprechers Autorität mit einem Male zu Ende, die Sache fällt in die Hände der Parteien, es gibt Lärm, der unglückliche Sprecher greift zur Glocke, und wenn er fürchtet, die Herren möchten handgemein werden, so setzt er den Hut auf und macht sich aus dem Staube. — In England greift man die Sache anders an. Lehnt sich ein hon. member gegen die Autorität des Speechers auf, hört er auf den Ruf zur Ordnung nicht, so wird der sergeant at arms ins Haus gerufen und ihm befohlen, das widerspänstige Mitglied zu arretiren. Der Herr bleibt dann die Nacht im Gefängniß des Hauses. Am andern Tage wird er von dem sergeant at arms vor die Schranke geführt, wo ihm erklärt wird, er habe sich einer Beleidigung des Hauses (contempt of the house) schuldig gemacht und werde deßhalb in Haft bleiben, bis er eine gewisse Geldbuße gezahlt und vor der Schranke dem Hause Abbitte gethan habe. — Die Herren in Frankfurt werden sagen, dies sei eine Tyrannei. Mit nichten. Erst das Haus in seiner Majorität ist souverän, nicht aber das einzelne Mitglied, dem es übrigens sehr leicht ist, eine so unangenehme Scene zu vermeiden. Die Mitglieder sind nicht den gewöhnlichen Gesetzen unterworfen. Polizeidiener und Gensdarmen können nicht ins Haus geschickt werden, um dort Ruhe zu erhalten. Aber das Haus muß seine eigene Polizei, seinen eigenen Strafcodex haben; es muß die Macht haben, unruhige Mitglieder zu entfernen und sie so zu züchtigen, daß sie geneigt sind, sich künftig zu fügen. Die Abbitte, wie man sagen, ist eine Schuldbuben-Strafe: aber wer sich wie ein Schuldbube beträgt, verdient auch gewiß als solcher behandelt zu werden. Im englischen Parlamente stößt sich Niemand an die Jurisdiktion des Hauses. Jeder nimmt sich in Acht, nicht in ihren Bereich zu kommen. Der letzte Fall, wo der sergeant at arms eine Verhaftung vornehmen mußte, kam vor 2 Jahren vor, als Mr. Smith O'Brien, der unglückliche Führer der diesjährigen irischen Rebellion, sich dem Ausspruche des Sprechers widersetzte. Seitdem hat es viele wichtige Debatten gegeben — die westindische Frage, die Judenbill, die Bill gegen Bestechung bei den Parlamentswahlen sind zu verschiedenen Zeiten vor dem Hause gewesen — aber die Jurisdiktion des Hauses ist nicht ein einziges Mal in Anwendung gekommen. — In meinem nächsten Briefe werde ich mir die Erlaubniß nehmen, einige Worte über die Galerieen zu sagen.

Neuestes.

Berlin, 15. Aug. Die von der Nationalversammlung abgeordnete Kommission zur Untersuchung der unglückseligen schweidnitzer Vorfälle ist heute an Ort und Stelle abgegangen. Die Militär-, Verwaltungs- und Gerichtsbehörden sind von den betreffenden Ministerien angewiesen worden, der Kommission jeden gewünschten Vorschub zu leisten, Zeugen vernehmen und jede Nachforschung bewirken zu lassen. Die gerichtliche Untersuchung, auf welche jene Kommission durchaus keinen Einfluß üben will und kann, hat ihren ungestörten Fortgang. (K. Z.)

Tilsit, 13. Aug. Eine höchst merkwürdige Verfügung hat das russische Gouvernement neuerdings erlassen. Es sind nämlich die Wogtämter der polnischen Grenzbezirke angewiesen worden, falls in Folge von revolutionären Bewegungen oder Unruhen preußische Unterthanen sich genöthigt sehen sollten, ein Asyl in Polen zu suchen, dieselben freundnachbarlich aufzunehmen. (Voss. Z.)

Köln, 17. Aug. Auf die an Se. Maj. den König der Belgier ergangene Einladung zu den Dombaufesten ist folgendes Handschreiben an den hiesigen Vorstand des Centraldombauvereins erfolgt, dessen Inhalt wir mittheilen zu müssen glauben: „Ich kann nicht umhin, den Mitgliedern des Centraldombauvereines eigenhändig mein herzliches Bedauern auszudrücken, daß unvorhergesehene Schwierigkeiten im letzten Augenblicke mich verhindern, Ihrer in so wohlwollenden Ausdrücken abgefaßten Einladung Folge zu leisten. Möge die Vereinigung, der ich so gerne beigewohnt hätte, einen festen Grund legen für die Einigkeit eines edlen und mächtigen Volkes, dem anzugehören ich mich stets glücklich fühlte. Wir sind nahe Nachbarn, und dankbar erkenne ich, daß mir immer in den schönen Rheinlanden ein freundlicher Empfang zu Theil ward. So lange es der Vorsehung gefallen wird, wie die Leitung unseres guten Landes zu erhalten, hoffe ich, daß nur das Gute, das Wahre und das Nützliche von uns kommen wird. Bei größtmöglichster und wirklicher Freiheit herrscht bei uns die gewissenhafteste Gesetzlichkeit und vollkommene Sicherheit. Mit dem wiederholten Ausdrucke meines aufrichtigen Bedauerns, gezwungen abwesend zu sein, vereinige ich die Bitte, allen Mitgliedern des Dombauvereins meinen herzlich gefühlten Dank aussprechen zu wollen. Brüssel, 13. August 1848. (gez.) Leopold." (K. Z.)

Mannheim, 17. August. Heute wird im hiesigen Rheinhafen die noch Schleswig-Holstein bestimmte Artillerie, eine Batterie nebst Pferden und Mannschaft, in fünf Transportschiffen und morgen früh 3 Uhr ein Bataillon des zweiten Infanterieregiments, welches heute hier eingetroffen, auf Dampfbooten eingeschifft. So wird nun täglich bis zum 21. eine Abtheilung des badischen Militärs den Rhein hinunter bis Köln gehen. Die Truppen sind von dem freudigsten Muthe, weil es einer gemeinsamvaterländischen Sache gilt, beseelt, und sehr viele Freiwillige aus nicht aufgebotenen Kompagnien befinden sich in den Reihen dieser für Deutschland begeisterten Kämpfer. Die nach dem Norden bestimmten würtembergischen Truppen werden ebenfalls hier erwartet. Bemerkenswerth dürfte sein, daß sämmtliche Artillerie mit Pferden und allem Zugehör an den Kähnen eingeladen wird. — Prinz Friedrich von Baden befindet sich ebenfalls schon hier, wie es heißt, in Begleitung unseres Großherzogs und wird morgen als einer der Ersten den Feldzug mit antreten.

(Schw. M.)

Pesth, 12. Aug. Ein Kurier aus Großbeerestereck meldet von einem siegreichen Gefecht des Ungaen unter dem Oberst Kisch gegen die Insurgenten. Diese wurden mit großem Verlust aus den früher von ihnen besetzten Ortschaften Szaersa, Nenzina u. s. w. vertrieben. Das ganze Feld war mit Leichen der Insurgenten bedeckt. Der Verlust auf ungarischer Seite wird übereinstimmend als gering angegeben. Zu gleicher Zeit ist die Nachricht eingetroffen, daß der Banus Jellachich die wichtige Stadt Fiume besetzen ließ. Von beiden Seiten wird über unmenschliche Grausamkeiten geklagt. Im Lager der Insurgenten ist ein Preis von 1 Gulden auf jeden eingebrachten ungarischen Kopf gesetzt, dagegen klagt der Erzbischof Rajachich von Karlowitz in einem Sendschreiben an den Feldmarschallieutenant v. Hrabowsky über haarsträubende Scenen, welche die Ungaen gegen die Serbianer ausführen sollen. — Nachdem der österr. Finanzminister die Annahme der neuen ungarischen Banknoten an den öffentlichen Kassen in Oesterreich verboten, hat der hiesige Finanzminister mit dem gleichen Verbot die neuen österr. Banknoten, von heute angefangen, belegt. Auch ist die Ausfuhr von Silber und Gold im höhern Betrage als 500 Gulden aus Ungern nach Oesterreich untersagt. (Brest. Z.)

Paris, 16. Aug. Außerordentlich wichtige Nachrichten sind diesen Vormittag aus Italien eingetroffen. 1) Bologna bombardirt. 2) Der Papst hat die Intervention der französischen Republik angerufen. Folgendes sind die Einzelnheiten über diese Ereignisse: Den 8. Aug. überfiel ein österr. Korps unter Gen. Welden Bologna, besetzte mehrere Paläste und schrieb eine Brandschatzung aus. Die Bevölkerung stürzte sich über die Oesterreicher her und trieb sie wieder aus der Stadt. Am 9. kehrten jene indeß in größerer Zahl zurück, und da ihnen die Bevölkerung die sich in Masse erhoben, alle Zugänge sperrten, so gab Welden Befehl, die Stadt zu beschießen. Das Bombardement hat noch an demselben Abende begonnen. — Bezüglich des päpstlichen Interventionsbegehrens erfahren wir, daß Pius IX. den französischen Gesandten Hrn. v. Harcourt zu sich rufen ließ und denselben officiell um die Intervention der Republik ersucht hat. Wie man weiß, ist Lucian Murat in außerordentlicher Mission an den Papst geschickt worden. — Wie erhirten, sagt Cavaignacs Organ, der „Spectateur republicain" vom 16. August, das Uebereinkommen zwischen den sardin. und österr. Heeren in Betreff des Waffenstillstandes zu spät, um sofort unsere Betrachtungen daran zu knüpfen. Hoffen wir, daß uns die nächsten Kouriere die Gründe bringen, die Karl Albert bestimmen konnten, an der Spitze von 45,000 Mann ganz Italien und vorzüglich diejenigen Theile desselben zu räumen, welche noch nicht besiegt waren!"

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bei Hrn. Street & Comp., 30 Cornhill, London.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition befindet sich Großh. Bad. Posthaus Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 12. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 21. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 230. **Heidelberg, Montag 21. August.** **1848.**

Uebersicht.

Kirche und Staat. II. — Wien (Oesterreichs Produktionskraft. Die Deutschkatholiken. Verhandlungen des Reichstags. Franz Schuselka. Münch-Bellinghausen. Lord Funsonby. Das Ausfuhrverbot von Silbermünze nach Oesterreich. Vaterländischer Verein in Ungarn zur Wahrung deutscher Nationalität). Prag (die Auflösung der hiesigen Studentenlegion betätigt sich nicht). Berlin (Verhandlungen der Nationalversammlung. v. Bincke gewählt). Düsseldorf (unruhige Auftritte. Die Ruhe wiederhergestellt). Trier (unruhige Auftritte). Posen (neue Verschwörung im Russisch-Polen). Vom Rhein (Empfang Ravenux's. Lassalle's Prozeß. Das Vombad uefest). München (Einschreiten gegen die demokratischen Vereine). Dresden (Kammerverhandlungen über die Bevollmächtigten bei der Centralgewalt). Aus Baden (Studienrath Beck). Kiel (bevorstehende Vertagung der Ständeversammlung). Frankfurt (Sovoye abgetreten. Die Wiener Studenten. Marinenministee erwartet. Neue Gesandte ernannt. Blums Selbstverläugnung vor seinen Leipziger Wählern).

Großbritannien. Pr. Rodderius und sein Kumpan. Interpellation wegen der spanzösisch-englischen Vermittelung. Blutige Auftritte in Irland und Engtand.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Der Untersuchungsbericht ausgegeben. Die „gutwilligen" Konkordate. Beunruhigende Gerüchte über eine reaktionäre Insurrektion. Beschluß über die Intervention. Bündniß zwischen Engtand und Frankreich. Senard. Marrast. Marie.

Italien. Rom. Erklärung des Papstes. Venedig. Venedig wieder Republik. Einstellung der Feindseligkeiten Seitens Welden.

Beilage. Italienische Briefe. — Die ungarisch kroatische Angelegenheit. Prag. Die Denkschrift des Fürsten Windischgrätz. Baden. Amnestiedekret. Großbritannien London. Die Polizei des „Hauses" in den Nationalversammlungen. — Neueste Nachrichten.

21. August.

Es ist bisher fast allgemein so angesehen worden, als ob die Festsetzungen des Artikels III. der Grundrechte das Princip einer vollkommenen Trennung der Kirche vom Staat, wenn nicht wörtlich, doch faktisch aussprächen. Die Einen freuen sich dieser Auflösung des bisherigen Verhältnisses und können den Tag kaum erwarten, um Früchte des neuen Zustandes zu ernten; die Andern betrachten die Ablösung des Staates vom Religiösen mit Schmerz und sehen daraus für Kirche und Staat Gefahren erwachsen; aber die Trennung selbst nehmen fast Alle als eine vollendete Thatsache an. Es gehört zum Eigenthümlichen und Verdienstlichsten der schon genannten Schrift von Ullmann, daß sie allzu vorschnellen Folgerungen in diesem Stück zu begegnen und die Wichtigkeit auch eines ferneren — wenn schon nach den Zeitumständen modifizirten — positiven Verhältnisses zwischen Kirche und Staat uns Licht zu stellen sucht.

Wir sind mit Ullmann darin vollkommen einverstanden, daß es einer der folgenschwersten Mißgriffe sein würde, wenn die Nationalversammlung die Trennung des Stantes von der Kirche, die völlige Beziehungslosigkeit zwischen beiden sanktioniren und solchergestalt zwangsweise an die Stelle des Hergebrachten, Tiefeingewurzelten und in der Hauptsache Wohlbegründeten etwas völlig Neues, der Lage der Dinge in Deutschland schnurstracks Widersprechendes setzen wollte. Allein wenn Ullmann meint, daß eine solche Beziehungslosigkeit nicht in dem Wesen der Bestimmungen des Entwurfs liege, so können wir ihm unmöglich beipflichten. Zwar müssen wir ihm darin Recht geben, daß aus §. 13 allein nicht nothwendig eine Folgerung hervorgeht, wie die oft zu hörende: „mit der bürgerlich-politischen Gleichberechtigung der Mitglieder aller Konfessionen entäußert sich der Staat des religiösen Charakters überhaupt und kann daher in einem positiven Verhältniß zu irgend einer Religionspartei nicht mehr stehn". Diese Gleichstellung ist allerdings eine rein negative Erklärung. Sie besagt nur, daß bestimmte Rechte, die den Mitgliedern gewisser Religionsgesellschaften bisher vorenthalten waren, ihnen fortan nicht vorenthalten werden sollen. Es folgt daraus bloß, daß der Staat, der sich hiemit von der politischen Bevorzugung gewisser Religionsparteien lossagt, wornach er z. B. nur Anhänger dieser zu Staatsämtern zuließ und damit jenen Parteien gewisse Garantien gab, fernerhin gewisse Rechte, die er im Schooß jener Religionsparteien, gestützt auf jene Garantien, zu üben befugt war, nicht mehr üben könne. Aber eine völlige Lösung des Bandes zwischen Kirche und Staat ist damit allerdings nicht ausgesprochen. Es ließe sich vielmehr denken, daß der Staat, in Einklang mit der bürgerlichen Gleichstellung der bisher nicht berechtigten Bekenntnisse mit den berechtigten, künftig auch ersteru als religiösen Institutten ein gleich positives Interesse widmete, wie er es bisher ausschließlich der letztern gewidmet hat. Dagegen liegt nach unserer Ansicht gerade darin, daß ein solches positives Interesse in allen übrigen Bestimmungen des Entwurfs nicht nur nicht indicirt, sondern in allen ohne Ausnahme geradezu abgewiesen ist, ein hinreichender Beweis zu Gunsten der Folgerungen, die man bisher gemeinhin aus dem Entwurf gezogen hat. Mit Einführung der Civilehe (§. 16) ist das fernere Interesse des Staats an der religiösen Sanktion dieses wichtigen Aktes verneint; mit §. 15. sind die kirchlichen Handlungen der Taufe und des Eids außer Beziehung zum Staatsinteresse gesetzt. Nach §. 12 ist jeder Unterschied zwischen öffentlicher und häuslicher, d. h. vom Stnat förmlich anerkannter und bloß geduldeter Religionsübung aufgehoben, also die Möglichkeit einer positiven Werthung einer Religionsform vor der andern für das Staatsinteresse abgeschnitten. Es ist somit künftig alles dasjenige nicht mehr vorhanden, was den Staat im Einzelnen bisher mit der Religion sowohl an sich, als mit einer bestimmten Form der Religion verknüpfte. Man sucht daher nach irgend einem andern Punkt, an welchem der Staat künftig mit der Religion wieder anknüpfen könnte. Aber vergebens; in dem Entwurf ist ein solcher Punkt nirgends zu finden. Ja §. 14. macht diese Anknüpfung vollkommen unmöglich, wenn er neue Religionsgesellschaften zu bilden gestattet, ohne daß es einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedürfte. Denn ist für den Staat ein Religionsbekenntniß unstreitig nie wichtiger, als in dem Stadium, wo es als ein neues auftritt, dessen Wirkungen auf die Staatsbürger sich ihm erst enthüllen sollen, und ist er entschlossen selbst in diesem Falle auf dessen Anerkennung zu verzichten, d. h. von einer Ermittelung des Verhältnisses, in welchem es zum Staatswohl und zu den bisherigen, dem Staat bekannten, von ihm erprobten steht, zu abstrahiren, so deutet dies doch wohl unzweifelhaft an, daß der Staat von keinerlei Bekenntniß überhaupt Notiz nimmt. Es deutet an, daß er keine der irgend möglichen Bekenntnißgestaltungen für sich als bestimmunggebend, keine als fähig von ihm aus Bestimmungen zu empfangen betrachtet. Es deutet mit einem Wort den höchsten Grad von Indifferentismus des Staates gegenüber dem religiösen Element überhaupt an. Es muß daher von dem Indifferentismus des Staates gegen neue Bekenntnisse, schon nach dem Prineip der Gleichstellung, auch auf denselben Indifferentismus gegen die ältern zurückgeschlossen werden. Vom Gesichtspunkt dieses Indifferentismus aber zeige uns Jemand die Brücke, durch welche der Staat zu einer ferneren positiven Beziehung mit der Religion hinübergelangen könnte; es zeige uns Jemand die Bande, durch deren Bewahrung eine Trennung von Kirche und Staat sollte aufgehalten werden!

Wir können die ganze Anschauung des religiösen Elements, welche dem Entwurf zu Grund liegt, nicht sicherer entdecken, als wenn wie das auf den ganzen Artikel ausdehnen, was Ullmann von dem Princip der bürgerlichen Gleichstellung in §. 13 sagt: „Sie bezieht sich nicht auf die Konfessionen als Gemeinschaften, sondern auf deren einzelne Mitglieder; nicht den Korporationen wird ein Genuß von Rechten zugesichert, sondern den Personen.

Digitized by Google

Sie hat es endlich gar nicht mit den Bekenntnissen als solchen, nach ihrem religiösen Gehalt und ihrer sittlichen Bedeutung zu thun, sondern sie bewegt sich ganz und gar auf dem rechtlichen Gebiete." Dies ist in Beziehung auf den ganzen Art. III vollkommen richtig. Er nimmt völlig Umgang von einem Verhältniß des Staats zu der Religion als Mittelpunkt genossenschaftlicher Verknüpfungen und einer positiven Bedeutung letzterer für das Interesse des Staates. Statt auf den Boden des genossenschaftlichen stellt er sich rein auf den Boden des persönlichen oder absoluten Individualismus, der bereits durch die §. 11 jedem Deutschen garantirte volle Glaubens- und Gewissensfreiheit hinreichend gesichert ist. Er trägt nur diesem Rechnung, oder er verwechselt die Ansprüche beider, indem er Freiheiten, die der Staat dem Einzelnen nicht einmal dem Grade nach zumessen kann, in gleicher Unbegrenztheit auch den Genossenschaften zuspricht, die schon gemäß der in ihnen zum Vollzug kommenden äußern Thathandlung der Einigung in ein ganz anderes Verhältniß zum Staate sich stellen, als der Einzelne für sich mit seinem innern Akte rein individuellen Glaubens und rein individueller Gewissensbethätigung sich stellt. Dies ist der Grundfehler des ganzen Artikels. Gewiß aber spricht Nichts so sehr, als dieses einseitige Sichfortschleppenlassen von dem Zuge des absoluten Individualismus, der allerdings in gewissen Zeitrichtungen liegt, dagegen, daß eine feenere positive Beziehung des Staats zur Religion, die doch ohne Anerkennung der religiösen Gemeinschaftsformen nicht möglich ist, als von den Bestimmungen des Artikels nicht ausgeschlossen anzunehmen sei. Wenn Ullmann an seine obigen Worte die Frage anknüpft: „wie nun soll eine solche, wesentlich negative, rein rechtliche und nur auf Individuen bezügliche Erklärung zugleich besagen, daß der Staat auch gegen die Religion selbst und gegen die Gemeinschaften, in denen diese sich darstellt, schlechthin gleichgiltig sei?" — so darf man wohl füglich die Frage umkehren und sagen: wie sollen solche Erklärungen, wie die, welche Art. III. gibt, etwas Anderes besagen können, als daß der Staat sowohl gegen die Religion selbst, als gegen die Gemeinschaften derselben, schlechthin gleichgiltig sich verhalten wolle?

Höchst merkwürdig ist nun aber, daß der Verfassungsausschuß selbst, ungeachtet alle seine Festsetzungen dahin auslaufen, die Religion als rein individuelle und Privatangelegenheit des einzelnen Bürgers zu erklären, Nichts desto weniger Bedenken getragen hat, die Trennung der Kirche vom Staat geradezu auszusprechen. Einige Minoritätsrechten enthalten zwar unter Vermeidung des Ausdrucks „Trennung" den Satz: „die bestehenden und neu sich bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig." Die Majorität aber äußert sich in den dem Entwurf beigegebenen Motiven auf bezeichnende Weise folgendergestalt: „die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate, die Trennung beider Gewalten ist hier als allgemeines Princip nicht ausgesprochen worden. Der Ausschuß trug Bedenken, die konfessionellen Fragen so allgemein mit den politischen in Verbindung zu bringen; es sei schon einmal die Wiederherstellung Deutschlands dadurch verhindert worden. Auch machte sich die Ansicht geltend, daß, wenn die Kirche vom Staate ganz unabhängig sein solle, es nothwendig sein könne, diesen letztern gegen Uebergriffe durch besondere Maßregeln zu sichern. Endlich zog man in Betracht, daß die evangelische Kirche in ihrer jetzigen Verfassung so mit dem Staate verwachsen sei, daß eine plötzliche Trennung schwierig sei; auch schließe die freiere Form der Synodal- und Presbyterialverfassung, welche jetzt angestrebt werde, eine Betheiligung des Staats nicht aus, und was endlich besonders hervorzuheben sei, es komme doch wohl gerade in dieser Sache sehr darauf an, allen Betheiligten Gehör zu geben. Aus diesen Gründen beschloß der Ausschuß, in diesem Artikel einige Bestimmungen vorzuschlagen, welche die wichtigsten Konsequenzen des allgemeinen Princips enthalten, dieses selbst aber nicht ausdrücklich auszusprechen."

Wenn man nun auch versucht sein könnte, gegen einzelne Ausdrücke dieser Motive sich Ausstellungen zu erlauben, so wird man doch eingestehen müssen, daß im Ganzen eine Anzahl sehr gewichtiger Bedenken gegen die Trennung der Kirche vom Staat nicht bündiger hätte bezeichnet werden können, als hier geschehen. Anstatt daß man nun aber noch diesen Motiven erwarten dürfte, daß der Ausschuß das, wos er im Princip bedenklich fand, auch in den Konsequenzen bedenklich gefunden hätte, weil die Konsequenzen ja nichts Anderes sind, als die Entwicklung des Princips, ein bedenkliches Princip bedenkliche Konsequenzen hervortreibt und bedenkliche Konsequenzen auf ein bedenkliches Princip zurückweisen: so stellt der Ausschuß unbedenklich die Konsequenzen hin, hält aber mit dem Princip zurück, indem er anzunehmen scheint, daß allen Bedenken begegnet sei, wenn das Princip — unausgesprochen bleibe!

Wir müssen gestehen, daß es uns unmöglich ist, dieser Logik zu folgen, und auch Ullmann, so sehr diese Ansicht des Ausschusses einer Haupttendenz seiner Schrift entspricht, kann sein Befremden über den Widerspruch, in welchen der Ausschuß hier mit sich selber geräth, nicht verbergen. „Jedenfalls würde es uns" — sagt er — „wenn man die Bestimmungen als anerkannte Hauptwirkungen des Princips wollte, passender geschienen haben, das Princip selbst auch offen an die Spitze zu stellen und dann hieraus alle Konsequenzen zu ziehen." Ganz gewiß! Denn nur so kommt ein wirklich klares Verhältniß zwischen Kirche und Staat heraus. Auf dem von dem Ausschuß eingeschlagenen Wege reiht sich dagegen Widerspruch an Widerspruch. Wir hätten dann auf der einen Seite einen von der Kirche völlig unabhängigen Staat, auf der andern lauter zum Staat in völlig precärer Stellung befindliche Kirchen; auf der einen Seite einen Staat, der jede positive Bedeutung religiöser Genossenschaften für seine Interessen ignorirte, auf der andern darauf rechnete, daß mit der künftigen Presbyterial- und Synodalverfassung der protestantischen Kirche eine Betheiligung des Staats an den Kirchenverhältnissen nicht ausgeschlossen sei; auf der einen Seite eine enorme Bereitwilligkeit, die wohlbegründeten Aufsichtsrechte des Staats über die Kirchengesellschaften preiszugeben, auf der andern die lebhafteste Besorgniß vor Uebergriffen derselben; auf der einen Seite ein eilfertiges Addekretiren aller bisherigen Bande zwischen Staat und Kirche, ohne Nachweisung irgend eines neuen, sogar ohne irgend eine Uebergangsbestimmung aus dem alten in den neuen Zustand, auf der andern eine Anerkennung, daß die evangelische Kirche in ihrer bisherigen Verfassung so innig mit dem Staat verwachsen sei, daß eine plötzliche Trennung schwierig sei; auf der einen Seite eine ausgedehnte Freiheit, auf der andern Seite ein Damoklesschwert von verborgenen Rückhalten, das dazu fast noch mehr über den bisherigen vom Staat gekannten, als über den künftigen, ihm unbekannten Religionsgenossenschaften schweben würde.

Es dürfte hiernach schwerlich zu verkennen sein, daß der Entwurf entweder durch Aufnahme des unausgesprochen gebliebenen Princips der Unabhängigkeit der Kirche vom Staat ergänzt werden muß, oder, wenn ein vernünftig und zeitgemäß geregeltes Verhältniß des Staats zur Kirche beibehalten werden soll, auch einzelne der Paragraphen des Art. III eine wesentliche Modifikation erleiden müssen. Wir haben uns bereits für die letztere Alternative entschieden, und zwar aus einer reiflichen Erwägung sowohl der Gründe, welche der Verfassungsausschuß selbst an die Hand gibt, als noch mancher andern, die wir in der Schrift von Ullmann trefflich entwickelt finden, wenn schon wir nicht allem Einzelnen seiner Ausführungen beistimmen können. Würde dagegen der Artikel unverändert angenommen, so müßten wir sehr befürchten, dadurch eine reiche Saat mannigfachen Hasses und innerer Zerrüttung ausgestreut und die Wiederherstellung Deutschlands von Neuem durch dasselbe Ungeschick und dieselbe Halbheit in Lösung der kirchlich-politischen Fragen in Frage gestellt zu sehen, durch welche sie „schon einmal verhindert wurde." Wir haben daher als „Betheiligte" gern das uns gestattete „Gehör" in Anspruch genommen und wünschen, daß es nicht ganz vergebens geschehen sein möge.

Oesterreich. †† Wien, 16. August. Nach einer vom Finanzminister Kraus dargestellten Sachlage des Staatshaushaltes erreicht die Produktion Oesterreichs 4000 Millionen Gulden jährlich. Die durchschnittliche Ausgabe jedes Oesterreichers beträgt 114 fl. jährlich, kaum 20 kr. täglich. Die Zölle trugen bisher 33 kr. per Kopf ein. In den Zollvereinsstaaten 1 fl. 30 kr. (28½ Sgr. Preuß.). Ob für Oesterreich noch zu überlegen ist, sich schleunigst an den Zollverein anzuschließen? Aus Alt-Orsova laufen traurige Berichte über eine Heuschreckenlandplage ein, welche die Gegend verwüstet haben. Die Ungethüme sind drei Zoll lang, und sie theilten sich, die eine Hälfte zog nach Almasch die andere nach Mehadia. Böse Badegäste. — Eine interessante Scene unterbrach den gestrigen Vortrag des deutsch-katholischen Predigers Pauly im Odeon. Plötzlich erhob sich ein Mann in der Versammlung, drängte sich zum Rednerstuhl und usurpirte das Wort. Er bekannte sich als Deutschkatholik und versicherte, daß er froh sei eine seit 23 Jahren getragene Last in diesem Augenblicke von seinem Herzen zu wälzen, erzählte nebstbei, daß er einen 73jährigen Vater, eine lahme Schwester zu ernähren habe und morgen vielleicht schon, wegen seines Uebertritts zur Sekte vor Ge-

Digitized by Google

nicht stehe; denn es war der Feldkaplan Hirschberger beim Militärspital. Zwei in der Versammlung gaben ihm nach seiner Rede sicheres Geleit, so nannte man eine Begleitung des Kaplans nach seiner Wohnung. Diese Sekte feierte gestern ihren ersten Gottesdienst. — Im heutigen Reichstage interpellirte der Abgeordnete Löhner das Ministerium, ob es die in den Provinzen bestehenden Landtage bestätigt und zur Ausübung ihrer Verhandlungen autorisirt habe. Hierauf Fortsetzung der Diskussion über Kudlichs Antrag zur Aufhebung der Roboten, welcher 80 Amendements im Schweife nach sich zog und von mehr denn 40 Rednern mit Diskussion beehrt werden soll. Libera nos a malo, doch auch von 40 Reden, welche nach den gesprochenen noch weiter das einfache Princip der Volksfreiheit besprechen sollen. Endlich sahen wir heute den Mann auf der Tribune, welcher in jüngster Zeit doppelt durch seine Wähler geehrt, langes Unrecht von jenen erfahren, welche ihn und sie mit Füßen getreten haben. Schuselka sprach für die Freiheit der Bauern, der Gedrückten. — Der mit der österreichischen Dornenkrone gekrönte Vorkämpfer — der Freiheit redete zum Herzen, zwar nicht mit unangenehm lautenden österr. Dialekte — doch aus österreichischem Gemüthe. Ich werde seine Rede morgen liefern. (Anhaltender Beifall begleitete den Redner). Wie mußte seiner mißhandelten Mutter das Herz gepocht haben, ihren Sohn von den Ersten des Volkes hochgefeiert zu sehen, ihn den der Minister Sedlnitzki in Verbannung trieb, und nicht damit zufrieden, durch Polizeiränke und Gewalt noch die arme alte Mutter des Sohnes wegen folterte. Voll Dünkel und Aufgeblasenheit einst, voll Demuth und Zerknirschung jetzt, machinirt Herr Münch Bellinghausen auf seinem Schlosse Merkenstein bei Baden. Seine Politik wußte immer einen vorzuschieben; bald wird er in voller Blöße ohne Vorschub dastehen.

†† Wien, 15. Aug. Vorgestern marschirte das hier garnis. Husarenregiment Alex. Czesarewitsch nach Bruck a. d. Leitha, wo es die ferneren Befehle des Hofkriegsrathes zu erwarten hat, welcher sich über die Rückberufung des Regimentes mit dem ungarischen Kriegsministerium ins Einvernehmen setzte und vielleicht eine Kontreordre von Pesth erwartet, deßhalb das Regiment nur bis an die ungarische Grenze abrücken ließ. Die Husaren wären lieber nach Italien als nach Ungarn gezogen. Die Truppenmärsche gehen nach Italien ohne Unterbrechung fort, und bald wird Oesterreich eine imposante Kriegsmacht dort versammelt haben, um beim Wiederausbruch der Feindseligkeiten selbst von Frankreich nicht ungerüstet überrascht zu werden. — Die am Schlusse des gestrigen Reichstages vom Vicepräsidenten Strobach gemachte Motion, auch am heutigen Feiertage den Reichstag zu versammeln, ging nicht durch. Es wäre auch trotz der vielen katholischen Feiertage eine solche Maßregel nicht nothwendig, wenn nur die Herren Abgeordneten an Werktagen länger arbeiten wollten. Sie versammeln sich um 10 Uhr Vormittags und vertagen um 2 Uhr Nachmittags, verhandeln also nur 4 Stunden. In England, Frankreich und Washington sitzen die Parlamente bei wichtigen Fragen 8, auch 9 Stunden. Freilich fällt hier die ganze Last der Arbeit auf die wenigen Kapacitäten, und jene aus den alten Ständeverfassungen uns zu sehr im Gedächtniß gebliebenen Ja-Herren sehen wie sich der monatlichen 200 Gulden Diäten erfreuen und zuweilen rechts, zuweilen links stimmen, um durch diese Inkonsequenz wenigstens anzudeuten, daß sie eine Stimme haben, welche so viel gilt, als die von Löhner, Borrosch oder Kudlich. Es ist eine schöne Sache, auch schweigend mitzureden. — Die in der Geschichte der Innsbrucker Kamarilla berüchtigte Madame Cibini, Amme des Kaisers, welche seit seiner Kindheit um ihn ist, hält sich seit der Rückkehr des Kaisers verborgen; auch die Herren der Kamarilla sind in Innsbruck und Ischl theilweise geblieben. — Hier aber erschien heute ein Plakat, welches den Kaiser mit erbärmlichem Holzschnitte in effigie und den Titel „Der erste Staatsbürger“ darunter hat. Solche Späße bleiben unverwehrt. In England achtet der Punch die Königin. O nähme man sich an dem Ordnungssinne Albions ein Exempel!

Wien, 16. Aug. Der Allg. Z. zufolge ist Lord Ponsonby am 15. Aug. hier eingetroffen und die Konferenzen wegen der italienischen Angelegenheit werden alsbald ihren Anfang nehmen. Wie man soeben erfährt, haben die Ungarn das stark verschanzte Lager bei Perinß mit Sturm genommen, und hiebei den Serben oder Raitzen angeblich 2—3000 Mann getödtet. Eine Verordnung Kossuths vom 13. d. verbietet die Ausfuhr von Silbermünze über 500 fl. nach Oesterreich!

Prag. Die Konst. Ztg. von Böhmen enthält Nachstehendes: Soeben ist in dem Studentenausschuß ein Brief von einem unserer Reichstagsdeputirten vom 12. d. M. zugekommen, aus welchem wir Folgendes zur allgemeinen Kenntniß bringen: „Es ist, wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, der Ministerialerlaß nach Prag gegangen, daß die Studentenlegion nicht aufgelöst werden kann, und daß alle Studenten, die zur Legion gehörten, sobald sie sich nur über diese Eigenschaft und mit dem Frequentationszeugnisse ausweisen, wenn sie zum Militär abgeführt worden sind, wieder und zwar sogleich frei gegeben werden müssen. Der Ministerialerlaß ist schon in Prag und ich schreibe es Ihnen, meine Herren, weil ich weiß, daß man mit der Publikation solcher Dinge in Prag nicht sehr eilt.“

Wien. In Pesth besteht ein Verein, dessen Ziel ist, die Wahrung und Verbreitung der in Ungarn sehr zahlreichen und fast in allen Städten überwiegenden deutschen Nationalität. Das Blatt Kossuths hat unlängst seinen Zorn gegen diesen Klub ausgelassen und dessen Unterdrückung verlangt. (Ein neuer Beleg, daß man die pompösen Reden Kossuths für den „innigen Anschluß an Deutschland“ nicht ohne Weiteres als baare Münze nehmen darf.) (Schw. M.)

Preußen. ☽ Berlin, 16. Aug. Auch in der heutigen (außerordentlichen) Sitzung beschäftigte sich der Landtag mit einer der wichtigsten materiellen Fragen. Es galt, dem ländlichen Proletariat die rettende Hand zu reichen, um auch ihm die Fesseln abzunehmen, von welchen der eigentliche Bauer schon früher durch die Segnungen der sog. „preußischen Unglücksjahre“ befreit worden war. Auf der Tagesordnung, zu welcher heute ausnahmsweise, ohne daß wie gewöhnlich tausend kleine Hindernisse zu überwältigen waren, übergegangen werden konnte, stand nämlich der Bericht der Petitionskommission und zwar zunächst derjenige Theil desselben, welcher einer besondern Abtheilung für Handel, Gewerbe und Arbeitersachen zugewiesen war. Es mag den Zustand unsres Landes, wie er sich während der Reaktion ausgebildet hat, charakterisiren, daß bis jetzt nicht weniger als 7000 und zwar meistens wirklich anerkannte Uebelstände betreffende Petitionen eingegangen sind. Auch wenn man annimmt, daß viele von ihnen denselben Gegenstand behandeln, wird jene Zahl sehr bedeutend erscheinen. Besonders dringend sind die Beschwerden der ärmeren Klassen. Bereits im Mai hat die Regierung eine gründliche Erörterung dieser Uebelstände, soweit sie das Verhältniß der Arbeiter in den Städten betreffen, vorbereitet. Ein gleiches Bedürfniß stellte sich für die ländliche Bevölkerung heraus. Die Proletarier des platten Landes und selbst die kleineren Grundbesitzer, sagt der Bericht der Petitionskommission, äußern Wünsche und Verlangen, deren Erfüllung fast unmöglich scheint und jedenfalls eine bedeutende Aufopferungsfähigkeit der besitzenden Klassen bedingen würde. Umfassende Untersuchungen seien hier nothwendig; führten sie auch keine unmittelbare Lösung der Frage herbei, so würden sie doch dieselbe vorbereiten, die öffentliche Meinung aufklären, berichtigen und so beruhigen und versöhnen. Dergleichen Ermittelungen könnten in jedem Kreise durch gemischte Kommissionen von 2 Gutsbesitzern, zwei Pächtern, 2 bäuerlichen Grundbesitzern, 2 Häuslern, 2 Tagelöhnern, 1 Landgeistlichen, 1 Schullehrer und einem Arzte, welcher auf dem Lande Praxis habe, vorgenommen werden. Ihre Aufmerksamkeit würde sich vorzugsweise auf die Grundbesitzverhältnisse, die Lasten, das Lohnsystem, die Arbeitszeit, das Armenwesen, die Kreditzustände und die sittliche Bildung der ländlichen Bewohner zu erstrecken haben. Die Kommission selbst solle durch die Urwähler des Kreises mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. Von dem Abg. Baumstark wird hieran der Antrag geknüpft, den Vorschlag des Petitionsausschusses dem Ministerium für Handel und Gewerbe und für Ackerbau zu näherer Erwägung, resp. Ausführung in denjenigen Kreisen, wo sich das Bedürfniß zeige, zu überweisen. In einer längern Rede zur Motivirung dieses Antrages preist der Abg. als eines der glücklichsten Ereignisse, daß in Frankreich die Träume von einer Organisation der Arbeit auf eine so überzeugende Weise zu Grabe getragen worden. Ein glücklicherer Versuch sei bei uns vor einigen Jahren durch die „Vereine zum Wohle der arbeitenden Klassen“ gemacht worden. Leider habe die damalige Regierung die erforderliche Bestätigung der Statuten aus bekannten Gründen so lange hingehalten, bis endlich die Leiter jener Vereinigungen den Muth verloren und ihre Bestrebungen aufgegeben hätten; Vieles wäre ohne diese Mißgunst der Behörden seitdem besonders auf dem platten Lande verbessert worden. Doch werde auch jetzt noch eine gute Gemeindeordnung, eine Reform der Steuergesetzgebung wie des Schulunterrichts, und eine zweckmäßige Verwaltung der Domänen und Forsten von wesentlichem Einflusse auf die Lösung der socialen Frage sein. Bevor nicht diese Verbesserungen einträten, könne von dem ländlichen Arbeiter kein irgend erträgliches Familienleben erwartet werden. Minister Milde schließt sich dem Antrage an. Entfesseln Sie, ruft er der Versammlung zu, das Grundeigenthum von den noch auf ihm ruhenden Lasten, geben Sie nicht nur der Person, sondern auch dem Eigenthume die Freiheit der Bewegung und Sie werden dem Lande ein Vermächtniß hinterlassen, welches mehr als die „breitesten Grundlagen“ sein Gedeihen befördert. Von den Gegnern des Antrages wird geltend gemacht, daß

Digitized by Google

er nicht energisch genug sei. So viel scheine ihm klar, bemerkt Pastor Müller aus Brieg, daß für schwere Volksleiden, die einer dringenden Abhilfe bedürfen, homöopathischer Mittel empfohlen werden. Er fürchtet, daß die öffentliche Aufmerksamkeit abgelenkt werde von dem eigentlichen Gegenstande, daß die Aufregung sich vermehren würde. Weit entfernt, Zutrauen gegen die Versammlung zu empfinden, würde man ihr sagen: Ihr seid Eurer Aufgabe nicht gewachsen, nach dreißigjährigen Leiden wollt Ihr das Uebel durch Kommissionen heilen, deren ganzes Wirken eben nur im Berichten besteht! Ordne man lieber die agrarischen Verhältnisse mit allem Ernste der Gesetzgebung; schone man die Privatrechte, soweit es möglich ist. Wo aber die Privatrechte im Laufe der Jahrhunderte so unnatürlich geworden sind, daß sie den Menschenrechten Hohn sprechen, da müssen sie angemessen beschränkt werden. Des Leibes Nothdurft muß mit der Hände Arbeit errungen werden können. In Oberschlesien sei Vielen diese Möglichkeit nicht gegeben, und wären auch die Leute nicht an den Roboten gestorben, wie der Minister Milde einem Redner von der äußersten Linken gegenüber bestritten hatte, so habe doch der Typhus ein durch die blutsaugenden Roboten für den Tod gut beackertes Feld gefunden. Von andern Rednern aus dem Bauernstande wird auf die Willkür mancher Gutsbesitzer hingewiesen; doch bemerken sie ausdrücklich, daß sich die alten Edelleute stets menschlicher bewiesen haben, als die besonders nach Pommern eingewanderten mecklenburgischen Pächter. Der Antrag geht bei diesem Widerstande nur mit der geringen Mehrheit von 15 Stimmen durch. —

Berlin, 18. Aug. Soeben wird uns von einem Deputirten der hiesigen Versammlung mitgetheilt, daß Hehr. v. Vincke an die Stelle des Abg. Temme gewählt worden ist. (Voss. Z.)

Berlin. Nachdem der bisherige Oberpräsident der Provinz Westfalen, Staatsminister Flottwell, auf die von Seiten des königl. Staatsministeriums, sowie der hier anwesenden westfälischen Deputirten der preuß. Nationalversammlung, an ihn erlassene Anfrage zugestanden hat, „die bei der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. angebrachte Petition auf Aufhebung des Cölibats der katholischen Geistlichen mitunterzeichnet zu haben", hat das k. Staatsministerium den Beschluß gefaßt, den Staatsminister Flottwell als Oberpräsident der Provinz Westfalen nicht weiter mehr fungiren zu lassen. — Daß der König diesen Beschluß des Staatsministeriums sanktioniren wird, dürfte keinem Zweifel unterliegen. (Westf. M.)

Stettin, 15. Aug. Eine mit vielen Unterschriften versehene Adresse ist von hier an die konstituirende Versammlung zu Frankfurt abgeschickt, worin darauf angetragen wird, den Abg. Beckerath aus der Versammlung auszustoßen. (Voss. Z.)

Posen, 15. August. Glaubwürdige Nachrichten, die gestern aus russisch Polen hier eingelaufen sind, haben unsere Bevölkerung in nicht geringe Aufregung versetzt, zumal es sich um nichts Kleineres handelt, als daß im Nachbarlande abermals eine große polnische Verschwörung entdeckt ist, deren Verzweigungen sich nicht allein bis tief in Polen hinein, sondern auch durch ganz Galizien, sogar bis in unser Großherzogthum Posen erstrecken sollen. Die Entdeckung ist in Kalisch, so weit es bis jetzt bekannt, durch Spione erfolgt, und sind sofort eine sehr große Menge polnischer Edelleute, welche der Theilnahme an dem projektirten Unternehmen verdächtig waren, dort eingezogen und zum Theil sogar schon nach Sibirien transportirt worden; die Zahl derselben wird bis auf 180 Personen angegeben, und das Gerücht fügt hinzu, daß fast der vierte Theil derselben aus Einwohnern unseres Großherzogthums bestehen soll. Zum Tag des Ausbruchs war der 15. Aug. bestimmt, und sollte dann die Bewegung zu gleicher Zeit in Galizien, Kalisch und Posen beginnen. Die Sache ist noch zu neu, als daß wir über letztere Angabe mehrere Details hinzufügen könnten, wie denn uns nur auf die verschiedenen Anzeichen, welche eine neue polnische Bewegung verkündeten, und die wir in unseren früheren Berichten erwähnten, namentlich darauf, daß sich in letzter Zeit hier wirklich außergewöhnlich viel Polen versammelt hatten. Uebrigens sind hier bis jetzt noch keine neuen Verhaftungen vorgenommen worden, doch ist die Wachsamkeit der Behörden geschärft, da die Entdeckung einer Verschwörung in einem Theil der ehemals polnischen Lande einen Rückschlag auf die andern Theile auszuüben pflegt. Man hört auch viel von neuen Wühlereien der Jesuiten und glaubt gewiß, daß dieselben nicht unbetheiligt bei etwaigen neuen Unternehmungen der Polen sein werden, und jedenfalls die Pläne derselben mit ihrem Gelde unterstützen, um dabei im Trüben fischen zu können. (Voss. Z.)

Düsseldorf, 17. August. Unsere Stadt ist seit dem 14. der Schauplatz von Scenen der größten Unordnung gewesen. Bei dem Empfange Sr. Maj. des Königs hatte man unter dem Hurrahs und Hoch, womit der König von der Bürgerschaft empfangen wurde, auch Zischen und Pfeifen vernommen, ja es soll sogar mit Koth und Steinen auf die königliche Equipage geworfen worden sein. Neben den Elberfeldern, die mit großen preußischen Kokarden und preußischen Halsschleifen in übergroßer Anzahl hier erschienen waren, bemerkte man auch Leute mit rothen Bändern und mit rothen Mützen, die, wie verlautet, von dem hiesigen Volksklub (der eigentlichen republikanischen Partei) sollen vertheilt worden sein. Auch die Stadtverordneten haben durch einen unerklärlichen Mißgriff indirekt zu diesem empörenden Empfang des konstitutionellen Königs mitbeigetragen, indem sie in einer Versammlung, die freilich wegen Nichtanwesenheit der bestimmten Mitgliederzahl, nicht beschlußfähig war, übereingekommen waren, den König Seitens der Stadt nicht zu begrüßen. Dieser Beschluß wurde nun später im Plenum zurückgenommen. Der Wirkung, die derselbe aber auf die untersten Klassen der Bevölkerung ausübte, sind die berührten Vorgänge, die Düsseldorf so sehr zur Unehre gereichen, zuzuschreiben. Das Militär, aufgebracht über die schnöde Behandlung, die dem König zu Theil geworden, durchzog am Abend des 14. in hellen Haufen mit gezogenem Säbel und unter Absingung des Liedes: „Ich bin ein Preuße" und: „Heil dir im Siegerkranz" die Straßen der Stadt und insultirte und mißhandelte die ruhig vorübergehenden Bürger. An einzelnen Stellen kam es zu Wortwechsel und zu Handgemenge. Da geschah es denn auf dem Markte, daß auf einmal, man weiß nicht woher und von wem, ein Schuß fiel und einen Soldaten vom 13. Regiment niederstreckte. Derselbe ist sogleich verschieden; der Schuß hatte nur das Bein getroffen; die tödtliche Wunde ist durch zwei Säbelhiebe über den Kopf herbeigeführt worden. Nun eilte die Bürgerwehr herbei, die ebenfalls des Morgens in einer Generalversammlung beschlossen hatte, sich an dem Empfang des Königs nicht betheiligen zu wollen. Den Bemühungen ihres Chefs gelang es nicht ohne viele Mühe, die Streitenden auseinander zu halten. Der Generalmarsch rief die Soldaten in ihre Kasernen, und somit war die Sache für diesen Abend abgethan. In später Nacht wurde noch ein Jäger, in sehr trunkenem Zustande, mit zerschlagenem Kopfe in der Allee gefunden. Man glaubt, daß derselbe auch in Folge der Verwundung sterben wird. — Bei der Rückkehr des Königs war der Empfang ein anderer; durch ein Spalier der Bürgergarde und des Militärs ging der König, empfangen von dem Stadtvorstande und den Behörden, zu Fuß von dem Köln-Mindner zu dem Elberfelder Bahnhof und unterhielt sich hier längere Zeit mit den anwesenden Autoritäten. Wie wir vernehmen, haben Se. Majestät bereits in Köln gegen den dort anwesenden Oberbürgermeister unserer Stadt Ihre Entrüstung über die hiesige Aufnahme ausgesprochen; dabei aber hat der König erklärt, wie er recht wohl wisse, daß es nicht die Gesinnungen der Gesammtbürgerschaft seien, die sich hier manifestirt hätten; er werde deßhalb auch die Ungezogenheit Einzelner der Stadt nicht zuschreiben. Die Stadt blieb gestern ruhig und die Aufregung legte sich wieder. Schon um 4 Uhr Nachmittags sammelten sich viele Bürgerwehrmänner, um jede mögliche Unruhe im Keime zu ersticken. Das Militär blieb Abends in den Kasernen. (D. P. Z.)

Auch aus Trier werden blutige Auftritte gemeldet. Pöbelhafte Demonstrationen und Spottlieder gegen Preußenthum und Militär hatten die erbitterte Stimmung hervorgebracht, die am 12. und 13. an verschiedenen Orten der Stadt zum Ausbruch kam. Die Soldaten gebrauchten ihre Waffe, von der Gegenseite, wie es scheint Leuten vom niedrigsten Pöbel, wurde mit Steinen und Unrath, aber auch mit Messer und Dolchen, ja mit Schußwaffen gekämpft. Die Soldaten haben mehrere lebensgefährlich Verwundete. Den herbeigeeilten Wachmannschaften und Officieren gelang es, die Ruhe herzustellen.

** Vom Rhein, 17. August. Wir haben in der letzten Zeit bis an den Hals in Festlichkeiten und Kriminalprocedure gesteckt. Die schönen Tage von Aranjuez, um ein abgedroschenes Citat nochmals zu gebrauchen, sind jetzt vorüber, wir können endlich Athem schöpfen, um einen kurzen Rückblick auf diese Erlebnisse zu werfen. In chronologischer Ordnung haben wir zuerst den festlichen Empfang zu betrachten, welchen unsere Hauptstadt Köln, denn diese ist diesmal der Schauplatz aller jener Erlebnisse, ihrem Abgeordneten Raveaux, „einer der mächtigsten Stützen Deutschlands", bereitete. Raveaux ist unläugbar ein Mann von gesundem Verstande und außerordentlichem Takte, der jedesmal den richtigen Augenblick zu erfassen und zu benützen weiß, und so habe ich sehr wohl begreifen können, daß er in Köln ein großer Mann, und noch dazu ein Mitglied des Gemeinderaths geworden ist, denn Keiner kennt die schwachen Seiten der Kölner so gründlich, wie er; überraschend aber und wahrlich nicht eben erfreulich überraschend mußte es sein, daß jene Eigenschaften genügten, ihn zu einer hervorragenden Stellung in der gesetzgebenden Versammlung von Deutschland empor zu tragen, daß jene Eigenschaften den Mangel jeglichen gediegenen Wissens und eine erst eben überwundene

stürmisch-abenteuerliche Vergangenheit vergessen machen konnten. Doch, wie dem auch sei, sein Empfang hier war glänzend, und wenn die Intelligenz nur schwach dabei vertreten war, und die Anreden und Illuminationstranspurente in Prosa und in Versen in stylistischer und orthographischer Beziehung viel zu wünschen übrig ließen, so konnte er desto befriedigter die Massen seiner Bewunderer überblicken; die Zahl ist etwas zu hoch gegriffen, wenn der Gefeierte in seiner Dankrede es hervorhob, daß seine Worte jetzt, „wo 90,000 Kölner hinter ihm ständen", noch mehr Gewicht haben würden in den Berathungen der Nationalversammlung, aber alle Handwerker und alle Handlungsgehilfen von Köln stehen wirklich hinter ihm, und das ist, wenn es auf die Zahl ankommt, schon eine recht hübsche und größtentheils auch handfeste Zahl. Einen komischen Eindruck machte es übrigens, daß an demselben Abend, wo die deutschen Patrioten von Köln den Abgeordneten verherrlichten, ruchlose undeutsche Hände ihm in seiner Wohnung zu Brühl seine Reise-Effekten stahlen; die Diebe behielten indeß nur das darin befindliche Geld, 200 Thaler neuen Gepräges, also wahrscheinlich von Frankfurt mitgebracht; die beiliegenden Skripturen hatten sie nicht zu schätzen gewußt und sorglos umhergestreut.

Das zweite Ereigniß ist die gegen den Licentiaten der Philosophie, Ferdinand Lassalle, als intellectuellen Urheber des bereits in zwei verschiedenen Prozessen verhandelten bekannten Kassetten-Diebstahls eröffnete Keiminalprocedur, Prozesse, welche eng mit der traurigen Geheimgeschichte einer fürstlichen Familie der Provinz zusammenhängen und außer dem namenlosen Skandal, welchen sie zu Tage gefördert, das jedenfalls merkwürdige und seiner Zeit viel besprochene Resultat geliefert haben, daß derjenige, der überwiesen und geständig war, die Kassette der Eigenthümerin entwendet zu haben, freigesprochen, derjenige dagegen, welcher die von Jenem entwendete Kassette unter seinen Effekten fortzubringen versuchte, als Dieb verurtheilt wurde. Die gegenwärtige Procedur aber ist in mancher Hinsicht ein trauriges und charakteristisches Zeichen der Zeit und gehört insofern in eine politische Zeitung. Ein Abgrund von Schmutz und Korruption eröffnete sich vor den Blicken des Publikums, weit über 100 Zeugen, aus den höchsten gesellschaftlichen Kreisen bis herab zum Tagelöhner und zur Kupplerin, standen, Eid gegen Eid, im schroffsten Widerspruch einander gegenüber, und im Hintergrunde die Agenten der streitenden Parteien, Gold und Verheißungen mit vollen Händen unermüdend und spekulirend auf die socialen und politischen Strömungen der Zeit im Interesse ihrer Partei. „Wenn die Mauern dieses Saales — so lauteten die Worte, mit welchen der Assisenpräsident sein Resumé einleitete und sie bezeichnen den Charakter der Procedur vollständig — wenn die Mauern dieses Saales noch öfter solche Verhandlungen sehen sollten, Verhandlungen, wo ganze Centner falschen Gewichtes in die Schaalen der Gerechtigkeit fallen, dann wäre es besser, daß die Justiz ihren Tempel schlösse, denn er würde nur eine Schaubühne und Schule des Meineids und der Entsittlichung sein." Der Angeklagte wurde, nachdem er sich selbst in einer dreistündigen Rede meisterhaft vertheidigt, und die juristischen Beweise, die man gegen ihn vorgebracht, vollständig vernichtet hatte, freigesprochen, aber Jeder nahm den Eindruck aus den Verhandlungen mit fort, daß dies glänzende Talent sich mit einer tiefen sittlichen Gesunkenheit und mit den gefährlichsten Grundsätzen vereine, und dennoch brach ein wahrer Sturm des Beifalls los, als das freisprechende Urtheil verkündet wurde. Mit den Einzelnheiten der Procedur behellige ich Sie natürlich nicht; ich hebe nur eins daraus hervor. Unter den Zeugen figurirte auch ein Mitglied der preußischen Nationalversammlung, Herr Anton Gladbach, der, nachdem er seines Schulleheramts entsetzt war, in die Dienste der Gräfin Hapfeldt trat und unter Anderm auch das Geschäft übernahm, die Bauern in der Standesherrsch. Wildenburg gegen den Grafen aufzuregen. Hr. Gladbach hatte die Stirn, zu behaupten, er habe sich dort von dem schrecklichen Zustande der unglücklichen Bauern überzeugen wollen und die Hoffnung gehegt, zur Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und dadurch zur Verbesserung ihrer Lage beitragen zu können, worauf der Präsident indeß nicht umhin konnte, zu bemerken, daß hier keine allgemein menschliche, sondern ganz gewöhnlichen Privat-Interessen vorgewaltet zu haben scheinen. Wie Lassalle, der Generalbevollmächtigte der Gräfin, über seinen Agenten, den jetzigen Volksvertreter, dachte, zeigt die folgende Stelle eines Briefes zur Genüge, den er an Karl Grün schrieb: „Obschon Dein Bruder zehnmal geeigneter ist, so taugt er doch nicht für Alle; Gladbach für eine gewisse Sorte Menschen gut." Derselbe Herr Gladbach ist für seinen zeitweisen Aufenthalt in Köln dazu benutzt, zuvörderst im demokratischen Verein die unmaßgebliche Erklärung niederzulegen, daß das „Volk" von den Versammlungen in Frankfurt und Berlin Nichts zu erwarten habe, aber, wie er fest vertraue, von sich selbst und aus sich heraus sich helfen werde, und sodann in einem Dorfe seines Wahlkreises eine Volksversammlung zu arrangiren, in der die schwierigsten Probleme, welche die beiden Nationalversammlungen schon Monate lang beschäftigen, in einem Handumdrehen gelöst wurden. „Was kein Verstand der Verständigen sieht, das findet in Einfalt ein kindlich Gemüth", das finden Herr Gladbach und das Volk des Dorfes Brück. Von ganzem Herzen aber unterschreibe ich den Wunsch, welchen der ehrenwerthe Abgeordnete schließlich aussprach, den Wunsch, daß die Wahlen künftig besser ausfallen möchten.

Das dritte, das wichtigste Ereigniß endlich ist das Dombaufest. Vergebens hat die Geistlichkeit Alles aufgeboten, es zu einem vorzugsweise kirchlichen Feste zu gestalten; es ist ein vorherrschend politisches Fest geworden und wird wohlthätige Früchte tragen für alle unsre Zustände. In einer Stadt, die man vorzugsweise von wühlerischen Faktionen beherrscht glaubte, ist dem konstitutionellen Könige ein Empfang bereitet, so glänzend und so begeistert, wie kaum ein König je empfangen worden; der König hat seine Rheinprovinz kennen gelernt, die Rheinprovinz ihren König; jeder Mißton früherer Zeiten ist verklungen, seitdem die Rheinländer wieder der hinreißenden Persönlichkeit des Monarchen gegenüber gestanden, seitdem sie mit dem warmen und entschiedenen Ton der Ueberzeugung gesprochen, die Worte und Wünsche vernommen, welche der mächtigste deutsche Fürst dem seiten einigen Deutschland dargebracht, seitdem sie an seiner Seite, als Freund und Gast, den greisen Prinzen gesehen, den das Vertrauen und die Liebe deutscher Nation zum Repräsentanten der deutschen Einheit erhoben. Aber auch für Frankfurt wird dieses Fest nicht verloren sein, denn wohl ist es wahr, was der König sagte, als er die zum Feste geladenen Abgeordneten begrüßte: „Um recht gute Freunde zu sein, ist es nothwendig, daß man sich von Angesicht zu Angesicht kennt"; und als er weiter, mit einer Betonung und einer Accentuirung, die sich nicht beschreiben läßt, die Schlußworte sprach: „Sein Sie überzeugt, daß ich nie vergessen werde, welch ein großes Werk Sie zu gründen berufen sind, wie ich überzeugt bin, daß Sie nie vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten gibt und ich zu diesen gehöre": da zeigte das stürmische einstimmige Hoch, welches auf diese Ansprache antwortete, welche Gefühle in der Brust der Anwesenden lebten. Und daß der König von Preußen, der König von 16 Millionen Preußen, die Trinkspröche ausbrachte: „Dem deutschen Manne, meinem bewährten Freunde, dem Manne Ihres Vertrauens, der auch meine Liebe, mein vollstes Vertrauen besitzt, dem Reichsverweser!" und „den wackern Werkleuten am Bau eines einigen Deutschlands, den an- und abwesenden Mitgliedern der Nationalversammlung in Frankfurt!" Schon das gibt dem Feste eine historische, eine welthistorische Bedeutung: hier sind zum ersten Male Preußen und Deutschland einander begegnet.

Baiern. München. Das Regierungsblatt vom 18. d. M. enthält eine allerhöchste Verordnung, in Folge welcher sämmtliche Kreisregierungen beauftragt werden, der Bildung von sogenannten „demokratischen Vereinen" von staatsverrätherischem Charakter entschieden entgegen zu treten.

Sachsen. Dresden, 15. August. Für die heutige Sitzung der 2. Kammer war eine Interpellation angekündigt von dem Abg. Tzschirner, ob an die Staatsregierung eine Cirkularnote der preußischen Regierung zur Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 28. Juni 1848 wegen der zu bestellenden Bevollmächtigten bei der Centralgewalt erlassen worden sei, wonach mit einigen Modifikationen die alte Bundesvertretung beibehalten werden würde. Der Abg. Tzschirner stützte seine Interpellation auf die in den Zeitungen enthaltene Nachricht von dem preußischen Projekte der sieben Staatengruppen mit 11 Stimmen, dessen Verwirklichung weit schlimmer als die Herstellung des alten Bundestages sein würde, indem durch dieses System das Uebergewicht lediglich in die Hände von Oesterreich und Preußen gelegt werde. Staatsminister v. d. Pforden antwortete, daß ein Vorschlag in der von dem Interpellanten bezeichneten Angelegenheit von Seite der preußischen Regierung allerdings ausgegangen, nur mit dem Unterschiede, daß der Zweck desselben nicht die Herstellung des alten Bundestages, sondern nur eine Vereinbarung über die Ausführung des Art. 14. des Gesetzes über die Centralgewalt gewesen sei. Nach der Absicht der preußischen Regierung habe dieses Kollegium der Regierungsbevollmächtigten keineswegs beschließen sollen, was die Centralgewalt auszuführen habe, sondern sein Zweck würde gewesen sein, die Beschlüsse der Centralgewalt auszuführen. Es seien indessen vielfache Bedenken gegen dieses Projekt bei den Regierungen erhoben worden, und er könne die Versicherung geben, daß jener Vorschlag gegenwärtig als vollkommen erledigt zu betrachten sei und auch von der preußischen Regierung so angesehen werde. (D. A. Z.)

Digitized by Google

* **Aus Baden**, Anf. Aug. Unsere ultramontane Presse hat wieder ein Mal in ihrer bekannten Weise sich ausgelassen. Aus Kuckucksruhe vernimmt man nämlich, der Hr. Geh. Hofrath Dr. Beck, Mitglied des Oberstudienraths, ein Geistlicher, habe dem Herrn Erzbischof in Freiburg die Anzeige gemacht, daß er aus dem katholischen Priesterstande austrete, aber gleichwohl in der kath. Kirche bleiben wolle. Von dieser Mittheilung, die wir nicht verbürgen wollen, die wir aber vorerst für wahr annehmen, hat das ultramontane „Volksblatt" und nach ihm die „Süddeutsche Zeitung" die willkommene Veranlassung genommen, in der gemeinsten und boshaftesten Weise über Herrn Beck loszuziehen. Daß ihm Unkenntniß des Kirchenrechts zum Vorwurfe gemacht wird, ist noch das Geringste, und doch hat Beck mehr als einmal Beweise gegeben, daß er darin recht wohl sich zu finden weiß, freilich nicht nach dem Wunsch der Häupter und Führer der „Süddeutschen Zeitung" welche nachgerade von ihm manche kräftige und gut durchgeführte Zurechtweisung erhalten haben. Verletzender ist der Vorwurf, daß Beck, obwohl ein Geistlicher, längst wegen seiner unkirchlichen Richtung bekannt sei. Je nun, die Herren von der „Süddeutschen" haben eine eigene Kirche, in deren Kram ein offenes, ehrliches Bestreben für Aufklärung, für Licht und Wahrheit nicht taugt. Hrn. Beck's Verdienste als Schulmann so wie als Mitglied der obersten Studienbehörde sind übrigens im Lande so bekannt und anerkannt, daß die Schmähungen der Dunkelmänner ihm nur zur Ehre gereichen. Wir zweifeln, ob das Heil der katholischen Kirche aus Freiburg oder Sigmaringen kommt; mindestens werden alle redlichen, aufgeklärten und wahrhaft kirchlich gesinnten Katholiken gerne eines Glückes entbehren, das von jenen ultramontanen „Subjekten" ihnen bereitet werden will. Dem Hrn. Beck aber wünschen wir ausrichtig, daß er von den Anfeindungen seiner bekannten Gegner immer verschont werden möge, denn es kann ihm und der von ihm vertretenen Sache nur nützlich sein. An Muth und Kenntnissen fehlt es ihm ohnehin nicht, und das Vertrauen der öffentlichen Meinung wird ihn stets unterstützen.

Schleswig. Kiel, 16. August. In der zweiten Sitzung der Schlesw.-Holst. Landesversammlung wurde ein Schreiben von Franke, Abgeordneten zur Nationalversammlung verlesen, in welchem derselbe mittheilte, daß die Deputation der früheren Ständeversammlung dem Reichsverweser persönlich die Adresse übergeben und eine mündliche Anrede hinzugefügt habe, worin besonders hervorgehoben war, daß auch Schleswiger unter denen seien, die bei dem Reichsverweser Gehör bekommen, daß sie stolz darauf seien, daß die Wahlen der Schleswiger zur Nationalversammlung anerkannt worden, und daß sie hoffen, Deutschland werde nicht zugeben, daß ihr Land abgerissen werde. Die Antwort des Reichsverwesers lautet dahin, es freue ihn sehr, die Wünsche und Gesinnungen des Landes zu vernehmen; die schleswigsche Sache läge ihm sehr am Herzen, er hoffe sie bald zum guten Ziele zu führen, so daß die Ehre und Würde Deutschlands gewähret werde. (S.-H Z.)

Berichten aus Kiel zufolge hat die prov. Regierung auf Veranlassung des zur Leitung der Waffenstillstands-Unterhandlungen abgeordneten Staatssekretärs M. v. Gagern an die schleswig-holsteinische konstituirende Versammlung den Antrag gestellt, sich auf vier Wochen zu vertagen. Die Berathung über diesen Antrag sollte heute stattfinden. (S.-H.)

△ **Frankfurt**, 20. Aug. Wenn ich neulich mein Bedauern aussprach, daß die französische Regierung die deutschen Zustände aus den Berichten ihres Gesandten, Herrn Savoye, kennen lernen muß, so freut es mich, Ihnen heute melden zu können, daß, wie ich wenigstens aus sicherer Quelle erfahre, die Abberufung dieses Agenten nun in Paris beschlossen ist. Als sein Nachfolger wird ein Mann bezeichnet, dessen Eigenschaften ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich nur zu fördern geeignet sind. Ein solcher Wechsel ist mehr als ein bloßer Personenwechsel und gibt uns eine gute Meinung von dem Takte und der Politik des Hr. Lasitte. An die Centralgewalt soll von Wien aus das Ersuchen und Anerbieten gestellt worden sein, 300 dortige Studenten als Freischaar nach Schleswig zu senden. Es ist auffallend, daß die Wiener Studenten, die schon mehrmals vergebens aufgefordert waren, in Italien mitzukämpfen, wo allerdings damals die blutigsten Treffen bevorstanden, jetzt nach Schleswig wollen, wo man statt Kämpfe nur Waffenstillstand und Frieden erwartet. Justinus Kerners treffliches Gedicht „An die Jungen", welches die „Flugblätter aus der Nationalversammlung" mittheilen, scheint auch hierher zu passen. Die von dem Hamburger Marinekomité geschaffene kleine Kriegsflotte wird nun wohl in den Reichsdienst übergehen, wenigstens sind, wie ich aus guter Quelle höre, von dem Reichsministerium zwei Sachverständige zur Prüfung der Schiffe bezeichnet. Da rüstig fortgearbeitet wird, und in der nächsten Zeit wieder mehrere Kanonenschaluppen und Kanonenboote vom Stapel laufen, da namentlich aber das Schaffen und Einrichten einer Flotte größere Einsicht und Thätigkeit erfordert, als das bloße Erhalten und Ergänzen einer schon vorhandenen, so wird wohl ein Reichsmarineministerium nicht lange mehr entbehrt werden können. Unsere in der Elbe liegende Anfangsflotte flößt den Dänen bereits einigen Respekt ein; statt wie früher bloß durch eine Korvette, wird die Elbe jetzt durch zwei der größten Fregatten blokirt. Bei dem dringenden Bedürfniß rascher Verbindungen von dem Mittelpunktspunkte einer Regierung nach allen Richtungen hin, ist der Mangel von Eisenbahnverbindungen nach dem Norden besonders fühlbar. Um so erfreulicher ist die Nachricht, die kurhessische Regierung werde nächstens ihren Ständen Vorlagen zur Unterstützung der Friedrichswilhelmnordbahn, beziehungsweise zur Uebernahme eines Theils derselben auf Staatskosten machen. Es sollen wieder einige weitere deutsche Gesandschaftsposten besetzt worden sein. So hört ich, Hr. Welcker sei für Stockholm, Hr. Campes für den Haag und Hr. v. Raconhun für Brüssel bestimmt.

△ **Frankfurt**, 20. Aug. Verschiedene Symptome der Unzufriedenheit Sachsens mit seinen Vertretern in der Nationalversammlung mögen die Veranlassung sein, daß mehrere sächsische Abgeordnete nach Hause reisten, sei es um sich zu rechtfertigen, sei es um auf die Stimmung ihrer Landsleute zu wirken. Das bezeichnendste Symptom war zuletzt eine Erklärung des sa ehrenwerthen „deutschen Vereins" in Leipzig gegen das Verhalten der Abgeordneten Sachsens in der Posener Angelegenheit. Der Verein erklärt es für eine Schmach, daß die sächsischen Abgeordneten mehr Sympathie für Polen als für deutsche Brüder bewäheten, und bittet in einem großgedruckten Plakate das deutsche Volk, solche Bestrebungen nicht dem sächsischen Volksstamme, sondern nur der „Unwissenheit" seiner Vertreter zuzuschreiben. Merkwürdiger Weise ist diese Erklärung in erster Linie von Dr. Wuttke unterzeichnet, dem für Leipzig gewählten Stellvertreter Blums. Blum mag gefühlt haben, daß es gegenüber solchen Kundgebungen aller Anstrengung, aber auch aller Vorsicht bedurfte, um den früheren Kredit wieder einigermaßen herzustellen. Wenigstens läßt sich eine gemäßigtere Rede, als die er am 17. dieses zu Leipzig gleichsam als Rechenschaftsbericht hielt, für ein Mitglied der Linken nicht denken. Seine bekannte Klugheit bewährte Blum damit allerdings, aber er lieferte zugleich vor der Welt den — freilich für mich längst nicht mehr bedürftigen — Beweis, wie schnell die Macht und das Ansehen seiner Partei gesunken ist. Gegenüber den noch vor Wochen gehörten weltstürmenden Phrasen sieht man jetzt den Heerführer auf der Defensive. Hören Sie z. B. nur folgende Stelle .... „es gibt keinen Menschen in Deutschland, der, wenn er es könnte, die Thorheit (!) begehen würde, in die Verhältnisse der einzelnen Staaten zu Gunsten republikanischer Formen einzugreifen, (welche Verläugnung Hecker's!). „Wie sollte man dem Ganzen eine Form aufzwingen wollen, die nur aus der freien Entwicklung der Theile hervorgehen kann? Nein, meine Mitbürger, es ist eine Lüge, die uns an die Schöpfung einzelner Republiken hat denken lassen; wir würden die Ersten sein, die sich dem Bestreben einer ganz republikanischen Nationalversammlung, in die einzelnen Staaten einzugreifen, widersetzten." Hält man dazu eine andere Stelle, in welcher Blum die sächsische Regierung als „bereitwillig und zuvorkommend" lobt, so mögen Sie leicht selbst auf die Stimmung des Publikums schließen, zu welchem Blum in solcher Weise glaubte sprechen zu müssen. Noch bezeichnender ist aber eine andere Stelle seiner Rede und so klug und geschickt sie im Allgemeinen abgefaßt sinde, so ist es doch gewiß ein Fehler, als Führer einer politischen Partei, die vor allem Zutrauen in ihre Stärke erwecken muß, ein dem Mitleid ähnliches Gefühl anzuregen. Denn was ist es Anders wenn Hr. Blum sagt: „Es ist Einem wahrlich nicht leicht gemacht auf der Linken zu sitzen, es gehört Stärke und Ueberzeugungstreue dazu, sitzen zu bleiben. Es blühen daselbst keine Reichsministerien und keine Staats- und Unterstaatssekretäre, auch keine Lorbeeren (!) — — — Nicht einmal Lob und Anerkennung erblüht uns — — —" Von der Presse klagt er, „Dreiviertheil der (Zeitungs) Artikel sind schon der Zahl nach gegen uns, und nur ein Viertheil für uns." Sind solche Gemüthsmisse in jetziger Zeit nicht von allgemeiner Bedeutung? — Zuletzt gibt Hr. Blum noch die Versicherung, die Linke werde trotz aller Niederlagen und Unannehmlichkeiten doch die Paulskirche nicht verlassen, (früher drohte sie damit, aber freilich möchte jetzt eine solche Drohung dieselbe Folge haben wie die Drohung des Königs v. Hannover, sein Land zu verlassen) und empfiehlt sich dann den mit ausländischen Waaren handelnden Herren Leipzigern noch insbesondere mit dem Versprechen, gegen einen kräftigen Zollschutz deutscher Industrie kämpfen zu wollen. Also selbst die Appellation an das gemeine Interesse hielt Hr. Blum schon für nothwendig? — Genug hiervon.

Großbritannien.

London, 16. August. Das „Morning Chronicle“ erzählt aus Berlin: „Bei mehr als einer Gelegenheit sah man Hrn. Roddertus mit dem Grafen Reichenbach und Hrn. Berg zur Nachtzeit den Pöbel dazu hetzen, daß er den Konstablern und der Bürgerwehr bei Ausübung ihrer unangenehmen Obliegenheiten Trotz biete und Beleidigungen zufüge. Man muß die Namen dieser drei Ministerkandidaten veröffentlichen, damit die auswärtigen Regierungen davon in Kenntniß gesetzt werden, wie sich diejenige Sorte von Leuten benimmt, und was für Absichtigt, mit der sie zu verkehren haben würden, wenn je die Partei des Hrn. Roddertus zur Macht gelangen sollte. Faktiöse, unwürdige, selbstsüchtige Opposition, verbunden mit gänzlichem Mangel an politischem Wissen, mag man Leuten nachsehen, welche zu den Kindisten zweiten Ranges zählen, die allenfalls die Geschicklichkeit besitzen, Bestehendes über den Haufen zu werfen, aber dir ärgsten Stümper im Wiederaufbauen sind; aber sich zu gemeinen Straßenkrakehlern (street-rioters), zu Wachtstubenkumpanen zu erniedrigen, würde die schneidendste Satyre sein, welche diese Gern-Minister auf die Wähler, die sie ernannt, und auf die Freiheit, die sie mißbrauchen, schleudern würden. Diese Aufführung ist um so unverzeihlicher, seitdem die Person eines Abgeordneten für unverletzlich erklärt ist.“ — Man renommirt in unsern Reichs-, National-, Stände-, verfassunggebenden und andern Versammlungen in so oft mit dem stolzen Worte: „Ganz Europa hat seine Augen auf uns gerichtet!“ — nun wohl, so sollten Diejenigen, „auf welche Europa seine Augen gerichtet hat“, innerhalb und außerhalb der Versammlungen wenigstens die einfachsten Regeln des Anstandes beobachten.

Den 16. August interpellirte im Unterhause Disraeli Lord Palmerston über die vielbesprochene französisch-englische Vermittlung in der italienischen Angelegenheit. Disraeli stellte in seiner Rede, welche mit außerordentlichem Beifall aufgenommen wurde, jedes Einschreiten in Italien als ungerechtfertigt, jedes engere Bündniß mit Frankreich als gefährlich dar. Palmerston antwortete: wenn England sich dem Vermittelungsversuche Frankreichs anschlösse, so geschehe dies auf den ausdrücklichen Wunsch Oesterreichs, Sardiniens und Frankreichs; zugleich erkannte der Lord an, daß ein bewaffnetes Einschreiten in Italien Seitens Frankreichs ein großes Unglück und der Anfang eines europäischen Krieges sein würde, indem Rußland nicht zögern würde, Oesterreich zu Hilfe zu kommen. In derselben Sitzung, auf deren interessanteste Punkte wir noch zurückkommen, setzten auch andere Redner dem Minister der auswärtigen Angelegenheit über seine in Italien, Portugal und Spanien befolgte Politik hart zu.

Die unheimlichen allegorischen Häuptlinge, Kapitän Rock und die Molly Maguire, scheinen bereits ihr Treiben in Irland wieder zu beginnen, und in ihrer Weise die von O'Brien und Genossen angelegten Fäden der Verschwörung weiter zu spinnen. Unter Andern brach am 13 August ein Haufe in der Richtung von Abbeyfeale hervor, zog sich gegen das Dorf Castletown, untersuchte auf dem Wege dahin jedes Haus nach Waffen und machte schließlich auf ein Gebäude in Castletown, in welches sich auch einige Polizeidiener geworfen hatten, einen Angriff. Die drinnen versammelten den Eingang, vertheidigten sich und schlugen zwei der Andringenden nieder, worauf diese ihre Flinten abfeuerten und dann feig entflohen. Drei Getroffene blieben todt auf dem Platze. In den Bergen um Abbeyfeale streifen etwa 7—800 Bewaffnete umher, an ihrer Spitze, wie es heißt, Richard O'Gorman; Barrikaden, von Baumstämmen und Feldsteinen errichtet, versperren die Zugänge. Bekanntlich war O'Gorman in Paris, um hier Studien in der Errichtung von Barrikaden zu machen; jetzt zeigt er den armen Bergbewohnern von Abbeyfeale, daß er seine Zeit in Paris nicht ganz unnütz verbracht hat. Hartnett, ein Farmer, Anführer eines Haufens, welcher die nach Dublin bestimmte Postkutsche überfiel und den Reisenden die Waffen wegnahm, ist zur Haft gebracht worden. Außerdem fahndet man noch auf den gefürchteten Doheny und auf Dillon, der, wie man jetzt gewiß weiß, bei der Affäre von Boulagh verwundet und irgendwo in einem Versteck untergebracht ist. Der Korrespondent der Times fährt fort, die Lage der Dinge in Irland als sehr bedenklich zu schildern, indem allerdings unter dem Landvolk große Aufregung herrsche, ein tiefer unversöhnlicher Groll gegen England, der in jedem Augenblick zu einem allgemeinen offenen Aufstand führen könne. Die Revolution, sagen die Landleute selbst, sei nur aufgeschoben, nicht aufgehoben.

In London wurden am 16. elf Chartistenanführer verhaftet, auch ein großer Vorrath von Kugeln, Piken und andern Waffen in Beschlag genommen. Auch in den Fabrikbezirken sieht es unruhig aus. In Ashton unter Anderm gab es am 14. Tumult. Chartisten und Irländer vereint machten Angriffe auf Polizeidiener, von denen der Eine hinterrücks todt geschossen, Andere verwundet wurden. Als das Militär ausrückte, stoben die Unruhestifter wie Spreu auseinander.

Frankreich.

Paris, 17. August. Die beunruhigenden Gerüchte nehmen wieder zu, Paris ist besorgt, der Handel stockt und die Kurse an der Börse sinken. Es liegt eine neue Insurrektion in der Luft, und es mangelt nicht an Zündstoff, um eine neue Explosion hervorzurufen. Die Angelegenheiten Italiens, der Fall Mailands, die Wiedereinsetzung des Herzogs von Modena und das Bombardement Bolognas durch die Oesterreicher rufen in der Bevölkerung eine täglich steigende Erbitterung hervor — die Diskussion über den Rapport der Untersuchungs-Kommission ist die gefährlichste Klippe, an der Alles scheitern kann. Gestern Abend sind endlich die letzten Abschriften der Beweisschriften dieses Rapportes fertig geworden und in die Hände der Drucker übergegangen; — zwei dicke Quartbände sind bereits gedruckt, der dritte ist unter der Presse, die Vertheilung wird morgen (18.) Statt finden und die Diskussion Montag (21.) beginnen. Wahrscheinlich wird noch ein Versuch gemacht werden, diese Diskussion zu hintertreiben, wahrscheinlich aber auch scheitern. — Gestern um 7 Uhr Morgens brachen plötzlich sämmtliche Truppen des Lagers von St. Maur auf und marschirten nach Paris — 5 Regimenter Infanterie, 4 Batterien Artillerie und 8 Eskadrons Kavallerie zogen in unabsehbarer Reihe durch die Vorstadt St. Antoine und über alle Boulevards auf das Marsfeld, wo sie unter beständigem Regen vier Stunden lang manövrirten und dann um 3 Uhr auf demselben langen Wege durch alle Theile der Stadt in das Lager heimkehrten. Zugleich standen alle Truppen des Lagers auf der Nordseite von Paris unter den Waffen und wurden in Revue passirt, die mobile Garde war in ihren Kasernen konsignirt, und die Pikets der Nationalgarde auf den 12 Mairien waren von 100 auf 1000 Mann verstärkt worden.

Die von Seite Englands und Frankreichs an die deutsche Centralgewalt in Frankfurt gerichtete Kollektivnote wegen der Angelegenheiten Schleswig-Holsteins ist kein Geheimniß mehr. Die dänische Gesandtschaft findet ihr Interesse dabei, Abschriften davon in den politischen Kreisen cirkuliren zu lassen. Die Note erklärt in sehr positiven Ausdrücken, daß der Krieg gegen Dänemark beendigt werden müsse, daß es wehe dem Könige von Dänemark noch den einschreitenden Mächten je eingefallen, die unbestreitbaren Rechte Deutschlands auf Holstein in Frage zu stellen, daß aber auch Deutschland die Rechte Dänemarks auf Schleswig achten müsse. Schließlich wird erklärt, daß Frankreich und England jede neue Truppensendung und jede Erneuerung des Krieges gegen Dänemark als einen Akt der Feindseligkeit gegen sich selbst betrachten und augenblicklich zu Gunsten ihres alten Alliirten und zur Wahrung seines guten Rechtes bewaffnet einschreiten würden. Auf diese Note hin soll Preußen von Frankfurt aus die Vollmacht zum Abschlusse des Waffenstillstandes und die nach den Herzogthümern beorderten Verstärkungskontingente werden in diesem Augenblicke schon Kontreordre (?) erhalten haben. Rußland hat sich dem Kollektivschritte Englands und Frankreichs zwar nicht angeschlossen, aber eine ganz gleichlautende Note mit derselben Konklusion nach Berlin geschickt.

Paris, 18 Aug. Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 18. Aug. Vorsitzender: Marrast. Es sind nicht viele Vertreter anwesend, und die Anwesenden sind tief in die Lektüre des ersten Bandes der Beweisschriften vertieft. Der erste Band der Beweisschriften des Untersuchungs-Rapportes der Kommission ist gestern vertheilt worden — heute wird der zweite Band ausgegeben, der dritte wird sobald als möglich folgen. Der National fährt fort, die Nationalversammlung zu beschwören, dieser Angelegenheit keine weitere Folge zu geben. — Von den Ministern ist noch Niemand anwesend, aber General Cavaignac ist bereits längere Zeit auf seinem Platze und liest in den Beweisschriften. — Der Minister des Innern besteigt die Tribune und liest einen Gesetzvorschlag vor, wodurch die, von der provisorischen Regierung abgeschaffte, Arbeit in den Gefängnissen wieder hergestellt werden soll. — An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Diskussion über die gutwilligen (amiables) Konkordate. Der Berichterstatter der Kommission, Herr Bravard, vertheidigt die Ansicht der Kommission und sucht die gestern vorgebrachten Argumente der Herren Bernard, J. Favre und Duponi de Bussac zu widerlegen. Eine große Anzahl von Rednern nimmt nach u. nach an der Debatte Theil, ohne daß diese darum um einen Schritt vorwärts rückt. Bei Postschluß spricht einer der Urheber des Vorschlages, Jules Favre, für denselben. Die Versammlung schenkt übrigens der Diskussion nur geringe Aufmerksamkeit, denn außer der Lektüre der Beweisschriften, die dem Saale das Aus-

Digitized by Google

sehen eines großen Defektabinetes gibt, cirkuliren die beunruhigendsten Gerüchte. Man spricht von einem Staatsstreiche, von der 2. und 3. Legion der Nationalgarde und der Reunion der rue Poitiers ausgehend, der morgen zum Ausbruche kommen soll. Wir können ohne Uebertreibung behaupten, daß ganz Paris in der größten Spannung und Unruhe ist.

Die außerordentlichen militärischen Vorsichtsmaßregeln dauern fort, die Garnison war gestern und ist heute und morgen in ihren Lagern und Kasernen konsignirt, die Nationalgarde, die starke Pikets unter den Waffen auf allen Mairien hat, ist heute aufgeboten worden, morgen den ganzen Tag in Bereitschaft zu sein, um sogleich ausrücken zu können. Gestern Abend waren alle Posten verdoppelt, Patrouillen von 50 Mann Kavallerie und 100 Mann Infanterie durchzogen alle Theile der Stadt.

Das Komité der auswärtigen Angelegenheiten hat gestern eine Petition der Nationalgarde von Mailand diskutirt, die die augenblickliche Intervention Frankreichs verlangt. Mit 20 gegen 12 Stimmen wurde der Beschluß gefaßt, daß in diesem Augenblicke und vor dem Ausgange der angeknüpften Vermittlungs-Unterhandlungen eine Intervention nicht Statt finden könne.

Palmerstons Erklärung in der Parlamentssitzung vom 16. macht hier großes und gerechtes Aufsehen, da das englische Kabinet dadurch das Recht Frankreichs zu einer bewaffneten Intervention in Italien anerkennt und sich auf das Entschiedenste für die enge Allianz zwischen England und Frankreich ausspricht.

Man versicherte gestern im Konferenzsaale, daß Herr Senard das Ministerium des Innern an Herrn Armand Marrast abtreten und daß Senard Justizminister werden würde, da Marie durch mehrere mit den Beweisschriften des Untersuchungs-Rapports veröffentlichte Dokumente, als Gründer der Nationalwerkstätten unter der provisorischen Regierung, sehr kompromittirt sein soll.

Italien.

Rom, 8. August. Unter diesem Datum läßt sich die „Gaz. Piemont." Folgendes von hier schreiben: „Der Justizminister hat der Deputirtenkammer im Namen des Papstes eine Erklärung übergeben. S. Heil. betrachtet den Einmarsch der Oesterreicher in die päpstlichen Staaten als eine seinem Charakter als souveräner oberster Priester angethane persönliche Beleidigung. S. Heil. schlägt vor in das Lager des Generals Welden eine Deputation, bestehend aus Kardinal Marini und den Prinzen Corsini und Simonetti, abzusenden, welche auf ihrem Rückzug bestehen und dem General der kaiserlichen Truppen drohen sollen, alle Mittel anzuwenden, um die Räumung zu bewerkstelligen. S. Heil., wird beigefügt, ist fest entschlossen nicht nachzugeben und scheint auch die Ausführung der letzthin von dem Kriegsminister für die Vertheidigung des Staates angeordneten Maßregeln nicht hindern zu wollen. Die Deputirtenkammer hat einstimmig beschlossen, einen Aufruf an Frankreich ergehen zu lassen. Dieser Beschluß ist dem hiesigen französischen Gesandten offiziell mitgetheilt worden. Sterbini hatte den Antrag gemacht in Folge einer Petition, die von mehr als 6000 römischen Bürgern unterzeichnet war." Ein anderer Brief in dem gleichen Blatte sagt: „Bei der Nachricht von dem Einrücken der Oesterreicher in die Romagna wurde die Aufregung des Volkes außerordentlich. Am 7. Abends publicirte der Kriegsminister eine Proklamation, in welcher er die Nationalgarde und alle in der Hauptstadt liegenden Linienregimenter unter die Waffen ruft, mit der Absicht sie alsbald nach Cattolica zu senden, derjenigen militärischen Position, von wo aus die erste Vertheidigung möglich ist. Das Volk sagt, wenn der Papst gewußt habe, durch seine Encyclica den Enthusiasmus des Volkes zu dämpfen, so solle er jetzt das Pferd bestrigen und mit dem Kreuz in der Hand das Uebel wieder gut machen, das er veranlaßt habe." (Basler Z.)

Venedig. Aus Triest wird der Allg. Z. geschrieben: Daß am 10. August Abends 8 Uhr in Venedig, auf die Kunde vom Falle Mailands und dem Rückzug des piemontesischen Heers über den Tessin, wieder die Republik proklamirt worden. Manin trat wieder an die Spitze der Regierung, jedoch mit dem Geständniß: bei dem jetzigen Stande der Dinge könne die Republik keine 48 Stunden dauern, denn Venedig werde den Deutschen unterliegen. Die sardinischen und neapolitanischen Truppen wurden unter den Verwünschungen des Volks nach Ancona eingeschifft. Die größte Unordnung herrscht in der Lagunenstadt.

Nach der Mailänder Ztg. vom 13. d., die der Basler-Z. zugekommen, hat Welden in Folge der von Rom und Toskana erhaltenen friedlichen Zusicherungen, dem weitern Marsch seiner Truppen Einhalt gethan. Aus Bologna nichts Genaueres.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[698] J.S. mehrerer Gläubiger gegen die Vermögensmasse des Adlerwirths Konrad Beck von Steddach, Forderung und Vorzug betr. B. A. Nr. 12082. Am 12. Juli Nr. 10936 haben wir Gant erkannt und ordnen Tagfahrt zur Richtigstellung der Schulden auf

Freitag, 1. September früh punkt 7 Uhr

in diesseitiger Gerichtskanzlei an.

Alle diejenigen, welche aus irgend einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, haben solche in der Tagfahrt persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich, mit genauer Bezeichnung ihrer Vorzugs- oder Unterpfandsrechte anzumelden und gleichzeitig den Beweis dafür mit Urkunden und sonstigen Beweismitteln anzutreten, alles bei Vermeidung des Ausschlusses hiermit und von der Gantmasse. — Auch soll zugleich ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, und ein Borg- und Nachlaßvergleich versucht werden, wobei in Bezug auf die Wahl des Massepflegers und Gläubigerausschusses, sowie wegen Borgvergleichs die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erscheinenden beitretend — angesehen werden.

Eppingen, 4. August 1848.

Großh. Badisches Bezirksamt Eppingen:
Mütter. vdt. Weiß.

[699] **Erbvorladung.**

Nr. 7429. Eva Dorothea Vetter von Oeschelbronn, welche vor 18 Jahren nach Amerika ausgewandert und daselbst kinderlos verstorben sein soll, ist zur Erbschaft ihres am 7. Dez. 1847 verstorbenen Vaters Alt Löwenwirth, mit Adam Vetter von Oeschelbronn berufen; da ihr Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird solche mit dem Bedeuten zur Erbtheilung vorgeladen, sich innerhalb 3 Monaten bei der unterzeichneten Stelle zur Wahrung ihrer Ansprüche zu melden, weil im Nichterscheinungsfalle die Erbschaft lediglich denjenigen wird zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn die nargewesene zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Pfaffenheim, am 7. August 1848.

Großh. Badisches Amtsrevisorat:
Eppelin.

[700] **Bekanntmachung.**

Die Eigenthümer der in den Bahnhöfen und den Eisenbahnwagen zurückgelassenen Reiseeffekten als: Hüte, Mützen, Stöcke, Schirme, Reisesäcke ꝛc. sowie jene der bei den Güterexpeditionen herrenlos auf Lager verbliebenen Frachtgüter werden hiermit aufgefordert, sich über Eigenthumsrechte binnen 2 Monaten auszuweisen und die betreffenden Gegenstände bei der Hauptmiederlage herrenloser Güter, auf dem Bahnhof zu Karlsruhe in Empfang zu nehmen, widrigenfalls nach Umfluß dieser Frist anderweitig verfügt werden wird. Dabei wird noch bemerkt, daß diese Gegenstände bei der gedachten Hauptniederlage jeden Tag eingesehen werden können.

Karlsruhe, 7. August 1848.

Direktion der Großh. Posten und Eisenbahnen.
J. A. d. D.
Steinam. Perlmayer.

[702] Nr. 18518. P. S. Michael Schäfer von Reisenbach, Soldat beim Infanterieregimente Großherzog Nr. 1 hat sich unerlaubter Weise von seinem Regimente entfernt und nach Frankreich begeben. Derselbe wird deßhalb aufgefordert, sich binnen 6 Wochen um so gewisser dahier, oder bei seinem Regimente zu stellen, als er sonst der Desertion für schuldig erklärt, und nebst seiner persönlichen Bestrafung im Betretungsfalle, in die gesetzliche Vermögensstrafe verurtheilt werden soll.

Buchen, 1. August 1848.

Großh. Badisches Bezirksamt:
Zetleisen.
vdt. Hartnagel.

[703] **Vorladung.**

Georg Friedrich Weimer, lediger Bierbrauer von Mannheim, wird hiermit zur Erbtheilung namentlich zu der auf den 18. September l. Jahres anberaumten Hausversteigerung seines verstorbenen Vaters Fried. Weimer, gewesenen Bürgers und Schiffers dahier — mit dem Bedeuten dargeladen, daß im Fall seines Ausbleibens die Theilung unter Mitwirkung des für ihn bereits bestellten Abwesenheitspflegers — Handelsmanns J. G. Angstein vollzogen werde.

Mannheim, 12. Aug. 1848.

Großh. Bendtamts-Revisorat:
Binther.

[701] In der Heyder'schen Buchhandlung in Erlangen ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Raumer, R. v., vom deutschen Geiste. Drei Bücher geschichtlicher Ergebnisse.

Inhalt: Erstes Buch: Die alten Germanen. Zweites Buch: Die Völkerwanderung und der Uebertritt der Germanen zum Christenthum. Drittes Buch: Das Fortwirken des altgermanischen Geistes nach der Einführung des Christenthums. gr. 8. Velinp. deutsch. Preis 16 Sgr. od. 1 fl. 12 kr.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cohen in London, 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder übernehmen sich an G. L. Wagner in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Rue de Beaune du Louvre.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 48. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 231. Heidelberg, Dinstag 22. August. 1848.

Uebersicht.

Der Sieg in Italien und die Reaktion. Eine Stimme aus Preußen I. — Wien (Silber für die Bank angekommen. Auswanderung aus Böhmen. Deutsche Flagge in Konstantinopel. Nachrichten aus Ungarn. Arretirung von Buchheim und Falkej. Berlin (der Zustand des Staatsschatzes. Die Bevollmächtigten bei der Centralgewalt. Huldigung des preuß. Reichskontingents. Hr. v. Griesheim degradirt). Stuttgart (Rücktritt Pfizers). Dresden (Kohlschütter als Bevollmächtigter am Bundestag). Altenburg (revolutionäre Beschlüsse der demokr. Vereine Mitteldeutschlands). Altona (Truppen aus dem Süden. Stellung der Heere. Petition des deutschen Vereins zu Kiel. Verhandlungen über den Waffenstillstand). Hamburg. (Aufregung. Bekanntmachung des Senats und der Vereine. Barrikaden. Centralversammlung der Vereine. Deputation an den Senat und gewährende Antwort desselben). Frankfurt. (Verhandlungen der Nationalversammlung).

Großbritannien London. Rede Disraelis über die italienischen Angelegenheiten und die französisch-englische Vermittlung.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Marrast zum Präsidenten erwählt. L. Blancs Beschwerde gegen „La Patrie". Fortsetzung der gestrigen Debatte. Die Befürchtungen und ihre Quellen. Protest des Turiner Ministeriums gegen den Waffenstillstand. Karl Albert zum Abdanken geneigt. Anerkennung der Republik von Seiten der Pforte. Hr. v. Kisleff.

Italien. Genua. Die Lage der Dinge in Norditalien. Nenpel. Die Adresse. Gesetzentwurf für die Nationalgarde. Admiral Parker und die Expedition nach Sicilien. Eindruck der deutschen Siege. Bologna. Bombardement. Protestation des diplomatischen Korps in Florenz. Rom. Das neue Ministerium.

Türkei. Das Ultimatum der Pforte.

Kleinasien. Beirut. Die Cholera.

22. August.

Wird Radetzky ein General Monk sein? — Die Frage liege uns fern, werden Viele meinen; ich bin der Ansicht, daß sie uns sehr nahe liegt. In dem Fluidum der von der Revolution aufgeregten europäischen Atmosphäre geschieht keine bedeutende That mehr vereinzelt, die Dröhnung theilt sich mit, und in einer Schnelligkeit, die wir nicht berechnen.

Kaum hatten wir Zeit, unsere Bewunderung und Theilnahme über den wunderbaren und entscheidenden Sieg der österreichischen Waffen auszusprechen, einen Sieg, der es auch des deutschen Namens und der deutschen Ehre ist, als gerechte Besorgnisse über seine noch überraschenderen Folgen sich uns aufdrängen. Wäre mit einer glänzenden Waffenthat Italiens Schicksal entschieden, seine Nationalität, Selbständigkeit, Freiheit geopfert? Wie man auch rüge den kindischen Uebermuth, ihre albeene Großsprecherei, ihre „Deutschfresserei", es war doch ein großartiger, moralischer Impuls in den italienischen Stämmen, sie haben große Opfee gebracht, um frei zu werden; das größte, daß sie ihre kleineren, inneren Zwieträchtigkeiten seit Jahren vergessen lernten, daß sie um des großen Zieles willen einig wurden. Wer Italien kennt, weiß das zu schätzen, auch wenn die so lange unmündigen, verzärtelten, des Waffenwerks ungewöhnten Kinder noch nicht gelernt hatten, vor dem Tode wie Männer zu stehen.

Es ist nicht wahrscheintich, daß Italien unterliegen, daß es abermals wird getheilt werden von Fremden; aber wenn nur Frankreichs Rüstungen und Drohungen, nue Englands Vermittlung, nue diplomatische Rücksichten und Verhandlungen ihm seine Selbständigkeit erhalten, ist es eine halbe Selbständigkeit; moralisch gar keine, weder für Italien selbst, noch für Deutschland, Europa.

Deutschland vor Allem hätte wünschen müssen ein starkes, einiges Italien; ein kräftiges romanisches Reich jenseit der Alpen, voa dem es Nichts zu fürchten, dessen Existenz aber einen Schwerpunkt auch in jenen Süden gelegt hätte, der bis dahin zum Spielball der Mächtigeren geworden. Italien, durch eine lange, wenn auch traurige, Geschichte an Deutschland geknüpft, ihm so verwandt durch Zerrissenheit seiner Stämme, durch innere Kämpfe um Freiheit, die in Absolutismus und Despotismus, hiee in absolute Knechtschaft, dort in schmähliche Unterwürfigkeit und Abhängigkeit von Fremden, ausgingen, durch große hereliche Erinnerungen an Bürgertugenden, an Wißgier für das Gemeinwohl, an Bestrebungen für die edleren Güter der Menschheit, Kunst und Wissenschaft, ihm ebenbürtig, Italien wäre, frei und unabhängig, ein natürlicher Bundesgenoß für Deutschland geworden.

Dies fühlten selbst in Italien tiefer gebildete Geister. Aussprechen durften sie es freilich nicht laut, so lange der Kampf dauerte; so lange es galt, die große erschlaffte, entnervte Masse aus ihrer vielhundertjährigen Geistesträgheit aufzurütteln, mußte dem Italienee, wie ein Symbol der Verehrung, so ein Symbol des Hasses hingehalten werden: dies war der Tyranu, der Barbae, der Italiens Blut aussaugende, menschenfressende Tedesco. Je unbestimmter, gestaltloser das Symboi, was ee lieben sollte, das der erhabenen Italia ihm gezeichnet werden konnte, weil es nie eine Wesenheit gehabt, um so mehr gab man sich Mühe, dem Italiener das Symbol seines Hasses, den Tedesco, mit allen gräßlichen Zügen und Farben auozuschmücken. Hier brauchte man nicht immer zu erfinden, das Mittelaltee und die Neuzeit lieferte deren, die nur aasgeputzt und anders gestellt zu werden brauchten. In solcher Beschäftigung verirrt sich wohl der Italiener bei seiner lebhaften Phantasie bis auf den Punkt, wo er seibst an die Täuschung glaubt, die er Andern bereiten will. Dies hindert aber nicht, daß er nicht eben so schnell zur nüchternen Besinnung zurückkehrt oder noch schneller zu einem andern Extreme. Dafür können die Eoviva's noch nicht gelten, welche dem in Mailand am 6. August einziehenden Radetzky sollen gebracht worden sein; die Geschichte ist noch unklar, wie Vieles übee jene merkwürdige Uebergabe. Aber der unterrichtete Italiener würde sich bald klar geworden sein, daß sein Deutschenhaß unpolitisch sei, wie denn in Rom, Florenz, Turin sich ganz andere Würdigungen des deutschen Charakters, der Stellung der italienischen Nation zur deutschen, und noch mitten in der ersten Aufregung vernehmen ließen. Schon durch die Abneigung voe der französischen Hilfe bewähete der Italiener, besser als mancher Dentsche, wie er die nationalen Verhältnisse zu würdigen versteht.

Es sollte anders kommen. Karl Albert, dieses Räthsel der Gegenwart — denn daß der Lombarde ihn jetzt den schwärzesten allee Verräther schilt, beweist nicht mehr gegen ihn, als da ganz Italien ihn sein Schwert nannte, einen Helden an der Spitze von Kriegsschaaren, auf welche il gran Federico mit Neid aus seinem Elisium schaue — Kael Albert ist gefallen, moralisch gefallen, daß man ihn für unerrettbar halten kann, und in diesem Manae allein erschien die Möglichkeit eines einigen, starken Italiens gegeben. Woran er fiel, wird uns vielleicht erst die Geschichte enthüllen. An einer, auch an zwei, deei verlornen Schlachten konnte er so nicht stürzen. Auch den Lombarden, die im Barrikadenkampfe in Mailand und umher eine wirkliche Kraft gezeigt, fehlte die moralische Stärke, ohne die kein Reich im Drang der Zeiten besteht, noch weniger nach so langer Unterdrückung sich zur Selbständigkeit wieder erhebt.

Oesterreich hat gesiegt, und für Deutschlands Ehre. Wir gönnen den Siegesruhm insbesondere dem greisen Feldherrn, der dem unwürdigsten, ja, es läßt sich nicht umgehen, dem niederträchtigsten, dem infamsten Spott der Italiener preisgegeben war. Die Karrikaturen auf den vierundachtzigjährigen Heldea, die in Mailand aushingen, überboten an Unwürdigkeit und bestialischer Gemeinheit Alles, was je in der Art ia Deutschland, Frankreich und England ans Tageslicht gekommen war. Die Mailänder, damals wirkliche Helden, überließen sich wieder einer Lascivität, die, eine Eigenheit ihrer Natur, der Grund der italienischen Entwürdigung gewesen. Möge der siegende Feldherr darüber nur lächeln.

Aber wird er ein General Monk sein? — Er wird nicht über den Ticino gehen, nicht in Turin, wie er gedroht, den Frieden abschließen. Diplomatische Vermitteluagen werden ihm den Marsch durch die Maiefelder der piemontesischen Ebene ersparen,

Digitized by Google

und — vorläufig hat er eine Truppenabtheilung nach Modena gesendet, um —

dem legitimen Fürsten dieses Landes wieder auf seinen Thron zu verhelfen.

Wee heißt das den großen Helden? — Lassen wir die Frage ruhen, für uns ist nur die wichtig: was bedeutet die Einsetzung des Herzogs von Modena auf einen Thron, von dem ihn sein Volk, das ganze Italien, die öffentliche Meinung der ganzen gebildeten Welt stieß? Der Herzog von Modena (freilich der Sohn, die Schuld des Vaters erbend) stürzte duech dieselbe Revolutioa, welche den Julithron umwarf, die Herrschaft Louis Philipps, den, er allein unter allen Fürsten Europas, nicht anerkannt hatte, weil — er nicht legitim war. Der Herzog von Modena war legitimer als das Wiener Kabinet unter Metternich. Der Herzog von Modena stand in Opposition gegen Metteenich; Metternich hatte keinen Einfluß auf das kleine Modena, selbst nicht in geringfügigen Dingen, wie die Regulirung des Postlusses, weil Modena unerschütterlich an der guten, alten Ordnung fest hielt. Metternich war für das dortige Regierungssystem zu liberal!

Modenas Herzog wieder in seine Rechte einsetzen, heißt mehr als Reaktion, das ist Restauration.

Wie wird, wie kann man das in Wien betrachten? Ist demnach die Furcht unbegründet, daß Radetzky, ein anderer Monk, mit seinem siegreichen Heere, nach Abschluß des Friedens, auf Wien marschiren, am auch dort einen aodern Fürsten, den seinen, in seine verkümmerten Rechte wiedee einzusetzen?

Wir glauben es nicht, was Viele fürchten, wir meinen, daß die Macht der Ideen stärker ist als die der Schweeter, auch wenn sie in gutem Glauben gesch wungen werden. Wir glauben, daß Radetzky, ein Soldat und nicht Politiker, nur als guter Feldherr haadelte, der die Mittel des Feindes duech die Diversion nach Modena schwächen zu müssen glaubte; möglich auch, daß er sich durch Politiker aus zweiter Hand dazu bestimmen ließ. Aber wie haben derzeit keinen Grund zu fürchten, daß er, als ein anderer Wallenstein im Dienst der Legitimität, sein gutes Schwert zum Kampf gegen die Verfassung seines Vaterlandes ziehen werde, wie fehlerhaft diese auch sein möge, in wie schwache oder falsche Hände sie auch gerathen wäre.

Aber Grundes genug aufmerksam zu sein, denn die Sprache der Erlasse in seinem Namen an die italienischen Völker athmet von dem verrotteten Geiste, den wir überwunden glaubten, sie predigt Wiederherstellung des Alten, sie speicht von Verzeihung der Irrenden, von Bestrafung der im Irrthum Verharrenden, sie kommt aus einem Sinne, der keinen Sinn hat für die Wunder, für die Aufgabe dee Zeit. Der alte Feldmarschall hat diese Proklamationen nicht gemacht, aber wie er dazu seinen Namen hergab, könnte er ihn auch zu anderm Gefährlicheren hergeben. In politischen Zweifeln zwischen Pflicht und Pflicht zu prüfen ist ein Soldat aus alter Schule nicht geeignet; die höchste Pflicht scheint ihm Gehorsam gegen die, denen er von Jugend auf gehorchen lernte.

Und eine Restauration würde nicht vereinzelt bleiben, vor Allem nicht eine, die einen Staat, wie den österreichischen, wieder in den vorigen Stand zu setzen versuchte.

Dies als möglich gedacht, würde derselbe Prozeß auch Preußen berühren, erschüttern vielleicht. Ein General Monk dürfte hier nicht aastreten, denn ein Monk ohne einen König, der ihm heimlich winkt, ist nicht denkbar, und Friedrich Wilhelm IV. wird ihm niemals winken. In religiöser Ergebung hat er sich dem göttlichen Willen gefügt, der Preußens Grundvesten niederriß. Welche andere Elemente aber hier der Restauration günstig wären, von welchen sie beim ersten Anstoß mit offnen Armen würde empfangen werden, davon ein nächstes Mal.

Oesterreich. †† Wien, 17. August. Auf der Nordbahn sind gestern 200 Centner Silber für die Münze zur Prägung neuer Zwanzigerstücke angekommen, welche Münzsorte kleiner als die vorhandenen Zwanziger werden soll. Da diese 17 Kreuzer Silberwerth haben, so wird das neue Geld im nachtheiligen Verhältniß zum umlaufenden alten stehen. — Die Auswanderungen aus Böhmen nach Amerika dauern vermehrt fort. Zwar sind die böhmischen Journale der Meinung, die Verfügungen des Reichstags würden die Nothwendigkeit des Auswanderns beseitigen, doch darin urtheilen sie irrig. Das Auswanderungsfieber ist epidemisch und verläßt die Gegenden, wo es einmal grassirte, nicht mehr. Das Großherzogthum Baden hat trotz seiner bisher freiesten deutschen Verfassung damit der Auswanderung nicht Einhalt gethan. Wir dürfen die dort agitirende transatlantische Propaganda der schon angeführten Dinge nicht verkennen. — Die Nationalgarde Wiens ist mit den 6 Batterien nicht zufrieden, welche sie schon besitzt, sie will sich 70 Kanonen noch anschaffen. Am Ende cernirt sie Wien wie Paris mit Festungswerken, und macht aus der Heimath des Walzers ein befestigtes Lager. — Am 2. August lief wieder das erste Lloyd Dampfschiff in Konstantinopel ein und hatte die deutsche Flagge aufgehißt. Der Deutschen Freude manifestirte sich duech eine sinnige Ovation, welche die zu Stambul lebenden deutschen Meister und Gesellen dem Kapitän des Dampfers brachten. Im Festzuge gingen sie aufs deutsche Schiff und kredenzten dem Kapitän aus einem großen silbernen Pokal Rheinwein. — Das ungarische Ministerium hat ein Geldausfuhrverbot als Repressalie gegen Oesterreich erlassen, welches bloß 500 fl. Silber aus Ungarn mitzunehmen gestattet. Der Ueberschuß wird gegen ungarische Banknoten an der Grenze verwechselt und zu Gunsten des Eigenthümers bis zur Rückkehr deponirt. Auch verbot Kossuth die neu ausgegebenen österreichischen Banknoten unter fünf Gulden bei Kassen anzunehmen, weil der Wiener Finanzminister die ungarischen Banknoten in Oesterreich werthlos erklärt hatte. Bei diesen ministeriellen Kopffechtereien leidet nur das Volk. — Die in Wien erscheinende Zeitung „Die Konstitution" theilt die Ereignisse aus Deutschland unter der Aufschrift „Vereinigte Staaten von Deutschland" mit. — Die Grausamkeit des Raitzenvolkes im Kriege gegen Ungarn ist entsetzlich. Täglich lesen wir aus Briefen der dort stehenden österreichischen Militärs frische Unthaten jener Kannibalen. Gefangene werden geschunden, gespießt, gebraten. Das sind die Bundesgenossen von Jellachich, welcher über 80,000 Mann längs der Drau und Sau unter Waffen hat (auch andern uns zugekommenen Nachrichten von dort sind die Grausamkeiten der Ungarn nicht geringer). In Italien ist Radetzky der Herr, in Böhmen Windischgrätz, in Ungarn Kossuth, in der Slavengrenze Jellachich und in Wien die Katzenmusiken; — doch sahen die Optimisten vom wieder erglänzenden Sterne Oesterreichs, weil Mailand duech den Verrath Karl Alberts gezwungen ist, neuen Verrath gegen Oesterreichs tapfere Krieger zu sinnen und in seinen Mauern ein neues Blutbad vorbereitet; denn Mazzini lebt dort.

Großen Tumult erregte gestern Abend die Arretirung der Redakteure des Studentenkuriers, Buchheim und Falke, welche vom Staatsanwalt wegen Preßvergehen vor längerer Zeit in Anklagestand versetzt wurden, und deren Jury auf den 24. August d. J. anberaumt war. Beide junge Herren wurden gestern Abend von einer Sicherheitswache verhaftet. Es verfügte sich gleich eine Deputation Studenten zu dem Arreste und verlangte die Freilassung der Gefangenen, welche aber zurückgewiesen oder die Kaution aon 100 fl. K. M. bedungen wurde. Prof. Füster, den Abgott der Aula, erlegte die Kaution und die Entlassenen fuhren unter ungeheuerem Jauchzen des Volkes von der Deputation begleitet zur Aula, wo die Akademiker ihrer harrten und mit Hoch die Füster, Buchheim und Falke empfingen. Ein paar tausend Menschen blieben lange vor der Aula gedrängt stehen, und es gelang aur dem beschwichtigenden Zureden der Studenten das Volk von einer Gewaltthat abzuhalten, nämlich von der Befreiung eines dritten Studenten, Hrn. Blumberg's, welcher als Redakteur des eingegangenen Blattes „Ohnehose" ebenfalls wegen Preßvergehen gestern verhaftet wurde. Diese Verhaftungen waren ein dummer Streich des schwarz-gelben Staatsanwaltes. Nach dem bisher geltenden Preßgesetze dürfen Verhaftungen nur dann eintreten, wenn der Spruch des Staatsanwaltes auf 1—5 Jahre Zuchthausstrafe (noch nicht Gefängniß!) lautet. Nun ist gegen die Studentenkuriereredakteurs nur 6 Monat Arrest ausgesprochen, welcher Spruch am 24. d. M. von der Jury erst geregelt werden würde, daher die Verhaftung derselben gesetzwidrig geschah. Die Aula wird den Staatsanwalt heute in Anklagestand versetzen. Die Tendenz des Studentenkuriers ist demokratisch-radikal. Man muß ihm die Gerechtigkeit zollen, er blieb konsequent und geiff ohne Unterschied alles Schlechte an. Auch verläugnete dieses Blatt nie, daß es ein deutsches sei, was von einer andern sogenannten leitenden deutschen Zeitung Wiens unlängst geschah. Dieser Vorfall ließ einen tiefen Blick in die Gemüther thun. Verwünschungen gegen die Schwarz-gelben, welchen, wie sie sagten, seit des Kaisers Rückkehr der Kamm geschwollen ist, waren die allgemeinen Aeußerungen, und nichts Gutes läßt die Zukunft ahnen. Wien hat noch eine blutige Katastrophe durchzukämpfen. Die Arbeiter wissen, daß sie 20,000 Mann stark sind und die Reaktionäre wissen das auch. Diese Letzten denken aus einer Emeute doppelten Vortheil zu ziehen, Niederkartätschung der Arbeiter, dadurch Unterdrückung der physical force der Demokratie. Sie werden weder Geld noch schöne Worte sparen, die armen Leute ins Garn zu locken. — Die Cholera rückt

Digitized by Google

jeden Tag näher heran. Es sind sogar im hiesigen Civilspital verdächtige Fälle vorgekommen. — Heute um 4 Uhr ist große Versammlung in der Aula, wo eine Adresse an die Linke des Frankfurter Parlaments aufliegt. Alle Demokraten sind zur Unterzeichnung eingeladen. — Im Reichstage sprachen heute drei galizische Deputirte, wovon einer gebrochen deutsch. Doch erweckten seine Worte lebhafte Sympathien für die gedrückten Polen und der Abscheu gegen das Feudalwesen steigerte sich mit jedem Satze. Die Abstimmung über den Kudlich'schen Antrag wird erst in einigen Tagen erfolgen. — Um 4 und ein halb Uhr Nachmittags. Ich hörte soeben noch Falke's Rede, eines der gestern verhafteten Redakteure. Er erzählte das Verfahren der Volksversammlung. Hüe ihn und Prof. Füster schallten eben so viele Hoch als Pereat für die Aristokraten und Schwarzgelben. Besonders machte er aufmerksam, daß die heutige Nummer des Studentenkuriers wegen eines Artikels über Frankreich und Deutschland gleich nach ihrem Erscheinen kanfiscirt wurde, um die mittellosen Redakteure des Lebensunterhaltes zu berauben. Schließlich dankte er dem Professor Füster, der akademischen Legion, der Nationalgarde und Wiener Bürgerschaft für die gestern an den Tag gelegte Theilnahme, welcher es gelang, ihn aus dem Gefängnisse zu befreien. Er will den Justizministre ersuchen, ein großes Lokal dem auf den 24. d. festgesetzten Preßgerichte einzuräumen, damit Alle zuhören können, wie in Oesterreich freie Presse gepreßt wird. Er lud die akademische Legion ein, zahlreich dort zu erscheinen. Jetzt spricht Dr. Schütte über die Adresse.

Preußen. ** Berlin, 16. Aug. In Ihrem leitenden Artikel „Entweder — oder"; „Ant Griesheim ant Hasenkamp" schreiben Sie unter Anderem, daß unser Ministerium nicht mehr zu thun in der Lage war, als den Armeebefehl an die Stelle der Revueparade zu setzen. Es hat indessen doch mehr gethan; es hat ins Werk gesetzt, was der Armeebefehl ausspricht. Darin wird der Unterschied gemacht zwischen der Armee im Frieden und dem preußischen Reichskontingent; letzteres stehe unter des Reichsverwesers Befehlen, wie ehedem unter denen des Bundes. Hievon ist praktisch Anwendung gemacht. Die vom Reichskriegsministerium angeordnete Huldigung mit dreimaligem Hoch für den Reichsverweser ist denjenigen preußischen Truppen und Besatzungen, welche zur Zeit unter Reichskommando stehen für den 6. August aufgegeben worden, und ich zweifle nicht, daß sie in Luxemburg, in Mainz (wo General Hüser, wenn ich nicht irre, schon am 12. Juli huldigen ließ), und in Schleswig-Holstein von dem preußischen Reichskontingent geleistet ist. Somit wäre denn von der preußischen Regierung nach einem festen Princip verfahren und jedenfalls wenigstens ebensoviel als in Oesterreich geschehen, wo ein Theil der Wiener Besatzung Parade hielt. Wie unpassend und rücksichtslos der Beschluß unsres Landsmannes im Reichsministerium gewesen, das beweist am besten der deßfallsige halboffiziell gehaltene Artikel in der Allg. Oestr. Ztg. — — — Was Herrn v. Griesheim betrifft, so freue ich mich, Ihnen mittheilen zu können, daß er die wichtige Stellung, die er im Kriegsministerium einnahm, und die der eines Unterstaatssekretärs ziemlich gleichkam, in Folge der berüchtigten Schrift eingebüßt hat. Wenn er nicht völlig entlassen ist, so kommt doch seine jetzige Position nicht von fern seiner früheren gleich; er ist sowohl von der Kammer als vom Ministerrath künftig ausgeschlossen und auch im Kriegsministerium aller politischen Funktion enthoben; also auf bloß Technisches beschränkt. Das Ministerium hat nach meiner Meinung auf das Entschiedenste den undeutschen Geist mißbilligt und von sich gewiesen. Zum Unterstaatssekretär des Krieges ist General Brandt ernannt; und auch diese Ernennung eines bereits für das Reichsministerium bezeichneten soll wohl soviel heißen, als eine offene Demonstration für die deutschen Gesinnungen des Ministeriums.

** Berlin, 17. Aug. Zu der Skizze über das Verhältniß der Bevollmächtigten zur Centralgewalt, welche Sie dem Nürnb. Bl. entnommen, lassen Sie mich vervollständigend Einiges hinzufügen. — Nachdem der Erzherzog Johann sein Reichsverweseramt am 12. Juli feierlich übernommen und die Bundesversammlung ihre bisherige Gewalt in seine Hände niedergelegt, so war es eine der dringendsten Angelegenheiten, die nothwendige Verbindung zwischen der Centralgewalt und den Regierungen der Bundesstaaten bald möglichst herzustellen, und somit die durch §. 14 des Reichsgesetzes vom 28. Juni dazu bestimmten Bevollmächtigten der Staaten in Frankfurt zusammentreten zu lassen. Um die wesentliche Umgestaltung der deutschen Verfassung praktisch ins Leben zu setzen, bedarf es eines festen Zusammenwirkens der Bevollmächtigten und der Uebereinstimmung ihres Handelns, sowohl ihren Vollmachtgebern als der Centralgewalt gegenüber. Letzterer namentlich muß daran gelegen sein, zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs, mehr noch zur Förderung der Eintracht und Kraft, dabei nicht mit jedem Einzelnen für sich, sondern mit der Gesammtheit der Staaten, resp. deren Bevollmächtigten sich — „soweit thunlich" — in Einvernehmen zu setzen. Die Bildung einer solchen Gesammtheit, einer organischen Verbindung, welche einerseits die gleiche Berechtigung, andrerseits auch die natürliche Ungleichheit der Staaten berücksichtigt, wäre davon die Folge. Weit entfernt aber, dem Bundestag, der durch die Thüre hinausgelassen ist, das Fenster zu öffnen, müßte dieser neue „Reichsrath" vielmehr so zusammengesetzt sein, daß er der deutschen Regierung auch durch numerischen Umfang nicht im Geschäftsbetrieb hinderlich würde. Danach könnte nicht jeder deutsche Staat seinen eignen Bevollmächtigten senden, sondern hätten die meisten deutschen Regierungen sich zu gemeinschaftlicher Vertretung zu vereinigen und, wo es etwa in Veranlassung durch die Centralgewalt, durch das Reichsministerium auf Beschlußfassung ankäme, Eine Stimme zu führen. Diese eventuelle Vertheilung von Stimmen würde dann die Leistungen der betreffenden Staaten für die Gesammtheit, an Militärkontingent aber an Geldbeiträgen zum Maßstab nehmen. Der „Reichsrath" dürfte nicht aus mehr als höchstens 11, vielleicht aus 7 deutschen Bevollmächtigten bestehen. Durch diese provisorische Einrichtung, zu der ohne Zweifel den deutschen Regierungen die Initiative zukommt, würden diese gleichzeitig den Beweis ihres Einverständnisses und ihrer Bereitschaft zum einmüthigen Zusammenwirken an den Tag legen. Ob diese Einrichtung getroffen werden wird, getroffen ist, sodann ob die Modalitäten, welche man nennen hört, beibehalten sind, vermag ich Ihnen nicht zu sagen. Soviel ist indessen wohl gewiß, daß zu einer Vereinbarung wegen Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung v. 28. Juni ad §. 14 Preußen die Initiative ergriffen hat. Nächstens mehr hierüber.

Berlin, 15. August. Den Mitgliedern der Nationalversammlung ist eine aus den von der Oberrechnungskammer revidirten Rechnungen der Rendantur des Staatsschatzes zusammengestellte summarische Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Staatsschatzes seit seiner Errichtung im J. 1820 bis Ende Dezember 1847, welcher Jahresrechnungsschluß für 1847 am 16. März 1848 stattgefunden hat, (20 Folioabogen) übergeben worden. Aus dieser höchst beachtenswerthen Zusammenstellung ist unter Anderm zu ersehen, daß an dem vorgedachten Tage (16. März c.) in der Schatzkammer sich befanden: 8,112,807 2/3 Thaler in Friedrichsd'or zu 5 Thaler, 903,966 2/3 Thaler in Dukaten zu 2 3/4 Thaler, 5,266,000 Thaler in Kassen, überhaupt also 14 Mill. 282,804 Thlr., wozu noch treten an Agio 1,244,426 Thaler 29 Sgr., gibt 15,527,230 Thaler 29 Sgr. Bei der Rendantur des Staatsschatzes befanden sich ferner in Staatsschuldscheinen und in Kurant 3,906,736 Thaler. 8 Sgr. 8 Pf., außerdem ein zur Realisation der Kassenanweisungen angesammelter Separatfonds von 4 Mill. Thaler, welcher aber Ende v. J. nicht baar vorhanden war, da dessen Gesammtbestand zu einem Vorschusse an die Generalstaatskasse Behufs des Getreideankaufs verwandt worden ist. Das Vermögen des Staatsschatzes betrug Ende 1847 die Summe von 23,433,967 Thlr. 7 Sgr. 8 Pf. — Einer Uebersicht von den Resultaten der Finanzverwaltung im Jahre 1847 entnehmen wir, daß die Einnahmen betrugen: a) zum gewöhnlichen Staatshaushalt 73,599,634 Thlr. b) zu den außergewöhnlichen Staatsbedürfnissen 4,467,371, c) zu den Ausgaben aus Veranlassung des Nothstandes 80,95,609, in Summa 86,162,614 Thlr. Die Ausgaben betrugen zu a) 7,2361,780 zu b. 4,467,371, zu c. 6,207,650, in Summa 830,36,801 Thlr.; mithin Ueberschuß 3,125,183 Thlr., welcher, nach Abzug der erst allmählich mit 1,888,150 Thlr. einzuziehenden Restesinnahmen für jetzt nur auf 1,237,663 Thlr. zu stehen kommt.

Würtemberg. Stuttgart, 19. Aug. Staatsrath Paul Pfizer ist auf sein Ansuchen wegen leidender Gesundheit seiner Funktionen als Chef des Departements für Kirchen- und Schulwesen enthoben worden. (O.P.Z.)

Sachsen. Dresden, 16. August. In den nächsten Tagen wird der geh. Regierungsrath Kohlschütter als Bevollmächtigter beim Reichsverweser nach Frankfurt a. M. abreisen und geh. Legationsrath Todt seine Stelle einnehmen. (B. Z.)

Altenburg, 14. Aug. Heute fand hier die vor längerer Zeit angesagte Zusammenkunft von Abgeordneten der demokratischen Vereine von Mitteldeutschland Statt. Es waren 44 Vereine von 104 Abgeordneten vertreten. Die Verhandlungen waren sehr stürmisch. Das Endergebniß derselben waren folgende Beschlüsse (die wenigstens den Vorzug der Offenheit haben): „Die Nationalversammlung in Frankfurt ist eine verrätherische; sie muß gesprengt und eine neue konstituirende Versammlung zusammenberufen werden, deren Beschlüssen Fürsten und Regierungen ohne Weiteres Folge leisten müssen; Erzherzog Johann als deutscher Reichsverweser wird als solcher nicht an-

Digitized by Google

erkannt; in Thüringen wird die Republik proklamirt. — An der Grenze liegen preußische Truppen. (Fr.O.P.Z.)

Schleswig. * Altona, 16. August. Täglich ziehen uns neue Schaaren zu. Zu den bereits eingetroffenen Weimaranern und Frankfurtern kamen gestern schon ein Paar Bataillon Nassauer mit Artillerie und allem nöthigen Bestand. Heute werden die Badener erwartet. Zu was sollen aber alle diese Kriegsmassen, wenn der Friede wirklich so nahe ist, wie man allgemein behauptet, oder hofft man nur auf dem Wege des so bewaffneten Friedens einen Frieden erlangen zu können? — Unsere Zukunft wird trüber, denn eine neue provisorische Regierung wird nicht so ausfallen, wie die erste; sie würde nicht aus so volksthümlichen Elementen zusammengesetzt werden, wie sie jetzt ist, da wir, ehrlich gestanden, kaum fünf andere Männer zusammenzufinden wüßten, welchen wir die Leitung des Staates übertragen möchten. — Die Heere stehen sich gegenüber, sie beobachten sich gegenseitig, getrennt durch die Königsau. Nur die Dänen erlauben sich Neckereien, wogegen unsere Truppen sich keinen Schuß erlauben und diese Neckereien still ertragen, da ihnen von Oben herab der Auftrag geworden, jede Feindseligkeit zu vermeiden. — Der deutsche Verein in Kiel hat am 10. einen Petitionsentwurf verlesen, worin die Landesregierung gebeten werden soll, dem Reichsverweser und der Nationalversammlung nochmals den Volkswillen darzuthun. Der Entwurf stimmte so ziemlich mit dem vom Leipziger Verein überein, nur waren die Ausdrücke wegen der Personal-Union mehr in Form eines Wunsches ausgedrückt, obgleich mehrere Mitglieder der Versammlung die Meinung aussprachen, daß diese Form zu milde sei, daß ein König, welcher seine beschworenen Eide gegen sein Volk gebrochen, die Gerechtsame desselben mit Füßen getreten, die Kinder des Landes theils gefangen nehmen, theils erschießen lassen, sein Recht als Fürst vollkommen verwirkt habe. — Der frühere Herzog Karl von Braunschweig, Karl X., Ludwig Philipp wurden vom Throne gestürzt, weil sie die Rechte ihrer Völker nicht respektirten. Keine der europäischen Dynastien hat versucht, das Volk dieser Länder wieder an ihre vertriebenen und abgesetzten Dynastien zu schmieden; sollten unsere Rechte nicht eben so heilig sein, als die dieser Völker? Sollte unser Wunsch, unsere Forderung nicht auf dieselbe Anerkennung ein Anrecht haben, als jene faits accomplis? Unsere Zukunft ist all dieser Zweifel wegen eben eine trübe und scheint sich noch lange nicht aufhellen zu wollen.

Kiel, 17. August. Dem Vernehmen nach sind die Waffenstillstands-Unterhandlungen ihrem Abschlusse nahe. Wie es heißt, werden Hauptpunkte desselben sein: Abtreten der gegenwärtigen provisorischen Regierung und Wahl einer neuen durch den König von Dänemark, aus einer Anzahl von dem Reichsverweser dazu namhaft gemachter schleswig-holsteinischen Männer; Zurückziehen der deutschen Truppenmacht außer 4000 Mann Preußen; die gegenwärtige schleswig-holsteinische Armee, nebst den Neueinberufenen, bleibt gerüstet; (zusammen ca. 16,000 Mann); die Dänen behalten Alsen besetzt mit 3000 Mann. — Außerdem soll (wie schon berichtet) gewünscht werden, daß die Landesversammlung sich bis zum 15. Sept. vertage. Ueber diesen letztern Punkt wird die Versammlung wohl heute Abend in einer vertraulichen Sitzung berathen. (K. C. B.)

Die Börsenhalle berichtet, daß am 17. Abends die Stände gegen 12 St. den Beschluß gefaßt haben, sich zu vertagen, aber einen permanenten Ausschuß zurückzulassen, der sie in dringenden Fällen sofort wieder zusammenzuberufen ermächtigt ist. (Einem andern Berichte zufolge steht die Wahl eines permanenten Ausschusses erst noch in Aussicht.)

[Berichten aus Helsingör vom 15. d. M. zufolge, waren am Tage zuvor der König Oscar von Schweden und der preußische Generalmajor v. Below in Malmö angekommen und die Unterhandlungen wegen eines Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark wieder aufgenommen worden. Man hatte Grund zu glauben, daß innerhalb vierzehn Tage oder drei Wochen der Abschluß erfolgen werde. — Nach Aussage eines Reisenden, der Kopenhagen am 16. Morgens und Malmö am 16. Nachmittags verlassen hat, wollte man an beiden Orten wissen, daß der Waffenstillstand bereits zu Stande gebracht sei. (B.-H.)]

* Hamburg, 16. Aug. Die Aufregung in unserer Stadt nimmt von Stunde zu Stunde zu, und die Freilassung der verhafteten Komité-Mitglieder gegen Kaution, nicht, wie es erst hieß, ohne Kaution, hat die Aufregung noch vermehrt, besonders da man am Sonntage auch noch das letzte Komité-Mitglied Ferdinand Löwe verhaftete und denselben erst nach zwölfstündiger Vernehmung gleichfalls gegen Kaution frei gab. Die Kaution für Marx leistet Buchhändler Campe mit 3000 Mark, die übrigen Kautionen wurden von verschiedenen Personen aufgebracht, selbst Zeichnungen von 2 Mark wurden gemacht. Eine amtliche Bekanntmachung des Senats rief wieder einen Aufruf der Vereine hervor, in dem sie sich gegen anarchische Bestrebungen verwahren. Er führte der Sache der Freiheit von Neuem Tausende zu. Da am Montag keine Vereinsversammlung abgehalten wurde, so wurde der Bürgerverein von etwa 2000 Personen besucht, obgleich sonst kaum 200 Personen zugegen sind. Der Verein beschloß das versammelte Centralkomité zu ersuchen, rasch eine Centralversammlung sämmtlicher Vereine anzusetzen, was auch nun auf Donnerstag geschah. Trotz der ungeheuern Aufregung der Gemüther ging die Versammlung auf den Wunsch des Präsidenten ganz still und ruhig nach Haus, obgleich sich Tausende vor dem Vereinslokale versammelt hatten, in der Hoffnung, es würde zu Thätlichkeiten kommen. Dagegen wurde in der Vorstadt St. Pauli Generalmarsch geschlagen, da in Folge eines Streites mit einigen Polizeidienern, die ihre Vorscheiften überschritten hatten, Barrikaden zu bauen angefangen wurden, doch löste sich der Tumult bald in Nichts auf, da der gesunde Mittelstand gegen alle Straßenaufläufe ist. Auch gestern Abend ward wiederum die Bürgergarde aufgeboten, aber am gespanntesten ist man auf morgen, wo das Centralkomité auf Morgens 10 Uhr die Centralversammlung ausgeschrieben hat. Man beabsichtigt, eine Deputation an den Senat mit der Forderung der demokratischen Partei: „einer konstituirenden Versammlung" abzusenden und augenblicklich Antwort zu verlangen. Hoffentlich fügt sich der Senat und es geht Alles ruhig ab; sonst stehen wir bei der herrschenden Aufregung für Nichts.

* Hamburg, 17. August. Der heutige Tag ist der entscheidende in Hamburgs Geschichte, die alte Verfassung ist gestürzt, bald wird ein Wahlgesetz für eine konstituirende Versammlung erlassen werden. Die angesagte Centralversammlung war von etwa 2500 Mitgliedern besucht, Bürgergarde hatte sich gleichmäßig in Uniform eingefunden, um die Versammlung vor von Außen kommenden Ruhestörern zu bewahren. So schritt man zur Berathung. Die Haltung der Versammlung war die imposanteste, es herrschte zu Zeiten eine Ruhe im Saale, als wäre nur ein Mann zugegen; einstimmig wurde die Adresse an den Senat angenommen und eine Deputation von 15 Mitgliedern zur Uebergabe an denselben ernannt, unter denen sich auch Oberstlieutenant Mettlerkamp befand, welcher 1814 Hamburg von den Franzosen befreien half und Führer des Hamburgischen Freikorps war. Dr. Banmeister, Präsident der Centralversammlung, war auch der Sprecher der Deputation, welche sich um 12 Uhr, um kein Aufsehen zu erregen, einzeln nach dem Rathhaus verfügte, von wo sie um 3 Uhr mit folgender Antwort zurückkehrte: „Der Senat hat bei den vielseitig laut gewordenen Wünschen nach einer konstituirenden Versammlung diesen Gegenstand bereits in Erwägung gezogen und beschlossen, mit möglichster Beschleunigung einen Antrag auf Zusammenberufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen konstituirenden Versammlung auf verfassungsmäßigem Wege an erbgesessene Bürgerschaft zu bringen." Da der Deputation diese Antwort nicht entscheidend genug war, so drängte sie auf näheres Eingehen in die Sache, ward aber von dem Senator Haller auf 24 Stunden vertröstet, da erst nach Berathung mit dem gesammten Senat eine detaillirte Antwort erfolgen könne. Die Hauptsache ist also schon errungen; denn die erbgesessene Bürgerschaft wird nicht wagen, ein Veto einzulegen; hat doch selbst die Börse sich zu einer Petition an den Rath um Gewährung einer Konstituante entschlossen. Die Börsenaristokratie hatte Furcht, bei den Wahlen ausgeschlossen zu werden, wenn sie sich nicht gleichfalls den Schein gäbe, als hätte sie nach demselben Ziele gestrebt. Die Bürgerwehr hat offen in den Zeitungen erklärt, nicht mehr erscheinen zu wollen, und so sah sich der Rath verlassen mit seiner isolirten Meinung; aber auch er hielt nicht mehr ordentlich zusammen, und in seiner eigenen Mitte war Spaltung eingetreten; die jüngern Mitglieder hatten sich insgesammt der freiern Richtung angenommen, während die alten abgelebten Zöpfe an dem veralteten Systeme kleben.

† Frankfurt, 21. Aug. Heute machten sämmtliche Reichsminister in der Paulskirche Mittheilungen über die Wirksamkeit des Ministeriums. Der Minister des Auswärtigen zeigte den Abgang der Gesandten nach Paris, London und Petersburg an, deren Namen Sie bereits mitgetheilt haben. Außer diesen wird Welcker nach Schweden, Compes nach dem Haag, Rotenhan nach Brüssel und Raveaux nach der Schweiz gehen. Diese Gesandten, sagte der Minister, gehen dahin, um den Regierungsantritt des Reichsverwesers anzuzeigen und über die Zustände in Frankfurt Auskunft zu ertheilen, zugleich als Verkünder einer gerechten und friedlichen Politik nach Außen, feststehend aber auf dem Rechte Deutschlands. Nach Italien sind Abgesandte abgegangen, um der Reichsgewalt ihre Theilnahme an dem Friedensschlusse zu sichern und in Schleswig befindet sich Max v. Gagern von

Seite der Centralgewalt. Der Minister des Innern machte eine Mittheilung über den Stand der hannöverischen Angelegenheit. Das Ministerium habe sich bemüht, den desfalls gefaßten Beschluß der Nationalversammlung in Ausführung zu bringen. Auf die in Hannover gestellte Anfrage sei eine Anerkennung der Centralgewalt erfolgt, wenngleich nicht ganz vollständig, wie sie gefordert war. Indessen sei ein Bevollmächtigter von Hannover hier eingetroffen, und dieser, welcher von der hannov. Regierung ermächtigt ist, alle Erklärungen abzugeben, hat nun Namens seiner Regierung die gewünschte unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber von Seite Hannovers ausgesprochen. Ueber die Anfänge einer Marinebildung theilte er mit, daß besonders Hamburg mit großem patriotischem Eifer dafür thätig sei. Es hat 2 Segelschiffe dazu hergegeben und die Gemeinde St. Pauli hat ein schönes Kanonenboot ausgerüstet. Der König von Hannover hat 2 Kanonen geschickt. Es sind nun 2 Segelschiffe, 3 Dampfschiffe und 1 Kanonenboot ausgerüstet in Hamburg, wohin nun eine Kommission abgeht, um sie zu prüfen und für die Centralgewalt in Empfang zu nehmen. Officiere sind dafür aus England gewonnen. Der Kriegsminister: Es seien einleitende Anordnungen getroffen, den Beschluß der Nationalversammlung über die Vermehrung des Militärs in Ausführung zu bringen. Den Regierungen sei die Wahl der zweckmäßigsten Mittel und Wege freigestellt, außerdem aber seien aus den verschiedenen Staaten Officiere zur Berathung hierher berufen worden, um ein Verständniß auf dem kürzesten Wege herbeizuführen. Der Finanzminister will seine Mittheilungen über den Stand der verschiedenen Reichskassen am nächsten Freitag machen: sie werden wohl bald gemacht sein.

Hierauf kam der Antrag Vischers zur Berathung, daß die Diskussion über die Art. III und IV der Grundrechte bis nach der Berathung aller übrigen Abschnitte vertagt werden solle. Er begründete diesen Antrag damit, daß die materiellen Interessen den geistigen vorangehen müssen, denn auf jene wurde das Volk am meisten, besonders aber damit, daß von dem Schulausschusse noch keine Vorlage über die Stellung der Schule zur Kirche gemacht worden sei, und er und viele Andere über die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate nur dann eine Stimme abgeben könne, wenn er zuvor wisse, ob und welchen Einfluß die Kirche etwa noch auf die Schule behalte. Lichnowsky entgegnet ihm darauf, daß aus dem gleichen Grunde der Schulausschuß erst dann sein Gutachten in dieser Beziehung geben könne, wenn zuvor das Verhältniß der Kirche festgesetzt sei. Reinhard aus Mecklenburg will ebenfalls keine Beeschiebung dieser Artikel; gerade die Berathung darüber werde eine künstlich hervorgerufene Aufregung niederschlagen und das Volk beruhigen. Nach einer kurzen Diskussion wurde zur Abstimmung gerufen, und die Versammlung ging in derselben über den Vischerschen Antrag zur Tagesordnung über.

Die Berathung ging hierauf auf den Art. III der Grundrechte über. Nach dem Anfang dieser Berathung zu urtheilen, dürfte dieselbe wohl 4 bis 5 Sitzungen einnehmen. Denn es handelt sich nicht allein um die Trennung der Kirche vom Staat, sondern auch um die damit zusammenhängenden Konsequenzen, namentlich um die Abschaffung des gerichtlichen Eides, worauf Anträge gestellt sind, und zwar nicht blos von ungläubiger Seite, sondern auch von der strenggläubigsten, z. B. von Hrn. Hoffmann aus Ludwigsburg. Es sprachen heute 11 Redner, die Mehrzahl derselben für eine vollständige Trennung von Kirche und Staat, einige dagegen. Welcker erklärte sich dagegen, obwohl für eine unabhängigere Stellung der Kirche. Tafel, kathol. Geistlicher aus Zweibrücken, will ebenfalls keine Trennung, weil er die Hierarchie nicht will nach Gutdünken in der katholischen Kirche schalten und walten lassen. Am heftigsten sprach sich Jordan aus Marburg dagegen aus; nicht trennen will er die Kirche, sondern dieselbe vernichten; es dürfe keine Kirchengewalt mehr geben, sondern alle Gewalt müsse im Staate liegen. Seine Ausfälle auf die Kirche schienen nicht bös gemeint, aber sie verletzten durch die Form. Für die Trennung sprachen am durchdachtesten von protestantischem Standpunkte Biedermann und von katholischem Dieringer, letzterer mit scharfer Zurückweisung der Jordan'schen Angriffe.

Großbritannien.

London, 17. Aug. Die gestern erwähnte Rede Disraeli's in der italienischen Angelegenheit und die Vertheidigungsrede Palmerston's gehören zu den bedeutsamsten Vorgängen im Unterhaus während der gegenwärtigen Parlamentssession. Hr. Disruell übergoß die Politik des Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten mit der scharfen Lauge einer beißenden Kritik, und wenn schon hier und da in seiner Rede jene sophistische Unredlichkeit oder Einseitigkeit und Uebertreibung wahr genommen wird, wie sie der bloß scharfsinnig witzigen, nur auf Polemik berechneten Auffassung der Dinge eigen ist, so ist doch anderseits nicht zu läugnen, daß seine Rede, wenn auch nicht durchgängig wahr, doch reich an einzelnen Wahrheiten ist. Wir können uns hier nur auf Mittheilung des Nothwendigsten aus diesem sehr langen Vortrage beschränken. Zuvörderst geißelte Disraeli die sog. Vermittelungspolitik Großbritanniens in den ital. Angelegenheiten, namentlich die Sendung des Lords Minto. Die engl. Minister, sagte der Redner, fürchteten ohne Noth, daß es Oesterreich beikommen könnte, einen Einfall in die Staaten des Königs von Sardinien zu machen; da haben sie Lord Minto hingesandt, und diesem gelang sein Versuch, die Oesterreicher von einem Einfall in die Staaten des Königs von Sardinien abzuhalten, so gut, daß zwar nicht die Oesterreicher Sardinien, sondern umgekehrt Sardinien die Oesterreicher angriff. Sodann schien es den Ministern nöthig, diplomatische Verbindungen durch denselben Minto mit dem Papste anzuknüpfen, und die Folge davon war, daß der Papst als weltlicher Herrscher so gut wie zu existiren aufgehört hat. Da nun Lord Minto in Ober- und Mittelitalien so treffliche Dienste geleistet hatte, so schickte man ihn auch nach Unteritalien, um die Sicilianer mit ihrem Könige auszusöhnen; der Lord machte sich an das Vermittelungsgeschäft, und die Folge dieser Vermittelung war, daß Sicilien sich von Neapel nicht nur in legislativer, sondern auch in politischer Hinsicht losriß. Der Redner suchte nun von dem Wesen und Zweck einer Vermittlung dem Hause einen klareren Begriff beizubringen; entweder falle dadurch einem unnützen Blutvergießen in einem langen und endlosen Kriege, oder gewissen Betästigungen des Handels ein Ende gemacht werden. Diese Objekte einer Vermittelung fehlten aber gänzlich in Oberitalien, denn der Krieg sei hier zu Ende, es gebe mithin Nichts mehr zu vermitteln. Vielleicht sei auch Palmerston ein Anhänger jener „sentimentalen" Politik, die Nichts mehr nach Verträgen und alten Rechten, sondern nur noch nach den Ansprüchen und Aufwallungen der Nationalitäten etwas frage. Nun denn, wie könne ein Anhänger dieser sogenannten Nationalpolitik eine Ausgleichung treffen, wonach das Venetianische, das eben so groß und wichtig sei als das Lombardische, Oesterreich erhalten werden solle? Wie könne Palmerston, wenn er konsequent sein wolle, fortfahren, sich auf Grund alter Verträge und Bürgschaften Hollands und Dänemarks gegen Deutschland bei Ansprüchen anzunehmen, welche im Namen deutscher Nationalität erhoben würden? (Fortsetzung folgt.)

Frankreich.

Paris, 19. August. (Sitzung der Nationalvers. v. 19. Aug.) Vorsitzender: Vicepräsident Lacrosse. Die Sitzung beginnt um 1½ Uhr mit der Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung. Das Skrutin wird um 1¾ Uhr eröffnet, es ist um 3 Uhr beendet und gibt folgendes Resultat:

Anzahl der Votirenden	708
Absolute Majorität	355
Herr Armand Marrast erhielt . . .	611
„ Bac	54
„ Lacrosse	28
„ Ledru-Rollin	6
„ Lamartine	2

Armand Marrast ist also Präsident der Nationalversammlung. Louis Blanc nimmt das Wort und beschwert sich, daß das Journal la Patrie Mittheilungen aus dem Bande der Beweisschriften gegeben, aber diese zu seinem Nachtheile absichtlich verstümmelt und entstellt habe. Er verlangt, daß künftig den Journalen verboten werde, Anklageakten vor dem Urtheile zu veröffentlichen und so der Vertheidigung vorzugreifen, ja sie zu entkräften. (Wenn es der Vortheil anders erfordert, lautet das Lied: „Die Presse hat die heilige Pflicht, die Unschuldigen im Voraus vor den Forum der öffentlichen Meinung zu vertheidigen.") Er stellt das freie Gesuch, daß sein Vorschlag sogleich diskutirt werde. Baune protestirt ebenfalls gegen die Verleumdung, besonders wenn sie von Kollegen ausgehe. Turk nimmt hierauf das Wort unter einem steigenden Sturm, um zu erklären, daß er nicht jetzt schon in die Diskussion eingehen wolle, daß er aber jetzt schon Herrn Baune erwidere, was er vor der Untersuchungskommission ausgesagt habe, sei die Wahrheit. Mit vieler Mühe gelingt es dem Präsidenten, den Sturm zu beschwichtigen, indem er den Zwischenfall für erledigt erklärt. Man geht zur Tagesordnung über: Diskussion der Dekrete über die gutwilligen Konkordate. Die Versammlung beschließt, dem Vorschlage der Hrn. J. Favre und Dupont die Priorität der Diskussion zu gewähren, aber schon über den ersten Artikel erhebt sich eine endlose Debatte, welche das Princip des Dekretes selber in Frage stellt. Diese Debatte dauert bis Postschluß fort.

Wir haben indessen in dem 1ten Bande der Beweisschriften die

Deposition des Vertreters Turk gegen den Vertreter Baune nachgeschlagen. Turk sagt aus, daß Edgar Quinet am 15. Mai, trotz des Andringens mehrerer Repräsentanten, sich geweigert habe, in der 11. Legion, deren Oberst Quinet ist, den Generalmarsch schlagen zu lassen, und daß am 24. Juni der Vertreter Baune ihm gesagt habe, „wenn man nicht 4—500 Mitglieder der Nationalversammlung umbringe, so könne es kein gutes Ende nehmen. Man müsse da anfangen, wo Robespierre, St. Just und Marat aufgehört hätten.“ Baune hat nun Turk öffentlich einen Lügner und Verleumder genannt, — dabei kann es nicht bleiben und solcher Auftritte werden wir Hundert erleben. Das Journal des Débats theilt heute schon einige Aktenstücke aus dem ersten Bande des Untersuchungsberichtes mit, wir werden später darauf zurückkommen.

Man hat Befürchtungen, daß heute aber morgen die Ruhe gestört wird, und außerordentliche Vorsichtsmaßregeln sind ergriffen worden. Zwei Bewegungen sind es, die sich vorbereiten, die eine von der legitimistischen Partei ausgehend, die Heinrich V. einzusetzen hofft, die andere von der zweiten Legion der Nationalgarde organisirt, um die gegenwärtige Regierung durch einen Staatsstreich zu stürzen und Lamoricière und Thiers an die Spitze der Regierung zu bringen, von denen man dann eine Restauration der Familie Orleans hofft. Auch die Bonapartisten haben ihre Hoffnungen nicht aufgegeben und arbeiten im Stillen, während die socialistische und radikale Partei nur auf den Ausbruch einer dieser Bewegungen wartet, um alsobald aufzutreten. — General Changarnier hat an alle Officiere der Nationalgarde einen Tagesbefehl erlassen, worin er ihnen aufträgt, falls eine neue Schlacht in den Straßen von Paris stattfinden sollte, keine Befehle, als von ihm und seinen Generalstabs-Officieren anzunehmen, selbst den etwaigen Befehlen der Maires und selbst der Volksvertreter nicht zu gehorchen, und nie irgend eine Zusammenrottung, selbst wenn sie unbewaffnet sei, sich näher als 150 Schritte kommen zu lassen. Dieser Tagesbefehl, gestern Abend ausgegeben, trägt nicht wenig dazu bei, die Unruhe der Bevölkerung zu steigern. — Paris ist übrigens bis zu diesem Augenblicke (4½ Uhr Nachmittags) ganz ruhig.

Der piemontesische Gesandte hat gestern der französischen Regierung die Protestation des Ministeriums in Turin gegen den von General Salasco mit Marschall Radetzky abgeschlossenen Waffenstillstand mitgetheilt. Es ist noch immer kein neues Ministerium gebildet, da Niemand die Verantwortlichkeit für diesen Waffenstillstand auf sich nehmen will. Es heißt, daß Karl Albert zu Gunsten seines Sohnes, des Herzogs von Savoyen abdanken und dieser den Waffenstillstand nicht ratificiren wird. Die Oesterreicher, aus Bologna von der Bevölkerung hinausgeschlagen, waren am 11. noch nicht wieder vor dieser Stadt erschienen. — Die Anerkennung der Republik von Seite der Pforte bestätigt sich durch eine telegraphische Depesche des Generals Aupick, welcher ankündigt, daß der Sultan einen Gesandten bei der Republik ernannt hat, der bald auf seinen Posten abgehen wird. — Herr v. Kisselef hat Herrn Bastide eine sehr beruhigende und erwünschte Mittheilung hinsichtlich der Donaufürstenthümer gemacht und ihn außerdem in Kenntniß gesetzt, daß der Czar einen officiellen Agenten der Republik, ohne Zweifel in Erwartung der Gegenseitigkeit in Paris, in St. Petersburg empfangen werde.

Italien.

** Genua, 8. August. *) Noch sind die großen Ereignisse in der Lombardei hier bloß dem Gerüchte nach bekannt. Auf allen Straßen drängte man sich noch gestern an die Eilwagen, um von Reisenden die Bestätigung der Kapitulation des Königs, der Uebergabe von Mailand zu hören. Die Bestätigung ist groß, der erste Eindruck ist ein tiefer Schmerz. Armes Italien! Armes Mailand! So viel Gold, so viel Blut, Alles umsonst verschwendet! nach einem so schönen Anfang ein so trauriges Ende! Diese Worte sind in Jedermanns Mund. Dieser Eindruck wird nicht von Dauer sein. Jetzt fragt man sich noch überall nach den Ursachen dieser ungeheuren Wendung der Dinge, man sieht sich vor einem Geheimniß, einem Räthsel. Man hofft auf Absetzung der höheren Officiere, man hofft einen Verrath zu entdecken, der die Unehre Italiens kleiner, sein Unglück größer erscheinen macht. Die Italiener sind loyal. An einen Verrath in den höchsten Regionen glaubt unter diesem ersten Eindrucke Niemand; man möchte gerne von dem König das Beste glauben, um ihm seinen Ruhm zu erhalten; selbst Mailänder habe ich gesprochen, die wohl seufzend fürchteten, Karl Albert möchte hier im Großen eine Rolle gespielt haben, wie man sie ihm aus früheren kleineren Proben zutrauen darf, die aber gleichwohl nicht gerne an diese trübe Besorgniß glaubten. Die Ehre der österreichischen Waffen anzuerkennen, fällt den Italienern freilich schwer und darin, wie in der geschickten Benutzung der allgemeinen Lage der Dinge, der ausgebrochenen Spaltung und Eifersucht der Italiener selbst, die einzigen Gründe dieses Ausgangs zu suchen, steht ihnen ferne. Zwar bin ich selbst solchen Piemontesen begegnet, die nicht allein eingestanden, daß ihr sogenannter ehrenvoller Rückzug eine Flucht war, daß die Oesterreicher diesmal eine Benutzung des Sieges an den Tag gelegt, wie sie fast nie in den Tagebüchern der österreichischen Armee vorgekommen ist, daß sie in den Schlachten selbst nach der Regel und ganz vortrefflich geschlagen haben, doch sind diese Unparteiischen gewiß sehr selten unter den Italienern. Deutschlands Ansehen, wenn nun Wrangel und das deutsche Reich auch im Norden noch einen rasch entscheidenden Schlag führen, wird durch diese glänzende Waffenthat ungeheuer steigen. Noch mehr Ruhm wird die Centralgewalt dann ernten, wenn sie diesen Moment benutzt, um augenblicklich eine Vermittlung mit Italien einzuleiten, ehe irgend eine Rolle, die Frankreich zu spielen denken möchte, gelingen könnte. Ihr Blatt war früher nicht der Ansicht, daß Oesterreich Italien Preis geben solle; sie ist jetzt gewiß unter den Konstellationen der allgemeinen Politik geändert. Oesterreich sollte unter deutscher Vermittlung augenblicklich die Lombardei freigeben, und unter Bedingungen, wie sie die strengste Gerechtigkeit vorschreibt. Venedig mag in seinen Händen bleiben, obgleich es ein dauernder Uebelstand sein wird. Bis sich aber Oesterreich im Osten mehr gesetzt und seine maritimen Interessen mehr gefestigt hat, ist es allerdings zu schwer, ihm das Opfer seiner sämmtlichen italienischen Provinzen anzumuthen. Auch sagen Lombarden und Piemontesen selbst, daß eine Art Grenze am Mincio sei, wo drüben die deutsche Gesinnung vorherrsche und hier über die patriotische. Nur durch eine sehr rasche Lösung dieser lombardischen Frage, aber auch nur durch eine ganz rasche, ja ich möchte sagen eine plötzliche, und durch Großmuth überraschende Lösung wird Italien noch größerem Unglücke bewahrt werden. Einsichtige Leute vermuthen, wohl mit nur zu großer Gewißheit, daß der Rückzug Karl Alberts, wenn nicht die Folge einer ausdrücklichen Uebereinkunft (wozu in den faktischen Hergängen bei der Kapitulation und Konventionen allerdings Bedachtgründe vorliegen), so doch die Folge der erlangten Gewißheit war, daß die Mächte, daß selbst Frankreich nicht die Vergrößerung Sardiniens mit dem Rand von Norditalien zugegeben hätten. *) Kommt dies an den Tag, setzt sich selbst nur diese Vermuthung fest, und auch ohne alles dies, bleibt es vorerst bei der neuen Unterwerfung der Lombardei, läßt man den Wüthern Zeit, die Gemälde von Rachsucht und Unterdrückung in diesem heißblütigen Volke zu entwerfen, die die Oesterreicher nun in dem unterworfenen Lande aufrollen würden oder aufgerollt haben sollen, so ist vorauszusehen, daß ein Aufstand zunächst in Piemont ausbrechen und von da die Runde in ganz Italien machen würde. Man gäbe das Land den schon durchlebten Schicksalen noch einmal Preis, und wer will sagen wo das enden würde? Möchte man sich erinnern, daß von Italien aus der Anstoß gegeben worden ist zu der, im großen Ganzen bis jetzt in den Grenzen der Ordnung gebliebenen, Bewegung die wir erlebt haben. Wird hier der alte politische status quo, über den die Entrüstung in diesem Lande der Indolenz diesmal zuerst ausbrach, hergestellt, und nöthigt man dies Volk zu einem neuen Ausbruche, der dann nur in einem republikanischen Sinne ausfallen kann, wer will die Folgen berechnen? Der neue deutsche Staat hat hier eine kostbare Gelegenheit, eine ganz neue Art von Staatskunst zu entwickeln. Seine Existenz, seine Ehre, sein Name, seine Zukunft scheinen mir dabei betheiligt, daß diese Gelegenheit nicht vorbei gelassen werden darf. Unverwickelt in Geschäfte, wie sie ist, kann die Centralregierung diese Sache mit aller Energie, Raschheit und Gewandtheit in die Hand nehmen. Der Reichsverweser, seiner Stellung und Person nach ist dazu ohnehin vor Anderen aufgefodert und berufen. Aber möge man bedenken, wie kostbar jede Stunde ist. Und möge man dabei auf

*) Zu unserm lebhaftesten Bedauern ist dieser Brief unsers sehr verehrten Korrespondenten, wahrscheinlich durch die Kriegsereignisse verspätet, uns erst jetzt zugekommen.
D. Red.

*) Der wohlunterrichtete Korrespondent der Times aus dem piemontesischen Heerlager erwähnt ebenfalls des Gerüchts, daß der König von Sardinien die Nacht vor dem Beginne des Rückzuges einen geheimen Vertrag zu Goito unterzeichnet habe, worin er sich verpflichtet, aller Mitwirkung an der Befreiung Italiens zu entsagen, dagegen in das österreichische System auf der Halbinsel wieder einzutreten. Der Korrespondent rühmt übrigens die außerordentliche Manneszucht, welche die Oesterreicher bei ihrer Wiederbesetzung Mailands beobachtet, sie hätten alles Herausfordernde vermieden und wären so stattlich einhergeschritten, als kämen sie nicht vom Schlachtfelde, sondern von einer Parade. Es sei auch Zeit gewesen, daß sie gekommen, da jeden Augenblick ein Aufstand des Pöbels und die Plünderung der Stadt befürchtet werden mußte. Anm. d. R.

Digitized by Google

Oesterreich ja dahin wirken, daß es sich seines Sieges nicht überhebe. Es würde sich nur seine bisherigen Schwierigkeiten erneuern und ein Schicksal unvermeidlich bereiten, dem es jetzt noch durch Zufall und Verdienst entgangen ist. Die Lombardei frei geben, unverzüglich, dies ist mein Rath. Ob sie sich einen österreichischen Prinzen oder einen andern wählen oder sich zur Republik erklären will, das Alles würde man ihr ganz frei stellen. Ich bin überzeugt, daß gerade dann das Vernünftigste geschehen würde.

Die Berichte der italienischen Blätter aus Bologna gehen nicht weiter als bis zum 9. und melden kein weiteres Ereigniß als was schon bekannt ist, nämlich den Rückzug der Oesterreicher aus der Stadt. Es wird jedoch beigefügt, daß am 9. Morgens die Oesterreicher, nachdem sie Verstärkungen an sich gezogen, das Bombardement der Stadt von Neuem eröffnet hätten; zwei Paläste seien in Flammen aufgegangen, eine Vorstadt brenne und sei schon geplündert worden; allein die Bevölkerung sei entschlossen, bis zum letzten Blutstropfen Widerstand zu leisten. Die Protestation des diplomatischen Korps von Florenz, welche dem General Welden gleich nach der Nachricht von dem Bombardement von Bologna übergeben wurde, lautet wie folgt: Die Unterzeichneten, beglaubigte Gesandte beim Großherzog von Toskana, dem Wunsche nachgebend, ein bedauernswerthes Blutvergießen aufhören zu sehen, bekennen vor E. Ex. die schmerzlichen Gefühle, die sie bei der Nachricht von den Ereignissen empfunden haben, welche seit gestern Bologna mit Blut erfüllen, und bitten Sie, einen Angriff zu beendigen, der eine ganze Bevölkerung in die schrecklichste Angst versetzt und von den Gesetzen der Humanität und den Grundsätzen der Civilisation mißbilligt wird. Die Unterzeichneten, überzeugt, daß die Gefühle, von denen sie beseelt sind, von E. Ex. gewürdigt werden, ergreifen diese Gelegenheit, Ihnen die Versicherung ihrer hohen Achtung zu geben. Florenz, 9. Aug. 1848. (Folgen die Unterschriften.)

* Rom, 8. August. Wir haben also nun endlich ein von dem Papst berufenes, ein dem Papst vereidigtes und ein nach dem Sinne des Papstes geordnetes Ministerium. Denn Kardinal Soglia steht an der Spitze desselben als Staatssekretär, mit ungetheilter Vollmacht, und dem Papst gegenüber scheinen Fabri als Minister des Innern und Lauro Lauri der Finanzminister die Verantwortlichkeit gemeinsam übernommen zu haben. Die Kammern haben es mit sehr unduldsamer Miene begrüßt. Fabri sprach von der Lega und von der Herstellung der Ordnung, Beides heutzutage sehr mißliebige Themata. Der Finanzminister erinnerte daran, daß schwierige Operationen Zeit erheischten, kam auch wohl auf die Formel des selbständigen Handelns der Nation zurück und wurde verhöhnt. Jetzt sollen die Franzosen herbei, und alle früheren Eidschwüre, nie eine fremde Einmischung zu dulden, sind ein vergessen. Wehe dem, der an jene emphatischen Reden erinnern wollte. Sterbini ließ keine Ruhe, bis die Kammer sich einmüthig für die Berufung der Franzosen erklärt hatte. Gleichzeitig wählte man die Abgesandten, welche den italienischen Parlamenten die römische Kammeradresse überbringen sollen. Minghetti wird sie den Ständen von Turin überreichen, und Mamiani soll mit denselben nach Neapel abgehen. Farini ist für Florenz und Pieri für Palermo bestimmt. Endlich wurde auch in der nämlichen Sitzung die Protestation des Kardinals Soglia gegen die Welden'sche Besetzung der Legationen verlesen, und nun hätte man meinen sollen, der Krieg müsse unverzüglich mit der ganzen Macht losbrechen. So aber scheint der Papst, der in der erwähnten Protestation auch von der Fürstenlega die Sache reden läßt, keineswegs verstanden zu haben, und der Kriegsminister, der ihn mißverstanden haben muß, ist bereits gestern Abend seiner Funktion wieder enthoben worden. Auch dies ist ein Beweis, daß Pius IX. da, wo es sich um Principien handelt, weder Freund noch Feind unterscheidet; denn Graf Campello ist noch vom Spalio aus einer seiner liebsten Schützlinge. — Fabri hat die deutliche Absicht, den Kammern gegenüber energisch aufzutreten, und daß er, wenn es zu handeln gilt, Muth hat, soll er als Pro-Legat von Pesaro gezeigt haben. Nur kräftiges Wollen kann den Papst und das Land aus einer Lage befreien, die es mit grauenvollem Unheil bedroht. Der Ausgang würde in dem vorliegenden Falle kaum fraglich sein, wenn nicht zu fürchten stände, daß die liberale Partei Wege und Mittel finden werde, auf des Papstes Herz in einer Weise zu wirken, die die eingeleitete Krisis unterbrechen könnte. Fabri ist liberal und wird als ein alter Liberaler von der Kriegspartei anerkannt, aber als ein ergrauter Mann hat er die Ordnung und die Rechtlichkeit über Alles lieb, und mag die Absicht haben, Beide aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig bemühen sich die Frattieten, die Köpfe zu entflammen. Die vorgegangene Beräubeeung ist aber so groß, daß die geschicktesten Machwerke und mit meisterhafter Sophistik abgefaßten Proklamationen völlig wirkungslos zu bleiben scheinen. Der Eine schiebt es auf dies, der Andere auf das, marschiren aber will Keiner, nicht einmal die Helden von Vicenza. Nachdem man einmal die große Entdeckung gemacht hat, daß man fremde Truppen sich für sich schlagen lassen kann, und seitdem Aussicht vorhanden ist, daß die Franzosen überhelfen werden, ist alle Kriegsbegeisterung dahin, und alle Independenzsorgen hat man auf Fremdenlegion und Frankreich geworfen.

†Neapel, 4. August. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Antwortsadresse auf die Thronrede berathen und der von einer Kommission dazu entworfene, sehr mäßig abgefaßte Entwurf fast einstimmig angenommen. Selbst die Theilnahme am heiligen Kriege berühre die Adresse sehr bescheiden, trotzdem, daß dieser Punkt, sowie auch die Entfernung der 4 Schweizerregimenter, Gegenstand lebhafter Debatten war. Man hatte sich von dieser Adresse etwas ganz Anderes erwartet und sprach sogar schon von einer Auflösung der Kammer in Folge derselben; es ist indessen wahrscheinlich, daß gerade deßwegen sich die Opposition herbeiließ, ihre Stimme einstweilen noch zu mäßigen. In den nächsten Tagen soll der neue, aus 150 Paragraphen bestehende, Gesetzesentwurf des Ministeriums für die neue Nationalgarde berathen werden. Im Publikum findet derselbe viel Widerspruch, hauptsächlich jene Paragraphen, die zum Eintritt in dieselbe das Alter von 25 — 60 Jahren und einen Census von 10 Ducati jährliches Einkommen vorschreiben. Schon die Vorlesung des Entwurfs erregte in der Kammer einen solchen Tumult, daß die Nationalgarde einschreiten und Ordnung schaffen mußte. — Admiral Parker ist mit der englischen Flotte — 7 Linienschiffe und 2 Dampffregatten — hier eingetroffen. Er stellte Anfangs das ganze Geschwader von Neapel auf, doch scheint unterdessen das gute Einverständniß bereits wieder hergestellt zu sein, und es wird behauptet, die Differenz wegen Auslieferung der sicilianischen Gefangenen sei mit Geld ausgeglichen worden, auch Entschädigung des durch die Bombardements in Palermo und Messina an englischem Eigenthum verursachten Schadens zugesagt, sobald Sicilien wieder erobert sei. Seitdem hört man Nichts mehr, daß sich England der Expedition widersetzen wolle, und dieselbe wird nun wohl in Kurzem unternommen werden. — Admiral Parker, der unsere Gewässer in einigen Tagen schon wieder verlassen soll, begleitete vorgestern mit seiner Flotte den König nach Castellamare, wo eine Fregatte vom Stapel gelassen wurde. — Die Nachricht von der Niederlage Karl Alberts durch Radetzky kam hier um so unerwarteter, als noch Tags zuvor die meisten italienischen Blätter von einem brillanten Siege der Italiener über die Oesterreicher und der Einnahme Veronas durch den Herzog von Genua (dem Schwertchen [Spadina] wie ihn scherzweise hiesige Blätter als Sohn des „Schwertes von Italien" nennen) berichteten. Desto größere Freude erregte diese Botschaft am hiesigen Hofe, die zu den langen Gesichtern unserer Neapalitaner nicht recht passen will.

Türkei.

Von der walachischen Grenze, 8. August. Eben eingehenden Nachrichten aus Bukarest vom 5. Aug. zufolge hat der großherrliche Kommissär Saleiman-Pascha von Giurgewo, wo er mit 12,000 Mann türkischen Truppen eingerückt ist, ein Ultimatum an die provisorische Regierung nach Bukarest geschickt, worin er Herstellung des Status quo vom Jahre 1831, Restauration des geflüchteten Fürsten Bibesco und alsbaldige Auflösung der provisorischen Regierung verlangt, widrigenfalls er sich unverzüglich mit seinen Truppen nach Bukarest in Marsch setzen werde. Er hat einen Termin von 24 Stunden zur Antwort gegeben. Das türkische Ultimatum schließt indessen Verwaltungsreformen keineswegs aus, sondern hält sich fest an das mit Rußland gemeinschaftlich abgeschlossene Statut vom Jahre 1831 für die Fürstenthümer. Es ist natürlich, daß in Bukarest an Widerstand nicht zu denken ist. Es herrschte Ruhe. (Bresl. Z.)

Kleinasien.

* Beirut, 28. Juli. Die Cholera hat in Aleppo wieder mit solcher Heftigkeit um sich gegriffen, daß in dieser Stadt, welche 80 bis 90,000 Einwohner zählt, im Durchschnitt täglich 300 Personen sterben. Das Uebel wächst von Tag zu Tage, und ist sogar schon bis Antiochia vorgedrungen, wo im Verlaufe von 11 Tagen über 500 Personen gestorben sind. Ein panischer Schrecken bemächtigte sich aller Einwohner. Viele schossen sich gänzlich in ihren Häusern ab, Andere, besonders israelitische Familien und die Europäer, flüchteten nach Kama, Damaskus, Lattachia u. s. w.

Mit Ausnahme einiger, zwischen den Beduinenstämmen des Abu Nach und Scheich Samhae im Paschalik Jerusalem stattgefundenen Raub- und Plünderungszügen ist die Ruhe in Syrien nicht wieder gestört worden.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[704]¹ **Bekanntmachung.**

Nr. 16,610. In einer hier unhängigen Untersuchungssache ist die Einvernahme des Schlossergesellen Gottlob Hachstätter von Höhengehren, k. würtemb. Oberamts Schorndorf, dringend nöthig. Derselbe wird hiermit andurch öffentlich aufgefordert, sich ungesäumt Behufs seiner Einvernahme dahier oder bei dem Gerichte seines Aufenthaltortes zu stellen.

Zugleich ersuchen wir sämmtliche Polizeibehörden uns von dessen Aufenthalt im Betretungsfalle unverweilt Nachricht geben zu wollen.

Karlsruhe, 14. Aug. 1848.

Stadtamt:
Dusch.

vdt. Zuchmann.

---

[705] Nr. 10592. Der dahier wegen hochverrätherischer Aeußerungen in Untersuchung stehende Soldat, Rudolf Wolfinger von Freiburg, ist dem ihn begleitenden Unterofficier entsprungen und bis jetzt nicht wieder beigebracht worden, weßhalb ich an sämmtliche Behörden das Ansuchen stelle, auf den Soldaten Wolfinger, dessen Signalement unten folgt, fahnden, ihn im Betretungsfalle arretiren und unher abliefern zu lassen.

Rastatt, 19. August 1848.

Der Kommandant des Infanterie-Regiments Großherzog Nr. 1.
Hoffmann, Oberst.

Signalement des Soldaten Wolfinger:
Alter: 26 Jahre.
Größe: 5' 4" 2'".
Körperbau: mittel.
Gesicht: gesund.
Augen: braun.
Haare: braun.
Nase: klein.

---

[706] Nr. 10496. Der Fourier Ludwig Schumacher von Karlsruhe, welcher dahier wegen Verbreitung aufrührerischer Schriften, Theilnahme an dem Aufruhr in Offenburg und Unterschlagung von Geld in Untersuchung steht, hat am 9. d. M. seinen Zimmerarrest gebrochen und ist entflohen.

Derselbe wird daher aufgefordert, sich sogleich dahier zu stellen.

Zugleich werden sämmtliche Behörden ersucht, auf den Fourier Schumacher, dessen Signalement unten folgt, zu fahnden, ihn im Betretungsfalle zu arretiren und anher abzuliefern.

Rastatt, 17. August 1848.

Der Kommandant des Infanterie-Regiments Großherzog Nr. 1.
Hoffmann, Oberst.

Signalement des Ludwig Schumacher:
Alter: 24 Jahre.
Größe: 5' 3" 2'".
Körperbau: stark.
Gesicht: gesund.
Augen: braun.
Haare: braun.
Nase: mittel.

---

[707]¹ Nr. 784. Montag den 28. August d. J. Morgens 10 Uhr werden im Magazin der Eisenbahnbauverwaltung zu Dinglingen abgängige hundert Zentner Schmiedeisen und 200 Zentner Gußeisen, abtheilungsweise in öffentlichem Aufstreiche abgegeben.

Lahr, 19. Aug. 1848.

Großh. Wasser- und Straßenbauinspektion:
Bayhinger.

---

[708]¹ **Oeffentliche Vorladung.**

Lid. H. G.-Nr. 7184. II. Senat. In Sachen des Feldolin Schuchter von Hauenstein, Klägers, Appellanten, gegen den Handelsmann Zadermauer zu Basel, dezieungsweise seinen Vollmachtgeber August Loyé zu Besançon, Beklagten, Appellaten, Forderung betr, hat der Kläger gegen das Urtheil des Bezirksamtes Waldshut vom 6. April v. J. durch welches er mit seiner gegen den Beklagten geltend gemachten Forderung von 483 fl. 24 kr. für Zösserlohn, Versäumniß, Aufenthalts- und Reisekosten, unter Verfällung in die Kosten abgewiesen wurde, das Rechtsmittel der Berufung rechtzeitig angemeldet und ausgeführt. Nach dem Inhalt der Appellationsrechtfertigungsschrift findet sich der Kläger durch das besagte amtliche Urtheil hauptsächlich deßhalb für beschwert, weil nicht erkannt wurde, daß der Beklagte Indemnität, beziehungsweise sein Vollmachtgeber August Loyé schuldig sei, die eingeklagte Forderung des Klägers zu 483 fl. 24 kr. nebst Zinsen vom Klagtag bei Zwangsvermeidung zu zahlen;

und er hat hiernach in der Appellationsbeschwerdeschrift sein Begehren gestellt.

Zur mündlichen Verhandlung hierüber, sowie zur Fassung und Verkündung des Urtheils, wird nunmehr Tagfahrt auf die am Donnerstag den 21. September d. J. Vormittag 8 Uhr stattfindende öffentliche Gerichtssitzung anberaumt, in welcher der Appellat August Loyé seine mündliche Rechtsausführung und die Vernehmlassung durch einen aus der Zahl der diesseitigen Hofgerichtsadvokaten erwählten Anwalt bei Vermeidung des Ausschlusses vorzutragen hat.

Da der Beklagte August Loyé sich nach einem Schreiben der französischen Behörde auf flüchtigem Fuße befindet, und sein gegenwärtiger Aufenthalt nicht bekannt ist, so wird er in Gemäßheit der §§. 272 und 273 der Pr. Ord. anmit öffentlich vorgeladen.

Freiburg, 11. Aug. 1848.

Großh. Badisches Hofgericht des Oberrheinkreises:
Litschgi. Bleile.

---

[709]¹ Nr. 6736. Henriette Günther und Heinrich Günther von hier, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, werden hiermit aufgefordert, zur Erbtheilung ihres am 1. des v. M. verstorbenen Vaters Peter Günther gewes. hies. Bürgers und Instrumentenmachers, binnen 3 Monaten selbst zu erscheinen oder durch gehörig Bevollmächtigte sich dabei vertreten zu lassen, widrigenfalls die Erbschaft lediglich denjenigen zugetheilt wird, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Weetheim, 15. Aug. 1848.

Großh Badisches Amtsrevisorat:
Zauch.

---

[713] Bei Malsch und Vogel in Karlsruhe ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Handbuch zur Kenntniss der homöopathischen und specifischen Heilkunst. Auf dem Wege der Entwickelungsgeschichte bearbeitet von Dr. L. Griesselich, functionirendem Generalstabsarzte des achten deutschen Armeekorps, und Herausgeber der Hygea. 1849. 8. geh. Preis 3 fl. od. 1 Thlr. 24 Ngr. netto 2 fl. od. 1 Thlr. 6 Ngr.

---

[714]¹ Auf nachstehende in unserm Verlage erschienene Lehrbücher, welche bereits in fast allen badischen öffentlichen Lehranstalten eingeführt sind, machen wir bei herannahendem Wintersemester aufmerksam:

Döll, Ch., Elementarbuch der lateinischen Sprache. **Zweite verbesserte Auflage.** Preis 28 Sgr. oder 1 fl. 36 kr.

— — Dazugehörige Uebungen zum Uebersetzen aus dem Deutschen ins Lateinische. Preis 6 Sgr. oder 20 kr.

Kärcher, K., Französisches Lesebuch in zwei Unterrichtsstufen, nach pädagogischen Grundsätzen geordnet, mit sorgfältig bearbeitetem Wörterbuche. **Dritte verbesserte Auflage.** Preis 16 Sgr. oder 54 kr.

— — Grundlage beim Unterricht in der Erdbeschreibung. Nach den Grundsätzen Ritter's und v. Roon's für Unterrichtsanstalten, nebst einem kurzen Anhang über die deutschen Eisenbahnen. Preis 12 Sgr. oder 44 kr.

Schach, J. M., Anleitung zum Unterricht in der Erdbeschreibung, Naturgeschichte und Naturlehre. Für Volksschulen bearbeitet. Erste Abtheilung: Heimatkunde. **Zweite vermehrte und verbesserte Auflage.** Mit 58 Holzschnitten und 5 Lithographien. Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

Mannheim, im August 1848. Die Verlagshandlung von
Fr. Bassermann.

---

[710] **Landgüter,**

vom Kleinsten bis zum Größten sind in der Provinz Preußen, wo Ordnung und Ruhe herrscht, zu höchst billigen Preisen zu kaufen durch

E. L. Rautenberg in Moringen.

---

[711] Bei Perthes Besser und Mauke in Hamburg ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Deutschland
und
Friedrich Wilhelm IV.
Von
J. v. Radowitz.
Dritte Auflage.
gr. 8. geheft. Preis 10 Ngr.

---

[712] Soeben ist bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Verdienen die Polen die Wiederherstellung ihrer politischen Unabhängigkeit? Welche Folgen würde eine solche für Deutschland haben? Beantwortet im Laufe des April von einem Deutschen, welchem sein Vaterland mehr am Herzen liegt, als die Polen. Gr. 8. brosch. Preis 4 Ngr.

Rheinische Dampfschifffahrt. Kölnische Gesellschaft.

[715]¹ Der Dienst zwischen hier und Mainz Abends 7 Uhr wird von heute an einstweilen eingestellt; dagegen fährt von morgen, als am 20. d., an ausser dem Boote Morgens 6 Uhr noch ein weiteres Boot Morgens 9 Uhr nach Ankunft des ersten Eisenbahnzugs von Karlsruhe in einem Tage von hier nach Köln.

Mannheim, den 19. August 1848.

Die Agentur.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Olivier & Boyd, 75 Newgate-Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an C. F. Hirschland in Straßburg Nr. 20 Quartg., Hauptstraße Nr. 20 Rue principale du Faubourg.

Deutsche Zeitung.

Die Redaktion besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich f. 1. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden f. 1. 20 kr. Für Anzeigen wird von einem einspaltigen Petitzeile mit 4 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 232. Heidelberg, Mittwoch 23. August. 1848.

Uebersicht.

Der Grundbesitz und die Reaktion. Eine Stimme aus Preußen. II. — Wien (Verhandlungen des Reichstags. Bericht des Finanzausschusses. Strobbach Präsident. Hagenauer I. Strasser II. Vicepräsident. Der patriotische Verein. Römisch-katholische Thesen angeheftet). Triest (Peschiera wiedererobert). Berlin (Berichtigung im Betreff M. v. Gagern. Hr. Rosenkranz. Generalversammlung der Grundbesitzer). Aus Baiern (Sammlungen für die Flotte beanstandet). Stuttgart (der Landtag). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. III. §. der Grundrechte. Zwei Erlasse des Reichsverwesers). Schweiz. Zug. Die Bundesverfassung verworfen. Graubünden. Die Insurgenten an der Grenze. Großbrittannien. London. Reden Disraelis und Palmerstons über die italienischen Angelegenheiten und die französisch-englische Vermittelung. [Schluß]. Frankreich. Paris. Vorsichtsmaßregeln. Petition der Frauen für die Juniinsurgenten. Die ersten Urtheile des Kriegsgerichts. Westindien. Kuba. Gerücht von einer Revolution daselbst. Beilage. Griechische Zustände. — Wien. Verhandlungen des Reichstags. Mecklenburg. Bildungsproceß der Verfassung. Spanien. Republikanische Bewegungen. Moldau. Jassy. Die Russen in der Moldau. Amerika. Neuer Bürgerkrieg in Mexiko. Yucatan. Kuba. Verschwörung.

23. August.

Ein General Monk wird weder aus Magdeburg kommen, noch aus Pommern oder Preußen, aber es sammelt sich eine Heerschaar rings um Berlin, bis an die Ostsee und die Karpathen, von jenseit der Elbe bis jenseit der Weichsel, die täglich stärker, kompakter wird, und nur eines Monk bedürfte, um Berlin anzugreifen.

Nicht eine Heerschaar von Soldaten, nicht mit Trommeln und Bajonetten, sondern mit Petitionen, Vorstellungen, Protesten, durch die Macht der Association rücken die Provinzen immer drohender gegen die Hauptstadt, wo sie wissen, daß es ihnen an Freunden und Beistand nicht fehlt.

Es sind die Grundbesitzer, die nach einem langen, panischen Schrecken sich wieder erholt haben, und nun in der durch die Konstitution ihnen gewährten Berechtigung, durch das Associationsrecht, ihr Eigenthum vor den drohenden Gesetzentwürfen, vor der Verfassung selbst, ehe sie fertig ist, zu schützen, zu vertheidigen suchen.

Ein Fortschritt der Zeit doch, daß sie den konstitutionellen Weg einschlagen. Stehen doch unter ihnen rüstige Kämpfer aus der Zeit des Absolutismus für das konstitutionelle System voran. Freilich auch Andere, die, zähneknirschend vor Wuth, die alte Zeit gern zurückriefen mit allen ihren Mängeln. Sie dürfen ihre Stimme nicht mehr erheben, sie müssen ihre Wünsche in eine andere Sprache kleiden; das ist ein zweiter Fortschritt, ein größerer als Mancher glaubt, der die preußischen Verhältnisse nicht näher kennt. Einer unter ihnen, der den lautesten Wehrus erhebt, der Gutsbesitzer E. v. Tempelhoff, ruft ihnen zu: Bedenkt, es gibt jetzt nur zwei Stände, die, welche noch besitzen, und die, welche noch nicht besitzen, alle übrigen Stände sind gefallen; auf sie dürfen wir nicht zurückkommen! — Das ein dritter bedeutender Fortschritt, und nur wenige verlorene Stimmen aus dem Adel erheben sich klagend über den nahen Verlust ihrer Sonderrechte. Als Waffe dürfen sie es nicht brauchen.

Was droht den Grundbesitzern? — Die Aufhebung des Lehnsnexus, der Majorate; allerdings ein Eingriff von schweren Folge für das Eigenthum, für die Erbfolge vieler Familien. Ferner, Aufhebung der Grundsteuerfreiheit derjenigen Grundstücke, welche sich ihrer noch erfreuten. Dieser Verlust ist nur partiell; er trifft nur Einzelne, aber empfindlich. — Dann, eine Ablösung der Grundzinsen, nach einer katastrirten Norm, durch welche die Empfänger besorgen, ein Drittel, wo nicht die Hälfte ihrer sichersten, rechtlichen Einnahmen einzubüßen, Einnahmen, von denen sie behaupten, daß sie zum großen Theil nicht aus alten Lehnsverhältnissen, sondern aus neueren kontraktlichen Verbindungen entsprungen seien. Willkürlich werde den Besitzenden entzogen, was ihnen nach alten Rechten zukomme, und willkürlich den rechtlich Verpflichteten damit ein Geschenk gemacht, wozu jeder Anspruch ihnen fehle. Dann, die Grundbesitzer seien zum großen Theil arm, ihr einziger reeller Besitz ist nur jene Prästationen, diese, die Leistenden, in den meisten Fällen wohlhabend, ja der freie Bauer sei im Preußischen im Verhältniß zum Rittergutsbesitzer durchschnittlich reich zu nennen. Weßhalb ohne dringendes Bedürfniß ihn noch reicher, diesen noch ärmer machen? — Dann eine neue Grundsteuer, welche die Güterbesitzer ruinire, den Bankerutt derer, welche nicht andere Mittel besäßen, herbeiführe. Endlich eine neue, unverhältnißmäßig erhöhte Maischsteuer, und eine dergleichen auf die Runkelrübenzuckerfabrikation. Jene werde nicht die Branntweinproduktion vermindern und nicht den Branntwein theuerer machen, aber den Landbau ruiniren. Ohne die ausgedehnte Branntweinproduktion, ohne die Schlampe, welche allein in unsern Sandgegenden einen großen Viehstand möglich mache, sei die Kultur der Felder unmöglich, die Folge werde sein, daß große Länderstriche, welche der wachsenden Bevölkerung Nahrung verschaffen, brach liegen bleiben würden. Die Folge der Steuer auf den Runkelrübenzucker sei die Tödtung einer Industrie, welche kaum angefangen, eine ergiebige Nahrungsquelle in unserem armen Lande zu werden.

Was die Tendenz aller dieser Gesetzvorschläge? — Die Besitzenden anzugreifen zu Gunsten der Nichtbesitzenden; das Eigenthum zu besteuern, bis es seinen Werth verloren.

Was das Motiv? — Nicht die Ueberzeugung, daß damit dem Uebel geholfen werde, denn die es vorschlügen, seien überzeugt, daß sie Chimären nachgingen, daß die Zerstörung des Eigenthums und alles Dessen, was daran haftet, nicht die gewünschte Hilfe den Nichteigenthümern, den Darbenden, den Proletariern bringe, im Gegentheil, ein noch größeres, allgemeines Elend, eine allgemeine Verarmung, durch Tödtung alles Kredits und aller Industrie eine vollkommene Hilfs- und Rathlosigkeit. Es geschehe nur, um der demokratischen Partei zu schmeicheln, nur, um dem Gelüsten der neuen, unerfahrenen Gesetzgeber in der Nationalversammlung nachzukommen, nur, um in derselben der Regierung eine Stütze zu verschaffen, ohne die sich nicht regieren lasse.

Um dieses temporären Zweckes willen gebe man alle erprüften Grundsätze des Rechtes und der Billigkeit auf und opfere dem unverständigen Verlangen einer Versammlung von Gesetzgebern, die zu Allem eher fähig wären als dazu, die im ersten Wirbelsturm der Revolution erwählt worden, ohne Prüfung ihrer Grundsätze, ihrer Befähigung, die das Land schon jetzt desavouire, ihnen opfere man die beste, zuverlässigste Klasse der Staatsbürger, die Grundbesitzer, die, welche das reichste und heiligste Interesse am Vaterland hätten, und die gar nicht in der Nationalversammlung vertreten wären. Eine zusammengewürfelte Versammlung von Besitzlosen solle über das Schicksal der Besitzenden entscheiden. Das sei mehr als Revolution, es sei eine organisirte Anarchie.

In diesem Sinne hat sich der „Verein zur Wahrung der Grundbesitzer und zur Wohlfahrt aller Klassen" in Stettin unter den Auspicien Bülow-Cummerows gebildet. Dieser führt noch eine verhältnißmäßig milde Sprache, er spricht der Nationalversammlung nicht den guten Willen ab, nur die Kenntniß der Dinge. Heftiger operirt in Schlesien Witt v. Dörring; von allen Seiten kommen Protestationen der Grundbesitzer an das Mi-

Digitized by Google

nisterium, die Nationalversammlung, den intelligenten und gesunden Theil der Nation. Jede Zeitung bringt ganze Bogen vollgedruckt mit diesen Protestationen, und auf den 18. d. M. wird eine Generalversammlung der Kämpfer für ihr Eigenthumsrecht, „des Vereins der Grundbesitzer", in Berlin abgehalten werden. Die Kampfgenossen, schon mit gezückten Schwertern auf der innersten Vermauerung ihrer Festung stehend, rufen Hilfe nach allen Seiten; in der Verzweiflung denunciren sie schon, indem sie neue Bundesgenossen aufrufen. „Wenn Hansemann die Rittergüter, Häuser mit seiner Grundsteuer belasten darf, darf er auch die Eisenbahnen konsequenter Weise nicht verschonen; also — müssen auch die Eisenbahnaktionäre sich in der Generalversammlung vertreten lassen." — „Der Kampf gegen Hansemann's unrichtiges System muß von allen Klassen der Gesellschaft, soweit noch eine Aktie, eine Scholle in ihrem Besitz ist, begonnen und mit Nachdruck zu Ende geführt werden, versteht sich, nur mit den Waffen des Geistes und des Rechtes." Ein Anderer ruft auch die Besitzer der preußischen Staatsschuldscheine auf. Wenn nämlich „Hansemann's sonderbare Ideen durchgingen, so würden die Staatsdomänen durch Ablösung der Domanenzinsen zum achtzehnfachen Betrage, zu Gunsten einer wohlhabenden Bauernschaft, um wenigstens 50 Millionen an Werth vermindert, und da diese Domänen den Inhabern der Staatsschuldscheine hypothekarisch verpfändet sind, müsse die Sicherheit der Letzteren um jene Summe schwinden." Auch die Besitzer der Staatsschuldscheine sind daher aufgefordert, die Generalversammlung zu besuchen.

Zu den Streitern für den Grundbesitz gesellt sich noch ein namhafter für das Eigenthum im Allgemeinen, ja für den Kredit. Geheimerath Wilhelm Beer (der Astronom und Vorstand des alten industriellen Handlungshauses Beer) führt in vielen schlagenden Aufsätzen den Satz aus, „daß der gewisseste Weg zum Verderben der ist, bei Finanzmaßregeln demokratischen Theorien schmeicheln zu wollen." Kaufmännisch rechnet er aus, wie viel durch den ruinirten Kredit, in Folge der französischen und deutschen Revolutionen, nicht den Reichen, sondern den Proletariern in beiden Ländern verloren ging; zu welcher Bagatell der mögliche Gewinn an baarem Gelde bei einer allgemeinen Theilung oder Plünderung herabsinke; wie nur der Kredit es möglich mache, die Armen zu erhalten; wie die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer zu Gunsten der Armen sich überall als eine Chimäre erwiesen, die Brod und Fleisch nirgend in großen Kommunen für den Einzelnen wohlfeiler gemacht, und zu der die Staatsverwaltung immer wieder zurückgekehrt sei, nachdem das Geschrei dagegen ausgetobt und die Zustände nicht besser geworden.

So die Stimmen einer immer stärker werdenden Opposition, der man bisher weniger Aufmerksamkeit in den Organen der Publicistik gewidmet, weil sie vor den großen Fragen der äußern und innern Politik in den Hintergrund zu treten schienen; aber eine Opposition, die, wenn sie durchdringt, einen gänzlichen Rückschlag, wenn sie besiegt wird, ein maßloses Fortrollen der demokratischen Woge, bis zur Anarchie, befürchten läßt.

Auf das Specielle der Forderungen und Proteste einzugehen, ist hier nicht Ort und Raum. Es sind Bücher über das Für und Wider geschrieben worden, und können noch darüber geschrieben werden; uns kam es nur darauf an, die Erscheinung dieser Opposition zu konstatiren.

So viel ist gewiß, daß ein Theil dieser Rechte unrettbar, und ohne große Schwierigkeit und zu viele Klage hätte genommen werden können, wenn der erste Augenblick der Revolution, einer Angst benutzt wäre, wo mit dem Eigenthum auch das Leben bedroht schien. Aehnliches ist durch ganz Deutschland geschehen. Wir rechnen es nicht zum Uebel, daß es in Preußen nicht geschah, daß die Ordnung so schnell sich wieder herstellte, dergestalt, daß man das damals Versäumte nun in legaler Weise ausführen will.

Der einen Hälfte dieser Gesetzvorschläge liegt das richtige Princip zu Grunde, daß das Eigenthum völlig frei gemacht werden soll; der andern die gerügte Schmeichelei des falschen demokratischen Geistes, die Furcht vor den Forderungen des Kommunismus. Möchte, hinsichtlich des letzten Punktes, Frankreichs furchtbares Beispiel unsere Gesetzgeber vor einem unzeitigen Nachgeben warnen. Wem wird gehorchen? Mit Strömen Blut, mit verlorenen Milliarden hat man noch nicht den halben Weg zur Sicherheit des Eigenthums zurückgewonnen.

Aber auch gegen die Verletzung des Eigenthumsrechtes, um das Eigenthum frei zu machen, wird die ermuthigte konservative Opposition einen Verzweiflungskampf fechten. Die plötzliche Aufhebung des Lehnsnexus, der Majorate erscheint als ein schreiender Eingriff in das Privatrecht. Der Lehnsvetter, der Majoratserbe, der vielleicht seit einem Menschenalter diese Erbschaft als sein rechtliches Eigenthum betrachtet, darauf Schulden gemacht, geheirathet, Kinder gezeugt, ausgestattet, soll von morgen ab, wenn das Gesetz in Kraft tritt, sein Eigenthum, und ohne Entschädigung, verlieren. Wer verargt ihm, wenn er über Raub, Plünderung aufschreit, wenn er fragt: was kümmert den Staat unsere Privatangelegenheit, wer gibt ihm die Befugniß, unsere tausendjährige Erbfolge anzutasten, sie umzugestalten, ohne daß wir es verlangen, denn wir befanden uns wohl dabei? — Der Staat hat darauf genügende Antwort, die es überflüssig ist, herzusetzen. Nebenbei kann er aber sagen: an Warnungen hat es Euch nicht gefehlt, ein Verhältniß freiwillig zu lösen, welches seit länger als einem halben Jahrhundert als dem Gemeinwohl schädlich erkannt ist. Der Staat selbst hat längst den Lehnsnexus, in dem Ihr zu ihm standet, gelöst, indem er seine Lehnsherrlichkeit gegen Euch aufgab. Nun wäre es an Euch gewesen, das Werk fertig zu machen, und durch Familienverträge den Rest dieses Nexus, den Lehnsverband, unter Euch selbst zu lösen. Ihr hattet lange Zeit, Ihr habt sie versäumt; wundert Euch daher nicht, wenn nun der Staat selbst sein Werk vollenden will. Freilich kann der Lehnsvetter erwidern: man hätschelte ja in letzter Zeit wieder unsere veralteten Institutionen, man erklärte sie für heilig, man restaurirte, frischte sie auf, wo man konnte, man schmückte sie mit verrosteten Ehrentiteln und ermunterte uns sogar, neue Majorate zu stiften. Hierauf muß der Staat schweigen, es sind Sünden, die sich furchtbar rächen. Deßhalb aber wird er eine Nachfrist geben müssen, Zeit den Familien, das Versäumte nachzuholen. Er muß einen Termin setzen, nicht zu kurz, von welchem ab das Lehnsband von selbst zusammenfällt: benutzt die Zeit, einigt Euch durch Familienverträge und gebt für mäßige Entschädigung ungewisse Hoffnungen auf.

Wird die Nationalversammlung die Gesetzvorschläge mit der Umsicht berathen, daß Niebuhrs Worte auf sie keine Anwendung finden: „Was hilft die Wahl von Repräsentanten, wenn es an Männern fehlt, die fähig sind, das Volk zu vertreten?"

Der Ton, den die Oppositionsstimmen erheben, ist verwandt mit dem, welchen die Aristokraten gegen Hardenbergs, Steins und Scharnhorsts Reformen erhoben. Wer läugnet, daß auch damals wohlerworbene, langjährige, giltige Privatrechte verletzt, aufgehoben wurden zum Besten des Staates, des Gemeinrechts! Auch damals riefen Hunderttausende: wir sind ruinirt, um hohler radikaler Theorien willen. Es sind Wenige oder Keiner darum ruinirt worden. Wer, der heute noch im Ernst bedauern könnte, ich frage, welcher Grundbesitzer, welcher Edelmann, welcher eingefleischte Anhänger des Alten und Anbeter des heiligen Privatrechts, daß Hardenberg voranging, daß er den schmerzlichen Proceß durch vorangängige, milde Amputationen erleichtert hat! Noch ein Mal warnte die Vorsehung durch die Greuel des galizischen Bauernaufstandes. Auch diese Warnung ging fast eindruckslos vorüber; sie hofften, es wird sich doch wohl noch halten lassen. Nun läßt es sich nicht mehr halten. Scharf, schneidend kommt das Unvermeidliche, weil es zu spät kommt.

Dies hebt nicht die Pflicht derer, die es verhängen, auf, mit der Umsicht und Schonung zu Werke zu gehen, die jede Kränkung eines Privatrechtes fordert, welche des allgemeinen Besten wegen verhängt werden muß.

In dem einen Punkte ist die Beschwerde der Opposition nur zu gegründet: es sitzen nur Besitzlose in der Singakademie zu Gericht über die Besitzer. Und auch darin eine furchtbare Nemesis! In den preußischen Provinziallandtagen saßen die Rittergutsbesitzer als der hohe entscheidende Rath, und wenn die unverhältnißmäßig wenigen städtischen und bäuerlichen Abgeordneten um eine verhältnißmäßige Vermehrung ihrer Zahl baten, damit sie nicht immer überstimmt würden, nannte man auch das schon einen Eingriff in geheiligte Standesrechte.

Werden Hunderte oder Tausende nach Berlin kommen, sich in die Schaaren der Protestirenden zu stellen, werden sie die Sprache der Entrüstung, des Zornes oder der klugen Ueberredung führen? Jedenfalls kommen die Grundbesitzer nicht mit Mann und Roß, bis an die Zähne bewaffnet mit ihren Hintersassen, nicht als trotzige Herren, sondern als Bürger des Staates, und nur durch das Associationsrecht, das Jedem zusteht, wollen sie für ihre Rechte streiten. Und sie sind darum nicht schwächer.

Digitized by Google

Oesterreich. ** Wien, 16. Aug. In der heutigen Sitzung des Reichstags erstattete Abg. Pillersdorf den Bericht des Ausschusses über die Vorlagen des Finanzministers. Der Ausschuß, bemerkte er, habe die persönlichen Mittheilungen des Finanzministers in einer Besprechung benutzt; er finde es nöthig, eine gründliche Untersuchung über alle Verhältnisse des Staatsschatzes und des Staatshaushaltes sich als Hauptaufgabe zu stellen. Nach einer detaillirten Nachweisung des Finanzministeriums sei für den Abschluß dieses Jahres noch ein Ausfall von 17 Millionen zu erwarten; es sei daher rathsam 20 Millionen aufzunehmen, um für das künftige Jahr sich Verlegenheiten zu ersparen. Es sei zu hoffen, daß man nicht mehr so viel brauche, indem der Sieg unserer tapfern Armee bald auf einen vortheilhaften Frieden schließen lasse, und jene Mächte, welche den Krieg herbeigeführten, zu Ersatz der Kriegskosten sich würden verstehen müssen. Es geht somit der Antrag dahin, durch Benutzung des öffentlichen Kredits diese Summe herbeizuschaffen, zugleich aber durch das Ministerium dahin zu wirken, daß der Staatshaushalt verringert und die Staatsschulden vermindert werden. Der Ausschuß stimme keineswegs dafür, diese Summe durch Contrahirung mit der Nationalbank gegen Ausgabe von Banknoten zu leisten. Der Kredit dieses Institutes fordere behutsame Schonung, man möge seine Kräfte für Handel und Industrie vorbehalten. Gegen das Anlehen durch Kassenscheine habe der Ausschuß das Bedenken geäußert, ob sich gehöriger Begehr dafür zeigen werde; er stimme nur insofern dafür, daß damit keinerlei Zwang zur Annahme verbunden werde. Ein verzinsliches Anlehen endlich durch Hypothek von Staats- und geistlichen Gütern müsse der Ausschuß entschieden ablehnen. Die Einheit würde dadurch gestört und der Kredit geschwächt. Ferner sei es, nach Beschluß des Ausschusses, unverzüglich nothwendig, sogleich das Gold- und Silberausfuhrverbot aufzuheben. Dasselbe habe dem Staatskredit tiefe Wunden geschlagen, und Deutschland habe es als eine feindliche Maßregel angesehen. Der Ausschuß beantrage also: 1) Zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben einen Kredit von 20 Millionen zu eröffnen. 2) Diese Summe werde sogleich durch Kassenanweisungen oder durch Anlehen oder auch durch beide zugleich erhoben. 3) Bei der Emission solle kein Zwang stattfinden und dieselbe nicht durch Banknoten geschehen. 4) Bei dem Staatsanlehen finde keine Hypothek auf einzelne Staats- und geistliche Güter Statt; geschehe es dieß durch Konkurrenz oder Subskription. 5) Sei die nöthige Summe keineswegs durch den Kredit der Nationalbank aufzunehmen. 6) Das Ministerium werde aufgefordert, auf einen ehrenvollen Frieden schleunigst einzuwirken. 7) Die nicht vertretenen Provinzen an der Belastung des Staates zu betheiligen. 8) Der Reichstag verlange baldige Vorlage des Budgets. 9) Die Ergebnisse der Finanzoperationen seien nach der Einleitung dem Reichstage vorzulegen. 10) Das Ausfuhrverbot des Goldes und des Silbers sei in Kürze aufzuheben. 11) Es werde durch den Reichstag eine eigne Finanzkommission zur Ergründung und Untersuchung aller darauf bezüglichen Verhältnisse gebildet. —

** Wien, 17. Aug. (Verhandlungen des konst. Reichstags.) Der Abg. Zinner interpellirt den Kriegsminister, ob vom deutschen Reichsministerium für Schleswig-Holstein ein Kontingent gefordert und gestellt worden sei? Eine solche Forderung, bemerkt Minister Latour, sei allerdings gestellt, aber nach der Ankunft des Erzherzogs Johann in Folge des geschlossenen Waffenstillstandes davon wieder abgegangen worden. — Bezüglich einer andern Interpellation bemerkte der Minister über die Vorfälle in Bologna, General Perglas habe mit der Stadt einen Vertrag geschlossen, daß keine Croeiati darin aufgenommen werden sollten, dieser Vertrag wurde aber gebrochen, und österreichische Offiziere und Soldaten, die in die Stadt kamen, gemordet, worauf der General die Stadt beschießen ließ und sich sodann auf Befehl des Marschalls Radetzky aus den Legationen zurückzog. — Abg. Strakovsky interpellirt den Kriegsminister, warum die österreichischen Truppen die Hand bieten, um den Herzog von Modena gewaltsam in seine Rechte wieder einzusetzen und so dem modenesischen Volke einen Heerschr aufzudringen, was den in der Thronrede ausgesprochenen Grundsätzen rücksichtlich Italiens geradezu widerspreche. Latour erklärt, daß General Liechtenstein in Modena operire, um mit der Kolonne am rechten Pouser in gleicher Höhe zu bleiben; der Herzog von Modena sei, als er vernahm, daß das Landvolk die österreichischen Truppen allenthalben mit Jubel empfange, aus freiem Antriebe in seine Staaten zurückgekehrt. — Löhner fragt den Kriegsminister nach dem Stande des Prozesses des Graf. Zichy, Gouverneurs von Venedig, und den Justizminister, was in Hinsicht des Civilgouverneurs, Graf. Palffy, geschehen sei. Latour antwortete, unter den bisherigen Wirren in Italien habe man Schuld oder Unschuld des Angeklagten nicht ermitteln können; nun sei das Ende des Prozesses nächstens zu gewärtigen. Der Justizminister Bach erklärt: das Ministerium habe eine eigne Kommission zu strenger Untersuchung gegen Palffy niedergesetzt. — Zum ersten Male interpellirt Abg. Brauner: Der Minister des Innern habe gestern in seiner Auskunft über die Provinziallandtage geäußert, daß diese nur Vorarbeiten für den Reichstag zu liefern hätten. Er frage, ob dieses sich bloß auf die alten ständischen Landtage beziehe oder auch auf solche, bei denen eine volle Volksvertretung stattfinde, wie der böhmische Landtag, der seine Zusammensetzung als konstituirender Landtag, wie die Konstitution selbst, dem vom verantwortlichen Minister kontrasignirten Patente vom 8. April verdankt? Doblhof antwortet: Er habe nur von jenen Landtagen gesprochen, welche seit dem 15. März tagen, aber nicht vom böhmischen, der noch nicht zusammengetreten sei; dieser befinde sich allerdings in einem andern Verhältnisse. Dr. Bemmer erklärt sich hiermit noch nicht beschwichtigt, weil gerade jetzt, wo das Verhältniß der Provinziallandtage zum Reichstage zur Sprache kommen werde, die Ansicht des Ministeriums von großem Einflusse sei; er habe durchaus keine Separationsgelüste, glaube vielmehr, daß nur ein starker Bund freier, gleichberechtigter Völker ein starkes Oesterreich schaffen könne, doch wünsche er die auf seine Frage bezüglichen Akten vorgelegt. Der Minister entgegnet, es sei ihm kein Aktenstück bekannt, welches das Patent vom 8. April derogire, mithin könne keines vorgelegt werden. — Zum Schluß kommt wieder der Kudlich'sche Antrag zur Debatte. Der Erfolg, den eine glänzende Rede des Abg. Umlauft für den Antrag hatte, läßt die Uebergebung einer Anzahl von vorgemerkten Rednern und den Schluß der Debatte für die nächste Sitzung hoffen.

†† Wien, 18. Aug. Gestern hielt der Reichstag eine Abendsitzung, welche von 6 bis halb 10 Uhr dauerte, um eine neue Präsidentenwahl vorzunehmen. Präsident Schmidt hat keine vernehmliche Stimme, er spricht so leise, daß ihn kaum die Sekretäre verstehen. Bei der gestrigen Wahl wurde der bisherige Vicepräsident Strobach mit 181, der Triestiner Abgeordnete Hagenauer mit 167 Stimmen zum ersten und Abg. Strasser zum zweiten Vicepräsidenten gewählt. — Vom patriotischen Vereine der konstitutionellen Ordnung erschien gestern eine Einladung zu der heutigen Versammlung desselben, wobei unter Anderm auch der einzige Anschluß eines mächtigen Oesterreichs an Deutschland als aufgestellter Grundsatz debattirt werden soll. Als ob Oesterreich durch einigen Anschluß an Deutschland nicht schon an und für sich stark und mächtig würde? Die Zeit des Zopfes gespenstert noch in vielen Köpfen, es wird Geduld nothwendig, um aus dem Zuniel und Zuwenig der Wiener ein Juste milieu zu gestalten. Die Ministerwahl zu Frankfurt, ein für Deutschland hochwichtiges Ereigniß, ging an den schwarzgoldgelb dämmernden Wienern spurlos vorüber. Der Reichsverweser hätte den Herrn Abel zum Premier machen können, es würde bei den Wienern so wenig Mißbilligung, als das Ministerium Leiningen Beifall finden. Selbst im Reichstage fiel keine Spitze über die Wahl des deutschen Kabinets. — Nicht allein politische Fragen haben wir durchzufechten — auch religiöse. Ein Professor der Universität tritt als römisch-katholischer Luther gegen den deutsch-katholischen Anhänger Pauli des Pontifex Ronge in die Schranken und fordert ihn mit einem Plakat — welches nicht am Sankt Stephan, sondern an Straßenecken klebt — in sechs Reden, bei welchen alternativ begonnen werden soll, den seligmachenden Glauben zu vertheidigen. Eine Viertelstunde Denkzeit ist nach Beendigung der Rede des Einen dem Andern zugesichert. Der Turnierplatz soll nicht der Tanz- und Speisesaal des Odeon, sondern ein angemessenes würdiges Lokal sein. Christus war in der Wahl der Lokalien nicht so streng. Man hat den Deutschkatholiken keine Kirche überlassen, wo sollte Pauli predigen. Der Reichstag sitzt ja auch in einer Rettschule und verhandelt, wie wir täglich hören, das Heiligste der Menschen. Herr Pauli wird den Handschuh des römisch-katholischen zweikampflustigen Priesters vermuthlich liegen lassen. Ronge ist heute erwartet. — Der Reichstag beschloß endlich, seine kurzen Vormittagssitzungen durch nachmittägige während der Debatte über Kudlichs Antrag zu verlängern, womit den 46 Rednern genug gethan ist. — Der Kriegsminister Latour stellte gestern dem konstitutionellen Kaiser das diplomatische Korps vor.

☽ Triest, 17. August. Daß Peschiera nach hartnäckigem Kampfe wieder von den österreichischen Truppen genommen worden ist, werden Sie wohl schon vor Ankunft dieses Briefes wissen. Weniger bekannt dürften Ihnen die Vorgänge in Venedig sein. Es ist kurz vor Postabgang; ich kann Ihnen daher nur in aller Kürze mittheilen, was die letzten Zeitungen und Reisenden Neues aus der Lagunenstadt bringen. Die Republik ist nach kurzem Schlummer wieder auferstanden, und Manin hat sich abermals an die Spitze gestellt. Eine Pro-

Digitized by Google

klamation des Präsidenten, datirt vom 12. d. M., fordert das Volk zum äußersten Widerstande auf. Bis zu diesem Tage hatte man (was fast unglaublich erscheint, aber durch die uns vorliegende Gazzetta di Venezia bestätigt wird) der Bevölkerung den Fall Mailands und alle Vorhergängnisse zu verheimlichen gesucht. Bis zum 11. war in den Zeitungen und Proklamationen immer nur von den Großthaten Carlo Alberto's und von den Rückschritten der Oesterreicher die Rede. Nur zuweilen ließ man einen Anflug der entsetzlichen Wahrheit durch die Zeilen wehen, aber dann ging regelmäßig die beschönigende Einleitung vorher: „è voce ma incerta . . . . .“ Inzwischen werden hier bereits ernstliche Anstalten zur Blokade Venedigs getroffen. 2 Fregatten, 1 Korvette, 4 Briggs, 1 Goelette und 4 Dampfer liegen bereits ausgerüstet und segelfertig im Hafen. — Daß in letzterer Zeit häufig Unruhen und bedenkliche Zusammenstöße in Venedig stattgefunden wird durch Reisende bestätigt. Einen weitern Beweis dafür liefern verschiedene uns zugekommene Regierungserlässe, worin den Unruhstiftern, wenn sie ihre antiitalienischen Bestrebungen fortsetzen und dadurch den Barbaren die Thore öffnen, mit furchtbaren Strafen gedroht wird. — Ueber Bologna laufen hier beunruhigende Gerüchte. Es sollen acht österreichische Offiziere meuchlings ermordet sein und Welden dagegen überstrenge Repressivmaßregeln ergriffen haben. Doch kann ich Ihnen Nichts davon verbürgen. Morgen hoffe ich Ihnen Neues mittheilen zu können.

Preußen. ** Berlin, 18. Aug. Lassen Sie mich die neuliche Notiz über Karl Rosenkranz vervollständigen. Die Führung und Regierung des preußischen Staats ist so bedeutsam für das Vaterland, der Einfluß von Rosenkranz auf den Geist dieser Regierung und Leitung so tiefeingreifend und dabei gegenwärtig so wohl geordnet und berufsgemäß, daß einiges Nähere über seine amtliche Stellung nicht bloß für Ihre Leser von Interesse sein dürfte, sondern daß, bei der Stellung Preußens zum übrigen Deutschland, ich es sogar für Pflicht halte, die charakteristische Wirksamkeit dieses hervorragenden Mannes offen darzulegen. — Der Geschäftskreis eines Ministerpräsidenten und seines Präsidialministeriums ist an sich eigenthümlich. Alle Fäden der Staatsverwaltung laufen hier zusammen; es ist nicht genug, den Dirigentenstab zu schwingen und dem Orchester Takt und Haltung vorzuzeichnen. Der Dirigent des Ministeriums vereinigt in seinem Ressort gewissermaßen die Philosophie der sämmtlichen einzelnen Ministerialdisciplinen. Die ersten Gedanken zu Neugestaltungen im Innern, zu Wendungen und Richtungen nach Außen, wenn sie auch in den gesonderten Abtheilungen koncipirt sind, werden in dem s. g. „Staatsministerium“ nach höhern allgemeinen Maßstäben, nach dem der Politik des Kabinets, nach dem der höhern Staatswohlfahrt, nach umfassenden Gesichtspunkten bemessen, und dann erst beginnen die Arbeiten im Einzelnen. Doch wiederum, ehe der Ministerrath in seinen Berathungen an beendigte Unternehmungen letzte Hand anlegt, unterliegen dieselben der Prüfung des Vorsitzenden und seiner speciellen Räthe. Da werden ebensowohl Fragen der Volkserziehung, Reformsachen der Universitäten, als über die Reorganisation des Heerwesens, als die Anliegen, welche sich zwischen Reich und Einzelstaat, zwischen Frankfurt und Berlin bewegen, ebenso die Beziehungen zu Paris und Petersburg, zu Kopenhagen und London verhandelt. In diesem Ministerium des Vorsitzenden hat Rosenkranz eine feste und sehr bestimmte Stellung, welche der eines „Unterstaatssekretärs“ vollkommen entspricht. Die Eigenthümlichkeit dieses Ministeriums charakterisirt auch dies Unterstaatssekretariat. Während die „Unterstaatsminister“, wie wir in Deutschland passender sagen könnten, in den andern Departements das Grobkörnige, das Materielle mühwalten und ihren Chefs die geistige Arbeit, das Geschäft im Großen und Ganzen bleibt, so ist im Präsidialministerium umgekehrt das energische, zusammenfassende Handeln, That auf That, Entscheidung auf Entscheidung die Sache des Ministers, und die Wirksamkeit des Unterstaatssekretärs, mit dem Gedanken die Masse zu durchdringen, überall den weitern, höhern Standpunkt aufzusuchen und mit einer unermüdlichen Skepsis dabei die Spreu vom Weizen zu sondern. Da ist nun Rosenkranz recht auf dem Plan. Wer seine Schriften einigermaßen kennt (ich möchte fast sagen, wer nur die Titelblätter überflogen), mehr noch, wer je persönlich mit ihm in Berührung gekommen, erkennt in ihm den echten Philosophen „für die Welt“ und zwar Jeder, der ihm nur auf kurze Zeit nicht fern stand, den echten Philosophen für den Staat. Mit dem Reichthum an befruchtenden Ideen ist lange nicht Alles gesagt. Langjährige Geschichtsstudien, denen R. sich beinahe ausschließlich hingegeben hatte, gaben ihm die vorwiegend praktische Richtung, die er auch in den höchsten Regionen der Spekulation nie verläugnete. Mit gespanntem, lebhaftem Interesse folgte er durch die 20 dürren Jahre, die er der Wissenschaft des Wissens weihte, der langsam reifenden Entwicklung des deutschen Menschengeschlechts, gefühlte freudig und verzeichnete jedes Lebenszeichen einer kommenden bessern Zeit, und die Worte, womit er sein letztes Buch geschlossen, sind gleichsam divinatorisch und keimnetig das Programm seiner heutigen staatsmännischen Thätigkeit. Wahrlich, von der Hochschule des Lebens, mit allem Rüstzeug des Wissens, geschärften Auges, wie mit der Gabe des Sehers, tritt der schlichte, liebenswürdige Gelehrte an das bunte Gewirr politischer Existenzen und Scheinexistenzen; in dem tollen Knäuel windet sich Oesterreichisches, Baierisches, Sächsisches, Stockpreußisches; zu dem Karneval der ergötzlichen und kleinlichen Detailwirthschaft gesellen sich nun noch die Mikrokosmen von allerhand Persönlichkeiten — uns wäre in dem Gürzenich des Staatslebens bange um den Philosophen, daß er in der dänisch deutschen Frage, bei der fraglichen Omnipotenz des Parlaments, vor dem suspensiven Veto und über der Verbesserung des Lehestandes nicht gar sich selbst verliere, wenn es nicht eben Rosenkranz wäre, der Psycholog, dem sein Naturell vergönnt, auf der Physiognomie der alterthümlichen Pregelstadt ebenso geläufig zu lesen, als auf Pergamenten und alten Skripturen, als endlich in den tollen Wirren einer verzwickten Staatsaktion. So finden wir den „Staatsrath“ Rosenkranz denn schon ebenso versunken in Staatsangelegenheiten, Staatsschriften ausdenkend und überschlagend, zu Vorträgen im Ministerrath und vor dem Minister-Präsidenten bereit und sich bereitend, wie vor einiger Zeit den Professor in philosophischen Studien, Schriften vorbereitend, Vorträge haltend — freilich in anderm Sinne. Schwerlich läßt der Staatsmann dem Philosophen, dem Menschen mit derselben Pünktlichkeit und Hingebung ein halbes Stündchen, als ehemals der Philosoph dem Menschen und beide zusammen täglich mehr als das den Zeitungen! Nur die alte Sitte des freundlichen gastlichen Empfangs und der herzlichen Mittheilung ist auch dem mit Geschäften überhäuften Manne des Staats nicht fremd geworden. — — Der Redakteur dieser Zeitung sprach einst an anderer Stätte den Wunsch aus, bei der politischen Bildungsepoche möge der deutschen Nation der gewisse, nothwendige Grad von Einseitigkeit nicht fehlen, ohne welche nichts Großes geschafft und erschaffen wird. Wohlan, sein Wunsch erfüllt sich. Der Staat absorbirt alle Intelligenzen. Während die Dichter im Feuilleton der konservativen kölnischen Zeitung ultraradikale Kolonien gründen und durch poetische Heiligsprechung um Blum und Ruge, Simon und Schaffrath einen mystischen Nimbus breiten, sitzt der Philosoph am Ruder eines großen, eines zukunftreichen Staats! — Aber ist das Zufall? Oder hat R. v. Auerswald bewiesen, daß er sich in seinem hohen Berufe fühlt, über Preußens Geschicke zu walten, als er Rosenkranz an seine Seite rief? Warum ist Preußen zukunftreich? Es wird jetzt gar so oft sein Schwert von Lobrednern mit Lorbeern umwunden; und das Schwert des Geistes hat doch für den Staat die Hauptsiege erfochten, seitdem das protestantische Herzogthum Preußen sein schwarz und weißes Banner in die Hand Kurbrandenburgs gelegt, und Sachsen für eine fremde Krone die Bürgerkrone hingab, der Führer der protestantischen Sache zu sein. — Es ist seltsam und bezeichnend, wie die Geschichte der Philosophie in Deutschland und dem preuß. Staat gleichsam Hand in Hand ging: Als der Hof durch intellektuelle Macht gewissermaßen Volk und Staat in sich vereinigte, da wirkte ein Leibnitz am Hofe der demokratischen Königin Sophie Charlotte. Weniger unmittelbar nützte Wolff. Als aber Friedrich der Gr. mit den Worten gestorben war: „er sei müde, über Sklaven zu herrschen“, da begann in Königsberg die Kantische Revolution und die Sklaverei war gebrochen; seiner sittlichen „Souveränetät“ ward Jeder sich bewußt. Als es eigentlich keine Regierung in Preußen gab, und alles Heil in der Nation lag, da tauchte sie Fichte, den Weimar vertrieb und Berlin aufnahm, mit dem Feuergeist ihrer deutschen, reinen Abkunft. Ferner als die Regierung Alles sein wollte, Volk und Staat, Alles für und Nichts durch das Volk geschah, da war der große Hegel — Regierungsphilosoph zu Berlin. Während Preußen die ersten Zuckungen einer politischen Revolution durchbebten, wurde Schelling: — Hofphilosoph. Und jetzt, da der Staat in der That volksthümlich werden soll, scheint Rosenkranz berufen, den Ministern zu werden, was Fichte dem Volke gewesen.

** Berlin, 19. Aug. Eine konfuse Korrespondenz läuft durch alle Blätter; man begegnet ihr überall; sie lautet: „Berlin, 13. Aug. (in einigen den 12.) Unser Ministerpräsident Hr. v. Auerswald hat häufig Konferenzen mit dem hier anwesenden Unterstaatssekretär des Reichsministeriums, Hrn. Max v. Gagern. — Morgen soll auch der Reichsminister Heckscher hier eintreffen. Es handelt sich um die Feststellung des Verhältnisses der Krone Preußen zum Reichsverweser.“ — Zu meinem Erstaunen finde ich dieselben Worte, buchstäblich dieselben als Originalkorrespondenz in der Deutsch. Ztg. Nro. 226,

Digitized by Google

die gestern hier anlangte. Vergleichen Sie doch die Bremer Zeitung vom 16. Aug., Nro. 228 (2. Ausgabe); diese nennt als Quelle die „Magd. Ztg." — Diese wahrscheinlich aus einem hiesigen bekannten Bureau, wo die Korresp. wohlfeil sind, herstammende Nachricht ist außerdem durch und durch falsch. Hr. v. Gagern ist am 11. Aug. Abends hier angekommen und hat am 12. Vormittags eine mehrstündige Konferenz mit dem Ministerpräsidenten gehabt. Diese erste Konferenz mußte schon deßhalb die letzte sein, da Hr. v. Auerswald am Nachmittag desselben Tages schon nach Köln abreiste. Hr. v. Gagern setzte um folgenden Tage, von welchem der †† Korrespondent seine „häufigen Konferenzen" datirt, mit dem ersten Bahnzug seine Reise nach Rendsburg fort. — Daß Herr v. Gagern auf seiner Reise nach Schleswig-Holstein mit Hrn. v. Auerswald nicht über die „Feststellung des Verhältnisses der Krone Preußen zum Reichsverweser" verhandelte, leuchtet ein. Dieses Verhältniß bedarf nach unserer unmaßgeblichen Meinung gar keiner besondern Feststellung; es scheint uns durch das Gesetz vom 28. Juni festgestellt; für die Ausführung dieses Gesetzes in das Einzelne hätte, was Preußen angeht, füglich Camphausen, unser Bevollmächtigter, zu sorgen. — Sollte jene kecke Nachricht aber auf eine Sonderstellung Preußens deuten, so ist die kaum hergestellte Eintracht allzu kostbar, als daß wir nicht auf das Entschiedenste jene Erfindung zurechtweisen. Liegt es denn nicht am Tage, was Mac v. Gagern mit dem Ministerpräsidenten in der Einen Konferenz abzumachen gehabt? Wer jene Zeitungsente in die Welt gesetzt, die jetzt durch die ganze Presse schwimmt, der sah leider nicht ein, worum es sich handelt! — — Der Reichsminister Heckscher übrigens, den der Korrespondent am 14. erwartet hat, soll immer noch kommen! Aber vielleicht hat er schon „häufige Konferenzen" mit dem Allerweltskorrespondenten? und es handelt sich vielleicht um eine neue Ente! ? —

Berlin, 18. August. Heute Mittag 12 Uhr eröffnet die Generalversammlung „zur Wahrung der materiellen Interessen aller Klassen des preußischen Volks" (es ist dies nichts Anderes als die von Herrn von Bülow-Cummerow in Folge der Hansemann'schen Sinnergesetze angeregte Verbindung der Grundbesitzer der östlichen Provinzen) ihre Sitzungen. Aus einer in den heutigen hiesigen Zeitungen enthaltenen Erklärung geht der Zweck dieser Verbindung schon etwas näher hervor, denn Herr von Bülow erklärt darin, „daß die Versammlung bis zur Erfüllung des Zwecks ihrer Mission permanent bleiben werde"; man sieht, daß hier von den Grundbesitzern, welche zu den Bestrebungen der hiesigen Nationalversammlung eben kein großes Vertrauen haben, neben derselben eine Art überwachenden Nebenparlaments gebildet wird. (Wes. Z.)

Aus Baiern, 12. August. Man schreibt der O. P. Z: Unsere Regierung beanstandet nun sogar die Sammlung für die deutsche Flotte. Man will dem Unternehmen seine lobenswerthe Seite gerade nicht absprechen, allein ohne besondere Regierungserlaubniß sei der Bürger nicht befugt, Sammlungen zu veranstalten: darüber beständen in Baiern bestimmte Verordnungen; das neu errungene Assoziationsrecht schließe das Recht nicht ein, Sammlungen zu unternehmen. (Wir haben diese Nachricht bisher nicht wiedergegeben, weil — wir sie nicht geglaubt haben, indeß macht sie die Runde durch die Blätter, und noch hat sich kein Widerspruch erhoben.)

Würtemberg. ** Stuttgart, 21. Aug. Unsere Ständeversammlung ist auf den 20. Sept. einberufen. Es handelt sich um keinen Zaugern, um keinen konstituirenden Landtag, sondern um das Nöthigste, um Genehmigung des Budgets für ein Jahr. Länger durfte der Landtag nicht aufgeschoben werden, da unsere Verfassung nach Auflösung eines Landtags Zusammentritt eines neuen binnen einem halben Jahre verlangt.

ϑ **Frankfurt**, 22. August. Der Art. III der Grundrechte heißt nach dem Vorschlage des Ausschusses so:

> §. 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. §. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. §. 14. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. §. 15. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. §. 16. Die bürgerliche Giltigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilaktes Statt finden.

Unter den eingeschriebenen Rednern hierüber erhält in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung zuerst Prof. **Welsendorn** aus Eisenach das Wort. Er spricht für die Unabhängigkeit der Kirche von dem Staate. Daß Gefahren sowohl für den Staat als für die Kirche mit dieser Trennung verbunden seien, dürfe man sich nicht verhehlen; allein es sei eine unumgänglich nothwendige Krisis, der nun nicht entgehen könne. Wenn man für die Existenz der Kirche Besorgniß hege, so habe man kein Vertrauen zu ihrer neuen Lebenskraft. Die Gefahr der Sektenbildung sei gering anzuschlagen; gerade durch die Unabhängigkeit der Kirche sei sie am meisten beseitigt. Die protest. Kirche gehe einer Regeneration entgegen; aber dazu bedürfe sie der Hilfe des Staates nicht. Man habe sich in anderer Beziehung von der Omnipotenz des Staates losgesagt; man werde nicht wieder in den heiligsten Verhältnissen seine Bevormundung eintreten lassen. **Phillips** aus München hält die konfessionelle Spaltung nicht für ein Unglück, wohl aber, daß man sie für die Politik auszubeuten sucht. Der Friede sei nur zu gewinnen dadurch, daß die Kirche von dem politischen Gebiete ganz entfernt werde. Deßhalb hoffe er, daß der Frankfurter Friede fester werde, als der westfälische vor 200 Jahren. Der Despotismus lag in der Vereinigung zweier Gewalten, die getrennt sein müssen. Deßhalb müsse die landesherrliche Kirchengewalt aufhören und alle Konfessionen frei gestellt werden. **Biedermann**, Prof. aus Leipzig, will sich dadurch nicht irre machen lassen, daß zwei ganz entgegengesetzte Richtungen in ihren Forderungen der Trennung von Kirche und Staat mit einander zusammentreffen. Die Freiheit dürfe den Kampf auf gleichem Boden nicht scheuen. Das Prinzip aber müsse vollständig durchgeführt werden, so daß nicht nur eine Emanzipation der Kirche vom Staat, sondern auch eine vollständige Emanzipation des Staates von der Kirche Statt finde. Der Begriff des germanisch-christlichen Staates sei eine Täuschung. Die sittliche Grundlage sei für Staat und Kirche gemein, aber der Staat müsse sich selbständig auf diese Grundlage stellen. In den Ländern, wo Kirche und Staat getrennt sind, steht nicht nur die sittliche Grundlage des Staates fester, sondern auch das religiöse Leben sei inniger, wärmer. Man stelle die Trennung besonders vom Standpunkte der protestantischen Aufklärung aber des Liberalismus als gefährlich dar; dieser politisirende Standpunkt wolle aber überall nur die Freiheit für sich. Auch der Ausschuß mache noch allerlei Vorbehalte, wolle die Anstellung der Geistlichen und die Verwaltung des Kirchengutes nicht frei geben. Das sei aber eine Halbheit, wodurch wieder Alles verloren gehe. Der Staat müsse das Alles herausgeben, dagegen zurückfordern die Ehe, die Staatsdächer und den Eid. Durch die gegenseitige Unabhängigkeit von Kirche und Staat befreie sich allein der Staat von jener innern unruhigen Bewegung, die sein Verhältniß so schwierig mache, dadurch allein werde ein Spielraum für freie Entwicklung geschaffen und zugleich den Elementen einer tieferen Religiosität ihr rechtes Bett gegraben.

Pauer aus Neisse. In das Gebiet der religiösen Ueberzeugung einzugreifen, sei keine Macht in der Welt berechtigt; die Anerkennung dieses Grundsatzes gehört der Neuzeit. Im Alterthum habe sich die religiöse Ueberzeugung eng an die Staatsform angeschlossen; der Staat trug einen religiösen Charakter. Im Mittelalter tritt sie auf als Kirche, als Macht, als Staat selbst. Die Berechtigung lag in der Zeit. Die Reformation war berufen, den Staat zu ertödten und die religiöse Ueberzeugung in das innere Leben zurückzuführen. Was man den christlichen Staat genannt habe, sei eigentlich der unchristliche gewesen. **Jordan** aus Marburg will Emancipation des Menschen, nicht der Kirche. Der Mensch sei in Deutschland in zwei Institutionen untergegangen in dem Bürgerthum und in dem Kirchenthum; daß man vor Allem Mensch sein müsse, sei ganz vergessen worden. In der protestantischen Kirche sei es nicht besser, als in der katholischen. Man habe die Leute der Kirche Roms entrissen, um sie der Kirche des Staats zuzuschleudern. Früher habe man Einheit von Staat und Kirche gewollt, dann Unterordnung, jetzt Trennung, das sei das Schlimmste. Die Kirche als Kirche müsse fallen, sonst gebe es keine Freiheit des Gewissens, noch des Denkens. Alle Kirchengewalt müsse völlig vernichtet werden, denn neben dem Staate dürfe es keine andere Gewalt geben (auch keine geistige, keine moralische? Wie soll das bewerkstelligt werden?). Es handle sich nicht darum, die Kirche vom Staate zu trennen, sondern alle Gewalt, welche die Kirche ausübe, an den Staat zurückzugeben. Aus den Kirchen sollen Genossenschaften werden. (Eine Genossenschaft ohne genossenschaftliche Satzung und Ordnung ist nicht denkbar; sobald aber diese stattfinden, so übt die Genossenschaft dadurch auch eine Gewalt über ihre Glieder aus). **Prathner** begründet mehrere Amendements, die jedoch die Ausschußanträge nicht wesentlich abändern. **Wedekind** hegt verschiedene Bedenken gegen die Trennung und wünscht einen Centralpunkt der protestantischen Kirche Deutschlands in die Centralgewalt zu legen. **Welcker** unterstützt die Ausschußanträge und spricht gegen sämmtliche Amende-

Digitized by Google

ments, auch dagegen, daß der Grundsatz der Trennung an die Spitze gestellt werde. Er hält dies für gefährlich und unberechenbar in seinen Folgen. Die kirchlichen Verhältnisse seien historische Verhältnisse, es würden bestehende Rechte der Kirche verletzt, und dadurch vielleicht etwas ganz Anderes sanktionirt, als was man sanktioniren wolle. Unabhängigkeit sei soviel als Souveränetät, und diese werde leicht zur Herrschaft über den Staat. Er finde genügende Freiheit in den Bestimmungen des Ausschusses. Die Kirchengewalt in ihrem weltbeherrschenden Sinne unabhängig darzustellen, sei gefahrvoll für den Staat und für die Kirche selbst. Vogel, kathol. Dekan von Dillingen, verwahrt mit großer Wärme die kath. Kirche gegen die Vorwürfe Jordans; der echte Katholicismus wolle kein Pfaffenregiment über die Welt und wisse Nichts von einer Vermischung des geistlichen und weltlichen Regimentes. Im Interesse der bürgerlichen und kirchlichen Freiheit fordere er die Trennung von Kirche und Staat. Solange diese nicht stattfinde, benutze der Staat die konfessionelle Spaltung bald zur Unterdrückung der bürgerlichen, bald der kirchlichen Freiheit, wie das die Abstimmungen in der baierischen Kammer beweisen.

Tafel, kath. Pfarrer in Zweibrücken, machte darauf aufmerksam, daß jetzt die Unabhängigkeit der Kirche von einer Seite gefordert wird, welche es bisher so gerne sah, daß der Staat ihr seine Gewalt lieh. Er frage, ob denn wirklich die Kirche von dem Staate bisher so gedrückt worden sei, daß sie Ursache habe, sich von ihm zu trennen? Man wolle Freiheit zum ungehinderten Schalten und Walten der Hierarchie in der Kirche und in der Gemeinde; die Freiheit heiße hier nichts Anders, als die Freiheit zu dominiren in der Kirche. Die kirchlichen und staatlichen Verhältnisse durchdringen einander im Leben. Darum solle man nicht Trennung verlangen, sondern Eintracht auf dem Boden der Freiheit. Wenn die älteste Einrichtung der Kirche noch bestünde, so wäre die Trennung gut, aber jetzt gefährlich; man solle nur an die Anstellung der Bischöfe, der Geistlichen, der theologischen Professoren denken. Darum müsse man das Recht der Gemeinde unter den Schutz des Staates stellen.

Dieringer, Prof. aus Bonn, drückt seinen Schmerz darüber aus, daß solche Angriffe auf die katholische Kirche von zwei Katholiken, einem kath. Laien (Jordan) und einem kath. Priester ausgegangen seien; aber eben das sei ein hinlänglicher Beweis, daß es mit der Zwangsherrschaft der Hierarchie nicht so gefährlich sei, denn keiner von beiden scheint sich davor zu fürchten. Die Verfolgungen seien eben aus dem Gemenge von Staat und Kirche gekommen. Seit der Staat das Prinzip der katholischen Kirche, daß das Christenthum die allein seligmachende — Religion sei, zu dem Prinzip einer alleinseligmachenden Staatsreligion gemacht habe, seien Verfolgungen entstanden. Man trenne Staat und Kirche, so könne davon keine Rede mehr sein. Der Sinn der Gegner aber sei der: der Polizeistaat soll abgeschafft sein, hier aber für die Kirche wollen wir ihn ausnahmsweise noch behalten, weil es uns so bequem ist. (Forts. f.)

Frankfurt. Die O. P. Z. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat an den königlich preußischen Generallieutenant und kommandirenden General des 8. Armeekorps, v. Hleschfeld in Koblenz, folgendes Schreiben erlassen: Bei der Parade der preußischen Garnison in Köln habe ich mich von der ausgezeichneten kriegerischen Haltung der Truppen überzeugt, die mir verbürgt, daß sie in den Tagen der Gefahr nur siegreiche Kämpfe zu bestehen haben würden. Ich ersuche Sie daher, diesen meinen anerkennenden Ausspruch den Truppen, die am 15. August vor mir ausgerückt waren, bekannt zu geben. Frankfurt a. M., am 18. August 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern Schmerling.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat in Folge seiner Reise nach Köln an den Oberpräsidenten der preußischen Rheinprovinz, an den großherzogl. hess. Präsidenten des Rheinkreises und an den herzogl. nassauischen Regierungspräsidenten zu Wiesbaden nachstehendes Schreiben erlassen: Auf meiner Reise zur Dombaufeier und während meines Aufenthaltes in Köln habe ich von der gesammten Bevölkerung des Rheinlandes so lebendige Beweise ihres Vertrauens und ihrer Liebe zu mir erhalten, daß ich mich freudig aufgefordert fühle, dafür meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Ich habe aber in der Weise, in der man mich empfing, nicht allein Anhänglichkeit für mich, ich habe darin den bestimmten Ausspruch klar erkannt, wie das Gefühl für Deutschlands Einheit und Freiheit das deutsche Volk tief und mächtig durchdringt. Diese Gesinnungen, sie verbürgen, daß das Ziel, was wir erstreben, zu unserm Heile erreicht werden wird. Ich ersuche Sie daher, den biedern Bewohnern an dem vaterländischen Strome bekannt zu geben, wie freudig und hoffnungsreich die Eindrücke sind, die ich von meiner Reise bewahre. Insbesondere hat aber die Haltung und der Geist der Bürgerwehren, vor Allem jener in Koblenz und in Köln, die ich näher zu besichtigen Gelegenheit hatte, mich überzeugt, daß sie entschiedene Bürgschaften für die Wahrung der Freiheit, der Gesetzlichkeit und Ordnung gewähren. Frankfurt a. M. am 18. August 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern Schmerling.

Schweiz.

Die N. Z. Z. enthält Nachstehendes: Zug. Gestern wurde in diesem Kanton die Bundesverfassung mit 1780 gegen 803 Stimmen verworfen.

Graubünden. Hiesigen Blättern entnehmen wir, daß der Stelvio und Tonale nun wirklich gänzlich verlassen sind. Die lombardischen Truppen, die noch im Veltlin beisammen waren, haben sich nun auch völlig aufgelöst. Hier wimmelt es von Flüchtlingen. Eine Abtheilung, die vom Stelvio kam, führte 7 Kanonen bei sich.

Hierüber bringt die Allg. Z. noch Folgendes: Die Höhen des Stilfser Jochs waren bis auf die letzte Zeit in den Händen italienischer Insurgentenhaufen geblieben. Versuche von österreichischer Seite sich ihrer zu bemächtigen, mißlangen am 10. und 11. In der Nacht vom 11. auf den 12. wurde eine neue Angriffsbewegung gemacht, wobei man nur noch auf die aus 800 Mann bestehende Nachhut des Feindes stieß, welche mit dem Bajonett geworfen und bis über die Höhen von Ponte di Legno verfolgt wurde. Letzteres ward besetzt, und der deutsche Grenzpfahl wieder auf dem Tonal aufgepflanzt. So lautet ein Bericht des Generalmajors Roßbach. Hauptmann Bonn von Kaiserjäger führte die siegreiche Kolonne.

Großbritannien.

London, 18. Aug. (Reden Disraeli's und Palmerston's über die italienischen Angelegenheiten und die engl. französische Vermittelung. [Schluß]). Eine schöne Dienstleistung, fuhr Disraeli fort, würde es Seitens Großbritanniens gegen einen alten Verbündeten sein, wenn man dem Kaiser von Oesterreich anrathen wolle, Besitzungen freiwillig zu räumen, die er durch große Opfer, durch die Tapferkeit seiner Truppen erworben habe, die seine Vorfahren drei Jahrhundert lang besessen hätten. Was wolle man aus der Lombardei machen? Wolle man damit den König von Sardinien für seinen nächtlichen Diebseinbruch belohnen? Wolle man daraus einen namächtigen selbständigen Staat bilden? etwa eine Republik, eine revolutionäre oder konservative, eine rothe oder weiße? Der Redner stritt den Franzosen alles Recht ab, in Italien einzuschreiten. Er erkannte weiterhin zwar an, daß es für den Frieden der Welt nützlich sei, wenn Frankreich und England in gutem Einvernehmen ständen, suchte aber aus der Geschichte nachzuweisen, daß Noth- und Zwangsallianzen mit Frankreich, Bündnisse, die unter außergewöhnlichen Umständen nur zu speciellen Zwecken gemacht worden, stets zum Uebel ausgeschlagen wären: so habe Ludwig Philipp sein gutes Einvernehmen mit England nur dazu benutzt, die dreifarbige Fahne auf den Wällen von Ancona und Antwerpen aufzupflanzen, Einmischungen in die Angelegenheiten Spaniens, Portugals, Griechenlands herbeizuführen, dem englischen Handel im atlantischen und stillen Meer Hindernisse in den Weg zu legen und jene Störungen und Wirren im Gebiete des La Plata zu schaffen, die allein das Werk Frankreichs seien. Frankreich habe kein Recht, in Italien einzuschreiten, es habe aber auch nicht die Finanzmittel dazu, es müsse die Parteien zu Hause mit gewaltigen Armeen im Zaume halten, es müsse in Algier ein großes Heer auf den Beinen haben, es müsse im Fall der Intervention mit mindestens 100,000 Mann die Alpen überschreiten und ein gleich zahlreiches Heer gegen den Rhein in Bewegung setzen, „wo dann der dadurch mit Recht erzürnte Volksgeist der Deutschen sofort seine nebelhaften mystischen Ansichten von Nationalität fahren lassen werde, um für die Sache eines rellen Patriotismus sich zu erheben.“ Dann aber werde Frankreich auch mit Rußland zu thun bekommen, welches gegenwärtig nicht sowohl durch seine Heere als durch seine Mäßigung, politische Klugheit und Gerechtigkeit (!) so mächtig sei. Der Redner rieth schließlich dem Minister des Auswärtigen, den alten Weg zu verlassen, der nur dazu geführt habe, England wie seinen treuesten Verbündeten zu überwerfen und unter Anderm auch den Thron Ludwig Philipps in Frankreich zu stürzen, was ohne die von Palmerston befolgte Politik nicht geschehen sein würde, dafür aber einen neuen Weg einzuschlagen, d. h. die Bestimmungen alter Verträge zu achten, keinem Eingriff in das Völkerrecht Billigung und Weihe zu ertheilen und keinem Verbündeten anzurathen, seine wesentlichsten Interessen der krankhaften Eitelkeit einer Gesellschaft zum Opfer zu bringen, die nicht recht wisse, was sie wolle. Lord Palmerston entgegnete Hrn. Disraeli in einem weniger glänzenden und kunstvollen,

aber in seiner Einfachheit vielleicht um so beredtern und durch einzelne Anschwellungen um so wirksamern Vortrage. Selbst Hr. Osborne, der sonst zur Opposition gehört, übrigens auch die Rede Disraelis in ihren eigenthümlichen Vorzügen anerkannte, räumte ein, daß Lord Palmerston durch seine Rede, „in der sich die Ansichten eines Philanthropen in die Würde einer staatsmännischen Sprache gekleidet dargestellt hätten," mancherlei Befürchtungen zerstreut habe; er, Osborne, sei früher Willens gewesen, die für die Sendung Lord Mintos dem Hause angesonnenen 2000 Pf. St. nicht zu bewilligen, nachdem er aber die Rede des edlen Lords angehört, habe er gegen die Bewilligung dieser Summe Nichts, wenn der Weltfriede für einen so geringen Preis aufrecht erhalten werden sei. Lord Palmerston verbreitete sich im Beginn seiner Rede über die Sendung Lord Mintos; dieser Theil der Rede scheint uns jedoch der schwächere, da die Versicherungen des Redners, daß die Bemühungen Lord Mintos überall, in Turin wie in Florenz und Rom, den besten Erfolg gehabt, ziemlich allgemein gehalten sind, und in Betreff Sardiniens und Toskanas darauf hinauslaufen, „daß in beiden Staaten die wichtigsten Aenderungen stattgefunden hätten, ohne zu einer Störung der öffentlichen Ruhe zu führen." Dies könnte höchstens von einem Gegner solcher Friedensstickereien und Vermittlungsversuche ironisch behauptet werden; denn im Ernst dergleichen behaupten wollen, scheint etwas stark, den Erschütterungen gegenüber, an denen die italienischen Staaten seit, wir wollen nicht gerade sagen in Folge der Sendung Lord Mintos, ohne Ausnahme gelitten haben. Jedenfalls haben sich auch hier die Ereignisse mächtiger bewiesen, als die kleinlichen und künstlichen Versuche der Menschen, innerliche Krankheiten dadurch zu heilen, daß man eine, wenn nicht schädliche, doch wenigstens indifferente diplomatische Salbe auf die Haut streicht. Politische Lebensfragen der Völker lassen sich nicht auf diplomatischen Spaziergängen und bei diplomatischen Diners erledigen. Die Zeit ist doch hoffentlich vorüber, wo man an dergleichen glauben konnte. Palmerston beruft sich auch auf die Huldigungen, die dem Lord überall, wo er erschien, in Italien zu Theil geworden. Solche Huldigungen bilden nur einen um so schneidendern Kontrast mit der spätern tragischen Lösung der Frage. In Bezug auf den Erfolg der Sendung Mintos war Disraeli mit seiner entgegengesetzten Auffassung, die auch zugleich diejenige sehr einflußreicher Zeitungen, z. B. des Morning Chronicle ist, dem Minister des Auswärtigen offenbar überlegen. Daß die versuchte Vermittelung zwischen dem König von Neapel und seinen aufständischen Unterthanen auf Sicilien keine besseren Früchte getragen, gibt der Minister zu, schiebt aber den Mißerfolg auf die inzwischen ausgebrochene Februarrevolution in Frankreich, welche Leidenschaften in Bewegung gesetzt habe, die man früher nicht habe in Rechnung bringen können. Der Min. versichert, der Mission Lord Minto's seien die uneigennützigsten Absichten zu Grunde gelegen (Jedermann weiß ja, wie wenig England bei solchen Vermittlungen seinen Vortheil versteht!), das einzige Interesse Englands dabei sei die Erhaltung des Friedens gewesen, den es als eine Handelsmacht allerdings wünschen müsse. Was die gegenwärtige Vermittelung betrifft, in der sich England gemeinschaftlich mit Frankreich verstanden hat, so versicherte Palmerston wiederholt und mit besonderem Nachdruck, daß diese Vermittelung auf die mehrfach und noch erst vor drei Tagen ausgesprochenen Wünsche Oesterreichs, wie andererseits auch auf die Wünsche Sardiniens und Frankreichs von England übernommen worden sei. Gelang es aus leicht erklärlichen Gründen Palmerston im ersten Theile seiner Rede nur unvollkommen, die schneidenden und treffenden Hiebe seines Gegners abzuwehren, so hatte er um so leichteres Spiel gegen ihn, als er auf die Vermittlung, die gegenwärtig im Werke ist, zu sprechen kam und Hrn. Disraeli die inneren Widersprüche in seinen Bemerkungen über das Verhältniß Englands zu Frankreich nachwies. Lord Palmerston sagte in diesem Theil seiner Rede im Wesentlichen: „die französische Regierung wurde angegangen, mit militärischen Streitkräften Italien zu Hilfe zu kommen. Das geehrte Mitglied hat gesagt: Frankreich hat kein Recht, sich in die Angelegenheiten Italiens zu mischen. Nun, ich denke, dies ist eine Frage, über die zu diskutiren zwecklos sein würde. Er hat als die beste Politik für England erklärt, mit Frankreich gemeinsam zu handeln, er selbst aber besitzt etwas Unglückliches in der Art, wie er dieser Ansicht Eingang verschaffen möchte. Sir, ich wünschte, daß ich und daß wo möglich auch die französische Nation diejenigen Partien seiner Rede vergessen mögen, welche darauf berechnet sind, Einheit und Freundnachbarlichkeit zwischen beiden Ländern anzubahnen. Aber wenn sie darauf berechnet sein sollten, wie sie zuverlässig nicht sind, heftige Eifersucht zwischen beiden großen Nationen zu erregen, ihren Stolz zu verletzen, sie zu Handlungen hinzureißen, zu denen Ihr sie nicht hingerissen wünscht, wenn das ehrenwerthe Mitglied (verschieden von dem, was er, wie ich weiß, beabsichtigt) der Sache der Ordnung und Civilisation großes Uebel zuzufügen beabsichtigen sollte, so weiß ich kaum, ob er in den gährenden Zauberkessel der Unzufriedenheit schlimmere Stoffe und giftigere Säfte werfen konnte, als diejenigen, womit er seine Rede versetzt hat." Gegen den Schluß seiner Rede suchte Palmerston darzuthun, daß Frankreich, ganz der Ansicht des vorigen Redners zuwider, sehr wohl und so gut wie früher im Stande sei, mächtige Heere gegen den Po und den Rhein zu werfen, gestand dabei, daß ein solches Ereigniß ohne Zweifel den Anfang eines europäischen Kriegs bezeichne und erst Deutschland, sodann Rußland in die Waffen rufen würde, führte dann aber aus, daß die gegenwärtig betriebene gemeinsame Vermittlung einem solchen Ereigniß vorbeugen werde, daß in Frankreich die große Mehrheit des Volkes für ein einmüthiges Hand- in Handgehen mit England sei, daß die gegenwärtige französische Regierung den Frieden wolle, und wies endlich auf die großen Fortschritte hin, welche die Civilisation seit 50 Jahren gemacht; Fortschritte, die daran sich erkennen ließen, daß Ereignisse, wie die letzten in Europa stattgefundenen, vor 50 Jahren unfehlbar ganz Europa in einen wilden und allgemeinen Kriegswirbel hinabgezogen haben würden. Diese Ereignisse habe er, Palmerston, nicht gemacht, und es passe daher nicht, was Disraeli gesagt habe, daß das jetzige Einvernehmen mit Frankreich ein künstliches Erzeugniß absichtlich herbeigeführter Umstände sei. Die engl. Regierung könne für diese Umstände nicht verantwortlich gemacht werden, sie seien Ausfluß jener außerordentlichen Ereignisse, welche Europa ohne Zuthun der engl. Regierung in jüngster Zeit erschüttert hätten. Auf die weitere Frage eines Mitgliedes erwiderte Palmerston: England habe nicht die Rolle eines Schiedsrichters, sondern bloß eines Vermittlers übernommen. Die erst n Vorschläge in Betreff der norditalienischen Angelegenheit Seitens der österreichischen Regierung habe Baron Wesendonk in außerordentlichem Auftrage nach England gebracht; die letzte Mittheilung, wodurch Oesterreich die Freundschaftsdienste Englands zur Herbeiführung des Friedens nachgesucht, sei ihm durch den österreichischen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten unterm 9. August zugesandt und vom österreichischen Geschäftsträger in London, Baron Koller, erst vor zwei oder drei Tagen überbracht worden. Die Wünsche über diese Vermittlung seien mithin nicht, wie Lord G. Bentinck vermuthet, aus Frankfurt durch einen vom deutschen Reichsverweser beglaubigten Gesandten überbracht worden.

Frankreich.

Paris, 20. August. Die auf gestern verkündigte legitimistische Schilderhebung hat nicht Statt gefunden, doch wurde um $3^{3}/_{4}$ U. N. M. die Besatzung der Nationalversammlung alarmirt. Alle Truppen nahmen die Waffen und besetzten die Zugänge zum Palaste, mehrere Infanterie-Batallone deckten die Konkorde-Brücke und die Quais, ein Kavallerie-Regiment war auf den Konkordeplatz selbst vorgeschoben. Man hatte erfahren, daß eine Prozession von 2000 Frauen der Nationalversammlung eine Petition um Amnestie für die Juni-Insurgenten überbringen wolle. Allein um $5^{1}/_{2}$ Uhr erschien nur eine kleine Deputation dieser Frauen, übergab die Petition einem Vertreter und entfernte sich wieder. Um 6 Uhr rückten die Truppen ein; — heute macht ein heftiges Regenwetter jede Bewegung unwahrscheinlich, — demungeachtet dauern die Vorsichtsmaßregeln fort. Alle 25 Bataillone der Mobilen marschieren so eben (9 Uhr Morgens) nach dem Marsfelde, um vom Kriegsminister in Revue passirt zu werden.

Das Kriegsgericht der ersten Militär-Division hat gestern die Procedur gegen die Anführer der Insurgenten begonnen. Der erste Angeklagte Viktor Testulat, Bindermeister, der die Barrikade von St. Paul kommandirte, wurde mit 6 Stimmen gegen 1 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, der zweite, Peter Jusstan, Seidgießer, Lieutenant in der 5. Legion der Nationalgarde, der auf der Barrikade der rue Neuve Cbabrol gesehen worden ist, ward zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Westindien.

Kuba. Nachrichten, die man in Southampton am 10. Aug. durch ein nordamerikanisches Dampfschiff erhalten (die mithin noch späterem Datum sind als die in der heutigen Beilage unter der Rubrik „Amerika" enthaltenen) besagen, daß auf Kuba der Ausbruch des längst angekündigten Aufstandes nun wirklich erfolgt sei; es hätten verzweifelte Gefechte zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen stattgefunden, von beiden Seiten habe es mehrere Hunderte von Todten gegeben, endlich aber wären die „Patrioten" gezwungen worden, sich in die Berge zu werfen. Die Bestätigung dieser Nachricht muß man mit der nächsten westindischen Post abwarten.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Griechische Zustände.

I.

Vor uns liegt eine Reihe von Briefen unseres *Korrespondenten in Athen aus der zweiten Hälfte des vorigen Monats, denen wir eine Schilderung griechischer Zustände zur Zeit des großen Wendepunktes der europäischen Diage, von Ernennung des neuesten Ministeriums an, entlehnen. Trikupis war ursprünglich dazu bestimmt, ein neues Kabinet zu bilden und durch seinen Namen die Fortsetzung des beliebten Guizot-Koletti'schen Systems zu verdecken. Er weigerte sich unter dem Vorwande, daß er in Konstantinopel nützlicher sein könne, in Wahrheit aber, weil er die Unhaltbarkeit des Systems erkannte und sich die Kraft nicht zutraute, einen Wechsel zu erwirken. Er schlug daher die neue Kombination vor, die scheinbar genug war. Ruphos und Senator Tahl Manginas hatten die heftigste Opposition gegen die Ministerien Koletti und Zavellas-Palamides gemacht; der erstere, der Sohn eines im Freiheitskampfe wohlverdienten Vaters, wäre, zur englischen Partei haltend, beim Patraeer Aufstand fast verhaftet worden. General Rhodius, vor dem 3. September Rappist, war unter dem letzten Ministerium Maurokordatos Kriegsminister und hielt sich bis zu seiner Wiederernennung enge an Maurokordatos. Diese drei Minister konnten also England genehm sein. Kolokotronis, stets echt russisch gesinnt, Rhodius, als alter Rappist, und Rhallis einst Rappist, dann verschmolzener Gallomappist, konnten Rußland befriedigen. Auf der andern Seite hatten Rhodius seit drei Monaten durch seine Hörigkeit und Rhallis seit dem 3. September durch die Enthaltung von jeder Opposition ihre Ergebenheit an die Kamarilla hinreichend bewiesen. Die Kamarilla behielt demnach im Ministerrath stets die Majorität, wenn Maginas, Ruphos und Kolokotronis sich zu einer ihr unangenehmen Maßregel vereinigen sollten. Die Stimmen Konturiotis, Mauromichalis, Rhodius und Rhallis sind ihr gewiß. Das aber wurde bei der Bildung des neuen Kabinets ausbedungen, daß jede wichtige Maßnahme, worunter die Ernennung der Beamten, vom Ministerrath ausgehe. Die drei Vorgenannten sehen sich daher getäuscht, wenn sie Verbesserungen in der Verwaltung zu erzielen hofften, und wirklich ist in den ersten zehn Tagen des neuen Kabinets Nichts dergleichen geschehen. Aber auch Trikupis sieht sich getäuscht, denn er hat den Gesandtschaftsposten in Konstantinopel nicht erhalten, und um so weniger Hoffnung darauf, als der von ihm gerathene Personenwechsel das Inland nicht befriedigt und auch das Ausland nicht befriedigen kann.

Die Kamarilla indessen baut fest auf eine allgemeine Reaktion. Aeußerungen untergeordneter Mitglieder derselben wider das deutsche Parlament stehen an Heftigkeit denen der weitaus Sanseulotten wider die Aristokraten nicht nach. Hier hat sie es zu thun mit Ruinen alter Freiheitskämpfer oder mit dem jungen Geschlechte der Stellenjäger, deren eigentliches Panier, welches auch ihre politische Farbe sein mag, Eigennutz ist, und die, wenn der Glanz des Goldes auf sie strahlt, zu jedem Dienste bereit sind. Was im Volke vorgeht, weiß die Kamarilla nicht, denn sie kommt nicht mit ihm in Berührung.

Im Volke aber wird täglich die Ueberzeugung lebhafter, daß es von den europäischen Institutionen meist das Schädliche oder unpassende Nachahmungen erhalten habe. Vielschreiberei in allen Fächern, gekünstelte Gemeindeordnung für gewählte Bürgermeister, die selbst in den größeren Städten nicht rechtsgelehrt sind, in den kleinen Gemeinden oft nicht lesen und schreiben können, das komplicirte französische Gesetzbuch, das einen Schwarm habsüchtiger Advokaten erzeugt hat und mästet, öffentlicher Unterricht mit wohlgepflegtem Kopfe, der Universität, und vernachlässigtem Leibe und Füßen, Gymnasien und Volksschulen. Regelmäßiges Militär mit einer Organisation und Bewaffnung, die für Land und Klima so wenig paßt, daß bei jedem neuen Aufstand Palikaren aushelfen müssen. Die Konskription, welche dem Gewerbsmann und Bauer eines dünn bevölkerten Landes zur härtesten Abgabe wird, weil er die größten Opfer bringen muß, sich die unersetzlichen Arme seiner Söhne zu erhalten. Endlich die Satyre der Konstitution, das französische Korruptionssystem, und in Folge desselben der Bankrott. Dazu eine Diplomatie, welche jede Hoffnung ernstiger Erweiterung der Grenzen abschneidet und die Nation bei jeder Gelegenheit demüthigt.

Volkswehr wurde dem Lande nicht gegönnt, das so oft Nationalgarde oder preußische Landwehr begehrte, dagegen wurde es unter dem Vorwande der öffentlichen Sicherheit und unter dem Namen eines Gensdarmeriekorps mit 1400 wohlorganisirten Polizeiagenten beschenkt.

Gewissenhafte Verwaltung des Staatsgutes durch redliche Beamte, wofür sich in Deutschland Beispiele finden, hat man nie gestrebt nachzuahmen, und so ist die gute Hälfte der öffentlichen Einnahmen, statt für Straßen, Häfen, Kriegsmarine verwendet zu werden, in die Taschen einer entsittlichten Beamtenkaste geflossen. Es hat sich hier allmählich aus alten und neuen Stoffen eine 10,000 Köpfe starke Oligarchie gebildet, hierarchisch in Palaeone und Kleaten geordnet und über alle Provinzen vertheilt, welche, obgleich in beständigem Rangstreit unter sich, doch einig ist zur Ausbeutung des Volkes, welche die Wahlen leitet, die Volksvertreter und Senatoren abgibt, die Minister bietet, den Hof versieht, kurz das Land regiert, so daß es auch dem tüchtigsten Patrioten, wenn er die Gewalt erhielte, schwer würde, aus dem verfehlten Zirkel herauszukommen, ohne das Gemeinwesen von der Wurzel aus umzugestalten. Ueberdies scheint sich das Hellenengeschlecht in seinem ruhmvollen Freiheitskriege erschöpft zu haben, kein Mann scheint übrig, der dieser Aufgabe gewachsen wäre. Deßhalb gerade wünschen Viele so heiß, daß König Otto sich bald zu neuem Kriege entschließe, der auf die Länge doch nicht zu vermeiden ist, denn in Kampf und Noth wird die junge Generation sich stählen, und werden Fähigkeiten aus ihr hervortreten, welche im gewöhnlichen Lauf der Dinge zu verkümmern verurtheilt sind.

Woher kommt aber die Folgerichtigkeit dieses Systems, die alle Ministerwechsel überdauert, der auch das neue Ministerium sich ohne Schwierigkeit gefügt hat? Von der Leitung einer beständigen Kamarilla und ihrer auswärtigen Inspiration.

Fürst Metternich und sein würdiger Stellvertreter, Ritter Prokesch von Osten, haben diese Leitung durch ihren Sieg über die englische Diplomatie und deren Organ, den Grafen Armansperg, bald gewonnen und behaupten sie bis heute. Frankreich und Rußland waren mit dem von Metternich beliebten Systeme zufrieden, weil Ludwig Philipp den Wünschen des Fürsten, der Fürst den Wünschen des Czaes entgegenkam. Die griechische Nation ließ sich das System gefallen, weil sie in ihre Heimaten kein Vertrauen setzt, und diese waren durch das System höchst befriedigt, weil sie das Vertrauen der Nation nicht verdienen, d. h. ihr persönliches materielles Interesse jedem geistigen und nationalen vorziehen.

Der Grundgedanke des Systems ist innerer und äußerer Status quo. Daher vereitelte das Haupt der Kamarilla, Ritter Prokesch, die Anlegung deutscher Kolonien, erwirkte die Verabschiedung der deutschen Truppen, verhinderte jede Vergrößerung des griechischen Reichs. Der Doppelzüngigkeit des alt-österreichischen Diplomaten verdankt in der Mussurus'schen Angelegenheit unser deutscher König die Demüthigung vor dem Sultan. Aus Gefälligkeit gegen Rußland waren die Ministerien vor dem 3. September aus der russischen und gallo-russischen Partei zusammengesetzt, wurde zu den thörichten Reduktionen gerathen, die Rußland begehrte und die den 3. September herbeiführten; wurde seitdem die Verwaltung des Staates zur Hälfte und darüber Russophronen anvertraut.

Warum dies Wiederkäuen alter Geschichten?

Weil die Hoffnung des Hofes und der Kamarilla, ihr Haupt, den Ritter Prokesch, zum deutschen Gesandten in Griechenland gewählt zu sehen, seit Erzherzog Johann Reichsverweser ist, sich verdoppelt hat.

Ritter Prokeschs von Osten europäischer Name — sagen seine Bewunderer — als liberaler Publicist durch seine Werke über Griechenland und den Orient und durch so viele Korrespondenzartikel der Allgemeinen Zeitung, welche ihre besten Nachrichten seit einer Reihe von 10 Jahren ihm verdankt, mag ihm die öffentliche Meinung Deutschlands gewonnen haben, und das Wohlwollen des Erzherzogs hat er stets besessen.

Das letztere, obgleich unwahrscheinlich, müssen wir dahin gestellt sein lassen. Aber daran glauben wir erinnern zu müssen, daß Griechenland und der Orient, ohne Metternich und seine Schüler, für Deutschland hätten kostbarer werden können, als Algier für Frankreich, daß ohne Metternich und seine Schüler Deutschland jetzt kriegsgeübte Heere und kriegserfahrene Feldherren besitzen könnte, wie Frankreich, daß ohne Metternich und seine Schüler deutsche Kriegsschiffe im Pontus Euxinus und ägäischen Meere die schwarz-roth-goldene Flagge entfalten würden.

Ueber den Stand gedachten Ausgang des Feldzuges gegen die Aufständischen waren die Berichte durch die Blokade von Triest zurückgehalten; wir tragen das Wichtigste in gedrängter Uebersicht nach. Nach der Neuerung des türkischen Ministeriums in russischem Sinne unterstützte der Grenzpascha die griech. Reg. ehrlich; er verbot strenge die Zufuhr von Schießbedarf und Mundvorrath und stellte mehrere tausend Mann zwischen den Grenzkasernen auf, um die Albanesen abzuhalten, ferner über die Grenze zu gehen. Auf diese Nachricht kehrten die Albanesen im Gefolge der Rebellen, nachdem sie ihre Raubgier befriedigt, zur Hälfte in ihre Heimath zurück. Das benutzte

Landvolk, aan seinen Popen ermahnt — die in den Kirchen vorgelesene russische Note hatte ihre Wirkung nicht verfehlt — fiel von den Rebellen ab. Die Ausschweifungen der Albanesen, größtentheils Türken, änderten zugleich die Natur des Krieges. So lau der griech. Soldat sich Anfangs zeigte, seine Brüder zu bekämpfen, so bereitwillig griff er den Türken an. Der Albanese bietet überdies, nach schwerem Kampfe besiegt, in seinen silberausgelegten Waffen und dem goldgestickten Gürtel, in dem er sein Vermögen trägt, reiche Beute. Die Bajonettwunden einiger gefangenen Türken bezeugen die gegenseitige Tapferkeit.

In Naupaktien blieb also Oberst Pharmakis im Vortheil. In Phthiotis mußte Velenzas die Berennung von Lamia aufheben und warf sich nach Patratschik zu Ea. Koniosannis, aus Doris die Rebellenführer Pappakosta und Balatzas herbeirufend. General Mamuris folgte ihm, sperrte die Päße des Oeta gegen Doris und bewarf Patratschik mit Granaten, das in Flammen aufging. Der nächtliche Kampf dauerte viele Stunden. Das Feuer der Geschütze und Flinten, der Brand der Stadt erhitzte, nach dem Bericht eines Pallikaren, writhin die Luft. Gegen Morgen trat Velenzas den Rückzug an; lebhaft verfolgt wurde er selbst am Fuße verwundet. Die Ritterei that gute Dienste; gefangene Rebellen, die das Kreuz nicht machen konnten, wurden niedergehauen. Viele Leichname von Türken zeigte der Tag auf dem Weg nach der Grenze. Pappakosta und Batazos hatten bei Anbruch derselben Nacht ihre feste Stellung im dorischen Dorfe Palächori verlassen, ohne daß General Gardikiotis, der ihnen gegenüber stand, dies sogleich bemerkte. Als sie jedoch den Paß nach Patratschik gesperrt fanden, zogen sie sich unangefochten bei Karpenissi über die Grenze zurück.

Die Türken ungerechnet, kostete dieser Feldzug auf beiden Seiten 300 Todte, sämmtlich tapfere Männer. Nach dem Geständniß der Ministeriellen war die Gefahr groß; die hiesigen Geldleute hatten sich zur Flucht bereitet, Werkzeuge Kolettis's für ihre Familien bei politischen Freunden der Rebellen ein Asyl erbeten; auf den Cykladen ging das Gerücht, Athen sei an vier Ecken in Brand gesteckt.

Von der Thätigkeit der regierenden und gesetzgebenden Gewalt nach Innen ist wenig zu berichten. Durch Kammer und Senat wurden endlich nach 4½ Monaten die Minister beauftragt, die Papiere über die eigenmächtig durch Rigas Palamides, vorletzten Minister des Innern, bezogenen Summen vorzulegen. Das vor einem Monat durch die Kammer votirte Budget ruht im Senat. In diesem gesetzgebenden Körper um das Programm des neuen Ministeriums gefragt, hatte der Finanzminister Tatzi Manginas geantwortet: „Unser Programm ist die Charte." Große Worte, die sehr Viel oder Nichts bedeuten. Gibt das neue Ministerium seinen Vorgänger Rigas der Gerechtigkeit Preis und fährt es fort, Beamte zu ernennen, wie den neuen General-Kassier Spanjolakis, einen Mann von erprobter Redlichkeit, und den Rath am Rechnungshof Drosos, so werden sie von Bedeutung sein. Sie bedeuten Nichts, wenn ähnliche Fälle, wie die folgenden, sich widerholen. Justizminister Kolokotronis, Abgeordneter von Karytäna, wünschte Abgeordneter zu bleiben, ohne sich einer neuen Wahl zu unterwerfen. Die Kammer willigte ein, den bestimmten Wortlaut der Charte verletzend. Die adigen Ernennungen zu erlangen, mußten der Kamarilla zu Liebe auch der Redakteur des Konservativen, Advokat Ramphos, zum Rath am Rechnungshof ernannt werden, obgleich dem Finanzfache fremd. Als Tatzi Manginas und Ruphos die Entfernung des Präfekten von Athen, Zygomalas, Dr. med. und Redakteur des Volksfreundes, begehrten, stimmten im Ministerrath Ballis, Kolokotronis und Mauromichalis gegen, und der der Kamarilla früher unbequeme, jetzt angenehme Publicist blieb Präfekt der Hauptstadt. — Zum Gesandten in Konstantinopel ist der Phanariote, Jakob Rizos Nerulos, Minister des Aeußern bis zum 3. September 43, ernannt. Rizos stand im Rufe eines geistreichen Mannes und geschickten, geschmeidigen Diplomaten. Jetzt ist er sehr gealtert und mindestens körperlich einer Ruine zu vergleichen.

** Wien, 16. Aug. In der Sitzung vom 14. interpellirte der Abg. Löhner den Finanzminister, bezüglich der Forderungen des Staatsschatzes an den Fürsten Metternich. Wenn auch der Fürst für den politischen Theil seiner Amtsführung nicht verantwortlich gemacht werden könne, so dürfte er doch über die Verwaltung von Staatsgeldern, wie jeder abtretende Beamte, Rechenschaft zu geben haben, es müßte ihm denn Indemnität durch einen allerhöchsten Erlaß zugesichert worden sein. Bekanntlich sei die ganz schuldenfreie Herrschaft Plaß in Besitz des Fürsten, aber nicht bekannt sei es, ob die Staatsansprüche auf dieselbe schon sicher gestellt seien? Minister Kraus versicherte, persönlich ganz die Ansicht des Interpellanten zu theilen, und erklärte, daß das Ministerium die Sache näher untersuchen und das Nöthige eintreten werde. — Von heute an scheint die Versammlung mit neuer Energie die Verhandlungen beginnen zu wollen, indem seit einigen Tagen die Festlichkeiten, die ceremoniellen Aufwartungen und Vorstellungen bei Hofe eine Art geistiger Lauheit erzeugt zu haben schienen. Abg. Löhner interpellirte den Minister des Innern: Es sei bekannt, daß in mehreren Theilen der österreichischen Monarchie Provinziallandtage stattfänden, die sich konstituirende nennen und Beschlüsse fassen. Ein konstituirender Reichstag und konstituirende Landtage aber seien eine Contradictio in adjecto. Er frage daher, welche Landtage seit dem März zusammengekommen, Kraft welcher Berufung und zu welchem Zweck, wie ihre Beschlüsse sich zu denen des Reichstags verhalten, und ob das Ministerium nicht die Schließung dieser Landtage bis zur Berathung der Aufgabe des Reichstags zu beantragen gedenke. Eine zweite Anfrage stelle er in Betreff der Sonderkorps; das provisorische Nationalgardengesetz rede nicht von solchen, mit Ausnahme der akademischen Legion. In Prag habe sich ein solches Korps gebildet (Ruf von der Rechten: „Mehrere"!); dasselbe, die Swornost nämlich, habe den Angaben nach mehr zur Aufrechthaltung der Unordnung als der Ordnung beigetragen (heftiges Murren von der Rechten). Man wolle in Prag um seine Herstellung petitioniren, worüber dort große Bestürzung herrsche und selbst zur Auswanderung Veranlassung gebe. Er frage daher, ob Sonderkorps und besonders die Swarnost gegenüber dem Nationalgardegesetz bestehen können? Minister Doblhof antwortete: Seit dem 15. März seien in Mähren, Schlesien, Oberösterreich, Tirol, Steiermark, Kärnthen und Krain Provinziallandtage zusammengetreten. Der erklärte Zweck ihrer Verhandlungen ist theils die Erledigung der verfassungsmäßig provinziellen Geschäfte und Angelegenheiten, theils die nothwendige provinzielle Regelung bäuerlicher Verhältnisse, insbesondere der Robat und des Zehents, welche solche Anstände besorgen lassen, daß nicht bis zur Erlassung der allgemeinen Landesgesetze zugewartet werden konnte. Die Legitimation dieser Landtage beruhe auf ministeriellen Erlassen; ihre Berathungen hätten lediglich den Zweck, Entwürfe als Material zu liefern. Gegen ihr Fortbestehen sei, so lange sie in den Grenzen der Legalität blieben, Nichts einzuwenden. Ein Nationalgardengesetz werde die Regierung bald vorlegen können. Das Bedürfniß eines solchen würde immer fühlbarer, da in vielen Städten Separationsgelüste zur Zersplitterung in einzelne abgesonderte Korps sich kund geben; denn lasse man diese Zersplitterung in Sonderkorps einreißen, so würde sie ständische Unterschiede hervorrufen; das Nationalgardengesetz müsse ein nationales sein, und obgleich die Nationalgarde in Abtheilungen getheilt sein müsse, denen es durch Zusammenwohnen möglich sei, sich bald zu sammeln, so dürfe sie doch keineswegs durch andere Momente zersplittert werden. Eine Ausnahme hievon mache die akademische Legion. Ueber das Korps „Swornost" könne das Ministerium, als über einen Gegenstand, der in Verhandlung begriffen sei, sich noch nicht erklären.

Der Kublich'sche Antrag beschäftigt den Reichstag nun schon seit 14 Tagen. Der Gegenstand, das seit Jahren so vielfach gerügte und besprochene Unterthansverhältniß, ist unstreitig ein ausgedehnter, vollwichtiger, überaus schwieriger, nicht so leicht zu beendender Punkt. Dennoch aber ist es unverzeihlich, daß so viele Zeit vergangen, ohne daß auch das Geringste mehr, als leere Worte gemacht wurden. Unzählige, unbedeutende Amendements schoben die Debatte erst 8 volle Tage lang hinaus, jetzt werden nun schon eben so lange, mit Ausnahme weniger durchgreifenden und geistreichen Reden von den Abgeordneten Popiel, Schneider, Havelka ꝛc., riesenhafte Orationen der nichtigsten Art vom Stapel gelassen. Es bedürfte nur eines kleinen energischen Hauptstriches, um das Grundprinzip des Antrages, in welchem doch fast die gesammte Kammer übereinstimmt, auszusprechen, die speciellen Punkte könnten dann nach einiger Berathung einer großen gemischten Kommission zugewiesen werden. Der nackte Kublich'sche Antrag lautet wie folgt: Die Reichsversammlung möge beschließen: 1) daß die Einschränkung der persönlichen Freiheit durch das Band der Unterthänigkeit aufzuhören hat; 2) daß Robot und Zehnten, so wie alle andern, die Freiheit des bäuerlichen Grundbesitzes beschränkenden, nicht privatrechtlichen, sondern aus dem Verhältnisse der Grundherrlichkeit, Burgherrlichkeit, Vogtherrlichkeit, Schutzobrigkeit, Dorfobrigkeit und des Lehensbandes entspringenden Lasten nicht mehr zu leisten sind; 3) daß eine aus den Vertretern aller Provinzen gewählte Kommission, mit Zuziehung des Ministeriums, mit thunlichster Beschleunigung über die etwaige Entschädigung und über die Einführung der neuen Gerichtsverfassung Gesetzentwürfe auszuarbeiten habe; 4) daß die Gerichtsbarkeit und politische Geschäftsführung bis zur Einführung der neuen Gerichtsverfassung von den Patrimonial-

gerichten inzwischen noch ausgübt werden soll; 5) daß darüber zur Beruhigung des Landvolkes eine feierliche Proklamation zu erlassen sei. — Heute endlich besprach nach langer Dürre der Abgeordnete Schuselka in begeisternder Rede den Punkt des Zeitverlustes und der Verschleppung. Wollen wir, sagte er, durch langsames Auflösen des Knotens, mit dem die Kette um den Hals unseres Bauers geknüpft ist, es so weit treiben, daß er uns während der langen Operation unter der Hand erstickt? Mit einem Hiebe müssen wir den Knoten zerschneiden und ihn retten; es ist nicht Gnade, die wir ihm erweisen, es ist sein gutes angestammtes Recht, das wir ihm Jahrhunderte lang vorenthalten haben. Eine halbe Stunde lang sprach er mit Energie und bewunderungswürdigem Eifer unter anhaltendem stürmischen Beifall, und somit hoffen wir Ihnen, den Beschluß dieses Gegenstandes bald mittheilen zu können.

† **Mecklenburg**, Anf. August. Unsere Verfassungsreform bewegt sich zwar bis jetzt noch ziemlich langsam vorwärts, indessen wird sie doch dem allgemeinen Zuge der Dinge in Deutschland allmählich nachfolgen, um eine ähnliche Gestalt anzunehmen, wie die neue Verfassung andrer Einzelstaaten und besonders von Preußen, weil die definitive Feststellung der Gesammtverfassung von Deutschland nicht länger abgewartet werden kann. Das provisorische Wahlgesetz zur Bildung einer neuen mecklenburgischen Volksvertretung ist endlich am 15. Juli erschienen. Die Grundbestimmungen desselben: Vertretung nach Kopfzahl ohne Unterschied von Stadt- und Land- und Zwischenwahlen, waren bereits durch die vorausgegangenen Verhandlungen der zum letzten Male berufenen alten Landstände festgestellt, die weitere Ausführung der Regierung im Einvernehmen mit dem noch fortbestehenden engern Ausschuß überlassen worden. Im Eingange der großherzoglichen Publikation wird die landesherrliche Versicherung wiederholt, daß „dem Lande und dessen künftigen Vertretern diejenigen Rechte eingeräumt werden sollen, welche als eine natürliche Folge aus der Entwickelung der neuen Staatsform in Grundlage des Repräsentativsystems sich hervorgeben", so wie auch, daß dieselbe in ihrer konsequenten Durchführung und Anwendung auf die Verhältnisse des Landes „durch eine neue Verfassung, welche mit den gewählten Vertretern zu vereinbaren", sollen gewährleistet werden. Weiter entschuldigt sich die Regierung gewissermaßen wegen der Langsamkeit ihres Verfahrens, weil „die den bestehenden Verhältnissen zu widmende Rücksichtsnahme allemal Aufenthalt verursache, da die vorzunehmende Umgestaltung der Verfassung das ganze Staatsleben durchdringe." — In Beziehung auf das Wahlgesetz selbst wird es genügen, einige Hauptpunkte hervorzuheben: Für Mecklenburg-Schwerin sollen 85 Abgeordnete gewählt werden, für Mecklenburg-Strelitz 15, mit vorbehaltenem Hinzutritt von 3 Abgeordneten aus dem Fürstenthum Ratzeburg — also im Ganzen 103, wobei die Union der Großherzogthümer in der Volksvertretung, wie früher in der landständischen Verfassung vorläufig beibehalten und auch noch über das strelitzische Fürstenthum Ratzeburg erweitert wird. Stimmberechtigt als Urwähler und wählbar als Wahlmann ist jeder volljährige Mecklenburger, der an einem Ort des Landes das Niederlassungsrecht erworben hat, nicht Armenunterstützung empfängt, nicht unter gerichtlicher Kuratel steht, nicht eines entehrenden Verbrechens beschuldigt ist. Für die Abgeordneten selbst wird außerdem nur das höhere Alter von 30 Jahren verlangt. Bei der Anordnung der Wahlbezirke für die Wahl der Deputirten und der Wahlabtheilungen für die der Wahlmänner ist das Bestreben ersichtlich, diese Bezirke und Abtheilungen möglichst klein und abgesondert von einander zu halten, wie denn in der Regel auf je 200 Einwohner ein Wahlmann ernannt werden soll, und zwar auf dem Lande in jeder Ortschaft besonders, selbst wenn in einer solchen nicht mehr als 150 Einwohner vorhanden. — Diese letztere Bestimmung hat besonders große Unzufriedenheit bei vielen Reformfreunden hervorgerufen, da man darin die Absicht zu erkennen glaubt, den Gutsbesitzern einen überwiegenden Einfluß bei den Wahlen in die Hände zu spielen. Eben daraus haben die am 21. Juli zu Güstrow versammelten Deputation der Reformvereine die Veranlassung genommen, nicht nur auf's Neue ihr Mißtrauensvotum gegen die immer noch unverändert fortbestehende alte Regierung zu wiederholen, sondern auch eine doppelte Deputation an die beiden Großherzoge abzuschicken, um die Entlassung der gegenwärtigen Räthe und die Bildung eines neuen Ministeriums durch den Vertrauensmann Stoever auf Rustrow zu begehren. Der Bescheid des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz lautete ganz im alten Styl des früheren Regierungssystems, daß die Herren, deren guten Willen man übrigens gern anerkenne, gar nicht im Stande wären, zu beurtheilen, ob seine Regierung gut oder schlecht sei. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hingegen ließ sich auf eine längere Unterredung ein, in welcher er seinerseits sehr freisinnige und gut deutsche Absichten kund gab und damit die Aufforderung verband, das mündlich vorgebrachte Entlassungsgesuch schriftlich näher zu motiviren, worauf er die bestimmtere Antwort ertheilen würde. Diese Motivirung ist nun so eben von Seiten des Rostocker Centralvereins in einer ausführlichen Denkschrift erfolgt, worin die alten und neuen Sünden der Regierung in sehr schneidender Weise auseinandergesetzt werden, um deren völlige Unfähigkeit zu dokumentiren. Man ist sehr gespannt auf die Antwort, welche der Großherzog darauf geben wird.

Spanien.

In Catalonien ist den neuesten Berichten von der Grenze zufolge eine republikanische Bewegung ausgebrochen. Zwei Korps von 700 und 400 Mann unter Molins sind am 7. d. vor Barcellona erschienen, haben die Städte Masnou und Badelona besetzt, die nur drei Stunden von Barcellona liegen, sie haben die dortigen Truppen entwaffnet und sich über Sembay nach Villanova gewendet. Alle jungen Leute verlassen Barcellona und schließen sich der Bewegung an. Eine ähnliche Bewegung brach am 8. d. in Tarragona aus, Oberst Buldviels an der Spitze der ganzen Jugend von Reuß besetzte das Campo vor Tarragona — mehrere Garnisonen erklärten sich für die Bewegung, am 10. d. war der Schrecken in Catalonien allgemein, die Behörden verlangten überall Truppenverstärkungen, ohne sie erhalten zu können.

Moldau und Walachei.

0† Jassy, 8. August. Die Russen stehen noch immer bei Jassi, und nur Krankheit und Desertion hat die ursprüngliche Zahl vermindert. Das Gros der Armee, welches bei Berlad stand, ist, wie bereits bekannt, nach dem Pruth zurückgekehrt, jedoch auf der diesseitigen Grenze stehen geblieben. Kaum daselbst angekommen erhielt ein Theil dieser Armee die Ordre, die frühere Position bei Berlad wieder einzunehmen, was denn auch sofort geschehen ist. Während sonach in der Hauptsache keine wesentliche Veränderung eingetreten ist, die Russen vielmehr die Moldau, nach wie vor, okkupiren, hat die k. russische Gesandtschaft in Konstantinopel nach heute hier eingegangenen Nachrichten, den Einzug der Russen in die Moldau dem Divan als eine voreilige Maßregel des Generals Duhamel bezeichnet, und gradezu darauf hingedeutet, daß der Fürst Sturdza dieselbe durch Beschleunigung des Generals Duhamel in's Werk zu setzen gewußt habe. Zu dieser veränderten Sprache der kaiserl. russischen Gesandtschaft hat insbesondere die Erklärung wesentlich mitgewirkt, welche ein Theil des hiesigen konsularischen Korps über das vorläufige Abbrechen seiner Beziehungen zum Staatssekretariat in Folge jener Okkupation abgegeben hat. Die kaiserl. Gesandtschaft hat weiter erklärt, daß der Kaiser volles Vertrauen in das ottomanische Gouvernement setze, daß dieses allein die Ordnung in den Fürstenthümern aufrecht erhalten werde, und daß die k. russischen Truppen aus der Moldau zurückgezogen werden würden, sobald sie durch die türkischen Truppen ersetzt sein werden: Mit dieser offiziellen Sprache der k. russ. Gesandtschaft in Konstantinopel stimmt jedoch das Benehmen des Generals Duhamel keineswegs überein. Man würde glauben können, daß ein der Käuflichkeit beschuldigter General vom Schauplatz der Begebenheiten abtreten müsse; dies ist indeß keineswegs der Fall, derselbe führt vielmehr nach wie vor das Oberkommando über die Truppen und scheint auch nicht im Entferntesten Miene zu machen, die Okkupation bald zu endigen. In der That kann er sich, wenn er will, jeden Augenblick einen Vorwand schaffen, den Abmarsch zu verzögern, denn da der Fürst Sturdza nur durch die Anwesenheit der russischen Truppen auf seinem Fürstensitze gehalten werden kann, so ist dieser immer bereit, Gefahren zu singiren, welche das Verbleiben der Truppen rechtfertigen. Die kolossalsten Lügen, wie z. B. daß die moldauischen Grenzen durch 70,000 bewaffnete Siebenbürger bedroht seien, u. s. f. werden dem erstaunten Divan in Konstantinopel aufgebunden. Was der General Duhamel braucht, um jene Maßregel zu rechtfertigen, das läßt er den Fürsten schreiben, und dieser thut dies natürlich sehr gern, da bei dem allgemeinen Abfall des gesammten Volkes von seiner durch Schandthaten aller Art bezeichneten Regierung, ohne die mindeste Gewaltthätigkeit seine Macht von selbst aufhören würde. Fürst Sturdza und General Duhamel ordnen sich also gegenseitig in die Hände; manus manum lavat, doch soll der Fürst schon gewaltig jammern, daß unter den warmen Händedrücken der Russen die Räubler, wie die hiesigen Juden die Dukaten nennen, erstaunlich zu schmelzen anfangen. Das ist das rechte Merkmal der russischen Freundschaft, daß überall da, wo sie sich geltend macht, dies in solcher Stärke und Inbrunst geschieht, daß der Freund unter den Umarmungen derselben schier erstickt. Solchen baldigen Tod im Freundesarm prophezeihen wir auch dem Fürsten Sturdza; salvu pium animum.

Digitized by Google

Inzwischen werden von Einheimischen und Fremden Lebensmittel und Armeebedarf aller Art in so ungeheuren Quantitäten requisitionsweise ohne Bezahlung, ja in vielen Fällen selbst ohne Quittung hergetrieben, als erwarte man mindestens noch 100,000 Mann. Die Fremden berufen sich umsonst auf die Verträge mit der Pforte, wonach sie von Landesabgaben frei sind; das österreichische Konsulat, dessen Schutzbefohlene, wie es scheint, wahrscheinlich zum Danke, daß der Agent seine freundlichen Beziehungen zu der Landesbehörde und zu der russischen Autorität auch wie vor fortsetzt, am stärksten herangezogen werden, hat deßfalls einen diplomatischen Notenwechsel eröffnet, welcher nicht den mindesten Erfolg gehabt hat. Es hat Niemand einen Para Entschädigung erhalten, und voraussichtlich wird Niemand Etwas erhalten. Ueberhaupt ist die Illusion, als wenn der konsulaetische Schutz in diesen Ländern irgend Etwas zu leisten vermöge, gänzlich geschwunden. Was die Habsucht des hiesigen Gouvernements den Fremden übrig gelassen, das nehmen die Russen jetzt mit Gewalt oder diebstahlsweise. Nie ist in Jassy und der Umgegend so viel gestohlen worden als jetzt. Vor den Russen ist Nichts, was nicht niet- und nagelfest ist, sicher, und dieses Diebeshandwerk wird mit solcher Virtuosität und Industrie geführt, daß man über die ingeniöse Auffassung desselben häufig lächeln muß.

Es ist indessen das Eingreifen der Russen auf die Vermögensobjekte der Fremden nicht beschränkt geblieben. Auch die Personen sind jetzt der Mißhandlung und Gewaltthätigkeit ausgesetzt. Die bedeutenden Desertionen, welche in der Armee stattfinden, sollen auf Rechnung der Fremden gesetzt werden, welche die Soldaten verführen, als ob es nicht ohne solche Verführung in einer Truppe, wie diese, tausend andere Gründe zum Weglaufen gebe. Kurz und gut, man hatte einen österreichischen Unterthan der Verführung russischer Soldaten zur Desertion bezichtiget. Ohne daß diese Inzicht im Entferntesten bewiesen worden wäre, hatte man ihn ins russische Lager geschleppt. Russische Officiere inquirirten in den Häusern der Fremden, hielten Nachsuchungen ohne Zuziehung der Landesbehörde und ohne die traktatengemäße Mitwirkung des Konsulates, und benahmen sich überhaupt auch formell wie die Herren im Lande. Eines Abends hieß es, ein österreichischer Unterthan werde des folgenden Morgens im Lager erschossen werden. Der kaiserlich österr. Agent, zu dessen Kunde dies gebracht wurde, mit der Aufforderung, seinen Schutzgenossen zu reklamiren, begab sich mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit noch in der Nacht zum General Duhamel. Dieser versprach auch zu sehen, was sich thun lassen werde. Am andern Morgen schickte er den Schutzgenossen an den Agenten zurück, mit einem Schreiben, worin er demselben sagt, daß er sich freue für dieses Mal, unter der Bedingung, daß der Betheiligte sofort über die österr. Grenze geschafft — was auch sogleich geschehen ist — und dort strenge bestraft werde, dem Hrn. Agenten eine lediglich persönliche Privatgefälligkeit beweisen zu können. Nur als solche sei die Gewährung jener Bitte zu betrachten, wobei Seitens des Generals Duhamel bemerkt wurde, daß er sich in Zukunft solche persönliche Gefälligkeiten nicht ferner gestatten dürfe, vielmehr auch den empfangenen Anweisungen seines kaiserlichen Herren mit der größten Strenge und ohne alle Berücksichtigung der Nationalität verfahren werde, wenn irgend Jemand in ähnlichen Verdacht gerathen würde. Dies habe der Agent den in der Moldau befindlichen österreichischen Unterthanen insonderlich polnischer Abkunft bekannt zu geben, auch den letzteren diejenigen, welche übel renommirt seien, sofort aus dem Lande zu schaffen.

Die Art und Weise dieses Bescheides ist jedenfalls verletzender, als eine abschlägliche Antwort gewesen sein würde. Ein österreichischer Unterthan ist danach auf Fürbitte des österreichischen Agenten von einem russischen General in einer türkischen Provinz begnadigt worden, wegen einer Handlung, die, abgesehen von der Unerwiesenheit derselben, weder nach österreichischen noch nach türkischen Gesetzen strafbar gewesen wäre. Wie viel Widersprüche drängen sich nicht in dieser Thatsache zusammen, wenn man an dieselbe den Maßstab der Verträge anlegt! Aber auch abgesehen davon, welche Stellung nimmt Oesterreich in den Donaufürstenthümern ein, wenn seinem Vertreter bei wohlbegründeten Reklamationen geradezu gesagt wird, daß man officiell ihm den Antrag nicht gewähren könne, daß man auf seine officielle Reklamation keine Rücksicht nehme, sondern nur eine Privatgefälligkeit zulassen dürfe. Heißt das nicht geradezu sagen, daß auf das österreichische Gouvernement und dessen Rechte keine Rücksicht genommen werde, und daß das, was man der Privatrücksicht zu Gute kommen lasse, der gouvernementalen Anforderung nie bewilligt worden sein würde, oder mit andern Worten, daß man die Privatperson des Hrn. v. Eisendach höher in Anschlag bringe, als seine Stellung als kaiserl. Agent, und resp. sein Gouvernement selbst.

Es mag zweifelhaft sein, ob die Annahme eines unter so erniedrigenden Formen ausnahmsweise und unter Bedingungen von dem General Duhamel ausgeübten Gnadenaktes von Seite des k. österr. Agenten durch dessen Gouvernement gebilligt werden wird: vielleicht wird auch dem General Duhamel die Unschicklichkeit einer derartigen Abfassung jenes Schreibens an den österreichischen Agenten von dem Kabinet zu St. Petersburg bemerklich gemacht werden, immerhin gibt aber dieser Fall einen vollständigen Maßstab zur Beurtheilung des Einflusses ab, welchen die kaiserlich österreichischen Agenten in den Fürstenthümern genießen. Wenn der österreichische Handelsstand sich nun noch einbilden wollte, einen Schutz von dieser Seite her zu haben, so müßte ihm der entgegengesetzte Glaube jetzt in die Hände laufen, wenn er nicht schon längst wüßte, wie die Sachen in Wahrheit stehen. Gehen die Dinge so fort, wie sie sind, so wird der österreichische Handel hierher und nach der Levante überhaupt ganz aufhören. Ja der That findet dies bereits Statt, und wer es irgend redlich mit der Sache meint, muß auch vor allen Handelsbeziehungen nach der Moldau, als unsehbar zu Verlusten führend, warnen. Wenn die Agenturen und Konsulate nur darum da sind, um Zeugen der Traktatenwidrigkeiten, der Verletzungen der Vermögens- und persönlichen Rechte ihrer Schutzbefohlenen zu sein, ohne helfen zu können, dann möchte es das Beste sein, sie gänzlich aufzulösen. Dann weiß jeder Fremde, daß er auf keinen Schutz zu rechnen hat, und richtet sein Benehmen danach ein; er berechnet die Chancen der gänzlichen Rechtlosigkeit und nimmt danach seine Maßregeln. Auch für die Ehre der betheiligten Gouvernements würde dies, solange sie diesem Unfuge zusehen müssen, weit ersprießlicher sein.

Amerika.

Das Morning Chronicle enthält Briefschaften von seinem Korrespondenten aus Philadelphia, datirt den 2. August, worin unter Anderem über ein Treffen berichtet wird, welches General Bastamente an der Spitze der Regierungstruppen dem aufständischen Paredes lieferte, für ihn aber verloren gegangen sein soll. Bastamente scheint sich jedoch ebenfalls den Sieg zu. Der Zerfleischungsprozeß in den eigenen Eingeweiden Mexiko's hat hiermit wieder begonnen. Sollte Paredes Sieger bleiben, so darf man neuen Verwicklungen mit den Ver. Staaten entgegensehen, da Paredes beabsichtigt, den mit Nordamerika geschlossenen Frieden nicht anzuerkennen und die Besitznahme von Neumexiko und Oberkalifornien Seitens der Nordamerikaner womöglich mit Waffengewalt zu verhindern. In Yukatan scheinen die Dinge eine Wendung zum Bessern genommen zu haben, da die Yukatekos einige Vortheile über die Indianer gewonnen hatten. Man beschäftigt sich lebhaft mit dem Gedanken, eine neue und unabhängige amerikanische Republik zu gründen, welche bei Tampiko beginnen und das ganze Gebiet der Sierra Madre umfassen soll. Aus Kuba erfährt man, daß dort allerdings am 24. Juni eine Verschwörung losbrechen und die Unabhängigkeit der Insel erklärt werden sollte. Die Verschwörung wurde jedoch noch zur rechten Zeit entdeckt, die Häupter verhaftet; dem General Lopez, der die Verschwörung angezettelt, gelang es, nach den Ver. Staaten zu entkommen. Die Nordamerikaner werden von der kubanischen Regierung mit so großem Mißtrauen angesehen, daß kein Bürger der Ver. Staaten Havanna verlassen darf, ohne von seinem Konsul eine Art Sittenzeugniß beizubringen und zu schwören: er sei ein Katholik! Erst dann ist ihm gestattet, ins Innere der Insel zu gehen. Die in Nordamerika wohnhaften Irländer machen immer noch für ihre Landsleute daheim und für die Republik überhaupt Propaganda; namentlich betreiben sie — freilich nur mit großsprecherischen Worten — die Losreißung Kanada's und Neuschottlands von England. Es fehlt dabei nicht an ächt irischen Tollheiten und Aufschneidereien. So wurde neulich in einem New-Yorker Blatte, welches sich vorzüglich der Sache der Irländer annimmt, der Vorschlag gemacht, sämmtliche im New-Yorker Hafen befindlichen britischen Schiffe in Brand zu stecken; dies gehe ganz gut, da sich ja in New-York 100,000 Irländer befänden, welche zu solcher That bereit seien! Das Haus der Repräsentanten hat ein bereits vom Senat gebilligtes Gesetz verworfen, wonach es in Neumexiko und Kalifornien erlaubt sein sollte, Sklaven zu halten. Es ist dies ein Sieg der Politik der nördlichen „freien" Staaten oder derjenigen (sog. Burnsschen) Fraktion der demokratischen Partei, deren Anhänger unter dem Spitznamen der „Barnburner" bekannt sind.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Knight, 72 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder beliebe man sich an G. L. Lieut... in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 3 Rue de Beaune de Lauriers.

Deutsche Zeitung.

Die Expedition befindet sich Großh. Bad. Posthaus Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2.30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2.42. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 233. **Heidelberg, Donnerstag 24. August.** **1848.**

Uebersicht.

Das Memorandum von Dackwitz. I. — Wien (Plan des Ministeriums in Italien). Tirol (Graf Brandis Großkreuz des Leopoldordens). Berlin (demkr. Verein. Die Schwerdtfeger Kommission. Gehässige Maßregeln des Polizeipräsidenten. Anschlag des Klubs für Volksrechte. Arnold Ruges Rundreise). Das Rheinpreußen (das cepublikanisch-jesuitische Treiben am Rhein). Stuttgart (die Truppen). Bremen (Duckwitz). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Interpellation wegen der Stellung Oesterreichs zur Centralgewalt. §. III. der Grundrechte. Die englisch-französische Note an das deutsche Reichsministerium).

Schweiz. Chur. Die italien. Officiere in der Schweiz.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Cavaignacs Rede. Die „Assemblée nationale" über die Monarchie. Der National über die Bewegung im Volke.

Italien. Rom. Protest des Papstes gegen Weidens Vorrücken.

24. August.

Der Minister von Dobhoff hat neulich bei einer Interpellation auf der Tribune gesagt, daß in unsern Tagen die Politik nicht mehr auf den Ministerbänken gemacht werde, „der Weltgeist selbst mache die Politik". Es kann bei der „gemüthlichen Anarchie" in Wien allerdings von einigem Vortheil sein, die konstitutionelle Verantwortlichkeit der Minister auf solche Weise allmählich auf die Schultern des unter einem andern Namen wiedereingeführten alten Gottes zu wälzen — wir Andern im übrigen Deutschland sind bereits hinreichend zufrieden gestellt, wenn nach der viermonatlichen Heerschaft der Staatsmänner von achtzehn Jahren die Politik endlich von der Gasse und aus den Bierhäusern wieder in die Gewalt solcher Köpfe zurückkehrt, welche ebenso fern von der intriguevollen Treulosigkeit der alten Aristokratie als von der gedankenleeren Gesinnungstüchtigkeit der jungen Demokratie die Verhältnisse betrachten, wie sie eben sind, und deren Zukunftspläne, anknüpfend an die noch vorhandenen Enden sich nicht über die Länge des gegebenen Fadens hinausspannen. Es ließ sich zwar wohl voraussehen, daß sobald es sich um die Fragen der ökonomischen Politik handelt, die plötzlich erwachende Selbstkenntniß einzelner Führer die bisher gepflegten Träume von Portefeuillen zugleich mit zerstören, nachdem die socialistischen Phrasen ihren 24. Juni erlebt haben, und somit nur wenigen geeigneten Männern die schwierige Aufgabe verbleiben würde, Ordnung und Wohlstand in unsern zerrütteten materiellen Angelegenheiten wiederherzustellen. Daß man schon seit Wochen in Frankfurt einstimmig Duckwitz zu am Fähigsten hielt und ihn endlich an den Posten stellte, welcher in Betreff seiner „Dornen" dem von Hansemann wohl Nichts nachgibt, das bietet in unsern Augen Deutschland eine nachhaltige Garantie für die Erfüllung seiner Hoffnungen; denn — der Name Hansemann bringt uns auf diesen Gedanken — bei einer leicht möglichen Aenderung im Reichsministerium dürfte er, wie der einstige Deputirte von Aachen, von jeder Partei ungehindert in seiner Wirksamkeit belassen werden, und sich wie jener an Carnot's Grundsatz halten können, daß man, ne quid respublica detrimenti capiat, unter jeder Gewalt dem Vaterlande die unentbehrlichen Dienste widmen müsse.

Duckwitz'ens handelspolitisches Glaubensbekenntniß liegt schon seit Jahren der Nation offen vor, die beiden Bremer Denkschriften von 1839 und 1842, sein Entwurf eines deutschen Handels- und Schifffahrtsbundes haben in ihrer aus einem Gedanken entsprossenen, einfachklaren Auffassung nicht wenig dazu beigetragen, im Volke die Aufmerksamkeit von den nutzlosen Zänkereien des Freihandelthums und Schutzzollsystems auf die praktisch zu ergreifenden Maßregeln selbst zu lenken und die Ansichten über die höhere Einheit aufzuklären, in welcher die an sich widerstrebenden Interessen einzelner Industriezweige zusammentreffen. Unter dem Drucke der früheren Zeiten blieben seine Pläne nur Pläne, deren Folgerichtigkeit zwar anerkannt, denen aber selbst keine Folge gegeben wurde; bei den veränderten politischen Gestaltungen mußte nun eine etwas veränderte Verwirklichungsart der unveränderten Projekte entworfen werden, und das ist der Zweck eines Memorandums, welches die letzte schriftstellerische Arbeit des nunmehrigen Handelsministers, mithin sein Programm, bildet. Dasselbe fordert als Grundbedingung aller ferneren einheitlichen Schöpfungen eine Staatenkammer. Wir haben noch vor der Ernennung der prov. Reichsgewalt eine politische Denkschrift mitgetheilt und näher besprochen, die ein solches Organ neben der Nationalversammlung, gebildet aus den Abgesandten der einzelnen Regierungen und unterstützt von sachverständigen Beiräthen, zur Vermittelung der partikularistischen Konflikte in Vorschlag brachte. Die letzten Wochen haben für den richtigen Blick ihres Verfassers nur zu augenfällige Belege und einem Jeden das Bedenken gegeben, daß wenn ein einziger Akt, wenn die Huldigungsfrage schon so bedauerliche Risse in der neuen Eintracht veranlaßte, noch unendlich viel mehr Spannungen erst bei Maßregeln entstehen werden, welche in die materiellen Interessen der Sonderstaaten eingreifen. Wir sind daher vollkommen damit einverstanden, daß diese Forderung entschieden festgehalten wird, und wünschen sie in jedem Programme der verschiedenen Minister an der Spitze zu sehen. Man täusche sich doch nur ja nicht in Frankfurt über die zu Gebote stehenden Mittel zur Realisirung der einzelnen Projekte. Will man nicht an dem tief im Volke wurzelnden Sonderthum die beabsichtigte staatliche Concentration Deutschlands zerschellen lassen, oder zu ihrer Verwirklichung eine Revolution, einen Bürgerkrieg heraufbeschwören, dessen Blut alle gewonnenen Resultate weitaus überschwemmen wird, so bleibt nichts Anderes übrig, als sich zu den neuen Organisationen der bestehenden Organismen zu bedienen, wobei sich die praktische Nothwendigkeit, Vertreter derselben zur leichteren Handhabung in einer politischen Korporation zu vereinen, von selbst ergibt. Nur auf eine solche Weise wird man die fernere Entwicklungsgeschichte Deutschlands in die rechte Bahn hineinbringen.

Die weiter in dem benannten Memorandum entwickelten Grundsätze und Vorschläge sind der vorangestellten Operationsbasis durchaus entsprechend; überall dienen die bestehenden Verhältnisse als Anknüpfungspunkte zur beabsichtigten Handels- und Zollreaigung, das Princip der Evolution wird trotz der äußerst verwickelten Sachlagen in meisterhafter Einfachheit und Faßlichkeit festgehalten. Es kann hier natürlich nicht in unserm Plane liegen, die nur in großen Umrissen und oft beispielsweise die speciellen Gegenstände berührenden Aktenstücke auszugsweise in noch größeren Kontouren unsern Lesern mitzutheilen; nur zu besserer Verständlichkeit unserer nachfolgenden Urtheilsäußerungen bemerken wir, daß die ganze Schrift in drei Abtheilungen zerfällt, von welchen die erste sich mit dem festzustellenden Verhältnisse der einzelnen Staaten zur Reichsgewalt beschäftigt, die zweite die allgemeinen Steuerverhältnisse ins Auge faßt, und endlich die dritte die Mittel und Wege angibt, auf denen man am geeignetsten die Zollerhebung und die Kontrole der Einfuhr ermöglicht. Ehe wir aber auf diese bezeichneten Abschnitte näher eingehen, möge es uns erlaubt sein, auf einen Punkt aufmerksam zu machen, welcher uns einige, fast möchten wir sagen, Sorge bereitet. In dem Programm des Handelsministers wird

nämlich die allgemeine Auffassung des deutschen Güterlebens, seine Stellung zu dem anderer Nationen, kurz das nationalökonomische Ziel vermißt, welchem gegenüber alle andern Pläne und Vorschläge zu Mitteln herabsinken. Damit ist keineswegs eine Philosophie der deutschen Volkswirthschaft gefordert, oder gar eine den Socialismus berührende Erörterung von Principien hinsichtlich der Organisation der nationalen Arbeit; allein die Frage bleibt unbeantwortet, ob er damit umgeht, Deutschland zu einem Fabriklande zu erziehen, welches sich für seine Fabrikate die Früchte der Urproduktion von Außen kauft, mithin stets abhängig von den Schwankungen des Absatzes bleibt, und mit welchen Völkern es dann diese internationale Theilung der Arbeit einzugehen hat; oder ob er in den Grenzen desselben ein von Außen gänzlich unabhängiges Erzeugungs- und Verkehrsgetriebe einzurichten gedenkt, in dem hinsichtlich der Hauptadern, unberührt von den Vorgängen jenseit seiner Marken und Meere, die Stofferzielung und Stoffveredlung, sich gegenseitig deckend, in einander greifen. Daß er der heimische Industrie auch den heimischen Markt zu sichern beabsichtigt, und höchstens zur Erhaltung ihrer steten Regsamkeit und Fortbildung eine schwache Konkurrenz der Fremden zulassen wird, bedarf wohl keiner Bejahung mehr; ob er jedoch die Meinung hegt, daß Deutschland jemals im Stande sein wird, durch gleich billige Machgüter die auswärtigen Märkte zu erwerben, welche England und Frankreich bereits seit vielen Jahren in ausschließlichen Besitz genommen haben; ferner ob es wünschenswerth für die Sicherheit seiner gesellschaftlichen Zustände ist, daß dies geschieht, weil ja täglich mehr die auswärtigen Staaten, sogar von der andern Seite des Wassers, sich zu einem selbständigen Produktions-Organismen abrunden, wodurch in Zukunft unausbleiblich die auf den Fabriken übermächtig herangewachsene Menschenklasse gänzlich dem Proletariat verfällt, oder ob Import und Export proportionell zur Nebensache werden sollen, indem das Hauptaugenmerk darauf gerichtet ist, alle einzelnen Glieder vom großen materiellen Körper unseres Vaterlandes so zu entwickeln und zu kräftigen, daß er durch ihre gegenseitige Ergänzung in der stolzesten Freiheit den socialen Stürmen der nächsten Jahrhunderte entgegensehen kann, — wir haben auch nicht die entfernteste Ahnung von den Ansichten Duckwitzen's in Beziehung auf die eben ausgesprochenen Fragen. Der Umstand, daß sein früherer Wirkungskreis eine internationale Austauschvermittelung bildete, gibt für ihre Entscheidung noch eben so wenig eine Leitspur, als man aus seinen damalig ausschließlichen Geschäftsbeziehungen mit Amerika voraussetzen darf, daß ihm die politische wie kommercielle Wichtigkeit entgeht, welche den Ländern an der untern Donau, der Türkei, Moldau, Wallachei und Ungarn trotz seines kürzlich thörichterweise eingerichteten Schutzzollsystems für Deutschlands Industrie ohne allen Zweifel innewohnt. Wir wagen aber um so weniger Muthmaßungen darüber anzustellen, je mehr uns an einer bestimmten Antwort auf unsere Bedenken gelegen ist, und je lieber wir dieselben in der Einleitung des Memorandums erledigt gesehen hätten, dessen Einzelnheiten in den nächsten Nummern ein zweiter Artikel gewidmet werden soll.

Oesterreich. Wien, 18. Aug. Der Frkf. O. P. Z. wird geschrieben: Der Plan des Ministeriums mit Italien soll ungefähr folgender sein: Sogleich nach dem Friedensabschlusse mit Sardinien wird in Mailand eine konstituirende Versammlung zusammentreten, welcher es überlassen bleiben wird, die künftige Stellung der Lombardei zu bestimmen. Sagt sie sich von Oesterreich los, so wird sie zu der Bezahlung der Kriegskosten und ihres Antheils an der Staatsschuld angehalten werden. Erklärt sie sich aber für Oesterreich, dann fallen die Kriegskosten weg, dann wird sie mit dem Venetianischen vereinigt sich eine eigene Verfassung geben, und einen Vicekönig aus dem kaiserlichen Hause bekommen. Für den Fall ihrer Lossagung behält sich Oesterreich die Mincioilinie und die Besetzung einiger jenseitigen Festungen vor. Man hofft, auf diese Weise, indem man die Lombarden für unabhängig erklärt und es ihnen überläßt, über ihr Land zu verfügen, jede Intervention Frankreichs und Englands zu verhindern. Doch läßt man nebenbei die Hoffnung durchblicken, daß die Majorität der Lombarden sich unter den oben angegebenen Bedingungen für Oesterreich entscheiden werde.

† Aus Tyrol, den 19. August. Sie wissen, daß kurz vor Sr. Maj. der Kaiser dem entlassenen Gouverneur Grafen Brandis das Großkreuz des Leopolds-Ordens verliehen hat. Es fällt hierzulande Niemanden bei, den also Geehrten um diese Auszeichnung zu beneiden, so wenig man auch verkennt, wie werthvoll sie gerade dem Grafen sein muß, weil die Ordensverleihung ganz in seinem Sinne „die öffentliche Meinung" desavouirt; — dennoch hat dieser Vorgang zu manchen Bedenken Anlaß gegeben und der Eindruck, den er hervorrief, war nicht der beruhigendste. Man setzt nicht ohne Grund voraus, daß dem Akte dieser Ordensverleihung die nach der Konstitution nothwendige Intervention und Gegenzeichnung verantwortlicher Minister fehle, denn schwerlich dürfte ein Ministerium, das durch die Pensionirung eines rüstigen Beamten diesem offenbar ein Mißtrauensvotum gegeben hat, gleichzeitig eine Belohnung seiner bisherigen Dienste beantragen. Soll nun nicht angenommen werden, daß in einem konstitutionellen Staate noch nach alter Praxis Adel- und Ordensdiplome zur Kundgebung persönlicher allerhöchsten Wohlgeneigtheit dienen, so muß man glauben, die Dekorirung des Grafen Brandis bezwecke nichts Anderes, als ein empfindliches Dementi, von der Hofpartei dem Ministerium und dem Volke gewidmet. Die Feinde der konstitutionellen Regierung und der unkonstitutionell Regierenden, Beide deuten nun in ihrem Sinne diesen Umstand aus. Sprechen die Letztern von offener Reaktion, so jubeln die Andern über die Niedertage des Ministeriums, über die Anerkennung ihres Principes, über die Hoffnungen, die hiedurch angedeutet wurden, in Graf Brandis selbst soll sich in Tirol über kurz oder lang wieder „unentbehrlich" glauben. Ist es ein Mißgriff — Mißvergnügte mit Beweisen zu versehen, so muß es als ein Fehler gelten, Gegner des Staatsprincips in ihrer Meinung zu bestärken. Ohnehin bedarf es nicht, Diesen Muth zu machen. Wenn nicht mit lautem Feldruf, wie noch vor Kurzem, so arbeitet man da und dort im alten Sinne, das Volk gegen die Konstitution und ihre Freunde zu erbittern. Thätigst zeigen sich hiefür die ehemaligen Jesuiten und Liguorianer, welche der Kardinal-Erzbischof auf einzelne Seelsorge-Posten in seinem Diözesantheil einschiebt und welchen es an innerem Zusammenhang nicht gebricht, wenn man das berüchtigte Dokument: „ad patres dispersos" gehörig würdigt — jene geheime Anweisung für die aufgelösten Väter, die leider durch den braven Hauptmann der tirol. Wiener-Studenten, dem sie ein Zufall in die Hand führte, veröffentlicht wurde. Derselbe, Dr. A. Pichler, hat auch wiederig und ernst jenen Ordensmann (nun Kaplan in Eben) interpellirt, der Jedem die Absolution im Voraus versprach, welcher einen Wiener-Akademiker erschlägt, und nun die Genugthuung erhalten, daß der Kaplan seine „alsogleich widerrufenen, unüberlegten Worte" öffentlich in der Innsbruckerzeitung bedauert. —

Preußen. *** Berlin, 18. Aug. Im Süden berath man über Aufhebungsverbote gegen die bewehrten Vereine, in den preußischen Städten vermehrt sich ihre Zahl, und ich wüßte nicht, daß man mit Restriktivmaßregeln gegen dieselben umginge. Ob diese allüberall angebracht wären, ist, trotz des Beispiels von Paris, zweifelhaft und eine Frage für sich; man wird es aber schon um deßhalb hier nicht versuchen, weil die Macht dieser Klubs, so furchtbar sie in den Zeitungen und in ihren Plakaten aussieht, durch das Uebermaß von Anstrengungen, denen keine Resultate folgten, in sich selbst zusammengesunken ist. Daher mögen immerhin die Klubs in Halle und Breslau Donner und Blitze senden an die Deputirten nach Frankfurt und Berlin, es mögen auch in den sogenannten neuen Städten, in Stettin und Königsberg, neue Vereine diese Farbe sich aufthun, hier weiß man, was die Glocke geschlagen hat. Wenn nicht neue Aufreizungen oder mehr der unglückseligen Reibungen zwischen Militär und Bürger, wie in Schweidnitz und Düsseldorf, vorkommen, ist ihre Kraft im Ersterben. Nur, ich wiederhole es, Gewaltschritte von der andern Seite können ihnen wieder Lebenskraft einblasen. Die Regierung thut viel, indem sie einerseits den Provokationen eine vis inertiae entgegensetzt, andererseits mit den Bewilligungen und Zugeständnissen entgegenkommt, die sich wirklich als Nationalwille, als unumgängliche Aufgaben der Zeit herausstellen. Als eine inertia wird von Vielen gerügt, daß sie gegen die Kommission nach Schweidnitz nicht in irgend einer Art protestirt hat, daß sie auf den Antrag: „den Offizieren der Armee, wenn sie den Fortschrittsgedanken nicht huldigten, das Abschiednehmen zur Gewissenspflicht zu machen", den Protest nur der Minorität der Versammlung überlassen hat, daß sie nicht selbst energisch darauf eingeschritten ist. Zum energisch Handeln ist es entweder zu spät oder zu früh. Auf den Weg der Revolution gestoßen, geht sie nunmehr ehrlich darauf fort. An ihr ist es nicht mehr, die Uebergriffe der Nationalversammlung zu richten; sie überläßt das dem Publikum. Aber die Pflicht hätte sie allerdings noch, Alles, was an ihr ist, zu thun, jenen Militärereibungen vorzubeugen. Die Aufgabe ist schwer, wir stellen es nicht in Abrede, denn im Militär selbst ist die Gereiztheit sehr groß, die frühere Disciplin hat gelitten, der

Soldat fühlt sich als Mensch und ist noch von Liebe für sein Königshaus erfüllt. Ueber auch diese doppelt schwierige Aufgabe, weil es ehrenwerthe Gefühle schonen gilt, muß und sie wird gelöst werden. Mit Besorgniß hörten wir dagegen von dem Gerücht, daß der Polizeipräsident nachträglich gegen die Veranstalter und Ordner am Festzuge des 6. August gerichtlich verfahren wolle, weil er mit den gehaltenen Reden in die Kategorie der Volksversammlungen unter freiem Himmel falle, zu denen die polizeiliche Erlaubniß nöthig ist. Man wird sich hoffentlich eines Bessern besinnen. Auch hätte man immer die deutsche Fahne auf dem Kreuzberge können wehen lassen; der Konflikt zwischen dem Kommandeur der Konstabler und denen, welche sie von Neuem aufpflanzen wollten, ist unblutig abgelaufen, besser aber, wenn er ganz vermieden worden. Einige Demokraten wollen das Denkmal roth gelb schwarz anstreichen; allenfalls könnte man ihnen auch dies Spiel lassen. Der Klub für Volksrechte erläßt einen ellenlangen Anschlag an die Bürgerwehr: ob sie denn noch nicht merkten und sich noch nicht schämten, daß sie, berufen, die Volksrechte und Freiheiten zu schützen, gebraucht würden zu den Diensten der Polizeisergeanten! Man liest es, lächelt vielleicht und geht weiter. Indeß könnte die Zeit bald eintreten, wo der Eifer für den Bürgerwehrdienst auch nicht mehr durch Parade und Festlichkeiten warm zu erhalten wäre. Es ist auch schlimm um die Sache, daß man schon aus Spekulation demokratische Volksversammlungen arrangiren kann. Ein Komité einer Demokraten sieht sich genöthigt, gegen eine solche Versammlung zu protestiren, welche im Kroll'schen Lokal abgehalten werden sollte, weil sie sich überzeugt, daß die Absicht der Einladenden nicht Beförderung der demokratischen Grundsätze, sondern der Absatz ihrer Speisen und Getränke gewesen. Sie möchten nun nicht die Verantwortung für die Reden auf sich und ihre Sache nehmen, welche der Gastwirth zur Befriedigung seiner Gäste durch Redner, die er angestellt, halten lasse. Eine sehr vernünftige Protestation; aber es ist in Berlin sehr schlimm, wenn eine Sache auf diese Weise ins Gebiet des Lächerlichen verfällt. Auch für das Hauptargon der Demokraten, die Zeitungshalle, zeigt sich so wenig Theilnahme, d. h. die Beiträge zur Subvention laufen, obgleich nur groschenweis erbeten, so sparsam ein, daß man an ihrem Weiterbestehen verzweifelt. Der nervus rerum spricht in allen Dingen mit. Woher war er im Anfang da, und ist jetzt verschwunden? — Einer Zeitung zufolge war oder ist noch Arnold Ruge auf seiner Rundreise durch das demokratische Deutschland auch hier und hielt eine Rede in einem Klub über die Parteien in Frankfurt. In welchem Lichte wie diese Rundreise erscheint, davon sprach ich wohl schon früher. Ich glaube nicht, daß Ruge von hier viel Trost mitgenommen hat; möglich, daß der Eindruck, den er von den hiesigen Zuständen empfangen, der Grund ist, weßhalb dieser bedeutende Parteichef so wenig hervortrat. Zwar des Trostes, d. h. der Ermunterung, bedarf Ruge nicht; in ihm lebt seine Welt, fertig ausgebildet, was um ihn her uns Wesenheiten scheinen, sind ihm nur Truggestalten. Er gibt, schenkt und beglückt, in seiner Art, und verlangt Nichts dafür wieder; entweder hat er es schon, oder er braucht es nicht. So dünkt das klingt von einem Begriffsmenschen, wie er, ist er doch ein Schwärmer, und ein ehrlicher; Nichts hat ihn in seiner innern Sicherheit genirt, nicht einmal der Paeifer Rückschlag, daß er die widerspenstigen Kreaturen, Menschen genannt, mit ihren Nationalborsten und Stammhörnern noch in eine Glückseligkeitsform pressen werde, mögen sie wollen oder nicht. Dennoch meine ich, daß der Kosmopolit hier nicht allein nicht seine Rechnung gefunden, sondern auch ein gewisses Mißbehagen empfunden habe. Der irre lächelnde Blick, den Einige in ihm entdecken wollen, wird ihn nicht verhindert haben, zu sehen — worüber nur die hiesigen Radikalen sich noch täuschen mögen, und auch vielleicht diese nicht mehr.

§ Aus Rheinpreußen, 21. Aug. Die Vorfälle in Düsseldorf und Trier sind arge Mißtöne, die in den schönen Einklang von Köln tönen. Sie wissen, daß in Düsseldorf der Gemeinderath sich Anfangs sogar weigerte, dem Könige die ganz gewöhnliche Höflichkeit eines Empfanges zu erweisen, daß man es nicht verhinderte, als bezahlte Buben den Monarchen ausspiffen und Koth in seinen Wagen warfen, und daß später am Abend auf die Soldaten geschossen wurde, ohne daß diese es erwiderten. In Trier ging es noch schlimmer zu. Hier fielen meuchelmörderische Rotten über Soldaten ohne weitere Veranlassung her, als daß sie dem „mißfälligen" 26. Regiment angehören, und verwundeten Einzelne tödtlich. Diese Vorfälle beweisen leider, wie mächtig die Verführung ist, welche das Volk zu kaltblütiger Ermordung Schuldloser anhetzt, weil diese das Unglück haben, einem Stande anzugehören, der den Verführern beim Durchsetzen ihrer ruchlosen Pläne im Wege steht. In Trier ist selbst die sociale Republik zu einigem Nachdenken über diese Folgen von Lehren gekommen, die sie in solchem Maße nicht angewandt wissen will. Selbst gegen „verthierte" preußische Soldaten, sonst freilich die hassenswürdigsten aller Menschen, verübt, sind diese Angriffe doch etwas zu hyronisch. Das Organ der Republik mahnt daher selbst ab von der Wiederholung solcher „Rohheiten und Ungezogenheiten", wie sie die Banditenstreiche detaillirt. — Unsere Idealisten aber, denen vor lauter Gedanken an den großen Prachtbau der künftigen deutschen demokratischen Herrlichkeit diese Gräuel nichtsbedeutend sind — bedenken sie denn gar nicht, daß zur Demokratie noch weit mehr als zu andern Verfassungsgrundlagen ein starkes, allgemein verbreitetes Gefühl für Recht und Sittlichkeit gehört, unser Volk aber durch die blutigen Gewaltthaten, zu denen man es stachelt, allmählich entsittlicht und verwildert werden muß? Es reichen aber der Republik in unserer Provinz noch ganz andere Kräfte die Hand, als diese rohen Fäuste. Die Jesuiten — ich verstehe darunter natürlich nicht bloß die eigentlichen Mitglieder des Ordens, sondern Alle, welche die wohlbekannten Zwecke desselben eifrig fördern — fangen an, sich offner und ungescheuter, wenn auch nicht mit der Republik doch mit den Republikanern zu verbinden. Ihr Organ, die Rhein- und Moselzeitung, druckt mit großem Behagen Reden der Frankfurter äußersten Linken in ihrer ganzen Ausführlichkeit ab. Die armen Pfarrer und Kaplane werden am Ende noch Kanonen für einen katholischen Heros halten müssen. Brentano's berüchtigter Ausfall wird hier entschieden in Schutz genommen. Es wäre, heißt es, ja in der That gar kein wesentlicher Unterschied zwischen Hecker und dem Prinzen von Preußen vorhanden; beide repräsentirten entgegengesetzte Extreme und seien dafür thätig gewesen. Viele politische Blätter haben in unseren und früheren Tagen ihre Regierungen und entgegenstehende Parteien mit leidenschaftlicher Verblendung angegriffen, aber eines, welches nicht ein Regierungssystem, nicht eine Partei, sondern den Staat, dem es angehört selbst, mit einer so feindseligen Wuth bekämpft, wie es die Rh. und M. Ztg. täglich thut, hat es gewiß noch nie gegeben. Den Ruhm dieser Eigenthümlichkeit muß man ihr wenigstens lassen müssen; mit den geistigen Kräften, die ihr zu Gebote stehen, ist es freilich schwach bestellt. Man sage nicht, daß eben deßwegen, und weil ihre Verbreitung eine ziemlich beschränkte ist, auch ihre Wirksamkeit nur eine geringe sein kann. Dies ist keineswegs der Fall; sie ist das Organ eines, wenn auch kleinen, doch fanatischen Kreises, der durch sie immer mehr fanatisirt und erhitzt wird, und dann noch Unten weiter wirkt. Preußen muß aufgelöst und wo möglich ganz vernichtet werden, das ist das Thema, welches bald stärker, bald leiser, immer aber verständlich und hörbar durch alle Variationen, die darüber gegeben werden, hindurchtönt. Es muß Rache an ihm genommen werden für die Beeinträchtigungen, welche die katholische Kirche der Provinz unter seiner Herrschaft erfahren hat. Wie es mit diesen vorgeblichen Beeinträchtigungen beschaffen war, wird hoffentlich in nicht zu langer Zeit eine aktenmäßige Geschichte der kirchlichen Verhältnisse im Rheinlande darthun; es wird sich dann zeigen, bis zu welchem Grade man gegen die sich stets mehrenden Ansprüche und Forderungen der Hierarchie nachgiebig war. Im Allgemeinen kann schon genügen, auf die Erfahrung, die Jedermann hier machen konnte, hinzuweisen, daß die Klage über diese zu weit getriebene Nachgiebigkeit, über diese mittelbare Förderung priesterlicher Interessen, in katholischen Kreisen eben so laut, ja noch lauter war, als in protestantischen. Aber die Jesuiten und ihre Freunde wären freilich nur zu befriedigen gewesen, wenn die Regierung sich zu gleicher Zeit parteiisch gezeigt hätte gegen den Protestantismus — darum setzen sie schon in der Anstellung jedes tüchtigen Protestanten, wie in der Zurückweisung jedes für ein Amt untauglichen Katholiken eine Verletzung. Ueber alle höheren Beamten, welche bei ihren Vorschlägen und Gutachten nach der Befähigung fragen und ihre Pflicht zu Rathe ziehen, statt die Katholiken als solche zu begünstigen, ruft die Partei ihr Wehe, und ein doppeltes Wehe, wenn sie Protestanten sind. So machte sich jüngst in der Rh. und M. Ztg. der verletzte Ehegeiz einiger nicht beförderten Bonner Doctoren gegen Bethmann-Hollweg, der sein Amt als Kurator der Universität eben niedergelegt hat, in gemeinen Schmähungen Luft. — Die Errichtung der Centralgewalt, die Einsetzung des Reichsverwesers, ohne daß die Fürsten befragt wurden, ist in den Augen der Koblenzer Attacamontanen einer Absetzung derselben gleich. Mit dieser Voraussetzung unterminiren sie maulwurfsartig den Boden, auf dem wir stehen, täglich weiter und weiter. Ist die Entfernung auch noch nicht erfolgt, so dient doch schon die Machtverminderung ihren Zwecken trefflich, und welch ein Jubel, daß dies kein Geschlecht so hart trifft, als das verhaßte Hohenzollersche, das von dem „sogenannten" großen Kurfürsten, wie sie neulich schmähten, stammende. Dabei nehmen sie freilich den Mund voll von deutscher Eintracht und Einigkeit, auch religiöser und kirchlicher, die sie aber so verstehen, wie katholische Eifrer die Wieder-

vereinigung der Konfessionen immer verstanden haben, d. h. als unbedingten, reumüthigen Uebertritt der Protestanten in den Schoaß der ihre Arme nach ihnen sehnsüchtig ausbreitenden Kirche. Schon verhehlen sie auch nicht mehr, daß sie nicht bloß Preußen, sondern die protestantische Kirche überhaupt als ihren Feind betrachten. „Wir kennen — ruft ihr Organ aus — den Lügengeist des norddeutschen Protestantismus zu genau, als daß wir seinen Berspreehungen künftiger Gerechtigkeit noch Glauben schenken sollten.“ Ein besseres Zeugniß für den Sinn, in welchem die Ultramontanen sich künftig der konfessionellen Eintracht befleißigen wollen, konnten sie sich schwerlich ausstellen.

Würtemberg. †† Stuttgart, 20. August. Der Marschbefehl für unsere nach Schleswig-Holstein bestimmten Truppen läßt noch immer auf sich warten und wird vielleicht unterwegs in einen Gegenbefehl sich verwandeln. Generallieutenant von Miller, der sie kommandirt, ist einstweilen vorausgeritt, desgleichen eine Abtheilung Feldjäger. Gerüchtweise verlautet, daß morgen oder übermorgen die erste Kolonne des Fußvolks sich in Bewegung setzen werde. Weil man immer nur je tausend Mann auf einmal mit Eisenbahn und Dampfschiff befördern kann, folgen sich die Truppen in entsprechender Zahl und angemessenem Zwischenraum, um Anhäufungen auf dem Marsche zu vermeiden. Die Reiterei macht den ganzen Weg zu Land und bedarf vier volle Wochen dazu, nicht mehr und nicht minder, als sie auf der Eisenbahn brauchen würde, die nur 60 Pferde zumal aufnehmen kann. Wäre nicht wenigstens dieser Waffengattung kostspielige und zeitraubende Absendung zu ersparen gewesen? Zu Ehren der Officiere aus der Garnison Stuttgart gab die Museums-Gesellschaft einen Ball und ein Gartenfest. Trotz alles Geredes gegen militärischen Kastengeist und für aller Stände Einheit hatten sich nur wenige der ausdrücklich eingeladenen Officiere der Bürgerwehr an jenen Feierlichkeiten betheiligt. Noch geringeren Besuch fand ein zu Ehren Radetzky's in dem benachbarten Cannstatt unternommenes Mittagemahl. Wer daraus auf Mangel an Interesse an Personen und Ereignissen schließen würde, schlösse am Ende doch fehl; es gebricht eher an Sinn und Lust für öffentliche Darstellung seiner selbst. Der Schwabe fährt zusammen, wenn er bei einem Vivatruf seine eigene Stimme hört. Er bezahlt's nicht gern mit seiner Person. Kommen unsere Truppen im Norden nicht zum Schlagen und Siegen, so tragen sie doch vielleicht bei, wie die Waffenbrüder aus Frankfurt, Weimar, Hessen, Baden, zur Vereinigung der einzelnen Glieder in Einen Körper — sicher auch ein Sieg — ja überwinden sie im Norden vielleicht das eigenthümliche unläugbare Barurtheil des Südens gegen den Norden und belehren diesen, insonderheit die Preußen, daß sie nicht mehr allein „zahlen“, „opfern“ und „verlieren“. Diese Klage und Anklage hört man denn doch schier zu häufig im schleswig'schen Kriege. Daß der die Preußen, Heere und Häfen, Küsten und Kisten, zunächst trifft, liegt in der Natur der Sache, gerade so, wie uns ein französischer Krieg immer zunächst treffen würde und getroffen hat. Wenn wir ängstlich nachrechnen wollen, welcher Grenze Hut und Schutz, westliche oder östliche, südliche oder nördliche, zu des ganzen Deutschlands Frommen den einzelnen Stanten am meisten gekostet, sie am tiefsten gefährdet hat, so würden wir im Südwesten im „Haben“, nicht im „Soll“ stehen. Wir rechnen ja auch nicht, daß von der neuen Marine, zu der wir unser süddeutsches Geld zahlten, Norddeutschland den nächsten Vortheil genießen wird. Das mag sich der kaufmännische Patriotismus in Hamburg und Stettin hinters Ohr schreiben. Zudem, wir haben den Krieg nicht angefangen; wir meinen nur, er müsse eben beendet werden, weil er angefangen worden ist. Wie kostspielig, wie langwierig, wie unpolitisch er vom einzelnen Standpunkte aus scheinen mag, nicht dieser, sondern das Prinzip und die Nationalehre, die in Frage stehen, haben zu entscheiden. — Unser Kontingent zum badischen Republikanerzuge, 31 Würtemberger, sind vom König amnestirt, d. h. die Untersuchung ist auf seinen Befehl niedergeschlagen worden, eine Nachricht, die hier sehr guten Eindruck macht.

Bremen, 17. August. Die heutige Wes. Z. enthält Nachstehendes: Eine Mittheilung des Senats an die Bürgerschaft vom 14 August betrifft die Ernennung des Hrn. Senators Duckwitz. — „Es wird der Bürgerschaft bereits durch die öffentlichen Blätter zur Kunde gekommen sein, daß von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland die Ernennung des Herrn Senators Duckwitz zum Handelsminister nunmehr förmlich geschehen ist. — In Folge dieser Berufung hat jetzt derselbe in einem Schreiben vom 7. d. M. dem Senat die Anzeige gemacht, daß er im Vertrauen auf Gottes Hilfe dieses schwere Amt angenommen habe, daß indeß damit die Fortdauer seiner hiesigen Amtsverhältnisse nicht verträglich sei, und er daher darum nachsuche, ihm als Mitglied des Senats seine Entlassung zu ertheilen und die Bürgerschaft von derselben zu benachrichtigen. — Indem der Senat von diesem Ereignisse die Bürgerschaft in Kenntniß setzt, wird sie gewiß die Empfindungen, von welchen er dadurch erfüllt ist, nur theilen können. Wir haben es schmerzlich zu beklagen, fortan der amtlichen Wirksamkeit eines Mannes entbehren zu müssen, dessen Talent und erfolgreiche Thätigkeit sich für die Wohlfahrt unseres Staats in einem seltenen Grade bewährt hat. Aber es wird uns auch auf der andern Seite seine Berufung auf einen so ehrenvollen Standpunkt und zu einer Stellung, in welcher ihm für seine Leistungen im Interesse unsers deutschen Vaterlandes ein so ausgedehnter und so wichtiger Wirkungskreis eröffnet ist, nur mit freudiger Theilnahme erfüllen können. — Der Senat wird nun zwar keinen Anstand nehmen, dem erwähnten Gesuche gemäß zu verfahren. Indeß sind die Umstände, wodurch jetzt das Ausscheiden des Herrn Senators Duckwitz aus seinem amtlichen Kreise herbeigeführt wird, so eigenthümlicher Art, daß es sich zu empfehlen scheint, eine nähere gemeinsame Erwägung aller dabei in Betracht zu ziehenden Verhältnisse durch einige Mitglieder des Senats und einige Mitglieder der Bürgerschaft einleiten zu lassen, welche dann die Ergebnisse ihrer Berathung unverzüglich mitzutheilen haben werden, und will dieses daher der Senat der Bürgerschaft anheim geben.“

§ Frankfurt, 22. Aug. Für die heutige Sitzung der Nationalversammlung war die Fortsetzung der Berathung über den Art. III. der Grundrechte auf die Tagesordnung gesetzt. Bevor jedoch diese begann, erhielt Eisenmann das Wort, um an den Minister des Innern eine Interpellation wegen des Verhaltens der österr. Regierung in Beziehung auf die Anordnungen der Centralgewalt zu richten. Das Ausstrecken und Wiederabnehmen der deutschen Kokarde sehe aus wie ein Hohn auf Deutschland; man wolle sie ausstrecken lassen, wenn die Slaven zuerst sagen, daß sie es nicht übel nehmen. Die österreich. Verfassung, wie sie jetzt zu Stande kommen solle, vertrage sich von vorn herein nicht mit der deutschen Verfassung. Ihm sei es hauptsächlich darum zu thun, daß die Nationalversammlung erkläre, daß sie ohne Rücksicht auf diese Abschließungsbestrebungen ihr Ziel verfolgen und es mit der Nation hinter sich auch erreichen wolle. Seine Anfrage an das Ministerium gehe zunächst nur dahin, ob es diese Angelegenheit ins Auge gefaßt habe. Schmerling versichert, daß er die Gefühle des Redners vollkommen theile, eine nähere Erklärung werde aber am nächsten Freitag gegeben werden, wo eine andere Interpellation in diesem Betreff auf der Tagesordnung stehe. In der Rede des Abg. Eisenmann könne er indeß eine bestimmte Interpellation eigentlich nicht erkennen, vielmehr nur im Allgemeinen eine Anregung sich hierüber zu äußern. Eisenmann wollte hierauf noch einmal sprechen, erhielt aber von dem Präsidenten das Wort nicht mehr. Dieses erhielt Beister, Kultminister in Baiern, um über den Art. III. zu sprechen. Der Ruf nach Freiheit der Kirche werde in sehr verschiedener Bedeutung und unter sehr verschiedenen Hoffnungen erhoben, von den Einen, um dadurch der Kirche, soviel wie möglich, Abbruch zu thun, von den Andern dagegen, um die Kirche in die Lage zu setzen, unbeirrt und ungehindert vor der Staatsgewalt zu thun, was sie will, und nebenbei nach den Zügeln der Staatsgewalt zu greifen. Der Ruf nach Trennung von Kirche und Staat gehöre ganz der Neuzeit an, und sei Etwas, was einen tausendjährigen Zustand in unseren Verhältnissen ändern soll. Eine solche Trennung findet er nicht naturgemäß; denn was sich trennt, das liebt sich nicht, und doch durchdringe das Christenthum das ganze Staatsleben. Auch habe die Kirche durch ihre Organe eine solche Trennung noch nicht verlangt. Er glaube vielmehr, daß der Ruf nach Trennung seinen Grund in dem Wunsche einer Partei habe, zu herrschen, über die weltlichen Verhältnisse zu herrschen. Dies sei die klerikal-politische Partei, deren Wirken rein politisch sei, und deren Führer ebensogut dem Laienstande, wie dem Priesterstande angehören. Die Kirche sei absolutistisch und werde zu weltlichen Zwecken in diesem Sinne mißbraucht. Hier läßt sich der Redner über das Benehmen des Papstes in dem ital. Kriege in einer Weise aus, die ihm eine Rüge des Präsidenten zuzieht. Er will in dem Rufe nach Trennung wenigstens von einer Seite her lediglich eine Abwehr der demokratischen Institutionen erkennen. Alles gehe auf eine Priesterherrschaft hinaus, und man werde dem Christenthum eine Wunde schlagen, wie in 1800 Jahren keine geschlagen worden ist. Das Heilmittel sei nicht in der Trennung von Kirche und Staat, sondern darin, daß sich die Kirche reformire an Haupt und Gliedern. Dazu will er eine deutsche Synode, und zwar eine allgemeine von beiden Kirchen, um das Verhältniß zum Staate zu berathen, und dann von jeder Kirche besonders, um ihre innere Angelegenheiten zu ordnen.

Zittel, evang. Pfr. aus Baden, wünscht, daß anstatt „Glaubens- und Gewissensfreiheit“ in §. 11 gesetzt werde „Freiheit des Bekenntnisses und des Kultus“, und sodann, daß alle Antragsteller

Digitized by Google

in der Richtung für die Freiheit der Religionsgenossenschaften sich für das erste Minoritätsgutachten vereinigen möchte: „die bestehenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt, sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig.“ Daß diese Forderung zugleich von einer ihm ganz entgegengesetzten Seite gemacht werde, könne ihn nicht irre machen; was er für sich und seine Kirche fordere, das biete er auch dem Gegner. Die Furcht vor der Bildung von Sekten sei ungegründet, denn ihr widerspreche die Richtung der Zeit, welche überall mehr auf Einigung als auf Zerspaltung gehe, und überdies seien Sekten dem eigentlichen religiösen Leben nie nachtheilig gewesen. Sekten des Unglaubens seien eigentlich etwas Undenkbares, und wenn politische Bestrebungen sich darin zu verstecken suchen, so werde ein gesunder und lebenskräftiger Staat sie aufzufinden wissen. Man zeige eine große Angst vor der Ausübung der Kirchengewalt, wenn der Staat nicht mehr schützend dazwischen trete. Allein der größte Schutz, den der Staat gewähren könne, sei der, daß er die Thüre der Kirche öffne, und sage wem es zu enge darin wird, für den ist Platz da draußen. Am meisten zuwider ist ihm die Furcht der Protestanten vor der Macht, welche der Katholicismus durch eine unabhängige Stellung erhält. Er anerkennt vollständig sowohl die gegenüberstehende Macht, als auch die bedenkliche Lage des Protestantismus, wenn er in seiner gegenwärtigen Zerrissenheit nun auch des äußeren Schutzes entbehren soll, welchen er durch seine bisherige Verschmelzung mit dem Staate genossen hat. Aber er vertraut auf die innere Kraft desselben, und hält es für gut, wenn derselbe durch diese neue Lage aus seiner bisherigen Schlaffheit, in die er im Schooße der Polizei versunken ist, aufgeregt wird. Das sei viel besser, als immer rufen: Polizei hilf, der Jesuit kommt! Begreiflicher seien die Besorgnisse aufgeklärter Katholiken vor der Macht der Hierarchie in der eigenen Kirche. Dagegen könne aber der Staat nicht helfen, sondern nur das Volk selbst; es dürfe nur sagen: wir wollen die Hierarchie nicht, dann sei sie auch nicht mehr da. Bei den Befürchtungen vor den Uebergriffen der Kirche in den Staat meint er, hänge der bureaukratische Zopf noch bedeutend heraus. In dem demokratischen Staat seien Konflikte der Art gar nicht mehr möglich. Gefordert aber müsse die Unabhängigkeit der religiösen Gesellschaften werden zunächst, weil ohne sie die Religionsfreiheit ein leeres Wort sei. Eine freie Vereinigung zu einem religiösen Gemeinleben sei schlechthin unmöglich, so lange eine außerhalb stehende Gewalt ordnend, herrschend oder auch dienend darauf einwirke. Dabei dürfe man zwischen sogenannten äußeren und inneren Angelegenheiten nicht unterscheiden. Hauptsächlich aber müsse die Unabhängigkeit der religiösen Genossenschaften darum gefordert werden, weil sie Grundbedingung ihrer innern zeitgemäßen Entwickelung sei. Gerade die Staatsgewalt habe diese bisher gehindert. Eine neue Zeit für die religiösen Gemeinwesen stehe bevor. Das Volk sei des theologischen Haders müde geworden. Das Bewußtsein mache sich geltend, daß die Aufgabe der Kirche nicht mehr die Uniformirung der religiösen Vorstellungsweise, sondern das relig. Gemeinleben in seinem ganzen Umfange sei. Die sociale Frage in ihrer höchsten, erhebendsten Bedeutung müsse von den kirchlichen Genossenschaften erfaßt werden; sie werde außerdem weder durch die rothe Fahne, noch durch die bloße Gesetzgebung gelöst. Hier sei auch allein der Boden, wo der Konfessionshaß erstirbt und die verschiedenen Religionsgenossenschaften in Frieden sich begegnen und endlich zur Einigung kommen werden. Das Alles aber könne nur auf dem Wege der freien Entwickelung ohne staatliche Bevormundung geschehen. Dadurch werde aber zugleich ein Hinderniß der politischen Einigung beseitigt, und doch zugleich der Weg zu einem wirklich gesegneten aber freien Zusammenwirken zwischen Kirche und Staat. Man rede mit Unrecht von einem „glaubenlosen“ Staat, der Staat sei weder gläubig, noch glaubenlos, sondern die Menschen, welche darin wohnen, seien es. Diese machen Gesetze und regieren und bringen ihre Grundsätze und ihren Glauben mit in die Gesetzgebung und die Staatsverwaltung. Dadurch wirken die Religionsgenossenschaften auf den Staat. (Hätte der Redner den leitenden Artikel Ihrer Zeitung in Nr. 230 gelesen, so würde er gesagt haben, die Menschen, welche Mitglieder der Kirche und zugleich Bürger des Staates sind, sind die „Brücke“ zwischen Staat und Kirche, welche jener Artikel nicht finden kann, und zwar eine lebendige Brücke, welche jedenfalls besser ist, als eine papierene).

Vogt aus Gießen erklärt, er sei in dieser Sache vollkommen neutral, sein Standpunkt sei über allen Parteien, so hoch darüber, daß es eigentlich gar kein Standpunkt mehr sei. Er sei für die Trennung, aber unter der Bedingung, daß die Kirche ganz vernichtet werde. Für ihn ist jede Kirche Nichts, als ein Hemmschuh der Civilisation, jeder Glaube nur ein Hinderniß der Erkenntniß. Er will die Sittlichkeit gründen nicht auf Glaube, sondern auf die freie Menschenwürde. Eine Kirche könne nicht demokratisch sein; sei sie dies, so sei sie keine Kirche mehr. Die Jesuiten im Sonderbunde haben gelehrt, wer die Leute sind, welche die Trennung der Kirche vom Staate wollen. Die Hierarchie wolle das Volk verdummen, und mit der Dummheit kämpfen selbst die Götter vergebens. Aber doch fürchte er den Kampf nicht, wenn er gekämpft werde auf dem Boden der vollen Freiheit. Man müsse auch die Kirche des Unglaubens frei lassen. Er gesteht, daß die Mehrheit die Vergangenheit und Gegenwart für sich habe, aber seine Partei habe die Zukunft. Darum fordere diese vor Allem die völlige Freiheit der Schule von der Kirche; sie wolle die Jugend erziehen, dann gehöre ihnen das künftige Geschlecht. Es versteht sich, daß die höhnenden Ausfälle auf die Religion beklatscht wurden, denn sie waren mit derbem Humor und Witz gespickt. Ueberhaupt aber muß bemerkt werden, daß in dieser Diskussion die Vorträge ganz entgegengesetzter Tendenz beklatscht werden, und zwar häufig von denselben Händen, ein Beweis, wie man im Allgemeinen in dieser Frage noch im Unklaren ist.

Jürgens, ev. Geistlicher, ist für das erste Minoritätsgutachten, in dem Fall, daß der Artikel III des Ausschusses angenommen wird, stellt aber einen andern Antrag, welcher von dem Grundgedanken ausgeht, daß die Religion eine Macht über das Individuum und in dem Individuum, eine Realität im Staate, wie in der ganzen menschlichen Gesellschaft sei. Das deutsche Staatsleben habe auf dem religiösen und vorzugsweise dem christlichen Principe beruht, und müsse ferner darauf beruhen. Diese Thatsache unberücksichtigt zu lassen scheine ihm nicht staatsmännisch. Es werde dadurch der geltende Staatsbegriff gänzlich verlassen. Der §. 14 gebe dem Staate und der Kirche zu wenig. Die kath. und protest. Kirche bleiben in ihrer unleidlich gewordenen Staatsbotmäßigkeit. Der Artikel geht von dem Mißtrauen gegen die Kirchen aus, und will Schutzmittel gegen sie, erklärt dagegen alle möglichen neu sich bildenden religiösen Vergesellschaftungen für vertrauenswerth und vollberechtigt. Der Art. III scheue sich das Princip auszusprechen, er nehme die Konsequenzen daraus an, trete aber wieder in Widerspruch mit §. 19, und führe in ein sehr gefährliches Experimentiren hinein. Bei gänzlicher Beziehungslosigkeit von Religion und Staat höre die Förderung sehr wichtiger Kulturinteressen auf, und auch die Aussicht höre auf, daß die sociale Frage, die doch der Staat allein nicht lösen könne, durch ein vereinigtes Zusammenwirken gelöst werde. Die Anträge des Redners sind folgende: „Jeder Deutsche hat volle Freiheit des Glaubens und Gewissens und der gemeinsamen häuslichen Religionsübung, ist unbeschränkt in der gemeinsamen öffentlichen Ausübung der christlichen Religion; auch ist die Ausübung der jüdischen Religion allen Beschränkungen enthoben. Die Religionsgesellschaften sind in Anordnung und Verwaltung ihrer Gesellschaftsangelegenheiten einer Beschränkung nicht unterworfen; neu sich bildende Religionsgesellschaften haben bei ihrer Bewerbung um öffentliche Religionsübung erst ein Bekenntniß vorzulegen. Die Verwirklichung dieses Rechtes hat der Staat in Beziehung auf die bestehenden Religionsgesellschaften durch Uebergangsgesetze anzubahnen.“

Döllinger, Propst aus München, wendet sich zuerst in kurzen Worten gegen Vogt, dem er zugibt, daß auch dem Unglauben die Berechtigung, sich geltend zu machen, zukommen müsse. Den Kampf mit demselben werde die Kirche nicht ablehnen; siege dann die Partei Vogts, so müßten eben die Uebrigen, die noch Etwas glauben, nach Amerika auswandern. Hauptsächlich aber hat es der Redner mit Beisler zu thun, dessen Rede er Stelle für Stelle durchstimmt und zu widerlegen sucht. Das Urtheil über den Papst in der italienischen Sache sei ungerecht und leidenschaftlich; die Behauptung, daß die Kirche ihre Unabhängigkeit nicht verlange, sei falsch. Den Vorwurf, daß keine Synoden gehalten würden, habe er am wenigsten von dem Kultminister erwartet, da es ja notorisch sei, daß es gerade der Polizeistaat war, der sie verhinderte. Sobald die Kirche frei sei, so werde es ihr erster Schritt sein, eine Synode zu berufen. Belgien gebe das Zeugniß, daß die befreite Kirche am wenigsten mit der Staatsgewalt in Konflikt komme. Die Konflikte der Konfessionen aber haben fast immer ihren Grund in der Einmischung der Staatsgewalt. Gegen die Gestattung der Sektenbildung sei er mit seinen Freunden keineswegs, selbst nicht in dem Falle, wenn sie nach §. 14 vor den bestehenden Kirchen bevorzugt werden sollten, so daß nur eigentlich sie frei werden, und die bestehende Kirche unter der bisherigen Vormundschaft bleiben. Dieses ungerechte Verhältniß bringe übrigens den Keim der Unhaltbarkeit in den Entwurf.

Beckerath aus Crefeld tritt den Aeußerungen Vogts mit großem Ernst entgegen. Das sei allerdings der höchste Standpunkt in der einsamen Höhe der kalten Abstraktion. Aber er müsse das deutsche

Digitized by Google

Volk dagegen verwahren, daß man etwa meine, das sei seine Ansicht, und daß er damit übereinstimme, daß seine religiösen Institutionen nur Fluch und keinen Segen gebracht hätten. Ueber die Zukunft sei er beruhigt. In der Luft des bloßen eisigen Bestandes vermöge keine menschliche Brust zu athmen, und darum müsse auch dieses Streben in Deutschland zu Schanden werden. In den Grundrechten sei die Wohnung des deutschen Bürgers für unverletzlich erklärt; darum dürfe auch eine Bestimmung nicht fehlen, welche dasjenige Gebiet für unverletzlich erklärt, welches das seines heiligsten Besitzes ist. Der Mensch gehöre zweien Welten an. Das Diesseits vermag nicht alle, nicht seine tiefsten Bedürfnisse zu befriedigen; darum habe er Anspruch, daß auch seine jenseitige Bestrebung hier seine Pflege finde. Das sei ein Recht, das der Staat nicht nur nicht verkümmern darf, sondern auch schützen muß. Die Kirche solle darum frei gestellt, aber nicht vom Staate losgerissen werden; deßhalb unterscheidr er zwischen innern und äußern Angelegenheiten und unterstützt den zweiten Minoritätsantrag (welcher statt „Angelegenheiten" überhaupt „innere Angelegenheiten" sagt, im Uebrigen mit dem ersten Minoritätsantrage gleich lautet). Dem Staate gehört das Diesseits, der Kirche die Sorge für das Jenseits; darin sei kein Gegensatz, sondern eine gegenseitige Ergänzung. Der Glaube klatschte Beifall, der Unglaube zischte.

Greiz, Bischof von Frauenburg (ein scharf geschnittenes, sehr energisches Greisenantlitz), wurde nur in der nächsten Umgebung der Rednerbühne verstanden. Er fordert im Namen seiner Glaubens- und Standesgenossen die Freiheit und Unabhängigkeit aller religiösen Genossenschaften. Einen Beweis, wie sehr der gegenwärtige Druck empfunden werde, liefern die sehr vielen Petitionen aus allen Konfessionen. Bei der großen Empfindlichkeit der deutschen Nation in religiösen Dingen würden die Grundrechte schwerlich mit Freude aufgenommen werden, wenn nicht die kirchliche und konfessionelle Unabhängigkeit darin gesichert würde. Inneres und Aeußeres gehe so in einander, daß eine Scheidung praktisch nicht möglich sei. Das jus circa sacra sei ein unbestimmter Begriff, welcher dem größten Mißbrauch ausgesetzt sei. Wenn daher dieses neben den Grundrechten stehen bliebe, so sei alle gegebene Freiheit illusorisch. Was in dem Entwurf der Grundrechte stehe, das stehe schon in der preußischen Gesetzgebung, und dennoch habe man in Preußen so viel zu klagen. Daher müsse das Prinzip der gänzlichen Unabhängigkeit der kirchlichen Genossenschaften bestimmt und unumwunden ausgesprochen werden. So sei es in Amerika, und wenn man in Deutschland diesem Beispiel folge, so liege darin gewiß keine Gefahr für die Ehre und die Einheit des Vaterlandes. Er stimmt (als Vertreter der katholischen Partei) dem ersten Minoritätsantrage bei und beingt dazu folgende Zusätze: „Die Bestellung von Kirchenbeamten unterliegt keiner Mitwirkung des Staates, auch nicht vermöge des Patronatsrechtes. Die Bekanntmachung kirchlicher Erlasse ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. Jeder Religionsgesellschaft wird der Besitz und die freie Verwendung ihres Vermögens, sowie ihrer für Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten gewährleistet."

Christ, Obergerichtsdirektor aus Baden, spricht ebenfalls für die Unabhängigkeit der Religionsgesellschaften. Sie werden darum von verschiedenen Seiten verlangt, weil auch verschiedenen Seiten Unrecht gethan worden sei. Er zeigt, daß die Unabhängigkeit nicht nur möglich, sondern eine unumgängliche Nothwendigkeit geworden sei. Nur das sittliche Element sei die nothwendige Grundlage des Staates; die Aufnahme einer positiven Religion sei für ihn keine Nothwendigkeit. Die Aufgabe aber sei, aus dem Verhältniß des Staates alles das auszuscheiden, was nicht nothwendig für denselben sei. Der Grundsatz: „daß der Staat sich indifferent gegen die Religionsgesellschaften verhalte, sei keineswegs gefährlich. Die Kirche sei nicht an sich eine Gegnerin des Staates, das sei der Irrthum, von dem alle Redner gegen die Unabhängigkeit ausgegangen seien. Wenn die Religion dadurch gefährlich wäre, weil sie als Macht des Geistes über dem irdischen Staat steht, so wäre das jetzt schon so, auch ohne die Unabhängigkeit der Kirche. Auch in der Selbstverwaltung des Vermögens und der Selbstanstellung ihrer Beamten findet er nur ein natürliches Gesellschaftsrecht, aber keine Gefahr für den Staat. Die Furcht vor einem Verdummungssystem sei eine Einbildung; dagegen habe man die freie Presse, die Macht der deutschen Philosophie, das deutsche Schulwesen und zwei Religionen, die sich gegenseitig bewachen. Es sei eine moralische Unmöglichkeit, daß dagegen ein wirkliches Verdummungssystem aufkomme. Uebrigens würde eine Kirche, welche es begünstigte, dadurch sich selbst zerstören. Die Klagen der Mitglieder gegen die eigene Körperschaft, sofern sie das besondere religiöse Gesellschaftsverhältniß nicht betreffen, gehören nie vor die Staatsbehörde. Uebrigens sollte man sich nicht vor sich selbst, und nor der eigenen Freiheit fürchten.

Bauer, evangel. Pfr. aus Bamberg, spricht zuerst Beckerath seinen Dank dafür aus, daß er das rechte Wort nach jener luftigen Höhe gerichtet habe, wo kein Standpunkt mehr sei und kein Ernst in ernster Sache, sondern nur herum flankirende Witze. Er ist gegen die Unabhängigkeit der Kirche. Er verwundert sich, wie Döllinger sich auf den bairischen Landtag berufen könne, wo derselbe gegen die Beschwerden der Protestanten das Abel'sche System so eifrig vertheidigt habe. Der Redner geht überall von den besondern Erfahrungen in Baiern aus und zählt die Gefahren auf, welche die protestantische Kirche erwarten, wenn man die ultramontane Partei schalten und walten lasse; dann werde der Uebergriffe kein Ende sein. Man habe die Erfahrung nirgends so gemacht, wie in Baiern, was aus einer Koalition des Ultramontanismus und der Staatsgewalt für Bedrückungen hervorgehen. Der Redner übersah übrigens dabei, daß eben dadurch eine solche Koalition unmöglich wird, daß sich der Staat indifferent gegen die Kirche zu verhalten hat, und der Ultramontanismus ohne die Mitwirkung der Staatsgewalt z. E. keine Kniebeugungen der Protestanten, anordnen kann.

♂ Frankfurt, 23. August. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war eine höchst interessante. Es war der zweite Schlachtag zwischen Staat und Kirche. Im Namen der Freiheit will die letztere von dem ersteren getrennt sein. Im Namen derselben Freiheit wird dagegen von der andern Seite die Fortdauer der Staatsaufsicht verlangt, damit die Kirchengewalt nicht allzu frei werde, nicht allzu freie Hand erhalte zur Knechtung der ihr Untergebenen. Höre ich von Philips, von Döllinger, von dem Bischof von Ermeland die Freiheit verlangen, so kann ebensogut der Czaar von Rußland dieser Göttin huldigen, denn auch er begehrt, besitzt die vollr Freiheit, aber nur die Freiheit, Andere zu knechten. Dies wurde sehr gut ausgeführt von Hrn. Bauer von Augsburg und von dem bairischen Kultusminister v. Bristee. Dieser sagte mit Recht, die Freiheit der katholischen Kirche habe nur dann einen Sinn, wenn die Verfassung der katholischen Kirche selbst eine freie werde. Es handle sich nicht bloß darum, die Kirchenfürsten frei zu machen, sondern die Kirchengemeinde. Solange die katholische Kirche nicht auf Synodalvertretung gegründet werde, werde die Trennung vom Staate nie zur Freiheit führen. Daß der Münchner Professor Döllinger, der vor wenigen Jahren (damals aber nicht im Namen der Freiheit?) am Eifrigsten dafür stritt, daß auch protestantische Soldaten bei katholischen Feierlichkeiten ihre Kniee beugen müßten, mit solchen Grundsätzen des bairischen Kultusministers höchst unzufrieden war, ist natürlich. Fast eine Stunde lang richtete er die Pfeile seiner scharfen Dialektik auf diesen Ehrenmann. Und die Pfeile trafen. Hr. Döllinger ist ein wahrer Debatter. Ohne ein verletzendes Wort auszusprechen, umschlingt er glatt wie eine Schlange seinen Gegner und erdrückt ihn. Hier ist ein ausgezeichnetes Talent, das uns bewundern läßt, wenn wir auch mit der Sache, der es dient, nicht einverstanden sind. Mehr werth ist auch, Ueberzeugung als Bewunderung hervorzubringen; überzeugen aber wird Hr. Döllinger nicht; im Gegentheil erwecken diese stechenden Blicke, diese beweglichen und eines jeden Ausdrucks fähigen Mienen, diese künstliche äußere Ruhe und Glätte nur ein Gefühl der Unheimlichkeit und des Mißtrauens. Wie ganz anders wirkten die Worte Zittels und Jürgens, zweier protestantischen Prediger, welche gestern zum ersten Mal die Rednerbühne bestiegen. Hier ist der verständliche, einfach natürliche Ausdruck der Wahrheit, der nicht zu glänzen braucht, um zu überzeugen. Besonders merkwürdig, wenn auch nicht überraschend war das religiöse Glaubensbekenntniß der Linken. Hr. Vogt, der es ablegte, sprach ausdrücklich im Namen seiner Partei. Ob sie ihm dafür danken kann? Welchen Eindruck soll es machen, wenn ein so ernster Gegenstand mit solch' burlesker Dreistigkeit behandelt wird? Wie soll da ein Staatsmann, ja ein Volksmann erkannt werden, wo jeder Glaube als ein Hemmniß der Bildung erklärt wird? Wo man sich lossagt von Allem, was Religion heißt, von Allem, was das Volk in seinen Leiden tröstet, von Allem, was in der Menschenferne Tieferes und Wärmeres lebt, als der kalte Verstand und die geübelnde Vernunft? Wer sich in solcher Leerheit, die er mit widrigem Selbstgefallen zur Schau trägt, wir Hr. Vogt, befriedigt fühlt, der wird nimmermehr des Volkes Sympathien besitzen, nimmermehr das wahre Volksleben begreifen, und nie dessen Bedürfnisse zu befriedigen verstehen. Hr. Vogt scheint dies selbst gefühlt zu haben, er gestand, daß seine Partei nicht in der Gegenwart wurzle. (Daher auch von ihm, wie von Blum in Leipzig die Klage, daß man die Minister nicht aus ihren Reihen genommen.) Hr. Vogt gestand, daß seine Partei sich erst durch Befreiung der Schule ein eigenes Ge-

Digitized by Google

schlecht erziehen müsse; sei dies geschehen, dann würden sie gesiegt haben, die Zukunft gehöre ihnen. Bei solcher schätzenswerthen Einsicht ist nur zu beklagen, daß die Linke durchaus schon die Gegenwart regieren will. Für die Zukunft träumt sie sich wohl die Wiederkehr eines Dienstes der Göttin Vernunft nach dann wird ja der Entfaltung Vogt'scher Bildung keinerlei Hemmniß mehr im Wege stehen. Auf diesen Redner war es Labsal, Beckerath zu hören. Wenige Worte aus seinem tiefer warmem Gemüthe genügten, den widrigen Geist, der stets verneint, in sein Nichts zurück zu schleudern. Ich habe Herrn Beckerath noch nie so gut sprechen hören. Er ist Mennonit. — Wann wird einmal ein Gegenstand zur Berathung kommen, in welchem die Linke anders als verarmend auftritt?

△ Frankfurt, 23. August. Wenn Sie in einer Ihrer letzten Nummern die von Paris kommende Mittheilung machen, die französische und englische Regierung hätten an die deutsche Centralgewalt eine Kollektivnote erlassen, in welcher „jede neue Truppensendung und jede Erneuerung des Kriegs gegen Dänemark als ein Akt der Feindseligkeit gegen sie selbst betrachtet und augenblicklich zu Gunsten ihres alten Alliirten eingeschritten würde", so kann ich Ihnen aus bester Quelle versichern, daß wohl von den Vertretern der beiden genannten Regierungen der lebhafte Wunsch ausgedrückt worden, den nordischen Krieg zu beenden, daß aber weder eine Kollektivnote, noch sonst eine drohende Note eingelaufen ist. Die Zeit, wo man an Deutschland drohende Noten erlassen konnte, ist vorbei. Drohungen würden jetzt nur die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen. Sie sehen auch, daß die Truppensendungen nach Schleswig fortdauern; in wenig Tagen werden dort zusammen 14,000 Mann Verstärkungen angekommen sein, weitere 22,000 Mann stehen marschfertig bereit, und wenn die von Hrn. Max v. Gagern eingeleiteten Unterhandlungen zu keinem Ziele führen, so wird eine kräftige Erneuerung des Kriegs beweisen, daß Deutschland die Verfolgung seines guten Rechts nicht von der Einwilligung anderer Mächte abhängig macht.

Schweiz.

♂ Chur, 19. August. Die kampfbereiten Schaaren, die noch im Veltlin und in Val Camonica stehen sollten, sind eben die, welche jetzt in den Thälern Graubündtens eine Zuflucht gesucht haben. Da sie beim Uebertritt auf Schweizer Gebiet entwaffnet werden, so liegt namentlich in Poschiavo eine Menge Waffen. Nach amtlichen Nachrichten zog vor zwei Tagen eine Kolonne von 1500 Mann mit Kanonen aus dem Münsterthale über den Ofen ins Engadin, von unsern Milizen begleitet. Von dort aus werden sie weiter über die Berge geführt, um sodann entweder nach Frankreich oder Piemont instradirt zu werden. Nachdem der erste Schrecken vorüber ist, kehren Manche nach Italien zurück, namentlich Solche, die sich der befürchteten Aushebung (die sich als bloßes Gerücht erwiesen hat) durch die Flucht entziehen wollten. Andere gehen nach Tessin, um dort den Gang der Dinge aus besseren Nachrichten abzuwarten. Tessin ist von Emigranten überfüllt. Auch hier drängen sich immer noch die Flüchtlinge, darunter Crociati, Mannschaft von der Todeslegion und andere Prodi, Alle hübsch am Leben und unverwundet. Ihre Berichte sind ganz im Style der italienischen Blätter gehalten. Sie schrieen über Verrath des Karl Albert, der Oberoffiziere; sich selbst mögt Keiner einen Antheil an der Schuld bei. Solche, die nach Frankreich ziehen, hoffen nächstens im Geleit eines gewaltigen Heeres der Franzosen siegreich wieder in ihr Land einzurücken. Hier fällt besonders auf, wie so gar wenig die Officiere sich um ihre Leute kümmern. Jene sind meist reichlich mit Gold versehen, die Gemeinen sind mittellos, abgerissen und auf die Hilfe der Schweizer angewiesen. Ein Hauptmann, der seiner Kompagnie hierher vorausgeeilt war, machte sich flink davon, nachdem er erst in Schenkhäusern herum renommirt — weil er Nichts weiter mit dem Gesindel zu schaffen haben wolle. Eine schöne Ausnahme machte ein Graf (oder Herzog) Capriola, den man an Gemeine Geld austheilen sah. Von einem zurückkehrenden Waadtländer Freiwilligen wird die Aeußerung erzählt, er bringe Nichts mit, als eine gründliche Verachtung gegen das ganze Volk, und diese Verachtung habe den höchsten Grad erreicht, als er gesehen, wie die Officiere zum Schluß die Kassen geplündert und sich aus dem Staub gemacht. Auch die Flüchtlinge vom Stilfserjoch beklagen sich bitter, daß sie von ihren Officieren schmählich verlassen worden.

Frankreich.

Paris, 21. August. Die heutige Sitzung der Nat.-Vers. war bei Weitem seit mehreren Wochen die interessanteste. Man hatte sich lange um die italienische Frage herumgedrückt, über den vollen Mund des Dichterstaatsmannes, der den unterdrückten Völkern mit Frankreichs gewaltiger Macht zu Hilfe eilen wollte, hatten endlich die leeren Hände Goudchaux's den Sieg davon getragen; nun galt es, dieses Hausgericht den noch nicht bis zur völligen Nüchternheit zurückgekehrten Franzosen einigermaßen schmackhaft zu machen, und das Ergebniß der heut. Session zeugt von der politischen Kochkunst Cavaignacs. Sie begann um 1¼ Uhr unter Marrasts Vorsitze. Drouin de Lhuys nimmt das Wort, er zeigt an, daß 30 Delegirte der Nationalgarde von Mailand unterm 29. Juli eine Petition an die französische Nationalversammlung gerichtet haben, worin sie die augenblickliche bewaffnete Intervention Frankreichs verlangen. Herr Drouin de Lhuys bittet die Versammlung, diese wichtige Frage so bald als möglich an die Tagesordnung zu bringen. Der Präsident Marrast zeigt an, daß mehrere Vertreter die Absicht haben, Interpellationen wegen Italien an die Regierung zu stellen, man könne daher beide Gegenstände zusammen behandeln. General Cavaignac. (Tiefe Stille.) Die Regierung ist bereit, die Interpellationen anzunehmen — sie wird auf jede Frage so ausführlich antworten, wie es nur möglich ist. Die Nationalversammlung entscheidet, daß der Rapport über die Petition sogleich gelesen werde. Drouin de Lhuys liest ihn vor. Die Petition beruft sich auf das Maifest Lamartines und auf das feierliche Votum der Versammlung vom 24. Mai: „Affranchissement de l'Italie!"

Das Komité der auswärtigen Angelegenheiten beschwert sich in dem Berichte, daß es zwei Mal die Mittheilung der dem französischen Gesandten ertheilten Instruktionen verlangt, General Cavaignac selbe aber verweigert habe. Es bliebe dem Komité daher nichts Anderes übrig als die Petition der Entscheidung der Versammlung zu überlassen. Nach Verlesung beginnt General Cavaignac, die italienische Frage sei sehr zarter Art, ihre Behandlung für ihn, der Tribune ungewöhnt, sehr schwierig, er werde daher kurz sein. Bei seiner Uebernahme der Exekutivgewalt habe er sich sogleich um die Lage der auswärtigen Verhältnisse genau erkundigt. In der italienischen Frage habe er eine vorgezeichnete Richtschnur gefunden, das Votum des 24. Mai; aber er habe auch nicht zu irren geglaubt, wenn er als den allgemeinen Wunsch der Nation einen ehrenvollen Frieden betrachtet habe. (Beistimmung.) Es gehöre in Frankreich mehr Muth dazu den Frieden zu vertheidigen als den Krieg. (Sehr gut!) Die Julierreignisse hätten die Lage der Dinge wesentlich geändert. Vor denselben wäre eine friedliche Lösung leicht möglich gewesen, nach Radetzkys Siegen wurde sie schwieriger. Erst nach der vollständigen Niederlage der italienischen Armee sei die Intervention verlangt worden. Frankreich habe erst alle gütlichen Mittel versuchen wollen, es habe sich an England gewendet, und dieses aufgefordert, um den Frieden der Welt zu erhalten, mit ihm gemeinschaftlich vermittelnd aufzutreten, England sei sogleich auf diese Eröffnung eingegangen, und die gemeinschaftliche Handlung habe sogleich begonnen. Aber er glaube nicht, da die Details dieser Negoziationen schon jetzt mitgehen zu können. Wir sind, sagt er, keine selbstständige Regierung, die der Nationalversammlung gegenübersteht, sondern wir sind nur ein Instrument ihres Willens. Sobald wir etwas Bestimmtes sagen können, werden wir weitere Mittheilungen machen. Aber noch einmal, m. HH., es ist leichter in Frankreich, den Krieg zu predigen, als den Frieden; große Männer, die ihrem Lande wichtige aber friedliche Dienste geleistet haben, sind beinahe unbeachtet vorübergegangen, und doch wäre ich gerade auf diesen Ruhm stolz. Die Republik kann nur im Frieden fest gegründet werden (?), nur unter dem Schutze eines ehrenvollen Friedens können wir unsere republikanische Erziehung machen, und ich behaupte, daß man nur dann seinem Vaterlande wirkliche Dienste leisten kann, wenn man sowenig als möglich an sich selbst denkt. (Stürmischer Beifall.) Ein nicht endender Beifall folgt am Schluß seiner Rede. Die Vertreter aller Farben drängen sich um Cavaignac und drücken ihm die Hand. Eine Unterbrechung von 20 Minuten folgt Cavaignacs Rede, worauf Dupont eine Rede abliest, in der er die auswärtige Politik der Regierung bitter tadelt, allein Niemand hört auf ihn.

J. Favre will die Regierung nicht schwächen, aber er erklärt, daß die Erklärung Cavaignacs ihn nicht befriedigt habe. Die Nationalversammlung und das Land seien durch das feierliche Votum vom 24. Mai vor ganz Frankreich, von Italien, von Europa gebunden und müsse daher auch glauben können, daß sein Wille erfüllt werde. Das Komité der auswärtigen Angelegenheiten habe die Dokumente verlangt, da es die Mission habe, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu überwachen (Heftiger Widerspruch). General Cavaignac: Ich erkenne dem Komité dieses Recht nicht zu. Der Präsident macht aufmerksam, daß nach dem Reglement die Komités nur die Mission haben, die Vorschläge und die Petitionen zu prüfen. (Allgemeine Beistimmung.) J. Favre will seine Ansicht vertheidigen, stößt aber auf

lebhaften Widerspruch. Er besteht darauf, daß er die Beistimmung der Versammlung zu der Erklärung Cavaignacs nicht theile, undso viele Achtung er auch vor ihm habe, so halte er es doch als Volksvertreter für seine Pflicht, auf ein tieferes Eingehen in die Fragen zu dringen. (Lamartine und Bastide sind bereits seit längerer Zeit auf ihren Plätzen.) Auch er wolle den Frieden für Frankreich, aber vielleicht zu andern Bedingungen als die Regierung und darum sei die Diskussion nothwendig. Seine Bedingung sei die vollständige Nationalität, Unabhängigkeit und Freiheit Italiens — und von dieser Bedingung könne Frankreich nicht abgehen. Er geht nun auf eine Schilderung der bedrängten Lage Italiens ein, das, aufs Aeußerste getrieben, von Frankreich im Stiche gelassen werde. Er besteht auf der Mittheilung der Dokumente, damit das Land, damit Europa urtheilen könne. Herr J. Favre spricht sich zugleich für die Allianz mit England als einen Akt der Klugheit und des Patriotismus aus. — General Cavaignac: Ich wiederhole, wir sind keine konstituirte Regierung, die der Nationalversammlung gegenüber steht — wir sind ihr Instrument, was sie befiehlt werden wir thun. Wir können ihr also die Mittheilung der Dokumente nicht verweigern, sobald sie diese Mittheilung befiehlt. Aber wir weisen auch jede Beaufsichtigung von Seite eines Komités zurück, wir hängen nur von der ganzen Nationalversammlung ab und kein Komité kann uns zwingen, zu antworten, wenn wir dies gegen unsere Pflicht halten. (Beistimmung.) Der Nationalversammlung werden wir antworten, sobald sie es befiehlt. Der Minorität können wir eine Antwort verweigern. (Sehr gut.) Die beiden vorhergehenden Redner hätten endlich davon gesprochen, daß die öffentliche Meinung sich dagegen ausspreche, daß man sich von England ins Schlepptau nehmen lasse. Er glaube nicht, daß dies die wahre Meinung des Volkes sei, so wenig er glaube, daß Frankreich von England ins Schlepptau genommen sei. Sei aber dieser Glaube wirklich im Volke verbreitet, so würde er es für seine Pflicht halten, denselben lieber als irrig zu bekämpfen, als ihn auf der Tribune zur Sprache zu bringen. (Sehr gut.) Larochejacquelin pflichtet Cavaignac bei, daß das Komité der auswärtigen Angelegenheiten nicht eine legale Behörde sei, aber er erklärt, daß zur Beurtheilung der vorliegenden Petition die Majorität des Komité's die Mittheilung der diplomatischen Dokumente verlangt habe (Widerspruch: Nein. Nein!) daß aber die Regierung sie verweigere. (Genug, genug, zur Tagesordnung.) Larochejacquelin erhitzt sich, er beschwert sich, daß man alle Fragen ersticken wolle, die die Ehre Frankreichs interessirten, daß man die italienische Frage beseitigen wolle. (Sprechen Sie!) Er prüft die Petition — er bezweifelt, daß sie einen hochverrätherischen Charakter der Authenticität trage, aber sie gebe den Anlaß, von Italien zu sprechen, und er wolle davon sprechen. Er erinnert an Lamartine's Reden und wie schlecht die Handlungen damit gestimmt hätten. Man habe dem Lande glauben gemacht, Italien habe nicht nur die Intervention nicht verlangt, es habe sie zurückgewiesen, es weise sie jetzt noch zurück. General Cavaignac: Das haben wir nie gesagt. Larochejacquelin: Ich spreche nicht von Ihnen; Sie haben uns Nichts gesagt. (Heiterkeit.) Die öffentliche Meinung sei irre geführt, und darum müsse eine Diskussion sie aufklären. Er sehe die Vermittlung mit England ungern, er glaube, Italien werde das Opfer derselben sein — und auf welcher Basis wolle man vermitteln? — Die Regierung sage Nichts — wolle die Versammlung ihre Verantwortlichkeit theilen? (Von vielen Seiten: Ja, ja.) Sairons spricht unter großer Unaufmerksamkeit fort. Endlich wird der Schluß der Diskussion ausgesprochen und mit Zustimmung der Regierung die Petition an den Konseilspräsidenten und den Minister der auswärtigen Angelegenheiten gewiesen, welcher Beschluß mit Einstimmigkeit angenommen wird.

Das Journal: l'Assemblée nationale predigt seit mehreren Tagen ganz offen, daß es kein anderes Mittel des Heils gebe, als Frankreich wieder zur Monarchie zu machen. Der Prinz von Joinville würde den Herzog von Bordeaux wieder nach Frankreich führen und auf den Thron seiner Väter setzen. Dieser dagegen verpflichtet sich, die Thronfolge dem Grafen von Paris zu sichern. Uns wurde die eben angegebene Lösung des republikanischen Knotens schon vor ungefähr sechs Wochen als ein in den höheren Kreisen Frankreichs gehegter Plan von Frankfurt aus mitgetheilt. Wenn ihn die Junitage nicht erzeugt haben, so ist dem damals kaum gebildeten Keime aus jenen Blutströmen viel Nahrungsstoff zugeflossen. Wie gegenwärtig die Verhältnisse jenseit des Rheines liegen, so gehört seine Verwirklichung durchaus nicht unter die Unmöglichkeiten. Die wenigen Monden haben das Volk so ziemlich belehrt, daß das: „Stehe auf, damit ich mich dahinsetzen kann“ in der Republik sowohl wie in der Monarchie das punctum saliens alles politischen Treibens bildet, wenn es nicht neuerdings noch wahrer heißt: „Jetzt lasse mich einmal an den Goldbrunnen.“ Vergleicht es aber die geringe Unruhe eines Ministerwechsels in der Kammer mit dem blutigen, das ganze Land bis ins Innerste durchwühlenden Zweikampfe der republikanischen Parteien in den Straßen, so wird der handgreifliche Unterschied ohne Zweifel bald die Prosa der bürgerlichen Wirklichkeit über den poetischen Reiz eines Wortes siegen lassen. Denn daß die „Freiheit“ unter den jetzigen Zuständen im Vergleich selbst mit den Beschränkungen des Julithrones Etwas an Umfang oder Inhalt gewonnen habe, wird doch wohl Niemand ernstlich behaupten wollen. Das übrige Europa aber würde aus dem Jahre 1848 dann die gute Lehre nehmen, daß, sobald es den Franzosen über kurz oder lang einmal wieder einfiele, eine Republik zu veranstalten, sie darin ja nicht von Außen gestört werden dürften, wenn Alles gut gehen sollte. — Auch der National gesteht heute, daß große Unruhe und Spannung in Paris herrsche, und daß man am Vorabende einer neuen Bewegung zu stehen scheine. Er hält die Bewegung, die sich vorbereitet, für eine legitimistische und glaubt, daß sie die Diskussion des Untersuchungs-Rapportes zum Vorwande nehmen wolle, um die Gemüther der Bevölkerung aufzuregen. Er fordert daher die Republikaner aller Nuancen zur Einigkeit auf, um vor Allem die Feinde der Republik zu besiegen.

Italien.

*Rom, 9. August. Der Papst erntet jetzt die bitteren Früchte seiner Zu laxmüthigen Konnivenz! Welden schreitet in der Besetzung der Legationen rasch voran und verlangt gebieterisch die Unterhaltung seiner Truppen. Alles flieht vor ihm her wie Lämmerherden vor dem Wolf: Graciati Kriegskomités und was noch ein böses Gewissen hat. Der Papst protestirt gegen ein solches Verfahren, vor Allem aber gegen den Verdacht, als habe er mit Oesterreich ein geheimes Einverständniß unterhalten. Er hat diese Protestation in doppelter Weise kundgegeben und an die Deputirtenkammer durch den Ministerrath, an Welden selbst aber durch eine Gesandtschaft gelangen lassen, an deren Spitze Kard. Macini, Legat von Forli treten soll und zu der der Senator von Rom, der 80jährige Fürst Corsini, als Mitglied der Palastkammer und der Fürst Annid. Simonetti als Mitglied des Deputirtenraths, schleunigst beordert worden sind. Sie sollen den Marschall über die Gründe seines gewaltsamen Einschreitens zur Rechenschaft ziehen, wobei sie sich einer Antwort gewärtig zu halten haben, die für das päpstliche Gouvernement nicht sehr schmeichelhaft ausfallen wird, da in letzter Instanz sogar der Wappenskandal hinreichende Beweggründe hergibt, und ihm den ungesäumten Rückzug und die vollständige Räumung der Provinzen auferlegen, wo nicht, so werde der Papst alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um eine so ungerechte Okkupation zurückzuweisen. — Es ist immer als eine Fügung des Himmels zu erachten, daß Mamiani vor einem solchen Ereigniß vom Steuer der Regierung entfernt worden war. Der Protest, welchen das Ministerium Fabri im Namen des Papstes vor der Kammer abgelegt hat, ist phrasenlos gehalten und im Ganzen schlicht und recht abgefaßt. Der Kriegsminister Campello ist der einzige, welcher ihn nicht unterzeichnet hat. Ueber die Gründe seines Ausscheidens aus dem Ministerium weiß Niemand Etwas zu sagen; selbst die Kammer blieb auf diese Anfrage ohne Antwort. — Gestern Morgen hatte man das Gerücht ausgesprengt, auch Fabri habe bereits wieder abgedankt. Das hat sich als unwahr erwiesen, bei dieser Gelegenheit aber hat man erfahren, daß der 70jährige Greis von den Gebrechen des Alters schon viel zu leiden hat und daß er zum Reden nicht taugt und auch schwer hört. — Sterbini führte gestern Nachmittag eine Schaar Demonstranten nach dem Palazzo Colonna und harangurte den französischen Botschafter, der sich, nachdem man lange gelärmt hatte, eben nach Hause zurückziehen wollte. Er scheint kurz in den schon durch Lamartine benannten Formeln geantwortet zu haben, daß nämlich Frankreich nicht dulden würde, daß Italien wiederum unter das Joch der Knechtschaft käme. Diese einfache Erwiderung ist von der Presse schon zu langen Tiraden ausgesponnen worden, und Sterbini selbst hat sie mit allerlei Anhängsein versehen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Allen & Comp., 70 Bowgate-Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und Oberitalien nehmen Bestellungen an die G. H. Mieg'sche Buchhandlung in Straßburg Nr. 20 Brandg. Für Paris Nr. 29 Rue de Bourbon-le-Château.

Deutsche Zeitung.

Der Subscriptionspreis beträgt halbjährlich 1 fl. 45 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Postvereins halbjährlich 2 fl. 15 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 234. Heidelberg, Freitag 25. August. 1848.

Uebersicht.

Die Reaktion des Pactkatholicismus. — Wien (Verhandlungen des Reichstags. Feldmesse. Die Fremden in der Armee. Die Jesuiten und Deutschkatholiken. Der Reichstag und der Bauernstand. Interpellation wegen Italiens. Die Eisenbahn nach Pressburg eröffnet. Versammlung der Deutschkatholiken. Umtriebe). Aus Deutsch-Böhmen (der Geist der Armee. Die Czechen). Berlin (der Verein der Grundbesitzer. Unruhen. Habeas corpus-Akten. Ruhestörungen in Charlottenburg). Düsseldorf (Versöhnung der Parteien). Leipzig (Petition gegen Republik). Darmstadt (Geschwornengericht. Vermehrung der Truppen). Aus Oberhessen (Kommission für evangelische Kirchenverfassung). Homburg (Berichtigung). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Kirche und Staat).

Großbritannien. Banken zurückgekehrt. Freisprechungen und Verurtheilungen in Irland. Lord Hardinge nach England zurück. Die Chartisten.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Interpellation Cretons über die Verwendung der Staatsgelder. Cavaignacs Rede über das Ministerium. Unterdrückung von 4 Journalen. Frankreich und Italien.

Griechenland. Dankbarkeit des Königs gegen die Truppen. Die Rebellen. Die deutsche Flagge im Piräus.

Beilage. Italienische Briefe. II. — Rheinbaiern (die Münchener Zeitung und der Protestantismus in der Pfalz. Frankfurt. Die alten Zustände der Stadt und die neue Zeit. Kongreß deutscher Offiziere. Frankreich. Straßburg. Die Stützen der Republik im Volke. Griechenland. Griechische Zustände. II. Türkei. Konstantinopel. Die Cholera. Die Russen im Anzuge gegen Bukarest. Amerika. Washington. Anerkennung der Centralgewalt Seitens der Union.

---

25. August.

Es darf in unsern Tagen, wo die Auffassungen und Anschauungen der Einzelnen durch Parteileidenschaften, durch das stündlich wechselnde Schwanken zwischen Furcht und Hoffnung mehr als jemals von der unmittelbaren Umgebung abhängig, mehr als je individuell geworden sind, den ruhigeren Beobachter nicht in Verwunderung setzen, wenn in der Menge Ursache und Wirkung nicht nur in ihrem inneren Zusammenhange, sondern sogar in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge umgedreht werden, oder gar die Darstellung einer Thatsache, der Rauch des Feuers, für die Mutter derselben, für den zündenden Schwefelfaden gilt. So hat man es uns von vielen Seiten zum Vorwurf gemacht, als hätten wir durch unsere Berichte über den Umschlag der Stimmung in Preußen den noch träumenden Partikularismus vollends geweckt. Das Zugeständniß von Macht, welches in dieser Anklage liegt, vermag jedoch nicht, uns auch nur einen Augenblick über die einfache Auseinanderwickelungen der Erscheinungen und unserer Stellung zu derselben zu verblenden. Wir haben allein, wie immer, auch nach dieser Richtung hin, das Ziel vor Augen gehabt, unsere Leser von der glatten, selbstgeschaffenen Grundlage abstrakter Ideen und Wünsche auf den festen, wenn auch unebenen Boden der Wirklichkeit zu stellen, in der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß nur durch unausgesetzte Berücksichtigung des Vorhandenen die entworfenen Pläne Gestalt gewinnen können, und daß ein in seinen Grundsteinen mit den rauhen, zackigen Felsen der Vergangenheit verwachsenes, verjüngtes Staatsgebäude fester dasteht, als jeder auf dem flachen Sandboden einer erzwungenen inbula rasa aufgeführte Neubau. Unser nie verleugneter Standpunkt der Evolution erfoderte es, die Macht des preußischen Partikularismus um so schärfer hervorzuheben, je mehr man sich an den gewichtigsten Plätzen aus Unkenntniß über sie hinwegversetzte — das Sichgeltendmachen desselben selbst aber war, ganz unabhängig davon, in der Masse eine historische Nothwendigkeit, weil sie im Einzelnen eine psychologische war.

Es mag hier bei vorliegender Erörterung als ein Seitenweg der Frage angesehen werden und somit unerörtert bleiben, ob und in wie weit die Pariser Februarereignisse nachtheilig auf die massenhaft in der Entwickelung begriffene staatliche Umbildung Deutschlands eingewirkt haben; die Thatsache ist unbestreitbar, daß die durch sie diesseit des Rheins hervorgerufenen Unruhen mit einem kurzen Ruck die Thüren öffneten, hinter welchen bis dahin Kräfte und Pläne nach Verwendung und Verwirklichung pochten; aber wenn man nicht annehmen will, daß die Hinausstürmenden sogleich in ganz andere Menschen verwandelt wurden, wenn das erste Gebahren auf der draußen liegenden politischen Tummelwiese nicht sogleich als gesunde Bewegung gelten soll, wenn mit dem Bruche des Schlosses nicht auch ein gänzlicher Bruch mit der in vergangenen Jahrhunderten wuchernden Lebensgewohnheit, Bildung und Anschauungsweise vorausgesetzt wird, so ist es gewiß gegenwärtig zu rechtfertigen, wo sich bereits Veränderungen in dem Auftreten des freigewordenen Volkes zeigen, einen kurzen Blick auf die Zustände vor dem Frühlinge dieses Jahres zu werfen. Der nachgewiesene Zusammenhang zwischen ihnen und den neuesten Erscheinungen wird dann unsere angebliche Macht zwar als gering herausstellen, wenn uns dabei auch Gelegenheit zu einigen Urtheilsäußerungen gegeben wird.

Der Kampf des entwickelten Volksbewußtseins gegen die bisherigen Regierungssysteme war ein entsittlichender. Wen die ganze Wucht der Schuld davon trifft, wird die Geschichte nicht vergessen aufzuzeichnen — wir lassen auch diesen Seitenweg von der Hauptstraße des Gedankenganges hier unbeachtet abgehen. Die Verhinderung der freien Bewegungen hatte in den einzelnen Theilen des Staates eine Stockung des gesunden Blutumlaufes und daraus eine Fäulniß hervorgerufen. Weil man Gründe genug besaß, die Regierungen mit Recht als die Urheberein vieler Uebel anzuklagen, tastete man denselben alle auf, selbst wenn sie auch in den nun einmal mangelhaften Bedingungen jedes menschlichen Daseins beruhten. Man foderte Alles, um nur Etwas zu erlangen, und da sah man sich gezwungen, dieses Alles als die einzig geltende Wahrheit hinzustellen. Es liegt etwas Kindisches in solchem Treiben, aber eben etwas durch und durch Menschliches. Befangen in dieser heillosen Begriffsverwirrung, welche, wie gesagt, auf allen Feldern, auf den politischen, religiösen, ökonomischen in gleicher Weise Platz gegriffen hatte, sah man sich nun plötzlich heute der Thatsache nach an die Stelle der noch gestern als dämonische Verschulder jedes Unheils Bezichtigten versetzt und sollte jetzt selbst die eigene Hand an das neue Schöpfungswerk legen. In dem ersten Taumel der Freude konnte das Bewußtsein der Selbsttäuschung, welche während der langen Zeit des Kampfes zur Gewohnheit geworden war, noch nicht in der Menge klar werden. Frankreich mußte dasselbe mit jener Kette blutiger Ereignisse erkaufen, welche sich vom 24. Februar bis 25. Juni ununterbrochen hinzieht; Deutschland, glücklicher, lernte von den neuen Erfahrungen seines Nachbars und schnitt zugleich in Vereinen, Petitionen, Volksversammlungen und Bürgerwehrdiensten den Flügeln politischer Phantasterein die Schwungfedern ab, so daß allmählich unvermerkt der gehobene Fuß wieder auf dem rauhen Boden der Erde ankam. Das ist, zusammengedrängt, die Reaktion, über welche die Partei der Selbstsucht, der aus guten Gründen Alles an der Verlängerung der Selbsttäuschung im Volke liegt, gegenwärtig aus vollem Halse überall tobt. Welche Einsicht aber ward dem der Schuppen entkleideten Auge bei seiner Rückkehr zur Wirklichkeit und seiner Betrachtung der Möglichkeit? Die Antwort lautet, um auch hier das Fernerliegende auszuscheiden, daß die junge Idee einer staatlichen Konzentration Deutschlands noch lange nicht im Volke hinreichend feste Wurzeln geschlagen hat, um die alten in langer Gewohnheit fußenden Stammesverschiedenheiten,

Digitized by Google

die einzelnen Sonderüberlieferungen und liebgewordenen Institutionen zu Gunsten eines Planes mit Einem Schlage weichen zu machen, für dessen Gelingen der größeren Menge Niemand eine sichere, greifbare Bürgschaft zu geben vermag. Die staatliche Einigung unseres Vaterlandes ist das nächste Ziel unseres politischen Strebens, aber weil sie aus dem Volksbewußtsein selbst emporwachsen muß, läßt sie sich nicht mit Machtsprüchen, die sich nur auf jenes Bewußtsein stützen, plötzlich hervorrufen. Die Provinzen des einzigen französischen Reiches konnten wohl über Nacht mit gewaltiger Hand in Departements getheilt werden, und doch gab es eine Vendée; die selbständigen Staaten Deutschlands bei ihrem individualisirenden Volkscharakter besitzen ein zäheres Leben. Oder sind alle jene Erfahrungen von der Langsamkeit, mit welcher die Masse einen neuen Gedanken, eine neue Einrichtung in sich aufnimmt, ungiltig geworden? Weiß man es nicht mehr, daß z. B. noch heute bei uns verschiedene Länder nach Maß-, Münz- oder Gewichtssystemen rechnen, die bereits seit fünzig Jahren abgeschafft sind. Das Volk hängt an Symbolen und will Symbole, und ehe man ihm Etwas nimmt, was ihm zum Symbol geworden ist, muß man ihm ein neues allmählich an seine Stelle geschoben haben. Wenn aber schon, wofür uns die Geschichte mannigfache Beiege an die Hand gibt, ein einzelner Gegenstand ihm zu einem mit Gut und Blut gewahrten Abzeichen zu werden vermag; wie viel mehr ein ganzer Staatsorganismus, an den das unmittelbare Familienleben der Einzelnen tausend ruhmreiche Erinneeungen knüpft? —

Oesterreich. ** Wien, 18. August. Am Beginn der heutigen Sitzung war in dem Register der eingelaufenen Petitionen und Eingaben ein Protest der Stadt Kaelsbad gegen die Wahl für den böhmischen Landtag bemerkenswerth. Darauf ward zur Fortsetzung der Debatte über den Kudlich'schen Antrag geschritten. Abg. Havelka bestieg die Tribune. Die Einleitung seiner Rede ließ vermuthen, daß er gegen die unbedingte Annahme und für gewisse Modifikationen, Entschädigung oder Ablösung, sich aussprechen werde. Alle seien darin einig, bemerkte er, daß eine gewisse Eiskruste gesprengt, mit einem entschlossenen Streiche ein entscheidender Schlag, der Schlag eines Mannes geführt werden müsse, in diesem Falle aber müsse auch mit der Nüchternheit eines Mannes verfahren werden; „wir sind nicht auf den Barrikaden, Besonnenheit muß uns leiten, Ueberstürzung müßte unfehlbar unsern Untergang herbeiführen." Von dieser Einleitung aber kam er zu einer andern als der erwarteten Konsequenz. „Von diesen und tausend ähnlichen Phrasen", fuhr er fort, „dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen; ebensowohl wie das Prinzip von uns Allen gebilligt und ausgesprochen ist, muß es auch unverzüglich zur vollen Thatsache werden; es kann durchaus kein einziger Punkt zu Gunsten des Unterthanenverhältnisses berücksichtigt werden." Er ging dann in eine geistreiche und gründliche, auf juridisch politischer Basis beruhende Motivirung ein, und erörterte in so eindringlicher Weise seine Meinung, daß sie mit einstimmigem Beifall aufgenommen wurde. Mittlerweile waren die Minister erschienen, und Abg. Schuselka ergreift das Wort zu seiner angemeldeten Interpellation. Er erzählt einen bedauerlichen Vorfall, der sich in Kollin zugetragen habe und ganz im Gegensatz stehe zu den von sämmtlichen Völkern Oesterreichs hier ausgesprochenen Grundsätzen der Brüderlichkeit. Der rühmlichst bekannte, von jeher durchaus freisinnige Schriftsteller Ignaz Kuranda sei in dem Gasthof in Kollin, wo er seine Vermählung feiern wollte, von einem rohen Volkshaufen überfallen, mit einem beläubenden „Verein" und unzähligen rohen böhmischen Spottliedern empfangen, er und seine Braut mit ihren Eltern thatsächlich mißhandelt, ja lebensgefährlich bedroht worden, und dies Alles, um ihm, als einem Deputirten im Parlamente zu Frankfurt, eine nachhaltige Demonstration für seine dort ausgesprochenen deutschen Gesinnungen und Sympathien für Deutschland zu bringen. Bis spät Abends, ungefähr acht Stunden lang, währte der Unfug, worauf es ihm nur durch die List eines Befreundeten gelang, abzureisen. Er sei überzeugt, daß die hier anwesenden böhmischen Abgeordneten, wie jeder rechtlich gesinnte Mann, diesen schmählichen Unfug mißbilligen, und er stelle somit die Frage an den Justizminister, ob das Ministerium einen Gesetzentwurf für die Unverletzlichkeit der Abgeordneten des Frankfurter Parlaments einbringen wolle. Justizminister Bach: Niemand beklage mehr als er diese bedauerliche Manifestation, er glaube aber der Ehre Böhmens die Erklärung schuldig zu sein, daß dieses Faktum ein ganz vereinzeltes sei und keine politische Anschauung des Volkes ihm zu Grunde liegen dürfte (stürmischer Beifall von der Rechten). Die Unverletzlichkeit der Deputirten sei ein Grundprinzip einer jeden Verfassung, er zweifle nicht, daß das deutsche Volk es sanktioniren werde, doch sei der Ort dazu im Frankfurter Parlament selbst. Der erzählte Vorfall bedürfe keines Gesetzentwurfes, er hoffe, daß der gesunde Sinn des Volkes bald in ganz Oesterreich dem Grundsatze Geltung verschaffen werde, daß politische Meinungen nicht durch physische Gewalt, sondern durch Debatten bekämpft werden müssen. Das spezielle Ereigniß werde er genau und streng untersuchen lassen und das Resultat der Kammer mittheilen. Hiermit, erklärte Schuselka, könne er durchaus sich nicht zufrieden geben, auch er sei überzeugt, daß dieser Vorfall die Gesinnung Einzelner, nicht die Böhmens sei, aber auch die Beleidigung Rieger's sei nicht die Gesinnung Wiens und des deutschen Volkes gewesen, und dennoch sei ein Gesetzentwurf mit Bezug darauf eingebracht worden; überdies könne das Frankfurter Parlament durch seine Sanktionirung die Deputirten der in Rede stehenden Gegend nicht schützen, da es dort nicht anerkannt werde. Justizminister Bach erwidert hiernuf, daß ein Gesetzentwurf dieser Art immer nur die Unverantwortlichkeit der Meinungsäußerung und die Unzulässigkeit einer Verhaftung des Abgeordneten ausspreche, keineswegs aber diesem mehr als jedem anderen Staatsbürger exceptionellen, privilegirten Schutz verheiße. Schuselka behält sich einen weiteren Antrag vor. — Zum Schluß kam man wieder zu der Besprechung des Kudlich'schen Antrages zurück. — Die Zahl der Redner will sich noch immer nicht vermindern; auch heute sprechen Viele, meist ohne besondern Anklang.

†† Wien, 20. August. Der Reichstag wurde nach Wien berufen, die Wahlen gingen langsam vor sich; die Bauern, Opfer der Jesuiten und eigenen Unwissenheit, waren die Lässigsten beim Wahlakte; denn kaum dunkle Vorstellungen konnten sie sich von der Wichtigkeit des Institutes machen, welches sie mit Männern ihrer Wahl ausfüllen sollten. Die ersten ungewissen Verhandlungen des Reichstages waren Nichts weniger als geeignet, die Bauern über die Bedeutung des Reichstages aufzuklären, vielmehr verwirrten dieselben, sowie die häufig reaktionäre Landgeistlichkeit die Ansichten der Bauern über den ihnen vom Reichstage zugedachten Nutzen und Schaden. Da trat die Kudlich'sche Antrag aus des Parlamentes Schooß hervor und traf wie ein elektrischer Zunder die der Auffassung wohl fähigen Verstandeskräfte der Bauern. Es tagte in der künstlich um sie verbreiteten Dunkelheit, wurde heller und heller, je mehr Sonnen jene Nacht vertheilten. Die Gestirne, welche am nächtigen Himmel der Bauern aufgestiegen, sind Schuselka, Löhner, Borkowski und der brave tiroler Abgeordnete Pratis. Mit diesen Namen wird die Geschichte dem österreichischen Bauernstande das Schwanenlied singen; denn mit der Unterthänigkeits-Abschaffung wird auch der Bauernstand abolirt, und es treten statt seiner Ackerbau treibende Landwirthe ins Leben, ein Stand, dessen Apotheose die sklavenlosen Staaten Nordamerika's oder, um nicht mißverstanden zu werden, die nördlichen siebenzehn Staaten der Union sind. Und selbst in den Süden der Union kann wenigstens ein Weißer nie tributpflichtig werden, wie es heute noch die zwölf Millionen Bauern Oesterreichs sind, welche in einem Plakate vom Reichstage die schnelle Erledigung der Feudalfrage über Robat und andere Lasten durch gänzliche Abschaffung des seit Jahrhunderten bestandenen himmelschreienden Unrechtes fordern. Wir hoffen, daß von den übrigen die Zahl dreißig übersteigenden Rednern die größte Theil so patriotisch und selbstverläugnend sein wird, nicht zu reden, aber für Abolition der Feudalreste ohne Ablösung zu stimmen. — In der gestrigen Abendsitzung wurde der Minister des Aeußern von A. Jonak wegen des Friedensschlusses in Italien interpellirt, ob es wahr sei, daß sich Frankreich und England erlaubt haben, die Bedingungen des Friedens zu diktiren? — Hierauf sprachen Löhner, Borkowski und Pratis in ausgezeichneten Reden über die in der Schwebe gehaltene Frage. Borkowski gab der Frage eine höhere, als Standbedeutung, er dehnt sie nicht allein auf Bauern, auch auf Nationen aus. Zuletzt sprach ein zweiter polnischer Abgeordneter, ein Geistlicher, ich wollte sagen, er predigte und sagte Unsinn. Eine Zeitlang unterhielt er damit die Versammlung, bald wurde er lästig, der größere Theil ging fort. In Italien hätte man bei seinem Vortrage gerufen: „O che buffone!" — Heute wurde die Eisenbahn nach Preßburg eröffnet, welche einen viermaligen Verkehr dahin täglich bedingt.

Δ Wien, 19. August. Gestern fand in dem Odeonsaal die zweite Versammlung der Deutsch-Katholiken Statt. Gegen 10,000 Zuhörer hatten sich eingefunden, die Sprecher waren wieder die Priester Pauli und Hirschberger. Der Letztere sprach über die Worte Skt. Pauli: Es ist besser wenn man ein andächtiges Wort in der Kirche ausspricht, als wenn man zehntausend unverständliche schwatzt. An diesen Satz knüpfte er Betrachtungen über kirchliche Ceremonien und

Digitized by Google

über Abhaltung der Messe ꝛc. in deutscher, statt in lateinischer Sprache. Zum Schlusse sprach er über Abschaffung des Cölibats. Nach ihm trat ein Herr Eckard auf die Tribune und las die Adresse an die äußerste Linke nach Frankfurt vor und forderte zur Unterzeichnung auf. Als auch dieser Redner abgetreten, verlangte die Versammlung stürmisch nach Pauli. Dieser folgte dem Rufe. Aber eben als er seine Rede beginnen wollte, erhoben sich verwarrene Stimmen: „Feuer“, „es brennt“, „man schlägt Alarm“, „hinaus rettet Euch!“, Alles wollte im wilden Schrecken zugleich nach der Thüre, die Personen auf den Gallerien sprangen zum Theil hinunter in den Saal, wieder Andere zum Fenster hinaus und beinahe Alle beschädigten sich mehr oder weniger schwer, Viele wurden im Gedränge gequetscht; und das Traurigste ist, daß all das Unglück durch einen blinden Lärm verursacht wurde. Einige behaupten, der Tumult sei durch die hiesige Geistlichkeit absichtlich erregt worden. — Es scheint, daß die republikanische Partei von ganz Deutschland sich Wien zum Tummelplatz ausersehen hat. Dr. Schütte hat sogar angekündigt, daß wir den „gottbegeisterten“ Heckee (seine Worte) zu erwarten haben. Dem Vernehmen nach soll sich Dr. Schütte anheischig gemacht haben, Hecker eine ministerielle Erlaubniß, wenn man seinem Aufenthalt Schwierigkeiten machen sollte, zu verschaffen. Als ob wir nicht schon genug Gährungsstoff durch unsre eigenthümlichen staatlichen und andere Verhältnisse hätten, so daß wir die Gegenwart des „Gottbegeisterten“ allkommen überflüssig finden. — Radetzky hat in dem bereits eroberten Gebiete verordnet, daß alle Abgaben in Banknoten zu entrichten sind, was zur Folge hatte, daß bereits in Triest und Baiern große Summen Goldes und Silbers anlangten, um gegen Banknoten verwechselt zu werden, wodurch endlich der Münzverkehr wieder lebhafter zu werden beginnt.

** Wien, 19. August. Der Kaiser, sein Bruder und dessen Söhne wohnten heute am Glacis der großen Feldmesse bei, welche als die letzte Feierlichkeit die Loyalitäts-Ostentationen beschließen würde, welche des Kaisers Rückkehr nach Wien hervorief, wenn nicht noch ein Nationalgarden-Fackelzug nächsten Montag nach Schönbrunn in Aussicht stände. Die Kirchenparade war großartig. Auf einem kleinen Raum sahen wir über 40,000 Wehrmänner aufgestellt. Die reich verzierten Nationalgarden, die proprea Soldaten, die akademischr Legion zogen am Kaiser defilirend vorbei. Jedes Bataillon Nationalgarde rief ihm laute Hurrah und Vivat zu; die Linie marschirte mit steinerner Ruhe vorbei, ihre Huldigung ist bis jetzt noch unbedingter Gehorsam; die akademische Legion schritt fest und schweigend, nach dem Takte eines ins Marschtempo übersetzten Burschenliedes, fort; sie, welche bei allen Ausrückungen ihre muthigen Hurrah dem Reichstage, Kriegsministerium, Sicherheitsausschusse zujauchzte, hatte heute keinen Freudenlaut zu vergeben, denn ihr Organ ist seit der Rückkehr des Kaisers gekränkt, die Redakteure der Studentenzeitung sind eingekerkert und das Blatt selbst konfiscirt worden. Der Kaiser erfuhr durch sie die erste konstitutionelle, wenn schon schweigende Mißbilligung. Kanonensalven wurden während der Messe gelöst. Der Kaiser trug das Großkreuz des Maria-Theresien-Ordens, Erzherzog Franz Karl das Band des Leopold-Ordens. Die Fahnen und Standarten der deutschen Regimenter waren mit Bändern schwarz-gold-roth geschmückt. Wenn man nur an dem Kriegsminister und Generalen einmal die deutsche Kokarde erblicken würde. Oesterreich war bisher ein Land genaris neutrius. Der Franzose fand hier eine Heimat — voraus gesetzt, er war Legitimist — dem armen Engländer behagte es, seinen half pay bei uns zu verzehren. Oesterreich nahm aus Erkenntlichkeit dafür die des Lernens und Vergessens ohnmächtigen französischen Fernilly, Polignac als Officiere in die Armee auf und sah sich besonders geehrt, wenn ein linkischer Engländer ein Lieutenantspatent annahm. Sie galten Alle als Aristokraten, d. h. der Gentry angehörig, obgleich ihre Eltern oft nur einen bescheidenen shop in der city of London besaßen. Es besteht auch jetzt noch dieser Fremdenofficiersadel in der Armee, und der ist furchtbar schwarz-gelb. Wenn die Armee konstitutionell werden soll, muß sie sich von diesen reaktionären Auswüchsen befreien. Das Volk gab den Nationalgarden einzelne, der akademischen Legion zahlreiche Hoch beim Defiliren. — Der Pöbel, im Jesuitenfalde stehend, machte gestern den Versuch, eine Nachmittagsversammlung der Deutschkatholiken zu stören. Es ist keine gleichgiltige Erscheinung, daß die Juden so gut, wie der ecmisskatholische Klerus Feinde der Deutschkatholiken sind.

Aus Deutsch-Böhmen, 18. August. Der D. A. Z. wird geschrieben: Die Deutsche Zeitung bringt in ihrem Wiener Bericht über Prag die gänzlich irrige Nachricht, daß daselbst die Huldigungsfeier am 6. Aug. großartig gefeiert worden. Wir wissen kein Wort von einer solchen Feier zu diesem Zwecke. Die Siegesfeier in Folge der Nachrichten aus Italien allein kann unsere Officiere in Extase versetzen. Wie können unsern Officieren das Lob der Freisinnigkeit eben so wenig geben als das einer deutschen Richtung. Die Ursachen sind wohl dieselben wie in manchem andern Staate. Vor einem Reaktionsversuche der Armee hat man übrigens in Oesterreich allgemein Besorgnisse; bald hat Clam Gallas mit einem Zuge der Armee gegen Wien gedroht, bald das Krakauer Officierkorps; auf die Haltung des Reichstags und Ministeriums wird Alles ankommen, und ich bin überzeugt, daß dem Reichstage nicht blos das Volk im Gegensatze des Militärs, sondern auch die Mannschaft der Armee vertrauen wird. Mögen sich die Officiere nicht eben so täuschen mit dem Verlassen auf eine volksfeindliche Stimmung der Mannschaft, als die Geistlichkeit, wenn sie auf eine Unterstützung von Seite der Gemeinden baut, am allenfalls zu apponiren. Die czechischen Abgeordneten aus Prag werden bald beweisen können, wie weit ihnen die Freiheit gilt. Die Stille, welche sich in dem Kreise derselben am Reichstag zeigt, kann leicht aus der unangenehmen Ueberzeugung entspringen, welche sie über die stammverwandten Völker gewonnen haben. Es ist bekannt, daß viele in dem Juni-Aufstand in Prag Kompromittirte bei den Kroaten keine Aufnahme fanden. Wir hoffen zugleich, daß sich unsere czechischen Mitbürger von dem Plan einer Aufstöberung aller Nationalitäten in Oesterreich durch den Anblick der Grausamkeiten werden abbringen lassen, über welche alle Parteien in dem bunten Ungarn klagen. Nur die Erfahrung von der Inkonsequenz in der Politik Prags läßt uns zweifeln an einem entschiedenen Ergreifen der Sache der Freiheit von Seite der czechischen Patrioten.

Preußen. ☽ Berlin, 22. Aug. Nachdem der Landtag während seiner letzten Sitzungen fast nur materielle Fragen behandelt hatte, wendete er sich heute wiederum einem rein politischen Thema zu, vielleicht dem wichtigsten seiner gesammten bisherigen Thätigkeit. Auf der Tagesordnung stand der Entwurf einer Habeaskorpusakte. In folgendee Gestalt ist derselbe aus der Abtheilung hervorgegangen. §. 1. Außer im Falle der Ergreifung auf frischer That darf eine Verhaftung nur kraft eines schriftlichen die Beschuldigung bezeichnenden richterlichen Befehls erwirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung oder spätestens innerhalb 24 Stunden dem Beschuldigten zugestellt werden. Bei jeder Verhaftung ist in gleicher Frist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen Richter vorzuführen. §. 2. Ergreifung auf frischer That liegt vor, wenn der Verbrecher bei Ausführung der strafbaren Handlung oder gleich nach derselben betroffen wird. Der Ergreifung auf frischer That werden diejenigen Fälle gleichgestellt, in welcher Jemand durch die öffentliche Stimme als Thäter bezeichnet oder auf der Flucht ergriffen oder kurz nach der That im Besitz von Waffen, Geräthschaften, Scheiften oder andren Gegenständen betroffen wird, welche ihn als Theilnehmer oder Urheber verdächtig machen. §. 3. Diese Bestimmungen (§. 1 und 2) bleiben außer Anwendung auf Personen, welche zu ihrem eignen Schutze oder während sie die Ruhe, die Sittlichkeit oder die Sicherheit auf den Straßen und an öffentlichen Orten gefährden, polizeilich in Verwahr genommen werden. Diese Personen müssen jedoch wenigstens binnen 24 Stunden entweder in Freiheit gesetzt oder dem gewöhnlichen Verfahren überwiesen werden. §. 4. Niemand darf von einem andern als dem im Gesetze bezeichnetrn Richter gestellt werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft. Keine Strafe kann angedroht oder verhängt werden als in Gemäßheit des Gesetzes. §. 5. Die Wohnung ist unverletzlich. Niemand hat das Recht in dieselbe einzudringen als in Fällen einer Feuersbrunst oder Wassernoth, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Innern des Hauses hervorgegangenen Anfuchens. Bei Tage kann ohne den Willen des Hausherrn Niemand eindringen, außer in Folge einer wegen einer amtlichen Eigenschaft ihm gesetzlich beigelegten Befugniß oder eines ihm von einer gesetzlichen dazu ermächtigten Behörde ertheilten schriftlichen Auftrags. Hausfuchungen dürfen nur in Fällen und nach den Formen des Gesetzes unter Mitwirkung des Richters, der gerichtlichen Polizei und, wo diese noch nicht eingeführt, der Polizeikommissarien oder der Kommunalbehörde, wo aber eine solche noch nicht besteht, der Polizeibehörde des Orts geschehen. §. 6. Das aus der Nachtzeit hergeleitete Verbot besteht für die Zeit vom 1. Okt. bis 31. März während der Stunden von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens und für die Zeit vom 1. April bis 30. Sept. von 9 Uhr Ab. bis 4 Uhr M. Auf diejenigen Orte jedoch, welche als Schlupfwinkel des Hasardspiels und der Ausschweifungen oder als gewöhnliche Zufluchtsorte von Verbrechern glaubhaft bezeichnet werden, findet das Verbot keine Anwendung. In Betreff derjenigen Orte, in welchen während der Nachtzeit das Publikum ohne Unterschied zugelassen wird, bleibt es außer Anwendung, so lange sie dem Publikum geöffnet sind.

Digitized by Google

§. 7. Im Falle eines Krieges oder Aufruhrs kann, wenn die Volksvertretung nicht versammelt ist, durch Beschluß und Verantwortlichkeit des Staatsministeriums die zeit- und distriktsweise Suspendirung des §. 1 provisorisch ausgesprochen werden. Die Volksvertretung ist jedoch in diesem Falle sofort zusammenzuberufen. §. 8. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militärbeamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Verletzungen vorstehender Bestimmungen gerichtlich zu belangen. Die Gründe, weßhalb man den Erlaß einer Habeaskorpusakte für so wichtig erachtete, um zu Gunsten derselben selbst das so dringende Verfassungswerk hinauszuschieben, liegen nicht fern. Wenn der Engländer mit Stolz seine Habeas Corpus Akte seine zweite magna charta nennt, so ist darin der ganze Werth eines solchen Gesetzes für die Sicherheit und Freiheit des Bürgers zusammengefaßt. Kühn ist freilich der Entschluß, diese Erweiterungen der persönlichen Selbständigkeit in einem Augenblicke eintreten zu lassen, wo unsre Zustände kaum weniger schwankend sind, als in einem Nachbarstaate, in welchem man trotz des prunkenden republikanischen Titels selbst das bei uns in vollster Unbeschränktheit bestehende Recht der freien Rede und Schrift in die engsten Schranken einschnürt. Der von der Abtheilung vorgelegte Entwurf scheint im Allgemeinen auf die Billigung der Versammlung rechnen zu können. Die darin ausgesprochnen Grundsätze, in dem freien Albion das Ergebniß blutiger Umwälzungen, Jahrhunderte lang geführter Kämpfe sind heute in den Glauben der Völker übergegangen. Man streitet nicht mehr über ihre Nothwendigkeit, nur die Form mag verschieden nach dem Bedürfniß sein. Zwei Auffassungen sind in dieser Beziehung zu unterscheiden. In England schützt man die persönliche Sicherheit des Bürgers durch die Barfarge, mit welcher man den Verhafteten dem Richter vorzuführen sich beeilt und läßt bei der Verhaftung selbst, wie dies vielleicht sehr zu einer schnelleren Verfolgung des Verbrechens beiträgt, der polizeilichen Behörde möglichst freie Hand — im französischen Recht, und am Rhein stellt man schon die Verhaftung unter die Aufsicht des Richters, und nur ausnahmsweise erlaubt man dem Verwaltungsbeamten in die persönliche Freiheit des Einzelnen einzugreifen. Dieses letztere Prinzip ist im Entwurf festgehalten. Auch in der Debatte hat man sich demselben von vornherein ungeschlossen und fast nur die Fassung dem auch hier unvermeidlichen Amendementssturme ausgesetzt. Wir erwähnen hier nur das Amendement von Parrisius. Er will den Grundsatz: die persönliche Freiheit ist gewährleistet — an die Spitze gestellt wissen. Es dürfe das Gesetz nicht mit einer Ausnahme beginnen. Es habe den Stolz eines Volkes, wenn es die Grundlagen seiner Freiheit klar ausgesprochen sehe. Auch müsse in dem Verhaftsbefehle die Beschuldigung und der Beschuldigte bestimmt bezeichnet werden. Minister Kühlwetter spricht über die Stellung der Regierung zu dem vorgelegten Entwurfe. Als vor einiger Zeit von dem Abg. Waldeck der Antrag gemacht worden, einzelne Paragraphen aus dem Verfassungsentwurfe herauszuheben, um daraus zum Schutze der persönlichen Freiheit ein besondres Gesetz zusammenzustellen, habe die Regierung sich nur dagegen erklären können, weil sie bei der Uebereilung, womit der Antrag nach vor der Tagesordnung zur Berathung kommen sollte, in keiner Weise vorbereitet war. Indeß habe die Regierung schon damals die Nothwendigkeit einer Habeas Corpus Akte für Preußen erkannt. Polizei und Justiz seien dazu da, die persönliche Freiheit des Bürgers zu schützen, Gesetze müßten ihre Thätigkeit regeln. Die Regierung begrüße das Werk, welches aus den Abtheilungen hervorgegangen, mit Freude; sie betrachte es als sichere Gewähr gegen Mißgriffe, welche vorgekommen und nicht leicht zu vermeiden gewesen seien. Der Name der H. C.-Akte sei einem Lande entlehnt, das wie seiner freien Institutionen wegen als das freieste zu betrachten uns gewöhnt hätten. Jede Willkür sei dadurch verbannt, die Beschränkung der persönl. Freiheit nur unter genau vorgezeichneten Grenzen gestattet. — Nachdem ein Amendement von Knauth, welches die Freilassung gegen Kaution unter gewissen Umständen erlauben will, fast einstimmig verworfen war, weil es „nur den Wohlhabenden“ ein Vorrecht einräume — wird der §. 1 des Entwurfes mit dem von Parrisius angegebenen Grundsatze (die persönliche Freiheit ist gewährleistet) an der Spitze mit überwiegender Mehrheit angenommen. Ebenso §. 2 ganz in der Fassung der Abtheilung. Nur der Ausdruck: öffentliche Stimme (Uebersetzung von dem französischen clameur publique) fand einigen, wenn auch fruchtlosen Widerstand. Die Besorgniß, daß die bloße Verdächtigung durch die „öffentliche Stimme“ in Zeiten politischer Aufregung auch für Unschuldige gefährlich werden könne, wurde von der Mehrheit nicht getheilt. In der nächsten Sitzung wird mit der Berathung des Entwurfs fortgefahren. — Die Minister erschienen heute ziemlich spät. Ernste Vermuthungen in Folge der höchst betrübenden Ereignisse von gestern und vorgestern hatten sie verhindert, dem Beginne der Verhandlungen beizuwohnen. Im Wesentlichen theilte darüber der Ministerpräsident und der Minister des Inneren der Versammlung unter gespannter Aufmerksamkeit derselben Folgendes mit: Es haben im Laufe des gestrigen Tages bedauerliche Vorfälle stattgefunden. Sie erschienen als solche, welche die öffentliche Sicherheit im höchsten Grade gefährdeten. Die Regierung habe in den bestehenden Gesetzen die Mittel nicht gefunden, diesen Uebeln entgegenzuwirken, und beabsichtige in dieser Beziehung der Versammlung Vorschläge zu einer Erweiterung der bis jetzt anwendbaren Mittel zugehen zu lassen. Die Dringlichkeit der Umstände scheine so bedeutend, daß wahrscheinlich noch heute dem Präsidenten der Versammlung eine königl. Botschaft zugehen werde. Es hege die Regierung die Hoffnung, daß sie schon in der nächsten Sitzung, und zwar noch vor der Tagesordnung zur Berathung gelangen werde. Minister Kühlwetter fügte hinzu: Wenn er ein Bild der gestrigen Vorfälle geben solle, so müsse er im Voraus um die Nachsicht der Versammlung bitten, wenn es nur ein sehr unvollständiges würde, da er selbst vielleicht nicht unbefangen genug sei. Die Neuheit der Sache sowohl, wie seine persönliche Aufregung verhinderten noch den klaren Ueberblick. Es haben bedauerliche Exzesse bereits vorgestern gegen Personen und Eigenthum stattgefunden. In Charlattenburg seien Personen schmählich mißhandelt worden. Ein demokratischer Verein sei dort entstanden, der nicht die öffentliche Zustimmung in Charlottenburg gefunden zu haben scheine. Gegen seine Mitglieder seien schmachvolle Mißhandlungen ausgeübt und selbst die Wohnungen nicht geschont worden. Es scheine, daß die Mittel der Behörden dort nicht genügt haben, um den Unfug zu verhindern. Erst um 7 Uhr (Sonntag) habe er Nachricht erhalten und sofort Kommissarien entsendet, um nöthigenfalls die Truppen heranzuziehen. Als sie den Unfug beendigt fanden, haben sich jene darauf beschränkt, den Thatbestand zu untersuchen. Sechzehn Verhaftsbefehle seien erlassen. Es knüpften sich daran die gestrigen Ereignisse. Es seien ihm im Laufe des Tages Mittheilungen zugegangen, daß in einem bestimmt bezeichneten Hause der Beschluß gefaßt worden, um Abend Tumult zu erregen. Am Hotel des Handelsministers seien schon Nachmittags Exzesse verübt und ihre Wiederholung für den Abend an derselben Stelle in Aussicht gestellt worden. Es sei dieser Plan zwar nicht ausgeführt, dennoch an einer andern Stelle der Unfug im ärgsten Maße losgebrochen. Vorher sei ein Plakat an den Ecken erschienen, welches nach der Schilderung der Charlottenburger Exzesse folgenden Schluß gehabt: (ich theile ihn mit, weil er ein bezeichnendes Aktenstück für die Beurtheilung einer gewissen Faktion abgiebt.) Mitbürger! Werdet Ihr endlich Eure Augen aufthun? Werdet Ihr endlich einsehen, daß eine Verschwörung gegen Eure Freiheit besteht, welche in teuflischer Eigensucht Euch schwächen, demüthigen und Alles, was Ihr errungen, Euch entreißen will? Wird endlich Eure Ehre Euch sagen, daß Ihr in Kurzem allen freien Völkern verächtlich sein werdet, wenn Ihr Euch nicht Eurer Thatkraft erinnert? Werdet Ihr endlich Euch besinnen und wissen, welches Mittel allein gegen Gewaltthat geschützt hat? — Wo ist zu heilen? Wer ist zur Rechenschaft zu ziehen? Nicht bloß an einem einzelnen Punkte ist einzuschreiten, nicht blos einzelne untergeordnete Frevler sind zu bestrafen, nicht auf Gerichte ist zu vertrauen, nicht auf Behörden, die mit den Feinden alles Guten in Verbindung stehen und uns mit Hohn abweisen. Nein, das Uebel ist an seiner Wurzel anzugreifen und die Unfähigen oder Böswilligen, welche sich nur deßhalb an unsre Spitze stellen, um uns des Namens Mensch unwürdig zu machen — sie, sie sind ihrer ehrlos angewandten Macht zu berauben. (gez.) Der demokratische Klub. Abends haben sich Attroupements gebildet; man habe Reden von der Treppe des Opernhauses herunter gehalten, sei dann vor seine Wohnung gegangen. Als er abwesend gewesen, habe man seine Thüre zerirt, die Fenster eingeschlagen, sogar in seine Zimmer sei man eingedrungen, um ihn dort zu suchen. Von dort habe man sich zum Justizminister begeben. Die Verwüstungen an dem Gebäude zeigten die Spuren der tobenden Menge. Erst als man eine Deputation an den Minister entsendet, haben die Behörden erfahren, was man begehrte. Er selbst falle persönlich bei den Charlattenburger Exzessen betheiligt gewesen sein; sodann sei Amnestie für alle politischen Verbrecher verlangt worden und als der Justizminister dies als ungesetzlich zurückgewiesen — Rücktritt des Ministeriums (!), weil es nicht das Vertrauen des Volks genieße. Als auch hierauf die Antwort nicht zur Zufriedenheit der unten Harrenden ausgefallen, habe man ein Bombardement gegen die Wohnung des Ministers begonnen. Steine von mehreren Pfund Schwere seien in dieselben Räume geschleudert worden, wo sich so eben Abgeordnete der Nation und Abgesandte der fremden Mächte befanden; nur hinter den Pfeilern des Hauses hätten sie Schutz gefunden der Justizminister selbst sei am

Fuße verwundet worden. Die Konstabler hätten weitere Unbill verhütet, erst spät sei die Bürgerwehr erschienen. Zwei dem Minister bekannte Augenzeugen hätten zwei Schüsse von der Rampe abfeuern sehen. — Die Gesandten fremder Mächte wären Zeugen dieser Auftritte gewesen. Die energischsten Maßregeln seien gegen Wiederholungen anzujubieten. Es habe der gestrige Tag gezeigt, daß der Bürger, mag er Minister oder Demokrat sein, in seinem Eigenthume nicht geschützt ist. — Die Versammlung hatte diese Unglücksbotschaft mit feierlichem Ernste entgegengenommen. Hoffen wir, daß aus diesem Ernste eine gute Saat entspringe, heilsame Beschränkungen der Freiheit um der Freiheit willen, ohne in das Extrem des republikanischen Despotismus einer Senard-Cavaignac'schen Gewaltherrschaft zurückzufallen. Die Redner in den Straßenklubs sprachen gestern laut von dem Herannahen eines Tages von Versailles — die Freunde der wahren Freiheit werden ihnen zeigen, daß sie daraus den Todestag der Pöbelherrschaft, den Geburtstag der Ordnung und Mäßigung zu machen verstehen. —

** Berlin, 22. August. Die Wohnung des Ministerpräsidenten v. Auerswald war gestern Abend glänzend erleuchtet. In den Sälen, die jeden Montag geöffnet sind, wogte eine nicht allzu zahlreiche gemischte Gesellschaft. Unter den Anwesenden bemerkte man Lord Westmoreland, dann den türkischen und andre Gesandte, Abgeordnete von den Centren und der Rechten, Mitglieder des demokratisch-konstitutionellen Klubs, die Minister Kühlwetter und Märker, von den literarischen Notabilitäten Theodor Mundt. Gegen ein halb 9 Uhr kündigte ein Brausen, gleich dem Brausen nahee Meereswogen, das von der Straße herauf hörbar wurde, der Gesellschaft an, daß unten in der Wilhelmstraße sich eine andre Gesellschaft eingefunden. Man trat an die Fenster, kein Laden war geschlossen — da standen Tausende und wieder Tausende, Kopf an Kopf, soweit die Blicke reichten. Die Rampe des Hotels bis zur Thür war rng besetzt, auf dem eisernen Geländer saßen Gruppen von Menschen. Alle Rampen der benachbarten Ministerwohnungen waren ebenso belagert. Von Zeit zu Zeit tönte der Ruf, die Straße weiter hinauf zu ziehen, damit neuer Zuzug von den Linden Platz fände. Die Scene erinnerte an den Abend bei Camphausen, als diesem eine ähnliche Deputation die Alternative stellte, die Zurückberufung des Thronfolgers wiederaufzuheben oder abzudanken. Wie damals war die Mehrzahl der Versammelten anständig gekleidet. Diesmal sah man die Meisten mit Hüten, etwa zwei Blusen waren bemerkt. — Die Unterhaltung im Salon steckte nicht; die Gruppen, fröhlich oder peripatetisch, blieben dieselben. Viele führten ihr Gespräch in den Fensternischen und betrachteten dabei die zahlreiche Versammlung. — — Den ganzen Tag hatte schon Aufregung in der Stadt geherrscht, größtentheils über die Charlottenburger Vorfälle, wo die Gründung eines demokratischen Vereins mit roher Gewalt gehindert, und die Führer der Demokraten, namentlich Kaufmann Jakoby und die Brüder Edgar und Bruno Bauer auf das Empörendste mißhandelt waren, ohne Einschreiten der Behörden, wie man sagt sogar auf Anstiften zweier ehrvergessenen niederträchtigen Beamten, dauerte der Skandal von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends, und das Militär verhielt sich völlig passiv, ebenso die Bürgerwehr!! Sie können sich denken, daß in Berlin darüber sogleich mobile Klubs sich auf den Straßen bildeten, der demokratische Verein einen sulminanten Maueranschlag aushing u. s. w. Eine Deputation des Letztern stellte auf der Straße Kühlwetter zur Rede. — Wenn Sie aber daraus schließen wollen, daß die ungeheure Menschenmenge vor dem Palais des Ministerpräsidenten daraus Veranlassung zu einer Bitte und Beschwerde genommen, so sind Sie im Irrthum. Die Situation der augenblicklichen Erregtheit ist nur benutzt. Schlau benutzt! Der unabsehbare Zug war zuerst vor das Ministerium des Innern gezogen. An seiner Spitze stand Dowiat, der deutsch-katholische Priester, der in Danzig mit seinen Johannespredigten über das „Kindlein liebet Euch unter einander", mit seiner Taubensanftmuth, seinen Friedensansprachen, so manches weiche Herz gerührt, der dann nach Amerika gezogen war, und jetzt als vorgeblicher Abgeordneter von erst welchen unbekannten Arbeitervereinen oder welche Namen er sonst sich beilegt, nach der östlichen Hemisphäre zurückgekehrt ist. Der sanfte Dowiat führte den Haufen. Minister Kühlwetter war nicht daheim, er befand sich eben im Auerswald'schen Salon. Dies wurde in seiner Wohnung den Versammelten angezeigt. Sie waren indessen nicht geneigt, dieser Aussage Glauben zu schenken und verlangten Einlaß, um sich selbst davon zu überzeugen. Diesem unverschämten Verlangen öffnete sich die Pforte nicht. Da wurde sie vom souveränen Volk gestürmt, das starke Thor eingeschlagen, eine Deputation erzwang sich den Eingang und die Uebrigen blieben mit „bewundrungswürdiger Gelassenheit und Mäßigung", wie Held sagen würde, draußen stehen. Die Deputation hielt nun förmlich Haussuchung, fand, daß die Regierungsbeamten nicht Lügner gewesen, wie sie vorausgesetzt, und entfernte sich wieder. Wir leben in einem freien Lande, sagt Charles Sealsfield. Ja, in einem freien Lande! Der §. 6 des ministeriellen und §. 7 des Kommissionsentwurfs unserer Konstitution erklärt die Wohnung für unverletzlich; ersterer sagt: „das Eindringen in dieselbe ist nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet"; letzterer: „Haussuchungen dürfen nur unter Mitwirkung des Richters oder der gerichtlichen Polizei in den Fällen und nach den Formen des Gesetzes vorgenommen werden." — So beschränken wir das Eindringen der Staatsgewalt in die Burg des Bürgers, — wie beschränken wir aber solche Haussuchungen des souveränen Volks, dem so das sittliche Bewußtsein verdunkelt wird!? — Der Zweck dieser Bande war, von dem Minister des Innern (!) die Freilassung aller politischen Gefangenen und der in der letzten Zeit von den Konstablern Verhafteten zu erlangen. Man sieht, ein Theologe führte die Bande. Sie sehen, wie himmelweit dies Verlangen noch die wegen der Charlottenburger Skandgeschichte herrschende Entrüstung entfernt liegen! Gerade wir damals, als man weder einen Widerspruch der Rückberufung des Prinzen, noch einen Ministerwechsel bei Camphausen durchgesetzt hatte, unter den Zelten die „Volksbewaffnung" angeregt, und in die Furchen der leidenschaftlich Erregten eine Saat gestreut wurde, die als Raub am Zeughause später aufgegangen ist. — Von Minister Kühlwetter beschloß die Menge zum Justizminister Märker zu ziehen. Dieser wohnt dem Ministerpräsidenten gegenüber. So stellte sich denn der unabsehbare Zug vor dem Palais des Letztern auf und beschaute sich die hell erleuchteten Fenster. Der Justizminister ging nun herunter; eine Deputation, mit Hrn. Dowiat an der Spitze, wurde in ein Konferenzzimmer eingelassen und hier von Märker empfangen. Dowiat und ein großsprecherischer andrer Phrasenreiter, deklamirten nun eine lange Weile in dem bekannten Gassenhauerstyl; sie verlangten im Namen der Bande schleunigste Freilassung aller politischen Gefangnen, sowie der von den Konstablern in letzter Zeit Verhafteten und sofortige Abschaffung des Instituts der Schutzwachen. Der Volksappetit war also auf dem minutenlangen Weg von den Linden, wo Kühlwetter wohnt, bis zur Wilhelmsstraße so gestiegen, daß man auch die Schutzwachen zu verschlingen begehrte. Richtig, die Deputation gab schließlich den guten Rath, die Minister möchten, wenn sie eine „starke" Regierung nicht zu sein, d. h. nicht der Vollziehungsausschuß eines Straßenregiments zu sein, verstünden, doch lieber bei Zeit abdanken. — Der Justizminister antwortete, sein ganzes Leben führe den Beweis, daß er ein Freund des Volks sei; gegenwärtig habe er das schwere Amt übernommen, das Ansehn der Gesetze aufrecht zu erhalten; das Verlangen der Deputation werde, könne er nicht erfüllen; auch verweise er jede Beschwerde, jede Forderung auf den gesetzlichen Weg der geordneten Petition. Kurzweg und deutlich gab er den Herren eine kräftige abschlägige Antwort. Einen Ausdruck des Volkswillens könne er in der Deputation nicht anerkennen; dessen gesetzlicher Ausdruck sei die Nationalversammlung. Die Deputation wollte von dieser Nichts hören und entfernte sich mit drohender Miene. Darauf kehrte er in die Gesellschaft zurück. Unten, wahrscheinlich als die Antwort bekannt wurde, machten Einige Miene, auseinanderzugehen. „Hierbleiben", „Stehenbleiben", hörte man eine Stentorstimme kommandiren, so, daß es oben gehört wurde. Darauf ein Stimmendurcheinander, ein lautes Murren; die Menge fing an, die hellen Salons zum Gegenstand ihrer Witze zu machen. — Sie sind wohl ungeduldig, zu erfahren, ob dieses Unwesen so stundenlang ungestraft fortgesetzt werden durfte, wo denn die Schutzmannschaft, wo die Bürgerwehr, im Nothfall, wo das Militär zu finden war? Seit 8 Uhr mußte sich der Polizeipräsident, um die Bürgerwehr auf die Beine zu bringen. Die Bürgerwehr feierte ein Fest — im Kroll'schen Lokal, vor dem Brandenburger Thor, war also nicht disponibel. Endlich erschienen vierzehn Mann Konstabler plötzlich und unerwartet auf der Rampe und forderten auf, diese zu räumen. Niemand rührte sich. Hohn und Spott war die Antwort. Ich sah hinunter, plötzlich stürzte die Menge pfeilschnell von der Rampe zurück; die Flucht sah schauerlich aus. Die Konstabler hatten vom Leder gezogen und blank eingehauen! Der Platz vor dem Hause war leer. Die Nächsten standen an den Häusern gegenüber. Doch nur eine Sekunde, dann drangen sie vor; ich sah einen Mann mit geballten Fäusten den Konstablern drohen; die Menge drang wieder vor. Das Pflaster wurde aufgerissen. Unglücklicherweise verfolgten die Schutzmänner einen der Aufwiegler, um ihn zu verhaften. Ueber die vordersten Konstabler wurde hergefallen. Dem Einen schlug man den Hut vom Kopf. Der Verfolgte war entkommen; die Konstabler zogen sich auf die Rampe zurück.

Digitized by Google

Nur der Eine suchte seinen Hut; da flogen Steine gegen die Rampe; jenen Konstabler sah ich stürzen, von einem Steinwurf am Kopf getroffen! Die Menge drang mit Steinwürfen gegen die Konstabler vor. Zwei Schüsse fielen. Bei diesem Ton wurde die Menge rasend. Drucken Sie wo möglich mit gesperrten Lettern das Folgende: Keiner der Konstabler hatte eine Schußwaffe; es waren also Signalschüsse aus der Menge heraus!! Noch stand ich am Fenster; da zerschmetterte im Nebenzimmer ein Steinwurf die Scheiben. Die Gesellschaft zog sich schnell zurück, zum Glück war Niemand getroffen. Die Konstabler hatten sich ins Haus geflüchtet und nun begann ein ungeheurer Steinhagel gegen das Ministerhotel, der gar nicht enden wollte. Die Gesellschaftszimmer waren bis auf Eines nach Vorn heraus; die Thüren dicht an den Fenstern. Es war kaum möglich von einem Zimmer in das andre, viel weniger in das Hinterzimmer zu gelangen. Eine Tapetenthüre erwies sich als verschlossen. Die Fenster klirrten; im hohen Bogen fielen die Pflastersteine in die Salons; die Anwesenden befanden sich in Lebensgefahr; bis an die entgegengesetzte Wand reichten die Steinwürfe; eine Handbreit von mir schlug ein Mauerziegel auf den Estrich. Kühn und gewandt versuchten einige Mitglieder der Gesellschaft, indem sie den Fenstern nahten, die Riegel der Läden zu öffnen und letztre zu schließen. So war der Durchgang nach dem Hinterzimmer frei, wohin sich Alles zurückzog. Während der Steinregen nun Scheiben und Läden zertrümmerte, zog sich der größte Theil der Gesellschaft eilig durch den Garten zurück. Die Thür des Hauses war zerschmettert, die Steine flogen bis an die Treppe und bestrichen die ganze Hausflur. Der Fußboden der Säle, namentlich des letzten, wo die Fensterläden nicht geschlossen werden konnten, war bis in den hintersten Winkel mit Glasscherben überdeckt. Es ist wohl keine Scheibe ganz geblieben, oben und unten. Jeden Augenblick konnte man gewärtigen, daß durch die offene Thür die Menge eindrang und innen ihr Zerstörungswerk fortsetzte. Es hätte nicht gehindert werden können; der Ministerpräsident, seine Familie, sein Eigenthum waren ohne Schutz. Man mußte auf das Aeußerste gefaßt sein. Bei dem ersten Trommelwirbel einer Kompagnie Bürgerwehr, die nun wie moutarde après dîner kam, stob Alles auseinander. Plötzlich war Alles still. Beim Oeffnen der Läden fielen noch Steine herunter und die Scheiben stürzten in Trümmer. In einem Saal war ein kleiner Berg von Steinen aufgeschichtet; darunter die gefährlichen Spitzsteine aus dem Pflaster wie ausgesucht! — Der Kommandant der Bürgerwehr kam und drückte sein Bedauern aus; der Polizeipräsident erschien, um sich zu rechtfertigen!! In der Hausflur lag ein Konstabler schwer am Kopf verwundet, die Hirnschale schien geplatzt. Noch während der Sturm dauerte, hatten die Angehörigen des Ministerpräsidenten den Kranken mit allem Nöthigen versehen; der ehemalige Minister des Innern, Herr von Auerswald, war unausgesetzt auf das Sorgfältigste um ihn bemüht und hatte den Arzt kommen lassen. Mehrmals fiel der Arme in Ohnmacht. — Endlich verließen die letzten Gäste das Haus, nicht ohne Sorge um Das, was in der Nacht etwa sich ereignen könnte. Unten an der Treppe lagen die Steine aufgehäuft, durch die eingeschlagenen Oeffnungen der Hausthür schauten Neugierige. Draußen sah es noch übler aus; das eiserne Geländer der Rampe war heruntergerissen, die Stäbe ausgebrochen, die Laternen umgestürzt. Der Gasbehälter war ohne Bedeckung; Niemand konnte verhindern, daß das Gas angezündet wurde; die lichterlohe Flamme schlug in die Höhe, weithin sichtbar. Man zündete sich dabei Cigarren an; Gruppen setzten sich um das Feuer und die eitelsten Witze wetteiferten! Von sittlichem Gefühl, von einer auch nur leisen Mahnung an die zu Boden getretenen Gesetze war nirgend eine Spur. Auf den Straßen standen Gruppen. In der einen referirte ein Junge triumphirend über die Niederlage der Konstabler und über ihr schändliches Davonlaufen. An Das, was dazu bewogen, und daß die Mannschaft im Dienste des Staats gehandelt, erinnerte Keiner; für alle diese hatte rohe Gewalt gegen rohe Gewalt gekämpft! Ein feingekleideter Herr, der hinzutrat, als von den Verwundungen des „Volks“ die Rede war, erkundigte sich eifrigst, ob denn die Konstabler mit heiler Haut davon gekommen wären, ob man es ihnen nicht vergolten hätte; mit Heftigkeit fiel der Junge ein und verkündigte mit einem Ton der Genugthuung, Ein Konstabler wäre schon an seinen Wunden gestorben! — Einer andern Gruppe, worin eine Stimme sich in gerechterer Weise aussließ, gab der Vorfall Gelegenheit, die Reaktion anzuklagen. — In der Friedrichstraße, auch unter den Linden, wie ich höre, waren Barrikaden errichtet. — Als ich nach Hause kam, wurde die Bürgerwehr meines Bezirks zusammengeblasen! Nun, sie kommt zwar spät, zwar zu spät — aber sie kommt doch! — Heute verhandelt die Kammer über eine Habeaskorpusakte. — Wenn nur ebenfogewiß, als der Staatsabsolutismus sein Ende erreicht hat, auch der Volksabsolutismus gebrochen würde! Beides zugleich ist nur möglich in einer gediegenen konstitutionellen Verfassung, die weder dem einen, noch dem andern ein Hinterpförtchen offen läßt. Wären die Feinde des Straßenabsolutismus nur eben so stark und unbeugsam, als die des Kabinetsabsolutismus!

*** Berlin, 20. August. Von der Thätigkeit der „Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der materiellen Interessen aller Klassen des preußischen Volkes“, wie der von Bülow Cummerow angeregte Verein der Grundbesitzer sich jetzt nennt, weiß man noch nicht viel mehr, als daß sich bis jetzt etwa 200 Gutsbesitzer eingefunden. Von den zum Beitritt aufgeforderten Predigern, Kapitalisten, Aktionären und Rentenbesitzern sollen sich zur Zeit noch Wenige gemeldet haben. Die Sache ist noch zu neu, zu wenig vorbereitet, Vielen noch nicht klar, noch Mehreren in der jetzigen Zeit auch wohl zu kostspielig, um, der ungewissen Resultate eines noch unentwickelten Vereins willen, eine Reise nach der Hauptstadt zu machen, wo der Aufenthalt nicht im Voraus zu berechnen ist. Die Sache ist indessen im Entwickelungsstadium und muß sich entwickeln nach dem Volkssprichwort vom Knüppel und vom Hunde. Von Seite Bülow Cummerows wird gewiß eine taktvolle Mäßigung beobachtet werden, er will keine Feindseligkeit gegen, sondern eine Verständigung mit der Nationalversammlung anbahnen. Ob von anderer Seite diese Mäßigung inne gehalten werden wird, steht dahin. Klug ist der Operationsplan, insofern die Grundbesitzer alle andern Besitzer in ihr Interesse ziehen und von vornherein es aufgeben, die Adelsvorrechte vertheidigen zu wollen. Die Abschaffung des Adels, d. h. das Verbot der Adelstitel, lassen sie, als eine gleichgültige Sache, auf sich beruhen. Wie die Sache übrigens von allen Seiten mit Eifer und auf konstitutionellem Wege angegriffen wird, lehren uns die fortgesetzten Adressen an die Nationalversammlung. Ihren Lesern einen Begriff von dem entschiedenen, doch aber gehaltenen Tone zu liefern, gebe ich aus einer derselben, von 28 Gutsbesitzern (darunter nur 6 adelige) am 17. August unterschriebenen, einige Stellen wieder. Nachdem geklagt, daß die hohe Nationalversammlung, berufen dem preußischen Volk, in Vereinbarung mit der Krone, eine neue Verfassung zu geben, 4 Monate die Geduld der Nation erschöpft und Geld und Zeit mit den unfruchtbarsten Interpellationen erschöpft habe; daß ferner die Bessergesinnten nicht den Muth hätten, dem kecken Streiten einer Partei mit Festigkeit entgegen zu treten, welche fortwährend durch böswillige Verdächtigungen die Maßregeln der Regierung schwäche, geht die Beschwerde dahin: „daß der Grundbesitz und die ländlichen Interessen durch ein mangelhaftes Wahlgesetz und durch unwürdige Intriguen bei Ausführung desselben fast gar nicht vertreten seien.“ Sie sähen sich daher genöthigt, an das Billigkeits- und Rechtsgefühl der öffentlichen Meinung und des Volkes zu appelliren und die irregeleiteten Ansichten aufzuklären. Sie weisen mit Entschiedenheit den Vorwurf der Reaktion zurück, als einer Unmöglichkeit; sie wollten Gleichheit vor dem Gesetze, Abschaffung aller Privilegien, gleiche Besteuerung aller Bewohner des Staates nach ihrem Vermögen und Verhältnissen, aber eben deßgleichen Sicherheit des Privateigenthums, Heilighaltung der Verträge und Familienrechte. Wenn nun Gesetzentwürfe vorgelegt werden, wornach „durch Ablösung von Rente zum 18fachen Betrag mit 3½ % Rentebriefen offenbaer, durch den Staat garantirte Interessen und Verträge verletzt, ein ganzer Stand seines Eigenthums beraubt, und einem andern, bei Weitem wohlhabendern, wenig geholfen wird, wenn Lehensverhältnisse, deren veraltetes, einem frühern Jahrhundert verfallenes, Institut wir vollkommen richtig würdigen, ohne alle Entschädigung für den Nächstbetheiligten willkürlich aufgehoben werden; wenn durch die beabsichtigte Grundsteuer einer Klasse von Einwohnern alle Abgaben auferlegt werden sollen, während Kapitalisten, Rentiers und Gewerbtreibende sich mit Leichtigkeit der Besteuerung entziehen können; wenn durch falsche Berechnungen der ländlichen Fabrikation aus eigenen Erzeugnissen eine Steuer auferlegt wird, wodurch der ganze Betrieb unterdrückt, die Kultur des Landes gehemmt, der arbeitenden Klasse der Verdienst entzogen wird und neue Monopole geschaffen werden, indem nur der große Brennereibetrieb alsdann noch bestehen kann, und wenn durch die peremtorische Erklärung: „„der Adel ist aufgehoben““, das Billigkeits- und Rechtsgefühl der Nation verletzt, geheiligte (?) Familienrechte vernichtet, der kleinsten, der unwürdigsten Animosität Raum gegeben, und selbst alle politische Klugheit verläugnet wird“ — so sei es am Volk selbst, seine Stimme zu erheben und seine bedrohten und verletzten Rechte zu vertheidigen. Sie weisen den Vorwurf entschieden zurück, als wollten die großen Grundbesitzer sich der gleichen Vertheilung der Steuern entziehen. Sie wollten vielmehr: „eine wahrhaft festbegründete konstitutionelle Verfassung mit einer starken Regierung, eine nach allen

Digitized by Google

Seiten verbriefte Garantie gleicher Rechte aller Staatsbürger, damit unser theures Vaterland nicht ununterbrochenen Stürmen und Umwälzungen ausgesetzt sei und gleichzeitig geschützt werde gegen die einseitige diktatorische Willkür eines eigenwilligen Ministers; gegen die Anarchie und Gesetzlosigkeit der untern Volksklassen, gegen die Engherzigkeit der Bureaukratie und die Uebergriffe einer ehegeizigen Aristokratie." — Wenn die kurmäckischen Rittergutsbesitzer immer diese Sprache geführet hätten, würden sie jetzt nicht nöthig haben jene Klagen. — Wird ihre Appellation an die öffentliche Meinung, an des Volkes Billigkeits- und Rechtsgefühl zu spät sein? Wir meinen nicht, nachdem der märzische Sturm ausgetobt hat. Die neue Opposition wird sehr stark, auf der andern Seite wächst das Gefühl für Recht und Verträge, was aber nur im Sturm der Revolution, wo es sich um Sein und Nichtsein handelt, über Bord geworfen wird. Die projektirte Erhöhung der Steuer auf Runkelrübenzucker und die Verdoppelung der Maischsteuer wäre bereits in den Kommissionen verworfen. — Oder hält man den Sturm der Anarchie noch für so rückhaltig stark, um von Neuem, und in derselben Weise, zu dinsen? Die gestern aus Wien eingetroffenen Nachrichten erschreckten die Börse. Ist es aber nicht ein trostreiches Zeugniß, wenn ein dortiger Demagog erklärt: „auf Wien ruht allein noch die Hoffnung der europäischen Demokratie!" Wie schreckenvoll wirkt Metternichs verdumpfendes System noch, daß dies möglich ist! Auch die Propositionen in Altenburg sind doch nur Symbole der verzweifelten Ohnmacht. Diese lassen sich durch die nenlichen Schaumblasen unserer Nationalversammlung erschrecken und wollen nicht sehen, daß was hier getrieben wird mehr ein muthwilliges Kinderspiel ist, als ernsthaft gemeinte Umsturzmanöver. Leute, die ihr Leben lang nie den Mund aufthun durften, reißen ihn, wenn die Gelegenheit sich dazu macht, desto weiter auf. Ein trotziger Geist der Wiedervergeltung ists, aber kein böswilliger. Deputirte einer Nationalversammlung könnten freilich etwas Gescheiteres und Würdigeres thun, als von Polizeihäschern sich geeisen lassen, oder ein Cirkular imprimiren an das Militär mit Gewissensfragen, aber wo leenten sie die Wuede unter der alten Polizeiherrschaft und dem Militärdruck, an dem sie nun ihr Müthchen kühlen müssen, wo es ihnen erlaubt ist! — Das Monument auf dem Kreuzberge sollte, wie jetzt versichert wird, von der demokratischen Schaar, welche sich zu der großen That verbunden, nicht roth-schwarz-geld, also deutsch, sondern roth, also roth republikanisch angestrichen werden; und dies zu verhindern hielt man für so wichtig, daß ein ganzes Bataillon Bürgerwehr konsignirt war. Der Kampf zwischen Ortpinsel und Bajonett ist glücklicherweise unterblieben, aber was hätte es gethan, wenn die That zur Ausführung gekommen? Wäre die Erinnerung an die Helden von 1813 beim Volk geschändet worden, wenn deutater Ungeschmack ihm das Jakobinerkleid angepinselt hätte! Die Wirkung, dünkt mich, wäre nur günstig gewesen. Solchen Sinn kann man dem Volke zutrauen.

Düsseldorf, 18. August. Heute ist das Opfer des 14. August begangen worden. Es war ein riesenhafter Zug. Drei Musikchöre, die ganze Garnison, und die Bürgerwehr haben dem gefallenen Soldaten ein glänzendes Geleite gegeben. An dem Grabe haben sich die Parteien die Hand gereicht. Möge es der letzte Akt der Tragödie, möge die Sühne eine aufrichtige gewesen sein! (Köln. Z.)

Hessen. Darmstadt. Die Darmst. Z. schreibt: Das Geschworenengesetz, bezüglich dessen beide Kammern der Regierung ein Vertrauensvotum gegeben, soll nächstdald eingeführt werden. — Nach Beschluß des Reichskriegsministeriums soll der Heeresstand des Großherzogthums auf 17,000 Mann erhöht werden. (Schw. M.)

Aus Oberhessen, 21. August. Durch landesherrliche Verkündigung vom 16. d. M. ist nun Bestimmung über Zusammenberufung einer Kommission getroffen, welche den Entwurf zu einer Verfassung der evangelischen Kirche im Großherzogthum Hessen ausarbeiten soll. Darnach soll die Kommission bestehen aus den drei Superintendenten, einem weltlichen Mitgliede des Oberkonsistoriums, dem zweiten Präsidenten der zweiten Kammer der Landstände, Gutsbesitzer Wernher aus Nierstein, dem Gymnasialdirektor Thudichum zu Büdingen, dem Landrichter Kilpstein aus Zwingenberg, einem Vertreter der evangelischen Fakultät zu Gießen und des Predigerseminars zu Friedberg und sieben Vertretern der Geistlichkeit des Landes. Die Kommission wird sonach 12 Theologen und nur 3 Nichttheologen zählen, ein Verhältniß, welches den Rücksichten auf den Stand der Nichtgeistlichen wenig Rechnung trägt. (Fr. J.)

Aus **Homburg** v. d. H., 15. August schreibt man: „Dem Gerücht von einer bevorstehenden Abdankung des Landgrafen zu Gunsten des Prinzen Ferdinand auf die Regierungsnachfolge, welches zuerst die Köln. Ztg. brachte, kann als gänzlich ungegründet mit Bestimmtheit widersprochen werden."

Sachsen. Leipzig, 18. August. Die „Leipz. Ztg." enthält folgende Mittheilung: Sicherem Vernehmen nach ist die letzte Lieferung von Unterschriften zu der Petition mit dem Schlußwort „keine Republik" nach Frankfurt in diesem Monat abgegangen. Das statistische Ergebniß ist sehr interessant, indem sich 27,972 Einzelne, 35 Gemeinden und Vereine zum Theil mit Angabe ihrer Personenzahl unterzeichnet, die Waldenburger unmittelbar über 800 Unterschriften eingesendet haben, im Ganzen also ungefähr 30,000 Sachsen.

ƒ Frankfurt, 23. Aug. Die Verhandlungen über die gegenseitige Unabhängigkeit von Kirche und Staat im Allgemeinen wurden heute in der Paulskirche zu Ende gebracht. Die Diskussion über die einzelnen Paragraphen wird nun erst noch nachfolgen, und wohl mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen. Der Eindruck der heutigen Diskussion war entschieden für das Princip der Unabhängigkeit, und es ist kaum zu zweifeln, daß wenigstens das zweite, vielleicht aber das erste Minoritätsgutachten die Mehrheit gewinnt. Sämmtliche Redner des heutigen Tages sprechen für die Unabhängigkeit oder vielmehr die Selbständigkeit der religiösen Genossenschaften dem Staate gegenüber; die staatlich-bureaukratische Bevormundung fand keinen Vertreter mehr, und der ängstlich gewordene Protestantismus fand keinen Ausweg mehr, der Macht des Principes sich zu entziehen. Auch die kirchlich-liberale Richtung der katholischen Kirche, welche bis auf die letzte Zeit noch geschwankt hatte, erklärte sich durch den Abg. Kuenzee von Konstanz für das Princip der Unabhängigkeit. Dieser widerlegte alle Besorgnisse seiner Meinungsgenossen hinsichtlich der zu fürchtenden Reaktion und zeigte, daß vielmehr alsdann, wenn die Unabhängigkeit der Kirche entschieden ausgesprochen sei, das freiheitliche Princip auch in der Kirche selbst die Oberhand gewinnen werde. Die ultramontane Partei erhielt einige harte Schläge, indessen werden ihre entschiedendsten Gegner mit ihr in den Hauptpunkten zusammenstimmen. Von der kath. Partei sprach zuerst Sepp aus München mit großem Eifer, aber wenig Glück, sodann Radowitz mit gewohnter Ruhe und Klarheit, mit tiefem Ernst und ohne irgend eine Verletzung der Gegner. Wie immer wurde er auch in dieser Sache, in welcher er die Sympathie der Mehrheit offenbar nicht für sich hatte, mit einer Aufmerksamkeit gehört, die selten einem Redner in der Paulskirche zu Theil wird. Nauwerk vertrat den Standpunkt der modernen Philosophie, aber mit anerkennungswerther Mäßigung und ohne verletzende Ausfälle; er stimmt mit den Ultramontanen für gänzliche Unabhängigkeit der Kirche. Hoffmann von Lndwigsburg erhob als Vertreter des sogenannten Pietismus ebenfalls seine Stimme für die Trennung von Kirche und Staat; er sprach kurz, ohne Verhüllung seines religiösen Standpunktes, aber auch ohne Verletzung der Andersdenkenden. Zimmermann aus Stuttgart, ebenfalls für vollständige Unabhängigkeit, war heute nicht nur der glänzendste Redner der Linken, sondern seine Rede war, fern von aller Feigheit, offenbar der Ausdruck einer wahren Begeisterung. So wurde eine Debatte, vor der man so Vieles befürchtete, mit Würde und Ernst und, man kann wohl sagen, zur Ehre der deutschen Nation durch ihre Vertreter zu Ende geführt. Mit Sicherheit ist übrigens anzunehmen, daß wenn die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate ausgesprochen wird, als unausbleibliche Folge davon, die Leitung der Schule in die Hand des Staates übergeht, soweitdies noch nicht der Fall ist.

Großbritannien.

London, 19. August. Während sich Graf Dietrichstein bereits am 17. August auf der Themse nach Antwerpen einschiffte, ist Ritter Bunsen am 19. August wieder in London eingetroffen. Mithin scheint sich die Nachricht des Morn. Chr., daß Bunsen in das preußische Ministerium eintreten oder eine wichtige Mission in Frankfurt übernehmen werde, nicht zu bestätigen. Graf Ludolf, neapolitanischer Gesandter am römischen Hofe, ist von seinem Hofe mit einem besondern Auftrage betraut und vom Fürsten Castelcicala dem Lord Palmerston vorgestellt worden. Für Baron Andrian sind im Mivarts Hotel bereits Zimmer gemiethet; man erwartet ihn täglich in London.

Aus Irland erfährt man, daß Lord Hardinge, in welchem die Irländer bereits einen Caonignac oder Narvaez erblicken wollten, sich anschickt, nach England zurückzukehren, ein Zeichen, daß man die dringendste Gefahr in Irland für beseitigt ansieht. Dagegen hat die Regierung wieder einen empfindlichen Schlag erhalten, indem der Rebell O'Doherty zum Zweitenmal von Gerichtswegen freigesprochen wurde, da man sich über das Schuldig nicht einigen konnte. Martin, der Eigenthümer des Blattes „Felon", ist zu zehnjähriger Transportation verurtheilt worden, mit der Bedeutung, daß er diesen gelinden Spruch

Italienische Briefe.

II.

Vom Main, 15. August. Die Geschicke gehen ihren eschen Gang, und die schwache Stimme der Warnung und Mahnung verhallt oder dient nur dem eigenen Gewissen zur Beruhigung. Was wir neulich noch in der Ferne sahen, ist unerwartet rasch geschehen. Die Oesterreicher sind in Mailand eingezogen. In diesem Ereignis liegt mehr als die süße, reichlich gekostete Freude des Siegs. Es scheint die erste rückläufige Bewegung in der Geschichte dieser Tage, die Reaktion im größten Style, die Reaktion der Weltgeschichte anzuzeigen. Bisher gingen die Geschicke in gerader Linie ihren Gang, und er schien unumgesetzt dem Streben der Nationalitäten günstig. Wenn jetzt die glühende Lava der allgemeinen Bewegung mehr und mehr erkaltet, wenn mehr und mehr menschliche Kunst und Weisheit die dämonische Triebkraft der Begebenheiten ersetzt, so gilt es um so schärfere Betrachtung und Scheidung, denn wehe der Menschenhand, die aus Willkür den geraden Gang verließe und ihre eigene Schöpfung für das Werk der Geschicke hielte! —

Dem geraden Weg zu Folge hatten wir erwartet, die französische Republik werde das erste vermittelnde Wort sprechen, auf jener Grundlage, die sie in feierlichen Zusagen, in öffentlichen Aussprüchen der Regierung und der Kammer vor ganz Europa verkündigt hatte: der Freiheit und Unabhängigkeit Italiens. Dieser Weg war voll Gefahren, aber er war klar und offen. Nun hören wir plötzlich mit Ueberraschung, daß England sich mit Frankreich vereinigt zur gemeinschaftlichen Vermittlung. Man kennt die englische Politik, ihre eherne Konsequenz und unverdrüchlichen Maximen. Sie geht einen solchen Bund nicht ein ohne die sichere Voraussicht ihres Sieges und schließlichen Vortheils. Die Grundlagen der Vermittlung sollen diese sein: Die Lombardei wird getheilt unter Piemont und Toskana, Oesterreich behält Venedig. Glückliches Italien! bald frei, bald einig, bald unabhängig gehst Du unter dem Schutze Albions dem schönsten politischen Loos entgegen: der deutschen Bundesverfassung! Es ist dafür gesorgt, daß Deine Staaten klein und uneinig sind, daß eine auswärtige Macht in Deinem Gebiete festen Fuß hat, daß jeder Staat vom Netz der Separatverträge durch britischen Eigennutz umstrickt wird; keine Zollvereinigung, keine eigne Blüthe des Handels, keine gemeinsame Gesetzgebung, kein Heer, kein einheitliches Handeln nach Außen! So kamen hindostanische Fürsten ins britische Joch, so hat englische, französische und russische Politik Deutschland Jahrhunderte hindurch geschwächt!

Die französische Republik hat den Weg der offenen Politik verlassen und das Handeln zur rechten Zeit versäumt, sie wird sich nun schon mit dem begnügen müssen, was der hungrige Leopard übrig läßt. Es ist nicht viel, aber für jetzt genug; Frankreich kann seine Zeit abwarten. Wenn der Druck unerträglicher Verhältnisse und die Hemmung aller nationalen Wohlfahrt von Neuem die Revolution ausbrüten, wenn die besonnenen Patrioten, die nach nationaler Kraft und Einheit streben, ermattet und getäuscht die Hände sinken lassen, dann ist Italien reif zur Republik, dann öffnet ihm Frankreich seine brüderlichen Arme. Schon freuen sich die Republikaner in Paris über die Niederlage der Italiener; es war gut, daß es so kam, denn um so näher liegt die Republik! Bisher waren die Italiener immer noch zu glücklich und hatten zu viel Selbstvertrauen!

Laut und lauter hören wir um uns die Stimmen, die im Rausch der ersten Siege Deutschland zur Eroberung, zur Feindschaft nach allen Seiten der Windrose aufmahnen. Wenn die Geschichte sie nicht lehret, so sollte sie Englands und Frankreichs Bündniß lehren; wo diese Beiden ihre Rechnung finden, da findet Deutschland die seine sicher nicht. Auch Italien soll unser Feind sein; seine Sprache, seine Sympathien sollen es auch Frankreich hinweisen. Wenn dem so ist, so muß eine vernünftige Politik es an uns, an Oesterreich zu fesseln suchen. Dazu gab es drei sichere Mittel: ein widerstandsfähiger Staat im Norden, Bundesverfassung, konstitutionelle Monarchie: die Wünsche der edelsten Patrioten, der gebildetsten Klassen, einer den andern fordernd und bedingend. Mit gutem Bedacht zerstört man alle drei und sagt uns dann kaltblütig: „Italien wird doch nicht frei, im Norden fällt es der französischen, im Süden der englischen Hegemonie anheim.“ Mit gleicher Logik sagt man von uns im Auslande: Deutschland wird doch nicht frei et qu. soq. Aber nun schlägt man uns mit den Forderungen der eigenen Sicherheit und den unwiderleglichen Argumenten strategischer Technik. Wir haben dagegen allerdings Nichts einzuwenden und hoffen, daß unsere Sicherheit bei der Ordnung der italienischen Angelegenheiten gewahrt werde; aber wir müssen aufmerksam machen auf die drohende Konsequenz solcher Forderungen. Frankreich hat auch keine strategische Grenze nach Belgien hin; daß die Rheingrenze und die Festung Mainz zu seiner Vertheidigung unumgänglich sei, das wird es mit den sechs ersten strategischen Gründen beweisen. An einem historischen Rechtsgrund fehlt es auch nicht, wenn man nur suchen kann; das Kurfürstenthum Mainz — die Republik Venedig, sie sind unter ähnlichen Umständen zu Grunde gegangen; Ludwig XIV. brauchte nicht einmal so viel zu seinen Reunionen. Der Unterschied ist nur der: die Oesterreicher haben die Lombardei, die Franzosen müßten Mainz erst erobern. Darauf reduzirt sich Alles, und das sollte man auch offen aussprechen. Ohne das deutsch possidentes wären unsere schönsten strategischen und Rechtsgründe nutzlos. Wenn ein benachbartes Volk strategische oder kommerzielle Positionen besitzt, die uns wichtig, ja fast unentbehrlich sind, so müssen wir sie erobern, oder jenes Volk durch Friede, Verträge, gute Dienste geneigt und in Bundesgenossenschaft erhalten. Welches der bessere Weg ist, das wird heutzutage kaum zweifelhaft sein; man sagt uns wenigstens, die Zeit der Eroberungen sei vorüber.

Wäre so die Frage offen und klar gestellt, so könnten wir auch offen und klar antworten. Wir könnten sagen, daß die Politik eines Volkes ihre Richtung empfängt von seinen Interessen, seiner augenblicklichen Lage und seinem Charaktee. Von Gefahren umdrängt, ohne genugsame Befestigung im Innern, tritt zum erstenmal seit langer Zeit ein einiges Deutschland auf die Bühne. Auf sein gutes Recht gestützt, in tapferer Defensive, hat es vor allen Dingen Gerechtigkeit zu fordern. Es kann nicht mitspielen im hohen Spiel der Großmächte, wo seine bittersten Feinde sitzen; die kleinen und mittleren Mächte, die gleich ihm von jenen mißhandelt wurden, die auf gleichem Wege zu gleichem Ziel streben, sind seine natürlichen Bundesgenossen gegen jene alte Kabinetspolitik, für die man nicht genug Worte des Tadels hat, und in die man Deutschland doch so schnell als möglich hineinreißen möchte. Der Charaktee des deutschen Volkes ist Billigkeit und Großmuth; Beides sucht man ihm in der Politik auf's Schnellste abzugewöhnen. Möge man nicht zu rasch versahren; man stimme die Billigkeit hinauf und die Großmuth herab zur Gerechtigkeit, gegen sich selbst und gegen Andere, und man wird die einfachste Mischung gefunden haben für eine deutsche Politik in unsern Tagen. Nicht darin besteht die wahre Politik, daß man die stets sich gleich bleibenden Interessen unerbittlich verfolgt, sondern daß man sie in geschickter Verschmelzung Hand in Hand gehen läßt mit dem jedesmaligen Geist der Zeiten und dem Zuge des Jahrhunderts. Wir haben viel zu verlernen in der Schule der Politik, aber die edelsten Früchte unserer Bildung und die Zierden des deutschen Charakters sollen wir nicht wegwerfen, sondern der neuen Aufgabe anpassen. Am meisten geziemt uns dies dem Lande gegenüber, das uns ähnlich ist wie kein anderes, das uns stets den Spiegel vorhält, in dem wie die Züge der eigenen Geschicke lesen können, und im Hintergrund die Worte, die so prosaisch sind und doch so tief: „Heute mir, morgen Dir.“

Rheindalern, 20. August. Seit diesem Monate erscheint die „Neue Münchener Zeitung“ als ungebetener Gast bei uns. Sie wurde nämlich für die k. Aemter aus öffentlichen Geldern angeschafft. Die Sache mag wohl bei dem nächsten Landtage zur Sprache kommen, sowohl wegen des Grundsatzes, als auch wegen der nicht unbeträchtlichen Ausgabe. Soweit ich dieses Blatt aus einigen Nummern beurtheile, ist es eben nicht mit sonderlich viel Geist und Talent geschrieben. Da freilich erklärt sich die Nothwendigkeit der Unterstützung aus dem Staatsbeutel. Die Staatsregierung hat sich aber bedeutend verrechnet, wenn sie geglaubt hat, auf diesem Wege dem Blatte bei uns Eingang zu verschaffen. In der Beilage zu Nr. 42. bespricht sie nämlich die Angelegenheiten unserer protestantischen Kirche, um, so sagt sie, eine richtige Würdigung zu erzielen. Der Aufsatz ist eine Vaterschrift im strengsten Sinne des Wortes. Das vorgebrachte Material und dessen Behandlung zeigen, daß er aus der Feder einer „kirchlichen oder staatlichen Obrigkeit geflossen ist, die bisher bemüht war, alle der Kirche schädlichen Tendenzen niederzuhalten.“ Das geschichtliche der kirchlichen Bewegung ist weder vollständig, noch richtig dargestellt. Ich folge seit Jahren dem Kampfe, und meine Ansicht darf schon deßhalb eine unparteiischere genannt werden, da ich dieser Kirche nicht angehöre. Es handelt sich wahrlich nicht bloß um die Frage, ob die Kirche ein bestimmtes Bekenntniß haben soll, sondern darum, ob der Kirche selbst (der Generalsynode) oder aber den kirchlichen Aufsichtsbehörden (dem Konsistorium und dem Oberkonsistorium) die Feststellung des Lehrbegriffes, das Gesetzgebungsrecht, mit einem Worte die oberste Gewalt zusteht. Denn darüber ist ja der Streit entbrannt, daß die genannten Kirchenbehörden, gestützt auf

Digitized by Google

die staatliche Obrigkeit, eine Machtvollkommenheit ausüben, wie sie der Papst in der katholischen Kirche besitzt. Zum Beweise führe ich aus dem Münchner Aufsatze das beachtungswerthe Geständniß an, „daß eine Anfangs kleine, in den letzten Jahren ziemlich gewachsene Anzahl von Geistlichen auf den meisten Synoden gegen eine ihren Gründen nicht zugänglicher Majorität nicht mit ihrer Stimmzahl aufkommen konnte.“ Diese unbequeme Majorität heißt dort (hört!!!) eine rationalistische Opposition! Wer weiß, wie einverstanden seit fast 2 Jahrzehnten die Rückschrittspartei in der Kirche und dem Staate auf dasselbe Ziel los gesteuert ist, und von wem sie gehalten wurde, der wird auch den Zusammenhang begreifen, in welchem von der Fortschrittspartei hier gegen das Kirchenregiment, dort gegen den Polizeistaat gekämpft worden ist. Hiernach ist die Phrase zu würdigen: „die Pfälzer sehen Alles gerne mit politischen Augen an und messen gerne mit der politischen Elle, auch Glaubens- und Kirchensachen, und schon früher hatte sich die politische Opposition der kirchlichen Fragen bemächtigt, um sie für ihre Zwecke auszubeuten.“ Es gehört, wenn man die bestimmten Ansichten unserer Protestanten und die bereits getroffenen Einleitungen kennt, wenig Prophetengabe dazu, um es vorherzusagen: eine freigewählte Generalsynode wird in Bälde mit starker Stimmenmehrheit die Lostrennung von dem lutherischen Oberkonsistorium durchsetzen, und den Beweis liefern, daß für ein gemeinsammes Bekenntniß und für eine gemeinsamme Glaubenslehre eine freie Kirche besser zu sorgen vermag, als eine mit hochtrabenden Reskripten regierte!

Δ Frankfurt, 22. August. Die Wahlagitation hat auch unsere Stadt erreicht. Listen über Listen, Kandidaten über Kandidaten, alle Parteien in heftiger Bewegung! Die Stabilen, die Liberalen, die Männer des juste milieu thun was sie können, ihrer Sache den Sieg zu verschaffen. Konstituirende Versammlung oder Verfassungsrath ist die Frage hier und dort. Schon hat Schäff Sonchay, ein Ehrenmann, aber ein Mann, dessen politische und religiöse Ueberzeugungen der Zeit angehören, die, wenn auch nur 5 Monate, doch ein Jahrhundert hinter uns liegt, seine Entlassung beim Senat „wegen geschwächter Gesundheit“ eingereicht, und die Partei der alten Konstitution verliert an ihm eine ihrer geachtetsten Stützen. Dennoch hat man seinen Namen auf die Wahlliste gestellt, welche von der Senatspartei ausgeht. Erfreulich ist es nur bei dieser Unruhe in den Gemüthern, daß von keiner Seite „an der Stärke trotzig Recht“ appellirt wird, sondern von jeder nur mit der Macht, des Geistes der Neuzeit hier, der alten Reichsstadt dort, gekämpft wird. Daß unsere alte Verfassung morsch und unbrauchbar geworden ist, daß sie sich zu den Grundrechten des deutschen Volks, welche aus dem Bewußtsein unserer Zeit hervorgehen, ungefähr so verhält, wie Metternich zu Gagern, das läugnen auch ihre Vertheidiger nicht. Unsere Altkonservativen sind daher in der besonderen Lage, daß sie nicht sowohl erhalten, als auch aufhalten wollen, nicht um eine Fahne, sondern um eine Uhr sich scharen, und daß die Frage nicht ist, ob, sondern nur wann die Festung übergeben werden soll. Nun ist nicht zu läugnen, daß die letzte Schanze hier nicht gegen den Feind, sondern gegen die Vertreter unseres Volks gehalten werden müßte, was man nicht eben konservativ nennen kann. Darum ist auch ein großer Theil der ruhigen, aber gebildeten Bürgerschaft mit richtiger Berechnung in dieser Sache auf die Seite unserer politischen Klubs getreten, überzeugt, daß die unruhige Bewegung nur durch den vernünftigen Fortschritt gemäßigt, gezügelt und auf den rechten Weg geleitet werden kann. Der Bürgerverein, wenigstens ein großer und achtbarer Theil desselben, hat sich in seiner letzten Generalversammlung dahin erklärt, daß nur eine konstituirende Versammlung, nicht der vorgeschlagene Verfassungsrath, welcher so ziemlich den preußischen Landständen des 3. Februars vorigen Jahres oder Jahrhunderts gleicht, die rathen sollten, ohne zu thaten, unserem Freistaate zum Nutzen gereichen könne. In diesem Sinne hat das Volk 5 Männer gewählt, die in Gemeinschaft mit den von dem deutschen Verein, dem Montagskränzchen und einigen harmonischen Gesellschaften zu demselben Zweck Delegirten, wirkten und zuvor ihr Wort gaben, wenn sie gewählt werden sollten, nur in den Verfassungsrath zu treten, um sich inkompetent zu erklären und eine konstituirende Versammlung zu verlangen. Wie könnte man auch jetzt eine neue Verfassung auf die Weise gründen, welche die alte für oder vielmehr gegen jede Veränderung der Konstitution vorschreibt? Sie will nämlich, Senat und gesetzgebender Körper müßten erst zu zwei verschiedenen Malen, immer mit einer Ueberzahl von $^3/_4$ ihrer Mitglieder, sich dafür erklären und dann die Bürgerschaft, in drei ungleich getheilte Ständeabtheilungen berufen, in zwei Abtheilungen mindestens ihre Einwilligung dazu geben, widrigenfalls dürfe in den nächsten drei Jahren von der Verfassungsänderung nicht die Rede sein. Wie aber die Grundrechte des deutschen Volkes zum zweiten Male angenommen sind, hat diese Verfassung von selbst zu leben aufgehört, da sie die Menschen und Bürger mehr, Justiz und Administration aber weniger scheidet, als jene zulassen. Was soll also, sagt die liberale Partei, die Komödie, mit unendlich langen und langweiligen Formen über die Frage abstimmen zu lassen, die im Voraus entschieden ist? Beilassen, Landleute und Juden müssen in den Staat hinein, der Zopf muß heraus; warum ihn nicht lieber selbst abschneiden, als ihn sich ausraufen lassen? Nun kommen auch noch die volljährigen Bürgersöhne, die hiesigen Handwerker, welche noch nicht Meister sind, weil die Zunftgesetze ihnen entgegen stehen. Sie Alle haben zur verfassunggebenden Reichsversammlung mitgestimmt und wollen sich, nachdem das Vaterland sie für vollberechtigt erklärt, in der Vaterstadt nicht abweisen lassen. Sie halten diesen Abend Versammlung im Walfisch und haben alle die „ausgeschlossenen volljährigen Staatsangehörigen“ dazu eingeladen, die zur Erhaltung der Ehre Frankfurts thatkräftig mitgewirkt haben. Da nun, zumal in unserer Zeit, nicht eine Seele aufzufinden ist, die sich nicht selbst bezeugen kann, sie habe sehr viel zur Verherrlichung der Vaterstadt und des Vaterlandes beigetragen, so wird der Saal voraussichtlich die Menge kaum fassen können. Es ist aber von unserer Behörde zu erwarten, daß sie eine Datumsfrage nicht der Mühe werth erachten werde, so viel Aufregung und gegenseitige Erbitterung hervor zu bringen. Wir sehen mit Vergnügen die Namen Jucho's (unseres Abgeordneten zur Reichsversammlung), Kugler's, Varrentrapp's, Habermann's und Burkhard's auf mehreren Wahllisten, so daß die Erwählung dieser Förderer einer konstituirenden Versammlung mit ziemlicher Zuversicht zu erwarten ist. Das Weiseste aber, was eine Behörde in jeder, zumal in unserer Zeit thun kann, ist freiwillig zu gestatten, was sie zu verhindern doch nicht vermag. Der Zeitgeist ist ein freundlicher Genius, wenn man sich weise mit ihm abfindet; aber er hat einen gewaltigen Dämon hinter sich, den er, je nachdem man ihn aufnimmt, selbst nicht in die Thüre bringen läßt, oder sie ihm gewaltsam aufreißt.

X Frankfurt, 21. August. Die „Deutsche Zeitung“ hat vor ungefähr vier Wochen einen Aufruf zu einem Kongreß deutscher Officiere gebracht, in dem zugleich der Vorschlag gemacht war, daß das Reichskriegsministerium eine Anzahl von Officieren aus dem deutschen Armeekorps um sich versammeln möge, damit es in der Berathung und Vorbereitung seiner Maßregeln eine angemessene, die Meinung der Sachverständigen vertretende Unterstützung finde. Auf den Kongreß warten wir noch und werden wohl noch lange warten müssen. Wir müssen es mit Schmerz eingestehen, daß bei Weitem die Mehrzahl der Officiere, wie uns scheint, das alte Vorurtheil, Alles in schweigendem, tugendhaftem Gehorsam von der allein seligmachenden Weisheit der höchsten Behörden erwarten zu müssen, noch nicht abgeschüttelt hat, daß eine eigenthümliche Ideenverwirrung ein offenes, freies Auftreten in solchen Dingen zu einer Sünde gegen das erste Gebot des Soldaten, gegen den Gehorsam, stempelt, und daß ein großer Theil gegen die Gestaltung der eignen hochwichtigen Angelegenheiten, welche zugleich die des Vaterlandes sind, eine Gleichgiltigkeit und Theilnahmlosigkeit zeigt, welche in dieser Zeit kaum zu begreifen ist und sich einzig durch den Hinblick auf das alte System und seine kastenmäßige Officierserziehung erklären läßt. Wir haben die Beweise, daß das deutsche Eisen immer noch einen guten Klang hat, und glauben, daß die Officiere und Soldaten aller Staaten auf dem Schlachtfelde ihre Pflicht zu thun wissen werden, aber die Officiere, die natürlichen Vertreter des Wehrstandes, sollten auch das Schlachtfeld des Geistes nicht scheuen. Ueber jenen Aufruf hat sich kaum eine Stimme auch nur vernehmen lassen; freilich war es ein viel wichtigeres und behagenderes Geschäft, der Centralgewalt die Huldigung zu verweigern, theils ungern und widerwillig darzubringen, und damit das frohe Wachsthum der deutschen Einheit zu bedrohen, als den Bau dieser Einheit durch Vereinigung zur deutschen Waffenbrüderschaft des Vaterlandes eingedenk aufführen zu helfen. Aber von Preußen soll uns auch wieder Fremde kommen. Hr. v. Peucker ist ein Preuße, und in diesem Augenblick hat er in der Nationalversammlung verkündigt, daß eine Versammlung von Officieren der deutschen Staaten nach Frankfurt berufen werden solle, um über deutsche Wehrangelegenheiten zu berathen, um vor Allem sich zu vereinigen, wie in der kürzesten Zeit und mit der meisten Uebereinstimmung die beschlossene Vermehrung der deutschen Streitkräfte anzuführen wäre. Zugleich will das Reichskriegsministerium durch besondere Abgesandte über den Zustand der deutschen Truppen sich aufs Genauste unterrichten. Das sind Maßregeln, wie sie die Zeit gebietet, und wir hoffen, daß derselbe offene, freie, taktvolle Sinn, mit dem sie verkündigt wurden, auch ihre Ausführung anordnen wird. Die Regierungen

Digitized by Google

mögen die Abgeordneten ernennen, aber es mag ihnen empfohlen werden, daß sie bei der Wahl die Stimme ihrer Offiziere hören. Sie werden dadurch allein sicher, daß sie die Tüchtigsten finden, denn die nöthige Kenntniß der Persönlichkeiten wohnt der Natur der Dinge und der langen Herrschaft eines unglücklichen Systems gemäß den höchsten Behörden durchaus nicht bei, und es ist ein gerechtes Verlangen, daß die Entscheidung in einer so hochwichtigen Sache nicht von einer oder wenigen hochgestellten Personen, bei denen menschlicherweise persönliche Rücksichten sich immer, wenn gleich nach unwillkürlich, einmischen, allein gegeben werde. Ueberdies ist, wenn die Officiere zur Wahl der Abgeordneten mitwirken, durch diese zugleich die allgemeine Meinung der Sachverständigen vertreten und daraus, dünkt uns, kann man in unserer Zeit nicht genug Gewicht legen. Wie wir den Kriegsminister verstanden haben, soll es eine Versammlung von Vertretern des deutschen Wehrstandes werden, das Vaterland wird von ihr Heil und Gedeihen in der Entscheidung der schwersten bedeutendsten Fragen erwarten, das Ausland wird ihr mit gespannter Erwartung entgegensehen; Das möge Jeder bedenken, der hier mit zu sprechen hat, damit er das schwerste aller Opfer nicht scheue, das Opfer von eingewurzelten Meinungen und von durch die Zeit heilig gesprochenen Vorurtheilen.

Frankreich.

** Straßburg, 20. August. Wird ein französisches Heer die Alpen überschreiten? Diese Frage scheint seit den letzten Begebenheiten alle andern zu beherrschen. In der That, nicht leicht möchte Etwas unerwarteter gewesen sein, als die enge Verbindung zwischen England und der französischen Republik, wie sie noch die Erklärung des englischen Ministers auf Disraeli's Anfragen beurkundet. Wir dürfen uns jedoch nicht täuschen, in England kennt man die Lage des Nachbarlandes besser als sonstwo, besser vielleicht als in Frankreich selbst. Ein neuestes Heft von Blackwood's Magazine enthält eine Schilderung der französischen Zustände, welche einen Scharfblick beurkundet, der nur in britischen Zeitschriften nicht überrascht. Die Grundidee, daß das Land nicht republikanisch gesinnt sei, ist ganz wahr, ist wenigstens noch vor drei oder vier Wochen wahr gewesen, obgleich nicht geläugnet werden kann, daß in neuerer Zeit sich Manches geändert hat. — Je weiter wir nämlich uns von der Republik des 24. Februars und der provisorischen Regierung entfernen, um so mehr befreunden sich die Massen mit dieser Verfassung, besonders auch bei der Betrachtung der Unmöglichkeiten, eine andere dem Lande zu geben. Jene Republik hätte sich aber nicht länger halten können, als die erste Ueberraschung des Schreckens dauerte, welchen der Umsturz des Thrones und die Maßregeln Ledru Rollins hervorgerufen haben. So wie jene vorangegangen, sobald die Leerheit der letztern anerkannt wurden, und die rechtschaffenen Bürger sich zusammenfanden, mußte auch die eitele Macht, die Leere der Reden, die Untüchtigkeit der Regierenden, ihre Unerbittlichkeit die Besonnenheit der Massen zurückrufen, und schon vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung war eigentlich das Loos entschieden. Jetzt weiß man ja, daß mehr als Eine Delegation mit geheimen Instruktionen in die Hauptstadt gekommen ist, welche der Unterdrückung durch eine Faktion, und hätte sie sich auch auf Preis gestützt, geradezu entgegen waren, daß manche Provinzen — die Bretagne, die Normandie, große Städte, wie namentlich Bordeaux, bereit waren, sich in jenem Falle geradezu von der Hauptstadt zu trennen und als letzte Nothwehr sich für den Föderalismus zu erklären. Ein Anderes hätte wohl bei einer Verlegung der Versammlung nach Bourges nicht eintreten können. Aber es sollte das Aeußerste sein, zu dem Frankreich gegriffen hätte, da die Folgen eines solchen Schrittes Niemand verborgen waren. Diese Stimmung erklärt die Ereignisse des 15. Mai und die Junitage, aber auch die Sorgfalt, welche auf den Schutz der Versammlung gegen Paris verwandt wird, die vielleicht noch selten von einem despotischen Autokraten übertroffen worden ist. Wer diese Versammlung tagen sieht hinter Batterien und Schanzwerken, umgeben von Heerlagern mitten in einer so großen Stadt, würde er nicht eher an die Residenz eines Despoten, als einer volksthümlichen Regierung glauben! Es liegt darin der Beweis für die Verlegenheit der Faktion, aber auch die Besorgniß, die Versammlung vor jeder Störung zu wahren, eben weil so unberechenbare Folgen daraus hervorgehen könnten. Die Faktion der exaltirten, bloß durch Ehrgeiz oder noch unreinere Motive geleiteten Republikaner, mit ihrer Stütze, den socialistischen Thoren, ist jetzt gefallen, und die Folge ihres Exklusivismus ist ihre eigene Exklusion gewesen. Nur so kann die Republik gehalten werden, und Frankreich schaart sich mit Zutrauen um die Regierung, welche ihm die Entfernung jener Elemente gewährleistet. Allerdings schreien jetzt die Journale der zurückgedrängten Partei über Reaktion, aber sie täuschen Niemand mehr, denn es ist die Masse des Volkes, welche diese Richtung theilt. Sogar gutmüthige Schwärmer, welche eine theoretische Republik mit utopistischen Institutionen geträumt haben, sind jetzt zur Einsicht gekommen, daß ein anderes Element, als der Straßenpöbel der Hauptstadt oder die verschuldeten Prasser oder Faulenzer die Nation bilde, daß das allgemeine Stimmrecht in seiner weitesten Ausdehnung eine Thorheit sei, daß eine Regierung ohne Autorität, jedem unberufenen Zeitungsschreiber oder Klubredner Preis gegeben, das Land nicht verwalten könne, daß nicht Jeder, wo und wie er will, ihr widerstreben dürfe, und Alle vereinigen sich, seine verderblichen Auswüchse zu bekämpfen und zu beseitigen. Diese Einigung haben die neuesten Wahlen der Verwaltungsbehörden der Städte und der Departemente bewiesen. Nur in wenigen Fällen hat der eigentliche Pöbel und da nur theilweise den Sieg davon getragen: überall hat man sich dahin vereinigt, ruhige und besonnene Männer zu wählen, und die sich als die allein wahren Republikaner Bezeichnenden ausgeschlossen. Den bekannten Gesetzen gegen Wühlerei werden noch andere Maßregeln folgen, besonders solche, welche die Organisation der Nationalgarde in den größten Städten betreffen. Allerdings wird die Faktion, welche die Gesellschaft umstürzen will, jedesmal über Reaktion schreien, aber so wenig damit Gehör finden, wie die deutschen Republikaner, welche hier die Maßregeln, auf welche Deutschlands Einigung sich stützt, als Rückschritte zum Despotismus bezeichnen. Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen, sonst baut er in den Nebel. Wer eine republikanische Regierung will, und zwar in einem Lande wie Frankreich, muß derselben eine größere Gewalt geben, als der königlichen, denn das Bedürfniß liegt in der Natur der Verhältnisse. Von dem Volke periodisch geschaffen, von demselben für jede ihrer Handlungen zur Rechenschaft gezogen, darf sie in der Vollziehung der Gewalt nicht mehr von dem Bewußtsein ihres Ursprungs abhängig sein, es darf ihr nicht Jeder sagen können, daß er sie geschaffen, sonst sind wir in einer immerwährenden Anarchie. Deßwegen fällt es auch nicht auf, wenn Cavaignac auf einmal eine Vermehrung von 600 Gensd'armeriebeigaben fordert, welche diese Stütze der öffentlichen Gewalt um etwa 2500 Reiter und 500 Gend'armen zu Fuß vermehrt. — Einen Krieg in Italien will man nicht, aber zum Einschreiten ist Alles geordnet: die Vorhut ist geblidet, und ein Wort setzt Alles in Bewegung. Auch liegen in Toulon und Marseille die Truppen bereit, welche bestimmt sind, nach Mittelitalien geworfen zu werden; nur das deutsche Reich scheint sich in diesen Angelegenheiten auszuschließen.

Griechenland.

(Griech. Zustände. II.) Den dunkel gefärbten Schilderungen unseres * Korresp. stellen wir einen andern Bericht gegenüber, der die Dinge in milderem Lichte sieht. Wir können uns jedoch der Bemerkung nicht enthalten, daß, abgesehen von der größern und geringern Schärfe der Ansicht und Darstellung, beide Berichte im Grund der Sache ziemlich übereinkommen. Die Persönlichkeit des Königs von Griechenland genießt allgemeine Achtung, Niemand zweifelt an seinem trefflichen Willen; auch unser * Korresp. hat ihn nicht angegriffen; aber die Uebel des fremden Einflusses, der unfähigen Beamten, der fremdartigen unpassenden Verwaltung, der Eigensucht, des Mangels an Vaterlandsliebe zeichnet der eine Berichterstatter so lebhaft wie der andere.

△ Athen, 16. Juli. Zu behaupten, daß in Griechenland Alles sei wie es sein sollte, oder hätte sein können, wäre ebenso zaghaft gesagt, als der Gegensatz, daß gar Nichts geschehen sei, was Land und Volk zu Gute komme. — Die politische Lage Griechenlands ist exceptionell und wird es für längere Zeit noch bleiben; darum darf an sie nicht der Maßstab gelegt werden, der für andere europäische Staaten der richtige wäre. — Die Aufgabe hier ist, nicht das zu erstreben, was man erreichen könnte, sondern sich mit dem zu begnügen, was zu erreichen ist, ohne durch das Streben nach dem Besten das Gute aus den Augen zu verlieren; und das schon vorhandene, thatsächlich vor Augen schwebende Gute zu erhalten, zu kräftigen und fortzubilden, ist das Streben des Königs, ohne daß er sich selbst und Andere mit der unnöthigen Sorge quälte, was vielleicht mit den vorhandnen Kräften auf eine andere Weise für das Wohl des Landes bewirkt werden könnte. — Er hat getrachtet, dem verfassungsmäßigen Rechte seine volle Geltung zu verschaffen und das Wohl des Volkes zu beachten, ohne irgend welche Sonderinteressen zu berücksichtigen, so lange sie nicht mit jenen allgemeinen Vorschriften zusammenfallen. Bei solchem Streben und Wirken ist es allerdings nicht möglich, Allen Recht zu thun; Tadler, ja Gegner können nicht fehlen unter denen, welche nicht gelernt haben, ihren eignen Vortheil dem allgemeinen Wohl unterzuordnen, unter de-

Digitized by Google

nen, die zu schwach sind, um der fortschreitenden Entwicklung des öffentlichen Wesens mit gleichem Schritt zu folgen. Ihnen gegenüber reicht aber das eigene Bewußtsein der erfüllten Pflicht und des überzeugungstreuen Handelns aus; und in noch weit größerm Maße stärkt und lohnt für die Mißstimmung Einzelner oder gewisser Kotterien die Zustimmung der öffentlichen Meinung, des Volkes im Allgemeinen. — Immer aber wird der König, wie die Sachen noch jetzt stehen, sich freilich zunächst und vor Allem auf die Kraft des eigenen Strebens verlassen müssen, wenn er nicht selbst verlassen sein, aber die Sache, der er sein Leben geweiht, aufgeben will. Das Letzte aber wird er nun und nimmermehr wollen nach den schönen Erfolgen, die er durch die eigene Kraft errungen. — Die ihm von seinem Ministerium gebotene Hilfe ist nur gering, da nicht gerade die geübten Kapacitäten des Landes sich in demselben befinden, und dasselbe sich wiederum nicht immer die tauglichsten Individuen aussucht, seine Befehle zu vollführen. — Die Opposition, durch ihre schroffe Stellung gegen den Thron von aller Thätigkeit ausgeschlossen, wirft nun natürlich der Regierung, die solcher Individuen sich bedienen muß, vor, daß sie keine Fortschritte mache — gleichwie ein Handwerker mit schlechten Werkzeugen unmöglich gute Arbeit zu liefern vermöchte — eine Phrase, die in einem civilisirtern Staate wohl an ihrem Platze sein möchte. Aber Griechenlands Lage bildet eine Ausnahme von der Regel; die Regierung ist mehr dem Hinterwäldler Nordamerikas vergleichbar, der, so gut es gehen will, sich mit Allem behilft, was ihm unter die Hände kommt; mit Beharrlichkeit und Ausdauer aber zu Besserm übergeht, so wie er es erlangen kann und endlich doch sein ursprüngliches Blockhaus inmitten halbgeordneter Felder in eine freundliche Villa zwischen fruchtbaren Gärten verwandelt sieht.

Erfreulich ist es, wahrzunehmen, daß trotz der dann und wann auftauchenden Rebellionen, von unzufriedenen Häuptlingen unternommen, von fremdem Einfluß unterstützt, trotz der daraus entstehenden Hemmungen der Staatsmaschine, das Land und Volk im Allgemeinen sich wohl befindet; Handel und Industrie bekommen täglich höheren Aufschwung, der Boden wird immer mehr angebaut, Dörfer und Städte vergrößern sich — der materielle Wohlstand nimmt zu! Wie leicht wäre es doch, dies von der Natur so begünstigte Land, dieses leitsame Volk zu regieren, wenn man ihm nicht leider durch eine Partie Unzufriedener, deren falscher Ehrgeiz durch fremden Einfluß aufgereizt war, zu frühzeitig, zu wenig vorbereitet eine Konstitution aufgedrungen hätte. Es mag paradox erscheinen, ist aber dessen ungeachtet wahr, daß gerade dasjenige, was in andern Staaten als eine Segnung angesehen werden darf, hier gerne noch für längere Zeit entbehrt werden dürfte! denn die — an und für sich gute — Konstitution ist das Alles hemmende Hinderniß geworden, eben weil das Volk im Ganzen genommen noch lange nicht für dieselbe reif war. Jeder Einzelne ist noch zu sehr mit seinem Einzelinteresse, mit seinem materiellen Wohl beschäftigt, als daß er es dem gemeinen Besten unterordnen möchte; und ein großer Hebel des Volksglückes fehlt hier, bei denen sowohl, in deren Händen die Wohlfahrt des Landes ruht, als bei den derzeitigen Opposition: die Vaterlandsliebe. Diejenigen, in deren Hände bis jetzt die Macht der Regierung gegeben war, suchten sich und ihre Anhänger soviel als möglich zu bereichern, ohne sich vom Geschrei der Opposition stören zu lassen, die in ihren Journalen zwar stets die Individuen, nie aber das Uebel an der Wurzel angriff, da sie nur den Zeitpunkt erwartet, der sie an das Ruder bringt, um dann ebenfalls eine reiche Erndte halten zu können. Politisch zerstückelt und ohne wahren Mittelpunkt, in mehrere Unterabtheilungen zerfallend, durch deren Kämpfe unter einander und gegen die Regierung Lüge und Betrug leider einheimisch geworden sind, steht die Opposition auf dem Kampfplatze; — dazu ist Griechenland in seiner naturgemäßen Entwickelung von allen Seiten durch fremden Einfluß gehemmt, der die jungen Kräfte des Staates auf die härtesten Proben stellt. Schwer ist es wahrlich für den König, aus den Wirren der Gegenwart den Weg in eine schönere Zukunft zu finden; aber so schwarz zu malen, als manche Korrespondenten, ist übertrieben: Griechenland ist noch in einer Durchgangsperiode begriffen, wie sie nach der so plötzlich erhaltenen Konstitution nicht wohl ausbleiben konnte.

Daß unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen hier und dort der Wunsch rege wird, lieber eine repräsentative Verfassung — die dem Lande bedeutende Summen kostet — zu entbehren, lieber wieder das frühere System, in dem doch finanzielle, sowie richterliche Ordnung herrschte, hergestellt zu sehen, braucht bei einem Volke wie das griechische, das seinen materiellen Vortheil so gut versteht, nicht auffällig zu erscheinen. Daß es aber einstweilen bei dem stillen Wunsche bleibt, hat seine Ursache im praktischen Sinne des Volkes selbst, das lieber die Leiden einer schwachen Regierung ertragen und selbst mit großen Opfern Ruhe und Ordnung erhalten wissen will, als daß es an dem neu aufgerichteten Baum der Konstitution rütteln möchte. Ruhig harrt es der Zeit, die günstige Resultate herbeiführen muß. Uebrigens möchte es ihm auch schwer werden, an der Konstitution sich zu vergreifen, die ihren ersten — fast möchte man sagen einzigen — Beschützer in dem Könige selbst besitzt, der, die wahren Bedürfnisse seines Volkes wohlerkennend, der Letzte war, die freien Institutionen, deren Griechenland unter der sogenannten absoluten Monarchie genoß, durch eine noch nicht zeitgemäße Konstitution zu ersetzen; aber nachdem dieselbe einmal angenommen und beschworen, gewiß der Erste sein wird, sie gegen alle Angriffe zu vertheidigen!

Türkei.

⚓ Konstantinopel, 9. August. Die Cholera, welche gegen Ende Juli fast ganz erloschen war, ist mit dem Ramasan wieder heftiger als je ausgebrochen; die verrückte Lebensart der Türken, welche in der Fastenzeit Alles umkehren, den Tag zur Nacht und die Nacht zum Tage machen, erklärt es hinreichend. Außerdem sind jetzt die Melonen in üppiger Fülle da; zwar hat die Regierung den Verkauf der Gurken verboten, aber die viel gefährlicheren Melonen sind erlaubt. Im Griechenquartier Fanar sterben täglich 50, 60, 70 Menschen; besonders die griechische Geistlichkeit wird sehr hart mitgenommen. — Die Russen, welche vor einiger Zeit über den Pruth zurückgegangen waren, sind jetzt, 20,000 Mann stark, wieder in die Fürstenthümer eingerückt und marschiren gegenwärtig auf Bukarest los.

Amerika.

** Washington, 1. August. Der Präsident der Ver. Staaten hat sogleich nach Empfang der von dem amerikanischen Konsul Grätz gemachten officiellen Mittheilung von der Annahme des Erzherzogs Johann als Reichsverweser, den in Berlin akkreditirten Gesandten, Hr. Donelson, bei der provisorischen Reichsgewalt in dieser Eigenschaft mit akkreditirt und ihm die Weisung ertheilt, sich so schnell als möglich nach Frankfurt zu begeben, damit keine Zeit versäumt würde, sondern die amerikanische Regierung mit Eine der Ersten wäre, die die Reichsgewalt anerkenne und diplomatische Verbindungen damit eröffne. — Ohne Zweifel wird Deutschland nun auch bald einen Gesandten nach hier senden, hoffentlich keinen aus der alten Schule, hier sähe man am liebsten, wenn der preußische Minister-Resident von Gerolt dazu erwählt würde; dieser Herr ist hier bei allen Klassen sehr beliebt und hat unsere Regierung auch der königlich preußischen, officiell den Wunsch zu erkennen gegeben, denselben hier als Gesandten zu lassen. — Wenn die deutsche Bundesregierung an die Stelle der einzelnen Konsuln Reichskonsuln hier im Lande ernennen wird, so wird sie gewiß nur solche Männer dazu wählen, welche ihre ganze Zeit ihrem Amte widmen können und deßhalb eine angemessene Besoldung haben müssen, denn deren Amt wird von zu großer Wichtigkeit werden, als daß ein Unbesoldeter dasselbe übernehmen könnte. — Man ist hier überhaupt nicht der Ansicht, daß die Separat-Konsuln ganz aufhören sollten, deren Geschäfte ganz verschieden von denen der Bundes-Konsuln sind, welche sonst wie die Franzosen eine förmliche Kanzlei haben müßten. Die separatamerikanischen Staaten haben zur Legalisirung von Privatdokumenten eigene Legalisationsbeamte, welche Kommissäre heißen und keine Anerkennung Seitens der Regierung bedürfen. Man sollte die jetzigen Separat-Konsuln in Solche umändern, diesen läge dann nur die Beglaubigung von Dokumenten nach ihrem Lande ob, dabei die Privatangelegenheiten ihrer Landsleute, welche von keiner officiellen Art sind. Ohne eine solche Einrichtung würde der Bundes-Konsul eine Riesenarbeit haben; man hat in Frankfurt gewiß keine Ahnung davon, was jetzt den Konsuln der einzelnen Staaten in der Art hier zugemuthet wird. Man hat hier mit Entrüstung gelesen, daß sich dort bei den Antrieben Männer unter dem Namen von Amerikanern betheiligt haben, nicht ein Einziger davon ist amerikanischer Bürger; Herr Kriege, welcher als Mitglied des demokratischen Komitéa agirt und sich von Newyork nennt, hat kein Recht dazu, denn der momentane Aufenthalt daselbst berechtigt ihn auf keine Weise dazu, er ist weder Bürger der Union noch Ortsbürger der Stadt Newyork, sondern wird hier im Lande als Ausländer betrachtet und hat auch nie den geringsten Einfluß in Newyork gehabt. Unsere Staatsregierung hat durch ein Cirkular unsere Gesandten und Konsuln in Europa aufgefordert, darüber zu wachen, daß von Seite der Bürger die strengste Neutralität beobachtet würde, und sich ein Jeder aller Einmischung in die politischen Ereignisse Europa's enthalte.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cramer & Comp., 29 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder besorgt sich an M. L. Wagener in Straßburg Nr. 20 Quai de Paris Nr. 20 dem Hôtel de Commerce.

Deutsche Zeitung.

Der Pränumerationspreis beträgt bei Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 42. 30 kr. Für Bestellungen außer der Pränumeration beträgt der Preis mit Postaufschlag vierteljährlich fl. 3. (2 Thlr.) berechnet.

№ 235. Heidelberg, Samstag 26. August. 1848.

Uebersicht.

Ungarn, Oesterreich und Deutschland. — **Wien** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Arbeiterunruhen. Das staatsmännische Treiben der akadem. Legion und Graf Montecuculi). **Triest** (Aldini. Die Republik Venedig). **München** (blutige Auftritte). **Heidelberg** (Oberpostamtszeitung). **Altona** (Vertagung der Landesversammlung. Heckscher. Waffenstillstand in Aussicht. Landungsversuche der Dänen). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Interpellation. §. III. der Grundrechte. Welckers Sendung nach Stockholm. Friede in Italien bevorstehend. Die Wirkung der Berliner Unruhen. Karrikaturen).

Großbritannien. **London.** Parlamentsverhandlungen: die Bill zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom. Lord Brougham und Marquis Landowne über die oberitalienische Angelegenheit.

Frankreich. **Paris.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Freundschaftliche Beziehungen mit Rußland. Strategische Versuche. Unruhen vor Thiers Wohnung. Verbindung des Socialismus mit dem Ultramontanismus.

---

26. August.

Die österreichisch-ungarische Frage, bisher vom Nebel politischer Parteiung im Volk und in der Presse umhüllt, ist neuerdings in den hellen Vordergrund der parlamentarischen Debatten und der Ministerialerklärungen getreten. Von den beiderseitigen Stimmen, von Erklärung und Gegenerklärung, müssen wir nun so mehr Akt nehmen, als die aufmerksame Verfolgung des Gegenstandes nicht bloß unsere Interessen im Lebenspunkt berührt, sondern auch auf unsere häuslichen Angelegenheiten und unsere innersten Zustände ein eigenthümliches Licht wirft.

Den Beschluß des ungarischen Repräsentantenhauses vom 3. August, die feierliche Erhebung von den Sitzen, um Band und Freundschaft zwischen Deutschland und Ungarn, als selbständigen Staaten, zu verkünden und zu bekräftigen, haben wir bereits in der Kürze mitgetheilt. Die Debatte darüber, die Grundsätze und Vorstellungen, die dabei laut wurden, müssen wir einer näheren Prüfung unterwerfen. „Deutschland, sagte der Antragsteller Gorove, ist das Herz Europa's, berufen zur Verbreitung der Civilisation im Osten; Ungarns Beruf wird es sein, die Civilisation im Osten zu verwirklichen und aktiv ins Leben zu rufen. Deutschland ist die Fackel in der Mitte Europa's, Ungarn wird die Rolle des Fackelträgers übernehmen müssen." — Man hätte an dieser Stelle ein Wort erwarten können von den zwei Millionen Deutschen, die, unter den Magyaren wohnend, zu Sendboten und Fackelträgern deutscher Kultur recht eigentlich bestimmt scheinen, die Folge wird aber noch deutlicher zeigen, daß nur das räumliche Deutschland verstanden wird, nicht seine weit verbreiteten Absenker und Sprößlinge. Die Mission deutschen Geistes und magyarischer That soll sich zunächst auf das untere Donaugebiet erstrecken und dessen blutsverwandte Bevölkerung, die romanische Race; ihre Entfaltung, ihre Hinnäherung zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit wäre die erste große Aufgabe Ungarns. Dies ist eine edle Aufgabe, und durch die Blutsverwandtschaft der Völker erleichtert; aber die Macht deutscher Kultur und die Organisationskraft des deutschen Bürgerthums ist an Blutsverwandtschaft nicht gebunden; sie kann ein Eigenthum aller Nationen werden; und wenn Ungarn die Mission übernehmen will, wenn der Redner zugleich die Metternich'sche Politik so gerecht tadelt, daß sie jene Völkerschaften unterdrückte und Sympathien sich entgehen ließ, die sie spielend gleichsam durch ein einziges Wort gewinnen konnte: denkt er dann nicht, daß noch andere Stämme auf die Wohlthat der Gesittung harren, und daß die Unterlassung der Mission sie dem Feinde in die Arme treibt? Oder hält er die Magyaren nicht für geschickt, bei ihnen das Missionsamt zu übernehmen? — Ein folgender Redner, Graf Ladislaus Teleky, faßte die deutsche Einheit in einer Schärfe, an die noch kein deutscher Unitarier, auch der strengste nicht, gereicht hat. Am 6. August erwartet er den vollkommenen Anschluß Wiens (d. h. des deutschen, nicht ungarischen Oesterreichs) an Deutschland. Ein Ministerium, das nm sechsten die Nationalfarben nicht aufsteckte, wäre ein Verräther an Deutschland, wie der ein Verräther an Ungarn wäre, der ihm keine Centralisation wünscht, der jedes Komitat souverän haben wollte. Wer die Zerstückelung Deutschlands noch ferner wollte, der wäre ein Verräther auch an Oesterreich, denn der Zustand Oesterreichs war kein anderer; die verschiedenen Provinzen hatten einen gemeinschaftlichen Herrn, aber kein gemeinschaftliches Interesse. Einen österreichischen Patriotismus gab es nicht, so wenig, als Jemand für die verschiedenen Güter des Fürsten Esterhazy verschiedenen Patriotismus fühlen würde. Einheit in Centralisation muß der österreichischen Dynastie wie den Erbländern willkommen sein; auf der einen Seite soll Oesterreich in Frankfurt seinen Centralpunkt finden, auf der andern sollen in Ungarn 14 Millionen Menschen in unzertrennlichem Interesse der Freiheit und des Thrones einander gegenseitig verbunden sein.

Kossuth bestieg die Rednerbühne, um seine Zustimmung zu den laut gewordenen politischen Ansichten auszusprechen und die Verhältnisse zwischen Ungarn und Oesterreich zu beleuchten. Mit der Offenheit, die seine Eigenthümlichkeit als Redner bezeichnet, sprach er über den Verlust seiner Popularität in Wien; er gab eine treffende Zeichnung der Parteien, die wir noch weiterhin benutzen werden; er machte die Bemerkung, die vom feinsten Verständniß der österreichischen Zustände zeugt, daß die Entfernung des Kaisers aus Wien in ihren schädlichen Folgen nur durch den innigsten Anschluß an Deutschland wieder gutgemacht werden könne, und das Alles diente dazu, dem Hörer das Netz der Beweise über den Kopf zu werfen, daß die Sache Ungarns die Sache der Freiheit, Herstellung des Kaiserstaats als Ganzes zugleich Rückkehr des Alten im weitesten Umfang sei. Kossuth rechnet dabei ganz richtig auf die jugendliche Freiheitsliebe, die zuerst und vor allem Andern den Rückschritt fürchtet; wir aber freuen uns, wenn die Betrachtung dieser Angelegenheit dem Parteistandpunkt enthoben wird und die Hoffnung Platz greift, die Freiheit zu bewahren auch ohne die empfindlichsten Opfer der Sicherheit und Politik. —

Man sieht aus diesen flüchtigen Umrissen, was die Magyaren wünschen. Deutschland soll als einheitliches Reich von strengster Organisation, gleichsam ein zweites nach Osten gerücktes Frankreich, die bisherigen österreichisch-deutschen Staaten einschließen, und während wir im ganzen Oesterreich das Mittelglied zwischen Deutschland und dem Osten sehen, soll Ungarn, mit seinen siebenbürgischen, kroatischen, slavonischen Nebenländern den großen Oststaat und den Träger deutscher Gesittung bilden. Wir sprechen diesem Plane seinen großen Sinn und seine Berechtigung für die Zukunft nicht ab; aber wir müssen doch nach dem Freibrief der Magyaren fragen. Es könnte ja Deutschland einfallen, das Missionswerk durch die österreichischen Deutschen, durch seine in Ungarn und den Ostländeen zerstreuten Kolonisten, im Vertrauen auf die Kraft seiner Grundsätze selbst zu übernehmen. Nach Muth und Thatkraft fragen wir nicht, auch nicht nach der Fähigkeit, die deutschen Ideen aufzunehmen; Beides haben die Ungarn bewiesen; aber es handelt sich hier um die Gegenwart und die vorhandene Kraft, nicht um die künftig zu erobernde. Die Magyaren wollen nach Außen, nach den

Digitized by Google

Donauländern hinwirken, aber hätten sie nicht zuvor im eigenen Hause anzufangen? Die privilegirten Klassen in Ungarn sind voll Zutrauen im Gefühl ihrer Kraft, aber sie sind doch machtlos ohne Gesittung, Wohlstand, Bürgersinn der unteren, und daß hier noch Alles zu thun, daß Nichts vorhanden ist als die tüchtige physische Grundlage, das wird kein redlicher Ungar läugnen; wir finden selbst in den vorliegenden Reden das Eingestädniß. Nun soll aber das ungarische Reich noch andere Nationalitäten umfassen, versöhnen, zu Bürgern eines civilisirten Staates umbilden, und von den untern Klassen dieser Stämme gilt das Gleiche wie von den ungarischen, ja Etwas mehr als das Gleiche, denn der Grenzer ist offenbar gebildeter und vorgerückter als der ungarische Bauer. Da kann allerdings deutsches Beispiel, deutsche Lehre und Aufklärung allein helfen; aber haben die Ungarn das deutsche Wesen auch richtig verstanden? Darüber haben wir unsere Zweifel. Dächten sie etwa mit dem beliebten Worte: Centralisation auszulangen? Centralisation heißt in jenen Gegenden Gewalt, aber mit dieser, auch wenn sie den günstigsten Erfolg hätte, ist den Bedürfnissen der Bevölkerungen nicht geholfen, und am wenigsten deutsche Art und deutsches Muster befolgt. Wollten die Ungarn diese zu verstehen suchen, sie würden finden, daß man in Deutschland bei allem Einheitsstreben keine Centralisation will, daß Nichts dem deutschen Geiste mehr zuwider ist, und daß Deutschlands Staaten und Stämme im großen Ganzen eine andere Geltung haben als ungarische Komitate. Mit Oesterreich ist es nicht anders; seine Provinzen und Nationalitäten sind mehr als Esterhazy'sche Landgüter; in ihrer Gesammtheit, die deutsche nicht ausgeschlossen, in ihren providentiellen Gegensätzen, Vorzügen und Mängeln möchten wir so gerne den Heerd der Freiheit, die Werkstätte geistiger Erhebung für den Osten sehen.

Man denke nicht, daß wir die dargebotene Hand der Ungarn zurückstoßen wollten; eher möchten wir sie zu einer etwas andern Betrachtung ihres Bundes mit Deutschland leiten. Unter allen Umständen wird Ungarn aus dem großen deutschen Volke für seinen Wohlstand, seine Bildung und Aufklärung den reichsten Nutzen ziehen; unter allen Umständen wird für Deutschland der Bund mit einem edlen thatrüstigen Volke von höchstem Werthe sein. Drei große Eventualitäten liegen zunächst für Oesterreichs Zukunft vor; in jedee ist die Rolle Ungarns groß. Der Riß durch die Mitte des Kaiserstaats kann sich erweitern, er kann bis zur dynastischen Trennung führen. Dann wäre der Wunsch der Ungarn erfüllt, aber der schwerste Kampf würde noch beginnen, wenn der slavische Stamm auch für sich in Anspruch nähme, was Ungarn erlangt hätte. In diesem Kampfe müßten die Deutschen auf das große deutsche Haupttreffen sich zurückziehen, und Ungarn wäre die tapfere Vorhut nach Osten. Der Sieg wäre möglich, aber besser würde der Kampf vermieden durch die Einigung der Nationalitäten zu einem kräftigen Föderativstaat auf der Grundlage demokratischer Einrichtungen und völliger Gleichberechtigung, unter der gemeinsamen Dynastie des alten Oesterreich. Dann müßte deutscher Geist im Ganzen herrschen, und das Missionswerk erst noch Innen, domn nach Osten hin mit den Gesammtkräften der Monarchie vollbringen. Die Thätigkeit der Ungarn könnte sich auf die Romanen, die der Südslaven auf ihre Stammverwandten richten, und dies wäre eine Rolle, deren sich die Magyaren nicht zu schämen hätten. Wenn es schön ist, über Andere zu heerschen, so ist es auch schön, mit Gleichen zu gleichem Ziele zu streben. Endlich, und dies ist für jetzt das Wahrscheinlichste, kann der Reichstag zu irgend einem Kompromiß führen, etwa nach Art der Konstitution vom 25. April, die polnischen und italienischen Landestheile werden ihre Einwirkung üben, and der Kaiserstaat einer Reihe von neuen Erschütterungen entgegengehen, die wohl in letzter Instanz mit den ersten Möglichkeiten, entweder dem Zerfall odee der Föderation, ihr Ziel finden werden. In jeder Lage, in jeder vom Geschick bestimmten Verwicklung wird dann Ungarns Rolle eine große, die deutschen Interessen stets nahe berührende sein.

Oesterreich. ** Wien, 20. Aug. Um ¼ auf 6 Uhr Abends ward die Sitzung unter dem Präsidium Strobach's eröffnet. Unter den eingelaufenen Eingabin ist die an den Reichstag gerichtete Denkschrift des Grafen Montecuccoli bemerkenswerth. Abgeordn. Löhner interpellirte hierauf den Minister des Innern wegen einer in der gestrigen Abendbeilage zur Wiener Zeitung enthaltenen Angabe, daß nämlich der Banus (er glaube wenigstens, daß er dies noch sei!) von Kroatien, Baron Jellachich, eine Inspektionsreise durch Kroatien, Slavonien und auch Dalmatien vorgenommen habe; da aber bekanntlich dort vom hiesigen Ministerium nebenzuge Behörden, selbst ein Civil- und Militärgouverneur, sich befinden, so frage er, ob demselben von dort her Etwas bekannt geworden und diese Reise auf amtlichen Anordnungen dafre. Minister Doblhoff erklärt aber, daß jener Artikel nicht officiell und ihm auch nan der Reise Nichts bekanat geworden sei. — Abgeordneter Jonnk kündigt nn, daß er nächstens eine Interpellation vorzubringen gedenke in Bezug der Stellung Frankreichs, Englands und der deutschen Centralgewalt, und der Intervention in Betreff des Krieges in Italien. — Vom Abg. Goy aus Galizien liegt eine Eingabe vor, welche, weil sie den Kudlich'schen Antrag behandelt, nicht als Petition angesehen köane; hierüber stellt der Präsident die Frage, ob diese, in Berücksichtigung, daß dieser Abg. der deutschen Sprache nakundig sei, vorgelesen werden solle? Abg. Havlitschel meint, daß dies keineswegs zuläßig sei, indem sonst von den nicht deutschredenden Deputirten sehr häufig dies angewendet werden dürfte, in Folge dessen die Kammer nicht selten ganze Traktaten zu vernehmen bemüssiget würde, was doch überhaupt der Geschäftsordnung widerspreche; er trage darauf an, daß der Abg. Goy seine Meinung in ruthenischer Sprache aussprechе. (Allgemeine Heiterkeit.) Hiergegen stimmen mehrere Abgeordnete; Sieakovsky will, daß zur Tagesordnung übergegangen, und Mayer, daß diese Verhandlung dem Petitionsausschusse zugewiesen, und Borrosch, daß sie ad acta gelegt werde, welcher Debatte Abg. Lasser dadurch ein Ende macht, daß er anzeigt, daß sogleich Montag früh um 8 Uhr der Petitionsausschuß dieselbe zur Verhandlung nehmen und in der darauf folgenden Vormittagssitzung referiren werde. — Abg. Szabel besteigt die Rednerbühne, um über den Antrag Kudlich's zu sprechen. In Kürze spricht er sich unbedingt für die Aufhebung des Unterthansverhältnisses aus, bemerkt aber, daß er in Bezug auf die Grundentlassungsfrage keineswegs für die völlige Auflösung sei; er stimme gegen alle Vorrechte, Besitz und Eigenthum seien aber keine solche; er ermahnt die Versammlung, sich nicht in Witzeleien über das Eigenthum auszusprechen, sich auch in dieser Beziehung nicht immer auf dem Felde des Gefühls, sondern auch des Rechts zu bewegen, sonst dürfte nicht leicht eine Grenze abzusehen sein, wohin sie geriethen, er schließt also mit dem Antrag, den Grund und Boden nur gegen Ablösung von seinen Lasten zu befreien. — Löhner geht in seiner Rede alle bisherigen erheblichsten Amendements musternd durch, wobei er die größere und kleinere Bedeutung und Zulässigkeit derselben bispricht und in ausgedehnter, wieder lebhaften und durchgreifenden Rede gegen alle Entschädigung von Seite des Landmannes stimmt. — Pratis erklärt sich mit Löhner einverstanden. Die Lage des selbstgestellten Bauers, wie z. B. im Hochlande Tirols, sei Nichts destoweniger eine sehr gedrückte; der Acker trägt z. B. dort das 5fache; für 5 Metzen Aussaat also erhält er 20, hiervon müsse er 2 dem Zehntherrn geben, in Anbetracht, daß von dieser Aussaat schon Zehent gegeben werden, so kömmt diesmal die Abgabe schon 2 von 14; es kommen sodann einige Metzen für den Grundherrn, für den Staat ꝛc., er arbeite demnach das ganze 6. oder 7. Jahr für den Zehntherrn, das 4. oder 5. Jahr für den Grundherrn, das 2. oder 3. für den Staat ꝛc., und dem glücklichen freien Bauer bleibe die Freiheit, für Andere arbeiten zu dürfen. (Beifall.) Eben so gründlich als geistreich und treffend spricht der Abg. Berkovsky gegen alle Ablösung oder Entschädigung. Es wird so häufig, meint er, der Refrain „heilig sei das Eigenthum" von Rednern angewendet; despotisch an sich gebrachte Besitzungen seien aber kein Eigenthum! Eine Umwälzung der socialen Verhältnisse ist unumgänglich; die Gegenwart läßt sich von der Vergangenheit nicht wie mit einem Messer abschneiden, dies war ja nicht einmal die Guillotine im Stande. (Beifall.) Ein galizischer Pfarrer spricht in gebrochenem unverständlichen Deutsch und mit einer sonderbaren Mimik und Gestikulation, so daß er ununterbrochen Gelächter erregte; Nichts destoweniger beurkundet er gesunden Menschenverstand und für seinen Stand jedenfalls seltene demokratische Prinzipien, ganz im Sinne der früheren Redner. Nach einer kurzen Rede des Abgeordneten Claudi, in welcher er sich nicht gänzlich mit den vorhergegangenen Rednern einverstanden erkläet, wird für heute, indem es bereits ziemlich spät geworden, die Sitzung gegen ½9 Uhr aufgehoben und auf Montag um 9 Uhr Vormittags anberaumt.

** Wien, 19. August. Die Floskeln, Reaktion, schwarzgelb, Absolutismus ꝛc. sind seit den Märztagen so populär und allgemein geworden, daß sie nicht selten von Kindern hier und da als Beschimpfungen und Neckereien angewendet werden, obgleich ich die volle Ueberzeugung habe, daß von vielen großen und alten Kindern mit denselben herum geworfen werde, welche der in ihnen liegenden Begriffe vollends entbehren. Insbesondere sind es einige unserer gefeierten besoldeten Ska-

bemühte der heroischen studirenden oder besser nicht studirenden Jugend, deren Lieblingsbeschäftigung es geworden, jederzeit von Reaktion und Schwarzgelbthum zu fantasiren, besonders in Gesellschaft des dem neuen unbeschränktes vorurtheilsfreies Associationsrecht zu predigen [wir haben von anderer sehr guten Hand eine kleine Anekdote erhalten, welche zeigt, daß die Wiener Gebüren sich zu Prinzipien der „freien Liebe“ öffentlich vor einer Versammlung von Tausenden bekennen] und mit bewunderungswürdiger Selbstverläugnung und Herablassung unseren Brüder- und Schwestee-Proletariern den gräßlichsten Abscheu vor Absolutismus einzuprägen, und Gott Gnade demjenigen, der sich erfrecht, ihnen ein ähnliches Verfahren als entwürdigend, Kunst und Wissenschaft schändend darzustellen, gleich wird die Aristokraten-Bannbulle ihm entgegen geschleudert; oder wagt er es gar, ein Wort der Mäßigung auszusprechen, ohne gleich ihnen mit politischen Donnerphrasen das Unterst zu Oberst kehren zu wollen, so wird mit einer Berserkerwuth über ihn hergefallen, im nächsten Augenblick wird er in die Trübelkammer des Schwarzgelb- und Zopfthums geschleudert (die allerbeleidigsten Ausdrücke!), und wehe ihm dann, er ist ein Volksverräther, Reaktionär und weiß der liebe Gott, wie diese Orden noch alle heißen, die sie im Glanze ihrer Majestät im Monat Mai den Hayos, Colloredo, Pillersdorf, Windischgrätz, Thun, Stadion, Pannasch ꝛc. ertheilt haben — —! Ein solches Loos traf auch den Grafen Montecuculi; gestern noch vergöttert und in den Himmel gehoben, mit Serenaden und Vivats regalirt, am darauffolgenden Morgen ein ellenweites „pereat“ mit obligater Katzenmusik ꝛc., und warum, weil er die Frechheit hatte, für Ruhe und Ordnung, für Gesetzmäßigkeit und Recht mit Geist und Erfahrung das Wort zu reden! Montecuculi mußte fliehen, der Mann, der, Niemand kann es in Abrede stellen, so unendlich viel zur Aufrechthaltung des guten Einvernehmens gethan hatte, auch da, wo es nicht der Politik, sondern der reinsten Humanität gegolten. Montecuculi mußte entfliehen, in forma rupera la ragione!

A **Wien**, 21. August. Seit heute Vormittag wimmelt es in der Stadt vor dem Magistrat, in der Wippingzer Straße, vor dem Sicherheitsausschusse, in den Tuchlauben, vor dem Bureau für öffentliche Arbeiten, dem ehemaligen Lazarianerkloster, von Arbeitern und Arbeiterinnen. Man hatte die Verfügung getroffen, daß der Lohn der öffentlichen Arbeiter mit dem der Fabrikarbeiter gleichgestellt wird, weil sich Alles zu den öffentlichen Arbeiten drängt, und die Fabriken von Arbeitern entblößt sind. Durch diese Anordnung verliert jeder Einzelne 5 kr. täglich. Dadurch wurde diese Demonstration in Masse veranlaßt; viele tausend Arbeiter sind in der Stadt, und kein Zureden vermag Etwas über sie — sie wollen den Lohn, den sie bisher bezogen, auch für die Zukunft. Alle Wachen sind doppelt besetzt. Für die Nationalgarde wurde Appell geschlagen, so wie für die akademische Legion, und auch ein Theil des Militärs ist ausgerückt. Von dem Arbeiterbureau und dem Magistrat wurden schon zwei Regimenter, welche die Straßen frei machen wollten, weggedrängt. Eine Anrede Füstrers blieb ohne Erfolg. Endlich nach vielen Stunden säuberte die Sicherheitswache zu Pferd einen Theil der Straßen und Plätze, welche zu den oben genannten Gebäuden führen. Die Arbeiter und namentlich der weibliche Theil sammeln sich so eben auf dem Salzgries in Hunderten und bringen der Nationalgarde, welche die Treppe besetzt hält, die zu dem Lazarianerkloster führt, eine furchtbare Katzenmusik bei Hellem Tage. Die Frauenzimmer sind schaudervoll keck und drohen der Garde mit strickähnlich zusammengedrehten Taschentüchern, lachen sie aus ꝛc. Die Mäßigung dieser Männer diesem Gesindel gegenüber ist zu bewundern. — Nachdem dieser Skandal schon eine gute Stunde währet, kommt eine Abtheilung Studenten, geht mitten unter sie und läßt nicht ab ihnen zuzureden, bis sie sich endlich fügen und auseinander gehen; die Nationalgarde in geschlossenen Reihen säubert jetzt vollends die Straßen. Man sagt, eine Anzahl von 300 Arbeitern seien nach Schönbrunn gezogen, doch scheint mir dies Gerücht nicht begründet zu sein. Die Arbeiterinnen schrien und gestikulirten wie die Furien. —

☽ **Teiest**, 18. August. Ich bin jetzt im Stande, über die Sendung des in meinem gestrigen Briefe erwähnten Dampfbootes „Vulkan“ nach Venedig, Ihnen Näheres zu berichten. Das Schiff war bestimmt, einen piemontesischen Parlamentär, der in Folge verschiedener Umstände gezwungen war, seinen Weg über Teiest zu nehmen, zum Befehlshaber der feindlichen Flotte zu führen. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Karl Albert hatte gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes einen Obersten als Ueberbringer der Kraventionsakte nach Venedig entsendet. In Malghera wurde der piemontesische Officier jedoch angehalten und von dort mit verbundenen Augen auf eine abenteuerliche Weise in die Lagunenstadt geführt. Nachdem er sich hier seines Auftrages entledigt und seine Papiere übergeben hatte, führte man ihn wieder mit verbundenen Augen seines Weges zurück, ohne ihm Gelegenheit gegeben zu haben, mit der Flotte in Verkehr zu treten. Hieraus erklärt sich das vertragswidrige lange Verweilen der Flotte in den Gewässern von St. Marco und die Unwissenheit des Venetianervolks über die letzten Ereignisse. Die Regierung hielt es für klug, die Eröffnung der Unglücksbotschaft so lange als möglich hinauszuschieben und auf alle Weise das Absegeln des sardinischen Geschwaders zu verhindern. So geschah es denn, daß auf Welchras Veranlassung der piemontesische Officier gezwungen war, seinen Weg über unsere Stadt zu nehmen, um sich seines Auftrages bei Albini zu entledigen.

☽ **Teiest**, 19. August. Das sardinische Geschwader liegt immer noch in den Gewässern von Venedig. Albini scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, all seine Schritte uns gegenüber in räthselhaftes Gewand zu hüllen. Der Dampfer „Vulkan“, welcher den piemontesische Oberst zu der Flotte geführt hat, ist gestern Abend zurückgekehrt mit der Antwort Albini's: er werde den ihm von Salasco durch den Parlamentär übermittelten Weisungen nicht Folge leisten, bis direkte Befehle von Turin eingetroffen seien! Für den Augenblick werde er sich weder selbst entfernen, noch irgendwie behilflich sein, die sardinischen Truppen aus Venedig zu ziehen. Er ignorire die Konventionsakte einstweilen vollkommen, und betrachte den Kriegszustand als fortbestehend. In diesem Sinne mache er kein Hehl daraus, daß er die österreichische Flotte angreifen werde, wo und wann er sie treffe.“ Ich brauche Ihnen wohl keinen Kommentar zu diesem Diktum zu liefern. Daß hier ein geheimes Einverständniß mit höhern Regionen waltet, werden Sie so wenig wie ich bezweifeln. Man betrachtet Venedig als letzten Hoffnungsanker und bedient sich schlechter Diplomatenkünste, Truppen und Heer, mit einem Aschein des Rechtes, an St. Marco zu fesseln, bis französische Hilfe kommt. Aber wohin soll diese neue Komödie führen? Die Leute scheinen eine Ruge'sche Weltanschauung zu haben und durch die letzten Vorgänge wenig aufgeklärt zu sein. Sie glauben, Frankreich werde zu Gunsten Venedigs und aus Schwärmerei für fremde Freiheit das erste Beispiel der Geschichte liefern, daß ein mächtiges Volk einem schwächeren gegenüber mit eigenen Opfern folgenreiche Schritte thun könne, welche in der Tugend allein ihre Quelle haben. Mit Tommaseo's Rückkehr erwarten sie eine französische Flotte, und mit der französischen Flotte italienische Freiheit, und England — bleibt einstweilen ganz unberücksichtigt.

Baiern. **München**, 22. August. Im Laufe der gestrigen Nacht, in welcher die Ruhe erst nach Mitternacht völlig wieder eintrat, kam es zu höchst bedauerlichem Blutvergießen. Das Militär wurde mit Steinwürfen hart bedient, und die Officiere gaben sich lange alle Mühe, um dem Ausbruch der Wuth der Soldaten Einhalt zu thun. Endlich aber wurde von den Kürassiern eingehauen und von Infanteristen geschossen. Ein Bäckergeselle starb sogleich in Folge einer Schußwunde, zwei Andere wurden gleichfalls von Schüssen schwer getroffen. Stich- und Hauwunden gab es in Menge; die Zahl der Verwundeten läßt sich nicht bestimmen. Aber auch auf Seite des Militärs soll es an Verletzungen nicht fehlen. Man sagt, daß auf einen Soldaten zuerst geschossen worden sei; wir wollen dies jedoch keinesfalls verbürgen. So viel ist gewiß, es wäre trotz der ungeheueren Aufregung des gestrigen Tages zu diesen blutigen Konflikten nicht gekommen, wenn man das Militär in die Kasernen konsignirt und der Landwehr und den Freikorps ausschließlich die Wache für die Aufrechthaltung der Ordnung übertragen hätte. Nun hielt man es für nöthig, bevor noch das geringste Attentat gegen die Ordnung verübt wurde, bloß auf den Anlaß hin, daß das Volk sich auf dem Rathhaus versammelte, eine ungeheuere Militärmacht zu entwickeln. Daher enthielt sich auch die Mehrzahl der Bürger und der Freikorps des Auerückens, welches übrigens auch nur Wenigen angesagt war. Gegen das Militär aber hat die Erbitterung sich vermehrt und es ist in der That zweckmäßig, daß demselben für heute Abend der Dienst abgenommen ist und die Landwehr und Freikorps die Aufrechthaltung der Ruhe besorgen. In diesem Betracht können wir auch dem Abend getrost entgegensehen, obgleich den ganzen Tag große Bewegung und fortdauernde Aufregung herrscht. Man sah an mehreren Plätzen diesen Morgen Blutlachen und Spuren der gestrigen Metzelei; Leute aus dem Volk schrieen um Rache für dieses Blut und äußerten sich in wüthenden Drohungen. — Die Landwehr und Freikorps sind zum Theil schon heute Mittag ausgerückt, ein anderer Theil folgt heute Abend; den Rathhaussaal hat die Wehrmannschaft der Bürger und Freikorps inne. — Die gestern erst aus Tölz zurückgekehrten und bei der Bürgerschaft einquartirten Soldaten erhielten Nachmittags Befehl, sich in die Kaserne zu begeben und nahmen auch

schon Abends Theil am Dienste, welchem sie mit übertriebenem Eifer obgelegen sein sollen. — Karrikaturen auf den Minister des Innern und bezügliche Flugblätter finden heute reißend Abgang. (A. A.-Z.)

München, 22. Aug. Mittags. An den Straßenecken angeheftet liest man seit heute Morgen folgende Bekanntmachung: „Die von der gestrigen Volksversammlung auf dem Rathhause erwählte Deputation bringt nachstehend die vom Staatsminister Frhrn. von Thon-Dittmer schriftlich abgegebene Erklärung zur Kenntniß der Münchener Bürger- und Einwohnerschaft: „„Auf Ansuchen mehrerer Bürger der Stadt München wird hiermit von dem Unterzeichneten wiederholt bestätigt, daß, wie schon am heutigen Vormittag dem Magistrat der k. Haupt- und Residenzstadt München von der betreffenden Behörde kund gegeben worden ist, bereits vor mehreren Tagen an den König der ehrerbietige Antrag gegangen und hierüber gewährende Entschließung zu erwarten ist, es möge die Wiederaufstellung des Hausschatzes in der Schatzkammer und der Besuch derselben wie früher genehmigt werden. Sowie die allerhöchste Genehmigung erfolgt sein wird, wird die Aufstellung selbst eingeleitet werden. Der Unterzeichnete nimmt keinen Anstand, diese soeben mündlich gegebene Erklärung schriftlich niederzulegen. München, 21. Aug. 1848. Das Staatsministerium des Innern. Frhr. v. Thon-Dittmer.““

* Heidelberg, 26. Aug. Die Oberpostamtszeitung glaubt zu bemerken, daß wir im Betreff der Vertretung Deutschlands im Auslande verschiedenen Ansichten die Spalten unserer leitenden Artikel geöffnet haben. Wir erwidern darauf, daß die Aufsatz in Nro. 226 und 227 uns ein und derselben Feder geflossen sind, und der Verfasser derselben darin bis jetzt noch keinen Widerspruch mit sich selbst zu entdecken vermag.

Schleswig. * Altona, 19. Aug. Obgleich wir eigentlich mitten im Frieden leben und unsern Truppen geboten ist, jede Feindseligkeit zu vermeiden, werden unsere Küstenstriche fortwährend von dänischen Seeleuten überfallen. In diesen Tagen wurden an drei verschiedenen Stellen solche Landungen und Ueberfälle versucht, von denen die bei Holnis eine bedeutende Kanonade zur Folge hatte. Holnis liegt zwei Meilen von Flensburg entfernt, und doch hörte man die Kanonade in Castrup. Die schleswig-holsteinische Batterie, die die Landung zuerst vom Strande aus bemerkte, gab etwa 30 Schüsse auf die nahe gelandeten Fahrzeuge, ehe sie die Schüsse erwidern konnten; dann folgten von der See her aus 24 und 36 Pfündern Erwiderungen, die nachtheilig blieben, da unsere Batterien durch Wälle geschützt waren und nicht getroffen werden konnten. Nachdem etwa 100 Schüsse von beiden Seiten gewechselt waren, traf eine Kugel eins der Schiffe und zündete; nur mit Mühe gelang es, dasselben zu löschen und in Sicherheit zu bringen. Sämmtliche Schiffe kehrten um und verließen das Land, ohne daß sie, aus Mangel an Schiffen, verfolgt werden konnten. Hätte es nicht den Strandbatterien an schwerem Geschütz gefehlt, so würden die feindlichen Schiffe zertrümmert worden sein. Ebenso mißlangen die Versuche bei Sundewitt und auf den Flecken Glücksburg; an beiden Orten wurden die feindlichen Schiffe bemerkt, das Militär rückte aus, und die Batterien am Strande setzten sich in Thätigkeit; wie dies die Schiffe bemerkten, zogen sie sich zurück. Wahrscheinlich sind dies die letzten Landungsversuche, da der Waffenstillstand fast so gut wie abgeschlossen, und der Friede die unbedingte Folge davon ist. Leider ist der Waffenstillstand nicht derartig, daß er unsern Hoffnungen entspricht.

* Altona, 21. August. Acht Tage haben in der Geschichte der Herzogthümer Schleswig-Holstein eine Aenderung hervorgerufen, die nur in der Zeit einer Bewegung, wie die jetzige, möglich ist. Unsere Landesversammlung ist kaum eröffnet, und schon ist sie wieder aufgelöst, ohne daß ein eigentlich direkter Befehl zur Auflösung vorausgegangen wäre. Das ganze Land ist in der größten Aufregung, ich wie gestern in Kiel und Rendsburg, wo die Bürgerversammlungen Protest gegen die Vertagung eingelegt haben. Der Bürgerverein Kiels hat folgenden Protest an die Versammlung gerichtet: „Hunderte von Bürgern und Einwohnern Kiels, welche durch beängstigende Gerüchte über die dem Vaterland drohende Gefahr zusammengeführt sind, richten an hohe Versammlung die dringendste Bitte, jetzt im Augenblick der Gefahr fest zusammen zu halten und nicht zu weichen, bis das Vaterland gerettet ist. Das schleswig-holsteinische Volk fordert von seinen Vertretern den höchsten Muth, die entschiedenste Festigkeit. Es ist jetzt ein großer Augenblick. Wie im Jahre 1460, so soll wieder über das Schicksal unseres Landes entschieden werden. In großer Zeit muß auch das Volk groß sein! Langsames Betreiben ist in solchem Augenblick nicht weniger gefährlich, als Verrath! Retten Sie die Selbständigkeit, die Untrennbarkeit, die Freiheit der Herzogthümer durch augenblickliche Annahme des Ihnen vorgelegten Verfassungsentwurfes. Auf Ihnen ruht schwere Verantwortlichkeit. Das ganze Glück, das ganze Unglück des Landes liegt in Ihrer Hand. Handeln Sie als wahre Volksvertreter! Das Volk wird Sie mit aller Kraft stützen.“ Der Rendsburger Bürgerverein hat sich kürzer gefaßt, in folgender Weise: „Die hohe provisorische Regierung wolle es veranlassen, daß die konstituirende Landesversammlung ungesäumt und unverzüglich zur sofortigen Beschließung des Verfassungsentwurfs wieder zusammentrete.“ Aehnliche Adressen sind im ganzen Lande im Werke, sie geben ein sicheres Zeugniß über die Stimmung des Volkes, die noch aufgeregter wurde, als sie hörte, daß die Auflösung der Stände vom Reichsminister Heckscher herrühre. Der Waffenstillstand ist im Werke; die Bedingungen lauten folgendermaßen: 1) Der Waffenstillstand wird auf drei Monate abgeschlossen. 2) Das schleswig-holsteinische Heer bleibt gerüstet und besetzt beide Herzogthümer. 3) Sämmtliche preußische Truppen verlassen die Herzogthümer und bilden, aber in nicht allzu großer Ferne, ein Lager von 20,000 Mann, so daß sie jeden Augenblick rasch wieder herbeieilen können. 4) Von den übrigen Reichstruppen bleiben 4000 Mann im Herzogthum Holstein, alle andern verfügen sich nach Hause. 5) Alsen wird von den Dänen geräumt. 6) 14 Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes tritt die provisorische Regierung zurück und es tritt eine andere interimistische Regierung bis nach Festsetzung der Friedensbedingungen an ihre Stelle, deren Mitglieder von der Centralgewalt vorgeschlagen und vom Könige von Dänemark ernannt werden sollen. 7) Die Landesversammlung geht auseinander und das neue Verfassungswerk bleibt in suspenso. In Folge dieser Verhandlungen hat Theodor Olshausen auch schon erklärt, daß er aus der Regierung ausscheiden wolle, welches Gesuch ihm bewilligt worden ist. Der einzige energisch durchgreifende Charakter in der provisorischen Regierung war Olshausen, er war aber seiner republikanischen Grundsätze wegen noch der gefürchtetste, und man scheint froh zu sein, ihn los zu werden, obgleich er es war, welcher mit Lornsen zuerst den Kampf für Freiheit in den Herzogthümern eröffnete. Das Komité für Prüfung des Verfassungsentwurfes ist gewählt, es besteht aus 15 Mitgliedern: Etatsrath Olshausen, Landvogt Jensen, Amtmann Jakobsen, Etatsrath Falck, Obergerichtsadvokat Clausen, Graf Reventlow-Jersbeck, Advokat von Peangen, Dr. Lorenzen, Baron von Liliencron, Pastor Lorenzen, Pastor Wolf, Professor Ruvit, Obergerichtsrath Kamphövener und Professor Chelstiansen. Die Mitglieder des Verfassungsentwurfs-Komité's sind entschlossen, zusammen zu bleiben und das begonnene Werk womöglich bis zum 15. September zu vollenden, wo die verlagte Landesversammlung wieder zusammentreten soll. Mit den Unterhandlungen über den Waffenstillstand mehren sich die Truppenabtheilungen, gestern trafen 800 Mann Badenser vom 2. Regiment hier ein, denen heut und morgen noch jedesmal 800 Mann folgen sollen. — Heckschers Stellung als Minister wird durch die Unterhandlungen nicht ins beste Licht kommen. Heckscher ist Alles, nur kein Diplomat, wir kennen ihn zu lange, um uns durch irgend Etwas von dieser unserer Meinung abbringen zu lassen.

☆Frankfurt, 25. August. Die Reichsminister hatten versprochen, auf die an sie gerichteten Anfragen in der heutigen Sitzung zu antworten. Dieser erste Sturm auf das Ministerium wurde heute in der Paulskirche theils abgeschlagen, theils vertagt. Zuerst betrat der Finanzminister Beckerath die Rednerbühne und machte folgende längst mit Neugierde erwartete Mittheilung über den Stand der Reichskassen auf den 10. August, an welchem Tage das Finanzministerium in Thätigkeit getreten ist. Den ersten und größeren Theil des Vortrags bildet eine Darlegung des bisherigen Kasse- und Rechnungswesens des Bundestags. Hiernach bestanden bei dem Bundestage, und bestehen einstweilen noch, zwei Hauptkassen, eine Bundeskanzleikasse, zur Bestreitung der Kanzleibedürfnisse, welche mit gleichen Beiträgen von je 2000 fl. von jeder der 17 Stimmen des engeren Rathes nach Bedarf dotirt wurde. Sodann die Bundesmatrikularkasse, aus welcher alle übrigen Ausgaben für gemeinsame Zwecke bestritten und durch Umlagen nach der Matrikel gedeckt wurden. Für die laufenden Ausgaben, welche aus Besoldungen, Pensionen, Kosten für Kommissionen, Reisen und dgl. bestanden, wurden in der Regel je 60,000 fl. in kürzeren aber längeren Zwischenräumen erhoben. Die bedeutendsten Ausgaben dieser Kassen sind die Verwendungen für die Unterhaltung der Reichsfestungen Mainz und Luxemburg, sowie für den Bau und die Ausrüstung der Reichsfestungen Ulm und Rastatt. Für den Bau dieser beiden Festungen war 1843 die Summe von 27½ Millionen Gulden festgesetzt, welche zunächst durch Verwendung des für den Bau einer vierten Bundesfestung bestimmten Theils der französischen Kriegsentschädigungsgelder, im Betrage von 20 Mill. Franken oder etwa 9,300,000 fl., sodann

durch Beiträge der Regierungen beigebracht werden sollten. Das Kapital der Kontribution war im Juni 1846 erschöpft, die zur Bausumme fehlenden etwa 18,200,000 fl. wurden auf 10 Jahre vertheilt und werden seit 1843 mit jährlichen beiläufig 1,820,000 fl. nach der Matrikel erhoben. Die zu den verschiedenen Zwecken für Ausrüstung, Approvisionirung und den Bau der Festungen vorräthigen Gelder sind bei dem Bankhause von Rothschild und Söhne zu 3 Proc. verzinslich angelegt und betrugen am 10. Aug. etwa 2,800,000 fl., die Baarbestände der Kanzlei- und Matrikularkasse etwa 80,000 fl. — Für den Bau der Festungen Ulm und Rastatt waren bis zum 10. Aug. über 18 Mill. aber zwei Drittel der ganzen Bausumme ausgegeben. — Am Schlusse kündigt das Finanzministerium für einen der nächsten Tage die Vorlage eines Budgets über die Ausgaben für Reichszwecke und die Deckungsmittel in den vier letzten Monaten an. Die Versammlung beschließt, einen Finanzausschuß zur Prüfung dieser Vorlagen durch die Abtheilungen wählen zu lassen. Diese Mittheilung wurde auf den Antrag des Präsidenten an einen Ausschuß zur Beäfung und Begutachtung verwiesen. Der Kriegsminister v. Pfuel verwahrt sich dagegen, daß ein ungenauer Zeitungsartikel Veranlassung zu einer Interpellation an den Minister gebe. Er nahm freudig und unerschrocken die Verantwortlichkeit für alle seine Handlungen als Minister auf sich, aber über bloße Zeitungsartikel könne er keine Auskunft geben. Was die Anfrage über die Theilnahme des deutschen Heeres an der Feier des 6. August betreffe so könne er erklären, daß der Befehl des Ministeriums in den meisten Staaten freudig begrüßt und vollzogen worden sei. Für die hannöv. Armee sei in der Beziehung ein ungenügender Tagesbefehl ergangen, allein durch einen spätern Tagesbefehl sei der erste ergänzt worden, und auch in der Form werde genügt werden. In Beziehung auf die Theilnahme des preuß. Heeres walte ein Irrthum ob. Die für Bundeszwecke verwendeten Truppen seien dem Befehle nachgekommen, z. B. Mainz und Luxemburg. Für den übrigen Theil des preuß. Heeres habe die preußische Regierung geglaubt, große Schwierigkeiten vorzufinden. Bekanntlich überstrige das preuß. Heer bei Weitem das Bundescontingent, und eine Ausscheidung in dieser Beziehung habe man nicht für ausführbar gehalten. Die preuß. Regierung habe darum geglaubt, den Zweck dadurch zu erreichen, daß sie das Heer durch einen Tagesbefehl über diesen Gegenstand in Kenntniß setze. Sie habe den Reichsverweser eingeladen, auch diejenigen Truppentheile zu besichtigen, welche nicht eigentlich Bundestruppen sind, um sich zu überzeugen, daß das ganze preuß. Heer bereit sei, für Deutschland zu kämpfen und um dessen Huldigung in Empfang zu nehmen. Die preuß. Regierung habe dadurch zwar nicht der Form nach, wohl aber der Sache nach der Anforderung der Centralgewalt genügt. Man dürfe die großen Schwierigkeiten nicht übersehen, wenn Uebergänge weltgeschichtlicher Zustände vermittelt werden sollen. In den außergewöhnlichen Verhältnissen der Gegenwart müsse man die Schlüssel suchen für manche unerwartete Erscheinungen. Die Hauptsache sei, daß man festhalte an dem heiligen Boden unerschütterlichen Vertrauens. In Oesterreich habe die Sache bis jetzt Anstand gefunden an den verschiedenen Nationalitäten. Der Minister des Innern werde auf eine Interpellation in dieser Beziehung antworten. Wagt stellt den Antrag, 1) daß die Nationalversammlung diese Erklärung für ungenügend erkläre, und verlange, daß der Kriegsminister das, was als von ihm kommend in den Zeitungen gestanden, förmlich desavouire, und das Ministerium erkläre, daß das nicht seine Tendenz sei; 2) daß der Centralgewalt aufgegeben werde, diejenigen Regierungen, welche dem Befehle noch nicht nach seiner ganzen Form genügt haben, aufzufordern, demselben unverzüglich nachzukommen. Nachdem die Dringlichkeit dieser Anträge von der Nationalversammlung verneint worden, wurden dieselben an den Centralausschuß verwiesen. Ebenso ein Antrag von Schlöffel auf Vorlage des Briefes von Peucker.

Der Min. d. Auswärtigen, Heckscher, theilt mit, was in Beziehung auf die deutschen Insurgenten in Paris geschehen sei. Die Regierung habe ihrem Gesandten den Auftrag ertheilt, sich zu erkundigen, was für deutsche Gefangene da seien, und sie zu reklamiren. Nach der Auskunft, welche der französ. Geschäftsträger hier ertheilt, sei anzunehmen, daß nur wenige deutsche Gefangene da sein werden. Die französische Regierung werde um so geneigter zur Zurückgabe der Gefangenen sein, da auf ihre Reklamation die an dem badischen Aufstande betheiligten Franzosen diesseits eingegangen worden sei.

Der Min. d. Innern, v. Schmerling, antwortet auf mehrere Anfragen: 1) auf die Anfrage von Jahn, ob die Reichsgewalt entschiedene Schritte gegen das wühlerische Treiben der radikalen Vereine gethan habe. Das Ministerium erkenne das Vereinsrecht als ein unveräußerliches an; wo die Grenzen überschritten werden halte das Ministerium den schon früher von ihm ausgesprochenen Grundsatz fest, daß es dem verbrecherischen Treiben der Zügellosigkeit mit der Kraft des Gesetzes entgegentrete. Zunächst aber habe jede Einzelregierung das Ihrige zu thun. 2) Auf die Anfrage mehrerer Abgeordneten, das Ausfuhrverbot der edlen Metalle aus Oesterreich betreffend: das österr. Ministerium habe auf geschehene Anfrage erklärt, die Regierung sei zu dieser Maßregel durch das dringende Verlangen des Volkes gedrängt worden. Sie habe aber dem österr. Reichstage eine Vorlage gemacht, um es wieder aufzuheben, und das Gutachten des Ausschusses sei zustimmend. Es lasse sich darum eine baldige Erledigung der Sache erwarten. 3) In Betreff der Wahlen in Böhmen, sei wiederholte Aufforderung an die österr. Regierung ergangen. 4) In Betreff der Martin werde er am 1. September antworten. Jahn stellt hierauf den Antrag, einen Sicherheitsausschuß niederzusetzen, welcher Alles zu prüfen habe, was von den demokratischen Vereinen ausgeht (nicht unterstützt). Wesendank dagegen, daß in allen deutschen Staaten der Status quo der Märztage hergestellt werde (an den Ausschuß). Reichert fordert den Minister auf, auch über die österreichisch Kokardenangelegenheit sich zu erklären. Der Minister entgegnet, er erwarte hierüber die von Eisenmann angekündigte Interpellation. Eisenmann übergab hierauf zwei motivirte Anträge 1) die Nationalversammlung solle das Zusammenwerfen verschiedener Nationalitäten in einen Staat, welches dadurch nur theilweise ein deutsches werde, mit der Reichsverfassung als unverträglich erklären. 2) Ungarn durch die Hilfe Deutschlands gegen die Kroaten zu schützen.

Der Justizm., Mohl, erklärt, daß er bis zur nächsten Woche eine Gesetzesvorlage über die Publikation der Reichsgesetze, und eine zweite über die rechtlichen Verhältnisse der Beamten der Centralgewalt machen werde. Vogt erinnert an seine Interpellation hinsichtlich der reaktionären Maßregeln in Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen. Der Minister entgegnete, daß ihm diese Interpellation nicht zugekommen sei. Damit ging der heutige Ministersturm vorüber.

ö Frankfurt, 25. August. (Fortsetzung der Berathung über Art. III. der Grundrechte in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung.) Sepp, Prof. aus München, antwortet auf die Herausforderung, daß man die Kirche ruiniren müsse. Ob wohl ein Staat Vortheil gehabt habe von dem Kampfe mit der Kirche. Man sage, die Kirche werde den Staat überwachsen; das habe man aber nicht zu fürchten, denn räumlich und zeitlich sei das ohnehin nur Thatsache, jede Religion gehe ultra montes. Es habe das ausgewärtige Joch der katholischen Kirche, über das man so sehr klage, nie empfunden; wen es drücke, den könne ja Niemand zwingen, es länger zu tragen. Das Christenthum sei die Religion der Freiheit ihrem ganzen Grundsatze nach, und sein Princip müsse darum auch das der Reichsverfassung sein. Ohne Religion könne kein Staat bestehen; wenn aber das der Fall sei, so könnte es scheinen, daß eine Staatsreligion gerechtfertigt sei. Darin aber stehe es nur Beknechtung; in den Ländern, wo die Kirche unter der Vormundschaft des Staates stehe, da sei die Religion verachtet und gehaßt. (Die Versammlung zeigte hier große Unruhe und der Präsident bemerkte dem Redner, daß dies von einem Volke nicht gesagt werden dürfe.) Die Aeußerung, daß sich mit Synoden der Staat besser stehe, als die Kirche, erregt große Heiterkeit. Man verwahre sich so sehr gegen die Jesuiten; aber der Staat sei der Hauptjesuit; er habe nirgends ein bestimmtes Ziel, überall nur augenblickliche Zwecke, und um diese zu erreichen, gebrauche er Alles, was zu gebrauchen sei, auch die Kirche. Dadurch aber gerathe der Staat in ein beständiges Zerwürfniß mit sich selbst, weil er bald diese, bald jene Kirche bevorzuge aber bedrücke und parteiisch erscheine. In den bestehenden Kirchen seien zwei entgegengesetzte religiöse Principien repräsentirt: das Princip der Autorität und das Princip der freien Forschung. Man müsse beiden volle Freiheit gestatten, und die Staatsgewalt dürfe sie nicht beschränken. Wer die Freiheit auf diesem Gebiete nicht wolle, der wolle sie überhaupt nicht.

Nauwerck fragt die Partei des vorigen Redners, wann sie denn für politische Freiheit gekämpft habe? Er wisse nur davon, daß sie stets darauf ausgewesen sei, die kirchliche und politische Freiheit zu unterdrücken. Sie sollten sich ihres Benehmens gegen die Deutschkatholiken erinnern. Warum sie denn damals nicht für die Trennung gewesen seien, als die Staatsgewalt mit ihnen Arm in Arm ging? Ihre Wünsche scheinen sich nach den Umständen zu richten. Aber die Demokratie sei gerecht und trage nicht nach, sie stimme dennoch mit ihnen für kirchliche Freiheit. Der Staat sei immer Partei, wenn er kirchliche Angelegenheiten leite, bald für diese bald für jene Religion, und besonders gegen die, welche gar keine Religion haben. Religion und Kirche müsse nach dem amerikanischen Systeme Privat-

Digitized by Google

angelegenheit werden. Die Trennung sei aber auch für die Kirche ein Bedürfniß für ihre eigene Entwicklung. Sie habe sich zwar nicht über Bedrückung zu beklagen; vielmehr seien Staat und Kirche mit einander gegangen, um das Volk in Einfalt und Gehorsam zu erhalten, die Trennung trete daher im Interesse der Freiheit. Alle Befürchtungen würden dadurch beseitigt, daß man dem demokratischen Princip auch in der Kirche die Herrschaft verschaffe. Wenn übrigens von seiner Seite gesagt werde, die Religion werde bald der Kirche nicht mehr bedürfen, so heiße das keineswegs, daß man die Menschen der Religion berauben wolle. Er theilt die Besorgnisse wegen Proselytenmacherei, wegen Unfriede, Jesuiten u. s. w. nicht. Die Jesuiten seien in unserer Zeit viel dünner geworden, und seien nur noch gefährlich, wenn man sie zu Märtyrern mache.

Radowitz spricht sich gegen die Fassung des Art. III. aus, welche Folgerungen aus einem Princip enthalte, ohne dieses Prinzip vorauszustellen und anzuerkennen. Dadurch werde der Art. schädlich und gefährlich, weil er den verschiedensten Auslegungen Raum gebe. Er widerlegt die Motive des Ausschusses und außerdem die Besorgniß, daß aus der Unabhängigkeit der Kirchen der protest. Kirche ein Nachtheil erwachsen könne. Man dürfe der Besorgniß, daß Unfriede entstehen könne, nicht Raum geben; denn es sei nun einmal eine Bedingung des Verfassungswerkes, daß auch die religiösen Parteien ihren Kampf durchkämpfen. Für das Gebiet der Staatsgewalt gehe kein Nachtheil daraus hervor; es handle sich lediglich darum, daß sie aus dem Präventivsysteme zu dem Repressivsysteme übergehe. Alle Freiheiten, welche die Grundrechte geben, seien den gefährlichsten Ausartungen ausgesetzt, und man gebe sie doch und müsse sie geben. Die geforderte Unabhängigkeit sei keine Trennung, und die protest. Kirche behalte selbst immer noch die Freiheit, der Staatsgewalt Einiges zu übertragen, wenn sie es für zweckmäßig hält; aber das sei dann ein freies Uebereinkommen. Es sei unrichtig, wenn man meine, der Segen der einen Kirche müsse nothwendig der Unsegen der andern werden; keineswegs solle die protest. Kirche den Preis für das zahlen, was der katholischen zu Gut kommt. Die katholische Kirche gehe allerdings darauf aus, ihre Lehren und Grundsätze zu verbreiten, das sei ihre Pflicht, und sie sei zum mindesten in derselben Stellung, wie jede politische Partei; aber sie wolle dazu nur erlaubte Mittel anwenden, und zwar nicht nur keine ungesetzlichen, sondern auch keine unsittlichen. Er beruft sich darauf, daß in Belgien, wo die Kirche ganz unabhängig stehe, noch nicht eine Klage der Protestanten gegen die Katholiken wegen Uebergriffen vorgekommen sei. Man besorge, daß den Jesuiten die Thüre geöffnet werde. Er wolle aussprechen was sie (die kath. Partei in der Nat.-Vers.) hierüber denken. Die sichtbare kath. Kirche sei eine gegliederte Ordnung; das allein sei nothwendig; alles Andre eine Aushilfe für augenblickliche Verhältnisse. Der Jesuitenorden habe im 16. Jahrhundert seine Bedeutung gehabt; ein Bedürfniß desselben sei jetzt in Deutschland nicht mehr vorhanden. Die Stütze, welche die Kirche dadurch erhielte, würde in gar keinem Verhältniß zu der Störung stehen, welche dadurch hervorgerufen würde. Sie erklären sich daher mit Entschiedenheit gegen die Einführung des Jesuitenordens in Deutschland. Was von Vernichtung der Kirche gesagt worden sei, wolle er nicht widerlegen. Das aber stehe fest, daß der neue Staat seinen christlichen Charakter abgelegt habe. Darüber möge man jubeln oder trauern, das sei eine Thatsache. Nun aber müsse man auch die Konsequenzen davon annehmen; man müsse der Kirche ihre Unabhängigkeit vom Staate zugestehen und ihr ihre eigene Gesetzgebung und Ordnung überlassen, wie jedem andern Vereine, nicht mehr noch weniger.

Hagen, Prof. von Heidelberg, vertheidigt ebenfalls die Unabhängigkeit der religiösen Genossenschaften und findet die Beseitigung aller Besorgnisse in der Demokratisirung derselben. Er fordert deßhalb Schutz für das demokratische Princip in der Kirche und Selbständigkeit der Schule. (Was gelegentlich dieser Diskussion von verschiedenen Rednern über die Stellung der Schule gesagt worden ist, deutet auf eine bedeutende Unklarheit hierüber. Vielfach wird von einer Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Schule gesprochen, als wenn die Schule, gleich der Kirche, eine Korporation oder Genossenschaft wäre, da sie doch eine Anstalt ist.)

Müller, Prof. aus Würzburg, Abg. von Aachen, gibt einen Ueberblick über die bisher gehaltenen Reden und spricht für die volle Unabhängigkeit der Kirche. Erst dann werde Friede werden, nicht ein konfessioneller, aber das Staatsleben werde von jedem religiösen Kampfe frei bleiben. Heidlers Rede erscheint ihm als der stärkste Beweis für die Unerträglichkeit der Staatsgewalt in kirchlichen Dingen. Er wirft den Rednern der Linken nur, daß sie durch ihre Reden das Volk zurückstoßen. Die Nat.-Vers. sei aber nur stark, wenn sie das Volk hinter sich habe, man solle sich darum hüten, es an seiner empfindlichsten Seite zu verwunden.

Hoffmann aus Ludwigsburg sagt, er gehöre einer religiösen Schattirung an, welche unverhohlen die Gnade Gottes als das leitende Princip in dem Staatsleben betrachte. Nachdem aber der Staat sich seines religiösen Charakters entkleidet habe, halte er ihn für unfähig, die Leitung der Kirche fernerhin zu behalten. Ebenso glaube er an den bevorstehenden Kampf zwischen der Kirche Christi und dem Staate, welchen Hrn. Vogt geweissagt habe, aber wegen einer andern Weissagung, die 1800 Jahre älter sei. Eben darum aber wolle er, daß beide Lager sich sondern. Er glaube auch an den völligen Untergang der Kirche in diesem Kampfe, aber ebenso an die endliche Rückkehr zu dem Reiche Gottes. (Forts. folgt.)

§ Frankfurt, 25. Aug. Gestern ist Welcker nach Stockholm abgereist, um die deutsche Centralgewalt an dem schwedischen Hofe zu vertreten. Nach allen Nachrichten braucht es nur wenig, um König Oskar völlig von dem dänischen Bündniß abzubringen, wozu die Schweden bloß durch die übertriebensten Vorstellungen vermocht worden sind. Die Sendung des Hrn. Welcker wird daher wesentlich dazu beitragen, daß Dänemark sich in die von der Centralgewalt aufgestellten billigen Forderungen füge. — Auch in Italien scheint der Friede gesichert. Palmerstons Mittheilung, Oesterreich habe selbst die Vermittlung nachgesucht, genügt, um an dem Zustandekommen des Friedens nicht mehr zu zweifeln. Denn wenn nur der Sieger die Vermittlung, also den Frieden, selbst wünscht, der Besiegte wird das Anerbieten ja gewiß nicht ausschlagen. In derselben Angelegenheit ist Oberst Mosle von dem Reichsministerium nach Wien gesendet worden. — Zur Befestigung der Ruhe im Innern von Deutschland werden die Tumulte in Berlin wesentlich beitragen. Man ist allerwärts solchen Unfugs allzusatt, als daß er etwas Anderes, denn Ekel bewirken könnte. — In der Paulskirche geht die Berathung ihren ernsten gemessenen Gang. Seit ein Theil der Gallerien abgesperrt ist, herrscht in den Räumen eine würdige Ruhe. Unbegreiflich ist der Antrag des Ausschusses für Geschäftsordnung, dennoch das Publikum wieder in dem Uebermaße wie früher zuzulassen. Dieser Antrag wird natürlich fallen. Eine hierauf bezügliche vortrefflich gezeichnete Karrikatur stellt drei verwilderte, mit Knotenstöcken bewaffnete und mit der rothen Hahnenfeder gezierte Lumpazigestalten in mitleidigen Mienen vor. Die Unterschrift lautet: „was wird nun die arme Linke ohne uns anfangen?“ Aber auf Abgeordnete selbst, auf Vorfälle in der Nationalversammlung erscheinen fortwährend eine Menge Karrikaturen, sie sind zum Theil von einem Abgeordneten selbst, dem Rittmeister Baudin, gezeichnet, der dessen kein Hehl hat. Ich halte dieses für ein Symptom politischer Gesundheit. Wo das ernste Geschäft den Humor nicht ausschließt, da ist der innere Kern unversehrt. Wie trefflich wird in dieser Zeit die alte deutsche Empfindlichkeit den Grund aus kurirt! Wo sonst die geringste Zugluft einen furchtbaren Katarrh erzeugte, da stärkt jetzt der aus vollen Backen blasende Boreas die Nerven. Man sieht nun, daß wir ebenso gut ein politisches Volk sind, als irgend eines, nur wollen wir nicht verlangen, schon in den ersten Monaten das erreicht zu haben, wozu andere Völker Jahrhunderte gebraucht.

Großbritannien.

London, 22. Aug. Die interessantesten Verhandlungen beider Häuser am 17. und 18. August betrafen Italien oder Regierungsvorschläge, welche mit den italienischen Angelegenheiten in Verbindung stehen. Im Unterhause wurde am 17. Aug. die zweite Lesung der bereits vom Oberhause berathenen und zugestandenen Bill, wodurch die deutsche Regierung zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit dem päpstlichen Stuhl ermächtigt wird, von Lord Palmerston befürwortet. Er sehe nicht ein, sagte der Lord unter Anderm, wie man deßhalb, weil die Königin durch diese Bill in Stand gesetzt würde, in Rom einen Gesandten zu haben, befürchten könne, daß daraus dem Glauben der Herrscherin Gefahr erwachsen könne. Was sei lächerlicher als die Annahme, daß ein Herrscher deßhalb muhamedanisch werden müsse, weil er sich etwa bei einem muhamedanischen Fürsten durch einen Botschafter vertreten ließ? Der Redner machte darauf aufmerksam, wie viel England an einer raschen Kommunikation mit seinen ostindischen Besitzungen gelegen sein müsse; nun sei wohl kein Zweifel, daß früher oder später ganz Italien durch eine Eisenbahn mit dem Rhein, Deutschland und Frankreich in Verbindung gesetzt werden würde; wie aber die Sachen jetzt noch stünden, dürfe die deutsche Regierung mit dem Hofe zu Rom keinen Vertrag abschließen, der den Zweck habe, den Durchgang der indischen Posten durch päpstliches Gebiet zu ordnen und gesetzliche Bestimmungen darüber zu treffen. Solche Gründe sind für den kaufmännischen Eng-

Digitized by Google

länder die schagendsten, obschon Sir R. Inglis, der gegen die Bill sprach, sein herzliches Bedauern darüber ausdrückte, daß Lord Palmerston so untergeordnete und eigennützige Gründe für die Bill geltend zu machen sich nicht geschent habe. Nicht ohne Wahrheit bemerkte der Redner: der Augenblick, in welchem die Bill vor das Unterhaus gebracht werden, sei der ungeschickteste, der sich denken lasse; es sei nämlich der Augenblick gewesen, wo der Papst seine Verbindlichkeiten gegen Oesterreich, den Hauptwohlthäter des Papstthums, gänzlich vergessen gehabt, der Augenblick, wo der Papst sich außer Stande gezeigt, den österreichischen Gesandten gegen die Beleidigungen und Angriffe des römischen Pöbels zu schützen, der Augenblick, wo er die Waffen der Kriegsleute gesegnet, die aus den päpstlichen Staaten gegen Oesterreich zum Kampfe ausgezogen; der Augenblick endlich, wo England mehr als je darauf bedacht sein müsse, sich vor den Eingriffen der römischen Kirche in die Rechte des Protestantismus sicher zu stellen. Namentlich wenn er den Erfolg der diplomatischen Beziehungen betrachte, welche andere protestantische Staaten, vor Allen Preußen, mit dem Papste angeknüpft, fühle er sich keineswegs ermuthige, die Anknüpfung einer diplomatischen Verbindung zwischen der Königin von England und dem Bischof von Rom zu befürworten. Lord J. Russell sprach mit Wärme für die Bill und versicherte auf eine Frage des Sir. R. Inglis unter Andern: es sei nicht wahr, was man gesagt, daß der Papst mit dem Plane umgehe, England in Diöcesen zu theilen und einen Erzbischof von Westminster zu ernennen; und es möge dem Redner vor ihm zum Troste gereichen, wenn er sage, daß er, Russell, nie und nimmer zur Errichtung solcher Diöcesen innerhalb der Besitzungen der Königin seine Zustimmung geben werde. Hr. H. Drummond mochte zu Gunsten der Bill die treffende Bemerkung: daß durch sie die Regierung in Stand gesetzt würde, offen zu thun, was sie bisher im Geheimen gethan. Schließlich wurde die zweite Lesung der Bill mit einer Majorität von 79 Stimmen (125 bejahende gegen 46 verneinende) zugestanden, womit das Schicksal der Bill als entschieden betrachtet werden kann.

Im Oberhause nahm den 18. August Lord Brougham Anlaß, sich zu Gunsten der Ansprüche Oesterreichs in Oberitalien aufs Eifrigste und Wärmste auszusprechen und bei dieser Gelegenheit zu versichern, daß unter allen italienischen Staaten die Lombardei unter österreichischem Scepter am besten verwaltet gewesen wäre. Unter Anderem habe Oesterreich im Mailändischen zu gemeinnützigen Zwecken und namentlich zur Errichtung von Schulen, deren das Land im hohen Grade bedürftig gewesen, jährlich nicht weniger als dritthalb Millionen Pfund St. ausgegeben. Es liege vielleicht im Interesse der Politiker der französischen Kaffeehäuser, Oesterreich geschwächt zu wünschen, nicht aber im Interesse Englands. Dieses habe durchaus kein Interesse dabei, daß Oesterreich das Mailändische, weil die Bevölkerung italienisch rede, fahren lasse, eben so gut könne man von England verlangen, es solle Schottland, wo ein Theil der Bevölkerung gälisch spreche, Wales, wo walsch, Irland, wo keltisch, Gibraltar, wo spanisch, die ionischen Inseln, wo griechisch, Mauritius und Unterkanada, wo französisch, Guiana, wo holländisch gesprochen werde, oder gar die ostindischen Reiche herausgeben. Karl Albert verdiene nicht, daß man sich zu seinen Gunsten verwende, sein Einbruch in das österreichische Italien sei nicht weniger und mehr als ein Verbrechen; wenn Verträge nicht mehr gelten sollten, so müsse auch der Vertrag von 1815 nicht mehr gelten, durch welchen Karl Albert in den Besitz von Genua gekommen sei. Der edle Lord verwahrte sich im Verlauf seiner Rede gegen den Verdacht, der, wie er vernommen, jenseit des Kanals gegen ihn rege geworden, daß er nämlich gegen das Volk der Franzosen als solches ein Gefühl der Abneigung hege, ganz im Gegentheil, er achte und schätze die Nation der Franzosen hoch, nicht aber jenen Bruchtheil dieses Volkes, der jetzt Europa mit den verderblichen Lehren der Propaganda vergifte, der, fridst außer dem Gesetz und ohne Sinn für Gesetz, keine Rast und Ruhe habe, bis Alles drüber und drunter gehe, der, in Folge der Februar-Revolution aus jeder Pore blutend, auch das ganze übrige Europa in den Ruin aller gesetzlichen Ordnung hinabziehen und in den eigenen Ruin verwickeln möchte. Marquis Lansdowne erwiderte im Namen der Regierung in einer Rede, die freilich an politischer Bedeutung und Tiefe in der Auffassung der Frage dem Palmerstonschen Vortrage über dieselbe Angelegenheit nicht gleichkommt, dagegen an Komplimenten für die Weisheit und Energie des gegenwärtigen öftere. Radiaets, oder vielmehr Wessenbergs (dessen Name in den englischen Zeitungen bald „Wiesenburg" bald „Wissenberg" gedruckt ist) für die unerschöpfliche Ergebenheit der französischen Regierung und für die unergründliche politische Allweisheit und Allwissenheit der britischen Regierung um so reicher ist. Der Redner sagte unter Anderm: er fühle sich glücklich, vermelden zu dürfen, daß eine vollkommene Uebereinstimmung der Ansicht nicht zwischen England und irgend einer „comant. Staateneinheit" (Deutschland?), sondern zwischen England und einer prakt. Regierung in Wien bestehe, deren Haupt ein auch in England wohlbekannter und hochgeachteter Mann sei u. s. w. Aus der Unterhaussitzung vom 16. August ist noch nachträglich zu erwähnen, daß die Anklage mehrerer Mitglieder, als habe die Vermittelungsacht der britischen Regierung sowohl auf der apenninischen, als pyrenäischen Halbinsel große und allgemeine Verstimmung gegen England erregt, dem Lord Palmerston Veranlassung gab, sich über das jetzige Verhältniß Englands zu Spanien auszulassen. Er äußerte: die diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und England wären allerdings suspendirt, letzteres habe jedoch einen Konsularagenten in Spanien, der die Interessen der englischen Kaufleute wahrnehme, und wenn Spanien je die gerechte Klage eines englischen Kaufmanns unberücksichtigt lassen sollte, so habe die englische Regierung Mittel genug, sich Aufmerksamkeit und Berücksichtigung zu verschaffen; mit der Aufhebung des diplomatischen Verkehrs seien übrigens bestehende Verträge nicht aufgehoben.

Frankreich.

* Heidelberg. Die Nachrichten aus Frankreich hatten in den letzten Tagen so bedenklich geläutet, daß man überall einen neuen Zusammenstoß voraussehen zu können glaubte. Es fehlt nur an einer Gelegenheit, um die fünf Parteien, die Orleanisten, Legitimisten, Bonapartisten, Republikaner und Socialisten („plus ou moins rouges") aus den verwickelten Netzen der Intriguen auf die Straßen gegen einander zu führen. Als nun gestern Mittag um 3 Uhr die Pariser Post ausblieb, entstanden mit einem Schlage die detaillirtesten Gerüchte von einem abermaligen Bürgerkampfe, aber merkwürdigerweise, das Resultat lautete stets: la république est morte, vive le roi! — Der Glaube an die Dauer der heutigen Staatsform jenseit des Rheins steht diesseits auf sehr schwachen Füßen. Am Abend kam die Post und brachte (ohne den Grund des Ausbleibens aufzuklären) die folgenden nicht außergewöhnlichen Nachrichten.

Paris, 23. Aug. In der gestrigen Sitzung der NV. ward zwar der ursprüngliche Antrag der Herren J. Favre und Dupont, wegen der gutwilligen Konkordate, verworfen, aber ein anderer Entwurf von den Herren Goudet und Desloyrais ward angenommen, der allen Handelsleuten und Industriellen, die seit 24. Februar ihre Zahlungen einstellen mußten, große Erleichterungen gewährt, um ihr Geschäft wieder aufnehmen und fortführen zu können, nachdem ein freundschaftliches Arrangement mit den Gläubigern eingetreten ist. Der Präsident, A. Marrast, zeigte an, daß der dritte Band der Beweisschriften heute vertheilt werden würde, und daß die Diskussion des Untersuchungs-Rapportes Freitag den 25. beginnen und nach ihrer Beendigung sogleich die Diskussion der Konstitution anfangen werde.

Der halboffizielle Moniteur du soir enthält folgende Note: „Man versichert, daß die Haltung, die General Cavaignac in der Angelegenheit Schleswig's und gegen die Ansprüche des deutschen Parlaments auf Limburg, als dem Vertrage von 1839 entgegen, angenommen hat, zwischen der französischen Republik und dem Kaiser von Rußland den Anfang sehr freundschaftlicher Beziehungen herbeigeführt hat. Hr. von Kisseleff hat Herrn Bastide eine sehr beruhigende Note über die Projekte, die man Rußland in den Donau-Fürstenthümern zuschreibt, zugesandt, und der Kaiser hat sich bereit erklärt, einen offiziellen Agenten der Republik in Petersburg zu empfangen." General Lesô, intimer Freund Cavaignac's, ist mit einer Mission nach Petersburg abgegangen.

Gestern sind auf dem Marsfeld die ersten Versuche mit den neuen Angriffs-Barrikaden und den beweglichen Blockhäusern gemacht worden. Beide Erfindungen scheinen sich zu bewähren und dürften bei dem nächsten Straßenkampfe den Truppen gute Dienste leisten.

Gestern Abend sollte eine tumultuarische Demonstration vor Thiers Wohnung Statt finden, aber die bei Zeiten unterrichtete Behörde hatte ihre Maßregel so getroffen, daß jeder Versuch, Unruhe zu stiften, vereitelt ward.

Herr Proudhon hat nun, da sein Journal suspendirt worden ist, seine Mitwirkung dem Univers angeboten, und diese ist von dem Redaktions-Komité auf Vorschlag der Herrn Montalembert und Falloux angenommen worden. Wir werden also noch ein Mal den Ultramontanismus mit dem Socialismus Hand in Hand gehen sehen. Wir brauchen unsern Lesern wohl nicht bei dieser Stelle das von uns mehrfach geschilderte Treiben am Rhein ins Gedächtniß zurückzurufen. Das protestantische Leipzig scheint diesen Punkt neulich übersehen zu haben.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Die politische Durchschnittsbildung und das Zeitungswesen Oesterreichs.

v Wien, im Aug. Vielleicht gönnen Sie folgenden Zeilen neben den Berichterstattungen Ihrer stehenden Korrespondenten einen bescheidenen Platz; sie verdanken der Besorgniß ihre Entstehung, daß man außerhalb Oesterreichs veranlaßt sein könnte, aus den wüsten Ergießungen der österr. Zeit. (oder was sich so nennt) einen Schluß auf die Gesinnung und Stimmung des österreichischen Volkes zu ziehen, dessen kernhaft gesundes und einfaches Wesen mit den hohlen, leichtsinnigen, mehr als demokratischen Phrasen, woran die meisten jener sog. Zeitungen überreich gesegnet sind, sehr wenig im Einklang steht. Allerdings mußte das frühere entwürdigende System, welches das Reich in eine allgemeine Polizeianstalt zu verwandeln trachtete, die aufgeklärte Bevölkerung, nachdem sie das unerträgliche Joch mit einem einzigen wohlgelungenen Schlage abgeworfen, den entgegengesetzten Anspannungen geradezu in den Strom führen, und es bedarf auch nicht vieler Worte, um in unserer Zeit die Berechtigung der Demokratie ans Licht zu stellen; nur ist es ein ungeheures Unglück, daß die Meisten, die sich darüber ein Urtheil erlauben, von dem Inhalt und Zweck eines demokratischen Staatswesens kaum eine entfernte Ahnung, geschweige eine nur einigermaßen genügende Kenntniß haben. Auch dies ist eine faule Frucht des vorigen Systems, indem man uns Oesterreichern möglichst alle Mittel versagte, alle Wege versperrte, alle Kanäle verstopfte, welche dazu dienen konnten, uns praktisch und durch eigene Anschauung über politische Verhältnisse, über die innersten Herzensangelegenheiten der Völker und Staaten genügend aufzuklären. Unsere Schulen und Hochschulen, daß Gott erbarm! waren nicht die Werkstätten jener geistigen Bildung, welche den Mann nach Innen frei und nach Außen weltumschauend und selbstständig macht, sie waren, so weit das System es möglich machen konnte, darauf berechnet, die Denkkraft des Menschen in ein bloß mechanisch auf- und abklappendes Ding und die Seele des Menschen in eine bloße Polizeiseele zu verwandeln, so daß es bei uns eigentlich nur zwei Menschensorten gab, die eine, welche die Polizei ausübte, die andere, gegen welche man sie ausübte, die eine, welche beaufsichtigte, und die andere, welche beaufsichtigt wurde. Das ganze künstliche System führte dann mit sich, daß in der Stufenfolge vom Niederen zum Höheren jeder Aufpasser, Behorcher und Beaufsichtiger wieder behorcht und beaufsichtigt wurde. Wie schwer es hielt, wie bedenklich es zum Theil war, die chinesische Mauer dieses Reiches der Mitte zu durchbrechen, um auswärts vergleichende Staatskunde zu treiben, ist allgemein bekannt. Welche Folgen ein solches Fußangelsystem bei einem geistig begabten, lebhaften und für alles Gute und Schöne rasch eingenommenen Volke haben mußte, war leicht vorauszusehen und ist von Tausenden, die sonst gerade nicht viel Beruf zu Propheten hatten, vorausgesagt worden: der Neugier- und Wissensdrang warf sich im Allgemeinen nicht auf tiefere Studien, sondern, zum Theil aus bloßer Oppositionslust, auf den Genuß der verbotenen Früchte der Literatur, die bekanntlich am besten schmecken, auf die Lektüre der damals in Oesterreich polizeiwidrigen Erzeugnisse einer literarischen Richtung, welche durch die angenehme belletristische Form, in die sie ihre Produkte zu kleiden pflegte, das darin verborgene „Revolutionsgift" — um in der ehemaligen k. k. österreichischen Polizeisprache zu reden — nur um so schmackhafter zu machen wußte. Nach allem diesem darf es Niemand Wunder nehmen, wenn das junge Oesterreich auf dem im Sturm und wohl nur zu leicht eroberten Boden der Revolution sich etwas zu ungestüm und lärmlaft überschlägt, ebenso wenig darf es Wunder nehmen, wenn es unsern Zeitungen aber den vielen Tageblättern, welche Bedeutung von Zeitungen beanspruchen, bis jetzt nicht gelungen ist, den Ton, den Inhalt, die Würde und die Gemessenheit sich anzueignen, wie sie in politisch gereifteren Ländern selbst von Zeitungen der entschiedensten Opposition verlangt werden. Hierbei können wir freilich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß uns in ganz Deutschland kein einziges der Demokratie zuneigendes Journal bekannt ist, welches die Demokratie in einer der Größe des Gegenstandes würdigen Weise vertheidigt und zur Anschauung bringt; die meisten bleiben im Sumpfe des Skandals stecken und selbst die Besseren kommen über die bloße Negation dessen, was die Majorität will und was noch zu Recht besteht, selten aber nie hinaus, weßhalb sie auch im Ganzen so wenig gesunden Nähr- und Lehrstoff bieten und höchstens den Gaumen nach kräftigerer Nahrung reizen. Von den gemüthlich-belletristischen Grundelementen unserer politischen Bildung in Oesterreich zeugen auch so manche Aussprüche unserer Minister; unter Anderm der bekannte Ausspruch Dobhoff's: „die Geschichte werde gegenwärtig nicht auf den Ministerbänken, sondern vom Weltgeiste selbst gemacht." Wozu dann überhaupt noch Minister und konstituirende Versammlungen, wozu noch sich interpelliren lassen und auf Interpellationen antworten? Vielleicht versprach sich der Herr Minister bloß, vielleicht wollte er sagen: „die österreichische Geschichte werde jetzt nicht auf den Ministerbänken, sondern auf den Bänken der Aula gemacht", denn wenn jetzt irgendwer dem Weltgeist ins Handwerk pfuscht, so sind es nicht unsere Minister, sondern unsere Studenten. Die politische Weisheit der Letztern ist allerdings sehr geeignet, den lieben Gott selbst in Verlegenheit zu bringen und ihn auf seine eigenen Geschöpfe eifersüchtig zu machen; hieß es neulich doch erst im Studentenkurier, daß der „gottbeseelte" F. Hecker wahrscheinlich nach Wien kommen werde. Wie glauben jedoch kaum, daß sich Herr Hecker in seinem Muthen und bei einem Rückblick auf seine Feldzüge sehr „gottbeseelt" vorkommen mag. Wollen Sie einen Beweis haben, in welche feine und zarte Wendungen sich die österreichische Polemik zu kleiden liebt? Ich schlage auf Gerathewohl die konstitutionelle Zeitung von Böhmen auf und stoße auf folgende Stelle: „Die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt am Main hat den Adel nicht aufgehoben. Daran liegt nun zwar an und für sich nicht so viel, denn der deutsche Adel ist eigentlich gar nicht des Aufhebens werth, weil er von jeher an Charakterlosigkeit, an Gleichgiltigkeit für die Interessen seines Volkes und krasser Selbstsucht die Aristokratien aller Völker und Länder übertraf; aber dieser Beschluß der deutschen Nationalversammlung ist doch insofern wichtig, als er unwiderleglich zeigt, bis zu welchem Grade durch die lange Knechtschaft der Knechtsinn des deutschen Volkes ausgebildet worden ist." Und weiter heißt es: „Der Adel in Oesterreich gibt an Charakterlosigkeit dem Deutschen Nichts nach, an Unfähigkeit übertrifft er ihn wo möglich noch, oder an Gemeinschädlichkeit ist er der erste der Welt, da er der reichste in der Welt ist." Diesen Auszug gebe ich nur als eine Stylprobe, ohne mir eine weitere Bemerkung über die Theorie der genannten Zeitung zu erlauben, wornach der größere oder geringere Grad der Gemeinschädlichkeit eines Individuums oder einer Körperschaft in deren größerem oder geringerem Grade des Reichthums gesucht zu werden scheint. Noch verdient erwähnt zu werden, daß die Allg. Oesterr. Z., die in Folge einiger pathetischen Redensarten eine Zeitlang in dem Rufe einer vorzüglich deutschen Gesinnung stand, neulich alles Ernstes Oesterreich rieth: „es möge sein Schlesien wieder zurückerobern, jetzt sei die Zeit dazu gekommen, da die schlesischen Protestanten unter den gegenwärtigen Verhältnissen Nichts mehr für ihre Religionsfreiheit zu fürchten hätten." Eine schöne deutsche Einheit, wenn sie damit anfangen oder besser endigen sollte, daß jeder deutscher Einzelstaat das ihm von seinem Nachbarstaat in früheren Zeiten Abgenommene mit Gewalt zurückzuerobern versuchte! Aber Deutschland würde ohne Zweifel einen solchen Gewaltstreich Oesterreichs ruhig hinnehmen, denn wir die Allg. Oestere. Z. weiter bemerkt: „Oesterreich sind die republikanisch Gesinnten weniger abgeneigt als Preußen" — sehr erklärlich, denn bei uns in Oesterreich sitzen auf den Ministerbänken auch eigentlich nicht die Minister, sondern der Weltgeist selbst, der sich vielleicht mit den s. g. „republikanisch Gesinnten" durch einen Geheimvertrag über die künftige Leitung und Gleichvertheilung der Weltgeschäfte verglichen und verständigt hat.

Ein Hinblick auf die vielgenannte Dame Cibbini mag Ihren Lesern nicht unwillkommen sein. Sie ist eine Tochter des Komponisten Koželuch, und glänzt selbst als Virtuosin auf dem Piano. 1828 gab sie der Frau Erzherzogin Sophia Musikstunden. Die Annäherung an diese hohe Fürstin erweckte bei mehreren Wohlgesinnten Besorgnisse, weil im Allgemeinen ein Vorurtheil gegen Madame Cibbini herrschte; es ist nun übrigens nie gesagt worden, daß sie Amme Ferdinands gewesen. Dies muß ein Irrthum sein. Ihre Beziehungen zum kaiserlichen Hofe rührten ursprünglich von der Berühmtheit ihres Vaters, und ihrem Talent her. Feiner Ton, große Gewandtheit zeichneten sie aus, doch war sie in Wien nicht beliebt, weil die Wiener, selbst in höheren Kreisen, Gemüthlichkeit verlangen, und nur durch diese gewonnen werden, einer schönen Frau zu verzeihen, wenn sie für keine gestrenge Frau gilt. Für die Kamarilla war von je der Ruf strenger Tugend das Entbehrlichste, um sich Aufnahme zu sichern.

Die politischen Vereine.

†† Stuttgart, 18. Aug. Nun hat sich die Spaltung im Lager der politischen Vereine, die von der Hauptstadt aus über das ganze Land geht, auch im Hauptquartier deutscher Politik, in Frankfurt, wiederholt. Ein Theil des „würtembergischen Hofes" ist, vorsurt, wiederholt. Ein Theil des „würtembergischen Hofes" ist, vorläufigen Nachrichten zu Folge, nach „Westendhall" ausgewandert, Schott,

Digitized by Google

Schabr, Bischer u. a. m., um mit Simon, Venedey, Raveaux einen Klub derjenigen Richtung und Farbe zu bilden, welche Hr. Ruge in Breslau als „die Linke im Frack“ schilderte, eine Bezeichnung, welche auf die Persönlichkeiten wenigstens unserer dortigen Abgeordneten in dem neuen Kreise uns nicht sehr anwendbar scheinen will. Wir haben nun Spaltungen überall, in den Stadt- und Land-Vereinen, in der Bürgerwehr, in Kirche und Schule, die ebenfalls in den Kreis politischer Debatte gezogen werden, in Staat und Gemeinde; nur Spaltungen, in denen nur zum Theil die alten Parteien wieder zum Vorschein kommen, und alte, bisher mehr und minder verborgene Spaltungen, die das grelle Licht neuester Ereignisse schärfer als ehedem heraustreten läßt. Wiesehr in ihrer weiteren Ausdehnung alle diese Spalte und Zwiespalte zur völligen Auflösung und Zersplitterung des Ganzen führen und damit zu einer Umgestaltung desselben aus der Mitte und Tiefe heraus: in sofern wollen wir sie als einen Weg, wenn auch Umweg, zur Einigkeit und Einheit nicht gerade beklagen, noch weniger oberflächlich zusammenkoppeln, am allerwenigsten aber tiefer aus einander reißen. Vom Standpunkte des Augenblickes und nach seinen gebietendsten Interessen beurtheilt, haben sie sämmtlich etwas Betrübendes für den wahren Vaterlandsfreund und können unter Umständen zu traurigen Verwicklungen und Verirrungen leiten. Zu läugnen ist nicht, daß der erste Anstoß durch das völlig ungeschickte Manöver einer Partei gegeben wurde, die nicht einmal eine ist, die keinen Zusammenhang in sich und kein Ziel nach Außen hat, der es an Organisation und an Talenten gleich gebricht. Das plötzliche Ueberschwemmen des vaterländischen Vereins mit Namen, die bisher allem politischen Leben und Streben des Volkes fern, wenn nicht gegenüber standen, mußte das Letztere scheu und mißtrauisch machen, um so mehr, je frischer in seinem neuen Bewußtsein die Erinnerung an die bisherige schroffe Entfremdung des Adels und des Beamtenthums von ihm und seinen Interessen lebte. Niemand machte dem Adel, Niemand dem Beamten das Recht streitig, sich an den Kämpfen und Entwickelungen der Neuzeit von seinem Standpunkte aus zu betheiligen; es wurde ihm, noch in Römers Ansprache und in den wiederholten Erklärungen radikaler Stimmführer, dieses Recht sogar als Pflicht öffentlich zuerkannt. Das Nächste und Natürlichste, um jene Theilnahme auszuüben, wäre ein eigener Verein gewesen, in dem die gleichartigen Elemente aus allen Kreisen des neuen Konservatismus oder auch des alten Liberalismus, die streng innerhalb konstitutionell-monarchischer Form bleiben wollten, ihren Mittelpunkt gefunden haben würden. Dieser Verein hielt, etwas weiter rechts gestellt, als es der vaterländische sein und scheinen wollte, dem radikalen Uebergreifen und Anwachsen des zu spät oder zu früh todtgeschlagenen demokratischen Vereins ein Gleichgewicht. Statt in einem solchen Verein zusammenzutreten, drangen die Konservativen mit einem wunderlich gemischten Anhange in den vaterländischen Verein und sprengten diesen dergestalt auseinander, daß seine äußerste Linke, dadurch noch weiter links getrieben, sich selbständig konstituirte, und der übrige Theil, einzeklemmt zwischen dem zu vermeidenden Scheine reaktionärer Tendenzen und dem festzuhaltenden konstitutionell-monarchischen Ausgangspunkte, das Gleichgewicht nach Innen und den Halt nach Außen verlor. Den letzteren wiederzufinden, waren ihm die Fehler des von seinen ausgeschiedenen Mitgliedern gebildeten „Volksvereins“ behilflich. Mit dem raschen Eifer und der rücksichtslos voranstürmenden Eroberungslust, die überall dieser Partei charakterisiren, verzweigte sich der Volksverein von Stuttgart aus über das ganze Land und zog in geschickter Organisation alle seine Kräfte zusammen, so daß er, wie vorauszusehen war, auf dem Eßlinger Kongreß sämmtlicher Vereine in einer augenblicklichen, aber für die Stimmung und das Zahlenverhältniß der Parteien im Lande illusorischen Mehrheit Sieger blieb und die Abgeordneten des Stuttgarter vaterländischen Vereins zum Austritt zwang. Von dem Augenblick an, wo ein aus den Wahlen jenes Kongresses hervorgegangener „Landes-Ausschuß“ an die Spitze sämmtlicher politischen Vereine sich stellen und auf seine Fahne die Frage zwischen Monarchie oder Republik als eine offen gehaltene schreiben wollte, erfolgte in der Hauptstadt und auch mehr auf dem Lande der natürliche Rückschlag: Beitrittserklärungen an den vaterländischen Verein und Mißtrauens-Vota gegen den Landes-Ausschuß, in welchem das Volk lauter neue Namen erblickte, Namen von jungen Männern, welche ihre Proben noch schuldig waren, indeß im vaterländischen Vereine ihnen bekannte und bewährte Führer, Wächter, Federer, G. Schwab, G. Pfizer u. A. m. gegenüberstanden. Der Volksverein ward seines Fehlers zu spät gewahr und wollte nun mit dialektischen Spitzfindigkeiten, deren die betreffenden Artikel in der Augsb. Allg. Ztg. und mehrere leitende Artikel des hiesigen „Beobachters“ ein schlagendes Beispiel geben, die „Offene Frage“ als eine indifferente darstellen, die hinter den materiellen Fragen der Gegenwart vorläufig verschwinde. Als ob alle diese nicht in ursächlichem Zusammenhange stünden mit jener obersten um das Bestehen oder den Umsturz der Staatsform! Als ob diese überhaupt auf einem andern „gesetzlichen Wege“ gelöst werden könnte, wie auf dem allgemeinen der National-Versammlung in Frankfurt! Als ob diese sogenannte Offenhaltung der Frage im Grundsatze und folgerecht auch in der, möglichster Weise früh oder spät, sich darbietenden Uebung nicht ein und dasselbe wäre mit der berühmten Freiburger „Neutralität“, traurigen Andenkens! Der Landesausschuß und der Volksverein wird so wenig wie sein Anhang im Stande sein, mit künstlichen Argumentationen die Mehrheit des Landes auf seine Seite zu ziehen, und wenn er in praktischen Fragen, oder in allgemein politischen Interessen überall hastig die Initiative an sich reißt, berathend, kritisirend und gestaltend in Kirche, Volksschule, Gemeindewesen, Staatshaushalt und dergleichen mehr unmittelbar einzugreifen sucht und so eine Klub-Regierung neben der Staats-Regierung, einen Landes-Ausschuß neben dem ständischen, ein Partei-Tribunal über der öffentlichen Meinung zu bilden glaubt, so werden ihn alsbald heftige Zusammenstöße auf allen Seiten belehren, wie er seine Stellung, seinen Einfluß und seinen Anhang im Lande vollständig verkennt. Natürlich wird er nicht unterlassen und versucht es bereits, solche Zusammenstöße reaktionären Tendenzen, pietistischer Agitation und politischer Sonderbündelei zuzuschreiben, während in Wahrheit nur er es ist, von dem eine solche Absonderung, ein Zwang gegen den Willen der überwiegenen Mehrheit, ein Herrschaftsgelüst über die zu gleicher Zeit kasolirte und terrorisirte Masse grübt oder wenigstens deabsichtigt ist. Schon erhebt sich in Adressen an unser Kultusministerium und die Nat.-Vers. jene angeblich pietistische, in Wahrheit wohl nur sehr menschliche Renitenz gegen das Bestreben, die Gewalt des Staates in die nächsten Rechte und Pflichten der Familie, die Erziehung, übergreifen zu lassen. Wenn in solche Renitenz eine Ader des in Würtemberg sehr tief und weit reichenden kirchlichen Sinnes schlägt, wenn das Volk die gefährdet geglaubte Bibel für sich, für sein Haus, für seine Schule als erste Grundlage nach wie vor zu behalten wünscht und ausdrücklich gesichert sehen will, so ist von diesem Wunsche bis zum Mackerthum und zu pfäffischer Demagogie noch ein ganz guter Schritt, wenigstens ein so guter, wie von der natürlichen Freiheit des Menschen, des Bürgers, des Christen in seinen engsten Kreisen, bis zu jener bevormundenden und in jedes persönlichr Leben gewaltsam eingreifenden Theorie sogenannter Freiheit, die an die Stelle des Individuums allüberall den Staat setzen will, eine Abreaktion, die, um konkret zu werden, doch auch wiederum auf endlich beschränkte Individuen angewiesen ist und bleibt. Alle diese Fragen in Würtemberg und über seine Grenzen hinaus eilen einer hoffentlich friedlichen und befriedigenden Lösung entgegen. Unsere Kammer wird, im Einverständniß mit Frankfurt, ihren Theil zu dieser Lösung ebenfalls beitragen können und müssen, wenn man sie nicht, wie der „Landes-Ausschuß“, beantragt, als noch nach altem exklusivem und privilegirenden Satzungen gewählt und zusammengefügt, unmittelbar auf die Erledigung finanzieller Nothwendigkeiten auflöst — eine Maßregel, die nach vielen Seiten hin bedenklich scheinen will. Wollen die vaterländischen Vereine wirksam und wohlthätig an jener großen Aufgabe sich betheiligen, so wäre die radikale Maßregel ihrer gänzlichen Aufhebung und sofortige Reorganisation am Ende die zweckmäßigste, auch insofern empfehlenswerth, als sie einem langsamen Auseinanderfasern und Zerrinnen aller Vereine wehrt. In ähnlicher Weise möchten wir, wie dort auf den gegebenen neuen Grundlagen fußend, aber in anderem Style weiter bauend, auch eine völlige Rekonstruktion des Institutes unserer Bürgerwehr beinahe als nothwendig bezeichnen. Ihr Verwaltungsrath liegt über einzelne Grundsätze und Formen beständig mit dem Ministerium des Innern, nicht selten unter sich in Zwiespalt. Letzteres will, angenommenem Standpunkte gemäß, die Bildung eines gesonderten Jugendbanners nicht genehmigen, während doch, jeder militärischen Analogie zu Folge, die Zusammensetzung der einzelnen Kadres nach Altersklassen ungleich natürlicher und zweckmäßiger erscheint als die nach zufällig zusammengehörigen Stadtvierteln. Ein hoher Vierziger wird in der Regel minder rasch und gern sich einüben denn der frühe Zwanziger; so bleibt, wenn ohnehin der Zudrang zu den Uebungen bei der Mehrzahl kein gewaltiger ist, immer eine Ungleichheit, die z. B. in Stuttgart noch jetzt, nach fünfmonatlichem Bestande des Instituts, sehr störend vermerkt wird. Dazu kommen stellenweise Reibungen wegen einzelner Waffengattungen, die dem ganzen Körper der Bürgerwehr den Vorwurf der Absonderungssinn hinnehmen müssen, und die man auf eine beschränkte Zahl der Theilnehmer setzen will; dazu Differenzen über Berechtigung und Pflichtigkeit zur Bürgerwehr, dazu Unzufriedenheiten mit Uniform-

Digitized by Google

mirung, Schwierigkeiten bei der allgemeinen Bewaffnung ꝛc. ꝛc. Soll das ganze Institut nicht bloß eine veredelte Balgerei vorstellen, sondern zur Volkswehr im wahren Sinne des Wortes erhoben werden, so wird man es vom Ministerium des Innern weg und unter das des Kriegs stellen müssen; nur so ist Verschmelzung des stehenden Heeres und der Volkswehr, nur so eine zeitgemäße Reorganisation beider möglich. Bei einem derartigen Vorschlage werden viele Stimmen, im Andenken an alte Zerwürfnisse, über „Reaktionsgelüste" schreien; sie können sich einen Kriegsminister nicht anders denken als wie einen kleinen Alba mit einem ungeheuren Krebs auf dem Portefeuille und einem noch ungeheureren Budget im Sack. Abgesehen davon, daß unser dermaliger Kriegsminister, durch seine gediegene militärische Bildung und sein vermittelndes, humanes Wesen bei allen Parteien dergestalt akkreditirt ist, daß er eigentlich nicht einen einzigen persönlichen Gegner hat, abgesehen, sagen wir, davon, daß er jene Besorgnisse überall nicht wecken und rechtfertigen würde, machen wir einfach nur darauf aufmerksam, daß er oder jeder seiner Nachfolger in so gut, wie ein Minister des Innern verantwortlich ist. Es thut gut und hoch Noth, daß wir alle die kostbaren Errungenschaften des März, Vereinsrecht, Wehrrecht und Wehrpflicht, freie Presse, diese vor allem Uebrigen, von den Buchstaben des gewährenden Gesetzes in die lebendige Uebung richtig übertragen und in diese gegen Mißbrauch wie gegen Angriff und Verkümmerung schützen, auf organische Weise der Zeit und dem Ganzen nahbilden und dem richtigen Ziele zulenken. Sonst werden noch immer, werden immer mehr Anomalien und Degenerationen vorkommen, wie wir sie täglich erleben; ein Zerrbildniß, dem die Baden'sche Regierung den Proceß wegen Beleidigung gegen den Großherzog macht, wird ungestraft in demselben Blatte dasselbe also qualificirte Vergehen gegen den König ausüben. Man hat gut sagen, daß solche Dinge sich selbst richten und aerrichten; eines Theils ist dies Nichts mehr als ein bequemer, doktrinärer Optimismus, und andern Theils wird nicht das Symptom, der einzelne Fall als solcher, sondern der Zustand und der Grundsatz im Allgemeinen in seiner Verletzung und in deren Folgen wichtig und gefährlich.

---

† Aus Schwaben. Die schon seit einiger Zeit vorbereiteten Kundgebungen von Seite der pietistischen und orthodoxen Partei gegen die in Aussicht stehende Reform des Volksschulwesens sind früher hervorgetreten, als man erwartet hatte. Seit dem 1. August werden fast in allen protestantischen Gemeinden Eingaben zur Unterzeichnung verbreitet, wovon zwei, an das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens gerichtet, die Erklärung und Forderung enthalten, daß man auf evangelischem Glaubensgrund stehen zu bleiben entschlossen sei, an den dermaligen Kirchen- und Lehrbüchern Nichts geändert haben, die Bibel als Schulbuch behalten, und deßhalb die Schullehrer auf den kirchlichen Lehrbegriff verpflichtet wissen wolle. Diese Erklärung hat nur dann einen Sinn, wenn von irgend einer Seite eine Beeinträchtigung des evangelischen Glaubens im Volke zu befürchten stände, wenn es wirklich im Plane läge, die Bibel als Grundlage und Mittelpunkt des Religionsunterrichts in der Volksschule protestantischer Gemeinden zu beseitigen. Mit berechnender Schlauheit haben die Organe dieser Partei schon seit Jahr und Tag unter dem Volke die Ansicht zu verbreiten gewußt, daß wirklich die Gesetzgebung für die Volksschule die Absicht habe, mittelst Einführung eines Schullehrbuches die Bibel aus der Schule zu verdrängen, seitdem die Stände im Vereine mit der Regierung den Beschluß gefaßt haben, daß zur Verbesserung des Schulunterrichts für Ausarbeitung und Einführung eines den Realunterricht fördernden Schullehrbuchs Vorkehr getroffen werden solle. Sobald nun die Arbeiten der Organisationskommission sich auch auf die Volksschulgesetzgebung erstreckten, so traten die Führer der Partei mit ihrer Agitation hervor. Die beiden genannten Eingaben sind so abgefaßt, daß auch besonnene und aufrichtige Anhänger der bestehenden Kirchenverhältnisse darin ihre Ansichten ausgesprochen finden sollten, indem von einer Verdrängung der Bibel aus der Schule Nichts gesagt ist, sondern bloß die Voraussetzung davon hergeleitet werden kann, überall da, wo es für zweckdienlich erachtet werden möchte. So gelang es denn auch, eine größere Zahl Unterschriften selbst von wissenschaftlich gebildeten Männern zu erhalten, denen freilich nun, seit die Fanatisirung des Volks eine Thatsache ist, die Augen darüber aufgehen können, wie sehr sie sich im Dienste einer hierarchischen und pfäffischen Partei haben gebrauchen lassen. Es ist freilich unbegreiflich, daß Männern von Bildung die Wahrheit hievon sich nicht augenblicklich hätte aufdrängen sollen, da in Verbindung mit den beiden obigen Eingaben an das Ministerium noch eine dritte an die Nationalversammlung verbreitet wurde, welche geradezu verlangte, daß der Staat mit Religion und Allem, was mit dieser zusammenhänge, Nichts zu schaffen haben solle, und welche darauf hin die Forderung stellt, also müsse auch das Volksschulwesen lediglich als Kirchensache angesehen und behandelt werden, und der Staat habe in seiner Gesetzgebung von der Volksschule abzusehen. Wir sehen, wie trefflich die Pietisten ganz wie die Ultramontanen sich die Zeit zu nütze zu machen wissen. So lange es ging, sollte die weltliche Macht der Kirche zum Dienste bereit stehen, sei es in der Form des Staatskirchenthums oder des Kirchenstaats. Nun die Forderung der Zeit auf Trennung der Kirche vom Staate geht, wird aus der Kirche flugs die Religion selbst gemacht, und an die Nationalversammlung das unerhörte Ansinnen gestellt, daß für den Staat gerade auf dasjenige Lebensgebiet verzichtet werden solle, welches seiner Aufgabe allein ihre höhere Weihe und Lebenskraft sichert, aus welchem dem Staate allein die edelsten Früchte der menschlichen und nationalen Entwickelung, die obersten Bedingungen einer dauernden lebenskräftigen Wirksamkeit kommen müssen, nämlich die Früchte der Religion, als welche sich die sittliche Gesinnung, Ehre und Treue, Gemeingeist, Aufopferung und Vaterlandsliebe bewähren. Von allem dem wollen die Pietisten und Orthodoxen so wenig wissen, als die Ultramontanen; sie protestiren vereint gegen den Begriff des sittlichen Staats, nehmen dem Staate, als einer bloß weltlichen, von der wechselnden Herrschaft politischer Parteien hin- und hergezogenen Einrichtung seine besten und edelsten Kräfte, die des geistigen Lebens, ziehen das heilige Recht einer nationalen Entwickelung des Volkslebens in Abrede, und mit dem Vorgenomme, daß es den Dienst und die Ehre Gottes und die Aufrechterhaltung des christlichen Glaubens gelte, soll jede Fortbildung des religiösen Lebens gehemmt und alles Volk wieder von dem starren Zaun kirchlicher Lehrnormen und einmal für allemal abgeschlossener Glaubenssätze eingeengt werden. Wenn das nicht Klerokratie ist, was ist sie dann? — Dem entsprechend war denn auch das Treiben der pietistischen Handlanger und Beitreiber, welche die Eingaben dem Volke vorgewiesen und demselben die nöthige Erläuterung dazu gegeben haben. Es sei Gefahr für den evangelischen Glauben; die Bibel wolle man aus der Schule haben, weltliche Bücher an ihre Stelle setzen. Die Schule werde von der Kirche getrennt, das heiße, es werde das Heidenthum eingeführt. Erkläre man sich dagegen nicht, so würden künftig Heiden und Türken als Schullehrer angestellt, oder, wer nicht unterschreibe, müsse katholisch werden. So groß wurde in einzelnen Gemeinden der Schrecken, daß die Schulbücher und Bibeln der Kinder eingesperrt wurden, damit man diese nicht wegnehmen könne. Unter solchen Umständen war es dringende Pflicht wahrer Volksfreunde, dem irregeleiteten Volke die Augen zu öffnen, um so mehr, da selbst einzelne Geistliche die Kanzel dazu mißbraucht hatten, zu verkündigen, daß die Nationalversammlung damit umgehe, die Bibel aus der Schule zu verdrängen. In größeren Versammlungen wurde das Volk eines Bessern belehret; die vaterländischen Vereine nehmen sich der Sache an, und es ist alle Aussicht vorhanden, daß sich eine große Zahl der Bürger aus allen Theilen des Landes einer Eingabe an das Ministerium anschließen wird, in welcher jenes empörende Treiben gewürdigt und um eine verbesserte und zeitgemäße Einrichtung des Volksschulwesens gebeten wird.

Die Eingabe selbst lautet wie folgt: „Königliches Ministerium des Kirchen- und Schulwesens! Seit dem 1. August dieses Jahrs wurde in einem großen Theil evangelisch-protestantischer Gemeinden von der Partei der sogenannten Pietisten Aufforderungen zur Eingabe an das Ministerium und die Nationalversammlung verbreitet, welche zum Zwecke haben, das Volk mittelst der Aufregung durch eine angebliche Gefahr, welche dem evangelischen Glauben drohe, zur Unterschrift zu vermögen. Insbesondere wird selbst von Geistlichen öffentlich ausgesprochen, man gehe damit um, die Bibel aus der Volksschule zu verdrängen; überall treten eigene Emissäre auf, welche den Fanatismus anzufachen sich bemühen, die Männer einer freisinnigen Richtung verdächtigen und ein unseliges Mißtrauen gegen die Staatsregierung wie gegen die Nationalversammlung aussäen. Es ist deßhalb nicht zu verwundern, wenn in Gemeinden, welche eines bessern nicht belehrt werden, jene Eingaben viele Unterschriften erhalten sollten. Die Unterzeichneten halten es deßhalb für ihre Pflicht gegen das Vaterland, dem königl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens gegenüber es offen auszusprechen, daß sie selbst sowohl, als eine sehr große Zahl ihrer Mitbürger mit Unwillen ein solches Treiben wahrnehmen, daß sie eine verbesserte und zeitgemäße Einrichtung des Volksschulwesens für eine unabweisbare Forderung der Staatsbürgerlichen Wohlfahrt halten und daher das feste Vertrauen in das königl. Ministerium setzen, es werde sich dasselbe in den verschiedenen Maß-

regeln zur Herbeiführung einer zeitgemäßen Umgestaltung des Volksschulwesens durch derartige Kundgebungen einer engherzigen Partei auf keine Weise beirren lassen. Als die Hauptgrundsätze, auf welche eine verbesserte Umgestaltung der Volksschule aufgebaut werden dürfte, erlauben sich die Unterzeichneten hervorzuheben: 1) Die Errichtung einer gemeinsamen Schulbehörde für das gesammte Unterrichtswesen im Staate, welchen auch die Leitung und Förderung der Volksschule zukommt. 2) Eine Aufbesserung aller unzureichenden Schulbesoldungen, und die entsprechende selbständige und würdige Stellung des Schullehrerstandes selbst, sowie diejenige Heran- und Weiterbildung desselben, damit außer dem biblischen Geschichts- und Religionsunterricht auch ein zeitgemäßer Unterricht in gemeinnützigen Kenntnissen, insbesondere in Geschichte und Vaterlandskunde in der Volksschule ertheilt werden kann. Daß die Geistlichen jedee Konfession den besonderen kirchlichen Religionsunterricht in den Schulen, wie bisher, ertheilen, versteht sich von selbst, als ein Recht der Gemeinde und als eine Pflicht der Kirche; besondere Anerkennung aber würde verdienen wenn die Geistlichen auch noch weitere Lehrfächer in gemeinnützigen Kenntnissen an der Volksschule übernähmen. 3) Die Errichtung besonderer Bezirksschulinspektionen, deren Beruf und Thätigkeit ausschließend der Leitung und Förderung der Volksschule gewidmet ist. 4) Endlich die Uebernahme der Kosten des Volksschulwesens auf die Staatskasse, so daß die Einzelgemeinden nur ein entsprechender Beitrag aus dem Gemeindevermögen und der Betrag der örtlichen Schulstiftungen treffen würde. Ehrerbietigst u. s. w."

Frankreich.

Paris, 24. August. Seit den letzten zwei Tagen ist die Stadt etwas ruhiger geworden, allein, wie auf dem Meere, so ebnet sich oft plötzlich auch im Volke für einige Augenblicke der Wellenkampf, um bald darauf desto heftiger loszubrechen. Die Regierung scheint diese Ruhe auch in keiner Weise zu mißdeuten, denn sie hält nunterbrochen ein Heer auf den Beinen, dessen überwiegender Anzahl und taktischer Vertheilung gegenüber ein Vortheilstreich sehr heiße Stunden haben würde. In der Hauptstadt einer Republik sind die Sitze der einzelnen Regierungsorgane mit einem Wald von Bajonetten umgeben, wie der von sieben Mauern ringeschlossene Palast eines persischen Despoten.

Der morgige Tag (25.) wird gefürchtet, es ist der St. Ludwigs-Tag, für den die Legitimisten ihre Schilderhebung angesetzt haben sollen, und zugleich beginnt in der Nationalversammlung die Diskussion über den Untersuchungs-Rapport der Juni-Ereignisse. Die Spannung ist außerordentlich.

Heute Mittags versammelten sich, auf Betrieb von E. Girardin, die Redakteure vieler politischen Journale, um sich über die Richtschnur zu berathen, die sie nach der obenerwähnten eingetretenen Suspension von vier Journalen einzuhalten haben. Vier Vorschläge werden gemacht werden: 1) Alle Journale hören von morgen an auf zu erscheinen; 2) die Journale geben von morgen an nur die offiziellen Dekrete und die Thatsachen und enthalten sich, so lange der Belagerungszustand fortdauert, aller Räsonnements; 3) sie publiciren eine kollektive Protestation gegen die Gewaltthaten der Regierung gegen die Presse, oder 4) sie richten eine kollektive Petition an die Nationalversammlung, worin sie verlangen, daß die Preßfreiheit aufrecht erhalten werde und ein Zustand aufhöre, der schlimmer als die Censur sei. — Diese kann unter den obwaltenden Umständen nur dazu dienen, die Gährung zu steigern. —

Herr Tommaseo, Gesandter von Venedig, hat gestern dem General Cavaignac eine Petition der Bevölkerung dieser Stadt überreicht, in der dringend die augenblickliche Hilfe Frankreichs in Anspruch genommen wird.

Neuestes.

Wien, 21. August. Heute wird Hr. v. Wessenberg, Minister des Aeußern, mit Bestimmtheit hier erwartet. Die Unterhandlungen wegen Italien haben noch nicht angefangen. Der engl. Gesandte und der franz. Geschäftsträger, welche mit Verhaltungsmaßregeln versehen sind, erwarten sehnlichst seine Rückkunft. (O. P. Z.)

Berlin, 24. August. Die Behörden der Stadt hatten vorgestern Abend ganz besondere Sicherheitsmaßregeln getroffen, um Ruhestörungen sofort energisch zu unterdrücken. Es waren mehrere Bataillone Bürgerwehr konsignirt. Der Kommandeur, Herr Rimpler, hatte solche Disposition der verschiedenen Abtheilungen getroffen, daß er, wenn es nöthig war, die Volkshaufen von verschiedenen Seiten her einzuschließen vermochte. Das Korps der Konstabler war ebenfalls versammelt, auch Militärabtheilungen standen für den Nothfall gerüstet, und alle hohen Beamten der betreffenden Verwaltungsbehörden waren bereit, um persönlich einzuschreiten. Es ist auch gestern nur zu geringen Konflikten unter den Linden, in der Friedrichs- und Dorotheenstraße gekommen und sind nur wenige Verhaftungen vorgenommen worden. Das 21. Bataillon ward in der Nähe des Opernhauses mit Steinen geworfen. An der Ecke der Friedrichs- und Dorotheenstraße wurde auch der Anfang zum Bau einer Barrikade gemacht, aber von dem 19. Bürgerwehrbataillon gehindert. (Voss. Z.)

München. Die Ruhe ist in München seit vorgestern Abend nicht weiter gestört worden. Die Zahl der am Abend des 21. Verwundeten soll gemäß den officiellen Anzeigen bei der Polizeidirektion vom Civil 7 und vom Militär 5 betragen. Daß aus dem ersteren Stande Viele nicht zur Anzeige kommen, ist mit Sicherheit anzunehmen.

Hanover, 23. Aug. Der König hat für diejenigen Hannoveraner, welche wegen Theilnahme an den durch Hecker und Konsorten begangenen hochverrätherischen Handlungen im Badischen in Untersuchung gerathen und zur Fortsetzung der letzteren hierher gesandt sind, die Niederschlagung der Untersuchung angeordnet. (Hann. Z.)

ϑ Frankfurt, 26. Aug. Die spezielle Berathung der einzelnen Paragraphen des Art. III der Grundrechte, welche in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung noch den Antworten der Minister auf die an sie gerichtete Interpellationen eröffnet und über die zwei ersten Paragraphen beendigt wurde, war ohne alles Interesse. Eine sehr große Anzahl von Amendements wurde zu §. 11 und 12 von dem Präsidenten vorgelesen und theilweise von den Antragstellern begründet. Die meisten der Redner schweiften in die allgemeine Diskussion zurück, konnten aber, da diese materiell erschöpft war, für solche Nachträge keine Aufmerksamkeit mehr gewinnen. Thinnes erschreckte die Nationalversammlung schon dadurch, daß er von vornherein um die Erlaubniß bat, mehr zu sagen als nöthig. Er sprach gegen das unbedingte Recht der Wahl und der Entlassung der Geistlichen. Behr hielt einen sehr langen Vortrag, den Niemand hörte, in welchem er aber, wie es scheint, Aufsicht und Einwirkung des Staates festhalten wollte, jedoch keine Staatskirche, was in der Ausführung sehr schwierig sein mag. Schmidt, deutsch-kath. Prediger aus Schlesien, sprach von der Emancipation der Menschen, von der Nothwendigkeit, alle Kirchengewalt zu vernichten und von dem Prinzipe der freien relig. Genossenschaft, welches nicht die fixe Idee eines gemeinsamen Glaubens, sondern das gemeinsame Leben sei. In der Unabhängigkeitserklärung solle auch die Aufhebung der Konkordate ausgesprochen sein. Er ist mit mehreren andern Rednern gegen den §. 11, welcher „Glaubens- und Gewissensfreiheit" gebe, womit gar Nichts gesagt sei, und wobei nach wir vor jede Unterdrückung der Religionsfreiheit möglich sei. Stottwell vertheidigte die Ausschußanträge. Die Aufstellung des Prinzips sei gefährlich, denn die Frage über die Trennung der Kirche vom Staate sei noch gar nicht spruchreif. Auf die Petitionen könne man nicht gehen, man wisse ja, wie sie zu Stande kommen. Freudentheil ist dagegen, daß man ausspreche, der Deutsche habe das Recht, keiner Religionsgesellschaft anzugehören. Gasser aus Tirol verlangt, daß bei der Ausführung des Gesetzes auf die besondern Verhältnisse Tirols schonende Rücksicht genommen werde. Als Grund dafür führt er an, daß Tirol bisher eine ganz ungemischte Provinz gewesen sei, und daß die Tiroler mit besonderer Zähigkeit an ihren hergebrachten Sitten hängen. Die Ausführung war nicht glücklich und er konnte deßhalb keine Sympathie für seine Forderung gewinnen. Schuler aus Tirol schloß sich später seiner Erklärung in einer mehr aufsprechenden Weise an. Noch mehrere Redner sprachen über die allgemeine Frage, ohne etwas Neues vorzubringen. Das Wichtigste war der auf Zimmermann's Antrag gefaßte Beschluß, daß über die Unabhängigkeit der Kirche noch einmal abgestimmt werden solle, wenn über die Unabhängkeit der Schule von der Kirche ein Beschluß gefaßt sei.

Straßburg, 25. August. Im Laufe des gestrigen Tages sind Befehle aus dem Kriegsministerium eingetroffen, denen zufolge Truppenverstärkungen nach dem südlichen Frankreich so rasch als möglich befördert werden sollen. (Fr. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Bruno & Comp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Oberitalien Nehmen Bestellungen an: in Straßburg Fr. Schmidt, Buchhandlung Nr. 20 Broglie, in Basel Nr. 18 Rue d'Autriche.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition befindet sich Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 12 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Postvereins vierteljährlich Thaler 1. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 236. Heidelberg, Montag 28. August. 1848.

Uebersicht.

Der Entwurf der preußischen Verfassung. I. — Erklärung. **Wien** (Arbeiterunruhen). **Berlin** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Gesetzesvorlage wegen Beschränkung des Versammlungsrechtes. Habeas corpus-Akte). **Posen** (Aufruf an die deutschen Brüder). **Leipzig** (Blum und Minister Oberländer). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Fortsetzung der Diskussion über den Art. III. der Grundrechte. Die Interpellationen von Vogt und Eisenmann).

Schweiz Die Bundesverfassung und die Geistlichkeit. Die ital. Flüchtlinge und die Schweiz.

Großbritannien. London. Ankunft Anderlans. Angebliches Geldansinnen der deutschen Centralgewalt an Preußen. Irlands Noth. Interpellation wegen Neapels und Hamburgs.

Frankreich. Paris. Telegraphische Depesche. Die Diskussion über die Ergebnisse der Untersuchung. Energische Maßregeln gegen die Presse. Legitimistische Fahnenfabrik entdeckt. General Cavaignac.

Beilage. Die politische Durchschnittsbildung und das Zeitungswesen Oesterreichs. — Die politischen Vereine. **Aus Schwaben.** Die Angelegenheiten der Schule. **Frankreich.** Paris. Rahe der Stadt. Befürchtungen. Die Journalistenverstimmung. Tommaseo in Paris. — Neueste Nachrichten.

28. August.

Der zur Vereinbarung einer preußischen Staatsverfassung gewählten und berufenen Versammlung der Volksvertreter ließ das Ministerium **Camphausen** am 22. Mai den Entwurf eines „Verfassungsgesetzes" „zu ihrer Erklärung" zugehen. Die Versammlung beschloß am 15. Juni mit 188 gegen 142 Stimmen die Niedersetzung einer besondern **Verfassungskommission**, um unter Zufertigung des Regierungsentwurfs und Mittheilung aller auf die Verfassung bezüglichen Petitionen und Anträge dessen Umarbeitung, resp. Ausarbeitung eines neuen Entwurfs vorzunehmen. Die Verfassungskommission, unter dem Vorsitz des Abgeordneten für Berlin, Geh. Obertribunalrath **Waldeck** (von der Linken), und bestehend aus den Abgeordneten **Baumstark, Baueeband, Baltzer, Behnsch, Berends, Blöm, v. Daniels, Elsner, Evelt, Hartmann, Hesse, Jonas** (Geh. Rev. Rath), **Mätzke, Niemeyer, Peltzer, Phillips, Rentee, Reichensperger, Stein, Ulrich, Wachsmuth, Zachariä, Zenker**, beendigte am 26. Juli ihre Arbeit. Der aus ihren Berathungen hervorgegangene Entwurf einer „**Verfassungsurkunde**" wurde darauf den Abtheilungen übergeben. Diese bilden schließlich eine Centralsektion, welche den Entwurf durch ihren Berichterstatter in die Plenarversammlung zu bringen hat. — Mittlerweile kommt der Entwurf vor das Forum der öffentlichen Meinung, und ihre „Abtheilungen", die verschiedenen Organe der Presse bereiten ihn ihrerseits vor zur schließlichen, entscheidenden Verhandlung. Aber eine noch höhere Bedeutung wohnt diesen Aussprüchen der öffentlichen Meinung bei. Die künftige Verfassung Preußens beruht auf einem **Vertrag** der Krone mit dem Volk. Wenn also das Volk durch den Mund seiner Vertreter gesprochen haben wird, dann hat die Krone das Wort. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieselbe anderer Meinung sein kann als die Versammlung, daß sie das **Recht** hat, ihre Ansicht geltend zu machen, daß sie nicht bloß **berathende** Stimme hat, **ebensowenig** als die Versammlung eine bloß berathende ist. Es unterliegt aber ebenfalls keinem Zweifel, daß die Krone, der Volksrepräsentation gegenüber, nicht anderswoher als aus dem ungetrübten Born der **öffentlichen Meinung**, nicht anders als aufgefordert von lauten und achtbaren Stimmen des Landes, ein dissentirendes Votum beenehmen und in die Wagschale legen werde, geltend machen **könne**. Das Zünglein, oben an der Wage, wird dann die freie Presse sein. Hierhin oder dorthin wird sie sich neigen und, **wer** von den beiden gleichberechtigten Kontrahenten im Falle scheinbarer Unvereinbarkeit nachgeben **muß**, ob im bestimmten Falle die Krone, ob die Volksvertreter, darüber entscheidet dann die öffentliche Meinung.

Die Eingangsworte des Regierungsentwurfs lauten: „Wie **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w., thun kund und fügen hiermit zu wissen, aß Wir mit den nach dem Wahlgesetze vom 8. April 1848 gewählten und demnächst von Uns zusammenberufenen Vertretern Unseres getreuen Volks für Unsere zum deutschen Bunde gehörigen Lande die nachfolgende Verfassung vereinbart haben, welche Wir demnach zur Kenntniß für Unsere getreuen Unterthanen und für Jedermann zue gebührenden Nachachtung hierdurch verkünden." — Der Entwurf der Kommission hat zunächst das „u. s. w." gestrichen. Dieses „u. s. w." deutet nicht nur die übeigen Titel des Königs an, sondern gibt auch dem Namen „König von Preußen" eine eigne Bedeutung. Indem derselbe den übrigen Benennungen koordinirt wird, bezieht er sich lediglich auf das alte Königreich, auf Ost- und Westpreußen. Allein genannt wird er nur als vornehmste Titulatur. Mit dem Strich des „u. s. w." wird die Vielstaaterei, die provinzielle und noch kleinlichere Partikularität auch äußerlich aufgehoben; „Preußen" hat nach dem Wegfall des „u. s. w." den überall gegenwärtig geläufigen Sinn; es bezeichnet den ganzen Staat, die preußische Monarchie. Der Antrag, den königlichen Titel „**von Preußen**" umzuwandeln in „König **der Preußen**", fand nicht die Mehrheit in der Kommission; nicht bloß **Friedrich II.**, sondern auch **Friedrich Wilhelm IV.** nannte sich auf öffentlichen Denkmälern „Rex Borussorum." — Den Ausdruck „von Gottes Gnaden" abzuschaffen und etwa das Modewort „von Volkes Gnaden" an die Stelle zu setzen, fand die Kommission sich nicht ermüßigt. Sie hielt vielmehr den Standpunkt des Vertrages fest und behielt das „vereinbart haben" bei. Den Schlußsatz, der mit „welche" beginnt, kürzte sie ab: „welche Wir demnach hierdurch verkünden"; somit fiel die „Kenntniß für Unterthanen" und die „gebührende Nachachtung für Jedermann" hinweg. — Wichtigee als alle diese Formalien ist eine Weglassung, die in dem Titel von dem Staatsgebiet ihre wahre Bedeutung erlangt. Sie betrifft hier in dem Eingang den Passus „für Unsere zum deutschen Bunde gehörenden Länder." Der Abgeordnete **Waldeck** begründete diesen Wegfall durch Hinweisung auf einen späteen Paragraphen, der aber nur von etwaigen Veränderungen spricht, welche die deutsche Verfassung in der preußischen Urkunde nothwendig machen dürfte. Von dem Verhältniß des preußischen Staats zu Deutschland ist daein nicht die Rede. — Der Titel I. handelt von dem Staatsgebiet (in beiden Entwüefen). §. 1. lautet im Regierungsentwurf: „Alle Landestheile der preußischen Monaechie in ihrem gegenwäetigen Umfange, **mit Ausschluß der einer besondern nationalen Reorganisation und Verfassung voebehaltenen Theile des Großherzogthums Posen** bilden das zum deutschen Bunde gehörige preußische Staatsgebiet." Der Art. 1. des Kommissionsentwurfs setzt statt dessen: „**Alle Landestheile** der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet." — Der **Camphausen**'sche Entwurf steht auf deutschem Standpunkt. Das Staatsgebiet, für welches die Verfassung gelten soll, ist ein deutsches; es reicht nicht über die Grenzen des deutschen Reichs hinaus; der Gegenstand dieser Konstitution, der preußische Staat, ist ein integrirender Theil des deutschen Reichs. Durch Annahme dieses Grundsatzes bricht Peeußen, indem es die neue konstitutionelle Laufbahn feierlich er-

Digitized by Google

öffnet, mit der separatistischen Richtung, die den Frieden zu Basel und der zu Tilsit ethisch und politisch gerichtet haben. Bei aller Selbständigkeit, die ja eben in der Konstitution ihre feste Bürgschaft findet, geht Preußen in Deutschland auf. Wir haben in der Politik Camphausens überhaupt nie jene Garantie für die Größe und Selbständigkeit des Staates, dem er vorstand, vermißt; aber den nationalen Gesichtspunkt, daß nichts Preußisches undeutsch, daß alles Preußische deutsch sei, finden wir überall von jenem Staatsmann festgehalten. Ebenso hier. Der Entwurf der Kommission dagegen will, daß die Verfassung auch außerhalb Deutschlands Geltung erlange; sie dehnt das Gebiet derselben über das deutsche Reich hinaus; das konstitutionelle Preußen soll, wie das absolutistische, mit einem Fuße außerhalb des Vaterlandes stehen. Der Kommissionsentwurf weiß von Beziehungen zu Deutschland (mit Ausnahme seines verirrten §. 107) Nichts. Es ließe sich statt Preußen irgend ein anderes Land, Belgien, Norwegen setzen, ohne daß Etwas geändert werden müßte; doch nein, Norwegen nicht: da würde doch von Schweden die Rede sein. Bei einer preußischen Konstitution aus dem Jahr 1807 wäre diese Rücksichtslosigkeit erklärlich; Preußen gehörte damals keinem höhern Gemeinwesen an. In einer preußischen Konstitution verlangen wir einen Artikel, der es ausspricht: Preußen ist ein untrennbarer und integrirender Theil des deutschen Reichs. Aber ein kleiner Theil der Monarchie gehört nicht zum deutschen Bunde?

Die Rücksicht auf die polnische Frage leitete offenbar die Verfassungskommission bei ihrer Redaktion. Wir setzen hinzu: leitete dieselbe irre. In ihren Motiven spricht sie sich dahin aus, daß die Reorganisation der polnischen Theile des Großherzogthums Posen keineswegs eine eigne Verfassung für dieselben, und somit eine Ausschließung derselben von der Theilnahme an der Staatsverfassung Preußens bedinge. Das ist gewiß; die Reorganisation im Allgemeinen bedingt dies nicht. Aber das Königswort vom 26. April bedingt, was es verheißen, eine eigne konstitutionelle Verfassung für jene Landestheile. Dies Königswort scheint für die Verfassungskommission gar nicht vorhanden; es wird von ihr ignorirt. Sie beschränkt sich auf allgemeine Nützlichkeitsgründe. Und doch hat jener königliche Erlaß vom 26. April einen unseligen Streit beendigt, der wieder begönne, wenn man die Entschließungen jenes Tages rückgängig machen würde. Die Wirren im Großherzogthum Posen ließen sich ohne gänzliche Benachtheiligung der Polen, ohne Preisgebung deutscher Nationalität nicht anders schlichten, als durch Camphausen und Auerswald damals geschehen. Blieb das Großherzogthum ungetheilt, so mußte es entweder ganz mit Deutschland vereinigt oder ganz von Deutschland ausgeschlossen werden. Darum fand die Trennung Statt, wobei von dem Princip der nationalen Berechtigung nur die Eine für die Grenzen Deutschlands nothwendige, dennoch beklagenswerthe Abweichung eintrat. Diese Trennung, sowie die Vereinigung Deutschposens mit dem übrigen Deutschland, hat neuerdings das Votum der deutschen Nationalvertreter bestätigt. Diese Trennung, diese Einverleibung stellt der Entwurf der Kommission wiederum in Frage. Er macht die Trennung zu einer unvollständigen. Das abgelöste polnische Land soll nicht eine eigne Verfassung haben, sondern an der allgemeinen des zu Deutschland gehörigen Preußens theilnehmen. Seine Vertreter sollen zu Berlin, nicht zu Gnesen tagen. Somit verwischt er die Demarkationslinie, verwirft er stillschweigend ihr Princip. Denn die eigne polnische Konstitution, welche für das ganze Großherzogthum Posen eine Ungereimtheit und thatsächlich eine Unmöglichkeit war, ist nur die gerechte Konsequenz jenes Princips.

Als die Kommission den §. 1 beorbeitete, war zu Frankfurt die Anerkennung noch nicht ausgesprochen. Die Kommission betrachtete die Angelegenheit damals vielleicht als schwebend, als unentschieden. Wird die Plenarversammlung die gegenwärtig entschiedene Sache noch einmal ins Ungewisse ziehen und die Entscheidung wieder suspendiren? Die Neue Berliner Zeitung sieht in dieser durch die Verfassungskommission getroffenen Veränderung einen großen Fortschritt. Polnisch Posen höre somit auf, in bloßer Personalunion mit Preußen zu stehen. Uns liegt es nicht am Herzen, daß dieses Land in engerer Beziehung zu uns stehe. Aber die Deduktion der N. B. Zeitung ist ungereimt. Wenn Polnisch Posen nicht an der Verfassung theilnimmt, ist damit dennoch keineswegs dessen Real-Union mit den übrigen Landestheilen ausgeschlossen; Schweden nimmt auch an der norwegischen Verfassung nicht Theil und steht doch in Real-Union mit Norwegen. — Wir sehen in dieser Aenderung einen entschiedenen Rückschritt. Wer etwas Deutliches undeutlich, etwas Klares unklar macht, der bessert nicht. Uebrigens mit allen Kräften vertheidigt wird der Artikel der Kommission von den Polen und Polenfreunden werden. In der Politik der Polen liegt es, wie man zu Frankfurt ersehen konnte, die Reorganisation zu vereiteln, da sie Deutsches nicht polnisch macht, sondern sogar das deutsche Land vom polnischen Lande getrennt hat, und lieber mit dem ganzen Großherzogthum sich Deutschland inkorporiren zu lassen, damit nur die Demarkationslinie nicht zur Wahrheit werde. Wenn nur das Großherzogthum verfassungsmäßig beisammen bleibt, die Polen werden nicht mehr dadurch germanisirt werden; aber eine fanatische Propaganda hat dann Gelegenheit, das Polenthum jenseit der Demarkationslinie anzupflanzen und zur Empörung groß zu ziehen! In Frankfurt ist der verzweifelte Streich mißlungen; die Aufnahme des ganzen Großherzogthums Posen in den Bund wurde verworfen, die von Deutschposen beschlossen: die Reichsgrenze durchschneidet fortan das Großherzogthum Posen.

Was in Frankfurt mißlang, soll in Berlin wieder eingeholt werden. Schon ist die Rednerbühne der Singakademie von Polen zu Schmähungen gegen die deutsche Nationalversammlung benutzt, doch die Versammlung übertönte die krähende, stotternde Stimme des Schmähenden und gebot Schweigen. — Der Camphausen'sche Entwurf verewigt die Trennung von Deutschposen und Polen; hiernach schneidet auch die Grenze der Landestheile, welche die künftige preußische Konstitution umfaßt, durch das Großherzogthum Posen und fällt so mit der Reichsgrenze zusammen. Es liegt im Vortheil der Polen, diese Grenze zu verrücken und polnisch Posen in den Verband mit aufgenommen zu sehen. — Wahrlich, erstrebten die Polen Etwas für die Dauer, sie würden auf sofortige Ertheilung der besondern polnischen Konstitution dringen. Doch sie wollen nur Fuß fassen, um die Staatsordnung, in die sie sich eindrängen werden, wankend zu machen, um das getrennte Deutschposen zu bearbeiten für ihre Zwecke und wieder an sich zu reißen. Unser Staatsgrundgesetz soll aber für die Dauer sein. Was soll dieses Gnesen? Was sollen dessen Abgeordnete mitten unter den deutschen Vertretern des preußischen Volks? Es bleibt bei Preußen doch nicht. Denn welcher Ehrenmann wollte an die beständige Herrschaft der Deutschen über Polen glauben? Also warum sollen die Bande, die doch gelöst werden müssen, erst straffer angezogen werden? Der Polen Antwort wissen wir: damit, wenn ihre Freilassung eine Veränderung des durch die Verfassung bestimmten Staatsgebiets, also ein Gesetz darüber bedingt, auch die Lostrennung Deutschposens in Frage gestellt werde und Preußen dann, unter nachtheiligen Konjunkturen, vielleicht genöthigt ist, seine Grenzen bloßzustellen. Die Polen wollen in das preußische Staatsgebiet mit aufgenommen sein, um innerhalb desselben eine planmäßige Eroberung zu beginnen. — Demnach, damit die Trennung Deutschposens von Polen als vollendete Thatsache gelte, und damit die Ostgrenze der in Preußens Konstitution eingegriffenen Lande nicht eine von der Grenze des deutschen Reichs verschiedene sei, bleibe dem polnischen Fürstenthum, das bisher zum Großherzogthum Posen gehörte, seine eigene Landesverfassung. Sollte der Provinzialverband, nach Titel 9 des Kommissionsentwurfs, übrigens gelöst werden, so wäre das Hineinziehen Polens in den diesseitigen Staatsverband durchaus nicht zu rechtfertigen.

Aber gesetzt, das Wort Friedrich Wilhelms IV. vom 26. April würde von den Vertretern des Volks nicht in Ehren gehalten; das abgetrennte Polen würde trotz des königlichen Erlasses mit hineingezogen in die Verfassung, in die innern Schicksale und Kämpfe eines deutschen Landes, die Versammlung wäre dennoch dessen nicht überhoben, den ganzen übrigen, deutschen Staat (mit Einschluß Deutschposens) unter irgend einer Bezeichnung von dem polnischen Landestheile zu unterscheiden. Mindestens in Einem Artikel. Denn, wenn an der Verfassung des preußischen Staats ein Land theilnähme, welches zum deutschen Reiche nicht gehört, welches für dasselbe ein Ausland ist, so wäre vollends unumgänglich, daß ein Artikel das Verhältniß der „deutschen" Lande (also mit Einschluß Deutschposens) zu dem deutschen Reiche förmlich ausspräche. — Wir erklären uns aber, im Sinne des Camphausen'schen Entwurfs, entschieden dahin, daß die preußische Konstitution der Grundvertrag für einen rein deutschen Staat sei.

Erklärung.

Da das von mir am 14. Juli in Bremen verfaßte, am folgenden Tage gedruckte und denjenigen, für welche es bestimmt war, mitgetheilte Memorandum über die Zoll- und Handelsverfassung Deutschlands in verschiedenen öffentlichen Blättern als ein Programm des Reichsministeriums des Handels angesehen wird, halte ich es für nöthig zu bemerken, daß gedachtes Memorandum lediglich den Zweck hatte, darzuthun, wie ich, als derzeitiger Kommissär der freien Hansestadt Bremen für die in Frankfurt durch den Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirthschaft unbemannten Besprechungen die Frage der deutschen Zoll- und Handels-Einigung behandeln zu müssen glaubte. Das Memorandum bezieht sich daher nur auf diese Frage, und zwar vom Standpunkte des Bremischen Kommissärs. Ich konnte damals nicht voraussehen, was 20 Tage später eintrat, und deßhalb ist es ein Irrthum, wenn man das Memorandum für ein Ministerial-Programm hält. Der Standpunkt eines Handelsministers ist in mancher Hinsicht ein wesentlich anderer, und wenn auch in der Hauptsache der Standpunkt Nichts ändert, so würde doch ein Programm desselben eine Menge der wichtigsten Dinge umfassen müssen, zu deren Berührung in jenem Memorandum, welches nur ein Leitfaden für eine Besprechung sein sollte, keine Veranlassung vorlag.

Frankfurt a. M., 26. August 1848.

K. Duckwitz.

Oesterreich. †† Wien, 23. Aug. Eine Errungenschaft Wien's sind die ungebändigten Arbeiter mit einem Arbeiterministerium. Die Ursache des vorgestrigen Tumultes war die Herabsetzung der Löhnungen der Weiber und jungen Leute unter 15 Jahren. Erstere bezogen bisher 20 Kreuzer K. M., letztere 15 Kreuzer K. M. Die Löhnung wurde für beide Theile um 5 Kreuzer vermindert. Dies geschah ohne frühere Bekanntgabe, ohne Vorbereitung, wodurch die Erbitterung entstand, welche zu dem spätern Blutvergießen führte. Am 21. d. Morgens wurde die Löhnung ausbezahlt; gegen 11 Uhr lief in der Stadt das Gerücht umher, die Arbeiter demolirten einen Krawall. Nach 1 Uhr zogen sie vor den Gemeindeausschuß auf den hohen Markt und verlangten den alten Sold. Sicherheitswachen, welche den Polizeidienst von den aufgelösten Polizisten übernommen haben, wollten die Arbeiter zerstreuen, waren aber viel zu schwach und mußten sich flüchten. Auch die Nationalgardeabtheilungen reichten nicht aus. Da die Arbeiter vom Sicherheitsausschusse Nichts erreichten, zogen sie auf den Hof (ein großer Platz vor dem Kriegsministerium und bürgerlichen Zeughause). Ihre Zahl war immer größer geworden, die Haltung gefährlicher. Eine Kompagnie Militär rückte mit scharf geladenen Gewehren vor das Zeughaus, zu dessen und einer bedrängten Nationalgardeabtheilung Schutz. Das Militär blieb ruhig, aber imponirte. Die Sicherheitswachen hatten die berittene Abtheilung und Nationalgardekompagnien als Verstärkung erhalten und griffen nun die Masse an. Gleich anfänglich wurde eine berittene Sicherheitswache durch einen Steinwurf getödtet, welchen ein kolossaler Arbeiter geschleudert hatte. Die Arbeiter hatten nur Stöcke und konnten sich damit schlecht vertheidigen. Steine vom Straßenpflaster wurden als Wurfgeschosse benützt. Endlich mußten die Arbeiter weichen. Gegen 30 Verwundete, worunter 2 schwer und 1 Getödteter, dann bei 40 Arretirte sind das Ergebniß des Straßengefechtes. Nachdem dies vorüber war, trommelte die Nationalgarde fort und fort Alarm, was sehr überflüssig, ja gefährlich war, denn die Wiener wurden ängstlich, das Aergste erwartend, und die Gassen füllten sich mit Menschen, welche vergebens einen Ausweg aus den überall gesperrten Kommunikationen suchten. Die Unruhe dauerte bis spät Abends, starke Pikets zogen in der Nacht zur Sicherheit auf und ab. Ein Plakat des Arbeitsministers ersehen denselben Nachmittag, versichernd, von dem herabgesetzten Lohne nicht abzugehen. Der Sicherheitsausschuß ersuchte die Bürger in einem andern Plakate zu Hause zu bleiben. Vor einigen Tagen las man auf einem Maueranschlage die Einladung zu einem Arbeiterparlament. Wozu? fragten sich die Vernünftigen. Wir haben ja einen Arbeitsminister. Man macht aber diesem Minister den Vorwurf, daß er zu sehr schweige, die Presse nicht zur Aufklärung seiner Amtshandlungen benütze; nie wäre dieser Tumult so überraschend geworden, wenn vor acht Tagen der Minister die Anzeige gemacht hätte, daß er aus diesen und jenen Rücksichten gezwungen sei, den Lohn zu schmälern, wobei die gefallenen Brodpreise und wohlfeileren Lebensmittel als billige Ausgleichung erwähnt werden konnten. Das geschah nicht. So auch hören wir von der Verwaltung dieses öffentlichen Arbeiterinstitutes Nichts. Keine Ausweise über die Bauobjekte, die dabei beschäftigte Arbeiterzahl, Zweck des Baues, Monatsdistanzen, von allem wird Nichts kundgegeben. Versteht man den Ruhen der Presse nicht, oder will man ihn nicht verstehen? Die übrigen Ministerien sind ebenfalls zu stumm. Der Kriegsminister publicirt seine Armeebefehle durch Zeitungen, höchstens das magere Bulletin eines theuer erkauften Sieges. Italien ist ja bei so weit von uns, wie die Marquesas, man hört Nichts von daher. Es soll die Arrièregarde des Bologna verlassenden Korps vom Feldm. Welden bedeutend gelitten haben. Ein bekannter Stabsofficier und Hauptmann sind unter den Gefallenen. Jellachich soll nach Dalmatien gereist sein. Seine Absicht, dies Land auch aufzuwiegeln und für seine Zwecke zu gewinnen, wird ihm gewiß gelingen; denn er kennt Dalmatien genau und ist dort mit seinem einstigen Kammandirenden Lilienberg in gutem Andenken. Sein Talent, sich populär zu machen, kommt ihm dort trefflich zu Statten.

Um 4½ Uhr Nachmittags, den 23. Aug. Vor einer Stunde gabs ein neues Gemetzel. In der Allee des Praters wurden zwei Sicherheitswachen von den Arbeitern angegriffen und schwer verwundet. Die berittene Nationalgarde aus der Jägerzeile und Leopoldstadt rückte aus und hieb ein. Die Nationalgarde zu Fuß griff mit gefälltem Bajonette an. Zwei Wagen Verwundete wurden ins Spital gebracht. Der Sturm geht fort. Gegen 200 Blessirte soll es geben. Auch Deßaegen sollen abgefeuert sein.

In der vorgestrigen Abendsitzung des Reichstags ging der Antrag zur Abschließung eines Anlehens von 20 Millionen durch. Der nachmittägige Krawall steht hiermit in Verbindung und er veranlaßte die Beschleunigung der Schlußfassung, gegen welche die Linke opponirte und einen Protest einlegte, weil die Debatte nicht durchgeführt werden konnte. Denselben Vormittag hatte sie sich ganz anders geberdet. Es ist keine Gesinnungskonsequenz und besonders keine Parteidisciplin in der Rechten, Linken und Mitte. Der Kudlich'sche Antrag wurde gestern und heute debattirt. Die Endberathung heute betraf die Ueberweisung des Anlehensantrages, ob an den Finanzminister oder an den Finanzausschuß? Minister Wessenberg erschien heute zum ersten Mal im Reichstage. Minister Doblhoff wies eine Adresse der Nationalgarde um Auflösung der akademischen Legion entschieden zurück. Minister Bach tadelte gestern ein Plakat des demokratischen Vereines, welches dem Krawall der Arbeiter beschönigt und den Arbeitern versichert, daß sie ihren früheren Lohn wieder erhalten werden. Der Gemeindeausschuß desavouirt in einem Plakate die gegen ihn gemachte Beschuldigung, daß er den Arbeitsminister zur Herabsetzung der Löhne bewogen habe, versichernd, daß er vor dem 21. August Nichts davon gewußt habe. Heute wurde die Ausgabe der Studentenzeitung (nicht der jüngst besprochene Studentenkurier) wegen eines Artikels Hecker und Schütte konfiscirt. Man beschuldigt die Studenten in einem Plakate, daß sie Republikaner sind. Bisher haben sie sich immer als Anhänger der konstitutionellen Monarchie gezeigt, und dafür ihr Blut vergossen. Man reizt sie absichtlich, bis man einen Exceß herbeigeführt haben wird. Vorgestern ließ man einen von der akademischen Legion bezogenen Wachtposten unabgelöst. Nach fünfzig Stunden endlich lösten Akademiker statt der exerzirenden Nationalgarden ihn ab.

Die Cholera rückt mit Riesenschritten vor. Der Gesundheitszustand Wiens ist befriedigend. Ich kann die entmenschte Frechheit der Arbeiterweiber und Mädchen beim Krawall nicht übergehen. Man muß bei dem Gedanken erröthen, wie schamlos, wie überaus gemein dieses Gesindel ist. Der Gemeindeausschuß verlangt die Auflösung des Sicherheitsausschusses. In Kurzem wird sich Alles in den Haaren liegen.

Preußen. ☽ Berlin, 24. August. Unsere Abgeordnetenversammlung befindet sich in diesem Augenblicke in einer eigenthümlich kritischen Lage und wird sich ihrer ganzen Kraft erinnern müssen, um daraus mit Ehren hervorzugehen. Die Ereignisse des 21. und das Plakat des demokratischen Klubs, dessen Schlußsatz Ihnen mein letzter Bericht mittheilte, zeigten wieder einmal nach längerer Ruhe, bis zu welcher Frechheit die republikanische Partei ihren Hohn gegen den Willen des Volkes zu steigern sich nicht entblödet. Es wäre eine Versündigung gewesen gegen den Geist der Freiheit und Ordnung, hätte man länger ein so grenzenlos leichtsinniges Treiben dulden wollen. Es mußten Maßregeln getroffen werden, um die Wiederholung ähnlicher Gewaltthätigkeiten zu verhüten, und darum stellte das Ministerium einen Gesetzesentwurf zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in nahe Aussicht. Denn nur strenge Handhabung der Ordnung auf Grund eines Gesetzes konnte Rettung bringen, nachdem der beste Wille unserer Bürgerwehr, die Ordnung aufrecht zu erhalten, bei dem Mangel einer militärischen Organisation sich fruchtlos erwiesen hatte. Allerdings war vorauszusehen, daß mit einem solchen Gesetze über die

Digitized by Google

republikanische Partei der Stadt gebrochen wurde, und deßhalb sahen wir sie gestern alle ihre Kräfte entfalten, um für den Augenblick der Entscheidung gerüstet zu sein. Nicht umsonst ist Berlin zur Hauptstadt des republikanischen Deutschlands ernannt, nicht umsonst hat man zwei Monate lang in stiller Zurückgezogenheit die treuen Jünger in den kostbaren Lehren der „Demokratie" gestärkt und ermuthigt. Eine Aufforderung des „Centralvereins aller demokratischen Vereine Deutschlands", welchem sich der märkische Kreisverein und sämmtliche demokratische Klubs von Berlin angeschlossen, hatten für den Abend eine Versammlung an der gewöhnlichen Stelle im Thiergarten zusammenberufen. Wohl verstand es der Deutschkatholik Dowiat und seine Gesinnungsgenossen die Gemüther mit blutigen Bildern einer neuen Revolution, welche weiter gehen würde, als der 18. März, der nur den Krämern zur Herrschaft verholfen, zu erfüllen; wohl verstand er es, grimmige Drohungen zu schleudern gegen das Ministerium und gegen diejenigen Abgeordneten des Volkes, welche es wagen würden, seinem Gesetzesentwurfe ihre Zustimmung zu ertheilen. Nieder mit dem Ministerium! zu den Waffen — erscholl es mehr als einmal, und mit aufgehobenen Händen gelobte man, Gut und Blut „für die Freiheit" in die Schanze zu schlagen. Ein Hoch auf Heckee und die schamlosesten Verhöhnungen unserer Vertreter in der Paulskirche und zu Berlin bewiesen, welche Freiheit die fanatisirte Schaar zu schützen entschlossen war. Unter solchen Umgebungen sollte heute die Berathung über den Entwurf der Regierung beginnen. Wenn es dazu aus formellen Bedenken einiger Abtheilungen nicht kam, weil ihnen die Zeit zu kurz geschienen hatte, ein so wichtiges, schon so besessene Freiheiten wieder beschränkendes Gesetz gründlich zu berathen, und überdies der Gang der Geschäftsordnung einer so schnellen Berathung widersprach, so mag man darin einen glücklichen Umstand finden; denn auf beiden Seiten wird man Zeit haben, die ungemessene Freiheit, deren man bisher genoß, mit Bewußtsein zu beschränken oder zu wahren. Wohl ist es auch möglich, daß die Regierungsvorlage, wie der Abg. Kosch zur Rechtfertigung seiner in der Berathung des Entwurfes noch nicht zu Ende gekommenen Abtheilung anführte, nicht wenig von dem Eindrucke des Schreckens, unter welchem er entstanden, an sich trägt und deßhalb ganz natürlich etwas Terroristisches enthalte. Die Regierung schloß sich dem Verlangen einer Aussetzung der Berathung bis zu einer der nächsten Sitzungen bereitwillig an. Sie sei weit entfernt, bemerkt der Minister-Präsident, eine Uebereilung der Berathung zu billigen. Nur die Dringlichkeit, nicht der Eindruck des Schreckens, habe sie den Wunsch äußern lassen, daß zur Erhaltung der Ordnung und des Vertrauens so schleunig, als es die Umstände irgend gestatteten, ein Gesetz aus dem Schooße der Versammlung hervorgehen möchte. Zachariä wünscht ebenfalls möglichste Beschleunigung. In einem Augenblicke, wo man das Volk öffentlich auffordere, sich seiner „Thatkraft" zu erinnern, um alles Bestehende umzustürzen, wo das souveräne Volk, diesem Rufe getreu, vor die Minister tritt und ihnen statt der Volksvertretung Mißtrauensvota abgibt, ihre Wohnungen verwüstet und die Gesandten der befreundeten Mächte gefährdet — in einem solchen Augenblicke bedürfe es keiner weitern Motivirung der Dringlichkeit. Wachsmuth ist gleichfalls für eine baldige Berathung des Entwurfs. Während die Versammlung im Begriff stehe, eines der kostbarsten Güter eines freien Volkes, die Unverletzlichkeit der Person, zum Gesetze zu erheben, trete man dies Recht in einer Nachbarstadt mit Füßen — während sie ein andres kostbares Gut, die Unverletzlichkeit der Wohnung sichern wolle, werde demselben auf das entsetzlichste Hohn gesprochen. Er sei weit entfernt, die „große und gute" Hauptstadt anzuklagen; diese habe sich in ihrer Mehrheit durchaus ehrenhaft gezeigt und nur Wenige seien durch „schamlose Plakate" irregeleitet (das Zischen der äußersten Linken muß hier vor dem sich mächtig erhebenden Beifall verstummen). Ein Gesetz werde zur Nothwendigkeit. Zwar sei man nur zu geneigt nach der Freiheit zu zielen, während man nach dem Mißbrauch der Freiheit zielen wolle — und deßhalb möge man gründlich berathen — dennoch werde man nicht Gefahr laufen, unter dem Eindrucke der Ereignisse dieser Tage dem Gesetze eine falsche Färbung zu geben. Noth thue es vor Allem, jener andern Partei durch Anerkennung der Dringlichkeit des Gesetzes zu beweisen, daß die Versammlung ihr in keiner Weise Vorschub zu leisten entschlossen sei. Bei der Abstimmung über diese Dringlichkeit erhebt sich die ganze Versammlung außer der äußersten Linken. Auf der Tagesordnung stand heute die Fortsetzung der Berathung über die Habeas-Corpus Akte. Es wurde mit §. 3 fortgefahren. Seinen Wortlaut theilte ich in meinem vorigen Berichte mit. Die Handhabung der Polizei besonders zur Nachtzeit gegen Muthwillen und Böswilligkeit, welche im Flüstern schleicht, sodann auch zum Schutze gewisser Personen z. B. vor Trunknen, Wahnsinnigen und A., macht zeitweise Verhaftungen nöthig. Nach dem Vorgange der Frankfurter Versammlung hatte sich die Centralabtheilung entschieden, diese Fälle „polizeilicher Verwahrung" ausdrücklich zu benennen, theils um Mißverständnissen vorzubeugen, theils um auch für solche Verhältnisse feste Normen zu geben. Die englische Praxis stimmt damit überein. Waller wünscht, veranlaßt durch einen Antrag Mittermaiers, eines Kriminalisten, der das Recht hauptsächlich von der politischen Seite auffasse, den Zusatz: jeder Verhaftete muß binnen 24 Stunden nach seiner Vorführung vor den zuständigen Richter so vernommen werden, daß ihm die Anschuldigungsgründe mitgetheilt und die Möglichkeit zu Aufklärung eines Mißverständnisses gegeben werde. Jung ist für Streichung des ganzen Paragraphen, weil er der Polizei das Recht gebe, einen Jeden wegen Gefährdung der Sittlichkeit zu verhaften. Der Minister des Inn. hatte schon in der vorigen Sitzung im Namen der Regierung deren Zustimmung zu dem aus der Abtheilung hervorgegangenen Entwurfe erklärt. Er bemerkt zu §. 3: es sei in der französischen, belgischen und rheinischen Gesetzgebung der Unterschied zwischen gerichtlicher und administrativer Polizei sehr scharf hervorgehoben; jene verfolge begangene Verbrechen, diese suche ihnen vorzubeugen — ein Unterschied, der in der altländischen Gesetzgebung offenbar nicht vorgesehen. Paragraph 1 und 2 der Habeascorpusakte betreffe offenbar die Fälle, wo die gerichtliche Polizei in Anwendung komme, während sich §. 3 zu den Fällen der administrativen Polizei werde und sich insofern der englischen Gerichtsdarkeit anschließe, als ein Verhafteter nicht solange ohne Grund gefangen bleiben dürfe, daß daraus ein unersetzlicher Verlust der Freiheit entstehe. Daß die administrative Polizei das Recht haben müsse, zu ihren Zwecken Verhaftungen vorzunehmen, natürlich so schonend wie möglich, sei im Ganzen nicht bestritten worden. Leider sei es durch den Mißbrauch der Polizeigewalt dahin gekommen, daß ein solches Recht angefochten werde — doch dürfe der Mißbrauch nicht das noch schlimmere Uebel zur Folge haben, daß man das Gute vernachlässige. Es spreche für das Recht der Polizei das Beispiel der englischen Verfassung und das Frankfurter Parlament, wo Leue „der bekannte Vorkämpfer für persönliche Freiheit" eine zeitweise Verwahrung in gewissen Fällen für nothwendig erachtet habe. Bei der Abstimmung wird §. 3 des Entwurfes mit dem Zusatze von Walter, ebenso §. 4 fast ohne alle Diskussion und fast einstimmig angenommen. In der nächsten Sitzung wird mit der Berathung desjenigen Paragraphen, welcher von der Unverletzlichkeit der Wohnung handelt, begonnen werden. Im Allgemeinen beweist die Versammlung bei diesen Verhandlungen erfreulichen Ernst und Besonnenheit. Nur selten findet sie in dem rein praktischen Gegenstande eine Principienfrage, und dann ist es in der Regel nur die äußerste Linke, welche die dem gewöhnlichen Verstande meist sehr fern liegende Schwierigkeit erhebt und deßhalb, weil ihr die Freiheit der freiesten Völker noch nicht genügt, bei der Abstimmung allein steht.

Posen. Zuruf aus Posen an die deutschen Brüder. Damals, als die Verkündigung unserer durch die Bundesversammlung beschlossenen Aufnahme in den deutschen Bund Tausende von uns zu einer großartigen und ernsten Feier zusammenrief, fühlten wir uns ergriffen von der Gewichtigkeit einer Entscheidung, die uns aus den Wirren der Gegenwart auf einen neuen geschichtlichen Standpunkt hob und uns den freieren Blick in die Zukunft öffnete. Jetzt hat das deutsche Volk, es haben seine berufenen Vertreter jenem Akte die Weihe gegeben, sie haben uns erfüllt mit dem erhebenden Bewußtsein, daß es wahr und gerecht ist, was wir mit ganzer Seele gewollt und erstrebt haben. Die öffentliche Meinung hat einen Kampf durchgekämpft, wie er kaum mit einer solcher Fülle geistiger Waffen jemals geführt worden; in dem Gebiete geschichtlichen Forschens, auf dem Felde der sorgsam wägenden Politik ist gestritten worden, und es ist die Wärme eines neu belebten Nationalgefühls mit der Kälte der weltbürgerlichen Anschauung in die Schranken getreten. Um so werthvoller ist die Entscheidung, die nicht aus dem hastigen Wurfe einseitiger nationeller Bestrebungen entstanden, die vielmehr, wie es dem deutschen Sinne geziemt, nach allseitiger Auffassung und Würdigung dessen was den Völkern zum Wohle dient und was ihnen heilig ist, die lebendige Gegenwart gegen das todte Princip geschichtlicher Territorialrechte in Schutz genommen hat. An Euch, Ihr deutschen Männer, die Ihr mit der vollen Tüchtigkeit deutscher Gesinnung den Stand der Dinge und die Aufgabe Deutschlands erfaßt, die Ihr durch Rede und Schrift den großen Kampf der Volksmeinungen siegreich durchkämpft habt, an Euch sind diese Worte des Dankes gerichtet, den die Tausende der hiesigen deutschen Mitbürger in ihrem Herzen tragen, den unsere Nachkommen Euch treu bewahren werden, den die Geschichte aufzeichnen und Euch unverkürzt zuwägen wird. Mit freudigem Stolze nennen wir uns die Eurigen und finden in dem Bewußtsein der Vereinigung

Digitized by Google

mit unserem deutschen Vaterlande unsere geistige Kräftigung und Erhebung. Sn mögen wir, die wir unverschuldet den Haß unserer polnischen Nachbarn tragen, über die Zerwürfnisse der Gegenwart hinweg, mit Vertrauen in die Zukunft blicken und nach Eurem Vorbilde, in Gerechtigkeit und Würde dem Werke der Versöhnung und friedlichen Ausgleichung der Völker unser Streben ferner zuwenden. Posen am 11. August 1848. Das deutsche Centralkomité.

Sachsen. § Leipzig, 21. August. Heute ist, wie man hört, Blum nach Frankfurt zurückgereist. Seine Anwesenheit war eine Probe für die vielgerühmte politische Bildung Leipzigs, in der es nicht besonders bestanden ist. Vor seiner Ankunft waren Blum sowohl als seine Freunde sehr besorgt. Die Leipziger Blätter enthielten zahlreiche Angriffe gegen ihn, seine Partei war zusammengeschmolzen und zaghaft, selbst die von ihm in ganz Sachsen gestifteten und mit seinen politischen Phrasen gefütterten Vaterlandsvereine waren im Zerfallen. Aus diesen war mit seinem Anhange Prof. Wuttke ausgeschieden, ein Mann, dem man raffinirten Ehegeiz zum Vorwurf macht, der aber durch Geist, Kenntnisse und warme Vaterlandsliebe den Vereinen, an deren Spitze er als Obmann stand, eine Haltung zu geben wußte, die sie nun schwerlich mehr zeigen werden. Die Spaltung der Vaterlandsvereine ist um so bedeutender, als aus diesen die Wahl Blums und der meisten sächsischen Abg. hervorgegangen ist. Die Empfangsfeierlichkeiten, welche von einigen schiffbrüchigen Einwohnern Leipzigs geleitet wurden, waren noch so wenig ermuthigend, daß Blum an eine baldige Abreise gedacht haben soll. Indessen eine Anzahl seiner Freunde, deren ganze Politik in Blum's Person aufgeht, hatte ihm eine zahlreiche Versammlung berufen, die einen Bericht über seine Thätigkeit zu hören erwarte, und hier wußte er sich mit meisterlicher Schlauheit einen Erfolg zu bereiten, der alle Erwartungen übertraf. Seine Rede war so gemäßigt, mit so zarten spießbürgerlichen Rücksichten durchwebt, daß man ihn für einen Fanatiker der Rechten hätte halten können. Hier thaten die trivialsten Phrasen ihre Wirkung, z. B. daß auf der Linken das Herz des Volkes schlägt und Aehnliches. Er berichtete denn auch der Versammlung unter Anderem, daß nach dem Willen der Majorität des Verfassungsausschusses Oesterreich, Preußen und Baiern ihre Heere behalten sollten, während man die kleineren entwaffnen wolle; ferner, es sei in Frankfurt kein Geheimniß, daß man die Linke dahin treiben wolle, die Paulskirche zu verlassen. Die Versammlung war gerührt und glaubte Blum Unrecht gethan zu haben. Eben so kannte er Abends seine Leute, als man ihm die Arbeiter zuschickte, die man mit Bier und Fackeln versehen hatte. Ihnen sprach er von dem herzinsen und unersättlichen Kapital, und daß ihnen die Zukunft gehöre. Zum Schluß sprach er gestern in einer Volksversammlung unter einer rothen Fahne, umgeben vom republikanischen und vom demokratischen Verein, ohne sich jedoch mit dürren Worten zu den Grundsätzen dieser Vereine zu bekennen. Obwohl er nun überall Erfolg gehabt hat, da er jedem das sagte, was er zu hören wünschte, so ist es doch natürlich, daß das an verschiedenen Orten Gesprochene mit einander verglichen wird, und da möchte denn bei ruhiger Ueberlegung das Endurtheil nicht vortheilhaft ausfallen. Aber wichtig ist, daß der Minister Oberländer von Dresden hieher kam, um Blum einen Besuch abzustatten. Oberländer sowohl als Klinger, der Bürgermeister von Leipzig, sind Kreaturen Blum's und der Vaterlandsvereine, und der Minister hat sich wahrscheinlich bei Blum Rath geholt, ob er seine Stelle behalten solle. Klinger, der sich gegenwärtig in Dresden als Mitglied der ersten Kammer befindet, ist von keiner Bedeutung. Ein guter Ausschußbericht, den er vor einigen Jahren in der 2ten Kammer zu Gunsten des öffentl. Gerichtsverfahrens gegeben hatte, hatte ihm die Gunst des Volkes erworben; jetzt ist er ein willenloses Werkzeug in der Hand der Vaterlandsvereine. Anders ist es mit dem Minister Oberländer. Die Geradheit seiner Gesinnung und die ehrliche Verfolgung seiner Ueberzeugung hat ihm das Vertrauen des Volks in solchem Grade erworben, daß sein Rücktritt die Regierung unpopulär machen würde. Er soll, wie es der Wahrheit seines Wesens angemessen ist, einsehen, daß ihm zum Minister außer der Popularität und dem guten Willen fast Alles fehlt. Aber ohne Zweifel hat Blum ihn bestimmt, im Amte zu bleiben, und das möchte für jetzt zum Besten des Landes sein, vorausgesetzt, daß auch die übrigen Minister ihre Stellen zu behalten sich entschließen. Sollten diese aber, wie man mehrfältig die Befürchtung ausgesprochen hat, abtreten wollen, so würden wir vielleicht für einige Wochen ein unfähiges Ministerium, nach dem Sinne der Vaterlandsvereine, und dann ein Ministerium der vollständigen Reaktion haben, wovor uns Gott bewahre!

§ Frankfurt, 25. August. Fortsetzung der Diskussion über den Art. III. der Grundrechte in der Nationalversammlung am 24. Aug.

Zimmermann, Prof. aus Stuttgart, hatte sich mit Vischer für die Vertagung dieser Berathung ausgesprochen, weil er die politische Aufregung nicht durch eine religiöse vermehrt wünscht. Da es aber anders beschlossen wurde, so wolle er sich nun auch offen aussprechen. Die Schattenseite der Kirche in der geschichtlichen Entwicklung des Volkslebens scheint ihm weit überwiegend gegen die Lichtseite, was er durch Aufzählung ihrer Sünden zu beweisen sucht. Dennoch fordere er ihre Unabhängigkeit, schon aus dem obersten Princip, dem er stets gehuldigt, Freiheit für Alles, und sodann, weil das Volk sie wolle, und zwar vorzugsweise derjenige Theil des Volkes, dem die Religion eine Herzensangelegenheit sei. Er verkenne keineswegs die Gefahr, welche aus dieser Unabhängigkeit hervorgehe und wie bedeutend dieselbe auch jetzt noch sei, das beweise ein Mitglied der Versammlung selbst, Flottwell. Noch seien die Mittel der Partei sehr groß, und der Jesuitismus gar nicht gefahrlos, wie behauptet worden sei. Dennoch wolle er auch diesem Feinde volle Freiheit gestatten. Er wolle Freiheit für die Kirche auch darum, weil die Gesetze nicht allein für den Augenblick gegeben werden, sondern auch für die Kirche der Zukunft. Wenn man die Kirche abermals festbinde, so sei eine Neugestaltung unmöglich. Man dürfe dabei nicht vergessen, daß die Kirche auch oft das Bollwerk der Freiheit gewesen sei, und auch jetzt habe der Hauch des Geistes der Zeit den Stuhl Petri durchweht, der Hauch des Geistes der nationalen Freiheit. Die Kirche habe bereits angefangen, eine andere zu werden; das haben selbst mehrere Reden in der Nationalversammlung bewiesen, selbst die des Hrn. v. Radowitz. Selbst die Reden der Hrn. Döllinger und Sepp, welche jetzt so warm für allgemeine Religionsfreiheit sprechen, seien ein Zeugniß von der Macht des Zeitgeistes, und man dürfe daher nicht daran zweifeln, daß dieser auch die ganze Kirche ergreifen und durchdringen werde. Es sei möglich, daß die Kirche in ihrer jetzigen Form ganz untergehen müsse, aber nur um alsdann neu zu erstehen als die Gemeinschaft des ewig innerlichen Gottesreiches. Kein Volk sei groß geworden ohne die höhere Weihe der Religion; auch die Freiheit bedürfe dieser Weihe, denn ohne sie fehle die wahre Begeisterung und die Todesfreudigkeit für den Kampf, dem sie entgegengehe. Bewegung sei Leben, und in der Bewegung nothwendig der Kampf. Zum Kampfe bedürfe man den freien Gebrauch der Waffe, darum fordere er zu der Freiheit der Kirche als Bedingung auch die der Schule.

Förster, Prof. aus Breslau, Katholik, wiederlegt die Befürchtung, daß die kath. Partei durch die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate zu mächtig werde. Die Bedrückung mache sie vielmehr stärker und gefährlicher. Er vertheidigt die schlesische kath. Geistlichkeit gegen die Vorwürfe, welche man gegen sie erhoben hat. Man solle das Volk nicht in seinen Erwartungen täuschen; wie viel ihm daran liege, daß seine Kirche von dem Drucke der Staatsgewalt befreit werde, beweisen die vielen Petitionen, welche hierüber vorliegen.

Schwarz, Prof. der Theologie aus Halle, Protestant, zeigt besonders, daß die Unabhängigkeit auch im Interesse der protest. Kirche liege. Aber nicht eine völlige Lostrennung vom Staate, auch nicht eine Unabhängigkeit vom Staate, sondern in dem Staate. Die Religion sei das Gewissen der Menschheit; wenn der Staat mit seiner Gewalt hineingreife, so verletze er die zartesten Verhältnisse. Die Unabhängigkeit müsse sich über alle eigentlich religiösen Verhältnisse erstrecken, so namentlich müsse der Kirche die Anstellung der Geistlichen zukommen, das placet regi müsse aufhören, so wie die Zurückweisung der „mißliebigen Personen.“ Wo aber dieses Gebiet aufhöre, darüber können Grenzstreitigkeiten entstehen, und deßhalb müsse sich der Staat das jus cavendi vorbehalten, damit die Kirche nicht aus ihren religiösen Grenzen heraustrete. Dem Staat müsse insbesondere das Recht bleiben, Kongregationen, welche die Erziehung an sich zu ziehen suchen, zurückzuweisen, wenigstens so lange, bis auch die Kirche von dem Volksleben durchdrungen sei. Es müsse ihm das Recht bleiben, eine willenlose Masse zu schützen, welche glaube einen Willen zu haben, in der That aber ihn nicht habe.

Kuenzer, kath. Geistlicher aus Konstanz. Eine Religionsgefahr sei in der gegenwärtigen Bewegung nicht; wenn die Religion auch bis auf die letzte Spur vertilgt werden könnte, so werde sie nur wieder um so herrlicher erstehen. Das Princip der Glaubens- und Gewissensfreiheit aber müsse in seiner ganzen Konsequenz durchgeführt werden. Die Befürchtungen, welche man unter den Katholiken, namentlich von Seite der Richtung, welcher er angehöre, der josephinischen, von einer unabhängigen Stellung der Kirche hege, gehörten eigentlich nicht vor diese Versammlung; es sei eine res domestica der kath. Kirche, und sie, die Mitglieder dieser Kirche, hätten das unter sich auszumachen. Weil aber diese Befürchtungen auf die Abstimmung einen großen Einfluß auszuüben scheinen, so wolle er sich darüber aussprechen. Man fürchtet für die Freiheit gewisser Richtungen und ge-

Digitized by Google

wisser Personen in der Kirche, namentlich für die von ihm bezeichnete Richtung. Man müsse auch in dieser Beziehung nicht ungerecht gegen den Polizeistaat sein; er habe lange dieser Richtung Schutz und Freiheit gewährt, und gethan, was die Kirchenobern zu thun verweigert haben. Dennoch sei jetzt die Unabhängigkeit eine Nothwendigkeit, er erwarte selbst durch sie eine Rückkehr zu der freisinnigen Richtung, welche ohnehin in dem Polizeistaate den früheren Schutz nicht mehr finde. Dieser sei zuletzt nur ein Schutz für die Kirchenobern geworden; durch unabhängige Stellung der Kirche, werde auch die Freiheit nach Unten errungen werden. Bisher habe man aergerlich Synoden verlangt; nicht einmal eine Besprechung der Geistlichen zu diesem Zwecke sei gestattet worden. Er sei überzeugt, daß die nächste Folge der Unabhängigkeit der Kirche vom Staat die Abhaltung von Synoden sein werde, und zwar von Synoden mit Repräsentanten der ganzen kirchlichen Gesellschaft, nicht bloß des Klerus. Diese werden ihr gebührendes Recht ansprechen und erlangen. Die allgemeine Synode werde ihr Recht behaupten und sich über den kirchlichen Oberhirten stellen. Folgerichtig werde jede katholische Gemeinde dasselbe thun, einen Kirchengemeinderath wählen, und aus diesem werden Bezirkskirchenräthe sich bilden. Die Gemeinden werden das Recht ansprechen, ihre Pfarrer zu ernennen und auch wieder zu entlassen, ihr Kirchenvermögen zu verwalten und zu verwenden. Darum sehe er dem Tage mit Sehnsucht entgegen, an welchem dieses Gesetz promulgirt wird; er betrachte denselben als den Auferstehungstag der alten christlichen Kirche. Uebergriffe auf den Staat fürchte er so wenig, als diese in Nordamerika Statt finden. Die Kirche sei im Staate, und darum sei sie mit allen ihren Gliedern dem Gesetze unterworfen. Daran werde und müsse der Staat festhalten. Die Freiheit der Schule und insbesondere der höheren Lehranstalten betrachte er als eine Hauptbedingung. Wenn aber dies der Fall sei, so sei dadurch jede Gefahr des allzugroßen Einflusses finsterer theologischen Richtungen beseitigt. — Diese mit großem Beifall aufgenommene Rede schloß die allgemeine Diskussion über den Art. III. der Grundrechte.

ƒ Frankfurt, 27. August. Also der 6. Aug. soll nicht vernarben! Der Partikularismus soll aufs Neue gereizt werden! So ruft man unwillkürlich aus, wenn man Vogts und Eisenmanns Anträge vom letzten Freitage liest. Es ist wohl Niemand, der nicht mit dem Ersteren gewünscht, Peuckers Befehl wäre überall buchstäblich vollzogen worden, aber es gibt gewiß nur Wenige, welche glauben, es werde jetzt eine Erneuerung des Befehls zum Guten führen. Die Einheit wird, so lange das Provisorium nicht in ein Definitivum übergeht, stets eine schwankende, eine provisorische bleiben. Die Rechte der Centralgewalt, gegenüber den Einzelregierungen sind in dem Gesetze vom 28. Juni, worauf die Centralgewalt beruht, nur so unbestimmt ausgedrückt, als daß man in allen Fällen genau wüßte, ob man mit Recht Gehorsam verlangen kann. Erst in der fertigen Verfassung werden die Befugnisse genau benannt und streng geschieden sein, erst dann kann man sich in vorkommenden einzelnen Fällen mit Sicherheit auf den Wortlaut eines Gesetzes berufen, erst dann ist die wahre Einheit hergestellt, und wer diese aufrichtig will, der sollte vor Allem die Berathung der Verfassung nicht aufhalten mit Anträgen wie die der Hrn. Vogt und Eisenmann. Hr. Eisenmann kommt, indem er eilends stellt in diesem Augenblick Begehren, die fast glauben lassen, Hr. Eisenmann wisse gar nicht, was in der Welt vorgeht. Während in Wien ein Zustand herrscht, wie ihn noch nie eine deutsche Regierung zu bewältigen die Aufgabe hatte, während es jetzt erst darauf ankommt, auf dem chaotischen Reichstage das deutsche Element durch seine geistige Kraft über das numerisch stärkere slavische zu erheben, während die Geldnoth steigt, die Händel zwischen Ungarn und Kroaten immer blutiger werden und vor Allem die nagendere Aufgabe vorliegt, in Italien der Ehre, der Gerechtigkeit und dem Frieden zumal genug zu thun — in solchem Augenblick verlangt Hr. Eisenmann von seinem bequemen Sitze in der Paulskirche aus, die österreichische Regierung soll nun sofort die Armee trennen in eine deutsche und nicht deutsche. Die österr. Armee ist bis jetzt eine einheitliche gewesen; Ungarn dienten neben Italienern, Deutsche neben Kroaten, in der Beförderung war nicht Rücksicht genommen auf die Abstammung, ein ungarischer Kadet avancirte durch italienische und deutsche Regimenter bis er vielleicht bei einem böhmischen als General verblieb. Wollten die Nationalitäten sich trennen, drohte Oesterreich in emancipirte Provinzen zu verfallen, so war doch die Armee ein Ganzes, ein mächtiges Band des Zusammenhalts. Und nun wo sie in Italien mit einander fochten, wo Sieg und Ruhm sie noch inniger vereint, jetzt in dem unfertigsten aller Zustände, ist für Hr. Eisenmanns Verstand und Scharfblick gerade der günstige Zeitpunkt gekommen, in welchem man der österreichische Regierung zumuthen kann, die Bataillone zu zerreißen, das ganze Offizierscorps neu zu versetzen und von der türkischen Grenze bis Salzburg, von Schlesien bis zur Lombardei Hin- und Hermärsche zu veranlassen! So Wenige bedenken, daß das, was allerdings geschehen muß, am Sichersten dann geschieht, wenn man es im rechten Zeitpunkt verlangt. — Die Nachricht, der Wiener Reichstag habe eine Dankadresse an die italienische Armee verworfen, ist falsch; die angekommenen stenographischen Berichte erweisen das Gegentheil.

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 24. Aug. Die neue Bundesverfassung ist bis jetzt von mehreren der größten und einflußreichsten Kantone angenommen worden, namentlich von Bern, Zürich, Aargau, selbst von Luzern, wenn auch hier keineswegs mit der überwiegenden Majorität, wie von Zürich und Aargau. Doch ist das Votum von sehr großem Gewicht; es nimmt den sonderbündlerischen Tendenzen das Haupt, und es hat nun nicht mehr viel auf sich, wenn einer oder der andere von den kleinen Urkantonen gegen die neue Bundesverfassung sein Veto einlegt. Zug ist einstweilen mit dem Beispiele der Verwerfung vorangegangen; sowohl die Proklamation der Regierung als die vortrefflichen und schlagenden Reden, womit einzelne Mitglieder des Gr. Rathes die Annahme befürworteten, erwiesen sich als ohnmächtig gegenüber dem Einfluß der Geistlichkeit, die den Beichtstuhl und die Kanzel gebraucht, um gegen das neue „protestantische“ (!) Bundesprojekt aufzuwiegeln. Die Naivetät und Frechheit, womit dies in Schwyz und Zug betrieben wird, erinnert an die besten Zeiten des Sonderbunds; ein Beweis, daß es für die Herren einer noch viel gründlicheren und durchgreifenderen Lektion bedarf, als sie der Sturz des Siegwart'schen Regiments geben konnte. Es steht zu hoffen, daß die neue Verfassung hier sehr wesentliche Wirkungen üben wird. Das alte Mißverhältniß, das einen Kanton wie Zug oder Uri mit Bern oder Zürich auf eine Linie stellte, wird damit beseitigt und endlich zwischen Kantonalgeist und politischer Einheit eine richtigere Grenzlinie gezogen, als in dem Vertrage von 1815. Mit dem Beschränken der kleinen Sonderinteressen fällt auch die Abgeschlossenheit und Sonderstellung, in welcher sie sich zurückgezogen hatten, die kleinen Kantone werden sich mehr in die ganze Schweiz hineinleben, manche lokale, politische oder kirchliche Antipathie wird sich allmählich verwischen und die Einflüsse der Bildung und Lebensanschauung, wie sie in den großen Kantonen Wurzel gefaßt haben, werden auch von den kleinen nicht mehr abgewehrt werden können. Die Einheit in Münz, Maß, Gewicht, Postwesen, Centralanstalten der höheren Bildung und Erziehung sind mächtige Mittel der Umschmelzung und werden sicherer als alle Gewaltmaßregeln dazu dienen, den Einfluß des Kantonsgeistes oder die patriarchalische Despotie des Klerus zu überwinden. Das fühlen die Herren auch recht wohl; nicht das Verbot, die Jesuiten zurückzuführen, sondern der Geist der neuen Verfassung, der jede Rückkehr des Jesuitismus auf die Dauer unmöglich macht, ist ihnen der Dorn im Auge. Dafür beschwören sie die kleinlichsten Regungen des Partikularismus herauf und suchen die Zuger oder Urner Nationalität gegen die neuen Einheitsbestrebungen zu waffnen. Auf die Dauer freilich ohne Erfolg; denn der Widerstand gegen die neue Verfassung geht mit der Einsicht Hand in Hand, daß die paar verwerfenden Stimmen im Ganzen doch Nichts ändern werden und zu einem sonderbündlerischen Kampfe gegen einen eingehenden Mehrheitsbeschluß ist im Volke keine Neigung.

** Aus der Schweiz, 24. August. Die Schweiz ist erfüllt mit italienischen Flüchtlingen und wird es noch eine Zeit lang bleiben, wenn die französische Republik nicht ihre Thore brüderlicher als bisher öffnet, oder die Flüchtigen sich nicht entschließen, in die Heimath zurückzukehren. Allenthalben begegnet man den kräftigen, gedrungenen Gestalten; man möchte jeden Einzelnen fragen, wie es denn zuging, daß ihr Heroismus keine besseren Resultate erzielte. In diesen phantastischen Trachten, unter diesen Schlapphüten, die zum Theil mit schwarzen Bändern und Federn ziemlich aufgeputzt sind (wenn das Volk kann auch im Ernste die Komödie nicht lassen), hinter diesen unermeßlichen Bartwaldungen — da, sollte man glauben, müßte eine gute Dosis Heldenmuth sitzen, wenigstens mehr als dazu nöthig ist, um morte ai Todeschi zu schreien; aber der Schein trügt, es ist traurig, aber wahr: aus diesen Leuten kann man keine Helden machen. — Die Schweizer haben jetzt Gelegenheit, ihre Sympathien für die Lombardei thatsächlich zu bewähren; bei aller Theilnahme, die das Unglück verdient, können sie freilich selber nicht umhin, in bittern Bemerkungen über wälsche Prahlerei und Schwäche sich gelegentlich Luft zu machen, und wir möchten nicht darauf rechnen, daß ihre thatkräftige Sympathie sehr lange dauern wird. Natürlich; das was die Schweizer Unabhängigkeit der Lombardei nannten und wafür sie so vielen Enthusiasmus an

Digitized by Google

dem Tag legten, bot für sie vorzugsweise ein merkantilisches und finanzielles Interesse; ob der Haus oder Kunz in Mailand regierte, war ihnen einerlei, wenn nur die Geschäfte gut gingen. Jetzt ist die Enttäuschung bitter genug; statt gehoffter Vortheile werden noch Geldopfer verlangt — so weit war man nie gegangen, seine Sympathien auszudehnen. — Die Eindrücke der letzten Waffenthaten in der Lombardei sind bei den verschiedenen Parteien natürlich verschieden. Die Konservativen, die Reaktionäre und Ultramontanen freuen sich der österreichischen Siege; in Oberwallis hat man sie mit Freudenschüssen gefeiert, in den Sonderbundskantonen trägt sich Mancher mit der Hoffnung, der alte Radetzky werde bald kommen und nichts Besseres zu thun haben, als die Scharte der Sntis-Soglio und Konsorten auszuwetzen; selbst in den größeren protestantischen Kantonen haben die Konservativen ihre innerliche Freude kaum verbergen können. Wenn sich alle diese der Hoffnung hingeben, der Sieg bei Custozza sei darum erfochten worden, daß man in der Schweiz die Jesuiten- und Magnatenherrschaft wiederherstellen könne, so irren sie sich. Den Feldherrn Radetzky in Ehren, aber von seiner Politik wollen wir Nichts wissen. Die deutschen Waffen sollen siegreich sein, aller verrückten Philosophie zum Trotz, allen Renommisten, die da aus sichrerm Winkel morte ai Tedeschi schreien, zur Beschämung; aber die Politik, die man Deutschland zur Last schrieb, obwohl nur Metternich sie zu verantworten hat, soll am Po und in den Alpen so wenig wieder aufleben, als an der Donau, am Main und Rhein. Insofern beruht der Jubel und die Schadenfreude der reaktionären Elemente in der Schweiz, wenn sich Hoffnungen daran knüpfen sollten, auf einer Täuschung; die deutsche und mit ihr die verjüngte österreichische Politik werden nun und nimmer ein Interesse daran haben, die Schweiz in die frühere Krisis erbitterter Parteikämpfe oder unter den Druck einer reaktionären Politik gerathen zu lassen. Eben deßhalb ist die Stimmung wie sie sich auf anderer Seite kund gibt, eine nicht geringere Selbsttäuschung. Diese mit Affektation hervortretende Sympathie für Alles, was Deutschland feindselig ist, diese Vorliebe für Wälsche, Polaken, Czechen und Dänen, welche radikaler Seits hervortritt, diese Schmähungen und Mäkeleien an Allem, was Deutschland zu seiner innern Reorganisation vornimmt, diese Brutalität in Verhandlungen mit Deutschland (während es doch ein Leichtes wäre, mit ein paar unnachbarlichen Maßregeln den „Lümmel zahm zu machen“) — dies Alles zusammen ist ein Gebahren, das einem an der sonst wohlbewährten Geschicklichkeit der Schweizer, ihre eignen Angelegenheiten zu ordnen, in Bezug auf auswärtige Politik leer machen muß. Deutschland steht zum Glück so, daß es der Freundschaft der Schweiz füglich entbehren, ja theen Haß ohne Schaden für die eigne Gesundheit ertragen kann; ob aber die Schweiz in friedlichen wie in kriegerischen Tagen sich bei der Feindschaft Deutschlands so wohl befinden möge, ist eine andere Frage. Ob die Schweiz, wenn es einmal dem stark und einig gewordenen Deutschland einfällt, die Mückenstiche nicht mehr als solche zu behandeln, sondern mit grober Münze heim zu zahlen, ob dann die Schweiz es nicht bereuen wird, inmitten weiterstrebender Nationalitäten die von sich zurückgestoßen zu haben, deren Freundschaft die natürlichste und uneigennützigste wäre, diese Erwägung wäre jedenfalls den schweizerischen Staatsmännern sehr dringend ans Herz zu legen. Ob irgend ein verlaufener italienischer Abenteurer in einen Schweizer Blatt auf echt lombardische Weise an Deutschland sein Müthchen kühlt und sein Geschrei: morte ai Tedeschi bis zu einem Grade steigert, die selbst die welschen Patrone besorgt machte und zum Einhalten rathen ließ, das hat im Ganzen nicht viel auf sich; die langen Gesichter, die Scham und der Aerger, der uns ihnen herausstieht, sind uns eine zureichende Genugthuung für alle Schmähungen auf deutsche Politik und deutsche Waffen, für alle tollen Lügen und Beravaden, womit man den hundertmal zu Tod gehetzten Radetzky zum hunderttausendsten Male todtgeschlagen hat. — Aber Staatsmänner sollten gescheiter sein, als lombardische Sprachlehrer; sie sollten sich nicht so benehmen, als ständen sie solidarisch für die geistige Plattheit und politische Unwissenheit des Individuums ein, das ihnen eine Zeit lang gut genug sein mochte die Kastanien aus dem Feuer zu holen. In einem nächsten Briefe mehr über diese Deutschenfresserei der Schweizer; hätten diese Herren es doch beinahe über sich vermocht, in dem italienischen Krieg eine Aktie mitzunehmen und jetzt nach Liquidirung des Geschäfts die Kosten — und welche Kosten, die Schweiz mit tragen zu lassen!

Großbritannien.

London, 23. August. Hr. v. Andrian, Vizepräsident der Reichsversammlung und Gesandter des deutschen Reichs in außerordentlichem Auftrage, ist am 22. August in London angekommen und in Mivarts Hotel abgestiegen.

Das Morning Chronicle bringt von seinem gewöhnlichen Berliner Korrespondenten folgende Mittheilung: „Heute erzählte man mir, daß, in Folge der völligen Ebbe im Reichsschatz, an Preußen das Gesuch gestellt wurde, eine gewisse Geldsumme für die laufenden Ausgaben vorzustrecken; so muß das unglückliche Preußen nicht nur bei dem Ball, der gewisser Maßen zu seiner eigenen Todtenfeier gegeben wird, tanzen, sondern auch noch die Musikanten auszahlen.“

Der Globe, das Blatt der Regierung, berichtet, die irische Regierung habe genaue Untersuchungen über den in Irland vorhandenen Vorrath an Lebensmitteln anstellen lassen; der Erfolg sei in den kurzen Sprach zusammenzufassen: der Vorrath reicht höchstens hin, um die Bevölkerung bis zur ersten Woche des künftigen Januar zu erhalten. Jedermann fragt sich, wie lange dieser Zustand, der zuletzt nicht nur zu einem materiellen, sondern auch sittlichen Bankerott von ganz Irland nothwendig führen muß, noch dauern soll. England spendet an seine Stiefschwester Irland, an dieses Aschenbrödel des Reichs, seine Beschüsse nur ungern und läßt sich wucherische Zinsen herauszahlen; aber es geizt sogar mit guten Gesetzen und menschlichen Einrichtungen, die ihm doch Nichts kosten würden, als höchstens die Huld jener hartherzigen Gutsherren, zu deren Vorrechten es gehört, die Hütten über den Köpfen ihrer Bewohner niederreißen zu dürfen. Eben jetzt erst erzählt die Dublin-Evening-Post einen solchen Fall, indem in Clondoogan (Genfschaft Meath), in Gegenwart einer zahlreichen Polizeimannschaft, siebenzehn Häuser dem Erdboden gleich gemacht und deren Bewohner ins Elend hinausgestoßen wurden. Wie lange noch wird England diesen gesetzlichen Unfug als ein sein Volk und seine Regierung schändendes Brandmal bestehen lassen? Den Times zufolge streifen bereits Tausende von kräftigen Männern umher (namentlich in der Stadt Clonmel), welche Arbeit suchen für bloße Beköstigung und 1 Penny täglich; was wird man erst im Winter und nach Aufzehrung der Gemeindevorräthe erleben müssen?

Im Unterhause richtete am 23. August Sir J. Walsh abermals eine Interpellation an die Minister in Betreff des Flottengeschwaders des Admirals Parker, worüber die Minister bisher jede Aufklärung zu geben hartnäckig verweigerten; die Fragesteller trieben sie aber endlich so in die Enge, daß sich Lord J. Russell diesmal genöthigt sah, die Anwesenheit der Parker'schen Flotte im Golf von Neapel durch mehrerlei Veranlassungen zu erklären, wobei es dahingestellt bleiben mag, ob der Minister nicht das eigentliche Motiv für sich behalten hat. Es scheint da noch ein eigenes Geheimniß obzuwalten. Der Erklärung Lord J. Russell's zufolge sei die Parker'sche Flotte dahin gesandt worden, weil die neapolitanische Regierung britische Unterthanen zu einer Zwangsanleihe heranzuziehen beabsichtigt habe; außerdem habe man sich auf der neapolitanischen Flotte der englischen Flagge bedient, um sicilianische Fahrzeuge wegzunehmen; hierfür sei zwar Genugthuung gefordert und gegeben; über zum Dritten habe man noch keine Antwort vom Kommissar der jonischen Inseln, ob neapolitanische Schiffe sicilianische Fahrzeuge in der Nähe der jonischen Inseln weggekapert oder nicht. Uebrigens liege die Flotte nicht in feindseliger Absicht da, nicht zu dem Zwecke, sich in die Angelegenheit des Königs von Neapel mit seinen eigenen Unterthanen zu mischen. Auf eine Anfrage des Hrn. Wawn in Betreff der dänischen Blokade Hamburgs antwortete Palmerston: Hamburg sei eine der streitenden Parteien, mithin habe Dänemark vollkommen das Recht, diese Blokade als eine Kriegshandlung zu begehen; England dürfe sich aber um so weniger einmischen, da es mit Vermittlungsversuchen beschäftigt sei.

Frankreich.

* 28. August. Eine uns gestern Morgen aus Straßburg zugekommene telegraphische Depesche langte zu spät an, um sie noch unsern hiesigen Lesern in der Beilage mittheilen zu können. Sie enthielt die beruhigende Nachricht, daß der 25. Aug. ohne die befürchteten Ruhestörungen vorübergegangen ist. Die Gelegenheit des Anstoßes hat gefehlt. Eine Schlacht kann man auf einen bestimmten Tag festsetzen und beginnen — die Heere sind Maschinen in der Hand des Feldherrn — bei einem Aufstand muß jedoch, wenn auch die Häupter der Verschwörung nicht weniger entschlossen sind, als ständen sie an der Spitze einer geordneten Armee, für die Masse der Parteigänger ein Vorfall sich ereignen, welcher an die Stelle der Alltagsstimmung und der Reflexion die Leidenschaft treten läßt. Daß aber die Hoffnungen der Monarchisten nicht, ohne Anknüpfungspunkte, frei in der Luft schweben, geht, von andern Nachrichten abgesehen, schon daraus hervor, daß der „Siecle“ alles Ernstes vor einigen Tagen in einem leitenden Artikel die Frage, ob Republik oder Monarchie? erörterte, und gewiß nicht absichtslos die erstere mit zu augenfälligen Sophismen vertei-

digte; ja selbst die „Union“ gibt in ihrer Besprechung trotz der Bekämpfung der Monarchie dieses Aufsatzes der heutigen Staatsform Frankreichs solche Blößen, daß es fast aussieht, als wolle auch sie auf den Fall eines möglichen Umschlags sich ein Hinterpförtchen öffnen. — Des durch die auffallende Sonntagsnummer ungemein aufgehäuften Stoffes wegen beschränken wir uns heute darauf, nur die Neuigkeiten mitzutheilen, indem das morgende Blatt eine ausführlichere Darstellung der letzten sehr interessanten Verhandlungen der Nationalversammlung über die Untersuchungen im Zusammenhange nachliefern wird. Im Voraus geben wir nur den Schluß unseres Briefes:

Paris war während der Sitzung vollkommen ruhig, und es gereicht Cavaignac zur größten Ehre, daß er diese gefährliche Diskussion sich entwickeln lassen konnte, ohne daß ein Soldat sich auf der Gasse sehen ließ, ohne daß die gewöhnliche Cirkulation in irgend einer Art unterbrochen war.

Paris, 25. Aug. Die Regierung sieht sich endlich genöthigt, energischer gegen die unruhige und agitirende Fraktion der Legitim. Partei aufzutreten. Trotz der gestrigen Vers. der Journalisten und der von ihnen beschlossenen Protestation sind gestern Abend noch durch ein Dekret Cavaignacs die Gazette de France und dir an die Stelle des Lampion getretenen Bouche de fer suspendirt worden. Einige andere Maßregeln dieser Art werden für heute angekündigt. Die Gazette de France ist sogleich wieder unter dem Titel: Le Peuple français erschienen, aber sie gibt nur die Akten und Thatsachen und enthält sich alles Räsonnements.

Diesen Morgen um 10 Uhr ist in der rue Nabryle Boucher eine Fahnenfabrik der legitimistischen Partei entdeckt worden. Die Polizeikommissäre ließen einen ganzen Wagen voll weißer Fahnen mit Lilien auf die Polizeipräfektur bringen.

Der National warnt die Arbeiter, sich nicht von der legitimistischen Partei, die die gedrückte Lage der untern Klassen benützen wolle, zu einer Insurrektion anwerben zu lassen.

Man versichert, daß General Cavaignac, durch die Erfahrungen der letztern Tage belehrt, sich von dem Juste-milieu, das er versuchen wollte, wieder entfernt und zu der reinen republikanischen Linken zurückkehrt. Die royalistischen Bestrebungen in einem Theile der Nationalgarde sind kein Geheimniß mehr und Cavaignac scheint entschlossen energisch gegen sie aufzutreten.

Gestern Abend war Ministerrath bei Cavaignac, der Polizeipräfekt stattete einen umfassenden Bericht über die Lage von Paris ab, er erklärte, daß die einzige wahrscheinliche Bewegung jetzt eine legitimistische sei, und daß ein Theil der Nationalgarde geneigt scheine, die weiße Fahne aufzupflanzen und Henri V. zu proklamiren. Gen. Cavaignac nahm im Laufe der Diskussion das Wort und erklärte, daß er fest entschlossen sei, wenn die Nationalgarde so die Fahne der Empörung gegen die Republik aufstecke, mit Kartätschen auf sie feuern zu lassen, und daß er gegen Insurgenten, mögen sie nun weiß oder roth sein, stets so verfahren werde.

Drei wichtige Dekrete sind gestern der Nationalversammlung vorgelegt worden — durch das erste wird die Oktroi-Abgabe auf das Fleisch wieder eingeführt, da die Erfahrung gezeigt hat, daß den Konsumenten dadurch kein Nutzen erwachsen ist, und die Stadt Paris mehrere Millionen ihres Einkommens verlor — [der Berliner Verein der Grundbesitzer wird über diese Rückkehr zu den Forderungen der Paris in einer Republik sehr erfreut sein] — durch das zweite wird eine Einkommensteuer für 1849 ausgeschrieben, deren Ertrag auf 60 Millionen fixirt ist und die nur die höheren Einkommen trifft, durch das dritte wird den Kolonien für die durch die Emancipation der Neger erlittenen Verluste eine Entschädigung von 90 Millionen, in zehn Jahresraten zahlbar, bewilligt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[728] **Hofgutsverpachtung.**

Das ärarische Gut auf dem Hof Steinbach bei Ottigheim, bestehend:

a) in den erforderlichen Wohn- und Oekonomiegebäuden —

b) in 113 Morgen, 1 Viertel neu badischen Maßes Garten, Ackerland, Wiesen und Weidengen, soll auf einen weitern zwölfjährigen Bestand von Lichtmeß 1849 bis 1861 begeben werden.

Tagfahrt zu dieser Pachtverhandlung ist auf Mittwoch den 6. Sept. l. J. Morgens 9 Uhr in der ärarischen Pachtwohnung auf dem Hof Steinbach festgesetzt, und können die desfallsigen Pachtbedingnisse inzwischen auf der Domänenverwaltungskanzlei zu Gerlachsheim, sowie am Versteigerungstage selbst vernommen werden.

Gerlachsheim, 16. Aug. 1848.

Großh. Domänenverwaltung:
Dernfeld.

[729] **Erbvorladung.**

Nr. 2325. Der vor einigen Jahren als Schuhmachergeselle in die Fremde gegangene ledige Michael Lorenz Grießmann von Impfingen ist als Erbe zur Verlassenschaft seines in Nordamerika ledig verstorbenen Bruders Benedikt Grießmann von da berufen.

Da der damalige Aufenthalt dieses Erben unbekannt ist, so wird derselbe hiermit aufgefordert, binnen 3 Monaten um so gewisser bei unterzeichneter Stelle über den Antritt der erwähnten Erbschaft sich zu erklären, als andernfalls sein Erbtheil lediglich denjenigen zugewiesen werden, welchen solches zukäme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Gerlachsheim, 12. Aug. 1848.

Großh. Amtsrevisorat:
Mayer.

[730]³ Nr. 3736. Henriette Günther und Heinrich Günther von hier, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, werden hiermit aufgefordert, zur Erbtheilung ihres am 1. des c. M. verstorbenen Vaters Peter Günther gewes. hies. Bürgers und Instrumentenmachers, binnen 3 Monaten selbst zu erscheinen oder durch gehörig Bevollmächtigte sich dabei vertreten zu lassen, widrigenfalls die Erbschaft lediglich denjenigen zugetheilt wird, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Werthrim, 15. Aug. 1848.

Großh Badisches Amtsrevisorat
Jnuh.

[733]³ Herr Brepohl aus Bielefeld ist nicht mehr in meinen Diensten.

Bielefeld u. Koblenz, 1. Aug. 1848.

C. Heinr. Potthoff.

Ausschreibung der Stelle eines Lehrers an der Bezirksschule zu Liestal im schweizerischen Kantone Basellandschaft.

Die Stelle des Lehrers für deutsche Sprache, Geschichte und Geographie an der Bezirksschule zu Liestal wird hiermit zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben. Neben der gründlichen Kenntniß der bezeichneten Lehrfächer werden noch allgemeine wissenschaftliche Bildung, sowie Lehrtüchtigkeit verlangt. Es sichert diese Stelle eine jährliche Besoldung von 1000 à 1100 Schweizerfranken, wogegen der Lehrer wöchentlich während der Sommerzeit 30, und während der Winterzeit 25 Stunden Unterricht zu ertheilen hat. An den Sonn-, Feier- und Mittwochtagen wird keine Schule gehalten und auf die Heu- und Fruchternte, sowie auf die Weinlesezeit fallen 6 Wochen allgemeine Ferien.

Bewerber um diese Stelle haben sich, unter Einlage ihrer heimathlichen Leumunds- und Studienausweise, bis am Schlusse des künftigen Monats September bei dem Unterzeichneten anschreiben zu lassen, welch' Letzteres sie sodann von der Annahme oder Nichtannahme ihrer Bewerbung in Kenntniß setzen, die vorläufig tüchtig erfundenen Bewerber jedoch zur Prüfung einladen wird.

Liestal, 14. August 1848.

[731] Das Sekretariat des Erziehungsdepartements des Schweizerkantons Basellandschaft:
G. Nirderhausern.

[732] **Halberstädtische Stiftung.**

Für verwaiste Töchter und verwittwete Frauen.

Das unterzeichnete Vorsteheramt beeilt sich, den Aktionärinnen die erfreuliche Nachricht mitzutheilen, daß der Anstalt unterm 16. Juni d. J. von hiesiger Staatsregierung die Korporationsrechte ertheilt worden sind.

Zugleich wird das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem 1. Juli die zweite Aufnahmeperiode d. J. begonnen hat, zu welcher der Beitritt bis Ende Dezember gestattet ist. Der Preis einer Aktie, inkl. Eintrittsgeld, ist 65 Thlr., ohne irgend eine Nachzahlung, und es kann derselbe, besonders wenn für Kinder eingelegt wird, in ganz geringen Rückzahlungen nach und nach abgetragen werden. Eine jede solche Aktie erträgt nach Ablauf einer je nach dem Beitrittsalter kürzeren oder längeren Stundung (Wartezeit), eine nach § 17 der Statuten sich bestimmende Rente, bisher jährlich 10 Thle., nila $16\frac{2}{3}\%$, welche, wenn der Vater lebt und die Aktionärin noch ledig oder bereits verwittwet ist, baar ausgezahlt, sonst aber, so lange der Vater oder Gatte lebt, zur Bildung neuer, demnächst ebenfalls Renten tragender Aktien gut geschrieben wird.

Der regelmäßig in jedem Jahr veröffentlichte Rechnungsabschluß ergab Ende 1847 einen Vermögensbestand von 263,684 Thle. Die Gesammtzahl der Aktien betrug $537\frac{3}{4}$; davon sind im Jahr 1843: $175\frac{1}{2}$, 1844: $225\frac{1}{2}$, 1845: 313, 1846: $446\frac{1}{4}$ und 1847: 457 zugetreten.

Statuten und alle sonstigen Aufschlüsse sind von dem Vorsteheramte oder den Geschäftsführungen (in Gesellschaft von Fräulein Christiane Gerack) einzuziehen.

Kassel, 2. August 1848.

Das Vorsteheramt.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Für Preußen wende man Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Oliver & Boyd, 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika können wende man sich an C. F. Eggersdorf in Straßburg Nr. 36 Brandg., Paris Nr. 28 Rue d'Enfer du Luxembourg.

Deutsche Zeitung.

Die Postexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 2 fl. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 2 fl. 42 kr. Für Engagen und den Raum einer einspaltigen Petitzeile sind 3 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 237. Heidelberg, Dinstag 29. August. 1848.

Uebersicht.

Ungarn, Oesterreich und Deutschland II. — Wien (die Arbeiterunruhen). Berlin (Volksversammlung unter den Zelten. Die Waffenstillstandsunterhandlungen). München (die Militärrebellen und das Reichsministerium). Gießen (Vogts Suspension drohsichtig. Verschmelzung der Hochschulen von Marburg und Gießen in Aussicht). Kiel (die Waffenstillstandsunterhandlungen). Frankfurt (Gesandtschaft nach dem Haag. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Grundrechte.)

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen: Die Bankfrage; die Hilfsgelder für ausgewanderte Polen, für Irland, für den König von Abyssinien. Berathung des Reformbundes zu Birmingham über die Nothlage des Reichs. Meldung des Morning Chr. über Verwerfung der Waffenstillstandsbedingungen Seitens Dänemarks. Der Globe über die Friedensverhandlungen. Lord J. Russell nach Dublin. Baron Neumann. Die Chartisten in Ashton und Manchester.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung über den Untersuchungsbericht.

Ungarn. Pesth. Schlimme Nachrichten aus dem Süden.

29. August.

Mit treffendem Scharfblick hat Kossuth die vier Faktoren bezeichnet, die jetzt zu Wien um die Herrschaft kämpfen. Der erste ist der Theil, der die Freiheit und die strenge deutsche Einheit will (und auf der andern Seite, versteht sich, die ungarische Selbständigkeit); der zweite die Reaktion, der dritte das österreichische Ministerium, der vierte das Slaventhum. Die Bestrebungen der ersten Partei haben wir, zum Mindesten von ungarischer Seite, vor Kurzem gezeichnet; sie führen mittelbar oder unmittelbar zur Teenung des Kaiserstaates. Das Slaventhum rechnet auf den Zerfall der Monarchie, oder, wenn and so weit es mäßig und weise ist, auf Föderation unter der habsburgischen Dynastie. Die Reaktion strebt nach Zusammenhaltung und Herstellung des gesammten alten Staates wie er war, nach Innen uad Außen. Das Ministerium endlich, so weit seine Absichten sich vermuthen lassen, kommt mit der einen Seite überein in Aufrichtung der vollsten Freiheit, mit der andern in Erhaltung der Gesammtmonarchie, wenn auch mit Aufopferung der ganz unhaltbaren Positionen. Dieser Plan ist wohl der größte, den es, als Ministerium Oesterreiche, fassen könnte; auf Kraft, auf die rechten Grundsätze aad auf die Gunst der Geschicke, wie sie sich in Lage und Fügung der Umstände offenbart, wird es bei der Ausführung aakommen.

In den jüngsten Erklärungen der Minister konnte man wohl die Kraft vermissen. Die Grundsätze der ungarischen Staatsmänner sind nicht die unsern, aber hinter ihren Worten steht die entschlossene Thatkraft; die Grundsätze des österreichischen Ministeriums sind uns vertraut und werth als deutsches Gut, aber ihnen fehlt die „frische Farbe der Entschließung." „Minister Dobhoff", sagt die Oesterr. Allg. Z. anartig genug, „kispelt Demokratie, aber er macht sie nicht." Staatsmänner, sollte man deaken, die iheen Plan gemacht haben, würden, vielleicht minder liberal, minder human, aber kühner, fester, entscheidender auftreten.

Indeß gibt es dafür wohl eine tröstende Betrachtaag. Nichts wird in unsern Tagen mehr vermißt, als die Kraft des Einzelaen, aber sie wird ersetzt durch den mächtigen Trieb der Vielen; was an Bfut und Energie auch bei den Vielen mangelt, das ersetzt der Geist und die Macht der allenthalben verbreiteten, eingewurzelten Ideen. Diese haben aber keinen frischern, günstigern Boden gefunden, als das junge Oesterreich; ihrem Strome zu folgea, ist dort vielleicht die beste Politik; Ministee Dobhoff hat vielleicht in diesem Sinne ganz Recht, er hat seine Umgebung, seine Zuhörer richtig verstanden, als er sagte: „Nicht auf Ministerbänken, nicht in Konferenzen, vom Weltgeist wird die Politik gemacht."

Die Minister erklären, daß sie die angeborenen Rechte eines jeden Volkes ehren, daß sie keinen Vorzug, keine Supremaţie bevorworten. Ihr Ziel ist die Einigung der österreichischen Völker, aber nicht auf dem Wege der dnrch Gewalt erzwungenen Gleichheit (der Centralisation in ungarischem Style), sondern der Brüderlichkeit, die durch Geschichte, Nothwendigkeit and Gefühl (wir würden vielleicht sagen, durch Gewohnheit, gemeinsame Interessen und Ideen) geboten ist. Eine einseitige, selbstsüchtige, undankbare Politik halten sie für keine dauerndr. Dies ist, in gangbare Münze ausgeprägt, Gedankengold aus unsern größten Zeitea: deutsche Grundsätze, auf deutschem Boden gewachsen und tief in der deutschen Natur begründet. Sie haben im Osten eine neue Stätte gefunden, sie sind Luft und Lebenslicht geworden für junge, nach Freiheit aufstrebende Nationalitäten, im Augenblick, wo das müde Mutterland, vom Uebermaß erschöpft, sich eher zum Gegentheil zu neigen scheint. Aber es ist etwas Anderes, solche Grundsätze aussprechen mit Macht und ohne Macht, im Leben und außer dem Leben. Hier ist kein müßiger Denker, der sie müßigen Träumern zwecklos predigte, es gilt die Erhaltung eines mächtigen Reichs und einen eisenhaften Fortschritt der Gesittung. Alles kommt hier darauf an, welche Kraft die öffentliche Meinung dem gefaßten Gedanken geben kann.

Die öffentliche Stimme scheint sich den Ansichten der Minister anzuschließen; man trennt die Furcht vor Reaktion von dem Streben nach Erhaltung des Gesammtstaats, ja man glaubt zu sehen, daß nur durch die Grundsätze der vollsten Freiheit der Gesammtstaat erhalten werdea kann. Dies ist offenbar die Wirkung des versammelten Reichstages, der sichtbaren Vertretung des gesammten Kaiserstaate. Das Symbol der Trennung aber — vergessen wir das nicht — war einerseits die Selbständigkeit Ungarns, andererseits der engste Anschluß an Deutschland. Die allgemeine Stimme in Wien, selbst die radikale Presse nicht ausgeschlossen, scheint sich gegen die Ungarn zu kehren; man betrachtet sie nicht länger als die Vorkämpfer der Freiheit, sondern als Aristokraten, man sieht in iheen Schritten nur Egoismus, nur Streben nach Centralisation und Saprematie, man trennt sogar die Mehrzahl des Volkes von den Aristokraten, von Kossuth und dem Ministerium, man wendet sich an den demokratischen Instinkt auch bei den Magyaren. Man ist im allgemeinen, vollen Anlauf gegen die letzte Positioa, die der Föderation entgegensteht.

Es darf nicht überraschen, wenn das Aehnliche aus ähnlichen Gründen gegen Deutschland geschieht. Ein Zurückweichen von der engen Verbindung mit Deutschland, eine Hinneigung zum österreichischen Standpunkt, ist in der Stimmung selbst der radikalen Presse unverkennbar. Es wäre interessant, im Einzelaen die Geschichte des Anschlußgedankens zu verfolgen; ein leiser Zug von österreichischem Egoismus blickte immer daeh. Zuerst, als die erwachten Geister zum abgesperrten Mutterland sich wandten, zerfloß die Verbindung mit Deutschland in der allgemeinen mitteleuropäischen Föderation, und schon damals schreckte die strenge Bundesform, der besonnene Gang der Dinge in Deutschland zurück. Bei der Wahl des Erzherzogs Johaan, als Oesterreich im Innern, von ungarischer und italienischer Seite schwer bedroht war, da schienen wieder Oesterreich und Deutschland in einander zu fließen; selbst Lamartine, selbst englische Staatsmänner sahen dies so an. Die Siege in Italien, der Zusammentritt des Reichstags, die Rückkehr des Kaisers haben die Stimmung geändert; man fühlt sich aach Außen gestärkt, die Entfaltung der Freiheit nach Innen scheint eine glückliche, Deutschland überholende Wendung zu nehmen. Die eeste Anwendung dee ministeriellen Grund-

Digitized by Google

sätze, die Handlung des 6. August, traf bedeutsamer Weise zugleich das Verhältniß zu Deutschland und das Heer. Oesterreich hat gehandelt wie Preußen. Niemand dachte an ein gemeinsames preußisches Bewußtsein in den kaum zusammenverwachsenen Provinzen, und doch war es vorhanden: im Heer. Ebenso in Oesterreich. Das Heer hängt an der schwarzgelben Fahne, am Kaiser, am Gesammtstaat, das Heer hat in Italien gesiegt, durch das Heer hängen Jellachich und die Grenzer mit Kaiser und Monarchie zusammen und ziehen die rohe, zukunftvolle Masse der Südslaven mit. Der gemeinsame Geist des Heeres ruht selbst auf seinen ungarischen Gliedern. Und wenn das preußische Heer, aus Deutschen bestehend, sich nur vom preußischen Patriotismus zum deutschen weiterzubilden hat, so ist dies nicht so in Oesterreich; hier finden die verschiedenen, in der bestehenden Organisation des Heeres mit gutem Bedacht gemischten Nationalitäten nur in der österreichischen Fahne ihren Mittelpunkt. Wie hier der Befehl für den 6. August wirken mußte, das hat die Allg. Oesterr. Z. in dem bekannten Artikel allerdings schlagend dargelegt, und der Kriegsminister traf einen Ausweg, der zugleich die Anerkennung der gleichberechtigten Nationalitäten und den bedingten Anschluß, den Anschluß nur der deutschen Theile einschließt. Bundeszeichen soll das schwarzrothgoldene Band sein, nicht Zeichen einer Nationalsupremacie.

Die Lage des Ministeriums ist eine äußerst schwierige; noch ist der Weg nicht geebnet und die Zukunft Oesterreichs nicht hell. Was die Lage günstig macht für den Gesammtstaat, macht sie auch günstig für die Reaktion und — das Slaventhum. Ist die Armee der Monarchie treu ergeben, so hat sie auch die Elemente der Reaktion in sich; umgekehrt hängen die Slaven wohl großentheils an der Freiheit, aber werden sie nicht die Monarchie untergraben, nicht in einer Föderation die Kraft der Mehrheit mißbrauchen? Der Kampf mit der Reaktion wird sich entscheiden auf dem kriegsschwangern Boden der italienischen Frage; dort muß sich zeigen, ob das Ministerium seine humanen Grundsätze anzuwenden, und das siegreiche Heer zu besiegen, Willen und Macht hat. Der Kampf mit den Slaven wird vielleicht auf dem Reichstage ausbrechen; vielleicht, und gefährlicher, den neugeschaffenen Zustand langsam unterhöhlen. Im Hinblick auf diese Schwierigkeiten hört man die Stimme einsichtiger Patrioten, eine Föderativverfassung habe Oesterreich retten können, nun sei es zu spät, und in der Trennung einziges Heil. Wir vertrauen dennoch auf die Macht der neuen Ideen. Sie sind ein kostbares Geschenk für Alle, sie werden eindringen in die untern Schichten des Volkes und des Heeres, und die Opposition der oberen neutralisiren, sie werden, wenn nicht Vertrauen, wenn nicht Dankbarkeit, doch Einsicht erzeugen, daß nur im Frieden, nur in verständiger Entwickelung der Interessen heutzutage das Heil zu finden sei. Nur der Uebergang ist voll Gefahren. Sollte es zum Kampfe kommen, dann haben die Deutschen immer noch das Vaterland im Rücken und Ungarn als Vorhut. Für den Kampf ist die Trennung in zwei Heerlager, für die friedliche Entwickelung die Föderation.

Am wenigsten wird uns, wenn der große Versuch friedlicher Lösung gemacht wird, die lose Stellung Oesterreichs zu Deutschland verletzen und befremden. Ein so großer, ein so historisch mächtiger Körper hat seinen besondern Geist und ein eigenes Leben, das er so schnell nicht aufgibt. Wohl mag ihm Trennung in den Geschicken geschrieben sein, aber nicht ohne Kampf wird sie ihn treffen und nicht ohne den Versuch des Gegentheils. Die deutschen Oesterreicher bringen ein Opfer bei der Erhaltung des Gesammtstaats, ein Opfer an Sicherheit und materiellem Wohlstand, und doch schreinen sie willig, vielleicht mehr als willig, es zu bringen. Worauf können sie hoffen? Auf die Kraft des deutschen Geistes, der als Gemeingut von Deutschland ausgehen, und wiederum das gesammte Oesterreich, mit seinen jugendlich reichen Ostländern, zu Deutschland zurück, in den Kreis deutscher Politik hereinziehen wird. Wir haben es früher gesagt, bei Oesterreichs Anschluß an Deutschland handelt es sich nicht um die Sache, sondern um die rechte Form. Ist diese gefunden, so wird es an Banden nicht fehlen, die uns mit Oesterreich, Oesterreich mit uns verbinden.

Oesterreich. †† Wien, 24. August. Gestern gegen Mittag überfielen die Arbeiter zwei Sicherheitswachen (Polizisten) am Tabor und schlugen sie halb todt. Das Gerücht hiervon erreichte bald nach 12 Uhr die Kaserne der Sicherheitswachen, welche darauf ausrückten, während die Leopoldstadt, welche zum Tabor führt, schon alarmirt war. In der Zwischenzeit griffen die Arbeiter des Eisenbahndammes zwischen der Nord- und Südbahn eine Abtheilung der Nationalgarden, von Sicherheitswachen begleitet, an, warfen vom Damm herab auf die unten marschirenden Gurden die schweren Eisenstangen, womit die Löcher in der Erde ausgehöhlt werden, und verletzten Einige davon. Gegen zwei Uhr hatten die berittenen Sicherheitswachen und Kavallerie der Nationalgarden am Ende der Jägerzeile, dem Prater gegenüber, Posto gefaßt. Die Arbeiter hatten sich unter den Bäumen des Praters zusammengerottet; ihr Anführer erschien auf der Hauptstraße des Praters, auf dem Rücken eines gebückten Arbeiters reitend, welcher seine Hände auf die Schultern eines andern Arbeiters gelegt hatte und mit diesem das Streitroß des Arbeiterkönigs bildete. Kinder unterhalten sich damit im Spielen, sie nennen es Eselreiten. Der Arbeiterkönig hatte einen blanken Säbel in der Hand, und als er rekognoscirt hatte, winkte er mit dem Säbel seinen Mannen, welche auf dies Zeichen hervorbrachen und aus der Allee debouchirten. Ein Nationalgardereitmeister sprengte ihnen entgegen, fragend: „Wohin?“ In der Stadt, riefen die Arbeiter und drängten den Kavalleristen zurück, ihm mit Schaufeln und Krampen drohend. Da sprengten die Sicherheitswachen und Nationalgarde vor, scharf einhauend. Es war kein Aufruf zum Auseinandergehen, keine Mahnung, keine Erinnerung an die traurigen Folgen vorausgegangen. Der geschliffene Säbel ersetzte die gesetzliche Aufforderung. Die Nationalgarde behauptet, die Aufforderung gethan zu haben. Augenzeugen läugnen es. Die Arbeiter, durch den Kavallerie-Choc überrumpelt, flohen in den Prater, die blitzenden Säbel saßen ihnen im Nacken. An Vertheidigung wurde nicht gedacht, drum keine Sicherheitswache, kein Gardist war verwundet. Nach diesem Erfolge zogen sich die Angreifenden in die frühere Stellung zurück und ließen die Niedergehauenen auf fünfzehn Wagen wegführen. Ueber dreißig Kinder waren unter den Verwundeten; neun Weiber unter den Todten. Die Arbeiter erwarteten Verstärkung und blieben ruhig unter dem Baumschutze des Praters. Eine Rotte hatte sich in der Aue hinter der Donau als Reserve gesammelt. Ueberhaupt waren die Dispositionen der Arbeiter besser getroffen, als jene der Nationalgarden. Um 5 Uhr sprengte eine Abtheilung der berittenen Sicherheitswache durch die Jägerzeile herauf und bog in die Gasse neben der Kirche ein, um einen als Verstärkung anrückenden Arbeitertrupp abzuschneiden. Sie kam zu spät. Die Neuherbeigekommenen vereinigten sich mit denen im Gehölz, gegenüber dem Bahnhofe, und versuchten in die Stadt zu kommen. Die Nationalgarde hatte schon die Eingangsstraße besetzt und trieb die Arbeiter zurück, welche sich theils im Gehölze hielten, theils gegen den Bahnhof retirirten. Da fielen ein Paar Schüsse aus dem Gehölze, ob blind oder scharf, wer weiß es, sie trafen im letzten Falle nicht, was sehr zu verwundern und vermuthen läßt, daß es blinde Schüsse waren. Ohne das zu brachten und durch Verwundung gereizt zu sein, feuerte die Nationalgarde scharf in das Gehölz, und setzte später das Feuer gegen die meist mehr lose Arbeiter im Prater fort, wo mehrere durch die Nationalgarde-Kavallerie in den Donauarm gejagt wurden. Ob bei dieser Flucht welche ertrunken, ist noch nicht bekannt. Die Todesverachtung der Arbeiter war einer bessern Sache werth. Ich sah einen alten Mann getroffen niedersinken. Er erhob sich wieder, schleuderte einen Stein und sank zum zweitenmal, in die Brust und Schulter verwundet, todt nieder. Als Unterstützung der Nationalgarde war eine Division Kürassiere am Kampfplatze angelangt, verhielt sich aber als Reserve. Die Sache der Arbeiter war damit verloren. Verletzungen, besonders jenes schamlosen Weibsgesindels, kamen häufig vor. Das Eintreten der Nacht hatte um 8 Uhr fast Alles zerstreut. Das Militär und die Garden rückten ein, starke Patrouillen am Bahnhofe und in der Jägerzeil hinterlassend. Die Nationalgarde, besonders die Kavallerie, machte sich durch Renommiren, „tüchti eing'sezt z' haben“, verhaßt, so daß einzelne Abtheilungen mit Pfeifen empfangen wurden. Einzelne Reiter waren gefährdet.

Preußen. Berlin. Zu Malmö fanden bekanntlich Unterhandlungen statt zwischen dem General von Below, der Preußen wie Deutschland repräsentirt und dem Kammerherrn v. Bille, dänischem Gesandten in Stockholm. Letzterer als Bevollmächtigter Dänemarks, hat erklärt, er könne die neuen Bedingungen des Waffenstillstandes nicht ratificiren, doch hat er darin gewilligt, seinen Hof nochmals zu befragen. Der französische Gesandte Bruce hat dem Konseilpräsidenten Auerswald eine Protestation Frankreichs gegen die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Schleswig vorgelesen. Die Protestation erinnert — an die Traktate vom Jahre 1720, durch welche Frankreich und England dem Könige von Dänemark seine Besitzungen garantirt haben. Auch eine Protestation Englands ist in Berlin eingetroffen, aber sie ist noch nicht mitgetheilt worden. (Nat.-Z.)

Digitized by Google

*** Berlin, 24. August. Die gestrige Volksversammlung unter den Zelten, zusammenberufen durch den hiesigen demokratischen Klub und andere demokratische Vereine, hat den Sachen eine neue Wendung gegeben; sie ist wenigstens ein Symbol dafür, daß die Demokraten ihr Spiel hier, trotz des verspielten Trumpfes in der Charlottenburger Angelegenheit, noch nicht verloren geben. Sie handelten thöricht, wenn sie anders handelten. Nachdem die Regierung ihren Sieg so wenig benutzt, nachdem sie die tiefe Entrüstung in Berlin vorübergehen ließ, ohne die Diktatur zu ergreifen, ohne die Klubs aufzulösen, ohne die Verfasser der zum Aufstand auffordernden Plakate zu ergreifen und sofort vor Gericht zu stellen, sondern nur den langsamen, leisen, gesetzlichen Weg einschlug und mit einigen Gesetzvorschlägen gegen Uebergriffe, die sie der Nationalversammlung vorlegt, sich und den Bürgern zu helfen sucht, da handelte auch die geschlagene Partei unverzeihlich, wenn sie nicht noch ein Mal zum Widerstande blasen ließe. Was die Minister bewogen, so und nicht anders zu handeln, geht uns Nichts an, vielleicht eine deutsche großmüthige Bescheidenheit, weil sie persönlich im Spiele, selbst die Beleidigten, thätlich Verletzten waren. In Frankreich, England, würde man diese Rücksicht nicht kennen, wenn es das Wohl des Vaterlandes gilt. Das Publikum rechnet sie ihnen auch nicht zu Gut, es erwartete ein scharfes Eingreifen, es waren alle Bürger bereit, mit ihnen zu stehen. Der Ausgang wäre unzweifelhaft gewesen. Noch weniger dürfen die Minister auf Dankbarkeit von Seite der Demokraten rechnen, daß sie dieselben nur mit einem sammtenen Handschuh anfassen. Die Münze der Dankbarkeit hat keinen Kurswerth in solchen Kämpfen. Die Demokraten haben am Montag Abend und am Dienstag va banque gespielt, sie haben verloren, aber der bescheidene Bankhalter strich nicht die ganze Baarschaft ein. Sie wären Thoren, wenn sie den Rest nicht zurückzähmen, um damit noch ein Mal den Versuch zu machen, die Bank zu sprengen. Das geschah in dieser Volksversammlung. Man könnte ihre Kühnheit bewundern, wenn nicht jeder Zustand der Verzweiflung auch den Unbedeutenden zu einer gewissen Größe über sich selbst erhöbe. Sie zogen das Schwert und warfen die Scheide weg, sie gingen über die letzte Brücke und brachen sie hinter sich ab. Offen trennten sie ihre Sache von der des Bürgerstaates; ihre Reden flammten voll Zornes gegen das Bourgeoisie-Ministerium, gegen die Krämer und Fabrikanten, welche das Recht des Volkes, das sie vertreten, wendeten und drehten, bis es keines mehr sei. Diesem reinen Volk nun, ohne Priester, Könige, Adel, Beamte, Kaufleute, Fabrikanten, ohne Reiche und ohne Besitzende, erklärten sie, daß seine Revolution, auf die es stolz wäre, verkümmert, durch Arglist und Tücke zunichte gemacht worden, daß die Reaktion, im Stillen ihr Spiel treibend, die Polizei- und Militärherrschaft zu einer die du nicht gekannten Höhe wieder gebracht, und daß Nichts ihm helfen könne, als eine neue Revolution. Diese werde, diese müsse kommen und mit ihr die Freiheit des Volkes. Der Weg werde wieder über Leichenhaufen, vielleicht über viele Tausende von Leichen gehen, aber das Volk, das seine Freiheit wolle, dürfe sich das nicht irren lassen! Ein anderer Redner ließ die Versammelten sogar den Arm zum Eide erheben, daß sie, wenn der Zeitpunkt gekommen, unverbrüchlich zur Sache stehen und für sie sterben wollten! Das ist offen und ehrlich gesprochen. Außer den bekannten Agitatoren von hier, sprachen Breslauer, der deutschkatholische Prediger Dowiat, welcher schon vom Opernhause das Volk zum Sturm gegen die Minister angefeuert, und ich glaube, auch herübergekommene Demokratenführer aus Wien. Zur selben Zeit soll Held die Vorsitzenden Maschinenarbeiter in einer geschlossenen Versammlung angeredet und zu seinen Ansichten gestimmt haben. — So stünde denn eine neue Revolution vor der Thür! Von wem? Gegen wen? Ihr Korrespondent ist kein Demokrat im Sinne dieser Demokraten, dennoch hörte ich auch die Reden mit einer innern Bewegung, ja Erschütterung. Nicht daß ich nach nur einen Augenblick an die Möglichkeit des Sieges der rothen Republik oder auch nur der rothen Demokratie in Preußen, in Deutschland gedacht, sie würde, wenn sie so thöricht wäre, ihre Fahne zu erheben und zum offenen Kampfe auszurücken, sofort geschlagen und vernichtet sein, auch kümmerte mich in dem Augenblicke weniger der Gedanke an das Blut, das der Sieg kosten würde; aber der Ernst der Redner, ihre eigene Ueberzeugung, die aus ihren Reden zu sprechen schien, stimmte auch mich zu einem seltsamen Ernst: Diese könnten noch wirklich glauben, daß Unmögliches möglich werde! Der schöne Wahn von einer absoluten Demokratie hat nun die Rundreise durch die ganze Welt, durch Jahrhunderte und Jahrtausende gemacht, bei den verschiedensten Völkern angeklopft, bei vielen hat man die Probe angestellt, und nirgends hat er sich bewährt. Er fand überall nur Menschen mit dem ganzen Erbtheil ihrer Schwäche, und die Brüderlichkeit blieb ein schöner Name, die Gleichheit ein Phantom. Keine noch so friedliche Insel, kein noch so abgelegenes Kloster, wo gute Stifter sie als gutes Gesetz der Gesellschaft aufdrückten, und wo nicht, ehe ein Viertel Menschenalter verging, der Eine zum Diener herabsank, der Andere zum Herrn sich erhob, und wo nicht die Selbstsucht der Brüderlichkeit das Bein schlug. Was hat die einzige wirkliche Demokratie, nach der unsere Demokraten hinweisen, die Nordamerikas, mit ihren Bürgern und Sklaven, mit ihren Demokraten, die gewaltige Grundbesitzer sind, mit ihren Kasten von Farbigen, mit ihrer Plutokratie, was hat sie nur entfernt Verwandtes mit der Idee, für die wir Alles zerschlagen, zertrümmern, mit den Wurzeln ausreißen sollen, wobei wir uns noch erträglich wohlbefanden, und was nur der Besserungen bedurfte, damit wir uns besser befänden. Und welche Ironie des Schicksals, daß, nachdem dies Utopien die Rundreise durch die Welt und die Jahrhunderte gemacht, es bei uns Deutschen anklopfen muß, und wir müssen das abgelegte Kleid, welches die Franzosen selbst nicht mehr wollen, uns zum Sonntagsstaate zurecht legen! Nur Einer bildete es vollständig aus, und es zog siegend über die Welt, aber seine Wirklichkeit blieb eine geistige; und gerade gegen diesen Einen und seine Satzung, die achtzehn hundert Jahre gegolten, erhebt sich die frei gewordene Welt! — Aber diese Redner unter den Zelten glaubten — ich will es wenigstens glauben — was den Geschlechtern durch zwei tausend Jahre nicht gelang, würde ihnen gelingen! Und sie passen ihren Glauben den gaffenden, aufmerksam gespannten Zuhörern an; es braucht nur Leichenberge und Alle werden frei, gleich, glücklich werden. Sancta simplicitas! rief Huß vom Scheiterhaufen. In Scheiterhaufen kommen wir hoffentlich nicht wieder. — Ein Freund, der den Demokraten näher steht als ich, verließ mit mir die Zelte. Wenn mich die Sache ernst, hatte sie ihn traurig gestimmt. Er schwärmt noch für jene Grundsätze, die mit feuriger Beredsamkeit vom Gerüste gepredigt wurden, gern hätte er den Arm zum Schwure mit erhoben, aber er hat ein Decennium länger gelebt als jene jungen Redner, er weiß, es ist ein Utopien; er wird es so wenig sehen, als Einer von Allen dort unter den Bäumen. Aber er sieht schwarz in die nächste Zukunft: Sie haben das Schwert gezogen und die Scheide fortgeworfen, denkt er, also müssen sie fechten. Aber sie werden unterliegen, denn sie sind zu schwach, um zu siegen. Sie stehen hier, zu ganz Deutschland, Europa, in der unendlich kleinen Minorität. Ihr feuriger Glaubenseifer hilft ihnen Nichts gegen die Massen, die nicht daran glauben, und gehören wir nicht auch zu ihnen! Aber der Kampf wird hart, blutig werden, es wird zu Barrikaden, Kartätschen, zur Proklamation von Belagerungszuständen kommen; Häuser, Straßen werden zerschossen werden, Auswanderung, Ruin, Häuserbankrotte werden eintreten, die Reaktion wird herrschen, die Reaktion, welche mit der Militärherrschaft und dem Absolutismus endet. Das ist die Frucht dieses Freiheitsrausches. Ich theile nicht seine Befürchtungen. Warum nicht, davon sprach ich früher, und komme noch einmal darauf zurück.

Baiern. München, 24. August. Den sämmtlichen Militärstellen wurde mittelst Kriegsministerialreskripts eröffnet, daß sie den in dringenden Fällen etwa direkt durch das deutsche Reichskriegsministerium an sie ergehenden Befehlen ohne Weiteres Folge zu leisten haben. Als Uebertragungsorgan bezeichnet das Reskript den noch in Frankfurt anwesenden Bevollmächtigten Baierns bei der früheren Bundesmilitärkommission, Oberstlieutenant Xylander, einen Mann von erprobtem Wissen und bewährter Gesinnungstüchtigkeit. (D. kath. Z.)

Hessen. **Gießen, 25. Aug. Wie man bei Ihnen in Baden damit umgeht, Professor Hagen seines Amtes bei der Heidelberger Universität zu entsetzen, so bezweckt man bei uns, Vogt zu entfernen, ja, weil ganz Gießen mehr oder weniger die ultrademokratische Richtung desselben theile, die hiesige Hochschule mit der Marburger zu verschmelzen. Dem Vernehmen nach wird dieser Plan in Frankfurt ausgesponnen. Sie werden mich nun gewiß keiner persönlichen oder politischen Sympathien für Vogt zeihen, die Lebensgeschichte dieses jungen Mannes, die Hebel seiner Handlungen liegen zu offen vor mir, als daß ich mich hinsichtlich seines moralischen Werthes auch nur für Augenblicke einer Täuschung hingeben könnte; allein eine Suspension ist eine Strafe, die in unsern Tagen nie mehr verhängt werden darf, ohne daß zuvor das von ihr getroffene Vergehen gerichtlich konstatirt worden ist. Vogt ist Mitglied der deutschen Nationalversammlung und als solches für sein Verhalten in der Paulskirche nur seiner eignen Ehre Rechenschaft schuldig; wenn er sich dort für einen Republikaner und Atheisten ausgibt, so hat, falls er auf gesetzlich erlaubtem Wege nach der Verwirklichung und Anerkennung seiner Staats- und Religionsidee strebt, sich darum Niemand in einer andern Weise zu kümmern, die über die Bekämpfung mit gleichen Waffen hinausgeht. Wollen die Liberalen, welche die vielen Jahre gegen die Unterdrückungen

des Polizeistaates angekämpft haben, wo sie noch selbst davon getroffen werden konnten, jetzt, da ihre Führer an den Ministerlichen stehen, in den Wegen der Blittersdorf, Bodelschwingh, Arnim wandeln? Soll sich bei ihnen das Wort unseres Dichters:

„Jene machen Poetel, welch' frevelhaftes Beginnen!
Aber unsere Partei freilich versteht sich von selbst,"

so weit bewoheheiten, daß sie noch in den Flitterwochen ihrer Macht schon Handlungen begehen, von denen Sokrates sagen würde, sie vernichten ihr ganzes früheres Leben? Hat Vogt ein Verbrechen begangen, so stelle man ihn vor die Jury, und ist sein Verbrechen der Art, daß es ihm nicht ferner gestattet, die Stelle eines Lehrers zu bekleiden, so setze man ihn dann ab. Jedes anderr Verfahren gegen ihn oder selar Genossen wird zur Kabinetsjustiz und spritzt als solche Flecken auf die Partei der „Satzesianten", welche sie vor den unbefangenen Augen mit allen schönen Redensarten von Pietät und Volksbeglückung nicht bedecken können. Der bisherige Kampf gegen den Absolutismus hat leider im Volke die Begriffe von Recht und Ehre so verdreht und verwirrt, daß man schon aus Politik fürder keine Linie weit von der Schnur des Gesetzes abweichen sollte, da sich das Gebäude der neuen Zeit nur auf der Grundlage einer selbstsuchtslosen Treue und Ehrlichkeit aufbauen läßt. Ueber den Plan der Verschmelzung beider Universitäten schreibe ich Ihnen Nichts, da ich nicht weiß, in wie weit der Geldpunkt hier mitspricht; ist dieselbe aber auch eine jener Einschüchterungsmethoden, woraus die früheren Wohlgeschichten so reich sind, dann ist allerdings die Reaktion da, die Rückkehr des alten politischen Jesuitismus; dann aber, wenn ich die Richtung Ihres hochgeschätzten Blattes als die Vertretung der Wahrheit und Ehrlichkeit gegen Freund und Feind recht aufgefaßt habe, werden Sie gewiß Vielen, welche sich gegenwärtig über Ihre Konnivenz zu täuschen scheinen, scharf ins Gesicht sehen! —

Schleswig. Kiel, 22. Aug. Der Beobachter schreibt: Eine Nachricht, welche aus dem Reichsministerium stammt, bringt uns eine ganz unerwartete Kombination für die neue provisorische oder interimistische Regierung, welche an die Stelle der jetzigen treten soll, wenn der Waffenstillstand wirklich abgeschlossen wird. An der Spitze derselben würde kein anderer stehen, als der Erbprinz von Dänemark und Schleswig-Holstein, der Prinz Ferdinand, Bruder des verstorbenen Königs Christian VIII.; die übrigen Mitglieder würden sein: Graf Baudissin zu Borstel, Konferenzrath Rathgen (bis zum 22. März Kanzleideputirter), Etatsrath Francke (bis zum 22. März Deputirter in der Generalzollkammer, während der Ministerkrise in Kopenhagen einmal schon zum Minister für die Herzogthümer designirt, jetzt Präsident der schleswig-holst. Regierung auf Gottorf und Abgeordneter der Stadt Flensburg bei der deutschen Nationalversammlung) und als fünftes Mitglied entweder Oberappellationsgerichtsrath Preuser oder Advokat Bargum oder Syndicus Prehn in Altona, indem diese drei sämmtlich designirt, aber noch keiner von ihnen fest bestimmt ist. Besser würde uns allerdings diese Regierung gefallen, wenn der Prinz Ferdinand allein interimistischer Regent und die übrigen seine, der Landesversammlung verantwortlichen Minister sein sollten. Wie nun aber auch die Zusammensetzung ausfallen mag, die Stellung einer solchen, vom König von Dänemark alternanten Regierung wird immer sehr räthselhaft sein, wenn nun ein Waffenstillstand abgeschlossen wird und keine wirklichen Friedenspräliminarien. Denn aus einem Waffenstillstande kann doch wieder ein Krieg erfolgen, und soll dann diese Regierung ihn mitführen gegen den König, der selbst sie ernannt bestellt hat? Und kann und wird das der Erbprinz von Dänemark thun? Und wird unter dessen Regierung hinlänglich für den Kriegsfall gesorgt und gerüstet und nicht vielleicht heimlich oder öffentlich eine abermalige Schwächung und Entwaffnung der Herzogthümer vorbereitet werden? Auch von den Friedensbedingungen spricht schon eben dieselbe Quelle, und wird als Basis des Friedens eine Theilung Schleswigs angegeben, und zwar auch dem Princip, daß die Bewohner Schleswigs selbst darüber abstimmen sollen, was bei Schleswig-Holstein bleiben und was zu Dänemark kommen soll. Die nächsten Tage müssen uns nun Aufklärung über alle diese Dinge und Entscheidung bringen.

ϑ **Frankfurt**, 28. August. Zu Anfang der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden die Berichte mehrerer Ausschüsse vorgelegt. Sie sind zum Druck bestimmt und es wurden deßhalb nur die Anträge vorgelesen. Unter diesen Berichten befindet sich der des Abg. Nieser über die Unverletzlichkeit der Abgeordneten; sodann eine von Zachariä, über die Beschwerden der preußischen Besatzung von Luxemburg wegen Ausschließung von den Wahlen zur Nationalversammlung. Auf den Antrag des Präsidenten wird beschlossen, diese Beschwerde als Material für die Bearbeitung eines Wahlgesetzes für den künftigen Reichstag dem Verfassungsausschuß zuzuweisen. Nach einer gemachten Mittheilung betragen bis jetzt die freiwilligen Gaben zur Errichtung einer Marine 68,000 fl. in Geld und bedeutende Anerbietungen an Eisen, Holz und sonstigen Schiffsmaterialien. Diese Gaben kommen vorzugsweise von den weniger bemittelten Klassen und den deutschen Frauen.

Nunmehr kam der §. 13 der Grundrechte, welcher von der staatsbürgerlichen und bürgerlichen Gleichstellung aller Konfessionen handelt, zur Berathung. Auch hiezu liegt eine große Anzahl von Verbesserungsanträgen vor, von welchen aber nur wenige Unterstützung finden. Kanzer, kath. Pfarrer aus Würtemberg, verbreitet sich noch einmal über die Freiheit der Kirche, und fordert dieselbe, damit die Kirche geprüft und erprobt werde durch den eindringenden Geist der Demokratie bis aufs Mark. Martens aus Danzig beantragt ein Amendement, wornach die Bestimmung, daß das religiöse Glaubensbekenntniß den staatsbürgerlichen Pflichten keinen Eintrag thun dürfe, für diejenigen bestehenden Religionsgenossenschaften eine Beschränkung erleide, für welche diese bisher Statt gefunden habe. Dieser Antrag bezog sich auf die Mennoniten, welche die Leistung der Kriegspflicht mit ihrer religiösen Ueberzeugung nicht für vereinbarlich halten. Er will aber diese Ausnahme darum auf die bestehenden Religionsgesellschaften beschränkt wissen, damit nicht andere zu dem Zweck sich konstituiren, um sich dadurch von bürgerlichen Leistungen loszumachen. Den Mennoniten könne man dies ohne Gefahr zugestehen, da ihre Zahl gering sei, und immer geringer werde. Diesem Antrag widersetzt sich Beckerath, welcher selbst Mennonit ist. Als diese Exemtion von Kriegsdiensten gestattet worden sei, habe man überhaupt von einer allgemeinen Wehrpflicht Nichts gewußt. Nunmehr aber sei sie eine Anomalität, welche in dem neuen Staate unhaltbar sei. Die Verweigerung der Dienstpflicht sei keineswegs ein integrirender Theil des Glaubensbekenntnisses oder der religiösen Ordnung der Mennoniten. Wenn Einzelne in ihrem Gewissen sich dadurch verletzt fühlen, so könne darauf die allgemeine Gesetzgebung keine Rücksicht nehmen.

Ein Antrag ging dahin, daß alle auf religiöse Bekenntnissen beruhenden Ausnahmegesetze aufgehoben werden. Dem widersetzte sich Mar. Mohl und stellte den Verbesserungsantrag, daß die bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten durch besondere Gesetze zu regeln seien. Er anerkannt, was ihm freilich auch durch unhaltbares Zischen sehr fühlbar gemacht wird, daß sein Antrag in der Versammlung sehr unpopulär sei; allein er halte es dennoch für eine heilige Pflicht gegen das Vaterland, denselben zu begründen. Er geht davon aus, daß die Juden ein fremdes Volk seien, welches sein Vaterland verloren habe, unter den Deutschen aber immer seine besondere Nationalität erhalte. Durch seine besondere Lebensart und seinen Gewerbebetrieb gerriche es dem öffentlichen Wohle überall zum Nachtheil. Dabei ergeht er sich in einer übel aufgenommene Schilderung des jüdischen Wuchers. Ihm folgte Kirssee aus Hamburg mit einer sehr warmen und eindringlichen Vertheidigung seiner Religionsgenossenschaft, der Juden. Er ergreife das Wort im Namen einer seit Jahrtausenden unterdrückten Volksklasse gegen die auf dieselbe gehäuften Schmähungen. Man habe den nicht deutschredenden Volksstämmen in Deutschland gleiche Rechte mit den übrigen Deutschen gewährleistet, und den deutschredenden Juden wolle man sie versagen? den Juden, welche doch eine besondere Nationalität für sich gar nicht in Anspruch nehmen und nichts Anders, als Deutsche, sein wollen? Immer komme man mit dem Vorwurfe für seien ein besonderer Volksstamm, und doch verbiete man ihnen die Ehe mit den Christen, wodurch es ja allein möglich sei, aus dieser stammlichen Absonderung herauszutreten. Man dürfe ja nur dieses unnatürliche Gesetz aufheben, durch welches die Stammesabsonderung gesetzlich erzwungen werde, so sei auch die vorgewesene Nationalität aufgehoben. Ueberhaupt aber sei der Vorwurf der Nationalität nur Vorwand, denn wenn ein Jude sich taufen lasse, so trete er in alle bürgerlichen Rechte der Deutschen, was hinlänglich beweise, daß nicht die Nationalität, sondern die Religion den Unterschied mache. Was den Vorwurf des Wuchers u. s. w. betreffe, so solle man Gesetze dagegen geben, aber nicht gegen die Juden, als solche, wodurch diese herabgewürdigt werden, sondern allgemein geltende Gesetze für Alle. Diese Rede wurde mit großer Zustimmung aufgenommen, und der Antrag Mohls fand keine Stimme zur Unterstützung. Rheinwald aus Bern hielt eine lange Philippika gegen die Jesuiten, um einen Antrag zu begründen, wornach sie für immer aus Deutschland ausgeschlossen bleiben sollen. Der Antrag wie die Rede waren Nachklänge aus der Schweiz. Der Eindruck wurde durch gewaltige Uebertreibungen verwischt, und es war sehr zweckmäßig, daß der Antrag zu dem Artikel VI, welcher von dem Vereinsrechte handelt, verwiesen wurde. Nachdem der Berichterstatter, Beseler, die drei ersten Paragraphen des Art. III gegen die gestellten Amendements ver-

theidigt hatte, wurden jene zur Abstimmung gebracht und in folgender Fassung angenommen:

§. 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. (Ausschuß-Antrag). Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren oder sich irgend einer religiösen Genossenschaft anzuschließen. (Zusatz von Platzner).

§. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. (Ausch.-Antrag).

§. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. (Ausch.-Antrag). Alle auf ein religiöses Bekenntniß sich beziehenden Ausnahmsgesetze sind aufgehoben. (Amendement).

Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. (Ausch.-Antrag).

Auf morgen ist der §. 14 zur Berathung ausgesetzt. Er ist der wichtigste, weil er das Verhältniß der Kirche zum Staate festsetzt. Da jedoch die allgemeine Diskussion sich hauptsächlich auf diesen §. bezog, so ist zu hoffen, daß er morgen zur Abstimmung gebracht wird.

Frankfurt. Der Abgeordnete für den Siegkreis, Hr. Compes aus Köln, hat die Reichsgesandtschaft nach dem Haag abgelehnt. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Aug. Das Parlament hatte in den jüngsten Tagen viel mit der Bewilligung kleinerer Geldposten zu thun, die jedoch mit großer Hartnäckigkeit bekämpft and zum Theil nur unter der Bedingung zugestanden wurden, daß man künftig sich die größte Sparsamkeit dabei zur Pflicht mache. Den 22. Aug beantragte Hr. Herries, daß das Haus beschließe, die Berichte der Prüfungsausschüsse über die Finanznoth des Landes in nächster Parlamentssession so früh als möglich zur Sprache zu bringen, bei welcher Gelegenheit der Redner die Bankakte von 1844 lebhaft angriff, die von Robert Peel in einer an meisterhaften Wendungen reichen Rede in Schutz genommen wurde. Klemme, sagte der Redner schließlich, sei in Zeiten des panischen Schreckens und der Noth nicht nothwendig ein Uebel, diese Klemme, eine heilsame Klemme, eine frühe Klemme, möge von Einigen beklagt werden, sei aber das einzige Heilmittel gegen vermehrte Unfälle. Schließlich nahm Hr. Herries seinen Antrag zurück; doch bemerkt Galignani's Messenger, es habe sich hierbei herausgestellt, daß in Betreff des Zusammenhanges der Klemme und der Krisis mit den bestehenden Bankgesetzen eine entschieden abweichende Meinung zwischen einigen der leitenden Häupter der ehemals allmächtigen Partei Peels nicht zu verkennen sei. In derselben Sitzung wurde die Zuckerbill zum dritten Mal gelesen. Den 23. kamen die für nothleidende Polenflüchtlinge jährlich ausgesetzten 10,000 Pf. St. Unterstützungsgelder zur Sprache. Der Posten wurde heftig angegriffen, von Lord Dudley Stuart mit nicht eben übergroßem Geschick vertheidigt. Osborne erwähnte, daß viele dieser Polen ein eigenes Geschäft gegründet hätten, und obschon sie sich in verhältnißmäßig glücklichen Umständen befänden, doch noch Stipendien bezögen; das müsse aufhören. G. Thompson äußerte: Mehrere dieser Polen, die auf der Unterstützungsliste ständen, hätten in dem Vaterlandskampfe, für den ihnen so viel Ehre erzeugt werde, eigentlich nur für ihr eigenes Interesse und für eine der tyrannischsten und ausschließlichsten Tyranneien, die je ein Volk niedergedrückt, gefochten. Oberst Sibthorp meinte: Es gebe genug Arme daheim, welche der Unterstützung bedürftiger seien, als diese Fremdlinge; er wundre sich, wie sein Freund, der Schatzkanzler ein solches Geldausstreuen beförworten könne, doch das rühre einzig daher, „daß die Schatzbank auch die besten Männer verunreinigt (Lachen); ich habe zu keinem Mitgliede des Ministeriums das geringste Zutrauen und glaube auch nicht, daß ich es je haben werde." Der Posten wurde bewilligt, nachdem der Schatzkanzler versprochen, die Liste einer genauen Durchsicht zu unterwerfen und alle Polen, die der Hilfe nicht bedürftig seien, davon auszustreichen. In derselben Sitzung beklagte sich Osborne über einen Posten von 300 Pf. zu Geschenken für den König von Abyssinien, wer sei denn dieser König von Abyssinien? Lord Palmerston erklärte: diese Geschenke würden dem abyssinischen Herrscher zur Beförderung des britischen Handels nach jenem Lande dargebracht. Lord Bentinck: Aber wer ist der König von Abyssinien? Palmerston gestand unter dem Gelächter des Hauses, daß er das selbst nicht recht wisse. Ferner wurden in dieser Sitzung 132,000 Pf. Unterstützungsgelder für die Nothleidenden in Irland und 130,965 Pf. als Zurückerstattung für die Ausgaben bewilligt, welche durch irische, schottische und englische Einwanderer den britischen Kolonien in Nordamerika während des vergangenen Jahres verursacht worden. Lord J. Russell bemerkt: es lasse sich über den Umfang der Kartoffelkrankheit in Irland nichts Bestimmtes angeben, sollte jedoch wirklicher Mangel eintreten, so werde man das Parlament wieder zusammenberufen.

In Birmingham hielt den 24. Aug. der Reformbund eine Versammlung, um eine Adresse an die Königin zu berathen, worin sie gebeten wird, das Parlament nicht eher zu prorogiren, als bis es die zur Abhilfe der gegenwärtigen Landesnöthen erforderlichen Maßregeln beschlossen haben werde. Der Vorsitzende, Alderman Weston, äußerte im Wesentlichen: „die Lage des Reiches bietet gegenwärtig ein ganz außerordentliches Schauspiel; es ist Thatsache, daß fast jeder Geschäftszweig in diesem handelsmächtigen Lande darniederliegt und hinschwindet. Die Arbeiter in dieser Versammlung wissen, daß keine Arbeit zu erhalten sei, die Fabrikanten wissen, daß die Konkurrenz groß, die Preise zu niedrig, die Ausstände in stufenweiser Abnahme begriffen sind; die Kaufleute haben während der letzten 12 Monate die furchtbarsten Glückswechsel erlebt; die ältesten und angesehensten Häuser sind gestürzt; in großer Zahl sehen andere ihrem unvermeidlichen Ruin entgegen; und all dies Unglück und Leid ist Folge eines Irrthums in unserm Geldsystem. Trotz der Macht des Landes, trotz der Besitzungen, welche sich bis in die verschiedensten Enden des Erdkreises ausdehnen, trotz der Thatkraft, des Unternehmungsgeistes und der Geschicklichkeit, welche das britische Volk auszeichnen, trotz aller Elemente des Reichthums, über die wir gebieten, trotz unserer Kanäle, unserer Maschinen, unserer Eisenbahnen, trotz einer Regierung, die, an Extravaganzen reich, in den Tag hineinlebt, schmachtet ein großer Theil des Volkes dahin mit gebrochenem Herzen und gebrochenen Glücksgütern, gehen ganze Familien hungrig zu Bett! Ruin, wohin wir blicken! Im Verfall der Fabrikant, der Kaufmann, der Detailhändler, der Landbesitzer, der Handwerker!" Hr. Douglas beantragte zu beschließen: daß die fast gänzliche Unterdrückung des britischen Handels mit Europa, die Abnahme des Handels mit der neuen Welt, der bankerotte Zustand der Kolonien, der allgemeine Verfall des Kredits und Zutrauens, und die immer wachsende Zunahme der National- und Lokallasten unverzügliche Untersuchung und Abhilfe fordere." Nachdem dieser Antrag durchgegangen, wurde die beredte erwähnte Eingabe an die Königin einstimmig gutgeheißen. Es ist jedoch keine Aussicht vorhanden, daß die Regierung auf diese Eingabe Rücksicht nehmen werde; das Parlament hat, die außergewöhnliche Session im Winter dazu gerechnet, ungewöhnlich lang gesessen, und bereits sind Mitglieder in großer Zahl verreist, die Sitzungen daher nur dürftig besucht. Eher wird man, wie Lord Russell (s. oben) im Parlament erklärte, wenn außergewöhnliche Umstände eintreten sollten, das Parlament zu einer außergewöhnlichen Session zusammenrufen. Man meint die Prorogation werde den 1. Sept. oder doch in den ersten Tagen des Sept. stattfinden.

Das Morning Chronicle bringt nachstehende Mittheilungen: „Diejenigen, welche befürchteten, daß die schleswig holsteinische Angelegenheit nicht so bald zu einem friedlichen Abschluß gebracht werden dürfte, haben mit ihren Voraussetzungen Recht behalten. Mit den Friedenshoffnungen ist es für den Augenblick vorbei. Dänemark hat die Bedingungen, die ihm die frankfurter und preußischen Bevollmächtigten anboten, verworfen. Diese Bedingungen waren auch, wie es scheint, der Art, um Dänemark ihre Annahme unmöglich zu machen, and sind von England als unzulässig betrachtet. Eine Note Palmerston's wurde dem preußischen Kabinet am 20. August vom Lord Westmoreland vorgelegt, worin die britische Regierung ihr Bedauern ausspricht, daß die oben erwähnten Bedingungen mit der gegen Dänemark zu übenden Billigkeit nicht verträglich erschienen. Hr. Arago überreichte eine Note seiner Regierung ähnlichen Inhalts, dahin lautend, daß es der Entschluß beider Regierungen sei, jedem weiteren Angriff auf das Gebiet des Herrschers von Dänemark vorzubeugen". Der ministerielle Globe bemerkt: „Es wird in der City gar sehr bedauert, daß die von der deutschen Konföderation Dänemark angebotenen Bedingungen nicht annehmbaren Charakters sind. Solcher Ansicht ist die Regierung zu Kopenhazen, solcher Ansicht seine Helfer, wohl verstanden gegenwärtig England, Frankreich und Rußland — ein so mächtiges Bündniß, daß wir vernünftigerweise auf einige Nachgiebigkeit gegen seine Wünsche uns Hoffnung machen dürfen. Wenn jedoch Deutschland entschlossen ist, in dieser Hinsicht auf seinen ganz maßlosen Bedingungen zu beharren, so ist, der Erwartung unserer Kaufleute nach, keine Aussicht auf Frieden, während der Handel der Ostseeprovinzen fast gänzlich vernichtet werden wird". Wir geben diese bedeutsamen Stellen, die einen Blick hinter den Vorhang eröffnen, hinter welchem man Verrath

an Deutschland braut, für jetzt ohne weitere Bemerkung. Die vorausgesagte Tripelallianz gegen Deutschland ist nun fertig.

In Manchester sind Verhaftsbefehle und Prozesse wegen Aufwiegelerei gegen nicht weniger als 46 Chartisten eingeleitet. Entweder sind die Chartisten wirklich furchtbarer, als man sie auf dem Festlande hält, oder die Regierung ängstlicher, als ihr geziemt. Die Stadt Ashton zittert, weil man nächtlicher Weile etwas durch die Büsche im Mondscheine blinken sah wie Spieße, die Phantasie der Keämer malte sich sofort ganze Heere plünderungssüchtiger und tapferer Chartisten hinzu.

Die Times enthalten die Anzeige, daß Lord J. Russell in eigener Person in den nächsten Tagen nach Dublin abgehen wird, um die Lage Irlands mit eigenen Augen zu prüfen. — Baron Neumann, zuletzt österreichischer Botschafter in Toskana, vordem eine Zeitlang Vertreter der österreichischen Regierung in England, ist mit seiner Gemahlin, der ältesten Tochter des Herzogs von Beaufort, in London angekommen, wie es heißt in speciellem Auftrage seiner Regierung.

Frankreich.

Paris, 26. August. Seit dem Bestand der Republik hat gewiß keine Versammlung des französischen Nationalconvents die Aufmerksamkeit der Hauptstadt, des ganzen Landes, ja wie möchten sagen des ganzen gebildeteten Europas so sehr in Anspruch genommen, wie die letzte, welche um 12 Uhr Mittags gestern begonnen, mit einer zweistündigen Unterbrechung heute Morgen um 7 Uhr beendet wurde. Wider Erwarten war der Verlauf der Verhandlungen durchaus ruhig und frei von jenen stürmischen Auftritten, wie sie bis in die jüngsten Zeiten die heiligen Hallen des Repräsentantenhauses (leider nicht in Frankreich allein!) zu sehen gezwungen waren. Es läßt sich allerdings nicht läugnen, daß das Resultat des achtzehnstündigen Kampfes der jetzigen Regierung willkommen sein muß, jedoch würde man, unserer festen Ueberzeugung nach, sich sehr täuschen, wenn man, gestützt auf dasselbe, alle Erscheinungen der letzten Wochen für nichtig erachten wollte, aus denen wir immer noch eine baldige Rückkehr Frankreichs zur Monarchie oder des Uebergangs halber zur erblichen Präsidentschaft voraussagen.

Sitzung vom 25. Aug. Vorsitzender: Armand Marast. An der Tagesordnung ist die Diskussion über den Untersuchungsrapport. A. Marrast appellirt vor Allem an den Patriotismus der Versammlung und bittet sie die Verhandlung mit Ruhe und Mäßigkeit zu führen. Admiral Cafy nimmt zuerst das Wort, er wolle keine Aufregung hervorrufen, aber er müsse eine ihn betreffende Aussage rektificiren. Der Repräsentant Lacrosse habe ausgesagt, am 15. Mai bei dem Ueberfalle der Truppen sei Cafy als Marineminister, in Civil gekleidet, ruhig auf seiner Bank geblieben, sowie der Kriegsminister, immer sagend: sie hätten keine Befehle. Cafy erklärt nun, er sei am 15. Mai nur auf seinem Platze als Repräsentant gesessen und habe mit Lacrosse in der Sitzung kein Wort gesprochen. Erst nach der Sitzung habe Lacrosse ihn außer dem Saale angeredet und da habe er geantwortet, daß er noch keine neueren Befehle habe. Lacrosse entgegnet, daß es ihn schmerzlich berühre, wenn Zeugenaussagen in Zweifel gezogen würden, er erkläre, daß er seinem Gewissen gemäß ausgesagt, wolle nicht auf den Details genau bestehen, aber der Fond, der der Sache sei in seiner Aussage getreu wiedergegeben. Zwei Mal habe er am 15. Mai mit Charras und Cafy gesprochen und sie zu energischem Handeln aufgefordert, aber ohne Erfolg. — Charras. Am 14. Mai ward das Kommando der Truppen und der Nationalgarde dem General Courtais übertragen, er habe als Soldat also Nichts thun können, als gehorchen. Er sei übrigens am 15. nicht neben Cafy, sondern zwischen Ledru Rollin und Duclerc gesessen, er habe mit Lacrosse nicht gesprochen und später habe er sich ins Luxembourg begeben, um die Befehle der Exekutivkommission zu holen. Cuyras beschwert sich von dem Rapporte als Repräsentant und als Kommissär angegriffen worden zu sein. Er sei mit Ledru Rollin und Lamartine nach dem Stadthause marschirt, um es zu nehmen, und der Rapport lasse ihn mit Barbès und Blanqui als Anarchisten, Terroristen und Kommunisten dahin eilen. Er aber sei mit 15 Kollegen, worunter Fallpur, Mornay u. A. am hellen Tage an der Spitze der Nationalgarden und der Armee hingezogen. Aber damit noch nicht zufrieden sei die Kommission bis auf das Wirken der Kommissäre in den Departements zurückgegangen und habe aus dem 24. Februar, dem 15. Mai und den Junitagen ein einziges großes Komplott fabricirt. Er protestire gegen den Rapport, insofern er ihn angehe. — Portalis folgt, er sagt, Arago habe ausgesagt, er wisse von Garnier-Pagès, Duclerc und L. Blanc, daß Portalis am 3. Mai Abends einer Versammlung beiwohnte, wo berathen wurde, ob man nicht die Nationalversammlung auseinander sprengen solle. Er glaube nicht, daß eine solche Versammlung überhaupt stattgefunden habe, aber er betheuere, daß er keiner beigewohnt und seit dem 15. April schon, weder Ledru Rollin, noch Jules Favre (bei dem die Versammlung gewesen sein soll), gesehen habe, nimmer habe er mit Louis Blanc oder mit andern Personen, die im Zusammenhang mit dem 15. Mai stünden, irgend eine Berührung gehabt. Oft sei er Abends bei Ledru Rollin gewesen, nie habe man dort gegen die Nationalversammlung gesprochen. Er geht nun auf mehrere Details von Aragos Deposition ein und widerlegt sie, gegen jede Verdächtigung seiner Handlungen und Absichten protestirend. Landrin, ebenfalls und in gleicher Art von Fr. Arago beschwert, erklärt auf das Bestimmteste, daß F. Aragos Aussagen unbegründet seien und er ihnen das energischeste Dementi gebe. Beide, er wie Portalis erklären, daß sie stets Ledru Rollin gegen ungerechte Anklagen vertheidigt haben, die von einer Fraktion der prov. Regierung ausgingen, und daher möge Arago's Aussage kommen.

Solche Verdächtigungen, von Seite eines so sehr ausgezeichneten Mannes, wie Arago, seien doppelt schmerzend. Fr. Arago gibt Erklärungen, daß er allerdings als Kriegsminister Befehl gegeben habe, Gewehre und Munition an Sobrier zu geben. Er habe dies aber gethan, weil er den Befehl erhalten habe (vom Minister des Innern) 1000 Gewehre der Polizeipräfektur ausliefern zu lassen. Von diesen habe Sobrier 400 erhalten, da Cauffidière ihm habe sagen lassen, Sobrier habe eine Secourfale der Präfektur in der rue Rivoli und müsse daher die Gewehre erhalten. Was seine Aussagen über die Zusammenkünfte im Ministerium des Innern betreffe, so glaubt er, daß sie stattgefunden haben. Ledru-Rollin habe selbst in einer Sitzung der Exekutivkommission gesagt: Ich begreife Portalis und Landrin nicht, sie wollen durchaus die Nationalversammlung auflösen und die provisorische Regierung absetzen. — Am andern Morgen habe er (Arago) nochmals Ledru-Rollin gefragt, ob dies wahr sei, und Ledru-Rollin habe es auf das Bestimmteste bejaht und den 3. Mai als Datum genannt. So habe er ausgesagt, nachdem Ledru-Rollin ihn ermächtigt habe, ihn zu nennen. Ledru-Rollin gesteht, daß er zu Arago von Zusammenkünften gesprochen habe, diese hätten im Ministerium des Innern stattgefunden, oft bis 3 Uhr Nachts gedauert, und jeder Bekannte habe Zutritt gehabt. Als Portalis und Landrin auf die Verfolgung Louis Blancs drangen, habe er (Ledru-Rollin) zu Arago gesagt: „Wenn man selbst so exaltirte Ansichten über die Nationalversammlung gehabt hat, sollte man doch nachsichtiger gegen Andere sein.“ Der Zusammenkunft am 3. Mai habe er nicht beigewohnt, er wisse, daß daselbst die Frage verhandelt worden sei, ob man nach dem Zusammentritte der Nationalversammlung die provisorische Regierung beibehalten oder absetzen solle. Er habe im Regierungskonseil darüber vertraulich gesprochen, aber nie erwartet, daß eine solche Berathung zum Gegenstande einer Aussage gemacht werden könne. Fr. Arago entschuldigt sich darüber und sagt: er habe Ledru-Rollin seine Aussage mitgetheilt, und dieser habe sie gebilligt. — Edgar Quinet: der Vertreter Turk habe ausgesagt, er (Quinet) habe am 15. Mai nicht in der 11. Legion den Generalmarsch schlagen lassen wollen; er protestire mit Energie und Entrüstung gegen eine solche Verläumdung. Er war im Gegentheil der Erste, der am 15. Mai den Generalmarsch schlagen ließ, seine Legion sammelte und sie gegen die Insurgenten führte. Quinet geht nun in eine lange Auseinandersetzung seiner militärischen Operationen als Oberst der 11. Legion in den Junitagen ein und sucht nachzuweisen, daß er stets für die Freiheit und die Ordnung gefochten habe und dann mit Verläumdungen belohnt worden sei. Turk besteht auf der Wahrheit seiner Aussage, er habe Quinet mehrere Male aufgefordert, Generalmarsch schlagen zu lassen, was dieser erst nach zwei Stunden gethan habe, als ihm der Quästor Degousée den Befehl wiederholt habe. Baune beschwert sich ebenfalls über Turk, der ihm blutdürstige Aeußerungen in den Mund gelegt habe. Er werde sich vor den Gerichten Genugthuung verschaffen, jetzt halte er es für seine Pflicht, gegen diese verläumderische Denunciation zu protestiren. Nie habe er mit diesem „Monsieur Turk“ gesprochen, er rufe alle seine Kollegen zu Zeugen auf. Baune verliest nun Turks Aussage, worin dieser Baune sagen läßt: „Das kann nicht gut endigen, wenn nicht wenigstens 500 Vertreter umgebracht werden.“ Turk besteht darauf, daß am 23. oder 24. ein ihm unbekannter Vertreter die Worte gesagt habe, die er ausgesagt habe, daß er geglaubt habe, dieser Vertreter sei Baune, und daß er noch jetzt den Glauben habe.

Nach einigen weniger wichtigen Vertheidigungen von Repellin, Larabit und A. Martin gegen die Anklagen des Kommissionsberichtes folgt Th. Bac. Er bespricht die in Bezug auf den Kind der socialistischen Republikaner publicirten Aktenstücke. Diese Aktenstücke stün-

den in keiner Beziehung mit dem 15. Mai oder mit den Junitagen, die Kommission habe sie nur veröffentlicht, um eine Fraktion der Nationalversammlung in der öffentlichen Meinung zu verdächtigen. Auch nicht Claes der 74 Deputirten, die diesen Klub bildeten, habe die Kommission über die Dokumente befragt; und doch hätte Jeder von ihnen Aufschluß über die mysteriösen Buchstaben und Abkürzungen geben können, denen man so große Wichtigkeit beigelegt hat. Th. Bac gibt nun Aufklärung über diese Abkürzungen, die sich ganz natürlich und unschuldig erklären. Er beschwert sich bitter, daß die Kommission, indem sie diese Papiere eines parlamentarischen Klubs veröffentlicht habe, damit die Unverletzlichkeit der Vertreter angetastet und zugleich ihre Dokumente entstellt, ihre Absichten verdächtigt habe. Bauchart, der Berichterstatter der Kommission, antwortet: diese Dokumente seien in der Wohnung eines Insurgenten gefunden worden.

Die bei einem Insurgenten gefundenen Papiere seien der Kommission von dem Oberkommandanten der Nationalgarde überschickt worden — die Kommission habe sie unter die klassificirt, die nicht veröffentlicht werden sollten, die Nation.-Vers. habe beschlossen, daß Alles gedruckt werde — Die Kommission habe gehorcht. Raynal widerlegt Bacharts Angabe, nicht bei einem Insurgenten, sondern in dem Sitzungssaale des Klubs seien die Papiere weggenommen worden. Man habe sich die größten Gewaltthätigkeiten gegen die am Weitesten vorgeschrittene Fraktion der Versammlung erlaubt, wir haben schließt er an Eure Aufrichtigkeit geglaubt — wir sind enttäuscht, wir wissen was wir von Euch zu erwarten haben. (Tumult.) Raynal kömmt ferner auf die Verletzung seiner Wohnung durch den Polizeikommissär Samson und erklärt, daß er diesen Denunzianten vor den Tribunalen verfolgen werde. Bouchart sucht zu erklären, wie Samson von der Untersuchungskommission seine Mission ertheilt und wie sein Benehmen gegen Raynal mißbilligt worden sei. Jules Favre nimmt schließlich das Wort: sein Name komme auch in Arago's Aussage vor, er solle im Ministerium des Innern gegen die Nationalversammlung konspirirt haben, — im Ministerium des Innern sei Abends nie jemand Andres als Partalis-Landein und Etienne Arago gewesen und nie sei von solchen Dingen, wie Herr Arago erzählt habe, gesprochen worden. Am 3. Mai übrigens habe er längst seine Entlassung im Ministerium des Innern gegeben gehabt und habe diesen Tag fern von Paris auf dem Land zugebracht.

Nach einer Pause von 20 Minuten nimmt Ledru-Rollin das Wort: er erklärt, er reklamirt im Voraus gegen jedes heftige Worte, das ihm im Feuer der Improvisation entschlüpfen könne. Die Stellung, die man uns gemacht hat, führt er fort, hat ihres Gleichen in der Geschichte nicht. Die bekannte Untersuchung des Chatelet wegen der Ereignisse des 5. u. 6. Oktober 1789 mit großer Rücksicht geführt, hatte kein Resultat, — die Nationalvers. richtig inspirirt, erklärte, daß die Principien Alles, die Personen gar Nichts seien und ging einfach zur Tagesordnung über. Dieses kluge Beispiel wurde später nicht befolgt, man fing nach dem 10. August den Krieg gegen die Personen an, man ordnete jene politischen Untersuchungen, bei denen nur die Feinde nie die Vertheidiger gehört werden, so wurde die Gironde von dem Berge, der Berg von den Thermidoriern vernichtet und Frankreich ward mit Blut und Bürgerkrieg überschwemmt. Ich wende mich nun zu Euch und sage: Erhebt Euch über die Personen, seht nur auf die großen Principien. Nach dem 24. Februar gab es keinen Rechtszustand, bis zum 4. Mai herrschte nur die Thatsache. Vom 4. Mai begann das Recht; Ihr konntet also nur die Ereignisse des 25. Mai, der Junitage untersuchen. Hat Euer Kommission das gethan? Sie fängt beim 24. Februar an, sie sucht alle Verläumdungen auf, sie kontrolirt keinen, sie bemüht sich nur, alle Ereignisse zu verknüpfen und daraus ein großes Komplott zu machen. Glaubt ihr, ich werde mich vertheidigen — nein! ich habe es nicht nöthig. Ihr habt mir ja selbst die Stellung günstig gemacht. Am 15. Mai, am 23. Juni war ich in der Regierung, von der Insurrektion angegriffen, und die Nat.-Vers. hat sie nicht einstimmig erklärt, daß ich mich um das Vaterland verdient gemacht habe? Glaubt ihr, ich werde mich wegen einer Cirkulare, wegen der Kommissäre vertheidigen? Gewiß nicht. Wir waren in einer Revolution, und ich handelte revolutionär. Alles war umgestürzt und ich mußte Alles wieder aufbauen mit den einzigen Mitteln, die möglich waren. Nachdem er seine Theilnahme an der brigischen Expedition erklärt hat, kömmt er auf die Umtriebe der Royalisten gegen die Republik und beschuldigt sie, daß sie die Februar-Revolution nie hätten verzeihen können, daß sie heute noch der Regierung auf alle Weise den Krieg, der Republik Hindernisse der kleinlichsten Art machten.

— Louis Blanc. In einer dreistündigen Rede zergliedert er alle ihn betreffenden Anklagen des Rapportes. Er wies aus neueren Dokumenten, die er mittheilte, nach, daß er am 15. Mai nicht auf dem Stadthause war. Trelat, dessen leidenschaftlicher Aussage er heftig angegriffen hatte, suchte sich von der Anschuldigung: er sei ein Lügner, loszumachen. Nun folgte Caussidière, — er hatte seine Vertheidigung schriftlich aufgesetzt und las sie vor, er legte zugleich gegen zwanzig neue Aktenstücke, die seine Unschuld bewiesen, auf dem Bureau des Präsidenten nieder. Der ehemalige Polizei-Präfekt Trouvé-Chauvel, dessen Aussagen ihm am Meisten geschadet hatten, ward von ihm heftig angegriffen und suchte sich zu rechtfertigen. Nach seiner Vertheidigung, die bis 1 Uhr nach Mitternacht dauerte, eröffnete der Präsident Marast der Versammlung, daß ein Requisitorium des General-Prokurators der Republik eingelaufen sei, das die Bewilligung zu gerichtlicher Verfolgung der Vertreter Louis Blanc und Caussidière verlange. Er schlägt vor, zur Tagesordnung überzugehen. Man wirft ihm entgegen, die Regierung wolle die Debatte durch einen Theateroup brechen. Allein dieser Rapport mit allen seinen Konsequenzen laste auf dem Land, er müsse ein für alle Mal und rasch und ganz beseitigt werden.

Flocon beschwört die Versammlung, sich nicht durch vorübergehende politische Motive zu einer Uebereilung hinreißen zu lassen. Er macht darauf aufmerksam, daß wir unter dem Belagerungszustande lebten, daß also die Bewilligung zu gerichtlichen Verfolgungen beider Vertreter der Willkür der Militär-Kommissionen überliefere, die sie ohne Weiteres deportiren könnten. Der Justizminister Marie macht aufmerksam, daß dies nur bei Vergehen aus den Junitagen möglich sei. Nach einigen Bemerkungen Dupin's und Caussidières wird um 3 Uhr Morgens der Schluß der Diskussion ausgesprochen. Auf den Antrag des Präsidenten geht die Versammlung fast mit Einstimmigkeit über den Bericht der Untersuchungs-Kommission zur Tagesordnung über, d. h. sie erklärt ihn für beseitigt. Hierauf wird darüber abgestimmt, ob die Bewilligung zur gerichtlichen Verfolgung bis nach dem Berichte einer Kommission zu vertagen oder sogleich zu erledigen sei: 292 Stimmen sprechen sich für die Vertagung aus, 493 für die augenblickliche Erledigung. Th. Bac setzt die Nothwendigkeit auseinander, die Frage so zu theilen:

1) Soll Louis Blanc gerichtlich verfolgt werden? (Er ist nur der Theilnahme am 15. Mai angeklagt und kann daher nur vor die gewöhnlichen Gerichte gestellt werden.)

2) Soll Caussidière wegen der Theilnahme am 15. Mai verfolgt werden?

3) Soll Caussidière wegen der Theilnahme an den Junivereignissen verfolgt werden? (was ihn unter die Militärjurisdiktion stellen würde.)

Diese Theilung wird angenommen und mit 504 gegen 252 Stimmen die Bewilligung zur Verfolgung L. Blancs ertheilt. Nach einer Rede Flocons wird mit 477 gegen 268 Stimmen die Bewilligung zur Verfolgung Caussidières wegen der Mai-Attentate ertheilt — und die Verfolgung desselben wegen der Juni-Ereignisse mit 458 gegen 281 Stimmen verworfen. Tiefe Sensation. Die Sitzung wird um 7 Uhr Morgens aufgehoben.

Ungarn.

Pesth, 2t. Aug. Heute sind hier sehr schlimme Nachrichten aus den untern Donaugegenden eingetroffen. Der Kapitän der Kumaner und Jazygen, Moriz v. Szentkiralyi, einer der Oberbefehlshaber der gegen die feindlichen Lager geführten Nationalgarden, ist eben mit der Hiobspost angekommen, daß die unsrigen am 19. Aug. beim allgemeinen Sturm auf St.-Thomas wieder zurückgeschlagen wurden. Neben diesen niederschlagenden Nachrichten verbreitet sich eine ganze Fluth von Lärmgerüchten in der Stadt. Der Ban Jellachich soll mit einem mächtigen Heere die Grenzen überschritten haben und bereits in Großkanischa eingezogen sein. Er werde binnen wenigen Tagen hier ankommen. Mehrere Tausend Serbier sollen kriegsgerüstet in das kroatoer Komitat eingedrungen sein. Diese letztere Nachricht ist begründet und scheint nur in der Zahlenangabe etwas übertrieben. Der türkische Pascha in Belgrad soll dem kommandirenden General der kroatoer Grenze die Anzeige von dem bevorstehenden Freischaarenzuge zur Hilfe der Ratzen mit dem Bemerken gemacht haben, daß er (der Pascha) denselben nicht werde verhindern können. Der kommandirende General Appel hat hierauf die wallachischen Grenzer an die serbische Grenze beordert; diese öffneten aber ihren Stammgenossen die Reihen. Die Mißstimmung, welche hier herrscht, ist unbeschreiblich. Ueberall Verdächtigung und Hoffnungslosigkeit, man sieht kein Ende des Wirrwarrs und sehnt sich schon nach irgend einer Lösung. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[734] **Aufforderung.**

Nr. 2337. Johannes Schmitt von Kirchheim und Martin Schäfer v. Rohrbach, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, werden aufgefordert zur Erbtheilung ihres am 19. Juni 1848 kinderlos verstorbenen Onkels: des Bauwers Georg Adam Schmitt von Rohrbach, binnen 3 Monaten zu erscheinen oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, widrigenfalls die Erbschaftsverabfolgung des Stückvermächtniß lediglich denjenigen zugetheilt werden wird, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Heidelberg am 25. August 1848.

Großh. Landamtsrevisorat

Bittmann.

Notar Lederer.

---

[735] **Erbvorladung.**

Nr. 7615. Der ledige 28 Jahr alte Adam Weber, Zimmermann von Oeschelbronn, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, wird aufgefordert, binnen drei Monaten sich dahier zur Empfangnahme des Erbtheiles aus dem Vermögensnachlaß seines verstorbenen Bruders Jakob Weber, ledigen Maurers von Oeschelbronn um so gewisser zu melden, als sonst sein Erbtheil denjenigen zugewiesen würde, welchen er zugefallen wäre, wenn Adam Weber zur Zeit der Erbanfallseröffnung nicht mehr gelebt hätte.

Pforzheim am 19. August 1848.

Großh. Bad. Amtsrevisorat:

Eppelin.

---

[736] Nr. 2401. Zu der Erbschaft des am 28. November v. J. verstorbenen ehemaligen Hüttenaufsehers Jakob Friedrich Herdtfer zu Hausen, ist unter andern auch sein Brudersohn Karl Gustav Herdtfer von da berufen.

Gedachter Karl Gustav Herdtfer ist seit mehreren Jahren abwesend, und hat zum letztenmal am 6. Januar 1835 aus Lampico in Amerika Nachricht gegeben, sein dermaliger Aufenthalt ist aber gänzlich unbekannt.

Es wird nun der erwähnte Karl Gustav Herdtfer (oder seine etwaigen Leibeserben) hiermit aufgefordert, sich um so gewisser binnen

drei Monaten

zum Antritt der Erbschaft dahier zu melden, widrigenfalls sein Erbtheilsantheil lediglich jenen werde zugetheilt werden, welche es zu empfangen hätten, wenn er nicht mehr am Leben wäre.

Schopfheim, 10. August 1848.

Großh. Amtsrevisorat

Schmidt.

---

[737] **Oeffentliche Vorladung.**

Civ. H. G. Nr. 7184. II. Senat. In Sachen des Fridolin Schlachter von Hauenstein, Klägers, Appellanten, gegen den Handelsmann Jndermauer zu Basel, beziehungsweise seinen Vollmachtgeber August Lopé zu Besançon, Beklagten, Appellaten, Forderung betr. hat der Kläger gegen das Urtheil des Bezirksamtes Waldshut vom 6. April v. J. durch welches er mit seiner gegen den Beklagten geltend gemachten Forderung von 483 fl. 24 kr. zur Zöllerlohn, Versäumniß, Aufenthalts- und Reisekosten, unter Verfällung in die Kosten abgewiesen wurde, das Rechtsmittel der Berufung rechtzeitig angemeldet und ausgeführt. Nach dem Inhalt der Appellationsrechtfertigungsschrift findet sich der Kläger durch das besagte amtliche Urtheil hauptsächlich deßhalb für beschwert, weil nicht erkannt wurde

daß der Beklagte Jndermauer, beziehungsweise sein Vollmachtgeber August Lopé schuldig sei, die eingeklagte Forderung des Klägers zu 483 fl. 24 kr. nebst Zinsen vom Klagtag bei Zwangsvermeidung zu zahlen;

und er hat hiernach in der Appellationsbeschwerdeschrift sein Begehren gestellt.

Zur mündlichen Verhandlung hierüber, sowie zur Fassung und Verkündung des Urtheils, wird nunmehr Tagfahrt auf die vom Donnerstag den 21. September d. J. Vormittag 8 Uhr stattfindende öffentliche Gerichtssitzung anberaumt, in welcher der Appellat August Lopé seine mündliche Rechtsausführung und die Vernehmlassung durch einen aus der Zahl der hiesigen Hofgerichtsadvokaten erwählten Anwalt bei Vermeidung des Ausschlusses vorzutragen hat.

Da der Beklagte August Lopé sich nach einem Schreiben der französischen Behörde auf flüchtigem Fuße befindet, und sein gegenwärtiger Aufenthalt nicht bekannt ist, so wird er in Gemäßheit der §§. 272 und 273 der Pr. Ord. hiemit öffentlich vorgeladen.

Freiburg, 11. Aug. 1848.

Großh. Badisches Hofgericht des Oberrheinkreises:

Lilschgi. Bielle.

---

[738] **Stellegesuch**

Ein Mann in den besten Jahren, Philolog von Fach, der die französische und englische Sprache sowohl theoretisch betrieben als auch praktisch in den resp. Ländern selbst sich zu eigen gemacht hat, und dieselben gegenwärtig an einer bedeutenden Realschule als Oberlehrer vertritt, wünscht eine andere Stelle sei es an einem Gymnasium oder an einer Realschule. Nur zufällige reine Umstände haben diesen Wunsch in ihm hervorgerufen. Die besten Zeugnisse stehen ihm zur Seite. Nähres in der Expedition dieses Blattes z. l. A. E. Z.

---

[739] Herr Brepohl aus Bielefeld ist nicht mehr in meinen Diensten.

Bielefeld u. Koblenz, 1. Aug. 1848.

C. Heinr. Potthoff.

---

[740] Mosbach, 20. August. Als am Vorabend des 18. Mai bei der hier stattgehabten Feier zur Eröffnung der deutschen Reichsversammlung der Wunsch ausgesprochen wurde, es möge die Festrede dem Drucke übergeben und aus dem Erlös für die einzelnen Exemplare eine Sammlung zur Gründung einer deutschen Flotte veranstaltet werden, dachten wir nicht, daß die Beiträge so ergiebig ausfallen würden, als es wirklich geschehen ist. Unterm heutigen nämlich haben wir die Summe von 112 fl. 45 kr. an den Marineausschuß der deutschen Reichsversammlung, als Beitrag zur Gründung einer deutschen Flotte, abgesendet. Es haben dazu beigetragen die Bewohner Mosbachs 83 fl. 45 kr. die der benachbarten Städte und Dörfer weitere 29 fl.

Die Erzielung der genannten Summe ward vornehmlich dadurch möglich, daß Hr. Buchdrucker Mohr in Heidelberg mit uneigennütziger, vaterlandsliebender Aufopferung den Druck der Festrede unentgeltlich übernommen hat.

Indem wir die verehrlichen Beitragenden von dem erfreulichen Ergebnisse der Sammlung, durch welches sich die Liebe zum einigen deutschen Vaterlande auch in unserer Gegend bethätigt hat, hiermit in Kenntniß setzen, sprechen wir insbesondere dem Hrn. Buchdrucker Mohr für dessen freundliche, zuvorkommende Unterstützung der guten Sache unsren verbindlichsten Dank aus.

Das Komité.

---

[741]

Offener Brief

des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung in München

an das Preußische Volk.

Die Einmüthigkeit, mit welcher alle Völker deutscher Zunge in den Märztagen sich erhoben, die lange verweigerten oder verkümmerten öffentlichen Freiheiten in vollem Umfange zu erringen und einen der Denkweise und den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Rechtsboden zu begründen, war das erste glückverheißenden Zeichen der neuerstehende Einheit Deutschlands. Je tiefer der Anfangs noch fremde Gedanken ins Herz des Volkes drang, desto wärmer ward es für ihn, und bald stellte sich die Ueberzeugung fest, daß die möglichst große Wohlfahrt Aller, die Macht und das Ansehen des Vaterlandes nach Außen, vor Allem aber die Aufrechthaltung der gewonnenen Freiheiten und des kaum betretenen Rechtsbodens ihre einzig zuverlässige Bürgschaft in der politischen Einheit aller deutschen Stämme und Staaten habe.

Auch sie will zur Wahrheit werden. Mit der konstituirenden Reichsversammlung in Frankfurt, dem Reichsverweser und dem Reichsministerium ist die politische Einheit Deutschlands ins Leben getreten, und hat an Deutschland die Frage gerichtet um ihre Anerkennung.

Millionen Herzen in allen Gauen des Vaterlandes haben sie mit lautem Jubelrufe begrüßt. Nur in Preußen hat man vielfältig gezögert, einzustimmen in die allgemeine freudige Anerkennung. Liebe, deutsche Brüder! Wir verkennen keineswegs die Berechtigung eines preußischen Patriotismus, gegründet auf große geschichtliche Erinnerungen an Volks- und Regententhaten, auf eine achtunggebietende europäische Kriegsmacht und auf eine durch alle Klassen des Volks verbreitete Bildung. Ueber alle Tugenden aber, dessen das preußische Volk sich rühmen darf, rühmt Deutschland und die Geschichte an ihm seine echt deutsche Gesinnung, durch welche das Vaterland in so vielen Gefahren bis in die neuesten Tage die glänzendsten Siege errungen. Um so tiefer mußte es uns betrüben, als von dort die Kunde kam, Preußen trete zurück vor den Folgen der Vereinigung mit Deutschland; preußische Vaterlandsliebe erhebe sich wider die deutsche und verweigere die Anerkennung der Centralgewalt, in welcher sie eine Gefahr für die Selbständigkeit des preußischen Staates erblicke.

Liebe Brüder! Mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes sind wir der Ansicht, daß die Feststellung des Verhältnisses der Centralgewalt zu den Einzelstaaten ebensowohl eine Lebensfrage für Deutschland ist, als die Vereinigung aller zu Einem Reiche. Wir vertrauen, daß die aus dem Willen des gesammten Volks hervorgegangene Centralgewalt diese Ansicht theile, und Keinem von uns ein anderes Opfer auflegen werde, als das zur Herstellung der Macht, zur Sicherung der Freiheit und zur Vertretung der Ehre des deutschen Volkes nothwendig ist. Wir vertrauen und fordern auch Euch, Brüder in Preußen! auf zu gleichem Vertrauen, gleich dem so oft verlangten und so oft getäuschten: es ist das Vertrauen der deutschen Völkerstämme unter einander, und die Völker halten Wort.

Brüder in Preußen! Auch Ihr habt kräftig Theil genommen an der Erhebung des Volkes für seine Rechte! Auch Ihr habt die werdende Einheit Deutschlands mit Freudn begrüßt! Verlaßt sie nicht! — Das Werk ist begonnen. Nur mit voller Hingebung, nur im treuen Zusammenhalten, nur in Bruderliebe des ganzen Volkes kann es vollendet werden. Zieht Euern starken Arm nicht zurück von dem Bau, der ohne Euch zu zerfallen und in seinem Fall Vaterland, Freiheit und Wohlfahrt zu begraben droht. Bleibt mit Euerm Herzen bei uns, bei Euern deutschen Brüdern, und laßt nicht die glorreiche Geschichte unserer Tage mit einer Trauerbotschaft schließen, statt mit der Kunde von der Wiedervereinigung aller deutschen Stämme zu einem großen und mächtigen Reiche, gegründet auf Freiheit und Recht, und erhalten durch Liebe und Vertrauen, und unter dem treuen Beistand des mächtigen und heldenmüthigen Volkes, das für das gemeinsame Vaterland sein Herzblut verspritzt auf den Feldern von Schleswig, wie einst bei Leipzig und Waterloo.

München, 16. August 1848.

Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer & Comp., 72 Bowgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder übernimmt sich an C. H. Mitzenius in Straßburg Nr. 20 Brandg., Preis Nr. 20 Kaiserl. Dukaten in Kaufmann.

Deutsche Zeitung.

Die Expedition befindet sich Großh. Haus. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 3. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 3. 30 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 233. Heidelberg, Mittwoch 30. August. 1848.

Uebersicht.

Die Abstraktion in den „Grundrechten." — Wien (Verhandlungen der Reichsversammlung. Die Ruhe zurückgekehrt. Der erste Jarpyproceß. Auflösung des Sicherheitskomités. Eine Kundmachung. Nachrichten aus Italien). Berlin (Verhandlungen des Verfassungsausschusses. Beendigung der Berathung über die Habeaskorpusakte. Die Limburger Frage. Dowiak's Verhaftung). Vom Rhein (Provinzialkongreß der demokratischen Vereine in Köln. Die Körperhaft wegen Schulden) München (Graf Degenberg. Der Hausschatz). Heidelberg (Fest zu Ehren des Großherzogs). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Erklärung Wiesner's).

Dänemark. Kopenhagen. Die Unterhandlungen abgebrochen.

Großbritannien. Die dänische Angelegenheit. Die amerikanischen „Sympathisers" Brand eines Dampfboots.

Frankreich. Louis Blanc und Caussidière geflüchtet. Officielle Erklärung der Familie Orleans. Ein neuer Finanzvorschlag Proudhon's. Unruhen in Lille. Ein neues Buch von Thiers. Ein Kind aufgehoben. Der Verfassungsentwurf.

Italien. Venedig. Neue Botschaft nach Paris. Turin. Protest gegen den Waffenstillstand. Rom. Franzosen und Engländer erwartet. Gesundheitszustand des Papstes. Unthätigkeit der Kammern.

Ungarn. Nachrichten vom Kriegsschauplatz aus und aus Bukarest.

Beilage. Die drei Berliner Tage. — Posen. Befürchtungen der deutschen Bevölkerung. Hr. v. Steinäcker. Stuttgart. Fahnenfest. Der König und Hr. v. Stockmayer. Die Theaterfrage. Hamburg. Politische Vereine. Petition gegen Schutzzölle. Antwort des Senats an die Vereine. Schweiz Zürich. Bern. Abstimmung über die Bundesverfassung. Italienische Flüchtlinge. Bericht der eidg. Kommission über die Schweizer in Neapel. Die N. Z. Zeitung. Asien. Sieg der englischen Truppen über die Rebellen von Multan. Gedeihen der engl. Niederlassungen im ostindischen Archipelagus. Niederlage des holländischen Heeres gegen die Balinesen.

30. August.

In den Grundrechten des deutschen Volkes, wie sie jetzt von der Nationalversammlung verhandelt werden, finden sich Sätze, eingegeben von jener auflösenden Schärfe der Theorie und Abstraktion, welche Allgemeingiltigkeit in Anspruch nimmt und daher der Rücksicht auf historische Entwickelung, auf angestammte nationale Gefühle, Ueberzeugungen, Richtungen überhoben zu sein glaubt. Wer nicht etwa annimmt, daß die Weltgeschichte mit dem laufenden Jahre 1848 in eine Periode tritt, die unter der Herrschaft ganz neuer Entwickelungsgesetze stehen wird, kann nicht ohne schwere Besorgniß auf den Einfluß jener Grundsätze blicken.

Die Männer von 1789 können entschuldigt werden, weil Niemand vor ihnen das Experiment gemacht hatte. Sie hatten es mit einem solchen Chaos von versteinerten Formen, die nur maßloser Willkür dienten, zu thun, daß sie es für das Beste hielten, zu Werke zu gehen, als ob die bürgerliche Gesellschaft noch gar nicht vorhanden wäre, sondern erst entstehen sollte. Die oberflächlichste aller Philosophien empfahl ihnen diesen Weg als den sichersten und wirkungsreichsten, und in Verbindung mit der damals noch jungen kosmopolitischen Philanthropie erschien er unwiderstehlich reizend und lockend.

Wir aber — die wir alle diese Erfahrungen, wie einen Spiegel haben, in den wir bei jedem Schritt schauen können — welchen von diesen Entschuldigungsgründen können wir für uns anführen? Unsere Zustände sind schon darum mit den französischen von 1789 nicht entfernt zu vergleichen, weil wir uns so viele heilsame, wahrhaft ersprießliche Früchte der damaligen Umwälzung längst angeeignet haben, wie die preußische Gesetzgebung der Jahre 1807—1812 schon allein bezeugt.

Und jenes philosophische Standpunkt? Haben die schärfsten unserer Denker seine Unzulänglichkeit und Oberflächlichkeit nicht siegreich genug nachgewiesen? Hätten sie darum die Entwickelung der philosophischen Staatslehre so bedeutend gefördert? Hätten wir darum alle ihre Gänge und Jeegänge von Plato und Aristoteles bis auf Hegel so sorgfältig durchforscht und beleuchtet? Hätten die Begabtesten unserer Historiker uns darum die Wege nachgewiesen, auf welchen Griechen, Römer, Engländer zur Freiheit gelangt sind?

Und es sind nicht bloß die Warnungen unserer Philosophen und Historiker, die wir überhören. Bei der Verhandlung über die Abschaffung der Todesstrafe hat Niemand es der Mühe werth gehalten, an folgende Aussprüche Göthe's aus seinen alten Tagen zu erinnern.

„Wenn man den Tod abschaffen könnte, dagegen hätten wir Nichts; die Todesstrafen abzuschaffen, wird schwer halten. Geschieht es, so rufen wir sie gelegentlich wieder zurück."

„Wenn sich die Societät des Rechtes begibt, die Todesstrafe zu verfügen, so tritt die Selbsthilfe unmittelbar wieder hervor, die Blutrache klopft an die Thüre."

Ist einem in den letzten Tagen von Berlin hergedrungenen Gerüchte zu trauen, so wäre der letztere Fall, mit Berufung auf das eben ausgesprochene Gesetz des preußischen Parlaments, in dortiger Gegend schon eingetreten.

Es kommen hier ferner Sätze in Betracht, welche die sorgfältigste Erwägung erfordern, weil sie in den Vorbildern, aus denen sie entnommen sind, der Freiheit zu dienen scheinen, in der That aber ganz anderen Interessen ihren Ursprung verdanken. So die §§. 17. 18. 24, den Artikeln 17 und 20 der belgischen Verfassung nachgebildet. Die darin ausgesprochenen unbedingten Freiheiten des Unterrichts und Vereine zu bilden sind in Belgien nur Konzessionen gewesen, die man den Ultramontanen machen mußte als Lohn für ihre große Wirksamkeit bei der Losreißung von Holland. Durch das Erstere sollte der Regierung jede Aufsicht über das System des starrsten Obskurantismus, in welchem man die Jugend einheimisch machen wollte, entzogen werden, durch das Zweite die Möglichkeit, sich der Errichtung von Jesuitenkollegien zu widersetzen. Man wird es bei uns bequem genug finden, hinter denselben von Andern dargebotenen Larven dieselben Zwecke zu verbergen.

Durch schreckliche Erfahrungen belehrt, verordnete die dritte französische Verfassung von 1795 in ihrem §. 361, daß keine Versammlung von Bürgern sich als Volksgesellschaft betrachten dürfe, und hält es für nöthig, im nächsten §. die Befugnisse aller Gesellschaften, die sich mit politischen Gegenständen beschäftigen, möglichst zu beschränken. Erst kürzlich hat mit Bezug auf die neuesten Zuckungen Frankreichs, einer der gründlichsten Kenner nordamerikanischer Zustände, Michel Chevalier, in einem sehr lobenswerthen Artikel im Journal des Débats gezeigt, wie die Bewohner dieses freiesten Landes, der Vereinigten Staaten, nach manchen Schwankungen und Erlebnissen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß sie nicht im Stande seien, politische Volksvereine zu ertragen, und ihnen daher freiwillig entsagt haben. Er beruft sich dabei auf merkwürdige Worte Washingtons in seiner berühmten Abschiedsadresse von 1796 an seine Mitbürger. „Alle Hinderungen, die Gesetze auszuüben — sagt der große Mann — alle auch unter dem unschuldigsten Anschein zusammengetretenen Verbindungen und Gesellschaften wirken, sobald sie den Zweck haben, die regelmäßigen Berathungen und Handlungen der gesetzmäßigen Gewalten zu lenken, zu beaufsichtigen, zu verhindern oder zu unterdrücken, zerstörend auf die Grundprincipien der Verfassung ein."

Chevalier hätte auch Jefferson citiren können, der in einem Briefe, 27 Jahre später als der Washington'sche Abschied geschrieben, von politischen Vereinen wie von einem der gefährlichsten Uebel spricht, welche einer Regierung drohen können. Wenn sie sich ausbreiten, sagt dieser demokratischste aller Staatsmänner, könnte man eben so gut die Regierung den verfassungsmäßigen Händen ganz entziehen, und sie als Minorität in solchen Gesellschaften auftreten lassen. — Und doch war es nur eine Gesellschaft für die Bildung und Verbesserung der Jakobiner, von

welcher Jefferson, weil sie als Beispiel dienen würde, so schlimme Folgen erwartete.

Wenn wir aber kaum hoffen können, daß dieser Kelch an unserm Volke vorübergehen wird, ohne daß es vorher von seiner Bitterkeit selbst gekostet hat, so wäre es doch ebenso seltsam und bedauerlich, wenn gerade wie Deutsche durch ein besonderes Nationalgesetz die Unterrichtsfreiheit noch hinaus über das belgische Maß bis zu der ausdrücklichen Befähigung für die Unwissenheit ausdehnten, die Köpfe der Jugend unter dem Scheine und Namen des Unterrichts mit so vielem Sichten, Verkehrten und Verderblichen anzufüllen als ihr gutdünkte. Denn daß die Konkurrenz den einfachen Handwerker und Landmann sicher stellen könne gegen die Fallstricke der hungeigen und großmäuligen Charlatanerie, wird doch Niemand in Ernst behaupten wollen. Die Deutschen sind jetzt im Besitz eines Talents und einer Virtuosität für den Unterricht, mit denen sich keine andere Nation messen kann. Welche hätte eine Reihe von Philologen erzeugt, die zugleich als geniale Entdecker in der Wissenschaft glänzen, und eine bewundernswürdige Geschicklichkeit in der Bildung praktischer Schulmänner bewährt haben. Diese Fähigkeit hat man denn auch ebenso anerkannt als benutzt. Die Engländer, die Alles, was ihnen dienen kann, so geschickt auszubeuten wissen, bedienen sich innerhalb und außerhalb ihres Landes vorzugsweise gern deutscher Lehrer, ja sie schicken ihre Söhne in englische in Deutschland errichtete Erziehungsanstalten, zufrieden, wenn sie dort gleichsam die deutsche Unterrichtsluft einathmen. Mit all diesem schönen Ruhme soll es nun vorbei sein. Denn wenn unsere jungen Leute, die es sich in redlicher Anstrengung haben sauer werden lassen, von der dreisten Unverschämtheit jedes pädagogischen Gauklers verdrängt werden können, wie sollen sie da Muth und Lust haben, die ohnehin so dornige und wenig lockende Laufbahn zu erwählen?

Haben wir noch nicht genug an jenen politischen Marktschreiern, die, weil sie etwa aus Sekunda fortgejagt worden, oder einem Kaufmann aus der Lehre gelaufen, oder in einer Schauspielerbande nicht über die untergeordnetsten Rollen hinausgekommen sind, nun nichts Besseres anzufangen wissen, als eine demokratische Volksversammlung zu leiten? Soll ihnen auch noch unser Unterrichtswesen preisgegeben werden? Wenn es nicht zu Gunsten jener jesuitischen geheimen Absicht ist, läßt sich kein Grund erdenken, aus welchem man die wissenschaftlichen Anstalten des Staats von der Pflicht entbinden sollte, ihre Mitbürger über die Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit derer zu beleheen, welchen sie das geistige Wohl und Wehe ihrer Kinder anvertrauen wollen.

Oesterreich. ** Wien, 22. Aug. Im Anfang der heutigen Sitzung des Reichstags werden mehrere Proteste gegen den gestern gefaßten Beschluß bezüglich des Finanzwesens eingelegt, jedoch wird vom Präsidenten keine Debatte gestattet. Hinsichtlich der Wahl des permanenten Finanzausschusses wird nach kurzer Diskussion der Antrag des Abg. Mayer angenommen, aus jeder Abtheilung der Kammer 2, und aus jeder Provinz 1 Mitglied, somit im Ganzen 28 Mitglieder in denselben zu wählen. Abg. Jonak interpellirt in Abwesenheit des Minist. d. Auswärtigen das Ministerium des Inneen. Der National, bekanntlich ein halboffizielles Organ, spreche von einer mediation armée in der italienischen Angelegenheit; auch heißt es, daß Frankreich und England in dieser Angelegenheit Hand in Hand gehen; wenn England sich als den alten Bundesgenossen Oesterreichs zeigen wolle, so sei ihm dies willkommen, wenn es aber eine Politik verfolgen wolle, wie in Sicilien oder in Holzoland, so müsse er dies sehr bedingen. Auch von der Stellung, welche die deutsche Centralgewalt, den italienischen Verhältnissen gegenüber, einzunehmen habe, sei im Frankfurter Parlament und sonst die Rede gewesen, soweit ihm aber die Erklärung des Reichsministers Heckscher bekannt sei, habe derselbe durchaus unbestimmt sich geäußert. Er erlaube sich daher die Frage zu stellen: Ob und in welcher Art die Intervention Frankreichs und Englands angekündigt worden, und wie diese Mächte und die deutsche Centralgewalt sich bei den Verhandlungen in Mailand betheiligt hätten oder betheiligen wollten? Ueber die Richtung welche das Kabinet in seiner äußeren Politik einzuschlagen gedenke, wolle er deßhalb keine Frage stellen, weil er den Worten der Thronrede und der Versicherung des Ministers, daß die Armee als Befreierin Italiens auftreten werde, volles Vertrauen schenke, und bei den schwebenden Verhandlungen eine solche Frage unpassend wäre. Hierauf antwortete der Minister Doblhoff mit der Eröffnung, daß der Minister des Aeußern, Wessenberg, gestern hier angekommen und nächstens hierüber Ausführliches mittheilen werde. Bezüglich der ersten Fragen könne er bloß bemerken, daß der englische und französische Geschäftsträger am sardinischen Hofe bereits Aufträge erhalten habe, ausgleichende Vorschläge hierorts zu machen, worüber die Eröffnungen abgewartet werden müssen. Ueber die anderen Punkte sei ihm nichts Näheres bekannt, als daß ein Abgeordneter des deutschen Parlaments in das Hauptquartier Radetzkys abgeschickt worden sei, um sich von dem Sinnde der Dinge genau zu informiren. Der Interpellant bittet noch, nicht bloß in der italienischen, sondern auch in der Angelegenheit der Donaufürstenthümer die Kammer nächstens informiren zu wollen. Abg. Reichl-Fikl fragt, ob die österr. Regierung gesonnen sei, die franz. Republik officiell anzuerkennen? Min. Doblhoff antwortet, dies brauche nicht erst zu geschehen, indem es bereits letzten Sonntag, wo der Geschäftsträger der französischen Republik von Sr. Majestät empfangen wurde, geschehen sei. — In Bezug auf die Unruhen des vorigen Tags fragt der Abg. Thinnfeld, da ein vom demokr. Verein ausgehendes Plakat dieser Arbeiterbewegung einen politischen Grund unterlegte, nach der Veranlassung zu diesen Vorfällen und den darauf bezüglichen Ansichten des Ministeriums. Die Veranlassung, erwidert Minister Schwarzer, sei die Herabsetzung des Taglohns für die Weiber und Kinder gewesen, welche stattgefunden, um das tägliche Zusammenströmen einer Masse von Arbeiterinnen zu verhindern, die alle andern Arbeitszweige verlassen und sich hierher begeben, weil es ihnen bequemer sei, auf den Arbeitsplätzen in Unfug und Ausgelassenheit müßig zu sein, als zu andern Arbeiten sich verwenden zu lassen. In Bezug auf das Plakat des demokratischen Klubs, welches in aufwiegelndem Tone sich frech gegen die ergriffenen Maßregeln ausspricht, bemerkt Minister Bach, daß das Ministerium diesen maßlosen Uebergriffen in die Rechte der Behörden mit aller Energie entgegentreten und den österreichischen Staat, der nur in konstitutionell-monarchischen Principien Heil und Fortbestand finden könne, vor der Verbreitung anarchischer und republikanischer Ideen zu bewahren bemüht sein werde (Beifall). — Hierauf werden über den Kudlich'schen Antrag wieder einige unbedeutende Reden abgehalten. — Zuletzt kam der Antrag des Abgeordneten Löhner, wegen gänzlicher Aufhebung des Adels in den gesammten österreichischen Staaten zur Berathung. Fast keiner der Abgeordneten spricht positiv gegen denselben, obgleich mehrere verschiedene Modifikationen zur Sprache bringen. Bezüglich eifrig wird, mirabile dictu, von der äußersten Rechten, die größtentheils aus Böhmen besteht, dasse debattiet. Mit aller Gewalt wollte dieser ultrademokratische Theil noch heute darüber abgestimmt wissen, wenn nicht das besonnene Centrum kräftig protestirt hätte. Nächstens Näheres hierüber.

** Wien, 23. August. Die gestern begonnene Diskussion über Aufhebung des Adels wird heute in sehr lebhafter Weise fortgesetzt. Löhner will, daß der Adel nicht mehr neuerdings ertheilt und vom Staate erklärt werde, daß er denselben unter keiner Gestalt anerkenne. Viel gründlicher und konsequenter spricht der zweite Antragsteller Sierakowski; er will mit sanfter Hand wegschneiden, wenn er Gewalt ersparen kann. Durch die einfache Erklärung: „der Adel sei keine Belohnung, keine Bevorzugung mehr", sei wie er glaube, das Beste geschehen. Im Uebrigen müsse Jedem freistehen, seinen Namen wie seinen Rock, nach welcher Form und Mode ihm gefällig ist, zu tragen. Es sei keineswegs zu läugnen, daß für Manchen werthe Erinnerungen mit seinem Adel zusammengewachsen seien und eine gewaltsame Amputation schmerzlich sein müsse; man würde diese für eine Volkssache ansehen, das Volk aber müsse wie ein Fürst sich nicht kleinlich rächen, sondern Amnestie schenken. Es sei genug, wenn der Staat keine Rücksicht auf den Adel nehme. Nach der allgemeinen Berathung theilen sich die im Prinzip einigen Meinungen; Abg. Hein will den Antrag dem Konstitutionsausschusse, Löhner den Abtheilungen zugewiesen, Umlauft, Claudi und Rieger wollen ihn in Vollberathung und zu alsogleicher Erledigung gebracht wissen. Trotz des lebhaften Anklanges, den der Antrag gefunden, geht indeß die Kammer nicht auf die eilige Annahme in Bausch und Bogen ein, und die Diskussion wird auf den Antrag Brestl's auf die nächste Sitzung verschoben. — Ueber den Kudlich'schen Antrag sprechen heute die Abgg. Brauner und Lusser, ersterer für den Antrag im ausgedehntesten Sinne, letzterer mit Modifikationen, aber Beide gleich kernig, sachverständig und gründlich. Letzterer wird wiederholt von rauschendem Beifalle unterbrochen. — Schließlich wird noch über das neu zu entwerfende Rekrutirungsgesetz debattirt; Umlauft, Brestl und Violand wollen vor Allem das alte, auf despotischem Boden stehende System über den Haufen geworfen wissen. Dagegen wird durch die Bemerkung des Ministers Bach, daß er staunen müsse, wenn die Kammer ein Gesetz, von dem das Heil des Staates abhängen könne, indem der Kriegszustand noch nicht beendet sei, also der Truppenkörper vermehrt werden müsse, vor Erlassung eines neuen verwerfen wolle, eine ziemlich verwirrte Diskussion hervor-

gerufen, aus welcher die Versammlung nur durch Vertagung sich herauszuwinden vermochte.

†† Wien, 25. August. Der 24. August ging ruhig vorbei. Aus dem Leichenhause der darmherzigen Brüder hallten Schmerzesrufe und Geröchel der Sterbenden als Erinnerung an den jammervollen Vorfall. Sechs Getödtete und 75 schwer Verwundeten liegen im überfüllten Spitale der menschenfreundlichen Mönche, welche dem Arbeiter und dem Munizipalgarden dieselbe Sorgfalt widmen. Heute liest man allenthalben den Aufruf zur Versöhnung an die Arbeiter. Der Kaiser gab aus seiner Privatkasse 10,000 fl. K.-M. zur Gründung eines Fonds, welcher den gedrückten Gewerbestand heben soll. Die Fabrikanten beklagen sich keine Arbeiter zu finden, dieselbe Klage führen jene Gewerbe, welche weibliche Tagarbeiterinen aufnehmen müssen, um das Geschäft besorgen zu können, auch diese finden keine, denn Alles geht zu den Staatsarbeiten, wo ebensoviel gezahlt und wenig gearbeitet wird. Wie sehr diese Organisation vergriffen ist, beweist der unselige 23. August. Trotz der am 21. August erhaltenen Warnung ist Nichts geschehen, sorglos ließ man sich das Uebel über den Kopf wachsen, bis es zu spät war. So gehts auch mit der Nationalgarde ohne Nationalgardegesetz. Der brave Oberst Pannasch hat abgedankt, nicht wegen des von den Gardehauptleuten verweigerten Handschlages, sondern weil ihm nach zweimal gemachtem Ersuchen vom Ministerium die Errichtung und Eintheilung von Gardebrigaden mit dem nöthigen Brigadestabe nicht gewährleistet worden ist, wodurch die verantwortliche Leitung möglich geworden wäre. Den Beleg für die Nothwendigkeit des Verlangten gibt wieder der 23. Aug., wo planloses militärisches Spiel die ernsten Folgen herbeiführte, weil es dieselben nicht zu bemessen verstand. Das strategische Talent, welches die Barrikaden in Paris entwarf, hat die geschickteste Taktik des Generals Cavaignac und seines Generalstabes, sowie den Heldenmuth französischer Linie und Nationalgarde bedungen, um besiegt zu werden. Chef der Pariser Nationalgarde war immer ein ausgezeichneter General und sie hatte milit. Organisation. Hier wünschen die Bürger vor jedem Kommando „Meine Herren, haben Sie die Güte" zu hören. Wien hat unter allen Städten Europas die größte Aehnlichkeit mit Paris. Die daraus hervorgehenden Lehrsätze will man nicht begreifen. Jeder Reichstagssitzungen wird durch einige Interpellationen unterbrochen, welche, wie es heute der Fall war, von dem interpellirenden Abgeordneten auf eine Konversation mit dem sehr ehrenwerthen Minister Krnus bald ausgedehnt worden wäre. Die Minister sollten die Praxis anderer Parlamente annehmen, wo auf Interpellationen erst in einigen Tagen nach Erschöpfung des Gegenstandes geantwortet wird; denn wie könnten unsere einen Monat im Amt befindlichen Minister alle priora der früher ganz geheim gehaltenen Verwaltung kennen. Wichtige und zu beantworten gleich mögliche Gegenstände können kurz abgethan werden. Abg. Jonak bemerkte am Schlusse des Reichstages heute sehr richtig, daß die Sitzung nur zwei Stunden gedauert habe. Morgen wird der Kudlich'sche Antrag zur Abstimmung kommen. Das gestern gehaltene öffentliche Preßgericht war seiner Art das erste Wiens. Die Vertheidigung der zwei über den Artikel „Republik in Wien" Angeklagten war durch die Polemik besonders markirt, welche sie gegen den vom Staatsanwalt hervorgehobenen Satz: „Vielleicht werden die, welche die Republik jetzt verdammen, in Kurzem sie selbst proklamiren und ihre Säbel dafür schwingen", anwandten; sie fragten den Staatsanwalt, was er gegen Redakteure verfügt hätte, welche geschrieben: „Vielleicht werden die, welche jetzt Metternich verdammen, in Kurzem ihn zurückrufen und mit ihren Säbeln vertheidigen." — Die Angeklagten erklärten, daß sie den Artikel in einem tief unter republikanischen Gesetzen stehenden Zeitpunkte schrieben — während der Anarchie. Die Assisen waren meistens schlichte Bürger. Des Präsidenten Grafen Beida Rede machte einen für die Angeklagten günstigen Eindruck. Die Inkulpirten wurden freigesprochen. Das macht der Gesinnung der Jury Ehre.

Wien, 24. August. Der Sicherheitsausschuß hat sich heute definitiv aufgelöst. — Auf einen nicht ganz verständlichen Erlaß des Ministeriums folgte ein zweiter, worin nebst der warmen Anerkennung der „rühmlichen" Wirksamkeit des Vereins seine Mission doch als beendet bezeichnet wurde. In Folge davon beschloß der Ausschuß, sich in einen Klub zu verwandeln, der seine Sitzungen im Saal zum goldenen Strauß in der Josephstadt halten wird. — Zwei Kundmachungen des Ministeriums waren heute an den Straßenecken angeschlagen. Die eine meldet, daß das Ministerium mit Umgehung aller Kommunalbehörden die Exekutivgewalt und das Oberkommando der Nationalgarde ausschließend an sich genommen habe. Die zweite erklärt die widerspänstigen Arbeiter des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit schuldig. — Heute wurde der erste Preßprozeß entschieden. Die Herausgeber des „Studentenkuriers", welche wegen zwei angeblich republikanischer Artikel vorgeladen worden waren, wurden frei gesprochen. (O. P. Z.)

Wien, 25. August. Gestern erschien nachstehende Kundmachung: Seit einigen Tagen ist die Stadt Wien und ihre Umgebung durch die Exzesse der bei öffentlichen Bauten beschäftigten Arbeiter in beständige Unruhe und Aufregung versetzt, in Folge deren das Vertrauen schwindet, Gewerbe und Handel stocken und das Wohl sämmtlicher Staatsbürger gefährdet ist. Der Ministerrath hat demnach, durchdrungen von der Wichtigkeit der von ihm übernommenen Pflichten, einhellig folgende Beschlüsse gefaßt: 1) „das Ministerium übernimmt die unmittelbare Leitung aller Maßregeln zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in der Residenz. Alle exekutiven Organe haben daher nur nach den Anordnungen des Ministeriums zu handeln. 2) Die Nationalgarde wird unmittelbar und allein dem Ministerium untergeordnet. 3) Auf allen Arbeitsplätzen, wo die gestrigen Unruhen Statt fanden, ist die Arbeit eingestellt, und alle jene Arbeiter, welche daselbst beschäftigt waren, und neuerdings zu einer öffentlichen Arbeit zugelassen werden wollen, müssen sich über ihr bisheriges Verhalten auf den Bauplätzen, so wie über ihre Zuständigkeit ausweisen, worauf ihnen ein Arbeitsschein von dem betreffenden Bezirks-Kommissariate ausgefertigt wird. Wien, am 24. August 1848. Der Ministerrath: Wessenberg. Doblhoff. Latour. Krauß. Bach. Hornbostl. Schwarzer."

Wien. Das Kriegsministerium hat die Meldung erhalten, daß die etwa 2000 Italiener, welche am Stilfser Joch eine Stellung eingenommen hatten, von dort durch die Schweiz nach Piemont gegangen sind, wobei sich die Freiwilligen, namentlich die Mailänder Studenten, zerstreut haben. Man glaubt, daß der König von Sardinien mit Radetzky einen Separatfrieden abschließen werde. Der Haß der Lombarden gegen den König Karl Albert übersteigt jedes Maß.

Preußen. ☽ Berlin, 26. Aug. In der heutigen Sitzung unsres Landtages werden die Verhandlungen über die Habeas-Corpus-Akte festgesetzt. §. 5. handelt von der Unverletzlichkeit der Wohnung. Die Hauptverschiedenheit des preußischen Entwurfes gegenüber dem Art. 11. der deutschen Grundrechte beruht in der Sorgfalt, womit der erstere die einzelnen Fälle benennt, in denen eine Ausnahme von der als Regel anerkannten Heiligkeit des Hauses stattfinden darf. Während sich das Frankfurter Parlament begnügt, hier ganz allgemein die Verfolgung auf frischer That und den richterlichen Befehl hervorzuheben, unterschied die Berliner Versammlung das Eindringen in eine Wohnung bei Tag und bei Nacht und zählte die Fälle einzeln auf, wo jenes zu beiden Zeiten gesetzlich erlaubt sein solle. Außerdem schied sie das bloße Eindringen in eine Wohnung von der Haussuchung und zog die Grenzen, welche den Behörden bei der Verfolgung eines Verbrechers gezogen sind, noch bedeutend enger, als man dies in Frankfurt für nöthig erachtet hatte. Nach dem Vorgange der rheinischen Gesetzgebung soll bei Nachtzeit das Eindringen in eine Wohnung selbst dann verboten sein, wenn auch der Thäter, auf frischer That verfolgt, das nächste ihn gastlich empfangende Haus erreicht. Ein Abänderungsvorschlag von Rintelen, welcher in dieser Beziehung das Hausrecht nicht anerkennen will, wird verworfen. Selbst die Regierung hatte sich gegen diese Beschränkung ausgesprochen. Er könne sich, bemerkt hier der Minister des Innern (Kühlwetter), auf seine Erfahrung aus der rheinischen Gesetzgebung berufen. Dort habe sich, trotz der ausgedehnteren Freiheit niemals ein Mißstand ergeben, und es werde deßhalb des beschränkenden Zusatzes nicht bedürfen. Borchard will die Haussuchung nur unter Zuziehung des Angeschuldigten und falls solche unthunlich, von Hausgenossen gestatten. Es wird dieser Zusatz angenommen und §. 5. erhält nun folgende Gestalt: Die Wohnung ist unverletzlich. — Während der Nacht hat Niemand das Recht, in dieselbe einzudringen als in Fällen einer Feuers- oder Wassersnoth, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Inneren der Wohnung hervorgegangenen Ansuchens. — Bei Tage kann ohne den Willen des Hausherren Niemand eindringen, außer in Folge einer in amtlicher Eigenschaft ihm gesetzlich beigelegten Befugniß oder eines ihm von einer gesetzlich dazu ermächtigten Behörde ertheilten schriftlichen Auftrags. — Haussuchungen dürfen nur in den Fällen und nach den Formen des Gesetzes unter Mitwirkung des Richters, der gerichtlichen Polizei, und wo diese noch nicht eingeführt ist, der Polizeikommissarien oder der Kommunalbehörde, wo aber eine solche noch nicht besteht, der Polizeibehörde des Orts geschehen und zwar unter Zuziehung des Angeschuldigten und falls solche unthunlich, von Hausgenossen. — §. 6. bezeichnet diejenigen Orte, auf welche das Verbot des vorigen Paragraphen keine Anwendung finden soll und nennt als solche die Schlupfwinkel des Hazardspieles und der Ausschweifungen; ferner diejenigen Orte,

Digitized by Google

welche als gewöhnliche Zufluchtsorte von Verbrechern glaubhaft bezeichnet werden, oder ohne Unterschied dem Zugange auch während der Nacht offenstehen. Daniels fügt hinzu die Wohnungen solcher Personen, welche durch ein Strafurtheil unter polizeiliche Aufsicht gestellt sind. Alle diese Bestimmungen werden fast einstimmig angenommen. Statt des Ausdruckes „glaubhaft" setzt Blöm mit Genehmigung der Versammlung die genauere Bezeichnung „durch den gemeinen Ruf." Ebenso wird §. 7, welcher die Fälle der Suspension der H.-C. Akte ausspricht, fast ganz in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ein heftiger Streit entspann sich nur dadurch, daß in dem Ausschußberichte durch ein Versehen lediglich §. 1 (die persönliche Freiheit) als aufhebungsfähig genannt wurde, und daß sich nun die äußerste Linke mit Ingrimm an den Buchstaben klammerte. Es entwickelte sich eine Scene der Verwirrung und Ungeduld, welche sich um so mehr steigerten, je weniger der in diesem Augenblicke den Vorsitz führende Vice-Präs. Kosch durch eine glückliche Fragestellung die aufgeregten Gemüther zu beruhigen verstand. Zum Glück entsprach das Ergebniß dieses Feuerprozesses dem Willen der Versammlung, welcher einen Augenblick in großer Gefahr schwebte, unter dem absoluten Regimente des Vorsitzenden Schiffbruch zu leiden. Man entschied glücklich, daß auch die Unverletzlichkeit der Wohnung dem freiheitfeindlichen Gesetze eiserner Zeiten weichen müsse, so daß nun §. 7 so lautet: im Falle eines Krieges oder Aufruhrs kann, wenn die Volksvertretung nicht versammelt ist, durch Beschluß und unter Verantwortlichkeit des Staatsministeriums die zeit- und distriktsweise Suspension des §. 1 und §. 5 provisorisch ausgesprochen werden. Die Volksvertretung ist jedoch sofort zusammenzuberufen. §. 8, mit welchem sich die Regierung vollkommen einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. (Er lautet: es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militärbeamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Verletzungen vorstehender Bestimmungen gerichtlich zu belangen.)

Berlin, 26. Aug. Holland hat bekanntlich gegen das auf Limburg bezügliche Dekret des deutschen Parlaments protestirt. Es berief sich auf den Art. 4 des Traktates vom 15. Dec. 1831, welcher dem Könige von Holland freistellt, das rechte Ufer der Maas als Großherzog von Luxemburg anzunehmen oder mit Holland zu vereinigen. Wilhelm I. entschied sich für das Letztere und notificirte diesen Beschluß dem Bundestage im Juni 1839. Der Bundestag, durch Beschluß vom 5. Sept 1839, genehmigte diesen Akt, welchen die fünf Großmächte durch den Traktat der 24 Artikel voraus garantirt hatten. So lautete ihrem Sinne nach die Protestation Hollands, welche den 5 Mächten übergeben ward. Diese haben in ihrer Antwort anerkannt, daß ein gesetzlich abgeschlossener internationaler Kontrakt nicht einseitig aufgelöst werden könne. Auch die preußische Note, obgleich vorsichtiger in der Form, schließt sich dem Urtheile der übrigen Mitunterzeichner des Traktats der 24 Artikel an. Dieses Resultat war vorher zu sehen. Man kann zürnen über die damalige Politik des Bundestages, aber die Verträge müssen gewahrt sein. (Köln. Z.)

Berlin. Am 26. ist Hr. Dowiat, wegen angeblicher Betheiligung an den am 21. d. M. Abends stattgehabten Exessen, hierselbst zur Haft gebracht worden. (Voss. Z.)

** **Vom Rhein**, 25. August. Mitten unter den Dombaufestlichkeiten hat, ziemlich unbeachtet, in Köln ein Provinzial-Kongreß der demokratischen Vereine von Rheinland und Westfalen stattgefunden, der, wie er vor einem sehr kleinen, wenn auch ohne Zweifel sehr gewählten Publikum getagt hat, so auch selbst in der demokratischen Zeitungspresse, wahrscheinlich aus dem einfachen Grunde, weil diese demokratische Tagsatzung wenig Tröstliches für die Partei ergeben, fast ganz mit Stillschweigen übergangen ist. Erlauben Sie mir, diese Lücke durch einen kurzen Bericht zu ergänzen; Sie werden sich daraus entnehmen können, wie die Stimmung der Provinz in dieser Angelegenheit sich ausspricht. Der sogenannte Provinzialkongreß war ausgeschrieben von dem „Vorort" für die demokratischen Vereine der beiden westlichen preußischen Provinzen, von Köln, mit seinen drei Vereinen demokratischer Tendenz, der demokratischen Gesellschaft, dem Arbeiterverein und dem Klub für Arbeiter und Arbeitgeber, und zwar zuerst auf den Monat Juli, später auf die Zeit des Domfestes. Ob vielleicht ursprünglich bei dieser Vertagung eine Demonstration irgend einer Art, wie die Anwesenheit so mancher Gäste sie allerdings hätte begünstigen können, beabsichtigt war, weiß ich nicht: der Vorort hat als Motiv der Vertagung nur ganz allgemein „gewichtige Gründe" angeführet, und wenn irgend etwas Besonderes unternommen werden sollte, so haben die Umstände, der freudig warme Empfang des Königs und die gänzliche Theilnahmlosigkeit des Publikums für die mit allem möglichen Geräusch angekündigten Berathungen des „Provinzialkongresses" eine solche Unternehmung als, zur Zeit wenigstens, sehr übel angebracht erscheinen lassen, und es ist bei jenen Berathungen und einigen ziemlich unbedeutenden Beschlüssen geblieben. Vertreten waren von den bedeutenderen Städten der beiden Provinzen unser Köln und Düsseldorf, Trier, Bonn, Krefeld, Dortmund und Hamm; die großen Städte, Münster, Elberfeld, Barmen, Koblenz und Aachen dagegen gar nicht, und namentlich war in letzterer Stadt, in dem liberalen „Bürgerverein", der dort gestellte Antrag auf Beschickung des Kongresses mit Entrüstung zurückgewiesen worden. Den Beginn der Verhandlungen machten Mittheilungen der anwesenden Deputationen über die Wirksamkeit der einzelnen Vereine und den Stand der demokratischen Sache; die verschiedenen Redner, unter welchen ein Bonner Student und Herr Kinkel, außerordentlicher Professor in Bonn auf breitester demokratischen Grundlage, ganz besondern Beifall fanden, hatten allenthalben so günstigen Boden für die demokratische Saat entdeckt, daß sie für die Zukunft eine reiche Ernte in Aussicht stellten, obgleich von allen Seiten zugegeben wurde, daß die Saat zur Zeit noch wenig aufgegangen sei. Der Kongreß beschloß darauf, „zur Bestreitung der Kosten für die demokratischen Zwecke", oder, wie man sich, wenn man das obige Ackerbaubild beibehalten will, ausdrücken könnte, zur Bestreitung der Meliorationskosten, eine monatliche Steuer von 2 Pfennigen von jedem Mitglied eines Vereins zu erheben, eine Steuer, die hoffentlich Niemanden, selbst keinen Demokraten auf breitester Grundlage, ruiniren wird, und ging dann auseinander. Das ist der demokratische Provinzialkongreß, der im Jahre des Heils 1848 in Köln am Rhein gehalten worden ist. Sit illi terra levis.

In den ersten Anfällen jener krankhaften Humanität, welche die ersten Tage der französischen Februarrepublik bezeichneten, dekretirte bekanntlich die damalige provisorische Regierung die Aufhebung der Körperhaft als Exekutionsmittel in Schuldsachen, und so kann es kein Wunder nehmen, daß alsbald auch in der Berliner Nationalversammlung die Erlassung eines Gesetzes beantragt wurde, wonach in Zukunft keine Urtheile, mit Ausnahme derer, welche sich auf Wechselforderungen gründen, durch körperliche Haft mehr vollstreckt werden sollen. Dieser Antrag stößt indeß, namentlich in der Rheinprovinz, auf den entschiedensten Widerstand, der sich bereits in vielfachen Petitionen und Adressen, sowohl von Privaten, als Handelsgerichten und Handelskammern vernehmen läßt. In der That scheint es, daß die Erlassung eines Gesetzes, wie jener Antrag es fordert, in Handelssachen und für Handelsschulden den im Handel nothwendigen und jetzt ohnehin so sehr geschwächten Kredit noch mehr schwächen und dadurch die Interessen des Handels in hohem Grade beeinträchtigen würde. Bei Handelsschulden bietet sehr oft die Körperhaft das einzige Mittel, die gerechten Forderungen der Gläubiger zu sichern; die Körperhaft allein vermag den unzähligen Betrügereien vorzubeugen, welche böswillige Schuldner, sobald ein Gesetz im Einklange mit dem obigen Vorschlage erlassen würde, versuchen werden, um der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu entgehen. Das Vermögen der Kaufleute besteht nicht in Immobilien, sondern in Geld, Wechseln und Waaren, die leicht jeder Beschlagnahme zu entziehen sind; fällt die Furcht vor Körperhaft weg, so wird der Betrüger sein Vermögen zu sichern wissen, und der redliche Gläubiger wird das Opfer eines Gesetzes, dessen Annahme ein völliges Verkennen der Grundlage aller kommerciellen Verhältnisse bekunden würde. Die provisorische Regierung der französischen Republik hat, als sie die Körperhaft aufhob, doch diese Aufhebung nur mit der Beschränkung verfügt, daß die Nationalversammlung definitiv zu entscheiden habe, ob jene Verordnung in Kraft bleiben solle oder nicht, und da seitdem von allen Handelsgerichten und Handelskammern Proteste gegen dieselbe eingelaufen sind, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Nationalversammlung, wie auch bereits der Antrag gestellt ist, das Rechtsmittel der Körperhaft wieder anerkennen wird; die Berliner Versammlung wird hoffentlich auch dieses Beispiel sich zum Muster nehmen.

Baiern, München, 25. Aug. Graf Hegnenberg, der dieser Tage von Frankfurt aus hier war, kehrt zur Reichsversammlung zurück, nachdem er hier in häufigem Verkehr mit den Ministern stand; der Graf soll zum Bevollmächtigten Baierns bei der Centralgewalt ausersehen sein. Eben höre ich, daß heute aus Reichenhall von Sr. Majestät dem König der Befehl eingetroffen sein soll, sofort mit der Auspackung und Wiederaufstellung des Hausschatzes (Schatzkammer) zu beginnen und sobald als nur immer thunlich das Publikum zur Besichtigung desselben wie früher wieder zuzulassen; eine Anordnung, die nicht verfehlen wird, den besten Eindruck im Publikum zu machen.

(Augsb. Abdztg.)

Baden. 0* Heidelberg, 29. Aug. Gestatten Sie einem Fremden, der gestern zufällig Gelegenheit hatte, dem in Ihrer Stadt

Digitized by Google

zu Ehren des Geburtstags des Großherzogs veranstalteten Festessen beizuwohnen, einen kleinen Raum, um Ihnen kurz den befremdenden Eindruck zu schildern, den dieses Mahl bei ihm hinterlassen hat. Durch einen Freund am Tage zuvor von der Stellung der Parteien in Heidelberg ziemlich genau unterrichtet, war ich auf den „Geist der Feier“ sehr gespannt. Daß der offizielle Toast auf den badischen Fürsten so unglücklich ausfiel, will ich nicht weiter urgiren; die Sicherheit und die schlagenden Worte, mit denen ein schlichter Bürger bald darauf die Bedeutung des Zusammenkommens heraorhob, werden dem Herzen Sr. kön. Hoheit gewiß hinreichend wohlthun. Allein ich muß Ihnen meine große Verwunderung darüber aussprechen, daß, nachdem später der Bürgermeister von Heidelberg nur dem Manne und nicht auch dem Fürsten sein Lebehoch dargebracht wissen wollte, Keiner, ich sage Keiner mehr aufstand, der den Sinn der Feier als einr dem konstitutionellen Monarchen dargebrachte Huldigung rettete. Es handelt sich ja gar nicht in Deutschland um die bessere Staatsform. Die Frage heißt einzig, soll Ordnung und Gesetzlichkeit im Lande herrschen oder nicht, und da, wie uns täglich leider nur zu viele Beispiele lehren, Ordnung und Gesetzlichkeit nur in einr in Ehrlichkeit und Selbstsuchtlosigkeit aufgebauten konstitutionellen Monarchie bei uns in Europa zur Geltung gelangen, so kann ein jeder Deutscher sein Glas zu Ehren eines Fürsten leeren, welcher trotz der schlimmen Einflüsse einzelner nunmehr beseitigten Persönlichkeitrn stets allen übrigen Monarchen des Vaterlandes weit vorangegangen ist! Statt dessen gibt eine große Versammlung, warin sich glänzende Namen befinden, es ruhig zu, wenn eine kleine Partei ihn nur als Privatmann anerkennen will, ohne zu bedenken, daß wenn der Großherzog, solcher unzuverlässigen Stützen endlich überdrüssig, sich wirklich ins Privatleben zurückzöge, ihm selbst gewiß der geringste Nachtheil daraus erwachsen würde! —

Schleswig. * Altona, 22. August. Die am 19. abgehaltene siebente und letzte Sitzung der Landesversammlung war einr der wichtigsten und interessantesten. Es wurde über folgende Anträge abgestimmt: 1) Der Antrag der Majorität des Ausschusses, daß der am 17. niedergesetzte Verfassungsausschuß sich sofort konstituire, trotz der Vertagung seine Arbeiten vollführe und seinen Bericht zum Druck befördere, wird mit großer Majorität genehmigt. 2) Das Bureau verbleibt während der Vertagung an Ort und Stelle und hat die Versammlung zu geeigneter Zeit zu berufen. Fast einstimmig genehmigt. 3) Die Wiedereinberufung geschieht jedenfalls nicht später als nach 4 Wochen. Mit großer Majorität angenommen. 4) Die Versammlung tritt auch ohne Einberufung jedenfalls spätestens den 15. September wieder zusammen. Mit großer Majorität angenommen. 5) Die Vertagung dauert so lange bis uns Frankfurt der Bescheid eingegangen ist, ob der Wunsch der Centralgewalt als Befehl zu beachten sei. Einstimmig abgelehnt. 6) Das Bureau hat die Versammlung erforderlichen Falls sofort zuberufen. Einstimmig angenommen. 7) Falls die provisorische Regierung während der Vertagung abtreten sollte, hat das Bureau die Versammlung sogleich zu berufen. Mit großer Majorität angenommen. 8) Die Versammlung kann (vorbehaltlich des Rechts der Centralgewalt) nicht aufgelöst noch vertagt werden, (vorbehaltlich des Rechts der Selbstvertagung.) Mit großer Majorität angenommen. 9) Die Versammlung fordert die provisorische Regierung auf, die Rüstungen mit Energie zu betreiben. Angenommen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit folgt die Berathung über Olshausens Entlassung. Der Antrag von Sumwer: Die Versammlung erklärt, daß sie das Schreiben Olshausens mit Bedauern empfangen habe, allein bei dem Inhalte desselben seinem Austritt kein Hinderniß in den Weg lege, wird mit 59 gegen 42 Stimmen angenommen; der von Rigen: Olshausen den Dank des Vaterlandes auszusprechen, mit 59 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Unsere Landesversammlung war, wie aus dieser letzten Sitzung ersichtlich, sehr thätig, sie hat rasche Beschlüsse gefaßt, was in dieser eiligen Zeit dringend nöthig ist. — Statt des zweiten Bataillons der Badener, welche bereits nach dem Norden weiter vorgerückt sind, ist nun das dritte eingetroffen, welches morgen gleichfalls einem andern Platz machen wird. — Nach Briefen aus der Umgebung des Generals Wrangel wäre noch nicht an den Waffenstillstand und noch weniger an den Frieden zu denken, doch geben wir wenig auf solche Mittheilungen, da sie stets trügen.

ϑ **Frankfurt**, 29. Aug. Die Hoffnung, daß der § 14 der Grundrechte heute in der Nat.Vers. zur Abstimmung kommen werde, hat sich nicht bestätigt; und es mag vielleicht vortheilhaft sein, daß zwischen der Debatte und der Abstimmung (wahrscheinlich am Freitage, da am Donnerstage Präsidentenwahl ist) einige Tage zwischen inne liegen. Denn nach den mancherlei Aeußerungen, die gehört werden, scheinen die Meinungen sich noch immer nicht ganz fest gestellt zu haben. Vor dem Beginn der heutigen Diskussion zeigte der Präsident abermals mehrere Beiträge für die Deutsche Flotte an, darunter 100 fl. von dem Kauf. Bassermann aus Mannheim. Hierauf trat Eisenmann auf die Tribune, um den Minister des Innern zu interpelliren. Er habe früher an keine Reaktion geglaubt, aber jetzt sehe er, daß sich eine furchtbare Reaktion vorbereite. Dieser Gegensatz zu seinen früheren Aeußerungen erregte eine große Heiterkeit in der Versammlung. Die gefahrvolle Reaktion findet er nämlich in der Gefährdung Ungarns durch die Kroaten. Die Niederlage Ungarns sei die Niederlage Deutschlands. Es würden jetzt 24,000 Mann Kroaten aus Italien zurückberufen, ohne Zweifel nach Ungarn aber kein Mann! Mit Ungarn fange man an, mit Deutschland hört man auf. Er stelle deßhalb die Frage an das Ministerium, ob es gesonnen sei, einen Gesandten nach Ungarn zu senden? Die Antwort wird wahrscheinlich am Freitag gegeben werden.

Der § 14 lautet nach dem Ausschußantrage:

Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

Nach der rechten Seite, das heißt hier nach der Beibehaltung des bisherigen Bevormundungssystemes durch den Staat, werden nur von wenigen Mitgliedern Anträge gestellt, wie z. B. von Beisler, welcher die Anträge, nicht die definitiven Beschlüsse über die Stellung und Organisation der Kirche einer Reichssynode zuweisen will. Andre begnügen sich, gegen alle Anträge zu stimmen. Höchstens mit dem Ausschußantrage wollen theils die eigentlichen Bureaukraten, theils die grundsätzlich protestantischen Staatskirchler stimmen. Zunächst nach der Linken steht das zweite Minoritätsgutachten von Beckerath und Kanforten:

Die bestehenden und die neu sich bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre inneren Angelegenheiten selbständig.

Für diesen Antrag, welcher der Kirche eine halbe Freiheit bietet und durch die bewegliche Grenze zwischen innern und äußern Angelegenheiten dem Staate ein fast ganz beliebiges Herübergreifen gestattet, sprechen sich aus viele der freisinnigsten Katholiken, welche für sich einen Schutz des Staates gegen die Macht des Ultramontanismus suchen, ferner die sogenannten Protestanten, theils von der Jesuitenangst gequält, theils vor der eigenen Selbständigkeit sich fürchtend, und endlich der politische Liberalismus, welcher, im Allgemeinen der Kirche abhold, doch des freiheitlichen Princips wegen einige, wenn auch nur nominelle Konzessionen machen zu müssen glaubt. Auf der Linken steht das erste Minoritätsgutachten:

Die bestehenden und die neu sich bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig.

Darin wird die Unabhängigkeit der religiösen Genossenschaften unumwunden und principiell ausgesprochen und der Unterschied zwischen innern und äußern Angelegenheiten ganz aufgegeben. Auf dieser Seite steht die streng kirchliche Partei der Katholiken, die Protestanten, welche für ihre eigene Kirche die Presbyterial- und Synodalverfassung verlangen, und die politische demokratische Partei, diese jedoch mit mehrfachen Klauseln, durch welche der Hierarchie ein Bein gestellt werden soll. Das sind die Hauptrichtungen der Parteien in Beziehung auf den §. 14. Es versteht sich jedoch, daß viele Mitglieder (es liegen fast unzählige Amendements vor) sich in Anträgen versucht haben, welche eine Brücke zwischen den Hauptanträgen bilden, und durch welche immer nach der einen oder andern Seite hin ein kleines Riegelchen vorgeschoben werden soll. Da in dieser Sache eigentlich nur die zwei äußersten Parteien — hier nicht die politische, sondern die streng staatliche und streng kirchliche — genau das Ziel im Auge haben, das sie erstreben, alle andern dazwischen aber hin und her schwanken und vergeblich einen festen Standpunkt zu gewinnen suchen, so läßt sich das Resultat der Abstimmung noch nicht ein Mal mit Wahrscheinlichkeit angeben.

Unter den heute aufgetretenen Rednern sprach sich Ahrens, Prof. aus Hannover, für das zweite Minoritätsgutachten aus. Er bezeichnete dabei näher, welchen Unterschied er zwischen innern und äußern Angelegenheiten mache; zu den ersten nämlich rechnet er Lehre, Kultus, Disciplin und Verfassung; zu den zweiten die Anstellung des Geistlichen und die Vermögensverwaltung. Die Anstellung der Geistlichen solle der Staat an die Gemeinden übertragen. In diesem Sinne beantragt er einen Zusatz, durch welchen den Gemeinden eine Mitwirkung bei der Anstellung der Geistlichen gesichert werden soll. Den interessantesten Vortrag hielt heute ohne Zweifel Laffaux, Prof. aus München. Die Geschichte Christi wiederhole sich in der Geschichte der christlichen Kirche. Diesen Gedanken führt er durch die einzelnen Perioden hindurch und kommt zu dem Resultate, daß wir

Digitized by Google

jetzt an der Grablegung stehen. Wie dort die römischen Soldaten, so stehen jetzt die gestreiften Schergen der Staatsgewalt am Grabe der Kirche, um Wache zu halten, daß sie nicht auferstehe. Es sei aber eine doppelte Schande und Lüge, wenn man jene Bureaukratie im Staate abschaffe, in der Kirche oder fortbestehen lasse. Man habe die Censur abgeschafft, und doch sei das placet regium nichts Anders als eine Präventivcensur. Eben die schiefe Stellung der Kirche, in die sie gedrängt worden sei, habe ihr den Haß von vielen Seiten zugezogen. Der Staat aber untergrabe sich selbst durch eine feindliche Stellung gegen positive Religion. Wenn der Alles untergrabende Scepticismus auch in die unteren Volksklassen eindringe, dann werde sich Gottlosigkeit und Armuth mit einander verbinden, das Leben aus den Wurzeln zu heben und umzustürzen. Ein ähnliches Verhältniß kennt er nun in der letzten Periode des römischen Kaiserreiches. Wer die Freiheit im Staate wolle, in der Kirche aber nicht wolle, der verrathe entweder einen Mangel an Verstand oder an Herz oder an beiden. Er will ein bestimmtes Aussprechen des Princips. Wir leben in einer zweiten Art von Völkerwanderung, in der Wanderung der Principien; da gelte es, dieselben scharf ins Auge zu fassen u. bestimmt auszusprechen. Pfeiffer, prot. Prediger aus der Neumark, nimmt den entgegengesetzten Standpunkt ein. Er kämpft gegen die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate, theils weil ihm dieselbe gefährlich für die Freiheit scheint, theils weil er sie für unverträglich mit der höheren Idee des Staates hält. Die Uebertragung des Episkopates an das Oberhaupt des Staates hält er für ein nothwendiges Princip des Protestantismus und wünscht, daß auch der Katholicismus zu dieser Anerkennung gelange und dadurch aus seiner Aeußerlichkeit heraustrete.

Gfrörer, Prof. aus Freiburg, vertheidigt die Unabhängigkeit aus dem nationalen Gesichtspunkte. Er sucht geschichtlich nachzuweisen, wie einerseits die Herabwürdigung der Kirche zur Dienerin und Schmeichlerin der Staatsgewalt den ganzen Sinn des deutschen Volkes verknechtet habe, andrerseits wie eben diese Dienstbarkeit und Verweltlichung der Kirche den Haß gegen sie und die Feindseligkeit gegen die Religion selbst hervorgerufen habe. Wigard aus Dresden, Deutschkatholik. Er wolle die Unabhängigkeit des Individuums von der Staatsgewalt, aber auch von der Kirchengewalt, und ist deßhalb für alle Anträge, welche gegen die Priesterherrschaft gerichtet sind. Er sucht die Gfrörer'sche Geschichtsanschauung zu widerlegen. Mit Heftigkeit greift Siskea die Bestrebungen des Katholicismus in Oesterreich an und lobt es, wir daselbst die Staatsgewalt unter Joseph u. s. w. die Hierarchie niedergehalten habe. Er würzt seinen Vortrag mit einzelnen Anekdoten von Wallfahrt und von der Ohrenbeichte, was ihm viele willige Ohren öffnet. Er hofft, daß die Oesterreicher deutschkatholisch werden, was jedoch vielfachen Widerspruch hervorruft. Als Bedingungen der Emancipation der Kirche will er festhalten: Beschränkung des Gütererwerbes, der Klöster als Korporationen, und Freimachung der Schule von der Kirche.

Blömee, Landgerichtsrath aus Aachen, erhebt sich mit Indignation gegen die Angriffe des vorigen Redners gegen die katholische Kirche und fühlt sich aufgefordert, ein Zeugniß für dieselbe abzulegen. Sein Vortrag voll Ernst und mit großer Beredsamkeit gehalten, ist nicht ohne Wirkung. Die Unterscheidung zwischen innern und äußern Angelegenheiten hält er für so gefährlich, daß er lieber will, es bleibe beim Alten, als daß das zweite Minoritätsgutachten angenommen würde. Die Behauptung, daß die Petitionen für die Freiheit der Kirche, welche die Unterschriften von 300,000 Familienvätern tragen, von einer Menge unterschrieben worden sei, welche nicht wisse, wozu man sie verleitet habe, erscheint ihm als eine Beschimpfung des deutschen Volkes. Uebrigens weist er nach, daß schon in den Märztagen die Vertreter der Städte des Rheinlandes die Trennung von Kirche und Staat verlangt hätten. Röhler aus Oels hält eine Rede über den Ursprung des Patronatsrechtes, um nachzuweisen, daß die Nationalversammlung, ohne in die Rechte der Kirche einzugreifen, berechtigt sei, das Patronatsrecht den Gemeinden zu übertragen. Seine Rede ist mit vielen, theils gerothenen, theils mißrathenen Witzen gewürzt.

Frankfurt, 14. August. Der Abgeordnete Wiesner gibt in der Reichstagszeitung eine Probe über „die Urtheilsbeständigkeit" der Deutschen Zeitung, welche ihn in ihren jüngsten Nummern so „heftig" angegriffen und verächtlich von „Wiesners Mißbegabtheit", der jede Sache verderbe, gesprochen hatte. Der „Mißbegabte" erzählt: Als ich im September 1847 nach Vollendung des Drucks meiner „Denkwürdigkeiten der österreich. Censur vom Zeitalter der Reformation bis auf die Gegenwart" nach Heidelberg kam, forderte mich sogleich die Redaktion der Deutschen Zeitung in den süßesten schmeichelhaftesten Ausdrücken auf, an ihrem Organ thätig mitzuwirken. Bald darauf verbreitete sich in vielen Blättern die Nachricht, ich sei als Mitredakteur der D. Z. nach Heidelberg berufen worden, wogegen die schönbegabte Redaktion mit keiner Silbe berichtigend auftrat, obgleich ich im Interesse der Wahrheit eine solche Berichtigung wünschte. Während meiner halbjährigen Mitwirkung an dem damals noch mit der Zeit fortschreitenden Organe äußerte Hr. Gervinus oft genug sein Bedauern, „die großen Dienste, die ich der D. Z. leiste", nicht nach Verdienst lohnen zu können, und füllte im Gespräche mit Andern über meine geistige Begabung, mein publicistisches Wesen u. s. w. die schmeichelhaftesten Urtheile. Als ich nun wegen Meinungsverschiedenheit über Behandlung eines wichtigen Artikels meiner Mitarbeiterschaft ein Ziel setzte, ersuchte mich Hr. Gervinus, zuerst schriftlich, dann in einer längeren Unterredung sehr dringend, der Deutschen Zeitung meine Mitwirkung nach wie vor widmen zu wollen. Ich beharrte auf meinem Vorsatz, da Hr. Gervinus zwar die Richtigkeit meiner Ansichten anerkannte, dennoch aber noch seinen eigenen vorgehen wollte. Daß nun die Deutsche Zeitung an meinem parlamentarischen Wirken keinen Geschmack findet, wundert mich keineswegs, da die gute Deutsche seit dem Vorparlament rastlos rückwärts ging; daß aber die Redaktion im Grimm über meine Theilnahme an der Amnestie- und Thiengen Wahlfrage ihr früheres Urtheil über ihren ehemaligen Mitarbeiter plötzlich über Bord wirft und meine erst unlängst so gepriesene Begabtheit nun in eine „Mißbegabtheit" umstempelt, das ist so komisch, daß ich sie jetzt mich auf den Ausruf beschränken kann: Risum teneatis amici! Frankfurt, 18. Aug. 1848. A. Wiesner.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. August. Die Unterhandlungen wegen des Waffenstillstandes sind am 19. d. abgebrochen worden, weil man sich dänischer Seits weigerte, die Billigkeit aller von der provisorischen Regierung seit dem 24. März getroffenen Verfügungen und Erlasse zuzugestehen. Am 20. d. traf ein preußischer Unterhändler aus Malmö hier ein, um die Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, dänischer Seits wollte man jedoch Nichts mehr von Waffenstillstand hören, sondern sich nur mit Unterhandlungen wegen eines definitiven Friedens befassen. In Folge dessen begab sich Graf Knuth nach Malmö, wo man schwedischer Seits zu Gunsten Dänemarks 2 Mill. Rthlr. Cou. Kriegskosten forderte, wie behauptet wird, zur Deckung für die von den schwedischen Reichsständen bewilligte Summe, welche angeblich die genommenen deutschen Schiffe verpfändet sein sollen. Deutscher Seits hingegen wurde eine Forderung von 8 Mill. (Bankthalern) Kriegskosten und Schadenersatz verlangt. Eine Einigung scheint daher sehr schwer zu erzielen. Ob nun dennoch eine Waffenruhe zu Stande kommt, vermögen wir hier nicht zu bestimmen; für uns kann eine solche nur wünschenswerth sein, weil die Jütländer dadurch Zeit gewinnen, ihre Ernte einzubringen und nach England zu verschiffen. Uebrigens geht das Gerücht, daß nicht allein in aller Stille Truppenverstärkungen aus Schweden nach Fünen und Seeland (?) verschifft werden, sondern auch von der, gegenwärtig 17 Segel starken russischen Flotte circa 4000 Mann nebst einem Feldlazareth auf Möen ans Land gesetzt worden seien. (H. K.)

Großbritannien.

London, 26. Aug. Das Morn. Chr. enthält aus Hamburg vom 22. Aug. eine Mittheilung, worin es heißt: Die durch den General v. Bülow preußischer Seits gemachten Eröffnungen seien, wie es schien, so maßlos gewesen, daß König Oscar auf sie nicht hören wollte (!); die Bemühungen des Lords Cowley seien an den widerstrebenden Interessen gescheitert. Der dänische Staatsminister habe offen erklärt: „Nicht weil in der Form Etwas verfehlt gewesen sei der Waffenstillstand nicht zu Stande gekommen, sondern weil General Wrangel noch andere Bestimmungen hinzufügte, die in dem ursprünglichen, von Preußen gutgeheißenen Vertrage nicht enthalten gewesen und nie und nimmer die Zustimmung Dänemarks erhalten könnten." Es heißt dann weiter: Der Krieg, scheint es, wird für einige Zeit fortgesetzt werden; man bereitet sich dazu aufs Kräftigste vor. Der Kaiser von Rußland hat eine bedeutende Summe in Gold nach Kopenhagen gesandt, die Flotte hat sowohl an Truppen als Schiffen Verstärkungen erhalten, und Schweden scheint jetzt entschlossen, thätigen Antheil zu nehmen, sobald ein deutscher Soldat die Grenze Jütlands überschreiten sollte." (Dafür dürfen die Dänen ihre feigen, hinterlistigen und zwecklosen Neckereien ungestraft ausüben, und noch kann man in verschiedenen deutschen Blättern lesen, daß der österreichische Gesandte von Kopenhagen nicht abberufen wurde und mit dem dänischen Hofe im besten Einvernehmen steht. Hätte man im rechten Augenblick mit derselben Nichtachtung aller möglichen diplomatischen Einwürfe und bewaffneten Interventionen, wie die Oesterreicher Mailand, so im Norden ganz Jütland besetzt

und dieser Provinz in gehörigem Maße Kriegssteuern aufgelegt, so würde der Krieg jetzt muthmaßlich bereits entschieden sein. Aber in Oberitalien führte Oesterreich den Krieg auf eigne Faust, im Norden wurde mit herkömmlichem Phlegma und genügender Zusammenhangslosigkeit ein „Reichskrieg“ geführt).

Die irländischen Behörden sind davon in Kenntniß gesetzt worden, daß sich mehrere Schiffe unterwegs befinden, die von Amerika freiwillige Mannschaften (sogenannte amerikanische „Sympathiser“) und Waffen nach Irland bringen sollen, um den nun bereits beseitigten Aufstand zu unterstützen. Davon abgesehen, daß dieser Zuzug bereits zu spät kommt, haben alle auf der Rhede von Kingstown liegenden Dampfschiffe und andere Fahrzeuge Befehl erhalten, längs den Küsten zu kreuzen und jene amerikanischen Schiffe abzufangen. Bekanntlich gehen die Irländer in den Vereinigten Staaten damit um, außer dieser Expedition eine zweite zur Loßreißung Kanadas von England und eine dritte nach Bermuda zur Befreiung Mitchells abzuschicken. Für die erste allein wollte man 50,000 Mann zusammenbringen, man wird aber, wenn überhaupt, schwerlich mit so vielen Hunderten das Befreiungswerk Unterkanadas beginnen. Die Irländer sind gewaltige Renommisten, schaden aber mit ihren Aufschneidereien und sanguinischen Erwartungen am meisten sich selbst.

Das Dampfboot Ocean Monarch geräth nach seinem Auslaufen aus Liverpool am 24. wenige Meilen davon in Brand; die Flammen griffen so schnell um sich, und Hilfe kam so spät, daß bei diesem entsetzlichen Ereignisse von 300 Passagieren nicht weniger als 170 in den Flammen oder den Wellen umkamen. Der Prinz Joinville, der sich in der Nähe auf einem brasilianischen Dampfboote befand, soll sich durch Unerschrockenheit hierbei ausgezeichnet und mehreren Passagieren das Leben gerettet haben.

Frankreich.

Paris, den 27. August. Wir haben in der gestrigen Nummer die Verhandlungen über den Untersuchungsbericht in möglichster Ausführlichkeit abgedruckt, um unsern Lesern Gelegenheit zu geben, sich selbst über die Vertheidigung der Angeklagten ein Urtheil zu bilden. Nachträglich wollen wir nun unsere Ansicht aussprechen. Trotz des fast ununterbrochenen Verläugnens und Lügenstrafens hat sich uns dennoch die Ueberzeugung aufgedrungen, daß die von den Polen in Berlin eingehaltene Taktik in Paris Nachahmung gefunden hat. Ein großer Theil der Beschuldigten ist schuldig, und sie werden nur deßhalb der Strafe entgehen, weil die Republik sich zu schwach fühlt, um den Monarchisten gegenüber sich ihrer äußersten Linken in solcher Weise zu entledigen. Denn die Zahl der wirklichen selbstsuchtslosen Republikaner ist, wie bei uns in Deutschland, so auch in Frankreich sehr gering.

Der National und die Reforme bringen heute einen Brief Louis Blancs, worin dieser anzeigt, daß er sich entfernt, um auf diese Art besser gegen den Belagerungszustand und die Herrschaft der Gewalt protestiren zu können. Er glaube nicht, daß Frankreich geneigt sei, noch länger diesen ungesetzlichen Zustand zu dulden. Wenn der Tag der Debatte herankomme, werde er sich stellen. Man versichert, daß sich Louis Blanc gestern nach der Sitzung sogleich auf der Eisenbahn nach Calais begeben und dort nach England eingeschifft habe. Auch Caussidière konnte nicht verhaftet werden — er soll sich nach Belgien entfernt haben. — Der Independant de l'Ouest, eines der Hauptorgane der legitimistischen Partei, erklärt sich für ermächtigt, offiziell anzuzeigen, daß die Prinzen der Familie Orleans anerkannt haben, daß der Herzog von Bordeaux der rechtmäßige Thronerbe Frankreichs sei, und daß sie auf alle ihre Ansprüche Verzicht geleistet haben, sich zugleich verpflichtend, der Wiederherstellung der legitimen Monarchie kein Hinderniß in den Weg zu legen, sobald die Republik in Frankreich als unmöglich erkannt werden würde. Die Orleanisten verstärken sich durch diese Erklärung mit den Anhängern der Bourbonen ohne allzugroßmüthige Aufopferung. Denn bei der notorischen Kinderlosigkeit Henri V. bleibt ihnen so im monarchischen Frankreich die Rückkehr zum Thron doch stets offen. Dasselbe Journal fügt hinzu: „Die Februar-Revolution ist beinahe schon am Ende ihrer Laufbahn angelangt.“

Proudhon hat der Nationalversammlung einen neuen Finanzvorschlag vorgelegt, derselbe betrifft eine Nationalanleihe von 2000 Millionen, um Handel und Industrie wieder in die Höhe zu bringen und alle Defizits zu decken, und die Vereinigung der Bank von Frankreich mit dem Staatsschatze. Proudhon's Talent ist ein rein negatives. In Zerlegungen von dunkeln Begriffen der Nationalökonomie ist er sehr scharfsinnig, wenn gleich sein: „Eigenthum ist Diebstahl, einen logischen Widerspruch in sich schließt; indem nämlich Diebstahl“ ein Eigenthum voraussetzt; Eigenthum gleich Diebstahl aber Eigenthum am Eigenthum oder Diebstahl am Diebstahl sein würde. Handelt es sich hingegen um positive Schöpfungen, so wird man nicht leicht einen Socialisten finden, der so gedankenleer ist, als der geistreiche Jean Pierre Proudhon; da ihm im Chaos seiner Abstraktionen der erste Grundbegriff entgeht, daß Reichthum sich nur durch Arbeit in Verbindung mit Sparsamkeit, nie aber durch Law'sche Finanzschwindeleien herstellen lasse.

In Lille sind am 25. d. ernste Unruhen unter den Arbeitern der dortigen Nationalwerkstätten ausgebrochen. Die Truppen und die Nationalgarde holten sogleich die Waffen ergriffen und alle Punkte der Stadt besetzt. Ein Dekret des Präfekten erklärt die Nationalwerkstätten für aufgelöst. Man sieht heute ferneren Nachrichten entgegen.

Von Thiers erscheint im Laufe dieser Woche ein neues Buch, welches den Titel: De la propriété führt.

Der Club de l'homme armé ist gestern in Folge des neuen Gesetzes über die Klubs geschlossen worden, und der Präsident und die Sekretäre werden wegen Aufreizung gerichtlich verfolgt.

Morgen wird Herr Armand Marrast den Bericht der Kommission und den modificirten Konstitutionsentwurf der Nationalversammlung vorlegen.

Italien.

*Rom, 18. August. Nachdem die verschiedenen Staaten Italiens der Reihe nach zur Ruhe und Ordnung zurückgeführt worden sind, kommt es nun auch an den Kirchenstaat und allen Anzeichen nach scheinen sich desselben Franzosen und Engländer gemeinsam annehmen zu wollen. Daß Erstere hier einrücken würden, wurde schon seit mehreren Wochen als Gerücht umhergetragen, jetzt wird es als gewiß gegeben und in den nächsten Tagen erwartet. Unterrichtete Personen halten es für wahrscheinlich, daß die Engländer ein oder mehrere Forts besetzen werden. — An dem Papst, von dem man sonst Nichts vernimmt, wird seit mehreren Tagen eine gewisse Agitation wahrgenommen, die zu dem Gerücht Veranlassung gegeben hatte, er habe seine epileptischen Zufälle wieder bekommen. Dem wird von Personen, die über diesen Punkt vollkommen und gründlich unterrichtet sein können, widersprochen. Sein Zustand muß aber ein sehr peinlicher sein, da ihm namentlich die Verwandlung des Jesuitenkonvents in eine Kaserne oder Wachtquartier viele Skrupel geweckt haben soll. Und in der That ist es ein sehr verdächtiges Symptom, eine Freischaar, die sich in anderen Zeiten des Segens des Papstes gerühmt hat, in kirchliches Eigenthum mit einem rohen Hohngelächter eindringen und sich dort festsetzen zu sehen, und dies um der lieben langen Weile willen und bloß um Andere dadurch zu ärgern und zu kränken. — Die Kammern haben auch nicht eine der Rede werthe Arbeit zu Stande gebracht und liberale, aber einsichtige und erfahrene Leute sprechen die Ueberzeugung aus, daß es ihren Landsleuten zum parlamentarischen Wirken und Handeln zur Zeit noch an jeder Vorbereitung fehle. Maulwerk haben sie zwar genug, allein die Vorlagen fehlen und man darf nur die Angaben der Tagesordnungen durchsehen, um sich zu überzeugen, daß sie sich Aufgaben selbst zu stellen nicht einmal versucht haben, sondern daß man immerfort von den Franzosen sogar den Stoff hat borgen müssen.

Aus Turin, 19. August, erfährt man, daß das Ministerium ein Manifest erlassen hat, worin es erklärt, wie es die Konvention von Mailand vom 9. August für null und nichtig erklärt, die Anklagestellung einer Anzahl höherer Officiere anordnet und Frankreichs bewaffnete Einschreitung, nicht bloß seine Vermittelung, nachgesucht habe.

Venedig, 9. Aug. Die Regierung hat auf Antrag der Assemblea eine neue Botschaft nach Paris abgesandt, um das Gesuch der Intervention zu wiederholen. Der Chevalier Angelo Mengaldo, Erkommandant der Nationalg. wurde mit dieser Sendung beauftragt. (Bas.Z.)

Ungarn.

Pesth, 20. August. Briefe aus Bukarest vom 13. August berichten, daß der türkische Pascha Sulelman im Namen der Pforte die neugewählten drei Regierungsmitglieder: Georg Golesco, Eliad und Tell anerkannt, das allgemeine Stimmrecht, die Volksbewaffnung und die Preßfreiheit aber entschieden zurückgewiesen habe. (Brls.Z.)

Die Pesther Zeitung enthält folgende mit Vorsicht aufzunehmende Nachricht: Den 21. August, noch 2 Uhr Nachmittags, kam Graf Chotek als Kurier nach Pesth aus dem Ungarischen Lager mit der offiziellen Nachricht, daß die römischen Schanzen, das festeste der fünf serbischen Lager, durch die Ungarn gestürmt und erobert worden sind.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Die drei Berliner Tage.

*** Berlin, 23. Aug. Wir erlebten wieder drei Tage, wo jede Stunde (Sonntags, Montags und Dinstags) ihre besondere Geschichte hat. Ein Berichterstatter, der alle Vorfallenheiten getreu mittheilen wollte, hätte sich in Charlottenburg und Berlin, und hier wieder in den verschiedensten Theilen zu gleicher Zeit aufhalten müssen. Ich nehme an, daß Sie vom faktischen Verlaufe dieser drei traurig-merkwürdigen Tage durch andere Korrespondenten oder durch das im Ganzen unterrichtet sind, was auch schon die Berliner Zeitungen Ihnen hinterbracht haben müssen. Lassen Sie mich nur die Bedeutung der einzelnen Momente ins Auge fassen, welche Berlin wieder zu einer beklagenswerthen Berühmtheit bringend, in das allgemeine Weltdrama hineinspielen. Schrecken, Bangigkeit und Entrüstung streiten sich hier um die Vorherrschaft in den Gemüthern; ich kann nur ein Resultat herausfinden, welches mit meinen früheren Ansichten, die ich in mehreren Briefen niedertegte, stimmt. Der Radikalismus, in seiner gegenwärtigen Gestalt, sich Demokratie nennend, liegt in einem Todeskampfe; er fühlt, daß er im wahren Volke keinen Eingang findet, seine letzten konvulsivischen Zuckungen erschrecken uns; aber auch wenn sie noch furchtbarer wären, als die, deren Zeugin Berlin geworden, dürften sie uns nicht besorgt machen, es ist keine Lebenskraft darin, es ist ein letztes Ausschlagen und Zugreifen der erstarrenden Glieder. Der Druck einer sterbenden Hand ist stark, sie preßt wie Eisen, aber es ist kein warmer Händedruck, der zum Widerdruck auffordert. — Der Anfall der Charlottenburger am Sonntag auf die dortigen Demokraten ist ein Akt des rohen Fanatismus, der unter allen Umständen mißbilligt werden muß; aus der Prügelei ward sogar fast eine Mordscene. Ob die Charlottenburger mehr durch den gefürchteten Republikanismus oder den Atheismus der Demokraten in diese fanatische Wuth gerieth, ist zur Beurtheilung gleichgiltig; doch ist Letzteres wahrscheinlicher, da Bruno Bauer mit seinen Brüdern von Charlottenburg aus seine antichristlichen Brandraketen in die Welt schickte. Daß der dortige Geistliche, auf den der Verdacht der Anstiftung geworfen ist, durch Predigten gegen die Gotteslästerer und Freiteligiösen indirekt zur Anfachung des Feuers beigetragen haben mag, ist beinahe anzunehmen. Wenn er ein rechtlich gläubiger Prediger ist, übte er nur die Freiheit und Pflicht, die Jedem je nach seiner Lage zusteht, seine Herzens- und Glaubensergüsse gegen die auszuschütten, welche seinen Glauben, und noch dazu innerhalb seiner Gemeinde, zu vergiften trachten. Alles das berührt uns hier nicht. Auch muß es gerügt werden, daß die Bürgerwehr erst so spät zusammentrat, sehr spät die Mißhandelten, und auch nur dadurch zu schützen wußte, daß sie dieselben arretirte. Die obrigkeitliche Thätigkeit ist überall seit der Revolution gelähmt; es wird Zeit kosten, bis sie wieder erstarkt. Das Militär that Nichts und durfte Nichts thun; die Revolution hat es zum Gesetz erhoben. Es wird bemerkt, daß die Officiere ihre ganze Autorität zusammen nehmen mußten, um die Soldaten nur davon abzuhalten, mit den Charlottenburgern gemeinschaftliche Sache zu machen. Aber das Faktum ist ein beachtenswerthes Resultat, die ungemeine Minorität der Demokraten, 20 bis 50 in einer Bevölkerung von 5000 bis 6000 Köpfen! Sie unterlagen einer schlechten Volksaufwallung; aber sie würden überall als unendliche Minorität unterliegen, wenn die Freunde der Ordnung überall mit derselben Energie, doch ohne Knüppel und Fäuste, sich gegen sie erhöben. Nur die Verwegenheit, sich für das Volk auszugeben, und das Schweigen des Volkes dazu, gab den Demokraten Stärke. — Ein anderes Moment: die Berliner Demokraten wütheten, als sie davon hörten, sie schrien in die Lüfte, sie suchten Himmel und Erde zu bewegen, daß Rache an den Charlottenburgern genommen werde. Auch das ist sehr natürlich und menschlich; aber sie verlangten einen förmlichen Kriegszug gegen die Nachbarstadt, sie verlangten, daß die Berliner Bürgerwehr bei Nachtzeit ausrücken solle, um Charlottenburg zu strafen. Die Thorheit ward begreiflicherweise zurückgewiesen; man traf auch Veranstaltung, die Berliner Crocetti von einem freiwilligen Zuzug abzudeingen, welcher mit einer Metzetei begonnen und wahrscheinlich mit Brand und Plünderung geendet hätte. Aber auch dies Verlangen schon, zugleich mit dem an die Minister gestellten, auf außerordentliche, die Gesetze suspendirende Maßregeln, verräth eine innere Schwäche der Partei. Diese selbstgeschaffenen, autonomischen Vertreter der Volkssouveränetät beschwören die Minister um Hilfe wegen einer Prügelei, bei der ihre Sinnesverwandten der unterliegende Theil waren. Sie, die gegen alle Ausnahmsgesetze und Gerichte schreien, imploriren solche für sich! — Am folgenden Tage, Montag, tritt die Sache in ein drittes Stadium. Die Demokraten vernichten jetzt die Minister. Sie ergreifen aber die Charlottenburger Unbill als eine erwünschte Gelegenheit, ihre Zwecke zu erreichen, ihre verlorenen Scharmützel und Gefechte durch eine große Schlacht herzustellen. Ihnen konnte nichts Besseres geschenkt werden, als die Prügel und blutrünstigen Gesichter ihrer Charlottenburger Freunde. Das Publikum ist erbittert, mit Recht, es scheint erhitzt; man muß es noch mehr erhitzen. So soet wird Gift um Gift in dies kochende Blut gestreut; Plakate, Flugschriften, im Nu geschrieben, gedruckt, durchfliegen die Stadt: „Wie die Demokraten in Charlottenburg abgeschlachtet werden.“ Man operirt klug und fein; es sind gehaltene geschriebene, gemäßigt scheinende Darstellungen von angeblichen Augenzeugen, noch nicht Tiraden in gewohnter Art. Das geht ins innerste Blut der Gefühlvollen, auch der Nichtdemokraten. Es muß gewirkt haben! Und nun vor Nacteinbruch ein Plakat, das, im Halbdunkel gelesen, gespensterhafte Wirkung hervorbringen muß: „Mitbürger! so schreitet die Reaktion vor, so betrügt, so ermordet sie uns. Das in Charlottenburg ist ihr Werk! Die Todtschläger sind von Beamten angestiftet, bezahlt! Könnt Ihr noch glauben, gehen Euch nicht die Augen auf? Erwacht, ermannt Euch; Volk, hilf Dir selbst, denn die Regierung will Dir nicht helfen! Diese Anrede war noch an die Bürger (Mitbürger!) gerichtet; mußte sie hier nicht gewirkt haben, wenn sie sollte? Als nun mit Nacteinbruch das Volk auf dem Opernplatze, unter den Linden sich sammelt, als es von der Treppe des Opernhauses aus angefeuert ward, den reaktionären Ministern auf den Leib zu gehen und die augenblickliche Befreiung der politischen Gefangenen, sowie die Abdikation der Minister selbst zu erzwingen, spricht ein Redner von seiner Höhe herab es klar aus: Charlottenburg sei nur ein Glied der Kette von Handlungen der Reaktion, welche seit den Junitagen in Paris mit immer größerer Kühnheit hervorträten; andere Glieder seien die in Trier (unglücklicherweise vor der Junirevolution), Schweidnitz (nicht auch in Düsseldorf?): alle stammten aus einer Quelle; das Volk müsse sich erheben gegen das Bürgerthum und gegen das Ministerium, welches mit diesem Hand in Hand gehe! — So schnell also war schon das Bürgerthum wieder aufgegeben, dasselbe, gleich Adel, Beamten, Militär, aus dem Begriffe Volk ausgestrichen! Nur mit dem Volke unten am Opernhause, den müßigen Herumtreibern, welche die Lindenpromenade jetzt bevölkern, und für dasselbe wurde darauf die Ueberrumpelung der Minister versucht. Mit Geschick hatte man die abendliche Stunde eines Tages gewählt, wo sämmtliche Bürgerwehrofficiere vor dem Thore den Freuden der Tafel obliegen; mit Geschick schon am Morgen einen kleinen verunglückten Arbeitersturm gegen das Haus des Arbeiterministers in Bewegung gesetzt, um das Volk, was man meinte, in Bewegung zu setzen. Wie diese Ueberrumpelung, zuerst des Ministeriums des Innern, dann des Justizministers, endlich des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, wo alle Minister und viele Gesandte zu einer Soirée versammelt waren, ausfiel, wie während der Unterhandlungen einer Deputation des demokratischen Vereins mit den Ministern, das Haus mit Steinen bombardirt, fast in Brand gesteckt und gestürmt ward, wie man unter den Linden die Aufstelge und Gitterwerke der Ministerialpaläste zertrümmerte, wie Schüsse fielen, die verwundeten und gestoßenen Konstabler kaum den Palast vertheidigen konnten, bis endlich die Bürgerwehr, sehr spät, eintraf, Alles das brauche ich Ihnen nicht zu schildern. Hier blieb das Resultat des Tages: ein wüstes Zerstörungswerk des Volks, das von Demagogen aufgeregt war, ohne den vorgeschützten Zweck, die Minister einzuschüchtern, zur Freigebung der Gefangenen, zur Abdankung zu zwingen. Der Sieg wäre den Ministern geblieben, auch wenn sie der brutalen Uebergewalt unterlegen wären, auch wenn die Bürgerwehr den Pöbel nicht zurückgetrieben hätte! Was aber würde die Nation, das ganze Volk von Trier bis Memel dazu gesagt haben, wenn seine Minister nachgegeben, abdicirt hätten, nicht vor der Majorität der Nationalversammlung, nicht vor dem Willen der Bürgerschaft von Berlin, sondern vor dem Geschrei und Toben der Heerumtreiber unter den Linden, der Rehberger und Plätzeleer Arbeiter, welche einige junge Demokraten für das souveräne Volk ausgaben! — Es war Blut geflossen, vielleicht sind Todte gefallen, ein Theil der Konstabler ist dienstunfähig gemacht, Eigenthum ist zerstört, mehr als das, die Ordnung in einer empörenden Weise. Diese Ansicht sprach sich gestern, am dritten Tage, auf allen Gesichtern, ich meine derer aus, die nicht nach neuem Tumult lauerten. Charlottenburg war aufgeregt über das schreckenvollere Ereigniß der vorigen Nacht. Es hätte nur eines kühnen Führers, eines Viertel-Cavaignac bedurft, und ein Rückschlag gegen die Empörer wäre erfolgt. Diese Stimmung machte sich selbst im eigentlichen Volke laut; ich hörte arbeitende Frauen auf die großmäuligen Tagediebe schimpfen, die nach Arbeit scheien, und doch Nichts thun wollten, wenn man sie ihnen gebe;

Digitized by Google

wer nur arbeiten wolle, um sein Brod sich zu verdienen, finde auch in dieser schlechten Zeit noch so viel Arbeit, als dazu Noth sei. Es trat kein Agitator im entgegengesetzten Sinne auf, die Obrigkeiten wollten nur durch die gesetzlichen Mittel siegen. Es mag gut sein; aber den Demokraten gab es den Muth, noch jetzt, noch nach diesem abgeschlagenen Sturme ihre Fassung nicht aufzugeben. Sie sind im vollen Rechte, für soleten ihren letzten Trumpf aus. So erschien gestern ein Plakat an ihrer „Brüder", worin das Volk zur letzten Erhebung gegen die geistesarmen, unfähigen Minister noch einmal aufgefordert wird. Der Bürgergeneral antwortete durch eine energische, würdige Proklamation: die junge, theuer erkaufte Freiheit dürfe nicht durch die Vermessenheit einiger Aufwiegler verloren gehen, die Bürgerwehr werde Freiheit, Eigenthum und Personen schützen, wenn es nöthig mit dem Gebrauch der Waffen. Man erwartete einen blutigen Zusammenstoß in der Nacht, die Bürgerwehr hatte scharfe Patronen. Die Nacht ist indessen ruhig vergangen, die Aufwiegler kamen nirgends zum Stehen, die Bürgerwehr hatte darauf gehofft. Ruhig ist es auch heut noch nicht, möglich, daß es auch nach den getroffenen ernsten Vorsichtsmaßregeln noch zu Zusammenstößen kommt, das Resultat ist aber keinem Sehenden verborgen. Je lauter das Geschrei, je tobender die Wuth der Radikalen, um so sicherer ihre Ohnmacht, ihr baldiges Unterliegen. Nicht, daß sie nicht wieder aufstehen werden, unter anderer Gestalt, aber dieser Anlauf war ein vergeblicher, ihre Gesten, ihre Tiraden sind vor dem gegenwärtigen Geschlecht verbraucht.

☽ Posen, 22. August. Während die schlesischen Zeitungen uns Gerüchte von Empörungen in Petersburg, Moskau und Warschau bringen, die Gazeta polska aber diese als eitel erklärt und meint, daß des Guten zu viel auf einmal käme, scheint doch der deutschen Bevölkerung, welche bei Weitem wachsamer ist, als das Gouvernement, die Sache nicht ganz so richtig. Wenn man die Drangsale überschlägt, in welche diese Bevölkerung durch das wankelmüthige und schlaffe Verhalten der höchsten Provinzialbehörden — und ebenso des Berliner Ministeriums gestürzt worden, so kann man sich einen Begriff davon machen, welcher Ingrimm sich allmählich derselben bemächtigt. Das unselige Liebäugeln mit dem Polenthum hat wieder begonnen, und ein Laxirsystem soll nun die Deutschen in die alte unglückliche Lage zurückversetzen, die zu verbessern sie vergeblich in ihrer Heimath, dann in Berlin und Frankfurt gekämpft haben. — Mit dem reaktionären Preußenthum ist auch wieder die Macht derjenigen Beamtenfraktion gestiegen, welche die ganze Provinz Posen à tous prix dem Staate unter den bisherigen Verhältnissen erhalten und wo möglich nicht ein Dorf polnisch werden lassen wollen. Diese Fraktion findet Unterstützung im Ministerium, wo man die Schwierigkeiten einer Reorganisation scheut, sie vielleicht auch nicht mehr ehrlich will, und so die Wünsche der Polen: „Alles beim Alten zu belassen", recht gern berücksichtigt. So handelt es sich denn nun um ein allmähliches Vertuschen des Geschehenen. Die Demarkation möchte man am liebsten verwischt haben und ist recht zufrieden mit dem Schlaf, in den der Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung (wahrscheinlich im Bureau derselben) versunken ist. Denn bis zur Centralgewalt ist derselbe dem Anschein nach noch nicht gelangt. — Das ungestüme Drängen der deutschen Posener Deputirten in Frankfurt und Berlin nach baldiger definitiven Abgrenzung des deutschen Theiles und Zuschlagung desselben zu den Nachbarprovinzen — ist zwar unbequem doch erträglich, da es jedenfalls doch ohne Erfolg bleiben kann. Hingegen war die Eröffnung des polnischen Mariengymnasiums (einer Konfessionsschule) eine Nothwendigkeit, da der Herr Erzbischof Przyluski darauf drang, und Herr Kanonikus Brzezinski deßhalb hin- und herreiste. Vergebens hatte die deutsche Bevölkerung, die in dieser Anstalt zweimal einen Heerd der Insurrektion gesehen, dagegen protestirt, vergebens die Stadtverordneten gebeten, eine Umwandlung derselben vorzunehmen. Die ultramontane Partei und einige um ihre Gehalte besorgte Beamte haben mittelst der polnischen Deputieten in Berlin die Sache durchzusetzen gewußt. — Zwei Verwaltungsbeamte, die sich entschieden deutsch gesinnt während der letzten Bewegung gezeigt und gegen die Eröffnung gestimmt hatten, sind versetzt worden, und frohlockend verbreiten die Polen auch das Gerücht, daß die deutschen Lehrer dieser Anstalt zur Disposition gestellt werden sollen. — Die polnischen Schüler werden von den deutschen Gymnasien in Posen, Lissa, Culm, Biegau fortgenommen, um die Schülerzahl des Mariengymnasiums zu vermehren und die polnischen Lehrer desselben machen gar kein Hehl daraus, daß man auf diese Weise dem Staate die Nothwendigkeit der Existenz dieser Anstalt als solcher schon beibringen werde. — Das Gouvernement geht aber noch weiter. Während nach den in diesem Jahre gemachten Erfahrungen, doch Alles daran liegen muß, in Posen Männer der Thatkraft zu haben, welche auch das Vertrauen der Bevölkerung besitzen, geht das Gouvernement damit um, den General v. Steinäcker, den Bürgervater, wie er hier genannt wird, fortzunehmen. Bedenkt man den Zeitpunkt, in welchem dies geschehen soll, die Wichtigkeit der Festung, deren Kommandant seit vielen Jahren dieser General ist, so kann man nicht genug erstaunen über eine solche Handlungsweise. — Kaum war das letzte Gerücht verbreitet worden, als auch ein Plakat die Bürgerschaft zu einer Volksversammlung berief, welche sofort eine Deputation von 6 Personen aus ihrer Mitte nach Berlin sandte, um die im Werke sein sollende Maßregel zu verhindern. — Bestätigt sich diese, bestätigt sich ferner die Kunde von einer neuen im Königreich bis nach Galizien hin verbreiteten Verschwörung, so wird der Befähigung unserer Behörden zur Beurtheilung hiesiger Zustände ein neues eklatantes dementi gegeben sein. — Dem Vernehmen nach soll übrigens schon hie und da der Gedanke auftauchen, daß die deutsche Bevölkerung sich unter den Schutz der Centralgewalt zu begeben habe. — Was die Untersuchungen betrifft, die während der Insurrektion nicht sowohl wegen politischer Vergehen, als wegen Verletzung von Person und Eigenthum anhängig gemacht worden sind, so ist in Beziehung auf dieselben ein vollkommenes Justitium eingetreten. Man kann sich also eine Vorstellung von der Stimmung der hiesigen Deutschen machen, deren Rechtsgefühl so unendlich oft verletzt worden ist.

†† Stuttgart, 24. Aug. Die Uebergabe der Haupt- und Bannerfahnen an die hiesige Bürgerwehr ist heute Morgen unter den bei solchen Gelegenheiten üblichen Feierlichkeiten glücklich von Statten gegangen. Es waren auf der Seewiese dazu wohl über 2500 Wehrmänner versammelt, aller Waffengattungen, Musketiere, Stadtreiter, Bürgerschützen, Scharfschützen und Artillerie. Königin, Kronprinzessin, Kronprinz, Prinz Friedrich und ihr Hof wohnten auf einer heiter geschmückten Tribune, mitten unter den Frauen und Jungfrauen, die an der Fahne gearbeitet, dem Feste bei, das von einer weiteren zahlreichen Zuschauermenge verherrlicht und vom Wetter durch ein paar sommerliche Strichregen nicht erheblich gestört wurde. Ein Unfall ist dabei zu beklagen, der Sturz eines Bannerführers, der sich bedeutend — man sprach auf dem Platze sogar von einem Armbruch — beschädigte. Heute Nachmittag wird in Stegreifzelten und Buden auf demselben Platze, heute Abend durch einen Ball im K. Redoutensaal, morgen früh endlich durch eine Eisenbahnfahrt von über 500 Wehrmännern nach Heilbronn die Feier fortgesetzt werden. Die Stadt ist in einer ungewöhnlich freudigen Bewegung, mit Fremden gefüllt, stellenweise auch durch Kränze und Fahnen, meist in deutschen Farben verziert. Wir wünschen, daß dieser Bartholomäustag, als Gegenfüßler der Bartholomäusnacht, unseligen Andenkens, unserer Einwohnerschaft und insonderheit der Bürgerwehr die schmerzlich vermißte Eintracht, Einigkeit, Einheit mitbringe. — Während die radikalen und republikanischen Blätter fortwährend Nachrichten über dauernde und gehäufte Kollisionen zwischen König und Ministerium umherstreuen und insonderheit den schmutzigen Handel eines in Kannstatt eingefangenen angeblichen Spions der Regierung weidlich breit treten und ausdeuten, darf der Wahrheit gemäß versichert werden, daß zwischen Meran, Frankfurt und Stuttgart, seit Hr. v. Sternenfels vom König als würtemb. Bevollmächtigter bei der Centralgewalt bestätigt worden, ein ganz gutes Einverständniß obwaltet. Damit ist freilich den Zwecken jener Leute wenig gedient, welche einerseits mit unaufhörlichen Einflüsterungen und Insinuationen gehässigster Art an das Ohr des Königs sich drängen, oder andererseits als aufdringlicher Parteieifer an das volksthümliche Ministerium sich anzuhängen und dasselbe mit der Wucht drohender Unpopularität und ähnlichen Schreckbildern von seinem Wege abzuziehen trachten. — Daß Staatsrath Pfizer, Paul, nun sein Portefeuille ebenfalls zurückgegeben, wie vor wenig Wochen sein Mandat in Frankfurt, werden Sie bereits aus den amtlichen Anzeigen des Schw. M. entnommen haben. Desgleichen die Zusammenberufung der Stände auf den 20. Septbr. In Frankfurt ist sein Stellvertreter, der Abg. der Stadt Stuttgart auf dem letzten Landtage, Bankier Federer, schon eingetroffen. Das Kultministerium sollte, einem unverbürgten Gerüchte zufolge, dem Professor Hundeshagen in Heidelberg angeboten werden. — Von der Rückkehr des Königs noch nichts Bestimmtes. Der Aufenthalt zu Meran, der freilich bei dem ununterbrochenen Kurierwechsel zwischen dort und hier keine vollkommene Ruhe zu bieten scheint, bekommt doch seiner durch die letzten Stürme erschütterten Gesundheit, wie wir hören, sichtlich wohl. Alle Verfügungen und Bescheide, welche von dort hierher gelangen, tragen das Gepräge einer durch keinen Sturm zu erschütternden Festigkeit und dabei wahrhaft königlichen Milde. So namentlich die Maßregeln in Bezug auf die vielbesprochene Theaterfrage. Unter dem 20. dieses ist

nun die Reorganisation der Bühne definitiv verfügt worden, während die früheren Entlassungen einzelner Mitglieder nachträgliche Modifikationen zu deren Gunsten gefunden hatten.

* Hamburg, 20. August. Der Senat ist den Anstrengungen der gesammten demokratischen Vereine total erlegen. Am 18. erließ er folgende Antwort an die Vereine: „Nach sorgfältiger Erwägung der eingegangenen verschiedenen Petitionen ist der Senat seinerseits der Ansicht, daß die Feststellung der künftigen Verfassung abseiten der zu diesem Zweck zu berufenden konstituirenden Versammlung unabhängig von Rath und Bürgerschaft zu beschaffen sein werde und wird er daher einen Antrag an erbgesessene Bürgerschaft hierauf richten." Endloser Beifall folgte der Verlesung vor den etwa in der Zahl von 3000 versammelten Vereinsmitgliedern. Das Komité der Vereine ließ den Senatsbeschluß gleich als Plakat drucken und an den Ecken anschlagen. Der Jubel war allgemein und groß; gestern Abend brachten die Vereine, etwa 20—30,000 Menschen, den Volksführern Dr. Baumeister und Oberstlieutenant Mettlerkamp ein Ständchen, welches mit der größten Ruhe vor sich ging, ein Zeichen, daß das Volk seine Kraft kennt. Weder Polizei noch sonst eine Behörde ließ sich in dem Menschengewoge sehen, ein sicheres Zeichen, daß zur Ordnungshaltung keine Polizei nöthig ist.

* Hamburg, 22. August. Die politische Thätigkeit aller Parteien steigt von Tage zu Tage, schon hat sich auf's Neue ein politischer Verein gebildet, unter dem Namen: „der patriotische Verein", dessen Zweck es sein wird, den radikalen Bestrebungen entgegen zu treten. Das Programm des Vereins lautet: „Das allgemeine Programm des patriotischen Vereins ist die Förderung einer auf gesetzliche Ordnung begründeten Freiheit. Der Verein will diese Freiheit und ihre weitere Entwickelung sowohl gegen reaktionäre als gegen anarchische Bestrebungen schützen. Der Verein wird auf Kräftigung der politischen Gesinnung, auf wärmere Theilnahme seiner Mitbürger an den öffentlichen Angelegenheiten ihrer Vaterstadt und des deutschen Gesammtvaterlandes hinwirken. Der Verein achtet eine auf gesetzlichem Wege herbeizuführende, selbständig konstituirende Versammlung zur Beschließung einer neuen Verfassung des Hamb. Staates für nothwendig. Der Verein erklärt sich für eine allen Religionsparteien gleiche politische und bürgerliche Berechtigung gewährende Verfassung auf wahrhaft volksthümlicher Grundlage, aber auch mit Garantien für eine starke und kräftige Regierung." Programm und Geschäftsordnung fanden sofort etwa 200 Unterschriften, heute, nach 48stündigem Bestand, soll er bereits 700 Mitglieder haben. Ein Zeichen, wie man in allen Kreisen die Nothwendigkeit der Reform einsieht. — Der Bürgerverein hat in seiner Montagssitzung den Antrag durch zwei seiner Redner, Th. Hagen und Prinz, gestellt, das Centralkomité möge an den Senat durch Petition dranlegen, daß der Proceß gegen die vier kriminell Angeklagten binnen 4 Wochen beendet sein müsse, und daß die Angeklagten jedenfalls sogleich ihres juratorischen Eides und ihrer Kaution entbunden werden. — Aber auch in anderer Hinsicht regt man sich; es cirkuliren Petitionen über Petitionen an die Nationalversammlung, an den Senat und Gott weiß wen, die wichtigste ist eine der Manufakturwaarenhändler an die Nationalversammlung gegen Schutzzölle. In Frankfurt wird man sich hoffentlich auf diese Petition nicht einlassen.

Schweiz.

☽ Bern, 23. August. Die Abstimmung über die Bundesverfassung eilt gegenwärtig mit ziemlich geräuschlosen, wenn auch raschen, Schritten ihrer Erledigung entgegen. Folgende Kantone haben abgestimmt: In Zürich stimmten von über 50,000 stimmfähigen Bürgern 25,061 für Annahme, 2488 für Verwerfung. Eine noch geringere Theilnahme bei der Abstimmung zeigte sich in Bern; hier nahm von 80,000 Stimmfähigen kaum der sechste Theil an der Abstimmung Theil, und zwar mit großer Majorität in bejahendem Sinn. Auch in Solothurn war die Anzahl der Stimmenden nicht groß; von 15,011 Bürgern stimmten 4141 für Annahme, 2808 dagegen. In Glarus wurde die Bundesverfassung von der 4000 Mann starken Landsgemeinde einstimmig angenommen; auch in Genf, Baselstadt und Baselland sprach sich eine bedeutende Majorität für Annahme aus. In Luzern haben von 25,932 Stimmenden 10,829 verworfen, 15,103 angenommen; in Schaffhausen waren 3878 Annehmende und 1138 Verwerfende; in Aargau stimmten von 29,419 Bürgern 20,669 dafür, 8750 dagegen; in Thurgau sagten 7649 Ja, 2289 Nein. — Auch St. Gallen und Graubünden hat angenommen; das Stimmenverhältniß ist noch nicht vollständig bekannt. Auch von Wallis, das am 20. abstimmte, weiß man nichts Genaues. Zug hat mit 1780 gegen 803 Stimmen verworfen. Nächsten Sonntag den 27. findet die Abstimmung in den Kantonen Uri, Schwyz, Unterwalden und Appenzell Statt. Hier wird wahrscheinlich verworfen, mit Ausnahme von Obwalden und Appenzell a. Rh., welche sich für die Verfassung aussprechen wollen. Der Gr. Rath von Waadt und Neuenburg empfiehlt mit großer Majorität die Annahme; von Tessin ist nichts Bestimmtes bekannt; in Freiburg soll es gar nicht zur Volksabstimmung kommen, der Gr. Rath will von sich aus entscheiden. Am 4. Sept. versammelt sich die Tagsatzung, um das Gesammtresultat der Abstimmung zu vernehmen, und die Uebergangsmaßregeln in den neuen Zustand der Dinge zu treffen. — Die Zahl der lombardischen Flüchtlinge wird immer größer. Die hier in Bern Angekommenen sind größtentheils Gesindel, welches keine Achtung und kein Mitleid verdient. Ich habe mehrere gesprochen, welche gestehen mußten, nie die Waffen getragen zu haben. Es ist theilweise liederliches Volk, das in der Lombardei kein Brod hatte, weil es nicht arbeiten wollte, und diesen Zustand benutzte, um zu versuchen, unter dem Namen „Flüchtling" anderswo Unterstützung zu finden. Frankreich bedankt sich auch für diese Gäste und schickt sie zurück. Sie werden wohl wieder in die Lombardei wandern müssen. Freilich sind auch viele Soldaten darunter, die man aber bald herausfindet. Der Vorort hat verordnet, daß die den Flüchtlingen an der Grenze abgenommenen Waffen das Innere der Schweiz gebracht werden sollen. So kommen die in Tessin den Lombarden abgenommenen Waffen zur Aufbewahrung ins Zeughaus nach Luzern. — Die nach Neapel abgesandten eidgenössischen Kommissarien zur Untersuchung der Vorfälle am 15. Mai und namentlich des Benehmens der Schweizerregimenter an jenem Tage sind in Bern wieder angekommen. Sie haben wenig ausgerichtet. Soviel ist gewiß, daß die Vorwürfe, welche die italienischen Blätter den kapitulirten Truppen wegen begangener Verbrechen an jenem Tage machten, zum größten Theil ungegründet sind. Die Schweizer nahmen die Barrikaden und erstürmten die von den Insurgenten besetzten Häuser unter beständigem Feuern, während die neapolitanischen Truppen, die zuerst den Angriff gemacht hatten und feig zurückgewiesen waren, dann mit den Lazzaroni hinter den Schweizern herzogen, in die von diesen erstürmten Häuser einstiegen und daselbst raubten und mordeten. Die Schweizer nahmen jeden des Widerstands Verdächtigen gefangen und transportirten ihn auf die Hauptwache; dort waren es neapolitanische Marinesoldaten, die an dem Kampfe selbst nicht Theil genommen, welche mehrere Gefangene auf die grausamste Weise ermordeten. Einige von Schweizersoldaten begangene Verbrechen sind freilich konstatirt; allein ihrer sind im Verhältniß nur sehr wenige, und die eidgenöss. Kommissarien ertheilen den Truppen im Ganzen das Zeugniß musterhafter Aufführung. Daß sie sich sehr muthvoll geschlagen, darüber ist nur Eine Stimme in ganz Italien; der schweizerische Heldenmuth in Neapel und nach den neueren Vorgängen in Oberitalien ist in ganz Italien sprichwörtlich geworden. So berichten die eidgenöss. Kommissarien, die mit durchaus ungünstigem Vorurtheil gegen die Schweizertruppen nach Neapel abgereist waren.

* Zürich, 23. August. Wenn man einen Blick auf unsre Tageblätter wirft, so könnte man glauben, das biedere Volk der Alpen sei plötzlich in eine Heerschaar von Mathematikern umgewandelt, so wimmelt Alles von Zahlenangaben; es gilt aber kein arithmetisches Problem zu lösen, sondern ein politisches, nämlich die nöthige Anzahl von Ständen für Annahme der schweiz. Bundesverfassung herbeizuschaffen. Seit meinem letzten Berichte sind sie zu den 5½ durch Volksabstimmung definitiv annehmenden Kantonen ebensoviel hinzugekommen: Baselstadt am 17., St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Aargau und Luzern am 20., so daß jetzt nur noch ein Kanton seine Zustimmung zu geben braucht, um die Annahme festzustellen. In Baselstadt, Schaffhausen, Thurgau und Aargau geschah die Annahme mit überwiegend großer Majorität, in letzterm Kantone verwarfen nur die drei ultramontanen Bezirke Muri, Beromünster und Laufenburg; in St. Gallen war der Kampf hartnäckiger, am heftigsten jedoch in Luzern: die 10000 Bürger, die ihr Veto gegen die Klosteraufhebung eingelegt, fanden sich, von der Geistlichkeit und von der durch Radetzky's Siege neubelebte Reaktionspartei eifrigst bearbeitet, Mann für Mann ein, um ihr Votum gegen den Bundesentwurf abzugeben. Die Luzerner Regierung kann sich glücklich schätzen, daß das noch aus der Siegwart'schen Periode stammende Vetogesetz ihr gestattete, die ohne Entschuldigung Ausbleibenden zu den Annehmenden zu zählen; nur auf diese Weise konnten jenen 10000 Verwerfenden 15000 Annehmende gegenübergestellt werden. Zug hat die Reihe der verwerfenden Kantone eröffnet, indem seine Bürger am 20. mit 1780 gegen 803 für Verwerfung stimmten; von den 11 Gemeinden des Landes nahmen nur vier, unter welchen die Stadtgemeinde Zug, an. — Von den Kantonen, welche noch abzustimmen haben, ist die Annahme als gesichert zu betrachten in Freiburg, Neu-

Digitized by Google

enburg und Waadt, so daß wenigstens 14 Kantone, mit einer Bevölkerung von mehr als drei Vierteln der Schweiz, für die Annahme stimmen werden. — Die zweite Hauptangelegenheit des Tages bilden die italienischen Flüchtlinge, von denen die ganze östliche Schweiz wie übersäet ist. Die Kantone Tessin und Graubündten haben sich veranlaßt gesehen, mehrere Bataillone aufzubieten, einzig um die gehörige Ordnung aufrecht zu halten, die durch das plötzliche Hereinströmen von so vielen Tausenden Bewaffneter bedroht scheinen; die Angaben schwanken von 7000 bis zu 20000 Mann, die allein aus dem Veltlin nach Graubündten, nebst etwa 20 Stücken Geschütz, übergetreten seien; außerdem soll General Garibaldi immer noch mit einer starken Kolonne im gebirgigen Theile der Lombardei sich halten; ohne Zweifel wird er bald genöthigt sein, dem Beispiele der ersteren zu folgen. Unbegreiflich ist der panische Schrecken, von dem die ganze lombardische Bevölkerung ergriffen zu sein scheint: Alles glaubt sich kompromittirt, Weiber und Kinder kehren ihrer Heimath den Rücken, selbst unschuldige Kommis, deren Heldenthaten die bescheidenen Grenzen eines Mailänder Kofferhauses nie überschritten, glauben ihre Existenz gefährdet, und verlassen das friedliche Komptoir, um der Begegnung der Oesterreicher auszuweichen. Und doch ist über verletzte Mannszucht von Seite der Letztern noch keine einzige Klage eingelaufen; Radetzky weiß, wie es scheint, seine Truppen so gut zum Siege zu führen, wie nach Erringung desselben trotz des Siegestaumels in den gehörigen Schranken zu halten. Es ist als ob die ganze Nation von einem allen Widerstand zu nichte machenden Blitzstrahl zu Boden geschmettert wäre; Spanien und Tirol bei ihrer Erhebung gegen die Franzosen, das preußische Volk, selbst nach der Niederlage von Jena (die alten, kindisch gewordenen Generale abgerechnet), boten doch ganz andere und erhebendere Bilder dar. Ein getreues Abbild dieser gänzlichen Niedergeschlagenheit liefert die bekanntlich von einem Italiener redigirte „N. Z. Z.“; in den Tagen des Glückes voll übermüthiger Verhöhnung gegen Radetzky und die Oesterreicher, denen der gefeierte Karl Albert stets „auf der Ferse“ war, die „wie die Hunde aus Italien bis zu den Höhen des Brenners verjagt werden sollten, voll Spott über die versuchte Einmischung des deutschen Parlamentes, der „Gelehrtenversammlung zu Frankfurt“, die „durch lombardische Abgeordnete über die Lage Italiens belehrt“ werden sollte, liegt sie jetzt, da Frankreichs schützender Schild je länger je ungewisser erscheint, gleichsam zu den Füßen Oesterreichs, und traut der früher oft und höhnisch verspotteten Wiener Reichsversammlung wie dem Ministerium zu, „wirklich einen Akt der Großmuth“ üben zu wollen. Der ärgste Feind der „N. Z. Z.“ hätte ihr keine größere Demüthigung wünschen können! Uebrigens beeifern sich Behörden und Privaten auf die lobenswertheste Weise, den unglücklichen Flüchtlingen ihr Loos zu mildern; überall — selbst in dem österreichisch gesinnten Uri — sorgt man für unentgeltliche Verpflegung, für ferneres Fortkommen wie für sonstige Unterstützung aller Art; in Zürich bildete sich ein Hülfskomité, an dessen Spitze ein (konservatives) Mitglied der Familie Muralt, die auch vor ein paar hundert Jahren das schöne „ennetbergische“ Land flüchtigen Fußes meiden mußte. Großes Befremden erregte die Zurückweisung der nicht mit hinlänglichen Subsistenzmitteln versehenen Flüchtlinge an der französischen Grenze bei St. Louis; will man auch keine vollständige Solidarität der jetzigen und der früheren Regierung annehmen, so sollte man doch denken, dieselbe gebe wenigstens soweit, um den Italienern, die sich auf die Verheißungen der früheren Regierung stützen können, eine dürftige Gastfreundschaft zu gewähren. Die gerechteste Entrüstung aber hat das Benehmen der Oberwalliser Junkerschaft und des von dieser aerieteten Pöbels in allen freisinnigen Schweizern erweckt: voll Jubel über die Siege Radetzky's die sie im Interesse der Reaktion und des Sonderbundes auszubeuten gedenken, schämten jene Helden sich nicht, in Brieg, in Entremont und anderwärts die unglücklichen Flüchtlinge zu insultiren und zu mißhandeln. Hoffentlich hat die Regierung Vorkehrungen getroffen, die Wiederholung so schmachvoller Scenen unmöglich zu machen.

Asien.

Ostindien. Die Times enthalten aus Ostindien folgende Nachricht: Lieutenant Edwards habe den Indus und Tschenal überschritten, sich mit der Streitmacht des Rhadscha von Bhawulpur vereinigt und am 18. Juni (Jahrestag der Schlacht von Waterloo) in neunstündiger Schlacht das Heer des aufständischen Mulraidsch von Multan aufs Haupt geschlagen; der Feind sei geflohen und habe den größten Theil seiner Geschütze, 6 an der Zahl, in den Händen der Sieger zurückgelassen. Wie es scheint, vollführte Lieutenant Edwards sein Unternehmen ganz auf eigne Faust, und zwar an der Spitze eines in Eile zusammengerafften Heeres von 6000 Mann, welches ausschließlich aus Eingebornen, Afghanen und Beludschen, bestand. Der Feind zählte 10600 Mann und war wohlgerüstet. Ein Leitender in den Times rechnet diesen Sieg zu den schönsten und kühnsten Unternehmungen, welche britischer Seits in Indien ausgeführt wurden, und erinnert hierbei an einen ähnlichen Sieg des Lord Clive über eine feindliche Armee, „welche seine sechs Bataillone unter ihren Turbanen begraben konnte.“ Diese Nachricht, wenn auch noch nicht officiell, beruht doch auf einer Quelle, die den Times zufolge allen Glauben verdient. — In der Gegend von Lahore hatte ein Priester oder Guru das Banner des Aufstandes erhoben und etwa 1500 Bewaffnete um sich versammelt; eine Truppenabtheilung wurde gegen ihn ausgesandt, die 2 aufständische Dörfer zerstörte und viele Anhänger des Guru gefangen nahm. Er selbst entkam, soll aber auf der Flucht ertrunken sein. — Die in Kanton wohnhaften englischen Kaufleute hatten sich an Palmerston mit der Bitte gewendet, er möge ihnen ein Kriegsdampfboot zum Schutze gegen die Chinesen gewähren, welche erst vergangenen December einige junge Engländer überfallen und ermordet hätten. Palmerston hat sie in seiner etwas rauhen Weise abschläglich beschieden und ihnen den Rath gegeben: sie möchten die jungen Leute besser beaufsichtigen und vom Besuchen der chinesischen Dörfer abhalten. Dieses Schreiben dürfte nicht geeignet sein, den etwas hochfahrenden Meister des Auswärtigen bei der Kaufmannschaft beliebter zu machen.

Die neue englische Niederlassung Labuan gedeiht zusehends. Sehr günstig lauten die Nachrichten aus Sarawak, wo der Radschah, der bekannte Reisende, Sir James Brooke, angekommen ist. Dieser Platz wuchs erstaunlich rasch; Eingeborne und Chinesen ziehen in großer Zahl dahin (man schlägt sie bereits auf 8000 Köpfe an) und beteachten den Radschah mit wahrhaftee Verehrung. Während so die Briten bei all ihrem Thun und Beginnen von einem Glück verfolgt werden, welches fast den Zorn der neidischen Göttee herauszufordern scheint, erfährt man, daß die Expeditirn der Holländer von Java nach dem Nachbareiland Bali, die aus etwa 3000 Mann bestand, bei Djhaga Raga aufs Haupt geschlagen woeden ist. Das holländische Heer fand den Feind in vollkommener Beeitschaft, drang zwar in das Fort ein, wurde abee von den Ballinesen hinausgeschlagen und mußte sich aus der Fläche, wa es sich zu sehen versuchte, zurückziehen, nachdem es seinen ganzen Pulvervoreath verschossen hatte. Der Verlust der Holländer bestand in 14 Offizieren, 104 Europäern, 25 Afrikanern und 113 Eingebornen. Dieser Unfall, heißt es in den Times, verbunden mit einer gewissen auf Java hereschenden Gährung dee Gemüther, mit dem niedrigen Stande des Kredits, den in Folge der europäischen Angelegenheiten die Regierung genießt, und mit dem großen und immer wachsenden Geld, den die malayischen Stämme überhaupt gegen die Holländer nähren, wird als ein Ereigniß aon großer Wichtigkeit betrachtet. Auch machten die Holländer einen Angriff auf die Stadt Sula, auf einem Eiland nördlich von Borneo gelegen, um die Einwohner für ihee Seeräuderei zu züchtigen, sie zerstörten zwar einen Theil der Stadt, aber ohne sonst Etwas zu eereichen. Die englischen Blätter nehmen solche Nachrichten mit schilischem Wohlgefallen auf; gründen die Briten doch ihre Größe und ihrem Reichthum auf den Verfall und die Verarmung ihrer Nachbarländer, sehen sie doch mit Verlangen der Zeit entgegen, wo Holland feeh sein wird, seine ostindischen Kolanien, um sie nicht auf andere Weise ohne alle Entschädigung zu aerlieren, für eine Abfindungssumme und sonstige Verspreckungen an England überlassen zu können.

Aus Amsteedam, 25. August, bringt die Kölner Ztg. über die Niederlage der Holländer folgende Mittheilung: Die näheren Nachrichten über den mißlungenen Zug gegen Bali lauten sehr traurig. Der Verlust an Mannschaft und Munition ist entsetzlich. Ganze Batterien fallen in die Hände der Feinde gefallen sein. Es scheint erwiesen, daß die Rebellen aon den Engländern nicht allein kommandirt, sondern unterstützt worden sind. Von Singapore sollen ganze Ladungen mit englischen Kriegsvorräthen abgegangen sein.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Oliver & Boyd, 72 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder wende man sich an G. L. Lecrenier in Straßburg Nr. 20 Brandg., Preis Nr. 20 Rue de Bussy.

Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationspreise betragen: das Stück Bog. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Postvereinsgebiets Baden fl. 1. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 239. Heidelberg, Donnerstag 31. August. 1848.

Uebersicht.

Die Reform der Universitäten. I. — **Wien** (Verhandlungen der Reichsversammlung. Interpellation wegen der letzten Vorfälle. Amnestie für Südtirol. Schreiben Radetzky's an den Gemeindeausschuß.) **Prag** (Versammlung der Deutschen. Metternichsche Güter eingezogen. Graf Deym frei). **Tetest** (Einschiffung der sardinischen Truppen). **Berlin** (die Resultate der letzten Bewegung. Verhandlungen des Landtags. Habeas corpus-Akte. Interpellation wegen der Zollerhöhung auf Seide und Wollenwaaren. Bürgerwehrgesetz. Die Krawalle im Solde der Reaktion. Der 21. Aug.). **Hannover** (Hannover und die Centralgewalt). **Frankfurt** (telegraphische Depesche über den Abschluß des Waffenstillstandes mit Dänemark. Interpellation Eisenmanns. Prof. Gfrörer. Die Regierungsbevollmächtigten bei der Centralgewalt. Die Reichskasse. Die Oberpostamtszeitung. Zwei Artikel der Spenerschen Zeit.).

Schweiz. Der neue Bund in der Urschweiz verworfen.

Großbritannien London. Lord Palmerstons Erklärung über den Stand der Verhandlungen in der schleswig-dänischen Angelegenheit.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Cavaignac und die Journalisten. Eine Kriegsdrohung im „Spectateur Republicain". Die Alpenarmee. Truppenwechsel in der Stadt. Die Ruhe in Lille hergestellt.

Südamerika. Venezuela. La Guayra. Die Unruhen. General Paez.

---

31. August.

Die „Professoren-Zeitung" darf ihren Beitrag nicht schuldig bleiben zu der Frage der deutschen Universitätsreform. Diese Frage ist keine neue mehr. Kaum gibt oder gab es in den letzten dreißig, vierzig Jahren einen namhaften Universitätslehrer in Deutschland, der nicht gelegentlich, in Buch oder Flugschrift, mehr oder minder wissenschaftlich seine Gedanken über jene Reform ausgesprochen und deren praktische Anbahnung durch Vorschläge aller Art in die Hand genommen hätte. Darin schon, daß wir eine eigene, ziemlich vollständige Literatur über diesen Gegenstand besitzen, liegt ohne Zweifel ein Beweis, wie fühlbar und verbreitet unter den zunächst Betheiligten das Bedürfniß einer Umgestaltung unserer Hochschulen lange bereits war, und wie die jetzt erst zum Ausbruch gekommene Zersetzung und Auflösung aller politischen, socialen, kirchlichen Zustände in der empfindlichern Sphäre wissenschaftlichen Lebens geraume Zeit zuvor angekündigt und vorbereitet wurde. In dieser kam früher, als in niedrigeren und gröberen Luftschichten der unbehagliche, spannende Kampf mittelalterlicher Ueberlieferungen und Vermächtnisse mit den zum Durchbruch ringenden Tendenzen einer neuen Zeit zum Bewußtsein. Die Gegenwart, die überhaupt den großen Schritt von der Negation zur Thesis, von der Kritik zur Produktion gewagt, glücklich gewagt hat, übt nun Recht und Pflicht des Umgestaltens und ihrem Geiste Anbildens auch an der Hochschule aus, darin namentlich verschieden von den bisherigen individuellen Reformplanen, daß sie diese mit dem überall vorwaltenden Associationstriebe zu allgemeinen erhebt und zur Sache von Parteien oder Korporationen macht, was bisher vereinzeltes Streben gewesen.

Zunächst haben wir unter diesen zu einer Reform der deutschen Universität sich darbietenden Faktoren drei Gruppen zu unterscheiden: das **Studentenparlament**, die **Professorenversammlung**, der **freie akademische Verein**. Das erste, hervorgegangen aus dem Wartburgfeste des verwichenen Frühlings, war Anfangs auf Ende September nach Eisenach berufen, will aber, einer neuern, von Tübingen ausgehenden Anregung gemäß, nun gleichzeitig und an demselben Orte mit der zweiten, der Professorenversammlung, zusammentreten. Diese bildet sich aus den Wahlen der einzelnen Universitäten, die nach verschiedenem Wahlmodus, zum Theil mit der ausdrücklichen Beschränkung, daß diese Wahl kein Mandat verleihe, ihre Abgeordneten auf Ende September nach Jena senden. Der freie akademische Verein endlich hat in diesen Tagen, am 27. und 28. August — „Hegel's und Göthe's Geburtstagen" — in Frankfurt seine die Gründung einer freien deutschen Akademie bezweckenden Sitzungen gehalten.

Es ist vorauszusehen, es ist natürlich, es ist sogar wünschenswerth, daß innerhalb dieser drei Kreise die verschiedenartigsten, die entgegengesetztesten Standpunkte und Richtungen sich geltend zu machen suchen werden. Was die freien Akademiker wollen, haben sie schon in ihrem Programm so ziemlich klar ausgesprochen. Mit derselben Naivetät, welche in der Politik die philosophische Schule, von der jenes ausgeht, charakterisirt, tritt diese auch in der schwebenden Universitätsfrage auf. Sie verwirft schlechterdings das Bestehende, die Universitäten, wie sie sind. Aber die freie Akademie will dieselben deß ungeachtet nicht aufgehoben, nicht reformirt wissen; sie sollen im Gegentheil in der fehlerhaften Richtung, wohin sie sich im Lauf der Jahre verirrten, noch einen Schritt weiter gehen und vollends zu Specialschulen und Fachlehranstalten für die Zwecke des Staats gemacht werden, während die allgemeine Wissenschaftslehre, die Alles durchdringende Philosophie, die Humanitäts- und Universalitäts-Bildung ausschließliches Privilegium der freien Akademie wird. Diese tritt zu den deutschen Universitäten äußerlich etwa in dasselbe Verhältniß, wie auf manchen Gymnasien die Selecta zur Prima; sie nimmt nur absolvirte Studenten auf, sie gibt keine Kenntnisse, nur Wissenschaft, sie bereitet nicht vor, sie schließt ab, sie wölbt sich — wenn wir in ein sinnliches Bild abstrakte Kategorien übersetzen dürfen — als gläserne Kuppel, als Lichthaube über dem ganzen, großen Bau menschlicher Bildung, während die einzelnen Kenntnisse und Wissenschaften nur Fenster und Stiegen darin vorstellen.

Der praktische Hintergedanke eines in solcher Richtung ausgearbeiteten Planes liegt nahe genug, um, ohne den Anschein der Verdächtigung, ausgesprochen werden zu können. Ruges und Nauwerks Weltanschauung will sich in Frankfurt permanent erklären; die Tribune der Paulskirche genügt dieser Philosophie und Politik nicht, sie bedarf eines Katheders, sie sucht neben der deutschen Nationalversammlung, die ihren Erwartungen so wenig genügte, die deutsche Jugend an sich zu reißen und um sich zu schaaren, um so ihren Theorien per traducem die einzige Art von Unsterblichkeit zu verleihen, die auch im Hegel'schen System statuirt wird. Folgerechter Maßen hat der Staat kein Recht an der Akademie, sondern nur Pflichten. Es werden von ihm, vom Reiche, 60,000 Thaler für dieselbe verlangt: eine neue Forderung zu so manchen minder nennen und ganz alten, wenig geeignet, den Plan, was man so sagt, populär zu machen. Im deutschen Volke wird es nicht leicht gesunde, praktische, vernünftige Leute geben, die die Nothwendigkeit einer neuen Hochschule ohne Weiteres begriffen und zugäben, viel ehee, irren wie nicht, eine Verminderung an der Zahl der vorhandenen. Daß Frankfurt, neben Reichsverweserschaft, Reichsgesandtschaft, Reichsministerium und Reichstag auch noch eine Reichsfreihochschule, mit so und so viel tausend jungen Männern als Docenten und Studenten, in seine gastfreundschaftlichen Arme bereitwilligst aufnähme — daran allerdings erlauben wir uns keinen Zweifel. Allein, wir geben als weitere praktische und örtliche Schwierigkeit neben jenen 60,000 Thalern zu bedenken, daß der mit so vieler Liebe gehegten Centralgewalt, wie der Nationalversammlung, mit einer neuen, möglicher Weise dann und wann etwas störsamen Nachbarschaft nicht gerade gedient sein dürfte, zumal in einer Zeit, die das Verhältniß der Wiener Aula zu berathenden und ausübenden Staatsgewalten so wenig verlockend und erquicklich vor aller Welt Augen legt. Frankfurt, das der Erzherzog-Reichsverweser selbst in Regensburg einen „Vorposten" genannt hat, wo nicht gut debattiren sei, Frankfurt, wo die Gänge und Gruben so mancher

unvertilgbaren Maulwürfe den Boden eher höhl, als eben machen, Frankfurt endlich, wo unlängst die Schmid'sche mißbrauchte Tribune geleert, geschlossen und sprichwörtlich verkleinert werden mußte, Frankfurt wird durch Gründung einer freien Akademie unter Ruges, Feuerbachs und der Berner Obhut der Nationalversammlung und der Reichsregierung zu bleibendem Wohnsitz sich zu empfehlen kaum im Stande sein. Die Paulskirche und ein quartier latin, der Reichspalast und ein Ruge'sches Auditorium stünden nicht gut dicht bei einander. Zu diesen allerdings zufälligen, äußerlichen Hindernissen, welche uns aus dem Programm der freien deutschen Akademie für ihre Existenz entgegengetreten sind, kommen aber noch allerlei innere organische Fehler dieses philosophischen Embryonen. Er steht nämlich mit seiner exklusiven „Freiheit" nicht nur über, sondern auch außer dem gesammten wissenschaftlichen Leben der Nation, auf das er sich zu stützen vorgibt. Indem er den Universitäten ihre bisherige Eigenthümlichkeit, gleichviel, wie weit sie derselben treu geblieben oder untreu geworden, den freien Betrieb aller Wissenschaften in ihrem inneren Zusammenhange und in ihrer äußeren Gliederung hinfüro abnimmt, zerstört er den ersten Träger unserer nationalen Bildung und Gesittung; er zieht eine bewährte Stütze unter dem Hause weg, um ein zweifelhaftes Dach darauf zu setzen. Indem er die Philosophie als Endpunkt der Universitätsstudien, örtlich und beschränkt, feststellt, macht er jenen die philosophische Propädeutik, mit der sie zu beginnen pflegten, streitig und beschränkt den Geist der Methode im lehrenden Individuum, den Geist der Wissenschaft im Fache durch eine rein äußerliche, schlechterdings tyrannische Forderung. Mit Einem Worte, es ist wieder einmal die alte Leier, die umgekehrte Theorie Platens: „In ungebundnen Formen ein sehr gebundener Geist"; unter dem Scheine der Emancipation vom Staate will man die Universität abhängig machen von einer philosophischen Schule, unter dem Vorgeben, sie zu humanisiren, sie entnationalisiren, unter der ausgesprochenen Absicht, sie zu verallgemeinern, sie beschränken auf individuelle Grundsätze und Systeme, und sie dienstbar machen für Parteizwecke, mit denen die freie Wissenschaft am Ende gleich wenig gemein hat, wie mit Staatszwecken. Wenn die Ausführung diese Grundlinie, wie sie das Programm zieht, nicht aufgibt, so ist leicht vorauszusehen, daß der Plan einer freien deutschen Akademie kein Moment in der Reform der Universitäten abgeben, sondern — wie denn die Extreme in einander überzuschlagen pflegen — höchstens einen Sonderversuch bilden wird, worin, gleich den Jesuiten in Löwen, die deutschen Absolutisten, philosophische und politische, in einer Privatkorporation neben dem wissenschaftlichen und öffentlichen Leben der Neuzeit sich aufthun. Eine Freiheit, die ihnen unbenommen bleiben soll, zu der aber schwerlich Volk und Reichsgewalt in irgend einer Weise beisteuern werden, an der, getragen durch die Namen Ruge, Feuerbach, Nauwerck, Noack u. A., selbständige, wahrhaft freie und fruchtbare Kräfte sich kaum betheiligen dürften.

Oesterreich. ** **Wien**, 28. Aug. Aus der heutigen Sitzung des Reichstages, deren Hauptthema noch immer der Kudlich'sche Antrag bildet, heben wir nur eine Interpellation des Abg. Umlauft über die letzten Vorfälle heraus. Es sei, beginnt er, mit der Auflösung des Sicherheitsausschusses das erste Bollwerk der Volksfreiheit gefallen, und zum erstenmale sei vorgestern von Bürgerhänden Bürger- und Brüderblut vergessen worden. Der edle Ausspruch des Kaisers am 13. März war: „Ich lasse nicht schießen auf mein Volk!" und nun habe eine Bürgerbehörde auf die eigenen Brüder schießen lassen. Man habe auf empörend grausame Weise fliehenden Weibern und Kindern die Kugeln nachgeschickt, was dadurch bestätigt wird, daß er selbst viele im Rücken verwundete Unglückliche gesehen habe. Er stelle hierauf die Fragen an das Ministerium: 1. Wer den Befehl zum Einhauen und Schießen gegeben und ob es die Verantwortlichkeit übernehme? 2. Was das Ministerium gethan habe, um für Wien eine volksthümliche Behörde zu schaffen? ob denn der undolksthümliche Gemeindeausschuß hiezu einen Entwurf vorlegen solle? wie sich ein ohne Census gewählter Reichstag mit einem mit Census gewählten Gemeindeausschuß vertrage? und 3. Die akademische Legion habe sich um's Volk verdient gemacht, sie sei eine der festesten Schutzwehren der Freiheit, ob also das Ministerium das Fortbestehen derselben nicht zum Grundsatz seiner Politik mache? Es sei gewiß sehr traurig, entgegnete Doblhoff hierauf, daß Blut geflossen sei, aber dieses Blut falle nicht auf die Nationalgarde, sondern auf jene, welche die Arbeiter ireregeleitet. Den Befehl zum Schießen und Einhauen habe Niemand gegeben, die Nationalgarde habe sich nur vertheidigt, sie habe erst geschossen, als auf sie geschossen wurde. Betreffs des Gemeindeausschusses habe dieser eben heute angetragen, sich neu mittelst eines neuen Wahlmodus reorganisiren zu wollen, und denselben dem Reichstage zur Prüfung vorzulegen. Was endlich die akademische Legion betrifft, frage man bloß dieselbe, wie er (Doblhoff) mit ihr stehe?

Wien. Der Kaiser hat unterm 24. Aug. alle aus Veranlassung der seit dem Monat März in Südtirol stattgehabten revolutionären Ereignisse anhängigen Untersuchungen niedergeschlagen und die Freilassung der Verhafteten verfügt.

Wien. Der Gemeindeausschuß hatte am 29. Juli an die Armee in Italien und ihren Feldherrn eine Glückwunschadresse erlassen. Aus dem Antwortschreiben Radetzky's theilen wir eine charakteristische Stelle mit: „Ja, meine Herren, die Armee von Italien liebt den Kaiser und das Vaterland, sie liebt seine Freiheit, seine Gesetze, seine Institutionen, u. wird mit Freuden in Vertheidigung dieser heiligen Unterpfänder ihren letzten Blutstropfen verspritzen; sie hält aber das Glück der Monarchie unzertrennlich von ihrer Einheit, ihre Einheit nur möglich durch treues und aufrichtiges Anschließen an den konstitutionellen Thron eines geliebten Kaisers, eines Regentenhauses das durch ein halbes Jahrtausend die Liebe und der Stolz eines jeden Oesterreichers war. Ich bedaure, daß ich die Zwölfer an Oesterreichs Einheit nicht über die Schlachtfelder führen kann, die ich so eben verlassen, um ihnen zu zeigen, wie da der Slawe mit dem Ungar und Deutschen im Tode verbunden dahingestreckt lag, wie in der kalten Todesmiene keine andere Leidenschaft zu lesen war, als Treue gegen den Feind und Treue bis in den Tod dem Kaiser und Vaterlande. Bei diesem feierlichen Anblick, meine Herren, ergriff mich die Ueberzeugung, daß an die Stelle unserer gegenwärtigen Zerrissenheit wieder Einheit und Bruderliebe treten müsse, so weit der Zepter Oesterreichs reicht."

Prag, 24. Aug. Zu der am 28. d. M. anberaumten Hauptversammlung der Deutsch-Böhmen in Kommotau scheinen die Deutschen ernstliche Vorbereitungen zu treffen. Nach dem Konst. Bl. a. B. ist bereits Mitte dieses Monats eine Versammlung in Reichenberg abgehalten worden. Gegenstände der Berathung bilden die politische Stellung der deutschen Nationalität in Böhmen in allen Beziehungen, die Garantien derselben und die Frage des Zollanschlusses. Der Kongreß wird drei Tage dauern, und am 31. d. soll ein Verbrüderungsfest mit den in Teplitz anwesenden Deutschen stattfinden. — Laut einer Ministerialverfügung werden die Metternich'schen Herrschaften Plaß und Königswart vom Staat eingezogen; auf ersterer Besitzung lastet eine Schuld von einer halben Million Gulden. (O. P. Z.)

Prag, 20. Aug. Von den Gefangenen am Hradschin werden abermals einige entlassen, worunter auch Graf Albert Deym. Außer Fasster und Billani befindet sich keine populäre Persönlichkeit auf dem Schlosse in Haft. (Wien. Ztg.)

Triest, 25. Aug. Man schreibt der Allg. Ztg.: Wie Sie aus dem heutigen Lloyd-Journal ersehen, hat der Feldmarschall Radetzky mittelst eines Kuriers ein offenes Schreiben des sardinischen Kriegs- und Seeministeriums an Albini abgesendet, das den Befehl enthält, die Gewässer von Venedig sofort mit seinem Geschwader zu verlassen und die sardinischen Truppen alsbald einzuschiffen. Eine Weigerung, heißt es in der betreffenden Depesche, würde als ein casus belli angesehen, und der Krieg würde wieder beginnen.

Preußen. ☽ **Berlin**, 28. August. Bei dem Beginn der heutigen Landtagssitzung wird das „Gesetz zum Schutze der persönlichen Sicherheit und Freiheit" noch einmal verlesen und darauf einstimmig beschlossen, dasselbe der Regierung zur Anerkennung vorzulegen. Unter mehreren Anträgen und Interpellationen wurden nur diejenigen der Abgeordneten Behrends und Freydorf für dringend erachtet. In der Nacht vom 26. bis 27., bemerkt der Erstere, habe hier außer mehreren Verhaftungen auch eine Haussuchung in dem Lokal des Handwerkervereins stattgefunden, und seien dazu sogar Abtheilungen der Bürgerwehr mit herangezogen worden. Die Polizeibeamten hätten sich jedoch nicht damit begnügt, jene Haussuchung vorzunehmen, sondern seien auch nach dem vor den Thoren belegenen Garten des Vereins gezogen, hätten dort Kisten (angeblich mit Munition!) in Beschlag genommen u. s. w. Welche Gründe zu einem solchen, die Heiligkeit der Wohnung so schwer verletzenden Verfahren vorgelegen hätten? Der Minister des Innern versprach, da ihm der nöthige Bericht noch fehle, am nächsten Freitag zu antworten. Der Abg. Freydorf (ein Kaufmann aus Stettin) befragt die Regierung, ob es gegründet sei, daß sie, ohne zuvor die Zustimmung der Volksvertreter einzuholen, in Erwiderung auf die französischen Ausfuhrprämien den Zoll auf Seide und Wollenwaaren erhöht habe, begeht indeß dabei den gewaltigen Mißgriff, in aller Form den alten Streit: ob Freihandel oder Schutz-

Digitized by Google

zoll? aufzuführen. Das Schutzzollsystem, ruft er aus, sei nicht geeignet, die Wohlfahrt der Völker zu begründen. Ein Treibhauserzeugniß der Abstraktion, rufe es Elend und Verwirrung hervor. Es sei sogar ein Verrath an der Einigkeit Deutschlands, denn es fordere den Norden gegen den Süden zum Kampfe um die materiellen Interessen. Woher rühre der Jammer unter den Arbeitern anders, als von dem unglückseligen Steuersysteme, welches schon so lange auf dem Zollvereine laste? (Bravo der Linken.) Was würden wir thun, wenn England und die Schweiz, die bei dieser Maßregel weit mehr betheiligt seien, als Frankreich, mit Retorsionen vorgingen? Der Minister des Handels (Milde) antwortet der Lage der Sache gemäß. Er glaube nicht, daß man von ihm erwarte, er solle auf eine Kontroverse über die verschiedenen Systeme der Handelspolitik eingehen, um so weniger, als er später Gelegenheit finden würde, darauf zurückzukommen. Wenn man frage, ob eine Vereinbarung innerhalb des Zollvereins das Ergebniß gehabt, den Zoll auf Seide und Wollenwaaren um so viel zu erhöhen, als die französischer Ausfuhrprämie betrage, so antworte er darauf mit ja. Die meisten Zollvereinsstaaten hätten dazu ihre Zustimmung ertheilt. Es handle sich hier nicht um Systeme, sondern um die nackte Thatsache, ob man die Arbeiter im Eichsfelde für den Winter arbeitslos lassen wolle. Es könne nicht schließen, ohne zu erklären, daß die Regierung in jeder Weise darauf vorbereitet sei, die Rechte der Nationalität, die Rechte des deutschen Arbeiters zu wahren. (Beifall.) Auch der Finanz-Minister (Hansemann) nimmt mit Uebergehung der Frage wegen der Zölle für die Regierung das Wort. Es handle sich, bemerkt er am Schluß seiner Rede, um weiter Nichts, als um eine Vertheidigungsmaßregel. Belgien thue gerade dasselbe und schütze sich gegen feindliche Maßregeln anderer Staaten. Uebrigens würde die Zollerhöhung auf Staaten, die mit uns in einem freundlichen Handelsverkehr stünden, keine Anwendung finden und Retorsionsmaßregeln deßhalb (von England) nicht zu erwarten sein. — Auf der Tagesordnung steht heute die Berathung des Bürgerwehrgesetzes. Demselben liegt ein von der Regierung vorgelegter und von den Abtheilungen mannigfach, wenn auch nicht gerade in wesentlichen Punkten, veränderter Entwurf zu Grunde. Im Allgemeinen war die Regierung, wie dies im Laufe der Verhandlungen von dem Minister des Innern näher entwickelt wurde, davon ausgegangen, die Bürgerwehr als ein ergänzendes Glied an unsere bestehende Wehrverfassung, d. i. an Linie und Landwehr, anzuschließen. In Hinsicht auf die innere Einrichtung hat sie die französischen und belgischen Bürgerwehrordnungen in vieler Beziehung zur Richtschnur genommen. Die Bürgerwehr soll keine beschließende, sondern nur eine wesentlich ordnende und ausführende Thätigkeit üben; Berathungen unter den Waffen sind ihr deßhalb nicht erlaubt. Ihre Eintheilung ist militärähnlich. Sie schreitet nur ein auf Anrufen der konstitutionellen Gewalten. Neben ihr dürfen nicht andre Körperschaften mit gleichem Zwecke bestehen (die fliegenden Korps). Nach ihrer bürgerlichen Seite hin schließt sie sich an die Gemeinde an. Niemand von 24 bis 50 Jahre darf sich ausschließen, er sei arm oder reich, nur der Gemeindevertretung soll eine Entbindung von dieser Verpflichtung zustehen. Es findet freie Wahl der Führer Statt, bis zum Hauptmann durch die Wehrmänner, des Majors durch die Rottenführer und Hauptleute, des Obersten durch die Regierung aus drei Kandidaten. Wehrgerichte erkennen über die vorgekommenen Vergehen. Von der andern Seite wurde geltend gemacht, daß nach dem Regierungsentwurfe der Zweck der Bürgerwehr ein vorherrschend polizeilicher zu sein scheine. Auch sei eine Verschmelzung derselben mit der Landwehr nicht angebahnt, von einer Stellung zur Linie gar keine Rede. Die neue Zeit gestatte jedoch den frühern Gegensatz zwischen Volk und Militär nicht, sondern verlange unabweisbar, daß beide in einander aufgehen. Eine allgemeine Volksbewaffnung nach gleichen Grundsätzen biete dazu die vermittelnde Hand. Sie zerfalle in Linie und Bürgerwehr, welche letztere die Landwehr in sich schließe. Die Bürgerwehr müsse den Anfangs- und Endpunkt der ganzen Wehrverfassung bilden. Sei man schon mit dem 17. Jahre berechtigt, in diese einzutreten, so erhalte man hier die erste Uebung in den Waffen, mit welcher andre zur Kräftigung des Körpers dienende Uebungen (Turnen) zu verbinden seien. Mit dem 20. Jahre fände dann die Linie einen tüchtig vorgebildeten Wehrmann, dessen Dienstzeit um Vieles abgekürzt werden könne. Dieser gehöre beim Austritt aus der Linie wieder der Bürgerwehr an, und zwar für eine Reihe von Jahren. Eine Unterabtheilung derselben sei die Landwehr. So erhalte man Linie, Landwehr, Landsturm. Durch solche allgemeine Verbrüderung zu dem Einen gemeinsamen Zwecke, die gesetzliche Freiheit Aller zu schützen, würden die bisher gespaltnen Gewalten zu einer großen einheitlichen Staatskraft als Ausdruck des Gesammtvolkswillens zusammenwachsen. In dieser Weise etwa sprach sich die von dem Regierungsentwurfe abweichende Meinung schon in den Abtheilungen aus, vielleicht sehr mit Recht. Denn die Erfahrung seit den Märztagen hat deutlich gezeigt, daß die Bürgerwehr in ihrer gegenwärtigen Einrichtung, an welcher durch den Regierungsentwurf im Wesentlichen wenig geändert wird, in Rücksicht auf ihre Wehrhaftigkeit gar viel zu wünschen übrig läßt. Der Turnplatz würde jedenfalls eine treffliche Vorschule für den Dienst im stehenden Heere bilden und dieses wiederum der alleinige Weg sein, auf welchem eine Zucht und Ordnung als die kräftigsten Stützen der Wehrhaftigkeit achtende Bürgerbewaffnung entstehen könnte. Ueber den Entwurf im Allgemeinen sprechen nur wenige Redner. Johann Jakoby aus Königsberg ist gegen den ganzen Entwurf. Offenbar sei das vorliegende Gesetz bestimmt, eine Forderung zu erfüllen, die in den Märztagen von allen deutschen Volksstämmen gleichmäßig gestellt worden. Damals habe der Ruf gelautet: Verminderung der stehenden Heere und allgemeine Volks-Bewaffnung; denn das Volk fühlte in sichrem Instinkte, daß die stehenden Heere die festeste Stütze des Absolutismus seien. Der Unterschied zwischen bewaffneten und unbewaffneten Bürgern sollte aufhören. Dennoch werde jetzt das Heer in seinem alten Zustande belassen. Das Landwehrsystem habe nicht vermocht, eine Verschmelzung des Soldaten und Bürgers herbeizuführen, das gegenwärtige Gesetz werde dies ebensowenig vermögen. Statt den Soldaten zu einem bewaffneten Bürger zu machen, mache es nur den Bürger zu einem unbewaffneten Soldaten. In dem Entwurfe sei nicht ausgesprochen, daß die Sorge für die Ruhe einzig und allein dem Bürger zustehe; denn die Verwaltungsbeamten dürften die Bürgerwehr requiriren und selbst auflösen. Die Wahl der Führer sei beschränkt, die Nothwendigkeit einer freieren Wirksamkeit trete hervor, wo jeder persönliche Wille ferngehalten werden solle. Eine Ordnung ohne Freiheit sei gar Nichts werth. Nur durchgreifende Reformen, eine radikale Umgestaltung unseres Heerwesens würden uns dienen. Der Entwurf könne, weit entfernt die königliche Verheißung einer Volksbewaffnung zu erfüllen, nur als ein provisorischer, ein Nothgesetz angesehen werden. Trotz dieser, soweit sie nicht politische Fragen berührt, gewiß sehr begründeten Kritik nahm die Versammlung den Entwurf, insofern er heute zur Berathung kam, ganz in der Fassung an, wie er aus den Abtheilungen hervorgegangen war. Die ersten Paragraphen bezeichnen den Geist des Ganzen und dürfen wohl an dieser Stelle mitgetheilt werden. §. 1. Die Bürgerwehr hat die Bestimmung, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen und bei der Vertheidigung des Vaterlandes gegen äußere Feinde mitzuwirken. In ihren dienstlichen Versammlungen darf sie über öffentliche Angelegenheiten nicht berathen. §. 3. Durch königliche Verordnung kann die Bürgerwehr einzelner Gemeinden und Kreise aus wichtigen, in dem Auflösungsbefehle anzugebenden, Gründen ihres Dienstes entboben oder aufgelöst werden. Die Dienstenthebung darf nicht länger als 6 Monate dauern. Im Falle einer Auflösung muß die neue Organisation binnen 3 Monaten erfolgen. §. 4. Wenn die Bürgerwehr dem Rufe der Behörden Folge zu leisten sich weigert oder in die Verrichtungen der Gemeinde-, Verwaltungs- oder gerichtlichen Behörden sich einmischt, so kann sie der Verwaltungsvorstand des Regierungsbezirks mit Angabe der Gründe ihres Dienstes enthoben. Diese Dienstenthebung hört nach 4 Wochen von selbst auf, wenn nicht inzwischen die Auflösung nach §. 3 erfolgt. §. 6. Die Mitglieder der Bürgerwehr dürfen ohne Befehl ihrer Führer nicht zu dienstlichen Versammlungen zusammentreten. Dieser Befehl darf ohne Aufforderung der zuständigen Behörden nicht erlassen werden. §. 7. Jedes Mitglied der Bürgerwehr leistet bei seinem Eintritt in die Bürgerwehr vor dem Gemeindevorsteher in Gegenwart des Bürgerwehrbefehlshabers folgende feierliche Versicherung: Ich gelobe Treue dem Könige und Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des Königreiches. — Die Fassung dieses Gelöbnisses stieß bei der äußersten Linken auf den heftigsten Widerspruch. Besonders ist Graf Reichenbach voll geistreicher Wendungen. Er will die „Treue dem Könige“ gestrichen haben. Selbst wenn er sich auf den Standpunkt der Vereinbarung stelle, scheine es ihm unsinnig, daß ein Kontrahent dem andern Treue gelobe. Auch das Königthum (!) könne die Verfassung (etwa die Republik?) verletzen — er erinnere an Karl X. und den König von Hannover — und so den Bürger zum Meineide zwingen. Der Abg. Behrends ist für den Wegfall des ganzen 7. Paragraphen. Man dürfe die Eide nicht häufen, bemerkt er, weil sie eigentlich keine Bedeutung haben. Der Bürger sei dem Gesetze unterthan und dürfe nicht für sein ganzes Leben nach einer bestimmten Richtung hin verpflichtet werden. Hr. Jung hält den Eid für ein abgenutztes Staatsmittel und meint, das Klügste sei, ihn abzuschaffen. Erhebender als diese kalten,

lebenlosen Staatstheorien war die durch sie angeregte sittliche Entrüstung, welche einen schlichten Landmann aus dem fernen Ostpreußen auf die Rednerbühne trieb. Man spreche grade, erwiderte jenem politischen Ueberreifen der Bauer Hofer voll edlen Zorns, als gebe es keinen König mehr. Sie möchten versichert sein, er wisse noch Viele, die in Treue und Ergebenheit an ihrem Könige hingen. — Das Gesetz gegen Zusammenrottungen und unerlaubte Volksversammlungen hat in den Abtheilungen so heftige Debatten hervorgerufen, daß es noch nicht vorgelegt werden konnte. Jedenfalls wird der Tag, an welchem es zur Berathung kommt, für die Ruhe der Stadt ein bedenklicher werden. Die republikanische Partei sieht in ihm sehr mit Recht die gefährliche Klippe, an welcher ihr aus sehr leichtem Stoffe gedautes Staatsschiff scheitern könnte und wird die Entscheidung des Landtages, die sicherlich nicht zu ihren Gunsten ausfällt, benützen, um ihre längst angelegten Minen springen zu lassen. Fast scheint es, als wenn man auf heute, wo die Berathung des Entwurfes erwartet wurde, neue Unruhen bestellt hätte, denn schon sammeln sich in diesem Augenblicke wiederum die Getreuen an den gewöhnlichen Orten, um auf der Straße die Grundsätze ihrer Politik miteinander zu besprechen. Doch ist es möglich, daß man in Paris, Wien und München ein Anderes beschlossen hat, und daß also auch wir bis auf Weiteres vor den bescheidnen Anliegen des souveränen Volkes und seiner Steinpflasterpolitik verschont bleiben. Grund genug zu den bekannten Demonstrationen ist freilich vorhanden. Denn heute in aller Früh sollen wiederum fünf der Hauptleiter des demokratischen Klubs verhaftet sein. Man unterhält sich über diese neue Gewaltthat eifrig an den Ecken und freut sich der Stunde, wo es „losgehen" wird.

** Berlin, 28. Aug. Der heutige Tag wird in der Stadt als ein verhängnißvoller bezeichnet. Es ist wieder Montag, wiederum Soirée beim Ministerpräsidenten; ferner könnte möglicherweise in der Singakademie das Aufruhrgesetz berathen, vielleicht schon angenommen werden; ein neuer Krawall ist förmlich angesagt. Sollt' es gar Mode werden, demokratischen „Blanmontag" zu halten? Wenigstens heute würde, wenn es wirklich zu Konflikten kommt, Göthe's Geburtstag in höchst eigenthümlicher Weise gefeiert! — Ich schrieb nach dem Auftritt am vorigen Montag, die Charlottenburger Gräuel seien dabei benutzt worden. Man geht hier weiter und bringt beide miteinander in eine wahrhaft mystische Verbindung. Mir will es nicht recht einleuchten, wie die Berliner sog. Demokraten zum Zweck eines Aufruhrs in Berlin ihre Wahlverwandten zu Charlottenburg durchprügeln, mißhandeln, beinahe todtschlagen lassen möchten. Tiefere Forscher in der Krawallosophie kombiniren also: schon seit längerer Zeit leiten Spuren auf ein geheimes Einverständniß, auf ein Zusammenwirken der Radikalen und der Ultras, der äußersten Linken und der äußersten Rechten in unsern Parlamenten, in den Klubs, in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Zeichen für eine solche Koalition werden immer sprechender. Es ist dabei nicht die Rede, daß das Gros beider Fraktionen von diesem Zusammenhang eine Ahnung habe; vielmehr ist der Fanatismus beider gegeneinander unaffektirt und natürlich; hochbegabte Mitglieder beider ahnen von diesem unnatürlichen Bündniß Nichts und sind nur erfreut, wenn sie merken, daß ihre feindseligsten Gegner dasselbe Interesse weisen, die herrschende Partei zu stürzen — um jeden Preis. Wenigen Eingeweihten ist es beschieden, die unsichtbaren Fäden durch ihre Hand gehen zu lassen; diese sind zumeist unter den Ultramontanen zu suchen. — Der Reaktion liegt vor Allem daran, das Volk zu schwächen, zu entnerven; dies geschieht am sichersten und ehesten auf dem Wege, welchen die sog. Demokraten einschlagen, um ihr Ziel zu erreichen. Die Reaktion feiert nicht glänzendere Triumphe, nicht größere Erfolge, als wenn die Revolutionäre agitiren, aufhetzen und neue Stücke Volksherrschaft in Scene setzen. Mit jedem neuen Putsch von links rekrutirt sich der Haufe rechts. Die Reaktion, welche weiter und weiter greift, sich der Gemüther mehr und mehr bemeistert, gleichgiltig gegen die Güter des freien Staatslebens macht, ja wohl gar gegen freie Presse, Vereinsrecht erbittert, das ist die furchtbarste. Sie wirkt wie Gift. Die revolutionäre Partei ist nur der Apotheker der Reaktion. — Die Reaktion gebietet über große Geldmittel; man sagt den Revolutionären für jetzt das Gegentheil nach; die großen Summen, über welche sie im März u. s. w. zu disponiren hatten, seien gewaltig eingeschmolzen. Es mögen eben jene wenigen Eingeweihten wissen, wer die eigentliche Amme der Aufstände und Revolutiönchen ist, welche von den sog. Demokraten vorbereitet werden. Genug, die Revolution soll gegenwärtig, ohne selbst im Allgemeinen davon zu wissen, im Solde der Reaktion stehen, im Dienste der Reaktion verwandt werden. — Sie sehen, die Hypothese ist kühn; aber sie trifft in den Hauptsachen zu. Daß die „Abschlachtung der Charlottenburger Demokraten" von der Reaktion ausgedacht und vermittelt ist, schreien die hiesigen „Demokraten" selbst in alle Weltgegenden aus. Dieses „kleine Vergnügen" machte sich die Reaktion aber am Tage vor dem Berliner Straßenaufruhr. Doch dieser entstand ja in Folge der Charlottenburger Scenen? Dann entstand auch der Wiener Aufstand, der an dem nämlichen Tage, am 21. Aug., vor sich ging, in Folge der Charlottenburger Scenen! — Die Reaktion, d. h. jene unbekannten Oberen wußten von dem 21. Aug., weil sie ja Geld dazu hergeliehen hatten, konnte daher füglich die Charlottenburger Scenen, bei denen sie eine besondere Freude empfand, an keinem bessern Tage veranstalten, als am 20. August; sie wirkten dann für den folgenden Tag besser wie Gold. So questo non é vero, é ben trovato. — — Tiefer angelegt war der Plan für vergangenen 21. August jedenfalls. Die Gleichzeitigkeit mit dem Wiener Ereigniß ist um so bedeutsamer, als hier Vormittags ja der Versuch gemacht wurde, einen Arbeiteraufstand hervorzubringen; bei dem Arbeitsminister Milde fingen ja die Unruhen am 21. d. an. Noch einige andere Thatsachen geben Winke. Minister Kühlwetter erklärte sich im Stande, das Haus zu nennen, wo der Aufstand verabredet worden. — Die zwei verhängnißvollen Schüsse werden gewiß nicht bei gewöhnlichen Gelegenheiten angeordnet. Es ist jetzt durch Augenzeugen herausgestellt, daß mit dem Rücken gegen die Rampe des Ministerhotels auf das Volk geschossen wurde. Gleich darauf flogen Steine gegen die Fenster. Auf der Rampe am Palais des Prinzen Friedrich (in der Nähe), die auch ganz besetzt war, ist unaufhörlich wiederholt worden: „der Minister läßt auf das Volk schießen!" (Man wird unwillkürlich daran erinnert, wie „der König am 18. März Mittags auf sein jubelndes Volk schießen ließ"; denn gleich nachdem die zwei mystischen Schüsse gefallen, wurde von der Kavallerie eingehauen.) — Ferner hielt am 21. Abends wie gewöhnlich im Hôtel de Rossie (nach Andern in Mylius Hotel) eine gewisse Fraktion von Abgeordneten Berathung; beim Auseinandergehen hat einer der Abgeordneten das Wort verloren: „Vielleicht sehen wir uns heute Nacht in der Singakademie." Der Berliner Korrespondent der Weserzeitung erzählt diesen Ausspruch, den man sich hier als ein Geheimniß mittheilte, in höchst naiver Weise; jene Abgeordneten hätten beschlossen, wenn die Unruhen entscheidender würden, in der Singakademie Nachts ihre Berathungen fortzusetzen. Es scheint mir doch diese Aeußerung derartig, daß sie wohl das Licht des Tages zu scheuen habe. Denn danach zu urtheilen, hatten jene Herren sich auf recht Viel gefaßt gemacht. — Daß nicht recht Viel daraus geworden, schiebt man dem Geldmangel unter; Abends seien noch auf der Eisenbahn 4 — 6 Helfershelfer angekommen, mit vielem Geist und Geschick, aber ebenfalls ohne Mittel. — Allerhand Abenteuerlichkeiten kamen die Tage darauf noch vor. Ein Plakat des demokratischen Klubs, worin das „edle, richtige Gefühl anerkannt wird, welches die Aufrührer („Brüder!") geleitet", wurde von diesem desavonirt, ebenso von dem Drucker; die Namen Beider waren mißbraucht. Ein Mann, der dieses Plakat anschlug, erklärte, von einem Unbekannten den Auftrag erhalten und dafür 10 Thaler, also einen unverhältnißmäßig hohen Lohn empfangen zu haben. Die Plakatenliteratur, welche wie der zündende Blitz auf die Gemüther der Massen wirkt, ist dem Arm der Gerechtigkeit auf diese Weise völlig entzogen, und ungestraft dürfen auf diesem Wege Verbrechen begangen werden, welche sogar den gemeingefährlichen Charakter tragen! — An dem Ministerhôtel standen am Tage nach der Zerstörung viele Neugierige; zwei Herren waren für einige Sekunden dabei und bedauerten, daß „es wieder zu früh zum Ausbruch gekommen sei". — Die charakteristische Geschichte von der Obstverkäuferin, die unter den Linden auf einer Karre lag und vor Schmerzen sich krümmte, der ein Konstabler den Schädel gespalten haben sollte, entnahmen Sie wohl schon hiesigen Blättern? Ein herbeigerufener Arzt machte sich Bahn durch den Knäuel der Umstehenden, welche den Konstablern fluchten, nahm den Verband ab, untersuchte das Weib: siehe da, keine Spur von einer Wunde; der Puls völlig normal! Aber die Umstehenden blieben dabei, daß der Konstabler dem Weibe den Schädel gespalten! — Vulgus vult decipi!

*** Berlin, 26. August. Man sucht nach Resultaten unserer letzten Bewegung und ihren letzten Folgen. Eines springt in die Augen: daß unsere Gesetzgeber keine republikanischen Tugenden besitzen. Die Republik ist uns demnach um ein Stadium weiter gerückt. Ein Trost für die, welche sich noch vor ihr fürchten. Oder wem kann diese Wahrnehmung entgehen, wenn er die Verhandlungen über den vom Ministerium eingebrachten Gesetzentwurf verfolgt! Wäre nur ein Funke republikanischen Gemeinsinns in der Mehrzahl der Vertreter in der Singakademie gewesen, würden sie denn nicht diesen Entwurf sofort zur Hand genommen haben, unter welcher Form er auch zu ihnen gebracht worden, entweder, um, die Dringlichkeit anerkennend, einen gesetzlichen Zustand schnell herzustellen, welcher die Wiederholung

der Aufruhrsscenen unmöglich macht, oder, wenn sie die Dringlichkeit nicht anerkennen, ihn sofort zu beseitigen, damit sie Raum für ihre eigentlichen Berathungen gewinnen? So würden Republikaner von echtem Schrot und Korn gehandelt haben, vom groben und feinen. Wo es die Frage um die Diktatur gilt, verhandelt man nicht um eine bessere Wechselordnung oder ein besseres Gesetz zur Straßenreinigung, auch wenn sie noch so lange auf der Tagesordnung stehen. So handelten die Franzosen im Augenblick der Gefahr, wenn ich sie auch nicht für vorzügliche Republikaner anerkennen mag; sie hatten den natürlichen Takt. Vielleicht sagen unsere Männer aus der Singakademie, es wäre gar keine Gefahr da gewesen, wenigstens nicht die in jenen angedeuteten französischen Verhältnissen, was ich auch keineswegs in Abrede stelle; aber wäre es denn nicht gewesen, sofort ihre Ueberzeugung dem Ministerium entgegen zu halten? Statt dessen breiteten sie sich in unendlicher Behaglichkeit über den begangenen Formfehler aus, daß der Entwurf nicht in der Form eingebracht worden, um sofort zur Berathung zu kommen. Hier, in ihrem Elemente, zu streiten um ein Nichts, der Regierung einen Eingriff vorzuwerfen, haben sie denn auch wirklich den großen Sieg davon getragen, daß der Präsident bekennen mußte, er habe gegen die Form gefehlt. In Folge dessen wird die Berathung auf die nächste Woche ausgesetzt. Die Minister machen der Opposition noch eine Höflichkeitsverbeugung: sie willigten gern in diesen Aufschub, da sie in einer so wichtigen Angelegenheit durchaus keine übereilte Berathung, keinen überstürzten Beschluß gefaßt wollten! — Und was wird die Opposition thun? — Den Sieg benutzen in ihrer Art. Jetzt, wo es allerdings darüber ist, wird sie in schönen Phrasen beweisen, daß gar Nichts gewesen ist, was so außerordentliche Maßregeln rechtfertige, sie wird von den gefährdeten Volksrechten deklamiren, wie man es im Affentheater unter den Zelten gehört hat. Letzteres wird ihr zwar vor den Vernünftigen schwer werden, wenn man dies Minimum von geforderten Bürgschaften für die öffentliche Sicherheit betrachtet; aber was ist nicht einer Opposition möglich, die ein Ministerium bekämpft, welches nicht mehr zu fordern wagt, als in jenen Gesetzentwürfen enthalten ist? Was nicht einer Opposition, welche die Gallerie hinter sich, ein schwaches Ministerium vor sich und in petto die Absicht hat, ihre Stimmführer ins Ministerium zu bringen? Säße Ihr Korrespondent in der Singakademie, so würde er sich allerdings in einiger Verlegenheit befinden, ob und wie er das Ministerium vertheidigen sollte, das nur die unbedeutenden Nachzügler bei einem solchen Aufstande angreift und die eigentlichen Urheber ungestört läßt. Es ist denn doch möglich, daß der Staatsanwalt auch die Plakatverfasser, die Redner am Operahause und in den Volksversammlungen vor Gericht citirt; wir gehen nun einmal langsam zu Werke. Freilich, wenn das geschieht, wenn man darin Kraft zeigte und Vertrauen auf die giltigen Gesetze, wäre die improvisirte halbe Gesetzmaßregel kaum nöthig; man hätte sie wenigstens können aufstehen lassen, bis die Berathung über den Verfassungsentwurf auf diesen Punkt gekommen wäre, und hätte damit neuen Oder zu parlamentarischer Aufregung vermieden. Inzwischen schmeichelt sich die Opposition allen Ernstes, ihre Gegner zu werfen, ihre Männer ans Ruder zu bringen, und da würde es denn freilich Pflicht, wenn man diese Männer betrachtet, gerüstet beim alten Ministerium stehen zu bleiben. Von Genie nicht zu reden, aber großartigem Patriotismus, so bietet Keiner von ihnen die Bürgschaft längerer Dauer. Ich halte es für unmöglich, daß die Nation es ertrüge, einen Mann in den Ministerreihen zu sehen, den das Publikum unter den Lindenbummlern mit seinen Schildknappen die giorreiche Rolle spielen sah, sich von den Kanstablern greifen zu lassen. Engländer, denen so etwas freilich doppelt empörend scheint, berichten sogar in ihren Zeitungen, wie sie diese selben s. g. Ministerkandidaten Abends unter den Linden gesehen die Bummler zum Widerstande gegen die Schutzmannschaft aufregen. Möge das dahin gestellt bleiben, die Nachrede ist aber so stark, daß Preußen, wie tief es auch gesunken wäre, eine Blamie, die aus Lächerliche streift, von seinen Bürgern und dem Auslande nicht auf sich nehmen könnte. Man nennt als Oppositionskandidaten den Geheimen Tribunalsrath Waldeck, der den Satz siegreich durchgeführt, daß ein Deputirter nicht braucht lesen und schreiben zu können. Zwar würde derselbe wohl kein Ministerium aus Schreibensunfähigen sich bilden, er würde ihm aber eine Färbung geben, die mit der ungeheuren Majorität der Nation im grellen Widerspruch stünde, was möglicherweise einen gewaltsamen Konflikt und Bruch herbeiführte. — Ministerium und Opposition stehen sich jetzt unsicher gegenüber; noch größere Unsicherheit ist indeß bei den Demokraten. Der letzte Sturm war das Werk des Impulses. Die Charlottenburger Blutprügelei kam ihnen ganz unerwartet; rasch, unvorbereitet benutzten sie dieselbe, geschickt in ihrer Art manövrirend, aber der Sturm gegen das Ministerium schlug fehl, mußte fehl schlagen, weil ihm alle nachhaltige Kraft fehlte. Mit ungemeiner Verwunderung müssen aber die Agitatoren das Benehmen ihrer Gegner ansehen, die einen solchen Sieg, eine solche einmüthige Stimmung unter der Bürgerschaft so schlecht zu benutzen wußten. Sie, die am Dinstag (22.) sich gestehen mußten, daß nun Alles ausgespielt, für sie verloren war, die offen durch ihre Deklarationen mit der Bürgerschaft gebrochen hatten, deren einziger bewaffneter Zuzug (man sagt vom Handwerkerverein; die Sache ist noch nicht klar, auch nicht, unter wessen Anführung er aufs Oranienburger Thor einrückte) beim Anblick der Bürgerwehr wieder Kehrt machte — sie finden sich am Tage darauf (Mittwoch, 23.) in keiner Art angegriffen, ihre Klubs nicht geschlossen, ihre Anführer nicht verstrickt, dergestalt, daß sie am Abende von Niemand behindert, die Volksversammlung abhalten und ihre Hauptredner noch einmal auf die Minister Verderben herabwünschen und eine neue Revolution können predigen lassen! Aehnliches ist wohl nie in einem freien Staate, einer Republik vorgekommen: nachdem die Thatsache des Aufruhrs in allen Stadien zur Evidenz erwiesen ist: 1) in den vorgängigen Gerüchten und Drohungen, 2) durch das Plakat des demokrat. Vereins mit der deutlichen Aufforderung an das Volk, das Recht durch sich selbst zu erzwingen, was unfähige Minister ihm vorenthielten oder verkümmerten, 3) durch die Volksversammlung am Opernhause und die dort im vollen Sinne gehaltenen, noch provocirenderen Reden, 4) das unmittelbar darauf erfolgte Attentat gegen die Ministerhotels, das Geschrei, die drohende Deputation, die Steinwürfe, das Abbrechen der Eisengeländer unter den Linden, die Demolirung der Rampen, die Schüsse, das Gefecht mit den Kanstablern — nachdem somit ein vollständig gegliederter Beweis eines konsommirten Aufruhrs aarliegt, wie er in den seltensten Fällen zu finden sein wird, greift die Regierung nicht die intellektuellen Urheber an, sondern — propanirt ein Gesetz zur Beschränkung der Volksversammlungen! — Das konnten die Demokraten nicht erwarten, und es würde uns nicht gewundert haben, wenn dadurch ihre Taktik erschüttert worden wäre. Statt an Kopf und Kragen sich ergriffen zu fühlen, was sie, beim Fehlschlagen ihres kühnen Wagestücks, erwarten mußten, wird statt ihrer ein Schock heerenloser Bummler eingesteckt, und ihnen hält man ein sanftes Papieredikt entgegen, wornach sie hinfüro, wenn sie wieder Lust hätten, das Bourgeoisieministerium aber die Regierung durch eine Volksversammlung zu stürzen, ersucht sind, 24 Stunden vorher sich beim Polizei-Präsidium zu melden. Nur im Falle, daß wirklich dringende Gefahr wäre, das Ministerium könne dadurch gestürzt werden, darf ihnen die Erlaubniß versagt werden! Frei wie der Vogel auf dem Dache, können sie von Neuem konspiriren, wozu ihnen Nichts weiter fehlt, als die Aussicht auf Erfolg. Ja fände sich auch wieder ein Charlottenburger, ein Schweidnitzer Blutbad, die Bürger sind inzwischen klug geworden, und lassen sich nicht mehr durch den Schreck über einen Exceß zum Verläugnen eines Prinzips verleiten. Die Volksversammlung am 23. hat gebrüllt und gejauchzt zu den wildesten Blutanschlägen, aber dabei ist es geblieben, sie haben auf dem neuen Rütli unter den Zelten die Hände zum Schwur empor gehoben, aber wer zählt die Häupter, wer sieht nur die Physiognomien derer, die im Schatten der Bäume und der Nacht geschworen haben? Wer waren sie? Waren es nicht vielleicht Polizeispione und Spötter, die am lautesten geschrien? Und wer hat zuvor geschworen? Wird er sich dessen nach klar am Morgen bewußt sein? Solche Schwüre trägt der Abendwind fort. Mit Tiraden mußten sich die Führer helfen. Dann eine neue Verlegenheit, in die sie das Ministerium gestürzt. Die Versammlung war berufen, um gegen die unerhörten, die Freiheit untergrabenden Reaktionsmaßregeln zu wüthen; das blieb die Fassung der Geschlagenen, und inzwischen erfuhren sie den wirklichen Inhalt der zwei Entwürfe. Sie müssen innerlich gelacht haben, denn mit der Wahrheit dieser Schreckbilder können sie nicht einmal ihre geduldig willigen Leute erschrecken und in Harnisch bringen! So, wieder im Siege durch die Schüchternheit ihrer Sieger, wissen sie doch aus diesem Siege keinen Vortheil zu ziehen, und nachdem ihre gerechte Furcht wie durch ein Wunder beseitigt ist, fangen sie an, sich ihrer That zu schämen. Jedem sie sich bemühen, die Aufmerksamkeit des Publikums auf die Nationalversammlung zu richten, versichernd, dort werde ihr eigentlicher Kampf ausgefochten gegen einen Minister, der aus einer Polizeifrage eine Kabinetsfrage mache, fangen sie jetzt schon an, die Thatsache selbst in Zweifel zu ziehen. Nicht zwar das Faktum der Demolirungen und des Steinhagels, aber — dies wäre so unerhört dumm, so unbegreiflich von gewitzigten Männern wie unsere Demokraten, daß der geheime Quell anderswo gesucht werden müsse. Wo? — Natürlich bei der Reaktion. Diese hat durch ihre Agenten die Linden zerstören, die Minister steinigen lassen, um das Odium auf

die Demokraten zu werfen. Ob sie Jemand finden werden, der es glaubt? Es ist alles möglich.

Hannover. Die O.P.Ztg. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: Die Erklärung der kön. hannoverschen Regierung v. 7. Juli 1848 hat den Beschluß der Nat.-Vers. vom 14. Juli 1848 veranlaßt, wonach die provisorische Centralgewalt ihre unumwundene Anerkennung, und jene des Gesetzes vom 28. Juni 1848, von Seite der hannoverschen Regierung zu erwirken hatte. Diese Regierung hat nun in an den Reichsverweser selbst und an die provisorische Centralgewalt gerichteten Zuschriften die gewünschte Anerkennung ausgedrückt, und in der Person des Abgeordneten der Nat.-Vers. von Bothmer ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt, der auf Grundlage seiner unter Gegenzeichnung eines Ministers ausgestellten Vollmacht in einer am 21. August 1848 an das Reichsministerium eingesendeten Erklärung, Namens seiner Regierung, die provisorische Centralgewalt und das sie begründende Gesetz förmlich und unumwunden anerkannt hat. Durch diese urkundlichen Erklärungen ist dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 14. Juli 1848 vollständig entsprochen.

△ **Frankfurt**, 30. Aug. Die Spenersche Zeitung berichtet, es sei „in der abgelaufenen Woche die Forderung nach Berlin gelangt, der Centralgewalt von Seiten Preußens sieben ganze Armeekorps, mit einem Effektiv von 310,000 Mann zur Disposition zu stellen, wahrscheinlich um einen Theil davon unmittelbar nach Böhmen zu senden und den Rest etwa nach der italienischen Grenze zu schicken". Die Spenersche Zeitung knüpft daran allerlei gegen die Centralgewalt gerichtete feindselige Bemerkungen und erzählt ihren Lesern zuletzt: Preußen habe noch neulich eine Million Thaler nach Frankfurt geschickt, um dem dringenden Geldmangel daselbst einigermaßen abzuhelfen, da kein anderer Staat eine derartige Zahlung leisten konnte oder wollte. — An beiden Nachrichten ist **kein wahres Wort**. Wie sich aus, letzten Freitag öffentlich erstattetem, Berichte des Reichsfinanzministers ergibt, sind über 2 Million Gulden in der Bundeskasse vorräthig, und was die 310,000 Mann betrifft, so bezieht sich diese Nachricht wahrscheinlich auf den Befehl des Reichskriegsministers, durch welchen der Beschluß der Nationalversammlung, die deutsche Armee auf zwei Procent der Bevölkerung zu bringen, in Ausführung gebracht wird. Daß die Spenersche Zeitung ihrer falschen Nachricht die Worte anhängt „wahrscheinlich um einen Theil davon unmittelbar nach Böhmen zu senden und den Rest etwa nach der italienischen Grenze zu schicken" ist bezeichnend für die Quelle, aus welcher der ganze Artikel fließt. Hier soll, durch die Nachricht, **preußische** Truppen würden in **österreichischem** Interesse verwendet, offenbar der alte Stammeshaß und Hader wieder geschürt werden. Wie weit muß **die** Partei in Preußen, welche das deutsche Einigungswerk stören will, heruntergekommen sein, daß sie zu den gröbsten Unwahrheiten ihre Zuflucht nehmen muß! Dies ist das einzig Tröstliche an Artikeln, wie der der Spenerschen Zeitung.

♂ **Frankfurt**, 30. August. Hr. **Eisenmann** muß ganz in die österreichische Politik vertieft sein. Schon wieder kündigte er gestern eine Interpellation an, welche Oesterreich betrifft, aber nicht einmal das deutsche Oesterreich, sondern die Kämpfe zwischen Ungarn und Kroaten sind es, die ihn in die größte Aufregung versetzen, die Nachricht, daß Jellachich eine große Heeresmacht gegen Ungarn sammelt, ist ihm die Nachricht, daß sich „eine ungeheure Reaktion" vorbereitet. Eine Reaktion gegen Deutschland meint er, denn „mit Ungarn, so ruft er aus, fängt man an, mit Deutschland hört man auf". Es ist traurig, daß bei solchen Phrasen alle Thatsachen außer Betracht bleiben. Wer anders als Ungarn ist denn die Macht, welche die Ausbreitung des deutschen Elementes an der untern Donau verhindert! Wenn es wahr ist, daß Deutschlands Einfluß sich an den gesegneten Ufern dieses geküßten europäischen Stromes geltend machen muß, daß ein wichtiger Theil seiner Wohlfahrt in dem Handelsbetriebe nach dieser Richtung liegt, so ist es nicht Deutschlands Interesse Ungarn zu begünstigen. Noch nie ist ein Volk feindlicher gegen das Deutschthum aufgetreten, als Ungarn. So bedeutend auch in diesem Lande die deutsche Bevölkerung ist, die deutsche Sprache ist auf dem Landtage verboten. Dieser Landtag befahl 1836, wer binnen sechs Jahren nicht magyarisch lerne, verliere seine Anstellung, ja es wurde verlangt, daß innerhalb 6 Jahre in allen auch nicht magyarischen Schulen und Kirchen, also auch in den deutschen, magyarisch gelernt und gepredigt werde! Alle öffentliche Urkunden mußten schon nach drei Jahren magyarisch ausgestellt sein, die Deutschen und Kroaten können nun nicht einmal mehr ihren Taufschein verstehen. Und wenn solche gewaltsame Magyarisirung längst einen Haß bei den Kroaten erzeugt hat, der nun zum Ausbruch kam, so flechtet Hr. Eisenmann für Deutschland! Für Deutschland das eben erst von den deutschen Sachsen in Siebenbürgen um Hülfe gegen Ungarn, dem sie nun einverleibt sind, ohne daß sie auf dessen Landtag deutsch sprechen dürfen, angerufen worden! Hr. Eisenmann sollte sich wohl, wenn er über entferntere Verhältnisse sprechen will, vorher um dieselben erkundigen.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war unbedeutend und selbst die eifrigsten Ultramontanen konnten der Berathung nichts Eigenthümliches verleihen. Doch ja, eigenthümlich ist der ultramontane Eifer eines Protestanten, des Prof. **Görres** aus Freiburg. Uebrigens hat er, den Viele für einen Kryptokatholiken halten, der Sache für die er sprach, nicht genützt. Eine geistlose Rede, komödiantenhaft vorgetragen. Nur um das große Selbstvertrauen, das der zuversichtliche Redner an den Tag legte, beneidete ich den dreitschuhigen Mann. — Mit Ausnahme Oesterreichs und Baierns haben nun alle deutschen Staaten Bevollmächtigte bei der Centralgewalt ernannt, und auch für diese beiden Staaten sind die Personen schon bezeichnet. Die bereits Anwesenden hatten neulich eine Zusammenkunft, um sich über ihr Verhalten gegenüber der Centralgewalt zu verständigen und man war einstimmig darin, daß man diese in ihrer schwierigen Aufgabe durch bereitwilligste Ausführung ihrer Anordnungen unterstützen wolle. Sie sehen, die Feinde deutscher Einheit können noch immer keine Hoffnung schöpfen. — Das Reichsfinanzministerium ist gegenwärtig mit der Aufstellung des Budgets für die Nationalversammlung sowohl als auch für die Central-Regierung beschäftigt. Wie ich höre, wird es nicht so sehr viel mehr betragen als der frühere Aufwand der Bundesversammlung. Eine neue Belastung der Einzelstaaten könnte daher nur dann erfolgen, wenn die verschiedenen Ständekammern in ihren Sonderbudgets keine entsprechenden Ersparungen einführten. So ist namentlich nicht nothwendig, daß die Bevollmächtigten bei der Centralgewalt in Ausstattung und Umgebung die Stelle der früheren Bundestagsgesandten wieder einnehmen; sie brauchen nicht mehr mit dem Pompe von „Gesandten" aufzutreten. Gesandte brauchen die meisten Einzelstaaten überhaupt nicht mehr; hier geht die Ersparniß mit der Beförderung einer einheitlichen Vertretung nach Außen Hand in Hand. — In mehreren Blättern wird die Ober-Postamts-Zeitung öfter als Organ des Reichsministeriums bezeichnet und daraus allerlei Folgerung gezogen. Ich kann Ihnen versichern, daß das Reichsministerium mit dieser Zeitung Nichts gemein hat, als daß es manchmal seine erste Spalte zu einer amtlichen Bekanntmachung benutzt. Man darf ja auch nur beachten, wie häufig die Artikel sich in ihrer politischen Richtung völlig widersprechen, um auf den ersten Blick sich zu überzeugen, daß hier von einem Organ weder einer Regierung, noch auch nur von einer Partei die Rede sein kann. Wollte das Reichsministerium das Blatt zu seinem Organ machen, so würde dies wohl einer ganz andern Leitung unterworfen werden müssen.

△ **Frankfurt**, 30. Aug. Ich freue mich, Ihnen mittheilen zu können, daß einer heute Morgen um 10 Uhr eingetroffenen telegraphischen Nachricht zufolge der Waffenstillstand zwischen Dänemark und der Centralgewalt zu Malmö am 26. abgeschlossen worden ist. Die Bedingungen sind noch nicht bekannt; da aber diejenigen, zu welchen das Reichsministerium allein Vollmacht gegeben, wie man weiß, weit ehrenvoller für Deutschland sind, als die von der Einsetzung der Centralgewalt verabredet waren, so darf man sich wohl dieser ersten Frucht der Thätigkeit unsrer Centralregierung freuen. Der Friede wird nun wohl auch nicht lange auf sich warten lassen.

Schweiz.

Uri, Schwiz, (Nidwalden und ob dem Wald), fernee Appenzell J. Rh. haben mit großer Majorität den neuen Bund verworfen. In Unterwalden kam es dabei zwischen den Eidgenössischen und österreichisch Gesinnten zu einer Rauferei.

Großbritannien.

London, 27. August. Lord **Palmerston** hatte am 25. August wieder Gelegenheit, auf eine Interpellation des unbequemen Fragers **Disraeli** eine seiner neutralen Erklärungen über den Stand der Verhandlungen zwischen Dänemark und Deutschland abzugeben. Disraeli äußerte unter Anderm: Frankreich habe jetzt anerkannt, daß der Vertrag von 1720 noch in Kraft sei; der Minister für die auswärtigen Angelegenheiten könne mithin nichts Geeigneteres thun, als mit der französischen Regierung in Gemeinschaft mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß dieser Vertrag aufrecht erhalten, andererseits aber auch den Quälereien der Blokade, unter welchen die englischen Kaufleute so viel Etabuße litten, ein Ende gemacht werde. Der Redner fragt: was ist der gegenwärtige Stand der Frage? ist zwischen der preußischen Regierung und der deutschen Konföderation

ein Abkommen getroffen, welches Preußen bei den Friedensverhandlungen die Hände frei läßt? kann Preußen unabhängig handeln? welcher Art sind die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Hofe von St. James und dem Hofe von Berlin? und ist eine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Blokade der Ost- und Nordsee ein Ende nehme? Palmerston machte in seiner Erwiderung zuvörderst darauf aufmerksam, daß es sein Bedenkliches habe, Erklärungen über Angelegenheiten zu geben, die sich noch in der Schwebe befänden. Er müsse jedoch gestehen, daß er in Betreff des Waffenstillstandes schwer enttäuscht worden sei. Die fragliche Vermittlung sei eine, wobei mehr als zwei Parteien betheiligt seien, nämlich die dänische Regierung, die preußische Regierung und die Regierung zu Frankfurt, welche fast von Tag zu Tag einen andern Charakter annehme, mit einem Bundestage begonnen habe, dann an eine Nationalversammlung und zuletzt an einen Generalcongreß des Reichs übergegangen sei. Hiedurch sei in den Verhandlungen Störung und Unterbrechung veranlaßt worden. Er hoffe jedoch noch immer, daß alle Parteien begreifen würden, wie wichtig, ja wie absolut nothwendig es sei, ohne weitern Aufschub sich über den Waffenstillstand in der Art zu vergleichen, daß sich daraus eine Beilegung der schleswigschen Frage überhaupt ergeben werde. Der gegenwärtige Staad der Angelegenheit erlaube England nicht, kräftiger, als geschehen, auf Beachtung der von England übernommenen Bürgschaft in Betreff des Vertrags von 1720 zu dringen; England handle gewissermaßen nur als Vermittler, könne nicht selbst als Partei auftreten; sodann handle es sich bei der schwebenden Frage nicht darum, ob Schleswig dem Könige-Herzog, dem es gehöre, geaommen werden solle, es sei vielmehr eine ihrer Natur nach sehr verwickelte Frage, nämlich die Frage, wie die innere Verwaltung Schleswigs beschaffen, ob das Land durch eine gemeinsame Verfassung mit Dänemark, oder durch eine gemeinsame Verfassung mit Holstein verbunden sein solle? Hr. Disraeli fragte weiter: wie England als Vermittler es ruhig habe mit ansehen können, daß Deutschland während der Verhandlungen 40,000 Mann Verstärkungen nach den Herzogthümern senden konnte, ob England dagegen nicht mit aller Macht hätte einschreiten sollen? (Der unverschämte Frager vergißt, daß Dänemark noch viel Aergeres hinter Englands Rücken gethan, daß es nicht bloß Verstärkungen herbeigezogen, sondern auch Landungsversuche mit offenbar feindseliger Absicht versucht, daß es sich tückische Ueberfälle erlaubt hat, während die schöne zahlreiche deutsche Armee Gewehr im Arm solchen Hohn ruhig sich gefallen lassen mußte). Palmerston schlug denn auch den Redner sehr einfach und gründlich mit der Bemerkung: ob denn der Interpellant begehre, daß England aus seiner Vermittlerrolle hätte heraustreten und zu kriegerischen Maßregeln gegen Deutschland greifen sollen? Hierzu habe England keineswegs Lust noch Veranlassung gehabt. Cobden warf hier die Bemerkung dazwischen: Es sei im Interesse des so wichtigen Handels nach Hamburg und den Ostseehäfen zu wünschen, daß die englische Regierung die durch das Vermittlungsgeschäft gezogenen Linien nicht überschreite und die Stellung einer kriegführenden Partei nie und nimmer annehme. Lord Palmerston glaubte schließlich noch versichern zu dürfen, daß die Verhandlungen über die Waffenruhe noch immer im Gange seien und daß, seines Wissens, die Heerführer beider Theile Befehl erhalten hätten, sich aller ferneren Feindseligkeiten zu enthalten, so daß der Waffenstillstand, wenn auch nicht auf dem Papiere, so doch in der Wirklichkeit als eingetreten zu betrachten sei.

Frankreich.

Paris, 28. August. Französische National-Versammlung. Sitzung vom 28. August. Vorsitzender: Vicepräsident Lacrosse. Die Sitzung wird um 1½ Uhr eröffnet. A. Marrast läßt seine Abwesenheit von der Sitzung durch Erkrankung entschuldigen. Der Minister der Staatsbauten läßt sich ebenfalls mit Krankheit entschuldigen. (Nach der vorgestrigen langen Sitzung ist eine körperliche Erschöpfung wohl zu begreifen.) — An der Tagesordnung ist Lamennais Verlangen, daß, wegen des Artikels in letzter Nr. des Peuple constituant, gerichtliche Verfolgungen gegen ihn und nicht gegen den Geranten des Blattes eingeleitet werden sollen. Da Lamennais noch nicht anwesend ist, so wird zur Diskussion über das Dekret wegen Organisation der Handelsgerichte geschritten. Es ist kaum die Hälfte der Vertreter anwesend, dazu herrscht eine afrikanische Hitze im Saale, so daß die Debatte ziemlich schläfrig und mit nur geringer Aufmerksamkeit geführt wird. Eine Menge unbedeutender Amendements folgen und kreuzen sich, werden angenommen oder verworfen, ohne daß das Gesetz dadurch besser oder schlechter wird. Bei Postschluß sind die meisten Artikel angenommen, und das Dekret wird im Ganzen votirt.

Der gestrige Sonntag ist in größter Ruhe vorübergegangen. Alles gesteht, daß die Regierung dieses Mal eine große Gewandtheit entwickelt hat, um dieses drohende Ungewitter, das seit 14 Tagen ganz Frankreich in ängstlicher Erwartung hielt, so unschädlich abzuleiten. Cavaignac's Energie imponirt der Masse, das hat sie noch gestern bewiesen. Der gestern an ihn abgeschickten Deputation der Journalistenversammlung, von welcher wir bereits berichtet haben, sagte er nämlich, nach einer einstündigen Unterredung, schließlich: „M. H., indem ich die Journale suspendirte, deren Angriffe mir für die Begründung der Republik gefährlich schienen, glaubte ich meine Pflicht zu erfüllen — Sie als Journalisten thun die Ihrige, indem Sie gegen diese Antastung der Preßfreiheit und der Rechte des Schriftstellers protestiren. Diese Protestation ist eine Handlung, die Sie ehrt, und ich würde im Interesse ihrer Würde es nicht begriffen haben, wenn Sie sie nicht gemacht hätten; ja, ich erwartete sie." Nach dieser echt staatsmännischen Antwort zogen sich die Herren zurück, um zu berathen, was nun zu thun sei.

Der Spectateur republicain, Cavaignacs Special-Organ, gibt heute zu verstehen, Oesterreich suche die Negociationen wegen Italiens in die Länge zu ziehen, um indessen theils alle seine disponibeln Militärkräfte nach Italien zu schicken, theils Zeit zu gewinnen, um mögliche günstige Ereignisse abzuwarten. Der Spektateur erklärt, daß Frankreich dieses dilatorische System in keinem Falle dulden werde. Es sei bereit, in Wien, in Mailand oder in Turin zu unterhandeln, mit Generalen oder Diplomaten als Bevollmächtigten, aber die Unterhandlung müsse rasch begonnen, loyal durchgeführet werden. Der innere Zustand Frankreichs erlaube keine Ungewißheit, — wolle Oesterreich nicht rasch und loyal handeln, so bliebe Frankreich nur der Krieg, es habe ihn nicht hervorgerufen, es werde ihn freudig annehmen. „Der Krieg, schließt der Artikel, wird unsern inneren Zwistigkeiten ein Ende machen, er wird die Republik befestigen und vergrößern. Der Krieg wird der Republik ihre Erinnerungen, ihre Siege, ihre großen Männer geben. Und nicht zum ersten Male wird der Fall eintreten, daß gerade die Feinde Frankreichs es mit Gewalt zwingen, sich in einen Kampf zu werfen, aus dem es nur stärker und ruhmvoller hervorgehen kann." — Dieser Artikel macht ungeheures Aufsehen, um so mehr, als man verbreitet, daß er aus Cavaignac's Feder geflossen ist.

Die Alpen-Armee, 70,000 Mann stark, steht jetzt an der Grenze koncentrirt und kann in 24 Stunden auf italienischem Boden sein. Der Interims-Gouverneur von Algier hat den Befehl erhalten, 40,000 Mann bereit zu halten, die zu jeder Zeit eingeschifft werden können. Die Journale des Mosel-Departements melden, daß der Kommandant der Militär-Division zu Metz durch den Telegraphen den Befehl erhalten hat, in allen Regimentern seiner Division, acht Kompagnien per Bataillon auf den großen Kriegsfuß zu setzen und disponibel zu halten. Man bemerkt heute eine bedeutende Truppenbewegung in Paris. Fast alle Regimenter der Garnison sind in Bewegung und marschiren nach den östlichen Theilen der Stadt. Diese militärischen Promenaden, die sich jetzt fast täglich wiederholen, geben Stoff zu den abenteuerlichsten Gerüchten. Wir müssen jedoch bemerken, daß Paris vollkommen ruhig ist und die Alarmisten ihre Mühe nutzlos verschwenden. In Lille ist die Ruhe wieder hergestellt und nicht mehr gestört worden.

Südamerika.

× La Guaira, 22. Juli. Die Nachrichten aus Maracaibo bestätigen, daß die Regierungstruppen in jener Stadt von der feindlichen Flotille blokirt sind und großen Mangel an Lebensmitteln leiden. San Karlos ist noch im Besitz der Pazifisten. Bei Curaçao traf eine Flotille von 11 Segeln von Maracaibo ein, die ca. 1000 Mann an Bord haben soll und nur auf Paez, der am 14. in St. Thomas angekommen war, wartete, um offenso zu verfahren. Die allgemeine Ansicht ist, daß sie nach Cumana gehen wird, um sich mit den dortigen Insurgenten zu vereinigen; eine Landung hier ist unwahrscheinlich. Paez erklärt in einer Proklamation, daß er den Rest seiner Tage der Wiederherstellung der alten Ordnung widmen wird. Die Verlegenheiten der Regierung mehren sich mit jedem Tage, die Geldnoth wird immer größer, die weißen und schwarzen Liberalen nehmen eine feindliche Stellung gegen einander ein, und alle Hoffnungen koncentriren sich auf die Rückkehr des Messias, des Präsidenten, der heute in Caracas erwartet wird. Wir bezweifeln aber sehr, daß dieser Mann den ungeheuren sich vor ihm auftürmenden Schwierigkeiten gewachsen ist, und glauben, daß wir uns einer Krisis nähern.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[743] Montag, 11. September d. J. findet auf dem Civil Tribunal von Gex, Departement de L'Ain die Versteigerung des ganz nahe bei Genf gelegenen Gutes

Ferney-Voltaire

mit seinen weitläufigen, werthvollen Dependenzen in nachbezeichneten 4 Loosen, unter Vorbehalt eines en bloc Zuschlags Stall:

Einsatz des ersten Looses 180,000 Fr.

bestehend 1) aus dem Schlosse mit allen Seitengebäuden, dem Wohnsitze des berühmten Dichters Voltaire, seinem Park, Wiesen und Weinbergen, enthaltend 3 Hectares, 89 ares, 38 centiares.

2) des dazu gehörigen Meierhofs nebst Ländereien, enthaltend 42 Hectares, 87 ares, 3 centiares.

3) dem Walde, enthaltend 5 Hectares, 9 ares, 44 centiares.

Einsatz des zweiten Laafes 70,000 Fr.

bestehend aus den Ferme du Chatelard mit Wohn- und Oekonomiegebäuden, Feldern, Wiesen, Weinbergen und Wäldern, enthaltend 41 Hectares, 45 ares, 76 centiares.

Einsatz des dritten Looses 80,000 Fr.

bestehend in einem großen mit schönem Holzstande versehenen Walde 54 Hectares, 29 ares, 29 centiares enthaltend.

Einsatz des vierten Looses 20,000 Fr.

bestehend aus Feldern, Wiesen und Weinbergen, von zusammen 25 Hectares, 51 ares & 81 centiares.

Nähere Auskunft ertheilen:

in Paris: Madam Vve. Getolet, 11 Rue Albony.

in Ferney-Voltaire: Notar Modas.

in Gex: der Unterzeichnete

Brun, avoué.

---

[744] Vollständig erschienen:

Shakespeare's Werke.

Von 12 Uebersetzern. — 12 Bände mit 12 Prachtstahlstichen.

4 fl. 24 kr. rhein.

Ausführlicher Prospekt gratis. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verlag von **Klemann** in Berlin.

---

[745] In der Dieterich'schen Buchhandlung in Göttingen ist erschienen:

Das Handelsrecht

herausgegeben von **Dr. H. Thöl.**

1. Band. 2. Auflage. 2. Band: das Wechselrecht.

gr. 8. geh. 2 Thl. 5 Thlr.

Der Herr Verfasser hat das Werk einer durchgreifenden Revision unterworfen, namentlich beim 2. Theil (das Wechselrecht) die Erfahrungen, welche er als Mitglied der Leipziger Wechselkonferenz gemacht, demselben zu Gute kommen lassen und wird man dasselbe zugleich als einen Kommentar und eine Kritik der Entwürfe der Leipziger Wechselkonferenz benutzen können.

Es werden noch Jahre vergehen, bis alle die Verschiedenheiten, welche die einzelnen deutschen Wechselrechte bieten, einem einheitlichen deutschen gesetzlichen Recht gewichen sein werden, aber selbst wenn wir es zu einer einzigen für ganz Deutschland gültigen Wechselordnung werden gebracht haben, werden doch die Klassifikationen in dem Werk noch immer durch die Verschiedenheit der außerdeutschen Wechselrechte, welche der Handelsverkehr eben so zu beachten hat, wie das deutsche Wechselrecht, ihre Bedeutung behalten. —

---

[746] In der L. Schellenberg'schen Hofbuchhandlung in Wiesbaden ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Zwei neue Beweisführungen für das

Dasein der göttlichen Trinität.

Bearbeitet nach dem Werke: Metaphysica sublimior de Deo Trino et Uno des Professors der Philosophie Mastrofini an der Sapientia zu Rom 1816.

Von einem Theologen. — Preis 20 kr. od. 6 Ngr.

Non tento Domine penetrare altitudinem tuam, quia nullatenus comparo illi intellectum meum: sed desidero aliquatenus intelligere veritatem tuam, quam credit et amat cor meum. Neque enim quaero intelligere ut credam, sed credo ut intelligam. Nam et hoc credo, quia, nisi credidero, non intelligam.

St. Anselmi proslogion c. I.

---

[747] **Scheidebrief.**

Nr. 10,271. II. Senat. Unter Ausschluß der Beklagten mit ihrer Erklärung und Vertheidigung wird auf die von dem Kläger Christoph Hecker von Eppingen gegen seine Ehefrau Katharina, geb. Wieth von da, erhobene Ehescheidungsklage und die hierauf gepflogenen Verhandlungen der klagende Ehemann auf den Grund des von seiner Ehefrau begangenen Ehebruchs, unter Verfällung der Beklagten in die Kosten, des Ehebandes mit dieser Ehefrau für entbunden erklärt.

Diese Scheidungserlaubniß wird jedoch als nicht ergangen angesehen, und ist wirkungslos, wenn nicht klagender Ehemann binnen 2 Monaten bei dem zuständigen Pfarramte sich einfinden, die Beklagte Ehefrau vorrufen und diese Scheidungserlaubniß in das Kirchenbuch eintragen lassen wird.

Zugleich wird die beklagte Ehefrau Katharina, geb. Wieth von Eppingen, wegen des von ihr begangenen Ehebruchs zur Erstehung einer Arbeitsstrafe von sechs Monaten, sowie zur Tragung ihrer Straferstehungskosten verurtheilt.

V. R. W.

Dessen zur Urkunde wurde der gegenwärtige Scheidebrief von Oberpolizeiwegen ausgefertigt und mit dem größern Gerichtsinsiegel versehen.

So verordnet Bruchsal, den 9. Aug. 1848.

Bei Großh. Bad. Hofgericht des Mittelrheinkreises.

(gez.) Kummerer. (L. S.) (gez.) Lutfan.

Diese Scheidebrief wird, da die Beklagte auf flüchtigem Fuße sich befindet, nach Vorschrift der O. §. 384. C. und 272. J. der P. O. andurch öffentlich verkündet.

Eppingen den 23. August 1848.

Großh. Bad. Bez. Amt.

Müller.

---

[748]³ **Hofgutsverpachtung.**

Das ärarische Gut auf dem Hof Steinbach bei Dittigheim, bestehend:

a) in den erforderlichen Wohn- und Oekonomiegebäuden —

b) in 113 Morgen, 1 Viertel neu badischen Maßes Garten, Ackerland, Wiesen und Weinbergen, soll auf einen weitern zwölfjährigen Bestand von Lichtmeß 1849 bis 1861 begeben werden.

Tagfahrt zu dieser Pachtverhandlung ist auf Mittwoch den 6. Sept. l. J. Morgens 9 Uhr in der ärarischen Pachtwohnung auf dem Hof Steinbach festgesetzt, und können die desfallsigen Pachtbedingnisse inzwischen auf der Domänenverwaltungskanzlei zu Gerlachsheim, sowie am Versteigerungstage selbst vernommen werden.

Gerlachsheim, 16. Aug. 1848.

Großh. Domänenverwaltung:

Oeenfels.

---

[749] Bei Th. Reichel in Bautzen ist soeben erschienen:

Mann und Frau

oder das Geschlecht des Menschen.

Eine belehrende Schrift über

Liebe, Ehe, Beischlaf, Fortpflanzung, Empfängniß, Zeugung und die Geschlechtsgeheimnisse zur Zeugung gesunder Knaben und Mädchen nach Willkür der Eltern und der Erhaltung der Kräfte und Gesundheit, sowie als Nachtrag, ein schnelles und sicheres Verfahren, um das geschwächte Zeugungsvermögen wiederherzustellen, die Folgen der Selbstbefleckung zu überwinden und den Weißfluß gründlich zu heilen.

Von **Dr. K. G. Ehrenstein.**

Brosch. Preis 15 Ngr.

Wasser-, Molken- und Traubenkuranstalt

Gleisweiler

bei Landau in der Pfalz (am obern Haardtgebirge).

Die Wasserheilanstalt des Unterzeichneten ist das ganze Jahr über geöffnet. — Die Ziegenmolken werden bis Ende Oktober getrunken. Was die Traubenkur betrifft, so eignet sich dazu vorzüglich die um Gleisweiler am häufigsten verbreitete Rebsorte, der sogenannte Gutedel. Betreffende Prospektus, sowie jede nähere Auskunft ertheilt der Unterzeichnete, welcher im Kurhause beständig wohnt, unter der Adresse:

[750]² **Dr. med. L. Schneider.** Landau in der Pfalz.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bei Hrn. Cramer & Kons., 71 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Aberseeische Länder vermittelt solche auf G. L. Lier in Straßburg Nr. 20 Quai de la Bourse.

Deutsche Zeitung.

Die Postverwaltungen belieben Abonnements-Beitrag (Postzeitungs-Preisliste 1848. Nr. 1172.) Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 15. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 30 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 5 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 240. Heidelberg, Freitag 1. September. 1848.

Uebersicht.

Die Reform der Universitäten. II. — Wien (Verhandlungen des Reichstags. Interpellation Strasers über die Donaufürstenthümer. Schluß der Debatte über den Kudlichschen Antrag. Leichentrier der Freiwilligen. Nachrichten aus Ungarn. Schreiben des Kaisers an die Nationalgarde. Der Major der Wiener Freiwilligen zum Oberstlieutenant ernannt). Triest (Aldini und der Waffenstillstandsvertrag. Eine Zeitung des Lloyd in Wien projektirt). Peng (die Aufhebung der Swarnost bestätigt). Berlin (Verhandl. des Landtags. Das Reichskriegsministerium) Potsdam (Truppenverstärkungen nach Berlin). Mannheim (Verurtheilung in einem Preßprozeß). Kassel (Rücktritt des Finanzministers). Darmstadt (Vogts Entsetzung und die Verschmelzung der Universitäten widersprochen). Dessau (der zaghafte Anschluß an Preußen). Hohenzollern-Sigmaringen Rücktritt des Fürsten). Altona (Weichet). Lübeck (Gesetz wegen der genommenen Schiffe). Frankfurt (Verhandlungen der Reichsversammlung). Schweiz. Zürich. Stimmungen der schweiz. Presse. Die beabsichtigte Erhöhung des Seidenzolls. Die italienischen Flüchtlinge. Eine Lotteriekompagnie in Genf. Neues Kontributionsdekret in Freiburg. Niederland. Brüssel. Louis Blanc. Großbritannien. London. Parlamentsverhandlungen: Finanzbericht des Schatzkanzlers; die Angelegenheit des Obersten Bristowe. Ministeröffnen zum Schluß der Parlamentssession. Lord Hardinge. Der dänisch-deutsche Waffenstillstand. Frankreich. Paris. Die Papiere Louis Philipps. Lammenais Preßproceß. Zustand der Interventionsfrage. Italien. Bergamo. Der letzte Feldzug. Turin. Neues Ministerium. Palermo. Aufhebung des Irsultenordens. Donaufürstenthümer. Bucharest. Deputationen aus Jassy und ins Ausland. Rußland. Ghergebil von den Russen erstürmt. Fürst Woronzow. Beilage. Der Bürgerkrieg in Venezuela. Wien. Lurus. Gefangene Serben. Versöhnungsvorschläge. Der Kudlich'sche Antrag. Hannu. Die demokr. Herrschaft in der Stadt. Frankfurt. Verfassungsveränderungen. Adresse an Radetzky. Ungarn. Pesth. Die Schimpfe der Ungarn. Griechenland. Athen. Rußland. Livland. Die Ergebenheitsadressen des Adels und die kaiserlichen Antworten. Treiben der Geistlichkeit. Türkei. Konstantinopel. Redschid und Ali Pascha wieder Minister. Die Donaufürstenthümer. Die Cholera. Die Italiener.

1. September.

Wir gehen einen Schritt weiter, zum Studentenparlament. Auch dieses will, begreiflicher Weise, in der großen Reformfrage gehört und verstanden werden. Sehr gut das — sobald es uns sich selbst verstünde! Das Wartbuerger Vorparlament, offen gestanden, gibt dafür eine geringe Aussicht. Glücklich erschien uns darum der Gedanke der Tübinger Studiosen, welche eine gemeinsame Berathung der Lernenden mit den Lehrenden, einen Anschluß des Wartburger Parlaments an die Jenenser Versammlung wenigstens versuchen wollten und den Kommilitonen, nicht ohne Erfolg, vorschlugen. Daß achtzehn-, zwanzig-, dreißigjährige Jünglinge in ihren Interessen eine Stimme haben, wer fände dies nicht natürlich? Nur darf diese Stimme nicht über ihre ebenso natürliche Tragweite hinaus vernommen, nicht ihrer jugendlichen Kraft wegen zu oberst und allein berücksichtigt werden wollen. Man sagt uns, die Studenten verzichten freiwillig auf alle privilegia odiosa eines exemten Gerichtsstandes, exceptioneller Gesetze und Rechtswohlthaten, abgesonderter Stellung außerhalb der Gesellschaft. Sehr gut. Man sagt, sie verzichten auf jenen Rest sogenannter Romantik, auf lange Bärte, hohe Stiefeln, klirrende Sporen, wallende Federn, bunte Schärpen und blanke Hieber. Auch gut; wir haben, in persönlicher Erinnerung an Besitz und Genuß dieser Herrlichkeiten, sie immer geschätzt, aber niemals überschätzt. Man sagt uns endlich, die Studenten wollen fürderhin Nichts, als Theilnahme an dem Selbstregierungsrecht, an dem zur Wahrheit werdenden Principe der Volkssouveränetät. Dabei halten wir schon einen Augenblick still. Das Wort „Volk" ist so vieldeutig wie das Wort „Souverän"; auf beider Begriffsbestimmungen einzugehen, wäre hier nicht der Ort, wenn es auch jetzt sehr an der Zeit wäre. Wenn die Studenten als Ausfluß jenes Principes für sich die Rücknahme aller früheren Ausnahmsgesetze gegen die Universitäten, die ungehinderte Benützung des Vereinigungsrechtes innerhalb gesetzlicher Formen, die Freizügigkeit auf allen deutschen Hochschulen, die unbedingte Gleichstellung aller akademischen Bürger vor (aber auch unter?) dem allgemeinen Gesetze, eine vernünftige Studien- und Lernfreiheit verstehen, so sind wir mit ihnen einverstanden; sie verlangen dann weitre Nichts, als die auf ihre persönlichen Verhältnisse angewendeten Folgen der ganzen neuen Wendung der Dinge in Deutschland. Aber diese Grundlinie scheint nicht diejenige zu sein, worauf die Reformbestrebungen des Studentenparlaments stehen bleiben wollen; sie ziehen die bekannte „breiteste Basis der Volkssouveränetät" in Extreme, in Gebiete hinüber, wohin ihnen unsere Beistimmung nicht zu folgen vermag. Sie wollen nicht nur über die Umgestaltung disciplinarischer Gesetze, beziehungsweise über deren überhauptiges Bestehen, sondern auch über Entscheidungen in wissenschaftlichen Endfragen, über Berufung und Bestellung von Lehrern, über Regulirung eines Studienplanes, sie wollen weiter über allgemeine politische Aufgaben des Staates berathend, wenn nicht gar beschließend mit abstimmen. Die äußerste Linke wird auch in diesem Parlamente nicht fehlen und, übereinstimmend mit derselben Seite des Privatdocentenkreises, zum Exempel die allgemeine Lehr- und Lernfreiheit dahin interpretirt und fixirt wissen wollen, daß sie die Freiheit sei für diese Alles zu lehren und für jene Nichts zu lernen. Die glücklichen Nachfolger des Fürsten Metternich in der k. k. Haus-, Hof- und Staatskanzlei werden die beneidenswerthen Theorien und Uebungen des Wiener Sicherheitsausschusses — diese Orakel des „Weltgeistes" — mitbringen nach Jena und einen Ausnahmefall, dem wir als solchem seine Berechtigung nicht streitig machen, sein Verdienst noch wenigere, zur Regel erheben wollen, die wie nun einmal als widerwärtig monströs nimmermehr statuiren können. Allen Respekt vor jenen sächsischen Studenten, welche die päpstliche Bannbulle verbrannten und mit ihrer Asche den Samen der Reformation, an dessen Früchten wir noch ernten, in alle Winde trugen! Allen Respekt vor unseren Vätern, den preußischen Studenten, die, geführt von den Schlegemacher, den Steffens, Arndt, Fichte, den heute erst ausgefochtenen Befreiungskrieg auf französischen Schlachtfeldern glücklich anfingen und unglücklich, jedoch gleich ruhmvoll in deutschen Kerkern fortsetzten! Allen Respekt auch jenen wackeren Münchner, Berliner und Wiener Burschen, die auf der Spitze ihres Schlägers von der Barrikade weg die vielbelobten Märzerungenschaften den hinter den Jatousien harrenden Parteiführern heimbrachten! Aber ein achselzuckendes Mitleid, nicht mehr und nicht minder, jenen verirrten Jünglingen, die aus ihrer österreichischen Apoliteia, aus dem pedantischen Mikrokosmos ihrer Provinzialschule, die vor sechs Monaten noch von keiner deutschen Hochschule für ebenbürtig angesehen war, aus dem unbeschreiblich elenden Zustand der Verdumpfung und knabenhaften Knechtschaft, jetzt mit einem Sprunge übergehen auf die Höhe der Staatskunst, der Absolutie, des weltgeschichtlichen Makrokosmos! Was wird ihre Zukunft sein, die persönliche wie die allgemeine? Wird man ihnen, wenn sie dereinst zum Stabe Aeskulaps greifen, auch nur einen Hund — es wäre denn ein toller — zur Kur anvertrauen, so lange daran gedacht ist, daß sie ihren therapeutischen Kursus auf der Hauptwache gemacht haben? Welches Urtheil wird die Nachwelt über eine Wirthschaft fällen, die durch einen unblutigen Studentenkrawall gestürzt werden konnte und einer solchen Studentenwirthschaft Platz machen mußte!

Uebersehe man doch solche Symptome ja nicht, wie sie seit dem Februar d. J. an den Körpern deutscher Universitäten sichtbar geworden sind, am heftigsten in den größten und zugleich in den bisher am kindlichsten gehaltenen Individuen, zuerst in München, dann in Wien, in Berlin, zuletzt klein und unschuldig auch in Heidelberg, bei der berühmten secessio plebis in montem sacrum, bei Neustadt a. d. H. Sie werden nicht nur das Urtheil über den pathologischen Zustand des ganzen Instituts wesentlich bestimmen helfen, sondern auch besonders auf die wichtige Grenze sehen, wo man in dessen Heilung und Hebung mit den Studenten selbst Hand in Hand gehen, und wo man sie nach wie vor an der Hand führen muß. Es wird nicht überflüssig sein, an das

Digitized by Google

Beispiel Englands zu mahnen, als des absolut und relativ freisten Landes in Europa, in welchem die Universitäten fortwährend einer in Pennalismus ausartenden Selbstsucht und der strengsten Ueberwachung, nicht von Seite des Staates, sondern durch eine alterthümlich erhaltene Innung, unterworfen sind, eine wunderliche Parallele zur neuaschwänzigen Katze seines gewordenen Heeres. Gewiß, weder diese Katze, noch jener Fuchsschwanz des fagging-system wollen wir realtionaliter über den Kanal bei uns eingebürgert wünschen; aber noch viel weniger rathsam scheint es uns, die Universität, wie einst von der Kirche, so jetzt vom Staate zu emancipiren, um sie an die Bursokratie, wie damals an die Bureaukratie zu überliefern.

Es übrigt, einen letzten Blick auf die Eventualitäten der Professorenversammlung in Jena zu werfen, ehe wir in weiterer Fortsetzung unserer Betrachtungen auf deren Aufgabe selbst, von unserer Seite unmaßgeblich vorarbeitend, uns einlassen. Wären die Wahlen zu dieser Versammlung schon beendigt, so könnten wie durch Zusammenstellung der aus der Urne theils in geheimer, theils in öffentlicher Abstimmung hervorgegangenen Namen nicht nur einen Vorblick in die Versammlung, sondern auch eine Art von präjudicirlichem Schlusse auf ihre Verhandlungen zu geben versuchen. Allein bis jetzt haben wir uns nur die Wahlen der bairischen, sächsischen, würtembergischen, badischen, hessischen Hochschulen aus Zeitungsnachrichten zusammengestellt; Oesterreich und Preußen stehen noch aus, sie lassen sich, gleich großen Herren, erwarten, obgleich sie, in dieser Angelegenheit wie in mancher andern, minder Ursache als Neigung zu solcher Zurückhaltung haben. Einen besonders interessanten Konflikt in der Versammlung werden, nach Münchner Vorgängen zu schließen, die Außerordentlichen und die Ordentlichen liefern, die Privaten und die Oeffentlichen. Vorausgesetzt, daß das Mischungsverhältniß überall das richtige ist, versprechen wir uns von dem ganzen Processe der Verbindung und Scheidung zunächst nur gute Folgen und sehen, die bisherige Fernhaltung der Staatsgewalt weder als Gleichgültigkeit, noch als Verzichtung auf ihr natürliches Recht betrachtend, die Sache der Universitäten mit Vertrauen in die Hand ihrer nächsten Kenner gegeben, Freunde und Gegner glücklich verbunden. Daß der deutsche Professor nicht mehr ist, was er war, daß er seine Perrücke bis auf wenige seltene Prachtexemplare abgelegt hat, daß sein Standpunkt in allgemeinen wie in besondern Fragen ein freierer geworden ist und damit zur Möglichkeit einer unbefangenen Erörterung eigener Interessen sich erhoben hat, das darf man wohl mit einem Rückblick auf die Erscheinungen und Ereignisse der letzten 10 und 20 Jahre sich sagen. Was deutsche Professoren darin für allgemein deutsche Angelegenheiten geleistet und gelitten haben, auf dem Katheder und der Tribune, in der Druckerpresse und in der schärferen Inquisitionspresse, das kann nur ein günstiges Vorurtheil erwecken für ihren Beitrag zur Regelung der Universitätsangelegenheiten, die einen integrirenden Theil, und nicht den unwichtigsten, von jenen allgemeinen ausmachen. So begrüßen wir also mit froher Erwartung die heurigen Herbstferien, die für die deutschen Hochschulen eine tüchtige Ernte heimbringen sollen, und freuen uns auch des unbefangenen, windstillen, parteifreien Platzes an der Saale, den man für das Ausdreschen und Durchworfeln dieser Ernte ausgesucht. Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß gleichzeitig mit der deutschen Professorenversammlung auch eine zuerst in diesen Blättern von Darmstadt aus angeregte deutsche Officiersversammlung zu Stande kommen soll, und zwar (auch diese!) in dem anziehungskräftigen deutschen Centrum, in Frankfurt. Da sehen wir also die zwei, scheinbar weit von einander entlegenen und doch durch mancherlei geheime Wahlverwandtschaft verbundenen großen Binnenseen unseres deutschen Lebens, das stehende Heer und die Hochschule, für viele Tausend Krüppel und Kranke wahre Teiche Bethesdah, woran auf die avancirende Bewegung des Wassers Jahre lang ungeduldig geharrt wurde, mit einem Male und zu gleicher Zeit durch den Sturm, der in die Welt gefahren, gründlich aufgewühlt und in Oberfläche und Gestalt wesentlich verändert werden. Beide hatten es in der That nöthig; beide trugen, in ihrem Wesen und in ihrer Erscheinung echt deutsche, aber auch ächt mittelalterliche Ueberlieferungen, mit liebenswürdiger Naivetät ihr Zöpfchen — ein stattlicher Zopf war es sogar — im Sonnenscheine der neuen Welt spazieren, den Zopf der Paraden und Promotionen, den Gamaschendienst und den Fakultätsdienst, den verknöcherten Kastengeist der Selondlieutenantelei und des Korpsburschenthums, sogar bis ins Aeußere und bis ins Kleine denselben beharrlichen Gebrauch der Fremdwörter, in der Kaserne französischer, in der Aula lateinischer. Aber in Beiden lebte auch in unverwüstbarer Frische und stets jugendlicher Erneuerungsfähigkeit jener, gegen die übrige Zerrissenheit und Zersaserung altes deutschen Lebens so thätig und so wohlthätig abstechende Gemeingeist, der die Ursache ist, daß, wenn in der deutschen Geschichte etwas Ordentliches sich ereignet hat, wenn es sich heute ereignet, Studenten und Soldaten immer dabei sind. Diesen Gemeingeist zu einer Höhe hinaufzubilden, zu veredeln und zu regeln, von der Komment und Exercierreglement, Lektionskatalog und Wachtstubenrapport sich Nichts träumen ließen, ihn auf den Nationalgeist zu pfropfen und mit dessen edelsten Elementen fruchtbringend zu vereinigen, ihm würdigere Aufgaben und Ziele zu geben, als er bisher sich suchen mußte — das ist eine der schönsten Sendungen, vielleicht auch der schwierigsten, unserer schönen, schwierigen Zeit. Für Wehrverfassung und Heerwesen ist uns in dem Kriege im Süden und im Norden die beste Officiers- und Soldatenversammlung gegeben; in diesen Flammen wird manche Schlacke von selbst ausgeschieden, mancher Unterschied unwillkürlich und unbewußt verschmolzen und der träge Garnisonsgeist zum wahren Militärgeiste, der Standessinn zum Volkssinn verklärt werden, rascher, sicherer und nachhaltiger, als es durch Vereine möglich gewesen wäre, als es durch Konskription, kurze Dienstfrist, Ehrengerichte, Officierskasinos und dergleichen mehr wirklich geworden ist. Die Universität kann auf keine ähnliche Schule der Hochschule, auf keinen ähnlichen, durch einen Blitz von den Rechten entzündeten Holzstoß warten, um sich als Phönix verjüngungsbedürftig hineinzustürzen. Trage sie denn ihre Scheiter „in suncta simplicitate“ selbst zusammen nach Jena, nach Eisenach, nach Frankfurt hine aber zum Anstecken nehme sie nicht die etwas abständig geworden, „Fackel der Wissenschaften“, die in allen Festreden in aulu majori h. l. q. c. seit Jahr und Tag mehr gestunken als geleuchtet hat!

Oesterreich. ** **Wien**, 26. August. Nach wenigen unerheblichen Geschäften aus der sich täglich wiederholenden Tagesordnung kamen die Interpellationen an die Reihe. Der Abg. Straßer bedauert, auf seine Fragen, so gerne er es auch wollte, im Interesse der Freiheit nicht verzichten zu können; wie bekannt, sei in den Fürstenthümern Moldau und Walachei nach den bart ausgebrochenen Unruhen eine türkische und eine russische Armee eingerückt, ob zum Schutze des Volkes oder um die Bewegung niederzukämpfen, sei noch unermittelt, wahrscheinlich jedoch sei Letzteres. Nachdem aber Oesterreich in eine neue Phase der Dinge getreten, und ein neues Gebäude auf der Basis der konstitutionell-demokratischen Monarchie aufgebaut werden solle, so glaube er, daß auch demgemäß sich die auswärtige Politik ändern müsse, und er es nicht vereinbar finde, der Knechtung des romanischen Volkes durch die beiden sogenannten Schutzmächte gleichgültig zuzusehen, um so weniger, als dieser Volksstamm es schon öfter bethätigt, daß er für Oesterreich die wärmsten Sympathien hege, indem auch gegenwärtig, wenn er nicht irre, drei walachische Regimenter für die österreichische Sache muthvoll kämpfen. Er erlaubt sich daher die Fragen an das Ministerium des Aeußern: 1. Ob das Ministerium von dem eigentlichen Charakter der in jenen Ländern ausgebrochenen Volksbewegung unterrichtet sei? 2. Welche Politik das Ministerium seit dem Ausbruche dieser Volksbewegung, der provisorischen Regierung und den beiden Schutzmächten gegenüber, befolgt haben und fernerhin einzuschlagen gedenke? 3. Ob es sich bewahrheite, daß eine Deputation von Seite der provisorischen Regierung mit dem Ansuchen um Oesterreichs Schutz hieher entsendet, ob dieselbe empfangen wurde oder Aussicht habe, gehört zu werden? 4. Ob für den Fall eines wirklichen Ausbruches der Feindseligkeiten die nöthigen Vorkehrungen getroffen wurden, um die Person und das Eigenthum der österreichischen Staatsbürger zu schützen? und endlich 5. Ob das Ministerium auf Grund der gestern in der „Presse“ erzählten Thatsache die Erhebungen über das unangemessene Benehmen des österreichischen Agenten in Jassy eingeleitet habe? Wessenberg, Minister des Aeußern, ein Greis von 70 Jahren, antwortet hierauf so leise, daß man selbst in den nächsten Bänken Nichts versteht; wie bringen nothgedrungen nur so viel, was wir von einigen Abgeordneten erfahren konnten, welche ihm zunächst standen. Die Aemter der beiden Schutzmächte haben keinen andern Zweck, als das Volk vor Anarchie und fernern Unruhen zu bewahren, daß ihm aber von Seite seiner Regierung bedeutende Erleichterungen zugetheilt werden, ist außer allem Zweifel, und bürgt dafür die Biederkeit des türkischen Ministeriums, das aus freisinnigen Männern bestehe, nöthigenfalls aber sei auch Oesterreich bereit, das Princip der Demokratie dort wie hier zu wahren. Was eine Deputation betrifft, sei ihm Nichts bekannt, und bezüglich des dortigen Agenten werde er

die nöthigen Erkundigungen einziehen. — Endlich gestern ging mit der Rede des Abg. Mayer die Rednerzahl über den Kudlich'schen Antrag zu Ende, und somit fordert der Präsident den Antragsteller auf, das letzte Wort in seinem Antrage zu vergreifen. — In ironischem Tone sprach dieser eine ziemlich lange Zeit über die Dringlichkeit seines Antrages, sowie über die ihm deßhalb gemachten Vorwürfe, daß er mittelst Dampfwagen zu seinem Ziele gelangen wollte. Nach einer gründlichen historischen Erörterung des bäuerlichen Unterthänigkeitswesens schließt er, daß man das Princip und den Antrag annehmen und die Specialisirung einer Kommission überlassen möge. — Minister Bach besteigt, trotzdeß der Abg. Kudlich erinnert, daß die Debatte geschlossen sei, auf die Bemerkung des Präsidenten, daß der Minister zu jeder Zeit das Wort ergreifen könne, die Tribune. Mit bewunderungswürdigem Scharfsinne gab er der ganzen Sache eine andere Wendung. Er sprach so wie Viele früher gesprochen, von Ueberstürzung, Voreiligkeit, Dehnsamkeit in der Beschlußfassung eines solchen bedeutenden und wichtigen Gegenstandes. Die Forderung der Entschädigung sei eine Forderung des Rechts, der Billigkeit, der Klugheit und der Nationalehre. Das Ministerium werde mit ihr stehen und fallen! (Beifall.) Es sei Pflicht, die Maßregel mit aller Ruhe zu fassen, den Enthusiasmus zu lassen, bis die Sache fertig sei. Er bitte vor Allem gerecht zu sein, mit der Gerechtigkeit erlange man die Freiheit. (Beifall.) — Im selben Sinne sprach auch der Finanzminister Krauß, indem er noch durch die Freisprechung von jeder Entschädigung einem sehr gefährlichen Zustande entgegenzugehen versicherte. Er vergleicht den Staat mit einem organischen Körper, welcher bei der Veränderung des gewöhnlichen Kreislaufes der Lebenssäfte nothwendig in seinen sämmtlichen Funktionen gestört werden und erkranken müsse. — Hierauf verlangt Abg. Kudlich schließlich das Wort, ihm stimmen die Abgg. Löhner, Goldmark, Preßl und die ganze Linke bei, die Rechte und das Centrum aber sind dagegen. Auch Präsident Sieobach ist nicht einverstanden, und sodann spricht Löhner längerer Zeit darüber und nennt dieses Verfahren einen Terrorismus. Wegen dieses Ausdruckes verlor der Präsident das Gleichgewicht und rief den Sprecher „zur Ordnung". Löhner aber läßt sich hierdurch nicht irre machen, protestirt mit Goldmark gegen diesen Akt von Willkür und Parteilichkeit, und es entsteht eine Aufregung, ein Tumult von Klatschen und Zischen, wie er in der Kammer noch nicht vorgekommen ist. Es wird aber dennoch, trotzdeß die Linke feierlichst protestirte, dem Antragsteller das Wort entzogen und somit die Sitzung geschlossen. — Es findet nun, um den Abtheilungen und dem Konstitutionsausschusse Arbeitszeit zu gönnen, bis Dinstag am 29. d. keine Sitzung Statt.

†† **Wien**, 27. August. Ein langer Leichenzug kam gestern Morgen 9 Uhr die Jägerzeile entlang von vielen Menschen gefolgt. Diese Trauerfeier der Arbeiter wurde würdevoll begangen, keine Nationalgarde verletzte sie durch Erscheinen in Uniform. Die akademische Legion, welche keinen Theil an der Blutschuld genommen hatte, war beim Leichenbegängniß zahlreich vertreten, ein Akademiker hielt die Grabrede. Die verwaisten Kinder der Getödteten weinten an den Gräbern ihrer Väter und Mütter. Von den Studenten wurde für die armen Waisen gesammelt. Die Arbeiter zerstreuten sich nach der Beerdigung auf ihre Bauplätze. Den Frevel der drei im Prater bereiteten Gräber hat sie das verhängnißvolle Schicksal schwer büßen lassen — sie mögen das empfunden haben. Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Der Gemeindeausschuß vertheidigt sich in einem Plakate gegen die Anschuldigungen wegen Verursachung der Arbeiterunruhen. Alle Schuld wird von ihm dem Minister zugeschoben. Doch kündigt er seine Reorganisirung durch neue Wahlen an. Der demokratische Verein hat durch eine in der Plenarsitzung vom 26. d. beschlossene Deputation vom Ministerium die Auflösung des Gemeindeausschusses verlangt. — In Pesth sind Duelle zwischen Militärs und Abgeordneten der ungarischen Kammer vorgefallen. Die Ursache war die in der Kammer ausgesprochene Beschuldigung des Verrathes gegen das Militär. Es schoß sich Gr. Szechenyi und Abgeordneter Pulsi. Ersterer fehlte, Letzter schoß in die Luft. Dem zweiten Duell wurde durch dienstliche Entfernung des Officiers Gr. Chotek vorgebeugt, dessen Gegner Abgeordneter Perzel sein sollte. Die Ungarn haben unter Feldmarschall L. Wechtald das feindliche Lager bei St. Thomas gestürmt und in Brand gesteckt. Obeest Bultinazi wurde vom General als Kueler nach Pesth geschickt, um ihn wegen seiner vortrefflichen Leistungen während der Aktion einigermaßen damit auszuzeichnen. Das erste ungarische Kriegsschiff Kossuth, eine mit zwölf 12pfündigen Karronad Kanonen und zwei 24pfündigen Haubitzen angekaufte Brigg wird aus dem Hafen von Fiume in einigen Tagen auslaufen, und vorläufig als Wachschiff des Litorale dienen. Kossuth wirbt ein Chevauxlegers Regiment aus Szekleen und will es auf 3000 Mann kompletiren, ebenso sind Werbungen für ein Infanteriekorps im Zuge wovon der zehnte Mann Schütze wird, welches 2200 Mann zählen soll. — Der Kaiser hat in einem Schreiben an den Minister des Innern für die von den Nationalgarden dargebrachte Huldigung bei der stattgehabten Ausrückung gedankt und befiehlt, diesen Dank allen dem Institute zugehörigen Korps (also auch der akademischen Legion) zu eröffnen. Radetzky hat den Kommandanten und Major der Wienerfreiwilligen in Anerkennung der vom Bataillon rühmlich geleisteten Dienste zum Oberstlieutenant ernannt. Die Pesther Freiwilligen fochten gegen die Serben nicht so tapfer, warfen beim Gefechte um die römischen Schanze die Gewehre weg und ließen ein Bataillon des Regimentes Alexander den ganzen Stoß der vielfach überlegenen Serben aushalten, wodurch das brave Bataillon den bedeutenden Verlust erlitt.

Prag, 25. Aug. Das Ministerium des Innern hat, wie man aus dem Regierungsblatte erfähret, dem Rekurse der Swanost keine Berücksichtigung gegeben, vielmehr die von Graf Thun dekretirte Aufhebung dieses Korps bestätigt, und zwar aus dem leitigen Grunde, „weil abgesonderte Korps in der Nationalgarde mehr Nachtheil als Nutzen bringen".

☽ **Teiß**, 25. August. Heute Abend werden wir endlich ins Klare darüber kommen, ob, wie verlautet, wirklich ein geheimes Einverständniß zwischen Karl Albert und Albini stattfindet zur Vereitelung der Ausführung eines Theils der in der Konventionsakte enthaltenen Pneugraphen, oder ob alles darüber Gesagte nur auf einem leeren Gerüchte beruht. Es traf nämlich gestern Abend hier ein Kurier mit einem offenen Brief von dem sardinischen Ministerium des Krieges und der Marine an den Admiral Albini ein, wodurch dieser Befehl erhält, die Gewässer von Venedig ohne Zögern zu verlassen und auch die in der Stadt befindlichen Truppen zurückzuziehen. Graf Synlai sandte sofort nach Ankunft des Kuriers den Fregattenlieutenant Willersdorf mit der Depesche vom Bord des Dampfers „Vulkan" zur feindlichen Flotte, um eine bestimmte Erklärung von Albini einzuholen. Wird diese verweigert und beharrt der Admiral bei seinen früheren doppelsinnigen Ausflüchten, so wird dieses als ein Friedensbruch betrachtet und von unserer Seite darnach verfahren werden. — Der Lloyd, dessen Journale in Oesterreich sich besonders in letzterer Zeit einer täglich wachsenden Anerkennung zu erfreuen gehabt haben, beabsichtigt, nächstens ein großartiges politisches Journal in Wien zu gründen, dessen Richtung — mit einigen landesgemäßen Modifikationen — ungefähr dieselbe sein wird, als diejenige, welche die Deutsche Zeitung bisher verfolgte. Die Redaktion des Blattes wird, wie verlautet, Dr. Bodenstedt übernehmen.

Preußen. ☽ **Berlin**, 29. Aug. Zu den Schöpfungen des berühmten Patentes vom 3. Februar gehörte bekanntlich außer dem Vereinigten Landtage auch eine ständische Deputation, deren Bestimmung es war, die in der Regel dem Landtage vorbehaltene Mitwirkung bei der Aufnahme von Staatsanleihen für Kriegszeiten, sowie die sehr geringfügige ständische Mitwirkung bei der Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden auszuüben. Einer der letzten Akte der in Folge des Patentes dem preußischen Volke eingeräumten politischen Thätigkeit war die Einsetzung jener Deputation gewesen. Noch kurz vor Thoreschluß, wenige Tage nämlich vor der Märzumwälzung, hatte sie die ihr gestattete Prüfung der Staatsschuldenverwaltung vorgenommen. Indem der Abg. v. Brodowsky heute auf ihre Wirksamkeit zurückkommt, stellt er den dringlichen Antrag: es möge die Staatsschuldenverwaltung aufgefordert werden, die gegen sie von der ständischen Deputation aufgestellten Zweifel und Erinnerungen zu beantworten, damit ihre Erwiderung dem gegenwärtigen Verfassungslandtage zur Prüfung vorgelegt werden könne. Obwohl die Versammlung bereit war, sogleich auf diesen wichtigen Gegenstand einzugehen, begnügte sie sich doch mit der Erklärung des Finanzministers, daß alle Zweifel am leichtesten durch die bereits aus der Versammlung gebildete Fachkommission ihre Erledigung fänden, da sie nicht anstehen würde, sich zu bescheiden, sobald sie glaube, daß ihr von Seite der Regierung die nöthigen Aufklärungen vorenthalten würden. — Eine Interpellation des Abg. Jonas (Revisionseath) betraf den täglich greller hervortretenden Widerspruch, in welchem sich gewisse Theile unserer in der Blüthezeit des Absolutismus entstandenen Strafgesetzgebung mit den milderen Ansichten des freigewordenen Volkes befinden. Ob das Justizministerium, fragt der Abgeordnete, vorbereitet sei, in kurzer Zeit eine den veränderten Zeitumständen angemessene Veränderung der bestehenden Strafgesetze gegen politische Verbrechen eintreten zu lassen? Die Richter sähen sich gezwungen, nach Strafgesetzen zu urtheilen, welche ihren Boden in der Zustimmung des Volkes verloren haben. Letzteres sei durchdrungen von der Nothwendigkeit einer Aenderung.

Digitized by Google

In eigenem Interesse des Ministeriums wünsche er, daß wenigstens ein Anfang gemacht werde, weil es damit einen Vorwand zur Anfregung nehme. Die ganze Versammlung (mit Ausnahme des Berges — Reichenbach, Elsner, d'Ester — deren politisches Bewußtsein auch bei dieser Angelegenheit Gründe fand, zu opponiren) erhob sich zur Unterstützung der Interpellation. Der Justizminister gab befriedigende Erklärungen. Man wünsche eine Aenderung der Gesetzgebung in materieller Beziehung. Er sei der Ansicht, daß man mit ihrer formellen Umgestaltung vorangehen müsse. Die Einführung der Geschwornen lasse sich nicht länger vertagen. Durch sie würde auch die materielle Gesetzgebung eine wesentlich andere Bedeutung erhalten, indem der Geschworne sie mit freierem Auge zu betrachten vermöge. Darin scheine ihm eine große Beruhigung zu liegen. Uebrigens wolle er die getadelten Bestimmungen des Strafgesetzbuches keineswegs vertheidigen. Sie seien schon vor dem 18. März unpassend gewesen und jetzt noch viel mehr. Er hege nur Bedenken, einzelne Theile aus dem Ganzen herauszureißen, zumal die Ausarbeitung des neuen Strafgesetzbuches ihrer Beendigung nahe sei. Nichtsdestoweniger erkläre er sich bereit, durch einen besondern Gesetzentwurf wenigstens die gehässigsten und mißliebigsten Vorschriften (die berüchtigten Paragraphen vom frechen, unehrerbietigen Tadel!) zu beseitigen. Waldeck theilt mit, daß man auch in der Verfassungs-Kommission versucht habe, ein provisorisches Preßgesetz zu entwerfen, jedoch ebenfalls das Mißliche eines solchen Versuches, ohne auf die Einrichtung der Geschwornengerichte Rücksicht zu nehmen, eingesehen habe. — Auf der Tagesordnung steht heute die Fortsetzung der Berathung über das Bürgerwehrgesetz. Man geht damit im Allgemeinen sehr schnell vorwärts; vielleicht gelingt es in drei Sitzungen, die obenein durch „dringliche" Anträge von Wichtigkeit sehr verkürzt werden, den ganzen 130 Paragraphen enthaltenden Entwurf zu durchsprechen. Eine längere Debatte entspann sich über das Alter, mit welchem die Verpflichtung zum Eintritt in die Bürgerwehr beginnen sollte. Der Entwurf nimmt das im größten Theile des Königreichs als Termin der Volljährigkeit geltende 24. Jahr an. Er wurde von der Mehrheit gebilligt und zwar in folgender Fassung: § 8. Jeder Preuße nach vollendetem 24. bis zum zurückgelegten 50. Lebensjahre ist vorbehaltlich der unverkürzten Erfüllung der Militärpflicht zum Dienste in der Bürgerwehr derjenigen Gemeinde verpflichtet, in welcher er seit länger als einem Jahr seinen Aufenthalt genommen. Die folgenden Paragraphen betreffen die innere Einrichtung. Jede Gemeinde hält eine Stammliste, aus welcher durch die Gemeindevertretung zwei Dienstlisten gezogen werden. Die erste Dienstliste umfaßt die zum laufenden Dienste verwendbaren Mannschaften (Dienstwehr), die zweite Dienstliste begreift diejenigen, welche nur in außerordentlichen Fällen zum Dienste herangezogen werden. (Hilfswehr). Die Eintheilung findet nach Rotten, Zügen, Kompagnien und Bataillonen Statt. Die Wahl der Officiere soll nach dem Entwurfe bis zum Hauptmann einschließlich durch die Wehrmänner, weiter hinauf indirekt, durch die Führer der Rotten, Züge u. s. w. geschehen. Diese Bestimmung fand heftigen Widerspruch. Man verlangte bei der Abstimmung namentlichen Aufruf und es wird damit, da die Mitglieder der Versammlung nicht mehr in beschlußfähiger Anzahl beisammen waren, in der nächsten Sitzung begonnen werden. Allem Anscheine nach wird die Entscheidung für direkte Wahlen ausfallen. — Das „Schaumspritzen der revolutionären Wogen" beginnt in unsrer Stadt allmählich wieder einer ruhigen Betrachtung zu weichen. Auflänfe und Tumult mit Straßenkluds und improvisirten Volksversammlungen inmitten verkehrsreicher Plätze gab es zwar noch alle Tage, doch wußte die Bürgerwehr die Ruhe stets mit leichter Mühe wieder herzustellen. Unter diesen Umständen ist es leicht möglich, daß das von der Regierung fast unter dem Hagel von Pflastersteinen ausgearbeitete Gesetz gegen unerlaubte Volksversammlungen in den Abtheilungen bis auf Weiteres liegen bleiben und der von Vielen als ein Signal der Schreckensherrschaft gefürchtete Tag der Berathung zu allgemeiner Zufriedenheit ausfallen wird. Der demokratische Klub wird sich alsdann bemühen müssen, eine neue Verschwörung gegen die Freiheit des „Volkes" zu entdecken, wenn er bei nächster Gelegenheit der „Thatkraft" desselben bedürfen sollte.

Berlin. Der Oberst v. Stavenhagen hat jetzt, dies ist amtlich hierher gemeldet, eine bestimmte Anstellung im Reichskriegsministerium als Departementschef erhalten. Auch mehrere andere preußische Officiere sind in diesem Ministerium angestellt worden, so daß dasselbe eine ganz preußische Farbe bekommt. (Voss. Z.)

Potsdam, 28. August. Das hiesige Garde-Jäger-Bataillon hat Befehl erhalten, morgen, Dinstag, nach Berlin abzugehen, um die dortige Garnison zu verstärken, und wird die Kaserne der Neufchateller Schützen beziehen. Ebenso wird die hier stehende Artillerie nach Charlottenburg dislocirt.

Der König hielt gestern die Parade des Garde-Jäger-Bataillons und des Füsilier-Bataillons ersten Garde-Regiments zu Fuß ab, und erschien dabei in der Garde-Jäger-Uniform. Der König unterhielt sich nach der Parade lange mit dem englischen Gesandten, Grafen von Westmoreland. (Voss. Z.)

Baden. Mannheim, 31. August. Die M. A. Z. meldet: Diesen Vormittag ist der verantwortliche Redakteur der in Heidelberg erscheinenden „Republik" Hr. G. M. Renner, durch das Hofgericht wegen durch die Presse versuchten Hochverraths und Aufreizung zum Haß gegen die badische Regierung zu vierjähriger Gefängnißstrafe und zur Tragung der Untersuchungs- sowohl als Strafverstehungskosten verurtheilt worden. Morgen den 1. Sept. kommt Grohe's Prozeß vor dem Hofgericht zur Verhandlung.

Kurhessen. Kassel. Die „Kassel'sche Zeitung" enthält die amtliche Anzeige, daß der bisherige provisorische Finanzminister Schwedes auf sein Ansuchen seiner Stelle entbunden und Regierungsrath Wippermann provisorisch zum Finanzminister ernannt worden ist.

Hessen ✕ Darmstadt, 30. August. Ihr gestriges Blatt bringt Nachrichten über Vogt in Gießen und über eine beabsichtigte Verschmelzung beider hessischen Universitäten. Was Ersteren betrifft, so würde allerdings eine Entlassung desselben, da er erst 2 Jahre lang angestellt ist, formell wohl im Gesetze begründet sein; und bei akademischen Lehrern ist es vielleicht erforderlich, daß Adel der Gesinnung und der Gesittung stärker hervortrete, als hier bisweilen der Fall sein soll. Auch soll die Sache mehrfach dahier angeregt worden sein. Man weiß aber bestimmt, daß der Minister Jaup erklärt hat, er werde (abgesehen davon, daß man jeder theoretischen Ansicht ihre etwaige Geltung gestatten müsse) niemals zu einer solchen Maßregel die Hand bieten, durch welche selbstredend die Berufung tüchtiger Männer nach Gießen erschwert werde. Dergleichen möchte auch von selbst bei einem Manne zu erwarten sein, der mit Vorliebe akademischer Lehrer war, und in den neuesten Wochen mehrmals hier ausgesprochen hat, daß er mit Eifer sich bemühen werde, den Flor der Landes-Universität zu erhalten und zu erhöhen. — Von dem Verschmelzungs-Gerücht weiß man hier gar Nichts und lachte darüber, als auswärtige Zeitungen es brachten.

Dessau, 24. August. In der heutigen Landtagssitzung stellte der Abgeordnete Brüschenk eine Anfrage an das Ministerium, in wie weit die in der Magdeburger Zeitung enthaltene Mittheilung, daß Minister Habicht in Berlin gewesen sei, um wegen des Anschlusses von Anhalt-Dessau an Preußen zu unterhandeln, begründet sei. Minister Habicht erklärte diese Nachricht für eine unrichtige; man könne sich in manchen Beziehungen an Preußen anschließen, ohne daß dies überhaupt ein „Anschluß" genannt werden könne. (Magd. Z.)

Hohenzollern-Sigmaringen. Das Verordn.- und Anzeigeblatt enthält eine Bekanntmachung, wonach der Fürst Karl (geb. 1785) die Regierung wegen vorgerückten Alters in die Hände des Erbprinzen niederlegt.

Schleswig. Altona, 27. August. Herr Welcker, der Reichsgesandte an das schwedische Kabinet, welcher gestern in Hamburg angekommen, wird heute, dem Vernehmen nach, nach Rendsburg reisen, und, im Laufe der Woche von dort zurückgekehrt, dann sofort, von Herrn Lutteroth als Gesandtschaftssekretär begleitet, sich an seinen Bestimmungsort begeben. Möge es ihm gelingen, Schweden wieder dem deutschen Reiche zu nähern und die Skandinavier davon zu überzeugen, daß Deutschland ihr natürlicher, bester und einziger, weil uneigennützigster Bundesgenosse werden und bleiben könne. (S.-H.)

Lübeck, 25. August. Es geht uns die Nachricht zu, daß man in Frankfurt damit beschäftigt ist nach dem Vorgang, aller andern Seestaaten ein Gesetz zu erlassen, daß den vom Feinde genommenen deutschen Schiffen, falls sie unter anderer Flagge kommen sollten, später jeder deutsche Hafen verschlossen ist. Es würde dies nicht ohne Einfluß auf die Auktionen der von den Dänen genommenen Schiffe bleiben. (S.-H. Z.)

☉ Frankfurt, 31. August. Der Minister des Auswärtigen machte heute der Nationalversammlung die Mittheilung, daß nach einer gestern an den preußischen Bevollmächtigten, Camphausen, eingetroffenen telegraphischen Depesche, am 26. d. M. zu Malmö ein Waffenstillstand zwischen den kriegführenden Mächten abgeschlossen worden sei. Ueber die Zeit des Waffenstillstandes und die Bedingungen, unter welchen er abgeschlossen worden, sei dem Ministerium noch Nichts bekannt. Sobald demselben etwas Näheres darüber zukomme, so werde weitere Mittheilung an die Nationalversammlung gemacht werden. Es sei möglich, daß der Inhalt dieses Waffenstillstandes von Einfluß auf

das Programm, welches das Ministerium des Aeußern anzugeben versprochen habe, sein könne, und dieses werde daher mit der Ausgabe seines Programmes so lange warten, bis ihm die näheren Mittheilungen über den Waffenstillstand zugekommen seien. Eine angekündigte Interpellation von Dahlmann in Betreff dieses Waffenstillstandes wurde in Folge dieser Erklärung zurückgenommen.

Mehrere Berichte des Peioritäts- und Petitionsausschusses werden erstattet und sogleich darüber beschlossen. Unter diesen ist der Bericht über eine Eingabe der Hahnschen Verlagshandlung aus Hannover, welche das Anerbieten macht, zur Gründung einer Reichstagsbibliothek alle diejenigen Schriften ihres Verlages, welche die Nationalversammlung dazu für geeignet halte, unentgeltlich abzugeben. Die Versammlung nimmt das Anerbieten mit Dank an. Ein gleiches Anerbieten machen Veit aus Berlin und Schweichke aus Halle.

Die heutige Präsidentenwahl hatte die Thätigkeit der Parteien sehr in Anspruch genommen. Ueber den Präsidenten findet kein Zweifel Statt; v. Gagern ist selbst für die Linke eine Nothwendigkeit, und sie stellte ihm deßhalb keinen Kandidaten entgegen. Die 31 Stimmen, welche auf Heermann aus München fielen, erhielt dieser nur, weil die äußerste Linke grundsätzlich nie für Gagern stimmt.

H. v. Gagern erhielt von 436 Stimmen 396, welches Resultat mit großem Beifall aufgenommen wurde. Um so größer war der Kampf der Linken gegen den bisherigen ersten Vicepräsidenten v. Soiron, dem sie Hermann aus München entgegenstellte. Da jedoch die beiden Centren und die Rechte seine Wiedererwählung unterstützten, so blieb die Linke in Verbindung mit der Westend-Hallgesellschaft mit einem Drittheil in der Minorität. Soiron erhielt 284, Hermann von München 141 Stimmen. Das Resultat wurde von der Mehrheit mit Klatschen, von der Linken mit Zischen und Poltern aufgenommen. Die äußere Linke, darunter die badischen Abgeordneten v. Itzstein, Peter, Richter und Hagen, gaben gegen diese Wahl eine Verwahrung ein, man weiß nicht recht zu welchem Zweck. In der Wahl des zweiten Vicepräsidenten erhielt Hermann aus München 370, und Simon von Breslau 108 Stimmen. Hier stimmte die Westendhallpartei mit der Mehrheit für Hermann.

Auf der Tagesordnung stand ferner zum zweiten Mal ein Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Frage, in welcher Weise die in verschiedenen Ausschüssen durch den Austritt einzelner Mitglieder erledigten Stellen zu ergänzen seien. Diese Sache hat nämlich eine besondere Schwierigkeit. Die Ausschüsse wurden in der ersten Zeit der Nationalversammlung aus den Abtheilungen gewählt. Seit dem wurden die Abtheilungen mehrmals neu verlost, und nun fragt sich, wer soll wählen? Als dieser Gegenstand zum ersten Mal zur Berathung kam, wurden alle Anträge verworfen, und der Ausschuß mußte daher einen neuen Vorschlag machen. Zu diesem wurde aber wieder ein ganzes Heer von Verbesserungsvorschlägen eingebracht, so daß zu befürchten stand, es werde abermals kein Beschluß zu Stande kommen. Es blieb deßhalb Nichts übrig, als Alles abzuwerfen und den Ausschußantrag anzunehmen. Nach diesem erhalten die Ausschüsse das Recht, die Mitglieder zu ihrer Ergänzung selbst vorzuschlagen.

Am Schlusse der Sitzung wurde endlich auch der Mitglieder des Fünfzigerausschusses gedacht. Die Versammlung sprach denselben den Dank der Nation für ihr patriotisches Wirken aus, bestimmte aber zugleich auch, daß denselben aus der Reichskasse für die Zeit ihrer Anwesenheit in Frankfurt drei Thaler Tagesgebühren bezahlt und die Reisekosten ersetzt werden sollen. Diesmal stellte die Linke die Anträge und die Centren und die Rechte stimmten bei. Der Justizminister legte einen Gesetzentwurf über die Bekanntmachung der Reichstagsgesetze vor, welcher an die Gesetzgebungskommission verwiesen wurde.

Schweiz.

† Zürich, 27. August. Die Regierung von Zürich hat keine ganz glückliche Hand in ihren internationalen Streitigkeiten: Die Ausweisung der Hannoveraner war jedenfalls etwas übereilt; denn die vollkommen zufrieden stellende Antwort von Seite Hannovers war schon unterwegs; noch übler ist die Stellung der Regierung in der „preußischen Streitfrage." Sie erinnern sich meiner Mittheilung über einen aus höhern Regionen stammenden Artikel in unserm Moniteur, worin den in Zürich lebenden Preußen auf's Brutalste angerathen wurde, „sie möchten nur schleunigst für gutes Wetter bei ihrer Regierung sorgen", sonst solle es ihnen ergehen wie den 24 Hannoveranern, und zwar warum? Es sei einem Zürcherischen Arbeiter von der preußischen Gesandtschaft zu Dresden das Visa in die preußischen Staaten verweigert worden. Nun, die hiesigen Preußen sorgten ungeachtet der allerhöchsten Drohung nicht für gutes Wetter, blieben gleichwohl unangefochten, und unsere Regierung erlebte die Mortifikation, von der preußischen Gesandtschaft das ganze Faktum einfach in Abrede gestellt zu sehen, womit sich der ganze Handel erledigt. Ueberhaupt weht gegenwärtig eine ganz andere Luft: die Siege Oesterreichs, das man schon aus der Reihe der Großmächte gestrichen hatte, die (von mir stets vertheidigte) immer größere Wahrscheinlichkeit der französisch-englischen Nichtintervention, und nun gar die Aussicht auf erhöhte Zölle — das sind Alles Thatsachen, die ein wenig zum Nachdenken auffordern; und wie verspüren allerdings schon die Wirkung davon. Selbst der „Erzähler", der in der schönsten Zeit der „Schwabenfresserei" kühnlich mit jedem Blatte der Schweiz rivalisiren konnte, räth nunmehr der „N. Z. Z.", das ewige Necken der Deutschen, „die als größere Nation doch auch Anspruch auf Achtung hätten", endlich einmal einzustellen; er rühmt sogar, „daß sie in Frankfurt die „praktische" Politik nach und nach lernen"; doch vergißt er nicht, das „praktische" schweiz. Zweikammersystem der neuen Bundesverfassung auf Kosten des „unpraktischen" deutschen Einkammersystems gebührend hervorzuheben; das „am Besten redigirte" Blatt der deutschen Schweiz denkt nämlich nicht daran, daß die konstituirende Versammlung zu Frankfurt erst über das eine oder das andere System entscheiden soll. Die konservativen Blätter gehen in dieser Frage nicht ganz loyal zu Werke, sie sagen: Deutschland wird bei der beabsichtigten Zollerhöhung schwerlich Rücksicht auf Euch nehmen, Ihr habt ja auch in der Flüchtlingsangelegenheit seinem billigen Begehren nicht entsprochen. Ich kann diesen Vorwurf nicht loyal nennen; denn es waren, namentlich in der badischen Note, wirklich einige unbillige Zumuthungen und Androhungen enthalten, und sodann haben sich alle Kantone der deutschen Schweiz, ungeachtet der tapfern Worte, die von Baselland und Konsorten auf „Deutschland und seine Despotenregierungen" herabregneten, in der That beeilt, den in beiden Noten enthaltenen billigen Anforderungen vollständig zu entsprechen. Das böse Gewissen des Theiles der schweizerischen Presse, der seit Monaten die von Deutschland während des Sonderbunds-Krieges bewiesene Sympathie mit den gehässigsten Anfeindungen und Verkrumbungen vergalt, verleitet denselben, in dem Gefühle, eine kleine Züchtigung muthwillig hervorgerufen und deßhalb wohlverdient zu haben, nunmehr, da die beabsichtigte Zollerhöhung drohend wie ein Gespenst sich erhebt, zu allerlei merkwürdigen Sprüngen; die „N. Z. Z." sagt, die Schweiz erscheine nicht wie ein Bettler vor Deutschland, der demüthig um ein Almosen bittet; darin hat sie sehr Recht, die Schweiz ist einer der besten Kunden Deutschlands, und hat deßhalb ein Recht auf billige Berücksichtigung; es wäre eine Ungerechtigkeit von Seite der frühern Regierungen, zur Zeit der Noth eine Kornsperre zu verhängen. Hoffentlich werden auch die „albernen Ausfälle des Züchereischen Moniteurs", wie Schweizer Blätter die giftigen Expektorationen der „N. Z. Z." titulieren, Deutschland nicht abhalten, der Schweiz Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; wie lächerlich klingt aber die Drohung der „N. Z. Z.", als Repressalie etwa das deutsche Getreide mit einem Eingangszoll zu belegen. Ich traue der „N. Z. Z." natürlich nicht zu, von dem gegenwärtigen Stande der wissenschaftlichen Nationalökonomie, welche einstimmig den Zoll auf die nothwendigen Lebensmittel und Rohprodukte verwirft, einige Kenntniß zu besitzen; allein sie und ihre Patrone mögen doch bedenken, wie „praktisch" es wäre, unsere Weinbauern theures Brod essen zu lassen, um dadurch vielleicht den reichen Seidenherren aus der Klemme zu helfen! —

Die armen lombardischen Flüchtlinge erregen überall Mitleid und Theilnahme; sie haben sich freilich schlecht geschlagen, allein man bedenke die lange Entwöhnung von den Waffen, zudem die schlechte Führung. Dazu kommt nun, daß in Folge der Weigerung Frankreichs, Flüchtlinge ohne Ausweisschriften und Subsistenzmittel aufzunehmen, auch Uri, Luzern und Aargau sich zu ähnlichen Maßregeln veranlaßt sahen. Höchst komisch klingen die Falstaffischen Berichte der Italiener über die heldenmüthige „Verjagung" der Oesterreicher aus Bologna, deßgleichen die Mittheilungen französischer Blätter über die Heldenthaten im Veltlin und am Tonale, während die in Chur angelangten Waadtländer und Neuschateller Schützen versicherten, jene Heldenthaten hätten darin bestanden, täglich in ehrerbietiger Entfernung eine ungeheure Menge Pulver aus großem und kleinem Geschütz zu verpuffen; man habe versucht, sich in Sondrio zu setzen, allein bei den ersten feindlichen Schüssen sei Alles auseinander gestoben. Nur General Garibaldi, der ein tüchtiger Ansüheer zu sein scheint, und dem Karl Albert aus Furcht vor seinem Einflusse und vor seinen republikanischen Grundsätzen den Eintritt in die piemontesischen Staaten verboten, hält sich noch im Val Gana und bei Varese (zwischen Sesto Calende und Como), von wo freilich, sobald ernstliche Gefahr droht, der Rückzug auf Schweizer Gebiet immer offen steht. Die deutschschweizerischen Blätter rühmen durchgängig die gute Mannszucht der

Oesterreicher, wogegen die „Rev. de Gen.“ ihnen die unerhörtesten Greuelthaten aufbürdet, wie Mord und Brand, Aufschneiden schwangerer Weiber ꝛc., nach welcher Operation die Kinder an die Hausthüren genagelt zu werden pflegten. Einen dritten Kontrast zu diesem Schauergemälde gewährt ein merkwürdiger Handel zwischen dem eidg. Kriegsrath und der hohen Genfer Regierung. Unter dem 8. Juni übersandte nämlich der erstere der letzteren eine Anzahl von eidg. Dienstreglements in deren schematischen Formularen Personen genannt waren, die Vor- und Geschlechtsnamen mit Mitgliedern des Genferischen Staats- und Gr. Raths gemein hatten, und zwar auf eine Art und Weise, „daß die Letzteren dadurch in einem lächerlichen Lichte erschienen.“ Das war zu viel für den irritabeln J. Fazy, für diese Unwürdigkeit mußte Genugthuung gefordert werdern, und wirklich brachte vor einigen Tagen der Staatsrath einen Dreretsentwurf vor den Gr. Rath, worin, nach Vorausschickung der nöthigen „Erwägungen“, beschlossen wird: 1) jene Reglements sind an den eidgen. Kriegsrath zurückzuschicken; 2) die Gesandtschaft des Standes Genf soll Satisfaktion für die zugefügte Beleidigung verlongen. Risum teneatis amici! — Die „republikanischen“ Kontributionsdekrete (dir badische Amnestie wird von unserer Presse eine „ect fürstliche“ genannt) scheinen immer noch nicht ihre Endschaft erreicht zu haben; nach der „Rev. de Gen.“ ist in Freiburg ein Kontributions- und Verbannungsdekret unter der Presse, nach welchem die Haupttheilnehmer und Anstifter des Sonderbunds zu Beiträgen bis zu 60,000—100,000 Fr. koademnirt würden, mit gleichzeitiger Verbannung der sechs „gefährlichsten“ Mitglieder des frühern Regimenis, der Hrn. Fournier, Aeby, Amman, Weck, Vaillant und Gardian. Auch in Aargau sind Verurtheilungen von Deserteuren nnd Ueberläufern von jener Zeit her immer noch an der Tagsordnung. — Heute wird in den Urkantonen und in Appenzell über den Bundesentwurf abgestimmt; das Resultat ist — ohne Frage — Verwerfung. (vgl. unf. gestr. Nr.)

Niederland.

Brüssel, 28. Aug. Die Emancipation berichten, daß Louis Blanc gestren Abend in Gent gewesen. Einige Personen hätten ihn erkannt, worauf ein Polizeikommissär ihn aufzefordret, seinen Paß vorzuzeigen, in dessen Ermanglung er verhaftet worden. Er habe daraaf verlangt, daß man ihn nach der Grnze und zwar nach Ostende führe, was denn auch heutr früh geschehen sei.

Großbritannien.

London, 29. Aug. Im Unterhause erstattete den 25. Aug. der Schahkanzler Bericht über die Finanzlage des Reichs, der zwar ein Defizit aufdeckt, aber Niemand damit überraschte, weil bei der allgemeinen Weltlage und bei den mancherlei getroffenen fiskalischen Aenderungen und dadurch herbeigeführten temporären Einnahm-ausfällen ein günstigeres Ergebniß nicht erwartet werden konnte. Das Defizit beläuft sich auf 292,335 Pf., hierzu kommen noch die Kosten des Kaffernkrieges im Betrage von 1,345,411 Pf., Unterstützungsgelder für irische Auswanderer nnd Vorschüsse an irische Gutsbesitzer und für Trockenlegungen in England und Schottland, so daß im Ganzen viertehalb Mill. Pf. zu beschoffen sind. Der Finanzminister wies darauf hin, daß in England die Einnahme an Zöllen während der ersten fünf Monate dieses Jahres im Vergleich zu derselben Periode des vorigen Jahres nur den 83. Theil weniger betrage, in Frankreich dagegen in derselben Frist um nicht weniger als fünf Zwölftel abgenommen habe. Was dir Kartoffelernte betrefft, so lauteten die Nachrichten ons dem Süden Englands sehr ungünstig, aus dem Norden und aus Schottland dagegen zufriedenstellend. Die Kornernte habe durch den Regen nur strichweise gelitten. Ueber die Ernte in Irland lauteten die Nachrichten zu widersprechend, nm sich von ihr ein klares Bild zu machen. Die Kartoffeln seien allerdings streckenweise ganz mißrathen, indeß habe man diesmal auch mehr als gewöhnlich Kartoffeln gebaut, auch sei der Irländer aus mancherlei Gründen sehr geneigt, wie überhanpt zu übertreiben, so auch den Ausfall in der Erntr ärger darzastellen, als er in der Wirklichkeit sei. Man müsse dir Irländer nicht zu sehr verwöhnen, Engkand habe in letzter Zeit sich genug für sie angestrengt (?), die Irländer sollen lernen, sich mehr auf ihre (leider nur durch mancherlei Uebelstände gelähmte nnd um ihre Fracht gebrachte) eigene Thatkraft als auf dir Hilfe Englands zu verlassen. Für den Augenblick reiche wohl der Ernteertrag hin, die Bedürfnisse Irlands zu befriedigen; sollte sich diese Hoffnung nicht erfüllen, so werde man sich wieder an das Parlament wenden und mit diesem die Mittel zur Abhilfe der Noth berathen und beschließen. — An demselben Tage überreicht Lord Beaumont dem Oberh. eine Bittschrift des engl. Obersten Bristowe, der im Laufe des Sommers bekanntlich aus Madrid, wo er gewisse Geldansprüche bei der Regierung durchzusetzen gedachte, auf eine allerdings unartige und ungesetzliche Weise fortgeschafft wurde. Es fielen sogar von diesen gesetzten und feierlichen Herren des Oberhauses arge Worte, die von der gegen Spanien in England herrschenden Erbitterung Zeugniß ablegen. Lord Branmant äußerte zum Schluß: „Möge dir spanische Regierung unsere Nachsicht als Gleichgiltigkeit auslegen, aber es wird eine Zeit kommen, wo sich unsere Geduld nicht länger mehr mit Füßen treten lassen wird, wo Spanien, wie es jetzt der Verachtung der ganzen civilisirten Welt verfallen ist, die Züchtigung einer mächtigen Nation fühlen wird.“ Von Seite der Regierung sprach der Marquis von Lansdowne seine Entrüstung über diesen Fall aus, den er mit keinem andern Ausdrucke, als mit dem Worte „Schimpf“ genügend bezeichnen könne. Der an Bulwers Stelle in Madrid zurückgebliebene Geschäftsträger, Herr Otway, habe davon sogleich nach England Meldung grthan; er, Lansdowur, habe dem damaligen spanischen Gesandten darüber Vorstellungen gemacht, dieser habe auch seine Bestürzung darüber zu erkennen gegeben, aber bis jetzt habe sich die spanische Regierung über ihr drückes Verfahren gegen den Obersten noch zu keiner Erklärung verstanden. „Natürlich kann ich nicht sagen“, schloß der Redner, „ob später eine solche Erklärung gegeben werden wird oder nicht, jedenfalls ist sie den Gebräuchen aller gebildeten Völker gemäß, von Spanien war auch, meiner Ansicht nach, am wenigsten zu erwarten, daß es sich davon ausnehmen würde, dies konnte nur seine jetzige Regierung thun. Die brit. Regierung hat ihre Pflicht erfüllt, aber ich muß sagen, daß diese Behandlung ihrer Repräsentanten aufs Aeußerste befremdend and sonderbar ist„.

Den 26. August hielten die Parlamentsmitglieder, welche zugleich ministerielle Aemter bekleiden — nach althergebrachter Sitte das jährliche Festmahl (White-Bait-Dinner), welches dem Schlusse der Parlamentssession vorherzugehen pflegt — also eine Art Henkermahlzeit.

Viscount Hardinge ist bereits aus Irland, wo es für einen brittischen Cavaignac Nichts mehr zu thun gibt, zurückgekehrt und hatte sofort mit dem Herzog v. Wellington eine Unterredung.

Der Standard enthält bereits dir Nachricht von dem zwischen Dänemark nnd Deutschland definitiv abgeschlossenen Waffenstillstand, mit dem Hinzufügen, daß dieses günstige Resultat haaptsächlich der vereinten Intervention Frankreichs und Englands verdankt werde.

Frankreich.

Paris, 29. August. Die gestrige Sitzung der Nationalversammkung ist durch zwei Zwischenfälle beschlossen worden. Es hatte sich nämlich seit Kurzem das Gerücht verbreitet, daß ein großer Theil wichtiger, nach dem 24. Februar in den Tuilerien gefundener Papiere plötzlich verschwunden sei, und die republikanische Linke hattr eine Kommission aus drei Mitgliedern rrnannt, um hierüber einr Untersuchung anzustellen. Der Minister des Jnnern kam den darüber angekündigten Interpellationen zuvor, indem er der Versammlung mittheilte, daß in den Februartagen rin Theil der in den Tuilerien gefundenen Papiere verbrannt oder zerrissen worden sei, alle übrigen aber durch Herrn Ledru-Rollins Bemühungen gerettet, in Kisten gepackt, unter Siegel gelegt und in den Nationalarchiven deponirt worden seien. Jetzt werde man die Klassifikation derselben vornehmen. Herr Lanfredal stellte den förmlichen Vorschlag, daß diese Papiere durch eine Kommission von 15 Mitgliedern der Nationalversammlung untersucht würden — über diesen Vorschlag wird heutr diskutirt werden. Hr. Taschereau erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Dokumente, die er in der Revue retrospektive publicire, theils aus dem Kabinete des Herrn Genie (Sekretär Guizots), theils aus zwei in Louis Philipps Arbeitszimmer gefundenen Portefeuilles herrührten, daß er zu dieser Publikation die Erlaubniß Ledru-Rollins erhalten und nach genommener Abschrift die Originalr in den Archiven niedergelegt habe. Herr Crespel de la Touche legte hierauf einen Vorschlag vor, wodurch der Chef der Exekutivgewalt geladeli werden soll, daß er mehrere Journale unterdrückt und so seine Befugnisse überschritten habe. Auch dieser Vorschlag wird heute diskutirt werden.

Eine heute veröffentlichte neue Proklamation des Polizeipräfekten gibt sehr beruhigende Nachweise über die Lage von Paris. Dir Anzahl der Arbeitslosen vermindert sich täglich, der Zufluß der Fremden nimmt zu, und die Verbrechen gegen Personen nnd Eigenthum sind seltener als je. Der Präfekt spricht sich zugleich über die Gerüchte

Digitized by Google

wegen einer legitimistischen Schilderhebung aus und vergleicht sie mit der imperialistischen Parade, die man im Juni zu organisiren suchte.

Die Mission des sardinischen Generals La Marmora, der seit vier Tagen hier ist, hat den Zweck, von der französischen Regierung die Bewilligung zu verlangen, daß Marschall Bugeaud das Oberkommando und die Reorganisation der piemontesischen Armee übernehmen dürfe. Der General hat dieselbe Antwort erhalten, wie Herr Tommaseo, Abgesandter von Venedig, der die französische Hilfe für Venedig verlangte, daß nämlich Frankreich keine partiellen Schritte thun könne, bis nicht die Antwort der österreichischen Regierung auf den Vermittlungsantrag erfolgt sei. Da jedoch der Vermittlungs-Antrag schon am 7. d. nach Wien abgegangen ist und bis heute unter allen möglichen Vorwänden die Anknüpfung von Unterhandlungen in Wien immer wieder hinausgeschoben worden ist, so hat die französische Regierung gestern eine neue peremtorische Note nach Wien gesandt, worin sie in Hinsicht der Annahme oder Zurückweisung der Vermittlung ein entschiedenes Ja oder Nein verlangt und erklärt, daß wenn dieses nicht bis zum 10. September gegeben sei, Frankreich sich seiner Verpflichtungen entbunden halten und seinen Interessen gemäß handeln werde. General Cavaignac hat zugleich die Koncentration eines Observations-Korps am Ober-Rhein befohlen.

Gerüchte über eine in Rom ausgebrochene Revolution cirkuliren, die römischen Blätter vom 20. fehlen heute; die Nachrichten aus Venedig vom 17. sprechen von dem entschlossensten Widerstande des Volkes.

Sitzung vom 29. Aug. Vorsitzender: Vicepräsident Corbon. Die Sitzung wird um 2½ Uhr eröffnet. Leon Faucher legt einen Bericht über mehrere Vorschläge, die zum Zwecke haben, ein neues Papiergeld zu schaffen, auf dem Bureau nieder. Der Bericht trägt auf Verwerfung aller dieser Vorschläge an. — Napoleon Bonaparte verlangt einen Urlaub wegen Familienangelegenheiten — wird bewilligt. An der Tagesordnung ist Lamennais Gesuch gerichtlich verfolgt zu werden. Lamennais selbst, sehr kränklich und leidend, nimmt das Wort, kann sich aber seines schwachen Organs wegen kaum hörbar machen — er besteht auf seinem Verlangen wegen des von ihm geschriebenen und unterzeichneten Artikels im Peuple konstituant gerichtlich verfolgt zu werden, während man jetzt den ganz unschuldigen Geranten des Blattes verfolge. Die Kommission hat in ihrem Berichte über sein Verlangen auf Verwerfung desselben angetragen. Der Generalprokurator Corne bekämpft Lamennais Vorschlag, das Gesetz schreibe die Verfolgung des Geranten vor. — Die Verfolgung des Verfassers eines Artikels sei inkultotiv und da keine besondere Nothwendigkeit aorliege, so nehme er es auf seine Verantwortlichkeit, Lamennais nicht zu verfolgen. Germain Sneut spricht für Lamennais Vorschlag, Boze bekämpft denselben. — Lesrone spricht noch in seiner gewöhnlichen heftigen Weise für Lamennais Vorschlag, aber die Rufe: Genug! genug! Zur Abstimmung! erschallen von allen Seiten; es wird zur Abstimmung geschritten und die Bewilligung zur Verfolgung Lamennais verworfen. Woirhaye liest, da Marrast noch immer unpäßlich ist, den modificirten Entwurf der Konstitution vor. Der Eingang ist wesentlich geändert. Wir werden morgen darauf zurückkommen, — wir bemerken nur vorläufig, daß der neue Entwurf mit nur geringer Theilnahme angehört und sehr selten von einem Très bien! unterbrochen wird. Man scheint mit dieser neuen Umarbeitung nicht sonderlich zufrieden, sie sollte alle Parteien zufriedenstellen, sie befriedigt keine. — Diese Vorlesung dauert bis 4 Uhr und die Sitzung wird auf eine Viertelstunde suspendirt.

Italien.

V Bergamo, 24. Aug. *) Nach der Einnahme von Mailand wurde unser Regiment (ein aus Italienern bestehendes) nach Como, Lecco, Bergamo und Brescia beordert, um in diesen Städten seine Lücken wieder zu ergänzen. Ich folgte dem Regiment bis nach Bergamo, wo ich vom Typhus und einer Lungenentzündung ergriffen und auf das Krankenbett geworfen wurde. (Nachdem der Verf. des Briefes bemerkt, daß er, mit Mühe einigermaßen hergestellt, vielleicht noch Monate lang bis zur völligen Wiedergenesung brauchen werde, führt er fort: Seit meinem letzten Schreiben aus Mailand habe ich Euch zu erzählen, daß sich Peschiera nach einem 14stündigen Bombardement an uns ergab, daß Venedig noch trotzig ist und sich freiwillig nicht ergeben zu wollen scheint, daß unsere Truppen in Parma, Modena und in den Kirchenstaat eingedrungen sind. Der Glückswechsel, den die Piemontesen erlebt, ist ein außerordentlicher, noch nie sah ein Heer in solcher Verwirrung, und doch schrieb Karl Albert erst vor einem Monate an Radetzky, daß er in der Hofburg zu Wien Oesterreich den Frieden zu diktiren gedenke. Aber es ist freilich nicht der nächste Weg nach Wien, wenn man mit einem so zahlreichen Heere fünf Monate lang vor Verona liegt. Man denke sich unsere Lage mitten unter den Zerrüttungen des österreichischen Staats, die von Pius IX. und Karl Albert angestiftet worden, (?) man denke sich die Mühsal eines Feldzuges, wie dieser, mitten in einem empörten Lande, und man wird einer Armee, welche in weniger als 14 Tagen einen so mächtigen Feind zermalmte und zum Teufel jagte, nicht genug Bewunderung zollen können. Eine solche Armee müßte so gut, wie das Heer, welches bei Leipzig focht, mit einer Medaille ausgezeichnet werden.

Turin. Die Gazetto Piemontese meldet die Zusammensetzung des neuen Ministeriums unter dem Vorsitze des Grafen Alfieri de Sostegno. Das Auswärtige erhielt General Graf St. Martin; Graf Reael die Finanzen; Oberst Franzini den Krieg und die Marine; das Innere der Deputirte Pinelli; den öffentlichen Unterricht Prof. Merlo, Vicepräsident der Deputirtenkammer. In seinem Programm sagt das Ministerium, es werde Alles thun zur Wiederherstellung des Heeres und zur Bewaffnung der Nation. Es achte den Waffenstillstand als militärische Thatsache, betrachte ihn aber nicht als Grundlage zu politischen Verhandlungen. Mit Dank habe das Ministerium die uneigennützige Vermittlung zweier die italienische Nationalität und die Freiheiten des Volkes achtenden Mächte angenommen, eine Vermittlung, die durch einen ehrenvollen Frieden einen Krieg beendigen soll, der ein europäischer werden könnte Das Ministerium sei überzeugt, daß diese beiden Mächte die öffentliche Meinung und die Autonomie der Nationen achten, die politischen Verhältnisse Italiens und die Ursachen des Kriegs richtig würdigen und Bedingungen herbeiführen werden, die mit Ehre angenommen werden könnten und Dauer versprächen. Jedenfalls werde sich das Ministerium beeifern, die Verwirklichung des politischen und Zollvereins der italienischen Staaten herbeizuführen. Ob an dieser Union Frankreich und England viel liegt, wird sich zeigen.

Palermo, 1. August. Gestern, und was ziemlich merkwürdig ist, am St. Ignatiustag hat die Deputirtenkammer den Jesuiten- und alle mit demselben verbundenen oder verwandten Orden aufgehoben. Die fremden Mitglieder sollen das Land meiden, die Staatsbürger hingegen mögen bleiben und erhalten ein sehr mäßiges lebenslängliches Gehalt. Die Büchersammlung aller Fächer, ferner die Sammlung der physischen und chemischen Instrumente gehen erstere an die öffentlichen Bibliotheken, letztere an die Universität über. Da ein feindlicher Schritt gegen den Orden sich schon seit geraumer Zeit voraus fühlen ließ, so soll auch alles baare Geld und was von Kostbarkeiten u. s. w. sich vorfand, verschwunden sein.

Donaufürstenthümer.

Bucharest, 12. Aug. Gestern langten hier zehn Deputirte aus Jassy an, welche wünschen im Namen der Moldauer, daß die Walachen sich mit der Moldau vereinigen möchten, um ein Fürstenthum zu bilden; diese verlangen, daß die Walachen ihnen mit 10,000 Mann behilflich sein sollen, um die Russen von dort zu vertreiben. Die arme Walachei braucht selbst Hilfe; denn man hat noch sehr viel zu fürchten; es sind hier Deputationen nach Wien, Frankfurt und Frankreich abgegangen, welche dringend um Hilfe bitten. (Wien. Z.)

Rußland.

Den aus Transkaukasien eingetroffenen Nachrichten zufolge haben sich die Russen, nach einem sehr blutigen Gefechte, der tscherkessischen Festung Ghergebil bemächtigt, woselbst sich die Pulver- und Waffenfabriken Schampi's befanden. Der Platz wird für einen der wichtigsten Punkte, so für den Schlüssel des Daghestan gehalten. Nach einem in Tiflis verbreiteten Gerüchte soll Fürst Woronzoff, für den Fall eines europäischen Krieges, zum Oberbefehlshaber der Operationsarmee bestimmt sein, und im Kaukasus durch den Grafen Murawiew ersetzt werden. (D. L.)

*) Auszug aus einem uns gütig mitgetheilten Schreiben unseres britischen Freundes in der österreichischen Armee, dessen Weg aus Mailand nicht, wie er in seinem früheren Schreiben vermuthet (vgl. den Brief in Nr. 225) ins Piemontesische, sondern, wie wir oben sehen, nach Bergamo ging. Leider hat uns der Brief die versprochene Schilderung der gelieferten Entscheidungsschlachten und der Einnahme von Mailand schuldig bleiben müssen, da er in Folge der furchtbaren Strapazen, die dem österr. Heere fast mehr zusetzten, als der Feind, gefährlich erkrankt war.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Der Bürgerkrieg in Venezuela.

Die Aufmerksamkeit Europa's ist seit den letzten Monden so sehr auf sich gerichtet gewesen, daß die Vorgänge in den andern Welttheilen, selbst wenn die Zeitungen Platz für sie gehabt hätten, doch, ohne Eindruck zurückzulassen, an dem vor seiner unmittelbaren Nähe schon hinreichend in Anspruch genommenen Leser vorübergegangen wären. Gegenwärtig aber, bei allmählich eintretender Beruhigung der Gemüther, möchte es schon an der Zeit sein, die Blicke wieder über das Weltmeer zu richten, zumal auf einen Staat, dessen jüngste Geschichte die schlagendsten Beweise liefert, daß eine Republik ohne die gründlichste geistige und moralische Ausbildung ihrer Bürger zu Ereignissen führt, die sich hinsichtlich ihrer alle edleren Banden zerrüttenden Unmenschlichkeiten jedre Missethat an die Seite stellen können, welche der Winterpalast von St. Petersburg oder das alte Serail von Stambul nur jemals gesehen haben. Wir meinen Venezuela, wo am Schlusse des Januar zu Caracas, im Kongresse selbst es zwischen den einzelnen Deputados zu einem Dolchgefechte gekommen ist, welches augenblicklich fünf Mitglieder derselben für immer verstummen machte. Zur besseren Verständniß dieser Thatsachen müssen wir jedoch kurz in die Vergangenheit zurückgreifen. Bekanntlich war der nur auf eine Nachahmung Washington's gegründete Plan Simon Bolivar's, auf den 80,000 □ Meilen des nördlichen Theils von Südamerika nach Art der United States einen Bundesstaat zu errichten, durch die geringe Bildung der aus Indianern, Schwarzen und Spaniern bunt gemischten Bevölkerung von höchstens 3 Millionen Seelen und namentlich durch den Mangel an Kommunikationsmitteln in diesen himmelhohen Gebirgen mit ihm am Schlusse des Jahres 1830 gänzlich gescheitert, und Colombia in die drei Reiche Nueva Granada, Ecuador und Venezuela zerfallen. Im letzteren Staate folgte ihm als erster Präsident der nun abgetrennten Republik José Antonio Paez, Chef der Llaneros (Ochsentreiber auf den Pampas) und brachte in seiner Person die Partei der physischen Macht, die bisherige Opposition gegen die noch aus dem Freiheitskriege her mächtigen Kreolen zur Herrschaft. Trotz der reinen Militärregierung gelang es seinem redlichen Willen, während der vier Jahre seines Amtes, nicht nur den zerrütteten Wohlstand des Landes wieder etwas zu heben, eine sehr freisinnige Verfassung von den Vertretern ausarbeiten zu lassen, und wenigstens dem äußern Anscheine nach die adelstolzen Weißen in so weit mit sich zu versöhnen, daß die Edleren und Vernünftigeren derselben sich in richtiger Erkenntniß seines sichern, wohlthätigen Wirkens dem ehemaligen Indianerhaufenjungen zur Seite stellten. Unter ihnen wählte er sich bei Niederlegung seines Amtes im Jahre 1834 Vargas zum Nachfolger und zog sich ins Privatleben zurück. Man hätte nun denken sollen, wie Paez auch sicher glaubte, daß auf solche Art die Intelligenz der alten spanischen Bevölkerung mit seiner physischen Macht zum Wohle des Vaterlandes verbunden seien; allein schon im Anfange des nächsten Jahres wurde Vargas auf Antrieb des unverbesserlichen kastilianischen Adels, welcher der farbigen Race durchaus nicht die ihr durch die Konstitution gewährten gleichen politischen Rechte zugestehen wollte, von einer Insurgentenschaar unter der Anführung des jetzigen Präsidenten José Tadeo Monagas verjagt, und Paez mußte sein Maracai verlassen, „ne quid res publica detrimenti capiat.“ Von dieser Zeit an blieb er nach bald wieder hergestellter Ruhe, da der zurückkehrende Vargas freiwillig abdankte, unter dem verfassungsmäßigen Titel eines Vicepräsidenten und darauf Präsidenten bis zum Jahre 1842 am Ruder des Staates, und die mannigfachen von ihm vorgenommenen politischen, handelspolitischen Institutionen (Nationalbank zu Caracas, Handelsverträge mit Europa) beweisen bei dem neu aufblühenden Reichthume des Landes und seinem unausgesetzten Festhalten an der Verfassung von 1831 aufs Neue die uneigennützig redliche Absicht des „Ciudadano Esclarecido“, dem es bei seiner Stellung leicht gewesen wäre, Intrigue glücklicher nachzuahmen. 1842 folgte ihm Carlos Soublette, ebenfalls aus der oben erwähnten kleinen Anzahl der wahren Patrioten, und regierte seine vier Jahre, wenigstens von Seite der Kreolen, ungestört. Dies hatte jedoch darin seinen Grund, daß ihnen selbst plötzlich von der schwarzen Bevölkerung her eine an Daminga erinnernde Gefahr drohte, und sie sich deßwegen zur Erhaltung von Blut und Eigenthum unbedingt auf Paez' Schwert stützen mußten.

Bei der in den dreißiger Jahren vertheilten politischen Erbschaft Bolivar war nämlich sein früherer Sekretär Antonio Leocadio Guzman, reich an Talenten, aber durchgängig verachtet wegen seines gemeinen Charakters, gänzlich leer ausgegangen. Zu mehreren Malen von der Partei der Weißen, der er sich anschließen wollte, zurückgewiesen, benutzte er endlich seine Stellung als Redakteur des Diario von Caracas, um die farbige Bevölkerung gegen die europäische aufzuhetzen. Durch Versprechungen ähnlicher Art, wie wie sie in den letzten Zeiten auch in Deutschland gehört haben, gelang es ihm, sich unter den Negern und Indianern einen Anhang zu verschaffen, der ihn im Herbste des Jahres 1846 als seinen Kandidaten für die neue Präsidentenwahl aufstellte. Ehe sich jedoch die Sache auf gesetzlichem Wege entschieden hatte, kam es zwischen beiden Racen zum wildesten Bürgerkriege, welcher mit einer völligen Vernichtung der Weißen geendet haben würde, wenn diese nicht Paez sogleich zum General en chef mit diktatorischer Gewalt ernannt hätten. Zum dritten Male bedachte sich derselbe keinen Augenblick, dem Vaterlande seinen kräftigen Arm zu leihen; binnen sechs Wochen war der Aufstand unterdrückt, und die Wahl konnte auf konstitutionelle Weise vorgenommen werden. Jetzt endlich, nachdem er ihnen eben Leben und Eigenthum gerettet hatte, glaubte Paez den Moment herangekommen, sich mit den alten „Kastillanos“, welche doch stets die Träger der Intelligenz und des Reichthums blieben, für immer auszusöhnen, und benutzte zu diesem Zwecke seinen ganzen Einfluß, um ihr Oberhaupt, Tadeo Managas, seinen Gegner vom Jahre 1834, als Präsidenten durchzusetzen. Nachdem er in ihm auf solche Weise den spanischen Adel zur Herrschaft gebracht hatte, zog er sich mit den besten Hoffnungen für das Aufblühen der venezolanischen Republik wieder in sein Privatleben zurück. Allein er sollte bald genug enttäuscht werden. So lange voriges Jahr der Kongreß dauerte, hielt Monagas seine eigentlichen Absichten zurück, allein kaum war derselbe in der Mitte des Sommers auseinander gegangen, als seine Pläne schon offen hervortraten. Auf der einen Seite war ihm nämlich Paez doch immer der Kopf des Staats, ein Zugeständniß, das seinen Ehrgeiz beleidigte, und auf der andern durfte er sich nicht eher schmeicheln, seine eigene Präsidentschaft in eine lebenslängliche Diktatur umwandeln zu können, als bis dieser von seinen Llaneros angebetete Mann beseitigt war. Unter allerhand Vorwänden wußte er ihn deßwegen, bei unausgesetzter Versicherung der klagebendsten Freundschaft, von der ihn stets umgebenden Leibwache zu entblößen, ihn außerdem beim Volke zu verdächtigen und so seinen Boden bestmöglichst zu unterhöhlen. Im guten Glauben von der gefährlichsten Seite gedeckt zu sein, begann er darauf im Anfange dieses Jahres im Kongresse, der sich jeden 20. Januar zu Caracas zusammenfindet, durch seine Partei, da er selbst der Sitzung nicht beiwohnen darf, auf den Umsturz der Verfassung hinzuarbeiten. Allein er hatte sich in einem Punkte sehr verrechnet. Eine große Faktion der Weißen war nämlich ehelich mit Paez ausgesöhnt, weil sie die von ihm eingeschlagenen Wege mit Recht für die einzig zum Heil führenden ansah, und hielten streng an der Konstitution fest. Wollte der Präsident nun nicht selbst als Landesverräther dastehen, so mußte er das Aeußerste wagen. Er that's und erklärte den Kongreß für aufgelöst. Bei diesem Anlaß kam es zu der oben erwähnten Meuchelei in den geheiligten Räumen der Volksvertretung, und auf die Spitze der Dolche ist gegenwärtig, nach Niedermetzelung der wenigen furchtlosen Gegner, die Diktatur Monagas hingestellt. Nach den neuesten Handelsbriefen befindet sich das ganze Land in einer furchtbaren Zerrüttung; unter dem Einfluß des Schreckens vermag sich in der Nähe niegends ein Widerstand zu bilden, wer es thun kann, flüchtet nach der holländischen Insel Curacao. Der Korrespondenzartikel aus La Guayra in der gestrigen Nummer unseres Blattes, zu dessen Verständigung wir obenstehenden Ueberblick gegeben haben, schließt sich hier an. Wir bemerken nur noch, daß in diesen Land am Schlusse vorigen Jahres das Haus Delrue und Komp. in Dünkirchen 80,000 deutsche Auswanderer nach einem Vertrage mit der dortigen Regierung abliefern wollte; soviel wir vernommen haben, ist jedoch glücklicherweise Keiner unserer Landsleute auf diesen Plan, welchen wir von vorne herein als ein durchaus verderbliches Unternehmen darstellten, eingegangen.

---

†† Wien, 26. Aug. Gestern Abend wurde ein Krawall auf heute im Schottenfeld angesagt. Man streut oft boshaft solche Gerüchte aus, um selbstsüchtige Zwecke zu erreichen, besonders erreichten darin, die Börsenjuden. Der Kaiser verhält sich ruhig in Schönbrunn, ebenso der Hof. Der Luxus ist verschwunden; hätte Wien bloß diesen Vortheil von seinen Revolutionen, es ist damit bezahlt. Manche klagen über Stockung der Geschäfte und Industrie, weil die Luxusliebe einer politischen Volksbewegung Platz gemacht hat. Dem ist auch so, doch besser Manche klugen als Viele. „Unser Adel muß bürgerlicher werden, der Bauer und Proletarier wird dann auch bürgerlicher, ein schönerer edlerer Luxus wird damit hervortreten, allgemeiner Wohlstand. Jud Jellachich hat nun jene Stellen über der

Drau besetzt, welche kroatisches Besitzthum sind, und will die Ernte abwarten, bevor er seine Operationen beginnt. — Die Wiener Ztg. vom 2. Juli enthält die Gefallenen und Verwundeten in Italien während der Gefechte vom 23. Juli bis 4. Aug. k. J.: 4 Stabs-, 109 Oberoffiziere, 2598 von der Mannschaft, dann 73 Pferde. — Der Donaudampfer Argus führte die 103 gefangenen des Mordes der Behörden von Kikinda beschuldigten Serben vom Kriegsschauplatze nach Komorn, wohin die Rebellen und Räuber zur Schanzarbeit verurtheilt sind. Sie wurden bis Budapesth durch Keszlémei Nationalgarden eskortirt und weiter nach Komorn von Garden aus Ofen. Ihre Behandlung war nach Versicherung eines mitreisenden Deutschen human. — Das Ofner Postamt hat 3000 Stück Zwanziger von Hermannestadt zur Versendung ins Ausland erhalten. Die Landpolizei von Ofen legte Beschlag auf das zur Ausfuhr verbotene Silber. — Die Ungarn erlitten bei der Römerschanze eine Schlappe, welche sie 2 getödtete, 9 verwundete Offiziere und über 100 Soldaten kostete. Auch sind die Serben in das Regimentsbereich der kroatischen Grenzen eingebrochen, von diesen aber zurückgeschlagen worden. — Der Kaiser hat die dem Palatin verliehene außerordentliche Gewalt wieder an sich genommen, da er sich jetzt ganz gesund fühlt. — Ein Plakat des demokratischen Vereines ruft die Arbeiter zur Ruhe und Versöhnung, zum Vergessen des Geschehenen auf und schreibt das grausame Einschreiten der Nationalgarde — Mißverständnissen, das Mehein der Sicherheitswache brutaler Gewalt zu; welches einmal geschehen nicht zu ändern ist. — Im heutigen Reichstage wurde der Kudlich'sche Antrag fortdebattirt, wobei Minister Krauß und Bach für Ablösung gesprochen. Es erhob sich eine Diskussion wegen der Verweigerung, Abg. Kudlich noch ein resumé über den gestellten und zweimal besprochenen Antrag machen zu lassen, bei welcher Gelegenheit Abgeord. Löhner dieses Verfahren einen Terorismus des Hauses nannte, und deßhalb vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde. Er protestirte gegen den Ordnungsruf, es schlossen sich seinem Proteste mehrere Abgeordnete an. Ferner wollte man dem Minister nicht erlauben, sich als Minister, wohl aber als Deputirter in die Debatte zu mengen, was ebenfalls Stoff zur Diskussion gab und nicht erledigt ist. Endlich beantragte der Präs. die Abst. über Kudlich's Antrag auf künftigen Dinstag zu verlegen, und sich ausschließlich aller anderen Fragen, mit dem Antrage allein zu beschäftigen, wofür er zusicherte, mit der legischen Ordnung der 70 Amendements bis Montag fertig zu sein und dieselbe gedruckt noch an die Abgeordneten hinauszugeben. Das Haus war damit zufrieden.

△ Hanau, 27. August. Unser sonst so betriebsames, an Industrie reiches Hanau hat, seit dem sechsmonatlichen Stillstand des Handels und der Gewerbe mit großer Kunst bereits eine neue Quelle der Thätigkeit und des Abjatzes sich verschafft, welche ihm bereits europäischen Ruf erworben hat; das neue Fabrikat heißt nämlich: „künstlicher Republikanismus." Die Inhaber dieser neuen Fabrik sind Leute von geringen Talenten und kleinen Mitteln, die aber diese ihre wenigen Kräfte doch geschickt dazu benützten, um die vielen brodlosen Arbeiter und die Masse der Menschen, denen es an eigenem gesunden Urtheil fehlt, für ein Zerrbild republikanischen Volksglücks, falsch verstandener Freiheit und Gleichheit zu entflammen; die sich durch diese ihre Satelliten die Wuth in einen sog. Volksrath durchsetzen ließen, und die ferner durch diese Prätorianer jeglichen Andersdenkenden durch die schlagenden Gründe eingeworfener und zertrümmerter Fenster, Läden und Thüren, auch förmlich organisirter Katzenmusiken, zur bessern Ueberzeugung zu bringen suchen. Auch die hiesige Presse ist dadurch so frei geworden, daß sie eine ganz republikanische Färbung angenommen, und ängstlich jeglichen konstitutionellen Laut, jegliche Appellation an den gesunden Verstand vermeiden muß! Die Censur von Staatswegen ist zwar gefallen, aber dafür ist die Censur von Volkswegen da und streicht statt mit der Feder nunmehr mit Pflastersteinen oder durch die Macht der Töne, wobei sogar fortwährend besoldete Censoren im Dienste sind, obgleich dieser Posten nicht mehr im Budget figurirt. Kein Mittel wird unbenutzt gelassen, um die künstlich angefachte Aufregung im Gange zu erhalten, selbst die Künste des Jesuitismus werden zur Anwendung gebracht. Hier folge der Beleg dazu. Am Freitag, den 25. d., verkündete eine an allen Straßenecken angeheftete Proklamation des Volksrathes, daß am folgenden Tage eine aus allen politischen Korporationen Wiens erwählte Deputation hier durchkommen würde; in ihr müsse Jeder die so deutsche Stadt Wien ehren, und zu diesem Zwecke folgte dann ein Programm der Festlichkeiten, wobei über Bürgergarden und Turner, wie über dem Volksrath untergeordnete Werkzeuge schönstens verfügt wird. An dem Thor, durch welches die fragliche Deputation ihren Einzug in die Stadt halten würde, war das Bild Hecker's blumenbekränzt aufgehängt, und als Trophäen dabei Büschel Sensen angebracht, als Symbol der überzeugenden Gründe, mit denen jener deutsche Mann für die Republik gestritten! Nebenbei wurde dann ganz unverblümt zu erkennen gegeben, daß denjenigen, die ihre Häuser nicht festlich durch ausgehängte Fahnen schmücken würden, durch eingeworfene Fenster eine Lehre werden sollte. Dem Bürgermeister wurde eine Requisition abgelockt, daß die Bürgergarde „zur Aufrechthaltung der Ordnung bei der Feier" auszurücken habe, und der Bürgergardekommandeur durch Drängen dahin gebracht, daß er das Erscheinen in weißen Hosen und Tschakos mit Federbüschen anbefahl, also ein Anlegen der schönsten Paradeuniform anordnete. Der besonnene Theil der hiesigen Bewohner wußte nun — ebenso gut wie der Volksrath — daß jene Wiener Deputation nur aus einer Person bestehe, die eine Adresse der Ultrademokraten Wiens an die äußerste Linke im Parlamente in Frankfurt überbringe, und mißbilligte laut jene perfide Ankündigung des Volksraths, durch welche, unter Verdrehung des wahren Sachverhalts, eine ganze Stadt zu einer glänzenden Parteidemonstration veranlaßt werden sollte. — Auf Einsprache des Regierungsdirektors wurde das Ausrücken der Bürgergarde abbestellt, wofür ihm sofort eine tüchtige Katzenmusik gebracht wurde, eben so wie einem Mitgliede des Volksrathes, welches versichert hatte, der hiesige Deputirte Rühl in Frankfurt wünsche nicht, daß eine so große Demonstration vor sich gehe, was man für unwahr und als Versuch einer Reaktion erklärte! — Die Aufregung steigerte sich nun gestern unter den ungebildeteren Volksklassen; gewaltsam wurde in mehrere Häuser eingedrungen und die Bewohner durch Mißhandlungen zum Aushängen von Fahnen zu zwingen gesucht: auch auf offener Straße wurde Einzelnen mit dem Stricke gedroht, das oben erwähnte Mitglied des Volksraths auch gewaltsam angegriffen und mißhandelt, sowie vielfach eine Plünderung der sogenannten Geldsäcke in Aussicht gestellt. So kommentirt man hier die Habeas-Corpus-Acte, welche die Nationalversammlung erließ; so heilig achtet man hier die Freiheit der Person und das Hausrecht, welches letzteres selbst die wilden Thiere zu würdigen verstehen, indem sie bekanntlich keine Eindringlinge in ihre Höhlen und Nester dulden. Gegen 7 Uhr Nachmittags warden nun jene Akte der rohen Gewalt so unerträglich, daß man den Befehl zum Alarmschlagen ertheilte; die ganze bewaffnete bürgerliche Macht eilte rasch herbei, das Aufruhrgesetz wurde verkündigt, mehrere Verhaftungen fanden Statt, wobei jedoch eine Kompagnie Bürgergarde sich lebhaft widersetzte und mit Ungestüm — jedoch vergeblich — auf Loslassung der aus ihren Reihen Verhafteten drang. Gegen 10 Uhr Abends war endlich die Ruhe hergestellt; die Bürgergarde blieb indeß fast die ganze Nacht hindurch auf den Alarmplätzen, und man konnte hier viele Lebehochs auf Hecker und die Republik durch die Stille der Nacht ertönen hören. Mehrere Mitglieder der äußersten Linken waren bei diesen Vorgängen zufällig hier anwesend; auch spricht man in den Wirthshäusern unverhohlen aus, daß gestern bedeutende Geldsummen an die Freunde der Ordnung (!!) ausgetheilt worden seien. Ehre und Preis den Gebern. — Vater Jahn hatte im Grunde doch nicht so Unrecht, als er im Parlamente dieser Tage einen Antrag auf Beschränkung der Mißbräuche des Assoziationsrechtes stellte; wer die Freiheit liebt, darf kühn ihren Mißbrauch gesetzlich geahndet sehen wollen; die Freiheit möge blühen und gedeihen, aber die Hand des Gesetzes drücke auch mit starker Gewalt die Willkür und rohe Anmaßung zu Boden! — Nachschrift: Heute dankt der Volksrath den Bewohnern Hanau's für ihr Bereitwilligkeit (!?), mit der sie ihm entgegengekommen, um die nun vergeblich angeordneten Festlichkeiten vollziehen zu helfen! Wenn sich eine ganze Stadt ruhig auf so jesuitische Weise lernte mystificiren ließe, dann rufe man ihe mit Molière zu: George Dandin, tu l'as voulu! — Auch bringt man eben mit Sicherheit in Erfahrung, daß die große Wiener Deputation einzig und allein aus einem Herrn Dr. Deutsch bestehe, der die Riesenpetition (!!) an die äußerste Linke bei einer Reise nach Frankfurt mitzunehmen sich erboten habe. Much ado about nothing!

Δ Frankfurt, 26. Aug. Jacta est alea. Auch unsere Freistadt ist über den Rubikon gegangen, jedoch nicht um, wie jener Römer, den Bürgerkrieg anzufachen, sondern um ihn im Keime zu zerstören. Die ganze Liste des Bürgervereins und der freisinnigen Kirche ist aus den Wahlen der altberechtigten Bürgerschaft zu dem neuen Verfassungsrathe hervorgegangen, und auch die Landbewohner haben den ihnen überlassenen Gten Theil, wie wir hören, in diesem Sinne ernannt. Es machte sich eigen, daß gerade an dem heutigen Tage, wo somit diese ehrenwerthen Mitbürger mit den andern, bisher ausgeschlossenen, Klassen in die Vollberechtigung des Staatslebens eintreten, in dem gesetzgebenden Körper eine Rückäußerung des Senates verlesen wurde, vermöge deren ihnen das Recht über die Angriegen-

heiten unseres Freistaates mitzustimmen, in erweitertem Maße eingeräumt wird. Auch wurde diese Mittheilung mit offenbarer Zerstreuung und Präokkupation aufgenommen. Wenn wir die auch uns nun bevorstehende konstituirende Versammlung mit der gerechten Erwartung begrüßen, daß sie uns die Errungenschaften der Zeit nicht als eine exotische Pflanze werde aufdringen lassen, sondern von Innen heraus gewähren werde, so müssen wir doch den Senat gegen die Vorwürfe in Schutz nehmen, welche ihm ein Gelehrter, der besonders durch eine sachdare Schrift über die Zustände in Altdaiern rühmlich bekannt ist, am Vorabend der Wahlen in einem Flugblatte machte, das mit den hiesigen Blättern in Umlauf gesetzt wurde. Es ist freilich wahr, daß derselbe weit zahlreicher ist, als die ähnlichen Behörden in der Schweiz. Es liegt das aber nicht darin, daß derselbe — wie jener Gelehrte sich in einem Kraftworte ausdrückte, das weder der Wahrheit noch dem guten Geschmacke gemäß ist — den Staatsbraten verzehren und der Bürgerschaft nur die Knochen übrig lassen wollte, sondern ganz einfach in dem Umstande, daß die höchsten Justizbehörden eben so wie die höchsten Administrationsbehörden in ihm zusammenlaufen. Sinecuren waren die Senatsstellen bis jetzt auf keine Weise, und das Gehalt von 2400 fl, das ein Senator bezog, war keineswegs übermäßig gegriffen. Freilich ist es den richtigen Begriffen von Justiz und Administration nicht gemäß, daß ihre Fäden, wenn auch nur in einer gewissen, weniger als es beim ersten Anblicke scheint, schädlichen Beziehung in einander laufen, und muß mit Annahme der Grundrechte des deutschen Volks aufhören. Aber es geschah doch, wie seiner Zeit von dem Geh. Rath Schlosser in einer eigenen Schrift gründlich auseinandergesetzt wurde, nur um die Kuriositäten, welche natürlich in einem kleinen Staate in solcher Fülle nicht zu finden sind wie in einem großen, mit dem ganzen Staatsorganismus bekannt zu machen, und abwechselnd in den verschiedensten Funktionen mit Nutzen gebrauchen zu können. In der gestrigen Generalversammlung unseres Bürgervereins kämpften die Vertreter der Ansicht, welche die neue Zeit aus der alten heraus beschwören und Gespenster nöthigen wollen, lebendige Wesen mit Fleisch und Blut zu zeugen, auf merkwürdige Weise mit denen, welche solchen unnatürlichen gemischten Ehen nicht die assistentia passiva leisten mögen, die doch zu keiner eigentlichen, mindestens zu keiner beglückenden Verbindung führt. Jene meinten, man sollte die Altprivilegien, in 3 ja 5 Mal Zweizehntheilter Weise, annehmen lassen, was sie nicht verwerfen können, weil sie es nicht dürfen, was aber nach dem alten unmöglich gewordenen Modus, wenn sie es doch verwerfen sollten, binnen drei Jahren nicht wieder vorgebracht werden dürfte. Wir zählen uns zu den Männern der zeitgemäßen Reform, welche die Revolution friedlich schließen wollen. Eben darum aber scheint uns kein Versuch unglücklicher als der, mit der Ausübung der höchsten Volksrechte Komödie zu spielen und zu thun, als böte man eine Wahl an, wo keine ist. Sehr gut sagte ein verständiger Jurist, wir stehen auf einem höheren politischen, nicht auf einem beschränkten juristischen Boden. Wir müssen nicht fragen, was man vor 32 Jahren unter ganz veränderten Verhältnissen für möglich hielt oder vielmehr unmöglich machen wollte; wir müssen fragen, was jetzt möglich, ausführbar, recht ist. Es werden in die neue konstituirende Versammlung Landleute, Israeliten, mündige Bürgersöhne, Proletarier, kurz alle die Männer einzutreten haben, welche die veraltete Verfassung mit Unrecht ausschließt. Wir erwarten von ihnen mit Recht, daß die bisherige Zurücksetzung keinen Gefühl gegeben habe für die bessere Neuzeit, für die Leiden, welche sie an sich selbst kennen gelernt haben und nach Kräften der Zukunft zu ersparen bemüht sein werden. Aber wir erwarten auch, daß sie das Werk der Einigung mit versöhntem Herzen, ohne Bitterkeit und Leidenschaft antreten. Wir lesen mit Vergnügen in der durch die hiesigen Blätter veröffentlichten, durchaus ruhig und mäßig gehaltenen Eingabe des hiesigen jüdischen Vorstandes an den Senat, daß er besonders den Wunsch ausdrückt, die politische Gleichstellung seiner Glaubensgenossen seinen hiesigen Mitbürgern mit zu verdanken. Daß junge Männer, wie die hiesigen, durch das bisherige Wahlgesetz ebenfalls ausgeschlossenen mündigen Bürgerssöhne alles Korporationen, in den hiesigen Blättern schon einen heftigern Ton anstimmen und mehr auf ihr Recht pochen, als es auseinandersetzen, darf uns nicht wundern oder besorgt machen. — Von der Staatsbühne zur wirklichen Bühne übergehend, theilen wir noch mit, daß der gesetzgebende Körper im Einverständniß mit dem Senate in seiner heutigen Sitzung Letzteren ermächtigte, die Dekorationen und Maschinerien des hiesigen Theaters für 30,000 fl. zu erkaufen, und demselben den Niebrauch 10 Jahre unentgeltlich zu belassen. Es war nothwendig, wenn die Bühne nicht geschlossen werden sollte, die jetzt wenigen Emotionen bereitet als das Leben.

Frankfurt, 29. August. Eine große Anzahl der österreichischen Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung haben an Feldmarschall Radetzky folgende Adresse erlassen: „Hochverehrter Hr. Feldmarschall! Die unter Ihrem Oberbefehle so rasch und so glänzend vollführten Waffenthaten der österreichischen Armee haben selbst die Gegner Oesterreichs mit Staunen und Bewunderung erfüllt. Einstimmig ist die Anerkennung, die man in ganz Deutschland der hohen Kriegserfahrenheit des österreichischen Heerführers, so wie dem Heldenmuthe, der Streitbarkeit und Ausdauer des österreichischen Heeres zollt. Gerne ist die Zuversicht, mit der Deutschland von Neuen für den Fall des Krieges auf die österreichischen Waffen blickt und mit Recht blicken kann. Wir österreichische Abgeordnete, als Mitglieder der deutschen konstituirenden Nationalversammlung berufen, an dem Werke der deutschen Einheit, Kraft und Größe, als einem Werke des Friedens, thätig mitzuwirken, haben hier im Kreise so vieler hochgeachteten Männer aus allen Gauen Deutschlands die Erfolge Ihrer Heldenthaten stets mit jenem besondern Selbstgefühle vernommen, das jeden Patrioten dann durchdringt, wenn er die Waffen seines Vaterlandes siegreich aus dem Kampfe hervorgehen sieht, und zugleich die Ueberzeugung gewinnt, daß sie auch von seinen Freunden hochgeachtet werden. Dies doppelte Gefühl der Freude und des Selbstvertrauens drängt uns, als Oesterreicher, als Angehörige des großen deutschen Vaterlandes und als Volksvertreter der deutsch-österreichischen Landestheile, Ihnen, Hr. Feldmarschall, und der unter Ihren Befehlen stehenden tapfern Armee unsere herzliche Theilnahme, Anerkennung und Bewunderung auszusprechen, und zum Beweise dessen Ihnen diese Adresse darzubringen. Frankfurt a. M., 21. August 1848. General von Radowitz setzte hinzu: „Den in vorstehenden Worten ausgesprochenen Empfindungen unserer österreichischen Brüder in der deutschen Nationalversammlung treten auch wir, Abgeordnete anderer deutschen Lande, in vollster Anerkennung der Heldenthaten des österreichischen Heeres und seines ruhmwürdigen Führers mit Freuden bei. An den k. k. Feldmarschall Grafen von Radetzky und an die unter seinem Befehle stehende k. k. österreichische Armee." Eine sehr große Anzahl anderer deutscher Deputirten hat diese Adresse unaufgefordert mit unterschrieben.

Ungarn.

Pesth, 24. August. Unsere Truppen haben am 19. d. M. bei St. Thomas eine bedeutende Schlappe erhalten. Sie wollten das verschanzte Lager der Raizen stürmen, wurden aber mit beträchtlichem Verlust an Todten und Verwundeten, darunter mehrere Officiere, zurückgeschlagen. Diese Hiobspost brachte in der gestrigen Vormittagssitzung der Repräsentantenkammer eine große Aufregung hervor, da die Ultrapartei diesen Unfall der Unfähigkeit des Ministeriums und den Militärbefehlshabern zuschrieb; ja Hr. Perczel nannte geradezu den Kriegsminister und die Militäranführer Verräther, was große Aufregung hervorbrachte und vielleicht nicht ohne ernstliche Folgen bleiben wird. Kossuth vertheidigte das Militär, und das Haus sprach sich im Sinne der Mißbilligung jener Anklage aus. — Nachts war abermals Sitzung, um die durch obigen Zwischenfall unterbrochene Tagesordnung fortzusetzen. Das ministerielle Rekrutirungsgesetz ward in seinen Haupttheilen mit einer Majorität von 241 Stimmen gegen 121 angenommen. Diesem nach werden die neu auszuhebenden Truppen mit Beibehaltung des deutschen Kommandos und der deutschen Montirung den bestehenden Regimentern so lange eingereiht, bis diese vollzählig werden, dann aber erst wird mit der Organisation einer ungarischen Armee begonnen. Die ultramagyarische Partei ist wüthend über diesen Beschluß. — Es ist nun fast nicht mehr zu bezweifeln, daß Ungarn unter irgend einer plausibeln Form einen Theil der österreichischen Staatsschuld übernehmen werde. (A. Z)

Griechenland.

* **Athen**, 13. August. Durch ein neues Gesetz ist die Bank des Wechselns ihrer Noten auf weitere sechs Monate überhoben. Sie bezahlt der Regierung diese Gefälligkeit durch eine Anleihe von 500,000 Dr. zu 3%. — Ferner hat der Fiskus Kolettis Güter in Phthiotis mit Beschlag belegt, um sich für 70,000 Dr. bezahlt zu machen, die nicht verrechnet sind. Der große Bürge, der höchst scharfsinnige Mann, die Stütze der Monarchie, hat das Geld unterschlagen, ruft natürlich die Opposition. Ueber die Sache selbst wundern wir uns nicht. Daß Koletti, der noch in Mezzara 1832 die Hühner, welche er dem alten Phthiotenen versetzte, als ausübender Arzt verdient haben wollte, die hinterlassene halbe Million nicht in der Lotterie gewonnen, wußten wir schon. Aber auffallend ist die Schonungslosigkeit, mit der man den Ruf des vor einem Jahre mit sterblichen Ehren Begrabenen preis gibt, um ein so geringes Sümmchen im Vergleich zu den Kosten seines Systems einzuziehen. — Der türkische Gesandte hat mit der Abreise gedroht, wenn die Regierung die Unterstützung

der aufständischen Christen in Thessalien nicht verhindere. Das Ministerium hat sich beeilt, dem Obersten Saïris Stratos das Werden im Baltos zu verbieten und den Unterstaatssekretär der Finanzen, Tistamenos, dessen Briefwechsel mit Stratos aufgefangen wurde, abzusetzen. Minder nachgiebig ist es in der Auslieferung des Nadir, obgleich die Gesandten in Konstantinopel dazu rathen, indem dieser Raja sein Verbrechen an Mussuras im türkischen Gesandtschaftshause, das als türkischer Boden zu betrachten, verübt habe. Vergeblich würde man nach einem aufständigen Grade jener Nachgiebigkeit, die das Nationalgefühl kränkt, und dieser Hartnäckigkeit in der Beschämung eines Meuchelmörders suchen. Es ist eben das Charakteristische der Willkür, ohne verständigen Grund zu handeln. Nach den neuesten ministeriellen Nachrichten habe übrigens der Grenzpascha mit den aufständischen Arnauten und den griechischen Ausgewanderten einen Vertrag geschlossen, da er sie nicht mit den Waffen unterwerfen konnte, und habe Mussuras einen Uriand in die Bäder von Brussa erhalten, von wo er, Dank der russischen Vermittelung, nicht mehr hieher zurückkehren werde, weil zur Befriedigung der Forderungen der Pforte durch die Ernennung eines griechischen Gesandten der Anfang gemacht sei. — Der Generalissimus Gardikiotis begehrt 150 Officierstellen oder Beförderungen für Palikaren, die sich unter seinen Augen bei Chalcis und Palöochori als Helden bewiesen. Der Kriegsminister Rhodius weigert sich, da dies das regelmäßige Heer zu Grunde richten heiße, er will lieber seine Entlassung geben als unterschreiben. Er wird sich wohl eines Bessern besinnen, besonders da ihn keine große Verantwortlichkeit trifft. Denn über alle Staatsangelegenheiten, deren Wichtigkeit die Ernennung eines Beamten mit 100 Dr. Besoldung übersteigt, entscheidet der Ministerrath durch Stimmenmehrheit. Diese aber ist auch ohne Rhodius der Kamarilla gewonnen, und der Kamarilla steht griechischer Seits der Oberstallmeister und Königsadjutant Gardikiotis vor.

Rußland.

☽ Livland, im Aug. Das bekannte kaiserl. Manifest vom 14. März d. J. hat einen starken Ausdruck „loyaler Gesinnungen der Ergebenheit" von Seite des Kur-, Liv- und Esthländischen Adels hervorgerufen. Der livländische Adel oder richtiger der für seine Sonderinteressen und die Erhaltung des mittelalterlichen Feudalismus am meisten besorgte Theil desselben suchte aber die übrigen Landestheile zu überbieten durch Darbringung von 800 Pferden für die neuen Kriegsrüstungen Rußlands. Es kann wohl kaum eine Entschuldigung darin liegen, daß der Adel zu diesen Demonstrationen höhern Orts instigirt, ja fast forcirt ist, aber eine Erwähnung verdient es, daß nicht Wenige vom livl. Adel sich entschieden von jeder Theilnahme daran losgesagt und nach Kräften dagegen protestirt haben. Die Dorpater Studenten haben dem Kaiser, der nach der Instruktion des im Mai in Dorpat anwesenden Ministers Uwarow, sie zu einer Loyalitätsadresse in vorgeschriebener Form bewegen wollte, kurz erwidert, daß die Magnificenz es gewiß nicht billige, wenn sie sich zu einer Lüge hergeben wollten, auch hielten sie eine solche Adresse der Studenten als einer Korporation für ungesetzlich. Der kaiserliche Dank für jene Demonstration des Adels ist nicht ausgeblieben, aber die Antwort auf die livl. Ergebenheitsadresse lautet viel kühler als die den Kurländern instruirte und ist genau betrachtet nicht viel besser als die Antwort, welche der Ingermannländische Adel auf eine solche Adresse der Ergebenheit davon getragen haben soll. „Das verstände sich von selbst." Wir erklären die Verschiedenheit der kaiserl. Antworten daraus, daß Rußland von Livland gar Nichts, von Kurland doch möglicher Weise Weniges zu fürchten hat. Die Kurländer haben von Zeit zu Zeit mit berechnender Klugheit leise Andeutungen hingeworfen, daß ihr Land, welches ehedem in so naher Beziehung zu Polen stund, durch seine Lage bei einer polnischen Insurrektion, vielleicht eine Hinneigung zu Polen haben könnte; Livland dagegen, wo die Russifizirung zuerst und zumeist begonnen hat, — denn Esthland russificirt sich selbst — hat Alles mit unüberwindlicher Kleinmuth über sich ergehen lassen. Im Anfang dieses Jahrs wurde der neue Generalgouverneur der Ostseeprovinzen, Fürst Suworow, mit Jubel empfangen, seine Persönlichkeit und sein burschikoses Wesen erweckten Vertrauen; es verlautete, daß der Kaiser sein Bedauern geäußert über „Mißverständnisse", die in Beziehung auf Livland vorgekommen. Dergleichen Mittheilungen werden nicht selten von russischer Seite mit richtiger Berechnung gemacht, Livland läßt sich kupiren. Schon jetzt sehen wir, daß mit der Veränderung der Person des Generalgouverneurs das russische Princip nicht verändert ist. Zu den ersten Maßregeln des Generalgouverneurs gehörte eine höchsten Orts eingereichte Beschwerde über die geringe Kenntniß der russischen Sprache in den Ostseeprovinzen. Die Ueberführung des Landvolks zur griechischen Kirche ist zwar in Stocken gerathen, aber nur weil das Volk keine Vortheile davon sieht, die russische Geistlichkeit ist gierig genug nach neuer Beute. So ist in diesen Tagen wieder ein Fall vorgekommen, daß ein russischer Geistlicher einem kürzlich konvertirten Kirchenvormund auftrug, allen seinen Einfluß anzuwenden, um 40 Bauern zum Uebertritt zur „orthodoxen" Kirche zu bewegen und kein Mittel zu scheuen. Wahrscheinlich fehlten dem Popen gerade 40 zu einer erwarteten Auszeichnung, denn nach der Zahl der bewerkstelligten Konversionen honorirt der Staat die Geistlichen mit Orden u. dgl. Vier neue „rechtgläubige Kirchen und Priesterwohnungen" werden hier auf dem Lande jetzt zugesagt und von einem der protestantischen Kirche gehörigen Gottesacker ist kürzlich fast mit Gewalt ein Stück abgenommen und von einem Popen geweiht worden.

Türkei.

⚓ Konstantinopel, 16. Aug. Am 11. d. M. wurde der bisherige Großvezir Sarim Pascha abgesetzt, und der frühere Großvezir Reschid Pascha wieder zu diesem Posten erhoben; zugleich wurde Aali Pascha wieder zum Minister des Auswärtigen, und der bisherige Minister des Auswärtigen, Rif'at Pascha, zum Präsidenten des Justiz-Konseils ernannt. — Die Verhältnisse der Donaufürstenthümer geben wieder viel Stoff zur Besprechung; es scheint mir aber eine ziemliche Ideenverwirrung zu herrschen. Der Stand der Frage ist einfach folgender. Durch die Verträge von Bukarest und Adrianopel sind die Moldau und Walachei unter türkische Lehnshoheit (Sazeränetät) und unter russischen Schutz gestellt, und beide Verträge geben sowohl Rußland als der Türkei das Recht, sich um die Angelegenheiten der Fürstenthümer zu bekümmern; hätte man dieses Recht bestreiten wollen, so hätte man 1812 und 1829 protestiren müssen; damals ist es aber nicht geschehen, und so muß man sich jetzt die Folgerungen gefallen lassen, welche aus jenen Verträgen gezogen werden. Nun haben sich, in Folge der allgemeinen Umwälzungen in Europa, auch in der Moldau und Walachei Bewegungen, und zwar im nationalen, antirussischen Sinne gezeigt; Bewegungen, welche Rußland offenbar nicht angenehm sind, da sie den Absichten dieses Staates geradezu entgegen laufen; auch der Türkei ist nicht mit diesen Bewegungen gedient, denn es würde dadurch den christlichen Bevölkerungen in den übrigen türk. Provinzen ein gefährliches Beispiel gegeben; es darf daher Niemanden wundern, daß beide Staaten von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch machen, und die an der Donau ausgebrochenen Unruhen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken suchen. Diese Wahrheiten sind vielleicht nicht angenehm zu hören, aber die Fehler sind schon 1812 und 1829 begangen und lassen sich jetzt vielleicht nur allmählich wieder gut machen. — Die Cholera herrscht hier noch ununterbrochen und seit drei Monaten mit verstärkter Wuth fort; auch herrscht sie jetzt in allen Provinzen der Türkei, von den Donaufürstenthümern an bis Aegypten; in Alexandrien und Kahira ungemein heftig. Dagegen muß ich einem Berichte der Augsb. Allg. Ztg. widersprechen, welches sogar von dem Ausbruche der Pest in Konstantinopel schreibt. Das Ganze ist ein unsinniges Gerücht, welches ein unwissender griechischer Pfaffe verbreitet hatte, und welches eine sorgfältige Prüfung von Seite mehrerer Aerzte, und namentlich der General-Intendantur der Sanität als gänzlich aus der Luft gegriffen erwies. Der Berichterstatter der Allg. Ztg., selbst ein Arzt, hätte sich ja leicht an Ort und Stelle von der Ungereimtheit des Gerüchtes überzeugen können, allein er hat es vorgezogen, die Sache mit unbegreiflicher Leichtgläubigkeit weiter zu verbreiten, ohne auch nur eine Minute darüber nachzudenken, wie sehr er durch eine solche gewissenlose Korrespondenzlerei Handel und Schifffahrt einer großen Stadt kompromittirt und die Glaubwürdigkeit der Kanzleien, welche die Sache ernstlicher und gründlicher untersuchen, in Frage stellt. — In der hiesigen italienischen Kolonie ist seit einiger Zeit Zwiespalt, hervorgerufen durch das übermüthige Auftreten der Sardinier, ausgebrochen, wobei selbst zwei italienische Gesandschaften (die sardinische und toskanische) betheiligt sind. Als daher hier am vorigen Freitage (11. Aug.) die Nachricht von den Siegen Radetzky's über Karl Albert ankam, vereinigten sich die Italiener bei einer Flasche Champagner und riefen: Evviva Radetzky! Abasso Carlo Alberto! Merkwürdig ist übrigens, daß diese Nachrichten schon seit dem 6. August hier waren, ohne daß Jemand im Stande war, anzugeben, wie sie hierher und in so kurzer Zeit angelangt sein konnten, gleichsam als wären sie durch die Luft hieher geflogen. Die Erscheinung ist hier schon einmal bedachtet worden; die Nachricht von der Februar-Revolution in Paris war hier bereits in den ersten Tagen des März bekannt, und Niemand wußte zu sagen, wie sie hieher gelangt war.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Grant & Comp., 72 Bucklersbury in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und Nordspanien werden Bestellungen bei der G. L. Lauz'schen Buchhandlung Nr. 20 Place, Rue de Richelieu, Paris Nr. 29 Rue de Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Handverpachtung besorgt das Großh. Hofbuchdruckerei Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 15 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 21 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 211. Heidelberg, Samstag 2. September. 1848.

Uebersicht.

Preußen und die provisorische Centralgewalt. I. — **Wien** (die Persönlichkeiten des Reichstags. Die Zehentablösung; das Ministerium; die Arbeiter; die Opfer der letzten Unruhen/ Der Sicherheitsausschuß; beabsichtigte Schilderhebung in Galizien; gefährdete Stellung des Ministeriums; die italienischen Trophäen). **Triest** (Albini versteht sich zur Abfahrt). **Berlin** (der Entwurf der Gemeindeordnung. Der Waffenstillstand. Edgar Bauer wieder festgenommen). **Düsseldorf** (Freiligrath verhaftet). **Gießen** (blutige Auftritte zwischen der Bürgerwehr und den Studenten). **Altenburg** (Unterhandlungen mit dem Königreich Sachsen). **Aus dem Sundewitt** (Anrede Wrangel's an die deutschen Truppen). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Spenersche Zeitung. Mittermaiers Entwurf. Die Trennung von Kirche und Staat).

Schweiz. Bern. Die ital. Flüchtlinge. Der neue Bund in Wallis verworfen, in Neuenburg angenommen. Garibaldi in der Schweiz.

Großbritannien. London. Gesetzliche Bestimmungen gegen den Mißbrauch der Auftreibungen in Irland. Beförderung Robert Schomburgks. Neuer Sieg der Briten über die Empörer von Multan. Der Bankerott des Herz. v. Buckingham.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Der National und die Intervention. Der Verfassungsentwurf. Kriegsrüstungen.

Italien. Lombardei. Bekanntmachung. Abreise Radetzkys nach Wien.

2. September.

Um weiteren Verwicklungen in Deutschland „wo möglich" vorzubeugen, bringt ein Leiter der Frankfurter O. P. A. Z. (in Nr. 233) eine Denunciation gegen Preußen wegen Verraths am Vaterlande. Verrath am Vaterlande wäre die Politik, welche das Frankfurter Blatt Preußen unterschiebt, und wir, denen man eine besondere Vorliebe für Preußen schuldzugeben pflegt, würden die Ersten sein, gegen Preußen zu zeugen, wenn die Auffassung der preußischen Politik in jenem Artikel sich nicht als gehässig und unwahr, wie die Staatsweisheit seines Urhebers als beschränkt und unreif herausstellte.

Die dermalige Stellung Preußens gegenüber dem Reichstag und der Reichsregierung soll eine „erwartende und ablehnende" sein. Zunächst eine „ablehnende". Das ist wohl nicht ganz grundlos. Denn die herrlichen Pläne, von denen der Artikel uns meldet, sind durch Preußens „Ablehnen" vereitelt worden. Unmittelbar nach der Wahl des Reichsverwesers hat „man" der preußischen Regierung die Besetzung mehrerer Ministerstellen, namentlich der des Konseilpräsidenten, der Minister des Kriegs und der auswärtigen Angelegenheiten angeboten, und „es ist die Meinung gewesen", Preußen werde hierauf eingehen und hiernach auch das preußische diplomatische Korps und das preußische Militärwesen den neuen Einrichtungen des Reichs zu Grunde legen. „Man war darauf gefaßt", daß Preußen sich thatsächlich an die Spitze der deutschen Angelegenheiten stellen werde. Das ist ein überraschendes Geständniß für unser liebes Vaterland! Wenn Preußen an der Spitze der deutschen Angelegenheiten stehen sollte, dann hätte die Nationalversammlung Preußen dazu berufen. Es hieße doch die Beschlüsse der Nationalversammlung über den Haufen werfen, wollte die Reichsregierung immer auf Thatsachen „gefaßt sein", die so dem kaum geschaffenen Recht widerstritten. Wenn es nun Preußen verschmähte, durch solche Hinterthür zur Macht zu gelangen? Wird das deutsche Volk dies „Ablehnen" verdammen? — Wir sähen an sich kein Uebel darin, wenn drei Portefeuilles des Reichsminister-Raths in Händen von Preußen wären; wir sehen aber würdige und passende Männer aus jedem deutschen Staat ebenso gern am Ruder; niemals könnten wir uns zu dem Standpunkte der O. P. A. Z. herablassen, daß durch die Wahl preußischer Männer zu Ministern unseres Reichs der preußische Staat abgefunden oder besonders regulirt werde. Die Reichsminister, Preußen oder Baiern — gleichviel, gehören dem Reich an, und die Politik eines Landes, wie Preußen, darf sich nicht danach richten, ob ein oder drei seiner Staatsbürger Ehrenstellen im Reich bekleiden. Die O. P. A. Z. „ist der Meinung gewesen", daß Preußen um den Preis von drei Reichsportefeuilles sein diplomatisches Korps und Militärwesen den neuen Einrichtungen des Reichs zu Grunde legen werde. Dies „zu Grunde legen" hat eine äußerst diplomatische Teinture. Bald scheint es ein Opfer zu bedeuten, das Preußen mit seinem Kriegs- und Gesandtschaftswesen hätte bringen sollen: die drei Ministerstellen gälten dann als Entschädigung für das Opfer. Drei Preußen als deutsche Minister sollten das Kriegs- und Gesandtschaftswesen des preußischen Staats aufwiegen! Die O. P. A. Z. muß sich dabei etwas Besonderes gedacht haben. Der Preuße, der Konseilpräsident werden sollte, sicherte „hiernach" ein Uebergewicht Preußens über den Reichsministerrath und die Gesammtregierung? Der Preuße als Minister der auswärtigen Angelegenheiten beherrschte im sonderlich preußischen Sinne die Reichspolitik nach Außen? — u. s. w. — Freilich, dann wog es jenes Opfer reichlich auf! Wir wollen aber doch nicht hoffen, z. B. die freie Stadt Hamburg, um den Gedanken der O. P. A. Z. auszuspinnen, ziehe von der auswärtigen Politik ihres Mitbürgers Heckscher einen Sondervortheil? Wird Hamburg dadurch, daß Heckscher Minister geworden, für Differentialzölle gewonnen sein? — Preußen, wie die O. P. A. Z. erzählt, opferte sein Kriegs- und Diplomatenwesen nicht auf; wir stellen dahin, ob dies bedauerlich gewesen. Aber Preußen weigerte sich auch, dieses Opfer — gegen Bezahlung zu bringen. Preußen besetzte die drei Ministerstellen nicht; sondern „überließ der Centralgewalt, für sich selbst zu sorgen." Preußen „ist nicht der Meinung gewesen", daß drei Preußen im Ministereath des Reichs für Preußen etwas Anderes sein könnten, als — Deutsche. Wird das deutsche Volk dies „Ablehnen" verdammen?

Das „zu Grunde legen" der diplomatischen Frankfurterin deutet aber auch auf einen Gewinn Preußens. Also die Besetzung der drei Ministerposten sollte Preußen in die vortheilhafte Lage versetzen, sein diplomatisches Korps und sein Heerwesen den neuen Einrichtungen zu Grunde zu legen. Und dies ist wohl von der O.-P.-A.-Z. gemeint gewesen, da sie daran gleich anknüpft, „man sei darauf gefaßt gewesen, daß Preußen sich thatsächlich an die Spitze der deutschen Angelegenheiten stellen werde". — Wir sind dafür bekannt und vielfach verketzert, weil wir der preußischen „Hegemonie" das Wort reden. Aber das haben wir nie damit im Sinne gehabt, daß fortan der Volksstamm der Preußen das auserwählte Volk, der herrschende Stamm sein solle, daß fortan alle wichtigen Posten mit Preußen zu besetzen wären, daß künftig Alles, was in Preußen besteht, die Norm abgeben dürfe für die Einrichtungen im übrigen Deutschland. Wir sind von jeher gemeint gewesen, daß eine Hegemonie Preußens uns weder „preußisch" machen dürfe, noch werde. Wir waren so fest überzeugt, daß bei Besetzung der höchsten Reichsstellen dann eine unantastbare Gerechtigkeit und Unparteilichkeit walten möchte. Die Männer der O.-P.-A.-Z. machen es Preußen zum Vorwurf, daß es nicht sein diplomatisches Korps „den neuen Einrichtungen des Reichs zu Grunde legte", daß nicht sofort Bunsen in London, Hatzfeld in Paris, Rochow zu Petersburg als Reichsgesandte weiterfungirten. Diese Idee verräth wenig Ueberlegung, aber (und das ist ungemein bedenklich) auch nicht eine leise Ahnung von dem, was uns Noth thut, und von dem, was unserer Eigenthümlichkeit durchaus feind ist. Es wird in Deutschland nun und nimmer dahin kommen, und, würde es künstlich fabricirt, gewiß nicht von Dauer sein, daß Ein deutscher Staat zu den übrigen in ein Verhältniß à la Napoleon tritt und die letztern sich von ihm ins Schlepptau nehmen lassen. Die O.-P.-A.-Z. hatte Preußen zugemuthet, thatsächlich (im Widerspruch mit dem neuen Recht) der deutsche Napoleon zu sein, die übrigen Staaten,

Digitized by Google

ehe sie sich's versahn, in das Schlepptau zu nehmen, und alle diese Uebergriffe unter dem Deckmantel des neuen Reichs, unter der Autorität des erkorenen Oberhauptes sind — unter dem Beifall der O.-P.-A.-Z. zu wagen. Preußen that wohl daran, sein diplomatisches Korps und sein Heerwesen nicht den neuen Einrichtungen des Reichs zu Grunde zu legen. Wessen hätte sich wohl das deutsche Volk versehen, wenn es eines schönen Morgens Preußen „thatsächlich an der Spitze der deutschen Angelegenheiten" getroffen und sich beim Erwachen preußisch wiedergefunden hätte? „Man war darauf gefaßt", sagt die O.-P.-A.-Z. Wer war gefaßt? Nicht die Nation. Nicht wir. Von vollendeten Thatsachen überrascht zu werden lieben wir nicht. Und so freudig wir den Tag grüßen werden, an welchem Preußen von Rechtswegen an die Spitze der deutschen Angelegenheiten tritt, ebenso heftig und voller Unwillen hätten wir uns gegen eine Thatsache gesträubt, auf die „man" gefaßt war — hinter den Kulissen! Preußen hat die ihm angemuthete Usurpation von sich gewiesen. Die O.-P.-A.-Z. klagt es darob an. Wird das deutsche Volk dies „Ablehnen" verurtheilen?

Der von der O. P. A. Z. erhobene Vorwurf, Preußen habe der Centralgewalt, „sogar auf indirekte Weise die Mittel entzogen, sich in den Besitz des ihr angewiesenen Wirkungskreises zu setzen", und „der neuen Diplomatie des Reichs nicht gestattet, in den Archiven zu Berlin und bei der preußischen Diplomatie sich Raths zu erholen", war uns, sobald wir desselben ansichtig wurden, so befremdend, daß wir sogleich unsere Freunde zu Berlin in Bewegung setzten, über Grund oder Ungrund dieser Behauptung Erkundigung einzuziehen, und wir glauben im Stande zu sein, mit Sicherheit obigem Vorwurf ein Dementi zu geben. Wenn jene Phrase nicht wider Erwarten etwas Anderes besagen soll, als was unsere „Unterthanenversicherungen" nach gewöhnlichen Regeln der Auslegung daraus entnommen hat, so beruht dieselbe auf Allem, nur nicht auf der Wahrheit. — Daß der neue Reichskriegsminister, obschon ein preußischer General, bei seinem ersten Befehl von der preußischen Regierung „wie ein Fremder, wo nicht schlimmer, angesehen oder behandelt worden", das führt, wenn es wahr sein sollte, den sichern Beweis, daß Preußen, was man auch über die anbefohlne Huldigung denken mag, nicht gewillt ist, in einem Reichsbeamten den Preußen oder Oesterreicher zu erblicken und etwa zu gehorchen, weil der Reichsminister Preuße, oder nicht zu gehorchen, weil er Oesterreicher ist. Unter einem „Fremden" versteht aber die O. P. A. Z. ungefähr, was Hecker darunter verstand, als die „fremden" Truppen exclamirt werden sollten; Preußen habe Hrn. v. Peucker wie einen „Feemden" angesehen und behandelt, d. h. wie einen „deutschen Ausländer", einen Nicht-Preußen. Die preußische Regierung dagegen zeigte, daß der Preuße im Reichsministerium ihr nicht näher stehe, als der „Fremde." Wer ist hier deutscher? —

Wir sind zweifelhaft, ob die O. P. A. Z. unter die Rubrik „ablehnende" oder „erwartende" Stellung auch den Plan eines Reichsraths befaßt wissen will, wofür Preußen die Initiative bei den deutschen Regierungen ergriff, um den §. 14 des Gesetzes vom 28. Juni in Vollzug zu setzen, und welcher, wie verlautet, irgendwo anders abgelehnt sein soll. Die O. P. A. Z. hat gegen diesen Plan, wie jetzt ersichtlich, sich mit Händen und Füßen gesträubt; das wollte nicht viel sagen, wenn dieselbe nicht wirklich im Geheimen eine besondere Excellenz sich nachsagen ließe, und sei es aus diesen, sei es aus andeen Gründen, ihren Aufsätzen seit einiger Zeit Aufmerksamkeit geschenkt würde. Während wir Profanen mit dester Erwartung der künftigen Errichtung eines Staatenhauses entgegensahen, worunter wir eine gesetzgebende Versammlung verstanden, zu welcher die Vertretung des deutschen Volkes sich verhielte, wie Unterhaus zu Oberhaus — da tauchte in der O. P. A. Z. plötzlich eine trübe Vorahnung auf, daß man ein „Staatenhaus" zu errichten beabsichtige. Keine Seele verstand dazumal, welche kauderwälsche Idee das sein könnte, ein Staatenhaus, wie die O. P. A. Z. es schilderte, einzurichten, welches alle Macht des Reichsministeriums absorbiren würde. Ein solches Staatenhaus, rief man entsetzt, welches die Exekutivgewalt übt, haben wir ja kaum abgeschafft, den Bundestag. — Aber dies Staatenhaus hieße ja wie lucus a non lucendo! — Eingeweihte belächelten die Stoßseufzer der O. P. A. Z. Sie wußten, daß zur Zeit das Cirkular des preußischen Kabinets die Runde bei den deutschen Regierungen machte und daß jene Stoßseufzer bestimmt waren, die öffentliche Meinung vorweg dagegen einzunehmen. Die Charlatanerie ist jetzt so leicht, ein Ding mit recht verhaßtem Namen vorher zu verkündigen; erscheint es, so sieht alle Welt den Wald vor lauter Bäumen nicht und vergißt über dem Namen die Sache. — Das preußische Cirkular enthielt Nichts weniger als den Vorschlag, ein Staatenhaus zu gründen. Aber auch heute noch können die Männer der O. P. A. Z. „nicht genug wiederholen", wie unvereinbar mit der Centralgewalt ein solches „Staatenhaus" sein würde! Nicht noch weit unvereinbarer mit dem verfassunggebenden Reichstag? — Doch in dem preußischen Vorschlag zur Errichtung eines Reichsraths war der ungeschickte Ausdruck „Staatenrath" gewählt, weil der Reichsrath aus Staatenbevollmächtigten bestehen sollte. Diesen Namen hat die O. P. A. Z. nicht verwinden können, und zu derselben Zeit, wo sie den von Preußen proponirten „Staatenrath" mit allen Schmähungen überhäufte, machte sie selbst einen Vorschlag zu einem „Reichsrath", der sich von jenem Staatenrath nur dadurch unterschied, daß seine näheren Modalitäten einer unmaßgeblichen Beschränktheit der politischen Einbildungskraft ihre Entstehung verdankten. Wir werden darauf, so wie auf die weiteren Herzensergießungen des ☰ Artikels, nächstens zurückkommen.

Oesterreich. ** Wien, 27. Aug. Ich benutze den freien Raum, der mir durch die Aussetzung der Sitzungen gegönnt ist, um Ihnen nach einer 6 wochenlangen Darstellung der Verhandlungen des Reichstages auch die Persönlichkeiten desselben kurz vorzuführen. Nach parlamentarischer Norm müssen wir zuerst dem Präsidenten unsere Aufmerksamkeit schenken. — Strobach, ein Prager mit Leib und Seele, was die kurze aber bezeichnende Geschichte des Wenzelsbadklubs genügend bethätigt, ist ein stattlicher junger Mann von 33—34 Jahren, Sohn eines reichen Müllermeisters, der ihn gegen seine Neigung zum Rechtsfache bestimmte, für welches er indeß später durch ein inniges Freundschaftsverhältniß mit dem genialen Czechendichter Macha gewonnen wurde, und in Folge dessen bis vor den Märztagen für einen der tüchtigsten, befähigtsten Juristen galt. Nach der Abdankung des Prager Bürgermeisters bekleidete er kurze Zeit provisorisch diese Stelle. Die Achtung die er in Prag genießt, verbürgt die einstimmige Wahl zum Abgeordneten für diese Stadt. Strobach ist übrigens Czeche von Innen und Außen, jedoch nur bis zur Grenze der monarchischen Principienfrage Oesterreichs, seine Tendenz ist nicht separatistisch, sondern ausgleichend, vermittelnd und versöhnend. Durch sein bis heute dargethanes Wirken hat er sich das Zutrauen beider Parteien verdient, und vielleicht kann er zur erwünschten Beilegung der czechisch-deutschen Zerwürfnisse wesentlich beitragen. Er wurde bei der ersten Präsidentenwahl aus Berücksichtigung der Nationalitäten zum Vicepräsidenten, bei der zweiten, wir gestehen es, nicht aus Anerkennung seiner dargelegten Fähigkeiten, sondern der slavischen Majorität wegen, zum Präsidenten gewählt; er hat aber durch Takt und Geistesgegenwart, sowie durch strenge Unparteilichkeit und als lebendige Geschäftsordnung seine Befähigung zum Präsidenten gezeigt. Sein politisches Glaubensbekenntniß näher kennen zu lernen, gab er, vielleicht ebenfalls aus Takt, noch keine Gelegenheit. — Ludwig v. Löhner aus Reichstadt in Böhmen, graduirter aber nicht ausübender Arzt, lebte bisher, von Hause aus mit Glücksgütern ausgestattet, ausschließlich der Kunst und dem Wissen und machte sich bis zur Wiedergeburt Oesterreichs minder als Politiker als durch seine poetische Begabung bemerkbar. Anfangs als Ludwig Reland, später unter dem Namen Ludwig von Morajn hat er zwar wenig, aber Treffliches geschrieben. In seinem Charakter liegt etwas Hastiges, Entschiedenes, Heftiges, das nicht selten die Färbung des Fanatismus annimmt, dies aber keineswegs ist. Im Reichstage, wo er als Abg. für den deutschen Bezirk Ramburg in Böhmen sitzt, läßt er sich oft durch seine Heftigkeit fortreißen und verliert das Große über dem Kleinen aus dem Auge. Er ist deutsch, ultradeutsch, wenn sich das sagen läßt, von der Fußsohle bis zum Scheitel, in seinem Kampf für das Deutschthum sind keine Worte Brand und Schwert; bedauerlich aber ist auch hier, daß selbe Entschiedenheit oft dem Starrsinn gleicht, so daß seine Feinde seine feste Deutschheit dieß für starre Negation des Czechismus halten. Zu konsequent für einen Politiker beobachtet er die Strategie des immerwährenden, allseitigen Angriffes auf die czechische Partei seines Vaterstandes. Merkwürdig und als Charakterzug eigenthümlich ist es, daß Löhner, der noch vor den Märztagen viel auf seinen Adel hielt, nun den ersten Antrag wegen Aufhebung des Adels gestellt und mit sarkastischer Schärfe das Wesen des Adels gegeißelt hat. — Der Löhner der czechischen Partei ist Franz Rieger, er gehört seiner Seite eben so innig und exklusiv als Löhner, obgleich mit geringerer Vehemenz, an. Sein Rednertalent in böhmischer und deutscher Sprache ist groß. Vorzüglich durch letzteres hatte er nach seiner Rückkunft von den Reisen, die er durch Frankreich, Ita-

lien ꝛc. machte, einen bedeutenden Einfluß in den Sitzungen des böhmischen Nationalkomité's gewonnen, und saßte Mitglied der von Graf Thun eingesetzten prov. Regierung in Prag werden. Im Reichstage, wohin er durch 6 böhmische Bezirke gewählt wurde, nimmt er einen wichtigen Platz ein, er spricht kurz, bilderreich, oft orientalisch blumenreich, in schönem, wohltlingendem Deutsch, ist unzweideutig Czeche und, obwohl er sich noch nicht schaffend und die Versammlung bestimmend gezeigt hat, doch der gefährlichste Gegner aller deutschen Interessen, indem ihm sowohl Sachkenntniß als alle Mittel der Dialektik zu Gebote stehen; es ist daher mehr als natürliche Folge, daß er mehr als irgend ein Czeche unter den Deutschen — ungefähr wie Löhner unter den Czechen — zahllose Feinde hat.

Δ **Wien**, 27. August. Der am 24. aufgelöste Sicherheitsausschuß wird in demselben Lokale, in welchem er vom 26. Mai an seine Sitzungen hielt, im Saale des Musikvereins, als Klub fortbestehen. Die Erbitterung des demokratischen Vereins und des genannten Klubs, welchen das jetzige Ministerium sein Entstehen verdankt, ist sehr groß — Alles ist gespannt, ob das Ministerium nach diesem Bruch mit seinen demokratischen Freunden wird fortbestehen können. Wessenberg, der die Achtung aller Parteien hat, steht jedenfalls außerhalb der Krisis. In der Ablösungsfrage hat das Ministerium die Majorität der Kammer — sie dürfte sein Bestehen also wenig oder gar nicht gefährden. — Nachrichten aus Lemberg sagen, daß dort auf den 20. eine Schilderhebung vorbereitet war, aber das kluge Benehmen des neu ernannten Gouverneurs hielt sie nieder. Er ließ alle Ober-Offiziere der Nationalgarde bei sich versammeln, sagte ihnen, daß er von der ganzen Verschwörung genau unterrichtet sei, nannte ihnen ihre Versammlungsorte und die Namen derjenigen, welche am stärksten kompromittirt seien und legte ihnen die Mittel dar, welche ihm zu Gebote stünden im Falle des Ausbruchs. Er schloß mit den Worten: „Sie sehen, meine Herren, daß ich gut unterrichtet bin. Wenn Sie mir aber Ihr Ehrenwort geben, von Ihrem Auflehnungsversuch abzustehen, so werde ich meinerseits keine Verhaftungen eintreten lassen." Die Anwesenden waren sichtbar betroffen, gaben aber Alle das verlangte Ehrenwort und der 20. ging in ungestörter Ruhe vorüber. — Graf Adam Potocki, derselbe, dem über die Hälfte des Gebietes von Krakau angehört, hat den demokratischen Verein in Paris ermächtigt, eine halbe Million Gulden K. M. auf seine Güter aufzunehmen. Er ist einer der Prätendenten an die polnische Krone. Daß russische Polen aus dem Gebiete von Warschau nach Galizien dwaffart herüber kamen, hat sich bestätigt. Die Aussage Aller war so übereinstimmend, daß man an der Wahrheit derselben nicht zweifeln kann. Die beabsichtigte Erhebung vom 20. war ihnen mündlich und schriftlich angedeutet worden, mit dem Unterschied, daß die österreichische Regierung ganz einverstanden sei und die Garnison in Galizien für sie verwenden würde, um Rußland Warschau zu entreißen und Polen wieder herzustellen und ein Oesterreich als Schutz gegen Rußland zu gründen. Die Unglücklichen wurden reklamirt und ausgeliefert. Die Kosaken, welche sie an der Grenze übernahmen, sollen sie auf eine schaudererregende Weise empfangen haben. Sie machten einen Kreis um die Gefangenen, rissen sie an den Ketten hin und her und schrien ihnen die Freuden Sibiriens in die Ohren, indem sie die Knute dazu schwangen. — So eben vernehme ich, daß die polnischen und böhmischen Abgeordneten Privatberathungen über den Kublick'schen Antrag hatten. Die Mehrzahl der Polen ist gegen alle Ablösung; wenn sich die Böhmen ihnen anschließen sollten, dann erhält die Linke eine so bedeutende Majorität, daß dem Ministerium Nichts bleibt, als dem Beispiele seiner Gründer zu folgen und sich aufzulösen. Wessenberg, Latour, Krauß dürften dann die Elemente des neu zu bildenden Ministeriums bleiben. Der Fünfkreuzerminister, wie man Schwarzer jetzt nennt, soll schon diese böse Ahnung mit sich herum tragen, seit er zufällig in der Vorstadt dazu kam, als ihn die Arbeiterinnen in effigie aufhängten. — Vom Hofkriegsraths-Gebäude flatteren heute die eroberten ital. Fahnen, welche Radetzky hierher sandte. Die päpstliche, wahrscheinlich den Crociati abgenommene, hat die Inschrift: libera Italia sotto Pio nono. Eine jubelnde Volksmenge begrüßte ihr Erscheinen.

†† **Wien**, 28. Aug. Heute war keine Reichstagssitzung. Morgen wird über Kublicks Antrag abgestimmt. Es ist eine Verhandlung, die so viel Interessen berührt, daß man sie nicht mit Unrecht eine Lebensfrage nennt. Ein Anstand wird hauptsächlich beitragen, die Ablösung der Zehnten und Siedigkeiten durchzusetzen. Es war bisher den Herrschaften erlaubt, die Witwen- und Waisengelder ihrer Unterthanen als Anleihen aufzunehmen bis dieses den Drittheil des Werthes der zur Hypothek genommenen Herrschaft erreichte. Sie benutzten durchaus diese bequeme Schuldkontrahirung und erklären sich jetzt außer Stand diese Pupillengelder zu ersetzen, wenn die Ablösung nicht stattfinden sollte. Größtentheils wäre es auch der Fall, denn die Schuldenmasse, welche auf dem Besitze der Magnaten ruht, ist enorm. Es handelt sich also bei der Abstimmung nicht um den Fürsten R. oder Grafen K., sondern um diese Wittwe und jene Waise. Ich glaube daher es wird für Ablösung entschieden werden. Das Ministerium machte auch ganz unverhohlen eine Lebensfrage für sich selbst daraus. Wenngleich diese Frage ihm noch nicht den Todesstoß geben wird, so ist es bei seinem mangelhaften Auftreten und seiner laxen Thätigkeit nicht schwer, auf sein baldiges Ableben wegen Mangels an Lebensstoff zu diagnostiren. — Die Arbeiter von der Gloggnitz-Simmeringer Eisenbahn kamen ihren Brüdern zur Hilfe, leisten aber wieder ab, als sie Alles ruhig fanden. Heute haben die Arbeiter ein Plakat publicirt, worin sie trotz des kaltblütigen Mordens der Nationalgarde Verzeihung und Vergessenheit anbieten, aber verlangen, daß bei vorkommenden Excessen des Pöbels der Arbeiter nicht gleich alle Arbeiter vom Pöbel der Nationalgarden beschuldigt werden. Einen Pöbelexceß der Arbeiter erlebten wir gestern. Vier mit Arbeitern überfüllte Fiakers fuhren im Galopp durch alle Gassen der Stadt. Beim Kutscher des ersten Wagens saß ein Arbeiter mit einer großen schwarzweißen Fahne, worauf nebst „Vivat unser guter Kaiser Ferdinand" noch etwas geschrieben war, das ich nicht lesen konnte. Sie jauchzten und jubelten. Tags zuvor waren ihre Kameraden begraben worden. Das heute, aber immer noch nicht amtlich gegebene Verzeichniß der Nationalzeitung vom 27. Aug. über die Verluste vom 23. Aug. ist, wie folgt ausgewiesen: **Arbeiter**: 18 Todte, (wozu unterdessen noch mehr hinzugekommen), 152 schwer Blessirte, 130 leicht Blessirte, 160 Gefangene. **Sicherheitswache**: 1 Todter, 4 schwer Blessirte, 3 Vermißte. **Nationalgarde**: 1 Todter, 4 schwer Blessirte, 30 leicht Blessirte. Man hat die Arbeiter beschuldigt, ihre Schaufeln und Spieße vergiftet zu haben?! Es fehlt an Entstellungen nicht, um das wahre Faktum nunmehr als Mittel zu andern Zwecken falsch auszubeuten.

Triest, 26. August. Man schreibt der Allg. Z.: Der „Vulkano" ist heute von Venedig mit der Nachricht zurückgekehrt, daß Radetzki den Beschluß gefaßt habe, binnen fünf Tagen, als der zur Einschiffung der Truppen und zur Vorbereitung für die Abfahrt nöthigen Zeit, die dortigen Gewässer zu verlassen und die Richtung nach Sardinien zu nehmen. Venedig wäre alsdann auf sich selbst beschränkt, und dürfte sich, zu Land und zu Wasser eingeschlossen — denn wir hören daß unsre Geschwader zu dessen Blockirung auslaufen soll — schwerlich lange mehr halten können.

Preußen. ** **Berlin**, 28. Aug. Abends. Der Waffenstillstand mit Dänemark ist auf 7 Monate abgeschlossen. General v. Below ist hier eingetroffen. Morgen früh, 7 Uhr, findet deßhalb eine Sitzung des Ministerraths Statt. Doch wird in der Singakademie wohl morgen noch nicht Mittheilung davon gemacht werden können, da vorher nicht mehr Zeit bleibt, dem Könige darüber Vortrag zu halten. Dagegen dürfte der Staatsanzeiger d. 31. August Näheres enthalten. — Daß man in Frankfurt darauf gedrungen hat, das Wort „lois existantes" in den frühern Bedingungen näher zu bestimmen, war ein arger diplomatischer Mißgriff. Als „lois existantes" der Herzogthümer Schleswig-Holstein mußte man dem Wortsinne nach alle zur Ausführung gebrachten Gesetze, also auch die von der provisor. Regierung gegebenen ansehen. Anders verstand man diesseits keinen Augenblick das „l. e."; die von Frankfurt angeregte Frage, was darunter zu verstehen sei, öffnete den Dänen eine Hinterpforte; es konnte doch also darunter auch etwas Anders verstanden sein! Der König von Dänemark verstand darunter natürlich jetzt, aufgemuntert von England und Konsorten, die von der prov. Regierung gegebnen Gesetze — nicht. Eine Milderung für diesen Uebelstand liegt darin, daß es der neuen Regierung Schleswig-Holsteins unbenommen sein soll, diese Gesetze zur Geltung zu bringen. — Daß aus dem schleswig-holsteinschen Truppenbestand die Schleswiger austreten sollen, will mir nicht recht zu Sinn. Kein Schleswig, kein Holstein, Ein einiger Staat Schleswig-Holstein.

× **Berlin**, 25. August. Der ministerielle Entwurf einer Gemeindeordnung liegt jetzt im Drucke vor. Gleichzeitig mit demselben cirkulirt ein anderer, nicht ohne Sachkenntniß und in viel freisinnigerem Geiste ausgearbeiteter Entwurf, der von D'Ester und mehreren andern Mitgliedern der Linken ausgeht. Dennoch ist es mehr als zweifelhaft, ob die gegenwärtige Versammlung sich noch mit der Berathung dieser Vorlagen wird beschäftigen können. Sie wird und muß von jetzt ab ihre ganze Zeit der endlichen Feststellung der Verfassung widmen, auf die das Land mit der größten Ungeduld wartet. Sobald aber die Konstitution vom Könige beschworen ist, geht auch das Mandat und die Kompetenz unserer jetzigen Volksvertreter zu

Digitized by Google

Ende, und schwerlich wird ihnen die Nation dann noch ein längeres Zusammenbleiben zur Berathung der Gemeindeordnung gestatten. — Die Vorlage des Kabinets hat die freisinnigsten Bestimmungen aus den Städteordnungen von 1808 und 1831, aus der rheinischen Gemeindeordnung von 1845 und aus der westfälischen Landgemeindeordnung von 1842 zur Grundlage genommen, daneben auch die belgische Kommunalordnung benutzt. Als Prinzip ist im Ganzen die Selbstverwaltung und möglichst große Selbständigkeit der Gemeinden anerkannt. Zwei Punkte verstehen sich für eine Gemeindeordnung, die der Zeit entsprechen soll, eigentlich von selbst: Aufhebung des bisherigen Unterschiedes zwischen Bürgern und Schutzverwandten und zwischen Stadt und Land. Der Entwurf spricht sich in beider Hinsicht vollkommen genügend aus, und doch findet er gerade hierin den heftigsten Widerspruch. Seitdem der Grundbesitz aufgehört hat, die Qualifikation zum Volksvertreter zu bedingen, kann natürlich auch nicht mehr die Wählbarkeit zum Gemeindevertretre daran geknüpft sein — zumal in die Gemeinde jetzt die erste Stufe im Staatsorganismus bilden soll. Am wenigsten aber darf der Handel fortdauern, den die Städte bisher mit dem Bürgerrechte trieben. Der Entwurf erklärt denn auch jedes unbescholtene Mitglied einer Gemeinde für wählbar und Jeden, der ein Einkommen von 150 bis 200 Thaler nachweisen kann, zum Wähler. Was man auch sagen mag, dieser Schritt war absolut nothwendig: daß das daraus resultirende Uebergewicht der ärmeren Klassen nicht zu Unheil führt, dafür kann freilich nur der gesunde Sinn des Volkes Bürgschaft leisten — diesen muß man aber bei jedem freien politischen Institution voraussetzen. Auch läßt sich erwidern, daß gerade diese Zulassung zu den Gemeindeämtern das Streben nach einem festen Einkommen vermehren und so dem Proletariat ein Ende machen wird. — Noch mehr Widerspruch wird, besonders in den östlichen Provinzen, die Gleichstellung zwischen Stadt und Land finden. Dessenungeachtet wird sie gewiß von den segensreichsten Folgen begleitet sein. Sie ist der einzige Weg, die Trümmer der alten Feudalherrlichkeit, die Patrimonialgerichte und andere grundherrliche Rechte, die verschiedene Polizei und Jurisdiktion für immer zu Grabe zu tragen, kurzum das ganze ständische Unwesen zu beseitigen, das uns eine 33jährige Metternichsche Politik statt einer Konstitution aufzudrängen versuchte. Auch sollte man doch nicht vergessen, daß diese Unterschiede nämlich in Bezug auf die Gemeinde stehen bleiben können, nachdem sie in Bezug auf den Staat gefallen sind. Die Opposition geht hauptsächlich vom Lande aus: und doch sind bei den Wahlen zum Reichstage gerade die Städte durch die oft überlegene Zahl der ländlichen Wähler „beeinträchtigt" worden, wie man das nennt. Ist denn das nicht gerade der Sinn der jetzigen Bewegungen, daß Alle ein gemeinsames Interesse verfolgen, die Partikularinteressen aber fallen und nicht mehr auf Kosten des Gemeinwohls berücksichtigt werden sollen? — Alles verlangt seit Jahrzehnden in den östlichen Provinzen eine Landgemeindeordnung: jetzt will man lieber die alten ungeregelten Zustände behalten, als mit den verhaßten „Städtern" gleichgestellt sein. Und doch darf man nur nach dem Rhein, nach Sachsen, Baiern, Würtemberg, Baden, Kurhessen hinblicken, um sich von den wohlthätigen Folgen einer gleichmäßigen Gemeindeordnung zu überzeugen. — Die Gemeindevertretung soll, den konstitutionellen Grundsätzen angemessen, überall in einen Gemeinderath und einen Gemeindevorstand mit der exekutiven Gewalt zerfallen. Alle Geschäfte, namentlich die Verwaltung des Gemeindehaushalts, sollen mit der größten Oeffentlichkeit betrieben werden, und bei wichtigen Angelegenheiten, die den letzteren betreffen, jedem Mitgliede der Gemeinde gestattet sein, Einwendungen zu Protokoll zu geben, deren der Gemeinderath bei seiner Entscheidung Erwähnung thun muß. Die ganze Organisation, namentlich die Stellung zur Regierung, wird sich übrigens erst übersehen lassen, wenn die Kreis- und Bezirksvertretung ebenfalls geregelt sein wird. Nach dem Entwurfe stehen die Gemeindebeamten unter dem Bezirksausschusse und dessen von der Regierung gewählten Präsidenten. Auch ist es für das Bestehen des Staates nothwendig, daß der König jeden Gemeinderath oder Vorstand auflösen und durch Kommissarien ersetzen kann: die schließliche Regulirung bleibt dann der Volksvertretung überlassen. Offenbar zu weit ist dagegen die Regierung in einem andern Punkte gegangen. Die Bürgermeister sollen in Zukunft entweder aus drei vorgeschlagenen Kandidaten vom Könige oder von der Gemeinde gewählt werden. Im letzteren Falle behält sich das Gouvernement die Bestätigung vor, aber mit der merkwürdigen Bedingung, daß, wenn zwei Wahlen annullirt sind, die Regierung selbständig die Stelle besetzt. „Das Recht der Bestätigung ist sonst illusorisch", heißt es in den Motiven zu diesem Paragraphen. So aber dürfte leicht das Recht der freien Wahl ein illusorisches werden. —

Berlin, 29. August. Edgar Bauer ist nun wirklich verhaftet worden, wenigstens hat sein Bruder Bruno diese Mittheilung gemacht. (Wes. Z.)

Düsseldorf, 26. August. Ferd. Freiligrath, der seit der Amnestie nach der Märzevolution in unserer Stadt wohnt, ist heute verhaftet worden. Der Grund der Verhaftung liegt, wie es heißt, in dem unlängst von ihm verfaßten Gedichte: „Die Todten an die Lebenden." In einer hiesigen Buchhandlung hat eine mit dieser Verhaftung in Verbindung stehende Hausnachsuchung statt gefunden. (D.-Z.)

Hessen. **Gießen**, 31. August. Der Ausschuß der Studentenschaft hat folgende Bekanntmachung erlassen: „In der Nacht von gestern auf heute haben die bedauerlichsten Konflikte zwischen der Bürgergarde und den hiesigen Studirenden stattgefunden; mehrere Studenten und Bürger sind nicht unerheblich mit Säbelhieben, Bajonettstichen und Steinwürfen verwundet, ein Student, K. Pfannmüller von hier, ist durch einen Schuß getödtet. Der hier unterzeichnete Studentenausschuß bittet das Publikum, über das Faktum selbst nicht eher ein Urtheil zu fällen, bis die Sachlage konstatirt ist. Seitens der Studentenschaft sind die nöthigen Schritte eingeleitet. Das Resultat wird in der Kürze veröffentlicht. Der Ausschuß der Studentenschaft: Moritz Bardeleben, Präsident. Ludwig Baur, Schriftführer.

Altenburg, 26. August. Der Br. Z. wird geschrieben: Die kleinen Fürstenhäuser fangen an, ihre Mediatisirung zu befürchten. Sie ziehen es daher vor, sich lieber jetzt gegen angemessene Entschädigung mit ihren größeren Nachbarn zu verschmelzen. Seit einigen Wochen unterhandeln deshalb die Fürsten von Reuß und Altenburg mit dem sächsischen Königshause. Die näheren Bedingungen dieser Unterhandlungen sind noch nicht näher bekannt geworden.

Schleswig. **Aus dem Sundewitt**, 25. August. Gestern hatten wir Gelegenheit, den Oberbefehlshaber der deutschen Bundesarmee bei unseren Vorposten zu sehen. Die aus dem nassauischen, weimarschen und Frankfurter Kontingent gebildete Brigade Aleseld hat jetzt die Vorposten bei Alnoer, Geavenstein und Apbüll und ist dem zehnten Armeekorps unter dem General Halkett zugetheilt. Auf einem trefflich gelegenen Platze bei Rinkenis, von dessen Höhe man mit einem Blicke den Sundewitt, die Flensburger Bucht und die dänischen Blokadeschiffe bei Hoinis übersieht, war ein nassauisches und das Frankfurter Batoillon in Parade aufgestellt, als der General von Wrangel mit dem in seinem Hauptquartier angestellten Prinzen Friedrich von Baden, dem General Halkett und einer großen Suite angesprengt kam. Nach der Musterung und dem Vorbeimarsch sprach der General v. Wrangel seine Zufriedenheit über das Aeußere der Truppen aus, besichtigte im Einzelnen Waffen, Munition und Lebensmittel und ließ sich dann die aus den Kolonnen um ihn herum gerufenen Officiere einzeln vorstellen. Nun richtete er sich hoch auf im Sattel und sprach lebhaft, klar und eindringlich zu den versammelten Truppen. Leider können wir die vortrefflichen Worte nicht wiederholen, doch war ihr Inhalt: „Ich freue mich, Euch willkommen zu heißen auf dem Kriegsschauplatze, im Kreise der anderen deutschen Bundestruppen. Seid wie sie brav und gehorsam! Unter dem Befehl des kommandirenden Generals, unter den ich Euch gestellt habe, ist das leicht. Ihr kommt von Nassau, Ihr von Frankfurt und mich sendete der König von Preußen. Darauf kommt es hier aber gar nicht an. Wir Alle sind Deutsche. Deutschland ruft uns in den Krieg. Es lebe unser großes Deutschland! Es lebe der Reichsverweser! Hoch!" Einer der neuen Kommandeure wollte nun mit der Truppe dem General v. Wrangel ein Hoch bringen, doch ließ er dieses nicht zu: „Halt! halt! Jetzt nicht, meine Herren! Wir müssen uns erst näher kennen lernen! Wenn Ihr Leute erst die Bluttaufe bekommen habt, nach dem nächsten siegreichen Treffen unter meinem Befehl, und wenn es hier zu spät sein sollte, so auf einem andern Kriegsschauplatze, da könnt Ihr mich hochleben lassen, da werde ich es mit Dank annehmen! Versteht Ihr mich?" Eine Stunde später war bei Apbüll ein anderes nassauisches Bataillon, der Rest des Bataillons Weimar, welches dort die Vorposten hatte, und eine Batterie aufgestellt. Unter Donner, Blitz und Gewitterregen wieder eine schöne Parade über Truppen von ächt soldatischer Haltung und ähnliche Anrede wie oben. (H. K.)

Frankfurt, 31. Aug. Heute war abermals ein Schlachttag für das Reichsministerium, und zwar schien der Kampf diesmal um so bedenklicher, da der Angriff nicht von der Linken ausging, sondern von einem Mitgliede des linken Centrums. Freilich wurde die Schärfe des Angriffs dadurch wieder gebrochen, daß der Antragsteller Wernher selbst erklärte, es sei nicht seine Absicht, das Ministerium „zu stürzen, sondern zu stützen". Das Ministerium aber sah die Sache anders an und erklärte sie für eine Kabinetsfrage. Der Vorgang war folgender. Auf der Tagesordnung stand eine Interpellation in Betreff

der Limburger Angelegenheit. Der Minister des Auswärtigen erklärte, der deutsche Gesandte, welcher in den nächsten Tagen nach dem Haag abgehe, sei beauftragt, der niederländischen Regierung eine nfficielle Mittheilung der Beschlüsse der Nat.-Vers. über Limburg zu machen und die dortige Erklärung entgegenzunehmen, zugleich Einleitungen zu treffen, daß den Beschwerden und gerechten Anforderungen aus Limburg entsprochen werde. Die Beschwerden bezögen sich hauptsächlich darauf, daß Limburg durch holländische Truppen besetzt worden sei, und diese die deutsche Fahne insultirt hätten. Hierüber habe das Ministerium bereits Mittheilungen durch den holländischen Gesandten erhalten, daß nämlich die Anzahl der holländischen Truppen in Limburg viel zu gering sei, als daß daraus der Verdacht geschöpft werden könnte, als gehe die niederländische Regierung darauf aus, die schwebende Frage durch Gewalt zu lösen. Sie habe dabei keine andere Absicht, als die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Sie beklage sich zugleich über eine „aufregende“ Proklamation der Limburger Abgeordneten zur Nat.-Vers., welche aber der Reichsminister nicht für aufregend, sondern vielmehr für beruhigend hält. Was die Beschimpfung der deutschen Fahne betrifft, so wird diese für ein unwahres Gerücht, welches auf einer Entstellung von Thatsachen beruhe, von der niederländischen Regierung erklärt. Das Reichsministerium habe Untersuchung und für den Fall der Bestätigung Genugthuung verlangt.

Wernher von Nierstein stellte hierauf einen doppelten Antrag, die Nationalversammlung solle verlangen, daß die betreffenden Aktenstücke auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden, und erklären, daß das Ministerium in dieser Angelegenheit nicht den Grad von Besorgtheit bewiesen habe, der von ihm zu erwarten gewesen sei. Die Verhandlungen über Limburg in der niederländischen Kammer kündeten bevor, das Projekt gehe auf Einverleibung Limburgs in das Königreich der Niederlande, und noch sei kein deutscher Minister in Haag. In den officiellen niederländischen Blättern werde die deutsche Einheit verhöhnt. — Die Nationalversammlung erklärte die Berathung des Antrages für dringlich. Eisenmann will keine improvisirte Behandlung so wichtiger völkerrechtlichen Fragen und trägt auf Tagesordnung an. Zimmermann aus Stuttgart beantragt die Verschiebung der Debatte auf Montag (die Linke war offenbar nicht hinreichend vorbereitet). Rieffee will, daß die Papiere mitgetheilt werden, aber alsdann der Gegenstand einem Ausschuß zur Begutachtung überwiesen werde. Vogt erklärt im Namen der Linken, als die Centralgewalt geschaffen worden sei, so sei es der feste Wille seiner Partei gewesen, dieselbe zu unterstützen, insofern diese, treu ihrem Programme, die Einheit Deutschlands mit aller Kraft zu begründen, die Partikularbestrebungen niederzuhalten und dem Auslnnd gegenüber die Ehre und das Ansehen Deutschlands aufrecht zu erhalten streben würde. Sie hätte das Ministerium unterstützen wollen, trotz deß, daß dasselbe aus Männern zusammengesetzt sei, welche ihren Ansichten nicht entsprechen, sofern es nur jene Grundsätze festhalte. Das sei nun aber nicht der Fall. In allen Angelegenheiten habe es sich lau und unentschieden gezeigt. Statt eines energischen Einschreitens, was sn nothwendig gewesen wäre, habe überall nur ein Hin- und Herfragen stattgefunden. Dadurch habe es den Partikularismus befördert und deßhalb gebe er demselben ein Mißtrauensvotum, was allerdings in dem Antrage liege. Schwerin unterstützt den Antrag auf Tagesordnung. Die Stärke des Ministeriums bestehe nicht darin, daß es schroff in die bestehenden Verhältnisse einschneide. Man könne leicht sagen, man müsse überall dreinfahren, aber das sei eben nicht immer so leicht gethan, als gesagt. Wnitz ist für den Rieffer'schen Antrag. Wenn man beschließe, die Sache durch einen Ausschuß prüfen zu lassen, sn sei dns noch kein Mißtrauensvotum. Ueberhaupt aber bestehe in der Nntionalversammlung keine ministerielle Partei, eben weil sie eine konstit. Versammlung und kein Pnrlament sei. Mit Bestimmtheit könne der Minister auf keine Partei des Hauses zählen. Römer verlangt dagegen alsbaldige Erledigung der Sache. Diesen Antrag nehmen die Minister auf das Bestimmteste nus. Sie wollen nicht 24 Stunden den Verdacht auf sich liegen lassen, daß sie ihre Schuldigkeit nicht gethan haben; die Nationalversnmmlung möge entscheiden, sie hnbe dazu hinreichendes Material; denn die verlangten Papiere, welche eigentlich nur Beilngen zu den eingereichten Petitionen enthalten, geben keinen weitern Aufschluß, als den sie hier mündlich mittheilen könnten. Eine Unterstützung, wie die des Herrn Wernher, wollten sie nicht, und sie würden augenblicklich abtreten, wenn die Nntionalversammlung seinen Antrag annehme. — Die Versammlung beschließt hierauf, sogleich in die Sache einzugehen; die Linke ist dagegen. Schmerling, als zuerst mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheit beauftragt, erklärt sich für persönlich verantwortlich. Zu Anfang sei es ein provisorischer Zustand gewesen; der Reichsverweser war genöthigt, nnch Wien zurückzukehren, in seiner Abwesenheit habe das Ministerium nicht vervollständigt werden können; die Versammlung habe auf seinen erstatteten Bericht es für gerechtfertigt erklärt, dnß der diplomatische Verkehr erst noch eingeleitet würde. Die eigentliche Thätigkeit in dieser Beziehung habe erst eintreten können mit der Vervollständigung des Ministeriums, dns sei nun 14 Tage. Hier müsse man ins Auge fassen, was in dieser Zeit möglich war: das Ministerium glnube, es habe das Mögliche gethan. Heckscher versichert, in dieser Zeit Tag und Nncht genrbeitet zu haben. Alles sei erst zu schaffen, Nichts vorhanden gewesen. Dazu sei der diplomatische Verkehr eingeleitet worden und es seien sogleich sehr wichtige Verhandlungen nöthig geworden. Die Besetzung der Gesnndtschaftsposten sei keine so ganz leichte Aufgabe. Mit unbedachter Eile einschreiten, sei nicht staatsmännisch. Die schleswig-holsteinsche Angelegenheit laste sehr schwer auf dem Ministerium und nehme seine ganze Thätigkeit in Anspruch; es wäre nicht gut, wenn zugleich eine andere Frage, welche so folgenreich werden könne, mit der allergrößten Hast behandelt werden solle. In der schlesw. holstein. Angelegenheit seien die größten Mächte Europas auf der Seite des Feindes, und in der limburger Angelegenheit sei dieselbe Stimmung gegen die deutschen Interessen. Ob man verlangen wolle, daß das Ministerium in solcher Lage hastig und ohne alle Umstände gehörig zu erwägen zu Werke gehen solle? Gottschalk tadelt, daß das Ministerium eine Kabinetsfrage aus der Sache mache, und meint, es suche seinen Tod im Angesicht der drohenden Gefahr. Vogt bemüht sich, nachzuweisen, dnß das Ministerium Nichts gethan habe. Auch in der schleswig-holsteinischen Sache habe es Nichts gethan, wie es sich zeigen werde. Der N-bner ist offenbar auf einen Angriff nicht vorbereitet, und bleibt daher immer nuf der allgemeinen Behauptung sitzen, das Ministerium habe Nichts gethan. Wernher rügt das Benehmen des Ministeriums in der limburger Sache. Es habe die Verhältnisse nicht gehörig berücksichtigt. Holland habe von Anfang an gezeigt, daß es nicht gesonnen sei, den Anforderungen Deutschlands zu entsprechen, es habe nur Spott und Hohn für uns gehabt. Dadurch, daß das Alles unbeachtet von der Centralgewalt geblieben sei, sei unsere Lage von Tag zu Tag schwieriger geworden. Beneden und nach ihm Hasler reden viel davon, daß sich Deutschland nicht fürchte und es mit der ganzen Welt aufnehmen solle. Simon von Trier sngt, das Ministerium wisse keine Einheit im Innern zu Stande zu bringen, und daher knwme es, daß keine Politik nach Außen da sei. Beckerath verwahrt das Ministerium dagegen, daß es selbst seinen Tod suche. Der verdiene nicht ein Minister Deutschlands zu sein, der vor einer dem Vaterlande drohenden Gefahr sich zurück ziehen wollte. Er würde sich für einen Verräther des Vaterlandes halten müssen, wenn ihm so Etwas in den Sinn käme. Aber mit Besonnenheit und Mäßigung müsse die Politik Deutschlands geleitet werden, darauf beruhe die Zukunft des Vaterlandes. Wenn die Nationalversammlung darin gegen das Ministerium sich erkläre, so könne dieses unmöglich in seiner Stelle bleiben. Schwerin erklärt nochmals, daß er die Kraft eines deutschen Ministeriums nicht darin suche, daß es durch ein politisches Renommiren überall Händel anzettle. Man habe immer nur gesagt, das Ministerium habe nicht gethan, was es hätte thun sollen; aber Niemand habe gesagt, was es denn eigentlich hätte thun sollen. — Zur Abstimmung lagen mehrere Anträge vor. Außer dem Wernher'schen, den das Ministerium als ein Mißtrauensvotum erklärt hatte, war ein Antrag von Wesendonk gestellt auf Tagesordnung mit der Erwartung, daß das Ministerium mit Energie die Beschlüsse der Nationalversammlung vollziehen werde. Zuerst wurde der Antrag auf einfache Tagesordnung zur Abstimmung gebracht und mit einer Mehrheit von 16 Stimmen verworfen. Sodann ein Antrag auf motivirte Tagesordnung „in Betracht, daß das Ministerium durch die gegebene Erklärung gerechtfertigt erscheine“, angenommen. Das Ministerium erhielt also statt des beantragten Mißtrauensvotums ein förmliches Vertrauensvotum.

Auf eine andere Interpellation gibt Schmerling die Erklärung, daß das Ministerium die Nothwendigkeit eines Departements für die Herstellung einer deutschen Mnnine erkannt habe und darauf aus gehe, die geeigneten Personen dafür zu finden.

Zur Berathung lag weiter vor der Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung über den Antrag des Abg. Dietsch auf Wiedereröffnung der für die Zuhörer bestimmten Räume in der Paulskirche. Die Mehrheit des Ausschusses beantragt: „Die Nationalversammlung möge beschließen, daß die auf der Gallerie befindlichen Räume dem Publikum zwar wieder geöffnet werden, das Bureau aber die erforderliche Einrichtung treffe, daß nur eine beschränktere Zahl von Zuhörern zugelassen werde und die Ordnung überall gehandhabt werden

Manne." Die Linke will unbedingte Wiedereröffnung der Gallerie. Lichnowsky stellt dagegen den Antrag, die Anordnung des Bureaus aufrecht zu erhalten. Dieser Antrag wird am Ende einer sehr lebhaften Debatte durch namentliche Abstimmung mit einer Mehrheit von 100 Stimmen angenommen. Zu diesem Resultate trugen nicht nur die Reden der Hrn. Dietsch und Schlöffel, sondern auch das Benehmen der Gallerie selbst, wo wieder auf die ungezogenste Weise gepfiffen und getrommelt wurde, Vieles bei. Was wollten dagegen die Phrasen Blums über das anständige und würdige Benehmen „des Volkes"?

♂ Frankfurt, 31. Aug. Die Spenersche Zeitung fährt fort, ihrem Publikum die abgeschmacktesten Lügen aufzubinden; nun erzählt sie wieder, Robert Blum sei zum Reichsgesandten nach Rom ernannt. In welcher Absicht eine solche Nachricht in Berlin verbreitet wird, ist leicht zu errathen; nur ist es kein gutes Zeugniß für die Berliner, wenn man glauben kann, eine solche Nachricht werde für etwas Anderes denn für einen Scherz gehalten. — In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zeigte sich, daß der Haß der Linken gegen van Soiron aus Anlaß seiner kräftigen Geschäftsleistung in den bekannten letzten stürmischen Sitzungen noch nicht erloschen ist. Im Unmuth darüber, daß sie die Wiedererwählung Soirons nicht verhindern konnte, gab sie eine grollende Erklärung zu Protokoll, Soiron aber erklärte unter Beifall der großen Mehrheit, die ihn gewählt, er werde, wie bisher, seine Pflicht thun. Davon wird ihn auch der Antrag des Ausschusses, der die 17 gegen ihn vorgebrachten Klagepunkte zu begutachten hatte, nicht abbringen, wenn schon dies Gutachten unbegreiflicher Weise dahin geht, Soirons Ordnungsruf gegen Brentano sei zurückzunehmen. Es ist dies derselbe Ausschuß, der auch darauf anträgt, dem Publikum die Gallerien wieder in dem Uebermaße zu öffnen, welches sich früher so verderblich erwiesen. Daß solche Anträge verworfen werden, ist vorauszusehen, doch ist es Schade um die kostbare Zeit. Diese und die schädliche Aufregung, welche nothwendig mit der Berathung solcher Anträge verbunden ist, hätte jeder andere Ausschuß wohl eher zu vermeiden gesucht. Es ist überhaupt traurig, daß nicht ernst genug sich bloß auf das Verfassungswerk beschränkt wird. Mittermaier's acht Bogen und 45 Paragraphen mit 10 Unterparageaphen starker Bericht über ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz eröffnet die Aussicht auf den Verlust von vielleicht zwei Monaten, welche mit der Berathung eines solchen Entwurfs hingehen werden, ohne daß voraussichtlich das Gesetz irgend etwas Praktisches nützen wird. Ich habe unter den Abgeordneten noch Niemand gesprochen, der nicht für jetzt diese ganze weitläufige unzeitige Arbeit verwünscht, und ich zweifle, ob im Volke eine andere Meinung herrschen wird. Je länger die Berathung der Verfassung sich hinauszieht, je weniger ein Ende abzusehen ist, je mehr erstarkt der Partikularismus, je größer werden die Zweifel an dem Zustandekommen einer deutschen Einheit. Welches Verdienst könnte sich nicht dasjenige Mitglied erwerben, dem es gelänge, die Nationalversammlung zu einem kühneren, rascheren Verfahren zu vermögen! —

Δ Frankfurt, 24. Aug. Es unterliegt kaum einem Zweifel mehr. Wir werden über den Rubikon gehn, und nicht nur die Religion, sondern auch den Staat in der Kirche völlig unabhängig erklären von dem weltlichen Staate. Die Linke, die Rechte und ein großer Theil des Centrums, die überkirchliche, die kirchliche und die politische Partei, Alle haben sich mit wenigen Ausnahmen in und außer der Versammlung dafür erklärt, und der Würfel ist geworfen. Es wird dies allerdings für den Augenblick die günstige Folge haben, zu der politischen Aufregung nicht auch noch die religiöse hinzuzufügen, und diejenigen, welchen die Civilehe, die Gleichberechtigung aller Konfessionen, die Anerkennung der neugebildeten und zu bildenden Bekenntnisse und so manches Andere ärgert oder schmerzt, durch ein Opfer zu versöhnen, das ihnen gebracht wird. Es ist auch den allgemeinen Grundsätzen gemäß, welche die freieste Entwicklung nach jedee Richtung hin gestatten, und des Glaubens leben, den wir theilen, daß die Freiheit, wie nach der Bibel die Gottheit, die Wunden die sie schlägt, selbst am besten heilt. Es ist unläugbar, daß Nichts die Religion so sehr in Mißkredit gebracht hat, als die unnatürliche Verbindung, die sie mit dem Staate geschlossen hatte, und daß der Glaube, den die Polizei unterstützt, gerade denselben Glauben findet, wie die Polizei selbst. Aber drückt das Wort: Unabhängigkeit der Kirche vom Staate, die richtige Idee, die ihm zu Grunde liegt, auch richtig aus? Ist die Kirche in der That Nichts als ein religiöses Institut? Sind kirchliche immee und durchaus gleichbedeutend mit religiösen Vereinigungen? Ein ultramontaner Redner (Herr Sepp) hat heute ganz bestimmt behauptet, der Staat wäre der ärgste Jesuit. Könnte man den Satz nicht mit einer höflichen Veränderung so umkehren, der Jesuit bildet den geschlossensten Staat in seinem Orden? Derselbe Redner meinte, die freie Forschung wäre vom Uebel, und das Beste wäre die Autorität. Sollte aber die Autorität des Staates der freien Forschung nicht zu Hilfe kommen dürfen, wenn eine andere Autorität ihr entgegen tritt? Wir verlangen die unbedingte Freiheit im religiösen Gebiete; aber ist der Inhalt eines jeden päpstlichen Breve ein streng religiöser? Und wird das staatliche Placet, in welches das landesherrliche sich verwandeln muß, nicht mit dem Buchstaben dieser unbedingt ausgesprochenen kirchlichen Unabhängigkeit in Widerspruch treten oder zu treten scheinen? Freilich wo es rein religiösen Erlassen nicht ertheilt wird, da wird ein sträflicher Eingriff in die Gewissensfreiheit begangen. Aber wie oft und wie leicht verirrt es sich in ein anderes Gebiet, und gehört der Kirche an ohne der Religion anzugehören? Wenn Theonerden, aus gemischten Fürstenehen entsprossen, auf den Kanzeln als Bastarte erklärt werden, ist das eine religiöse Meinung, um die der Staat sich Nichts zu bekümmern hat? Wenn Unmündige ohne Wille ihrer Eltern das väterliche Haus verlassen und in ein Kloster gehen — gehört es zur Unabhängigkeit der Kirche von dem Staate, daß diese Nichts darein zu reden hat? Wenn glaubenswüthige Priester gegenseitig von den Kanzeln herab sich das Anathem an den Hals schleudern — darf im Interesse der Ordnung von Obrigkeitswegen Nichts dagegen geschehen? Freilich hat der alte Polizeistaat ein heilloses Spiel mit der Religion getrieben, und abwechselnd die Kirche zu seinem und sich zu der Kirche Zwecken gemacht. Freilich muß Sorge getragen werden, daß das nicht wiederkehre und die Söhne der Gottheit nicht, wie in dem biblischen Mythus, zu den Töchtern der Menschen kommen und ein verhaßtes Zwittergeschlecht zeugen, das vom Himmel eine Sündfluth auf die Erde ruft. Aber folgt daraus, daß der Rechtsstaat nicht das Recht habe, sich dem Spiele entgegenzusetzen, welches die Priester jeder Kirche nicht selten mit dem Worte Religion treiben, neue Kirchen, indem sie Religion nennen was Kommunismus, alte Kirchen, indem sie so nennen was Regierung ist? Ein sehr geistreicher Redner, der für Unabhängigkeit der Kirche vom Staate sprach, machte das Recht der kirchlichen Gemeinde auf Selbstregierung geltend. Da aber das Princip der Kirche, gleichviel ob von Anbeginn oder jetzt, gerade dieses Recht der Gemeinde verwirft, so wird diesen freilich übrig bleiben, aus dem Kirchenverbande herauszutreten, aber gerade hier wäre es in der That ein Uebergreifen des Staates in das eigentlich kirchliche Gebiet, wollte er in die Satzungen eingreifen, wie sie jetzt dastehen. Ein wackrer katholischer Geistlicher nahm die Unabhängigkeit der Kirche, unbeschadet des Oberaufsichtsrechtes des Staates in Anspruch. Mit diesem stimmen wir ganz und unbedingt überein. Aber das geht über den Beckerath'schen Verbesserungsantrag nicht hinaus, der alle Religionsgesellschaften als solche unabhängig von der Staatsgewalt erklärt und ihr Recht anerkennt, ihre inneren Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten. Das gibt Gott was Gottes und dem Staate was des Staates ist. Was darüber hinaus geht, erkennt unserer Meinung nach nicht sowohl die Trennung des Göttlichen vom Menschlichen, als die Trennung der priesterlichen von der staatlichen Regierung an.

Schweiz.

Bern, 27. August. Nach einer Mittheilung des Hrn. Generals Thiard, Gesandten der französischen Republik, an den Präsidenten des Vororts, wird in Zukunft den lombardischen Flüchtlingen der Eintritt in Frankreich nicht weiter verweigert. Die französische Regierung gibt jedem Flüchtling 75 Cent. täglich und sorgt überdies dafür, daß die Flüchtlinge bei ihrer Durchreise von den Einwohnern beherbergt werden.

Wallis. Hier ist der neue Bund verworfen worden. Das Gesammtergebniß liefert 3664 Nein und 2684 Ja. Oberwallis hat entschieden.

Neuenburg. Die Bundesverfassung ist am 27. August von 5481 Bürgern angenommen worden. Verwerfende zählte man nur 304. In der Stadt Neuenburg waren 479 Annehmende, 24 Verwerfende.

Der Basl. Z. zufolge hat der Vorort aus einem Schreiben des österreich. Gesandten Kaisersfeld die Mittheilung gemacht, daß laut bestimmter Erklärung Radetzky's alle ital. Flüchtlinge, welche österreich. Unterthanen sind, frei, ungehindert und ohne alle Gefahe gerichtlicher Verfolgung heimkommen können, unter der einzigen Bedingung, sich in ihren Heimathsgemeinden zu stellen und dieselben einstweilen nicht zu verlassen.

Der Republikaner theilt mit, daß Garibaldi in der Nacht vom 26. d. nahe bei Tradate von großer Uebermacht angegriffen wurde, so daß er nach hartnäckigem Kampf das Schlachtfeld räumte und sich mit dem Gros seiner Kolonne in die Schweiz zurückzog.

Digitized by Google

Großbritannien.

London, 30. Aug. Das „Dublin Journal“ meldet: „Eine Akte des gegenwärtig sitzenden Parlaments ist so eben in Kraft getreten, nämlich diejenige, welche den aus ihren Wohnungen vertriebenen Armen in Irland Schutz und Hilfe gewährt. Von jeder „Ausweisung“ muß Anzeige gemacht und den Hinausgestoßenen ein Obdach angewiesen werden. Einer der Bestimmungen dieser Akte erklärt es als ein Vergehen, wenn man einen Wohnsitz abdeckt, zu dem Zwecke, die Bewohner dadurch hinauszutreiben.“ Somit ist doch Etwas geschehen, um die Häute dieses schändlichen Brauchs, der ein cioilisirtes Jahrhundert, eine sich vorzugsweise der Humanität rühmende Nation schändet, etwas zu mildern; leider ist damit dem Skandal selbst noch kein Ende gemacht. Auffallend bleibt es, daß die englischen Zeitungen auf diesen humanen Fortschritt der Gesetzgebung wenig Gewicht zu legen scheinen, die betreffende Akte des Parlaments nicht erwähnen und kaum die Mittheilung der Dubliner Zeitung unter einer Menge gleichgiltiger Notizen wieder abdrucken. Wenn es sich um einen Gesetzesvorschlag handelt, durch den die reiche Kaufmannschaft an der Themse ein paar hundert Pfd. jährlich zu verlieren gefährdet ist, so ergießen die Londoner Zeitungen einen Platzregen von leitenden Artikeln darum, darüber und dagegen; einen solchen Fortschritt zum Bessern, wie der oben genannte, der, so klein er auch scheinen mag, doch einer Million Pfd. St. gleich wiegt, halten sie der Erwähnung kaum für werth; denn der Krämer der City und der Gutsherr in seinem mit den Herrlichkeiten aller Himmelsgegenden ausgestatteten Prachtschloß hat davon freilich keinerlei Nutzen.

Die englische Regierung hat beschlossen, Sir Robert H. Schomburgk zu ihrem Konsul auf der Insel Domingo zu ernennen.

Galignani's Messenger theilt aus den mit dem letzten ostindischen Briefpacketen angelangten ostindischen Zeitungen, mit dem Datum vom 19. Juli, mehrere Auszüge mit, wornach die Aufständischen von Multan, wie man sagt in der Stärke von 18,000 Mann und mit 20 Geschützen, die Streitkräfte des Kapitäns Edwardes und des Obersten Cortlandt und die mit ihnen verbündete, vom Lieutenant Lake befehligte, Armee von Bahawulpur am 1. Juli abermals bei dem Dorf Sadusan angriffen und noch tüchtig auf's Haupt geschlagen wurden, als in dem Treffen vom 18. Juni. Die Schlacht war sehr heftig und endete unter den Mauern von Multan. Der Mulrabsch entkam nur mit genauer Noth. Von der ersten Schlacht soll Kapitän Edwardes an einen Freund in sehr bescheidenem Tone geschrieben haben; er äußert in diesem Schreiben unter Anderm: kein Engländer könne am 18. Juni, dem Schlachttage von Waterloo, geschlagen werden.

Der Allg. Zeit. entnehmen wir folgende Notiz: „Die Londoner vornehme Welt strömt jetzt zahlreich nach dem prächtigsten Adelssitze Englands, dem Schlosse Stowe, welches dem Herzog v. Buckingham gehört. Dieser Peer, welcher sein ungeheures Vermögen — die Times sagen: vergeudet, der Standard: durch Unglücks-Fälle verloren hat, ist im vorigen Jahre fallit geworden; er hat seinen Sohn, den Marquis v. Chandos, bewogen, daß den Familiengütern anhaftende Erbrecht des Entail (welches mit unsern bisherigen Majoraten weder an Dauer noch an Strenge verglichen werden kann) gerichtlich aufheben zu lassen, und dadurch fällt nun der ganze unermeßliche Besitz den Gläubigern zu. Die Versteigerung des fürstlichen Schlosses wird viele Wochen dauern, so voll ist es von kostbaren Geräthschaften, Silber- und Goldgeschirr (welches allein 60,000 Unzen wiegt), Vasen und Marmorsachen, Gemälden, Wetaen und Seltenheiten aller Art. Der Verkauf der Vasen und Alabastersachen wird allein drei Tage, der des Gold- und Silbergeschirres fünf Tage, der der Möbel vierzehn Tage dauern. So lange braucht es, um diesen Sitz eines alten Geschlechtes in ein Wrack zu verwandeln. Jedessen wird dem Sohn — so behauptet ein neues Blatt, die Era — doch ein Grundeigenthum von ungefähr 18,000 Pf. St. jährlichen Ertrags übrig bleiben.“

So weit die Mittheilung der Allg. Z.; aber erwähnt zu werden, verdient die Wuth, mit welcher die Times über den herzoglichen Bankerottirer herfallen. Mit Recht bemerkt zwar die letztgenannte Zeitung, daß dieser Bankerott eine Schmach für das altberühmte Geschlecht der Buckingham, ein Schlag für die englische Aristokratie, im Allgemeinen ein höchst unwillkommenes Ereigniß für eine Kaste sei, gegen welche die Demokraten aller Länder ihre Sturmböcke vorzugsweise richteten, sie geißelt ferner mit Recht die Extravaganzen und Thorheiten, durch die der Herzog sein Vermögen zu Grunde gerichtet habe (obschon in Deutschland mancher noch nicht zu Grunde Gerichtete mit einem zu Grunde gerichteten englischen Herzoge, dem noch der kleine jährliche Rest von 18,000 Pf. bleibt, mit Vergnügen tauschen würde); aber etwas Unheimliches hat die Versicherung der Times, daß in unserer Zeit, wo Throne zusammenstürzen und Aristokratien in Staub zerfallen, „Unglück die Bedeutung des Unrechts annehme und persönlicher Ruin öffentlichem Verrath gleichkomme.“ Die Times, in der Weise jener herzlosen Leute, die, so lange sie im Glücke sind, Reichthum und Sittlichkeit, und eben so Verarmung und Unsittlichkeit für gleichbedeutend halten, machen hier wie immer keinen Unterschied zwischen verschuldetem und unverschuldetem Unglück; von diesem eiskalten Gipfel des City-Egoismus, welcher die ganze Welt als ein Zahlbrett ansieht und Jeden, der im warmen Anhauch des Gefühls oder der Leidenschaft sich im Exempel seines Lebens ein wenig verrechnet, zu einem hängenswürdigen Verbrecher stempelt, pflegen die Times ja auch wohl die menschlichen und geschichtlichen Verhältnisse überhaupt zu betrachten. Wenn man übrigens das Verzeichniß der im Schlosse Stowe unter den Hammer gebrachten Gegenstände, der kostbaren Schmuck- und Nippsachen, der Statuen und Statuetten, der Silber- und Goldgeschirre, der Prachttoiletten und Prachtbetten, letztere überreich vergoldet und mit wallenden Vorhängen aus Silberstoff versehen, kurz wenn man dieses Verzeichniß von tausend und abertausend Hervorbringungen des alten und neuen Kunstfleißes, die oft bloß abenteuerlicher Art sind und nur zum bloßen Schaugepränge, sonst aber keinem rechten Zweck dienen, mit verwundertem Blick überfliegt, und man erinnert sich dabei an die unsägliche Noth in den irischen Erdhütten, in denen das Hungerfieber wüthet, weil die Kartoffelernte nicht gerathen ist, so kommen dem Leser doch einige chartistische Vorstellungen von der ungleichen Vertheilung der irdischen Güter unwillkürlich an. Uebrigens gehen die Kostgegenstände zum Theil zu sehr niedrigen Preisen weg, eine Prachtuhr z. B., für die der verstorbene Herzog 1000 Guineen zahlte, zu nur 51 Pf. Ein Week älteren deutschen Kunstfleißes, ein Schubladenschränkchen mit eingelegter Arbeit, für eine der Zierden des Schlosses Stowe gehalten, wurde von Baron Rothschild für 235 Guineen angekauft.

Frankreich.

Paris, 30. August. Die heutige Sitzung der Nat.-Vers. bot wenig Interessantes dar. Der Präsident zeigt an, daß die Diskussion über die Konstitution beginnen könne, und bittet die Versammlung, den Tag festzusetzen. Die Versammlung entscheidet sich für Montag. Dann verlangt man sich, auf Marrast's Vorschlag, täglich zwei Sitzungen zu halten. Nach Beseitigung einiger unbedeutenden Verhandlungen verlangt Hr. Crespel de Latouche die Dringlichkeit für seinen Vorschlag: „die Nationalversammlung möge erklären, daß der Exekutivgewalt selbst während des Belagerungszustandes nicht das Recht zustehe, Journale zu suspendiren.“ General Cavaignac macht aufmerksam, daß der Vorschlag nichts Anderes als ein Tadel der Regierung wegen der Vergangenheit, eine Beschränkung der Prärogative derselben für die Zukunft sei; dessenungeachtet trage die Regierung keineswegs darauf an, daß die Versammlung über diesen Vorschlag zur Tagesordnung übergehen solle, sondern sie unterstütze selbst das Verlangen um Dringlichkeit, da sie in jedem Augenblicke bereit sei, die Maßregeln, die sie gegen gewisse Journale ergriffen habe, zu diskutiren und zu rechtfertigen. (Von allen Seiten: Sehr gut!) Es entsteht nun eine lange und sehr verworrene Debatte, ob der Vorschlag den Bureaux oder dem Gesetzgebungskomité zur Abstattung eines Berichtes überwiesen werden solle. Die Versammlung befragt, verwirft die Verweisung an die Bureaux und schickt den Vorschlag an das Gesetzgebungskomité, um binnen drei Tagen einen Bericht darüber abzustatten. An der Tagesordnung ist das Dekret wegen Wiederherstellung des Fleischoktrois in Paris für 1849. Die Debatte schleppt sich schwerfällig hin und das Dekret wird angenommen werden. Bei Postschluß wird zur Abstimmung geschritten.

Der neue Verfassungs-Entwurf enthält bedeutende Aenderungen, besonders im Eingange; das Recht auf die Arbeit ist weggefallen, dagegen eine einzige Kammer von 750 Mitgliedern beibehalten worden. Im Eingange erklärt die französische Nation zugleich, daß sie alle fremden Nationalitäten achten, nie einen Eroberungskrieg führen oder ihre Waffen gegen die Freiheit eines Volkes richten werde. Sogleich nach Veröffentlichung der Konstitution wird der neue Präsident durch das allgemeine Wahlrecht auf 3 Jahre gewählt und erhält 600,000 Fr. Gehalt. Ein besonderes organisches Gesetz wird die Bedingungen regeln, unter denen die legislative Gewalt den Belagerungszustand bestreiten kann und zugleich die Grenzen und Beziehungen des Belagerungszustandes zu allen öffentlichen Freiheiten festsetzen. Die jetzige Nationalversammlung löst sich nicht eher auf, als bis sie die organischen Gesetze über die Presse, die Wahlen, den Unterricht, die Verantwortlichkeit der Staatsdiener, den Staatsrath, die Departemental-

Digitized by Google

Oesterreich. Wien, 27. August. Folgende Adressen an Radetzky und das siegreiche Heer, die erste vom versammelten mährischen Landtag, die zweite vom ruthenischen Volksrathe, sind nicht ohne Bedeutung: „Mit gerechtem Stolze blickt jeder Vaterlandsfreund auf das tapfere Heer in Italien. Es hat Großes, Herrliches vollbracht. Durchdrungen von diesem Gefühle, spricht auch der versammelte mährische Landtag dem tapferen Heere und seinem heldenmüthigen väterlichen Führer seine Bewunderung, Anerkennung und seinen Dank aus. Schon hat die Geschichte die Thaten der tapferen Armee aufgezeichnet, sie wird auch den Dank aufzeichnen, den die freien Völker Oesterreichs ihren heldenmüthigen Brüdern zollen. Jubelnd rufen sie aus: Hoch das ungetheilte große Oesterreich! Hoch sein konstitutioneller Kaiser! Hoch sein tapferes Heer!“ Brünn, den 17. August. Im Namen des versammelten mährischen Landtages. Das Direktorium. Wogkowsko.“

„Herr Marschall! Mit Jauchzen begrüßt die Nation der Ruthenen in Galizien die glänzenden Siege und unsterblichen Verdienste Ew. Excellenz um unser gemeinsames Vaterland, das große Oesterreich! Indem wir Ruthenen Ew. Excellenz den Ausdruck unserer höchsten Verehrung darbringen, glauben wir gleichzeitig die Bitte aussprechen zu dürfen, daß unseren Söhnen und Brüdern, die an den blutigen Kämpfen ehrenvollen Antheil genommen, ihres Volkes dankbare Anerkennung und Bewunderung verkündet werden möge. Der Herr der Heerschaaren möge Ew. Excellenz glorreiche Waffen fort und fort segnen und sie noch lange Jahre zu Ruhm und Ehre unserem gemeinsamen Vaterlande erhalten. In diesem feierlichen Augenblicke, wo unsere Stammesgenossen die Treue und Anhänglichkeit an Kaiser und Vaterland mit ihrem Blute besiegelten, fühlen auch wir uns glücklich und stolz, daß es uns vergönnt, in gleichem Sinne, in gleicher Hingebung mit Ew. Excellenz tapferen Schaaren am heimischen Heerde wetteifern zu dürfen. Lemberg, am 16. August 1848. Vom ruthenischen Volksrathe.“ (Folgen die Unterschriften.)

Preußen. Berlin, 30. August. Der Handelsminister hat der Kaufmannschaft gestern folgende Anzeige gemacht: „Die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft benachrichtige ich ergebenst, daß es gelungen ist, einen siebenmonatlichen Waffenstillstand mit Dänemark abzuschließen, und die Ratifikation des darüber abgeschlossenen Vertrages Seitens Sr. Maj. des Königs zu hoffen steht. Demgemäß ist nicht nur binnen Kurzem die Freigabe der angehaltenen Schiffe, sondern auch die Wiedereröffnung eines völlig freien Verkehrs zu erwarten.“

Die Spen. Z. bemerkt: Es war ein dringendes Bedürfniß für Preußen, dem Kriege mit Dänemark so bald als möglich ein Ende zu machen; unsere Seestädte und Ostsee-Provinzen haben gewaltig gelitten, und Preußen konnte sich einen europäischen Krieg auf die Schultern laden, nachdem auch Frankreich und England im Verein mit Rußland für Dänemark eingetreten waren. (?) Dieser Krieg würde zunächst nicht Deutschland betroffen haben, denn alle diese Mächte haben den neuen Zustand Deutschlands noch nicht anerkannt und ihre Invasion würde Preußen allein getroffen haben. Unter diesen Umständen konnte Preußen nicht anders handeln, als daß es die Territorialfrage in Schleswig einstweilen ungelöst ließ und nur auf die für jetzt möglichen Bedingungen hin einen Waffenstillstand abschloß. Dieses ist durch die Vermittelung eines besonderen Abgesandten, des Generals v. Below, geschehen. Derselbe ist gestern zurückgekommen und es ist nun zu erwarten, daß die Ratifikationen des, zunächst auf sieben Monate abgeschlossenen, Waffenstillstandes bald ausgewechselt werden. Von Frankfurt aus war Preußen, auf seine bestimmten Erklärungen hin, freie Hand zum Abschluß gelassen.

Aus dem **Hannoverschen.** Ein interessantes Aktenstück, das ohne Zweifel von Anfang bis zu Ende aus Stüve's Feder geflossen, ist ein Ausschreiben des Ministeriums des Innern an alle Behörden des Landes, worin diesen die Grundsätze vorgezeichnet werden, nach denen bei der völligen Neugestaltung der öffentlichen Verhältnisse des Landes die Thätigkeit der Behörden sich richten müsse. Gleich im Eingange wird darauf hingewiesen, daß es eine gefährliche Täuschung sein würde, wenn man dem Glauben sich hingeben wollte, daß mit der Umgestaltung der Verfassung Alles geschehen und ein Wiedereinlenken in die alte Zeit überhaupt möglich sei. Eine solche verderbliche Hoffnung müsse mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Das Meiste und Schwierigste sei noch zu thun übrig, und es sei jetzt nur die Frage, ob das, was im Geiste der neuen Zeit geschehen müsse, mit Vernunft und im gesetzlichen Wege durchgeführt werden solle, oder ob man der rohen Gewalt und dem Umsturze alles Bestehenden durch hartnäckiges Widerstreben vorarbeiten wolle. Das Ausschreiben macht dann insbesondere darauf aufmerksam, wie die Stellung der Behörden dem Publikum gegenüber eine ganz verschiedene geworden sei, wie den Gemeinden und den Einzelnen eine größere Betheiligung bei den Angelegenheiten der Gemeinde und des Staats eingeräumt werden solle und es jetzt darauf besonders ankomme, auf jede Weise sie dazu heranzubilden. Zugleich aber werden die Behörden ermahnt, daß es ihre Pflicht sei, das Ansehen des Gesetzes aufrecht zu erhalten. Am Schlusse werden dann diejenigen Staatsdiener, welche sich nicht im Stande fühlen, in diesem Sinne zu wirken, aufgefordert, sich einer Stellung zu entschlagen, für die sie nicht gemacht seien. Ich meine, daß dieses Ausschreiben am schersten zeigt, was Stüve ist und will. (W. Z.)

Schleswig. * Altona, 29. August. Heute Morgen rückte das letzte Bataillon Hessen-Darmstädter hier aus, um nach Norden zu gehen, wo überhaupt Nichts wie Paraden und Umlegungen vorkommen. Das neugebildete 9. schleswig-holsteinische Bataillon in Itzehoe ist nach Dithmarschen verlegt worden (es sind großentheils ehemalige Tann'sche Freischärler), dagegen rücken Badener und Darmstädter nach Itzehoe und Umgegend, um später abgelöst zu werden. — In dänischen Blättern wird jetzt die Verbannung der holsteinischen Prinzen amtlich publicirt, nach welcher es den Herren nicht erlaubt sein soll, weder im eigentlichen Dänemark noch in den Herzogthümern sich aufzuhalten. Dagegen hat man dem Bruder der fünf Prinzen den Titel „Hoheit“ beigelegt, weil er der einzige war, welcher dem Königshause treu blieb. Man glaubt allgemein, daß Prinz Christian von Glücksburg, die junge Hoheit, zum präsumtiven Thronerben ausersehen ist und zwar derartig, daß er die beiden Kronen auf sein Haupt setzen und so der Gesammtstaat fortbestehen soll. Doch wird man sich in den Herzogthümern kräftig gegen diese Procedur auflehnen, da man den Gesammtstaat unter jeder Bedingung gelöst sehen will. — Selbst gegen das Abtreten der provisorischen Regierung lehnt sich das Militär auf; vom 2. Jägerkorps aus Husum traf bereits eine derartige Petition in Rendsburg ein. Das Merkwürdigste dabei ist, daß die Officiere des Korps fast sämmtlich Preußen sind. — Russische Kriegsschiffe werden immer mehr im Kopenhagener Hafen, am 23. Abends trafen 5 und am 24. Morgens 2 russische Linienschiffe ein, doch können sie nur unthätig vor Anker liegen. — Die Cholera rückt uns immer näher, und sie scheint im Lager eher als wo anders ausbrechen zu wollen, da Krankheiten, besonders Fieber, jetzt schon allgemein sind.

Großbritannien.

† London, 28. August. Als ich Ihnen zuletzt schrieb, beabsichtigte ich, meinen nächsten Brief den Gallerien der deutschen Parlamente zu widmen. Das Frankfurter Haus hat indeß den Gegenstand zum Theil schon erledigt. Die Gallerien sind geräumt worden und werden hoffentlich wieder geräumt werden, so ofe sie sich's beikommen lassen, in den Gang der Verhandlungen einzugreifen, denn es ist mehr zu beachten, daß die Existenz der Gallerie eine Gunst, nicht aber ein Recht ist. Die Anwesenheit der Berichterstatter der Presse macht die Parlamentssitzungen öffentlich — die Gallerie kann diese Oeffentlichkeit nicht durch ihre Abwesenheit vermindern, sie ist eine so kleine isolirte Fraktion des großen Ganzen von 44 Millionen, daß ihr Sein und Nichtsein gar nicht in Betracht kommt. Daß dieses Gefühl das praktisch vorherrschende ist, hat sich durch die Indifferenz, mit der der radikale Theil des Publikums die Räumung der radikalen Gallerien betrachtet hat, aufs Klarste herausgestellt. So viel ich mich erinnre, war selbst das Plaidoyer der Zeitungshalle für allgemeine Lärmfreiheit von der schwächsten Art. Die Räumung einer Gallerie ist ein so überaus lokaler Akt, daß sie keine Sympathie in der Ferne erwecken kann. Ich weiß wohl, man hat die Frage aufgeworfen, wer dem Parlamente denn das Recht gebe, das „souveräne Volk“ von seinen Sitzungen auszuschließen? Man hat es sogar versucht, diese Frage stark zu betonen; und mit Recht! Die eigenmächtige Ausschließung des souveränen Volkes von der Kenntnißnahme an den Parlamentsverhandlungen wäre eine Usurpation, die nicht strenge genug gerügt werden könnte. Es fragt sich nur, wer ist das souveräne Volk? Sind es die Anbeter der Heeren Rage und Zitz? sind es die Frankfurter Damen, ihre Fächer und Tücher? oder sind es die Kurgäste von Homburg und aus den nass. Bädern? Diesen Leuten mag das Unwesen der Gallerien, d. h. ihrer selbst, angenehm genug gewesen sein, aber „what is one man's meat is another man's poison.“ Die Kommittenten des Frankfurter Parlaments, die ganze große Masse des deutschen Volkes ist es, welche durch die unterbrochenen und beeinflußten Debatten litt, aber hoffentlich nicht mehr leiden wird. Ich, der ich an das Zwielicht und die feierliche Stille der Fremdengallerie im Unterhause gewöhnt bin, ich habe das Mitagiren der Frankfurter und

Digitized by Google

Berliner Gallerien stets mit einer Mischung von Degout und Staunen betrachtet und es schmerzlich empfunden, daß man hier dieselben Gefühle ebenso stark, wo nicht stärker empfand. „Ein schönes Parlament das", sagte man, „wo die Gallerien eben soviel zu sagen haben, wie die Mitglieder! Oder: Ihr Parlament ist ein Theater, Klatschen und Zischen ist schon an der Tagesordnung, man wird bald zu Bouquets und faulen Eiern greifen." Die Engländer, deren Haus in mancher Rücksicht ein gläsernes genannt werden kann, konnten dennoch mit Sicherheit Steine auf unsere Parlamente schleudern, denn sie haben alles Mögliche gethan, um den Einfluß des zufälligen Publikums der Gallerie zu vernichten. Nicht nur ist das Lokal sehr beschränkt, sondern die größte Stille muß unter den Besuchern herrschen. Sie kommen zum Hören, nicht zum Reden. Und weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die Anwesenheit von Damen mache Rede hervorrief, die sonst nicht gehalten worden wäre, so ist jetzt die Gallerie so verbrettert und vergittert, daß man vom Saale aus nicht sehen kann, ob die Zuhörer männlichen oder weiblichen Geschlechtes sind. Wenn man nun bedenkt, daß bei wichtigen und interessanten Fragen die Elite der Aristokratie sich in den Gallerien drängt, so wird der wahrscheinliche Vorwurf der Linken, diese Restriktionen seien dem Aristokratismus John Bull's, der das „Volk" verachte, zuzuschreiben, alle Bedeutung verlieren.

Frankreich.

* Den Pariser Nachrichten vom 31. August entlehnen wir für die heutige Beilage des beschränkten Raumes wegen nur das Allerwichtigste. Im Süden Frankreichs ist eine legitimistische Schilderhebung ausgebrochen. Montpellier sah in seinen Straßen einen blutigen Kampf zwischen den Insurgenten und den Truppen. Der von der Centralisation nie ganz unterdrückte Föderalismus sucht seinen Halt im Königthum. Die Regierung hat die strengsten Maßregeln dagegen beschlossen. In der Presse sieht es sehr kriegerisch aus. Am 28. traf nämlich Wessenbergs, die Intervention ablehnende, Antwort hier ein. Die Regierung, heißt es, sei durch ihre früheren Erklärungen zu sehr gebunden, um jetzt noch zurücktreten zu können. Dieselbe veranstaltet auch wirklich sehr ernstliche Rüstungen.

In der Nationalversammlung beschäftigt man sich heute mit einem Regierungsvorschlage, die auf zehn Stunden festgesetzte Arbeitszeit wieder auf elf Stunden zu erhöhen. Die ziemlich lebhaft geführte Debatte war beim Abgange der Post noch nicht abgeschlossen.

Hr. v. Raumer befindet sich bereits seit acht Tagen hier, ohne daß der Moniteur seiner erwähnt, oder daß er von General Cavaignac empfangen wird. Der Minister Bastide soll ihn ein Mal empfangen, aber ihn absichtlich immer nur als bedeutenden deutschen Gelehrten behandelt und ihm ironische Komplimente über seine Berliner Vorlesungen nach der Februarrevolution (die bekanntlich nicht franzosenfreundlich waren) gemacht haben. Wie bedauern dabei allein die zur Deportation verurtheilten Deutschen. Denn hinsichtlich der Anerkennung der deutschen Centralgewalt von Seite der neuen Republik hegen wir auf die Dauer keine Besorgnisse.

Ungarn.

Pesth, 23. Aug. Viel Sensation und Bestürzung hat hier ein königliches Reskript verursacht, welches unter dem 14. Aug. an den Landtag erlassen und am Schlusse der gestrigen Sitzung des Repräsentantenhauses verlesen wurde. In demselben macht der König bekannt, daß, nachdem seine Gesundheit sich gebessert, er nunmehr selbst die „Regierung" übernommen und den Erzherzog-Palatin von der ihm übertragenen „königlichen statthalterlichen Vollmächtigkeit" hiermit enthebe. Nach dem auf dem letzten Landtage gebildeten Fundamentalgesetz hat in Abwesenheit des Königs der Palatin als königl. Statthalter durch das Organ des verantwortlichen ungarischen Ministeriums in Ofen-Pesth die „Regierung" zu besorgen. Nur die Sanktionirung der Gesetze, bischöfliche und Adelserhebungen ꝛc. wurden dem König selbst und dem bei ihm befindlichen verantwortlichen ungarischen Minister vorbehalten. Am 10. Juni hat der König von Innsbruck aus dem königlichen Statthalter Erzherzog Stephan provisorisch auch das Sanktionsrecht übertragen. Viele wollen nun glauben, daß das erwähnte königl. Reskript dem Erzherzog Stephan eben nur dieses zu den königlichen Prärogativen gehörende Sanktionsrecht wieder abnehme. Indeß begründet der Umstand, daß der Erzherzog Stephan in dem Reskript nur Palatin, nicht aber auch königl. Statthalter genannt wird, ferner daß unter der „Regierung", welche nunmehr der König selbst übernehme, nicht bloß die Sanktionirung der Gesetze verstanden werden kann, die Besorgniß einer indirekt ausgesprochenen Aufhebung der königlichen Statthalterschaft des Palatins und somit einer Umstoßung der ungarischen Märzerrungenschaften. Ohne einen regierenden königlichen Statthalter in Ofen ist auch an eine selbständige Regierung Ungarns in seiner Hauptstadt nicht zu denken, und mag das Ministerium den Namen fortbehalten, so ist es doch, wenn der König in Wien die Regierung übernommen, in der That nichts Anderes, als was die frühere Statthalterei ꝛc. gewesen. Die sogenannte unabhängige ungarische Regierung war bisher auch nur dem Namen nach vorhanden, und da das neuauszuhebende Militär unter österreichisches Kommando gestellt und im österreichischen Geiste disciplinirt werden wird, so muß sie auch so bleiben. Wird das ungarische Kriegs- und Finanzministerium nicht aufgehoben, so wird es doch der österreichischen Regierung untergeordnet bleiben, wenn es auch nicht direkt von dieser die Befehle erhalten würde. Der größte Theil der ungarischen Finanzen muß auf den erhöhten Militäretat und die Civilliste aufgehen, und der ungarische Finanzminister wird kaum über eine größere Summe verfügen können, als auch früher die Komitate und die höhern ungarischen Dikasterien verwalteten. (D. A. Z.)

Neuestes.

Wien. Man schreibt der N. D. Z.: Wie als ganz sicher berichtet wird, hat das Ministerium die französische und englische Intervention in Italien entschieden abgelehnt, und zwar soll es sich mit England darüber verständigt haben. Als Ursache habe es angegeben, daß es mit Karl Albert bereits selbständige Unterhandlungen angeknüpft habe. Wenn man mit dieser Nachricht die ausweichende Antwort Dobhoffs, die er im Reichstage auf eine Interpellation wegen der französisch-englischen Intervention gab, zusammenstellt, so gewinnt die Sache an Wahrscheinlichkeit. Wir glauben, uns nicht zu irren, wenn wir die ganze Interventionsfrage von England nur zum Schein, um Frankreich zu paralisiren, angeregt glauben. Die Folge wird lehren, ob unsere Ansicht die richtige ist.

Altona, 30. August. Durch gütige Privatmittheilung sind wir in den Stand gesetzt, folgende authentische Notizen über die vom General v. Below vorgelegten (und wahrscheinlich wenigstens theilweise angenommenen) Waffenstillstandsbedingungen zu veröffentlichen: In Schleswig-Holstein bleibt das ungetrennte schleswig-holsteinische Heer nebst 2000 Mann Preußen zurück. Die Dänen hatten die Trennung schleswigscher Soldaten von den holsteinischen gefordert, scheinen aber nur das Zugeständniß erlangt zu haben, daß, wenn die Schleswiger die Beurlaubung der gebornen Schleswiger (meist ältere Kavalleristen und Artilleristen) forderten, diese bewilligt werden sollte. — Die neuen Regierungsmitglieder sollen von der jetzigen provisorischen Regierung vorgeschlagen, von der Centralgewalt ohne Weiteres genehmigt und von Friedrich VII., als Herzog von Schleswig-Holstein, bestätigt werden. Prinz Ferdinand wird keinen Antheil an der Regierung nehmen. — Die augustenb. Prinzen erhalten vollen Ersatz für ihr beschädigtes und weggeführtes Privateigenthum. — Ein deutscher Bundesgeneral übernimmt den Oberbefehl über die in Schleswig-Holstein verbleibenden Truppen. — Die Hannoveraner sollen nach Hamburg verlegt werden. — Alle der Souveränität und Würde des Herzogs widerstreitenden Verordnungen und Maßregeln der provisorischen Regierung werden außer Kraft gesetzt.

Kopenhagen, 28. August. Die auf heute angekündigt gewesene Auktion konfiszirter Schiffe ist auf den 4. September verschoben. (B.-H.)

Eine andere Correspondenz der B.-H. von demselben Tage gibt ebenfalls die Nachricht von dem abgeschlossenen Waffenstillstande, mit dem Zusatz, die Unterhandlungen wegen des demnächstigen Friedens würden in London stattfinden.

Toskana. Auf die falsche Nachricht, daß der wühlerische Priester Padre Gavazzi auf Befehl der Regierung verhaftet sei, brach am 25. August in Livorno ein Volks-Aufstand aus, der Gouverneur, Lello Guinigi, wurde gefangen gesetzt und eine provisorische Regierung, mit dem neapolitanischen Flüchtling la Cecilia an der Spitze, errichtet. La Cecilia bewirkte zwar die Freilassung des Gouverneurs, aber der Aufstand ist ungedrochen. Die Eisenbahn und der elektrische Telegraph waren in der Nähe der Stadt zerstört, und am 26. kam es zu einem Scharmützel zwischen Volk, Bürgerwehr und Linie. — Marchese Ridolfi ist in einer Sendung nach Paris und London abgegangen. — Die Regierung hat sich geweigert, den Flüchtlingen aus der Lombardei und dem Venetianischen Unterstützung zu gewähren. (Schw. M.)

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Glover 8 Lancaster Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 12. 23 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 242. Heidelberg, Montag 4. September. 1848.

Uebersicht.

Preußen und die provisorische Centralgewalt. II. — Wien (Reichstagsverhandlungen. Interpellationen. Nachrichten aus Ungarn. Der deutsche Verein. Befehl an Adjutg von Albini). Berlin (Verhandlungen des Verfassungslandtags. Bürgerwehrgesetz). Vom Rhein (das spezifische Preußenthum und die Städte der Rheinprovinz). Köln (die Truppendurchmärsche. Der Abg. Raveaux). Leipzig (die Fahnenweihe. Der König). Mannheim (der deutsche Zuschauer gegen Gustav Struve). Gießen (die Ursache der Unruhen). Detmold (die Bevollmächtigte bei der Centralgewalt). Schleswig (Einberufung des Landtags). Frankfurt (franz. Ehrenzeichen beim 2. würtemb. Reiterregiment. Der Bevollmächtigte bei der Centralgewalt). Hamburg (die Kollegien über die konstituirende Versammlung. Die Vereine. Welcker. Dänische Maßregeln).

Großbritannien. London. Parlamentsverhandlungen. Ergüsse des Morn. Chronicle über Berlin, Wien und Frankfurt.

Frankreich. Paris. Rüstungen. Rußlands Beziehungen zu Frankreich. Plan des Kaisers Nikolaus über die Zukunft Italiens. Stand der Friedensunterhandlungen mit Oesterreich. Verhandlungen der Nationalversammlung über die Schuldenhaft.

Italien. Rom. Die Kammer aufgelöst.

Beilage. Wien. Adressen an Radetzky. Berlin. Eröffnung des Handelsministers über den Waffenstillstand. Aus dem Hannöverschen. Stüves Grundsätze über die Administration. Großbritannien. London. Die Galerien in den Nationalversammlungen. Frankreich. Paris. Legitimistische Schilderhebung im Süden. Gesetz über die Arbeitszeit. Hr. v. Raumer. Ungarn. Der Palatin. — Neueste Nachrichten.

4. September.

Die O. P. A. Z. beklagt sich, daß Preußen während des Provisoriums vom 28. Juni Alles in Statuquo erhalten wissen wollte. Was versteht die O. P. A. Z. unter dem Statuquo? Der alte Statusquo war ja durch das Junigesetz beseitigt. Die Erklärung folgt auf dem Fuße. Preußen behauptete, „daß die Centralgewalt sich in die inneren Landesangelegenheiten nicht mischen solle", und daher auch nur mit den Bevollmächtigten der einzelnen Staaten zu verhandeln habe. Das Gesetz vom 28. Juni autorisirt die Centralgewalt nicht zu jener von Preußen verhinderten Einmischung. Also was Preußen zurückwies, wäre eine Diktatur des Reichsministeriums, jener Statusquo, den Preußen während des Provisoriums erhalten wissen wollte, war eben der durch das Gesetz vom Juni gegründete Status. Aber dieser Status ist unentschieden, unklar? Genau genommen begründet ja das Junigesetz immer noch keinen vollkommnen Bundesstaat, sondern gibt, bis der Bundesstaat fertig sein wird, den bröckelnden Staatenbund provisorisch mit bundesstaatlichen Formen. Das Provisorium soll uns im Innern und zugleich mit uns das Ausland vermitteln zu dem neuen Bundesstaat. Es müssen also während des Provisoriums Schritte geschehen, welche uns dem Bundesstaate nähern. Und Preußen vereitelt diese Schritte? Preußen will den Statusquo in diesem schlechten Sinn aufrecht erhalten? Dadurch würde das Provisorium seinen besten Werth einbüßen. — Aber Preußen will diese Stabilität nicht, welche die O. P. A. Z. ihm andichtet. Die Männer der O. P. A. Z. unterscheiden sich nur dadurch in ihrer Auffassung von der der preuß. Regierung, daß sie den Unterschied des Provisoriums von dem zu erwartenden Definitivum völlig für Nichts anschlagen und übersehen, daß sie schon jetzt als ausgemacht und giltig und bindend ansehen, was allerdings in Aller Herzen lebt, aber doch nur für Phantasiepolitiker wirklich bereits vorhanden ist: während der staatsmännische Standpunkt die Dinge nimmt, wie sie sind und wie sie freilich nicht sein sollen, aber im Leben dadurch nicht anders werden, daß man sich einredet, das Erstrebenswerthe sei bereits vollendete Thatsache, während der eigentliche Politiker zwischen dem Provisorium vom 28. Juni und dem deutschen Reiche, wie die neue Verfassung es gestalten wird, staatsmännisch und praktisch den Unterschied anerkennt. Für die Männer der O. P. A. Z. ist am 28. Juni, wie die Minerva aus dem Haupt Jupiters, das deutsche Reich für und fertig mit allem Heil auf die Welt gekommen. Nach ihrem Willen hätten die Reichsminister das Gesetz vom 28. Juni, so weit es sie betrifft, weiter nuszuführen, ins Leben zu setzen und, was daraus für das Verhaltniß der deutschen Staaten sich ergibt, diesen aufzunöthigen. Die preuß. Regierung geht nach unserer Auffassung davon aus, daß ein Ausbau des Junigesetzes unbedingt nothwendig sei, daß aber bis an die Grenze, wo die Nationalversammlung nicht umgangen werden darf, bis an die Grenze einer wesentlichen Erweiterung des Junigesetzes, Alles was geschieht und was geschehen muß, damit die Reichsregierung im Stande sei, regieren zu können, nicht anders als durch Vereinbarung der Centralgewalt mit den Einzelstaaten geschehe. Damit ist nicht gesagt, daß jede Maßregel der Centralgewalt an den Willen der Einzelstaaten gebunden sein soll. Aber ausgesprochen ist freilich, daß, solange die Befugnisse der Centralgewalt nicht definitiv festgesetzt sind, d. h. so lange das Provisorium dauert, jede Veränderung der Grenzbestimmung zwischen Reich und Staaten nicht exklusiv für das Reich und für die Staaten, sondern stets durch das Reich und durch die Staaten ins Leben trete. Auch ist dies nicht nur rechtlich, sondern auch politisch erforderlich. Denn gesetzt die Diktatur des Reichs gelänge, was wäre damit für die Einigung gewonnen? Alles, was wir jetzt bauen, soll unser Haus befestigen; Nichts ist fortan heilsam, was nicht enger und inniger um uns die Bande schlingt. Freie Einigung soll das Mittel sein und der Zweck jedesmal die größere Starkung und Kräftigung der Centralgewalt; jedes andre Band ist eine Kette.

Doch was versteht Preußen unter freier Einigung? Soll das unglückliche Reichsministerium bei jeder Ausdehnung oder Entfaltung seiner Kompetenz mit jedem einzelnen Staat unterhandeln? Und wenn die einzelnen Bevollmächtigten einander widersprechen? Wenn Oesterreich bejaht und Preußen verneint? Was soll dann geschehen, was unterbleiben? Sollen die Bevollmächtigten Instruktionen einholen? Dann erwecke man doch nur den seligen Bundestag von den Todten! Die O. P. A. Z. erzählt uns, Preußen habe mit seinem „Staatsrath" einen reduzirten Bundestag im Schilde geführt. Diese Denunziation zündet, das wäre ja Verrath; die O. P. A. Z. versteht das Aufhetzen; der Haß in unsrem Süden wegen dieses preuß. Attentats wird der O. P. A. Z. ein lustiges Feuer machen und von Berlin wird zur Erwiderung das Stockpreußenthum nicht minder hell aufflackern. Wir staunen über den Patriotismus der O. P. A. Z., über die unvordenkliche Weisheit ihrer Pädagogen! — — Aus dem mystischen Dunkel, worein sich die Bevollmächtigten jetzt hüllen, ans Licht des Tages heraustreten sollten diese Vertreter der Einzelstaaten, nicht mit jedem einzelnen Staat einzeln unterhandeln, oder sich künftig ins Einvernehmen setzen sollte die Centralgewalt; kein Spiel hinter der Scene sollte stattfinden, kein heimlicher Händedruck, kein der Beurtheilung unerreichbares Absondern. Das wollte Preußen! Die Bevollmächtigten sollten eine Versammlung bilden, einfach mit dieser Versammlung sollte das Reichsministerium verhandeln, so daß es keine Heimlichkeiten unter den einzelnen Staaten gäbe; nicht der partikulare Eigensinn Preußens oder Baierns sollte ins Gewicht fallen, in der Versammlung sollte abgestimmt werden und das Resultat der Abstimmung, welches das preußische Circular-unseligerweise „Beschluß" nennt, wie auch der ehemalige Vereinigte Landtag Preußens „Beschlüsse" faßte, war dann der eine Faktor, während die Centralgewalt den andern bildete. Während, wenn die Bevollmächtigten einzeln umherlaufen wie jetzt, ein entschiedenes Wort Camphausens oft wie das Schwert des Brennus in die Goldwage des Reichsministerraths fallen muß, oder das Rechtsfabinet zwischen Himmel und Erde in

Digitized by Google

die Schwebe geräth, wenn auf seine Anfrage der Osten seinen frohen Beifall zu erkennen gibt und gleichzeitig der Westen ein Zeter erhebt, — sollte das Gewicht der Stimmen geregelt, nicht dem zufälligen Eindruck des Augenblicks oder der größern Energie eines Bevollmächtigten preisgegeben sein, sollte das Verhältniß der Stimmen dem natürlichen Unterschiede der deutschen Staaten entsprechen. Dieser Unterschied war nach der Leistungsfähigkeit bestimmt, und zwar genau nach dem Verhältniß des bisherigen Reichscontingents. Oesterreich und Preußen, welche Jedes drei große Heerabtheilungen (Armeekorps) stellen, sollten Jedes drei Stimmen führen; Baiern, welches Ein Armeekorps stellt, Eine Stimme; und die Staaten, welche zusammen Eine Heeresabtheilung kombiniren, je Eine kombinirte Stimme. Das Votum des einzelnen Bevollmächtigten sollte bindend für seinen Staat sein, dem er verantwortlich ist; das Votum des Reichsraths, mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, sollte die Gesammtheit binden und das Reichsministerium, welchem das gefaßte Votum des Reichsraths genehm wäre, hätte die reelle Kraft und Sicherheit, ohne das Mindeste an Autorität einzubüßen. Wo es das Votum der Mehrheit nicht anerkennte, bliebe ihr als Rückhalt und Stütze die Nationalversammlung. Die Legislation sollte dem Reichsrath ebenso fern bleiben, als sie der Centralgewalt gesetzlich verschlossen ist. Das war nach unserer Auffassung der preußische Plan. Wenn auch jetzt die Reichsgewalt den Schein festhielte, als wäre sie allmächtig, dennoch dauert der heimliche Groll, nistet die böse Entzweiung und regiert ein stiller Einfluß, von dem sich das Reichsministerium kaum selbst Rechenschaft geben kann. Und wäre dieser stille Einfluß der preußische? Wenn Preußen gezwungen wird, in den magischen Kreis einer eifersüchtelnden Diplomatie einzutreten, wird es wohl der beschworenen Geister Herr werden, eher als irgend ein anderer Partikularismus. Aber dabei ist kein Segen. Preußen darf nicht thatsächlich sein, was ihm nicht von Rechtswegen zukommt. Es wird nicht heimlich herrschen, sondern sich offen unterordnen, wenn nur der Gehorsam allgemein ist und auch die Reichsmänner nicht Diktatur üben. Dann wird die Reichsregierung vertragsmäßig werden, was sie jetzt scheint: mächtig, allmächtig, groß und würdevoll!

Nun sagt die O. P. A. Z. von Preußen ungescheut wie folgt: „das Provisorium soll ihm dienen, zum neuen deutschen Reiche überzugehen, wenn das seinen Erwartungen und Forderungen entspricht, ebenso aber zu dem alten Zustande des Staatenbundes mit verminderter Anzahl der Bundesglieder zurückzukehren, wenn die Einheit Deutschlands Schiffbruch leidet und die Gründung eines wahren Bundesstaats sich als unmöglich erweisen sollte". Was gedenken denn die Männer der O. P. A. Z. vorzuschlagen oder auszuführen, wenn das Unglück unser Loos wäre, wenn die Gründung eines wahren Bundesstaates sich als unmöglich erweisen sollte? — Einen centralisirten Staat zusammenerobern, durch Vernichtung der hinderlichen Einzelstaaten? Denn ist der Bundesstaat absolut unmöglich, so bleiben uns, außer dem Untergang, die Formen des Staatenbundes und des Provinzenstaats. Die O. P. A. Z. gibt Preußen schuld, daß es für diesen unglückseligen Fall die Rückkehr zum Staatenbund im Sinne habe, mit vereinfachten Formen. Unwillkürlich offenbart die O. P. A. Z. dabei eine wahre Hochachtung vor der Reinheit der preußischen Absichten. Wenn Preußen in jenem hoffentlich unmöglichen Falle nicht den Centralstaat will, so ist das eine beruhigende Zuversicht; denn daß, wenn es ans Centralisiren käme, nicht das Reich sich etwa Preußen in die Tasche stecken, sondern eher Preußen sich das Reich erobern würde, ist sonnenklar. Die O. P. A. Z. hat Recht; wenn der Bundesstaat unmöglich würde, so hätte der Staatenbund an Preußen die festeste Stütze. — Aber die O. P. A. Z. hat es anders gemeint. Wenn der Bundesstaat unmöglich würde, dann müßte von Frankfurt aus centralisirt werden, dann müßte das Gewaltregiment von Frankfurt aus gegen die Einzelstaaten beginnen, dann müßten mit Hilfe aufgewiegelter Volksstämme die Einzelstaaten vernichtet und das Eine und untheilbare Reich zur Alleinherrschaft gebracht werden. Dann wäre Preußen freilich sehr hinderlich. Es will weder den übrigen Staaten, noch sich die Hände binden lassen. Zwischen den Zeilen der O. P. A. Z. aber liest Jedermann: Preußen will entweder an der Spitze des Bundesstaates stehen oder den Staatenbund restauriren. Wo sind die Beweise? Die preußischen Erklärungen beweisen das Gegentheil. „Aber wie handelt es jetzt?" Wieder diese sinnverwirrte Logik! Wieder diese Inkapacität, zwischen dem, was dem Provisorium angemessen ist, und dem durch die künftige Reichsverfassung begründeten definitiven Rechtszustand die rechte Linie wahrzunehmen. Wenn es die etwaigen Uebergriffe der provisorischen Centralgewalt nicht hindern wollte, so folgt nicht, daß es eine schwache Centralgewalt gern sähe. Die O. P. A. Z. fährt fort: „dies erklärt auch, weßhalb die preußische Regierung so hartnäckig auf der Idee eines Staatenhauses besteht." Die Begriffsverwirrung der O. P. A. Z. in Betreff des Reichsraths, welchen die preußische Regierung „Staatenrath" genannt wissen wollte, und welchen sie deßhalb hartnäckig mit einem Staatenhause verwechselt, ist so evident, daß man sie für absichtlich zu halten versucht ist. Wir haben gezeigt, daß Preußen nie daran gedacht hat, aus der Versammlung der Staatenbevollmächtigten ein Oberhaus des Reichs zu machen und derselben andere Funktionen beizumessen, als die Unterstützung der Reichsexekutivgewalt. Wir haben aus der Natur der Sache gezeigt, daß der preußische Vorschlag zu einem Reichsrath geeignet ist, allen heimlichen und ungehörigen Einfluß auf die Reichsregierung zu beseitigen, vor Allem also auch den preußischen, und namentlich, daß dieser Reichsrath das Reichsministerium in den Stand setze, seine Wirksamkeit weiter auszudehnen und vertragsmäßig Alles aus der deutschen Verfassung und Regierung zu entfernen, was an den alten Staatenbund erinnert. „Eben daraus geht aber auch hervor", sagt endlich das Frankfurter Blatt, „weßhalb wir uns mit jenem Vorschlage durchaus nicht befreunden können." Nein. Eben daraus geht etwas ganz Anderes hervor, nämlich daß die O. P. A. Z. den preußischen Vorschlag nicht hat verstehen können. „Können"? Es gibt gewisse Grenzen des Fassungsvermögens. Denn dieselbe Zeitung, welche sich mit dem preußischen Vorschlag durchaus nicht befreunden kann, hat kürzlich einen „Reichsrath" proponirt; ja sie wiederholt, wenige Zeilen nach den eben angeführten Worten, diesen Vorschlag und lobt ihn durch alle Register: Dieser Reichsrath habe den Zweck, „ein Mittel anzugeben, wie ein wahrhaftes Zusammenwirken aller deutschen Staaten erreicht werden könne, ohne die Existenz des neuen Reichs in Frage zu stellen oder gar separatistischen Tendenzen Vorschub zu leisten." „Durch die Errichtung eines Reichsraths würde sofort die Solidarität unter allen deutschen Staaten hergestellt" — Wir unterschreiben jede Silbe; nur ist es wahrhaft lächerlich, unmittelbar darauf zu lesen: „und eine solche Institution schließt sich daher ebenso natürlich und konsequent an die Centralgewalt an, als die Errichtung eines Staatenhauses, wir können es nicht oft genug wiederholen, mit derselben unvereinbar erscheint." Die O. P. A. Z. betet nur nach, worin Preußen die Initiative ergriffen hat; Alles was sie für den Reichsrath anführt, steht fast buchstäblich im preußischen Cirkular oder ist zwischen seinen Zeilen zu lesen; die O. P. A. Z. könnte ihre Ideen lediglich von dorther geschöpft haben: und trotzdem rühmt sie sich über die Maßen und verlästert Preußen. — Doch die O. P. A. Z. glaubt wirklich an die Unehrlichkeit des Berliner Kabinets und ist sehr betrübt darüber. So kommt sie zu dem verzweifelten Ende, die Centralgewalt werde „zuletzt gezwungen sein, von Preußen wie von allen andern deutschen Staaten eine bestimmte Erklärung zu verlangen, ob und inwiefern sie zu dem neuen Aufbau mitwirken oder sich demselben entziehen wollen." Sie scheint vor der Antwort Preußens sehr besorgt. Wir glauben sie beruhigen zu können. Preußen will sich dem neuen Aufbau sicher nicht entziehen, aber im Norden argwöhnt die öffentliche Stimme, die Centralgewalt wolle ein Luftschloß bauen, um nur Preußens zu entrathen, und diesem Entrathen ist man feindlich. Mitzuwirken zum neuen Aufbau, wenn seine Mitwirkung auf die rechte Art verlangt wird, dazu, glauben wir, ist Preußen entschlossen. Nur verschmäht es, diese Mitwirkung als ein Privileg hinzunehmen; es forderte sie für alle Staaten, und glaubte, daß sieben Einheiten besser als 38 diese Staaten zur Erleichterung der Reichsminister darstellen würden.

Oesterreich. ** Wien, 29. August. Wie noch selten, hat sich heute das Haus in allen seinen Räumen überfüllt; selbst 3 Prinzen mit ihrem Erzieher sind in der Hofloge, und Alles harrt mit Spannung auf das Ergebniß der Abstimmung über den Kudlich'schen Antrag, worüber seit Samstag, seit der unerwarteten Erklärung der Minister Bach und Kraus, die besorglichste Aufregung in den Gemüthern herrscht, welche von Seite der Presse mit jeder Stunde noch gesteigert wurde. Nach Beseitigung einiger Petitionen interpellirte Abg. Borkowsky hierauf das Kriegsministerium: Es seien ihm sowohl brieflich als auch von Augenzeugen mündliche Nachrichten von dem schmählichen Benehmen des Militärs gegen die Bürgerschaft in

Galizien zugekommen. So z. B. habe das Militär in Przemil unter Anführung der Offiecier den dortigen Bürgern am 13., 14. und 15. Katzenmusiken gebracht, Spottlieder gesungen, die Fenster eingeschlagen, und ihnen zugerufen, „durch die Siege von Radetzky und seinem Heere gehe die Konstitution zum Teufel!“ Einen Bürger, der selbst 12 Jahre Offizier gewesen, habe man sogar in seiner Wohnung angefallen und beschimpft. Er frage daher den Kriegsminister, ob er dieses schändliche Betragen untersuchen und nach Gebühr bestrafen werde, indem längere Straflosigkeit solche Auftritte nur vermehrt; so habe schon vor 2 Monaten ein Offizier einem ruthenischen Geistlichen einen Säbelhieb ins Gesicht versetzt, ohne daß Jemand wußte, welche Strafe dem Schuldigen dafür geworden, er bitte daher die strenge Untersuchung der beiden Angaben der Oeffentlichkeit übergeben zu wollen. (Beifall.) Die Antwort des Kriegsministers ging dahin, er hoffe, daß das Faktum bei einer strengen, unparteiischen Untersuchung sich anders herausstellen werde, als es hier erzählt wurde (Zischen — „also ein Lügner!“). Er werde dem dortigen Kommandirenden die Untersuchung auftragen (Zischen, Ruf: „wird dies auch ein unparteiisches Gericht sein?“). Uebrigens kenne er seine Pflichten und werde nie ein disciplinarisches Vergehen billigen! Abg. Zimmer fragt den Minister des Innern, da er die geheimen Konduitenlisten für Ueberbleibsel aus dem Polizeiregimente halte, wodurch offizielle Angebereien stattfänden, ob diese auch in einem demokratischen Staate geduldet werden dürfen? Es seien ihm solche noch nicht vorgekommen, antwortete Minister Doblhoff, auch habe er dieselben nicht verlangt, er werde dafür sorgen, daß sie abgeschafft werden. Dies sei bereits geschehen, als er das Ministerium angetreten habe, ergänzte Minister Bach. Derselbe Interpellant stellt eine zweite Frage: Bei der Ausschreibung der Stadtverordnetenwahl in Prag erschien eine Verordnung, welche nebst den Minderjährigen und Verbrechern auch die Israeliten vom aktiven und passiven Wahlrecht ausschließt. Der finstre Geist dieser Verordnung, der die Israeliten mit Verbrechern auf gleiche Stufe stellt, ist es auch, der sie dort aus den Reihen der Nationalgarden hinausdrängt, er frage somit, was der Minister des Innern dagegen gethan habe? Doblhoff: Er habe wohl Kenntniß dieser Anordnung erhalten, aber auch bald darauf von einer zweiten gehört, die die erste annullirt und die Grundbesitzer unter den Israeliten wie die Andern als zulässig erklärt. Es seien auch hierauf 12 Wähler aus der Judenstadt zur Repräsentantenwahl zugelassen worden. Auf die Bemerkung des Interpellanten, das dies eine ungerechte Verkürzung sei, indem die Judenstadt 282 Hausbesitzer und nicht 12 zähle, wußte Doblhoff Nichts zu antworten, und auf die Frage, ob also die Israeliten nicht zur Nationalgarde zuzulassen seien, bemerkte er, daß hierüber noch kein Gesetz existire und die Nationalgarde in Prag ohnedies reorganisirt werden müsse! — Abg. Schuselka richtet eine Interpellation an den Minister des Aeußern, welche, wie er angibt, in Betreff der deutschen Einheit, der Ehre Deutschlands und der Stellung Oesterreichs gegen Dänemark in Bezug der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten von hoher Wichtigkeit ist. Diese Stellung war vom Anfange her unklar; eigentlich klar im alten diplomatischen Sinne, sie werde Gelegenheit geben, den Vorwürfen von Seite Deutschlands zu begegnen; in officiellen dänischen Blättern wurde stets im Triumphe hervorgehoben, daß Oesterreich, die größte Macht der deutschen Bundesstaaten, neutral bliebe; man erhielt nie eine Aufklärung, und selbst als Hannover und die Hansestädte, denen man Separatverträge mit Dänemark vorwarf, sich rechtfertigten, hat es Oesterreich nicht gethan.“ Die Bundesverfassung ging zu Grabe; ein österreichischer Prinz trat an die Spitze der Centralgewalt. Der Reichsminister Schmerling erklärt, der Kampf gegen Dänemark sei eine gemeinschaftliche Sache. Es war ein allgemeiner Trost, und man entschuldigte, daß das österreichische Kontingent an dem Kampfe nicht Theil genommen habe, damit, es wäre selbes nicht nöthig gewesen. Da erscheint am 29. Juli zwischen den beiden Generalen Hedemann und Wrangel eine Korrespondenz, worin ersterer Oesterreich eine Dänemark befreundete Macht nennt. Der österreichische Resident sei auch noch bis heute in Kopenhagen; wenn dem nun wirklich so ist, und er berufe sich auf offizielle Aktenstücke, so sei er verlegen, sich über solche Vorgänge milder Ausdrücke zu bedienen, selbst unter der alten Verfassung wäre dieses ein offener Bruch gewesen. Der Herr Minister möge nun durch eine offene Erklärung solchen Beschuldigungen begegnen. — Minister Wessenberg entgegnet hierauf in sehr leisem Tone, wovon wir nur soviel verstehen konnten: Der Agent in Dänemark habe die Weisung, sich neutral zu verhalten und in keine Unterhandlung einzulassen; was die Mittheilung des Generals betreffe, so begreife er nicht, wie dieselbe möglich war; ihm seien keine Verhandlungen zwischen Oesterreich und Dänemark bekannt geworden. — Eine fernere Interpellation von demselben Abg. an den Minister des Handels. Man habe gesehen, zu welchen traurigen Resultaten die Arbeiterfrage geführt habe. Außer diesen Arbeitern gebe es noch eine Menge kleiner Gewerbsleute und verarmter Fabrikanten, die in größter Noth darben; diese rotten sich nicht zusammen, um Etwas zu erbetteln, sondern leisten sogar, ohne Nutzen davon zu haben, im Nationalgardendienste das Ersprießlichste zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung, wovon viele sich glücklich schätzten, täglich 15 kr. zu verdienen. Es habe sich in Wien ein Verein gebildet, um solchen armen Gewerbsleuten aufzuhelfen; er frage also den Minister des Handels, was er in dieser Angelegenheit gethan habe? Minister Hornbostl entgegnet hierauf, daß das Ministerium bereits ein Komité zusammengesetzt das seit gestern in Wirksamkeit getreten sei, um durch Unterstützung an Geld und durch Ankauf von Rohstoffen ihnen aufzuhelfen. — Wegen Abgangs der Post muß ich abbrechen und werde mit der nächsten Post das Weitere nachfolgen lassen.

†† **Wien**, 30. August. Die Ungarn rüsteten vor Kurzem einen Donaudampfer als Kriegsschiff mit der Bestimmung, die untere Donau von den rebellischen Czaikisten frei zu machen und den dort kampfenden ungarischen Truppen Subsidien zuzuführen. Vor einigen Tagen schossen die Serben den Mezgaros — so hieß das Kanonenboot — oberhalb Vinkovci bei Czerevich in den Grund. Die Ungarn lasten nach dem Gefechte bei St. Tamas in der illyrisch nicht unirten Kirche ihre Wuth gegen die hölzernen Heiligen aus, sie stachen ihnen die Augen aus und profanirten auf die gemeinste Weise den Hochaltar. Sie zwangen mit solchen Handlungen den Serben auch Religionsfanatismus zum Nationalhaß auf. Am 19. d. M. überfielen die Serben die den Ungarn treugebliebene Grenzstadt Weißkirchen, deren Bevölkerung aus 7200 Menschen besteht, wovon zwei Drittel Deutsche, ein Sechstel Romainen und ein Sechstel Illyrier sind. Die Stadt war barrikadirt. Die Bewohner wehrten sich heldenmüthig, es fielen 57 Mann, worunter 40 Deutsche, an den Barrikaden. Durch Verrath der illyrischen Bevölkerung wurde den Serben eine Barrikade im Rücken der angegriffenen Deutschen und Wallachen, welche treu zusammenhielten, übergeben; die Serben drangen nun ungehindert in die Stadt vor, mordeten bei 1000 Menschen und steckten die Stadt in Brand. Die Meisten der Ermordeten sind Deutsche. Hätte Deutschland in seinen Grundgesetzen jetzt den Antrag des Abg. Hildebrand aufgenommen, daß der Deutsche gleich dem Engländer nie aufhört, Bürger des deutschen Staates zu sein, so würden die Bitten der Siebenbürger-Sachsen keine Verlegenheit bereiten und unsere Brüder in Weißkirchen nicht ungestraft geschlachtet worden sein. Die Einwohner Weißkirchen's sind Ende des vorigen Jahrhunderts eingewanderte Schwarzwälder, Würtemberger und Elsässer. Eine Deputation derselben Stadt ist seit sechs Wochen hier, ohne vom Kriegsminister etwas Anderes zu erwirken, als eine Verweisung an das ungarische Ministerium. Diese Deputation wird sich dieser Tage an den Kaiser wenden, welcher sich wieder zum König von Ungarn gemacht hat, indem er von seinem Vetter Stephan die höchste Gewalt übernahm. Die Deputation klagt, durch das sehr zweideutige Benehmen des Oberstlieutenants Drehaan sei die Stadt der Wuth der Serben Preis gegeben worden; denn Drehaan soll öfter versichert haben, lieber einem Zigeuner als dem ungarischen Ministerium dienen zu wollen; natürlich, sein Bruder ist im österreichischen Kriegsministerium Generalreferent und der einflußreichste Mann. Oberstlieutenant Drehaan avancirte seit seiner Heldenthat zum Obersten. Fünf Grenzregimenter haben die Bande des Gehorsams gänzlich aufgelöst und sich mit den aus Serbien gekommenen 4000 Räubern, gegen welche sie die österreichische Grenze vertheidigen sollen, vereint. Der Vater Jellachich lacht sich ins Fäustchen und bereitet eine Invasion auf den südwestlichen Grenzen Ungarns gegen Budapesth vor, indem er auf den Beistand seiner polnischen und slovakischen Kinder im Norden Ungarns zählt. So läßt das deutsch-österreichische Kriegsministerium die Deutschen in Ungarn zerfleischen. Es hallte anlängst ein freudiges Echo aus Frankfurt nach Wien herab, wie die Nationalversammlung den Spruch des alten Fritz modifizirt zu ihrem machend erklärte: „Kein Kanonenschuß darf in Europa fallen, ohne daß Deutschland ihn kommandirt.“ Wir mahnen unsere Abgeordneten, die gerechte Sache, Eigenthum und Leben der Deutschen in Ungarn mit Deutschlands Macht zu schützen, und dadurch Gagerns jüngsten Spruch in Köln wahr zu machen, daß alle Deutschen Brüder sind. Wir hoffen, daß sich die Centralgewalt in der angaeisch-kroatischen Frage den Vorrang der diplomatischen Beilegung von England, Frankreich oder Rußland nicht mehr wird ablaufen lassen. Deutschland darf aus Indolenz nicht der Mitschuldige Fürst Metternich's ein zweites Mal werden. Die Donaumündungen wären für immer verloren, wenn diesmal der Moment unbenützt vorüber geht.

Das Ministerium Oesterreichs will die Deutschen in Ungarn nicht schützen, so mögen die Frankfurter die nöthige Exekutive ergreifen. Es hat sich hier ein Verein der Deutschen in Oesterreich konstituirt, mit dem Zwecke unsere Nationalität gegen Uebergriffe anderer Nationen zu wahren. Letzten Montag wurde in einer Plenarsitzung, welcher etwa achtzig Personen beiwohnten der früher gestellte Antrag, dem Reichstage einen deutschen Centralisationsplan Oesterreichs vorzulegen, debattirt, endlich einer Kommission vorläufig zur Ausarbeitung überwiesen. Nach dem Resumé des Obmanns liegt dieser Centralisation eine freidemokratische Kreiseintheilung nach den Sprachgrenzen zum Grunde, wodurch man den Sonderinteressen der Slaven nicht nahe zu treten glaubt und ihre slavische Entwickelung in solchen Schulen ihrer Kreise nicht hindern will. Diese Idee wurde mir nicht klar, auch scheint sie dem Frankfurter Parlamentsgrundsatze potarisch sich gegenüber zu stellen, welcher proklamirt: „Alle in deutschen Landen Seßhaften sind Bürger des deutschen Staats.“ Der deutsche Verein will Dalmatien und Galizien auch in seine Wirksamkeit einschließen. Der Charivari bringt tägliche Karrikaturen des Ministeriums, und leider — oft treffende Witze auf das noch schwach athmende Kabinet. Minister Wessenberg hat den Protest der päpstlichen Regierung wegen des Ferrara zugesandten Entsatzes und Betretung des Kirchenstaates mit versöhnlichen Worten beantwortet. Er sagt, es wäre bloß eine militärische Maßregel zur Herstellung der durch die Crociati unterbrochenen Kommunikation mit der Besatzung von Ferrara gewesen, welche in jeder Beziehung bedrängt war. Den Kaiser soll die Nachricht über die traurigen Vorfälle des 23. August sehr ergriffen haben. Die Cholera tritt dieses Mal gelinder auf. Sie verschonte bisher die meisten Provinzen Oesterreichs, weit eine andere Pest herrscht.

Wien, 27. August. Ein eben angelangter Kurier bringt die Nachricht, daß Carl Albert einem Schreiben an den Kontreadmiral Albini eine eigenhändige Nachschrift beigefügt, in welchem derselbe angewiesen ist, die Blockade sofort aufzuheben, die in Venedig befindlichen piemontesischen Truppen an Bord zu nehmen und vorläufig (in Folge stattgefundener Konferenz mit Lord Aberceambie) auf den jonischen Inseln auszuschiffen. (A. Oest. Z.)

Preußen ☽ **Berlin**, 31. August. Am Schluß meines vorigen Berichtes sprach ich die Hoffnung aus, es werde der Landtag in wenigen Sitzungen die Berathung des Bürgerwehrgesetzes beenden, um sodann seine Aufmerksamkeit nicht minder dringenden Arbeiten, namentlich der Gemeindeverfassung, bevor er an die Berathung des Grundgesetzes geht, zuwenden zu können. Ganz unerwartet indeß hat sich heute über die Frage der Führerwahl ein so heftiger parlamentarischer Kampf entsponnen, daß man in der Verhandlung über den 130 Paragraphen umfassenden Entwurf nur um wenige Artikel vorgerückt ist. Schon in der vorigen Sitzung hatte man sich mit ansehnlicher Stimmenmehrheit bei der Frage über die Wahl der Führer bis zum höchsten hinauf für direkte Wahlen entschieden, es handelte sich nun darum, ob man der Regierung dieser so unbeschränkten Wahlfreiheit gegenüber keinerlei Mitwirkung, namentlich bei der für sie unendlich wichtigen Wahl des Obersten gestatten wolle. Der Entwurf forderte hier die Aufstellung dreier Kandidaten von Seite der Wehrmannschaft, aus denen der Regierung die Auswahl frei stehen sollte. Konnte diese eine bescheidnere Forderung stellen, nachdem jede Schranke gegen Uebereilungen in der Wahl gefallen, jeder andre Maßstab für die wirkliche Befähigung des Bürgerfreiers, außer dem Erforderniß der oft sehr trüglichen Popularität verworfen war? Dennoch setzte die Linke alle ihre Kräfte daran, auch diese geringe Mitwirkung der Regierung aus dem Gesetze zu streichen, ihre bewährtesten Stützen wurden diesmal in die Reihen der Kämpfer vorgeschoben. Zunächst war es Waldeck, der in seiner eigenthümlichen Weise das feindliche Lager mit unaufhaltsamem Sturme zu überraschen versuchte. Mit kluger Gewandtheit preist er, scheinbar recht väterlich besorgt für die Regierung, daß sie sich niemals durch irgendeinen selbständigen Entschluß der rauhen Zugluft des öffentlichen Tadels aussetze, ihre gänzliche Zurückgezogenheit von allem Einflusse auf die Ernennung des Bürgeroberſten. Unabhängigkeit von jeder Mitwirkung! Das ist, ruft das Mitglied der Linken aus, ein wahres, ein großes Princip, bei welchem sich grade die Regierung am besten befinden würde. Denn wie könne sie sicherer von der Stimmung eines so bedeutsamen Theiles des Volks, wie der Bürgerwehr, überzeugt werden? Niemals sei die Wahl aus einer Kandidatenliste eine freie; denn die tägliche Erfahrung rede von den Intriguen, von denen sie stets begleitet werde, nimmermehr repräsentirte sie also den wahren Willen des Volkes. Möge man doch nicht eine Anstalt, welche der ehrenwerthe Abgeordnete gern aus der Fülle seines Herzens so kernig wie möglich, zu einer wahren Volkswehr zu machen wünscht, schon an der Wurzel verderben! Nach dieser etwas theoretischen Einleitung führt der Abgeordnete plötzlich das Beispiel Frankreichs an — gewiß auch hier, wie gewöhnlich bei den Vergleichen unsrer Zustände mit denen des überrheinischen Nachbars, sehr zur Unzeit. Denn bart steht der Regierung, wie bekannt, nicht das verhältnißmäßig wenig umfangreiche Recht einer bloßen Mitwirkung zu, aus drei ganz frei vom Volke gewählten Bewerbern, sondern das sehr wesentliche Recht gänzlich unbeschränkter Ernennung. Der Gen. Jaqueminot, behauptet der Abg. Waldeck, sei ein Mann gewesen, welcher mit allen Ministerien stimmen zu können sich zu rühmen pflegte und dennoch von der Regierung zum Befehlshaber der Nationalgarde ernannt worden sei. Wollen Sie nun, fragt der Abg. die Versammlung, einen Mann, der mit allen Ministerien zu stimmen vermag, zum Befehlshaber der Bürgerwehr haben? Gewiß wollte das verehrliche Oppositionsmitglied mit diesem Beispiele weniger treffen, als vielmehr einen ungefährlichen Seitenhieb auf den Minister Hansemann richten, dessen Finanzpläne durch den letzten Ministerwechsel keine Aenderung erlitten und deßhalb ihre Stelle im neuen Ministerium aufzugeben sich nicht veranlaßt fühlten. Wie dem auch sei, die Rede Waldeck's warf einen Feuerbrand in das ministerielle Lager. Fast sämmtliche Minister ergriffen zur Vertheidigung des schwer angegriffenen Entwurfes das Wort; ich möchte nicht zugeben, daß es überall mit Glück geschah. Während sich der Minister-Präsident begnügt, der Argumentation Waldeck's den Mangel eines wahren Verständnisses des konstitutionellen Prinzips vorzuwerfen, weil er in der Regierung, obwohl sie aus der Mehrheit des Landes hervorgehe, nur das Mißtrauen, niemals Vertrauen suche, versucht Hansemann seinen Gegner durch Ironie zu schlagen, ohne dazu die nöthige Beweglichkeit in der Handhabung seiner Waffe zu besitzen. Zu rühmen ist allerdings die Gewandtheit, womit er den auf seinen persönlichen Charakter zielenden Vorwurf des Gegners abweist. Es sei, erwidert er, der Name des Generals Jaqueminat genannt worden. Er wolle annehmen, es sei richtig, daß sich jener gerühmt, mit allen Ministerien stimmen zu können: was es denn Schreckliches habe, einen solchen Mann zum Befehlshaber der Bürgerwehr zu ernennen? Sei es der Grundsatz einer Regierung, die Ordnung aufrecht zu erhalten, so werde sie niemals anstehen, es möge nun ein Lafitte oder Thiers oder Guizot an der Spitze stehen, gerade denjenigen Mann zu jener Stelle zu ernennen, welcher das öffentliche Vertrauen besitze. — Mag nun der Finanzminister seinen Feind widertegt haben, ein neuer ersteht ihm an dessen Stelle. Den Abg. Jung hat nämlich das Wort „Vertrauen“ wie ein elektrischer Schlag berührt. In dieser Versammlung, eiferte er, die mit nüchternem Verstande die Grenzen der Staatsgewalten bestimmen soll, sei zum erstenmal (?) das Wort Vertrauen gefallen (Herr Jung hat schon ein dutzendmal deßhalb gezürnt). Vertrauen sei ein unkonstitutionelles Wort. Mit einiger Konsequenz könne man das Wort so ausdehnen, daß man sage: Vertrauen Sie dem Ministerium und gehen Sie nach Hause ꝛc. Mit Unrecht führe man für die Nothwendigkeit einer Mitwirkung der Regierung die französische Verfassung an; die Franzosen haben keine Idee von einer Selbstregierung; echt germanisch sei die freie Wahl, selbst Kaiser und Könige seien einst frei gewählt worden. Man habe gesagt, die Pietät gegen die Krone erfordere ihre Mitwirkung bei der Wahl — er kenne nur das Gefühl gegen Personen, nicht gegen Gewalten — so bestehe auch in England (man bemerke die Logik!) nur Pietät gegen die Grundrechte des Volkes, zum Beispiel gegen Preßfreiheit und das Recht der freien Versammlungen. Der nüchterne Engländer würde es lächerlich finden, Pietät gegen Personen zu bezeigen. Der Abg. Temme wiederholt, was schon manchesmal von der Linken als ein Privilegium in Anspruch genommen wurde, er sei berufen und entschlossen, die Freiheiten des Volkes zu schützen, nicht ihr Fesseln anzulegen und ein neues Bevormundungssystem zu begründen. Dies geschehe durch Beschränkung der Wahlfreiheit. — Wahrhaft erquickend und zugleich entscheidend wirkt nach dieser Phrasenweisheit der Linken die ebenso einfache und anspruchslose, wie durch und durch in dem lebendigen Boden reifer Besonnenheit wurzelnde Rede des Abg. Auerswald (des früheren Ministers). Er behauptet mit demselben Entschlusse in die Versammlung getreten zu sein, wie der Abg. Temme. In dem Vortrage des vorigen Redners sei ihm Vieles unklar geblieben, was freilich auch an ihm liegen könne. Der Abg. Jung spreche stets nur gegen das Vertrauen, nie gegen das Mißtrauen; er behaupte nur Pietät gegen Personen zu kennen, und gleich hinterher, es schwärme der nüchterne Engländer nur für seine Grundrechte; derselbe Abgeordnete berufe sich, um die Nothwendigkeit voller Wahlfreiheit zu erweisen, auf das germanische Princip — er (A.) glaube sich zu erinnern, daß dies früher nicht immer in gleichem Maße der Fall gewesen, doch könne er sich irren. (Keineswegs, denn in der Paseuer

Frage paßte das germanische Princip nicht recht zu den Anfichten der Linken!) In England, fährt A. fort, dem Lande der freien Volksrechte, wo nur Pietät gegen Preßfreiheit und Versammlungsrecht besteht, würden sämmtliche Führer der Miliz von der Regierung ernannt, und was die freie Wahl der Könige und Kaiser im alten Germanien betreffe, so sei dieselbe, wie bekannt, ziemlich indirekt gewesen. Wiederum fasse es nicht, was es heiße, daß bei einer Wahl, wie sie der Entwurf vorschlage, die öffentliche Stimme nicht beachtet werde. Er glaube, so frei sie in ihrer Ueberzeugung dastehe, habe die Versammlung doch die Pflicht und das Recht, die unermeßliche Mehrheit des Volkes zu beachten, und diese wolle die konstitutionelle Monarchie und hänge mit Ergebenheit an dem konstitutionellen Könige. Nun sei auch zu beachten, daß in allen konstitutionellen Staaten der Regierung zum Wenigsten eine Mitwirkung bei der Wahl des Oberanführers gestattet werde: dies seien nicht bloß Ansichten, sondern Erfahrungen. Liege also keine Erfahrung vor, eine größere Beschränkung der Regierung eintreten zu lassen, sondern nur eine Theorie, so möge man wohl bedenken, daß auch in der Meinung des Volks eine Theorie enthalten sei, welche dahin führe, die Rechte der Krone nicht allzusehr zu schmälern. Man gedenke, so schloß A., an die alte Sage von dem Riesen, der nur so lange seine Kraft, behielt als er auf mütterlichem Boden stand. Nun, wohlan, unsere Muttererde ist der freie Wille des Volkes. Möge man niemals verleitet werden, ihn unbeachtet zu lassen! Es verfehlten diese Worte nicht, den besten Eindruck zu machen; schon zu lange für die kostbare Zeit der Versammlung war man bei einem einzelnen Paragraphen stehen geblieben, und es wurde deßhalb gegen die sich mit aller Macht sträubende Linke der Schluß durchgesetzt. Der Entwurf wurde mit 225 gegen 136 in folgender Fassung angenommen: Der Oberst wird von dem Könige aus einer Liste von drei Kandidaten, welche in Gemäßheit des §. 44 (direkt!) gewählt sind, ernannt.

** Vom Rhein, 30 August. Es ist nicht uninteressant, in dieser Zeit fortwährender Reibungen und Kämpfe, welche das vielgenannte specifische Preußenthum mit dem speciell rheinischen Bewußtsein zu bestehen hat —, das specifische Preußenthum, im edleren Sinne genommen, denn jenes borrnirte Steifen auf preußische Vorzüglichkeit, was bisher namentlich die Südländer verletzte und erbitterte, soll, wie es denn überhaupt nur noch in sehr kleinen Kreisen sich spreizt, hier nicht in Betracht gezogen werden — es ist, sage ich, nicht uninteressant, die Haltung zu beobachten, welche die größeren Städte der Rheinprovinz dabei eingenommen. Es gab eine Zeit, und sie ist noch nicht lange vorüber, wo dieser Gegensatz am schärfsten und schroffsten in Köln hervortrat, in Köln, wo sich der Stolz, mit welchem alle Rheinländer auf die übrigen Provinzen herabzusehen sich gewöhnt hatten, noch mit einem lokalen kurkölnischen Dünkel mischte, der in der ersten Nationalitäts-Theorie-Manie, welche auch in Frankfurt einmal in sehr bedenklichem Maße zu grassiren begann, sogar das Wiedererwachen eines kurkölnischen Nationalitätchens — ich bitte um Verzeihung für den Ausdruck — zu träumen im Stande war. Das hat sich seitdem wesentlich geändert. Der Kölner rechnet zu gut, als daß er nicht, nachdem die ersten romantisch-provinzialistischen Anfälle überwunden sind, einsehen sollte, daß seine Stadt materiell dem Staatsverbande, dem sie gegenwärtig angehört, einen Wohlstand und eine Bedeutung verdankt, die die Residenz eines geistlichen Kurfürsten mit seinem Appendix von Priestern und Mönchen längst nicht mehr gekannt; er hat einen zu gesunden Verstand, als daß er nicht wissen sollte, daß kein anderer Staatsverband, welcher es auch sei, ihm mehr an politischer Freiheit zu bieten vermag, als der große Staat, bei dessen Umbildung vorzugsweise die Wünsche und die Kräfte der Rheinprovinz maßgebend und thätig erscheinen; er hat endlich Gemüth genug, um das reiche Gemüth des Fürsten zu verstehen und zu würdigen, der gegenwärtig die Krone der Hohenzollern trägt, und, nach so vielfacher Entfremdung früherer Jahre, hat der Zauber, den die Persönlichkeit des Monarchen auf Jeden zu üben weiß, der sich ihm nähert, auch diesmal sich bewährt: der König hat durch sein Erscheinen bei dem Dombaufeste manchen Mißton verstummen gemacht und manches selbst widerstrebende Herz sich gewonnen. Ganz nüchtern und prosaisch denkt man in Aachen, der langweiligst-philisterhaftesten Stadt des springfederähnlich beweglichen Rheinlandes. Hier dreht sich Alles ruhig und bedächtig im alten Geleise, und die Wellen der ungeheuren Bewegung, welche gegenwärtig durch die Welt geht, haben das Weichbild der alten Krönungsstadt der deutschen Kaiser fast unberührt gelassen. Aachen ist ein blühender Badeort und eine große Fabrikstadt geworden unter preußischer Herrschaft; über die Interessen seiner Bäder und Fabriken denkt es nicht hinaus; so lange man ihm nicht beweisen kann, und das dürfte schwer fallen, daß beide sich besser stehen würden ohne Preußen, wird es zu Preußen halten; sein Vortheil und seine Bequemlichkeit sind dabei betheiligt.

In der Reihe der Regierungshauptstädte folgt dann Trier, wo noch vor wenig Jahren der grasseste Ultramontanismus seine Orgien feiern konnte, Trier mit seiner südlich-empfänglichen und französisch-flachen Bevölkerung. Trier ist durch und durch inficirt von den socialen Phantasmagoeien, welche kein Staat der Welt je realisiren kann, welche aber die mächtigen Zauberer, die, Betrüger oder Betrogene will ich nicht entscheiden, dort ihr Wesen treiben, in der demokratischen Republik zu realisiren bemüht sind, als deren Muster ihnen diejenige Republik vorschwebt, welche der Pariser Juniaufstand ins Leben rufen sollte. Die Rheinprovinz im Großen und Ganzen denkt und ist entschieden deutsch, Trier allein ist entschieden undeutsch und würde morgen der französischen oder jeder andern beliebigen Republik schwören: indeß haßt es Deutschland nicht, Deutschland ist ihm nur gleichgiltig, aber Preußen, denjenigen Theil von Deutschland, der seinen Gelüsten speciell im Wege steht, das mächtige und kalt-verständige Preußen mit seinen entschieden monarchisch gesinnten Elementen haßt es von ganzer Seele. — Ebenso schlimm sieht es in Koblenz aus, obschon aus anderer Ursache. In Koblenz befindet sich das Heerlager der specifisch katholischen Partei, die Preußen angefeindet hat, so lange das Rheinland preußisch ist, und die seit einiger Zeit unverhüllt auf die Lostrennung der Provinz von dem Verbande der preußischen Monarchie hinarbeitet. Es weiß diese Partei, daß Preußen, mit seiner überwiegend protestantischen Bevölkerung, dem Katholicismus wohl gerecht werden kann, und diese Gerechtigkeit, wo sie im Einzelnen sich noch vermissen ließ, muß und wird vollständig geübt werden, aber sie weiß auch, daß dasselbe Preußen jenen Anmaßungen nie nachgeben wird und kann, welche die Kirche zu einem Staat im Staate, dem Staate feindlich gegenüberstehend oder ihn beherrschend, gestalten müßten. Preußen ist der katholischen Partei das nächste Hinderniß ihres Strebens: es gilt vor allen dies Hinderniß aus dem Wege zu räumen; dem etwaigen Nachfolger hofft man Bedingungen vorschreiben zu können. — Es kommt endlich Düsseldorf. Hier haben die beiden Parteien, welche abgesondert in Trier und in Koblenz gegen Preußen arbeiten, vereint ihre Thätigkeit entfaltet: wo der Eifer eines enragirten Pfaffenthums nicht ausreichte, haben die glühenden Verse Freiligrath's gewirkt. Doch dadurch allein erklärt es sich nicht, wie es hat geschehen können, daß eine Stadt, die angefüllt ist mit Beamten und Militärs, denselben König, dem sie sonst nur mit der Versicherung der Ehrfurcht und Treue sich nahte, in einer mehr als pöbelhaften Weise zu beschimpfen wagte: die Erklärung liegt darin, daß es in Düsseldorf kein wahres Bürgerthum gibt. Düsseldorf ist — es mag hart sein, es zu sagen, aber es wird keinen Widerspruch finden — Düsseldorf ist eine Stadt von Proletariern, die von heute auf morgen, von der Hand in den Mund, die von dem leben, was die große Garnison und das Heer von Beamten verzehren. Wenn morgen die Truppen und die Behörden herausgezogen würden, so wäre übermorgen die Stadt verhungert. Sie sagen ohne Zweifel, daß gerade die Beiseitesetzung aller dieser Rücksichten, die Gefährdung der Existenz der ganzen Stadt, ein Zeugniß ablegen müßte von der Entschiedenheit der Gesinnung, welche dort herrschend ist: das würde richtig sein, wenn weiter Nichts vorgefallen wäre. Aber nicht sobald ist den aufgehetzten Haufen die Möglichkeit nahe gerückt, daß eine Verlegung der Garnison beabsichtigt werden könnte, welcher dieselbe vor rohen Schmähungen und meuchlerischen Anfällen, denen sie keinen Widerstand entgegensetzen darf, sicherstellt, und daß der Peinz des königlichen Hauses, der seit einer langen Reihe von Jahren in Düsseldorf seine Residenz genommen, sich veranlaßt sehen könnte, eine Stadt zu verlassen, die seinen Verwandten, seinen Gast und seinen König feige beleidigt — und sogleich überbietet man sich in kriechenden Adressen und gleißenden Betheuerungen, die noch größeren Ekel erregen als Unwillen. Das Treiben in Trier kann man hassen, das Treiben in Koblenz bemitleiden, aber das Treiben in Düsseldorf muß man verachten.

** Köln, 31. August. Die Truppen-Durchmärsche der süddeutschen Kontingente haben endlich ihr Ziel erreicht: gestern sind bereits keine Mannschaften mehr angelangt; das letzte würtembergische Bataillon hat uns heute morgen verlassen, heute Abend kommt noch der Train, und dann ist Alles zu Ende. Ich glaube übrigens, unsere Officiere sehnen sich allmählich nach Erholung, denn die allabendlichen Sitzungen im Militär-Kasino, wo die fremden Gäste kameradschaftlich empfangen und bewirthet wurden, sind begreiflich sehr anstrengend gewesen: mit andern Worten, Wirthe und Gäste haben dort jeden Abend barbarisch getrunken. — Herr Raveaux hat, nach reiferer Ueberlegung und Berechnung, den Gesandtschaftsposten in der Schweiz angenommen und ist also jetzt Sr. Excellenz Herr Raveaux. Bezeichnend

Digitized by Google

ist es, daß er einen Officier vom 25. Regiment, der seinen Abschied, um ihn nicht zu erhalten, gefordert, mit sich genommen hat, um denselben, ich weiß nicht genau in welcher Eigenschaft, auf seinem Posten zu beschäftigen.

Sachsen. ** Leipzig, 31. Aug. Gestern früh erschien der König in Leipzig, um der Kommunalgarde eine Fahne zu übergeben. Nachdem der Generalkommandant von Mandelsloh Musterung der Kommunalgarde auf dem Exercirplatze gehalten hatte, erschien der König, um der Fahnenweihe beizuwohnen. Sie fand in gewohnter Weise statt und hat, wenn dies möglich ist, die Bande zwischen unserem Regenten und unserer Stadt noch fester geknüpft. Die Fahne zeichnet sich durch Geschmack und Pracht gleichmäßig aus. Gegen 5 Uhr nach Tische bewegte sich ein unabsehbarer Zug von Bürgern und Akademikern, geziert mit den deutschen, sächsischen, städtischen und Korporationsfahnen, vor die Wohnung des Königs und brachte demselben ein jubelndes Hoch aus. Der König erwiderte darauf, daß die Gesinnungen, welche ihm heute ausgesprochen worden seien, seinem Herzen sehr wohl thuen, er wünsche sie auch ferner sich erhalten und werde dann froh einer glücklichen Zukunft entgegenblicken. Die Scene dieser freiwilligen Huldigung in unserer Zeit einem Könige von Mitgliedern aller Stände in einer Stadt gebracht, welche von jeher sich eine unabhängige politische Meinung zu erhalten gewußt hat, war von hoher Bedeutung und tiefer Wirkung. Die „Hoch“ auf den König, die sich immer wieder aus der Brust der begeisterten Menge drängten, wollten nicht enden. Abends war die Stadt geschmackvoll erleuchtet, besonders zeichnete sich der Kranz der Thürme aus. Der König fuhr durch die Stadt, allenthalben begleitet und empfangen von einer jubelnden Menge.

Baden. y Mannheim. Vielleicht lesen Sie die „Neue Folge des Deutschen Zuschauers“ nicht, vielleicht ist Ihnen die in der Nr. vom 1. Sept. enthaltene Erklärung des jetzigen Redakteurs Florian Mördes gegen Gustav Struve entgangen, auf die Sie, als auf ein Aktenstück zu der innern Geschichte und gleichsam dem Familienleben der republikanischen Partei, mit einigen Worten hinzuweisen doch nicht verschmähen sollten. Der Streit zwischen der jetzigen Redaktion und dem frühern Redakteur des Blattes geht schon einige Zeit hin und wieder, indem Struve die „Neue Folge“ des Blattes als einen Raub an seinem Eigenthum betrachtet, die jetzige Redaktion beschuldigt, daß sie sich in „gewinnsüchtiger Absicht den Schein gebe, für die gute Sache zu wirken“, und sie der Lügenhaftigkeit zeiht, wogegen Florian Mördes sophistisch zu erläutern sucht, daß ein geistiges Eigenthum Struve's nun und nimmer angetastet wurde, ein materielles Eigenthum Struve's aber niemals existirt habe, da das Eigenthum des Deutschen Zuschauers der ganzen Gesellschaft angehörte, bei welchem Anlaß man denn hört, daß das ehemals wichtigste und bedeutendste Organ dieser „avancirtesten“ Partei zu seiner besten Zeit einen „schlechten Stand“ gehabt, d. h. Nichts oder doch nicht viel eingebracht habe, weßhalb auch die Aktionäre Hrn. Struve die geforderte Honoraverhöhung nur „in Rücksicht auf Struve's Verhältnisse“ bewilligten. Doch das Alles ist ziemlich langweilig und hat sich schon öfter bei ähnlichen Unternehmungen wiederholt; um so interessanter ist es zu sehen, in welchem entwürdigenden Tone — vielleicht für die Gegner Struve's noch entwürdigender als für diesen selbst — der Mannheimer Republikanismus jetzt von seinem ehemaligen vielbewunderten Vorkämpfer spricht, „der durch eine feine cabulistische Wendung den Nachweis geliefert, daß ihm die Kniffe der Rechtsverdrehung aus seiner kurzen Advokatenlaufbahn allein noch übrig geblieben“, der diejenigen Männer, welche ihn seiner Zeit unterstützten, „mit schnöder Undankbarkeit behandelt“, der zur Zeit der Gründung des Zuschauers „rein Nichts hatte, wovon er leben konnte, dessen Freunde von Haus zu Haus gingen und das Geld sammelten, welches man demselben in schonender Weise als Kaufpreis für seine unverkäuflichen Censurstriche gab“, der, „ein ehemaliger Vertheidiger Blittersdorf's die Sache des Volkes bloß deßhalb ergriff, weil sie ihm Gelegenheit zu bieten schien, sich über das Volk zu stellen“, und wie die süßen Phrasen alle noch heißen, welche in den Ohren der um ihre Einschüsse gekommenen Aktionäre des Deutschen Zuschauers wie Sphärenmusik tönen mögen, nach der Art derer, welche sich für den Bankerott ihrer Partei dadurch zu rächen und sich gewissermaßen schadlos zu halten suchen, daß sie an den in den Gesammtbankerott mitverwickelten Parteiführern ihr Müthchen kühlen. An einer Stelle der Erklärung wird Hr. Struve als „völlig toll“ bezeichnet. Wahrlich, es ist ästhetisch und sittlich unschön, wenn man einen ehemaligen Kameraden, der sich gerade im Unglück befindet und als Unglücklichen doppelt ehrbar ist, auf eine so schnöde und schmähliche Art behandelt. Struve's eigenes mit Liebe gepflegtes Geschöpf, der Deutsche Zuschauer, wird dazu mißbraucht, seinen Vater zu verläugnen und auf öffentlichem Markte mit Koth zu werfen. Es ist möglich, daß die Beschuldigungen von Mördes dem Ansehen des Hrn. Struve den letzten Stoß geben, aber auch der jetzige Deutsche Zuschauer, wenn schon mit größerer Mäßigung, aber auch viel geringerem Talent redigirt als früher, wird davon keinen Gewinn, weder moralischen noch materiellen, haben, selbst wenn er den Anarchisten zuruft, mehr an sich zu halten und in seiner Verzweiflung die konstitutionelle Partei auffordert, mit der republikanischen gegen die Umtriebe der Reaktion gemeinsame Sache zu machen.

Hessen. Gießen, 31. Aug. Die O. P. Z. berichtet Näheres über die bereits gemeldeten blutigen Auftritte: Ein angeblich beraufchter Student hatte sich einer Patrouille der Bürgergarde, die ihn arretiren wollte, thätlich widersetzt, war darauf von dem Kommandirenden derselben, durch Säbelhiebe auf den Kopf stark verletzt und auf das Rathhaus gebracht worden. Sofort erscholl der Ruf Burschc heraus! und der Generalmarsch durch alle Straßen der Stadt, und es begann vor dem Rathhause ein wilder Kampf. Die Bürgergarde gebrauchte zum erstenmal die gestern empfangenen Waffen so nachdrücklich, daß viele Studenten Bajonettstiche erhielten, sogar der Präsident des Generalrathes, der sich Ruhe zu stiften bemühte, umgeworfen ward. Die Studenten, die übrigens nicht mehr in großer Anzahl hier und unbewaffnet waren, schleuderten Steine, wodurch viele aus der Reihe der Bürgerwehr niedergestreckt wurden. Auch fielen in verschiedenen Theilen der Stadt zwei Schüsse, deren einer einem Studenten, den hoffnungsvollen Sohn eines hiesigen sehr geachteten Advokaten, tödtete. Von den übrigen Verwundungen soll glücklicherweise keine lebensgefährlich sein. Heute herrscht in Folge dieser Vorgänge die größte Aufregung. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat noch nicht ergeben, von wem der tödtliche Schuß ausgegangen ist. Die Studenten behaupten, derselbe sei aus den Reihen der Bürgergarde gekommen, was aber von dieser bestimmt in Abrede gestellt wird.

Detmold, 27. August. Die hiesige Regierung hat den geheimen Justizrath Petri zum Abgeordneten bei der deutschen Centralgewalt zu Frankfurt a. M. kommittirt, und wird derselbe morgen an den Ort seiner Bestimmung abgehen. Die sechzehnte Kurie war bisher beim Bundestage durch den landgräflich hessen-homburgischen Geheimenrath von Holzhausen vertreten; jetzt werden die einzelnen zu dieser Kurie gehörenden Bundesstaaten, nämlich Hohenzollern-Hechingen, Liechtenstein, Hohenzollern-Sigmaringen, Waldeck, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe und Lippe, jeder selbst ihre eigenen Abgeordneten zur deutschen Centralgewalt absenden. Unser früherer Bundestagsgesandter, Geheimerath von Holzhausen, ist für Hessen-Homburg kommittirt. (Hann. Z.)

Schleswig-Holstein. Durch eine Aufforderung des versammelten Bureaus vom 30. dss. wird die Landesversammlung auf den 4. September einberufen.

Altona, 30. Aug. Heute ist hier die Ordre an Hrn. Obristlieutenant Fabricius gelangt, sich morgen nach Stade zu begeben, um die dänischen Gefangenen, 750 an der Zahl, hierher abzuholen. Dieselben werden hier von dem schleswig-holsteinischen Kapitän Friedrichsen und einigen Anderen in Empfang genommen und sammt den hier befindlichen Gefangenen am 2. September nach Kiel befördert werden, um dort gegen die an jenem Tage von Kopenhagen daselbst anlangenden deutschen Gefangenen ausgewechselt zu werden. Diese Auswechselung wird sogar in dem Falle, daß die dahin der Waffenstillstand wider Vermuthen nicht ratificirt werden sollte, stattfinden. — Vom 1. Sept. an rücken täglich 4000 Mann deutscher Truppen aus dem Schleswigschen ins Holsteinische zurück. Die Preußen (wahrscheinlich mit Ausnahme von 1500—2000 M.), sowie sämmtliche zum 10. Armeekorps gehörige Bundeskontingente, kehren sofort in ihre früheren Garnisonsörter in Norddeutschland zurück; dagegen bleiben die süddeutschen Truppen fürs Erste in und bei Hamburg liegen.

* Hamburg, 29. August. Das Kollegium der Oberalten und Sechziger hat gestern den ganzen Tag Sitzung gehalten, um sich über die ihm vom Senat gestellte Propposition wegen einer konstituirenden Versammlung zu berathen; erst spät Abends entschieden sich die Sechziger für Ablehnung mit 56 gegen 4 Stimmen, so daß die Annahme in der Bürgerschaft immer mehr in Frage gestellt wird. Jetzt muß die Frage erst noch an die 180er gebracht werden, doch sollen von den verschiedenen Klubs erst Berathungen und Maßregeln dagegen ergriffen werden. Gestern Abend, wo der deutsche Klub und der patriotische Verein versammelt waren, ging eine Deputation des ersten nach Bekanntwerdung der Abstimmung an den patriotischen Verein, um gemeinsame Schritte einzuleiten. Derselbe lehnte es ab, und der deutsche Klub wird nun mit den übrigen Vereinen gemeinsam handeln. Der patriotische Verein will nun auf eigne Hand eine Supplik an den

Digitized by Google

Senat einreichen, die konstituirende Versammlung mit Umgehung der einzelnen Kollegien direkt vor die Bürgerschaft zur Abstimmung zu bringen. Dies ist zwar gegen die Statuten des Vereins, doch ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Mittel, und dies steht auch der patriotische Verein ein. Mit der wachsenden Aufregung wachsen auch die Vereine. Gestern hat sich wiederum ein neuer patriotischer in St. Georg gebildet, welcher aber, dem Vorstande nach zu urtheilen, nicht demokratischen, sondern aristokratischen Principien folgt. — Die Freude des Bürgervereins über die neuesten Errungenschaften an dem Tage seiner Stiftungsfeier, am 27. August, scheint etwas verfrüht zu sein; noch ist das Gesetzbuch von 1712 nicht gestürzt und der Kampf noch lange nicht als beendet anzusehen. An dem Abend des Stiftungstages vereinigten sich die demokratischen Koryphäen in dem Lokale des Vereins, es wurden eine Menge Reden gehalten, u. A. von einer Dame aus Berlin, die dort auf den Barrikaden gekämpft hat. De. Baumeister, Kriege, Deputirter der demokratischen Vereine Berlins, und Schramm aus New-York waren außer dem Präsidenten die interessantesten Redner des Abends. In einem Transparent trat die Göttin der Freiheit das Gesetzbuch von 1712 mit Füßen, leider ist es aber noch anders, und wir werden noch immer mit Füßen getreten. — Geheimrath Welcker war hier, um mit seiner Umgebung nach Stockholm zu gehen; hoffentlich trägt er in Etwas zur Beseitigung der irrigen Ansicht in Schweden über das Verhältniß der Herzogthümer zum Gesammtstaat bei. — In Dänemark nimmt man zu den kleinlichsten Mitteln seine Zuflucht, um sich an Deutschland zu rächen. Jetzt hat man den öffentlichen Behörden verboten, ihre amtlichen Anzeigen in der Hamburger Zeitung zu inseriren.

OO **Frankfurt a. M.**, 31. Aug. Das würtembergische 2te Reiterregiment zieht in den Reichskrieg unter einer von Napoleon dem Regiment wegen seines tapfern Verhaltens in der Schlacht bei Linz oder Ebelsberg am 3. Mai 1809 gegen die Oesterreicher verliehenen Standarte, welche mit dem kaiserl. französischen Adler gekrönt ist und den Stern der franz. Ehrenlegion zeigt. Ob es taktvoll sei, solche Feldzeichen, wenn sie auch dem soldatischen Ehrgefühl schmeicheln, welche an die schmachvollste Zeit Deutschlands erinnern, da Deutsche sich zum Vortheil des gemeinsamen Unterdrückers gegenseitig mordeten, überhaupt jetzt, wo wir einig werden wollen, nach beizubehalten, mag dem Urtheil der würtembergischen Regierung überlassen bleiben, jedenfalls hätte man sie aber bei einem Krieg gegen einen auswärtigen Feind, in welchem möglichenfalls dies Regiment neben ein österreichisches hätte zu stehen kommen können, zu Hause lassen sollen. Jene Waffenthat bleibt durch ein solches Zeichen in der Erinnerung, jeder Neueintretende ins Regiment wird davon in Kenntniß gesetzt, und so eine feindliche Stimmung gegen den damaligen Gegner erhalten, da die Leute über die veränderten Verhältnisse nicht klar werden. Ein Reiter dieses Regiments erwiderte dahier einem in Civil gekleideten österreichischen Officier, den er als solchen nicht kannte, auf die Frage: ob er gern nach Schleswig zöge? „Lieber machte er sich wieder über die Oesterreicher her"!

Frankfurt. Die O. P. Z. enthält amtlich folgende Mittheilung über die Bevollmächtigten bei der Centralgewalt: In Gemäßheit des Art. 14 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. haben bereits die Regierungen der meisten Staaten Deutschlands ihre Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt ernannt, und es ist zu hoffen, daß auch von Seite der übrigen Regierungen diese Ernennung binnen Kurzem erfolgen werde. Die bereits ernannten Bevollmächtigten sind: für Preußen: Herr Staatsminister Camphausen; — für das Königreich Sachsen: Herr Geh. Regierungsrath Kohlschütter; — für Hannover: Herr Justizrath v. Bothmer; — für Würtemberg: Herr Obertribunalrath Ferth. v. Steenenfels; — für Baden: Herr Geheimerath Welcker; — für Kurhessen: Herr Geh. Legationsrath Sylvester Jordan; — für das Großherzogthum Hessen: Herr Ministerialrath Eigenbrodt; — für Holstein: Herr Prof. De. Madai; — für Lauenburg: Herr Geheimerath Welcker; — für Luxemburg und Limburg: Herr Staatsrath v. Scherff; — für Sachsen-Weimar: Herr Staatsrath v. Wydenbrugk; — für Sachsen-Meiningen: Herr Staatsrath Seebeck; — für Sachsen-Koburg-Gotha: Herr Geh. Regierungsrath Kohlschütter; — für Braunschweig: Herr Geh. Legationsrath Dr. Liebe; — für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: Herr Regierungsrath Dr. Karsten; — für Oldenburg: Herr Oberst Joh. Ludwig Mosle; — für Hohenzollern, Reuß und Hessen-Homburg: He. Geh. Rath. Freih. Adolf v. Holzhausen; — für Lippe-Detmold: Herr Geh. Justizrath Petri; — für Hamburg: Herr Senator Kiechenpaur; — für Frankfurt: Herr Schöff Dr. Souchay; — für Bremen: Herr Bürgermeister Smidt; — für Lübeck: Heer Senator De. Heinrich Oehmer.

Großbritannien.

London, 31. August. Den 24. August wurde im Oberhause die Bill zur Beseitigung gewisser Bestechungsmittel bei den Parlamentswahlen zum zweitenmal gelesen. Lord **Ardesdale** schlug sodann vor, sie für die nächstkünftige Session bei Seite zu legen, womit sich denn die Herren einverstanden erklärten. Es ist dieselbe Bill, welche dem Obersten **Gilthorp** bei den Berathungen im Unterhause so böses Blut machte, namentlich als die Klausel kam, wornach auch Lincoln auf die Liste der verdächtigen Wahlflecken gesetzt werden soll. Hier stand der Oberst zuerst auf und sagte: „Sein Vater, Bruder, Oheim, Großoheim, ja er wolle hinzufügen, sein Urgroßvater hätten für diesen Wahlflecken im Parlament gesessen, seit 1714 hätten Mitglieder seiner Familie diesen Wahlflecken vertreten, und jetzt zum erstenmal erlaube man sich gegen ein Mitglied dieser Familie solche Verdächtigungen", worauf der Generalsolicitor den erbitterten Obersten mit den Worten zu beruhigen suchte, die Bill enthalte keine ehrenrührige Beschuldigung gegen das tapfere Mitglied oder sonst ein bestimmtes Individuum; „er, der Generalsolicitor, hoffe, daß die Nachkommen des ehrenhaften und tapfern Mitglieds noch viele Jahre nach ihm jenen Wahlflecken im Hause vertreten möchten." (Gelächter.) Somit gehört auch diese Bill zu den vielen beseitigten und aufgeschobenen Gesetzentwürfen der gegenwärtigen Session, die an Vorschlägen und guten Vorsätzen reicher war, als an wirklichen Erfolgen. Lord John wird sich jedoch über das Schicksal dieser Bill zu trösten wissen; sie ist nicht ein Kind seiner Liebe, sondern seiner Rothehe mit der Fortschrittspartei, welche dringend Abhilfe der vielfachen Mißbräuche und Bestechungsmittel bei den Wahlen fordert, für ist ein homöopathisches Pülverchen gegen das allopathische Reformrecept der Herren **Hume** und **Cobden**. Hat Lord John **Russell** doch die Freude erlebt, die Bill wegen Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom, die ihm viel näher am Herzen liegt, am 29. Aug. im Unterhause mit einer Majorität von 88 gegen 25 Stimmen durchgehen zu sehen! In derselben Sitzung bekämpfte Hr. Hume den Regierungsplan einer Anleihe von 2 Mill. Pf., sein Amendement wurde jedoch mit 66 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Am 30. August ergriff Hr. Disraeli Gelegenheit, in einer sogenannten „glänzenden" Rede die gegenwärtige Parlamentssession und das Kabinet durchzuhecheln, welches letzteer von Lord J. Russell in einer kurzen, aber kräftigen Rede geschickt vertheidigt wurde. Man sieht, daß sich die Session gegen den Schluß hin noch hinlänglich interessant gestaltet hat. Wir denken auf diese letzten Sitzungen noch in Kürze zurückzukommen.

Die Korrespondenten englischer Zeitungen legen mit einem gewissen Behagen die Wunden auf, aus denen Deutschland blutet; namentlich zeichnen sich die Darstellungen des Berliner Korrespondenten im **Morning Chronicle**, der übrigens sein Terrain genau zu kennen scheint, durch düstere Färbung aus. Seiner Meinung nach wird sich der Zustand Berlins nicht eher zum Bessern wenden, ehe er nicht ganz schlecht geworden, oder was der Korrespondent unter diesem ganz schlecht Werden versteht, ehe nicht die Leitung der Geschäfte an die äußerste Linke übergegangen, eine Ministerkombination mit radikaler Färbung aber mit Hansemann als Premier an der Spitze — (?) könne nicht ausbleiben. Wenn auf diese Weise denn alles Unterste zu oberst und alles Oberste zu unterst gekehrt worden, dann erst werde sich aus diesem Chaos eine neue Welt der Ordnung und der Gesetzlichkeit niederschlagen. Preußen bedürfe entschiedener und ganzer, keiner halben Maßregeln, und leider müsse man gestehen, daß gegenwärtig nur die demokratische Partei wirkliche Energie und entschiedene Willenskraft entwickele. Was den Gesetzentwurf zur Beschränkung des Versammlungsrechts betreffe, so sei vorauszusehen, daß der hauptstädtische Pöbel, der nun bereits vier Monate lang die Oberhand gehabt, zu sehr an die süße Gewohnheit des Herrschens gewöhnt sei, um nicht einen letzten äußersten Kampf der Unterwerfung unter jene Bill vorzuziehen. Der Korrespondent erwähnt, die Freunde der Minister hätten diesen gerathen, den Entwurf fallen zu lassen, die bestehenden Gesetze seien, mit Kraft angewendet, hinreichend und mehr als hinreichend, um den in jenem Entwurfe ausgesprochenen Zweck zu erfüllen. Die Antwort sei gewesen: Wir wissen es, aber wir bedürfen der moralischen Hilfe der Nationalversammlung. „Was", ruft der Korrespondent aus, „moralische Hilfe? Die moralische Hilfe einer Versammlung, die in der Meinung der Nation bis zum äußersten Grade zu Grunde gerichtet ist. Stoßt sie in einem Mörser klein und ihr werdet nicht ein Atom von Moralität und Einfluß daraus gewinnen." In Bezug auf die Polen bemerkt der Korrespondent, daß die Polen des Königreichs mit dem Verfahren der polnischen Bewohner des Großherzogthums sehr unzufrieden seien, und ihnen zum Vorwurf machten, daß sie die Sympathien der Deut-

Digitized by Google

schen den Polen entfremdet hätten. Die Verzweiflung habe die Posener dahin getrieben, mit der Linken gemeinsame Sache zu machen, um sich schließlich mit ihr zu Grunde zu richten. Eher noch sei zu erwarten, daß die deutsch-russischen Provinzen deutsch (?), als daß die deutsch-polnischen Bezirke polnisch würden; die deutsche Einheit habe die Wiedergeburt Polens unmöglich gemacht. — Von Wien heißt es unter Anderm in derselben Zeitung: „Die soziale Lage Wiens ist wo möglich noch schlechter als die von Berlin, die demokratischen Grundsätze sind in Wien viel allgemeiner, der Kaiser befindet sich mehr in der Lage eines Geisel, als in der eines unabhängigen Herrschers" u. s. w. Ueber die Lage des gesammten Deutschlands und über das Frankfurter Parlament, „welches ganz Deutschland Gesetze vorschreiben wolle und nicht einmal Zucht und Ordnung im eignen Hause einführen könne", fällt das Morn. Chron. nicht minder herbe Urtheile. Deutschland ist ihm das Land der Uebergriffe und Usurpationen, das Land, wo, wie in keinem andern, der anarchische Pöbel herrscht, das Land, in welchem die Staatsmänner sich um alle staatsmännische Einsicht gebracht zu haben scheinen.

Frankreich.

Paris, 1. Sept. Die Rüstungen zum Krieg werden mit aller Energie fortgesetzt; daß sie auch gegen den im Süden ungemein mächtigen Föderalismus, im Bunde mit dem Royalismus, gerichtet sein können, darauf scheint gegenwärtig Niemand zu denken. Ein Befehl des Kriegsministers vom 28. befiehlt die Bildung einer fünften Infanteriedivision der Alpenarmee — Hauptquartier Dijon — der Divisionsgeneral Rulhis hat das Kommando dieser Division, unter ihm kommandiren die Brigadegenerale Depanis und Malzière. Die Konzentration dieser Division in und um Dijon muß am 5. d. beendet sein. Durch eine telegraphische Depesche vom 30. Aug. ist nach Marseille der Befehl abgegangen, eine andere Division von 6000 M. in Marseille einzuschiffen und nach Venedig zu dirigiren. Oberst d'Hilliers, Kabinetschef des Kriegsministeriums, (General Bedeau wird in diesen Tagen das Kriegsministerium übernehmen und General Lamoricière das Oberkommando der Alpenarmee) hat sich vorgestern von Paris nach Marseille begeben, um die Einschiffung zu leiten — er ist zum Generalstabschef dieser Expedition ernannt. Man versichert, daß die englische Flotte mit 4000 M. Landungstruppen sich ebenfalls nach Venedig begibt, um die Unabhängigkeit dieser Stadt aufrecht zu halten, bis die englisch-französische Vermittelung zu einer Entscheidung geführt hat. Die französische Eskadre des Mittelmeeres, jetzt 8 Linienschiffe, 2 Fregatten und 4 Dampfer stark, hat durch den Dampfer Pluto den Befehl erhalten, sich sogleich nach Venedig zu begeben. Zu gleicher Zeit hat General Cavaignac den Befehl ertheilt, zwei aktive Divisionen als Beobachtungskorps am Rhein zu bilden, deren eine in Metz, die andere in Straßburg stationirt sein wird. Trotz dieser Rüstungen verliert man die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens nicht und glaubt, daß sie vielmehr die gütliche Lösung beschleunigen werden.

Der Kriegsminister Lamoricière hat die ihm angebotenen Dienste des Herzogs von Eichingen (Ney) und zweier andern Adjutanten Louis Philipps, die nach der Februarrevolution pensionirt wurden, angenommen und sie zur Alpenarmee abgeschickt. General Hautpoul übernimmt das Kommando der Expedition nach Venedig.

General Leflo, Gesandter der französischen Republik am russischen Hofe hat sich in Havre nach Petersburg eingeschifft. Man versicherte im Konferenzsaale der Nationalversammlung, daß diese Ernennung auf den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers Nikolaus erfolgt sei, der sogleich nach den Junitagen eigenhändig einen sehr schmeichelhaften Brief an den General Cavaignac schrieb und ihm seinen Wunsch ausdrückte die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland vollständig wieder hergestellt zu sehen. Die Anerkennung der französischen Republik ist in Petersburg am 19. d. erfolgt. Man will hier wissen, daß Kaiser Nikolaus die Bildung eines unabhängigen lombardisch-venetianischen Königreiches mit dem Herzogt von Leuchtenberg (Sohn Eugen Beauharnais) wünsche. Der Plan ist von russischem Standpunkte nicht so übel; der Tochter des Nordens würde gewiß der schöne Süden gut gefallen. Humor läge aber jedenfalls darin, wenn die „Erhebung" Italiens in einer russischen Statthatterschaft zu Ende ginge.

In Betreff der Unterhandlungen mit Oesterreich hat Hr. Bastide gestern dem Komité der auswärtigen Angelegenheiten die letzte Antwort Wessenbergs mitgetheilt, dahin lautend: er sei überzeugt, daß, wenn er auch den Befehl zur Räumung Italiens nach Mailand schickt, Radetzky nicht gehorchen würde. (?) Eine friedliche und freundschaftliche Lösung scheine somit unmöglich und die französische Regierung habe somit, um Nichts unversucht zu lassen, ihr Ultimatum nach Wien geschickt, zu dessen Annahme oder Ablehnung nur 24 Stunden Frist festend. Als Basis der Vermittlung ist vorgeschlagen, die Lombardei unabhängig zu erklären, Venedig und sein Gebiet aber bei Oesterreich zu lassen. Hr. v. Delacour ist angewiesen zu erklären, daß, falls man Frankreich zum Kampfe zwinge, es dann nicht eher Frieden schließen werde, als bis auch Venedig unabhängig geworden sei. Wir wollen wünschen, daß das Hemd nicht gar zu gelb wird.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 1. September wird ein Dekret, welches einen Kredit von 600,000 Franken zur Unterstützung der Tischler-Industrie und 600,000 Franken zur Unterstützung der Industrie der Bronce-Fabrikation bewilligt, nach einer kurzen Diskussion angenommen. Das Dekret über die Arbeitsstunden, für das 12 Amendements vorliegen, ist mit denselben dem Gesetzgebungs-Komité zugeschickt worden, das seine Arbeit noch nicht beendet hat. — An der Tagesordnung ist das Dekret über Wiederherstellung der Schuldenhaft. Die Kommission hat auf Abschaffung des betreffenden Dekrets der provisorischen Regierung und vollständige Wiederherstellung des alten Zustandes angetragen. — Es wiederholt sich hier, was wir zu beobachten jetzt auf allen Gebieten bereits Gelegenheit haben und in der kürzesten Zeit noch in viel reicherem Maße haben werden: die Theorie zertritt eine auf lange Erfahrungen der Zweckmäßigkeit sich stützende Maßregel aus Liebe zu dem Einen, ohne dabei zu bedenken, daß vielleicht zwei Andere dadurch hart getroffen werden, und sieht sich nach wenigen Wochen genöthigt, zu derselben zurückzugreifen. Am Rhein, wo man im Frühlinge nach französischem Beispiele ebenfalls die Schuldenhaft abschaffte, denkt man auch bereits alles Ernstes an ihre Wiedereinsetzung. In der Versammlung erheben sich ungefähr gleich viel Stimmen für und gegen den Antrag Cremieux, der die Schuldenhaft nur für kommerzielle Schulden, wenn diese mehr als 300 Frk. betragen, und nie länger als auf drei Jahre erkannt haben will. Wolowsky spricht von einer Herstellung der Sklaverei gegen die Weißen. Eine Phrase fehlt in Deutschland und Frankreich jetzt nur mehr, wenn es sich um staatsmännische Beschlüsse handelt. Endlich erklärt der Minister Senard: Die Regierung wünsche einen Mittelweg, sie wolle die Schuldenhaft beibehalten, um Mißbräuchen vorzubeugen, sie wolle aber alle allzustrengen und unhumanen Bestimmungen des Gesetzes mildern. Bei Postschluß trägt er darauf an, alle Amendements an die Kommission zurückzuschicken.

Italien.

* Rom, 26. August. Ich habe Ihnen in den letzten Tagen nicht schreiben mögen, weil ich von einem Augenblick zum andern den Durchbruch der Krisis erwartete, die sich durch allerlei Zeichen zwar vernehmbar genug, aber keineswegs deutlich ankündigte. Zwar sah man die exaltirte Partei immer mehr die Segel streichen, es war aber nicht sicher, ob dies mehr den Zeitereignissen im Großen zuzuschreiben sei, oder auch dem Auftreten des Ministeriums, welches Zutrauen zu sich selbst zu fassen schien und, indem es die Schreier in verschiedener Weise mengirte, in den Gang Rechtens einlenkte. Noch gestern kündigte sich eine Wendung ernsterer Art durch das Gerücht an, gegen zwei der Landsturmprediger sei ein Verhaftsbefehl heraus. Einer derselben, Mamiani, stellte vorgestern eine abermalige Auflösung des Ministeriums in Aussicht und forderte seinen alten Freund Fabbri auf, sich zurückzuziehen, bevor er seinen Ruf schände. Was sich aber eigentlich vorbereitete, scheint selbst dieser schlaue Fuchs nicht herausgewittert zu haben. Denn als heute nach beendigter Kammersitzung Fabbri die Tribune bestieg und die Vertagung der Kammern bis zum 15. Nov. verkündigte, trafen sich Alle wie vom Donner gerührt. — Fabbri hat seinen Plan meisterhaft ausgeführt — denn daß er mit der Absicht, die Kammern aufzulösen, ins Ministerium trat, war unter seinen engeren Freunden bekannt — und durch seine kindliche Treuherzigkeit unmittelbarer das erreicht, was seine Kollegen nicht ohne viel Aufwand von List und Intrigue durchzusetzen versuchen mußten. Der zweite Akt wird sich mit der Herstellung der inneren Ordnung und mit der Auflösung der römischen Legion beschäftigen müssen, ohne welche es dem hiesigen Gouvernement unmöglich werden dürfte, der österreichischen Regierung Satisfaktion wegen des Wappenskandals vom 21. März zu geben.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner & Kmp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wenden man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 23 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer vierspaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 243. Heidelberg, Dinstag 5. September. 1848.

Uebersicht.

Eine dänische Staatsschrift. L — Wien (Reichstagsverhandlungen. Abstimmung über den Kudlichschen Antrag. Nachrichten aus dem Osten). Berlin (Verhandlungen des Verfassungslandtags. Die Posener Frage. Reaktion in der Lausitz. Interpellation. Versorgung der Invaliden. Der Waffenstillstand). Posen (ein polnischer Verein). Baiern (Sammlung für die Flotte). Stuttgart (Uhland tritt das Kultusministerium ab). Flensburg (Aufhebung eines nassauischen Vorpostens durch die Dänen. Altona (bedenkliche Nachrichten aus Kiel). Hamburg (Auswechslung der Ratifikationen des Waffenstillstandes). Lübeck (die Friedensunterhandlungen). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Der dänische Waffenstillstand).

Schweiz Ein Abgeordneter nach Frankfurt in Zollangelegenheiten. Bern. Der Advokatenstand. Die Schweizerkommission in Neapel.

Großbritannien. London. Befürchtungen wegen der ital. Angelegenheit. Freischärler aus Amerika und Deutschland nach Irland. Louis Blanc. Verurtheilung von Chartisten. Die Chartistenhalle in London geschlossen. Kossuth abgereist.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Wieder ein kriegerischer Artikel im National. Die Existenz der englisch-franz. Kriegsdrohung an die Centralgewalt. Die ital. Flüchtlinge. Ruhe in Montpellier.

Italien. Von der ital. Grenze. Die Flüchtlinge. Garibaldi.

Ungarn. Pesth. Die Wiedervereinigung des Kriegsministeriums.

Oesterr. Monarchie. Ankunft Dwernizki's. Die Gräuel von Weißkirchen. Der Ban besetzt Fiume.

4. September.

In einer vor Kurzem zu Kopenhagen erschienenen, gegenwärtig auch ins Französische übersetzten und in den diplomatischen Kreisen verbreiteten Parteischrift („der Aufstand in den Herzogthümern Schleswig und Holstein und Preußens Verfahren gegen Dänemark") — nur zu wahrscheinlich eine Darlegung des Standpunktes, den Dänemark bei dem definitiven Friedensschlusse einzunehmen gedenkt — sind die Verhältnisse Dänemarks zu Schleswig-Holstein und zu Preußen auf eine Weise dargestellt, welche der Wahrheit wie dem Rechte so auffallend Hohn spricht, daß es nicht der Mühe lohnen würde, irgend eine Kenntniß davon zu nehmen, wenn die Schrift nicht offenbar als eine Staatsschrift anzusehen und dazu bestimmt wäre, die deutschen Regierungen zu täuschen, insbesondere aber dem Eindrucke entgegenzuwirken, welchen die bekannte Druckschrift des preußischen Gesandten Bunsen (von der gesagt wird, daß darin eine sehr geringe Dosis historischer Wahrheit mit einer fast unglaublichen Menge von Irrthümern sich gemischt finde) auf jeden Unbefangenen gemacht haben muß.

Der erste Abschnitt der Schrift enthält eine Einleitung, welche zeigen soll, daß die Herzogthümer sich unter der dänischen Regierung in einer so günstigen Lage befunden, daß sie zu einem „Aufstande" gar keinen Grund hatten; aber schon der erste Satz, „Dänemark ist von Preußen — mit Krieg überzogen", ist eine Lüge, da es bekannt genug ist, daß Dänemark die Herzogthümer mit Krieg überzogen und Preußen diesen einen Schutz gegen die momentane Uebermacht der Dänen verliehen, das dänische Territorium aber erst angegriffen hat, nachdem Dänemark eine Anzahl deutscher Schiffe genommen und die deutschen Seehäfen bedroht hatte. Wenn es ferner heißt, daß die „edelsten Nationen" ihre Sympathien mit der dänischen Sache offen ausgesprochen haben, und gleich darauf angeführt wird, daß derselben der mächtige Beistand des russischen Hofes gesichert sei, so möchte eine solche Zusammenstellung selbst in Dänemark als eine bittere Ironie auf die Gerechtigkeit der dänischen Sache angesehen werden. Bei der Schilderung des Wohlstandes der Herzogthümer vergißt der Verfasser, daß die Herzogthümer denselben ihrer günstigen Lage und der Betriebsamkeit ihrer Bewohner, nicht aber der Regierung verdanken, daß die Herzogthümer sich in einem blühenden Zustande befinden, nicht weil, sondern obgleich der König von Dänemark ihr Landesherr gewesen ist, denn die Aeußerung Friedrichs des Großen, daß die dänische Regierung die Herzogthümer systematisch zu ruiniren suche, und dieses ihr dennoch nicht gelinge, ist noch immer wahr. Endlich wird die Entstellung so weit getrieben, daß der Verfasser den mittelst des Reskriptes am 28. Januar d. J. vom Könige verkündeten Plan, den Herzogthümern eine Gesammtverfassung mit Dänemark zu geben, diesen als eine königliche Wohlthat anrechnet, zugleich aber verschweigt, daß eben die Zurücknahme dieses Planes und die Verfügung, Schleswig von Holstein zu trennen und ersteres Dänemark zu inkorporiren, die nächste Veranlassung zu dem sogenannten Aufstande gegeben hat.

In dem zweiten Abschnitte sucht der Verfasser es zu erklären, wie sich „für die Aufhebung einer beiden Theilen gleich vortheilhaften Staatsverbindung, im Dienste einer fanatischen Nationalpartei, einer herrschsüchtigen Aristokratie und der Sonderinteressen eines fürstlichen Prätendenten, die Fahne des Aufruhrs entfaltet habe." Den ersten Grund findet der Verfasser in den Bestrebungen für die Einheit Deutschlands, die sich seit 1815 verbreitet; um das Herzogthum Schleswig dem Königreich Dänemark zu entreißen, habe die deutsche Nationalpartei die Verbindung Schleswigs mit Dänemark als eine nachtheilige geschildert; kein Mittel wäre zu schlecht gewesen, um in dieser Richtung zu wirken, die Lüge in jeglicher Gestalt sei an der Tagesordnung gewesen; die Presse, die Lehrstühle der Universität, die öffentlichen Versammlungen wären als Hebel und Werkzeuge der Agitation benützt; die Beamten wären durch die Universität demoralisirt, selbst Diener des göttlichen Worts hätten sich zu Missionären der Lüge und des Unfriedens erniedrigt. Um einen scheinbaren Rechtsgrund für die Aufhebung der Verbindung mit Dänemark zu finden, sei ein sog. schleswig-holsteinischer Staat fingirt, man habe die Geschichte verfälscht und alle Künste der Sophistik erschöpft, um den ersehnten Phantasiestaat mit seiner Zweieinigkeit hervorzuzaubern; das Augustenburger Fürstenhaus habe alle diese Bestrebungen mit seinem ganzen Einflusse unterstützt. So sei es gelungen, die öffentliche Meinung Deutschlands gegen Dänemark einzunehmen und die Sympathien eines großen Theils der sogenannten gebildeten Klassen zu gewinnen. Erst hierdurch sei bei dem dänischen Volke in dem Königreiche eine natürliche Reaktion hervorgerufen worden. Die dänische Regierung habe nun freilich erkannt, daß Holstein berechtigt sei, sich der durch die deutsche Bewegung hervorgerufenen Umgestaltung anzuschließen, und daß daher für Holstein das ursprüngliche Verfassungsprojekt aufzugeben sei, daß aber weder die Nationalität noch die politische Stellung Schleswigs den Anschluß an den deutschen Bund gestatte, wogegen eine gemeinsame Verfassung mit Dänemark sich den rechtlich wie faktisch bestehenden Verhältnissen der Herzogthümer angeschlossen habe: der Aufstand sei aber nasgebrochen, ehe noch dieser Ausspruch der Regierung erfolgt wäre.

Hieran schließt sich die im dritten Abschnitte gegebene Darstellung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Herzogthümer neben einander und zu Dänemark an, in welcher die bekannte Lehre der dänischen Publicisten, daß Schleswig seit dem Jahre 1721 dem Königreiche Dänemark einverleibt, daß zwischen beiden Herzogthümern keine grundgesetzliche, sondern nur eine administrative Verbindung bestehe (die diesfällige Zusicherung im Grundgesetze von 1460 wird eine obsolete und mißverstandene Zusage genannt), und daß in Schleswig die Successionsordnung des dänischen Königsgesetzes gelte, wiederholt wird. Auf die Widerlegung dieser Deduktion näher einzugehen, scheint indeß völlig überflüssig, da die gründlichsten und gewissenhaftesten historischen und staatsrechtlichen Forschungen es als anerkannte Thatsache hingestellt haben: daß die

Digitized by Google

Herzogthümer selbständige, unter sich eng verbundene Staaten sind, in welchen der Mannsstamm herrscht — auch bricht der Verfasser selbst den Stab über die von ihm aufgestellten Behauptungen, indem er sich auf keine andern Autoritäten zu berufen vermag, als auf die schon früher in diesen Blättern gewürdigte Parteischrift des ehemaligen Staatsministers von Kamptz und den noch vor Kurzem von Dahlmann in seiner ganzen Erbärmlichkeit charakterisirten Bundesbeschluß vom Jahre 1823. Wie der Verfasser über die Entstehung und Entwicklung der politischen Bewegung in den Herzogthümern verfährt, verdient aber eine kurze Beleuchtung.

Die Herzogthümer mußten in dem siebenjährigen Kriege, den Dänemark in den Jahren 1807—1814 der dänischen Flotte wegen mit England führte, nicht nur die Vernichtung ihres Handels und die Störung ihres Wohlstandes über sich ergehen lassen, sondern auch in dem für ganz Deutschland ruhmvollen Jahre 1813 die Schmach erdulden, daß sie allein von der Erhebung des deutschen Volkes ausgeschlossen blieben, daß, während ganz Deutschland gegen die Fremdherrschaft kämpfte, die schleswig-holsteinischen Truppen mit den Franzosen gegen ihre deutschen Brüder ins Feld zogen. Als nach Wiederherstellung des Weltfriedens die Völker ihre lange unterdrückten Rechte wieder forderten, erwachte auch in Schleswig-Holstein das deutsche Nationalgefühl mit voller Kraft, und die Herzogthümer verlangten die Wiederbelebung ihrer Verfassung. Die dänische Staatsregierung wußte diese Bestrebungen durch die ihr eigene vis inertiae und dann und wann gegebene Versprechungen hinzuhalten, bis die Ereignisse des Jahres 1830 sie nöthigten, den Herzogthümern wenigstens den Schatten einer Verfassung zu bewilligen. Um den schleswig-holsteinischen Ständen ein Gegengewicht zu geben, wurden indeß auch in Dänemark berathende Stände eingeführt, und da sich in diesen bald eine heftige Opposition gegen das absolute Princip aussprach, so fand die Regierung es ihrer Politik angemessen, dem erwachten Nationalgefühl der Dänen eine Richtung nach Außen hin zu geben und die von einigen dänischen Patrioten erhobenen Ansprüche auf die Herzogthümer, namentlich auf Schleswig zu unterstützen. Dies traf in erhöhtem Grade ein, seitdem die Kinderlosigkeit der Ehen des jetzigen Königs das Aussterben des dänischen Mannsstammes in nahe Aussicht stellte, und mithin die Aufhebung der zwischen Dänemark und den Herzogthümern bestehenden Personalunion in wenig Jahren bevorstand. Anstatt nun das einfache Mittel anzuwenden, durch eine Modifikation der dänischen Successionsordnung eine Gleichheit der Erbfolge zwischen Dänemark und den Herzogthümern herzustellen, wozu der König von Dänemark eben so sehr berechtigt war, wie zur Einführung einer konstitutionellen Verfassung in Dänemark, suchte die dänische Regierung die Fortdauer der Verbindung Schleswig-Holsteins mit den Herzogthümern durch List und Gewalt zu erreichen, indem sie einestheils durch die dänische Propaganda, dänische Beamte und Prediger auf die Bevölkerung der Herzogthümer einzuwirken und bei diesen Sympathien für Dänemark zu erwecken bemüht war, anderntheils durch vielfache Regierungsmaßregeln die Selbständigkeit der Herzogthümer faktisch zu untergraben, und thatsächlich eine Staatseinheit derselben mit Dänemark herzustellen suchte, endlich auch Geltung der dänischen Successionsordnung in den Herzogthümern behauptete und alle Aeußerungen entgegenstehender Meinungen durch einen maßlosen Preß- und Polizeizwang unterdrückte. Die Herzogthümer setzten allen diesen auf ihre verfassungsmäßigen Rechte und ihre Nationalität gerichteten Angriffen nur einen passiven Widerstand entgegen: sie ertrugen, ohne Etwas darauf zu erwidern, die mit immer größerer Schamlosigkeit vorgebrachten Diatriben der dänischen Presse und der dänischen Ständeversammlungen: sie duldeten es, daß ihre Verwaltung durch dänische oder dänisch gesinnte Beamte geleitet ward, daß von den in Schleswig-Holstein erhobenen Steuern alljährlich Millionen nach Dänemark flossen, daß ihre Truppen zur dänischen Armee gezogen, von dänischen Offizieren befehligt und großentheils in dänische Garnisonen verlegt wurden: sie begnügten sich um Anerkennung der Succession des Mannsstammes, um Trennung der Administration, um Herstellung ihrer Verfassung, um Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund ehrerbietige Petitionen einzureichen: sie hatten sich darein ergeben, die mit dem Aussterben des Mannesstammes von Rechtswegen eintretende Aufhebung der Personalunion mit Dänemark ruhig abzuwarten, bis dahin aber ihrem angestammten Landesherrn Treue und Gehorsam zu bewahren. Als nun der König Friedrich VII. mittelst des Reskripts vom 28. Januar d. J. die Absicht verkündete, den Herzogthümern und dem Königreiche eine gemeinschaftliche Verfassung zu geben, waren die Herzogthümer zwar entschlossen, der Ausführung einer verfassungswidrigen Verbindung mit Dänemark jeden gesetzmäßigen Widerstand entgegenzusetzen; sie erklärten sich aber dennoch bereit, die nach Kopenhagen berufene konstituirende Versammlung zu beschicken, um zu einer etwaigen Verständigung die Hand zu bieten; auch als ganz Deutschland zu neuem politischen Leben erwachte, und in den meisten deutschen Staaten das Volk die Regierungen zur Anerkennung seiner Rechte durch offene Gewalt zwang, blieben die Herzogthümer ruhig und begnügten sich, eine Deputation nach Kopenhagen zu entsenden, welche die Bitte um die Herstellung der Verfassung, um eine abgesonderte Verwaltung und um Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, an den Thron brachte. In Dänemark wurde man aber nicht einmal die Ankunft dieser Deputation ab, um sich entschieden feindlich gegen die Herzogthümer auszusprechen; es trat eine zahlreiche Partei auf, welche die Abberufung des Ministeriums und die Einsetzung eines neuen Ministeriums forderte, dessen Programm die Trennung der Herzogthümer von einander und die Einverleibung Schleswigs in Dänemark war; der schwache König gab diesem Verlangen nach, und da erst sahen sich die Herzogthümer genöthigt, diesem Attentat einen kräftigen thatsächlichen Widerstand entgegenzusetzen. Die provisorische Regierung trat zusammen, die schleswig-holsteinischen Truppen und die ganze Bevölkerung schlossen sich ihr an. Dieser Schritt war nothwendig, wenn die Herzogthümer ihre staatliche Vernichtung abwenden wollten, und durch die Umstände so vollkommen gerechtfertigt, daß sämmtliche deutsche Regierungen kein Bedenken trugen, die provisorische Regierung anzuerkennen.

Es ist demnach falsch, daß in den Herzogthümern eine Trennung von Dänemark, ehe der Gang der Ereignisse solche rechtlich herbeiführen konnte, beabsichtigt worden; falsch, daß die Aristokraten, die Beamten, der Herzog von Augustenburg oder irgend eine Partei einen rechtswidrigen Abfall vorbereitet; vielmehr ist der Angriff von Dänemark aus geschehen, theils im Interesse der dänischen Nationaleitelkeit, die Schleswig für Dänemark gewinnen wollte, theils im dynastischen Interesse des dänischen Königshauses; der Angriff ist mit frevelhaftem Uebermuthe begonnen, da der König von Dänemark durch Abänderung eines Paragraphen in dem durch die beabsichtigte Verfassung doch aufgehobenen Königsgesetze die Fortdauer der Personalunion ohne Schwertschlag hätte bewirken können; die Herzogthümer aber haben sich erst im äußersten Nothfalle, erst als es sich um ihr Sein oder Nichtsein handelte, zum Widerstande gegen rohe Gewalt entschlossen und diesen Widerstand mit der größten Mäßigung ausgeübt.

Oesterreich. ** Wien, 29. August. Um die Abstimmung über den Antrag des Abg. Kudlich zu befördern, hat der Präsident Strobach aus dem Berge von Amendements ein kleines, aber nicht viel leichter zu lösendes Konglomerat von Abstimmungsfragen zusammengesetzt; wie hierbei aus diesem Labyrinth zu kommen sei bildet die Debatte von mehr als einer Stunde. Hierauf bemerkt Kudlich, daß man dem Präsidenten für die Lustrirung dieser Amendements allenfalls danken müsse, die Mühe aber umsonst sei, indem man in der Gefahr eines großen Mißverständnisses schwebe, da beide Fraktionen glauben, sie stehen in ihren Meinungen sich absolut entgegen, dieses aber nur in einigen Modalitäten der Fall sei. Das Ministerium habe aus der Frage eine Kabinetsfrage gemacht, man könnte glauben, das Ministerium habe die Verhandlungen nicht mit Aufmerksamkeit verfolgt, und sich um die Majorität nicht gekümmert, weil es sonst gesehen hätte, daß die Majorität für Entschädigung sei. Man könne daher nur glauben, die Aeußerung des Ministeriums „daß es mit der Entschädigung stehe oder falle" sei eine bloße Drohung gegen die Versammlung gewesen. (Ruf „zur Ordnung" vom Centrum und der Rechten, Beifall von der Linken). Er trage daher kurz an, da es mit dieser Lustrirung zu Ende zu kommen rein unmöglich sei, die Sitzung zu vertagen, und auf morgen einen allen Parteien zusagenden Antrag zu verfassen. Minister Bach nimmt hierauf das Wort um einen Angriff abzulehnen, und einige Bemerkungen vorzulegen. Daß Terrorismus nicht die Absicht des Kabinets gewesen sei, zeige sein bisheriges Verhalten. Es wäre unverantwortlich gewesen, wenn das Ministerium bei einer so wichtigen Frage eine zweifelhafte Haltung beobachtet, und sich nicht, wenn auch am Ende, deutlich ausgesprochen hätte. Zur Vollberathung tauge der Kudlichsche Antrag, wie er ursprünglich aus drei Zeilen bestand, nicht aber als ganzer Gesetzentwurf. Beschlüsse dürfen nicht im Sturm gefaßt werden, er glaube, daß nicht eine Privatverständigung stattfinden, sondern daß eine Kommission ernannt werden möge, welche das Elaborat prüfen und das

Resultat der Versammlung zur Abstimmung vorliegen solle. Auf die Frage des Abg. Goldmark, ob das Ministerium aus dieser Frage noch eine Kabinetsfrage mache? antwortete Bach, daß seit Samstag sich in dieser Frage Nichts geändert habe, was die Meinung des Ministeriums hätte anders bestimmen können. Nach vielen andern Anträgen wird endlich über den neuen Kadlichschen: „Die Abstimmung sei heute zu vertagen" i abgestimmt und fast von der ganzen Versammlung angenommen. Nur wird auch der Antrag des Abg. Brecht „über die neue Fassung sei morgen zuerst abzustimmen", mit entschiedener Majorität angenommen, und behufs dessen bestimmt, daß die Deputirten sich noch heute um 6 Uhr Abends zur Verständigung einfinden müssen.

†† Wien, 31. Aug. Die beiden ungarischen Minister fragten bei der Audienz gestern den Kaiser und König, wie sie den Fml. Jellachich zu betrachten habe, wenn er in Ungarn einfällt, ob als Rebell oder Bundesgenosse des österreichischen Kaisers. Die Antwort des Kaisers ist nicht bekannt. — Am 24. d. stürmten 4000 Serben das Städtchen Neumoldova, welches zu zwei Drittheilen mit Deutschen und ein Drittheil mit Romainen bewohnt ist. Die 600 Nationalgarden leisteten so lange Widerstand, bis die Familien der Bewohner sich geflüchtet hatten und wichen dann erst der Uebermacht. Das Städtchen wurde eingeäschert. — Am 25. d. wurde Weißkirchen neuerdings angegriffen. Die Deutschen und Romanen vertheidigten sich heldenmüthig. Es gelang den Belagerten, die Belagerer zurückzutreiben, wobei ihnen eine Kanone und Munitionskarren in die Hände fielen. — Die Grenzer schwärmen für den Kaiser Ferdinand und Jellachich, die griechischen Kalugangehörigen wollen lieber mit Rußland als mit Ungarn verbunden sein. — Fünf Volksdeputirte der Wallachei sind am 7. Aug. zum Bevollmächtigten des Sultans Suleiman Pascha, abgegangen und werden mit ihm nach Konstantinopel reisen, um direkt mit der Pforte zu unterhandeln. Suleiman Pascha hat mit einer Proklamation das walachische Volk aufgefordert, fünf Lieutenants als interimistische oberste Regierungschefs zu wählen. Das Generalkommando von Hermannsstadt hat den in Kronstadt komplottirenden Bojaren die Weisung gegeben, sich einen andern Vergnügungsort in der Monarchie zu wählen. Aus Mehadia vertrieb die täglich von einer Zigeunerbande gespielte Marseillaise die Anhänger der gestürzten Regierung von Bukarest, Hrn. Jean Bibesko, Salomon Villara, Vater und Sohn. Der königl. Gubernialkommissär Graf Baldi ließ in Hermannsstadt einige als Aufwiegler bezeichnete Individuen arretiren. Die Professoren Bulaschesko und Laurent befanden sich unter den Verhafteten. Graf Baldi übergab erst nach geschehener Arretirung das Präsidialschreiben an den Bürgermeister; große Aufregung folgte. Alle Straßen waren mit Romainen besetzt, zahlreiche Deputationen verlangten die Freilassung der Gefangenen. Minister Szanere ersuchte die walachischen Abgeordneten der Kammer, das walachische Volk aufzuklären, daß die deutsche, französische, engtische und slavische Nation groß sei, nur die ungarischen und romainischen Stämme seien schwach, daher sie sich vereinen müssen, um nicht dem deutschen oder slavischen Elemente zu erliegen. — Fml. Bechtold parlamentirte mit den Serben, diese aber wollen von ihren Forderungen nicht abgehen: „Das Banat, Backa und Baranya soll eine raizische Wojwodschaft bilden, der Wojwode und Patriarch von den Raizen gewählt, Religion und Sprache garantirt werden. Die diplomatische Sprache der Wojwodschaft muß die raizische sein." — Ein eben von Mailand angekommener Beamter erzählt, daß Karl Albert in den Umgebungen Mailands arg gehaust habe. Alle Häuser sind bis zum ersten Stock abgetragen oder niedergebrannt. In Mailand begegnete er bloß finsteren Blicken. Todesstille herrscht in Verona, Brescia und Mailand. Ueber Nacht hißte ein kühner Kletterer die Trikolor auf dem höchsten Thurme der Stadt auf. In der Frühe holte ein Soldat sie herab. — Oesterreichische Banknoten gehen im Handel überall; das k. k. Postamt und die Finanzstelle nimmt keine an. So kräftigen die Finanzbehörden unseren gefallenen Kredit.

Δ Wien, 3. Aug. Soeben ist die Entschädigung mit 30 Stimmen durchgegangen, und somit die Existenz des Ministeriums gerettet. Die Linke, sich zu schwach fühlend, versuchte alle Mittel, so daß endlich Präsident Strobach das Präsidium niederlegen wollte, wenn die Abstimmung noch verschoben würde. Auf den zusammengestellten Abstimmungsantrag Lasers erfolgte mit Abänderungen von Kautschisch und Smolka beinahe gänzliche Annahme. Die einzelnen Details erhalten Sie morgen. — Lasers Antrag: 1) Die Unterthänigkeit und das schutzobrigkeitliche Verhältniß ist sammt alle diese Verhältnisse normirenden Gesetzen aufgehoben (angenommen). 2) Grund und Boden ist zu entlasten, alle Unterschiede zwischen Dominikal- und Rustikal-Gründen werden aufgehoben (angenommen). 3) Alle aus Unterthänigkeitsverhältnissen entspringenden, dem unterthänigen Grunde anklebenden Lasten, Dienstleistungen und Giebigkeitru jeder Art, so wie alle aus dem grundherrlichen Obereigenthume, aus Zehent, Schutz, Voigt (Wein-), Bergherrlichkeit und Dorfobrigkeit herrührenden, von den Grundbesitzungen oder von Personen bisher entrichtet gewesenen Natural-, Arbeits- und Geldleistungen mit Einschluß der bei Besitzveränderungen unter Lebenden und auf den Todesfall zu zahlenden Gebühren sind von nun an aufgehoben (angenommen). 4) Für alle aus dem persönlichen Unterthanverbande, aus dem Schutzverhältnisse, aus dem obrigkeitlichen Jurisdiktionsrechte und aus der Dorfherrlichkeit entspringenden Rechte und Bezüge kann keine Entschädigung gefordert werden, wogegen auch die daraus entspringenden Lasten aufzuhören haben (angenommen). 5) Für die Arbeitsleistungen, Natural- und Geldabgaben, welche der Besitzer eines Grundes, als solcher dem Gutsherrn, Zehnt-, Voigtherrn zu leisten hatte, ist baldigst eine billige Entschädigung auszumitteln (angenommen mit 30 Stimmen Majorität).

Preußen. ☽ Berlin, 1. Septbr. In der heutigen Sitzung unseres Landtags nahmen zwei Gegenstände von allgemeinem Interesse die Aufmerksamkeit der Versammlung, wenn auch nur vorübergehend, in Anspruch. die Posener Frage und die Reaktion eines Theiles unserer großen Grundbesitzer. Mehrere leitende Aufsätze der Deutschen Zeitung haben in diesen Tagen die vielen Schwierigkeiten hervorgehoben, welche wir zu überwinden haben, bevor uns eine befriedigende Lösung der Posener Frage gelingen wird. Den unter preußischer Herrschaft stehenden Polen ist durch feierliche, von dem ganzen Volke besiegelte Verheißungen die Entfesselung ihrer Nationalität von jedem fremden Einflusse gewährleistet worden, eine alte Schuld gegen die Unabhängigkeit eines edlen Volkes zu sühnen ist Deutschland fest entschlossen. Nicht aber will es über dieser Ehrenpflicht seine eigenen ihm näher stehenden Söhne vergessen; unseren deutschen Brüdern an den polnischen Grenzmarken soll nicht minder Gerechtigkeit werden, ihr sehnsuchtsvoller Ruf nach Vereinigung mit dem theuren Mutterlandr nicht ungehört verhallen. Wer mochte vorherschen, daß sich in demselben Augenblicke, wo man bereit war zur Ausführung dieser von der Gerechtigkeit gebotenen Sonderung beider Nationalitäten überzugehen, Hindernisse entgegensetzen würden, zu deren Beseitigung der Blick und die Kraft eines mehr als gewöhnlichen Staatsmannes gehören. Wer konnte ahnen, daß, wie es jetzt geschieht, die Polen in ihrem eigenen Interesse den seitheren Zustand erhalten wünschen würden, daß diese Wünsche selbst in Frankfurt und Berlin, wenn auch hier vorläufig nur in dem Verfassungsausschusse, welcher bekanntlich auch das Herzogthum Gnesen zu dem Königreich Preußen rechnen will, ein Echo finden würde. Freilich werden sich diese Hindernisse, soweit sie nur in dem nadeutschen Weltbürgerthum eines Theiles unsrer Landsleute oder mehr noch in dem selbstsüchtigen Verlangen der Polen beruhen, dem Großherzogthum Posen auch ferner angehören, um darin zu gelegener Zeit eine friedliche Eroberung unter dem Schutze einer freien Verfassung zu beginnen — ganz einfach dadurch beseitigen lassen, daß man durch eine entschlossene Demarkation jedem Zweifel ein Ziel setzt. Aber wer verkennt, daß uns dann die Gefahr von einer andern Seite bedroht? Man beachte nur Folgendes: Werden die Polen, unabhängig unter ihrem preußischen Herzoge, versäumen, ihre Propaganda auch Rußland hinüber auszubreiten? Wer wird sie dann beschützen, wenn sie, ein dreifaches Krakau erschaffend, ihre Sendlinge in Warschau wirken lassen und der Czaar, selber angegriffen, von dem Rechte der Nothwehr Gebrauch macht. Soll dann Preußen, soll Deutschland großmüthig sein Schwert für ein Volk ziehen, zu dessen Mäßigung es schon jetzt das Vertrauen verloren hat und dessen Freundschaft ihm vielleicht kaum theuer genug ist, um für sie die großen Opfer eines blutigen Krieges darzubringen. Ungesühnt wird also der Koloß des Ostens ein neues Opfer verschlingen, und sicherlich wird er unter der Maske eines polenfreundlichen Panslavismus Sorge tragen, daß kein Paragraph des Völkerrechtes verletzt wird, um nicht Europa gegen sich in Waffen zu rufen. So droht die Zukunft von der einen Seite. Betrachten wir nun auch die andere. Was sehen wie da? Nur Widerspruch gegen die oben aufgestellten Bedenken. Die Ungeduld unsrer deutschen Landsleute im Großherzogthum, nun endlich von den Polen, deren Haß sie bitter genug empfinden müssen, getrennt zu werden, steigert sich nachgerade zu einer leidenschaftlichen Erregtheit, die fast das Maß besonnener Ueberlegung überschreitet; mit Bitterkeit beklagen sie sich über die Versuche einer Reaktion, welche am liebsten die Sache beim Alten ließe, welche selbst im Ministerium Unterstützung finde, weil man dort die Schwierigkeiten einer Reorganisation scheue, sie vielleicht auch gar nicht mehr wünsche. Man droht sogar, sich unter den Schutz der Reichsgewalt zu begeben, wenn von Berlin keine Rettung käme. Sie selbst haben in ihrem Blatte solche

Stimmen aus Posen vernommen. Wa ist nun das Schwert, welches geeignet ist, den Knoten zu lösen? Fast scheint es, als sollten neue Schwierigkeiten zu den alten hinzukommen. Das Wort eines Königs hat bereits die Demarkationslinie verheißen, eine Reichsversammlung sie genehmigt. Wird der preußische Landtag ebenso von der Zweckmäßigkeit dieser Abgrenzung überzeugt sein? Vielleicht wird schon am nächsten Montag das entscheidende Wort gesprochen werden. Denn bis dahin wurde heute die Frage wegen mangelnder Vorbereitung vertagt. Wie Sie sich erinnern, wurde am 4. Juli einem Ausschusse von der Berliner Versammlung der Auftrag ertheilt, die nationalen Verhältnisse der Provinz Posen zu untersuchen und die Mittel zu erforschen, wie ein dauernder Friede zwischen den beiden Nationalitäten herzustellen und die beabsichtigte Reorganisation durchgeführt werden könne. Während sich die Kommission diesem Auftrage unterzog, hat die Reichsversammlung zu Frankfurt am 27. Juli die Aufnahme der deutschen Theile des Großherzogthums bestätigt und mit Vorbehalt weiterer Bestimmungen die vom General Pfuel angeordnete Demarkationslinie vorläufig bestätigt. Die Kommission, als deren Berichterstatter ein eifriges Mitglied der Linken auftritt, trägt nun Bedenken, über die Demarkationslinie in irgend einer Weise ein Urtheil abzugeben, bevor ermittelt sei, wie die künftige Reorganisation durchgeführet werden könne und stellte deßhalb heute den vorläufigen Antrag: es möge die Versammlung das Staatsministerium ersuchen, bis die Kommission das Endergebniß ihrer Berathungen dargelegt, die Demarkationslinie nicht definitiv feststellen zu lassen. Wie schon bemerkt, wurde heute die Entscheidung vertagt. Hoffen wir, daß es nur wahrhaft im deutschen Interesse wurzelnde Gründe sind, welche die Versammlung bewegen, auf den Antrag der Kommission einzugehen und unsern Brüdern im Großherzogthum noch länger die Nachbarschaft ihrer polnischen Dränger aufzunöthigen. Weniger ernst als diese Posener Frage war eine Interpellation d'Ester's von Köln über angebliche Reaktionsbestrebungen unter den Ständen der Oberlausitz. Nach seiner Ausführung soll dort von der „größern landständischen Ausschußversammlung" eine Protestation gegen den Entwurf der Staatsverfassung und des Gesetzes über Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen an den König gerichtet und von dem Landesältesten Grafen Löwen sogar ein „Landtag der Oberlausitz" auf den 4. Sept. zusammenberufen sein. Der Abg. d'Ester fragt den Minister des Innern, ob er von der Einberufung dieses Landtags Kenntniß erhalten und welche Maßregeln er getroffen, um den Grafen Löwen zur Verantwortung zu ziehen. Außerdem verliest er die oben erwähnte Protestation. Die Stände der Oberlausitz, heißt es zu Anfang derselben, gründen ihre Verfassungsrechte auf den mit König Johann von Böhmen geschlossenen Vertrag von 1319 — in die Versammlung klangen diese Worte wie aus einer fernen Mährchenwelt herüber, sie vermochte nicht, dem seltsamen Anachronismus jener Lausitzer Don Quixote's gegenüber ihren Ernst zu bewahren; unauslöschliches Gelächter erfüllte den ganzen Saal, und als traute man seinen Ohren nicht, verlangte man die Wiederholung des Satzes. Dem Eingange entsprach der weitere Inhalt der Protestation. Die Versammlung in Berlin sei nur zur Vereinbarung einer Verfassung berufen; ihr stehe nicht die Befugniß zu, die Rechte der einzelnen Provinzen zu vernichten und ebensowenig könnten die Vertreter derselben diese Rechte vertreten wollen, denn sie seien Vertreter „des ganzen Landes." Man sieht, die Ritter der Oberlausitz stehen noch auf durchaus klassischem Boden; nach ihrer Auffassung schließt sich die preußische verfassungsgebende Versammlung sehr genau an das Patent vom 3. Februar an; sie ist eben nur eine historisch etwas weiter entwickelte, neue Auflage des Vereinigten Landtages mit der einigermaßen schwierigen Aufgabe, dem preußischen Staate eine Verfassung zu vereinbaren, dabei aber Schlesien, Pommern, Sachsen u. s. w., namentlich aber die Oberlausitz außer Acht zu lassen. Der befragte Minister hatte von der bevorstehenden Abhaltung eines Lausitzer Landtags keine Kenntniß erhalten, versprach jedoch, Erkundigungen einzuziehen und jede Ueberschreitung des Gesetzes nach den Gesetzen zu bestrafen. Im Uebrigen hält er die ganze Angelegenheit nicht von großem Gewichte, da die Stände der Oberlausitz das Verfassungswerk schwerlich aufhalten würden. — Von demselben Minister wird heute auch die versprochne Auskunft über die Haussuchung im Lokale des Handwerkervereines ertheilt. Es stellt sich heraus, daß dieselbe in Folge sehr bestimmter Anzeigen von einem am andern Tage (28. Aug.) beabsichtigten Aufstande angeordnet worden ist. Stunde und Ort des Aufstandes seien so genau angegeben worden, daß sich die Behörden verantwortlich gemacht hätten, wenn sie auch nur einen Augenblick gezögert. Dies sei auch der Grund gewesen, warum man die Haussuchung in der Nacht vorgenommen. Die Wegschaffung etwa vorhandner Munitionsvorräthe sei deßhalb für geeignet befunden worden, weil der Aufstand ein bewaffneter sein sollte. Schließlich widerlegt der Minister die Beschuldigung angeblicher Roheiten von Seite der die Haussuchung ausführenden Polizeibeamten. Die Sache war im Allgemeinen von geringer Bedeutung und gewann nur durch das unberechtigte Pathos des Interpellanten Abg. Behrends einige Theilnahme. Ueber den Waffenstillstand mit Dänemark machte der Min.-Präsident einige Mittheilungen, die schon aus den öffentlichen Blättern bekannt sind. Schon vor einigen Tagen sind vertrauliche Eröffnungen aus dem Ministerium in das Publikum übergegangen, hauptsächlich um dem Handelsstande die Gelegenheit zu geben, für den Fall des Abschlusses seine Vorbereitungen zu treffen, um sogleich den Verkehr wiederaufnehmen zu können. Der Minister hofft, daß heute in Lübeck die Ratifikationen ausgewechselt werden und verspricht Mittheilung des Textes, sobald ihm derselbe zukommen wird. — Auf der Tagesordnung stand heute ein Antrag, zu Gunsten der Invaliden aus den Freiheitskriegen die Klassensteuer aufzuheben. Die Versammlung erfüllte eine Pflicht dankbarer Anerkennung, wenn sie bereitwillig das oft sehr traurige Loos jener „um das Vaterland wohl Verdienten" zu mildern suchte. Ein schöner Zug der Versöhnung war es gewiß, daß sie diese Erleichterung auch denjenigen zu Theil werden ließ, welche in französischen Heeren gegen ihr eignes Vaterland die Waffen getragen hatten.

Posen, 27. August. Die Polen, scheint es, haben den Gedanken einer gewaltsamen Befreiung ihres Vaterlandes von fremdem Drucke ganz aufgegeben und sind im Begriffe, durch einen allgemeinen (nicht politischen) Verband unter dem Namen „Liegi polska" auf offenem, friedlichen und gesetzlichen Wege Wohlstand und geistige Bildung in ihrem Vaterlande zu heben und nach Innen und Außen hin durch Aufklärung der öffentlichen Meinung auf die Verwirklichung der Idee einer allgemeinen Völkerverbrüderung hinzuarbeiten. Das Programm dieser Gesellschaft wird binnen Kurzem durch die verbreitetsten Organe der Tagespresse veröffentlicht werden. Der nächste Wirkungskreis dieses Vereins wird allerdings das Großherzogthum sein, doch wird derselbe, sobald sich außerdem, und namentlich in Galizien, ähnliche Gesellschaften gebildet haben, mit diesen in engere Verbindung treten, ebenso mit andren Vereinen des Auslandes, welche ähnliche Tendenzen verfolgen. Da die Gesellschaft keine einer anderen Nationalität, namentlich der deutschen, feindliche Zwecke verfolgt, sondern im Gegentheil auf allgemeine Verbrüderung hinwirken wird, so ist die Mitgliedschaft auch an keine bestimmte Nationalität gebunden, sondern Polen und Deutsche können derselben beitreten. An der Spitze des Vereins stehen gegenwärtig Cieszkowski, von welchem der Plan entworfen ist, Kraszewski, Potworowski, Lipski, Libelt u. s. w., und zum Ehrenpräsidenten war in der ersten zu Berlin abgehaltenen Versammlung der Erzbischof von Przyluski gewählt worden. In den nächsten Tagen werden, um zum Beitritt aufzufordern, in allen Kreisen Versammlungen abgehalten, vorher aber die Landräthe u. s. w., um jedes Mißverständniß zu vermeiden, vom Zwecke dieser Zusammenkünfte in Kenntniß gesetzt werden. (K. Z.)

Baiern. Den Sammlungen für die deutsche Flotte in Baiern ist von Seite der Regierung nicht nur nicht entgegengetreten, sondern dieselben sind vielmehr amtlich unterstützt und empfohlen worden. Als Beleg zu dieser Behauptung dient folgender Aufruf der Kreisregierung aus Mittelfranken: „Allenthalben haben sich Privatvereine zur Vornahme und Förderung von Sammlungen für die deutsche Flotte gebildet, und haben dieselben theilweise die erfreulichsten Resultate erzielt. Dessen ungeachtet erscheint die Förderung dieser, die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes bezweckenden, rühmlichen Bestrebungen noch immer höchst wünschenswerth, und ergeht daher allenthalben der Aufruf, den begonnenen Unternehmungen die regste Theilnahme zuwenden zu wollen." (D. A. Z.)

Würtemberg. Stuttgart, 30. August. Der „D. konst. Z." wird geschrieben: Das erledigte Ministerium der Kirchen- und Schulangelegenheiten ist unserm Uhland angetragen, von diesem aber entschieden abgeschlagen worden. (Dieser Passus muß sehr schwierige Seiten haben — wie haben schon von einer vorhergehenden Weigerung eines für ein solches Amt ausnehmend geeigneten Mannes gehört.)

Schleswig-Holstein. In Folge der neulich gemeldeten Revue der neuangek. Truppen hat Gen. Weangel einen Armeebefehl erlassen, dem wir die folgende Stelle entnehmen: Wo ich war, habe ich nur Anlaß zur vollkommensten Zufriedenheit gehabt. Ich habe die Truppen überall in guter kriegerischer Haltung, tüchtiger Ausrüstung und Ausbildung gefunden. — Wenn aus einer verschiedenartigen Uniformirung und Bewaffnung, so wie aus den verschiedenartigen Reglements, welche hier Geltung haben, Ungleichmäßigkeiten im Aeußern nothwendig hervorgehen und dem Auge sich mehr oder weniger stark bemerkbar darstellen müssen, so werden dieselben doch vollkommen aus-

geglichen durch den Geist der Einigkeit und Einmüthigkeit, sowie durch den Geist der Ordnung, des Gehorsams und der freudigen Hingebung, der sich überall auf das Unverkennbarste ausspricht, und der mich zu den schönsten Erwartungen berechtigt, wenn es mir beschieden sein sollte, hier noch aber auf einem andern Kriegsschauplatze jene Truppen gegen den Feind zu führen, welche von der Wehrkraft des gemeinschaftlichen Vaterlandes ein so leuchtendes Beispiel geben. Ich drücke sowohl den Herren Kommandeurs und Officieren, welche es verstanden, solchen Geist zu wecken und zu nähren, als den Truppen, welche für die Einwirkungen ihrer Führer so empfänglich waren, die wohlverdiente Anerkennung aus; und zolle solche auch gern der Sorgfalt, welche dem materiellen Wohl der Mannschaft überall gewidmet wird und sich in dem frischen und rüstigen Aussehen derselben so unzweideutig ausspricht. Ich kann aber auch nicht umhin, allen militärischen Anordnungen, welche ich bei jenen Gelegenheiten gesehen, und namentlich denen in Bezug auf den Sicherheitsdienst, so wie der Art, wie dieser ausgeführt wird, Lob zu sagen, und darf eben so wenig unbemerkt lassen, wie sich in der hannoverscher Seits neuangelegten Strandbatterie am Eckensund dieselbe Geschicklichkeit in Entwurf und Ausführung dokumentirt hat, welche sich in den Anlagen bei Flensburg und Bau so rühmlichst bewährte.

Flensburg, 29. Aug. Hannoversche Officiere erzählen hier heute, daß in der vorletzten Nacht die Dänen auf Sundewitt einen nassauer Vorposten und einen Einwohner von Eckensund, der dort Beiträge für die deutsche Flotte gesammelt hat, aufgehoben. (S.H.Z.)

Altona, 31. August. Den dän. Gefangenen in Altona ist schon heute gestattet worden, in Hamburg und Altona frei umherzugehen, und Viele von ihnen, namentlich die Gemeinen, haben schon heute von dieser Erlaubniß Gebrauch gemacht. Die Stader Gefangenen kommen morgen hierher und werden übermorgen nach Kiel befördert. Für die morgen oder übermorgen von Kopenhagen her erwarteten deutschen Gefangenen wird in Kiel ein festlicher Empfang vorbereitet. (B.-H.)

*Altona, 1. September. Die Republik soll in Kiel, Schleswig und Readsburg proklamirt sein, nach Nachrichten, die heute mit der Eisenbahn anlamen. Ist dies nicht geschehen, so haben wir sie jedenfalls zu gewärtigen, da das ganze Land in Aufruhr und Bewegung ist. Niemand denkt daran, sich dem zu erwartenden Frieden zu fügen. Man ist fest entschlossen, wenn die deutschen Truppen zurückgezogen werden, sich selbst zu vertheidigen und nicht zu fügen. Vier schleswig-holsteinische Regimenter haben sich unter einander zum Widerstand verbündet, sie sind bereit, das vaterländische Interesse zu vertreten und zu vertheidigen, und wahrscheinlich wird auch die prov. Regierung sich diesen Bestrebungen anschließen. Die bereits freigegebenen dänischen Kriegsgefangenen hat man bereits wiederum verhaftet und an der Weiterreise gehindert. Ein Gleiches scheint auch von dänischer Seite geschehen zu sein, denn den heutigen dänischen Berichten zufolge ist nichts Anderes zu erwarten, alle Blätter führen eine abweisende Sprache. — Auch hier beabsichtigt Bracklow, heut nach einen Verein gegen den Waffenstillstand, einen Antirevolutionsverein zu gründen; wir glauben aber kaum, daß er damit zu Stande kommen wird.

Hamburg, 1. Sept., 9 Uhr Abds. Der k. preuß. Vicekonsul Hr. Stägemann hieselbst, hat ein Schreiben aus Lübeck, datirt heute Mittag 3 Uhr, folgenden Inhalts erhalten: „Sa eben schreibt mir Hr. General v. Below Folgendes: Ich beeile mich hiedurch, Ewr. Hochwohlgeboren ergebenst anzuzeigen, daß die Auswechselung der Ratifikationen der Waffenstillstands-Konvention, datirt Malmö, den 26. August, so eben zwischen mir und dem kön. dänischen Kommissarius, Hrn. v. Reedtz, stattgefunden hat, so daß die Sache als abgemacht anzusehen ist, und die Dampfschiffe, welche die Ordre zur Aufhebung der Blokade der Häfen der Nord- und Ostsee überbringen sollen, morgen früh, respektive von Hamburg und von hier abgefertigt werden können." (H. K.)

Lübeck. Nach einer Angabe aus Wismar in der Rostocker Zeit., die aus dem Munde des Hrn. v. Below selbst herrühren soll, werden die Friedensunterhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark in Lübeck (nicht, wie neulich gemeldet, in London) stattfinden. (B.-H).

ŏ Frankfurt, 4. Septbr. Die Grundrechte und namentlich der §. 14 über das Verhältniß der Kirche zum Staate stand heute auf der Tagesordnung für die Berathung der Nationalversammlung. Die Abstimmung darüber hat lange auf sich warten lassen und wird, wie es scheint, noch länger ausbleiben. Denn es ist ein Gegenstand hereingeworfen worden, der über Sein und Nichtsein der Nationalversammlung, vielleicht der Einheit Deutschlands selbst entscheiden wird. Der Reichsminister des Auswärtigen legte der Versammlung den zwischen Dänemark und Preußen abgeschlossenen Vertrag über den Waffenstillstand nebst den darauf bezüglichen Aktenstücken vor. Schon vorher hatte das Gerücht von der Zurückweisung des deutschen Gesandten in Paris und London sich verbreitet und den Verdacht erweckt, daß die auswärtige Politik abermals Alles aufbiete, das Werk der deutschen Einigung zu verhindern. In diesem Augenblick konnte die Mittheilung über den geschlossenen Waffenstillstand nur ein Gefühl in der Nationalversammlung erwecken, das der Entrüstung über die Erniedrigung des Vaterlandes. Jeder fühlte es, daß jetzt die ganze große Hoffnung des Jahres 1848 für Deutschland auf dem Spiele stehe, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, wo die Nation der bisherigen Kabinetspolitik gegenüber entweder ihr ganzes Gewicht in die Wagschale legen, oder abermals in die alte Zerrissenheit und Schwäche zurücksinken müsse. Der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten bereitete die Versammlung durch eine kurze Eingangsrede auf die bittere Pille vor, welche er ihr zu überreichen hatte. Er sagte, der abgeschlossene Waffenstillstand enthalte nicht unwesentliche Abweichungen von den Bedingungen, die von der Centralgewalt gestellt worden seien. Daraus folge die Berechtigung der Centralgewalt, die definitive Einwilligung zu ertheilen oder zu verweigern. Er werde sämmtliche Dokumente gedruckt an die Mitglieder der Versammlung austheilen lassen und beantrage, daß ein besonderer Tag zur Erörterung und Beschlußnahme darüber bestimmt werde. Die Stipulationen über den Waffenstillstand enthalten 12 Artikel, die ich Ihnen morgen mittheilen werde.

Der Urkunde über den Waffenstillstand waren mehrere Zusatzartikel beigefügt. Bei der Verlesung mehrerer Artikel, insbesondere bei der Bestimmung über die Aufhebung sämmtlicher Verwaltungsmaßregeln der provisorischen Regierung und über die Ernennung des Präsidenten Mottle äußerte sich laut der Unwille der Versammlung. Eine Zuschrift Camphausens, Namens der preußischen Regierung, sucht die Bestimmungen des Waffenstillstandes zu rechtfertigen und meint, die Nichterwähnung des Reichsverwesers und der Centralgewalt sei dadurch begründet, daß der dänischen Regierung eine offizielle Anzeige darüber nicht zugekommen sei.

Dahlmann erklärte, er habe schon vor der Sitzung dem Präsidium angezeigt, daß er an den Minister die Frage stellen wolle, ob es gegründet sei, daß in den Stipulationen des Waffenstillstandes der Verwaltung der provisorischen Regierung in Schleswig-Holstein der Charakter der Ungesetzlichkeit beigelegt werde, daß der Graf K. v. Molike, auf dem die Anklage ruhe, in dänischem Interesse gehandelt zu haben, an die Spitze der interimistischen Regierung gestellt sei, daß bei der Ausführung des Waffenstillstandes die schleswigschen Truppen von den holsteinischen getrennt werden sollen, daß der Waffenstillstand auf volle 7 Monate festgesetzt sei, wodurch den deutschen Waffen gerade diejenige Jahreszeit entzogen werde, welche die gelegenste sei, um einen vortheilhaften Frieden zu erzwingen, und endlich ob diese Zugeständnisse unter Genehmigung des Reichsministeriums gegeben seien, oder ob dieses gesonnen sei, seine Zustimmung zu versagen? Die Antwort sei nun zum größten Theile schon gegeben, aber er erinnere, daß am 9. Juni die Nationalversammlung beschlossen habe, in der schleswig-holsteinischen Sache sei die Ehre Deutschlands zu verwahren; die Ehre Deutschlands! wiederholte er im feierlichsten Tone, und die Versammlung äußerte laut ihre Zustimmung.

Rappard aus Preußen stellte hierauf den motivirten Antrag, die Nat.-Vers. solle sogleich erklären, daß sie dem Waffenstillstande ihre Zustimmung versage, und daß die Centralgewalt aufzufordern sei, die Fortsetzung des Krieges anzuordnen; er verlangt, daß hierüber sogleich ein Beschluß gefaßt werde. Dem letzten Antrage widersetzt sich Waitz. Er spricht aus, wie er, als Schleswiger, tief von diesem Vorgange ergriffen sei; allein es sei nicht bloß eine schleswig-holsteinische, sondern eine deutsche Angelegenheit, und er könne darum nicht wünschen, daß sie ohne Prüfung der Vorlagen in der ersten Aufregung des Gefühles ein Beschluß gefaßt werde, der von unabsehbaren Folgen sein könne. Er beantrage, daß die sämmtlichen Vorlagen den vereinigten Ausschüssen für die völkerrechtlichen Angelegenheiten und die Centralgewalt zur Prüfung zugewiesen werden, diese aber zu beauftragen seien, in möglichster Bälde, darüber aber, ob die Zurückziehung der Truppen sistirt werden solle, schon innerhalb 24 Stunden zu berichten. Mehrere Redner sprechen noch für alsbaldige Beschlußnahme. Wigard und Konsorten stellen den Antrag, daß nur über die Zurückberufung der Truppen sogleich ein Beschluß gefaßt, das Uebrige den Ausschüssen zur Berichterstattung zugewiesen werden solle.

Bassermann warnt vor einem übereilten Beschlusse. Es sei möglich, daß es nothwendig sei, die Genehmigung des Waffenstill-

standes zu versagen. Allein die außerordentliche Wichtigkeit der Sache an und für sich erfordere es schon, daß nicht ohne genaue Prüfung der Vorlagen ein Beschluß gefaßt werde, der die bedeutendsten Folgen nach sich ziehen müsse. Eine Sistirung der militärischen Stipulation sei nichts Anderes, als eine Verwerfung des Waffenstillstandes. Der Waffenstillstand sei mit der Zustimmung Preußens geschlossen; es handle sich darum nicht bloß um den Waffenstillstand an sich und um die Stellung nach Außen, sondern auch um die Stellung der Centralgewalt wie der Nationalversammlung zu Preußen, mit einem Worte: um die Einheit Deutschlands selbst. Es sei möglich, daß der Waffenstillstand dennoch verworfen werden müsse, aber in diesem ersten, aufgeregten Augenblick einen solchen Beschluß zu fassen, sei eine Uebereilung, die ihm kaum zu verantworten scheine. Nach einer lebhaften Diskussion stellt der Präsident folgende Fragen an die Versammlung: 1) Sollen die vorgelegten Aktenstücke an die vereinigten Ausschüsse der völkerrechtlichen Angelegenheit und der Centralgewalt zur schleunigen Berichterstattung überwiesen werden, wonach ein Tag bestimmt werden soll, an welchem Berathung und Beschlußfassung darüber Statt finden soll? — Angenommen fast von der ganzen Versammlung. — 2) (Antrag von Wigard und Genossen.) Soll die Centralgewalt beauftragt werden, den Befehl zur sofortigen Sistirung der Zurückziehung der deutschen Truppen zu erlassen? — Mit geringer Mehrheit verworfen. — 3) (Waitz'scher Antrag.) Sollen die Ausschüsse beauftragt werden, binnen 24 Stunden über die zur Ausführung des Waffenstillstandes zu ergreifenden militärischen und sonstigen Dispositionen zu berichten? — Mit großer Mehrheit angenommen. — Es wird also morgen über die letzte Frage und vielleicht schon übermorgen über die Verwerfung des Waffenstillstandes entschieden werden. Die Stimmung der Mehrheit in der Nationalversammlung hierüber ist nicht zweifelhaft, und somit wird vielleicht in wenig Tagen die Frage: Ein Deutschland aber nicht? der Nation selbst zur Entscheidung vorgelegt werden, und diese wird dann entscheiden, ob die Nationalversammlung wirklich einen festen Boden unter sich hat, oder ob ihr Dasein bisher nur eine Scheinexistenz gewesen ist.

Schweiz.

** Bern, 1. Septbr. Seit einigen Tagen ist hier der Große Rath versammelt. In seiner ersten Sitzung wurde ein Anzug des Herrn Rauken erheblich erklärt, dahin gehend, daß dem verderblichen Ueberhandnehmen der Advokaten ein Ziel gesetzt werden möchte. Obschon nun eine Aufhebung des Advokatenstandes, wie sie der Antragsteller zu beabsichtigen scheint, zu den unmöglichen Dingen gehört, so liegt dennoch den Klagen gegen die Advokaten viel Wahres zu Grunde, und insbesondere gibt sich der Widerwille gegen die sogenannte „junge Schule", gegen welche der Angriff Rauken's hauptsächlich gerichtet ist, immer mehr kund. Im Weiteren beschäftigte sich der Große Rath mit den Mitteln, um der je länger je größern „Finanznoth" zu begegnen, in welche der einst so reiche Kanton durch die Einführung der gegenwärtigen Verfassung gerathen ist. Der Finanzdirektor schlug zu diesem Ende eine Erhöhung der Konsumosteuer von allen in den Kanton eingeführten geistigen Getränken (also nicht etwa bloß von den ausländischen) vor. Hiegegen erhob sich ein gewaltiger Sturm, und mit Recht wurde der Vorschlag mit großer Mehrheit verworfen, weil durch die von dem Berner Volke bereits angenommene neue Bundesverfassung den Kantonen jegliche Erhöhung bereits bestehender Konsumogebühren ausdrücklich untersagt ist. Offenbar war es dem Hrn. Stämpfli hiebei nicht nur darum zu thun, der bernerischen Staatskasse unter die Arme zu greifen, sondern er wollte dadurch zugleich seine Abneigung gegen den neuen Bund an den Tag legen und den Großen Rath zu einem Schritte verleiten, welcher nicht nur dem Kanton Bern in den Augen der übrigen Eidgenossen unendlich geschadet, sondern nothwendiger Weise selbst zu Verwicklungen und Zwistigkeiten mit denselben geführt haben würde. Um so empfindlicher war daher für Hrn. Stämpfli die erlittene Schlappe. Nicht glücklicher war er mit seinem Vorschlage für die wichtige Stelle eines Kantonsbuchhalters. Sein Kandidat fiel durch, und der Große Rath wählte einen Andern, dem Hrn. Finanzdirektor nicht beliebigen. Bereits spricht man davon, daß der Letztere in Folge dieser Schlag auf Schlag einander folgenden Niedertagen seine Entlassung nehmen werde. — Die nach Neapel gesandten Kommissarien sind unverrichteter Dinge wieder zurückgekehrt; sie erklären selbst, daß sie keine Schuld an den Schweizertruppen hätten finden können; diese hätten lediglich ihre Pflicht gethan. — Täglich langen hier immer noch flüchtige Lombarden an, meistens in elendem Zustande. Sie werden mit dem Nöthigsten versehen und sogleich nach Frankreich instradirt, welches ihrer Aufnahme keine Schwierigkeiten mehr entgegensetzt.

Auf den von Zürich und auch von andern Kantonen, wie St. Gallen und Basel, unterstützten Antrag hat der Vorort in der Person eines Herrn Kilias einen Abgeordneten nach Frankfurt gesandt, um die Interessen der durch eine beträchtliche Erhöhung des Eingangszolls bedrohten schweizerischen Industrie zu vertheidigen. (Basl. Z.)

Großbritannien.

London, 1. September. Die Konsols sind an der heutigen Börse auf 85 7/8 zurückgewichen. Der ministerielle Globe bemerkt: „Der Geldmarkt sieht wieder einmal schwarz aus, in Folge der herrschenden Ansicht, daß die italienische Angelegenheit doch nicht so leicht beigelegt werden dürfte, als erwartet wurde. Die Spekulanten scheinen anzunehmen, daß diese verwickelten Fragen der internationalen Politik in einem Tage beigelegt werden könnten, und sind demzufolge den quälenden, abschon Vielen einträglichen Hoffnungen und Befürchtungen ausgesetzt, die durch unbestimmte Gerüchte oder verdächtige Erscheinungen hervor gerufen werden. Heute Morgen sprach man stark davon, daß Oesterreich die ihm angebotenen Bedingungen bestimmt zurückgewiesen habe, doch sind wir nicht im Stande, die Richtigkeit dieses Gerüchtes zu bestätigen." Dem Standard zufolge ist man in der City zu glauben geneigt, daß Oesterreich in dieser Frage eine so entschiedene Stellung nicht annehmen würde, wenn es sich nicht auf die zugesicherte Hilfe Rußlands verlassen könnte. Andererseits spricht man von einer traulichen Annäherung zwischen Frankreich und Rußland; wie stimmen beide Hypothesen zusammen? So ist die Welt noch immer vom Garn der zweideutigen und undurchsichtigen Diplomatie von ehemals umspannen.

Eine Dubliner Zeitung berichtet, die Regierung habe Kenntniß davon erhalten, daß die Officiere und ein beträchtlicher Theil der Gemeinen eines nach Beendigung des mexikanischen Krieges aufgelösten amerikanischen Regiments am 18. und 19. August aus einem texanischen Hafen abgesegelt seien, um den irischen Insurgenten, in Erwartung, sie in voller Arbeit zu finden, zu Hilfe zu kommen. Officiere und Soldaten sind meist geborne Irländer; sie sollen 12 Kanonen mit sich führen. (?) Sir C. Napier soll Befehl erhalten haben, gegen sie Kreuzer auszusenden und, falls sie sich fangen lassen, kriegsrechtlich und unnachsichtlich gegen sie zu verfahren.

Das Chronicle meldet, daß am 29. Aug. 5 verdächtige Fremde in Dublin verhaftet wurden, die, wie sich bei näherer Untersuchung herausstellte, bewaffnet und deutsche Landeskinder waren, die vermuthlich, aus reinstem Kosmopolitismus getrieben, den Irländern behilflich sein wollten, das Banner der in Deutschland bisher fehlgeschlagenen rothen Republik auf irländischem Boden aufzupflanzen. Sie wußten sich jedoch so gut auszureden, daß sie aus dem Gefängnisse entlassen wurden. Jedoch erhielt die Polizei die Weisung, die propagandistischen Schwaben an dem Besitz und Gebrauch ihrer Waffen zu hindern.

L. Blanc ist in London, dem Asyl aller politischen Verbannten oder Flüchtigen der entgegengesetztesten Ansichten, eingetroffen, und die Zeitungen ersehlen nicht, ihm in langen leitenden Artikeln vorzuzählen, was Alles er in England wird lernen können, wenn er, der Theoretiker der entschiedensten Sorte, seinen Aufenthalt in England, dem Lande der Praxis, zu tüchtigen Studien zu benutzen gedenkt.

Die Regierung fährt fort, gegen die Hauptredner der Chartisten aufs Nachdrücklichste einzuschreiten. Erst am 30. August wurden in Liverpool die Manchesterer Chartisten, Mooney, Downey, Looney, Burch und Finn für schuldig gefunden und zu 15 monatlicher Einsperrung Jeder verurtheilt. In London wird demnächst über einen Haufen von 50 bis 60 Chartisten das Urtheil gefällt werden. Nach dem Verhören zu urtheilen, sind die Chartisten Leute, die sich täglich mit eben derselben Gemüthsruhe in Tyrannen- und Aristokratenblut baden würden, wie man etwa zur Reinigung ein laues Wasserbad nimmt; dabei sind sie aber im Allgemeinen ebenso feig als gutmüthig. Es ist übrigens nicht zu verkennen, daß der ganz unverhältnißmäßige Gegensatz zwischen grenzenlosem Reichthum und grenzenloser Armuth in England (ein Chartistenführer versicherte neulich, daß in London allein jetzt 70,000 Menschen arbeitslos auf dem Straßenpflaster liegen) auf lange hin dem Chartismus immer neue Nahrung zuführen wird; für die Whigregierung gefährlich könnte er nur dann werden, wenn sich die Unzufriedenheit mehr unter der mittleren Bürgerklasse verbreiten sollte, was, im Falle sich die Regierung allen weiteren Verfassungsreformen hartnäckig widersetzte, nicht unmöglich wäre. Die chartistischen Direktoren haben die Chartistenhalle in London für geschlossen erklärt, um der ihnen von der Regierung auferlegten Verantwortlichkeit für die dort gehaltenen Reden zu entgehen.

Lord J. Russell ist bereits mit seiner Gattin nach Irland abgereist; später wird er mit der Königin in Schottland, wohin sie sich in Begleitung des Sir G. Grey begibt, zusammentreffen.

Digitized by Google

Frankreich.

Paris, 2. September. Die Wiederherstellung der Schuldenhaft ist gestern mit 456 gegen 237 Stimmen votirt, zugleich aber auch beschlossen worden, daß die alte Gesetzgebung über die Schuldenhaft suspendirt bleiben und neue mildere Bestimmungen eingeführt werden sollen, zu welchem Zweck alle Amendements der Kommission überwiesen worden sind, die sogleich einen Bericht abzustatten hat. Auf Verlangen Raynal's ward dessen Vorschlag, den Belagerungszustand noch vor Beginn der Diskussion über die Konstitution aufzuheben, auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Sitzung vom 2. Sept. Vorsitzender: Hrn. Murraft. Die um 1¼ Uhr eröffnete Sitzung ist der Erledigung von Petitionen gewidmet, deren, wie der Präsident anzeigt, über 6000 im Rückstande sind. (Wir sind begierig zu erfahren, ob das deutsche Parlament diese Zahl nicht zu überbieten vermag.) Um 3 Uhr besteigt der Finanzminister die Tribune, um anzuzeigen, daß von der außerordentlichen Steuer von 45% bereits 85 Millionen eingegangen seien, 65 Mill. noch ausständen und daß die Einzeichnung derselben in mehreren Departements auf Schwierigkeiten stoße, die ihren Grund nicht in der Armuth der betreffenden Lokalitäten haben. Er bittet die Versammlung, durch ein Votum seinen Bemühungen Nachdruck zu geben. Diese beschließt durch ein fast einstimmiges Votum, daß ihr in dieser Hinsicht erlassenes Dekret auf das Pünktlichste ausgeführt werden soll. Hierauf wird die Erledigung der Petitionen wieder fortgesetzt. An der Tagesordnung ist heute der obenerwähnte Vorschlag, den Belagerungszustand vor dem Beginn der Diskussion der Konstitution aufzuheben. Die Kommission, die den Vorschlag geprüft hat, trägt durch Hrn. Cremieux auf Nichtannahme des Vorschlages an. Die Regierung überläßt die Entschreibung der Nationalversammlung, die den Belagerungszustand dekretirt hat. (Postschluß.)

Der National erklärt heute auf das Bestimmteste, daß über die bewaffnete Intervention Frankreichs in Italien noch Nichts entschieden sei. Oesterreich habe zwar eine ablehnende Antwort gegeben, die die Regierung der Republik in die Nothwendigkeit versetzen könne, durch eine Demonstration ihr beiden kriegführenden Parteien gemachtes Anerbieten zu unterstützen, aber noch immer hoffe man auf eine friedliche Lösung. Der einzige haltbare Vorwand, den Oesterreich vorgeschützt habe: als unterhandle es nämlich direkt mit K. Karl Albert, existire nicht mehr. Das ganze Turiner Kabinet protestire gegen jeden Separatfrieden zwischen Sardinien und Oesterreich. Es könne sich also nur um persönliche Unterhandlungen zwischen Karl Albert und Radetzky handeln, aber Karl Albert könne in seinem Namen kaum für seine eigenen konstitutionellen Staaten, geschweige für die Lombardei und Venedig einen Vertrag schließen. Oesterreich werde daher die Vermittlung doch annehmen. Bis dahin aber müsse Alles bleiben, wie es ist, jeder feindliche Angriff gegen die neuen seiner Armee noch nicht besetzten Gebiete sei ihm strenge untersagt, und nicht nur Frankreich, sondern auch England habe eine Note nach Wien gesandt, worin gegen jeden Angriff auf Venedig protestirt wird. Ein Ultimatum sei dem Wiener Hofe gestellt worden, man überlasse ihm die Ehre der Initiative, selbst Italien unabhängig zu erklären, weigere sich aber das Wiener Kabinet, zu sehr auf Frankfurt rechnend, dies zu thun, dann werde Frankreich den verschmähten Friedensvertrag Oesterreich auf der Spitze seines Schwertes überreichen. — Es ist dies wieder einer von den Artikeln, wie wir sie in der letzten Zeit fast täglich in den französischen Blättern zu finden gewöhnt sind. Trotz ihres am Schlusse stets unausbleiblichen Grolens nach dem Schwertkauf sind sie uns der deutlichste Beweis, daß Frankreich gegenwärtig Alles lieber als den Krieg wünscht; den Krieg, der die letzten Münzstücke aus den Ecken seiner leeren Staatskassen zusammensucht, der durch seine Handelsstörungen die Wirkung aller Begünstigungen der eben wieder aufzulebenden Industrie wieder vereitelt, der Krieg, den es nicht allein jenseit, sondern auch diesseit der Alpen zu führen gezwungen sein könnte, und in welchem vielleicht nie Schuldposten eingefordert würden. Wir hoffen, daß das österreichische Kabinet diese durchaus nicht mobile Lage Frankreichs bei seinen Unterhandlungen möglichst scharf ins Auge faßt.

In der heutigen Pariser „Korrespondenz" wird die Deutsche Zeitung wegen eines Artikels aus Frankfurt in Nr. 230 angegriffen, welcher die Existenz einer in der dänischen Angelegenheit von Seite Frankreichs und Englands an die Centralgewalt erlassenen kriegsdrohenden Note in Abrede stellt. Die „Korrespondenz" stützt ihre Behauptung, daß die Note dennoch eingereicht sei, auf eine Stelle im National vom 2. September, die wörtlich heißt: „nous pouvons constater, sans crainte d'être démentis, que la note publiée par le gouvernement français sur la question des duchés et la netteté de son attitude n'a pas peu contribué à vaincre les résistances qui s'opposaient, ailleurs qu'à Berlin, à cet heureux résultat." Ohne unsern sehr gut unterrichteten Korresp. zur Rechtfertigung zu veranlassen, fragen wir nun: seit wann „publicirt" eine Regierung eine Note, die sie officiell zur Kenntniß eines andern Gouvernements bringen will — die „Korrespondenz" spricht von einer in Frankfurt „eingerichten" Note — und seit wann ist eine „Auseinandersetzung der rechtlichen Stellung eines Landes" eine Kriegsdrohung? Einerseits hat unser Korrespondent keineswegs in Abrede gestellt, daß nicht von beiden Regierungen der lebhafte Wunsch ausgedrückt sei, den nordischen Krieg beendigt zu sehen, und andererseits lesen wir aus oben mitgetheilter Stelle Nichts mehr heraus, als daß der National sich einbildet, die in Frankreich erschienenen mehr oder weniger officiellen Schriften über die Rechtsansprüche Dänemarks auf die Herzogthümer hätten dem Deutschen seine klaren Augen getrübt. Wir können ihm hierauf jedoch das Gegentheil versichern.

Die zahlreichen italienischen Flüchtlinge werden in Folge einer ministeriellen Entschließung in Bourg in eine italienische Legion vereinigt. So wie ein Bataillon von 1000 gebildet ist, wird es von Bourg nach Besançon geschickt. Die Legion wird vorläufig 3000 Mann stark sein, sie steht unter dem Kommando eines Brigade-Generals der Alpenarmee und hat mehrere franz. Officiere und Unterofficiere zugetheilt erhalten. — Eine telegraphische Depesche v. 31. aus Montpellier meldet, daß die größte Ruhe in der Stadt herrsche. Man zählt 14, (worunter 3 schwer) Verwundete.

Italien.

*** Von der italienischen Grenze, 31. Aug. Die Schaaren italienischer Flüchtlinge sind noch immer im Zunehmen begriffen, obwohl Frankreich einen sehr abkühlenden Beweis seiner Gastfreundschaft gegeben hat und die Schweiz auch nicht begierig ist, noch mehr von den flüchtigen Gästen bei sich aufzunehmen. Von Widerstand und einem kleinen Kriege scheint, mit Ausnahme einiger Blätter im Tessin, kein Mensch mehr etwas zu wissen. Ich selbst sah gestern einen höhern italienischen Officier mit kleinem Gefolge den Weg über den Gotthard nach Luzern einschlagen, und man versicherte auf's Bestimmteste, es sei Garibaldi — derselbe Garibaldi, den der Tessiner „Republikaner" mit einer ansehnlichen Armee bald am Stelvio operiren, bald die Oesterreicher schlagen oder bei Como sich aufstellen läßt. Die Züge und das ganze Benehmen des Officiers, den man als Garibaldi bezeichnete, trugen durchaus das Gepräge der tiefsten Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit; das ausdrucksvolle Gesicht des Mannes zeigte in seinen tiefen Furchen den ganzen Kummer über einen so ungeheuren Umschwung, wie der der letzten vier Wochen für die Italiener war. Die Mehrzahl der Flüchtlinge sucht diesen Schmerz eher in Aeußerlichkeiten, z. B. schwarzen Bändern, Federn, riesigen Kokarden an den Tag zu legen, als daß sie ihn wirklich und ernstlich empfänden.

Ungarn.

Pesth. Der Allg. Oest. Z. wird vom 30. August geschrieben: Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen die für das Kaiserthum höchst wichtige Nachricht mittheilen, daß sich hier die öffentliche Meinung in Bezug auf die Wiedervereinigung unseres Kriegsministeriums mit dem österr. k. dergestalt gewendet hat, daß Sie die Lösung dieser Frage nächstens in Wien erfahren dürften. Die HH. Minister Batthyany und Deak sind im Interesse dieser Angelegenheit bereits nach Wien abgegangen.

Oesterreichische Monarchie.

Krakau, 30. Aug. Die „Gazeta Krakowska" meldet, daß gestern Gen. Dwernicki hier eingetroffen ist.

Die Allg. Z. enthält Nachstehendes: Wir haben Briefe aus Kroatien und dem Banat bis 25. August, sie bestätigen die blutigen Gräuel von Weißkirchen, das am 20. von aufständischen Raitzen und Serben überfallen, einen 14stündigen Kampf zu bestehen hatte. Die deutsche Gemeinde bestand ihn heldenmüthig. Am 22. rückten vier Kompagnien mobiler Nationalgarde ein, worauf ein glücklicher Ausfall gegen die noch vor der Stadt lagernden Streithaufen gemacht wurde. Neu-Moldau wurde am 21. von den Insurgenten überfallen und niedergebrannt. Der Banus ist am 20. wieder in Agram eingezogen, wo er mit rauschendem Jubel empfangen wurde. Der förmliche Krieg mit Ungarn scheint nun, da er Fiume besetzt hat, kaum mehr zu vermeiden.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[764] In der Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim ist soeben erschienen:

Resultate für den

Maschinenbau.

Von

Fr. Redtenbacher, Professor.

Mit 23 lithographirten Kupfertafeln.

3½ Thlr. oder 6 fl.

Der Verfasser übergibt hier dem technischen Publikum Resultate vieljähriger wissenschaftlichen Untersuchungen und praktischen Erfahrungen im Maschinenbau. Diese Resultate bilden ein vollständiges System von wissenschaftlich begründeten und praktisch erprobten Angaben, vermittelst welcher aus möglich ist, jede Maschine oder Maschinenlage ohne weitläufige Berechnungen zu entwerfen. Die Verbindung der Schule mit dem Leben dürfte durch diese Arbeit wesentlich gefördert werden.

In der gleichen Verlagshandlung sind von demselben Herrn Verfasser erschienen:

Theorie und Bau

der

Turbinen und Ventilatoren.

Mit 6 kleinen lithographirten Tafeln und einem Atlas von 11 Tafeln im grössten Imperial-Format.

7 Thlr. oder 12 fl.

Theorie und Bau

der

WASSERRÄDER.

Mit 6 kleinen lithographirten Tafeln und einem Atlas von 23 Tafeln in grösstem Imperial-Format.

10 Thlr. oder 17 fl. 30 Kr.

Nr. 10235. Müller Baetlin Grether von hier, der wegen Tödtung seiner Ehefrau bei uns in Untersuchung steht und durch Urtheil des Grossherz. Hofgerichts des Oberrheinkreises deßhalb zu 15 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, ist heute Nacht aus dem Gefängniß dahier ausgebrochen und entflohen. Wir ersuchen die Polizeibehörden um gefällige Fahndung auf den Flüchtigen und im Betretungsfalle um dessen wohlverwahrte Auslieferung.

Personalbeschrieb:

Alter 35 Jahre. — Größe 5′ 5″. — Statur untersetzt. — Haare dunkelbraun. — Gesichtsform breit. — Farbe blaß. — Augen braun. — Nase dick. — Mund proportionirt. — Zähne gut. — Kinn rund.

Besondere Kennzeichen:

schüchterner Blick, spricht etwas durch die Nase, dicke kurze Finger.

Schopfheim, 3. Sept. 1848.

Großh. Bezirksamt:

[765] Montfort.

---

[766] Nr. 2401. In der Erbschaft des am 28. November v. J. verstorbenen ehemaligen Hütteninspektors Jakob Friedrich Herdtfle zu Hausen ist unter andern auch sein Neffe Sohn Karl Gustav Herdtfle von da berufen.

Gedachter Karl Gustav Herdtfle ist seit mehreren Jahren abwesend und hat zum letztenmal am 6. Januar 1835 aus Tampiko in Amerika Nachricht gegeben, sein dermaliger Aufenthalt ist aber gänzlich unbekannt.

Es wird nun der erwähnte Karl Gustav Herdtfle (oder seine etwaige Leibeserben) hiermit aufgefordert, sich um so gewisser binnen 3 Monaten zum Antritt der Erbschaft dahier zu melden, widrigenfalls sein Erbbetreffniß lediglich jenen werde zugetheilt werden, welche es zu empfangen hätten, wenn er nicht mehr am Leben wäre.

Schopfheim, 10. August 1848.

Großh. Amtsrevisorat.

Schmidt.

Ausschreibung der Stelle eines Lehrers an der Bezirksschule zu Liestal im schweizerischen Kantone Baselandschaft.

Die Stelle des Lehrers für deutsche Sprache, Geschichte und Geographie an der Bezirksschule zu Liestal wird hiermit zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben. Neben der gründlichen Kenntniß der bezeichneten Lehrfächer werden auch allgemeine wissenschaftliche Bildung, sowie Lehrtüchtigkeit verlangt. Es sichert diese Stelle eine jährliche Besoldung von 1000 à 1100 Schweizerfranken, wogegen der Lehrer wöchentlich während der Sommerzeit 30, und während der Winterzeit 25 Stunden Unterricht zu ertheilen hat. An den Sonn-, Feier- und Mittwochtagen wird keine Schule gehalten und auf die Heu- und Fruchternte-, sowie auf die Weinlesezeit fallen 6 Wochen allgemeine Ferien.

Bewerber um diese Stelle haben sich, unter Einlage ihrer heimathlichen Leumden- und Studienausweise, bis am Schlusse des künftigen Monats September bei dem Unterzeichneten anschreiben zu lassen, welch' Letzteres sie sodann von der Annahme oder Nichtannahme ihrer Bewerbung in Kenntniß setzen, die vorläufig tüchtig erfundenen Bewerber jedoch zur Prüfung einladen wird.

Liestal, 14. August 1848.

[767] Das Sekretariat des Erziehungsdepartements des Schweizerkantons Baselandschaft:

G. Niederhauserm.

Bekanntmachung.

Die Abfahrt und Ankunft der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

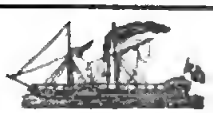
I. Abfahrt von Mannheim bis Düsseldorf täglich um 6½ Uhr früh, im Anschluß an den ersten Eisenbahnzug von Heidelberg, täglich um 3¼ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug VII. von Schliengen (Basel).

II. Ankunft in Mannheim von Düsseldorf, täglich etwa um 12 Uhr Mittags, im Anschluß an den Eisenbahnzug X. nach Schliengen (Basel); täglich etwa um 9 Uhr Abends im Anschluß an den letzten Eisenbahnzug nach Heidelberg. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag von Mannheim schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 16. Juli 1848.

Großh. Post und Eisenbahn-Amt

[768] Eberlin. vdt. Hölzer.

Rheinische Dampfschifffahrt.  Kölnische Gesellschaft.

[769]

Tägliche Abfahrten von Mannheim

nach Köln in 1 Tage, 6 Uhr und 9 Uhr Morgens, letzteres Bool im Anschluss an den 1. Zug von Heidelberg und den 1. Zug von Speyer-Neustadt.

„ Strassburg 10 Uhr Abends.

Von Mainz nach Mannheim 12¾ Uhr Mittags und 5 Uhr Abends.

„ Strassburg nach Mannheim 10½ Uhr Morgens.

Nähere Auskunft ertheilt:

Mannheim, den 30. August 1848.

Die Agentur.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Knap., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden man sich an G. H. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.0. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 23 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 244. Heidelberg, Mittwoch 6. September. 1848.

Uebersicht.

Der Waffenstillstand. — Wien. (Reichstagsverhandlungen. Die letzte Abstimmung, das Ministerium und der Bauernstand. Unruhen in Pesth erwartet. Der Finanzzustand Oesterreichs. Unerwartetes Schlußergebniß der Abstimmung über den Kudlichschen Antrag. Der demokratische Verein. Die Deutschkatholiken. Die Cibini. Wessenberg über Oesterreichs Verhältniß zu Dänemark). **Aus Tirol.** (Die Religionsfreiheit und das tiroler Volk). **Berlin.** Verhandlungen des Verfassungsausschusses. Die Erhöhung der Steuer auf Runkelrübenzucker). **Vom Rhein.** (Deutschlands auswärtige Angelegenheiten. Der dänische Waffenstillstand). **Lauenburg.** (Der Landtag). **Flensburg.** (Die schwedischen Truppen wieder eingeschifft). **Frankfurt.** (Der Antrag der Ausschußminorität verworfen. Rücktritt des Reichsministeriums in Aussicht). **Hamburg** (Proposition für die konstituirende Versammlung).

Schweiz Zusammensetzung des Nationalraths. Schweizerische Stimmungen gegen Italien und Deutschland. Die Annahme und Verwerfung der Bundesverfassung in den Kantonen.

Großbritannien. London. Parlamentsverhandlungen: die römische Bill. Die Treforscheine-Bill.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Fortdauer des Belagerungszustandes beschlossen. Neue Regimenter zur Alpenarmee. Legitimistische Bewegung in Arles.

Italien. Aufruf Karl Alberts an sein Heer.

Beilage. Der Auerswaldsche Salon. — Blick in die Parteien. Triest. Die neue Lloydsche Zeitung in Wien. Vom Rhein. Die süddeutschen Truppen in Kötz. Die demokratischen Vereine. Bittschreiben des Centralausschusses der deutschen Demokraten.

6. September.

Wir erhalten soeben die der Nationalversammlung vorgelegten Aktenstücke über den Waffenstillstand mit Dänemark und theilen in möglichster Kürze das für den Augenblick Wichtigste daraus mit. Wir übergehen deßhalb zwei vorläufige Entwürfe der Bedingungen, um gleich zu der abgeschlossenen Konvention zu gelangen, aus der wir die großentheils schon aus andern Berichten bekannten Bedingungen nochmals in der Kürze wiederholen: Vom Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes an sind die Feindseligkeiten während sieben Monaten einzustellen, vorbehaltlich einer dreimonatlichen Aufkündigung, in welchem letzteren Falle die Heere auf beiden Seiten dieselben Stellungen wie beim Abschlusse des Waffenstillstandes einzunehmen haben. Sämmtliche Kriegsgefangene werden in Freiheit gesetzt. Die durch die dänische Seemacht bewerkstelligte Blokade ist aufgehoben; alle mit Embargo belegten Schiffe werden binnen 12 Tagen freigelassen. Deutschland entschädigt für die in Jütland in natura erhobenen Requisitionen; Dänemark ersetzt den Werth der aufgebrachten Schiffe oder Ladungen, welche verkauft sind und nicht in natura zurückgegeben werden können. Die beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein werden binnen 12 Tagen sowohl von den dänischen als von den deutschen Truppen geräumt; die schleswig'schen Truppen werden, in besondere Abtheilungen formirt, in Schleswig stationirt und zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe der neu einzusetzenden Regierungsbehörde zur Disposition gestellt; die holsteinischen Truppen stehen ebenfalls zur Verfügung der Regierung der Herzogthümer, dürfen aber, als Theil der deutschen Bundesarmee, nur nach Uebereinkunft mit dem deutschen Oberbefehlshaber vermindert werden. Außerdem kann sowohl Deutschland als Dänemark, zum Schutze der in den Herzogthümern befindlichen Hospitäler und Militärdepots, eine Besatzung von nicht über 2000 Mann zurücklassen. — Beide kontrahirende Theile sind zur gemeinsamen Einsetzung einer interimistischen Regierung übereingekommen; dieselbe soll aus fünf Mitgliedern bestehen, wovon zwei durch die Königlich preuß. Regierung Namens des Bundes, zwei von Dänemark und das fünfte, der Präsident dieser Regierung, durch gemeinschaftliche Einigung zu ernennen ist. Weder die Mitglieder der Regierung vor dem 17. März, noch die der gegenwärtigen provisorischen Regierung sollen in diese neue Behörde eintreten können, welche spätestens 14 Tage nach Unterzeichnung der Konvention in Funktion treten soll. Alle und jede, seit dem 17. März erlassenen, Gesetze und Verordnungen (nach der näheren Bestimmung der Zusatzartikel sowohl die in Kopenhagen, als die in den Herzogthümern ergangenen) sollen aufgehoben werden, mit Ausnahme derjenigen, welche die neue Regierung wieder in Kraft zu setzen angemessen findet. Zur Ueberwachung dieser Stipulationen ernennt jeder der beiden Theile einen Kommissär. Lauenburg soll während der Dauer des Waffenstillstandes durch eine aus drei Mitgliedern bestehende, in gleicher Weise wie bei den der. Herzogthümern zu ernennende Regierung verwaltet werden. Beide Theile ersuchen England um Beaufsichtigung und Garantie des Waffenstillstandes. Die Bestimmungen der Konvention präjudiciren in keiner Weise den Bedingungen des definitiven Friedens, worüber die Unterhandlungen unmittelbar zu eröffnen sind. Die bezüglichen Konventions- und Ratifikationsurkunden sind in französischer, deutscher und dänischer Sprache abgefaßt und werden in Lübeck ausgewechselt.

Aus den Separatartikeln führen wir an: Die Fortifikationsarbeiten sollen während der Dauer des Waffenstillstandes in ihrem gegenwärtigen Zustande verbleiben. Die holsteinischen Streitkräfte bleiben unter dem Befehle eines von Preußen zu ernennenden Generals. Die provisorische Regierung ist befugt, politische Prozesse niederzuschlagen. Der Postenlauf ist wieder herzustellen. — Zwei Zusatzartikel machen die Mitglieder der neuen Regierungen für die Herzogthümer und für Lauenburg namhaft. Die ersteren sind: Präsident Graf Karl Moltke Rützchau (Stellvertreter Baron Adolf Blome); Mitglieder: Kammerherr von Heintze, Etatsrath Prehn, Landvogt Beyfea, Oberappellat onsrath Preuße. Für Lauenburg: Präsident Gr. Rantzau-Rastorff; Mitglieder: Ge. Gottfr. Reventlow, Etatsrath Susemihl. — Die Aktenstücke enthalten weiter die Vollmachten des Reichsverwesers für den Staatssekretär M. v. Gagern und die preußische Regierung. Die Letztere ermächtigt zur Abschließung eines Waffenstillstandes im Namen der provisorischen Centralgewalt, auf den Grund des in der Besprechung auf Bellevue am 19. Juli aufgestellten Entwurfes, jedoch unter folgenden drei Modifikationen. Erstens sollen die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den kontrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Stand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen. Zweitens: Im Art. VII. des Entwurfs von Bellevue war die Bestimmung enthalten, daß die Herzogthümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen verwaltet werden sollen; mit Bezug hierauf bestimmt die Vollmacht, daß unter diesen „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit inbegriffen sein sollen. Drittens sollen die in den Herzogthümern zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben.

Ein Schreiben des Herrn Camphausen an den Reichsminister Heckscher giebt nähere Erläuterungen und sucht namentlich die Bedenken zu beseitigen, welche die nicht genügende Uebereinstimmung einiger Punkte mit dem Inhalte der Vollmacht bei dem Reichsministerium erregt hatte. Er sucht zunächst den gebrauchten Ausdruck „deutscher Bund" zu rechtfertigen. Die Notifikation der hinsichtlich der Centralgewalt in Deutschland eingetretenen Veränderungen in Bezug auf die Centralregierung war an Dänemark noch nicht ergangen, und Preußen weder beauftragt noch berechtigt, dieselbe zu bewirken. Der Beschluß der Nat.Vers. vom 28. Juni habe zwar den Bundestag, aber nicht den Bund aufgehoben und das Ausland kenne bis jetzt nur den Namen „deutscher Bund". Bei der Prüfung der Bedingungen und ihrer Verzichtung mit der Vollmacht geht Hr. Camphausen davon aus, daß der Auftrag der königl. Regierung nicht darauf beschränkt war, einen in wörtlicher Fassung feststehenden Vertragsentwurf zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, daß sie vielmehr den Auftrag hatte, auf Grundlage eines bestimmten Entwurfs eine Negociation zu eröffnen, und bei

den verschiednen Wendungen derselben mit dem Geist der Vollmacht im Einklang zu bleiben. Der kön. Regierung war es unbenommen, günstigere Bedingungen zu erwirken, wie dies auch in einigen Punkten geschehen; sie mußte sich ebenfalls befugt halten, bei der Nothwendigkeit der Abänderung einer einzelnen Bestimmung das Aequivalent derselben in einer anderen Form anzunehmen. In Bezug auf 2 Punkte wird dies näher ausgeführt. Bei der oben erwähnten Bestimmung, daß die Herzogthümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen sollten verwaltet werden, ergab sich, daß die dänische Regierung zu den bestehenden Gesetzen auch die in Kopenhagen erlassenen gerechnet wissen wollte. Unter Annahme dieser Interpretation war der Artikel auch mit wörtlicher Hinzufügung des in der Vollmacht vorgeschriebenen Zusatzes unmöglich. Der zweite Punkt ist die Dauer des Waffenstillstandes, die in dem Entwurf von Bellcone auf drei Monate mit einmonatlicher Aufkündigung bestimmt war. Hr. Camphausen vermag hier eine nachtheilige Aenderung nicht zu entdecken. Folgt ein baldiger Friede, so ist die Dauer des Waffenstillstandes gleichgiltig. Müßte der Krieg erneuert werden, so würde derselbe nach der dermaligen Weltlage eine Natur annehmen, zu welcher Deutschland eine mehr als 3monatliche Vorbereitung bedarf. Zudem würde die längere Frist zum Vortheil der Marine verwendet werden können. In jedem Fall nimmt Hr. Camphausen eine gerechte Würdigung der Intentionen der kön. Regierung in Anspruch und verwahrt namentlich dieselbe gegen den Verdacht, in partikularem Interesse gehandelt zu haben. Daß sie dem schwer verletzten Interesse des Volkes ein hohes Gewicht beilegte, dessen wollen sie sich vor Deutschland nicht anklagen, sondern rühmen. Endlich macht er darauf aufmerksam, wie seit Ausstellung der Vollmacht die Stellung der europäischen Mächte zur dänischen Angelegenheit und die politische Lage eine erhebliche Aenderung erlitten habe. Er hofft, daß die Rücksicht auf die deutsche Einigung, wie sie für die preuß. Regierung bei Annahme des Waffenstillstandes bestimmend war, auch bei der Vergleichung der Bedingungen mit der Vollmacht leitend sein werde.

Oesterreich. †† Wien, 1. September. Heute wird die Debatte über die Privatrechte fortgesetzt. Die letzten Sitzungen waren gedrängt voll. Eine große Anzahl Herrschaftsbesitzer kam nach Wien, um das Ergebniß mit zu erleben, den Spruch zu hören, welcher sie des Rechtes verlustig erklärt, künftig noch ungerecht sein zu dürfen. Die Versammlung theilte sich in drei Parteien. Die äußerste Linke stimmte bei mehreren Paragraphen gar nicht und verließ den Saal; die Rechte für Entschädigung durch den Staat, das Centrum zum Theil für Entschädigung der Gutsbesitzer durch den Bauer. Es ist gut, daß der Mittelweg theilweise gefunden wurde. Er erhält das Ministerium noch kurze Zeit, welches, in diesem Augenblick gestürzt, keine günstige Wahl eines neuen Ministeriums möglich gemacht hätte. Das Ministerium hat sich mit der kühnen Behauptung (so heißt man Bach's Ausspruch: „mit der Frage steht und fällt es") den Todesstoß gegeben; es gewärtiget jedoch den Gnadenstoß. Der barmherzige Moment wird nicht lange auf sich warten lassen. Plakate mit der Aufschrift: „Der Bauer ist frei, keine Robot, keine Zehnt mehr", erschienen heute Morgen und erregten Freude. Ein anderes Plakat: „Minister Kossuth ist mit einer Million durchgegangen", wird eben von der Stadthauptmannschaft konfiszirt. Die Wiener Abendzeitung enthielt zuerst die lügenhafte Nachricht. Die Minister Bathyani und Deak sind noch hier. Eine Konferenz bei dem Minister des Auswärtigen, Fürsten Esterhazy, welcher um die Person des Kaisers ist, soll die Wiedervereinigung des ungarischen Kriegs- und Finanzministeriums mit dem österreichischen bezwecken. Andere wollen wissen, daß beide Minister Hilfe verlangt haben und dann die Abdankung Kossuth's und Meczarcs' versprachen. Nach heutigen Nachrichten von Pesth sind von dort viele Kaufleute mit ihren Waarenlagern nach Preßburg gekommen, weil es in Pesth furchtbar gährt und binnen 3 Tagen entweder das jetzige Ministerium gestürzt wird oder eine Revolution durchmachen muß. Kossuth ließ Silberbarren aufkaufen, welche von einem Kaufmann nach Wien transito aus Konstantinopel geschickt wurden, und bezahlte dem Kaufmann den Werth in österreichischen Banknoten aus. Der Kaufmann, die türkische Gesandtschaft, das Wechselgericht klagte gegen das eigenmächtige Verfahren des Ministers, welcher es nicht beachtet hatte, daß das Geld am 2. August von Konstantinopel expedirt war, während das Getraideausfuhrverbot erst am 10. August erlassen worden ist. — Die heutige Wienerzeitung enthält die Finanzübersicht des Monates Juli 1848. Die laufenden Einnahmen waren 7,213,267 fl., die Ausgaben 14,276,396 fl. Es ergibt sich ein Abgang von 7,063,129 fl. Unter den Ausgaben erscheint das Militär allein mit 7,434,000 fl. Ministerium des Aeußern und diplomatisches Korps nur mit 57,738 fl. Nach den Ergebnissen der neunmonatlichen Periode vom 1. Nov. 1847 bis Ende Juli 1848 zeigen sich Einnahmen 91,298,836 fl. — Ausgaben 119,554,205 fl., also ein Deficit von 28,255,370 fl. Nach dem Voranschlage des Jahres 1848 hätte sich in 9 Monaten ein Ueberschuß von 3,687,750 fl. ergeben sollen, statt dessen erscheint das ungünstige Resultat von 31,943,120 fl. gegen den Voranschlag als minus, welches durch den Aufwand der Militärausgaben, das Aufhören der Einnahmen aus der Lombardei und Venedig mit halbem März, aus Ungarn seit 1. April, aus Siebenbürgen seit 21. Juni mit beiläufig 20,500,000 fl., ferner durch die geringeren Einnahmen aus den Provinzen verursacht wurde. Für die Staatseisenbahn wurden in den 9 Monaten 8,407,016 fl. verwendet. Die außerordentlichen Kredits-Zuflüsse betrugen während der 9 Monate 36,851,429 fl. Es mußten daher zur Deckung des Deficit von 28,255,370 fl. und der außerordentl. Ausg. für besondere Zwecke von 16,163,312 fl., zusammen mit 44,418,682 fl. noch 7,567,253 fl. aus den disponiblen Kassavorräthen entnommen werden. Man kann aus dieser Uebersicht die Finanzlage Oesterreichs erkennen, dessen Staatsschuld schon den siebenfachen Betrag einer einjährigen Einnahme betrug, unter den jetzigen Verhältnissen wieder um 20 Millionen vermehrt werden mußte, welches aber noch lange nicht ausreichen wird, um dem Geldersale abzuhelfen. Das Unterrichtsministerium hat zwei Konvikte aufgehoben, welche von Piaristen und Benediktinern versehen wurden.

Δ Wien, 30. Aug. Wenn man durch unsere Straßen geht sollte man glauben, die Monarchie fiele in Trümmer. Hier ruft man ein Flugblatt aus, die Belagerung von Pesth, dort die Wiedereinnahme von Mailand durch die Piemontesen — an einem dritten Orte die Russen in Galizien — und eine Belagerung von Pesth nach dem großen Verluste der Ungarn bei Sct. Tomá gehört jetzt unter die Möglichkeiten. — Zwei Mitglieder des ungarischen Ministeriums, Batthyany und Deak, sind hier, und die Konferenzen zwischen ihnen, dem Fürsten Esterhazy und unserm Ministerium folgen sich beinahe stündlich. — [Wir erwarten von der richtigen Auffassung des deutschen Interesses Seitens Wessenbergs eine durchgreifende Benutzung dieses so günstigen Augenblicks.] — In dem Ministerium des Innern sind seit den Märztagen zwei Nationalgarden in Permanenz, kürzlich sind diesen noch zwei Garden der akademischen Legion beigefügt worden.

Δ Wien, 1. Sept. Wir leben in einer eigenthümlichen Aufregung, obgleich der oberflächliche Beobachter, durch die äußere Ruhe getäuscht, daran zweifeln könnte. — Der Reichstag hat gestern das Prinzip der Entschädigung anerkannt, er hat dadurch die Existenz des Ministeriums für den Augenblick gerettet, aber auch nur für den Augenblick. Das sonderbarste Ergebniß der gestrigen Sitzung war die Abstimmung über den Kudlichschen Antrag, wovon mehrere einzelne Punkte, wie jener über die Verbindlichkeit der Regierung die Entschädigung zu tragen, mit bedeutender Majorität angenommen war, während zuletzt der ganze Antrag mit 4 Stimmen Majorität verworfen wurde. Denken Sie sich die Ueberraschung der Kammer und den Eindruck auf den Gesichtern der Minister! — Die grenzenlose Verwirrung der gestrigen Sitzung hat die traurige Ahnung zur Gewißheit gemacht, daß weder Führer noch Geführte in unserer Kammer die Tragweite ihres Thuns genau kennen, ja daß der ganzen Versammlung der politische Ueberblick, die nöthige Voraussicht zu ihrem großen Werke mangelt. Die vierwöchentlichen Verhandlungen über einen Gegenstand, dessen Kompetenz für die Kammer noch in Frage zu stellen ist, haben mehr als genug belehrt, jede Abstimmung, die früher stürmisch von ihr begehrt werden war, zu hintertreiben und es steht noch sehr im Zweifel, ob heute oder morgen, durch die neuen Amendements und nachträglichen Vorschläge nicht Alles wieder in Frage gestellt wird, was gestern angenommen wurde, und nur das entschiedene Auftreten des Präsidenten Strobach allein hat dies traurige Resultat gestern verhindert. Die polnischen Bauern, welche sonst in allen Fragen mit der Rechten stimmen, drängten sich auf die Linke. Hingegen treten die Böhmen immer mehr als kompakte Partei auf. — Der demokratische Verein, welcher gerade die Besuche der Herren Julius Fröbel und Marr hat, trug durch seine Organe Dr. Stifft und Jellinek in seiner letzten Sitzung darauf an, eine Adresse an den Kaiser zu richten, worin um Entlassung des Ministeriums oder wenigstens des Minist. Schwarzer gebeten werden sollte, aber nach stürmischer Debatte wurde die Adresse vertagt. Hr. Fröbel hat durch parlament. Auftreten bis jetzt nicht die Antipathien gegen sich erregt, wie Dr. Schütte. Bei der Frage, ob eine Adresse an den Kaiser zu richten sei oder nicht, war seine Antwort, es sei keineswegs antidemokratisch, sich an den Kaiser zu wenden. — Die Deutschkatholiken hatten am 29. Aug. eine dritte Versammlung im Odeonsaale, worin beschlossen wurde, ei-

nen Verein zu bilden, der heute ins Leben tritt. Jedes Mitglied muß 6, 10 und 20 kr. je nach seinen Verhältnissen in die Vereinskasse zahlen, aus welcher der Geistliche besoldet und der Druck der Predigten, welche unentgeltlich an die Mitglieder vertheilt werden, besorgt werden soll." Die Versammlung wurde dies Mal weder durch Juden- noch Jesuitenkrawalle heimgesucht, doch wird ihr schon für das neue Vereinslokal eine Katzenmusik in Aussicht gestellt. In ähnlichen Konzerten leisteten wir allerdings vor den Arbeiterunruhen „Vorzügliches." Aber jetzt schweigen sogar die Katzen, und die Arbeiter sind so auffallend ruhig, daß man unwillkürlich an die Stille vor dem Ausbruch eines Sturmes erinnert wird. Die Straßenpolemik wegen der Arbeiterereignisse dauert noch immer in Plakaten fort, und wird von den Anklägern der Garde sowie von ihren Vertheidigern auf gleich derbe Weise geführt. Beide Parteien scheinen von dem Grundsatze auszugehen, daß Derjenige Recht behält, der am lautesten schreit und die meisten Schmähungen ausstößt. — Zur Steuer der Wahrheit muß ich die oft genannte Frau Cibini gegen eine leichtfertige Bemerkung eines Ihrer hiesigen Korrespondenten in Schutz nehmen, und zwar nicht um ihrer selbst willen, sondern um der Kaiserin willen, in deren unmittelbarer Nähe sie meistens lebte. Frau Cibini war, als sie an den Hof zur Erzherzogin Marianne, Schwester des Kaisers, kam, in sehr traurigen Verhältnissen; ihr Mann war Advokat und Hofagent und hatte sein Vermögen und das von Andern ihm anvertraute in falschen Spekulationen verloren, verließ Wien, und seine Frau mit zwei Kindern blieben im Elend zurück. Ein alter Freund ihres Vaters, des Komponisten Kozeluch, gab ihr damals unentgeltlich Klavierstunde, damit sie den Grad von Ausbildung erreichen konnte, um sich um die Stelle einer Klavierspielerin bei der Erzherzogin Marianne (nicht Sophie) bewerben zu können. Sie erhielt sie, und nur dem Rufe der ausgezeichnetsten Sittlichkeit verdankte sie später die Stelle der ersten Kammerfrau der Kaiserin Maria Anna und pflegte den Kaiser in seinen bekannten Krankheitsanfällen — daher der Einfluß des „verruchten Kammerweibes", wie sie eine Flugschrift nannte. Sie ist sehr bigott und war im Interesse der Jesuiten, sowie beinahe die ganze dienstthuende Umgebung der k. Familie; doch war ihre Stellung immer eine untergeordnete, und die öffentliche Meinung legt ihr seit den Märztagen viel zu viel Wichtigkeit bei. Bei der Entführung des Kaisers war sie ganz unbetheiligt, denn sie war drei Tage nach der Abreise der k. Familie noch hier und beklagte sich mit Thränen des Zornes gegen ihre Freunde, daß man nicht einmal sie, die Krankenwärterin des Kaisers, ins Vertrauen gezogen habe. Mit der Camarilla stand sie nicht auf dem besten Fuß, weil sie, als eine strenge Sittenrichterin, dieselbe für zu demoralisirt hielt, und sich andererseits Etwas darauf zu Gute that, am Hofe und dennoch unabhängig von ihm zu leben.

Wien. Die in unserer Wiener Korrespondenz mitgetheilte Antwort Wessenberg's auf Schuselka's Interpellation in Betreff Dänemarks lautet nach der Wiener Zeitung folgender Maßen: „Die gedruckten Verhandlungen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit liefern den deutlichsten Beweis, daß Oesterreich sich in derselben nicht von den andern deutschen Staaten getrennt hat. Von einem Sonderbündniß bezüglich dieser Angelegenheit ist mir Nichts bekannt. Uebrigens sieht man täglich dem Abschluß eines förmlichen Waffenstillstandes entgegen, der einstweilen faktisch besteht und eine freundliche Unterhandlung zur endlichen Ausgleichung des betreffenden Konflikts steht bereits in Aussicht. Was den Aufenthalt eines österreichischen Gesandten in Kopenhagen betrifft, so hat derselbe den Auftrag, sich in dieser Frage als ganz neutral zu verhalten, und sich bloß als Vertreter der nichtdeutschen österreichischen Staaten zu betrachten."

Prag, 31. August. Das Prager Abendblatt (Beiblatt zur Konst. Z. von Böhmen) meldet, daß der konstitutionelle Verein vom 1. Okt. d. J. an eine „Deutsche Zeitung aus Böhmen" herausgeben wird. Die Tendenzen der Zeitung sind, wie aus den Probenummern hervorgeht, diejenigen Löhner's. Dr. Kiler und B. Gutt sind die Redakteure. Die leider in deutscher Sprache geschriebene „Konst. Z. von Böhmen" spricht ihre Hoffnung aus, „daß diese neue Deutsche Zeitung nicht die wahren Thatsachen, die Verhältnisse der Deutschen und Czechen in Böhmen so entstellen wird, wie es bis jetzt anständischr (!) deutscher Zeitschriften gethan haben." Die „Deutscher Zeitung von Böhmen" wird die czechisch-deutschen Verhältnisse nur dann nicht falsch auffassen, wenn sie sie anders auffaßt als die „Konst. Z. von Böhmen."

† **Aus Tirol**, 30. August. Bei Berathung des §. 12 des III. Artikels der allgemeinen deutschen Volksrechte in der Frankfurter Paulskirche begehrten unter den Rednern zwei unserer Landsleute, Prof. Gasser und Dr. Schuler eine Rücksichtsnahme für das Land Tirol, wenn die vollständige Freiheit der Kultus-Ausübung zum Gesetze erhoben werde. Wir zweifeln nicht, daß innerhalb der Nationalversammlung und noch mehr außer derselben ein derartiges Verlangen mit Befremden aufgenommen und wohl zumeist bündig und ohne Säumen als verstocktes Sonderthum abgefertigt und, keiner Berücksichtigung werth, übergangen wurde. Es scheint, man wollte einem „so kleinlich" lautenden Antrag zu Gunsten eines kleinen Volks kaum das Recht einer Erörterung angedeihen lassen, während sicherlich eine und andere Stimmen das Faktum kurzweg als Beleg für die „ultramontane" Gesinnung der Tiroler hinstellen werden, wie sie selbst an Männern sich verlautbaret, die doch „so zu sagen" liberal heißen. Haben wir die beiden Redner recht verstanden, so erkennen beide die Kultusfreiheit als Konsequenz der Gewissensbefreiung und werden dem Prinzip und dem Gesetze beipflichten selbst im Namen ihres Landes. Sie begehren kein „Ausnahmsgesetz" — keine Rate, keinen Beisatz Betreffs Tirol und seiner Eigenthümlichkeit, — sie wollen nicht, daß für ihr Land die Religions- und Kultusfreiheit „nicht" festgesetzt werde. Nur bei Einführung des allgemein gültigen Gesetzes soll den dortigen Zuständen ihre Würdigung werden. Ein rücksichtsloses, drängendes Durchführen desselben wünschen sie zu verhindern, um durch ein besonnenes Gewöhnen des Volkes an etwas Fremdes, durch eine allmähliche Verständigung und friedliche Einführung dem Grundsatze Geltung und Erwahrung zu verschaffen. Dieser Wunsch der tiroler Abgeordneten ist eben so billig als sachgemäß, wenn man die Dinge nimmt wie sie sind. Wir begreifen recht gut, daß man staunt, wie etliche Hunderttausende in ihren Bergen die Glaubenseinheit bisher für eine Hauptgrundlage ihres Gemeinwesens und ihres politischen Wohlbefindens halten könnten und noch nicht glauben, daß es besser werde, wenn man bei ihnen auch noch andere Götter anbeten könne neben dem „alten Gott ihrer Väter." Das tiroler Volk, dem ein Glaubenszwiespalt fremd geblieben, muß sich erst überzeugen, daß durch die Freiheit aller Konfessionen der Zwiespalt beseitigt wird. Doch solche Ueberzeugungen läßt man sich nicht aus einem Dekrete in's Gemüth. Nicht ein kompakter Paragraph beirrt die Meinung, die durch Jahrhunderte endemisch geworden ist. Man hat in Tirol gegen die Glaubensfreiheit petitionirt und Bannflüche gepredigt, und wir verwarfen und bestritten dieses Treiben; man hetzte ein Volk, das nicht einmal weiß, um was es sich handelt, gegen ein Prinzip auf, mit dem es verständigt werden muß, wenn bei ihm „Freiheit und Recht" zu Recht und Freiheit kommen sollen; wir werden jederzeit denen entgegentreten, welche die gesetzliche und grundsätzliche Anerkennung der §. 11 und 12 um jeden Preis zurückweisen und für Tirol einen Sonderparagraphen, eine Ausnahme verlangen; — aber wir begehren mit Schuler und Gasser, daß es für jetzt und heute genüge, wenn das „Prinzip und Gesetz" für das Land Tirol anerkannt wird, die thatsächlicher Einführung desselben aber eine allmähliche, eine versöhnende und überzeugende sein werde. Wir müssen die „Heiterkeit", womit Gassers Erwähnung der „guten, alten Zeit" im Parlamente zu Frankfurt begrüßt ward, mit der Unkenntniß des Umstandes entschuldigen, daß die „Liberalen" Tirols, besser gesagt, Alle, die es mit ihm wohlmeinen, eben auch nur das „Tirol der guten, alten Zeit" wiederherstellen wollen. Man versteht darunter die vollständige Rückkehr aller der Rechte und Freiheiten, des ganz gemeindlichen Wohlseins, dessen sich unser Land und Volk erfreute, als die Monarchie auf demokratischer Grundlage faktisch vorhanden war, ohne daß unsere Herren und Bauern diesen Namen für die Sache kannten. In jener alten Zeit gab es eben nur den alten Glauben, und beide galten als gut. Die neue Zeit hat nur unserm Volke zu beweisen, daß sie ihm die Wohlthaten der alten gewähre, und es wird sich nicht sträuben, auch die Lehre von der Unschädlichkeit neuer Glaubensmeinungen anzunehmen. Genießet Tirol die Vortheile der deutschen Volksrechte und Einigung, für die es gerne thut, was es vermag, so wird es später leicht sein, ihm die Pflicht klar zu machen, ein Gesetz nicht abzuweisen, ohne seine Erfolge versucht zu haben. Wir sind vollkommen überzeugt, das tirolische Volk lernt sich mit der Freiheit des Kultus vertragen und gibt sich und seine treue Ständigkeit deßhalb nicht auf, aber wir müßten es beklagen, wenn man ihm befehlen wollte, was es aus Einsicht freiwillig — wenn auch später thun wird. Die Besonnenheit, womit bereits unser Volk dem Treiben der Ultramontanen begegnet, und der Scharfblick, womit es die Triebfedern derselben durchschaut, wären verloren, so wie der Beschluß von Frankfurt unverzüglich — durch Thaten erhärtet werden sollte. Die alte Aufregung kehrte zurück und die Partei, die bereits mit Glück bekämpft wurde, erhöbe sich mit verdoppelter Stärke, weil sie beweisen könnte, daß die frommen Gefühle eines Volkes keine Schonung fänden. Wir verlangen daher, wenn die Männer in Frankfurt unsern deutschen guten Willen anerkennen, mit Schuler, „daß sie es uns nicht erschweren", ihn in's Werk zu setzen.

Digitized by Google

Preußen. ☽ Berlin, 2. Septbr. Wenn ich mir heute gestatte, Sie unter der Aegide unseres Verfassungslandtages auf das weniger für Politik als Zucker ergiebige Feld der Runkelrüben zu führen, so geschieht dies nur deßhalb, weil es dem Scharfsinne unserer oppositionstrunkenen Linken gelungen ist, auch dort die Pflanze zu entdecken, aus welcher das kostbare Elixir zur Herbeiführung eines Ministersturzes bereitet werden kann. Deutschland triumphire! fortan darf es sich nicht mehr beklagen, an großen Charakteren Mangel zu leiden. Ein John Hampden ist ihm wenigstens gewiß. Denken Sie, rief heute Graf Reichenbach der preußischen Abgeordnetenversammlung zu, an den großen John Hampden, verweigern Sie dem Ministerium, bis unsre (demokratische!) Freiheit gesichert ist, jedwede Steuer! Welch ein verwegener Irrthum! den gesetzlichen Widerstand des bescheidnen Hampden mit den „demokratischen" Bestrebungen des Hrn. Reichenbach zu vergleichen, das kleinliche Gebahren unsrer Ultra's mit den gewaltigen Anfängen der englischen Revolution! Aber noch mehr, selbst der Vereinigte Landtag wurde als Muster aufgestellt, das Ministerium Eichhorn und Bodelschwingh mit dem eines Auerswald über denselben Leisten geschlagen. Die Regierung fordert heute die Zustimmung der Versammlung zu einer längst von allen Zollvereinsstaaten als nothwendig anerkannten Erhöhung der Steuer auf den Runkelrübenzucker — sogleich schreit man: ahmt dem Vereinigten Landtage nach! auch er gab einem unbeliebten Ministerium nicht, was es verlangte, und rettete so die gesetzlichen Freiheiten des Landtages! Ob der Verein. Landtag seinen Nachtretern für diese Parallele Dank wissen wird? Ein Jeder gedenkt gewiß noch mit Genugthuung an jenen hochherzigen Entschluß der preußischen Stände, als sie ihrem theuersten Interesse zuwider die Gesetze des Landes gegen den übermüthigen Angriff der Bodelschwingh'schen Verwaltung zu wahren suchten. Inzwischen hat eine folgenreiche Umwälzung unser öffentliches Recht vollkommen neugestaltet, das Patent v. 3. Febenar ist vergessen, das Land durch Abgeordnete seiner freiesten Wahl vertreten und ein Ministerium an der Spitze der Verwaltung, welches das Vertrauen der ungeheuren Mehrheit des Volks besitzt und bisher nur denjenigen Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hat, deren demagogischer Ehrgeiz sich selbst an das Ruder zu bringen wünscht. Und dennoch gebehrdet man sich, als gelte es noch jetzt, die mittelalterlichen Lustschlösser Eichhorn'scher Unterthanenseligkeit zu vernichten, als gelte es, wie damals, einen Kampf für die im Innersten gefährdete geistige Selbständigkeit des Volkes. Wahrlich solche Vergleichungen sind nur dem „kalten Verstande" des Abg. Jung möglich. Die Lage der Dinge, wie etwa der „nüchterne Engländer" sie betrachten würde, war einfach folgende. Der Artikel 1 des der Versammlung vorgelegten Gesetzentwurfes, betreffend die Erhöhung der Steuer vom Rübenzucker und Branntwein bezweckt, die gegenwärtige Steuer von dem im Inlande erzeugten Rohzucker v. 1. Septbr. d. J. an um das Doppelte zu erhöhen, d. i. von 1 Thlr. auf 2 Thlr. für den Zentner oder $1\frac{1}{2}$ Sgr. auf 3 Sgr. für den Ztr. roher Rüben. Bereits im Anfange des Jahres 1847 war eine solche Erhöhung des Steuersatzes für die Periode von 1847 bis 1850 von der preußischen Regierung bei den Zollvereinsstaaten beantragt, nach dem Widerspruche der badener und würtemberger indeß verschoben worden. Inzwischen ist deren Zustimmung erfolgt, auch die Dringlichkeit der Maßregel bei dem durch die jährliche Zunahme der inländischen Zuckerfabrikation stets wachsenden Einnahmenausfall des Zolls vom ausländischen Zucker größer geworden, was die preußische Regierung veranlaßte, mit der Bekanntmachung der betreffenden Steuererhöhung „im Verordnungswege" vorzuschreiten, so jedoch, daß sie sich die Genehmigung des Verfassungslandtages vorbehielt. Diese Genehmigung wurde nun von der Regierung eingeholt. Die Frage lag einfach so: darf man die bisher sehr begünstigte und in hoher Blüthe stehende Rübenzuckerbereitung für so kräftig erachten, daß die Vormundschaft aufgehoben und die Besteuerung der Fabrikation den übrigen Gewerbszweigen, die keine Bevorrechtigung genießen, gleichgestellt werden kann? Die Centralabtheilung, welche den Entwurf vorläufig zu berathen hatte, lehnte denselben mit großer Stimmenmehrheit ab. Einmal habe die Rübenzuckerfabrikation auf den Zuckerverbrauch höchst vortheilhaft gewirkt, dann aber gereiche sie auch den Produzenten zu großem Nutzen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer ständen sich gut und viele Handwerke, die Maschinenbauer und die Landwirthschaft, wären durch sie in ihrer Lage verbessert worden. Eine wirkliche Verminderung endlich der Staatseinnahmen habe nach den statistischen Tabellen keineswegs stattgefunden. Ein Ueberwälzen der Steuer auf die Konsumenten finde übrigens nicht Statt; vielmehr werde sie wesentlich den Charakter einer Bodensteuer oder wenn auch dies nicht, doch jedenfalls einer Gewerbesteuer tragen. Es sei nicht abzusehen, wie nach Einführung der Steuererhöhung diese erst im Aufblühen begriffene, höchst wichtige Industrie nicht auf das Bedenklichste erschüttert werden sollte. Von ihrem Bestehen sei zugleich das Wohl und Wehe vieler tausend Handwerker und Arbeiter, die Existenz ganzer Ortschaften, sowie die Blüthe der Landwirthschaft in den fruchtbarsten Theilen unseres Vaterlandes abhängig. So die Centralabtheilung. Ihr schloß sich fast die ganze Linke aus den vorher angegebenen politischen Gründen an. Mit Bereitwilligkeit nahm sie besonders das von der Abtheilung geltend gemachte Bedenken auf, daß die Regierung durch ihre Maßregel viele Fabriken zu Grunde richten und ein zahlreiches Proletariat hervorrufen würde. Auch vermerkte sie es übel, daß die Regierung eine neue Konsequenz des indirekten Steuersystems durchsetze, also eine Besteuerungsweise gutheiße, welche schon längst durch die öffentliche Meinung gerichtet sei. In diesem Sinne sprachen die Abgg. Schneider (Berichterstatter), Reichensperger, Bloem, Reuter, Weichsel, v. Berg. Die Widerlegung war nicht eben schwierig. Den Abg. Freydorf (Kaufmann aus Stettin) haben wir schon bei einer andern Gelegenheit als eifrigen Apostel des Freihandels kennen gelernt. Er fand heute für seine Theorien ein fruchtbares Feld, bewegte sich indeß allzusehr auf den Gemeinplätzen seiner Schule. Der Bericht der Centralabtheilung, bemerkt er, habe einen ganzen Strauß von Trugschlüssen geschaffen; die Gründe, welche sie aus der Nationalökonomie hernehme, glichen einem hohlen Baume, welcher nur welke Blätter, keine Früchte trage; trüge er Früchte, er würde nicht rathen, davon zu kosten. So lange die bisherige Steuergesetzgebung bestehe, spreche er für den Entwurf der Regierung — im Namen der Gerechtigkeit, weil er nicht eine Klasse der Produzenten maßlos begünstigt sehen wolle. Nur unter dieser Begünstigung sei der gewaltige Aufschwung der Zuckerfabriken möglich geworden. Sollte aber eine Industrie mit einer Steuer von wenigen Prozenten wirklich nicht bestehen können, wie die Fabrikanten behaupten, wohlan, so lege man die Sichel an und gebe sie Preis zum Wohle des ganzen Landes. Seine Theorie heiße: Kaufe da, wo du am wohlfeilsten kaufst. Die Schlagwörter: nationale Arbeit u. s. w. beirrten ihn nicht. Auch Handel und Schifffahrt (in Rücksicht auf den indischen Zucker) beschäftige seine Leute. Man habe gesagt noch jener längst begrabenen Theorie: es dürfe das Geld nicht aus dem Lande wandern. Was sei Gold und Silber? Nichts wie ein Tauschmittel. Glücklich, wenn wir recht Viel aus dem Lande senden können, tauschen wir dagegen nur die werthvollere Waare ein! Am gründlichsten geht Riedel (Prof. der Nat.-Oek. an der Berliner Universität) auf die Angriffe der Gegner ein. Eine Erhöhung des Marktpreises von Konsumtionsgegenständen, dies gibt er zu, sei an sich immer eine mißliche Operation. Der Staatsbürger aber beeinflige sich bei dieser Schmälerung seines Vermögens, sobald der Staat einmal das indirekte Steuersystem befolgt und die daraus sich ergebende Einnahme zur Deckung des öffentlichen Bedarfs verwendet, also nicht zum zweitenmal eine Steuer zu demselben Zwecke fordert. Dies indirekte Steuersystem habe nun gegolten, als die Rübenzuckerfabrikation entstand. Den Gegnern erwidernd, welche besonderes Gewicht auf die Verminderung des Zuckerpreises seit der Rübenfabrikation Gewicht legten, behauptet er, daß der Zucker, wenn es gar keine Rüben gegeben hätte, noch billiger geworden wäre. Auch habe nicht die Konsumtion zugenommen (1836: pro Kopf 4,07 Pfund, 1838: 4,72 Pf., 1846: 4,46 Pf.), sondern die Zollvereinsstaaten an Wohlstand und Bevölkerung. Nicht darauf ferner komme es an, daß ein Volk überhaupt Arbeit habe, sondern daß die Arbeit einen Ertrag gebe. Nur so erziele sie einen Zuwachs zum Volkseigenthum. Die bereichernde Kraft jedes Gewerbes liege offenbar nur darin, daß jedes Produkt nur nach seinem natürlichen Werthe gemessen werde, darin, ob die Arbeit fromme oder nicht; daß ein Ueberschuß zurückbleibe, den die Sparsamkeit benutzen und welcher auch die Nation im Ganzen und Großen auf einen höheren Standpunkt erheben könne. Sei die Verwendung ihrem Werthe nach eine größere, als der Werth, der ohne Zollschutz aus dem Erlöse hervorgehe, so sei das Volk in der That ärmer geworden. Im Grunde ist der Abgeordnete dafür, daß man alle Schutzzölle mit Einem Schlage zertrümmere und die Freiheit der Produktion verkünde. Er bedenkt indeß, daß mit dem fehlerhaften Steuersysteme, welches wie gegenwärtig noch befolgen, die Gewerbe mit tausend Fäden verknüpft sind, und daß sich die Regierung verantwortlich machen würde, wollte sie diese Fäden mit Einem Male abschneiden. Auch sei dies nicht möglich vom Standpunkte der Finanzverwaltung. Ein neues Steuersystem müsse erwachsen, und erst, wenn es sich dem Zustande der Kraft nähere, dürfe man das alte Kleid gänzlich abwerfen. Endlich dürfe man nicht vergessen, daß, während hier verhandelt werde, man nicht ganz frei sei. Jahrelange Bemühungen mit andern Zollvereinsstaaten seien vorausgegangen, ihre Volksvertreter hätten gesprochen und zum Theil mit großen Opfern der Nothwendigkeit nachgegeben. — Man wird bemerkt

hoben, daß die Vertheidiger der Regierung hauptsächlich auf zwei Faktoren fußten, der Handelspolitik und der Gleichmäßigkeit in der Steuervertheilung. Es würde zu weit führen, noch mehr in das Einzelne einzugehen, als es schon geschah; aus dem sehr beachtenswerthen Vortrage Hansemanns heben wir deßhalb nur die Andeutungen über seine Ansichten in Betreff der Einkommensteuer hervor. Es sei das bestehende Steuersystem vielfachen Angriffen ausgesetzt worden. Zweierlei müsse man bedenken, auf der einen Seite, daß allerdings die gleichmäßigste Besteurung zu wünschen, auf der andern Seite, daß man bei dem Uebergange zur neuen Besteurung mit der größten Vorsicht zu Werke gehen müsse. Vor Allem müsse man sich in den Finanzen vor bittern Täuschungen hüten und nicht unsichere Experimente machen. Seine Meinung sei, daß die indirekte Besteuerung aufzugeben und die Einführung einer Einkommensteuer Bedürfniß sei. Zunächst müsse die Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben werden. Doch könnten alle diese Fragen nicht eher erledigt werden, bis nicht der Faktor bekannt sei, der besteuert werden solle. Bis jetzt sei das Einkommen eine unbekannte Größe. Deßhalb werde er zunächst einen Gesetzesvorschlag einbringen, um das Einkommen auf dem zweckmäßigsten Wege ermitteln zu können. Er glaube, man werde diese Vorsicht nur billigen. Unwiderlegt blieb folgendes Argument. Der eigentliche Arbeitslohn betrage 5 ein halb Sgr. auf den Ctr. Zucker, im Ganzen 1 ein halb Mill. Thlr., 2 Millionen gebe das Land zum Schutze der Fabriken, folglich zahle es noch eine halbe Million über den Arbeitslohn. Da frage er denn, ob es nicht heilige Pflicht der Regierung sei, diesem Zustande ein Ende zu machen und nur da Fabriken aufkommen zu lassen, wo ein Boden für sie vorhanden ist. Bei der Abstimmung, welche erst nach einer achtstündigen mit großer Kraftanstrengung geführten Debatte durch Namensaufruf vorgenommen wird, entscheidet sich die Versammlung mit einer Mehrheit von 64 Stimmen für den Regierungsentwurf. Ein Amendement, die Steuererhöhung erst mit dem ersten Sept. 1850 eintreten zu lassen, wurde mit 175 gegen 136 Stimmen verworfen. Der Artikel lautet: die Steuer von dem im Inlande aus Rüben erzeugten Rohzucker wird, nach Maßgabe der provv. Verordnung vom 18. Juni d. J., vom 1. Sept. d. J. an, zwei Thlr. für den Zollcentner betragen und mit 3 Sgr. von jedem Zollcentner, der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben erhoben werden. Einer interessanten Episode aus der heutigen Sitzung dürfen wir nicht unerwähnt lassen. Kaplan von Berg, der geniale Vorkämpfer des rheinischen Ultramontanismus in der Berliner Versammlung, zeigt sich seit einiger Zeit als der erbittertste Gegner der Regierung. Die heutige Verhandlung über den Runkelrübenzucker soll ihm zum Sturze des Ministeriums verhelfen, er gedenkt die feindliche Festung auf einem Spazirgange einzunehmen. Wenigstens besteigt er mit dem Humor eines Lustwandelnden die Tribune und stellt den Antrag, ohne Rücksicht auf den Regierungsentwurf zur einfachen Tagesordnung überzugehen (von der Linken zahlreich unterstützt). Die Versammlung befände sich heute zum erstenmale in der Lage, Steuern zu bewilligen. Man habe ihr stets vorgeworfen, daß sie noch immer nicht von dem wahren konstitutionellen Geiste durchdrungen sei, weßhalb ihr England als Muster genannt zu werden pflege. Er wolle die Wahrheit dieser Behauptung annehmen und dem Beispiele Englands folgen, dem Lande der Pietät, der Ordnung, des konsequenten Fortschritts und vor Allem der Kostabler! (Man erinnert sich, daß Hr. v. Berg, wegen seiner Konstableraffären an der „politischen Ecke" von dem Korn. Chroniele mit dem Beinamen eines „Wachstubenkumpanen" geziert wurde!) Die im März errungenen Freiheiten seien noch nicht konsolidirt, er wolle endlich wissen, woran es mit dem gegenwärtigen Ministerium sei. Um das recht gründlich zu erfahren, gebe es vor der Hand kein anderes Mittel, als seine Taschen zuzuhalten. Hr. Weichsel ist für den Antrag. Der Abg. Bredt wies ihn jedoch so gründlich zurück, daß He. von Berg auf schleunigen Rückzug denkt und den Antrag aufgibt. Ein anderer Abgeordneter der Linken nimmt denselben wieder auf und verlangt den Namensaufruf. Es wird abgestimmt und der würdige Kaplan, der inzwischen auch von der Linken Preis gegeben wird, hat die Freude, seinen Antrag unter 337 Stimmen, von einer einzigen bejaht zu sehen. Er selbst hatte dagegen gestimmt. Die Komödie aber hatte dem Lande eine kostbare Stunde gekostet.

Baden. ** Vom Neckar, 6. Sept. Wenn man den gegenwärtigen Stand von Deutschlands auswärtiger Angelegenheit überblickt, wenn man im Westen steht, wie unserem Gesandten zu Paris mit höhnender Bereitwilligkeit nur die Thüren der Bibliotheken zu mittelalterlichen Studien geöffnet werden, weil der provisorischr Cavaignac „an Frankreichs altem diplomatischen Grundsatze festhält, mit keiner provisorischen Macht in officielle Beziehungen zu treten"; wenn man im National liest, der Polizeipräsident Duvour habe die ihm von Herr v. Bardeleben gestellte Forderung, die Deutschen und Polen jenseits des Rheines zu überwachen, mit der „dem Absolutismus" gebührenden Verachtung zurückgewiesen — dem „Absolutismus", der keine Zeitung gefährdet, während der Belagerungszustand in der Hauptstadt einer Republik elf Journale zu gleicher Zeit unterdrückt; wenn man vernimmt, Herr v. Wessenberg habe der franz. Friedensforderung geantwortet: Radetzky würde solchen Bedingungen nicht gehorchen — so daß der Gesandte ohne die leiseste Anfrage von Witz darauf entgegnen konnte: so werde ich Ihnen mit Vergnügen Frankreichs Heere gegen Ihren aufständischen Feldherrn zur Verfügung stellen; wenn man die Bedrängniß der Ungarn noch nicht zu einer ihnen ob ihres Auftretens gegen Deutschland gebührenden Demüthigung benützt sieht; wenn die Limburger Frage ruhig wieder einschläft, England von dem neuen Handelssystem Deutschlands die Anerkennung seiner veränderten Verfassung abhängig macht, so ist es nicht schwer, zu der Ueberzeugung zu kommen, daß wir im Auslande noch keine Spanne weit an Achtung weiter gekommen sind. Vernimmt man dann aber die Einzelnheiten des dänischen Waffenstillstandes, so muß man sich eingestehen, die Deutschen verdienen es auch nicht anders. Derselbe gibt mit seinen Verhandlungen wieder ein echtes Reichsbild! Der Reichsverweser beauftragt die preußische Regierung, einen Waffenstillstand mit Dänemark für das Reich abzuschließen, und in der Urkunde selbst lesen wir: „Se. Maj. der König v. Preußen in Seinem eigenen Namen u. (auch nebenbei) für den deut.' „Bund"" handelnd," während bei allen Deutschen es nicht mehr „Bund", sondern „Staat" heißt, und bei einem solchen Auftrage zuerst im Namen des Reichs verhandelt werden mußte. Bei dem Puncktiren der Bedingungen zieht es dann der Mandatar vor, lieber die Grenzen seines Mandates zu überschreiten, als sich von Neuem Instruktionen einzuholen; und statt sich über diese Schritte zu rechtfertigen, schreibt er durch seinen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt an den Reichsminister des Auswärtigen einen Brief der Alles, selbst die schärfsten Hiebe — nur keine Rechtfertigung enthält. Wenn es unmöglich war, Dänemark dazu zu bewegen mit der deutschen „Centralgewalt" zu unterhandeln, so mußte gar nicht unterhandelt werden, lautet unsere einfache Antwort auf dieses Schreiben, und wenn dennoch die alten diplomatischen Rücksichten wiederum genommen werden sollten, so mußte die diplomatische Form auch in soweit geachtet werden, daß wenigstens in dem deutschen Texte der Vertragsurkunde der „Erzherzog Reichsverweser" dem „Könige von Dänemark" vorangestellt wurde. Es scheint in der That nicht so ganz fehlgegriffen, wenn das Publikum den ganzen Waffenstillstand als eine in Frankfurt um das Portefeuille des Auswärtigen gespielte Intrigue ansieht. Beim Durchlesen der Urkunde stößt das Auge auf Stellen, welche es gewiß nicht einer böswilligen Aufregung zuschreiben dürfen, wenn man hinter ihren Worten die verderblichsten Pläne wittert. Ueber den Waffenstillstand selbst schreibe ich Ihnen morgen; heute habe ich nur noch mit Hrn. v. S. zu reden, der seine wohlgemeinten Rathschläge unter den sehr nüchtigen ≡ in der O. P. A. Z. verdiegt. Derselbe räth nämlich der Nationalversammlung, obgleich er sie eine „mit Recht aufgeregte" nennt, zur Ratifikation, weil sie gar nicht im Stande sei, den Krieg mit den süddeutschen Truppen fortzusetzen, nachdem Preußen von der Wahlstatt abgetreten sei. Wir wollen zu Ehren Preußens hoffen, daß es im neunzehnten Jahrhundert nicht noch die Schuld eines zweiten Baseler Friedens auf sich ladet; und wenn dasselbe es thut, so wäre das übrige Deutschland einer Wiedergeburt nicht werth, wollte es seine nordischen Brüder im Stiche lassen. Hr. v. S. erwartet Alles von der englischen Vermittelung. Die Engländer der heute volée mögen im Einzelnen sehr liebenswürdige Leute sein, die englische Politik ist die selbstsüchtigste von Allen, und Deutschland hat es bei einer rein deutschen Sache nicht nöthig, die Vermittelung einer fremden Macht nachzusuchen. Losse man doch ja nicht aus dem Auge, daß dem deutschen Volke gottlob noch viel an seiner Ehre gelegen ist, und suche man nicht durch dergleichen Machinationen die Ehren seiner Söhne in die republikanischen Reihen zu treiben, um mit Hilfe des Aufstandes in Hoffnungslosigkeit auf Erfüllung ihrer Wünsche durch ihrem Wesen die nichtsahnenden Diplomaten hinwegzufegen.

Schleswig. Flensburg, 30. August. Es werden gegenwärtig von den bei Kopenhagen liegenden größeren Handelsschiffen mehrere dazu bestimmt, von Dampfschiffen bugsirt, nach Fünen zu gehen, dort schwedische Truppen einzunehmen und solche wieder ihrer Heimath zuzuführen. Sieben hiesige Westindien- und vier Grönlandfahrer sind bereits diesen Sommer zu Kopenhagen gelöscht worden und haben die Eigener der resp. Ladungen solche dort verkooft oder aufgelegt; die Schiffe müssen einstweilen daselbst liegen bleiben. (B. Z.)

Aus **Lauenburg**, berichtet die Schlesw.-Holstein. Zeitung Folgendes: Der Landtag hat im Ganzen 10 Stunden beendet und sich dann wieder vertagt. Er hat die Heimlichkeit seiner Sitzungen und die Beibehaltung des Prädikats „königlich" (statt „herzoglich") beschlossen.

* **Hamburg**, 1. Sept. So eben werden die Propositionen für die nächste Bürgerschaft, enthaltend das Wahlgesetz und Wahlordnung für die konstituirende Versammlung, ausgegeben. Die Proposition des Senats lautet: Es wird nach Maßgabe der in dem Bundesbeschlusse enthaltenen Anordnungen eine konstituirende Versammlung zu dem Zwecke, um die künftige Hamburgische Verfassung unabhängig von Rath und Bürgerschaft festzustellen, zusammenberufen. Bis das von der konstituirenden Versammlung abzufassende neue Staatsgrundgesetz vollständig und definitiv festgestellt und ins Leben getreten sein wird, bleiben die jetzt bestehenden gesetzgebenden Gewalten und alle sonstigen Behörden und Einrichtungen in ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit. Der Rath fordert in seinem Antrag selbst zu Einreichung von Wahllisten auf und bedingt die verdeckte Einreichung der Wahlzettel. Ferner wird bedingt das persönliche Erscheinen der Wähler. Gewählt wird hernach in der Stadt, dem Landgebiet und Ritzebüttel, wogegen Bergedorf, als beider städtisches Gebiet, ausgeschlossen ist. Das ganze Gebiet ist eingetheilt in 11 Wahldistrikte, welche 188 Abgeordnete und 63 Ersatzmänner wählen, so daß in toto 251 Abgeordnete gewählt werden, wovon 150 auf die Stadt, 17 auf die Geestlande, 15 auf die Marschlande und 6 auf das Amt Ritzebüttel kommen. Wählbar und Wähler ist jeder volljährige männliche Staats-Angehörige bis auf die, welche unter Kuratel stehen, öffentliche Unterstützung erhalten oder wegen einer gegen sie verhängten Spinnhaus-, Zuchthaus- oder Strafarbeitshausstrafe sich in Haft befinden. Die Wahl muß angenommen werden, vorbehaltlich einer von der konstituirenden Versammlung etwa zu bewilligenden Entlassung. Bei Doppelwahlen gilt die Wahl, welche die meisten Stimmen zählt. — Sämmtliche Mitglieder der konstituirenden Versammlung haben folgenden Eid zu leisten: Ich schwöre zu Gott, dem Allmächtigen, daß ich als erwähltes Mitglied der konstituirenden Versammlung den Zweck, wozu dieselbe berufen worden, die Feststellung der künftigen Hamburgischen Verfassung, zum Wohle des Staates nach bestem Wissen und Gewissen fördern, und bis das von der konstituirenden Versammlung abzufassende neue Staatsgrundgesetz vollständig und definitiv festgestellt und ins Leben getreten sein wird, die bestehenden gesetzgebenden Gewalten und alle sonstigen Behörden und Einrichtungen in ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit anerkennen will. — Die Proposition ist bedeutend liberaler, als man allgemein glaubte, sie wird nun Allen genügen, wenn auch die Eine 500, die andere 200 Mitglieder für die Konstituante fordern. Die erdgesessne Bürgerschaft wird die Proposition wohl annehmen, wenn sie auch ihrer Petition widerstrebt. — Die zweite Proposition betrifft eine gewöhnliche Geldforderung, und zwar 1) daß diejenigen Kontribuenten zur Brandsteuer, deren Steuersatz 80 Mark Kurr. und darüber beträgt, zu verpflichten seien, nach Maßgabe des Betrags ihres Steuersatzes eine oder mehrere Obligationen der Hamburgischen Staatsprämien-Anleihe zum Pari-Kurse, unter den in der Anlage angegebenen näheren Bestimmungen zu übernehmen. 2) daß bis zum Eingehen des deßfallsigen Betrags und der ausgeschriebnen und auszuschreibenden direkten Steuern, verordnete Löbl. Kammer zu ermächtigen, bis 500,000 in der in der Anlage weiter bezeichneten Art für 6 Monate aufzunehmen. Leider gesteht der Senat im Konkrete ein, daß er mit diesen Forderungen noch nicht ausmachen und später mehr werde verlangen müssen und auch genöthigt sein werde, weiter herunterzugreifen.

♀ **Frankfurt**, 6. Sept. Abends 6 Uhr. In diesem Augenblicke wurde der Antrag der Minorität des Ausschusses, an welchen die Waffenstillstandsfrage gerichtet war, daß nämlich über die Sistirung der Zurückziehung der Truppen aus Schleswig und Holstein erst dann abgestimmt werden solle, wenn über den Waffenstillstand überhaupt Beschluß gefaßt worden sei, mit 244 gegen 230 Stimmen verworfen. Dieses Ergebniß ist nicht allein durch die Wichtigkeit der Frage an sich von großer Bedeutung, sondern auch weil das Ministerium dieselbe zur Kabinetsfrage gemacht hatte, und das Ministerium nunmehr zurücktritt. Das Nähere morgen.

Schweiz.

† **Zürich**, 2. Sept. Sie wissen schon, wie sich der Wind in der schweiz. Politik seit den Siegen Radetzky's verändert hat: eine Macht, die nun ohnmächtig genug glaubte, um, im Hinblick auf die von dem gestürzten Regimente erlittenen Unbilden, nicht mehr die geringste Rücksicht auf sie zu nehmen, um ihr Schmach und Hohn aller Art anzuthun, hat den für stark gehaltenen Feind zu Boden geworfen, und steht wieder ehrfurcht- und rücksichtgebietend da. Zwar versichert die „Res. de Gen." mit ganz ernsthafter Miene: die Erfolge der Oesterreicher seien mehr der Diplomatie als den Waffen zuzuschreiben; allein sie täuscht damit weder sich noch Andere. Etwas ehrlicher ist das Organ der zürcherischen Regierung: nachdem sich unsere geistreichsten Staatsmänner in der als unumstößlich vorausgesetzten Annahme, daß nicht nur Frankreich, sondern auch das durch und durch konservative England gegen Oesterreich mit Gewalt der Waffen intervenieren würden, getäuscht sahen, was ihnen freilich noch heute ganz unbegreiflich vorkömmt, seitdem spannt man andere Saiten auf: es wird offen eingestanden, Frankreich würde durch Befreiung Italiens seinen Erbfeind, Oesterreich, geschwächt haben, denn es hätte dadurch entscheidenden Einfluß auf die Angelegenheiten Italiens gewonnen; mit andern Worten: an die Stelle Oesterreichs wäre Frankreich getreten, ein deutlicher Fingerzeig für die tiefsinnigen Politiker der Paulskirche, welche von ihrem Katheder herab die Radetzky's aus Italien verjagen wollen. Die Lehre, daß Niemand auf fremde Hilfe bauen solle, ist zwar sehr schön und wahr, kömmt aber leider viel zu spät für das „tapferste und gebildetste Volk der Erde" (für die Lombarden), dem bekanntlich die Red. der „N. Z. Z." anzugehören die Ehre hat. Merkwürdig ist die Heuchelei oder der Blödsinn des bezeichneten Blattes, womit dasselbe es als etwas Unerhörtes bezeichnet, daß das siegreiche Oesterreich andere Bedingungen stellt als vor dem Siege, es ist ganz außer sich bei diesem tiefsinnigen Blick in die österreichische Politik, den ihm ein Art. der „A. A. Z." gewährt. Die Frage: ist es jemals anders gewesen? dürfen wir mit um so größerem Rechte stellen, als nach unseren Staatskundigen Tagblätteen in Wien wie überhaupt in ganz Deutschland das ganz alte System, nur mit etwas verändertem Namen, nach wie vor auf dem Throne sitzt. — Der Schrecken, den die in Deutschland beabsichtigte Zollerhöhung verursacht hat, ist noch im Zunehmen begriffen, ob der Vorort in der Person eines Hrn. Kilias, wie der „schweiz. Beobachter" meldet, einen Abgeordneten nach Frankfurt geschickt hat, um bei der oft und viel geschmähten „Gelehrten- oder Michelversammlung" die Interessen der Schweiz zu wahren, lasse ich dahin gestellt sein; — der komische Vorschlag der „N. Z. Z." aber, als Repressalie einen Eingangszoll auf das süddeutsche Getreide zu legen, hat in einem patriotischen Gemüthe gezündet: in der letzten Sitzung des Schaffhauser Gr. Rathes wurde wirklich der Antrag gestellt, eine dahin zielende Instruktion der Tagsatzungs-Gesandtschaft mitzugeben. Sie erstaunen vielleicht über einen Patriotismus, der sich selbst aufs Empfindlichste verwunden will, damit nur der „feindselige" Nachbar etwas Weniges leide; doch es ist leider nicht Alles Gold was glänzt, und die Anfassungsliebe der Schaffhauser Patrioten erklärt sich sehr natürlich aus dem Umstande, daß ihr Kanton einer der wenigen ist, die mehr Getreide produciren als sie selbst verbrauchen, die also mit dem süddeutschen Getreide konkurriren. Die Mehrheit war übrigens einsichtig genug, den faulen Antrag zu verwerfen. — Auch die neue Landweinsteuer, womit der Große Rath von Graubünden seine Weinproducenten auf höchst unbillige Weise belasten wollte, ist von dem gesunden Sinne der Mehrheit des Volkes verworfen, das sich nun freilich einer direkten Steuer schwerlich mehr wird entziehen können. Das gleiche Schicksal hatte im Gr. Rathe zu Bern ein Antrag der Finanzdirektion, das hinreichend berüchtigte Ohmgeld um 376,000 Fr. jährlich zu erhöhen, wogegen dieses Mal die eidg. Rücksicht auf die Nachbarn Waadt und Neuenburg siegte, und zwar mit 101 gegen 32 Stimmen; — man trägt sich nun mit dem Gedanken, nur auf fremden Wein eine neue Konsumogebühr zu legen; allein einerseits wäre diese Maßregel höchst geeignet, die ohnehin schon zu unzufriedene Burgundee teinkende Bevölkerung des Jura vollends zu erbittern, und andererseits wird die bevorstehende Annahme der neuen Bundesverfassung derartigen Gelüsten ein wohlthätiges Ziel setzen. Etwas Anderes ist es dann mit späteren gemeinsamen Maßregeln dieser Art. — Die Bundesverfassung ist nun definitiv vom Volke von 14½ Kantonen nur in Freiburg vom Gr. Rathe im Namen des Volkes angenommen; in der Waadt findet heute die Volksabstimmung Statt, und wir zweifeln nicht an einer überwiegenden Mehrheit für Annahme. In Tessin wird schwerlich ein günstiges Resultat sich ergeben, da der Gr. Rath selbst nicht wußte was er wollte: Annahme und Verwerfung, bedingte Annahme und bedingte Verwerfung, Alles blieb Anfangs in der Minderheit, erst am folgenden Tage beschloß man, um doch zu irgend einem Resultate zu gelangen, die Annahme unter der Bedingung dem Volke zu empfehlen, daß die Eidgenossenschaft den tessin'schen Eingangs- und Ausgangszoll durch Entschädigung koufe. Diese musterhaften Eidgenossen scheinen uns für weiter Nichts gut genug zu halten, als sie etwa gegen das Völklein

von Uri zu beschützen, uns dann durch ihre unbezähmbare Kampfbegierde in Verwicklungen mit einem mächtigen Nachbarstaat zu bringen, und endlich ihnen den gnädigen Beitritt zum neuen Bunde mit Geld und guten Worten abzuhandeln. — Die verwerfenden Kantone sind Zug, Wallis, Appenzell J. Rh., Uri, Schwyz und Unterwalden ob und nid dem Wald. In Oberwalden zu Sarnen wurden die wenigen Liberalen, welche zu Gunsten des Bundesentwurfes das Wort ergreifen wollten, von den durch die Geistlichkeit aufs Aeußerste fanatisirten Bauern „durch die Stauden (die Grenzpfähle des Landgemeindekreises) hinuntergeworfen", und derb durchgeprügelt, nach welcher kurzen Störung sodann, wie die „Basl. Ztg." sich ausdrückt, die Verwerfung „ruhig und jubelnd" erfolgte. Die Oberwaldner Liberalen scheinen jedoch diese Manier nicht ganz in der Ordnung gefunden zu haben: am folgenden Tage reiste der Tagsatzungsgesandte Michel nach Bern ab, um gegen obige Art der Abstimmung Namens der liberalen, durch die Stauden geworfenen Partei zu protestiren.

Großbritannien.

London, 2. September. Es ist bereits erwähnt worden, daß am 29. August im Unterhause die Bill zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom angenommen wurde, und zwar mit einer ministeriellen Mehrheit von 63 Stimmen. Wie kommen auf diese Verhandlungen mit einigen Worten zurück. Die Bill wurde namentlich von Milnes, Talfourd und Shell beredt und warm vertheidigt. Hr. Milnes fand es im hohen Grade unpassend, sich dieser Bill in einem Augenblicke zu widersetzen, wo Lord Palmerston eben dabei sei, den Frieden in Italien zu vermitteln. Sei es nicht sinnlos, sagte er, daß sein edler Freund (Palmerston) seine Vermittelungen und diplomatischen Geschäfte zwar in ganz Italien vom Norden bis zum Süden betreiben könne, mit Ausnahme jedoch eines bedeutenden Zwischenarmes in der Mitte, des Kirchenstaats, der von der englischen Diplomatie als für sie nicht vorhanden betrachtet werden solle; wenn sein edler Freund hier im Dienste des Weltfriedens diplomatische Verbindungen anknüpfe, so laufe er Gefahr, etwas Ungesetzliches zu begehen. Warum die englische Regierung in die Verlegenheit setzen, verstohlen zu thun, was man zu thun einmal nicht umhin könne? Er glaube fest, daß, wenn die Bill durchgehe, die Beilegung der italienischen Händel und die Wiederherstellung des Friedens in jenem Lande die köstliche Frucht davon sein werde. Herr Shell machte darauf aufmerksam, wie unter wichtigen Umständen es mehrmals unerläßlich gefunden worden, in diplomatische Beziehungen zu Rom zu treten; warum nun nicht zur Regel erheben, was doch als Ausnahme gestattet worden? So hätten nach der Thronbesteigung Gregors XVI., als Oesterreich Bologna und Frankreich Ankona besetzte und der Hereinbruch eines allgemeinen europäischen Krieges drohte, die aller übrigen Mächte sich an Großbritannien gewandt, mit dem Gesuch, daß dieses den Streitpunkt schlichten möge. England habe, dem Gesetz gemäß, keinen Gesandten nach Rom schicken dürfen, dafür habe es den Sir Hamilton Seymour als seinen Bevollmächtigten im außerordentlichen Auftrage nach Rom geschickt, nicht als „Ambassadar", sondern als „envoy." Vierzehn Monate habe man verhandelt, allerdings nicht mit dem gewünschten Erfolg, aber schon damals habe Sir H. Seymour in einer an die englische Regierung gerichteten Depesche Alles angemessagt, was sich seitdem in Italien zugetragen, vorausgesagt, daß früher oder später von Rom aus eine Bewegung ausgehen und ganz Italien erschüttern werde. Wenn nun im Jahe 1832 es für rathsam gehalten worden, einen Repräsentanten nach Rom zu senden, wie viel nothwendiger sei es da unter den jetzigen Umständen, daß England einen beglaubigten Gesandten in Rom habe, zumal da der Papst selbst England um Vermittlung angegangen habe. Reynolds erklärte sich von der Fassung der Bill nicht ganz zufrieden gestellt, fragte aber, wie die Herren auf der Seite gegenüber gegen eine englische Gesandtschaft in Rom eifern könnten, während sie doch Nichts dagegen hätten, daß man Gesandte an den Großtürken, an den Großmogul oder den Schah von Persien schicke? He. Napier, Mitglied für die Universität Dublin, der gegen die Bill sprach, bemerkte unter Anderm, daß schon vor Einführung der Reformation die diplomatischen Beziehungen zu Rom nur bis zu einem gewissen Grade gesetzlich gewesen, und sagte: wenn man sich auf einen so vertraulichen Fuß mit Rom zu setzen gedenkt, wozu läßt man die protestantischen Mitglieder des Hauses schwören, daß der Papst keine kirchliche Jurisdiktion in England haben solle? wozu läßt man die römisch-katholischen Mitglieder schwören, daß der Papst in England keine directe oder indirekte weltliche Macht ausüben dürfe? Newdegate glaubte die protestantische Bevölkerung Englands darauf aufmerksam machen zu müssen, daß sie von der Regierung Nichts zu hoffen habe, daß sie sich einzig und allein auf ihre eigene Kraft verlassen müsse, wo es darauf ankomme, den Uebergriffen des päpstlichen Stuhls zu wehren. Man habe auf Rußland angespielt, Rußland sei aber auch die einzige Macht, welche der Autorität des Papstes Widerstand zu leisten fähig sei. Es sei nicht wahr, was man gesagt, daß die Regierung zu Rom eine konservative sei, im Gegentheil, der Papst habe in der letzten Zeit in Europa Unruhen angestiftet, habe zuerst die französische Republik anerkannt und sich mit der Kriegspartei gegen Oesterreich verbündet. Schließlich, wie wir gesehen haben, siegte die Regierung mit beträchtlicher Mehrheit, und England darf nun nicht mehr verstohlen hinter dem Zaune mit dem Papst unterhandeln. In derselben Sitzung stellte Hume einen Antrag gegen die Bill des Schatzkanzlers, durch welche die Regierung ermächtigt werden soll, zur Deckung des Defizits Tresorscheine im Betrage von 2 Millionen Pf. auszugeben. Das würde, bemerkt Hume, die Interessen der Staatsschuld um 60—70,000 Pf. vermehren, und gebe Zeugniß davon, daß die Minister schlecht gewirthschaftet hätten, und zwar mitten im Frieden. Hr. Cadden sekundirte seinen Freund Hume und stellte den Sie R. Peel den Ministern zum Muster auf; Peel habe neulich geäußert, daß er die Verwaltung nue dann und nur zu dem Zwecke übernehmen werde, daß die Ausgaben den Einnahmen gleich gemacht würden. Von dieser Regel sei die jetzige Regierung abgewichen, und es sei Gefahr da, daß England demselben Ruin entgegengeführt werde, in welchem sich Frankreich und Oesterreich befänden. Schließlich wurde jedoch der Antrag Hume's mit 66 gegen 45 Stimmen verworfen.

Frankreich.

Paris, 3. Sept. Die Nationalversammlung hat gestern den Vorschlag Lichtenbergers, den Belagerungszustand vor Beginn der Diskussion der Konstitution aufzuheben und den Vorschlag Crespels de Latouche, die Suspension der Journale betreffend, auf einmal erledigt. Herr Lichtenberger ward von Cremieux, dem Berichterstatter der Kommission, bekämpft. Ledru-Rollin antwortete ihm; er läugnete nicht, daß der Belagerungszustand den Umtrieben der Faktionen gegenüber noch nöthig sei, er gab zu, daß der Belagerungszustand auf die Berathungen und Beschlüsse der Nationalversammlung keinen Einfluß gehabt habe und auch nicht haben werde, aber es hob zugleich hervor, welch' ein großer Uebelstand darin liege, daß die Verfassung der Republik in einem solchen außergewöhnlichen Zustande diskutirt und votirt werde. Es sei bei einem so wichtigen Akte nothwendig, daß jede Meinung sich frei aussprechen dürfe und der Belagerungszustand beschränke die Preßfreiheit. Faucon sprach in gleichem Sinne, allein General Cavaignac wußte in seiner Rede, die eine Stunde dauerte und die mit der gespanntesten Aufmerksamkeit gehöret ward, die Frage wieder auf den richtigen Standpunkt zu stellen. Nicht ein General, sagte er, habe, wie in Spanien, den Belagerungszustand gegen eine gesetzgebende Versamml. angeordnet, sondern die N.-Vers. selbst habe diesen Belagerungszustand votirt, sie könne ihn auch in jedem Augenblicke wieder aufheben. Seiner Ueberzeugung nach sei noch Gefahr vorhanden, ihn aufzuheben; wünsche es aber die Versammlung, so könne er aufgehoben werden und er und seine Kollegen seien so wenig gesonnen, irgend einen Druck auf die Entschließung der Versammlung auszuüben, daß er daraus keine Kabinetsfrage mache und entschlossen sei, diese Aufhebung anzunehmen. Die Journale betreffend, so werde er nie gegen persönliche Angriffe aber gegen Angriffe auf die Regierung einschreiten, aber er sei fest entschlossen, jeden Angeiff gegen die Republik unerbittlich zu verfolgen. „Wir werden, schloß er, bald die uns übertragene Gewalt niederlegen, und in die Mitte derjenigen zurückkehren, die wir ihren Doktrinen halber verfolgen mußten — haben wir die Republik gerettet, so werden uns alle Vorwürfe und Angriffe Nichts anhaben, — haben wir aber auch nur im Geringsten dazu beigetragen, die Republik zu schwächen oder zu Grunde zu richten, so würden unsere eigenen Gewissensbisse grausamer als alle fremden Vorwürfe sein." Cavaignac's freimüthige und feste Rede ward mit einem wahren Beifallssturme begrüßt, die HH. Desmarest und Victor Hugo, die noch sprachen, wurden gar nicht mehr angehört, der Ruf zur Abstimmung ward allgemein und mit 529 gegen 140 Stimmen beschloß man die Fortdauer des Belagerungszustandes mit seinen Konsequenzen gegen die Journale.

Zwei Küraſſierregimenter, zwei Linienregimenter und sechs Batterien sind aus Neue zur Alpenarmee abgegangen. Da die mobile Garde dringend gebeten hat, auch dort verwendet zu werden, so werden 4 Bataillone derselben nach Grenoble geschickt werden. Das Arsenal von Bourges hat den Befehl erhalten, 5 Millionen Patronen,

Digitized by Google

Der Auerswald'sche Salon. — Blick in die Parteien.

** Berlin, 28. August Abends. Wenn unsere Locofoco's (ich bitte die Amerikaner um Vergebung für den Mißbrauch dieses Namens!) den Geburtstag Göthes mit einer Rebellion feiern wollten und nicht gefeiert haben, so gedachte ich dagegen der Aesthetik zu fröhnen und führte meinen Vorsatz aus. In den schauerlich leeren Räumen des Schauspielhauses sah ich Clavigo. Der Zeitgeist sollte aber nicht nur negativ, sondern auch positiv stören. Gleich nach dem Tode der Marie Beaumarchais gab es im Zwischenakt Revolutionslärm. Von den Wenigen liefen Viele davon. Die Bürgerwehr trat zusammen. Doch es war blinder Lärm. Am Opernhause soll Jemand mitten unter Menschen ein Pistol in die Luft abgefeuert haben. Aber der Eingriff der Politik in die Kunst war zu spüren. Es ist nicht mehr möglich, seinen politischen Menschen wie den Mantel am Eingang des Musentempels gegen eine Marke aufheben zu lassen, man muß ihn mithineinnehmen und nun beunruhigt und hitzt er, wie ein Pelz im Frühjahr. Man feiert Göthes Geburtstag jetzt am besten, wenn man ihn vergißt. Und daß ich ihn anders begangen, daran ist lediglich der hochselige Friedrich Förster schuld, der Hegels Geburtstag mit einer Assemblee zu Gemüthe führte, die bis in das Göthesche Wiegenfest hineindauern mußte. Solche Pietät ist ansteckender, als die Cholera. — Als ich aus dem Theater kam, war mir, wegen der vorher empfundenen innern Unruhe, die Ruhe der Stadt recht ärgerlich. Sie werden mir nicht zutrauen, in der Villa Kolonna, „wo man am 25. hören konnte, wie fest die Volkspartei gesonnen ist, ihr Recht zu vertheidigen" (Worte der reformirten „Reform"), mich verschworen zu haben. Aber die Ruhe langweilte mich, es schien außer mir auch Anderen so zu gehen, denn vor den Häusern in der Behrenstraße standen erwartungsvolle Gruppen. Die Waffenstillstände sind mir immer ein Gräuel und, was diese plötzliche Besänftigung angeht, täusche man sich nicht darüber. Es ist nur die Ruhe des Waffenstillstandes, die sich darin ausspricht, dieser schöne Gedanke ist nämlich aus der Reform und die muß wohl am Besten wissen, was die Glocke der Revolution geschlagen hat! Während des Waffenstillstandes wird gerüstet, das Ministerium präparirt das Aufruhrgesetz; die Zeughauspartei soll Materielles erwarten, Pulver, Patronen, Piken, Gewehre und andere Waffen der Volkspolitik. „Das Volk wartet nur erst die Entscheidung über das Ausnahmegesetz ab, um dann seinen Willen kund zu geben". (Die Reform). In der Wilhelmstraße war es todtenstill. Die Rebellion schien mit den ministeriellen Lampen zu gleicher Zeit verschwunden. Keine Vorsichtsmaßregel war vor dem abermals hell erleuchteten Hotel des Ministerpräsid. v. Auerswald getroffen, auch die Läden waren nicht geschlossen. Man sah, der Zeughauspartei ward noch soviel Ehrgefühl zugetraut, daß sie den „Waffenstillstand", von dem die Reform weiß, respektiren werde. — Kaum war ich eben in den glänzenden Salons, so verfolgte mich die Sage von einem andern Waffenstillstand. Sie ging von Mund zu Mund. Es war nicht bloß eine Sage. Hr. v. Below war angekommen mit der Nachricht von dem abgeschlossenen Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark. Deßhalb war denn auch der schwedische Gesandte Freiherr d'Ohsson (wenn ich nicht irre, zum erstenmal) in der Soiree. Anwesende Abgeordnete und andere Notabilitäten aus den östlichen Provinzen verbargen ihre Freude nicht. Es sollte zu Kopenhagen eben wieder eine große Zahl deutscher Schiffe versteigert werden, dies ist sistirt. Noch ist die Jahreszeit günstig, der Ostseehandel kann vielleicht noch aufnehmen. Aber mir war der Humor vollends vergällt, wie fielen die „Stimmen aus Dänemark", die bösen Zungen aus Süderlandet ein. — Die Gesellschaft war nicht allzuzahlreich, aber ausgesucht. Herr Nothomb, der Gesandte Belgiens, war durch die letzte Soiree, deren tragische Wendung er mit erlebte, nicht abgeschreckt, wieder zu erscheinen. Er scheint mit besonderer Vorliebe das Gespräch Alfred von Auerswald's, des ehemaligen Ministers, zu suchen, und es hält nicht schwer, Wahlverwandtschaftliches in beiden Charakteren zu entdecken. — Robert Prutz, gegenwärtig Präsident des demokratisch-konstitutionellen Klubs, repräsentirte diesen Verein, der in der jüngsten Vergangenheit wieder in Plakaten und Volksversammlungen der Volksverführung entgegenarbeitet, andererseits mit Eifer und Wärme sich schleunig beim Minister-Präsidenten dafür verwandte, daß das Versammlungsrecht unangetastet bliebe, der durch seine Einladung zu einem konstitutionellen Kongreß eine Vereinigung der deutschen konstitutionellen Vereine begründete, zu deren Vorort er für dieses Jahr gewählt worden, und durch sein patriotisches Auftreten gegen die Reaktion eines unberechtigten specifisch preußischen Partikularismus sich um das Vaterland wirklich wohl verdient gemacht hat. — Staatsrath Rosenkranz war nur auf Minuten sichtbar. Der Stifter der gemeinnützigen Baugesellschaft, die hier so segensreich in die socialen Verhältnisse eingreift, Assessor Gäbler zählte zu den Gästen; dieser Name könnte leicht einen überaus guten Klang erhalten, wenn es sich bestätigt, daß gewisse tief eingreifende sociale Reformvorschläge nicht nur die Aufmerksamkeit und Theilnahme des Ministeriums geweckt haben, sondern von demselben, um zunächst vielseitige Besprechungen in der Presse hervorzurufen, veröffentlicht und zur Ausführung gebracht werden sollen. — Mit dem Gesandten der französischen Republik, Herrn Arago, pflogen der Minister-Präsident, Handelsminister Milde und Graf Bülow, der Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, ein langes Gespräch in gesonderter Gruppe; Herr Arago schied sehr heiter. — Lord Westmoreland, der in vergangener Woche die Fula mit erlebt, fehlte diesmal. — Von den Abgeordneten schienen vorzugsweise die Centren in der Gesellschaft vertreten; von den extremen Flanken rechts und links in der Singakademie war schwerlich Jemand. Man ist hier zu Lande, wieviel weniger außerhalb Preußens, durchaus nicht unterrichtet von der eigenthümlichen Haltung der äußersten Rechten zum Ministerium. Wäre die „Neue Preuß. Ztg." einigermaßen gelesen, so wüßte man, daß die Minister von dieser Seite bei Weitem leidenschaftlicher, heftiger, allerdings mit weniger Geist angegriffen werden, und Hansemann insbesondere bis in den Schooß seines Familienlebens von dieser reaktionären Schlange verfolgt wird. Die Gottseibeiuns-Zeitung entblödet sich nicht, die Töchter des Finanzministers mit in das Bereich ihrer Besprechungen zu ziehen. Das Ministerium ist recht eigentlich ein Ministerium der Centren, wie das gegenwärtige Reichsministerium auch. Vielleicht nur den Kriegsminister kann man der Rechten beizählen, doch deßhalb nicht gerade das Kriegsministerium; denn General Brandt, unser neuer Unterstaatssekretär an Griesheims Stelle, gehört entschieden dem rechten, oder eher noch wohl dem linken Centrum an. Der Unterschied des jetzigen Ministeriums von dem Camphausen'schen ist wohl, daß jenes fast ausschließlich dem rechten Centrum entnommen war, mit einigen Beimischungen von der Rechten, während das jetzige vorzugsweise dem linken Centrum angehört. Milde und Märker stehen so ziemlich an der Grenze der Linken, zu der man sie eigentlich wohl zählen könnte. — Daß die äußerste Linke nicht in den Salons repräsentirt war, ist wohl mit der Art von Politik in Verbindung zu setzen, welche diese Fraktion sich anläßt einzuschlagen. Diese Politik entbehrt aller Würde. Ich will mich wohl hüten, schon jetzt auszusprechen, daß sie ohne allen sittlichen Halt ist; doch ich sehe die Zeit kommen, wo auch diese Muthmaßung öffentlich bestätigt sein wird. Die Mitglieder dieser Partei geben mehr und mehr Gastrollen in den Klubs. Im demokratischen Urwählerverein präsidirte an einem Abend, wo seltsame Dinge dort Beifall fanden, der Abgeordnete Gladbach, jene untergeordnete Figur aus dem Hatzfeld'schen Processe; der Abg. d'Ester hielt Vortrag. Nächstens wird Jung dort auftreten. Brill u. A. setzen sich mehr und mehr auf Eine Linie mit den Weitling, May und Sinnesverwandten. Die neugeborne „Reform," deren Hauptredakteur jetzt Dr. Meyen, Mitglied des deutsch-demokrat. Centralausschusses, führt als Mitarbeiter eine ganze Liste von der äußersten Linken, von Reichenbach bis Schulz von Wanzleben auf; das Komitè dieses Organs für die deutsche Republik besteht aus Johann Jakoby, d'Ester u. s. w. Zu Robert Blum ist unsere Linkste nach Wittenberg förmlich gewallfahrtet. Dort sind natürlich furchtbare Pläne geschmiedet! Abergläubische Menschen nehmen auch an, daß Ritter Itz in Luthers alter Stadt erschienen. — Blum bedarf übrigens sehr dringend eines Bündnisses mit der äußersten Linken der deutschen Länder. Denn da er sich halb und halb verschworen hat, keine Republik in den einzelnen Staaten Deutschlands, ferner auch nicht die république une et indivisible von Frankfurt aus einführen zu wollen, so hat er sich damit renonce erklärt und muß es den einzelnen Ländern überlassen, wider seinen Willen sich von Innen heraus republikanisiren, resp. abschaffen zu lassen. Ist es bei dieser Enthaltsamkeit einem Republikaner „durch die Blume" etwa zu verdenken, wenn er denen einige Fingerzeige und Anweisungen ertheilt, welche statt seiner den Weinberg der Republik bauen? Das nennt nun der böse Leumund eine Verschwörung. In Wittenberg sollen Blum, der eine preußische, sächsische Republik nicht will, und Johan Jakoby mit seinem Schweif, welcher die Republik in Preußen einführen will, verabredet haben, wie man am Besten das Reichsministerium und das Ministerium Auerswald stürzen könne. Man muß also doch an eine Uebereinstimmung Beider glauben, welche die ☰ publicistischen Versuche der D.P.A.Z. so sehr vermissen lassen. — Bei Gelegenheit der Jakobyschen Anträge äußerten Mitglieder der äußersten Linken, sie wollten das Ministerium nicht stürzen, denn an ein Ministerium der Linken sei doch nicht zu denken; es sei also lediglich eine Personen-

frage. Wer seit dieser Zeit Herrn Rodbertus und ähnlicher Politiker beobachtet hat, dem wird nicht entgangen sein, wie namentlich genannter Abgeordneter aus Pommern, um mit Beisler zu reden, sich immer „bräutlicher" wider die Linke gesträubt hat, wie seine versprochne Unterstützung des Ministeriums immer verschämter und fein, sowie des Kaplans von Berg ursprünglich festes Auftreten gegen Ausschweifungen der Linken immer mehr sanftmüthig und kleinlaut geworden ist. Die Politik des Hrn. v. Rodbertus ist die Politik einer Kokette. Er will seinen Platz im linken Centrum nicht aufgeben, weil von da zu der Ministerbank der nächste Weg ist. Er macht sich außerdem zum Hahn im Korbe bei der äußersten Linken. Diese hat sartan ein Interesse an ihm. Er könnte ihr Kandidat sein. Diese Fraktion hat dennoch wirkes Interesse an einem Ministerwechsel; denn sie gewinnt etwas Aussicht. Ob Herr Rodbertus, wenn er Minister würde, der Minister der äußersten Linken bliebe? Das ist unmöglich. Entweder er bleibt der äußersten Linken treu: — dann bleibt er keinenfalls Minister; oder er bleibt Minister: — dann bleibt er keinenfalls Minister der äußersten Linken. — Nach einiges Schönthun mit ultramontanem Einfluß hilft nicht! — Herr Rodbertus sollte so ehrlich sein, jetzt auf der äußersten Linken Platz zu nehmen, da er in seinen Abstimmungen augenscheinlich immer mehr links geht. Möge Herr v. Rodbertus sich nicht nachsagen lassen, er behaupte sich auf der Bank des Centrums, um nicht unmöglich zu werden. Er gehört in der That der äußersten Linken an. Auf dieser Seite in der Singakademie sitzen diejenigen Mitglieder, welche absolut unfähig sind, überhaupt konstitutionelle Minister zu werden. Wer ist aber wohl durch politische Bildung, durch staatsmännisches Genie, hervorragend in dem Maße, daß sich Jenes in noch höherem Grade aussagen ließe, als der berühmte Gegner der Konstabler? —

☽ Triest, 27. Aug. Was ich Ihnen gestern über den Plan der Lloydgesellschaft schrieb, mit großartigen Mitteln in Wien ein politisches Blatt zu gründen, findet heute seine Bestätigung in dem bereits kundgewordenen definitiven Beschlusse des Direktoriums. Das Wiener Lloydjournal ist berechnet, in Deutschland ungefähr dieselbe Stellung einzunehmen, wie die Times in England. Auch das Format wird ein entsprechendes werden. Das Triester Blatt, welches seinen Schwerpunkt in der Vertretung der materiellen Lebensfragen des Staates findet, wird unter Löwenthal's Leitung selbständig fortbestehen und zum Hauptblatte ungefähr in demselben Verhältniß bleiben, wie die Beilage zur Allgemeinen Zeitung. — Hauptredakteur des Wiener Journals wird Friedrich Badenstedt. — In den nächsten Tagen soll ein ausführliches Programm erscheinen.

** Vom Rhein, 2. Sept. Die letzten Reste der nach dem Norden bestimmten süddeutschen Truppentheile haben uns verlassen, wir haben nach einander das Reichskontingent von Frankfurt, Nassau, Baden, Hessen-Darmstadt und Würtemberg durchmarschiren sehen, in diesem Augenblick werden sie alle bereits den Ort ihrer Bestimmung erreicht haben. Ein siebenmonatlicher Waffenstillstand ist soeben abgeschlossen, Schlachten zu schlagen gibt es dort nicht mehr, aber wir das Erscheinen dieser Truppen auf dem Kriegsschauplatz und die damit gewonnene Ueberzeugung, daß es wirklich ein einiges Deutschland gebe, und daß das ganze Deutschland bereit sei, für die bedrohten Rechte seiner Grenzmarken in die Schranken zu treten, den Abschluß jenes Waffenstillstandes ohne Zweifel wesentlich gefördert und beschleunigt hat, einem Feinde gegenüber, der weniger auf seine eigene Kraft, als auf die Zersplitterung der deutschen Stämme trotzte, so hat auch die, obwohl nur kurze, Berührung, in welche der Durchmarsch sie mit ihren preußischen Waffengefährten gebracht, bereits manchen Mißton ausgeglichen, der sonst wohl hier und da laut zu werden pflegte. Ihr Empfang in Köln, wo sämmtliche Truppen Rasttag hielten, war durchweg so freundlich und selbst herzlich, als nur die bestimmte Ueberzeugung, wackere und ehrenwerthe Kameraden zu begrüßen, ihn gestalten kann. Ihre Officiere waren jeden Abend werthe Gäste im Militärkasino, die Mannschaft sah man Arm in Arm mit unsern jungen Soldaten durch die Straßen ziehen, und es hätte schwerlich erst des Parolebefehls bedurft, welcher ihnen das freundlichste Entgegenkommen ausdrücklich zur Pflicht machte. Und wenn, sobald die Schiffe mit neuen Ankömmlingen sich dem Ufer näherten, ihnen die Klänge des Arndt'schen Liedes entgegenschallten, wenn das Hurrah von den Schiffen her dem Bundesgruße antwortete und Hüte und Mützen das Willkommen schwenkten, wenn dann die rüstigen frischen Gesichter so muthig und fröhlich darein schauten und von Tausenden von Zuschauern umwogt, die Musik das „Schleswig-Holstein meerumschlungen" spielend, ins Stadt hinein zogen, wenn die Feldzeichen von Hessen, Baden und Würtemberg neben dem preußischen Adler im Winde flatterten, da hob sich unwillkürlich die Brust, und Auge und Mund sprachen die stolze Ueberzeugung: Es gibt ein Deutschland!

Es herrscht sonst tiefe Stille in der Provinz, selbst die Aufregung über die Vorgänge, mit welchen sich Düsseldorf befleckt, beginnt sich zu legen, obgleich es noch einzelne Eiferer gibt, welche dieselbe zu schüren bemüht sind und alles Ernstes darauf dringen, die ganze Stadt mit Einschluß ihrer Dampfschifffahrt und ihrer Spedition förmlich in Verruf zu erklären. Die Arbeitervereine, das sieht man immer deutlicher, sind seit der Verhaftung ihrer Häupter — auch Freiligrath ist, wie Sie wissen, jetzt verhaftet — Körper ohne Seele: ein Bürger Schanke, ein Bürger Schlhoff, ein Bürger Schapper und wie die andern „Bürger" und Gestirne dritten und vierten Ranges alle heißen, die gegenwärtig dort ihr Wesen treiben, vermögen die Massen kaum zusammenzuhalten, viel weniger sie in Bewegung zu setzen und zu leiten. Die demokratischen Vereine, trotz aller ihrer Thätigkeit, verlieren nach ihrem eigenen Geständniß täglich von ihrem Terrain, seit, was sie nicht gestehen, es an dem Hebel zu mangeln beginnt, der bisher Wunder that, an dem großen nervus rerum gerendarum, prosaisch gesprochen am — Gelde. Das rhenische „Organ der Demokratie" ist am Verschreiben und hat bereits „wegen Differenzen mit seinem Drucker", wie die betreffende Ankündigung euphemistisch sich ausdrückt, aber, in die gewöhnliche Sprache übersetzt, weil der Drucker bezahlt sein will und nicht bezahlt werden kann, zu einer kleinen Winkelofficin flüchten müssen, die jede Nummer nothdürftig aus allerlei Sorten Typen zusammenstoppelt. Der Hauptredakteur ist nach Wien gereist, um den Versuch zu machen, dort die Geldmittel flüssig zu machen, welche die Aktionäre hier trotz aller Drohungen mit den statutmäßigen Strafen starrköpfig zurückhalten. Noch entschiedener stellt sich die verzweifelte Lage der Partei aus dem auch hierher gelangten Rundschreiben heraus, welches der bekanntlich in Berlin in Wirksamkeit getretene „Centralausschuß der Demokraten Deutschlands" an die einzelnen demokratischen Vereine erlassen hat. „Wir haben Euch — so lauten die bezeichnendsten Stellen — in unserm dritten Rundschreiben bereits aufgefordert, monatliche Geldbeiträge in den Vereinen zu sammeln, damit wir in den Stand gesetzt werden, das uns von Euch übertragene Werk der Centralisation der deutschen Demokratie auszuführen. Leider müssen wir gestehen, daß wir nach der unvollständigen, saumseligen Weise, wie die schon zu Frankfurt gezeichneten Beiträge einlaufen, lebhafte zu fürchten haben, es werde mit den erwarteten regelmäßigen Monatsbeiträgen nicht viel besser gehen. Um Euch eine Vorstellung von dem klägtichen Zustande unserer Kasse zu geben, brauchen wir Euch nur zu sagen, daß im ganzen Monat Juli 16 Thlr. eingegangen sind. Und damit sollen wir die deutsche Demokratie centralisiren! (Und damit, füge ich hinzu, sollen die Herren Fröbel, Rau, Kriege, Meyen und Heramer leben!) Wir haben (höre es, Deutschland!) aus unsern Privatmitteln die größten Opfer gebracht, so daß wir weitere zu bringen außer Stande sind. Unsere Lage ist daher gegenwärtig der Art, daß, wenn wir nicht schnelle und die kräftigste Hilfe von Euch erhalten, wir gezwungen sind, das uns übertragene Mandat unerfüllt in Eure Hände zurückzugeben. Wir brauchen (jetzt wird der Ehrgeiz gestachelt) Euch nicht darauf aufmerksam zu machen, welche unauslöschliche moralische Niederlage unserer Partei erwachsen würde, wenn es sich herausstellte, daß dieselbe nicht Kraft genug besitze, die Mittel zu einer Organisation aufzubringen, die sie auf einem Kongresse der ganzen Partei mit so großem Aufsehen auszuführen beschlossen hat." Das ist ein Bettelbrief in optima forma. Was speciell den Stand der Demokratie in der Rheinprovinz betrifft, so würden deren Aussichten noch weit schlechter sein, als sie es sind, wenn die zahlreichen konstitutionellen Vereine es verständen, auch auf die Massen zu wirken. Aber das ist das Unglück. Ich habe kürzlich den Bürgerverein in Köln besucht, den größten und einflußreichsten dieser Vereine, der über ausgezeichnete Kräfte verfügt; die Fragen selbst verschwinden dort fast unter den gelehrten historischen Einleitungen und dem doktrinären Wust, der die Menge langweilt und den sie nicht versteht. Ich habe auch die demokratische Gesellschaft besucht und habe dort Redner gefunden, die ihr Publikum, die Masse, zu behandeln wissen; die Leute dort wissen, daß ein einziges Schlagwort des Tages zwanzig gelehrte Abhandlungen aufwiegt, und daß sie mit einem einzigen guten Einfall fünfzig Gründe über den Haufen werfen. Ich möchte dem Bürgerverein rathen, bisweilen die Sitzungen der demokratischen Gesellschaft zu besuchen: er würde dort viel, sehr viel lernen können.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Eisert in King, 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika können sich an C. L. Hirschfeld in Straßburg Nr. 29 Broglie, Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Gesch. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 33 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 245. **Heidelberg, Donnerstag 7. September.** **1848.**

Uebersicht.

Die dänische Frage vor der Nationalversammlung. — Wien (die französische Note. Erklärung Pulsky's. Ministerialkommission für Sicherheit und Ruhe). Polen (die Stellung der Deutschen und Polen). Altona (die Stimmung des Landes über den Waffenstillstand). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Rücktritt des Ministeriums).

Schweiz. Basel. Heckers bevorstehende Abreise.

Belgien. Brüssel. Die Ankunft des deutschen Gesandten.

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen: Interpellation über die russische Invasion der Donaufürstenthümer; die Abtretung der Vancouverinsel an die Hudsonsbaygesellschaft.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Cavaignac und die Legitimisten. Proklamation Karl Alberts.

Italien. Mailand. Wimpffen an Stelle Schwarzenbergs Militärgouverneur von Mailand.

Ungarn. Agram. Einfall der Hutzulen. Die Besitznahme Fiumes im Namen des Königs von Kroatien. Preßburg. Waffenausfuhr nach Ungarn verboten.

Rußland. Schreiben des Kaisers an Radetzky.

7. September.

Die Nachrichten aus Frankfurt folgen sich mit überraschender Schnelligkeit. Noch haben wir kaum die Nachricht empfangen, daß ein Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen, ratifizirt sei; die Bedingungen waren nur theilweise, durch private Mittheilungen, ins Publikum gekommen; gestern erhalten wir die erste officielle Mittheilung, die erste in ganz Deutschland, zugleich mit der Nachricht von einer lebhaften Debatte in der Nationalversammlung, und heute ist die erste, vorläufige, in diesem Moment aber entscheidende Frage entschieden und das erste Reichsministerium gestützt!

Ein Ministerwechsel nach wenigen Wochen, die noch nicht hinreichten, die schlimme Hinterlassenschaft der Vorgänger anzutreten und zu eigenen Handlungen, zu eigener Verantwortung einen Grund zu legen, in diesen Tagen, wo eine neu geschaffene Gewalt sich erst befestigen soll, während ihre Thätigkeit schon von allen Seiten mit drängender Ungeduld geheischt wird, wo im Innern entscheidende Punkte von Tag zu Tage näher zum Ausbruch, zur Entwickelung reifen, wo im Ausland die alte Politik sich wieder sammelt und im Süden und Norden zwei offene Wunden findet, zwei klaffende Spalten, um den Keil der Trennung einzutreiben, wo einheitliche, besonnene, folgerechte Leitung das erste Gebot ist!

Wir schreiben unter dem ersten Eindruck; zum zweimaligen Nachdenken ist in keine Zeit vergönnt. Aber unser erster Eindruck in dieser Sache war der, daß sie die reifste, kälteste, umsichtigste Behandlung erheische. Sie berührt so viele Interessen, so verwickelte Faden laufen in ihr zusammen, Aeußeres und Inneres, Einheit und Sonderinteresse spielen in der Lösung mit. Wir glauben Keinem nachzustehen in tiefem Gefühl für nationale Ehre, aber auch besonnenes Handeln und weiser Rath macht dem Vaterland Ehre. Wir leben in einem Augenblicke, wo die revolutionäre Leidenschaft der letzten Monate schon allenthalben der kühlen Ueberlegung der Berechnung wieder Platz gemacht hat, wo es gilt, gleichfalls mit diesen friedlichen Waffen zu kämpfen, die dem Geist der Zeit am meisten zusagen. Das Gefühl der nationalen Ehre ist an seinem Platz, wenn es die Geister mit unwiderstehlicher Gewalt fortreißt und alle Ueberlegung, alle Bedenken, alle Interessen darin untergehen. Hat die Nationalversammlung sich einstimmig erhoben, hat sie zur Rüstung, zur allgemeinen Erhebung, zum Kampf aufgerufen, des einmüthigen Gegenrufs des Volkes sicher? — Vierzehn Stimmen haben entschieden, und die erste Folge ist — ein Ministerwechsel.

Der Krieg mit Dänemark hat sehr verschiedene Phasen durchlaufen, er ist heute nicht mehr, was er in seinem Anfang, in seiner Mitte war. Er war zuerst ein Kampf der Herzogthümer mit ihrem dänisch königlichen Herzog, ein Kampf der Freiheit und des Rechts gegen absolutistische Unterdrückung. Die nationale Frage stand erst im Hintergrund, und Dänemark verstand sie nicht. Diese kleinen Staaten um den großen Körper von Deutschland sind unsre natürlichen Bundesgenossen, vor allen diejenigen unter ihnen, die zugleich deutsches Bundesland besitzen. Für sie war es natürliche Politik, ihre deutschen Länder zugleich an sich und durch Pflege des nationalen Elements an Deutschland zu fesseln, um sie bei einer Erhebung der großen deutschen Nation nicht zu verlieren, sondern zu Mitgliedern zu machen, die, in minder strengere Verbindung mit dem deutschen Ganzen, zugleich ihm und ihrem besondern Staate angehörend, auch diesen in ein umfassendes Bündniß hineinzögen. Dänemark zog es vor, egoistisch und ungerecht zu sein; und als, dem blöden Auge unerwartet, die große Erhebung Deutschlands kam, wurde es überrascht von den Dimensionen eines plötzlich losbrechenden, erbitterten Nationalitätskrieges. Jene Zeiten, wo das unterdrückte Nationalgefühl zum erstenmal sich Luft machte, wo man den schleswig-holsteinischen Brüdern mit den Waffen zu Hilfe kam und in so gerechter Sache die lang entbehrte Freude des Siegs in vollen Zügen kostete, das waren die klassischen Zeiten dieses Kriegs, und ihre Erinnerung wird als kostbare Frucht des Kampfes Keinen verlassen, der sie thätig mitgemacht, der sie auch nur zuschauend erlebt hat. Das erschreckte Dänemark warf sich, gewiß mit dem heimlichen Bewußtsein, daß es sich selbst und seine besten Interessen aufgab, den Großmächten in die Arme; es fand bei Rußland, später bei Frankreich Gehör, bei England zum Mindesten keine Zurückweisung. Hier begann ein neuer Zeitraum des Krieges. Für Deutschland galt es jetzt, den Krieg vor jeder Einmischung zu endigen, einen großen Schlag zu führen, und dann nicht minder rasch, nicht minder offen die Hand zu einem Frieden zu bieten, der dem rechten Verhältniß Dänemarks zu Deutschland entsprochen und ein günstiges, für die Zukunft beider Länder fruchtbares Verhältniß eingeleitet hätte. In solchen Lagen gibt es nur eine Politik, die des gesunden Volksinstinkts, nur das eine Losungswort: „Vorwärts", nur eine Gattung von Politikern: die Wrangel's und Radetzky's; es gilt, das Eisen zu schmieden und ein fait accompli mit kühner Hand hinzustellen. Aber es geschah nicht oder konnte nicht geschehen; hier ist nicht Zeit noch Ort zu der traurigen Untersuchung. Es geschah noch Schlimmeres als Nichts. Die Stimmung wurde laß, die Begeisterung trat zurück, die Opfer hervor, auf der einen Seite herrschte blinder Ingrimm gegen die Dänen, auf der andern war man den Krieg müde, man fand ihn unpolitisch, ja ungroßmüthig; selten fand sich das richtige Bewußtsein, daß es minder Dänemark als dem fremden Einfluß gelte, daß gerade zum wahren, fruchtbaren Frieden nur ein entscheidender Sieg führen könne.

Den günstigen Moment, nachdem er einmal versäumt ist, zurückzurufen, steht in keines Menschen Gewalt; niemals wird der Augenblick der That so wiederkehren, wie er, seiner Natur nach, sich schnell vorübergehend geboten hatte. Um nationale Kraft und Ehre zu bewähren, bedarf es nicht der Energie des Willens allein, sondern auch der richtigen Leitung der Dinge und der Gunst der Umstände, die durch Nichts sich ersetzen läßt. Darum, dachten wir, solle man das unwiederbringlich Versäumte verschmerzen und sogleich nach neuer That auf neuem Boden sich umsehen. Ein Waffenstillstand war da, nicht glänzend, nicht wie er hätte sein können, aber, das ist nicht zu läugnen, jedenfalls nicht schmachvoll. Konnte man nicht die Lage nutzen, die er schuf, nicht die Exegie, die man im Krieg versäumt hatte, auf die Unterhandlun-

gen wenden, hier das Recht Deutschlands mit Offenheit und Kraft verfechten und zugleich die gewonnene Zeit an allen Orten des Vaterlandes nutzen, um sich von Neuem vorzubereiten, um, wenn friedliche Unterhandlung mißlinge, mit neuen Mitteln und Kräften den günstigen Augenblick wieder herbeizuführen, der das erstemal versäumt war? Siege auf dem Schlachtfeld zählt Deutschland viele, ein diplomatischer Sieg wäre ein seltner, doppelt kostbarer Gewinn. Es fehlt in der Lage von Europa keineswegs an Umständen, die ihn begünstigen, die weise benutzt werden könnten, auch in der Stellung der Großmächte nicht. Die öffentliche Meinung in England war uns bisher nicht günstig, aber der Staatssekretär des Auswärtigen darf sich am ersten über die öffentliche Meinung wegsetzen, und offenbar hat Englaud unter allen Mächtea das dringendste Interesse, den Weltfrieden zu erhalten. Die große Mehrheit der gebildeten Welt theilt mit ihm diesen Wunsch; die Achtung und Gunst der Völker wird heutzutage durch innere Erstarkung, Einigkeit und Mäßigung nicht minder sicher gewonnen, als durch kriegerische Energie.

Wir begleiten die Verhandlungen der Nationalversammlung vom 5. d. noch mit einigen flüchtigen Bemerkungen, freilich nur auf die Autorität unvollständiger Berichte hin. Wir haben schon darauf hingedeutet, wie die schwache Majorität, mit welcher der Beschluß gefaßt wurde, eine Differenz in der Versammlung anzeigt, die für sich allein schon in Widerspruch steht mit vielen auf Einheit und Ehre Deutschlands gestützten Argumentationen der Redner der Majorität. Sollen wir annehmen, daß fast die Hälfte der Abgeordnrten für jene höchsten Güter kein Gefühl, oder davon eine falsche Vorstellung habe? Eher möchte man auf ein Extrem in der Auffassung dieser Begriffe von Seite derer schließen, welche sie am ausschließendsten in ihrem Sinne geltend machen. Wir meinen hier eine Seite der Nationalversammlung, deren Meinungsausdruck wir z. B. in vielen aus dem linken Centrum kommenden Korrespondenzen des Stuttgarter Beobachters finden. Sie fassen im vorliegenden Falle nicht sowohl, wie es nach unserer Ansicht vor Allem nöthig wäre, die gesammte Weltlage ins Auge, auch nicht die speciellen Verhältnisse des dänischen Kriegs und der Herzogthümer, die doch im jetzigen Stand der Dinge schon in zweite Linie treten, sondern die innern Verhältnisse, die wenigst tröstliche Seite der Sache, die wir am liebsten außer dem Spiel sähen. Die Einheit in ihrem Sinne, d. h. die Allgewalt der Nationalversammlung, ist ihnen bedroht; sie beklagen, daß die Nationalversammlung nicht früher die Zügel des Regiments in die Hand genommen, ehe der Partikularismus so groß geworden, daß sie sich von den Dahlmann, Mathy, Bassermann u. s. w. habe von Regierungssachen abhalten und an ihrem eigentlichen Werke, der Verfassung, festhalten lassen. Wie soll nun der Fehler verbessert werden? Durch Kampf, durch den offenen Bruch mit dem, was man Partikularismus nennt. Die Nationalversammlung muß dabei auf ihren Anhang in der öffentlichen Meinung, im Volke vertrauen. Die dänische Frage ist der willkommene Anlaß; es gilt ja gerade gegen Preußen. Die auswärtigen Verhältnisse verschwimmen in einem gewissen Nebel; die Kraft, die Größe, die Waffenrüstigkeit des deutschen Volkes müssen in obstructo die Lücke staatsmännischer Kenntniß verdecken. Dahlmann, wir wissen es, kann dieser Richtung niemals angehören; seine stets festgehaltene Ansicht von der vertragsmäßigen Entwicklung nach Innen, wie seine Kenntniß der politischen Verhältnisse halten ihn davon fern. Bei jener Partei kann man nicht reden von der Nothwendigkeit strengen Festhaltens an bestehenden Rechten und Verträgen nach Außen; sie verwirft von vornherein alle Diplomatie und appellirt allein an das Gefühl der Kraft oder an die Entscheidung der Gewalt. Wir sind überzeugt, daß Dahlmann, bei allem gerechten Abscheu vor falscher Diplomatie, nicht auf diesem Standpunkte steht. Wenn er trotzdem gegen den Waffenstillstand in der Weise spricht, wie er gethan, so kann er nur auf dem Standpunkte stehen, daß er ihn für mangelhaft, nicht für absolut unzulässig ansieht. Er spricht sich besonders stark gegen die Dauer des Waffenstillstandes aus, und nimmt keinen Anstand, zu sagen, das deutsche Volk solle damit recht eigentlich in den 1. April geschickt werden. Wir müssen immerhin bemerken, daß in der gegenwärtigen Weltlage die Dauer des Stillstandes entweder etwas ganz Undedeutendes, oder etwas so Wichtiges ist, daß der Unterschied von vier Monaten ganz verschwindet. Sieben Monate sind in diesem Zustande der Welt eine gar lange Zeit; nach oder vor ihrem Ablauf wird der Krieg entweder gar nicht wieder beginnen, oder in solchen Dimensionen, daß Zeit zur Vorbereitung nur wünschenswerth sein kann. Hiervon ausgehend, möchten wir Dahlmann's Standpunkt in dieser Sache, gegenüber dem rein inländischen jener Männer des linken Centrums, als einen schleswig-holsteinischea, auf den speciellen Verhältnissen des dänischen Kriegs beruhenden bezeichneu. Dies scheint uns besonders einleuchtend in zwei Punkten, die zuletzt auf einen hinauskommen. Dahlmann sagt, wenn die Herzogthümer Widerstand leisteten, und er traue ihnen diesen Muth zu, so werde der Waffenstillstand sie der Anarchie Preis geben. Wir fragen, ob es eines Volkes wie das der Herzogthümer, so besonnen, so würdevoll, so ruhigen Muthes, würdig ist, sich der Auarchie Preis zu geben? Denn so können wir den Zustand der Herzogthümer nicht ansehen, daß die Auarchie irgend eine Nothwendigkeit wäre. Sie haben ihre Landesversammlung, sie haben die Rechte aller Deutschen, die keine Regierung im jetzigen Augenblicke anzutasten wagen kann und wird. Sie haben Deutschland, das jetzige Deutschland im Hinterhalt. Dies scheint Dahlmann zu vergessen, wenn er von der Rache der Dänen spricht, der die Herzogthümer Preis gegeben wären. Darin liegt entweder eine sehr hohe Schätzung der dänischen Macht, oder eine sehr geringe der einigen deutschen; Beides deutet auf den Standpunkt, der in früheren Perioden des Krieges gelten konnte, jetzt aber nicht mehr, wenn anders gerade die Hauptargumente gegen den Stillstaad irgend Stich halten sollen. Ferner kämpft Dahlmann gegen den Waffenstillstand unter dem Panniere der Einheit. Darunter ist zunächst gemeint, wenigstens können wir es nicht anders ansehn, die Einheit der Herzogthümer mit Deutschland und die einige Kraft, die sich in deren Erhaltung bethätigt. Man könnte zunächst antworten, daß der Stillstand diese nicht angreift, sondern die ganze Kraft, die von diesem Punkt ausgeht, auf den Friedeusschluß zu wenden sei. Aber wenn aun, gleich jetzt, über jener Einheit den Herzogthümern gegenüber, die ganze große Einheit zu Grunde ginge? Wenn uns die preußischen Abgeordneten das bittere Dilemma stellten: Preußen oder Schleswig? Wir nehmen dies Dilemma nicht an; der Stand der Dinge ist nicht so; aber wo wäre das größere Interesse der Einheit? Sicher steht Dahlmann nicht auf dem Standpunkte, der auf diese Frage mit der Drohung, ja mit der Waffe des offenen Bruchs antworten würde, d. h., wir können es nicht anders fassen, mit dem Kampf der centralisirenden Nat.-Vers. mit allen Einzelstämmen, gestützt auf die Souveränetät des Volks, aus dem sie ihr Mandat zieht, das sich als Talisman bewähren würde, wenn die Völker der Einzelstaaten sich gegen ihre Regierungen kehren würden, und nicht bewähren, wenn die Stämme, namentlich der preußische, die „Kamarilla", welche nach den Worten eines Redners den Waffenstillstand abgeschlossen hat, etwa noch als wirkliche Regierung anerkennen wollten. Nach den jüngsten Kundgebungen des Partikularismus im größten Theile von Preußen läßt sich nicht zweifeln, wer Sieger bliebe. Daß beide Theile den Schaden des frevelhaften Kampfs zu tragen hätten, braucht jetzt nicht mehr wiederholt zu werden. Herzlich gerne möchten wir diesen unglücklichen Punkt aus aller Diskussion entfernt sehen; möge aber Jeder das furchtbare Dilemma, das in seinen beiden Sätzen gleiches Verderben über uns bringt, als Mahnung der Versöhnlichkeit im Herzen tragen und darin seine und Deutschlands Ehre setzen. In der offenen Discussion vor den Augen der Welt wünschen wir die Lage der Welt berücksichtigt zu sehen, aus deren besonnenem, von Illusionen freiem Verständniß die Entscheidung ohne Zwietracht sich ergeben muß. Wir möchten aus ihr zunächst den Satz ableiten, daß man der heutigen Welt im rechten Moment durch trotzige Kraft imponirt, zu allen Zeiten aber durch Besonnenheit, Maß und das strengste Einschließen in die Schranken der vertragsmäßigen Durchführung seines Rechts.

Oesterreich. Wien, 1. Sept. Die Allg. Oester. Z. enthält folgende officiöse Erklärung Pulsky's: „In mehreren Wiener Blättern wird die Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Batthyany und des Justizministers Deák mit den beabsichtigten Unterhandlungen über eine Vereinigung der Ministerien des Krieges und der Finanzen in Zusammenhang gebracht. Der Unterzeichnete sieht sich gedrungen, zur Vermeidung fernerer Irrungen hiermit im Namen des ungarischen Ministeriums zu erklären, daß bei aller Bereitwilligkeit der ungarischen Nation, jede, zwischen ihr und den andern Staaten der Monarchie etwa obwaltende Differenz auf freundschaftlichem Wege ausgleichen und die künstlich und absichtlich und

nicht im Interesse der Freiheit und des Fortschrittes aufgestachelte Gehässigkeit zwischen Völkern, die gleiches Streben und gleiche Interessen vereinigen, niederzuschlagen, das Ministerium auf den Gesammtwillen der ungarischen Nation fußend, sich hierbei, nur in den Schranken der bestehenden Gesetze fördernd, unthätig berechnen könnte, demgemäß in eine faktische Abänderung des 3. Art. 1848, welcher die abgesonderten ungarischen Ministerien des Krieges und der Finanzen feststellt, nie willigen würde. Es wird übrigens vom Unterfertigten noch erklärt, daß dem ungarischen Ministerium eine ähnliche Zusammensetzung von Seite des österreichischen Ministeriums nicht gestellt wurde." Wien, 1. September 1848. Franz Pulsky.

Wien, 30. August. Der Minister des Innern hat eine Ministerialkommission für Ruhe, Ordnung und Sicherheit aus Mitgliedern des Ministeriums, Gemeindesicherheits- und Studentenausschusses gebildet, welchem die Exekutivgewalt ertheilt wird, bis ein neuer Gemeinderath in's Leben tritt. (P. Abdl.)

Wien, 2. September. Die Vermittlungsfrage ist in ein neues Stadium getreten. Der französische Geschäftsträger hat auf besonderm Auftrage seiner Regierung von unserm Ministerium eine definitive Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Vermittlung verlangt, da sonst das französische Kabinet dieselbe ganz zurückziehen und einseitig so handeln werde, wie es ihm seine Interessen gebieten. Merkwürdig ist, daß der englische Gesandte nicht eine Erklärung ähnlicher Art an unsere Regierung gelangen ließ, woraus mit Recht zu schließen ist daß die Absichten beider Regierungen, trotz des formellen Einklanges wegen der beabsichtigten Vermittlung, der Sache nach so ganz einig nicht sind. Um für den Augenblick Schwierigkeiten auszuweichen, wird unser Ministerium dem Vernehmen nach die Vermittlung bedingungsweise annehmen. Darüber findet dann ein Kurierwechsel Statt, während welcher Zeit die Verhältnisse klarer sich herausstellen werden. (Allg. Z.)

Triest, 29. August. Aus Fiume meldet man die Ankunft eines von Jellachich abgeordneten Banalkommissärs mit der Weisung, daß der Gouverneur sammt allen magyarischen Beamten sofort ihre Posten zu verlassen und Sorge zu tragen hätten, daß die in den Kassen befindlichen Gelder in Fiume verbleiben und nicht nach Bestimmung des magyarischen Ministeriums nach Ungarn gesendet werden.

40 bewaffnete kroatische Seeräuber trafen daselbst zu Besuche ein und flohen auf dem Platze den National-Kolotarz auf, welchem die Fiumener und das Landvolk ohne die geringste Demonstration zusahen. Abends kehrten dieselben unter Flinten- und Böllerschüssen noch Grobnik zurück, wo sie die durch Priester irre geleiteten Bauern zur Vernunft brachten.

Gestern traf zum Erstaunen Aller der Almodée von Venedig in unserm Hafen ein, um Nachrichten von einer blutigen Revolution zu holen, welche hier stattgefunden haben soll und worüber in der Dogenstadt die seltsamsten Gerüchte umlaufen, während wir hier in einer Ruhe leben, wie vielleicht wenige Städte Deutschlands. Mit dieser Revolution ist wahrscheinlich der verunglückte Versuch einer Katzenmusik gemeint, wovon ich Ihnen neulich schrieb. Die Venetianer haben das zum Troste und zur Hoffnung des Volks ausgebeutet und mit gewohnter Freigebigkeit in Zahlen Tausende dahet ums Leben kommen und die halbe Stadt in Flammen aufgehen lassen.

Preußen. † Posen, 29. Aug. Eine eigenthümliche Erscheinung bildet jetzt in unserer Provinz bei ruhigen Zuständen das Auseinandertreten der nationalen Elemente. Wie zwei Schachspieler mit verdeckten, wechselberechneten Plänen, so agiren hier die beiden Bevölkerungen. Die Regierung macht den Zuschauer, denn, wie gesagt, die definitive Demarkation schläft — und zwar vielleicht einen gefährlichen Schlaf. Am 23. war die deutsche Bevölkerung der Stadt Posen auf den Beinen, um ihrem „Bürgervater" Steinäcker ihre Freude auszudrücken über sein Verbleiben am Orte. Es war nämlich die Deputation aus Berlin zurückgekehrt, die auch von dem Kriegsminister Schreckenstein herzliche Grüße für Steinäcker gebracht hatte. Am 27. empfingen wir gegen 2000 Stettiner Gäste feierlichst, darunter 1500 Bürgerwehrmänner, die von der Bürgerwehr Posens unter Waffen militärisch salutirt wurden. Einen Tag lang sah unsere Stadt diese lieben Gäste, welche uns lebendiger als je fühlen ließen, welch ein Band uns nun an das deutsche Vaterland schließt. An diesem Tage waren die Polen wie verschwunden. Vielleicht werden sie am 3. September mehr zum Vorschein kommen, wo ein großer Theil unserer Bürgerschaft die Gegenfahrt nach Stettin unternimmt. Dieser Fahrt werden sich die deutschen Vereine aller Kreise durch Deputationen anschließen. Mit verbissenem Ingrimm ironisirt die Gazeta polska über die Eisenbahn, die ihr gleich nach durchgefochtener Abgrenzung der deutschen Theile ein Dorn im Auge war. Sie fürchtete, was jetzt eingetreten ist, den innigen Verkehr mit dem Mutterlande. Was hilft da ihre national-ultramontane Propagonda? Da können noch so viele Polester-Kongresse Gründung neuer polnischen und katholischen Institute beschließen, da mögen noch so viele Vereine erklärt polnischen Handel — oder polnische Handwerker begünstigen wollen, eine Konkurrenz mit deutschem Geist und mit deutschem Verkehr, das ahnt sie voraussichtlich, ist schwer zu bestehen. Man gibt sich polnischer Seits das Ehrenwort: bei keinem deutschen Kaufmann, keinem deutschen Handwerker Etwas zu kaufen, keinen deutschen Wirthschaftsbeamten anzustellen, was hilft's? Die Spalten der Gazeta füllen sich mit gegenseitigen Denuntiationen wegen Ueberschreitung solcher Gelübde. So schrieb neulich eine, wahrscheinlich in ihren Hoffnungen getäuschte, polnische Mutter eine humoristische Verspottung darüber, wie ein junger Edelmann, den sie wahrscheinlich vergeblich sich zum Eidam ersehnt, die Ausstattung für seine Braut bei — einem Juden einkauft! Ueberall sucht man polnische Lokalblätter (meist geistlichen ultramontanen Inhalts) zu gründen, welche den Nationalsinn wecken sollen. Man scheitert mit den Plänen. In den Kirchen vertheilte Proklamationen wirken höchstens noch. In den höheren Kreisen klammert man sich an die deutschen Radikalen und ihre Presse. Hier heißt deutsch sein nicht seine Nation verrathen. Die Ruge'sche Reform wird als ein patriotisches Organ von der Gazeta polska förmlich angepriesen! Es wird dem polnischen Publikum bekannt gemacht, daß das Redaktionskomité dieses herrlichen Organes der Demokratie aus Mitgliedern der Berliner Nat.-Versammlung und dem Präsidenten des demokratischen Klubs bestehe. (NB. jetzt ist für die Polen in Berlin eine Nationalversammlung, während im April und Mai dies ein Reichsloch des Auslandes war.) Zu diesen Komitémitgliedern gehören: Joh. Jakoby und A. Lipsky (aus Posen); ferner als Mitarbeiter der Russe Bakunin, der bekannte Dr. Libelt, Graf Cieszkowsky, Abgeordneter, E. Könitz, alle drei aus Posen. Besondere Korrespondenten sind außer in Paris und Wien, in Posen, Krakau, Lemberg und Prag erwähnt. Wie die Neue Rheinische Zeitung, wie der Thüring'sche Tribun, ja wie früher der Struve'sche Deutsche Zuschauer ein Tummelplatz für polnische Federn war (auch die Reichstagszeitung), so wird nun die Reform förmlich von Solchen redigirt. Daß der polnische Ultramontanismus seine Ausflüsse in Westfalen hat, darf nicht mehr erwähnt werden, da auch jetzt wieder die Umtriebe gegen Brottwell wesentlich von der hiesigen Geistlichkeit mit angezettelt sind.

Schleswig-Holstein. * Altona, 2. Sept. Der eben abgeschlossene Waffenstillstand hat, obgleich die Bedingungen noch nicht bekannt sind, hier am Orte große Aufregung hervorgerufen; in Folge derselben erließ heute Zt. Bracklow, der Bruder des Freischaarenführers, einen Aufruf zu einer Volksversammlung, sie konstituirte sich zu einem patriotischen Vereine, welchem sich augenblicklich 150 Anwesende anschlossen und der bis Montag gewiß schon 600 Mitglieder zählen wird. Der Vorstand erklärte die republikanische Regierungsform für die beste und stellte als sein Bestreben hin, diese zu verwirklichen. Dies sind die Folgen der schlechten Politik, welche man in Frankfurt befolgt, wo Herr Heckscher und seine Partei Alles thun, um die Ehre des Vaterlandes zu opfern; denn durch solch einen Friedens- oder Waffenstillstandsschluß opfert man die Ehre des Vaterlandes. In Readeburg schlug man im Bürgerverein vor, keine Steuern mehr zu zahlen, doch da man mit dieser Maßregel die jetzige Regierung bedrohen würde, beschloß man, noch die Steuern fortzuzahlen, unter der Bedingung, daß die prov. Regierung bei ihrem etwaigen Abtritte die Kassen an die Landesvertretung übergibt, und sie nicht in die Hände der Dänen fallen.

Gestern schon ging das erste Dampfboot „Elbe" die Elbe entlang, mit 3 Flaggen versehen, der weißen parlamentairen, der deutschen und der hamburgischen, um an den Elbstationen anzuzeigen, daß nun die Schifffahrt wieder frei und der Waffenstillstand eingetreten sei. Noch sind zwar die Bedingungen nicht bekannt; denn auch Justizrath Schleiden, der von der provisorischen Regierung nach Frankfurt gesandt wurde, um dort die Nichtanerkennung zu bewirken und gestern Abend hier durchkam, erklärte offen, daß die provisorische Regierung bis jetzt die Waffenstillstandsbedingungen nicht kenne. In Lübeck, wo der Waffenstillstand bereits ratificirt sein soll, sollen auch die Verhandlungen in Betreff des Friedens fortgesetzt werden. So viel ist gewiß, lauten die Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen wie die Zeitungsgerüchte, das ganze Land steht dagegen auf und die größern Städte publiciren gemeinsam die Republik. Um dem Friedensabschlusse nicht im Wege zu sein, sind der Herzog und die Prinzen von Augustenburg entschlossen, auszuwandern. Während diese Verhandlungen fast zu Ende sind, erfanden sich die Dänen noch immer kleine Räubereien, so nahmen sie die Lootsen-Galliot von der Elder erst noch vorgestern

in Folge einer Perfidie weg, indem ein Schiff unter holländischer Flagge aakam, welchem die Lootsen-Gallot sich näherte, um ihm einen Lootsen an Bord zu geben. Während dieses Manövers zog das Schiff die holländische Flagge ein und hißte die dänische Flagge auf, schnitt der Gallial den Wind ab und nahm sie mit sich. Ebenso aahmen die Dänen einen einzelnen Nassauer als Vorposten im Sundewittschen weg, kleine Neckereien, die das Volk hier aufs Aeußerste erhitzen.

ϑ Frankfurt, 7. September. Der Würfel ist nun geworfen. Der gestern Abend gegen den von Preußen abgeschlossenen Waffenstillstand gefaßte Beschluß der Nationalversammlung, daß die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Schleswig zu sistiren sei, muß nunmehr dem bisherigen schwankenden Zustande ein Ende machen, es muß in wenigen Tagen sich entscheiden, ob Deutschland wirklich die durch seine Repräsentation geschaffene Centralgewalt will, oder ob es nach einem kurzen Traume von der Einheit in die alte Zerrissenheit zurücksinkt. Das Resultat der gestrigen Abstimmung wurde in der That nicht allein durch den, allerdings das deutsche Bewußtsein tieferletzenden Inhalt des Waffenstillstandsvertrags, sondern mehr noch durch das beengende und entmuthigende Gefühl erzeugt, daß die Nationalversammlung allmählich ihre ganze Stellung aertiere, von den größern deutschen Regierungen mehr und mehr beseitigt, von dem Volke mißachtet und von dem Ausland verhöhnt werde. Man fühlte, daß allmählich der Boden unter den Füßen weicher und daß man Gefahr laufe, umsonst zu arbeiten. Aus diesem unerträglichen Zustaadr wollte man herauskommen. Man wollte lieber die Paulskirche schließen, als ein bloßes Scheinleben fortführen, welches von den „Mächten" nur so lange geduldet zu werden schien, bis der Partikularismus wieder genugsam erstarkt wäre, um demselben ohne großes Aufsehen ein Ende zu machen. Ich will nicht untersuchen, wie weit dieses bittere, durch den Abschluß des Waffenstillstandes sehr gesteigerte Gefühl gegründet ist; aber gewiß ist, daß es hauptsächlich das Resultat der verhängnißvollen Abstimmung herbeigeführt hat. Ich erlaube mir nun, über einige Einzelheiten der gestrigen Verhandlungen zu berichten.

Nach Eröffnung der Sitzung las der Abg. Hollaub, Mitglied des volkswirthschaftlichen Ausschusses, ein Schreiben des Handelsvereins in Flensburg vor. Es war an diesen, wie an viele Orte, eine Einladung ergangen, einen Bevollmächtigten zur Berathung über die Regulirung eines allgemeinen deutschen Zollwesens zu schicken. Der Handelsaerein in Flensburg lehnt nun die Einladung ab und erklärt, daß die Interessen Schleswigs mit denen des deutschen Zollvereins nicht vereinbarlich seien, und daß man überhaupt in Schleswig von einer Einverleibung in den deutschen Bund Nichts wissen wolle. Nur 15 Mitglieder erklärten sich, was die letzte Aeußerung betrifft, nicht einverstanden. Die Mittheilung dieses Schreibens würde zu einer andern Zeit nicht ohne Einfluß auf die Stimmung der Nationalversammlung gewesen sein; hier lag die Absicht zu offen da, um eine Wirkung hervorzubringen. — Der Präsident setzte hierauf die Sitzung auf zwei Stunden aus, weil die Minister derselben beiwohnen wollten, zur Zeit aber zu einer Berathung bei dem Reichsverweser versammelt seien.

Um 12 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet nachdem sämmtliche Minister ihre Plätze eingenommen hatten. Dahlmann berichtete im Namen der Mehrheit der zusammengetretenen Ausschüsse für die Centralgewalt und die völkerrechtlichen Verhältnisse. Elf Mitglieder gegen acht hatten entschieden, darauf anzutragen, daß die Nationaleersammlung beschließe, die militärischen Maßregeln zum Vollzuge des Waffenstillstandes seien zu sistiren. Wenn man auch gewohnt war, Dahlmann für die schleswig-holsteinsche Sache auftreten zu sehen, so war es doch von großem Gewicht, daß der Antrag von ihm ausging. Er gehört dem rechten Centrum an, und zwar seinen Abstimmungen nach derjenigen Ansicht, welche der äußersten Rechten zunächst steht. Dadurch also, daß er sich in dieser Sache dem Ministerium und der preußischen Regierung gegenüber an die Spitze stellte, war derselben die Parteifärbung genommen, und damit für die Gegner eine Hauptstütze in der Versammlung verloren. Es gestaltete sich eine neue Gruppirung, welche die Majorität zum Voraus sehr zweifelhaft machte. Der Berichterstatter hob diejenigen Gründe gegen Waffenstillstandsabschluß, welche er in seiner gestr. Interpellation angeführt hatte, mit noch größerem Nachdruck hervor; insbesondere wie unverantwortlich es sei, daß man den verhaßtesten Mann des Landes zum Präsidenten desselben ernannt, und dagegen die allgemein verehrten Mitglieder der provisorischen Regierung der Verfolgung preisgegeben habe. In dem Allem liegen Gründe genug, den Vollzug eines Schleswig-Holstein, wie die Ehre Deutschlands tief verletzenden und von der Reichsgewalt noch nicht ratificirten Vertrages zu inhibiren. Acht Mitglieder des Ausschusses stellten dagegen den Antrag, daß über eine Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden solle, wenn über den Waffenstillstand selbst ein Beschluß gefaßt ist. Diesen Antrag der Minorität begründet Schubert aus Königsberg; die Minorität verlange jetzt nicht die Anerkennung des Waffenstillstandes, sondern nur eine sorgfältige Prüfung der Sache. Die Sistirung des Rückmarsches der Truppen müßte nicht nur als ein Bruch des Waffenstillstandes überhaupt, welcher am 2. Sept. ratificirt worden sei, angesehen werden, sondern rufe auch den verhängnißvollsten Konflikt mit Preußen hervor. In einem Aufschub von 24 bis 48 Stunden liege gar keine Gefahr. Dagegen werde die Verwerfung einen Bruch in Deutschland selbst und die Ausscheidung von 16 Millionen zur Folge haben; die preußische Regierung habe nothgedrungen den Waffenstillstand schließen müssen, weil sie von 4 Millionen, welche durch den Krieg in das größte Elend versetzt seien, bestürmt worden sei.

Beucker erläutert, daß nach einer Meldung Wrangels am 1. Sept. das Lager 6 Meilen von der jütischen Grenze entfernt war, und daß die Gefechtsbereitschaft fortwährend erhalten worden sei. Von da bis an die Eider seien zur Räumung des Landes von den Truppen zehn bis zwölf Tage nöthig. Wenn man also den Beschluß um 1 oder 2 Tage hinaussetzte, so werde das eine Differenz in dem Rückmarsche von 3 bis 6 Meilen ausmachen, was in militärischer Beziehung in gar keinen Betracht komme. Es sei dies eine durchaus untergeordnete Frage, von deren vorschneller Entscheidung aber die Einheit Deutschlands und der Friede Europas abhängen könne.

Schmerling sucht ebenfalls nachzuweisen, daß ein Verzug von 2 bis 3 Tagen ohne Nachtheil sei. Das Ministerium habe die Ansicht gewonnen, daß die Sistirung des Rückmarsches der Truppen, also die Aufhebung eines integrirenden Artikels der Konvention, einem Bruche des Waffenstillstandes selbst gleich zu achten sei, und es sei darum gegen diesen Antrag. Es müsse aber auch die Erklärung geben, daß es nach einer sorgfältigen Erwägung der Verhältnisse nicht auf Verwerfung des Waffenstillstandes antragen könne, nachdem derselbe durch die Krone Preußen in dieser Weise abgeschlossen sei. Dagegen habe es die Nothwendigkeit erkannt, das Verhältniß der Centralgewalt zu den deutschen Regierungen festzustellen, und es werde daher von sämmtlichen Regierungen die ausdrückliche und unumwundene Anerkennung des Gesetzes über die Centralgewalt fordern. Diese letzte Erklärung würde vor wenigen Tagen noch nicht nur von der Linken, sondern auch von dem größten Theile des Centrums mit der größten Freude aufgenommen worden sein; in diesem Augenblick unter dem Eindrucke der vorliegenden Thatsache blieb sie ohne alle Wirkung.

Siman aus Breslau (Sprecher der Gesellschaft in Westendhall) vertheidigt den Majoritätsantrag. Der Waffenstillstand werde erst durch die Genehmigung der Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung ein giltiger Vertrag. Darum habe die Versammlung freie Hand zu ratificiren oder die Genehmigung zu versagen. Sie werde die Geschicke Deutschlands nicht von sogenannten faits accomplis abhängig machen wollen. Der Vertrag wolle nichts Geringeres, als daß der Sieger als Besiegter aus dem Kampfe gehen solle. Man glaube Rücksicht nehmen zu müssen auf die auswärtigen Mächte, er aber halte die Rücksicht auf die Ehre Deutschlands für diejenige, welche jede andere überwiegt. Er glaube auch nicht, daß sie es wagen würden, deßhalb einen Krieg gegen Deutschland zu erheben, weil sie klug genug seien, um einzusehen, daß, wenn sie einen ungerechten Angriff auf Deutschland wagen würden, eine Erhebung der deutschen Nation dadurch hervorgerufen würde, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat. Man frage, was Oesterreich thun werde? Oesterreich werde wenigstens nicht hinderlich in den Weg treten, denn es habe genug mit sich selbst zu thun. Aber Preußen? Das Volk in Preußen sei durch und durch Deutsch, was man auch dagegen einwenden möge. Sollte das Gouvernement es wagen, seine Hände brudermörderisch gegen Deutschland zu erheben, so würde das Volk es zu beseitigen wissen, selbst wenn es im blutigen Kampfe geschehen müßte. Es handle sich übrigens in dieser Sache nicht um die Ehre Preußens, sondern höchstens um die Ehre des preuß. Ministeriums, welches den Vertrag abgeschlossen habe. Wenn aber die Ehre Deutschlands in Frage stehe, so könne die Ehre eines Ministeriums nicht in Betracht kommen. Der Waffenstillstand verletze die Ehre Deutschlands, und könne und dürfe daram nicht ratificirt werden. Nachdem Degenkolb sich des Minoritätsgutachtens angenommen, unterstützte Zimmermann aus Stuttgart den Majoritätsantrag mit großer Wärme und rednerischer Fertigkeit, ohne jedoch neue Gründe vorzubringen. Die Einheit Deutschlands liege auch ihm am Herzen; aber welche Opfer man ihr auch bringen möge, die Ehre Deutschlands dürfe man nicht dafür hingeben. Uebrigens sei die Furcht vor der Trennung nicht gr-

Digitized by Google

gründet. Die preuß. Nationalversammlung werde von demselben Gefühle durchzuckt sein, wie die in Frankfurt, und dann werde das preuß. Ministerium entweder nicht auf dem Vollzuge bestehen oder aon seiner Stelle zurücktreten. Auch die Furcht vor einem europäischen Kriege scheine ihm unbegründet; wenn er aber komme, so werde ihn Deutschland zu führen wissen. Die Versammlung möge den Majoritätsantrag annehmen; wenn er verworfen und auch von der deutschen Nationalversammlung verworfen würde, dann möge zum zweitenmale das Geläute von der Paulskirche ertönen, aber nicht als Geläute der Freude, wie bei der Wahl des Reichsverwesers, sondern als ein Seelgeläute zum Zeichen, daß die deutsche Nation der Ehre abgestorben sei.

Für den Minoritätsantrag sprach am ausführlichsten, am klarsten und eindringlichsten Bassermann. Er sucht die Versammlung auf den Punkt zurückzuführen, der heute zur Berathung vorliege, nämlich ob die Beschlußfassung über die Sistirung des Rückmarsches der Truppen bis dahin aufzuschieben sei, wo man in den Stand gesetzt sei, über den Waffenstillstand selbst ein reiflich erwogenes Urtheil zu fällen. Dabei begegnet ihm aber, vor allen andern Rednern, daß er eben auch über die Unannehmbarkeit des Waffenstillstandes selbst sich verbreitet; Beides war nicht zu trennen. Er hebt hervor, daß in gegenwärtigem Augenblick bereits die Gefangenen ausgewechselt, die Schiffe zurückgegeben und die Blokaden aufgehoben seien. Die Sistirung des Vollzuges des Waffenstillstandes von unsrer Seite würde daher dem Feinde als ein Treubruch erscheinen. Die Versammlung habe es in dieser Sache nur mit Preußen zu thun, mit dem sie Rechnung halten möge. Es müßten aber auch die wahren Interessen Deutschlands dabei erwogen werden (von der Linken: und die Ehre) und die Ehre allerdings ganz vorzüglich; aber eben das sei die Frage, ob die Ehre auf dem andern Wege wirklich gewahrt, und nicht vielmehr ein Zustand des innern Zerfalls herbeigeführt werde, welcher Deutschland in den Augen des Auslandes am allermeisten herabsetze.

Wenn man die Bedingungen des Waffenstillstandes von hier aus angreife, und er selbst beklage sie theilweise, so dürfe man nicht übersehen, daß die Regierung in Kopenhagen Angriffe von der entgegengesetzten Seite jetzt zu erfahren habe. Die Dänen seien nicht weniger unzufrieden mit diesen Bedingungen und fänden dieselben allzusehr im deutschen Interesse. Wie Dahlmann von einer Unterdrückung aber dem Untergange Schleswig-Holsteins sprechen könne, da ja durch den Vertrag festgesetzt werde, daß kein dänischer Soldat in Holstein und Schleswig bleiben dürfe, begreife er nicht. Das Hauptübel beruhe darauf, daß die Einigkeit in Deutschland noch nicht weit genug gediehen sei, um die Grundlage seiner Stärke sein zu können, und man werde nicht dahin kommen, so lange das Provisorium dauee. Diesem ein Ende zu machen und schnell eine Verfassung für das deutsche Reich definitiv einzuführen, müsse jetzt die Aufgabe der Nationalversammlung werden, und er werde deßhalb einen dahin bezüglichen Antrag in den nächsten Tagen einbringen. Man solle aber jetzt durch die Verwerfung des Waffenstillstandes Alles in Frage stellen und das Werk der Einigung vielleicht unmöglich machen? Wenn man mit Mäßigung und Besonnenheit zu Werke gehe, so könne die gegenwärtige Krisis sehr wohlthätig wirken; sie werde die Folge haben, daß das große Werk der Einigung schneller und kräftiger zu Stande gebracht werde, und Deutschland nach 7 Monaten mächtiger und Achtung gebietender seinen Feinden gegenüberstehe, als in diesem Augenblick. Dann werde es auch Dänemark einen besseren Frieden gebieten können, als jetzt einen Waffenstillstand.

Wrsendonk. Der Vorredner habe es nicht gewagt, den Inhalt des Waffenstillstandes zu vertheidigen, und habe darum seine Zuflucht zu dem Princip der Einschüchterung genommen. Hier aber gelte es vor Allem Muth zu fassen, denn wenn in dieser Sache die Nationalversammlung sich nicht zu einer kühnen That ermanne, so werde das Vertrauen zu derselben unter dem Volke vollends zu Grabe getragen. Uebrigens müsse man nicht alle Schuld auf Preußen schieben: der erste Ursprung dieses unseligen Vertrages liege in der Politik des Ministeriums. Der §. 4 des Gesetzes über die Centralgewalt schreibe vor, daß solche Verträge nur im Einvernehmen mit der Nationalversammlung geschlossen werden könnten. Das Ministerium hätte darum für sich und die Nationalversammlung die Ratifikation vorbehalten müssen. Der Art. 7 läugne das Recht der Revolution. Dadurch seien aber alle Beschlüsse der Nationalversammlung selbst in Frage gestellt. Mit Eifer spricht er sich dagegen aus, daß durch die Verwerfung des Vertrages 16 Millionen Deutsche zurückgestoßen würden. Man müsse eine solche Sache nicht allein nach dem Geldsäckel messen, sondern vor Allem nach der Ehre. Wenn auch die Kabinete einen Bruch suchten, das Volk wolle ihn nicht. Den Beschluß solle man nicht verschieben, damit es nicht auch hier heiße: zu spät.

Wichmann ist zwar gegen den Waffenstillstand, aber nicht für die augenblickliche Sistirung des Truppenmarsches. Das scheint ihm nicht klug; denn die Entfernung der Truppen sei nicht nur eine Erleichterung für das Volk, sondern jedenfalls eine Aufhebung des Waffenstillstandes selbst; und um diese zu rechtfertigen, genüge nicht ein plötzlich gefaßter Beschluß, sondern es müsse dem deutschen Volke Punkt für Punkt nachgewiesen werden, welche Schmach in dem Vertrage liege. Es sei auch nicht gerecht, denn die Krone Preußen sei nun einmal mit der Abschließung beauftragt worden. Es sei endlich nicht heilbringend; denn die Truppen werden bis zur Ertheilung der Ordre aus Schleswig heraus sein, und dann könnten die Dänen, die an der Grenze sind, sogleich wieder Fuß daselbst fassen. Auch habe man für diesen Beschluß keine Sympathie in Nordschleswig, noch weniger an der Ostseeküste zu erwarten. Er zeigt, welche ungeheuere Verluste diese Länder erlitten haben und durch die Fortsetzung des Krieges erleiden werden; das preuß. Ministerium werde daher den größeren Theil des Volkes für sich haben, und es könne leicht die Fackel des Bürgerkrieges dadurch nach Preußen geworfen werden. — Engel aus Schleswig vertheidigt mit vieler Wärme, aber allzugroßer Breite die Interessen Schleswig-Holsteins und fordert alsbaldige Verwerfung des Vertrages. Radowitz spricht sich dagegen für die Aufrechterhaltung desselben aus. Der Waffenstillstand sei kein Friede, und der vorliegende präjudicire auch den Frieden durchaus nicht. Holstein müßte von Deutschland in seinem Rechte unterstützt werden; dafür habe es ein positives Recht. Anders sei es mit der Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund; dazu liege ein positiver Rechtsgrund nicht vor, wenn auch andere Gründe dazu nöthigen; fremde Völker sehen es daher dafür an, als ob Deutschland hier auf eine Eroberung ausgehe. Die günstigsten Friedensbedingungen seien daher: die Union der Herzogthümer, getrennte Verwaltung derselben von Dänemark und Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund. Die Erreichung dieser Bedingungen sei aber durch den Waffenstillstand nicht gehindert. Dänemark habe bis jetzt zu günstigern Bedingungen nicht gezwungen werden können, also werde der Krieg gefordert. Um diesen fortzusetzen, müsse man Jütland erobern. Wenn nun aber Rußland und England dieses als casus belli erklären und Frankreich ebenfalls dem beitrete; habe man nun auch alle Folgen eines solchen europäischen Krieges durchdacht? Er zeigt, wohin uns dieser Krieg führen könne, und schließt daraus, Preußen müsse den Waffenstillstand aufrecht erhalten; seine Pflicht gehe hier nicht weiter, als die Möglichkeit. Er stellt den Antrag, die Nat.-Vers. wolle es der Centralgewalt anheimstellen, den Waffenstillstand zu genehmigen, zugleich aber die preuß. Regierung einzuladen, die auf denselben bezüglichen Papiere mitzutheilen, welche einem Ausschusse zur Prüfung zugewiesen werden sollen. Diesen Antrag zieht er später zurück, um ihn bei der Berathung des Ausschußberichtes über den Waffenstillstand zu stellen.

Bium macht auf den Unterschied zwischen den früheren Punktationen und dem jetzigen Vertrage aufmerksam, und wie viel nachtheiliger der letzte sei. Vor drei Wochen habe man gesagt, daß man mit der deutschen Heeresmacht, wenn sie um 300,000 Mann vermehrt sei, die ganze Welt nicht zu fürchten habe, und jetzt spreche man von Nichts als Befürchtungen nach allen Seiten. Er hebt die Nachtheile des Vertrages nochmals hervor und schließt mit der Aeußerung, es müsse sich nun zeigen, wo der Mittelpunkt Deutschlands zu suchen, ob hier in Frankfurt, oder da, wo man sich dessen anmaße. Die Nat.-Vers. könne vielleicht darüber zu Grunde gehen, aber sie werde doch wenigstens mit Ehren zu Grunde gehen. — Beckerath fordert diejenigen, welche für die Verwerfung des Waffenstillstandes sind, auf, anzugeben, was sie denn eigentlich thun wollen, wenn Preußen den Vertrag aufrecht erhalten will? Man erde davon, Freischaaren hinzuschicken, das heiße eben, die Revolution fortsetzen. Das deutsche Volk aber habe sich erhoben gegen die Ungebühr, nicht aber um die Revolution permanent zu machen. In Preußen sei eine Nat.Vers., die aus freier Wahl des Volkes hervorgegangen sei, und auf diese stütze sich das Ministerium. So lange dies der Fall sei, so wisse er nicht, was das heißen solle, wenn man der Regierung immer das Volk gegenüber setzen wolle. Uebrigens herrsche in Preußen große Besorgniß vor der Noth des nächsten Winters, und die einzige Hoffnung der nothleidenden Menge sei die Aufhebung der Blokade und der Störung des Verkehres. Es sei jetzt kein Grund vorhanden, dem Auslande zu zeigen, daß man sich nicht fürchte; Deutschlands Ehre sei nirgends verletzt. Wenn aber die Einigung gestört und Deutschland in seine alte Zerrissenheit zurückgeworfen werde, dann sei seine Ehre in der That vor dem Auslande verletzt.

Hrckscher gibt eine kurze Erläuterung über den Minoritäts-

Digitized by Google

antrag, und nach ihm ertheilt Simon von Trier das Wort, welcher, obwohl mit Heftigkeit, doch mit Ueberlegung den Vertrag angreift. Man frage, was zu thun sei, wenn der Vertrag verworfen werde? Das müsse das Ministerium wissen, und wenn es sich dem nicht für gewachsen hält, so werde es wissen, was es zu thun habe. Man frage ferner, warum man denn jetzt sogleich den Vollzug des Vertrags sistiren wolle, da man ja noch nicht über seinen Inhalt berathen habe? Dazu sei einmal ein Rechtsgrund vorhanden, denn der Vertrag habe keinen Rechtsbestand, bis er hier genehmigt sei; aber auch ein politischer Grund, denn die preuß. Regierung habe das Gesetz über die Centralgewalt wohl gekannt, und dennoch ignorirt. Die Linke habe, seit die Centralgewalt bestehe, dieselbe stützen wollen, wenn sie schon nicht mit allen Personen derselben einverstanden sei. Man rede jetzt von Gefahren von allen Seiten her, warum man das nicht früher gethan habe? Frankreich werde uns wegen Schleswigs nicht inkommodiren, so bald Deutschland in Italien eine gerechte Politik einschlage. Wenn man England unangenehm zu berühren fürchte, so müsse man auch von Zollverein und deutscher Flotte nicht mehr reden. Rußland aber werde sich hüten, in unsre Angelegenheiten sich zu mischen. Wenn man aber den Waffenstillstand bestätigte, so sei die Kalamität doch nicht beseitigt; die Holsteiner widersetzen sich dem Vertrage und die dortige Regierung habe sich für permanent erklärt. In Preußen seien die, welche die Einheit wollen, zugleich auch die, welche die Freiheit wollen, das werde das Volk bald einsehen. Wenn Preußen aufhört, deutsch zu sein, so werden wir Preußen aufhören, Preußen zu sein.

Lichnowsky, der Fürst, folgte dem Republikaner, diesmal dem Gegner weder in der Haltung und Form, noch in dem materiellen Inhalte der Rede überlegen: Er warf denen, welche den Vertrag nicht anerkennen wollen, vor, sie seien den Nachweis schuldig geblieben, worin das Schmachvolle für Deutschland in demselben liege. Es sei unwahr, daß die Krone Preußen eigenmächtig gehandelt habe; sie habe sich die Vollmacht zu dem Abschlusse des Vertrages eingeholt (aber nicht ohne gehalten). Nicht „den Geldsecket" allein habe man berücksichtigt, wohl aber das Elend des Volkes, welches durch den fortdauernden Krieg herbeigeführt worden sei; um das Brod der Hungernden handle es sich, welche man sonst von der andern Seite immer im Munde führe. Er wolle das Ministerium nicht zu den schon erhobenen Beschuldigungen noch mit andern belästigen, sonst könnte er fragen, was denn der Bevollmächtigte desselben für eine Rolle in dieser Sache gespielt habe? Gegen die Sistirung des Rückzuges der Truppen spreche er sich entschieden aus, weil militärische Dispositionen nicht zur Kompetenz der Nat.Vers. gehören.

Nachdem auf vielfachen Ruf nach dem Schlusse der Debatte (es war fünf Uhr vorüber) die Versammlung für diesen sich entschieden hatte, gab der Minister des Innern, v. Schmerling, im Namen des gesammten Ministeriums, die Erklärung, daß dasselbe die Frage über die Sistirung einzelner Bestimmungen des Waffenstillstandes für gleichbedeutend mit der Verwerfung desselben halte, und darum den Minoritätsantrag zu seiner eigenen Sache mache. Wenn daher der Minoritätsantrag verworfen werde, so werde das gesammte Ministerium zurücktreten. Wenn die Nationalversammlung den Waffenstillstand verwerfe, dann habe Deutschland von den Männern, welche dafür stimmten, zu erwarten, daß sie, was sie begonnen, auch ausführen werden; wo nicht, so würde man die Ueberzeugung gewinnen, daß es leichter sei, Etwas zu verwerfen, als etwas Anderes dafür zu Stande zu bringen. Nach ihm erklärte Max v. Gagern, daß er über den Antheil, welchen er als Bevollmächtigter der Centralgewalt an der Abschließung des Waffenstillstandes gehabt habe, die betreffenden Papiere vorlegen werde; es nehme die Gerechtigkeit der Versammlung so Anspruch, daß sie darüber nicht urtheile, bis sie eine Kenntniß von der Sache erhalten habe. — Der Berichterstatter Duhlmann, welchem das letzte Wort zukam, hatte dieses dem Abg. Wurm aus Hamb. überlassen. Er verwahrt den Majoritätsantrag gegen den Vorwurf, daß die Sistirung des Truppenabzuges einem Treubruch gleich sehe. Die Ratifikation der Nationalversammlung sei auch dem Gesetze über die Centralgewalt durchaus nothwendig zur Giltigkeit. Wenn man an diesem Gesetze festhalte, so sei das kein Treubruch. Die Centralgewalt sei ignorirt und dadurch herabgewürdigt worden; das dürfe die Versammlung nicht zugeben. Das Ministerium sage, es wolle jetzt die unumwundene Anerkennung des Gesetzes über die Centralgewalt verlangen; das sei aber jetzt zu spät, es hätte frühee geschehen sollen, ehe dasselbe in solcher Weise verletzt worden sei. Es sei nicht zu läugnen, daß die Krone Preußen sich hier einen Uebergriff erlaubt habe, den man nicht zugeben könne. Man könne das ohne Bitterkeit sagen. Preußen sei seit lange her an eine gewisse Hegemonie in Deutschland gewöhnt gewesen und habe sie auch meistens zum Vortheile Deutschlands ausgeübt; von einer solchen Gewohnheit singe man sich nicht so leicht los. Die Aufgabe der Nationalversammlung sei, die Einheit Deutschlands dem Auslande zur Anschauung zu bringen, und sie müsse das Ansehen der Centralgewalt aufrecht erhalten.

Damit wurde die Diskussion geschlossen, und der Präsident beachte nach einem kurzen Streite über die Priorität der Anträge zuerst den Minoritätsantrag, daß die Abstimmung über die Sistirung des Rückzuges der Truppen bis zur Beschlußnahme über den Waffenstillstand überhaupt aufgeschoben werden solle, zur Abstimmung. Das Schicksal dieses Antrages habe ich Ihnen gestern mitgetheilt. Mit demselben war auch über die Existenz des Ministeriums entschieden. Sehr viele der verneinenden Mitglieder bedauerten sehr, daß das Ministerium eine Kabinetsfrage daraus gemacht hatte, obgleich die schwierige Lage nicht zu verkennen war, in welche es sich dadurch versetzt hatte, daß es sich bei der Ausstellung seiner Vollmacht eine Ratifikation nicht vorbehalten hatte. Die Linke hatte so viel Takt, daß sie die Verkündigung des Resultates der Abstimmung ohne eine verletzende Aeußerung des Siegsgefühles aufnahm, was übrigens auch klug war, denn in der That ist es nicht ein Sieg ihrer Partei. Hierauf kam der Majoritätsantrag: „die Nationalversammlung wolle beschließen, daß die militärischen Maßregeln zur Vollziehung des Waffenstillstandes sistirt werden", ebenfalls mit namentlicher Abstimmung mit 238 gegen 221, also mit einer Mehrheit von 17 Stimmen angenommen.

ƒ Frankfurt, 6. Sept. So wäre also das erste deutsche Reichsministerium gestürzt! Es fiel mit Ehren. Und warum fiel es? weil es nicht zugeben konnte, daß ein Waffenstillstand durch Unterbrechung seiner Ausführung verworfen werde, ehe man überhaupt über ihn urtheilen konnte. Eine Frage der Zeit war es, der Zeit von zwei Tagen, um welche die Versammlung das Ministerium stürzte. Das Letztere ist erreicht, das Erstere verfehlt; denn wer soll jetzt in der Zwischenzeit dieser zwei Tage die Ausführung des Waffenstillstandes einhalten? Das abgetretene Ministerium bleibt bis zum Eintritt des neuen nur noch für die laufenden Geschäfte im Amt und kann natürlich den Beschluß, durch den es gefallen ist, nicht vollziehen; das neue, wenn auch noch so rasch gebildet, wird den Beschluß nicht eher ausführen können, bis ohnehin über die Hauptfrage wäre entschieden worden. Nachdem gestern Abend noch das Kabinet sein Amt in die Hände des Reichsverwesers zurückgegeben, hat derselbe, wie ich höre, Herrn Dahlmann rufen lassen. Es wird sich zeigen, ob dieser Mann, der allerdings zu Vielem fähig ist, der Aufgabe sich gewachsen zeigt, gegen den Willen von ganz Norddeutschland den Krieg mit Dänemark fortzusetzen und vielleicht mit halb Europa zu beginnen. Wenn man bedenkt, daß dieser Krieg um eines Waffenstillstandes willen unternommen würde, der dem Frieden nicht vorgreift, der Schleswig und Holstein so ungetrennter Verwaltung beläßt, der dem König-Herzog nicht gestattet, auch nur einen dänischen Soldaten in die Herzogthümer zu senden, der ausdrücklich die Einverleibungsakte Schleswigs in Dänemark, wegen welcher ja allein von Dänemark der Krieg geführt worden, aufhebt, so wird man dem bisherigen Ministerium danken, daß es seine Existenz daran knüpfte, daß dieser Waffenstillstand nicht leichtsinnig gebrochen werde, und die Ausführung des gestrigen Beschlusses wäre ein leichtsinniger Bruch; denn daß der Inhalt des Waffenstillstands noch nicht gehörig hat geprüft werden können, gab der Berichterstatter Dahlmann selbst zu. — Ob es aber nicht dem Waffenstillstande, sondern dem Ministerium gilt? Die Lust zu zerstören, zu stürzen, ist ja so tief in der menschlichen Natur begründet! Welch starke Triebfedern sind nicht verletzte Eitelkeit und Ehrgeiz! Wie Manche auch geben ihre Stimme je nach der Popularität, die sie einbringt, für die Sache, hoffend, die Mehrheit werde ja schon gegen sie stimmen. Schon gleich nach der Sitzung will man Aeußerungen der Reue gehört haben. — Die Sitzung selbst war eine großartige. Nicht Krieg und Frieden allein, das Einigungswerk Deutschlands lag in der Wagschaale. Ob es noch zu Stande kommt? Liegt es nicht in der Möglichkeit, daß, nachdem nun der Sturz des Ministeriums erreicht ist, der Waffenstillstand selbst in den nächsten Tagen genehmigt und damit der Bruch im Innern Deutschlands vermieden wird? Und dann wäre noch möglich, was Herr Bassermann gestern in Aussicht gestellt, daß die Krisis, weil sie zeigt, wie nöthig ein festes Zustandekommen der Verfassung, uns zum endlichen Segen ausschlüge. Ja, so lange das Provisorium dauert, so lange nicht Preußen (und auch Oesterreich) wissen, welchen unmittelbaren Antheil sie an der einstigen definitiven Centralgewalt haben würden, so langn wird man, will man die Sachen nehmen, wie sie nun einmal sind, nicht auf ihre unbedingte Unterwerfung rechnen können. Die Hauptaufgabe ist, aus dem provisorischen Zustande herauszukommen, sie ist die ein-

Digitized by Google

zige Aufgabe. Möchte sie doch allseitig erkannt werden! Hr. Bassermann hat gestern einen desfallsigen Antrag angekündigt; möchte Deutschlands Genius seinen Worten Kraft verleihen! — Interessant war die Mittheilung dieses Redners in der gestrigen Sitzung, wie, nach eingelaufenen Nachrichten, in Kopenhagen von den Ultradänen wegen des Waffenstillstands derselbe Sturm gegen die dänische Regierung losgebrochen, wie in Frankfurt gegen das Reichsministerium. Dort, weil der Waffenstillstand zu sehr im Interesse Deutschlands, hier, weil er zu sehr im Interesse Dänemarks sei. Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn wegen dieses selben Waffenstillstands auch in Kopenhagen das Kabinet stürzte. Und warum nicht? Können doch die Ultradänen fragen: warum heben wir die Blokade auf? warum geben wir 12 Millionen deutsches Eigenthum heraus, warum willigen wir in die Aufhebung der Einverleibungspunkte Schleswigs in Dänemark, wenn uns dafür Nichts wird, als ein Personenwechsel in der Regierung der Herzogthümer? Warum lassen wir zum Fahrt des deutschen Handels die deutschen Schiffe wieder einziehen in die deutschen Häfen, wenn dafür nicht ein dänischer Soldat einziehen kann in die Herzogthümer, die doch immer noch dem Dänenkönige unterthan? He. Dahlmann mag es verantworten, daß er diesen Thatsachen entgegen mit der ganzen Wucht seiner Rede alle Leidenschaften zu entflammen nicht verschmähte. Daß er, nachdem die große Berathung den Abgrund gezeigt, vor dem man steht, auf sein letztes Wort als Berichterstatter verzichtete, war vielleicht schon die Wirkung seines Gewissens. Will er nicht als frei aber unfähig gelten, so muß er jetzt die Leitung der Geschäfte übernehmen, das ist politische Pflicht. Die Abgetretenen scheinen sich vollkommen bewußt zu sein, die ihrer erfüllt zu haben, wenigstens war ich nach der Sitzung Zeuge ihrer heiteren Stimmung. Im hiesigen Bürgerverein speisten sie zusammen, eine Menge Mitglieder sammelte sich nach und nach um die Männer, die es für Pflicht gehalten, ihr Schicksal an das des Vaterlandes zu knüpfen; aber ihre heitere Stimmung kontrastirte mit der unseren, die sich des tiefsten Ernstes und der bangsten Ahnung nicht erwehren konnte.

Schweiz.

Basel. Man liest in der Basl. Z. Nachstehendes: Nächster Tage wird das benachbarte Muttenz um eine Celebrität ärmer werden. Der berühmte Einsiedler wird, Europa müde, seine Wanderung nach dem Lande der aufgehenden Freiheit und Civilisation antreten. Die Reise über die See macht Dr. Hecker in Begleitung des amerikanischen Konsuls in der Schweiz, Hrn. Gaudin, welcher Basel bereits verlassen hat. Die Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung: Itzstein, Zitz, Titus und Trützschler, sowie S. Metternich von Mainz, hatten sich letzten Sonntag noch zu einem Abschiedsbesuche bei ihrem Freunde in Muttenz eingefunden.

Belgien.

Brüssel, 3. Septbr. Gestern Abend ist Baron Drachenfels hier eingetroffen, um den Amtsantritt des Reichsverwesers zu notificiren. (Nach. Z.)

Großbritannien.

London, 3. Septembre. In der vorgestrigen Sitzung des Unterhauses richtete Lord D. Stuart an den Minister des Auswärtigen eine Frage über die Besetzung der Donaufürstenthümer durch russische Truppen, wobei er bemerkte, daß bei einer früheren Gelegenheit der Minister des Auswärtigen den Abzug der russischen Observationstruppen in nahe Aussicht gestellt habe. Lord Palmerston erwiderte im Wesentlichen: wie ich vermuthe, sind die russischen Truppen auf Ersuchen des Hospodars eingerückt, ohne dazu von Petersburg aus Befehl erhalten zu haben; und in der That, ich glaube, daß, als das Ereigniß in Konstantinopel bekannt wurde, der russische Gesandte dem russischen General die Weisung zum Abzuge ertheilte. Seitdem allerdings kamen Befehle von Petersburg, dahin lautend, daß die russischen Streitkräfte bis auf Weiteres bleiben sollen. Neue an mich gelangte Mittheilungen enthalten die Versicherung, daß die russischen Truppen einzig und allein deßhalb eingerückt sind, um die gestörte Ordnung wieder herzustellen. Eine bestimmte Frist für ihr Dortbleiben ist allerdings nicht gestellt. Unzweifelhaft steht auch Rußland als Schutzmacht zu jenem Lande in einem Verhältniß, welches das Ereigniß in einem ganz anderen Lichte zeigt, als wenn die Truppen in ein Land eingerückt wären, mit dem Rußland in keinem solchen Verhältniß stände. Ich habe Grund zu glauben, daß die Aufrechthaltung des Ansehens des Hospodars die einzige Absicht der russischen Regierung ist, und daß der Besetzung der Fürstenthümer kein Objekt des Angriffs oder der Vergrößerung zum Grunde liegt. — In derselben Sitzung zeigte Lord Palmerston auf eine Frage Hume's an, daß er in der Morgenfrühe eine Abschrift des Waffenstillstandsvertrags zwischen Dänemark und Deutschland erhalten habe, und daß, wie er glaube, die Ratifikation des Vertrags am 31. August zu Lübeck erfolgt sein werde. Hume, wie Hr. Disraeli einer der Hauptinterpellanten und Kontraleure der Minister, richtete ferner an den Sekretär im Ministerium der Kolonien, Hrn. Hawes, eine Frage in Betreff der Vancouvers-Insel, deren Abtretung an die Hudsonsbaygesellschaft von der Regierung beabsichtigt wird. Dieser Plan findet in der Zeitungspresse wie im Parlament großen Tadel und Widerspruch; man mußt auf die Wichtigkeit und Bedeutung aufmerksam, welche die Westküste von Amerika in vielleicht nicht zu ferner Zeit erlangen wird und muß; daher wäre es Thorheit, ein auch sonst schätzbares Eiland hinzugeben, welches, wie der Sun bemerkt, dereinst in kommercieller Hinsicht das Tyrus und in militärischer das Gibraltar oder la Vallette der neuen Welt zu werden verspricht.

Frankreich.

Paris, 4. Sept. (Frühsitzung der Nat.Vers. vom 4. Sept.) Vorsitzender: Arm. Marrast. Die Sitzung wurde um 11 Uhr eröffnet. An der Tagesordnung ist das Dekret über die Festsetzung der Arbeitsstunden. Vor derselben ergreift Hallonx das Wort, (er ist Legitimist und Mitglied der Reunion Poitiers) — er interpellirt das Ministerium über die Verzögerung, die der Vorschlag Lamants über eine Untersuchung wegen royalistischer Umtriebe erleide. Die letzte Rede Cavaignacs mache es umumgänglich nothwendig, daß auch in dieser Hinsicht Licht werde und alle Verdächtigungen und unbegründeten Anklagen endlich aufhörten. General Cavaignac habe ziemlich deutlich die legitimistische Partei verbrecherischer Umtriebe gegen die Republik angeklagt, wenn dieser Vorwurf begründet sei, so müsse die Gerechtigkeit einschreiten, aber man dürfe nicht einen Theil der Versammlung verdächtigen, denn gerade jetzt, wo die Diskussion der Konstitution beginne, sei es nothwendig, daß Jedermann seine Ansicht frei aussprechen könne, ohne daß man bei ihm eine arrière pensée voraussetze. General Cavaignac entgegnet, was er gesagt habe, halte er aufrecht, aber er erkläre, daß er wohl von Feinden der Republik gesprochen, aber weder eine besondere Partei noch bestimmte Personen verdächtigt habe. Er citirt nun einige Angriffe der exaktianären Journale gegen die Republik, namentlich die Aeußerung der Gazette de France: „Frankreich könne nicht glücklich sein, wenn die Republik nicht unten und die Monarchie nicht oben sei.“ Diese Angriffe haben ihm klar genug als von Feinden der Republik herrührend geschienen, und von diesen habe er gesprochen, gegen diese werde er handeln, jeden Versuch, die Republik zu stützen, werde er energisch und ohne Rücksicht bekämpfen. — Die Versammlung geht zur Tagesordnung über. Das Arbeitskomité hat vorgeschlagen, daß die Zahl der Arbeitsstunden zwölf nicht übersteigen dürfe, und daß die industriellen Schiedsgerichte die Macht haben sollen, bei sehr anstrengenden oder der Gesundheit nachtheiligen Industrieen dieses Maximum noch beschränken zu können. Jean Fauchee spricht gegen diese neue Fassung, er sieht darin einen versteckten Socialismus, den er mehr fürchte, als den offenen Socialismus, der die Familie und das Eigenthum abschaffen wolle. Der Minister des Innern Senard weist Hrn. L. Faucher wegen seiner Uebertreibungen und Verdrehungen zurecht. Der Grundgedanke der Regierung sei folgender: Sie wolle sich nicht in den industriellen Vertrag zwischen Patron und Arbeiter mischen, aber sie werde nie ihren Schutz irgend Etwas leihen, das inhuman und unbillig sei. Daher müsse sie ein Maximum der Arbeitszeit festsetzen, so wie sie hundert andere Verfügungen und Grenzen in Hinsicht der Gesundheitspolizei, der öffentlichen Ordnung u. s. w. festsetze. Er erhebt sich mit Unwillen gegen den so hoch gepriesenen Lehrsatz der national-ökonomischen Schule: Laissez faire, laissez passer! Halte man nicht den Selbstmörder von seiner That ab und habe man nicht gleiche Pflichten gegen die Gesundheit, wie gegen das Leben des Menschen? Darum aber bestehe die Regierung auf der Feststellung eines Maximums der Arbeitszeit. Der Minister beschwert sich darüber, daß man die gehässige Taktik gebrauche, jede Maßregel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, als Socialismus, als einen Angriff gegen die Familie und das Eigenthum zu verdächtigen. (Lebhafter Beifall). Alkan spricht für den Vorschlag, er sei nicht Kommunist, aber er habe die socialen Systeme alle mit Unparteilichkeit studiert und gefunden, daß sie Alle gute Sachen enthalten, daß aber keines noch in seiner absoluten Bestimmtheit ausführbar sei. Sei dies aber ein Grund, darum den Socialismus unbedingt zu verwerfen, wie es hochmüthigerweise die national-ökonomische Schule thue. Nein, der Socialismus liefere die Kritik der Gebrechen der Gesellschaft; und kenne man einmal das Uebel ge-

Digitized by Google

nau, so werde man auch die Mittel zur Heilung finden, und durch den Socialismus werde man endlich dahin gelangen, daß der unselige Krieg zwischen dem Patron und dem Arbeiter aufhöre. Im Laufe seiner sehr interessanten Rede erzählt Herr Alkan, mit Beweisen an der Hand, daß es in Lille und andern Städten Fabriken gebe, wo die Arbeiter 17 Stunden täglich arbeiten müssen.

In der Nachmittagssitzung handelte es sich nur darum, ob die Versammlung, ehe sie sich trenne, auch noch die organischen Gesetze vornehmen oder diese Sorge einer späteren legislativen Korporation überlassen solle. Die Rechte trug auf Vertagung der Debatte an, was jedoch verworfen wurde. Ueber die Entscheidung selbst morgen das Nähere.

Die kriegerische Proklamation, die Karl Albert am 28. August aus Alessandria an seine Armee gerichtet hat, gibt den Kriegsgerüchten neuen Bestand. Er erklärt darin, daß er sogleich nach Ablauf des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten wieder beginnen werde, wenn bis dahin nicht ein ehrenvoller Friede, auf der Basis der vollständigen Unabhängigkeit Italiens, zu Stande gekommen sei. — Der Courier français kündigt die Errichtung eines Lagers von 5 Divisionen bei Metz an.

Das Gerücht, daß die Minister Senard und Marie abtreten und durch zwei Repräsentanten aus der reinen republikanischen Linken ersetzt werden sollen, gewinnt immer mehr an Bestand. Es bestätigt sich, daß Cavaignac entschieden mit der Rechten gebrochen hat und jede Allianz mit der Partei Thiers-Odillon-Barrot verschmäht. Die Reunion du Im rue Poitiars ist über die letzte Rede Cavaignacs wüthend, und es wird bei der nächsten Gelegenheit in der Nationalversammlung zu einer entscheidenden Schlacht kommen. Wahrscheinlich geschieht dies über Laurents Antrag, eine Untersuchung gegen die royalistischen Umtriebe einzuleiten.

Italien.

Mailand. Durch Verfügung von F.-M. Radetzky vom 1. Sept. wird an die Stelle des Fürsten von Schwarzenberg, der eine andere Mission erhalten hat, der F.-M.-Lieut Frhr. von Wimpffen zum Militärgouverneur von Mailand ernannt.

Ungarn.

Fiume, 31. Aug. Ein Schreiben von hier in der Allg. Z. meldet in Kürze, daß am 30. Aug. 1000 Grenzer und Rothmäntel eingerückt waren und die Stadt im Namen des Kaisers oder vielmehr des „Königs von Kroatien“ besetzt hatten. In einem Schreiben v. 30. Aug. heißt es ferner: Um 10 Uhr langte auch der Graf von Bugenwatz mit drei anderen Banalkommissären an, welche den Gouverneur Geasen Erödy aufforderten, Fiume zu verlassen. Auf seine Einwendung, daß er sich nur einem höhern Befehle fügen könne, wurde ihm bedeutet, daß man Gewalt gebrauchen müßte, welcher die Stadt keinen Widerstand zu leisten vermöchte.

Preßburg, 30. August. Der gestrige Abendtrain der ungr. Centraleisenbahn brachte uns aus Wien folgende wichtige Nachricht: Das Wiener Ministerium hat die Ausfuhr der Waffen nach Ungarn verboten. (Preßb. Z.)

Agram. Die Preßburger deutsche Zeitung bringt die Nachricht, daß polnische Bauernschaaren über die Karpathen nach Ungarn eingefallen wären, um ihre Stammgenossen gegen die Magyaren zu unterstützen. Der Umstand, daß die Gegend von Unghvar dabei genannt wird, läßt vermuthen, daß es ein Aufstand der russinischen Hutzulen sei. Sollte sich dieser Umstand bewähren, so wäre er von furchtbarer Wichtigkeit.]

Rußland.

St. Petersburg, 27. August. Der Kaiser hat folgendes, nicht eben nach Annäherung an Frankreich schmeckendes Schreiben an den österreichischen Feldmarschall Grafen Radetzky gerichtet: „Nachdem Wir mit steter Aufmerksamkeit den Bewegungen der Truppen gefolgt waren, welche Ihrem Oberbefehl zur Aufrechthaltung der legitimen Rechte Ihres Monarchen anvertraut sind, und nun Kunde erhalten haben von den glänzenden Siegen, die Sie bei Sommacampagna und Custozza erfochten, haben Wir es für gerecht erachtet, Sie zum Ritter der 1sten Klasse des Ordens des heiligen Großmärtyrers und Siegbringers Georg zu ernennen, dessen Insignien Wir Ihnen hierbei übersenden. Indem Wir durch diese höchste militärische Auszeichnung in unserm Reiche einen neuen Beweis Unserer ausgezeichneten Anerkennung Ihres langjährigen und ruhmreichen, durch so glänzende Waffenthaten bezeichneten Dienstes zu bekunden wünschen, verbleiben Wir Ihnen für immer wohlgewogen. (gez.) Nikolaus. Peterhof, den 19. August 1848.“

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[780]¹ **Erbvorladung.**

Nr. 3152. Karl Gunter, Schmiedmeister und Bürger von Kenzingen, welcher im Frühjahr 1848 nach Amerika ausgewandert, ist auf das Ableben seiner ledigen Schwester Waldburga Gantee hier zur Erbschaft berufen. Da aber dessen Aufenthalt unbekannt, so wird derselbe anmit aufgefordert, sich

binnen drei Monaten

a Dato dahier zur Erbtheilung einzufinden, widrigens die Erbschaft lediglich denjenigen werde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Kenzingen, 1. Sept. 1848.

Großh. Bad. Amtsrevisorat
Jingnon.

1781]¹ **Erbvorladung.**

Nr. 4634. Durch das am 26. Januar d. J. erfolgte Ableben des Bürgers u. Wittwers Michael Radler von Schelingen ist dessen Sohn Karl Radler als alleiniger Erbe zum Nachlasse mit 469 fl. 39 kr. berufen.

Karl Radler ist jedoch im Jahr 1839 angeblich nach Amerika im ledigen Stande ausgewandert und hat seitdem keine Nachricht mehr gegeben.

Da nun dessen Aufenthalt unbekannt, so wird derselbe aufgefordert, sich innerhalb

drei Monaten

anher schriftlich oder persönlich zu melden, oder durch einen gehörig Bevollmächtigten anmelden zu lassen, widrigenfalls das Erbe denjenigen zugetheilt würde, welchen es zufiele, wenn er zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Breisach, 3. Sept. 1848.

Großh. Bad. Amtsrevisorat:
Retff.

[782]¹ **Oeffentliche Vorladung.**

Nr. 27315. Barbara Mösch u. Anton Mösch von hier, welche sich schon vor 40 bis 50 Jahren von Hause entfernt und keine Nachricht mehr von sich gegeben haben, werden aufgefordert binnen Jahresfrist sich hier zu melden und über ihr zurückgelassenes Vermögen zu verfügen, widrigenfalls solches ihren muthmaßlichen Erben in fürsorglichen Besitz übergeben werden würde.

Offenburg, 31. Aug. 1848.

Großh. Bad. Oberamt:
v. Tenffel.

[783]¹ **Ausschlußerkenntniß.**

Nr. 13,486. In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Vermögensmasse des Ackerwirths Kunrad Beck von Stebbach, Forderung und Vorrecht betr., wird anmit zu Recht erkannt:

Alle diejenigen Gläubiger, welche ihre Ansprüche an die vorhandene Vermögensmasse heute nicht angemeldet haben, werden damit von derselben anmit ausgeschlossen.

V. R. W.

So geschehen Eppingen, 1. Sept. 1848.

Großh. Bad. Bezirksamt:
Müller.

[784] **Oeffentliche Vorladung.**

Nr. 14,899. In Sachen der Ehefrau des Moses Hamburger von Sennfeld, Klägerin, gegen ihren Ehemann Moses Hamburger von da, Vermögensabsonderung betreffend hat die Klägerin heute folgende Anklage dahier erhoben:

Ich habe mich im Jahr 1827 mit meinem Manne verehelicht und bezüglich unserer ehelichen Vermögensverhältnisse unter 3. Aug. desselben Jahres einen Ehevertrag abgeschlossen, in welchem nach §. 2 die gesetzliche Gütergemeinschaft unter uns bedungen wurde. Mit Rücksichtsnahme auf die Vermögensaufnahme und Abtheilung der Mutter meines Mannes, gefertigt im April 1827 brachte dieser die in der fraglichen Inventur verzeichneten Liegenschaften und Fahrnisse, im Anschlag von 246 fl. 26 kr. ein, worauf aber 111 fl. Schulden hafteten, die er zu übernehmen hatte, so daß sein ganzes Beibringen in 135 fl. 26 kr. bestand, worauf aber noch die Verbindlichkeit ruhte, dem Vater meines Mannes den Sitz im Hause zu gewähren und ihn lebenslänglich zu verpflegen. Mein Einbringen behauptet nach §. 4 des erwähnten Ehevertrages in 894 fl. 41 kr. baarem Gelde, welches aber für verliegenschaftet erklärt werde. Mein Mann hat sich nun im letzten Frühjahr heimlich von Hause entfernt und ist wahrscheinlich nach Amerika ausgewandert. Seither werde ich nun von mehreren Gläubigern desselben mit Zahlung von Schulden gedrängt, welche Forderungen im Betrage von 167 fl., alle schon gerichtlich gegen mich geltend gemacht wurden. Da diese jetzt schon das Beibringen meines Ehemannes übersteigen und voraussichtlich noch mehr Schulden gegen denselben herauskommen dürften, so steht mein Heirathsgut in Gefahr und die zerrütteten Verhältnisse meines Mannes lassen befürchten, oder liefern vielmehr jetzt schon den Beweis, daß sein Vermögen nicht hinreicht, mir mein Beibringen zu ersetzen. Ich sehe mich deßhalb gestützt auf L. R. S. 1443 veranlaßt auf Vermögensabsonderung anzutragen, und bitte nach gepflogener Verhandlung zu erkennen:

Das von mir in der Ehe eingebrachte Vermögen von 894 fl. 41 kr. sei von jenem meines Mannes abzusondern und dieser in die Kosten des Streites zu verfällen.

Hierauf ergeht der

Beschluß:

Wird Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf Mittwoch den 27. Sept. d. J.

Vormittags 9 Uhr auf diesseitiger Amtskanzlei angeordnet, wozu beide Theile vorgeladen werden, der Beklagte, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, auf diesem öffentlichen Wege, und mit dem Anfügen, daß bei seinem Nichterscheinen das Thatsächliche der Klage für zugestanden angenommen und er mit jeder Schutzrede ausgeschlossen würde.

Adelsheim, 23. Aug. 1848.

Großh. Bad. Bezirksamt:
Ruber.

vdt. Walz.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Effner 6 King., 22 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Alexander in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 25 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer vierspaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 246. **Heidelberg,** Freitag 8. September. **1848.**

Uebersicht.

Die dänische Frage und der Ministerwechsel. — **Wien** (Verhandlungen des Reichstages. Schwarzer reicht seine Entlassung ein). **Berlin** (Verhandlungen des verfassunggebenden Landtags. Der Beschluß vom 9. Aug. und das Staatsministerium. Waffenstillstand mit Dänemark. Min.-Pr. Auerswald über den Waffenstillstand). Vom Neckar (ein Blick in die Entstehung des dänischen Waffenstillstands). **Kiel** (Beschlüsse der Landesversammlung). **Altona** (die Persönlichkeiten der neuen Regierung. Unruhige Auftritte. Die desgnirten Regierungsmitglieder lehnen ab). **Hamburg** Ernennung eines preuß. Kommissärs in Kopenhagen. Verändertes Beschluß des Kollegiums der Sechziger). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Die angebliche franz. Note. Der Neckarkorrespondent).

Großbritannien. Die Reise Lord J. Russells und Lord G. Bentincks nach Irland.

Frankreich. **Paris.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Duprats Vorschlag angenommen. Rede Pierre Lerour über die gesetzgeberische Weisheit Frankreichs. Die Journale. Tallenay zum Geschäftsträger in Frankfurt ernannt.

Beilage *). **Frankfurt.** Die letzten Vorgänge in der Paulskirche. Trübe Aussichten für die jüngsten Beschlüsse. Die Stimmung. Ansätze des neuen Ministeriums. **Italien.** **Mailand.** Das österr. Briefgeheimniß.

8. September.

Die Beschlüsse in Frankfurt sind eine Ueberraschung, die alle Diskussion zu nichte macht. Dahlmann sagte neulich, man habe die provisorische Regierung in Schleswig wie Verbrecher behandelt, man habe ihr nicht einmal Anzeige der Bedingungen gemacht. Wenn dem so ist, so ging es dem ganzen Deutschland nicht besser. Allenthalben wußte man, daß ein Stillstand geschlossen war, aber man hatte keine sichere Nachricht von den Bedingungen. Da kommt uns plötzlich, ehe die Presse gesprochen, ehe die öffentliche Meinung sich ihr Urtheil gebildet, das Urtheil, das der Leitstern ist für jede gesetzgebende Versammlung, ehe die Nationalversammlung selbst ein geordnetes Material nach allen Seiten hin geprüft — es kommen uns mit den Prämissen schon die Schlüsse zu, und wahrlich, sie sind nicht die reife Frucht, die sich zu freudiger Ueberraschung von selbst vom Baume löst! Was das Erste sein sollte, sein mußte, die allseitige kalte Erwägung der Bedingungen, ihre Vergleichung mit den Forderungen Deutschlands, mit der Lage der Welt, mit dem Gebot der Kraft und dem der Klugheit, das ist, wir müssen es aussprechen, fast ganz übersehen und übergangen worden, um statt dessen im Augenblick der Krise ein Ministerium zu stürzen.

Die trübsten Berichte kommen uns von Frankfurt zu; Klagen des edelsten patriotischen Gefühls, daß die Nationalversammlung ohne Vorbereitung, im ungünstigsten Augenblicke, von den schwächsten Händen gedrängt und geleitet, den Weg der Revolution eingeschlagen habe. Der Revolution! Heißt das der Verwirrung, der anarchischen Umkehr aller Verhältnisse, des Kampfes der aufgewiegelten Einzelstämme, gegen ihre Regierungen oder gegen die Nationalversammlung, zu Gunsten der Einheit oder der Zersplitterung? Oder bedeutet es die großartige Erhebung eines gesammten Volkes, um fremder Anmaßung mit gesammter Kraft zu wehren? Kann es das Letztere heißen, wenn große Stämme sich lossagen, wenn vierzehn Stimmen entscheiden, wenn der Beschluß zur Erhebung den so lang, so schön vermiedenen Zwiespalt unter die Glieder der Versammlung wirft?

Wir sind weit entfernt, die Lage der Dinge so trüb anzusehen; wir können und werden so rasch an der so glänzend bewiesenen Besonnenheit der Nationalversammlung nicht verzweifeln. Wir wollen unsern ruhigen Standpunkt benutzen, der uns vielleicht vor der Illusion des Moments, vielleicht vor der Anschauung der furchtbaren Wahrheit noch eine Zeit lang schützt, wir wollen die Lage besprechen, als wäre keine Umkehr der Dinge geschehen, kein ganz neuer Weg betreten. Wir wollen den Ministerwechsel ins Auge fassen, und was sich daran knüpft. Mag es ein verlorner Tropfen in den Wogen des Tages sein, so ist es doch erfüllte Pflicht.

Dahlmann, hören wir, ist mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Wie ist die Lage der Parteien? Die Rechte war in der Minorität, das rechte Centrum getheilt, das linke Centrum und die Linke in der Majorität. Dahlmann wird entweder aus einem Theil des rechten Centrums allein sein Ministerium bilden oder sich mit dem linken Centrum in Verbindung setzen müssen. Die Ansicht über die Gewalt der Nationalversammlung, über ihr Verhältniß zu den Einzelstaaten, namentlich zu Preußen, wie sie hier in der entschiedenern Fraktion herrscht (und diese muß ans Ruder kommen, denn die minder entschiedene tritt soeben ab), kann nicht die Ansicht Dahlmanns sein; der Mann der rechtlichen Entwicklung kann mit Kampf und Bruch Nichts zu thun haben. Selbst das Zusammenteffen in der äußern Politik kann nur ein äußerliches sein; er sieht dabei zuerst auf Schleswig, dann auf's ganze Deutschland, die Andern sehen nur nach Innen.

Aber wenn das Ministerium gebildet ist, was ist seine erste Aufgabe?

Der Krieg. Zunächst der Krieg mit Dänemark. Mitten in die Bildungskrisis eines Kabinets, in die Geburtswehen einer sich organisirenden Regierung, fällt die Vorbereitung zum Krieg. Und wird das gesammte Deutschland das schwere Werk mit unermüdlichem Beistand erleichtern? Wir werden es nicht glauben, wir wollen es nicht glauben, daß Preußen, Hannover und die andern nordischen Staaten ihre Bundeshilfe versagen. Aber wenn ihre physischen Kräfte zu Gebote stehen, die moralische wird fehlen, der frohe Muth, der freudige Wille, das Gewicht Preußens als historische Macht ist verloren; denn als Regierung, als Macht hat man es ja vor den Augen der Welt herabgewürdigt. Und Oesterreich? Man vergesse nicht, daß es sich in sich selbst zusammenzieht, sich nach langer Zerrüttung kräftigt, daß es den gefährlichsten Krieg im Süden erwarten muß, daß es, nach Wessenbergs Erklärung, auf Ruhe, auf friedliche Beilegung im Norden gerechnet hat. Wird ein weiterer Krieg außer dem dänischen ausbrechen? Die Linke glaubt es nicht; wir lassen es dahingestellt. Aber wenn es in seiner Wirkung eins wäre, wenn es gleich angerechnet würde bei den auswärtigen Völkern und Staaten, Krieg oder kriegerische Politik? Die Nationalversammlung, die den Waffenstillstand verwarf, das Ministerium, das in Folge dieses Beschlusses sich bildet, erklärt sich vor dem Ausland, in vielen Augen als revolutionär, in allen als kriegerisch. Es kommt nicht darauf an, ob dies wahr ist, sondern ob es allenthalben geglaubt wird. Und wer darf dies bezweifeln schon nach den bisherigen Stimmen von Außen, nach der Stimmung der Zeit, die (wir meinen die Menschen, nicht die Völker und Staaten) einen ungesuchten Krieg vergibt, vielleicht sogar begünstigt, aber jede, scheinbar oder wirklich, absichtliche Kriegspolitik verdammt? Gunst hat auswärts unser dänischer Krieg nie genossen; er bedurfte ihrer auch nicht, aber die Gefahr muß in jedem Fall ins Auge gefaßt werden. Man spricht davon, daß Rußland und England sich verständigen in der Türkei, in der dänischen Frage. Wenn dies richtig wäre, so geschieht es von England sicher ungern, aber zu dem Zweck, den Frieden unbedingt zu erhalten. Lord **Palmerston** hat sich bisher streng in der Rolle eines Vermittlers gehalten, obgleich die Presse und die Opposition im Parlament ihn weiter drängten; die Verwerfung des Stillstandes, des friedlichen Weges, der Vermittlung, wird mit den

*) Einem Theile unserer geehrt. Abonnenten wird die Beilage schon gestern zugekommen sein. D. R

Times und Hrn. d'Israeli zusammenwirken. Die Stimmung Rußlands und Frankreichs ist zu bekannt, um darüber Etwas zu sagen.

Nicht Krieg allein ist es, was von Seite der Großmächte zu fürchten wäre, sondern ebenso, und vielleicht noch mehr, die Einmischung durch Kongresse. Man kennt dies beliebte Spiel der vereinigten Mächte, durch friedlichen Zwang, ohne die Unkosten eines Kriegs, eine lästige Frage zu beseitigen. Dagegen gibt es ein sicheres Mittel: keinen Vorwand, keine Handhabe zu geben. Die Vermittlung Englands ist auf ehrenvolle Weise dargeboten; indem wir sie annehmen, tritt England aus der Reihe der andern Mächte heraus, ein abgesonderter Kreis ist gebildet, in dem wir, ohne daß Jemand Recht und Vorwand zur Einmischung hätte, unser Recht auf dem Wege der Unterhandlung durchsetzen. Die Trennung der Fragen ist von unserer Seite Axiom, wie von Seite der Großmächte ihre Verbindung. Solches Verfahren wird sicher respektirt, denn ihm steht die öffentliche Meinung zu Seite, die im Jahre 1848 die erste Großmacht ist, mächtiger als die ganze Liga der andern.

Die Männer der Linken werden freilich gegen die Kongreßpolitik ein anderes Mittel wissen, die allgemeine Revolutionirung. Daß wir anderer Meinung sind, versteht sich; ohne revolutionäre Ueberstürzung hätte es nie eine Kongreßpolitik gegeben. Aber wenn die allgemeine Erhebung wirklich noch das letzte Rettungsmittel wäre, würden die Männer der Linken dann die echten Führer sein, die Armeen aus der Erde stampfen, die das Land in ein Lager verwandelu, das begeisterte Volk um sich schaaren und nach Innen und Außen mit eiserner, aber wohlthätiger Hand das Ruder führen? So oft, mit so guter Absicht wurde in diesen Spalten gewarnt vor Ueberstürzung, vor übereilter Vergeudung der edelsten Kräfte, damit sie im rechten Augenblick der Noth nicht fehlten. Wir glauben diesen Augenblick der Noth nicht gekommen, noch liegt der ebene Weg vor dem klaren Blick; aber wenn er gekommen wäre, ist die allgemeine, dämonische, unwiderstehliche Kraft des Widerstandes im rechten Maß vorhanden? Wir hoffen es, aber die Antwort auf diese Frage kann mindestens nicht mit der Einstimmigkeit, mit der Sicherheit gegeben werden, die eine allgemeine Erhebung fordert, und die in dem Beschluß der Nationalversammlung vermißt wird. Und wenn ein Versuch mißlänge, wenn ein Ministerium der Kraft nach wenig Wochen an seiner Schwäche schmählich scheiterte, dann wären auch die Folgen eines jeden revolutionären Anstoßes unvermeidlich: der Rückschlag zum andern Extrem. Was man jetzt bekämpft, könnte dann plötzlich zum Sieg gelangen, und eine ministerielle Kombination eben so weit nach Rechts hinrücken, wie jetzt vielleicht nach der Linken. Dies könnte sogar nicht zu den entferntesten Möglichkeiten gehören. Die Sache des Vaterlandes, das Ganze der Geschäfte müßten dann diese Kämpfe der Parteien büßen.

Oder sehen wir zu weit, sollte sich die entscheidend angekündigte Krisis mit einer geringeren Veränderung zufrieden stellen? Auf diesen Gedanken werden wir gedeacht durch den von den andern Majoritätsrednern sehr abweichenden Ton eines Redners, den das Gerücht wohl mit Recht für bedeutend genug hält, um ihm eine wichtige Stelle im neuen Kabinet anzuweisen. Es war ein Ton wohlwollender Nachsicht gegen Preußen, den wir weder diesem Staate gegenüber passend finden, noch der Sache der Einheit und Einigkeit für förderlich halten. Sollte dies andeuten, daß mit dem neuen Ministerium das Verhältniß zwischen dem Centralpunkt und den Einzelstaaten, besonders Preußen, nicht so wesentlich sich ändern solle, daß auf eine Modifikation, auf ein Mehr und Minder von Kraft, auf einen Wechsel der Personen, die ganze so mächtig angekündigte Krastentwickelung hinauslaufen werde? Im Interesse der Würde und des moralischen Gewichts, deren unser politisches Leben jetzt am wenigsten entrathen kann, würden wir dies aufs Tiefste beklagen.—

Wir haben zusammengereiht, was in diesen wichtigen Momenten, unter dem Eindruck der sich folgenden Nachrichten, vor unsern Gedanken vorüberging. Wie wiederholen, daß wir die Dinge nicht so trüb ansehen können, als die ersten Nachrichten sie schilderten, und die neuesten Berichte aus Frankfurt bestärken uns darin. Der Weg zum ruhigen und klaren Handeln ist noch niegends versperrt, wenn man nur eben die Ruhe und Klaeheit bewahrt. Möge man nie vergessen, daß besonnenes, langsames, geduldiges Vorbeingen, friedliche Reform und gegenseitige Achtung und Schonung dem deutschen Charakter wie den deutschen Verhältnissen am meisten entspricht, und daß es in diesen nirgends auf Herrschaft, sondern auf Einheit ankommt, eine Einheit, die angebahnt und vorbereitet ist, für die der beste Wille allenthalben herrscht, die aber nur allmählich, nicht ohne Prüfungen und nicht ohne Glückswechsel ins Leben zu führen ist.

Oesterreich. ** Wien, 1. September. In der heutigen Sitzung waren nur zwei Interpellationen von allgemeinem Interesse. Dr. Brauner interpellirt den Justizminister Bach: Bekanntlich sind in Prag in Folge der Junivereignisse Ausnahmszustände eingetreten; so die Suspendirung der gewöhnlichen Strafgesetze, die Zusammensetzung eines Kriegsgerichts, vielleicht selbst ohne Autorisation der obersten Exekutivgewalt, Verhaftung auf die unbedeutendsten Denunciationen hin, wegen eines anstößigen Rockes, einer auffallenden Mütze. Durch die Verfügungen des gegenwärtigen Ministeriums nahmen diese Zustände wohl ihr Ende, indem die Untersuchung den gewöhnlichen Strafgerichten überwiesen wurde. Vor sechs Wochen schon trat die Untersuchungskommission zusammen, und während in Frankreich in acht Tagen 3000 inhaftirte Individuen abgeurtheilt waren, sitzen von 41 Personen in Prag noch heute 38 gefangen und sind ihres Urtheils gewärtig. Ich frage, ob und was geschehen ist, um dieser nicht zu rechtfertigenden Justizverzögerung ein Ende zu machen, ferner welche Maßregeln ergriffen wurden, um jenen Personen, darunter Familienväter und Ehrenmänner, deren Ehre und Privatkredit angegriffen und erschüttert wurde, wenigstens eine Sühne zu gewähren für ein Unrecht, das ihnen zugefügt wurde durch die Uebereilung eines Generals, der das patitische Fett betreten und nur nervenschwachen Leuten böse Träume von Proskriptionen, Nationalitätenkampf, und weiß Gott was noch Alles verursachte? Justizminister Bach versichert, daß er wiederholte Aufträge zur Beschleunigung des Justizverfahrens gegeben habe, und es seien demzufolge nur noch 28 Personen in Untersuchung, das Ministerium habe auch gestern Berichte vom dortigen Appellationsgerichte erhalten, daß dieser Tage die Untersuchung geschlossen werde. Schließlich versichere er, daß das Ministerium durchaus keine Tendenzprozesse beabsichtige, und werde dort wie hier und überall im vollsten Geiste der Konstitution verfahren. (Beifall.) — Abg. Herzig fragt, was das Ministerium doch hinsichtlich der Provinzialtaxblage und deren Anerkennung, so wie Betreffs der gefaßten Beschlüsse angeordnet, oder ob es deren Entscheidung dem Konstitutions-Ausschusse zugewiesen habe? Minister Doblhoff bemerkt aber hierauf ganz kurz, daß das Ministerium hierin keineswegs den Beschlüssen der h. Reichskammer vorgreifen wolle.

Wien, 3. Sept. Gestern hat Hr. v. Schwarzer wegen eines Konfliktes mit Hrn. Bach über die Kompetenz des Reichstages seine Entlassung gegeben. Doblhoff hat erklärt, daß er ebenfalls austreten werde, wenn diese Demission angenommen werden sollte. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß wie bis morgen beide Entlassungsannahmen angenommen und das Ministerium rekonstruirt sehen werden. Man spricht von Schmerling, doch erfahren wir von anderer Seite, er werde nicht annehmen. Noch ist Stadion unmöglich. Die demokratische Demonstration ist bei Abgang der Post (4 Uhr) auf keine Schwierigkeit gestoßen.

Die Allg. Z., der wir diese Notiz entnehmen, setzt hinzu: Einige Korrespondenzen bezeichneten schon seit einiger Zeit den Hauptmann Möring — Mitglied des Frankfurter Parlaments — als zum Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt. Möring — einer der gebildetsten Officiere der österreichischen Armee, der längere Zeit in England und Amerika gewesen — war schon früher unter den Kandidaten für jenes Portefeuille genannt.

Preußen. ☽ Berlin, 4. Septbr. Die heutige Sitzung des Verfassungsloadtages verspricht eine der folgenreichsten unsres bisherigen parlamentarischen Lebens zu werden. Wohl ist es möglich, daß Preußen durch die Beschlüsse, welche die hier tagenden Vertreter für die nächste Zeit vorbereiten, in einen Kampf der in diesem Lande gährenden Elemente gestürzt wird, aus welchem der Ausweg nicht leicht zu finden sein möchte. Sie erinnern sich, daß am 9. August nach den Verhandlungen über die Schweidnitzer Ereignisse von der Versammlung dem Kriegsminister ein Erlaß an die Officiere des preuß. Heeres anempfohlen wurde, worin ihnen nicht nur der aufrichtige Anschluß an das konstitutionelle Gemeinwesen und ein entschiedenes Wirken in dem Geiste desselben, sondern auch der Austritt aus den Reihen des Heeres für den Fall zur Pflicht gemacht werden sollte, daß mit ihrer Gesinnung eine solche Wirksamkeit nicht vereinbar wäre. Vielleicht ist ihnen auch noch erinnerlich, welche Kritik dieser Beschluß, namentlich dessen letzte Hälfte, die nur mit Einer Stimme Mehrheit angenommen war, sogleich in der nächsten Sitzung erfuhr, daß Männer wie Auerswald (Alfred), Kosch, Sydow, Jonas u. A. in ihm nichts Andres als

eine „beleidigende Gewissensinquisition“ zu erblicken vermochten. Bekannt ist, daß sich die Presse kaum günstiger über den jedenfalls übereilten Beschluß ausgesprochen hat. Wer mochte es unter solchen Umständen dem Ministerium verdenken, daß es im echt konstitutionellen Geiste Gebrauch machte von seiner Bedeutung, mehr als der bloße Vollziehungsausschuß einer Versammlung zu sein, deren Vollendung im parlamentarischen Takte noch in keiner Weise über allem Zweifel erhaben ist? Die Berliner Linke war heute andrer Meinung. Sie hatte unter dem Eindrucke der Schweidnitzer Frevel einen Sieg erfochten und wollte, so winzigklein er auch sein mochte, dennoch nicht ohne Kampf von der Verfolgung ablassen. Ein Schreiben des Staatsministeriums an den Präsidenten der Versammlung gab dazu die nächste Veranlassung. Es wird darin mitgetheilt, daß die Entfernung derjenigen Truppen, welche bei den traurigen Ereignissen in Schweidnitz betheiligt gewesen, bereits erfolgt, und daß also in diesem Punkte dem Wunsche der Versammlung Genüge gethan sei. Was aber den Beschluß vom 9. August betrafe, so werde bemerkt: es habe der Kriegsminister während seiner Verwaltung antikonstitutionelle Bestrebungen niemals aufkommen lassen. Die Armee habe sich von ihrer Pflicht in irgend einer Weise nie abwenden lassen und wären Ausnahmen vorgekommen, so seien diese der strengsten Untersuchung unterworfen worden. Außerdem aber habe man die Führer durch verschiedene Erlasse auf ihre ernste Pflicht hingewiesen, allen ungesetzlichen Bestrebungen, seien sie reaktionärer oder republikanischer Art, entgegenzutreten und mit Eifer die konstitutionelle Freiheit wahren zu helfen. Auch fernerhin werde man fortfahren, belehrend, rügend, strafend, wie es Gewissen und Ehre gebiete, auf den Geist der Armee einzuwirken. Wie dies aber im Einzelnen auszuführen, das müsse dem Minister bei der schweren Verantwortlichkeit, die er auf sich genommen, lediglich überlassen bleiben. — Der Abg. Stein schloß nun hieran den dringenden Antrag: es möge die Versammlung die Erklärung niederlegen, daß sie für die dringendste Pflicht des Staatsministeriums erachte, den Beschluß v. 9. August ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und zur Erhaltung des Vertrauens, sowie zur Vermeidung eines Bruches mit der Nationalversammlung zur Ausführung zu bringen. Nach der etwas schwerfälligen Bestimmung unsrer Geschäftsordnung müsse der Antrag erst durch das läutende Feuer zweier Abstimmungen gehen. Soll der Antrag erstens überhaupt vor der Tagesordnung und zweitens sogleich vor allen übrigen schleunigen Anträgen berathen werden? Beides müsse entschieden werden. Ein parlamentarischer Brauch war es, in beiden Fällen den Namensaufruf zu verlangen. Zwei kostbare Stunden gingen verloren und dem Muthe und der Redlichkeit der Votirenden war eben nicht das beste Zeugniß ausgestellt. Die Versammlung entschied in beiden Fällen mit 198 gegen 147 Stimmen, auf die sofortige Berathung einzugehen. Sie sehen, es handelte sich nun um den Beschluß über eine Frage, die an innerer Bedeutung fast der Frage: ob Republik oder Monarchie? nahe kam. Fast gleichgiltig war im Verhältniß zu dieser Entscheidung der Streit, ob die Versammlung das Recht haben solle, selbst in die Verwaltung einzugreifen und Erlasse zu diktiren. Ist doch dies in anderen Parlamenten ebenfalls vorgekommen, und was darf sich nicht eine konstituirende Volksvertretung erlauben? Gelüstet es ihr, hier und da einen Akt der Regierung auszuüben, wohlan, es verschwindet so Etwas gegen die ungeheure Kraft ihrer gesetzgebenden Gewalt. Wer möchte aber nicht vor den Folgen zittern, wenn sie der einzig berechtigte Wille im Staatsganzen zu sein vermeint, wenn sie diesen Willen ausgeführt wissen will, um seiner selbst willen, mag sie auch noch so sehr bereuen, ihn gefaßt zu haben! Wir bedenken nicht die Gefahren, welche ein Erlaß des Kriegsministers, wie der von der Versammlung empfohlene, mit sich geführt hätte; der Streit um den Grundsatz, ob Vereinbarung oder Omnipotenz des in seinem Willen unbeschränkten Volkes, erdrückt mit seinem Gewichte alle Nebenfragen. Seit den Märztagen ist Preußen, vielleicht auch Deutschland, nicht dem Ernste der Geschichte so nahe getreten. Der Würfel ist heute nicht gefallen. Man hat die Entscheidung auf Donnerstag vertagt. Die Versammlung ist in parlamentarischen Kämpfen nicht erfahren genug, um Fragen von dieser Bedeutung unvorbereitet mit Gewandtheit durchzufechten. Weder Reichensperger, welcher für, noch Waldeck, der gegen die Vertagung sprach, bewiesen durch ihre Reden, daß sie den Kern der Frage begriffen hatten. Mag Waldeck in grimmiger Leidenschaft wiederholen: das ist keine Frage für Abtheilungen und Fachkommissionen! Mag er sie kurz mit seinem Rufe: die Nation verlangt es! abschneiden wollen, es bleibt dennoch wahr, daß wir nicht mehr angethan sind, unserer Freiheit im Taumel des Frühlingsrausches zu erlangen, sondern daß es Zeit ist, wie einst der große Mirabeau seine Landsleute warnte, endlich aus dem Zustande der rechtmäßigen Insurrektion zu dem dauernden Frieden einer gesellschaftlichen Ordnung überzugehen, und daß man keineswegs allein durch dieselben Mittel die Freiheit bewahrt, durch welche sie erobert ist. — Gestatten Sie mir noch mit wenigen Worten einer längeren Erläuterung zu erwähnen, welche zur Beruhigung der öffentlichen Stimmung in Hinsicht des dänischen Waffenstillstandes mitzutheilen, der Min.-Präs. sich verpflichtet hielt. Es bedürfe keiner Rechtfertigung, bemerkte der Minister, daß der deutsche Bund nach der Antwort, welche den Abgeordneten der Herzogthümer am 24. März in Kopenhagen ertheilt wurde und welcher der Einmarsch dänischer Truppen in Schleswig folgte, dem bedrängten Lande zu Hilfe eilte und Preußen mit der Vermittlung auf der Basis der zu Recht bestehenden Verträge beauftragte. Die deutschen Truppen hätten ihren Ruhm bewährt, der Sieg sich an ihre Fahnen gefesselt. Weniger günstig sei die diplomatische Vermittlung ausgefallen. Obwohl der Krone Dänemark die Herzogthümer abgenommen waren und ihr die Mittel fehlten, sie wieder in ihren Besitz zu nehmen, habe doch Deutschland nicht vermocht, ihr auf einem Elemente zu begegnen, wo sie die Feindseligkeiten ungestört übte. Sehr erwünscht sei unter diesen Umständen das Anerbieten Englands gekommen, vermittelnd einschreiten zu wollen. Die Bedingungen schienen hier annehmbar, nicht so in Kopenhagen, wenigstens sei man dem Abschlusse nicht näher gekommen, als der König von Schweden Truppen nach Fünen übersetzte, um Eroberungen zu verhindern. Eroberungsgelüste aber habe Deutschland nicht gehabt, nicht sie seien der Anlaß zum Kampfe gewesen. Eine passende Gelegenheit der Krone Schweden ihren Irrthum zu benehmen, habe sich bei der Anwesenheit des Königs in Malmö geboten. Bei der Ankunft des diesseitigen Bevollmächtigten (Graf Pourtales) in Kopenhagen haben sich Bevollmächtigte von Dänemark eingefunden, um den Abschluß auf Grundlagen, welche England vorgeschlagen, herbeizuführen. Insofern aber sei in ihnen eine Aenderung geworden, als sie nicht den Frieden, sondern einen Waffenstillstand erzielten. Während der Verhandlungen seien die Veränderungen in der Centralgewalt von Deutschland eingetreten: die dänische Regierung habe sich nicht bereit erklärt, die Bestätigung des Vertrages von der Centralgewalt, einer völkerrechtlich nicht anerkannten Behörde, abhängig machen zu lassen, obwohl dieser Beitritt der Centralgewalt von der diesseitigen Regierung als unwiderrufliche Bedingung gestellt worden. So sei Nichts übrig geblieben, als die Verhandlungen abzubrechen und der Centralgewalt Mittheilung zu machen; die Centralgewalt habe darauf die Vollmacht erneuert und das Projekt des Vertrages von Bellevue angenommen. Drei Punkte seien von besonderer Bedeutung gewesen: 1) Die Stellung des deutschen Bundesfeldherrn, 2) der Passus, der sich auf die „bestehenden“ Gesetze der Herzogthümer bezog (ob darunter auch die Erlasse der provisorischen Regierung zu verstehen), 3) die Bestimmungen über die Mitglieder der künftigen Regierung. Zu 2) bemerkt der Minister: es seien unter den bestehenden Gesetzen stets auch die von der provisorischen Regierung seit dem 17. März erlassenen verstanden; die dänische Regierung sei jedoch andrer Ansicht gewesen, indem sie zu ihnen diejenigen Gesetze gerechnet, welche in Kopenhagen seit dem 17. März entstanden (z. B. auch den offenen Brief vom 17. März über die Theilung der Herzogthümer). Der Minister hält es für einen glücklichen Erfolg, daß es gelungen sei, die Auseinandersetzung so zu bewerkstelligen, wie es im Waffenstillstande (in Lübeck am 1. Sept. abgeschlossen) geschehen sei. Zwar seien die Gesetze der provisorischen Regierung aufzuheben, jedoch andrerseits die neue Regierung ermächtigt, die Gesetze, welche sie für nützlich und nothwendig halte, zu bestätigen. Die Schwierigkeiten, die sich dem Abschlusse entgegengestellt, seien von der hinderlichsten Art gewesen, und obwohl es nicht allgemein gewürdigt zu werden scheine, müsse doch das Ergebniß der Verhandlungen als ein befriedigendes anerkannt werden. Erreicht sei thatsächlich der materielle Schutz der Herzogthümer durch die Bundestruppen; die Zurücknahme der Antwort des Königs von Dänemark v. 24. März, eine bloß „in seinem Namen“ zu führende Regierung, die Räumung endlich derjenigen Inseln, welche zu den Herzogthümern gehören. In der That sei kein Grund mehr gewesen, mit den Feindseligkeiten fortzufahren und einen Krieg weiter zu führen, der nicht nur auf Holstein, sondern auf ganz Norddeutschland mit einer furchtbaren Schwere lastete. Zwar würde man alle diese Uebel ertragen haben, wenn es die Ehre des Vaterlandes verlangte; doch wäre es ein strafbarer Leichtsinn gewesen, nicht die Hand zu einer für beide Theile ehrenvollen Vermittlung zu bieten. Aussichten auf einen glücklichen Frieden seien vorhanden; die Leidenschaften würden ruhen und die gegenseitigen Forderungen mit Ruhe und Ernst gegeneinander abgewogen werden.

Baden. ** Vom Neckar, 8. September. Sie haben in ihrem gestrigen leitenden Artikel der dänischen Frage gegenüber den Gesichtspunkt festgehalten, daß man sich, weil ein Fehler begangen

sei, vor einem noch größeren, die ganze deutsche Einheit aufs Spiel setzenden Fehler jetzt hüten müsse. Ich weiß nicht, ob diese Ansicht, die Ansicht der Vermittlung, so sehr ich die Motive derselben ehre, gegenwärtig noch durchzuführen möglich ist. Erlauben Sie mir, als Einem aus dem Volke, Ihnen in der Kürze einige Gedanken mitzutheilen, die, wie ich glaube, in diesem Augenblicke Alle, die in unmittelbarem Sinne der Sache zuschauen, mehr oder weniger klar durchwogen. Ohne Rückschlen nach rechts und links werde ich mit nur wenigen scharf gezogenen Linien den in Frankfurt zusammengeballten Knäuel durchfahren. Meinen Ausgangspunkt bildet die Frage: weßwegen ist überhaupt der Waffenstillstand geschlossen? Die Antwort darauf wird nur dahin lauten können: um dadurch einen Frieden anzubahnen, der den vielfachen Störungen, welche der Krieg dem materiellen Leben des Nordens zufügte, ein Ende setze; natürlich unter der Voraussetzung, daß der Zweck des Krieges, die Unabhängigkeit der Herzogthümer von Dänemark, damit erreicht wird. Betrachtet man nun den Gang der Kriegsgeschichte, so vermißt man durchgängig in den einzelnen Operationen ein ernstliches, energisches Streben nach Erreichung jenes Zieles. Ich bin weit entfernt, unserm tapferen General Wrangel einen Vorwurf der Muthlosigkeit oder Nachlässigkeit machen zu wollen; es scheint mir vielmehr, als habe sich von vorne herein ein diplomatisches Netz um seine Arme gelegt, das ihn an jeder freien Bewegung verhinderte, welche ein die Berechnung und Pläne seiner unsichtbaren Spinner überschreitendes Resultat geliefert hätte. Im Laufe des Sommers wird ein Waffenstillstand abgeschlossen, der unsere in Jütland siegreich eingerückte Armee nicht nur bis an die schleswigsche Grenze, sondern bis an die holsteinische Grenze zurück versetzt und samt den treulosen Dänen ohne Mühe die Gelegenheit darbietet, ihre Rache an den Einwohnern von Hadersleben zu kühlen. Ein einziger Schrei des Unwillens durchhallte damals Deutschland, und nebenbei wurden dem schärfer Zuhorchenden Stimmen vernehmbar, welche Vieles von dem Unmuthe Wrangels (den seiner Zeit ja auch Blücher empfinden mußte) über das Treiben der Herren von der Feder erzählten. Damals schon kam es auch zur Sprache, daß Wrangel nicht mehr preußischer, sondern deutscher General sei und seine Befehle nur von Frankfurt erwarte. Der Krieg wurde nun zwar im Anfange mit erneuerter Thatkraft fortgesetzt, die alten Positionen waren in kurzer Zeit wieder erobert — aber nach wenig Wochen wiederum das alte Beobachten, das ehemalige Zuwarten. Zu gleicher Zeit erhoben sich lebhafte Klagen über die großen Verluste der Ostseeprovinzen, über den Umstand, daß nur Preußen den Krieg führe und preußische Unterthanen — da man an die Hansestädte nicht dachte — von seinen Schlägen getroffen würden. In Folge dessen erklärte das Reichsministerium ausdrücklich den Krieg für einen deutschen Krieg; es traf die Bestimmung, daß einst nach seiner Beendigung die Verluste der Privaten von dem gesammten deutschen Staate getragen werden sollten, und bewies den Preußen, daß auch die andern Bundesstaaten wahldisciplinirte Heere in Bereitschaft hätten. Kaum sind nun die Truppen aus dem Süden vor dem Feinde angelangt — so verbreitet sich auf einmal die schon einige Zeit als Gerücht kursirende bestimmte Nachricht von einem zweiten Waffenstillstande, indem der preußische Handelsminister auf officiösem Wege der Berliner Kaufmannschaft die frohe Kunde von der wieder frei gewordenen Schifffahrt mittheilte. Das Reichsministerium hatte nämlich unterdessen, da Dänemark die deutsche Centralgewalt nicht anerkennen wollte, Preußen beauftragt, im Namen Deutschlands einen Waffenstillstand abzuschließen, um dann in einem definitiven Frieden das rechtliche Verhältniß der Herzogthümer festzustellen. Hier komme ich nun auf den Nerv meiner Frage: warum wurde ein Waffenstillstand mit einem Staate eingegangen, der den Reichsverweser nicht anerkennen will? Drängten uns militärische Unfälle zu diesem Schritte? Nein! Ist die Jahreszeit nicht zum Kriegführen geeignet? Wir sind im Herbst, alle Scheunen voll, das Wetter prächtig, und vollends auf den Winter raubt der Frost den Dänen alle Unterstützungen der Flotte und schlägt uns eine Brücke nach Kopenhagen. Hier habe ich keine Antwort und muß Ihnen gestehen, daß bei diesem Punkte die ersten bedenklichen Vermuthungen in mir aufsteigen. Ich komme später darauf zurück, vorläufig gehe ich weiter. Der Waffenstillstand wurde abgeschlossen durch Preußen in des Königs eigenem Namen und für den „deutschen Bund", aber nicht auf die vom Reichsministerium vorgezeichnete Weise; der Mandatar weicht von seinen Instruktionen ab — er schließt ohne Wissen des Reichsministeriums vor der veränderten Basis nicht allein die Stipulationen ab, sondern leistet ihnen auch, ohne die Ratifikation von Frankfurt her zu erwarten, faktisch Folge, indem nach den getroffenen Bestimmungen sogleich die Truppen sich zurückziehen und die Kriegsgefangenen auswechseln läßt. Hier drängte sich mir eine neue Frage auf. Wie darf, so lautet sie, ein Mandatar, einerlei ob er eine einzelne Person oder eine einen Staat darstellende Regierung, ohne seinen Mandanten zuvor um seine Einwilligung zu fragen, eigenmächtig den ihm gewordenen Auftrag verändern? Und selbst wenn Preußen die Verhältnisse dazu gezwungen hätten, in solcher Eile zu verfahren, daß die Einholung von andern Instruktionen unmöglich war (wofür sich jedoch nirgends Gründe entdecken lassen), so heißt es doch wirklich die Grenzen alles bisher Gewohnten überschreiten, wenn es obendrein für sein Theil die Forderungen des Waffenstillstandes augenblicklich erfüllt, ohne daß selbst seine eigene Volkskammer, geschweige denn die Centralgewalt nur einmal Kenntniß von dem Geschehenen haben konnte. — Ueber den Waffenstillstand selbst schreibe ich Ihnen noch Nichts, mich kümmert vorläufig nur seine Entstehungsgeschichte, — denn selbst wenn er die glänzendsten Bedingungen enthielte, so dürfte sich das Berliner Kabinet nicht einmal der Möglichkeit aussetzen, bei seiner obersten Behörde desavouirt zu werden, und wenn es auch wirklich die Bedingungen des Reichsministeriums erfüllt hätte, so müßte es dasselbe doch keinen Augenblick der Gefahr preisgeben, schon vor der Ratifikation von Seiten der Nat.-V. die Bestimmungen ins Leben treten zu sehen. Ich bitte, diesen Punkt für die später vorzunehmende Entwicklung in Obacht zu nehmen. Gehen wir nun zu den Frankfurter Vorgängen über, sie sind nicht weniger unklar. Die Nachricht von dem abgeschlossenen Waffenstillstande kommt in der Paulskirche an, aber zugleich mit derselben die Kunde von dem bereits ins Werk gesetzten Vollzuge der vom Mandatar vorläufig abgeschlossenen Bedingungen. Was ist nun wohl natürlicher, als daß die Versammlung ein Halt! dazwischen ruft? Es ist ihr unmöglich, binnen kurzer Zeit den Werth der Bedingungen zu prüfen; während der Dauer der Prüfung aber darf ihre Ehre es durchaus nicht leiden, daß ihrem Urtheil durch den schon angeordneten Vollzug vorgegriffen werde. Zur Aufrechthaltung ihres Rechtes und ihrer Ehre gebietet sie nun dieses Halt — aber das Ministerium hat von demselben unbegreiflicher Weise seine Existenz abhängig gemacht; dieses Halt führt eine Ministerkrisis herbei und öffnete dadurch dicht neben dem eben begonnenen Baue einen gähnenden Abgrund. Hier ballen sich die schon bis so weit äußerst verwirrt durcheinanderlaufenden Fäden zu einem anscheinend unlösbaren Knäuel zusammen. Versuchen wir jedoch einmal in demselben dem rothen Faden nachzuspüren. Die etwaige falsche Fährte fällt dabei nur dem vorhandenen Intriguenspiel zur Last.

(Fortsetzung folgt).

Schleswig. Kiel, 3. Sept. Es wird hier heute mit Gewißheit erzählt, daß man beabsichtigt, uns folgende Regierung während des Waffenstillstandes zu geben: Graf Karl Moltke als Präsident, Baron v. Heintze, Oberappellations-Gerichtsrath Preuße, Landvogt Boysen, Landkommissär Prehn. Der Erste ist bekannt genug, und es wäre gerade, als ob Metternich morgen wieder in Oesterreich waltete. Der Zweite ist ein tüchtiger Geschäftsmann, in politischer Hinsicht als Beschwichtiger der Nortorfer Versammlung und wegen seines Schwankens bei Anerkennung der provisorischen Regierung bekannt. Der Dritte ist ein braver Mann von gemischten Ansichten und ausgezeichneter Jurist; von seinem Regierungstalente hat er noch keine Proben gegeben. Der Vierte ist als ausgezeichneter Verwaltungsbeamter und guter Patriot von demokratischen Ansichten bekannt. Der Fünfte ist ebenfalls ein sehr tüchtiger Beamter, aber zu ängstlich von Charakter, um in politischer Hinsicht eine Bedeutung zu haben. Daß die Regierung nicht zur Regierung kommen wird, ist ganz unzweifelhaft. Das Volk und die Landes-Versammlung, welche morgen zusammentritt, werden sich dagegen erheben. Ja die Mitglieder selbst werden mit Moltke, dem Verächter unserer Landesrechte, nicht fungiren wollen. Einen anderen Präsidenten wird die Regierung daher mindestens wählen müssen. (H. K.)

Kiel, 4. Sept., Nachmittags. Dringender Antrag des Abgeordneten Landvogts Jensen: „Die Landesversammlung, eingedenk ihrer Pflicht, die unveräußerlichen Rechte des schleswig-holsteinischen Volkes zu wahren und Angesichts der Ereignisse das Land vor drohender Anarchie zu schützen, beschließt: 1) die konstituirende Landesversammlung kann wider ihren Willen weder aufgelöst noch vertagt werden; 2) jede Veränderung in der bestehenden Landesregierung bedarf der Zustimmung der Landesversammlung; 3) alle seit dem 24. März 1848 von der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins erlassenen Gesetze können nur mit Zustimmung der Landesversammlung verändert oder aufgehoben werden; 4) ohne Zustimmung der Landesversammlung kann kein neues Gesetz erlassen und keine Steuer neu auferlegt werden; 5) alle bestehenden Steuern und Abgaben, so wie andere Staatseinkünfte werden bis zum 31. Dec. 1848 von der durch die Landesversammlung anerkannten Landes-Regierung forterhoben." — Obiger

Antrag ist so eben von 101 anwesenden Mitgliedern durch namentlichen Aufruf einstimmig angenommen worden. Es soll derselbe von der provisorischen Regierung als Gesetz proklamirt werden. Es ist beschlossen, denselben der Centralgewalt und der Nationalversammlung mitzutheilen. Eine Deputation nach Frankfurt ist abgelehnt worden, da man überzeugt ist, daß die dortigen Vertreter unser Recht wahren werden. — Es wurde heute Morgen eine große Volksversammlung hier abgehalten, doch ehe die Petition abgesandt wurde, erfuhr man schon den Beschluß der Lands-Versammlung. So eben zieht das Volk auf das Schloß, um seinen Dank dafür darzubringen. Die Stadt ist in großer Aufregung.

Kiel, 4. Sept. Die mit dem Grafen Karl Moltke benannten Männer, Baron Heintze, Landdrost Baysen, Oberappellationsgerichtsrath Preußer und Landkommissär Prehn, haben sich als echt deutsche Ehrenmänner erwiesen. Moltke sandte von Travemünde aus Estafetten an dieselben, mit der Aufforderung, die Regierung während des Waffenstillstandes mit ihm zu bilden. Alle vier haben bereits gestern entschieden abgelehnt. Moltke befindet sich in Ihhoe oder in der Nähe und wird ohne Zweifel bald seine Rückreise in sein Vaterland Dänemark antreten. Die Verblendung der Dänen, noch mehr die Keckheit Moltkes, schon jetzt ins Land zu kommen, erregt allgemeines Erstaunen. — Wir können mit Gewißheit behaupten, daß auch die andern Designirten, Baron Blome, Graf Reventlow-Jersbeck, A. v. Warnstedt und A. v. Moltke (letztere Mitglieder der frühern Kanzlei) nie mit dem Unterzeichner des offenen Briefes in einem Kollegium zu sein sich bequemen werden.

Altona. Die unruhigen Auftritte, die am Sonnabend Abend hier vorfielen, wo an zwei Orten Fenster eingeworfen wurden, sind zwar als rohe und in dem zweiten Falle gänzlich ungerechtfertigte Selbsthülfe höchlich zu mißbilligen, hängen aber nicht mit dem Waffenstillstand zusammen; dagegen sind, wie wir vernehmen, auch hier in einer vorher gehaltenen größeren Versammlung aufregende und aufwiegelnde Reden gehalten worden. (Späteren Berichten zufolge, ist das Tumultmandat publicirt und die ganze Bürgergarde aufgeboten). (A. M.)

* Hamburg, 31. August. Das Kollegium der Sechziger hat sich in Folge einer Petition des deutschen Klubs umstimmen lassen und seine erste Stimmung über den Haufen geworfen. Statt mit 56 gegen 4 Stimmen zu verwerfen, hat es nun mit 27 gegen 20 die selbstständig wirkende konstituirende Versammlung angenommen. Die Frage liegt nun nur noch der erbgesessnen Bürgerschaft zur Entscheidung vor, der Senat hat dieselbe auf heut über 8 Tage, den 7. Sept., zusammengerufen. Dieser Tag wird also ein heißer, denn es sind 5 Propositionen, die zur Entscheidung vorliegen, wovon die konstituirende Versammlung und das Finanzbudget die Hauptberathungen bilden werden. Wir glauben nicht an Ablehnung von Seite der Bürgerschaft; denn dies würde einen heißen Tag und eine noch heißere Nacht geben, da die Ablehnung jedenfalls einen Aufstand der Klubisten hervorrufen würde. Der größte Theil der Bürgerschaft hat sich auch schon in den Vereinen für die Konstituante ausgesprochen, und so wird dieser Zankapfel in wenigen Tagen beseitigt sein. — Das Veto beschäftigt aber die Männer der Bewegung nicht minder, denn es ist im Princip der Volkssouveränetät begründet; hier theilen sich die Ansichten, die Radikalen verlangen das Veto, das Juste milieu ist dagegen. Gestern Abend ward diese Frage wiederum in einer Central-Versammlung der 7 Vereine in St. Pauli verhandelt, nachdem schon jeder einzelne Verein seit mehreren Wochen dieselbe Frage vor hat. Gestern Abend waren alle Redner von Renommée im Feuer, Dr. Baumeister, Dr. Buchheister, Glitza als Gegner, Dr. Trittau und Röding als Kämpfer für das Veto. Die Siegespalme gewann Dr. Trittau, ein biederer, echt volksthümlicher Charakter, ein Mann, der weder rechts noch links abweicht und mit großer logischen Konsequenz sein und seiner Partei Ziel verfolgt, dabei voll Feuer und fortreißend in seinem Vortrage. Die Gegner des Veto unterlagen, da sie sich nur auf Scheingründe und die Schwäche der Partei in numerischer Zahl berufen konnten. Unterliegt unsere Partei aber bei der Abstimmung, so unterliegt sie aber auch bei den Wahlen, und wir sind noch schlimmer daran. Wahrscheinlich haben wir schon in 4 Wochen die Konstituante, und Hamburg wird in sich den Grundstein zu einer freien demokratischen Verfassung legen, und Alles, was freisinnig ist, wird sich um unser Banner schaaren. Wir werden im Betreff des Verfassungswerkes den angrenzenden Ländern Mecklenburg, Hannover, Holstein u. s. w. mit gutem Beispiel vorangehen, und sie werden uns folgen. Die Aufregung in Holstein und Mecklenburg, selbst in Hannover ist nicht minder groß als hier, und der abgeschlossene Waffenstillstand kann sehr leicht Holstein in Aufstand versetzen, da die allbekannten Bedingungen Nichts weniger als vortheilhaft für die Herzogthümer sind — und ein großer Theil des Volks sich nur ungern wieder unter das alte Regiment beugen wird.

Hamburg. Die Börsenhalle berichtet: Aus officieller Quelle wissen wir, daß der preußische Generalconsul in Antwerpen, Herr Legationsrath Philipsborn, Seitens der preußischen Regierung zum außerordentlichen Kommissarius in Kopenhagen, Behufs Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen in Betreff der deutschen Schifffahrt und des Handels, designirt worden ist.

§ Frankfurt, 8. September. Die Kirche kann immer noch keine Stellung zum Staate gewinnen. Auch die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde ganz von Tagesfragen in Anspruch genommen. Der Präsident theilte eine Notifikation des Fürsten v. Leiningen mit, daß sämmtliche Reichsminister und Unterstaatssekretäre in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung von vorgestern noch an demselben Abend dem Reichsverweser ihre Entlassung eingegeben hätten, und diese angenommen worden sei. Bis zur Bildung eines neuen Ministeriums werden sie indeß diejenigen laufenden Geschäfte, mit welchen keine politische Verantwortlichkeit verbunden sei, fortbesorgen. In einem zweiten Schreiben zeigt der gewesene Ministerpräsidente an, daß der Vollzug des ihm durch Präsidium eingehändigten Beschlusses vom 6. d. nicht zu den Geschäften gehöre, zu denen sich das abtretende Ministerium für befugt halte. Der Abg. Dahlmann sei von dem Reichsverweser mit der Bildung eines neuen Ministeriums sogleich nach der Entlassung der abtretenden Minister beauftragt worden, und an diesen habe demnach der Beschluß der Nationalversammlung zu gehen. Der Präsident habe demnach bei Hrn. Dahlmann angefragt, ob ein Ministerium vorhanden sei, aber die Antwort erhalten, daß dies noch nicht der Fall sei.

Schüler aus Jena hatte die Anfrage an den Kriegsminister angezeigt, ob die Notifikation des Beschlusses der Nationalversammlung an das preußische Ministerium zum Vollzug ergangen sei? Da die Antwort so der Eröffnung des Präsidenten bereits gegeben war, so stellt Schüler nunmehr den Antrag, daß den abtretenden Ministern aufzutragen sei, bei ihrer strengsten Verantwortlichkeit den Beschluß zu verkünden. Eisenmann hält diesen Anteag für unzulässig, weil man den Ministern nicht zumuthen könne, Etwas durchzuführen, von dem sie voraus erklärt hatten, daß es gegen ihre Ueberzeugung sei. Dagegen beantrage er, den Reichsverweser zu ersuchen, sogleich ein Ministerium für die Vollziehung des Beschlusses zu ernennen, und wäre es auch nur auf 6 Stunden. Schmerling kündigt sich auf der Rednerbühne an „als der Abgeordnete Schmerling", was allgemeine Heiterkeit und Beifall erregt. Die Vorgänge vom 6. Septbr. seien bekannt. Das Ministerium habe zuvor erklärt, daß es zurücktrete, wenn der Minoritätsantrag verworfen werde. Nachdem aber ein Beschluß gefaßt war, so sei es im größten Interesse der Majorität gelegen, denselben so schleunig als möglich auszuführen. Das Ministerium habe dazu beigetragen, was an ihm gelegen sei; es habe sogleich Platz gemacht, damit die an seine Stelle einrücken können, für die es bei ihrer Ehre Pflicht geworden sei, den Beschluß, den sie hervorgerufen, durchzuführen. Wenn das neue Ministerium noch nicht da sei, so seien die abgetretenen Minister unschuldig daran; sie ständen ihm nicht im Wege. Das sei ganz unrichtig, wenn man sage, das Ministerium habe keine Verantwortlichkeit, wenn es den Beschluß der Versammlung vollziehe. Die Verantwortlichkeit liege für dasselbe allerdings nicht in dem Beschlusse, aber in den Mitteln, welche es wähle, denselben zu vollziehen; und wenn sie, die abtretenden Minister, die Mittel der Ausführung nicht auf sich nehmen wollten, so könne man ihnen diese Verantwortlichkeit nicht wider ihren Willen aufdringen.

Wesendonk wirft dem Ministerium vor, es habe sich sehr geeilt seine Drohung auszuführen, und es stehe in Frage, ob dabei nicht die Absicht zu Grunde gelegen sei, die Ausführung des Beschlusses zu hintertreiben. Ueber diese Anschuldigung entstand ein Tumult, und der Präsident bemerkte, er traue dem Ehrgefühl des Hrn. Wesendonk zu, daß er diese Verdächtigung durch eine Anklage begründe. Darüber gerieth Hr. W. in große Heftigkeit und wollte an die Versammlung appelliren, was aber später, als der Präsident ihn aufforderte, einen Antrag deßhalb zu stellen, doch nicht geschah. In Beziehung auf die Sache hält er das abtretende Ministerium für verpflichtet, den Beschluß der Nationalversammlung dem preußischen Ministerium zu notificiren. Wenn die Nationalversammlung aber dieser Ansicht nicht sei, so stelle er den Antrag, daß der Abg. Dahlmann dazu bevollmächtigt werde, und wenn man auch das nicht wolle, so solle die Versammlung einen Vollziehungsrath ernennen. Rad. Mohl: wenn man behaupte, daß das abgetretene Minist. verpflichtet sei, den Beschluß, in Folge dessen es abgetreten sei, auszuführen, so sei das ein ganz neuer Satz. Das Mi-

nisterium habe ja seine Entlassung schon gehabt, sei als verantwortliches Ministerium gar nicht mehr da gewesen, als der Beschluß der Nationalversammlung ihm durch den Präsidenten mitgetheilt wurde. Wenn solche Eile in dem Vollzugr war, so hätte der Mann, welcher mit der Bildung des Ministeriums beauftragt sei, sogleich einige Minister ernennen sollen, und wenn es auch nur auf einige Stunden gewesen wäre; der Reichsverweser habe sich dazu bereit erklärt. Den Abg. Dahlmann dazu zu bevollmächtigen ohne Ministerium sei gegen das Gesetz, und über einen Vollziehungsausschuß wolle er Nichts sagen; die, welche ihn wollen, mögen versuchen, ob sie Deutschland regieren können. Dahlmann ersucht Wesendonk seine Anträge zurückzunehmen. Keine Macht in der Welt werde ihn zwingen können, einen Auftrag anzunehmen, den er für gesetzwidrig halte. Die Vorwürfe gegen die abtretenden Minister seien ungerecht, sie hätten als Ehrenmänner gehandelt. Mittermaier. Der Beschluß muß und wird vollzogen werden, die Männer, welche ihn gefaßt haben, wußten, was sie thaten. (Jahn ruft dazwischen: „Nein“, und wird deßhalb zur Ordnung gerufen.) Aber die abtretenden Minister können nicht dazu gezwungen werden, daß sei wider allen parlamentarischen Gebrauch. Um eine bloße Ratifikation handle es sich gar nicht, sondern um Vollziehung, und diese könne allein durch einen Minister geschehen, den wieder Niemand zu ernennen habe, als der Reichsverweser. Vogt hält in Widerspruch mit Wesendonk die abgetretenen Minister zur Vollziehung aber Notifikation nicht für verpflichtet. Dagegen wirft er denen, welche das neue Ministerium bilden sollen, Saumseligkeit vor. Uebrigens müsse das neue Ministerium ebenso viel guten Willen haben, wie das vorige, nämlich sich darauf gefaßt zu machen, 3 oder 4 Wochen zu stehen, und dann zu seinen Vätern versammelt zu werden. Lichnowsky, welcher sich den Genuß eines kleinen Triumphes über die Verlegenheit des künftigen Ministerpräsidenten nicht versagen konnte, Simon von Trier und Wesendank setzten das Geplänkel noch ein wenig fort, und dann wurden alle gestellten, theilweise sehr heroischen Anträge — vor der Abstimmung zurückgenommen. Wenn die Linke dieses Gefecht begonnen hatte, um die Kräfte der Parteien nach der Niederlage des vorigen Ministeriums zu prüfen, so hatte sie den Plan mit wenig Umsicht gemacht, oder wie es wahrscheinlich ist, sie hatte gar keinen gemacht. Denn das mußte sie recht wohl wissen, daß die Majorität des letzten Beschlusses nicht eine Majorität der Linken ist und sich in keinem Falle der Führung dieser Seite unterwirft. Ein zweiter Versuch war besser durchdacht, aber doch nicht glücklicher. Reden stellte einen Antrag, daß die Nationalversammlung erkläre, es sei Pflicht des deutschen Volkes, eine Gewährleistung für die Entschädigung alles Schadens, welche den Schiffseedern und Kaufleuten der Küstenländer unmittelbar durch den dänischen Krieg zugefügt werde, zu übernehmen. Ein ähnlicher Antrag war schon früher von Osterrath gestellt, aber abgelehnt worden. Er wurde jetzt in andrer Form von der Linken gebracht, um der Unzufriedenheit der Küstenbewohner mit dem letzten Beschlusse einigermaßen zu begegnen. Geschäftsordnungsmäßig muß jeder eingebrachte Antrag an einen Ausschuß zur Begutachtung verwiesen werden, wenn nicht die Nationalversammlung die Dringlichkeit desselben beschließt. Den Antragstellern mußte in diesem Falle Alles daran liegen, daß der Beschluß sogleich gefaßt werde, weil sonst seine Wirkung wahrscheinlich zu spät käme, und es erhob sich daher eine sehr lebhafte Debatte für und gegen die Dringlichkeit. Zimmermann von Spandau, Venedey, Raveaux u. A. sprachen für die Dringlichkeit, es hänge von diesem Beschlusse vielleicht die Vermeidung eines Bürgerkrieges in Preußen, vielleicht die Einheit Deutschlands ab. Die preußischen Küstenstädte hätten eigentlich bisher allein die Last des Krieges getragen, und da müsse man zur Hilfe kommen. Dem wird von andrer Seite entgegnet, daß der Nachtheil des Krieges nicht auf den Kaufleuten und Rhedern allein, sondern noch mehr auf der ganzen Bevölkerung liege und bis nach Schlesien gefühlt werde. Ueberhaupt sei der mittelbare Schaden noch weit empfindlicher als der unmittelbare. Deßhalb stellt Schwerin den Antrag, daß aller Schaden ersetzt werden solle, welcher den Ostseeländern aus dem letzten Beschlusse der Nationalversammlung erwachse, und dieser Antrag, der natürlich nur die Absicht hatte, die Verlegenheit auf der Linken zu mehren, wurde von der Rechten reichlich unterstützt. Der Erfolg war, daß die Dringlichkeit des Rebenschen Antrages mit 238 gegen 216 Stimmen abgelehnt wurde. Er geht mit dem Schwerinschen an den Ausschuß zur Berichterstattung.

Schwerin hatte gegen die Dringlichkeit des Antrags geltend gemacht, daß er erst bei der Frage über den Waffenstillstand zur Sprache zu bringen sei, weil, wenn der Waffenstillstand etwa genehmigt würde, der Antrag ohnehin wegfalle. Deßhalb und überhaupt, damit man aus der Ungewißheit herauskäme, sei zu wünschen, daß der Bericht über den Waffenstillstand schleunigst erstattet werde. Davon nahm Wurm Veranlassung, einige Mittheilungen über das dem Ausschuß zugestellte Material zu ertheilen. Dieses sei zu massenhaft, daß eine so schnelle Berichterstattung, wie sie gewünscht werde, unmöglich sei. Er bedaure, daß die wichtigsten Aktenstücke vor der jetzigen Debatte nicht vorgelegen hätten (Hört! von der Rechten). Wenn er diese Aktenstücke vorher gelesen gehabt hätte, so würde er die von ihm vorgebrachten Motive für seinen Antrag nicht gebraucht haben. (Hört! hört! von der Rechten). Er würde aber aus andern Gründen, die sich ihm aus denselben Akten ergeben hätten, zu dem nämlichen Resultate gekommen sein (Hört! von der Linken), und er sei überzeugt, daß die Versammlung den nämlichen Beschluß gefaßt haben würde. (Hört! hört! von der Linken). Hecker bemerkt, daß die Minister ja nichts anders verlangt hätten, als daß man warten solle, bis die Vorlagen gedruckt seien. Sie könnten also Nichts dafür, daß man auf unrichtige Motive hin einen Beschluß gefaßt habe. — Die ganze heutige Verhandlung hatte kein anderes Resultat, als daß sie zeigte, wie schwierig es sei, für ein neues Ministerium eine Majorität zu finden.

Ein kleiner Triumph war der Linken doch noch am Schlusse der Sitzung vorbehalten. Bussermann, Beckerath und R. Mohl waren als Mitglieder des Ministeriums aus dem Verfassungsausschuß ausgetreten. Der Ausschuß hatte dafür nach einem Beschlusse der Versammlung eine Anzahl von Abgeordneten zur Wahl vorgeschlagen, da nun der Grund des Austrittes für jene gewesenen Minister aufgehört hat, so wurde beantragt, daß der Ausschuß eine andere Wahlliste fertigen solle, bei welcher die Ausgetretenen wieder berücksichtigt werden könnten. Dieser Antrag wurde mit einer kleinen Mehrheit verworfen.

♎ Frankfurt, 6. Sept. Mögen der „National“ und die „Pariser Korrespondenz“ über eine angeblich hier eingereichte kriegdrohende Kollektivnote von England und Frankreich sagen, was sie wollen, ja kann ich Ihnen doch wiederholt auf das Bestimmteste versichern, daß weder eine Kollektivnote, noch überhaupt eine kriegdrohende eingereicht worden. Ob der von Frankreich allerdings ausgedrückte lebhafte Wunsch, den dänischen Krieg beendigt zu sehen, wesentlich beigetragen hat, den Widerstand ailleurs qu'à Berlin zu besiegen, mögen Sie nach den jetzt über den Waffenstillstand stattgehabten öffentlichen Berathungen selbst ermessen. Hier in Frankfurt, also ailleurs qu'à Berlin, war es, wo man die in Berlin annehmbar befundenen Bedingungen nicht guthieß. Warum die Regierung in Berlin nicht genau danach handelte, ist eine andere Frage, die nicht hieher gehört. Ich freue mich, Ihnen heute mittheilen zu können, daß die österreichische Regierung für den Fall, daß in der italienischen Angelegenheit überhaupt vermittelt werde, die Vermittlung der Centralgewalt angenommen hat. — Herr Dahlmann soll sich nach langem Widerstreben entschlossen haben, ein Ministerium zu bilden. Man ist allgemein gespannt darauf, wie er den von ihm hervorgerufenen Beschluß der Nationalversammlung vollziehen will. — Seit gestern bemerkt man hier viel Niedergeschlagenheit, und ganz offen wird schon versichert, der Waffenstillstand selbst werde doch gutgeheißen werden, wobei dann aber freilich Dahlmann wieder nicht bleiben könnte.

♎ Frankfurt, 7. Sept. Morgens. Als gestern spät Abends hatte Herr Dahlmann kein Ministerium zusammengebracht. Dagegen waren die Klubs in großen Versammlungen vereinigt, und es soll nun kein Zweifel mehr sein, daß der Waffenstillstand selbst werde von der Versammlung gutgeheißen werden. Hier gilt es, unter zweien Uebeln das kleinere zu wählen; hier gilt es, das Größte nicht aufs Spiel zu setzen, weil das Kleinere in diesem oder jenem Punkte mißfällt. So dachte offenbar das Reichsministerium, seine Handlungsweise war eine Hingebung, und Nichts kann ungerechter sein, als die von Ihrem Neckarkorrespondenten hingeworfene Verdächtigung: „Es scheint in der That nicht so ganz fehlgegriffen, wenn das Publikum den ganzen Waffenstillstand als eine in Frankfurt um das Parteifeuille des Auswärtigen gespielte Intrigue ansieht.“ — Dieser Neckarkorrespondent scheint, indem er Zeitungsgerüchte über Unterredungen und Ratenwechsel für Wahrheiten nimmt, ebenfalls zu denen zu gehören, welche bei dem ersten Hindernis an dem deutschen Einigungswerke schon verzweifeln. Möge er das nicht thun, vielmehr mit uns hoffen, gerade die eingetretene Krisis werde das Einigungswerk fördern; ist dies nur erst zu Stande gebracht, so ist im Innern wie nach Außen eine andere Stellung gewonnen, als sie jetzt sichtbar geworden. — Die vorgestrige Abstimmung hat im Handel (es ist gerade Messe hier, und sie hatte einen sehr guten Anfang genommen) und auf der Börse einen panischen Schrecken erzeugt und das erwachte Vertrauen wieder außerordentlich erschüttert. Das Gleiche wird in den Fabrikgegenden

die Wirkung sein. Wie viele Arbeiter durch die Verbündung Dahlmanns mit der Linken wieder brodlos werden, ist nicht zu ermessen. Aber die Erscheinung liegt zu Tag: je mehr die Linke in der Paulskirche an Boden verloren hatte, desto mehr war das Vertrauen gestiegen, desto mehr war Arbeit und Verdienst zurückgekehrt; nun da sie in einer Abstimmung die Mehrheit erlangt, liegt wieder Alles darnieder — hoffentlich nur auf wenige Tage.

Großbritannien.

London, 4. Sept. Lord J. Russell ist mit seiner Gattin am 1. September in Dublin angekommen; der offizielle Empfang war sehr freundlich; die niedern Volksklassen, wird bemerkt, verhielten sich schweigend, zischten nicht, grüßten aber auch nicht; Einzelne aus dem Volke stimmten sogar Lebehoch für Mitchell und für die Repeal an. Der Spectator sagt: weßhalb ist Lord John Russell nach Dublin gereist? In Geschäftssachen aber zum Vergnügen? Nicht in Geschäftssachen, denn er hat sein junges Weib mit sich genommen. Aber auch schwerlich zum Vergnügen, denn Irland kann eben jetzt einem Mann oder Weib kein vergnügliches Schauspiel bieten, am wenigsten dem Lord John, der Irland so viel versprachen und so wenig davon gehalten hat. Also doch wohl eine Geschäftsreise. Aber was kann Russell in Dublin thun, was er nicht eben so gut von London aus thun könnte? — Der Londoner Korrespondent einer Dubliner Zeitung sagt: „Lord John werde sich in das Innere des Landes begeben, um dort durch persönliche Beobachtung den Staad der Ernte, die Ausdehnung der Kartoffelseuche und die Lage der Bauernschaft kennen zu lernen, und darnach die Mittel zur Abhilfe der Noth bemessen und treffen zu können." Der Spectator meint, was könne es helfen, wenn Lord John auch einige Kornfelder besuche und einige Weizenähren durch seine Finger gleiten lasse oder daran rieche? Was könne es helfen, wenn er, celsa sedens area, ein Kartoffelfeld in Augenschein nehme? Welche Kenntniß, welche Praxis, welcher unermüdliche Fleiß gehörten nicht dazu, über diesen Gegenstand genaue statistische Angaben zu sammeln und ein erkleckliches Ergebniß der Untersuchungen festzustellen. Oder wolle Lord John durch den Torfrauch hindurch einen Blick in eine irische Hütte werfen und sich im irischen Kauderwelsch Vorlesungen halten und von dem humoristischen, übertreibenden, schalkhaften Paddy hinters Licht führen lassen? Nein, Lord John Russell werde nach seinem Besuch Irlands nicht einen Zoll der Aufgabe näher sein, für Irland gute Gesetze und eine neue Politik ausfindig zu machen, er suche eben nur frische Felder und eine neue Weide für die nächste Parlamentssession." — Uebrigens will sich auch Lord George Bentinck, der gegnerische Nebenbuhler Russells, nach Irland begeben, um dessen Zustand zu untersuchen und mit Besserungsvorschlägen vor das Parlament treten zu können. So scheint ein wahres Kleckthurmrennen der englischen Gesetzgeber nach Irland stattzufinden. Man studirt aber an diesem Lande wie an einem Kadaver, der wenigstens noch für wissenschaftliche Studien gut genug ist.

Frankreich.

Paris, 5. September. Die Nationalversammlung hat gestern den Vorschlag Pascal Duprat's, daß die jetzige konstituirende Nationalversammlung sich nicht eher auflösen werde, als bis sie nebst der Konstitution auch alle organischen Gesetze ausgearbeitet habe, mit 586 gegen 184 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Legitimisten und die Partei Thiers-Barrot. Hierauf begann die allgemeine Diskussion über die Konstitution, in der Herr Marin gegen, Herr Audry de Puyraveau für den Entwurf sprachen.

Sitzung der Nationalversammlung vom 5. Sept. Vorsitzender: Aem. Marrast. Die Sitzung wird erst um 1¼ Uhr eröffnet, da früher in den Bureaus die Wahl der sechs Vicepräsidenten und zweier Sekretäre vorgenommen worden ist. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über die Konstitution. Der Präsident macht das Resultat des Skrutins der Vicepräsidenten und Sekretäre bekannt. Zu Vicepräsidenten wurden erwählt: Dixio mit 531, Corbon 454, Georg Lafayette 413, Larrosse 352, Malleville 301, Paguerre 283 Stimmen, zu Sekretären: Lanbrin mit 355, Berard 284 Stimmen. — Cormenin und Portalis sind somit nicht wieder zu Vicepräsidenten gewählt, und die beiden parlamentarischen Klubs des Palais National und des Instituts haben ihre Kandidaten durchgesetzt, während die Kandidaten der beiden extremen Klubs, der Rue Poitiers (Reaktion) und der Rue Castiglione (rothe Republik) durchfielen. Pierre Leroux liest hierauf eine lange, geschriebene Rede vor, in der er nachzuweisen sucht, daß man heutzutage nicht mehr bloß eine politische, sondern auch eine sociale Konstitution brauche. Er kritisirt die früheren Konstitutionen und weist ihre Mängel nach. Er beweist, daß man stets das einzig gültige Princip der Volkssouveränetät verfälscht und mißbraucht habe, und sucht darin die Schuld der Unhaltbarkeit aller dieser Konstitutionen. Bis jetzt habe sich alle politische Wissenschaft der Konstitutionsmacher zwischen Montesquieu's Monarchie und J. J. Rousseau's Republik bewegt; es sei endlich an der Zeit, über diesen engen Theorienkreis hinauszugehen und sich an die Wirklichkeit, an die Bedürfnisse und Interessen der jetzigen Gesellschaft zu halten. Er bezeichnet Sieyes als den Einzigen, der diese Aufgabe begriffen habe, den aber äußere Umstände immer verhinderten, was er dachte so auszuführen wie er es gedacht hatte. Der Redner schildert Sieyes's Alter und seine oft ausgesprochene tiefe Reue, daß durch seine Schuld die erste Revolution ihr Ziel und ihren Zweck verfehlt habe. Er kömmt nun auf die Verfassungstheorien Mirabeau's, Dantan und Robespierre's, die am 18. Brumaire spuelos verschwinden, um den verschiedenen Verfassungen Platz zu machen, die Napoleon für seinen Gebrauch fabricirt, und die er aufeinander folgen läßt, bis er sich die Kaiserkrone aufsetzt und die letzte Spur des Princips der Volkssouveränetät verschwinden läßt. Ludwig XVIII. fängt wieder bei Montesquieu an, er will mit einer englischen Konstitution die Aristokratie und die Monarchie populär machen, aber wie bei Napoleon, so rächt sich auch bei ihm die unterdrückte Volkssouveränetät. Nach der Julirevolution wird die Montesquieu'sche Konstitution durch etwas Rousseau'schen Zusatz verbessert, aber dieses Flickwerk dauert nicht lange, die Volkssouveränetät siegt wieder, und es handelt sich nun darum, sie nicht bloß als Princip theoretisch zu proklamiren, sondern auch praktisch zu organisiren. Aber der Verfassungsentwurf, der jetzt vorliege, gehe abermals nicht aus dem engen Kreise heraus, in dem Frankreich sich nun schon 60 Jahre lang bewege; auch dieser Verfassungsentwurf sei nur auf Montesquieu und Rousseau basirt, er zeige gute Absichten, aber er stehe nicht auf der Höhe der Zeit, und nach einigen Jahren werde es ihm wie den andern Verfassungen gehen, es werde ein Stück Papier mit Schriftzügen bedeckt sein. (Vielfache Akklamation.) Larochejaquelin behauptet, da Pierre Leroux die leibhaftige Negation sei, da seiner Aussage nach alle Menschen seit 60 Jahren und die jetzige Nationalversammlung fast nur Ignoranten seien, so fordere er Herrn Pierre Leroux auf, endlich das große Räthsel seiner geheimen Wissenschaft selbst zu lösen und einen vollkommenen Verfassungsentwurf vorzulegen, der ganz Frankreich glücklich mache. (Allgemeine Heiterkeit.) Nach ihm verfällt die Versammlung wieder in die alte Unaufmerksamkeit, denn Hr. St. Prieß liest wieder eine geschriebene und noch dazu höchst gewöhnliche Rede vor. — Bei Postschluß sind kaum noch 250 Mitglieder anwesend, und es steht zu hoffen, daß die allgemeine Diskussion heute noch geschlossen wird.

Man versichert, daß gleich nach dem Schlusse der allgemeinen Diskussion der Konstitution der Vorschlag gestellt werden wird, nach dem Votum des ersten Artikels der Konstitution die Wahl des Präsidenten der Republik auszuschreiben; sobald derselbe erwählt sein würde, würde die Nationalversammlung, unterbrochen mit ihren Arbeiten fortfahrend, den Namen: Gesetzgebende Versammlung annehmen und sich für 3 Jahre in Permanenz erklären. Man glaubt, daß dieser Vorschlag angenommen werden wird.

Die Sprache der Journale ist seit einigen Tagen weniger kriegerisch. — General Cavaignac, von mehreren Deputirten über die Bedeutung der kriegerischen Artikel des National und des Spectateur républicain befragt, soll sich geäußert haben, diese Blätter sprächen nur ihre eigene Meinung aus; was die Regierung beträfe, so habe diese noch immer Grund zu hoffen, daß eine friedliche und ehrenvolle Lösung der italienischen Frage zu Stande kommen werde. Proabhons neues Journal le Peuple ist vorgestern erschienen und sogleich wieder mit Beschlag belegt worden. Gleiches Schicksal hatte die Bouche d'acier. Die beiden Journale la Liberté (von Alex. Dumas erdigirt) und la Concorda sind aus Mangel an Fonds eingegangen.

Der National zeigt heute an, daß an Herrn Savoyes Stelle Herr Tallenay, früher Geschäftsträger in London, zum Geschäftsträger der Republik in Frankfurt bestimmt sei.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Frankfurt, 6. September. Die Ministerkrisis, welche in Folge des gestrigen Beschlusses der Nationalversammlung, die Ausführung der Bedingungen des Waffenstillstandes mit Dänemark einzustellen, eintreten mußte, ist heute nicht beendigt worden. Man vernimmt, daß Herr Dahlmann, gestern Abend noch zum Reichsverweser berufen, sich anfänglich nur zu bestem Rathe, nicht zur Uebernahme der Reichszügel verbunden erachtet, später aber doch zu dem Versuche sich entschlossen habe, ein Kabinet zu bilden. Auf den umlaufenden Listen stehen die Namen der Abgeordneten Wurm, Hermann, Simon von Breslau; ein bekannter Volksmann aus Leipzig erschien heute zum erstenmal im Frack und behandschuht; noch andere Hoffnungszeichen geben sich kund, aber es sind der Liebhaber zu viele, um alle befriedigt zu werden, und zu wenige, um die Mehrheit der Versammlung zu befriedigen. Die gestrige Mehrheit bestand überhaupt aus ganz verschiedenartigen Theilen, die nicht auf die Dauer zusammenhalten. Den Einen trieb der Unmuth über den langsamen Gang der Berathung über die Grundrechte, den Andern die Erbitterung gegen Preußen, welches offenbar die Centralgewalt und die Nationalversammlung mißachtet habe, den Dritten die Entrüstung über die ungerechtfertigten Bedingungen des Vertrags, zu einem Beschlusse, dem alle diejenigen zujauchzten, welche hoffen, daß seine Folgen „die 34 Theme und noch manches Andere aufrollen könnten.“ Eine genaue Prüfung der Sachlage war nicht möglich gewesen, da der Stoff in so kurzer Zeit nicht hatte beschafft werden können; die Stelle der Prüfung ersetzte bei den Mehrheitsmännern das Gewicht Dahlmanns. Es bedurfte indessen kaum vierundzwanzig Stunden, um der Ueberlegung Raum zu geben und Bedenken hervorzurufen, die vorher am Platze gewesen wären. Da aber Jedermann ein Versehen Anderer auflädt, als sich selbst, so werden die abgetretenen Minister mit dem Vorwurfe begrüßt, sie hätten ihre Entlassung nicht einreichen sollen, bevor über die Giltigkeit des Vertrages gegen sie rasch entschieden gewesen wäre. Es mußten wohl starke Gründe vorgelegen haben, um sämmtliche Mitglieder des Kabinets, Minister und Unterstaatssekretäre, zu dem einstimmigen Beschlusse zu bringen, nicht auf die Verwerfung eines Waffenstillstandes anzutragen, den Keiner vertheidigen konnte und wollte. Hr. v. Schmerling erklärte, daß erst nach langer, gründlicher Berathung, mit schwerem Herzen, und höheren Rücksichten weichend, das Kabinet zu diesem einstimmigen Beschlusse gelangt sei. Nun hat allerdings die Nationalversammlung den Waffenstillstand noch nicht verworfen, aber sie will, daß die Ausführung, welche nach Art und Zeit in dem Vertrage festgestellt ist, nicht vor sich gehe, und das Ministerium war der Ueberzeugung, daß die Nichterfüllung dieser Bedingungen einer Verwerfung des Ganzen gleichkomme. Zwar haben wir Stimmen gehört, welche dem Ministerium zumuthen, es hätte den Beschluß der Nationalversammlung vollziehen sollen, obgleich es dies mit seiner Ueberzeugung nicht vereinigen konnte. Allein dieses Verlangen wird bei einer Mehrheit nicht durchdringen, welche Minister haben will, die sich selbst achten und die Achtung des In- und Auslandes verdienen. Dem Vollzug des Beschlusses der Nationalversammlung auszuweichen, gab es für das Ministerium nur zwei Wege. Es mußte entweder dem Reichsverweser rathen, sein Veto einzulegen, und damit einen Principienstreit in die ohnehin aufgeregte Versammlung zu werfen, dessen Verlauf den so schwer gefährdeten Interessen des Vaterlandes sicher nicht förderlich gewesen wäre — oder abzutreten. Wir können das Ministerium über die Wahl, welche es in dieser Lage getroffen, nicht tadeln, wenn es wirklich der Ueberzeugung war, daß die Nichteinhaltung der Bedingungen über die Ausführung des Waffenstillstands einer Verwerfung gleichkommt, daß die Verwerfung einen Bruch mit Preußen und dem nördlichen Deutschland überhaupt, also einen unheilbaren Riß in die Einheit mit sich führen, und zugleich zur Fortsetzung des Krieges Maßregeln erfordern werde, die bei so bewandten Umständen eine Unmöglichkeit waren. Haben sich die Minister geirrt, so werden ihre Nachfolger den Beweis davon zu liefern hinreichende Gelegenheit haben.

Die Nationalversammlung hat zwar beschlossen, daß vor der Entscheidung über den Waffenstillstand die Bedingungen über den Vollzug gebrochen werden sollen, allein so wie die Dinge liegen, erscheint dieser Zweck nicht erreicht werden zu können. Es ist kein verantwortliches Ministerium da, um den Beschluß zu vollziehen, und bis sich ein solches bildet, wird auch der Tag der Entscheidung in der Hauptsache gekommen sein. Daß keine Gefahr auf dem Verzuge haftet, hat der Reichsmarschall Wrangel, wiewohl vergeblich, nachgewiesen. Die Truppen können nur langsam und allmählich zurückgezogen werden, und zwei bis drei Tage sind von keiner Erheblichkeit. Was aber den Waffenstillstand selbst betrifft, so ist es gar nicht unwahrscheinlich, daß die Nationalversammlung nach reifer Prüfung und Ueberlegung zu demselben Ergebnisse kommen wird, zu welchem das abgetretene Ministerium gelangt war — den Vertrag, wenn auch mit schwerem Herzen — nicht zu verwerfen. Ohne heute schon auf die Gründe einzugehen, welche uns zu dieser Meinung bestimmen, wollen wir nur darauf aufmerksam machen, daß die Nachrichten von den Küsten der Nord- und Ostsee, so wie aus den industriellen Binnenländern uns von den Freudenbezeugungen Kunde bringen, welche das Aufleben von schwerem Druck durch die Waffenruhe überall hervorruft. Aus Berlin werden wir vermuthlich bald vernehmen, daß die dortige Reichsversammlung dem ihr mitgetheilten Vertrage zugestimmt hat. — Dessenungeachtet würden wir nicht einen Augenblick anstehen, auf die Seite derjenigen zu treten, welche den Waffenstillstand verwerfen und den Krieg, wenn es sein müßte, gegen Europa wagen wollen, wenn der Vertrag wirklich, wie behauptet wird, für Deutschland entehrend wäre. Allein dies ist er nicht, wenn er auch in einigen Punkten nicht günstig für uns lautet. Nicht günstig ist die lange Dauer von 7 Monaten, obgleich Sachkundige die Erwartungen von einem Winterfeldzuge, über den vielleicht zufriedenen Welt, nicht hoch anschlagen. Nicht günstig ist die Bedingung des Rücktritts der provisorischen Regierung und die Aufhebung der von ihr wie von dänischer Seite erlassenen Gesetze und Verordnungen. Allein wenn man bedenkt, daß weder ein dänischer Beamter noch Soldat die Herzogthümer betreten darf, daß die holsteinischen Truppen in ihrer gegenwärtigen Stärke unter deutschem Befehle versammelt bleiben, so wird man der herrschenden Aufregung und der zusammengetretenen Landesversammlung in Kiel doch so viel zutrauen dürfen, daß sie die uns Eingeborenen bestehende Regierung veranlassen werde, diejenigen Gesetze, an welchen dem Lande gelegen ist, nach der Befugniß, welche ihr der Waffenstillstand gibt, alsbald wieder herzustellen, so wir ja auch der Träger des verhaßten Namens, der an die Spitze der Zwischenregierung kommen sollte, wie man vernimmt, schon beseitigt ist. — Schlage man aber diese Nachtheile noch so hoch an, so wird man die mit schlimmeren Folgen nicht übersehen dürfen, welche die wahre Ehre und die Interessen Deutschlands durch eine Verwerfung des Waffenstillstandes treffen würden, wornach die Einheit Deutschlands vernichtet und das Ende des zu erneuernden Kampfes gegen mehr als Einen Feind mit unzureichenden Mitteln ein solches sein würde, das leicht vorauszusehen, von einer deutschen Feder aber hier nicht niederzuschreiben ist. — Möge die Nationalversammlung das Verfahren Preußens in dieser Sache scharfem Tadel unterwerfen, für eine starke Macht zu Wasser und zu Lande sorgen, vor Allem aber das Verfassungswerk beschleunigen — dann wird die gegenwärtige Krisis eine heilsame werden.

†† Frankfurt, 6. Sept. Der Würfel ist geworfen, und er ist in so schlimmer Weise gefallen, daß ich nur jammernd rufen kann: Wehe, armes Deutschland! armes Vaterland! Diesen Weheruf erhebe ich wegen eines Beschlusses, der von Tausenden als ein Beweis kühner Kraft betrachtet werden wird, dem ich selbst in gewisser Beziehung beistimme, ja ihn sogar für eine Nothwendigkeit halte. Aber er wurde unter Umständen gefaßt, die ihn fast nothwendig zur Quelle unsäglichen Elendes machen werden. Sie wissen, der gestrige Tag war zur Verhandlung über den dänischen Waffenstillstand oder eigentlich über die Vorfrage bestimmt, ob nicht wenigstens der Vollzug desselben sistirt werden solle, bis die Nationalversammlung über Genehmigung oder Verwerfung desselben entschieden haben werde. Es war verkehrt und faktisch unmöglich, diese Vorfrage zu stellen, der sofortige Vollzug des Waffenstillstandes ist eine seiner wesentlichen Bedingungen, die Sistirung des Vollzugs also faktisch ein Verwerfen des Waffenstillstandes; hielt man sich noch nicht hinlänglich instruirt, über das Letztere zu berathen und zu beschließen, so mußte man auch die Debatte über jenes verschieben. Dieser ganz einfache Gesichtspunkt wurde aber eigentlich nur von Schubert, als Berichterstatter der Minorität des Ausschusses, hervorgehoben, und sein Antrag auf Vertagung, durch die Ausführungen des Kriegsministers unterstützt, welcher den an sich schon klaren Satz nachwies, daß es militärisch ziemlich gleichgiltig sei, ob die Truppen bei ihrem Rückzug zwei Tagmärsche (etwa 6 Meilen) mehr oder weniger zurückgelegt hätten, da der Feind nicht die verlassene Stellung einnehme, sondern seiner Seits sich in entgegengesetzter Richtung zurückziehe, und überdies in dem Waffenstillstand ausdrücklich festgesetzt sei, bei Aufhebung desselben sollten wieder beide Theile ihre frühere innegehabten Stellungen einnehmen. Allein die Leidenschaft war größer als die Besonnenheit; man ging von beiden Seiten auf den Waffenstillstand selbst ein, griff ihn an oder vertheidigte ihn, und es wurde so das trostlose Schauspiel aufgeführt, daß der

Digitized by Google

hohe Senat der Nation über die wichtigste Frage, die ihm bisher zur Lösung gestellt war, debattiete und beschloß, während er zugestandenermaßen noch nicht das vollständige, zur Beurtheilung der Sache erforderliche Material besaß. Das deutsche Parlament hat eine endlose Revolution beschlossen, ohne die in Betracht kommenden Verhältnisse zu kennen und, was unter diesen Umständen noch schlimmer ist, ohne jene gigantische Leidenschaft, die, ein Kind der Verzweiflung, nach Gründen und Opfern nicht mehr fragt, aber für Alles, was sie in kühner Verachtung wegwirft, einen Ersatz findet in ihrer eigenen unermeßlichen Tiefe. Das Parlament hat den entscheidenden Schritt zur Revolution in der Hitze des aufgeregten, beleidigten Stolzes gethan; diese wird mit dem Rausche des Augenblicks verschwinden; dann bleibt das nackte Elend zurück. Ich schildere Ihnen hier den allgemeinen Eindruck, welchen Debatte und Beschluß der N.-V. gestern auf mich hervorbrachten; den Gang der Verh. im Einzelnen werden Sie schon von andrer Seite her erfahren haben; ich will nur insoweit darauf zurückkommen, als es nöthig ist, mein obiges Urtheil zu rechtfertigen. Das Ministerium und die Rechte gaben zu, daß der Waffenstillstand durchaus unbefriedigend sei, und daß die Nationalversammlung das formellr Recht habe, ihn zu verwerfen. Aber sie riethen davon ab, von diesem Recht Gebrauch zu machen: es sei durch den Waffenstillstand noch nichts Wesentliches definitiv verloren; Schleswig bleibe einstweilen mit Holstein unter einer gemeinsamen Regierung vereinigt, die Aufnahme Schleswigs in den Bund sei zwar nicht anerkannt, eben so aber auch dessen Inkorporation in Dänemark einstweilen aufgegeben; es sei demnach das Wesentlichste, die Vereinigung beider Herzogthümer und die Aufnahme Schleswigs in den Bund, auf welche letztere wir wenigstens kein positives Recht haben, theils bestimmt, theils wenigstens möglicher Weise bei dem definitiven Frieden zu erreichen. Die alsbaldige Fortsetzung des Kriegs unter den gegebenen Verhältnissen sei faktisch unmöglich; Preußen habe den Waffenstillstand auch in eigenem Namen abgeschlossen und könne und werde deßhalb (ohne dazwischen liegende Revolution) den Krieg nicht weiter führen. Die militärische Behauptung der Herzogthümer sei unmöglich, wenn, wie unbedingt zu erwarten, eine bedeutende russische Flotte, die überdies sehr leicht ein Landheer aus den Ostseeprovinzen auf den Kriegsschauplatz herüberführen könne, die Dänen unterstützr. Auch alle übrigen Großmächte seien in dieser Sache entschieden gegen uns. Das preußische Volk werde in dieser Sache seine aus der Majorität der Volksvertreter hervorgegangene Regierung nicht verlassen, um so weniger, als ein großer Theil dieses Volkes, wie überhaupt fast der ganze Norden, diesen Waffenstillstand auf das Sehnlichste verlangt habe und überdies wisse, daß dieser Krieg, der uns schon so viele Opfer gekostet und noch viel größere droht, die Sympathie eines großen Theiles der Schleswiger entbehre, wie dies die offene Erklärung der Flensburger Kaufleute, wir es die Klagen des kommandirenden Generals über das unfreundlichr, fast feindlichr Benehmen der Nordschleswiger beweisen. Man solle nicht, selbst nicht in gerechtem Zorn, eine unheilbare Spaltung zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland hervorrufen. Es sei wahr, Preußen habe in dieser Sache seine Stellung zur Centralgewalt verkannt; aber es liege in der Natur aller provis. Zustände, daß sie nicht mit der Entschiedenheit durchgeführt werden könnten, wie definitive; gerade dieses unglückliche Ereigniß, dessen so äußerst gefährlicher Charakter auch in Preußen nicht werde verkannt werden, könne die Veranlassung werden und werde von dem Ministerium mit der äußersten Energie benutzt werden, um einen kräftigeren Bau der Einheit aufzuführen. — Sie sehen, das Ministerium und die Rechte wußten ihre Sache mit einer stattlichen Reihe vortrefflicher Gründe zu vertheidigen; man muß ihnen beistimmen, wenn man nicht behaupt n und beweisen kann, daß die deutschr Nation wirklich mit bewußtem Willen ihre Ehre an eine glücklichere Beendigung des Krieges gesetzt hat, daß sie bei diesem Ausgang der Dinge ihre Ehre tief, unendlich verletzt fühlen, und lieber, als ihn sich gefallen lassen, alle die ungeheuren Opfer willig tragen wird, welche an die Verwerfung des Waffenstillstandes sich unvermeidlich anschließen. Man mußte behaupten und beweisen, daß der Bau deutscher Einheit durch das eigenmächtige Verfahren Preußens in der Meinung des deutschen Volks eine so tödtliche Wunde erhalten, daß mit kühnem Entschlusse auch das Aeußerste gewagt, und daß Ruhe und Frieden, das Glück von Hunderttausenden, die in Jahrzehenden errungene Gesittung hingeopfert werden mußten, um das Eine, die Einheit Deutschlands, zu retten, weil ohne diese doch Alles verloren ist. Ich will nicht unbedingt läugnen, daß die Sache vielleicht wirklich bereits so verzweifelt stand, daß durch das nasselige Verfahren Preußens vielleicht wirklich die Revolution in kürzerer oder längerer Frist eine unvermeidliche Nothwendigkeit geworden war. Aber wie erbärmlich — ich weiß keinen andern Ausdruck — wie erbärmlich erschien in diesem großen Momente die Linke. So mögen Straßenhelden schreien, revolutionäre Größen sind das wahrlich nicht. Alles, was die Linke vorzubringen wußte, bestand darin, die Ehre Deutschlands sei verletzt, ohne dafür irgend eine Begründung beizubringen, ohne auch nur durch Aufzählung der zu bringenden Opfer die leichte Probe zu wagen, ob trotz dessen der Enthusiasmus Stich halten werde. Sie wußte auf die Vorstellungen der Rechten keine andere Erwiderung, als, man werde sich nicht einschüchtern lassen, in Preußen handle es sich höchstens um einen Ministerwechsel, und der Krieg mit den auswärtigen Mächten werde wahrscheinlich doch nicht ausbrechen und sei schlimmsten Falles nicht zu fürchten. Diese seichten Rodomontaden waren mit trivialen Witzen und Ausfällen gegen das Ministerium reichlich gespickt. Und diese Menschen wiegen sich in dem thörichten Wahne, sie könnten an der Spitze einer furchtbaren Revolution stehen! Ich weiß nicht, sehen sie die drohenden Gefahren nicht, oder wollen sie dieselben nur vor Andern verbergen. Beides beweist die gleiche äußerste Unfähigkeit. Sie führen die Nation heraus zu einem Kampfe so wild, so fürchterlich und verheerend, wie irgend einer in den Blättern der Geschichte verzeichnet ist, und sie schwatzen dem bethörten Volke vor, es handle sich um einen lustigen Triumphzug. Thoren, die Ihr seid! Wird Euch nicht die jetzt jauchzende Menge verlassen und Euch fluchen, wenn sie ihren Irrthum gewahr wird; wahrlich, wer nur durch Betrug zur Revolution gewonnen wurd, ist nicht der Mann, kühn und entschlossen zu ihren Schranken zu stehen. War die Revolution unvermeidlich, so wäre sie doch wenigstens in die Hände von Männern gekommen, die da wissen, was sie thun, nicht die Beute geworden von leichtfertigen politischen Gauklern. Ich weiß das menschlich schöne Gefühl zu würdigen, welches den Ministern verwehrt haben mag, die Verantwortung einer furchtbaren Revolution zu übernehmen; aber es wäre besser gewesen, sie oder ihre Freunde wären an die Spitze einer Bewegung getreten, die jetzt in die unfähigsten Hände fallen wird. — Ich wiederhole, der Würfel ist geworfen und in der schlimmsten Weise gefallen.

† Frankfurt, 6. Sept. Dem ganz unerwarteten Siege der Doktrinäre und der Linken ist heute von Seite der Ersteren ein Zustand der Niedergeschlagenheit gefolgt. Man tritt jetzt von den Folgen des gestrigen Beschlusses mit ein klein wenig Scheu zurück. Es ist übrigens auch unter der hiesigen Bürgerschaft Besorgniß rege geworden, und wir hörten viele Stimmen auf die Nachlässigkeit der Rechten das „Schuldig“ werfen, weil offenbar die Abwesenheit vieler Mitglieder dieser Seite die Ursache einer Majorität war, welche nicht ohne Grund eine zufällige genannt wird. Inzwischen ist das zurückgetretene Ministerium heut früh noch zu einer letzten Sitzung vereinigt gewesen, und Dahlmann hat den heutigen Tag der Zusammensetzung des neuen Ministeriums geweiht, an welchem er jedoch jeden Antheil (also auch jede Theilnahme an seinem Schicksal) abgelehnt hat. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, ist Heemann zum Präsidenten des Konseils bestimmt und übernimmt zugleich das Portefeuille des Handels. Mayen übernimmt das des Krieges. H. Simon das der Justiz. Wurm das der auswärtigen Angelegenheiten. Die vereinigten Ausschüsse für die schleswig-holsteinische Sache haben wegen anderweitiger Bethätigung Dahlmann's keine Sitzung gehalten. Ueberdies können ihnen die fehlenden Dokumente erst von den neuen Ministern überantwortet werden. B. im Empfange des Reichsministeriums, gestern Abend, soll der Reichsverweser recht heiter gewesen sein. Die Depeschen des preuß. Bevollmächtigten gingen noch bei guter Zeit nach Koblenz ab, und der Beschluß selbst ist wahrscheinlich heute früh schon in Berlin per Telegraphen eingetroffen. — Was die weiteren Verhandlungen über den Waffenstillstand in den Klubs betrifft, so ist merkwürdig, daß der Würtemberger Hof, welcher mit der Majorität gestimmt hat, die Ratifikation desselben zu verfechten gedenkt. — Auch soll dem Vernehmen nach das neue Ministerium durchaus wie das frühere vertheidigend für das preußische aufzutreten gesonnen sein.

Italien.

Mailand. Einem daherigen Privatschreiben entnehmen wir, daß jetzt hier mit Ausnahme der A. A. Ztg. und der Mailänder-Ztg. alle übrigen Blätter verboten sind. Das Brieföffnen auf der Post sei wieder in vollem Schwunge. (Das wäre gerade der geeignetste Weg, um Italiens Antipathien gegen Oesterreich zu einem neuen und stärkeren Ausbruch zu entflammen. Ein gährender Vulkan läßt sich nicht dadurch dämpfen, daß man die flache Hand auf den Krater deckt.)

(N. Z. Z.)

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr Cramer & Kings, 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Allemagne in Straßburg Nr. 29 Brand. Pas de Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber besorgt das Verl. Bur. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 45 kr. Alle Postämter nehmen Bestellungen an. Für Heidelberg selbst 1 fl. 45 kr. Bei der Expedition und der Redaktion einer vierspaltigen Petitzeile oder 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 247. Heidelberg, Samstag 9. September. 1848.

Uebersicht.

Der Waffenstillstand vor der Nationalversammlung. — Wien (Reichstagsverhandlungen. Die Ministerkrisis. Die Cholera. Deutsche Zeitschrift in Belgrad. Die Verhandlungen wegen Italien). Stuttgart (Adresse an die Nationalversammlung gegen den Waffenstillstand). Vom Neckar (ein Blick in die Entfernung des dänischen Waffenstillstandes). Kiel (Graf Moltke. Bewegung unter dem Militär. Sitzung der Landesversammlung. Ernennung der Kommissäre, die neuen Regierung. Wühlereien). Altona (die dän. Gefangenen). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung).

Großbritannien. London. Die Vertagung des Parlaments. Die Rede der Königin. Die Times gegen Cobden. Eine Erklärung L. Blanc's.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Der Eingang der Konstitution. Glänzende Rede Lamartines. Truppenbewegungen nach dem Süden.

Italien. Mailand. Abermals Tabakunruhe. Maßregeln gegen dieselben.

Beilage. Wien. Die Persönlichkeiten des Reichstages. Frankfurt. Die Verfassungsveränderung der Stadt. Schweiz. Bern. Antrag bei dem Großen Rath auf Austreibung aller Deutschen aus der Schweiz.

9. September.

Das Votum der Nationalversammlung am 5. war, nach übereinstimmenden Berichten, ein sehr zusammengesetztes und die Majorität von sehr verschiedenen Seiten durch verschiedene Motive zusammengeführt. Unter den mitwirkenden Umständen nennen und beklagen wir zuerst die Abwesenheit so vieler Abgeordneten. Ein anderes Motiv von sehr tiefgreifender Wirkung war, wie uns berichtet wird, das Gefühl, daß die Centralgewalt, die Nationalversammlung ignorirt, hintangesetzt worden sei, daß die Mächte sie mißachten, daß sie sogar im Volke gegen den Partikularismus an Boden verliere. Solche Gefühle und Ansichten waren besonders in einem Theile der Nationalversammlung schon länger bemerkbar, und der Waffenstillstand hat sie wohl mehr entfesselt als hervorgerufen. Sie verdienen gerade deßhalb die sorgfältigste Untersuchung, um die wesentliche Frage von jeder unklaren Beimischung rein zu halten und über eine Sache, die zuerst und vor allem Andern der auswärtigen Politik angehört, nach Grundsätzen der innern Politik wenigstens nicht weiter als nöthig ist zu richten. Wir werden indeß dabei die Regel festhalten, die in kritischen Augenblicken doppelte Geltung hat, daß wir uns innerhalb der vorliegenden Situation halten und weder nach der Vergangenheit noch nach der Zukunft hin darüber hinausgreifen, um Vertheidigungen zu übernehmen oder Vermuthungen zu wagen.

Die preußische Regierung hat von der Centralgewalt Vollmacht erhalten, einen Waffenstillstand, auf festgestellter Grundlage, nicht bloß zu unterhandeln, sondern auch an der Stelle der deutschen Reichsgewalt abzuschließen und zu ratificiren. Sie sah sich im Laufe der Unterhandlungen veranlaßt, von strenger Einhaltung der festgesetzten Grundlagen in einigen Punkten abzugehen; sie glaubte durch die Lage der Dinge berechtigt, vielleicht genöthigt zu sein, diese Ueberschreitung der Vollmacht, wie ein befreundeter Mandatar zum Nutzen des Vollmachtgebers wohl mitunter thun kann, ohne Einholung neuer Vollmachten, auf eigene Gefahr sich zu gestatten; sie ratificirte den so entstandenen Vertrag und begann mit den ersten im Vertrage selbst festgesetzten Vollzugsmaßregeln. Die Centralgewalt hatte das unbestrittene Recht, und war durch dasselbe in ihrer eigenen Verantwortung gedeckt, den abgeschlossenen, wenn auch bereits ratificirten Vertrag mit ihrer Vollmacht zu vergleichen und hiernach über seine Giltigkeit oder Ungiltigkeit zu entscheiden. Die Nationalversammlung war dabei ihr Rückhalt gegenüber der öffentlichen Meinung von Deutschland und Europa; schon aus diesem Grunde, schon aus den Konsequenzen des konstitutionellen Systems, das dem Institut der Centralgewalt zu Grunde liegt, war die Vorlage des Vertrags vor der Nationalversammlung nöthig, wenn diese auch nicht, als konstituirende Versammlung, als einziger vollgiltiger Träger des öffentlichen Vertrauens in ganz Deutschland, noch ein weiteres Recht gehabt und durch eigene Beschlüsse sich reservirt hätte. Wenn nun der Vertrag vor die Nationalversammlung kam, so fragt sich zuerst: fühlte sie ihre Würde verletzt, fühlte sie sich und die Centralgewalt ignorirt durch die Ertheilung einer so ausgedehnten Vollmacht, welche der preußischen Regierung auch die Ratifikation gestattete, oder durch das Verfahren der preußischen Regierung, womit sie, trotz der Ueberschreitung ihrer Vollmacht, ratificirt und die Vollzugsmaßregeln angeordnet hatte? Der erstere Fall wäre ein ganz allgemeiner und hinge mit dem vorliegenden Waffenstillstand gar nicht näher zusammen, er würde ganz eben so schwer wiegen, wenn dieser die günstigsten Bedingungen enthielte, die Schuld würde aber auch an dem Reichsministerium, nicht an der preußischen Regierung liegen. Gilt der zweite Fall, so entsteht alsbald die Frage, nach den Gründen der preußischen Regierung. Festhalten muß vorerst, daß sie bona fide gehandelt hat; diese Annahme würde die deutsche Ehre verlangen, selbst wenn Zweifel vorhanden wären; aber sie sind gegen die preußische Regierung so wenig vorhanden, als gegen unser Reichsministerium, das sich mit schwerem Herzen auch zur Annahme des Stillstands entschloß und seiner Pflicht und seinem Gewissen seine Existenz ohne Besinnen und Zögern opferte. Wo ein Auerswald ratificirt, ein Camphausen unterhandelt und rechtfertigt, da darf an der Redlichkeit des Verfahrens kein Zweifel sein. Es handelt sich also um das politische Recht oder Unrecht der preußischen Regierung, ob die Lage der Dinge, im weitesten Sinne gefaßt, einen Waffenstillstand unter diesen Bedingungen nothwendig machte, und ob, wenn dies angenommen wird, das rechtzeitige Gelingen des Werkes irgendwie davon abhing, daß keine weitere Vollmacht eingeholt, keine Ratifikation von Frankfurt aus bedungen wurde. Für die Nationalversammlung kam dann noch besonders die Rücksicht hinzu, wie weit die deutsche Einheit, die Rücksicht auf einen Genossen des Bundes, sowohl Preußen als Schleswig-Holstein gegenüber, bereichen und bestimmend sein dürfe. Dies allseitig und mit der größten Strenge zu erwagen und hiernach entweder Preußens Verfahren gutzuheißen oder den Unterhändler des Reichs, der zugleich sein größter Staat ist, der sein Vorlaufer gerade in dieser Sache war, vor den Augen der Welt zu desavouiren, das war nach unserer Ansicht die Aufgabe der Nationalversammlung. Statt dessen griff sie, die durch die Formfrage vorzugsweise verletzt schien, in die materielle Frage durch einen Beschluß ein, der allerdings, nach den Modalitäten des Vertrags, nicht eine Ungiltigkeitserklärung, sondern ein Bruch desselben ist. Der Vertrag war geschlossen und ratificirt, ob mit oder ohne Ueberschreitung der Vollmacht, war dem auswärtigen Kontrahenten gleichgiltig. Ihn zu prüfen, nach dem Maßstab der Ehre und der politischen Weisheit, ihn entweder in Berücksichtigung der Lage gutzuheißen, oder über einzelne Modifikationen neue Unterhandlungen in Angriff nehmen zu lassen, oder endlich ihn durch eine förmliche feierliche Erklärung vor ganz Europa, kraft des Rechts der deutschen Nation und ihrer Centralregierung, zu annulliren: das war eine Aufgabe, so groß, so gewichtig, so entscheidend, daß es der ganzen Würde, des ganzen Gewichts, der ganzen Größe einer Versammlung bedurfte, wie die

Digitized by Google

Versammlung der Vertreter der deutschen Nation ist, um sie auszuführen. Die Versammlung erschien dadurch zugleich im vollen Licht ihrer Würde und Gewalt und blieb im Kreise ihrer Natur und ihrer Pflicht; denn nicht eigenes Handeln, nicht Unterhandlen nach Außen ist ja ihr Beruf, sondern die entscheidende Stimme einer legislativen, einer konstituirenden Versammlung. Der Verzug der Prüfung kam gegen die Schwere der Aufgabe in gar keinen Anschlag; der Stillstand war geschlossen, die förmliche Annullirung hätte ihn aufgelöst, und beide Theile wären unter gleichen Vortheilen und Nachtheilen in den vorigen Stand wieder eingetreten.

Hat aber, um auf die erste der oben gestellten Fragen zurückzukommen, hat das Reichsministerium dadurch, daß es Preußen eine so ausgedehnte Vollmacht gab, gegen die Würde der Centralgewalt und der Nationalversammlung, wie gegen die wahre Politik gefehlt? Wir glauben es nicht, wir finden auch nicht, daß ihm dieser Vorwurf ausdrücklich wäre gemacht worden. Die Centralgewalt, auf dem Vertrauen der Nation und ihrer Vertreter ruhend, kam auch den einzelnen Staaten mit dem ehrendsten maßvollsten Vertrauen, ohne Herrschsucht, bloß im Interesse der Einheit entgegen. Was in den ersten Maßregeln etwa anders schien, das löste sich gar bald ohne Mißklang auf, und wenigstens die Centralgewalt hat sich bei den letzten Interpellationen in einer ganz reinen Stellung gezeigt. Nur in Preußen hat sich, wie bekannt, das gute Einvernehmen durch Mißverständnisse, durch ungenügende Aufklärung des Volkes getrübt; von dorther ertönten, bedeutsam genug, dieselben Klagen über Mißachtung, über Ignorirung der Einzelstaaten durch die Centralgewalt und die Nationalversammlung, wie wir sie im umgekehrten Sinne von manchen Seiten der Paulskirche gehört haben. Gab es unter diesen Umständen ein schöneres Mittel, das Vertrauen herzustellen, als wenn man dieses angeblich hintangesetzte Preußen zum Arm der Reichsregierung machte, wenn man mit vollstem Vertrauen eine unsäglich wichtige Unterhandlung, an der unter den obwaltenden Umständen das Heil Deutschlands hängen konnte, seiner Leitung übergab, eine Unterhandlung, die zugleich die preuß. Interessen, die angeblich hintangesetzten, aufs Engste berührte? Daß das Reichsministerium sowohl auf Preußens Patriotismus und Uneigennützigkeit, als auf seine verständige Selbstliebe ein so weit uneingeschränktes Vertrauen setzte, als seine eigne Verantwortung nur immer erlaubte, das würden wir niemals tadeln, auch wenn dies Vertrauen getäuscht worden wäre. Aber ist es getäuscht worden? Das wäre die große Frage, die zur Prüfung vorliegt. Wir wollen sie nicht von vornherein mit dem Mantel der Liebe und Einigkeit bedeckt wissen; aber daß sie mit der strengsten Sorgfalt, mit der heiligsten Unparteilichkeit, mit Berücksichtigung aller Verhältnisse im umfassendsten Sinn geprüft werde, darin sehen wir die Ehre und — die Zukunft Deutschlands.

Das waren die Gründe der inneren Lage, die bestimmen konnten, Preußen die Vollmacht aufzutragen; es gab nicht minder wichtige nach Außen. Sie sind einem patriotischen Gefühl freilich schwerer darzustellen, aber es ist nothwendig, Nichts zu verdecken und Alles zu erwägen. Wir wollen uns der Worte bedienen, die ein gereifter, denkender Politiker kürzlich in Bezug auf Frankreich ausgesprochen hat. „Es ist eine häufig vorkommende Täuschung, sagt er, daß nach Revolutionen Alles sich ändere, Alles von selbst, leicht, glücklich, in ganz neuen Wegen gehe. Ich habe diese Ansicht nie theilen können. Eine Nation kann sich durch innere Umwälzungen wohl schwächen, aber sie ändert weit weniger, als sie es selber denkt, ihre Stellung nach Außen. Die gleichen Interessen, die gleichen Hemmungen bleiben zurück und schreiben dem besonnenen Staatsmann ungefähr die gleiche Linie des Handelns vor." Dies gilt mit den nöthigen Modifikationen auch von uns. Wir ehren, wir begreifen die edle Ungeduld, die eine große Nation nach der mächtigsten inneren Veränderung auch gleich nach Außen groß und mächtig sehen möchte. Aber eine neue Weltstellung gewinnt sich nicht so leicht; eine neue Gewalt, von mißgünstigen Blicken in ihrer Geburt begrüßt, setzt sich nicht rasch, nicht mit einem Male durch, zumal in den gewöhnlichen Zwischenzeiten, die zwischen den seltenen Sonnenblicken des Geschicks stets mitten inne liegen. Die spröde Macht der Wirklichkeit, der träge Widerstand alter festgesetzter Verhältnisse und Vorurtheile will langsam und stät, mit besonnenem, kräftigem, nie zu ermüdendem Widerstand überwunden sein, nicht mit einzelnen Stößen, die stets wieder Pausen hervorrufen. Wir stehen noch am ersten Uebergang zur neuen Zeit, unsere Centralgewalt ist kaum auf den Schauplatz getreten. Wenn wir nun zwei Staaten in unserm Bunde haben, die zu den großen Mächten zählen, die den kostbaren Besitz eines Platzes im geschlossenen, eifersüchtig bewachten Staatensystem schon haben, sollen wir nicht an sie unsere Politik anknüpfen, mit ihnen zugleich die ersten Schritte auf dem neuen Boden thun? Wir haben ja eben die im gegenwärtigen Augenblick doppelt frohe Kunde erhalten, daß Oesterreich unsere Vermittlung in Italien anzunehmen gedenkt, und werden also hier an Oesterreichs Seite in die diplomatischen Verhandlungen eintreten.

Wenn viel Schmerzliches in diesen Verhältnissen liegt, so trifft es doch am wenigsten die Nat.-Vers. Sie ist frei nach der Vergangenheit hin und verspricht die bessere Zukunft. Wie mag man von einer Scheinexistenz, von Ignorirung, von langsamem Hinsiechen u. dgl. reden? Wir können dies nur erklären aus falscher Auffassung der Aufgabe einer solchen Versammlung. Noch keine Versammlung dieser Art, unter ähnlichen Umständen gewählt, zu ähnlichen Zwecken berufen, hat so das Vertrauen aller Volksklassen gehabt, noch keine mit so viel Besonnenheit, Reife und Berücksichtigung aller Verhältnisse das allgemeine Vertrauen verdient. Darin liegt ihre große Kraft, darin die von so Manchen schmerzlich vermißte Gewalt. Wie viel scheint nicht Preußen, wie viel Oesterreich voraus zu haben vor der anscheinend nur mechanischen Einheit des Reichs? Und doch, während in Wien und Berlin die Volksvertretung anarchische Zuckungen nicht hemmen kann, blickt ganz Deutschland ruhig nach Frankfurt, wo eine maßvolle, ohne Zerrung und Störung wirkende Versammlung, voll großer Namen und fruchtbarer Talente, die sichere Gewähr einer heilbringenden Gesetzgebung gibt. Wenn eine ruhigere Zeit, ein Aufathmen und inneres Erstarken der einzelnen Staaten ihr Muße zur Erledigung ihres großen, weit angelegten Werkes gab, liegt darin, für die konstituirende Versammlung eines Bundesstaates, eine Verletzung, eine Verminderung ihres Ansehens? Die Zeiten können kommen und stehen vielleicht nahe bevor, wo die Nationalversammlung auch ihre Kraft als einiger Mittelpunkt zu zeigen in die Lage kommt; aber ist es recht, sie zur Probe der Kraft herbeizuführen? — Viele unserer Freunde hoffen im Gegentheil, die jetzige Krisis werde die Versammlung gerade zu ihrem ersten Berufe, dem Verfassungswerk, mit verstärkter Energie treiben. Wir hoffen vor Allem, daß sie uns von Neuem mit den festesten Banden der Einheit umschlingen wird. Der Abgrund, an dem wir immer stehen, hat sich einen Augenblick aufgethan; wir haben mit Schauder hineingesehen, und möge Jedem das markerschütternde Bewußtsein bleiben, daß in der Einigkeit, und einzig und allein in der Einigkeit Deutschlands Heil sei!

Oesterreich. ** Wien, 2. Sept. Abg. Umlauft interpellirt im Beginn der Sitzung den Minister des Innern wegen des vom Grafen Leo Thun ergangenen, das Associationsrecht beschränkenden Erlasses vom 18. Juli. Er fragt, ob es von dieser Verfügung Kenntniß habe, ob es sie vereinbar finde mit den Grundsätzen der Volksfreiheit und ob es Verfügungen getroffen, sie außer Wirksamkeit zu setzen? Diese Anordnungen, antwortet Minister Doblhoff, seien in den Junivorgängen nah während des Belagerungszustandes unerläßliche Vorsichtsmaßregeln gewesen und ihm bekannt, indem er damals den Vorstellungen der Lokalbehörden habe nachgeben müssen; gegenwärtig seien die Verhältnisse der Art, daß das Associationsrecht hergestellt werden könne und er das Geeignetste hierzu thun werde. — Abg. Wiznicky bespricht die traurige Lage der Lehrer auf dem Lande und fragt den Minister des Unterrichts, ob er für das künftige Schuljahr dafür gesorgt, daß die Lage der Lehrer in materieller Beziehung verbessert werde und dieselben von der Subordination, den Dorfrichtern, Pfarrern und anderen Organen gegenüber, befreit würden? Das Unterrichtsministerium, antwortete Doblhoff als provisorischer Minister, ist bemüht, alle Daten zur Verbesserung des ganzen Schulwesens zu sammeln und sobald als möglich ins Leben treten zu lassen; er könne versichern, daß das Ministerium in den 6 Wochen seines Bestehens mehr geleistet, als die ehemalige Studienhofkommission in 10 Jahren; nur bezüglich der speciellen Anwendungen treten Hindernisse in Gemeindeverwaltungen, Obrigkeits- und andern Verhältnissen gegenwärtig in den Weg, die nur nach einiger Zeit erst eingeführt werden können; es werde das Möglichste geschehen. Bei der darauf folgenden Abstimmung über die Amendements zum Kudlich'schen Antrag entspinnt sich über eines derselben: „daß die Beschlüsse des Reichstags dem Landvolke kund zu machen seien", eine lebhafte Debatte, durch die Justizminister Bach sich veranlaßt findet, die Stellung und Ansicht des Ministeriums darzulegen. Die Reichskammer, bemerkt er, ist berufen, die Verfassung zu geben und dieselbe mit Sr. Maj. zu vereinbaren;

sie ist ein gesetzgebender Körper, insofern von ihr vorgebrachte Gesetze durch das Ministerium zur Sanktion an Se. Maj. gelangen, jedoch ist sie nicht ermächtigt, wie dem Publikum auf einem andern Wege zu verkehren, als durch den der obersten Exekutivgewalt. So lange insbesondere ein Gesetz durch Se. Maj. noch nicht die Sanktion erhielt, kann es auch vom Ministerium noch nicht als ein Gesetz betrachtet werden! (Beifall vom Centrum, heftiges Zischen von der Linken.) — Abg. Bioland protestirt in sehr unsgere,gtem Tone gegen die Erklärung des Ministers, weil selbe, wie er sagt, auf die Verhandlungen und die Stellung des Reichstags einen wesentlichen Einfluß übe. — In der ganzen Versammlung, mit Ausnahme eines Theils des Centrums, herrscht große Spannung und Aufregung. Allgemein kannt man sich mißgestimmt in die Ohren, Bach habe sich durch diese Erklärung „unmöglich" gemacht.

†† **Wien**, 4. Sept. Minister Schwarzer hat abgedankt. Es ist zwar noch nicht offiziell bekannt geworden, aber gewiß. Nun muß Doblhoff sein Portefeuille auch aufgeben. Kraus behauptete seinen Titel provisorisch als ein gelegenes Hinterpförtchen. Der Handel hat sich durch Hornbostels energische, dem der Oeffentlichkeit ganz unbekannte Maßregeln auch nicht geregelt. Es wird die drei Herren die Ueberzeugung in die Zurückgezogenheit begleiten, daß die demokratische Monarchie mit frommen Wünschen allein nicht erhalten werden kann. Für die demokr. Monarchie waren sie zu konstitutionell, für die konstitutionelle Monarchie zu demokratisch; darin liegt ihre Schwäche, ihr Unmöglichwerden, ihr Fall. Minister Bach, der Advokat, hatte den Takt in letzter Zeit ein Konstitutioneller vom reinen Wasser zu werden. — Er kann dadurch Minister bleiben. So auch der unkonstitutionelle alte Soldat Latour. Dieser rettete durch Thätigkeit in Führung der Kriegsadministration Italiens seinen Namen für die Gegenwart, denn wir sehen nicht klar ins Getriebe der Staatsmaschine, und es mag wohl kommen, daß die kroatischen Intriguen die Achillesferse des alten Bayard sind. Jedenfalls war die Lage Latours eine schwierige, um der Zeit zu genügen. Er mußte entweder den alten österreichischen Militärmodus beibehalten, um den Krieg in Italien möglich zu machen, oder Alles reformiren und Oesterreichs Macht, die Armee, damit revolutionirea. Latour soll seinen Augenblick erkennen. Dankt er zur rechten Zeit ab, so rettet er seiner Verwaltung Ruhm, Ehre und die Möglichkeit die Armee konstitutionell herauszubilden. Er kann das nicht ins Werk setzen, ohne sich zu verläugnen. Unsere Staatsmänner verstehen überhaupt den moralischen Vortheil eines o tempo Rücktritts nicht. Sie sind zu sehr Bureaukraten, sie sind zu wenig Politiker. Latour muß nach dem Friedensabschlusse in Italien abtreten. Das ist sein Moment. Wessenberg, eine verehrliche Reliquie aus der „Gott sei bei uns" Zeit, ist nicht homogen mit dem fortbestehenden politischen Kultus in Wien, und dem Volke durch die lange Entfernung von Oesterreich unbekannt geworden. Hier und da hörte man selbst von der sich gebildet nennenden Klasse, die sonderbarsten Deutungen seiner einstigen Stellung unter Metternich. — Die Cholera ist bis Brody vorgerückt. — Zum ersten Mal wurde ein Bürgerlicher zu einem Adjutanten des Kaisers ernannt. Der Beglückte heißt Oberstlieutenant Schwarzl. — In Belgrad erschien Anfangs d. M. die erste deutsche Zeitung unter dem Titel: „Der Serbe". Sie nimmt als Organ der Serben Partei.

Wien, 3. August. Die Nachricht über die Note aus Paris hat die Bevölkerung Wiens in die größte Bewegung versetzt. Unser Ministerium soll von Rußland aufgefordert worden sein, Frankreich nicht nachzugeben. Rußland will mit aller Gewalt die bisherigen Territorialverhältnisse Europas eingehalten sehen. (Fr. O. P. B.)

Würtemberg. ** **Stuttgart**, 7. Sept. Abends. Die Nachricht von dem hochherzigen Beschluß der Nationalversammlung hat in unserer Stadt ungeheure Aufregung und ungetheilte Zustimmung hervorgebracht. Heute Abend fanden zufällig Versammlungen der beiden hier einander gegenüber stehenden politischen Vereine, von denen auch Sie schon berichtet haben, Statt, des vaterländischen wie des Volksvereins. Bereits hatte der Volksverein seine Beschlüsse gefaßt: eine kräftige Adresse an die Nationalversammlung und einen Ausdruck der Mißbilligung der Abstimmung von nur zwei unserer Abgeordneten (Mathy und Fallati), in Form einer Einladung an ihre Wähler, sie mögen aussprechen, daß Beide ihr Vertrauen verloren, als sich ein erhebender Akt vorbereitete. Der vaterländische Verein hatte seine Tagesordnung, die Auswanderungsfrage, beseitigt, und eine Deputation desselben erschien im Volksverein, um gemeinsame Schritte zu berathen. Der Redner, Kanzler v. Wächter, mahnte, den Sinn der Einigung auch im Kleinen zu bethätigen und jetzt, im Augenblick der Gefahr des Vaterlandes, die kleinen inneren Streitigkeiten fallen zu lassen. Die Ansprache fand den fruchtbarsten Boden. Man einigte sich schnell über die Grundsätze, über die Haltung, welche der schwäbische Volksstamm jetzt anzunehmen habe. Mitglieder beider Vereine treten zusammen, um eine gemeinsame Erklärung zu entwerfen, beide Vereine werden morgen zur Annahme in Eine Versammlung zusammentreten, und morgen Abend noch wird die Erklärung nach Frankfurt abgehen. Sie wird wohl kräftig werden und ein rechter Ausdruck unserer Gesinnungen sein. Die Einigung, die Verläugnung der bisher oft so lebhaft gehegten Sonderbestrebungen Angesichts einer großen Zeit ist vom größten Werth und vom wohlthätigsten Eindruck. Das ganze Land wird zustimmen — dann mag auch der Willensausdruck des schwäbischen Volksstammes in der Wagschale ein Gewicht sein.

Sachsen. **Dresden**, 1. September. In der Sitzung der zweiten Kammer am 29. August ist ein Dekret an die Stände, das deutsche Verfassungswerk betreffend, eingegangen, welches schließt: „Die nothwendige Verbindung zwischen der Centralgewalt und den einzelnen Regierungen soll nach Art. 14 der Beschlüsse vom 28. Juni d. J. durch Bevollmächtigte der letztern erhalten werden. Aber auch zwischen den gesetzgebenden Organen des Bundesstaats und der Einzelstaaten wird eine Einigung für die Feststellung der neuen Verfassung Deutschlands erforderlich sein, wenn diese auf eine Grundlage gebaut werden soll, welche die Bürgschaft der Dauer giebt. Die Regierung geht dabei von der Ansicht aus, daß der § 2 der Verfassungsurkunde und die darin festgestellten Rechte der Stände für sie maßgebend sind, wird jedoch immer eingedenk sein, daß der erstrebten Gestaltung eines kräftigen Bundesstaates Opfer zu bringen sind und daß ohne dringende Gründe den Beschlüssen der Nationalversammlung die Anerkennung nicht zu versagen, Regierung und Stände in gleicher Weise für ihre Aufgabe erachten müssen." (D. A. Z.)

Baden. ** **Vom Neckar**, 9. Sept. (Forts.) Ehe ich meinen Blick auf die Geschichte des dänischen Waffenstillstandes fortsetze, erlauben Sie mir, mich mit Ihrem Frankfurter ☙ Korrespondenten in der Kürze zu verständigen. Derselbe faßt meinen Satz: „Es scheint in der That nicht so ganz fehlgegriffen, wenn das Publikum den ganzen Waffenstillstand als eine um das Ministerium des Auswärtigen gespielte Intrigue ansieht", als eine „„ungerechte Verdächtigung des Reichsministeriums"" auf. Ich bemerke darauf nur, daß das Wörtchen „um" keineswegs räumlich zu nehmen ist. Das besagte Portefeuille bildete in meinen Augen für eine Partei eine Prämie des Kulissenspiels, und weit entfernt, einen Verdacht auf die Männer werfen zu wollen, welche zuerst ihr Schicksal an das des Vaterlandes geknüpft haben, scheinen sie vielmehr darin die Rolle der arglos Hintergangenen zu spielen. Was ferner meine Hoffnung oder Verzweiflung im Betreff des deutschen Einigkeitswerkes angeht, so werde ich solange meinen guten Glauben bewahren, als ich die deutschen Angelegenheiten Persönlichkeiten anvertraut weiß, deren Charakter für ihre selbstsuchtslose Ehrlichkeit bürgt. Wenn aber das Parterre, aus welchem aus ich, wie viele Tausende den Vorgängen zuschauen, plötzlich Personen auf der Bühne erscheinen sieht, die es früher mit Adel zusammen erblickt hat, wenn es den Redakteur des Wiener Schlußprotokolls in offizieller Stellung in Frankfurt weiß und neben ihm andere ehemalige Staatsmänner, denen es die ganze Schuld der vergangenen Jahre mit Recht auf die gekrümmten Schultern wirft, so meine ich, zeugt es eben nicht von einem Mangel an Ernst und Sittlichkeitsgefühl, wenn in seinem Herzen der Wunsch klopft, von der heiligen Zukunftsbegründung Deutschlands einmal diese „Diplomaten mit eisernen Besen hinwegzufegen!" Das zur Verständigung mit Ihrem von mir gewiß geschätzten ☙ Korrespondenten. — Wenn wir uns nun nach dem Anfange des rothen Fadens umschauen, so beginnt derselbe für uns in der ersten Bildungsperiode der Opposition Preußens gegen die Centralgewalt. Die „Deutsche Zeitung" hat ihren Entwickelungsgang stets unausgesetzt im Auge behalten, so daß ich denselben wohl nicht mehr zu skizziren brauche. Ich beschränke mich daher darauf, in wenigen Worten mein Urtheil über sie auszusprechen. Daß Preußen gegenwärtig nicht an die Spitze von Deutschland gestellt ist, verdankt es seiner eigenen Politik, d. h. der Politik der Männer, welche bis zu den Märztagen seine Geschicke in der Hand hielten. Niemanden ist wohl so nahe das offene Blatt des Geschichtebuches zur Namenseinzeichnung vorgehalten; es wurde zurückgewiesen, what's done can not be helped — gehen wir darüber hinweg. Ein neues Preußen machte sich geltend, aber die Erinnerung an das eben erst Vergangene war noch zu frisch in den Gemüthern, als daß schon jetzt die öffentliche Meinung die veränderte Lage der Dinge von der früheren geschieden hätte, als daß eine preußische Hegemonie schon jetzt möglich gewesen wäre. Und doch war sie nothwendig, wäre sie ersetzt — die Sachen stünden nun anders. War die öffentliche Mei-

Digitized by Google

nung nicht im Stande, die neue Zeit von der alten zu trennen, zu vergessen, so vermochte das preußische Volksbewußtsein seinerseits nicht, im lebendigeren Gefühl mit der Vergangenheit gebrochen zu haben, die Stimmung der Nichtpreußen zu verstehen, das spreitzsche Preußenthum erwachte, und mit ihm im Volke die Reaktion gegen die Centralgewalt. Das waren Hebel, welche gewisse ci-devant Staatsmänner in Frankfurt und Berlin sich nicht entgehen lassen durften! Eine Demüthigung der Centralgewalt vor In- und Ausland konnte treffliche Dienste gegen den jungen Rivalen leisten; Brockes Erlaß war eine günstige Gelegenheit dazu; und schon damals wurden Stimmen laut, nach denen der Reichskriegsminister ohne sein Wissen das Opfer der feingesponnenen Fäden geworden war. Allein diese Demüthigung genügte nicht; es sollte der Centralgewalt nicht nur gezeigt werden, daß Preußen noch eine „Macht" sei, sie mußte auch erfahren, daß Preußen noch eine der Pentarchie angehörige Macht sei! Ich will damit auf das jetzige Berliner Ministerium auch nicht den leisesten Verdacht werfen; aber hinter eines Ministers Rücken vermag noch Vieles zu geschehen! Bei „dem noch nicht vollständig geregelten diplomatischen Verkehr" und bei Heckscher's Ungewohntheit in der Leitung der öffentlichen Angelegenheit konnte das nicht sauer fallen. Ohne dem Privatcharakter des Hamburger Abgeordneten im Geringsten nahe treten zu wollen, stimme ich mit Ihrem Rheinkorrespondenten vollkommen in der Ansicht überein, daß er zum Minister nicht geeignet, und jedenfalls nicht vielseitig genug ist, um in einem Tage die Justiz mit der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten vertauschen zu können. Und so war, obgleich er ohne Zweifel sein Amt nach bestem Wissen und Gewissen verwaltet hat, seine Ernennung zu demselben ein doppeltes Unglück für Deutschland; einmal nämlich, weil sein früherer Wirkungskreis ihn nicht in den Stand setzte, den Anforderungen seiner Stellung zu genügen; und zum andern, weil dadurch Viele auf seinen Sturz hinarbeiteten, die nun in geschickter Hand zu Werkzeugen wurden. Daß Heckscher und Beseler nur vorläufig vorgeschoben waren, leuchtete schon gleich bei ihrer Ernennung Manchem ein; und bitterer Tadel wurde schon damals über die Männer laut, die, allein für die beiden Plätze geeignet, vor denselben zurückbraten. Allein damals konnte man noch nicht einsehen, daß dadurch nun die Karten in einer Weise sich vertheilten, daß in dem diplomatischen = Whist mit einem Blinden der O.P.A.Ztg. der Partner des homme de bois von vorn herein seinen kleinen Schlemm bei etwas schlauem Spiele sicher hatte. Das Dessein derselben war folgendes: Zuerst mußte Weangel an einem Radetzky'schen fait accompli gehindert werden; der erste Waffenstillstand war ein zu vorschnelles Etouffiren, die öffentliche Meinung kouplrte mit einem höheren Trumpfe über. Dann kam eine neue Farbe: die Offizierprovinzen mit ihren Wünschen auf Beendigung des Krieges drängend, verbunden mit den Klagen des „ganz allein leidenden und kriegführenden" Preußens — das Ministerium war hier gutmüthig genug, frische Truppen zu beordern und Entschädigung zu versprechen, zerstörte jedoch damit zu gleicher Zeit alle bisherigen Vorbereitungen für die Nothwendigkeit eines Waffenstillstandes, so daß, wenn derselbe nicht schleunigst ins Werk gesetzt wurde, der feine Plan scheitern mußte. Hier beging nun das Reichsministerium seinen einzigen falschen Schritt bei der Sache; es durfte Preußen niemals zu einem Bevollmächtigten einem Staate gegenüber machen, der die Centralgewalt nicht anerkennen wollte, und hätten wir auch Jahre lang Krieg führen müssen. Ob Dänemark von der Berlin-Frankfurter Kamarilla ins Vertrauen gezogen, für zu leistende Gegendienste die Anerkennung standhaft verweigerte, oder dieselbe bloß in der Voraussicht ihres Nichterfolgens den Plan konsentirt hatte — quien sabe... die bekannte Note Wildenbruch's vom 8. April und ihre freilich nicht so bekannte Vertheidigung lassen auch hierauf Schimmer fallen — genug, die noch aus der alten Zeit her geregelten diplomatischen Verbindungen schlossen „in seiner Majestät des Königs von Preußen eigenem Namen und auch für den Bund" den Waffenstillstand ab, und schnell, damit die öffentliche Meinung das deutsche Parlament nicht etwa auch dieses Mal übertrumpfe, werden seine Bestimmungen in Vollzug gesetzt, um beide zu überrumpeln! Gestatten Sie mir nur noch wenige Worte über die darauf erfolgte Handlungsweise des Reichsministeriums und Ihre damit einstimmenden leitenden Artikel. Das Reichsministerium sah sich nämlich plötzlich unerwartet einem fait accompli gegenüber, dessen Rückgängigmachung ihm eine Erneuerung des eben freilich, wegen der während der Verhandlungen mit Dänemark nicht mehr künstlich genährten Spannung, beschwichtigten Streites zwischen Nord- und Süddeutschland zu sein schien. Die Wahl war schwierig. Auf der einen Wage die bei Seite gedrängte Stellung der Centralgewalt mit einem unheilvollen Waffenstillstande, auf der andern ein mögliches Wiederaufflammen des deutschen Bruderhasses. Es entschied sich für die, wenn auch noch so opferschwere Vermittlung und machte, entweder um die „leidenschaftliche" Versammlung in ihrer Auffassung zur Besinnung zu bringen, oder um das Gewicht des erneuerten Zwistes durch die in Aussicht gestellte Ministerkrisis zu vermehren, von vorne herein selbst jenes Halt zur Vertrauensfrage. Dahlmann griff dagegen durch. Ueber ihn morgen.

Schleswig. † Kiel, 4. Sept. Der Graf Karl Moltke, welcher zum Präsidenten der neuen interimistischen Regierung bestimmt war, hatte sich bereits nach Holstein begeben und auf dem Gute Heiligenstädten bei Itzehoe seine Residenz aufgeschlagen, auch die von Dänemark und Preußen ernannten Regierungsmitglieder nach Itzehoe entboten. Diese haben aber sämmtlich die Theilnahme an der Regierung abgelehnt; der Graf Moltke soll auf Heiligenstädten von den benachbarten Landleuten förmlich eingeschlossen und es ihm nur durch die Verwendung des Grafen Reventlow-Preetz gelungen sein, sich nach Hamburg zurück zu begeben.

Kiel, 4. Sept. Das schleswig-holsteinische Militär denkt ganz so wie das Volk. Heute Morgen, als eben die Landesversammlung begann, befand sich das 7. Bataillon in der Nähe der Stadt, um nach Schönkirchen ins Kantonnement zu marschiren. Das Bataillon, nur von schleswig-holsteinischen Offizieren kommandirt, würdete den Beschluß der Landesversammlung ab, ehe es weiter marschirte, und alle Grade erklärten laut und offen, nur einer von den Volksvertretern genehmigten Regierung gehorchen zu wollen. Das hier liegende 5. Bataillon, welches, mit Ausnahme von vier Lieutenants, von Offizieren kommandirt wird, die in preußischen Diensten stehen und die preußische Uniform tragen, würde heute Morgen versammelt, um die Stadt zu verlassen. Man meint, daß der Befehlshaber beabsichtigte, die Soldaten von der Volksversammlung fern zu halten, da es hieß, das Bataillon solle schon zu Mittag zurückkehren. Die Soldaten aber vermutheten etwas Anderes hinter dieser Maaßregel, glaubten volksfeindliche Absichten darin zu erblicken und verweigerten auf dem Sammelplatze rundweg den Gehorsam. Die preußischen Offiziere haben darauf sogleich die Stadt verlassen, um, wie es heißt, ihren Abschied zu nehmen. Die vier schleswig-holsteinischen Offiziere sind geblieben. Der Herzog v. Augustenburg ist nach Frankfurt gereist, der Herzog v. Glücksburg wird nach London reisen. (H. K.)

Ein anderer Brief des Hamb. Korr. aus Kiel sagt: Die Insubordination des 5. Bataillons am gestrigen Tage ist durch Aufhetzereien von Außen veranlaßt worden. Die Landesversammlung ging in Veranlassung dieser unter ihren Augen vorgefallenen Thatsache heute von der Tagesordnung ab und beschäftigte sich fast während ihrer ganzen Dauer mit der Berathung über eine desfallsige Eingabe an die provisorische Regierung. Es ist auf Prof. Olshausens Antrag beschlossen worden, eine Eingabe an die provisorische Regierung zu richten, worin das Vertrauen ausgesprochen wird, daß gegen die Verführer nach der Strenge des Gesetzes verfahren werde. Der ursprüngliche Antrag des Grafen Reventlow-Jersbeck ging weiter und war gegen anarchische Bestrebungen gerichtet, als deren Symptome diese Insubordination zu betrachten sei.

Kiel, 5. Sept. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wird die Fassung des Schreibens berathen werden, mit welchem die gestrigen Beschlüsse der Nationalversammlung in Frankfurt notifizirt werden sollen.

Kiel, 4. Sept. Zu Kommissären sind ernannt, preuß. Seits Major Wildenbruch, dänischer Seits Kammerherr Reedz. Die neue Regierungsbehörde soll ihre Wirksamkeit am 9. September beginnen, an welchem Tage die beov. Reg. abtreten soll. Sämmtliche Ernennungen u. s. w. d. prov. Reg. seit dem 24. März sind zwar in der Konvention als nichtig erklärt, jedoch, hören wir, hat die interimistische Regierungskommission die Instruktion, mit wenigen Ausnahmen sowohl Beamte, als Verfügungen der prov. Regierung zu bestätigen. (H. K.)

Altona, 5. Sept. Heute früh 6 Uhr wurden sämmtliche dänische Gefangene auf der Eisenbahn nach Rendsburg gebracht, um von dort nach Eckernförde weiter befördert zu werden. (B.-H.)

Die Schleswig-Holsteinische Zeitung und die Zeitungskorrespondenzen sprechen von Berliner Wühlern, die in Kiel angekommen. Es scheint Herr Hermann Kriege gemeint, der von Hamburg in Kiel angekommen und dort auch einen Vortrag halten und Geldmittel für das Berliner Centralkomité aufbringen soll. (Br. Z.)

† Frankfurt, 8. September. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde durch einen Vortrag des Abg. Raypard eröffnet, in welchem er über die jüngsten Vorgänge in Schleswig-Holstein eine Mittheilung machte, und darauf im Namen seiner Freunde eine Anfrage an den Ausschuß für den Waffenstillstand gründete. Die

Digitized by Google

schleswig-holsteinische Landesversammlung hat eine Reihe von (gestern bereits gemeldeten) Beschlüssen einstimmig gefaßt, welche der provisorischen Regierung zur Publikation, so wie dem Reichsverweser und der Nationalversammlung mitgetheilt werden sollen, letzteren zugleich mit Darlegung der Gründe in einer ausführlichen Schrift, weßhalb der Waffenstillstand für die Herzogthümer unannehmbar sei. Eine große Volksversammlung in Kiel hat durch eine Deputation der Regierung und den Ständen erklärt, das Volk werde keiner andern Regierung gehorchen und Steuern bezahlen; man bitte, daß ein Aufgebot an das ganze Volk in Masse erlassen werde. Die deputirten Mitglieder haben (wie schon gemeldet) dem Gr. Moltke ablehnend geantwortet. Er selbst mußte gegen das aufgebrachte Volk den Schutz der provisorischen Regierung nachsuchen; von dieser erhielt er einen Paß über die Grenze und ein Regierungsmitglied reiste ab, um ihn aus den Händen des erbitterten Volkes zu befreien. Ueberall in den Städten seien sehr ernste Bewegungen. Allenthalben erkläre man, den Krieg allein, auf die Gefahr hin, von Deutschland verlassen zu werden, fortzusetzen. Dem preußischen Officier, welcher die Vollziehung des Waffenstillstandes überwachen soll, hat der Präsident Beseler den freundschaftlichen Rath ertheilt, sich sofort wieder zu entfernen, weil die Regierung nicht für seine persönliche Sicherheit einstehen könne. Eine ähnliche Aufregung fange an, unter den Bundestruppen sich zu äußern. — Auf diese Nachrichten aus Schleswig gründet Rappard die Anfrage, ob der Ausschuß im Stande sei, den Bericht über den Waffenstillstand bis morgen zu liefern? Zacharia, welcher Mitglied des Ausschusses ist, hält dies nicht für möglich. Heckscher fordert auf, die Sache mit Ruhe zu erwägen und auch die Frage in's Auge zu fassen, was dann geschähe, wenn der Waffenstillstand verworfen würde? Schoder stellte den Antrag, daß das Bureau beauftragt werde, zu untersuchen, woran es liege, daß es mit dem Druck der Vorlagen so langsam vorangehe. Auf diesen Antrag schickte der Präsident sogleich zwei Sekretäre in die Druckerei. Nach einiger Zeit kamen diese zurück und theilten das Resultat ihrer Erkundigungen mit. Die Vorlagen des Ministeriums über den Waffenstillstand betragen nicht weniger als 29 Druckbogen, davon sind 23 Bogen fertig und die übrigen können bis Abends 5 Uhr ausgegeben werden. Zwölf Setzer waren Tag und Nacht damit beschäftigt. Hiermit beruhigte man sich. Auf die Anfrage, wie weit die Bildung des Ministeriums gediehen sei, erklärte Dahlmann, die Unterhandlungen seien angeknüpft und täglich fortgesetzt worden, in dem Augenblick aber noch nicht zum Abschluß gebracht. Er bezweifle, daß ein weiteres Eingehen in die Sache dem Gelingen der Kombination förderlich sein könne, wohl aber das Gegentheil. Blum stellte darauf, die Dringlichkeit der Zustände hervorhebend, den Antrag, daß die Nationalversammlung in einer morgen abzuhaltenden außerordentlichen Sitzung den Beschluß fasse, den Reichsverweser zu ersuchen, daß er die Ernennung des Reichsministeriums beschleunige. Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde verworfen und dadurch der Antrag selbst beseitigt. So ist diese Angelegenheit noch nicht weiter gerückt, und es ist schwer vorauszusagen, wie sie sich wenden wird. Auf der einen Seite sind die hundert Schwierigkeiten, ja die nicht zu läugnende große Gefahr für die Einigung Deutschlands und selbst für den Frieden Europas, wenn der Waffenstillstand verworfen wird, auf der andern das tief verletzte Nationalgefühl, welches, wenn ihm nicht eine Genugthuung verschafft wird, der revolutionären Partei eine so starke Handhabe bietet, daß sie aufs Neue Alles in Frage zu setzen vermag.

Endlich kam der §. 14 der Grundrechte über die Stellung der Kirche zum Staate wieder zur Berathung. Es sprachen darüber noch 4 Redner, konnten aber natürlich bei der in der Paulskirche herrschenden Stimmung nur eine halbe Aufmerksamkeit gewinnen, obgleich einige gewichtige Punkte hervorgehoben wurden.

Löwe sprach für die gänzliche Unabhängigkeit mit sehr klarer Anschauung der Verhältnisse. Er unterstützte die Zurückgabe des Patronatsrechtes an die Gemeinde; der Staat könne es nicht behalten, und Jemandem müsse es gegeben werden. In welcher Weise die Kirchengemeinde es ausüben wolle, das sei ihre Sache. Salzwedel spricht sich in gleicher Richtung aus. Man möge gegründete Furcht vor dem Gebrauche hegen, den die katholische Kirche von ihrer unabhängigen Stellung machen werde. Allein das sei kein Grund, dieselbe zu verweigern. Man dürfe die Freiheit darum nicht versagen, weil sie mißbraucht werden könne. Bally vertritt sehr lebhaft die kirchliche Unabhängigkeit mit Hervorhebung politischer Gründe. Die Versagung derselben würde eine furchtbare Brandfackel unter das Volk werfen und das größte Hinderniß einer Einigung in Deutschland werden. Er fordert namentliche Abstimmung, damit es sich zeige, wo die „eigentlichen Finsterlinge" in der Versammlung sitzen. Der Berichterstatter Beseler vertheidigt den Ausschußantrag, wohl nur gegen einige Vorwürfe in Nebensachen, mit Glück, gegen den Hauptvorwurf der Unbestimmtheit und der Inkonsequenz in der Hauptsache mit Kunst, aber ohne bedeutenden Erfolg. Es sei unrichtig, daß der Ausschuß den neuen Religionsgesellschaften einen Vorzug vor den bestehenden geben wolle, es sei nur seine Absicht gewesen, ihre Bildung nicht von der Anerkennung des Staates abhängig zu machen. Dem Staate bleibe die Ertheilung der Korporationsrechte vorbehalten, und in dieser Beziehung seien die neuen Religionsgesellschaften wie jede andere sich bildende Gesellschaft zu betrachten. Die Unabhängigkeitserklärung der Kirche hält er für gefährlich, besonders der katholischen Kirche gegenüber. Er gruppirt die Verbesserungsanträge, es sind ihrer über 40. Die erste Gruppe sind die, welche die Unabhängigkeit der Kirche verlangen, sie schließen sich an das erste Minoritätsgutachten an und bilden für sich die eine Seite der Parteiung. Fast alle andern suchen den Grundsatz der Unabhängigkeit mehr oder weniger zu beschränken. Dahin gehören eine große Anzahl von Anträgen in der Richtung des zweiten Minoritätsgutachtens, welches zwischen innern und äußern Angelegenheiten der Kirche unterscheidet. Der Berichterstatter bemerkt mit Recht, daß eine solche Unterscheidung durchaus unsicher sei und die Quelle unendlicher Streitigkeiten werden würde. Eine weitere Gruppe stellt eine Menge Kautelen zur Sicherung des Staats auf, die übrigens das Gegebene theils wieder nehmen, theils ohne Wirksamkeit sind. Andere Anträge wollen das Recht der Gemeinde erweitern und suchen das demokratische Princip in der Kirchenverfassung zu sichern. Diese greifen meistens zu tief in die innere Organisation der Kirche ein, theils stehen ihnen materielle Bedenken entgegen, wie z. B. die Aufhebung des Patronatrechtes, womit auch die Patronats-Verpflichtungen aufhören würden. Einige andere Anträge endlich sind den bestehenden Kirchen entgegengesetzt, wie zum Exempel der Antrag, daß alle Religionsgesellschaften gleichberechtigt sein sollen, wodurch die Staaten leicht in die Lage versetzt werden könnten, alle bisherigen Leistungen für kirchlich-religiöse Zwecke zurückzuziehen. Der Berichterstatter hofft, daß wenn auch jetzt die Abstimmung sich allzuschroff nach der einen Seite hinwenden sollte, sich dieses bei der zweiten Abstimmung ausgleichen werde. — Zur Abstimmung kam es nicht, weil der Präsident die große Anzahl von Anträgen vorerst ordnen muß. Die Abstimmung ist auf den Montag festgesetzt, — wenn nicht wieder ein Waffenstillstandskrieg dazwischen kommt.

= Frankfurt, 7. Sept. Die Aeußerung in Ihrem Blatte Nr. 241 in Beziehung auf den Bericht über Ministerverantwortlichkeit hat einen üblen Eindruck hervorgebracht, da der Korrespondent (seine Wahrhaftigkeit muß in Zweifel gezogen werden, da er von einem Bericht von acht Bogen spricht, während der Bericht nur $2^1/_2$ Bogen enthält) nicht zu wissen scheint, daß das Gesetz über die Centralgewalt ein Gesetz über die Verantwortlichkeit verlangte, daß die Nationalversammlung forderte, daß ein solches Gesetz vorgelegt werde und öftere Interpellationen keine Zögerung gestatteten. Wer es weiß, daß noch kein vollständiges Gesetz in Europa über Ministerverantwortlichkeit besteht, daß in einem solchen das Verfahren ebenso genau bezeichnet werden mußte, als die Kategorien der möglichen Anklage, wer es weiß, daß in jedem Staate dringend ein solches Gesetz gefordert wird, weil ohne dasselbe das konstitutionelle Leben eine wesentliche Lücke hat, wird nicht so unverständig urtheilen, als der Korrespondent es that. Die Berathung über den Bericht wird allein möglich machen, das auf eine so lückenhafte Weise im Gesetze über die Centralgewalt ausgesprochene Verhältniß der sogenannten vollziehenden Gewalt genauer festzustellen.

Großbritannien.

London, 5. Sept. An diesem Tage wurde das Parlament prorogirt, unter denselben Feierlichkeiten und Gebräuchen, welche jederzeit stattfinden, wenn die Königin in eigner Person die Vertagung beider Häuser ausspricht. Nur bemerkte man, daß sich das Publikum an dem Akt mehr als gewöhnlich betheiligte, als wolle es ein lebendiges Zeugniß davon ablegen, welcher unbedingten Verehrung auch in unsern unruhigen Zeitläufen das konstitutionelle Königthum in England genießt; nie sah man die Häuser in den Straßen, durch welche der Zug ging, mit so vielen Bannern geschmückt, als diesmal; nie wurden die Königin und ihr Gemahl so enthusiastisch begrüßt. Der erste Abschnitt der Rede vom Thron betrifft namentlich die Verhältnisse Irlands, der zweite die allgemeine europäische Lage, und es mag hier darauf aufmerksam gemacht werden, mit welchem Nachdruck darin die neu begründete entente cordiale zwischen England und Frankreich hervorgehoben ist, während die übrigen europäischen Mächte nur in Bausch

und Bogen abgefertigt werden. Die von der Königin gehaltene Rede lautet:

Meine Lords und Herren! Ich habe das Glück, mich in den Stand gesetzt zu sehen, Euch von den Pflichten einer mühsamen und in die Länge gezogenen Session zu entbinden. Die Akte zur Verhinderung von Verbrechen und Gewaltthätigkeiten in Irland, welche im Beginne der Session meine Zustimmung erhielt, ist von den wohlthätigsten Folgen begleitet gewesen. Der offenen Tragung von Waffen zu verbrecherischen Zwecken wurde Einhalt gethon; der Lauf der Gerechtigkeit war nicht länger gehemmt, und mehrere verabscheuungswürdige Mörder wurden ergriffen, vor Gericht gestellt und überführt. Die Noth in Irland, Folge mehrerer auf einander eintretenden Ausfälle in den Lebensmitteln, wurde durch die Anwendung des Gesetzes für Armenunterstützung und durch den Ertrag mildherziger Beisteuern aus verschiedenen Theilen des vereinigten Königreichs gelindert. Andererseits benutzten organisirte Verschwörerklubs den vorhandenen Druck, um meine nothleidenden Unterthanen zur Rebellion aufzureizen. Mit Hoffnungen auf Plünderung und Gelderpressung führte man die Bedrängten in Versuchung, während den Ehrgeizigen die lachendsten Bilder vor Augen gestellt wurden. Unter diesen Umständen ging ich Eure Unterthanentreue und Weisheit um Ertheilung weiterer Vollmachten an, und gekräftigt durch Eure rasche Beihilfe war meine Regierung in Stond gesetzt, die geheimen Umtriebe, zu deren Zubereitung man viele Monate gebraucht, im Laufe weniger Tage niederzuschlagen. Die Kraft und Entschiedenheit, wodurch sich der Lordlieutenant von Jeland in dieser Krisis bewährte, verdient meine wärmste Anerkennung. Mitten unter diesen Schwierigkeiten habt Ihr Eure Arbeiten für Verbesserung der Gesetze unermüdlich fortgesetzt. Die Akte zur Erleichterung des Verkaufs überschuldeter Güter wird, wie ich fest hoffe, nach und nach ein Uebel entfernen, welches schwer wiegt in dem socialen Zustande Irlands. Das in Schottland geltende System unveräußerlicher Erbgüter verursachte sehr ernstliche Uebelstände sowohl den Erben der Fideikommisse wie den Gemeinden, und ich erlebte zu meiner großen Genugthuung, daß es nach denjenigen Grundsätzen verbessert wurde, welche sich seit Langem in dieſem Theile des vereinigten Königreichs als wohlthätig erwiesen haben. Ich habe meine aufrichtige Zustimmung den Maßregeln ertheilt, welche die Verbesserung des öffentlichen Gesundheitszustandes zum Zwecke haben, und ich hege ernstliche Hoffnung, daß der Grund zu ununterbrochenen Fortschritten in diesem wohlthätigen Werke gelegt ist.

Herren vom Hause der Gemeinen! Ich muß Euch Dank sagen für die Bereitwilligkeit, womit ihr mir die zu Staatszwecken nöthigen Gelder bewilligt habt. Ich werde keine Gelegenheit unbenutzt lassen, welche die Staatsbedürfnisse mir zur Einführung eines wohlfeileren Staatshaushalts gestatten möchten.

Meine Lords und Herren! Ich habe in formeller Weise meine diplomatischen Verhältnisse mit der Regierung von Frankreich erneuert. Das gute Einvernehmen zwischen beiden Ländern hat ohne die geringste Unterbrechung fortbestanden. Ereignisse von tiefer Bedeutung haben die innere Ruhe vieler europäischen Staaten im Norden wie im Süden gestört. Diese Ereignisse haben zu Feindseligkeiten zwischen benachbarten Ländern geführt. In Verbindung mit andern befreundeten Mächten verwende ich meine Freundschaftsdienste, diese Zwistigkeiten zu einer versöhnlichen Ausgleichung zu bringen; und ich vertraue fest, daß unsere Bemühungen Erfolg haben werden. Ich bin sehr erfreut annehmen zu dürfen, daß ein zunehmendes Gefühl von dem Werth des Friedens die Hoffnung bestärkt, daß die Völker Europas sich seiner Segnungen zu erfreuen fortfahren werden. Unter diesen krampfhaften Zuckungen hatte ich die Genugthuung, im Stande zu sein, für meine eigenen Besitzungen den Frieden zu wahren und die innere Ruhe aufrecht zu halten. Die Kraft unserer Landeseinrichtungen ist auf die Probe gesetzt und in Allem bewährt erfunden worden. Ich habe mich bemüht, dem meiner Obhut anvertrauten Volke den Genuß jener gemäßigten Freiheit zu erhalten, welche es mit Recht in Ehren hält. Mein Volk seinerseits fühlt zu deutlich die Vortheile, welche Ordnung und Ruhe gewähren, um denjenigen, welche auf Plünderung und Verwirrung bedacht sind, irgend eine Aussicht auf Erfolg ihrer verruchten Pläne zu gewähren. Ich erkenne mit dankbaren Gefühlen die vielen Beweise von Treue und Anhänglichkeit an, welche ich von allen Klassen meines Volkes erhalten habe. Ich habe die gegründete Hoffnung, daß dadurch, daß Ehrfurcht vor dem Gesetz und Gehorsam gegen die Vorschriften der Religion gepflegt werden, die Freiheiten dieses Volks, unter dem Segen des allmächtigen Gottes, immerdar dauern werden." Nachdem die Königin diese Rede sitzend abgelesen, erklärte der Lordkanzler das Parlament bis zum 2. November vertagt.

Bemerkenswerth ist übrigens, daß die Thronrede in der Stelle über die Pacifikation Italiens nicht speciell von der französisch-englischen Vermittlung, sondern von „guten, im Vereine mit andern befreundeten Mächten (der deutschen Centralgewalt?) geleisteten Diensten" spricht.

London, 4. Sept. Die Times enthalten jetzt von Zeit zu Zeit sehr scharfe Ausfälle gegen ihren ehemaligen Günstling Cobden. Die Ansichten, die Cobden von seiner Rundreise auf dem Kontinent mitgebracht, werden unhaltbar, unvernünftig, sinnlos genannt; zwar habe man hoffen dürfen, daß er in dem nüchternen England (der Brite ist stolz darauf, sich seiner Nüchternheit rühmen zu können, während man in andern Ländern eine Ehre darein setzt, in politischen Dingen möglichst und bis zur besinnungslosen Trunkenheit exaltirt zu erscheinen, in welchem Zustande dann selbst der ausgemachteste deutsche Philister mit Phrasen den Himmel stürmt und, obschon mehr Franzose als Mainzer, und mehr Mainzer als Hesse, und mehr Hesse als Deutscher, unbedenklich auf seine deutsche „Nationalehre" pocht), daß Cobden, wie eben gesagt, in dem nüchternen England wieder zu Verstande kommen werde, was aber leider nicht geschehen sei. Namentlich werden seine Vorschläge, daß England sich zu See und Land entwaffnen solle, verspottet. „Zwor", sagen die Times, „wir sind dem Prinzip nach keine Liebhaber des Soldatenwesens, wir lassen uns eher so ungern, wie irgend ein Manchesterer Fabrikant, jährlich 15 bis 16 Millionen für Pontons, Shrapnels, Bajonette und Säbel aus der Tasche ziehen. Könnten wir das menschliche Geschlecht nach unserm Wunsch und Willen modeln, so würde eine Militäruniform oder zwei in irgend einem Kleidermuseum als eine Erinnerung an eine barbarische Vergangenheit übrig bleiben — Nichts mehr." Aber die Times sagen dann weiter: „Will man Hrn. Cobden glauben, so wäre England nur dann in seiner Haut sicher, wenn man es seiner Vertheidigungsmittel gänzlich beraubt. In einer Zeit, wo jede Post, die vom Festlande kommt, aus Nord und Süd Kriegsgerüchte mitbringt, wo die Anwesenheit einer ungewöhnlich großen Streitmacht in Jeland durch den zerrütteten Zustand des Landes nöthig geworden, in solcher Zeit empfiehlt und räth Herr Cobden, unsern Militärstand, welcher erweislich selbst in gewöhnlichen Zeiten unzureichend ist, zu verringern. Herr Cobden hat viel von dem Ansehen verloren, dessen er als Haupt der Korngesetzbewegung genoß. Er hat seinen Ruf als Staatsmann wieder herzustellen, was viel schwerer ist, als ihn überhaupt zu gewinnen."

Louis Blanc hat an die Times einen Brief gerichtet, worin er mehrere nicht genannte Personen, welche in England seine Meinungen theilen, auffordert, die angeblich beabsichtigten öffentlichen Beweise ihrer Sympathien für ihn bleiben zu lassen. Er wünsche Alles zu vermeiden, was der Regierung Argwohn einflößen könne; er würde trostlos sein, wenn seine Anrufung der englischen Gastfreundschaft auch nur vorübergehend Ursache zur Aufregung sein könne, in der Stille des Studienlebens werde er bessere Tage für sein Vaterland abwarten ꝛc. Es fällt einigermaßen auf, daß die Times diese Erklärung ohne einleitende Worte und ohne Zusatz und zugleich in französischer Sprache, in der er ursprünglich geschrieben war, abdrucken lassen. Die Redaktion meinte wahrscheinlich, daß sich solche Chevalaneries besser in französischer als englischer Sprache ausnehmen; ohnehin sind solche unmotivirte, mit der eigenen Persönlichkeit getriebene Wichtigthuereien und Schaustellungen dem Briten zuwider.

Frankreich.

Paris, 6. Sept. Sitzung der Nationalversammlung vom 6. Sept. Vorsitzender: Arm. Marrast. Die Sitzung wird um 12 Uhr eröffnet. Ra der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Diskussion über den Eingang der Konstitution. Bictor Grandin erklärt, daß wenn die Diskussion so fortgehe, wie sie seit zwei Tagen angefangen habe, so werde die Verfassung in zehn Jahren nicht fertig werden. Er analysirt nun rasch den Inhalt der sieben Bände Leroux', er weist nach, daß der siebente auch noch keine Lösung der socialen Frage bringe, daß aber auf diese Art die Versammlung jetzt wenigstens nicht mehr die sieben Bände werde anhören müssen. Einige Sätze, die er aus Leroux's Buche vorliest, und die in dem philosophischen Gallimathiasstile der modernen Schule geschrieben sind, erregen einen wahrhaften Sturm von Gelächter. Hubal Delille spricht zu Gunsten der von Proudhon gestern so heftig angegriffenen Einleitung der Konstitution, die dazu diene, die Grundlagen zu bezeichnen, auf denen die einzelnen Kapitel und Paragraphen der Verfassung dann aufgebaut seien. Cremieux weist nach, daß man, um logisch zu sein, die Ereignisse und Bedürfnisse der Zeit berücksichtigen müsse. Er geht auf Leroux's gestrige Rede zurück und widerlegt

dessen irrige Ansichten über Rauffeau und Montesquieu und die großen gesetzgebenden Versammlungen Frankreichs. Jede derselben habe ihr unbestreitbares Verdienst für ihre Zeit gehabt, und nach die jetzige Versammlung, aus dem allgemeinen Wahlrechte der Nation hervorgegangen, werde sich um ihre Zeit und deren Bedürfnisse verdient machen. Er stellt nicht in Abrede, daß man in 50 Jahren weiter gehen werde, aber sei dies ein Grund, darum alles Vergangene und alles Gegenwärtige zu verwerfen und sich bloß in der absoluten Negation, d. h. in Nichts zu gefallen. Vor Allem sei es nöthig, daß das Volk begreife, welche Rechte, zugleich aber auch welche Pflichten es habe, und dazu diene die Einleitung der Verfassung. Nur jene Konstitutionen haben keine solchen Einleitungen gehabt, die dem Absolutismus dienten aber ihn vorbereiteten, und so seien vom Jahre 8 der Republik an diese Einleitungen auch wirklich verschwunden. Er besteht auf der Beibehaltung, aber er vertheidigt ausdrücklich das Recht auf die Arbeit. — Cazalès (ein Enkel des Redners von 1789) spricht gegen die Beibehaltung der Einleitung, gegen jede metaphysische und theoretische Aufzählung von Rechten und Pflichten, die leicht zu Mißverständnissen und falschen Deutungen führen können. Nach ihm nimmt Lamartine das Wort. (Allgemeine Aufmerksamkeit.) Er habe nicht darauf gerechnet, so bald wieder auf dieser Tribune zu erscheinen, aber die fortwährenden Angriffe, die man gegen das Princip der Februarrevolution richte, zwängen ihn, das Stillschweigen zu brechen. Auf die Diskussion eingehend, besteht er auf der Wichtigkeit einer Einleitung. Es gebe kein größeres, erhebenderes Schauspiel, als eine große Nation so aus den Stürmen und Trümmern einer Revolution hervorgehen und sogleich ein Programm der Freiheit, der Humanität, des Fortschritts und der Civilisation aufstellen zu sehen. So haben es alle großen Nationen gehalten, nachdem sie die Freiheit errungen hatten, so haben es unsere Väter gethan, so werde es auch die jetzige konstituirende Versammlung thun müssen, wolle sie nicht von der Nachwelt der Heuchelei, der Hinterlist beschuldigt werden. Denn ohne eine solche Einleitung, die die Grundgedanken, die Grundansicht der Verfassung klar und fest aufstelle, könne der Fall eintreten, daß in zehn Jahren zu irgend einem ehrgeizigen Zwecke der republikanische Geist der Verfassung geläugnet und Artikel um Artikel künstlich anders ausgelegt werden. Die Verfassung werde die künftige politische Religion Frankreichs sein, sie müsse daher ihr Dogma auch klar und offen an der Stirne tragen. Zum ersten Male trete nach einer Revolution eine friedliche und gemäßigte Republik in Europa auf, seit ihrer Entstehung habe sie sich von allen Extremen fern gehalten, auf dieser Bahn müsse sie fortschreiten, in der Einleitung der Verfassung die großen Principien aufstellen, nach denen sie leben und wirken wolle, und erklären: die Wahrheiten des Socialismus begreife und beherzige Jeder; was man bekämpfe, seien nur die socialistische Lüge. Was man bekämpfe, seien jene Männer, die mit ihren Utopien die Gemüther verwirrten, die Massen aufregten und sich dann zurückzögen und ihre Sophismen höchstens aussetzten, während Tausende für sie auf den Barrikaden ihr Leben in die Schanze schlügen. Man solle nicht zurückschrecken vor dem Socialismus, da die Frage des Rechtes auf die Arbeit eine solche sei, die vor Allem der Aufklärung bedürfe. Da sie von Fresneau gestern, von Cremieux heute zur Sprache gebracht worden sei, so erbitte er sich die Erlaubniß, auch einige Worte darüber zu sagen. (Es ist 3¼ Uhr, die Sitzung wird um 3½ Uhr wieder aufgenommen.) Alle Deputirten sind auf ihren Plätzen, die größte Stille und Aufmerksamkeit herrscht. Lamartine fährt fort: Er werde die wichtige Frage so sehr als nur möglich zusammenzudrängen suchen. Hr. Fresneau habe gestern der Februarrepublik das Recht abgesprochen, große Principien aufstellen zu dürfen. Man habe schnell vergessen, was im Februar, was in den ersten Tagen des März Großes, Edles, Unentgeltliches, Erhabenes geschehen sei. Ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, ohne eine Verhaftung, ohne eine Journalunterdrückung, ohne Geld, ohne Soldaten habe man die größte Ruhe, die Sicherheit des Eigenthums erhalten und auf friedlichem Wege die Monarchie, die Oligarchie in eine wahre reine Demokratie umgeschaffen. Lamartine kömmt nun auf die persönlichen Angriffe und Verleumdungen, die man gegen ihn gerichtet habe, und bekämpft sie. Niemand ehre und achte die Familie und das Eigenthum so sehr als er. Er sei viel gereist, er habe sich lange mit Philosophie und Politik beschäftigt, und als Frucht aller dieser Studien sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß, je freier, je gesicherter, je unabhängiger das Eigenthum der Individuen in einem Staate sei, desto größer und freier habe sich gewiß die Freiheit und die Civilisation dieses Staates entwickelt. Und jenes Recht auf die Arbeit, was man als Antithese gegen das Eigenthum aufstellen wolle, bedeute es denn wirklich, daß jeder Mensch das Recht zu jeder Art von Arbeit habe? Sei dieses Recht nicht, wie alle Rechte, nur ein relatives und gewissen gesetzlichen Bestimmungen unterworfen. Solle das Dogma der Brüderlichkeit dahin ausgelegt werden, daß man unter der Republik wie unter der Monarchie zu den Arbeitern sagte: „Lebe, wenn Du kannst, und wenn Du es nicht kannst, so stirb!" Nein, er glaube das nicht, und mit Staunen habe er gestern den Bischof von Orleans, den Diener der christlichen Religion, einen Gruß das wahrhaft christliche Dogma der Republik: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! zurückweisen, bekämpfen sehen. Er habe Monate lang geschwiegen und im Stillen geduldet, während man von allen Seiten Alles aufgeboten habe, um die Februarrevolution zu verleumden. Was würden die fremden Völker sagen, fragte er sich, wenn er die Debatte, die Reden, die Proklamationen, die Journale las, wenn er die Widersprüche sah, in die man bei diesen unnatürlichen Trieben täglich fallen mußte, was wird ganz Europa sagen, wenn es uns Franzosen uns bekriegen, uns zerfleischen sieht, wegen einer einfachen Brodfrage (question alimentaire.) Aber der gesunde Sinn des Volkes habe schnell wieder den rechten Weg gefunden, das Vertrauen auf sich selbst sei zurückgekehrt, und fester und inniger als je glaube es an das heilige Dogma der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Unter einen wahren Beifallssturm verläßt Lamartine die Tribune, — Alles drängt sich glückwünschend um ihn und die Sitzung muß, der großen Aufregung der Versammlung halber, auf eine halbe Stunde suspendirt werden.

Die Truppenbewegungen nach dem süd-östlichen Frankreich dauern fort; — das 3te Linienregiment ist von Mühlhausen nach Chalons-sur-Saone aufgebrochen; von Montpellier ist ein Bataillon des Geniekorps nach Marseille und von Douai abermals eine Batterie zur Alpenarmee abgegangen. Einer Ordonnanz im Moniteur zu Folge wird die mobile Garde um 50 Mann pr. Kompagnie vermehrt und haben die Anwerbungen bereits begonnen. Von Lyon ist am 2. d. der Dampfer Napoleon mit 300,000 Patronen und einer Geniekompagnie nach Marseille abgegangen.

Die Lyoner Journale vom 4. bestehen darauf, daß in Folge telegraphischer Befehle 12,000 Mann unverzüglich nach Ancona eingeschifft werden und die Alpenarmee noch vor 10. d. die Grenze überschreiten würde. Die Marseiller Blätter vom 2. melden nur, daß der General, Kommandant der 7. Militärdivision den telegraphischen Befehl erhalten habe, aus der Garnison von Marseille zwei Bataillone auf den Kriegefuß zu formiren und zur Einschiffung bereit zu halten. Beide Bataillone wurden sogleich aus dem 20. und 33. Linienregimente gebildet und eine durch den Telegraphen auf Valence berufene Batterie ward ihnen beigegeben.

Mehrere Journale versichern, daß sogleich nach dem Votum der Konstitution, auf Cavaignacs Vorschlag, von der Nationalversammlung eine allgemeine Amnestie erlassen werden wird, die alle Insurgenten der Junitage, Louis Blanc und Caussidière und die Gefangenen des 15. Mai Blanqui, Barbès u. s. w. gänzlich freisprechen würde.

Seit 14 Tagen hat sich die Physiognomie von Paris wunderbar verändert — eine Menge von Equipagen rollt wieder durch die Straßen, alle Restaurants sind überfüllt, die Theater sind voll, die Boulevards wimmeln Abends von eleganten Spaziergängern, und die Bälle und öffentlichen Gärten sind belebter als je. Auch in Handel und Industrie zeigt sich neues Leben, und man rechnet mit Bestimmtheit auf einen sehr guten Winter.

Italien.

In Mailand haben die Tabakunruhen wieder begonnen. Der Militärgouverneur von Mailand, General Graf von Wimpffen, macht bekannt, daß verwegene Leute durch willkürliches Verbieten des Tabakrauchens an öffentlichen Orten Unordnungen zu veranlassen gesucht hätten. Obschon nun diese Versuche von der großen Mehrheit der Einwohner mißbilligt werden, so werde doch in Erinnerung gebracht, daß Jeder, der solche willkürliche Verbote sich erlaube, als Störer der öffentlichen Ordnung der ganzen Strenge der Militärgesetze unterworfen werde.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Oesterreich. **Wien, 28. August. Als Fortsetzung zu meinem gestrigen Berichte über die Physiognomie des Reichstages komme ich heute zur äußersten Linken, und zwar zu einem Gegenstücke des Abg. Löhner, zu Dr. Adolph Fischhof aus Pesth, gewählt in einem Wiener Bezirke, merkwürdig genug in der Kapitale Oesterreichs zum Vertreter der Einwohner, in deren Mitte die Juden noch immer nur geduldet werden und eine schmähliche 14tägige Aufenthaltssteuer zahlen müssen. Bis zum Jahre 1846 dem perkaten Nahrungszweige, dem Pädagogen-Stande, selbst als graduirter Arzt, anhängend, konnte es ihm erst gelingen, durch eine kärgliche Sekundar-Arztstelle im allgemeinen Krankenhause seine Selbständigkeit zu erlangen. Am 13. März tauchte er aus der Menge im Hofe des Ständehauses hervor, und seit jenem Tage ist er auch keinen Augenblick von der Schaubühne der Revolution gewichen. Sein Name war der erste, der populär geworden, und dieser Popularität hatte er es zu verdanken, daß ihn die medizinische Abtheilung der akademischen Legion zu ihrem Kommandanten wählte. Zu diesem Posten fehlte ihm Sachkenntniß und kriegerische Befähigung, in Folge dessen er sich auf demselben auch nicht sonderlich hervorgethan. Fischhof ist einer jener wenigen Talente, das eine so ausgezeichnete Einseitigkeit besitzt, daß es sich in gar keinen ihm fremden Wirkungskreis finden und nur in dem einen ihm zusammenden oder nirgends thätig sein kann. Als Präsident des Sicherheits-Ausschusses war er ganz in seiner Sphäre. Er versteht es, wie Wenige, zu präsidiren, wie Wenige eine Versammlung zu leiten, ohne dabei hervordrängend oder anmaßend zu erscheinen. Vorzüglich bezeichnend ist in seinem Charakter die Ruhe der Haltung, die Besonnenheit der Rede. Er spricht schön, gewählt und liebt insbesondere, sich in Gleichnissen und Bildern auszudrücken. Die ersten Sätze seiner Rede sind gewöhnlich kalt, obgleich nicht gehaltlos. Mit jedem folgenden Satze wird er wärmer, spricht aber immer aus der Seele. Vorzüglich versteht er es zu vermitteln und weiß auf versöhnende Weise oft die schwierigsten Zerwürfnisse beizulegen; dies mag vielleicht auch Ursache sein, daß sich ihm, dem abgeordneten Juden, der Neid und die Gehässigkeit nicht zu nahe traut. Sein Thun war bisher tadellos, sein Charakter rein, obgleich wir den Verdacht nicht verhehlen können, daß die Stellung eines Ministerial-Rathes, der seine Fähigkeiten nicht gewachsen sein dürften, ihn ein wenig abseits lockte und seinem politischen Glaubensbekenntniß einen kleinen Stoß versetzte. Ueberhaupt bedauern wir es, daß Fischhof, dessen edler Thätigkeit wir mit Aufmerksamkeit und Vorliebe zusahen, sich auf einen Posten begeben, der ihm leider kaum einen festen Stützpunkt gewähren wird. Er hätte wirken können und sollen, und die Zukunft würde ihm, wir sind davon überzeugt, einen sicheren Wirkungskreis zugewiesen haben. — Dr. F. Kudlich, ein junger, äußerst talentvoller Jurist, zwischen 25 und 26 Jahren, aus Schlesien, hat von frühester Jugend auf sich ein ausgebreitetes Wissen im Rechtsfache angeeignet, verräth viel Anlage zum guten Redner, wofür er sich aber erst durch längere Thätigkeit auf öffentlichem Forum heranbilden müßte. In seinen bisher kund gegebenen Gesinnungen ist er entschie en deutsch und sucht seine Ansichten mit allem Eifer zu verfechten, spricht ein schönes, gesuchtes Deutsch, hat ein sanftes wohlklingendes Organ, das mit seinem gutmüthigen, philanthropischen Grundsätzen im schönsten Einklange steht. Allgemein wird er als der Apostel des Bauernstandes angesehen, aus welchem er selbst hervorgegangen ist. In seinem Radikalismus, den er bei jeder Gelegenheit kund gibt, ist er ein starker und auch wirksamer Vorkämpfer der Linken. Obwohl in der Politik noch Theoretiker, hat er dennoch in der treuen und beharrlichen Verfolgung seines Anteages wegen Aufhebung des Unterthansverhältnisses eine viel Talent verrathende praktische Wirksamkeit gezeigt. —

Δ **Frankfurt**, 3. Sept. Umschaffen statt umzustürzen, die Zeit nicht an den Mauern toben, sondern friedlich durch die Hauptpforte einziehen zu lassen — das ist die eigentliche Regierungskunst unserer Zeit, und sie ist nirgends leichter zu üben als da, wo die Bürgerschaft ihr selbst entgegenkömmt. Unsere Freistadt ist Nichts weniger als revolutionär in der schlimmeren Bedeutung des Wortes, aber die Wahlen zu dem neuen Verfassungsrathe haben zu ihrer Ehre bewiesen, daß sie eben so wenig reaktionär oder für den trägen Stillstand ist, dem der Zeitgeist als ein Alpdrücken erscheint, welchem sich Träumer gern entziehen. In der gestrigen Sitzung des eben neu gewählten Verfassungsrathes waren deßhalb auch alle Stimmen für Berufung einer konstituirenden Versammlung, welche die Grundsätze, worauf unser Freistaat beruht, mit denen der Neuzeit in Einklang setze. Freilich werden dadurch die Grundpfeiler des bisherigen Gebäudes erschüttert, die gesetzgebende Versammlung wird nicht mehr zum Theil aus und von dem Senate besetzt werden, die Bürgerschaft nicht in 3 privilegirte und 3 oder 4 zurückgesetzte Kasten (Beisassen, Handleute, Juden und gewissermaßen auch mündige Bürgerssöhne) eingetheilt sein, die Polizei wird nicht nur weniger regieren, sondern sogar höflich werden müssen, und die Justiz wird die Achtung, die ihr auch bis jetzt kein Billigdenkender verweigerte, in noch höherem Grade genießen, da sie von der Administration völlig getrennt werden wird. Aber alles Das wird nicht nur die Ruhe Europas, sondern auch die unseres Freistaates, seiner Bürger und seiner Börse keinen Augenblick stören, darum haben sich auch alle Parteien bei uns mit der Idee einer konstituirenden Versammlung völlig ausgesöhnt. Herr Schöff Souchay und Herr Dr. Reinganum welche, sehr verschiedenen politischen Richtungen angehörend, sich doch im Anfange des Juli Beide in unserer gesetzgebenden Versammlung dagegen ausgesprochen hatten, waren gestern Beide dafür, weil, wie namentlich der Erstere zu verstehen gab, die öffentliche Meinung sich jetzt dahin verändert habe, die Gesammtvertretung aller Bürger selbst zu wollen, welche man vor einigen Monaten nicht habe wagen können, ihr nur vorzuschlagen. Ob man sich hierin nicht irrte, ob Göthe nicht Recht hat zu behaupten:

Was Ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigner Geist,
Worin die Zeiten sich bespiegeln;

das mag dahin gestellt bleiben. Genug, die konstituirende Versammlung wird, und zwar nach den Grundsätzen der Neuzeit Statt finden. Der Verfassungsrath hat eine Kommission von 5 Mitgliedern aus seiner Mitte ernannt, welche über den weiteren Wahlmodus, und zwar spätestens bis nächsten Mittwoch berichten soll. Es soll die neue verfassunggebende Versammlung nach dem vorliegenden Antrage aus 100 Mitgliedern bestehen, und bis zur Vollendung und Einführung der neuen Konstitution Senat und sämmtliche städtische Behörden in unverkümmerter Wirksamkeit bleiben. Nur die Wahlen zum gesetzgebenden Körper, welche im nächsten Monate Statt finden sollten, würden unterbleiben, da die Funktionen desselben auf die konstituirende Versammlung sofort übergingen. Alles dies, was so viel Leidenschaften erregt hatte, ging ohne Widerspruch und mit der größten Ruhe und Einstimmigkeit durch. Nur über eine Frage herrscht noch Meinungsverschiedenheit, ob nämlich das neue Wahlgesetz unmittelbar der Gesammtbürgerschaft ohne seitere Kastentrennung vorgelegt, oder erst von dem Senat aus der gesetzgebenden Versammlung bestätigt werden soll. Dr. Reinganum meinte, die Bestimmung der Wiener Schlußakte, daß Verfassungen nur verfassungsmäßig abgeändert werden dürften, sei mit dem Schutzengel derselben, dem Bundestage, abhanden gekommen. Dr. Varrentrapp und Andere wollten die Form sicherer gewahrt wissen als dies ohne Verletzung der höheren Anforderungen der Neuzeit möglich ist. Darüber entspann sich denn eine Debatte, woran die Herren Dr. Jucho, Friedleben, Burkhard u. A. im Sinne der ersteren Ansicht Theil nahmen, welche unstreitig die konsequentere ist. Nach unserer bisherigen Verfassung dürfte man nämlich auch die privilegirte Altbürgerschaft nicht umgehen, und müßte diese dahin bringen, daß zwei von den drei Ständen sich damit einverstanden erklärten. Das führte aber wieder zu dem logischen Cirkel, den wir schon früher bezeichneten; es ist viel gerader, darum auch deutscher, viel würdiger, darum auch gesetzlicher, Fragen nicht aufzustellen, deren Beantwortung im Voraus vorgeschrieben ist. Was die französischen Royalisten von ihren Königen, das sagen die konstitutionellen Männer mit höherer Wahrheit von den Institutionen des Staates: die Verfassung ist todt, es lebe die Verfassung!

Schweiz.

☽ **Bern**, 3. Sept. Morgen tritt die schweizerische Tagsatzung zum letztenmal zusammen, um über die Annahme des Bundes ein entscheidendes Votum zu geben und die erforderlichen Bestimmungen zur Einführung derselben zu treffen. Da man ihr völlig freie Hand gelassen hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß sie bei dem bis jetzt bekannten Resultat, nach welchem 14½ Kantone mit einer Seelenzahl von 1,735,105, wozu höchst wahrscheinlich noch Tessin und Waadt kommen, die Annahme erklären wird. Wie ich höre, sind schon Maßregeln getroffen, daß diese Nachricht wie nach der Schlacht bei Murten und den Friedensworten des Nikolaus von der Flue durch Signalfeuer und Kanonendonner von Berg zu Berg in die ganze Eidgenossenschaft getragen werde, daß alles Volk diesen neuen Tag der verjüngten Schweiz feiere. Die Geschäfte der Tagsatzung werden bald beendigt sein. Sie wird einen Zeitraum festsetzen, binnen welchem Nationalrath und Ständerath gewählt werden und zusammentreten sollen. Die Wahlart selbst wird man wohl den Kantonen überlassen. Bern ist in dieser Voraussetzung, ohne den Bestimmungen der Tagsatzung jedoch vor-

Der Waffenstillstand mit Dänemark.

Wir stellen im Folgenden einige Aktenstücke, welche zur Aufklärung der öffentlichen Meinung über den Waffenstillstand dienen können, mit Urtheilen über denselben und die jetzige Lage zusammen. Daß wir in einer Frage, die in der Nat.Vers. selbst so unerwartete Spaltungen hervorgerufen, verschiednen Stimmen Raum geben, versteht sich von selbst. —

Der preuß. Staatsanzeiger enthält folg. Artikel: „Berlin, 5. Sept. Der gestern in unserm amtlichen Theile veröffentlichte Waffenstillstand wird mit Befriedigung von allen denen aufgenommen werden, welche mit besonnener Beurtheilung die ganze politische Lage Europa's überschauen und die Wichtigkeit der besonderen Interessen des ganzen Nord-Deutschlands zu würdigen wissen.

Durch denselben wird einem Kriegszustande ein Ende gemacht, für welchen das ganze Land bisher große und schwere Opfer gebracht. Die Regierung hat sich nicht gescheut, diese Opfer von dem Lande zu verlangen, und das Land hat sie ohne Mucren gebracht, obwohl keine feldsüchtigen Zwecke, keine Rücksicht auf eigenen Vortheil oder Machtvergrößerung irgend einer Art dabei vorwalten konnte. Niemals hat ein Land aus anziehenderen Motiven Krieg geführt, als Preußen in diesem Falle. Die Opfer wurden für Deutschland gebracht; es galt eine Sache, die Deutschland zu der seinigen gemacht, ein Recht, das Deutschland anerkannt hatte.

Je williger das Land diese Opfer gebracht hatte, um so mehr war es Pflicht der Regierung, ihnen so bald als möglich ein Ziel zu setzen. Wo dieselben nicht mehr mit dem erreichbaren Zweck im Verhältniß standen, wo der wesentliche Zweck erreicht war, hatte die Regierung nicht das Recht, weitere Opfer zu fordern. Sie hat darum den Waffenstillstand abgeschlossen, sobald sie ihn auf Bedingungen gründen konnte, welche den ursprünglichen Zweck des Krieges erfüllten, die Rechte der Herzogthümer wahrten und in denselben einen Zustand einführten, der dem deutschen Elemente wirksamen und förderlichen Schutz gewährte.

Dies ist durch die Bedingungen des Waffenstillstandes erreicht.

Der König von Dänemark nimmt alle seit dem 17. März d. J. für die Herzogthümer erlassenen Regierungsakte zurück; damit ist der Versuch der Inkorporation Schleswigs in Dänemark und seine Trennung von Holstein beseitigt. Die beiden Herzogthümer sind und bleiben während des Waffenstillstandes auch faktisch unter einer Kollektiv-Regierung, die der Landesherr der Herzogthümer und Preußen im Namen des deutschen Bundes gemeinsam ernennen, als ein politisches Ganzes verbunden. Die Einrichtung dieser neuen Regierung bot um so weniger einen Anstoß, als die bisherige provisorische Regierung schon früher mit rühmlichem Patriotismus erklärt hatte, wie sie zu des Vaterlandes Besten kein Opfer scheue, auch dem Rücktritt aus ihrem Amte kein Hinderniß in den Weg legen zu wollen. In den Herzogthümern bleiben 2000 Mann Bundestruppen, welche der wirksamste Schutz der deutschen Nationalität in Schleswig sein werden, während im Herzogthum Holstein die Landestruppen in ihrem vollen Effektivbestand sich unter tüchtiger Leitung zu einem kräftigen Bestandtheil des deutschen Heeres heranbilden können. Wenn gleich die Billigkeit es forderte, daß mit den Regierungsakten des anerkannten Landesherrn auch die gegentheiligen Erlasse der provisorischen Regierung augenblicklich formell außer Geltung traten, so wird doch der innere Rechtszustand des Landes ohne Störung auf der gegenwärtigen Grundlage fortbestehen, indem die neue Regierung gleich bei ihrem Amtsantritt durch eine umfassende Publikation alle diejenigen Gesetze wieder in Kraft treten lassen wird, welche von irgend einer Bedeutung für das Land sind.

Dies sind die wesentlichen Grundzüge dessen, was für die Herzogthümer in den Bedingungen des Waffenstillstands erreicht ist. Darauf hatten die Herzogthümer Anspruch, und ihr wirkliches Bedürfniß ist darin vollständig befriedigt. Dem definitiven Frieden ist dadurch nicht vorgegriffen, indem noch außerdem alle Rechte feierlich gewahrt sind.

Nachdem dies erreicht war, wäre eine weitere Fortsetzung des Krieges zwecklos gewesen oder hätte nur selbstsüchtige Zwecke verfolgen können, von welchen Preußen und Deutschland sich von Anfang an haben rein erhalten wollen. Alles Weitere konnte und mußte dem definitiven Frieden überlassen bleiben, für welchen in der Waffenruhe erst die Möglichkeit eines Anknüpfungspunktes gefunden wurde. Die königl. Regierung hätte eine schwere Verantwortlichkeit gegen das Land auf sich geladen, hätte sie diese Waffenruhe länger hinausgeschoben. Noch können der Handel und die Schifffahrt der norddeutschen Länder sich in etwas von den Wunden erholen, welche die lange Unterbrechung ihnen geschlagen; mit dem Eintritt des Winters wäre dies unmöglich gewesen.

Aber die Verantwortlichkeit wäre nicht nur gegen das eigene Land, nicht nur gegen die norddeutschen Nachbarstaaten, sie wäre gegen ganz Deutschland, ja gegen ganz Europa groß und schwer zu rechtfertigen gewesen. Niemand kann sich darüber täuschen, daß die Wieder-Eröffnung der Feindseligkeiten das Signal zu einem europäischen Kriege hätte werden können. Deutschland durfte sich nicht in einen solchen hineinstürzen in dem Augenblicke, wo es mit seiner inneren Entwickelung und Gestaltung beschäftigt ist; Deutschland durfte nicht seine Kräfte nach Norden hin theilen in einem Zeitpunkt, wo an seiner südlichen Grenze sich die ernstesten Verwickelungen zeigen, die es jeden Augenblick auffordern können, sein ganzes Gewicht dort zur Wahrung der deutschen Interessen in die Waagschale zu legen. Es konnte nicht sich selbst der Gefahr aussetzen, durch einen Krieg an der nördlichen Grenze, der, an sich zwecklos, vielleicht nicht mehr gegen Dänemark allein zu führen gewesen wäre, vielleicht das Auftreten Deutschlands nach jeder anderen Seite hin und in den wichtigsten Fragen zu lähmen. Niemand, der die europäischen Verhältnisse kennt und mit besonnener Erwägung überblickt, wird das Gewicht dieser Motive verkennen können.

Die europäische Politik ist in einer umfassenden Umgestaltung begriffen. Die alten Verhältnisse sind verschoben und verändert; damit die neuen sich ins Gleiche setzen und ihre natürliche Basis finden, bedarf es der Zeit, bedarf es vor Allem der Besonnenheit und einer weisen Mäßigung. Dorin voranzugehen, ist vor Allem der Beruf Deutschlands, dessen Verhalten in gewissem Sinne die neue Basis der europäischen Politik bestimmen muß. Die siebenmonatliche Dauer des Waffenstillstandes gewährt uns die Zeit; die Kraft wird uns das einträchtige Streben der Fürsten und Völker Deutschlands gewähren. In ruhiger Zeit werden auch die skandinavischen Mächte, wird auch Dänemark das richtige und wahre Verhältniß zu Deutschland wiederfinden, welches, durch die Natur vorgezeichnet, wohl durch augenblickliche Aufregung verrückt werden konnte, aber auf die Dauer sich immer wiederherstellen wird. Von diesem höheren Gesichtspunkte aus betrachtet, darf man den Waffenstillstand eine politische Nothwendigkeit, ein für ganz Europa bedeutendes Ereigniß nennen. Preußen und Deutschland haben den Waffenstillstand nicht nur mit Dänemark, sie haben ihn mit ganz Europa und zugleich für und im Interesse von ganz Europa geschlossen.

Schleswig-Holstein. Den der Landesversammlung in der Sitzung vom 4. vorgelegten Aktenstücken entnehmen wir folgenden Brief des Ministers v. Raumer (Berlin 31. Aug.) „Der unterzeichnete Minister der auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein die Abschrift der in Folge der an Preußen von der provisorischen Central-Gewalt ertheilten Vollmacht in Malmö am 26. d. M. abgeschlossenen und von Sr. Maj. dem Könige ratificirten Waffenstillstands-Konvention, so wie des dazu gehörigen erläuternden Separatartikels zu übersenden. Die Auswechselung der Ratifikationen wird zwar erst in diesen Tagen Statt finden, worauf alsdann erst die Publikation erfolgen kann. Der Unterzeichnete nimmt indeß keinen Anstand, bei der Wichtigkeit des Gegenstandes, der prov. Regierung die Konvention schon jetzt vertraulich mitzutheilen. Die königliche Regierung ist der festen Ueberzeugung, daß, wenn auch nicht Alles, was Einzelne wünschen möchten, erreicht, und die Ausgleichung nur in gegenseitigen, dem Rechte und den wesentlichen Interessen nicht präjudicirenden Konzessionen gefunden werden konnte, doch auf dieser Basis ein haltbarer, weil alle Bedürfnisse der Herzogthümer befriedigender und einen künftigen, die definitive Lösung herbeiführenden Frieden im günstigen Sinne vorbereitender Zustand erlangt sei. Durch das Verbleiben der Bundestruppen in Schleswig, so wie den unverminderten Effektivbestand des schleswig-holsteinischen Armeekorps ist dem deutschen Elemente der wirksamste Schutz und die entschiedenste Förderung gesichert worden. Der Rechtszustand der Herzogthümer wird auf seiner gegenwärtigen Basis ohne Störungen erhalten bleiben, da, was wir als eine große Konzession ansehen müssen, alle die Herzogthümer belastenden und dieselben zum Theil so schwer gravirenden Erlasse Se. Maj. des Königs von Dänemark v. 17. März d. J. an zurückgenommen worden sind, und die neue Regierung es sich zur schleunigsten Aufgabe machen wird, alle diejenigen jetzt bestehenden Anordnungen, welche nicht entweder bloß temporärer Natur oder den Prinzipien selbst des Waffenstillstandes zuwiderlaufend sind, ohne Verzug sogleich bei Antritt ihres Amtes in Kraft zu erhalten. — Wir verkennen nicht, daß die prov. Regierung, indem sie das bisher von ihr verwaltete Amt niederlegt, ein nicht geringes

Opfer bringt; aber wir zweifeln auch keinen Augenblick, daß sie dasselbe in der Erwägung höherer Rücksichten und im Interesse des Vaterlandes zu bringen bereit ist, und wir hegen mit Zuversicht die Erwartung zu ihrer Vaterlandsliebe, daß sie Alles aufbieten werde, um dem Uebergang zu erleichtern und in möglichster Ruhe und Ordnung vor sich gehen zu lassen. Wir zweifeln nicht, daß dieselbe, tief durchdrungen von der großen Verantwortlichkeit, welche sie dem eignen Lande und ganz Deutschland gegenüber übernommen hat, bis zu dem Augenblick der Niederlegung ihres Amtes im Stande sein werde, über die Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu wachen, und wir hoffen, daß sie gern die Hand bieten werde in Allem, was zur Beruhigung der Gemüther dienen könne. Es liegt im eigenen höchsten Interesse der Herzogthümer, daß dieselben, sobald als möglich, der Segnungen des hergestellten Friedens theilhaftig und der schweren, durch den Krieg ihnen auferlegten Last enthoben werden. Auch diese Rücksicht war einer der Gründe, welche die kgl. Regierung bestimmen mußten, den Waffenstillstand ohne weiteren Verzug abzuschließen und zu ratificiren, wie es die ganze Lage der politischen Verhältnisse und das Interesse Deutschlands gebieterisch forderten. Es kann jetzt nur noch darauf ankommen, die Ausführung des unabänderlich Feststehenden möglichst zu erhalten, und indem die königl. Regierung nicht verkennt, wie viel die provisorische Regierung dazu beitragen kann, hegt sie zugleich die Zuversicht, daß dieselbe dies als ihre Aufgabe erkennen und dadurch die Anerkennung und den Eifer ihres Patriotismus bekunden werde. Die Unterhandlungen über den definitiven Frieden werden demnächst und sobald es thunlich ist, unter englischer Vermittlung eröffnet werden, und die königl. Regierung wird es sich dabei zur angelegentlichsten Aufgabe machen, die Interessen der Herzogthümer und der von uns fortwährend anerkannten und vorbehaltenen Rechte auf das Kräftigste zu vertreten und zu wahren."

Der Regierungskommissär Bremer bemerkte: „Einige der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen den Erwartungen des Landes nicht; in einzelnen Punkten, wenigstens in einem, ist die Ausführung derselben unthunlich. Daraus werden dem Lande neue Schwierigkeiten, neue Verwickelungen erwachsen; die Landesversammlung hat diesen entgegenzutreten. Sie wird thun, was die Sicherheit des Landes erfordert, aber auch die ruhige und besonnene Haltung bewahren, die das schleswig-holst. Volk bisher ausgezeichnet hat. In meiner Stellung als Mitglied der Landesregierung bitte ich Sie, die Lage des Landes in allen seinen Beziehungen ins Auge zu fassen und zu bedenken, daß hier es sich um das gesammte deutsche Vaterland handelt, und diesem große Gefahren bevorstehen, wenn wir den Weg der Ruhe verlassen." — Er theilte mit, daß der preuß. General v. Bonin, den die provis. Regierung schon lange für unser Heer zu erwerben gestrebt habe, das Kommando der schleswig-holst. Truppen übernehmen werde und derselbe erklärt habe: er hoffe mit Bestimmtheit, daß dieselben unter seiner Leitung in wenigen Monaten in einem Zustand sein werden, worin sie allen gerechten Erwartungen entsprächen. — Er fügte noch hinzu, daß bisher die deutsche Centralgewalt sich über den Waffenstillstand nicht ausgesprochen habe.

Einem längeren Briefe des Hamb. Korr. aus Kopenhagen v. 1. Sept. entnehmen wir folgende Stelle: Ein eigenthümliches Loos dieses Waffenstillstandes ist es, auf beiden Seiten Unzufriedenheit zu erregen, denn man täuscht sich gewaltig, wenn man glaubt, daß derselbe hier allgemeine Zustimmung findet, im Gegentheil zögerten die officiellen und halbofficiellen Zeitungen, sich mit der Nachricht von dem Abschluß desselben an's Tageslicht zu wagen. Unser Kabinet selbst hatte lange nicht auf einzelne Stipulationen eingehen wollen, obgleich Seitens Englands und Rußlands der Wunsch ausgedrückt war, jede nur irgend mit der Ehre und Existenz verträgliche Konzession zuzugestehen und nur der Gefahr des Ausbruchs eines allgemeinen Krieges wenigstens von dieser Seite her vorzubeugen. Den endlichen Ausschlag gab eine sehr bestimmte Erklärung Schwedens, nur dann mit den Waffen in der Hand selbst in der schleswig'schen Frage interveniren zu wollen, wenn man zuvor dänischer Seits alle Mittel versucht habe, zu einem friedlichen Arrangement zu gelangen. Nur ungerne entschloß man sich also hier, den Waffenstillstand in seiner jetzigen Form abzuschließen, da die Haltung der Großmächte in dieser Frage hier Anfangs die sanguinischsten Hoffnungen erregt hatte. Zudem ist man in großer Besorgniß, daß die Entscheidung der Territorialfrage bei dem bevorstehenden Friedenskongreß keineswegs diesen Hoffnungen in allen Stücken entsprechen werde, besonders da Seitens einer der Großmächte bei einem Notenwechsel über diesen Punkt die Insinuation erfolgt sein soll, es müßten alle sekundären und Partikular-Interessen als ganz untergeordnet betrachtet werden, und könnten nur insofern Berücksichtigung finden, als sie mit der allgemein gewünschten Vermeidung einer totalen Störung des europäischen Territorial-Gleichgewichts zusammenfielen.

Δ Mannheim, 6. September. Der Waffenstillstand mit Dänemark ist abgeschlossen und ratificirt, theilweise auch schon vollzogen. Gleichwohl will die Nationalversammlung in Frankfurt ihn verwerfen und hat dieses thatsächlich schon gethan, indem sie den Rückzug der Truppen sistirte. Das Reichsministerium ist deßhalb abgetreten. Das ist unsere Lage. Eine zweite Abstimmung muß noch erfolgen, die Nationalversammlung wurde, so zu sagen, überrascht; sie hat unter dem Eindruck der unglaublichen Verlegenheiten des Waffenstillstandes abgestimmt; keine Frage, daß schließlich auch die Erwägung in Betracht gezogen werden wird, was zu geschehen hat, wenn der Waffenstillstand verworfen ist? Am 1. Sept. wurden die Ratifikationen ausgewechselt, die offizielle Kunde ging in alle Seehäfen. Die Schiffe rüsten sich zur Abfahrt, manche sind schon abgefahren. Dänemark hat die Blokade aufgehoben, deutsche Schiffe frei gegeben, die Gefangenen zurückgesendet, ehe der Widerruf der Ratifikation nach Kopenhagen gelangt. England ist um die Garantie angegangen und hat diese vielleicht schon übernommen. Die deutschen Truppen sind auf dem Rückmarsch, die dänischen Gefangenen theilweise entlassen. Läßt sich all dieses ungeschehen machen? Das wird Niemand zu behaupten wagen. Was soll aber nunmehr geschehen? Wenn wir den Waffenstillstand nicht vollziehen, wird die Blokade wieder beginnen, dadurch werden die Seestädte in ihren Interessen aufs Empfindlichste verletzt. Unzufriedenheit ist die nächste Folge davon. Preußen ist kompromittirt, wird es seine Truppen ferner zur Verfügung des Reichsoberbefehlshabers lassen oder sie zurückrufen? Werden diese Truppen Folge leisten oder nicht? Mecklenburg, Hannover, Oldenburg, die Hansestädte werden dem Beispiele Preußens folgen. Die süddeutschen Truppen bleiben vielleicht allein noch zur Verfügung Wrangels. Kann dieser mit solcher Macht allein den Krieg fortsetzen? Wird er den Oberbefehl behalten? Wrangel hat an der Spitze einer siegreichen Armee Jütland verlassen, weil er seinen Rücken bedroht glaubte. Wie kann man ihm zumuthen, den Krieg fortzusetzen, wenn die Preußen, Hannoveraner, Mecklenbuger, Oldenburger ꝛc. abmarschiren? Er kann den Oberbefehl nicht behalten, er wird abdanken. Können wir ihn ersetzen? Schwerlich genügend. Wird aber Preußen ruhiger Zuschauer verbleiben, wird es den Waffenstillstand nicht seinerseits vollziehen und um einen Separatfrieden unterhandeln? Werden die Nordseestaaten nicht seinem Beispiel folgen? Was wird dann aus der Einheit Deutschlands? Die alte Zersplitterung. Was wird aus dem Ansehen der Nationalversammlung? Im Norden ist ihre Autorität verloren. Was wird aus dem Verfassungswerk Deutschlands? Es ist ein lerrer Traum gewesen. Und die Volksfreiheiten, die Grundrechte, kann von ihnen noch weiter die Rede sein? Die Zollvereinigung, die deutsche Vertretung im Auslande? Beschämt werden die deutschen Gesandten zurückkehren. Und all dieses setzen wir aufs Spiel, um günstigere Bedingungen des Waffenstillstandes zu erhalten! Es liegt aber auf der Hand, daß die Dänen, welche dem vereinigten Deutschland widerstanden, nunmehr einsehen werden, daß ihr Weizen blüht. Sie haben stets darauf hingewiesen, daß die Zeit kommen werde, wo nach altem Herkommen wir unter uns uneinig werden, dann haben sie gewonnen es Spiel. Wer sieht nicht ein, daß sie Recht haben? Bis daher haben wir weder Oesterreich noch das Ausland berücksichtigt. Wie Oesterreich gesinnt ist, geht daraus hervor, daß der österr. Gesandte während des ganzen Krieges in Kopenhagen blieb. Cavaignac hat den deutschen Gesandten nach nicht einmal empfangen. Bedarf es noch anderer Beweise für seine geheimen Gedanken? Wann hat Frankreich je ein einiges Deutschland gewollt? Rußland stand bisher beobachtend an der Grenze. Wir haben ihm Grund genug zu Beschwerden gegeben, es blieb scheinbar gleichgiltig, ruhig, zurückhaltend. Sind wir uneinig, so ist seine Zeit gekommen. Wer weiß, was es im Schilde führt? Man sagt, Kaiser Nikolaus habe an Frankreich Beweise seiner freundschaftlichen Gesinnungen gegeben. Ist das nicht ein deutlicher Wink für uns? Von England wissen wir, daß seine Presse uns nicht hold war. Wenn seine Regierung die Garantie gegeben hat, so wird diese die Richtschnur seiner Handlungen sein. Was wir von der Schweiz zu halten haben, weiß Jedermann; Schweden war bisher Dänemarks Alliirter. Können wir unter solchen Verhältnissen den Krieg fortsetzen? Nein. Also müssen wir den Waffenstillstand annehmen. Er gibt uns 7 Monate, unsere inneren Angelegenheiten zu ordnen, die Verfassung Deutschlands zu vollenden, den Anfang einer Seemacht zu bilden und dann mit Nachdruck und gesammter Macht den Krieg zu beginnen, wenn nicht unterdessen ein ehrenvoller Friede zu Stande gekommen. Uebersehen wir zum Schluß einen nicht unwichtigen Punkt nicht. Wenn die italienische Frage beseitigt ist, wird die

österreichische Flotte frei. Können wir in 7 Monaten nicht ein paar Fregatten erwerben, diese mit den österr. Schiffen vereinigen, und zum Frühjahr unser Landheer durch eine, wenn auch kleine Seemacht unterstützen? Können wir nicht etwa 20 bis 30 Kanonenboote bauen, und den Feind von unsern Küsten fern halten? Der Waffenstillstand ist lang, um so mehr können wir uns für den künftigen Kampf vorbereiten. Thu Geld in deinen Beutel, sagt Jago. Folgen wir diesem Rath, kaufen wir zehn Fregatten in Amerika, an Matrosen fehlt es nicht, kann uns dann der Sieg entgehen?

Preußen. ☽ Berlin, 5. Sept. Die Posener Frage hat durch die heutige Sitzung unsers verfassunggebenden Landtags ganz unerwartet eine günstigere Wendung genommen. Man konnte über ihre baldige Lösung, obwohl jeder Tag die Nothwendigkeit einer solchen immer dringender herausstellt, zweifelhaft werden, wenn man den Eifer betrachtete, mit welchem die verschiedenen dabei betheiligten Mächte: der preuß. Landtag und die deutsche Reichsgewalt — die endliche Feststellung der Reorganisation herbeizuführen suchten. Die vollendete Thatsache einer königlichen Verheißung, an welche sich die deutsche Bevölkerung des Großherzogthums mit leidenschaftlicher Heftigkeit anklammert und ihr gegenüber die Machinationen nicht mehr ihre Rechnung finden und in ihrem Bestreben obenein durch die neue Gestalt des, wie es scheint, wenig in deutschem Sinne umgeänderten Paragraphen des Verfassungsentwurfes (das Staatsgebiet betr.) ermuthigt werden — haben die Schwierigkeiten der Lösung nicht eben verringert. Glücklich, daß eine erst vorgestern hier eingetroffene Mittheilung der Centralgewalt die Frage insofern vereinfachte, als letztre wenigstens zum größten Theil in Eine Hand gelegt wird. — Der Antrag des Abg. Behnsch, von ihm gestellt als Berichterstatter der zur Vermittlung eines dauernden Friedens im Großherzogthum Posen durch die Versammlung niedergesetzten Kommission, lautete: es möge die Versammlung das Ministerium ersuchen, bis dahin, wo die Kommission im Stande sein wird, das Endresultat ihrer Untersuchungen vorzulegen, mit der definitiven Feststellung der Demarkationslinie nicht vorgehen zu wollen. Er fügt hinzu: die Kommission habe geglaubt, daß die Frankfurter Versammlung nicht eher in der Posener Angelegenheit einen Beschluß fassen würde, als bis von Preußen die nöthigen Voruntersuchungen angestellt worden. Man habe sich getäuscht. Während einer dreitägigen Debatte sei auf die Kompetenz der preußischen Versammlung keine Rücksicht genommen worden. Ohne auf die materielle Seite der Angelegenheit einzugehen, wolle er nur die formelle Frage entschieden wissen, ob es der Centralgewalt freistehen solle, ohne Rücksicht auf die preußische Versammlung und die von ihr niedergesetzte Kommission in dieser wahrhaft häuslichen Angelegenheit eine Lösung herbeizuführen. Die Taktik der Linken bei diesem Antrage ist leicht zu erkennen. Die Mehrheit der Frankfurter Versammlung hatte sich in weltbürgerlichen Phantasien nicht soweit verirren können, um nur Gerechtigkeit gegen Polen, nicht aber gegen unsre eignen Landsleute zu üben. Es mußte deßhalb zunächst der Einfluß der Centralgewalt abgestreift werden, um nur noch das Ministerium Auerswald sich gegenüber zu haben. Das letztre hofft man in den nächsten Tagen bei der Verhandlung über das von ihm in der Heeresreduktionsfrage geübte Veto zu vernichten. Die Abg. Reuter, von Berg und Blöm sind bestimmt, das Gefecht einzuleiten. Jener stelle den Antrag auf Vertagung. Die Versammlung sei in ein delikates Verhältniß zum Ministerium getreten; es rathe nicht, eine so wichtige Frage, die vielleicht ganz Europa berühre, in einem solchen Augenblicke zur Entscheidung zu bringen. Bekannt sei, daß die französische Regierung gegen die Demarkationslinie Protest eingelegt. Der Kaplan von Berg teilt diesem Antrage bei. Es handle sich hier, bemerkt er, wesentlich um die Entscheidung der Frage über die Kompetenz der Versammlung gegenüber der Staatsregierung, ganz um dieselbe Frage also, welche man erst gestern ihrer Bedeutung wegen verschoben habe. Blöhm formulirt: man möge in Erwägung, daß die Regierung „selbstredend" keine Schritte ohne die Genehmigung der Versammlung unternehmen könne, zur Tagesordnung übergehen. Dunker versucht zu vermitteln. Er will das Ministerium ersuchen, die Erklärung, welche es der Centralgewalt über die definitive Feststellung der Demarkationslinie abzugeben gedenke, nicht eher zu geben, als bis die von der Versammlung niedergesetzte Kommission Bericht erstattet habe. Die Versammlung verwarf bei der Abstimmung sämmtliche Anträge, den der Kommission nicht angenommen, ohne auf die Vertagung oder eine lange Berathung einzugehn. Es bleibt somit der Regierung überlassen, der Centralgewalt ihre Erklärungen über die weitre Entwicklung der Reorganisation abzugeben. Daß diese Entscheidung einer beschleunigteren Lösung der Frage Eintrag thun werde, möchte wohl Niemand behaupten. — Der Minister des Innern, welcher durch seinen Vortrag eine so schnelle Entscheidung über den Antrag von Behnsch herbeiführte, theilte darin u. A. Folgendes mit: Bald nachdem die Demarkationslinie durch den General Pfuel vorläufig festgestellt worden, sei von der Regierung zur weitern Prüfung der von beiden Nationalitäten geäußerten Wünsche eine Kommission niedergesetzt worden. Inzwischen aber habe die Frankfurter Versammlung die diesseitigen Akten begehrt, um über die Legitimation der im Großherzogthum Posen gewählten Abgeordneten entscheiden zu können. Dadurch sei das Hauptmoteeial der eben erwähnten Kommission entzogen und ihre Arbeiten gehemmt worden. Erst seit einigen Wochen, nachdem die Akten zurückgereicht, habe sie ihre Arbeiten wieder beginnen können; die Vollendung stehe in 14 Tagen in Aussicht (die von der Versammlung niedergesetzte Kommission glaubt, obwohl sie schon seit dem 6. Juli besteht, erst in acht Wochen Bericht erstatten zu können)! Die von der Versammlung zur Vermittlung eines dauernden Friedens zwischen den beiden Nationalitäten am 6. Juli erwählte Kommission sei von der Regierung mit Freuden begrüßt worden, es sei ihre Absicht, mit jener gemeinschaftlich die Frage zur Entscheidung zu bringen. Im Uebrigen könne es wohl nicht die Meinung der Versammlung sein, die ganze Thätigkeit des Ministeriums von ihr abhängig zu machen, insbesondere sie an ganz unbestimmte Fristen zu binden. Was den Beschluß der Frankfurter Versammlung betreffe, so sei die Regierung von demselben bis zu dem vorgestrigen Abend nur aus öffentlichen Blättern unterrichtet gewesen. Die Eröffnungen, welche nun eingetroffen, seien am besten geeignet, alle Befürchtungen zu widerlegen, daß die von der Centralgewalt zu treffenden Anordnungen mit Vorbeigehung der diesseitigen Regierung geschehen würden. Man habe sogar erklärt, die Vorlagen von hier erwarten zu wollen. — Außer dieser Posener Frage wurde heute ein Bericht der Petitionskommiss. über die traurige Lage der Weber am Riesengebirge für so dringend erachtet, daß er sogleich zur Entscheidung kam. Der Abg. Eisner entrollte ein Bild des Entsetzens über die wahrhaft fürchterliche Lage jener armen von Krankheit und Hunger gleichmäßig gepeinigten Rotte. Augenblickliche Hülfe sei unabweisbar. Kaum weniger ergreifend sind die Schilderungen, welche Pastor Wenger von der Noth in einigen Theilen Ostpreußens entwirft. Schneller als die Pest habe dort die Ruhr die Leute hinweggerafft. Wäre endlich nach langer Arbeitslosigkeit einige Arbeit vorhanden gewesen, so seien sie vor Hunger so entkräftet gewesen, daß die Art ihren Händen entfallen. Man habe die Armen erst einige Tage nähren müssen, damit es ihnen möglich wurde, wenige Stunden zu arbeiten. Und dabei hätten sie in Ostpreußen den Staat niemals bedrängt, wenn er nicht helfen konnte; nie hätten sie gemurrt, obwohl die Noth bei ihnen noch weit größer gewesen, als selbst in Schlesien. Die Versammlung erfüllte eine Pflicht der Menschlichkeit, wenn sie der Regierung eine „namhafte Summe zur Unterstützung der Nothleidenden am Gebirge" kreditirte. Hoffen wir, daß man recht bald durch Aufhebung der in Schlesien noch bestehenden Roboten die drückendste Fessel von der Landwirthschaft wegnehme und vor Allem durch die Wiederanknüpfung unserer während der Reaktion aus „legitimen" Mäkeleien aufgegebenen Beziehungen zu Spanien für die schlesische Leinenindustrie den früher viel besuchten Markt von Neuem eröffne. — Der Abg. Reuter stellt den Antrag, daß unmittelbar nach dem Bürgerwehrgesetz der Kommissionsbericht wegen unentgeltlicher Aufhebung des Jagdrechts berathen werde. Originell ist seine übrigens mit Erfolg gekrönte Motivirung der Dringlichkeit. Man habe „in diesem Saale" die Todesstrafe abgeschafft, außerhalb desselben schaffe man unsern Herrgott ab. Was sei die Folge davon: daß ein Jeder, welcher ein Fuß breit Landes besitze, das Jagdrecht ungestört ausübe! Denn wolle der Waldhüter Einhalt thun, so sage man ihm: ich schieße meinen Jagdhund todt oder Dich — ernähren muß man mich doch! — Sie sehen, die Philosophie des „christlichen Staats" beginnt ihre Früchte zu tragen.

Schweiz.

☽ Bern, 6. Sept. Am Anfang der gestrigen Tagsatzung zeigt das Präsidium an, daß der Vorort Nachrichten aus Italien erhalten habe, nach welchen dem österreichischen Hof von Frankreich der 4. September als Frist bezeichnet worden sei, sich über Annahme oder Ablehnung der französisch-englischen Vermittlung bestimmt und unzweideutig mit Ja oder Nein zu erklären; in Piemont rüste man sich thätig. Nach einer Depesche des schweizerischen Konsuls in Neapel hat sich König Ferdinand bereit erklärt, den Schweizerhäusern ihren am 15. Mai erlittenen Schaden zu vergüten. Sicilien sei Neapel gegenüber zum Aeußersten entschlossen. Der Antrag von Tessin und Genf, in

Turin eine eidgenöss. Gesandtschaft zu errichten, erhält, da die meisten Gesandtschaften ohne Instruktion sind und man auch die Nothwendigkeit einer solchen Anordnung nicht recht einzusehen vermag, kein Mehr; dagegen ertheilt man dem Vorort den Auftrag, Einleitung zu Errichtung eines Handelskonsulats in Turin zu treffen. Sodann erhält der Vorort auf seinen Antrag die Vollmacht, ein zweites Anlehen der Eidgenossenschaft abzuschließen. Zur Prüfung der Abstimmungen und um Anträge zur Einführung der neuen Bundesverfassung zu bringen, wird, da nun Annahme aus Waadt officiell angezeigt wird, eine Kommission aus 9 Mitgliedern beschlossen und in dieselbe gewählt: die HH. Präsident Furrer, Dr. Zehnder, Aut. Schnyder, Präsident Briatte, James Fazy, Landamman Munzinger, Oberst Stehlin, Landamman Hungerbühler, Oberst Luvini. Nach einem Schreiben des eidgen. Abgeordneten im Tessin, Hrn. Kathry, hat He. Garibaldi die von ihm in Beschlag genommenen Dampfer aus Lugano zurückgegeben, und sie versehen wieder ihren ordentlichen täglichen Dienst.

Griechenland.

* Athen, 20. August. Außer den 150 Beförderungen verlangen die beiden Kriegshäuptlinge noch 225 Erlöserorden für ihre unregelmäßigen Truppen. Einer davon ist sicher dem amnestirten Räuberhauptmann Katsarachas bestimmt, der, als die Sache der Rebellen gut stand, zu diesen überging und sie verrieth, sobald er sah, daß sich die Schale auf die Seite der Regierung neigen. Katsarachas ist, wie sich nun herausstellt, der wahre Held des Tages bei Hypate, das er mit den Rebellen besetzt hatte, und nachdem General Mamuris davor angekommen war, in Brand stecken half. Von den Verrichtungen der unregelmäßigen Truppen bei Palaöchori erzählte ein Offizier der Linie: der Eine hatte seinen Vater, der Andere seinen Sohn, Bruder oder Vetter bei den Rebellen; wir sahen sie zusammen essen, trinken und rauchen und sich wechselseitig mit Patronen versehen. Daß es nicht zur Schlacht kam, wäre unter diesen Umständen ungerecht, dem Feldherrn vorzuwerfen. Auch hat General Gardikiotis ganz aufrichtig gestanden, daß die Rebellen, hätten sie nur noch 100,000 D. besessen, unaufhaltsam vor Athen gerückt sein würden. Von verdienter Belohnung in obigem Umfange kann also keine Rede sein, und ist es auch nicht. Vielmehr benutzen die beiden Kriegshäuptlinge und Königsbuhlen die Gelegenheit, durch die Erwirkung königlicher Gnaden sich Ansehen und Anhänger zu erwerben. Das Ministerium, in dessen Interesse dies eben nicht liegt, handelt daher mit ihnen und will sich, statt zu 375 Auszeichnungen, bis jetzt zu 100 verstehen. In gleiche Verlegenheit setzt den Ministerrath die Uebernahme der Kriegskosten. Als darunter ein Posten von 12,000 Dr. für Hacken und Schaufeln zum Bau der Cirkumvallationslinien um Palaöchori vorkam, sprang der Minister des Innern Ruphos vom Stuhle auf und rief: wir, 12,000 De. für Palikarentambours — Brustwehren aus zusammengetragenen Steinen — das ist unerhört, da gebe ich eher meine Entlassung. Sein Kollege Kolokotronis beruhigte ihn lächelnd durch die Bemerkung: eben so unerhört ist es, daß ein Minister wegen Schaufeln und Hacken seine Entlassung gegeben hätte.

Mit der „großen Idee" — Befreiung des griechischen Stammes — wird byzantinisches Intriguenspiel getrieben; die Kamarilla benutzt sie, die Gemüther zu gewinnen und die Opposition in der Meinung des Volkes herabzusetzen. Die ungestörten Werbungen des Obersten Soliotis Stratos gegen die Türkei, die Betheiligung des Unterstaatssekretärs Tsamenos aus Macedonien, von jener einer verdammten Seele der Kamarilla, ein Brief des Generals Mamuris, worin die thessalischen Aufrührer gegen die Pforte eher „Befreier als Klephten" genannt werden, hatten diesen Zweck. Als die Pforte Verdacht zu schöpfen zeigte, beeilte man sich, durch Tsamenos Verläugnung die wahre, friedliche Gesinnung an den Tag zu legen.

Neuestes.

Wien, 4. Sept. Heute sind Kuriere nach fast allen Hauptstädten Europa's abgegangen, welche die nunmehr erfolgte Annahme der englisch-französischen Vermittlung von Seiten des österr. Kabinets zu überbringen haben. Es wird jetzt darauf ankommen, ob man sich über die Basis der Vermittlung verständigen kann oder nicht. Die Annahme der Vermittlung ohne Angabe dieser Basis ist eine bloße Formalität, aus welcher höchstens auf allgemeine freundliche Dispositionen geschlossen werden kann. (Allg. Z.)

(Wie stimmt dieß zu der Nachricht, daß die deutsche Vermittlung von Oesterreich angenommen worden?)

Altona, 5. Sept. Ja Kiel, Rendsburg und Itzehoe ist heute durchaus nichts Bemerkenswerthes vorgefallen. Graf Moltke und Kamerherr v. Reedtz haben sich von Heiligenstedten entfernt. Major v. Wildenbruch, Gesandtschaftsattaché v. Bille und Sekretär Paulsen haben eine Wache zu ihrem Schutze erhalten und werden baldmöglichst ihre Rückreise antreten. (B.-H.)

Auch am 6. früh war in Kiel Nichts von Bedeutung vorgefallen. Zwei von den designirten Regierungsmitgliedern sollen sich zur Uebernahme geneigt bewiesen, dem Grafen Moltke aber erklärt haben, unter seinem Präsidium könnten sie sich nicht dazu entschließen. Man glaubt nun, daß entweder der König von Dänemark durch einen Schleswig-Holsteiner (man nannte Gr. Baudissin-Borstel) die Bildung einer neuen Regierung versuchen, oder die Centralgewalt Kommissäre zur Verwaltung Schleswig-Holsteins senden werde. Die hannov. Truppen waren über die Elde zurückgegangen; auch das Homburger und Bremer Bataillon befanden sich auf dem Rückmarsche. Am Freitage hofft die Landesversammlung die Berathung der neuen Verfassung beendigen und zur Abstimmung über das ganze Grundgesetz schreiten zu können. — Die deutschen Gefangenen waren den 5. d. noch nicht in Eckernförde angekommen.

Aus Hamburg wird vom 5. Sept. berichtet, daß die Elbblokade gleich nach überbrachter Ratifikation des Waffenstillstandes aufgehoben wurde. Die weggenommene Lootsgaliote sollte in wenigen Tagen zurückgesandt werden. Das Dampfboot „Preuß. Adler" hat einen dänischen Lootsen nach Stettin gebracht. Es wird preußischer Matrosen nach Kopenhagen bringen, die dort auf der Rhede die deutschen Schiffe in Empfang nehmen werden.

In Frankfurt ist die Nachricht eingegangen, daß die Königin am 4. Sept. Hrn. v. Andrian empfangen und das Schreiben des Reichsverwesers entgegengenommen hat. Lord Palmerston stellte den Gesandten der Königin vor. Der amerikanische Gesandte, He. Donelson, ist schon vor einigen Tagen in Frankfurt angekommen, und hat am 5. d. M. ein Schreiben an den Minister Heckscher gerichtet, dessen Mittheilung wir uns vorbehalten.

Der Landgraf Gustav v. Hessen-Homburg ist am 8. Sept. gestorben. Sein Bruder und Nachfolger, Pr. Ferdinand, hat sogleich durch Proklamation die Regierung angetreten.

Soeben erhalten wir noch aus Berlin die wichtige Nachricht, daß das Ministerium Auerswald in der Schweidnitzer Frage unterlegen ist. Der Antrag des Abg. Stein, der dem Ministerium die Ausführung des Beschlusses vom 9. August zur „dringenden Pflicht" macht, wurde mit 219 gegen 152 Stimmen angenommen.

Paris, 7. Sept. Der „Moniteur" zeigt heute an, daß die Regierung durch zwei telegraphische Depeschen aus Marseille die Nachricht erhalten habe, daß die Pforte die französische Republik anerkannt, und daß der Gesandte, General Aupick, am 26. August in feierlicher Audienz seine Beglaubigungsschreiben dem Sultan überreicht habe.

Herr v. Raumer hat noch keine Audienz bei General Cavaignac gehabt; man sagt, das französische Kabinet habe sich deßhalb mit dem englischen berathen, aber ohne zu einem Resultate zu kommen.

Soviel verlautet, sind die Großmächte bereit, die Centralgewalt Deutschlands anzuerkennen, sobald dieselbe definitiv konstituirt sein wird.

Die Thronrede der Königin von England hat in Paris einen sehr guten Eindruck gemacht.

Die Einleitung der Konstitution wird beibehalten; nach Lamartine's Rede wurde mit 491 gegen 225 Stimmen dafür entschieden. Ueber die heutige Diskussion geben wir morgen das Nähere; §. 2: „Frankreich ist eine demokratische und unheilbare Republik", wurde einstimmig angenommen. Wichtig ist, daß 28 einflußreiche Mitglieder der ehemaligen Linken sich in Folge der Vermittlung des Generals Lamoricière von der royalistischen Reunion Politiers trennen und offen an die Republik anschließen werden. Odillon Barrot wird dies für sich, Duvergier de Hauranne, Leon de Malleville, Dufaure, Billault u. A. erklären. Thiers schwankt noch. L. v. Malleville wurde in Folge davon gestern gleich zum Vicepräsidenten gewählt. — Legitimistische Umtriebe dauern in der Provinz fort; man sprach von einer Landung der Herzogin von Berry. — Mysteriös ist die Einschiffung der Brigade des Generals Molière, zu welcher 4 Fregatten bereits von Toulon nach Marseille abgegangen sind. Man glaubte, sie sei nach Civita-Vecchia bestimmt. Die Soldaten sollen ihre Paradeuniformen mitnehmen und erhalten nur 25 Patronen, was gerade nicht auf eine kriegerische Bestimmung deutet.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner 8 Kamp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werde man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 26 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Heidelberger Zeitung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — und für Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 243. Heidelberg, Montag 11. September. 1848.

Uebersicht.

Der Waffenstillstand und die öffentliche Meinung. — Wien (die Leichenfeier. Ungarischer Hochmuth. Ein Blick auf die Stimmung der Stadt. Die Ungarn. Preßprocesse. Deutsche Propaganda. Die ungarischen Minister abschläglich beschieden. Ungarische Deputation mit peremtorischen Forderungen erwartet). Berlin (das staatsmännische Talent im Verfassungslandtage). Rastadt (Bauernunruhen). Stuttgart (die Waffenstillstandsfrage). Limburg (Uebermuth der Holländer). Kiel (Erklärung der Volksversammlung). Schleswig (Bürgerversammlung). Rendsburg (Rückmarsch der Truppen. General Wrangel. Die deutschen Gefangenen. Die neue Verfassung). Altona (unruhige Auftritte. Die Gefangenen. Moltke. Stimmung des Landes). Frankfurt (Stellung der Parteien. Die gefährliche Lage Deutschlands. Vereinfachung des Titelwesens. Erlaß der Centralgewalt in Betreff der Regierungsbevollmächtigten. Der belgische Gesandte. Antrag auf Beschleunigung der Verfassungsberathung. Armeebefehl Wrangels).

Belgien. Brüssel. Der deutsche Gesandte empfangen.

Großbritannien. London. Das M. Chr. über die gegenwärtige Berliner Reichsversammlung und die zukünftige deutsche Einheit und Flotte. Baron Andrian. Ankunft des Prinzen von Parma. Mittheilungen der Times aus Italien.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Spaltung der Rechten.

Beilage. Der Waffenstillstand mit Dänemark. — Berlin. Verhandlungen des Landtags; die Polener Frage; die Ruhe der Weber. Schweiz. Bern. Nachrichten aus Italien. Griechenland. Die Belohnungen. Spiel mit einer großen Idee. — Neuestes.

11. September.

Das Ministerium Auerswald ist gefallen. Wenn die wahrscheinlichen Folgen dieses Ereignisses sich entwickeln, so kann vielleicht bald der Augenblick kommen, wo die Nationalversammlung und die Centralgewalt als Vereinigungspunkt der deutschen Kraft sich bewähren müssen, wo weniger in der engverbundenen, gegenseitig sich tragenden Kraft der einzelnen Staaten, als in ihrem festen Zusammenschließen um eine energische Gesammtregierung das Heil Deutschlands gesucht werden muß. Nimmt die Entwicklung diesen Gang, so kann sie zu gutem Ende führen, aber je größer das Bedürfniß, desto größer sind die Forderungen, je größer die Schwäche auf der einen Seite, desto größer muß Kraft und Weisheit auf der andern sein. Kraft und Besonnenheit der obersten Leitung, Einmüthigkeit und klares Bewußtsein in der öffentlichen Meinung, sind die obersten unerläßlichen Bedingungen. Wir werfen heute, ohne uns dies Mal auf die schwebende Frage näher einzulassen, einen prüfenden Blick auf den Zustand der öffentlichen Meinung, um das Verhältniß der vorhandenen Kraft zur Größe des Moments zu bestimmen.

Der natürliche Gang bei Entscheidung großer Fragen im Staatsleben ist der, daß zuerst ein dunkles Gefühl, eine instinktmäßige Bejahung oder Verneinung in der großen Masse sich regt, die den Geschäften und der Entscheidung ferner steht. Diesem Gefühl kommen die zur Regierung, zur Leitung und Beurtheilung der Geschäfte näher Berufenen entgegen mit Nachweisung der Thatsachen, mit Diskussion in der Presse und in Versammlungen, kurz mit allen Mitteln die zur Aufklärung der öffentlichen Meinung gehören. Aus beiden Faktoren wird sich dann die Entscheidung einer großen legislativen Versammlung bilden, die naturgemäß diesem doppelten Einfluß ausgesetzt ist, dem fortreißenden Zug der herrschenden Meinung, der an Stärke wächst mit der Menge der Versammelten, auf der einen und der sorgfältigsten Kenntniß aller Thatsachen und der gesammten Sachlage auf der andern Seite. In der vorliegenden Frage schien es, als sei das zweite Moment, die Aufklärung durch Thatsachen, etwas durchaus Entbehrliches; und doch fehlen die Beispiele nicht, daß durch sie der dunkle Zug des Instinkts zum mindesten stark modificirt werden kann. Was naturgemäß letztes Resultat ist, der Beschluß einer legislativen Versammlung, ging hier nicht allein der Diskussion voraus, sondern auch der ersten Aeußerung der öffentlichen Meinung; er mußte also nothwendig bereits auf diese wirken und sie bestimmen, statt von ihr bestimmt zu werden. Die Presse kam in die eigne Lage, einen Beschluß hinnehmen zu müssen, ehe sie seine Prämissen diskutirt hatte; statt vorgelegte Akten zu prüfen und zur Spruchreife beizutragen, mußte sie die unentbehrlichen Aktenstücke aufsuchen und vorlegen.

Daß hierdurch der reine Ausdruck der öffentlichen Meinung getrübt wird, ist sehr begreiflich. Man vermißt in ihren Kundgebungen vor Allem auf die auffallendste Weise die Kenntniß der einfachen Thatsachen. Ist man sich klar über die Bedingungen eines Waffenstillstandes, wie man ihn verlangt, hat die öffentliche Meinung sich einen Normalwaffenstillstand gebildet? Wir finden davon wenig Spuren. Am meisten einig ist man gegen die Auflösung der provisorischen Regierung, und man kann in Adressen lesen, Preußen habe dieselbe gegen Wissen und Willen der Centralgewalt stipulirt. Wir wollen nicht verlangen, daß man die Konvention von Bellevue mit dem gegenwärtigen Vertrag genau vergleiche, aber die Vollmacht des Reichsverwesers zu lesen, ist eine kleine Mühe; man würde darin finden, daß er in die Auflösung der provisorischen Regierung gewilligt hat. Die positive Versicherung des Pr. Staatsanzeigers, daß die neue Regierung die Gesetze und Verordnungen der provisorischen gleich nach ihrem Amtsantritt herstellen wird, ist nicht minder geeignet, viele unbegründete Beschuldigungen zu entkräften. Ebendaselbst findet sich eine sehr bemerkenswerthe Andeutung über das wahre Verhältniß der skandinavischen Mächte zu Deutschland, ein Verhältniß, das die alte preußische und deutsche Diplomatie, der man den Waffenstillstand so ausschließlich zuschreiben will, niemals beachtet hat. Dahlmann hat, als Berichterstatter, auf der Tribune gesagt, man habe die provisorische Regierung wie Verbrecher behandelt, man habe ihr nicht einmal von den Bedingungen Kunde gegeben. Woher wußte er das? Woher wir es auch wußten: aus den ersten flüchtigen Zeitungsnachrichten. Einige Tage später werden der Landesversammlung die Aktenstücke vorgelegt, darunter findet sich ein Schreiben des Hrn. v. Auerswald, eine konfidentielle Mittheilung der Bedingungen schon am 31. August, in einer Haltung und einem Tone, den man gegen Verbrecher nicht gebraucht, wohl aber gegen edeldenkende, vaterlandsliebende, aufopferungsfähige Männer. Die Haltung der Landesversammlung, die nicht genug anzuerkennende Erklärung des Hrn. Bremer lassen auch Nichts merken von der gedrohten Anarchie; eine so würdevolle Versammlung, eine so patriotische Regierung weiß zu unterscheiden zwischen gesetzlichem Widerstand und Anarchie, zwischen fester Opposition gegen einzelne, unerträgliche und unmögliche Dinge und kurzsichtiger Verwerfung des Ganzen ohne Prüfung und Kenntniß. Man ist versucht zu glauben, ein streng nach der Konvention von Bellevue abgeschlossener Vertrag würde den gleichen Sturm hervorgerufen haben.

Werfen wir einen Blick in die Presse. In den meisten Blättern finden wir nicht eine sachgemäße Kritik, sondern eine heftig erbitterte Stimmung gegen den Waffenstillstand. Doch gibt es einzelne bedeutende Ausnahmen. Die Weser-Zeitung wirft der Centralgewalt vor, daß sie Preußen das Heft in die Hände gegeben, sie tadelt auch auf's Schärfste das Verfahren Preußens, aber was den Inhalt der Bedingungen betrifft, so stimmt sie nicht ein in den Vorwurf der Schmählichkeit und Schwäche, der von Schleswig-Holstein aus gegen Deutschland erhoben wird. Aehnlich spricht sich die Bremer Zeit. über den Inhalt der Bedingungen aus. Man mache hier nicht einen nahe liegenden Einwand; es läßt sich darauf mit einem noch näher liegenden antworten. Die Köln. Zeit. will weder in die Befriedigung des Hrn. v. Auerswald, noch in die todesmuthige Entrüstung einiger Redner in der Pauls-

Digitized by Google

kirche über Preußens Verrath und die Schmach des Vaterlandes einstimmen. Daß der Waffenstillstand so abgeschlossen wurde, das scheint ihr eine Wunde, in die man die Sonde legen müsse, um dann, nach Bassermann's Bemerkung, aus der Krisis Gewinn zu ziehen; für schimpflich hält sie die Bedingungen nicht, und findet nur Moltke's Ernennung unerklärlich. Wenn sie auch einen Widerspruch findet zwischen der deutschen Politik in Schleswig und Italien, so gehen wir darauf nicht ein, weil Aufrichtigkeit treu, uns in der gegenwärtigen Situation zu halten; wir wollten nur zeigen, daß in der Presse verschiedene Ansichten herrschen. Es bleibt uns nach wie vor die Wahl, einem guten Theil des Volkes, der Presse, der Abgeordneten alles Gefühl für Ehre und Vaterland abzusprechen, oder Beides nicht in der Art und dem Maße für vertreten zu halten, als man von der einen Seite behauptet.

Eine Reihe von Stimmen (eine der bedeutsamsten kam aus unsern eigenen Spalten) beschäftigt sich weniger mit der Lage des Augenblicks und dem Bedürfniß der nächsten Zukunft, als mit der Entstehungsgeschichte der vorhandenen Krisis, und sucht die feinen Fäden eines hinter der Scene intrignant und verrätherisch gesponnenen Netzes zu verfolgen. Es mag sein, daß dergleichen geschah; indessen ist hier zwischen zwei Anklagen wohl zu unterscheiden. Klagt man das Treiben der Diplomaten an, ihre kleinlichen, schwächlichen Auskunftsmittel, ihre Unfähigkeit, Leben und Bedürfnisse eines Volks zu verstehen, den ganzen todten Formalismus ihrer Handlungsweise und ihrer Akte, so stimmen wir völlig ein, geben aber auch zu bedenken, daß man hier auf ein Residuum von Jahrhunderten stößt, und unter allen Dingen der Welt das diplomatische Korps am wenigsten über Nacht sich umschaffen läßt. Insbesondere wollen wir uns nicht zum Lobredner der preußischen Diplomatie machen; sie hat nie Viel zu bedeuten gehabt und sich auch dies Mal im gewohnten Licht gezeigt. Die Art und Form ihres Verfahrens war wieder ganz im alten, längst verworfenen Style. Auch die Minister sind hier nicht frei von Schuld. Warum Wildenbruch zum Kommissär ernennen, an dem die Erinnerung jener Note klebt? Warum den unbegreiflichen Mißgriff der Ernennung Moltke's? Warum konnte der altgewohnte Kanzleistyl der offenen klaren Auffassung des Verhältnisses zur Centralgewalt sich nicht anbequemen? — Die große Mehrzahl der Menschen urtheilt nach Foemen mehr als nach der nackten Wahrheit der Thatsachen. Als redliche Männer mieden die Minister in den innern Verhältnissen wie nach Außen den Schein, aber nicht bloß den falschen, sondern auch den schönen, Herzen und Geister gewinnenden Schein. Etwas Anderes aber ist die Anklage der selbstsüchtigen Intrigue oder gar des offenbaren Verraths. Wenn dergleichen sich spann, so war es nur in engen, dumpfen Kreisen, soweit es hinter dem Rücken der Minister anging, auf deren Redlichkeit, wir wiederholen es, nicht der Schatten eines Argwohns fällt. Unser unabänderlicher Grundsatz soll es sein, das verborgene Werk unverbesserlicher Maulwürfe nicht zu beachten, sondern mit unbeirrtem Blick die Dinge zu betrachten, wie sie Jedem klar werden können; sich in den Fäden der Intrigue die Hand zu verwirren und den Blick zu stumpfen, ist nicht der Weg, sie unschädlich zu machen. Und wenn eine schlimme Lage duech sie geschaffen ist, soll man sich nicht ihrer bemächtigen, um sie zum Bessern zu führen? Soll man das Schiff der Gerechten versenken um weniger Sünder willen? Kann man den verborgenen Spielern ein größeres Fest bereiten, als Zwietracht, Verwirrung und nutzlose Vergeudung der Kräfte?

Noch wenige Worte über Frankfurt. Von den drei nächsten Eventualitäten — kriegerische Erhebung nach Außen, erneuerte koncentriete Energie nach Innen, schärfere und massenhaftere Stellung und Sonderung der Parteien — scheint nur die letztere bis jetzt in Erfüllung zu gehen. Die Rechte stellt sich in Positur; sie organisirt sich als mächtige Opposition und bietet eine straffe Haltung dar, die gegen die früheren Zeiten sehr absticht und an die Erscheinungen auswärtiger Parlamente mehr erinnert. Ob zum Vortheil des Ganzen, lassen wir dahingestellt; zum mindesten ist der Anblick weit entfernt von dem Schauspiel allgemeiner Erhebung für einen Begriff, der in Aller Herzen lebt. Die gesammte Linke hat zum ersten Male einen Vereinigungspunkt gefunden, und sucht als geschlossene Paetei aufzutreten mit Anspeuch auf ein eigenes System und die Führung der Geschäfte. Aber zur Partei der revolutionären Energie und gewaltsamen Einheitsbestrebung fehlt ihr die Kraft und der Genius der Leidenschaft; zue parlamentarischen Leitung hat ein erster Veesuch ihee Unfähigkeit blosgelegt. Wir sind überzeugt, welches System auch in Frankfurt siegen mag, zu seiner Ausführung lommt man zu den Männern zurück, die außer Blut und Leidenschaft, oder statt ihrer, Erfahrung in Geschäften und politische Kenntniß darbieten. Wenn man sich selbst redlich, mit allen Kräften der Seele bemüht, seine Mißstimmung, seinen Schmerz, seine Erregung zu bewegen, um mit sicherem Blick und fester Hand das Seinige zu thun — wahrlich, dann kann man nichts Unerträglicheres auf seinem Wege finden, als dies juvenile Aufbrausen, das sich sogleich in wesenlose Regionen wirft, und statt heutigen Tag über nebelhaften Bildeen der Zukunft vergißt. Nur eine Probe aus vielen. „Kann die Versammlung", heißt es in der Allg. Z., „den Abgrund nicht überspringen, der sich vor ihren Füßen aufgethan, so hat sie ihn auszufüllen, indem sie sich selbst in den gähnenden Schlund stürzt." Hat es einen Sinn, an eine vereinzelte Entscheidung das Dasein, die Wielsamkeit einer Versammlung zu knüpfen, die sich naturgemäß in einer fortlaufenden Kette von Wiekungen zeigt und bewähet? Kann man ein werdendes Ganze vernichten, um es zu erneuen? Das ist der Fall der deutschen Einheit. Wir Alle, Werkmeister und Gesellen, sind geschäftig um den Guß der Glocke Konkordia. Böse Dämonen belauern das Werk, die Flamme kann das ganze Haus verzehren, aber um die Glocke zu vollenden, muß das Eez stät und ununterbrochen in die Form rinaen, und wenn man erst die Form zerschlägt, so mißlingt das Werk gewiß.

Oesterreich. ** Wien, 4. Sept. Gestern fand die Leichenfeier für die gefallenen Arbeiter Statt. Ein langer Zug, aus einigen Kompagnien der akademischen Legion, dem Arbeiter-, Frauen-, Liberalen Vereine bestehend, an der Spitze der ganze demokratische Klub, von welchem die eigentliche Idee ausgegangen war, bewegte sich, ohne Sang und Klang, schweigend zu der ara philaenorum, zu den Gräbern der gefallenen Brüder. Man hatte, wie es schien, absichtlich jeden Trauerpomp vermieden, um dem Ganzen nicht den Anschein einer politischen Demonstration zu geben; es sollte nur eine Feier der Versöhnung sein, was auch deutlich im deßfallsigen Plakate ausgesprochen war. Nur die Fahnen der verschiedenen Vereine wehten voran, unter andern aber auch eine schwarze Fahne mit der Inschrift: „Der 26. Mai" auf der einen und „Der 23. August" auf der andern Seite. Wie es hieß, sei von mehreren Seiten verlucht worden, Protest gegen diese Feier einzutegen, auch mochte der Eine oder der Andere sich allerlei ernstliche Reibungen und Folgen vorgestellt haben; wenn man aber die Masse der Zuschauee betrachtete, dieses nimmer fehlende Zuschauerpublikum, das immer nichts Anderes thut, als eben zuschauen, wenu nun die gemüthliche Indifferenz auf diesen zuschauenden Physiognomien bemerkte, so schwand jeder Gedanke an aufregende Scenen. Dazu glänzte der Himmel so azurblau, so friedlich rein und wunderklar, daß jedee andere, als sonntägliche Gedanke nicht aufkam. Am Kirchhofe angekommen, sprachen, nachdem der Gesangvereia ein Trauerlied gesungen, mehrere Redner, 6 bis 7 an der Zahl, aus der akademischen Legion, dem demokratischen und Arbeitervereine ꝛc. Der Grundton aller Reden war der der Trauer um die Todten, der Versöhnung für die Lebenden, die Aufforderung zum innigen Anschließen in Kämpfen, die noch bevoestehen könnten, mehr Klage über die Gefallenen, als Anklage Einzelner, die das traurige Ereigniß herbeigeführet haben, die man nur oorübergehend dem Richterspruche Gottes und des eigenen Gewissens anheimstellte. Ein junger Mann ließ zuletzt die Anwesenden mit erhobenen Händen schwören, immerdae vereint zu kämpfen füe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Besonders schön sprach ein Herr A. Löbenstein, Priester, und ein Herr Kolisch, Literat aus dem demokratischen Klub. In den meisten Reden war das poetische Element dorwiegend. Ein Arbeiter dankte in schlichten Worten füe die Theilnahme und für stets großherzige Bestrebungen der „guten, akademischen Legion", wie er sie in seinem schwarzwälder Style nannte. Allenfallsige Betrachtung unsrer Journalistik werden wir erst morgen, Dienstag, hören, indem wir, weil Journal-Setzer und Drucker den Sonntag wie andere Menschenkinder feiern wollen, in jeder Woche einen blauen Montag haben, einen wirklichen „dies sine linea", ein Tag des Gottesfriedens und Ausruhens von journalistischen Kämpfen. — Diese Feier dürfte wohl schwerlich weitere Konsequenzen nach sich ziehen, und insofern sie sich innerhalb der selbst vorgesetzten Grenzen hielt, war sie eine zeitgemäße und passende, die nur gute Folgen haben kann, und zufolge des „ex uno disce omnes" hätte die Unterlassung derselben weit eher traurige Folgen nach sich ziehen können. — Ueber den Köpfen der Versammlung sah ich hoch oben im blauen Aether einen Drachen schweben — es wae ein Papierdeache, den ein Knabe hatte aufsteigen lassen. Wae das Ironie

des Zufalls oder lag ein „hoher Sinn im kindischen Spiel“? Was dies eigentlich bedeutet, muß ich einen Augur fragen! —

** Wien, 4. Septbr. Weit mehr als die Cholera fürchtet man hier die Umgriffe des „schwarzgelben Fiebers“, wie man's hier, als mit Reaktion gleichbedeutend, betitelt. Tag für Tag neue radikale Jeremiaden, wie diese Krankheit mit jeder Stunde neues und größeres Terrain gewinnt, und doch mögen sie keineswegs damit die Reaktion als solche, die planvolle systematisch geordnete Reaktion, eine solche gibt's hier nicht, sondern die, ich möchte sagen, instinktive, natürliche, aus dem Wesen der Sache hervorgehende; die Ermüdung der rahegewöhnten Wiener, die Sehnsucht nach einem ordentlichen, geregelten Zustande der Dinge, welche die meisten Gemüther erfüllt: dies ist das eigentliche so gefürchtete Gespenst der Reaktion. Der aufgeregte revolutionäre Zustand dauert dem Wiener schon zu lange, er ist blasirt von allen Errungenschaften, von denen er bisher nur immer Nachtheile, wenig oder gar keine Vortheile verspürt, und wünscht sich mehr oder weniger im Stillen, von Manchen mehr und minder deutlich und verständlich ausgesprochen, von dem schaukelnden revolutionären Schiffe, auf den festen und sichern Boden des Rechts; und dies ist's, was mancher unserer seichten Journalisten, die freilich durch jeden Tag der Unruhe neuen Stoff zu einem Artikel gewinnen, oder auch ein schwarz gefiederter, eng geschnürter, behäkelter Legionär, der von einem gutmüthigen Wiener Bürger Kost und Wohnung genießt, Reaktion nennt. Dem Wiener ist es immer angenehmer, im Odeon einen Straus'schen, als — auf einem Balkon eine Marseillaise zu tanzen! — Außerdem ist die Reaktion unsichtbar, sie spukt als Gespenst, als Miasma, als Fatamorgana, sie ist nicht handgreiflich, sie knüpft sich auch an keinen Namen, so wenig wie das ihr entgegenstehende Element. Man hat hier nicht, wie in Paris einen Henri V., einen L. Buonaparte als Aushängeschild, Nichts als die Idee, das Princip. Bis Dato zeigte sich Reaktion nur als Objektiv, das man dieser oder jener Idee beilegte. So z. B. war gestern ein Fest, das man „ein schwarzgelbes“ nannte. Gestern wurde auf dem Wasserglacis das erste Siegesfest, zur Feier unserer italienischen Errungenschaften, gefeiert, und dies mußte doch ganz natürlich, nach den Meinungen unserer 20jährigen Universitäts- und Tageshelden, gegen welche der greise Feldherr Radetzky an Heldenmuth und Kriegskunst ein Rekrut ist, ein „schwarzgelbes Fest“ genannt werden. Die wenigen Studenten, die zugegen waren, wollten das beliebte Fuchslied, das an den übrigen deutschen Universitäten schon längst in Verruf, hier aber das einzige Studentenlied ist — es wurde nicht gespielt!! Natürlich aus Reaktion! Das deutsche Vaterland — auch nicht; die Wahrheit zu gestehen, ist dies durch die zahllosen Leierkasten rococo geworden! Statt dessen ward die Volkshymne „Gott erhalte“ angestimmt. Fürchterliche Reaktion, schnaubte ein neben mir sitzender Kalabreser. — Auch der Ton der radikalen Blätter ist seit Kurzem ein sonderbarer; während einige der radikalsten Journale einen ganz ungewohnten, fast sentimentalen versöhnenden Ton angenommen, fand ich in andern, vorzüglich in Gassenjournalen, einen heftigen, aufreizenden, Alles um sich her verschlingenden Geist. Der „Radikale“ hat seit einigen Tagen den Aeolsharfenton statt der frühern Pauken und Trompeten angenommen; „Duldung ist das erste Gesetz der Freiheit“, hieß es einmal darin; ist dies wirklich die Wehmuth und die Trauer um das brechende Auge der Freiheit, oder — ist es auch Reaktion? — Gestern fand auch der zweite Preßproceß hier statt — injuriarum. Eine Hausmeisterin — ein in Norddeutschland unbekanntes Wesen — ein Pariser Portier, war in einem Blatte des Meineids beschuldigt worden. Der Redakteur des Blattes, ein Dr. Ungar, ein Held der jeunesse dorée und zu den dii minorum gentium der Radikalen gehörend, ward für schuldig erklärt und zu dreiwöchentlichem Arrest verurtheilt. Der erste Preßproceß gegen den sogenannten „Studentenkurier“ hatte, wie Ihnen bekannt sein wird, mit einem zahlreich applaudirten „Nichtschuldig“ geendet. Es war vom Staatsanwalt jedenfalls unklug, zu seinem ersten Proceß einen solchen zu wählen, dessen Ausgang zweifelhaft war, und der nur dazu beitrug, dem noch sehr jungen Märtyrer der Freiheit zu einer sonst nie geträumten Aureole der Berühmtheit zu verhelfen. Der „Studentenkurier“ hat dadurch mehr Verdienst, d. h. eine größere Leserzahl erhalten, aber das eigentliche Verdienst, der Gehalt fehlt ihm nach wie zuvor, und der sehr beschränkte Gesichtskreis hat sich noch um kein Jota erweitert. Mit knabenhafter pompöser Anmaßung werden darin Principien und Lebensfragen in ein paar Federstrichen abgemacht. Jeder — si toutefois — Leser, welcher Partei er immer angehört, muß das Blatt mit Widerwillen aus der Hand geben; und das sind unsere jungen Bentus, die zwar wie Hamlet nur Dolche reden, diese aber nur gegen sich selbst, gegen die Sache, die sie verfechten, führen.

Die Redakteure desselben Blattes haben dieser Tage ein Warnungsschreiben erhalten, welches den Tod androht, so sie ihre Tendenz (??) nicht mäßigen; sie legten dieses Dokument dem Gemeindeausschusse vor. — In einem der letzten Blätter dieses Journals war eine nicht interessante Selbstvertheidigung des bekannten Dr. Schütte abgedruckt, gegen die Anschuldigung einer Breslauer Zeitung, die ihm geradezu ein Einverständniß mit dem Hofe zum Vorwurfe gemacht, und zum Beweise dafür angeführt, daß er in der Nähe des k. Lustschlosses Schönbrunn wohne und mit einer hochgestellten Dame (Erzherzogin Sophie?) Unterredungen gehabt ꝛc. (etwa auch Reaktion?!) Dr. Schütte widerlegt Stück für Stück der Beschuldigungen, aber interessant bleibt es immer, daß er auch in dieser Beziehung an Mirabeau erinnert, dem man ähnliche Dinge zur Last gelegt hat. Unter all unsern Rednern und Volksmännern ragt jedenfalls Dr. Schütte ebenso hervor, wie Mirabeau unter den französischen. — Unsere Sicherheitswache wird bald einer zweiten Sicherheitswache bedürfen, oder doch zunächst auf ihre eigene Sicherheit bedacht sein müssen, wenn es wahr ist, was man sich hier erzählt, daß 2 Garden derselben auf entlegenen Posten ermordet gefunden wurden. So traurig die Bestätigung dieses Gerüchtes sein würde, so angenehm berührt ein anderes als gewiß ausgegebenes die Gemüther: daß die Söhne des Erzherzogs Franz Karl nächstes Jahr öffentlich die Universität frequentiren und sich gleichzeitig in die akademische Legion würden einreihen lassen. Uebrigens ist das Credo quia absurdum jetzt an der Tagesordnung. Es werden oft die unglaublichsten Dinge erzählt und geglaubt. So erzählte man sich dieser Tage als authentisch, der ungarische Cicero, Kossuth sei mit einem Viatikum von 9 Millionen fl. Münze aus der Staatskasse nach Amerika geflüchtet, was sich aber bisher nicht bestätiget. Gestern Abend rottete sich auf dem hohen Markte in der Stadt eine zahllose Menge zusammen, um den demokratischen Klub zu sprengen, ein Gedanke der schon seit mehreren Tagen laut geworden und die Luft durchschwirrt und am Ende ein second sight dessen ist was im Ernste geschehen dürfte. Die Stimmung ist jedenfalls eine sehr aufgeregte. — Der Redakteur der „Konstitution“ Hr. E. Häffner, ein literarischer Rabulist, wurde dieser Tage (als Gewaltthätigkeit jedenfalls abscheulich) von einigen über einen aufreizenden Zeitungsartikel ergrimmten Nationalgardisten auf öffentlicher Straße, und sein Mitredakteur Hr. Geissner zu Hause in seiner Wohnung angefallen und auf schändliche Weise mißhandelt, wir wollen hoffen, daß die Vertreter der gerechten Sache die That und nicht die Person richten werden, denn so wird die gute Sache nicht verfochten. — Dies sind lauter neue unerhörte Dinge, Privilegien der Freiheit, ein so tolles, wirres Treiben, daß es wahrhaftig kein Wunder, wenn man, wie es dieser Tage wirklich geschah, den Verstand verliert. So ging gestern ein ordentlich gekleideter Herr durch die Straße, der in einem plötzlichen Anfalle von Seelenmuth und — Wahnsinn bedeutende Geldsummen, unter andern auch eine 1000 fl. Note an eine Obstlerin spendete, ehrlicher Weise ward aber das Geld bei dem Magistrate, und der Mann der sich zum „Volkskaiser“ proklamirt hatte — ins Irrenhaus deponirt.

** Wien, 2. Septbr. Ein Barometer der politischen Witterung — der Kurs der Papiere — ist etwas im Steigen, und zwar in Folge der Anwesenheit der ungarischen Minister Bathyani und Deak, die heute, zur Lösung der kroatischen Frage, Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser haben. So wird Merkur von seinem Halbbruder Mars ins Schlepptau genommen, oder vielmehr sie bilden eine flamenkische Zwillingsgruppe und die Trauer des Glases spiegelt sich in dem leidenden Gesichte des Andern ab. Der arme Merkur läßt jetzt gewaltig seine Flügel hängen, und doch war er nie so beflügelt wie jetzt. Von Wien nach Preßburg fährt man jetzt 4 Mal des Tages, und die lieben Preßburger, so viel mittelalterliche Sympathien sie auch vor wenig Monaten noch an den Tag legten, freuen sich doch der modernen Errungenschaft der Eisenbahnen, die ihnen von Zeit zu Zeit die Wiener Crème du la Société zuführt; sie hoffen, daß ihr Preßburg ein zweites Faubourg St. Germain werden wird. Tel brille au second rang, qui s'éclipse au premier. — Wären unsre Börsianer, wie man hier die Börsespekulanten nennt — noch etwas mehr als bloße spekulative Köpfe, hätten sie nur ein Bischen mehr Herz und Kurage, sie würden sich wie Ein Mann gegen die neue Ordnung — oder besser Unordnung der Dinge erheben, und als Koalitionneurs bei den Freiheitsaktien à la caisse spekuliren; so aber bleibt ihnen Nichts übrig als mit stoischem Gleichmuth der Dinge Verlauf zu erwarten. — Die eigentliche atmosphärische Witterung, die doch auch nicht ohne Einfluß auf die Stimmung ist, trägt schon in Etwas den herbstlichen Charakter; nicht nur die ultraradikalen Blätter welken, nicht nur sehen die Radikalen selbst mit tiefem Schmerz wie von dem

Freiheitsbaume ein Blatt nach dem andern welkt und abfällt, auch wir übrigen Menschenkinder sehen wie die natürlichen Blätter von den natürlichen Bäumen abfallen, und gar Viele blicken mit Bangen dem nahenden Winter entgegen. Wenn ehedem auch die Natur abgestorben war, so brachte in die Wienerstadt (wie die Vorstädter sagen) Herbst und Winter doch neues Leben; die hohen Herrschaften kehrten vom Land in die Stadt zurück, und lustiges Flaker- und Kaccossengerassel kündeten die Anwesenheit der galddefiederten Zugvögel an. Was lag drucon, daß mun da auf der Straße nue scheeien mußte um gehöet, und dafür in Kafé's nur leise reden durfte — en politiqan — um nicht gehört zu werden, man verdiente Geld — Geld! und dies ist um Ende für sehr Viele doch immer der nervus rerum! — Aber jetzt! Der Prater, dessen Alleen man unter Josef II. nue den privilegirten Ständen eröffnet wissen wollte, welches Ansinnen bekanntlich an dem humanen Sinn des großen Monaechen scheiterte, wied jetzt zumeist nur vom sonveränen Volke — und auch dacon nur spärlich — besucht; der „Wurstelprater" eine Abtheilung des erstern, diese lebendige personificirte Volkspoese, wo von jeher das demokratische Princip auf Karussein und Schaukeln — mit obligater Begleitung lautschallender Fanfaren, wobei man nach Belieben Wüeste und Salami ꝛc. genießen konnte, breit machte und lustig herumtoumelte, dieser Wurstelprater, das sonntägliche Rendez — vous manches jugendlichen Nadelheiden und mancher „Holden aus dem Lerchenfelde", die „Samstags ihren Besen führt", er blickt jetzt stolz und mit sonveränem Hochmuth auf den Majoeatsherrn, den eigentlichen aristokratischen Prater, wo einst der ewige Sonntag auf prächtigen Karossen, von betreßten Livréen gefolgt durch die Alleen rauschte, und der jetzt so verödet!! — Hier spricht man ängstlich von dem gefürchteten Gaste, der Cholera, und täglich kündigen einzelne Aerzte unfehlbare Mittel dagegen an, auch von Staatswegen werden allerlei Präservativmaßregeln getroffen; so geht z. B. eine Kommission in den Vorstädten von Haus zu Haus, mit der Warnung, daß nicht zu viele Individuen in einer Kammer wohnen, die Chalera aber dem Einkammer-Systeme abhold zu sein scheint. Das einzige Gute, das die Chalera möglicher Weise in ihrem Gefolge haben könnte, wäre, daß die Leute ein wenig zur Besinnung, zu sich selbst kämen, daß der wühlerische, tolle Freiheitsschwindel, das politische Wechselfieber in den Hintergrund treten möchte, wenn es sich um die materielle Gesundheit handelt; das ist die Reth der schweren Zeit, nach allen Chamisso'schen Variationen! — Außer einem dem Staate täglich mehr über den Kopf wachsenden wirklichen Proletariate gibt es hier noch ein sogenanntes „gebildetes Proletariat"! Die große Masse solcher Individuen, die frühee in den aristokratischen Häusern Musik und Literatur machten, die sogenannten literarischen Protégés aber besser die schöngeistigen Roués im mildern Sinne, denen das politische Element, das Alles absorbirt, nun einmal nicht zusagt, oder die es verschmähen, den Pegasus vor den Staatswagen zu spannen und sich von der wechselnden mura populoris zu den Sternen tragen zu lassen, und so sind es nicht die „teaumerischen" Dichter allein, die melancholische Herbstbetrachtungen anstellen. — Für Verbesserung des Schulwesens wird hier Ersprießliches geaebeitet; der Studien-Ausschuß, diese Ersatz-Korporation der Schnecken-Studien-Hofkommission greift kräftig dran bei der Ausarbeitung des neuen Schulplanes; dieser Tage gehrt auch zue Regelung des Volksschulwesens, vom Ministerium gesendet, eine Kommission aus 4 der tüchtigsten hiesigen Schulmänner von hier ab nach Deutschland und in die Schweiz, um bessere Quellen zu studiren und der Intelligenz und Volksbildung entsprechender Einrichtungen zu besichtigen und nachzubilden. — Der Deutschkatholicismus gewinnt hier täglich mehr Spielraum; bis jetzt zählt die Gemeinde ungefähr 1500 Mitglied r; heute perdigt ein neuer Apostel aus Hamburg, Näheres wissen wir nicht zu sagen, doch mehr nach der Perdigt.

†† Wien, 3. Septbe. Man ist hier ungehalten über die Sendung und Stellung des ungarischen Gesandten Szalay zu Frankfurt. Die Ungarn haben mit einem Aufrufe alle hier wohnenden Magyaren aufgefordeet, dem Vaterlande in dem Kampfe gegen die Slaven ihre Kräfte zu weihen. Es wird ein ungaeisches Korps hier geworben. Das österreichische Kriegsministerium hat das ungarische ersucht, den disponiblen zu Ofen und Comorn liegenden Kriegsmunitionsvorrath gegen Vergütung für die entblößte Festung Ollmütz zu überlassen, was zugestanden worden ist. — Der Gemeindeausschuß von Wien ist in einen Gemeinderath umgewandelt und hat dieser regenerirten städtischen Behörde einen guten Wahlmodus zu Grunde gelegt. Die Wahlen für die neuen Mitglieder fielen befriedigend aus. Morgen werden verschiedene Gesellschaften eine Todesfeier auf dem Währinger Kirchhofe an den Gräbern der gefallenen Aedetern durch Reden und Gesänge halten. Preßprocesse folgen nacheinander. Der zweite Gerichtshof, welcher über Preßvergehen saß, verhängte ein Urtheil auf drei Monat Gefängniß. Der Angeklagte Dr. Ungar hatte eine Frau schändlichen Meineides beschuldet. Der verhaftete Redakteur Häffner der Konstitution wurde auf freien Fuß gesetzt, da die ihm zur Last gelegte Verbindung mit den Aebeitern-euen nicht erwiesen werden konnte. — Der Verein der Deutschen in Oesterreich gab eine Zeitung „Schwarz-roth-gold" heraus, deren Tendenz die Kräftigung des deutschen Elementes in Oesterreich gewesen ist. Wegen Mangel an Theilnahme and Geldmitteln soll dieses deutsches Unternehmen scheitern. Wer die Lauheit der Deutschen in Oesterreichs südlichen Provinzen gegen wälsche oder slavische Propaganda kennt, wird es sehr bedauern, das beledende Blatt eingehen zu sehen, welches sich czechische Postämter zu pränumeriren weigerten, obgleich jedes Postamt verpflichtet ist, Pränumerationen auf alle Zeitungen anzunehmen. Wie können nicht umhin das aufopfernde Benehmen Hrn. Dr. Löhners des Vereins Obmannes und Abgeordneten von Saaz zu erwähnen, welcher für Erhaltung des Blattes über 150 fl. aus eigenen Mitteln verwendete. Alle Vereine Wiens erfreuen sich lebhafterer Theilnahme, nur für den deutschen Verein hat man keine Sympathien. Es ist aber dankenswerth jene wenigen gesinnungskräftigen Männer fest zusammenhalten zu sehen, es wied ihnen mit Ausdauer endlich doch gelingen, das deutsche Band goldrothschwarz geistig um die Herzen deutscher Söhne geschlungen zu wissen.

Δ Wien, 5. Sept. Die Hoffnungen einer Pacifikation zwischen Ungarn und Kroatien, welche man an die Anwesenheit der ungarischen Minister Batthiany und Deak knüpfte, waren abermals voreilig. Die Herrn Minister waren nur gekommen, um Hilfe an Geld uad Mannschaft zu begehren, sie wiesen abee jede Gegenleistung in stolzem Geldstdewußtsein zurück. Deak äußerte, daß Ungarn keinen Heller an der Staatsschuld tragen würde, und so lange die Sonne noch einen Einzigen Magyaren bescheinen würde, so lange würde das ungarische Finanz- und Kriegsministerium nicht mit der Centralregierung vereinigt werden. Die Antwort unsees Ministeriums wae diese: die Herrn in ihrer Geldnoth an Kossuth zu verweisen, der ja jetzt selbst Banknoten fabrizirt. Unser Staatsschatz sei erschöpft, da ihm seit den Mäeztagen weder von Ungarn noch Italien Gelder zugeflossen und die Kosten des italienischen Krieges daraus bestritten werden mußten. — Die Ungarn werden nun Freiwillige hier in Wien, um den Kampf mit erneuerter Stärke fortzusetzen.

Wien, 6. Sept. Man schreibt der Allg. Z.: Der Zweck der Mission der beiden ungarischen Minister ist nicht erreicht worden; der Kaiser hat die Sanktion des neuen Militägesetzes verweigert, und die Erklärungen über das Verhältniß des österreichischen Ministeriums zu der serbisch-kroatischen Bewegung waren nicht zue Beruhigung der Ungarn ausgefallen. Sie stunden daher im Begeiff Wien zu verlassen, und Gott weiß welchen Beschluß zu fassen! Derselbe Korrespondent berichtet, daß man bereits Abends diese Deputation erwartet, daß aber an eine Sinnesänderung des Kaisers schwerlich zu denken sei. Er setzt hinzu: „Aufrichtig — uns bangt vor der Katastrophe!" (S. unter Ofen).

Preußen. ** Berlin, 7. Sept. Nach neunstündiger Sitzung in der Singakademie nur wenige Worte. Der Antrag von Stein, welcher den Grundsatz ausspricht, die Regierung sei der Versammlung zum Gehorsam verpflichtet, ist mit 219 gegen 142 St. angenommen. Dieses entscheidende Princip ist heute während der Verhandlung Seitens der konstitutionellen Partei in einer Weise preisgegeben worden, die nur an der berüchtigten Uebergabe des obern Stockwerks im Zeughause durch Lieutenant v. Natzmer ihres Gleichen hat. Einiges Wenige, das Stich hielt, wurde von den Ministern Milde, v. Auerswald, Kühlwetter ausgesprochen, begreiflicherweise mit geringer Wirkung, weil hier die Kabinetsfrage ihre Gründe entkräften mußte. Vortrefflich sprach Abg. Tamnan; sein Unglück wae, daß er nicht bloß gegen den Antrag Steins, sondern zugleich für das Ministerium redete; er wae die einzige Kapacität auf der konstitutionellen Seite, dessen Rede der Rede werth war. Und dies in Frage stehende Princip war doch mehr als ein Ministerium! Immer aber wandte sich die Besprechung zurück auf das Vergangne, auf den Armeebefehl, auf das, was das Ministerium hätte thun oder unterlassen sollen. Die ganze Verhandlung über die Konstitution des Königreichs, wenn es jetzt noch zu einer solchen kommen kann, wird Nichts enthalten, was so tief ins Fleisch einschneidet, als der heutige Streit über die Grenze der Gewalten. Und, während die Linke ein Talent, wie Bucher, in den Kampf sandte, der die Sache sofort beim Zipfel erfaßte, konnte die Rechte so flau, so fischblütig über das hinweggehen, was dem Staat ans Tiefste rührt? Der Abgeordnete v. Unruh, aus dem linken Centrum stellte ein Amendement zu dem Steinschen Antrage, welches seinem Wortlaute nach freilich den thätlichen Uebergriff der

Versammlung in die Sphären der Exekutivgewalt ausgemerzt hatte. Auch der Antragsteller erklärte in seiner Rede, daß das darin eventuell angekündigte Mißtrauensvotum wegen Nichterlassung des Armeebefehls nicht bloß gegen dieses, sondern gegen jedes künftige Ministerium gerichtet sein solle, welches nicht alle Beschlüsse der Versammlung vollziehe! Auch erklärte er sein Amendement als bloße Interpretation des Steinschen Antrags. So traf dieses Amendement der Halbheit die verdiente Strafe; es erhielt 38 Stimmen gegen 320! und Hr. von Unruh stimmte darauf für den Antrag Steins. So that das Centrum seine Schuldigkeit. — — Ein Königreich heute für einen Staatsmann! Die Mißstimmung gegen das Ministerium war tief gewurzelt; wer es nicht vorher wußte, der erfuhr es heute. Die Begeisterung für die Absolutie der Versammlung war es nicht, welche dem Antrage Steins die Mehrheit von 67 Stimmen verschaffte, sondern die Mißstimmung gegen die Minister. War denn auch nur Ein Redner, der unstreat und gleichzeitig gegen das Ministerium und gegen den neuen Antrag Steins vom 4. Septbr. sprach? Ein solcher Mann hat uns gefehlt. Ein Königreich für solchen Retter! Ein Solcher, Ein solcher Mann, der, mit politischem Scharfblick begabt, das Ministerium geopfert, mit voller Kraft gegen dessen Politik und Regierung sich erhoben, ein Mißtrauensvotum beantragt: dann aber sich gegen die äußerste Linke gewandt hätte mit den schneidenden Waffen, welche ihre verwerfliche Taktik an die Hand gab — er würde die äußerste Linke von den übrigen Elementen der Linken getrennt haben. Der Erfolg wäre gewesen, Verwerfung des Stein'schen Antrags und des Grundsatzes, daß die Versammlung regiere; sodann der Sturz des Ministeriums — Beides mit großer Mehrheit. Und wenn nun sich nun umsah, wer an die Spitze des neuen Kabinets zu treten habe? So war es dieser Mann. Die Opposition bezeichnete ihn als den, welcher in seiner Kritik des Ministeriums ein neues Programm niederlegte. Die Krone bedurfte sein, denn er war es, der die Trennung der Gewalten gegen den Antrag Steins gerettet. Er durfte dann den Armeebefehl „im Sinne" der Versammlung erlassen; er dürfte es, denn er, der Steins Antrag zur Verwerfung gebracht, gab dadurch der Regierung keinen Schein der Schwäche. Der kühne und geniale Staatsmann, welcher um 7. Septbr. in der Singakademie die Opposition gegen die Regierungsweise der Minister und gegen das Attentat auf die demokratische Monarchie, und so eine kompakte Mehrheit gegen beides für sich vereinigte, war der gebotene Ministerpräsident des 8. Septbrs. — — Ein Königreich um diesen einen Staatsmann. Es konnte dieser Mann Rodbertus sein, wenn er nicht eben — Rodbertus war. Rodbertus stimmte für den Antrag Steins, für das Regierungsrecht der Versammlung. — Stein ist in einem Wagen durch die Stadt gezogen worden von Freiheitsmännern, Reichenbach und Brill hatten durch mehrere Straßen Volkseskorte. Rodbertus, wie mir däucht, wurde weder gezogen, noch erhielt er ein Komitat. Er ist ein Schlepptau der Linken, ein Ministerium Rodbertus wird Keinem genügen, er läßt sich gebrauchen und wird verbraucht werden. — Wäre jene Stellung, die wie skizzirt, nicht würdiger gewesen? Es war die des linken Centrums einzig würdige Stellung. Aber dem linken Centrum fehlte zur Lösung seiner Aufgabe der echte Mann. — Ein Königreich für einen Staatsmann! — Warum ist einem Unbedeutenden die Sache so klar? Warum war sie Keinem von den Abgeordneten, welche nicht mit Absicht das demokratische Königthum ruiniren, eben so deutlich? Warum fand sich jener Staatsmann nicht, und wir schildern ihn doch?! — Ist es Bestimmung, daß daß wir unaufhaltsam dahin eilen, wo blutige Spuren hinein, aber keine Spuren heraus führen? Die Septemberrevolution hat begonnen, nicht unter freiem Himmel, wie die Frühjahrsrevolution, sondern heute, Donnerstag den 7. Sept., 5½ Uhr Abends, in der Halle der Singakademie. Der Sturmsinn der Bureaukratie reifte die erste — die zweite Revolution ist durch die Unfähigkeit der konstitutionellen Partei durch die Treulosigkeit der Vorerst-Konstitutionellen gezeitigt. Wohin wird sie führen? —

Ratibor, 5. Sept. Gestern ist das Schloß Hultschin, zwei Meilen von hier entfernt, durch die Bauern zerstört worden. Mobilien, Akten u. s. w. sind vernichtet. Die Verwalter hat flüchten müssen. Das Schloß gehört dem Hrn. Baron v. Rothschild in Wien. (B. H.)

Würtemberg. †* Stuttgart, 9. Sept. Der Ausspruch des Parlaments über den verhängnißvollen Waffenstillstand hat auch hier die größte Aufregung erzeugt. Wie in der Paulskirche, so wird auch hier dieser Gegenstand in voller Leidenschaft, ohne Anhörung von Gegengründen, beurtheilt und gerichtet. „Der Waffenstillstand ist ein schmählicher, der Kampf muß fortgesetzt werden", ist das ziemlich allgemeine Losungswort. Vor den Folgen des Ausspruches scheint man noch das Auge zu verschließen. Der Volksverein (demokratischer) und der vaterländische Verein haben gestern Abend eine gemeinschaftliche Adresse an das Parlament berathen, in welcher in energischen Ausdrücken der Majoritätsbeschluß in der Paulskirche gebilligt werden sollte. Gleichzeitig ist nun alle Vereine des Landes ein Aufruf erlassen, in gleichem Sinn zu handeln und für das bedrohte Vaterland zu den Waffen zu greifen. Es fehlt jedoch auch nicht an besonnenen Stimmen, welche sich über alle traurigen Konsequenzen des Majoritätsbeschlusses in der Paulskirche nicht täuschen. Diese Stimmen finden aber in dem Sturme der Leidenschaft augenblicklich wenig Anklang. Ihre traurige Rechtfertigung können sie nur von der Zeit erwarten. Wir wollen hier nicht auf alle Folgen eingehen, welche uns mit dem mehrfach genannten Beschlusse eng verbunden erscheinen. Wir wollen die kriegslustige Partei nur fragen, welches Ziel sie sich von einem mit Dänemark fortgesetzten Kriege gesetzt habe? Doch wohl nicht den Frieden in Kopenhagen zu diktiren? So lange Deutschland ohne Flotte ist, vermag es gegen das kleine Dänemark Nichts. Es spottet aller unsrer Anstrengungen, wie der Adler in hoher Luft der auf ihn gerichtete Feuerröhre. Wir können Jütland und im Winter die Insel Alsen besetzen. Der Uebergang über das Eis nach Fünen ist nur sehr selten möglich und stets mit großen Schwierigkeiten für Truppen verbunden. Ein Uebergang über das Eis des großen Belt ist nur bisweilen, und mit Eisbooten mit wenigen Personen möglich. Ein Uebergang einer Truppenkolonne nach Seeland über das Eis gehört zu den Träumereien unserer weisen Politiker. Wir sprechen dieses mit genauer Kenntniß der lokalen Verhältnisse aus. Würden wir aber durch eine Besitzergreifung Jütlands Dänemark zu dem Frieden zwingen können? Niemals! Für den Verlust Jütlands würde sich die Flotte Dänemarks durch Zerstörung des deutschen Handels und unserer Küstenstädte zwanzigfach bezahlt machen. Was könnte hierauch das Ende des fortgesetzten Kampfes sein? Wie wiederholen es nochmals, ohne Flotte werden wir Dänemark nie zum Frieden zwingen. Daß hinter Dänemark die Großmächte Europas mit mächtigen Heeren und Flotten, mit Gebieten jenseit der Meere stehen, soll hier gar nicht erörtert werden. Unsere Stellung allein zu Dänemark würde einen augenblicklich fortgesetzten Kampf nur zu einer vergeblichen Aufopferung der besten Kräfte machen. Das kleine England ist nur deßhalb der mächtigste Staat der Welt, weil es die Meere beherrscht und auf seiner Insel nur nach Vernichtung seiner Flotten könnte angegriffen werden. Möge sich Deutschland über diese wichtige Frage nicht täuschen, möge es ferner nicht verkennen, daß ein großer Theil der Aufregung gegen den Waffenstillstand nicht diesem gilt, daß er vielmehr als Mittel zu andern naheliegenden Zwecken gebraucht wird. Die Besonnenen zweifeln auch hier nicht daran, daß die Nationalversammlung in Frankfurt ihre bisher bewiesene Klugheit nicht plötzlich verlieren und wissen wird, dem augenblicklich üblen Stand der fraglichen Verhältnisse eine erfreulichere Wendung zu geben.

Aus dem Limburgischen, 3. Sept. Man schreibt der Nach. Z: Durch das lange Zögern der Exekution von Seite Deutschlands steigt der holländische Uebermuth mit jedem Tage. Die hier stehenden Truppen, welche größtentheils aus dem Innern Hollands kommend, mit den Verhältnissen unseres Landes fremd, und von ihren Offizieren aufgehetzt sind, lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, um durch Schmähungen gegen Deutschland Streit zu provociren. Betrunken und lärmend durchziehen sie die Wirthshäuser, und bleiben selbst die ruhigsten und angesehensten Bürger vor ihren Roheiten und Schikanen nicht verschont. Seit dem letzten Garnisonwechsel scheint man uns noch alle Mittel abschneiden zu wollen, unsere Klagen zu deutschen Ohren zu bringen; denn in den an der Grenze zunächst liegenden Garnisonorten haben die Militärbehörden es dahin gebracht, daß es einfach genügt, ein Deutscher aus der Umgegend zu sein, um gleich verhaftet und sofort über die Grenze gebracht zu werden; und ist selbst eine Garantie der gesammten ordentlichen Bürgerschaft nicht im Stande dieser Willkür Einhalt zu thun. — Wenn dieser Zustand nur noch kurze Zeit fortdauert, ohne daß uns die lange und so heiß ersehnte Hilfe von Seite Deutschlands zu Theil wird, so haben wir bei dem Geschick der holländischen Diplomatie das Aergste zu fürchten, und wird unsere Sympathie für den deutschen Bund uns zum Verderben und zum Untergang führen.

Schleswig. * Altona, 7. Sept. In unseren Straßen ist Blut geflossen, nicht eigentlich aus rein politischen Gründen, sondern die Politik steht erst in zweiter Linie. Die Nachricht von dem eben abgeschlossenen unehrenhaften Waffenstillstand verbreitete sich rasch, noch ehe man die eigentlichen Bedingungen kannte, nach allen Seiten und war auch rasch auf unsern Kriegsschiffen bekannt, auf welchen 80 ehemalige Tann'sche Freischärler dienen, welche sich rasch entschlossen, den

Digitized by Google

Marinedienst unter so bewandten Umständen zu quittiren und sich der Schleswig-Holstein'schen Sache aufs Neue zu widmen. Die Hamburgsche Polizei sah dies für Desertion an und forderte die Altona'sche Polizei auf, die Uebergetretenen zu verhaften und während der Nacht auszuliefern. An demselben Abende kamen aber auch von Rendsburg die unglücklichen Waffenstillstandsbedingungen an, der vaterl. Verein hielt eine Sitzung ab, welche resultatlos blieb, da in Folge der Ueberstimmung jede Debatte unmöglich gemacht war, und man beschloß für nächsten Tag Mittag 12 Uhr eine Volksversammlung auf freiem Felde. Trotz der ungeheuern Aufregung blieb Alles ruhig bis nach ½11 Uhr und es entstand erst Lärm, nachdem die Polizei durch die Bürgergarde gefangene Freischärler nach der Hamburg'schen Vorstadt St. Pauli bringen ließ. Die St. Paulianer widersetzten sich dieser Ablieferung und befreiten die Gefangenen, die Bürgergarde machte Gebrauch von ihrem Gewehr und es kamen sehr gefährliche Verwundungen und selbst Todesfälle vor. Einem Bürgergardisten hat man das Bajonett eines andern Jägers in die Brust gestoßen, einem andern ist das Auge so lädirt, daß es wohl verloren gehen wird. Ein oder mehrere Matrosen sollen das Leben verloren haben und viele verwundet sein, wenigstens ist von den Gefangenen, im Ganzen etwa 50 an der Zahl, fast Niemand ohne Wunden! Die Aufregung steigt von Stunde zu Stunde. Die Auswechslung der Gefangenen sollte vor sich gehen, die hier und in Stade detinirten Gefangenen wurden nach Eckernförde gebracht, um dort ausgewechselt zu werden, da kamen zwar dänische Kriegsschiffe nach Eckernförde, aber ohne die Gefangenen mitzubringen, die am folgenden Tage nachfolgen sollten. Die Schiffe mußten daher unverrichteter Sache zurückkehren, da die dänischen Gefangenen nur gegen Umwechslung heraus gegeben werden sollten. Endlich heut sind einige unserer Gefangenen eingetroffen, sie wurden vom Volke mit großem Jubel empfangen, der Rest soll morgen folgen. — Graf Moltke, der die neue Regierung einsetzen sollte, ist in Bauernkleidung von dem Gute des Grafen Blome entflohen. Graf Levetzow, welcher auf dem Plöner Schlosse die neue Regierung im Namen des Königs von Dänemark einrichten wollte, ist von den Bürgern Plöns in dasselbe Schloß eingesperrt worden und wird vorläufig als Gefangener zurückgehalten. — Der Polizeimeister in Altona, Etatsrath Schrader, ist gestern entflohen, die Bewegung für die deutsche Sache ward ihm zu drohend, zu bedenklich, er hielt sie nicht verträglich mit seinem Eid und ist nun nach Kopenhagen gegangen. — Die hiesigen Vereine wollen nun mit den übrigen in Kiel, Rendsburg, Itzehoe, Schleswig, Neumünster u. s. w. gemeinsame Schritte unternehmen und warten nur auf die Rückkehr des Abgesandten des Kieler Bürgervereins von Frankfurt, welcher dort mit der Centralgewalt und der Nationalversammlung unterhandeln soll. Vorläufig cirkulirten hier sowie in allen übrigen Städten Adressen an die Landesvertretung, daß sie permanent bleibe, und an die provisorische Regierung, daß sie das Feld nicht räume, und sie bedecken sich mit Tausenden von Unterschriften. Die Adresse des vaterländischen Vereins fordert die provisorische Regierung und die Landesvertretung auf, sich offen für die Republik zu erklären, welche schon seit 5 Monaten de facto existire.

Die in der Kieler Volksversammlung beschlossene Erklärung lautet also: „1) Wir verpflichten uns, einer uns aufgedrängten, von der Landesversammlung nicht anerkannten Regierung keine Steuern zu zahlen, keinen Gehorsam zu leisten. 2) Wir verpflichten uns, jeder widerrechtlichen Gewalt, die uns zu einem solchen Gehorsam zwingen will, die Gewalt der Waffen entgegen zu stellen. 3) Wir verpflichten uns, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß das ganze Volk diesem unserem Willen beitrete."

Schleswig, 2. Sept. Heute wurde hier in einer Versammlung von 7—800 hiesigen Bürgern und Einwohnern buchaus einstimmig beschlossen, der schleswig-holst. Landesverf. in Kiel folgende Wünsche als ihre dringendsten vorzulegen: 1) daß die schleswig-holst. Landesversamml. sich für permanent erklär, 2) daß sie in möglichst kurzer Zeit den Verfassungsentwurf annehme, und 3) nicht gestatte, daß unsere provisorische Regierung vor dem Friedensschluß abtrete. (S.-H.Z.)

Rendsburg, 6. Sept. Die Truppendurchzüge haben ihren regelmäßigen Fortgang. Heute ist ein Theil des braunschweigischen Kontingents hier angekommen, um morgen früh auf der Eisenbahn nach Altona zu gehen. Die andere Hälfte folgt morgen nach. General Wrangel selbst ist heute in Schleswig und wird zu morgen hier erwartet, von wo er nach zweitägigem Aufenthalt sich nach Stettin begeben wird. Von dort aus wird er, wie es heißt, nach wie vor als Oberfeldherr der deutschen Truppen in Schleswig-Holstein fungiren, während General Bonin über alle in den Herzogthümern bleibenden deutschen Truppen, natürlich die schleswig-holsteinischen inbegriffen, das specielle Kommando haben und sein Hauptquartier zweifelsohne in Rendsburg aufschlagen wird. Diesen Abend gegen 10 Uhr hatten wir die Freude, gegen 50 der deutschen Gefangenen hier zu Wagen von Eckernförde eintreffen zu sehen. Lauter Jubel begleitete sie bis zum Regierungsgebäude, wo die herzuströmenden Bürger sich beeilten, jeder einen oder mehrere derselben zur gastfreundschaftlichen Aufnahme in Beschlag zu nehmen. Die Auswechselung ist diesen Nachmittag vor sich gegangen. Die Kieler Studenten und Turner sind direkt nach Kiel gefahren und werden morgen hier erwartet. Die gefangenen Jäger waren noch nicht in Eckernförde angekommen. Die Landesversammlung wird wahrscheinlich mit dem Staatsgrundgesetz morgen fertig sein, so daß es alsdann sofort von der provisorischen Regierung angenommen und publicirt werden kann. (B.-H.)

Frankfurt, 8. Sept. Der Reichsverweser ist hinsichtlich des so oft gerügten, lästigen Titelwesens mit gutem Beispiel vorangegangen, indem er unterm 2. d. M. den Antrag des nun abgetretenen Ministeriums genehmigte, nach welchem in Zukunft im schriftlichen Verkehr zwischen dem Reichsverweser und den Reichsbehörden, sowie der letzteren unter einander und gegenüber den Behörden und Beamten der Einzelstaaten, die Formen der Ueberschrift, der Anrede und des Schlusses auf die größte Einfachheit zurückgeführt werden sollen. Die Berichte der Minister an den Reichsverweser tragen die Aufschrift: an den Reichsverweser; Anrede ist: Sie und kaiserl. Hoheit; Schluß: In Ehrerbietung der Minister ꝛc. — Eingaben an die Ministerien werden überschrieben: An das Reichsministerium des ꝛc.; Anrede: Das Reichsministerium; kein Schluß, bloß Ort, Datum und Unterschrift. — Endlich sind die Anreden und Aufschriften Excellenz, Hochwohlgeboren ꝛc. gegenüber den Ministern und Unterstaatssekretären aufgehoben. (Fr. J.)

Frankfurt, 9. Sept. Das Fr. J. meldet: Durch einen Officier des Frankfurter Bataillons Reichstruppen ist mittelst Privatschreibens d. d. Flensburg 4. September Abschrift folgenden Armeebefehls mitgetheilt worden. Armeebefehl. Apenrade, 3. Sept. 1848. Zwischen den beiderseitigen Armeen ist ein Waffenstillstand von 7 Monaten abgeschlossen, der sofort in Ausführung gebracht werden soll. Die Feindseligkeiten hören demnach überall auf. In Folge der dieserhalb abgeschlossenen Konvention werden folgende Bestimmungen ertheilt: 1) Die Armee, mit Ausnahme der ad 3 benannten Truppentheile, marschirt in die Heimath zurück. Die schleswig-holsteinischen Truppen nach Holstein, worüber die näheren Befehle theils bereits erlassen sind, theils noch erlassen werden; der Anmarsch der Marsch-Kolonne 1 bis 7 beginnt am 5. und der der Kolonne 8 am 6. d. M. 2) Von der 8. Marschkolonne bleibt auf dem Marsche eine Schwadron holsteiner Dragoner in Hadersleben und eine in Apenrade so lange zurück, bis die neue Garnison dort eintrifft. 3) Es bleiben in den Herzogthümern Schleswig-Holstein: ein Bataillon würtemberger Infanterie, ein Bataillon badische Infanterie und zwei Schwadronen Hanseaten zurück. Diese Truppentheile bleiben in ihren jetzigen Kantonnements und erwarten dort ihre weitere Bestimmung. 4) Alle übrigen die Armee betreffenden Befehle werden baldmöglichst nachfolgen. Die vorstehende Bestimmung ist nun hier aus direkt mitgetheilt worden.

† Frankfurt, 9. Sept. Abends. Es sind inzwischen mehrere Zugvögel von der Rechten wieder eingetroffen, welche über Land waren. Sie würden bereits eine Majorität geben, wenn nicht, wie voranzusehen war, auch die Linke in's Horn gestoßen und wirksamen Appell gehalten hätte. Wie die Frage in den Klubs sich stellt, läßt sich bereits überschauen. Die schleswig'schen Deputirten können möglicher Weise den Ausschlag geben, wenn sie, wie am 5. Sept. mitstimmen. Ihr Recht dazu wird bestritten, und man zieht eine nahe liegende Parallele mit den Posener Deputirten, welche sich freiwillig unter gleichen Verhältnissen des Stimmrechts begaben. Vierzig aus dem Kasino (rechtes Centrum) ausgeschiedene Deputirte haben sich am 7. September in der Mainlust als eine besondere Partei konstituirt und ihr Progeamm vollzogen. Sie neigen sich mehr dem linken Centrum zu und bestehen aus Preußen, Hannoveranern, Oldenburgern und Schleswigern; obgleich sie dem größeren Theile nach zur Minorität des 5. Sept. gehören, so haben sie doch merkwürdiger Weise Glück aus Schleswig zum Präsidenten ernannt und es scheint, daß diese Partei in der Waffenstillstandsfrage eher gegen als für die Ratifikation in die Wagschale fallen wird. Uebrigens haben die heute Morgen vertheilten 40 Foliobätter der Verhandlungen Manchen nachdenklich gemacht.

Frankfurt, 9. Sept. Die Vorgänge in Schleswig-Holstein machen die Absendung eines Bevollmächtigten der Centralgewalt dringend nothwendig, und es dürfte demselben nicht schwer fallen, im Einvernehmen mit der Landesversammlung die Beseitigung der widerlichsten Bestimmungen des Waffenstillstandes zu erwirken und die Ge-

müther zu beruhigen. Die Landesversammlung selbst gibt sich Mühe, der Anarchie, die mehr von Außen als von Innen geschürt wird, entgegen zu arbeiten. — Am Rhein beginnt die Wühlerei mit erneuerter Thätigkeit. Es sollen von hier aus Boten nach Düsseldorf, Köln und andern Städten, sodann in das badische Oberland abgegangen sein, um die demokratischen Gemüther aufzurütteln. Der Waffenstillstand ist der Vorwand, die rothe Republik ist das Ziel. Die traurigen Vorfälle in Mainz sind Ihnen schon bekannt. — Deutschlands Einheit ist keine leichte Geburt; fremde Interessen und einheimische Leidenschaften bemühen sich, sie zu erschweren. Allein die Nation wird alle Schwierigkeiten überwinden, wenn sie das hohe Ziel vor Augen hält und sich von dem Wege zu ihm durch keine Lockungen abwenden läßt. Der Preis ist des schwersten Kampfes werth.

Frankfurt, 9. Sept. Der O. P. Z. geht nachstehender „Antrag zur Beschleunigung der Verfassungsberathung" zur Veröffentlichung zu: „In Erwägung, daß nach dem Maßstabe bisheriger Erfahrung, auch nach der günstigsten Berechnung und in der Voraussetzung kürzerer Berathung das endliche Zustandekommen der Verfassung nicht vor dem Jahre 1850 in Aussicht steht; in Erwägung, daß in der jetzigen wechselvollen Zeit eine solche Länge des Wegs bis zum Zustandekommen einer definitiven Verfassung auf die politischen wie auf die staatswirthschaftlichen Zustände unseres Vaterlandes nur nachtheilig wirken kann; in Erwägung, daß der jetzige provisorische Zustand einer scharfen Feststellung des Verhältnisses zwischen Central- und Einzelregierungen nicht günstig ist, daß vielmehr eine einheitliche feste Organisation im Innern erst mit der Einführung der definitiven Verfassung vollständig erreicht werden kann, daß aber Stärke und Ansehen nach Außen dadurch wesentlich mit bedingt sind; in fernerer Erwägung, daß vor solch außerordentlichen Rücksichten die Rücksicht auf etwas größere oder geringere Gründlichkeit in den Hintergrund tritt; daß es in großen Zeiten, wie die jetzige, vor Allem darauf ankommt, das große Ganze festzustellen, und die Ausführung im Einzelnen ruhigeren Zeiten überlassen werden kann; in Erwägung endlich, daß die Volksstimme aus allen Theilen Deutschlands eine baldige Beendigung der Verfassungsberathungen dringend verlangt, und daß es stets als Pflicht erkannt worden, das Gute nicht durch das Streben nach Besserem zu gefährden, stellen die Unterzeichneten folgende Anträge: I. Die Nationalversammlung möge ihren Präsidenten ermächtigen, nachdem die Abstimmung über den §. 14 der Grundrechte erfolgt sein wird, vor dem Beginne der Berathung eines jeden Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte die Frage zu stellen, ob die Nationalversammlung auf Diskussion zu verzichten beschließe. Im bejahenden Falle sollen außer dem Antrage der Mehrheit des Verfassungsausschusses auch die Minderheitsgutachten desselben Ausschusses, sowie die etwa korrespondirenden Anträge anderer Ausschüsse, wie z. B. des volkswirthschaftlichen, zur Abstimmung gebracht werden. II. Die Nationalversammlung möge den Verfassungsausschuß zur beschleunigten Vorlage des noch rückständigen Theils der Verfassung auffordern und den Herrn Präsidenten ermächtigen, beziehungsweise ersuchen, diesem Ausschusse die Möglichkeit dazu zu geben durch Aussetzen der öffentlichen Sitzungen auf einige Tage nach vollendeter Berathung über den Waffenstillstandsvertrag, sowie durch Einhalten der Regel, wonach wöchentlich nur vier öffentliche Sitzungen Statt finden sollen. Frankfurt a. M., den 8. Sept. 1848. Bassermann. v. Beckerath. Böcking. Brons. Compes. Detmold. Duncker. Edel. Giskra. Jordan von Marburg. Jürgens. Laube. Liedmann. Mathy. Mittermaier. Robert Mohl. Neuwall. v. Radowitz. Riesser. v. Raumer. Rüder. Schneider. Graf Schwerin. Teichert. Veit. Waitz. Zell. Zittel.

Die O.-P.-A.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: Zur Feststellung des Verhältnisses der provisorischen Centralgewalt gegen die Bevollmächtigten der Landesregierungen ist nach dem Vorschlage des Ministerraths von dem Erzherzog-Reichsverweser die Ausfertigung des folgenden Erlasses verfügt worden:

Von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland.

Durch das Gesetz über die provisorische Centralgewalt vom 28. Juni 1848 ist der Wirkungskreis derselben, sowohl was die Oberleitung des Heerwesens, als auch den völkerrechtlichen Verkehr und die Ausübung der vollziehenden Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, festgestellt worden. In diesem Gesetze ist in §. 14 die Bestimmung enthalten, daß sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen sei. Bereits unterm 15. Juli 1848 hat sich die provisorische Centralgewalt dahin ausgesprochen, daß sie bei Ausübung ihrer Befugnisse und Verpflichtungen auf die vertrauungsvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen zähle, mit denen sie nur ein gemeinsames Ziel erstrebe, und daß sie, wie sie hiebei auf freimüthige Mittheilung rechne, diese auch stets zu beobachten wissen werde. Diesem ihrem Ausspruche getreu, glaubt sie, da nun von beinahe allen Regierungen Bevollmächtigte bei der Centralgewalt ernannt sind, über ihre Beziehungen zu denselben sich erklären zu sollen. Die Centralgewalt erkennt die Größe und Wichtigkeit ihrer Verpflichtungen, sie weiß, daß ihre Lösung in der Kraft und Entschiedenheit bei ihren Anordnungen bedingt ist, und daß, wenn auch den gerechten Ansprüchen der einzelnen Staaten Rechnung getragen werden soll, die Einheit Deutschlands vor Allem erstrebt und gewahrt werden muß. Mit diesen Grundsätzen ist das Verhältniß der Centralgewalt zu den bei ihr Bevollmächtigten bezeichnet. Es wird darin erkannt, daß durch sie die Vollziehung der Beschlüsse der Centralgewalt vermittelt, befördert und erleichtert werde, ohne daß ihnen die Befugniß eingeräumt werden könnte, auf die Beschlußnahme der Centralgewalt entscheidend einzuwirken oder irgend eine kollektive Geschäftführung auszuüben. Die Centralgewalt behält es sich daher vor, nach Umständen und mittelbar mit den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten und deren leitenden Organen in Verkehr zu treten, wobei sie der gleichen Erwiderung entgegen sieht. Sie wird aber auch, nach Lage, sich wegen Durchführung von Vollziehungsmaßregeln an die Bevollmächtigten selbst und allein wenden, und in entsprechendem Wege deren Zuschriften entgegennehmen, wenn dieser Weg ihr zur Förderung geeignet erscheinen wird. Dabei wird die Centralgewalt bedacht sein, durch Verkehr mit den Bevollmächtigten von den Wünschen, Bedürfnissen und Verhältnissen der einzelnen deutschen Staaten fortgesetzt sich zu unterrichten und denselben jene Rücksicht angedeihen zu lassen, die mit den allgemeinen Interessen Deutschlands vereinbarlich ist. Frankfurt a. M., 30. August 1848. Der Reichsverweser: (gez.) Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern: (gez.) Schmerling.

Frankfurt, 9. Septbr. Der Reichsverweser hat heute um 2 Uhr dem Hrn. Grafen Camill von Briey eine Audienz zum Behufe der Ueberreichung des Schreibens Sr. Maj. des Königs der Belgier ertheilt, durch welches derselbe als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland beglaubigt wird.

Belgien.

Brüssel, 5. Sept. Der König hat gestern den in außerordentlicher Sendung vor wenigen Tagen hier eingetroffenen, mit Ueberbringung der Benachrichtigung der Uebernahme der provisorischen Centralgewalt für Deutschland vom Reichsverweser beauftragten Freiherrn von Drachenfels in feierlicher Audienz im hiesigen königl. Palaste empfangen, und das Schreiben des Reichsverwesers aus den Händen des deutschen Gesandten entgegengenommen.

Großbritannien.

London, 6. Sept. Der Berliner Korrespondent des Morning Chronicle reibt sich in gewohnter Weise wieder gewaltig an der Berliner Nationalversammlung und vorzugsweise an deren radikalen Bestandtheilen. Herr Jung steht ihm, was Beredsamkeit, Bildung und parlamentarische Praxis betrifft, „höchstens mit einem englischen Chartisten vierten Ranges auf gleicher Höhe." Dieser Ausspruch ist freilich etwas stark, möge man auch die Fähigkeiten des Hrn. Jung noch so niedrig und die Vortheile, die einem englischen Chartisten „vierten Ranges" aus dem ganzen vom Konstitutionalismus durchdrungenen Leben Englands zufließen, noch so hoch anschlagen. Aber freilich, Hr. Jung hatte irgend eine Trivialität über England, „den Knecht Ruprecht der Demokraten und rothen Republikaner Deutschlands" losgelassen und durch diese „chartistische Lumperei den Beifall der unwissenden Männer erlangt, welche Preußen zu seiner Schande und Bekümmerniß zu seinen Vertretern gewählt hat. Ich sage, fährt der Korrespondent fort, sowohl zu seiner Schande als Kümmerniß, denn es ist ein erwelsliches, bedauertes und zugestandenes Faktum, daß unter den 400 die preußische Versammlung bildenden Mitgliedern nicht 60 sind, deren Antecedentien, Kenntnisse, Gewohnheiten und praktische Erziehung oder Stellung sie für Erfüllung parlamentarischer Pflichten geeignet machen." Sodann nimmt der Korrespondent Gelegenheit, den Vorwurf zurückzuweisen, daß England auf die künftige Seemacht Deutschlands neidisch sei. Er äußert: hierauf diene zur Antwort, daß die englische Presse nie weder Frankfurt noch Berlin verleumdet hat. England hat kein Interesse dabei, so zu thun. England ist gerecht und unparteiisch, aber aufmerksam und streng. Es ist gewöhnt, Männer nach ihren Handlungen, Regierungen nach ihren Maßregeln zu beurtheilen. Es macht sich Nichts aus Theorien, es verlangt Thaten. Es ist ge-

Digitized by Google

wöhnt, mit Staatsmännern zu verhandeln, nicht mit Studenten. Es ist bewandert im praktischen Staatswesen und verlacht bloße politische Träume, und bis jetzt waren Frankfurt und Berlin Nichts weiter als Musterdarstellungen einer möglichst unharmonischen Gemeinschule, eine gigantische politische Katzenmusik. Bevor England vor diesen sein wallenden Nelsons erzittern soll, thäte Deutschland wohl daran, einige Fortschritte zu machen, nicht im Dampfkapellassen von Kanonenboaten, nicht in Traumentwürfen papierner Fregatten, sondern in der Marineschule. Es ist schon gut, Flotten zu bauen; aber Flotten ohne Kolonien, ohne eine unermeßliche Handelsflotte, ohne offene Gewässer, ohne einen nationalen und traditionellen Seemannsgeist, ohne eine Pflanzschule für tüchtige Seeleute, ohne eine instinktmäßige und fast religiöse Liebe zum Meer, ein heimwehartiges Verlangen nach den mächtigen Waffern ist es unendlich wahrscheinlicher, daß daran Deutschland die Seekrankheit erhält als einen Seeruhm, geschweige, daß es die Eifersucht deren erregen sollte, deren Elemente der Sturm ist und die den grenzenlosen Ocean die Wiege ihrer Siege nennen." Was man auch von den Ergüssen dieses aufgebrachten Engländers denken mag — der übrigens ergötzt, daß das deutsche Meer die Schiffe trug, auf denen sich jene deutschen Seehelden befanden, welchen England vordem zur Beute wurde — es ist für uns heilsam, von Zeit zu Zeit in solchen von dem Auslande uns vorgehaltenen Spiegel zu blicken, wenn er auch ein wenig unsere Züge karrikirt; wir erkennen daraus wenigstens, daß wir durch bloße aufgedunsene Renommistereien, an denen namentlich die aufstrebende Partei in Deutschland reich ist, andere Völker nicht schrecken, sondern höchstens erbittern oder uns ihren Spott zuziehen. Allerdings ist der Abstand groß, wenn wir mit einer künftigen deutschen Seemacht die Backen, wenn auch nicht fürs Erste unsere Häfen, vollnehmen, während im Laufe des dänischen Krieges auch nicht ein einziger, wenn auch mißlungener abenteuerlicher Zug zur See gewagt worden ist! Noch größer ist der Abstand zwischen den jetzigen Waffenstillstandsbedingungen und den Vorschlägen eines ohne Zweifel gelehrten Mannes, der darauf antrug, die dänischen Kolonien in Westindien uns als Friedensbürgschaft und Unterpfand der zu leistenden Kriegssteuern von Dänemark herausgeben lassen!

Auch in der gleich darauf folgenden Nummer setzt der genannte Korrespondent des Morn. Chr. seine erbitterten Ausfälle gegen die Unwissenheit der Berliner Publicisten, die sich um eine tiefere Kenntniß der englischen Verhältnisse und der englischen Politik nicht kümmerten und Alles von der Oberfläche hergebrachter Eifersüchteleien und unbegründeter Voraussetzungen schöpften, wie gegen die deutschen Renommisten im Allgemeinen fort. England, sagt der Korrespondent, könne es nur lieb sein, wenn sich Deutschland als einiger Körper in die Mitte Europa's hinpflanzte, um den beiden Extremen Europas zum Gegengewicht und als Zwischenmauer zu dienen, es wäre keine größere Bürgschaft für den allgemeinen Frieden zu denken. Aber England wolle eine gesetzlich festgestellte, keine „Bastardeinheit, bei der es hinerichte, schwarzrothgoldene Kokarden zu tragen und an die Fahnen schwarzrothgoldene Bänder zu befestigen. Man werfe England vor, daß es Nichts thue ohne Zweck, ohne einen geheimen Zweck; nun wohl, wenn Palmerston oder irgend ein anderer britischer Minister das nicht thäten, so wären sie werth, angeklagt zu werden. Man habe zu Hause genug Pseudopolitikanthropie, man brauche keine Pseudopolitik dazu, und um Lektionen in der Staatswissenschaft zu nehmen, brauche England wahrlich sich nicht nach Frankfurt, Wien oder Berlin zu wenden. Für jetzt möge Deutschland froh sein über die Verbrüderung zwischen Frankreich und England, sie lasse ihm Zeit, sich innerlich zu konsolidiren und zu einigen; bis dahin möge man England es nicht verdenken, wenn es den Anwälten dieser Einheit kein Vertrauen schenke."

Ritter Bunsen bewirthete am 6. Sept. eine Anzahl diplomatischer Personen zu Ehren des Barons Andelan, außerordentlichen Gesandten des deutschen Reichs. Unter den Anwesenden befand sich auch Lord Palmerston.

Der Prinz und die Prinzessin (Luise) von Parma kamen den 6. Sept. von Livorno aus in Portsmouth an und begaben sich sofort nach London, wo sie an der Waterloo-Station von dem österreichischen Gesandten empfangen wurden. Beide haben vor ihrer Abreise aus Italien in einer Proklamation ihre Erbrechte auf ihr italienischen Besitzungen gewahrt und zu der von Radetzky eingesetzten provisorischen Militärverwaltung ihre Zustimmung erklärt.

Die Times enthalten ein Schreiben aus Genua vom 31. Aug., worin versichert wird, daß alle kriegerischen Anstalten und Proklamationen Karl Alberts nur den Zweck hätten, die Italiener für den Augenblick zu beschwichtigen. Der König habe den sicilianischen Abgeordneten, welche dem Herzoge von Genua die Krone Siciliens angeboten, noch keine entschiedene Antwort ertheilt. Die Korrespondenz schließt: „Wenn aber Lord Palmerston und General Cavaignac zum Herzoge sagen: sei ein König! so wird er auch einer werden. Man denke ja nicht, daß die italienischen und sicilianischen Angelegenheiten in den Händen Sardiniens oder Oesterreichs (!) liegen. Beide Fragen hängen von dem vereinigten Willen des edlen Lords und des tapfern Generals ab."

Frankreich.

Paris, 8. Sept. Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 8. September. Vorsitzender: A. Marrast. Die Sitzung wird um 1¼ U. eröffnet. Der Minister Bastide nimmt das Wort: „Sie wissen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs Oestrich und Sardinien ihre Vermittelung angeboten haben, um dem Kriege in Italien ein Ende zu machen. Bereits hatte Sardinien diese Vermittelung angenommen, ich freue mich, Ihnen anzeigen zu können, daß Oesterreich nun ebenfalls die Vermittelung angenommen hat. Die Versammlung wird gewiß mit Befriedigung dieses Resultat der ersten Phase unserer Unterhandlungen erfahren, die nicht nur den Frieden Europas zu erhalten, sondern auch unsere Staatslasten zu vermindern, uns gegründete Hoffnung geben." In der Tagesordnung ist die Diskussion über das Maximum der Arbeitsstunden. Pascal Duprat legt die neue Fassung der Kommission vor, Sturm vertheidigt, Besnard bekämpft sie. Es sind noch 29 Redner eingeschrieben, und die Ungeduld der Versammlung äußert sich schon jetzt lebhaft. Corbon vertheidigt die Rechte der Arbeiter sehr lebhaft, eine Menge anderer Redner folgen, aber die Versammlung wird immer ungeduldiger und der Ruf: zur Abstimmung! erschallte. Bei Postschluß spricht noch Penpin zu Gunsten der Arbeiter. Die Diskussion der Konstitution hat gestern einen Schritt vorwärts gemacht, die sieben ersten Paragraphen der Einleitung sind im Sinne des Entwurfes der Kommission angenommen worden. Die Sitzung wurde um 6½ Uhr aufgehoben, und um 8 Uhr schon waren alle Notabilitäten von Paris auf dem glänzenden Balle versammelt, den Herr A. Marrast im Hotel der Präsidentschaft gab.

Eine sehr wichtige Neuigkeit cirkulirt heute im Conferenzsaale der Nationalversammlung, und wir können sie als wahr verbürgen. General Lamoriciere hat aus eigenem Antriebe eine Art von Unterhandlung mit den Mitgliedern der ehemaligen Linken angeknüpft und ihnen das Gefährliche ihrer Stellung auseinandergesetzt, die zwischen der unmöglich gewordenen Monarchie und der von ihnen noch nicht offen anerkannten Republik ihnen jede Wirksamkeit und jeden Einfluß nehmen, und sie bei der ersten Bewegung allen Gewaltstreichen beider Parteien aussetze. Diese Debatte hat nun zu dem Resultate geführt, daß sich 25 der bedeutendsten Mitglieder dieser Partei von der royalistischen Nuance Poitiers trennen und sich offen an die Republik anschließen werden. Gestern haben sich diese 25 Vertreter in einem Bureau der Versammlung berathen, und es ist beschlossen worden, daß bei der nächsten passenden Gelegenheit Odillon Barrot die Tribune besteigen und in seinem und seiner Freunde Duvergier de Hauranne, Leon de Malleville, Dufaure, Billault u. A. Namen seinen unbedingten Beitritt zu der Republik erklären werde. — Gustav v. Beaumont hat dies schon früher gethan u. ist Gesandter in London. Leon von Malleville wurde, nachdem man das Resultat dieser Berathung kannt, gestern sogleich von der republikanischen Majorität zum Vice-Präsidenten gewählt. So vereinigen und verschmelzen sich die parlamentarischen Parteien immer mehr. Thiers allein hat sich noch nicht ausgesprochen, der kleine Mann weiß noch nicht, für wen er sich erklären soll — er schwankt zwischen der Republik, die sich gegen ihn etwas spröde benimmt und den verschiedenen Prätendenten, die ihm die glänzendsten Anerbietungen machen lassen.

Für die deutsche Flotte bei der Redaktion eingegangen:

Von einer Gesellschaft in E..... 6 fl, welcher Betrag demnächst der betreffenden Behörde übermacht werden wird.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebert & Kump., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder wende man sich an G. L. Lehrer in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 10. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 23 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 249. Heidelberg, Dinstag 12. September. 1848.

Uebersicht.

Der dänische Waffenstillstand und die europäische Diplomatie. — Altenstückezur Begründung des Waffenstillstandes. — Wien (Interpellation von Borrosch. Veränderung des Ministeriums in Aussicht. Protest gegen dasselbe und den Reichstagspräsidenten. Der neue Gouverneur in Galizien. Der Prager Frauenverein. Ankunft der ungarischen Massendeputation. Esterhazy gibt seine Entlassung ein. Lombardisch-venetianische Städteversammlung in Verona. Die Konstituirung Italiens). Berlin (eine fernere Berathung vertagt. Beckerath mit Bildung des neuen Ministeriums beauftragt). Aus Holstein (Graf Moltke). Altona (Austausch der Gefangenen vollendet. Die Friedensunterhandlungen). Frankfurt (die Lage der Dinge in der letzten Verhandlung der Nationalversammlung. Das Votum der Ausschüsse über den Waffenstillstand. Der Gesandte der Vereinigten Staaten).

Großbritannien. London. Die Times über Deutschland.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Cormenin als Präsident des Verfassungsausschusses abgetreten. Sistirung der Truppensendung. Die Expedition nach Sicilien. Die Differenz von Baume und Lurk erledigt. Rückkehr des Vertrauens. Der Ball bei Präsident Marrast.

Nachschrift. Frankfurt. Verhandlungen der Nationalversammlung.

12. September.

Wenn man auf gewisse Zoenausbrüche, welche die feierlichen Räume der Paulskirche in Frankfurt füllten und in den Journalen, den Volksvereinen, dem Publikum ein rauschendes, wahrhaft betäubendes Echo fanden, wie auf ein politisches Evangelium schwören dürfte, so hätte der dänische Waffenstillstand, der eben nur ein Stillstand, eine Ruhe ist, das deutsche Reich in den Zustand der tiefsten Erniedrigung gestürzt, wäre schon jetzt der Einheit, Macht und Herrlichkeit deutscher Nation der Todesstoß versetzt worden. Selbst sogenannte Freunde der verfassungsmäßigen Monarchie, ohne zu bedenken, was sie thun, verlieren alle Besinnung, allen Halt, und schrecken in unzweideutigen Worten die Regierungen mit dem nun drohenden Umsturz, mit dem Popanz der Republik, der verzweifelten Auflösung alles Bestehenden als letztem Mittel, um auf diese Weise, gewiß die sonderbarste von der Welt, zur Einigung zu gelangen. Exekution, Reichskrieg gegen die schon hart genug geprüften Bewohner der Ostseeküste, gegen die um Frieden flehenden Kaufleute Stralsunds und Stettins, Krieg gegen Preußen, möglicher Weise gegen England und Rußland, Krieg vielleicht in Verbindung mit der impovisirten Republik Frankreich, die dann nicht verfehlen wird, durch einen „kühnen Griff" Südwestdeutschland in einige Dutzend unter den Schutz Frankreichs (man weiß aus Erfahrung, wie die französischen Prokonsuln eine solche Schutzleistung zu verwerthen wissen!) gestellter Diminutivrepubliken und unmächtiger „Kantönli" zu verwandeln — alles Das scheint man nur als eine Kleinigkeit zu betrachten einem Waffenstillstande gegenüber, der doch schlimmsten Falls nur ein Provisorium ist und selbst in seiner jetzigen, wir geben zu, den Erwartungen nicht völlig entsprechenden Form manche Bestimmungen enthält, auf die einzugehen dem früher so vermessenen Dänemark schmeezlich genug fallen mußte. Aber, wie gesagt, wie leben jetzt in der Zeit der „kühnen Griffe", also durch einen kühnen Griff Alles über und durch einander geworfen, vielleicht stellt sich dann die Einheit durch einen chemischen Proceß von selbst her.

Inzwischen reiben sich die Anhänger der künftigen freien vereinigten Staaten Deutschlands, und noch mehr die Anhänger der in Frankreich mit Kugeln, Ausnahmegesetzen und Journaloerboten niedergeschmetterten rothen Republik, die nun von Neuem in Mannheim oder Bruchsal oder Gießen oder Trier zu einem herrlicheren Leben erweckt werden soll, also alle Die, welche ein rothes Band als bedeutungsvolles Symbol künftiger Bluthochzeiten und Bartholomäusnächte im Knopfloch und, gleich dem heulenden Mephistopheles, dem „Alles verneinenden Geiste", als Theaterputz eine rothe Feder auf dem Hute tragen — sie Alle reiben sich bei dem Brande, den diese Waffenstillstand in den Reihen der Konservativkonstitutionellen entzündet hat, voe innerer Schadenfreude die Hände. Bereits sehen sie in Kiel, Rendsburg und Südfensburg (denn Nordfensburg könnte nur durch Cavaignue'schen Terrorismus dazu genöthigt werden) eine jener Winkelrepubliken auftauchen, die in Konstanz und Freiburg uns eine, gestehen wir es nur, für den Heroismus der in jener äußersten Ecke Deutschlands zusammengerafften Republikaner nicht gerade schmeichelhafte Weise verenglückte. Diese Männer rother Gesinnung namentlich sind es, welche über die verletzte, verhöhnte, zu Grunde gerichtete Ehre Deutschlands Klage führen, welche die Phrase in die Welt werfen, Deutschland, vereint und frei, sei im Stande, es mit einer Welt von Feinden aufzunehmen, welche uns nach allen vier Himmelsgegenden in die herausfordernde Stellung eines Fechters versetzen möchten, und trotzdem eine möglichst große Verminderung und sogar Auflösung der stehenden Heere beantragen. Als ob wir uns in dem so sehr und wohl etwas leichtsinnig herbeigewünschten Kriege mit Rußland etwa auf unsere „Bürgerwehren" verlassen und mit diesen wehrhaften Spießbürgern den russischen Koloß, an dessen Bewältigung selbst Kuel XII. und Napoleon scheiterten, wie einen Schneemann über den Haufen werfen könnten!

Während diese „Rothen" ihr Anrecht an die Volksgunst namentlich auf ihre specifischen Mittel gegen das Hungersterben gründen, würden sie doch mit stoischer Seelenruhe es lächelnd mit ansehen, wenn in Folge fortgesetzter Blokade und Kaperei in den Städten der Ost- und Nordsee Verarmung, Noth und Hunger bis zum Unerträglichen zunähmen. Und warum nicht? Noth bis zum Unerträglichen gesteigert, Elend in all seinen Graden und Schattirungen, Krieg an den Grenzen, Verwirrung im Innern, Anarchie in den Gemüthern, kurz allgemeiner Schiffbruch aller Faktoren des Gesetzes und der Ordnung — das gerade wäre der Zustand, aus dem die rothe Republik ihre blutigen Locken schüttelnd, sich erheben könnte. Zwar greift auch die blinde Reaktion zuletzt zu derselben Verzweiflungspolitik, so daß die wohlgesinnte Verfassungspartei zwischen beiden Extremen wie zwischen zwei Mahlsteinen zerrieben und zermalmt zu werden droht.

Diese rothe Partei weiß gar wohl, daß Preußen, mit Deutschland in Hader und ja sich selbst in Unordnung gebracht, auch das noch haltbarste Bollwerk der konstitutioaellen Monarchie über den Haufen geworfen heißt. Das wissen diese Parteimänner, und sie thun demnach klug daran, an diesem Waffenstillstand den Rest von Sympathie, welcher für Preußen noch in dem übrigen Deutschland besteht, bis auf das letzte Fäserchen sich verkohlen zu lassen. Sie haben gewonnenes Spiel bei den Vielen, denen aus Stammesabneigung, Instinkt, Neid oder Vorurtheil das fast zu schnell aufgeschossene Preußenthum überhaupt zuwider ist; leider aber macht auch eine große Zahl derer, welche ernstlich die Einheit Deutschlands wollen, gemeinschaftliche Sache mit ihnen, in der Ueberzeugung oder dem Wahn, daß Preußen gerade uns Trotz gegen die Centralgewalt und aus reinem Sondergelüst und im bloßen Sonderinteresse diesen Waffenstillstand Deutschland zum Hohn und zur Herausforderung abgeschlossen habe. Möge der Himmel Deutschland und Preußen mit ihm vor dem Unglück bewahren, daß diejenigen wirklich Recht behielten, welche Preußen nicht nur eine absichtliche Neutralitäts- und Sonderstellung zu Frankfurt, sondern auch den bösen Willen, den Frankfurter Wünschen und Beschlüssen zuwiderzuhandeln, nur zu willfährig zur Last legen! Wir können dies nicht glauben, ebensowenig als wir glauben mögen, daß der ununterbrochene Verkehr des österreichischen Gesandten mit dem

Digitized by Google

Hofe zu Kopenhagen (wie würde man Preußen des Verraths an der deutschen Nation beschuldigt haben, wenn es sich unter gleichen Umständen je ein gleiches Verfahren hätte zu Schulden kommen lassen!) auf Form und Inhalt des Waffenstillstandsvertrags einen wenn auch nur entfernten Einfluß geäußert haben sollte. Warum, was an dem Vertrage mangelhaft erscheint, sofort zu einem mit Bewußtsein begangenen Verrath an der deutschen Einheit stempeln, während es doch ebenso nahe liegt, hier wieder einen jener eigenthümlichen Ungeschicke zu wittern, denen wir in der Geschichte der preußischen Diplomatie nicht selten begegnen?

Die Erklärung, warum der Waffenstillstand gerade so ausgefallen ist, warum man Schleswig sammt seinem undeutschen und uns widerspänstigen nördlichen Theile nicht etwa sofort zum deutschen Bunde geschlagen wurde, liegt in der einfachen Bemerkung, daß alle größeren oder sonst betheiligten Mächte Europas daran gearbeitet, formulirt, verworfen, eingeschoben, revidirt haben. Einerseits Frankreich und England als Garanten des Vertrags von 1720, letzteres noch namentlich als Mittelsperson, wozu es aufgerufen worden, Schweden als Bundesgenosse Dänemarks, Rußland aus guter Vetterschaft und sonst wohl bekannten Gründen, endlich Dänemark selbst, andererseits Preußen als Mandatar der deutschen Centralgewalt, diese selbst, dann wahrscheinlich noch Oesterreich als zweite deutsche Großmacht, und schwerlich dürften auch andere deutsche Staaten, wie zumal Hannover, ungefragt geblieben sein. Insofern wäre Preußen nur der diplomatische Sündenbock Aller. Die europäische Diplomatie ist aber ein Mechanismus, wo, wenn ein Rad sich dreht, die übrigen mit eingreifen. Solange noch Rußland und England auf festen Füßen stehen, solange ist es ziemlich gleichgiltig, ob Ludwig Philipp oder Lamartine und Cavaignac auswärtige Diplomatie treiben, auch diese haben, so sehr sich auch alle Verhältnisse auf den Kopf zu stellen schienen, in das alte Geleis, zwar nicht der Familienpolitik, die hoffentlich doch wohl ihr Ende erreicht haben wird, sondern der besonnenen Staatspolitik einbiegen müssen, welche sich scheut, vor der Weltgeschichte und dem eigenen Gewissen die muthwillige Veranlassung eines allgemeinen Krieges und Völkerbrandes verantworten zu müssen. Kühne Thaten eines dämonischen Genies wie Napoleon, wenn sie vom Glück gleich Anfangs begünstigt werden, mögen ein solches diplomatisches Gespinnst blitzähnlich zerreißen; schlagen sie in der Hand eines minder Begabten gleich Anfangs fehl, so erscheinen sie höchstens als die abenteuerlichen Streiche eines ehrgeizigen Tollkopfes. Kein Vernünftiger liefert durch einen gewagten Schritt, der den Frieden einer Welt auf Jahrzehnde in Frage stellen, und dach ebenso leicht fehlschlagen als gelingen könnte, der Geschichte gern Stoff zu einer unbarmherzigen Kritik, oder der mitlebenden und mitleidenden Menschheit zu einem Fluch. Dies verleiht auch der europäischen Diplomatie ihre gewaltige Macht, die, wie wir gerne zugeben, zugleich eine unheimlichre ist, weil sie das Individuum, den einzelnen Staat, dir Gesellschaft wie mit geheimen unsichtbaren Fäden von allen Seiten umgarnt.

Wir Deutschen, mit unserer mehr nach Innru vertieften, als nach Außen gestätteten Natur, haben leidrr nur wenig angebornes staatsmännisches Talent, das sich in diesen diplomatischen Irrgängen mit jener Gewandtheit nnd Schlauheit zurecht fändr, wie sie andern Völkern eigen ist. Die eigentlich staatsmännische Diplomatie bringt unsere Begriffe leicht in Verwirrung, wenn sie nicht etwas Systematisches, etwas Maschinenartiges hat, wie die Metternich'sche. Wenigstens die Burraukraten befanden sich bei ihr wohl, und wir übrigen Gemüthsmenschen haßten sie zwar auf's Stärkste, sagten auch ihren Sturz voraus, hielten aber doch ihren Erfinder für eine Art staatsmänisches Genie, obgleich vielleicht Niemand so deutlich als Metternich bewiesen hat, mit wie wenig Weisheit und mit welchen zum Theil schlechten Mitteln die Menschheit zu Zeiten zu regieren ist, bis sich ihr edlerer Theil wieder Luft macht. Die politische Bildung der Masse liegt bei uns leider noch im Roben, was in so stürmischen Zeiten, wie die unsrigen, etwas Bedenkliches hat. Die Masse hält sich bei uns, wie dies Gemüthsmenschen thun, nur an die Eine Seite, ahne sich weiter darum zu kümmern, was sich auch wohl von der andern Seite aus sagen ließe. Man hat bei ihr gewonnenes Spiel, wenn man ihr bemerkt: die Ehre Deutschlands sei geschändet, dies Wort wirkt tumultuarisch selbst auf die, welche weder von Ehre noch von Deutschland eine wirkliche Vorstellung haben. Hiermit steht die allgemeine Leichtgläubigkeit in genauem Zusammenhangr. Was hat man nicht vom Zufrieren der Belte Alles gefabelt! Es war, als ob wir im künftigen Winter nur eine Schlittenpartie nach Kopenhagen zu machen hätten, um die Dänen und ihren König in unsern Sack zu stecken! Nun, der Winter wird uns nach Kopenhagen keine Brücke bauen, aber vielleicht gelingt es uns, bis zum künftigen Sommer, wenn wir recht fixig und einig und mit Liebesopfern bei der Sache sind, uns besser zur See zu rüsten oder Verbindungen mit auswärtigen Mächten zu schließen und dem Seekönige dann auf seinem eigentlichen Elemente die Spitze bieten zu können. Bis jetzt war der Kampf ungleich, wie zwischen einem kolossalen, schwerfällig gebauten Landthiere und einer schlanken, biegsamen, behenden und kleinen Amphibie, die, wenn das Landthier gegen sie den Fuß aufhebt, rasch in das Wasser schlüpft.

Von jeher haben selbst die größten Mächtr nicht verschmäht, zur Erreichung eines gewissen Zwecks miteinander Bündnisse einzugehen; und es wäre Vermessenheit, wenn wir aus uns angeborner Isolirungssucht aber aus blaßer Renommisterei uns nach und nach alle Staatrn dieses Kontinents durch „kühnr Griffe" entfremden oder in Feinde verwandeln wollten; hierzu sind wir im Innern noch lange nicht befestigt genug. Hr. Bunsen sagte bei einem in Greenwich gehaltenen Festmahle: Deutschland hat zwar keine Verbündete, aber viele gute Freunde. Wir haben aber auch keinen guten Freund, ausgenommen vielleicht Nordamerika, welches aber als guter Rechner sich gar sehr hüten wird, auf Risiko unsere Seekriege zu führen. Unsere Kabinete werden zum Theil beargwohnt, sich Rußland zuzuneigen, die Bevölkerung Norddeutschlands möchte sich am liebsten an England, diejenige Süddeutschlands, und namentlich alle Republikaner, aufs Innigste an Frankreich anlehnen. Selbst in den Streitigkeiten der Ungarn und Kroaten wissen wir im Allgemeinen nicht recht, für wen wir Partei ergreifen sollen; die Ansichten scheiden sich auch hier je nach den politischen Parteistandpunkten. So zeigt sich auch in dieser Hinsicht jene unheimliche Macht, welche Deutschland auseinandertreibt. Inzwischen erneuern England und Frankreich rasch wieder ihr herzliches Einverständniß, um uns so gewisser zu isoliren, und während Rußland ohne Zweifel Nichts unterläßt, um seine Beziehungen zu Preußen und Oesterreich zu unterhalten oder wieder anzuknüpfen und ihre Separatneigungen zu fördern, macht es zugleich eine annähernde Handbewegung gegen den französischen Diktator hin und malt uns den Teufel einer möglichen Tripelallianz an die Wand, um uns zu schrecken. Ein Schutz und Trutzbündniß Deutschlands mit den umliegenden kleinen Staaten, mit Holland, Belgien, Dänemark, scheint für uns das Natürlichste zu sein; es hat nicht sein sollen. Holland und Dänemark haben uns vielfach mit herausforderndem Hohn gereizt und beleidigt und uns in feindselige Stimmung gegen sie versetzt; und nun haben wir noch das Unglück, durch unsere energische Theilnahme für die Schleswig-Holsteiner selbst Schweden uns zu entfremden und so zum Bündniß mit seinem ehemaligen Todfeinde Dänemark und zur Annäherung an das verhaßte Rußland zu bewegen. Vielleicht hätten sich diese Verhältnisse günstiger für uns gestellt, wenn die Leiter der schleswig-holsteinischen Bewegung Ruhe und Besonnenheit genug gehabt hätten, mit ihrer Schilderhebung bis dahin zu warten, wo, was unter so verwickelten Brhältnissen wie damals kaum ausbleiben konnte, der Geist der Revolution die dänische Bevölkerung selbst erfaßt aber die ultradänische Partei sich noch gewaltsamere und schnödere Uebergriffe nnd Handlungen erlaubt hätte, als die früheren waren, in deren zum Theil juridischer Kniffligkeit das übrige Europa sich nicht wohl zurechtfinden kann.

Jedenfalls, dies dürfen wir uns nicht verhehlen, hat der dänische Krieg die Sympathien für die Wiedergeburt des deutschen Reichs bei den andern Völkern nicht erhöht. Man wirft uns vor, daß wir im Norden einen Krieg im Namen der deutschen Nationalität führen, während wir im Osten und Süden die zu gleichen Ansprüchen berechtigten Polen und Italiener in Unterwerfung halten und im Norden selbst die dänischen Bewohner Schleswigs zwingen wollen, sich Deutschland einverleiben zu lassen. Dabei ist man über den Ursprung der Bewegung im Auslande völlig im Unklaren; der National von seinem Standpunkt hält sie für eine aristokratische Ausgeburt des holsteinischen Adels, die Times von dem ihren für eine rein demokratische und republikanische Bewegung. Das Morning Chronicle sagt: „wer in Deutschland trägt die Verantwortung, wenn der Krieg gegen Dänemark erneuert und in Italien fortgesetzt wird, wenn man Schweden herausfordert, wenn man gegen Rußland dir Faust ballt, wenn man Frankreich nöthigt, ein Heer in die Poebene zu werfen, wenn man Holland, zwar klein an sich, aber mächtig durch seine europäischen Verbindungen, eine vertheidigende Stellung anzunehmen

zwingt, kurz wenn sich Deutschland nach allen Seiten und mit allen Nachbarn überwirft in einem Augenblick, wo ihm Friede und Ruhe vor Allem und um jeden Preis Noth thut, um seine innern Angelegenheiten zu ordnen und sich zu konsolidiren." Man sieht, an der Eider und Schlei ist eine Wunde für Deutschland offen, die lange noch nachbluten und bei jedem Anlaß sich wieder öffnen wird. Alle Gegeneinwürfe helfen uns nicht, England fährt ruhig fort, den Geist des Separatismus in Norddeutschland und namentlich in Preußen zu nähren, einen Geist übrigens, der, wenn man ihn großwachsen läßt, früher oder später für Preußen selbst verderblich werden muß. Diese trennende Politik Englands in diesen und andern Fragen verdient, wie wir uns vorbehalten, in einem besondern Kapitel beleuchtet zu werden.

Man revidire in Frankfurt den Vertrag — der freilich in manchen Punkten noch gar sehr an die alte verhaßte Kabinetspolitik erinnert — man spreche seinen entschiedenen Willen für einen ehrenvollen Frieden aus, man rüste sich inzwischen zu Land und möglichst auch zu Wasser mit ganzer Nationalkraft, man suche inzwischen, denn dies thut vor Allem Noth, sich im Innern Deutschlands zu einigen und zu festigen, die Verhältnisse der einzelnen Staaten zur Centralgewalt festzustellen und dem sich kundgebenden Separatismus durch weise Maßregeln, nicht durch starres Abstoßen zu beseitigen. Ist Deutschland erst wirklich eins, so braucht es vielleicht Preußen gar nicht mehr zum Mandatar, wenn man Grund hat, ihm nicht zu trauen; ist Deutschland erst wirklich eins, so braucht es vielleicht gar keinen Krieg gegen Dänemark mehr, um es zu einem für uns ehrenvollen Frieden zu nöthigen; ist Deutschland erst wirklich eins, so werden wir uns nicht um Bündnisse umzusehen haben, man wird sich dazu drängen, uns verbündet zu sein und von uns eines Bündnisses gewürdigt zu werden. Man spreche aber nicht mehr von einem an Deutschland verübten Verrath Preußens, höchstens von seinem diplomatischen Unglück und Ungeschick. Die Akten liegen vor, wonach man die Vollmachten beurtheilen kann, die ihm von der Centralgewalt ertheilt worden. Vor Allem beachte man folgende Stelle aus dem Schreiben Auerswalds an den Generalmajor von Below vom 27. Juli: „Deutschland hatte feierlich erklärt im Angesicht Europa's, daß es keinen Eroberungskrieg führe, sondern nur bestehende Rechte schützen wolle; es konnte sich also auch nicht darum handeln, dem freilich besiegten Feinde solche Bedingungen vorzuschreiben, wie sie einem erobernden Sieger vergönnt sein mögen, sondern nur darum eine solche Ausgleichung zu finden, welche für Dänemark annehmbar war und zugleich die Ehre und die Interessen Deutschlands und die Rechte der Herzogthümer vollständig wahrte."

Ein Aktenstück zur Beurtheilung des Waffenstillstandes.

Unter den Aktenstücken über die Waffenstillstandsangelegenheit, welche nunmehr an die Abgeordneten der Nat.Vers. vertheilt worden sind, ist von besonderer Wichtigkeit die Instruktion der preuß. Regierung an den General v. Below, als dieser sich nach Wien begab, um dem Reichsverweser die Lage der Sachen vorzustellen und die Bevollmächtigung der preuß. Regierung zu verlangen. Das ausführliche Aktenstück beginnt mit den Unterhandlungen in Malmö. Man erinnert sich, daß in der dort festgestellten Konvention zwei Punkte besondern Anstoß und Entrüstung erregt haben: daß für den Wiederbeginn der Feindseligkeiten die Stellungen der Truppen während der Unterhandlungen in Malmö als maßgebend betrachtet wurde, wodurch man Nordschleswig preisgab, und daß die schleswig'schen Truppen auf ein bloßes Cadresystem reducirt wurden, wodurch Schleswig wehrlos gemacht wurde. Nach dem Rückzug der Dänen nach Jütland wurden die Unterhandlungen auf dem Schlosse Bellevue an der jütischen Grenze fortgesetzt, und drei in den erwähnten Punkten zwei wesentliche Aenderungen getroffen: Annahme der am 30. Juni (nach dem Rückzuge der Dänen) inne gehabten Postitionen für die eventuelle Wiederbesetzung, und Besetzung Schleswigs durch 3000 Mann Bundestruppen, sowie Erhaltung des Effektivbestandes der schl.-holst.'schen Truppen. Die Unterhandlungen scheiterten an dem Vorbehalt der Ratifikation durch den Reichsverweser, der von preußischer Seite ausdrücklich gemacht wurde. Die dänische Regierung machte dagegen geltend, daß sie von der Stellung und Gewalt des Reichsverwesers noch durchaus auf keine völkerrechtlich hergebrachte Weise in Kenntniß sei; so gern sie seiner hohen Stellung alle gebührende Achtung erweisen werde, sobald seine Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten geordnet und in regelmäßiger Weise anerkannt seien, so könne sie doch vorher in keine Beziehung zu demselben treten in der Art, wie die Zulassung einer solchen Klausel in den Waffenstillstandsbedingungen voraussetzen würde.

Wer einen Begriff von völkerrechtlichen Verhältnissen hat, wer sich auf den Standpunkt einer auswärtigen Macht versetzen kann, der wird hieraus sehen, wie es sich mit der berüchtigten Weigerung verhält, die Centralgewalt anzuerkennen; sie reducirt sich auf einen jener Vorbehalte, die bestehen, so lange es Diplomaten und Diplomatie gibt, die man, je nach seinem Standpunkte, lächerlich, wunderlich, unmaßend finden kann, ohne sie darum mit einem Schlage aus den internationalen Verhältnissen austreiben zu können. Um aber diese Schwierigkeit zu umgehen, verlangt die preußische Regierung von dem Reichsverweser die Vollmacht, „den Umständen gemäß zu handeln, die Verhandlungen zu Ende zu führen und unbedingt und ohne Vorbehalt den Waffenstillstand abzuschließen und auszuführen." Wir bitten hier jedes Wort zu beachten; man wird daraus sehen, wie dem Reichsverweser das Verlangen Preußens vollkommen bekannt war, und wie ungegründet der Vorwurf ist, Preußen habe durch die sofortige Ausführung der Bedingungen die Centralgewalt absichtlich ignorirt, um zu zeigen, daß es ihrer als selbständige Großmacht zu seinen Handlungen nicht bedürfe. Ebenso wird dadurch die neulich mitgetheilte Rechtfertigung des Herrn Camphausen unterstützt. Im weitern Verlauf der Instruktion, auf die wir nur in möglichster Kürze eingehen können, werden die Motive für schleunige Abschließung des Waffenstillstandes und zur Unterstützung des preußischen Gesuchs dargestellt. Wir können in Bezug darauf auf mehrere unserer Frankfurter Briefe und auf die schon mitgetheilten Aktenstücke verweisen und bemerken nur, daß die ausführliche Darlegung durchaus nicht dem Vorwurf Raum läßt, als habe irgend eine Verschweigung oder heimliche Umgehung stattgefunden. Das einzige weiter zu Gebot stehende Mittel der Kriegsführung wäre die Ueberschreitung der jütischen Grenze und eventuell die Belagerung der ganzen jütischen Halbinsel; gegen den Kern der dänischen Macht, die Inseln und Kopenhagen, gibt es keine Mittel der Kriegführung. (Die Beschaffenheit des Seebodens, auf dem die kriegerische Linie sich mit so viel Sicherheit bewegt, hat unser des Lokals wohl kundiger †* Korrespondent in Stuttgart hinlänglich gewürdigt.) Eine Ueberschreitung der jütischen Grenze würde, als ein aggressives Verfahren gegen die eigentlich dänischen Länder, zunächst die schwedische Einmischung hervorrufen, die schwedische Flotte mit der dänischen verbinden, und die zahlreichen deutschen Schiffe in schwed. Häfen der Beschlagnahme aussetzen. Eine weitere Folge würde die Theilnahme Rußlands sein. Die preußische Regierung versichert dies mit so viel Bestimmtheit, daß der Vorwurf der Linken einigermaßen an Gewicht verliert; daß die preußische Regierung dafür bestimmte Beweise in Händen hat, ist nicht zu bezweifeln, und die Nationalversammlung würde sich davon durch eine nach dem Antrag des Hrn. v. Radowitz niedergesetzte Kommission haben überzeugen können. Die preußische Regierung führt an, daß schon der drohende Ausbruch eines Krieges im Osten sie nöthigen würde, ihre Truppen zum größten Theil dorthin zu ziehen, und mithin gerade die Herzogthümer einer beträchtlichen Unterstützung zu berauben. Daß Deutschland endlich in einem solchen, allgemein als Eroberungskrieg betrachteten Kriege von keiner Seite weder materielle noch moralische Unterstützung finden würde, bedarf keiner näheren Ausführung. Zuletzt macht die preußische Regierung auf den Zustand ihrer Ostseeprovinzen aufmerksam, der gleichfalls genügend bekannt ist. Wenn diese Interessen von der Centralgewalt nicht berücksichtigt, wenn von dem übrigen Deutschland die Fortsetzung des Krieges gefordert werden sollte, so könnte zwischen dem südlichen Deutschland und dem nördlichen, das seine Interessen vernachlässigt glauben müßte, eine Spannung entstehen, die sich zu bedenklicher Höhe steigern und zu den traurigsten Folgen führen könnte. Wir können hierdurch nur bestätigt finden, was wir neulich für die Zweckmäßigkeit der Ertheilung der Vollmacht an Preußen ausgeführt haben; überdies werden sich Unbefangene hieraus überzeugen, daß die preußische Regierung, das übrige Deutschland gedacht, eine Forderung desselben, den Krieg fortzusetzen, als eine Eventualität anerkannt, für die deutsche Einheit gefürchtet, und zur Abhilfe ihrer Besorgnisse an die kompetente, von dem Vertrauen der Nation getragene Behörde sich gewandt hat, welche ihr, nach vollständiger Einsichtnahme in die Verhältnisse, die gewünschte Vollmacht aus freiem Antrieb ertheilte.

Oesterreich. †† Wien, 5. September. Die Abstimmungen der letzten Woche über die Redotfrage brachten der Linken eine Niederlage bei, welche, obschon empfindlich für diese Partei, doch den Nutzen schaffte, die Ursache der Niederlage so klar zu zeigen, daß die selbig getriebene Taktik aufgegeben, dagegen das Guerillagefecht der Faktiosen zu einer großen Schlachtordnung geeinet und unter die Lei-

Digitized by Google

tung eines Generals gestellt wurde. Ich bemerkte vor einiger Zeit die Unkenntniß der Parteiorganisation, welche die Jugend unserer Politiker charakterisirt. Sie wollten früher nicht Methode annehmen, bis sie die unabwendbare Nothwendigkeit zwang, das Zersplitterungssystem aufzugeben und durch Vereinigung aller Stimmen eine Phalanx für das Parteiprincip zu bilden. Der Abgeordnete von Prag, Herr Borrosch, hielt sich, auf der äußersten Rechten stehend, unabhängig, folgte seiner Ansicht und seiner Ueberlegenheit vertrauend, als selbständiger und scharfer Kritiker allen Bewegungen des schwerfälligen Schiffes, ja er unterließ es nicht als Steuermann das Ruder zu ergreifen, wenn gefährliche Klippen Verderben drohten, oder nach den mathematischen Linien des Kompasses zu weisen, wenn die Staatsgaleere außer Kurs gerathen war. Er zog sich aber mit einem feinen Lächeln um den scharfen Mund zurück, wenn das Fahrwasser keine Schwierigkeit bot. Die rechts glaubten ihn zu besitzen, es freute die Rechte, wenn er die Linke oder das Centrum oder den Präsidenten schulmeisterte, weil die Betroffenen sich ärgerten; aber die Rechte dachte nie daran, dem Ehrgeiz oder der Eitelkeit des Abgeordneten von Prag mit der Bitte zu schmeicheln, ihre Führerstelle zu übernehmen, unter sein Banner sich zu schaaren, zu kämpfen. Borrosch besitzt vor allen Andern das hervorragendste Selbstbewußtsein in der Kammer, nebstdei vielseitige Kenntnisse, Talent in der Gruppirung seines Redestoffes, logische Kaustik, schöne Diktion, guten, fast zu deutlich akzentuirten Vortrag, die reinste Mundart. Diese Gaben zeichnen ihn als Einen der wenigen Berufenen besonders aus und begründen seine überwiegende Stellung in der Reichstagsversammlung. Seine Fehler, wie das zu scharfe Gedächtniß, welches sich an Alles beißend erinnert, Eitelkeit überall mitzusprechen, zu ostentirt laute Aufmerksamkeit, einige als Schulpferd gerittene Tropen, z. B. Kindlein für Gedanken, sind in den Augen des größeren Theiles der haus-, aber nicht staatsmännischen Abgeordneten sehr werthvolle Tugenden, denen sie beipflichten, aus Achtung oder Furcht. Die körperliche Physiognomie des Abgeordneten von Prag ist klar geprägt, gleich seiner geistigen. Er gähr, in die schwarze Mönchskutte gehüllt, das trefflichste Porträt eines — Jesuiten. Dem Geiste dieses Mannes unterordnete sich die geschlagene Linke, in der Hoffnung, durch sein Feldherrntalent das verlorne Terrän wieder zu gewinnen. Borrosch übernahm den angetragenen Feldherrnstab. Es fehlte nicht an Gelegenheit, sein Talent bald glänzen zu lassen. Im gestrigen Abendblatte der Wiener Zeitung erschien ein Artikel, man glaubt vom Justizminister geschrieben, welcher dem konstituirenden Reichstage das Maß der ihm zukommenden Rechte begrenzt, sein Fortbestehen überhaupt von der Gnade des Kaisers abhängig macht, den Willen der Völker mißbraucht, vorgebend, sie wünschen nur einen gewissen Grad von Freiheit, mit einem Worte die Revolution, die gestörzt oktroyirte Verfassung, die Flucht des Kaisers, die Versprechen der Thronrede, kurz Alles vergißt, was Wien seit dem März d. J. erlebte. Das war keine Blöße, sondern ein berechnetes Manöver des Ministeriums im Verfolge des neulichen Sieges, welches den Gegner strategisch vernichten sollte, indem es ihn von den Subjekten seiner zweiten Operationsbasis auf die erste, nunmehr haltlose, zurückgeworfen hätte. Der richtige Blick des neugewählten Parteiführers erkannte das Gefährliche, selbst Tödtliche des Momentes, sammelte alle seine Kräfte und rückte mit vorzüglich gut berechneten Bewegungen lüha und besonnen, entschlossen zu siegen auf den Feind los. Das Ministerium war eben so strategisch gut verfahren wie Borrosch, doch übertraf es dieser weitaus in der Taktik. Ich glaubte den Mann sorgfältiger schildern zu müssen, welcher von heute an das Haupt der Opposition des Reichstages geworden, auch in der Fortdauer desselben nun die bedeutendste Rolle zu spielen berufen ist; denn in seiner Hand ruht jetzt das Scepter des künftigen Monarchen der demokratischen Staaten Oesterreichs; er kann es so zuschneiden, daß es zum kindischen Spielzeuge sich verfügt; er kann für die demokratische Monarchie eine monarchischer Demokratie verschaffen; er kann uns die künftige Konstitution geben! Die nächste Zeit muß zeigen, ob Oesterreich wirklich an deutschen Staatsmännern so arm ist, wie die Gegenwart leider vermuthen läßt. Schwarzer versteht noch sein Ministerium, es soll ihn das Kabinet noch einige Zeit zu amtiren bewogen haben. Im heutigen Reichstage fanden wir alle Minister auf ihren Plätzen der Interpellationen gewärtig und gerüstet, den durch das Abendblatt des 6. aufgenommenen Kampf auszufechten. Alles war gespannt, endlich erhob sich Borrosch. Lautlos wurde der große Saal, bis er mit etwas bewegter Stimme zu sprechen begann. Er interpellirte mit einer gläzenden Rede, welche sein politisches Glaubensbekenntniß für die Opposition enthielt, das Ministerium, wie folgt: 1) „Ob dasselbe unter Sanktion und unter dem noch verfänglicheren Worte Vereinbarung etwas Anderes verstehe, als den bedingungslosen Erfüllungsakt durch die vollziehende Gewalt und die Macht der von der gesetzgebenden Gewalt des Reichstages zu erschaffenden Verfassung auch die äußere Form der Gesetzesgiltigkeit zu bezweifelbaren, dann bereits vorhandenen inneren Gesetzeskraft zu verleihen. 2) Ob das Ministerium gesonnen sei, bezüglich jener Gesetze, welche der Reichstag als voreinnommene Bestandtheile der Verfassung zur Wahrung des inneren Friedens zu veröffentlichen für nöthig erachten wird, die ministerielle Mitwirkung zur vorbehaltlichen Sanktion und zu sofortiger Kundmachung zu verweigern? 3) Ob in dem einen oder dem andern Bejahungsfalle, sofern Unheil aus einer irrthümlichen Auffassung von Seite der Minister entspringen sollte, die Minister davon nicht bloß die moralische Verantwortlichkeit, sondern sich selbst der rückwirkenden Kraft eines in Betreff der Minister-Verantwortlichkeit zu erlassenden Gesetzes unterwerfen zu wollen gesonnen seien." Borrosch will weder mit dem gefallenen System, noch mit etwa für ihn in Aussicht gestellten Ministerstellen Etwas zu thun haben. Er will weder Demagog, noch Oligarch sein, er will ein Ministerium gern unterstützen, wenn es im Sinne der Freiheit und des Rechts handelt. Doch das jetzige Ministerium hat durch seine Handlungen dem Volksvertrauen, welchem es seine Entstehung zu danken hat, nicht entsprochen. Es hat den Kudlich'schen Antrag zur Kabinetsfrage gemacht und willkürlich sich das Recht angemaßt, dessen Erledigung vorzuschreiben. Ein Abgeordneter (Klaudi) erklärte, aus den Reden der Minister sich Maßnahmen abgeleitet zu haben, woraus hervorgehl, daß das Ministerium mit einer Partei des Hauses in Verbindung steht. Gesetzgebende und vollziehende Gewalten müssen zusammenwirken, dürfen sich aber nie vermischen. Durch das Manifest vom 6. Juni ist jedes Aufdringen einer oktroyrten Verfassung abgelehnt. Die Krone hat damit auf das Geschenk einer Verfassung Verzicht geleistet und den Volksvertretern die Macht zur Verfassungsbestimmung gegeben. Borrosch wünscht daher die Bedeutung des Wortes Vereinbarung scharf gezeichnet. Wenn man das Volk mündig erklärt hat, warum will man den Reichstag unmündig erklären? Woher dies Mißtrauen? Wenn konservative Beschlüsse gefaßt werden, welche Thron und Freiheit zusammenhalten, wolle das Ministerium allein das Verdienst dafür haben und den Reichstag als eine unzurechnungsfähige Null hinstellen? Ein Veto besteht für den Verfassungstag nicht, obwohl man ein Veto im Verfassungsentwurfe vorsehen werde. Maßgebend für den Verfassungstag sei nur der Volkswille. Der Reichstag könne weder durch die Krone, noch durch eine andere Gewalt aufgelöst, er kann von Oben nur erdrückt, von Unten nur gesprengt werden. Reaktion und Anarchie, oder Anarchie und Reaktion werden folgen, Ströme Blutes von beiden Seiten verspritzt werden, zuletzt wird aber doch die echte Volksfreiheit siegen. Schmach und Fluch denen, die diesen Triumph nicht gleichzeitig mit den Segnungen des Friedens einherschreiten lassen. Der erste Reichstag sei der zeugungskräftige Adam aller folgenden. Ob man in ihm seine folgenden Kinder alle vernichten, oder sie zu den histor. Landtagen versammeln wolle, welche durch das Bürgerthum die Kastanien aus dem Feuer zu holen wünschen. Das echte Bürgerthum weise aber jenen Liberalismus von 1815 bis 1848 zurück, der aus einem nach brüchigen Systemen gewebten Stück Tuche das Freiheitskleid zuschneiden lasse, wo aus dem Mantel bald eine Jacke und zuletzt ein Fetzen werde. Der Pegasus der Freiheit wird sich nicht aus doktrinären Futtertrögen Hafer und Heu holen. Der verfassunggebende Reichstag ist der Brautführer, der Ehering — zwischen Volk und Fürst steht er als Priester für den zu schließenden Bund. Wird man ihn als Vermittler der Reaktion oder Demagogie den Opfertod sterben lassen? Wird das Ministerium nach dem 6. Juni die zwei befreundeten Gewalten Volk und Thron zu feindlichen machen? Das Ministerium hat den Vortheil der Unverantwortlichkeit. Verantwortung sei nur der Konstitution gegenüber denkbar. Eine solche existire noch nicht; mithin fehlt auch das nothwendige Anklage- und Strafgesetz. Ihre moralische Verantwortlichkeit nur kann Ruhm oder Rache bieten". Hierauf stellte Borrosch die drei Fragepunkte, welche der Minister Doblhoff im Ministerrathe zu behandeln und dann zu beantworten versprach *).

Δ Wien, 6. Sept. Doblhoff und Horndofl werden, wie man sagt, dem Beispiele Schwarzers folgen. Als Ersatzmänner nennt man Schmerling (jetzt in Frankfurt) und Stadion. Die Wahl Stadions wäre so antidemokratisch als möglich — seine Gesinnungen sind kaum konstitutionell-monarchisch und dabei besitzt er nicht das geringste parlamentarische Talent und eine noch leisere Stimme als Doblhoff. — Wessenberg und Latour haben häufige Konferenzen ohne Hinzuziehung

*) Die Deutsche Zeitung vom 29. August ist in ganz Wien nicht erschienen. Wir wissen nicht warum sie ausblieb.

der übrigen Minister. Die Mediation Frankreichs und Englands ist nun doch officiell angenommen, doch hoffen wir, daß diese Mächte ihre Vermittlung nicht weiter ausdehnen, als was unsern Krieg mit Sardinien betrifft. — Fürst Esterhazy hat im Namen Ungarns gegen die Besetzung Fiumes durch den Ban von Kroatien, Protest eingelegt. Viele ungarische Familien treffen schon Anstalten zur Abreise von Pesth, wo sie sich bald nicht mehr sicher glauben. — Dem gestrigen Proteste Violands gegen die Minister und den Reichstagspräsidenten Strobach haben sich 40 Abgeordnete angeschlossen, darunter Demmel, Umlauft und Füster. Die Interpellation des Abgeordneten Sierakowskys an den Minister des Innern, bezieht sich auf die Auslieferung der bewaffneten Ueberläufer nach Galizien aus russisch Polen, welche zu der deabsichtigten Schilderhebung am 20. Aug. herübergelockt waren, die aber durch das sichre Auftreten des Feldmarschallieutenants Hammerstein in Lemberg, nieder gehalten wurde. — Alle Privatnachrichten sowie die Zeitungen aus Galizien und Krakau sind voll Jubel über die Ernennung des neuen Gouverneurs Zaleckis, des ersten Polen von Geburt, der diese Stelle seit der Einverleibung bekleidet. — Der Frauenverein in Prag macht Sammlungen an Geld und Gegenständen von Werth, um damit das Unternehmen der Kroaten gegen die Ungarn zu unterstützen. Ein Ergebniß dieser Sammlung ist schon nach Agram abgegangen.

Wien, 7. Sept. Die heutige „Wiener Zeitung“ berichtet: „Noch haben die Unterhandlungen zur Herstellung des Friedens mit dem König von Sardinien wenig Fortgang gehabt. Indessen hat aber die kais. Regierung den Entschluß gefaßt, mit der neuen Konstituirung des lombardisch-venetianischen Königreichs nicht mehr länger zu zögern, und zu diesem Behuf in Bälde Deputirte aus den verschiedenen Provinzen desselben nach Verona zu berufen, welche die künftige Verfassung des Landes nach den Grundsätzen geöffneter Freiheit und mit gehöriger Beachtung der Nationalität in Berathung zu nehmen haben werden. Diese Deputirten sollen, wie wir aus guter Quelle vernehmen, aus ganz freien Wahlen hervorgehen, und wird die Zahl der Deputirten nach dem Maßstabe der Bevölkerung bemessen werden. Die innere Administration wird rein italienisch sein.“

Wien. Die Allg. Ztg. enthält Nachstehendes: In Wien (von wo die Post vom 7. vor uns liegt) war die ungarische Massendeputation — über 100 Mitglieder des Reichstags — angekommen. Am folgenden Tage sollten fünf derselben in einer Audienz dem Kaiser ihre kategorisch gestellten Forderungen vorlegen. Der Minister Esterhazy, an einer Ausgleichung verzweifelnd, hatte seine Entlassung eingegeben. — Frankreich und England verlangen in eben eingereichten Noten, daß während der Vermittelung Venedig nicht angegriffen werde. Mittlerweile hat die Regierung den Beschluß gefaßt, konstituirende lombardisch-venetianische Stände, freigewählt, nach Verona zu berufen.

Preußen. ☽ Berlin, 8. Sept. In der heutigen Sitzung verlas der Schriftführer ein Schreiben des Ministerpräsidenten, worin derselbe anheimstellt, die Berathung zu vertagen, weil er soeben im Begriff stehe, dem Könige das Ergebniß der gestrigen Abstimmung anzuzeigen. Man beschloß Vertagung bis Montag. — Das Gerücht bezeichnet Rodbertus als Führer des neuen Ministeriums. Doch möchte er schwerlich die Achtung und das Vertrauen des Landes besitzen. Ueberhaupt wird ein Ministerium der Linken kaum bestehen können, weil das Centrum, wenn auch in einem Principienstreite mit der Linken einig, dennoch im Uebrigen die Grundsätze der Verwaltung, von denen das Ministerium Auerswald ausging, zu jeder Zeit gebilligt hat.

Berlin, 9. Sept. 3 Uhr Nachmittags. Von allen Kombinationen, die man sich heute über die neue Bildung unseres Ministeriums macht, ist bis jetzt nur die eine Nachricht als verbürgt mitzutheilen, daß der Herr von Bockerath aus Frankfurt a. M. zum König berufen sei.

Altona, 7. Sept. Der Abendzug kam statt um 7 erst um 8 drei Viertel Uhr an und brachte wieder braunschweigische Truppen und eine Anzahl aus Kopenhagen entlassener deutscher Gefangener mit. Auch heute früh und Nachmittag waren schon hanoversche und braunschweigische Truppen in großer Anzahl angelangt, daß mit dem noch hier liegenden würtembergischen Bataillon wohl 3—4000 Mann hier übernachten werden. Schon vor Ankunft des Bahnzuges waren die Nachrichten über den Sturz des Reichsministeriums bekannt geworden. Soeben (9 Uhr) führt ein Extrazug den von Frankfurt als Kurier angelangten jungen Grafen Baudissin-Borstel nebst einem Abgeordneten der Nationalversammlung mit Depeschen nach Rendsburg. Th. Olshausen ist mit einer ähnlichen Mission von Frankfurt nach Berlin abgereist.

†† Frankfurt, 8. Sept. Die Lage der Dinge ist hier noch immer durchaus trostlos. Das Parlament hat durch seinen neulichen voreiligen Beschluß über den dänischen Waffenstillstand seinem Ansehen eine Wunde geschlagen, die nur schwer, sehr schwer vernarben wird. Ich schreibe diese meine innerste und aufrichtigste Ueberzeugung mit blutendem Herzen nieder, um der Wahrheit die Ehre zu geben, eine Bemerkung, die denjenigen Ihrer Leser gegenüber nicht überflüssig sein mag, welche im Uebermaße theer patriotischen Gefühle alles Vaterländische groß und herrlich sehen und in ihrem heiligen Eifer gerne bereit sind, denjenigen, der sie auf die kleinliche Wirklichkeit der Dinge aufmerksam macht, mit dem Vorwurfe hämischer Mißgunst abzufertigen. Fürwahr unsere politische Wirklichkeit ist so klein, daß das Auge selbst des neidischsten Feindes mit Befriedigung auf unseren Zuständen ruhen wird. Das deutsche Parlament hat am 5. Sept. beschlossen, der Vollzug des dänischen Waffenstillstandes sei augenblicklich zu sistiren, was faktisch so viel ist, als dieser Waffenstillstand sei zu verwerfen. Die Majorität der Versammlung, welche diesen Beschluß durchsetzte, war bei ihrer Abstimmung von der Ueberzeugung geleitet, die Ehre Deutschlands erheische ein solch äußerst energisches Handeln, obgleich man eingestandener Maßen die Sachlage noch nicht genau kannte, und obgleich man darauf gefaßt sein mußte, durch die Ausführung dieses Beschlusses einen alsbaldigen Bruch mit Preußen und einen Krieg mit einigen europäischen Großmächten herbeizuführen. Heute am 8. Sept. hat die Majorität noch kein Vollziehungsorgan gefunden für jenen ihren angeblich so unendlich dringlichen Beschluß. Wäre er es wirklich gewesen, wie konnten nach dem Antrag der Minorität nicht mehr verlieren als nach dem durchgesetzten Willen der Majorität; denn ein Beschluß, zu dessen Vollziehung sich Niemand bereit findet, ist wenigstens nicht besser, ja eigentlich weit schlimmer als gar kein Beschluß. Daß die neue Majorität des Parlaments noch kein Ministerium zusammen bringen konnte, ist nicht ein unglücklicher Zufall, sondern bei den gegebenen Verhältnissen eine Nothwendigkeit, die Jeder, der Augen hat, voraussehen konnte; und man darf deßhalb daraus rückwärts mit vollkommener Berechtigung den Schluß ziehen, daß die Majorität, als sie neulich ihren Beschluß faßte, weder wußte noch fühlte, was sie that. Wer eine unabsehbare Revolution beginnt und zugleich der halben Welt den Fehdehandschuh hinwirft, muß in dem Augenblick, in welchem er so kühne Schritte zu thun beschließt, sich auch in Stand gesetzt haben, sie wirklich zu thun, wenn er nicht von seiner Einsicht und von der Kraft seiner Leidenschaft ein gleich ungünstiges Urtheil erregen will. In dieser traurigen Lage befindet sich aber die jetzige Majorität des Parlaments. Sie wagte, daß das nunmehr abgetretene Ministerium ihren Beschluß nicht vollführen könne und werde; sie hätte darum billiger Weise, ehe sie ihren kühnen Griff versuchte, sich anderer Männer zum Vollzug ihres Beschlusses versichern müssen, sonst setzte sie sich der bereits wirklich drohenden Gefahr aus, im Greifen nach dem leeren Raum lächerlich zu Boden zu fallen. Wenn ich Ihnen neulich schrieb, die Majorität, welche den entscheidenden Beschluß herbeiführte, habe sich dabei absolut unfähig gezeigt, so ist durch alles seither Erfolgte mein Urtheil lediglich bestätigt worden. Gestern wurde über den Vollzug des Beschlusses eine Berathung gepflogen, die jedem Deutschen die Schamröthe auf das Gesicht rufen mußte. Hr. Schüler von Jena, dem linken Centrum angehörend, diesem Ideal einer politischen Partei, welche keine ist, hatte den Antrag gestellt, das abgetretene Ministerium solle für den Vollzug des gefaßten Beschlusses verantwortlich gemacht werden, eine Zumuthung, die so widersinnig ist, daß ich die dagegen vorgetragenen Gründe nicht zu wiederholen brauche. Hr. Wesendonk unterstützte in einer höchst giftigen Rede diesen Antrag, während später Hr. Vogt, wie man wohl annehmen kann im Namen der Linken zugab, daß dem bestehenden Ministerium die Vollziehung der Beschlüsse der siegreichen neuen Majorität nicht zu gemuthet werden könne. Dessen ungeachtet war auch Hr. Vogt der Meinung, das abgetretene Ministerium hätte, wenn es nur gewollt, ganz wohl den Vollzug übernehmen können, da es zunächst nur auf eine gar keine Verantwortlichkeit auch sich ziehende, Notifikation des Beschlusses ankomme. Dieselbe merkwürdige Idee lag einem von vielen Seiten mit großem Wohlgefallen aufgenommenen Vorschlage Eisenmanns zu Grunde, den Reichsverweser zu bitten, er möge ein beliebiges Mitglied der Majorität nur auf einige Stunden zum Minister ernennen, damit unter dessen Kontrasignatur die Vollziehungsbefehle ausgefertigt werden könnten; dann möge dieser improvisirte Minister wieder abtreten; dann könne man mit aller Maße ein vollständiges neues Ministerium zusammensetzen. Wenn man solche Dinge hört, muß man doch wahrlich verwundert sagen: Und diese Leute wollen ein Volk von 40 Millionen regieren? Man kündigt also eine Revolution und einen allgemeinen europäischen Krieg durch ein einfaches Notifikationsschreiben an; derjenige, der es

Digitized by Google

thut, übernimmt keine Verantwortlichkeit, denn er zeigt nur an, was Andere beschlossen haben; dann legt er die Hände in den Schooß und läßt die Dinge gehen, wie sie können und wollen. Wie aber wenn Wrangel das Notifikationsschreiben in die Tasche gesteckt und die Befehle des Berliner Kabinets den Frankfurter Notifikationen vorgezogen hätte? Oder nehmen wir an, Wrangel würde sich an die Beschlüsse der Nationalversammlung gebunden haben, Preußen aber bei dem Waffenstillstand stehen geblieben sein; würde alsdann die Frankfurter Notifikation hingereicht haben, den unter dieser Voraussetzung von jeder Unterstützung abgeschlossenen Wrangel und seine Armee mitten im feindseligen Lande zu schützen, wo er täglich von allen Seiten durch überlegene Massen, Dänen und Russen, zu Land und zu See angegriffen werden konnte? Was konnte die Notifikation den zum Theil noch mitten im hannoverschen und preußischen Gebiete befindlichen süddeutschen Truppen helfen? Würde die Notifikation genügt haben, die Franzosen, welche nach ihren früheren Erklärungen die Verwerfung des Waffenstillstandes gar leicht als casus belli betrachten konnten, von der offenen süddeutschen Grenze zurückzuhalten? Ich war neulich im Zweifel, ob die Linke denn wirklich Nichts von den in ihrem Beschlusse liegenden Gefahren ahne, oder ob sie dieselben nur Andern verbergen wolle; es scheint jetzt, man muß das Erstere annehmen. Doch ich will gerecht sein; ich will Nichts verschweigen, worauf sich die Linke vielleicht als auf einen Beweis ihrer Kraft berufen könnte. Hr. Wesendonk, welcher den Schüler'schen und eventuell den Eisenmann'schen Antrag unterstützt hatte, machte weiter eventuell den Vorschlag, selbst ein Ministerium zu ernennen, und endlich am eventuellsten, einen Vollziehungsausschuß zu bestellen. Sie sehen, Hr. Wesendonk propagirte die Revolution; aber wie scheint, so heftig er auch sprach, seine Leidenschaft war doch nur eine äußerliche, eine Auffassung, welche durch das jene kurz hingeworfene Aeußerung begleitende gutmüthige ironische Lächeln selbst auf der äußersten Linen mächtig unterstützt wird. Mit solchen Drohungen schreckt man Niemanden. Schließlich nehmen sämmtliche Antragsteller ihre Vorschläge zurück; und dieses nur zu gemüthlicher Satyre erizende Benehmen in einem Augenblick, in welchem das Wohl des Vaterlandes auf das Aeußerste bedroht ist! Das klägliche Schauspiel von gestern wurde heute weiter gespielt, und zwar war heute Haaptakteur Hr. Robert Blum. Er befragte den mit Bildung des neuen Kabinets beauftragten Hrn. Dahlmann, ob derselbe damit zu Stande gekommen sei, und stellte auf dessen verneinende Antwort den Antrag, die Nationalversammlung wolle beschließen, den Reichsverweser zu bitten, er möge die Ernennung des Ministeriums beschleunigen. Also immer derselbe Versuch, der eigenen Unfähigkeit den Schein fremder Schuld zu geben. Was kann der konstitutionelle Regent mehr thun, als in demselben Augenblick, in welchem das seitherige Ministerium gestürzt wurde, einen derjenigen Männer, welche hauptsächlich den Sturz herbeiführten, mit der Bildung eines neuen Kabinets zu beauftragen und zu warten, bis dies gelungen ist oder den Auftrag als unausführbar zurückzugeben? und was würde Hr. Blum dazu sagen, wenn er als parlamentarischer Sieger mit der Bildung eines Kabinets beauftragt, dasselbe in den ersten Tagen nicht zu Stande bringen könnte und ihm deßhalb seine Vollmacht, ehe er dieselbe freiwillig zurückgäbe, wieder entzogen würde? — Je genauer man die Linke beobachtet, desto fester wird die Ueberzeugung begründet, daß sie unfähig ist, irgend Etwas zu leisten; ihre ganze Kraft besteht nur in einem reinen Negieren, in welchem leider bei den jetzigen Umständen auch eine Macht gelegen ist. Der Beschluß über den dänischen Waffenstillstand ist darum ein ungeheures Unglück. Die Linke kann nicht regieren, selbst nicht durch revolutionäre Mittel; die Rechte will nicht als revolutionäre Macht auftreten; sie kann es auch wohl nicht, es fehlt ihr dazu die energische Leidenschaft. Unter diesen traurigen Verhältnissen kann man nur den wahrscheinlich übrigens in Erfüllung gehenden Wunsch hegen, die Nationalversammlung möge ihren früheren Beschluß bei der Hauptverhandlung wieder zurücknehmen. Dann kommt wieder eine Partei an das Ruder, die regieren kann und die erreichen wird, was sich durch guten Willen und Einsicht, denen aber, wie ich allerdings glaube, die kühne, gewaltige Kraft nicht beigesellt ist, erreichen läßt. Es hat dann aber die höchste Behörde Deutschlands einen empfindlichen Schlag erlitten und, was würde das Läugnen helfen, die Reaktion des Partikularismus einen Sieg errungen, wie es ihr seither noch nicht gelungen war.

Frankfurt, 8. Sept. Vor wenig Tagen traf dahier der am preußischen Hofe beglaubigte Gesandte der Vereinigten Staaten, Donelson, ein und richtete am 5. dieses Monats, Vormittags, das in deutscher Uebersetzung hier folgende Schreiben an den Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten: Mein Herr! Kürzlich hatte ich die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß ich vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt worden sei, mich nach Frankfurt a. M. zu verfügen, und als diplomatischer Repräsentant der Vereinigten Staaten die dort errichtete Regierung anzuerkennen. Ich bitte nun, mich in dieser Eigenschaft Ihnen vorstellen zu dürfen. Mit der tiefsten Theilnahme hat der Präsident die Anstrengungen gesehen, mit welchen das deutsche Volk und die deutschen Regierungen die Begründung einer wirksamen Bundesgewalt erstrebt haben; mit dem reinsten Vergnügen blickt derselbe der Vollendung dieses großen Werkes entgegen, welches auf Grundsätzen beruht, die, ohne der Souveränetät der Einzelstaaten unnöthigen Abbruch zu thun, Freiheit und Wohlfahrt dem Volke sichern werden. Auf dem Wege der Einigung hat das amerikanische Volk seine jetzige Stellung in der Reihe der Nationen sich errungen; auf demselben Wege hat es mit Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und der Rechte eines Jeden den Genuß der Freiheit zu verbinden gewußt. Deßhalb widmen die Vereinigten Staaten Allem, was zu dem Gedeihen einer Verfassung führen kann, die Deutschland die gleichen Segnungen zu bringen bestimmt ist, die lebhafteste Theilnahme. Von diesem Geiste beseelt, hat der Präsident der Vereinigten Staaten, sobald ihm Kunde von der Einsetzung der jetzigen Centralregierung für Deutschland geworden war, beschlossen, dieselbe anzuerkennen und ihr den Ausdruck der aufrichtigen Wünsche zu übermitteln, welche das amerikanische Volk für das Gelingen ihrer edlen und vaterländischen Bestrebungen hegt. Ich habe dieser, den mir ertheilten Aufträgen entsprechenden Mittheilung nur noch beizufügen, daß es mir zum größten Vergnügen gereichen wird, nach Kräften zur Förderung des Verkehrs zwischen zwei Völkern beizutragen, deren Interessen, Wünsche und Hoffnungen in so vielen Beziehungen dieselben sind. (D. P. Z.)

Frankfurt, 10. Sept. Die vereinigten Ausschüsse für die Centralgewalt und für internationale Fragen, welchen die Berathung des Waffenstillstandes von Malmöe übertragen ist, haben heute beschlossen, der Nationalversammlung vorzuschlagen, den Waffenstillstand nicht zu verwerfen. Für diesen Antrag waren 10 Stimmen gegen 9. Die Minderheit, welche an der Verwerfung festhielt, wird einen besonderen Bericht erstatten. Der Widerstand der Herzogthümer gegen die Präsidentschaft des Grafen Moltke hat, wie man heute erfährt, von dänischer Seite Anerkennung gefunden, und man ist bereit, sich über eine angenehmere Persönlichkeit zu verständigen. Diese Modifikation, mit der natürlichen Folge des Bestandes der von der provis. Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen, dient der Mehrheit der Ausschüsse als Grundlage ihres Antrags, der wohl nicht vor Dinstag in der Nationalversammlung zur Berathung kommen wird. Vor Erledigung dieser Frage ist an die Bildung eines Reichsministeriums nicht zu denken.

* Diesen Brief, der nach dem Postzeichen und einer Note des Korrespondenten um 10. Abends zwischen 7½ und 8 Uhr zur Post gegeben ist und außerdem das „Eilt" trägt, erhalten wir in Heidelberg am 11. Nachmittags 3 Uhr. Dabei ist der Verschluß desselben mit einer andern Lackfarbe zum zweiten Male überstegelt und darauf ein uns unbekanntes Löwenwappen unter reicher Krone abgedruckt. Wir erbitten uns darüber von unserm geehrten Korrespondenten gefällige Auskunft. D. R.

Großbritannien.

London, 7. Sept. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß die Times sich seit einiger Zeit (wir möchten fast mit Bestimmtheit sagen, seit der Zeit, als durch die Wahl des Fürsten von Leiningen, eines Halbbruders der Königin von England, zum Präsidenten des Reichsministeriums die Dinge in Deutschland eine den Wünschen und dem Vertrauen Englands entsprechendere Gestalt anzunehmen schienen, obschon das Programm des Fürsten manches Bedenken in der englischen Presse erregte), daß die Times seit jener Zeit sich ihrer früheren Ausfälle gegen Deutschland enthalten, obschon es wahrscheinlich ist, daß diese Zeitung, wenn ihr der jüngste Beschluß der Reichsversammlung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bekannt sein wird, ihre frühere schulmeisternde Stellung zu uns wieder einnehmen wird. In ihrer Nummer vom 6. Sept. läßt sich die genannte Zeitung herbei, uns in einem Artikel, welcher die verschiedenen Gruppen der deutschen Handelsinteressen zu charakterisiren sucht, eine Reihe von Schmeicheleien zu sagen, die jedoch mit derselben Vorsicht und Ruhe von uns aufgenommen werden müssen, wie ihre früheren Geißelhiebe. Die Times sagen unter Anderm: der müsse seltsam unbekannt mit der Geschichte des neuen Europa sein, welcher läugnen wollte, daß Deutschland in einigen Thätigkeiten des menschlichen Geistes oder menschlicher Willenskraft eine weit hervorragende, in fast allen übrigen eine ausgezeichnete Stellung errungen habe. Dabei sei es eine Eigenthümlichkeit der

Deutschen, daß sie eine unbestimmte lange Zeit in tiefen Schlaf versunken und in sich hineinzugrübeln fänden, und dann plötzlich in raschem Anlauf die Nachbarvölker weit überholten. Es sei in der ganzen Literaturgeschichte kein solches Phänomen da, wie die reißende Schnelligkeit, womit zu literarischen und philosophischen Zwecken die Deutschen ihre Sprache aus der niedern Stellung einer bloß gesprochenen zu der Stellung einer geschriebenen (klassischen) erhoben hätten. Zwischen der Zeit, wo Friedrich der Große, die herrlichen Eigenschaften seiner Muttersprache geringschätzend, seine Gedanken in der steifen Form französischer Komplets wie am Deakt habe tanzen lassen, bis zu der Zeit, wo unter den Auspicien von Göthe, Schiller und der „akademischen Gesellschaft von Weimar" die deutsche Literatur für ganz Europa den Ton angegeben habe, sei ein kaum zu bemerkender Zwischenraum. Bis dahin ist Alles einfach und richtig, es ist auch leider wahr, was die Times ferner bemerken, daß wir nur in Betreff des Handels hinter andern Nationen zurückgeblieben seien; aber es erregt Verdacht, wenn die Times ferner bemerken: Trotz aller Hindernisse hätten wir auch in dieser Hinsicht einige Fortschritte gemacht, wir hätten den Theorien List's und der Gier des englischen Protektionismus glücklich widerstanden, und so habe denn der Handel zwischen Deutschland und England eine solche (leider mehr englische als deutsche) Blüthe erreicht, daß nach genauer Berechnung Ein- und Ausfuhr zwischen beiden Ländern sich jährlich auf 17 Millionen Pf. St. belaufe, wogegen die zwischen Frankreich und England (sehr wahrscheinlich nicht zum Nachtheil Frankreichs) im Jahr 1847 sich noch nicht auf 5 Mill. belaufen habe. In demselben Artikel der Times wird überaus scharfsinnig versichert, daß der Wunsch (er ist jetzt auch derjenige der Times), die Lombardei möge Oesterreich erhalten werden, namentlich derjenige der norddeutschen Freihandelsmänner sei; sie rechneten nämlich so: die Lombarden sind dem Freihandel geneigt, mithin wird Oesterreich, um sich den Lombarden gefällig zu zeigen, sich ebenfalls zu Freihandelsgrundsätzen bekennen müssen!

Frankreich.

Paris, 9. Sept. Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 9. September. Vorsitzender: Vicepräsident Lacrosse. Die Sitzung beginnt um 1¼ Uhr. Nach dem Petitionsberichte folgt die Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitsstunden. Es handelt sich um ein Amendement Bacs und Jrandeaus, welches nun, nachdem ein Maximum von 12 Stunden festgesetzt ist, verlangt, daß für gewisse Departements und gewisse Industrien die Anzahl der Arbeitsstunden so festgesetzt bleibe, wie sie vor der Februarrevolution bestand, ohne jedoch das Maximum überschreiten zu dürfen. So z. B. arbeiten alle Handwerker des Baues (in Paris allein 150,000) nur 10 Stunden täglich, die Feldarbeiter um Paris nur 11 Stunden im Sommer, 10 Stunden im Winter. Dieses Amendement wird von vielen Rednern als ein (angeblicher) Widerspruch mit dem Maximum bekämpft, von der Regierung aber durch den Handelsminister unterstützt. Die Diskussion über dieses Amendement, mit großer Heftigkeit geführt, dauert über anderthalb Stunden. — Alkan zeigt bei dieser Gelegenheit an, daß mehrere Patrone, in deren Werkstätten die Arbeitszeit seit undenklichen Zeiten nur 10 Stunden betrug, das gestrige Votum der Versammlung zum Vorwand nehmen und heute schon von den Arbeitern 12 Stunden Arbeit verlangen.

Endlich wird um 3½ Uhr zur Abstimmung geschritten und das Amendement, welches die vor der Februarrevolution bestandenen Gebräuche und Konventionen über eine geringere Arbeitszeit als zwölf Stunden sanktionirt, angenommen. Der nächstfolgende Artikel bestimmt, daß alle Arbeitszeit über die 12 Stunden besonders gezahlt werden muß, — hiezu wird ein Amendement vorgeschlagen, wonach auch jede Vermehrung der durch partielle Gebräuche festgestellten Arbeitszeit nur weniger als 12 Stunden extra bezahlt werden soll. Bei Postschluß entspinnt sich hierüber eine lange Debatte, doch wird das Dekret jedenfalls noch heute angenommen werden.

Herr von Cormenin (Timon), der ein beißendes Pamphlet über den neuen Verfassungs-Entwurf geschrieben hat, in dem er seine Kollegen der Verfassungs-Kommission scharf mitnimmt, ist von diesen gezwungen worden, augenblicklich seine Entlassung als Präsident der Verfassungs-Kommission zu geben.

Durch den Telegraphen ist der Befehl nach Marseille abgegangen, die Einschiffung der Brigade Molière vorläufig zu suspendiren. Die Alpenarmee bleibt übrigens in ihren bisherigen Stellungen und der Dampfer Cocyte ist von Toulon mit Depeschen an die Eskadre des Mittelmeeres abgegangen. Man hat hier die Nachricht erhalten, daß der König von Neapel seine Expedition gegen Sicilien am 30. August hat abgehen lassen. Acht Dampfer, mehrere Korvetten und Transportschiffe haben 12,000 Mann nach Reggio eingeschifft, 8000 Mann werden nach einem andern Punkte eingeschifft werden. Man ist sehr gespannt, welche Haltung England und Frankreich in dieser Angelegenheit annehmen werden.

Der Zwischenfall zwischen den Herren Baune und Turk ist durch eine Kommission von Vertretern ausgeglichen worden. Herr Turk hat seine Aussage vor der Untersuchungskommission zurückgenommen und erklärt, daß er sich in der Person geirrt habe. Der Rapport des Polizeipräfekten über die letzten 10 Tage lautet sehr günstig, die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter hat sich sehr vermindert, alle Ateliers sind, der einlaufenden Bestellungen halber, wieder in Thätigkeit, und selbst die Luxus-Industrie tritt wieder auf. Der Direktor der Münze hat dem Präfekten folgende Uebersicht der Einnahme für Aufschlagung des Kontrole-Stempels auf neue Gold- oder Silberwaaren mitgetheilt. Das Erträgniß dieser Stempelgebühr betrug im April 9000 Franken, im Mai 11,000, im Juni 17,000, im Juli 19,000, im August 36,141 Franken. Die Fremden und die Bewohner der Provinzen strömen wieder nach Paris.

Im russischen Gesandtschafts-Hôtel auf dem Vendôme-Platze herrscht eine außerordentliche Thätigkeit. Alle Appartements werden in Bereitschaft gesetzt, um den Graf Pahlen zu empfangen. Der Graf überbringt persönlich die Anerkennung der französischen Republik durch den Kaiser von Rußland. Auf Marasts Balle sah man bereits mehrere Russen. Man machte die Bemerkung, daß sich General Cavaignac hauptsächlich mit dem englischen Gesandten Lord Normanby und dem preußischen Gesandten Grafen von Hatzfeld unterhielt. — Sehr viele aristokratische englische Familien waren anwesend, man bemerkte von sonstigen Fremden den Fürsten Czartoryski, die Abgesandten von Mailand und Venedig — das diplomatische Korps war ganz vollständig. Große Heiterkeit erregte eine Polka auf die Melodie der Carmagnole und eine Quadrille auf die der Marseillaise. Man sah in einer Quadrille einen Herzog, einen Departements-Kommissär Ledru-Rollin's, einen Ex-Konservateur und einen Napoleonischen General — sie tanzten alle vier sehr schlecht, aber sie vertrugen sich sehr gut mit einander. Man verspricht sich allgemein einen sehr glänzenden Winter.

Nachschrift.

Der Brief *) unseres Frankfurter ζ Korrespondenten kommt uns heute wiederum beim Schlusse des Blattes zu. Wir entnehmen ihm daher nur in der Kürze:

ζ Frankfurt, 11. Sept. Vorläufig ist noch in der Paulskirche Waffenstillstand über den Waffenstillstand. Auch das Ministerium ist noch nicht geboren; nur fehlte in der Sitzung der Vicepräsident v. Hrrrmann aus München, welcher beim Reichsverweser sich befinden soll, um an Dahlmanns Stelle das neue Ministerium zu Stande zu bringen. Es wurde ein Antrag von Bassermann berathen, wie es anzufangen sei, um in den Berathungen schneller von der Stelle zu kommen. Simon von Trier mit seinen Freunden beabsichtigte der Berliner Nat.-Vers. durch einen Frankfurter Beschluß unter die Arme zu greifen. Er stellte den Antrag, die Nat.Vers. möge der preuß. Nat.Vers. ihre Anerkennung dafür aussprechen, daß sie den Beschluß v. 9. Aug. hinsichtlich der nicht konstitutionell gesinnten Officiere aufrecht erhalten habe. Die Nat.Vers. erklärte den Antrag nicht für dringlich. — Endlich kam man zur Tagesordnung, nämlich zur Abstimmung über § 14 der Grundrechte. Dieselbe zeigte, daß theils die Furcht vor der Macht der Kirche, theils die juristische Regierungsseligkeit der liberalen Bureaukratie in der Pause seit den Berathungen sehr erstarkt war. Das erste Minoritätsgutachten:

Die bestehenden und die neu sich bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig.

wurde mit 357 gegen 99 Stimmen verworfen. Ebenso fielen die ihm zunächst folgenden Verbesserungsanträge, und erst der Kuenzer'sche Antrag, von der Linken unterstützt, erhielt eine Mehrheit. Der § 14 heißt nun in der jetzt angenommenen Form:

„Jede Religionsgesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber, wie jede andere Gesellschaft im Staate, den Staatsgesetzen unterworfen. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden, einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat. Es besteht fernerhin keine Staatskirche."

*) Auch er ist gestern Abend 6½ Uhr auf die Post gegeben, und erst heute Morgen um 11 Uhr angekommen, obgleich eine Nachtpost regelmäßig von Frankfurt nach Heidelberg geht. Die Red.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[805] **Präclusivbescheid.**

Die Gant des Bankhauses Jakob Kasel dahier betr.

Alle diejenigen Gläubiger des Bankhauses Jakob Kusel von hier, welche in der Tagfahrt vom 22. Aug. d. J. oder bisher ihre Forderungen an die Masse dahier nicht angemeldet haben, werden von der vorhandenen Masse hiemit ausgeschlossen.

Karlsruhe, 4. September 1848.

Großh. bad. Stadtamt
v. Dusch.
vdt. Zachmann.

---

[806][2] **Erbvorladung.**

Dem Friedrich Kauß von Jöpringen, welcher vor wenigen Jahren eine Reise nach Nordamerika unternommen hat, und dessen gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt, ist auf Ableben seines Vaters Andreas Kauß von Jöpringen eine Erbschaft von 194 fl. 33 kr. angefallen.

Friedrich Kauß wird dahier zur Erbtheilung seines Vaters Andreas Kauß von Jöpringen mit Frist von 6 Monaten, und mit dem Bedeuten vorgeladen, daß im Nichterscheinungsfalle die Erbschaft lediglich denjenigen zugetheilt werde, welchen sie zukäme, wenn Friedrich Kauß zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Pforzheim, 7. September 1848.

Großh. bad. Amtsrevisorat
Eppelin.

---

[807][1] **Erbvorladung.**

Der schon seit 25 Jahren vermißte Jakob Kirgus von Lehengericht hat von dem ledig verstorbenen Johann Georg Kirgus daselbst die Summe von 675 fl. 2 kr. ererbt. Dieser Erbe, oder jeder gesetzliche Rechtsfolger desselben wird hiermit aufgefordert, die Ansprüche an gedachtes Erbbetreffniß binnen drei Monaten von heute an bei unterzeichneter Stelle anzumelden, widrigenfalls die Erbschaft lediglich denjenigen würde zugewiesen werden, welchen sie zukäme, wenn Jakob Kirgus oder seine Nachkommen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Horaberg, 25. August 1848.

Großh. bad. Amtsrevisorat
Hönig.

---

[808][3] **Ausschlußerkenntniß.**

Nr. 13,486. In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Vermögensmasse des Adlerwirths Konrad Beck von Siebbach, Forderung und Vorrecht betr., wird anmit zu Recht erkannt:

Alle diejenigen Gläubiger, welche ihre Ansprüche an die vorhandene Vermögensmasse heute nicht angemeldet haben, werden damit von derselben anmit ausgeschlossen.

V. R. W.

So geschehen Eppingen, 1. Sept. 1848.

Großh. Bad. Bezirksamt:
Meiner.

---

[809][3] **Erbvorladung.**

Nr. 3152. Karl Gnatre, Schmiedmeister und Bürger von Kenzingen, welcher im Frühjahr 1848 nach Amerika ausgewandert, ist auf das Ableben seiner ledigen Schwester Walburga Gantze hier zur Erbschaft berufen. Da aber dessen Aufenthalt unbekannt, so wird derselbe anmit aufgefordert, sich

binnen drei Monaten

a Dato dahier zur Erbtheilung einzufinden, widrigens die Erbschaft lediglich denjenigen werde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Kenzingen, 1. Sept. 1848.

Großh. Bad. Amtsrevisorat:
Zingaro.

---

[810][3] **Erbvorladung.**

Nr. 4634. Durch das am 26. Januar d. J. erfolgte Ableben des Bürgers u. Wittwers Michael Nadler von Spettingen ist dessen Sohn Karl Nadler als allleiniger Erbe zum Nachlasse mit 409 fl. 39 kr. berufen.

Karl Nadler ist jedoch im Jahr 1839 angeblich nach Amerika im ledigen Stande ausgewandert und hat seitdem keine Nachricht mehr gegeben.

Da nun dessen Aufenthalt unbekannt, so wird derselbe aufgefordert, sich innerhalb

drei Monaten

dahier schriftlich oder persönlich zu melden, oder durch einen gehörig Bevollmächtigten anmelden zu lassen, widrigenfalls das Erbe denjenigen zugetheilt würde, welchen es zufiele, wenn er zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Boesloch, 3. Sept. 1848.

Großh. Bad. Amtsrevisorat:
Reiff.

---

[811][3] **Oeffentliche Vorladung.**

Nr. 27315. Barbara Mösch u. Anton Mösch von hier, welche sich schon vor 40 bis 50 Jahren von Haase entfernt und keine Nachricht mehr von sich gegeben haben, werden aufgefordert, binnen Jahresfrist sich hier zu melden und über ihr zurückgelassenes Vermögen zu verfügen, widrigenfalls solches ihren muthmaßlichen Erben in fürsorglichen Besitz übergeben werden würde.

Offenburg, 31. Aug. 1848.

Großh. Bad. Oberamt:
v. Teuffel.

---

[812][3] **Präclusivbescheid**

Nr. 11,418. In Sachen mehrerer Gläubiger, Liquidanten, gegen die Gantmasse des Kaufmanns Josef Preing Sohn von Steinsfurt, Liquidatin, Forderung und Vorzugsrecht betreffend.

Werden alle diejenigen Gläubiger, welche in der heutigen Tagfahrt ihre Ansprüche nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse hiermit ausgeschlossen:

Sinsheim, 31. Aug. 1848.

Großh. Bad. Bezirksamt:
Staiger.
vdt. Ruppert act. jur.

---

[813] **Petition**

um Abschaffung der Spielhöllen in Deutschland.

In der Würde eines jeden guten Deutschen liegt es, im Namen der Moralität, gegen die Dauer jener verderblichen Anstalten zu protestiren. Deutsche Brüder! bedenkt wohl, sollten fernerhin die Hazardspiele fortfahren zu bestehen, so werdet Ihr vielleicht noch später zwar Euren Lieben, seien es Verwandte oder theuerste Freunde, welche sich durch diese Anstalten hinreißen und ins Unglück stürzen lassen, zu bedauern haben; suchen wie daher vereint, diese Schandflecken unseres geliebten Vaterlandes auszuwetzen und es gebietet unsere Pflicht, uns an das Parlament zu wenden um einen solchen Mißstand in der kürzesten Zeit zu vereiteln und aus dem Wege zu schaffen.

Ein in diesem Sinne abgefaßte Petition an das Parlament cirkulirt zur Einsicht und Unterschrift in hiesiger Stadt.

Rheinische Dampfschifffahrt. Kölnische Gesellschaft.

[814][3]

Tägliche Abfahrten von Mannheim

nach Köln in 1 Tage, 6 Uhr und 9 Uhr Morgens, letzteres Boot im Anschluss an den 1. Zug von Heidelberg und den 1. Zug von Speyer-Neustadt.

„ Strassburg 10 Uhr Abends.

Von Mainz nach Mannheim 12¾ Uhr Mittags und 5 Uhr Abends.

„ Strassburg nach Mannheim 10½ Uhr Morgens.

Nähere Auskunft ertheilt:

Mannheim, den 30. August 1848. ***Die Agentur.***

Bekanntmachung.

Die Abfahrt und Ankunft der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

Abfahrt von Mannheim bis Düsseldorf täglich um 7 Uhr Morgens, nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Heidelberg, täglich um 3¾ Uhr Nachmittags, nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Schliengen (Basel).

Ankunft in Mannheim von Düsseldorf, täglich um 12 Uhr Mittags, im Anschluß an den Eisenbahnzug XII. nach Schliengen (Basel); täglich um 9 Uhr Abends. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag von Mannheim schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 9. Sept. 1848.

Großh. Post und Eisenbahn-Amt
Eberlin.

[815][3] vdt. Hölzer.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England der Herr. Ebner & Kay, 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika Länder werde man sich an C. A. Alexander in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 29 Rue Dauphine de Rauzeck.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 12. 23 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 250. Heidelberg, Mittwoch 13. September. 1848.

Uebersicht.

Deutschland und die Politik der fremden Mächte. — **Wien** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Stadion in Anklagestand gesetzt. Antwort Dobhoffs auf die letzte Interpellation. Ein Beispiel vom Zustande des alten Systems. Fischdorf nach Galizien entsandt. Die akad. Legion. Erklärung des Officierkorps von Essek. Die Deputation der Ungarn. Schwarzer als Konsul nach Hamburg designirt. Rücktritt Esterhazys). **Vom Rhein** (die Ritterautonomie aufgehoben. Die Neue Kölnische Zeit.). **Köln** (Volksversammlung und Beschlüsse gegen den Waffenstillstand). **München** (die Sendung des Grafen Bray). **Altona** (Befreiung der Gefangenen in Altona und Hamburg). **Kiel** (die Bildung der neuen Regierung. Das Staatsgrundgesetz). **Frankfurt** (die Verfassung der Stadt. Verhandlungen der Nationalversammlung. Noch kein Ministerium. Entgegnung). **Homburg** (noch immer eine dänische Fregatte vor der Elbmündung. Mißstimmung in Kopenhagen).

Großbritannien. **London.** Ultrakonservative Politik. Nordamerikanisch-irischer Puff.

Frankreich. **Paris.** Unausgesetzte Kriegsrüstungen. Baron Könneritz sächsischer Gesandter. Die französisch-englische Vermittlung. Stimmung der Stadt. Die Unruhen in Arras beendigt.

Beilage. **Kiel.** Adresse an die Nationalversammlung. — **Braunschweig.** Adresse an die Nationalversammlung. **Altona.** Der junge Graf Baudissin-Borstel als Kurier. **Homburg.** Friedensunterhandlungen.

13. September.

Indessen die französisch-englische Diplomatie ihr Vermittlungsgeschäft begonnen hat, ist uns durch die Presse und die Tribune Gelegenheit genug geworden, das Verdienst dieses diplomatischen Freundschaftsdienstes auf seinen wahren Werth zurückzuführen. Wir lassen den Inhalt der Frage selbst, um die es sich handelt, die Schlichtung der lombardischen Wirren, ganz bei Seite; es ist uns mehr um eine Charakteristik der an der Seine und der Themse herrschenden Politik zu thun, als um die Beantwortung der Frage, ob die Etsch oder der Mincio oder der Tessin und Po die Grenze der italienischen Besitzungen Oesterreichs bilden sollen. Es wird uns um so leichter, diese beiden Punkte, die englisch-französische Politik und die lombardische Angelegenheit zu trennen, als nach unsrer Ansicht beide ihrer Natur nach gar Nichts mit einander zu thun haben; die oberitalienische Verwicklung hat, wenn man am rechten Ort das Rechte thut, weder von den Herren Cavaignac und Bastide noch von Lord Palmerston ihre schließliche Lösung zu erwarten.

Ueber die englisch-französische Politik selbst sind uns, wie gesagt, auf der politischen Tribune und in der Presse interessante Aufklärungen genug geworden — Aufklärungen, wie sie uns nicht unverhofft kamen, wie wir sie im Gegentheil längst erwarteten und zum Theil vorausgesagten, zu großem Aergerniß der Ideologen, Schwärmer und politischen Gecken, an denen unser geliebtes Vaterland leider überreich ist, wie immer. Mit einer gewissen Genugthuung haben wir die Aufsätze der Times gelesen, worin sie den schlagfertigen Korporal der sogenannten französischen Republik, den General Cavaignac, mit Lobeserhebungen überschüttet; nicht ohne Rührung, wenn auch ohne alle Ueberraschung, haben wir in den Spalten des National die Sinnesänderung bemerkt, womit er sein lang und oft widerholtes „haine nux Anglais“ in eine zarte und innige Zuneigung zu dem „perfiden“ Albion umgewandelt hat. Es konnte auch nicht befremden, daß die Stimmführer der Presse in Paris und London gegen Deutschland ganz den gleichen Ton der Feindseligkeit, ja der offenen Schmähung und Drohung anschlugen, daß sie im Mißmuthe darüber, die deutsche Diplomatie diesmal nicht so geduldig und gefügig zu finden, wie sonst, sogar schon auf die Entscheidung der Waffen hinwiesen, diese freundlichen und nachbarlichen Vermittler! Ja, es war nicht einmal auffallend, wenn zuletzt noch der Moniteur eine urtige Note gegen Rußland enthielt, um anzudeuten, daß auch der Czar von der Newa in dies ehrwürdige Koncert für europäische Gleichheit und Freiheit einzutreten im Begriffe sei.

Dies Alles konnte nur den Schwärmer befremden, der sich die menschliche Politik nach Abstraktionen und selbstgeschaffenen Voraussetzungen macht, oder den Thoren, der sich durch diplomatische Phrasen und parlamentarische Rechtsflocken, oder durch die bestechenden Stylübungen politischer Poeten und Rhetoren bethören läßt. Jeder Andere mußte von vornherein wissen, daß man in Paris, London und St. Petersburg die Politik nach Interessen handhabt, nicht nach humanen Ideen und Theorien, und daß darüber eine Tradition von Jahrhunderten besteht, die aus dem Kreise der Staatsmänner bis in die populären Anschauungen des Volkes hinabgedrungen ist. Die zarten Blüthen humaner Theorien erstarren dort sehr rasch unter dem kaltea Reif politischer Erwägungen und Berechnungen; uns Deutschen bleibt dann allein die Ehre, die welkende Blume auf eigne Kosten und mit eignen Opfern zu pflegen. England, das sein irisches Volk mit einer Gewalt gedrückt hat, wie sie in der neuern Geschichte fast ohne Beispiel ist, verspürt trotzdem sympathische Anwandlungen für die Freiheit der Italiener, weil es gilt, die hesperische Halbinsel zu einer Art von Portugal oder Indien zu machen; England, das zweimal innerhalb sechs Jahren mit scheußlicher Gewaltthat den dänischen Wohlstand und die dänische Marine zerstört hat, fühlt gleichwohl den Beruf in sich, Dänemark vor „deutscher Eroberungslust“ zu schützen, weil es darauf ankömmt, im Norden Deutschlands, an dem Grenzpunkt zweier Meere, uns diese offene Wunde zu erhalten und zu nähren. Ganz in derselben Weise sucht Frankreich ohne Feldzug und ohne eigne Opfer, und unter der Firma der „Nationalitäten“, Oesterreich um die Entschädigung zu bringen, für die es kostbaren Besitz am Oberrhein und in den Niederlanden hat hingeben müssen, und umgekehrt macht es, unter der Firma derselben Nationalitätstheorie, gemeinsame Sache mit Dänemark, mit Holland, um deutsche Sprache und Nationalität unter das Joch dieser Schatteumonarchien dengen zu helfen.

So haben sie immer gehandelt, von Franz I. und Ludwig XIV. an bis auf Napoleon, Louis Philipp und Cavaignac; so war die Politik der Walpole, Pitt, Fox bis auf Aberdeen und Palmerston, ohne daß die Schule, Theorie oder Partei irgend einen merklichen Unterschied hätte aufkommen lassen. In dieser Hinsicht ist es eine tiefe und wohlbegründete Wahrheit, die die Times vor einigen Wochen aussprach: es sei einerlei, durch wen diese Grundsätze vertreten würden, ob durch Lord Palmerston und General Cavaignac oder ob durch Guizot und Lord Aberdeen. So konnte sich die berüchtigte und viel verspottete entente cordiale der Louis Philipp'schen Politik sehr rasch wieder anknüpfen; vielleicht noch dauerhafter als früher, weil höfische und dynastische Hände nun nicht mehr dazwischen spielen, weil Händel, wie die spanische Heirath, außer dem Bereiche der Möglichkeit einer republikanischen Politik liegen. Aber das herzliche Einverständniß ist wieder da; es wird gerade so lange dauern, bis sich der eine Theil von aadern übervortheilt sieht, dann wird in der Times und im National der alte Franzosen- und Britenhaß wieder laut werden, wie im Jahr 1840 und später. Denn es handelt sich nicht um Ideen und Theorien, sondern nur um Interessen.

Diese Politik mag, menschlich betrachtet, ihre trüben und beklagenswerthen Seiten haben, aber sie ist dort vorhanden und ist die einzige dauernd populäre. Eine Allianz mit Frankreich war in den dreißiger Jahren in England populär, nicht weil man sich für das Julikönigthum begeisterte (Begeisterung in der Politik kennt der Engländer überhaupt nicht), sondern weil man der neuen Re-

Digitized by Google

gierung Bestand zutraute und daher Vortheil von ihr erwartete. Ebenso kühl und höhnisch wurde diese Freundschaft zurückgestoßen, wie sie einst warm und angelegentlich gesucht worden war, seit der politische Instinkt der englischen Staatsleute am dauernden Bestehen und am Vortheil zu verzweifeln anfing; ebenso warm würde sie heute wieder gesucht werden, sobald man sich überzeugen könnte, daß die Cavaignac'sche Republik dauernd Bestand haben wird. Derselbe Fall ist es mit Frankreich gegenüber England, und auch die russische Staatskunst wird sich durch solche Erwägungen vorzugsweise bestimmen lassen. Kaiser Paul schloß mit Frankreich Friede und Freundschaft, sobald er die Zügel der Regierung dort von einer kräftigen Hand gefaßt und gehalten sah; auch sein Sohn wird sich, wie bereits erklärt ist, durch das „republikanische Princip" nicht abhalten lassen, einer Macht die Hand zu reichen, die beweist, daß sie eine Macht ist.

So befänden wir uns denn in einer bedenklichen Isolirung — bedenklich, insofern unsere innere und äußere Lage eine freundschaftliche Stütze außerhalb sehr wünschenswerth machte. Aber sei es darum, wenn wir die Stütze nur durch Opfer an Ehre und Vortheil erkaufen könnten. Ein jedes Volk, das sich aus der Ohnmacht zu einer politischen Stellung emporringt, hat mit dieser Isolirung zu kämpfen; auch England, auch Frankreich waren in den Zeiten ihrer beginnenden Kraftentwickelung, ehe sie neugestaltet in das eifersüchtige europäische Koncert eingelassen wurden, isolirte Staaten. Besser jedenfalls eine solche Isolirung, als eine neue Duperung durch fremde Vermittlungsgeschäfte in der italienischen und schleswiger Sache. Besser, wir stehen so wachsam und lauernd gegen die zudringlichen Vermittler auf der Warte, nöthigenfalls auf dem Kriegsfuß, als wir retiriren in der Paulskirche überflüssige baisers de Lamourette für Frankreich, oder ergehen uns dort in wdrigen Komplimenten für England. Die Fragen sind, wenn wir so auf uns beschränkt sind, minder verwickelt, aber freilich um Nichts weniger schwierig; es bedarf an der Spitze der deutschen Geschäfte der ganzen Charakterstärke politischer Männer, um uns glücklich zum Ziele zu führen. Routiniers und Diplomaten gewöhnlichen Schlags haben hingereicht, um die Dinge in das Chaos hineinzuführen, in dem sie sich befinden; es bedarf jetzt der staatsmännischen Talente und Gesinnungen, um sie wieder herauszuleiten in das ebene Geleis.

Die italienische und die schleswiger Angelegenheit sind zwei gute Probestücke für eine junge Staatskunst.

Oesterreich. ** Wien, 7. Sept. Am Ende der gestrigen Sitzung hatte der Abg. Hubitzki die Anschuldigung gegen den Abg. Stadion vorgebracht, daß dieser die galizischen Bauern auf fälschliche Weise überredet habe, gegen den Antrag des Abg. Löhner zu stimmen, und ihnen weißgemacht habe, daß sie mit „Ja" für die Republik, mit „Nein" aber gegen dieselbe und für die Erhaltung des Kaisers stimmen. Diesen Vorfall vermißt in der heutigen Sitzung der Abg. Hubitzki in dem verlesenen Protokoll. Abg. Stadion vertheidigt sich damit, daß er wirklich seine galizischen Landsleute für sich zu stimmen versucht habe, was aber auch sein Ankläger gethan, und er nicht wüßte, daß er nur allein die Verantwortschaft über dieselben übernommen. Doch will er sich einer Kommission unterwerfen, und, falls er schuldig befunden wird, die ihm gebührende Rüge entgegen nehmen. Viele der Abgeordneten, vorzüglich das Centrum, wollen diesen Vorfall im Protokoll nicht aufgenommen wissen, indem unbegründete Anklagen nicht in dasselbe gehören. Hubitzki erklärt, den Abg. Stadion in Anklagestand zu versetzen, welchem er selbst sich unterwirft, im Falle er seine Anschuldigung nicht zu beweisen vermöchte. Einstimmig wird diese Angelegenheit einer Kommission zugewiesen und diese mit einer Majorität, nach dem Antrage des Abg. Brestl der Art zusammengesetzt, daß jede der beiden Parteien, sowohl Hubitzki als Stadion, 4 Kommissionsmitglieder wähle, und diese 8 Mitglieder sodann sich zur Wahl eines neunten vereinigen. Mit Spannung horcht die ganze Versammlung der bevorstehenden Erklärung des Ministeriums, bezüglich der Interpellation des Abg. Borosch. Im Auftrage des Ministerpräsidenten nimmt Minister Dahlhoff das Wort und erklärt im Namen des Gesammtministeriums, daß er alle gegen dasselbe vorgebrachten Verdächtigungen, als hätten sie sich in eine volksfeindliche Stellung versetzt und den Reichstag unmündig erklärt, auf das Nachdrücklichste zurückweise, eben so, wie den Vorwurf, als wollte man den Reichstag von Oben aus erdrücken. „Getreu unserem ministeriellen Programm, sind wir jedoch fest entschlossen, die Rechte der Krone zu wahren; wir weisen entschieden jede Unterstellung von reaktionären Tendenzen von uns zurück, so wie wir aber auch gegen alle anarchisch-republikanischen Umtriebe energisch aufzutreten gesonnen sind; wir halten uns nicht auf historischer Basis und Scheinliberalismus, sondern auf jener der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, des Gesammtwillens Aller in harmonischer Vereinbarung mit der Krone. Dem Ministerium ist nicht bewußt, je dem freien Wirken des Hauses entgegengetreten zu sein; es wurde uns der Vorwurf gemacht, die Entschädigung zur Kabinetsfrage gemacht und unserer Ansicht erst am Schlusse der Verhandlung Gränzen zu haben; wir glauben dadurch eben bethätigt zu haben, wie hoch wir die Freiheit in der Berathung geschätzt, und glauben nicht, daß etwas Anderes die Kammer zu ihrem Beschlusse geführt habe, als die innere Ueberzeugung und der Gerechtigkeitssinn der Reichskammer. Am allerwenigsten hätten wir jedoch von dem Hrn. Interpellanten diesen Vorwurf erwartet, da er sich doch selbst für die Entschädigung durch Vermittlung des Staates ausgesprochen und aus Besorgniß, die Majorität der Kammer würde nicht dafür stimmen eine eigene Denkschrift veröffentlichte. Das Ministerium muß jede Zumuthung auf das Haus influenziren zu wollen, als ihm fremd abweisen, dem Ministerium werden solche Mittel stets fremd bleiben und dasselbe wird die Beistimmung der Majorität des Hauses nie anders als durch offene Darlegung ihrer Ansicht und die Ueberzeugung von der Gerechtigkeit seiner Maßregeln zu gewinnen suchen. Bezüglich der Beantwortung der Principienfrage muß ich vor Allem bemerken, daß die vom Justizminister im Namen des Ministeriums ausgesprochenen Grundsätze auch von dem Gesammtministerium getheilt werden. Es handelt sich nämlich darum, daß die Kundmachung des beschlossenen Gesetzes zur Aufhebung der Unterthänigkeit nur durch exekutive Gewalt geschehen könnte; zwar ist dermalen im konstitutionellen Wege noch Nichts festgesetzt, denn die Konstitutionsurkunde mußte zuerst gegeben sein; allein da wir auf konstitutionell-monarchischem Boden stehen, hervorgegangen aus der freien Gewährleistung Sr. Majestät, so dürfte kein Zweifel hierüber erhoben werden, daß, so lange die Konstitution nicht in Wirksamkeit getreten, nur konstitutionelle Principien im Allgemeinen maßgebend sein können, weßhalb auch alle bis dahin zu veröffentlichenden Gesetze zur Sanktion des Kaisers gelangen müßten; hierdurch sollte jedoch der Konstitution bei Feststellung der Gesetze über exekutive Gewalt nicht vorgegriffen werden. Das Ministerium weist übrigens in Beziehung auf die Stellung der Krone zum Verfassungswerke auf die kaiserlichen Manifeste vom 3. und 6. Juni hin, aus denen klar hervorgeht, daß Se. Majestät nicht gesonnen sei, bei der Feststellung der Konstitution durch die Abgeordneten irgendwie Schranken zu setzen, daß Se. Majestät mit Liebe festhalten werde an der durch die frei gewählten, einberufenen Abgeordneten gegebenen Konstitution. Bezüglich der Verantwortlichkeit endlich erklärt das Ministerium, daß es sich nicht bloß moralisch, sondern auch rechtlich den konstitutionellen Begriffen entsprechend, vom Antritte seiner Amtswirksamkeit für alle seine Handlungen verantwortlich halte und jederzeit bereit ist, dem Hause hierüber Rechenschaft abzulegen. (Stürmischer Beifall.) Hieraus wird noch eine ungefähr stundenlange Debatte über die Wahl der Kommission zur Entscheidung des Kudlich'schen Antrags geführt, wovon endlich der Borosch'sche Antrag, daß die Kommission nach Gouvernements zusammen gestellt werde, mit wenigen Modifikationen angenommen wurde.

** Wien, 7. Septbr. Nach und nach bekommen wir auch eine Literatur der revue retrospective, wenn auch in etwas anderem Sinne als in Frankreich. Die geheime Justizwillkür der frühern Zeit tritt in mehr oder weniger grellen Farben an das Licht des Tages. Diese berühmte justitia, das Fundamentum regnorum, wie sie sich selbstgefällig nennt, war wie jedes Fundament im „dunklen Schooß der heiligen Erde" versteckt und jetzt, wo das alte Gebäude zusammengestürzt und das Fundament sichtbar geworden, sieht man wie es schmählich zu Privatzwecken mißbraucht worden, und wie Jeder, der wollte und konnte, sich sein apartes egoistisches Häuslein darauf baute. So z. B. steht im gestrigen „Radikalen" ein offener Brief an Se. Maj. den Kaiser, dessen Schreiber 20,000 fl. Entschädigung verlangt, dafür, daß ein von ihm verfaßtes und dem Kaiser im Jahre 1844 persönlich überreichtes „Projekt mehrfacher Erfindungen im Kriegswesen", dem Verfasser nicht wieder verabfolgt, dagegen von Anderen, als ihre eigene Erfindung ausgebeutet wurde; dafür ferner, daß auf des Verfassers wiederholten Versuch, sich Audienz und Recht zu verschaffen, er polizeilich arretirt und unter der Androhung von Kerker oder Narrenthurm ein Protokoll unterzeichnen und darin versprechen mußte, von seinen Ansprüchen auf sein Eigenthum, sowie von jedem Versuch, Se. Maj. zu sprechen, abstehen zu wollen. Der Unterzeich-

Digitized by Google

nete, ein „Bürger und Nationalgardist“, spricht unumwunden den Verdacht aus, daß das Sr. Maj. eigenhändig anvertraute Eigenthum — das er erst, nachdem er dem gräßlichen Zwange nachgegeben, versiegelt zurück erhalten — unterschlagen und betrügerischer Weise zu fremdem Zwecke mißbraucht wurde, wofür er als Entschädigung sich mit der verhältnißmäßig geringen Summe von 20,000 fl. begnügen will. — Der Ministerialrath Fischhof, Dr. med., ist vom Ministerium nach Galizien gesandt worden, Behufs einer Mediation. Er soll nämlich zwischen der Cholera und den österreichischen Staaten interveniren, d. h. mit andern Worten, er soll sich persönlich vom Stand der Cholera überzeugen, um die geeignetsten Maßregeln dagegen ergreifen zu können. — Die akademische Legion geht mit einem Purifikations-Plane um, nämlich diejenigen Mitglieder auszuscheiden, die in der ersten stürmischen Hast sich dazu einschreiben ließen, ohne zur Universität zu gehören. — Auf eine Aufforderung des ungarischen Kriegsministeriums hin erklärt das Officierkorps der Garnison zu Esseg, daß sie die Festung als kaiserliches Gut, somit als neutralen Boden betrachten, und bis auf weitere Order jeden Angriff, sowohl von ungarischer als kroatischer Seite zurückweisen würden, welche Erklärung in der Wiener Zeitung vom 7. zu lesen. — Die Bezirkschefs der Nationalgarde werden zu einer erneuerten Konskription aufgefordert.

†† Wien, 8. September. Die ungarischen Deputirten versammelten sich heute um 12 Uhr bei dem ungarischen Ministerium, wo sie die Antwort des Kaisers auf die übergebene Petition der ungarischen Kammer erwarteten. Graf Bathyani hatte die Petition heute Vormittag dem Kaiser überreicht und kam mit ernstem Aussehen zurück. Die unter dem Thore stehenden Deputirten empfingen ihren Minister mit „Eljen Bathyani“ und folgten ihm nach. Er eröffnete der Deputation, daß er um neun Uhr Abends erst die Antwort des Kaisers respektive Königs empfangen werde, ob oder wann die Deputation empfangen werden wird. Die Deputirten verließen höchst mißvergnügt den Saal und bestiegen ihre Fiakres voll Ungeduld über die verzögerte Antwort. Die von den Kammern überschickte Petition ist in starken Ausdrücken abgefaßt und läßt nur positive Negation oder entschiedenes Auftreten für Ungarn zu. Der Sieg wird wahrscheinlich den Kroaten bleiben. Doblhoff, Hornbostl, Schwarzer dürfen mit dem Kaiser nur durch den Ministerpräsidenten verkehren, sie sind nicht hoffähig; das ist Thatsache, daß nur Latour Wessenberg und Kraus dort aus und eingehen! Die Antwort Doblhoffs auf Borrosch's Interpellation wurde im Auftrage des Ministerpräsidenten gegeben. Warum nicht als Bekenntniß des ganzen Ministeriums? Es scheint, daß der Ministerpräsident befehlen könne, wie das Ministerium des Innern, Handels, Kriegs, der Arbeit und Finanzen zu denken habe. Das Princip ist der Souverän eines Volksministeriums, aber nicht die Meinung des Konseilpräsidenten. So geschehen Mißgriffe jeden Tag und noch immer haben wir die alte Bureaukratie, die alte Diplomatie. Der Orient — unser Herzblut — wird von Hrn. Lauria ausgesogen, vom Hrn. Prokesch mißverstanden, vom Hrn. Stürmer indolirt. — Hr. Minister Schwarzer ist als Generalkonsul nach Hamburg designirt.

Δ Wien, 8. Septbr. Fürst Esterhazy hat seine Demission, als ungarischer Minister an dem kaiserlichen Hofe, eingereicht, weil er die Sturmpetition der 100 ungarischen Deputirten weder unterstützen, noch bei dem Kaiser einführen wollte. Seit die ungarischen Deputirten hier sind, ist das Militär und die Nationalgarde konsignirt, um bei dem ersten Alarmzeichen ausrücken zu können. Man scheint zu fürchten, daß sie im Falle einer abschlägigen Antwort den Versuch machen werden, mit ihren zahlreichen Anhängern und anwesenden Landsleuten in Wien selbst Unruhen zu erregen und ihre Wünsche mit Gewalt durchzusetzen. Die kategorische Frist von 24 Stunden war gestern Abend vorüber — die Audienz bei dem Kaiser erfolgte aber erst heute früh um 12 Uhr in Schönbrunn.

Preußen. ** Vom Rhein, 9. Sept. Es ist in der Centralabtheilung der preuß. Nationalvers. vor Kurzem ein in die rheinischen Verhältnisse tief eingreifendes Gesetz beschlossen, das, obschon es seit der Neugestaltung unserer Zustände eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden und von der Provinz im Allgemeinen mit dem lautesten Beifall begrüßt ist, doch bei den Betheiligten ebenso lauten, wenn auch voraussichtlich hoffnungslosen Widerspruch erfährt: ich meine das Gesetz über die Aufhebung des der rheinischen Ritterschaft verliehenen Autonomie- und Korporationsrechtes. Bekanntlich war durch eine Reihe von Kabinetsorders und Verordnungen aus den Jahren 1836 und 37 denjenigen Besitzern rheinischer Rittergüter, welche bis zum 1. Januar 1837 einer zu errichtenden besondern Stiftung zum Besten und im Interesse der von der Succession in das Grundeigenthum ausgeschlossenen Söhne und Töchter der Familie beitreten und „gebührend nachweisen“ würden, daß sie zu den Familien gehörten, in denen die Befugniß, in Successionsfällen über ihren Nachlaß zu bestimmen, vor Einführung der fremden Gesetzgebung ausgeübt worden, auf Wiederherstellung dieser Dispositionsfrist in Erbschaftsfällen anzutragen gestattet und jedem solchen Familienhaupte, wenn nicht Verträge oder anderweitige beschränkende Familienanordnungen entgegenständen, die abnorme Befugniß beigelegt, durch Verfügungen unter Lebenden oder auf den Todesfall, mit Abweichung vom gemeinen Rechte und ohne durch einen Pflichttheil beschränkt zu sein — nur waren sie verpflichtet, für die standesmäßige Erziehung der Kinder, für ihre Abfindung oder Aussteuer, und für die Versorgung des überlebenden Ehegatten nach dem früheren Familienherkommen, nach der Zahl der Kinder und nach den Vermögensverhältnissen Sorge zu tragen — die Erbfolge unter den Kindern, die Bevorzugung eines derselben vor den andern, Substitutionen, Abfindungen und Aussteuer der Söhne und Töchter, die Verhältnisse der Ehegatten, und überhaupt Alles, was auf die Erbfolge und ihren Nachlaß Bezug hat, nach freiem Gutbefinden festzusetzen; und es haben darauf dreißig Grafen und Freiherren ein landesherrlich bestätigtes Statut der Stiftung für die „rheinische ritterbürtige Ritterschaft“ errichtet. Das neue Gesetz hebt alle diese Ausnahmsbestimmungen auf; dieselben sind freilich bei bereits eröffneten Successionen für die Rechte der Erben noch maßgebend, bei künftigen Sterbefällen der Disponenten ist aber die Rechtsbeständigkeit aller von Mitgliedern der rheinischen Ritterschaft getroffenen Dispositionen über ihr Vermögen sowohl rücksichtlich der Form als des Inhalts nur nach den allgemein geltenden Gesetzen zu beurtheilen. Merkwürdigerweise ist das Gesetz nur für die Rheinprovinz berathen, während die genannte Verordnungen einer Anzahl adeliger Familien in der Provinz Westfalen mit geringen Modifikationen die gleichen Befugnisse einräumen. Während die „Neue rheinische Zeitung“ ihrem Ende entgegensieht, wird die Tagesliteratur der Rheinprovinz von morgen ab durch eine andere Zeitung mit social-demokratischer Richtung, die „Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten“ bereichert werden, bestimmt, „die Interessen aller Klassen des arbeitenden Volks zu vertreten, möge es in der Stadt oder auf dem Lande wohnen, möge es ein bürgerliches oder ein Soldatenkleid tragen.“ Als Herausgeber sind zwei ehemalige Offiziere, beide seitdem aus dem Dienste entlassen, genannt, der bekannte Anneke, der sich freilich zur Zeit noch im Arresthause in Köln befindet, und der „Bürger“ Beust, früher „Herr v. Beust.“ Die Zeitung, die ohne weitere geistige und materielle Mittel ins Leben tritt, wird voraussichtlich während ihres kurzen Daseins nicht über das Weichbild der Stadt hinaus gelangen, und sich auf dem Niveau der „Arbeiterzeitung“, der „freien Volksblätter“ und ähnlicher Auswüchse der neuen Freiheit halten, denen allmählich auch das Publikum untreu wird, auf welches allein sie allenfalls zu wirken vermochten, die arbeitende Klasse. Die Arbeiter, ich wiederhole, was ich schon mehrfach angeführt, beginnen das Treiben jener Herren, die sie zum Werkzeug ihrer eigenen Pläne machen, gründlich überdrüssig zu werden. Die letzte Generalversammlung des Arbeitervereins in Köln, der sonst bei einer solchen Gelegenheit nach Tausenden zählte, war so überaus spärlich besucht, daß sich der Präsident in den bittersten Klagen über die „Reaktion“ ausließ, welche die Betheiligung an diesen Zusammenkünften durch alle Mittel zu hintertreiben suche. Allerdings gibt es auch unter ihnen Fanatiker: Bei einer großen Versammlung, welche in Düsseldorf abgehalten wurde, als Freiligrath's Verhaftung bekannt geworden, trat ein Arbeiter auf mit einem Strick in der Hand und forderte den Präsidenten auf, sofort den „Kerl“ aufzuhängen, der jene Verhaftung angeordnet, und der ehrenwerthe Präsident beschwichtigte ihn mit Mühe durch die Auseinandersetzung, wie ein solcher Akt der Volksjustiz, so verdient er sonst sein möchte, doch, als gegen eine „einfältige Maschine“ (den königl. Oberprokurator) gerichtet, ein „Mißgriff“ sein würde. Das sind aber Ausnahmen, die Nichts beweisen. Die Demokratie, wie sie in der Rheinprovinz auftritt, erstickt in ihrem eigenen Unsinn, und ob ein Lassalle ihr aufhelfen kann, den der Düsseldorfer Volksklub so eben an seine Spitze gestellt hat, möchte denn doch sehr die Frage sein. Wenn es überall noch möglich ist, so wird die katholische Partei ihr Bestes thun müssen, welche in der Rhein- und Moselzeitung den Fürsten bereits ankündigt: „Das Volk hat sich überzeugt, was der Erfüllung seiner Wünsche im Wege steht; es hat sich überzeugt, daß hier Schonung Verrath an sich selbst ist; ein Kampf auf Leben und Tod wird sich eröffnen und das siegreiche Volk seine Feinde zermalmen.“ Die sämmtlichen katholischen Vereine Deutschlands werden demnächst in Mainz einen Kongreß abhalten; schwerlich wird dort bloß über die Interessen der Religion verhandelt werden; bei der enormen Thätigkeit der Partei lassen sich jedenfalls folgenreiche Beschlüsse erwarten.

Digitized by Google

** Köln, 8. Sept. Wir haben also endlich, nach langer Unterbrechung, wieder eine jener Volksversammlungen gehabt, in welchen Köln vor einigen Monaten der Welt Gesetze vorschrieb, wenn auch die Welt verhältnißmäßig wenig Notiz davon nahm. Aber wie verändert! Sonst tagten wir in den eleganten Sälen des Stollwerkschen Lokals, der Redner, „Herr" so und so, sprach von einer schwarzroth-goldbehangenen Tribune herab, und das verehrungswürdige Publikum hieß: „Meine Herren". Jetzt wandeln wir über einen mit schmutzigem Stroh bedeckten Hof in einer der traurigsten Gassen der Stadt in die patriarchalischen Räume einer Reitbahn: eine unglückliche abgetakelte Droschke bildet zugleich den Präsidentenstuhl und die Rednerbühne; auf den Wagenrädern versehen zwei Israeliten die öffentliche Funktion, dem jeweiligen Redner, nicht mehr „Herr", sondern „Bürger" so und so, ein Lichtstümpchen zu halten und wir, das souveräne Volk, ei-devant „Meine Herren", werden jetzt mit friedlicher Stimme „Mitbürger" angeredet. Berathen und beschlossen haben wir, „die unterzeichneten in Köln wohnenden deutschen Reichsbürger", diesmal eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt, in welcher wir dieselbe auffordern, in Erwägung einer ganzen Reihe von Punkten, unter welchen sich besonders die Erwägung empfiehlt, daß der mit Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand „nur die Interessen des Absolutismus und die undeutschen Sonderbestrebungen der preußischen Regierung" im Auge hat, diesen Waffenstillstand zu verwerfen, die gegenwärtige preußische Regierung aber nie wieder mit diplomatischen Unterhandlungen für Deutschland zu beauftragen. Ich werde Sie mit den Einzelnheiten der sogenannten Diskussion nicht behelligen, mit diesen stereotypen Deklamationen über Metternich und „die andern Spitzboden" der Reaktion, mit diesen historischen und geographischen Ungereimtheiten, welche das souveräne Volk in gutem Glauben hinnahm, mit der wegwerfenden Verachtung, mit welcher die Nationalversammlung und das ganze deutsche Volk behandelt wurde: „die Bauern auf dem Kap der guten Hoffnung peitschen ihre Ochsen mit den eigenen Schwänzen derselben, die sie ihnen abhauen: so — ich citire wörtlich, obgleich ich's nicht verstehe — so geht es uns mit der deutschen Nationalversammlung. Wie sind eine schuftige Nation, wir haben uns blamirt bei jeder Gelegenheit, und als wir eine Revolution machten, haben wir uns erst recht blamirt." Das Ende vom Liede war, daß die Adresse angenommen, derselben aber eine fernere, von einem Mitglied der Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung vorgeschlagene und mit dem unsinnigsten Unsinn unterstützte Erwägung einverleibt wurde, nach welcher der Waffenstillstand zu verwerfen sei, weil Deutschland, das in Italien, Böhmen und Polen die Revolution morde, in Schleswig-Holstein für die Revolution kämpfe, gegen die Legitimität und den Absolutismus. Der Präsident versuchte vergebens, diese Klausel zu beseitigen: es wurde von der Gegenseite geradezu erklärt, die demokratische Partei wolle, auch in dieser einzelnen Frage nicht, keine Bundesgenossen unter den Konstitutionellen, denen sie demnächst „bei dem nahen Kampfe zwischen Preußen und Deutschland" auf Leben und Tod gegenüberstehen würde, und mit brüllendem Jubel der patriotischen Versammlung wurde die Versicherung aufgenommen, daß der Wiederbeginn der Feindseligkeiten gegen Dänemark zunächst den Ruin der Küstenstädte, dann den Untergang Preußens und endlich das Verderben der Bourgeoisie herbeiführen würde. Am Schluß der Sitzung wurde dann noch in aller Eile, da die Hitze in dem überfüllten Lokal und der Geruch des dort konsumirten, sehr demokratischen Tabaks auf die Länge unerträglich war, eine andere Adresse an die Nationalversammlung in Berlin genehmigt, welche, obwohl das von derselben gegenwärtig berathene Bürgerwehrgesetz, „im Einzelnen" wie im Ganzen, den gerechten Erwartungen des Volks auf das Entschiedenste widerspricht, doch namentlich gegen den Paragraphen gerichtet ist, der von jedem Bürgerwehrmann die Versicherung fordert: Ich gelobe Treue dem Könige und Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des Königreichs. Die „unterzeichneten, in Köln wohnenden deutschen Reichsbürger" — Sie sehen, die Versammlung ist selbst in ihren nach Berlin gerichteten Adressen schon vollständig in Deutschland aufgegangen — „kennen den König nur so weit, als derselbe zu der Verfassung seine Stelle findet", und sie „protestiren aufs Feierlichste gegen jeden Versuch, einen Eid zu fordern, der ihre Stellung als freie Staatsbürger und Bürgerwehrmänner in jedem entscheidenden Augenblick in Widerspruch bringen würde." Was man sich unter dem entscheidenden Augenblicke denkt, in welchem jener Eid allerlei Unbequemlichkeiten haben würde, ist unschwer zu errathen.

Baiern. ▽ München, 10. Septbr. Wie es „sicherm Vernehmen nach" heißt, hat vorgestern das Staatsministerium beschlossen, den Staatsminister von Bray nach Frankfurt abzuschicken, „um daselbst im Namen der baierischen Regierung nicht allein rückhaltlose Anerkennung der Centralgewalt auszusprechen, sondern auch die aufrichtigste und kräftigste Mitwirkung zur Vermittlung und Ausgleichung der aus Anlaß des Waffenstillstandes mit Dänemark drohenden Zerwürfnisse zu versichern." — Mit diesen Worten verkündigt und erläutert unsere officielle Ztg. die Sendung des Grafen. Aus innerm oder äußerm Antriebe setzt sie ferner noch hinzu: man erkenne daraus, wie Baiern auch in dieser Frage den Grundsätzen einer wahrhaft deutschen Politik treu bleibe, denen es, trotz aller Verleumdungen, bisher bei all seinen Handlungen aufrichtig gefolgt sei. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß Baierns früherer König und mit ihm die Baiern — denn zu der Zeit durfte sich der deutsche Patriotismus nur nach königlicher Vorschrift äußern — gerade für die schleswig-holsteinische Angelegenheit lebhaft Partei nahmen, wofür ihnen die Anerkennung Deutschlands nicht fehlen wird; etwas Bedeutungsvolles hat nur der Umstand, daß diese „rückhaltlose" Anerkennung der Centralgewalt (rückhaltlos insofern wenigstens nicht, als sie einen guten Rückhalt für Baiern gewährt) in einem Augenblick erfolgt, wo Preußen mit Frankfurt zu zerfallen droht und die Mißstimmung gegen dasselbe bei den süddeutschen Stämmen den äußersten Grad erreicht zu haben scheint. Der Moment ist insofern für Baiern sehr glücklich gewählt, für Deutschland dagegen wäre es vortheilhafter gewesen, wenn Baiern schon früher diese „rückhaltlose" Anerkennung für die Centralgewalt ausgesprochen, dadurch ein nachahmenswürdiges Beispiel gegeben und den Schein vermieden hätte, als wolle es seinen Stern in Deutschland aufgehen lassen, wo Preußens Stern niederzugehen droht. So viel ist gewiß, daß Baiern, wenn auch zum Theil eine deutsche, doch auch immer eine specielle Politik verfolgt hat. Uebrigens ist der Graf bereits über Hohenschwangau nach Frankfurt a. M. abgegangen.

Schleswig. * Altona, 9. Sept. Die gestrige Nacht war eine der unruhigsten, und der Nachmittag vorher setzte alle Lärmtrommeln in Altona in Bewegung, in Folge eines Gefangenentransports aus dem preußischen Hauptquartier. General Wrangel sandte nämlich gestern 6 preußische Soldaten aus dem Hauptquartier als Gefangene hieher, welche sich die preußische Kokarde abgerissen und erklärt hatten, der König von Preußen sei ein Schauspieler, der den Mantel nach dem Winde hänge. Die Leute waren nicht dahin zu bewegen zu widerrufen und so sollten sie, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, nach Spandau transportirt werden. Hier angekommen, warfen sie Zettel aus dem Gefängnisse, darauf das Volk bittend, sie zu befreien. Das Volk rottete sich zusammen, wandte sich an den Oberpräsidenten, Grafen Reventlow; doch da derselbe die Gefangenen nicht freigeben konnte, zog man vor das Wachtgebäude, befreite sie mit Gewalt, setzte sie auf herbeigeschaffte Wagen und schaffte sie ins Innere Holsteins, um sie der Strafe der preuß. Behörde zu entziehen, die aufgeregte Masse war aber nicht sogleich beruhigt, sie zog bis spät in die Nacht durch die Straßen und noch nach 11 Uhr erschollen die Lärmtrommeln. Demonstrationen wurden in Hamburg vorgenommen, wo man die Nacht vorher einige Katzenmusikanten festgenommen hatte. Man zog in Masse ans Altonaer Thor, die Bürgerwache trat aber trotz des Kanonenfeuers der Schildwache nicht ins Gewehr, da sie glaubte, der Trupp wolle die Sperre hinwegdrängen und den Altonaern zu Hilfe ziehen, statt dessen zogen aber die Leute nach der großen Neuenmarktswache, jedoch in der größten Ruhe, stellten sich vor dem Wachtgebäude auf und verlangten die Freilassung der in der Nacht gemachten Gefangenen. Die Nachtwächter, die das Wachtgebäude besetzt hatten, fielen die Truppe mit Bajonetten an, zugleich ward dieselbe von hinten von einer großen Zahl von Polizeidienern mit bleiausgegossenen Stöcken angefallen, ein Theil verwundet und verhaftet. Die ganze Bevölkerung ist aufgebracht über das Benehmen der Polizei und man befürchtet allgemein heute Abend Demonstrationen gegen die Polizei. In den Vereinen wird man mit großer Energie dieserhalb zu Werke gehen, da man gerade ruhige Zuschauer am meisten molestirt hat. — Die Truppenbewegungen nach dem Süden dauern fort und hoffentlich wird Deutschland die Sache Schleswig-Holsteins nicht fahren lassen.

Kiel, 9. Sept. Gestern hat Hr. v. Below, welcher sich mit dem Kammerherrn v. Reedtz in Schleswig befindet an die Herren O.-A.-G.-Rath Preusser, Graf Reventlow zu Jersbeck, Baron von Heintze und Landvogt Boysen die Aufforderung erlassen, die neue Regierung Schleswig-Holsteins mit der Befugniß zu bilden, sich selbst ein fünftes Mitglied als Präsidenten wählen zu können. Natürlich ist auch dieses Ansinnen abgelehnt, in Folge der Beschlüsse der Landesversammlung vom 4. Sept. — Das Staatsgrundgesetz ist von der Landesversammlung berathen und angenommen. Heute erwartet man die Genehmigung desselben durch die prov. Regierung. Die Hauptpunkte desselben sind: Suspensives Veto in allen Fällen, der Herzog

mag Regent eines andern Landes sein oder nicht; Einkammersystem und ein eigenthümliches Wahlgesetz. Von 100 Abgeordneten werden 50 ohne Beschränkung direkt durch das gesammte Volk gewählt. Von den übrigen 50 wählten die Landbesitzer, welche einen Besitz von 600 Thaler Steuerwerth oder 150 Thlr. jährliche Einnahme haben, 20, in derselben Weise die Städter 20, und endlich die Besitzer von Grundstücken von mehr als 30,000 Thlr. Steuerwerth 10. Auf diese Weise hat eine große Anzahl der Staatsbürger Gelegenheit, zwei Mal zu wählen. (B.-H.)

Hamburg, 7. Sept. Man schreibt der Fr. O. P. A. Z.: Es ist bemerkenswerth, daß, obgleich die Blokade allgemein faktisch aufgehoben, immer noch eine dänische Fregatte, die „Bellona", vor der Elbmündung kreuzt, freilich ohne die durchpassirenden Schiffe anzuhalten. Es soll dies, wie es heißt, auf höhere Veranlassung geschehen, weil man in Kopenhagen die Sache für bei Weitem noch nicht beendigt betrachtet. Wie aus den neuesten Kopenhagener Blättern hervorgeht, scheint man übrigens in Dänemark auch nicht sehr freudig gestimmt zu sein über den Waffenstillstand; denn die fanatisirte dänische Kriegspartei hat dem Volke in Schrift und Wort aufgebunden, daß Dänemark bei einem etwaigen Waffenstillstandsabschlusse deutsches Eigenthum und deutsche Schiffe behalten, Schleswig wieder zu Dänemark geschlagen und mit dänischen Truppen besetzt, und daß endlich Deutschland die jütischen Requisitionen mit 8 Millionen vergüten werde. Karl Moltke und der Kammerherr v. Reedtz, letzterer in seiner Begleitung, verweilen seit gestern in unsern Mauern und sollen noch heute über Lübeck nach Kopenhagen abgehen.

ϑ Frankfurt, 12. Sept. Der gestrige Beschluß der Nat.-Vers. kann für die Förderung der Geschäfte, und darum auch für die mögliche Lösung der Aufgabe selbst von großer Bedeutung werden. Bassermann sprach ausführlich darüber, wie wenig die Nat.Vers. noch ihrem Ziele nahe gerückt sei. Ihr Zweck sei, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu begründen. Ob das geschehen sei seit dem 18. Mai? Das Vertrauen in die Versammlung habe abgenommen. Die Schuld davon liege theils an der Dauer der Berathungen, theils an der Natur der Beschlüsse, indem viele derselben die vorherrschenden Ansichten in einem Theile Deutschlands und die Partikularinteressen bald mehr bald weniger verletzen. Es müßten noch andere kommen, bei denen dies noch mehr der Fall sein werde. Dadurch erhalte die Versammlung immer neue Gegner und ihr Werk werde schwieriger. Je länger daher die Verfassung ausstehe, desto unsicherer werde ihre Vollendung. Er berechnet, daß wenn die Versammlung fortfahre, wie bisher, die Verfassung im günstigsten Falle im Jahre 1850 zu Stande komme. Indessen könne die Stimmung in Deutschland zum Nachtheile für die Sache sich ändern. Nach der Anspannung und Aufregung trete naturgemäß eine Erschlaffung ein; man sehne sich allmählich wieder nach Ruhe, nach Wiederkehr der Arbeit und des Erwerbes. Dadurch verliere die Versamml. ihre Stütze in der öffentlichen Meinung und der Partikularismus werde daraus für sich am meisten Nutzen ziehen. Das Hauptübel sei die Formlosigkeit und Unbestimmtheit der Stellung der Centralgewalt. Darum müsse man darauf ausgehen, mit Umgehung alles dessen, was der Gesetzgebung angehöre, das Verfassungswerk zu Stande zu bringen und dem Provisorium ein Ende zu machen. Nur dadurch, daß das Provisorium aufhöre, werde die Centralgewalt eine starke und Achtung gebietende Stellung gegenüber dem Partikularismus in Deutschland und den Mächten des Auslandes einnehmen können. Zuerst habe es gegolten, die Freiheit zu sichern, jetzt gelte es, für die Einheit und dann für den Wohlstand zu sorgen. Hierauf gründete der Redner folgende Anträge:

I. Die Nationalversammlung möge ihren Präsidenten ermächtigen, nachdem die Abstimmung über den §. 14 der Grundrechte erfolgt sein wird, vor dem Beginne der Berathung eines jeden Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte die Frage zu stellen, ob die Nationalversammlung auf die Diskussion zu verzichten beschließe. Im bejahenden Falle sollen außer dem Antrage der Mehrheit des Verfassungsausschusses auch die Minderheitsgutachten desselben Ausschusses, so wie die etwa korrespondirenden Anträge anderer Ausschüsse, wie z. B. des volkswirthschaftlichen, zur Abstimmung gebracht werden. — II. Die Nationalversammlung möge den Verfassungsausschuß zur beschleunigten Vorlage des noch rückständigen Theils der Verfassung auffordern und den Herrn Präsidenten ermächtigen, beziehungsweise ersuchen, diesem Ausschusse die Möglichkeit dazu zu geben durch Aussetzen der öffentlichen Sitzungen auf einige Tage nach vollendeter Berathung über den Waffenstillstandsvertrag, so wie durch Einhalten der Regel, wonach wöchentlich nur vier öffentliche Sitzungen Statt finden sollen.

Zu diesen Anträgen waren viele Verbesserungsanträge eingegeben worden, welche meistens eine Erweiterung derselben in dem Sinne beabsichtigten, daß doch etwas mehr Raum für die Berathungen gelassen wurde. Einen Gegenantrag stellte Schoder, unterstützt von der Linken. Er warf dem Bassermana'schen Antrag vor, daß er der Majorität das Recht einräume, jede Diskussion, die ihr nicht angenehm sei, abzuschneiden, und es der Minorität unmöglich zu machen, ihren Anträgen Geltung zu verschaffen. Der von ihm gestellte Antrag lautet: Die Nationalversammlung wolle beschließen: 1) Sogleich auf die Berathung der das Vereins- und Versammlungsrecht, die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Geschwornengerichten und die Befreiung des Grund und Bodens betreffenden Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte einzugehen nach nach erfolgter Beschlußnahme darüber die Beschlüsse über Gleichheit vor dem Gesetze, unbeschränkte Glaubens- und Gewissensfreiheit, Preßfreiheit, Unverletzlichkeit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung, Briefgeheimniß, Vereins- und Versammlungsrecht, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Geschwornengerichten, Befreiung des Grund und Bodens durch den Verfassungsausschuß zusammenstellen zu lassen, das Ergebniß aber mit den in Folge der zweiten Berathung und Abstimmung etwa erforderlichen Modifikationen ohne Verzug zu verkündigen. 2) Sofort zur Berathung des Verfassungsentwurfs und der Vorlagen des volkswirthschaftlichen Ausschusses überzugehen. 3) Diejenigen in dem Entwurfe der Grundrechte aufgeführten Bestimmungen aber, welche in das nach §. 1 zu erlassende Gesetz nicht werden aufgenommen werden, späterer Berathung vorzubehalten.

Die Berathung dieser Anträge, welche sogleich Statt fand, zeigte eine persönliche Gereiztheit, welche einen Grund in der Sache selbst nicht hatte. Insbesondere schien Hr. Vogt sich die Aufgabe gestellt zu haben, gegen Bassermann seine Meisterschaft im Verdächtigen und Verhöhnen im vollsten Maße glänzen zu lassen. Schwerlich aber dürfte diese Art, den Sieg zu benützen, dazu beitragen, denselben auch zu behaupten. Er behauptet, der ganze Bassermann'sche Antrag gehe darauf hinaus, das Werk der Einigung in die Hände der Regierungen zu legen. Mit dem Definitivum habe es keine Eile; für seine Tendenz muß ihm freilich ein schwaches Provisorium viel lieber sein, als ein starkes Definitivum. v. Vincke ist gegen beide Anträge und will, daß die Berathung der Grundrechte ganz verlassen und sogleich die Verfassung berathen, beschlossen und eingeführt werde. In der Abstimmung wurde der erste Bassermann'sche Antrag verworfen, dagegen der Schoder'sche Antrag angenommen. Der zweite Bassermann'sche Antrag wurde in veränderter Form angenommen, so daß fortan wenigstens die Zustimmung von 100 Mitgliedern dazu gehört, wenn über einen Antrag berathen werden soll. Diese Bestimmung wurde heute schon in Anwendung gebracht, und die Nationalversammlung verdankt ihr wenigstens den Gewinn einer Sitzung. — Der gestrige Beschluß über die Stellung der Kirche zum Staate wird bei der zweiten Berathung starker Anfechtung ausgesetzt sein. Der angenommene Zusatz, daß die Kirche, wie jede andere Gesellschaft, den Staatsgesetzen unterworfen sei, ist entweder ganz müßig oder nimmt wieder die ganze Selbständigkeit, welche in dem Vordersatze gegeben ist. Es läßt sich kaum ein Eingriff in die inneren kirchlichen Verhältnisse denken, den der Staat unter Berufung auf diese Bestimmung sich nicht erlauben dürfte, und insbesondere scheinen neue Religionsgesellschaften demselben in dieser Hinsicht noch weit mehr Preis gegeben, als die katholische Kirche, welcher man damit einen Streich versetzen wollte.

In der heutigen Sitzung stellte Blum mit seinen Freunden wiederholt den Antrag, daß der Reichsverweser durch eine Deputation ersucht werden solle, die Ernennung des Reichsministeriums zu beschleunigen. Hr. v. Herrmann sucht nämlich noch immer Minister, und es scheint, daß eine Komdination, bevor ein Beschluß über die Waffenstillstandsfrage gefaßt ist, nicht zu Stande kommen wird. Die Versammlung beseitigte denselben, indem sie dem Antragsteller verweigerte, die Dringlichkeit zu begründen. Ebenso erging es einem Antrage Schlöffel's, die Aktenstücke über den Waffenstillstand an die Berliner Nationalversammlung zu schicken. Auf der Tagesordnung standen nunmehr die §§. 15. und 16. der Grundrechte. Die Versammlung beschloß, über den §. 15. keine Berathung zuzulassen, und es wurde demnach sogleich zur Abstimmung geschritten. Der Paragraph wurde in folgender Fassung angenommen: „Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden" (Ausschußantrag). — „Die Form des Eides soll für Alle gleichmäßig und an kein besonderes religiöses Bekenntniß gebunden sein" (Antrag von Rieffer).

Alle anderen Verbesserungsanträge wurden verworfen, darunter der von Hoffmann aus Ludwigsburg, daß der Eid abgeschafft werden solle, und von Dewes, daß Niemand gezwungen sein solle, die kirchlichen Ruhetage zu halten. — Ueber den §. 16. wurde eine Berathung zugelassen. Ein Antrag, welcher dahin ging, daß den Ehelo-

Digitized by Google

keitsgelübden keine bürgerliche Folge zu geben sei, veranlaßte den Bischof Görig, gegen die Kompetenz der Nat.Verf. zu protestiren, sofern sie gegen das kirchliche Eöllbnisgesetz einen Beschluß fassen wolle, nahm aber seine Protestation zurück, da erklärt wurde, daß der Antrag dies nicht beabsichtige; der Antrag wurde übrigens verworfen. Düringer sprach gegen den Beisatz, daß die kirchliche Trauung erst nach dem Schlusse der Civilehe Statt finden solle. Nachdem der Staat erklärt habe, daß er mit den Ansichten der Kirche in Beziehung auf die Ehe nicht mehr parallel gehe, so komme ihm nicht mehr zu, über die kirchliche Trauung überhaupt Etwas zu bestimmen. Dagegen spricht Mittermaier, weil die Weglassung des Zusatzes leicht zu großen Mißverständnissen führen könnte. Er vertheidigt die Civilehe gegen die Besorgniß, daß dadurch die Heiligkeit der Ehe leiden werde. Die kirchliche Trauung werde dennoch immer als der Hauptakt für den Abschluß der Ehe angesehen werden. Die angenommene Fassung des §. 16 ist nun folgende:

„Die bürgerliche Giltigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach Vollziehung des Civilaktes Statt finden." (Antrag des Verfassungs-Ausschusses.)

„Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß." (Antrag von Mittermaier.)

„Die Standesbücher sind von den bürgerlichen Behörden zu führen." (Antrag von Mittermaier.)

Damit war die Tagesordnung erschöpft, und es wurden deßhalb, da noch Zeit übrig war, zwei Berichte des Ausschusses für die Waffenstillstandsangelegenheit vorgelesen. Die Mehrheit, aus 12 Mitgliedern bestehend, trägt auf Verwerfung an. Der von dem Abg. Wurm erstattete Bericht stellt zuerst die formelle Lage der Sache dar und zeigt sodann, wie die von der Reichsgewalt ertheilte Ermächtigung durch die Krone Preußen in den wesentlichsten Punkten zum Nachtheil der Herzogthümer und Deutschlands überschritten worden sei. Die Krone Preußen habe gegen die erhaltene Vollmacht den Waffenstillstand im Namen des deutschen Bundes, anstatt der provisorischen Centralgewalt abgeschlossen, den Zeitraum von 3 auf 7 Monate ausgedehnt, die Trennung der aus Schleswig gebürtigen Soldaten von denen aus Holstein ausgesprochen, und Art. VII ganz gegen die Tendenz der Reichsgewalt in einer Weise abgeschlossen, daß dadurch die Herzogthümer um alle Errungenschaften der deutschen, ja der europäischen Revolution gebracht würden. Dem Reichsministerium könne übrigens keinerlei Verantwortlichkeit für jene Stipulationen zugemuthet werden; es gehe aus den Akten hervor, daß die Centralgewalt von den Ueberschreitungen der Vollmacht erst in Kenntniß gesetzt worden sei, nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet war. Noch weniger könne für die Nationalversammlung irgend welche Verbindlichkeit vorliegen, denselben ihre Genehmigung zu ertheilen. Folgende 12 Mitglieder des Ausschusses, E. M. Arndt, Rob. Blum, H. R. Claussen, Eucumus, F. Dahlmann, Esmarch, Höfken, Hanns Kaumer, Stenzel, Trützschler, C. W. Wippermann, C. F. Wurm, beantragen:

In Erwägung, daß der am 26. August zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstand, vermöge der in seinem VII. und IX. Artikel, im fünften Separatartikel und den beiden Zusatzartikeln enthaltenen Bestimmungen wesentliche Selbständigkeitsrechte verletzt, welche durch die Beschlüsse der Nationalversammlung allen in ihr repräsentirten Stämmen gewährleistet sind; in Erwägung, daß der von der Krone Preußen nach Malmö abgesandte Unterhändler in wesentlichen Punkten die ihm von der deutschen Centralgewalt ertheilten Vollmachten überschritten hat, namentlich in Bezug auf die Dauer des Waffenstillstandes, die Trennung der schleswigschen Truppen von den holsteinischen, die in den Herzogthümern Schleswig und Holstein bestehenden Gesetze und das Personal der für beide Herzogthümer zu bildenden provis. Regierung, nicht minder in Bezug auf die Lage des Herzogthums Lauenburg während des Waffenstillstandes; in Erwägung ferner, daß die Ausführung mehrerer politischen Punkte des Malmöer Vertrages, vermöge der einstimmigen Weigerung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung ihnen nachzukommen, unthunlich geworden ist, während dagegen es thunlich und wünschenswerth erscheint, eine Waffenruhe zum Zweck schleuniger Friedensunterhandlungen anzubahnen; in Erwägung alles dessen beschließe die Nationalversammlung: 1) der Malmöer Waffenstillstand vom 26. Aug. wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt; 2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen.

Im Namen der aus zehn Mitgliedern bestehenden Minorität berichtet Stedtmann. Der Bericht sucht die gegen den Waffenstillstandsvertrag erhobenen Gründe zu entkräften, hält in denselben die Ehre Deutschlands hinreichend gewahrt, die Gefahren aber aus einer Verwerfung des Waffenstillstandes für so groß, und dagegen alle darauf gebauten Erwartungen für so zweifelhaft, daß eine bedingte Genehmigung als räthlich erscheine. Eine Unterstützung dieses Antrages findet die Minorität in einer Mittheilung Camphausens an das Ministerium, nach welcher der Graf Moltke sich von der Unmöglichkeit überzeugt habe, die Präsidentur zu übernehmen, und bereits zurückgetreten sei. Die Mitglieder der Minorität sind: Dunker, Flottwell, Max Gagern, Gombert, Mayern, Schubert, Stedtmann, Würth, Zachariä, Zenetti. Sie stellen folgende Anträge:

I. Die deutsche Nationalversammlung beschließt: Im Hinblick auf eine durch die königl. preußische Regierung vermittelte Erklärung der dänischen Regierung, daß sie auf das Eintreten des Grafen Karl von Moltke-Nütschau in die interimistische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein verzichte, und auf Modifikationen und Konzessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen, bereitwillig eingehe; in der Voraussetzung, daß die Erklärung der dänischen Regierung auch für das Herzogthum Lauenburg zu verstehen sei; in der Voraussetzung, daß die erwähnten Zusagen sofort durch Vermittelung der Centralgewalt in Erfüllung gehen werden; 1) daß der Waffenstillstand vom 26. August l. J. ihrerseits nicht weiter beanstandet werde; 2) daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark durch die provisorische Centralgewalt direkt und unverzüglich zu eröffnen seien. II. Die Nationalversammlung beschließe: Daß sie nach Einsicht der Verhandlungen über die Verhältnisse Deutschlands zu Schleswig, vom 2. April bis zum 26. August l. J., den Ausschuß für Centralgewalt beauftrage, über das von der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren der Nationalversammlung zu berichten.

Die Berathung über diese Berichte findet nächsten Donnerstag Statt.

ƒ Frankfurt, 11. Sept. Man hätte glauben sollen, die Nationalversammlung müßte durch die Krisis, in welcher sich das Vaterland befindet, zu kühneren Entschlüssen bereit sein, als sie gestern faßte. Doch ist zwe Abkürzung der Verfassungsberathung immerhin Namhaftes geschehen, wenn auch nicht Alles das erreicht, was Herr Bassermann bezweckte. Wenn jetzt nicht mindestens 100 Mitglieder die Vertheilung eines Paragraphen verlangen, so wird über denselben bloß abgestimmt. Daß ein möglichst baldiges Zustandekommen des Verfassungswerkes nothwendig sei, und daß dies vom Volke dringend verlangt wird, wurde mit Ausnahme des Hrn. Löw aus Magdeburg allseitig zugegeben. Nur Hr. Löw meinte, das Volk erschrecke gar nicht bei der Aussicht auf 18 Monate, die nach dem bisherigen Gang der Berathung noch nothwendig sein würden. Solche Aeußerungen in dieser Zeit sind unbegreiflich. Viel eher hätte ich erwartet, daß Hrn. Bassermanns Gedanke, den 17er Entwurf mit einem Votum anzunehmen, mit Ausnahme der Bestimmung über das Staatsoberhaupt, wäre aufgegriffen worden. Ist doch jetzt ein Zeitpunkt gekommen ähnlich dem, als Napoleon von Elba zurückgekehrt. Da ward die Bundesakte in wenigen Tagen vollendet, nachdem man vorher für alle Bedenklichkeiten keine Gabe hatte erblicken können.

Die gestrige Abstimmung über die Trennung von Kirche und Staat hat die Hoffnungen der Ultramontanen vereitelt. So große Kämpfe umsonst! Umsonst diese Massen von Petitionen! Ich habe die leidenschaftlichsten, zornigsten Aeußerungen gehört, und doch finde ich, daß für die Kirche genug erreicht ist durch den Beschluß, welcher lautet: „Jede Religionsgesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber, wie jede andere Gesellschaft im Staate, den Staatsgesetzen unterworfen". Glaubten die Ultramontanen etwa Ausnahmsgesetze, Privilegien zu erringen? Dazu ist die Zeit nicht geartet.

Heute sind es nicht Tage, daß der Beschluß gefaßt worden, die Ausführung des Waffenstillstandes zu sistiren, und dieser Beschluß, den man so eilig gefaßt, ist zur Stunde noch nicht ausgeführt! Es muß doch eine eigene Bewandtniß mit einem Beschlusse haben, zu dessen Ausführung sich Niemand finden will! Gestern Abend hatte Herr Herrmann noch kein Ministerium zu Stande gebracht; aber es wird schon möglich werden, sobald der Waffenstillstand selbst genehmigt sein wird, und darauf trägt jetzt die Mehrheit desselben Ausschusses an, der am 5. Sept. durch seinen Berichterstatter Dahlmann den verhängnißvollen Beschluß hervorgerufen.

Es ist auffallend, daß die Linke jetzt gar nicht mehr auf die Ausführung dieses Beschlusses dringt.

Der neue französische Geschäftsträger, Herr Tallenay, welcher Hrn. Savoye ersetzt, hat sein Beglaubigungsschreiben bereits überreicht.

In Ihrer Nummer vom Samstag sagt ein = Korrespondent, meine Aeußerung in Beziehung auf den Bericht über Ministerverantwortlichkeit habe einen übeln Eindruck hervorgebracht. Vielleicht bei dem Berichterstatter Mittermaier, sonst aber will kein Mensch etwas von diesem Gesetze wissen, und wie unnöthig es ist, gehe aus der Korrespondenz = selbst hervor, welche zugibt, daß in ganz Europa noch kein vollständiges Gesetz über Ministerverantwortlichkeit besteht. Wenn nun selbst die großen konstitutionellen Staaten Europa's bisher ohne Ministerverantwortlichkeitsgesetz bestehen und blühen konnten, kann dann ein verständiger Mensch sagen, man müsse bei uns in Deutschland, und in dieser Zeit das Zustandekommen der Verfassung durch Berathung eines solchen paragraphenreichen Gesetzes aufhalten! Wenn ich übrigens von dem 8 Bogen starken Berichte sprach, so schwebten mir die 8 geschriebenen Bogen vor. — Die entscheidende Berathung über den Waffenstillstandsvertrag wird schwerlich vor Donnerstag stattfinden.

Δ Frankfurt, 11. September. Die konstituirende Versammlung für unsern kleinen Freistaat ist eben, so wie das freisinnige Wahlgesetz, wie es die Kommission vorgeschlagen hatte, heute durchgegangen. Das erstere fand keinen Widerspruch. Ja das letztere versuchten drei Mitglieder des Verfassungseathes Sonnabend nach Beesche zu schießen. Sie schlugen vor, das freisinnige Wahlgesetz mindestens für die Wahlfähigkeit, also nicht für die Wählbarkeit gelten zu lassen. Es gehört dies zu den Versuchen, von welchen der Dichter sagt: „Wäre der Gedanke nicht so verzweifelt klug, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen." Er fiel, wie vorauszusehen war, mit Glanz durch. Es werden nunmehr 100 Mitglieder der neuen konstituirenden Versammlung von der Stadt und 20 von der Landgemeinde gewählt. Daß die Stadt nur einen Wahlbezirk bildet, und sämmtlich das ganze Hundert wählt, ist vielleicht den allgemeinen Grundsätzen gemäß, da hierdurch jeder Schein einer Minoritätswahl wegfällt, nimmt aber in Wahrheit sehr vielen Wählern die Möglichkeit, mit voller Kenntniß der Person zu Werke zu gehen, und wir sind der Meinung, daß unsere Hamburger Schwesterrepublik praktischer verfuhr, indem sie verschiedene Wahlbezirke schuf und partielle Wahlen Statt finden läßt. Aufgehoben wird während der Dauer der konstituirenden Versammlung nur der gesetzgebende Körper, in dessen Stelle jene mit höherer Befugniß tritt. Mit Recht wurde das Bürger- (sog. Süte) und das Ite Kolleg beibehalten, da diese auch das bildet, was man in größeren Staaten den Rechnungshof nennt. So wird jetzt die neue Zeit bei uns einziehen, nicht einstürmen, und die Berathungen über die Verfassung eines der kleinsten deutschen Staaten werden nicht unrühmlich neben denen über das große Gesammtvaterland in demselben Sinne gepflogen werden, der die Freiheit gründet, ohne die Anarchie als Hilfskorps zuzulassen.

Frankfurt, 12. Sept. Heute sind es acht Tage, seit der Beschluß, dem Vollzuge des Waffenstillstands von Malmö Einhalt zu thun, von der Nationalversammlung gefaßt worden ist, und noch hat sich kein Reichsministerium gefunden, welches den Willen der Mehrheit auszuführen versuchen möchte. In den vereinigten Ausschüssen hatten sich vorgestern zehn Mitglieder gegen neun dafür ausgesprochen; gestern stellten sich durch Zutritt eines weitern Mitgliedes die Stimmen gleich, zehn gegen zehn; am Abend kamen die Abg. Claussen und Arndt zurück, und jetzt besteht durch sie eine Mehrheit von zwei Stimmen für die Verwerfung. Diese Wendung wird zwar über das Ergebniß der Berathung in der Nationalversammlung nicht entscheiden, aber auch nicht ohne Einfluß auf dieselbe bleiben. Ob die Verhandlung morgen beginnen kann, ist noch zweifelhaft. Ein Reichsministerium vorher zu bilden, ehe entschieden ist, ob die Nationalversammlung Krieg oder Frieden will, hat seine besonderen Schwierigkeiten. Deutschlands Feinde lauern gespannt auf die Erfüllung ihrer Hoffnung, daß statt der erstrebten Einigung die Spaltung Deutschlands ausbreche. Mittlerweile kann auch in andern wichtigen Angelegenheiten Nichts geschehen, es gehen unwiederbringliche Augenblicke verloren. Die Haltung der Nationalversammlung ist unsicher, unerquicklich, als ob sie aus den Fugen gehen wolle. Die Blicke richten sich auf den Präsidenten von Gagern; Viele wünschen, daß Er an die Spitze des neuen Kabinets trete, um demselben einen festen Halt zu geben. Hr. v. Beckerath ist nach Berlin berufen worden und heute dahin abgegangen.

Großbritannien.

London, 11. Sept. Schwerlich hat das „alte Oesterreich", nicht das „junge", einen so entschiedenen Freund zu Hause, als ihm die ultratorystische Britannia in England ist, die sich unter Anderm folgendermaßen vernehmen läßt: „Jeder Freund der Gerechtigkeit muß hoch aufjubeln über die Besiegung und Demüthigung jenes Systems verworfner Verschwörungsstifterei, nationaler Undankbarkeit und unerfreulicher Aufschneiderei, wie sie sich während des letzten Vierteljahrhunderts in Italien kundgethan. Die Tedeschi haben diesen Prahlern den Unterschied zwischen Handlungen und Schauspielerei gezeigt, und die Reißausheiden ((runaway-heroes) sind mit der Bajonnetspitze daran erinnert worden, daß der Krieger des Kaffeehauses vor dem Krieger des Bivouaks eine lumpige Figur spielt. Das ganze Drama, welches dazu bestimmt war, den Namen des wiederverjüngten Italiens unsterblich zu machen, endete zuletzt wie eins jener Puppenspiele, welches sie in ihren Straßen zeigen, eine Kompasition von Lumpen und Flitterwerk", u. s. w. (Die Italiener mögen sich trösten; es war, wenn wir uns nicht irren, die Britannia, welche vor einiger Zeit uns Deutsche in unserer Eigenschaft als Politiker mit einem Esel verglich, der auf dem Seil zu tanzen versucht). Die Britannia meint endlich, Europa werde nun wohl für hundert Jahre (?) von den garstigen Ausbrüchen des italienischen Patriotismus, von den unverschämten Bravaden des italienischen Heroismus befreit sein. Die Italiener würden wieder zu ihrem natürlichen Berufe als Drehorgelspieler, Opernsänger und Grimmassiers greifen. Die Britannia tadelt den Entschluß Palmerstons, in Gemeinschaft mit Frankreich das italienische Vermittelungswerk zu betreiben, aufs Stärkste. Frankreich, lautet die Logik dieses Blattes, verletzt den Vertrag von Wien, wenn es sich gegen das siegreiche Oesterreich einzuschreiten erlaubt; England, wenn es sich mit Frankreich zu gleichem Zweck verbündet, sanktionirt dadurch diesen Vertragsbruch, obschon es doch selbst Garant des Vertrags ist. Der Britannia wäre hierauf zu bemerken: daß Palmerston, dem Niemand eine prophetische Witterungsgabe absprechen wird, bereits lange vor den diesjährigen Revolutionsstürmen in seinem ehemaligen Organ, dem Mac. Chr., den Grundsatz aufstellte: die Politik sei in einer Wendung begriffen, sie müsse mehr als früher auf die Bedürfnisse der Völker, weniger auf die der Throne Rücksicht nehmen und den Verträgen von Wien eine breitere Auslegung geben, weil sie überall nicht mehr zureichten. Die Tories dagegen halten an der alten Vertragspolitik nach aufs Strengste fest. — Die englischen Journale haben jetzt ihre kindische Freude an der von nordamerikanischen Journalen verbreiteten Nachricht, daß die irischen Insurgenten das englische Heer beim Hügel Slievenamon total geschlagen und 6000 Briten, darunter den General Macdonald getödtet hätten; drei Meilen weit sei die Landstraße mit Todten bedeckt gewesen; eine Lady, welche über das Schlachtfeld gereist, habe erzählt, daß der von dem Kampfplatz aufsteigende Dunst wahrhaft erstickend gewesen u. s. w. In Amerika wohnhafte Irländer verbreiteten diesen Buff, und sie erreichten damit ihren Zweck, indem sofort die Sammlungen für die irischen Insurgenten (oder für sie selbst) einen besseren Fortgang nahmen.

Frankreich.

Paris, 10. Sept. Die Kriegsrüstungen dauern noch immer fort, die Artilleriedirektion in Metz hat den Befehl erhalten, acht neue Feldbatterien auszurüsten und nach Besançon abgehen zu lassen. Die in Marseille zur Einschiffung nach Italien bestimmte Brigade bleibt auf dem Kriegsfuße und muß stets binnen 24 Stunden marschfertig sein.

Baron Könneritz ist gestern vom Minister Bastide dem General Cavaignac vorgestellt worden und hat demselben das Schreiben überreicht, wodurch er als Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Sachsen bei der franz. Republik beglaubigt wird.

Lord Normanby hat vorgestern und gestern lange Konferenzen mit dem Minister Bastide gehabt.

Gestern Mittag ging ein Attache des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit Depeschen für den franz. Geschäftsträger Delacour nach Wien ab. Da die Vermittlung auf die Basis der Unabhängigkeit der Lombardei von Oesterreich angenommen worden ist, so fordern die vermittelnden Mächte vor Allem die Räumung der Lombardei durch die österreichischen Truppen und die vollständige Erhaltung des Status quo, was Venedig betrifft. Sollte diese erste Bedingung nicht ausgeführt werden, so wollen Frankreich und England ihr Vermittlungsanerbieten zurückziehen. Die italienische Frage muß sich also jetzt rasch entscheiden.

Heute (Sonntag) ist keine Sitzung der Nat.Vers. — Die Böse ist geschlossen. Es ist bemerkenswerth, welche Menge öffentlicher Feste und Lustbarkeiten heute Statt findet. Greens Luftfahrt im Hippodrom, ein neapolitanisches Fest im Chateau des Fours, Kirchweihfeste in St. Cloud und Enghien, einige Dutzend Bälle, dazu 27 Theater und eine gleiche Menge andrer Spektakel und überall Alles voll.

Die Unruhen in Arras und in andern Lokalitäten des Departements der untern Pyrenäen sind glücklich ohne Blutvergießen beigelegt worden. Die Bevölkerung hat sich nach vor Ankunft der Truppen unterworfen und die bisher verweigerte Zusatzsteuer von 45 Proc. bezahlt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Adresse an die Nationalversammlung.

Schleswig. Kiel, 6. September. Gestern am Abend faßte die Landesversammlung den Beschluß, die nachstehende Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt zu richten. Dieselbe ist am heutigen Morgen dahin abgegangen und lautet: „Hohe Nationalversammlung! Der schleswig-holsteinische Volksstamm, gehadet durch die edlen Sympathien des gesammten deutschen Volks, ergriff die Waffen zur Abwehr des ihm von dem dänischen Volk bereiteten und weiter drohenden Unrechts, voll zuversichtlicher Hoffnung auf deutsche in tausendstimmigen Adressen begeisternd zugesagte Hilfe. Die Erwartung der Schleswig-Holsteiner ward nicht getäuscht. Mit freudigem, innigem Danke erkennen wir es an, daß Preußens König und das preußische Volk die ersten waren, welche der schleswig-holsteinischen Sache die wesentlichsten Dienste geleistet, derselben schwere Opfer gebracht haben. Andere deutsche Volksstämme wetteiferten darin mit den Preußen. Ganz Deutschland erkannte, daß in der Erringung der Selbständigkeit des schleswig-holsteinischen Bruderstammes, eines seegewohnten Volks mit ausgezeichneten Seehäfen, die Einheit und die Kraft des großen deutschen Volks erstarken müsse. — Aber mit Eifersucht sahen andere Mächte die Bedeutung dieses Kampfes für Deutschlands Entwickelung zur Einheit und Macht. Den Einflüssen dieser Mächte ist es leider gelungen, es dahin zu bringen, daß laut der Anlage Nr. 1 zwischen der Krone Preußen und dem Könige von Dänemark ein Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen ist, der die allerschmerzlichsten Empfindungen erregt und die Hoffnungen auf Deutschlands Macht und Einheit erschüttert hat. Vertrauensvoll haben die Vertreter des schleswig-holsteinischen Volks auf den Wunsch des Reichsministeriums vom 17. August ihre Vertagung beschlossen, indem sie einen ehrenvollen Waffenstillstand zu erlangen wünschten und hofften. Sie waren zu dieser Hoffnung um so mehr berechtigt, weil ihnen von der provisorischen Regierung ein Schreiben des Unterstaatssekretärs Max v. Gagern vom 16. August 1848 mitgetheilt war, in welchem dieser die Versicherung aussprach: „Daß die von der Reichsgewalt zum Abschluß eines Waffenstillstandes ausgestellte Vollmacht nur unter wesentlich besseren Bedingungen, als die des Entwurfes von Malmoe waren, an die königlich preußische Regierung übertragen worden ist." — In seiner Zuversicht ist aber das schleswig-holsteinische Volk so schmerzlich getäuscht, daß dessen Vertreter, so wie ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitgetheilt wurden, ungesäumt ihre Pflicht erkannten, durch die in der Anlage Nr. 2 enthaltenen, von 101 anwesenden Mitgliedern der konstituirenden Versammlung einstimmig gefaßten Beschlüsse, die unveräußerlichen Rechte des schleswig-holsteinischen Volks zu wahren und das Land vor drohender Anarchie zu schützen. Die Versammlung war hier eben so einstimmig, als das ganze Land es ist. Denn in ganz Schleswig-Holstein herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß ein Theil der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen entweder unausführbar ist oder doch deren Vollziehung die bedenklichsten Folgen haben würde. — Der erste Artikel enthält die allerreaktionärsten Bestimmungen. Darnach sollen nämlich alle seit dem 17. März 1848 für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln aufgehoben werden. Es ist aber erst von der provisorischen Regierung obige Preßfreiheit sowie das Recht der freien Vereine und der Volksversammlungen eingeführt, die Jagdfreiheit auf eigenem Boden gestattet, die Kopfsteuer und eine andere, die ärmsten Volksklassen drückende Steuer, das sogenannte Fastengeld, aufgehoben. Mit dem größten Jubel hat das schleswig-holsteinische Volk diese von der provisorischen Regierung erlassenen und von der Ständeversammlung genehmigten Gesetze begrüßt. Der Gedanke, daß diese Gesetze, während die hohe Nationalversammlung in den Grundrechten dem deutschen Volk die ausgedehntesten Freiheiten gewährt, wieder aufgehoben und dagegen in den Herzogthümern ein absolutes Regiment eingeführt werden soll, erregt bei den Schleswig-Holsteinern unvermeidlich die allertiefste Entrüstung. Sie würden sich selbst der Genossenschaft des freien Deutschlands unwürdig erachten, wenn ihr Freiheitssinn über solche Bedingungen nicht empört wäre. — Die konstituirende schleswig-holsteinische Landesversammlung, zum Schutz des schleswig-holsteinischen Volks gegen absolute Willkührherrschaft berufen, hat es in dem in der Anlage Nr. 2 enthaltenen Beschlusse ausgesprochen, daß ohne ihre Zustimmung die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze weder verändert noch aufgehoben werden können. Da die deutsche Bundesversammlung die provisorische Regierung anerkannt und einem von derselben ernannten Bevollmächtigten in ihrem Schoße Sitz und Stimme ertheilt hat, so sind dadurch die deutschen Staatsgewalten gebunden, die von der provisorischen Regierung erlassenen und von der Landesvertretung des schleswig-holsteinischen Volks genehmigten Gesetze für giltig zu erklären. Die hohe Nationalversammlung wird deßhalb schon aus diesem Grunde, wie wir zuversichtlich vertrauen, diesen unsern Beschluß aufrecht erhalten. — Die Annullirung der von der provisorischen Regierung erlassenen Anordnungen würde zu den bedenklichsten Folgesätzen führen. Von derselben sind z. B. die Wahlen in Schleswig-Holstein für die deutsche Reichsversammlung angeordnet. Diese Anordnung wird durch den in den Waffenstillstandsvertrag aufgenommenen Grundsatz annullirt. Zieht man hiervon die Konsequenzen scharf und streng, so greift diese Bestimmung selbst die von den Schleswig-Holsteinern mitgeschaffene Centralgewalt an. Denn 2 holsteinische Abgeordnete haben das Gesetz über die Centralgewalt im Ausschuß mit vorbereitet, alle schleswig-holsteinischen Abgeordneten haben für die Annahme dieses Gesetzes gestimmt und alle haben den Reichsverweser erwählt. Ja selbst die Vollmacht, welche der preußischen Krone von der Bundesversammlung zur Vereinbarung eines Waffenstillstandes mit Dänemark ertheilt ist, hat der von der prov. Regierung ernannte Bundestagsgesandte mit verliehen. Ist nun diese Ernennung der prov. Regierung nichtig, welche rechtliche Wirkung hat dann die von der deutschen Bundesversammlung an die preußische Krone ertheilte Vollmacht, auf deren Grund doch der im Namen des deutschen Bundes abgeschlossene Vertrag, welcher der Centralgewalt gar nicht erwähnt, allein abgeschlossen zu sein scheint. Die provisorische Regierung hat seit dem 24. März die Erhebung der Steuern in den Herzogthümern angeordnet und diese Steuern zu den Zwecken der Regierung verwendet. Von dem absoluten, unkontrolirten Willen der 5 Regierungsmänner soll es nun abhängen, ob diese Anordnung gelten soll oder nicht, ob also diejenigen, welche seit dem 24. März ihre Steuern bezahlt haben, rechtlich als Rückständige behandelt werden sollen oder nicht. Diese wenigen Beispiele machen es anschaulich, wie tief in die Verhältnisse Deutschlands und in das Leben der Schleswig-Holsteiner der 7. Artikel eingreifen kann. Ja, will die neue Regierung die Restauration vollständig machen, so kann sie nicht bloß die große Zahl von Beamten absetzen, welche die prov. Regierung angestellt hat, sondern auch die Anordnungen dieser Beamten, ja aller Beamten annulliren, von welchen die prov. Regierung anerkannt ist. Erwägt man nun, wie eng verwachsen und mannigfaltig verflochten mit den Tausenden von Anordnungen einer 5monatlichen Landesregierung die Rechte und Interessen des regierten Volks sind, so begreift man die tiefe Aufregung des schleswig-holsteinischen Volks über die Restaurationsidee des 7. Artikels, wodurch nun das frische, kräftige Staatsleben eines ganzen Volksstammes aus dem Grunde für Nichts erklärt, weil dasselbe sich jetzt frei und nicht mehr, wie früher, unter dänischen Hemmungen und Fesseln entfaltet hat. Bis zu welcher Konsequenz die neue Regierung diese Idee durchführen würde, das hinge allerdings von den Persönlichkeiten ihrer Mitglieder ab. Allein in dieser Beziehung bietet die projektirte Art und Weise, wie die Regierung gebildet werden soll, nicht die mindeste Garantie. Die preußische und die dänische Krone haben sich über den Grafen Karl v. Moltke als Präsidenten der neuen Regierung vereinbart. Das Andenken an den Fürsten Metternich und dessen System ist aber in Oesterreich und im ganzen Deutschland gewiß nicht verhaßter, als die Erinnerungen an das Regiment, welches Karl v. Moltke als Kanzleipräsident durch v. Scheel in den Herzogthümern ausgeübt hat. Als in den Herzogthümern, um das System des offenen Briefes König Christian VIII. mit Gewalt durchzusetzen, die Presse auf das Schmählichste geknechtet wurde und der häteste Polizeidruck auf dem Lande lastete, war Karl von Moltke, ein leidenschaftl. Anhänger des Absolutismus, an der Spitze der Verwaltung der Herzogthümer, derselbe war der eifrigste Beförderer der dänischen Staatseinheitsbestrebungen. Wenn es Dänemark gelänge, 2 Männer zu finden, welche mit dem Grafen Karl v. Moltke eine gemeinschaftliche Regierung bilden möchten, so würden dies gewiß nur solche Männer sein, welche dem System dieses Mannes sich fügten, und so würden daher die 2 von der preußischen Krone erwählten Männer nothwendig in allen wichtigen Angelegenheiten stets in der Minorität bleiben müssen, so würde mithin der strengste Absolutismus und eine in ihrer Mehrheit dänischen Interessen dienstbare Regierung in die Herzogthümer wieder eingeführt werden. Wir sind zwar vollkommen sicher, daß die preußische und die dänische Krone in den Herzogthümern keine 4 „notable" Männer finden werden, „welche allgemeine Achtung und Ansehen genießen", und gleichwohl mit dem Grafen Karl v. Moltke gemeinschaftlich die Herzogthümer werden regieren wollen. Die Erfahrung hat dies bereits bestätigt, indem die 4 erwählten Männer die angebotene Theilnahme an der Regierung abgelehnt haben. Jeder fernere Versuch auf demselben Wege wird das-

Digitized by Google

selbe vergebliche Resultat haben. Denn wo in Deutschland wäre jetzt eine Regierung denkbar, welche nicht die öffentliche Meinung des Landes für sich hätte? Diese Nothwendigkeit einer Regierung im Einklang mit der öffentlichen Gesinnung macht aber ein Regierungskollegium von 5 Männern schlechterdings unmöglich, wenn davon 3 Männer, welche die Regierung zu übernehmen bereit sind, den dänischen Ministerium gefallen sollen. Wir erachten deßhalb die Ausführung des Malmöer Vertrages für eine absolute Unmöglichkeit. Wir sind der festen Ueberzeugung, und haben es in unserm, in der Anlage Nro. 2 enthaltenen Beschlusse ausgesprochen, daß in den Herzogthümern Schleswig-Holstein keine absolute, keine vorherrschend im dänischen Interesse gebildete, sondern nur eine konstitutionelle, von der Landesversammlung anerkannte und im Einklang mit derselben handelnde Regierung möglich ist. Keine andere wird Gehorsam und die Mittel für die Staatszwecke finden. Die hohe Nationalversammlung, welche den Grundsatz des vernünftigen Volkswillens als ihr leitendes Princip anerkannt hat, wird auch gewiß keiner Behörde das Recht gestatten, in Schleswig-Holstein eine absolute Regierung einzusetzen. Nach den Waffenstillstandsbedingungen soll für die Herzogthümer die Gesetzgebung während 7 Monate ruhen, zu einer Zeit, in welcher das ganze deutsche Volk von dem Bedürfnisse tief durchdrungen ist, die wichtigsten Verhältnisse des Staatslebens möglichst rasch zu reformiren. Die hohe Nationalversammlung hat z. B. die Nothwendigkeit eines Preßgesetzes, sowie der Schwurgerichte für Preßvergehen bereits anerkannt. Ein Preßgesetz ist schon vorbereitet. Will die hohe Nationalversammlung nun nicht einen Theil des deutschen Volks der Wohlthaten dieses Gesetzes während 7 Monate berauben, so müssen auch für das von uns vertretene Land Schwurgerichte eingeführt werden, was aber ohne die Mitwirkung der Partikular-Gesetzgebung unmöglich ist. Dasselbe gilt von der beabsichtigten Regelung des deutschen Zoll- und Gewerbewesens, welche ohne die Thätigkeit der Partikulargesetzgebung unthunlich ist und welche bei einer in ihrer Mehrheit nach dänischen Interessen zusammengesetzten Regierung überall die größten Hindernisse und Schwierigkeiten finden würde. Eben aus diesen Gründen ist die Nothwendigkeit einer konstit. Versamml. für Schleswig-Holstein als dringendes Bedürfniß allseitig anerkannt, da das oktroyirte Institut der für Schleswig und Holstein getrennt berathenden Provinzialstände so wenig den Rechten als den Bedürfnissen des Schleswig-holsteinischen Staats entspach. Die vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen würden freilich auch die gegenwärtige Landesversammlung als eine Anordnung der provisorischen Regierung, welche das Wahlgesetz für dieselbe erlassen und die Versammlung selbst berufen hat, in die Willkür des absoluten verwirrend dänischen Regiments stellen. Indeß wird die hohe Nationalversammlung für Schleswig-Holstein wie für ganz Deutschland das von uns ausgesprochene Recht anerkennen, daß eine konstituirende Versammlung wider ihren Willen weder vertagt noch aufgelöst werden kann. Ohne eine mit konstitutionellen Rechten versehene Landesvertretung und ohne eine mit derselben im Einklange handelnde Regierung würde das große Ziel der hohen Nationalversammlung, das Werk der Einheit und Freiheit, welches ohne die Mitwirkung der Partikulargesetzgebung unmöglich ist, durch Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen um 7 Monate verzögert werden. Oder wollte man selbst Holstein von den Segnungen der deutschen Gesetzgebung und die holsteinischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung ausschließen oder gar den Grundsatz der Trennung Schleswigs von Holstein aussprechen, etwa eine Zollinie zwischen Schleswig und Holstein ziehen und im grellsten Widerspruch mit den Beschlüssen des deutschen Bundes und der Nationalversammlung den Zweck und Preis des siegreichen Kampfes zu Gunsten des Feindes aufgeben? — Fast hat es den Anschein davon, da nach den Waffenstillstandsbedingungen die schleswig-holsteinische Armee auf eine gar leicht zur verderblichen Entfremdung der Gemüther führende Weise in eine schleswig'sche und holsteinische Armee geschieden, die Entwickelung unserer Streitkräfte in Holstein beschränkt und zur völligen Wehrlosmachung Schleswigs der Weg gebahnt ist, und da überdies ausdrücklich 2 Regierungsmänner für Schleswig von der dänischen Krone erwählt werden sollen. — Höchst auffallend erscheint es, daß Se. Majestät der König von Preußen die Waffenstillstandsbedingungen in Seinem Namen und im Namen des deutschen Bundes abgeschlossen hat, ungeachtet doch das auch von der preußischen Krone ausdrücklich anerkannte Gesetz vom 28. Juni 1848 über die Centralgewalt den deutschen Bund aufgehoben und an dessen Stelle einen Bundesstaat gesetzt hat mit einer Centralgewalt, welche allein über Krieg und Frieden im Einverständniß mit der Nationalversammlung beschließt. Selbst nach der Bundesakte und der Wiener Schlußakte würde Se. Majestät der König von Preußen in Seinem Namen keinen Waffenstillstand rechtlich schließen können. Auch ist selbstverständlich mit der Aufhebung des Bundes die von einer erloschenen Gewalt ertheilte Vollmacht ebenfalls erloschen. Der Centralgewalt, welche doch allein zu einem Waffenstillstand Vollmacht ertheilen konnte, auch wirklich die preußische Krone zu einem Waffenstillstand innerhalb gewisser Grenzen ermächtigt hat, wird nirgends in der Konvention erwähnt. Hat vielleicht Dänemark die Centralgewalt nicht anerkennen wollen? und hat der preußische Bevollmächtigte, gestützt auf eine erloschene Vollmacht des aufgehobenen deutschen Bundes, sich gleichwohl auf einen Waffenstillstandsvertrag eingelassen? Wir mögen es nicht glauben, daß Deutschland und der von der hohen Nationalversammlung mit Zustimmung aller deutschen Fürsten geschaffenen Centralgewalt eine solche Demüthigung zugefügt sein könnte, wenn wir uns gleich in anderer Weise verschiedene Ausdrücke der Konvention nicht erklären können.

Hohe Nationalversammlung! Wir verkennen nicht die Verwickelungen und Schwierigkeiten, welche eine Nichtgenehmigung der vorgedachten Waffenstillstandsbedingungen zur Folge haben kann. Allein dieselben greifen zu tief in die inneren Angelegenheiten des gesammten deutschen Vaterlandes und eines Theils desselben ein, als daß andere Rücksichten, als die auf die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands zu entscheiden vermöchten. Müßte das deutsche Volk, ein Volk von 45 Millionen, in solcher Weise, wie das in dem mehrgedachten Waffenstillstandsvertrage geschehen ist, den Einflüssen fremder Mächte in seine inneren Angelegenheiten nachgeben, so wäre die Größe, Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands ein eitles Gaukelspiel unpraktischer Schwärmer. — Da nach dem Gesetz über die Centralgewalt der vorgedachte Vertrag mit einer fremden Macht ohne das Einverständniß der hohen Nationalversammlung ungültig ist, selbst wenn die Zustimmung der Centralgewalt wider Erwarten erfolgt sein sollte: so dürfen wir der zuversichtlichen Hoffnung leben, daß eine hohe Nationalversammlung dem mehrgedachten Vertrage die Genehmigung versagen wird. Kiel, den 5. Sept. 1848. Namens der Landesversammlung: L. C. H. Bargum, Präsident, Dr. Helberg, Schriftführer.

Braunschweig, 6. Sept. Der vaterländische Verein hielt heute Abend eine durch Straßenanschläge bekannt gemachte außerordentliche Sitzung, in welcher eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen wurde, worin unter Hervorhebung der am meisten die Interessen Schleswig-Holsteins und die Ehre Deutschlands verletzenden Bestimmungen des mit Dänemark geschlossenen Waffenstillstandes die Zuversicht ausgesprochen wird, daß die Nationalversammlung die von ihr vorbehaltene Ratifikation nicht ertheilen werde, und daß man fest entschlossen sei, alle dadurch erforderlichen Opfer willig zu bringen und einzig zu der Nationalversammlung zu stehen. Die Adresse wurde einstimmig angenommen und wird bei der Dringlichkeit der Sache, von dem Vorstande unterzeichnet, sofort abgehen, man wird jedoch die übrigen Vereine des Landes auffordern, nachträglich ihre Zustimmung zu erklären. Eine Adresse in demselben Sinne wird auch, nach einem ebenfalls heute Abend gefaßten Beschlusse, von dem hiesigen Volksvereine ausgehen. (K. Z.)

Altona, 8. Sept. Die Hannoveraner sind heute über die Elbe nach dem Königreiche zurückgekehrt, dagegen die gestern angekommenen Braunschweiger heute noch hier geblieben. Der junge Graf Baudissin-Borstel, der gestern Abend als Kurier von Frankfurt hier angelangt war, wurde sofort (9 Uhr Abends) mit einem Extrazuge nach Rendsburg weiter befördert. Er führte, dem Vernehmen nach, Depeschen an Gen. Wrangel und an die prov. Reg. mit sich. — Auch der Rest der deutschen Gefangenen, meist Jäger, ist gestern in Eckernförde an den Oberstrn Fabricius überantwortet worden. (B.-H).

Hamburg, 8. Sept. Nachdem gestern auf amtlichem Wege von dem Chef des Generalstabes des 10. Bundes-Armee-Korps dem Hamburger Senate die Mittheilung gemacht worden war, daß ein Theil dieses Korps diesseit der Elbe Standquartier nehmen solle, ist dem Senate heute Morgen von derselben Behörde die Anzeige zugegangen, daß dieser Beschluß wieder zurückgenommen sei und die Truppen ohne Aufenthalt ihren Rückmarsch über die Elbe fortsetzen werden. Die Unterhandlungen des Friedens mit Dänemark werden nicht, wie die Dänen es dringend wünschen, in Lübeck, sondern in London stattfinden. (B.-H).

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Nutter & Knap., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Quai Voltaire de Bonaparte.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 45 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 251 Heidelberg, Donnerstag 14. September. 1848.

Uebersicht.

Die militairische Seite des Waffenstillstandes. — **Wien** (Graf Stadion wahnsinnig. Befürchtungen. Fackelzug der akademischen Legion für die Ungarn. Albini segelt ab. Die ungarische Deputation abschlägig beschieden. Russische Note in der italienischen Angelegenheit). **Laibach** (Anarchie in Venedig). **Triest** (Nachrichten aus Fiume. Die Wahlen. Italienische Berichte). **Posen** (die polnische Liga). **Vom Rhein** (der Provincialkongreß der demokratischen Vereine). **München** (die Mission des Grafen Bray). **Stuttgart** (Preußens Mißgeschick gegenüber der öffentlichen Meinung. Das bisherige Reichsministerium. Die Instruktion des Generals v. Below. Die Volksversammlung in Heilbronn). **Leipzig** (Erhöhung des Militäretats). **Karlsruhe** (Wirkung des Amnestiedekrets). **Kassel** (Entlassung des Kriegsministers). **Frankfurt** (noch kein Ministerium. Wirkung des Bassermannschen Antrags für die Berathung).

Schweiz. **Bern.** Empfang des Gesandten von Deutschland. Schreiben des Reichsverwesers an den Schultheiß und Staatsrath. Zollerhöhung auf Schweizer Weine. **Nidwalden.** Republikanische Freiheit.

Schweden. Königliches Dekret, die Auflösung des Storthing betreffend.

Großbritannien. **London.** Der Waffenstillstand mit Dänemark, der Herzog von Augustenburg, Pr. Waldeck vom M. Chronicle der Unwahrheit gezeihen. Die Königin.

Frankreich. **Paris.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Kandidaten des 17. Wahlbezirks. Eine Erinnerung an 1798. Eugen Sue und der Constitutionnel. Die legitimistischen Bewegungen. Die Expedition nach Sicilien.

Italien. **Vom Comersee.** Die Nachhaltigkeit der lombardischen Erhebung.

Amerika. Vertagung des Kongresses. Die Hudsonsbuigesellschaft in Verhandlungen mit den Ver. Staaten. In Oregon die Sklaverei unterjagt. Paredes gänzlich geschlagen. Kein Aufstand auf Kuba. Länderschenkung an die zurückgekehrte Armee. Die Dampfschiffahrt mit Bremen. Beglückwünschungsschreiben an die deutsche Nationalversammlung. Deutscher Gesandter erwartet.

14. September.

Die Adresse der schleswig-holsteinischen Landesversammlung ist ganz so, wie wir sie von dieser Versammlung erwartet haben. Indem sie ebenso würdig als besonnen das Beispiel einer sachlichen Kritik des Vertrages gibt, und zum Schluß einfach auf dessen Verwerfung im Ganzen anträgt, leitet sie formell die Sache ganz in die richtige Bahn. Wenn wir im Folgenden einige Bemerkungen dazu machen, so wünschen wir, dieselben durchaus nicht als einen Tadel, sondern einfach als die Aufstellung eines verschiedenen Standpunktes aufgefaßt zu sehen.

Die Landesversammlung findet die Bestimmungen, wodurch die Gesetze und Verordnungen der provisorischen Regierung aufgehoben werden, im höchsten Grade reaktionär, und fürchtet davon den Verlust der wichtigsten Volksrechte und der wohlthätigsten Anordnungen. Zwar ist hier sogleich zu bemerken, daß jene Aufhebung durchaus keine absolute, sondern die Herstellung der Gesetze und Verordnungen der neuen Regierung ausdrücklich eingeräumt ist; indeß wollen wir zugeben, daß die weiteste Interpretation jene Gefahr in dem betreffenden Artikel finden könnte. Diese Interpretation wird aber durch die Umstände nicht unterstützt. Es ist bekannt, daß jene Aufhebung nur das Aequivalent einer entscheidend wichtigen Konzession ist, ein Aequivalent, das trotzdem durch die additionelle Bestimmung möglichst unschädlich gemacht wurde. Daß Letzteres in der Absicht der Kontrahenten lag, beweist die halbofficielle Versicherung des Preußischen Staatsanzeigers, wonach die neue Regierung gleich bei ihrem Amtsantritt alle Verordnungen der provisorischen Regierung, soweit sie nicht rein transitorisch oder dem Zustand der Waffenruhe entgegen sind, durch Proklamation herstellen wird. Wenn Dänemark außerdem reaktionäre Absichten hätte, so würden diese durch die Stellung der Herzogthümer während der Waffenruhe äußerst wenig unterstützt werden. Kein dänischer Beamter, kein dänischer Soldat im ganzen Lande, dagegen ein deutscher Kommissär, deutsche Truppen unter einem General des Reichsheeres, die versammelte Landesversammlung, endlich die wachsame Stimmung des gesammten Deutschlands — das sind sehr ausreichende Garantien. Daß die Landesversammlung ihre eigene Existenz duech jene Bestimmung gefährdet glaubt, das ist eine Interpretation des äußersten Argwohns, der in den Herzogthümern selbst nur zu natürlich, von dem Standpunkte der deutschen Politik aber weder den deutschen noch den dänischen Verhältnissen, wie sie jetzt sich gestaltet haben, zu entsprechen scheint. Die Vergleichung der dänischen Konzessionen mit dem Feldgeschrei der jetzt noch herrschenden Partei: „Dänemark bis an die Eider", zeigt den Grad der gegenwärtigen Stimmung in Dänemark. Die Ernennung des Grafen Moltke (von den übrigen Regierungsmitgliedern scheint dies nicht zu gelten) könnte freilich auf reaktionäre Hintergedanken Dänemarks deuten. Von Seite der preußischen Diplomatie ist diese Ernennung das Aeußerste einer nur vermittelnden, aller lebendigen Kenntniß der Verhältnisse ledigen Diplomatie; von Seite der jetzt noch herrschenden fanatischen Kriegspartei in Dänemark dagegen wird, nach glaubwürdigen Berichten, Graf Moltke für einen guten Schleswig-Holsteiner gehalten, was durch den Umstand bestätigt wird, daß die national-dänische Erhebung in Kopenhagen in den Märztagen mit gegen ihn gerichtet war. Er selbst soll sich für eine vermittelnde Persönlichkeit gehalten haben! Mag dazu noch soviel vorsündfluthliche Naivetät gehören, so muß er doch dabei das Extrem der fanatischen Nationalpartei im Auge gehabt haben. Graf Moltke ist ein starrer Absolutist aus der alten Schule, den nationalen Fanatismus aber scheint er nicht zu theilen, ebenso wie das heute zu Kopenhagen befolgte System noch mit dem Christian's VIII. in Opposition steht. Uebrigens zeugt die Bereitwilligkeit, womit Dänemark sich zur Beseitigung des freilich schon durch die Natur der Sache beseitigten Grafen Moltke, und zu den Modifikationen, die für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth schienen, erboten hat, von der gewaltigen, und auch von unserer Seite Entgegenkommen verdienenden Aenderung seiner Stimmung.

Wir glauben also die Volksfreiheiten der Herzogthümer nicht bedroht. Freilich wäre ihre Bloßstellung gegen die Tendenz der deutschen Centralregierung; allein wenn diese Tendenz Gerechtigkeit nach allen Seiten ist, so ist sie es auch gegen das Ausland in der Wahrung völkerrechtlicher Verhältnisse. Schleswig konnte aus diesem Grunde in dem Waffenstillstande nicht mit Holstein auf völlig gleiche Linie gestellt werden. Holstein ist durch die Verträge bereits deutsches Bundesland, Schleswigs Verhältniß zu Deutschland soll erst durch den Frieden geordnet werden; wenn es bis dahin unter gleicher, rein deutscher Regierung, unter gleichen Gesetzen und gemeinschaftlicher Vertretung mit Holstein vereint bleibt ohne Präjudicirung für die Zukunft, so scheint uns dies für jetzt genügend. Die Trennung der Truppen war nothwendig, weil nur die holsteinischen Truppen zur Bundesarmee gehören. Diese Trennung hindert indeß auch nicht, daß beide Abtheilungen gemeinschaftlich durch den General v. Bonin, der das Vertrauen der Herzogthümer genießt, kommandirt werden.

Auf die Auseinandersetzung der Landesversammlung über die Vollmacht Preußens gehen wir hier nicht näher ein, obgleich sie nicht aus vollständiger Kenntniß der Sachlage hervorgegangen ist; wir haben darüber unsere Ansicht bereits früher ausgesprochen. — Wenn die Majorität des Ausschusses die obigen, vom Standpunkte der Landesversammlung sehr natürlichen Reaktionsbefürchtungen ohne Weiteres zu den ihrigen gemacht hat, und mithin wesentliche Selbständigkeitsrechte in dem Vertrage verletzt findet, so scheint uns dies nicht aus allseitiger Erwägung der staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse hervorgegangen; man wird nie vergessen dürfen, daß auch die provisorische Regierung stets im Namen des Herzogs handelte, daß die Verhältnisse von Schleswig zu Deutschland noch nicht völkerrechtlich geregelt sind, und daß die Aufhebung der erlassenen Gesetze durch deren Herstellung wieder ausgeglichen wird. Der strenge Maßstab friedlicher und vollkommen geordneter Verfassungsverhältnisse kann an ein Provisorium, und zumal an das Provisorium während einer Waffenruhe, nicht gelegt werden. Daß der Stillstand im Namen des deutschen Bundes und nicht in dem der

Digitized by Google

provisorischen Centralgewalt abgeschlossen war, erledigt sich einfach dadurch, daß Dänemark von letzterer keine völkerrechtliche Kenntniß hatte. Was die Erwähnung des Friedens in dem Majoritätsantrag betrifft, so muß man keinen Begriff von völkerrechtlichen Verhältnissen haben, um nicht geradezu eine Beleidigung darin zu sehen, wenn man in dem Augenblick von Frieden spricht, wo man den abgeschlossenen Waffenstillstand zerreißt. Dazu kommt noch eine andere Betrachtung. Daß der Abschluß eines Friedens mit Dänemark ein fruchtbares, vielleicht ein freundliches Verhältniß mit dieser Macht für die Zukunft vorbereite, liegt (ganz abgesehen von allen gegenwärtigen Umständen) offenbar im Interesse unserer allgemein politischen Verhältnisse; der sofortige Abschluß eines solchen und überhaupt jeden Friedens ist aber, wie die preußischen Motive dies sehr wohl bemerken, bei der gegenwärtigen Stimmung in Deutschland und Dänemark geradezu unmöglich. Die Erwähnung des Friedens in jener Weise kann also nur aus dem auch von der Majorität des Ausschusses gefühlten Bedürfnisse hervorgegangen sein, sich nicht den Anschein einer Aggressivpolitik zu geben; wir glauben aber, daß sie gerade um dieser offenbaren Absicht willen ihren Zweck verfehlen muß. Im Allgemeinen scheinen uns alle beanstandeten Punkte wohl das Bedürfniß einer Revision, aber nicht die Nothwendigkeit der Verwerfung des Vertrags zu beweisen. Wir stimmen demnach für Revision und, zu diesem Zweck, für sofortige Anknüpfung eines völkerrechtlichen Verhältnisses mit Dänemark, für gemeinsame Regelung der von den Herzogthümern beanstandeten Punkte, besonders in Bezug auf die anodrückliche Gewährleistung ihrer Landesversammlung und aller Freiheitsrechte, für Ernennung eines Kommissärs an Wildenbrucho Stelle von Seiten Deutschlands, endlich für Eröffnung der Friedens-Unterhandlungen unter englischer Vermittlung, in der Art, daß die Centralgewalt hier zugleich mit England und Dänemark in diplomatischen Verkehr tritt. Dem Antrag der Minorität, über das Verfahren Preußens nach Einsicht der Verhandlungen zu berichten, schließen wir uns gleichfalls vollkommen an, und finden ihn sowohl der Autorität und Würde der Nationalversammlung angemessen, als zur Aufklärung der öffentlichen Meinung und zur Wahrung der Ehre Preußens geeignet.

Oesterreich. Wien, 8. Sept. Die Lyz. Z. meldet: Die akademische Legion hat beschlossen, der hier anwesenden ungarischen Deputation einen solennen Fackelzug zu bringen. Die Sympathien für Ungarn mehren sich hier wieder mit Schnelligkeit. (Die Wiener schwanken wie das Rohr im Winde, jeder schmeichlerische Windzug beugt sie. Dieselbe Huldigung wurde auch dem Banus Jellachich zu Theil, den man seiner Zeit in Wien wie einen Abgott feierte.)

Wien, 8. Sept. Dem Kriegsministerium ist so eben folgende telegraphische Depesche vom Vicеadmiral Martini in Triest zugekommen: „Admiral Albini hat amtlich hierher eröffnet, daß er die sardinischen Truppen aus Venedig eingeschifft habe und im Laufe des heutigen Tages (wahrscheinlich am 7. d. M.) absegle. Die k. k. Eskadre wird zur Erfüllung ihrer Bestimmung heute Nacht von Triest absegeln." (Wien. Z.)

Wien, 9. Sept. Die ungarische Reichstagsdeputation ist vom Kaiser empfangen worden, hat jedoch eine abschlägliche Antwort erhalten. Sogleich steckten die Ungarn schwarze und rothe Federn auf die Hüte, sprachen drohend und reisten ab. Erzherzog Stephan soll Pest verlassen und sich nach Kemoen begeben haben. (O. P. Z.)

Wien, 6. Sept. Man macht der Allg. Z. folgende Mittheilung: Der Fürst Esterhazy hat seine Stelle als ungarischer Minister des Auswärtigen niedergelegt. Der bekannte Graf Stephan Szechenyi, bisher Minister der öffentlichen Arbeiten und seit einiger Zeit nervös leidend, ist durch die Aufregung der letzten Tage plötzlich in Raserei verfallen (ein anderer Korrespondent aus Pesth sagt: in Folge eines heftigen Streites mit Kossuth) und wurde gestern hierher in Jörgens Irrenanstalt gebracht. Kossuth ist wieder sehr leidend. Man befürchtete daß in Pesth auf die Nachricht von dem Empfang der Deputation eine prov. Reg., Kossuth zum Diktator und General Bakonyi zum Heerführer werde ernannt werden. Erzherzog Stephan befindet sich noch in Pesth. Jellachich ist den heutigen Nachrichten zufolge in Warasdin.

Es bestätigt sich die wichtige Nachricht, daß Rußland dem Kabinet von London eine Note eingereicht hat, in der es erklärt, daß es Oesterreich als einzigen und gesetzlichen Besitzer der Lombardei anerkenne. In Folge desselben spricht die russische Regierung die Hoffnung aus, daß eine Mediation, wenn sie stattfinden müsse, nicht zum Zweck haben könne, Oesterreich seiner Besitzungen zu berauben (depouiller), sondern daß vielmehr die Unterhandlungen nur darauf gerichtet werden, dieser Macht, wenn nicht das ganze, doch den größten Theil des Gebietes, das ihr in Italien gehört, zu erhalten. (Suisse.)

Lübeck, 5. Sept. Die hiesige Ztg. berichtet: Aus den letzten aus Venedig eingetroffenen Nachrichten geht hervor, daß dort sehr große Verwirrung und Unordnung herrscht. Die Neapolitaner sind nach Pesaro abgegangen. Die Bolognesen bereiten sich zur Abreise vor. Das Volk ist in schrecklicher Aufregung, die Republik wurde wieder von Neuem proklamirt. Die königl. piemont. Kommissäre wurden wieder verjagt. Manin steht nun wieder an der Spitze der provisorischen Regierung. Tommaseo wurde in einer diplomat. Mission nach Paris abgesandt.

* Triest, 5. Sept. Gestern erhalten wir Briefe aus Fiume vom gestrigen Tage. Es herrscht allhier die beste Ruhe und Ordnung, und man gewärtigt die baldige Ankunft des Banalkommissärs. Das ungarische Ministerium soll dem Banus seine Absicht bekannt gegeben haben die Draubrücke zur Hälfte niederreißen zu lassen, damit sowohl der einen als der andern Partei der Uebergang verhindert werde. Der Banus soll erwidert haben, man solle es thun, wenn man es wagen will. Von Karlstadt bis Warasdin sind auf der ganzen Strecke alle Wagen zum Transport der kroatischen Freiwilligen und der Szeresaner requirirt worden. Es scheint, daß am 10. d. M. von vielen Punkten aus ein kombinirter Angriff gegen Ungarn Statt finden wird. Esseg ist ohne Blutvergießen und ebenso wie Fiume von den kroatischen Truppen besetzt worden. Die Gesammtarmee des Banus, die Serben mitgerechnet, soll 160,000 Mann übersteigen. — Unsere Stadt ist vollkommen ruhig. Man kennt das Resultat der Wahlen für unsere Municipalität noch nicht. Es scheint aber gewiß, daß unsere italienischen Wähler, welche das deutsche Element gänzlich zu verdrängen trachteten, das Kürzere gezogen haben. Man spricht, daß unsere Flotte doch endlich, und zwar heute Nacht, absegeln wird. Albini soll sich wirklich von Venedig zurückgezogen haben. Briefe aus Genua vom 1. d. M. melden, daß der Waffenstillstand auf andere zwei Wochen verlängert worden sei. Aus Rom erhalten wir die Nachricht, daß eine neue Krisis des dortigen Ministeriums in Aussicht sei. Man spricht allgemein in Rom, daß demnächst ein Kongreß zur Regelung der italienischen Angelegenheiten, und zwar mit Theilnahme aller Großmächte Europas, Statt finden wird.

Preußen. † Posen, 10. Sept. Die unter dem Wahlspruch „Hilf Dir selbst und Gott wird Dir beistehen!" ins Leben getretene polnische Liga ist ein, seiner Idee nach, so bedeutsamer Verein, daß es wohl verlohnt, die Grundgedanken des Entwurfs dazu der deutschen Presse zu übergeben. Ich theile Ihnen deßhalb das Statut in Kürze mit: „Die unterzeichneten Bewohner polnischer Lande unter preußischer und österreichischer Hoheit benützen das erhaltene und garantirte Assoziationsrecht zur Bildung einer „polnischen Liga", welche zum Zweck hat: die moralischen und materiellen Kräfte der Nation sowohl innerhalb als außerhalb des Vaterlandes in einen Brennpunkt zu sammeln und sie zu einer offenen und legalen Wirksamkeit zum Heil polnischer Nation zu verwenden. Es kann in die Verbindung Jeder treten, Pole oder Fremder, wenn er persönliche Dienstleistung oder einen Beitrag als „Opfer bringt." Hauptzweck der Liga ist, die öffentliche Meinung zu beurtheilen, welche heut die Gewalt der Gewalten ist, und zwar durch friedliche Mittel und legale Agitation. Demnach wird man bemüht sein, daß die Hauptdirektion aus Männern zusammengesetzt werde, die praktisch und zu einer legalen Agitation am meisten geeignet sind. Die Verhandlungen der Liga leitet in Posen eine Hauptdirektion, welche aus 7 Mitgliedern, einem Präsidenten, 4 Direktoren und 2 Beisitzern besteht, in der Stadt N. N. ihren Rath hält, und Specialdirektionen in den Provinzen und Kreisen gründet und leitet. Wird diese Einrichtung in den polnischen Provinzen Oesterreichs getroffen sein, dann soll die Centraldirektion eingesetzt werden, welche der weitverzweigten Verbindung eine einheitliche Richtung zu geben hat. Die Liga zerfällt in vier Abtheilungen, welche jedoch nach Bedürfniß vermehrt werden können: 1) Die Abtheilung des Inneren, sie hat die Statistik der nationalen Bestrebungen in den einzelnen Landestheilen genau zu führen und Mittel zu ersinnen, welche die materiellen und moralischen Kräfte des Volkes heben und konzentriren. 2) Die Abtheilung für das Aeußere knüpft und unterhält Verbindungen im Auslande mit einzelnen Personen und mit Korporationen, die der Sache Polens zugethan sind und sucht Konföderationen auf der Grundlage der Beförderlichkeit herzustellen. Diesen beiden Abtheilungen stehen die folgenden als Mittel zur Seite, nämlich 3) die Abtheilung für die Presse, sie hat auf die öffentliche Meinung durch periodische und Flugschriften zu wirken, auch für persönliche Diskussionen und Versammlungen innerhalb und außerhalb des Landes zu sorgen. Die

4. Abtheilung für die Finanzen endlich regelt das weitläufige System der Einnahmen und Verwendung derselben zu obigen Zwecken. Die Specialdirektionen haben keine Abtheilung des Aeußeren, welche ihrer Natur nach nur die Hauptdirektion haben kann, alle Verhandlungen, die das Auswärtige betreffen, werden somit gleich an die letzte abgegeben. Auch im Auslande werden zu ihrer Zeit Direktionen gegründet werden u. s. w. Dieses noch weiter ausgeführte vom Grafen Cieszkowski (Abgeordneter des preußischen Reichstags) entworfene Statut ist unterm 25. Juni in Berlin genehmigt und daselbst die Liga gegründet worden, deren Hauptdirektion den Erzbischof Przyluski von Posen zum Ehrenpräsidenten und 7 eigentliche Mitglieder vorschriftsmäßig gewählt hat. Der eigentliche Präsident ist Kruszewski, die 4 Direktoren Dr. Libelt, Cieszkowski, Rychter Canonicus, Potworowski. Es sind dies meist Abgeordnete und frühere Komitémitglieder sowie Leiter des Aufstandes in Posen. Die Abtheilung für die Presse hat sogleich die Redaktion der Ruge'schen Reform mit übernommen und erstreckt ihre Wirksamkeit auf den Thüringische Volkstribun, den Deutschen Zuschauer und verschiedene Organe der Demokratie. Die Abtheilung des Aeußeren hat sich bereits durch ihr Mitglied Cieszkowski mit der Linken in Frankfurt in Verbindung gesetzt. Letzter war nämlich in den ersten Septembertagen eigends dazu nach Frankfurt gegangen und hat daselbst viel mit Blum verkehrt. Wenn man die 25 Wähler der obigen Hauptdirektion für Preußen durchgeht, so findet man nicht weniger als 5 Priester darunter. Im Posenschen geht die Gründung der Specialdirektionen besonders unter Leitung der Geistlichkeit eifrig vor sich, über die Ausbreitung nach Westfalen hin haben wir noch keine genaue Kunde.

** Vom Rhein, 11. Septbr. Der geheimnißvolle Schleier, welcher seither die Verhandlungen des mit so großem Pompe angekündigten „Provinzialkongresses der demokratischen Vereine von Rheinland und Westfalen" bedeckte, beginnt sich allmählich zu lüften, und da diese Verhandlungen über die Hoffnungen, sowie über die Stärke und die Mittel der Partei einiges Licht verbreiten, so dürfte es nicht unangemessen sein, hier in Kürze darauf zurückzukommen. Aus den ganzen beiden großen Provinzen waren nur 16 Vereine vertreten, und da wohl nur sehr wenig Vereine unvertreten geblieben sind, so läßt sich der Schluß wohl rechtfertigen, daß höchstens 20 solcher Vereine existiren, und eben deßhalb hat auch wohl der Frankfurter demokratische Kongreß Rheinland und Westfalen in einen einzigen Kreis zusammengezogen. Beschlossen wurde nun: 1) wie ich bereits früher angeführt, daß eine an den Berliner Centralausschuß abzuliefernde Kopfsteuer von monatlich 2 Pfennigen für jedes Mitglied eines demokratischen Vereins erhoben werde; 2) daß jeder Verein eine monatliche Korrespondenz mit der Kreisbehörde, die Kreisbehörde mit dem Centralausschuß und umgekehrt zu führen habe; 3) daß es die Pflicht der Vereine sei, die anerkannten Organe der Demokratie, also namentlich die „Neue Rheinische Zeitung", nach allen Kräften zu unterstützen, dagegen namentlich die Kölnische und Elberfelder Zeitung, sowie überhaupt alle „gemeine Lügenblätter der Reaktion" zu „demaskiren"; 4) daß die Vereine es sich angelegen sein ließen, in ihrer nächsten Umgegend die Runde auf dem Lande zu machen, auf die Bauern und Fabrikarbeiter zu wirken, auf den Dörfern Vereine zu stiften und mit selbigen in regelmäßiger Verbindung zu bleiben; 5) daß, wenn von irgend einer Lokalität eine Adresse, Petition oder Protestation erlassen werde, das betreffende Aktenstück der Kreisbehörde, sowie dem Centralausschusse zur Weiterbeförderung an alle übrigen demokratischen Vereine, oder zur sofortigen motivirten Rücksendung mitzutheilen sei; 6) daß an jedem Orte eine auf freiwillige Beiträge gegründete gemeinschaftliche Kasse zur Unterstützung der Familien Derer einzurichten sei, welche wegen politischer Meinungen im Gefängniß sich befänden; 7) und letztens endlich, daß am 24. Sept., abermals in Köln, ein zweiter Provinzialkongreß abgehalten werden solle.

Baiern. ‡ München, 11. Sept. Unsere Regierung hat, wie ihre Preßorgane vermelden, durch Entsendung des Grafen Bray, des Ministers des Aeußern und des k. Hauses, nach Frankfurt, ihre unbedingte Unterwerfung unter die Centralgewalt ankündigen lassen; auch will sie gegen einen Bruch mit Preußen vermittelnd eintreten. Die Beleidigung, welche der Reichsverweser am 6. August durch eine sehr sekundäre Huldigung empfangen, ist also hinweggenommen, und daß die Regierung die gefährliche Lage Deutschlands in dem Verhältniß zu Preußen richtiger und ehrenhafter würdigt, als die meisten Parteien und ihre Preßorgane, kann nur zu ihrer Ehre und dem Besten des ganzen ausschlagen. Auch noch immer hat sie sehr klug gehandelt; denn auf die Stärkung und Kräftigung der Centralgewalt läuft der unzweideutige Volkswille in Baiern hinaus. Wenn es die Verwaltung, welche jetzt auch die Kontrole der Sammlungen für die deutsche Flotte aufgegeben, versteht, der Association auch in dem inneren Volksleben wieder Luft zu gönnen, so werden die hauptsächlichsten Angriffe, welche für den nächsten Landtag unvermeidlich gewesen, so ziemlich paralysirt sein. Wir wollen die geheimen Triebfedern nicht untersuchen, welche unsere Regierung zu so plötzlichem Umwenden in der deutschen Sache geführt; wir bezeugen nur gern mit dem Werth der That, die gerade zu rechter Zeit noch hervorgebrochen, denn nur eine starke Centralgewalt wird auch Sicherheit und die so nöthige Besonnenheit in die Reichsversammlung bringen. Wer die Volksstimmung in den meisten deutschen Landen, zumal im Süden und Westen klar erfühlt hat, wird wissen, wie mächtig der Drang nach Gesammteinigung geworden, und wie weit beim gemeinen Manne die Ueberzeugung in Folge der anarchischen Zustände gegriffen, daß der Zusammenschluß der Einheit nur durch die Höfe und Regierungen bisher vereitelt worden. Wie wahr diese Anschauung ist, geht daraus hervor, daß das Volk im Süden, welches noch vor wenigen Monden derb gegen das Volk im Norden losschlug, jetzt die Regierungen und das Volk im Norden haarscharf zu unterscheiden sucht. Ob hierin die volle Gerechtigkeit liegt, steht dahin; denn die Handelsleiden haben wenigstens unter den besitzenden Klassen im Norden den deutschen Eifer sehr abgekühlt, wie jeder Reisende erfahren kann, und daß in dem Mecklenburg das Volk noch nie in die großen Strömungen des deutschen Volkslebens gekommen, weiß Jeder. Soll nun aber nicht ein heilloser Bruch zwischen Nord und Süd entstehen, so müssen die Regierungen vor Allem mit dem schönen Beispiel für Gesammteinigung vorangehen. Dieser Vorantritt von Oben her wird seine Wirkungen auf die Schichten nicht verfehlen, die etwa noch bezüglich des Anstrebens der Einheit brach liegen. Es droht aber, wenn die einmal ins Leben gedrungene Idee der Einigung ihre Genüge von Seite der Machthaber nicht erhält, eine andere größere Gefahr, daß nämlich das Banner der Republik für Alle die aufgerollt wird, die bewußt oder unbewußt, ziehend oder gezogen das einige Deutschland erstreben. Wir sind nun so weit, daß das höchste Interesse der Regierungen und der Throne von dem des Volkes nicht mehr zu trennen ist. Hört man hier den gemeinen Mann sprechen, so wird man finden, daß ihm bereits vorgeredet worden, daß, wolle er Einheit in Deutschland, er auch Republik wollen müsse, da den bestehenden Regierungen an Einheit weniger, als dem Auseinanderhalten der Volkskräfte liegen könne. Man will er aber Einheit, folglich ist es erklärlich, wenn sich alle Augenblicke das Geschrei „Republik" wie gestern z. B. bei der Kirchweih im nahen Schwabing, in einzelnen Gruppen erhebt und sich auch mit den äußeren Symbolen z. B. rothen Fähnlein herauswagt. Vor Monden noch bebte der gemeine Mann vor dem bloßen Gedanken „Republik" zurück, jetzt ist ihm die Sache schon geläufig geworden. Mögen die deutschen Regierungen recht bald eine starke Centralgewalt herausführen; sie waren in dieser Angelegenheit die Säumigen, möge auch Preußen sich des Bessern berathen, da auch innerhalb seiner Marken, wie die neuesten Vorgänge in der Provinz Sachsen zeigen, ein aut-aut erhoben werden will. Ob unsere Regierung es ehrlich meint mit der Centralgewalt, muß sich nun sogleich in Zurückziehung der überflüssigen Gesandtschaften zeigen, wozu bisher keine Miene gemacht worden.

Würtemberg. †† Stuttgart, 11. Sept. Das muß den Preußen ihr Feind sogar lassen: sie haben ein wunderbares Glück oder Geschick, gerade an der empfindlichsten Stelle, immer im entscheidendsten Augenblicke der Stimmung Deutschlands und der öffentlichen Meinung auf den Fuß zu treten, beziehungsweise ins Gesicht zu schlagen. Hernach erstaunt und beklagt man sich in Berlin über den gehässigen Ton, welcher polemisch von Südwest nach Nordost weht. Wenn derselbe in diesen Tagen minder schneidend und roh sich äußert, als es zu Ende März und Anfangs April der Fall gewesen, so ist nicht die geringere Verletzung des nationalen Selbstgefühls, sondern der gewachsene Sinn für öffentlichen Anstand die Ursache dieses vortheilhaften Unterschiedes. Unsere Zeitschriften, wie die badischen, die rheinischen, unstreitig mitteldeutsche und österreichische nicht minder, haben beinahe nur Eine Stimme über Form und Inhalt des Vertrages von Malmö und über die darauf bezüglichen Verhandlungen in der Paulskirche. Die politischen Vereine schließen sich durch außerordentliche Kundgebungen, Adressen und Protestationen dieser Stimme an. Im Allgemeinen wird, denk ich, die augenblicklich sehr aufgeregte Stimmung — nur um deßwillen bedrohlich, weil sie leicht von ihrem Ziele abgelenkt und zu wühlerischen Zwecken benutzt werden dürfte — sich ebenso beruhigen, wie dies in der Nationalversammlung geschah. Dort scheint sie, von Weitem gesehen, schon dergestalt versühnt zu sein, daß der Beschluß vom 5. September am 10. vielleicht ganz anders ausgefallen wäre. Mißlich genug wird seine Ausführung

Digitized by Google

sein, ist deren Aufschub bereits gewesen. Nichts Schlimmeres als Beschlüsse, die man nicht in Kraft treten lassen kann oder mag! Hätte Reichsregierung und Nationalversammlung den Waffenstillstand vom 26. August benutzt, um für den 6. August eine edle Genugthuung an Preußen zu nehmen, so stünden Nord und Süd jetzt quitt und ausgeglichen einander gegenüber, und so wäre zugleich der 5. September eine Art von Sühne geworden für den 7. August. Der Himmel schickt, scheint es, alle vier, fünf Wochen so ein klares Donnerwetter über die Paulskirche, damit die schwere Luft sich reinigt und diesmal mitten in der langen Dürre der „Grundrechte“ eine doppelt willkommene Auffrischung findet. Bei dem letzten Gewitter bot sich Herr Brentano großmüthig als Blitzableiter dar, und die gefährliche Wolke entlud sich in einigen kalten Schlägen. Hoffentlich zündete auch diesmal keiner, hoffentlich wird nicht Hr. Dahlmann das Haupt sein, auf das zuletzt der Strahl herniederfährt. Seine Stellung ist eine sehr gewagte, seine Aufgabe eine unendlich schwierige geworden. Wenn er sich von doktrinärem Eifer für eine Sache, die er zuerst angeregt und seit Jahr und Tag behandelt, aus welcher er gewissermaßen eine eigene Lebensfrage für sich gemacht hat, zu weit fortreißen ließ, so kann ihm das Schicksal eines verlorenen Postens leicht zu Theil werden. Wo hat er seine Freunde und Meinungsgenossen gelassen? Wo findet er sie wieder? Wie zieht er durch den Kanon aller schwebenden äußeren und inneren Verwickelungen die Grundlinie seines Ministeriums? Wen benutzt er in dasselbe? Wer baut ihm aus der zerflossenen Majorität des 5. Sept. eine Unterlage für dasselbe? Hier sprach man davon, daß Hr. Römer bestimmt sei, ein Reichs-Portefeuille zu übernehmen, und beklagte mit Recht seinen Verlust für unsere Kammern, aber nicht minder, als die große, schwierigen Verhältnisse. Zweifelsohne bleibt er uns erhalten, da er einen Antrag, käm' er ihm wirklich, kaum anzunehmen geneigt sein möchte, und nähme er ihn an, gewiß eben nicht auf sehr lange Zeit zu übernehmen brauchte. Hr. Vogt wird darin als Prophet gesprochen haben, daß er den kommenden Reichsminister-Generationen kein Methusalems-Alter voraussagte. Gerade deßhalb, nur deßhalb ist der Fall jenes ersten, sittlich naher Hrn. von Gagerns Einfluß entstandenen Ministeriums zu beklagen. Weil es ein Ministerium des Ueberganges, der Vorbereitungen war, hätte es sich am längsten halten müssen und nur der gebietendsten Nothwendigkeit weichen. Jetzt ist die Bahn einmal gebrochen, der Blätterfall eingeleitet. Wie lange wird's dauern, bis der junge Baum im frühen Herbste kahl dasteht? Und die Früchte?!

†* Stuttgart, 12. Sept. Die „Allg. Zeit.“ vom Sonntag, in welcher ein wichtiges Dokument über den Abschluß des Waffenstillstandes, namentlich auch die dem General v. Below ertheilte Instruktion für seine Mission nach Wien zum Reichsverweser mitgetheilt wird, hat uns, mit vielen Gleichgesinnten, einen schweren Stein vom Herzen genommen. Preußen hat hierdurch auf die leidenschaftlichen Angriffe würdig, und wir hoffen es, überzeugend geantwortet. Den jedenfalls übereilten Beschluß in der Paulskirche, am denkwürdigen 5. d. M. beklagen wir nunmehr doppelt. Möchten wir wenigstens hierauf ein neuerlich gebrauchtes Wort Lamartines: „L'impatience est la violence des bonnes intentions“, anwenden können. Von verschiedenen Seiten hören wir — nach jener Veröffentlichung in der Allgemeinen — von Neuem aufrichtig bedauern, daß unser vortrefflicher Dahlmann, auf den wir nicht gern den leichtesten Schatten fallen sehen, sich verleiten ließ, als Berichterstatter in einer hochwichtigen Angelegenheit mit dem Geständniß aufzutreten, daß er unvorbereitet, ohne die nothwendige Unterstützung der Kenntniß der betreffenden Thatsachen und Dokumente, vor der Versammlung auftreten müsse. Würde ein engl. oder französ. Staatsmann, unter solchen Verhältnissen, das Wort zum Zwecke einer Antragstellung ergreifen? Was werden Dahlmanns Gegner da sagen, wo die Freunde ihn nicht vertheidigen können? — Ueber die Volksversammlung am 10. in Heilbronn liegen uns traurige Berichte vor. Es wurde von verschiedenen Rednern offen zum Umsturz, zur Proklamirung der Republik aufgefordert. Der König von Preußen und der Reichsverweser wurden öffentlich geschmäht. Wird unser konstitutionelles Ministerium seinem Eide und seiner Pflicht gemäß die Verfassung gegen dergleichen offene, freche Angriffe zu schützen wissen und endlich, ja endlich einmal mit Energie der Umsturzpartei gegenübertreten? Wir hoffen es! Wenn nicht, so möge es sich nicht wundern, wenn die Angriffe, welche die Ulmer Chronik mit scharfen Waffen gegen es schleudert, an Wirkung gewinnen. Bei der immer höher gehenden Woge auf dem politischen Gebiete, namentlich in unserem ehrlichen, treuen Schwabea, wird der Wunsch nach baldiger Rückkehr des Königs von Meran immer allgemeiner. Sind wir gut unterrichtet: so darf sie gegen den 22.—24. d. M. fest erwartet werden.

Sachsen. Leipzig, 7. Septbr. Wie aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, sind von Seite der sächsischen Regierung gegen Erhöhung des Militär-Etats bis auf zwei Procent der Bevölkerung bei dem Reichskriegsministerium die dringendsten Vorstellungen gemacht und aus statistischen Berichten nachgewiesen worden, daß Sachsen die dazu erforderliche Anzahl junger Leute gar nicht stellen kann, so wie daß das Land bei den außerordentlichen Kosten, welche die Ausrüstung und Erhaltung einer solchen Armee verursachen würde, geradezu seiner Verarmung entgegengehen müsse. (Schw. M.)

Baden. Karlsruhe, 11. Sept. Das Amnestiedekret vom 15. v. M. äußert bereits seine erfreuliche Wirkungen. Bis zum heutigen Tage wurden nicht weniger als 72 Angeschuldigte begnadigt. Unter ihnen befinden sich gar Manche, deren Antheil an den hochverrätherischen Unternehmungen kein unbedeutender war, wie namentlich Solche, welche durch Reden und öffentliche Aufforderungen sich besonders thätig gezeigt, mit Schußwaffen an Gefechten Antheil genommen, oder Freischaarenzüge befehligt hatten. Nur wenige Gesuche wurden zurückgewiesen; — sie betrafen Personen, auf welchen die Anklage der Aufreizung und Verführung ganzer Bezirke durch Täuschungen und gefährliche Drohungen oder der Verdacht einer begangenen Tödtung lastet. Indem sich so rasch die Kerker leeren und die Flüchtigen an ihren heimathlichen Herd zurückkehren, widerlegen sich thatsächlich die hämischen Verunglimpfungen, womit einige Winkelblätter diesen Akt der Milde überschütteten. (Karlsr. Z.)

Kurhessen. Kassel, 14. Sept. Der Kriegsminister, Generallieutenant v. Baumbach, ist auf sein Nachsuchen von der Stelle eines Kriegsministers entbunden. (K. Z.)

ℭ Frankfurt, 13. Sept. Auch gestern Abend noch hatte Herr Herrmann kein Ministerium zu Stande gebracht. Dies wird nun überhaupt vor Beschlußnahme über die Hauptfrage nicht möglich sein. Diese Beschlußnahme wird schwerlich morgen schon erfolgen und es wird zu wundern sein, wenn die bevorstehende große Schlacht am zweiten Tage schon zu Ende geht. Wie sie zu Ende geht, ist noch gar nicht voraus zu sehen. Im Ausschusse hat sich in dessen letzter Sitzung die Mehrheit zwar wieder auf Seite des Kriegs geneigt, dagegen ist aus Schleswig der Prinz von Augustenburg, der dort als warmer Vaterlandsfreund und weitblickender Staatsmann anerkannt ist, hier angekommen und spricht unumwunden die Ueberzeugung aus, daß das Verwerfen des Waffenstillstandes den Herzogthümern nur nachtheilig werden könnte. Gelänge es ihm, die Abgeordneten aus Schleswig von der Richtigkeit seiner Ansicht zu überzeugen, so würde dies für die Sache entscheidend wirken. Daß es sich übrigens hier nicht bloß oder nicht sowohl um die Herzogthümer, als vielmehr um einen Bruch zwischen Nord- und Süd-Deutschland, und somit um Deutschlands ganze Zukunft handelt, scheinen leider nur zu Wenige einsehen oder im Sturm der Leidenschaft beachten zu wollen. Wem zittert nicht das Herz bei dem Gedanken, daß Alles, was die edelsten Vaterland freunde seit einem Menschenalter erstrebt, was endlich der Völkerfrühling dieses Jahres als so bald erreichbar uns nahe gerückt, in einer Abstimmung zu Grunde gehen kann! — In der gestrigen Sitzung bewährte sich zum ersten Male die von Herrn Bassermann veranlaßte Abkürzung der Berathung der Grundrechte. In einer Stunde waren zwei Paragraphen erledigt, und wären die Berichterstatter für den Artikel IV. und der Herr Vorsitzende für den Art. VI. (V. fällt nach Schoders Antrag aus) vorbereitet gewesen, so hätte vielleicht die Versammlung an demselben Morgen einen ganzen Artikel erledigt. Freilich fehlt es in der Versammlung nicht an Elementen, welche sich einer Abkürzung der Berathung, also einem rascheren Zustandekommen des Verfassungswerkes aus was immer für Gründen widersetzen. Sich sprechen zu hören und gedruckt zu lesen, ist so süß! Aber die gerechte Ungeduld der Versammlung ist mächtiger, und kaum hatte sie gestern eine lange Rede Mittermaiers über §. 16 gehört, so verlangte sie gebieterisch den Schluß der Verhandlung. Auf dieser Ungeduld beruht unsere Hoffnung; denn es kann wahr werden, was neulich auf der Rednerbühne ausgesprochen wurde: die Frage des Zustandekommens einer deutschen Einheit ist wesentlich eine Frage der Zeit.

Frankfurt, 13. September. Wir haben heute den neunten Tag seit dem übereilten Beschlusse der Nationalversammlung über den Nichtvollzug des Waffenstillstandes von Malmoe, und es hat sich noch immer kein Ministerium gefunden, um den Willen der 238 zu vollstrecken. Der Vicepräsident Herrmann entwickelt zwar mehr Thätigkeit als sein Vorgänger Dahlmann, allein bis jetzt ohne besseren Erfolg. Herrmann soll mit Hrn. Camphausen eine Unterredung gehabt haben, um zu erfahren, ob und welche Modifikationen des Vertrags Preußen etwa zulassen und unterstützen würde; man sucht nach

Digitized by Google

dem Scheine einer Aenderung, um sagen zu können, daß der Waffenstillstand, den man annehme, nicht der nämliche sei, den man am 5. d. verwerfen wollte. Mit der Beseitigung des Grafen Moltke ist schon Etwas gewonnen, und der Fortbestand der von der provisorischen Regierung in Rendsburg erlassenen Gesetze und Verordnungen wird sich dann selbst ergeben. Der Reichsverweser hat gestern Mitglieder von den verschiedensten Farben bei sich gesehen, darunter die Herren Vogt und Venedey. Er will sich über die unter den Parteien herrschenden Meinungen unterrichten. Ueber das Ergebniß der Verhandlungen, bezüglich auf die Anträge der Ausschüsse, welche morgen beginnen, läßt sich mit Wahrscheinlichkeit Nichts voraussagen. Die Haltung der Versammlung ist seit dem 5. d. eine unsichere und schwankende. Der englische Gesandte, Lord Cowley, hat, sicherem Vernehmen nach, geäußert, daß die Verwerfung des Waffenstillstandes das Aufhören des diplomatischen Verkehrs von Seite Englands zur unmittelbaren Folge haben werde. Auf der andern Seite regnet es Adressen für die Verwerfung, und falls diese beschlossen würde, kann es den Unterzeichnern nicht an Gelegenheit fehlen, ihre Bereitwilligkeit, Gut und Blut zu opfern, durch die That zu beweisen. Der Bericht des Abg. Wurm, auf Verwerfung, will doch den Krieg nur dann wieder beginnen, wenn die dänische Regierung die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt nicht sogleich eröffnen wolle. Allein, wenn der Waffenstillstand gebrochen wird, welcher Zustand soll dann während der Friedensverhandlungen eintreten? Man muß Friede wollen oder Krieg, oder einstweilen Waffenstillstand, ein Drittes gibt es nicht.

Schweiz.

Bern, 10. Sept. Der Berner Verfft. berichtet: Montag, den 11., Nachmittags 4 Uhr, wird Herr Franz Raveaux, der Gesandte Deutschlands an die schweizerische Eidgenossenschaft, dem Präsidenten der Tagsatzung in feierlicher Audienz auf der Stift seine Kreditive abgeben. An dieser Audienz werden außer dem Präsidenten, zwei Mitglieder des vorörtlichen Staatsrathes, die Herren Regierungsräthe Dr. Schneider und Stämpfli, die ersten Gesandten der Vororte Zürich und Luzern, die Herren Bürgermeister Zehnder und Obergerichtspräsident Schnyder und die ersten Gesandten von Waadt und Neuenburg, die Herren Staatsräthe Briatte und Jeanrenaud-Besson Theil nehmen. Wahrscheinlich ist dieses der letzte diplomatische Akt dieser Art, welcher unter dem Regime des alten Bundesvertrags vorkommt: nach der neuen Bundesverfassung, Art. 85 Nr. 7, hat in Zukunft der Bundesrath alle auswärtigen Angelegenheiten zu besorgen. — Herr Raveaux ist der Ueberbringer folgenden Schreibens des deutschen Reichsverwesers an Schultheiß und Staatsrath des Kantons Bern, als eidg. Vorort:

Geehrte Herren und liebe Freunde! Die verfassunggebende Versammlung zu Frankfurt a. M. hat mich in ihrer Sitzung vom 28. Juni d. J. zum Reichsverweser über Deutschland erwählt. Indem die deutsche Nation den ihr theuren Gedanken der Einheit verwirklichte, hat sie mir eine Gewalt anvertraut, die ich mit der patriotischen Zustimmung der deutschen Fürsten, durchdrungen vom Gefühle der höchsten Pflichten, angenommen habe. Diese Gewalt ist berufen, eine neue und rechtmäßige Stelle im Rathe der Völker einzunehmen. Ich zeige die Uebernahme der provisorischen Centralregierung Deutschlands Ihnen, geehrte, liebe Freunde, mit besonders freudiger Erhebung des Gemüthes an. Land und Volk der Schweiz sind mir bekannt und vertraut; ich gedenke vieler wackeren schweizerischen Männer, deren gute Wünsche mich in meinem Berufe geleiten, und es ergreift mich die Aehnlichkeit der Aufgaben, von deren Lösung für Deutschland, wie für die Schweiz das Heil der kommenden Tage abhängt. Möge es beiden Völkern gelingen, die Freiheit zu befestigen und die Einheit zu stärken, ohne wohlthätige Eigenthümlichkeit zu zerstören! — Ich beauftrage den Abgeordneten der deutschen Reichsversammlung, Fenny Raveaux, Ihnen, geehrte Herren, dieses Schreiben zu überbringen, Sie meiner herzlichen Freundschaft für die Schweiz zu versichern und zur Anknüpfung des völkerrechtlichen Verkehrs zwischen den obersten Gewalten Deutschlands und der Schweiz, soviel an ihm ist, beizutragen. — Stets werde ich die aufrichtige Hochachtung und die Bereitwilligkeit zu jeder freundlichen Gefälligkeit bethätigen, womit ich verbleibe, geehrte Herren und liebe Freunde, Ihr wohlgeneigter (gez.) Johann. Frankfurt a. M., 30. August 1848. (gegengez.) Heckscher.

Von der großherzoglich badischen Regierung ist eine neue Note an die Eidgenossenschaft gelangt; es ist eine Replik auf die Antwortsnote, welche die Tagsatzung in der Angelegenheit der Flüchtlinge ertheilte. Aber gleichzeitig haben Baden und die angrenzenden süddeutschen Staaten eine gegen die Einfuhr von Schweizer Weinen in dem Grade belästigende Maßregel ergriffen, daß sie einem gänzlichen Verbote gleichkommt. Die Eidgenossenschaft wird gegenüber dieser neuen, nachbarlichen Plackerei gewiß die geeigneten Schritte einzuhalten wissen und beweisen, daß sie sich nicht ungeahndet necken läßt.

Nidwalden. Auch hier wollten die Eidgenossen die Annahme des neuen Bundes mit Freudenfeuer und Schüssen begrüßen; am 9. des Abends — so wird uns daher berichtet — erließ aber die Regierung Nidwaldens das Gebot, es sollen zu Ehren des neuen Bundes weder Freudenfeuer angezündet, noch Schüsse abgefeuert werden. So bezeigen hier die hiesigen Behörden ihre Liebe und Achtung vor der Eidgenossenschaft! (N. Z. Z.)

Dänemark.

Cheißinnia, 26. August. Der Statthalter verlas bei Auflösung des Storthings den Königlichen offenen Brief über seine Ermächtigung zur Auflösung und eine Königliche Anrede, worin es heißt: „Meine unablässige Sorge geht dahin, im Verein mit allen befreundeten Mächten den allgemeinen Frieden zu bewahren und in Europa die Ruhe und das allgemeine Vertrauen herzustellen, welche die Bedingung ungestörter Verkehrsthätigkeit und allgemeiner Wohlfahrt sind. In Uebereinstimmung mit diesen meinen Bestrebungen habe ich mich für berufen gehalten, mit nicht unbedeutenden Opfern für beide vereinigte Reiche zur schleunigen Beendigung von Zerwürfnissen mitzuwirken, welche nicht allein den allgemeinen Frieden, sondern auch unsere Grenzen und unsere wichtigsten Interessen bedrohten. Ich nähre die Hoffnung, daß die friedliche Lösung dieses Zerwürfnisses, für welche ich, meinen Grundsätzen treu, unablässig mich bestrebt habe, nicht mehr fern ist." Am Schluß beklagt der König, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse ihn genöthigt haben, seine und der Königin Krönung noch aufschieben zu müssen, spricht aber seine Hoffnung aus, daß die Zeitverhältnisse möglichst bald gestatten werden, diesen Akt vorzunehmen, und hofft bald in der Mitte seiner treuen Norweger zu erscheinen; bis dahin sende er ihnen seinen Gruß und seine besten Wünsche. (H. B. Z.)

Großbritannien.

London, 12. Sept. Die engl. Zeitungen enthalten bereits Berichte über die verhängnißvolle Sitzung der Frankfurter Reichsversammlung vom 4. Sept. Der Berichterstatter der Times findet namentlich, daß das Reichsministerium eine besondere Debatte über die Einstellung des Rückmarsches der Truppen für den nächsten Tag gestattet habe, diesem Plan hätte es sich auf das Entschiedenste widersetzen und dahin beharren sollen, daß hierüber einer gerechtfertigten Beschluß zu fassen unmöglich sei, so lange man sich nicht genaue Kenntniß der auf den Waffenstillstand bezüglichen Aktenstücke verschafft habe. Sowohl Times als Morning Chronicle enthalten ferner Korrespondenzen aus Hamburg, in denen die Aufregung der demokratischen Partei im deutschen Nordwesten als sehr bedenklich, der Widerwille gegen den König von Preußen als auf das Aeußerste gestiegen dargestellt wird. Man spreche sogar davon, sagt der Berichterstatter des M. Chron., daß man hier und da damit umgehe, die Republik zu erklären; er glaube nicht, daß ein solcher Versuch Erfolg haben werde, obschon viele Truppentheile aus dem Süden, und namentlich die Badener und Würtemberger, sehr gern zu der Fahne der Republik übergehen würden. Es habe sich eine solche Aufregung, wie sie in Hamburg und Altona herrsche, nicht für möglich gedacht ꝛc. Es kann allerdings nichts Unpolitischeres und Undergreiflicheres geben, als das Verpflanzen der schon zweifelhaften süddeutschen Truppen aus ihrer Heimath nach dem noch glühenderen Boden der Herzogthümer, wo, wie man wußte, der Krieg zu Ende und ein Waffenstillstand so gut wie abgeschlossen war, welchen die Demokraten aufs Heftigste entzünden oder doch Anlaß zu den bedenklichsten Umtrieben und Hetzereien geben mußte. Die Krone von Preußen und ihre Räthe handelten, vielleicht einer gewissen Gereiztheit nachgebend, nicht minder unklug, als sie einen Waffenstillstand schlossen, der, wie man voraussehen konnte, ganz geeignet war, durch einige Bestimmungen, namentlich aber dadurch, daß das Vorhandensein einer obersten deutschen Centralbehörde künstlich und unnöthig umgangen wurde, den kaum etwas beschwichtigten Haß gegen Preußen — dessen Regierung, Volk und Heer sich übrigens nicht gerade einer artigen Behandlung Seitens der Süd- und Westdeutschen zu erfreuen hatten — von Neuem und mächtiger als zuvor zu entflammen. Noch unklüger aber handeln diejenigen, welche, obschon sie sich Freunde der verfassungsmäßigen Monarchie nennen, die Bestimmungen des Waffenstillstandes nicht einer objektiven Kritik, nicht einer Resolva unterwarfen, ihn nicht als einen Waffenstillstand betrachteten, dem man ja, wozu die Möglichkeit gegeben war, einen ehrenvollen Frieden nebst einer kräftigen Wahrung gegen die Uebergriffe der Krone Preußen folgen lassen könne, sondern die ihn in Bausch und Bogen verdammten und dabei Leidenschaften spielen

Digitized by Google

ließen, welche, von der demagogischen Partei geschürt, weiter getragen, angefacht, einen allgemeinen Brand in ganz Deutschland zu entzünden drohten. Es ist, als ob eine allgemeine Verdienbung über diejenigen hereingebrochen wäre, welche sich Stützen der verfassungsmäßigen Monarchie zu sein bekannten, und Kranenträger und ihre Rathgeber sieht man, wie von einem Dämon beseelt, wie von einem unsichtbaren Feinde gehetzt, dem Abgrunde der Revolution mit offenen Augen entgegeneilen. Die republikanische Partei kann fast müßig die Hand in den Schooß legen; aber sie bleibt thätig, sie ist die einzige, die ihr Ziel genau kennt, keine Mittel dazu verschmäht, keinen Umstand unbenutzt läßt.

Derselbe Korresp., der übrigens der Sache der Herzogthümer nicht abgeneigt zu sein scheint und sein Gefallen an der in Hamburg und Altona kundgegebenen patriotischen Aufregung bekennt, kommt auch auf den Herzog von Augustenburg zu sprechen, und bemerkt von diesem, daß er in gänzlicher Zurückgezogenheit lebe, die Maßregeln der provisorischen Regierung nicht billige, wie denn diese Regierung selbst wider sein Wissen und Willen sich gebildet habe, und den Waffenstillstandsvertrag für so günstig als möglich hatte, „insofern die Parteien nicht etwa Eroberungen zu machen wünschten, wozu sie weder durch ältere, noch neuere Verträge berechtigt wären.“ — Der Berliner Berichterstatter des M. Chron. begleitet die Verhandlungen und Beschlüsse der Berliner Nationalversammlung Schritt für Schritt. Den von der Nationalversammlung der Regierung aufgedrängten bekannten Erlaß an die Officiere der preußischen Armee nennt dieser Korresp. „die gewaltthätigste, durch Nichts begründete tyrannische Inquisitionsmaßregel, die man irgendwann und irgendwo zu veranlassen versucht, eine Beleidigung für die tapfern Männer, welche für Preußen oder Deutschland ihr Blut vergossen haben oder zu vergießen bereit sind, und deren Lohn für die Vergangenheit und Hoffnung für die Zukunft durch dieses schändliche und willkürliche Verfahren vernichtet sind.“ Herr Waldeck hatte behauptet: diese Maßregel sei nicht neu, sie sei früher einmal in England getroffen worden, um den politischen Intriguen des Herzogs von Cumberland bei der Armee ein Ziel zu setzen. Der Korresp. sagt dagegen: „Herr Waldeck möge wissen, daß solche Maßregeln niemals gegen das britische Heer getroffen worden, daß kein englisches Parlament auf einen die Ehre, Würde und Freiheit unserer tapfern und getreuen Krieger so sehr verletzenden Vorschlag hören würde. — Herr Waldeck, der seine falsche Angabe aus irgend einer die Wahrheit verdrehenden Schandschrift über das Haus der Gemeinen, das Heer und den gegenwärtigen König von Hannover aufgegabelt hat, mag immerhin seine Unwissenheit und seine falschen Urtheile bloßstellen, wo er es nur mit den Angelegenheiten und Interessen seines eigenen Landes zu thun hat; er mag zu seinem Behagen Mitglied einer Majorität sein, welche in inquisitorischer Tyrannei mit der Santa Hermandad wetteifert, aber er möge sich hüten, einen Boden zu betreten, mit dem er ebenso wenig bekannt ist, als mit parlamentarischen Gebräuchen; er möge sich hüten, seine bereits hinlänglich irregeführten Landsleute durch erlogene Thatsachen noch irrer zu führen.“ Dieser englische Korresp. läßt überhaupt an der ganzen preußischen Nationalversammlung kein gutes Haar; das preußische Parlament steht ihm kaum höher, als eine Volksversammlung unter den Zelten, die Reden sind, wie er versichert, aus abgedroschenen Gemeinplätzen zusammengeflickt und ohne Ausnahme unter der Mittelmäßigkeit, und wie noch sonst die Schmeicheleien lauten, die dieser freilich an ganz andere parlamentarische Beredsamkeit und parlamentarischen Takt gewöhnte Korresp. an die preußischen Cortes mit wahrem Seelenvergnügen verschwendet.

Die Königin hat einen Ausflug nach Schottland gemacht und ist bereits am 7. Sept. in Aberdeen angekommen. Die engl. Zeitungen bringen über die Einzelnheiten der Reise die ausführlichsten Beschreibungen, die bei uns zu Lande als hyperloyal gelten würden.

Frankreich.

Paris, 11. Sept. Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 11. Septemb. Vorsitzender: Armand Marast. Die Sitzung wird um 12 Uhr eröffnet. An der Tagesordnung ist der, aus Crespel de Latouche Vorschlag hervorgegangene Gesetzentwurf, wodurch die Suspension der Journale während des Belagerungszustandes gesetzlich geregelt werden soll. Herr Crespel de Latouche verwahrt sich dagegen, daß man aus seinem Vorschlage, welcher gegen jede Journalsuspension gerichtet war, eine gesetzliche Suspensionsmaßregel gemacht habe. Er behält sich das Recht vor, seinen Vorschlag in seiner ursprünglichen Form zu erneuern. In gleichem Sinne spricht Isambert, er will nicht, daß ein offenbarer Eingriff in die Preßfreiheit legale Formen erhalte und von der Nationalversammlung sanktionirt werde. Labordère spricht zu Gunsten des Entwurfs, als in den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen unbedingt nothwendig. St. Gabin spricht für den Entwurf, er weist nach, wie man in Departementsblättern ganz ungescheut die Republik: „die Regierung der Kanaille“ nenne. Viktor Hugo erhebt sich mit Heftigkeit gegen jede Beschränkung der Preßfreiheit, und Allaroche trägt am Schlusse der allgemeinen Diskussion darauf an, daß die Versamml. gar nicht zur Diskussion der Artikel des Entwurfes übergehe. Der Justizminister erklärt, daß der Regierung in dieser Frage die größte Zurückhaltung auferlegt sei, und daß sie es daher ganz der Versammlung überlasse, ob sie das Recht, die Journale zu suspendiren, der ihr verantwortlichen Exekutivgewalt lassen oder es auf die unverantwortliche gerichtliche Gewalt übertragen wolle. — Herr Charamaulle vertheidigt im Namen des Gesetzbuchskomites den Entwurf als einen Mittelweg, der in außerordentlichen Fällen außerordentliche Repressivmittel und doch auch der Presse eine gesetzliche Bürgschaft gebe. Boudet spricht im Namen der Minorität des Gesetzbuchekomites — diese Minorität habe mit der Majorität für die Verwerfung des Crespel'schen Vorschlages votirt, aber sie war nicht weiter gegangen und habe gegen jede Uebertragung der Macht, die Journale zu suspendiren, an jemand Anderes als die Exekutivgewalt protestirt. Boudet macht aufmerksam, wie gefährlich es sei, aus der Justiz ein politisches Instrument zu machen. Man solle nicht vergessen, daß es sich nur vom Belagerungszustande handle, und daß derselbe so wenig zu regulirn sei, als die Ereignisse, die ihn nothwendig machten. Man verlangt den Schluß der Debatte. Jules Favre nimmt das Wort gegen den Schluß. Er bekämpft Boudets Ansicht eben so wie den Gesetzentwurf der Majorität des Komités, d. h. er will von gar keiner Suspension der Journale etwas wissen, und entwickelt seine Ansicht in einer langen und sehr geistreichen Rede. Er sagt der Regierung sehr bittere Wahrheiten, unter Andern, daß, sobald sie nicht mit der Preßfreiheit regieren könne, dies nur beweise, daß sie auf einem falschen Wege sei. Die allgemeine Diskussion wird geschlossen und zur Abstimmung durch Theilung über die Frage geschritten: ob man zu der Diskussion der Artikel des von der Kommission vorgeschlagenen Entwurfes übergehen solle. Das Resultat des Skrutins ist: für die Diskussion des Entwurfes 238, gegen dieselbe 595.

Die Versammlung geht also nicht zur Diskussion über den Entwurf des Gesetzgebungs-Komites über, die Regierung hat also einen ersten Sieg mit einer Majorität von 277 Stimmen errungen. Herr Crespel de Latouche nimmt hierauf seinen ursprünglichen Vorschlag wieder auf, besagend, daß der Belagerungszustand der Regierung nicht das Recht gebe, Journale zu suspendiren, und daß daher das gewöhnliche Recht bei allen Preßvergehen eintreten solle. Boudet bekämpft den Vorschlag, Duclerc vertheidigt dagegen Crespels Ansicht, daß die Versammlung durch ein besonderes Votum jetzt über seinen Vorschlag entscheiden müsse. Eine Menge Redner sprechen über diese Frage — aber die Versammlung kann ihre Ungeduld nicht länger zügeln, viele Stimmen verlangen den Uebergang zur Tagesordnung, d. h. die Beseitigung jeder ferneren Diskussion über Crespel de Latouches Vorschlag, die Suspension der Journale betreffend. Es findet abermals ein Skrutin durch Stimmzettel Statt, das folgendes Resultat gibt: für den Uebergang zur Tagesordnung 457, gegen denselben 277.

Die Versammlung beschließt sonach, daß sie sich mit Crespel de Latouches Vorschlage nicht mehr beschäftigen werde.

Marschall Bugraud und Graf Molé traten als Kandidaten für die Wahlen des 17. Bezirks in Paris auf; die meiste Aussicht haben die Kandidaten der gemäßigten Partei: Reya (du Nord), Edmond Adam und Achille Fould. Die radikale Partei votirt für Cabet, Raspail und Kersanoie. — Louis Napoleon tritt nicht nur als Kandidat für die Nationalversammlung auf, sondern seine zahlreichen Anhänger erklären laut, er müsse Präsident der Republik werden. — Eine heute erschienene Broschüre schlägt vor, den General Cavaignac, Herrn Thiers und Louis Napoleon zu Konsuln der Republik zu ernennen und so alle Parteien zu vereinigen. Daß diesmal ein Napoleon die Rolle des Cambacerès oder Lebrun übernähme, wäre am Ende nicht so unwahrscheinlich; Thiers würde sich jedoch gewiß für die Ehre eines Satelliten des Generals Cavaignac bedanken. — Der Constitutionnel bricht heute offen mit Eugène Sue und erklärt, er werde in seinem Feuilleton keinen socialistischen Träumereien mehr Raum geben. Früher sei die Gesellschaft hinlänglich geschützt gewesen, und man habe in der Wahl der Mittel, sie zu unterhalten, nicht so ängstlich zu sein brauchen, jetzt ist Alles in Frage gestellt, Alles in Gefahr, und daher die größte Vorsicht nöthig. Die Publikation von Eugène Sue's „Sieben Todsünden“, die noch vorige Woche ihren Fortgang im Feuilleton des Constitutionnel hatten, wird also nun wohl unterbrochen

werden. — Die Journale berichten von mehreren mehr oder minder wichtigen legitimistischen Umtrieben in einzelnen Departementsstädten, die aber alle der Entschlossenheit der Behörden und der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber ohne Erfolg geblieben sind. Briefe aus Marseille behaupten mit Bestimmtheit, daß sich die Herzogin von Berry auf einem der Schlösser in der Umgebung von Marseille verborgen halte. Hr. Mannier, zum außerordentlichen Kommissär der Regierung in den 5 Süddepartements ernannt, ist bereits, mit sehr ausgedehnten Vollmachten versehen, auf seinen Posten abgegangen.

Gestern hier angekommene Nachrichten aus Paterma melden, daß die neapolitanische Expedition bei Messina gelandet ist, aber von den Sicilianern auf die Schiffe zurückgeworfen wurde. Eine von der neapolitanischen Eskadre geworfene Bombe ist auf ein englisches Schiff gefallen und hat einen Matrosen getödtet. Die sicilianische Regierung hat sogleich einen Abgesandten auf einen englischen Dampfer an den Admiral Packer geschickt, um die Hilfe der englischen Flotte zu verlangen.

Italien.

* Vom Comersee, 2. Sept. Ein Ausflug in den nördlichen Theil der Lombardei hat mich von Neuem davon überzeugt, wie unrecht die Touristen thun, wenn sie um des dischen Kriegslärms willen sich selber um einen herrlichen Genuß ärmer machen. Ich könnte in der That nicht sagen, daß ich Land und Volk viel anders gefunden hätte, als seit den Jahren, wo Alles noch in tiefem politischem Schlummer gefesselt lag, wo das Evviva Pio IX. noch nicht zur Dekoration jeder weißen Wand geworden war. Die Oesterreicher stehen so ruhig und behaglich auf ihren Posten, als wenn sie nie bei Gotto hätten weichen und bei Custozza siegen müssen; die gesunde, genügsame Bonhommie der blonden Landsleute kommt Einem fast kindlich vor, bei der Erinnerung an das Ungeheure und Unabsehbare, das das Jahr 1848 geboren hat. Mailand freilich trägt die Spuren der Umwälzung, es ist im Vergleich mit sonst eine öde, militärische Stadt geworden. Auch hier am Comersee stehen die Villen still und öde; kein einziger der Prachtsitze in dieser paradiesischen Umgebung beherbergt Fürst, freudige Besitzer, auch die fremden Gäste sind diesmal ausgeblieben, und mit Seufzen klagen die Uferbewohner „la guerra, la guerra“ als die Ursache alles Unheils an. Das ist aber auch Alles; im Uebrigen geht die Maschine ihren Gang wie zuvor. Es ist ganz unläugbar, daß man den Eindruck eines ruhmvoll besiegten, in der Unterdrückung knirschenden Volkes nirgends empfängt. Klagen über Karl Albert, das gerühmte „Schwert Italiens“, Schmähungen auf ihn, die ihn des schändlichsten Verraths bezichtigen, dazwischen denn entsetzliche Verwünschungen über das, was die Lombarden Alles leisten konnten und wollten, auch noch Lügen, wie sie der radikalsten Schweizerpresse Ehre machen würden — das ist so ziemlich Alles, was das nationale Wiedererwachen der Lombarden als Niederschlag zurückgelassen hat. „Es ist noch nicht zu Ende“ — „Garibaldi wird bald losschlagen“ — „die Franzosen werden kommen“ — das sind die letzten Gründe, womit das Gefühl der Ohnmacht sich zu trösten und zu täuschen sucht. Dabei besteht freilich — und das dürfen wir uns freilich keinen Augenblick verbergen — wenigstens in der Lombardei eine gründliche, weitverzweigte Abneigung gegen die Tedeschi (nach dem Sinne des Volkes durchaus nicht mitbegriffen, durch „Oesterreicher“ zu übersetzen), und diese Abneigung steigert sich eben wieder durch das Gefühl der Ohnmacht, gegen diese Barbaren aufkommen zu können. Aber der Tedeschi bleibt dem Lombarden Nichts schuldig. Er haßt ihn nicht; nein, was man haßt, fürchtet man in der Regel — aber eine Verachtung, eine ganz souveräne Verachtung gegen die „Wälschen“ können Sie in jedem Deutschen jeden Grades hier mit Händen greifen. Ist der italienische Haß für uns schlimm, so ist die deutsche Verachtung für die Italiener noch schlimmer; denn an der Verachtung trägt der Verachtete gewöhnlich die größte Schuld. Ich glaube kaum, daß zwischen zwei Völkern in Europa eine solche Entfremdung der Stimmungen herrscht, wie hier, und selbst die Einsicht in die Hoffnungslosigkeit eines eignen lombardischen Regiments, selbst die Anerkennung österreichischer Wohlthaten läßt so wenig die tiefe Abneigung verstummen, als alle Gefügigkeit und Dehnbarkeit des italienischen Wesens, bei dem Deutschen die stolze, verächtliche Kälte überwältigen kann. Wenn Hrn. Arnold Ruge einmal die Welt als Spielwerk hingeworfen ist, um alle Nationalitäten in einen großen, faden und vagen Menschenbrei zusammenzuschlagen, so muß er ja dafür sorgen, daß in dem Kessel wälsches und deutsches Wesen nicht zu nahe kommen; es würde dann doch, der Theorie zum Trotz, eine Gährung entstehen, an der das ganze Gebräu zu Schanden werden könnte. Dies vorhandene Verhältniß zweier Völker, die zusammengehen sollen, ist eine Sache der ernstesten politischen Erwägung; es ist der einzige Punkt, der mir bei der Frage über die Behaltung oder Freigebung der Lombardei scheint in Betracht kommen zu dürfen. Zwar hat England gegen Irland, Frankreich gegen Algier, Dänemark gegen die deutschen Herzogthümer stets nach dem Grundsatz „odorint dum metuant“ regiert — es fragt sich aber ernstlich, ob auch wir mit dieser schlimmen Reminiscenz der alten Politik unseren politischen Jungfernakt der neuen Zeit beginnen wollen. Es ist jene Abneigung auch schwer durch politische Wohlthaten zu überwältigen, weil sie auf der nationalen Verschiedenheit beruht. Der gemeine Mann in der Lombardei kennt weder die unruhige Herrschsucht des mißvergnügten Adels, noch die idealen Vorstellungen von einer Nation, Einheit und Unabhängigkeit, er kennt nur den Gegensatz der Nationalität Sitte u. Sprache, und dieser entfremdet ihn dem Deutschen. Darum gehört es auch zu den Täuschungen, welche übrigens die Italiener gerne in uns unterhalten, als seien mit den Tedeschi nur die Oesterr. gemeint, im Gegentheil wir dürfen das „morte“ u. „abbasso“ für uns Alle in Anspruch nehmen, eben weil wir Deutsche sind. Es gibt Striche in der Lombardei und noch mehr im Venetianischen oder den angrenzenden Gebieten, wo im Volke ein tiefes und gerechtes Mißtrauen gegen ein eingedrungenes italienisches Regiment italienischer Herrenvorherrschaft, wo man die deutsche Verwaltung segnet und ihre Rückkehr im Stillen preis, aber die Annäherung zwischen den beiden Nationalitäten ist darum nicht größer. Sie wird es auch nicht werden, da die deutsche Geradheit und Biederkeit es scheut, eine Freundschaft zu suchen, die ihr persönlich Nichts werth ist, auch wenn sie politisch den Werth hoch anschlagen müßte.

Amerika.

Unter den neuesten nach England gelangten Nachrichten sind folgende hervorzuheben: Der Kongreß hatte sich am 14. vertagt. Ein Beschluß über den Antrag auf Ankauf der Rechte und Besitzungen der Hudsonsbai-Gesellschaft im Oregon-Gebiete war wegen Mangels an Zeit nicht gefaßt worden. (Dem M. Herald zufolge beabsichtigt die Hudsonsbai-Gesellschaft nur diejenigen ihrer Niederlassungen an die Ver. Staaten zu verkaufen, welche in Folge der Grenzbestimmung des Oregon-Vertrages in das Gebiet der Ver. Staaten fallen, und für welche ihr durch jenen Vertrag selbst eine Geldentschädigung vorbehalten ist. Die zu dem Behufe im Kongresse beantragte Bewilligung beläuft sich auf 1 Million Dollars). Dagegen hatte der Kongreß eine, auch vom Präsidenten sanktionirte Bill wegen Ordnung der Verwaltung im Oregon-Gebiete angenommen. Dieses Gesetz ist basirt auf die Verordnung von 1787, welche für ewige Zeiten die Sklaverei in den nordwestlich vom Ohio belegenen Territorien aufhebt. Im Senate wurde zwar ein eifriger Versuch gemacht, die Anwendung dieser Verordnung zu verhindern, dasselbe gelang indeß nicht und so ist denn die Einführung der Sklaverei im Oregon untersagt.

Aus Mexico hatte man Berichte bis zum 27. Juli. In einem neuen Gefechte mit den Regierungstruppen unter Bustamante waren die Insurgenten unter Paredes geschlagen und ihre Hauptfestung Guanajato gleich darauf erobert worden. Jaramta wurde gefangen genommen und sofort hingerichtet. Die mexicanischen Blätter behaupten, daß von den 3 Millionen, welche Nordamerika bezahlte, nur noch 1 Million im Schatze sei; sie verlangen Auskunft über die Verwendung der anderen 2 Millionen.

Die Nachricht von einem bedeutenden Aufstande auf Kuba ist durch die neuesten Posten nicht bestätigt worden. Paredes befand sich noch auf freiem Fuße im Mexikanischen.

Die Wes. Ztg. theilt ein mit dem Dampfschiff Hermann angekommenes Schreiben aus Washington vom 18. Aug. mit, dem wir folgende Stellen entnehmen: „Die Whigmehrheit, die den Krieg mit Mexico früher und zwar während seiner Dauer für ungerecht und verfassungswidrig erklärte, hat jetzt der zurückgekehrten Armee neben einer Landschenkung von 160 Acker pr. Mann, eine Extrabelohnung für 3 Monate mit 3 Mill. Dollars votirt. Die zahlreichen Angehörigen in Deutschland der in Mexiko gebliebenen deutschen Soldaten sind zu Beidem — Landvergütung und Extrasold, nebst den ordentlichen Soldrückständen berechtigt.

Ein Ansuchen für den im Bau begriffenen dritten Steamer „Franklin“ von der Newyork-Bremer Linie einen monatlichen Boeschuß von 25,000 Doll. zu bewilligen, wurde im Senate abgelehnt; zugleich auch das um die Erlaubniß zur Aufnahme des Newyork-Havre Steamers „United States“ in den Postkontrakt dieser Linie, und zwar so, daß nur die bereits die Verbindung unterhaltenden beiden Dampfer auf Bremen, zwei andre aber auf Havre fahren würden.

Nachdem unsere Regierung durch die Ernennung des Herrn Do-

Digitized by Google

nelson bei der Centralverwaltung zu Frankfurt a. M. von der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland officielle Kenntniß genommen, beantragte im Hause der Repräsentanten Herr Charles Jared Ingersoll ein in sehr kraftvollen und schmeichelhaften Worten gehaltenes Kongratulationsvotum des amerikanischen an das souveräne deutsche Volk. Obgleich um Schluß der Sitzung vorgebracht, wo solche Anträge außer der Ordnung sind, wurde derselbe doch einstimmig unterstützt und, da die Aktion beider Häuser nicht mehr möglich, an den Ausschuß über das Auswärtige übertragen, mit dem Uebereinkommen, daß dieser gleich zu Anfang der nächsten Sitzung denselben beiden Häusern zur formellen Annahme und Präsentation an die deutsche Nationalvertretung zu Frankfurt a. M. vorlegen werde.

Zum Schluß noch die Frage vieler Tausende: Wann dürfen wir den Gesandten des einigen Deutschlands bei den Vereinigten Staaten erwarten? Aller Augen sind auf Deutschland gerichtet, und man würde den ersten Vertreter desselben mit aufrichtiger Freude begrüßen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Brauerei- und Häuserversteigerung.

Dlnstag, 26. d. M.

Vormittags 10 Uhr werden aus der Verlassenschaft der verlebten Bierbrauer Franz Siedler Witwe dahier, in deren Behausung, der Erbvertheilung wegen, unter annehmbaren Bedingungen zu Eigenthum versteigert!

1) Eine zweistöckige zum Bierverzapf geräumig wohl eingerichtete Behausung mit angebautem Brauhaus, sum mipruchtooller Brauereieinrichtung und Geräthschaften, Scheuer, Stallung, Holzschuppen, abgeschlossenem Hofplatz und 6 großen gewölbten Kellern in der Spitalstraße, neben Weinhändler Dollinschak und Jakob Itte. Haus und Brauereigebäude mit Kühlschiffen taxirt zu 7000 fl. Brauerei-Geräthschaften mit 2 großen kupfernen Bierkessel, Malzdörre, Bütten und Fäßer ꝛc. taxirt zu 3000 fl.

2) Ein Felsenkeller zu 60 Fuder Lagerbier in mehreren Abtheilungen, mit Ueberbau, Faßhaus und 2 Brtl. 22 Rthn. Gartenplatz in der Nähe der Stadt an der Landstraße nach Eitlingen neben Schildwirth Becker und Christian Kudler, ohne die darin befindlichen dem Verkaufe ebenfalls ausgesetztwerdenden 50 Stück ausgepichten gut erhaltenen Lagerfaß taxirt zu 3,000 fl.

3) Eine neu erbaute zweistöckige Behausung mit abgeschlossenem Hofplatz und Hintergebäude ganz zu Malzspeicher zuchtsvoll hergestellt mit 6 gewölbten Kellern, zusammen 89 Rthn. 83 Fuß Flächengehalt, in der Zehentstraße, neben Maurer Renz und Fried. Derrer, taxirt zu 12,000 fl., wozu die Steigerungsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß auswärtige Steigerer sich über ihre Zahlungsfähigkeit mit, von ihren Ortsvorständen ausgestellten, Vermögenszeugnissen auszuweisen haben.

Sollte bei dieser Versteigerung zu Eigenthum, kein annehmbares Angebot erfollen, so werden die zur Veräußerung ausgebotenen Realitäten sogleich einer mehrjährigen Verpachtung ausgesetzt.

Durlach, 5. Sept. 1848.

Großh. Bad. Amtsrevisorat:

[821]³ Eeeurd.

[822]³ Erbvorladung.

Dem Friedrich Kautz von Jöpringen, welcher vor wenigen Jahren eine Reise nach Nordamerika unternommen hat, und dessen gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt, ist auf Ableben seines Vaters Andreas Kautz von Jöpringen eine Erbschaft von 194 fl. 33 kr. anerfallen.

Friedrich Kautz wird daher zur Erbtheilung seines Vaters Andreas Kautz von Jöpringen mit Frist von 6 Monaten, und mit dem Bedeuten vorgeladen, daß im Nichterscheinungsfalle die Erbschaft lediglich denjenigen zugetheilt werde, welchen sie zukäme, wenn Friedrich Kautz zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Pforzheim, 7. September 1848.

Großh. bad. Amtsrevisorat

Eppelin.

[823]³ Petition

um Abschaffung der Spielhöllen in Deutschland.

In der Würde eines jeden guten Deutschen liegt es, im Namen der Moralität, gegen die Dauer jener verderblichen Anstalten zu protestiren. Deutsche Brüder! bedenkt wohl, sollten fernerhin die Hazardspiele fortfahren zu bestehen, so werdet Ihr vielleicht noch später zwar Euren Lieben, seien es Verwandte oder theuerste Freunde, welche sich durch diese Anstalten hineinreißen und ins Unglück stürzen lassen, zu bedauern haben; suchen wir daher vereint, diese Schandflecken unseres geliebten Vaterlandes auszuwetzen und es gebietet unsere Pflicht, uns an das Parlament zu wenden um einen solchen Mißstand in der kürzesten Zeit zu vereiteln und dem Urge zu schaffen.

Ein in diesem Sinne abgefaßte Petition an das Parlament cirkulirt zur Einsicht und Unterschrift in hiesiger Stadt.

[824]

Kölnische Zeitung.

(Hauptredakteur: K. H. Brüggemann).

Bestellungen auf die „Kölnische Zeitung", das verbreitetste deutsche Blatt, für das mit dem 1. Oktober beginnende 4. Quartal d. J. wolle man zeitig bei der nächsten Postanstalt machen. In Folge des ermäßigten Porto beträgt der Abonnementspreis bei allen preußischen Aemtern nun jetzt nur 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. per Quartal, statt bisher 2 Thlr. Ankündigungen aller Art erlangen bei der so bedeutenden Auflage des Blattes die größte Verbreitung, nicht nur in ganz Deutschland, sondern namentlich auch in Belgien, Holland, Frankreich und England.

Köln, im Sept. 1848.

Der Herausgeber: J. DuMont.

[825] Im Verlage von Duncker und Humblot in Berlin ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Schul- und Handwörterbuch

der lateinischen, französischen, englischen und deutschen Sprache.

Vier Theile in einem Bande.

1. Lateinisch-deutscher Theil. 2. Französisch-deutscher Theil. 3. Englisch-deutscher Theil. 4. Deutsch-lat.-franz.-engl. Theil.

Bearbeitet von

Th. Dielitz, Professor an der Königl. Realschule zu Berlin.

Fr. Herrmann, Prof. der franz. Sprache und Literatur an der Königl. Realschule zu Berlin.

F. Voigt, Oberlehrer an der Königl. Realschule zu Berlin.

70 Bogen Lex. 8. geh. Preis 2 Thlr. 10 Sgr.

Indem wir das Publikum, und namentlich die Direktoren und Lehrer der höhern Schulen, auf dieses neue Lexikon aufmerksam machen, bemerken wir, daß dasselbe nicht allein sämmtliche gebräuchliche Wörter der lateinischen, französischen, englischen und deutschen Sprache enthält, sondern sich zugleich auch durch den Reichthum an Konstruktionen, Wortverbindungen und Redensarten auszeichnet. Einen eigenthümlichen Werth giebt ihm noch die etymologischen Hinweisungen, indem bei jedem Wort, dessen Abstammung irgend eine Schwierigkeit darbietet, die Wurzel beigefügt ist. Außerdem aber ist der 4. Theil, in welchem die vier Sprachen nebeneinander gestellt sind, ganz besonders geeignet, zur Sprachvergleichung anzuregen und dadurch das Erlernen und Behalten der Wörter zu erleichtern. Für die Gründlichkeit der Ausführung bürgen die Namen der in der literarischen und Lehrerwelt rühmlichst bekannten HH. Verfasser.

Dieses Wörterbuch ist jedoch nicht allein für Schulen, sondern auch zum Handgebrauch für ein größeres Publikum bestimmt und geeignet. Es enthält diejenigen 4 Sprachen, deren Kenntniß in gewissem Grade in unserer Zeit von jedem gebildeten Manne verlangt wird.

Bei diesen Vorzügen ist dieses neue Wörterbuch, das überdies auch in Bezug auf äußere Ausstattung keinem anderen nachstehen möchte, das billigste unter allen vorhandenen. Alle vier Sprachen (70 Bog. Lex. 8.) kosten zusammen nur 2½ Thlr.

Niederländische Dampfschiffe.

Täglicher Dienst. Zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Ohne umzuladen in zwei Tagen bis Rotterdam und in drei Tagen von Rotterdam nach Mannheim. Abfahrt von Mannheim 5 Uhr Morgens. Das Boot vom Sonntag korrespondirt mit dem jeden Dinstag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier". Der Agent

[826]¹¹ Mannheim, 26. Juni 1848.

L. W. Renner.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elmer & Kamp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden man sich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Angezeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 252 Heidelberg, Freitag 15. September. 1848.

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlaments erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848.

Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an D. Reimer in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Doch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die Krisis und die Kraft dieser Tage. — **Wien** (die Antwort des Kaisers an die ungarische Deputation. Schreiben des Kaisers an Jellachich). **Berlin** (Verhandlungen des Verfassungslandtags. Ministerium Beckerath. Erklärung des Königs auf den Beschluß vom 7. Sept. Die letzte Sitzung der Nationalversammlung). **Düsseldorf** (Volksversammlung). **Köln** (Erlaß des Kriegsministeriums gegen die Umtriebe des Preußenvereins). **Hannover** (der Eindruck des Waffenstillstands). **Mainz** (die Konflikte zwischen Bürger und Militär) **Kiel** (Anfprache der Landesversammlung an die deutschen Truppen. Das Staatsgrundgesetz angenommen und genehmigt). **Altona** (Rückmarsch der Truppen). **Rendsburg** (Bonin tritt den Oberbefehl ab. Demission des Prinzen von Augustenburg. Mittheilungen Wrangels über Modifikationen des Waffenstillstandes). **Frankfurt** (Einfluß des Prinzen von Augustenburg auf die schleswig-holsteinischen Abgeordneten. Auch Herrmann gibt seinen Auftrag zurück. Verhandlungen der Nationalversammlung. Noch keine Abstimmung).

Großbritannien. London. Erklärung deutscher Schiffe. John O'Connell. Die Inhaber mexikanischer Bons. Verurtheilung von Chartisten. Deutsche Auswanderer im Kaplande. Anerkennung des deutschen Gesandten. Beunruhigender Eindruck der Nachrichten aus Frankfurt.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Debatte über die Garantie der Arbeit vom Staate. Duprat nach Wien gesandt.

Ungarn Pesth. Rede Kossuths im Repräsentantenhause. Das kroatische Lager von Perlaß gestürmt.

Beilage. Die preußische Ministerkrisis. — **Schweiz.** Schaffhausen. Die Annahme des neuen Bundes in der Schweiz. Bern Der große Rath vertagt. Unzufriedenheit im Volke über die finanziellen Zustände. Note Radetzky's an die Tagsatzung.

14. September.

Wenn an zwei Hauptsitzen der deutschen Politik zur nämlichen Zeit Gleiches sich begibt, wenn zwei Ministerien fallen, wenn zwei große Versammlungen in die tiefste Bewegung gerathen und ein Votum des Tadels und des Mißtrauens aussprechen, da reicht der Zufall als Erklärung nicht aus, und es bedarf der Berichte nicht, daß eine tiefe, gleichmäßige Stimmung hier und dort zu Grunde lag. In jeder Beziehung laden die Vorgänge auf beiden Seiten zur Vergleichung ein. In beiden Versammlungen kamen zu gleicher Zeit (wenn auch sonst so verschieden an Werth und Wichtigkeit, als die beiden Versammlungen selbst) ein Angriff auf das Ministerium, eine Kompetenzfrage der Versammlung und ein an und für sich höchst wichtiger Gegenstand zur Verhandlung. In beiden fand keins dieser Momente die erschöpfende, von dem Ernst der Sache gebotene Würdigung, beide waren fortgerissen, getragen von einem Gefühl der Mißstimmung, das an die schwebenden Fragen sich anhing, ohne im Grunde mit ihnen verwandt oder gleicher Natur zu sein. Beide Versammlungen überschritten in diesem Gefühl die Linie ihrer Natur und Bestimmung, beide übersahen, daß nur die letzte reife Entscheidung ihre Sache sein kann, nicht die rasche, dem Moment angepaßte Anordnung, die stets nur den Regierenden zukommt und zukommen kann. Beiden begegnete darum, daß sie für einen gefaßten Beschluß die ausführenden Hände nicht fanden.

Aehnliches begibt sich im Volke. Daß die Flamme aufschlägt, kann Niemand läugnen, aber der Waffenstillstand hat sie mehr angefacht, als angezündet. Wenn er auch nicht durch die besonnene Prüfung, durch die Kenntniß der Thatsachen in anderm Lichte erscheine, schon die Ungleichheit des Eindrucks, den er hervorgebracht, müßte dem Kenner der Menschen- und Volksnatur zeigen, daß er nicht wirklich ihre feinsten und empfindlichsten Seiten traf. Die Ursache der herrschenden Stimmung muß anderswo liegen. Preußen ist unberührt von dieser Bewegung um den Waffenstillstand, und doch fällt sein Ministerium zu gleicher Zeit, es hat seinen Theil an dem, was in ganz Deutschland vorgeht. Noch viele andere bewegende Ursachen kann man in Abzug bringen: die Aufhetzerei der Anarchisten, die Stammeifersucht, die Oppositionslust aus alter Gewohnheit, aus Unfähigkeit eignen Boden zu gewinnen; immer aber bleibt noch Etwas übrig, was die Gemüther auch der Ruhigen und Besonnenen fortreißt, was selbst im Lager der Konservativkonstitutionellen sich, wenn auch ernst und maßvoll, kund gibt. Wir glauben, daß das Urtheil über den Stillstand sich ändern und beruhigen wird, wir glauben, daß die Anarchisten jetzt, wie noch immer, vergeblich hoffen, wie trotzen dem Stamm- und Sondergeiste, wir weissagen auch der eingewurzelten Oppositionslust keinen Erfolg an ihrem Danaidenwerk; aber was nach allem diesem bleibt und überschießt, das wird sein Recht verlangen und auf die Dauer gewinnen. Wenn auch die Nationalversammlung den Waffenstillstand nachträglich ratificiren sollte, bleibt etwa das Votum vom 5. September nicht in seiner Kraft, als bedeutsames Zeichen, als Orakel der unbewachten Stimmung?

Als die jetzige Krisis eintrat, da waren wir keinen Augenblick zweifelhaft über das, was uns zu thun oblag. Eine gefahrvolle Lage war da, wir mußten sie kalt und leidenschaftslos betrachten, wenn es auch um uns schäumte und brauste; wir mußten auf der Seite der Besonnenheit stehen wie immer, wir durften, wenn es auch schmerzlich war und der Verkennung Raum gab, gegen Ueberstürzung, gegen Unkenntniß der Thatsachen und der Lage, ja gegenüber den edlen Gefühlen für nationale Ehre und Macht nicht schweigen, wenn sie als Gefühle den reifen politischen Gedanken ersetzen, wenn sie Allgemeingiltigkeit für sich in Anspruch nehmen wollten. Wir mußten selbst Freunden gegenübertreten, wir mußten mit der nackten bittern Wahrheit schmeichelnde Illusionen zerstören und die Träume unterbrechen, denen mancher am lichten Tag, im Angesicht der Gefahr sich hingab. Wir hielten uns im ersten gefahrvollsten Moment streng an den Hauptgegenstand, jetzt soll auch dem Symptom der Bewegung und seiner Bedeutung ihr Recht widerfahren. Der dunkle Trieb der Volksmeinung ist für uns kein untrügliches Orakel, aber wenn er auch im Gegenstande sich vergreift, so deutet er doch stets auf ein Bedürfniß, auf einen tief empfundenen Mangel hin. Was stürzte die preußischen Minister? Waren sie nicht redlich, wog nicht jeder Einzelne von ihnen ungleich schwerer als jede Mittelmäßigkeit der Siegakademie? Ja, wollte man die Mittel ihrer Gegner wägen, die niedrigen Schmähungen, die elenden Witze, die ekelhaften Ovationen, die der Pöbel seinen Götzen brachte — dann möchte die Wage noch mehr zu Gunsten der Gefallenen sinken, man möchte ihnen zur Ehre

Digitized by Google

rechnen, daß sie Haß und Feindschaft solcher Gegner auf sich geladen. Aber sie hatten auch die Unparteiischen gegen sich, die Mittelpartei, die in jeder großen Versammlung sich findet, und in kritischen Momenten dem Impuls der herrschenden Stimmung folgt. Dies beweiset die Ziffer der Majorität. Die Kraft war es, die den Ministern abging. Nach ihr sucht das ganze Zeitalter: wie es scheint, vergebens. Wird sie sich nie zu der Einsicht gesellen, wird sie der Leidenschaft stets nur ihr trügerisches Scheinbild leihen? Die Schwierigkeit liegt gerade darin, daß die rechte Kraft nicht in plötzlichen Impulsen, nicht in stürmischer Leidenschaft sich kund gibt, sondern, ohne Apathie und Ueberspannung, in ausdauernder, bedeutender, unermüdlicher Thätigkeit. Niemand besitzt sie, der nicht auf eignen Füßen steht; keine Tradition der nächstvergangenen Zeiten, keine phrasenhafte Anweisung auf die Zukunft kann helfen und ausreichen. Dazu gesellt sich nach Außen die Offenheit, die Humanität, die freie, nicht mühsam erzwungene Mittheilung, der Schein, wenn man will, dessen in einer nach öffentlichem Leben ringenden Zeit kein Staatsmann mehr entrathen kann. Vornehmes Abschließen, verhüllte Andeutungen, die Aeußerlichkeiten einer neu aufschießenden Amtsaristokratie werden heute Niemand mehr vergeben. — Sollen wir immer nach karzer Anspannung zur Stagnation wieder herabsinken, bis eine neue Krisis kommt und uns aufschüttelt? Soll dann wieder von Neuem, wenn die bösen Elemente sich gehäuft und gesammelt, die Arbeit des Beschwichtigens und Niederhaltens beginnen? Wenn die gänzliche Unfähigkeit der Partei, die sich die Partei der Bewegung nennt, die Umkehr erleichtert hat, soll dann abermals eine Generation von Staatsmännern in's Gefecht geführt werden, um sich gleich nutzlos aufzubrauchen? Schon hat man den Zustand der Nationalversammlung, ehe die Bonde des Waffenstillstandes hineinfiel, mit dem Wiener Kongreß verglichen, zunächst vor der Rückkehr Napoleons aus Elba; vielleicht nicht ohne Glück, wenn man auf die Situation allein sieht, mit Unrecht freilich, wenn ein Urtheil darin liegen sollte. Die Thätigkeit einer großen Versammlung kann nie anders als aus dem historischen Ganzen ihrer Wirksamkeit beurtheilt werden; für einzelne Punkte ist sie, wie ein ganzes Volk, und wie ein Monarch, niemals verantwortlich; sie folgt unbewußt, auch darin dem ganzen Volke entsprechend, der herrschenden Stimmung des Nationallebens, desto freier, desto idealer, je bedeutender sie ist. Die Sache der Einzelnen ist es, im Wechsel der Zustände ein System unerschüttert zu verfolgen, und mit politischer Meisterschaft in's Detail zu verarbeiten; von ihnen kommt die feste Leitung in die Geschäfte und die Parteien, sie müssen in jeder herrschenden Stimmung so viel von dem Gegentheil bewahren, als das richtige Maß des Augenblicks erfordert.

Aber wo sind diese Einzelnen? Wo ist ein Staatsmann? So ruft man in Berlin, so könnte man durch ganz Deutschland rufen. Wo ist der Mann, der das Hergebrachte, Geordnete, so leicht Erstarrende zu beleben, die weiche, chaotische Masse des Zukünftigen zu befestigen wüßte, der den Einsichtigen mit festem Anhalt, den Stürmischen mit geistigem Reichthum zu Hilfe käme? In ganz Europa sind diese Geister selten; sind sie vorhanden, so sind sie auch in der Schule. Dies kann vielleicht unser Trost sein. Das Heil kommt auch hier nicht auf ein Mal; aber könnte nicht einstweilen gemeinsamer Geist für die einzelne Größe entschädigen? Die Zeit sucht allenthalben ihre Uebel und die Unzulänglichkeit der Einzelkräfte durch Vereinigung zu heilen, und auf Genossenschaften die vordem vereinzelten Bestrebungen zu übertragen. Können nicht überall, in den Versammlungen und im Volke, durch die ganze Kette der Staaten und Stämme hin die Besten, die Edelsten, die Weisen und von Vorurtheil Freien, von denen doch immer zuletzt das Weltregiment ausgeht, können sie sich nicht verbinden, um in jeder einzelnen Versammlung, wie in der ganzen großen Gemeinschaft des Volkes bei jeder entscheidenden Frage die starke Majorität oder die tonangebenden Führer zu sein? Das scheint so leicht, und ist doch das volle Problem der deutschen Einheit. Wie der Bund der Staaten und Stämme durch die Enge des Gesichtskreises, die alte Gewohnheit, die Stammeifersucht und Stammeitelkeit gehemmt wird, so wird der Bund der Einzelnen in jeder größeren und kleineren Gemeinschaft durch die Verschiedenheit der Bildung, den individuellen Eigensinn und die doktrinäre Selbstüberschätzung gehemmt. Wäre der Bund im Kleinen gelungen, so wäre auch die große Einheit im wohlverwahrten Keime fertig.

Wir werden nicht aufhören, zum Werke dieses Bundes nach Kräften beizutragen, nicht im Sinne der allseitigen Vermittlung, sondern im Sinne der Gerechtigkeit und Ordnung. Wir werden dabei keine Ungunst der Zeiten und der Stimmung scheuen; selbst wenn die Hände der Unfähigen das Steuer des Staats ergreifen sollten, werden wir nicht verzagen, solange uns Freunde unserer Weise zur Seite stehen. Die Verkennung soll uns gewiß nicht irre machen; eher könnten es die sich wiederholenden Krisen. Rauben sie auch nicht die Lust und den reinen Willen, so lähmen und stumpfen sie doch endlich die Kräfte. Wir werden uns immer auf der Seite halten, wo wir allein die wahre Einsicht in das Bedürfniß des Vaterlands wahrnehmen, aber wir können nur solange reden, Plane entwerfen und besprechen, ermahnen, vertheidigen, als — die Thatsachen und die Thaten uns zur Seite stehen. In jeder neuen Krisis innerhalb der Gefahr des Augenblicks sich zu halten, ohne nach Vergangenheit und Zukunft einen sichern Blick werfen zu können — das ist auf die Länge ein trauriges Geschäft. Möge die Parlei der gesetzmäßigen Monarchie es bedenken: wenn sie ihre Vorposten im Stich läßt, wenn sie ohne Führer in ungünstiger Stellung und schwacher Haltung sich lagert, so giebt sie sich jeder Ueberraschung, und wäre es nur ein Platzregen, Preis. Sie besitzt die Mittel, sich stets wieder zu sammeln und der Dinge Herr zu werden; aber ein Sieg, nach dem man wieder von Neuem beginnen muß, ist immer eine halbe Niederlage, und fördert jedenfalls nicht weiter.

Oesterreich. †† Wien*), 10. Sept. Gestern um 1 Uhr Nachmittags hatte die ungarische Deputation Kodlenz beim Kaiser. Der Ausspruch des Monarchen lautete auf Zusicherung der Integrität der ungarischen Krone, doch war es keine bestimmte, befriedigende, den dringenden Zuständen Ungarns angemessene Antwort. Nichtssagender hätte selbst das delphische Orakel nicht sprechen können. Das österreichisch-deutsche Ministerium theilt falsche Karten aus, oder es versteht nicht, die politische Präferance zu spielen. Eins oder das Andere vorausgesetzt, zeigt es, wie unfähig jene Hände sind, welche das Schicksal des großen Staats hüten sollen. Seit fünf Monaten wüthet in Ungarn der Bürgerkrieg, und Wien sieht ruhig dem Verwüsten seiner Kornkammer zu. Das Banat, durch deutschen Gewerbfleiß und Ackerbau erblüht, die Züchterin der Seide und edlen Obstes, die Pflegerin des traubenreichen Weinstockes und goldener Aehrenfrüchte ist nun ein Blutfeld des Bürgerkriegs, welcher vom ungarischen Ministerium hervorgerufen, vom österreichischen unterhalten wurde. Das ungarische Ministerium suchte seinen Uebereilungsfehler später gut zu machen, das österreichische aber beharrt in seiner unseligen Konsequenz. Kossuth will aus Vaterlandsliebe in die Hölle gehen, um Geld und Truppen zu werben. Doblhoff aber macht den Zeitgeist zum Sündenbock seiner schlechten Politik. Wir rathen beiden Herren, die Geister aus dem Spiel zu lassen, aber selbst mehr Geist zu zeigen. Oesterreich, als Nachbarland durch fast tausendjährige Bande mit dem Ungarn in Berührung, müßte interveniren, wenn sein Kaiser auch nicht König von Ungarn wäre, am Ungarn, das bürgerlich umgestaltete Ungarn, gegen den Soldatendiktator Jellacich zu schützen. Hat Oesterreich denn den Namen Wallenstein ganz vergessen? Haben die Minister ihre Mutter, die Revolution, vergessen? Wollen sie ihre Braut, die Demokratie, verleugnen, um aus schnöder Gewinnsucht jenes alte Scheusal Despotie sich anzutrauen? Wer wird uns aus dem Irrsal retten? Ich fürchte, der Zeitgeist läßt uns sitzen! Ich hüthige nicht dem Aberglauben, weil ich mich schäme, den göttlichen Inhalt des Menschen zu besudeln durch die Supposition der Unfähigkeit, sich selbst helfen zu können. Gerade ziehen bei meinem Fenster Wallfahrer vorüber. Die Leute begreifen auch nicht, daß Fleiß, technische Betriebsamkeit und Zeitökonomie allein im Stande sind, die Bodenfrucht zu vermehren, die Wirthschaft einträglicher zu machen. So lange man in Oesterreich die größere Last der eigenen Arbeit dem lieben Herrgott auf die Schultern schiebt, wird es weder politisch noch gutwirthschaftlich gedeihen. Die Deputation fuhr gestern noch nach Pesth, theils mit niedergeschlagener, theils mit unzufriedener Miene. In der Leopoldstadt beim Kaffehause Stierböck riefen einige Geldmäkler den vorüberfahrenden Deputirten „Eljen!“ zu. Ich glaube einige Flüche waren die Antwort. Der größte Theil der Deputirten hatte die rothe Feder auf die Hüte gesteckt. Esterhazy soll abgedankt haben. Man erwartet von Pesth die Abdankung des Ministeriums und Einsetzung einer außerordentlichen Gewalt. Der Kaiser hat sich geweigert, jetzt nach Budapesth zu gehen. Eine ungarische Freiwerbung eröffnete angeblich in der Aula ihre Werbung mit einem Plakat. Die Aula pro-

*) Wir theilen die Vorliebe des geehrten Korrespondenten für Ungarn nicht, geben aber den Brief als Beispiel der Wiener Stimmung. A. d. R.

testirte gegen diese Usurpation ihres Hausrechtes, und verwies das lügenhafte Plakat öffentlich. Bisher haben sich gegen 200 Männer dem ungarischen Freikorps einreihen lassen. Das Tagblatt „die Geißel", Trägerin ultramontaner und schwarzgelber Tendenzen, steckte eine kaiserlich österreichische Fahne gestern aus dem Fenster. Wozu dies geschah, weiß ich nicht. Es ist sehr thörig, Parteien zu reizen, am einfältigsten aber von einem Zeitungsredakteur achtbarer Farbe, über die Demonstration mit der Feder hinauszugehen und durch tientose Ostentation den Pöbel zu Gewaltstreichen hinzureißen. So geschah es auch gestern. Es drangen viele Leute in die Redaktion ein und wollten den verehelichen Redakteur der schwarzgelben „Geißel" mit dem Flaggenstock roth drechen, und dergleichen Drohungen mehr; zum Glück war er eben abwesend. Die anrüchige Fahne (ich meine nur als Parteisymbol) wurde von einer Sicherheitswache konfiscirt. Gestern hielt die akademische Legion große Berathung in der Aula wegen der Beschickung des Studentenparlaments zu Jena. Anfänglich waren die Meinungen getheilt, endlich vereinigten sich die edelgesinnten jungen Männer in der Ansicht, auch die Techniker und Akademiker von je hundert Studenten einen Abgeordneten wählen zu lassen. So tritt der ursprüngliche Begriff des Wortes Universitas immer mehr hervor, nachdem er durch Jahrhunderte in Universität und Akademie zerfallen war. — Weißkirchen wurde neuerdings angegriffen. Das Militär sah unthätig zu, als die Nationalgarde blutete. Die Ungarn erfochten 2 Siege gegen das Lager von Beckerek und erbeuteten Geschütz sammt vieler Munition. Oberst Kiß kommandirte und berichtet an das Ministerium die Besitznahme mehrerer Dörfer, ja auch des Lagers. Das österr. Finanzministerium erlaubte dem Grenzzollamte, Armatur und Munition den Kroaten und Ungarn zuzuführen. Man kann ihm Ungerechtigkeit nicht vorwerfen. Herr Kraus scheint zwei Fliegen mit einem Schlage vernichten zu wollen, er täuscht sich, wenn er Wespen für Fliegen ansieht. — Ich kann nach den sichersten Quellen nunmehr den historischen Verlauf der Verhandlung zwischen Ungarn und Oesterreich mittheilen. Am 31. Aug. wurden vom ungarischen Ministerium im Namen der Kammern folgende Fragepunkte an den Kaiser gestellt: 1) Ob der König das Recht gehabt hat, die am 15. März d. J. gegebene Koncession zu verleihen. 2) Ob das Verliehene fortzubestehen hat. 3) Ob die pragmatische Sanktion durch die jetzigen Verhältnisse aufgelöst sei. Alle diese Fragen wurden mit Nein beantwortet. Hierauf kamen die beiden Minister Bathyani und Deak nach Wien, um wegen der letzten Kammerbeschlüsse zu unterhandeln. Man verlangte aber die Vereinigung des ungar. Kriegs- und Finanzministeriums mit dem Wiener, ohne auf eine weitere Verhandlung einzugehen, weil man Deak's Logik fürchtete. Als die Minister nicht zurückkamen, wurde die große Deputation abgeschickt, welcher versichert wurde, daß die Integrität der ungarischen Krone erhalten werden soll. Den nämlichen Tag aber erscheint in der Agramer Zeit. vom 7. d. ein Manifest des Kaisers an Jellachich vom 4. d. Schönbrunn datirt, welches die Handlungen des Jellachich vollkommen anerkennt. Dasselbe heißt wörtlich: „Mein lieber Fehe v. Jellachich! Die unzweifelhaften Beweise von Treue und Anhänglichkeit an Meine Dynastie und die Interessen der Gesammtmonarchie, die Sie seit Ihrer Ernennung zum Ban von Kroatien wiederholt an den Tag gelegt haben, gleich wie die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie Sich Meinem, behufs einer gegenseitigen Verständigung mit Meinem ungarischen Ministerium erlassenen Anordnungen Folge zu leisten bestrebten, gaben Mir die Ueberzeugung, daß es nie in Ihrer Absicht gelegen sein konnte, sich Meinen Allerhöchsten Befehlen hochverrätherisch zu widersetzen, oder auf eine Lösung jenes Verbandes hinzuwirken, welcher die Nebenländer Ungarns seit Jahrhunderten an Meine ungarische Krone knüpft, und welcher auch fortan zur festern Begründung und Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt derselben dienen soll. Es gereicht daher Meinem väterlichen Herzen zur besonderen Beruhigung, daß Ich es von jenem Ausspruche abkommen lassen kann, den Ich in Meinem Manifeste vom zehnten Juni l. J. wegen einer gegen Sie einzuleitenden Untersuchung und Ihrer vorläufigen Enthebung von der Banalwürde und allen militärischen Bedienstungen, auf den Grund von Unterstellungen, zu fällen veranlaßt wurde, die in Ihrer thatsächlich erprobten treuen Ergebenheit die vollste Widerlegung finden. Indem ich in dieser Beziehung das Entsprechende an Meinen Herrn Vetter den Erzherzog Palatin von Ungarn erlasse, erwarte Ich auch ferner von Ihrem Pflichtgefühle und Ihrer loyalen Denkungsweise, daß Sie in der Stellung, zu welcher Sie Mein Vertrauen erhoben hat, stets nur für das Wohl der Gesammtmonarchie, für die Aufrechthaltung der Integrität der Krone Ungarns, und für die ersprießliche Entwickelung der Verhältnisse der ungar. Nebenländer wirken werden. Schönbrunn, 4. Sept. 1848. Ferdinand. m. p." Da dem Manifeste nur der Name des Kaisers ohne Minister unterschrieben ist, ging Staatssekretär Pulski, der talentvolle gelehrte Publicist und Staatsmann, zum Minister Wessenberg fragen, ob das Ministerium von dem Manifeste Kenntniß habe. Wessenberg verneinte es vollkommen. Also sind die Völker Oesterreichs der scheußlichsten Reaktion einer Dynastie geopfert, welche ein gefahrvolles va banque spielt und in diesem Augenblicke vielleicht den Besitz Ungarns schon verloren hat!! Man vermuthet das Aergste in Pesth zu hören, obschon die redliche magyarische Partei hier selbst nach dem geschändeten Vertrauen noch Alles zur Erhaltung der Gesetzmäßigkeit anwendet. Esterhazy hat wirklich abgedankt. Morgen erhalten wir die ersten Kuriere, dann hören Sie Bestimmtes.

Preußen. ☽ Berlin, 11. Sept. Daß auf den Beschluß vom 7. Sept. der Gegenschlag nicht ausbleiben würde, ließ sich voraussehen; nicht mit derselben Gewißheit mochte man erwarten, daß er schon heute erfolgen würde. Gestatten Sie mir, bevor ich Ihnen den Inhalt der heute in der Berliner Singakademie gepflogenen, eben so kurzen als entscheidenden Berathung mittheile, den Stand der Dinge noch einmal kurz ins Auge zu fassen. — Von den Stürmen, welche seit dem Frühlinge dieses Jahres unsre Staatsverfassung in ihren Grundfesten erschütterten und umgestalteten, war das Heer — ein alter starker Bau, welchen Jahrhunderte errichtet hatten — unberührt geblieben. Unter seinen Schutz flüchteten sich die Elemente, welche der Revolutionssturm aus ihren Sitzen aufgescheucht hatte. Es ist nicht zu läugnen, die Reaktion, wenn sie irgendwo bestand, setzte ihre Hoffnungen auf das Heer. Eine Reform der bestehenden Militärverfassung war also nöthig, sollten nicht in dem Schooße derselben die grimmigen Ungeheuer eines blutigen Bürgerkrieges großgezogen werden. Man versäumte diese Reform — und die Versammlung der Abgeordneten sprach deßhalb mit Recht ihre Befugnisse in dem bekannten Beschlusse vom 9. August aus. Allein die Form, in welcher es geschah, war eine gänzlich verfehlte. Statt lediglich Handlungen in das Gebiet der öffentlichen Beurtheilung zu ziehen, griff man über — ein Werk der Uebereilung! — in das Gebiet des inneren Richters, gab man Regeln für Gesinnungen, Ueberzeugungen. Eine konstitutionelle Regierung konnte zu einer Reform dieser Art niemals die Hand bieten, wollte sie sich nicht selbst vernichten. Absolutismus und Inquisition waren gestürzt über Nacht, sie durften nicht wieder aufleben, selbst wenn sie durch eine konstituirende Versammlung, wenn auch nur mit 1 Stimme Mehrheit, feierlich gutgeheißen wurden. Dahin lautete wenigstens das Mandat der preußischen Constituante nicht. Das Ministerium Auerswald stand mithin auf dem Rechtsboden des 18. März, wenn es sich weigerte, den Beschluß vom 9. Aug. seinem Wortlaute nach auszuführen. Allein es zögerte auch, dem Sinne des Beschlusses gemäß zu handeln, und dennoch war die Reform der Militärverfassung eine anerkannte Nothwendigkeit, und mahnten die Ereignisse von Schweidnitz dringend genug, keinen Augenblick zu säumen — es geschah Nichts und das Ministerium fiel — mit Recht. Aber wohl gemerkt, es fiel, weil es ein schwerwiegendes Bedürfniß der Freiheit unbeachtet gelassen hatte, aus einem inneren, materiellen Grunde. Politische Kurzsichtigkeit oder Absicht legten indeß allen Nachdruck auf die Form. Das Ministerium Auerswald, sagte man, hatte die „Pflicht", den Beschluß vom 9. Aug., welchen die „Organe der Demokratie" schleunig zu einem „Gesetze vom 9. August" umtauften, zur Ausführung zu bringen. Es sollte mithin „die Versammlung nicht bloß Gesetze beschließen, sie sollte auch als exekutive Behörde auftreten, einen Verwaltungsakt beschließen", also eine Ueberschreitung ihrer Zuständigkeit gutheißen, gegen die bekanntlich der Abg. Rodbertus den entschiedensten Protest eingelegt hatte, „so lange er verantwortlicher Minister" war. Die aufgeworfene Frage war gleichbedeutend mit der andern Frage, ob gesetzgebende und vollziehende Gewalt in Einer Hand vereint sein dürfen? Man könnte sagen, daß selbst in Republiken eine solche Verbindung gefahrbringend und der Freiheit zuwider sein würde, und daß mithin in der Vereinigung nicht nothwendig eine Hinneigung zur Republik ausgesprochen wurde. Dennoch ist soviel gewiß, daß, wenn überhaupt eine Verfassung unter einem so bedenklichen Bunde sämmtlicher Gewalten möglich, die „Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes" wenigstens nicht leicht zu denken ist, und daß man also mit Fug und Recht denjenigen, welche jene „Verpflichtung" des Ministeriums zuerst aussprachen, aus eben der Befugniß heraus, mit welcher sie die unkonstitutionellen Neigungen des Heeres betrachteten, zur Ehrenpflicht machen könnte, aus einer lediglich zur „Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes" berufenen Versammlung auszutreten, sofern sie nicht mit „Aufrichtigkeit und Ergebung" an diesem Ziele mitzuarbeiten vermöchten. Wie man aber auch hierüber denken mag, die Mehrheit des 7. Septbr. ist über alle diese Zweifel ohne Mühe hinweg gekommen. Sie hat die Feinde des Konstitutionalismus

Digitized by Google

aus dem Heere vertrieben und zu gleicher Zeit in echt konstitutioneller Weise sämmtliche Staatsgewalten in Einer Hand vereinigt — ausgenommen die Krone, mit welcher sie schon vorher einen Waffenstillstand abgeschlossen hatte. Vielleicht war eine solche Lösung der oben angedeuteten Frage einigermaßen neu, und mancher anspruchslose Staatsmann mag über unsere „intelligente" Volksvertretung den Kopf geschüttelt haben, vielleicht auch besann sich das eine oder andere Mitglied jener Mehrheit, daß die Grundsätze des Konvents von 1792 nicht ganz konstitutionell gewesen sind — gewiß ist, daß in der heutigen Sitzung der Abgeordneten, in welcher wiederum ein wichtiger, zur „Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes" sehr geeigneter Grundsatz in Zweifel gezogen wurde, eine so gewaltige Mehrheit für denselben in die Schranken trat, daß die menschenfreundlichen Ministerkandidaten des 7. Sept. unter der Gewalt dieser Majorität fast verschwanden. Der Hergang war folgender. Das Ministerium Auerswald war heute noch einmal vollzählig in der Versammlung erschienen, mit der Erklärung, daß es nach dem Beschlusse vom 7. Sept. keinen Augenblick gezögert, seine Entlassung einzureichen, weil seiner Ansicht nach das von ihm vertretene Princip: daß der Nationalversammlung nicht die Verwaltung zustehe — aufrecht erhalten werden mußte, da das Gegentheil mit der Monarchie nicht vereinbar. Der König sei damit einverstanden gewesen, daß ohne Aufrechthaltung des von ihnen vertheidigten Grundsatzes die konstitutionelle Monarchie keinen Bestand haben könne. Nichtsdestoweniger habe er ihre Entlassung angenommen, weil sie selbst geglaubt, das Vertrauen der Versammlung nicht mehr zu besitzen. Schließlich theilten die Minister mit, daß Herr von Beckerath, Mitglied der deutschen Nationalversammlung, mit Bildung des neuen Kabinets beauftragt sei und stellten anheim, die Sitzungen der Versammlung bis auf Weiteres zu vertagen. Diese Frage der Vertagung gab heute den Prüfstein ab für das konstitutionelle Bewußtsein unsrer Volksvertretung. Völlig konsequent handelte die äußerste Linke, wenn sie auch ohne Ministerium berathen zu können meinte. So glaubte Temme, in einer Zeit, die so wichtig und kritisch, wie die jetzige sei, auch nicht einen Augenblick sich vertagen zu dürfen. An Material würde es nicht fehlen. Allerdings, setzt er — sehr inkonsequent — hinzu, würde man dabei mit einer gewissen Diskretion Sachen von politischer Bedeutung zurücklegen müssen. Tamnau (wie sein Amendement zeigt, am 7. Sept. der einzige Staatsmann in der Versammlung) erwidert: es sei Hauptgrundsatz in konstitutionellen Verfassungen, daß die gesetzgebende Macht gemeinschaftlich von Volk und Krone geübt werde. Aus diesem Satze folge die Vertagung. Außerdem spreche dafür der Brauch aller Kammern. Riedel (Prof.): es handle sich darum, ob man im Plane der konstitutionellen Monarchie und an ihrer Verwirklichung fortarbeiten, oder ob man zugeben wolle, daß die Versammlung in einen ganz fremden Weg hineingedrängt werde. Echt konstitutionell sei es, nicht eher zu berathen, als bis die Vertretung der Krone wiederhergestellt sei. Waldeck erklärt sich gegen die Principien des vorigen Redners. Darnach könnte man 4 Wochen pausiren müssen, bis etwa die Ministerkrisis beendigt sei. Es gebe Anträge, die ohne die Minister berathen werden könnten. Plönnis antwortet: wo das Princip in Frage stehe, könne die Nützlichkeit nicht maßgebend sein. Nicht darum handle es sich, daß man arbeite, sondern daß man arbeite zum Segen des Landes, daß man sich in jedem Augenblick seiner gesetzlichen Lage bewußt sei. D'Ester (Köln) meint, man müsse immer „bei der Hand" sein. Das konstitutionelle Princip stehe in Gefahr? Er glaube, sie seien hierher gekommen, frei nach ihrem Gewissen zu handeln, frei nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. Ob dies mit dem konstitutionellen Principe vereinbar, habe jeder mit sich abzumachen. Man suche ihnen (auf der Linken) mit konstitutionellem Wesen und Principe, welches in Gefahr schwebe, bange zu machen; die Sitzung vom 7. Sept. habe gezeigt, daß diese Mittel verbraucht sind. (Was wird das unkonstitutionelle Heer dazu sagen?) Der Antrag auf Vertagung bis zum Donnerstag ward nach dieser kurzen, aber sehr merkwürdigen Debatte mit überwiegender Mehrheit angenommen. Nur die äußerste Linke stimmte dagegen, in ihrer Mitte Waldeck, der Ministerkandidat des 7. Sept.! So wäre denn schon jetzt der erste Schritt zum Besseren nach der unglücklichen Sitzung vom 7. Sept. geschehen. Fürwahr, hohe Zeit ist es, daß sich Kraft und Besonnenheit zur Rettung des Vaterlandes vereine. Schon rüttelte man an den Grundsätzen, auf denen die Monarchie beruht, an den Straßenecken begann man bereits auch die Person in den Koth zu ziehen. Noch einmal: vorwärts mit Kraft und Besonnenheit! Der König selbst schreitet der Nation voran, mit ihm vorwärts für die konstitutionelle Monarchie!

*** Berlin, 11. Sept. Die heutige Sitzung in der Singakademie war eine kurze, aber wichtige. Ueber Inhalt und Resultat sind Sie durch Ihre Korrespondenten, welche dem Lauf der Verhandlungen regelmäßig folgen, wohl schon unterrichtet. Was ist wichtig, fragen Sie vielleicht, wo eben in Frankfurt die Parlamentsschlacht geschlagen wird? Was wichtig gegen eine Schlacht, in welcher der Einheit Deutschlands solche tiefe Wunden beigebracht wurden, Wunden, die, wenn auch schnell verbunden, für das Ausland in, für uns tödtlicher, Erinnerung bleiben müssen! Möglich auch, daß, wenn Sie diesen Brief empfangen, die dort versuchten oder gelungenen Anstrengungen, den Riß oder Bruch zu heilen, von einer Bedeutung sind, daß der kleinere Riß und Bruch in unserer Ministerfrage und seine versuchte Heilung dagegen keine besondere Aufmerksamkeit zu beanspruchen hat. Auch hier weiß man das Mehr oder Minder zu würdigen und unterordnet die Bedeutung unsers Kampfes dem allgemeinen deutschen; aber Bedeutung hatte auch der in Berlins Mauern geführte, eine sehr schwere, und auch die erfolgte Ausgleichung, wenn sie gleich nur ein Palliativ ist. Aus einer andern Schicht der Notabeln des Allgemeinen Landtags wird das neue Ministerium gebildet. In welcher Ehre auch Beckeraths Name hier lebt, so täuschen wir uns darin doch nicht, daß auch seines nur ein Uebergangsministerium wird. Ein Mann von dem sittlich edlen Guß, ist nicht der Mann, um die in der Singakademie versammelten Elemente fortzureißen, zu lenken, zu begeistern und zu beherrschen. Das Fortreißen und Begeistern würde selbst einem Mirabeau schwer fallen. Mit welchen moralischen, patriotischen Impulsen, mit welcher Staatsweisheit sollte man auf dieses Konglomerat verschiedenartigster Stoffe wirken, auf diese Schulmeister, Bauern, Tagelöhner, eitle und eigensinnige Juristen und Literaten, verdorbene oder mißvergnügte Theologen aller Richtungen, die in kleinlichen Reibungen, Rabulistenzänkereien und Rechthabereien die Zeit vergeuden, und was ihnen vom Ursprünglichen, von Fähigkeit geblieben, von einer Idee sich bewegen zu lassen, schon von den paar abstrakten Theoretikern sich haben abfangen lassen, die Gott und Welt in die dürrsten aller Begriffe verhexten und bannten. Vor der Ueberrumpelung eines Impulses, wie die Frankfurter bei der Waffenstillstandsfrage, wäre man hier sicher, und bei allen Fehlern einer so scheckigen Versammlung mögen wir als Deutsche nur darauf stolz sein, daß die Empfänglichkeit für Bestechung mit der Bestechung selbst wenigstens fern blieb. Wird man Beckeraths schöne Empfindungen verstehen, seine edle Sprache würdigen? Er ist nur der Mann der Vermittlung, er ist nicht eigensinnig, nur grad und rechtlich. Den abgegangenen Ministern warf man Eigensinn vor. Nicht Ihr Korrespondent, der ihn vermißte, wo er meinte, daß sie ihn zeigen müßten, aber die Tonangeber in der jungen Politik. Beckeraths Ernennung wird Niemand befriedigt, sie wird zwei Parteien getäuscht haben, und doch dürfte diese Wendung zu Preußens Rettung führen. Man war rechts und links auf einen Bruch, eine Krisis vorbereitet, ob auch gerüstet, lass ich dahin gestellt. Nur der Hof in Potsdam ist von der Entscheidung des 7. September völlig überrascht gewesen, er glaubte fest an einen Sieg der Minister. Die reaktionäre Partei hoffte auf den Bruch. Ich lasse es völlig unentschieden, wie groß und wo die Partei zu Hause, welche noch träumen kann von Wiederherstellung des Alten, und ob sie bereit gewesen wäre, mit Mann und Roß und — Geld sich zu stellen; aber auch die Millionen, heut Reaktionäre gescholten, welche Nichts weniger als Restauration wollen, sondern Freiheit und Konstitution, auch diese sagten sich: da ein Bruch, eine blutige Lösung kommen muß, so ist es besser, daß sie bald kommt, als später. Sie waren auf den Zusammenstoß, wenn nicht vorbereitet, doch gefaßt. Ihnen schien die Entscheidung des 7. September denselben nothwendig herbeiführen zu müssen. — Von der andern Seite hatten die Demokraten wohl gedroht, sich selbst auch Muth gemacht. Wie können sie aber im offenen Felde operiren? Sie müssen die Gelegenheit abwarten, die Oertlichkeit benutzen. Es ist möglich, daß, durch die Noth aufs Aeußerste gedrängt, einige Waghälse und Verzweifelte eine Zeit lang ans Losschlagen dachten; wahrscheinlich ist aber der Plan, wenn er etwa ernsthaft gemeint war, im selben Augenblicke (wenn nicht schon früher) aufgegeben worden, wo sich ihnen die Schlacht mit der Siegesaussicht in der Nationalversammlung zeigte. Dorthin warfen sie ihre vereinten Kräfte, siegten, triumphirten und — sehen sich durch den Ausgang um ihre nächsten Siegesfrüchte getäuscht. Sie hatten entwaffnet, um Minister zu werden, und durch Beckeraths Ernennung ist ihre Aussicht auf die Stühle und Portefeuilles wieder so fern gerückt, als für die Reaktion die Hoffnung, daß durch Einen Schlag dem Unwesen ein Ende gemacht werde. Wer ist innerlich unzufriedener? Das Hangen und Bangen zehrt an den Kräften und kostet Geld. Von der Reaktion wird behauptet, daß sie noch Geld besitze; der demokratischen Partei scheint es überall ausgegangen, und die Aussicht, eine Zeitlang an der Quelle zu sitzen, hatte für sie diesmal

Digitized by Google

einem durchaus nicht bloß ideologischen, sondern einem sehr materiellen Werth. Man erzählt in Berlin, daß die Gattin eines der Oppositionsdeputirten die ungestümen Gläubiger ihres Mannes damit zurückgewiesen: sie sollten nur noch acht Tage Geduld haben, dann werde ihr Gatte gewiß Minister sein. Mag dies nur Anekdote sein, so hat sie doch symbolische Bedeutung, und Beckeraths Ernennung, wenn er auch nur vorübergehend am Ruder bleibt, verschließt der Partei die Hilfsquellen, auf die sie mit Bestimmtheit gerechnet hatte. Wie ein Aufschub der Todesstrafe der Begnadigung ziemlich gleich kam, so kann ein Aufschub des Entsatzes eine Festung zur Uebergabe zwingen. Daß die Ideologen der Partei von der Sicherheit ihres endlichen Sieges nichtsdestoweniger träumen, ist eine Sache für sich, wenn dieser Sieg damit eintritt, an den auch ich glaube, sind aber die Sache und die Partei längst andere geworden; aber die Partei, die da jetzt ist, und leben und das Leben genießen will, mußte, um zu bestehen, auf morgen, wenn nicht schon auf heute, rechnen. Sie hat sich verrechnet, und nachdem auch diese glänzendste Gelegenheit ohne unmittelbare Frucht vorüberging, halte ich sie, trotz der Tausende, die sie im kleinen Bürgerstande letzter Zeit wieder für sich gewonnen hat, für abermals geschlagen und ihr Magazin so geleert, daß ein neuer Angriff fürs Erste problematisch ist. An Symptomen des Zerfalls in sich fehlt es nicht; vorgestern predigte sie Krieg, offenen Aufstand, fortgesetzte Revolution, die 3000 Leichen und mehr kosten dürfe; gestern predigte sie Frieden und hielt ihn; was predigt sie heute, wo sie sich getäuscht sieht? Sie, in ihrem Kern, muß immer getäuscht sein, nach jedem Siege, zumeist aber nach einem parlamentarischen, der nur Einige ihrer Häupter ins Ministerium brächte. So gewiß 2 mal 2 = 4 ist, entsteht ein Meinungsdruck zwischen denen, die es errungen haben, und denen, die es nicht erringen konnten. Held denuncirte in einem Proklam am Tage der Schlacht die Kontrerevolution, sie rückte mit 50,000 Mann vor die Thore, und das arme Volk war um seine Freiheit betrogen; er warnte es vor der Bürgerwehr, vor seinen Freunden in der Kammer, er sah gar keinen Rettungsanker für dasselbe, als sich selbst. Er lud es auf gestern zu einer Versammlung ein, wo er ihm das einzige Mittel zu seiner Rettung vertrauen würde. Held hatte fehlgeschossen, weil er nicht wußte, was seine Partei wußte; er war nicht von ihr ins Vertrauen gezogen, man hatte ihn absichtlich, oder weil man Nichts mehr auf ihn gab, fallen lassen. In der Volksversammlung am Sonntag kam es deßhalb zu heftigen Explikationen, und — wer hätte es glauben sollen, Herr Held hatte die Ehre, ein Reaktionär gescholten zu werden. — Am Tage nach der Schlacht bot auch der andre berühmte Agitator, Konditor Karbe „der 60jährige Greis, der ohne Selbstsucht und Interesse dasteht, nur das Volk leitend", er bot dem rettungslos verrathenen Volke seine Hilfe dar; ihm, seiner langen Erfahrung, seiner aufrichtigen Liebe, solle es allein Glauben schenken. Er warnte es nicht vor der Kontrerevolution, aber vor den Jesuiten. Mit einiger Ueberraschung werden die, welche gegen den Stein'schen Antrag gestimmt, vernommen haben, daß sie sämmtlich verkappte Jesuiten sind! Herr Karbe (der jetzt übrigens wirklich eingefangen ist), will unter Anderm auch die Rettung der reinen evangelischen Kirche, was auch uns in diesem Augenblick überraschen darf! — Nachdem Minister Auerswald heut in der Sitzung die Berufung Beckeraths, und damit angekündigt, daß noch kein Ministerium gebildet worden, verrieth die Debatte darüber: ob die Sitzungen fortgesetzt oder bis zur Bildung derselben vertagt werden sollten, wieder in welchen kleinen Künsten die Demokraten ihr Heil suchen. Nach einem solchen Siege suchten sie eine Art Permanenz ihrer Versammlung, d. h. deren Rechtsbeständigkeit auch ohne Vertretung der Krone einzuschmuggeln! Wenn sie sich gefühlt hätten, wie in Frankf. Versammlung, warum traten sie nicht offen auf? Der Eindruck der Debatte war ein äußerst peinlicher. Eine Art Verzweiflung unter den Demokraten außerhalb der Versammlung möchte man auch in dem kindischen Trotz vernehmen, mit welchem sie Freiligraths Gedicht „Die Todten und die Lebenden" poussiren. Es wird nicht allein in vielen tausend Exemplaren dem Volke in die Hand gedrückt, in den kleinen Blättern fürs Volk abgedruckt; man recitirte es auch in einer demokratischen Versammlung, damit der Staatsanwalt Anlaß finde zur Klage. Sind Herausforderungen der Art Zeichen des Selbstvertrauens?

Berlin, 11. Sept. Das Ministerium hat im Verfolg der Verhandlungen vom 7. d. M. keinen Augenblick gezögert, des Königs Majestät seine Entlassung einzureichen, und hat dieselbe folgendermaßen begründet: „Unserer Pflicht nach muß das von uns vertheidigte Princip, daß der Versammlung die Festsetzung von Verwaltungs-Maßregeln nicht zusteht, festgehalten werden, weil ohne dasselbe die konstitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Zugleich haben wir in der Versammlung ein Mißtrauen gegen unsere Personen bemerkt, das uns veranlaßt, um Enthbindung von unsern Stellungen zu bitten." Der König habe darauf erklärt: „Ich bin mit der in Ihrem Bericht vom 9. d. M. ausgesprochenen Ansicht einverstanden, daß die konstitutionelle Monarchie ohne die Aufrechthaltung jenes Princips nicht bestehen kann. Gleichwohl ertheile ich Ihnen die Entlassung, und haben Sie bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die laufenden Geschäfte fortzuführen." — Herr v. Beckerath ist zum König berufen, und demnach, die Sitzungen auf eine angemessene Zeit ausgesetzt. (R. B. Z.)

Köln, 8. Sept. Wir sind im Stande, nachstehend einen Erlaß des Kriegsministeriums vom 26. v. M. mit einem zusätzlichen Tagesbefehl des Generals von Hirschfeld mitzutheilen, welche beweisen, daß den Agitationen des „Preußenvereins" von Oben her allerdings entgegengewirkt wird. Man wird aus denselben zugleich den Geist ersehen, in dem dies geschieht. Die Aktenstücke lauten: Ein in hiesiger Residenz und in Charlottenburg bestehender Verein, dessen Mitglieder theils die Feldzüge von 1813 — 15 mitgemacht haben, theils noch der Landwehr angehören, beabsichtigt, Seiner Majestät dem Könige eine Petition zu überreichen, welche die Ernennung Seiner k. Hoheit des Prinzen von Preußen zum Oberbefehlshaber der Armee bezweckt, und hat dieselbe vor einigen Tagen an einzelne Militärpersonen zur Verbreitung bei den Truppentheilen übersandt, um sich dabei durch Mitunterzeichnung oder eine Beitrittserklärung zu betheiligen. Daß diese Petition eine sehr wichtige militärische und allgemeine Staatsangelegenheit betrifft, bedarf keiner näheren Erörterung. Hieraus ergiebt sich, daß die Truppentheile als Korps sich dabei eben so wenig, wie bei irgend einer anderen derartigen Kollektivpetition oder Demonstration, betheiligen dürfen. Ein ꝛc. Generalkommando ersuche ich deßhalb ergebenst, die Befehlshaber der ihm wohldemselben untergebenen Truppentheile anzuweisen, sich jeder Beförderung und Unterstützung der Mitunterzeichnung jener Petition zu enthalten und ihre Untergebenen über die Unzulässigkeit der Unterzeichnung einer solchen Kollektivpetition zu belehren. Dasselbe gilt auch von einer Beitrittserklärung, in so fern dieselbe nach ihrer Fassung, gleich der als Schema der Petition beigefügten, die Unterzeichnung der letzteren ersetzen und nicht nach deutlich ausgesprochener Absicht bloß ein Antwortschreiben sein soll, welches den Zweck hat, den Mitgliedern des erwähnten Vereines die Zustimmung zu den in der Petition enthaltenen loyalen Gesinnungen zu erkennen zu geben, ohne der Petition selbst sich anzuschließen. Kriegsminister Schreckenstein.

Der General Hirschfeld fügt unterm 28. August hinzu: Die betreffenden Truppenbefehlshaber werden darauf am angemessensten durch Belehrung hinzuwirken und dabei namentlich darauf aufmerksam zu machen haben, daß der loyale Sinn der Armee sich am kräftigsten, unzweideutigsten dadurch aussprechen werde, wenn Offiziere und Soldaten in ruhiger, zuversichtlicher Haltung die Verfügungen Seiner Majestät und der von Allerhöchstderselben eingesetzten Militärbehörden erwarten und mit Pflichtergebenheit ausführen, nicht aber dadurch, daß man dem unruhigen Geiste dieser Zeit eine Huldigung darbringt, indem man ein von ihr aufgestelltes und von dem gesetzlichen Sinne der Armee gewiß nicht gebilligtes Princip, die Wahl der Führer von Unten her, thatsächlich ins Leben zu rufen beiträgt.

Düsseldorf, 10. Septbr. Die gestrige Volksversammlung unter freiem Himmel auf den Wiesen bei Neuß war sehr zahlreich besucht; es waren Deputationen und Zuzüge von Crefeld, Köln, Düsseldorf, Neuß, Viersen, Gindrach, Wevelinghoven und anderen Orten gegenwärtig. Als einer der Redner die Abdankung des Ministeriums verkündete, brach ein ungeheurer Freudenruf aus. Das ganze Fest ging ruhig und ohne die geringste Störung von Statten; nur versuchten leider Viele, in Düsseldorf wieder angekommen, spät Abends den berühmten Gefangenen F. Freiligrath zu befreien. Den Bemühungen besonnener Bürger gelang es, die tobende Masse zu beruhigen und von ihrem gefährlichen Vorhaben abzuhalten. Wie wir hören, soll nächstens eine große Volksversammlung zwischen Köln und Düsseldorf bei Worringen Statt finden. (Düsseld. Ztg.)

Hannover, 8. September. Die Nachricht von Frankfurt, daß der Waffenstillstand nicht genehmigt sei, war hier sehr schnell verbreitet. Die Meinungen theilen sich in zwei Feldlager, für und wider den Frankfurter Beschluß. Für eine Einigung Deutschlands ist hier fast Alles und natürlich auch für die Ehre Deutschlands; aber Viele meinen, daß die Ehre Deutschlands durch den Waffenstillstand nicht verletzt sei und die Einigung Deutschlands gerade durch den Frankfurter Beschluß gefährdet werde, indem Preußen sich gänzlich zur Seite geschoben fühlen würde. Andere sind der entgegengesetzten Ansicht; das einzige Mittel, einen gänzlichen Bruch mit Preußen zu vermeiden, scheint nur darin zu liegen, daß die preußische Nationalversammlung

ebenfalls den Waffenstillstand verwirft und ein neues Ministerium eintritt. — Vielleicht besinnt sich die Frankfurter Versammlung noch und genehmigt den Waffenstillstand mit Modifikationen, z. B. mit der, daß Moltke aufgegeben wird. Mit Spannung wartet man hier, ob unsere Regierung ihre Truppen zurückkehren läßt; sie wird es gewiß thun, und eilig thun, bevor die amtliche Weisung der Centralgewalt, den Rückmarsch zu sistiren, eingetroffen ist. (H. K.)

Hessen. Mainz, 11 Sept. Die bedauerlichen Konflikte, welche hier fortwährend zwischen den Einwohnern und der preuß. Garnison sich erneuern, scheinen die ernstlichsten Nachforschungen hervorgerufen zu haben, und es dürfte namentlich Hr. Camphausen, der preuß. Bevollmächtigte in Frankfurt, dem hiesigen bedauerlichen Zustande seine Aufmerksamkeit widmen. Am letzten Samstage hatte der preußische Major Dietz, Mitglied der deutschen Nationalversammlung, eine lange Konferenz mit dem Viegouverneur der Bundesfestung Mainz und kehrte nach derselben augenblicklich nach Frankfurt zurück. Gestern Morgen traf er abermals hier ein, und nach einer neuen Besprechung mit dem Viegouverneur, Generallieutenant v. Hüser, reiste er wieder ab. Man darf hoffen, daß vermittelnde und versöhnliche Maßregeln im Werke sind; denn heute Nachmittag kam nochmals aus Frankfurt ein preußischer Stabsoffizier, der Oberstlieutenant Fischer, hier an, nachdem heute morgen eine Deputation, an deren Spitze sich zwei Magistratspersonen befanden, von hier an den Reichsverweser und an Hrn. Camphausen entsendet worden. Hr. Fischer konferirte hier sowohl mit den österreichischen Generalen, als mit dem preußischen Viegouverneur. Wir können diesen schleunigen Maßregeln nur unseren Beifall zollen, um so mehr als die Herren Fischer und Dietz für energisch und bürgerfreundlich bekannt sind. Man ist auch von Seite der Bürger des jetzigen sehr drückenden Zustandes überdrüssig, und kommt man sich nur auf halbem Wege entgegen, so wird der Friede bald hergestellt sein. Möge das preußische Gouvernement zur Erreichung dieses Zustandes das Seinige thun; die Bürger von Mainz werden das Gleiche nicht versäumen. (O. P. Z.)

Mainz, 13. Sept. Auf Anregung des hiesigen Pius-vereins werden am 3., 4. und 5. Okt. die sämmtlichen kathol. Vereine Deutschlands zu einem Kongresse hier zusammentreten. (Mainz. Z.)

Schleswig. Rendsburg, 9. Sept. Aus ziemlich sicherer Quelle erfahren wir, daß der preußische General v. Bonin, welcher sich anfänglich bereit erklärt hatte, den Oberbefehl über die in Schleswig-Holstein zurückbleibenden Reichstruppen zu übernehmen, wahrscheinlich in Folge des in der schleswig-holsteinischen konstituirenden Landesversammlung gefaßten Beschlusses vom 4. d., erklärt hat, auf den Oberbefehl verzichten zu müssen. (H. K.)

Rendsburg, 10. Sept. Seine Durchl. der Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ist auf sein Ansuchen als kommandirender General der schleswig-holsteinischen Armee entlassen, und das Kommando interimistisch dem Beigabe-Kommandeur Obersten Grafen Baudissin übertragen worden. (S.-H. Z.)

Rendsburg, 11. Sept. Gestern Abend machte der General v. Wrangel bei seiner Reise durch Rendsburg den Mitgliedern der provisorischen Regierung einen Besuch und theilte denselben die erfreuliche Nachricht mit, daß er die bestimmte Hoffnung zu hegen Veranlassung habe, es werde das dänische Gouvernement darein willigen, daß die Trennung unserer Truppen in schleswigsche und holsteinische während des Waffenstillstandes wegfalle, und daß ferner der §. 7 der Waffenstillstandskonvention dahin verändert werde, daß die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verfügungen in Kraft erhalten würden, und es der neuen Regierung nur freistehe, einzelne Erlasse der provisorischen Regierung aufzuheben. (A. M.)

Kiel, 9. Sept. Die schleswig-holsteinische Landesversammlung hat unterm 8. d. folgende Ansprache an das deutsche Heer in Schleswig-Holstein publicirt: „Tapfere deutsche Brüder! Von allen Seiten her seid Ihr dem Rufe gefolgt, der Euch zum Schutze von Deutschlands Nordmark aufbot; seid willig gefolgt, wie es die Pflicht gebeut, wie es das Vaterland von seinen Söhnen erwartet, wann es gilt, seine Ehre zu wahren und ungerechtem Angriff zu wehren! Wir aber, Schleswig-Holsteins Bewohner, sind Zeugen gewesen der innern Freudigkeit, mit welcher Ihr dem Kampf zugeeilt, Zeugen der warmen Gluth für Deutschlands Wohl und Ehre, die Euch Alle durchdringt, von dem ehrwürdigen Feldherrn an, bis zum jüngsten der Kämpfer herab! Wie können Euch nicht scheiden sehen, ohne Euch im Namen dieser Lande unsere hohe Freude auszusprechen über den Geist, der in Euch lebt, ohne Euch unseren einmüthigen Dank zu sagen für die Theilnahme, die Ihr als tapfere Vertreter des ganzen einigen Deutschlands seinem zunächst bedrohten Norden bewiesen habt. Ihr zieht dahin, edle Krieger, in einem Augenblicke, wo mit dem Schicksale Schleswig-Holsteins vielleicht das Schicksal des gesammten Deutschlands auf dem Spiel steht, wo Schleswig-Holstein Eures Beistandes dringender bedürfen mag, als je zuvor. Ihr zieht dahin und wir vermögen nicht, Euch hier zurückzuhalten! Aber wer weiß, ob nicht der Höchste es so lenken wird, daß Ihr bald, sehr bald hierher zurückkehrt, um, vereint mit Schleswig-Holsteins braven Schaaren, neue Lorbeeren den schon erworbenen, unverwelkten hinzuzufügen. Dann, edle Krieger, zählt auf unsere unverbrüchliche Bruderhilfe, Mann für Mann, wie wir auf Euren Muth, auf Euere Kraft vertrauen! Sei's aber, wie es sei, wie immer das Geschick sich wenden mag, Euch sind wir sicher jederzeit im Dienste des Vaterlandes, auf dem Felde der Ehre zu finden, und überall begleitet Euch unser freudiger Zuruf: Mit Gott für Freiheit und Vaterland! Kiel, in der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, den 8. Sept. 1848. Baegum, Präsident. L. Lorenzen, Schriftführer." (H. K.)

Kiel, 9. Sept. Abends 8¾ Uhr. Soeben ist das Staatsgrundgesetz in der Landesversammlung schließlich angenommen und von der provisorischen Regierung genehmigt worden. Hr. Bremer theilte in der um 5 Uhr eröffneten Sitzung mit, daß die Landesversammlung in dem eingesandten Entwurfe zwar die Rechte des Volkes gewahrt habe, daß aber nach Ansicht der Regierung auch die Rechte des Landesherrn zu wahren seien. Die Regierung könne daher ihre Genehmigung nur unter Bedingungen ertheilen. Diese bezogen sich im Wesentlichen darauf, daß das suspensive Veto auf den Fall, daß der Herzog zugleich in einem nichtdeutschen Staate regiere, beschränkt werde, und daß der Herzog nicht auf Vorschlag der Landesversammlung, sondern frei aus deutschen Fürsten und schleswig-holsteinischen Staatsbürgern den Statthalter wähle. Es entspann sich eine weitläuftige Debatte, nach deren Schluß Landvogt Jensen darauf antrug, daß über alle von der Regierung verworfenen Artikel gemeinsam abgestimmt werde, wodurch die Sache den Charakter einer Koalition, eines Vertrauensvotums, erhielt. Dieser Antrag wurde angenommen. Es stimmten 75 für, 18 gegen die Annahme der Modifikationen. Bremer erklärte darauf, daß die Regierung ihn auf diesen Fall zur Genehmigung bevollmächtigt habe, und sprach diese Genehmigung aus. Mit einem Hoch auf das Vaterland und die provisorische Regierung zu welchem der Präsident in einer ansprechenden Rede auffoderte trennte sich die Versammlung. (H. K.)

Altona, 11. Sept. Die gestern angekommene hannöv. Infanterie hat uns heute Vormittag verlassen; die gestern angekommene preußische Infanterie wird heute Nachmittags den Rückmarsch antreten. Zu gleicher Zeit werden heute noch preußische Gardebataillone hier eintreffen. Auch die Würtemberger bereiten sich zur Rückkehr vor, doch ist 1 Bataillon des 8. württemb. Inf.-Reg. heute nach Norden befördert worden, um einen Theil der in den Herzogthümern bleibenden Besatzung zu bilden. — Die hanseatische Kavallerie wird mit einem Bataillon Würtemberger und einem Bataillon Badener während des Waffenstillstandes im Schleswig'schen verbleiben. Drei Züge und der Stab derselben bleiben in Flensburg, ein Zug in Schleswig; von der zweiten Schwadron ein Zug in Apenrade, einer in Tondern und zwei in Hadersleben. (H. K.)

ẑ Frankfurt, 14. Sept. Schon um 8 Uhr heute früh waren alle für die Zuhörer bestimmten Räume in der Paulskirche überfüllt, und große Haufen von Menschen sperrten die Straße vor dem Thore, welches zur Gallerie führt, um sogleich die Plätze der Herauskommenden wieder zu besetzen. Bis Abends halb 4 Uhr wurde mit der größten Spannung ein Resultat der Berathung über die Waffenstillstandsfrage erwartet, was jedoch nicht erfolgte, wie voraussehen werden konnte. Die Berathung wird morgen fortgesetzt und kommt vielleicht erst übermorgen zur Abstimmung. Die heutige Diskussion war nicht sehr erheblich und scheint wenig Einfluß auf die Abstimmung ausgeübt zu haben. Mehrere Redner schienen von ihren Parteien in das Vordertreffen geschoben worden zu sein, mehr um die Gegenpartei herauszulocken, als um derselben eine Niederlage beizubringen, und die Sache wollte daher nicht von der Stelle rücken. Erst am Schlusse der Sitzung bestieg Herrmann aus München die Rednerbühne, trat mit einer scharfen Kritik der Handlungsweise des abgetretenen Ministeriums hervor und zeigte dann, wie er sich bemüht habe, eine Vermittlung zwischen den entgegengesetzten Meinungen zu Stande zu bringen, was ihm aber nicht gelungen sei. Deßhalb trete er auf seinen ersten Standpunkt zurück und verwerfe den Waffenstillstandsvertrag. Sein Vortrag war anschaulich und mit Humor gewürzt. Schmerling antwortete ihm gewandt und scharf, glücklicher in der Benutzung der kleinsten Blößen, die sich der Gegner gegeben hatte, als in der Vertheidigung gegen dessen Angriffe. Wenn die Linke die Rede Herrmanns mit anhaltendem Beifall begleitete, so war ihr das

nicht zu verdenken, obgleich sie darin eben nicht den sichersten Takt bewies; denn wenn auch Herrmann Minister wird, so wird er schwerlich ihr Minister werden. Wenn sie dagegen Schmerling mit Ztschen von der Rednerbühne verfolgte, so hat sie damit ihrem Ministerkandidaten jedenfalls einen schlechten Dienst erwiesen. Heckscher sprach zu Anfang der Sitzung; er eröffnete dieselbe mit einer mehr als zwei Stunden langen Auseinandersetzung. Zuerst sprach er ernst und kräftig; dann aber verlor er sich in so viele Einzelnheiten, verbreitete sich über so Vielerlei und für die Versammlung so Unwichtiges, und das Alles mit so wenig ordnerischer Anordnung, daß man sich allgemein nach dem Schlusse sehnte, und seine Rede einen sehr geringen Eindruck auf die Versammlung machte. Die schleswigschen Abgeordneten haben heute einen von Franke vertheidigten Antrag gestellt, welcher nicht auf Verwerfung, sondern auf eine bedingte Annahme des Waffenstillstandes geht. Dadurch wird nun die Mehrheit vollends schwankend, und es könnte leicht der Fall sein, daß weder der Majoritäts- noch der Minoritätsantrag eine Mehrheit bekommt. Ich schließe hier, um das Schreiben vor 6 Uhr auf die Post zu bringen, und werde Ihnen morgen Näheres über den Verlauf der Berathung berichten.

♂ Frankfurt, 14. Septbr. In Bezug auf meine gestrige Nachricht freue ich mich, Ihnen mittheilen zu können, daß es dem Prinzen von Holstein-Augustenburg gelungen ist, den größeren Theil der schleswig-holstein'schen Abgeordneten zu überzeugen, wie wenig sie ihrem kleineren, und wie noch viel weniger sie ihrem großen Vaterlande durch Verwerfung des Waffenstillstands nützen würden. Herr Franke aus Schleswig wird daher selbst heute den Antrag stellen, den Vollzug des Waffenstillstands, so weit er nach ausführbar, nicht länger zu hindern. Da dieser Antrag von Schleswigern selbst ausgeht, so kann ich an seiner Annahme nicht zweifeln. Dahlmann und Claussen haben sich diesem Antrage freilich nicht angeschlossen. Daß der Waffenstillstand nicht mehr in allen seinen Punkten ausführbar, sieht die dänische Regierung nun selbst ein. Nach einem officiellen Briefe des Herrn Camphausen ist die Präsidentschaft des Grafen Motike-Rütschau als beseitigt zu betrachten und der König von Dänemark „bereit zu Modifikationen und Konzessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen." So wird sich denn diese anfänglich so drohende Angelegenheit hoffentlich noch zu allseitiger Befriedigung lösen. Indessen ist gestern die Nachricht eingelaufen, daß Dänemark auf Bekanntwerden des Beschlusses vom 5. Sept. mit der Herausgabe der deutschen Schiffe eingehalten hat. — Herr Herrmann hat seinen Auftrag, ein Ministerium zu bilden, in des Reichsverwesers Hände zurückgegeben, dieser ihn jedoch ersucht, den Auftrag wenigstens bis nach der Beschlußnahme, die wahrscheinlich erst morgen erfolgen wird, zu behalten.

Großbritannien.

London, 13. Sept. Der Repealverein steckt in Schulden, zu deren Deckung die berühmte Versöhnungshalle verkauft werden soll. J. O'Connell fordert nun die Repealer auf, die nöthige Summe aufzubringen, damit das historisch gewordene Gebäude dem Verein erhalten werde. In seinem Schreiben heißt es unter Anderm: „Zwar brauchen wir zu unsern Versammlungen die Versöhnungshalle nicht; die Bewegung, welche Peel und Wellington zum Fall brachte, und einem feindlichen Monarchen und feindlichen Parlament die Katholikenemancipation abgerungen hat, nahm in einem kleinen, zu jeder Versammlung besonders gemietheten Hinterzimmer ihren Anfang." John O'Connell hätte nicht übel Lust, nach der Niederlage der O'Brien'schen Partei, das alte Spiel der Repealagitation wieder in seine Hand zu bringen; obschon er aber seinen genialen Vater in allem auf Aengstlichste kopirt, sogar in der gaullerischen Schönthuerei mit ultrakatholischen Tendenzen, gelingt es ihm doch nicht, die Menge hinzureißen und mit ihr sein Spiel zu treiben, worin in der Regel die Kunst der Demagogen besteht.

Lord Palmerston hat den Inhabern mexikanischer Bons zum Dutzendstenmale versprochen, daß er nun wirklich die mexikanische Regierung dringend aufzufordern gedenke, daß sie ihre auswärtigen Gläubiger jetzt endlich befriedige. Nun denkt aber die mexikanische Regierung gar nicht daran, zu zahlen, aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht im Stande ist; es müßte also zu kriegerischen Maßregeln geschritten werden, woran wieder Palmerston nicht denkt. — In Ashton wurde am 6. Sept. abermals ein Schub von 17 Chartisten der Aufwieglerei und Verschwörung für schuldig gefunden; noch andere unglückliche Chartisten sehen einem gleichen Spruch entgegen. Wie man sieht, weiß man im „Lande der Freiheit" mit den Freiheitspredigern kurzen Prozeß zu machen. Dr. Reynolds, einer der Hauptredner bei den chartistischen Versammlungen, hat sich der Verhaftung glücklich entzogen und nach Amerika geflüchtet. — Durch den Waffenstillstand sind eine Masse deutscher und namentlich preußischer Schiffe von ihrer gezwungenen Hafenruhe in Leith, Plymouth, Falmouth (hier allein 40 Schiffe) und andern Orten befreit worden. — Aus St. Margarets Hope waren die preußischen Wallfischfahrer ebenfalls abgesegelt; ihre Ladung besteht meist aus Robben, die schon halb in Fäulniß übergegangen sind. Die armen Leute denken ihre Ladungen vor der Pforte der St. Paulskirche in Frankfurt niederzulegen.

Die deutsche Auswanderung hat einen neuen fernen Zielpunkt ausfindig gemacht, wohin der Arm des deutschen Reichs nicht langt. Dem „Globe" zufolge hat sich in Natal (Kaptand) eine Gesellschaft deutscher Ansiedler niedergelassen und einige Ländereien, welche sich namentlich zur Erzeugung von Baumwolle eignen, zu hohen Preisen angekauft. So zersplittern sich deutsche Geld- und Arbeitskräfte in aller Welt, ohne daß sie dem deutschen Vaterlande zu Gute kämen. Der einzige Trost bleibt, daß der Samen deutscher Bildung und Gesittung, nie vom Winde hier- und dorthin und an die entferntesten Enden der Welt getragen, gruppenweise aufgehen und in zukünftiger Zeit unserer wachsenden Thätigkeit nach Außen willkommene Anknüpfungspunkte bieten wird. Uebrigens gedeihen die Niederlassungen in Natal vortrefflich. Erst von Kurzem hat sich eine Gesellschaft gebildet, um die Baumwollenkultur im Großen zu pflegen, und zu diesem Zweck 25,000 Acre Landes, den Acre zu nur 2 Schilling, angekauft. Auch aus Südaustralien lauten die Nachrichten über die Landeskultur sehr günstig; man vergißt über der Ausbeutung der Kupferminen keineswegs den Ackerbau.

London, 9. Sept. Die Fr. O. P. Z. enthält folgende beachtenswerthe Privatmittheilung: Die gestrige „London Gazette" enthält die amtliche Anzeige von der am 4. d. M. stattgehabten Audienz des Gesandten des Reichsverwesers, Herrn v. Andrian, bei der Königin. Die Ausdrücke des amtlichen Journals lassen keinen Zweifel an der Anerkennung der in Frankfurt errichteten Regierung durch England. Herr v. Andrian wurde von der Königin empfangen, als in außerordentlicher Sendung an sie abgeordnet zur Anzeige der Uebernahme der Centralregierung Deutschlands durch den Reichsverweser (Imperial Vicar of Germany). Es soll nicht ganz leicht gewesen sein, das auswärtige Amt mit diesen ihm nicht geläufigen Begriffsbestimmungen gehörig vertraut zu machen. Wenn übrigens die deutsche Centralgewalt Grund hat, auf regelmäßige Beziehungen zu England Werth zu legen, so darf sie sich Glück wünschen, daß die Anerkennung erfolgt ist, bevor man hier Nachricht von dem Beschlusse der Nat. Vers. vom 5. Sept. hatte. Der Eindruck dieser Nachricht ist äußerst beunruhigend; das englische Publikum hält die Verweigerung der Ratifikation des Waffenstillstandes für eines der unheilvollsten Ereignisse, welche die Centralgewalt treffen konnte, und die City zittert für die Schiffe, welche in diesen Tagen, in der Meinung, daß die Blokade aufgehoben sei, nach den Hansestädten abgegangen sind. England, als vermittelnde Macht, hat Anlaß, sein Verhalten in Erwägung zu nehmen; ich höre aus glaubwürdiger Quelle, daß Lord Palmerston entschlossen sei, im Falle der Nichtgenehmigung des Waffenstillstandes Lord Cowley von Frankfurt abzuberufen und die diplomatischen Verbindungen abzubrechen. Hoffentlich bleibt es in dieser unglücklichen Sache nirgends bei den ersten Eindrücken.

Frankreich.

Paris, den 12. Sept. Nach dem gestrigen Votum der Nationalversammlung, welches der Exekutivgewalt die Macht läßt, während des Belagerungszustandes die Journale zu suspendiren, ward die Diskussion der Konstitution fortgesetzt. Herr Mathieu (de la Drôme) hielt eine zweistündige Rede, in der er das Recht auf die Arbeit vertheidigte. Die Debatte wird heute fortgesetzt.

Französische Nat.-Vers. Sitzung vom 12. Septbr. Vorsitzender: Arm. Marcast. Die Sitzung wird um 12½ Uhr eröffnet. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Diskussion über die Konstitution und zwar Artikel 8. der Einleitung." Mathieu (de la Drôme) hat gestern ein Amendement vorgeschlagen, wodurch „die Republik das Recht auf die Arbeit anerkennt. Im ursprünglichen Verfassungsentwurfe war das Recht auf die Arbeit unter den Rechten, die die Republik allen Bürgern verbürgte — in dem umgearbeiteten Entwurfe fiel dieses Recht ganz weg und Mathieu will es in gemilderterer Fassung wieder darin herstellen. Dies ist der Punkt, um den sich die Debatten dieser Woche wesentlich drehen werden, denn es sind über diese Frage schon 32 Redner eingeschrieben. Gauthier de Rumilly eröffnet den Reihen, indem er das Amendement als höchst gefährlich und direkt zum Kommunismus führend bekämpft. Palletier

Die preußische Ministerkrisis.

*** Berlin, 11. Sept. Die Frankfurter Katastrophe trifft keine starke Regierung in Preußen, die dem Sturme dort begegnen könnte; wiederherstellend die für sie verlorene Schlacht durch einen erneuerten Angriff, oder, wenn sie das Schlachtfeld aufgeben wollte, sich zurückziehend mit ihren geretteten Truppen in eine starke Fassung. Wieder durch eines jener wunderbaren Zusammentreffen, die uns in unserer ungläubigen Zeit an das verläugnete Wunderbare mahnen, mußte das Ministerium in Frankfurt stürzen, im selben Augenblicke, wo das Ministerium in Berlin zum Fall gebracht wurde. Dies ist keine Verabredung, nicht künstlich gemacht; ein Spiel des Zufalls, ein Doppelwurf für die, welche ihr Spiel hier und dort verloren hatten. Scheint es doch Bestimmung, daß, wo sie gewinnen, es nur durch die Fehler ihrer Gegner ist, bis sie durch ihre eignen das Spiel wieder ausgleichen.

Wer in Berlin am Donnerstag Abend (7.) Zeuge war des Jubels vor der Singakademie, wird den Eindruck schwerlich in seinem Leben vergessen. Es war kein Freudenrausch, der plötzlich bei einer frohen Botschaft aus der bewegten Brust unwiderstehlich vorbricht, der sich mittheilt, bis er zum allgemeinen Rausch wird, dem auch der sonst Gleichgiltige nicht widerstrebt. Solche Dröhnungen des Jubels sind die Silberblicke in unserer Menschennatur; auch dann noch von Werth, wenn wir uns nachher besinnen sollten, daß unsere Freude eine thörichte gewesen. Unser Herz wallte doch auf, wir fühlten uns eine Weile über das Alltagsleben erhoben; darum war die Freudenthräne nicht umsonst vergossen. Davon hier Nichts; eine große Partei lauerte vom Morgen an auf den Augenblick, der eintreten mußte, früh oder spät. Das Ministerium mußte unterliegen, die kluge Berechnung war richtig angestellt, keine Mittel waren dazu verschmäht, und der Sieg mußte gefeiert werden, gerade wie die Veranstaltungen dazu getroffen waren.

Der Berliner Enthusiasmus hat etwas Geimassenhaftes, aber es liegt in der Berliner Natur. Von Natur war hier Nichts; ich zweifle sogar, ob die Hunderte, oder es waren vielleicht über Tausend, überhaupt in der Stadt zu Hause waren. Es schien eher ein Korps von Krawallern, aus allen Weltgegenden verschrieben, wo Unzufriedenheit und Müßiggang herrschen, das, auf seine Posten vertheilt, das Signal und Stichwort abwartete, um mit Jubelgebrüll die Botschaft zu empfangen. Schnell stand wieder ein Jeder auf seinem Posten, um auch die Helden des Tages zu begrüßen, und als der Antragsteller Stein signalisirt ward, ward er von kernhaften Gesellen sofort ergriffen, auf die Schultern gehoben, und ward unter lautem Hurrah über den Platz nach seinem Wagen getragen, den man späterhin ausspannen und mit Menschenhänden ziehen wollte. Das Letztere ist schon in Berlin vorgekommen, jenes war etwas Gemachtes, im Voraus Bestelltes; es traf auch einen andern Deputirten, der es gern von sich abzuwenden schien, Waldeck. Ein Richter des höchsten Gerichtshofes im Staat wird, wenn er auch auf der äußersten Linken sitzt, ein Gefühl aus alter Zeit nicht ganz überwinden können, daß ein Geheimer Obertribunalsrath auf den Schultern von Bummlern nicht auf seinem Platze ist.

Durch eine Gasse, die man gebildet, mußten die Deputirten ziehen. Man ließ, die für das Ministerium gestimmt, ohne zu auffällige Zeichen von Mißfallen durchpassiren; es war so im Voraus beschlossen, wie auch, daß an dem Tage keine Art von Demonstration stattfinden solle. Die gehorsame Menge that nur, was ihr aufgetragen war. Zwei Arten glühender Gesichter, diejenigen, die bewunderten, und die, welche bewundrei wurden, aber besser, die zum Bewundern bestellt waren, und die, welche, um bewundert zu werden, sich hergaben. Es war schwer zu bestimmen, auf welcher Seite mehr Wahrheit und Würde zu finden sei? Doch wahrscheinlich unter den Ersteren, wo doch Einer oder der Andere in gutem Glauben war, daß hier wirklich ein Sieg der Freiheit und Menschenrechte errungen sei. Der Jubel auf den erhitzten Gesichtern der Deputirten erschien wie ein Hohngelächter. Wie aus einer Spielhölle glücklicher Spieler stürzen; ihre Freude ist dämonisch. Welches andere reinere Gefühl, als das der Schadenfreude kann aufkommen?

Es waren fremde Geschlechter nach Tracht, Blick, Gesichtsschnitt und Bewegung, die ihren Triumph feierten; das Berliner Element trat erst in dem Gefolge auf, welches den Wagen umschwirrte und wie eine Lawine wuchs, bis die Wohnung des glücklichen Siegers erreicht war, die eigentlichen Berliner Physiognomien, den ehrbaren Bürger, den neuen Politiker, konnte man auf den ersten Blick erkennen. Sie standen abwärts, ernsten, nachdenklichen Gesichts. Einige fragten: Was ist errungen? Andere: Was ist verloren?

Ein Ministerium war gestürzt. Es hatte die Niederlage vielleicht verschuldet, weil es zu spät, am unrechten Orte, Widerstand leistete. Es war kein Ministerium eines besondern Vertrauens gewesen; aber der Sturz eines jeden Ministeriums stürzt alle die mit, welche auf Ordnung hoffen. Es sind leider stille Menschen, allein ihre Zahl ist groß. Aber doch wäre der Verdruß über den Wechsel überwunden gewesen, wenn man sofort Männer erkannt, die an die Stelle der abgetretenen Minister rücken konnt. Der Bürger vielleicht hätte über alle politischer Färbung hinweggesehen, wenn das Staatsruder nur in eine kräftige Hand gelegt wäre. Unsere Zeit ist auch darin so demokratisch, daß sie Alles eher, als große Männer aufkommen läßt.

Es handelte sich um den Sturz eines Ministeriums, weil dies Ministerium nicht die Wünsche der Destruktion erfüllte, weil es durch schätzbare Maßregeln einigermaßen wieder Ordnung einführen wollte, und doch wieder nicht entschieden genug zugriff, um mit den Trompeten von Jericho den Klageruf: Reaktion! ausstimmen zu können. Es sollte stürzen, wie jedes Ministerium stürzen soll, weil dies die Aufgabe der Opposition ist; eine Opposition, die, wenn sie auch durch den Sturz noch nicht selbst hoffen darf, auf die verlassenen Bänke sich zu setzen, doch eine nächste Anwartschaft dadurch erwirkt. Zu diesem Zwecke ist ihr jede Gelegenheit willkommen.

Zurückgeschlagen bei allen bisherigen, ergreift sie eine, die aber mehr ist als Gelegenheit, ein Mittel, das selbst wieder zu einem Zwecke wird. Der ursprüngliche Antrag hinsichtlich des Cirkulars an die Officiere, war mehr ein Impromptu, harmloser aber neckischer Art. Man dachte damals weder das Ministerium damit zu sprengen, noch die preußische Militärmacht zu untergraben; man wollte nur sein Mäthchen kühlen an den Ministern, an den Officieren. Als aber das Ministerium in unverantwortlicher Weise die Sache vier Wochen ruhen gelassen, ohne Etwas zu thun und ohne zu protestiren, ward die Sache zur furchtbaren Waffe gegen Ministerium und Militär. Sie stürzte jenes, weil die Opposition das gekränkte Machtvollkommenheitsgefühl der Versammlung auf ihrer Seite hatte, und gegen das Faktum, worauf Preußens Selbständigkeit und Macht beruht, ist sie im Begriff die Brechstangen zu schmieden, wenn — sie ihres Sieges gewiß ist.

Das Frankfurter Ministerium stürzte auf einen seichten, jugendlichen Impuls (jugendlich, wenn auch angeführt von einem alternden Gelehrten) der Mehrheit. Wenn diese Mehrheit auch ihre Handlung bald bereuen wird (sie bereut sie wahrscheinlich schon im Augenblick), so hat sie doch nicht Ursache, sich des Impulses zu schämen. Wir sind noch Kinder in der Staatskunst und können unsere ideologische Natur nicht verläugnen. Sie haben es in Frankfurt nun einmal so gemacht, sie haben es aus gutem Herzen so gemacht, und Gott wird es besser machen; damit kann selbst der Fromme sich trösten.

In Berlin ist's anders. Kein Impuls, es war die feinste Machination. Ein künstliches Additionsexempel: die Stimmen der äußersten Linken mit ihrer natürlichen Kraft und ihrem automatischen Impuls auf die halb oder gar nicht Deutsch redenden La biaute (auch Kiel-Bastor stimmte ja für den Steinschen Antrag, nachdem seine Nachbarn es ihm gesagt); die Linke, die ihre Ministerkandidaten in petto hat; das gekränkte Ehrgefühl der ganzen Versammlung; endlich auch das Ehrgefühl der Minister, die entweder stehen bleiben wollten ohne ein beschwichtigendes Amendement, oder fallen. Und sie waren auf das Fallen gefaßt! Summa Summarum ein Faxit, welches den Sturz nothwendig zur Folge haben mußte.

Dazu glückliche Operationen von außerhalb. Keine Volkserhebung, keine Demonstrationen! d. h. keine solche, welche die Polizei oder die bewaffnete Macht aufrufen könnte, so lautete die Ordre der Demokraten an das Volk, was freilich nicht ausschloß, daß nicht eine stumme Masse die Singakademie fast hermetisch umlagerte und die Treppen, bis an die Thüren hinaufdringend, die afrikanische Luft im Sitzungssaal noch vermehrte. — Und während der Sitzung erhob sich der Abg. Berends (ein Kandidat der Theologie, den das Eichhorn'sche Ministerium in die Opposition gestoßen), und erklärte den Beschluß der Bürgerwehr vom Tage vorher: „Daß sie in dem ausgesprochenen Willen der Majorität der Nationalvertreter den Willen des preußischen Volkes sehe und einen Beschluß dieser Majorität mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln werde aufrecht zu erhalten wissen" der Versamml. dahin, daß die bewaffnete Macht der Bürgerwehr den früheren (mit 1 Stimmenmehrheit durchgegangenen) Beschluß v. 9. August sa aufrecht erhalten wolle, daß auch die Versammlung v. 7. Sept. Muth fassen solle, ihn bei besserer Besinnung noch ein Mal zu votiren. So stünden wir unter dem Einfluß der Bajonette! rief ein Deputirter

Digitized by Google

vom Rhein. Die Bürgerwehr sollte, sie konnte es nicht so meinen; ihre Erklärung war Nichts, als Etwas, das sich von loyalen Bürgern von selbst verstand. Sie erklärten sich bereit, die künftigen, die zu fassenden, ernstlichen Beschlüsse der Nationaloersammlung aufrecht zu erhalten, die Volksvertreter sollten sich nicht einschüchtern lassen in ihrer freien Willensmeinung. Das war der Sinn; ein anderer wäre ein Verbrechen gewesen. So legte der Präsident die Worte aus, oder er „glaubte“ nur diesen Sinn darin zu finden, er sprach es nicht mit der Würde, die seine Stellung ihm gab, aus, daß die Bürgerwehr einen Hochverrath begingr, wenn sie den Berends'schen Sinn ihnen hätte unterlegrn und der Nationalversammlung diktiren wollen, wie sie zu stimmen habr. — So blieb ein Zweifel, und die List der Opposition trug ihre Früchte.

Nicht die Machinationen der Partei, nicht das Resultat, ihr Sieg, gaben dem 7. Sept. rine unheilvolle Bedeutung für Preußen — es wär stark genug, auch ein Ministerium aus der äußersten Linken zu ertragen — aber die Prinzipien, die durch die Debattr zur Geltung kamen. Krank, nicht mit der Kraft seiner Beredtsamkeit, sprach es Hansemann, doch mit Entschiedenheit aus, welcher Gefahr eine Abstimmung der Kammer im Sinne der Opposition den Staat aussetze, er deutete auf dir unberechenbaren Folgen hin. Nicht allein ihren konstitutionellen Charakter, auch dm konstitutionellen Boden verließ die Versammlung, indem sie sich zur Regierung machte. Dir Tendenz ward auch gar nicht abgelängnet, eine Tendenz, die über das konstitutionelle Königthum, auch über dir Republik hinausging. Klar sprach es der Deputirte d'Ester aus: Wir stehen im Anfang einer neuen weltgeschichtlichen Epoche, nad jede Epache bedarf neuer Formen — alsu tangt die alte konstitutionelle nicht mehr. Kehren wir damit zur patriarchalisch mythischen Zeit zurück, wo der Gesetzgeber zugleich Richter und Exekutor ist? das wärr unsrer Weisheit Ende, daß wir im Kreislauf zum Anfang zurück kämen! Nur die Völker wären an die Stelle der Könige getreten, und bei der allerbreitesten demokratischen Grundlagr kämen wir am natürlichsten zum Lynchgesetz als letztem Endpunkt. Zwar die Franzosen, die uns weit vornusgeeilt, sind im Rücklauf beim militärischen Drspotismus, von dem nur ein Schritt zum Königthum scheint.

Die d'Ester'sche Weisheit ist auch anderwärts gepredigt. Jede weltgeschichtlichr Epoche bedarf neuer Formen. Wer läugnets! Nur daß, soweit die Weltgeschichte reicht, die neuen Epochen mit ihren neuen Formen auch jedesmal neue Geister ins Leben riefen, die ihnen den Stempel ihres Ansehens aufdrückten. So lange wir diese in der Singakademie vergebens suchen, darf man den Zweifel erlauben, daß die Epochr so weltberechtigt zu neuen Formen sei, als ihr kleinen Herolde sie ausschreit.

Das Organ der reinen Demokratie in Berlin, die „Reform“ (unter Rugr's Auspicien von Dr. Mayer geleitet und mit polnischer Beihilfe), versichert uns, daß der Sieg der Oppositiun am 7. Sept. Preußen vor einer dnrigen Revolution bewahet habr. Sie müssen es am besten wissen.

Was nun daraus wird, weiß zur Zeit, wo ich dieses schreibe, Niemand. Von dea drei Möglichkeiten: einem Wiedererwachen des monarchischen Bewußtseins, eines Ministeriums im Sinne der Linken und eines Ministeriums der Vermittelung, hat die letztere, wie die Dinge stehen, die meisten Chancen für sich. Also eine neue Uebergangsperiode, mit aller ihrer Bangigkeit, ihren Schrecken ohne Ende.

Zur ersteren fehlt die elastische Kraft, dir materielle wäre da, wie man sie auch in Zweifel stellt. Der Schrecken vor dem Bürgerkrieg verbietet sie; der frommr Sinn ist der unwillkürlichr Bundesgenoß des Radikalismus.

Käme die äußerste Linke ans Ruder — und diese Eventualität wäre nicht dir schlimmste — werden wir schneller erfahren, woran wir sind. Ein Künstler könnte den preußischen Staat mit einem schönen Mosaikboden vergleichen. Er ist lädirt. Die ihn herstellen wollten, haben es ungeschickt gethan. Dir Linke würdr ihn ganz zertrümmern wollen, die kunstnoll gefügtea Steine auseinander brechen. Aber der Cement ist fest, und während sie brechen und brechen, erschrecken sie vielleicht vor der Arbeit, auf dem tiefen wüsten Sand einen ganz nenen Boden legen zu müssen, und wo das Material!

Wenn dies gedruckt erscheint, ist die Frage entschieden.

Schweiz.

** Bera, 10. Sept. Nachdem der Große Rath in seiner gestrigen Sitzung noch in aller Eile ein allerdings zur bringrnden Nothwendigkeit gewordenes Armenpolizeigesetz berathen und angenommen hat, welches mehrfach wegen seiner Härte angegriffen wurde, hat sich derselbe aber bis Oktober, wo dir Wahlen in den Ständerath getroffen werden müssen, vertagt. Die Haltung der gesetzgebenden Behörde, während dieser obwohl nur kurzen Session, war in mehr als einer Hinsicht bezeichnend. Das Mißbehagen und die täglich überhandnehmende Unzufriedenheit, welchr sich im Volke über unsere finanziellen Zustände kundgibt, zeigt sich auch im Großen Rathe; die demselben vorgelegten Gesetze über das Vollziehungsverfahren in Schuldsachen und über die Armenpolizei wurden mit einer Eilfertigkeit berathen und angenommea, welche nur durch den Mißmuth und die getrübte Stimmung erklärt werden kann, welche sich des Großen Rathes bemächtigt hat. Der Anklang, welchen der Angriff des Herrn Karlen gegen die Advokaten überall auf dem Lande findet, die Niederlagen, welche her vor Kurzem noch allmächtige Finanzkünstler Stämpfli erfahren mußte, und am Ende noch die Wahl eines Konservativen ins Obergericht, beweisen deutlich genug, daß der Große Rath sich von der Alleinherrschaft der Bärenpartei emancipirt hat und einem gemäßigtern Regierungssysteme sich zuzuwenden gedenkt. Allein mit leeren Kassen und auf einem politisch unterminirten Boden ist schwer zu regieren, und wirklich ließe sich nicht leicht Jemand finden, welcher dir Direktion der Finanzen zu übernehmen bereit wäre, wenn Stämpfli abtreten sollte. — Die Tagsatzung befaßte sich gestern mit einer neuen in ziemlich kategorischem Tone abgefaßten Note Radetzky's, der sich wiederholt über die Umtriebe der lombardischen Flüchtlinge im Kanton Tessin, über die Beschlagnahme der Dampfschiffe auf dem Lago Maggiore und über Zurückhaltung österreichischer Kriegsgefangenen beschwert. Die Tagsatzung glaubte sich indeß nicht im Fall mit dem österr. Feldmarschall in direkte Verbindung zu treten, und überließ die Sache dem Vorort. Künftigen Dinstag wird die Tagsatzung über die Annahme der neuen Bundesverfassung den Beschluß fassen, welcher in Bern, und wahrscheinlich auch in den meisten andern Kantonen, mit 100 Kanonenschüssen begrüßt werden soll. Dir Wahlen in den National- und Ständerath werden alsdann ohne Aufschub getroffen werden, so daß dir neuen Behörden wohl schon Anfangs November ins Leben treten werden. Bereits wird die Frage über den Bundessitz lebhaft besprochen. Am meisten Aussicht haben wohl unzweifelhaft Zürich und Bern, abee welches von beiden den Sieg davon tragen wird, ist gegenwärtig noch schwer zu sagen.

† Schaffhausen, 12. Sept. Der neue Abschnitt unserer Schweizergeschichte hat brgonnen. Der Schritt, der noch vor einem Jahee nicht nur zweifelhaft schien, sondern dessen Durchführung sogar in der Proklamation der 12 Stände an die Sonderbundskantone in Abrede gestellt wurde, ist grthan. Eben verkünden es Freudenschüsse auf unseren Höhen, als Echo derjenigen auf dem Uentliberg bei Zürich, daß dir Tagsatzung in ihrer heutigen Sitzung dem alten Bund zu Grabe geläutet, den neurn füe dir künftige Grundlage der Eidgenossenschaft erklärt habe. Nun denn! Es ist wenigstens Etwas geschehen bei uns. Bloß wortreich und thatenarm wird man die Geschichte der letzten Monate unseres Vatrelandes nicht nennen können. Sollte ich freilich mich darüber noch aussprechen, in wie fern der neue Bund unserm Kanton und überhaupt den kleinern Kantonen Vortheile bringen werde oder nicht, so müßte ich von Befürchtungen reden, die bei uns kaum Jemand als unbegründet zu bezeichnen wagt; und würde eine öffentliche Stimme, die anmittelbar vor dem Abstimmungstagr unseres Kantons sich in warnendem Sinne ausgesprochen hat, von einer andern Seite gekommen sein, wer weiß, ob nicht ein anderes Resultat die Folge davon gewrsen wäre. Hat doch die zweitgrößte und wohl auch politisch regsamste Gemeinde, Unterhallau, mit großem Stimmenmehr den neuen Bundesentwurf verworfen. Immerhin läßt sich nicht läugnrn, daß darin wiederum etwas Großes liegt, sich manche nicht unbedeutende Opfer gefallen zu lassen, die dem Ganzen zu Gute kommen. Wo werden solche Opfer gebracht in unsern Nachbarländern rings herum? Bereits hat unsere Regierung ihr Te Deum über das glückliche Gelingen der Tagsatzungsarbeit angestimmt. In dem sog. Bettagsmandat, einem Erlasse, in welchem sich die verschiedenen Kantonalregierungen alljährlich acht Tagr vor dem eidgenössischen Bet-, Buß- und Danktage (dieses Jahe den 17. Sept.) über die Bedeutung des letztern auszusprechen pflegen, wird unser Volk bereits zum Danke für dir segensreichen Früchte aufgefordert, dir aus der bevorstehenden Veränderung erwachsen würden. — Das Nähere über die Abstimmung ist noch nicht bekannt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druk von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cowie & Kupp, 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandg., Portofrei Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 253 **Heidelberg**, Samstag 16. September. **1848.**

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an D. Reimer in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Doch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die Krisis in Frankreich. — **Wien** (Oesterreich und Ungarn. Rüstungen. Der „konstitutionelle Kaiser". Schwarzer). **Berlin** (Berliner Chronik). **Köln** (Unruhen in Folge des Waffenstillstandes). **Ratibor** (Bauernunruhen). **Kassel** (Hr. v. Schenk Minister des Auswärtigen). **Weimar** (v. Wydenbrugk Bevollmächtigter bei der Centralgewalt). **Hildburghausen** (Entlassung des Ministeriums). **Kiel** (die neue Regierung. Die Abänderung des Waffenstillstandes). **Itzehoe** (Olshausen gewählt). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Noch keine Abstimmung. Burleske Rede Herrmanns. Die Petitionen).

Großbrittannien. **London.** Die Vorschläge zur Ausgleichung der Ital. Angelegenheit. Lord Russell nach Schottland. Die Königin und ihr Hof. Die Waffenstillstand-angelegenheit.

Frankreich. **Paris.** Verhandlungen der Nationalverf. Rede Thiers. Duprat nach Pesth gesandt. Vorschlag Flocons. Nachrichten aus Sicilien und Toskana.

Italien. **Modena.** Preuß. Glückwunschschreiben an den Herzog.

16. September.

Wir haben vor einigen Tagen darauf hingewiesen, wir Frankreich von dem Augenblicke an, wo sich seine Zustände im Innern mehr konsolidiren würden, auch seine alten Allianzen wieder finden und mit England, selbst mit Rußland sich die gewohnten Beziehungen wieder anknüpfen müßten. Damit wollen wir nicht sagen, daß die Zustände dort uns fest und gesichert erschienen, im Gegentheil Frankreich befindet sich offenbar in einer Krisis des Uebergangs, deren Ausgang möglicher Weise auch den Namen der Republik wegwischen wird, wie das Wesen längst weggewischt ist.

Frankreich hat in einem kurzen Zeitraum, reich an erschütternden Lehren, es zur Genüge erfahren, daß man eine Staatsform nicht extemporiren und ein unvorbereitetes Volk nicht damit überrumpeln darf. Ja wenn man, wie man auf alte Gefäße frisch gereinigt und frisch gefüllt eine neue Etikette heftet, so auch Staaten und Völker nur mit einer neuen politischen Ueberschrift zu versehen brauchte, um die Physiognomie zu ändern, dann hätte auch aus Frankreich zur Noth eine Republik werden können. Da aber das alte Gefäß mit dem alten Stoffe reichlich gefüllt war, blieb der Inhalt derselbe, auch wenn die Etikette eine andere ward. Es blieb die frühere Centralisation und das ganze Gewebe bonapartischer Beamtenhierarchie, es blieb die Ohnmacht der Körperschaft, Gemeinde und Provinz, es blieb die alte Stellenjägerei und Genußsucht, die gewohnte Korruption in privaten und öffentlichen Angelegenheiten — und in diesem Wust alter verderbter Zustände wollte man mit einem Wort, einem Dekret eine Verfassungsform begründen, die einen andern Staat, eine andere Gesellschaft, andere Sitten und Gewohnheiten von Anfang bis zu Ende voraussetzte. Das Experiment mußte mißlingen; dies Gefühl war vielleicht nirgends lebendiger, als in Frankreich selbst. Denn während man bei uns die Leute schwarzsichtige schalt oder als unverbesserliche Doktrinäre abfertigte, die vor sechs Monaten mitten im ersten republikanischen Taumel kopfschüttelnd ihre Zweifel aussprachen über das Bestehen der jungen Republik, lag in Frankreich von Anfang an in der großen Mehrzahl das Gefühl, daß die neue Staatsform nicht die dem Wesen des Volks entsprechende sei. Der Unglaube an das Bestehen derselben war ganz natürlich; hatte sich zwar die Monarchie moralisch tief herabgewürdigt und verächtlich gemacht, so stand ihre Form doch mit dem Volke, seinem Umfang und seinem Charakter in einem viel innigeren Zusammenhang, als die improvisirte Republik.

Aber jede Erfahrung will gemacht sein, es bedurfte erst der bittern sechs Monate, die dem Februar gefolgt sind, um diese tiefe und gründliche Uebersättigung an dem republikanischen Staatsexperiment so auszubilden, wie sie jetzt unverkennbar in der großen Masse der Nation sich kund gibt. In diesen sechs Monaten der „wohlfeilen" Republik hat die Nation eine Civilliste für souveräne Faulenzer bezahlen müssen, gegen die die Dotation der gestürzten Monarchie als unbedeutend verschwindet, sind die Lasten und Pflichten ungeheuer gewachsen, Ertrag und Genuß bedrücklich vermindert worden, befand man sich in einer fortwährenden fieberhaften Besorgniß, nicht um diese oder jene kleine oder größere politische Errungenschaft, sondern um Ordnung, Gesetz, Eigenthum und alle Grundlagen des Staatslebens überhaupt. Die pomphaft angekündigte soziale Republik abortirte in entsetzliche Barrikadenkämpfe und harte Deportationen, die verheißene Politik des Friedens in eine mächtige Verstärkung des stehenden Heeres, die versprochene finanzielle Ordnung in eine Krisis Aller, deren Ende nicht abzusehen ist, das erwartete tausendjährige Reich der Freiheit und Gleichheit in ein unverhohlenes, faustfaustes Soldatenregiment, das man noch preisen mußte, weil es der ermatteten, abgespannten politischen Gesellschaft einige Ruhe zu verheißen schien.

Man ließ sich die freie Presse beschränken, Blätter unterdrücken, die politischen Vereine unter polizeiliche Aufsicht stellen — man ließ sich mehr gefallen, als unter der Monarchie und rühmte den kalten, nüchternen Soldaten, der sich anheischig machte, das große Land wie eine Kaserne zu regieren. Man mag diesen raschen Uebergang von der Februarrevolution zur Militärdiktatur den Franzosen als Beweis ihrer Unbeständigkeit vorwerfen, es zeigt sich darin doch zugleich wieder ein Zeugniß eines großen politischen Vorzugs, den sie vor uns voraus haben. Es liegt in diesem Volke ein solcher Instinkt der Selbsterhaltung, daß gegenüber drohenden Gefahren die große Mehrheit gern ihre persönliche Ansichten und Wünsche vertagt, um die gefährdete Einheit des Ganzen zu retten. Man wirft sich dann immer der Gewalt in die Arme, die mit unbeugsamer Energie das Staatsschiff wieder flott zu machen versteht und fragt wenig darnach, ob Form und Wesen politischer

Freiheiten für die nächste Zeit der Krisis „verhüllt und vertagt" werden müssen. Der alte römische Grundsatz — salus reipublicae suprema lex esto — ist in solchen Lagen Gemeingut des Volkes geworden, das gleichwohl die ganze Elasticität besitzt, um in ungefährdeten Zeiten auf die vertagten politischen Wünsche zurückzukommen. So hat sich Frankreich der Diktatur eines Robespierre, Bonaparte und Cavaignac unterworfen, weil alle drei die rechten Leute schienen, einer ungeheuren Krisis gegenüber die bedrohte Einheit und Selbständigkeit des Staates zu retten, so ist aber auch nach Robespierre und Bonaparte der Rückschlag der Freiheitsbewegungen nicht ausgeblieben und es wäre ein gefährlicher Irrthum Cavaignars, wenn auch er wie seine Vorgänger sich der Illusion hingäbe, man könne die Diktatur in Frankreich verewigen. Er wird das nun und nimmermehr vermögen; aber jede neue Krisis, jede neue Schilderhebung der rothen Republik wird sie auf unbestimmte Zeit verlängern — eben weil dann mit Ausnahme der einen Faktion Alle fühlen, daß es nur gilt, eine starke, unbedingte und schrankenlose Gewalt zu erschaffen.

Bei dieser noch keineswegs beseitigten Gefahr immer neuer Erschütterungen und bei der so bestimmt ausgeprägten Tendenz der Franzosen, um jeden Preis die Einheit und Festigkeit des Ganzen zu erhalten — wer wollte da den sichern Propheten spielen und die Wendung der Dinge jenseit des Rheins mit Gewißheit voraus verkündigen wollen? Möglich ist theils die längere Fortdauer der Militärdiktatur, möglich aber auch neue Schilderhebungen, selbst ein momentaner vereinzelter Sieg der rothen Republik — der dann freilich unfehlbar eine neue und verstärkte Koncentrirung der Gewalt zur Folge haben würde. Daß aus diesen Wirren und Gefahren eines Tages statt der Diktatur wieder ein Thron als fester Haltpunkt auftauche, gehört nach der Lage und noch mehr nach der Stimmung der Franzosen keineswegs zu den unwahrscheinlichen Dingen. Unwahrscheinlich, ja unmöglich dünkt uns nur ein Einziges — die ruhige und ungestörte Entwicklung der echten und wahren Republik; das ist die einzige Form, in der in den Menschen wie in den Zuständen die nothwendigen Vorbedingungen nicht vorhanden sind, sondern erst geschaffen werden müssen. Ob irgend Jemand in Frankreich den ernsten Willen und auch die Fähigkeiten dazu hat, die Republik nicht nur zu proklamiren, sondern auch zu organisiren, ob Cavaignac der Mann ist, diese außerordentliche Mission durchzuführen, darüber haben wir bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt, uns ein Urtheil bilden zu können; nur Eins ist gewiß, daß die Leute der alten Politik, die Thiers, Barrot u. s. w. dazu weder den geistigen noch den sittlichen Beruf in sich haben.

Es wurde jüngst von Cavaignac ein Wort berichtet, was, wenn es mehr als ein schönes Wort war, für des Diktators guten Willen die besten Aussichten eröffnete. Die Republik, sagte er, könne nur im Frieden gedeihen — und Mancher hat das im Hinblick auf die frühere Entwicklung Frankreichs vielleicht paradox gefunden. Allein ganz ohne Zweifel liegt darin der Fingerzeig für die rechte und patriotische Politik. Nur in ungestörtem Frieden mit den Nachbarn außen und den Faktionen im Innern kann die Möglichkeit einer wirklichen Republik in Frankreich überhaupt vorbereitet werden. Es ist an den Grundlagen der ganzen politischen Gesellschaft so Vieles ganz umzuschaffen und zu bessern, es ist eine lange schlimme Vergangenheit so gründlich zu überwinden, daß ein Menschenalter glücklicher Ruhe dazu gehört, diese gesetzgeberische Mission zu Ende zu führen. Wenn Cavaignac in diesem Sinne den Frieden will und ihn ernstlich zu erhalten strebt, so hat Frankreich seit lange keinen besseren, patriotischeren Mann an dem Steuer seines Staatsschiffes gesehen; wenn er auch die Kräfte mitbringt, es durchzuführen, so würde ihm ein Ruhm zu Theil, der die Glorie der besten Republikaner aller Zeiten überstrahlte.

Aber ob nicht mächtigere Einflüsse gleich im Beginne ein solches Werk stören werden? Schon jetzt regt sich die wohlfeilere Staatskunst, welche die innere Gewitterschwüle durch einen kriegerischen Schlag nach Außen abzuleiten sucht, schon jetzt tauchen die alten bonapartischen Reminiscenzen wieder auf und reden von einer Vermehrung „der französischen Macht" — als wenn es einen mächtigern Staat geben könne, als den, der eine große innere Krisis naturgemäß verarbeitet und überwunden hat. Aber es wäre nicht das erste Mal, daß in Frankreich jene wohlfeilere Staatskunst vor dem Urtheil des Volkes den Preis davon trüge.

Wie auch die Dinge sich wenden mögen, unsere eignen Geschicke gehen mit denen Frankreichs Hand in Hand. Eine Politik des aufrichtigen Friedens und Einvernehmens, die uns beiden Zeit ließe, unsere innere Arbeit zum Ziele zu führen, würde auf dem Festland von Europa zwei Staaten schaffen, in deren Hände fortan das Schiedsgericht europäischer Dinge fallen müßte; ein Krieg Frankreichs, der uns mit in den Kampf zöge, würde, abgesehen von dem Theile, der vielleicht ein paar Quadratmeilen Landes gewänne, uns beiden nur zum gründlichen und dauernden Nachtheile ausfallen können. Drum thut Wachsamkeit vor allen Dingen Noth; die träge Liebe und der blinde Haß gegen unsere Nachbarn über dem Rheine sind beide gleich schlechte Rathgeber in einer politischen Krisis, in der die vorsichtige Staatsweisheit auf jede Wendung und jeden Rückschlag gefaßt sein muß.

Oesterreich. Δ Wien, 9. Sept. Wir hoffen hier noch immer, Ungarn wird lieber seine Minister opfern, als den zweifelhaften Besitz ihrer Portefeuilles mit dem Blut seiner Söhne erkaufen. Wenn Ungarn in dieser Frage nachgibt, so ist Kroatien zur Versöhnung geneigt. Der Ban hat jetzt eine Macht von 160,000 Mann, wenn man die Serber, die sich unter sein Kommando stellen, dazu rechnet. Da der Kaiser die dem Erzherzog Stephan für die Zeit seiner Abwesenheit von Wien anvertraute Ausübung der Souveränetät in Ungarn zurückgenommen, so erwartet man hier die Zurückweisung der ungrischen Gesandten in Frankfurt, da sie nicht vom Kaiser beglaubigt sind. — Um Ihnen einen Begriff zu geben, daß man hier die Weltereignisse mit festem und vorsichtigem Blick erwägt, sage ich Ihnen, daß das Kriegsministerium den Befehl gegeben, 54 neue Batterien (324 Kanonen und 108 Haubitzen) zu errichten und auf den Kriegsstand zu stellen. Dieser Befehl ist schon beinahe ganz ausgeführt.

Δ Wien, 10. Sept. Die heutige Wienerzeitung enthält das vom Reichstag gegebene Gesetz über Aufhebung der Robot und sonstigen Lasten ꝛc. Es ist überschrieben: „Wir Ferdinand I. konstitutioneller Kaiser." Während man sich in Berlin 8 Tage über das „Wir von Gottesgnaden König von Preußen" herumstritt, setzt Ferdinand ganz einfach „konstitutioneller Kaiser". Dieses Gesetz wird auch als Plakat überall bekannt gemacht und erregt große Freude in dem Volke, da heute überdies viele Landleute in der Stadt sind. Der Titel des Königs der vereinigten Königreiche der Lombardei und Venedigs ist wieder in dieser Gesetzesurkunde zur großen Freude aller Wiener aufgenommen. — Schwerzer funktionirt noch als Minister der öffentlichen Arbeiten — weil sein Ministerium bis jetzt von Strobach, Lubomirski und dem Czechenanführer Palazki ausgeschlagen wurde — Alle fürchten sich vor der Annahme eines Ministeriums, welches unter Schwarzer zum Erisapfel geworden ist.

Preußen. ** Berlin, 12. Sept. Es ist als sollen wir hier partikulae sein. Nicht bloß daß unser verfassunggebender Landtag mit seinen retardirenden stenographischen Berichten die preußische Theilnahme und Aufmerksamkeit dem Reichstag und dessen Verhandlungen notwegnimmt, es müssen auch noch die Krisen und Katastrophen zu Frankfurt und Berlin in bre Zeit zusammenfallen. Der Sturz des ersten Reichs-Ministeriums und odernein, was von dem 5. Sept. in der Paulskirche sich an unser Geschick insbesondere knüpft, war geeignet, alle Interpellationen der Singakademie vergessen zu machen und endlich einmal ganz Preußen ungetheilt für die Sache des Reichs in Anspruch zu nehmen. Ein Ungemeines mußte sich hier ereignen, wenn es im Stande war, jetzt unsern Blick von Frankfurt abzuwenden. Aber das Ungemeine geschah; Verhängnißvolles trug sich unter uns zu, so daß auch dieser gewaltigen Krisis im Reich wie so gut als fremd blieben. Wäre am 4. Sept. nicht sowohl in der Paulskirche, als in der Sing-Akademie der Antrag auf Vertagung durchgegangen, so wäre die entscheidende Verhandlung dort und hier zu derselben Stunde von sich gegangen. Ehe die Frankfurter Nachrichten — außer auf Privatwegen — uns zukamen, wurde hier ein Schlag geführt, der bisher in der preußischen Parlamentsgeschichte ohne Gleichen ist. Welche Nichtigkeiten aus dem weiten Saal durchzuckten im vorigen Jahre ganz Deutschland bis nach Pancsova zu den Grenzern herab! Und von dem Attentat auf das Königthum in Preußen, von diesem Attentat im Schoß unserer Landesversammlung, von einem ersten gewonnenen Treffen der Ultrademokratie nimmt in Deutschland heute Niemand Notiz. Ich wunderte mich nicht, wenn Ihnen kaum der Raum bliebe, einige Bemerkungen über das Eigenthümliche unserer gegenwärtigen Lage anzunehmen. — Am 9. August wurden die Schweidnitzer Vorfälle in unserer Landesversammlung zur Sprache gebracht. Auf den Antrag Steins wurde mit bedeutender Mehrheit beschlossen, den Kriegsminister um Erlaß eines Armeebefehls zu ersuchen, worin die Officiere vor reaktionären Bestrebungen gewarnt, zur Eintracht mit den Bürgern, sowie zur Mitarbeit an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes aufgefordert werden sollten. Schultze aus Wanzleben, eine komische Figur

Digitized by Google

in steter Ekstase, beantragte einen Zusatz, welcher den Officieren, die das Geforderte mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinigen können, zur Ehrensache macht, ihren Abschied zu nehmen. Dieser Zusatz wurde mit 180 gegen 179 Stimmen angenommen. Ich habe damals meine Meinung über jenen Beschluß, namentlich über den Schultz'schen Zusatz, nicht vorenthalten. Ich sehe in diesem Zusatz auch heute noch den ersten Versuch einer Gesinnungs-Inquisition, wenn auch der dicke Abgeordnete von Wanzleben weder die Absicht, noch das Zeug hat, ein moderner Torquemada, ein Großinquisitor der preußischen Armee zu werden. Die Minorität protestirte mit den stärksten Ausdrücken gegen jenen Zusatz; ich habe damals diesen Protest einer Minderheit, so billigenswerth auch ihre Vertheidigung der Geistesfreiheit sein mochte, nicht gebilligt. — Die Minister, in Erwartung, daß ein derartiger Antrag, wie das Amendement des Wanziedners, ohne Weiteres verworfen werden würde, nahmen leider an der Verhandlung keinen Theil, vielmehr ließ die Regierung fast einen Monat vorübergehen, ohne auf den Antrag der Versammlung Rücksicht zu nehmen. Mittlerweile war die Kommission, welche für die Schweidnitzer Angelegenheit ernannt worden, im Begriff, ihren Bericht zu erstatten, und dieser mußte doch bei der äußersten Linken die Besorgniß erregt haben, er werde den ersten überwältigenden Eindruck mildern. Diese Partei beschloß deßhalb, mit einer Interpellation über den Beschluß vom 9. August dem Berichte zuvorzukommen. Diese Interpellation des Antragstellers vom 9. August, des Abg. Stein, war auf den 4. Sept. angesagt. Nachdem der Waffenstillstandstraktat vorgelesen und von dem Minister-Präsidenten in einigen Punkten erläutert war, halte die äußerste Linke nichts Eiligeres zu thun, als jenen Beschluß vom 9. August, in Betreff der Armee, zur Anregung zu bringen. Gleichwohl hatten die letzten Worte des Herrn von Auerswald recht sehr nahe gelegt, eine Verhandlung über den Waffenstillstand zu improvisiren. Mit welcher Leidenschaft hätte sich 1847 eines derartigen Gegenstands der Vereinigte Landtag bemeistert, welchem das Feld der auswärtigen Angelegenheiten verschlossen sein sollte. Die Regierung rückte jetzt, Angesichts der Interpellation mit einer Erklärung vor. Sie zeigte sich darin mit den Bestrebungen der Versammlung, das Heer für die Theilnahme an der Verwirklichung eines konstitut. Rechtszustandes zu gewinnen, vollkommen einverstanden, behauptete dagegen die Unzweckmäßigkeit und Verfehltheit derartiger allgemeinen Erlasse für das Heer und weigerte sich mit Bestimmtheit, dem Beschlusse vom 9. August gemäß einen solchen Armeebefehl zu erlassen. An die kommandirenden Generale dagegen sei die Weisung ergangen, über der Handlungsweise des Offizierkorps zu wachen und Exzesse, sei es reaktionärer, sei es republikanischer Tendenz, auf das Strengste zu ahnden. Da trat der Abg. Stein mit einem Antrage, den Waldeck aufgesetzt haben soll, hervor, des Inhalts, die Versammlung wolle es zur „dringenden Pflicht" des Ministeriums erklären, die Beschlüsse der Versammlung vom 9. Aug. in Ausführung zu bringen. Von diesem Augenblick war die ganze Angelegenheit in eine neue Phase getreten. Der Armeebefehl wurde zur Nebensache. Im Vorgrund stand die bedeutsame Frage, ob das Ministerium zur Vollziehung einer von der konst. Versammlung beschlossenen Exekutivmaßregel verbunden, ob folgeweise die Versammlung an der Exekutivgewalt direkten Antheil — nicht bloß durch Kontrole — zu nehmen berechtigt, ob die Regierung des Königs als ein Vollziehungsausschuß der Versammlung anzusehen sei. Der äußersten Linken, welche diesen Feuerbrand in die Versammlung schleuderte, kam namentlich zweierlei zu Statten; ein weithin verbreitetes Mißtrauen gegen das Heer, von dem eine militärische Gegenrevolution zu besorgen sei, und das Schlagwort von der „Ehre der Versammlung", der Versammlung, welche nicht dulden könne, daß ihre Beschlüsse null und nichtig seien. Waldeck sprach am 4. Sept. eine kurze Philippika gegen das Ministerium; stützte sich darauf, daß die Beschlüsse der Versammlung gleichsam Gesetz sein müßten; und erklärte es unter seiner Würde, eine Minute länger in der Versammlung zu sitzen, wenn der Antrag Steins nicht angenommen würde. Unruh, vom Centrum, beantragte Vertagung auf den 7. Sept. Man sprach in der Versammlung schon am 4. davon, daß, wenn die Vertagung beschlossen würde, die äußerste Linke bereit wäre, auszuscheiden. Dies geschah nicht, als die Vertagung durchging. Dagegen wurde zum 7. gewaltig gerüstet. Die Linke war auf jede Eventualität gefaßt, daher mit ungewohnter Mäßigung und Würde während der Verhandlung. Mehrere vermittelnde Amendements wurden eingebracht, welche sämmtlich darauf ausgingen, die Minister unter gewissen Konzessionen an die Intentionen der Versammlung am Ruder des Staats zu erhalten. Das Amendement des linken Centrums machte, was es beabsichtigte, gleichzeitig unmöglich, erhielt daher bei der Abstimmung nur die Stimmen seiner Fraktion — 38! Das linke Centrum stimmte darauf mit der äußersten Linken. Das Amendement des rechten Centrums, durch den Abg. Tamnau mit stockmännischem Geschick vertheidigt, hatte das Unlautre und Zweideutige aus dem Beschluß vom 9. Aug. entfernt; zu einem allgemeinen Erlaß im Sinne des Tamnauischen Amendements erklärte die Regierung sich bereit. Dasselbe wurde verworfen. Die Angst der ganzen Verhandlung war die Principienfrage. Die Redner der äußersten Linken behandelten sie mit mehr oder minderer Offenheit. Einer der Talentvollsten und Ehrlichsten von dieser Seite war Bucher von Stolze: „Wenn eine konstituirende Versammlung nach keinen Vollziehungsausschuß hat, muß sie ihre Beschlüsse durch das Ministerium vollziehen lassen; und wenn dieses sich weigert — — ersparen Sie mir die Folgerungen." Die Minister sprachen zum Theil mit ausschließlicher Rücksicht auf diesen Brennpunkt des Streits. Die Linke erklärte geradezu, es läge ihr an einem Kabinetswechsel wenig, sie beabsichtigte den Systemwechsel. Und zwar galt es ihr, am Vorabend der eigentlichen Vereinbarung über die Staatsverfassung, durch einen Handstreich sich ein Anerkenntniß für die behauptete Souveränität der Versammlung, für den Ausschluß der Krone von der Mitwirkung zu beschaffen. Das Centrum dagegen hatte augenscheinlich nur den Beschluß vom 9. August, über dessen Wesen sie völlig blind war, nur das im Wege stehende Ministerium im Auge. Eine Fraktion der gemäßigten Linken spekulirte auf den Ministerwechsel. Rodbertus zeigte sich in vollem Glanz. Niemand konnte mit Bestimmtheit wissen, ob Rodbertus für oder gegen den Antrag Steins stimmen werde. Der Abgeordnete von Löa verlas zur Widerlegung Steins einige Worte des Herrn von Rodbertus; als Kultusminister erklärte dieser am 1. Juli, daß er einen Beschluß der Versammlung, welcher in die Exekutivgewalt übergreife, nicht ausführen werde, und zwar nicht aus Mißachtung gegen die Versammlung, sondern aus Hochachtung für die Verantwortlichkeit der Minister. Diese Worte paßten vortrefflich gegen den Antrag Steins. Denn Minister, die nach Befehlen einer Versammlung regieren müssen, können für das, was sie nicht zu hindern vermögen, nicht verantwortlich sein. Herr v. Rabbertus sah in dem einfachen Vorlesen seiner eigenen Worte einen Vorwurf der Inkonsequenz. Erst jetzt erfuhr man, daß v. Rodbertus für den Antrag Steins stimmen werde. Freilich dann lag in dem Vorlesen jener Worte der Vorwurf der Inkonsequenz! — Uebrigens sah Rodbertus in dem neuen Antrage Steins, welcher die Minister zu Dienern der Versammlung macht, lediglich eine Wiederholung des Beschlusses vom 9. August, um einen Armeebefehl zu ersuchen; da hört natürlich alle Inkonsequenz auf, denn da fängt die Unzurechnungsfähigkeit an. Es ist schlimm, wenn ein Maler nicht blau von grün unterscheiden kann; sogar für einen Anstreicher ist es recht übel. Hr. Rodbertus konnte den Wald vor lauter Bäumen, den Angriff der äußersten Linken auf das Königthum und die Verantwortlichkeit der Minister — vor lauter Ministerportefeuilles nicht sehen. — — — Der denkwürdige Antrag Steins fand eine Mehrheit von 219 zu 152 St. Am Tage darauf reichte das gesammte Ministerium seine Entlassung ein. Die republikanische Partei triumphirte. Der 7. September galt ihr als der Tag ihres — Regierungs-Antritts. Der Sturz des Ministeriums war ihr an und für sich gleichgiltig. Nun sollte nach konstitutionellem Princip eigentlich ein Ministerium aus der äußersten Linken gebildet werden. Das wäre ja aber grundsätzlich ein Vollziehungs-Ausschuß der Versammlung geworden; sein System wäre das des Beschlusses vom 7. Septbr. gewesen. Dann wäre durch eine Kabinetskrisis die Monarchie selbst eliminirt. Daß jene Partei sich mit einem Ministerium Waldeck schmeichelte, verräth einige Beschränktheit. Ueberhaupt zeigte sich bei diesem Versuch einer Parlamentsrevolution eine ähnliche Hast und Ueberstürzung, wie bei der Schilderhebung Heckers. Wenigstens wenn es wahr ist, was erzählt wurde, daß die Linke, Falls ein Ministerium nicht bezeichnet wäre, die Wahl eines — Verwaltungs-Ausschusses vorzuschlagen beabsichtigt habe, so wäre das ein Siegesrausch, dem eine unangenehme Nüchternheit, wie der Schatten auf dem Fuße, folgen müßte. Vorläufig nennt die Reform den Beschluß vom 9. Aug. — „Gesetz vom 9. Aug.", obwohl eine Aufforderung an das Kriegsministerium am 7. Sept. ihrer Natur nach ebensowenig ein Gesetz wäre, als Pilatus ein Fischhändler war, und obwohl immer noch die Gesetzeseigenschaft auch Gesetzentwürfen durch Sanktion der Krone beigelegt oder verweigert wird. — — Aus der Mehrzahl der Versammlung ist ein konstitutionelles Ministerium zu bilden keine Möglichkeit. So blieb Nichts übrig, als außerhalb der Versammlung den Mann zu suchen, dem die Bildung eines Kabinets anzuvertrauen war. Außerhalb der Landesversammlung sind aber glücklicherweise noch preußische Abgeordnete auf dem Reichstage in Thätigkeit. Von diesen ist Herr von Beckerath, der eben gegen die Sistirung des Waffenstillstandes mit

Digitized by Google

dem Reichsministerium gefallen ist, mit Bildung des Ministeriums beauftragt. So laufen beide Katastrophen dort und hier zusammen. — Aber nicht allein aus der Mehrheit vom 7. Sept. konnte das neue Ministerium nicht hervorgehen, sondern auch mit dem Beschlusse vom 7. Sept. war jedes neue Kabinet keine Regierung des Königs, sondern einer Regierung der Versammlung. Endlich mußte das neue Ministerium freie Hand haben, den verlangten Armeebefehl erlassen zu können. Ein Ministerium der äußersten Linken konnte dies nur im Sinne des Stein'schen Antrags, d. h. weil es sich verpflichtet, jede Exekutivmaßregel auszuführen, welche von der Versammlung beschlossen worden. Aber auch jedes andere Ministerium konnte den Armeebefehl nicht erlassen, ohne sich den Anschein und der Krone die Blöße zu geben, als geschehe es auf Befehl der Versammlung, als habe dieselbe direkten Antheil an der vollziehenden Gewalt und nicht bloß Kritik und Kontrole. Auch war in der Zwischenzeit, daß Beckerath sich mit Bildung eines Kabinets beschäftigte, das Schweigen über den Beschluß vom 7. einer gefährlichen Mißdeutung ausgesetzt und noch weniger gerechtfertigt, als das Schweigen der Minister vom 9. Aug. bis 4. Sept. So hat denn der König den Ausspruch gethan, daß mit der Feststellung von Verwaltungsmaßregeln durch die Versammlung die konstitutionelle Monarchie nicht bestehen könne. — Jetzt wollen wir abwarten, ob die äußerste Linke den Muth hat, offen zu erklären, daß die konstitutionelle Monarchie gar nicht bestehen soll. Dann beginnt, wie die Reform sagt, ein Krieg der Krone mit dem Parlament. Die äußerste Linke war aber am 7. Sept. zum ersten Male Sieger im Parlament — und vielleicht auch zum letzten Male, wenn das Centrum nicht ganz von Gott verlassen ist!

|| Köln, 13. September. „Wenn ein Gewitter im Anzug ist, so bellen die Hunde!“ Kaum daß in Frankfurt und Berlin der politische Horizont sich etwas verdüstert hat, so beginnen die hiesigen Demokraten wieder ihr Geschrei. Die hiesigen Demokraten? nein! Demokraten sind wir Alle: die hiesigen Demagogen. Schon die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstands, dessen Bestätigungen gewiß auch wir bedauern, die Nachricht von der zu Frankfurt beschlossenen Sistirung beschert uns mit einer von ihnen veranstalteten Volksversammlung. Es war dies ein ganz entbehrter Genuß, den Keiner sich versagen wollte. Zahlreich ging man hin und hörte von einer Droschke, die als Rednerbühne diente, die beliebten Schlagwörter von Reaktion, Revolution, Fürstenbetrug, Bourgeoisie u. s. w. aus dem ungewaschenen Munde sogenannter Volksredner mit Wohlbehagen ertönen. Man brachte eine Adresse, nicht aber die beabsichtigte Aufregung, zu Stande. Köln blieb ruhig. Aber was das Talent (?) dieser Herren nicht vermocht, das gelang dem Zufall. Aus einer Zänkerei mehrerer Soldaten des augenblicklich hier stehenden 27. Infanterieregiments mit hiesigen Bürgern entstand eine Schlägerei, zu der sich von beiden Seiten Mannschaften ansammelten. Die Soldaten gebrauchten ihre Säbel, die Bürger ihre Stöcke. Nun war die Aufregung da. Man stürmte am nächsten Morgen aufs Rathhaus und verlangte augenblickliche Entfernung des verhaßten Regiments. Der General versicherte auf Ehrenwort, daß dasselbe schon die Stadt verlassen und in den Forts stationire, er werde die schuldigen Soldaten zu strenger Rechenschaft ziehen. Hiermit konnte man, wenn man wollte, sich beruhigen. Aber es wäre ja Schade um die schöne Gelegenheit zu Spektakel gewesen! Zu seinem Schrecken sah man, daß die Stadt gar nicht die Hitze, in der man selbst aufzuladen schien, theilte. Man mußte den ruhigen Bürgern auch ein etwas gefährliches Aussehn geben. Man schlug also Alarm für die Bürgerwehr; man blies und trommelte abwechselnd gestern von 12 Uhr Mittags bis Abends 9. Vergebens! die Bürger versammelten sich mit ihren Waffen, zogen durch die Straßen, suchten nach einem Feind, da sie aber keinen fanden, marschirten sie ruhig nach Hause. Nur 2 Kompagnien, die mit dem Treiben einverstanden, zogen vor das Rathhaus. Man lärmte, tobte und schrie: „So wie wir“, rief man dem versammelten Stadtrathe zu, „so wie wir ist die ganze Stadt in Zorn! Ergreift schleunig Maßregeln, oder wir können die Bevölkerung nicht mehr im Zaum halten!“ — Der Stadtrath in Mitten des Getümmels beschloß denn die Absendung einer Deputation nach Koblenz, um dort die gänzliche Entfernung des unglücklichen Regiments zu erwirken, das die Stadt in solche Verwirrung gesetzt! Aber es wäre ja Schade um die schöne Gelegenheit gewesen, hätte man jetzt schon aufgehört! Herr v. Wittgenstein, der hiesige Regierungspräsident, ist zugleich Oberst der Bürgerwehr. Schon lange war man über die gewiß nicht verträgliche Vereinigung dieser zwei Aemter in Einer Person unzufrieden. Jetzt wollte man ihn mit Gewalt zur Abdankung bei der Bürgerwehr zwingen. Man drohte nicht bloß, man fall sogar zu Mißhandlungen übergegangen sein. Herr v. W. blieb fest; er habe sein Amt von der ganzen Bürgerwehr empfangen, nur der ganzen, nicht aber einem kleinen Theile stehe daher auch das Recht zu, ihn zu entlassen. Was war zu machen? Man war aufs Haupt geschlagen und zog sich, fluchend, daß der Mann so wenig Ehrgefühl besitze, nach einigen kleinen Konflikten mit friedlich gesinnten Bürgerwehrmännern, gegen 11 Uhr Abends zurück. Aber die Nacht gab neue gute Gedanken. Und so sah denn der heutige Morgen eine große Volksversammlung auf dem Frankenplatze. Es galt einen „Sicherheitsausschuß“ zu bilden! In der Mitte befand sich eine in die Karnevalsfarbe gekleidete Tribune, die wir ein Polichinellkasten aussah. Auf sie traten nun nach der Reihe unser großen Heeren. Es war nun nicht mehr Herr von Wittgenstein, es war auch Herr v. Beckerath, der in Frankfurt auf der äußersten Rechten gesessen und jetzt in Berlin Minister werden solle, es war die fürchterliche Reaktion, gegen die man sich sichern wollte, es war das nirgends vertretene Volk, das vertreten werden sollte! Es wurden 30 Männer des Volks gewählt, darunter die ganze Redaktion der rheinischen Zeitung, die wohl mehr als die Stadt Köln eines Sicherheitsausschusses, und zwar gegen ihre Gläubiger, bedarf: Die Herren ließen sich durch Einen ihrer Freunde vorschlagen und wurden dann natürlich mit Akklamation angenommen. So leben wir denn jetzt hier, man weiß nicht, ob in der Zeit des Karnevals oder in der der Revolution. Letzteres aber würde der Fall sein, wenn die Behörden diesem, auf ganz regellose Weise zusammengebrachten, Ausschuß irgend welchen Einfluß auf ihre Beschlüsse gestatten wollten. Thun sie dies nicht, so werden sie sich überzeugen, daß die große Mehrzahl der Bürger diesen „Sicherheitsausschuß der Stadt Köln“ ganz ignoriren wird, dessen Entstehung durch Nichts, gar Nichts, außer einer gemachten Bewegung, motivirt ist.

Ratibor, 10. Sept. Der Aufstand der Bauern in Hultschin scheint eine ernstere Gestalt anzunehmen. Die von hier aus abgesandten 50 Mann Kavallerie vermochten nur wenig zu leisten. Es sind heute morgen 250 Mann Infanterie aus Kosel mittelst der Eisenbahn nach Oderberg befördert worden. Desgleichen werden mit den morgenden Zügen noch andere 500 Mann Infanterie bis Tworkau vorgeschoben. In Beuschau ist es zu Angriffen gekommen, 3 Ulanen sind verwundet, der eine von ihnen sogar ernstlich. Der Ort ist verbarrikadirt. (B. Z.)

Kurhessen. Kassel, 9. Sept. Hr. v. Schenck zu Schweinsberg, früher Staatsanwalt in Hanau, der, nachdem er seinen Abschied aus kurhessischen Staatsdiensten genommen, einem Rufe nach Sigmaringen als Regierungspräsident gefolgt war, wo er an die Stelle des in österr. Dienste getretenen vormaligen kurhess. Minister Hassenpflug getreten war, ist jetzt vom Kurfürsten zum Minister des Auswärtigen, dessen Stelle seit der Entlassung des Baron von Dörnberg in Folge der Märzrevolution vakant geblieben war, ernannt worden. (Sch. M).

Weimar, 9. Sept. Die hies. Zeit. enthält die amtliche Bekanntmachung von der Ernennung des Geh. Staatsrathes Dr. O. v. Wydenbrugk als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, unter Beibehaltung seiner Stelle im Staatsministerium.

Hildburghausen, 9. Sept. Unser Fürst hat gethan, was zur Beruhigung des Landes längst hätte geschehen sollen, er hat gestern sein Ministerium in corpore entlassen. Es war das einzige in Deutschland übrige, welches noch aus der Zeit vor der Revolution datirte, und zähen Lebens machte es sein „exit“ bei Klieren der Fensterscheiben und unter — einem Steinhagel. Dem Oberst Spießhardt, Generaladjutant des Herzogs, ist die Bildung des neuen Ministeriums übertragen. Er hat eine gute Meinung im Volke für sich. (Fr. J).

Schleswig. Kiel, 11. Sept. Es verbreitet sich hier das Gerücht, welches wir bis jetzt indessen nur als ein unbeglaubigtes bezeichnen können, daß jetzt folgende Kombination einer neuen provis. Regierung im Werke sei: General v. Bonin Präsident, Graf Reventlow-Preetz und Beseler, Mitglieder der bisherigen provis. Regierung, und zwei von dem Herzoge von Schleswig und Holstein zu ernennende Mitglieder. — Die hier gestern durch Privatbriefe angelangte Nachricht, daß bei der heute in Frankfurt stattfindenden Verhandlung über den Waffenstillstand höchstwahrscheinlich eine Genehmigung desselben zu erwarten sei, da die rechte Seite durch viele eintreffende Mitglieder verstärkt werde, hat hier keineswegs einen durchaus niederschlagenden Eindruck gemacht. Man ist hier überzeugt, daß mehrere Punkte des Waffenstillstandes, möge derselbe auch aller Orte ratificirt werden, bei der Haltung des Landes und der Landesversammlung, durchaus unausführbar sind, so daß jedenfalls Modifikationen desselben eintreten müssen. Dies sind die Früchte des Versehens der preuß. Regierung, welche, statt sich mit der Stimmung im Lande bekannt zu machen und mit der provisorischen Regierung in Einvernehmen zu setzen, der letzteren absichtlich die Unterhandlungen verhehlte. Das alte Spiel der Diplomaten mit den Völkern geht in der That nicht mehr. (H. K.)

Digitized by Google

Kiel. Die „S.-H. Zeit." vom 11. bringt wörtlich dieselbe Notiz über die Aeußerungen Wrangels in Betreff der zu erwartenden Abänderungen der Waffenstillstandsbedingungen, welche der „Alt. M." in seinem gestrigen Blatte mitgetheilt hat. In beiden Blättern ist folgende Bemerkung hinzugefügt: „Es läßt sich nicht verkennen, daß wenn die von dem General ausgesprochene Erwartung sich erfüllte, das Land allee Wahrscheinlichkeit nach sich mit dem Waffenstillstand versöhnen würde, und dem tapfern Feldherrn für diese friedliche Eroberung zu großem Dank verpflichtet wäre."

Jhehoe, 9. Sept. Das Resultat der vorgestrigen Wahl war wie ich es Ihnen für den Fall seiner Zusage der Annahme vorausgesagt hatte, fast Stimmeneinheit füe Olshausen. Merkwürdig jedoch ist, wie indifferent sich in diesem, politisch so heftig erregten Moment die Wahlberechtigten des Distrikts gezeigt haben, indem im Ganzen nur 220 Stimmen abgegeben sind, von denen 117 auf Olshausen fielen.

ϕ Frankfurt, 15. Sept. Auch der heutige Tag brachte die Verhandlungen der Nationalversammlung übee den Waffenstillstand nicht zu Ende. Noch sind eine große Anzahl von Rebaern eingeschrieben; doch ist bis morgen Abend der Schluß zu erwaeten. Wenn gestern die Wage sich auf die Seite der Minoeität füe die Genehmigung zu neigen schien, su schwankte sie heute bedeatend nach der andern Seite. Dies ist vorzugsweise der meisterhaften Ausführung des Abg. Waitz zu verdanken. Außer diesem sprach wohl am glänzendsten für die Verwerfung Vogt aus Gießen; doch war seine Baerikadenrede eben durch ihee Form wieder sehr geeignet, Manche, welche sich durch Waitz auf die verneinende Seite gezogen fühlten, voa derselben wiedee zurückzuschrecken. Füe die Nichtbeanstaadung sprach am besten und glücklichsten Jnehan aus Berlin, und seine Rede erhielt gerade dadurch eine besondere Bedeutung, daß er in politischer Beziehnag der äußern Linken angehört. Nicht ohne Wirkung war die von ihm mitgetheilte Nachricht, daß die linke Seite der Berliner N.-V. durch eine Deputatinn an den König sich für die Aufrechthaltung des Waffenstillstandes erklärt hat. Ich wende mich zue Berichterstattung über den Gang der Berathung am gestrigen Tage. Wesendonk foederte gestern zuerst den Präsidenten auf, über die eingekommenen Adressen hinsichtlich des Waffenstillstandes zu referieen, was jedoch dieser füe den Augenblick für unmöglich erklärte, weil ee sie größtentheils suehen erst erhalten hatte. Hierauf sah man v. Lindenau eine halbe Stunde lang reden, konnte abee, wenn man nicht unmittelbae vor dem Rednerstuhle saß, kein Wort verstehen. Er begründete einen vermittelnden Antrag. 1) Daß die im 3. Satz des VII. Artikels angeordnete Aufhebung der seit dem 17. März l. J. für das Herzogthum Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln in Wegfall komme. 2) Daß die Vorstände derjenigen Kommissionen, die von den Königen von Preußen und Dänemark zue interimistischen Verwaltung von Schleswig-Holstein und Lauenburg niedergesetzt sind, von der Nationalversammlung ernannt werden. 3) Daß alle hier beschlossenen Grundrechte des deutschen Volks gleichzeitig wie in allen deutschen Landen, auch in Schleswig-Holstein zur Anwendung kommen; und 4) daß über den künftigen Frieden zwischen Deutschland und Dänemark, nach Maßgabe der im Gesetz vom 28. Juni 1848 und in der Wiener-Schluß-Akte Artikel 48, 49 enthaltenen Bestimmungen von der Centralgewalt und der Nationalversammlung verhandelt werde. Ihm folgte Heckscher mit einem sehr langen Vortrage zur Rechtfertigung des Ministeriums und für die Bestätigung des Waffenstillstandes. Er hob die außerordentliche Wichtigkeit der Entscheidung, welche die Nationalversammlung zu treffen im Begriffe stehe, hervor: wie der Friede Europa's, die Einigung Deutschlands, das Wohl der Herzogthümer und die Richtung der künftigen Reichsregierung davon abhänge. Man müsse dabei zweierlei ins Auge fassen, daß es sich jetzt nicht um einen Friedensvertrag handle, und daß das Reichsministerium den Waffenstillstand nicht abgeschlossen, soadern die Krone Preußen mit dem Abschlusse beauftragt habe. Bei der Beurtheilung des Waffenstillstandes selbst aber dürfe man nicht vergessen, daß der Zweck des Krieges nie gewesen sei, eine Eroderung zu machen, sondern das Recht der Herzogthümer gegen gewaltsame Unterdrückung zu wahren. Es sei nicht zu bestreiten, daß der vorliegende Waffenstillstand der Genehmigung der Centralgewalt, und zwar im Einverständniß mit der Nationalversammlung unterliege. Der Redner begründet dies ausführlich aus dem Gesetze über die Centralgewalt und aus dem ganzen Gange der Unterhandlungen selbst. Ueber die Sendung des Kommissäes der Centralgewalt, Max von Gagern, bemerkt er, derselbe sei nicht an den Ort der Verhandlungen geschickt woeden, sondern in die Nähe desselben, nicht um an den Verhandlungen selbst Antheil zu nehmen, denn diese seien dee Krone Preußen übertragea gewesen, sondern um sich mit der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein in Vernehmen zu setzen, und sich mit derselben in Beziehung auf die Personen, welche die interimistische Regierung übernehmen sollten, zu verständigen. Der Vorwurf, den man dem Ministerium moche, es habe Preußen unbedingt zum Abschlusse bevollmächtigt, sei übeigens durchaus unrichtig. Preußen habe eine unbedingte Vollmacht gar nicht forbern können, denn es kannte das Gesetz über die Centralgewalt und wußte also, daß das Reichsministerium eine solche gar nicht geben konnte. Um so mehr hätte sich dasselbe an die beschränkenden Bedingungen der Vollmacht halten sollen. Wenn Dänemark bloß den deutschen Bund anerkannte, so hätte es auch auf der vom deutschen Bund gestellten Grundlage stehen bleiben sollen, und wenn der deutsche Bund zue Zeit der Verhandlung thatsächlich nicht mehe da war, so hätte es jetzt fragen müssen, in wessen Namen Preußea nunmehe unterhandle. Aus dem Allem gehe die Befugniß der Centralgewalt und dee Nat.Vers., den Vertrag zu genehmigen oder zu verwerfen, unbestreitbar hervor. Ein weiterer Vorwurf werde dem Reichsministerium daraus gemacht, daß es die Verhandlungen nicht selbst in die Hand genommen habe. Aber Preußen habe sich große Verdienste um die Sache dee Herzogthümee erworben und so große Opfer gebracht, daß man ihm das geforderte Vertrauen beim Abschlusse des Waffenstillstandes nicht versagen konnte. Warum aber habe sich das Ministerium die Ratifikation des Vertrages nicht vorbehalten? Es habe seine Vollmacht füe einen Abschluß auf der Grundlage der Stipulationen von Bellevue gegeben, und wenn er su zu Stande gekommen wäre, so hätte es die Verantwoetlichkeit dafüe übernommen. Warum aber, sage man ferner, habe es nun nicht den Muth, ihn zu verwerfen, da er der von ihm gegebenen Vollmacht nicht entspeche? Es wollte dies nicht aus höhern politischen Gründen. Hier geht der Redner auf eine Prüfung des Waffenstillstandes selbst und der Verwerfungsfrage über. Die Daaee von 7 Monaten sei von Schweden als eine conditio sine qua non gestellt worden, weil es sonst seine Truppen nicht hätte auseinander gehen lassen können. Uebrigens sei diese Dauer ebenso zum Vortheil für Deutschland, als sie andeeerseits ihre Nachtheile habe. Die Trennung der Truppen aus den Herzogthümeen sei keineswegs eine Einleitung zur Teennung der Herzogthümer selbst. Man müsse nicht übersehen, daß Dänemark bis jetzt Schleswig noch nicht als deutsches Land anerkannt habe, und deßhalb die schleswigschen Truppen, die es bis jetzt als seine Truppen beleachte, nicht untee fremdes Kommando stellen wolle, bis die Hauptfrage entschieden sei. Der Art. 7 sei nach der Entfernung Moltkes nicht so gefährlich, wie man ihn ausgebe. Ee sei viel mehe im Jnteresse der Herzogthümer, als Dänemarks. Die Nachtheile der Verwerfung seien dagegen naveehältnißmäßig groß. Voe Allem sei es der Bruch mit Preußen, der zu fürchten sei. Preußens Ehee hänge daean, daß der Waffenstillstand aufrecht erhalten werde; duech eine Verwerfung würde seine Stellung den auswärtigen Mächten gegenüber unhalthar werden. Man laufe Gefahe sämmtliche Resultate der Revolutioa wieder zu verlieren, und endlich seien die Schwierigkeitrn, den Krieg fortzuführen außerordentlich groß, besonders wenn man Preußen und Norddeutschland gegen sich habe. Dabei dürfe maa die Stellung der auswärtigen Mächte gegen Deutschland nicht übersehen. Das Reichsministerium habe das Bewußtsein, dee Ehre Deutschlands Nichts vergeben zu haben; es habe sich durch keine Noten einschüchtern lassen, das habe es Frankreich gegenüee, dessen Regieeung allerdings in unsererndlichee Weise aufgetreeten sei, gezeigt. Aber es setze auch nicht die Ehre Deutschlands darein, wie ein Donquixote mit der ganzen Welt Händel anzufangen. Man frage, wie denn die Centralgewalt die Stipulation des Waffenstillstandes inden Herzogthümern mit Gewalt durchführen wolle, wenn das Volk sie dort nicht annehme? Der Redner meint, darum habe sich die Centralgewalt gar nicht zu bekümmern. Dänemark möge sehen, wie es mit seinen Forderungen zurechtkomme. — Benedey sucht duech viele Belege, welche er voeließ, nachzuweisen, daß die früheren Diplomaten, die Bundestagsgesandten, das frühere preußische Ministerium und der frühere preußische Gesandte in London die Ehre Deutschlands und das Interesse dee Herzogthümer viel besser gewahrt hätten als die jetzigen. Zuletzt apostrophiet ee die Preußen, daß sie dee Sache des gemeinsamen Vaterlandes nicht untren weeden sollten. Arndt hatte das Majoritätsgutachten, also die Verwerfung des Vertrags, unterzeichnet. Ee betrat jetzt die Rednerbühne, um zu erklären, daß er seine Ansicht geändert habe, und nunmehr füe die Anerkennung stimme. Dazu habe ihn die Lage bewogen, in der wie uns befinden. Das Ministerium sei gestürzt und ein anderes komme nicht zu Stande; es sei kein Regiment mehe da, und das sei ein gefährlicher Zustand. In England würde man vorsichtiger verfahren sein; da stürze man nicht ein Ministerium, ehe man wisse, daß man ein anderes an seine Stelle

Digitized by Google

setzen könne. Aus diesem Zustand müsse man herauskommen, und deßhalb wolle er den Waffenstillstand anerkennen mit den Modifikationen der schleswigschen Deputirten. Eisenmann: Wenn ein Mann wie der Vorredner, welcher sein Leben lang in guten und bösen Tagen bei Deutschland gestanden habe, sich veranlaßt finde, in dieser Sache seine Ansicht zu ändern, so erscheine die Entscheidung nur um so ernster, aber die Gründe für die Verwerfung blieben dennoch überwiegend. Der Redner will sich auf das Materielle nicht einlassen, geht aber doch den Waffenstillstand Punkt für Punkt durch. Man stehe nicht mit dem Reichsministerium, sondern nur mit der preußischen Regierung in Konflikt, und durch Nachgeben gegen diese komme man nicht zur Einigung. In Preußen habe es eine Regierung eigentlich erst wieder mit der Einsetzung der Centralgewalt gegeben; aber sie habe es schlecht gedankt. Wie bei dem Waffenstillstand, so sei überall eine Mißachtung der Centralgewalt hervorgetreten, insbesondere in der Vertretung beim Auslande. Es sei keine Hoffnung, daß man auf diesem Wege zum Ziele komme; die Regierungen scheinen nur dann auf die Stimme der Völker hören zu wollen, wenn diese von den Barrikaden herunter mit ihnen reden. Dies Mal sei es nicht die rothe Republik allein, welche der preußischen Regierung entgegentrete, sondern die ruhigsten Männer; alle konstitutionellen Vereine hätten sich gegen den Waffenstillstand ganz entschieden ausgesprochen. Man warne vor einem Konflikte mit Preußen; wolle man lieber einen mit dem deutschen Volke? Preußens Ehre soll an dem Waffenstillstand hängen, aber sei die Nat.Vers. da, die Ehre der preuß. Regierung zu hüten? Uebrigens werde Preußen bedenken, daß es stark sei mit Deutschland, aber ein Zwerg ohne Deutschland. Die Nat.Vers. habe einen Haltpunkt an Baiern, auf das sie sich stützen könne. Man sage, die Dänen hätten schon nachgegeben. Warum? Weil die Nat.Vers. Widerstand zeigte. Vor den fremden Mächten solle man sich nicht so fürchten, Frankreich habe in der Revolution gezeigt, was eine Nation vermöge. Uebrigens werden sie gewiß Deutschland in Ruhe lassen, sobald dieses nur zeige, daß es sich nicht vor ihnen fürchte. Man sage, die Stellung der preußischen Regierung dem Auslande gegenüber würde unhaltbar werden; das wünsche er von ganzem Herzen, daß diese Stellung unhaltbar werde. Er beantragt, den Vollzug des Waffenstillstandes zu suspendiren und neue Verhandlungen über Modifikationen desselben anzuknüpfen. Außerdem will er zugleich Zurückberufung aller Gesandten der Einzelregierungen bei auswärtigen Mächten und Anerkennung der Centralgewalt von allen deutschen Regierungen. Franke aus Schleswig stellt im Namen von vier schleswig'schen Abg. einen vermittelnden Antrag. Sie hätten den schwersten Kampf gekämpft, und sie hätten sich mit keinem der beiden Anträge des Ausschusses vereinigen können; ihr Standpunkt sei allein der der Thatsache. Er fühle sich vor Allem verpflichtet, die Dankbarkeit gegen Preußen auszusprechen, und es anzuerkennen, daß der edle König von Preußen sich zuerst für die Sache Schleswig-Holsteins ausgesprochen, Preußen zuerst gehandelt und die größten Opfer gebracht habe. Jetzt sehne sich allerdings Preußen nach dem Frieden, und er müsse es sagen, das sei auch in Schleswig der Fall. Aber es sei die Frage, ob diese Art und Weise, wie der Waffenstillstand abgeschlossen werden, mit der Ehre Deutschl. vereinbarlich sei? Mehrere Punkte des Vertrags seien allerdings vortheilhaft, z. E. die Zurückgabe der Schiffe und die Auslieferung der Gefangenen, und er müsse die Frage stellen, ob man geneigt sei, die ausgelieferten Gefangenen und die zurückgegebenen Schiffe und Waaren wiederum den Dänen zuzustellen, wenn man den Waffenstillstand verwerfe? Das scheine doch auch die Ehre Deutschlands zu fordern. Andere Punkte des Waffenstillstandes seien durchaus unausführbar, wie die Trennung der Truppen, die Personalitäten der interimistischen Regierung und die Bestimmungen des Art. 7. Deßhalb stelle er mit seinen Freunden folgenden Antrag: Die Nationalversammlung beschließt: 1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. Aug. d. J., soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern. 2) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, dänischer Seits, amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete. 3) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen. — Mallzahn aus Preußen spricht sich im Sinne des Minoritätsgutachtens aus, vertheidigt die preußische Regierung und will im Interesse der Einheit Deutschlands die Nichtanerkennung des Waffenstillstandes. Er stellt im Namen einer Anzahl Mitglieder einen Antrag, der nur in Beziehung auf die Motive wesentlich von dem Minoritätsantrag abweicht. — v. Herrmann aus München geht unmittelbar auf eine Kritik des Verfahrens des Reichsministeriums ein. Die ausgestellte Vollmacht habe den preuß. Minister leicht zu der Ansicht verleiten können, der Reichsverweser habe seine unbedingte Zustimmung gegeben. Man habe einen Bevollmächtigten in die Nähe des Ortes der Verhandlungen geschickt; warum nicht noch näher? Warum nicht nach Malmö selbst, wo er so Vieles hätte verhüten können? Wie wolle man läugnen, daß die Würde der Centralgewalt nicht verletzt sei? Und wenn das sei, warum die Minister den Vertrag angenommen, warum sie ihn nicht sogleich zurückgegeben und verlangt hätten, daß der Reichsverweser darin als Pacisceut genannt werde? Man behaupte, die Artikel seien nicht schlecht, sie seien gut, und doch gebe man zu, daß sie theilweise unausführbar seien. Man sage weiter, Dänemark möge zusehen, wie es damit zurechtkomme. Nein, wir müssen ehrlich handeln; nehmen wir den Waffenstillstand an, so müssen wir ihn auch ausführen, müssen die Holsteiner zwingen, wenn sie nicht wollen. Preußens Ehre und Stellung sei gefährdet; das sei unrichtig, es handle sich allein um die Eitelkeit einiger Minister. Für den Monarchen sei das ganz gleichgiltig, wenn einige Unterhändler beseitigt werden; die Nationalversammlung werde, wenn sie den ungeschickten Vertrag verwerfe, die Ehre Preußens und des Reichsverwesers zugleich retten. Die Reichsminister hätten im guten Glauben gehandelt, aber man könne mit dem besten Gewissen Mißgriffe machen, die Nachfolger werden auch machen. Er, der Redner, habe den Auftrag erhalten, ein neues Ministerium zu gründen. Er habe deßhalb eine Verständigung gesucht und den preuß. Bevollm., Hrn. Camphausen, gefragt, was für Zugeständnisse von Preußen gemacht werden könnten? Ob die preußische Regierung anerkennen würde, daß sie den Vertrag nicht für sich allein, sondern im Namen der deutschen Centralgewalt abgeschlossen habe? Hierauf habe Herr Camphausen sich willfährig gezeigt. Ferner ob die Erwähnung der Ratifikation der Centralgewalt oder respekt. Nationalversammlung nachzuholen sei, oder endlich ob eine Aenderung der Artikel, welche ohnehin unausführbar seien, zugegeben werde. In letzter Beziehung seien indeß nur Modalitäten in der Ausführung zugestanden worden. So habe er einen vermittelnden Antrag gesucht, aber nicht gefunden, und deßhalb trete er auf seinen frühern Standpunkt der Nichtgenehmigung des Vertrages zurück. Mit einer bloßen Suspension sei Nichts gewonnen; die Nationalversammlung und die preußische Regierung seien besser daran, wenn der Vertrag nicht genehmigt werde; dann sei die Sache am Ende, und man könne sofort zu Friedensunterhandlungen schreiten. Von einem Kampfe deutscher Stämme unter einander sei keine Rede, dazu komme es nicht mehr. Wenn Preußen das zu wollte, so würde es den stärksten Feind bei sich selbst finden. An einen europäischen Krieg möge ein Anderer glauben, er glaube nicht daran; das wüßten die Mächte wohl, daß das kein Kinderspiel sei. Man mache wohl grimmige Gesichter, aber damit sei es noch weit vom Losschlagen. Und wenn es dazu käme, so würde es wohl kein so großes Unglück sein; das deutsche Volk würde sich erheben und kräftigen. Man solle diese Angst abwerfen, damit man nicht im Ausland sage: Ihr Deutschen seid ein Kinderspott. Schmerling fragt, in welcher Eigenschaft der Bevollmächtigte Preußens mit dem Vorredner unterhandelt habe? Minister sei dieser nicht, und mit dem Abgeordneten könne der Bevollmächtigte Preußens officiell nicht verkehrt haben. Das seien also lediglich Privatmittheilungen, auf welche hier kein Werth gelegt werden könne. Er begegnet den gemachten Vorwürfen Punkt für Punkt und schließt damit, daß die beste Rechtfertigung des Ministeriums darin liege, daß nichts Triftigeres gegen dasselbe vorgebracht werden könne.

Frankfurt, 15. Sept. Gestern und heute fand die Verhandlung über den Waffenstillstand von Malmö in der Paulskirche Statt, morgen wird sie fortgesetzt und es ist noch sehr zweifelhaft, ob sie in dieser Woche zu Ende geführt werden wird. Groß ist die Zahl der eingeschriebenen Redner, ausführlich sind die meisten Vorträge und in einer so wichtigen Sache trägt man billige Scheu, den Rednern das Wort abzuschneiden. Der abgetretene Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Heckscher, eröffnete die Debatte mit einer gründlichen Darlegung des Ganges der Verhandlungen, gefolgt von einer Prüfung der einzelnen Bedingungen und geschlossen mit einer Rechtfertigung des Ministeriums, wodurch die späteren Einwendungen meist zum Voraus widerlegt sind, und in welcher sich eine Tiefe der Ueberzeugung aussprach, die in einer Versammlung von Staatsmännern sicher volle Anerkennung gefunden haben würde. Venedey sprach Sätze vom todten Bundestage, von dem Fünfzigerausschusse, der ihn gespornt habe, von Arnim, Wrangel und Bunsen, um darauf Schlimmes sagen zu können von Auerswald, Camphausen und dem Reichsministerium. Arndt, welcher im Ausschusse mit der Mehrheit der Zwölf gestimmt hatte, nahm bei näherer Ueberlegung sein Votum zu-

rück und schloß sich Stedtmanns Bericht an. Eisenmann sprach für Verwerfung, Franke begründete seinen mit Droysen, Michelsen und Reergardt (sämmtlich aus Schleswig-Holstein) gestellten Antrag, die Vollziehung des Waffenstillstandes, so weit er nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern und die Centralgewalt aufzufordern, die nöthigen Modifikationen und die Friedensunterhandlungen einzuleiten. Herrmann erklärte im Wesentlichen, er wäre bereit gewesen, seine Meinung zu modificiren, um ein Ministerium zu erlangen, da ihm keine Aussicht auf eine Mehrheit für die Vermittelung bleibe, so kehre er zu seiner Ansicht zurück, zur Verwerfung des Waffenstillstandes, womit die Sache zu Ende sei. Die komische, ja burleske Weise, in welcher Herrmann von diplomatischen Verhandlungen, von Kleinigkeiten sprach, durch welche die Verwickelung hätte vermieden werden können, hätte, auch ohne die beißende Replik Schmerlings hingereicht, den Beweis zu führen, daß Herrmann sich an eine Aufgabe gewagt, die seinem Ideenkreise zu ferne liegt um von ihm begeistert zu werden, daß er nicht geeignet ist, ein Kabinet zu bilden. Er war noch unglücklicher als sein Vorgänger Dahlmann. So war die gestrige Verhandlung der Ansicht günstig, welche den Waffenstillstand nicht verwerfen will. Man kann von der heutigen Fortsetzung das Nämliche sagen, obgleich Waitz in einem trefflichen Vortrage für die Verwerfung des Waffenstillstandes in die Schranken trat. Seine ganze Auseinandersetzung ging gegen das Verhalten Preußens, welches eine nähere Untersuchung, aber nicht die Erneuerung des Kriegs bedingt, und gegen diejenigen Bestimmungen des Vertrags, welche jetzt schon als dahingefallen betrachtet werden dürfen. Waitz hätte füglich zu dem Antrage seiner Landsleute (Franke und Genossen) gelangen sollen, und wenn er selbst anführte, daß nicht die Sache Dänemarks, sondern die Einheit Deutschlands Frankreich und Rußland gegen uns treiben, so durfte er nicht einen Vorschlag machen, welcher diese Einheit durch einen Bruch mit Preußen vernichtet. Für die Verwerfung sprachen noch Schoder, unter Hinweisung auf die Volksversammlung zu Heilbronn, Siekra und Vogt, letzterer mit der Erklärung, daß er vielleicht für Annahme gestimmt haben würde, wenn die Centralgewalt den Vertrag abgeschlossen hätte, daß er es aber nicht thue, weil Preußen denselben geschlossen habe, und mit der Erinnerung an den Konvent, welchen er zur Nachahmung aufstellte. Gegen die Verwerfung sprachen Jordan aus Marburg, Blömer von Aachen, Mühlfeld aus Wien und Jordan aus Berlin, welcher die Nachricht brachte, daß die Linke der Versammlung in Berlin der Regierung ihre Mitwirkung zur Aufrechthaltung des Waffenstillstands zugesichert habe. — Gestern schon war von der Linken verlangt worden, daß die eingelaufenen Adressen zur Kenntniß der Versammlung gebracht werden sollten. Dies geschah heute, und es zeigte sich, daß deren 70 und einige, wovon nur Eine (aus Bremen) für, die andern gegen den Waffenstillstand vorliegen, wovon 2 aus Nassau, 5 aus Baden, 8 aus Würtemberg, 12 aus Baiern, 10 aus dem Gr. Hessen, 5 aus Kurhessen, 11 aus Preußen, 1 aus Sachsen, 2 aus Braunschweig, 3 aus Hannover, 1 aus Oesterreich (von Wien, mit 19 Unterschriften), 2 aus Bremen, 11 aus Schleswig-Holstein. — Der Abg. v. Schmerling ist zur Uebernahme des Ministeriums des Innern nach Wien berufen worden; wir glauben jedoch, daß er, wenigstens in der nächsten Zeit, seinen hiesigen Posten nicht verlassen werde. Die Bänke der Rechten sind stark gelichtet. Von der Bildung eines Reichsministeriums ist unter den Kämpfern der Tribüne nicht mehr die Rede. Es gehen kostbare Augenblicke für die Regierungsthätigkeit verloren, besonders in Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten.

Großbritannien.

London, 13. Sept. Den Times zu Folge will Oesterreich über seine italienischen Besitzungen auf die Bedingung hin unterhandeln — und diese Ansicht scheine die der deutschen Staatsmänner überhaupt zu sein — daß das ganze lombardisch-venetianische Gebiet fortan ein besonderes Königreich unter einem Zweige der Kaiserfamilie bilde, eine italienische Verwaltung habe, und mit dem österreichischen Kaiserreich durch einen innigen Schutz- und Trutzvertrag verbunden sei. Dieser Plan werde aber zur Folge haben, daß ansehnliche österreichische Streitkräfte dem erwählten Herrscher zur Verfügung gestellt werden müßten, um ihn auf seinem Throne schützen, auch die österreichischen Einflüsse und Intriguen nicht aufhören würden, wodurch dann wieder Anlaß zu unablässigem Hader mit den Italienern, mit Sardinien gegeben sei; auch sei Frankreich diesem Plane abgeneigt, weil Oesterreich dadurch in Italien zu sehr in der Vorhand bleiben würde. Der zweite Plan, der von den vermittelnden Mächten vorgeschlagene sei: daß der Mincio die Grenze Oesterreichs bilde und dieses so durch zwei Flüsse und die wichtigsten Festungen Italiens gedeckt sei; Venedig könne dann, wenn es dazu Lust habe, zu einer freien Stadt wie Lübeck oder Hamburg umgeschaffen werden. Die Times sprechen sich für diesen Plan günstig aus, obschon sie nicht recht wissen, was man in diesem Falle aus dem mailändischen Gebiete machen, ob man es zu einem selbständigen, aber unmächtigen Herzogthume erheben oder zu dem Unterthanenlande des Königs von Sardinien schlagen solle. Oesterreich könne sich ja für den Verlust Mailands mit dem Gedanken trösten, daß es dem allgemeinen Frieden dieses Opfer gebracht und die österreichische Waffenehre auf die allerglänzendste Weise wieder hergestellt habe. Man erfährt zugleich, daß der letzte Plan derjenige ist, welchen Oesterreich aus eigenem Antriebe früher in bedrängter Lage selbst vorschlug; warum ging damals Palmerston nicht darauf ein? Warum wartete er, bis so viel Menschenblut vergossen worden, um auf denselben Plan wieder zurückzukommen in einer Zeit, wo Oesterreich sich durch seine Siege in die Verfassung gesetzt sieht, Vorschriften zu machen statt zu empfangen?

Lord John Russell hat sich am 9. Sept. in Kingstown eingeschifft, um sich nach Glasgow und von dort nach Schloß Balmoral in Schottland zu begeben, wo sich gegenwärtig die Königin sammt Gemahl und Hof befinden. Was der Lord in Irland eigentlich gewollt und gesucht hat, darüber hat er die Welt im Unklaren gelassen; Besprechungen mit den Behörden und Verabredungen mit dem Lordlieutenant, nebenbei eine Luftveränderung, darin scheint der ganze Zweck seiner Reise bestanden zu haben. Die Bewohner von Aberdeen haben das königl. Paar die Ehre erwiesen, es mit dem Bürgerbeiefe der Stadt zu beschenken. Es wird bemerkt, daß das Schloß Balmoral ein vergleichsweise so kleines Gebäude sei, daß die Umwohner neugierig sind, wie die Königin ihr Gefolge in seinen Räumen unterbringen wird. Man sollte denken, das dürfte die letzte Sorge der guten Leute sein, die wahrscheinlich Mühe haben werden, wo sie sich und ihre Familien unterbringen.

Ein Frankfurter Korrespondent der Times bemerkt, es sei jetzt Zeit, daß England seine Vermittlung in der dänischen Angelegenheit wieder aufnehme, nachdem es durch das unmännliche Schwanken des Berliner Kabinets und die Einmischung einer dritten Macht (Rußland) beseitigt worden; der Abschluß des Waffenstillstands (den der Korrespondent einen wenig tröstlichen und in einigen Punkten unmöglichen nennt), „sei Nichts als ein diplomatischer Sieg des Grafen Nesselrode über Lord Palmerston.“ Wie der Korrespondent wissen will, wird es sich das neue Kabinet seine erste Aufgabe sein lassen, England um Vermittlung eines günstigen Friedens anzugehen, Lord Palmerston werde dann ein halb vergessenes Papier aus seinem Pulte hervorsuchen und ausrufen: Die Herren hätten sich so viel Unruhen um einen Waffenstillstand ersparen können“! Wenn die Reichsminister wirkliche Staatsmänner gewesen, so hätten sie ganz anders sprechen müssen, nämlich nach folgendem vom Korresp. aufgestellten Schema: „Meine Herren! durch Preußen ist ein Waffenstillstand geschlossen und ratificirt worden. Das Kabinet war durch uns zu folgenden Bedingungen ermächtigt ꝛc. Wir sind mit den meisten der jetzigen Bedingungen aufs Aeußerste unzufrieden. Wir müssen und wir werden Erklärungen von diesem Kabinete zu fordern haben, und vielleicht werden des Reichsverwesers Minister einen oder zwei Beschlüsse gegen die Weise, wie es handelte, vorzuschlagen haben, aber weder des Reichsverwesers Minister noch Ihr selbst habt ein Wort zu sagen für oder gegen die Billigkeit des Papiers, das ich in meinen Händen halte.“ Außerdem bringen Times und Morning Chronicle, wie sich denken läßt, die heftigsten Artikel gegen das Frankfurter Parlament; Morn. Chronicle in mehr wohlabe, Times in wahrhaft unverschämter Weise. Die letztgenannte Zeitung tritt uns im eigentlichsten Sinne mit Füßen. Wir kommen darauf zurück. Der Zustand Deutschlands, der jetzt dem Auslande nur zum Hohn und Gespötte dient, muß auf eine oder die andere Weise ein Ende nehmen. Mögen die Fürsten bedenken, daß die Sorge um die eigene Existenz, wenn ihnen die um Deutschland nicht höher steht, ihnen gebietet, Alles zu vermeiden, was dazu dienen kann, die deutsche Nationalversammlung unvolksthümlich, ihre Beschlüsse und Berathungen nichtig zu machen und sie schließlich zu sprengen oder zu zwingen, einen Weg zu betreten, der geraden Weges zur Revolution führen müßte. Es handelt sich um Deutschlands Einheit — jetzt oder nie! Wer dieser Einheit hinderlich ist, sei er ein gekrönter oder ungekrönter Wühler, dem wird die Geschichte, dem werden künftige Generationen fluchen.

Frankreich.

Paris, 13. Sept. Das „Recht auf die Arbeit“ hat gestern die ganze Sitzung der Nationalversammlung ausgefüllt; die Diskussion darüber wird heute, ja sie wird vielleicht noch mehrere Tage fortdauern. Wir haben die Nationalversammlung noch nie so leidenschafte-

Digitized by Google

Das konstitutionelle Princip in der preußischen Nationalversammlung.

0 Berlin, 12. September. Die preußische Nationalversammlung hat durch ihren Anspruch, auf die Verwaltungsangelegenheiten einen direkten Einfluß auszuüben, das Ministerium zum Widerspruch und zur Wahrung seiner vor vielmehr jeder anderen Regierung Rechte herausgefordert. Die Opposition hat am 7. September allerdings einen momentanen Sieg davon getragen, aber hiermit ist noch Nichts entschieden. Die Antwort des Königs auf das Entlassungsgesuch der Minister, worin er ausdrücklich erklärt, dem von dem Ministerium ausgesprochenen Grundsatze beizutreten, daß die Volksvertretung nicht unmittelbar in die Regierungsangelegenheiten eingreifen dürfe, wenn die konstitutionelle Monarchie bestehen solle — scheint ein Ministerium, aus der Opposition genommen, schwer oder unmöglich gemacht zu haben. Denn ein solches würde, wie die Partei, zu der es gehört, die Omnipotenz der Nationalversammlung anerkennen. Damit aber dieser Grundsatz, der, folgerecht angewandt, das Königthum beseitigen würde, zur Herrschaft käme, dazu gehörte nicht weniger als eine neue Revolution, die uns eben so unwahrscheinlich als wenig wünschenswerth erscheint. — Sonderbar bleibt es immer, wie wenig die Menschen durch die Erfahrungen der Geschichte und selbst der sehr nahe liegenden und allgemein bekannten sich belehren lassen. Der Anspruch der nationalen Repräsentation auf eine unbedingte Suprematie, die Abforderung aller öffentlichen Gewalt, die beständigen Eingriffe in die Regierungs- und Verwaltungsmaßregeln brachte vor noch nicht sechzig Jahren in Frankreich eine republikanische Konstitution mit einem Könige an der Spitze hervor, der eine Anomalie in diesem Zustande war und deßhalb fallen mußte. Vergebens suchten damals Alle, die mit den Bedingungen der konstitutionellen Monarchie vertraut waren und Freiheit und Ordnung mit einander verbinden wollten, um etwas Dauerndes zu gründen, wie Mounier, Malouet, Lally-Tollendal und zuletzt selbst Mirabeau die Trennung der Gewalten im Interesse der Freiheit selbst zu vertheidigen, da eine Vermischung derselben zur Anarchie und auf einem Umwege zum Despotismus führen muß. Sie drangen mit ihrem Widerspruche und ihren Rathschlägen nicht durch und die französische Nationalversammlung, deren eigentliche Aufgabe es, wie jetzt der preußischen, war, eine neue Verfassung hervorzubringen, fuhr fort sich in Alles zu mischen, aus den Ministern bloße Instrumente ihres Willens zu machen und bereitete dadurch, obgleich dies keinesweges in ihrer Absicht lag, den Untergang des Königthums vor. — Man kann allerdings, Gott sei Dank, von dem was in Frankreich während der Revolution geschehen, nicht auf das schließen, was jetzt hier vorkommen kann; die Charaktere und Zustände sind nicht dieselben, aber jedenfalls hat die preußische Nationalversammlung durch ihren Beschluß vom 7. September die beginnende Beruhigung der öffentlichen Meinung wiederum gestört und die Vollendung des Verfassungswerkes, ihre bestimmte Aufgabe, um derentwillen sie allein zusammenberufen und deren Beschleunigung das dringendste Bedürfniß des Augenblicks ist, verzögert. Man begreift hierbei die äußerste Linke, die sich aus der Monarchie wenig macht, aber die übrigen Mitglieder, die diesmal mit ihr gestimmt, mögen sich über den Sinn und die möglichen Folgen ihrer Abstimmung nicht klar gewesen sein. — Will man eine wahrhaft konstitutionelle Monarchie herstellen, so muß die Trennung und das Gleichgewicht der öffentlichen Gewalten, die deren Princip ist, aufrecht erhalten werden. Eine beharrliche Verletzung dieses Grundsatzes muß entweder den Sturz des Königthums selbst, wie dies in Frankreich 1792 geschah, hervorbringen, oder wenn dies, wie hier, nicht so leicht möglich wäre, den beginnenden Fortschritt der konstitutionellen Institutionen aufhalten und stören. — Und welchen Gewinn denkt die Linke aus diesem isolirten Siege vom 7. Sept. zu ziehen? Man hat oft die seit den Märztagen in Deutschland begonnene Bewegung mit dem vergichen, was sich in Frankreich im Jahre 1789 zugetragen. Aber die Aehnlichkeit zwischen diesen Ereignissen ist im Grunde nur eine ganz allgemeine, nämlich das Bedürfniß und die Nothwendigkeit einer großen politischen Umwandlung. Alles Andere ist verschieden und diese ursprüngliche Verschiedenheit wird auch wahrscheinlich im Verlaufe der Begebenheiten nicht verschwinden. In Frankreich erklärte sich die Nationalversammlung gegen den König, indem sie am 7. Juni (1789) den Eid im Ballspielhaussaale leistete und nach der königlichen Sitzung vom 23. Juni zusammenblieb und in ihren Berathungen fortfuhr. Die preußische Nationalversammlung ist nach einem von der Regierung vorgeschlagenen und vom vereinigten Landtage angenommenen Gesetze zusammengetreten und hat demnach einen durchaus legalen Ursprung. — In Frankreich fiel die Armee, wenigstens deren mächtigste Bestandtheile, die Unterofficiere und Soldaten, vom Könige ab, hier ist sie dagegen nur zu sehr geneigt, den Staat einzig im Souverän zu sehen und sich nur diesem für verpflichtet zu halten. — Da in Frankreich schon vor der Revolution eine große Einheit bestand und Paris der Schwerpunkt des Landes war, so konnte die Umwälzung, die in der Hauptstadt begonnen, die Provinzen von dort aus nach Belieben leiten. Die Stellung Berlins bietet hiermit keine Aehnlichkeit dar. — Die Hinweisung auf diese Unterschiede, mancher anderen auch wichtigeren nicht zu gedenken, ist nicht überflüssig, da man beide Epochen von 1789 und 1848, um einer gewissen allgemeinen Aehnlichkeit willen, nur zu sehr identificiren will. — Man begreift demnach nicht recht, was die Linke gewinnen will, indem sie das jetzt Ministerium, das Nichts thut, als die Grundsätze der konstitutionellen Monarchie zu vertheidigen und die Rechte der vollziehenden Gewalt wahrzunehmen, zum Rücktritte zwang. Sie wird deßhalb, und wenn ihr dies Manöver mehr als einmal gelänge, immer noch keinen Konvent hervorbringen. Selbst eine neue und für den Augenblick siegreiche Schilderhebung der demokratischen Partei in Berlin würde nicht die Folge haben, aus Preußen eine Republik zu machen. Dies kann man vielleicht nicht oft genug wiederholen, um denen, die sich nicht verblenden wollen, den richtigen Weg zu zeigen. Die unendliche Mehrheit des preußischen wie überhaupt des deutschen Volkes will allerdings nicht die Wiederkehr des alten Militär- und Beamtendespotismus, aber auch eben so wenig das blutige und unfruchtbare Experiment einer Republik.

Eine größere und näher liegende Gefahr für ganz Deutschland und demnach auch für Preußen scheint uns in der unsicheren und unbestimmten Stellung der Centralgewalt zu den einzelnen Regierungen zu liegen. Die Berliner Demokraten und Demagogen können es allerdings noch zu einigen mehr oder weniger gewaltsamen Konflikten bringen, sie werden aber ihre Absicht, die Republik an die Stelle der Monarchie zu setzen, gewiß nicht erreichen. Aber die schwankende Stellung der Centralgewalt und das damit zusammenhängende Provisorium schwächt Deutschland nach Außen zu und vermehrt die innere Unruhe und Haltungslosigkeit. Auch in Preußen ist die Gefahr nicht die Entstehung einer Republik, die nur momentan, aus Ueberrumpelung und in einzelnen Lokalitäten auftauchen, aber sich nicht organisiren und bestehen könnte, sondern das mögliche Verfallen und Zerfallen Deutschlands, die Lähmung im Geiste der Freiheit, die ohne eine größere Einheit nicht denkbar ist, die Verzweiflung an der Möglichkeit einer besseren Organisation, das erneuerte Hervortreten aller Sonderinteressen und in letzter Instanz, in einer nicht gar fernen Zukunft, eine französische oder russische Invasion oder gar Beides zugleich.

Würtemberg. †† Stuttgart, 12. Sept. Unsere Stadt ist um eine Berühmtheit ärmer geworden: heute Morgen starb, im 68. Lebensjahre, in Folge eines Blutschlags, nachdem er längere Zeit an Brustwassersucht gelitten, Friedrich von Kölle, Geh. Leg.-Rath a. D. Sein Ende war sanft und rasch; eine halbe Stunde vor demselben erfreute ihn noch Anblick und Genuß einiger besonders wohlgerothener Trauben. Die Stadt verliert viel an dem allgenannten vielgebildeten, mittheilsamen Manne, dem namentlich hiesige Kunstsammlungen und literarische Anstalten für reiche Kenntnisse, anregende Theilnahme und erfahrene Leitung verpflichtet waren. Er hatte sich bis in den Abend seines Lebens eine wohlthuende jugendliche Frische auch im Aeußeren zu erhalten und seine vielseitige Thätigkeit in wissenschaftlichen Arbeiten und in gesellschaftlichen Beziehungen, namentlich als Meister der einen von den zwei hier bestehenden Freimaurer-Logen, fruchtbarlichst fortzusetzen gewußt. In weiten Kreisen bekannt, wird sein Name auch, nachdem der Träger von uns geschieden ist, noch lange mit Pietät genannt bleiben. Von seinen Büchern steht unstreitig das letzte, „Italiens Zukunft", am höchsten. Dasselbe erschien zu Ende vorigen Jahres, also unmittelbar vor der Katastrophe, zum Theil während des Beginnes, durch die das darin besprochene Land seine Geschicke mit wunderbarem Wechsel umgestürzt sah. Der Verfasser erntete noch die Genugthuung, gar manche seiner Vatirlinien, die er auf eine ferne Zukunft gestellt hatte, durch die nächste Gegenwart erfüllt zu sehen. Eine Specialität des Buches, vor allen gleichstofflgen sein Vorzug, war und bleibt die genaue Kenntniß der bäuerlichen Verhältnisse Italiens, das Herr v. Kölle, von 1817 bis 1833 als würtembergischer Geschäftsträger in Rom lebend, eben so genau, wie seine schwäbische Heimath kannte. Werth wird auch seine Schilderung von Rom im Jahre 1833, von Paris im Jahre 1836 behalten, während die „Betrachtungen über Diplomatie", die „Aufzeichnungen eines nachge-

Digitized by Google

gebornen Prinzen" u. A. m. in ihrer aphoristischen Weise schier jetzt schon verwelkt sich auszunehmen. Dir „Deutscher Vierteljahresschrift", in welcher Kölle eine ganze Reihe publicistischer Arbeiten niedergelegt hat, küßt mit ihm ihren eigentlichen Redakteur ein. — Lachen Sie nicht darüber, wenn ich unmittelbar von der Bestattung eines Diplomaten zu der Auferstehung unseres souveränen Volkes überspringe? Dieselbe wurde vorgestern auf der Heilbronner Schießstatt durch eine solenne Volksversammlung mit obligatem „Hecker hoch" und mit republikanischen Triumphen oder Trumpfen „festlich" begangen. Bei 5000 Köpfe fanden sich zusammen, wie viel Sinne weiß ich nicht. Bierbrauer Hentges verrichtete das biblische Wunder, diese 5000 durstige Seelen mit seiner im kühlen Schiff der Pauliskirche wohl konservirten und nur einmal angestochenen Beerdsamkeit zu tränken. Auch Demokrat Rau von Gaildorf, unglücklicher Spekulant in Glasfadelakkon, bezog den Jahrmarkt mit einigen glänzenden Scherben seiner neuen Industrie. Deutschkatholik Loose und Kerner jun., der Sohn unseres alten wackern Justinus von Weinsberg, der aber keine Geister sieht, tanzten den Kehraus auf der Tribune. Blum, nebst „Vater Winter" und Meister Zitz ließen sich, wie große Herren, erwarten. Die Sache ging in ruhiger Unruhe vor sich und vorbei. Scheint es doch, als zögen die „Volksversammlungen" wie die Störche gen Süden: von Frankfurt nach Heidelberg, von Heidelberg nach Heilbronn! Glückliche Reise!

Schweiz.

☽ Bern, 13. September. Das Dekret der Tagsatzung, nach welchem die Annahme der Bundesverfassung erklärt wird, haben 17⅔ Stände genehmigt. Es lautet also: Die eidgenössische Tagsatzung, nach Prüfung der Verbalprotokolle und der übrigen Akten, welche in Betreff der Abstimmung über die Bundesverfassung der schweiz. Eidgenossenschaft, wie dieselbe aus den Berathungen der Tagsatzung vom 15. Mai bis und mit dem 27. Brachmonat 1848 hervorging — aus sämmtlichen Kantonen an den Vorort eingesandt worden sind; erwägend, daß zufolge dieser amtlichen Mittheilungen sich sämmtliche Kantone über die Annahme oder Verwerfung der erwähnten Bundesverfassung in der Weise ausgesprochen haben, wie solches im Art. I. der ihr angehängten Uebergangsbestimmung ausdrücklich vorgeschrieben erscheint; erwägend, daß aus der vorgenommenen genauen Prüfung sämmtlicher Verbalprozesse über die in allen Kantonen stattgehabte Abstimmung hervorgeht, es sei die in Frage liegende Bundesverfassung der schweiz. Eidgenossenschaft von 15 ganzen Kantonen und einem halben Kanton, welche zusammen eine Bevölkerung von 1,897,887 Seelen, also die überwiegende Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung und der Kantone repräsentiren, angenommen worden; in Vollziehung des Art. II. der erwähnten Uebergangsbestimmung, kraft welchem der Tagsatzung obliegt, nach Prüfung der Abstimmungsergebnisse zu entscheiden, ob die neue Bundesverfassung angenommen sei oder nicht, beschließt: Art. I. Die Bundesverfassung der schweiz. Eidgenossenschaft, wie solche aus den Berathungen der Tagsatzung vom 15. Mai bis und mit dem 27. Brachmonat 1848 hervorgegangen und nach Maßgabe des Art. I. der ihr angehängten Uebergangsbestimmung in sämmtlichen Kantonen der Abstimmung unterstellt worden ist — ist damit feierlich angenommen und wird als Grundsatz der schweizerischen Eidgenossenschaft erklärt. Art. II. Gegenwärtige urkundliche Erklärung soll in Verbindung mit der angenommenen Bundesverfassung in beschriftlicher Fertigung in das eidgenössische Archiv niedergelegt, überdies in eine hinreichende Anzahl von Exemplaren gedruckt und durch den Vorort sämmtlichen Kantonsregierungen zur allgemeinen Bekanntmachung mitgetheilt werden. Art. III. Die Tagsatzung wird die zur Einführung der Bundesverfassung erforderlichen Bestimmungen sofort von sich aus treffen. Also gegeben in Bern den 12. Herbstmonat des Jahres 1848. — Von den verwerfenden Kantonen zeigten sich besonders Schwyz und Uri hartnäckig. Sie erklärten, nur dann könnten sie eine neue Bundesverfassung annehmen, wenn alle 22 Kantone beipflichteten und dieselbe Religion und Freiheit nicht antaste, wie es ihr neu angenommene thue. Unterwalden, Obwalden, Zug, Wallis und Tessin wollen sich der Mehrheit unterziehen. — Gestern Nachmittag und den ganzen Abend durch donnerte das Geschütz; die Stadt war festlich erleuchtet. Morgen wird die Tagsatzung die übrigen Anordnungen zur Einführung der Bundesverfassung treffen.

☽ Bern, 14. Sept. Endlich ist die eine ganze deutsche Nation auch in der Schweiz vertreten und dem Ausland gegenüber wird es von nun an keine Oesterreicher, Preußen und Badener ꝛc., sondern nur Deutsche geben. Tausend Plackereien, die sich bisher der Deutsche in der Fremde mußte gefallen lassen, müssen aufhören; der deutsche Name wird nicht mehr ein Spott der Völker, sondern geachtet und geehrt sein, wie ihm gebührt. Damit dies aber geschehe, muß dir junge deutsche Diplomatie die alte Diplomatie ausstoßen, besonders diejenige, welche sich von Seite Preußens, Oesterreichs, Badens, Baierns durch Sondergesandte in der Schweiz vertreten läßt. Es ist noch dieselbe Diplomatie, welche zur Zeit des Sonderbunds die klägliche, für das damalige Deutschland so bezeichnende Rolle gespielt und das Schweizervolk mit Recht empört hat. Es ist kaum zu begreifen, daß die neuen Ministerien in Wien und Berlin noch immer einen von Kalkreuth und von Sydow Oesterreich und Preußen in der Schweiz vertreten lassen und durch diese Handlungsweise gleichsam all das Unrecht gut heißen, welches diese Herrn im Sonderbundskrieg Namens ihrer Kabinete der Eidgenossenschaft zugefügt haben. Aber es ist zu hoffen, daß Herr Raveaux auf Einheit der Vertretung dringen wird, so daß der Vorort nur mit ihm zu verkehren hätte. Von allen Seiten hört man, daß Hr. Raveaux durch seine schlichte, gerade und offene Weise, mit welcher er bei der Ueberreichung seiner Kreditive aufgetreten ist, einen sehr günstigen Eindruck auf alle Anwesenden gemacht hat. Der Bundespräsident, Hr. Funk, erwiderte die Anrede des deutschen Gesandten mit folgenden Worten: Als Organ des eidgenöss. Vorortes in diesem feierlichen Augenblicke wende ich mich an den Hrn. Gesandten der deutschen Reichsversammlung, resp. Sr. Durchlaucht, des von ihr berufenen, mit ausgedehnter Gewalt ausgerüsteten Reichsverwesers, mit ungetrübtem Gefühle der Freundschaft und Hochachtung. Wir begrüßen aufrichtig die Absendung des Gesandten von Deutschland in der Person von Ew. Hochwohlgeboren und erkennen in der „besonders freudigen Erhebung des Gemüths" von Seiten der ausgezeichneten Persönlichkeit des Reichsverwesers über Deutschland ein seltenes Wohlwollen für die Schweiz. Wir wollen und können keinen Augenblick zweifeln an der Aufrichtigkeit der Gesinnung, die wir aus der Rede des Hrn. Abgeordneten soeben vernommen haben. Das deutsche Wort bürgt uns dafür. Wir nehmen es mit eidgenössischem Biedersinn entgegen. Die schweiz. Eidgenossenschaft wünscht der deutschen Nation, ihren Vertretern im Rathe herzlich Glück, daß sich der Gedanke der Einheit verwirklicht und ausbilde zur wahren politischen Freiheit und Unabhängigkeit; daß es den uneigennützigen Bestrebungen der deutschen Völker gelingen möge, ihre höchsten Interessen im öffentlichen, im Verkehrs- und Gewerbsleben zu allseitiger Wohlfahrt mehr und mehr zu fördern und dadurch das Band eines engeren Anschlusses mit andern Völkern fester zu knüpfen. Die Schweiz wird jederzeit treulich die Hand bieten für Alles, was geeignet ist, das wahre Glück der Völker zu erhöhen, sowie sie hinwieder im Bewußtsein ihrer Selbständigkeit den Willen und die Kraft besitzt, alle völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Nachbarstaaten mit Ehre zu erfüllen und die Rechte ihrer Unabhängigkeit zu wahren. — Herr Raveaux, der wieder auf kurze Zeit Bern verlassen hat, wird in etwa 14 Tagen zurückerwartet.

Niederland.

* Amsterdam, 12. Sept. Herr J. A. Liebe, außergewöhnlicher Gesandter des deutschen Reichsverwesers, wurde vorigen Freitag von unserm König in feierlicher Audienz empfangen. Vermuthlich wird die nächste Folge dieses Empfanges die Sendung eines niederländischen Diplomaten nach Frankfurt sein und somit ein officieller Verkehr stattfinden, wie dies bereits mit Belgien, aber nicht, wie deutsche Blätter berichten, mit England der Fall ist. Das englische „Court circular" meldet ausdrücklich, daß Baron Andrian der Königin vorgestellt sei: „to deliver a letter from the Archduke John of Austria." Vom deutschen Reichsverweser will man somit in London und Paris „officiell" Nichts wissen; in Brüssel und im Haag dagegen ist die Anerkennung officiell erfolgt. — Gestatten Sie einem in der Fremde wohnenden Landsmann, Ihren Lesern eine Schilderung der Gefühle zu entwerfen, die sich bei dem Eintreffen der erschütternden deutschen Nachrichten seiner bemächtigt haben. Schmerz ist das richtige Wort nicht, auch nicht Trauer, sondern bittere Demüthigung; Demüthigung, daß Preußen einen solchen Waffenstillstand abschließen mußte und konnte; Demüthigung, daß unser Parlament einen im Namen Deutschlands bona fide abgeschlossenen Vertrag dem Auslande gegenüber zu desavouiren beschloß; und bittere Demüthigung bei der Entdeckung, daß ein Beschluß der Frankfurter Versammlung, welcher halb Europa mit Krieg bedrohte, den ausländischen Börsen-Barometer so wenig berührte, daß fast überall die Fonds beim Eintreffen der Nachricht ½ % in die Höhe gingen. Wenn in der letzten Zeit in Paris ein Zeitungsschreiber kriegerischen Humors war, tischte er einen Artikel von Intervention auf, und Consols, rentes, Integrale fielen um 1 %; hier beschloß Deutschlands Versammlung den Krieg, und — man that im Ausland, als wär gar Nichts passiret. So ein Zustand kann nicht dauern; für die Centralgewalt ist jetzt der entschei-

Digitized by Google

dende Augenblick gekommen: „to be, or not to be, that is the question.“ Eine Schattengewalt kann Deutschland nicht gebrauchen: entweder das Volk will ein einiges großes Deutschland und dann wird es auch geschaffen werden; oder es war der Ruf der letzten 5 Monate nur eine Chimäre, und dann kann der Reichsverweser abdanken und die Versammlung nach Hause gehen. Aber das gebe Gott nicht! rufen Millionen in Deutschland; das verhüte Gott! rufen auch wir in der Fremde, die wir schon den bisherigen 38 Vaterländern den Abschied gegeben und uns freudig und wonnetrunken dem großen deutschen Vaterlande in die Arme gestürzt hatten. — Darf ich es Ihnen gestehen, ich habe immer Muth und Vertrauen gehabt, ich habe gehofft, so lange, bis ich vor Kurzem das unheilvolle Wort „Kongreß“ wieder auftauchen sah. Ich bin kein Pessimist, kein „Wühler“, kein Republikaner, aber bei diesem Worte überfiel mich eine schwermüthige böse Vorahnung. Eine einzige „Konferenz“, ein Kongreß, und ein „Protokoll“ und — gute Nacht, armes Deutschland! — Gönnen Sie diesen wenigen Zeilen Raum in Ihren Spalten, und wenn Sie darin einen allzu gewagten Sprung eines bisherigen Anhängers des rechten Centrums zum linken Centrum erblicken, so schieben Sie die Schuld auf die immer greller hervortretenden Zeichen des Partikularismus und auf die leider gewonnene Ueberzeugung, daß bei Fürsten und Regierungen der gute Wille der Verständigung zu fehlen scheint, welchen die gemäßigte Partei so gerne bei ihnen vorausgesetzt hat. — Der dänische Waffenstillstand muß ratificirt werden; aber ebenso muß nach der Ratifizirung über die Einzelstaaten „Musterung gehalten werden.“

Frankreich.

Paris, 13. Sept. (Verhandlungen der Nationalversammlung.) Rede Thiers. (Fortsetzung.) Thiers weist nun die Hindernisse, ja die Unmöglichkeit der Associationen nach, wo das Kollektiv-Interesse stets an dem Einzel-Interesse scheitern werde. Er führt Beispiele von Associationen an, die durchaus verunglückt sind. Und nun wolle man Associationen machen, die mit dem Gelde des Staatsschatzes etablirt, auf Staatskosten spekuliren würden. Und wenn nun alle 36 Millionen Franzosen, die doch Alle gleiche Rechte haben, sich so associiren wollten, wo sollte das Geld dem Staatsschatze herkommen, oder wolle man wirklich aus der linken Tasche nehmen, um es in die rechte zu stecken und umgekehrt. Dahin aber komme man mit einem falschen Prinzipe. Herr Thiers kritisirt nun Proudhons System und weist das Unmögliche, das Lächerliche desselben nach, er beweist, daß es nichts Anderes sei, als das alte Maximum von 1793 und die Assignaten-Presse. Thiers glaubt nicht, daß selbst, wenn die Gesellschaft sich dazu hergebe, der Kommunismus, die Association oder Proudhons Tauschbank organisirt werden könnten. Und diese Mittel wolle man an die Stelle der großen Principien des Eigenthums, der Freiheit und der Konkurrenz setzen? Nein! möge die neue sociale Wissenschaft sagen, was sie wolle, uns des Irrthums, der Blindheit, der Thorheit beschuldigen — wir glauben, daß wir stets recht gehandelt haben, nicht immer glücklich waren, aber doch den wahren Principien folgten und so wenig Uebel als möglich stifteten. — Ich komme nun auf das Recht an die Arbeit, das man in unsere Konstitution setzen will. Worin besteht dieses Recht? Darin, daß die Gesellschaft jedem Menschen, der sich meldet, 40 Sous geben und ihn dafür beschäftigen muß. — Das klingt allerdings fabelhaft leicht — aber die Aufbringung, die Möglichkeit, die Finanzen? — Denkt man auch an diese? Wie wollt Ihr diese Leute für die 40 Sous, die Ihr ihnen gebt, beschäftigen? In den Nationalwerkstätten? Ich glaube nicht, daß man dieses Experiment wiederholen wird. Wollt Ihr sie in die Wüsten Afrikas schicken? Aber selbst dann müßt Ihr ihnen Werkzeuge, ein Kapital mitgeben. Könnt Ihr das? — Nein! Laßt uns ruhig prüfen — welchem Uebel wollt Ihr eigentlich abhelfen? — dem Arbeitsstillstande in großen industriellen Krisen. Wo findet dieser Arbeitsstillstand Statt? — Auf dem Lande, beim Ackerbau nie — nur in den Städten. Es handelt sich also nicht um das ganze Volk, sondern um einen bestimmten Theil der Bevölkerung und um gewisse Ausnahmsfälle. Für diese aber muß das Recht auf den Beistand der Gesellschaft ausreichen, und es ist ein schlechter Sophismus, zu sagen: die Unterstützung erniedrige den Empfänger. Das ist nicht wahr, das ist nie wahr gewesen; wie? eine Wohlthat sei zugleich eine Schmach, sie vernichte die Gleichheit? Welche Gleichheit? die vor dem Gesetz oder die aller Menschen, die doch auf Brüderlichkeit, also auf gegenseitige Hülfe basirt sei? Nein, die gut organisirte Unterstützung ist keine Beleidigung, sie ist eine Pflicht der Gesellschaft, sie ist ein Recht der Unterstützten. Und waren Eure Nationalwerkstätten etwas Anderes als ein Almosen, und ein schlecht organisirtes noch dazu? Ein Almosen, sagt Ihr, ist eine Erniedrigung; aber was ist denn die Verbannung aus der Heimath, die Sendung nach Afrika, die Ihr als Heilmittel vorschlagt, sind sie nicht grausamer, barbarischer? — Und wenn Ihr nun diese Bezahlung einer illusorischen Arbeit als Recht aufstellen wollt — nehmt Euch in Acht, was Ihr thut — mit Rechten spaßt man nicht, besonders wenn 500,000 Arbeiter kommen und dieses Recht reklamiren. Diese Arbeiter gewannen 3, 4, 5 Franken täglich, das könnt Ihr ihnen nicht geben, Ihr könnt ihnen auf die Länge nicht 40 Sous geben, Ihr werdet ihnen also das Allernothwendigste geben, sie werden auch nur das Allerwenigste arbeiten, und das nennt Ihr ein Recht. Wißt Ihr, was ein Recht ist? Ein Recht ist allgemein, jeder Bürger muß es ausüben können, und wenn nun morgen die Schriftsteller, die Maler, die Musiker Nichts verdienen, wenn sie vermöge ihres Rechtes zu Euch kommen, welche Arbeit wollt Ihr ihnen geben? Schanzarbeiten? Holzhacken? — Geht doch mit Eurem Recht, das in der Wirklichkeit Nichts ist, das aber auf Barrikaden, wie im Juni, proklamiet, fürchterliche Folgen haben kann. Ihr habt Euren alten Souveränen den Artikel 14 der Charte gestrichen, weil sie ihn auf ihre Art auslegten, nehmt Euch in Acht, daß Ihr nicht Eurem neuen Souverän, dem Volke, mit dem Rechte auf die Arbeit einen neuen Artikel 14 in die Hand gebt! (Lebhafte Sensation.) Herr Thiers geht nun auf die finanzielle Seite der Frage ein und weist mit seiner unbestreitbaren Meisterschaft in diesem Fache die großen Irrthümer nach, in die die provisorische Regierung aus den edelmüthigsten philanthropischen Absichten verfallen war, er schließt mit der Warnung, sich nicht wieder von falscher Philanthropie zu einem neuen Irrthum hinreißen zu lassen. Thiers verläßt unter einem Beifallssturm die Tribune — die Sitzung wird auf 20 Minuten suspendirt.

Paris, 14. Sept. Thiers's gestrige Rede erregt große Sensation, nicht sowohl wegen ihrer kräftigen Angriffe gegen die socialistischen Schulen, als vielmehr wegen ihres politischen Theiles; die ehemalige Linke, die dynastische Opposition, hat ihren offenen und unbedingten Beitritt zur Republik erklärt, und Thiers hat dies in seinem und seiner Freunde Namen in sehr klarer Fassung ausgesprochen. — Das neue Dekret, das das Maximum der Arbeitsstunden auf 12 festsetzt, wird von den Patronen falsch ausgelegt; Differenzen sind entstanden, und die Maurer, Steinschneider, die Weißgerber haben bereits in Masse die Arbeiten eingestellt, und die Tischler stehen auf dem Punkte, diesem Beispiele zu folgen.

Die neuesten Nachrichten aus Grenoble vom 11., aus Marseille vom 10. melden, daß die Alpenarmee fortwährend Verstärkungen erhält, daß die Brigade Molière in Marseille täglich zur Einschiffung bereit ist und die zu diesem Zwecke vereinigte Dampfflotille auf der Rhede vor Anker liegt. Es scheint die Absicht der Regierung, die Mediation rasch zu einer Entscheidung zu führen und bis zur vollständigen und befriedigenden Lösung stets zum Kriege bereit zu sein.

Der Herzog von Sutomayor, Gesandter der Königin von Spanien bei der französischen Republik, ist hier angekommen.

Auf Befehl der Regierung wird ein Lager von 10,000 Mann im Departement der Cote d'Or in und bei Dijon zusammengezogen.

Italien.

Kirchenstaat. Die Regierung schreitet nunmehr selbst zur Entwaffnung der Freischaaren aus dem Kirchenstaat (Krociati) und hat am 22. Aug. Folgendes hier auszugsweise mitgetheiltes Dekret erlassen. „Wenn mit dem Aufhören der Gefahr nicht Jeder in seine Heimat, zu seinen gewöhnlichen Beschäftigungen, zum Handel, zur Industrie, zu den Gewerben zurückkehrt, so gerathen Jene, die noch ohne Noth unter den Waffen verbleiben, in den Verdacht, daß sie nicht aus Eifer für die gute Sache herbeieilten und trüben somit durch ihre Haltung die verdiente Anerkennung aller braven Bürger.“ „Es liegt im Interesse der Gutgesinnten, der wahren Patrioten und Unterthanen, ja es ist eine absolute Nothwendigkeit für die öffentliche Ordnung und den gesellschaftlichen Verband, so wie auch der eben so billige als entschiedene Wille der Regierung, daß Jeder, welcher nicht zur Linie oder Nat.-garde sich zählt, die Waffen niederlege, welche in seinen Händen fortan als ungebührlich angesehen werden müßten. Jeder kehre zu seinen friedlichen Beschäftigungen zurück.“ „Die Regierung versichert sich, daß dieser Anordnung sogleich Folge geleistet werde.“ Dieses Dekret ist ein Beweis mehr für das wachsende „herzliche Einverständniß“ zwischen Rom und Wien oder besser Mailand, von wo aus der österreichische Cavaignac, Radetzky, die Geschicke Italiens leitet.

* Vom Comersee, 3. Sept. Ich schrieb Ihnen gestern über die gegenseitigen Stimmungen zwischen Deutschen und Lombarden, und

Digitized by Google

konnte nicht umhin, dieselben als ziemlich trostlos zu bezeichnen. Doch gilt das, wie ich schon bemerkte, vorzugsweise vom eigentlichen Herzogthume Mailand; landeinwärts herrscht mehr Apathie als Antipathie. Ein Ausflug ins Veltlin z. B. hat mir ganz andere Eindrücke zurückgelassen als das atte lombardische Land. Von der großen Armee Garibaldi's, von der noch vor 8—10 Tagen gewisse wahrheitliebende Blätter Wunderbares erzählten, habe ich trotz aller Entdeckungsfahrten Nichts finden können; dagegen von Cotiev bis nach Parmia allenthalben weiße Röcke mit muntern, deutschen Gesichtern, die so vergnügt da wirthschaften, als wenn das herzliche Einverständniß nicht einen Augenblick wäre gestört gewesen. Auch im Volke sieht man die Dinge anders an als im Mailändischen; man redet von der jüngsten Erhebung schon eher wie von einer fernliegenden Sache und läßt sich gefallen, die früheren Gäste wieder bei sich zu sehen, ja man lobt wohl offen die Zucht und Ordnung, die mit dem österreichischen Regiment wieder zurückgekehrt ist. — Die Straße nach Tirol ist wieder offen; aben auf dem Stilfser Joch finden sich Kaiserjäger und mit ihnen von den braven Freiwilligen in ihrer malerischen Jägertracht, um den grauen Hut das dreifarbige deutsche Band geschlungen, das überhaupt in Tirol so allgemein getragen wird wie irgendwo im deutschen Vaterlande. Von Heldenthaten der „Wälschen", die sie auf diesen Höhen verübt, ist wenig Glänzendes zu erzählen; sie haben lächerliche und betrübende Spuren ihrer Anwesenheit zurückgelassen. In den Wachtstuben oben auf der Höhe haben sie mit großen Buchstaben ihr Dasein an der Wand kenntlich gemacht; man liest da z. B. „Guardia civica di Sondrio 26. März 1848", und könnte — ähnlich jener Inschrift St. Priest's auf einem Brunnen zu Coblenz — unterhin schreiben: „Gesehen und bestätigt von den tiroler Kaiserjägern. Vor einem der Wachthäuser, nicht weit von der Höhe, liegt ein Haufe Papier; es sind interessante Archivalien zur Geschichte des Jahres 1848, lauter Proklamationen und Verordnungen der provisoeischen Regierung von Mailand, die jetzt im Kehricht liegen, indessen an den Wänden Aktenstücke mit den Unterschriften „Radetzky" oder „Schwarzenberg" hängen. Betrübender als diese Zeichen der Anwesenheit der Wälschen sind die Spuren, die sie auf der Stilfser Straße nach der tiroler Seite hin zurückgelassen haben. Wir wollen von den einzeln stehenden Häusern nicht reden, die sie bis nach Trafoi niedergebrannt haben, aber auch die herrliche und weltberühmte Straße mit ihren kühnen Gallerien und Wendungen ist so verwüstet, daß sie an einzelnen Stellen nur schwer fahrbar ist und die Herstellung viel Mühe und Kosten verursachen wird. Die Verwüstung ist so, daß sie den Uebergang der leichten tiroler Truppen doch nicht lange hindern, wohl aber den übrigen Verkehr auf dieser wichtigen Straße stören mußte. Die Tiroler sagen, es sei ein Freundschaftsstück, das die „Wälschen" den guten Nachbarn in der Schweiz erweisen wollten; jedenfalls ein Freundschaftsstück, dessen Kosten jetzt aus italienischem Beutel werden bestritten werden. Von sonstigen Heldenthaten der Lombarden auf dem Stilfser Joch wußte Niemand Etwas zu erzählen.

Neuestes.

Wien, 12. Sept. Seit heute früh befindet sich Wien wieder im Zustande der Revolution. Ein von Swoboda gegründeter Aktienverein zur Unterstützung der gewerbetreibenden Bürger hätte gestern die Bestätigung vom Ministerium erhalten sollen. Anstatt dessen erschien heute eine Kundmachung von Dadhoff, worin der Minister erklärt, daß jener Verein nur einen „Privatverein" bildet und als solcher keine Garantie von Seite des Staates beanspruchen kann. In Folge dieser Erklärung belagerten die betheiligten Bürger seit heute um 7 Uhr das Gebäude des Ministeriums, und verlangten tobend die Gewährung der Garantie. Der Volkshaufen wuchs mit jeder Minute, und eine Kompagnie der Nationalgarde übernahm es, beim Eingang in die Hofkanzlei zum Schutze des Ministeriums Posten zu fassen. Bei Ansicht der Nationalgarde, die das Bajonett aufgepflanzt hatte, stieg die Gährung und Erbitterung des herbeigeströmten Volks noch mehr; von allen Seiten wurde gerufen: „hinaus mit der Nationalgarde, die gegen ihre Mitbürger die Waffen ergreift, hinaus!" und nach langem Zaudern, und nachdem die Thüren zum Eingange von der Volksmasse gesprengt wurden, sahen die Garden sich genöthigt, unter Spott und Hohn das Haus einzeln zu verlassen. — So eben wird Generalmarsch geschlagen; gleichzeitig wird aber der Judenplatz und der Hof vom Militär besetzt — und ein erfolgreicher Reaktionsstreich dürfte heute mehr wie je leicht zur Ausführung kommen. (F. J.)

Potsdam, 13. Sept. Die Voss. Z. schreibt: Wir haben gestern Abend spät, 9—11 Uhr, hier sehr bedauerliche Straßenexcesse durch Militär und Volk und Barrikadenbau gehabt. Es war nämlich von einem hiesigen Demokraten eine Dankadresse von Seiten der Soldaten an den Abg. Stein wegen des bekannten Antrages entworfen und verbreitet. Diese hatte besonders unter dem in den Commüns kasernirten Füsilierbataillon des 2. (vormals Berliner) Garderegiments zahlreiche Unterschriften gefunden. Darüber war eine Disciplinaruntersuchung eröffnet und mehrere der Unterzeichner wurden arretirt, das Bataillon aber erhielt Stubenarrest in der Kaserne. Die Füsiliere aber brachen aus, überwältigten die Wache und kamen nach Potsdam, wo sie der hiesigen Bürgerschaft wiederholt Hurrah riefen. Arbeiter und Andere aus dem Volke fraternisirten mit den Soldaten und zogen vor das Militärgefängniß um die Gefangenen mit Gewalt zu befreien. Dort aber (neben der Garde-du-Korpskaserne) war schon eine Chaine von Füsilieren des ersten Garderegiments gezogen. Der Tumult wurde immer ärger. Noch war aber kein Steinwurf gefallen, da brach eine Abtheilung Garde du Korps in die Volksmenge und hieb — wie allgemein behauptet wird — ohne vorhergegangene Warnung scharf ein. Verwundungen erfolgten. Die Menge wurde wüthend. Man riß Pflastersteine auf, brach die Eisenstangen aus dem Geländer am Kanal, nahm die Bretter von der Laufbrücke auf und baute Barrikaden. Ein Garde du Korps soll vom Pferde gerissen sein, der Polizeidirektor, der zum Frieden mahnen wollte, wurde durch Insulten genöthigt, sich zurückzuziehen, ein Polizeibeamter wurde verwundet, Fenster wurden eingeworfen — auch im Regierungsgebäude. Zum ernstlichen Kampf kam es indeß nicht. Die Bürgerwehr durch Generalmarsch zusammenberufen, erschien sparsam und zeigte wenig Neigung, sich in diese Militärangelegenheit einzumischen, die ganze Stadt war in Bewegung. (Der N. P. Z. zufolge, wären die Garde du Korps beim Anrücken mit Steinwürfen empfangen worden; die Folge war, daß die Garde du Korps und die Bürgerwehr ernstlich einschritten, letztere bewältigte die Barrikaden, und so wurde endlich die Volksmasse zerstreut. Man bemerke übrigens, daß die Unruhen in Potsdam, Chemnitz und Wien an einem Tage ausgebrochen sind).

Chemnitz. Nachrichten zufolge, welche das Fr. J. von hier bringt, befindet sich diese Stadt in vollem Aufstande. Aus Dresden, 13. Sept. schreibt man genanntem Blatte: Nachdem der deutsche Verein zu Chemnitz am vergangenen Sonntage wegen des Forthaues der Chemnitz-Wiesaer Eisenbahn eine große Volksversammlung eingeladen und eröffnet hatte, drängten sich mehrere Mitglieder des Vaterlandsvereins, der seine Theilnahme in corpore vorher ablehnte, auf die Tribune, erhitzten das anwesende Volk so sehr durch ihre Reden, daß dasselbe, abstehend vom Hauptzweck der Versammlung, Absetzung der Minister, Auflösung der Kammern und Einberufung eines konstituirenden Landtages beschloß. Des andern Tages Abends zog der von Neuem erhitzte Haufe vor die Frohnfeste, befreite trotz der Abwehr der Kommunalgarde (!) zwei Gefangene, die seit 18 Monaten sich in Haft befinden, und zog jubelnd nach einem Gasthofe. Der Regierungsrath Todt ist sofort nach Chemnitz gesendet worden, desgleichen ein Bataillon des Leibregiments dahin abmarschirt. Auch soll ein Theil der in Chemnitz liegenden Kavallerie Marschordre bekommen haben.

Aus Chemnitz, 12. Sept. wird dem Fr. J. ferner mitgetheilt: Gegen 4 Uhr heute Morgen rückte Reiterei von Marienberg, gegen 10 Uhr Infanterie von Zwickau ein und man schritt nun zur Wiederverhaftung der zwei befreiten Gefangenen, von denen einer sich freiwillig gestellt haben soll. Darüber entstand neue Aufregung, die Maschinenbauer zogen, jedoch unbewaffnet, auf den Markt, und um 3 Uhr, als gerade noch 2 Schwadronen Reiterei von Freiberg einrückten, wurde wieder Generalmarsch geschlagen und Alarm geblasen. Jetzt nahm die Sache eine sehr traurige Wendung. Die Tumultuanten errichteten auf dem Graben, am Theater, am Ausgange der Johannisgasse und andern Orten Barrikaden, und es begann ein Kampf, bei dem Häuser abgedeckt und die Ziegel als Waffen gebraucht und vom Militär scharf gefeuert wurde. Der Kampf dauerte bei Postabgang (Abends 6 Uhr) noch fort. Todte und Verwundete gibt es schon auf beiden Seiten. Mit Bangem sah man der Nacht entgegen.

Dresden, 13. Sept. Soeben kommt die Nachricht, daß der Aufruhr in Chemnitz von Neuem begonnen, der Rittmeister Helbig und ungefähr 20 Soldaten geblieben sind, der Geh. Regierungsrath Todt durch einen Steinwurf auf der Brust verwundet sei. Da nur Artillerie den Gesetzen Autorität verschaffen kann, ist die reitende Batterie von Nebeberg heute hier durchgegangen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cowie & Kup., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden man schon G. A. Klevenhaus in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2.42. 15 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 255. Heidelberg, Montag 18. September. 1848.

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an D. Reimer in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Der Beschluß über den Waffenstillstand. — Wien (Sitzung des demokratischen Klubs. Die Aula verlangt Abdankung des Ministeriums. Der Reichstag in Permanenz). **Teteſt** (der Belagerungszustand und Albini. Der Zustand Venedigs). **Köln** (der Sicherheitsausschuß). **München** (der Waffenstillstand und seine Nachwirkung im Volke). **Chemnitz** (Herstellung der Ruhe). **Dresden** (Berichtigung in Betr. der Chemnitzer Vorfälle). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Abstimmung über den Waffenstillstand. Exzesse).

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die gutheißende Note Frankreichs an die Centralgewalt. Louis Napoleon und der 17. Wahlbezirk.

Beilage. Das konstitutionelle Princip in der preuß. Nationalversammlung. — **Württemberg.** Fr. v. Kölle †. **Schweiz.** Bern. Das Dekret der Tagsatzung über die Annahme des Bundes. Der deutsche Gesandte. **Niederland.** Amsterdam. Der Eindruck des Waffenstillstandes im Auslande. **Frankreich.** Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. **Italien.** Rom. Entwaffnung der Crociati. Vom Comersee. Die italienischen Soldaten in Tirol. — Neueſtes.

16. September.

Der Beschluß der Nationalversammlung, dem Waffenstillstand mit Dänemark die bedingte Genehmigung zu ertheilen, mit schwacher Majorität gefaßt, ist im günstigen Falle der Schlußpunkt einer Krisis, aber nicht der Schlußpunkt einer Entwicklung. Wäre er das Letztere, so dürfte man sich nicht darüber freuen. Schon seinen nächsten Gegenstand bringt er nicht zum Schluß, sondern fordert neue Thätigkeit; aber auch für weitere Kreise enthält er die Keime von neuen Forderungen und Gefahren. Letzteres nicht für unsere auswärtigen Verhältnisse; er öffnet hier vielmehr eine für den Moment günstige Lage, die nur mit Kraft ergriffen werden will. Auch nicht für Achtung und Würde der deutschen Nation; man durfte nun die gewichtigsten Stimmen des Auslandes verfolgen, um zu sehen, daß dieser Beschluß das Vertrauen auf die deutsche Zukunft gerade in den Punkten erhöhen wird, auf welche die Zeit am meisten hält, und an den Orten, die für Deutschland die wichtigsten sind. Im Innern liegen die großen Folgen und Gefahren des Beschlusses. Wir haben gemahnt, den Anlaß der Bewegung von ihrem Kern zu trennen; dieser selbst ist von uns nicht verkannt worden. Unser Vertrauen wurde nicht getäuscht. Am 16. Sept. hat die Nationalversammlung gehandelt als die gesetzgebende Versammlung eines großen politisch reifen Volkes, wie sie am 5. Sept. Orakel, Spiegelbild eines tief aufgeregten, nach politischer Reife ringenden Volkes war. Beide Beschlüsse sind von gleicher, schwerer Bedeutung; ihre Aufeinanderfolge wollen wir als günstiges Omen für unsere politische Zukunft annehmen und demnach aussprechen: Der Beschluß vom 16. Sept. war ein Sieg, aber ein gefährlicher Sieg; er führt zur Niederlage, zum Untergang sogar, wenn er nicht rasch, mit allem Ernst und aller Thätigkeit ergriffen und verfolgt wird.

Die gegenwärtige Bewegung hat von Neuem gezeigt, daß die tiefste Regung im deutschen Volke zu dieser Zeit das Streben nach Einheit ist. Es hat sich in seiner unüberwindlichen, nicht zu täuschenden und nicht zu erstickenden Kraft gezeigt. Wir wissen sehr wohl, wie wenig dies Streben von einem klaren Verständniß der Einheit begleitet ist; wir wissen, wie viel bequemer Enthusiasmus, wie viel politischer Haß, wie viel Stammeifersucht sich unter dieser Decke birgt. Wenn man in der Volksversammlung die „freie Reichsstadt Heilbronn" hochleben ließ, wenn jeder kleine Staat nicht an einen größern zur Vermehrung einer vorhandenen Kraft sich anschließen, sondern „reichsunmittelbar" werden will, so liegt es ja zu Tage, daß hier nur Krähwinkelei und Pfahlbürgerthum unter das schützende Dach der Reichseinheit sich flüchten. Aber in der Bewegung nach Einheit liegt unendlich mehr als dies. Es ist auch nicht bloß das natürliche Vertrauen auf eine neue Gewalt, nachdem die alten sich nicht bewährt haben; es ist noch weniger eine idealistische Doktrin: es ist das tiefgewurzelte Bewußtsein, daß Alles, was der deutschen Nation fehlt und was sie bedarf, einzig und allein aus der Einheit und der einheitlichen Gewalt kommen kann und wird. Das ist das Gefühl der Besten, der Ruhigen und Besonnenen, die nicht nach Umsturz verlangen, sondern nach gedeihlicher Thätigkeit, nach Herstellung des Vertrauens und der allgemeinen Wohlfahrt, derer Bedingungen eben in dem liegen, was dem deutschen Volke fehlt. Diesem Gefühl nicht Rechnung zu tragen, das ist die Verblendung, die zur Revolution führt. Es bedarf dazu keines Systems und keiner entzweienden Lehre; das Geheimniß besteht nur darin, der Nation zu geben, was sie bedarf. Dies geschieht nur durch die That. Sieht die Nation nur einmal That, und wäre sie auch so bescheiden, wie sie in vieler Beziehung sein muß, so sieht sie auch den Willen, und ihr Vertrauen wird das Schwache stützen und das Kleine großziehen. Von diesem Standpunkt können wir der abstrakten Erklärung unumwundener Anerkennung der Centralgewalt, wie das abgetretene Ministerium, sie in seiner letzten Angst verlangen wollte, wenig Werth beilegen, und auch den Erlaß wegen der Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, der unter der Verwirrung dieser Tage kaum beachtet ans Licht trat, können wir nicht für förderlich halten, wie müßten ihm sogar (ohne diesen irgend zum unsrigen zu machen) den preußischen Vorschlag vorziehen. Die erste That, die für die Richtung der Centralregierung beweisend sein kann, ist die Bildung des neuen Reichsministeriums. Soll sie der Forderung des Tages entsprechen, so muß sie an keine Rücksicht gebunden sein, als an die des allgemeinen Wohls; keine Koalition, kein irgend ferner liegendes Ziel darf dabei maßgebend sein, die Stellen dürfen nicht an die Personen, sondern die Personen müssen an die Stellen vertheilt werden. Wir haben keine politischen Systeme, deren jedes nach dem herrschenden Bedürfniß der öffentlichen Meinung seine Männer zu stellen im Stande wäre. Wollte man auch die strenge Einheitsbestrebung auf dem Wege des offenen Bruchs mit dem Partikularismus als ein poli-

Digitized by Google

tisches System gelten lassen, so haben die kaum verflossenen Tage gezeigt, daß weder seine Grundsätze noch seine Träger zur Führung der Geschäfte reif sind. Noch gibt es nur ein regierungsfähiges System, wenn auch ein sehr vielverzweigtes; es muß die nothwendigen Männer liefern, noch der Norm, wie sie dem Bedürfniß des Augenblicks zu genügen wissen. Die Erfahrung hat in den schwankenden, wie Herbstlaub fallenden Ministerien dieser Tage gezeigt, wie nur die Specialitäten ihres Fachs dem Sturm widerstanden, der über sie hinging. Der Posten des Ministers des Auswärtigen ist für die Gegenwart der wichtigste. Eine bittere Erfahrung hat gezeigt, daß die Umänderung der Welt noch nicht genug vorgerückt ist, um auf diesem wichtigsten Gebiete mit der Erfahrung zu brechen. Wir haben früher schon den Mann genannt, der uns für dieses Amt der rechte scheint; wäre unsere Stimme damals gehört worden, vielleicht wäre Vieles anders gekommen. Wir zweifeln nicht, daß ein erneuter Ruf an Hrn. v. Stockmar ergehen wird, und erwarten, ihn nicht ausgeschlagen zu sehen. In einem Augenblick, wo die öffentliche Stimme gegen die alte Diplomatie mit Heftigkeit sich erklärt, ohne daß doch der Staatsmann ihrer entrathen könnte, do ist ein Mann an seinem Platze, der im besten Sinn als Vermittler dienen kann, der unabhängig, ohne je dem kleinen Dienst der Diplomatie sich hinzugeben, den Boden der Höfe und die Triebfedern der Dinge kennen gelernt hat. Das Ministerium des Krieges ist jetzt kaum minder wichtig, es fordert zugleich einen Staats- und Kriegsmann, ein organisatorisches Talent, das aus vielzerstreuten Mitteln ein Ganzes zu bilden, und an vereinzelten Punkten nach einem umfassenden Plane zu verwenden wüßte. So liegt in der Natur der Sache, daß man dazu vorzugsweise einen Preußen wähle; wir erlauben uns, zwei Namen zu nennen, die Preußen unter seinen Officieren zählt, und denen sowohl das Vertrauen und die Bekanntschaft der höchsten Regionen des Staatslebens, wie der Ruf militärischer und politischer Talente zur Seite steht: die Generale v. Pfuel und v. Willisen. Robert Mohl wünschten wir als Minister des Innern zu sehen; die Richtung seiner früheren Beschäftigung, die organisatorische Klarheit seines Talents, wie seine umfassende Kenntniß der Institutionen des konstitutionellen Europa scheinen ihn besonders auf diese Stelle hinzuweisen. Das Justizministerium bedürfte einer praktischen Specialität dieses Fachs, um für die Realisirung eines gemeinschaftlichen Rechts, als eines dringenden Bedürfnisses der realen Einheit wirksam zu sein. Für das aus diesem Standpunkte nicht minder wichtige Handelsministerium ist die Specialität schon gefunden, die, wie wir hoffen, recht bald das kaum begonnene Werk wieder aufnehmen wird.

Von der gedeihlichen, fortgesetzten, systematischen Wirksamkeit eines Ministeriums, das durch seine Zusammensetzung fähig ist, einen leitenden politischen Gedanken zu verfolgen, hängt die Befriedigung der entscheidendsten Forderungen der Gegenwart ab. Schwebende Fragen liegen vor, die ihrer Natur nach nicht von einer großen gesetzgebenden Versammlung gelöst werden können. Die Nationalversammlung, und wie vielleicht Alle, haben im Grunde des Herzens gehofft, daß es gelingen werde, zu einem Definitivum zu gelangen, ehe irgend eine Krisis von entscheidender Bedeutung eintreten würde. Auf dieses Vertrauen waren auch die Maßregeln des ersten Ministeriums gebaut, und mußten es sein, denn die ersten Versuche einer völlig neuen, ohne andere Macht bloß im öffentlichen Vertrauen wurzelnden Gewalt konnten nicht anders, als an die bestehenden Verhältnisse anknüpfen, und für jede entschiedene Geltendmachung erst die günstigen oder schwierigen Umstände, für die eine provisorische Gewalt eigentlich stets geschaffen ist, erwarten. Leider ging schon die Zusammensetzung des vorigen Ministeriums hiervon aus, und darum mußte es der ersten Krisis unterliegen, die zum ersten Mal seine Macht hätte zeigen sollen. Die Nationalversammlung wurde mitten in ihrer weitangelegten Arbeit von einer Krisis, von dem Bedürfniß des Regierens überrascht, und schien sich plötzlich zu strafferer Haltung zusammenzunehmen. Aber das Schicksal des Bassermann'schen Antrags auf Abkürzung der Berathungen hat gezeigt, daß die Natur einer großen berathenden Versammlung, und noch mehr die Natur einer deutschen Versammlung dieser Art, auch durch den Drang des Moments und die Forderung praktischer Charaktere sich nicht umändern läßt. Indeß, der gebieterische Moment ist da, und vor seiner Forderung scheiden sich die Befugnisse und Gewalten. Ein Ministerium, das fähig ist zur Führung der Geschäfte, muß auch Freiheit dazu haben, wenn es wiederum der Versammlung, wie es ursprünglicher Zweck war bei Errichtung einer Centralgewalt, durch Uebernahme der Regierungssorge Freiheit lassen soll zu ihrer eigenen Aufgabe. Kein Ministerium kann mit Sicherheit und Erfolg ein politisches System verfolgen, und nicht bloß in die Nähe, sondern auch in die Ferne sehen, das die Fristung seines Lebens Tag für Tag von einer gebietenden und regierenden Versammlung erkämpfen und in kleinen persönlichen Vorkehrungen und Sorgen untergehen müßte. Ist ein Ministerium gebildet, das Vertrauen erweckt, so muß es auch die Partei in der Versammlung finden, die ihm mit Unterordnung persönlicher Ansprüche Vertrauen schenkt. Von der Bildung einer solchen Partei, in der Versammlung wie in ganz Deutschland, hängt das Dasein jeder Regierung und die Fortbildung aller Institutionen ab. Wir hoffen, daß die Gewalt der salus publica erkannt wird, daß sich vor ihr die Persönlichkeiten beugen, und aus ihr die Unterstützung hervorgeht, ohne die eine Regierung nicht stark sein kann. Es wäre schmerzlich wenn diese Hoffnung täuschen sollte; jedenfalls würde dann die Bürde der Schuld und Verantwortlichkeit nicht auf die Schultern der Regierenden fallen.

Wie die gleiche Gunst und Schwierigkeit der Umstände mit zwingender Kraft auch in dem Verhältniß zu den einzelnen Staaten und zum Ausland der einheitlichen Regierung zu Gute kommt, das behalten wir einem andern Artikel vor zu zeigen.

Oesterreich. Δ Wien, 11. Sept. Gestern hielt der demokratische Klub eine außerordentliche Sitzung im Odeonsaale, nachdem er sich seit acht Tagen in Permanenz erklärt hatte. — Alle andern liberalen Gesellschaften, wie die Deutschen in Oesterreich, der Arbeiterverein, der liberale Klub ꝛc. waren dazu eingeladen, wahrscheinlich um eine Revue seiner Kräfte zu halten. Die Versammlung dürfte jedoch die Zahl von 6 — 7000 Personen nicht überschritten haben. — Der Präsident Taufenau machte zuerst in einer einleitenden Rede auf die Anwesenheit des Herrn Julius Froebel aus Berlin aufmerksam, dessen umfassenden politischen Ansichten und Kenntnissen er jeden nur erdenklichen Weihrauch streute, und trat demselben das Präsidium ab. — Von vielfachem Applaus begrüßt, bestieg Froebel die Rednerbühne und entwickelte in einer sehr durchdachten und besonnenen Rede die Organisation der verschiedenen demokratischen Klubs in Deutschland, ihre Gliederung und wechselseitige Unterordnung, um jeden bedeutenden Gedanken schnell zum Gemeingut zu machen und gemeinsam darnach handeln zu können. Ferner sprach er über das Streben der Demokraten, eine Regierungsform zu finden, welche bis hieher noch nicht existirt habe; dann bezeichnete er die Art, wie Oesterreich seine Klubs bilden sollte und wie es sich vor Allem bestreben müsse, sich alle Nationalitäten, die es enthält, auf ähnlichem Wege zu verbinden — der Anschluß an die übrigen großen deutschen Vereine würde sich dann durch Zeit und Verhältnisse von selbst bedingen. — Er schloß mit einigen speciellen Betrachtungen über Wien, von dessen Haltung er den günstigen Erfolg alles Uebrigen abhängig machte. Was ihn selbst betreffe, so brauche er wohl nicht mehr anzudeuten, daß er durch und durch Republikaner sei. Stürmischer Beifall folgte seinem Abtreten. — Nun folgte eine lange Rede von Taufenau über Volkssouveränetät, die durch ihre beißenden Sarkasmen, durch ihre Lebendigkeit und durch ihre mehr als bloß witzigen Bemerkungen gegen Regierung und Regierer einen nicht enden wollenden Enthusiasmus erregte und Schlagworte, wie „die Volkssouveränität im Nothfalle mit Strömen von Blut zu erringen", „über Leichen dahin, wo man wolle, zu gelangen"; dann die bekannten Phrasen über Ungarn: „daß mit ihm unsere Freiheit stehe und falle" u. dergl. mehr, gaben durch ihren wohlberechneten Eindruck der Versammlung eine Fieberaufregung, wie ich mich kaum erinnere, sie bei ähnlichen Versammlungen bemerkt zu haben. — Nach ihm sprach Jellinek über das Verhältniß der Regierung zu Ungarn und warf ihr, ganz in ungarischem Sinne, Fehler und Wortbrüchigkeiten vor. — Die Versammlung war jedoch durch Froebels und Taufenau's Reden so ermüdet, daß Jellinek und die nachfolgenden Redner sich nur schwache Aufmerksamkeit verschaffen konnten. — Die Truppen waren wieder den ganzen Tag konsignirt — die Regierung scheint auf Zwischenfälle gefaßt zu sein. Aus Ungarn haben wir noch keine Nachrichten, doch muß die heutige Post uns unsere Ungewißheit entreißen. Ein Gerücht sagt, die Nationalgarde von Preßburg habe auf das Dampfboot, welches vorgestern die 100 Deputirten dahin brachte, geschossen, als sie deren rothe Fahne und die rothen Federn auf den Mützen ansichtig wurde, und die Landung des Dampfbootes sei auf diese Art verhindert worden. — Die Katzenmusik hat heute, als Anspielung auf den Reichstag und die Reaktion, eine Schnecke mit der Unterschrift: nur

langsam voran, nur langsam voran, daß die italienische Armee nachkommen kann.

Wien, 13. Sept. Man schreibt der Allg. Z. unter diesem Datum Nachmittags 2 Uhr: Die gesammte Nationalgarde ist auf den Beinen; eben erhält auch das Militär den Befehl zum Ausrücken. Der Reichstag hat sich in Permanenz erklärt, Minister Ordlhoff sich nach Baden geflüchtet. In der Aula wüthen die Studenten gegen das Ministerium.

Wien, 13. Sept. 4 Uhr Abends. Soeben verlasse ich den Reichstag, nachdem ich einige Augenblicke auf der Aula gewesen. Die Situation ist sehr gefährlich für beide Parteien. Hüben an der Spitze der Studenten begab sich aufs Ministerium, und verlangte dessen Abdankung, und die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses. Gott gebe, daß die Studenten heute keinen Muth haben, sonst fließt Blut. Die Stadt gleicht einem großen Lager, nichts als Bajonnete und Uniformen. Und wer hat dies Alles verschuldet? Mein Gewissen antwortet mir: ein unfähiges Ministerium. Der Reichstag ist in Permanenz. Schwarzer tritt ein und bringt obige Nachrichten von den Studenten. Die Stimmung des Reichstages steht auf demselben Niveau wie die Klugheit des Ministeriums. Die Studenten werden heute ausgespielt haben — aber wahrscheinlich morgen auch die Minister. Und das von Rechts wegen.

** **Triest**, 8. Sept. Soeben erscheint eine Proklamation unseres Militär-Kommandanten, wodurch der Belagerungszustand unserer Stadt aufgehoben wird. Nicht allein der mit Sardinien abgeschlossene Waffenstillstand, sondern auch die von Albini abgegebene Erklärung, die Blokade des östl. Küstenlandes gänzlich aufzuheben, werden als Ursache der Verfügung angeführt. Albini ist jedoch mit seiner Flotte noch immer in Venedig. Schon vor 3 Tagen hatte er die bestimmteste Versicherung, daß er absegeln werde, abgegeben; er hat auch wirklich die piemontesischen Truppen, die in Venedig standen, an Bord genommen; doch hat er noch nicht Anker gelichtet. Gestern und heute langte allhier als Parlamentär ein Sardin. Dampfschiff an und es handelt sich gegenwärtig darum, die Kranken der sardinischen Flotte unterzubringen, da Venedig selbige aufzunehmen verweigert. Ob Alles nur reine Kunstgriffe seien, um die Abfahrt bis zur Beendigung der vom Waffenstillstande festgesetzten Frist zu verschieben, wird sich bald entrathsein. Unsere Flotte liegt noch immer in unserm Hafen; mit welchem empörenden Gefühle so schmachvoll zur Unthätigkeit gezwungen zu sein, kann leicht begriffen werden. In Venedig geht es arg zu. Man hat eine neue Anleihe von 10,000000 Lire eröffnet, den Dogen-Pallast und die Prokuratien verpfändet, und man tröstet sich allein mit der Hoffnung auf französische Hilfe. Man sprengte dort aus, daß in Triest die Cholera wüthe, und alle von hier dort ankommenden Schiffe würden einer Kantumaz von 12 Tagen unterzogen. Ich kann Ihnen aber versichern, daß hier der beste Gesundheitszustand herrscht. Von Fiume kann ich gar nichts Wichtiges mittheilen.

Preußen. **Berlin**, 15. Sept. Ich will Ihnen die zur Lösung unserer politischen Wirren entscheidende Nachricht mittheilen, daß der König in einem Manifest an die Armee, mittelst eines Armeebefehls den Beschluß der Nationalversammlung vom 9. August, d. h. den Antrag von Stein sammt dem Amendement Schultze, dem Wortlaut nach zur Ausführung gebracht hat. Dieser kgl. Erlaß ist außerdem, wie uns mitgetheilt wird, von Hrn. v. Schreckenstein unterzeichnet und an die Kommandos und dann abwärts an die Divisionen 2c. ergangen. Es ist demselben nur die Klausel beigefügt, daß das Subordinationsverhältniß der Militärs zu ihren Oberen durch diesen Erlaß keine Veränderung leide. So hat sich das, was wir von dem Einverständnisse des Königs mit dem Beschluß der Nationalversammlung und dem zu erwarteten Manifest bereits meldeten, in ausgedehntester Weise bestätigt. (Fr. J.)

** **Köln**, 14. Sept. Die Aufregung, welche die letzten Ereignisse in Frankfurt und Berlin veranlaßt haben, ist von der demokratischen Partei bereits mit großem Geschick ausgebeutet worden, um einen Theil des verlorenen Terrains wieder zu gewinnen. Die lärmenden Proteste der Kölner Demokraten gegen den Waffenstillstand mit Dänemark und gegen das preußische Bürgerwehrgesetz eröffneten den Reigen dieser neuen Thätigkeit, mehr als Alles haben aber die bedauernswerthen Konflikte, welche in Köln zwischen Soldaten und Bürger stattgefunden, jener Partei in die Hände gearbeitet, und bereits hat sie sich für mächtig genug gehalten, förmlich Revolution zu spielen: Köln hat einen **Sicherheitsausschuß**. — Die durch die maßlosesten Uebertreibungen künstlich genährte Aufregung gegen das Militär hatte sich, als öffentlicher Anschlägt die Mittheilung brachten, daß die Gemeindebehörde von Köln eine Deputation abgesandt, um von den kompetenten Behörden die sofortige und völlige Entfernung der Truppen zu erwirken, welche die eigentliche Stadt bereits verlassen, vollständig gelegt. Ein solches Ende lag aber nicht im Plan der demokratischen Partei: große Maueranschläge luden sofort zu einer Volksversammlung ein, um über die Bildung eines Sicherheitsausschusses zu berathen, und diese Versammlung fand noch heutigen Mittag Statt, zum ersten Mal unter freiem Himmel. Es gibt ein in der Schriftsprache freilich nicht recipirtes Wort, das aber allein das Treiben dieser sogenannten Volksversammlung erschöpfend bezeichnet; es ist das Wort Affenschande. Ich habe verhältnißmäßig wenig Leute entrüstet gesehen, aber es ist wohl selten so herzlich und so allgemein gelacht worden. Der Vorgang war in Kurzem folgender. Mitten auf dem Frankenplatze stand ein thurmähnlicher, schwarz-roth-gold behangener Kasten, und aus diesem Kasten heraus sprachen die Männer des Volks, die diesmal fast ausschließlich aus den Mitgliedern der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" bestanden. Wir erfuhren, daß das Volk von Köln weder durch seinen Gemeinderath, noch durch seine Bürgerwehr irgend vertreten, und daß es deßhalb dringend nothwendig sei, daß ein Sicherheitsausschuß, aus freien und unabhängigen Männern bestehend, die Rechte und die Interessen dieses Volkes an jedem Ort und zu jeder Zeit wahrnehme. Dem versammelten Volk von Köln leuchtete diese Nothwendigkeit sogleich ein. Ein zweiter Redner erklärte dann, daß er es für passend erachte, daß jener Ausschuß aus 30 Mitgliedern bestehe, und gab es der Versammlung anheim, ob sie dieselben durch Skrutinium oder Akklamation erwählen wolle. Die Versammlung entschied, nachdem ihr eine Definition der angestrebten wunderbaren Fremdworte gegeben war, für die Zahl 30 und für die Wahl durch Akklamation. Ein dritter Redner war nun so freundlich, eine bereits fertige Liste von 30 Namen aus der Tasche zu ziehen und der Genehmigung des Volks zu unterwerfen: das souveräne Volk genehmigte sie, wie es bereits alles Andere genehmigt hatte, was man ihm vorgesetzen. Die Liste zählt lauter Demokraten vom reinsten Wasser, sämmtliche Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung, nebst ihrem Korrektor, dem Präsidenten der demokratischen Gesellschaft und des Arbeitervereins, den Redakteur der Arbeiterzeitung, drei Märtyrer in der Gestalt eines ehemaligen Bombardiers und zweier gewesenen Lieutenants, einige Schuhmacher- und andere Gesellen und endlich Gottschalk und Anneke, die zur Zeit freilich schon in „Sicherheit", nämlich noch im Arrestlokale befindlich sind; es ward dem Ausschuß sodann aufgegeben, da man nicht wissen könne, wie bald die Gefahr hereinbreche, sich noch am heutigen Nachmittag zu konstituiren. Das hat er denn auch bereits gethan, und wir können jetzt ruhig schlafen: der Sicherheitsausschuß wacht für uns.

Es ist vielleicht nicht Recht, daß ich diese Angelegenheit nur von der lächerlichen Seite auffasse, aber ich kann mir nicht anders helfen, und jeder Augenzeuge der ganzen Scene wird mir beipflichten. Dagegen ist es allerdings wahr, daß die Mehrzahl der Bürger, die den Unsinn nicht selbst gesehen, sondern nur das Resultat erfahren hat, ernstlich entrüstet ist, und eine Frucht dieser Entrüstung ist ein von mehreren Vorstandsmitgliedern des Bürgervereins bereits in Umlauf gesetzter Protest. „Die Bildung eines Sicherheitsausschusses — heißt es darin — ist der erste Schritt zur Revolution. Wer wahre Freiheit und Ordnung will, wird aufgefordert, die bestehenden Autoritäten mit aller Kraft zu unterstützen, den strafbaren Bestrebungen einer Minorität ratgegen zu treten und gegen die Bildung eines Sicherheitsausschusses zu protestiren. Insbesondere werden alle Bürgerwehrmänner aufgefordert, ihre Pflicht zu erfüllen, Gesetz und Ordnung mit Kraft zu schützen. Die vorgespiegelte Gefahr von Seite des Militärs ist beseitigt und die wirkliche Gefahr wird durch die Bildung eines Sicherheitsausschusses herbeigeführt."

P. S. Ich höre eben, daß bereits 9 der vom „Volke" erwählten Ausschußmitglieder es abgelehnt haben, sich an dem Treiben zu betheiligen: der Rest hält Sitzungen in einem Gasthof ersten Ranges, und durch ein seltsames Verhängniß tagen jetzt in demselben als Sicherheitsausschuß dieselben zwei Redakteure der Rheinischen Zeitung, welche kürzlich in einem Handgemenge mit dem Wirthe die Sicherheit eben dieses Gasthofes wesentlich gefährdeten. Es ist nach Allem dem Sicherheitsausschuß das Prognostikon zu stellen, daß er im nächsten Kölner Karneval eine bedeutende Rolle spielen wird.

Baiern. ☽ **München**, 14. Sept. Es war seit dem 21. v. M. hier wieder gemüthlich still geworden; die Waffenstillstandsangelegenheit hat die Gemüther in ihrem Grunde stürmisch aufgewühlt. Man datirt bei uns wie anderswo die Zeit der eigentlichen Neugestaltung Deutschlands vom 5. d. M., dem kühnsten Griff, den die Versammlung des Reichs bisher gethan. Wäre die Weltlage eine andere, hätte sich die Politik des Auslands in irgend einem wesentlichen Punkte dem aufrichtigen Interesse an unserem inneren Aufbau zuge-

wandt, wären wir in unseren religiösen und socialen Zuständen nicht krank, sehr krank — so würde man der stolzen Erhebung zujubeln dürfen, weil sie vielleicht auf allen Punkten aus reinen Motiven und im Lichte der Einmüthigkeit sich gebildet! Aber nicht ein Geist hat Alle getrieben, nicht einmal die größesten, die mächtigsten der deutschen Stämme, Oesterreich und Preußen, sind mehr als fortgezogen. Eins nur muß einleuchten, daß die Geschicke der deutschen Zukunft von der „reinen Demokratie“ *) fortan werden diktirt werden. Wie mit einem Schlage sind ihre verdüsterten und verstörten Vereine zu neuer, kühner Regsamkeit, erwacht und wie Schleswig-Holstein sich nach dem eignen Geständniß aus dem innersten Volksdrange heraus sich auf sich selbst gestellt hat, so ist es ein getreues lebenerfülltes Gegenüber, wenn unsere fränkischen Baiern in der Versammlung in Neuhof am 10. d. M. begeistert rufen: „Dem einigen kräftigen Vaterland durch uns und für uns!“ Es wird noch Kämpfe, Uebergänge, Vermittelungsversuche an allen Ecken geben, allein täusche sich Niemand über den endlichen Ausgang. Die Antipathien gegen Preußen, das in seinem Schooße noch die konservativen und vermittelnden Elemente birgt, sind schwunghafter als je geworden. Die reine Demokratie begann ihr Werk mit ihnen, sie wird es mit ihnen hinausführen; der Stoff ist ihr von den bisherigen Bewunitungen in Preußen mehr als überreichlich geliefert worden. Man muß es wider Willen eingestehen, die rein demokratischen Elemente fließen in allen deutschen Landen zu einem kompakten Ganzen zusammen und der nahe Winter mit seinen unvermeidlichen socialen Leiden wird auch das noch zusammenfügen, was etwa jetzt durch politische Wirkungen auseinandergehalten ist. Unser Militär ist bereits in die Bewegung tief hineingezogen, vorgestern hatten wir im Prater eine erste Ausübung des Associationsrechtes. Die Unteroffiziere der Garnison waren versammelt; sie konstituirten sich durch Komitéwahlen zu einem förmlichen Verein für Wahrung und Besprechung ihrer Interessen. Die Männer der Bewegung wohnten der Versammlung, zu der in allen hiesigen Blättern feierlich eingeladen worden, bei. Politik soll ausgeschlossen bleiben. Wie lange wohl? In Preußen durchbricht der Sieg der Nationalversammlung über die Besorgnisse der erlegenen Verwaltung den alten krystallisirten Militärgeist und eine einzige fluthende Bewegung wird dann, wenn dies vollständig gelingt, das ganze Land bedecken. Der hier im Stillen zusammengehaltene „demokratische Verein“ und der „Verein für Volksrechte“, welche eine Zeit lang die Bewegung hier in Händen hatten und uns in fortgehenden Fieberauszügen erhielten, den Einfluß später an den „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung“ verloren, scheinen im besten Zuge zur alten Gewalt; sie haben auch Neuburghausen für nächsten Sonntag eine große Volksversammlung ausgeschrieben und über die Waffenstillstandsangelegenheit hinaus soll es dann zum Appel an die deutsche Nation kommen. Die Adresse des Bürgervereins zu Gunsten der Abstimmung vom 5. d. M. hat sicher wider ihren Willen, das Zeichen zum Aufbruch der Leidenschaften gegeben, deren man nun kaum mehr Herr werden wird, da alle Kreise der Gesellschaft mehr oder minder in die Bewegung hineingerathen sind. Wie man ursprünglich vielleicht von gewissen Richtungen her nur einer Hegemonie Preußens vorbeugen wollte, so wird man bald einer unverfaulen Hegemonie demokratischer Bewegung nicht mehr steuern können.

Sachsen. Dresden, 14. Sept. Das Fr. J. enthält von hier in Betreff der Chemnitzer Vorfälle folgende Berichtigung: Die voreilige an allen Straßenecken zum Verkauf ausgebotene gedruckte Nachricht des hies. Jour., nach welcher in Chemnitz Tags verwundet und Rittmeister Hribig gefallen sein sollte, ist nach einer amtlichen Bekanntmachung des Kriegsministeriums völlig unbegründet. Es bestätigt sich aber, daß nur $^1/_{10}$ der Kommunalgarde erschien, um die Tumultuanten auseinander zu treiben, und daß diese, da sie eines entschlossenen Führers ermangelte, mit abgenommenen Bajonetten abziehen mußte! In Zwickau hat hingegen die Kommunalgarde, vereinigt mit dem Militär, den aufgewiegelten Arbeitern sofort durch Energie die Spitze geboten.

Chemnitz, 13. Septbr. Unsere Straßenschlacht scheint beendet, die Barrikaden sind weggeräumt; die letzten Schüsse fielen heute Morgen 2 Uhr am Pulverthurm, den die Arbeiter schon abgedeckt hatten. Das Militär bivouakirt auf dem Markte, die Artillerie, sowie noch ein Bataillon Infanterie werden stündlich erwartet. Jetzt ist's Mittag und Alles ruhig, man befürchtet indeß den Abend. (B. Z.)

*) Auch wir sind gewiß für die „reine Demokratie“; halten dieselbe jedoch nicht eher für möglich, als bis die gegenwärtige Auffassung derselben sowohl als ihre jetzigen Träger vorher selbst purificirt sind. — Der Brief möge ein nicht zu übersehendes Zeichen der Zeit sein. A. d. R.

ϑ Frankfurt, 16. Sept. Ueber die Einzelnheiten der gestrigen Debatte in der Paulskirche theile ich Ihnen noch Folgendes mit: Jordan aus Marburg spricht für das Matthäh'sche Amendement, also für die Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes. Die Ueberschreitungen der Vollmacht von Seite der preuß. Regierung beruhen nach seiner Ansicht auf einem Irrthum, nicht auf einer absichtlichen Nichtbeachtung desselben, und es sei leicht gewesen in diesen Irrthum zu gerathen, da eine Ratifikation nicht ausdrücklich vorbehalten war. Eine Ehrenverletzung Deutschlands kann er in dem Vertrag nicht finden, eine solche wäre nur dann vorhanden, wenn schimpfliche Bedingungen aufgezwungen worden wären, allein der ganze Vertrag beruhe ja auf einem freien Uebereinkommen, und man könne höchstens zugeben, daß dabei ein Versehen von Preußen gemacht worden sei. Es sei übrigens unrichtig, wenn man so allgemein behaupte, die Volksstimme sei gegen den Waffenstillstand. Die Adressen seien kein Beweis dafür, man wisse, wie diese zu Stande kommen. Der Enthusiasmus sei bei der Berathung am unrechten Orte, bei der Ausführung bedürfe man seiner, und es sei zu fürchten, daß er dann fehle. Die jetzige Aufgabe sei, die Einheit Deutschlands zu erstreben, aber dazu gelange man nicht, wenn man darauf ausgehe, Entzweiung unter den deutschen Volksstämmen zu pflanzen. Preußen müsse sein Wort halten, es könne den Waffenstillstand nicht brechen, wo aber wolle man dann die Mittel zum Kriege hernehmen? Das deutsche Volk wolle den Frieden, nur das Ausland würde sich freuen. Das scheine ihm eine wunderliche Staatskunst, wenn man meine, um einen Staatsakt zu vernichten, brauche man nur die Minister fortzujagen, welche ihn zu Stande gebracht haben. Man rede davon, Preußen solle in Deutschland aufgehen, aber man meine damit gewöhnlich: untergehen. Die Feindschaft gegen Preußen von einer Seite her habe aber ihren guten Grund, es sei stark und lasse sich nicht zu allen Zwecken gebrauchen. Dieser Richtung aber wolle er nicht nachgeben. Waitz aus Schleswig hielt einen langen, meisterhaften Vortrag zur Rechtfertigung des Majoritätsgutachtens. Leider kann ich Ihnen daraus nur die Hauptpunkte hervorheben, denn die ganze, in eine Menge von Einzelnheiten eingehende Ausführung verträgt keinen Auszug. Der Redner schickt voraus, daß er anerkenne, daß das Reichsministerium in seiner Gesammtheit Recht das und Interesse der Herzogthümer zu wahren gesucht habe. Gegen Preußen, dem die Herzogthümer zu so großem Dank verpflichtet seien, spreche er nur mit schwerem Herzen einen Tadel aus. Die preuß. Regierung habe nicht die rechte Stellung zur Centralgewalt eingenommen, habe sich dieser, und damit den Interessen der Herzogthümer und Deutschlands entfremdet. Der Redner zeigt nun mit vielen Nachweisen, wie früher Preußen entschieden im Interesse von Schleswig gegen Dänemark gehandelt habe, wie besonders der preuß. Gesandte in London thätig gewesen sei, und dadurch hauptsächlich die Herzogthümer in ihrer vortheilhafte Stellung gegen Dänemark gekommen seien; wie aber die preußische Politik in dieser Beziehung seit dem Abtreten des Ministers Arnim sich geändert und mehr und mehr von ihren Forderungen für die Herzogthümer abgegangen und den Dänen und den Großmächten nachgegeben habe. Er zeigt, daß das preuß. Ministerium Zeit genug gehabt hätte, neue Instruktionen von Frankfurt zu holen, wenn es geglaubt habe, auf die ertheilte Vollmacht hin einen Vertrag nicht zu Stande bringen zu können. Der Bevollmächtigte Max v. Gagern habe mit der größten Thätigkeit und Wachsamkeit in seiner sehr schwierigen Stellung gehandelt; er habe das Reichsministerium gewarnt und dasselbe auf die Wendung der Dinge in Berlin aufmerksam gemacht. Auch der Min. Heckscher sei entschieden für die deutsche Sache aufgetreten, habe aber freilich nicht so fest gehalten. Den Rücktritt des Ministeriums auf den Beschluß vom 5. Sept. hält er daher für eine bedauerliche Inkunfequenz. Die Nat.Vers. habe jetzt zu entscheiden, ob der Vertrag zu genehmigen sei oder nicht. Es frage sich, wie der Vertrag beschaffen sei? Der Redner verweist auf die von der Landesversammlung eingereichte Schrift, worin alle Nachtheile und Gefahren aus demselben für die Herzogthümer nachgewiesen sind. Von besondrer Wichtigkeit sei der Nachsatz zu Art. 7, nach welchem die zu restituirenden Gesetze ꝛc. keinesfalls etwas den Bestimmungen des Art. 1 t Widersprechendes enthalten dürfen. Denn damit seien eigentlich die wichtigsten Gesetze und Verwaltungsmaßregeln aufgehoben. Es seien bereits 40 dänische Beamten in das Land gekommen, um ihre alten Stellen wieder einzunehmen. Wenn auch Dänemark die Centralgewalt nicht anerkannt habe, so hätte doch der Herzog von Holstein, als deutscher Fürst, sie anerkennen müssen, und schon deßhalb habe ihre Erwähnung in dem Vertrage nicht fehlen dürfen. Der Redner will die schwierige Lage, in welche man durch den Abschluß des Waffenstillstands versetzt sei, nicht verkennen, aber für so gefährlich hält er sie nicht, daß man

dadurch genöthigt wäre, ja zu sagen. Wenn der Krieg fortgeführt werden müsse, so solle man bedenken, daß Dänemark immer in Jütland bezwungen worden sei. Allerdings werde Deutschland ungünstig von den Großmächten angesehen. Aber warum? Weil man nicht will, daß Deutschland sich einige und dadurch mächtig werde. Schleswig-Holstein sei der Vorwand, die Einigung Deutschlands aber die Sache, um derentwillen man es anfeinde. Frankreich habe sogar es ausgesprochen, daß es die Einheit Deutschlands für einen Kriegsfall erkläre. Was den Abschluß des Waffenstillstands betreffe, so müsse er fragen, ob diese Bedingungen wirklich das Aeußerste waren, was man habe erreichen können? Wenn es so war, warum komme man denn jetzt und gebe wieder Das und Jenes zu? Es frage sich, wie wir uns jetzt aus dieser Lage herauszuziehen können? Wenn es wirklich zu einem Bruch führen sollte, so habe ihn die Nationalversammlung nicht herbeigeführt, sondern die preußischen Staatsmänner, welche diese ganze Verwickelung voraussehen konnten. Preußen könne den Vertrag für sich halten, das müsse man ihm zugestehen; zwar nicht nach strengem Recht, aber weil nun einmal die auswärtigen Mächte das Recht eines Sondervertrages vorausgesetzt haben. Das würde allerdings einen Bruch zur Folge haben, aber keine Trennung; dagegen würde es eine Lehre sein, welche zur sofortigen wirklichen Einigung antriebe. Die Ausführung des Waffenstillstands sei indessen durch das Volk von Schleswig-Holstein unmöglich gemacht worden. Durch den Widerstand des Volkes existire der Vertrag faktisch gar nicht mehr, es sei also sonderbar, wenn die Nationalversammlung Etwas genehmigen sollte, was gar nicht mehr vorhanden, nicht mehr auszuführen sei. Ueberdies höre er, daß bereits diplomatische Verhandlungen angeknüpft seien, um Bedingungen zu Stande zu bringen, welche für Schleswig-Holstein annehmbar seien, und diejenigen Stipulationen zu beseitigen, welche dort so großen Anstoß erregen. Darum sei es jetzt nicht Zeit, den Waffenstillstand zu genehmigen, aber auch nicht, in die Kriegstrompete zu stoßen.

Blömer aus Aachen, welcher als Gegner des eben abgetretenen Redners die Tribune bestieg, hatte nach diesem langen und mit der größten Aufmerksamkeit angehörten Vortrage eine schwierige Stellung. Es war nicht möglich das Interesse festzuhalten und den Eindruck jener Rede zu verwischen. Blömer suchte die preußische Regierung gegen alle ihr gemachten Vorwürfe zu vertheidigen, schloß sich in der Hauptsache dem Minoritätsgutachten an, stellte aber einen eigenen, vermittelnden Antrag. Schodde aus Stuttgart sprach für die Verwerfung, indem er die bereits bekannten Gründe gegen den Vertrag nochmals hervorhob. Er glaubt, wenn die Nat.-Vers. den Vertrag genehmige, so müßte sie ihn entweder mit Gewalt vollziehen, was sie nicht zu thun gesonnen sein werde, oder sie würde, wenn sie es nicht thue, mit den fremden Mächten in noch größere Verwicklungen kommen, als wenn sie ihn verwerfe und erkläre, Preußen habe seine Vollmacht überschritten. Er beruft sich auf die Stimmung des Volkes, auf die Adressen, auf die Volksversammlungen, in welchen die Leute so gerufen hätten, als man sie fragte, ob sie zu allen Opfern bereit seien, auf die Karlsruher Zeitung u. s. w. Wenn man den Waffenstillstand nicht ausführen wolle, so sei es am ehrlichsten, wenn man ihn verwerfe, aber die Hand zu neuen Verhandlungen biete.

Nachdem hierauf der Sekretär über 67 Adressen Anzeige gemacht hatte, von welchen 66 sich für den Beschluß vom 5. Sept. erklären, ergreift Mühlfeld aus Wien das Wort, um für die Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes zu sprechen. Die Adressen scheinen ihm von geringem Werth, die seien nur aus einem Theile Deutschlands, welcher von dem Kriege nicht belästigt sei. Der Matzahn'sche Antrag scheint ihm inkonsequent; man wolle den Krieg ruhen lassen, und doch den Waffenstillstand nicht anerkennen. Es scheine ihm, als wolle er auf Nichts weiter hinaus, als auf eine Erniedrigung der preußischen Regierung, und das sei vor dem Auslande nichts Anders, als eine Erniedrigung des preußischen Staates. Der Redner vertheidigt, so gut als möglich, den Waffenstillstand und fragt, warum man nur immer auf das Projekt von Bellevue zurückgehe, und nicht auf das vom Mai? Er schildert die Gefahr eines allgemeinen Krieges, und wenn auch nur der Krieg mit Dänemark fortgeführt werde, so sei dies schon für die politische Entwickelung Deutschlands verderblich genug, dazu werde der norddeutsche Handel und Wohlstand gänzlich vernichtet, und die endliche Folge werde eine soziale Revolution sein. Giskra entgegnet dem vorigen Redner in lebhafter, fast stürmischer Rede. Es habe sich hier wieder bewährt, was das Schwert erworben, das habe die Feder verdorben. Man solle auch die Stellung der Nat.-Vers. den Herzogthümern gegenüber bedenken, solle erwägen, daß man auch diesen Wort zu halten habe, nicht bloß den Dänen. Wenn man den Vertrag genehmige, so werde man mit dem Niederland noch eine schwierigere Stellung bekommen, und die Centralgewalt werde überall Erniedrigungen zu erfahren haben. Man rede von einem Bruch mit Preußen; aber mit wem eigentlich? Mit dem Könige nicht, denn der sei zu edel, zu deutsch gesinnt, als daß er mit Deutschland brechen könnte; mit dem Volke auch nicht, denn das wolle ja ebenfalls deutsch sein. Die Hauptsache sei, daß man die Centralgewalt stütze, und sie nicht erniedrigen lasse. (Forts. folgt.)

†Frankfurt, 16. Sept. (Fortsetzung der Verhandlungen der Nationalversammlung über den Waffenstillstand.) Jordan aus Berlin dankt dem vorhergehenden Redoern für die Versicherung, daß Oesterreich seine Macht Deutschland zu Gebot stellen werde, wenn dieses von einem Feinde angegriffen werde; dann sei wohl auch zu erwarten, daß es seinen Gesandten aus der Hauptstadt des Feindes, mit dem Deutschland Krieg führe, zurückziehen werde. Der Unterschied zwischen ihm und den vorhergehenden Rednern seiner sonstigen politischen Freunde sei der, daß er seiner Fantasie verbiete, mit zu reden, und daß er die Verhältnisse ansehe, nicht wie er sie wünsche, sondern wie sie seien, wie sie leider seien. Schleswig-Holstein habe Nichts gewollt, als die Herstellung seines alten Zustandes, und somit konnte Deutschland auch nichts Anders wollen. Was man erreichen wollte, das sei durch die Bestimmungen des Waffenstillstandes erreicht. Während des Krieges sei man mit seinen Wünschen allerdings über dieses Ziel hinausgegangen; man habe mit Recht in Deutschland die Aufhebung der Personalunion gewünscht, und daß dieser Gedanke nicht erfüllt worden sei, das sei jetzt der eigentliche Grund des Mißvergnügens. Aber daran seien die Herzogthümer selbst schuld, deren Erhebung diesen Zweck gar nicht hatte, und außerdem der Verlauf des Krieges. Man habe gesiegt, aber Dänemark nicht besiegt, und die Schuld davon liege allein daran, daß Deutschland nicht früher für eine Flotte gesorgt habe. Es sei richtig, wir seien Sieger, im Felde allerdings, aber dennoch hat Dänemark in dem Kriege Deutschland weit mehr Schaden gethan, als umgekehrt und die Nordprovinzen an den Rand der Verzweiflung gebracht. Er wolle den strategischen Plan des Hrn. Dahlmann nicht untersuchen, obgleich er darauf hinausgehe, die Deutschen aufs Eis zu führen. Aber das scheine ihm klar, daß die Dänen die größten Dummköpfe sein müßten, wenn sie einen Waffenstillstand auf weniger als 7 Monate eingegangen wären. Die Schleswig-Holsteiner seien übrigens durch den Waffenstillstand gesichert, daß die Dänen nicht herüber kommen dürfen; sie mögen sich also selber helfen; Deutschland habe keine Verpflichtung sie zur Vollziehung des Waffenstillstandes zu zwingen. Die preuß. Regierung und das Reichsministerium haben in dieser Sache gefehlt. Aber das preuß. Ministerium habe darin das preuß. Volk auf seiner Seite. Auch die Linke der Berliner Nationalversammlung sei damit übereinstimmend, wie eine eben erhaltene Nachricht bestätige. Die Rede des Reichsministers Heckscher sei nur zu seiner Vertheidigung gehalten worden, als ob es sich allein um seine Person handelte, in dem Augenblick, wo Alles in Trümmer zu gehen drohe. Der Waffenstillstand sei abgeschlossen und theilweise vollzogen, und dem Feinde müsse man sein Wort am gewissenhaftesten halten, Deutschland habe auch eine Ehre außer diesem Hause, im Auslande zu verlieren; man möge sich hüten, daß die deutsche Treue nicht zu einem Mährchen werde, und die fides germanica nicht in den Ruf der fides Punica komme. Der Waffenstillstand sei nur ein Anlaß zur Lösung einer großen Frage, der des Partikularismus und insbesondere des preuß. Partikularismus. Man müsse sich darüber keine Illusionen machen. Wohl gehe das Stichwort „deutsche Einheit" durch ganz Deutschland um; aber an eine Verwirklichung glaube er noch lange nicht und zwar darum nicht, weil noch nicht einmal die Eintracht vorhanden sei. Er billige keineswegs die kleinlichen Sondergelüste des preuß. Ministeriums; aber gerade, daß es so handeln konnte, beweise, daß die partikularistische Gesinnung noch im Volke selbst sei. Die Ursache aber, daß der preuß. Partikularismus in dieser Weise unter dem preuß. Volke erwacht sei, sei hauptsächlich die Huldigungsgeschichte. Dieser Befehl des Reichsministeriums sei der größte Fehler gewesen, den es habe begehen können; er habe die ganze Mißstimmung hervorgebracht, und diese Mißstimmung habe dann das preuß. Ministerium benutzt, und wenn jetzt der Waffenstillstand verworfen werde, so habe die Nationalversammlung wenigstens 10 Millionen Preußen ganz entschieden gegen sich. Es handle sich keineswegs um die verletzte Eitelkeit einiger Minister, sondern um das verletzte Selbstgefühl der Preußen. Preußen sei eine Macht in Europa. Wenn man nun aus diesem oder jenem Ländchen sage: wir opfern ja unsern Partikularismus auch, so komme ihm das vor, wie wenn Einer auf einer Brücke zu einem Millionär kommt und sagt: Thue auch, was ich; siehe, ich werfe mein ganzes Vermögen in den Fluß, und er wirft einen Sechser hinein. Das preuß. Volk sei Deutsch, aber es wisse das nicht, es

Digitized by Google

müsse erst zu diesem Bewußtsein gebracht werden. Bisher aber sei in der Nationalversammlung noch nicht ein Beschluß gefaßt worden, welcher demselben einen Vortheil gebracht hätte; ob man nun glaube, daß dieser erste Beschluß, der für das preuß. Volk fühlbar würde, aber eben dadurch, daß er ihm seinen Ruin brächte, dasselbe für die deutsche Einheit gewinnen würde? Das preußische Volk sei deutsch in Sitten und Denkungsart, aber nicht in seinen Errungenschaften; es wisse wenig von Friedrich dem Rothbart, aber vom großen Fritz erzählte jeder Bauer seinen Kindern. Man müsse Nachsicht mit dem Volke haben, das nicht wie der Gebildete, plötzlich aus seiner bisherigen Denkungsweise in eine andere hinüberspringen könne. Aber an einen Krieg Preußens mit Deutschland zu denken, das sei ein verrätherischer Gedanke. Immer werde Preußen bei Deutschland stehen. Vielleicht wäre ein Krieg mit dem Auslande das beste Mittel zur Einigung, aber man dürfe nicht übersehen, auf Kosten der Freiheit, denn ein Krieg führe unausbleiblich zur Militärdespotie. — Dem Redner aus den Reihen der Linken für die Aufrechthaltung des Waffenstillstandes folgte, als Gegner, ein Führer der Linken, Vogt aus Gießen. Er bezeichnet zuerst das Verhältniß zu den auswärtigen Mächten. England und Schweden seien zuerst vermittlend eingetreten, erst später und im geringeren Maße habe Frankreich eine Rolle übernommen, die geringste aber Rußland, welches fast gar nicht in dieser Sache betheiligt sei. Die Vermittlung sei besonders thätig geworden nach dem Einrücken der Truppen in Jütland und nach der Ernennung der Centralgewalt. Das hätte für die Diplomatie ein Fingerzeig sein sollen, daß man beides am meisten gefürchtet habe. Schwedens Stellung könne er durchaus nicht als eine befreundete erkennen, wie Heckscher. Es sei auf den 7 Monaten bestanden, und man sage, es wäre eine Dummheit von Dänemark gewesen, wenn es anders den Waffenstillstand abgeschlossen hätte; seien aber darum wir Deutsche dazu verpflichtet, die Dummheiten zu begehen, die Andere nicht begehen wollen? Das sei allerdings richtig, daß die Bewegung in Schleswig-Holstein nicht auf den rechten Zeitpunkt gegangen sei. Es seien in dieser Bewegung zwei Elemente, ein dynastisches für die Prinzen von Augustenburg und ein Professorenelement; darum sei eine Hofrathsrevolution auf gesetzlichem Boden entstanden, die mit einigen Ehrenbechern und einigen Pensionirungen endige. Die holsteinische Verfassung hält der Redner für die allerschlechteste, welche den Namen einer konstitutionellen kaum mehr verdiene. Den Waffenstillstand will er nicht in materieller Hinsicht bekämpfen. Er würde ihn vielleicht sogar genehmigen, wie ihn die Centralgewalt abgeschlossen hätte. Nun aber, da die Nat.-Vers. den Vertrag nicht abgeschlossen habe, so möge die preuß. Regierung zusehen, wie sie ihn aufrecht halte. Man sage, sie könne ihr Wort nicht brechen; aber sie habe es der Centralgewalt gegenüber wirklich gebrochen; Preußen wolle den Traum einer Seemacht fortträumen und sehe nicht ein, daß unsre Zeit den Träumen sehr ungünstig sei. Man habe in der Nat.-Vers. so vielfach an die Ruhe und Mäßigung appellirt, er appellire dagegen an die Leidenschaften; Ruhe und Mäßigung sei gut, um Papierröthen zu machen, zu Thaten gehören Leidenschaften. Wenn Preußen gesagt hätte: da habt Ihr unsere Macht zur Verfügung Deutschlands, so hätte man ihm auf dem Präsentirteller dargebracht, was man ihm jetzt Schritt für Schritt streitig mache. Er wünsche keinen Bruch; aber Deutschland sei auch ohne Preußen stark genug. Die das läugnen, die läugnen die Volkskraft. Man solle an Frankreich denken in der Revolution; aber das war der Konvent, das konnte, nur ein Konvent vermag das.

Mit dem Applaus auf den Konvent schloß die gestrige Sitzung und die heutige begann mit der Gegenrede v. Vinckes. Auch diese Rede gehört zu den glänzendsten, welche in dieser Angelegenheit gehalten worden sind, und ich theile Ihnen deßhalb auch daraus einen ausführlichen Auszug mit. Der Redner erkennt, daß in dieser Diskussion diejenigen im Nachtheile seien, welche an die ruhige Ueberlegung appelliren, die aber im Vortheile, welche sich an die Leidenschaften wenden. Er sei dennoch auf der Seite der Ersten. Die Hauptfrage sei, ob der Waffenstillstand den Interessen Schleswig-Holsteins und Deutschlands entspreche oder nicht, und hier müsse man zugestehen, daß der Vertrag mehr gewähre, als man ursprünglich verlangt habe. Die Trennung der Truppen sei an sich ohne Bedeutung, sie Dänemark aber eine Ehrensache; wenn man diesem eine Schmach hätte aufzwingen wollen, so hätte man auch in der Lage sein müssen, sie ihm aufzwingen zu können. Hinsichtlich der Gesetze sei es derselbe Fall; so lange der Herzog nicht abgesetzt sei, könnten Gesetze nur durch seine Zustimmung Giltigkeit erlangen. Auch hier werde von Dänemark eine Schmach verlangt, die es sich gefallen lassen zu müssen nicht in der Lage sei. Man werfe vor, daß der Vertrag im Namen des deutschen Bundes und Preußens abgeschlossen sei. Der deutsche Bund bestehe aber allerdings völkerrechtlich noch. Man solle ihm irgend einen Beschluß zeigen, nach welchem der deutsche Bund aufgehoben sei; der Bundestag sei aufgehoben, aber nicht der Bund, welcher eben so gut ein Bundesstaat als ein Staatenbund sein könne. Jedenfalls wisse das Ausland bis jetzt nur von einem deutschen Bund, und deßhalb habe auch Preußen nur in dessen Namen unterhandeln können. Wenn aber die Herren in der Paulskirche selbst den deutschen Bund in Frage stellen, so mußte Dänemark um so mehr darauf dringen, einen Garanten zu haben, an den es sich halten konnte, und so sei es begreiflich, daß der Vertrag auch im Namen Preußens unterzeichnet wurde. Man halte den Krieg über den Belt, wenn dieser zugefroren sei, für eine Kleinigkeit; aber die Herren vergessen, daß der Belt auch wieder aufthaut. Man fordere aber nach jedem Waffenstillstand die Wiederherstellung des Status quo. Im Winter aber, wenn alle Schiffe eingefroren sind, sei für Dänemark kein Status quo. Uebrigens habe die Dauer von 7 Monaten für uns mehr Vortheile, als Nachtheile; bis dorthin sei es möglich in Amerika eine Flotte zu kaufen, ohne welche ein Krieg mit Dänemark zu keinem Ziele zu führen sei, und dann würden vielleicht die Oesterreicher, welche jetzt so patriotisch für den Krieg stimmten, auch etwas Mehr, als bloße Worte, dazu bringen können, während es jetzt wohl schwer werden dürfte, das österreichische Heer von der Paulskirche aus in Bewegung zu setzen. Herr Eisenmann rede von geheimen Artikeln; er könne ihm nur erwidern, er sehe keine geheimen Artikel (Anspielung auf eine frühere Aeußerung Eisenmanns). Er könne nur beklagen, daß wir nicht in der Lage waren, bessere Bedingungen erlangen zu können; dazu habe das einzige Mittel gefehlt, die Flotte, die wir nach 7 Monaten haben können, wenn wir wollen. Die Angriffe auf die diplomatischen Verhandlungen von Hrn. Waitz u. A. seien Unrecht, weil kein preuß. Minister da sei, um sich zu vertheidigen. Der Redner ist gegen alle vermittelnden Amendements; man müsse Ja oder Nein sagen. Wenn man sage, man wolle nicht dazwischen treten, so habe man gar Nichts gesagt. Nach dem Franke'schen Vorschlag solle man den Waffenstillstand nicht beanstanden, so weit er „ausführbar" sei; was aber sei denn ausführbar, und was nicht? Welches Ministerium würde es übernehmen können, auf eine solche Ermächtigung hin einen Vertrag abzuschließen? Europa müsse wissen, was Deutschland wolle. Man sage, wenn der Vertrag bestätigt werde, so werde Anarchie und Empörung in Schleswig-Holstein entstehen. Er aber habe eine bessere Meinung von dem dortigen Volke. Es werde sich den Beschlüssen der Nat.Vers. ebenso unterwerfen, wie man dies von dem preußischen Volke verlangt, und wenn es das nicht thue, so sei es nicht werth, daß um seinetwillen ein Tropfen deutsches Blut vergossen werde. Die Gefahr eines europäischen Krieges schlage man sehr gering an. Er sei auch der Meinung, wir werden ihn führen, wenn er kommt; aber man müsse auch nicht vergessen, was im besten Falle seine Folgen sein werden. Werde er mit Soldaten geführt, so ende er mit einer Militärdespotie, und wenn mit Freischaaren, wie vielleicht die Hrn. der Linken wollen, so führe er zum Konvent; was wolle man also lieber, die Militärdespotie oder den Konvent mit der Guillotine? Für den abgeschlossenen Vertrag sei übrigens allerdings die Ehre Preußens verpfändet. Man könne die Minister in Anklagestand versetzen, aber der Vertrag sei und bleibe für Preußen abgeschlossen. Preußen habe auch zu dem Abschluß ein Recht gehabt, denn es allein habe gehandelt und schwere Opfer gebracht. Es habe nicht für sich gesorgt in diesem Kriege, sondern für Deutschland, und seine Stellung sei immer eine deutsche und für Deutschland gewesen. Es sei unwürdig zu drohen: wenn Ihr nicht wollt, wie wir wollen, so belagen wir Euch die Freischaaren und die Reaktion; er antworte: Kommt, Ihr werdet Männer finden.

Ziegert bestreitet, daß die Ueberzeugung des Volkes in Schleswig die der schleswig'schen Abgeordneten sei, welche das vermittelnde Amendement unterzeichnet hätten. Auch protestirt er dagegen, daß Preußen sich durch die Verwerfung des Waffenstillstandes würde zu einem Bruche treiben lassen; der König und das Volk seien viel zu deutsch gesinnt. Merk aus Hamburg gibt Mittheilungen über den nachtheiligen Einfluß des dänischen Krieges auf den deutschen Handel. Alle Häfen seien blokirt und der Handel der Küstenstädte liege völlig darnieder. Die bedeutendsten Städte an der Ostsee könnten ihre Armen nicht mehr ernähren, und in Bremen und Hamburg wachse ein Proletariat heran, wie man es da nie gekannt habe. Nicht nur sei eine Menge von Handelsleuten zu Grunde gegangen, sondern viele Geschäftsbranchen haben sich nach England geflüchtet. Werde der Krieg fortgesetzt, so werden alle Unternehmungen in die Hände des Feindes gebracht, während man hier doch noch nicht den Muth gehabt habe, daß man den Beschädigten einen Ersatz bieten wolle. Nach den Berechnungen über die Abnahme der Ausfuhr beteage der Verlust an deut-

Digitized by Google

schen Ausfuhrsprodukten allein schon 15 Millionen Thaler, wovon 7 Millionen Arbeitslohn sei. Fahre man damit fort, so sei der Hunger und das größte Elend die unausbleibliche Folge. Löw v. Calbe ist der Meinung, daß der Noth der Ostseeprovinzen nur durch einen definitiven Frieden zu helfen sei, nicht aber durch einen Waffenstillstand. Dieser lasse keine Spekulation zu, weil die Wiedereröffnung der Schifffahrt im Frühjahr zweifelhaft bleibe. Degenkalb vertheidigt den Waffenstillstand hauptsächlich in Rücksicht auf die materiellen Interessen.

Blum bekämpft denselben vom Standpunkte der Partei. Er spricht für die Leidenschaft, welche jederzeit die Ereignisse geboren, und macht dann einige Witze gegen das Reichsministerium. Die Linke werde jedes Ministerium angreifen, welches ein so schwankender Charakter sei, bis ein starkes kommt, es möge der Rechten oder der Linken angehören. Das Reichsministerium habe sich um den dänischen Krieg nicht bekümmert, es habe Nichts gethan. Endlich habe es einen Bevollmächtigten ernannt, um eine Art von Vermittelungspolizei zu spielen. Man müsse den Mann ehren, aber seine Stellung tief bemitleiden. Nicht einmal zu einem gastronomischen Berichte habe seine Sendung Veranlassung gegeben, in welchem doch das Ministerium der Auswärtigen so stark sei. Wenn man den Waffenstillstand ratificire, so müsse man nothwendig auch mit Gewalt der Waffen ihn nöthigenfalls durchführen. Es seien geheime Artikel dabei, und man ratificire also, was man nicht kenne (?). Die Küstenländer hätten allerdings Verlust, aber das Herabkommen derselben datire sich nicht von diesem Kriege, sondern von der Liebäugelei mit Rußland her. Wenn man von einem Bund mit Preußen rede, so müsse man wohl unterscheiden zwischen der preußischen Regierung und dem preußischen Volke; das Volk sei nicht für den Waffenstillstand, die Nachrichten darüber seien falsch. Dagegen habe man eine Menge Adressen, welche sich für die Verwerfung aussprechen, und diese seien eine schöne Erscheinung, denn sie seien der Ausdruck einer sittlichen Entrüstung des Volkes. Auch das Heer sei entrüstet, denn es wolle sich nicht so für Nichts und wieder Nichts hin und her schicken lassen. Gegen Frankreich walle er den letzten Mann bewilligen, wenn es sich einmischen walle; indessen werde die Polizeidespotie der Bourgeoisie in Frankreich nicht so lange am Leben bleiben, bis es zum Kriege komme.

Wenn England die Nichtgenehmigung fürchte, so habe man nur um so mehr Grund dazu. Man solle nur nichts Halbes beschließen, solle nicht sagen, ich möchte gern, aber ich mag nicht; dadurch werde die Centralgewalt zu einem Centralschatten herabgedrückt. Die Bewegung sei in der letzten Zeit in Deutschland gestiegen, und das komme daher, daß die Diplomatie zu früh in die Reaktion verfallen sei. Man werfe seiner Partei vor, daß sie die Revolution permanent zu machen suche; wenn das der Fall wäre, so würden sie zur Ratifikation rathen. Aber es sei nicht wahr, weil sie befürchten, daß die Revolution in Hände übergieng, welche nach der einen oder andern Seite weit von ihnen abliegen. Die Julidynastie sei dadurch gefallen, daß die Vertretung schlecht war und zu Allem Ja sagte, die Revolution werde nur dadurch bei uns vermieden, daß die Vertretung dem Volke das Vertrauen einflöße, daß sie die Uebergeiffe von der einen, wie von der andern Seite in die Schranken zu weisen wisse. So lange Ludwig XVI. gegen die Freiheit nur im Innern reagirte, hatte er bloß einen parlamentarischen Kampf; sobald er mit dem Auslande liebäugelte, war er verloren. — Lichnowsky beklagt sich darüber, daß in allen bisherigen Reden der Weg zu einer Vermittlung gemieden worden sei. Alle fühlen, daß, wenn die Extreme sich schroff gegenüber stehen bleiben, ein Bruch unvermeidlich sei, und doch wolle Niemand die Hand zur Versöhnung bieten; er empfehle deßhalb das Franke'sche Amendement. Dem Ministerium falle zur Last, daß dem dänischen Kabinet die Erwählung des Reichsverwesers nicht aclifizirt worden sei; es hätte geschehen sollen, wenn auch nur 24 Stunden vor dem Abschluß des Waffenstillstandes. Gegen Blum citirt er eine Stelle aus dem Berliner Volksblatt, welches von der dortigen Linken herausgegeben wird. — Simon von Trier spricht in seiner gewohnten Weise, übrigens heute bei Weitem nicht so überlegt und bedacht, wie das Letztemal. Es scheint sich gespart zu haben für die Haranguen im deutschen Hause, von wo eben jetzt eine krawallirende Menge durch die Straßen sich bewegt und unzweifelhaft zu groben Exessen schreiten wird. Er spricht von Völkerverschlingen und Unnatur, von dem schlechten preußischen Ministerium und dem guten preußischen Volke, welches deutsch sei und den Waffenstillstand nicht walle; was man dagegen sage, sei Alles nicht wahr.

Nunmehr wurde allgemein zum Schlusse gerufen. Der Präsident verlangte zuvor noch das Wort für Max v. Gagern und für die Minister. Dem Ersten wurde es sogleich zugestanden, aber darüber, ob auch den Letztern noch das Wort ertheilt werden solle, entstand ein heftiger Streit. Die Abstimmung entschied dafür, daß die Minister noch sprechen dürfen. M. v. Gagern. Er habe seine Sendung aufgefaßt als eine Sendung des Friedens gegenüber England, der Herzogthümer und Preußen. In Berlin habe er Rücksprache genommen mit dem Minister; dann sei seine Aufgabe gewesen, eine Liste aufzustellen für die Männer, welche die provisorische Regierung bilden sollten. Moltke sei nicht darauf gestanden. In Berlin habe er erfahren, daß der preußische Minister nicht sicher sei, die Bestimmungen des Projektes Bellevue durchzusetzen. Er habe sich auch hier überzeugt, daß es nothwendig hinderlich sei, wenn neben dem Reichstage in Frankfurt zu gleicher Zeit Reichslage in Berlin und Wien abgehalten würden. In den Herzogthümern habe er männliche Ruhe und Entschlossenheit gefunden, ebenso unter den Gliedern der provisorischen Regierung. Nach Malmö sei er allerdings nicht gegangen, denn er habe dahin keinen Auftrag und keine Vollmacht gehabt. Er habe übrigens die Ueberzeugung, daß der Waffenstillstand ein erträglicher sei, und als Einleitung zu einem bedeutenden Fortschritt in unsern Verhältnissen betrachtet werden könne. Er begründe ein besseres Verhältniß zu den Mächten. England habe aufrichtig und freundschaftlich in der Sache gehandelt. Man möge doch nicht Deutschland plaatos in einen Krieg stürzen, am wenigsten mit einer Macht zweiten Ranges, wo der Sieg nicht einmal eine Ehre sei. Die wogende Menge habe nicht die Nat.-Vers., sondern diese habe jene zu belehren über das, was dem Vaterlande Noth thue. Heckscher betritt in sichtlicher Aufregung die Rednerbühne. Es sei eine Partei da, welche um jeden Preis die Fackel der Zwietracht in das Vaterland werfen wolle. Großer Sturm von der Linken. Der Präsident fragt, ob der Redner eine Partei oder Personen in dem Hause damit gemeint habe; Heckscher: Ja! der Präsident: so rufe ich Sie zur Ordnung. Der Redner fährt fort; Andere sind da, denen eine Entzweiung mit Preußen willkommen ist. Abermaliger Sturm und abermaliger Ruf zur Ordnung. Heckscher fährt fort, er habe nicht geglaubt, daß so wenig Gerechtigkeit und Billigkeit im Hause sei — abermals Lärm und Ruf, daß dem Sprecher das Wort entzogen werde. Der Präsident läßt darüber abstimmen, die Mehrheit entscheidet, daß der Redner fortsprechen dürfe. Dieser vertheidigt nun gelassener das Ministerium gegen die ihm gemachten Vorwürfe, indem er nachzuweisen sucht, daß es ihm unmöglich war, anders zu handeln. Er bestätigt, daß England in dieser ganzen Sache sich durchaus freundlich erwiesen und alle Interventionsgelüste anderer Mächte zurückgewiesen habe. Man habe den Minister Arnim gelobt, aber er habe den großen Fehler gemacht, daß er die Folgen dieses Krieges, in welche er Preußen und Deutschland hineingeführt, nicht vorausgesehen habe; daß er ganz übersehen habe, zu welchem Ungeheim dieser Krieg anwachsen müsse. Wenn übrigens der Waffenstillstand angenommen werde, so sei der Friede gewiß, wenn er verworfen werde, dann freilich habe man einen unabsehbaren Krieg. Durch die Annahme sei Nichts verloren, aber Viel gewonnen für den abzuschließenden Frieden, für den Handel und Wohlstand, für den Kredit, für das Verfassungswerk und die Einigung Deutschlands und dessen völkerrechtliche Geltung bei den Mächten.

Nachdem Rieser noch eine Adresse des Präsidenten der lauenburgischen Stände vorgelegt hatte, worin diese gegen einige Bestimmungen des Waffenstillstandes protestiren, wird die Diskussion über die Fragestellung eröffnet. Darüber wurde man leicht einig, daß das Majoritätsgutachten zuerst zur Abstimmung gebracht werden sollte. Dagegen erregte die Frage, ob die beiden Anträge getrennt, oder als zusammengehörig zur Abstimmung kommen sollten, großen Zwiespalt. Die Linke wollte die Trennung, weil sie den ersten Antrag ohne den zweiten leichter durchzubringen hoffte; die Versammlung entschied aber für die ungetrennte Abstimmung. Das Resultat der Abstimmung habe ich Ihnen gestern mitgetheilt. Ein Antrag der Minorität des Ausschusses, daß das Benehmen der preußischen Regierung in der Waffenstillstandsangelegenheit untersucht werden solle, wurde verworfen. Die Mitglieder der Linken stimmten gar nicht oder dagegen.

† Frankfurt, 16. Sept. Abends 8 Uhr. So eben wurde die Abstimmung über die Waffenstillstandsfrage in der Nationalversammlung vollendet. Der Majoritätsantrag des Ausschusses: In Erwägung, daß der am 26. August zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstand, vermöge der in seinem VII. und IX. Artikel, im fünften Separatartikel und den beiden Zusatzartikeln enthaltenen Bestimmungen wesentliche Selbstständigkeitsrechte verletzt, welche durch die Beschlüsse der Nationalversammlung allen in ihr repräsentirten Stämmen gewährleistet sind; in Erwägung, daß der von der Krone Preußen nach Malmö abgesandte Unterhändler in wesentlichen Punkten die ihm von der deutschen Centralgewalt ertheilten Vollmachten überschritten hat,

namentlich in Bezug auf die Dauer des Waffenstillstandes, die Trennung der schleswigschen Truppen von den holsteinischen, die in den Herzogthümern Schleswig und Holstein bestehenden Gesetze und das Personal der für beide Herzogthümer zu bildenden provisorischen Regierung, nicht minder in Bezug auf die Lage des Herzogthums Lauenburg während des Waffenstillstandes; in Erwägung ferner, daß die Ausführung mehrerer politischen Punkte des Malmöer Vertrages, vermöge der einstimmigen Weigerung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung ihnen nachzukommen, unthunlich geworden ist, während dagegen es thunlich und wünschenswerth erscheint, eine Waffenruhe zum Zweck schleuniger Friedensunterhandlungen anzubahnen; in Erwägung alles dessen beschließt die Nationalversammlung: 1) der Malmöer Waffenstillstand vom 26. August wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt; 2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen, — wurde mit einer Mehrheit von 21 verworfen. Dagegen der Frank'sche Antrag: 1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. August d. J., soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern. 2) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete. 3) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen, mit 257 gegen 236 Stimmen angenommen.

Frankfurt, 17. Sept. In Folge des gestern Abend nach 8 Uhr bekannt gewordenen Beschlusses der Reichsversammlung, laut dessen der Waffenstillstand nicht verworfen ist, herrschte unter der Volksmenge außerhalb der Paulskirche große Aufregung, die sich später in beklagenswerthen Excessen innerhalb und auch außerhalb der Stadt Luft machte. Vor einigen Wohnungen und Lokalen wurden Katzenmusiken gebracht, am englischen Hof die Fenster zertrümmert und noch ärgere Zerstörungen am Gebäude der Westendhall verübt. Um 11 Uhr, als der Tumult immer mehr zunahm, mußte Generalmarsch geschlagen werden; die Bürgerwehr und das hier garnisonirende kurhessische Bataillon traten unter die Waffen und säuberten vom Roßmarkt aus die Straßen, ohne daß es zu ernsterem Einschreiten hätte kommen müssen. Eine Stunde nach Mitternacht war die Ruhe hergestellt. Auf heute Nachmittag ist wegen der Waffenstillstandsfrage und des gestrigen Beschlusses in der Paulskirche eine Volksversammlung vor der Stadt von den hiesigen politischen Vereinen angesagt. (O. P. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 14. September. Sitzung der Nationalversammlung vom 14. Sept. Vorsitzender Armand Marrast. Die Sitzung wird um 12¾ Uhr eröffnet. Die Diskussion des Art. 8. der Einleitung der Verfassung ist noch immer an der Tagesordnung. Zuerst spricht Boullier de l'Ecluse zu Gunsten seines Amendements, ihm folgt Martin Bernard zu Gunsten des seinigen, endlich Billault, der sich entschieden für das Recht auf die Arbeit ausspricht und in einer sehr geistreichen und oft von Beifall unterbrochenen Rede mit seinem ehemaligen Chef, Herrn Thiers, in dieser Hinsicht offen bricht. Im Namen der Kommission antwortet Dufaure, seinen Freund und langjährigen Kampfgenossen Billault bekämpfend. Für Frankreich und für Paris war dieses Schauspiel des Zerwürfnisses der alten politischen Parteien über soeinle Fragen sehr interessant, für Deutschland hat es weniger Interesse, und da alle Argumente für und gegen bereits durch die Reden Lamartines, Ledeu-Rollins, Tocquevilles, Duvergiers, Thiers, Pierre Lerour, Considerante und A. m. erschöpft sind, so enthallen wir uns unnöthiger Wiederholungen. Lamartine erklärt im Voraus, daß er Mathieus Amendement nicht unterstützen, nicht votiren werde. Er schließe sich vielmehr an seine Freunde an, die zwar nicht die Fassung der Kommission annehmen, aber doch einen Mittelweg finden wollen, der beide Parteien in dieser Frage vereinigen könnte. Die Einen sagen: Proklamirt das Recht auf die Arbeit nicht — das ist gefährlich! — die Andern sagen: Läugnet das Recht auf die Arbeit nicht, das ist noch gefährlicher! — Sei denn kein Mittelweg übrig? Um diesen zu finden, müsse man die Frage wieder auf ihr ursprüngliches Terrain zurückführen, denn sie sei vielfach und bedeutend entstellt worden. Er vertheidigt vor Allem die prov. Regierung gegen den Vorwurf, als habe sie aus Schwäche oder aus böswilliger Absicht dem Volke das Recht auf die Arbeit als eines jener Versprechen hingeworfen, mit denen man die Massen fanatisirt, obwohl man im Voraus weiß, daß man diese Versprechen nicht erfüllen kann. — So Etwas sei nie der Fall gewesen — die Arbeitsfrage sei im Volke gelegen, sie sei nicht von Oben, sie sei von Unten zur Sprache gebracht woeden, das Volk selbst habe als seine Losung die Worte: „Organisation der Arbeit" auf seine Fahnen geschrieben. Was sei das Recht auf die Arbeit? Das Recht auf dem Gebiete der Republik, wenn man sich den bestehenden Gesetzen füge, nicht Hungers zu sterben. Dieses Recht sei ein natürliches; — durch eine ganze Reihe von Institutionen, wie man deren bereits schon begonnen habe, könne man dieses Recht verwirklichen. Aber dieses Recht auf die Arbeit, wie es die provisorische Regierung proklamirt habe, übergehe man mit Stillschweigen — man erfinde ein anderes, imaginäres, das man willkürlich mit allen Schrecknissen ausstatte und dann bekämpfe. Seien die Nationalwerkstätten, die man der provisorischen Regierung so oft vorwerfe, etwa der Ausdruck dieses Rechtes gewesen? Nein! sie waren nur die Nothwendigkeit der Revolutions-Krisis, eine vorübergehende Ausnahme. Und wenn aus ihnen bedauernswerthes Unheil hervorging, so möge man nicht die provisorische Regierung, sondern die Umstände, die Verhältnisse, die Ereignisse anklagen — oder besser, man möge gar nicht anklagen, man möge die Wunden zu heilen suchen.

Lamartine schloß seine Rede damit, daß er die Anerkennung des Rechtes auf eine durch den Staat zu gebende Arbeit in Zeiten großer industriellen Krisen und unter gesetzlich gestellten Bedingungen verlange. Glais-Bizoin schlug ein Amendement vor, welches das Recht auf die Existenz durch die Arbeit anerkannte. Der Finanzminister Goudchaux bekämpfte es, von der Linken oft unterbrochen, interpellirte an diese in der Aufwallung des Zornes: „Ja, die Menschheit geht vorwärts, und trotz Euch, Ihr Montagnards, die Ihr sie tödten wollt, wird sie vorwärts gehen!" Der Ausdruck: Montagnards! hier als beleidigendes Epitheton genommen, rief eine stürmische Unterbrechung von Seite der Linken hervor, der Minister ward zur Ordnung gerufen, die Ruhe konnte lange nicht hergestellt werden — Lagrange protestirte in seinem und seiner Kollegen Namen gegen des Ministers Aeußerung, er bemerkte, daß die Arbeitsfrage keine Parteifrage, sondern eine Frage der Versöhnung für alle Parteien sein müsse. — Das, etwas confus erörterte, Amendement Glais-Bizoins ward im Skrutin mit 596 Stimmen gegen 187 Stimmen verworfen und die Diskussion vertagt.

In Betreff der in unserer Zeitung erwähnten, von Einem unserer Korrespondenten in Abrede gestellten Note Frankreichs an die Centralgewalt schreibt die Pariser Koerespondenz: Wir erinnern jetzt auch daran, daß die von dem französischen Kabinete in Hinsicht auf den Krieg gegen Dänemark in Berlin und Frankfurt zugestellte Note entschieden abgeläugnet worden ist. Die Note des Hrn. Savoye, an Hrn. Heckscher in Frankfurt, und die Note Bastides an Emmanuel Arago in Italien, der preußischen Regierung mitgetheilt, finden sich unter Nr. 14. A. und B. der dem Frankfurter Parlamente vorgelegten Aktenstücke. Da unsere Frankfurter Freunde es nicht einmal der Mühe werth gehalten haben, uns ein Exemplar jener Aktenstücke zu überschicken, in deren Besitze sich selbst das Pariserkoerespondenz-Comtoir steht, so müssen wir in der daraus sich ergebenden Unfähigkeit, selbst zu antworten die abermalige Antwort auf diese Stelle ganz allein unserem Korrespondenten überlassen. — Man ist jetzt gespannt, ob Louis Napoleon am 17. gewählt werden wird; — er präsentirt sich als Kandidat in allen Departements. Die Officiere der 4. Legion der Nationalgarde der Banlieue protestiren heute gegen eine Proklamation ihres Obersten, des Generals Piat, die die Kandidatur Louis Napoleons empfiehlt. Die Kandidaten der Regierung sind hier in Paris Edmond Adam, Gervais (de Caen) und Roger (du Nord). Es sind gegen 100 Kandidaten aufgetreten, während die demokratische Partei alle ihre Kräfte auf Cabet, Raspail und Thors concentrirt, wahrscheinlich werden diese Letzteren auch gewählt werden.

Durch den Ausfall des Sonntagsblattes sehr im Raume beschränkt, werden wir die Verhandlungen der französischen Nationalversammlung heute Abend in einer Beilage nachtragen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Steiger u. Kmp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder besorgen sich an G. L. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis derselben beträgt halbjährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 255. Heidelberg, Dinstag 19. September. 1848.

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der **Weidmann**schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an D. **Reimer** in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Doch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die letzte Abstimmung in der Paulskirche. — Die Reform der Universitäten III. — **Wien** (die Unruhen. Abdankung des ungarischen Ministeriums. Wiederherstellung der Ruhe. Befestigung des Kabinets. Kredit für die mittellosen Bürger. Waffenstillstand in Italien verlängert. Batthyany statt Kossuth mit Bildung des ungarischen Ministeriums beauftragt). **Berlin** (Pr. u. Beckerath. Gen. Wrangel. Der Prinz von Preußen. Raumer in Paris). **Naumburg** (anruhige Auftritte). **Leobschütz** (Aufstand in Benefchaa). **Saalfeld** (auch hier „gemüthliche" Anarchie. Ein Freiheitsapostel). **Schwerin** (Entlassung des Ministeriums). **Readsburg** (Proklamation der prov. Regierung. Die gelehrten Schulen). **Hamburg** (Protest gegen die Volksführer. Die Cholera). **Frankfurt** (Reichstruppen eingerückt. Volksversammlung auf der Pfingstweide. Deputation an die Nationalversammlung. Blutige Auftritte).

Schweiz. Bern. Die Rede des deutschen Gesandten.

Großbritannien. London. Die letzte Parlamentssession; die Parteien und das Ministerium. Der jüngste irische Putsch. Antirepealistische Riesenpetition. Irische Umtriebe in Kanada und Maßregeln dagegen. Gerücht von einem Negeraufstand auf Jamaika. Das Mr. Chr. über die preuß. Ministerkrisis.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Stimmung in den Provinzen. Der Empfang des deutschen Reichsbotschafters bei Lavaignac.

Beilage. Wien. Eine neue Revolution. Stuttgart. Einberufung der Kammern. Prinz Paul. Beabsichtigte Reise des Königs nach Holland. **Schweiz.** Zürich. Frankreich und Oesterreich in Italien. Die N. Z. Z. Portokrieg. Diebstahl an alter Glasmalerei. Die Regierung in Schwyz will zurücktreten. **Großbritannien.** Londos. Unruhige Bewegungen in Irland. Mor. Chronicle über die Lage Preußens. Angebliches Gespräch zwischen dem Reichsverweser und Dahlmann. Soldatenercess. **Frankreich** Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Das Kreuz der Ehrenlegion in ursprünglicher Gestalt dargestellt. Brief Larochejacquelin's. **Italien** Die Expedition nach Sicilien.

19. September.

Die Abstimmung über den Waffenstillstand hat zwar der Verhandlung über die Frage — ob Annehmen oder Ablehnen? — ein Ende gemacht; das Votum der Nationalversammlung vom 16., worin sie ihre Abstimmung vom 5. d. M. korrigirte, ist der Abschluß des einen Aktes in dieser unerfreulichen Verwicklung, deren Verlauf und Fortgang schwerlich irgend einen Freund des Vaterlandes zu frohen Hoffnungen gestimmt hat.

In der Besprechung der Frage, ob die Annahme oder die Verwerfung vorzuziehen sei, traten unsere bisherigen politischen Freunde zum Theil ganz auseinander, und auch in unser Blatt ging dieser Zwiespalt der Meinungen über, der die bisherige Parteistellung in der Nationalversammlung gründlich erschüttert hat. Es ist dies kein geringes Zeichen der bedenklichen Krisis, in welche unsre Zustände eingetreten sind, daß über eine solche Frage die Meinungen sich in zwei beinahe ganz gleiche Lager theilen konnten; hätte man doch denken sollen, daß hier, wo Vortheil und Ehre des Vaterlandes allein in die Wagschale fielen, die Einsicht und der Wille aller Parteien in einem Punkte zusammentreffen müßten. Denn entweder ist der Waffenstillstand so, daß er unsre Ehre und unsern Vortheil gleich stark beeinträchtigt, dann mußte ihn, unbekümmert um alle Rücksichten und Bedenken, die ganze Versammlung, oder wenigstens neun Zehntheile derselben verwerfen; oder der Vertrag ist bei ruhiger Erwägung nicht nachtheilig und nicht unehrenhaft, dann mußte ihn die Versammlung, ebenso unbekümmert um die Leidenschaft und Aufregung des Tages, einstimmig oder zu neun Zehntheilen bestätigen. So hätte man sich in einem Volke von politischer Reife und Erfahrung die Dinge denken müssen; große Fragen von diesem Gewicht und diesem folgeschweren Inhalt pflegen dort alle kleinen Parteischattirungen zu verwischen und Alle, die es wohl meinen mit dem Vaterlande, unter einer Standarte zu vereinigen.

Die Versammlung in Frankfurt steht gewiß an gutem patriotischen Willen ähnlichen Versammlungen in andern Ländern nicht nach, und gleichwohl ist sie in einer der wichtigsten politischen Fragen in zwei fast gleiche Lager geschieden, hat in derselben Beehandlung zwei verschiedene Abstimmungen abgegeben und ist schließlich mit einer kümmerlichen Majorität zu einem Ergebnisse gelangt. Man hat uns gesagt, und es ist auch in unserem Blatte wiederholt worden, daß wir uns mit dem Ausland in schlimme Verwicklungen bringen würden duech eine Verwerfung des Waffenstillstandes; das ist sehr möglich. Aber — daß wir mit den beiden Abstimmungen vom 5. und 16. d. dem Ausland viel politische Achtung abzwingen würden, das hat unseres Wissens noch Niemand zu behaupten die Kühnheit gehabt. Daß eine Versammlung, die in einer solchen Angelegenheit nach altgermanischer Weise erst im Sturme dekretirt und dann nüchtern das Dekret wieder umwirft, oder die in der Frage ob Krieg oder Frieden nur über ein Dutzend Stimmen Majorität für oder wider zu verfügen hat, daß eine solche Versammlung dem Ausland viel Garantien einer festen, konsequenten und besonnenen Politik gäbe, wird, deucht uns, auch der entschiedenste Optimist nicht behaupten wollen. So wie die Sachen liegen, war denn freilich eine Annahme des Waffenstillstands die kleinere Verlegenheit; schon aus dem einfachen Grunde, weil eine Verwerfung mit zwei oder drei oder auch zwanzig Stimmen Mehrheit sogut wie keine Verwerfung wur. Mit einer so geringen und schwankenden Mehrheit kann man es kaum in einem starken und centralisirten Staate wagen, den Krieg zu führen, geschweige denn in einem losen Bundesstaate, wo Neigungen und Interessen noch so wenig verschmolzen sind wie in Deutschland. Insofern haben wir von zwei Uebeln das anscheinend geringere erwählt; der Beschluß vom 16. hat den Krieg, und zwar den Krieg im Innern wie nach Außen, fürs erste vertagt, und die Bestätigung des dänischen Waffenstillstands hat auch unserer innern Krisis einen Waffenstillstand sichern sollen.

Die Krisis selbst ist damit aber nicht beendigt; sie ist durch die ganze trübselige Angelegenheit nur mehr ans Licht getreten. Der Beschluß vom 16. selbst, auch wenn man ihn von zwei Uebeln für das kleinere halten will, kann Niemanden wahrhaft befriedigen; zusammengenommen mit allem Vorausgegangenen ist er nur ein Palliativmittel, das eine offene Wunde mehr zu verdecken, als zu heilen sucht. Das fühlt auch die Partei, die aus jeder Krisis des Vaterlandes zu Parteizwecken Nahrung zu ziehen sucht; sie, die an patriotischen und nationalen Empfindungen sonst bettelarm

Digitized by Google

ist, wappnet sich auf einmal mit einer ungeheuren nationalen Entrüstung und meint mit der Komödie die unbequeme Versammlung in der Paulskirche sprengen zu können. Darüber täuscht sich freilich Niemand; die Nachahmung des Pariser 15. Mai liegt zu nahe, und wie man damals bei der bekannten Sturmpetition wegen Polens sagte: La Pologne c'est le prétexte, l'anarchie c'est le but, so kann man heute sagen, Schleswig ist der Vorwand, die rothe Republik der Zweck.

Aber schlimm genug, daß Leute, welche die Mittel und Wege der Sturmpetitionäre aus ganzer Seele verabscheuen, von tiefem Mißbehagen erfüllt sind über den ganzen Verlauf der Angelegenheit, schlimm genug, daß auch in dem Theile des Volkes, wo nicht der Krawall der Zweck und alles Beliebige der Vorwand ist, dieselbe Stimmung Wurzel geschlagen hat. Schlimm genug für die Reichsregierung und die Nationalversammlung — nicht für das Volk selbst, das damit wenigstens den Beweis ablegt, daß es sich sein richtiges politisches Gefühl durch rhetorische Scheingründe nicht trüben läßt. Denn das richtige politische Gefühl mußte ihm einen Vertrag, den man im Namen des „deutschen Bundes" abschloß, der nur die holsteinischen, nicht die schleswigschen Truppen als „Theil der deutschen Bundesarmee" nennt, der die Naivetät hat, ein Individuum wie Karl Moltke als Regenten von Schleswig-Holstein vorzuschlagen, als das charakterisiren, was er war; die einfachste und nüchternste Einsicht mußte die preußische Unterhandlung in ihrem vollständigen Widerspruch mit den Instruktionen der Reichsgewalt nachweisen, trotz der gedrehten und gewundenen Rechtfertigungen des Herrn Camphausen und Herrn v. Radowitz, die in Ton und Inhalt dies Mal ziemlich nahe zusammentreffen. Insofern ist und bleibt der Vertrag gerichtet, und nur das fait accompli macht jetzt jede weitere Verhandlung darüber überflüssig.

Aber es sind im Laufe der Verhandlung soviele kranke Stellen unserer Politik offenkundig geworden, daß wenigstens für die Zukunft gewarnt und vorgebaut werden kann; wir wollen selbst auf die Gefahr hin, es mit vielen unserer bisherigen politischen Freunde gründlich zu verderben, in den nächsten Blättern darauf zurückkommen.

Am Schlusse der ersten Reihe unserer Betrachtungen haben wir den Standpunkt bereits angedeutet, an dem wir, der Hochschule gegenüber, unserer Seits deren als nothwendig erkannte Reform in Angriff genommen sehen möchten. Nicht eine unbedingte Verneinung ihres Werthes oder ihres künftigen Bestandes in dem Sinne des Programms der freien deutschen Akademien ist es, von der wir ausgehen, sondern vielmehr eine bedingte Anerkennung des letztern, und die dankbare Erinnerung an alles Das, was die deutschen Universitäten seit Jahrhunderten für die Wissenschaft im Allgemeinen und in Deutschland insbesondere für die Rettung und Wiedergeburt des nationalen Lebens, für die Kräftigung und Einheit volksthümlichen Bewußtseins, für kulturgeschichtlichen Fortschritt und universell wissenschaftliche Ueberlegenheit geleistet haben. Mit diesem Standpunkte fällt zusammen die, auch auf diesem Felde von uns eingehaltene, Linie der Evolution, der Reform, die wir, statt der Revolution, auf die Hochschule grundsätzlich angewandt und praktisch durchgeführt wissen wollen; um so vorsichtiger, je tiefer das Bestehende Wurzel gefaßt, je gefährlicher auf geistigem Gebiete jede Neuerung und jedes Experiment ausschlagen kann.

An die Spitze sämmtlicher Reformplane pflegt von allen Seiten die Nothwendigkeit der Emancipation der Hochschule vom Staate gestellt zu werden. Wir bemerken dazu gleich zweierlei. Die Idee jener Emancipation datirt aus einer Zeit, wo der Polizeistaat als solcher theils tyrannisch über die Hochschule, theils feindlich gegen sie sich gestellt hatte; von dem Wendepunkt, wo an die Stelle dieses alten Polizeistaates der neue Rechtsstaat tritt, muß konsequenter Maßen auch die angestrebte Emancipation der Hochschule vom Staate in ihrem Ausgang und Endzweck sich wesentlich modificiren. Wenn zweitens hinter dem einzelnen Emancipationsgelüste mehr oder minder deutlich die Absicht stand, die Universität hinfüro statt auf das Princip der Association auf das der Korporation zu stellen, so verwahren wir uns gegen die nothwendige Folge einer solchen Reform, die uns nicht nur in das volle Mittelalter, die Universität auf ihre verwachsene Grundform einer Gelehrteninnung zurückführen, sondern auch die Idee des Staates als der sittlichen Gemeinschaft Aller in einem ihrer wichtigsten Momente gefährden und aufheben würde. Wir anerkennen, daß die Staatsgewalt zeit- und stellenweise zum Rechte der Hochschule in dasselbe unstatthafte, auf die Dauer unerträgliche Verhältniß sich gesetzt hatte, worin diese früher von der Kirchengewalt abhängig war. Die Staatsgewalt selbst, insonderheit ihre dynastische Potenz, war der Hochschule behilflich gewesen, das letztere Abhängigkeitsverhältniß zu brechen; Fürst und Regierung schützten in der Reformation die Universität gegen Papst, Klerus und Kirche. Aus diesem Schutz erwuchs allmählich, wie denn dieses leicht zu geschehen pflegt, ein Druck, und die einzelnen Fälle: Arndt, Gebrüder Welcker, Oken, Fries, die Sieben gegen Hannover, Jordan, Strunz, Rob. v. Mohl, Zeller u. A. m. mögen immerhin als Beweise gelten, daß die kirchliche Martyrologie eines Huß und Hieronymus von Prag Parallelstellen in dem neuen, vom Staate abhängigen Universitätsleben finden — Parallelstellen, die vielleicht um deßwillen allein milder und unverfänglicher erscheinen, weil die moderne Staatsgewalt minder mächtig und grausam sich gebahren mußte wie die mittelalterliche Kirchengewalt. Daraus aber, daß unberechtigte Uebergriffe und schreiende Verletzungen Einzelner das Verhältniß zwischen Staat und Hochschule momentan trübten, verrückten, störten, folgt noch keineswegs eine gänzliche Lösung ihres Verhältnisses als Nothwendigkeit, als einzig mögliches Korrektiv. Der Staat als solcher hat ein unveräußerliches Recht sogut wie eine heilige Pflicht an der Hochschule zu üben; sie ist ein zu wichtiges Moment in seinem Organismus, eine zu bedeutende innere wie äußere Macht, als daß er geduldig zusehen dürfte, wie sie mit allen ihren Mitteln und Dependenzien gänzlich von ihm sich abtrennt und außer ihm als isolirte Korporation feststellt, gewisser Maßen ein Staat im Staate. Wenn Kirche, Volks- und Gelehrtenschule, politischer Klub, Gewerbe, Volkswehr und alle übrigen Manifestationen oder Produkte des neuen öffentlichen Lebens denselben Schritt thun, so löst sich am Ende Volk, Staat und Gesellschaft in lauter inkoncentrische Kreise auf, und die Regierungsgewalt sieht sich nicht bloß außer und neben ihnen auf einen ohnmächtigen und unfruchtbaren Mechanismus beschränkt, sondern auch diesen Mechanismus selbst bei jeglicher Bewegung durch entgegenstehende Kräfte und Richtungen paralysirt und rein illusorisch gemacht. Dazu kommt, daß zuletzt alle diese Kreise in ihrer Zusammensetzung und Lebensäußerung an einzelne Persönlichkeiten gebunden sind, die möglicher Weise in ihnen so gut wie im Staate Recht und Pflicht vermischen und verletzen. Gegen die Eventualität dieses Mißbrauchs und dieser Verirrungen muß eben so gut Fürsorge getroffen werden, als gegen die gleichen Fehler der Staatsgewalt, und am Ende werden in der Idee wie in der Uebung nur im Staate, als dem Ausdruck und der Darstellung des vom Einzelnen unabhängigen Gesammtwillens und seiner geordneten, organischen Thätigkeit, die einzigen, die größtmöglichen Sicherheiten für die Freiheit des Einzelnen wie der Vereine zu suchen und zu finden sein.

Dies zugegeben, kann es nur darauf ankommen, das Verhältniß zwischen Staat und Hochschule auf seine richtigen Grundlagen und ein so geschichtliches wie vernünftiges Maß zurückzuführen. Es geschieht das, wie gesagt, nicht durch die Rückkehr der Universitäten in die mittelalterliche Immunitätsform, auch nicht durch ihren Heimfall an Private; wir haben dann Hochschulen nach englischem, belgischem (theils) französischem, amerikanischem Muster, worin ein Fortschritt für uns schwer zu erkennen sein dürfte. Der Staat bedarf der Hochschule, die Hochschule des Staates; sie ist ein Moment in ihm, das mittelbar seinen Zwecken dient, indem es unmittelbar die Wissenschaft und die Wissenschaften als Selbstzweck verfolgt. In diesem wissenschaftlichen Theile ihrer Thätigkeit nun hat die Hochschule unzweifelhaft und unbedingt die vollkommenste Freiheit vom Staate anzusprechen, der weder befähigt noch berufen sein kann, sie darin zu überwachen und zu bestimmen. Ein Anderes ist es mit der sittlichen Seite ihrer Thätigkeit, ein Anderes mit ihrem äußeren Zusammenhange mit dem Staatsorganismus; hier tritt der Staat, eben als sittliche Gemeinschaft Aller und als Gesammtorganismus, handelnd in den Kreis der Hochschule ein, wie er denn auch so gut wie das Individuum berechtigt ist, von ihr die Erfüllung seiner wissenschaftlichen Bedürfnisse zu verlangen. Daraus folgt als leitender Grundsatz: der Staat gründet und erhält wissenschaftliche Anstalten, er regelt in Gemeinschaft mit ihnen ihre disciplinarische Ordnung, er stellt die nöthigen Mittel für ihren Zweck, er nimmt sie in den Schutz seiner Gesetze, in seinen Organismus auf, so weit positiv — und negativ: er wehrt einer Seits jedem etwaigen Uebergriff derselben in

seine Gewalt und enthält sich anderer Seits jeder Einmischung in ihre wissenschaftliche Entwickelung und Thätigkeit.

Es entsteht die Frage: Wir werden diese Zwecke erreicht? Wie wird den auf diesem Wege möglichen, wahrscheinlichen Kollisionen gesteuert? Gehen wir dabei von einzelnen wirklichen Fällen, von bestimmten Forderungen zum allgemeinen Grundsatz zurück!

Der Staat hat bisher mit allerlei besonderen Vorschriften polizeilicher, administrativer, legislativer Art in das Universitätsleben eingegriffen. In der Person eines „landesherrlichen Bevollmächtigten", eines „Ministerial-Kommissärs" hat er seine Rechte an die Universität mitunter auf sehr empfindliche Weise geltend gemacht. Er hat durch den Matrikel-Zwang die Erreichung des akademischen Bürgerrechts an allerlei Bedingungen geknüpft und somit den Zutritt zur Universität erschwert. Er hat, durch ein besonderes Kult- und Unterrichts-Ministerium oder durch sein Ministerium des Innern, die ordentlichen und außerordentlichen Professoren, gewöhnlich nach Anhörung der aus den Fakultäten kommenden Vorschläge, angestellt und den Privatdocenten venium legendi (früher baebarisch-ominöser Weise „facultas legendi" genannt!) ertheilt. Er hat durch von ihm zusammengesetzte Prüfungs-Kommissionen gewissermaßen die wissenschaftliche Thätigkeit der Universität kontrolirt. Er hat den allgemeinen und einzelnen Lehrplan von seiner Bestätigung abhängig gemacht. Er hat mit disciplinarischen Gesetzen den natürlichen Verbindungstrieb der studirenden Jugend in bestimmte unzureichende Formen gezwängt, wenn nicht ganz und gar unterdrückt. Er hat einerseits durch abgesonderten Gerichtsstand, durch eigenthümliche Kreditgesetze u. s. w., andererseits durch Duldung oder Begünstigung barocker Sitten und Aeußerlichkeiten des Studententhums den Kastengeist der Akademie, ihre abgesonderte Stellung und Haltung im bürgerlichen Leben ungebührlich gesichert und verlängert. Er hat die veraltete und nicht mehr zeitgemäße Fakultäten-Eintheilung bestehen lassen und damit dem specifischen Professorenthum, gegenüber dem Privatdocententhum, als worin das eigentliche Salz der Universität gelegen sein soll, ungehörige Gewalt und gemeinschädliche Befugnisse eingeräumt. Er hat durch seine polizeiliche Ueberwachung, wie durch seine praktischen Forderungen die Universität von ihrer wissenschaftlichen Höhe und Allgemeinheit zu einer Staatsdienst-Maschinenfabrik, zur Pflanzstätte serviler und hyperorthodoxer Richtungen, zum geistlosen Brodstudien-Fachwerk herabgedrückt.

Dies eine ganze, nicht einmal die ganze Reihe von Klagepunkten, wie sie aus der Universität und dem Munde ihrer Advokaten seit Jahr und Tag gehört werden. Gegenüber steht eine mindestens gleich lange, welche vom Staate und seinen Vertretern in die Universität zurückschallt, Punkt für Punkt dem Gegenüberstehenden entsprechend. Da heißt es: Ihr schickt uns, trotz Eurer Seminarien, Laboratorien, Kliniken, Praktiken durchaus unbrauchbare Theoretiker in den Staatsdienst; der Pfarrer hat seine liebe Noth, bis er den Vikar, der Obergerichtsrath, bis er den Referendar, der Oberamtmann, bis er den Aktuar für seine und des Staates Zwecke zustutzt, gar nicht zu reden von der rath- und trostlosen Verzweiflung, womit der Staatswann unter den rite et rigorose examinatis vergebens um einen Nachwuchs vielversprechender, für die großen Geschäfte tauglicher Diplomaten- und Minister-Lehrlinge oder unterrichteter und „wohldenkender" Publizisten umherschaut. Ihr verlangt, ordentliche und außerordentliche Professoren, das Recht der Autonomie, die Selbstregierung in allen äußern und innern Angelegenheiten, während Ihr doch selbst unter einander in ewigem Hader liegt, innerhalb der Fakultäten entweder in leidiger Konkurrenz-Macherei feindlich Euch gegenübersteht, oder in noch leidigerer Kameraderie zusammen nistet; Ihr verlangt, Privatdocenten, eine unbedingte Lehrfreiheit und benützt sie, wenn sie der Staat gewährt, doch nur gegen ihn, zur Einschmuggelung und Fortpflanzung destruktiver Principien und Spekulationen in einem Kreise, der noch nicht urtheils- und unterscheidungsfähig ist! Ihr verlangt, Studiosen und Studenten, das neue Recht freier Vereinigung, um es zur alten Sitte oder Unsitte der Kneiperei, der Saufrei zu mißbrauchen! Und so, bis ins Unendliche, hinüber und herüber Anklagen gegen Anklagen, mit denen der Staat seine Hochschule schulmeistert, mit denen Hochschulmeister und Hochschüler im großen Staate die kleinen Staatsmänner spielen. Wo liegt hier das Recht, die Ausgleichung, die Versöhnung? Was ist — um mit Pilatus zu fragen, nachdem wir von Pontius zu Pilatus gelaufen — was ist Wahrheit? Auf welchen Grundlagen, in welchem Plan und Styl, für welche Zwecke kann der Neubau der Universitäten, der neuen Zeit gemäß, begonnen und aufgeführt werden, ohne daß die Schöpfungen der alten in ihrem guten Theile vollends Ruinen werden?

Oesterreich. †† Wien, 14. Sept. Ich verfolge meinen Bericht, welcher gestern Nachmittags am 4 Uhr geschlossen wurde. Jene auf den Hüten sichtbaren weißen Papierblätter hatten die Aufschrift „Nur in Wiedereinführung des Sicherheitsausschusses liegt das Heil und die Rettung Wiens." Diese Blätter wurden nächst der Aula von einem Mediziner ausgetheilt; Alles drängte sich an ihn, um welche zu bekommen, und sich damit kenntbar zu machen. Die Studenten hatten Vormittags die Einführung des beliebten Ausschusses vom Balkone der Aula dem Volke empfohlen, und der Redakteur des Studentenkuriers Hr. Falke gerathen, sich mit Waffen zu versehen. Minister Latour (des Kriegs) beklagte diese Aufforderung im Reichstage als Attentat gegen den Reichstag und das Ministerium. Der Oberkommandant der Nationalgarde Hr. Strefflur rief gegen Mittag Militär zu Hilfe, ohne daß die Nationalgarde angegriffen war. Um 5 Uhr sammelte sich eine Abtheilung Nationalgarde, Studenten und Bürger steckten die besprochenen Papiere auf die Hüte und zogen mit Zügen abmarschirend auf die Plätze, wo Nationalgarde und Militär aufgestellt war. Am Hof vor dem Kriegsministerium wurde von der marschirenden verbrüderten Abtheilung das Herabnehmen der provocirenden Papiere von den Hüten verlangt. Der Befehl zum Laden wurde dem Militär und der Garde gleichzeitig ertheilt. Die Proklamatoren des Sicherheitsausschusses verließen, „empört über den Terrorismus des Militärs und der Garde", den Hof, eilten zur Aula wohin eine große Menge Volkes folgte. Die Studenten glaubten einen Angriff erwarten zu müssen, nachdem in ihrer Gegenwart geladen wurde, versammelten sich daher vor der Aula und schoben kleine Pikete auf die Straßen vor, welche die Zugänge der Aula sperrten. Dies waren die Vorkehrungen der Studenten. Da hörte man zwei Schüsse, und eine Barrikade stieg in drei Minuten über unsere Köpfe. Besonnene aber vermochten es, die Barrikade gleich wieder verschwinden zu lassen. Arbeiter schrien um Waffen, läuteten die Sturmglocke, wollten Steine aufreißen, um Bomben zu haben, kurz geberdeten sich wie in jenen weiland Maitagen. Zwei Kompagnien Nationalgarde kamen als Verbündete der Studenten freiwillig zur Aula, die eine ist von der Vorstadt Wieden. — Mittlerweile war die ganze Garnison en Masse in der Bäckerstraße gegen die Aula vorgerückt, der größere Theil mit Geschütz stand am Stefansplatz. Der Reichstag durch lügenhafte und falsche Rapporte erregt, erklärte sich nach verschiedenen Amendements permanent. Die Minister hielten Rath. Eine Deputation des Reichstags, aus den freisinnigsten Männer zusammengesetzt, erschien gegen 8 Uhr Abends auf der Aula und überzeugte sich selbst von der Unwahrheit der Gerüchte von Barrikaden, rothen Fahnen, Revolutionsproklamationen. Hiernach verlangte der Reichstag das Einrücken des Militärs, welches um halb zehn Uhr Nachts erfolgte. Nach 11 Uhr war Alles ruhig, die Studenten bezogen wieder die Wachen — der Friede war hergestellt. Mißverständnisse, böser Wille und die jugendliche Unbesonnenheit waren die Hauptwaaren dieses Tages, welchen die Mäßigkeit und Kopflosigkeit, Ereignißarmheit und Planlosigkeit der gemüthlichen Schwätzer in vielen Scenen ergötzlich charakterisirte. So nahm ein Mediciner, dem Befehl gemäß, das Sicherheitsausschußpapier vom Hute. Ein Arbeiter bat ihn inständig darum. Er erhielt es auch, mit dem Rathe es nicht aufzustecken. „I g'hör ja a zum Sicherheitskrawall", antwortete der Arbeiter ganz ernst indem er triumphirend das verpönte Papier am Hute befestigte, und damit Anführer einer großen Schaar Arbeiter wurde. Ich kann es nicht unterlassen, besonders zu erwähnen, daß der Nationalgardeoberkommandant des Vormittags auf der Aula erklärte die Ruhe der Stadt ohne Militär erhalten zu wollen, ja selbst ein Sicherheitspapier auf den Hut steckte. Das am 12. veröffentlichte „terroristische" Plakat Doblhoffs war in wenig Augenblicken von den Mauern verschwunden, erschien auch nimmermehr. Dagegen erlebten wir diesen Morgen die demokratische Anrede: „Mitbürger" vom gesammten Ministerium, welches das Ausrücken des Militärs der darum bittenden Nationalgarde zugeschickt, und die gegebenen Freiheiten neuerdings versichert. Plakate an das Ministerium fordern Rechenschaft wegen des Einrückens des Militärs in die Stadt, ein Akademiker verlangt von Herrn Latour die Rechtfertigung der gestern gemachten Beschuldigung, daß man die Republik ausrufe und den Reichstag mit dem Ministerium stürzen wolle. Das Ministerium hat nicht abgedankt und erträgt mit Gleichmuth das Mißtrauensvotum, welches die Majorität des Wiener souveränen Volkes über es auszusprechen, für gut gefunden hat! — Das Journal des österreichischen Lloyd übersiedelt wie Sie wissen,

nach Wien. Die „freisinnigen Blätter" Wiens fürchten dieses Organ Stadions; ich fürchte es nicht, aber bedauere, daß Teleſt ſein einziges deutſches Journal verliert und die italieniſche Zunge von Tag zu Tag die deutſche überwältigt. — Koſſuth wurde vom ungar. Reichstage aufgefordert, die Präſidentſchaft des neuen Miniſteriums zu übernehmen. Als er im Reichstage ſich einverſtanden erklärte, erhob ſich Bathyani mit der Anzeige, daß er vom Palatin die Anzeige habe, ein Miniſterium zu bilden. Die Linke ziſchte, die Rechte ſchwieg, das Centrum lächelte beifällig. Koſſuth trat ab. Das Wiener Miniſterium wird dieſes Ereigniß als einen politiſchen Sieg anſehen.

Wien, 13. Sept. Der H. B. wird geſchrieben: Durch einen Kurier aus Peſt erhalten wir die Nachricht von der Abdankung des ungar. Miniſteriums. Nur Koſſuth und Szemere haben ihre Stellen beibehalten. Erſterer iſt mit der Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt. — In Peſt und Ofen herrſcht Ruhe.

Preußen. **Berlin**, 15. Sept. Die Neue Berliner Zeitung enthält von hier folgende Nachrichten: He. v. Beckerath hat ſich erſt heute Morgen ohne den Hrn. v. Auerswald nach Potsdam zum Könige begeben. He. v. Beckerath iſt hier nicht ohne ernſte Beſorgniſſe angekommen. Allein er hat die Lage der Dinge hier auf eine Weiſe aufgefaßt, daß es für ihn möglich ſein wird, ein Miniſterium zu übernehmen und die vorhandenen Schwierigkeiten zu löſen. Dem Vernehmen nach wird er das Präſidium des Miniſteriums ohne Portefeuille übernehmen. Man vernimmt, daß Beckerath ein Miniſterium aus den verſchiedenen Parteien der Nationalverſammlung zu bilden wünſcht, in welches auch Waldeck einzutreten aufgefordert werden wird. Auf den Geiſt, in welchem Beckerath ſeine Aufgabe auffaßt, kann man aus einer Aeußerung deſſelben ſchließen. Er bemerkte: Das neue Miniſterium muß der Kammer immer um einen Schritt voraus ſein. Möge ſein Handeln ſo kräftig ſein wie ſein Wort! Im Laufe des Tages iſt auch Hr. Pinder, Oberpräſident von Schleſien, hier eingetroffen. Hr. Meviſſen's Ankunft iſt bereits vor einigen Tagen gemeldet. Der Generallieutenant v. Wrangel war geſtern in Sansſouci und zur königl. Tafel mit gezogen; er wird als der künftige Kriegsminiſter bezeichnet. Der Prinz und die Prinzeſſin von Preußen werden in Berlin erwartet; man richtet bereits ihr Palais zu ihrer Aufnahme ein. Hr. v. Raumer hat, unzufrieden mit den Frankfurter Beſchlüſſen wegen des Waffenſtillſtandes, ſein Amt als Reichsgeſandter niedergelegt und wird Paris verlaſſen, ſobald ſein Nachfolger ernannt iſt. (ſ. dagegen unter Paris.)

Berlin. Am 15. Vormittags traf der General **Wrangel**, der ſich ſchon Tags zuvor in Potsdam befunden hatte, hier ein und ſtieg im Hotel du Nord ab. Das neunte Regiment, welches zu dem Kommando des Generals in Stettin gehörte, begab ſich zur Begrüßung des Feldherrn in Parade unter die Linden, ſtellte ſich in Front auf und marſchirte nachher in Sektionen vorbei. Der General begrüßte es durch eine kräftige Anſprache. (Voſſ. Z.)

Auch in **Naumburg** hat in den Tagen vom 10—13. Sept. ein Schützenfeſt zu Exceſſen, Abreißen der preußiſchen Fahne, Katzenmuſiken, Befreiung der polizeilich Verhafteten u. dergl. geführt. Am 13. rückten zwei Kompagnien Infanterie von Erfurt ein. Eine Unterſuchung über die Vorgänge iſt eingeleitet.

Leobſchütz, 12. Septbr. Vormittags. Die Od. Z. enthält folgende, ohne Zweifel ſehr übertriebene Nachricht: So eben kommt uns die Nachricht zu, daß im Ratiborer Kreiſe und zwar zunächſt in Beneſchau ein furchtbarer Aufſtand ausgebrochen iſt. Die Rebellen ſind binnen Kurzem zu der Zahl von mehreren Tauſenden angewachſen und haben die aus Ratibar zu ihrer Bekämpfung requirirten Ulanen bis Biakowitz zurückgedrängt und eine Menge derſelben gefährlich verwundet. Die Wuth dieſer mit Gewehren, Senſen, Heugabeln und Piken bewaffneten Rotten ſoll keine Grenzen kennen. Einem Gensd'armen iſt von ihnen das Pferd unter dem Leibe erſchoſſen worden, und nur durch die ſchleunigſte Flucht hat er ſich den furchtbarſten Mißhandlungen entziehen können. Die Gemeinden Kraſowitz, Kucheina, Bojanow, Woinowitz, Leecatow und Janowitz haben ſich, glaubhaften Nachrichten zufolge, dem Aufſtande bereits angeſchloſſen. Der Anführer der ganzen Bande ſoll ein Bauerſohn aus Piltſch ſein.

Saalfeld, 12. Sept. Ihre Zeitung, welche ihrer Stellung und Tendenz nach zumeiſt mächtigeren und bedeutungsvolleren Gegenſtänden der höheren Politik ihren Blick zuwendet, hat ſchwerlich Raum genug übrig, jene jetzt ſo zahlreichen Fälle von Selbſthilfe, von Ausbrüchen jenes immer weiter um ſich greifenden anarchiſchen Geiſtes, der die Freiheit nur unter der Form oder vielmehr Unform der Zügelloſigkeit begreift und an Stelle der Geſetze das eigene individuelle Belieben ſetzt, ſämmtlich zu regiſtriren; vielleicht gönnen Sie aber folgender kurzen Erzählung einen kleinen Raum, weil aus ihr hervorgeht, daß das ſouveräne, in dieſem Falle bäuerliche Volk zur Begehung ſeiner ſelbſtherrlichen Handlungen förmliche Bünde ſchließt. Ohnehin iſt es luſtig, zu hören, daß bei uns das ſouveräne Landvolk den Förſtern nicht mehr geſtattet, auf die Jagd zu gehen, ſondern es vorzieht, das Jagdrecht im ſouveränſten Sinne ſelbſt zu üben. Sie hatten die Bauern in voriger Woche bei Wellenborn zwei Förſtern die Gewehre gewaltſam abgenommen, zwei derſelben wurden eingezogen und zur Unterſuchungshaft hierher gebracht. Sofort aber ſchloſſen 42 Dorfſchaften ein Schutz- und Trutzbündniß, um in dieſer Sache gemeinſchaftlich zu Gunſten der Verhafteten zu handeln und durch Deputationen und „Sturmpetitionen" das Kreisgericht zur Freilaſſung der Verhafteten zu bewegen. Als man damit Nichts anrichtete, drangen die Bauern in Maſſe in die Stadt und gegen die Frohnveſte, zerſchlugen die Thüren, befreiten die Gefangenen und führten ſie nun im Triumph, unter Freudengelärm und Geſange, durch die Stadt. Um das unterhaltende Schauſpiel nicht zu ſtören, unterließ es die Bürgerwehr, unter die Waffen zu treten; einige Bürgerwehrmänner fallen ſogar den ſtürmenden Bauern wacker mitgeholfen haben. Uebrigens treibt ſich ein hier wohlbekanntes Landeskind und ehemaliger Hecker'ſcher Freiſchärler, der, wie ich höre, ſtets bei guter Kaſſe ſein ſoll, ſeit längerer Zeit im thüringer Walde umher und verkündet, wie es heißt, mit beredter Zunge und in bibelnder Sprache den leichtgläubigen Leuten die neue goldne Zeit, wo Keiner mehr befiehlt und Keiner mehr gehorcht, Keiner mehr Arbeit gibt noch Arbeit nimmt, wo Regierung, Beamte, Geiſtliche, Paltzei und Soldaten abgeſchafft ſind, wo Jeder nur noch nach Vergnügen arbeitet und im Uebrigen von dem lebt, was ihm von der allgemeinen Gütervertheilung anheimgefallen iſt. Ob dieſer Freiheitsapoſtel viele Gläubige findet, weiß ich nicht, aber das weiß ich, daß unter den beſitzenden und intelligenten Bürgern die Sympathien für die Republik immer mehr erlöſchen, während freilich auch Niemand nach dem abſoluten Regimente zurück verlangt.

Mecklenburg. **Schwerin**, 13. Sept. Eine Proklamation des Großherzogs vom geſtrigen Tage verkündet, daß die Miniſter v. Lewetzow und v. Oertzen auf ihr Anſuchen ihre Entlaſſung erhalten haben, jedoch unter der Bedingung, ihre Geſchäfte bis zur definitiven Konſtituirung des Miniſteriums fortzuführen. Zugleich ſind mit Bearbeitung des Entwurfes der neuen Verfaſſung der Geheimerath Präſident Löwe, Stever auf Wuſtrow, Dr. Kippe und Landſyndikus Geoth aus Roſtock beauftragt worden. (B.-H.)

Schleswig. † **Rensburg**, 14. Sept. Die proviſoriſche Regierung hat unterm 12. nachſtehende Proklamation erlaſſen: „Soldaten! Ihr ſeid beim Beginne des Kampfes freudig dem Rufe des Vaterlandes gefolgt, gering an Zahl, ſchlecht ausgerüſtet und kaum mit Führern verſehen, ſtelltet Ihr Euch dem Feinde entgegen. Bald ſandte Deutſchland uns ſeine tapfern Krieger zu Hilfe und von ihnen geführt und unterſtützt, habt Ihr den Feind über die Grenzen des Landes zurückgetrieben. Die Herzogthümer Schleswig-Holſtein ſagen Euch, ſagen allen tapfern deutſchen Waffenbrüdern ihren Dank. Jetzt ſind die Kampfgenoſſen zum größten Theile in ihre Heimath zurückgekehrt, und auf Euch allein mit wenigen Kampfgenoſſen beruht die Sicherheit des Landes. Aber Ihr ſeid gewachſen an Zahl und Kriegskunde, ſeid wohl gerüſtet und mit tüchtigen Führern verſehen. Das Vaterland kann Euch vertrauen, und vertraut Ihr Euren Führern, Ihr werdet ſie auf dem Wege des Ruhms und der Ehre freudig vorangehen ſehen. — Der Prinz Friedrich von Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Auguſtenburg hat ſich veranlaßt geſehen, das Kommando über die ſchleswig-holſteiniſchen Truppen niederzulegen. Die proviſoriſche Regierung hat ſeine Entlaſſung angenommen, und an ſeiner Statt den Oberſten Grafen von Baudiſſin mit dem Kommando interimiſtiſch betraut. Der Bundesbefehl über die Truppen iſt dem königl. preuß. Generalmajor von Bonin übertragen, Soldaten, Ihr kennt dieſe Führer, zeigt Euch derſelben würdig!" — Unſere Geehrten-Schalen gehen neuen Reformen entgegen, ſie werden ihren alten Standpunkt verlaſſen und ſich den Forderungen der Neuzeit anſchließen. Erleichtert wird es werden durch den Tod des Univerſitäts-Kurators Jenſen in Kiel, welcher der Neuzeit bisher ſo viel wie möglich entgegenſtand.

† **Hamburg**, 14. September. Statt den Prozeß gegen unſere 4 Volkstribunen niederzuſchlagen, hat der Senat geſtern erkannt, daß der Prozeß fortgeführet werden ſolle, nicht deßhalb, weil Gallois, Marr, Löwe und Teittau eine konſtituirende Verſammlung wollten, ſondern weil ſie ſie durch ungeſetzliche Mittel zu erringen geſucht hätten. Die oben genannten 4 Männer haben ſich nun wiederum zur Haft geſtellt, und heute Abend wird dieſerhalb ein ernſter Kampf im Bürgerverein beginnen, der nur deßhalb zuſammengerufen iſt, weil einer

Digitized by Google

der Verhafteten, Dr. Gallois, sein Präsident ist. Für die Ruhe des heutigen Abends stehen wir auf keine Weise, wenn die Verhaftung wirklich eingetreten ist. — In Folge der letzten Unruhen ist, was lange in Deutschland nicht vorgekommen, eine Kompagnie unserer Bürgergarde aufgelöst worden, weil sie sich gegen die Polizei, Nachtwächter und andere Kompagnien der Bürgergarde aufgelehnt hat. — Die Cholera macht rasche Fortschritte, sie grassirt in allen Quartieren der Stadt, besonders in den engen, stark bevölkerten, und sie fordert viele Opfer, ohne daß amtlich eine Anzeige von ihrer Anwesenheit gemacht wird, um die eben begonnene Schifffahrt nicht zu stören. Schiffe, die eben im Hafen einlaufen, sind auch fast immer wieder in Ladung, so daß ein uns befreundetes Schiffspersonal gestern hier ankam und übermorgen schon wieder ausläuft.

H Frankfurt, 18. Sept. Vormittags 11½ Uhr. Eben rührt die Bürgerwehr die Trommel. Das Volk war im Begriff, auf dem Platze vor dem englischen Hofe das Pflaster aufzureißen. Es scheint von der Volksversammlung, die daselbst gehalten worden, ein Beschluß zum Kampfe gefaßt worden zu sein. Die Fahrgasse ist bereits mit Barrikaden vom Volke gesperrt. Die Läden sind in den meisten Straßen verschlossen, man sieht eine Menge männliche Bevölkerung überall gruppirt, welche Drohungen gegen die Preußen ausstößt, die Oesterreicher und die Hessen leben läßt. — Schon erzählt man sich von Bajonettstichen, die die Preußen vor der Paulskirche unberufener Weise geführt haben sollen. Am Ende der Zeil an der Koalblerwache, sagte mir ein Bürger, daß ein alter Mann erstochen, 2 verwundet seien. Man gruppirt sich und wird wüthend. Die Kompagnie Preußen in dem Wachthause steht unterm Gewehr, einige Trunkenbolde ziehen Hüte schwenkend und Hurrah rufend vorüber. — Die Friedbergerstraße ist voll Menschen. Es sind meist Arbeiter, Fuhrleute und Handwerker. Knaben laufen mit Säbeln und Flinten umher, hin und wieder ein Blusenmann mit einem Bajonette. Die Oesterreicher sollen leben! Hinaus mit den Stinkböcken! (den Preußen.) 1 Uhr. So eben baut man eine Doppelbarrikade, um die Schäfer- und Friedberger-Gasse zu sperren. 2 Frachtwagen schließen den Hauptraum; mit unbegreiflicher Geschwindigkeit häufen sich Leitern, Tonnen, Bretter, Thüren, welche aus allen Häusern herbeigeschleppt werden. Die Frauen helfen. Die Hessen und die Oesterreicher wollen wie gut bewirthet, rufen sie nach fordern gegen die Preußen auf. — Anhaltendes Hurrah an der Barrikade. — Turner erscheinen. Mann beginnt an dem Thore des Holzhändlers, in der Nähe des Eschenheimer Thores zu stürmen und verlangt Holzkloben, die dieser verweigert. Ein großer Frachtwagen wird nach dem neuen Thore zu einer Barrikade fortgeführt. Herr Metternich erscheint in der Bildelergasse an der Friedberger Barrikade, um zu inspiriren. Einzelne Bürgergardisten, die in einem Geiste mit der Menge zu handeln scheinen, theilen ihr Pulver mit den Handwerkern, welche meist gute Bajonettgewehre haben. Andere sind mit Eisenstangen und alten Spießen bewaffnet. — Die Häuser scheinen verproviantirt zu werden, und man schießt sie. Ich bin in diesem Augenblick abgesperrt, und da man nur auf und abgeht, auch die gut Bewaffneten meist sich entfernt haben, so scheint in diesem Stadttheil zunächst Nichts bevorzustehen, und ich kann einen Rückblick thun. — Die Bewegung ist eine vorbereitete. Es ist bereits ziemlich ruchbar, daß die äußerste Linke, von den Präsidenten der Klubs „gedrängt", einen „politischen Akt" beschlossen hat. Die „beschwichtigenden" Reden im deutschen Hause, welche Herr Binn und Herr Simon von Trier am 16. d. Abends gehalten haben, scheinen selbst an jenem Abend nur die Ungewitter im englischen Hofe und Westendhall zur Folge gehabt zu haben. Da jenen Rednern auch einzelne Abgeordnete der Centren zufällig als Zuhörer beiwohnten, so ist gestern Vormittag am 17. d. eine Versammlung zur Feststellung des Thatbestandes abgehalten worden, um eventuell die Sache vor die R.-Vers. zu bringen. Es scheint zu keinem Beschluß gekommen zu sein, denn heute hatte nur die Linke Interpellationen und dringliche Anträge. — Die Volksversammlung auf der Pfingstweide gestern, die von den fünf Frankfurter Vereinen ausging, aber besonders auch von Mainzern besucht war, ist mehr ihrer Absicht als ihres Erfolges wegen bedeutend gewesen, und wenn auch manche sehr verwegene Reden gehalten wurden, so schienen Thaten nicht die Folge werden zu sollen, denn die Annahme der Aufforderung aus „Leibern" Barrikaden zu machen, wurde ziemlich kühl aufgenommen; auch war bei Weitem mehr zuschauendes als theilnehmendes Publikum bei der Versammlung. — Als ich heut früh um 9 Uhr noch der Paulskirche ging, überraschte mich die Umgebung derselben. Ein österreichisches und ein preuß. Bataillon (38er) hatten die Kirche cernirt, man konnte nur einzeln passiren. Die Menge sammelte sich in den engen Zugangsstraßen und besonders in der nächsten Straße. Das Protokoll der letzten Sitzung hatte sehr viele Reklamationen nachträglich aufzunehmen, die von der Linken erhoben wurden. Es waren dies besonders auch Bemerkungen, die gegen den Präsidenten und sein Verhalten am 16. Sept. gerichtet waren. H. v. Gagern veranlaßte die Aufnahme mit Ruhe und ohne Weiteres; nur für sein Zurücklehnen vom Präsidentenstuhl am 16. September, in der zweiten Hälfte des Tages, fügte er ein Motiv hinzu, das nämlich, daß er selbst in der Sache habe sprechen wollen und nur verzichtet habe, als die Versammlung den Schluß der Debatte verlangte.

Die hervorragendsten Interpellationen der Linken (die Rechte verhielt sich ernst und schweigend) betrafen: 1) die Aufstellung der beiden fremden Bataillone. v. Schmerling verlas in Folge derselben ein Schreiben des Senats der freien Stadt Frankfurt, welcher dem Reichsministerium anzeigt (um 12 Uhr Nachts des 17.), daß er in Folge der Vorgänge am 16. Abends und den Beschlüssen der Volksversammlung am 17. Nachmittags 2 Bataillone der Mainzer Garnison zum Schutze der Nationalversammlung requirirt habe. Derselbe stellt nunmehr aber die hohe Reichsversammlung unter den unmittelbaren Schutz der Centralgewalt. v. Schmerling verkündet hierauf der Versammlung, daß das noch immer provisorisch fortbestehende Reichsministerium das Verfahren des Senats gebilligt und nunmehr weitere Maßregeln ergriffen habe; 2) wurde ein Antrag gestellt, die Nationalversammlung möge, in Erwägung, daß sie das Vertrauen der Majorität des Volkes nicht mehr besitze, beschließen, nur noch so lange fortzuarbeiten, bis durch die neu zu veranlassenden Urwahlen andere Volksvertreter berufen werden. — Die Dringlichkeit wird abgelehnt; 3) stellt Wesendonk den Antrag, die Versammlung möge dem unbestimmt lautenden, am 16. angenommenen Franke'schen Antrag eine authentische Interpellation geben, und zwar durch sofortige Berathung. Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Inzwischen hat sich das Gefecht in der Umgebung der Paulskirche gesteigert, man hört plötzlich eine Anzahl Leute die an das Innere der Kirche dringen und mit Stöcken an die Thür klopfen. Die Versammlung erhebt sich. Geschrei von den Tribunen: „Die Sitzung aufheben." Die Deputirten winken sich einander zu, man möge sich niederlassen, es geschieht. In der Diplomatenloge wird das Rouleau in die Höhe gezogen, da ertönt Blum's Stimme: „Hier ist keine Komödie!" Nieder mit dem Vorhang! rufen Andere von der Linken. Um 10¾ Uhr geht man zur Tagesordnung über „Berathung der Grundrechte." — Um diese Zeit fand ich die Zugänge zur Paulskirche gedrängt mit Menschen besetzt.

2¾ Uhr. „Die Kaapperer (Wildschützen) aus Bornheim kommen!" Hurrah! die Barrikade füllt sich mit circa 200 Menschen. Das Eckhaus der Bildeler- und Friedberger Straße wird in 2 Stockwerken mit Steinen gefüllt. — Ein Hesse kommt und wird mit Sack und Pack unter Jubel über die Barrikade gehoben und nach dem neuen Thore geleitet.

3¼ Uhr. Man hört den preußischen Sturmschritt trommeln (in der Bleichstraße), Pelotonfeuer-Salve; die ganze Barrikadebesatzung an der Friedberger Ecke läuft in der Richtung nach dem Neuthor fort. Einzelne Schüsse fallen von der alten Gasse her in die Barrikade. Ein getroffener Arbeiter kommt um die Ecke und stürzt an den Stufen eines Hauses nieder. Er wird fortgeschleppt. Noch 2 leicht Verwundete geleitet man vorüber. Die Barrikade ist leer. Einzelne Turner mit Büchsen stehen von ferne in der Bildelerstraße. — Es verbreitet sich die Nachricht, daß auf der Zeil 3 Preußen niedergeschossen worden. Auf der Altgasser Barrikade wurde ein Officier von einem „Knapperer" niedergeschossen, als er seinen Leuten voranging. Zwei Mann fielen nach ihm; man erzählt sich's mit Jubel unter meinem Fenster. Ein Bürger aber bemerkt: der ihn niederschoß, ist selbst keinen Schuß werth! Man hört immer noch einzelne Schüsse auf der Bleichstraße, die Preußen sollen in einem Gaelen sich befinden und aus einem gegenüberliegenden Hause beschossen werden. Auf der Hasengasse ist eine Barrikade von den Oesterreichern genommen, oder wie Andere sagen, denselben mit Jubel übergeben worden. Ja der Nachbarschaft, auf der Friedbergerstraße verbinden die Chirurgen die Verwundeten vom Civil. Außer den „Knapperern" aus Bornheim, bemerkte man auch 5 — 6 Frankfurter Bürgerwehrmänner in Uniform und einen Unterofficier der Bürgerwehr von Bornheim an der Barrikade.

4 Uhr. Tiefe Stille in der Ferne, man hört nur das Geplauder der Leute, die auf der Straße hin und her gehen; die sonderbarsten Gerüchte werden verbreitet. Fürst Lichnowski soll in seiner Officieruniform am Kampfe Theil genommen haben und erschossen worden sein. So eben hat man das neue Thor geschlossen, um den Bornheimer Freischützen den Zugang zur Stadt zu sperren. Preußen sollen das Thor besetzt halten. Noch immer fallen einzelne Schüsse.

4¾ Uhr. Die Hanauer kommen! heißt es so eben. — Ich

Digitized by Google

schiede und wünsche, einen ähnlichen Bericht mehr nachfolgen lassen zu dürfen. — Das Feuern wird in diesem Augenblicke heftiger und nähert sich — es sollen die Darmstädter Truppen sein. In den alten Gasse hält ein Bürgermann eine Rede. Die Hanauer sollen vor dem Thor auf die Preußen gestoßen sein und letztere umzingelt haben. — (Nach uns heute Morgen zugekommenen mündlichen Nachrichten sind die Soldaten an allen Orten Meister geblieben).

Frankfurt, 18. Sept. Nachdem sich gestern Abend bedenkliche Gerüchte verbreitet hatten, daß es heute auf eine ernste Demonstration gegen die Nationalversammlung in der Paulskirche abgesehen sei, kamen in verflossener Nacht mittelst der Taunus-Eisenbahn circa 2000 Mann österr. und preuß. Reichstruppen dahier an und besetzten heute Morgen den Paulsplatz und die umliegenden Räume. — Die gestern auf der Pfingstweide stattgehabte Volksversammlung, zu welcher starke Zuzüge aus den umliegenden Duerfschaften, aus Hanau, Offenbach und Mainz, ꝛc., besonders Turner, herbeiströmten, war etwa 4—5000 Menschen stark. Dr. Reinganum, Dr. Zitz, Bruns aus Holstein, Wagner aus Offenbach u. A. traten dort als Redner auf. — Es wurde von der Versammlung der Beschluß gefaßt, daß die Mitglieder der Majorität der Nationalversammlung wegen des Beschlusses vom 16. September in Betreff des Waffenstillstandes als Verräther am deutschen Volke betrachtet werden sollten; daß ferner dieser Beschluß in ganz Deutschland bekannt gemacht und in der heutigen Sitzung der National-Versammlung durch eine Deputation derselben mitgetheilt werden solle. Die Aufregung unter einem Theile des Volkes war den ganzen Abend nicht gering, besonders vor dem „Deutschen Hofe", dem Zusammenkunftsorte der Mitglieder der äußersten Linken in der Nationalversammlung. (Fr. J.)

Schweiz.

Bern, 15. Sept. Es ist für Deutschland äußerst wichtig, daß die Vertreter der jungen Centralgewalt im Auslande mit Takt auftreten und im Geiste der demokratischen Bewegung wirken, von welcher Deutschland ergriffen worden ist. Es dürfte Ihnen für Ihre Leser nicht ohne Interesse sein, etwas Näheres von den Aeußerungen zu erfahren, welche Herr Raveaux bei Ueberreichung seiner Kreditive gethan hat. Nachdem er in seiner Rede den geschichtlichen Hergang von der Ernennung des Reichsverwesers mitgetheilt und die ihm zukommenden Rechte entwickelt hatte, fuhr er fort: Er hoffe, das Freundschaftsbündniß zwischen der Schweiz und Deutschland werde sich immer freundschaftlicher gestalten, um so mehr, als beide Völker in der jüngsten Zeit in den politischen Gesinnungen unverkennbar sympathisirten. Deutschland befolge die Politik des Friedens und lege ein besonderes Gewicht auf das gute Einvernehmen mit dem stammverwandten Volke der Schweizer. Er (der Gesandte) sei fest überzeugt, daß das Freundschaftsband zwischen beiden Völkern sie immer enger und fester umschlingen würde. Er wies daraof hin, wie sooft die Regierungen der Einzelstaaten in ihrem Interesse den h. Vorort mit Gesandten beschickt, während den nun an die deutsche Nation in ihrer Gesammtheit vertreten sei. Deutschland werde es sich angelegen sein lassen, dahin zu wirken, auch in handelspolitischer Beziehung das Interesse beider Länder in Einklang zu bringen, um den Weg anzubahnen, welcher zur Belebung des Verkehrs nöthig sei. Er werde seinerseits daeauf hin arbeiten, diesen Verkehr ins Leben zu rufen, weil er die Ueberzeugung habe, daß das handelspolitische Interesse zweier Völker dieselben mehr annähert oder entfremdet, als jedes andere. Hierun schloß der Gesandte noch einige Worte, worin er die Gesinnung des deutschen Reichsverwesers für die Schweiz aussprach, wie derselbe sich mit Wärme der Männer erinnere, mit welchen er in früheren Jaheru in freundschaftliche Beziehung getreten — wie er ihm beim Abschiede gesagt: „Grüßen Sie mir die wackern Männer alle, alle, es sind gute, brave Menschen, Sie werden es finden!" Am Schlusse der zuletzt konfidentiellen Unterhaltung sagte Raveaux: „Deutschland habe in unsern Tagen schon große Stürme durchmachen müssen, allein noch ganz andere stünden ihm bevor, denn die einzelnen Dynastien wollten noch immer nicht weichen, zumal die größeren; kleinere dagegen wohl, und etliche hätten wirklich schon dahin sich ausgesprochen, daß sie verschmolzen zu werden wünschten, was dann Mediatisirung zur Folge haben würde. Bezüglich der Bundesreaktion pries Raveaux die Schweiz sehr glücklich, sie nämlich sei fertig, während man in Frankfurt kaum recht angefangen."

Großbritannien.

London, 15. Sept. Die englischen Blätter fahren in ihrer Kritik der beschlossenen Parlamentssession von Zeit zu Zeit auch jetzt noch fort. Die meisten Urtheile lauten für das Parlament ungünstig. Es ist allerdings wahr, daß wenig oder gar keine große und durchgreifende Maßregeln, solche, welche nicht bloß für das eigene Land, sondern auch für die Menschheit, für das Völkerleben, für die Gestaltung im Allgemeinen von Bedeutung sind, in der letzten, noch dazu sehr langen Parlamentssession beschlossen wurden. Auch muß man sagen, daß England, das Vaterland der großartigsten und unmittelbarsten Praxis, allerdings nicht die eigentliche Initiative auf religiösem und sozialem Gebiete übernommen hat; diese ist vielmehr dem französischen und dem deutschen Volke zugefallen. Aber es gibt eine Menge praktischer Maßregeln, die mit dem materiellen Interesse auch das geistige und sittliche Leben der Völker fördern, legislative Reformen, die den friedlichen Fortschritt aufs Tiefste und Innigste berühren und in England, weil sie zugleich praktisch sind, vorzugsweise in Ansehen stehen. An solchen Maßregeln und Reformen hat es diesmal gefehlt. Die Gründe dazu haben wir schon oft angeführt, sie beruhen namentlich in der Zersetzung der Parteien, in der dadurch bedingten schwankenden Majorität wie Minorität, in der unsichern Stellung des Minist., das, um nur möglich zu sein — und ein anderes wäre für den Augenblick unmöglich — nach allen Seiten hin schonend zu verfahren genöthigt ist, das außerdem wie ängstlicher Scheu, Parteilichkeit und Vorliebe nur innerhalb der Schranken der von den Whigs aus der Taufe gehobenen Reformakte vorzugehen wagt. Die äußerste Linke, zum Theil bloß kaufmännische Rechenmeister, zum Theil Humanisten und Kosmopoliten und zum Theil Kryptorepublikaner, welche aber nicht unter dem offenen Banner der Republik kämpfen und die Monarchie tolerirem und ohne Zweifel noch lange tolerirem werden, bilden eine zu schwache Fraktion im Parlament, um in eigentlichen Lebensfragen entscheidend aufzutreten, es genügt ihnen höchstens, sie zur Diskussion zu bringen; ihr Anhang ist aber doch in den Manufakturdistrikten zu groß, als daß die torystische Opposition, vorzüglich aus dem Landadel bestehend, ernstlich daran denken dürfte, die Existenz des Ministeriums zu gefährden und selbst die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Ein Mitglied offenen republikanischen Bekenntnisses zählt das Parlament nur eines, den Chartisten O'Connor, dem Hr. Osborne, selbst ein Radikaler, vielleicht zu viel Bedeutung beilegte, wenn er ihn den einzigen „rothen" Republikaner im Hause nannte. Es ist übrigens bezeichnend, daß, je tumultuarischer es auf dem Festlande herging, je mehr Anhang die lärmhaften, aber feigen Chartisten trieben, je blutiger die Revolution in Irland — mitunter nur in Reden und Proklamationen — sich gestaltete, auch das Parlament eine nur um so konservativere Haltung annahm. Große Maßregeln, wenn man hierzu nicht etwa die Ermächtigung zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom rechnen will, haben die Minister nicht durchgesetzt, sie haben nicht einmal vermocht, den Schützling Russells, Bacon Rathschild, ins Unterhaus zu bringen, weil das durch seine träge Negation und Ruhe imponirende Oberhaus sein Veto einlegte, in der Furcht, daß wohl gar einmal ein jüdischer Pair neben einem christlichen zu sitzen kommen könnte; die Minister haben ferner die Bill zur Abschaffung der Schiffahrtsgesetze, die zur Verhütung gewisser Wahlbestechungen u. A. bis zur nächsten Session verschoben, an vielen andern aber, wie z. B. an der westindischen, sich mancherlei Aenderungsvorschläge gefallen lassen müssen. Aber auch die Mitglieder des Unterhauses, welche mit Anträgen und Gesetzesvorschlägen die Initiative ergriffen, hatten kein recktes Glück. Auf Herrn Berkeleys Antrag sprach sich zwar ein dünnbesetztes Haus, entgegen dem Wunsche Russells — die Frage war übrigens eine offene — für geheimes Wahlverfahren aus, stutt aber sofort einen Antrag zu motiviren, dahin zielend, daß der Beschluß zum Gesetz erhoben würde, erklärte Hr. Berkeley, zur Ueberraschung Vieler, damit bis zur nächsten Session warten zu wollen. Dagegen hat das gegenwärtige Parlament das große Verdienst, daß es sich in dieser wildbewegten Zeit nicht aus seiner gewohnten Ruhe bringen, nicht zu übereilten Beschlüssen hinreißen ließ, daß es wesentlich dazu mitwirkte, die auch im Innern des Landes und namentlich in Irland bedrohte Ruhe aufrecht zu halten, ohne doch, wie die französische Nationalversammlung, tödtliche Schläge gegen die Freiheiten und Rechte des Landes zu führen, daß es seine Vollmachten nicht überschritt, aber auch seiner Stellung zu Krone und Ministerium Nichts vergab, daß es sich somit als eine echte Marke und Festung des Konstitutionalismus benommen und erprobt hat. Außerdem ist, wie sich wohl von selbst versteht, im Verlaufe dieser Parlamentssession manches praktische und namentlich den Völkern des Festlandes zur Beachtung zu empfehlende Wort gesprochen, ferner eine große Zahl, wenn im Allgemeinen auch nicht sehr wichtiger, doch immerhin nützlicher Vorschläge zu Gesetzen erhoben worden. Wenn endlich die Mitglieder des Parlaments auch nicht immer den Willen des Landes thun, so kosten sie ihm auch Nichts,

Digitized by Google

indem sie aus dem eigenen Beutel zehren, und es ist in der That eine noch ungelöste Frage, ob, was eine besoldete gesetzgebende Versammlung an Taggeldern gewinnt, ihr vielleicht nicht an Selbständigkeit, Würde und sittlicher Größe verloren geht. (Schluß folgt.)

Nachrichten aus Irland, die weiter reichen als die in der heutigen Beilage mitgetheilten, stellen die „große Insurrektion im Süden" als eine bloße Bauernemeute, als einen mißrathenen Putsch dar. Im Parteiinteresse werden solche Vorfälle, in Irland wie bei uns in Deutschland, ins Ungeheure vergrößert. „Wenn man diese Gerüchte", sagt der Standard, „auf ihre nackte Wahrheit zurückführen wollte, so hätte man einige Hunderte, statt 8000 Bewaffnete, welche, ohne einen Führer, ohne einen bestimmt ausgesprochenen Zweck und ohne Uebereinstimmung in den Bewegungen aus den Bergen hervorkamen, in einzelnen Rotten hin- und hermarschiren, die Postkutsche eine Stunde lang anhielten, die Brücke von Brannah zu zerstören suchten oder doch wenigstens die Geländer theilweise niederrissen, Feuer an eine Polizeistation legten, welche so eben von den paar Polizeiwächtern verlassen worden, eine zweite Station angriffen, aber mit dem Verluste von zwei Todten und vier Verwundeten in die Flucht geschlagen wurden, womit die Insurrektion zu Ende war." Uebrigens ist durch einen Armeebefehl die Bildung eines sechsten Militärbezirks in Irland angeordnet worden, welches Kilkenny, Waterford und Clonmel nebst umliegenden Orten umfaßt. Dieser Distrikt ist unter Befehl des Generals Macdonald gestellt, dessen Hauptquartier sich zu Kilkenny befindet. Inzwischen hat eine große Deputation, an deren Spitze die Marquis von Downshire und Westmeath, dem Lordlieutenant eine Petition gegen Trennung Irlands von England überreicht, welche von 80,000 Personen unterschrieben ist.

Man hat in England Nachrichten über einen Negeraufstand auf Jamaika, nähere Angaben fehlen noch. — Gegen die irischen Umtriebe in Kanada hatte endlich die Reg. Maßregeln getroffen, und namentlich alle Volksvers. verboten; doch war man wegen Unterkanadas nicht ohne Besorgniß, weniger wohl vor den Irländern, die man als gewaltige Renommisten kennt (obschon bereits seit Monaten im irischen Viertel von Montreal zahllose Piken geschmiedet wurden), als vor der energischeren französischen Bevölkerung, der Partei Papineau's. Seitdem der auch von uns erwähnte und von nordamerikanischen Blättern verbreitete Puff von einer großen Siegesschlacht der irischen Insurgenten über den General Macdonald als eine tolle Münchhausenlade erkannt worden ist, fallen die Sammlungen der amerikanischen „Sympathisers" für die irische Revolution ziemlich dürftig aus. O'Brien und seine Partei werden jetzt in amerikanischen Zeitungen von ihren Landsleuten offen der Feigheit beschuldigt.

Im Morning Chronicle befindet sich wieder ein Brief des Berliner Korrespondenten, mit dem Datum vom 9. Sept., worin dem Könige von Preußen gerathen wird, dem Volke seinen Willen zu thun und diejenigen aus der Nationalversammlung zu Ministern zu machen, welche das Volk zu seinen Ministern wünsche. Der Korrespondent geht von der richtigen Ansicht aus, daß erst dann, wenn die Koryphäen der Linken als Minister ausgebraucht und als unhaltbar befunden worden, wenn das Volk selbst einsehe, daß seine Günstlinge und mit ihnen die Republik unmöglich seien, eine starke Regierung in Preußen wieder möglich und die verfassungsmäßige Monarchie wieder geachtet sein würde. Die Pille sei zwar bitter, aber sie müsse hinuntergeschluckt werden. Von den Provinzen, die sich nicht mit bloßen aufgeputzten Deklamationen von der Linken abspeisen lassen wollten, müsse das Heil erwartet werden, nicht von den „betrunkenen Berlinern und Breslauern, den preußischen Marseillern." (In welch düsterem Lichte das Morning Chronicle die Zustände Preußens unter seinem ersten konstitutionellen Könige erblickt, davon eine Probe in der heutigen Beilage.)

Frankreich.

Paris, 16. Sept. Die Nationalversammlung hat gestern die vier ersten Artikel der Verfassung votirt; über den fünften Artikel (Abschaffung der Todesstrafe für politische Vergehen) gab ein Amendement Coquerel's, welcher unbedingte Abschaffung verlangte, Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Die Kommission wollte verständiger Weise die Frage bis zur Revision der Gesetzbücher vertagt sehen, die Versammlung beschloß, um keinen übereilten Beschluß zu erhalten, die Verhandlung, wenn es möglich ist, wenigstens bis Montag zu verschieben.

In den Provinzen ist die Ruhe keineswegs gesichert, in einer Menge von Departements tritt die Reaktion gegen die Republik unverhohlen hervor. Namentlich regen sich im Westen und Süden alle girondistische Erinnerungen; der Gedanke des Föderalismus ist dort noch keineswegs ausgestorben und wird um so mehr Anhänger gewinnen, je maßloser und unerträglicher die Centralisation es bis zur Spitze treiben wird. General Cavaignac hat beschlossen, eine Anzahl von Repräsentanten, als außerordentliche Kommissäre in diese Departements zu senden, um durch Schritte der Versöhnung jede mögliche Zwistigkeit im Keime zu ersticken. Zu diesem Zwecke fand gestern bereits eine Versammlung der hiezu bestimmten Repräsentanten bei dem General Statt, der ihnen ihre Instruktionen gab. Diese Kommissäre haben zugleich den Auftrag die Regierung von dem Zustande der Verwaltung, der öffentlichen Meinung und von allem sonst Bemerkenswerthen in diesen Departements in vollständige Kenntniß zu setzen.

Gestern endlich ist Hr. v. Raumer, der Gesandte der deutschen Reichsgewalt, vom General Cavaignac empfangen worden. Der Moniteur zeigt dies in den Worten an: He. Friedrich von Raumer hat heute dem General Cavaignac einen Brief des Erzherzogs Johann von Oesterreich übergeben, durch den Se. k. k. Hoheit der Regierung der französischen Republik anzeigt, daß die Versammlung zu Frankfurt die Central- und Bundesgewalt Deutschlands in seine Hände gelegt hat (que la diète de Francfort a déposé entre ses mains le pouvoir central et fédératif de l'Allemagne). Man bemerke den zweideutigen Ausdruck diète, der zur Noth die Nationalversammlung, im Grunde aber den Bundestag bedeutet. In der That faßt eine unserer Korrespondenzen das Wort diète im Sinne „Bundestag" und ist entzückt über diese diplomatische Auskunft, welche die Worte „Reich" und „Reichsverweser" vermeiden und dafür die frühere legale Behörde, den Bundestag, als Schöpfer der Centralgewalt substituirt habe. Arme Frankfurter Linke! Wenn das wäre, so wäre ja „die Leiche" neu belebt, und zwar von der französischen Republik! Arme französische Republik! deren kluge Lenker aus lauter diplomatischen Etikette zu einer ungeheuren Lüge ihre Zuflucht nehmen müssen, zu einer Lüge, deren sich der legitimste Hof alten Schlags nicht zu schämen brauchte! Und welch herrlicher neuer Beweis von der unendlichen Achtung und Liebe, womit das wiedergeborne Frankreich dem wiedergebornen Deutschland entgegenkommt?! — Freilich glauben wir sehr gern, daß die Staatsmänner in Paris lieber mit dem seligen Bundestag in Verhandlung träten, als mit einer festen und ehrenhaften Centralgewalt; es müßte denn gerade sein, daß die letztere in der auswärtigen Politik lediglich in die Fußstapfen des Bundestags träte.

Ungarn.

Pesth, 12. Sept. Das Ministerium hat seine Entlassung gegeben, weil es in dem jetzigen Augenblick dringend sei, daß es aus homogenen Bestandtheilen zusammengesetzt würde. Der Palatin erklärte durch ein Schreiben an die Kammer, daß er selber während des Interims die Regierung übernehme. Die Kammer lehnte dieses Schreiben einstimmig als inkonstitutionell ab und schickte eine Deputation an den Palatin, welche ihm den ebenfalls einstimmigen Wunsch der Kammer überbrachte, Kossuth möchte als Konseilspräsident mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt werden. Dies geschah. Der neue Premier ließ sogleich die HH. Riacy und Pazmandy zu sich kommen, und wird vor Ablauf von 24 Stunden sein Ministerium zu Stande gebracht haben. Man wird fortwährend Alles im Namen Sr. Maj. des Kaisers vornehmen, ohne jedoch, der Dringlichkeit der Entscheidung wegen, die kaiserliche Sanktion der Maßregeln abzuwarten. So ist der augenblickliche Vollzug des vom Kaiser noch nicht genehmigten neuen Rekrutirungs- und Finanzgesetzes verordnet, und die Emission einer bedeutenden Quantität von Fünfguldennoten beschlossen worden. Die Wiener Ztg. vom 11. Sept sagt: am 9. sei der Bann an drei Punkten über die Drave in Ungarn eingerückt. „Nach Berichten aus Oedenburg von gestern hat die dortige Bevölkerung den ungarischen Behörden jede Rekrutirung verweigert, im Komitatshaus Verwüstungen angerichtet und laut erklärt, sie werde sich für Kossuth nicht abschlachten lassen."

Nachschrift. Nach neueren Briefen ist Kossuth zurückgetreten und Bathiany mit Bildung eines Ministeriums beauftragt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Eine neue Revolution.

†† Wien, am 12. Sept. Die Alarmtrommel wirbelt in den Gassen des ruhelosen Wien; Nationalgarden, die akademische Legion und auch Militär hält die Plätze vor dem Ministerium des Innern, des Kriegs und vor dem Generalkommando besetzt. Sie werden sich erinnern, daß ich, trotz der allgemeinen Meinung, vor 14 Tagen behauptete, daß das Ministerium an der Robotfrage nicht sterben, sondern das schwache Leben noch einige Zeit hafriften werde. Jetzt ist seine Stunde gekommen. Die Ursache der Aufregung fällt auf das vor einer Woche las Leben getretene Leihinstitut des hiesigen Fortepiaomachers Swoboda. Er wollte den Bürgern Wiens eine Quelle eröffnen, um den durch die Zeitverhältnisse gedrückten, vom Betriebekapitale ganz entblößten Gewerbsstande durch aufgegebene Aktien einer durch keine Kapitale gesicherten Bank aufzuhelfen. So schön der Beweggrund ist, war es doch leichtsinnig, bloß auf das philaathropischer Gefühl der Begüterten zu bauen, weil diese Klasse das ausgegebene Papiergeld von 10 und 20 fl. Aktien der Bank an Zahlungs- oder Gl tes Statt annehmen sollte, ohne irgend eine Garantie, als das unsichere Projekt Swoboda's dafür zu haben, welcher den Bankfonds durch die 6prozentige Zinsrevenue und Ratenabschlagszahlungen auf das erhaltene Kapital gründen wollte. So kam es, daß dieses Leihinstitut eine bedeutende Zahl Noten ausgab, welchen wieder von Seite des Anleihers keine andere Sicherheit geboten war, als das Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Bürgers und dessen vom Hauseigenthümer bestätigter Ansässigkeit. Gestern, Nachmittags 5 Uhr, versammelte sich eine Volksmasse vor dem Hause Swoboda's, die Einzahlung der Aktien foedernd, deren Annahme als Geldzahlung allgemein verweiget worden ist. Als Swoboda dem Ansinnen nicht genügen konnte, ging die Volksmenge zum Gemeindeausschuß, welcher wegen der Erklärung, für das Swoboda'sche Institut nicht garantiren zu wollen, gesprengt wurde. Die Sicherheitswache rückte nun aus. Das Volk beruhigte sich spät Abends. Heute Morgen erschien ein Plakat des Ministeriums des Innern; es tadelte das Vergehen des Swoboda, versprach aber, die ausgegebenen Aktien theilweise wieder einzulösen, wenn sie noch in Händen des ursprünglichen Empfängers seien, und stellte selbst für das Institut eine Zukunft in Möglichkeit, wenn mit Mäßigung vorgegangen würde; drohte Tagegenhandlade mit Strenge zu ahnden. Dieses Plakat reizte das Volk, welches sich schon um 7 Uhr Morgens versammelt hatte, um dem Rufe des Plakates zu folgen, welches die Aktienempfänger zur Ausgleichung auf heute Morgen bestellt hatte. Das Volk forderte dringend die Ablösung, und als Minister Dobihoff zur Berathung des Gegenstandes erschien, wurde die Masse ungeduldiger, zuletzt ungestüm. Da schloß man die Thore des Ministeriums des Innern und die Alarmtrommel rief die Nationalgarden zu den Waffen. Ich eilte nun auf den Judenplatz, den Ort der Demonstration. Die Thore waren wieder geöffnet, eine Nationalgardeabtheilung hatte eben, vom Hurrah des Volkes — weil im Abzuge — begrüßt, das Ministerialgebäude verlassen. Alles drang jetzt ins Gebäude, dessen Zimmerthüren mit Gewalt gesprengt und nach Dobihoff und Swoboda gesucht wurde. Zwei Männer des Volkes sprachen in dem Ministerialsalon zu der aufgeregten Menge, ermahnend, auf dem Wege des Rechtes vorzugehen, sich eine Deputation aus der anwesenden akademischen Legionsabtheilung zu wählen, dieser zu vertrauen, denn ihr werden sich die Thüren öffnen, ohne daß sie erbrochen werden, und die Akademiker werden gewiß jene Verbrecher unter dem Schutze des Gesetzes der gesetzlichen Behandlung übergeben. Einer der Redner, ein Akademiker, verlangte die Zusammensetzung der Untersuchungsmänner aus Nationalgarden, Legionisten und Bürgern; stellte später aber vor, daß sie den Sturz des Ministeriums erreichen würden, die Durchsuchung also gar Nichts helfe. Das Volk ließ aber dennoch die zugeschlossenen Thore öffnen und verlief sich, als es Niemand fand. Das geschah zwischen 11 und 12 Uhr Mittags. Um 1 Uhr rückte Militär aus und besetzte den Judenplatz, den Hof, die Freiung. Gleich wurde die Einziehung des ausgerückten Militärs vom Kriegsm. gefordert, welcher sich entschuldigte, daß er nicht den Befehl zur Ausrückung des Militärs gegeben, sondern derselbe vom Minister des Innern ausgegangen sei. Die Deputation fand aber keinen Minister des Innern. Seit Vormittag ist er verschwunden. Die Truppe rückte jetzt um 3 Uhr ein. Nationalgarden stehen beim Ministeriegebäude, dessen Inneres die akademische Legion besetzt. Vormittags wurde die gestern in das Ministerialgeb. beorderte Nationalgardwache im Keller des Hauses verborgen gefunden und aus dem Gebäude gejagt. Der akademischen Legion gab das Volk ein Vertrauensvotum, indem es die Legionisten als Wache der gesprengten Säle zurückließ. Das Volk rührte keine Schriften an, respektirte die auf den Tischen liegenden Papiere. Trotz des Selbsthandelns des Volkes muß man sein ehrliches Achten des Eigenthumes achtend anerkennen. Franzosen, Italiener, Amerikaner hätten Alles zertrümmert, die Wiener sind zufrieden, durch die Säle des Ministers gehen zu dürfen und einen halben Tag die Parkete ungewöhnliche Fußtritte empfinden zu lassen. Um 6 Uhr Abends erwartet man neuerdings Zusammenrottungen vor dem Ministerium. Bis dahin wollen die Aktiendetheiligten Entscheidung erhalten, ob der Staat ihre Aktien einlöst. Minister Kraus hat den größten Fehler begangen, daß er bei Entstehung des Swoboda'schen Leihinstitutes nicht entschieden erklärt hat, ob der Staat das Institut garantire oder nicht. In jedem Falle würde der Gewerbsmann gewußt haben, was er von den Aktien erwarten darf. Es fälle die Last dieses Krawalls dem Finanzminister zu verantworten, welcher auch noch keine Vornahme traf, die Nationalbank national zu machen.

Von Ungarn sind noch keine Nachrichten eingelangt. Nach Abreise der Deputirten von Preßburg riefen Einige die Republik aus. Die Stadtbehörde ließ die unangenehmen Schreier einstecken. Ich kann Ihnen übrigens mittheilen, daß die ungarische Regierung jetzt das System des Jellachich annimmt und alle Verordnungen im Namen des Königs von Ungarn erlassen wird, ohne um weitere Sanktion des Königs zu fragen. In gestrigen Reichstage beantragte Rieger die slavische Sprache zur Reichssprache zu machen. Er drang damit nicht durch, aber erzielte dieses, daß von nun an alle Verhandlungen in der deutschen, slavischen, polnischen und italienischen Sprache gedruckt werden, auch nach jeder Verhandlung zehn Minuten zur Vollmetschung des Besprochenen gegeben sind. Auf heute war eine große schwarzgelbe Demonstration bestimmt, an welcher alle Reaktionäre Theil nehmen wollten, und mit einem Plakate dazu aufgelesen. Erzherzog Ludwig soll auch erwartet werden. — Die Kamarilla hat emsig ihre Stoffe bearbeitet und den Zeitpunkt ihres Losbrechens gut berechnet. Der Genius der Freiheit wachte und vereitelte mit dem heutigen Tumultr die Absicht der schändlichen Völkermörder. Der Abgeordnete der Nationalversammlung Julius Fröbel hielt letzten Sonntag einen Vortrag über die Centralisirung der demokratischen Vereine im Odeon, wohin die Demokraten Wiens die liberalen Vereine Wiens getaden und dem Balke den Zutritt auf die Gallerien gestattet hatten. Es waren bei 5000 Menschen versammelt, doch begnügten sich die Demokraten mit Reden, ohne Beschlüsse zu fassen. Nächsten Sonntag wird der Verein der Deutschen in Oesterreich eine ähnliche Volksversammlung ausschreiben, wobei die Sympathien für Ungarn ausgesprochen und eine Adresse an das Frankfurter Parlament ausgefertigt werden soll, welche die Verurtheilung der ungarisch-kroatischen Wirren der Centralgewalt anerkennen wird. Ein Protest wurde vom Vereine der Deutschen an das hiesige Ministerium erlassen wegen noch nicht vollzogener Wahlen für's Frankfurter Parlament aus den czechischen Provinzen Böhmens. Auch wird dieser Protest dem Frankfurter Parlament zur Kenntniß gebracht. Derselbe Verein erließ an die Deutschen von Ungarn eine Adresse, worin die lauteste Theilnahme an ihrem Schicksale ausgesprochen wird. Der Verlust der Weinbauer beträgt bei 1½ Millionen. Die ganze Weinlese ist verloren, welche durchschnittlich jährlich 250,000 Eimer Wein beträgt. Nach alle Mühlen sind angezündet. Flach über die Mordbrenner, welche die Fackel des Bürgerkrieges entzündet, genährt und mit teuflischer Schadenfreude in die friedlichen Häuser der Deutschen in Ungarn geschleudert haben! Diese Mordbrenner haben ihren Sitz im ältesten Hause Wiens. —

---

†† Wien, 13. Sept. Der 12. September verlief mit zwei großartigen Katzenmusiken, wovon die eine der Stadthauptmannschaft, die andere dem Tagblatte „Geißel" dargebracht wurde. Zertrümmerte Fenster klirrten zum Gepfeife der gerotteten Menschen, gekneipte Hunde und Katzen hatten obligate Stimmen dabei. Eine Katzenmusik von Wien gehört zu den großen Kompositionen einer Höllenphantasie; vielleicht verwendet in ruhigerer Zukunft ein Meyerbeer die infernale Musik der Schreckenszeit Wiens zu imposanten Fugen eines Tonwerkes. Die Besorgniß vor dem Einrücken der Arbeiter in die Stadt veranlaßte das Nationalgarde-Obeekommando zur Schließung der Stadtthore und Alles hinaus, Niemand hereinzulassen, welcher sich nicht über das Domicil in der Stadt ausweisen konnte. Die Straßen waren verödet, nur der Judenplatz und dessen nächste Umgebung überfüllt. Die Regierung hat die Interessen der Arbeiter und ärmeren Bürger durch unvorsichtige Verordnungen angegriffen; die Folgen

Digitized by Google

strafen die Unbedachtsamkeit der Minister. Die Arbeiter haben das Blutbad nicht vergessen, verhalten sich deßhalb ruhig; doch wehe, wenn sie sich dem Bürger wieder anschließen. Man erwartet heute eine Sturmpetition um Entlassung des Ministeriums. Das schwarzgelbe Plakat, welches zum Tragen der kaiserlichen Farben aufforderte, lud auch zu einem Aufzug nach Schönbrunn mit schwarzgelben Fahnen ein, um dem Kaiser zu huldigen. Ich fürchte, es kommt ein anderfarbiger Zug zu Stande. Zwei Manifeste des Jellachich erschienen gestern Abend an den Mauern Wiens angeheftet. Das eine als Aufruf an die Ungarn. Er verspricht darin, die Integrität der verschiedenen Nationen aufrecht zu erhalten, aber auch jene des Kaiserthums. Er verspricht, die Ungarn von dem Joche ihrer verrätherischen Rathgeber zu befreien und deßhalb als Bundesgenosse der Ungarn in Ungarn einzufallen! Das andere, ein Manifest an das österreichische Volk, worin er seine Treue dem konstitutionellen Kaiser und Könige versichert. Die Deputation des ungarischen Reichstages kam am 9. d. nach Pesth zurück. Ich kann aus dem Munde eines eben angekommenen Deutschen Folgendes mittheilen. Graf Szechenyi reiste von Pesth ab nach Waitzen, stieg, dort angekommen, schnell aus dem Wagen, eilte zu dem nach Pesth fahrenden Dampfschiffe und stürzte sich von der Brücke in die Donau. Ein Kahn fuhr ihm nach, die Schiffer zogen ihn heraus. Er wurde irrsinnig nach Oberdöbling bei Wien gebracht. Vor fünfzehn Monaten besaßte ich den unglücklichen Magnaten in Ungarn. Sein klarer Geist, seine großen technischen Entwürfe, des reichen Landes Wohl zu heben, seine Leutseligkeit, seine Vaterlandsliebe verdienten ein besseres Loos. Szechenyi kann falsch beurtheilt werden, aber Alle, welche ihn kannten, werden, sein Schicksal bedauernd, überzeugt sein, daß er kein Verräther seines Vaterlandes war. Das Ministerium Batthyany hat Ungarn abgedankt; die Kammern wählten als provisorische Regierung, Ministerium genannt, Kossuth als Premier- und Finanzminister, Szemere und Mezaros für das Innere und Krieg. Das Ministerium bietet Alles auf, um dem Strome der Kroaten einen Damm entgegenzustellen. Wir müssen neuerdings die Aufforderung an das neue Ministerium Deutschlands wiederholen, in dem unseligen Streite der Ungarn und Kroaten ein gebieterisches Halt zu befehlen und das Mitleramt im Gefühle seiner Würde und Macht zu übernehmen. Ungarn wird gewiß dankbar dem deutschen Reiche, dem billigen Ausspruch der Centralgewalt sich fügen. Der Rebell Jellachich möge es wagen, seine Raubhorden gegen deutsche Heere zu führen! Erzherzog Johann, der Reichsverweser, ist mehr als jeder sonst Gewählte zum Schutze Ungarns berufen.

†† **Wien**, 13. Sept. 3 Uhr Nachm. Das Militär wurde von einer Partei der Nationalgarde berufen, um den Burgplatz zu besetzen. Die Kürassiere halten das Burgthor besetzt. Die Nationalgarde ist gespalten, ein Theil hält's mit dem Volk, ein Theil mit der Regierung. Die akademische Legion verlangt die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses. Minister Dahlhoff veröffentlichte heute Morgen ein Plakat, welches fast das Standrecht proklamirte, es sollten nicht mehr als sechs Menschen beisammen stehen, aber den ganzen Vormittag war das Volk in großer Anzahl versammelt. Auf der Aula wollten sich alle Garden der Vorstadt sammeln — es unterblieb bis jetzt. Das Schotten- und Stubenviertel der Stadt ist liberal, das Kärnthner- und Wimmerviertel aber schwarzgelb. Die Vorstädte sind größtentheils Demokraten. Die Erbitterung über das Plakat und den Wankelmuth des Ministeriums ist fortwährend im Wachsen. Ein Preßprozeß folgt dem andern — ein Krawall dem andern, eine Katzenmusik der andern, bald ein Ministerium dem andern. Eine merkwürdige Zeitepoche, welche gleichzeitig die Ministerien in Frankfurt, Berlin, Wien und Pesth stürzt.

4 Uhr Nachm. Minister Dahlhoff ist nirgends zu finden. Ein Sicherheitsausschuß hat sich selbst proklamirt, indem Vertrauensmänner einen weißen Papierstreifen mit der Inschrift „Sicherheitsausschuß" auf dem Hute tragen. Alle Straßen sind mit müßigen Schlenderern und bewaffneten Nationalgarden gefüllt. Der Reichstag soll sich permanent erklärt haben. Es bleibt zur Vermeidung eines verhängnißvollen Ereignisses nur die Abdankung des ganzen Ministeriums übrig. Borrasch, Löhner, Paanasch sind Männer für das Ministerium des Äußeren, Inneren, Kriegs. (?) Heute werden wichtige Beschlüsse vom Vereine zur Wahrung der Volksrechte wegen der Eingriffe in die Volkssouveränität durch das Ministerium gefaßt werden. Der demokratische Verein tagt ebenfalls. Im Militär besteht eine wohlorganisirte Reaktion — Latour, Jellachich sind die Triebfedern.

Würtemberg. †† **Stuttgart**, 15. Sept. In wenig Tagen treten unsere Kammern zusammen. Es ist der ersten ein sehr überraschender Besuch zugedacht; wie von gut unterrichteter Seite versichert wird, will Prinz Paul von Würtemberg, des Königs Bruder, sich einstellen und seine hohe Familie seit unfürdenklichen Zeiten zum ersten Male wieder begrüßen. Sicher ist, daß er Paris, den Schauplatz seiner bisherigen, hinlänglich bekannten Thätigkeit verlassen hat und in Brüssel als durchreisend erschien. Weder Bruder noch Sohn, der mit des Königs dritter Tochter vermählte Prinz Friedrich von Würtemberg, könnte und würde eine große Freude über diesen unerwarteten Besuch äußern, und wenn dessen Absicht sein sollte, für die durch allerlei Anträge und Wünsche bedrohte Apanage persönlich eine Lanze zu brechen, so dürfte der Erfolg leicht das Gegentheil dieser Absicht sein. Im Ganzen versprechen wir uns keine lange Dauer und keine wichtigen Ergebnisse von der bevorstehenden Sitzung, die nicht durch den König selbst, sondern in dessen Auftrag durch den Minister des Innern eröffnet werden wird. Obgleich unter den Einflüssen der neuern Bewegung und in deren Geist zusammengesetzt, genießt sie schon von ihrer Geburt nach der kurrenten Redensart „das öffentliche Vertrauen" nicht, weil der Wahlmodus der „veraltete" und die Vertretung nach Standschaften noch in Uebung gewesen ist. Die Opposition, wenn von einer solchen avant la lettre und überhaupt in ehematigem Sinne noch die Rede sein kann, wünscht schon jetzt die baldige Auflösung, übereinstimmend mit dem Präsidenten der Nat.-Vers., der, um das Schiff der Paulskirche nicht über Gebühr leer werden zu lehen, für die badische und würtemb. Kammer einen bestimmten Turnus der Sitzungen gewünscht und durchgesetzt haben soll. Was das ebenfalls laut gewordene Verlangen nach Berufung einer konstituirenden Versammlung in Würtemberg angeht, so meinen wir, bei voller Anerkennung ihrer Nothwendigkeit, daß der Zeitpunkt für sie erst dann gekommen sein wird, wenn die allgemeinen, maßgebenden Arbeiten der deutschen Nat.-Vers. ihre Endschaft erreicht haben. Durch Anwendung ihrer Beschlüsse auf unsere Verhältnisse, muß allerdings unser einzelner Staatskörper gleich jedem anderen in seiner Organisation wesentliche Veränderungen erfahren. Befugnisse, die früher der einzelnen Regierung zustanden, werden an die Centralgewalt übergehen; eine neue Wahlordnung, ein neues Steuersystem, kurz ein Umbau der gesammten öffentlichen Verhältnisse: eine weit aussehende, unendlich wichtige und schwierige Aufgabe — fällt auf diesen Landtag. Gründe genug, um für seinen Andruch eine nach allen Seiten abgeklärte und beruhigte Stimmung der Gemüther und eine voraussehende dauernde Ordnung allgemein deutscher Angelegenheiten als wünschenswerth erscheinen zu lassen. — Der König soll am heutigen oder morgigen Tage von Meran abreisen, wohin vorgestern die letzte Staffette von hier abging. Es heißt, er beabsichtige noch eine kurze Ausflucht nach Holland zu machen, bevor er das Winterquartier in der Hauptstadt wieder bezieht.

Schweiz.

† **Zürich**, 9. Sept. Wenn die wohlfeilen Bravaden des wieder kriegerisch gewordenen „Nationals" oder des „Spectateur republicain", des „Spectalargans" Cavaignacs, wie man erfreulich versichert, auf das Wiener Kabinet eine so vollständige und überzeugende Wirkung ausübten wie auf einen großen Theil der schweizerischen Presse, so hätte dasselbe in der That nichts Eiligeres zu thun, als die siegreiche Armee aus Italien zurückzuziehen, gleichviel ob Frankreich dadurch „entscheidenden Einfluß in Italien" gewänne, wir hören es ja aus jenen Organen der gegenwärtigen Regierung, wie man zwar den Krieg zu verhüten trachte, welch eine Wohlthat aber derselbe für das ganze Land sein würde, namentlich in Beziehung auf die „Vergrößerung der Republik." Solche einzelne, in einem unbewachten Augenblick entschlüpfte Worte sind von größerer Wichtigkeit als alle die Redensarten von Brüderliebe und Uneigennützigkeit, welche die äußerste Linke in Deutschland als baare Münze aufzunehmen scheint. „Ote-toi de là, que je m'y mette!" Das ist die Politik Frankreichs in Italien der österreichischen Herrschaft gegenüber, und es kann keine andere haben, sobald Italien seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit nicht durch eigene Kraft zu behaupten vermag, und das vermag Niemand, der dieses köstlichste aller Güter nicht auch durch eigene Kraft zu erringen im Stande ist. Die „N. Z. Z." hat freilich die Sicilianer, als Beispiel, daß die Völker nicht immer ohne fremden Beistand die Unabhängigkeit erlangen, Spanien und Griechenland anzuführen; stieg ihr nicht die Schamröthe ins Gesicht, als sie den Heldenkampf jener beiden sich aus Schmach und Knechtschaft erhebenden Völker mit dem feigen Davonlaufen der Lombarden, Toskaner, Modenesen, Romagnolen, und wie sie alle heißen, zusammenstellte? Dieser Unerschämtheit kömmt in der That Nichts gleich als die Naivetät, womit dasselbe Blatt versichert, „die Italiener hätten beim Beginn des Kampfes keine Vorliebe für irgend eine fremde Herrschaft gehegt, indem sie wahrhaft unabhängig werden wollten." Den Mangel jener „Vorliebe" begreifen wir sehr wohl, weniger die vollständige Kopflosigkeit, die als eine

Sache der Neigung, des Wunsches das betrachtet, was nur durch äußerste Energie und Aufopferungsfähigkeit erkämpft werden kann. Hätte Italien, ein Volk von 24 Millionen, wie ein Mann sich erhoben, um die deutschen „Bären und Barbaren“ aus seinen Grenzen zu verjagen, wir würden ihm, ungeachtet unserer barbarischen Sympathien, Beifall zugejauchzt haben; sobald es sich aber darum handelt, an die Stelle des ergenerirten Oesterreichs Frankreich mit seiner despotischen Centralgewalt zu setzen, sind wir sowohl im Interesse Deutschlands und der Schweiz wie in dem selbsteigenen Interesse Italiens für die vorläufige Beibehaltung des bisherigen Verbandes mit Oesterreich. Daß der oben erwähnte Theil der schweizerischen Presse die ostensible Annäherung Frankreichs und Rußlands einerseits, sowie andererseits jeden Unfall der Volks- und jeden momentanen Erfolg der Reaktionspartei mit triumphirender Schadenfreude begrüßte, versteht sich von selbst. Direkte Angriffe hingegen beliebt man nicht, um den Erfolg der Sendung des Hrn. Kilias nach Frankfurt nicht zu stören. — Es ist unglaublich, mit welcher Gedankenlosigkeit die Redaktion des halbofficiellen Organes unserer Regierung, die zuweilen höchstselbst in dessen Spalten hinabsteigt, geführt wird; im seichten Aerger über die in Zug erfolgte Verwerfung der Bundesverfassung berichtete letzthin ein in jenes Blatt korrespondirender Staatsmann dorther, es gebe verschiedene Arten, die Völker zu regieren, das heiße zu erziehen: „Der Russe wolle mit Knutenhieben, der Franzose mit Freundlichkeit (der Zuger Korrespondent kennt keine Jeznie!) regiert sein“; so achte nun ein großer Theil des Zuger Volkes nur denjenigen, dessen physische Ueberlegenheit (also die russischen „Knutenhiebe!“) es gefühlt habe. Daß es noch eine dritte Art des Regierens gebe, nämlich die des Selbstregierens, das fällt diesem demokratischen und radikalen Zuger nicht von Ferne ein. Es war eine Zeitlang, nicht ohne allen Grund, Mode, die in die Schweiz eingewanderten Deutschen eines Mißverstehens schweizerischer Verhältnisse zu beschuldigen; ein so kolossales Nichtbegreifen aber der — freilich rohen — Demokratie der Urschweiz hätte ich früher selbst bei Jenen nicht, geschweige denn bei einem eingebornen Sohne der Urschweiz, der sich dazu auf seine demokratische Gesinnung, auf seine Freisinnigkeit nicht wenig zu Gute thut, für möglich gehalten. — Wie haben wieder einmal einen kleinen Poetokrieg in der Schweiz, dem hoffentlich die neue Bundesverfassung ein baldiges Ziel setzen wird: Uri, das seit vielen Jahren seine Post an Zürich und Luzern verpachtet, nimmt sie plötzlich wieder zu Handen, und erhöht sofort das Porto der Pakete um 3 Kreuzer per Pfund. So berichtet Luzern, obschon anderweitig behauptet wird, Luzern stecke in dieser Sache mit Uri unter einer Decke. Graug, Aargau hat schon damit gedroht, Falls die Erhöhung nicht wegfalle, dann auch seinerseits eine Erhöhung eintreten oder gar seine gesammte Post über den Spliigen gehen zu lassen. — Der Dieb der werthvollen alten Glasmalereien aus Kloster Königsfelden ist am 6. glücklich in der Gegend von Baden glücklich erwischt worden; es ist ein Antiquar Namens Kaspar Lüti, der früher als Sträfling einen unfreiwilligen Aufenthalt in der in jenem Kloster bestehenden Strafanstalt gemacht, und denselben sofort zu künstlerischen Zwecken benutzt hatte. — Die Regierung von Schwyz hatte ihre Entlassung eingegeben, weil das Volk das vom Kantonsrathe einstimmig angenommene Steuergesetz verworfen; der am 5. versammelte Kantonsrath beschloß aber fast einstimmig, in dieses Gesuch nicht einzutreten, vielmehr die Regierung zu ersuchen, einstweilen ihre Amtsführung fortzusetzen, bis der Entscheid des Volkes über das wesentlich modifizirte, abermals vorzulegende Steuergesetz (aus dem die Gewerbssteuer sowie die Progression in den Steuersätzen vom Kapitalvermögen verschwunden ist) bekannt sein werde. Sollte das fragliche Gesetz, trotz des beigegebenen „beleuchtenden Berichtes“, abermals vom Volke verworfen werden, alsdann betrachte der gesammte Kantonsrath diese Abstimmung als ein Mißtrauensvotum und reiche deßhalb mit der Regierung in corpore seine Demission ein. Zu diesem „entsetzlichen“ Unglück wird es ja wohl der gesunde Sinn der Schwyzer nicht kommen lassen. — Die Abstimmung des bigotten „Schwarzbudealandes“ (Solothurn) in der Bundesverfassungsfrage fängt an, seine Früchte zu tragen; keine Regierung war bisher, hinsichtlich der Einmischung in kirchliche Dinge, so scheu wie die von Solothurn; da nun aber diese Scheuung mit Aufhetzereien und Exegen von religiösem Fanatismus vergolten wird, so will man auch einmal Ernst zeigen, es wird daher ernstlich davon gesprochen, das reiche Kloster Mariastein, welchem man den Haupteinfluß auf seinen Landestheil zuschreibt, noch im Laufe dieses Jahres aufzuheben, und so das von Wallis, Freiburg, Luzern und Thurgau gegebene Beispiel zu befolgen. — In Luzern sind wieder mehrere Verhaftungen vorgenommen: der Vorsteher von St. Urban wurde eingezogen, weil er alle Blätter aus dem Rechnungsbuche geschnitten, und dem Kloster zugehörige werthvolle Gegenstände verschenkt habe, der Herausgeber der „N. Luz. Z.“, weil dieselbe offen den Umsturz der bestehenden Regierung und Verfassung predige; zugleich wurde die Presse des Blattes unter Siegel gelegt. Eine starke Regierung hätte Maßregeln, wie die letzte schwerlich vor Nöthen. — Das den Schweizer Juristen wohlbekannte, am Fuße der Furka gelegene Dorf Realp ist am 6. fast ganz abgebrannt.

Großbritannien.

London, 15. Sept. Schon seit einiger Zeit war in den Blättern davon die Rede, daß in den am meisten unterwühlten Bezirken Irlands das Verfertigen von Piken wieder von Neuem seinen Anfang nehme. Die neuesten Nachrichten aus Irland, im Limerick Repealer, Clanmel Chronicle und andern irischen Blättern mitgetheilt und in den Londoner Zeitungen wieder abgedruckt, besagen nun, daß sich allerdings in Tipperary, in der Grafschaft Waterford, am Berge Slivenamon zahlreich bewaffnete Bauernhaufen zeigen, und daß es namentlich um Carrick-on-Suir und Portlaw unruhig aussieht. Die Insurgenten sollen auch auf die dem Marquis von Waterford zugehörige Ortschaft Curraghmore einen Angriff gemacht haben, um sich der Böller zu bemächtigen, womit der Marquis den Ort versehen hat. Der Marquis hatte um Truppen ausgeschickt, etwas Weiteres wußte man noch nicht. Die Insurgenten suchten zum Theil die Brücken zu zerstören, um dem Anmarsch der Truppen Hindernisse in den Weg zu legen. Es heißt, daß der bekannte Doheny die Rebellen von Waterford, O'Mahony die von Tipperary befehlige, daß sich die Rebellen von Waterford in Portlaw, die von Tipperary bei Slivenamon konzentriren. General Macdonald soll um unverzügliche Vermehrung der unter sein Befehl gestellten Streitkräfte nachgesucht haben. Aus Kilkenny schreibt das dortige Blatt Moderator, daß, wie man höre, Haufen von Bauern aus jeder Richtung am Sammelplätzen der Insurgenten zuströmen, daß mehrere Personen die nach Carrick eilten, von ihnen angehalten und zu Gefangenen gemacht worden seien. Durch einen Expressen erhielt man in Beistol die Nachricht, daß ein Haufe von Bauern, der zwischen 6 bis 12 tausend Köpfe zählte, am 11. Abends einen Angriff auf die Polizeikaserne in Carrik gemacht, sie gänzlich zerstört, dann sich aber wieder in die Berge zurückgezogen habe. Ein Polizeisoldat war hierbei erschossen worden. — In Glendower fand ebenfalls ein Zusammenstoß zwischen der Polizei und dem Volke Statt, wobei ein Mann aus dem Volke blieb. Die Dubliner Postkutschen nach Clonmel und Waterford wurden von bewaffneten Haufen angehalten u. s. w. Man sieht, daß die Nachrichten noch ziemlich wirr und bunt durcheinander laufen und meist nur auf Gerüchten beruhen, doch hatten sie einigen Einfluß auf die Londoner Börse, die sich überhaupt für solche Nachrichten sehr empfindlich zeigt. Zu bemerken ist das seltsame Zusammentreffen, daß diese unruhigen Bewegungen in Irland gleichzeitig mit den Unruhen in mehreren deutschen Städten begonnen haben. Es mag dieses Zusammentreffen diesmal zufällig sein, nur ereignet sich dieser Zufall wunderbar oft.

In den Times wird Folgendes aus Frankfurt erzählt: Als Dahlmann den Auftrag erhielt, ein Ministerium zu bilden, fragte ihn (angeblich) der Reichsverweser: „was ist Ihr Programm“? Der Professor erwiderte (angeblich): „Ich werde es in kurzer Frist vor Ew. k. H. niederlegen; für jetzt kann ich nur so viel sagen, daß wir gegenwärtig Nichts weiter wollen, als die Nichtratifikation des Waffenstillstands und nachdrückliche Fortsetzung des Krieges.“ Der Reichsverweser sagte darauf (angeblich): „Sehr gut, sehr gut! Ich bin ganz Ihrer Meinung; aber womit sollen wir ihn führen? Preußen ist mit seiner Ehre verpflichtet, den von ihm ratificirten Vertrag aufrecht zu erhalten; Oesterreich, darauf kann ich Ihnen mein Wort geben, ist nicht im Stande, auch nur Einen Grenadier außerhalb seiner Besitzungen zu verwenden; Baiern denkt mit einiger Besorgniß an seine Grenzen, seit die Zeitungen von einem Lager nahe bei Straßburg und einem andern bei Metz sprechen; Würtemberg und Baden wenden ihre Blicke nach derselben Gegend“ und mit seinem gewöhnlichen gutmüthigen Lächeln fügte er hinzu: „In der That, Hr. Dahlmann, ich glaube, das Bataillon dieser freien Stadt Frankfurt dürfte die einzige Heeresmacht sein, auf die wie uns mit Sicherheit verlassen können.“

Auch in Großbritannien und sogar in dem humanen Schottland gibt es unter den Soldaten oder „verthierten Söldlingen“ Meuterei, wie den neulich die Füsiliere des 21. schottischen Regiments mehrere wegen Unfugs verhaftete Kameraden mit Gewalt zu befreien Anstalt machten und nur mit Mühe durch ihre Officiere daran verhindert wurden. Die englischen Zeitungen sprachen davon, wie sich geziemt, nur ganz beiläufig; die deutschen Neuigkeitsblätter würden dadurch ganze Spalten füllen; es würde da heißen: „Blut ist geflossen“ oder

„wir haben schreckliche Augenblicke verlebt", oder: „die Stadt ist in größter Aufregung," oder: „die Aufregung ist immer noch im Wachsen", und endlich: „die Ruhe ist augenblicklich wieder hergestellt, aber man fürchtet für die Nacht" u. s. w. Und wie geschickt oder wie dumm weiß der Partreiser bei uns solche ganz unbedeutende Vorfälle zu benutzen und auszubeuten!

Die englischen Zeitungen fahren fort, die Zustände Deutschlands und namentlich Preußens in leitenden Artikeln und Korrespondenzen düster und mehr als grell zu beleuchten. Das Morning Chronicle, das, beiläufig gesagt, jetzt Eigenthum des Grafen Lincoln, eines Peeliten und unter der Verwaltung Peels Generalsekretär für Irland, ist, sagt unter Anderm: „Ein König, der weder regiert noch herrscht; eine gedemüthigte und zum Schweigen gebrachte (?) Aristokratie; ein herrliches, aber erniedrigtes und beleidigtes Heer; eine zügellose Presse; eine Nationalversammlung, bestehend aus einer Horde von obskuren Personen und Mittelmäßigkeiten, für die der Drei-Thaler-Taglohn ein kleines Vermögen ist, und eine bewaffnete aufwieglerische Rotte von Bürgergarde, welche systematisch dem Gesetze Trotz bietet, der Pallzei Widerstand leistet und sich erlauben darf, ohne daß man die geringste Einsprache dagegen thut, eine einschüchternde Adresse an die Versammlung zu erlassen, zu dem eingestandenen Zweck, auf das Ergebniß einer schwebenden Debatte Einfluß zu gewinnen, das sind die Elemente, aus denen sich dieses unglückliche und erniedrigte Land von Neuem gestalten soll. Unmöglich kann man jene lebendigen Tagesberichte, welche uns unser wahlunterrichteter und beobachtender Berliner Korrespondent liefert, ohne den immer wieder auflauchenden Gedanken an die erste französische Revolution lesen .... Wir unsern Theils fürchten, daß die Geschichte dereinst mit dem Namen und der Zeit Friedrich Wilhelms von Preußen eine ihrer gewichtigsten Lehren über die unheilvollen Folgen königlicher Excentricität und königlichen Hin- und Herschwankens, administrativer Schlaffheit und zügelloser demokratischen Herrschsucht verflechten wird". Das M. Chr. erklärt, daß ihm der Sturz von Ministern, die mit der Aufwieglerei kapitulirt und temporisirt und zwischen Ordnung und Anarchie einen vermittelnden Weg eingeschlagen hätten, wenig Theilnahme errege, obschon der Widerstand, den das Kabinet in seiner Todesstunde geleistet, anzuerkennen sei, namentlich aber der männliche Muth, womit Hansemann jenem wüsten Fanatismus entgegengetreten, „der Alles thue, was in seiner Macht stehe, um Preußen in den Augen der übrigen Völker zu erniedrigen und den edlen hellleuchtenden Stern Preußens auszulöschen". Und so sehe es in einem Lande aus, dessen Schul- und Erziehungswesen von wenigstens neun Zehntein der aufgeklärten Liberalen Englands als Gegenstand ihres Neides und ihrer Bewunderung wäre angesehen worden! (Die zwischen Peelismus und Torysmus schwankende Partei des Mor. Chr. ist gegen die Verallgemeinerung des Wahlrechts wie der Volkserziehung).

Frankreich.

Paris, 15. Sept. Sitzung der Nationalversammlung vom 15. Sept. Vorsitzender Armand Marrast. Die Sitzung wird um 12¾ Uhr eröffnet. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Diskussion der Konstitution. Art. 8 mit seinen Amendements. Nach mehreren unbedeutenden Reklamationen wegen des Verkaufprozesses nimmt Dufaure im Namen der Kommission das Wort: Die Kommission beharre darauf das Recht auf die Arbeit als ein absolutes Recht nicht in die Konstitution aufzunehmen, aber sie schlage für das Recht des Beistandes folgende bestimmtere Fassung vor:

„Die Gesellschaft verpflichtet sich, durch brüderlichen Beistand das Dasein den Bedürftigen zu sichern, sei es, daß sie ihnen, in den Grenzen ihrer Hilfsmittel, Arbeit gibt, sei es, indem sie an die Stelle der Familie tretend denen die arbeitsunfähig sind als Mittel zur Existenz gibt.

Diese Fassung findet allgemeinen Beifall, die meisten Amendements wurden zurückgezogen, der erste Theil des Artikels: „Die Republik ist verpflichtet, jeden Bürger in seiner Person, seiner Familie, seinem Eigenthum, seiner Arbeit zu beschützen und den allen Menschen unentbehrlichen Unterricht ihm zur Verfügung zu stellen", wird sogleich angenommen und der zweite Theil in der veränderten Fassung der Kommission ebenfalls. Der Art. 8 ist endlich erledigt.

Ein Zusatzartikel, von den Legitimisten Puysegue, Rour-Carbonnel und Konsorten vorgeschlagen, wonach die Konstitution erst dann giltig sein soll, wenn sie dem Volke vorgelegt und von der Majorität desselben in den Urversammlungen angenommen worden sei, führt einen kleinen Sturm herbei. Man verlangt die Beseitigung durch merksam, daß bei allen Konstitutionen der Appel an das Volk erst dann votirt werden sei, als die Konstitutionen fertig waren. Er schlage daher vor, daß diese Frage auf das Ende der ganzen Debatte vertagt werde. Chapote widersetzt sich dieser Vertagung, aber die Versammlung befragt, geht mit großer Majorität zur Tagesordnung über, d. h. beseitigt das Amendement. Ein anderer Zusatzartikel von Detours, der das allgemeine Wahlrecht als ein unumstößliches, nie mehr abzuschaffendes Recht des Volkes für alle Zeiten proklamirt wissen will, wird zur Abstimmung gebracht und mit 543 gegen 180 Stimmen beseitigt.

Man geht zur Konstitution selbst über. Kapitel 1. Art. 1. Von der Volks-Souveränität. — Pierre Leroux nimmt das Wort. Er findet die Konstitution wesentlich monarchisch; Alles, was auf die Volks-Souveränetät Bezug habe, sei unbestimmt und unklar redigirt, und eben erst habe man die feierliche Anerkennung des allgemeinen Wahlrechtes, als des ersten Ausdrucks der Volks-Souveränetät, beseitigt. Der Redner geht nun auf eine Kritik der einzelnen Ausdrücke und der ganzen Fassung des Art. 1 über und vergleicht sie mit der der Konstitution vom Jahre 3, die er zugleich besser findet. Eine von ihm vorgeschlagene Fassung wurde verworfen. Pierre Lefranc schlägt ebenfalls eine andere Fassung vor; sie wird ebenfalls verworfen und der Art. 1 wird angenommen. Art. 2. Von den Rechten der Bürger gibt ebenfalls zu einer Menge Reduktions-Amendements Anlaß, all in Dufaure weist mit Recht nach, daß alle diese Details, wie z. B. über die Naturalisation der Fremden u. dergl. in die Gesetzbücher gehören und nicht in die Konstitution. Man beseitigt die Amendements und schreitet bei Paßschluß zur Diskussion des Kapitels 2 in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung.

Der Monit. enthält heute eine Ordonnanz Cavaignac's, wodurch die Dekoration des Ordens der Ehrenlegion in ihrer ursprünglichen Gestalt wieder hergestellt wird. Die Krone über dem Kreuze fällt weg und die alte Inschrift: Bonaparte, Premierkonsul. 1802. wird wieder hergestellt. — Vielleicht daß bei Gelegenheit ein: Cavaignac, Premierkonsul. 1848. daraus wird. Wir haben vor einigen Tagen bereits einer Brochüre Erwähnung gethan, worin ebenfalls derartige Reminiscenzen aufmuchen. —

Larochejacquelein hat einen Brief veröffentlicht, worin er sich auf das Entschiedenste gegen die legitimistischen Umtriebe, namentlich gegen das Vertheilen von Bildern, Medaillen, Briefen des Herzogs von Bordeaux u. dergl. ausspricht und erklärt, daß es in diesem Augenblicke kein anderes Heil für Frankreich gebe, als die republikanische Regierung. Ein anderer bedeutender Legitimist soll dem Herzoge von Bordeaux geschrieben haben: „Prinz, bleiben Sie von dem jetzigen Frankreich fern, es ist ein Feuerofen, der Alles, was sich hineinwagt, verkohlt." —

Italien.

* Ueber Paris unter dem Datum des 11. Sept. erhalten wir über die neapolitanische Expedition nach Sicilien Nachstehendes: Der Dampfer Tonnerre, der Ischia (Golf von Neapel) am 5. verlassen hat, ist mit Depeschen des Admirals Baudin am 8. in Toulon angekommen. Die am 30. August von Neapel abgegangene Flotte des Königs von Neapel mit 22,000 Mann Landungstruppen an Bord, hat Messina am 1. Sept. angegriffen. Die in Besitz der Neapolitaner befindliche Citadelle verband ihr Feuer mit dem der Flotte und dem Angriffe der Landungstruppen. Die Neapolitaner drangen in die Stadt, wurden aber mit großem Verluste wieder hinausgeschlagen. Die Bevölkerung von Messina hat in der Stadt barrikadirt und will eher untergehen, als sich ergeben. Am 3. begann die Citadelle ein mörderisches Feuer gegen die Stadt, die wahrscheinlich vernichtet werden wird. Das Linienschiff Herkules und die Dampffregatte Pomona (beide von der französischen Flotte) liegen vor Messina, die Linienschiffe Friedland, Ocean, Souverän, Inflexible, Jemappes und die Fregatte Descartes waren mit dem Admiral Trehomel vor Palermo, das Linienschiff Jupiter und die Fregatte Psyche waren nach dem adriatischen Meere abgegangen, wo sich bereits die Fregatte Pompeus befand. Die Dampffregatten Pomona und Solon lagen vor Neapel und der Pluto vor Ischia.

Der National bestätigt heute (14. Sept.) aus offiziellen Quellen die Nachricht von der Einnahme Messinas durch die Neapolitaner nach einem fünftägigen blutigen Kampfe. Ueber 7000 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden an Bord der englischen und französischen Flotte aufgenommen. Der französ. Gesandte und Admiral Sir W. Parker haben die neapolitanische Regierung eingeladen, sich auf den Besitz von Messina zu beschränken und das übrige Sicilien unangegriffen zu lassen.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Rivers Hallam, 73 Long-acre-House in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika werden unentgeltlich Bestellungen angenommen in Straßburg Nr. 29 Broglie, Paris Nr. 28 Rue de Seine.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — Durch die Post bezogen im Gebiete des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 256 Heidelberg, Mittwoch 20. September. 1848.

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der **Weidmann**schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848.

Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an **D. Reimer** in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die neuesten Ereignisse in Frankfurt. — **Wien** (Verhandlungen des Reichstags. Erklärung Wessenbergs über die italienische Angelegenheit. Rücktritt Kossuths. Die Stellung des österr. Ministeriums. Stimmung in Ungarn. Verlängerung des Waffenstillstandes). **Stuttgart** (Jellachich und die österreichische Verwicklung). **Leipzig** (die Schutzmaßregeln gegen Frankreichs jüngste Zolloperationen). **Kassel** (die Ministerialveränderung). **Darmstadt** (das Denkmal Weidigs eingeweiht). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Der gestrige Straßenkampf. Ermordung des Fürsten Lichnowsky und des Generals Auerswald. Belagerungszustand. Maßregeln zur Ordnung. Der Aufstand und sein Zusammenhang im Parlament. Die Feigheit der Frankfurter Bürgerwehr. Die Reden Gagerns und Schwerlings).

Großbritannien. **London.** Die letzte Parlamentssession; die Parteien und das Ministerium. (Schluß.)

Frankreich. **Paris.** Eine lebhafte Scene in der Nationalversammlung. Die Absendung der Kommissarien in die Provinzen.

Italien. Einnahme von Messina.

Beilage. Die Reform der Universitäten IV. — **Potsdam.** Die Ruhe zurückgekehrt. **Kiel.** Antrag Rhlmanns auf Publikation des Grundgesetzes. **Altona.** Wrangel legt sein Kommando nieder. **Türkei.** **Konstantinopel.** Feier der österr. Siege in Italien. Cholera. Feuersbrunst.

20. September.

In dem Augenblick, wo wir unsere gestern begonnenen Betrachtungen fortsetzen wollen, erhalten wir die erschütternden Nachrichten aus Frankfurt und sehen damit unsere gestern ausgesprochene Ahnung bestätigt. Die rothe Republik hat für gut befunden, die durch den Waffenstillstand hervorgerufene Mißstimmung auszubeuten und eine blutige Nachahmung der Pariser Mai- und Junitage zu veranstalten. Wir müssen es für heute unterlassen, das Thema von gestern wieder aufzugreifen; der Moment, wo Regierung und Vertretung des deutschen Volkes gegen die Anarchie den Barrikadenkampf zu bestehen haben, ist nicht der Zeitpunkt, auf geschehene Mißgriffe tadelnd zurückzukommen. In solchen Augenblicken muß Jeder, der es wohl meint mit dem Vaterlande, Herr werden über die eigene Verstimmung, und der Gewalt zur Seite treten, von deren Einsicht und Energie die Rettung des Ganzen jetzt abhängt.

Ueberrascht waren wir nicht von den Frankfurter Botschaften; war doch Alles mit so groben Fäden angesponnen, daß man es seit mehreren Tagen mit Händen greifen konnte. Am Sametag die ersten Plänkeleien als Vorübung, am Sonntag die Sturmpetition vorberathen und beschlossen; was konnte da weiter folgen, als eine blutige Nachäfferei dessen, was man in Paris so lange wiederholt hat, bis die eiserne Militärdiktatur geschmiedet war? Die Petition von „20,000 deutschen Bürgern", die am Sonntag (man sagt unter Beistand von Parlamentsmitgliedern!) beschlossen ward, konnte doch nur als eine Handhabe zum Aufstand Etwas bedeuten; denn selbst ein **G. Metternich** oder Herr **Rühl** in der Paulskirche werden schwerlich im Ernst der Mehrheit des Parlaments so viel Einfalt oder Feigheit zugetraut haben, daß sie allenfalls nach einem souveränen Wink von der Pfingstweide her ihr Mandat zurückgeben würde! Aber die Sache mußte eine Einkleidung, eine wenn auch sehr plumpe Form haben, indessen die guten Freunde in nächster und entfernterer Umgebung alle Vorbereitungen trafen, und wohl auch schon mehr als halblaut den nahe bevorstehenden Tag der „Reinigung" des Parlaments verkündigten. Das Alles war mit Händen zu greifen; war es doch nur die Konsequenz lange ausgesprochener Doktrinen. Von der hochmüthigen Prahlerei einer kleinen Minorität, „sie sei allein der Ausdruck des Volks", der in Versammlungen, Plakaten, Zeitungen hundertfach wiederholten Ermahnung, der schlechten Majorität keinen Gehorsam mehr zu leisten, sind nur wenig Schritte zu dem naiven Antrag eines **Rühl**: die Mehrheit der Nationalversammlung solle sich freiwillig vom Kampfplatze zurückziehen. Wenn es nun Männern wie **G. Metternich** einfällt, diesen Antrag, der in der Paulskirche wenig Hoffnung auf Gelingen haben konnte, **außerhalb** mit Gewalt durchzusetzen — was ist da viel Auffallendes? Man hat Wind gesäet und mußte Sturm ernten; Deutschland wird aber dort Rechenschaft fordern, wo die eigentliche Schuld liegt, daß die Aussaat blutig aufgegangen ist.

Mehr Achtung vor dem Gesetz, mehr Unterordnung unter den einmal gewählten Ausdruck des Volkswillens haben wir von den Frankfurter Septembermännern nie erwartet; war doch lange genug von ihnen mit bluttriefenden Reden gespielt worden, um auch die blutige That für möglich zu halten. Nicht das, auch nicht das erlogene Spiel, das man mit „Deutschlands Ehre" auf einmal aufzuführen für gut fand, ist es, was uns am tiefsten empört, sondern die Brutalität und Schlechtigkeit der Gesinnung, die aus der Geschichte des Kampfes im Einzelnen hervorblickt. Dieses künstlich versuchte, wenn auch mißlungene, Anfachen des Stammhasses unter den Truppen selbst, diese wilde Feindseligkeit gegen **einen** deutschen Stamm besonders, diese tückische Grausamkeit gegen Repräsentanten des Volkes selbst sind Charakterzüge, die uns im Namen unserer Nation erröthen machen; sie deuten auf eine sittliche Verwilderung hin, vor der wir mehr erschrecken, als vor allen Ausbrüchen des revolutionären Fanatismus. Wahr ist es freilich, daß die Partei, die ihr thatsächliches Auftreten mit dem Mord von gewählten Vertretern der Nation beginnt, damit zugleich ihrem moralischen Einflusse den Tod gibt; aber fällt der Gräuel, fällt die Schmach dieses Tages nicht auf den Namen unseres Volkes zurück, wird man nicht jetzt und später sagen: es sei am 18. September deutsches Blut und deutsche Ehre zugleich vergossen worden?!

Und was wird nun folgen? Der Abgeordnete **Vogt** stellte jüngst den Konvent als die Zaubermacht hin, die allein mit un-

überwindlicher Kraft große Staatsgeschäfte in solcher Krisis leiten könne, sein Freund Wesendonk brachte dagegen einen Vollziehungsausschuß in Vorschlag. Beides würde ungefähr auf Eins und Dasselbe hinauslaufen, auf eine verblaßte Nachahmung der Dinge von 1793. Beide Herren vergessen entweder, daß es damals die Personen waren, nicht die allenfalls nachzubildende Maschinerie der Regierung, die dem Konvent und Wohlfahrtsausschusse eine Stärke gaben, oder sie leben in dem selbstzufriedenen Wahne, in ihrem eignen Kreise lägen die schlummernden Talente des Konvents unbenützt zur Verfügung. Sie irren sich; aus allen Fraktionen der Linken von Vogt und Wesendonk an bis zu den Leuten vom 18. September ist kein einziger Danton herauszuschnitzen; zu einem Konvent werden sie die Dinge nicht hinführen, wohl aber zur Diktatur. Schon jetzt liegen die Dinge so, daß die Gemüther für ein Regiment im Style Cavaignacs viel eher gefaßt und vorbereitet sind, als für eine Herrschaft der Klubs, Demagogen und Blusenmänner; schon jetzt verlangt Alles eine starke energische Gewalt und jeder erneuerte Aufbau von Barrikaden würde die Nation willig und widerstandlos für die militärische Diktatur fertig machen.

Auch wir wünschen, daß in diesen Tagen der Entscheidung die Reichsgewalt und die Nationalversammlung die ganze Energie anwenden möge, die Noth thut, aber wir tragen kein Verlangen darnach, durch die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit ungewarnt alle die Phasen mit durchzumachen, durch die Frankreich schließlich zu einer absoluten Militärherrschaft, zu einer Suspendirung und Beschränkung seiner wichtigsten Freiheiten gekommen ist. Wir waren in andern Zeiten nicht besonders geneigt, französische Zustände zu kopiren; wir möchten auch heute nicht die Nachtreter einer politischen Entwicklung sein, bei der trotz des pomphaften Titels „Republik" alle höhern menschlichen und politischen Freiheiten auf der Spitze eines Schwertes stehen. Aber um diese Wendung zu vermeiden, bedürfen wir rasch und bald fester, geordneter Zustände. Nicht genug, daß die Septemberscenen sich nicht häufig wiederholen dürfen, es muß nach diesem Zwischenreiche, diesem mehr als provisorischen Zustande schleunigst ein Ende gemacht werden. Wie gut hat die Partei der rothen Republik die acht Tage einer unsichern, herrenlosen und planlosen Politik benützt, wie verhängnißvoll hätte diese Zeit für Deutschland werden können, wenn nicht zum Glück die ganze Sache der Barrikadenmänner in der unermeßlichen Mehrheit der Nation ohne Stütze wäre! Aber wenn auch dies Mal, ohne Zweifel auch ein anderes Mal die Emeute niedergeworfen wird, ist darum der Nachtheil minder groß, wenn dieser unsichere Zustand fortdauert, und wenn unter dem Eindruck der Unsicherheit zuletzt jene Ruhelust und Abstumpfung sich der Nation bemächtigt, die uns allein als die unbesiegbare Reaktion erscheint?

Strenge Gesetze, Gewaltmaßregeln, Belagerungszustand und Standrecht sind in solchen Lagen noch das Leichteste; es sind die Handlungen der Nothwendigkeit und Nothwehr, die sich von selbst aufdrängen. Aber man wird damit auf die Dauer nicht regieren wollen; man wird es vorziehen, Zustände zu begründen und zu festigen, die alle Ausnahmsmaßregeln überflüssig machen. Wird die Reichsregierung einsehen, daß es jetzt höchste Zeit ist, der allerwärts angefeindeten und erschütterten Einheit endlich ihre ganze Geltung zu verschaffen, wird man begreifen, daß es vor Allem gilt, eine gesetzmäßige, anerkannte und normale Gewalt zu begründen, wenn nicht die alten widerwärtigen Händel von Neuem ansleben sollen? Wird man in der Paulskirche einsehen, wie viel kostbare Zeit man damit versäumt hat, papierne Dinge zu machen, statt Maßregeln vorzunehmen? Wird man der unbegreiflichen Verschleppung der arg gemessenen Zeit endlich ein Ziel setzen und Deutschland die Verfassung und definitive Gewalt geben, deren es bedarf? Es wurde schon vor Monaten darauf hingewiesen, wie nothwendig es sei, ein Staatenhaus zu begründen, das allen widrigen Verhandlungen und Händeln zwischen Frankfurt, Berlin, Wien u. s. w. im Voraus ein Maß setzte, es wurde auf die dringende Nothwendigkeit hingedeutet, den neuen Bau wenigstens in seinen Grundmauern anzurichten, ehe man die einzelnen Zimmer und Kabinete mit minutiöser Sorgfalt ausstatte — aber statt dessen hat man in der Paulskirche mit einer Ausdauer, die für Deutschland verderblich werden konnte, eine Arena für theoretische Disputationen eröffnet, deren Ende wir heute noch nicht absehen können, wenn nicht diesmal die Versammlung das Eisen schmiedet und uns die Verfassung und Regierung gibt, ohne die wir vor neuen Krisen nicht sicher sind. Der Moment kehrt zum zweiten Male nicht wieder; ein erneuerter Barrikadenkampf dürfte schwerlich die Zustände so überliefern, daß konstituirende und parlamentarische Gewalten dabei noch fest stehen bleiben. In Paris hat man es versäumt, im rechten Augenblick die Verfassung rasch und in voller Freiheit zu begründen; heute muß man sie unter Vormundschaft eines Generals, unter dem Druck eines fast verewigten Belagerungszustandes berathen. Nicht nur bis zum Februar, auch nach dem Februar hat das verhängnißvolle „Zuspät" seine Geltung behalten.

Oesterreich. ** Wien, 13. Sept. Die beiden Abg. Brestl und Goldmark stellen den Antrag: „Die Reichskammer möge in Berücksichtigung des mißlichen Zustandes der gewerbetreibenden Bürger Wiens, in Anbetracht der großen Opfer, die sie der Freiheit und gesetzlichen Ordnung brachten, das Finanzministerium ermächtigen, eine Summe von 2 Millionen dahin zu verwenden, daß durch unverzinsliche Vorschüsse jenen Armen augenblicklich geholfen werde"! Dieser Antrag von vielen Abgeordneten, außer der Kammer durch die Unterschrift unterstützt, fand auch bedeutende Theilnahme, nun beantragt der Abg. Pinkas, daß dieser Gegenstand sogleich dem Finanzausschusse mit dem Bedeuten zugewiesen werde, nach 24 Stunden darüber Bericht zu erstatten, welchem Antrag Minister Hornbostl beipflichtet, indem der allzugroßen Dringlichkeit bereits durch einen Vorschuß von 50,000 fl. einigermaßen abgeholfen wurde. Der Abg. Bieger bemerkt, daß diese 2 Millionen vielleicht gar nicht neu bewilligt werden dürften, sondern das Finanzministerium, vermöge seiner Kenntnis, daß es die ihm bewilligten 20 Millionen nicht ganz bedürfe, 2 Millionen zu diesem Zwecke verwenden könnte. Es wird hierauf dieser Gegenstand dem Finanzausschusse zugetheilt. — Minister Wessenberg beantwortet heute die in der Sitzung vom 11. vom Abg. Goldmark gestellte Interpellation in Betreff Italiens: 1. Die leitenden Grundsätze des Ministeriums in den italienischen Angelegenheiten sind, die Ehre und Würde des Kaiserreichs zu wahren und dessen Interessen zu vertheidigen. 2. Ueber die Unterhandlungen kann, solange sie im Gange sind, keine Mittheilung gemacht werden, nur so viel könne mitgetheilt werden, daß die Mediation Englands und Frankreichs angenommen worden. 3. Das Ministerium sei gesonnen, auf alle mögliche Weise den Krieg zu vermeiden, stets jedoch die Ehre der Nationalität zu wahren. 4. Fürst Schwarzenberg sei zum Bevollmächtigten in den italienischen Angelegenheiten ernannt worden. 5. Die Familienbande, welche Modena und Parma an Oesterreich knüpfen, erheischen Schutz von denselben. 6. Die hierüber abgeschlossenen Verträge seien seines Wissens nach, gedruckt und öffentlich bekannt. — Goldmark erklärt sich hiermit nicht zufrieden. — Hierauf folgt die Antwort des Ministers Wessenberg, auf die in der letzten Sitzung vom Abg. Haimerl gestellte Interpellation, in Betreff der Verhältnisse der Lausitz zu Sachsen: Die Rechte der Krone Böhmen in Bezug auf die Lausitz gründen sich auf den Traditionsrecess dieses Markgrafenthums vom Jahre 1635 und Traditionsabschied von 1636. Sie umfassen wesentlich 3 Gegenstände: 1. Die Obriehenherrlichkeit. 2. Das Schutzrecht über die katholische Religion, namentlich über die katholischen geistlichen Korporationen in der Lausitz. 3. Ein eventuelles Heimfallsrecht. Es wäre von der k. k. österreichischen Regierung alles Mögliche geschehen, was von derselben billiger Weise erwartet werden konnte, um die der Krone Böhmen rücksichtlich der sächsischen Lausitz zustehenden Rechte im Princip aufrecht, und in der Anwendung, so weit dabei wirklich praktische Interessen im Spiele waren, sie nutzbar zu erhalten. — Die heutige Sitzung wurde wegen der heftigen Unruhen in der Stadt für permanent erklärt, ich kann somit erst nach Beendigung derselben die Fortsetzung folgen lassen. —

Δ Wien, 18. Sept. Ich melde Ihnen nur noch zu dem schon abgegangenen Berichte den Rücktritt Kossuth's, — Graf Batthyani ist mit der neuen Bildung eines Ministeriums beauftragt. In unserer hiesigen Kammer scheinen sich heute noch bedeutende Resultate vorzubereiten. Einige glauben das Ministerium, dem man gestern 5 Vertrauensmänner von dem Reichstag zur Seite stellte, dürfte heute seine Demission einreichen, worüber jedoch noch keine bestimmten Daten vorliegen. G. Latour hat heute in der Kammer einen Bericht über die gestrigen Ereignisse vorgelegt, in welchem die Worte „Deputation" an das Ministerium vom Reichstage in das Wort Kommission — und anstatt des Wortes „Wunsches" des hohen Reichstags die Truppen zurückzuziehen, das Wort „Beschluß" zu setzen veranlaßt wurde. Jetzt stimmt man ab über Interpellationen welche Löhner ans Ministerium stellen will. Man hat heute die 2 Millionen für Wien und 4 andere für die Provinzen zur Aushilfe für arme Gewerbtreibende bewilligt. Pesth ist ruhig aber sehr düster. Jellachich hat sein Hauptquar-

in Rebelik, nachdem er gestern in Marasdin gewesen. Rebelic und Cakaturn ist von den Truppen ohne Schwertstreich und ohne einen Schuß eingenommen worden. Der Kommandant der Nationalgarde, Streffleur hat, da er gestern auf das Ansuchen von nur zwei Bezirksschaften Militär verlangte — heute bereits seine Entlassung gegeben. Die öffentliche Stimmung ist sehr bewegt, und es bedürfte nur eines Funkens zu einem großen Brand! — Krosiatien, Reaktion thun ihr Möglichstes dazu.

Wien, 15. Sept. Unsere Regierung hat gestern — im Einverständniß mit den vermittelnden Mächten — den Feldmarschall Radetzky ermächtigt, den am 9. August abgeschlossenen Waffenstillstand auf dreißig weitere Tage vom 22. Sept. angerechnet zu verlängern. (Allg. Z.)

Würtemberg. †* Stuttgart, 16. Sept. Wir schreiben Ihnen heute unter dem großen Eindruck, welchen uns die Verkündigungen des Banus von Kroatien, namentlich die an die Waffenbrüder, und in dieser vor Allem die nachfolgende Stelle gemacht hat. „Wir haben unsere Fahnen entfaltet nicht zum Schutze uns zur Wahrung unserer Rechte allein, sondern zur Aufrechthaltung jener unseres geliebten Monarchen, die eine frevlerische Partei, nicht achtend die wahren Gefühle der großen Mehrheit einer hochherzigen und treuen Nation, zu ihren verbrecherischen Zwecken mißbraucht." Mit der Ueberschreitung der Drau durch das kampflustige starke Heer Jellachichs und dieser Verkündigung ist die Geschichte Oesterreichs in ein neues wichtiges Stadium getreten. Nicht bloß der Umsturzpartei in Ungarn, auch der im gesammten Kaiserstaat, vor Allem der Demokratenherrschaft in Wien, ist von einem energischen Heerführer, der eine für ihn begeisterte Armee hinter sich hat, direkt und indirekt der Fehdehandschuh hingeworfen. Soda-Pesth ist nicht der Endpunkt Jellachichs, es liegt für ihn nur auf dem Wege nach Wien. Unser politischer Blick müßte von der Tragweite der Weltanschauung der Frankfurter Ideologen sein, wollten wir uns hierüber täuschen. Die Wiener Straßenhelden sind wenigstens klug genug, hier klar zu sehen. Das beweisen uns die Straßenplakate und die Reden in der Riesenversammlung der Klubs im Odeon zu Gunsten Ungarns, das die Liebe Oesterreichs in unserer Zeit wahrhaftig nicht verdient hat. Ungarn wird nicht widerstehen und Jellachich unterstützt, wenn auch nur durch das moralische Gewicht der Sieger: Radetzky im Süden, Windischgrätz im Westen, wird der sich überstürzenden Bewegung nicht bloß in Ungarn ein mächtiges „Halt" gebieten. Bald — daran zweifeln wir nicht — wird es sich zeigen, ob die großen Wortführer der Kaiserstatt mit ihrem schreienden Anhang nur Frechheit oder auch Muth besitzen, ob die Straßen- und Bandenpolitik Wiens einen Boden im Volke hat, oder ob es, eingeschüchtert durch die Ministerfeigheit, sich nur unter jene Herrschaft beugte, weil es sich ohne kräftige Stütze in seiner entgegengesetzten Meinung fühlte. Der Kampf scheint uns dort jetzt unvermeidlich, sein Ausgang kaum zweifelhaft. Oesterreichs Glücksstern kann, wie wir gesehen haben, unsichtbar werden, aber er verläßt es nicht. Vor wenigen Monaten, fast der völligen Auflösung nahe, scheint es sich jetzt wieder zu ermannen, um vielleicht bald als ein kräftiger Staat in die europäische Staatenfamilie wieder einzutreten. Sollen wir uns freuen, sollen wir klagen über die wahrscheinlichen Siege der Armeen Oesterreichs, über die dortige ausgeartete Bewegungspartei, die sich selbst in ihrem Uebermuth das Grab gegraben hat? Unser Gefühl ist in dieser Frage getheilt. Wir müssen dem gegenwärtigen wüsten Treiben in Wien — aus Liebe zur Freiheit, aus Achtung vor der Herrschaft der Vernunft, aus gründlicher Verachtung vor der unwürdigen Behandlung der wichtigsten, heiligen Fragen ein Ende wünschen. Kann sich Wien nicht selbst retten — woran wir den Glauben verlieren — so muß das Gesetz sprechen, welches auch in der Republik Frankreichs in den Juni-Tagen der Ordnung den Sieg verschaffte. Mit der Bekämpfung der Anarchie Wiens fürchten wir nichts für seine politische Freiheit. Das alte System ist rettungslos gefallen, und der Weltgeist triumphirt, es für immer abgeschüttelt zu haben. Aber blicken wir weiter. Siegen Jellachich, Radetzky und Windischgrätz über die zügellose, demokratische Partei in dem Kampfe, der jetzt schon an der Drau begonnen hat und bald — was man auch dagegen sagen mögt — eine größere Ausdehnung in der gesammten Monarchie gewinnen wird, setzen sie dem Kaiser von Oesterreich die Krone seiner verschiedenen Staaten wieder fest auf das Haupt: so dürfte damit auch die zukünftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland entschieden sein. Die slavischen Stämme, deren Ergebung für den Thron Oesterreichs, die Monarchie vor schmählichem Verfalle vorzugsweise gerettet hätten, würden nicht in Deutschland aufgehen, sich nicht dem Geiste anschließen wollen, unter dessen gebieterischem Einflusse sich gegenwärtig die Geschicke Deutschlands gestalten. Mit jenem Siege, an dem wir, wie gesagt, nicht zweifeln, wäre eben so bestimmt Oesterreich sich selbst wiedergegeben, als es für Deutschland, in der Ausdehnung wenigstens, als dies in Frankfurt gedacht wird, verloren wäre. (Hat Deutschland den Ausdruck des slavischen Deputirten Rieger in einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung in Wien: „Wir Slaven bilden die Majorität in diesem Staate und wollen sie erhalten", nicht gehört?) Je fester wir von der Wahrheit des hier Ausgesprochenen überzeugt sind, desto dringender müssen wir wünschen, daß man in Deutschland, uns vor Allem in der Paulskirche, die wahre Stellung Oesterreichs, als eines europäischen Staats endlich begreife, daß man den politischen Schwerpunkt Deutschlands in Preußen, in dem ganz deutschen, konstitutionellen Preußen suche. Jellachich, der kühne Slavenführer, wird bald das eben Gesagte eindringlicher beweisen, als es nur durch diese Worte gelingen kann. Möchte es dann nicht zu spät sein, das zu thun, was man zu lange schon unterlassen hat; möchte Preußen dann die mit grenzenloser Kurzsichtigkeit geschmähte Hand nicht zurückziehen, wenn man nach ihr als Nothanker greift.

Sachsen. ** Leipzig, 16. Sept. Unsere Stadt ist mehrere Tage hintereinander Schauplatz einer gewissen Aufregung gewesen. Am 13. ward es dem hiesigen Publikum bekannt, daß in den Zollvereinsstaaten eine Erhöhung der Eingangssteuern der seidenen und wollenen Waaren eintreten solle. Der Handelsstand fühlte seine Interessen dadurch um so mehr verletzt als die Maßregel ganz kurz vor dem Anfange der Messe und ohne die gewöhnliche achtwöchentliche Vorherankündigung eintreten soll. Man warf dem Ministerium laut vor, daß es wieder einmal die sächsischen und Leipziger Interessen an Preußen hingegeben habe. Es wurden von mehreren Seiten Schritte gegen die Sache vorbereitet, als der deutsche Vaterlandsverein Nachmittags den 14. für den Abend eine Volksversammlung in sein gewöhnliches Lokal, das bekannte Odeon, ausschrieb. Diese Versammlung war auch sehr zahlreich, fast von 2000 Personen, besucht. Man sprach sich einstimmig, aber ruhig gegen die Maßregel und gegen das Ministerium aus, setzte eine von allen Anwesenden, die guten Theils aus Kaufleuten und Gewerbetreibenden bestanden, unterschriebene Adresse in diesem Sinne auf, welche sofort einer nach Dresden abgehenden Deputation übergeben ward. Abends um 15. aber sprach sich die Arbeiterversammlung, die ebenfalls zahlreich besucht war, im ganz entgegengesetzten Sinne aus und belobte die Zollerhöhung als eine Beschützung einheimischer Industrie. Während der Verhandlungen fanden sich auf einmal zahlreiche Mitglieder des hiesigen demokratischen Vereins, der bei den Besitzenden wegen seinen socialistischen Tendenzen nicht im besten Geruche steht, ein. Die Arbeiterversammlung löste sich auf, ohne daß weiter ein Beschluß gefaßt worden. Lärmende und tobende Haufen junger Leute durchzogen nun mit einbrechender Nacht die innere Stadt. Sie sollen auch an dem Polizeiamte stürmisch, doch vergeblich die Befreiung zweier am Tage vorher verhafteten Personen begehrt haben. Es war wohl eine zu große Vorsicht, daß man gegen 10 Uhr deßhalb Generalmarsch schlagen ließ. Die Nationalgarde kam zahlreich zusammen und jene Haufen verschwanden im Nu. Schon noch 11 Uhr war die Stadt ihrer gewöhnlichen Ruhe wiedergegeben.

Kurhessen. Kassel, 14. Sept. Der Kurfürst hat den Obersten v'Dreille, Kommandeur des dritten Infanterie-Regiments, zum provisorischen Vorstand des Kriegsministeriums ernannt.

Hessen. Δ Darmstadt, 17. Sept. Die schon längere Zeit vorbereitete Einweihung des Weidigdenkmals auf hiesigem Friedhofe fand heute Statt. Die Feier war einfach und ansprechend. Von entfernteren Orten hatten sich namentlich viel Butzbacher, großen Theils ehemalige Schüler Weidigs, eingefunden und dem Zuge sich angeschlossen. Außerdem bildeten denselben: mehrere Abtheilungen Turner, die anwesenden Verwandten Weidigs, der Ausschuß (selbst aus dem kleinen Pfarrdorfe Obergleen, wo Weidig zuletzt als Pfarrer gestanden, war ein Ausschußmitglied anwesend), die Mitglieder mehrerer Singvereine, endlich viele Darmstädter, meist aus dem Bürgerstande. Auf dem Kreuze war die ganze ursprüngliche Inschrift, welche früher auf Befehl der Kirchhofskommission mit Eisenkitt hatte verdeckt werden müssen, wieder hergestellt und schimmerte golden. Eine Inschrift unten im Steine bezog sich auf jenes Ereigniß. Das Grab selbst war schön mit Blumen geschmückt. Die Mitglieder der Singvereine trugen drei Lieder: „Freiheit, die ich meine", von Schenkendorf, „Wenn die Gluth des Morgens funkelt", von Weidig, und Klopstocks „Auferstehen" vor. Dazwischen wurden vom Justizrath Buchner aus Darmstadt und vom Kollektor Kuhl aus Butzbach Reden gehalten, in deren erster eine gedrängte Lebensgeschichte Weidigs und in deren letzter vorzugsweise eine Würdigung der Verdienste Weidigs als Lehrer in Butzbach und Pfarrer in Obergleen verbeut war. Die ganze Feier-

Digitized by Google

Ruhe wurde mit dem größten Ernste und, ungeachtet der Massen der Hinzugeströmten, mit der größten Ordnung vollzogen.

§ Frankfurt, 18. Septbr. Die heutige Berathung in der Paulskirche über die Schule und die Bildung der deutschen Jugend stach seltsam ab gegen das Getreibe rings um die Kirche, wo eben die deutsche Jugend Barrikaden baute und sich anschickte, das Haus der Nationalversammlung zu stürmen. Schon am Morgen war rings um die Paulskirche und in den nächst gelegenen Straßen österreichisches, preußisches und hessisches Militär aufgestellt. Es war in der Nacht von Mainz hierher beordert worden, weil man erfahren hatte, daß heute ein Attentat auf die Nationalversammlung Statt finden sollte. Die Abgeordneten hatten sich ziemlich zahlreich eingefunden. Der Präsident eröffnete um halb 10 Uhr die Sitzung mit einer Notifikation, wornach das bisherige Reichsministerium die Geschäfte mit aller Verantwortlichkeit so lange fortführe, bis die Bildung eines neuen Ministeriums zu Stande gebracht sein werde. Das Ministerium des Auswärtigen ist interimistisch dem Minister des Innern, und das Finanzministerium dem Handelsminister übertragen. Der Abgeordnete Berger stellte hierauf die Anfrage, wozu die Truppen da seien. Schmerling erwiderte: die Vorfälle von vorgestern Abend und die Vorgänge in der gestrigen Volksversammlung seien hinreichend bekannt. Die Behörde der Stadt Frankfurt habe in Folge derselben, sowie in Folge von eingetroffenen Nachrichten über Zuzüge nah ein bevorstehendes Attentat eine Aufforderung an das Reichsministerium ergehen lassen, den Schutz der Nationalversammlung unter diesen bedrohlichen Verhältnissen zu übernehmen. Hiernach habe das Ministerium diejenigen Anordnungen getroffen, die es für nothwendig erachte, und werde alle Verantwortlichkeit dafür übernehmen. Nunmehr wurden verschiedene Anträge gestellt. Rühl von Hanau beantragte, da die Nat. Vers. durch ihren Beschluß über den Waffenstillstand das Vertrauen des Volkes nicht mehr habe, so solle sie sich selbst auflösen und neue Wahlen anordnen. Ein anderer Antrag ging dahin, die Nat. Vers. solle erklären, daß die Aufstellung der Truppen gegen die Freiheit der Berathung sei, und man solle diese sogleich wieder von Frankfurt wegziehen. Ueber die Naivetät dieses Antrages entstand ein lautes Gelächter. Diese beiden Anträge wurden für nicht dringlich erklärt. Ein dritter Antrag betraf die Einzeichnung der sich meldenden Redner. Ueber diesen wurde sogleich berathen und beschlossen, daß die Einschreibung der Redner von 3/4 auf 9 Uhr an Statt finden solle und persönlich und mündlich zu geschehen habe. Während dieser Berathung kam der Tumult von Außen immer näher an die Paulskirche, und endlich wurde eine Thüre eingesprengt. Der Präsident forderte mit starker Stimme die Abgeordneten auf, ihre Plätze einzunehmen und sich nicht davon zu entfernen. Dies geschah und die Berathung ging ruhig ihren Gang fort. Vor der Thüre war das Militär genöthigt, das Bajonett zu gebrauchen, und es sollen einige Verwundungen Statt gefunden haben. Marek stellte einen Antrag auf Schutz der Deutschen in Ungarn, welcher in diesem Augenblicke, wo die Nat. Vers. selbst sich nach Schutz umsah, einen eigenthümlichen Eindruck machte. Wesendonk stellte den Antrag, daß die Nat. Vers. eine authentische Interpretation ihres Beschlusses vom 18. gebe. Beide Anträge wurden für nicht dringlich erklärt, und man ging sofort zur Tagesordnung über.

Eine Reihe von Rednern sprach über den Art. IV. der Grundrechte im Allgemeinen, zwar aus sehr verschiedenen Standpunkten, ohne daß jedoch der Kampf sich besonders erhitzte oder auch nur die Aufmerksamkeit sehr anregte. Viele Abgeordnete waren draußen oder gingen ab und zu, um nachzusehen, was vorgehe. Denn nahe an der Paulskirche gegen den Römerplatz hin wurden Barrikaden errichtet, genommen und an einer anderen Stelle wieder errichtet. Baur aus Reutlingen erläutert und vertheidigt folgende Anträge der Mehrheit des Schulausschusses: Art. IV. §. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. §. 18. Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht jedem unbescholtenen Deutschen frei. Der deutschen Jugend wird durch genügende öffentliche Unterrichtsanstalten das Recht auf allgemeine Menschen- und Bürgerbildung gewährleistet. Für den Unterricht in Volksschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Armenschulen finden nicht Statt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Bildungsanstalten freier Unterricht gewährt werden. §. 19. Das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter Oberaufsicht des Staates, bildet einen abgesonderten Zweig seiner Verwaltung und ist der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. §. 20. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

Er sagt, die Schule werde größtentheils nur als eine Abrichtungsanstalt betrachtet und zwar nach drei Seiten hin. Die Einen wollen eine Abrichtung für die Geschäfte des Lebens und Erwerbes, Andere für die Kirche und noch Andere für den Staat. Der Zweck der Schule aber sei die Humanität, deßhalb solle weder der Staat noch die Kirche in die Schule eindringen. Er will eine Selbständigkeit der Schule für ihre Entwickelung. (Es ist hier durchaus unklar, was diese Selbständigkeit bedeuten soll; eine korporative kann es nicht sein, denn die Schule ist keine Korporation, sondern eine Anstalt; aber was dann?). Elsenmann spricht über die Wichtigkeit der Schule und will deßhalb eine entsprechende Stellung der Lehrer, ist aber gegen den Ausschluß der Geistlichen von der Beaufsichtigung des Schulwesens. Dewes aus dem Rheinlande ist für die Trennung der Schule von der Kirche, insofern dadurch die Beseitigung der Oberherrschaft der Kirche über die Schule verstanden wird. Wenn die Aufsicht über die Schule einem Stande überlassen bleibt, der keine Lehrfreiheit anerkennt, so sei die Freiheit der Lehre in §. 16 eine Illusion. Er wendet sich dabei insbesondere gegen mehrere Grundsätze der kathol. Kirche. Schierenberg und Kahlert sprechen für das Minoritätsgutachten des Schulausschusses, welches den §. 19 so faßt:

Der deutschen Jugend wird das Recht auf Bildung und Unterricht durch genügende öffentliche Anstalten gesichert. Der Staat leitet dieselben durch besondere Behörden und übt die Aufsicht über das gesammte Unterrichtswesen. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Für den Unterricht in Volksschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Armenschulen finden nicht Statt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Bildungsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

Roßmäßler für den Zusatz: Alle öffentlichen Schulen sind Staatsanstalten und unabhängig von jeder Religionsgesellschaft.

Kettler, kath. Geistlicher aus dem Münsterschen, nimmt in einem kräftigen und klaren Vortrage die Anforderungen der Katholiken in Schutz. Es sei Unrecht, wenn man die Petition der Katholiken, in denen verlangt werde, daß die Leitung der Schulen der Kirche überlassen bleibe, verdächtige; man könne in dieser Weise alle Petitionen verdächtigen. In dem Münsterlande sei das der entschiedene Wille des Volkes. Die Gegensätze in der Wissenschaft seien auch in das Volk übergegangen; die Einen wollen das Unterrichtswesen rein in die Hand des Staates gelegt haben, die Andern sprechen den Eltern das Recht zu, ihre Kinder der Kirche zur Erziehung zu übergeben, wenn sie wollen. Wollte man ihnen dieses Recht entreißen, so werde ein Kampf auf Leben und Tod entstehen. Es sei die größte Gewaltthat, wenn man hier dasjenige pädagogische System, welches eine Mehrheit für das bessere erkenne, Allen ohne Unterschied aufzwingen wolle. Er fordere daher volle Lehrfreiheit, wobei jedoch der Staat berechtigt bleiben müsse, von einer Schule zu verlangen, daß sie die Schüler zu einer bestimmten Stufe der Geistesbildung bringe. Im Uebrigen solle man die Volksschule in die Hände der Gemeinde geben, und es dieser überlassen, ob sie die Schule von der Kirche trennen wolle oder nicht. So und nur so werde man in Deutschland ein Haus bauen, worin Alle wohnen können, und warum nicht durch irgend ein Lieblingssystem ein Theil hinausgestoßen werde. — Damit schloß die heutige Diskussion. Der Präsident las noch eine soeben übergebene Eingabe vor, unterzeichnet von dem bekannten Metternich und Konsorten, worin dieselben als Vorsitzer einer gestern abgehaltenen Volksversammlung bei Frankfurt von 20,000 deutschen Bürgern (?) die Mittheilung machen, es sei der Beschluß gefaßt worden, daß die 258 Abgeordneten, welche für den Waffenstillstand gestimmt hätten, für Volksverräther zu erklären seien. Der Präsident sagte einfach, er wolle die Eingabe an die Petitionskommission gehen lassen. Damit schloß die Sitzung um zwei Uhr, und die Abgeordneten suchten durch die Militärwachen und durch die noch nicht verbarrikadirten Straßen nach ihren Wohnungen zu kommen. Jetzt ist es Abends halb fünf Uhr. Ich will versuchen, den Brief auf die Post zu bringen, was aber schwer halten wird, da jetzt eben in der Zeile der Tumult sehr groß ist.

§ Frankfurt, 19. Sept. Die Freiheit hat einen Sieg über die Anarchie errungen, aber sie hat ihn theuer erkauft. Gestern und heute sind die Straßen der Stadt Frankfurt theils ein Kampfplatz, theils ein Heerlager. Die Vorgänge des gestrigen Tags haben gezeigt, an welchem Abgrund wir gestanden sind, und was man auch gegen das gegenwärtig noch interimistisch funktionirende Reichsministerium einwenden mag, es hat durch sein rasches, energisches Handeln das Vaterland aus einer außerordentlichen Gefahr gerettet. Die Abgeordneten fanden sich heute in ungewöhnlich großer Anzahl in der Paulskirche ein. Der Präsident eröffnete die Sitzung, in einer Bewegung, daß ihm im Anfang fast die Stimme versagte. Er spreche unter dem

Eindruck der traurigsten Ereignisse; die Bewegung der letzten Tage sei zu einem wahrhaft muthwilligen Ausbruche gekommen und habe abermals neue und große Opfer gefordert. Zwei hochgeachtete, ausgezeichnete Mitglieder der Nationalversammlung haben durch sie den Tod gefunden, der Fürst Lichnowsky und der General von Auerswald. Leider war es ihnen nicht beschieden, wie sie es wünschten, den Tod im Kampfe gegen den äußern Feind zu finden, nicht einmal im Kampfe gegen die Aufrührer, sondern sie wurden von diesen wehrlos, meuchelmörderisch, auf die niederträchtigste Art ermordet. (Große Bewegung in der Versammlung; auf der Gallerie waren einige Gesellen, welche mit den Füßen trommelten.) Und was war die Veranlassung zu diesem Morde, zu diesem ganzen Aufruhr? Ein Beschluß, welchen die Mehrheit der Versammlung faßte. Er ehre, sagte der Redner, jede Ueberzeugung, auch diejenige, welche glaubte, es würde ehrenvoller für Deutschland sein, wenn der Waffenstillstand verworfen werde. Allein dieselbe ehrenvolle Voraussetzung in ihrer Gesinnung habe die Mehrheit für sich in Anspruch zu nehmen, und sie habe anders entschieden. Für die Entscheidung der Versammlung verlange die Nation Gehorsam, und daß die muthwillige Verweigerung dieses Gehorsams nicht ungestraft hingehen dürfte, darüber werde in der Versammlung kein Zweifel sein. Es sei ein Verbrechen gegen die Einheit des Vaterlandes, die wir anstreben; wer dazu beiträge, die Vorurtheile des Westen gegen den Osten, des Süden gegen den Norden zu erhalten oder zu vermehren, der zerreiße die Einheit des Vaterlandes. Es sei ein Verbrechen gegen die Freiheit. Jetzt sei es eine ernste Pflicht, fern von Rachegefühl den Weg einzuhalten, der zur Freiheit führt. Es sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit; wenn die Barbarei zunehmen sollte, welche solche Thaten ausübt, dann möchte man verzweifeln an der Zukunft des deutschen Volkes. Mögen doch alle die, welche hier Etwas vermögen, alle ihre Stärke zusammennehmen, um den Geist nieder zu bändigen, der solche Barbareien erzeugt. Der Redner fährt fort: er sehe sich gedrungen, auch die politische Seite dieser Ereignisse hervorzuheben. Sie seien hervorgegangen aus Zerwürfnissen in diesem Hause, ohne einen hinlänglichen tiefern Grund. Man möge daraus abnehmen, wie leicht, aber auch wie gefährlich es sei, ein Ministerium zu stürzen, ohne daß man ein anderes, kräftigeres an seine Stelle setzen kann. Daraus gehe die Verpflichtung hervor, das jetzige Ministerium in dieser Lage zu stützen. Die Maßregeln, welche das Ministerium getroffen habe, müßten durch die Zustimmung des Hauses gestützt werden. Wollen wir die Freiheit, so müssen wir auch ihr Maß wollen; wollen wir die Einheit, so müssen wir einträchtig handeln.

Schmerling erstattet hierauf Bericht über die getroffenen Maßregeln zur Unterdrückung des Aufruhrs. In dem Bewußtsein, daß es jetzt nothwendig sei, dem aufrührerischen Unternehmen entschieden entgegen zu treten, seien zuerst zwei Bataillone Reichs-Truppen aufgestellt worden, nachdem aber in den Straßen Barrikaden erbaut und Anstalten zu größerm Widerstande gemacht worden, habe man mehr Truppen herbeigezogen und beschlossen, die Ruhe um jeden Preis herzustellen, bis gestern 5 Uhr hätten die Truppen mehrere Barrikaden und auch Häuser genommen, aus denen geschossen wurde, dann habe man den Aufrührern eine halbstündige Waffenruhe gegönnt, unter der Bedingung, daß sie selbst die Barrikaden wegräumten. Als dies nicht geschah, sei der Angriff gegen 6 Uhr mit aller Energie erneuert worden, und noch vor Eintritt der Nacht sei die Kommunikation aller Hauptstraßen hergestellt gewesen, und jetzt sei ganz Frankfurt und Sachsenhausen im Besitze der gesetzlichen Macht. Nachdem eine Anzahl Truppen im Kampfe und zwei Deputirte durch Meuchelmord gefallen, habe das Ministerium strengere Maßregeln für nothwendig erachtet und die Stadt in Kriegszustand erklärt. Die Truppen, welche zum Schutze der Nationalversammlung herbei gerufen waren, zeigten eine große Tapferkeit. Jetzt werde das Ministerium nicht allein für die Sicherung der Ruhe in Frankfurt, sondern auch in den Nachbarstaaten Sorge tragen. Der Minister Mohl zeigt an, daß eine strenge Untersuchung über den Aufruhr angeordnet sei. Es sei aber auch außerdem von dem Ministerium erkannt worden, daß es die höchste Zeit sei, einen gesetzlichen Schutz für die Versammlung zu schaffen. Es werde sowohl die Versammlung, als die einzelnen Mitglieder derselben auf eine Weise bedroht, wogegen die bestehenden Gesetze keinen Schutz gewähren. Es werde daher morgen der Versammlung einen Gesetzentwurf vorlegen. Venedey betheuert, daß die Linke die ganze Entrüstung über die gestrigen Vorfälle theile; der errungene Sieg sei ein Sieg der ganzen Nationalversammlung. Aber er bitte dringend, zu bedenken, daß dieser Sieg auch eine große Gefahr von der andern Seite bereite, und man möge von heute an um so bedächtiger für die Freiheit sein.

Zachariä v. Göttingen trat nun mit einem dreifachen Antrage auf. 1. Daß die Nationalversammlung auf den Grund der gemachten Mittheilungen beschließe, dem Reichsministerium die volle Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen auszusprechen. 2. Daß sie erkläre, sie werde das Reichsministerium in den für die Einheit zu ergreifenden Maßregeln kräftig unterstützen. 3. Daß sie den Reichstruppen für die von ihnen bei der Unterdrückung des Aufruhrs bewiesene Hingebung den Dank des Vaterlandes ausspreche. Gegen diese Anträge wendete Venedey ein, es scheine ihm nicht würdig, so schnell in solcher Sache zu entscheiden. Vogt will die Dringlichkeit des 1. und 3. Antrages zugeben, aber der zweite enthalte ein unbedingtes Vertrauensvotum, das ihm doch zu bedenklich scheine, um darüber sogleich abstimmen zu können. Raveaux meint, die Versammlung habe in diesem Augenblick die Ruhe nicht, um einen solchen Beschluß zu fassen. Er zweifle nicht daran, daß die ganze Versammlung dem Ministerium die kräftigste Unterstützung leisten werde, nur möge er den zweiten Antrag nicht für so dringlich erklären. Beseler erläutert, daß die Absicht des Antrags keineswegs ein unbedingtes Vertrauensvotum sei, (was auch später Zachariä bestätigt), die Versammlung übernehme dadurch keineswegs die Verpflichtung, jede Maßregel ohne Kritik hinzunehmen, sondern man will das Vertrauen aussprechen, daß das Ministerium dasjenige thun werde, was nothwendig sei. Binde, es sei nichts Anders als das Videant consules, ne quid respublica detrimenti capiat. Schaffrath hält diesen Beschluß für überflüssig, weil das ja ohnehin das Recht und die Pflicht des Ministeriums sei. In der hierauf erfolgten Abstimmung werden sämmtliche Anträge für dringlich erklärt. Die Diskussion über den Inhalt derselben war kurz und sehr ruhig. Teichert erzählte gelegentlich dabei, daß er Zeuge gewesen sei, wie die Sachsenhäuser sich gut benommen hätten, als dort Fremde eine rothe Fahne aufpflanzten und Barrikaden zu bauen anfingen. Jordan aus Berlin forderte auf zur Zustimmung für alle drei Anträge. Wohl sei es auch ohnedies für das Ministerium Pflicht, zu thun, was nothwendig sei. Allein das Ministerium sei nur ein interimistisches und vor Kurzem in Folge eines Majoritätsbeschlusses abgetreten. Es bedürfe daher um so mehr dieser moralischen Unterstützung der Versammlung. Schuffruth will ebenfalls zustimmen, wenn in dem zweiten Antrag hinter „für die Einheit" beigesetzt werde „und Freiheit", womit sich der Antragsteller einverstanden erklärt. Auf einen weiteren Antrag wird im dritten Satze hinter „Tapferkeit" beigesetzt „und Thätigkeit." Von der rechten Seite wurde namentliche Abstimmung verlangt. Dagegen erhoben sich dringende Stimmen aus dem Centrum, weil man alles Gehässige aus dieser Verhandlung entfernt wissen wollte; auch Fallati bat im Namen des Ministeriums selbst, den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückzuziehen, was endlich nicht ohne Widerstreben geschah. Alle drei Anträge wurden hierauf mit sehr großer Mehrheit angenommen. Die äußerste Linke stimmte dagegen (Blum aber war bei allen drei Anträgen aufgestanden), was bei den zwei ersten erklärlich war, da ihr überhaupt grundsätzlich Nichts recht ist, was das Ministerium thut; daß sie aber für die Truppen keinen Dank hat, welche mit der größten Aufopferung ihre Pflicht gethan haben, ist bezeichnend genug.

Unverkennbar ist durch dieses Ereigniß eine Wendung der Dinge eingetreten, die schreckliche Schandthat, welche an den beiden Abgeordneten verübt wurde, hat einen solchen Abscheu erregt, daß dadurch die rothe Republik und was mehr oder weniger damit zusammenhängt, moralisch vernichtet ist. Die Untersuchung über den Aufruhr dürfte wohl Vielen die Augen öffnen. Von größerer Bedeutung ist das rasche und energische Handeln der Centralgewalt. Wenn man so plötzlich die hiesige Stadt mit einer solchen Masse von Truppen, Oesterreichern, Preußen, Kurhessen, Darmstädtern, Würtembergern angefüllt sah, alle wie herbeigezaubert, und dabei noch weiter sah, wie die Anarchie schnell und kräftig niedergeschmettert wurde, so fühlte man, daß sich seit lange hier zum erstenmale wieder eine Macht in Deutschland geltend mache und zwar — die Centralgewalt. Jetzt wird es an dieser gelegen sein, festen Fuß zu fassen und Vertrauen zu gewinnen.

Frankfurt, 18. Sept. 5 Uhr. Die Doppelbarrikade an der Friedberger und Schäfergasse ist wieder besetzt. Turner feuern blinde Schüsse ab. Die Bürger äußern ihren Grimm bereits laut über die Wühlereien; die bekanntesten Tangenichtse sehen sie bis an die Zähne bewaffnet unter ihren Fenstern. Niegends ist ein Wohlgekleideter unter den Waffen zu sehen. Man bedauert die preußischen Gefallenen besonders deßhalb, weil sie ruhmlos und ohne Zweck um ihr Leben kamen. Was wird das Ausland zu diesem Bruderkampfe sagen! — so äußern sich einzelne Stimmen. 6 Uhr. Neue Scenen. Ein Haufe Bewaffneter kehrt zurück. Man erzählt jubelnd, daß der Abgeordnete v. Auerswald zwei Schüsse bekommen und eben noch mit

Digitized by Google

Kolbenschlägen todtgemacht worden sei. Wollen Sie ihn suchen, ruft ein Bursche, er liegt im Graben. — Lichnowski hat einen schmählichen Tod gefunden, schreit ein Mann seinem Bekannten ins zweite Stockwerk hinauf, 5 Schüsse hat er erhalten, beim ersten taumelte sein Arm. „S'is den Kerlen ganz recht", schreit ein Vorübergehender. — Dem Vernehmen nach haben die Bornheimer Jagd auf ihn gemacht. — Beide Herren sollen zu Pferd gewesen sein. Was sie hinausgeführt, ist unbekannt. — Es knallen noch immer einzelne Personen ihre Büchsen in der Barrikade ab, es scheint nur, um sie zu entladen, denn der Mann, welcher in der alten Gasse die Rede hielt, soll eine Friedensbotschaft vom Reichsverweser gebracht haben. — Die Aufrührer sollen durch eine Deputation den Abzug der Preußen verlangt haben. 6¾ Uhr. Dreimaliges starkes Feuern in unmittelbarer Nähe scheint der Eckbarrikade zu gelten. — Eine Wiederholung zeigt, daß es Geschützfeuer ist, wohl an der Fahrgasse. Ihm folgt Flintengeknatter. Auf der Barrikade konnte man außer einem jungen Menschen in abgetragenem Sammtrocke, mit einem dreifarbigen Band als Gurt, der immer hoch oben stand, keinen Anführer erkennen. Eben erst man sich ein ermuthigendes „Vorwärts" auf der Straße zu, welches keinen rechten Anklang findet. — 7¼ Uhr. Wieder ein Opfer gefallen, schreit eine kräftige Stimme; der Mehl — aus Bornheim. Die Preußen halten sich immer noch in einem Hause und einem Garten in der Bleichstraße, wo ihnen aus allen Ecken und Fenstern ein Büchsenrohr der Altgässer auflauert. — 8½ Uhr. Es ist Alles ruhig, die Straßen sind öde, die Wirthshäuser zwar besucht, doch unterhält man sich eifrig, ohne großen Lärm. Die Barrikade ist finster, da man nur entferntere Laternen angezündet hat. — 1 Uhr Nachts. Eben erweckte ein starkes Feuern die Leute aus dem Schlafe, man hört die Kugeln deutlich pfeifen, es ist in der Bleichstraße. Die Preußen müssen die Altgässer (meist Gärtner und gute Schützen) aus den Eckhäusern vertrieben haben, denn die Schüsse knallen die Altgasse hinunter. Die Barrikade ist somit auch umgangen, sie wird von den Preußen genommen. Alles beruhigt sich. — 6 Uhr Morgens. Die Barrikade ist abgetragen, Preußen stehen an der Ecke der Friedberger, Schäfer-, und Wilhelmerstraße, und haben auch das Eckhaus inne. Lebhafte Gespräche hört man überall. Die Bürger versichern daß außer den Bornheimern und Altgässer „Knappern" von bekannten Bürgern Niemand im Kampfe Theil genommen und es meist fremdes Gesindel gewesen sei. Es läßt sich jedoch nicht sortläugnen, daß ein halbes Dutzend hiesiger Bürgerwehrmänner Nachmittags hinter der Friedberger Barrikade gestanden und eine große Anzahl hiesiger Handwerker mit dazu gerüst war. Von den Preußen sollen sehr viele gefallen sein. Andere Truppen sind in diesem Stadttheil nicht sichtbar geworden.

Frankfurt, 19. Sept. Nachdem schon am Samstag Abend die Paulskirche von einer drohenden Masse umlagert, Mitglieder der Versammlung mißhandelt, der englische Hof und Westendhall beschädigt worden waren, fand sich am Sonntag Nachmittag auf der Pfingstweide eine von den hiesigen politischen Vereinen berufene Versammlung ein, die aus Mitgliedern der Linken entstammt, auf den Antrag des Mainzer Metternich die Beschlüsse faßte, welche die Nationalversammlung sprengen sollten, und worin die Mitglieder der Mehrheit vom 16. d. für Hochverräther erklärt wurden. Sonntag Abend erwarteten die Unternehmer der Krawalle und Barrikaden das Losungswort von ihren parlamentarischen Freunden im deutschen Hause. Allein, sei es, daß die Souveräne von der Pfingstweide, welche meist aus halbwüchsigen Buben und verdächtigem Gesindel bestanden, den Helden des Wortes nicht genügsames Vertrauen einflößten, sei es, daß eine richtige Erwägung der Verhältnisse ihnen den Muth benahm, sie gaben das Zeichen zum Kampfe nicht und mußten daher von den Männern der That unverblümte Redensarten und den Entschluß vernehmen, nur auf eigne Faust und ohne parlamentarischen Beistand loszuschlagen. An jenem Abend, bis spät in die Nacht, füllte die Stadt ein unheimliches Gesindel mit gräulichem Lärm. Der Senat fand sich um Mitternacht bewogen, dem Reichsministerium die Sorge für die Sicherheit der Nationalversammlung, des Reichsverwesers und der Stadt zu überlassen. Die bedenklichen Berichte von fremdem Zuzug, die Unlust der Bürgerwehr, ihre Haut zu Markt zu tragen, die Hinneigung eines Theiles derselben zu der rothen Republik bestimmten die Väter der Stadt zu diesem Entschlusse.

Wenige Stunden zuvor hatte der Reichsverweser die Mitglieder des abgetretenen Ministeriums, welche in Frankfurt anwesend waren, beauftragt, die Geschäfte einstweilen wieder zu übernehmen. Sie fühlen sich verpflichtet, diesem Rufe zu folgen, und noch in der Nacht trafen ein preußisches und ein österreichisches Bataillon von Mainz hier ein. Die Zahl war nicht stark genug, um neben der zum Schutze der Nationalversammlung erforderlichen Mannschaft, auch noch Streifwachen durch die Straßen zu entsenden, um die Errichtung von Barrikaden zu verhindern. Die Frankfurter Bürgerwehr ließ sich, trotz mehrmaligen Generalmarsches, zu keinerlei Dienstleistung herbei. Den Verlauf der Ereignisse des gestrigen Tages zu erzählen, überlasse ich Andern. Nur den Umstand muß ich hervorheben, daß in der Nationalversammlung unter andern dringenden Anträgen auch der zu Tage kam, die Truppen zurückzuziehen, und daß Mitglieder der Linken den Reichsverweser, den Präsidenten von Gagern und die Reichsminister mit dem Verlangen bestürmten, die Truppen, namentlich die Preußen, wegzuziehen, dann würde sich die Ruhe wieder herstellen, sie wollten dafür bürgen!!! Das Reichsministerium thut seine Schuldigkeit, die Truppen, verstärkt durch weitere drei Bataillone von Mainz, 800 M. Infanterie, zwei Schwadronen Reiter und Artillerie von Darmstadt, eine Batterie von Mainz, säuberten die Straßen und nahmen die Barrikaden, die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, das Kriegsgesetz verkündet, das Standrecht proklamirt. Als die Bewohner heute Morgen erwachten, war die Stadt im Besitz der tapfern Reichstruppen.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde von dem Präsidenten mit einer tief ergreifenden Anrede eröffnet. Als er der beiden Opfer aus der Mitte der Nationalversammlung gedachte, des Generals Auerswald und des Fürsten Lichnowski, welche „auf die niederträchtigste Art meuchlings ermordet wurden", da brach die verhaltene Entrüstung in lauten Rufen aus. Der Redner schilderte den Aufstand in seiner ganzen Verwerflichkeit und Barbarei, als ein Verbrechen gegen die Einheit und Freiheit des Vaterlandes, wie gegen die Menschlichkeit. Man müsse alle Stärke zusammennehmen, damit der Geist niedergebändigt werde, der solcher Barbarei zugänglich ist. Wollen wir die Freiheit — so schloß der Präsident, so müssen wir sie mit Maß wollen und ihr Maß lehren; wollen wie die Einheit, so müssen wir vor Allem hier einträchtiger sein als bisher." — von Schmerling gab eine gedrängte Darstellung der Vorfälle und der von dem Ministerium ergriffenen Maßregeln und getroffenen Anordnungen. Die Ankündigung des Kriegszustandes, das Lob der Truppen, die Erklärung, daß die anwesenden und heute noch eintreffenden Streitkräfte hinreichend seien, nicht nur die Stadt Frankfurt, sondern auch die benachbarten Staaten vor ähnlichen Angriffen zu sichern, wurden mit lautem Beifall aufgenommen. Justizminister Mohl zeigte an, daß er den Senat zur strengen Untersuchung der Vorfälle, die zum Aufstand geführt haben, aufgefordert habe, und ein Gesetz über den Schutz der Versammlung vorgelegt werde. Die Versammlung beschloß auf den Antrag von Zachariä, 1) dem Reichsministerium die volle Zustimmung der Nationalversammlung zu den ergriffenen Maßregeln auszusprechen, 2) zu erklären, daß sie das Reichsministerium bei dessen zur Erhaltung der Einheit und Freiheit Deutschlands ferner zu ergreifenden Maßregeln unterstützen werde, 3) den deutschen Reichstruppen für ihre Hingebung und Mäßigung den Dank des Vaterlandes auszusprechen. Charakteristisch war die Bemühung der HH. Vogt, Schuselka u. s. w., die Verh. zu vertagen — von einer Seite also, von welcher man gestern Morgen das Zurückziehen der Truppen für gut erachtet hatte. Es war namentliche Abstimmung begehrt, allein es wurde darauf verzichtet, um nicht aufzuregen. Der Eindruck der Sitzung war erhebend, die Versammlung hielt sich würdig und gemessen. Nur ein Theil der Linken stimmte gegen die Anträge. Donnerstag findet das Begräbniß der Gefallenen und der gemordeten Mitglieder der Nationalversamml., Fürsten Lichnowski und Gen. Auerswald Statt. — H. Heckscher ist in Höchst schwer mißhandelt und mit Mühe durch die Schutzwache auf die Eisenbahn gebracht und nach Mainz geleitet worden. Der Abscheu vor dem in mehr als siebischer Roheit aufgetretenen Aufstand, vor den intellektuellen Urhebern desselben, ist allgemein. Die umliegenden Reste der Anarchie werden durch mobile Kolonnen bedacht werden. In der Stadt Frankfurt ist die Entwaffnung theilweise (mit Ausnahme der Bürgerwehr und Schutzwache) angeordnet. Die traurigen Ereignisse von gestern müssen bei allen Redlichen, welchen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, der Verblendung über den Waffenstillstand ein Ziel setzen. Von dem Waffenstillstand von Malmö war bei dem Aufstand keine Rede. Man suchte den Preußenhaß anzufachen. Heute Morgen ist eine Versammlung bewaffneter Rotten auf der Pfingstweide mit einigen Kanonenschüssen verjagt worden.

Frankfurt, 19. Sept. Die O. P. A. Z. bringt in ihrem amtlichen Theile folgende Nachrichten: Die Vorfälle am Abende und während der Nacht vom 16. zum 17. September, die bedeutenden Zuzüge zu der am 17. Sept. 1848 außer der Stadt Frankfurt abgehaltenen Volksversammlung und die dadurch bewirkte bedrohliche Aufregung haben den Senat der Stadt Frankfurt bewogen, am Abende des 17. Sept. 1848 Truppen aus Mainz zu requiriren, sofort aber

um Mitternacht das Reichsministerium zu ersuchen, da für den Schutz der Nationalversammlung als eine dem Reiche obliegende Pflicht von dem Reichsministerium Fürsorge zu treffen sein dürfte, die Leitung aller dahin führenden Vorkehrungen zu übernehmen.

Das Reichsministerium hat dieser Aufforderung sofort entsprochen, es hat sogleich den Marsch einer entsprechenden Truppenzahl von allen Waffengattungen eingeleitet und die zunächst eingetroffenen zum Schutze der Nationalversammlung bei der Paulskirche aufgestellt. Ein Versuch, in die Kirche stürmend einzudringen, wurde von den Reichstruppen zurückgewiesen.

Während des Vormittags wurden bereits zahlreiche Barrikaden erbaut. Um 1 Uhr begann der Angriff auf dieselbe mit den wegen Schlusses der Sitzung der Nationalversammlung disponibel gewordenen und mit den neuangelangten Truppen, die sämmtlich unter den Befehl des Generals Robill gestellt wurden.

Der Angriff auf die Barrikaden und der Straßenkampf währte bis nach 4 Uhr, um welche Zeit die Reichsminister über dringendes Bitten wiederholter Deputationen eine halbe Stunde Waffenruhe bewilligten, um den Aufständischen Zeit zur Abtragung der Barrikaden zu gewähren. Da dies nicht geschah, begann der Angriff aufs Neue, die größeren Barrikaden wurden mit Anwendung von Geschützfeuer zerstört und dann genommen; Häuser, aus welchen auf die Truppen gefeuert worden war, wurden erstürmt, und bei Beginn der Nacht waren alle Hauptstraßen in Gewalt der Truppen. Noch während der Nacht und heute Morgen wurden die letzten Barrikaden genommen, und es ist nun die Stadt und Sachsenhausen vollständig besetzt.

Das Reichsministerium ist durch die gestern eingetroffenen und heute erwarteten Truppen in dem Besitze einer Macht, hinreichend, um die Ruhe der Stadt zu verbürgen und zugleich allen Versuchen des Aufstandes in den benachbarten Staaten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Im Laufe des 18. Sept. erschienen folgende Bekanntmachungen: Bürger von Frankfurt! Die bedauerlichen Vorfälle, welche vorgestern Abend hier stattgefunden haben, und die durch zahlreiche Zuziehung von Außen herbeigeführte Bedrohung der Ruhe und Ordnung haben den Senat der freien Stadt veranlaßt, das Reichsministerium aufzufordern, daß es unmittelbar die Pflicht, die Nationalversammlung vor äußerer Gewalt zu schützen, zu erfüllen übernehme. In Folge dieser Aufforderung hat das Reichsministerium sich unverzüglich bereit erklärt, die zum Schutze der konstituirenden deutschen Nationalversammlung und zur Herstellung der Ruhe und Ordnung erforderlichen Maßregeln selbst zu ergreifen. — Das Reichsministerium ist entschlossen, innerhalb der Schranken der Gesetze mit aller Kraft und Entschiedenheit die Berathungen der Nationalversammlung vor jeder Einwirkung von Außen sicher zu stellen, und es rechnet dabei mit Zuversicht auf die Mitwirkung und bereits wiederholt erprobte ansopfernde Thätigkeit der biederen Bewohner von Frankfurt. Frankfurt, den 18. Sept. 1848. Das Reichsministerium des Innern: Schmerling.

Erinnerung. Alle Familienhäupter werden aufgefordert, dahin zu wirken, daß ihre Angehörigen so viel möglich zu Hause und von Zusammenläufen ferne gehalten werden, da das Reichsministerium entschlossen ist, die Ruhe dieser Stadt und den Schutz ihrer Bewohner mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten und Störungen zu unterdrücken. Frankfurt, den 18. Septbr. 1848. Der interim. Reichsminister des Innern: Schmerling.

Erinnerung. In Folge der Zuzüge befindet sich eine Menge von Personen in der Stadt, die geeignet ist, deren Ruhe zu gefährden. Es ergeht daher an alle Jene, die an den Zuzügen Theil genommen haben, die ernstgemessene Ermahnung, die Stadt zu verlassen und in ihre Heimath zurückzukehren, widrigenfalls gegen sie mit der Strenge der Gesetze verfahren werden würde. Frankfurt, den 18. September 1848. Der interim. Reichsminister des Innern: Schmerling.

Belagerungszustand. Bei der Fortdauer des Aufruhres wird Frankfurt in Belagerungszustand erklärt und das Kriegsgesetz verkündet. Alle Vereine sind suspendirt, und es wird deren Mitgliedern verboten sich zu versammeln. Wer zu Aufruhr anfreizt, wer den Truppen Widerstand leistet oder sich nur nadefugter Weise bewaffnet einfindet, wird standrechtlich behandelt. Frankfurt, den 18. September 1848. Der Reichsverweser: Johann. Der Reichsminister des Innern: Schmerling.

Bekanntmachung. Zur Durchführung der zur dauernden Ruhe erforderlichen Maßregeln wird die Entwaffnung der hiesigen Einwohner, insofern sie nicht zur organisirten Bürgerwehr und Schutzwache gehören, hiermit verfügt. Es sind daher alle Feuergewehre, Hieb- und Stichwaffen unverzüglich in das Kriegszeugamt abzuliefern. Diejenigen, welche diesem Befehl nicht längstens binnen 24 Stunden entsprochen haben, werden nach der Strenge der Kriegsgesetze behandelt. Frankfurt a. M. am 19. Sept. 1848. Morgens 10 Uhr. Der interimistische Reichsminister des Innern: Schmerling.

Großbritannien.

London, 16. Sept. (Die letzte Parlamentssession; die Parteien und das Ministerium. Schluß.) In einer der letzten Sitzungen des Unterhauses entwarf bekanntlich Hr. Disraeli die Politik des Ministeriums wie den vom Parlament diesmal entwickelten Charakter einer scharfen Kritik: Je größer und furchtbarer die Zeit gewesen, in der das Haus zusammengetreten — eine Zeit, in der auf dem Festlande Herrscherfamilien und in England selbst mächtige Handelsdynastien zusammen brachen — um so größer seien die Ansprüche gewesen, die man an das Haus habe machen müssen; man habe von ihm eine mehr als gewöhnliche Thätigkeit, man habe von ihm Erfolge und durchgreifende Maßregeln fordern und erwarten dürfen, welche geeignet seien, auch den im Lande selbst umgehenden Geist des Mißbehagens zu beschwichtigen und den Nothständen dauernd abzuhelfen. Aber in der Bank-, in der Finanzfrage, in der Judenemancipationsfrage, in der Frage der Schifffahrtsgesetze sei so gut wie Nichts, und in der westindischen und Zuckerzollfrage nicht das Rechte geschehen. Diese Unfähigkeit und Unfertigkeit des Parlaments schreibe sich von zwei Uebelständen her, deren einer auf Seite des Kabinets, der andere auf Seite des Hauses liege. Das Kabinet seinerseits sei in Folge nöthigender Umstände, aber ohne Majorität, zur Macht gelangt; daher fehle ihm selbst das Vertrauen, daß die Maßregeln, die es vorbereite, im Hause durchgehen möchten. Der Erfolg einer in das Haus gebrachten Maßregel beruhe darauf, daß eine Menge kleiner Parteien, die mehr durch ihre Zahl als durch ihren Einfluß von Gewicht seien, für die Maßregel ihre Stimmen zusammenthäten; wenn sie dann endlich ins Leben trete, sei sie aber so verändert, umgeschmolzen, umgearmt, polirt, furnirt, gefirnißt, geflickt, daß sie kaum noch zu erkennen sei, aber sie werde, nach langen, nutzlosen Diskussionen, aus Verdruß von ihren Urhebern selbst zurückgezogen. Man könne es den Ministern in der That nicht verdenken, daß sie matt und verdrießlich würden, daß sie sagten: was hilft uns unser Nachdenken, unser Fleiß, unsere Barschaft, unsere Sorge, wenn in dem Augenblick, wo wir die Maßregel aus unsern Händen geben, dieselbe aufhört, eine Maßregel des Kabinets zu sein, sondern eine Maßregel des versammelten Hauses der Gemeinen wird?" Das Haus der Gemeinen", fuhr der Redner fort, „wie es sich jetzt aufführt, ist nur noch ein großer Ausschuß über öffentliche Angelegenheiten, wo Jeder mit demselben Recht und die Meisten von uns auch mit demselben Gewicht sprechen. Wir haben nicht mehr jene Ueberlieferungen und erblichen Einflüsse, in deren Aneignung und Uebung früher Männer von seltenem Genie geschult wurden, unter deren Einwirkung unser edles System von Selbstregierung in höchster Blüthe stand. Wir haben Nichts mehr davon. Wir müssen unsere Entschädigung für die Zukunft in anderen Eigenschaften suchen, in den Einfällen unwissenschaftlicher Personen, in den Launen grillenhafter Menschen, in den gewaltsamen Sprüngen eines gemeinen Ehrgeizes, welcher der Vergangenheit keinen Dank und der Zukunft keine Pflicht schuldig zu sein glaubt, bis das ehemals freie und hochherrliche Parlament Englands bis zu dem niedrigen Wasserzeichen jener provinziellen Landtage, die zugleich der Schrecken und der Spott der Welt sind, abgeplattet sein wird." (Lang anhaltender Beifall.) Der Redner beklagte, daß es mit dem Parteiwesen in England so ganz aus zu sein scheine, wobei er bemerkte: „Das ehemals befolgte System, das der Opposition durch alte Parteiüberlieferungen, war bisher der Geist und das Lebensblut des Hauses der Gemeinen; wenn wir aber in dem jetzigen entgegengesetzten System beharren, so werden die Folgen davon so durchgreifend sein, wie keine Revolution sie hoben, keiner jener Verschwöree, die Ihr aus ihrem mitternächtlichen Schlupfwinkel vor Kurzem erst aufgestört habt, je vermuthen könnte." Diese Rede wurde, wie sie auch an mehreren Stellen ohne Zweifel in reichem Maße verdient, von den Bänken der torystischen Opposition mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Lord John Russel entgegnete in der schlichten und einfachen Weise eines Mannes, der sich seines guten, redlichen und ehrenhaften Willens bewußt ist. Nachdem er Herrn Disraeli für dessen „unterhaltenden" Vortrag seinen Dank ausgesprochen, bemerkte er: daß eine Regierung, die in England selbst den aufrührerischen Geist mit kräftiger Hand niedergehalten, die Rebellion in Irland im Keime erdrückt und unter so vielen Erschütterungen ringsum den Frieden mit dem Auslande aufrecht erhalten habe, doch wohl Grund habe, sich einer nicht ganz erfolglosen Thätigkeit zu rühmen. Er sei übrigens mit dem Redner einverstanden, daß es manche geschwätzige Mitglieder im Hause gebe,

Digitized by Google

Die Reform der Universitäten.

IV.

Wir haben zuletzt eine Reihe von Fragen dem Leser zu bedenken gegeben; wir gehen jetzt an deren Beantwortung, als an den Kern unserer Aufgabe, mit allgemeinen Bemerkungen und Vorschlägen, denen man, neben gänzlicher Unmaßgeblichkeit, die Freiheit von jedem Personen- und Parteien-Interesse zugestehen wird, und die wir als geringen Vorlauf und Beitrag zu dem großen Thema der September-Versammlungen aufzunehmen bitten, uns vorbehaltend, die einzelnen Punkte, welche, von dem Wege unserer heutigen Voruntersuchung aus, ohne gewaltsame Absprünge nicht zu erreichen sein würden, gelegentlich der zu erwartenden Hauptdebatte in der Presse und in den Versammlungen nachträglich einzuschalten.

1. Als selbstverstanden betrachten wir die theils schon ausdrücklich geschehene, theils aus den Beschlüssen der Nat.-Vers. natürlich fließende Aufhebung aller jener Ausnahmegesetze, mit denen entweder der Staat in das wissenschaftliche Leben und die Selbständigkeit der Universitäten auf diesem Gebiete übergriff, oder die Universität außerhalb der allgemeinen Gesetze sich befand. Damit sollen weg: die Karlsbader Beschlüsse in ihrer Anwendung auf die Universitäten — die Stellung der landesherrlichen Bevollmächtigten zu den Universitäten und zu den Universitäts-Behörden — die eigene civile und criminale Jurisdiktion des Senats über die akademischen Bürger — der Zwangsbesuch sogenannter Landes-Universitäten, als unvereinbar mit dem Grundrechte der Freizügigkeit — und eine Folge von Disciplinar-Gesetzen, die auf verschiedenen Universitäten verschieden waren: lauter Punkte, in denen wir bejahend oder verneinende Einstimmigkeit aller betreffenden Beschlüsse erwarten zu dürfen glauben.

2. Die positive Reform der Universitäten muß, wie jede andere, aus der Tiefe statt von Oben herab, nicht vom Extrem, sondern aus der Mitte kommen und aus dem Wesensbegriff derselben abgeleitet werden. Die Universität ist die höchste Stufe aller Unterrichtsanstalten des Staates; ihre Reform ohne die gleichzeitige, die vorhergehende, vorbereitende der letzteren ist nicht denkbar. Volksschule, Gewerbschule, Bürgerschule, Gelehrtenschule, technische und speciale Schule müssen also ebenfalls von Grund aus reformirt werden. Daraus, daß sie von dem gewaltigen Strome der Zeit und dem frischen Hauche eines neuen nationalen Lebens erfaßt und aus ihrer Niedrigkeit und Besonderheit herausgerissen werden, folgt von selbst auch eine Veränderung, eine Erweiterung, eine Erhebung der Universität. Diese muß in der Allgemeinheit, die ihr charakteristisches Merkmal, ihr Vorzug ist, über jenen allen gipfeln, jene alle umfassen. Die kleinen Nebenflüsse technischer Institute, Land-, Forst-, Bergwissenschaftlicher Akademien, militärischer Bildungsanstalten, hie und da stehengebliebener Ritter-Akademien, alle sie mit ihren zahlreichen, zum Nachtheil des Staates wie der Einzelnen zersplitterten Sondermitteln und Sonderzwecken sollen in dem großen Hauptflusse der Universität, der Hochschule münden. Eine gleichmäßige Bildung der gesammten Jugend Deutschlands, ohne nächste Rücksicht auf den specifischen Beruf, eine historische und philosophische Bildung, eine nationale und humane Bildung wird damit als Ziel und Aufgabe der Universität festgestellt. Dies ist, was wir als das Streben nach Universalität ihr vorhalten möchten.

3. Durch dasselbe wird die besondere Ausbildung des Besonderen, des Faches, die Specialität, nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern im Gegentheil erleichtert, vermittelt, veredelt. Die Universität verzweigt sich von jenem gemeinsamen Höhen- und Mittelpunkte aus in alle Gegenden menschlichen Wissens, bürgerlicher Thätigkeit, staatlichen Berufes. Aus ihr entspringen, wie sie in ihr münden, neben ihr her und parallel mit ihr laufen alle jetzt geschiedenen, vereinzelten, zerfahrenen Unterrichts- und Bildungsanstalten. Der Officier, der Kaufmann, der Techniker, der Landwirth, der Forst- und Bergmann macht in Zukunft so gut, wenn auch in Dauer verschieden, seinen Universitäts-Kursus, wie es bisher der Arzt, der Advokat, der Prediger that. Nur findet er alle Mittel zu seinem Zweck in dem allgemeinen Schatz nahe beisammen, in wechselseitiger Durchdringung mit anderen verwandten Elementen erhoben und gekräftigt, statt daß er sie bisher vereinzelt aufsuchen und selbst vereinzelt benutzen mußte. Damit wird der specifische Unterschied der „Stände" in Bezug auf Bildung, Gesittung und Gesinnung gründlicher aufgehoben werden, als dies ein politisches Gesetz zu thun vermag. In England, wo der nach Indien abgehende Kadett seinen Hocaz mit auf die See nimmt, wo der Parlamentsredner mit klassischen Citaten den Geschmack seiner patriotischen Diatribe würzte, wo der Citykrämer dieses Gewürz versteht und mit Behagen genießt, in England ist jener Unterschied, zum großen Theil durch die Allen gemeinsame Vorbildung, lang ausgeglichen. Jeder Engländer, der für unterrichtet gelten will, der sich einem höhern Lebensberufe, als täglicher Arbeit und niederm Gewerbe widmet, der endlich auf den Begriff eines Gentleman von Haus aus Anspruch macht und losgezählt, besucht seine hohe Schule; dort wird er, trotz aller Zucht, außer gebildet, auch selbständig, nachdem ihn die Familie aus ihrem, in England besonders, eng und fest gezogenen Kreise entlassen hat. Nicht den Mechanismus, wohl aber den Organismus dieses seit Jahrhunderten jenseit des Kanals eingehaltenen Bildungsganges möchten wir, mutatis mutandis, bei uns eingebürgert oder wenigstens berücksichtigt sehen.

4. Gleich berechtigt mit den Forderungen der Universalität an die Hochschule stehen die der Nationalität. Diese muß, wie sie der Boden gewesen, auf dem die deutschen Universitäten erwachsen sind, der fruchtbare Boden bleiben, in dem sie wurzeln, der freie Himmel, dem sie entgegenwipfeln. Bedarf es hier der Begründung? Bedarf es des Beweises, daß diese Nationalität, weit entfernt, mit der Humanität und Universalität in Widerspruch zu stehen, diesen vielmehr den einzig festen Halt, den richtigen Hintergrund verleihen? Hier ist die Stelle, wo die Hochschule ihren alten, schönen Ehrennamen einer Alma Mater zur neuen Wahrheit machen kann und soll, indem sie ihre Söhne mit der Milch eines echt deutschen Sinnes nährt und ihnen, wenn sie der mütterlichen Brust entwachsen, als unveräußerliches Erbtheil nationales Bewußtsein, nationalen Stolz, Vaterlands- und Freiheitsliebe in das Leben mitgibt.

5. Die Universität soll sich dem Leben nähern, dem Geiste der neuen Zeit anbilden, sowohl dem wissenschaftlichen Gehalte nach, als in der Form, der Erscheinung, der Richtung. Statt halb mittelalterlich, soll sie ganz modern werden. Ein vieldeutiges, viel gebrauchtes, viel mißbrauchtes Wort, das nähere Erklärung fordert. Gewiß, wir erkennen keinen Fortschritt der Wissenschaft darin, daß die Philosophie, wie durch Viktor Cousin in Frankreich geschehen, auch in Deutschland salonfähig gemacht werde, daß das Katheder des deutschen Gelehrten, wie Herrn Quinets, Herrn Michelets in Paris, wie Bühne und Tribune auch bei uns, seine Claque, weibliche und männliche, bilde und um sich sammle. Aber wir erkennen einen Stillstand darin, und da es keinen Stillstand gibt, auch ein Zurückbleiben, wenn der deutsche Professor seine Studirstube, der deutsche Student seine Bierkneipe — beide wie Schnecken verschiedener Species, aber desselben Genus, ihr Haus — überall und unverkennbar und unaufhörlich auf dem Rücken herumschleppen. Zwischen jenem Extrem und diesem liegt eine richtige Mitte: wissenschaftlicher Ernst und Würde heißt sie nach Außen, wissenschaftlicher Geist nach Innen. Mit ihr sind so manche überlebte Formen des Universitätslebens nicht vereinbar, und noch weniger mit dem, nach Association, nach Gleichheit, nach Allgemeinheit ringenden Streben der Neuzeit. Die Universität muß das richtige Verhältniß für sich suchen, wo sie in dieses allgemeine Leben hineinwachsen kann, ohne die jugendliche Frische und den besonderen Reiz abzustreifen, den sie bisher zu ehren gewußt hat.

6. Es ist unausbleibliche Folge der großen Umwälzungen und Entwickelungen, die unsere Zeit in Staat und Kirche hervorbringt, daß auch Gehalt und Fassung der Wissenschaften wesentlich sich verändern wird. Mit einem allgemeinen deutschen Recht wird die Rechtswissenschaft, mit einer neuen Kirchenverfassung die praktische Theologie eine andere werden, wie denn Naturwissenschaften und Heilkunde durch das beständig wachsende Material, Geschichte und Philosophie durch die durchaus verschiedene Behandlungsweise im Laufe der Zeit bereits vollends andere geworden sind und täglich andere werden. Wie einst das Trivium und Quadrivium, so ist jetzt, als äußere Form der Universitäts-Wissenschaften, das Vier-Fakultäten-System eigentlich schon überlebt, es ist thatsächlich überwunden worden. Noch besteht es aber und übt, wer wüßte nicht einen wie großen Einfluß auf die gesammte Thätigkeit unserer Hochschulen aus. Es wird schwierig sein, deßhalb jedoch nicht minder nöthig, für diese an die mittelalterliche Ueberlieferung mahnende Form eine neue zu finden, ohne den Inhalt, wenigstens augenblicklich, sich verwirren und auseinander fallen zu lassen. Löst man das ehrwürdige, aber morsch und locker gewordene Band der Fakultäten, so kann es immerhin geschehen, daß die drei s. g. Fachwissenschaften ganz und gar sich von einander isolirten, und daß jenes vielgetadelte „bunte Flick- und Sammelwerk", welches man eine philosophische Fakultät zu taufen beliebt hat, in alle Winde flöge. Und doch kann das „groteske" Ansehen — schon Schleiermacher fand und nannte es so — welches die vier Fakultäten den Universitäten geben, nicht wohl in ihre neue Gestalt mit hinübergenommen werden. Wenn

aus der Universalität, welche die Universität anstreben soll, eine Durchdringung und geistige Verbindung aller Wissenschaften folgt, wenn die einzelnen selbst sich stofflich und in der Form verändern müssen, so kann ihre bisherige äußerliche Scheidung, unbequem und naturwidrig, wie sie sich jetzt befunden, nicht wohl stehen bleiben. Was an ihre Stelle setzen? Wir meinen, da die philosophische Fakultät in sich eigentlich die Universität darstellt, während die andern drei Fakultäten mehr oder weniger ausgesprochene Specialschulen sind, so kann nur durch die Anwendung des inneren, eigentlichen Princips von jener auf diese der richtige Weg zur Ausgleichung und Verbindung gefunden werden. Die philosophische Fakultät beruht, als ursprüngliche Spiegelung der ganzen Universität, auf dem Grundsatz der freien Association; die drei andern Fakultäten sind Korporationen, wir wissen kaum, ob mehr geblieben oder mehr geworden, jeden Falls gewesen. Stelle man den gesammten Bau auf jene Grundlage, so fallen alle Konsequenzen dieser Form von selbst weg. Die freie Vereinigung hebt die Innung auf, ohne den Verein des Gleichartigen und Zusammengehörigen unter sich mit aufzuheben. Praktisch angewendet auf die Universität, wird dieser Grundsatz ihren Fakultäten-Zwang lösen, ohne ihr Gesammtleben und dessen allgemeine Aeußerungen und besondere Vereinigungspunkte aufzulösen.

Preußen. Aus Potsdam gehen sehr befriedigende Nachrichten ein. Die Stimmung ist eine sehr ruhige und versöhnliche. Die Bürgerwehr hatte aus Holstein zurückkehrende Truppen festlich eingeholt, worauf der König die Parade der Bürgerwehr im Lustgarten persönlich abnahm. Dabei wurden patriotische Hochs ausgebracht, so daß der ganze Zwischenfall der letzten Tage als ausgesöhnt angesehen wird. (Voss. Z.)

Schleswig. Kiel. In der Sitzung der Landesversammlung vom 14. hatte ein Antrag Ahlmanns, die provisorische Regierung um sofortige Publikation des Staatsgrundgesetzes anzugehen, nur 50 unter 86 (weniger als zwei Drittheile) Stimmen für sich und wurde daher als nicht dringlich erklärt. Vorher indeß hatte der Regierungskommissär auf eine an ihn gerichtete Anfrage erklärt, daß die Verfassung sofort publicirt werden solle, sobald die von der Versammlung beschlossene Uebersetzung ins Dänische vollendet sei. (B. H.)

Altona, den 14. Septbr. Der Oberbefehlshaber, General von Wrangel, hat unterm 12. Sept. nachstehendes Schreiben an das Reichskriegsministerium erlassen: „Einem hohen Reichsministerium des Krieges verfehle ich nicht, ganz ergebenst zu berichten, daß ich gestern und heute die einzigen von mir noch nicht gesehenen Truppen der Armee, die kombinirte Division des 8ten deutschen Bundeskorps inspicirt und sie dabei in demselben guten, kriegstüchtigen Zustande gefunden habe, der die übrigen, schon länger hier anwesenden Abtheilungen der Armee so rühmlich auszeichnet, was ich für meine Pflicht halte, hier öffentlich auszusprechen. Hiermit glaube ich nunmehr meinen Dienst, als Oberbefehlshaber der deutschen Bundesarmee in Schleswig und Holstein, beenden zu können, denn der Waffenstillstand ist geschlossen, die Ausführung des militärischen Theils der Konvention ist im Gange und wird in wenigen Tagen beendet sein, und endlich hat der preuß. Generalmajor v. Bonin das Kommando der in den Herzogthümern zurückbleibenden Truppen, einschließlich der schleswig-holsteinischen, übernommen, so daß für mich keine wesentliche Wirksamkeit mehr übrig bleibt; ich lege daher das mir anvertraute Armee-Kommando ehrfurchtsvoll in die Hände Eines hohen Reichsministeriums des Kriegs nieder; bis auf Weiteres aber wird der Chef des Stabes der Armee, der preuß. Oberst v. Hahn, in Altona die Geschäfte des Armee-Kommandos fortführen, und zwar bis die zurückzusendenden Abtheilungen die Herzogthümer verlassen haben oder Ein hohes Ministerium anders darüber verfügt, während ich bereits meine Reise nach Potsdam angetreten habe, wie ich dies hochdemselben gestern gemeldet. (D. K.)

Türkei.

Konstantinopel, 30. August. Am 28. August hielt der österreichische Internuntius Graf v. Stürmer in der Kirche St. Maria ein feierliches Tedeum, welchem alle Oesterreicher, sowie die Geschäftsträger von Preußen und der Hansestädte (als einzige deutsche Diplomaten außer dem Grafen Stürmer) beiwohnten. Nach Beendigung desselben verfügten sich Alle in das Gesandtschaftshotel, wo der Internuntius folgende Anrede hielt: „Meine Herren! Die allmächtige Hand, welche mehr als einmal in Prüfungszeiten unser Kaiserthum erhielt, hat uns auch in der Krisis, welche wir soeben durchgemacht haben, nicht verlassen. Der Kaiser, welcher sich aus seiner Hauptstadt entfernt hatte, und dessen unerwartete Abreise uns so große Besorgnisse verursacht hatte, ist unter dem Zujauchzen eines ganzen Volkes wieder eingezogen. Dieses Ereigniß hat genügt, um überall wieder Vertrauen und Sicherheit zu bringen. — Unsere Heere haben sich mit Ruhm bedeckt. Die glänzendsten und entscheidendsten Siege sind rasch auf einander gefolgt, und 14 Tage genügten, um den Feind über unsere Grenzen zurückzutreiben. Der Marschall Radetzky, dieser Veteran der Ehre, hat sich unverzängliche Ansprüche auf die Erkenntlichkeit des Vaterlandes erworben. Hoffen wir, daß ein dauerhafter Friede der Preis dieser Siege sein werde, und daß die Lombarden und Venetianer, über ihre wahren Interessen aufgeklärt, in uns nur noch Befreier und Brüder sehen, welche bereit sind, mit ihnen die Wohlthaten unserer neuen Institutionen zu theilen, welche künftighin ihre Nationalität vollkommen sicher stellen werden. — Meine Herren, ich habe mit Ihnen noch über ein anderes für Oesterreich glückliches Ereigniß zu reden. Die innige Verbindung, welche die Fürsten und Völker Deutschlands unter sich befestigt haben, bietet uns ein Unterpfand größerer Stärke und Sicherheit in der Zukunft. Ueberdies muß die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser unserer nationalen Eigenliebe schmeicheln. Völker und Fürsten Deutschlands hegen gleiches Vertrauen zu diesem Fürsten. — Das sind, meine Herren, hinreichende Gründe zur Zufriedenheit, und deßhalb haben wir uns heute am Fuße der Altäre versammelt, um Gott dafür zu danken. Setzen wir auch ferner auf ihn unsere Zuversicht. Vergessen wir nicht, daß wir in einer Uebergangsperiode leben, und lassen wir uns nicht durch die davon unzertrennlichen Uebel entmuthigen. Halten wir nicht die Gährung, welche in gewissen Gemüthern herrscht, für ein schlechtes Symptom; sie ist die natürliche Folge der Veränderungen, welche um uns her vorgehen, und deren Früchte wir ernten werden, dessen seien Sie gewiß, meine Herren! Es lebe der Kaiser! Es lebe die kaiserliche Familie! Es lebe die österreichische Armee und ihr Anführer! Es leben die deutschen Fürsten und Völker! Es lebe der König von Preußen! Es lebe die preußische Nation! Es leben die Hansestädte! Es lebe die Freiheit, welche, durch weise und gemäßigte Gesetze geregelt, allein im Stande ist, das Glück der Völker und die Würde der Menschen zu sichern!“ (Hier steigerte sich der Beifall zu einer wahrhaft betäubenden Höhe.)*) Kein Italiener hatte sich sehen lassen; sonst so übermüthig und mit so geschwollenem Kamm **) sind sie jetzt mäuschenstill, und zahllose Dalmatiner, Kroaten, Slowaken, Ungarn, wahre Kraftkerle und Hussitenphysiognomien, würden jeden etwaigen Versuch der Italiener, die Feier zu stören, auf eine recht nachdrückliche Weise zurückgewiesen haben. Ibrahim Pascha ist hier am 25. d. M. angekommen; am 27. hatte er Audienz beim Sultan. Am 26. d. hatte der französische Gesandte, General Aupick, Audienz, und somit hat der Sultan die franz. Republik anerkannt. Ferner ist hier wieder ein griechischer Gesandter (Hr. Rizo Rerulos) sowie eine walachische Deputation angekommen, aber beide sind noch nicht vom Sultan empfangen worden. Dagegen rüstet sich der Amedschi, Fuad Effendi, zur Abreise nach den Donaufürstenthümern, und die Cholera bläst endlich auch zum Abzuge. Glückliche Reise! An Feuersbrünsten sind wie dieses Jahr ungemein reich. Von den größern derselben die vierte, hauste am 16. d. M. eine, welche die gesammten Vorräthe Konstantinopels an Oel, Lichtern, Talg, Butter, Bauholz, u. s. w. zum Werthe von einer Milliarde vernichtete und 30 Menschenleben forderte. Vorgestern die fünfte in Tophane und Fludükli, wo gegen 200 Häuser, eine Moschee und das Palais des Artillerichefs Ahmed Fesch Pascha (Schwager des Sultans) vernichtet wurden.

---

*) Vor einem halben Jahre hätte Graf Stürmer von dem bloßen Hören solcher Gedanken schon Ohnmachten bekommen, jetzt spricht er sie selber aus. Wir wollen jedoch hoffen, daß er sich damit keine Brücke zu der neuen Zeit baut. Graf Stürmer und Prokesch-Osten dürfen Deutschland nicht mehr vertreten! A. d. R.

**) Es ist hier vorgekommen, daß hochgestellte Italiener befreundete Deutsche eingeladen haben, um sie mit dem Motto à Tedeschi zu begrüßen oder mit einem spöttischen Poveri Tedeschi zu verhöhnen. (Ich kann Namen nennen!)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elliot 6 King., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden nur Briefe unter C. L. Kiesewetter in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Rue Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt sich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 10.-23 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 257. **Heidelberg,** Donnerstag 21. September. **1848.**

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt,** am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der Weidmannschen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an D. Reimer in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die Tagesereignisse. — Die Reform der Universitäten. V. — Wien (Kampf der Schwarz-gelben mit den Schwarz-roth-goldnen. Strobach aufs Neue zum Präsidenten gewählt). Posen (Bestrebungen der Deutschen und Polen in Betreff der Grenzlinie). Vom Rhein (Opposition im Klerus. Antrag auf Verlegung der preuß. Nationalversammlung). Naumburg (Unruhen). Hannover (die Verfassung). Kassel (Eberhard und Wippermann zu Staatsräthen ernannt). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Bekanntmachung. Die Bürgerwehr und der Schutz der Nationalversammlung. Die Gefangenen. Vermehrung der Truppen. Officielle Verkündigungen. Das Ministerium).

Großbritannien. London. Englische Zeitungsstimmen über Deutschland und sein Verhältniß zur Waffenstillstandsfrage.

Frankreich. Paris. Das Journal des Débats und der National über Deutschland. Die Ergänzungswahlen. Verhandlungen der Nationalversammlung über die Verfassung.

Italien. Turin. Die republikanische Bewegung. Das Heer. Neapel. Der Feldzug nach Sicilien. Vertagung der Kammer. Lazaroni-bewegungen. Die Reaktion.

21. September.

Wir haben gestern darauf hingewiesen, daß es jetzt mit den vom Momente auferlegten Maßregeln einer ernsten und festen Gewalt allein nicht gethan sei, daß man vielmehr zugleich darauf denken müsse, dauernd einen normalen Zustand zu begründen, der uns aus dem Provisorium herausführe. Wir erkennen zwar ganz die Nothwendigkeit der Schritte an, welche die Reichsregierung gethan hat, um den Aufruhr vollständig zu bewältigen; wir wünschen sogar, daß man in der Paulskirche und im Ministerium den Muth haben möge, diese Schritte mit allem Ernste und ohne die sentimentalen Anwandlungen durchzuführen, die sich unserer deutschen Natur im unpassendsten Momente immer am ersten bemächtigen. Es ist z. B. eine Täuschung, wenn man glaubte, einen Schritt zur Versöhnung zu thun, indem man in der Verhandlung über den Zachariä'schen Antrag die verlangte namentliche Abstimmung fallen ließ. Mit den geheimen Feunden der Emeute muß man nicht aus Weichheit kapituliren wollen; die Partei, die so oft bei den frivolsten Veranlassungen die Zeit mit namentlichen Abstimmungen verdarb, um eine Handhabe zur Verdächtigung zu finden, hätte bei diesem ernsten Anlasse die ganze scharfe Waffe eines namentlichen Votums empfinden müssen. Deutschland mußte erfahre, wie die Leute heißen, die dem Sieg der Freiheit und Ordnung mit geheimer Verstimmung zusahen, sowie es berechtigt ist, zu wissen, wer die Verführer der Verführten, wer die eigentlich intellektuellen Urheber der Emeute sind. Eine Partei, die an ihren politischen Gegnern mit tückischem Meuchelmord Rache nimmt, hat auf Toleranz keinen Anspruch; das sittliche Gefühl des Volkes verlangt, den Leitern und Urhebern bis in die letzten Schlupfwinkel nachzuforschen.

Aber wie schon bemerkt, das ist es nicht, was auf die Dauer genügen kann; wir bedürfen einer festen, stetigen Gewalt, wir bedürfen der Maßregeln, welche eine solche Gewalt und den ungestörten Bestand der unverzüglich zu vollendenden Verfassung sichern können. Schon mehr als einmal hat ja der Aufruhr rasch geboren, was die Zeiten der Schwüle und des Temporisirens nicht zum Ziele führen konnten; mehr als einmal ist auf den Barrikaden die Krisis beendet worden, die im friedlichen Rathe keine Lösung fand. Daß dies jetzt und rasch geschehe, ist für die Zukunft unseres Vaterlandes von unberechenbarer Wichtigkeit; nicht zum zweiten Male wird den gesetzlichen und parlamentarischen Gewalten die Anarchie so gebunden und überwältigt in die Hände geliefert, nicht zum zweiten Male es ihnen so leicht gemacht, hier schöpferisch und organisirend einzugreifen. Es ist eine Lebensfrage für den Beruf unserer neuen Staatsmänner; wird der Moment versäumt, so ist auch über ihre Zukunft das entscheidende Loos gefallen.

Die letzten Geschichten in Frankfurt, wie sie der Katastrophe unmittelbar vorangingen, konnten die Hoffnungen auf eine günstige Lösung eher herabstimmen als erhöhen; Regierung und Parlament haben in der Waffenstillstandsfrage ganz unleugbar Niederlagen erlitten, und dies Gefühl geht durch das Volk, wir meinen das wohlgesinnte Volk, nicht die geheimen und öffentlichen Helfershelfer des Septemberaufruhrs. Wir sehen nicht ein, warum man es verschweigen sollte, daß die junge Reichsgewalt in der ganzen diplomatischen Verhandlung bei Seite gesetzt worden ist, und zwar, wie sich zur Genüge erwies, von ganz unfähigen Leuten, deren diplomatische Weisheit noch um kein Haar besser ist, als die der berufensten Epoche der preußischen Politik. So viele stolze Worte, so viele geheime Beschlüsse, und in der ersten praktischen Frage eine Niederlage! Oder ist es keine Niederlage, wenn die Reichsminister mit dem Geständniß hervortreten müssen, es sei allerdings nicht so, wie es sein sollte, wenn sie ihre Ungeschicklichkeit hinter ganz unstaatsmännischen Ausbrüchen des Affektes zu verbergen suchen, wenn sie unverblümt zugeben, daß man freilich von zwei Uebeln das kleinere wähle, und wenn Männer wie Camphausen und Andere eine diplomatische Sprache führen, worin ihre Vorgänger Meister waren, sie selber aber doch ewig Stümper bleiben werden! Durfte doch die freche Drohung durch die Blätter laufen, Preußen werde, wenn der Vertrag nicht bestätigt werde, einen Separatfrieden mit Dänemark abschließen, d. h. mit andern Worten, alle Thorheiten, alle Schmach und allen Verrath der Zeit des Baßler Friedens von Neuem auf sich und Deutschland häufen! Wurden doch die patriot. Männer, denen das Vaterland gewiß mehr am Herzen liegt als ein Portefeuille, um ihrer Gesinnung willen, mit dem bequemen Schlagwort „Doktrinärs" kurz abgethan, wohl auch ganz im gouvernementalen Stile der alten Zeit mit dem Vorwurf ehrgeiziger und persönlicher Motive verdächtigt! Lachte doch die alte Diplomatie schadenfroh in die Faust, daß man die

junge Reichsgewalt und ihren diplomatischen Vertreter so habe „anlaufen" lassen, schmeichelten sich doch die bekannten Publicisten der Oberpostamtszeitung, „die seit März ins Wasser gelegt waren", bereits mit der Hoffnung, ihre Zeit sei wieder gekommen!

Daß in diesem unerquicklichen Bilde die Nationalversammlung keinen Trost bot, darüber haben wir uns bereits vorgestern ausgesprochen. Vor In- und Ausland hat man ein Bild des Schwankens und der Zerrissenheit geliefert, das uns übler bekommen wird, als wenn wir uns die kostspielige Vermittlungsfreundschaft Englands und Frankreichs verscherzt hätten. Ein Staat, dessen Vertreter in einer solchen Frage nicht einmal eine erträgliche Majorität bilden, wohl aber ein seltenes Beispiel von Schwäche und Inkonsequenz geben, ein Staat, dessen Ministerium so abtreten muß, ohne daß man gleichwohl im Stande ist, einen Ersatz zu finden, ein solcher Staat kann an politischer Achtung unmöglich gewinnen, und wir werden in der nächsten Verwicklung mit dem Ausland die Früchte davon zu ernten haben. England und Frankreich werden die politische Agonie, in der sich unsere Staatskunst zwischen dem 5. und 18. September befand, nicht übersehen haben; sie werden ihre Zumuthungen darnach einzurichten wissen. Und im Inland? Nicht die patriotischen Heuchler, denen Schleswig der Vorwand, die rothe Republik der Zweck war, sondern die aufrichtigen Freunde des Vaterlandes waren in diesen Tagen der Krisis am tiefsten herabgestimmt.

Vor dem Konvent, den der Abg. Vogt als letztes Mittel in Aussicht stellte, haben wir keine Furcht; eben weil uns, auch ganz abgesehen von den Verhältnissen, die Leute dazu ganz zu fehlen scheinen. Mit hohler Renommage, viel Frivolität und viel politischer Unwissenheit macht man noch keinen Danton, und doch haben nur Leute wie Danton den Konvent gemacht, nicht der Konvent die Dantons. Eben dies Prahlen und Sichaufspreizen mit Konventsphrasen, dem gleichwohl aller Muth der That fehlt, ist eine der unglücklichsten Karrikaturen, die die jüngste Zeit geboren hat; denn wen sollte die Bettelgrandezza nicht anwiedern, womit unsre eiteln Prahler die erborgten Lappen zur Schau tragen, die ihnen aus ihrer belletristischen Lektüre französischer Revolutionsgeschichten geblieben sind? Nein, weder Vogt's Konvent, noch Wesendonks Wohlfahrtsausschuß ist im Stande, Hoffnungen oder Befürchtungen zu wecken; ein Regiment von diesem Schlage könnte höchstens als Folie oder als Uebergang ephemere Bedeutung haben.

Es wird auch nicht einmal zur Probe kommen, wenn man in der Paulskirche begreift, wie schwer der gegenwärtige Moment wiegt, wenn man die Gelegenheit zu fassen und die Warnungsstimme des Schicksals zu deuten weiß. Nur einmal, am 15. Mai, war es Lamartine und seinen Freunden durch die Anarchie in die Hand gegeben, die Dinge in Frankreich zu ordnen; die Frist lief ab und als ein zweiter Schlag erfolgte, waren es nicht mehr die Lamartines und seine Freunde, sondern ganz andere Elemente, bei denen man Schutz und Rettung suchte.

Die Reform der Universitäten*).

V.

7. Eine besonders wichtige Frage erwächst den Universitäten in dem allgemeinen, auch sie erfassenden Streben nach Centralisation. Oft genug ist ihnen, wie den fürstlichen Hauptstädten, gegenüber, die Anerkennung ausgesprochen worden, der auch wir eine relative Wahrheit nicht absprechen, daß ihre Vielzahl und Verstreuung über die ganze Oberfläche von Deutschland eine besondere Wohlthat, eine wichtige Quelle allgemeiner Bildung und Gesittung gewesen. Hier aber, wie an manchen andern Orten, findet das alte Sprichwort seine neue Anwendung: Andere Zeiten, andere Sitten; andere Zwecke, andere Mittel. Wir bedürfen nicht mehr vieler einzelnen kleinen Lichter; wie bedürfen Centralsonnen, die zuletzt doch weiter scheinen, tiefer beleuchten, gründlicher aufhellen, als jene. Nur noch geringe Billigkeit besitzt, was sich gegen die Verlegung von Hochschulen aus ihren ursprünglichen alten Winkeln in die neuen Mittelpunkte öffentlichen, geselligen, künstlerischen Lebens sagen läßt; desto tiefere Bedeutung hat gewonnen, was gegen die bisherige Einrichtung mit Grund vorgebracht wird. Das gefährdete Kommunal-Interesse eines akademischen Flachsenfingen wiegt die gefährdeten Interessen der Wissenschaft und des Volkes nicht auf. Unglaublich ist es, wie sehr der vielbeklagte Universitäts-Schlendrian und der Kastengeist bei Professoren und Studenten örtlich und unmittelbar zusammenhängt mit den düstern, dunklen Nestern, wo er seit unvordenklichen Zeiten in der geheimen Wechselwirkung sachleidender Studentengeschlechter und unsterblicher Professorenalter mit wunderbarer Zähigkeit sich fortpflanzt. Unglaublich auch ist es, wie viel an Kräften, geistigen und materiellen, theils für kleine Zwecke vergeudet, theils in kleinen Mitteln zersplittert wird. Wir haben keine neue Statistik deutscher Universitäten zur Hand (Mutzbr's verdienstvoller Almanach celebte nur zwei Jahrgänge), um mit Zahlen zu beweisen, welches Mißverhältniß im Vergleich zum Ausland die Zahl der Universitäten in Deutschland darbietet, und in welchem noch viel größern Mißverhältniß auf den kleinen deutschen Universitäten die Zahl Lehrender und Lernender steht. Sagen wir es mit Einem Worte heraus: In den Universitäten muß noch mediatisirt werden. Nicht im Style Napoleons, der auf ein Dekret: „das Haus Hessen, das Haus Braunschweig hat aufgehört zu regieren", gleich das andere folgen ließ: „die Universität Rinteln, die Universität Helmstädt ist aufgelöst" — vier Blitzstrahle, deren für Europas Wohl verderblichster auch jetzt noch schwer herauszufinden sein wird, wo zwei derselben längst zurückgenommen, und die beiden andern längst vergessen sind. Deßungeachtet wollen wir nicht so mediatisiren; wir kennen alle die Rücksichten, welche gefallene Größen verdienen, wir sparen einen Moab — wo der sanfte Tod nahe vor der Thür steht. Von Jahr zu Jahr werden die kleinen Lichter in dem auf sie drückenden Schwaden kleiner, unsichtbarer; putzt sie nicht, gießt kein Oel zu, und sie erlöschen von selbst. Wo die Zahl der Studenten mit jedem Semester abnimmt, da stellt nicht mit jedem Semester neue Docenten an. Laßt die entstehenden Lücken unbesetzt, ruft tüchtige Kräfte und tüchtige Namen auf einer ihrer würdigen Stelle, treibt durch Zwangsbesuch und Examens-Nöthe nicht ein verzweifeltes Häuflein in die leere Hürde. Mit einem Worte: quacksalbert an einem Patienten nicht, dessen Leben Nichts nützt, dessen Sterben Nichts schadet, wohl aber umgekehrt, und dem auch der beste Arzt Nichts mehr nützen kann, wohl aber ein schlechter noch schaden. Will er der Natur durch einen römischen Selbstmord zuvorkommen, stört ihn nicht, ruft ihm kolsch zu: Patet janua, exi! Wollen beide Hessen nur Eine Universität, will Baden keine zwei mehr besitzen, warum sie daran hindern? Wie gut wäre es gewesen, welche feste Burg in den Zeiten der Noth gegen österreichischen Absolutismus und bairischen Ultramontanismus, hätte Würtemberg — wie der jetzige König bei seinem Regierungsantritt beabsichtigte, aber gegen das Scheiber- und Pietistenregiment nicht durchsetzte — sein Tübingen nach Stuttgart getragen und dort, im Mittelpunkte des schönen, gesuchten, wohlfeilen Südens, auf dem Piedestal schwäbischen Geistes und schwäbischer Berühmtheiten, auf den Grundlinien konstitutioneller und protestantischer Freiheit, auf den Ruinen einer im größten Sinne gedachten, zeitgemäß zu erneuernden Stiftung, der „hohen Karlsschule", eine deutsche Akademie gegründet!

8. Es übrigt, in wenigen Zeilen die Grenze anzudeuten, wo die Universität an den Staat anknüpft und äußerlich wie innerlich mit ihm, ohne wechselseitige Abhängigkeit, zusammenhängt. Wenn es bisherigen Erfahrungen zufolge hauptsächlich Partikularinteressen und örtliche oder persönliche Konflikte waren, worin Staatsgewalt und Hochschule zusammenstießen, so wird es räthlich sein, jener Grenze so weit und so hoch wie immer möglich zu suchen. Die neugebildete Centralgewalt gibt uns die allen Seiten gleich erwünschte Vermittelung. Wir wollen die Hochschule, ohne sie vom Einzelstaate abzulösen, unmittelbar an das Reich anknüpfen. Ein Reichskultminister werde über das gesammte Unterrichtswesen gesetzt. Der einzelne Staat, namentlich kleineren Umfanges, wird, sofern er bisher ein eigenes Portefeuille für dieses Departement errieth, dasselbe seinem Minister des Innern übergeben können. Wie dieser das Interesse des Staates in Angelegenheiten seiner Hochschule vertritt, so der Reichsminister das Interesse Deutschlands und der Wissenschaft an allen Hochschulen. Zwischen beiden denken wir uns — erinnernd an eine Einrichtung aus dem, an organisirenden Ideen immerhin reich zu nennenden Empire, die das Julikönigthum unter dem Ministerium Salvandy, vergeblich zu erneuern suchte — einen Studienrath, zusammengesetzt aus Sachverständigen, Praktikern und Theoretikern aller Wissenschaften, und aus Angehörigen aller Hochschulen, beziehungsweise Staaten. Wenn diesem Studienrathe in Verbindung mit dem Reichskultminister einer Seits und anderer Seits mit dem Staatsministerium des Innern, diejenigen Pflichten und Rechte zufielen, welche bisher der Ministerial-Kommissär, senatus academicus, oder eine gemischte Behörde von Staatsdienern und Universitätsangehörigen übte, so würde nicht nur die Mehrzahl aller kleinlichen und mißlichen Fragen

*) Schluß des Artikels „Die Reform der Universitäten" in unserer gestrigen Beilage.

wegfallen, welche die Theorie zerrissen und die Praxis gelähmt haben, sondern es würde eine wohlthätige, ja nothwendige Gleichmäßigkeit der Forderungen und Einrichtungen für das Universitätsleben in Deutschland sich allmählich, homogen mit der politischen Einheit, ausbilden und herstellen. So müßte, vielleicht erst in zweiter Instanz, und in einer ersten, wie bisher, aus der Universität selbst, der Vorschlag zu Lehrer-Stellen von jenem Studienetat an die betreffende auszuführende Landesregierung ausgehen; derselbe würde aus eigenen und fremden Mitgliedern eine Prüfungskommission niedersetzen, eine und dieselbe für die ganze deutsche Jugend, wo diese nach Ablauf ihrer akademischen Studien sich zu stellen und eine allgemeine Vorprüfung von der besonderen praktischen Fach- und Landesprüfung zu bestehen hätte; von ihm würde die Begutachtung einzelner Lehrpläne und die Zusammensetzung eines allgemeinen Studienplanes ausgehen, von ihm, etwa in Folge eines öffentlichen Konkurses, die Zulassung zu akademischen Lehrämtern, von ihm allgemein disciplinarische und administrative Gesetze, deren Anwendung auf das einzelne Verhältniß der einzelnen Regierung und Universität damit doch vorbehalten bliebe.

Oesterreich. ** **Wien**, 16. Sept. Der Kampf der Grünen und Blauen — wir haben ihn leibhaftig. Wer den byzantin. Farbenstreit nicht begreifen oder nicht glauben kann, der möge nur nach Wien kommen und den von Tag zu Tag zunehmenden Sieeli zwischen Schwarzgelb und Schwarzrothgold mit ansehen. Es ist ein neuer Beitrag zur Farbenlehre, ein merkwürdiges Zeichen, wie in unserer unglaubigen Zeit die Farbensymbolik so bedeutendes Terrain gewinnt; möge der Himmel uns davor bewahren, daß nicht am Ende die famose Farbensymbolik Freiligraths zur Wahrheit wird — fast sieht es darnach aus. Jeden Augenblick entstehen Krawalle. Seit einigen Tagen soll ein Verein bestehen, der es sich zur Aufgabe setzt, das schwarzgelbe Band offen zu tragen; es sei das ja nur die k. k. Landesfarbe. Man sieht auch in der That sehr Viele bereits mit dem schwarzgelben Bande geschmückt. Aber so wie einst die „schwarzrothgoldenen Quasten", so ist jetzt das Tragen von schwarzgelben Bändern nicht ungefährlich; manche „Träger" der schwarzgelben Abzeichen sind schon von „Trägern" der schwarzrothgoldnen Idee und des Bandes gewaltsam ihres Schmuckes beraubt worden. Vergebens, daß auch die radikalsten Journale, wie natürlich, gegen diese Gewaltmaßregeln eifern, vergebens, daß namentlich Mitglieder der Nationalgarde und der akadem. Legion, wo sie nur immer können, dergleichen zu verhindern suchen — sogar die Sicherheitswache ist nicht immer hinreichend, und man wird zuletzt noch Militär requiriren müssen. Eine Seidenband-Handlung auf dem Kohlmarkte, die schwarzgelbe Bänder ausliegen hat und wie man sagt, auch gratis ausgibt, ward gestern durch einen Volkshaufen gestürmt, und nur durch Einschreiten der Nationalgarde konnten weitere Excesse verhindert werden — u. s. w., aber wie es weiter gehen wird, das mögen die Götter wissen. Wie sich von selbst versteht, hat auch unsre „fliegender Buchhandel", die Plakaten-Literatur sich dieses Stoffes bemächtigt. Ein Auseufer ist oft zugleich Träger der schwarzrothgoldnen und der schwarzgelben Idee — und gibt die eine wie die andere für 1 kr. C.M.: „Vivat hoch, die Schwarzgelben!" „Schwarz und gelb" sind u. A. die Namen, die diese valeelosen Gassenfindlinge auf der Stirn tragen. Schwarzgelb bedeutet bei einer Partei jetzt alles Mögliche; ich höre dieser Tage, wie ein Rebeller einen andern nebst andern epithetis ornantibus auch das eines „Schwarzgelben" so beilegte, wogegen dieser mit aller Entschiedenheit protestirte. Schwarzgelb ist das Parteistichwort für Absolutismus, Austrianismus, k. k. Bewußtsein — in metaphorischer Bedeutung umfaßt es aber Alles, was man will. Die Schwarzgelben haben nun den Namen, wie einst die Genfer und jüngst die Jesuiten sollen, trotz seiner Verrufenheit adoptirt, und protestiren ebenfalls gegen alle absolutistische oder retrograde Tendenzen, die man ihnen unterschiebt. Für einen Heiden ist das Räthsel zu spitzig — ich muß einen Deutschkatholiken fragen. Es heißt, daß Ronge nächster Tage hier predigen wird. — Laut Kundmachung von Seite des Handelsministeriums ist bereits ein Komité zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute gebildet worden, und werden Letztere aufgefordert, ihre desfallsigen Gesuche einzureichen. Die ungarische Leibgarde hat ihren Abschied genommen, um in den Reihen ihrer Landsleute gegen den Feind zu kämpfen. Ungarn bildet natürlich auch einen stehenden Artikel, pro und contra, in unserer Gassenliteratur. Einen Nutzen hat jedenfalls diese Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Kreuzerliteratur. Es lernen Leute dadurch lesen, die früher nie ein Buch in die Hand genommen. Es mag in dem früheren Schulwesen begründet sein, aber es ist erstaunlich, wie hier Leute aus den untern Ständen — sit venia verbo — so schlecht lesen. — In der letzten Sitzung des Reichstags wurde der Präsident Strobach mit großer Majorität wiedergewählt.

Preußen. † **Posen**, 14. Sept. Die Gestaltung unserer Verhältnisse bleibt im steten Wechsel; jede Erschütterung der politischen Konstellationen in Berlin und Frankfurt olbert hier nach, und zwar deßhalb mehr als irgendwo, weil die Abgrenzung der Nationalitäten seit fünf Monaten in der Schwebe ist, und bald vereitelt, bald ihrer Ausführung nahe scheint. Mit schlagender Schärfe hat Ihr Blatt in einem Leitartikel, welcher den Tit. 1. §. 1 des neuen preußischen Verfassungsentwurfs besprach, hervorgehoben, wie in demselben der deutsche Standpunkt des Ministeriums Camphausen verlassen sei. Die Kölner Zeitung hat diese Auffassung getheilt, und Niemand hat die Wahrheit derselben mehr empfunden, deutlicher eingesehen als unsere deutsche Bevölkerung. Die Ausdehnung der deutschen Verfassung Preußens über ein Gebiet, das nicht zu Deutschland gehört, über eine polnische Bevölkerung, die den Berliner Reichstag einen fremdländischen nannte, ist nur erklärbar durch das Streben, den Unterschied von Deutsch-posen u. Polnisch-posen wieder zu verwischen. Wir hatten den Schlüssel zu diesem Geheimniß, denn wir kannten den Einfluß der polnischen Abgeordneten und der polenfreundlichen Linken auf diesen §. des Entwurfs, ja wir hatten Ursache zu fürchten, daß die Absicht der Polen, jede Trennung zu hintertreiben, dem Borussen-Beamtenthume ganz willkommen kam. Es schien überdies, daß das gefallene Ministerium Auerswald die Durchführung der auch in Frankfurt sanktionirten Abgrenzung nicht zu beschleunigen gesonnen war. — Die Folgen dieser Zustände hatten sich in Posen bereits gezeigt, die Bureaukratie hatte hier ihr Haupt wieder zu heben begonnen, die Polen jubelten; sie fühlten, daß die deutsche Bevölkerung mit jener immer mehr in Widerspruch kam. — Jetzt mit dem Fall des Ministeriums Auerswald ist Bureaukratie und Polenthum etwas — erschüttert. Hören wir nur die Stimme des Letzteren in einem leitenden Artikel der Gazeta polska über die Abgrenzungsfrage. „Täuschen wir uns nicht, heißt es darin, der Rücktritt des Ministeriums wird unsere Stellung, wenn nicht verschlimmern, doch wahrlich nicht verbessern. Das neue preußische Ministerium, wie es auch zusammengesetzt wird, tritt sicher in eine noch engere Beziehung zu Frankfurt, wird noch aufrichtiger die deutsche Einheit erstreben und nach um so rascher den Beschlüssen des Parlaments Folge leisten. Das neue Ministerium wird minder preußisch sein, und dann ist die Abgrenzung im Namen der deutschen Nationalität, des deutschen Patriotismus und des deutschen Interesses durchgesetzt!" — Andere Stimmen antworten auf die Frage, warum denn die Polen selbst immer mit der Opposition für den Sturz der Ministerien arbeiten? Das Ministerium Camphausen mußten wir stürzen helfen, sagen sie, denn es hat ja „alle Zügellosigkeit und Unthat roher Soldatengewalt" über uns ergehen lassen! — Und was thut denn das Ministerium Auerswald, um dieses wieder zu vergüten? Nichts! gar Nichts! Es hat nicht einmal daran gedacht, den übereilten, ungerechten Beschluß der Frankfurter Versammlung (vom 27. Juli über die Einverleibung Deutschposens) zurückzuhalten! Auch nicht einen Scheitl that es, um die Reorganisation näher zu bringen! (Bekanntlich arbeiten die Polen nach Kräften dagegen!) Es hat nicht einmal die polenfeindlichen Deutschen aus Posen entfernt und sogar den zur Versetzung bestimmten General Steinäcker einer Deputation der Deutschen als Gouverneur der Festung zu belassen versprochen. Wie konnten wir ein solches Ministerium unterstützen? So die Polen; sie verzweifeln aber nicht, die Preßabtheilungen der Liga setzen ihre Federn in Bewegung. Im National vom 4. Sept. debattiren sie in Frankreich, in der Provinz aber rühren sie sich in den Lokalblättern, welche meist von Geistlichen gegründet sind. — Denen, die bisher noch sündigten und mit deutschen Kaufleuten oder Handwerkern u. s. w. in Geschäftsverkehr waren, wird Absolution ertheilt — aber unter Verwarnung für die Zukunft. Die Eltern, welche noch Söhne außerhalb der Provinz auf der Schule haben, werden mit Strenge auf das treffliche polnische Gymnasium in Posen verwiesen. Es wird endlich ein Verbot darauf gelegt, deutsche Briefe von Behörden oder Privatleuten auch nur anzunehmen, noch weniger zu schreiben! „Und könnten wir so gut Deutsch wie Göthe und Hegel zusammen", so lautet es, „unser Vaterland will es, wir müssen auf dem Polnischen bestehen, sonst wird Posen Fremden zur Beute. Denn wahrlich! bliebi die Stadt keine polnische, so ist das unsere Schuld, und nicht die des deutschen Reiches!" Unter den Deutschen ist im Augenblick die Hoffnung auf Durchführung der Abgrenzung wieder rege. Sie betrachten den Versuch der Bureaukratie: die Errungenschaften der letzten Monate in Vergessenheit zu versenken, als einen ohnmächtigen. Noch bestehen überall die Volksausschüsse, und der besonders von Beamten ins Leben gerufene Preußenverein kam von Born herein in Mißkredit. Kaum

Digitized by Google

200 Theilnehmer fanden sich bei seiner ersten Versammlung, und darunter Männer, die man in den Märztagen und noch später mit ellengroßen polnischen Kokarden und ganz kleinen preußischen hatte herumgehen sehen, und die Jedem, der mit dem dreifarbigen Bändchen versehen war, als einen Revolutionär auswichen. — Mit Vertrauen sieht die Mehrzahl der Bevölkerung auf das neu sich bildende Ministerium, weil es in dem Manne, der es bilden soll, die Bürgschaft erblickt, daß es immer deutscher werden wird zum Frommen des Gesammtvaterlandes und zum Heile unseres Deutschpolens.

** Vom Rhein, 18. Sept. Der Katholicismus der Rheinprovinz hat sich bis auf die neueste Zeit oder vielmehr gerade in der neuesten Zeit in so reinem Glanze gezeigt, daß er selbst mit dem Katholicismus, wie ihn beispielsweise der belgische Klerus und der luxemburger Bischof verstehen, den Vergleich nicht scheuen darf; mit den Siegen, welche sie errungen, ist der Siegesjubel und die Erfolgesgewißheit der Partei gestiegen, und ich habe bereits mehrfach Anlaß genommen, auf die Anstrengungen hinzuweisen, welche sie namentlich seit der Neugestaltung unserer Zustände macht, in welchen sie einen mächtigen Hebel und ein geeignetes Werkzeug für ihre letzten Pläne erblickt. Auffallend und im höchsten Grade beachtenswerth ist es aber, daß, während sie durch ihre zahlreichen Vereine die Laien, die Massen, für ihre Zwecke bearbeitet und ködert, während die Laien eine Anzahl dahin zielender Adressen, gleichviel, wie dieselben zusammengebracht worden, nach Frankfurt und Berlin beförderte, aus der Mitte der Geistlichkeit selbst sich ein Widerstand zu organisiren beginnt, der freilich erst in seinen Anfängen begriffen ist, der aber nicht verfehlen kann, auf die Länge moralisch die Gewalt zu schwächen, welche immer kühner ihr Haupt erhebt. Nahe an 400 Geistliche der Erzdiöse se Köln haben in einer an den Erzbischof gerichteten und in sehr energischen Worten auftretenden Eingabe gegen die mancherlei Uebergriffe der bischöflichen Gewalt, namentlich so weit dieselben die Unabhängigkeit des Klerus beeinträchtigen und eine terroristische Glaubens-Inquisition üben, Vorstellung gemacht. Der Erzbischof wird aufgefordert, bei jedem Geistlichen eine echt katholische Gesinnung so lange vorauszusetzen, als nicht eine Untersuchung, durch eigends dazu eingesetzte selbständige geistliche Gerichte geführt, die Abwesenheit einer solchen Gesinnung konstatirt habe, zugleich aber jeden Geistlichen, dessen kirchlicher Sinn ihm verdächtig erscheine, der Untersuchung dieser Gerichte zu unterwerfen; er wird ferner aufgefordert, bei der Besetzung vakanter Aemter eine gleichmäßige Berücksichtigung eintreten zu lassen, sowie die der Kirche aufgedrungenen organischen Artikel zu beseitigen und namentlich die Inamovibilität der Pfarrer auszusprechen; es wird endlich aufgefordert, das Dekanats-Institut in geeigneter Weise neu zu beleben und die vom Tridentiner Concil gebotenen jährlichen Diöcesan-Synoden zu veranstalten. Wie tief der Erzbischof den Schlag fühlt, welche diese Anträge seinem Ansehen versetzen, mag allein der Umstand beweisen, daß er sich weigerte, eine Deputation, welche ihm dieselbe zu überbringen den Auftrag hatte, zu empfangen und sich weiteren Nahen durch eine beschleunigte Adreise nach Berlin entzog. Die Adresse ist ihm jetzt dahin nachgeschickt worden, und es wird schwer halten, th' darin zur Sprache gebrachten Beschwerden noch länger wie seither zu ignoriren.

Auf Anlaß der neuesten Ereignisse in Berlin und namentlich der bei der Diskussion des berufenen Stein'schen Antrags von dem Abgeordneten Behrends abgegebenen Erklärung, daß er ermächtigt sei, den Beschluß der Bürgerwehr, die Majorität der Nationalversammlung zu unterstützen, dahin zu interpretiren, daß sie nur einer Majorität für jenen Antrag ihre Unterstützung gewähren werde, liegt jetzt, von dem konstitutionellen Verein in Bonn ausgehend, den sämmtlichen konstitutionellen Vereinen von Rheinland und Westfalen eine Adresse zur Berathung vor, des Inhalts: „in Betracht, daß jener Beschluß der Bürgerwehr genügen muß, die völlige Unfreiheit der konstituirenden Versammlung darzulegen, und daß es sonach die Pflicht der Regierung wie der Versammlung selbst ist, durch eine Verlegung des Sitzungslokals der konstituirenden Versammlung an einen andern Ort als Berlin dem Lande die nöthigen Garantien gegen terroristische Einflüsse zu geben — die Versammlung dringend zu bitten, Berlin zu verlassen und ihre Sitzungen an einem andern Orte zu halten." Sehr bemerkenswerth ist es jedenfalls, daß die beiden Hauptorgane der demokratischen Partei in Preußen, die Zeitungshalle sowohl, als die Neue Rheinische Zeitung, die Einschüchterung der Versammlung durch das „Volk" nicht bloß zugeben, sondern daß das letztgenannte Blatt eine solche Einschüchterung sogar für vollständig gerechtfertigt findet. „Das Recht der demokratischen Volksmasse — heißt es hier — durch ihre Anwesenheit auf die Haltung konstituirender Versammlungen moralisch (?) einzuwirken, ist ein altes revolutionäres Volksrecht, das seit der englischen und französischen Revolution in keiner stürmischen Zeit entbehrt werden konnte. Diesem Recht verdankt die Geschichte fast alle energischen Schritte solcher Versammlungen. Wenn die Ansäßigen des Rechtsbodens, wenn die furchtsamen und philiströsen Freunde der Freiheit der Berathungen dagegen jammern, so hat das keinen andern Grund, als den, daß sie überhaupt keine energischen Beschlüsse wollen." Das ist sehr naiv, aber jedenfalls sehr deutlich, und die „furchtsamen und philiströsen Freunde der Freiheit der Berathungen" mögen sich darin ergeben, ein „altes revolutionäres Volksrecht" gelten zu lassen, das freilich auf diese Freiheit der Berathungen gewaltig „moralisch" einwirkt, das aber „in keiner stürmischen Zeit entbehrt werden kann."

Naumburg, 15. Sept. Gestern Abend ist es hier zu schlimmen Auftritten gekommen. Es waren von der revolutionären Partei die Bauern der Umgegend förmlich aufgeboten. Doch ist deren Zuzug durch das energische Auftreten unseres Landraths gehindert. Von den auf das Land geschickten Boten ist einer aufgefangen worden, und man wird sonach den Leitern auf die Spur kommen. Ja der Stadt, wo große Bewegung herrschte, wurde nach dreimaligem Trommelschlag und Verlesung des Aufruhrgesetzes der Markt zuerst durch Kolbenstöße und dann durch einen Bajonnetangriff gesäubert. Ein Soldat ist durch einen Dolchstich in den Arm verwundet; mehrere Personen haben Bajonnetstiche erhalten. Während des Tumults wurde eine Scheune innerhalb der Stadt in Brand gesteckt, das Feuer aber binnen Kurzem gelöscht. Man erwartet Militärverstärkung aus Halle. (K. Pr. Z.)

Hannover, 13. Sept. Dem schwäb. Merkur wird berichtet: Heute ist endlich, jedoch ohne das lange versprochene Wahlgesetz, das neue Verfassungswerk erschienen. Es hat den sehr bescheidenen Titel: Gesetz, verschiedene Aenderungen des Landes-Verfassungsgesetzes betreffend, und wurde am 5. Sept. vom Könige und von sämmtlichen jetzt verantwortlichen Ministern unterzeichnet. Somit ist denn das Gesetz, das 1840 dem Lande aufgezwungen wurde und ihm viele seiner theuersten Rechte verkümmerte, beseitigt und eine Verfassung rechtsgültig geworden, welche gesetzliche Freiheit in vollem Maße verbürgt. In 109 Paragraphen sind die neuen Bestimmungen und die Abänderungen des früheren Gesetzes enthalten.

Hessen. Kassel, 18. Sept. Der provisorische Vorstand des Ministeriums des Innern, Regierungsrath Bernhard Eberhard, sowie der provisorische Vorstand des Finanzministeriums, Regierungsrath Karl Wilhelm Wippermann, sind zu Staatsräthen ernannt. (K. A. Z.)

Bremen, 18. Sept. Eine sehr auffallende Nachricht wird von Bremerhaven gestern gemeldet. Kapit. Poppe, von der Br. Bark „Florinn", der am 17. in Bremerhaven ankam, berichtet, 4 dänische Fregatten und 1 dänisches Kriegsdampfschiff nahe vor der Weser gesehen zu haben. Die Erklärung, mit welcher man in Hamburg die Anwesenheit der „Bellona" auf der Elbe zu deuten sucht, scheint denn noch nicht auszureichen, und man wird in der Anwesenheit dieser dänischen Kriegsschiffe wohl eine politische Absicht erkennen müssen. (W. Z.)

Frankfurt, 19. Sept. Bekanntmachung. „In Folge der Erklärung des Belagerungszustandes ist ein ständiges Kriegsgericht niedergesetzt. Dasselbe hat in der Hauptwache seinen Sitz; es sind somit dahin alle etwaige Gefangene abzuliefern." Frankfurt, 19. September 1848. Das Reichsministerium der Justiz: R. Mohl.

Frankfurt, 19. Sept. Die Zuzüge von Reichstruppen in hiesiger Stadt dauern ununterbrochen fort. Heute Vormittag ist das zweite württembergische Lanzenreiterregiment, ein weiteres Bataillon hessen-darmstädtischer Truppen und österreichische Artillerie, letztere aus der Bundesfestung Mainz, hier eingetroffen, gefolgt, vor etwa einer Stunde, von einem Bataillon des preußischen 35. Infanterieregiments. Die öffentliche Ruhe ist heute nicht einen Augenblick gestört worden; die Tumultuanten sind gänzlich verschwunden. Die Mehrzahl derselben hat noch während der Nacht die Stadt verlassen; andere mögen, auf die „Erinnerung" des Reichsministers des Innern sich berufend, einzeln sich entfernen. Die Stimmung der eigentlichen Bürger- und Einwohnerschaft Frankfurts ist vortrefflich und ganz der Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Gesetzlichkeit zugewendet. (O. P. Z.)

Frankfurt, 19. Sept. 6 Uhr Abends. So eben sind zwischen 30 und 40 Gefangene, Theilnehmer der gestrigen Ereignisse, unter scharfer Bedeckung zur Taunuseisenbahn gebracht worden, um auf derselben nach Mainz (Fort Hartenberg) transportirt zu werden. Sie wurden von der Hauptwache abgeführt, wo ein ständisches Kriegsgericht seinen Sitz hat.

ζ Frankfurt, 20. Sept. Die Grundrechte standen heute abermals vergeblich auf der Tagesordnung der Nationalversammlung; die aufgeregte Stimmung in der Paulskirche ließ es nicht zur Bera-

Digitized by Google

thung derselben kommen. Der Justizminister Mohl legte einen Gesetzentwurf zum Schutze der Versammlung vor und begründete denselben kurz. Das Gesetz ist mit sehr starker Strafe ausgerüstet gegen gewaltsame Angriffe auf die Nationalversammlung oder einzelne Mitglieder derselben, in der Absicht jene auseinanderzutreiben oder diese zu einer verlangten Stimmgebung zu zwingen; gegen Zusammenrottungen in der Nähe der Reichsversammlung; gegen Volksversammlungen unter freiem Himmel 5 Meilen im Umkreise; gegen gewaltsames Eindringen, Drohungen, Beleidigungen von Deputirten wegen ihrer Abstimmung. In der Diskussion über die Dringlichkeit des Antrages bemerkt Stavenhagen, daß durch das vorgeschlagene Gesetz zwar für die leibliche Sicherheit gesorgt sei, aber nicht gegen Verleumdungen. Zum Belege las er einen wirklich schändlichen Artikel der von Blum, Schaffrath u. s. w. redigirten Reichstagszeitung vor, welcher gegen die Mehrheit der Nationalversammlung gerichtet ist, und sie des Verrathes an dem deutschen Volke anklagt. Schaffrath beruft sich dagegen auf die bestehenden Gesetze, man solle vor dem zuständigen Gerichte klagen. Duhlmann betrat die Rednerbühne mit den Worten, er sei in schwerer Sorge für seinen guten Ruf als Mensch und als Bürger, denn er sei, wie er eben gehört, in diesem Blatte gelobt worden. Er protestire ernst und öffentlich gegen jede Belobung der Reichstagszeitung, er werde nie und nimmermehr zu denen sich gesellen, welche ihre Gegner schmähen und verleumden, statt sie ehrlich zu bekämpfen. Schaffrath will die Sache dadurch zurückgeben, daß er erklärt, er rechne sich's zur Ehre an, in den „Flugblättern" geschmäht zu werden. Vogl endlich beklagt sich bitter über die Zulassung dieser persönlichen Scene, welche nur dazu geeignet sei, die große Aufregung des Augenblickes auf die gefährlichste Höhe zu steigern. Damit wurde eine Debatte verlassen, in welcher die Erbitterung einen Grad erreicht hatte, wie nach nie. Gegen die Einbringung des Gesetzvorschlags durch die Minister wurde von der Linken Einwendung erhoben. Mohl erklärte aber, daß das Ministerium nicht einen Gesetzentwurf nach dem Gebrauche in konstitutionellen Staaten in der Weise vorlege, daß die Nationalversammlung ihn berathen müßte; diese könne damit machen, was sie wolle. Aber das müsse dem Ministerium immerhin gestattet sein, Vorschläge in solchen Fällen zu machen, wo es sich durch besondere Erfahrung, die es gemacht habe, dazu veranlaßt finde. Der Vorschlag wurde der Gesetzgebungskommissina zugewiesen und diese aufgefordert, in kürzester Zeit darüber zu berichten.

Ein Theil der Linken brachte hierauf den Antrag ein, wornach die Nationalversammlung die Prügelstrafe des Militärs für abgeschafft erklären solle. Die Absicht des Antrages in dem gegenwärtigen Augenblicke lag gar zu offen vor, und die Dringlichkeit desselben wurde natürlich verworfen. Brlegled stellte den Antrag, daß die Nationalversammlung eine Ansprache an das deutsche Volk erlasse, worin demselben der wahre Sachverhalt des letzten Beschlusses über den Waffenstillstand auseinandergesetzt werde. Der Antrag wird angenommen und ein Ausschuß zur Abfassung des Manifestes erwählt. Noch einige unbedeutende Anträge werden für nicht dringlich erklärt. Am Schlusse verkündet der Präsident eine Aufforderung des Reichsministeriums an die Abgeordneten, ihre Waffen wegen des Belagerungszustandes abzuliefern.

|| Frankfurt, 20. Sept. Die blutigen Ereignisse der letzten Tage werden Ihnen bereits gemeldet sein, so daß ich mir es ersparen kann, die Vorgänge noch einmal ans Licht zu ziehen, welche dir Ehre des gesammten Deutschlands auf eine so beklagenswerthe Weise befleckt haben. Mir liegt es gegenwärtig nur daran, auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der die Ehre Frankfurts, die Ehre seiner Bürgerschaft angeht. Daß von den Einwohnern der Stadt nur Wenige an der Empörung des Pöbels Theil genommen haben, ist erwiesen; aber leider ist es auch ebenso erwiesen, daß ebenfalls und sehr Wenige trotz des wiederholt geschlagenen Generalmarsches sich zur Unterdrückung der Emeute gestellt haben. Ich will daraus auf nicht eine geheime Begünstigung des Aufruhrs schließen — es ist nur die Feigheit des Philisters. Wenn es gilt, das von allen Seiten reichlich herbeiströmende Geld einzuziehen, von den durch das Parlament herbeigezogenen Fremden die enormsten Summen für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu fordern, so ist er bei der Hand; in einem Festzuge zu Ehren des Reichsverwesers fehlt Keiner in den Reihen der Bürgerwehr. — Aber wenn er seine Waffen brauchen soll, ich will gar nicht einmal sagen, zur Aufrechthaltung seiner Ehre, sondern nur zum Schutz seiner Geldquelle, da hat Jeder „Frau und Kinder zu ernähren", und liefert daheim ein neues Bild für die „fliegenden Blätter". Es werden jetzt viele Stimmen laut, welche darauf dringen, das Parlament von Frankfurt nach Nürnberg oder Augsburg zu verlegen, deren Bürger mehr für den Schutz desselben sorgen werden.

Frankfurt. Die O. P. A. Z. enthält in ihrem amtlichen Theile folgende zwei Bekanntmachungen. Nachdem der zweite Vicepräsident der deutschen Nationalversammlung, Friedrich v. Hermann, das ihm von dem Reichsverweser zur Bildung eines Ministeriums ertheilte Mandat zurückgelegt hat, so haben nach dem Wunsche des Reichsverwesers die hier anwesenden Mitglieder des früheren Ministeriums, damit die nöthigen und dringenden Regierungsgeschäfte besorgt, und bei der ernsten Zeit des Vaterlandes die Verpflichtungen der provisorischen Centralgewalt in ihrem vollen Umfange erfüllt werden, sich am 17. September 1848 bereit erklärt, alle Geschäfte mit voller Verantwortlichkeit so lange fortzuführen, bis das neue Ministerium gebildet sein wird, was, wie sie erwarten, in kürzester Zeit der Fall sein dürfte. Uebrigens hat der Reichsverweser die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dem interimistischen Reichsminister des Innern, jene der Finanzen dem interimistischen Reichsminister des Handels übertragen.

Der Erzherzog-Reichsverweser hat an die in Frankfurt befindlichen deutschen Truppen folgenden Tagesbefehl erlassen. „Soldaten! Die Unerschrockenheit, Dienstreue und aufopfernde Hingebung, mit welcher Ihr in den verflossenen denkwürdigen Stunden die frevelhaften Angriffe auf die Sicherheit und Unabhängigkeit der Vertreter des deutschen Volkes besiegt, die Ruhe, die Ihr mit welcher Ihr als würdige Repräsentanten so verschiedener deutschen Heeresabtheilungen Euch auf dem Felde der Gefahr und der Anstrengungen die tapfere Bruderhand gereicht, und hierdurch der Welt das schönste Beispiel der neu und kräftig erstehenden deutschen Einheit gegeben habt, verpflichtet mich, Euch meine Bewunderung auszusprechen. Möchtet Ihr nächst dem schönen Bewußtsein, das deutsche Vaterland vor blutiger Anarchie bewahrt, und ihm hierdurch den wichtigsten Dienst geleistet zu haben, auch in dem herzlichen Danke, welchen ich hiermit den sämmtlichen Befehlshabern und Mannschaften der hier vereinigten Truppen zu erkennen geben, einigen Lohn für Euer Verhalten empfinden. Frankfurt a. M., 19. Septbr. 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der interimistische Reichskriegsminister: v. Peucker.

Großbritannien.

London, 17. Sept. Den Eindruck, den die Entscheidung der Reichsversammlung über den dänischen Waffenstillstand in England hervorgebracht haben wird, geben uns die bis jetzt uns zugekommenen englischen Zeitungen nicht zu erkennen; wahrscheinlich werden wir seiner Zeit dafür mit wohlfeilen Schmeicheleien überhäuft werden. Der ohne Zweifel in England hervorgebrachte feindige Eindruck wird auch schwerlich bedeutend geschwächt werden, wenn man in England von dem neuesten Treiben derjenigen hören wird, welche die durch den Waffenstillstandsvertrag angeblich verletzte Ehre Deutschlands dadurch wiederherzustellen meinten, daß sie einen Einbruch in das Heiligthum der deutschen Reichsversammlung versuchten, die Straßen Frankfurts mit Mord und Schrecken füllten, den Kredit, die Ruhe und Frieden der Stadt auf lange vernichteten, und das Alles, um in Deutschland einen mörderischen Konvent, einen allgemeinen Bürger- und Bruderkrieg einzuführen, und die Eingeweide des Vaterlandes mit blutigem Messer bis ins Innerste aufzuwühlen. Man darf begierig sein, wie die englischen Zeitungen diese neue und eigenthümliche Art, die verletzte Nationalehre wiederherzustellen, auffassen werden; bis dahin dürfte es angemessen sein, noch in Kürze einige Betrachtungen aus englischen Journalen auszuziehen, worin der zartfühlende John Bull sein Entsetzen über unsere Eroberungssucht und unser Einheitsstreben in heiß empfundenen Klagen zu erkennen gibt. In den Times werden weder der König von Preußen, noch das deutsche Volk, noch die Professoren geschont; ersterer hat, den Times zufolge, nicht bloß durch seine überspannte und unbesonnene Sprache die Leidenschaften der Deutschen bald nach der einen, bald nach der andern Seite hin bedenklich aufgeregt, er hat leider auch den Krieg gegen Dänemark nur deßhalb angefangen, „um die Unfälle, die seiner eigenen Krone drohten, abzuwenden, und zwar auf Kosten der Rechte seines Nachbars" (eines ohne Zweifel sehr tiefen Nachbars, der den Ostseehandel durch den Sundzoll zu plündern fortfährt). Das Hauptunglück für Deutschland sind aber, den Times zufolge, die Herren Professuren, diese haben das Volk mit einem falschen Enthusiasmus erfüllt und es zu dem Glauben verleitet, „daß ein Einbruch in die Besitzungen des Königs von Dänemark die erste Pflicht deutscher Ritterlichkeit und der edelste Beweis für die deutsche Regeneration sei, sie haben sich in einen Lieblingsgegenstand ihres historischen Studiums so verbissen gehabt, daß es ihnen nicht darauf angekommen wäre, um dieser Frage willen, die sich allerdings ganz

Digitized by Google

angenehm studiren lassen möge, einen europäischen Krieg zu entzünden. Wenn diese starren Herren nur erst innerhalb des Getriebes als Regierende ständen, so würden sie schon klüger werden, freilich nicht eher, als bis sie großes Unglück über das Land gebracht." Schließlich bedrohen die Times die deutsche Reichsversammlung und die Professoren mit „Verachtung"; jene sei wohl im Stande, die Einheit Deutschlands zu hindern, aber zu unmächtig, den Frieden Europas zu erschüttern; man habe sich Besseres von einer Versammlung vermuthen dürfen, welche aus Deutschlands „leading minds" zusammengesetzt sei. Ja einer andern Betrachtung der Times, worin der Mannhaftigkeit der Männer überschwängliches Lob ertheilt wird, heißt es unter Anderm: „Seitens Deutschlands wurden die Unterhandlungen wie der Krieg nach so verkehrten Grundsätzen geführt, oder vielmehr mit einer solchen Geringschätzung der Grundsätze, welche für den Verkehr der Regierungen unter einander bestimmend sind, daß wir uns nicht stark genug auszudrücken wissen, um eine so unvergleichliche Mischung von Treulosigkeit und Mißregierung gebührend zu tadeln." Ob denn dem Schreiber dieser unverschämten Ausfälle gegen Deutschland nicht die Schamröthe ins Gesicht steigt, wenn er sich an die von England im Jahe 1807 gegen Dänemark verübten, allen Grundsätzen des Völkerrechts widerstreitenden Gewaltthätigkeiten erinnert? Das Morning Chronicle knüpft eine seiner Betrachtungen an das Sprichwort, „daß den Deutschen unter den Völkern die Herrschaft über die Luft zugetheilt worden sei". Die deutsche Staatswirthschaft scheine ein eben solches unentwirbares Weiträthsel werden zu wollen, als die deutsche Metaphysik. Die deutsche Einheit sei Nichts als eine luftige Theorie, da sie aber von 40 Mill. getheilt würde" (man könnte hinzufügen: in der That getheilt), „so dürfe man sie nicht aus den Augen verlieren. Indeß möge man nicht an einer Nation verzweifeln, die, obschon gegenwärtig zerrüttet, vor allen andern Nationen als eine nüchterne, friedliche, fleißige und an häuslichen Tugenden reiche Natioo angesehen werde." — Nur Daily News, eine durchaus unabhängige Zeitung, die in der Politik das Nationalitätsprincip in aller Schärfe vertritt, steht in dieser Frage zu uns. Diese Zeitung meint: Das deutsche Parlament dürfe nicht dulden, daß die Centralregierung zur Seite geschoben werde, und weist auf das geheime Intriguenspiel der Höfe hin, welchen es, wie immer, mit den gegebeneo Zusicherungen kein rechter Ernst sei, freilich spielten sie damit ein gewagteres Spiel als die deutsche Reichsversammlung.

Frankreich.

Paris, 18. Sept. Zwei der bedeutendsten Pariser Blätter, das Journal des Débats und der National, beschäftigen sich heute mit Deutschland; die Art und Weise, wie das geschieht, wirft auf die brüderliche Freundschaft unserer Nachbarn ein eigenthümliches Schlaglicht. Das Journal des Débats knüpft an die Frankfurter Versammlung eine längere Betrachtung über Centralisation und Einheit, die mit den bezeichnenden Worten schließt: „Die deutsche Einheit kann nur eine Verbindung sein, keine Mediotisation dieses oder jenes Staates. Aber vor Allem muß sie sein, was sie in den patriotischen Liedern von 1813 war: ein Gefühl. Als Gefühl (sentiment) wird sie überall sein, sie wird den regenerirten und demokratisirten Bund, der in Frankfurt seinen Sitz hat, beleben. Als bloße Centralisation aber wird sie Alles schwächen, Alles vernichten. Wenn der Geist der Centralisation in Frankfuet den Sieg davon trägt, so ist das große Werk Deutschlands verfehlt. Man wollte eine große Nation und ein großes Reich schaffen, und man wird in Wirklichkeit Nichts gegründet haben, als einen ephemeren Klub."

Das wäre sehr richtig und sehr verständig, wenn es sich darum handelte oder auch nur der Versuch vorläge, die erstickende und ertödtende Centralisation Frankreichs für Deutschland nachzubilden. Wenn man aber das Pariser Blatt genauer liest, so zeigt sich, daß ihm auch schon eine Reichsregierung, wie sie jetzt bestellt ist, als eine ungeheure Centralisation erscheint; es zöge einen modificirten Bundestag mit etwas Volksvertretung allen den Centralisationsideen, die in Frankfurt herrschen, unbedingt vor. Vom französischen Standpunkt ist uns das ganz begreiflich; eine deutsche Einheit, die über Nichts gebieten kann, als über „sentiments", ist für die französische Politik eine gar zu bequeme Sache. — Unverblümter spricht dieselbe Ider der National aus in einem langen Briefe, den er sich aus Frankfurt schreiben läßt. Da herrscht das größte Mißvergnügen über den Leichtsinn und die Kriegslust des Frankfurter Poeiaments; ganz, wie der selige Reinecke, Richtung, die sich einer so humanen Nation, wie der deutschen, bemächtigt habe. Reinecke freut sich auch von Herzen, daß diese kriegsmuthige Stimmung bei den einzelnen Regierungen selbst schon auf eben so großen Widerstand stoße, wie bei dem Auslanb. (Hört!). Reinecke ist tief indignirt über das Benehmen der Nationalversammlung in der italienischen, in der böhmischen, in der limburger und in der schleswiger Angelegenheit; Reinecke faßt schließlich seine moralische Entrüstung in den einen Vorwurf zusammen: das Parlament befolge die bequeme Politik, alle Angelegenheiten zu Gunsten Deutschlands aufzufassen und zu entscheiden. Im Munde eines so gescheiten Blattes, wie der Rational ist, lautet solch ein Vorwurf nicht mehr naiv, sondern nur noch einfältig. — Es ist aber gut, zur Charakteristik der französischen Brüderlichkeit solche Stimmen zu Protokoll zu nehmen.

Die Wahlbewegung hat in die Stille der Hauptstodt wieder mehr Leben gebracht; es war so viel Gewühl auf den Straßen, daß man sich wieder auf ernste Ereignisse gefaßt machte, um so mehr, da die geheimen Gesellschaften thätiger sein sollen, als jemals. Doch ist bis jetzt Nichts geschehen, was diese Besorgnisse bestätigen könnte. Die Wahlen in den Provinzen, 14 an der Zahl, werden aller Erwartung, alle oder wenigstens bis auf eine, im Sinne der Monarchie oder der konservativen Richtung ausfallen; in Paris sind die Kandidaten so mannigfaltig, daß im Nothfall die kompakten Anhänger der rothen Republik ihren Cabet oder Raspail durchsetzen können. Monarchische Kandidoten (Bugeaud, Fould, Delessert), gemäßigt republikanischer (Roger, Gervais, Adam) und Prinz Louis Bonaparte werden die Stimmen unter sich zersplittern. Der Letztgenannte hat bis jetzt eine ansehnliche Zahl von Stimmen; die Truppen haben meistens für ihn votirt. Auch haben Bugeaud und charakteristischer Weise Fould, Girardin und neben ihm die Kandidaten der gemäßigten Republik viele tausend Stimmen von der Armee erhalten, die Vertreter der rothen Republik nur einige Hundert. Daß Bugeaud irgendwo gewählt werden wird, daran zweifelt mon gar nicht mehr.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war das Amendement von Cequerel an der Tagesordnung, welches die Todesstrafe gänzlich (nicht nur bei politischen Vergehen) abschaffen will. Nachdem Duvignier (Linkr) für das Amendement und Emile Leroux (Rechte) gegen dasselbe gesprochen und die sattsam bekannten Argumente wiederholt haben, nimmt Wolowski das Wort, aber schon nach seiner ersten Phrase wird er durch den allgemeinen Ruf: Zur Abstimmung! unterbrochen. Die befragte Versammlung entscheidet sich für den Schluß der Debatte. Mehr als 20 Mitglieder verlangen die Abstimmung durch Stimmzettel; es wird zu dieser geschritten und das Resultat ist folgendes: Anzahl der Votirenden 714. Absolute Majorität 358. Für komplete Abschaffung der Todesstrafe 216. Gegen die Abschaffung derselbeo 498. Das Amendement Cequerels ist semit verworfen. — Der Kriegsminister Lamoricière nimmt das Wort, um zu verlangen, daß sein neuer Gesetzvorschlag wegen der Kolonisation von Algier als dringlich mugen schon diskutirt werde. Lamoricière verlangt bekanntlich einen Kredit von 50 Millionen, um in Algier agrikole Kolonien zu gründen. Die Diskussion wird auf morgen festgesetzt. Man geht in der Tagesordnung weiter. Ein Amendement Wolferdins, die Todesstrafe mit 1. Januar 1850 aufzuheben, findet keine Unterstützung. Ein anderes von Moreaux schlägt vor, daß für politische Vergehen nicht nur die Todesstrafe, sondern auch die Galeerenstrafe abgeschafft werde — es wird von seinem Ueheber entwickelt, von Woirhaye, im Namen der Kommission, bekämpft, da zu den infamirenden Strafen auch die Deportation, die Verbannung und das Zuchthaus gehöre und also Individuen, die den Umsturz der Regierung versucht hätten, nur mit einer leichten Strafe belegt werden könnten. Das Amendement wird in der Abstimmung verworfen und der Vorschlag des Herrn Isambert, die politischen Vergehen genau zu specificiren, wird von Herrn Vivien, im Namen der Kommission, als nicht in eine Konstitution gehörend, auf die Revision des Kriminalgesetzbuches verwiesen. Der Art. 8, der die Todesstrafe für alle politischen Verbrechen und Vergehen abschafft, wird einstimmig angenommen. Der Art. 6, der die Sklaverei auf dem ganzen Gebiete Frankreichs für immer abschafft, wird angenommen; folgt Art. 7: Allgemeine Religionsfreiheit, gleicher Schutz für alle Kulten, Besoldung vom Staate der Priester der gesetzlich anerkannten Kulten; es liegen sechs Amendements vor. Pierre Leroux nimmt das Wort, er spricht gegen den Artikel, er will, daß die Religion gänzlich vom Staate getrennt werde und ihm ganz fremd bleibe. Er weist noch, welch' ein Widerspruch darin liege, daß man allgemeine Religionsfreiheit proklamire und doch nur den Priestern einzelner Sekten das Privilegium eines Staatsgehaltes gebe. Er schlägt sein Amendement vor, das aus den wenigen Worten besteht: „Jeder übt frei seine Religion aus." — Im Namen der Kommission bekämpft Coquerel (protest. Pastor) das Amendement Leroux' und Theodrite spricht ebenfalls gegen dasselbe. Bei der Abstim-

Digitized by Google

mung wird es mit großer Majorität verworfen, jedoch die Frage der Bezahlung der Geistlichen durch den Staat für die andern Amendements reservirt. Boursac bringt ein Amendement gegen alle religiösen Kongregationen und Associationen (gegen die Jesuiten gerichtet) vor, denen zu Folge diese der Autorisation durch ein besonderes Gesetz für jeden Fall bedürfen. Charles Dupin bekämpft das Amendement und zugleich ein anderes Lavallées, welches verlangt, daß der Staat sich durchaus nicht mit der Bezahlung der Geistlichen zu beschäftigen habe. Boursacs Amendement wird nicht angenommen, wobei aber ausdrücklich bemerkt wird, daß diese Frage den organischen Gesetzen vorbehalten bleibt. Bei Postschluß entspinnt sich eine lange Diskussion über Lavallées Amendement, welches den Kultus nicht vom Staate besoldet wissen will, und es wird schließlich verworfen.

Italien.

** Neapel, 7. Sept. Das allgemeine Tagesgespräch bildet dermalen die Kriegsexpedition nach Sicilien. Frühere Truppen- und Munitionssendungen nach Reggio (neapolit. Küstenstädtchen, Messina gegenüber) sind am 30. August noch einige Schiffe mit dem 3. und 4. Schweizer- und 1. Regiment Marinesoldaten gefolgt. — Seither kreuzen sich Gerüchte von der verschiedensten und übertriebensten Art. Die Einen lassen Messina schon kapitulirt, die Andern dasselbe, von den Einwohnern verlassen, zu einem Schutthaufen zusammengeschossen sein. Soviel scheint gewiß, daß von Seite der Sicilianer hartnäckiger Widerstand will geleistet werden, währenddem hier allgemein die Sage verbreitet war, es seien dort Viele zum Verrath erkauft, das Land von zwei Parteien zerfleischt und daher dessen Einnahme eine abgemachte leichte Sache. — Das hiesige Regierungsblatt (das übrigens in solchen Materien nicht oft die reine Wahrheit sagt) gibt heute folgende telegr. Berichte, die mit Privatberichten diesmal übereinstimmen: Am 3. und 4 d. wurde von der in Händen der königl. Truppen befindlichen Citadelle (die noch die Verbindung mit der neapolit. Küste frei hat), auf die Stadt und die von den Messinesen errichteten Schanzen, und die im früheren Feldzuge eroberten verschiedenen, die Citadelle zum Theil beherrschenden Forts gefeuert, was lebhafte Erwiderung gefunden. Durch einen kleinen Ausfall von Seite der Besatzung der Citadelle sind 2 Batterien auf Mare-grosso vernagelt worden, worauf sich die Neapolitaner wieder in die Citadelle zurückzogen. Am 6., Morgens 6½ Uhr, ist das Feuer der gegenseitigen Batterien wieder eröffnet worden. 3½ Stunden später näherte sich die neapol. Flotte der Küste von Messina, und um 10½ Uhr fing die Ausschiffung der Truppen an. — Soweit der officielle Bericht. Andrer Nachrichten lauten dahin, daß Messina an vielen Orten in Flammen stehe, daß die Schweizertruppen, die den ersten Angriff zu machen hatten, bedeutend gelitten u. s. w., ohne ein weiteres Resultat anzugeben. — Am 1. d. sind beide Kammern bis zum 30. Nov. vertagt worden, bevor auch nur eine einzige Frage von Belang hat erledigt werden können. — Vorgestern und gestern hatten wieder einige Lazzaroni-Aufläufe Statt, wobei 2 Parteien, die eine mit einem weißen (königl.) und die andere mit einem dreifarbigen Fahnen, sowie mit Prügeln und Steinen bewaffnet, einander bekämpften, das etwas zögerad einschreitende Militär schickte endlich beide Parteien mit blutigen Köpfen heim. Bei den Anstiftungen zu diesen Unordnungen scheinen sowohl die Liberalen als die Retrograden betheiligt zu sein; den Lazzaroni sind solche Anstöße von jeder Seite her willkommen, indem es ihnen Anlaß zum Rauben gibt. — Daß die Reaktion ihr Haupt kühner emporrichtet, ist jetzt begreiflich; das Schicksal der Waffen in Sicilien wird zunächst für deren Bestrebungen den Ausschlag geben. — Vorgestern sind die meisten der hiesigen freisinnigen Journale vorläufig unterdrückt worden. — Das seit mehr als 100 Jahren alljährlich in der Hauptstadt durch militärische Paraden und durch einen Gottesdienst, an dem die ganze königl. Familie Theil genommen, gefeierte sogenannte Fin di Grotta-Fest zu Ehren Mariä Geburt (8. Sept.) wird nicht stattfinden.

§ Turin, 10. Sept. In einem großen Theil Italiens ist die Meinung verbreitet, es werde in Piemont bald eine Revolution ausbrechen und die Republik proklamirt werden. Wir halten diese Ansicht für vollkommen irrig. In wenigen Ländern Europas ist das Volk royalistischer gesinnt als in Piemont, die niederen Stände, besonders die Bauern, hängen der Dynastie fast mit Fanatismus an, und Karl Albert ist sogar persönlich geliebt trotz seiner traurigen politischen Antecedentien. Die neue Zeit, die freie Presse mögen wohl dazu beitragen, dieses feste Band zwischen Königthum und Volk auch hier zu lockern, aber es wird langsamer gehen als irgendwo, denn der Piemontese ist von Natur gesetzter, ernster und ruhiger, als seine italienischen Brüder im Osten und Süden. Auch ist mit Ausnahme von Toskana in keinem Staat so viel für das materielle Wohl geschehen. Wir halten daher an der Ansicht fest, daß eine Schilderhebung der republikanischen Partei, die vielleicht bald versucht wird, durchaus keinen Erfolg haben wird. Nur in Genua ist diese Partei wirklich sehr mächtig, weil für diese Stadt die Republik mit der Erinnerung an großen vergangenen Glanz verbunden ist. In Turin hingegen hat sie keinen Boden und der Geist, der in dem hiesigen politischen Klubs herrscht, war bis jetzt durchaus dynastisch. Sie wissen, daß man in der Lombardei den König Karl Albert für einen aufgemachten Verräther hält, daß dort Alle an sein geheimes Einverständniß mit Oesterreich glauben und ihre Hoffnung nur auch auf die Republik setzen, in Piemont hingegen beschuldigt das Volk die Lombarden des Verraths, man schilt sie Räuber und Meuchelmörder und die geflüchteten lombardischen Freiwilligen haben besonders unter den Bauern keine freundliche Aufnahme gefunden. Die Meisten haben deßhalb die Schweiz und Frankreich als Zufluchtstätten vorgezogen, obwohl die piemontesische Regierung den geflüchteten Lombarden Sold und Rationen gewährt wie den einheimischen Truppen. Josef Mazzini und seine nächsten Anhänger befinden sich in Lugano; Garibaldi hat sich über Genua nach Frankreich begeben. Von dem zersprengten Freikorps des letztern weilen die meisten noch in Magadino, Bellinzona, Locarno, Chiasso und andern Orten der italienischen Schweiz, wüthende Proklamationen gegen den „Verräther Karl Albert" werden von dort nach Piemont geschleudert, aber sie ermangeln ihrer Wirkung unter einem Volk, das von einem gründlichen Haß gegen die lombardischen Nachbarn erfüllt ist. Inzwischen zeigt die hiesige Regierung mehr Besorgnisse, als sie merken lassen sollte. Sie hat das polnische Freikorps von der Armee entfernt, weil sie fürchtete, bei einer Erhebung der genuesischen Republikaner würden die Polen auch zuerst die Fahne der Republik aufpflanzen. General Giacomo Durando ist als außerordentlicher königl. Bevollmächtigter nach Genua abgegangen und das Ministerium hat ihm für den Fall eines republikanischen Aufstandes diktatorische Gewalt übertragen. Auch sind neuerdings wieder Truppen von Alessandria nach Genua aufgebrochen und man hat dieselben aus Regimentern gewählt, auf deren Treue der König sich besonders verlassen zu können glaubt. Der Premierminister Graf Alfieri di Sostagna hat ausdrücklich dem allgemein verbreiteten Gerücht widersprochen, als stehe der König mit Radetzky in direkter Unterhandlung wegen des Friedens. Die republikanische Partei hatte dieses Gerücht mit größtem Eifer verbreitet, um dem König in der öffentlichen Meinung zu schaden. Gestern hat die Regierung auch officiell bekannt gemacht, daß das Wiener Kabinet die englisch-französische Vermittelung angenommen habe. Radetzky hatte ihr durch außerordentlichen Kurier diese Anzeige gemacht. Der König ist in Alessandria schwer leidend und hütet das Bett, er konnte den General Durando vor seiner Abreise nach Genua nur auf wenige Minuten empfangen. Die häufigen Truppenmusterungen inmitten der drückendsten Hitze, Kummer und Aerger über gescheiterte Hoffnungen mögen ihm in letzter Zeit gleichmäßig zugesetzt haben. An seiner Stelle beschäftigt sich gegenwärtig der Herzog von Savoyen auf das Eifrigste mit der Organisirung des Heeres, dem die allgemeine Entmuthigung noch mehr geschadet hat, als der bedeutende materielle Verlust. Jetzt sind alle Reserven aufgeboten und täglich langen hier große Züge von Rekruten an. Man sucht besonders aus Savoyen möglichst viel Mannschaft zu ziehen, weil die piemontesischen Generale am Mincio die Erfahrung machten, daß unter allen Truppen die savoyischen Regimenter am besten Stand gehalten. Mit der neuen Aushebung und den Reserven hält Piemont gegenwärtig über 120,000 Mann unter den Waffen. Wer die Finanzen dieses kleinen Landes, die Kriegslasten in die Länge tragen sollen, ist uns ein Räthsel. Officiere, die wir persönlich kennen, haben uns zugestanden, daß die Oesterreicher bei Custozza dem piemontesischen Heer an Zahl keineswegs überlegen waren, aber sie hatten geübte Truppen, Soldaten, die ihren Dienst aus langjähriger Erfahrung kannen, während die Piemontesen zum großen Theil Rekruten hatten, die sich auch als Neulinge bewährten und mit ihrem panischen Schrecken die übrigen Korps ansteckten. Dem König war es unmöglich, an den Adda oder vor Mailand eine zweite Schlacht zu liefern, weil die Entmuthigung der Truppen zu groß, zu allgemein war. Der Verlust sehr vieler Geschütze thut jetzt der Armee besonders wehe. Radetzky weigerte sich den Artilleriepark von Peschiera, wie vertragsmäßig festgesetzt war, herauszugeben, weil die piemontesische Flotte sich von Venedig nicht entfernt habe. Jetzt hofft man, daß Frankreich der Noth abhelfen und Kanonen schicken werde, auch wenn die Intervention noch nicht entschieden sein sollte.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[836]

Traubenkur.

Die frühe Reife der diesjährigen Weintrauben erlaubt hier bereits mit Anfang September den Beginn dieser Kur, welche in den Weinbergen des Unterzeichneten und unter dessen ärztlicher Leitung bis in den Monat November fortgebraucht werden kann.

Wasser-, Molken- und Trauben-Kuranstalt Gleisweiler, (am obern Hardtgebirge) bei Landau.

Dr. Schneider.

---

[835]

Bekanntmachung,

die stenographischen Berichte der Preußischen Nationalversammlung betreffend.

Das Publikum wird davon in Kenntniß gesetzt, daß die bisher als Beilage des Preußischen Staatsanzeigers veröffentlichten stenographischen Berichte in hoch Quartoformat über die Verhandlungen zur Vereinbarung der Preußischen Verfassung berufenen Versammlung, von der 35. Sitzung der letzteren an, auch selbstständig zu dem nach den Druckkosten berechneten Preise von 10 Sgr. für 25 Bogen portofrei durch das hiesige Zeitungscomtoir und durch alle Preußische Postanstalten bezogen und auf demselben Wege auch die früheren Verhandlungen der gedachten Versammlung von der 1. bis 34. Sitzung derselben, so weit der vorhandene Vorrath reicht, zum Preise von 1 Thlr. geliefert werden können. Das anzunehmende Abonnement beginnt nur von der 35. Sitzung ab und muß sich immer wenigstens auf eine Lieferung von 25 Bogen erstrecken. Die Versendung der Berichte wird sitzungsweise erfolgen.

---

[837]

Ankündigung.

Die bisherige „Neue Schwerin'sche Zeitung" wird vom 1. Oktober d. J. an unter der Redaktion des Herrn Professor Dr. Hegel in größerem Formate und mit verändertem Titel, als:

Mecklenburgische Zeitung

im Verlage der Unterzeichneten erscheinen. Es wird dieselbe, in einer besondern Abtheilung, einen Theil der amtlichen Bekanntmachungen, die bisher durch das „officielle Wochenblatt" erfolgten, aufnehmen, zugleich aber ein allgemeines Organ sein zur Entwickelung und Förderung einer wahrhaft freisinnigen konstitutionellen und deutschen Politik, wie sie ebenso den Anforderungen der Zeit, als den Wünschen des mecklenburgischen Volkes entspricht.

Die Tagesnachrichten sollen nach den zuverlässigsten Quellen, und so schnell als möglich mitgetheilt, sowie fortlaufende genaue Berichte der Landtagsverhandlungen geliefert, auch kurze Anzeigen über allgemein interessante Erscheinungen der Literatur gebracht werden.

Die „Mecklenburgische Zeitung" wird, mit Ausnahme der Sonntage und hohen Kirchenfeste, täglich Abends in Schwerin ausgegeben und mit den Posten versandt werden. Der vierteljährige Pränumerationspreis ist in Schwerin zu 1 Thlr. Court. festgesetzt.

Bestellungen werden frühzeitig bei der Unterzeichneten oder den löblichen Postämtern erbeten.

Schwerin, im Sept. 1848.

Bärensprung'sche Hofbuchdruckerei.

---

[838]

Erbvorladung.

Der schon seit 25 Jahren vermißte Jakob Kirgus von Lehengericht hat von dem ledig verstorbenen Johann Georg Kiegus daselbst die Summe von 675 fl. 2 kr. ererbt. Dieser Erbe, oder jeder gesetzliche Rechtsfolger desselben wird hiermit aufgefordert, die Ansprüche an gedachtes Erbbetreffniß binnen drei Monaten von heute an bei unterzeichneter Stelle anzumelden, widrigenfalls die Erbschaft lediglich denjenigen würde zugewiesen werden, welchen sie zukäme, wenn Jakob Kirgus oder seine Nachkommen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Hornberg, 25. August 1848.

Großh. bad. Amtsrevisorat

Hönig.

---

[840] Bei J. Rickee in Gießen erscheint zu Anfang k. J.:

Jahresbericht

über die Fortschritte der reinen, pharmazeutischen und technischen

Chemie

sowie einiger verwandten Wissenschaften, als: Physik, Mineralogie, Geologie. Unter Mitwirkung von H. Buff, E. Dieffenbach, C. Eitling, F. Knapp, H. Kopp, H. Will, F. Zamminer, herausgegeben von:

Justus Liebig.

1. Jahrgang, den Bericht über die Jahre 1847 und 1848 enthaltend.

Die Namen der Herausgeber sichern diesem Jahresbericht im Voraus die regste Theilnahme, von Seiten des wissenschaftlichen Publikums, derselbe wird in der Folge, alljährlich in einem etwa 40 Druckbogen starken Bande zu dem ohngefähren Preis von 2 Thlr. 20 Sgr. = 4 fl. 40 kr. erscheinen, und in der ersten Hälfte des Jahres in 2 Lieferungen ausgegeben werden.

Der Zeit nach schließt er sich an den von Berzelius bisher herausgegebenen an, das bedeutend größere Format gestattet aber auf gleichem Raume die Durchführung eines umfassenderen Planes. Ausführliche Prospekte sind in allen Buchhandlungen zu haben.

---

[839]

Petition

um Abschaffung der Spielhöllen in Deutschland.

In der Würde eines jeden guten Deutschen liegt es, im Namen der Moralität, gegen die Dauer jener verderblichen Anstalten zu protestiren. Deutsche Brüder! bedenkt wohl, sollten fernerhin die Hazardspiele fortfahren zu bestehen, so werdet Ihr vielleicht noch später zwar Euren Lieben, seien es Verwandte oder theuerste Freunde, welche sich durch diese Anstalten hinreißen und ins Unglück stürzen lassen, zu bedauern haben; suchen wir daher vereint, diese Schandflecken unseres geliebten Vaterlandes auszuwetzen und es gebietet unsere Pflicht, uns an das Parlament zu wenden um einen solchen Mißstand in der kürzesten Zeit zu vereiteln und uns dem Wege zu schaffen.

Ein in diesem Sinne abgefaßte Petition an das Parlament cirkulirt zur Einsicht und Unterschrift in hiesiger Stadt.

Bekanntmachung.

Die Abfahrt und Ankunft der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

Abfahrt von Mannheim bis Düsseldorf täglich um 7 Uhr Morgens, nach Ankauft des ersten Eisenbahnzuges von Heidelberg, täglich um 3¾ Uhr Nachmittags, nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Schliengen (Basel).

Ankunft in Mannheim von Düsseldorf, täglich um 12 Uhr Mittags, im Anschluß an den Eisenbahnzug XII. nach Schliengen (Basel); täglich um 9 Uhr Abends. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag von Mannheim schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Ge. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Ge. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 9. Sept. 1848.

Großh. Post und Eisenbahn-Amt

[841]

Eberlin. vdt. Hölzer.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elwert & Kaufm., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 25 Rue Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Postbezogen im Umfang des Großherzogthums, Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 258 Heidelberg, Freitag 22. September. 1848.

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der **Weidmann**schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann**.

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an **D. Reimer** in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Ein Vorschlag zu einer bundesstaatlichen Organisation. — **Triest** (Abdul abgesetzt. Französ. Kriegsschiffe nach Triest bestimmt). **Berlin** (Sitzung des Verfassungslandtages im Konzertsaale. Beckerath bildet kein Ministerium. Armeebefehl Wrangels). **Vom Rhein** (Beschlüsse der demokratischen Provinzialkongresse. Volksversammlungen in Neuß und Moringen). **Stuttgart** (die Eröffnung der Kammer. Die demokratische Partei). **Vom Neckar** (die demokratische Partei in Würtemberg. Lässigkeit des Ministeriums). **Schleswig** (die Truppenmärsche. Dänische Zugeständnisse). **Frankfurt** (Begräbniß der Gefallenen. Der Reichsverweser an das deutsche Volk. Danksagung an die Truppen).

Schweiz. **Bern.** Strenge Maßregeln Radetzkys gegen Tessin. Rede des österr. Gesandten. Französ. Ruchbarkeit. Der lombard. Waffenstillstand. Die Sonderbundspartei in Luzern.

Großbritannien. **London.** Der Landfriedensbruch in Südirland. Trauriger Zustand von Jamaika.

Frankreich. **Paris.** Militärische Maßregel. Ein Urtheil im Junirozeß. Rußland und die franz. Republik. Die Wahlen. Cavaignacs Drohung. Verhandlungen der Nationalversammlung. Präsidentenwahl.

Italien. **Turin.** Die Jesuiten, v. Adel und der König. Die Bettelmönche und der Krieg. **Neapel.** Officielle Berichte über Messina. Deutsche Flüchtlinge. Messina erobert.

Griechenland. **Athen.** Die Cholera. Die Rebellen. Radetzky. Die griech. Flotte. Urtheil Lamartines. Servilität. Wallersteins Prophezeiung erfüllt.

22. September.

Ueber der Berathung der Grundrechte, die mit aller an unserem Volke gerühmten Gründlichkeit und Weitschweifigkeit geführt wird, ist das Interesse an einer sehr wichtigen und ungemein dornigen Frage — der definitiven Bestellung der Reichsgewalten — fürs Erste in den Hintergrund getreten. Man war froh, mit der Einrichtung der provisorischen Centralgewalt zu Ende gekommen zu sein und schob sich die unbequeme Verhandlung über das schwierige definitive **Wie** gern aus den Augen. Aber aufgeschoben, ist nicht aufgehoben; die Debatte darüber wird früher oder später — hoffentlich nicht zu spät — wieder aufgegriffen werden müssen, und wir wollen von Herzen wünschen, daß die Nationalversammlung, durch alles Vorausgegangene nicht ermüdet, diese Lebensfrage recht bald auf die Tagesordnung setze. Mit der Bestellung der prov. Centralgewalt ist noch Nichts gegeben; nicht einmal ein Präjudiz für einen bestimmten Grundsatz liegt darin. Ist dieselbe republikanischer Art? — Nein; denn die ganze Verhandlung, das Gesetz selbst wie die Person des Gewählten beweisen, daß man dem republikanischen Princip keine Konzession machen wollte. Ist sie aber monarchischen Ursprungs? Abermals nein; denn im entscheidenden Momente gab die Mehrheit der Versammlung ihren eignen Grundsatz Preis und wich von dem Modus der Wahl ab, den ihr die monarchische Konsequenz vorgeschrieben hätte. Ist die oberste Gewalt eine föderative? Nein; denn sie steht unabhängig von den einzelnen Bundesgliedern in souveräner Höhe da, ihre Minister sind aus der Nationalversammlung fast ausschließlich genommen und nur dieser verantwortlich. Darnach müßte sie denn eine streng centralisirende sein; aber auch das ist sie nun und nimmermehr, so lange einige Dutzend besondere „souveräne" Regierungen bestehen und darunter solche, deren Wollen oder Nichtwollen selbst gegen die ganze übrige Mehrheit bedenklich in die Wagschale fiele.

Daß man bei der inneren Inkonsequenz der neuen Einrichtung auf Ungelegenheiten und Schwierigkeiten aller Art stoßen muß, das hat uns bereits die sehr kurze Erfahrung zur Genüge gezeigt; es sind bereits Konflikte eingetreten, von denen wir besorgen, daß sie weder die letzten, noch die schwierigsten gewesen sind. Der Widerstand des Partikularismus ist zwar dann leicht zu überwinden, wenn er sich nur auf eine Regierungsgrille stützt, oder wenn er das Beet da anzubohren sucht, wo es am dicksten ist; aber es können Fälle eintreten, wo sich die Individualität des Stammes oder Bundeslandes sehr nachdrucksvoll geltend machen wird, wo der Widerstand einer Regierung sich auf die verwandte Stimmung der Bevölkerung stützt — und nicht immer wird dann eine Regierung patriotisch und weise genug denken, um, wie im August die preußische, diese Stimmungen zu beschwichtigen, ja ihnen lieber entgegenzutreten, als sie aufzumuntern. Wie es dann in flauen Zeiten mit der deutschen Einheit werden soll, wenn man erst so und hier wieder anders exzirrt, wie sich der große Körper in ein unpassendes, bald zu weites, bald zu enges Gewand einleben soll, darüber haben wir sehr bange Besorgnisse. Zwar nicht für die Ewigkeit, aber auch nicht etwa nur für den nächsten Tag soll gebaut werden; drum wäre es gut, bei Zeiten sich die Frage, wie das Alles sich bestimmt gestalten soll, vorzulegen und durch ernste, ruhige Verhandlung einen Weg der Verständigung vorzubereiten.

Was dies bis jetzt so erschwert hat, ist der Mangel an Konsequenz, womit man von seinen eignen Grundsätzen aus die weiteren Folgerungen ableitete. Zwar ist man ziemlich allgemein einverstanden, daß die Form des Staatenbundes aufzugeben sei; ebenso ist man einig darüber, daß der centrale und nivellirende Einheitsstaat nicht nur den Verhältnissen, sondern ganz besonders den Gewohnheiten und Neigungen unseres Volkes widerspreche, daß also keine andere Form zu wählen sei, als der Bundesstaat, der den Einzelnen die nothwendige und natürliche Freiheit der Entwicklung sicherte, aber zugleich dem Ganzen die verlorene Stärke wiedergäbe. Diese Ansicht ist die ziemlich allgemein angenommene; aber man bleibt ihr in der Anwendung nicht immer treu. Bald regen sich am Main Gedankenvorschläge und Forderungen, die auf den centralisirten Einheitsstaat hinzuweisen scheinen, bald lassen sich von der andern Seite andere vernehmen, die nur die schlimme Zeit und die schlimmen Erinnerungen des alten Staatenbundes zurückrufen. Und doch hängt Alles davon ab, daß man sich nicht vornherein den Weg der Verständigung so erschwere, und von der einen Seite gegen die nivellirenden „Souveränetätsgelüste", von der andern gegen den „Partikularismus und die Sonderbündelei" zum Theil wohlbegründete Klagen hervorrufe.

Digitized by Google

In dieser Hinsicht ist uns ein Manuskript, das uns vorliegt, zur Verständigung sehr willkommen; es ist das ein Bruchstück einer Schrift, welche einer unserer verdientesten Staatsmänner, Wangenheim, in der nächsten Zeit veröffentlichen wird. Dieselbe geht streng und folgerichtig von dem Gedanken eines Bundesstaates oder Bundesreiches aus und sucht die Form dafür in der Weise aufzubauen, daß dem Individualismus und den bestehenden Verhältnissen die nöthige Rechnung getragen werde, ohne daß das Ganze, seine Einheit und seine Stärke, darunter leide. Es läßt sich über die einzelnen Vorschläge viel und ausführlich verhandeln; wir behalten uns das vor und begnügen uns einstweilen auf diesen unseres Wissens ersten Versuch, eine konsequent bundesstaatliche Form zu finden, aufmerksam zu machen. Der Verfasser ist, wie er sagt, zwar immer gegen eine Dreitheilung Deutschlands in dem Sinne gewesen, wie sie bisher mit verschiedenen Modifikationen, meistens von Baiern her, in Antrag gebracht wurde, wohl aber wünscht er aus Oesterreich, Preußen und den übrigen zu einer ralativen Einheit verbundenen deutschen Staaten erst ein wahres Deutschland statt des bisherigen Zustandes zu schaffen, in welchem ein Theil der deutschen Staaten nur ein Anhängsel von Oesterreich, ein anderer ein Anhängsel von Preußen in der Art bildet, daß, wenn diese beiden Großstaaten, d. h. ihre Fürsten und Völker, einmal entgegengesetzte politische Richtungen einschlagen sollten, die Zerreissung in zwei Staaten fix und fertig wäre, die man dann des Wohlklangs wegen Nord- und Süddeutschland nennen, eigentlich aber ein Oesterreich und ein Preußen sein würde. Ebenso ist auch der andere Fall möglich, daß die beiden Großstaaten sich in einem Interesse vereinigten, das dem Interesse der sämmtlichen übrigen deutschen Staaten ein nachtheiliges, wenn nicht gar ein sie selber vernichtendes wäre.

„Beides, fügt der Verfasser hinzu, ist noch in ziemlich neuer Zeit geschehen, früher unter der kaiserlichen Regierung des h. römischen Reichs im Basler Frieden, später unter der k. k. Präsidentschaft des deutschen Bundes. Zu jener Zeit war das nördliche Deutschland in Preußen, das südliche in Oesterreich aufgegangen, bis ein Mächtigerer als diese beiden, bis Napoleon kam, dem diese Zweiheit für seine Plane noch zu mächtig war, weßhalb er das Deutsche von Oesterreich und Preußen wieder abzusondern und es unter dem Namen des rheinischen Bundes zu einem sklavischen Anhängsel von Frankreich zu machen suchte. Dies war die Folge davon, daß Oesterreich und Preußen entgegengesetzte politische Richtungen eingeschlagen und sich getrennt hatten. Nur Napoleons und seiner Franzosen unmenschlicher Druck auf alle Schichten des österreichischen, preußischen und deutschen Volks, nur sein unmöglicher Versuch zur Begründung einer Universal-Monarchie rettete damals die Idee eines einigen Deutschlands und eine gewisse Neigung, ein solches zu gründen. In unserer Zeit, wo im deutschen Bunde Deutschland auch wieder in Oesterreich und Preußen in der nämlichen Weise aufgegangen war, trat der zweite Fall ein, daß die beiden Großmächte sich vereinigten, um das verderbliche Metternich'sche System in den Karlsbader und den darauf folgenden Beschlüssen den unverbundenen übrigen deutschen Staaten aufzudringen — was ihnen, wären diese verbunden gewesen, um so weniger gelungen sein würde, als einzelne unter ihnen eine Stütze in den Ständen gefunden hätten. Diese hätten den entmuthigten Fürsten Kraft gegeben und würden dem Knechtssinn, wohl auch der Feilheit mancher ihrer Minister den bändigenden Zügel angelegt haben. Aus der absoluten Vereinigung der beiden Großmächte war die furchtbare Verschwörung erwachsen, die alle Geistesfreiheit in Deutschland vernichtete. Nur die Revolution, welche der Druck dieser Tyrannei auf alle Schichten des österreichischen, preußischen und deutschen Volkes hervorrief, konnte mit der Idee eines einigen Deutschlands auch den festen Willen, ein solches zu begründen, wieder lebendig machen. Möge sich dem festen Willen auch die Einsicht gesellen, wie die Begründung wirklich begründend zu erreichen sei!"

Wir haben, zur Charakteristik des Standpunkts, den der Verfasser einnimmt, diese Stelle hervorgehoben und behalten uns vor, auf seine einzelnen Vorschläge morgen zurückzukommen. —

⊙ Triest, 10. Sept. Aldini hat endlich die Gewässer von Venedig gestern früh verlassen. Demgemäß ist unsere Flotte heute Nacht abgesegelt. In unserem Hafen liegt nun bloß die Fregatte Venere und die Korvette Celarea am Anker. Ueber die Bestimmung unserer Flotte wurde amtlicherseits Nichts bekannt. Einige behaupten, sie werde sich im Hafen von Pola zurückziehen, Andere glauben, sie sahen direkt nach Venedig, um die Operationen des F. M. L. Welden zu unterstützen. Ich erachte das Letztere für wahrscheinlicher. Das gestern von der Levante angekommene österreichische Dampfschiff Germania hat aus Corfu eine wichtige Nachricht gebracht. Am 3. trafen das französische Linienschiff Jupiter, Kapit. Lugrot von 84 Kanonen, und die französische Fregatte Psyche, befehligt vom Comte de Bourdon, der als älterer Offizier zugleich das Oberkommando über das Linienschiff führt, von Messina in drei Tagen kommend, im dortigen Hafen ein. Sie nahmen allsogleich Piloten auf und erklärten, nach Triest bestimmt zu sein (!). In Corfu tauchten viele Vermuthungen über die Absendung dieser französischen Schiffe nach Triest auf. Auch hier ist man über diese Nachricht in Spannung; meine Meinung ist jedoch, daß jene Kriegsfahrzeuge eher zum Schutze von Venedig bestimmt seien. Vielleicht will Frankreich mit einer Demonstration den Friedensabschluß beschleunigen. Auf jeden Fall steht zu erwarten, daß jenen französischen Schiffen andere englische im adriatischen Meere nachkommen.

Preußen. ☽ Berlin, 19. Sept. Die Berathungen unserer Landesversammlung wurden heut nach längerer Vertagung im Konzertsaale des Königl. Schauspielhauses eröffnet. In der äußeren Einrichtung ist wenig verändert, desto mehr in der Physiognomie der Versammlung selbst. Man hat den Umzug benutzt, um nach dem früher bestehenden chaotischen Durcheinander, wo Demokrat und Reaktionär in brüderlicher Eintracht neben einander saßen, einige Ordnung einzuführen. Wir wollten uns freuen, wenn man sich wie jetzt äußerlich, auch im Inneren fest und bestimmt organisirte und zwischen konstitutionellen, d. i. echten, entschiedenen Anhängern des Königthums, (nicht bloß Uebergangskonstitutionellen!) und „Volksfreunden" eine möglichst scharfe Grenze zöge. Rechts haben nebeneinander Harkort, Reichensperger, Brünneck, Auerswald und die beiden Jonas (letztre 4 früher im Centrum und auf der Linken), im Centrum: Uhlich und Rodbertus (?!), auf der Linken: Blöm, Kirchmann, Temme, v. Berg, Waldeck, auf dem Berge: d'Ester, Elsner, Reichenbach Platz genommen. Der Saal ist geräumiger als die Singakademie, auch prächtiger in seiner Ausstattung; die Wände mit den hervorragendsten deutschen Tondichtern geschmückt, über dem Präsidentensitze der fröhliche Haydn; am besten fährt die Linke, welche unter den Auspizien eines Mozart, Weber und Beethoven tagen wird; die Rechte wird durch Graun an Kirchenmusik erinnert. — Das Ministerium war auch heute noch nicht gebildet und Kaplan von Berg drohte deßhalb für nächsten Donnerstag mit einer Gesandtschaft an den König, damit diese die Beendigung der Ministerkrisis vermitteln sollte. Für heute nahm man das Formgeschäft der Präsidentenwahl vor. Grabow ward zwar wiedergewählt, doch nur mit geringer Mehrheit. Seine Abstimmung in der Heeresreformfrage am 7. Sept. scheint ihm den Groll der Linken zugezogen zu haben. Dennoch möchte man gegen seine Unparteilichkeit wohl schwerlich auch nur das Allergeringste einzuwenden haben. Als Gegenkandidat wurde Philipps aufgestellt, er siegte in der Vizepräsidentenwahl, nach ihm folgte Jonas, Revisionsrath, und Waldeck, für den 4ten Vizepräsidenten schwankte die Wahl zuletzt zwischen Kosch und Unruh. Die meisten Stimmen erhielten nach diesen von der Rechten: Zachariä — von der Linken: Dr. Johann Jakoby und Abg. Rau. Blöm. —

Berlin, 19 Septbr. Aus der Berliner Zeitung entnehmen wir: Wie vernehmen aus guter Quelle, daß Beckerath's Pevgramm vom Könige nicht angenommen ist, und daß derselbe heute sein Mandat niedergelegt hat. Es heißt ferner, General v. Pfuel sei vom Könige berufen und mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt. In dasselbe würden Eichmann, Bonin, Dönhoff eintreten. Indeß sind Beckerath und Mevissen noch hier und eine Aenderung des Gegebenen ist noch möglich. Man soll in Potsdam von der Ansicht ausgehen, daß die von Beckerath und Mevissen gestellten Bedingungen die Prärogative der Krone gefährden möchten. Das fragliche Programm bezog sich auf die innern Verhältnisse und auf die Stellung Preußens zur Centralgewalt. Man glaubt, versichern zu können, daß letztere das Patent des Königs vom 18. März vorausgesetzt haben würde. — Auch soll gerade dieser Theil des von Beckerath vorgelegten Entwurfes eine bessere Aufnahme gefunden haben.

Gleichzeitig hat General Wrangel, zum Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken ernannt, einen Armeebefehl erlassen, worin er offen ausspricht, daß es seine Aufgabe sei, die öffentliche Ruhe in diesem Lande, da wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hiezu nicht ausreichen. Wir werden den Aufruf morgen mittheilen.

** Vom Rhein, 30. Sept. Es war keiner der unwichtigsten Beschlüsse des sogenannten Provinzialkongresses der demokratischen Vereine vom Rheinland und Westfalen, als er es den einzelnen Ver-

einen zur Pflicht machte, auch die ländliche Bevölkerung, den eigentlichen Bauernstand sowohl, als die in den Landgemeinden angesessenen Fabrikarbeiter, in die Wellen der Agitation zu ziehen, welche in den Städten mehr und mehr sich zu beschwichtigen begann: die Vereine haben nicht gesäumt, sich ihrer Aufgabe mit Eifer zu unterziehen und namentlich der Kölner Arbeiterverein hat zahlreiche Sendlinge, das neue Evangelium zu verkünden, in die nahen Ortschaften deputirt, und dort einen Boden gefunden, den die Noth der Zeit nur zu empfänglich gemacht für den ausgehauchten Köder der socialen Glückseligkeit einer nahen Zukunft. Das Resultat dieser Anstrengungen sind vor allen Dingen auch die beiden Volksversammlungen, welche an den beiden letzten Sonntagen, die eine außerhalb Düsseldorf, in Neuß, die andre zwischen Düsseldorf und Köln, in Worringen, stattgefunden haben. Es ist dies das erste größere Beispiel in unserer Provinz, daß sich die Umsturzpartei auch den Massen auf dem Lande zu bemächtigen sucht, und wenn man einerseits keinen Grund hat, diesen ersten Umsuchen eine besondere Bedeutung beizulegen, so darf man doch andrerseits sie in keiner Weise je ignoriren. Es ist immer am besten, dem Uebel dreist und fest ins Gesicht zu sehen; erlauben Sie mir deßhalb, über beide Versammlungen aus unverdächtigen Quellen nachträglich kurz zu berichten:

Hinsichtlich der ersten Volksvers. in Neuß, die fast ausschließlich von den Düsseldorfer Demokraten besucht wurde, kann ich mich am Kürzesten fassen. Der eigentliche Niederrhein bietet den demokratischen Wühlereien, zu der Ueberzeugung ist die Partei ohne Zweifel jetzt mehr als je gelangt, ein bei weitem unergiebigeres Terrain, als die oberen Rheinlande, schon weil hier die eigentlich preußischen Sympathien verbreiteter und stärker sind, als in irgend einem andern Theile der Rheinprovinz. Die Herren aus Düsseldorf, die bei dem Rheinübergange neben der schwarzrothgoldnen die rothe Fahne aufgesteckt hatten, wurden von einer zahlreichen, aber einfach neugierigen, sonst völlig theilnahmslosen Bevölkerung angestaunt, und mochten sie immerhin eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt beschließen, welche derselben, weil sie die Bedingungen des Waffenstillstandes mit Dänemark fixirt, den Ruhm zuerkannt, daß sie „zum ersten Male die Ehre und Freiheit des deutschen Volkes gegenüber dem schimpflichsten Verrath zu wahren gewußt", mochten sie der Versammlung zurufen: „Nun hat Sie mit der Bedenklichkeit eines Konfliktes zwischen Deutschland und Preußen zu schrecken gesucht. Aber das ist es, was die Mitglieder der unterzeichneten Versammlung Ihnen zuzurufen sich verpflichtet fühlen. Hinter jenem preußischen Ministerium, das den Waffenstillstand abschloß, steht kein Volk. Der Sturz dieses feilen Ministeriums ist von jetzt an eine Ehrensache des preußischen Volkes und seiner Vertreter geworden. Sollte das preußische Kabinet beharren in seinem übermüthigen und strafbaren Ungehorsam gegen die Cent.-Gewalt, so werden die unterzeichneten Bürger des Rheinlandes mit Gut und Blut zu derselben halten und die errungene Verfassung zu schützen wissen"; mochten Sie endlich drohen: „Sie werden, Sie können nicht dem Waffenstillstand definitiv Ihre Billigung geben, ohne die Ehre Deutschlands zu verrathen, ohne die Reichsregierung, welche Sie geschaffen, den Anmaßungen der Sondersstaaten preis zu geben und zu einem ohnmächtigen Schattenbilde herabzusetzen, ohne sich selbst eines Bruches des von Ihnen proklamirten Gesetzes über die Centralgewalt schuldig zu machen, ohne endlich durch eine so offene Revokation des Beschlusses, welchen Sie so eben gefaßt, sich der Achtung des deutschen Volkes für immer zu begeben und das Unheil über Deutschland zu bringen, daß es gewaltsam sich genöthigt sehe, die Vermehrung seiner Freiheit und Würde außerhalb Ihrer Versammlung zu suchen; die gerechte Verachtung Deutschlands, der Umsturz des mühsam begonnenen Werkes, der Appell jedes freien Mannes an die eigne Kraft wäre die Folge eines so namenlosen Verrathes" — es waren nur die Düsseldorfer Demokraten, die hier ea familia wütheten. Hinter ihnen, um mich ihres eigenen Ausdrucks zu bedienen, stand kein Volk, und wenn ich die bezeichnendsten Stellen ihrer Adresse hier anführe, so geschieht es, um Ihnen zu zeigen, in welcher Sprache und mit welchen Gründen diese Leute ihre Sache führen, dieselben Leute, die für Deutschlands Ehre nur dann zu erglühen im Stande sind, wenn es gilt, Schmach zu häufen über Preußen und Zwiespalt zu säen zwischen Preußen und Deutschland. Preußen, dessen Existenz sie setzen und fühlen, fürchten sie; Deutschland, das erst werden soll, denken sie Bedingungen vorschreiben zu können. Das ist der einfache Schlüssel zu dieser deutschen Begeisterung.

In jeder Hinsicht beachtenswerther ist die letzte Volksversammlung in Worringen. Hier waren die Kölner und Düsseldorfer Demokraten zugleich vertreten, hier hatten sich außerdem auch einzelne Deputationen aus andern näher gelegenen Orten der Provinz eingefunden. Unter den Rednern machten sich die sämmtlichen Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung, wie immer, inklusive ihres Korrektors, der für würdig erachtet wurde, das Präsidium der Versammlung zu übernehmen, bemerklich, außerdem die „Bürger" Lassalle, vor Kurzem der Held eines schmutzigen Assisen-Drama's, jetzt Präsident des Düsseldorfer Volksklubs, Wachter, Hauptmann in der Kölner Bürgerwehr, Imands aus Crefeld, der einst, wie auch Ronge und Dowiat, mit dem Deutschkatholizismus Geschäfte machte, endlich ein transatlantisches Individuum, Mr. Belsbanc, Redakteur eines unbekannten New-Yorker Blattes. Mit der rothen Fahne voran waren die Demokraten, meistens Arbeiter, hinausgepilgert zu Fuß und zu Wagen, und auf großen Kohlenwagen, und der erste Akt des Präsidenten bestand darin, die Versammlung über die Staatsform beschließen zu lassen, unter welcher sie leben wollte. Von Monarchie war natürlich überall nicht die Rede, und als der Präsident begreiflich machte, daß es eine weiße Republik gebe, diejenige, in welcher der Geldsack regiere und das arme Volk ausbeute, dagegen eine rothe Republik, in welcher — mit einer bezeichnenden Handbewegung — das Volk sich gegen seine Dränger Recht zu schaffen wisse, da wurde, mit allen gegen Eine Stimme, die rothe Republik proklamirt. Die nächste Verhandlung betraf eine unmittelbar damit zusammenhängenden Gegenstand. Sie erinnern sich des Kölner Sicherheitsausschusses. Nun gut. Dieser Sicherheitsausschuß war in Köln, wo er ans Licht der Welt getreten, so gut wie verschollen; wer irgend eine bürgerl. Stellung besaß, hatte sich beeilt, sich von der Mitgliederschaft desselben loszusagen; wenn auch noch an ihn gedacht würde, so geschah, um ihn mit guten und schlechten Witzen zu überschütten. Die Gelegenheit war günstig, ihm auf die Beine zu helfen. Der Präsident des Kölner Arbeiterv. eröffnete dem Volke von Worringen, wie sich das Volk von Köln genöthigt gesehen habe, die Wahrung seiner Rechte und Interessen in die Hände einer aus ausgezeichneten Volksmännern — Sie kennen diese ausgezeichnete Volksmännern bereits — bestehenden Behörde nieder zu legen, und das Volk von Worringen beschloß sofort ein Gleiches zu thun und auch seine verrathenen Rechte diesen ausgezeichneten Männern anzuvertrauen. Abgemacht. Die Redaktion der N. Rhein. Z. kehrte dann, ebenso wie in Neuß geschehen, die Seite der Begeisterung für Deutschland heraus und ließ die „hier versammelten deutschen Reichsbürger", ständiger demokratischer Kanzleistyl, wie es scheint, erklären, „daß, wenn aus der Widersetzlichkeit der preuß. Regierung ein Konflikt zwischen Preußen und Deutschland entstehen sollte, sie mit Gut und Blut zu Deutschland stehen würden". Andere Vorgänge von untergeordneter Bedeutung, sowie einen Akt der „Volksjustiz" an einem Individuum, das sich, wie ich glaube, Notizen gemacht hatte und also ein Spion sein müßte, übergehe ich. Erst spät, mit ihren rothen Fahnen und vielen leeren Bierfonnen, zogen die Schaaren von dannen. Am nächsten Sonntag soll das Spektakel in einem andern Dorfe unweit Köln wiederholt werden.

Würtemberg. ** Stuttgart, 20. Sept. Heute Vormittag wurde unsere Ständeversammlung eröffnet. Der König ist hier noch nicht angekommen, der Kronprinz und Prinz Friedrich waren zwar bei der Landtagspredigt anwesend, die Eröffnung aber nahm Staatsrath Duvernoy vor. Sie werden zur Aufnahme der ganzen Eröffnungsrede wohl keinen Raum haben, vielleicht genügen diesmal die Hauptgedanken. Der Minister wies auf den Umschwung der Dinge hin, kam auf die Centralgewalt, „welche von der Regierung des Königs unumwunden anerkannt wird", deren „Befugniß zur neuen Begründung der Verfassung Deutschlands als für die Regierung feststehend", anerkannt wird. Eine konstituirende, nach einem neuen Wahlgesetz einzuberufende, würtembergische Ständeversammlung wird in Aussicht gestellt, „sobald die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung verkündet sein werden". Als Gegenstände der Berathung sind angekündigt die Genehmigung des Budgets, jedoch nur auf ein Jahr, da die Reorganisation der Staatsverwaltung keine Vorsorge auf weiter hinaus gestattet. Ersparnisse werden, ehe diese vollendet ist, nach nicht in dem vollen beabsichtigten Maße in Aussicht gestellt, im Gegentheil ist die Besorgniß in Aussicht gestellt, daß die außerordentlichen Ereignisse, die militärischen Maßregeln, die Ausfälle im Ertrag der Staatsdomänen, Erhöhung der bisher bezahlten Steuern nothwendig machen werden. Gesetzentwürfe über Ablösung der Zehnten, über Bannrechte ꝛc, über Gleichheit der Beitragspflicht zu Korporationslasten und Staatssteuern, über das Jagdwesen und endlich über die Einführung von Schwurgerichten sind angekündigt. Noch wird die Absicht der Regierung ausgesprochen, jeder Beeinträchtigung der gesetzlichen Ordnung kräftig entgegenzutreten, und deßhalb ein Gesetzentwurf über die Einschreitung der bewaffneten Macht, also eine Aufruhrakte verheißen. — Die Beeidigung, die Eidesformel war die bisherige, doch wurde das Bedenken, ob dieselbe, als die Pflichten gegen die

jetzige deutsche Einheitsgewalt nicht enthaltend, doch Platz greifen könne, durch ausdrückliche Erklärung an alle Abgeordneten beseitigt, daß sich diese Pflichten von selbst verstehen und der Eid nur unter deren Vorbehalt gelte. — Die Abgeordneten erschienen nicht mehr wie früher in seidenen Mäntelchen, sondern im Frack, in Einer sogar im Wehrmannsrock. Mehr unserer zugleich in Frankfurt stehenden Abgeordneten, so Schoder, Murschel, Rödinger, waren zugegen und wollen wenigstens den ersten Sitzungen anwohnen. Kanzler Wächter, der frühere Präsident ist abwesend, in Jena bei dem Universitätsjubiläum. — Der Deutschkatholik Scherr ist noch nicht ingetivirt; doch hört man, daß die Stimmung für ihn sei. Aussicht, Präsident zu werden, hat Wächter nicht mehr; bei einer Vorversammlung sprachen sich etwa 50 für Rödinger aus. — So viel von der Kammer. Nach ein paar Worte über die politische Stimmung; ich gehöre nicht zu denen, die überall Nichts als Anarchie und rothe Republik sehen; die Schreckberichte in dieser Richtung muß Ihr Stuttgarter Korrespondent von früher her Ihrem neuen †† Korrespondenten überlassen. Sie werden mir aber nun so eher glauben, wenn ich sage, daß irgend ein „Versuch“ bei uns sehr möglich ist. Die Volksversammlung in Eßlingen vom vergangenen Sonntag war nach Allem, was man hört, im höchsten Grade aufgeregt; man hört von Theilnehmern sagen, wenn an jenem Abend die Kunde von Annahme des Waffenstillstandes gekommen wäre, so wäre die Volksmenge nicht mehr zu halten gewesen. Sie hat seither die Aufregung ungeheuer gesteigert, und gestern nach war ein Ausbruch bei einer der nächsten Veranlassungen sehr zu befürchten. Inzwischen haben wir erfahren, wie es in Frankfurt steht; ob unsere Republikaner dadurch zur Besinnung kommen? — nun hoffentlich! Im Landesausschuß der politischen Vereine scheinen verschiedene Ansichten über das, was zu thun sei, zu herrschen. Die Verstärkung durch die Ansichten Schaber's, Rödingers u. A. hat jetzt die besonnene Seite desselben entschieden an Festigkeit gewonnen und wird nichts Unbesonnenes zulassen.

* Vom oberen Neckar, 19. September. Württemberg ist vielleicht bald berufen, die Aufmerksamkeit Deutschlands in einer wenn auch nicht erfreulichen Weise auf sich zu lenken. Gestatten Sie mir ein Wort der Erläuterung. Wer mit den gegenwärtigen Zuständen des Landes einigermaßen vertraut ist, kann sich leider nicht verhehlen, daß die demokratische Partei in den letzten Monaten in einem Umfange an Terrain gewonnen hat, daß es nur des leisesten Anstoßes von Außen bedarf, sie zu einer Schilderhebung zu bestimmen, deren Erfolg, für den Augenblick wenigstens, zweifelhaft ist. Warum die Zeitbewegung so tiefe und gefährliche Furchen gerade in unser Land gezogen hat, ist leicht erklärlich. Wir haben Preßfreiheit, Versammlungsrecht und Berechtigung zur Konstituirung politischer Klubs. Wir haben diese Freiheiten, wir haben, wenn auch ungenügende, Gesetze zum Schutze gegen den Mißbrauch jener, aber wir haben, wie es uns scheinen muß, keine Behörden, die den Muth besitzen, den Gesetzen, selbst bei den höchsten Verletzungen, denselben in der angedeuteten Richtung Achtung zu verschaffen. Die Presse überschreitet ungestört und ungestraft jedes Maß, und in den Klubs und Volksversammlungen, wo man jetzt schon, gegen das Gesetz, anfängt, bewaffnet zu erscheinen, werden, dem Gesetze und der Verfassung zum Hohn, die aufreizendsten Reden zum offenen Umsturz des Thrones und der Verfassung gehalten. Man weiß, man sieht und hört dies Alles, aber man ergreift keine Maßregeln dagegen. Der Verfassungseid scheint selbst bei denjenigen, welche zu seiner gewissenhaften Erfüllung vor Allen im Staate verpflichtet sind, eine antiquirte Form geworden zu sein. Wir haben sogar in Kollegien Staatsdiener, welche nicht blos Mitglieder, sondern sogar Hauptführer des früheren demokratischen Klubs, jetzt Volksvereins, in Stuttgart sind, in dessen Statuten die Frage, „ob Monarchie oder Republik“, vorbehalten ist. Staunen Sie, aber es bleibt dennoch eine Wahrheit! Daß der genannte Verein, trotz des erwähnten gütigen Vorbehaltes, im republikanischen Sinne thätig ist, weiß man im ganzen Lande. Kann man sich unter diesen Umständen wundern, wenn die Umsturzpartei im vollen Gefühl der zügellosen Freiheit unermüdlich thätig, von Tag zu Tag an Umfang und Bedeutung gewinnt? Kann man es den ungebildeten Ständen verargen, daß sie der falschen Vorspiegelung unserer Blätter: „unser aus der Volkspartei hervorgegangenes Ministerium begünstige die demokratische Richtung“, Glauben schenken und dadurch den Demokraten gewonnen werden? Wir waren in den ersten Monaten des gegenwärtigen Ministeriums oft in der Lage, seine Partei gegen ungestüme, widersinnige Anforderungen zu ergreifen. Wir trugen mit freudigem Herzen allen schwierigen Verhältnissen Rechnung, mit welchen es zu kämpfen hatte, und die es zum Theil nur mit der Zeit überwinden konnte. Jetzt aber, nach 5monatlicher Dauer des Ministeriums, sind unsere Anforderungen andere geworden, und wir sind berechtigt, zu verlangen, endlich den Anfang von dem zu sehen, wozu uns die Berufung dieses Ministeriums gegründete Hoffnung gab. Sein gegenwärtiges unbegreifliches Verhalten aber, allen offenen und geheimen Umtrieben gegenüber, können und wollen wir durch Nichts, am wenigsten durch die fast beständige Abwesenheit des Hauptes des Ministeriums, „Staatsraths Römer“, entschuldigen, nach mit den Pflichten der hohen Stellung des Ministeriums in Einklang bringen. Wir verlangen energische Aufrechthaltung der uns heiligen Rechte der Verfassung, wir verlangen kräftiges Einschreiten gegen das Treiben einer Partei, die unsere politischen Rechte und den Wohlstand des Volkes zu zertrümmern droht und fortwährend Unsicherheit und Unbehagen in alle Verhältnisse bringt. Diese gerechten Forderungen sind nicht die vereinzelten Stimmen des Berichterstatters, sie sind das laute Verlangen Aller, welche in der konstitutionellen Monarchie das Heil des Staates erblicken. Entweder — oder, sagen hier auch wir. Möchte die Rückkehr des Königs, welche am 21. fest erwartet wird, unseren betrübten inneren Zuständen eine bessere Gestalt geben. Wenn nicht, so bereiten Sie sich vor, bald von hier Traurige zu hören.

Schleswig. Altona, 18. Sept. Gestern waren preuß. Garden und württembergischer Infanterie hier, so wie das Lüneburger Draganerregiment in Ottensen einquartiert. Diese haben, mit Ausnahme der Württemberger, uns sämmtlich, theils über Hamburg, theils über die Elbe heute verlassen. Heute Vormittag sind in 3 Extrazügen 2 Bataillone Bodener, ein Bataillon Nassauer und eine preuß. Batterie angekommen. Die Nassauer sind hier geblieben, die übrigen nach Hamburg zu durchpassirt. Denselben Weg hat auch die bisher in Flottbeck gelegene badische Artillerie eingeschlagen. Die Frankfurter sollen am 22. hier eintreffen. Es haben bereits über 40,000 Mann Bundestruppen die Herzogthümer geräumt. — Die ebenerwähnten hannaverschen Dragoner werden nicht mehr nach Lüneburg zurückkehren, sondern in Osnabrück garnisoniren. — Gegen Mittag ist hier noch ein hessen-darmstädtisches Bataillon durchpassirt, um vorläufig in Hamburg einquartiert zu werden. Gestern hat General Miller unsere 3 Feldlazarethe inspicirt; es liegen in ihnen noch mehr als 500 Kranke (von denen etwa der dritte Theil Preußen, ungefähr 50 Hannoveraner, 30 Mecklenburger, 20 Hanseaten). Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat der dänische Bevollmächtigte, Kammerherr Reedtz, bereits eingewilligt, daß die interimistische Regierung von Schleswig-Holstein während des Waffenstillstandes nur mit Uebereinstimmung der Herzogthümer gewählt werde, so wie daß die schlesw.-holst. Truppen nicht getrennt werden. Ueber das Bestehenbleiben der von der provis. Regierung erlassenen Verordnungen wird noch unterhandelt. Hiermit steht auch der Antrag der schlesw.-holst. Deputirten in Frankfurt in Verbindung, und es unterliegt nun wohl keinem Zweifel mehr, daß die schlesw.-holst. Frage einer friedlichen Lösung entgegensieht. (H. K.)

† Frankfurt, 21. Sept. 12 Uhr Vormittags. Wir haben die Opfer eben zur Ruhe geleitet. Die Helme, die auf den meisten Särgen lagen, bezeichneten nur zu deutlich, welchem Volksstamm sie zum größten Theile angehörten. Heinrich v. Gagern zeigte sich auch am Grabe dieser Männer als ein würdiger Träger der großen Idee, die das ganze Vaterland beseelen sollte. Seine wenigen Worte werden vor der Nation gewichtig in die Wagschaale fallen! Er dankte den Verblichenen im Namen des Vaterlandes, des großen Volkes, welches nicht zerfallen wird, das sprach er mit Zuversicht aus. — Euer Tod soll ein Samen sein, aus welchem die Saat der Einheit entsprossen soll! an Euren Gräbern pflanze ich die Hoffnungsfahne auf! — Nur Gagern hatte Pfarrer Kettler und Zittel gesprochen, nach ihm sprach Jordan aus Berlin. Hierauf sah man die Särge der Gefallenen von ihren Waffenbrüdern nach verschiedenen Richtungen forttragen, unter dem Donner der Geschütze und des Kleingewehrfeuers. Preußen trugen ihre österreichischen Brüder und umgekehrt. — War schon auf dem Roßmarkt, wo der Abgeordnete Bailly Abschiedsworte im Namen der Gefallenen sprach, manch Auge naß geworden, so schlte es auch im Augenblick des Scheidens an Thränen nicht, und ihr Werth war dadurch nicht geringer, daß hin und wieder eine unpassende Glosse fiel. — Das schönste Beispiel der Einigkeit unter den verschiedensten Stämmen gaben die Truppen. Man sah nicht selten den böhmischen Oesterreicher mit dem Darmstädter und Preußen Arm in Arm; auch Civilisten schlossen sich auf gleiche Weise an. — Besonders ergreifend war der Augenblick, in welchem unter dumpfem Trommeltan die Abgeordneten vor den Leichenwagen auf dem Roßmarkte vorübergingen und ihnen gegenüber stehen blieben. Ein jeder Wagen trug brüderlich gepaart 2 Särge, und vor ihnen stand die Geistlichkeit aller Konfessionen beisammen. Beim Zuge selbst ging sie gemischt voran. Den Särgen folgte das gesammte Officierskorps, hierauf die Abge-

Digitized by Google

ordneten und eine Militärabtheilung; zur Seite bildeten die Oesterreicher eine chaine. Der Reichsverweser war nicht anwesend, wohl aber die Herren Reichsminister. Blum sah man Arm in Arm mit Vogt und Berger und einigen andern Abgeordneten während Jordans Rede den Kirchhof verlassen.

Frankfurt. An das deutsche Volk! Die verbrecherischen Vorfälle in Frankfurt, der beabsichtigte Angriff auf die Nationalversammlung, Aufruhr in den Straßen, der durch Waffengewalt unterdrückt werden mußte, empörendee Meuchelmord und lebensgefährliche Bedrohung und Mißhandlung an einzelnen Abgeordneten verübt, sie haben die Pläne und Mittel einer Partei deutlich gezeigt, die unserm Vaterlande die Schrecknisse der Anarchie und eines Bürgerkrieges bringen will. Deutsche! Euer Freiheit ist mir heilig. Sie soll durch das Verfassungswerk, zu welchem Eure Vertreter hier versammelt sind, dauernd und fest begründet werden. Aber sie würde Euch entrissen werden, wenn die Gesetzlosigkeit mit ihrem Gefolge über Deutschland sich verbreitete. Deutsche! Durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 ist mir die vollziehende Gewalt gegeben in Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands betreffen. Ich habe unser Vaterland zu schützen, möge es durch Feinde von Außen, möge es durch verbrecherische Thaten im Innern gefährdet werden. Ich kenne meine Pflicht, ich werde sie erfüllen; ich werde sie erfüllen, fest und vollständig. Und Ihr, deutsche Männer! die Ihr Euer Vaterland und Eure Freiheit liebt, Ihr werdet mir, dessen bin ich gewiß, thätig zur Seite stehen. Frankfurt, den 20. Sept. 1848. Der Reichsverweser: Johann. Die Reichsminister: Schmerling. Peucker. Duckwitz. Mohl.

Frankfurt. Der Präsident der Nationalversammlung an den Kommandanten der Reichstruppen in Frankfurt, General Grosen Robili. Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen: „Den deutschen Reichstruppen für die von ihnen bei Unterdrückung des Aufruhrs bewiesene Hingebung und Mäßigung den Dank des Vaterlandes auszusprechen.“ Indem ich Euer Hochgeboren von diesem Beschlusse Kenntniß gebe, ersuche ich Sie ergebenst, den Truppen solchen mitzutheilen. Frankfurt, den 19. Septbr. 1848. H. Bayern.

Schweiz.

Bern, 19. Sept. Es drohen ernste Verwicklungen zwischen der Schweiz und Oesterreich. Der gegenwärtige Beherrscher der Lombardei, Feldmarschall Radetzky, hat abermals eine Note an die Regierung von Tessin gerichtet, worin derselbe anzeigt, daß er, müde der fortwährenden politischen Umtriebe von Tessin aus gegen die Lombardei, und besonders entrüstet über die Angriffe des „Repubblicano“, die früher angedrohten Maßregeln so vollziehen werde, daß vom 18. d., also gestern, alle Tessiner aus der Lombardei ausgewiesen, alle ihnen gegebenen Pässe zurückgezogen, keine von der tessiner Regierung ausgestellten Pässe mehr anerkannt, endlich vom genannten Tag an alle Post- und Handelsverbindungen mit Tessin abgebrochen werden sollten. Ein Schreiben des Konsuls in Mailand bestätigt dieses. Die Sache macht hier großes Aufsehen, da von dieser Maßregel 2000 Tessiner, somit Schweizerbürger, die in der Lombardei leben, getroffen werden. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Tagsatzung sogleich diesen Gegenstand der ernstesten Berathung unterziehen wird. Während aber nun von Mailand her eine indirekte Kriegserklärung kommt, so vernehmen Sie nun auch folgende sehr verbindliche Note des österreichischen Gesandten an den Vorort: „Zürich, den 16. Sept. 1848. Der unterzeichnete außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sr. kais. königl. apostolischen Majestät bei der schweizerischen Eidgenossenschaft hatte es sich zur angenehmen Pflicht gerechnet, seine Regierung von allen Maßregeln zu unterrichten, welche der hohe eidgenöss. Vorort zur Wahrung der neutralen Stellung der Schweiz getroffen und ihr ebenfalls die vorörtliche Note vom 23. August, sowie die Antwort des Unterzeichneten vom 29. desselben Monats vorzulegen. In Folge dieser Mittheilungen erhält er soeben eine Depesche des kaiserlichen Ministeriums, welche den Aeußerungen des Unterzeichneten in Anerkennung der loyalen und rechtlichen Handlungsweise des hohen eidgenössischen Vororts gegenüber vollkommene Billigung und Bestätigung gewährt. Der Unterzeichnete ist erfreut, den hohen eidgenössischen Vorort hiervon mit dem Beifügen benachrichtigen zu können, daß Oesterreich das erwähnte ehrenwerthe Benehmen der schweizerischen Eidgenossenschaft in ihrer Gesammtheit in treuem Gedächtniß bewahren wird. Der Unterzeichnete benutzt mit Vergnügen diese Gelegenheit, um Sr. Excellenz Herrn Präsidenten und Regierungsrath des Kantons Bern, als eidgenössischer Vorort, den Ausdruck seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. Freiherr von Kaisersfeld.“ — Während Frankreich fortwährend die Schweiz seiner freundschaftlichsten Gesinnung versichert, zeigt der Vorort den Ständen mit Kreisschreiben an, daß in letzterer Zeit die französische Regierung schweizerische Arbeiter aus Frankreich verwiesen und die französische Gesandtschaft solchen den Eintritt in Frankreich durch Verweigerung des Paßvisums unmöglich gemacht habe. Der Vorort hat sofort bei der französischen Regierung und ihrer Gesandtschaft in der Schweiz gegen diese alle internationalen Verhältnisse und die Bestimmung des Staatsvertrages vom Jahre 1827 verletzenden Verfügungen Beschwerde erhoben und einstweilen die Beglaubigung der Reisepässe ausgewirkt. — Ein Schreiben des Konsuls aus Mailand zeigt an, daß der Waffenstillstand mit Radetzky bis zum Ende der Friedensunterhandlungen verlängert sei. — Aus Luzern vernimmt man: die Mitglieder des aufgelösten großen Raths hatten eine im pochenden Ton abgefaßte Denkschrift dem jetzigen Großen Rath eingereicht, worin sie den Sonderbund vertheidigten und die Zurücknahme aller gegen sie erlassenen Dekrete barsch forderten. Die über diesen Ton sehr erbitterte Versammlung des Großen Raths schritt über die Eingabe zur Tagesordnung. — Die Sonderbundspartei in Luzern hatte es auf einen großen Schlag abgesehen. Ende des künftigen Monats sollte von der Mehrheit des Volkes eine Verfassungsrevision verlangt werden. Auf diesem Wege hätte die bestehende Regierung umgestoßen, die aus ihr hervorgegangene Regierung gestürzt und eine dem Sonderbunde und den Jesuiten trotz aller erlittenen Unfälle treu gebliebene Sippschaft an die Spitze der Geschäfte des Kantons gestellt werden sollen. Damit hoffte man zugleich das Dekret über die Aufhebung der Klöster St. Urban und Rathhausen, sowie dasjenige, welches den Mitgliedern des abgetretenen Gr. Rathes die Bezahlung einer Summe von mehr als 300,000 Fr. auferlegt, über den Haufen stoßen zu können. Die Regierung sah wohl ein, daß es sich um ihre Existenz und die Zukunft des Kantons handele, und ließ die Hauptheter, an ihrer Spitze den Altobergerichtspräsidenten Bossart, verhaften. Man sieht, der Sonderbund ist nicht besiegt worden; er lebt in den Gemüthern fort. Auch die Urkantone verharren in ihrer Sonderstellung, und die Gesandten von Uri, Schwyz, Unterwalden und Appenzell J. Rh. stimmen an der Tagsatzung bei allen Verhandlungen über die Bundesverfassung nicht mit.

Großbritannien.

London, 17. Sept. Die neuesten Nachrichten aus dem Süden Irlands lauten noch keineswegs zufriedenstellend. Die Insurgentenmasse hat sich in kleine Haufen von 30 bis 50 Mann aufgelöst, welche in Tipperary umherziehen, in die Häuser einbrechen, Vieh mit sich nehmen u. s. w. Was eine Revolution werden sollte, scheint in eine liederliche Diebswirthschaft ausgeartet zu sein. In Clonmel war man in der Nacht vom 13. zum 14. Sept. nicht ohne Besorgniß vor einem Angriff, da die Bauern rings die Stadt umschwärmten und so gut wie im Besitz der Gegend waren. Eine Abtheilung Militär und Konstabler verfolgte von Carrick aus einen Haufen Aufrührerischer, deren Anführer, Dahony, nur mit Noth entkam. Das Anhalten der Postwagen, das Einbrechen in die Häuser geschieht meist zu dem Zweck, um sich der etwa vorhandenen Waffen zu bemächtigen. Bei einer solchen Gelegenheit wurde ein gewisser Hayssy, der den Aufrührerischen die Uebergabe seiner Waffen weigerte, in die Seite geschossen, so daß man für sein Leben fürchtet. Der Uebelthäter ist ein Farmer, Namens Dee, der 40 Morgen Ackerland besitzt. Wie wenig unser Zeitalter den selbst beigelegten Namen des Zeitalters der Civilisation verdient, sieht man aus solchen Vorgängen hier und in Deutschland, welches letzteres gegenwärtig von seiner gerühmten Kulturstufe in einen Zustand tiefer Barbarei versinken zu wollen scheint. Die faule, aber übersättigte Moral und die raffinirte Genußsucht in den höhern Regionen, der Kultus des eigenen Selbst, der geckenhafte, menschenverachtende Uebermuth angebornen oder angekünstelten Junkerthums, die nur auf Kritik gegründete moderne Bildung, die unsaubere Diplomatenwirthschaft, das erheuchelte Fromm- und Schönthun, das künstliche, auf Unwissenheit und Gewissenlosigkeit basirte politische Intriguenspiel, das lügnerische Zuschautragen von Grundsätzen, die man nicht halte, und wieder die zur Schau getragene Feigheit, dies und Anderes konnte auf die untern Schichten der menschlichen Gesellschaft nicht ohne jene Folgen bleiben, vor denen wir nun selbst erschrecken. Daher sehen wir auf dem Festlande, wie in Irland und, wenn schon mehr verdeckt, auch in England die menschliche Gesellschaft in zwei Heere getheilt, von denen das eine, kein Mittel verschmähend und kein Vaterland kennend, bald in Masse, bald in Steinfügen angreifend verfährt, das andere, unsicher in seinen Bewegungen und getheilt in seinen Ansichten, sich in nicht unbedenklicher Weise auf die bloße Defensive beschränkt sieht.

Digitized by Google

Man hat in England Zeitungen aus Jamaika vom 26. August. Das früher erwähnte Gerücht von einem Aufstande der Schwarzen wird zwar nicht bestätigt, der Zustand der Insel aber als ein sehr beklagenswerther geschildert. Der größere Theil der Bevölkerung, wird gesagt, sei ruinirt, man fürchte bereits Hungersnoth, die Spekulation habe aufgehört, das Geschäft stehe still, kurz, man sehe der Zukunft mit bangen Befürchtungen entgegen. Dabei führen die auf Jamaika erscheinenden Zeitungen gegen die großbritannischr Regierung eine heftige Sprache in Betreff der von ihr befolgten Kolonialpolitik.

Frankreich.

Paris, 19. Sept. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ward der Art. 7 der Konstitution angenommen und die Diskussion über Art. 8 (Associations- und Versammlungsrecht) begonnen. Graf Montalembert hielt eine zweistündige Rede zu Gunsten der Unterrichtsfreiheit. — Das Kriegsgericht der 1. Militär-Division hat gestern den Grafen von Foucheconrt (ehemaligen Garde du corps Karls X.), der eine Barrikade kommandirt und die weiße Fahne darauf aufgepflanzt hatte und Henri V. proklamirte, zu 20jähriger Zwangsarbeit verthellt. — Sämmtliche Schweizer unter den Juni-Gefangenen sind auf Reklamation des schweizerischen Geschäftsträgers in Freiheit gesetzt und an die Grenze geführt worden. — Und die Deutschen? — Eine telegraphische Depesche des Kriegsministers an den Kommandanten der Militär-Division von Lyon hat diesem befohlen, die Ambulanz und das Feldspital der zweiten Division der Alpenarmee an die Grenze vorrücken zu lassen. Wahrscheinlich ist dies nur eine Vorsichtsmaßregel, um bei dem (morgen eintretenden) Ablaufe des Waffenstillstandes zwischen Karl Albert und Radetzky auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein. — Der Moniteur du soir enthält folgende Notiz: Ein Privatschreiben aus Petersburg zeigt an, daß der Kaiser von Rußland die französische Republik officiell anerkannt habe, und daß Herr von Pahlen am 20. Petersburg verlassen werde, um sich als Botschafter nach Paris zu begeben.

Die Wahlen sind beendigt; über das Resultat liegt noch nichts Sicheres vor; die Unruhe, die sich bei diesem Anlaß wieder einmal der Hauptstadt bemächtigt hatte, war Anlaß, starke Patrouillen auszusenden, um auch gegen einzelne Kinbredner den Weg der gerichtlichen Verfolgung einzuschlagen. Im Allgemeinen scheint man jetzt eher eine Bewegung von der Rechten, als von der Linken zu fürchten; auch Cavaignac soll, seit der Opposition gegen die Absendung von Kommissarien, sehr erbittert gegen die Rechte sein und geäußert haben: J'ai donné des gages à l'ordre, je vais à présent faire marcher la révolution. Solche und ähnliche Bonaparte'sche Reden werden dem Diktator vielfach in den Mund gelegt.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung fand die neue Präsidentenwahl Statt; Armand Marast war mit 527 Stimmen (unter 678 Stimmenden) wieder erwählt; Dufaure erhielt 54, Th. Bac 50, Lacrosse 17. Die ziemlich langweilige und eintönige Verhandlung drehte sich um das Kolonisationsprojekt Lamarlelère's, das schließlich mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Italien.

** Neapel, 12. Sept. Officielles Bulletin vom 12. Sept. 11¾ Uhr Vormitt. Filangieri an den Kriegs- und Marine-Minister ꝛc. ꝛc. „Die Feuersbrünste haben aufgehört. Die verbürgte Sicherheit für Person und Eigenthum läßt die Bevölkerung zurückkehren. Die Municipal ist eingesetzt, Milazza unterworfen, das Dampfschiff Vesuvio genommen, längs der ganzen sicil. Küste wird gekreuzt." Von Messina, 8 Uhr Morgens (10. Sept.): Es fehlen noch immer sichere umständliche Berichte. Gerüchte lassen die Zahl der Todten auf neapol. Seite von 60 bis auf einige 1000 gehen. — Etwas gewisser hoffen wir durch das auf übermorgen hier erwaetete franz. Dampfschiff La Ville de Marseille zu vernehmen. — Am Bord des preuß. Schiffes Edinburg, das schon seit vielen Monaten durch einen Prozeß mit dem Frachtgeber auf der Rhede von Messina festgehalten war, befinden sich viele deutsche Flüchtlinge aus Messina. Die Stelle eines Briefes von einem derselben vom 7. d. lautet: „Ich bin in Sicherheit mit meiner Familie. Gestern fand die Ausschiffung von 20,000 neapolit. Truppen Statt, nachdem das arme Messina seit dem 3. bombardirt wurde. Die Sicilianer haben sich nur zum Theil gut gehalten, so daß die Neapolitaner heute Morgen unter Sengen und Brennen die ganz entvölkerte Stadt in Besitz genommen haben. Es brennt an vielen Orten, doch soviel ich sehen kann, nicht in unserem Quartier. Eben heißt es, eine Kapitulation sei abgeschlossen, worin Leben und Eigenthum und allgemeine Amnestie zugesichert wird. Gott gebe, daß die Versicherungen gehalten werden; das Benehmen der Neapolitaner läßt das Gegentheil befürchten."

Die für 3 Tage unterdrückt gewesenen Journale (aus Veranlassung der berichteten Lazarantbewegung) dürfen wieder erscheinen. Die Tage von gestern und vorgestern sind ruhig vorübergegangen.

§ Turin, 13. Sept. Die Jesuiten sind in aller Stille hier abgegangen. Man sagt, daß ihr Häuflein in zwei getheilt, deren eines nach Modena, das andere nach Neapel gegangen. Unter den jetzigen Umständen Rom zu betreten, mochten sie nicht wagen, weil dort ihr Orden selbst in bestänbiger Lebensgefahe ist. Ganz geben die schwarzen Herren ihr Spiel noch nicht verloren, so lange ihnen in Italien nur noch ein Winkel bleibt, wo sie unterkriechen können. Wer die ungehenre Macht kennt, die dieser verrufene Orden nor gar nicht langer Zeit in Piemont übte, wer weiß, wie stark die Jesuiten gerade bei Hof standen, wie sie den Könlg völlig umstrickt hielten, der mag billig staunen über die merkwürdige Umgestaltung der Dinge, und am meisten haben sie selbst Stoff, über die Wandelbarkeit des Glücks und die Unzuverlässigkeit fürstlicher Gunst Betrachtungen anzustellen. Das Loos der Jesuiten in Piemont war freilich schon von dem Tag an entschieden, wo Vincenza Gioberti, ihr großer Gegner, vom Turiner Volk im Triumph durch die Straße getragen wurde. Wenige Monate zuvor geschah im Ministerrath Nichts, ohne ihre Meinung zu hören; ihre Protektion wurde von allen Stellenjägern gesucht, ihr Einfluß erstreckte sich auf alle Zweige der Verwaltung. Vom Tage an, wo Gioberti und die Gegenpartei gesiegt, mied Alles die Jesuiten wie räudige Schaafe, und selbst die übrige Priesterschaft, die wohl immer neidisch auf ihre Macht gesehen, zog sich von ihnen zurück. Seitdem war ihr ferneres Schicksal vorauszusehen. Was mag aber Herr v. Abel dabei gedacht haben? Er versäumte selten eine Predigt in der Jesuitenkirche, und war selbst den Andächtigsten durch seine übertriebene Andacht auffallend. Daß Karl Albert seine ehemaligen Freunde, Schützlinge und Meister so behandelt hat, mag Andere wundern, uns nicht, denn wir kennen den Charakter dieses Fürsten, welcher durch und durch Egoismus, Trug und Heuchelei ist. Der König begünstigte die Jesuiten, so lange er sie für eine Stütze seines Thrones hielt; er warf sie, wie einst die Carbonari, bei Seite, als sie ihm überflüssig und schädlich schienen. Heute kokettirt er mit Gioberti, morgen würde er Mazzini oder den Teufel zum Ministerpräsidenten machen, wenn seine Krone damit gestützt wäre, wenn sein und seines Hauses Vortheil es fordern würde. Aber so schlau auch dieser Mann in der Gegenwart rechnet, so gewiß glauben wir doch, daß er in die Zukunft sich verrechnet hat, daß er zuletzt auch das Schicksal seiner Günstlinge theilen wird, die mit dem Fluch des Volkes beladen über die Grenze zogen. Gioberti genießt jetzt seinen Triumph. Obschon er selbst aus dem Ministerium getreten ist, bleibt er doch noch immer der politische Führer, der tonangebende Mann des Volkes. Täglich sehe ich in seiner Wohnung Hunderte von Besuchern ziehen, die ihm den Hof machen oder das Losungswort des Tages bei ihm holen. Darunter sind auch viele Heeren im schwarzen Talar mit dreieckigem Hute; denn die Mehrzahl der Priester geberdet sich gegenwärtig gewaltig liberal und patriotisch; sie glaubt sicher darin ihre Rettung, das einzige Mittel zu erkennen, ihren Einfluß im Volk zu bewahren. Während der höhere Klerus jetzt die Gunst der liberalen Führer sucht, bemühen sich die Mönche, sich beim großen Haufen beliebt zu machen durch die heftigsten Predigten für die italienische Unabhängigkeit und gegen die usurpatori oustriaci. Die Kapuziner sind jetzt Kriegs- und Freiheitsprediger geworden und durchziehen im Auftrag ihrer Obern zu diesem Zweck das Land, um dem Bauer, der eben so ungerne Soldat wird als doppelte Kriegssteuer zahlt, vor Hölle und Fegfeuer bange zu machen, wenn er nicht willig Gut und Lire schwitze zur Fortsetzung des Krieges gegen die „aborriti Tedeschi", eines Krieges, welchen Gott, die Kirche u. der König befehle." Ich habe selbst unlängst eine solche kriegsschnaubende Kapuzinerpredigt in einem Dörfchen bei Arona angehört. Der Mönch machte den Bauern eine haarsträubende Schilderung von den Gräueln, welche die Deutschen und Kroaten in der Lombardei begangen haben sollen, während es Thatsache ist, daß die Oestreicher überall die strengste Mannszucht hielten *). Diese Schilderung begleitete der Kapuziner mit den gemeinsten Jesuiten gegen die Tedeschi, in einem Jargon, wie ihn nur der niedrigste Pöbel spricht. Die armen Leute, deren Aeußeres ziemliches Elend verrieth, lauschten seiner Rede mit Beifall und sichtbarer Andacht, besonders als der brave Knetenmann ihnen auf das Lebendigste versicherte, daß dieser Kampf zugleich auch ein Kampf für die katholische Kirche sei, und ewiger Himmels-

*) Dagegen selbst österreichische Gefangene von den Italienern auf das Scheußlichste verstümmelt wurden. A. d. R.

lohn den im Krieg Gefallenen erwarte. Daß die Oesterreicher doch eben so gute Katholiken seien, wie die Piemontesen selbst, schien in diesem Augenblick keinem einzufallen; der Pfaffe predigte, als ob es den Türken gelte. Was könnte man italienischen Bauern nicht weiß machen? Nach beendigter Predigt wischte sich der Kapuziner den Schweiß von der Stirne, sammelte die freiwilligen Gaben für den Krieg, die gleichwohl nicht reichlich ausfielen und schlich sich davon. Was der Bettelmönch in der niedersten Sphäre als gemeiner Kannibale ausführte, das thut Hr. Vincenzo Gioberti in der Region der Gebildeten als ein nobler Schauspieler. Auch er wendet Feder und Zunge hauptsächlich nur zu den lügenhaftesten Beschuldigungen gegen Oesterreich an, auch er mischt die Religion in das Spiel, auch er insultirt die Deutschen, wenn auch in anderer Form als der Kapuziner, auch ist dabei der niedrigste Schmeichler gegen Karl Albert, den er dem Volk unaufhörlich als den glorreichen Freiheitshelden Italiens, würdig, die italienische Krone auf seinem Haupt zu tragen, hinstellt. Was Herrn Gioberti so berühmt gemacht hat, war bekanntlich sein Buch gegen die Jesuiten. Seitdem hat er eine Menge von politischen Broschüren und Zeitungsartikeln geschrieben. Ein eigenthümlich überschminkter Styl charakterisirt seine Schriften, die er gewöhnlich in ein philosophisches Gewand einkleidet, um ihnen einen Anstrich von Gedankentiefe zu geben oder, besser gesagt, um die Dürftigkeit ihres Inhalts zu bemänteln. Dem Italiener imponiren diese philosophischen Phrasen, und das schwülstige Gepräge gefällt seinem schlechten Geschmack. Viele, welche Gioberti's Schriften nicht verstehen, erheben ihn doch bis in den Himmel als den „großen Italiener, den ersten Schriftsteller ihrer Zeit." Armes Volk! Da bist nicht zu beneiden um das Genie dieses bombastischen Phrasenmachers, wohl aber zu bedauern, daß Du nicht einen einzigen ehrlichen Publicisten hast, der Dir einen Spiegel vorhält, der Dir die Wahrheit zu sagen wagt über Deinen moralischen Zustand, über die wahren Ursachen, die bis heute den Triumph einer vernünftigen Freiheit in Italien hinderten! — Wir haben thatsächlich der Verlängerung des Waffenstillstandes noch keine bestimmte Nachricht aus Alessandria. Doch ist es keinem Zweifel unterworfen, daß die Verlängerung bereits beschlossen ist. Der französische und der englische Gesandte befinden sich im Hauptquartier beim König. Täglich langen hier Züge von neu ausgehobener Mannschaft, großentheils aus den Gebirgsprovinzen an, und werden in der Regel gleich nach Osten weiter spedirt. Diese Rekruten sehen sehr zerlumpt, elend, traurig aus; selten eine kräftige schöne Gestalt, wie sie doch in den Städten Piemonts so häufig sind. Die entmuthigte Stimmung in der Armee dauert übrigens fort und läßt für Karl Albert ohne die französische Intervention keine Lorbeern hoffen. Heute Abend wird der König, dessen Gesundheit sich in den letzten Tagen gebessert hat, hier erwartet. Morgen soll unter seinem Vorsitz großer Ministerrath stattfinden.

** Neapel, 9. Sept. Telegraphischer Bericht. Der General-Lieutenant Filangieri in Messina an S. Exc. den Kriegs- und Marineminister: „Messina erobert (conquistata), ist zum Gehorsam gegen seinen legitimen Souverän zurückgekehrt. Ein verzweifelter Widerstand von 2 Tagen hat für die bewundernswerthe Tapferkeit der königlichen Truppen kein Hinderniß abgegeben; unter dem Rufe: es lebe der König! haben sie die größten Schwierigkeiten überwunden. Messina, 5 Uhr Nachmittags, 7. Sept.

Griechenland.

* Athen, 27. Aug. Die Cholera ist in Skiathos ausgebrochen. Die Einwohner, welche konnten, haben sich auf die umliegenden Inseln geflüchtet. Die Sanitätskommission von Athen hat verordnet, daß der Markt gereinigt werde, daß die Röhrbrunnen Wasser haben, und daß Jeder vor seiner Thüre kehre. Daß solche Befehle gegeben werden müssen, bezeichnet den Werth der europäischen Institutionen, welche Griechenland erhalten. Hier lacht man aus Erfahrung über diese Befehle, denen man seit 16 Jahren noch nie Gehorsam verschaffen konnte, und die jetzt um so weniger Achtung finden können, als die Präfektur mit der Bürgermeisterschaft in blutigem Kriege liegt. Beide beschuldigen sich in der Kammer und in der Presse gegenseitig des Diebstahls und Niemand zweifelt daß sie beide das größte Recht haben. Der Wiedereintritt Rodschids, den wir als Feind achten müssen, bringt seine Wirkung. Geziolis soll losgelassen sein. Die übrigen Rebellen stehen wieder an der Grenze. Der Pallote Abas in Larissa, durch dessen Hände der letzte Aufstand bezahlt worden, soll an der Stelle Hussein Greazpascha werden. Das Ministerium verlangt deßhalb Vermehrung des Heeres. Das Begehren unserer beiden Feldmarschälle andererseits ist so unverschämt, daß sich das Ministerium mit Erfolg widersetzt. Ein an Ort und Stelle zur Untersuchung geschickter Major hat mir und Andern gesagt, daß die zu Beförderungen und Orden Vorgeschlagene die feigsten Ausreißer seien. Der Held von Chaidis und Palläschori, der Generalissimus Gardikiotis scheitert somit, wie seine Kollegen, im Vorsitz der Kamarilla. Das Klopfen der Zeitgeister scheint endlich die dicksten Hirnschalen zu erschüttern. Hr. Prokesch v. Osten hat ein großartiges Radetzkyfest gefeiert. Bis Mitternacht störten uns die Siegeshymnen und Fanfaren der ihm freundlich gebotenen Heeresmusik aus dem Schlafe. Die Entrüstung der Griechen, deren politischer Muth nach der Watschel ausgewandert ist, drückt sich durch eine Faust im Sacke aus. Die Italiener waren durch eine andere gleiche Entwickelung von Patronillen zurückgehalten. Trotz dessen wurde eine Satyre angeheftet, die Lösefstreiche des Hrn. von Westen betitelt. Die Gäste des Radetzkyfestes vertraten den Zopf und die Kamasche, den Schweizer Freisinn und die Gesellschaft Jesu, das literarische und diplomatische Judenthum und den ehrenwerthen Figarostand. Man den sechzig deutschen Bürgern von Athen einen einzuladen, hatte Hr. v. Osten sich wohl gehütet. Dagegen figurirte an der Seite seiner Dame ein Lombarde, welcher frech genug gewesen, zu erklären, als man ihn auf die lombardische Autonomie verpflichten wollte, daß er österreichischer Unterthan bleiben wolle. Zum Feste war außer diesen nur ein einziger österreichischer Bürger geladen. Manettius, Illirier, lehnte die Einladung ab, aus dem Grunde, weil er wohl die Tapferkeit seines Landsmannes Radetzky ehre, aber die Feier der Einnahme Mailands auf ihn den Eindruck der des Bombardements von Prag machen müsse. Das Fest verlief wie eines von Leuten, die den Kopf verloren haben. Der Festgeber wußte viel von seinem Kommando Radetzky zu erzählen, die er in Champagnerdünsten einschlief und eine Vision hatte, worin er zur rechten des allmächtigen Gottes stand, der Metternichs Antlitz trug. Wir Deutsche, wahrlich nicht unempfindlich für deutschen Waffenruhm, erwarten in diesen Kriegsfanfaren, nur die Feier des Triumphs der Reaktion. Den Tag nach dem Feste kam als Häringsalat zur Vertreibung des Katzenjammers der Christmanasche Artikel in der Allg. Z., welcher das große Verdienst hat, unser Aller Meinung, d. h. die öffentliche Meinung der Deutschen in Griechenland, auszusprechen. Die Wuth der Reaktionäre geht ins Unbegreifliche. Sie sind so einfältig, da sie ihn nicht mehr zu zwanzig Jahr carcere mit einer Kette am den Leib verdammen können, diesen Mann von einer kräftigen deutschen Natur mit persönlicher Nachstellung mit dem Tod zu bedrohen. Haltet das Lachen ihr Seeligen.

* Athen, 4. Sept. Aus dem nun votirten Budget entnimmt man, daß das Personal unserer Kriegsmarine, Ministerium, Arsenal in Poros, Officiere und Matrosen, Alles in Allem achthundert Köpfe zählt. — Als neulich ein Grieche für sein Vaterland um das Wohlwollen der Republik bat, antwortete ihm Lamartine: Was wollen Sie, daß ich thue, Europa ist heute eher türkophil als philhellen. Hier aber fragen sich die Griechen: wohin sind wir gekommen, und erwidern sich: dahin, wohin wir es verdienen. Von ihrer Selbstüberschätzung zurückgekommen, gestehen sie zu, daß Fürst Wallerstein als echter Prophet gesprochen, als er voraussagte: es werde das Land sich durch das Land zerstören. Sie geben zu, daß die traurige Lage Griechenlands ihrem gänzlichen Mangel an politischer Sittlichkeit, an republikanischer Tugend zuzuschreiben ist. Ichsucht und Eigennutz sind die eingestandenen Triebfedern aller ihrer Handlungen, und sie entschuldigen sich höchstens durch ihre Armuth. Oefters noch zeigen sie cynischer Schamlosigkeit. Der Minister des Innern, Raphos, der den Vorwand der Armuth nicht hat, indem er ein Einkommen von 30,000 Drachmen besitzt, ist vom heftigsten Opponenten zum gehorsamsten Diener der Kamarilla geworden und trägt seine Servilität als Ehrentitel zur Schau. Tayi Manginas, der Finanzminister, welcher seine 100,000 Dr. Schulden an den Staat anführen könnte, verschmäht dies und erwiderte, dasselbe Budget, welches er so oft angegriffen, vorlegend, dem Senator Londos, der ihn an die Sitzungsprotokolle erinnerte, die Bände freisinniger Reden des heutigen Ministers enthalten: die Protokolle sind unnütze Wische. So hat seit 5 Jahren keiner der patriotischsten Opponenten der Gewalt widerstanden, sobald sie den Ueberlästigen zu kaufen beschloß. Bei so schlechten Sitten sind die besten Gesetze fruchtlos. Aber diejenigen, welche planmäßig dieses schöne Land und sein bildsames Volk durch das heillose Korruptionssystem vergiftet haben, wird die Geschichte richten.

Verantwortlicher Redakteur G. Gerwinus.

Digitized by Google

Verlag der Deckerschen Geheimen Oberhofbuchdruckerei.

[842]

Neue Berliner Zeitung.

Die Neue Berliner Zeitung erscheint täglich zweimal, Morgens und Abends, und wird bemüht sein, alle bis zum Anfange des Druckes einlaufenden politischen Nachrichten, namentlich die Ereignisse der Hauptstadt sofort mitzutheilen.

Mit der politischen Zeitung sind ausführliche Berichte über Handel und Verkehr verbunden. Es wird Alles geschehen, um so früh und so genau als möglich die neuesten Nachrichten zu bringen. Besonders werden die auswärtigen Börsenberichte, welche im Laufe des Tages eingehen, und die hiesigen Börsennachrichten unmittelbar vor Schluß des Abendblattes aufgenommen, und auf diese Weise am frühesten verbreitet. Ueber Märkte, Eisenbahnen und Verkehr wird ausführlich berichtet und dem Bedürfnisse der handel- und gewerbtreibenden Leser möglichst entsprochen werden.

Die Redaktion unseres Blattes ist verstärkt und einer neuen Leitung übergeben. — In allen Gegenden Deutschlands, in den meisten Hauptstädten Europas sind bereits unterrichtete Mitarbeiter in Thätigkeit, und der Verlegee (und alleinige Eigenthümer) der Zeitung bringt jedes Opfer, um von allen Seiten die vorzüglichsten Männer für das Unternehmen zu gewinnen. Die strengste Wahrhaftigkeit, die möglichste Unparteilichkeit ist die erste Pflicht, welche wir jedem Berichterstatter auferlegen.

Unser Blatt ist völlig unabhängig; wir stehen unter keinem andern Einflusse, als dem unserer Ueberzeugung. Wir halten fest an der großen Errungenschaft dieses Jahres, an allen lang entbehrten Freiheiten des Volkes. Als beste Bürgschaft dafür betrachten wir in unserm Vaterlande das verfassungsmäßige Königthum auf wahrhaft volksthümlicher Grundlage.

Der Pränumerationspreis ist 1 Thlr. 15 Sgr. vierteljährlich, außerhalb bei allen Königl. Preuß. Posten zu erhalten.

Bestellungen auf das mit dem 1. Oktob. d. J. beginnende Vierteljahr wolle man recht zeitig machen.

Berlin, 15. Sept. 1848.

---

[843]² **Liegenschaftsversteigerung.**

Nr. 9456. In Folge richterlicher Anordnung werden aus der Gantmasse des Schuhmachermeisters Karl Köninger dahier:

Dinstag, 17. Oktober d. J. Vormittags 9 Uhr auf diesseitigem Bureau folgende Liegenschaften öffentlich versteigert, und der Zuschlag erfolgt, wenn der gerichtliche Anschlag erreicht würde:

1) Eine zweistöckige Behausung, nebst Hof, in der Adlerstraße Nr. 27, ein- und ausseits Schreiner Gambs.

2) Ein halber Morgen Acker im Sommerfeld beim Promenadwäldchen neben Aug. Wagner Wtb. und Förster Krämer in Wößingen.

Karlsruhe, 13. Sept. 1848.

Großh. Bad. Stadtamtsrevisorat:

Geehned. H. Wagner.

---

[844]¹ **Schuldenliquidation.**

Nr. 8724. Johann Schanz l. Bürger zu Dorf Kehl, vielseitigem Amtsbezirk, hat sich entschlossen, mit seiner Familie nach Amerika auszuwandern und ist um Erlaubniß hiezu dahier eingekommen.

Demzufolge haben wir Tagfahrt zur Schuldenliquidation anberaumt auf

Freitag, 13. Okt. d. J. Vormittags 8 Uhr

Alle Diejenigen, welche an Johann Schanz l. Ansprüche zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben an der Tagfahrt dahier anzumelden, widrigenfalls man ihnen von diesseits zu ihrer Befriedigung nicht mehr verhelfen kann.

Kork, 15. Sept. 1848.

Großh. Bad. Bezirksamt:

Bodmann.

vdt. Kratt.

---

[845]¹ **Aufforderung.**

Nr. 14258. In einer dahier anhängigen Untersuchung ist die Einvernahme des Frhrn. Johann Fried. Stör von Rudenburg, der früher bald zu Mannheim, bald zu Baisbach, bald zu Kehl gewohnt haben soll, nothwendig, dessen gegenwärtiger Aufenthalt ist aber unbekannt, daher sämmtl. Behörden ersucht werden, uns darüber gefällige Auskunft zu ertheilen, wenn der gedachte Freiherr, in dem Bezirk des Einen oder Andern, sich aufhalten sollte. —

Eppingen, 16. Sept. 1848.

Großh. Bad. Bezirksamt:

Müller.

---

[847] Soeben erschien in der Hurter'schen Buchhandlung in Schaffhausen:

48 Briefe

Seiner kaiserlichen Hoheit

des Herrn Erzherzogs Johann von Oesterreich

an

Johann von Müller.

Eleg. geh.

---

[848] Bei J. Ricker in Gießen ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Baur, Dr. G., Grundzüge der Homiletik. gr. 8. geh. 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

Plato's sämmtliche Werke übersetzt von Dr. G. F. Drescher. I. Band. gr. 8. geh. 1 Thlr. 4 gGr. oder 2 fl.

Pomponius, de orgine juris fragmentum recognovit et adnotatione critica instruxit Fr. Osannus. gr. 8. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr.

Schmid, Dr. Leopold, der Geist des Katholicismus oder Grundlegung der christlichen Irenik. 1. Theil a. u. d. Titel: Die Idee des Katholicismus oder Grundriß der spekulativen Theologie. gr. 8. geh. 16 gGr. oder 1 fl. 12 kr. 2. Theil, a. u. d. Titel: Die Selbstbestimmung der Idee des Katholicismus, durch die Väter oder Grundriß der patristischen Dogmengeschichte. gr. 8. geh. 16 gGr. oder 1 fl. 12 kr.

Schultheiß, die Merkmale des Todes beim Menschen. — gr. 8. geheftet 6 gGr. oder 27 kr.

Simon, über die Menge der von verschiedenen Menschen ausgeathmeten Luft. Mit 1 Abbildung. gr. 8. geh. 8 gGr. oder 36 kr.

---

[846] In der Büschler'schen Verlagsbuchhandlung in Elberfeld ist erschienen:

Nohs, J., Rechenbuch für Elementarschulen mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse in Landschulen. Erstes Heft: Das Rechnen mit ganzen Zahlen. 2 Sgr. — Zweites Heft: Die Bruchrechnung. 2 Sgr. — Drittes und viertes Heft: Die gewöhnlichen Rechnungsarten des bürgerlichen Lebens, nebst Geometrie, mit 14 geometr. Figuren. 4 Sgr.

Diesterweg, Dr. F. A. W. und **Heuser, P.,** Praktisches Rechenbuch für Elementar- und höhere Bürgerschulen. 1. Uebungsbuch. 17. verm. Auflage. 7 Sgr.

Auflösungen der Aufgaben in dem 1. Theile des prakt. Rechenbuchs für Elementar- und höhere Bürgerschulen von Diesterweg und Heuser. 6 Sgr.

Die Auflösungen fast aller Aufgaben im ersten Uebungsbuche bis zur neuesten Auflage erleichtern dem Lehrer das Geschäft des mühsamen Nachsehens, und ist für Lehrer und Schüler nicht wenig Zeit genommen, welcher Vortheil besonders für eine stark besetzte Schule von großer Bedeutung ist.

Beiträge zur näheren Kenntniß der Palingenia longicauda Olivier von C. Cornelius. Mit 4 Tafeln naturgetreuen Abbildungen. gr. 8. 1848. 15 Sgr.

Dieses Werkchen enthält eine Abhandlung über ein höchst interessantes Thier unter den Insekten — die langschwänzige Eintagsfliege. Der Vers. hatte Gelegenheit, den alljährlich wiederkehrenden Flug dieses nur an wenig Stellen in Europa vorkommenden Thieres mehrere Jahre nach einander zu beobachten, und theilt in seiner Arbeit viel Neues über Lebensweise, Fortpflanzung, über einzelne Körpertheile, namentlich über die bisher gänzlich unbekannten Freßwerkzeuge desselben ꝛc. mit.

Niederländische Dampfschiffe.

Täglicher Dienst. Zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Ohne umzuladen in zwei Tagen bis Rotterdam und in drei Tagen von Rotterdam nach Mannheim. Abfahrt von Mannheim 5 Uhr Morgens. Das Boot vom Sonntag korrespondirt mit dem jeden Dinstag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier". Der Agent

[849]ᵘ Mannheim, 26. Juni 1848. **L. W. Renner.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Für Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner & Comp., 70 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden sich an G. L. Lacombe in Straßburg Nr. 20 Broglie, Paris Nr. 28 Rue-Neuve des Mathurins.

Deutsche Zeitung.

Die Haupterpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 45 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 52 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 259. Heidelberg, Samstag 23. September. 1848.

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Wassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an **D. Reimer** in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Ein Vorschlag zu einer bundesstaatlichen Organisation II. — **Wien** (der Bänderstreit. Die Prager Fahne der Wiener Nationalgarde übergeben. Interpellation Violands. Nachrichten aus Ungarn. Adresse an die Weißkirchner). **Berlin** (Abwehr undeutscher Gesinnungen in der schleswiger Frage. Ein Probestück alter Diplomatie. Ein provisorisches Ministerium in Aussicht. Armeebefehl des Generals Wrangel). **Köln** Truppen nach Frankfurt beordert. Freiligrath vor Gericht. v. d. Heydt nach Berlin berufen). **Potsdam** (Rückkehr der Truppen). **Stuttgart** (republikanische Wahlvereine. Der Verfassungseid. Betrachtungen bei der Eröffnung der Stände). **Chemnitz** (Maßregeln gegen Ruhestörungen). **Baden** (ein neuer Aufruhrversuch). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Zwei Vorlagen des Handelsministers. Das Benehmen der Linken und der Frankfurter Bürgerschaft den letzten Ereignissen gegenüber. Das Ministerium definitiv wieder hergestellt. Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums zum Schutze des Parlaments).

Schweiz. Bern. Die Tagsatzung über Radetzkys Repressalien.

Dänemark. Kopenhagen. Widersprechende Berichte über die Modifikationen im Waffenstillstand.

Großbritannien. London. Nachgiebigkeit Englands in Betreff des Sklavenhandels. Neue Unruhen in Irland.

Frankreich. Paris. Die Kolonisation in Algier. Die Wahlen. Franz. Schiffe vor Venedig. Verhandlungen der Nationalversammlung.

Italien. Neapel. Berichte über Sicilien.

Türkei. Ibrahim Pascha mit Aegypten belehnt.

23. September.

Wir haben uns gestern vorbehalten, die Wangenheimschen Vorschläge zur Bestellung einer Bundesstaatsregierung in der Hauptsache mitzutheilen. Dieselben nehmen die gewöhnliche Machteintheilung in gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt an. Daß die letztere, sobald einmal das Gesetz, nach dem der Richter zu sprechen hat, gegeben ist, von den beiden andern Gewalten unabhängig sein muß, ist allgemein anerkannt. Es scheint daher von Wichtigkeit, daß sich die fürstliche Gewalt gänzlich von allen Wahlen zurückhalte, um sich jedem Verdachte unzugänglich zu machen, daher die Bestellung des Bundesreichsgerichts zur Hälfte den Vertretern des Bundesreichs und zur Hälfte den Vertretern der Bundesstaaten überlassen bleibe. Ebenso, daß die vollziehende Gewalt, wenn einmal ihr Gebiet gesetzlich bestimmt ist, von der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt unabhängig und innerhalb ihres Wirkungskreises unwiderstehlich sein muß. Ebenso die gesetzgebende von der vollziehenden und richterlichen Gewalt.

Das Wichtigste ist nun unstreitig die Regierungsmacht selber, die mit den Vertretern der ganzen deutschen Nation zusammenwirken soll, genauer festzustellen. Der Verfasser der genannten Schrift denkt sie sich als konstituirt aus Oesterreich, Preußen und Baiern, letzteres als Repräsentanten der unter seiner Leitung verbundenen übrigen Bundesstaaten. Und die verschiedenen Funktionen der Regierung würden sich zunächst in den Zweig der Regierung und Verwaltung und in den der eigentlichen Vollziehung zerlegen. Jene würde die Gesetzgebung, die Wahrung der Rechte des Bundesreichs gegenüber den einzelnen Staaten, die Finanzen und die Justiz des Bundesreichs, so wie die Besetzung aller der Stellen umfassen, welche die Verwaltung in ihren verschiedenen Zweigen zu leiten haben. Diese Vorsteher würden von den Bundesstaaten, d. h. den Regierungen und Ständeversammlungen der einzelnen Länder abgesendet; sie wären die Abgeordneten der einzelnen Bundesstaaten.

Die Berathungen der Bundesreichsregierung denkt sich **Wangenheim** am besten in einen **großen** und **kleinen Rath** vertheilt. Alle Gesetzentwürfe, welche entweder von der Versammlung der Volksvertreter an die Reichsregierung oder von dieser an jene gelangen, müßten in dem großen Rathe zum Vortrag kommen; in diesem wären zu erscheinen berechtigt: 1) alle Abgeordneten der Bundesstaaten mit denjenigen ihrer untergeordneten Arbeiter, welche gerade für den Gegenstand der Berathung von Nutzen sein können; 2) alle Mitglieder der Kurien des kleinen Raths; 3) sämmtliche Minister. Die Leitung der Debatte gehörte dem Minister, in dessen Ressort der Gegenstand der Berathung gerade einschlägt; Vorsitzender wäre der Stellvertreter Oestereichs. Ist hier die Debatte geschlossen, so beriefe Baiern den kleinen Rath zusammen. Dieser überträgt dem Abgeordneten, in dessen Ressort der betreffende Gegenstand einschlägt, die Leitung der Debatte. Dieser Abgeordnete gäbe dann ein Resumé der Verhandlungen im großen Rath. Stimmberechtigte wären hier: Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, Baden, Kurhessen, Großherz. Hessen, Schleswig-Holstein-Lauenburg, Luxemburg mit je einer Stimme, ferner das ernestinische Sachsen, dann Braunschweig und Nassau, ebenso Mecklenburg Oldenburg Anhalt und Schwarzburg, dann Hohenzollern und die kleinen Fürstenthümer, endlich die freien Städte jedes zusammen je mit einer Stimme. Ist im kleinen Rathe die Schlußziehung erfolgt, so wird der große Rath wieder zusammenberufen; da in diesem Rathe nur drei Votanten sind, so kann nur Einstimmigkeit oder Mehrheit entscheiden. Wenn der Beschluß nicht einstimmig gefaßt wird, so ist dieser zwar vollkommen giltig und dessen Vollziehung unaufschiebbar; jedoch kann die in der Minderheit gebliebene Stimme, wenn es sich von einem vom Parlamente empfangenen oder an dasselbe hinausgegangenen Gesetzentwurfe handelt, verlangen, daß ihre abweichende Ansicht nebst deren Begründung gleichzeitig mit dem Gesetzentwurfe selbst dem Parlamente mitgetheilt werde.

In dieser Weise würde der Verfasser der genannten Schrift die Regierung und Verwaltung des Bundesreiches konstituiren; das Departement der Vollziehung wäre seinem Vorschlage nach in die Hände Preußens zu legen. Die Thätigkeit desselben wäre entweder nach Innen gewesen, um den Beschlüssen der Bundesregierungsgewalt die Ausführung zu sichern oder nach Außen, um dasjenige politische System, welches das Bundesreich als Regel feststellen wird, dem Auslande gegenüber zu behaupten. Die geogra-

Digitized by Google

phischen und politischen Verhältnisse Deutschlands werden voraussichtlich ein zwar durchaus friedliches, zugleich aber ganz selbständiges politisches System fordern. Mit einem solchen friedlichen und zugleich selbständigen Systeme würden aber Schutz- und Trutzbündnisse, die für diplomatische Ewigkeiten geschlossen wurden, im grellsten Widerspruche stehen. Deutschland muß sich für jeden Fall die Freiheit seiner politischen Bewegung vorbehalten. Eine solche Politik kann nur ehrlich, und wenn sie ehrlich ist, auch offenkundig sein. Es könnte daher auch nicht den geringsten Anstand finden, daß, so lange sich das Bundesreich im Zustande der Regel befindet, die ganze Versammlung des großen Rathes von dem diplomatischen Verkehre mit dem Auslande in vollständige Kenntniß gesetzt und darin fortwährend erhalten werde, damit, wenn Zweifel über die Führung oder über einzelne Ergebnisse desselben entstehen, diese erörtert, gehoben und beseitigt werden.

Zur Handhabung eines regelmäßigen politischen Systems sowie der etwa nothwendig werdenden zeitweiligen Abweichungen davon bedarf das Oberhaupt des Vollziehungsdepartements als zuverlässiger Organe zunächst der beiden Minister des Auswärtigen und des Krieges; Preußen schlüge sie unter Schilderung ihrer theoretischen wie praktischen Eigenschaften und ihres persönlichen Charakters im großen Rathe vor, und dieser nähme sie dann an, wenn keine erweisliche Einwendung gemacht werden könnte. Die Minister würden in doppelter Weise verantwortlich gemacht, einmal dem großen Rathe des Bundesreichs, dann aber auch dem deutschen Parlamente. Unter dem Minister des Auswärtigen ständen als fernere Organe die im Auslande zu beglaubigenden Diplomaten und Konsuln. Die Gesandten an die Kabinete Englands, Frankreichs und Rußlands dürften von Oesterreich, Preußen und Baiern ernannt und dann die Einrichtung getroffen werden, daß jedem von einem der Bundesstaaten ernannten Gesandten von jedem der beiden andern ein Gesandtschaftsrath beigegeben wird, so daß der diplomatische Verkehr an jedem Orte für Alle gleich durchsichtig bleibt. Diese Einrichtung dürfte das sicherste Mittel sein, das gegenseitige Vertrauen zu erhalten und durch dieses die Einigung zu verbürgen. Aus dem nämlichen Grunde dürfte es auch rathsam sein, daß Baiern, ehe es seinen Vorschlag im großen Rathe macht, zu diesem erst die Zustimmung des kleinen Rathes einholt. Was dagegen die Bestellung der Konsulate betrifft, so sollten wenigstens die Generalkonsulate durch Deutsche, die kein Handelsgeschäft treiben, besetzt werden, die Vorschläge zu deren Besetzung wie auch zu der der untergeordneten Konsulatsstellen von den bedeutendsten Landhandelsplätzen und sämmtlichen Seestädten ausgehen.

So oder in ähnlicher Weise würde sich die Bundesregierung als ein Ganzes konstituiren und dann als eine geschlossene Einheit durch ihre Minister mit dem deutschen Volksparlamente in Verkehr treten, das jedenfalls nach einer Wahlart gebildet sein muß, die jedem Volksanliegen die Sicherheit gewährt, in ihm einen Vertreter zu finden. Das deutsche Parlament würde nach des Verfassers Vorschlag in zwei verschiedenen Abtheilungen arbeiten, für die er keine ganz entsprechende Bezeichnung zu finden weiß, weil Oberhaus und Unterhaus, erste und zweite Kammer, Haus der Senatoren und Haus der Volksdeputirten den ganz richtigen Begriff davon nicht wiedergeben. Nicht einmal die Benennung eines Raths der Alten im Gegensatz zu einem Hause der Tribunen würde passen, da nach dem Grundsatz des Verfassers in beiden Abtheilungen Vertreter des Volkes aus dem Volke seine Anliegen vertreten sollen, daher auch kein erbliches oder Adels-Element darin gefunden werden kann. Er sucht in der einen Abtheilung das Princip der Ruhe, in der andern das Princip der Bewegung zu fixiren, um aus ihrer Wechselwirkung die rechte Proportion hervorgehen zu lassen. Daß der Gedanke, das Parlament in zwei Abtheilungen zerfallen zu lassen, Widerspruch findet, zeigt die Erfahrung des Tages; die dagegen schreien, wissen zum Theil recht gut, weßwegen sie das nicht wollen, was selbst die Republiken, nach mancher bittern Erfahrung, z. B. in Nordamerika, eingeführt haben.

So weit die wesentlichsten Grundzüge der Vorschläge der genannten Schrift; dieselbe geht, wie man sieht, ganz besonders darauf aus, einerseits die Vertretung des ganzen Volkes in dem gewählten Parlamente sicher zu stellen, andererseits aber auch die individuellen Verhältnisse der einzelnen Staaten durch Bestellung der Reichsregierung diejenige Rechnung zu tragen, die nach dem scharfen Begriffe eines Bundesstaates genommen werden muß.

Oesterreich. †† Wien, 17. Sept. Gestern Abend 10 Uhr schritt die Nationalgarde wieder thätlich ein. Des Nachmittags wurden alle schwarzgelb Gebänderten bekatzenmusikt. Als es dunkel wurde, rottete sich die seit zwei Tagen gereizte Menge vor der Wohnung des Dr. Bivenot zusammen und brachte ihm eine infame Katzenmusik. Bivenot machte sich seit langer Zeit durch reaktionäre Umtriebe bei der Bevölkerung verhaßt. Er ist es, welcher den unruhigen konstitutionell monarchisch schwarzgelben Verein mit der Bandelüterei ins Leben gerufen und Wien seit drei Tagen wieder in Verwirrung gestürzt hat. Von morgen an sollen alle zu diesem Verein Gehörigen das schwarzgelbe Band zu tragen sich verpflichten. Ebenso wollen die Nationalgarden der Rückschrittspartei morgen mit kaiserlichen und nicht mit den vorgeschriebenen deutschen Bändern auf die Burgwache ziehen. Die festliche Uebergabe der Fahne, welche die Prager Nationalgarde der Wiener als Artigkeit entgegenbrachte, fand heute Nachmittags 2 Uhr vor dem bürgerlichen Zeughause Statt. Reden wurden von den willkommenen Prager Nationalgardeoffizieren, die Antwort von einem der hiesigen gesprochen. Die letzte war die beste. Die ersteren so kalt wie das Wetter. Die ganze Ceremonie war mager, die hervorstechendste Persönlichkeit ein Spaßvogel Prager Student. Die Fahne ist aus weißer Seide mit reichen Bändern und einer schwarzrothgoldnen Bordur verziert. Der Fluggenstock roth und weiß. In dem Fahnenfelde prangt das goldene Prager Wappen. Die Interpellation Violand's machte gestern den ungenehmsten Eindruck bei allen jenen, welche die seit Langen im Stillen arbeitende Perfidie der Kamarilla gestürzt und aus der Stellung zwischen Kaiser und Ministerium verdrängt sehen möchten. Das enbliche Auftreten des Kaisers gegen die Magyaren und Kroaten mit den zwei unkonstitutionellen Proklamationen ist eine Eingebung der Kamarilla, welche unterdessen den Slavenkönig mit Waffen und Geld versah. (?) Jellachich hat die Drave und Mur überschritten. Die Division Kempen hat Czakathurn besetzt. Jellachich scheint seine alten Feinde, die Bosnier, vergessen zu haben, welche kein geeignetes strategisches Subjekt für die nach Ungarn vorgeschobene kroatische Streitmacht besitzen. Bathyani hat das Ministerium noch nicht ganz ausgefüllt. Kossuth, wieder Führer auf der Linken, versprach den Premier so lange zu unterstützen, als er für die Freiheit und Volksrechte kämpfe. Der Palatin wird nicht mehr von den feurigen Magyaren vergöttert. Es ist der Schluß seiner Erklärung: „lieber abtreten zu wollen, als sein angebetetes Vaterland der Anarchie Preis zu geben" mit eisiger Kälte vernommen worden. — Der Studentenausschuß warnt die Legionisten vor dem Bauernrepublikanismus, bekennt aber, daß ihm die schwarzgelbe Farbe auch odios sei. Vom Vereine der Deutschen in Oesterreich erschien heute eine gedruckte Adresse an die Deutschen des unglücklichen Weißkirchen, welche aber die engere Verbrüderung der Romanen mit den Deutschen zur Folge hatte.

Preußen. ** Berlin, Mitte Sptbr. Wie eifrig ist die Allg. Oester. Ztg. gegen die „schwarz-gelbe" Reaktion! Aber wer sich in den Traum wiegte, die Allg. Oesterr. Ztg. wäre deßhalb ein echt deutsches Blatt, den werden wir leider wecken müssen. — „Schleswig-Holstein und Dänemark" ist die Ueberschrift eines schamlosen Aufsatzes in der Nr. 254 der Allg. Oesterr. Ztg., der uns auf das Tiefste empört. Die Redaktion erklärt zwar in einer Note, daß sie „nicht in allen Punkten mit dem Herrn Einsender übereinstimme, — aber wer auch nur in Einem Punkte in Betreff Schleswig-Holsteins mit diesem „Herrn" übereinstimmt, kennzeichnet sich selbst zum Vaterlandsverräther. Die Redaktion, welche dieses durchaus flache und feindselige Machwerk in die Spalten ihres Blattes aufnahm und der wahlverdienten Vergessenheit entzog, ist bei Gott so schwarzgelb, wie die österreichische Reaktionslivrée nur sein kann. Und warum eifert sie gegen die Schwarzgelben? — Man hat es bemitleidet, daß die hannöverschen gemeinen Soldaten, als das schwarz-roth-goldne Band an ihre Fahnen befestigt wurde, dieses das „Freiheitsbändchen" nannten; dieses Mitleid gebührt in weit höherem Grade der Allg. Oesterr. Ztg. Ihr ist der Kampf gegen die Schwarzgelben nur insofern ein Kampf für Deutschland, als eben ihre Gegner gegen Deutschland kämpfen. Würden die Schwarzgelben in Oesterreich über Nacht Demokraten, so hätte die Allg. Oesterr. Ztg. wenig mehr gegen das Schwarzgelbe einzuwenden; und wäre es möglich, daß die österr. Reaktionäre als solche plötzlich für die deutsche Sache sich erklärten und so zu sagen schwarz-roth-geld würden — die Allg. Oesterr. Ztg. möchte unbedenklich schwarzgelb darüber werden! — Das ist also die Vorkämpferin für den deutschen Bundesstaat in der österr. Presse, die sich nicht entblödet, in ihren Spalten die Sache Schleswig-Holsteins mit Koth bewerfen zu lassen!? — An dem tollen Unternehmen eines Krieges gegen das festverstarkte Dänemark, meint der „Herr Einsender", haben lediglich die Schleswig-Holsteiner selbst Schuld, „welche, ohne sich in-

gendwie Rechenschaft gegeben zu haben über die Ausführbarkeit und den Weg zur Ausführung, Dänemark auf gut Glück den Handschuh hinwarfen, um nicht hinter dem übrigen Deutschland, das im Sturmschritt sich Freiheit eroberte, an Muth und Errungenschaften zurückzustehen." — Die Schleswig-Holsteiner sind die Schuldigen!! Nachdem Dänemark dies friedliebende und ihm wahrhaft befreundete Volk durch seine Raubsucht und Herrschbegier aufgestachelt, zur Empörung förmlich gezwungen, Schritt für Schritt unsern Bruderstamm bis auf das Aeußerste gebracht hat, jetzt, da endlich, endlich die zähe Geduld gerissen, und wann? gerissen ist, als Dänemark Hand an die Herzogthümer legte, um sie zu zerreißen und Schleswig zu erobern: — jetzt darf in einem deutschen Blatt bei freier Presse den Schleswig-Holsteinern Schuld gegeben werden?! Ja, sie haben Schuld, die unglückseligen Bewohner dieser Lande. Sie ließen sich Recht für Recht aus der Hand winden, ließen ihre Landesprivilegien mit Füßen treten und schwiegen. Aber die Schuld der Väter ist durch die Schleswig-Holsteiner von heute gesühnt. Die Familien der Rantzau's und Reventlow's haben einst zur Wahl des Dänenkönigs beigetragen und alles Unglück über das Land gebracht. Aber die Reventlow's stehen heut in vorderster Reihe für die Freiheit ihres Landes; die Blüthe der Rantzau's und Reventlow's schmachtete unter den Kriegsgefangenen auf Dronning Maria! — Schleswig-Holstein hat nach dem „Herrn Einsender" den Handschuh hingeworfen?! Freilich dieser „Herr" ist auf das Genauste von dem unterrichtet, was zu Kopenhagen geschah, welche Vorwürfe man zu Kopenhagen einem der „einflußreichsten und trefflichsten (sic) Männer Schleswig-Holsteins" als Mitgliede der letzten Deputation wegen einer Aeußerung in der Rendsburger Versammlung gemacht; dieser „Herr" weiß genau, daß Jener die Aeußerung in Abrede stellte, doch von einem Ohrenzeugen widerlegt wurde; — ja das weiß dieser „Einsender" Alles, aber von Schleswig-Holsteins Geschichte, von Schleswig-Holsteins Rechten, da weiß er Nichts und will er Nichts wissen. — Und warum warfen die Schleswig-Holsteiner den Dänen den Handschuh hin? — „um nicht hinter dem übrigen Deutschland zurückzubleiben!" Freilich, wessen politisches Bewußtsein erst von einer der Wiener Revolutionen herdatirt, der kann sich in der Albernheit wohl fein lassen, die Schleswig-Holsteiner hätten nicht hinter den Wienern oder Berlinern zurückbleiben wollen! Diese häßliche Borniertheit charakterisirt jetzt die österreichische Presse, die Schöpfung der Welt gleichsam vom März 1848 herzudatiren. Diese häßliche Borniertheit redet in der Oesterr. Allg. Ztg. eine wahrhaft asiatische Sprache unartikulirter Demokratie, als z. B.: „Die deutsche Revolution ist nicht nur ein heiliges Moment, es ist ein ganzer Kultus." O über diesen Kultus des heiligen Unsinns in der Stadt der Kipfel und Knödel! — Es ist in Nr. 154 zu lesen, daß die Berliner Revolution die Schleswig-Holsteiner in Taumel versetzt habe! Was weiß die Allg. Oester. Ztg. von der ganzen großen Erhebung des schlesw.-holstein'schen Volks, zu einer Zeit, als ganz Oesterreich noch ein politischer Knödel, ein gedankenloser Kipfel war. Was weiß die Allg. Oesterr. Ztg. von Uwe Lornsen? von dem Kampf um die deutsche Sprache? von Algreen Ussings frechem Antrag zu Roeskilde? von der tapfern Rechtsverwahrung aus dem Ständesaal zu Itzehoe? vom offenen Briefe v. 8. Juli 1846? von den tausend u. abertausend Adressen, an die Vertreter Holsteins? von der Klage der Holsteiner an die Bundesversammlung? von dem Beschlusse des Bundes vom 17. Sept. 1846, wo sich selbst die Steine im Tarischen Palast erbarmten? von dem Oktoberlandtage 1846 in Schleswig? von dem Verlangen, das die schleswigschen Landesrepräsentanten fast einstimmig aussprachen, in die verachtete Gemeinschaft des deutschen Bundes aufgenommen zu werden, über dem damals noch der Alpdruck der österreichischen Hegemonie lastete? Was weiß die Allg. Oesterr. Ztg. von dem großartigen Kampfe der deutschen Wissenschaft gegen die dänischen Lügen und Rechtsverdrehungen, der mit dem entschiedenen Sieg endete, daß Dänemark nunmehr vom Recht absah und den Weg der Gewalt betrat!? Was weiß die Allg. Oesterr. Ztg. von dem Sturm, der über die Verordnung vom 28. Januar ausbrach gegen die Danai dona ferentes!? Was weiß sie von dem ewig denkwürdigen Zusammentritt schleswigscher und holsteinischer Männer zu Kiel? Was weiß sie von der Deputation nach Kopenhagen außer der angeführten Anekdote? Was weiß sie von der Erklärung Friedrichs VII., Holstein von Schleswig zu trennen und letzteres seinen dänischen Besitzungen einzuverleiben? — Nichts, Nichts von Allem; „das übrige Deutschland eroberte sich im Sturmschritt Freiheit, und Schleswig-Holstein hat sich mit fortreißen lassen!" Der „Herr Einsender" findet es unverzeihlich, daß die Herzogthümer Schleswig-Holstein die thatsächliche Losreißung von der Krone Dänemark begannen „zu einer Zeit, wo ihnen eben erst eine neue Organisation ihrer politischen Verhältnisse und eine friedliche Erreichung aller Garantien der Volksfreiheit — (hört, hört!) — durch eine Reichsversammlung in Kopenhagen und einen freiheitsliebenden König in Aussicht gestellt war." — Wir möchten die Feder niederlegen; oft ist es ein thränenreicher Beruf, sie zu führen. Das ist also wieder dies hirnverbrannte Einerlei des modernen Oesterreicherthums; die Schleswig-Holsteiner konnten ja die besten Demokraten werden, wenn sie dänisch wurden, und ließen sich doch zu einer „vorschnellen Insurrektion antreiben?!" O über die Thoren! Die europäische Erschütterung gab ja den Schleswig-Holsteinern die Bürgschaft für die Begründung einer „weiter, als kurz vorher zu erwarten stand, durchgebildeten und Allen gerechten, d. h. republikanischen Freiheit!" „Sie wagten diese unmotivirte Losreißung, weil es ihnen niemals um die wahre politische und humane Freiheit, die sich (hört es, Schleswig-Holsteiner!!) recht wohl mit der Verschiedenheit von Volksstämmen, die einander gewähren lassen (wie z. B. Dänemark die Herzogthümer gewähren ließ??) verträgt — Beweis: Nordamerika, Großbritannien, Schweiz — sondern stets und vor Allem um einen nationalen Separatismus zu thun gewesen war, der im Zusammenhang mit der in dem kultivirten Süden (z. B. im „paradiesischen" österreichischen Materialismus) bereits überwundenen Deutschthümelei, den abgenutzten Franzosenhaß durch Dänenhaß zu ersetzen sich abmühte." — — Bedarf es noch mehr, um die verantwortl. Red. der Allg. Oestr. Z. zu brandmarken? „In Deutschland war die Meinung verbreitet worden, als ob Schleswig-Holstein von Dänemark einen unerträglichen Druck erfahre" — darunter versteht der „Herr Einsender" natürlich die Beeinträchtigung der politischen Freiheit, nicht die der „bloßen" Nationalität. Aber nun folgt unter der Rubrik „verbreitet werden" Alles, was wir, mit Kopenhagen weniger Befreundeten, bisher für unumstößlich wahr gehalten haben! Nämlich „verbreitet worden" war u. A., als ob über die unveräußerlichen Rechte Schleswig-Holsteins (wie zum Hohn ist dies „unveräußerlich" gesetzt!) so wenig Zweifel im Lande herrsche, daß die Unterscheidung zwischen einer schleswig-holsteinischen und einer dänischen Partei durchaus unpassend, vielmehr ganz Schleswig-Holstein nur Eine große Partei sei u. s. w. Der „Herr Einsender" geht beiläufig auch auf die Hauptaufgabe der Allg. Oesterr. Ztg. ein, Preußen durch Berliner Schandkorrespondenzen und hämische Angriffe zu verunglimpfen, indem er erzählt, „daß Niemand sicherer auf allgemeine Popularität rechnen konnte, als wer diesem Lande (sic!) zu seinem Rechte zu verhelfen sich anschickte", daß daher sehr natürlich der König von Preußen hastig, sogar mit Ignorirung der Bundesversammlung (hier wittert man einen Eleven Metternichs — — „sogar!!") diese beste Gelegenheit ergriff „und seine aus Berlin vertriebenen Garderegimenter zu Hilfe sandte." — schließlich ein Psalm auf die „Kraftanstrengung" und „Beharrlichkeit" der Dänen.

(Was gegen die Allg. Oesterr. Zeitung hier gesagt ist, gilt auch für alle andern, die in gleichem Tone reden; denn so weit hat es unsre moderne Diplomatie bereits gebracht, daß sie mit Dänen, Russen, Franzosen u. s. w. übereinstimmend die Gerechtigkeit der schleswig-holsteinischen Sache anzufechten beginnt. Nicht nur der unwissende Oesterreicher, den unser Korrespondent zurechtsetzt, sondern auch andere Leute, die mehr wissen könnten, die aber leider Nichts vergessen und nie Etwas lernen, reden bereits aus dem nämlichen Tone. Hören wir eine von den Stimmen, die in der Oberpostamtszeitung unter dem bekannten ═ Zeichen umgehen. „Die Professorenpartei, heißt es da in der Nummer vom 20 Sept., kann als der eigentliche Urheber des Krieges mit Dänemark betrachtet werden. Lange bevor man an die Märzrevolutionen denken konnte, lieferten die wenig überlegten und unpolitischen Schritte der dänischen Regierung in der Frage der Erbfolge in Dänemark und die Verbindung der Herzogthümer Schleswig und Holstein mit diesem Königreiche einen erwünschten Anlaß, die öffentliche Meinung in Deutschland wach zu halten und das Nationalgefühl aufzustacheln. Wer erinnert sich nicht der Fluth von Schriften und Zeitungsartikel, die über diesen Gegenstand erschienen sind und sogar bewirkten, daß der alte Bundestag sich in Trapp setzte und den bekannten Bundesbeschluß von 1846 erließ, der heute noch die einzige rechtliche Grundlage des Krieges mit Dänemark bildet? Wie es aber mit Gegenständen zu geschehen pflegt, mit denen man sich lange und viel beschäftigt, die man groß gezogen und wichtig gemacht hat, so erging es auch mit diesem; die Professorenpartei gewann eine solche Liebhaberei für denselben, daß sie sich nicht mehr von ihm trennen konnte, daß er mit ihr aufstand und sich mit ihr schlafen legte, und daß, wenn man ihr von der Gesammtpolitik Deutschlands, von den Beziehungen zu Frankreich, Rußland, England sprach, sie nur mit Holstein antwortete, daß, wenn man auf die inneren Angelegenheiten Deutschlands hinwies und die Nothwendigkeit einer Verständigung

Digitized by Google

zwischen Süd- und Norddeutschland, zwischen der Nationalversammlung und den einzelnen Staaten darlegte, wenn man die weitere Ausbildung der Centralgewalt, den Beginn des Baues der neuen Reichsverfassung forderte, für immer und immer nur erwiderte: Holstein, Holstein und Holstein! Dieser Zauber wird nunmehr gelöst sein, und wir zweifeln nicht, daß es ihr wie eine Binde von den Augen fallen und klar werden wird, auf welchen Abwegen sie sich befand". Wir haben diesem einfältigen Gerede Nichts hinzuzusetzen, unsre Korrespondenz hat darauf bereits geantwortet. Daß die Dänen, Russen und Engländer die dänische Sache für die einzig gerechte ausgegeben und die deutschen Professoren allein als die Urheber des Krieges bezeichnet haben, ist ein alter Spaß, über den Dahlmann schon auf der Germanistenversammlung von 1846 sich lustig gemacht hat; auch daß unsere alte Diplomatie, die „im März ins Wasser gelegt worden ist", lieber mit Dänen und Russen, als mit einem unterdrückten deutschen Stamme sympathisirt, hat nichts Neues und Auffallendes. Die Geschichte der Minister und der Schüler, ihr Wirken und ihr Reden, von Metternich an bis zu Bluntschli herab, gibt ja dafür erschöpfende Belege. Nur eins frappirt uns dabei, daß die Diplomaten, die man im März „ins Wasser gelegt", und die (doch nicht rein geworden) verzweifelt gern wieder aufs Trockene kämen, schon so rasch ihr wahres, natürliches Gesicht wieder zeigen. Nicht bloß das berühmte „zu spät" hat eine verhängnißvolle Bedeutung, es gibt auch ein fatales, unglückbringendes „zu früh!")

Berlin, 18. Sept. Der General v. Wrangel hat folgenden Armeebefehl erlassen: Potsdam, 17. September. Se. Majestät der König haben mir einen neuen Beweis Seiner Gnade und Seines Vertrauens gegeben, indem Sie mir mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 15. d. M. den Oberbefehl über die sämmtlichen in den Marken stehenden Truppen ertheilt haben. Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortung verknüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden; dafür bürgen mir das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Soldaten und seinem Officier, seinem Führer, durch welches sich die preußische Armee, so lange sie besteht, immer rühmlichst ausgezeichnet hat, sowie die Liebe und die treue Hingebung für den König, von der wir Alle gleich erfüllt sind. Ich gebe mich lediglich der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung erhalten werde, mit der militärischen Macht einzuschreiten, denn auch mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls nur das Gute wollen, steht fest; es ist zu ihr eigner Herd, den sie und ich beschützen sollen. Es sind jedoch im Lande auch Elemente vorhanden, welche zur Ungesetzlichkeit verführen wollen, sie sind zwar nur gering, aber desto kräftiger treten sie hervor, während die guten Elemente sich zurückhalten. Diesen letztern will ich sofern zunächst eine moralische Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist. — In Potsdam habe ich schon die erfreulichsten Beweise erhalten, wie dessen Bewohner mit der ganzen Bürgerwehr sich zu diesem Zweck gern um mich scharen. Dies war mir um so erfreulicher und um so werthvoller, als es schon am ersten Tage meiner Anwesenheit in den Marken geschah; es erfüllt mich deßhalb mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft. — Soldaten! laßt Euch nicht irreleiten von den Reden und Proklamationen, welche von Euch unbekannten Leuten an Euch gerichtet werden, hört nicht darauf, wenn sie auch noch so schmeichelhaft für Euch klingen, und sie Euere Zukunft mit herrlichen Worten ausmalen, wenn Ihr die Euch gegebenen Ratschläge befolgt. Zu den Versammlungen, wo dergleichen Reden an Euch gehalten werden sollen, geht lieber gar nicht hin; hört dagegen auf meine Stimme, die Stimme Eures Generals, sie ist wohlgemeint: Haltet fest an Eure Officiere, wie diese an Euch! Zwischen beide darf sich kein fremdes Element einschleichen! Habt Ihr gerechte Wünsche, so trage sie Euren Officieren in der gesetzlichen Weise vor; von Niemand wird Euch sicherer geholfen werden, als von diesen, denn Niemand kennt Eure Bedürfnisse besser als sie, und Niemand ist mehr von dem Wunsche beseelt, Euch mit Rath und That beizustehen. — Als Beweis, in welchem Grade ich nicht nur für Euer Wohl als Soldat, sondern auch für Euer häusliches Wohl zu sorgen bereit bin, bestimme ich hiermit, daß die durch Einziehung von Reservisten auf die Kriegsstärke gesetzten Infanterie-Bataillone sofort auf 900 Mann vermindert werden, und binnen Kurzem hoffe ich, eine abermalige Verminderung derselben bis auf 800 Mann eintreten lassen zu können. Zu der ersten Entlassung sind zunächst alle Reklamirten und dann diejenigen aus den ältesten Reservisten zu bestimmen, deren häusliche Anwesenheit dringend nothwendig ist; nach deren Berücksichtigung hat das unparteiische Loos unter den ältesten Reservisten zu entscheiden. — Zum Schluß rufe ich Euch zu, Officiere und Soldaten! haltet fest in Eurem gegenseitigen Vertrauen und an Euren theuren König! Er lebe dreimal hoch! Der Ober-Befehlshaber in den Marken. (gez.) v. Wrangel.

Berlin, 19. Sept. Abends 7 Uhr. Es bestätigt sich, daß ein Ministerium Beckerath-Mevissen sich nicht gebildet, und daß die Nichtannahme des vorgelegten Programms dies Resultat herbeigeführt hat. Eine schriftliche Auseinandersetzung des zuerst mündlich entwickelten Systems wurde gestern überreicht und ist bis zu diesem Augenblick unbeantwortet geblieben. Aber es ist anzunehmen, daß in der persönlichen Mittheilung kein Verständniß der sich gegenüber stehenden Principien möglich war. Die nachträgliche Vorlage war natürlich von der Erklärung begleitet, daß an den also gestellten Bedingungen unerschütterlich werde festgehalten werden. Mit der wahrscheinlichen Abreise der designirten Minister am heutigen Abende wäre die Krisis in ein neues und an Verwickelungen reiches Stadium getreten. Kein definitives Ministerium soll man in diesem Augenblicke bilden wollen. Mit provisorischen Portefeuilles betraute Beamte würden die Leitung der Geschäfte übernehmen. Sie würden in Gegenwart der Kammer keine politischen Principien darlegen und eine rein transitorische Haltung bewahren. In ein solches Uebergangsministerium würden dann, wie schon gestern von uns gesagt worden, Pfuel, Eichmann, Bonin u. a. m. eintreten. Doch liegt über die Persönlichkeiten noch nichts Bestimmtes vor. (B. Z.)

Potsdam, 19. Sept. Auch heute sind wieder sieggekrönte Truppen aus Schleswig-Holstein hier einmarschirt und mit Blumen und Kränzen geschmückt worden. Noch im Lustgarten, im Beisein des Königs, erhielten die Truppen und Officiere Blumenbouquets und Kränze. Es war das erste Bataillon des Kaiser Franz Grenadier-Regiments; der König empfing das Bataillon im Lustgarten und sprach gegen dasselbe ebenfalls seinen herzlichen Dank und seine Zufriedenheit für die Tapferkeit und die gute Manneszucht des Bataillons aus und nahm die Parade desselben ab; dieser Parade wohnten die königl. Prinzen und eine zahlreiche Generalität mit bei. Die Königin und die Prinzessin von Preußen nebst den jungen Prinzessinen befanden sich an den Fenstern des königl. Schlosses.

Die ganze Stadt ist in freudiger Bewegung bei den einrückenden siegreichen nationalen Truppen. Morgen kommt das zweite Bataillon des Kaiser Franz Grenadierregiments. Ja der Stadt sind geblieben zwei Kompagnien und das Musikkorps, in dem nahen Neuendorff und in Nowawes sind die beiden andern Kompagnien einquartirt. Hoffentlich sind nun alle Ersorgnisse auch außerhalb über Potsdam ebenso beseitigt, wie in Potsdam selbst. (B. Z.)

Köln, 16. Sept. Heute Nachmittag ist durch Erkenntniß des Anklagesenats des königl. Appellationsgerichtshofs Freiligrath wegen Erregung von Mißvergnügen und Aufforderung zum bewaffneten Aufruhr gegen die Landesregierung (in seinem bekannten Gedicht: Die Todten an die Lebenden) vor die nächsten Düsseldorfer Assisen verwiesen worden. (N. B. Z.)

Köln, 20. Sept. Gestern Abend nach 10 Uhr wurde das auf Kriegsfuß stehende 1000 Mann starke Bataillon des 27. Regiments auf drei Dampfschiffen nach Mainz eingeschifft. Das Bataillon ist nach Frankfurt bestimmt. Diesen Morgen um 3 Uhr verließ ein Bataillon des 25. Regiments die Stadt mit derselben Bestimmung; vor 8 Uhr traf ein Bataillon des 16. Regiments aus Düsseldorf hier ein und bezog sogleich die Kasernen des 25. Regiments.

Elberfeld, 20. Sept. Sicherem Vernehmen nach ist Kommerzienrath, Hr. Aug. von der Heydt, gestern durch den Telegraphen telegraphisch worden, sich schleunigst nach Berlin zu begeben und ist gestern Abend dahin abgereist. (Elberf. Z.)

Würtemberg. ☿ Stuttgart, 20. Sept. Tief erschüttert von den Schreckensnachrichten aus Frankfurt, sah Stuttgart heute mit Gleichgiltigkeit die Eröffnung der hiesigen Landstände. Die Aufregung, nagelich über die Abstimmung in der Paulskirche wegen Schleswig-Holsteins, ist so groß hier und in der Umgegend, daß es mehr als ein Wunder zu nennen wäre, käme es nicht bald und heftig zum Ausbruch. Die Thätigkeit der Wühler ist ungeheuer, und für eine große Demonstration, ja für eine förmliche Schilderhebung Alles vorbereitet. Es geschieht Alles offen und ohne Hehl, denn es ist nicht zu läugnen, daß die republikanischen Ideen in den letzten Wochen ungemein an Einfluß und Bedeutsamkeit gewonnen haben, so daß selbst ein großer Theil der Bürgerwehr, welche bisher entschieden konstitutionell war, nunmehr zur Republik sich neigt. Ungewöhnt der plötzlich in so reichem Flusse zugeströmten Freiheit, glaubt die Menge jedes Wort, das in Klubs und Volksversammlungen gesprochen wird. Vorigen Sonntag wurde auf der Volksversammlung zu Eßlingen die Republik, und zwar

Digitized by Google

die rechte, echte, socialistische, kommunistische, rothe Republik laut gepredigt und offen proklamirt, was bei dem Einzuge in Stuttgart am Abend in Zügen wiederholt wurde. Nur hat der würtembergische rothe Republikanismus die Eigenthümlichkeit, daß er meist in (natürlich verdrehten) Bibelversen sich windet, und sich möglichst „gottselig" darzustellen sucht. Nächsten Sonntag soll eine Repetition hier in Stuttgart, und zwar auf dem Schloßplatze selbst Statt finden, wenn nicht etwa die überfüllte Bombe vorher schon platzt. Unterdessen haben heute die neuen Mitglieder der Abgeordnetenkammer, welche fast sämmtlich der entschiedenen Linken angehören, und zum Theil zugleich Mitglieder des Reichsparlamentes sind, den vorschriftmäßigen Eid der Treue an König und Verfassung geleistet, nachdem, zur Beseitigung der von ihnen erhobenen, auf den ehrenhaftesten Motiven beruhenden Gewissensskrupel, nachstehende Erklärung der Staatsregierung an das Präsidium des ständischen Ausschusses ergangen und durch besonders gedruckte Zettel vertheilt worden war: „Das Präsidium des ständischen Ausschusses erlaubt sich der Unterzeichnete, unter Rückanschluß der ihm heute gefälligst mitgetheilten Eingabe einer größeren Zahl der zur Ständeversammlung gewählten Abgeordneten, die Ablegung des Ständeeids betreffend, gehorsamst zu ersuchen, den Erhobenen morgen noch vor der Eröffnungs-Sitzung folgende Mittheilung machen zu wollen: „Da in Folge der königl. Verordnung vom 12. April d. J., betreffend die Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung und durch das Gesetz am 28. Juni l. J. über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland wesentliche Aenderungen in unserem öffentlichen Rechte herbeigeführt worden sind, so betrachtet es die Regierung Seiner Majestät des Königs als sich von selbst verstehend, daß der Ständeeid nur in Anerkennung jener Aenderungen abzulegen und die Hinweisung auf das früher abgelegte Gelübde auch bloß in dem angeführten Sinne zu nehmen sei." Stuttgart, den 19. Sept. 1848. Der Chef des Departements des Innern: Duvernoy. — Die von Frankfurt hierher zurückgekehrten Reichstagsabgeordneten von der linken Seite bemühen sich auf das Rührigste, von allen tollen Versuchen und Beschlüssen abzuleiten.

†† Stuttgart, 21. Sept. Gestern ist die würtembergische Ständeversammlung unter den bräuchlichen Formen und Feierlichkeiten durch den Vorstand des Ministeriums des Innern und des Königs Auftrag eröffnet worden. Die Rede werden Sie im Schw. Merkur finden; sie hält sich über schwebende Fragen im Allgemeinen, spricht aber wenigstens die Unterordnung der Krone Würtemberg unter die Centralgewalt und des schwäbischen Landtags unter den deutschen Reichstag bestimmt aus. Daneben stellt sie die Auflösung des ersteren und die Berufung einer konstituirenden Versammlung in nicht so nahe Aussicht, wie die radikalen Blätter wünschten und hofften. Das Ministerium scheint also die Ansicht zu theilen, die auch wir in unserem letzten Schreiben an Sie aussprachen. In der That, jetzt, nach den mark- und beinerschütternden Nachrichten aus Frankfurt mehr als je, sollte jede deutsche Stimme auf Vereinigung aller Kräfte und Interessen in einem Punkte dringen, keine von Zersplitterung und Vertheilung reden. Die Arbeiten des würtembergischen Landtags entziehen nicht bloß eine Anzahl Hände und Köpfe dem Reichstag, sie verbannen auch durch das leidige, bei uns mehr als irgendwo in Deutschland geltende Kirchthurminteresse den Blick auf die Paulskirche. Schimm genug, daß in Wien und Berlin zwei große Versamml. mit täglichen Lebensfragen und Krisen zwischen die Schicksale und Aufgaben der der Nat.Vers. fahren; muß nun auch Stuttgart, Karlsruhe, Kassel, jedes sein Wässerlein apart laufen lassen? Für den Anfang freilich war die Theilnahme des hiesigen Publikums zerstreut und kühl; die Ereignisse zu Frankfurt beschäftigen und regen ausschließlich, aber im verschiedensten Sinne, auf. Unsere Abgeordneten haben die frische Kunde als Augenzeugen mitgebracht und erzählen abscheuliche Einzelnheiten. Sie werden dieser, wie auch der Urtheile und Klagen über das Ganze genug haben, und wir wollen dies Genug nicht zum Zuviel machen. Daß der Abgeordnete der ehedem freien Reichsstadt Reutlingen — mit Nichten die Kleinste unter den Tausenden von Juda, d. h. vom geliebten Lande der Republik — in Wehrmannsuniform, das Faschinenmesser an der Seite, in der Versammlung erschien, war um so auffallender, als die Vorfälle in Frankfurt das bürgerliche Ehrenkleid abermals nicht im vortheilhaftesten Lichte dargestellt haben. Alle übrigen Abgeordneten, unter deren Neuwuchs F. D. Strauß allein interessirt, kamen fein bürgerlich im Frack; keine Uniform mehr bei den Rittern, bei den Andern auch das alte Mäntelchen weg, das so komisch ließ, nur die Geistlichkeit noch im Ornate. Hr. Scherr, Römer's Nachfolger in Geißlingen, wurde nicht vereidigt, seine Wahl ist ungiltig, auch nach der Interpretation des Ministeriums, weil er sich zum Deutschkatholicismus bekennt und die die Wählbarkeit auf eine von den alten drei christlichen Konfessionen beschränkenden gesetzlichen Bestimmungen noch nicht aufgehoben worden sind. — Heute früh kam der König zurück, anscheinend in erwünschtem Wohlsein; er soll einen Besuch bei dem König von Baiern in Hohenschwangau unterwegs abgestattet haben.

Sachsen. Chemnitz, 15. Sept. Heute sind die möglichsten Vorkehrungsmaßregeln gegen neue Ruhestörungen getroffen worden. Es stehen zwei Kompagnien Kommunalgarden auf der Wache, das Schützenbataillon hält sich in Bereitschaft, desgleichen ist eine Schwadron Kavallerie und eine Kompagnie Linie bereit. Um fünf Uhr waren die Markttagsbuden auf dem Markte größtentheils weggeräumt. Heute ist der vom Stadtgericht erlassene Verhaftsbefehl gegen Kieselhausen vollzogen worden. Advokat Bötticher, gegen den ebenfalls ein Verhaftsbefehl vorlag, hat sich aus Chemnitz entfernt. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich nun, einschließlich dreier einstweilen wieder entlassenen Individuen, auf 42. (D. A. Z.)

Baden. * Von verschiedenen Seiten wird uns berichtet und durch Reisende bestätigt, daß ein Haufe Freischärler unter Struve's Anführung einen neuen Putsch im badischen Oberlande versucht hat. Am Mittwoch (20.), so erzählt man uns, wurde zwischen Schliengen und Basel der badische Eilwagen angehalten und die Geldsendungen herausgenommen; Lörrach, und später der Bahnhof von Schliengen, sei von der Schaar besetzt worden, weßhalb die Eisenbahnzüge ihre Fahrten nicht mehr bis Schliengen ausdehnten. Dem Vernehmen nach sind sogleich Schritte gethan worden, die Freiburger Garnison (oberhalb Freiburg ist kein Militär mehr) nach Schliengen zu befördern, und es ist nicht zu zweifeln, daß dieser Struve'sche Feldzug seinem letzten Vorgänger, dem Herwegh'schen, sich schleunig anreihen wird. — Die interessante Frage wird dann nur die sein, wie dieser projektirte Einfall mit den Diagen in Frankfurt und der gleichzeitig sehr hastig und offen betriebenen Agitation in Würtemberg zusammenhängt, und dann, welche nachbarliche Regierung es war, die das feindselige Lager der Rebellen wider auf ihrem Gebiete duldete?

Kiel, 18. Sept. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung motivirte Steenhold seinen Antrag auf Abfassung einer neuen Landesmatrikel: derselbe ward einer Kommission zur Begutachtung überwiesen. Ferner stellte Hardesvogt De. Meyer einen Antrag: die provisorische Regierung zur Ergreifung von außerordentlichen Maßregeln gegen die Umtriebe der dänischen Propaganda im nördlichen Schleswig aufzufordern, und bezeichnete als solche: Entsendung außerordentlicher Regierungsbeamte, Unterstützung derselben durch Militär und Aushebung der Rekruten in den früher wegen der dänischen Okkupation befreiten Distrikten. (H. K.)

Frankfurt, 22. Sept. Der Handelsminister Duckwitz machte heute der National-Versammlung zwei Vorlagen. Die eine betraf die Herbeischaffung von Geldmitteln in die leer gewordene Reichskasse, die andere die kommercielle Einigung Deutschlands. Die letztere ist von so hohem Interesse für das materielle Wohl und beziehungsweise die politische Neugestaltung Deutschlands, daß Sie dieselbe wohl ganz mittheilen werden. Wernher legte ein von dem betreffenden Ausschuß entworfenes Manifest an das deutsche Volk vor. Dasselbe wird in der nächsten Sitzung berathen werden. Schaffrath und Genossen tragen auf die Aufhebung des Belagerungszustandes an. Die Versammlung versagt mit großer Majorität das Wort zur Begründung der Dringlichkeit, und der Antrag geht den geschäftsordnungsmäßigen Weg, d. h. er ist beseitigt. Nach einer kurzen Berathung über einen Ausschußbericht, die Einrichtung zur Heizung der Paulskirche betreffend, wird diese Angelegenheit dem Bureau zur Besorgung überlassen. — Die Berathung geht hierauf zu dem Art. IV. der Grundrechte über. Rheinwald hält einen sehr warmen Vortrag für die Volksschullehrer. Schade, daß derselbe durch einzelne Uebertreibungen und hervorgesuchte Kraft- und Saftphrasen den Eindruck schwächte, den die vielen treffenden Wahrheiten seiner Rede zu machen geeignet waren. Er schildert den schlechten Zustand des deutschen Volksschulwesens und hebt die Wichtigkeit desselben hervor. Der Volksschullehrer schmachte in dreifacher Sklaverei, in der der Gemeinde, der Kirche und des Staates. Die traurige Lage der meisten Volksschullehrer fordere schnelle Hilfe. Hoffmann aus Ludwigsburg schlägt vor, den Gemeinden zu überlassen, selbst zu entscheiden, ob sie die Leitung der Schule der Kirche oder dem Staate überlassen wollen. Eventuell stimmt er für den Antrag des Verfassungs-Ausschusses, bekämpft dagegen den Antrag des Schul-Ausschusses, welcher ein wahres Paradies des Despotismus begründe und den Samen der religiösen Zwietracht unter das Volk werfe. Löw aus Magdeburg will die Schulgesetzgebung den Einzelstaaten überlassen, weil eine gleiche Behandlung in ganz Deutschland für jetzt unmöglich sei. Damit wurde die allgemeine

Diskussion geschlossen und hiernach der §. 17., „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei", angenommen.

Ueber §. 18. wurde eine Diskussion eröffnet, welche sich hauptsächlich um die Frage bewegte, ob und in wie weit die Befugniß zum öffentlichen Unterricht und zur Gründung von Lehranstalten zu beschränken sei? Es wurde hauptsächlich geltend gemacht, daß es sich hier nicht bloß um das Recht handle, ein Geschäft für den eigenen Vortheil zu treiben, sondern es sei die zu erziehende Jugend selbst und der nachtheilige Einfluß auf die Volksbildung zu berücksichtigen, der aus einem handwerksmäßigen Betriebe des öffentlichen Unterrichts hervorgehen würde. Zu einer Abstimmung kam es nicht.

† Frankfurt, 22. Sept. Zwei traurige Betrachtungen drängen sich nach den Ereignissen der letzten Tage dem gebeugten Vaterlandsfreunde auf. Sie werden veranlaßt durch das Verhalten der Linken in und außerhalb der Nationalversammlung und durch die Haltung des größten Theiles der Bevölkerung, in deren Schooße das grausige Trauerspiel gespielt hat. Ja der Paulskirche hatte die laut kundgegebene sittliche Entrüstung über den Schandartikel der Reichszeitung vom 19. Sept. den Redakteuren ein Brandmal aufgedrückt, das vor dem Richterstuhl des deutschen Volkes unauslöschbar bleibt. — Was war die Folge? Jene Männer, die sich nicht scheuten, den frechen Ausspruch der Volksversammlung auf der Pfingstweide in ihrem Blatte zu wiederholen und die Majorität der Nationalversammlung zu Verräthern zu stempeln, wie es die Metternich, Effelen — und wie die Steckbriefhelden alle heißen — gethan, jene Männer, sage ich, lassen sich durch sittliche Gefühle nicht lere leiten und fahren in ihren Beschuldigungen fort. Die Reichstagszeitung vom 21. Sept. enthält bereits die öffentliche Anklage des Ministeriums Pfucker-Schmerling, welches allein die Schuld des in Frankfurt vergossenen Blutes tragen soll. Denn der Aufstand war offenbar von diesem begünstigt, um ihm den hohen Genuß zu verschaffen im Kriegs- und Belagerungszustande zu schwelgen, Kriegsgerichte einzurichten, die Hand ans Vereinsrecht zu legen u. s. w. Herr Schaffrath beantragte in Folge dieser Auffassung, welche die Reichstagszeitung durch Deutschland verbreitet, heute die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, zu dessen Einführung nach der Dämpfung des ganz „geringfügigen Krawalls" keine Veranlassung war! — Er spricht der Reichsgewalt durchaus das Recht zu einer solchen Maßregel ab, die unnützer Weise einen rechtlosen Zustand hervorrufe. Die Dringlichkeit des Antrags wurde abgelehnt, dies war aber auch die einzige Willensregung, welche von Seite der Majorität sich kund gab, von Seite der Majorität die, Dank sei es ihrer Unentschiedenheit, von der Linken sich ruhig auf die Bank der Angeklagten bringen läßt, anstatt im Namen des deutschen Volkes energisch gegen das durch die Reichstagszeitung ungescheut verübte Verbrechen aufzutreten. Die Zeitungen werden uns bald die Wirkungen der Taktik der Linken aus der Ferne bringen. Hier in der nächsten Umgebung pflücken wir die Früchte schon. Denn überall hört man Andeutungen, daß die Reaktion die Bewegung hervorgerufen und gefördert habe, man läßt die Worte Geheimes Komplott fallen. Vergebens sucht man im Publikum nach dem Ausdruck der Entrüstung über das fluchwürdige Attentat. Die Frankfurter und ihre Schutzverwandten suchen nur mit ängstlicher Geschäftigkeit Alles zu unterdrücken, was ihre militärische oder bürgerliche Ehre anzutasten scheint. — Das Grausige des Mordes und das Bedauern der beiden Opfer liegt ihnen weit ferner, als die Hervorhebung des Umstandes, daß ihr Untergang ein selbst verschuldeter war, denn „wie konnten diese beiden Männer, welche das Volk von der Rednerbühne so oft gereizt und gestachelt hatten, es wagen, durch ein Erscheinen unter demselben in solchen Augenblicken es gleichsam noch herauszufordern!" Daher ist wohl zu erklären, daß nirgend der Gedanke auftaucht, durch einen beileidsvollen Zuruf an das preuß. Volk, das begreiflicher Weise in große Aufregung gerathen wird, wenn es vom Morde zweier seiner tüchtigsten Vertreter Kunde erhält, eine Beruhigung und Begütigung zu versuchen. Wundern muß es uns aber doch, daß auch in der Paulskirche bis jetzt wenigstens dieser Punkt nicht in Anregung gebracht worden. — Gestern ist He. v. Beckrath aus Berlin zurückgekehrt. — Das ist eine traurige Antwort auf die preuß. Ministerfrage. Sie war bei seiner Abreise noch nicht gelöst, nur so viel stand fest, daß nunmehr Gen. v. Pfuel mit der Bildung des Ministeriums beauftragt sei, Oberstlieutenant v. Fischer bezeichnet man als Unterstaatssekretär des Krieges.

Frankfurt, 20. September. (Gesetzentwurf zum Schutze der Parlaments-Mitglieder.) Art. 1. Ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung in der Absicht, dieselbe auseinander zu treiben oder Mitglieder aus ihr zu entfernen oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, wird als Hochverrath bestraft. Art. 2. Die Theilnahme an einer Zusammenrottung, welche während der zu einer Sitzung der Reichsversammlung anberaumten Zeit in der Nähe des Sitzungslokals stattfindet und sich nicht auf die erste Aufforderung der zuständigen Polizeibehörde oder auf den schriftlichen Befehl des Vorstehenden der Reichsversammlung auflöst, wird bei Anstiftern mit Gefängniß bis zu einem Jahre, bei bloßen Theilnehmern bis zu drei Monaten bestraft. Art. 3. Es ist während der ganzen Dauer der verfassunggebenden Reichsversammlung verboten, eine Volksversammlung unter freiem Himmel in einer Entfernung von 5 Meilen von dem Sitze der Versammlung zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versamml., die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben wird mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft. Art. 4. Ein gewaltsames Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungslokal der Reichsversammlung oder ein ungehorsames Verbleiben solcher Personen nach erhaltener Aufforderung zur Entfernung durch den Vorstehenden der Reichsversamml., endlich eine im Sitzungslokale ausgeübte Bedrohung oder Beleidigung der Versammlung oder eines ihrer Beamten und Diener von Seiten eines Nichtmitgliedes ist mit Gefängniß bis zu einem Jahre zu bestrafen. Art. 5. Eine an einem Mitgliede der Reichsversamml., mit Beziehung auf sein Verhalten in derselben verübte Thätlichkeit wird, außer der gesetzlichen Bestrafung der Handlung an sich, mit Gefängniß bis zu fünf Jahren belegt; eine gefährliche Bedrohung oder eine öffentliche Beschimpfung solcher Art ist mit Gefängniß bis zu drei Monaten zu bestrafen.

* Aus einem Frankfurter Berichte, den wir zu spät erhalten, um ihn ganz mittheilen zu können, entnehmen wir die Nachricht, daß mit Ausnahme des Fürsten von Leiningen, Heckschers und Merviffen, das alte Ministerium wieder definitiv an die Spitze der Geschäfte getreten ist. He. Heckscher geht als Gesandter an die Höfe von Turin und Neapel, Hr. Banks als Gesandter nach Kopenhagen, Hr. Stedtmann ist zum Reichskommissär nach Schleswig-Holstein ernannt, um die Ausführung des Waffenstillstandes zu vermitteln, Hr. von Stockmar wird in London die Leitung der Friedensunterhandlungen übernehmen.

Schweiz.

☽ Bern, 20. Sept. Um die nöthigen Gegenmaßregeln gegenüber den von Radetzky angeordneten Repressalien zu treffen, und zwar solche, durch welche die Ehre und Unabhängigkeit der Schweiz gewahrt werde, hat gestern die Tagsatzung eine Kommission, bestehend aus Präsident Funk, Bürgermeister Zehender, Landammann Munzinger, Staatsrath Briatte und Oberst Siegfried, niedergesetzt, mit dem Auftrage, mit möglichster Beförderung Bericht zu erstatten u. Vorschläge zu bringen. Alles ist hier über die Maßregeln Radetzky's gegen Tessin auf das Höchste erbittert. In der Tagsatzung sprach sich nur Genf partäiisch dahin aus, daß es in der Maßnahme des Feldmarschalls, wenn sie im Einklange des Ministeriums geschehen (und dies scheint der Fall zu sein, da der österreichische Gesandte trotz seiner Freundschaftsversicherungen sie in einem Begleitschreiben, zwar mit Bedauern, unterstützt), einen casus belli sehe; es will sogleich 20,000 Mann in Tessin aufstellen und die der Schweiz angethane Schmach nicht ungestraft hingehen lassen. (!!) Die Mittheilungen des eidg. Geschäftsträgers in Wien sprechen die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit dem Ministerium wegen Grenzverletzung, postalischer Verträge ꝛc. einen erfreulichen Fortgang hätten. Die Nachrichten aus Mailand und Neapel bringen schon Bekanntes. Der Bericht der Kommission zur provisorischen Pensionirung der durch den Sonderbundskrieg Verstümmelten oder der Hinterlassenen der Gefallenen wurde verhandelt und die Anträge angenommen. Das Maximum der Pensionssumme für dieses Jahr wird auf 40,000 Fr. festgesetzt. Das Maximum der einzelnen Pensionen beträgt 300 Fr., das Minimum 40 Fr. Die Zahl der Unterstützungsbedürftigen beläuft sich auf 247. Die Regierung von Tessin hat die Beschwerden Radetzky's amtlich untersuchen lassen und das Resultat der Untersuchung, daß alle vorgebrachten Anklagen ungegründet, falsch seien, dem Feldmarschall in der letzten Antwortsnote mitgetheilt. Die Hauptklagepunkte sind, es werde auf dem Lago maggiore eine Dampfschifffahrtsverbindung zu Gunsten und zur Unterstützung der revolutionären Umtriebe gegen die Lombardei unterhalten; es hätte ein bewaffneter Haufe von 600 Mann vom Tessiner Boden aus einen Einfall in die Lombardei gemacht; österreichische Gefangene, welche Gaeldaldi mit sich geführt habe, würden noch in Tessin zurückgehalten. Die Regierung von Tessin weist nach, daß diese Vorwürfe unwahr seien.

(Wir möchten Radetzkys Anklagen mehr Glauben schenken als den Tessiner Ablegnungen. Wer sich erinnert, mit welch ehrner Stirne in der Tagsatzung, bei Gelegenheit der Beschwerdenoten deut-

Digitized by Google

scher Regierungen, offenkundige Thatsachen abgeleugnet wurden, der wird sich über die diplomatische Wahrheitsliebe unserer republikanischen Nachbarn nur die allerbescheidensten Vorstellungen machen können. Und nun gar die Tessiner, in denen sich italienische und schweiz. Loyalität zu einem glücklichen Ganzen verbindet!)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Sept. Der Hamb. Korresp. meldet: Mit Bezugnahme auf das in Altonaer und Hamburger Blättern enthaltene Gerücht, daß General Wrangel gräußert, es sei Aussicht zu Modifikationen des Waffenstillstandes, erklärt die Berlingsche Zeitung, sie sei in den Stand gesetzt, aufs Bestimmteste zu versichern, daß von Seite der dänischen Regierung durchaus nicht die Rede sein könne, sich auf die angedeuteten Modifikationen einzulassen. (In diesem Falle muß man annehmen, daß Kammerherr v. Reedtz ohne Autorisation gehandelt oder desavouirt worden.) Fädrelandet bestätigt diese Angabe und fordert die Regierung auf, morgen, den 17. d., eine äußerste Frist zur Vollstreckung des Waffenstillstandes anzusetzen, und nach deren fruchtlosem Ablauf Schleswig zu besetzen. — Dasselbe Blatt meldet aus Sonderburg vom 12. d., der König habe bei seiner Ankunft daselbst den Grafen v. Moltke-Rütschau und den Kammerherrn v. Reedtz angetroffen. Letzterer habe am 10. d. einen Kurier vom General Wrangel erhalten, der Vorschläge zu einigen Modifikationen des Waffenstillstandes überbracht, jedoch eine abschlägige Antwort mit zurückgenommen habe; doch wird dies nur gerüchtweise gemeldet.

Hempels Avis meldet, die noch auf Fünen befindlichen schwedischen Truppen hätten Kontrewehre, und das zweite Regiment Leibgarde, das bereits nach Malmö unterwegs gewesen, sei wieder umgekehrt. (Hamb. K.)

Großbritannien.

London, 18. Sept. England scheint einzusehen, daß auch die Seeherrschaft ihre großen Schattenseiten hat. Bedenkt man, wie gewandt es in den dreißiger Jahren den Abscheu vor dem Sklavenhandel zu Gunsten seiner maritimen Stellung auszubeuten verstand, wie es sich dadurch zum Herrn des ganzen Seegebiets zwischen dem 35. Grad nördlicher und 45. Grad südlicher Breite, dem 120. Grad westlicher und 180. Grad östlicher Breite machte, so darf man auf große, seitdem entstandene Hindernisse schließen, wenn man vernimmt, was heute Galignani's Messenger berichtet, daß Lord Palmerston im Begriff stehe, einen neuen Vertrag darüber mit der brasilianischen Regierung abzuschließen demgemäß fortan die des Sklavenhandels überführten Unterthanen jenes Reiches von ihren eigenen Gerichten abgeurtheilt werden sollen. Wir hatten kürzlich schon erwähnt, wie sehr die Mannschaft auf den Stationsschiffen des neben bezeichneten Gebietes vom Klima zu leiden habe, vielleicht auch, daß der kürzlich eingerichtete brasilianische Differentialzoll von 33 1/3 Proc., der England wegen seiner Navigationsakte sehr empfindlich trifft, Etwas zu dieser seltenen britischen Nachgiebigkeit mitgewirkt hat.

Nach Irland sind in diesen Tagen von Portsmouth aus vier Dampfschiffe abgesandt. Die Bewegung, im Süden gedämpft, hat sich mehr nach der Mitte der Insel verbreitet. Ein ziemlich blutiger Zusammenstoß hat in diesen Tagen wieder zu Curraghmore Walde zwischen einer Abtheilung des 85. Regiments und einer Insurgentenschaar stattgefunden.

Aus England selbst haben die Blätter nichts Neues von Bedeutung zu melden.

Frankreich.

Paris, 20. Sept. Das gestern von der Nationalversammlung votirte Gesetz über die Kolonisation Algiers bewilligt hierzu einen Kredit von 50 Millionen. Zwölftausend Familien werden auf Staatskosten nach Algier geschickt, jede Familie erhält, nach Anzahl der Familienglieder 2 bis 8 Hektaren gutes Terrain als Eigenthum, das Wohnhaus mit Zubehör wird vom Staate erbaut, während der drei ersten Jahre erhalten die Kolonisten die vollständige Militärverpflegung, in Brod, Fleisch, Wein u. s. w. bestehend. Ueber 6000 Familien sind bereits in Paris und gegen 3000 in den Departementen eingeschrieben, und die Uebersiedlung wird jetzt unmittelbar beginnen. Zur ersten Ansiedlung erhält jede Familie die nöthigen Lagerzelte.

Noch ist das Resultat der Ergänzungswahlen nicht ganz gewiß, doch scheint es, als wenn, wie wir bereits angedeutet haben, die Zersplitterung auf viele Kandidaten der royalistischen und namentlich der gemäßigt-republikanischen Partei zum Nachtheil ausschlagen werde. Bis jetzt sind Louis Bonaparte, der monarchisch-konservative Fould und der rothe Republikaner Raspail die Kandidaten, die am meisten Stimmen auf sich vereinigt haben. (L. Bonaparte bis jetzt mit 74,727 St., Fould mit 58,761, Raspail mit 55,273.) Das wäre ein Resultat, wobei jede Partei bedacht wäre, nur die gemäßigte Republik nicht! Möglich, daß die Stimmen der Bauernelle noch einem rothen Republikaner das Uebergewicht geben; die Wahl Bonapartes und die Niederlage der gemäßigten Republikaner ist wohl ganz sicher. Die Monarchisten haben ihre Stimmen auf vier Kandidaten (Fould, Bugeaud, Delessert, Girardin) statt auf drei vertheilt, sonst wäre ihnen wahrscheinlich selbst in Paris der Sieg geblieben; die rothe Republik verdankt ihre Stärke der kompakten Einigkeit. Jener Umschwung zu Gunsten der Monarchie ist sehr bemerkenswerth, namentlich wenn man an die Wahlen im April denkt. Schreitet dies Verhältniß so fort, so wird eines Tages lediglich aus den Wahlen die Monarchie hervorgehen. — Louis Bonaparte soll übrigens auch noch in zwei andern Bezirken gewählt sein. — Paris bot auch gestern Abend dasselbe bewegte Bild dar, Gruppen, die über das Resultat der Wahlen debattirten, hatten sich überall gebildet, die Klubs waren gedrängt voll, starke Patrouillen zogen durch die Straßen, aber die Ruhe ward auch nicht im Mindesten gestört, keine Rufe, keine Lieder, Alles bewegte sich in den Schranken der gesetzten Freiheit.

Die Presse zeigt an, daß der Telegraph gestern der französischen Flotte im Mittelmeer den Befehl überbracht habe, Venedig gegen jeden etwaigen Angriff der österreichischen Seemacht zu schützen. Das Linienschiff Jupiter und die Fregatte Psyche sollen bereits vor Venedig angekommen sein.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war die Verhandlung über die Konstitution an der Tagesordnung, und zwar über den Art. 8: Associations- und Versammlungsrecht. Herr Montalembert setzt seine vorgestern abgebrochene Rede zu Gunsten der religiösen Associationsfreiheit fort. Er protestirt bei dieser Gelegenheit auf das Entschiedenste gegen die Auslegung der ersten Hälfte seiner Rede, als sei sie ein Angriff gegen die Revolution und gegen die Republik gewesen. Auch er und seine Freunde erklärten offen und unumwunden ihren Beitritt zu der Republik, nur verlangten sie, daß nun nach Begründung der politischen Freiheit auch die religiöse Freiheit begründet und gesichert werde. Aber die Zeiten scheinen vorbei zu sein, wo man dem Grafen Montalembert gespannt zuzuhören pflegte; man schenkte ihm diesmal nur geringe Aufmerksamkeit. Auch die Unterstützung Roux-Laergaes half ihm nicht viel, da sich in dieser Debatte der Republikanismus und die Monarchie zu Hilfe kamen. Jules Simon, als Redner der Republik, und, wie sich erwarten läßt, Dupin von seinem Standpunkte aus, waren die bedeutendsten Gegner Montalemberts. Die Verhandlung endigte damit, daß §. 8 ohne Veränderung angenommen wurde.

Italien.

** Neapel, 9. Sept. Telegraphischer Bericht. Ein zweiter Bericht lautet: „Alle Kanonenboote und Ruderfahrzeuge sind den Sicilianern genommen worden, 2 ausgenommen, auf die noch Jagd gemacht wird. Alle Forts, auch der Leuchtthurm sind von den Unsrigen besetzt. Man beschäftigt sich mit der Entwaffnung. 2 Uhr Nachmittags, 8. Sept."

Der gestrige Tag ist hier ruhig abgelaufen; daß ernstliche Störungen von Seite der aufgehetzten Lazaroni, deren der größte Theil auf Seite der Liberalen gedeacht worden sein soll — befürchtet waren, erweisen die äußerst zahlreichen und starken Militärpatrouillen, die gestern und verflossene Nacht hindurch die Straßen durchzogen.

Cioffi, Merendas und Adatmarco, höhere Polizeibeamten aus der früheren Zeit, die an den letzten Auftritten Theil genommen, sind ihrer Stellen entsetzt worden, sonderbarer Weise mit Beibehaltung ihres Soldes.

Rozzelli hat sein Portefeuille des Innern mit dem des öffentlichen Unterrichts vertauscht. Ein tüchtiger, rechtlicher, eher zum Royalismus hinneigender Mann hat ihn ersetzt.

Auf nächsten Montag wird eine bedeutende Demonstration von Seite der konstitutionell sein sollenden Lazaroni erwartet. Hoffen wir, daß solche im Keime erstickt werden möge.

Türkei.

Aus Konstantinopel vom 6. Sept. meldet die Allg. Ztg. die Entlassung Ibrahim Paschas mit Aegypten.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Die gegenwärtige Krisis.

Es war eine gewitterschwüle Luft, die in der verhängnißvollen Sitzung, welche den Waffenstillstand entschied, über der Nationalversammlung lagerte. Nicht eine Verhandlung von Staatsmännern war es, die mit kaltem besonnenem Prüfung eine einfache Frage reiu äußerer Politik abwägt, die objektive Höhe, in der noch Tags vorher ein Waitz seine Betrachtung schwebend hielt, war verschwunden; die Leidenschaft sprühte in zündenden Funken aus den Reden; man sah, es war ein Kampf, in dem es Alles galt. Wie in den Tagen des Vorparlaments, so schien zum zweitenmal das Schicksal Deutschlands auf der Wagschale zu liegen; mit unheimlichem Gewicht lastete die folgenschwere Bedeutung ihrer Entscheidung auf den Gemüthern und hemmte den freien, selbstbewußten Entschluß. Mit geringer Mehrheit ging der Beschluß durch, der die Zukunft des Vaterlands in seinem Schooße trägt.

Das Wetter hat sich entladen, der Blitzstrahl hat gezündet, und noch rollt der Donner erschütternd über uns, ungewiß, ob er einen zweiten Schlag verkünde oder sich dumpf grollend in der Ferne verliere.

Die Zahl der Opfer wird nicht nach Tausenden gezählt. Aber es sind Thaten geschehen, weit verderblicher, als der blutigste Kampf; das Vorbild der Pariser Julischlächterei war einer Partei nicht umsonst gegeben; sie darf sich rühmen, daß sie es erreicht, ja daß sie es fast übertroffen hat. Das souveräne Volk zeigt eine glückliche Empfänglichkeit für die Lehren seiner Diener; Mitglieder der Nationalversammlung brauchen nicht einmal, wider sich selbst wüthend, den offenen Aufruhr zu predigen gegen die einzig echte Tochter des Volkswillens; das Volk weiß ihre Worte zu deuten; „Barrikaden von Leichen", das sind die rechten Klänge für sein Ohr; es eilt hin, es waffnet sich, und siehe, die erste That seiner glorreichen Erhebung ist der Meuchelmord; der Meuchelmord, vollzogen an zwei Männern, deren geheiligte Stellung sie vor jeder feindlichen Berührung hätte sichern sollen, an die nur eine Rotte die frevelhafte Hand legen konnte, welche im Taumel blinder Wuth jedes heilige Gesetz der Menschheit, wenn auch der rohheste Wilde zurückscheut, aus dem europäisch civilisirten Herzen getilgt hatte.

Und schon vernehmen wir Stimmen, welche es wagen, eine solche That nicht bloß nicht zu verdammen, nein, zu vertheidigen. Welch eine entsetzliche Verwirrung des Rechtsgefühls, welcher Todesstoß für jedes sittliche, für jedes nationale Bewußtsein! Ein Haufe, zusammengelesen aus allen Schichten des Volks, wo nur die Stimme fanatisch aufgestachelter Leidenschaft, wo nur der Ruf einer blinden sinnlosen Begierde hindringt, wagt es, sein winziges Dasein aus einem erlogenen Volkswillen herleitend, die Thaten einer Versammlung zu verurtheilen, welche die ganze Nation mit ihrer Würde bekleidet hat. Das nämliche souveräne Volk, welches es gefällt hat, lauchl die ruchlose Hand in das Blut der wehrlosen Opfer. Das sind die Früchte der Lehren, welche die Helden der modernen Freiheit in das empfängliche Herz einer vernunftlosen, nur von blinden Trieben beseelten Menge streuen.

Es ist die fluchwürdige Politik der letzten 33 Jahre, diese Politik, welche in den engen, dürftig ausgeklügelten Kreis eines leeren Herzens und eines ausgetrockneten ideenarmen Kopfs gebannt, die heiligsten Interessen des Volks nach Innen und Außen verrieth; diese Politik, welche mit Fürstenworten ihr Spiel trieb, welche im Inneren mit Preß- und Glaubenszwang, mit allen Mitteln der Gewalt und der Hinterlist den Geist der jungen Freiheit, welche mit einer dem Rechte hohnsprechenden Rechtspflege, mit Kerker und Banden seine Jünger verfolgte; diese Politik, welche nach Außen durch die hohlen Künste einer gewissenlosen Diplomatie kaum einen Schatten von Ansehen zu retten vermochte, weil sie die Volkskraft daheim in Fesseln schlug; diese Politik, welche in natürlicher Folge mit dem Geist des Staates auch die Materie zerstörend ergriffen hat, welche auf dem Gebiet, worauf sie prahlerisch hinzuweisen pflegte, die gefährlichsten Feinde jeder menschlichen Ordnung losgebunden hat. Diese Politik hat uns den Zaubertrank eingegeben, der berauschend die wüthendsten Leidenschaften weckt, ihr Geist geht unheilbringend auch in der neuen Zeit noch um. Es wäre gegen die Gesetze der Menschennatur, wenn eine solche Fülle entsittlichender Thaten, ein so langjähriger Kampf, nicht offen und mit ehrlichen Waffen, aber heimlich mit verstecktem und desto gewisserem Muth geführt, nicht den guten Kern im Volke vergiftet hätte, wenn es nicht dadurch gewöhnt worden wäre, gläubig und empfänglich den Lehren zu horchen, welche jetzt in der Presse und in Versammlungen, daheim und auf dem Markte, seinen erstaunten Ohren gepredigt worden. Die Saat ist in vollen Halmen aufgegangen; was ein Metternich mit seinen Getreuen einst pflanzte, das dürfte ein Metternich mit seinen Genossen zur Reife bringen; der Absolutismus war noch eine That seinem Pflegkinde, der Knechtschaft, schuldig geblieben, das souveräne Volk vollzieht sie im Namen der Freiheit!

Wahrlich, die Scham darüber, daß solche Thaten den deutschen Namen schänden, würde unsre Wangen röthen, wenn die Trauer über ihre Bedeutung sie nicht bleichen müßte. Denn dieses ist das Schicksal Deutschlands seit den Märztagen gewesen, daß es zwischen den äußersten Polen entgegengesetzter, gleich verderblicher Bestrebungen hinund hergeworfen wurde, das ihm den kleinen Sieg einer echten, im Schwerpunkt ruhenden Staatsweisheit die Gewalt der blindlings der Zerstörung zusteuernden Meinungen verkümmern mußte, damit alsbald der Köper, auf die entgegengesetzte Seite zurückschwankend, von den plumpen Händen des Partikularismus und der Reaktion einen gleich ungemäßigten Druck erhielte. Wir wissen, daß auf das Frohlocken über die Wahl des Reichsverwesers alsbald die Trauerbotschaft über die mißlungene Huldigung, daß ein Beweis von der Ohnmacht der Centralgewalt dem andern folgte, bis der unselige Waffenstillstand die Reihe schloß und zu Allen, welche bisher gesündigt hatten, noch die Nationalversammlung von dunklen Gewalten getrieben, mit der lauten That des 5. Septembers hinzutrat. Wir sahen, wie die Nat.-Vers. langsam vom ersten berauschenden Eindruck sich erholte, wie sie allmälig zur besonnenen Anschauung sich sammelte, und wie sie, ahnungsvoll die ganze Schwere ihrer Entscheidung empfindend, ihren letzten großen Beschluß gab. Da handelte es sich nicht mehr um die kleinen Bedingungen des Waffenstillstands, nicht um ein paar Dörfer und Städte mehr oder weniger, nicht um ein genommenes Schiff, nicht um die Mitglieder einer Regierung, selbst nicht um das Fortbestehen einzelner Gesetze; es stand und steht weit mehr auf dem Spiel: es ist, worauf wir oben deuteten, die ganze Zukunft des Vaterlandes, welche nun verloren oder gewonnen werden muß. Die Centralgewalt steht ohnmächtig und preisgegeben nach Außen da; im Inneren wagen es Sondergelüste jeder Art, ihr die Stirne zu bieten, ihr Ansehen im Volke und das ihrer Schöpferin ist dadurch tief erschüttert und die Nationalversammlung hat es noch mehr untergraben durch die unglückliche Entscheidung der Mehrheit für die Linke, durch jenen naturwidrigen Bund den Parteien, von dem sie sich nur nach krampfhaftem Kampf — und schon sind dafür bedeutende Opfer gefallen — losreißen konnte. Die Herstellung des eignen Ansehens und desjenigen der Reichsgewalt, das ist die große Aufgabe, die sie lösen muß; dem Beschluß der Nationalvers. müssen Thaten folgen oder Deutschland ist unwiderbringlich verloren.

○ **Wien**, 17. Sept. In der Reichstagssitzung vom 16. Sept. (den 15. war keine Sitzung) wird nach einigen unerheblichen Diskussionen eine Eingabe **Borrosch's** verlesen, betreffend die Niedersetzung einer permanenten Kommission aus Gliedern des Hauses zur Vermittlung mit der Aula und der Nationalgarde. Nach einigen Interpellationen von Seite des Abg. Löhner und Borrosch, zumeist in Bezug auf die Anordnung und Beantwortung von überreichten Petitionen, stellt der Abg. Violand an das Gesammtministerium eine Interpellation: es sei ein Grundsatz des konstitutionellen Systems, daß das Ministerium die Person des Monarchen decke, daß des Letzteren Wille in der Verantwortlichkeit der Minister ihren Ausdruck finden müsse. Einen Mittelzustand für das Verhältniß zwischen Fürst und Volk gebe es nicht: das Verlangen, das die Minister zu fordern haben, sei ein absolut unbedingtes, das sie berechtige, jedes Superarbitrium, jede Einmischung anderer Rathgeber fern zu halten. In Bezug auf einige theils officiell, theils geflüchtweise bekannt gewordene Thatsachen, stelle er nur die Fragen: 1) ob Etwas davon wahr sei, daß einzelne Mitglieder des Ministeriums sich nicht des Grades der Zugänglichkeit zum Monarchen erfreuen, den ein unbehinderter Verkehr voraussetze? 2) Ob es wahr sei, daß die vom Ministerium gefaßten Beschlüsse, noch vor der Entschließung des Monarchen, dem Rathe anderer, nicht verantwortlicher Personen unterliegen, und somit einzelne Vorschläge einige Zeit bei einem über dem Ministerium stehenden Kabinet liegen bleiben? 3) Ob Etwas davon wahr sei, daß nur einzelne Minister sich des Rechtes erfreuen, nach ihrem Ermessen und ohne Zeugen mit dem Monarchen zu verkehren, die andern jedoch nur als Gesammtministerium oder durch Einen Minister (den des Hauses) mit dem Monarchen verhandeln? 4) Ob Etwas davon wahr sei, daß die auf Kroatien bezüglichen Beschlüsse, wie z. B. das Manifest des Monarchen an Jellachich ohne Mitwirkung weder des k. österreichischen, noch des kgl. un-

Digitized by Google

garischen Ministeriums, sondern unter Mitwirkung anderer unverantwortlichen Rathgeber verfaßt worden, und ob von diesen die Unterschrift des Monarchen, ohne Kontrasignirung, erzielt worden sei? 5) Welche Ansicht das Ministerium über die staatsrechtliche Stellung Ungarns zu Kroatien habe und somit über die Eigenschaft, in welcher der Name Ferdinand als Unterschrift erscheine? Meine das Ministerium, daß der König von Ungarn und Kroatien unterschrieben sei, daß also der konstitutionelle König von Ungarn und Kroatien durch einen unkonstitutionellen Akt den Kampf eines Theils der Bevölkerung gegen den anderen billige, oder ob es der Meinung sei, daß der König von Kroatien — als eine bereits rechtlich vom König von Ungarn getrennte Person, und da es kein kroatisches Ministerium gebe, als absoluter Fürst berechtigt sei, seinen Banus an der Spitze seiner Schaaren gegen den konstitutionellen König von Ungarn marschieren zu lassen? 6) Welche Stellung das Ministerium im letzteren Falle einzunehmen gedenke; ob es meine, daß der Kaiser von Oesterreich neutral bleiben müsse, oder ob es meine, solche Akte verantworten zu können, durch welche Partei für die eine oder die andere Seite genommen werde, wie z. B. durch Sendung von Geld, Waffen ꝛc. 7) Ob das Ministerium der Meinung sei, daß es irgend ein Land in der Gesammtmonarchie gäbe, wo der Monarch ohne Kontrasignation der Minister einen Statthalter oder Banus ꝛc. Aufträge, Mittheilungen oder Genehmigungen mit Giltigkeit ertheilen könne? 8) Ob das Ministerium der Meinung sei, daß k. k. bestellten Generale und Offiziere unter dem Befehl eines solchen Anführers rechtmäßig bleiben dürfen? — Auf die erste Frage antwortet der Ministerpräsident mit: Nein. Auf die 2te bis 4te Frage erwidert der Justizminister, das Ministerium kenne kein Kabinet, das über ihm stehe; es selbst stehe in in direktem Verkehr mit dem Monarchen; die 4. Frage sei eine Principienfrage, die mit der Ansicht des Ministeriums über die kroatischen Angelegenheiten zusammenhänge und die in der nächsten Sitzung beantwortet werden solle.

Frankfurt, 22. Sept. Sie haben mich aufgefordert, gegenüber muthwilligem Widerspruch, meine Behauptung zu rechtfertigen, daß von Frankreich eine kriegdrohende Note in Bezug auf Dänemark bei dem Reichsministerium nicht eingereicht worden sei. Die einzige Stelle, worauf sich Ihre französische Korrespondenz beziehen könnte, ist folgende in dem Schreiben des französischen Geschäftsträgers Herrn Savoye an deren Reichsminister, Hrn. Heckscher (Nr. 14 der veröffentlichten Aktenstücke): „La France, fidèle à ses engagements, proteste contre la violence faite à sa majesté la roi de Danemarc et contre un esprit de conquête auquel elle a d'autant plus de droit de s'opposer qu'elle est bien résolue, pour sa part, à ne jamais t'admettre dans ses conseils.“ Hier ist also ein einfacher Protest, nicht aber eine Drohung, am wenigsten die mit einem Kriege. Uebrigens werden Sie aus den Verhandlungen über den Waffenstillstand sich erinnern, aus der Mittheilung des Hrn. Heckscher am 16. Sept., daß He. Savoye auf die ihm gemachten Auseinandersetzungen einwilligte, daß von Seite des Reichsministeriums diese Note als non avenue betrachtet wurde. So viel zur Aufklärung. — Hr. v. Beckerath ist wieder hier eingetroffen, und wie ich aus sicherer Quelle höre, ist, außer dem Fürsten Leiningen, Hrn. Heckscher und Hrn. Mohl, das alte Ministerium wieder definitiv mit der Leitung der Reichsangelegenheiten betraut worden. Hr. Heckscher, von den bandenartigen Mißhandlungen der Demokraten in Höchst, sehr angegriffen, geht auf seinen Wunsch als Gesandter an die Höfe von Turin und Neapel. Hr. Banks ist zum Gesandten in Kopenhagen ernannt; Hr. Stedtmann, Mitglied der Nationalversammlung, zum Reichskommissär nach Schleswig-Holstein, um die Ausführung des Waffenstillstandes zu vermitteln, und He. v. Stockmar wird in London die Leitung der Friedensunterhandlungen übernehmen. Der Aufruhr und seine Folgen hat, wie man sieht, das Ministerium nicht in seiner Thätigkeit nach Außen gehindert. Die Thätigkeit während des Aufruhrs aber ist nicht genug anzuerkennen. Ohne die Entschiedenheit, Raschheit und Festigkeit der HH. Schmerling und Peucker, denen am Montag Morgen der Reichsverweser und der Ministerrath die ganze ausübende Gewalt übertragen, war die Centralgewalt, die Nationalversammlung und mit ihnen vielleicht Deutschland verloren. Aufgabe und Verantwortlichkeit waren groß, ungestüm war der Andrang zum Kapituliren, zum Einhalten von Blutvergießen; Schonung, Versöhnung sollten walten. Aber diese Männer erkannten, daß hier falsche Sentimentalität die größte Grausamkeit wäre und mit einer Festigkeit, die man anderwärts sich wohl zum Muster nehmen sollte, führten sie die einmal getroffenen Maßregeln muthig und beharrlich durch. Dafür wird aber auch diesen bisher so vielfach verkannten Männern jetzt von allen Seiten die ungetheilteste Anerkennung. — Aber auch den Truppen gebührt diese Anerkennung. Mit unerhörter Kaltblütigkeit gingen sie in's Feuer, und die Verschiedenartigkeit der Truppen (es waren aus sechserlei Staaten im Kampfe), weit entfernt zu schaden, erhöhte nur den Wetteifer. Neben solcher Tapferkeit erfreut noch besonders die überall sichtbare Einigkeit. Wo sich so das Heer verbrüdert, da ist die Einheit gesichert. — Fortwährend werden noch Gefangene eingebracht, die zum Heile der Ordnung einem strengen Gerichte nicht entgehen werden.

Frankreich.

Paris, 21. Sept. Das Resultat der Wahlen für Paris und das Departement der Seine ist bekannt, zwar wird die officielle Veröffentlichung erst heute Abend erfolgen, da noch das Resultat von vier Gemeinden der Banumeile fehlte, doch kann dieses an dem Hauptresultate Nichts mehr ändern. Die drei gewählten Vertreter sind: Louis Napoleon Bonaparte, Achille Fould und Raspail. Der Erste durch die Stimmen der Malcontenten aller Parteien und Farben, der Zweite von den Konservativen und Gemäßigten, der Dritte durch die Socialisten und Ultraradikalen gewählt. Die gesammte Uebersicht der Stimmsonderung gibt folgendes Resultat: L. Napoleon Bonaparte 116,014 Stimmen, Achille Fould 80,193, Raspail 67,852, Thoré 65,650, Cadet 65,460, Roger (du Nord) 64,057, Ed. Adam 55,904, B. Delessert 50,873, Bugeaud 49,411, Girardin 28,108, Gervain (de Caen) 12,311. Darnach hatte also der Prätendent über mehr als hunderttausend, die Monarchisten über 200,000, die rothe Republik über fast ebensoviel und die gemäßigte Republik nur über etwa 130,000 Stimmen zu gebieten.

Die Wahl des Helden von Boulogne macht der Republik neue Unruhe; so unbedeutend die Person ist, so hat doch in ihm eine große Partei einen Namen gefunden, die Partei der Unzufriedenen. Der parlamentarische Kind des Instituts (die gemäßigt republikanische Majorität der Nationalversammlung bildend) hat daher gestern nach einer langen Berathung einen Deputirten an General Cavaignac geschickt, um ihn einzuladen, durch rasche und energische Maßregeln den Gefahren vorzubeugen, die der Republik drohten, vor Allem aber auf der Absendung der außerordentlichen Kommissäre in die von legitimistischen und orleanistischen Umtrieben aufgeregten Departements zu bestehen. General Cavaignac erwiderte: er könne in diesem Augenblicke nicht kategorisch antworten, aber in wenig Tagen werde er zeigen, wie er die Republik zu vertheidigen wisse werde.

Neuestes.

Berlin, 21. Sept. Der Preuß. St.-Anz. enthält folgenden k. Erlaß: Ich bin den Truppen, welche für die Sache des deutschen Vaterlandes in Schleswig-Holstein thätig gewesen sind, das Erkenntniß schuldig, daß sie durch Tapferkeit auf dem Schlachtfelde, gute Disciplin und sittliches Wohlverhalten und den rechten Geist preuß. Kriegee bewährt und den Ruhm des Heeres gemehrt haben. — Ich trage Ihnen deßhalb auf, dem bewährten Führer derselben, allen Ober- und Unteroffizieren und Soldaten meinen Dank und meine Zufriedenheit auszusprechen und zugleich die in der Beilage enthaltenen Ordensverleihungen ꝛc. bekannt zu machen, welche ich für besondere Auszeichnungen bewilligt habe. Sanssouci, 19. Sept. 1848. (gez.) Friedr. Wilhelm. (gegengez.) Frhr. v. Schreckenstein.

Berlin, 21. Sept. Die Bildung des neuen Ministeriums, meldet die Spener'sche Z., ist im Fortschreiten, und es läßt sich melden, daß der General der Infanterie, v. Pfuel, Ministerpräsident und Kriegsminister, der Landschaftsdirektor Landrath v. Bonin, aus Neustettin, Finanz-, und der Oberpräsident Eichmann Minister des Innern werden sollen. Für die Stelle des Justizministers werden 3 Kandidaten, der Abg. Reichensperger, der Abg. Prof. Dr. Bauerband und der Geh. Oberrevisionsrath Schnaase genannt. Betreffs der übrigen Stellen verlautet noch Nichts.

Würzburg, 20. Sept. In Folge der neuesten Ereignisse wird das Regiment „König Otto von Griechenland“ seinen Präsenzstand auf 1500 Mann erhöhen. (N. W. Z.)

Marburg, 21. Soeben trifft hier die amtliche Nachricht von der Rehabilitation des Professors Bayrhoffer durch kurfürstl. Ministerium des Innern ein.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Elwert 11 Kamp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexander in Straßburg Nr. 30 Brandg., Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. – durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 33 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 260 **Heidelberg**, Montag 25. September. **1848.**

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der **Weidmann**schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an **D. Reimer** in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Doch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die äußerste Linke und der Septemberaufstand. — Wien (die Deputation der Ungarn. Verhandlungen des Reichstags. Slaventhum und Deutschthum). **Berlin** (das neue Ministerium. Anrede des Generals Wrangel. Ein Rundschreiben Schreckenstein's). **Stuttgart** (Kammerverhandlungen. Aufregung. Haussuchungen. Erklärung der Regierung. Beunruhigende Gerüchte). **Karlsruhe** (der Aufstand Struve's. Seine Proklamation. Ein Theil des Landes in Kriegszustand. Zuzug aus Reichstruppen. Die Rebellen bei Kandern völlig geschlagen). **Aitona** (Stimmung der Bevölkerung. Dänische Bewegungen. Finanznoth). **Frankfurt** (Näheres über die Ermordung Lichnowski's und Auerswald's. Die Mißhandlung Heckscher's. Die abgenommenen Waffen. Gagerns Energie und das Reichstagsblatt. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Untersuchung über die Versammlung auf der Pfingstweide).

Großbritannien. London. Nachrichten aus Irland. Verfahren gegen die Chartisten in England.

Frankreich. Paris. Die Wahlen. Besorgnisse vor den Royalisten. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Berathung über die Verfassung. Interpellation an die Regierung. Antwort Cavaignac's.

Ungarn. Preßburg. Flucht der Ungarn. Drohende Gefahr von den Kroaten.

Griechenland. Athen. Neue Maßregeln. Die österreichische Gesandtschaft.

Beilage. Die gegenwärtige Krisis. — **Wien.** Verhandlungen des Reichstags. Interpellation Violands. **Frankfurt.** Die französische Note. Das Ministerium definitiv wieder eingesetzt. Energie Peuckers und Schmerlings. Die Truppen. **Frankreich.** Paris. Das Resultat der Wahlen von Paris. Louis Napoleon Bonaparte. — **Neuestes.**

25. September.

Den ersten erschütternden Eindrücken, wie die Katastrophe in Frankfurt sie hervorrief, mußte ganz natürlich die Frage folgen: wer sind die moralisch Mitschuldigen, die in erster Reihe verantwortlichen Urheber? Daß die jungen Leute auf den Barrikaden nur Werkzeuge und Verführte, daß die Mörder **Lichnowski's** und **Auerswald's** nicht die Schöpfer und Leitee der Bewegung waren, leuchtete Jedem ein; die Fäden führten weiter hinauf, sie verliefen sich bis in das Innere der Paulskirche. Ohne Scheu sprach eine ganze Reihe von Organen der deutschen Presse zugleich ihre Entrüstung über die Gräuel und die unumwundene Ueberzeugung aus, daß die Hetzer und Anstifter anderswo zu suchen seien, als hinter den Barrikaden. Es ist nur eine Forderung der Gerechtigkeit, daß man, in dem Augenblicke, wo die Strenge des Gesetzes die Verführten trifft, die Verführer nicht ignorire; die Reden zur Versöhnung, wie sie in der Paulskirche laut wurden, werden ohnedies von der bekannten Partei im gewohnten Tone beantwortet, der alten Zuchtlosigkeit des Wortes kein Zaum angelegt und die Blutscenen vom 18. September mit affektirter Geringschätzung als Bagatelle oder gar als ein Werk der „Reaktion" behandelt! Wo es gilt, der frigen Gleißnerei die Larve abzuziehen, sollte man sich jeder sentimentalen Rednerei erwehren und der Wahrheit, der harten Wahrheit allein die Ehre geben.

Das Benehmen mehrerer Mitglieder der äußersten Linken **vor** und **nach** dem 18. September liegt so offen und unzweideutig vor den Augen aller Unbefangenen, daß man sich billig wundern darf, wenn sie selber jetzt, nach dem unglücklichen Ausgang, den moralischen Zusammenhang mit dem Aufruhr in Abrede stellen. Viel näher liegt der Gedanke, daß sie im Falle des Gelingens alle Ursache hatten, aus dem Verstecke hervorzutreten und sich ihrer eifrigen und verdienten Mitwirkung zu rühmen. Wer hat unablässig in Schrift und Rede seit Monaten zum Aufruhr und Ungehorsam gegen das Parlament aufgerufen, wer den Gedanken einer „Reinigung" der Nationalversammlung hundertfach anklingen lassen, wer dazu aufgefordert, nicht in der Mehrheit, sondern nur in die Minderheit den Ausdruck der Nation zu setzen? Wer hat mit allen Mitteln der Agitation die Massen bis zur Fieberhitze entflammt, die wildesten Leidenschaften in maßlosen Reden geschürt, wer dem unverständigen Hasse des Pöbels die Opfer bezeichnet?! Wer hat am 16. Sept. die Massen aufgefordert, „zu den Mitteln des März zu greifen", wer an demselben Tag einen „großen politischen Akt" als nahe bevorstehend verkündet, wer auf der Pfingstweide dazu ermahnt, statt aller Adressen jetzt „Fraktur zu sprechen?" Man wird uns die Antwort ersparen; alle Welt kennt und nennt die kühnen Sprecher, die gleichwohl für gut fanden, das Werk der blutigen **That** andern Händen zu überlassen.

Möglich, daß Einzelne in ihrer Einfalt glaubten, weiter als zu einem Schreckschusse würde die Aufruhrpredigt nicht führen. Möglich, daß die Thoren in dem Wahne lebten, bis zu einer „gemüthlichen Anarchie" die Sache führen und dann Halt gebieten zu können, oder daß sie gar im Ernste hofften, die Reichsgewalt werde pflichtvergessen genug sein, dem angekündigten Sturme in der Paulskirche und den Barrikaden gegenüber die Truppen schüchtern zurückzuziehen, und so dem Aufruhr einen moralischen Sieg zu bereiten! Möglich, daß diese Erwägungen die Köpfe derer beherrschten, die nicht aufhörten, Wind zu säen und dann doch sichtbar betroffen waren, als der Sturm aufging. War dies aber wirklich ihr Sinn und Streben, dann beweisen sie eben, daß sie nur Stümper sind in Revolutionsangelegenheiten, an denen die Erfahrungen der Meister spurlos vorübergegangen sind. Haben ihnen die verstümmelten Leichen Lichnowski's und Auerswald's nicht bewiesen, daß sie selber am wenigsten die Meister sind über die dämonischen Gewalten und Leidenschaften, die sie heraufbeschworen haben? Sie haben seit Monaten nur Aufruhr gepredigt; jetzt ist zum Aufruhr noch der scheußliche Mord hinzugekommen. Wissen die Herren nicht, daß es immer so geschehen wird, wo man die Massen demoralisirt, wo man in ihnen alle rechtlichen und sittlichen Begriffe mit schlechter Sophistik verwirrt hat? Bei **der** Religion und Moral, deren Standpunkt so hoch über allem Hergebrachten steht, „daß er eigentlich gar kein Standpunkt mehr zu nennen ist", wird man schließlich an den Abgrund kommen, den uns der 18. September zu unserem Entsetzen aufgedeckt hat. Wenn dann die wilde Fluth der Leidenschaften, die man genährt, gepflegt und auf den Kampfplatz gerufen hat, zügellos alle Schranken der Sitte und Menschlichkeit überspringt,

Digitized by Google

wer spielt dann eine jämmerlichere Rolle, als die gewissenlosen Zauberlehrlinge, die den Dämon heraufbeschworen haben, ohne daß sie den Bannspruch der Bewältigung besaßen?! Wer ist dann kanter anzuklagen, als die kalten, klugen Revolutionsmänner, die so lange das Feuer geschürt und doch dann hilflos zusehen müssen, wenn die Flamme über ihren Köpfen zusammenschlägt?

Kein Unbefangener wird läugnen können, daß es seit vier Monaten das systematische Bestreben jener Leute war, die Autorität der Nationalversammlung zu untergraben; die Rothen gingen hier mit den Schwarzgelben und Schwarzweißen Hand in Hand. Ihre Verdächtigungen der Nationalversammlung, wie sie dieser Tage in der Paulskirche selbst einen Sturm des Unwillens hervorriefen, sind nicht von heute, sie sind sehr alt, man könnte fast sagen verbraucht. In der Presse und in Volksversammlungen haben wir unzählige Mal von der „erkauften und verrätherischen" Majorität des Parlaments reden hören; allee Orten wurde — und die Beweise liegen größtentheils schwarz auf weiß vor — dem Volke eingeprägt, wie es verlassen und verrathen sei von seinen Vertretern, wie es der Mehrheit nicht mehr gehorchen, wie es aus der Minderheit ein Parlament bilden müsse. Der beabsichtigte Sturm am 18. September und die Lynchjustiz an den mißliebigen Abgeordneten wae die praktische Anwendung dieser Lehre! Die klugen und scharfsichtigen Männer der Linken sahen nicht ein, daß sie sich damit nne ihr Grab bereiten halfen, daß eine „Volksheerschaft", wie sie am 18. September den Schild erhob, ein sehr tragisches, aber auch ein sehr ephemeres Ding sei, das seine Urheber zuerst in den allgemeinen Ruin aller Dinge verwickeln würde. Sie hatten keine Ahnung davon, daß die vierundzwanzigstündige Herrschaft der rothen Fahne nur die Brücke werden müsse für eine lange Dauer der Gewalt der Bajonette.

Sind die Männer der Linken in Revolutionsangelegenheiten wirklich so wenig bewandert, um nicht zu wissen, daß ihre eigene Existenz und Bedeutung lediglich an das Parlament geknüpft ist; daß sie mit demselben stehen und fallen, daß mit der Schließung der Paulskirche auch ihr eigener Einfluß, ihre eigene politische Macht dem sichern Ende entgegeneilt? Die verjagte und decimirte Nationalversammlung wird kein Konvent werden, nur ein Rumpfparlament, für das sich auch der Cromwell finden wird. Wir können uns den Fall denken, daß die gegenwärtige Versammlung ihre Autorität und ihren moralischen Einfluß im Volke ganz verliert; möglich, daß der Fall bald eintritt. Wenn die Dinge nicht rasch und energisch ihrem Ziele entgegengeführt werden, wenn über theoretischen Verhandlungen die definitive Feststellung der Verfassung und Regierungsgewalt verschleppt wird, so kann der Fall von selbst eintreten, ohne Sturmpetitionen und ohne Barrikaden. Wenn aber die Herren von der Linken glauben, daß dann ihe Konvent in die Paulskirche einziehen wird, so irren sie sich; das Volk ist dann zu jener müden, gesättigten Stimmung gekommen, in der es eine feste energische Gewalt für alle Parlamente der Welt gern eintauscht. Es treten dann die Zeiten vom 18. Brumaire ein; man will, wie damals, „von Advokaten und Rhetoren Nichts mehr wissen", und liefert sich gebunden der Diktatur in die Hande. Jenem „ruere in servitium", wie es Tacitus nennt, sind selbst politisch geübtere Völker, als unser deutsches ist, nicht widerstanden; werden wir ihm widerstehen? Wir fürchten: nein; und die Befürchtung wiegt uns schwerer als der theuer erkaufte Triumph, kassandrisch geweissagt zu haben. Die kühnen Revolutionsredner würden dann hilflos einsehen, wie unendlich wenig ihre Personen in der ganzen großen Sache eigentlich bedeutet haben, sie würden zu spät das todte Parlament wieder zu beleben wünschen.

Wir wissen nicht, ob die Leute von der Linken solch ruhigen Betrachtungen zugänglich sind; ihr Verhalten nach der Katastrophe vom 18. Sept. scheint uns zu beweisen, daß sie unheilbar sind. Es ist freilich eine peinliche Lage, so am Grabe des Aufruhrs stehen zu müssen, mit der innern Sympathie im Herzen und der Legalität im Gesichte. Es ist freilich viel zugemuthet, sittliche Indignation über Verbrechen zu hegen, die von den Zöglingen der eignen Doktrin begangen sind, oder den Barrikadenkampf zu verdammen, nachdem man ihn schon vor Monaten als das einzige Rettungsmittel gepriesen hat.*) Aber was weiter geschehen, ist doch zu bejammerungswerth. Die Reichsregierung, für das Leben und die Sicherheit der Vertreter der Nation verantwortlich, soll den Wahnsinn begehen, dies Leben schutzlos einem mordlustigen Haufen zu überlassen, die Truppen zurückzuziehen, mit der Rebellion zu kapituliren! Das „souveräne Volk" von der Pfingstweide hat doch zur Genüge gezeigt, von welcher Art sein Durst sei. Oder man affektirt, vom 18. September, diesem Brandmal der deutschen Geschichte, als von „einem geringfügigen Krawall" zu reden. Ein vorbereiteter Aufstand, der die Repräsentation des deutschen Volkes zwingen, einen Konvent extemporiren sollte — ein „geringfügiger Krawall!" Ein Aufstand, zu dem die Genossen aus der Nähe und Ferne bestellt waren, der als „politischer Akt" angekündigt und mit aller wilden Mordlust durchgeführt ward — ein „geringfügiger Krawall!" Eine Empörung, deren Fäden weithin liefen, die mit dem gleichzeitigen Einbruch im badischen Oberland und mit den Vorbereitungen in Würtemberg in unverkennbarem Zusammenhang stand und in ganz Süddeutschland den Bürgerkrieg anfachen sollte — nur „ein geringfügiger Krawall!"

Wen will man täuschen? Doch nur die eigne verblendete Partei! Die andern Alle, die gesunde Mehrheit des Volkes, wird klar sehen und von diesem so oft angerufenen Gericht wird das Urtheil über die nicht ausbleiben, die mit den unveräußerlichen Begriffen von Recht, Sitte und Wahrheit ein solches Spiel treiben.

*) „Wenn aus der Paulskirche nicht die Gesetze der Revolution dekretirt werden, so wird bald die einzige in Deutschland gültige Ordnung die Barrikadenordnung sein." Sächs. Vaterlandsbl. Nr. 90.

Oesterreich. †† Wien, 19. Sept. Ein unerwartetes Ereigniß setzt seit gestern die Politiker unserer Centralstadt in Bewegung. An der Spitze von derzeha ungarischen Deputirten zogen der blinde ehe Wess-leczyl, ein 70jähriger Greis, nebst dem erblichsten Magyaren Deak in Wien ein, um beim österreichischen Reichstage Gerechtigkeit und Hilfe für Ungarn zu erbitten, nachdem das unglückliche Land von seinem König und von dessen kaiserlichem Ministerium kein Mitleidszeichen erfahren habe. Die beiden Führer sprachen bei der Ankunft am Stefansplatze zum Volke. Des Oesterreichers Herz schlägt dem Unglücklichen immer warm entgegen, selbst wenn es nicht durch das rührende Bild eines blinden Greises, durch die gesteigerte Stimmung kräftiger, aber moralisch niedergedrückter Männer zur Theilnahme aufrufe. Die Deputation erschien gestern Nachmittag bei dem monster meeting, welches im Odeon von Studenten und freisinnigen Nationalgarden gestern Nachmittag gehalten wurde und die schwarz-roth-goldne Vereinigung der Garde mit der Legion gegen schwarzgelbe Reaktion zum Zwecke hat. Es wurde bei dieser Volksversammlung den redenden Ungarn die lebhafteste Sympathie ausgedrückt und beschlossen, die deutschen Farben immer, im Augenblicke der Gefahr vorn am Hute zu tragen. Die Versammlung war gewiß von 8000 Menschen besucht. Die von Böhmen gekommene Deputation Nationalgarden bezogen heute die Wachen beim Reichstage und der Burg. Der Kaiser lehnte das Gesuch derselben, auch in Schönbrunn die Ehrenwachen zu beziehen, dankend mit der Bemerkung ab, daß er überzeugt sei, im Genehmigungsfalle von allen Städten Oesterreichs ähnliche Haldigungen zu empfangen, bei dem jetzigen Nothstande aber jede überflüssige Auslage vermieden werden müsse. Erzherzog Stefan, der Palatin der Ungarn, stellte sich an die Spitze der ungarischen Armee. Ob jener rebellische Reichsbaron, der Ban von Kroatien, es wagen wird, gegen seinen unmittelbaren Oberherrn den Palatin das verrätherische Schwert zu zücken? Jellachich steht vier Tagreisen von Ungarns Hauptstadt. Es befahl der Palatin dem ungar. Reichstage, so viel Nationalgarden und Freiwillige als möglich mobil zu machen und dem Heere nachzusenden. Von Wien gingen Freiwillige zur ungarischen Armee, das seit den Revolutionstagen bestehende mobile Korps wird nächste Woche abmarschiren. Eine Adresse an die deutschen Bewohner Weißkirchens, vom Vereine der Deutschen in Oesterreich erlassen, ist heute gedruckt an allen öffentlichen Plätzen und Orten zu lesen. Einer jener Romanen, welche die Vertheidigung Weißkirchens brüderlich mit den Deutschen theilten und jetzt hier ist, ließ die Adresse in dankbarer Anerkennung dem Vereine unbewußt drucken, um damit die Sympathie der Walachen mit den Deutschen zu bethätigen. Wir freuen uns des freundlichen Entgegenkommens der Romanen, wünschend, daß sie immer bei den Deutschen jenen Schutz finden mögen, welcher zum Gedeihen beider Völker das Band fester schlingen wird. — In Triest erschienen zwei französische Schiffe, das Linienschiff Jupiter, die Fregatte Pluto mit 1100 Truppen bemannt. — Das Reichstagsgebäude hielt diesen Morgen ein Bataillon Nationalgarden besetzt, man wollte befürchteten Exzessen bei Ankunft der ungarischen Deputirten imponiren. Die Deputation hatte aber erwogen, daß sie auf dem Rechtswege an den Reichstag eine Petitionen stellen könne, aber keine Deputation von diesem empfangen werden darf. * Die Verhandlung

des Reichstages ist eine höchst interessante und wichtige. Man debattirte über das Ja oder Nein der Annahme und Begünstigung der Petition bei dem Kaiser. Löhner sprach ausgezeichnet. Die Czechen geberdeten sich wie Wahnsinnige gegen das Ansinnen der Ungarn. Pillersdorf wird die Petition unterstützen. Er, als der Leiter des Centrums, wird den Ausschlag geben. Die Debatten dauern jetzt bei Abgang der Post fort. Nachrichten von Triest erzählen den Fall Messinas nach zweitägigem Bombardement. Man kann dem Re bombardatore das Anrecht auf seinen Ehrentitel nicht absprechen.

†† Wien, 20. Sept. Die Verhandlung des Reichstages wegen Vorlassung der ungarischen Petition endete gestern Abend 8½ Uhr mit dem Beschlusse, die Deputation nicht vorzulassen. Das Centrum und die Rechte entschied mit der Majorität von 78 Stimmen, welche es der czechischen Partei und der Rede des Justizministers verdankt. Die Linke hatte alle Beweggründe der Menschlichkeit und Völkerfreundschaft aufgeboten, die Ungarn feindliche Partei des Reichstages zur Nachgiebigkeit und Aufgabe der Geschäftsordnung zu stimmen. Umsonst, das starre Festhalten am schon oft verletzten Reglement siegte über die Beredsamkeit eines Löhner, Schuselka, Borrasch, Bialand, Borkowski, Goldmark. Der Versöhnungsaugenblick wurde versäumt, slavische Stadenfreude der Czechen triumphirte über den trauernden Genius österreichischer Freiheits- und Einigungsbestrebungen. Den Dank des Vaterlandes haben sich die Czechen Rieger, Klaudi, Trojan, Branner, Hawliczek, Doliak und Neumann nicht verdient. Der Czechenhaß möge ihrem fanatischen Unterdrückungskampfe den Siegerkranz geben, deutsche Eichen haben kein Laub dafür; der Czechismus möge von ihrem Haupte den Fluch des Brudermordes wenden, deutsche Herzen werden ihn zu sühnen suchen! Wir Deutsche werden Ungarn nicht untergehen lassen, stolz rufe ich's in die Welt hinaus, weil ich die tiefste Ueberzeugung hege, daß Deutschland die Existenz von zwei Millionen Deutschen neben fünf Millionen Magyaren in Ungarn nicht vergessen wird, weil ich bestimmt weiß, daß Deutschland mit den südslavischen Bewegungen nicht nebenbuhlerisch liebäugeln wird. Im Herzogthume Krain werden südslavische Farben getragen und panslavistische Propagandisten mit deutschen Namen behaupten in deutschen Zeitungen, daß es eine Schande sei, als Slave andere als slavische Farben zu tragen, behaupten wie Doktor Bleiweis in Laibach, daß Krain ein slavisches, kein deutsches Herzogthum sei; und declavouiren listig genug die politische Tendenz der Stavenvereine, nur eine sprachliche zugebend. Die Czechen verläugnen wenigstens nicht das vorhandene böhmische, das ist deutsche Element, die Südslaven jedoch erkennen in Krain und Istrien nur den Wohnplatz der Gottscheerer im Herzogthume Gottschee als deutschen Boden an. Ich mache hiermit auf jene deutsche Insel im ringsum wogenden Stavenmeere aufmerksam, welche, eine treue Tochter, immerfort der Mutter reinen Namen erhalten hat; auf jene Schwabenkolonie, welche auf unfruchtbarem Boden hausend mit deutschem Fleiße das deutsche Leben der verwahrlosten Waise gefristet hat. Da ast mir ein Gottscheerer, niedergebeugt von der Last seines Krämerkastens, in der Schweiz oder in Italien, in Wien oder am Inn begegnet, stellte ich mir stets die Frage: „Wissen denn die Seemannsten, welches heldenhafte deutsche Leben der Slavendrang Illyriens ungastlich beherbergt?“ Die Stände Steiermarks protestirten gegen Löhners Antrag, die österreichischen Provinzen in Kreise einzutheilen, um die historische Provinzialität Steiermarks nicht einzubüßen. — Die freisinnigen Vereine Wiens, Matiaasalgarden und Studenten kamen gestern mit einem Fackelzuge zu der Wohnung der ungarischen Deputation. Deutsche Anreden erwiderte der ehrwürdige Wesselenyi. Enthusiasmus füllte mit Hoch und Eljens die Luft und zeigte den Nachbaren die offenen freundlichen Gesinnungen der Wiener besser, als Redephrasen und dichterische Apostrophen. — Die Stadt Comorn brannte am 18. d. M. bis auf wenige Häuser ab. — Der Unterstaatssekretär Pulsky reiste heute nach Pesth ab. Er soll an Esterhazy's Stelle kommen. — Heute ist keine Reichstagssitzung. — Morgen sind alle Nationalgardekorps-Kommandanten zur kaiserlichen Tafel geladen. Das erste Lebenszeichen des Hofes nach der Rückkehr von Innsbruck. Es fehlt an solchen Anregungen von Seite des Hofes, um mitzuwirken, Vertrauen und Ruhe herzustellen.

Preußen. Der Preuß. Staatsanzeiger enthält in seinem amtlichen Theile vom 22. Sept. Folgendes: Ich habe den Minister-Präsidenten v. Auerswald, sowie die Staatsminister Hansemann, Freiherrn von Schreckenstein, Milde, Märcker, Bierke und Kühlwetter, ihrem Antrage gemäß, von ihren bisherigen Aemtern enthunden und zugleich: 1) den General der Infanterie von Pfuel zum Minister-Präsidenten und Kriegsminister, 2) den Ober-Präsidenten der Rheinprovinz, Eichmann, zum Minister des Innern, und 3) den Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen, von Bonin, zum Finanzminister ernannt. 4) Die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten habe Ich dem Wirkl. Geh. Rath Grafen v. Dönhoff, jedoch auf seinen Wunsch nur interimistisch, übertragen. 5) Das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten wird vorläufig von dem Minister des Innern, und 6) das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig von dem Finanzminister mit verwaltet werden. 7) Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Justizministeriums habe Ich, bis zur Wiederbesetzung des Ministeriums, den Unterstaatssekretär Müller beauftragt. Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Bellevue, den 21. Sept. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (kontras.) von Pfuel. An das Staatsministerium.

☽ Berlin, 21. Septbr. (Morgens 11 Uhr.) Die heutige Sitzung unserer Landesversammlung wurde von dem Vicepräsidenten Phillipps eröffnet. Nach den gewöhnlichen Einleitungen ließ derselbe ein Schreiben des Generals Pfuel verlesen, worin derselbe anzeigt, daß er mit Bildung des neuen Ministeriums beauftragt sei, und daß letzteres morgen der Versammlung beiwohnen würde. Bloem kündigt für morgen folgenden dringlichen Antrag an: die Versammlung wolle ihren höchsten Unwillen über die jüngsten Ereignisse in Frankfurt aussprechen und die Regierung auffordern, dem Reichsverweser bei seinen Anstalten zum Schutze der freien Berathung innerhalb des Parlamentes die kräftigste Unterstützung angedeihen zu lassen. Die ganze Versammlung, mit Ausnahme der oberen Bänke auf der äußersten Linken, erhob sich für den Antrag. Kirchmann, welcher seinen Sitz auf der Linken wiederum eingenommen hat, wird morgen den Kriegsminister wegen des Armeebefehls von Wrangel befragen. Sie sehen, wir gehen neuen, wichtigen Entscheidungen entgegen. Daß man überall die Grenzen der Mäßigung innehielte! Die Dinge, wie sie jetzt liegen, sind allerdings dazu wenig angethan. Die Aufregung und Entrüstung wegen der Frankfurter Gräuel ist hier allgemein. Nur die „Volksfreunde“ vom Fach finden für den blutigen Mord unserer „unverletzlichen“ Vertreter im Parlamente genügende Entschuldigung. Man erzählt sich, daß man in gewissen Kreisen schon gestern Morgen, ehe noch eine Nachricht von Frankfurt hierher gelangt sein konnte, von einem Kampfe gegen die Mehrheit in der Waffenstillstandsfrage unterrichtet war. Wer die Reaktionäre in unserm deutschen Freiheitskampfe gewesen sind, wird sich jetzt zeigen. An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen! Waffnen wir uns mit Ruhe und besonnener Kühnheit, um die hart bedrohte Freiheit in dieser Zeit der Prüfung gegen die offenen Feinde und mehr noch gegen den blinden Eifer unserer Freunde zu schützen!

* Berlin, 22. Sept. Ja dem neuen Ministerium, das noch nicht vollständig besetzt ist, hat General v. Pfuel den Vorsitz, Bonin die Finanzen, Eichmann das Portefeuille des Innern, Dönhoff das des Auswärtigen übernommen. (Auf das von demselben aufgestellte Programm werden wir morgen zurückkommen.)

Berlin. Frhr. von Schreckenstein erließ, der Nat. Ztg. zufolge, an alle kommandirenden Generale unterm 13. Sept. nachstehendes Rundschreiben: „Ueberzeugt, daß Ew. Excellenz mit mir über die Nothwendigkeit einverstanden sein werden, möglichst Alles zu vermeiden, was dazu benutzt werden kann, die Truppen und ihre Befehlshaber, resp. Militärbehörden, reaktionärer Bestrebungen zu verdächtigen, muß ich mich durch die jetzt in den Verhältnissen eingetretene große Spannung besonders aufgefordert fühlen, Ihnen wiederholentlich auszusprechen, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs keine reaktionären Tendenzen duldet, sondern mit redlichem Willen den betretenen konstitutionellen Weg zu verfolgen und die Königlichen Verheißungen zu verwirklichen bestrebt ist. Daß sich dies überall in der Behandlung des Dienstes und der öffentlichen Angelegenheiten kund gebe, daß dieserhalb durch alle Instanzen auch auf die Untergebenen zur Verhütung von Mißgriffen richtig eingewirkt werde, hierauf ist mein besonderes Vertrauen zu Ew. Excellenz gerichtet. Berlin, 13. Sept. 1848. Der Kriegsminister Frhr. von Schreckenstein.“

Berlin, 21. Sept. Die Anrede des Generals von Wrangel im Lustgarten an die ihn umgebenden Officiere, die Bürgerwehrabgeordneten und die Bürger lautet nach der Spenerschen Zeitung folgendermaßen: „Meine Herren! Es ist heute ein sehr glücklicher Tag meines Lebens. Ich bin schon vor den Thoren so freundlich von der berittenen Berliner Bürgerwehr begrüßt worden, und in der Stadt war es wie ein Triumphzug. Ich weiß, das konnte ich nicht auf mich beziehen, sondern auf die Truppen, die ich die Ehre gehabt habe, in Schleswig zum Siege zu führen. Ich werde diese Truppen auch hierher führen, wann es die Zeit ist. Jetzt noch nicht, aber sie werden

kommen. Meine Herren! der König hat mir den größten Beweis der Gnade und des Vertrauens gegeben, indem er mir das Kommando über die in den Marken stehenden Truppen übergab. Ich soll die Ordnung, wo sie gestört, das Gesetz, wo es übertreten wird, wiederherstellen. Aber nicht zuerst, sondern nur dann, wenn es der Bürgerwehr nicht gelingen sollte. Dann erst werden wir einschreiten, und es wird uns gelingen. Die Truppen sind gut, die Schwerter doppelscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr. Aber nicht gegen Euch, Berliner, sondern zu Eurem Schutz, zum Schutz der Freiheit, die der König gegeben, und zur Aufrechthaltung des Gesetzes (Allgemeiner jubelnder Zuruf.) Gefällt Euch das, Berliner? das freut mich. Für Euch und mit Euch werden wir auftreten und handeln. Keine Reaktion (Bravo!), aber Schutz der Ordnung, Schutz dem Gesetze, Schutz der Freiheit. (Bravo!) Wie traurig sehe ich Berlin wieder. In den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet, die Läden sind voll Waare, aber ohne Käufer. Der fleißige Bürger ohne Arbeit, ohne Verdienst, der Handwerker verarmt. Das muß anders werden, und es wird anders werden, ich bringe Euch das Gute mit der Ordnung. Die Anarchie muß aufhören und sie wird aufhören. Ich versproche es Euch, und ein Wrangel hat noch nie sein Wort gebrochen. (Stürmischer Jubel.) Meine Herren! es macht mich sehr glücklich, die Truppen in diesem guten Zustande zu sehen. Sie werden sie durch erhalten, Verträglichkeit mit dem Bürger muß Statt finden. (Bravo!) Sie sind mit Euch verwandt, sie haben denselben Zweck, Preußens Größe und Ruhm aufrecht zu erhalten und Deutschlands Einigkeit mit zu begründen. Sie sind Eure Brüder (zu den Bürgern gewendet) und Sie werden nicht vergessen, daß in der Armee Ihre Brüder, Freunde, Ihre Väter sind. Meine Herren! Es thut mir nur Leid, daß ich an dem heutigen glücklichen Tage die Truppen nicht Sr. Majestät vorführen konnte. Er erkennt die Beschwerden, die der Dienst ihnen macht, er hat den Soldaten daher eine Zulage bestimmt". Es macht mich sehr glücklich, dies ihnen bekannt machen zu können. Es lebe Se. Majestät der König. (In welchen Ruf Alle jubelnd einstimmten.)"

Würtemberg. ** Stuttgart, 22. Sept. Man war heute früh vor dem Beginne der Sitzung unserer Abgeordnetenkammer sehr überrascht, als der Generalmarsch ein Banner unserer Bürgerwehr zusammenrief. Dasselbe marschirte vor dem Ständehaus auf. Gestern Abend spät war noch ein Bataillon Infanterie und Artillerie von Ludwigsburg hier eingerückt — Vorsichtsmaßregeln gegen eine angeblich den Ständen zugedachte Stormption, vielleicht auch weil seit gestern der König wieder hier ist. Am 20. Abends, so hört man, sei jene Stormption beschlossen worden; gestern wurde eine Eingabe an die Stände in einer Volksversammlung in Kannstadt angenommen; die Versammlung war jedoch ruhig und verhältnißmäßig schwach besucht. Ob heute frühe Anzeichen bevorstehender Unruhen die Aufbietung der Bürgerwehr veranlaßten, weiß ich nicht. In der Kammer wurde sogleich der Alterspräsident darüber interpellirt, beruhigte aber: das Banner sei bereits zum Abmarschiren aufgefordert, was dann auch sofort geschah. Die Kammer wählte dann ihre 3 Kandidaten für den Präsidentenstuhl; es sind Mueschel (bekanntlich früherer liberaler Abg., jetzt Mitglied des Reichstags), Rödinger (deßgl., 1833 als „Demagog" nicht in die Kammer gelassen) und Berger (Stadtdirektor, ein bereits unter den alten Zeiten freisinniger Beamter). Morgen wird es sich um die Legitimation des Deutschkatholiken Scherr handeln; bemerkenswerth ist, daß über ihn drei, 1833 ihrerseits nicht zugelassene, Abgeordnete: Tafel, Rödinger, Kübel zu Gericht in der Legitimationskommission sitzen.

ϗ Stuttgart, 23. Sept. Die Stadt ist in der größten Aufregung. In zwei notorisch-republikanischen Wirthshäusern wurde Haussuchung veranstaltet und unterdessen die Häuser von Bürgerwehr in beträchtlicher Anzahl umstellt, das natürlich zu Zusammenläufen des Pöbels Veranlassung gab, welcher sich mittler Weile damit vergnügte, Hecker hoch leben zu lassen und das Heckerlied anzustimmen. Auch bei Alexander Simon und dem bekannten Loose wurden Haussuchungen vorgenommen. Auf morgen ist die gesammte Bürgerwehr konsignirt; die Kanonen der Hauptwache sind geladen. Ein Anschlag der Regierung, von sämmtlichen Ministern unterzeichnet, fordert die Bürger auf, sich um sie zu schaaren, kündigt den Zusammenhang des Frankfurter Attentats mit der Schilderhebung Struves und den anarchischen Bewegungen in Würtemberg an, sodann den Entschluß der Centralgewalt, die Ruhe Deutschlands mit aller Energie zu erhalten, und schließt mit den Worten: „die Regierung ist gerüstet!" — Gebe Gott, daß dem so sei. Man hat die Sache sehr weit kommen lassen. Ein Theil der Bürgerwehr, freilich nur der geringere, ist unzuverlässig; in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung von beiläufig 800 Wehrmännern verschiedener Banner wurde Rau von Gaildorf, des bekannten kommunistischen Volksredners, Vortrag mit entschiedenem Beifall aufgenommen. Gerüchte der verschiedensten Art durchkreuzen die Stadt von Aufständen in Ruttweil und in Rentlingen, wo die Bürgerwehr selbst die rothe Fahne aufgepflanzt haben soll. Mag es übertrieben sein, die Erklärung der Regierung beweist, daß es auch in Würtemberg bereits zum Ausbruch gekommen sein muß. Die nächsten Tage werden entscheidend sein. Das gestern allgemein verbreitete Gerücht von einem Ministerwechsel hat sich nicht bestätigt. Doch dient das allgemein verehrten und energischen Staatsraths Römer Anwesenheit allgemein zur Beruhigung.

Stuttgart, 23. Septbr. Die oben erwähnte Erklärung des Ministeriums lautet: Es ist der würtembergischen Regierung die Nachricht zugegangen, daß das neueste Frankfurter Attentat nicht vereinzelt sei, sondern mit verabredeten Schilderhebungen ähnlicher Art in Würtemberg, Baden, Hessen ꝛc. im Zusammenhang stehe. In Baden ist dieser Plan bereits verwirklicht worden. Denn Struve ist mit einer Schaar deutscher und italienischer Flüchtlinge im Seekreise eingerückt, er plündert Postwagen, öffentliche Kassen und verkündet an denjenigen Orten, durch welche er zieht, gegen Solche, die sich ihm nicht anschließen, das Standrecht. Bereits hat die deutsche Centralgewalt die nöthigen militärischen Maßregeln ergriffen, und es ist an die würtembergische Regierung das Ansinnen gerichtet worden, sich ihnen anzuschließen. In Betracht nicht nur der Vorfälle in Frankfurt und Baden, sondern auch in Betracht der drohenden Zustände in Würtemberg, welche durch eine anarchische Partei herbeigeführt worden sind, hat die Staatsregierung den Beschluß gefaßt, ohne Verzug alle diejenigen Maßregeln zu treffen, welche zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, so wie zum Schutze der gesetzlichen Freiheit und des gefährdeten Eigenthums nothwendig sind. Sie rechnet hiebei auf den Beistand aller wohlgesinnten Staatsbürger und fordert sie hiemit auf, sich um sie zu schaaren und thatkräftig zu zeigen, daß das würtembergische Volk nicht gemeint sei, die Errungenschaften der neuen Zeit durch Aufwiegler gefährden zu lassen.

Möge das Unheil, welches ein Bürgerkrieg, wenn er ausbricht, nothwendig in seinem Gefolge hat, auf Diejenigen zurückfallen, welche ihn veranlaßt haben! Die Regierung ist gerüstet! Den 23. Sept. 1848. Der Chef des Justizdepartements: Römer. Der Chef des Dep. der auswärtigen Angelegenheiten: Rauser. Der Chef des Departements des Innern: Duvernoy. Für den Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens: Schmidlin. Der Chef des Kriegsdepartements: Köpplin. Der Chef des Finanzdepartements: Goppelt.

Baden. Karlsruhe, 23. Sept. Diesen Abend zwischen 6 und 7 Uhr sind mehrere Bataillone Reichstruppen auf der Eisenbahn hier vorbeipassirt. Die Mannschaft sang und legte die freudigste Stimmung an den Tag. — Wie man vernimmt, ist gestern ein Officier von hier abgegangen, um den aus Schleswig-Holstein zurückkehrenden badischen Bataillonen, welche er theils in Hannover, theils in Hamburg treffen wird, den Befehl zu bringen, daß sie den Rückmarsch nicht, wie früher angeordnet war, zu Fuße, sondern per Eisenbahn bewerkstelligen sollen. Auf diese Art werden die betreffenden Truppen in wenigen Tagen zur Stelle sein. — Seit gestern hat hier die Bürgerwehr wieder den Wachtdienst angetreten. Die Haupt- und die Schloßwache, fast sämmtliche Thore, die Zeughauswache u. s. w. sind nun Bürgerwehr besetzt (heute vom zweiten Banner); auch die Artillerie der Bürgerwehr ist in Bereitschaft. — Mit Ausnahme des kleinen Bezirks um Lörrach übrigens, wohin der Einfall von Außen geschah, scheint es das ganze Land in ungestörter Ruhe zu befinden; auch aus dem Seekreise vernimmt man Nichts von Ruhestörungen.

Struve hat aus seinem „Hauptquartier" folgende Proklamation erlassen Namens der „provisorischen Regierung": Deutsche Republik! Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle! Hauptquartier Lörrach, 21. Sept. 1848. Dienstanweisung für sämmtliche Bürgermeister. Sämmtliche Bürgermeister werden persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß 1) solange das republikanische Heer sich in ihrem Bezirke befindet, den ganzen Tag über geläutet und des Nachts auf den benachbarten Bergen Feuer angezündet werden. 2) Sie haben darauf zu achten, daß keine der fürstlichen Partei angehörigen Personen sich aus ihren resp. Bezirken entfernen, vielmehr sofort verhaftet und daß alle denselben gehörigen Vermögenstheile mit Beschlag belegt werden. 3) Sie haben sofortige Stellung der waffenfähigen Mannschaft und den Abmarsch derselben nach dem Hauptorte des Bezirks zu betreiben und für die Herbeischaffung der Bedürfnisse der Mannschaft an Kleidung, Waffen, Munition und Nahrungsmitteln zu sorgen. 4) Sie haben Quartierbillete bereit zu halten, damit die republikanischen Truppen jederzeit rasch und gut einquartiert werden können.

Digitized by Google

5) Ueberhaupt sind dieselben für die sofortige und nachdrückliche Vollziehung der Bestimmungen des beifolgenden Erlasses der prov. Reg. vom gleichen Tage verantwortlich. Im Namen der prov. Regierung: G. Struve. (K. Z.)

* Außer dem oben Mitgetheilten erfähet man von Struve's republikanischer Schilderhebung Nichts weiter als die Plünderung einiger öffentlichen Kassen; auch haben die guten Freunde landabwärts an verschiedenen Stellen die Eisenbahn zu zerstören gesucht, z. B. bei Ettlingen, auch bei Weinheim, was indessen nur eine ganz kurze Unterbrechung des Dienstes veranlaßte. An andern Orten, z. B. hier in Heidelberg, war es ohne Zweifel beabsichtigt, wurde aber durch die Wachsamkeit der Bürgerwehr bis jetzt gehindert. Die Regierung hat gegen solche Bubenstreiche energische Maßregeln ergriffen; der ganze Landstrich von Achern bis Lörrach, außerdem das Amt Ettlingen, sind in Kriegszustand erklärt. Dem Bezirk Weinheim soll, wie wir vernehmen, Dasselbe bevorstehen. Inzwischen sind starke Truppenabtheilungen von der Reichsgewalt abgesendet worden; durch Heidelberg sind Preußen und Hessen passirt, die sich durch ihre muntere und aufgelegte Stimmung auszeichneten. Von den Rebellen erfährt man nichts Näheres; wie sie gerüstet und bewaffnet (man sagt sogar, mit 2 Stücken hessenlandschaftlicher Geschütz) herüberkamen aufs badische Gebiet, darüber wird uns hoffentlich die nächste Zukunft Aufklärung geben. Es wird, wenn die Dinge geschlichtet sind, dann auch die Reichsgewalt sich die Veranlassung geben, mit der „neutralen" Schweiz abzurechnen, selbst auf die Gefahr hin, daß man in der Tagsatzung droht, nicht nur Oesterreich, sondern auch dem deutschen Reich den Krieg zu erklären.

* Heidelberg, 25. Sept. Soeben, vor Schluß des Blattes, erhalten wir noch die Nachricht, daß gestern Mittag bei Kreuzingen die Struve'schen Rebellenhaufen von den Reichstruppen angegriffen und vollständig aufgelöst worden sind. Der Aufstand ist damit als beendigt anzusehen.

Schleswig. * Altona, 19. Septbr. Die Aufregung hier und im Lande ist sehr gesteigert worden durch die Ratifikation des Waffenstillstandes in Frankfurt. Niemand, selbst der ruhigste Bürger, ist geneigt, sich einem solchen Waffenstillstande zu fügen. Die Ratifikation in Frankfurt ist freilich nur in soweit geschehen, als man annimmt, daß die dänische Regierung sich auf Konzessionen einlassen wird, dem widersprechen zwar die Berling'sche Zeitung und Fädrelander, doch glaubea wir Grund haben zu können, diesen Mittheilungen nicht so recht zu trauen, da man allgemein behauptet, daß der König-Herzog bereits darein gewilligt hat, daß die bestehende Landesversammlung sich an der Wahl der neuen Regierungskommission, betheilige und daß das schleswig-holsteinische Heer zusammenbleibe und nicht in Schleswiger und Holsteiner getrennt werde. — Der König scheint sich schon wieder für den Herrn von Nordschleswig anzusehen, denn von Alsen aus, wo er sich jetzt befindet, sind schon wieder Posten nach Düppel und Genornstein vorgeschoben, ja selbst in Flensburg zeigt sich schon eine Menge dänische Soldaten in ihren rothen Uniformen. Zu Hadersleben erhat sich die zurückgekehrte dänische Partei bereits dänisches Militär, und damit es nicht auffiele, verlangten sie das zehnte Bataillon, welches aus Nordschleswigern gebildet ist. Die Galathea kreuzt schon wieder vor dem Kieler Hafen. Dem Könige brachte man auf der Insel Alsen ein Hoch, wogegen er seiner getreuen dänischen Insel Alsen gleichfalls ein Hoch ausbrachte; Alsen wird wohl dänisch bleiben, da es Sprache und Gesinnung nach dänisch ist. — Oberhofmarschal von Leezhau ist vom Könige wiederum nach Petersburg gesandt worden, um den dänischen zerrütteten Finanzen auf's Neue mit 2 Millionen unter die Arme zu greifen und für diese neue Anleihe die Insel Fünen als Unterpfand anzubieten, da bei der ersten Anleihe bereits die Insel Bornholm verpfändet wurde. Geht das so fort, so hat Dänemark bald kein Pfund mehr, um seinen zerrütteten Zuständen aufzuhelfen, und der Staatsbankerott kann dann durch Nichts mehr zurückgehalten werden. Der Staatsbankerott erfolgt so sicher, wie irgend Etwas, da die Ausgaben stets die Einnahmen übersteigen müssen, wenn die Herzogthümer nicht wieder mit den Inseln vereinigt werden, und das wird sobald nicht wieder geschehen. Die Frage über die Flagge ist auf's Neue in der Landesversammlung vertagt worden, obgleich sie eine der wichtigsten ist.

** Frankfurt, 22. Sept. Heute hat das Polizeiamt diese Stadt die Voruntersuchung wegen der Pfingstweidenversammlung begonnen, wahrscheinlich in Auftrag des in Folge des Belagerungszustandes durch das Reichsjustizministerium eingesetzten Kriegsgerichts, und um diesem den vorläufigen Stoff zu der Hauptuntersuchung zu liefern. Denn das Kriegsgericht hat natürlich die Ereignisse zu untersuchen, um derentwillen es eingesetzt ist, und mit denen die Reden auf der Pfingstweide wie die Ursache mit der Wirkung zusammen hängen. Das Polizeiamt hat nur einfache Vernehmungen über die Volksversammlung abgehalten, und diese Aussagen werden vor dem Kriegsgericht zu wiederholen und zu beschwören sein. Aus ihnen muß sich der Grund oder Ungrund zu einer Kriminaluntersuchung gegen Redner vom 17. ergeben. Gegen Mitglieder der Nationalversammlung kann dieselbe erst nach dazu eingeholter Erlaubniß der letzteren eingeleitet werden.

☆ Frankfurt, 23. Sept. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam der Entwurf eines Manifestes an das deutsche Volk zur Berathung. Der Gedanke, eine solche Ansprache ergehen zu lassen, war nach den blutigen Vorgängen der letzten Tage natürlich. Die schreckliche Begriffsverwirrung unter der Masse des Volkes, welche sich dabei herausgestellt hatte, und das überall hervortretende Bestreben einzelner Parteien, die Nationalversammlung zu terrorisiren oder, wenn dies nicht gelänge, zu zersprengen, gab hinreichend Veranlassung dazu. Das Manifest wurde von einer Kommission entworfen und zur Berathung vorgelegt. Indessen waren einige Tage darüber hingegangen, und bei ruhigerer Ueberlegung war es Vielen ziemlich klar geworden, daß ein solches Manifest gerade bei demjenigen Theile des Volkes, den es hauptsächlich anginge, am wenigsten Eingang finden werde. Feuerbach sprach darum heute gegen das Manifest, die Nationalversammlung habe sich in Beziehung auf die letzten Vorgänge von Niemand zu rechtfertigen, und das Volk wolle nicht Worte, sondern Thaten. Diese Ansicht theilte ein großer Theil des linken Centrums. Die Linke aber, in ihrem Namen Vogt, bekämpfte das Manifest auf das Aeußerste. Sie stellte eine Menge von Amendements, durch welche der Sinn des Manifestes geradezu in das Gegentheil verkehrt werden wäre. Man überzeugte sich, daß im besten Fall nur eine kleine Majorität für das Manifest zu gewinnen wäre, und ließ es fallen.

Auf der Tagesordnung stand der Gesetzentwurf über die Verkündigung der Reichsgesetze. Es versteht sich, daß eine nicht geringe Anzahl von Verbesserungsvorschläge eingebracht wurden, und die Versammlung hatte die Geduld, einige derselben begründen zu lassen. Das Gesetz wurde mit Verwerfung aller Amendements in folgender, vom dem Ausschusse vorgeschlagenen Fassung angenommen: Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 23. Sept. verkündet als Gesetz: §. 1. Die Verkündigung der Reichsgesetze geschieht durch den Reichsverweser. Er vollzieht dieselben durch die Reichsminister. §. 2. Der betreffende Minister macht das Gesetz durch Abdruck in dem Reichsgesetzblatte bekannt und theilt es zugleich den Einzelnregierungen zum Zwecke der örtlichen Veröffentlichung mit. §. 3. Die verbindende Kraft eines Gesetzes beginnt — falls es nicht selbst einen anderen Zeitpunkt feststellt — für ganz Deutschland mit dem zwanzigsten Tage nach dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblatt in Frankfurt ausgegeben wird. Der Tag der Ausgabe in Frankfurt wird auf dem Blatte angegeben. §. 4. Das Reichsgesetzblattes ist auch das amtliche Organ zur Veröffentlichung der Vollziehungsverordnungen der provv. Centralgewalt. Eine lebhaftere Diskussion rief der Bericht des Ausschusses für Volkswirthschaft über das österr. Getreideausfuhrverbot hervor. Auf zweimalige Mahnungen des Reichsministeriums an die österr. Regierung erhielt es von dieser nur ausweichende Antworten. Zwei volle Monate sind seit dem Beschlusse der Nationalversammlung verflossen, ohne daß man bis zur Stunde weiß, ob die Maßregel in Bälde aufgehoben werden wird. Der Ausschuß stellt den Antrag, die Nationalversammlung wolle beschließen, der provisorischen Centralgewalt aufzugeben, ungesäumt die österr. Regierung aufzufordern, das Ausfuhrverbot auf edle Metalle sofort aufzuheben, damit der Verkehr deutscher Staaten unter einander wiederum in seine alten Rechte eingesetzt werde. — Einige österr. Abgeordnete wollten weiter gehen, und das Ausfuhrverbot geradezu von der Nationalversammlung aus aufheben. Die Versammlung begnügte sich aber mit dem Ausschußantrage, welcher fast einstimmig angenommen wurde.

☆ Frankfurt, 23. Sept. Der Thatbestand der Ermordung Lichnowskys und Auerswalds stellt sich noch gräßlicher heraus, als man sich erzählte. Die Mörder zerbrachen dem ersteren, ehe sie ihn tödteten, die Arm- und Beingelenke, ja sie knickten ihm jedes einzelne Fingerglied, dann hefteten sie ihm ein weißes Tuch auf die Brust, wie eine weiße Scheibe, und schossen nach ihm. Während Auerswald sogleich unter Knüttel- und Sensenhieben erlag, lebte der Fürst noch 6 Stunden. Vergebens hatte er die Kannibalen gebeten, ihn rascher zu tödten. Mit vollem Bewußtsein nahm er Abschied von seinen Freunden, diktirte noch seinen letzten Willen und starb, ohne einem

Schmerzenslaute den Weg über die Lippen zu gestatten. Die Frau des Gärtners Schmitt, in dessen Garten die Ermordung geschah, soll dem Anführer der Bande zu Füßen gefallen sein und ihn um Schonung des Lebens gebeten haben; der Anführer aber (man nannte ihn „Herr Doktor“, und er soll ein Pole sein), antwortete: „Madame, Sie scheinen etwas schwache Nerven zu haben“. Wem schaudert nicht! Solche Thaten im Namen der Freiheit! So handeln unsere Demokraten! Fluch über die, die durch Wort und Schrift die Seelen verwildert, die Menschen in Hyänen gewandelt haben. Und Mitglieder der Nationalversammlung waren es, die am Tage vor dem Aufruhr auf der Pfingstweide die Menge fanatisiren halfen! Hoffentlich wird ihre Stellung sie nicht vor dem Arme der Gerechtigkeit schützen. Im Gegentheil, daß sie in solcher Stellung und mit dem ganzen Gewichte derselben die Leidenschaften angefacht, macht sie doppelt verantwortlich. Der Eine, Hr. Zitz, wäre auch, wie man hier erzählt, schon fast der Volkswuth erlegen; am Bahnhof zu Darmstadt soll er nur mit Mühe gerettet worden sein. Ich habe gestern Herrn Heckscher erzählen hören von seinen Begegnissen. Diese sind so bezeichnend für die Denkungsweise unserer Demokraten, daß ich glaube, Ihnen Einiges davon mittheilen zu sollen. In Soden hatte er bemerkt, daß man ihn erkannte und beobachtete, und ging deßhalb nach Höchst, um dort die Eisenbahn nach Frankfurt zu benutzen. Doch lag zwischen seiner Ankunft und der Abfahrt noch 1 Stunde. Schon von Soden aus waren etliche Turner hinter ihm drein gegangen, und in Höchst sammelte sich rasch ein immer wachsender Haufe um ihn, der ihn nicht entließ und von Drohungen bald zu Thätlichkeiten schritt. Man schlug ihn, warf ihn nieder, schleifte ihn, und nur mit Mühe gelang es einigen Bessergesinnten, ihn in das Rathhaus zu retten, vor dem der Haufe stehen blieb und beständig seine Auslieferung forderte, um ihn aufzuhängen. Aber selbst die „Bessergesinnten“ drinnen berathschlagten vor seinen Augen und Ohren, ob sie nicht ein Verbrechen begingen, den Händen des „Volks“ einen solchen Verbrecher vorzuenthalten. Auf seine Fragen, was er denn verbrochen, wurde ihm das Abenteuerlichste vorgehalten: er habe eine 2stündige Rede gegen die Linke gehalten, er habe einmal beim Herausfahren aus Frankfurt das Volk mit Verachtung angesehen u. s. w. (Heckscher ist so kurzsichtig, daß er kaum über den Tisch hinüber Jemanden erkennt.) Heckscher wußte die Inquisitoren doch stets durch die Macht seiner Rede stutzig und zuletzt müde zu machen. Er blieb standhaft gegenüber den schmählichsten Anforderungen. So forderte man von ihm, er solle bezeugen, daß im Augenblick in Frankfurt gar kein Ministerium, keine Centralgewalt bestehe. Es ist einleuchtend, welchen Gebrauch man von einer solchen scheußlichen Erklärung gemacht hätte. Sieben lange Stunden, bis Nachts 3 Uhr, kämpfte er auf solche Weise um sein Leben. Manchmal wollte der wildbrüllende Haufe in das Rathhauszimmer dringen; als einige der Bessergesinnten ihre Flinten zur Hand nahmen zur Vertheidigung des Gefangenen, da mußten sie sie sogleich wieder an die Wand lehnen, weil man ja kein edles Bürgerblut vergießen dürfe, um eines Volksverräthers willen. Was würde aus der Freiheit, aus dem Vaterlande, wenn solches Regiment zur Herrschaft käme?

† Frankfurt, 23. Sept. Schwanken und Zusammenhangslosigkeit charakterisirte heute wiederum die Majorität der Paulskirche, sie hatte dem frech hingeworfenen Handschuh der Linken wiederum Nichts entgegenzusetzen — so sie nahm ihn nicht einmal auf! Die bereits voreilig im Entwurfe in die Tagesblätter übergegangene Ansprache an die deutsche Nation war zur weiteren Berathung auf der Tagesordnung. Sie gefiel Wenigen und zwar wegen Mangels an Schärfe. Die Linke beantragte: über diesen Entwurf so einfachen Tagesordnung überzugehen und zwar ohne Diskussion. Die Rechte und die Centren lehnten das ab. Es werde diskutirt, aber wie! Nachdem Freundentheil sowohl wegen des Zweckes als wegen des Inhalts gegen die Ansprache aufgetreten war, und erklärt hatte, daß die Linke aus Männern bestehe, die wegen ihres makellosen politischen Lebens keines solchen Purgatoriums bedürften; nachdem Osterrath einen schwachen Versuch gemacht hatte, dafür zu sprechen, nahm Vogt das Wort, um den vorliegenden Entwurf, Absatz um Absatz, auf die ätzendste Weise durchzugehen, Zusätze zu machen und Unwahrheiten daria (sic!) zu berichtigen. Za den Unwahrheiten zählte er, daß die Nationalversammlung eine einheitliche Regierung geschaffen haben solle. Er beantragt statt dieses Ausdrucks den: „eine provisorische, leider bis jetzt noch durch den Widerstand der einzelnen Regierungen gehemmte Centralgewalt.“ Dieses müsse dem Volke gesagt werden, damit es wisse, wohin es seine Bestrebungen zu richten habe. Zu den Unwahrheiten zählt er ferner den Ausdruck, daß man sich am 18. erfreut habe die Nationalversammlung zu überfallen, er läugnet trotz des Gelächters darüber diese Thatsache. Er macht ferner hinter dem passus, „die Nationalversammlung fühlt sich gedrungen u. s. w.“, den Zusatz: in ihrer Majorität, und lehnt es mit stark aufgetragener Entrüstung von sich ab, daß die Majorität auch über die Gefühle der Minorität einen Zwang ausüben und sie einer Art von Inquisition unterwerfen dürfe. Er vertheidigt das Recht der Presse (implicite besonders der Reichstagszeitung) die Nationalversammlung selbst unter Injurien zu kritisiren, indem er sagt, daß letztere hoch über denselben stehen müsse. Er verhöhnt den Ausdruck „die Nationalversammlung werde die deutsche Freiheit schirmen“, da er nirgends die Freiheit sehe und ein Nichtexistirendes auch nicht geschirmt werden könne, und spottet schließlich darüber, daß die Nationalversammlung wie ein Mann für ihre Rechte stehen und erst nach Vollendung der Verfassung auseinander gehen wolle, die Rechte des Volkes nicht die unsrigen zu wahren sind wir da, sagt er, und bleiben bis wir von ihm abberufen werden! Ohne zu zucken hielt die Rechte unter dem Scheermesser, der Knelpzange und den sonstigen Instrumenten des Redners aus, und nachdem die Lektion gegeben und empfangen war — ohne Replik ging man mit 197 gegen 173 Stimmen dennoch zur einfachen Tagesordnung über, was vorher abgelehnt worden war. Dieser Verlauf war niederschlagend, um so niederschlagender, da neben der Ruhelosigkeit auch noch Rechtlosigkeit die Schuld davon schien; denn es sollen nicht weniger als 35 Mitglieder der Rechten und des rechten Centrums gefehlt haben. Welch einen Stoff gibt dieser Vorfall für die edle Vorkämpferin der Linken, die Reichstagszeitung, die auch in ihrer heutigen Nummer die Begräbnißfeier und die Reden dabei aufs Herrlichste persifflirt und gebührender Maßen beleuchtet hat. Morgen den 26. veranstalten einige Mitglieder der Linken eine Gedächtnißfeier für die ohne Sang und Klang beerdigten „Bürgerlichen“, bei welcher Gelegenheit Zimmermann aus Stuttgart sprechen wird. Das Volk ist durch hiesige Blätter dazu eingeladen. Die Nachricht vom Einfall Struves in den Seekreis hat hier wenig Sensation gemacht.

† Frankfurt, 24. Sept. Morgens. Soeben rückten unter dem Klange einer schönen Hörnermusik eine Abtheilung bairischer Jäger, ein Bataillon Oesterreicher und 2 Bataillone des 38. preuß. Infanterieregiments in unsere Stadt und haben sich eben der Zeile entlang nach dem Roßmarkt zu aufgestellt. In ihrem Gefolge waren mehrere Wagen voll Waffen, die in den umliegenden Ortschaften abgenommen worden sind. Es scheint, daß die Preußen dieses Geschäft vollzogen haben, denn sie haben, dem Staube nach zu urtheilen, einen langen Marsch gemacht. Die Stadt, welche gestern durch den Abzug fast aller Truppen ordentlich öde und leer erschien, denn der Wechsel kam zu plötzlich, ist nun wieder von zahlreichen Truppen belebt. Die Demonstration der Linken, welche heute auf dem Kirchhofe eine Gedächtnißfeier für die gefallenen „Bürgerlichen“ zu veranstalten beabsichtigte und in dem Frankf. J. deßhalb eine Aufforderung ans Volk erlassen hatte, ist verboten und verhindert worden. Schon gestern las man eine Berichtigung in demselben Blatte, durch welche die in der Aufforderung fälschlich aufgestellte Behauptung: als seien jene Gefallenen heimlich und ohne Theilnahme der Ihrigen beerdigt worden, durchaus widerlegt wird. Heut Morgen aber war der Weg nach dem Kirchhofe und dieser selbst mit Truppen besetzt, um die Volksversammlung daselbst, in welcher der Abg. Zimmermann aus Stuttgart sprechen wollte, und welche schwerlich das Gepräge einer Leichenfeier getragen hätte, zu hindern. Dem Vernehmen nach bereitet die Linke deßhalb eine Interpellation zu Morgen an, um wieder Gelegenheit zu bekommen, die Lektionen, welche sie durch die energischen Maßregeln des Reichsministeriums in ihren Bestrebungen außerhalb der Paulskirche erhält, innerhalb derselben der Majorität zurückzugeben, die das Ministerium stützt. Immer mehr macht sich wieder die Keckheit der Linken auf der Tribüne geltend, ihren Reden, denen die Parteileidenschaft Wärme und Würze zu geben versteht, weiß die Majorität oft nur ein Schweigen entgegenzusetzen, welches nicht geeignet ist, die Wirkungen derselben, zumal in der Masse, zu beseitigen. Die Reichstagszeitung dient der Partei ganz würdig. Ihre Bedeutung steigt mit ihrer Kühnheit (?), auch scheint Robert Blum mehr denn je seine Feder für sie zu spitzen. Unermüdlich ist sie in der Verfolgung Gagerns, und sie verachtet es nicht, v. Soiron beiläufig noch einige „Todesstöße“ zu versetzen.

Großbritannien.

London, 19. September. Die letzten Mittheilungen aus Irland lauten zufriedenstellender, obschon wiederholt tumultuarische Versammlungen stattfinden, die der Versicherung des Sun zufolge meist nur von Proletariern der ärmsten Klasse besucht werden. An tollem Lärm in irischer Weise und an den kühnsten Beschlüssen zum Umsturz der bestehenden Ordnung und zur Vertilgung des angelsächsischen Volks-

Digitized by Google

stammes fehlt es bei diesen Versammlungen nicht. Wenn Militär gegen die Sammelplätze anrückt, um die Masse auseinander zu sprengen, findet es bereits die Plätze geräumt, so daß an Vornahme von Verhaftungen nicht zu denken ist. Inzwischen schaart man sich wieder an einem andern entfernteren Platze zusammen. Daß durch so müßiggängerisches, planloses und unordentliches Treiben Elend und Noth nur wachsen können, liegt auf der Hand; aber auch in Irland arbeiten die Volksverführer darauf hin, das Volk der höchsten Verwilderung, Noth und Verzweiflung entgegen zu führen. Die Nachricht von einem blutigen Scharmützel zwischen dem Volk und den Truppen, welches im Forst von Curraghmore stattgefunden haben soll, scheint sich nicht zu bestätigen. Die Zeitung „The Nation", deren Herausgeber der jetzt verbannte Mitchell war, soll als der „National" wieder auferstehen und wird, wie aus der an Revolutionsphrasen reichen Vorschau hervorgeht, dieselbe Tendenz verfolgen. Es heißt im Prospekt unter Anderm: „Irländer! sind unsere socialen Leiden nicht sogar größer als die politischen Unterdrückungen, die auf uns lasten? — Der Handel hat unsere herrlichen Häfen verlassen, der Ackerbau liegt darnieder, der Kleinhandel ist gelähmt, Fabriken haben wir keine, die üppigen Hilfsquellen dieses im höchsten Grade fruchtbaren Landes bleiben unentwickelt, überall Bankerott und Ruin, der Geist und die Fähigkeiten des irischen Volkes sind wie in ein Sterbehemd gehüllt. Irländer, sollen wir ein Volk von Sklaven bleiben, da wir fast zu einem Volk von Bettlern herabgesunken sind"? u. s. w. In England herrscht, seit dem letzten durchgreifenden Eingreifen gegen die Chartisten, die größte Ruhe. Noch am 13. Sept. wurde in Bradford der sog. Wat Tyler, ein Grobschmied und wüthender Chartist, (sein wahrer Name ist Isac Jefferson) in seinem Bette verhaftet und sitzt jetzt fest im Schlosse von York. In London wird inzwischen gegen die früher verhafteten Chartisten zu prozessiren fortgefahren. Erst am 21. Sept. sprach der Centralgerichtshof über den bekannten Chartistenführer Shaw das Schuldig aus.

Frankreich.

Paris, 22. Sept. Louis Napoleon, Achille Fould und Rattpail sind gestern als Repräsentanten des Departements der Seine proklamirt worden. In Avignon wurd Hr. Gent wieder erwählt, dessen Wahl die Nationalversammlung vor einem Monat annullirt hat. In Lille der Oberst Negrier, in Lyon Hr. Rivet, in Bordeaux Graf Malé und in Brest der General Lafo. Alle diese Wahlen beweisen die allmähliche Erstarkung der gemäßigten und monarchischen Partei. Auch wird von verschiedenen Seiten versichert, daß dies die Leiter der Republik beunruhige und Cavaignac entschlossen sei, sich mehr der entschiedenen Linken, etwa der Fraktion Ledru Rollin, zuzuwenden. Ob aber in solch einem Falle nicht die Krisis beschleunigt würde, ist eine andere Frage.

Napoleon Bonaparte, der Sohn Jeromes, hat sich gestern zum Polizeipräfekten begeben und diesem erklärt, daß er für die friedlichen und ruhigen Absichten seines Vetters Louis bürge, er glaube nicht, daß er, ehe die Versammlung nicht seine Zulassung ausgesprochen habe, nach Frankreich kommen werde, keinesfalls aber werde er je dulden, daß sein Name den Unruhstiftern zum Vorwande diene.

Nachdem die Nationalversammlung in der gestrigen Sitzung die Artikel 11 — 14 der Konstitution votirt hatte, nahm heute Marrast das Wort und machte die Versammlung darauf aufmerksam, wie langsam die Verhandlung über die Verfassung vorwärts schreite. In vier Wochen habe man erst die Einleitung und 14 Artikel erledigt, man brauche also zu den andern 114 Artikeln noch wenigstens 15 Wochen, dann zwei Wochen zur Generalrevision der Verfassung, und so könne diese vor Ende Januar oder Anfang Februar nicht ins Leben treten. Eine solche Fortdauer des Provisoriums in den Winter hinein sei aber gefährlich. Diese Beschwerde, die man in der deutschen Nationalversammlung so lange wiederholen sollte, bis sie eine Wirkung fände, wurde zur weitern Entscheidung ausgesetzt. Darauf trat Saatoyn auf mit einer Interpellation an die Regierung. Das Vertrauen, sagte er, habe wieder zugenommen und mit ihm Handel und Industrie — aber seit einigen Tagen herrsche wieder Unruhe in der Bevölkerung. Nachdem er die Nothwendigkeit auseinandergesetzt hat, daß alle Spaltungen beseitigt und alle Meinungen zum Besten des Landes vereinigt werden sollen, kommt er auf den Hauptgegenstand seiner Interpellation und behauptet, vor Allem sei nöthig, daß sich eine große und kompakte Majorität im Sinne der Versöhnung und gegenseitiger Konzessionen bilde, die mit Kraft und Energie für das Beste des Landes arbeite. Nach einigen Lobsprüchen für Cavaignacs Charakter und Patriotismus fordert er diesen auf, mit seiner bisherigen Energie jeden Versuch zu Unordnungen, unter welcher Fahne er sich auch zeigen möge, sogleich zu unterdrücken, und bittet ihn, zu sagen, was er von dem Zustande des Landes denke und was er thun wolle.

Cavaignac erwiderte: Ich habe eine Frage an die Versammlung zu richten. Seit einigen Tagen scheint sich in dieser Versammlung eine Wolke zwischen uns und einem Theile der Versammlung erhoben zu haben. Ein solcher Zustand ist nachtheilig und bedarf der Aufklärung. Man scheint auf Thatsachen, die außer diesem Saale Statt fanden (die Wahlen) zu großes Gewicht zu legen — aber eben darum ist es nöthig, daß die Wolken, die uns gegenseitig verhüllen, verscheucht werden. Was aber beabsichtigte Unruhen betrifft, so brauche ich wohl nicht zu sagen, was die Regierung thun wird. Wir haben unser Alles aufs Spiel gesetzt, wir können und werden nicht rückwärts gehen. Was die Fahne der Versöhnung betrifft, so haben wir sie längst aufgesteckt, und sie heißt die Fahne der Republik. Jeder, der zu uns kömmt, um zum Heil und Gedeihen der Republik beizutragen, wird mit offenen Armen empfangen werden, ohne daß wir nach seinem Ursprung fragen. Die Lage ist ernst, aber nicht so bedenklich, als man sie machen will. Die Regierung ist auf alle Eventualitäten gefaßt, sie besitzt Gewalt genug, und sie verlangt keine größere. Sie gibt aber hiermit dem Lande die Versicherung, daß es ruhig sein kann und daß keine ernstliche Gefahr droht. (Allgemeiner Beifall.) Die Verhandlung war damit nicht zu Ende, da mehrere Mitglieder der Rechten die Gelegenheit benützen wollten, auf die Vergangenheit der Republik zurückzukommen. Die Versammlung kürzte aber die Scene ab, indem sie mit sehr großer Majorität eine motivirte Tagesordnung annahm, wonach sie der Regierung abermals ihr volles Zutrauen ausdrückt.

Ungarn.

△ Preßburg, 18. Sept. Gestern früh verließ ich Pesth und Hunderte von flüchtigen Frauen und Kindern langten Abends mit mir hier an. Als wir mit dem Dampfboote bei Komorn vorüber fuhren, sahen wir die ganze Stadt in Flammen stehn. Jellachich rückt mit seinen Kroaten und aus allen Gegenden zusammenströmenden österreichischen Truppen geradezu auf Budapest los, die wenigen ihm entgegengestellten ungarischen Truppen, von ihrem Führer, dem Genien Adam Teleki, verlassen, wurden zum Rückzuge genöthigt, und nun sammeln sich die Patrioten in Ofen, wo — wenn es anders so weit kommt — eine entscheidende Schlacht geliefert werden soll. Da der Ausgang derselben kaum einem Zweifel unterliegen kann, und die natürliche Folge eine Plünderung mit den gewöhnlichen Anhängseln sein dürfte, so ist Alles darauf bedacht, die Frauen und Kinder in Sicherheit zu bringen. Hier in Preßburg glaubt man sich vor der Hand sicher, da die Stadt „gutgesinnt" ist.

Griechenland.

* Athen, 11. Sept. 1848. Von den beiden Arten, unter konstitutioneller Form willkürlich zu regieren, ist die der klingenden Ueberredung hier verbraucht, weil die Ansprüche sich steigern und die Mittel erschöpft sind. Es wird daher zur zweiten Art, der Narvaezischen gerathen, versteht sich mit der gehörigen Verblümung. Unsere beiden Marschälle lassen sich durch den Widerstand, den sie beim Ministerium und der Kammer finden, nicht abschrecken. Sie haben eine Reorganisation der unregelmäßigen Truppen ausgesonnen, durch welche nach ihrer Versicherung, der König eine gleich ihnen bis in den Tod treue Leibwache erhielte, in der That aber Griechenland mit einem ähnlichen Institute, wie die Prätorianer, Strelitzen oder Janitscharen beschenkt würde. Die Kosten von einer Million Drachmen jährlich denkt man durch die unbestimmte Vertagung der Kammer zu decken, welche bisher etwa die gleiche Summe an Diäten und eine viel größere für die erforderliche Hörigkeit gekostet haben. Das Ministerium würde in russischem Sinne umgestaltet. Da in Frankreich die Republik sich hält und mit England das gute Einverständniß wieder herzustellen strebt, wird Rußland als die sicherste Stütze des Thrones dargestellt. Daß es ein deutsches Reich gebe, kömmt bei dieser neuen Politik nicht in Rechnung.

Im österreichischen Gesandtschaftshause sind die Hoffnungen auf die Vertretung Deutschlands etwas herabgestimmt. Sekret. v. Weis hat einen im Anfang d. J. erhaltenen Urlaub angetreten und schied nicht auf das Freundlichste von seinem Vorgesetzten. Wenn ein Wrack untergehen soll, verlassen es die Ratten.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[855]

Adresse an Se. Maj. den König von Preußen.

Folgende Adresse hat der Verein zum Schutz des Eigenthums und zur Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen Sr. Maj. dem Könige allerunterthänigst überreicht: Ew. Majestät Antwort auf das Entlassungsgesuch des Ministeriums von Auerswald hat die Ansicht ausgesprochen: „daß ohne Aufrechthaltung des Princips, daß der Nationalversammlung keine Eingriffe in Verwaltungsmaßregeln zustehen, die konstitutionelle Regierung nicht aufrecht erhalten werden könne."

Der unterzeichnete Verein, tief durchdrungen von der Wahrheit dieser auf der Theorie und Praxis des Staatsrechts der konstitutionellen Völker ruhenden Ansicht, ist der Ueberzeugung, daß jedes Hineingreifen der Nationalversammlung in die Verwaltung eben so sehr eine Verletzung des vom Ver. Landtage begutachteten Gesetzes vom 8. April d. J., wie eine Ueberschreitung des auf Grund dieses Gesetzes von der Nation der Versammlung ertheilten Mandates, mithin eine Vernichtung der rechtlichen Grundlagen ist, auf welchen diese Versammlung steht.

Nun hebt aber die Versammlung durch ihr Eingreifen in die Verwaltung zugleich das Wesen der konstitutionellen Verfassung auf, stürzt mithin diejenige Regierungsform, welche Ew. Maj. durch die Erlasse vom 18. und 23. März c. dem Volke zugesagt, und welche dasselbe stillschweigend, durch Vollziehung der Wahlen auf Grund des Wahlgesetzes vom 10. April d. J. angenommen hat, diejenige Regierungsform also, welche nicht nur bis jetzt rechtlich und faktisch besteht, sondern auch die unabänderliche Basis des zwischen der Krone und der Nationalversammlung zu vereinbarenden Staatsrechts bildet.

Aus allen diesen Gründen ist der unterzeichnete Verein der Ansicht, daß die Nationalversammlung durch ihren Beschluß vom 7. d. M. ebensosehr das formelle Recht, in welchem sie ihr Dasein hat, wie das Recht der Sache verletzt hat, daß daher diese Versammlung die Revolution, zu deren Sistirung sie berufen war, selbst aufnimmt und fortführt.

Ein solcher Gang der Dinge widerstrebt der Natur des unterzeichneten Vereins durchaus, so gewiß das ganze Wirken desselben von der Grundidee ausgeht, daß das Heil des bedrängten Vaterlandes nur dann möglich wird, wenn dem Strome der Revolution Einhalt geschieht und die Reform beginnt, wenn auf den Umsturz das Aufbauen folgt, wenn an Stelle der Negation völkerbeglückende Organisation gesetzt werden.

Sollte die Nationalversammlung auf dem von ihr jetzt betretenen Wege beharren, so glaubt der Verein mit Zuversicht hoffen zu dürfen, daß Ew. Maj., gestützt auf das Rechtsgefühl und die Einsicht der Nation, Allerhöchst Ihr und des Volkes Recht wahren werde.

In diesen Gesinnungen naht der Verein dem Throne mit der ehrfurchtsvollen Bitte:

Ew. Maj. möge dem neuen Ministerium die gemessensten Befehle ertheilen, dahin zu wirken, daß die Nationalversammlung zu dem ihr ertheilten Mandate zurückkehre,

und mit dem Ausdrucke seiner unerschütterlichen Ueberzeugung, daß Ew. Maj. bei Wahrung des konstitutionellen Rechts sich stets auf die Majorität der Nation eben so sehr wie auf den unterzeichneten Verein werde stützen können.

Der Verein zum Schutz des Eigenthums und zur Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen.

---

[856] Auf nachstehende in unserm Verlage erschienene Lehrbücher, welche bereits in fast allen badischen öffentlichen Lehranstalten eingeführt sind, machen wir bei herannahendem Wintersemester aufmerksam:

Döll, Ch., Elementarbuch der lateinischen Sprache. **Zweite verbesserte** Auflage. Preis 28 Sgr. oder 1 fl. 36 kr.

— — Dazugehörige Uebungen zum Uebersetzen aus dem Deutschen ins Lateinische. Preis 6 Sgr. oder 20 kr.

Kärcher, K., Französisches Lesebuch in zwei Unterrichtsstufen, nach pädagogischen Grundsätzen geordnet, mit sorgfältig bearbeitetem Wörterbuche. **Dritte verbesserte** Auflage. Preis 16 Sgr. oder 54 kr.

— — Grundlage beim Unterricht in der Erdbeschreibung. Nach den Grundsätzen Ritter's und v. Roon's für Unterrichtsanstalten, nebst einem kurzen Anhang über die deutschen Eisenbahnen. Preis 12 Sgr. oder 44 kr.

Schach, J. M., Anleitung zum Unterricht in der Erdbeschreibung, Naturgeschichte und Naturlehre. Für Volksschulen bearbeitet. Erste Abtheilung: Heimathkunde. **Zweite vermehrte und verbesserte** Auflage. Mit 58 Holzschnitten und 5 Lithographien. Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

Bleibtreu, L. E., Wirthschaftslehre für den Fabrikanten und Handwerker. Aus Auftrag Großh. Ministeriums des Innern für die Gewerbschulen des Großherzogthums Baden bearbeitet. Preis 15. Sgr. oder 48 kr.

Gruber, C., Die Formen- und Raumgrößenlehre in der Volks- und Fortbildungsschule. Für den Lehrer bearbeitet. Preis 15 Sgr. oder 45 kr.

M. Tullii Ciceronis, Cato Major et Laelius, 18 kr. (5 Sgr.

— — — De Officiis libri III, 36 kr. (10 Sgr.)

— — — Tusculanarum Disputationum libri V., 40 kr. (11 Sgr).

Ad optimorum librorum fidem scholarum in usum edit Carol. Frid. Süpfle.

Ueber die Zweckmäßigkeit einer Rückkehr zu diesen besten philosophischen Schriften Cicero's in den gelehrten Anstalten wird jeder Sachkenner mit dem Herrn Herausgeber einverstanden sein. Eine neue Schulausgabe, welche die grosse Anzahl glücklich und sicher ermittelter besserer Lesarten darbietet und dadurch zu dem richtigeren Verständnisse vieler Stellen beiträgt, bedarf keiner besondern Rechtfertigung; sie wird vielmehr überall, wo man dem besseren zugänglich ist, und namentlich die Zeit nicht mit Beurtheilungen der verschiedenartigsten Textesabdrücke, wie sie sich oft in buntem Gemische in den Händen der Schüler finden, verlieren will, mit Vergnügen aufgenommen werden. Die Ausgabe ist korrekt und kritisch begründet. Die äussere Ausstattung entspricht allen Anforderungen für den Schulgebrauch, namentlich denen „eines korrekten, die Augen nicht angreifenden, wohlfeilen Textesabdruckes", und somit wird die Absicht des Herrn Herausgebers, durch diese Ausgabe zum freudigen Lesen dieser schönen Ciceronischen Schriften beizutragen, sicher erreicht werden.

Mannheim, im Aug. 1848.

Die Verlagshandlung von
Fr. Bassermann.

---

[957]

Einladung
an sämmtliche Volksschullehrer Deutschlands.

Der Volksschullehrerstand Deutschlands hat in zahlreichen Petitionen seine Wünsche und Ansichten in Beziehung auf das Volksschulwesen der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. vorgelegt; allein es ist nicht zu läugnen, daß damit nur der Anfang zu den Schritten gemacht ist, welche die Volksschulverhältnisse herbeiführen sollen. Denn einerseits dürften in einigen wesentlichen Punkten — wir erinnern hier nur an die Kommunalschulfrage, an das Verhältniß der Schule zu Staat und Gemeinde — die Ansichten selbst unter den Lehrern nicht so sehr geeinigt sein, als es wünschenswerth wäre, und andererseits dürften die Sätze, welche von den Lehrern selbst als unbestritten angenommen werden, doch nicht auf eine eben so unbestrittene Anerkennung von Seiten der außerhalb des Lehrerstandes Stehenden zu rechnen haben, was Schule und Lehrer in seinen Folgen besonders schmerzlich in der in der deutschen Nationalversammlung stattfindenden Diskussion und Abstimmung über die Grundrechte und über die in Aussicht stehende Reichsschulgesetzgebung empfinden würden. Es erscheint daher, worin uns auch der Vorgang der Mitglieder des Gewerbestandes bestärken muß, nothwendig, daß sich in Frankfurt a. M. ein Kongreß deutscher Volksschullehrer, bestehend aus erwählten Abgeordneten des ganzen deutschen Volksschullehrerstandes, versammle, welcher die Frage der Organisation der Volksschule der Zukunft in allen Punkten in Berathung zieht, und durch unmittelbaren Verkehr mit dem Unterrichtsausschusse der Nationalversammlung der Stimme der Männer vom Fach einen erhöhten Einfluß auf die künftige Gestaltung der Volksschulverhältnisse verschafft. In Erwägung Dessen hat eine in Lavenburg a. Neckar abgehaltene Versammlung badischer Volksschullehrer den unterzeichneten Ausschuß beauftragt, die nöthigen Schritte zur Einberufung eines allgemeinen deutschen Volksschullehrerkongresses zu thun. Die Unterzeichneten, von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Zeit nahe der definitiven Abstimmung über den Art. IV. der Grundrechte und über die Vorlagen des Unterrichtsausschusses der Nationalversammlung, welche zugleich mit den Spätjahrsferien der meisten Volksschulen Deutschlands zusammen fällt, hierzu am Geeignetsten sei, haben daher die Einberufung eines allgemeinen deutschen Volksschullehrerkongresses nach Frankfurt a. M. auf Montag, den 16. Oktober d. J., beschlossen, und laden hiermit den gesammten Volksschullehrerstand Deutschlands ein, den Kongreß durch erwählte und gehörig zu legitimirende Abgeordnete zu beschicken. Als Wahlmodus haben wir nach reiflicher Erwägung 1/2 Proz. angenommen, so daß auf 200 Volksschullehrer ein Deputirter kommt. Die schleunige Anordnung und Ausführung der Wahlen in den einzelnen Ländern und Provinzen überläßt der Ausschuß den betreffenden Lehrern und Lehrervereinen, und bittet ins Besondere die Redaktionen der daselbst erscheinenden Schulblätter (an diese haben wir auch zur Veröffentlichung in ihren resp. Organen das provisorische Programm der Verhandlungen gesandt), der Sache ihre wirksame Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Erste Sitzung, als vorberathende mit dem provisorischen Programme und der provisorischen Geschäftsordnung sich beschäftigend, findet Statt Montags den 15. Oktober Abends 6 Uhr im Saale zum „Deutschen Hof." Reunion der bis dahin eingetroffenen Abgeordneten Sonntags den 14. Oktober Abends 6 Uhr im „Würtembergerhof."

Achern, den 10. Sept. 1848.

Der Ausschuß:

Siny, Redakteur des bad. Volksschulblatts.
Manz, Direktor des bad. Pestalozzivereines.
Hirt, Hauptlehrer zu Freiburg im Breisgau.
Meyer, Unterlehrer zu Lahr.
Sauer, Hauptlehrer zu Gemmingen.
Schick, Hauptlehrer zu Heidelberg.
Lehfeifer, Vorstand einer Töchterschule zu Heidelberg.
Pfaff, Hauptlehrer zu Mannheim.

(Die verehrlichen Redaktionen aller politischen und Lokalblätter werden gebeten, vorstehende Einladung in ihren resp. Organen zur möglichst schleunigen Veröffentlichung zu bringen.)

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cowie & Kapp, 20 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder vermittelt gefällig G. H. Alexander in Straßburg Nr. 20 Quai de Paris, Paris Nr. 20 Rue de Beaune in Amerika.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 261. **Heidelberg,** Dinstag 26. September. **1848.**

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt,** am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu bieten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der **Weidmann**schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an **D. Reimer** in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Aktenstücke über den Waffenstillstand. I. — **Wien** (der Kaiser. Der Farbenstreit. Die ungarische Deputation. Ein neuer Verein. Der konstitutionelle Verein. Das Geldausfuhrverbot. Die Krisis in Ungarn. Handelsnachrichten). **Berlin** (die Verhandlungen im Namen des „deutschen Bundes"). **Stuttgart** (das nächste Ziel der Agitation. Eine konstituirende Versammlung gefordert. Aufregung der Stadt. Energische Maßregeln der Regierung. Scherr in die Kammer zugelassen. Die Ruhe nicht gestört). **Karlsruhe** (ministerielle Bekanntmachung über das Gefecht bei Staufen. Verordnung über das Standrecht und über den Belagerungszustand. Ein Reichskommissär nach Freiburg. Verordnungen der Struve'schen „provisorischen Regierung"). **Schleswig** (die dänische Regierungskommission. Graf Molite doch ernannt. Neue Anmaßungen der Dänen. Erklärung der dänischen Regierung über die angeblichen Modifikationen. Das Ministerium wieder definitiv eingesetzt). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Interpellation der Linken. Erklärung Schmerling's über den Belagerungszustand. Der Einfall Struve's. Zusammenziehung von Truppen. Die Neutralität der Schweiz).

Schweiz. Aus der Schweiz. Die Altrepublik Lörrach.

Großbritannien. London. Stoßseufzer des Mr. Chronicle über Deutschland. Lord Bentinck †. Louis Napoleon.

Frankreich. Paris. Das neueste Vertrauensvotum und die herrschende Stimmung. Straßburg Effekten angekommen.

Beilage. Zur Charakteristik von Königsberg. Ernennungen der Mitglieder des abgetretenen Ministeriums. Schweiz. Zürich. Die Schweiz und Italien. Weinbesteuerung in Deutschland und der Schweiz. Fazy über die Schweizer Intervention. Dr. Bussard „verachtet" Radetzky. Kontribution in Luzern und Zug. Belgien Brüssel. Der Friedenskongreß.

26. September.

Wir haben bereits berichtet, daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark unverzüglich begonnen werden sollen, und Herr von Stockmar die Leitung der Verhandlungen in London übernehmen wird. Wir können ihm keinen bessern Wunsch auf den Weg geben, als daß es ihm gelingen möge, die Schorte, die unsre Diplomatie dem deutschen Ehrgefühl zu Malmö beigebracht hat, für immer auszuwetzen. Die Aktenstücke über den Waffenstillstand liegen jetzt Allen zur Einsicht vor, und die gouvernementale Presse kann die Laien nun nicht mehr mit dem vornehmen Troste abweisen, die doktrinären Tadler hätten ja von der eigentlichen Sachlage gar keine Kenntniß! Wir kommen auf diese Aktenstücke zurück, nicht um eine abgemachte und fertige Sache noch einmal aufzugreifen, sondern nur um ein paar prägnante Punkte hervorzuheben, die nicht bloß für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft von lehrreichem Gewichte sind. Die Diplomatie der jungen Reichsgewalt hat in den Verhandlungen über den Waffenstillstand keine Lorbeeren errungen; möge sie beim Frieden klüger sein und die Nation nicht zum zweiten Male ihr Lehrgeld zahlen lassen.

Zunächst haben wir in den Verhandlungen mit wenig Ausnahmen den alten Ton der Bescheidenheit und Unterordnung wiedergefunden, durch den sich die deutsche Diplomatie seit dem westfälischen Frieden allenthalben ausgezeichnet hat. Eine junge Macht soll zwar nicht mit Absicht und Affektation einen hohen und stolzen Ton annehmen, wenn sie in das „europäische Koncert" eintritt, aber sie braucht sich auch nicht zu jener demüthigen Stellung zu verurtheilen, die uns seit Jahrhunderten die Rolle des politischen Aschenbrödels zugewiesen hat. Anlaß dazu gab sich gleich in der ersten Vorfrage: ob die unmittelbare Theilnahme der Reichsgewalt an den Verhandlungen zulässig sei oder nicht? Schweden beantwortet hier unter allerlei Höflichkeiten diese Frage verneinend und gibt sich alle Mühe, nachzuweisen, daß man nur mit Preußen, nicht mit dem Reichsverweser zu unterhandeln brauche. Wir wissen recht gut das Gewicht diplomatischer Konvenienzen zu schätzen, wir theilen auch ganz die Ansicht über die noch immer fortdauernde Existenz des deutschen Bundes, die einer unserer Berliner Korrespondenten in unserm heutigen Blatte näher begründet hat. Aber die Betheiligung der Reichsgewalt an dem Vertrage selbst ganz zurückweisen, wie die schwedische Note thut, nachdem doch Preußen nur im Namen dieser Gewalt und nur mit Vollmacht derselben unterhandelt, erscheint uns als ein Vorgang, der, einmal so angenommen, die deutsche Reichspolitik in die alte Vasallenstellung zu Preußen oder Oesterreich zurückführen muß. Wenn man das Ausland so reden läßt, als wenn die Thatsache der Reichsgewalt nicht vorhanden wäre, so ist es nicht mehr auffallend, wenn dann später Preußen so handelt, als wenn die Vollmachten von dieser Gewalt ihm nicht wären gegeben worden, oder wenn die fremde Diplomatie schließlich von einem preußischen Separatvertrage redet und das verwerfende Votum der Nationalversammlung als nicht vorhanden ansehen will. Die deutsche Politik durfte nicht sofort den schlau hineingeworfenen diplomatischen Konvenienzen des Auslandes das Feld räumen und sich so gleich beim ersten Schritte in die Ecke schieben lassen. Aber freilich, unsere Diplomatie ist gewohnt, nach der Lygil des Auslandes zu reflektiren; selbst ein Mann, wie Auerswald, hat auf jene Konvenienzen keine Erwiderung, als die: daß „auf dem Standpunkt einer auswärtigen Macht jene Betrachtungen von Gewicht erscheinen müssen."

Die Anerkennung der neuen Reichsgewalt durch Dänemark, so entgegnet man uns von der Ministerbank, war aber während des Kriegszustandes nicht möglich. Gut; sie ist aber nicht nur in Kopenhagen, sie ist auch in London und Paris nicht erfolgt oder vielmehr nicht rasch genug vorbereitet worden. Nun hat wichtige Posten erst zu lange unbesetzt gelassen, dann z. B. den in Paris mit einer Persönlichkeit besetzt, deren Verdienste wir nicht anfechten wollen, der aber gleichwohl die Eigenschaften abgehen, die wir gerade in diesem Falle um ersten wünschen müssen. Herr v. Ranmer ist ein gelehrter und geistreicher Mann, aber zu unsicher und biegsam; wir müssen imponirende, kurz angebundene Charaktere in die Fremde schicken, wenn wir Etwas ausrichten wollen. Die Aufnahme unserer diplomatischen Vertreter in London und Paris, als sie endlich dahin abgingen, war ungenügend, und wir sind heute noch nicht im Klaren darüber, ob die Reichsgewalt dort unumwunden anerkannt ist oder nicht. Es liegt natürlich durchaus im Interesse des Auslandes (und die Presse dort sagt es ganz offen), mit der Diplomatie des Reichs die Anknüpfung zu vermeiden, da-

Digitized by Google

gegen die alten Einverständnisse mit den einzelnen Bundesländern wieder anzuknüpfen; um so fester und unbeugsamer müßte die Reichsgewalt darauf bestehen, das Erste möglichst zu beschleunigen, das Zweite ganz abzuschneiden oder so viel wie nur thunlich ist, zu neutralisiren. Inwiefern das abgetretene Reichsministerium hier seine Schuldigkeit gethan hat, darüber geben die Thatsachen selbst die beste Antwort. Doch hoffen wir wenigstens, daß die künftigen Lenker unserer auswärtigen Politik aus diesem ersten Beispiel sich die warnende Lehre entnehmen werden, wie gefährlich es ist, die Reichsgewalt in ihrem Verhältniß zum Auslande in der Luft schweben zu lassen und dafür die eigenen Funktionen in die Hände einer der Bundesregierungen zu legen.

Die Bescheidenheit in diplomatischen Dingen wird stets mit Undank gelohnt; das mußte auch unser Reichsministerium erfahren. Obwohl es sich durch die konventionellen Bedenken des Auslandes ziemlich rasch beseitigen ließ und die angebotene Gelegenheit schnell ergriff, Preußen die ganze Verhandlung in die Hand zu legen, mußte es sich doch von England derbe, fast grobe Zurechtweisungen gefallen lassen. Im beliebten John-Bull-Styl droht Lord Palmerston, „sich von jeder Betheiligung zurückzuziehen, da fortwährend so viele Schwierigkeiten von der einen Seite hervorgerufen und auf der andern (däniſchen!) Seite so viel versöhnlicher Geist gezeigt würde!" Und diese Vermittlungsdienste, so hochmüthig angepriesen, mit so vornehmen Drohungen begleitet, werden in der Paulskirche noch gerühmt, ja der Minister des Auswärtigen bedenkt sich nicht einmal, sich auf ein Zeugniß eines englischen Diplomaten wie auf eine deutsche Autorität zu berufen! Dem Ausland gegenüber ist nur der rechte, den das Reichsministerium und Herr Camphausen in ihren Erklärungen an die französische Republik angeschlagen hatten. Der französische Minister Bastide fällt mit einer Note herein, die mindestens den diplomatischen Neuling verräth; er spricht über die schleswiger Sache, wie Jemand, der erst eine Stunde zuvor sich ein paar unklare und unzusammenhängende Notizen darüber hat geben lassen, kleidet seine Unwissenheit aber gleichwohl in den anmaßenden Ton, den die französische Diplomatie von Ludwig XIV. an bis auf Cavaignac unverändert beibehalten hat. Der Haltung, welche hier unsere deutschen Staatsmänner einhielten, hätten sie sich immer treu bleiben müssen.

In dem Augenblick aber, wo die Reichsgewalt sich genöthigt sah, bei der Unterhandlung unbetheiligt zu bleiben und Preußen vorzuschieben, hatte die Sache eine Wendung erhalten, deren Gefahren nur durch die größte Umsicht vermieden werden konnten. Herr v. Auerswald hatte in seinem ausführlichen Schreiben alle die Nachtheile und Schwierigkeiten des Krieges klar und schlagend dargelegt; dagegen war Nichts einzuwenden. Aber er hatte auch ausdrücklich darin erklärt, „Preußen befinde sich in der vollkommenen Unmöglichkeit, den Krieg noch länger fortzusetzen" — gab also unverblümt genug zu verstehen, daß es den Krieg um jeden Preis beenden wolle. Ein preußisches, wir wollen sagen norddeutsches Interesse materieller Art, dessen Gewicht Niemand verkennen wird, gerieth hier mit einem moralischen Interesse der ganzen deutschen Politik in Konflikt; von dem Augenblik, wo nun das Reichsministerium Preußen die Unterhandlung anvertraute, mußte es sich jeden Ausgang derselben gefallen lassen, auch wenn jenem preußisch-norddeutschen Interesse alle die Rücksichten und Grundsätze geopfert waren, welche die deutsche Politik bisher in der schleswiger Frage geleitet hatten. Man ertheilte freilich eine beschränkende Vollmacht, man schickte einen Unterstaatssekretär nach den Herzogthümern; beide Auskunftsmittel waren unzureichend. Die Vollmacht wurde nicht eingehalten, und der Unterstaatssekretär befand sich bei den Verhandlungen in einem Verhältniß, das uns unter allen Episoden dieses diplomatischen Probestücks als die peinlichste erschienen ist — einem Verhältniß, wie es für die deutsche Reichsgewalt nun und nimmer wiederkehren darf.

Der Ausgang ist bekannt; die trübe Ahnung Bunsens, daß der „Vertrag ohne alle Garantie für die Erreichung des Zweckes des Kriegs selbst" abgeschlossen werden möchte, hat bis jetzt keine Widerlegung erhalten. Der Bevollmächtigte des Reichsministeriums sollte bewirken, daß zur neuen Regierung der Herzogthümer nur solche Personen gewählt würden, die „den Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit dieser Regierung verbürgen konnten" — und heute erfahren wir, daß ein Individuum, wie Graf Karl Moltke, als Präsident in Schleswig-Holstein einzieht und damit der Politik des offnen Briefes alle Satisfaktion gegeben ist. Was nun zunächst geschehen wird, müssen wir abwarten; nur eines ist uns klar, daß eine Regierung Moltke's politisch und moralisch zu den Unmöglichkeiten gehört. Der Bevollmächtigte sollte ferner die Präliminarien zum Frieden einleiten, und er war nicht einmal von dem Gang der Verhandlungen über den Waffenstillstand nothdürftig unterrichtet! Er sollte die Anerkennung der Reichsgewalt durch Dänemark bewerkstelligen; wir wissen bis heute noch nicht, ob dazu die Einleitungen getroffen sind. Und doch wäre es höchste Zeit, daß Deutschland, wenn nun Dänemark sein altes freches Spiel wiederholt, einmal in eigner Sache selbst mitrede, statt die freundlichen Vormundsdienste Englands abermals nachsuchen zu müssen.

Oesterreich. Δ Wien, 19. Sept. Der Fackelzug, welcher gestern mit Vortragung von schwarzgelben Fahnen von einem Theil der Nationalgarde (Bezirk Vorstadt Landstraße) dem Kaiser in Schönbrunn gebracht werden sollte, ist auf den Wunsch Sr. Majestät unterblieben. In Schönbrunn weht fortwährend die „deutsche Fahne" auf dem kaiserlichen Schlosse, und der Kaiser selbst trägt auf seinen Spazirgängen das deutsche Band im Knopfloche — und hat diese Farben sammt zu den Nationalfarben gemacht. Das sollten sich Jene merken, welche kaiserlicher sein wollen als der Kaiser selbst, und denen es beinahe gelungen wäre, einen Kampf hervorzurufen wie jenen der „rothen und weißen Rose." — Die Deputation von Pesth besteht aus 14 Mitgliedern der beiden Häuser, über Hunderte von Ungarn haben sich ihr angeschlossen und sie hieher begleitet. Einzelne Abgeordnete unseres Reichstags äußerten gestern, daß der Reichstag die Petition der Ungarn nicht annehmen werde. — Graf Adam Tökel soll sich nicht geflüchtet haben, wie einige Blätter behaupten, sondern zu Jellachich übergetreten sein. Er gehört einer sächsischen Familie aus Siebenbürgen an, und die Sachsen sind bekanntlich gegen den Krieg mit Kroatien. Feldmarschalllieut. Hartlieb, die Generalmajore Schmidt, Kunzen, Roth, Dietrich, Kriegern, Theodorovich, Zeisberg, Neustädter sind ebenfalls bei dem Ban, sowie Major Graf Hompesch, den er zu seinem Flügeladjutanten ernannte. — Gestern fand eine Versammlung von Studenten, Nationalgarden, Bürgern u. s. w. im Odeon statt, wozu Alle eingeladen waren, welche mit der akadem. Legion „sympathisiren." Auf den Antrag des Studenten Willners, früher Mitglied des Sicherheitsausschusses, wurde dort beschlossen, einen Verein von Bürgern, Nationalgarden und Studenten zu gründen, dessen Mitglieder als Abzeichen die deutschen Farben am Hut tragen sollen. Die anwesenden Gneden haben beschlossen, im Falle eines Alarms immer zuerst auf die Universität zu rücken. Die Versammlung war 3000 bis 4000 Köpfe stark. — Der als Klub fortbestehende Sicherheitsausschuß hat gestern seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, in welcher beschlossen wurde, eine Adresse an das Ministerium zu richten, welche um eine Abänderung des Modus zu den Wahlen des Gemeinderathes bitten soll — nämlich allgemeine Wahl ohne Census. — Die seit vorgestern hier anwesende Deputation der Prager Nationalgarde überbrachte der hiesigen eine Fahne mit dem böhmischen Löwen, aber mit deutschen Bändern gziert, als Geschenk. Ihr Hauptzweck soll aber sein, bei dem Ministerium Waffen für die neu zu organisirende Prager Nationalgarde auszuwirken.

†† Wien, 21. September. Der konstitutionelle Verein hat sein Programm veröffentlicht, es ist zu abzusehen, daß jeder Oesterreicher sich als Mitglied dem Verein anschließen kann unbeschadet politischer Meinung oder Nationalität. Der Tadel schwarzgelber Reaktionstendenz fiel mit dem Programm weg, die Wirksamkeit des Vereines wird eine Ausdehnung über alle Provinzen zu erzielen suchen, um als Centralorgan des Konstitutionalismus in Wien zu agiren. Der Verein kann keine reaktionäre Richtung verfolgen, weil sich der ganze demokratische Verein eingereiht hat, wodurch die Demokraten die Majorität im konstitutionellen Vereine erhalten. Das Geldausfuhrverbot ist in letzter Zeit selbst auf Triest ausgedehnt worden. Es wurde von dem Hauptzollamte vor Kurzem noch ein Finanzbeamter nach Baden einem Geldtransporte nachgeschickt, dessen Abfuhr nach Triest aufzuhalten. Der Beamte kam zu spät. Die Absperrungstheorie Deutschösterreichs gegen Triest und Ungarn wird mit der Entwickelung der ungarischen und kroatischen Zerwürfnisse als Metternich'sches Vermächtniß fallen, der innige Anschluß Ungarns an Deutschland erfolgen und durch Hebung kommerzieller Interessen die Scheidewand einstürzen, welche seither Ungarn von Oesterreich getrennt hat. Beförderung des Wohlstandes der lang verbrüderten Nachbarvölker wird mehr auf die Wiedervereinigung wirken, als Siege oder Reden. Dem Standpunkte des ruhigen Beobachters, des Deutschen, des Menschen kann man nur wünschen, daß Ungarn prosperire. Ungarns und Deutschlands Interessen sind eng verbunden, der Bürgerkrieg würde

sie trennen, wenigstens stören, von dieser Seite fasse ich die Lage Ungarns auf; so versteht der deutsche Oesterreicher die jetzige Kalamität der Magyaren und ist großmüthig und gerecht, die Fehler eines Kabinets nicht einem ganzen Volke aufzubürden. Graf Tekeli Kommandant der ungarischen Streitkräfte wurde von den Officieren des Husarenregiments Alexander und Württemberg gezwungen das niedergelegte Kommando wieder aufzunehmen, welches er jetzt an den Palatin abgetreten haben wird. Wahnsinnige Gerüchte werden in Wien verbreitet und finden leider Glauben, wie z. B. der ungarische Landsturm wolle mit 150,000 Mann nach Wien ziehen, den Kaiser zu dem bisher Verweigerten zu zwingen; oder der Handelsstand habe das Ministerium gebeten die Residenz in Belagerungszustand zu erklären, wird wohl heißen das Standrecht zu proklamiren. Es ist Thatsache, daß vom Handelsstande eine Petition an das Ministerium ging mit entschiedener Strenge gegen alle Wühler einzuschreiten. — Zur Beschleunigung der Post zwischen Wien und Konstantinopel sind vom k. k. Finanzministerium vier österreichische Tartaren in Adrianopel und eben soviele in Sophia aufgestellt worden, weßhalb in Zukunft die türkischen Tartaren die Post bloß bis Adrianopel bringen werden. Auch wurden neue türkische Postrelais in Bujuk-Tschatodmedsche, Jenikoi, Halkalj errichtet. Das gesammte Postgeschäft wird künftig von dem Grenzpostamte in Semlin an das k. k. Konsulat in Belgrad übertragen werden. Nach Berichten aus Petersburg wurden im letzten Jahre 700,000 Pud roher Baumwolle für inländische Fabriken eingeführt. Rußland besteuert rohe Baumwolle nur mit dem Einfuhrzolle von 25 Kopeken per Pud, dagegen Baumwollengespinnst (Twist) mit 6 Rubel 50 Kopeken Silber per. Pud. In der Vorstadt Ochta von Petersburg entstand kürzlich eine neue großartige Baumwollenspinnerei — die sechste in Petersburg — durch den deutschen Unternehmungsgeist der Herren Forsmann und Holzhauer mit einem Aktienkapital von 420,000 Silberrubel. Der Schafwollmarkt zu Charkow war mit Wolle reich versehen, die Geschäfte gingen flau. Zu Folge Gouvernementsberichte betrug die Zahl der am 1. Januar 1847 in Rußland in Thätigkeit befindlichen Fabriken und Manufakturen 8333 mit 508,607 Meistern und Arbeitern. In Petersburg wurde in letzter Zeit zufolge Konsularberichte viel Getraide-, Talg- und Hanfbestellungen von England gemacht. Nach Anzeige des Konsuls von Odessa vom 8. Septbr. d. J. wurde eine Zusatzgebühr zu den festgestellten Zollgebühren von dem kaiserl. russischen Finanzministerium von ¼ bis 1½ Kopeken Silber per Pud und einen für Macicpal angeordnet. Graf Nesselrode soll in Warschau mit Fürst Paskiewicz wichtige Konferenzen wegen Herstellung eines Vicekönigthums Polen haben.

Preußen. ** Berlin, 18. Sept. Rothgedrungen ein Wort über den Waffenstillstand. Ich weiß, er ist nicht verworfen. — Nur Nur über Einen Punkt. Preußen hat den Vertrag abgeschlossen in seinem Namen und in dem „des deutschen Bundes." Die Centralgewalt ist nirgend genannt. Sie wissen, was man Alles hieraus gefolgert hat; ich wiederhole Nichts davon. — Diejenigen, welche noch am mildesten geurtheilt haben, wie z. B. die Deutsche Zeitung, nennen es doch einen Formfehler. Es ist wahr, wie sind sehr junge Politiker, wir Deutsche! — Der Krieg war zwischen Deutschland und Dänemark. Der Waffenstillstand mußte daher im Namen Deutschlands abgeschlossen werden. Während des Krieges wurde die innere Lage Deutschlands verändert. Innere Veränderungen der Länder hat das Ausland nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu ignoriren. Es ist keine diplomatische eingerottete Usance, an deren Stelle die junge Staatskunst etwas weit Besseres zu setzen hätte; es liegt in der Natur der Dinge, daß der Reichsverweser, daß die Reichsregierung von den auswärtigen Mächten ignorirt werden muß, ehe dieselben eine Notifikation empfangen haben. Die auswärtigen Mächte sind gar nicht befugt, früher anzuerkennen, ehe die Anerkennung von ihnen gefordert wird. Die Notifikation ist keine leere Form; sie bedeutet so viel, als daß von jetzt ab der auswärtigen Macht das Recht gegeben wird, Notiz zu nehmen. Dieses Recht, von dem Regierungsantritt des Reichsverwesers Notiz zu nehmen, ist Dänemark nicht eingeräumt worden. Man macht hieraus dem Reichsministerium einen Vorwurf. Während im Namen Deutschlands mit Dänemark Krieg geführt wird, soll Deutschland einen diplomatischen Verkehr mit Dänemark anknüpfen? Der Akt der Notifikation an Dänemark war schlechthin unmöglich. Und wiederum ist dies keine diplomatische Marotte, sondern an sich gut und vernünftig. Dänemark wußte von einem Reichsverweser, einer Reichsregierung, einem Reichstage Nichts und wollte nicht bloß, sondern konnte und durfte davon Nichts wissen. Dennoch sollte Deutschland mit Dänemark einen Waffenstillstand schließen. Wie war es denn, nicht bloß Diplomaten, sondern Menschen möglich, dieses Deutschland zu bezeichnen? Die Auffassung, welche man in Frankfurt beliebte, daß nämlich „der deutsche Bund" am 28. Juni aufgelöst, aufgehoben sei, hätte auch in Dänemark Anklang finden, die dänischen Agenten hätten sagen können, der deutsche Bund existire ja nicht mehr. Und ich will es nur andeuten, sie haben es ganz gewiß gesagt. Aber sie durften sich nicht unterstehen, es zu formuliren und sich darauf zu steifen. Denn für Dänemark bestand der deutsche Bund nach wie vor, für Dänemark galt der deutsche Bund als eine europäische Macht und diese Anerkennung hätte erzwungen werden können; Dänemark hatte nicht das Recht, in unser Haus hinein den Kopf zu stecken, ehe wir ihm die Thür geöffnet. Ein alter, alter Ausdruck däucht mir oft wie neu erfunden, und gleichsam aus einem Bedürfniß neuester Zeit entstanden: „Glänzende Unwissenheit". Unwissenheit ist alt, aber glänzende Unwissenheit war bis vor Kurzem in Deutschland nur bei Personen, die gewöhnlich französisch sprachen, und diese nannten es „Esprit" — Der deutsche Bund soll aufgelöst sein!? Vielleicht wird diese Phrase zum Dogma des Zeitalters. Seit 1806 las man ja auch in allen Büchern, hörte von allen Kathedern, das deutsche Reich sei aufgelöst, die deutsche Geschichte reiche bis 1806. Das deutsche Reich hatte nach der Adelsrevolution des Rheinbundes und den Befreiungskriegen in der Bundesakte eine neue Verfassung erhalten, gewiß eine spottschlechte. Jetzt hieß das Reich — „deutscher Bund" und hatte als solcher so viel Geltung bei den auswärtigen Mächten, als es in seiner erbärmlichen Verfassung haben wollte, „deutscher Bund" war der völkerrechtlich anerkannte Ausdruck für die europäische Macht: „Deutschland". Der deutsche Bund ist eben so unauflöslich und ewig, wie das deutsche Reich. Der deutsche Bund ist nicht bloß am 28. Juni nicht aufgehoben, sondern er ist gar nicht aufzuheben. Nur seine Verfassung ist provisorisch geändert, wird definitiv geändert werden, und man wird ihm eben einen andern Namen geben. Vielmehr sind die Gesetze des deutschen Bundes, soweit das Gesetz vom 28. Juni sie nicht modificirt, noch heute und morgen bindend für die deutschen Fürsten. Es darf noch heute kein deutscher Fürst aus diesem ewigen deutschen Bund austreten; es darf noch heute keine Regierung eines deutschen Bundesfürsten einen Separatfrieden abschließen; es darf noch heute kein deutscher Fürst Souveränetätsrechte an einen auswärtigen Fürsten abtreten. — Die Verfassung des deutschen Bundes ist schon jetzt provisorisch so wesentlich verbessert, daß man noch kaum den alten deutschen Bund wiedererkennt. In diesem frohen Gefühl suchen wir nach einem neuen Namen; das Volk spricht wieder, wie es schon seit 1815 hätte sprechen sollen, vom „Reich." — Aber wir thun sehr unweise, wenn wir in unserem Frohsinn auch gleich nach Außen uns formell als etwas wesentlich Anderes, Neues ankündigen. Dadurch geben wir dem neidischen Fremden einen erwünschten Vorwand, die Anerkennung zu weigern oder an Bedingungen zu knüpfen. So hat Herr Cavalgnac Anstand genommen, Raumer als Reichsgesandten zu empfangen. Die Königin von England ertheilte dem Reichsgesandten Andrian nur „officiöse" Audienz. Der Czar wagte es, zu spotten. Wenn wir am Kern festhielten und nicht schaler Weise auf die Schale pochten, so hätten wir Herrn Raumer und Herrn Andrian und Herrn Auerswald als Gesandte des deutschen Bundes nach Paris, London und Petersburg gesandt, und Herr von Auerswald brauchte nicht erst in Petersburg anzufragen! Diese Gesandten mußten empfangen, und zwar officiell empfangen werden. Sie notificirten dann den Regierungsantritt des Reichsverwesers, als Oberhaupt der Conféderation Germanique, und häuftigten ihre von Johann unter Kontrasignatur des Reichsministers ausgestellten Akkreditive ein. Sie mußten angenommen werden. Im Verlaufe des diplomatischen Verkehrs war dann ganz einfach die Veränderung im Geschäftsstyl zu beanspruchen, daß die Höfe sich fortan des Wortes Empire Germanique statt Conféderation Germanique bedienen möchten. Auch Lord Cowley mußte dann officiell und nicht officiös in Frankfurt residiren. Statt dessen zog man es vor, mit der Thür ins Haus zu fallen. — Dänemark mußte sich gefallen lassen, den deutschen Bund anzuerkennen und mit dem deutschen Bunde Verträge abzuschließen. Aber freilich, es war notorisch, daß in Deutschland Veränderungen vorgegangen waren, von denen Dänemark als feindliche Macht nicht unterrichtet sein konnte, folglich auch nicht Notiz nehmen durfte. Diese Notorietät mußte für Dänemark es als sehr gefährlich und mißlich erscheinen lassen, mit dem dem Bunde zu unterhandeln. Der deutsche Bund war aber die einzige mit „Deutschland" gleichbedeutende europäische Macht, mit der überhaupt unterhandelt werden konnte. Preußen durfte aber nicht anders, als im Namen Deutschlands unterhandeln; denn es war ein deutscher Krieg. Damit nun diese europäische Macht, welche der „deutsche Bund" in den Augen Dänemarks sein mußte, den gebührenden Kredit genoß, verpflichtete Preußen sich noch außerdem insbesondere, gewissermaßen gab

Digitized by Google

sich zum Pfande für Deutschland. Erwies sich nun auch die europäische Macht „deutscher Bund“ oder „Deutschland“ als ein Phantom, so hatte Dänemark doch Preußen, an das es sich halten konnte. Wenn ich jetzt wiederholen wollte, welche Folgerungen man daraus gezogen, daß Preußen „in seinem und im Namen des deutschen Bundes“ unterhandelt?! — Ja Kurzem: Im Namen des deutschen Reichs konnte nicht unterhandelt werden; im Namen Deutschlands mußte unterhandelt werden; Deutschland heißt bis auf den heutigen Tag als „europäische Großmacht“: deutscher Bund, ganz abgesehen von seiner Verfassung; es blieb Nichts übrig, als im Namen des deutschen Bundes aufzutreten und, um zu bewähren, daß der deutsche Bund, d. h. Deutschland, wirklich eine Macht sei, Preußen als Unterpfand noch insbesondere für Deutschland in die Wagschale zu werfen.

Würtemberg. ♃ Stuttgart, 22. Sept. Die Regierung ergreift ernste Maßregeln, um jedem gewaltthätigen Versuche der anarchischen Partei entgegenzutreten. Die Beurlaubten sind einberufen, von Ludwigsburg ist gestern noch Infanterie und Artillerie hier eingerückt und an die bekannten Führer der „Männer der That“ scheinen freundschaftliche Warnungen ergangen zu sein. Die impeovisirte Volksversammlung, welche gestern in Cannstatt gehalten wurde, war sehr dünn besucht, dagegen aber die sonntägige hier um so zahlreicher besucht werden soll. Der Plan zum Agitationsfeldzug soll jetzt vorliegen: der „Volksverein“ wird an den „Bundesausschuß“ (der Klubs) den Vorschlag bringen, mit aller Kraft dranf zu dringen, daß die jetzige Ständeversammlung, mit Ausschluß der 1. Kammer, nur ein Wahlgesetz mit allgemeinem Stimmrecht und direkter Wahl beschließe, worauf die Stände aufgelöst und eine „konstituirende Versammlung“ einberufen werden soll, welche ohne weitere Vereinbarung mit der Krone — die künftige Konstitution einzig und allein festzusetzen also auch über die Frage ob Monarchie oder Republik zu entscheiden habe. Die Sache hat das Verdienst der Einfachheit für sich, das läßt sich nicht läugnen, und der Plan wird, wenn auch nicht die Mehrheit des Volkes, so doch die Mehrheit der neu zur Kammer gewählten Staatsdiener, besonders etwiger jungen Regierungsräthe für sich haben. Daß in Würtemberg ein Verfassungsvertrag zwischen Volk und König besteht, dessen Aenderung nach Maßgabe der Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung von keiner Seite beanstandet wird, der aber im Uebrigen nur auf verfassungsmäßigem Wege, also in dieser Beziehung nur mit Zustimmung des Königs, abgeändert werden kann, macht den neuen Theoretikern keine Schwierigkeit. — Das Volk ist souverän, also steht es über den von ihm eingegangenen Verträgen. Jede Diskussion darüber oder gar dagegen wäre nicht nur gefährlich für den, der an der Unumstößlichkeit dieser Argumentation zweifelt, weil das „souveräne Volk“ noch weit weniger Bedenken gegen seine Allmacht duldet, als frühere die souveränen Fürsten von Gottes Gnaden, sondern auch ganz und gar unnütz. So wird es geschehen, verlassen Sie sich darauf, es müßten dann Ereignisse eintreten, welche die Entwickelung noch mehr beschleunigten. Eine konstituirende Versammlung muß allerdings auch in Würtemberg einberufen werden, sobald die Grundrechte von der Reichsversammlung verkündigt, und damit die Ständeunterschiede, also auch die ständige Repräsentation aufgehoben werden. Allein es entsteht dabei die entgegengesetzte Frage, wie bei den konstituirenden Versammlungen Würtembergs im Jahre 1815; damals konnte die Verfassung nicht zu Stande kommen, weil König Friedrich dem Lande, und dem Volke nicht vorweg ein ihm eigenes Recht anerkannte, was König Wilhelm gleich in dem Patente bei seiner Thronbesteigung that. Jetzt soll die Krone, der künftigen konstituirenden Versammlung gegenüber, durchaus rechtlos sein. Bedenkt man dann ferner, daß das würtembergische Volk durch die allgemein und niegends verweigerte oder auch nur beanstandete Vornahme der Wahlen zur Abgeordnetenkammer nach den Vorschriften der bestehenden Verfassung nach den Märztagen noch unzweideutig seine Anerkennung des Verfassungsvertrags an den Tag gelegt hat, so dürfte für Jeden, der das öffentliche Recht nur irgend kennt, kaum ein Zweifel mehr obwalten können, daß die nächste konstituirende Versammlung (auch die von 1817 und 1819 führten diesen Namen) die von ihr zu beschließenden Abänderungen der bestehenden Verfassung mit dem Könige zu vereinbaren hat. Allein darauf, was — mit aller Anerkennung der neuen Verhältnisse und besonders der unbedingten Unterordnung und Anpassung der besondern Verfassung unter die zu erlassende allgemeine deutsche Reichskonstitution — überhaupt nach dem konstitutionellen Staatsrechte geschehen sollte, kommt es gegenwärtig gar nicht mehr an. Als das alte System auf die gleiche Weise sündigte, hat es die Stimme der treuen Freunde der Verfassung unbeachtet gelassen, hat sie sogar verhöhnt: es ist ganz natürlich, wenn das neue System es nun ebenso macht. Möchte es nur nicht wieder die gleichen Folgen haben!

** Stuttgart, 23. Sept. Heute ist unsern Stadt in ungewöhnlicher Aufregung. Von den Volksversammlungen der letzten Tage, von dem Gerüchte einer Sturmpetition an die Kammer, ja daß es bald „losgehe“, ist Ihnen berichtet worden. Auf morgen ist hier eine Volksversammlung ausgeschrieben. Heute früh hörten wir von Struve's Einfall. All das regte auf. Wie in den letzten Tagen war heute ein Banner Bürgerwehr aufs Piket gestellt, als sie heute früh sich versammelte, ließ man sie, da Alles ruhig war, wieder auseinander. Plötzlich um 12 ein halb Uhr tönt Generalmarsch, und als das betreffende Banner sich sammelte, wird es in einzelnen Zügen unter Begleitung von Polizeikommissären in einzelne Wohnungen entsendet, wo die Polizei strenge Haussuchung hielt. Unter den so Besuchten waren Aler. Simon, der Kastelier Werner und der Hausherr des G. Rau von Gaildorf, welcher letztere übrigens zu einer Volksversammlung nach Rottweil abgereist ist. Vom Resultat wissen wir nichts Sicheres, wir hörten, daß in einem der Häuser ein Päckchen Papier mitwanderte. Der größte Auflauf entstand vor Werners Haus. Bei ihm ist meist der Sammelplatz der Partei, von dem Mann heißt es, er gieße bei Nacht Kugeln ꝛc., ob nun was bei ihm gefunden wurde, verlautet Nichts. Auch der Minister Römer erschien vor dem Hause. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen, und die Ruhe wurde nicht gestört. Nachmittags war an allen Straßenecken eine Proklamation angeschlagen, welche auch im Schw. Merk. diesen Abend erschien. (Wurde bereits gestern mitgetheilt). Die Haussuchungen waren kaum beendet, da begann um 3 Uhr eine sehr interessante Berathung über die Legitimation des Abgeordneten Scherr, eines Deutschkatholiken, gegen den der Wortlaut unserer Verfassung „drei christliche Bekenntnisse“ ist. Die Majorität der Kommission, mit ihr (auch Reichstagsabgeordnete) Rödinger, Tafel und der Berichterstatter Schober trugen auf Genehmigung der Wahl an. Ihr Rechtsgrund war die Bundesakte, welche christliche und nicht bloß 3 christliche Bekenntnisse anerkennt, und der ja nach ausdrücklicher Bestimmung unserer Verfassungsurkunde selbst, diese nachstehen muß. Ihr politischer Grund war das gegen früher veränderte Zeitbewußtsein, die Beschlüsse des Vorparlaments und des Bundestags über die Reichstagswahl, die Berathung der Grundrechte: Alles Angesichts der Zeitereignisse, Angesichts der bevorstehenden auch ausdrücklichen Anerkennung auch in Würtemberg. Die Minorität, zwei von sieben, Beides nicht gelten lassend, hielt sich an den Buchstaben der Verfassung. Staatsrath Römer gab im Namen der Regierung die Erklärung ab, sie theile die Ansichten der Minorität (gegen Scherr). Sie wolle die Entscheidung ganz der Kammer anheim stellen, weil aber das Zeitbewußtsein als ein Grund geltend gemacht sei, so verwahre sich die Regierung hiegegen für andere Fälle, sie halte an der Verfassung fest. Ich will die Debatten nur kurz berühren, sie waren kirchliche, politischer und rechtlicher Natur. Von den Letzteren war besonders interessant die Frage über den Vorzug der Giltigkeit der Bundesakte oder der Landesverfassung, welch letztere der Berichterstatter der Minorität behauptete. Wiest aus Eßlingen, der übrigens bloß die rechtlichen Gründe der Majorität theilte, wies schlagend nach, wie einestheils die Bundesakte die Aufnahme der Deutschkatholiken erheische und anderseits dieser die würtemb. Verfassungsurkunde nachstehe. Eisenlohr verwies auf den Vorsteher einer separatistischen Sekte in Kornthal, Hoffmann, (einen Verwandten jenes in Frankfurt), der 1820 ohne Anstand in der Kammer gesessen. Man gestehe den Deutschkatholiken die bürgerlichen Rechte nicht zu, weil die sie genehmigende Verordnung v. 1846 diese ihnen vorenthalte. Rödinger kommt auf seine Beanstandung im Jahr 1833 zurück, jetzt seien er und 2 seiner Genossen im Geiste einer neuen Zeit angelassen. Auf glänzende Weise faßte Schober die Debatte zusammen, seine Rede ließ uns erkennen, weßhalb er in Frankfurt ein einflußreiches Mitglied ist. Allerdings sei es bedenklich, sagte er zum Schlusse, jedem Ausfluß der öffentlichen Meinung Einfluß zu gestatten, wenn aber auf das Unzweideutigste nachgewiesen sei, daß etwas Bestehendes nicht mehr Ausdruck des Volks, d. h. der Regierung wie des Volks sei, so sei doch auch Rechnung zu tragen. Es fehle nicht an Beispielen der Geltung des Zeitbewußtseins in dieser Richtung. Er erinnert an die Aufhebung der Censur, obgleich stets die frühere Regierung erklärt habe, sie nicht ohne den Bundestag zu beseitigen, an die heutige Erklärung Römers, das was es für Verfassungsverletzung halte, doch der Kammer zu überlassen, während sonst die Regierung sich mit Haut und Haar gewehrt, an die 1833 beanstandeten „Demagogen“, deren Zulassung jetzt kein Mensch beanstande. Und doch zähle die Kammer noch 4 Mitglieder, welche damals die Zulassung aus Rechtsgründen bekämpft, welche wohl ihre Ansicht nicht geändert haben, aber heute kein Wort gegen Rödinger,

Digitized by Google

Tafel und Kübel haben. Was sei dies, wenn nicht das Zeitbewußtsein? Scherr, der wohl links zu äußerst sitzen wird, ist mit 62 gegen 23 Stimmen zugelassen. — Gerüchte von einer Ministerkrise, bei welchen auch Schober genannt ist, erwähne ich nur, um zu sagen, daß sie bis jetzt ungegründet sind. Der König soll jetzt hier bleiben. Bis jetzt (Postschluß) ist Alles ruhig; morgen hat die gesammte Bürgerwehr hier zu bleiben. Diesen Abend kam noch von Ludwigsburg wieder Infanterie hier an.

** Stuttgart, 24. Sept. Der heutige Tag und mit ihm wohl überhaupt die nächste Zeit sind vollkommen ruhig. Die gefürchtete Volksversammlung, zwar stark besucht, ging aus, faß wie das Hornberger Schießen, wie man bei uns sagt. Der erste Redner sprach aus, man möge aus Rücksichten für die Umstände die Versammlung unterlassen. Damit unterblieb die Thätigkeit derer, welche die Versammlung bestellt hatten. Einige kurze Reden folgten, bald aber war's aus, und sicher ist das beste Mittel gegen die aufregenden Versammlungen der letzten Wochen, sie einfach gewähren zu lassen. Soviel man hört, hätten die gestrigen Hausfuchungen zu gar keinem Resultate geführt. Vermuthlich ist jetzt, wenigstens für den Augenblick, die alte Ordnung wieder hergestellt.

Baden. Karlsruhe, 25. Sept. Das Ministerium hat folgende Bekanntmachung erlassen: Nach Nachrichten, die gestern Abend von Freiburg eintrafen, hörte man dort Kanonendonner. Heute Abend ist nun eine Extralokomotive mit der Nachricht angekommen, daß unsere Truppen die in Staufen eingezogenen Rebellen geschlagen und zersprengt haben. Bei Heitersheim sind die Truppen auf die 6—700 Mann starken Rebellen gestoßen und haben sie nach Staufen gedrängt. Nach einer nicht unbedeutenden Gegenwehr wurde Staufen von den Truppen eingenommen. Einige Häuser sind dort abgebrannt. Auf der Seite der Rebellen sollen viele Todte sein und auch einige auf der Seite der Truppen. Die näheren Einzelnheiten werden erst erwartet. Karlsruhe, 25. Sept. 1848. Ministerium des Innern. Bekk.

Karlsruhe, 24. Sept. Das heute früh nach allen Richtungen abgegangene Regierungsblatt enthält zwei Verordnungen vom 23., durch deren eine das Standrecht geregelt und durch die andere die ins Rheinthal sich erstreckenden Amtsbezirke von Lörrach bis Achern und der Bezirk Ettlingen in Kriegszustand erklärt werden. Heute Nacht befand sich der Reichskommissär Graf Keller (Mitglied der Nationalversammlung) hier, und diesen Morgen früh, nachdem er mit dem Chef des Ministeriums des Innern eine Besprechung gehabt hatte, fuhr er mit dem ersten Bahnzuge nach Freiburg. Er hat eine Vollmacht vom Reichsverweser, Alles, was die Aufrechthaltung der Sicherheit des Staates fordere, vorzukehren, Truppen zu requiriren, den Belagerungszustand zu erklären, Standrecht anzuordnen ꝛc. (Karlsr. Z.)

Die N. Z. Z. enthält in Betreff der Struve'schen Rebellion folgende Mittheilung: Eine Verordnung der provisorischen Regierung erklärt die Abschaffung sämmtlicher mittelalterlichen Lasten, worunter auch der Zehnten und zwar ohne Entschädigung begriffen ist. Eine das Einkommen der Unbemittelten nicht berührende progressive Einkommensteuer tritt an die Stelle sämmtlicher bisherigen Abgaben. Der Zoll an der Grenze bleibt fürs Erste bestehen. Sehr merkwürdig ist Art. 3, der lautet: „Sämmtliches Grundeigenthum des Staats, der Kirche und der auf Seite der Fürsten kämpfenden Staatsbürger geht provisorisch, unter Vorbehalt späterer Ausgleichungen, an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es liegt." Die Verordnung schließt mit dem Beschluß einer allgemeinen Volkserhebung.

Die Karlsr. Z. berichtet: Wir sind in den Stand gesetzt, über das Gefecht folgende nähere Einzelnheiten mitzutheilen: Staufen, 24. Sept. 1848. Heute Morgen um 6 Uhr brach General Hoffmann von Freiburg auf, mit 2 Bataillonen, 1 Eskadron und 4 Geschützen. Als wir gegen Heitersheim kamen, entdeckte man gegen das Gebirge hin zwischen Staufen und Heitersheim mehrere bedeutende Haufen von Aufrührern. General Hoffmann ließ sogleich die Truppen querfeldein marschiren, um die Freischaaren, die Stand zu halten schienen, anzugreifen. Die Truppen hatten aber kaum die nächste kleine Höhe erstiegen, als die Freischaaren eilig ihre Position verließen und sich nach Staufen warfen. Hier errichteten dieselben eine Menge Barrikaden und brachen die Brücke über den Neumagen ab. Die Truppen folgten im Sturmschritt nach, und schritten, in 2 Kolonnen getheilt, deren eine General Hoffmann, die andere General v. Gayling kommandirte, sogleich zum Angriff. Die Vertheidigung war sehr lebhaft und bei Weitem ausdauernder, als früher bei Freiburg; allein der Muth unserer braven Soldaten, an deren Spitze die beiden Generale, überwand alle Hindernisse. Unser Verlust ist gering. Wir haben nur 2 Todte und 7 bis 10 Verwundete, während die Rebellen sehr viele Leute verloren haben. Die Leichen liegen vor und in der Stadt noch ungezählt. Gefangene wurden 60 gemacht, welche morgen nach Freiburg gebracht werden, da sie hier nach dem Abmarsch des Militärs nicht bleiben können. Leider ist Struve entkommen; nur der Hut und Mantel seiner Frau blieb in den Händen der Soldaten. Erbeutet wurde noch eine Masse von Waffen aller Art, 8 Pferde und einige tausend Gulden. Der Geist der Truppen ist vortrefflich. Morgen will den General die Verfolgung der Rebellen, welche heute nur durch die Nacht unterbrochen wurde, fortsetzen.

Aus Schleswig-Holstein, 21. Sept. Die neuesten dänischen Blätter bringen folgende officielle Mittheilung: „Der König von Dänemark habe zu Mitgliedern der Interimsregierung für die Herzogthümer ernannt: Herrn Grafen Kael Moltke (Präsident), Probst Hansen zu Alsen und Amtmann Johansen aus dem Schleswigschen, die sich auch zur Annahme bereitwillig erklärt haben. Nun habe Preußen noch die beiden holsteinischen Mitglieder zu ernennen. Zugleich habe das dänische Kabinet ein Cirkular an alle auswärtigen Gesandten erlassen des Inhalts, daß es die bisher in den deutschen Blättern verbreitete Nachricht, als fände sich Dänemark geneigt, noch neue Konzessionen zu machen, nur deßhalb ignorirt habe, weil es dasselbe nur als eine Zeitungsente betrachtet habe; da man nun aber auch in Frankfurt bei den Berathungen über den Waffenstillstand davon Erwähnung gethan, so erklärte es hierdurch, keinen Finger breit von den Bedingungen des Waffenstillstandes weichen zu wollen; und würde es lieber von Neuem zu den Waffen greifen, als seiner Ehre ein „Jota" zu vergeben. Sein Heer sei gerüstet.

Kiel, 21. Sept. Graf Moltke, Amtmann Johansen und Bischof Hansen erklären in einer Proklamation, daß sie die gemäß des Waffenstillstandes einzusetzende Immediatkommission zur Verwaltung der Herzogthümer bilden, versprechen insbesondere, für Fleiß und Frömmigkeit in Schule und Kirche zu sorgen und weisen die Behörden und Beamten an, alle Berichte an sie als die einzig rechtmäßige Oberbehörde der Herzogthümer zu richten. In Flensburg wurden Moltke und seine Kollegen am 23. (nach Andern am 26) d. M. erwartet, um sofort in Funktion zu treten. Der provisorischen Regierung und dem General Bonin ist sogleich Nachricht gegeben worden, und man erwartete Truppenverstärkung, um die durch Moltke's Ankunft ernstlich bedrohte Ruhe zu erhalten. In der Landesversammlung wird die Sache morgen vorkommen und diese neue unerhörte Anmaßung der Dänen und Moltke's zurückgewiesen werden. Man erwartete, daß auch Preußen gegen jene Immediatkommission kräftig protestiren werde. Es ist die Rede von einer ernstlichen Note Palmerston's an die dänische Regierung, von der man hofft, daß sie diese zur Besinnung bringen werde. Die heutige Landesversammlung war sehr aufgeregt, theils durch die traurigen Nachrichten aus Frankfurt, besonders aber durch die Kunde von der bereits theilweise angeordneten Demontirung und Entwaffnung unserer Strandbatterien, besonders aber der Festung Friedrichsort. Graf Reventlow-Preetz erbot sich, sofort nach Schleswig zu reisen, um eine Sistirung dieser Maßregel zu bewirken.

Die Berlingsche Zeitung will, daß, Falls Preußen nicht mit Dänemark in den Herzogthümern die übrig gebliebenen Bedingungen der Konvention erfüllen will, die dänische Armee Schleswig ohne Aufenthalt besetzen und die holsteinischen Häfen und den Kanal auf's strengste blokiren müsse.

Das Ministerium des Auswärtigen hat am 17. ein Rundschreiben an die dänischen Gesandten im Auslande erlassen, worin gesagt wird, die Regierung habe auf Zeitungsberichte über im Werke seiende Modifikationen des Waffenstillstandes keine Rücksicht genommen, erkläre nun aber, da eine Fraktion der Nationalversammlung zu Frankfurt ihre Annahme oder Nichtannahme desselben auf ein solches Gerücht baue, daß von solchen Modifikationen durchaus keine Rede gewesen sei, weder als Vorschlag von der einen Seite noch als Einwilligung von dieser Seite. Die Nationalversammlung gehe von unrichtigen Prämissen aus und schlage so einen falschen Mittelweg zwischen Annahme und Verweigerung ein, der dänischen Regierung liege es daher ob, jede Idee, als ob sie zu solcher Unklarheit und Zweideutigkeit Veranlassung gegeben hätte, zu entfernen, sie dürfe fordern, daß die Autoritäten, welche sich berechtigt hielten, den Waffenstillstand ihren Bestimmungen zu unterwerfen, ihn entweder annehmen oder verwerfen. Es sei ein Versöhnungsakt mit den Herzogthümern, und das aus ihm für letztere resultirende Gute könne nicht erreicht werden, wenn die Kriegspartei in denselben Hoffnung habe, durch Unterstützung der Frankfurter Nationalversammlung ihre Pläne zu erreichen. (W. Z.)

Das Rundschreiben selbst lautet: „Die Gerüchte, daß Dänemark sich willig erkläret hat, gewisse nähere bezeichnete Modifikationen in dem mit Preußen abgeschlossenen und ratificirten Waffenstillstand

Digitized by Google

vom 26. August einzuräumen, haben in keinem bedeutenden Grade die Aufmerksamkeit der dänischen Regierung auf sich gezogen, so lange diese nur in deutschen Blättern enthalten waren. Man verließ sich darauf, daß diese weder zu Hause, noch auswärts Glauben finden würden. Da aber jetzt in Erfahrung gebracht wird, wie eine Fraktion der Nationalversammlung in Frankfurt dennoch ihre Annahme oder Nichtannahme des Waffenstillstandes auf ein solches Gerücht hin bauen will, finde ich die Veranlassung, Sie zu ersuchen, bei der Regierung, bei welcher Sie akkreditirt sind, bestimmt zu erklären, daß von solchen Modifikationen durchaus keine Rede gewesen ist, weder als Vorschlag von der einen Seite, noch als Einwilligung dieser Seite. Es würde zu nicht wünschenswerthen Verwicklungen führen, falls eben benannte Versammlung, von unrichtigen Prämissen geleitet, einen Mittelweg einschlagen sollte zwischen Annahme und Verweigerung. Der dänischen Regierung liegt es daher ob, jede Idee, daß sie zu solcher Unklarheit oder Zweideutigkeit Veranlassung gegeben hätte, zu entfernen. Was man von hieraus glaubt, berechtigt zu sein, fordern zu dürfen, ist, daß diejenigen Autoritäten, welche sich selbst die Rechte beilegen, den giltig abgeschlossenen Waffenstillstand ihren späteren Bestimmungen zu unterwerfen, zu einem klaren Resultate kommen mögen, entweder den Waffenstillstand anzunehmen, um ihn mit derselben Gewissenhaftigkeit zu erfüllen, wie es von Seiten Dänemarks geschehen ist, oder ihn zu verwerfen. Der Waffenstillstand ist ein Versöhnungsakt mit den Herzogthümern. Sein Zweck ist, zu versuchen, die Differenzen auszugleichen, welche zwischen der Bevölkerung dieser Länder und der hiesigen entstanden sind. Dies Gute kann aber nicht erreicht werden, so lange die Partei in den Herzogthümern, welche die Fortsetzung des Krieges wünscht, Hoffnung hat, durch Unterstützung der Nationalversammlung ihre Pläne zu erreichen. Darin findet die dänische Regierung einen Grund mehr, dazu beizutragen, auch von Seiten Deutschlands eine unzweideutige Abmachung zu erwirken.

Frankfurt. Die N. Berl. Ztg. bringt folgende Angabe über die Verluste des Militärs: Gefallen sind von dem Bataillon der 38er der Hauptmann Huber, Lieutenant v. Hildesheim, der dritte Officier Rust von derselben Kompagnie erhielt einen Schuß in die Brust; glücklicherweise aber nahmen seine gaten Epauletten, die er auf derselben trug, die Kugel auf. Ferner fielen 2 Mann und 19 wurden verwundet. Von den 35ern sind nur 2 verwundet worden. — Die Oesterreicher haben weniger gelitten. Nur sind bei einer Kompagnie auch 1 Hauptmann, 1 Ober- und Unterlieutenant schwer verwundet. Von den Darmstädtern sind auch Officiere blessirt. — (Augenzeugen erzählen, daß Hauptmann Haber, zuerst in den Schenkel verwundet, sich aufraffte und mit den Worten: „Soldaten, verlaßt mich nicht, vorwärts!“ die Soldaten zum Sturm auf die Barrikade aufforderte. Da traf ihn die tödtliche Kugel. Sofort sprang v. Hildesheim vor die Fronte mit dem Ruf: „Kameraden, eächt Cueen führee!“ Da sank auch er, in die Brust geschossen, ohne einen Laut todt nieder. Seine Stelle vor der Fronte wurde sofort von dem dritten Officier eingenommen.)

Frankfurt, 25. Sept. Die Ansprache an das deutsche Volk, welche der Nationalversammlung vorgeschlagen war, verunglückte vorgestern, weil ihre Farblosigkeit keiner Partei gefiel; die Mehrheit wollte keine längere Debatte, und darum blieb die Vogt'sche Rede vorläufig unerwidert, und ihre Beurtheilung zunächst der Presse überlassen. Die linke Seite bemüht sich, den Aufruhr vom 18. September als unbedeutend darzustellen, denn mit einem mißlungenen Aufruhe ist ihr nicht gedient; sie wird bald auch den Einfall Struve's bei Lörrach mißbilligen; denn eben vernimmt man hier, daß das wälsche Banditengesindel, dem sich leider wieder manche Verblendete und Bethörte angeschlossen haben sollen, aufs Haupt geschlagen worden sei. Die rasch herbeigeeilte Reichshülfe wird noch bedeutend verstärkt werden, um die Ruhe dauernd zu sichern, und der Reichskommissär Graf Keller ist zu dem Ende mit ausgedehnten Vollmachten versehen. Man vernimmt, daß ein Korps von 10,000 Mann, aus preußischen, nassauischen und Frankfurter Reichstruppen gebildet, in den nächsten Tagen bei Schwetzingen aufgestellt sein wird; ein zweites Korps von gleicher Stärke soll bei Freiburg, ein drittes (Baiern) in der Nähe des Bodensees zusammengezogen werden. Die Grenze gegen die freundnachbarliche Schweiz muß wie die Grenze gegen einen Raubstaat bewacht werden, und es ist jetzt wohl Allen klar, was die Versicherungen der eidgenössischen und Kantonalbehörden, daß keine feindseligen Unternehmungen gegen Deutschland an der Grenze stattfänden oder geduldet werden, zu bedeuten haben. Es verhält sich damit, wie mit den Reden der Linken in der Paulskirche bei der Amnestieverhandlung, wo „aus guter Quelle“ versichert wurde, daß die Flüchtlinge in der Schweiz an keine Erneuerung des Bürgerkrieges dächten. Wie lange wird es noch Leute im Volke geben, welche den Lügnern und Verführern glauben, die von Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle sprechen und nur ihre ehrgeizigen Pläne auf Kosten der Freiheit und der höchsten sittlichen und der leiblichen Güter verfolgen. Das Volk im badischen Oberlande wird endlich doch begreifen, was unter Struve'scher Freiheit gemeint ist, und wer noch einen Funken von Einsicht, Ehre und Vaterlandsliebe besitzt, wird die Hand dazu bieten, damit die Gesetzlichkeit hergestellt und befestigt werde. Der Reichsverweser hat in dieser Richtung vertrauensvoll zu den Nationen und den Regierungen gesprochen, und seine Erwartung wird nicht getäuscht werden.

Frankfurt, 25. September. Der Nationalversammlung wurde heute durch ihren Präsidenten eine Zuschrift des Reichsministers mitgetheilt, wonach die früheren Reichsminister v. Schmerling, Peuker, v. Beckerath, Duckwitz und Mohl, sowie die Unterstaatssekretäre Bassermann, v. Würth, Mathy, Gallati und Widenmann zu ihren früheren Stellen wieder ernannt worden sind. Demnach sind nicht wieder eingetreten der Präsident des Ministerrathes, Fürst von Leiningen, und der Minister des Auswärtigen, Heckscher, welcher eine Sendung, entweder nach Italien oder nach Paris, übernehmen wird. Sein Amt ist einstweilen dem Minister des Innern, v. Schmerling, übertragen. Von den Unterstaatssekretären scheidet Herr Mevissen von Köln aus, weil er inzwischen eine Stelle in Köln angenommen hat. — Zur Unterstützung der am 18. Verwundeten, sowie der Angehörigen der gefallenen Soldaten sind von den Mitgliedern der Nationalversammlung bis jetzt 518 fl. eingegangen. Herr Teichert übergibt im Namen des Wehrausschusses den Bericht über die allgemeine deutsche Wehrverfassung. Diesen Ankündigungen folgten die dringenden Anträge und Interpellationen, welche von der linken Seite täglich gebracht werden, um die Berathung der Verfassung zu verzögern und den Konvent herbeizuführen. Es zeigte sich jedoch, daß endlich die große Mehrheit der Nationalversammlung sich ermannt und dem frechen Treiben ein Ziel zu setzen entschlossen ist. Die Dringlichkeit sämmtlicher heraetzigen Produkte wurde mit einer Mehrheit von Drei gegen Eins verworfen. Den Reigen derselben führte eine von Schaffrath und Genossen gegen die Minister des Innern und der Justiz, von Schmerling und Mohl, eingebrachte Anklageakte, worin alle Maßregeln, denen die Nationalversammlung, die Stadt Frankfurt, vielleicht Deutschland die Rettung verdankt, als Ueberschreitungen der Amtsgewalt und ähnliche Verbrechen dargestellt werden. Besonders erscheint darin das Verbot der Verherrlichung der Barrikadenkämpfer, welches die Linke unter der Firma einer Gedächtnißfeier der gefallenen Bürgerlichen gestern hatte veranstalten wollen. Die unglücklichen Opfer der Verführung und Bethörung waren bereits bestattet, und zwar Jeder einzeln unter dem Geleite der Angehörigen, wo solche vorhanden waren. Die Behauptung, daß die Leichen heimlich begraben worden seien, ist eine von den vielen Lügen, womit die Verführer im höchsten Grade verschwenderisch umgehen. Mancher von diesen, der jetzt noch mit unerhörter Frechheit angreift, dürfte bald mit seiner Vertheidigung vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung genug zu thun bekommen. Der Anklageakte folgen Anträge von Raumer, welcher die Berliner Versammlung auffordern will, an ihren Beschlüssen für die Volkssouveränetät festzuhalten, von Eisenmann, Zimmermann aus Spandow und Wesendonk, welcher letztere die Vorfälle des 18. Sept. vor einen ehrenpeinlichen Ausschuß verweisen will. Nachdem diese Anträge von dem Wege der Dringlichkeit auf den gewöhnlichen Gang durch die Ausschüsse verwiesen worden, beantwortete Reichsminister von Schmerling eine früher gestellte Anfrage des Abg. Venedey: aus welchen Gründen der Belagerungszustand eingeführt, wie lange er noch bestehen, und ob er auch auf Mitglieder der Nationalversammlung Anwendung finde — dahin: da bis jetzt für die Mitglieder kein besonderer Gerichtsstand bestehe, so unterliegen sie, wie jeder andere Einwohner von Frankfurt, dem Kriegsgesetze. — Unbeschreiblich war der Lärm und das Toben, womit die Linke den Minister in seiner Antwort unterbrach und woraus der Ruf „Reaktion“ ertönte. Als die Ruhe hergestellt war, fuhr Herr von Schmerling fort: übrigens sei nach allgemeinem parlamentarischen Gebrauche angenommen, daß die Verhaftung eines Mitgliedes nur mit Zustimmung der Versammlung vorgenommen werden könne. Dies beruhigte einigermaßen die Gewissen. — Was die Gründe für den Belagerungszustand betreffe, fuhr Herr von Schmerling fort, so habe das Ministerium unter seiner Verantwortlichkeit übernommen, für die Sicherheit der Versammlung und der Stadt zu sorgen, und es halte sich verpflichtet, den Kriegszustand so lange fort dauern zu lassen, als es dies nach seiner Ueberzeugung und seiner Verantwortlichkeit angemessen finde. Unter neuem Lärm der Linken gegen die Beschränkung der Freiheit, Barrikaden zu bauen, die Paulskirche zu stürmen, Abgeordnete zu morden und ähnliche (um mit Vogt zu reden) Riesenscheitte in der Freiheit

Digitized by Google

zu machen, brachte Venedey den Antrag, die Versammlung wolle das Reichsministerium veranlassen, den Belagerungszustand aufzuheben. Ueber die Dringlichkeitsfrage verlangte Venedey namentliche Abstimmung, und es stellte sich heraus, daß 277 gegen 139 Stimmen den Antrag nicht für dringlich erklärten. — Die Versammlung schritt nun zur Tagesordnung, nämlich zur Abstimmung über Art. IV. §. 17 und 18 der Grundrechte, und war bei Postschluß mit der Berathung der Frage beschäftigt, ob über §. 18 oder über §. 19 zuerst abgestimmt werden solle.

Schweiz.

☐ Aus der östlichen Schweiz, 23. Sept. „Es muß was Neues her", schrieb unlängst Johann Krumm an seinen lieben Mirbadon; und — da hätten wir es vollauf: Revolution in Lörrach und deutsche Republik, welche von Kirchthum zu Kirchthum flegro möge bis Memel oder lieber des Weges hin, wo der Pfeffer wächst. Erst zündete die heilige Einfalt das Feuerlein in Konstanz an, wo sie einst einen vernünftigen Mann verbrannt haben, und jetzt, da das Ding nicht von Konstanz war, thut sie es am andern Ende in Lörrach gleichzeitig mit dem Verbrennen der Kartoffelstaude. O, wenn doch der Schuster beim Leisten bliebe, und der Lörracher Tagdieb bei seinem sonstigen Handwerk, statt im Felde der Politik herumzustolpern, wo er durchaus Nichts zu suchen hat! Also im Ernste soll von einem Punkte der ungeheuren Peripherie die Neugestaltung Deutschlands ausgehen? Und Lörracher Philister sammt Zubehör sind die Männer für solch ein Unternehmen? Der Strich von Konstanz bis Lörrach ist das Gesäß, mit welchem Deutschland auf der Schweiz auffitzt; — seit wann aber ist dieser Theil des Reichswerks ein Organ politischen Denkens oder Handelns? In Konstanz wurde u. A. der Theologe, geboren, in Lörach der berühmte Hugo; daß aber aus der ganzen Linie außerdem noch ein vernünftiger Mensch je das Licht der Welt erblickte, bezweifle ich sehr, ich wüßte Keinen. Doch ich besinne mich. Ja Lörach geboren ist ein doctiger praktischer Arzt, der, wie die elende „Basler Nationalzeitung" sagt, „abgefeimte" Dr. Kaiser. Der durchdringende Verstand dieses Mannes hatte seine schwerfälligen Mitbürger schon lange genirt; also warfen sie ihn vorgestern beim Beginn der Revolution sogleich ins Gefängniß. Den Dr. Kaiser nämlich. Den Verstand — merkt Euch das, Ihr für ewig Blamirten! — kann man nicht einsperren, und an der Thatsache, daß die Lerche im Lörracher Stadtwappen eigentlich eine Gans ist, wird durch Euren Putsch so wenig Etwas geändert, als am Entwicklungsgange Deutschlands, der über Euch hinwegschreitet.

Großbritannien.

London, 20. Sept. Das Morning Chronicle scheint es sich ganz besonders zur Aufgabe gemacht zu haben, die deutschen Zustände im gehässigsten Lichte darzustellen. Man darf allerdings zugeben, daß in Deutschland genug geschieht, was den Ausländer an dem deutschen Volke, welches bisher sein Anrecht an den Genuß der ausgedehntesten Freiheiten auf seinen angeblich überaus gesetzmäßigen Sinn, seine geistige Bildung und seinen gemüthlichen Charakter zu gründen pflegte, gänzlich irre machen und sein Vertrauen zu uns und unserer Zukunft gründlich erschüttern kann; aber das M. Chr., und mit ihm die Mehrzahl der englischen Blätter, verkennt dabei absichtlich die löblichen Eigenschaften, die der unverwüstliche und gesunde Kern des deutschen Volks birgt, und hält sich nur an die garstigen Auswüchse, welche, Folge einer verfehlten und vernachlässigten politischen Erziehung, jetzt zu Tage kommen. Auf ein Bischen Anarchie in Deutschland mußten sich unter den jetzigen Verhältnissen die englischen Publicisten schon gefaßt machen; was werden sie nun erst sagen, wenn ihnen die an den „unverletzlichen" Volksabgeordneten in Frankfurt verübten Greuel zur Kenntniß kommen werden, Greuel, wie sie nur in den barbarischsten Zeiten unter den barbarischsten Völkern erhört sind, was werden sie erst sagen, wenn sie lesen werden, daß unsere gerühmte humane und gemüthliche Bildung zu einer Stufe herabgesunken ist, wo es Viele, und zwar unter den Landesvertretern selbst, für ganz in der Ordnung heißen, in einer oder der andern Weise eine solche uns vor aller Welt und der Geschichte schändende Greuelthat zu beschönigen! Wir werden in ganz Europa wegen so mancher Vorfälle in letzter Zeit ein hartes Gericht über uns ergehen lassen müssen, wir geben der Schadenfreude des Auslandes nur zu reichlichen Stoff, sich an uns zu weiden, nur sollte man im Auslande nicht heucheln, als ob man aus der uneigennützigsten Absicht uns heute den Judaskuß halb mitleidigen Lobes, morgen die Geißel der rücksichtslosesten Rüge auf die Stirne drückt. Wir wollen dem M. Chr., wie überhaupt den englischen Zeitungen, den gewohnten schulmeisterlichen Ton uns gegenüber zu gute halten, aber die Beleidigungen, die das M. Chr. uns in das Gesicht schleudert, können unmöglich aus jener „vetterschaftlichen und stammverwandtschaftlichen Zuneigung" hervorgehen, von der es vorgibt gegen uns erfüllt zu sein, noch weniger können sie dazu dienen, uns gegen einen so anmaßenden und groben Vetter besonders zärtlich zu stimmen. Das M. Chr. beklagt sich, „daß die deutsche Zeitungspresse seinen Ausfällen gegen Deutschland hämische Absichten und verächtliche Schadenfreude untergelegt habe, nie (!) sei eine Anklage weniger verdient gewesen", worauf das M. Chr. eine Anzahl Interessen aufzählt, welche seiner Meinung nach zwischen England und Deutschland ein gemeinsames Band flechten, hierunter auch den fortdauernden Austausch der literarischen Schätze, der uns freilich weniger gekostet hat, als der Austausch der gegenseitigen Waaren und Handelsartikel. Bald darauf heißt es aber von Deutschland, „es sei wie ein altes betrunkenes Weib, welches zum Erstaunen und Aergerniß von ganz Europa unanständig im Kreise herumtanze." In diesem Tone ist der ganze Artikel gehalten. Das M. Chr. erblickt nirgends in Deutschland eine Gewähr und Bürgschaft für die Zukunft, nicht in Frankfort, nicht in Wien, nicht in Berlin, hier vielleicht noch am ehesten, weil, der Ansicht des M. Chr. zufolge, in Preußen noch ein Volk sei, welches sich regieren lasse, wenn es eben gut regiert werde. Nur der Schluß enthält eine Wahrheit; er lautet: „jene kindlichen gesetzgebenden Versammlungen sind von einer gefährlichen Krankheit befallen, welcher solche junge Konstitutionen in der Regel ausgesetzt sind — nämlich der Unfähigkeit, zwischen den gesetzgebenden und den ausübenden Funktionen der Regierung zu unterscheiden."

Der Morning Herald meldet in einer dritten Ausgabe, daß Lord G. Bentinck, der bekannte Vorkämpfer der Protektionisten, auf einem Spaziergange plötzlich vom Schlage gerührt worden sei, als man ihn fand, war alles Leben in ihm bereits erloschen. Diese durch den [illegible] Telegraphen nach London beförderte, obschon noch nicht ganz verbürgte Nachricht erregte große Theilnahme. Der Lord war im Jahr 1802 geboren.

An der Londoner Börse macht man bereits Wetten darauf, daß im Laufe einer Woche (!) der Prinz Louis Napoleon [illegible] von Frankreich ausgerufen werde.

Frankreich.

Paris, 23. Septbr. Die Blätter sind ziemlich öde und beschäftigen sich fast mehr mit den auswärtigen, als mit den eigenen Angelegenheiten; das Einzige, was mit einigem Interesse besprochen wird, ist die gestrige Interpellation an Cavaignac und das Vertrauensvotum, das die Versammlung dem Diktator abermals bewilligte. Die mit der Regierung zusammenhängenden Blätter, z. B. der National, äußern sich in sehr salbungsvollem Tone, die übrigen lassen durchblicken, daß mit der Erklärung Cavaignac's und dem Vertrauensvotum man doch eigentlich um keinen Schritt weiter gekommen sei. Die Unruhe ist nicht aus den Gemüthern gewichen, und über die Politik, welche Cavaignac befolgen werde, ist man heute nicht mehr in Klarem als vorgestern. Im Grunde war der Beifall, den der General erhielt, mehr ein Tribut der Achtung und Sympathie, die man dem offenen, geraden Wesen des Mannes und seinem unbestrittenen guten Willen zollte; die Situation selbst ist nicht von der Art, daß man mit einem Vertrauensvotum darüber wegzugleiten kann. Dies beweisen auch die sich seltsam durchkreuzenden Gerüchte. Bald soll ein Komplott gegen Cavaignac entdeckt sein, bald will man wissen, das „konservative Volk" der rothen Republik wolle den Klub der konservativen Abgeordneten stürmen und die Mitglieder, nach altzechischer Nationalsitte, zu den Fenstern hinauswerfen. — Beides ist wahrscheinlich erfunden, beweist aber, mit welchen Gedanken die Phantasie der Leute beschäftigt ist. Auch die Besorgniß vor einem Schlag, den die legitimistische Rechte führen wollte, ist noch nicht verschwunden; wir glauben, die Partei ist klüger und wartet, bis die Zeit ihr die reife Frucht in den Schooß wirft. Bemerkenswerth ist, außer den jüngsten Ergänzungswahlen, eine statistische Uebersicht, die das Journal des Débats mit stillem Triumphe gibt; es geht daraus hervor, daß nicht nur in den Provinzen, sondern namentlich auch in Paris, seit den Ergänzungswahlen vom 4. Juni, die Zahl der monarchischen Wähler sehr beträchtlich zugenommen hat.

Straßburg. Der Mannheimer Abendzeitung wird geschrieben, daß der von Frankfurt aus steckbrieflich verfolgte „Demokrat" Chr. Effelen hier angekommen ist.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

Zur Charakteristik von Königsberg.

○ Königsberg, 14. Septbr. Die Deutsche Zeitung würdigt von Zeit zu Zeit auch die Zustände der größern Provinzialstädte ihrer Beachtung; dies veranlaßt mich, Ihnen einige Mittheilungen über die hiesigen zu machen, auf die vor der großen Märzkatastrophe die allgemeine Aufmerksamkeit gerichtet war, die aber seitdem von mächtigern Ereignissen in den Hintergrund getreten sind. Königsberg kann sich über die Göttin Fama nicht beklagen; nachdem es Jahre hindurch eines Rufs der Aufklärung, des entschiedenen Liberalismus sich erfreut hat, der meiner Meinung nach nicht hinlänglich gerechtfertigt war, so schiebt man ihm jetzt eine politische Weisheit, einen einsichtsvollen und wahrhaft freisinnigen Konservatismus unter, der sich vielleicht noch weniger bewähren dürfte. Die Hauptursache der letztern Berühmtheit trägt wohl das Scheitern der Kandidatur Jacobis bei den allgemeinen Wahlen, dessen politische Extravaganzen, so wie sein Bündniß mit den subversivsten Anarchisten mit Recht alle aufgeklärten Anhänger freier Institutionen ihm abwendig gemacht hatten. Berücksichtigen Sie jedoch die einzige Majorität von 3 Stimmen (so viel ich mich erinnere, waren 64 Wahlmänner für, 67 gegen ihn), welche seine Niederlage entschied, ziehen Sie mit in Rechnung, was dabei auf persönliche Antipathien zu schieben ist, die in dem abgeschlossenen Leben einer so isolirten Stadt, wie Königsberg, eine große Rolle spielen, schlagen Sie zu dem Allem endlich noch Jakobis abenteuerliches Verfahren in der famosen Depeschengeschichte, das damals noch im frischen Andenken stand, so werden Sie das Vertrauen der politischen Einsicht der Pregelstadt nicht überschätzen. Fände die Wahl heute Statt, so würde sie wahrscheinlich ein anderes Resultat ergeben. Die politischen Jünger Jacobis haben den hiesigen demokratisch-konstitutionellen Klub zum Hauptschauplatz ihres Wirkens gemacht. Sie können daraus schon entnehmen, wie es mit dem Konstitutionalismus desselben beschaffen sein muß. Die Meinungstyrannei, die mit sehr geringen Ausnahmen den Charakter aller Vereine in der jetzigen Zeit, hauptsächlich aber derjenigen bezeichnet, die sich den Extremen irgend einer Seite zu neigen, hat auch hier ihren Sitz aufgeschlagen. Die Gemäßigten sind dadurch mehr und mehr hinausgedrängt, und die Konstitutionelradikalen befinden sich jetzt so ziemlich en famille daein, was freilich mehr erbaulich, als amusant ist. Der Klub hat in Folge dessen auch die Verbindung mit dem Berliner konstitutionellen Klub abgewiesen (der wirklich eine der wohin als so selten von mir bezeichneten Ausnahmen bildet), weil er in demselben nicht den erforderlichen demokratischen Eifer wahrzunehmen glaubt. Vielleicht lief auch etwas provinzielle Eifersüchtelei dabei mit unter. Wenigstens hat der hiesige Klub sich an die Spitze eines gleichgesinnten Verbandes politischer Vereine der Provinz gestellt, für deren etwas krähwinkelige politische Begriffe er freilich Ideal und Tonangeber ist. Ich war in der gestrigen Sitzung des Klubs Zuhörer einer Verhandlung, die die neuesten Vorgänge in Berlin, den Beschluß der Nationalversammlung vom 7. Septbr. und den Sturz des Ministeriums zum Gegenstande hatte. Natürlich wurden diese Ereignisse mit größtem Jubel begrüßt. Ich will, um gerecht zu sein, zugeben, daß ich keine Sympathie für die gestürzten Minister in Anspruch nehme. Ich hatte sie allerdings nicht für perfide Reaktionäre, verstockte Absolutisten ꝛc. ꝛc., wie die Ehrentitel lauten, welche die Radikalen ihnen mit freigebigen Händen ertheilen, vielmehr glaube ich an ihre Redlichkeit sowohl, als an ihren guten Willen. Ja Zeiten, wie die unsrige, genügen jedoch diese Eigenschaften allein nicht, um das schwankende Staatsschiff durch die ringsumher starrenden Klippen zu steuern. Dazu bedarf es sehr hoher staatsmännischen und parlamentarischen Befähigung, rücksichtslose Energie nach allen Seiten hin, und davon sind unsere jetzigen Minister leider ebenso weit entfernt, als es ihre Vorgänger waren, und vergebens späht das ängstlich forschende Auge nach Nachfolgern umher, die mehr versprechen. Der hiesige Klub konnte also wohl ein Verdikt über die Minister aussprechen, ohne seinem konstitutionellen Namen zu nahe zu treten. Er konnte mit allen Vaterlandsfreunden den Unwillen theilen, die konstitutionelle Partei, aus Mangel fähiger Führer, so wenig achtungswürdigen Gegnern gegenüber in ruhmlosem Kampfe untergehen zu sehen. Aber gerade diesen Gegnern galt sein Beifall, dieser traurigen Fraktion der preußischen Strondins, die dasselbe schnöde Spiel mit der konstitutionellen Krone Preußen treiben, wie die französischen mit der, welche das dem Schaffot verfallene Haupt des sechzehnten Ludwig bedeckte, die als Erben aller Schwächen ihrer berühmten Vorgänger, an Talent sich ungefähr zu ihnen verhalten, wie die Spree zur Garonne, und die vielleicht nur ihrer Unbedeutendheit halber, falls ihre thörichten Pläne in Erfüllung gehen, der rächenden Nemesis entgehen werden, die das Urtheil der Nachwelt über jene unglücklichen Republikaner mitten stimmt. Ich muß in der That die Redner unseres Soi-disant konstitutionellen Klubs in der Mehrzahl von dem Verdacht der Unredlichkeit frei sprechen. Sie schienen es wirklich recht redlich zu meinen, desto weniger aber davon zu verstehen, worum es sich eigentlich handelte. Fast Alle legten den größten Werth auf den materiellen Inhalt des Beschlusses vom 9. August (den Erlaß an die Armee), ohne zu begreifen, daß es sich hier hauptsächlich um den Weg handelt, auf dem die Nationalversammlung jenen Beschluß zur Ausführung bringen will. Statt durch ein einfaches Mißtrauensvotum das Ministerium zum Rücktritt zu nöthigen und die Krone zu veranlassen, sich mit Männern zu umgeben, die im Geiste der Majorität regieren, somit die Stellung der Krone und die ihr allein zustehende Berechtigung, unmittelbar exekutive Maßregeln anzuordnen, anzuerkennen, stellt die Mehrheit der Nationalversammlung ein Princip auf, das sie zur alleinigen legislativen (und hierin ist sie nach eigener Zustimmung nur vereinbarend) und exekutiven (wo sie nur mittelbar einzuwirken hat) Behörde macht, die Minister in ihren Vollziehungsausschuß verwandelt und der Krone nicht nur alle faktische Macht raubt, sondern sie selbst der äußerlichen, die Verfassung schirmenden, Würde entkleidet, die gerade in der wahrhaft konstitutionellen Monarchie ihre Hauptaufgabe bildet. Nicht einmal in einer geordneten Republik kann die Repräsentation der Exekutivgewalt gegenüber eine solche Stellung einnehmen, höchstens in einem Provisorium, welches schon am Rande der Anarchie liegt. Und der konstitutionelle Klub begrüßwünscht fast einstimmig (gegen 2 Stimmen) die Nationalversammlung, daß sie unnöthiger Weise die Nation an diesen Abgrund gedrängt hat, er fordert sie auf, sich um keinen Preis aus einer Stellung verdrängen zu lassen, die einen jähen Sturz unvermeidlich macht. Die Redner Witt, Sautee, Bender, Samier, Falkson, Rupp, Heinrich (der Professor, nicht der Landtagsabgeordnete) sprachen fast alle hauptsächlich nur gegen den reaktionären Geist der Armee, den Beschluß der Nat.-Vers. begrüßten sie sämmtlich als die nothwendige Konsequenz der Volkssouveränetät (als wenn diese identisch mit der Souveränetät des Parlaments wäre), sie verlangten mit heiterer Naivetät, um Binckes bekannte Worte zu entlehnen, von der Krone sich diesem Beschluß zu fügen, d. h. faktisch abzudanken, sich moralisch zu vernichten, jede Weigerung der Krone, die Männer der Linken ins Ministerium zu berufen, d. i. den Selbstmord an sich zu vollziehen, erklärten sie für Rebellion gegen das souveräne Volk. Dies Spiel mit dem souveränen Volk wird sich schwer rächen. Wenn die Krone, ehe sie in diesen Akt der äußersten Erniedrigung willigt, einen letzten Versuch macht von der sich die Souveränität anmaßenden Versammlung an das souveräne Volk, das ihr sein Mandat nur innerhalb bestimmter, jetzt von ihr überschrittenen Grenzen gegeben hat, zu appelliren, wenn dann das Schicksal des Vaterlandes vielleicht noch einmal dem blutigen Würfelspiel des Kampfes zurückgegeben wird, dann wird es sich zeigen, ob die Herren Rodbertus, Waldeck, Jakobi und ihre Anhänger und Nachbeter über die Kraft des Volkes verfügen. Diese mit so frevelhaftem Leichtsinn heraufbeschworene Konflikt bekümmert unsere Klubredner nicht, es erscheint ihnen natürlich, daß eine 400jährige Dynastie, die nicht nur über 200,000 Bajonette, nein, die, was eine bessere Garantie ihres Bestehens ist, noch über Millionen anhänglicher Bürger verfügt, ohne Weiteres die Krone Friedrichs des Großen den Herren Stein und Waldeck überliefern wird. Rupp seien wohl zu begreifen, daß, wie er sich ausdrückte, die Nationalversammlung nicht in ihrem „formellen Recht“ wäre, dafür berief er sich sehr pathetisch auf das „ewige Recht“, ohne irgendwie zu beweisen, wie dasselbe denn hier ins Spiel kommt, ohne zu bedenken, daß man das „ewige Recht“ zu einer Gassendirne entwürdigt, wenn man es stets anruft, um das faktiöse Treiben verblendeter Fanatiker und herrschsüchtiger Intriguanten und Demagogen zu beschönigen. Natürlich herrschte die rührendste Einstimmigkeit unter diesem Verein politischer Schüler und Schulehrer, jeder Redner begann damit zu bedauern, daß ihm sein Vorgänger das Beste, was er sagen wollte, schon vorweggenommen hätte, fand aber dennoch immer eine entlegene Seitenpartie des Gegenstandes, auf der er sich gemüthlich ergehen konnte. Professor Heinrich dehnte zu diesem Zweck seine Streifzüge bis Ungarn und Italien aus, wodurch man beiläufig erfuhr, daß der Klub sich über die Bedeutung der dortigen Bewegungen getäuscht habe (ich fürchte, er wird sich auch noch andern Ortes oft täuschen); leider wurde die Eintracht des Klubs durch grammatikalische Differenzen, die sich über die Fassung des Beschlusses erhoben, gestört, woraus sich zahllose Amendements entwickelten, schließlich jedoch, wie es sich geziemte, der Fassung der Schullehrer, nemlich den Witt- und Sauterschen Vorschlägen, der Vorzug gegeben wurde. Der

Vorsitzende, Binter, strengte sich sehr an, um Einstimmigkeit zu erzielen, da dies, wie er bemerkte, zu dem Beschlusse, der brühwarm der Nationalversammlung zugeschickt werden solle, hinzugefügt, großen Eindrucks nicht verfehlen könne; leider wurde diese wünschenswerthe Harmonie durch zwei eigensinnige Dissenters zerstört, wobei ich übrigens nicht im Stande bin, zu berichten, ob politische oder grammatikalische Bedenken ihrem verneinenden Votum zu Grunde lagen. Sie sehen aus dem Allem, daß kein sehr wesentlicher Unterschied zwischen dem Königsberger demokratisch-konstitutionellen Klub und den demokratischen Vereinen rücksichtlich der Prinzipien obwaltet. Jene bestehen aus offenen Feinden der konstitutionellen Monarchie, dieser ist aus heimlichen Gegnern, die noch nicht offen mit ihrem letzten Wort hervortreten (übrigens wurde die Drohung eines Redners der gestrigen Sitzung „mit der Republik" enthusiastisch beklatscht) und aus solchen Anhängern derselben zusammengesetzt, die in ihrer Verblendung unwissende Werkzeuge der Republikaner sind. Der größtentheils viel ehrenhaftere Charakter der Mitglieder verhindert es, daß sie zu so schnöden Mitteln zur Durchsetzung ihrer Zwecke greifen, wie die Berliner Demokraten, die Konsequenzen ihrer Theorien weichen von denen jener nicht ab. Das Organ des Klubs ist die neue Königsberger Zeitung, die von Herrn Samter zwar gesinnungs- aber nicht gerade einsichtsvoll redigirt wird. Eine andre Königsberger Lokalgröße, der große Unbekannte, Herr Junius, füllt ihre Spalten fleißig mit seinen Briefen, in denen er größtentheils ein wohlfeiles Mäthchen an den Königsberger Deputirten, wie z. B. Simson und Tamezan, kühlt, die ihn bis jetzt jedoch keiner Antwort würdigten, worin sie hoffentlich fortfahren werden. Wenn man sich nur Napoleon nennen dürfte, um ein großer Feldherr zu sein, so würde es vielleicht Hrn. Janias gelingen, durch Annahme des Namens jenes berühmten engl. u. räthselhaften Publizisten ein großer Journalist zu werden. So ist es nur ein seichter, unwissender und in lächerlichem Grade anmaßender Phrasendrechsler, der in jeder Zeile durchblicken läßt, daß er sich für den berechtigsten Erben nicht nur des Namens, sondern auch des Verdienstes jenes großen Britten hält, was ihm jedoch kein vernünftiger Mensch zuerkennen wird. Fragen Sie mich vielleicht, ob außer dem demokratisch-konstitutionellen Klub Königsberg keinen Verein besitzt, der diesem entgegenwirken könnte? Hierauf muß ich leider verneinend antworten. Außer dem demokratischen Klub, der aus einigen kaum der Schule entwachsenen Jünglingen besteht, ist hier nur noch der ganz reaktionäre und borniert preußische Preußenverein und der konstitutionelle Verein, dessen Elemente gleichfalls keineswegs geeignet sind, auf das Publikum zu wirken, wenn gleich die von ihm dokumentirten Gesinnungen den Stempel gemäßigter Freisinnigkeit tragen. Eine große Anzahl eben so ansehnlicher, als gemäßigter Liberalen zieht sich daher von allen Verbindungen zurück, wodurch freilich die extremen Parteien das Terrain fast vollständig zu ihrer Verfügung haben.

Berlin, 23. Sept. Der Staatsanz. meldet: Der König haben geruht: Bei Entbindung der bisherigen Minister von ihren Stellungen dem Ministerpräsidenten von Auerswald die Verwaltung des Oberpräsidiums der Provinz Preußen zu übertragen, den Finanz-Minister Hansemann zum Chef der preuß. Bank, den Justizminister Märcker zum Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Halberstadt, den Staatsminister Bierke zum Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Bromberg und den Staatsminister Kühlwetter zum Präsidenten der Regierung zu Aachen zu ernennen.

Schweiz.

† Zürich, 16. Sept. Unsere Presse thut sich nicht wenig darauf zu Gute, daß die Urheber des Komplots zu Rimini, einige Koeposale, sämmtlich nichtschweizerischen Ursprunges seien; ich weiß in der That nicht, ob wir so stolz darauf sein dürfen, daß unsre Landsleute sich von einigen fremden Aufwieglern verleiten lassen konnten, die Waffen gegen ihre schweizerischen Officiere zu kehren. Jetzt hat das Standrecht vollauf zu thun, Mehrere der wieder eingefangenen armen Teufel sind schon füsilirt, Andere zu den Galeeren verurtheilt; natürlich! die Disziplin muß aufrecht erhalten werden; auch sind dergleichen Strafen in den Schweizerregimentern in Italien an der Tagesordnung. Gott sei Dank, daß die neue Bundesverfassung für die Zukunft wenigstens diesen Barbareien ein Ende macht. Zwei Schweizerregimenter helfen also dem König Ferdinand seine ungetreuen sicilianischen Unterthanen wieder unterjochen; wohl könnten die Italiener uns sagen: „Or. Ritter, ist Eure Liebe so heiß, wie Ihrs uns schwöret zu jeder Stund", wie kommt es, daß Ihr die eigenen Landeskinder zur Unterdrückung unserer Freiheit hergebt? daß Ihr einen Frevel begeht, dessen sich die „Gelehrtenversammlung zu Frankfurt" nie schuldig machen würde? Und wir können Nichts darauf erwidern als: „es reuen uns die Bohnen!" Wenn man aber einer einfachen Geldfrage wegen seinen Principien untreu werden muß, so sollte man den ungleich größeren Schwierigkeiten gegenüber, die sich Deutschland namentlich auch in seiner äußern Politik in den Weg legen, mit mehr Schonung urtheilen, als es gemeiniglich geschieht. — Der „Berner Verfassungsfreund", der sonst gar nicht, wie unser geistreicher Züricher Moniteur, die Deutschfresserei zu seinem offiziellen Berufe gemacht hat, klagt darüber, daß Süddeutschland erschwerende Maßregeln gegen die Einfuhr der Schweizer Weine ergriffen habe, er fügt hinzu: unsere Geduld wird endlich einmal brechen, die Eidgenossenschaft wird sich nicht ungestraft necken lassen! Triumphirend wiederholt der ganze Chorus unserer Blätter die kühne Apostrophe. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob der zu erwartende Ueberfluß an eigenem Wein Baden und Württemberg zu Erschwerungen der Einfuhr veranlaßt haben, ob überhaupt die ganze Nachricht begründet ist; mir erschien es nur höchst interessant und charakteristisch, daß von allen den Blättern, welche die Mittheilung und die Drohung des „B. B. Fr." wiederholten, auch kein einziges, bis erst am 2. dieses von Bern erlassenen neuen Ohmgeldsdekretes gedachte, welches die fremden Weine mit wesentlich höheren Steuern belegt. Ein Berner Blatt wagt es, sich über eine „Neckerei" des Auslands zu beklagen, nachdem Bern ein paar Tage vorher die ganz gleiche „Neckerei" gegen das Ausland verübt hat! Neben dieser patriotischen Gedankenlosigkeit nimmt sich die beispiellose Unverschämtheit der „Rev. de Gen.", des Fazyschen Organes, gar nicht übel aus; weil Oesterreich Anstand zu nehmen scheint, die sofortige absolute Unabhängigkeit der italienischen Nation zu bewilligen (das heißt mit andern Worten, Frankreich gutwilliger Weise Platz zu machen), wirft sie demselben ohne Weiteres einen Treubruch vor; denn — man höre und staune! — „vor fünf Monaten gelang es ihm nur durch das Versprechen dieser Unabhängigkeit, Frankreich von der Intervention abzuhalten und die Schweiz zu verhindern, der italienischen Sache die Dienste zu leisten, welche sie hätte leisten können." Statt in Sack und Asche Buße dafür zu thun, das Schutz- und Trutzbündniß mit dem Sardenkönig, welches die Schweiz in namenloses Ungemach verwickelt haben würde, vorgeschlagen zu haben, eine solche Infolenz und Fälschung der Thatsachen! Das erinnert stark an Robert Macaire! — Höchst komisch nimmt sich neben dieser großartigen Frechheit der anschuldige und tugendhafte Zorn des Freiburgischen Gesandten, des Dr. Bassard aus, womit derselbe die „unverschämte und soldatische Sprache" der Radetzky'schen Note in der Tagsatzungssitzung vom 9. tadelte, hinzufügend: „diese Note verdient unsere Verachtung!" Wenn man sich den rechtsgelehrten Doktor vorstellt, wie er den tapfern Feldmarschall „verachtet", weil dieser sich herausgenommen, unserm Custoz modèle seine Meinung etwas derb zu sagen (Dessin sachte sich übrigens in seiner Antwort auf diese zu „verachtende" Note Punkt für Punkt gegen alle Anschuldigungen zu rechtfertigen!), so erhält man ein Bild voll drastischer Komik. — Trotzdessen, daß der alte Gr. Rath von Luzern gegen die ihm auferlegte Kontribution von 313,000 Fr. protestirt und dagegen den gerichtlichen Weg einschlagen will, versucht die Regierung von Zug etwas Aehnliches, indem sie an die abgetretenen Regierungskommissaren wegen wissentlich dem Kanton zugefügten Schadens eine Entschädigungsforderung von 40,000 Schw. Fr. stellt, und zugleich gegen die einzelnen Mitglieder derselben durch das Kantonalverhöramt eine Specialuntersuchung wegen schwerer Amtspflichtverletzung einleiten läßt. Hoffentlich werden die neuen Bundesbehörden bald nach ihrer Konstituirung eine allgemeine Amnestie für alle aus der Sonderbundsangelegenheit herrührenden Vergehen dekretiren, um so auf das Wirksamste zur definitiven Beruhigung der Gemüther beizutragen. Das Gesuch der Regierung von Schwyz, die sich mittelst Kreisschreibens vom 12. an sämmtliche Stände wandte, um die Niederschlagung des an Luzern übertragenen Landesverraths-Prozesses zu bewirken, dürfte auch dann erst seine Erledigung finden.

Belgien.

Brüssel, 20. Sept. „Im Augenblicke, wo wir zur Presse gehen" sagt ein Brüsseler Blatt, „langen hier aus England die Mitglieder des Kongresses der Freunde des Friedens an, vierhundert an der Zahl. (K. Z.)

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner & Comp., 72 Newgate-Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder vermittelt sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Postbezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 262. Heidelberg, Mittwoch 27. September. 1848.

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland in sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der Weidmannschen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten bizu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an D. Reimer in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Aktenstücke über den Waffenstillstand. tt. — **Triest** (die französischen Schiffe. Die Blokade von Venedig. Die Wahlen in Triest). **Berlin** (Stellung der Parteien. Verhalten der äußersten Linken gegenüber den Frankfurter Ereignissen. Preußen fordert Betheiligung bei Schlichtung der ital. Wirren. Exzesse des Pöbels). **Naumburg** (politische Untersuchung). **Kreuznach** (Truppenkorps zusammengezogen). **Posen** (Stimmung der Bevölkerung). **Baden** (Einzelnheiten über die Struve'sche Republik. Nachrichten über das Gefecht bei Staufen. Auflösung unter den Freischaaren. Struve gefangen). **Schleswig** (Verfügung der prov. Reg. auf die Mitglieder der Immediatkommission zu fahnden. Bekanntmachung an die Bevölkerung. Ein Akt der Immediatkommission. Sie wird vom General Bonin abgewiesen). **Frankfurt** (wieder ein parlamentarisches Schaustück der äußersten Linken. Erlaß des Reichsverwesers an die einzelnen Bundesregierungen. Berathungen der Nationalversammlung. Interpellationen. Erklärungen des Ministers über das Verhalten Dänemarks. Ein Schreiben des französ. Ministers Bastide. Raveaux nach Bern; seine Aufträge).

Schweiz. Aus der östlichen Schweiz. Die Struvesche Razzia.

Großbritannien. London. Die irischen Rebellen vor dem Gerichtshof in Clonmel. Stimmen aus England über die Ereignisse in Frankfurt.

Frankreich. Paris. Berichtigungen im Moniteur. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Wahl L. Bonapartes. Befürchtungen. Eine Rede Ledru Rollins.

Ungarn. Die Gerüchte von dem Sieg der Ungarn.

Beilage. Berlin. Verhandlungen des Landtags. Programm des neuen Ministeriums. Interpellation wegen Wrangel. Die Frankfurter Ereignisse. Köln. Eine demokratische Volksversammlung; Proben sittlicher Verwilderung.

27. September.

Wir haben gestern, indem wir die Aktenstücke über den Waffenstillstand betrachteten, namentlich einen Punkt als den peinlichsten bezeichnet, sowohl dem Eindruck als den politischen Folgen nach: wir meinen das Verhältniß, in welches sich der Bevollmächtigte der Centralgewalt zu den Verhandlungen selbst gesetzt sah. Es weckt dies, mag man die Stellung der Reichsgewalt selbst ins Auge fassen, oder an die Befähigung unserer Diplomatie denken, die allerniederschlagendsten Empfindungen, und man weiß nicht, soll man mehr über die Selbstgenügsamkeit der Leute vom Reichsministerium erstaunen oder die Unklugheit der preußischen Regierung bedauern, die da gar keine Ahnung davon zu haben scheint, in welch neue Krisis ihre verkehrte Diplomatie Deutschland hineinwirft. Diese Dinge zu verdecken, dazu fühlen wir keinen Beruf in uns; auch wir sind der Ansicht, daß man Wunden bloslegen muß, um sie zu heilen.

Die eigentliche Aufgabe des Unterstaatssekretärs v. Gagern war, das politische Interesse und die politische Ehre Deutschlands, soweit dieselben mit der Verwicklung in den Herzogthümern verflochten sind, gegenüber den partikularistischen Neigungen Preußens zu wahren. Wir haben schon gestern bemerkt, daß das Ausschließen der Reichsgewalt von den Unterhandlungen der erste große Mißgriff war, und die Sendung eines Unterstaatssekretärs, der bei Seite stand, ihre unverkennbaren Schwierigkeiten mit sich führen mußte. Aber war man einmal soweit, so mußte der abgesandte Diplomat die ganze Verantwortung seiner Aufgabe fühlen und durchaus zu hindern suchen, daß Preußen nicht den Waffenstillstand um jeden Preis schloß, d. h., um mit Bunsen zu reden, so schloß, daß man aller Garantie für die Erreichung des Zweckes des Krieges selbst entbehrte. Statt dessen blieb M. v. Gagern an dem Gang und Ausgang der Unterhandlungen sogut wie unbetheiligt; seine Thätigkeit erschöpfte sich in dem Bemühen, die provisorische Regierung und die konstituirende Versammlung der Herzogthümer zu beschwichtigen und nachgiebig zu machen, d. h. den Dänen die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Die provisorische Regierung bringt das Opfer, spricht aber mit allem Rechte das Vertrauen aus: „daß von einer hohen Centralgewalt die Rechte und Interessen der Herzogthümer in dem gegenwärtigen Augenblick kräftig würden vertreten und gewahrt werden." Diese Zuversicht ist getäuscht worden; denn schwerlich erwarteten Beseler und seine Kollegen, daß man ihnen einen Moltke zum Nachfolger geben würde.

Das Reichsministerium fühlte wohl, daß die Angelegenheit eine anerwünschte Wendung nehme; aber es that Nichts, das abzuwenden. „Es läßt sich nicht leugnen", schreibt der Minister des Auswärtigen, „daß die Sache in eine Krise tritt." Ferner: „Wie große Vorsicht bei der Wahl der fünf oder vier Personen nöthig ist, wissen Sie. Es kommt bei der nächsten Zukunft der Herzogthümer darauf fast Alles an." Und Gagern selbst: „es liegt in der schleswigholsteinischen Frage eine große Gefahr, Deutschland von der Höhe, die es vor dem Ausland einzunehmen versprochen hat, wieder herabsteigen zu lassen." Dann: „ich kann nicht glauben, daß die preußische Regierung die Konflikte nicht voraussehen sollte, welche zwischen einer neuen, im Namen Dänemarks eingesetzten Regierung und den gesetzlichen Organen der Herzogthümer, aber auch zwischen Dänemark und der Centralgewalt nothwendig bevorstehen; sie scheint sich eben nur aus ihrer augenblicklichen Verlegenheit befreit sehen zu wollen." Diese Einsichten und Befürchtungen ruhten leider auf sicherem Grunde; was that man aber, um dieses Aeußerste abzuwenden? Im Ministerrathe zu Frankfurt entschied man sich — acht Tage vor dem Abschluß des Vertrags — dafür, „daß Gagern bis auf Weiteres, angeachtet der vielleicht nicht sehr angenehmen Stellung, dort in der Nähe der Verhandlungen ausharren müsse, weil seine Nähe von Wichtigkeit sein könne!" Gagern selbst schreibt mißmuthig darüber, wie er mit einer „Selbstverleugnung" dem preußischen Unterhändler sein Geschäft habe zu erleichtern suchen, d. h. in Schleswigholstein für die Dänen reine Bahn gemacht habe, legt dann aber doch die Frage vor: „was er, ohne neue Instruktionen zu erhalten, in dem Falle zu thun hätte, wenn General v. Below seine Vollmacht überschritte und den Waffenstillstand unter wesentlich schlechteren Bedingungen abschlösse?" Er meint, er müsse dann „nach Umständen mit oder ohne förmliche Protestation die Herzogthümer verlassen und nach Frankfurt zurückkehren." Das ist am 22. August geschrieben, also vier Tage vor dem Abschluß des Waffenstillstandes. Also in einem Augenblick, wo mehr als je periculum in

mora war, hatte man sich noch durchaus keinen klaren und festen Plan gebildet, was zu thun sei, befand sich vielmehr über Das, was zu Malmö vorging, in einer wahrhaft beschämenden Unwissenheit.

Beinahe in denselben Tagen und Stunden, wo man zu Malmö unterzeichnete, wechseln der Reichsminister und sein Unterstaatssekretär noch Briefe über Das, was möglicher Weise dort geschehen könne. Herr Heckscher fürchtet, Preußen möge die Grenzen seines Auftrages überschreiten und „verhehlt sich die Konflikte nicht, die hieraus entstehen müssen." Diese „trübe Hypothese", wie der Reichsminister des Auswärtigen sich ausdrückt, wird zwischen beiden Staatsmännern hin und her besprochen, auch M. v. Gagern ist von ähnlichen Besorgnissen erfüllt, und verbirgt nicht, daß in der „Bevölkerung Spannung und Unzufriedenheit zunehme", und die Armee durch ihre passive Rolle entmuthigt werde. Ja, er spricht es offen aus: es sei ihm kaum zweifelhaft, daß Preußen jedenfalls abschließen werde, und hält einen Widerstand der konstituirenden Versammlung in Kiel für nicht unwahrscheinlich. Das Alles wird aber besprochen und verhandelt zwischen dem 23. und 26. August, wo also die Dinge in Malmoe schon so gut wie entschieden waren. An dem Tage selbst, wo der Waffenstillstand unterzeichnet ward, schreibt Gagern noch an Auerswald: „Ew. Excellenz werden mich im höchsten Grade verpflichten, wenn Sie mich von dem Fortgang der Verhandlungen direkt in Kenntniß erhalten wollen"; und drei Tage nach dem Abschluß erhält der Unterstaatssekretär des Reichsministeriums von Below eine Mittheilung, „wonach es nicht zu bezweifeln ist", daß der Waffenstillstand abgeschlossen sei. „Die Bestimmungen des Vertrags", fügt er hinzu, „sind zwar dem Wortlaute nach zu meiner Kenntniß nicht gelangt"; allein er vermuthet, daß man sie in Frankfurt kenne. In Frankfurt wußte man aber auch nicht mehr, als was die Zeitungen darüber sagten; die preußische Diplomatie beeilte sich indessen mit der Ratifikation, damit das fait accompli ja nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte.

Wir halten es für ganz überflüssig, diesen wörtlich mitgetheilten Auszügen ein Wort hinzuzufügen; sie sprechen für sich selbst klar genug. Auch unserm Unwillen brauchen wir keinen weitern Ausdruck zu geben, da das Reichsministerium selbst, als ihm die Dinge ganz deutlich geworden waren, in dem Schreiben vom 1. Sept. sich darüber unumwunden und stark genug aussprach. Freilich viel zu spät; es hatte damit nur seinen guten Willen, aber nicht seine diplomatische Geschicklichkeit gerechtfertigt. Wir waren um eine Erfahrung reicher geworden und sind für die Zukunft gewarnt. Daß man so nicht zum zweitea Male unsere auswärtige Politik leiten dürfe, das mußte auch dem gutmüthigsten Optimisten klar geworden sein. Drum haben die ungeschickten Freunde des Ministeriums ihm den schlimmsten Dienst gethan, wenn sie diese bittere Wahrheit zu bemänteln suchten, wenn sie mit leeren Redensarten und abgenützten Schlagwörtern die unbequemen Tadler glaubten abfertigen zu können, oder wenn sie gar, wie die bekannten Politiker der Oberpostamtszeitung, die schon von den Dänen gemachte Entdeckung noch einmal machten, „die schleswig-holsteinische Verwicklung sei eigentlich eine Erfindung deutscher Professoren." Das haben wir in den Times und im Fädrelandet längst gelesen, noch ehe die im „März ins Wasser gelegten" Staatsmänner des Frankfurter Blattes sich mit der schleswig-holsteinischen Sache befaßt hatten. So ungeschickter Freunde sollte sich jedes Reichsministerium des Auswärtigen zu erwehren suchen; sie suchen es auf den Weg zu drängen, auf dem wir die alte Politik haben ins Verderben stürzen sehen.

Die letzten Neuigkeiten aus den Herzogthümern haben uns von Neuem gezeigt, wessen wir uns von Dänemark zu versehen haben. War uns zwar die Naivetät und deutsche Gutmüthigkeit immer auffallend, die da glaubte, Dänemark werde nachträglich großmüthige Modifikationen eintreten lassen, so hat uns doch die wahrhaft tolle Verblendung der Staatsmänner in Kopenhagen noch mehr überrascht. Die rechnen freilich auf unsere Ungeschicklichkeit, unsere innere Anarchie, die wissen, daß wir eine gewissenlose Partei in unserem Schooße haben, die den Bürgerkrieg und die Auflösung Deutschlands mit leichtem Herzen sehen würde, wenn nur der saltiöse Zweck erreicht wird; sie wissen, daß in Dänemark bei allem Hochmuth, aller Selbstüberhebung ein patriotischer Gedanke das ganze Volk durchdringt, daß es dort keine Faktion gibt, die patriotische Entrüstung heuchelt, um die innere Empörung und Auflösung fördern zu können. Das wissen die Dänen, das macht sie stolz und gibt ihnen das Gefühl der Ueberlegenheit über uns.

Aber diesmal hat sie diese Berechnung doch zu weit geführt. Die Absendung der „königlichen Immediatkommission", und was damit zusammenhängt, hat die Sache plötzlich zu unsern Gunsten gewendet; wir haben jetzt Anlaß, gut zu machen, was in Malmoe gefehlt worden ist. Für die Friedensverhandlungen wissen wir nun, wie wir uns mit Dänemark zu stellen haben.

---

[a] Triest, 20. Sept. Seit einigen Tagen liegen in unserem Hafen das französische Linienschiff Jupiter und die französ. Fregate Psyche vor Anker. Wir stehen aber mit ihnen auf dem freundschaftlichsten Fuße. Die Kommandanten der 2 Fahrzeuge wurden vorgestern von unserem Militärkommandanten bewirthet, und gestern waren dieser und alle höheren Officiere und Beamten unserer Stadt am Borde des Linienschiffes zu einem Mittagessen eingeladen. Man brachte viele Lebehoch auf Oesterreich, Frankreich, Deutschland ꝛc. Die Batterien der französ. Kriegsfahrzeuge machten wiederholte Salven, denen unser Kastel antwortete. Die französ. Kriegsfahrzeuge fallen heute Nacht, und zwar nach Toulon zurück absegeln. — Vor Venedig kreuzt unsere Flotte. Jene Stadt ist wieder in Blokadestand erklärt. Dies hat unsere Regierung amtlich bekannt gegeben. Der Waffenstillstand mit Sardinien soll bereits auf andere 6 Wochen verlängert worden sein. Faktisch ist es, daß er nicht aufgekündigt worden ist. Heute ist hier ein Nachricht eingegangen, daß in Sizilien nach der Einnahme von Messina und Mellazo von Seite der königl. Truppen, die Feindseligkeiten eingestellt worden sind. Die Repräsentanten Englands und Frankreichs im Einvernehmen mit jenem von Rußland sollen einen Waffenstillstand erwirkt haben. — Aus Fiume haben wir die beste Nachricht. Nach der Besetzung jener Stadt von Seite der Kroaten, herrscht die beste Ordnung und Ruhe. Das Gleiche können wir von uns sagen. Was ich Ihnen unlängst in Absicht auf unsere Municipalwahlen als eine Hoffnung mittheilte, hat sich bewährt. Unsere Fanatiker sind in Folge des Resultates jener Wahlen gänzlich niedergeschlagen. Nicht allein daß sie die von ihnen erstrebte Ausschließung des deutschen Elementes bei der neuen Municipalität nicht durchgesetzt haben, sondern die 48 Neuerwählten gehören beinahe durchgehends zur Zahl der echt deutsch Denkenden. Mehr als 20 sind gebarene Deutsche. Die Stadt ist im Allgemeinen darüber froh, denn trotz der hinterlistigen Einflüsterungen verkennt man hier nicht, daß Triests Wohl von seinem Festhalten an Deutschland abhängt.

Preußen. ☽ Berlin, 24. Septbr. Am Schlusse der so bewegten Freitagssitzung stellte der Abg. Parr den dringlichen Antrag: es möge das neue Ministerium erklären, welche Stellung es zu den Beschlüssen der Nationalversammlung in der bekannten Heereserlaßfrage einzunehmen gedenke, ob zur Ausführung derselben schon Schritte geschehen, und wenn nicht, ob, und welche es zu thun beabsichtige. General Pfuel erklärte, auf diese Fragen am künftigen Montag antworten zu wollen, da ihm augenblicklich mehrere Schriftstücke, welche er mittheilen müsse, nicht vorlägen. Erwägt man, daß die Stellung des Heeres zu der politischen Wiedergeburt des Volkes in diesem Augenblicke der eigentliche Kern der Bewegung ist, so wird es klar, daß wir für morgen neuen, tiefeingreifenden Entscheidungen entgegengehen. Die frevelhaften Angriffe auf die Freiheit der Berathungen in der Paulskirche, so sehr sie geeignet sind, den sittlichen Stolz des deutschen Volkes zu demüthigen, haben hier zwar Entrüstung, Abscheu, den tiefen Seelenschmerz aller derjenigen hervorgerufen, welche eine Ahnung von dem Untergange deutscher Freiheit erheben macht — aber den Stand der obenberührten Frage nicht verrückt. Nur Eines hat der 18. Septbr. geändert: die entente cordiale zwischen der äußersten Linken und unserer Volksvertretung, welche der Berliner 7. Sept. gebar. Die äußerste Linke fand am Freitag die Frankfurter Ereignisse nicht hinreichend aufgeklärt, um, wie die Linke durch Bloem und von Berg forderte, ihren Unwillen über den an der Frankfurter Rechten vollführten Meuchelmord auszusprechen. Die „Reform", das Organ unserer äußersten Linken — denn die Herren Jakoby, Stein, d'Ester, Schramm überwachen die Richtung und Haltung dieses demokratischen Evangeliums — nennt die Freitagserklärung der preußischen Landesversammlung den „Fußtritt eines Esels gegen den besiegten Löwen." Wer im gegenwärtigen Augenblick mehr das Recht und die Gesinnung des deutschen Volkes vertrete, wer mehr die edelmüthigen Sympathien der gesammten Nation verdiene? Lichnowsky und Auerswald sind nicht in ihrer Unverletzlichkeit, als neutrale Deputirte, verletzt worden, sondern als Feinde, sie fielen, wie alle Opfer der andern Seite, und wenn sie auch mit Aexten erschlagen seien, Aexte sind nicht inhumaner als Shrapnels und Kartätschen". Ein solches Programm der Partei Rodbertus-Waldeck war deutlich ge-

Digitized by Google

ung, um ihren Verbündeten vom 7. Septbr. die Augen zu öffnen. Die äußerste Linke blieb bei der Abstimmung über den Bloem-Berg'schen Antrag mit 238 gegen 77. Stimmen in der Minorität. Wie wird sich dieser Lage der Dinge gegenüber das neue Ministerium verhalten? Seine bisherige Zusammensetzung ist nicht der Art, daß man Vertrauen hegen könnte; um so mehr sind kräftige, entschiedene Schritte nöthig, damit es sich eine haltbare Stellung verschaffe. Hr. v. Beckerath, hören wir, hat in Sonssouci vergeblich auf diese Entschiedenheit gedrungen, welche den Ultramontanen wie ihren Gesinnungsgenossen: den „Volksfremden" alle Hoffnung auf die so nahe geglaubte Ernte benähme und den Besonnenen den Muth gäbe, die Regierung energisch zu unterstützen. Man will die Gewißheit haben, daß die um unsere Hauptstadt versammelte Truppenmacht nur gegen rohe Gewalt „von welcher Seite sie auch kommen möge" gerichtet sei. Die Rechte selbst wird morgen, wie verlautet, bei der Heeresverlaßfrage den Forderungen der Besonnenen vorangehen. Möge die Regierung mit allem Freimuthe auftreten, um uns stark zu machen für den Augenblick, wo die Demokratie der äußersten Linken es nöthig finden wird „den großen Kampf, der in Frankfurt nur beseitigt, nicht zu Ende geführt wurde, hier in Berlin fortzusetzen." —

Berlin. Es ist die bedauerliche Nachricht hier eingegangen, daß am 19. Sept. das Schloß des Grafen Lynar zu Lübbenau durch einen Haufen erbitterten Volks angefallen und der ganze untere Theil desselben sammt den Wirthschaftsgebäuden zerstört ist. Da sich der Exceß am 20. wiederholen sollte, flüchtete sich der Graf mit seiner Familie. Als Ursach dieser verbrecherischen That wird die Verhaftung zweier Wilddiebe angegeben, welche die Menge befreit wissen wollte. Der Graf ist allgemein als der biederste und wohlwollendste Mann geschätzt. (Voss. Z.)

Berlin, 20. Sept. Ich kann Ihnen mit voller Bestimmtheit anzeigen, daß unser Kabinet durch seinen Bevollmächtigten in Wien dem dortigen Ministerium den Wunsch ausdrücken ließ, bei dem Vermittlungsgeschäfte wegen der Pacifikation von Italien mitzuwirken. Die preußische Regierung gründet ihr Begehr darauf, daß sie die Verträge, welche etwa durch die Resultate der Vermittlung eine Abänderung erleiden könnten, mit unterzeichnet und mit garantirt habe; sie sei also auch bei ihrer Aenderung betheiligt. Es war vorauszusehen, daß die übrigen Großmächte sich bei dieser Gelegenheit einstellen würden, und wenn wir wohl unterrichtet sind, so ist ein ähnliches Ansinnen des russischen Kabinets demnächst zu gewärtigen. Das dies geschehe, hat bereits des Kaisers Nikolaus Sendung an Radetzky gezeigt. (A. Z.)

Naumburg a. d. S., 18. Sept. Die vom Regierungsrath Hinckeldey eingeleitete Untersuchung scheint einen politischen Karakter anzunehmen, indem man gegen die Sprecher und anderen Mitglieder der demokratischen Gesellschaft „Bürgerbund" eingeschritten ist und gestern früh sogar einige derselben unter Militärbedeckung mit geladenem Gewehr in das Inquisitoriat nach Zeitz transportirt hat, während hier die Verhöre fortdauern. Unterdessen ist es in der Umgegend zu neuen Unruhen gekommen. Ja Mücheln, Wiehe, Oetlitzsch ꝛc. gibt's für die königl. Behörden viel zu thun. (W. Z.)

Bei Kreuznach an der Nahe wird ein bedeutendes disponibles Korps zusammengezogen. Es sind dahin von Koblenz ansehnliche Truppenmassen abgegangen, nämlich das 2. Bataillon des 28. Inf.-Regiments, das 4. Dragoner-Regiment, das 2. Bataillon des 26. Inf.-Regiments, 2 Eskadrons des 8. Uhlanen- und 2 des 9. Husaren-Regiments, 1 Fußbatterie und eine halbe reitende Batterie. — Nach Mainz sind zum Ersatz der nach Frankfurt a. M. herüberbefehligten Truppen zwei Bataillone und eine Jägerabtheilung von Koblenz abgegangen. (B. Z.)

† **Posen**, 21. Sept. Ich werde Ihnen über den Frauenverein zur Erbauung eines deutschen Kriegschiffes, über die Adressen des deutschen Central-Komités an das 18te und 19te Regiment und deren Antwort, endlich auch über die Aufregung, welche am 16. Sept. ohne eigentliche Ursache in der Stadt herrschte, nicht Langes und Breites berichten, wiewohl besonders der letzte Umstand schon in mehreren Blättern in beliebter Weise ausgebeutet worden; sondern ich werde mich wie immer bemühen, Ihnen eine Physiognomie unserer Zustände zu geben. Es liegen unsere beiden Nationalitäten unzweifelhaft schon im geistigen Kampfe, und selten hat man die polnische solche Rüstungen in dieser Beziehung machen sehen, wie im gegenwärtigen Augenblick. Die polnischen Volksschullehrer, welche in den Kreisversammlungen überall in der Minderzahl waren, haben eine besondere Versammlung abgehalten und einen nationalpädagogischen Verein begründet. Die Liga hat in ihrem „amtlichen" Organ, der Gazeta polska, mehrere Bekanntmachungen erlassen, welche einerseits den Zweck haben, die noch verbreitete Scheu vor dem Eintritt dadurch zu verscheuchen, daß sie die zu diesem Behufe eigens eingeholte Erlaubniß des Ministers Kühlwetter mittheilen, andererseits bestimmen: daß zur Konstituirung einer Kreisdirektion der Liga 100, einer städtischen 25 Mitglieder ausreichen. Das hat gewirkt, die städtischen Direktionen der Liga mehren sich täglich, auch Kreisdirektionen sind schon 4—5 entstanden, ihre Thätigkeit entwickelt sich im Geldsammeln, in Protesten gegen Regierungsmaßregeln und Anstrebungen gegen die Abgrenzung. Wie der Edelmann jetzt hin und wieder keine deutschen Briefe mehr lesen kann, so versteht auch wohl ein Bauer auf dem Gericht allenfalls nicht mehr deutsch, zumal wenn er aus einem Kreise kommt, wo die klerikalische Propaganda noch einig unter sich ist. (Denn Streitigkeiten, wie vorauszusehen war, sind auch in diesen Bestrebungen ausgebrochen). Aber nicht bloß die ernsten Seiten, auch das gesellschaftliche Leben hat die Liga unter nationale Aufsicht genommen, die Gründung von Kasinos, von musikalischen und anderen Vereinen wird erstrebt und vor Allem eine Tagesliteratur geschaffen. Das neueste Produkt in dieser Beziehung ist ein Volksblatt „der Großpole", dessen erste Nummer so eben in Posen erschienen ist. Zwei Geistliche sind die Redakteure. Doch Posen ist in der Tagesliteratur verhältnißmäßig zurückgeblieben, denn in Krakau und in Galizien erscheinen bereits zahlreiche Blätter. Obenan die „Krakauer Revue", ein Organ der Demokratie, sodann: „die Volksschule", „die Wahrheit", der „Krakus", in Tarnow „die Eintracht", in Lemberg „der Volksfreund", in Schlesien das „oberschlesische Tagblatt", in Culm „die Schule des Volks", in Paris die „Revue slave". Zur Verbreitung dieser Blätter werden die Geistlichkeit und die Gutsbesitzer in den Kreisen aufgefordert. Die Statuten der Liga sind auch in den böhmischen Blättern bereits mitgetheilt und besprochen worden, und in Brünn hat sich nach ihrem Vorbild ein „Mährischer Bund" gebildet. Schon kommen theilnehmende Adressen, wie die des Berliner demokratischen Vereines vom 5. Sept., welcher die Sache Polens zur eigenen Sache macht und mit den Worten schließt: „Noch ist Polen nicht verloren." Gegenüber diesen polnischen Regungen bewegt sich auch der deutsche Geist in unserem Grenzland. Noch hat in vorwiegend deutschen Gegenden der Liga es nicht gelingen können, irgend Fäden anzuknüpfen. Mit scharfem Blicke verfolgt man ihre Bestrebungen, die von dem Ministerium nicht der Beachtung werth gefunden worden, und bezeichnet das Ganze als einen offenen Karbonarismus. Die deutsche Presse wendet sich immer und immer zur Abgrenzungsfrage als zu dem nächstvorliegenden Ziel. „Unser Heil, so heißt es in einem Leitartikel der posener Zeitung, ruht einzig in der richtigen Harmonie zwischen der deutschen Centralgewalt, welche uns für unsere unauflösliche Verbindung mit Deutschland einzustehen hat, und zwischen Preußen, dem wir durch den gemeinsamen Staatsverband angehören. Wird diese Harmonie gestört, so könnte die Folge sein, daß wir in einen traurigen, unter Umständen verderblichen Konflikt geriethen. Entweder weiß das neue Ministerium durch entschlossenes Handeln die Unentschiedenheit des früheren Kabinets in unserer Frage zu ersetzen, oder die alte Politik des Temporisirens und Liebäugelns mit den Polen wird beibehalten und ein heftiger Widerspruch zwischen den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung in unserer Frage und dem Berliner Reichstag wird herbeigeführt. In diesem Falle wird die deutsche Bevölkerung Posens nicht vergessen, worauf sie ein Recht hat". Die Hoffnung auf ein kräftiges Kabinet ist nun eingetroffen, General v. Pfuel, der unsere Verhältnisse zu regeln begonnen, hat es gebildet und ist selbst in demselben. Wir werden nun gar nicht in die Alternative kommen, uns in die Arme der Centralgewalt zu werfen, weil endlich das preußische Kabinet die Abgrenzung zur Wahrheit machen, den Provinzialverband lösen und die Verwaltung deutsch und polnisch Posens trennen wird. Es wird sodann der polnischen Propaganda in Deutsch-Posen eine deutsche offen entgegentreten können, und unserem guten Rechte werden die Zustände entsprechen.

Baden. Man liest in der Basler Zeitung: Ein Augenzeuge erzählt von dem, was er gestern (Freitag) in Lörrach gesehen: Die Sitzungen der prov. Regierung im Amthause sind eine kleine Karrikatur der Sitzungen des goovern. provisoire im Pariser Stadthause im Februar und März. Das Volk bringt in den Saal, Deputationen über Deputationen von Gemeinden kommen; manche auch mit Entschuldigungen, daß sie nicht mitziehen können, wo dann eine grobe Apostrophe Struve's erfolgt; in der Ecke des Saals steht, vermuthlich als Symbol, ein Pulverfaß, um welches mit Cigarren herum flankirt wird. Von Zeit zu Zeit sieht man in Lörach Züge von bewaffneten Bauern anfangen; Struve harangurt sie und sie ziehen gegen Schliengen. Die Zollgardisten sind auf die Republik beeidigt und stehen da mit rothen Bändern an dem Arm. Dem Dorfe Tüllingen, das seine Mannschaft verweigerte, wurde eine Kontribution von 5000 fl. auf-

erlegt, da zog die Mannschaft. — Schopfheim und Umgegend wollten auch nicht gehen, es heißt, Struve habe ihnen bis heute Morgen 9 Uhr die Wahl gelassen, einzurücken oder sn und sa viel Kontribution zu zahlen. — Unter den Aufständischen sieht man viele beurlaubte Soldaten. Vom Militär, wo es steht ꝛc., weiß man in unserer Umgegend Nichts. In Lörrach sagt man, die Eisenbahn sei bei Freiburg, bei Lahr und noch weiter unten an 3 Orten zerstört. Die Fabrik von Herrn Köchlin in Lörrach ist geschlossen. Einem Basler Postbeamten, der sich in Lörrach über die Wiedereröffnung der Postverbindung zu erkundigen hatte, wurde von Struve die Antwort, es thue ihm leid, allein die prov. Regierung habe den Grundsatz, bis zur Beendigung des Kampfes alle Postverbindungen abzubrechen. Rabetzky unten, Struve oben. Les extrêmes se touchent.

Karlsruhe, 25. Sept. Dem officiellen Berichte über das Gefecht bei Staufen, welchen die Karlsr. Z. mittheilt, entnehmen wir Folgendes:

Mittags 1 Uhr hatte das Feuer begonnen; um 3 Uhr war ich im völligen Besitze von Staufen und hatte hiebei einen außerordentlich geringen Verlust, da nur ein Scharfschütze todt, vier Unteroffiziere und Soldaten schwer, und vier leichter verwundet sind.

Von den Freischaaren wurden allein in den Straßen der Stadt 11 Todte aufgefunden, 60 Gefangene gemacht, 8 Pferde und eine ziemlich bedeutende Kasse erbeutet.

Die Kanzlei Struve's mit sehr interessanten Papieren wurde bei der Eile des Abzugs gleichfalls zurückgelassen, die ich dem Untersuchungsgericht in Freiburg nebst den Gefangenen übergeben werde.

Das Benehmen der sämmtlichen Truppen, welche Alle zum ersten Mal ein Gefecht bestanden, war in jeder Beziehung sehr lobenswerth, und ich freue mich, ihnen dieses Lob ertheilen zu können. Einzelne, die sich besonders auszeichnet, werde ich nachträglich zur Kenntniß zu bringen nicht verfehlen. Von den Officieren kann ich keinen besonders bezeichnen, da sie sämmtlich durch Muth und gute Führung ihrer Stellung sich würdig gezeigt haben.

Die Reiterei kam selber nicht zum Handeln, da der durchschnittene Boden und die Weinberge und Höhen Dies nicht gestatteten; sie war aber vielfach dem nahen Büchsenfeuer ausgesetzt.

Der Reichstags-Abgeordnete Genf Keller ist heute Abend 5 Uhr als Reichskommissär hier eingetroffen, und wird morgen nach Freiburg zurückkehren.

Ferner berichtet dasselbe Blatt vom 26. d.: Nach den neuesten Nachrichten war der Oberbefehlshaber, General Hoffmann, gestern Mittag von Staufen nach Heitersheim aufgebrochen. In dem Hause eines Kaufmanns zu Staufen waren noch einige Freischärler versteckt gewesen, welche gestern Vormittag, während oder kurz nach der Beerdigung des gebliebenen Scharfschützen, unversehens auf die Soldaten feuerten. Hierauf drangen letztere in das Haus ein und die darin befindlichen Freischärler, 9 an der Zahl, wurden erschossen.

In Sulzburg und Müllheim sollen sich noch Abtheilungen der Freischaaren befinden. Die in Staufen Gefangenen haben sich nach der dortigen Niederlage, verfolgt und verfolgt durch das Münsterthal zurückgezogen.

Aus Lörrach vernimmt man, daß auf die Nachricht von dem Gefechte bei Staufen die gefangen gehaltenen Beamten wieder frei gegeben wurden und sich ein bedeutender Umschlag in der Stimmung bemerklich machte.

N. S. So eben vernehmen wir aus amtlicher Quelle, daß Struve nebst seiner Frau in Wehr bei Schopfheim festgenommen worden, und auf dem Transporte nach Freiburg begriffen ist.

Schleswig. Rundschreiben an sämmtliche Polizeibehörden der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Da es zu Kunde der provis. Regierung gekommen, daß der Genf Karl Moltke, der Konferenzrath Friedrich Heinrich Christian Johannsen, vormaliger Amtmann des Amtes Hadersleben und der Bischof Jörgen Hansen zu Ecken sich zu einer sogenannten Immediatkommission für die Herzogthümer konstituirt und eine im landesfeindlichen Sinne abgefaßte Proklamation an das Volk erlassen haben, und da es der provisorischen Regierung obliegt, einem solchen Treiben entgegen zu wirken, so beauftragt sie . . . . . die genannten Personen, sobald dieselben sich im . . . . . Polizeidistrikte einstellen sollten, nöthigenfalls in Verwahrsam zu nehmen, und daß solches geschehen, an die prov. Regierung einzuberichten. Rendsburg, 22. Sept. 1848. Die prov. Regierung. Beseler. F. Reventlow. M. T. Schmidt. (Die vorstehenden Bekanntmachungen der prov. Regierung sind vor dem Eintreffen eines ähnlichen Schreibens der Landesversammlung erlassen worden.)

Kiel, 23. Sept. Gleichzeitig mit der (vorerwähnten) Verfügung der prov. Regierung hat, wie wir aus guter Quelle vernehmen, die dänische Immediatkommission Schreiben an die Landesversammlung und die provisorische Regierung erlassen, worin diese, bei Vermeidung rechtlicher Ahndung, aufgefordert werden, sich sofort aufzulösen. (B.-H.)

Rendsburg, 23. Sept. Die provisor. Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen: Mitbürger! Wir haben in unserer Proklamation vom 24. März gelobt, uns in dem Kampfe für Freiheit und Recht den Einheitsbestrebungen Deutschlands mit aller Kraft anzuschließen. Die deutsche Centralgewalt hat uns deutsche Waffenbrüder zur Hilfe gesandt, um das Land von dem Feinde zu befreien? Den Schleswig-Holsteinern vor Allen liegt die Pflicht ob, die Centralgewalt, so viel an ihnen ist, zu stützen und ihren Befehlen Folge zu leisten. Die Nationalversammlung in Frankfurt, der höchste Rath der deutschen Nation, hat den von der Krone Preußen verhandelten Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark genehmigt; wir erwarten die Anordnungen des Erzherzogs-Reichsverwesers, um im Einverständniß mit der schlesw.-holst. Landesversammlung die von uns geübte Gewalt niederzulegen; bis dahin werden wir die Pflichten erfüllen, welche wir gegen das Land übernommen haben. Es ist uns amtlich zur Kunde gekommen, daß 3 Personen, Moltke, Johannsen und Hansen, von der Insel Alsen aus Bekanntmachungen an das Volk der Herzogthümer erlassen, in denen sie sich als Mitglieder „einer königlichen Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein" bezeichnen. Wir werden dem landesfeindlichen Treiben einer solchen nöthigenfalls mit den Waffenstillstandsverhandlungen im Widerspruch stehenden „königlichen Immediatkommission" nachdrücklich entgegentreten, und haben an alle Polizeibehörden des Landes die Verfügung erlassen, die gedachten 3 Personen, wo sie sich finden lassen, in Verwahrsam zu nehmen und den Gesetzen nach weiter gegen sie zu verfahren. Von dem gesetzlichen Sinn unserer Mitbürger aber dürfen wir erwarten, daß sie sich auch durch solche Provokationen nicht zu ungesetzlichen Schritten gegen jene Personen hinreißen lassen. Rendsburg, den 22. Sept. 1848. Die Regierung. Beseler. F. Reventlow. M. T. Schmidt.

Kiel, 21. Sept. Man erfährt, daß ein dänischer Officier, welcher außer einem Ballen Moltke'schen Proklamationen ein Schreiben der sogenannten Immediatkommission an die Hauptkasse in Rendsburg bei sich führte, nach Schleswig gekommen, dort jedoch vom General Baain zurückgewiesen war.

||| Frankfurt, 23. Sept. Das Verdammungsurtheil, welches Ihre verschiedenen Korrespondenten über die hiesigen Vorfälle vom 16., 17. und 18. dss. Mts. aussprechen, ist ein durchaus gerechtes. Jeder Deutsche, der es aufrichtig gut meint mit seinem Vaterlande, muß es unterschreiben. Die Emeute war ein politisches Verbrechen wie ein moralisches, und jede Entschuldigung derselben, sie werde entnommen aus dem schleppenden Gange der Verhandlungen des Reichstags, aus der in der That unentschuldbaren Verzögerung des Angriffs des Verfassungsgebäudes oder aus dem Beschluß über den Malmöer Waffenstillstand, ist selbst ein Verbrechen. Aber erlauben Sie mir von dem unbefangenen Standpunkt aus, den ich mir inmitten der Ereignisse dieser wie frühern Tage zu bewahren gewußt habe, auf drei Dinge aufmerksam zu machen, welche fest ins Auge gefaßt werden müssen, um das Nächstgeschehene richtig zu beurtheilen; und welche, so nahe sie liegen, meines Wissens, in keiner Zeitung hervorgehoben worden sind. Fürs Erste: Steht das Verhalten der Linken in der Malmöer Waffenstillstandsfrage in einem inneren, somit nothwendigen Zusammenhang mit der Emeute des 18? Diese Frage ist unendlich wichtig und folgenschwer. Könnte sie bejaht werden, so wäre die Linke der Nation verantwortlich für das vorliegende verabscheuungswerthe Verbrechen, nah sie hätte sich ihr Todesurtheil selbst geschrieben. Mehr oder weniger deutet Ihre Korrespondenten und auch die andern Blätter darauf hin, daß jene Frage eine Bejahung zulasse. Aber Nichts ist falscher *). Was Personen, welche zur Linken gehören, außer der Paulskirche gethan haben mögen, insbesondere die Vorfälle bei der Volksversammlung auf der Pfingstweide, kann hier in keiner Weise in Betracht kommen. Es sind dieses Handlungen Einzelner, bei welchen ihre Eigenschaft als Parlamentsmitglieder Nichts entscheidet. Metternichs Rede hatte dort denselben Werth wie

*) Das ehrenwerthe Mitglied der Minorität, das die Linke glaubt rechtfertigen zu müssen, scheint sich hier über die Stimmen unseres Blattes wie die der andern Zeitungen in einem Mißverständniß zu befinden. Nicht die Beschlüsse oder die Abstimmungen der Linken, sondern das Benehmen mehrerer Mitglieder und Führer derselben außerhalb der Paulskirche war es, was man für den Aufruhr mit verantwortlich machte; und, wie uns scheint mit allem Recht. Unser leitender Artikel von vorgestern hat sich darüber bereits ausführlich ausgesprochen.

Digitized by Google

die eines Dritten. Nur die Verhandlungen in der Paulskirche sind hier maßgebend. Hier aber ist vorerst nicht zu übersehen, daß jene 237, welche für Verwerfung des Waffenstillstandes gesprochen und gestimmt haben, wohl kaum zur Hälfte der Linken angehören. Schon deßhalb allein kann die Linke in keine Beziehung zu der Emeute gebracht werden. Hätte sie Schuld, so würde sie dieselbe theilen mit den circa 120, die ihr nicht angehören. Niemand wird es aber einfallen, Männer wie Dahlmann, Cucumus, Emmerling, v. Herrmann, Mittermaier und v. A. mit einer Emeute auch nur in die entfernteste Beziehung zu stellen. Zum Zweiten aber darf ich fragen, was hat der Antrag auf Verwerfung des Waffenstillstandes mit einer Straßenemeute gemein? Lag in jenem Antrag eine Aufforderung zu solchem wahnsinnigen Unternehmen? Freilich wurde vielfach behauptet, die Genehmigung des Waffenstillstandes verletze die Ehre Deutschlands, aber Niemand ist es eingefallen, den Rath zu ertheilen, dieser Ehrverletzung Deutschlands eine zweite, das verbrecherische Unternehmen eines planund zwecklosen Aufstandes anzureihen. Ich behaupte also, daß meine obige Frage auf das Entschiedenste verneint werden muß, und daß nur Blödigkeit oder böser Wille die Ansicht des Gegentheils andeuten kann und angedeutet hat. Weiter mache ich auf Folgendes aufmerksam: Als die Verhandlungen über den Malmöer Waffenstillstand begann, war dieser bereits in seinen Haupttheilen vollzogen, die Truppen hatten ihren Rückmarsch angetreten, die Gefangenen waren ausgewechselt, die Schiffe zurückgegeben u. s. w. Welche Folge sollte hienach die Verwerfung des Waffenstillstandes noch haben? Geschehenes blieb geschehen. Diese Betrachtung und gewiß nur sie allein schied die Nationalversammlung in zwei Theile. Niemand wagte es, den Waffenstillstand als solchen in Schutz zu nehmen, aber die Redner der 258 konnten sagen, wir dürfen den Waffenstillstand nicht verwerfen, denn er ist bereits vollzogen und nicht mehr rückgängig zu machen. Mit voller Gewißheit läßt sich eben deßhalb behaupten, der Waffenstillstand wäre verworfen worden, vielleicht einstimmig verworfen worden, wenn seine Ausführung noch in Frage gestanden hätte. Wer aber trägt die Schuld, daß diese Frage keine offne mehr war? Wer trägt also auch die Schuld, daß eine Einigung aller Stimmen zu einem großartigen, der Ehre der Nation würdigen Beschluß in dieser hochwichtigen Sache nicht mehr möglich war? Diese Frage ist es, die keiner Ihrer Korrespondenten aufgeworfen hat, und doch ist sie so nahe liegend und zugleich so wichtig. Ihre Beantwortung findet sie in der Rede Heckschers vom 14. dss. Mts. Heckscher erklärt ausdrücklich: „es sei ganz sich von selbst verstehend, daß der Waffenstillstand der Genehmigung der Centralgewalt und der Nationalversammlung bedürfe." Heckscher erkannte damit zugleich an, daß es die Pflicht des Ministeriums war, auf die ihm gewordene erste Nachricht, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen sei, auf das Schleunigste dahin zu verfügen, daß die Ratifikation dieses Vertrags so lange suspendirt bleiben müsse, bis die Centralgewalt und die Nationalversammlung darüber beschlossen habe. In der Nichterfüllung dieser nächsten dringendsten Pflicht des Ministeriums liegt einzig und allein der Grund der späteren Wirren, und je unbegreiflicher es ist, daß sich das Ministerium dieser Pflichtverletzung schuldig machen mochte, um so begründeter wird eine deßfallsige Anklage desselben erscheinen. Zum Dritten verdient Folgendes Beachtung: Die Emeute vom 18. war nicht das Werk eines Augenblicks, sie wurde im Gegentheil, man kann sagen mit Gemächlichkeit vorbereitet. Ihr Stützpunkt waren die Barrikaden. Schon um 10½ Uhr sah ich eine solche im Bau begriffen. Kinder, Gesindel aller Art betheiligten sich dabei. Ohne Barrikaden wäre es nicht zum Kampfe gekommen. Erst um 3 Uhr des Nachmittags begann der Kampf. Ich frage: durfte es so weit kommen? und antworte sehr bestimmt: Nein. Wenn ich behaupte, daß die 6000 Mann Frankfurter Bürgergarde die Errichtung der Barrikaden hätten verhindern können, so glaubt dieß Jeder aufs Wort, der Frankfurt auch nie gesehen hat — aber wenn ich sage, daß 100 entschlossene Männer dasselbe Ziel erreicht und dadurch den blutigen Scenen des Nachmittags und der Nacht vorgebeugt haben würden, so sage ich eine Wahrheit, die Jedermann bestätigen muß, der am 18. dss. Mts die Lage der Dinge mit eigenen Augen betrachten konnte *). Und so komme ich zu dem Schluß, daß eine unbegreifliche Saumseligkeit in Erfüllung nächstliegender dringendern Pflichten auch hier der nächste Grund eines maßlosen Unheils wurde.

*) Wenn der Korrespondent das Verhalten des Ministeriums des Auswärtigen in der Waffenstillstandsangelegenheit tadelt, so haben wir dagegen Nichts einzuwenden; wenn er aber darin einzig und allein den Grund der spätern Wirren findet, so vergißt er, daß der Aufruhr eine vorbereitete Sache war, die in der Verwicklung der letzten Tage höchstens einen Anlaß oder Vorwand suchte. Eben weil, wie der Korrespondent richtig bemerkt, die Emeute eine vorbereitete war, und man auf den Heldenmuth der Frankfurter Bürgerwehr nicht bauen konnte, hätte die Reichsgewalt unverantwortlich gehandelt, wenn sie die ernsten, energischen Maßregeln vorzunehmen unterließ. Welch ein Schicksal der Versammlung in der Paulskirche bevorstand, darüber wird sich, scheint uns, Niemand mehr Illusionen machen.

B **Frankfurt**, 25. September. Herr Rösler aus Oels, ein Mitglied desjenigen Theils der Linken, für deren Haupt Herr Robert Blum gilt und die ihre Zusammenkünfte im „deutschen Hof" hält, sagte, laut des stenogr. Berichts, in der 82. Sitzung der Nat.-Vers. über den Aufstand vom 18. September: „Es war kein Aufstand, um den Beschluß der Volksversammlung vom Tage vorher auszuführen. Die Leiter der Volksversammlung und die Theilnehmer derselben waren nicht „alle" da (Gelächter auf der Rechten). Ich kann Ihnen sagen, daß, Sachsenhausen ausgenommen, im Ganzen nicht mehr als etwa 400 Mann hinter den Barrikaden gewesen sind. Nein, meine Herren, die ganze Sache ging aus reiner Wuth darüber hervor, daß draußen, wie gesagt wurde und wie das Volk sich erzählte, ein Mann durch einen Bajonnetstich getödtet worden sei." Herr Rösler sagt nicht, ob er diesen Irrthum des Volks berichtigt habe, als er, seinen Worten in dem stenographischen Berichte gemäß, „dem Barrikadenbau und dem sich Bewaffnen an verschiedenen Orten zusah, wo er die Straßen durchschneiden mußte"; gewiß ist, daß er sich später, während der Waffenruhe und nachdem der Kampf mehrere Stunden gewüthet, thätig und löblich an den „Vermittelungsversuchen" betheiligte. Die ursprüngliche Zahl der Barrikadenkämpfer hatte sich während des Kampfes nicht vermehrt, dagegen waren seit der Zeit, wo Herr Rösler dem Barrikadenbauen und dem Sichbewaffnen der Barrikadenkämpfer hatte zusehen müssen, große Truppenverstärkungen eingetroffen, und die Artillerie, welche schnelle Entscheidung herbeiführen mußte, langte noch vor Ablauf der gestatteten Waffenruhe ein. Auch war die Ansicht von der Vergeblichkeit des Kampfes, welche Herr Rösler am 20. in der Paulskirche aussprach, schon in den Worten zu finden, die er in Gegenwart von Zeugen und in dem Augenblick laut äußerte, als die auf der obern Zeil befindlichen Preußen einen preußischen Soldaten neben dem römischen Kaiser niederknien sahen. Bei dieser Gelegenheit habe er, auf die Reservekolonnen der Preußen deutend, an seine Umgebung folgende pathetische Anrede gerichtet: „Ich habe nur den Einen Wunsch noch auf dieser Erde, daß die Kugel eines dieser Kriegsknechte mich treffe, daß meine Leiche dann durch die Straßen getragen werde und sie unserer Sache den Sieg verleihe."

H **Frankfuet**, 25. Sept. Die Interpellation der Linken bezüglich der gehinderten Gedächtnißfeier alias Volksversammlung auf dem Kirchhofe, welche ich Ihnen als bevorstehend ankündigte, hat sich in eine Anklage des Justizministers und Ministers des Inneren verwandelt, deren Verlesung eine halbe Stunde lang die Geduld der Versammlung in Anspruch nahm. In Folge der Ankündigung der Frkf. im Frankfurter Journal, wobei He. Zimmermanns (aus Stuttgart) Name genannt worden, hatte der Letztere ein Anschreiben des Reichsministeriums erhalten, welches jene Versammlung aus klar darliegenden Gründen untersagte. Es lag demselben die erneuerte Verwarnung des Generals Robili bei, welche den Belagerungszustand in Erinnerung bringt. Das Verbot veranlaßte die Linke, in einem Straßenanschlag die Feier abzubestellen und auf unbestimmte Zeit aufzuschieben. Im deutschen Hause, wo der Versammlungsort war, machten He. Blum und einige andere Mitglieder die Anlangenden damit bekannt, und vertrösteten auf die Maßregeln, die man dagegen ergreifen würde. Die „Anklageakte", von Schaffrath, Blum, Wiesner und vielen Andern unterzeichnet, beschuldigt die Minister der Amtsüberschreitung, der Aufhebung menschlicher und staatsbürgerlicher Rechte, und schließt mit dem Antrage, daß alle Mitglieder der Nationalversammlung die Anklage der Minister Schmerling und Mohl zu der ihrigen machen sollten. Bei dieser einen dringlichen Sache blieb die Linke jedoch heut nicht stehen, sondern sie nahm noch verschiedene dringliche Anläufe. Naumerk verlangte eine sofortige Zustimmungserklärung der Nationalversammlung für die Beschlüsse des preußischen Reichstages vom 9. Aug. und 7. Sept. Wesendonk die Anwendung des rheinpreußischen Strafverfahrens in der gegenwärtigen Untersuchung. Die Dringlichkeit wurde aber für alle diese Anträge abgelehnt. Dieser Verlauf, sowie die vorangegangene Bekanntmachung, daß der Reichsverweser das Ministerium aufs Neue definitiv mit den vorigen Ministern besetzt habe (nur Leiningen und Heckscher sind ausgeschieden) mußte die Linke in einen Zustand des Ingrimms versetzt haben. Nur aus einem solchen Zustande wenigstens kann man den ganz unwürdigen Skandal erklären, welchen ihre hervorragendsten Mitglieder erhoben, als Schmerling Venedeys Interpellation beantwortete. Seine im Namen des Ministeriums abgegebene Erklärung lautete: daß sich der Belagerungszustand

und die mit ihm verbundenen Gesetze auf die Abgeordneten ebenso, wie auf alle Bewohner Frankfurts erstrecken, weil die Nationalversammlung noch keinen Beschluß hinsichtlich der Unantastbarkeit ihrer Mitglieder gefaßt. Hier unterbrach den Redner Vogt mit dem schallenden Ruf: „das ist eine Schmach!“ und die Linke erhob ein fürchterliches Geschrei, welches sich noch immer steigerte als der Präsident den Versuch machte den Redner zur Ordnung zu rufen. Man hörte Schaffraths Stimme „Reaktion! Reaktion!“ Andere schrieen „Infamie! Infamie!“ Es dauerte noch eine Weile, ehe das Getümmel sich legte und der Redner seinen Nachsatz machen konnte. Er lautete: „Natürlich wird nach allgemeinem parlamentarischen Brauch nur mit Zuziehung des Hauses gegen die Mitglieder desselben verfahren werden!“ Dieser Nachsatz schien den Grimm und Schrecken der Tobenden in Etwas zu beruhigen, doch brach der Sturm noch einmal los, bei der Erklärung, daß wegen der Verantwortlichkeit für den Schutz der hohen Nationalversammlung und der Ruhe der Stadt das Ministerium das Fortbestehen des Belagerungszustandes zunächst noch für angemessen halte. Venedey beantragte in Folge dieser Erklärung einen Beschluß der Nationalversammlung zur Aufhebung desselben. Bei namentlicher Abstimmung wurde die Dringlichkeit jedoch mit 277 gegen 138 verworfen. Die ganze Verhandlung bestätigte wieder die jetzt sehr Platz greifende Ansicht, daß seit den letzten 3 Wochen die Nationalversammlung viel an ihrer würdigen Haltung verloren habe, und daß die besonnene konservative Richtung in derselben, auf welche gar viele Hoffnungen gebaut wurden, in ihren Angelpunkten erschüttert sei.

•• Frankfurt, 26. Sept. Man spricht in den Kreisen der Abgeordneten, welche dem Reichsministerium nahe stehen, von einem Schreiben des in außerordentlicher Sendung in Paris anwesenden Herrn v. Raumer, worin der Inhalt einer Unterredung desselben mit Herrn Bastide mitgetheilt wird. Hr. Bastide habe bemerkt, daß die französische Regierung sehr gern in engere Beziehung mit der deutschen Centralgewalt treten werde, sobald dieselbe mit der gehörigen Kraft die Feinde jeder gesellschaftlichen Ordnung, die man in Paris niedergeworfen habe, besiegt haben werde. Mit Befriedigung habe die französische Regierung die Nachricht aufgenommen, daß den Herren Dahlmann und Herrmann die Bildung eines Reichsministeriums in ihrem Sinne nicht gelungen sei; doch könne man nicht wissen, ob nicht dennoch ein Kabinet zu Stande komme, welches einen an übertriebener Nationalitätsschwärmerei kränkelnden Abgeordneten der Linken nach Paris sende, woraus sich die Schwierigkeiten jeder Verhandlung von selbst ergeben würden. Auf die Mittheilung, daß der Aufstand in Frankfurt besiegt und der definitive Wiedereintritt des früheren Ministeriums in naher Aussicht sei, habe Hr. Bastide zwar die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen, daß die Centralgewalt eine Kraft entfalten werde, welche Vertrauen erwecke; allein, noch sei weder gegen die Abgeordneten, noch gegen die Klubs, noch gegen die Leiter der Volksversammlungen eingeschritten worden, welche die Mehrheit der N.-V. für Verräther erklärt, zu Aufruhr und Mord aufgefordert hätten. Diese Schritte schienen zur Befestigung der wahren Freiheit, der Ordnung und der Regierung in Deutschland ebenso unerläßlich, als sie es in Paris gewesen. Die Nationalversammlung aber scheine die Bedürfnisse des Augenblicks gänzlich zu verkennen, sonst würde sie sich, statt mit weitläufigen Verhandlungen über die Grundrechte, mit Berathung der schleunigst zu treffenden Maßregeln beschäftigen. — Dies ist der wesentliche Inhalt des Schreibens, und wir wüßten den Aeußerungen des Herrn Bastide nichts Wesentliches entgegen zu setzen, als etwa die Bemerkung, daß auch die Regierung des republikanischen Frankreichs, ungeachtet der starken Centralisation, noch nicht aller Schwierigkeiten Herr geworden, noch nicht alle Gefahren, welche dem Bestehen einer jeden gesellschaftlichen Ordnung drohen, besiegt habe.

Frankfurt, 26. Septbr. Der Abg. Adams berichtete heute im Namen des Ausschusses über das Gesuch der badischen Regierung um Zustimmung der Versammlung zur Verhaftung des Abg. Peter. Die Untersuchungshaft war von dem Hofgericht zu Konstanz schon unterm 22. Mai d. J. verfügt, und die badische Kammer hatte bald darauf ihre Zustimmung gegeben. Bekanntlich hatte Peter die ihm von der Regierung übertragene Stelle eines Regierungsdirektors in Konstanz am 17. April mit der eines Statthalters unter Hecker vertauscht, war aber bald wieder in seine badischen Verhältnisse zurückgetreten, da der Aufstand keinen Bestand hatte. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß nach der dermaligen Sachlage eine Verhaftung wegen Kollusion nicht mehr nöthig sei, daß dagegen der Fortsetzung der Untersuchung kein Hinderniß im Wege stehe. — Der Abg. Grävell übergab eine lange Beschwerde gegen den Präsidenten, welcher seine zahllosen dringenden und nicht dringenden Anträge nicht gehörig berücksichtige. Unter mehreren Interpellationen und dringlichen Anträgen befand sich auch einer von Simon von Trier — die Versammlung möge ihren Beschluß vom 16. d. M., weil Dänemark keine Modifikationen des Waffenstillstandes von Malmö zulassen wolle, wieder aufheben und die Diskussion über diesen Gegenstand auf eine der nächsten Tagesordnungen setzen. Die Dringlichkeit wurde mit großer Mehrheit verworfen. Interpellationen über die nämliche Frage waren von Vogt und Zimmermann von Spandow angekündigt, von diesem noch eine Reihe anderer über General Wrangel's Niederlegung des Oberkommandos, über Ungarn, über die Anerkennung der Centralgewalt durch Dänemark, über die Art und Weise, wie Herr v. Raumer den Eintritt der Centralgewalt in Paris angekündigt habe; ob es wahr sei, daß derselbe gesagt, der Bundestag habe seine Befugnisse dem Reichsverweser übertragen u. s. w. Herr v. Schmerling beantwortete die Fragen wegen des Verhältnisses zu Dänemark ihrer Wichtigkeit wegen sogleich dahin: daß Syndikus Banks, bisher Reichsgesandter in London, nach Kopenhagen abgegangen sei, um das Ratifikationsschreiben zu überbringen und im Sinne des Beschlusses vom 16. zu wirken; der Abg. Siedtmann sei nach Rendsburg abgegangen, um dort die Centralgewalt und Deutschland zu vertreten, und die bezüglich auf den Waffenstillstand erforderlichen Ausgleichungen Namens der Centralgewalt durchzuführen. Das Rundschreiben des dänischen Ministers sei dem Reichsministerium noch nicht amtlich zugekommen. Dieses sei aber entschlossen, den Beschluß vom 16. d. zur Geltung zu bringen und dürfe dabei auf den entschiedenen Beistand aller befreundeten Mächte rechnen. Bezüglich auf die nach öffentlichen Blättern von der Krone Dänemark ernannte Immediatkommission, bestehend aus dem Grafen Moltke und zwei anderen Herren, scheint es dem Redner klar, daß diese Regentschaft von der Centralgewalt unter keinen Umständen anerkannt werden könne. Das Schreiben, welches Hr. v. Raumer in Paris übergeben, legt Hr. v. Schmerling auf den Tisch des Hauses nieder; es erhellt schon aus dem Eingang, daß der Reichsverweser, als von der Nationalversammlung gewählt, darin bezeichnet wird; des Bundestags ist nicht gedacht. Die übrigen Interpellationen werden am Montag beantwortet werden; nur der Reichsjustizminister Mohl wird schon nächsten Donnerstag einige Fragen beantworten, die sich auf die gesetzlichen Bestimmungen und das Verfahren in Folge des Belagerungszustandes beziehen. Die Versammlung schritt hierauf zur Abstimmung über die §§. 18, 19 und 20 der Grundrechte.

Frankfurt, 26. Sept. Der Reichsgesandte in der Schweiz, Hr. Raveaux, geht heute auf seinen Posten nach Bern ab, und man vernimmt, daß er dort in Bezug auf die Vernachlässigung und Verhöhnung aller internationalen Verbindlichkeiten gegen Deutschland eine sehr ernste Sprache führen wird. Wenn die Schweiz nicht den gerechten Forderungen um Sicherstellung gegen Ueberfälle von ihrem Gebiete aus, welche seit dem Frühjahre sehr häufig vorgekommen sind, entspricht, so werden wohl an der deutschen Grenze ähnliche Maßregeln getroffen werden müssen, wie sie Marschall Radetzky gegen Tessin anzuwenden genöthigt war. Die deutsche Langmuth hat auch ihre Grenzen.

Frankfurt. Die O. P. Z. bringt folgenden Erlaß des Reichsverwesers an sämmtliche Regierungen des deutschen Bundesstaates. Von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland. Am 18. Sept. 1848 wütheten zu Frankfurt a. M., dem Sitze der Centralgewalt und der deutschen Nationalversammlung, die Schrecknisse des blutigen Aufruhrs. Die unter dem längst verführten Volke verbreiteten falschen Auslegungen über den Beschluß der Nationalversammlung vom 16. Sept 1848 — wodurch der zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstand nicht ferner zu beanstanden sei — brachten lange vorbereitete Pläne zur Ausführung. Am 17. Sept. 1848 wurde nächst Frankfurt eine große Volksversammlung abgehalten, dabei der Aufenthalt offen gepredigt und zum Sturme gegen die Majorität des Parlaments aufgefordert. Es trafen von allen Seiten Bewaffnete ein, und die Ruhe der Stadt, die schon in der früheren Nacht durch grobe Exzesse gestört worden war, wurde so gefährlich bedroht, daß der Senat das Reichsministerium aufforderte, die zum Schutze der Nationalversammlung nöthigen Vorkehrungen selbst zu treffen. Unter dem Schutze zweier aus Mainz beigezogener Bataillone hielt die Nationalversammlung am 18. Sept. 1848 Vormittags Sitzung, ameingt von drohenden Haufen, deren Versuch, gewaltsam in den Sitzungssaal einzudringen, durch Reichstruppen vereitelt wurde. Von 2 Uhr bis gegen 9 Uhr Abends dauerte der Straßenkampf gegen die zahlreich errichteten Barrikaden und die von Bewaffneten besetzten Häuser, aus welchen fortwährend auf die Truppen gefeuert wurde. Erst am 19. Morgens war die gesetzliche Macht vollständig Meister der Stadt. In den ersten Nachmittagsstunden wurden die beiden Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, Fürst Lichnowsky und v. Auerswald, die in bürgerlicher Kleidung und unbewaffnet aus der Stadt ritten, von

bewaffneten Haufen angegriffen, aus Häusern, wohin sie sich geflüchtet hatten, getrieben und mit empörender Grausamkeit ermordet. Der Abgeordnete Heckscher wurde in Höchst eine lange Nacht hindurch von rasenden Pöbelhaufen mißhandelt und mit dem Tode bedroht; auch andere Abgeordnete schwebten in Lebensgefahr. Bei solchen Vorgängen konnte die provisorische Centralgewalt in dem, was ihre Pflicht erforderte, nicht zweifelhaft sein. Eine Truppenmacht war binnen wenigen Stunden in Frankfurt versammelt, mit der nicht nur der Aufruhr besiegt wurde, sondern durch die auch einer Erneuerung desselben hier und in der Nähe vorgebeugt sein wird. Das Kriegsgesetz wurde verkündet, die Entwaffnung der Einwohner verfügt, und die Justiz ist thätig, die zahlreich Verhafteten zu richten und den andern Schuldigen nachzuforschen. Aber die Centralgewalt verkennt nicht, daß damit ihre Aufgabe nicht vollendet sei, daß nach den tiefen Erschütterungen, die Deutschland erfuhr, nebst dem errungenen Gute der Freiheit, das gewahrt, geschützt und dauernd befestigt werden soll, bedauernswerthe Mißverständnisse eingetreten sind, die, indem sie Bürgerkrieg und Anarchie theils schon hervorriefen, theils die Saat dazu gelegt, die Freiheit selbst in Frage stellen und unser Vaterland mit einer furchtbaren Zukunft bedrohen. Eine Fortdauer dieses Zustandes kann nicht geduldet werden, denn er ist ein offenbarer Angriff auf die Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates, die, durch alle Theile desselben umfassende Maßregeln zu bewahren, die provisorische Centralgewalt berufen ist. Sie wird diese Maßregeln demnächst Hand in Hand mit den deutschen Regierungen, sie wird sie dahin treffen, daß dem Gesetze, dessen Vollzug in manchen Theilen Deutschlands stille steht, wieder Geltung und kräftige Wirksamkeit werde. Die provisorische Centralgewalt ist dabei über die thätige Mitwirkung aller Regierungen, die, wie sie weiß, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, des Friedens und der Ordnung verbürgt wissen wollen, nicht in Zweifel und wird ihre Unterstützung nur mit Erfolg in Anspruch nehmen. Aber indem sie erkennt, daß die Herrschaft der Gesetze dort, wo sie geschwächt ist, hergestellt werden muß, vertraut sie, es werde dem Muthe und dem Pflichtgefühle Jener, die vor Allen berufen sind, ihre Mitbürger vor Anarchie zu bewahren, Ernst sein in Erfüllung dieser Pflicht, damit an ihnen das deutsche Volk, was den Frieden und die Herrschaft der Gesetze wünscht, Halt und Stütze finde, und dann gewiß freudig mitwirke, wo zu seinem Heile gewirkt werden soll. In dieser Richtung nimmt die provisorische Centralgewalt jetzt schon die kräftige Mitwirkung aller deutschen Regierungen dahin in Anspruch, daß sie ihre Behörden und Beamten und jene Institute, die zur Vertheidigung der Ordnung und der Gesetze bestehen, zur eifrigen Pflichterfüllung, dort wo sie hierin nachließen, ernstlich ermahnen, damit dem theilweise eingerissenen Zustande der Gesetzlosigkeit, unter welchem nur die Freunde der wahren Freiheit leiden, kräftig ein Ziel gesetzt werde. Frankfurt a. M., den 22. Sept. 1848. Der Reichsverweser: (gez.) Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern: (gez.) Schmerling

Schweiz.

□ Aus der östlichen Schweiz, den 24. Septbr. Dem Unternehmen Struve's weissagten im ersten Augenblick Manche einen Ausgang, ähnlich dem des Hornberger Schießens, an welchem ein Hammel ausgeschossen werden sollte, sich aber keiner vorfand, worauf die Schützen wieder nach Hause gingen. Damit ist es nun schon Nichts. Die Republik Lörach besteht schon 3 Tage, was in unsern Zeiten viel heißen will, und Hämmel nebst anderm derartigen — Weißzeug sind im Ueberfluß vorhanden. Zwar wird es sich zeigen am Ende, daß die Lörracher sich den Finger am unrechten Orte verbunden haben; der Leithammel aber, Struve, macht gewiß ein gutes Geschäft. Der Zoll- und Amtskassen hat er sich bemächtigt, und den Gemeinden, die keine Mannschaft stellen wollen, erlaubt er, sich loszukaufen. So dem Dörflein Tüllingen, dem er 5000 fl. auferlegte. Es scheint fast, ihm ist's lieber, wenn die Leute zahlen, anstatt mitzuziehen. Seines eigenen Davonlaufens, wenn's zum Treffen kommen soll, ist er gewiß, und Menschen, wie in Messina geschah, zu verzehren oder zu verwerthen, geht noch nicht an, wohl aber läßt sich Beides mit dem Geide thun. Es geht auf den Winter zu, man muß sich vorsehen, und wenn da und dort im Kleinen gestohlen wird, warum nicht auch im Großen? Heut zu Tage heißt es: Um Etwas zu erwerben, plag' ich mich nicht selbst, ich plag' Andere, und wie der Räuberhauptmann Garibaldi, wird gar bald auch Struve mit seinen Ersparnissen sich zurückziehen. Ihm wird sein Geld, das er braucht, der badischen Regierung bleibt das Nachsehen, und der Reichsregierung die bisher gegen die Schweiz beobachtete Rachsicht. Was will man mehr? So löst sich Alles auf in Wohlgefallen.

Großbritannien.

London, 24. Sept. Die englischen Zeitungen füllen sich mit langen Beschreibungen der Frankfurter Barrikadenkämpfe und verweilen, wie sich voraussehen ließ, mit Schauder bei den an Lychnowsky und Auerswald ausgeübten Meuchelmorden. Das Morning Chronicle bringt in der Nr. vom 22. Sept. außerdem einen in wenige Worte gefaßten leitenden Artikel, worin unter Hinweisung auf die in derselben Nr. enthaltene ausführliche Korresp. aus Frankfurt unter Anderm gesagt wird: „die hochwichtigen Nachrichten aus Frankfurt bestätigen in leider überraschend plötzlicher und vollständiger Weise unsere Ansichten, die wie aus allgemeinen Gründen von jeher über das Experiment deutscher Einheit gehegt haben. Die Ereignisse vom vergangenen Montag haben aufs Allerbestimmteste bewiesen, daß eine wahrhafte Centralregierung in Deutschland nicht möglich ist, etwa Voraussehungen abgerechnet, die, wie wir inbrünstig (fervently) vertrauen, die Anarchisten nie und nimmer zu realisiren im Stande sein werden — und daß ein achtbares und anständiges Formending, welches unter diesem Namen etwa noch fortbestehen sollte, nur durch die vereinte Duldung von Oesterreich und Preußen sich erhalten kann." Was man auch in Deutschland von dieser Ansicht halten möge, so viel ist gewiß, daß wie nach den letzten Frankfurter Vorgängen uns kaum einer günstigern Meinung vom Auslande versehen konnten; glücklicherweise scheint jedoch die feste Haltung des Reichsverwesers und der Reichsminister, wie der brüderliche Geist und das tapfere Verhalten der Truppen dem Auslande wieder etwas mehr Vertrauen und Achtung eingeflößt zu haben. In den Times (vgl. übrigens unsere London Korr. dem) heißt es unter Anderm: „die Haltung der Minister war vortrefflich, die des Reichsverwesers unverzeihlich". Die Times erzählen noch Folgendes: als eine Abordnung der Linken den Reichsverweser anging, daß derselbe nicht etwa die deutschen Reichstruppen, sondern, was für den deutschen Einheitssinn wieder sehr bezeichnend ist, die preußischen aus der Stadt ziehen möge, soll derselbe erwidert haben: „Meine Herren, Sie selbst haben ja immer gesagt, ich sei nur eine Puppe, ein bloßer Popanz; nun wenn ich das bin, so kann ich auch Nichts thun — gehen Sie daher zu meinem Minister, wenn es Ihnen gefällig ist". Ja Bezug auf den Meuchelmord sagt das Morning Chronicle: „Es schmerzt uns tief, hinzufügen zu müssen, daß die fluchwürdige Politik des Meuchelmords Erfolg hatte, wo Rebellion und Anarchie ihren Zweck verfehlten. Die barbarische Ermordung des Fürsten Lychnowski wirft ein Licht auf den verabscheuungswürdigen Sinn und das Ziel einer Partei, in deren Wörterbuch das Wort Demokratie die gesetzlose Tyrannei Weniger und der Ausdruck Nationaleinheit Nichts als Bürgerkrieg bedeutet". Ja beiden Zeitungen wird übrigens dem edlen Charakter Auerswalds und den glänzenden Talenten und der Beredsamkeit Lychnowski's großes Lob ertheilt. — Der Frankfurter Korrespondent des Morning Chronicle erzählt ferner in der Nr. vom 23. Sept.: „die Wuth des teuflischen Pöbels (diabolical mob) gegen Lichnowsky rühre namentlich daher, daß er, wie behauptet wurde, einen Schnellschreiber auf die Pfingstweide geschickt habe, mit dem Auftrage, diejenigen Aeußerungen von Zth aufzuzeichnen, die vielleicht zu einem gerichtlichen Einschreiten gegen ihn Anlaß geben konnten." Wahrscheinlich auch eine jener Erfindungen, welche ausgestreut wurden, um das Volk zur tollsten Wuth gegen den Unglücklichen anzustacheln. Man darf jetzt doch wohl hoffen, daß die Anhänger der vielleicht nur dingrothen Republik sich von den Anhängern der blutrothen Republik, der Anarchie, des Bürger- und Bruderkrieges, allmählich lossagen werden. Sie können dies um so eher mit ihrem Gewissen vereinbaren, da sich die Republik an der Absolutie durch den Mord der beiden preußischen Abgeordneten hinlänglich abgefunden hat.

Am 18. Sept. wurden die Fasargentenchefs Smith O'Brien, Meagher, Layne und Donaghne aus ihrem Gefängniß in Dublin unter Bedeckung auf der Eisenbahn nach Clonmel, einer in letzter Zeit viel genannten Stadt in der so oft aufsässigen Grafschaft Tipperary, abgeführt, um hier vor die Specialassisen gestellt zu werden. Meagher und O'Brien, welche als „vornehme" Rebellen durch die erste Wagenklasse befördert wurden, während die beiden andern „gemeinen" Rebellen in Wagen dritter Klasse folgten, sahen ziemlich wohlgemuth und heiter drein. Dem Morning Chronicle meldet sein Korrespondent aus Irland, daß die Angeklagten bereits in Clonmel eingetroffen und die Assisen am 21. Sept. eröffnet sind. Mit Smith O'Brien befinden sich auch seine Mutter, seine Frau und andere Familienglieder in Clonmel. Die Theilnahme in der Stadt an den Assisenverhandlungen war wider Erwarten nur gering, die Grafschaft in dem Augenblick überhaupt ruhig.

Digitized by Google

Preußen. ☽ **Berlin**, 22. Sept. Die so lange verwaiste Ministerbank war in der heutigen Sitzung unserer Landesversammlung wenigstens zum Theil wieder besetzt: General Pfuel: Präsident, Bonin: Finanzen, Eichmann: Inneres, Graf Dönhoff: Aeußeres. Die Sitzung wurde mit dem Programme des neuen Kabinets eröffnet. Folgendes ist der wesentliche Inhalt: das Ministerium sei fest entschlossen, auf dem betretenen konstitutionellen Wege fortzufahren, die Freiheit kräftig zu wahren und reaktionäre Bestrebungen mit Entschiedenheit zurückzuweisen. In jedem Zweige der Verwaltung, in Civil und Militär, werde dafür ernste Sorge getragen werden. Die Verfassung, welche man im Begriffe stehe, mit der Krone zu vereinbaren, werde uns die Bürgschaft geben, daß das preußische Volk mit der deutschen Nation einträchtig und stark, frei und geordnet und mit festem, sichrem Schritte der großen Zukunft entgegen gehen und seinen weltgeschichtlichen Beruf zu erfüllen im Stande sein werde. Diese freie Entwicklung des Volkes im Auge, werde das Ministerium die Anarchie bekämpfen, in der festen Ueberzeugung, daß wahre Freiheit nur durch Gesetz und Ordnung aufrecht erhalten werden könne — nur so würde sich Handel, Gewerbe, Ackerbau zu neuer Blüthe emporschwingen. — Um die Berathung der Verfassung zu beschleunigen, werde unmittelbar nach der Vollendung des Bürgerwehrgesetzes und der Gemeindeordnung der Entwurf einer Kreis- und Bezirksordnung vorgelegt werden. — In gleicher Weise, wie die Rechte und Freiheiten des Volkes, werde man die Rechte und die Würde der Krone, als der einzigen Ausübern der vollziehenden Gewalt, zu wahren suchen. Das Ministerium hoffe, über die Größe der ihm gemeinschaftlich mit der Versammlung gestellten Aufgabe und in vaterländischer Begeisterung in allen wesentlichen Punkten mit der Vertretung des Landes einig zu sein. Hansemann glaubt im Namen des abgetretenen Kabinets, welches, wie man wisse, von ihm gebildet sei, über die Erfüllung seiner Mission einige Worte an die Versammlung richten zu müssen. Es habe das abgetretene Ministerium sich selbst das Ministerium der That genannt. Er glaube, daß es diesen Namen gerechtfertigt. Wenn man auf die Zeit von drei Monaten blicke und die jetzt neu erwachte Gewerbsthätigkeit damit vergleiche, werde man ihm beipflichten. Das Kabinet habe von der Reaktion heftige Angriffe erfahren, besonders sei seine Person Gegenstand derselben geworden, weil er Gesetze vorschlug, die der Reaktion tief in das Fleisch schnitten. Nichts wäre für die Versammlung natürlicher gewesen, als ein Ministerium zu schützen, welches von der Reaktion so hart bedrängt wurde. Wenn sie ihm nichtsdestoweniger ihre Unterstützung entzog, so müsse sich der Wille der Nation besonders stark geäußert haben. Es freue ihn, von dem neuen Kabinete die Reaktion ebenso bekämpft zu sehen, wie es entschlossen sei, die Rechte der Krone und die Freiheiten des Volks zu wahren. Es würde sich freuen, dem Ministerium überall auf dieser Bahn zu begegnen. — Ein dringlicher Antrag von Haekmann erhält hierauf den Vorrang vor der Tagesordnung. Im Interesse des Landes, welches mit sehnsüchtigem Verlangen den Beginn der Verfassungsberathung fordere, schlägt er vor, daß wöchentlich vier Sitzungen, nachdem das Bürgerwehr- und das Jagdgesetz vollendet, nur der Verfassung gewidmet werden. Kämpf will vorläufig nur zwei Tage in der Woche zu Gunsten der Verfassung angesetzt haben und dringt bei der Abstimmung, welche über Antrag und Amendement durch Namensaufruf vorgenommen wird, mit 338 gegen Eine Stimme durch. Waldeck hatte sich mit leidenschaftlicher Heftigkeit gegen den Antrag erhoben. Der Kern desselben meint er, sei, die Interpellationen und dringenden Anträge abzuschneiden. Ewig habe man das „unglückliche" Wort: Vereinbaren im Munde, als ob es weiter Nichts zu thun gebe, als ein Stück Papier zu machen. In einer Zeit, wo solche Tagesdiebe, wie der des Generals Wrangel, erlassen würden, sei es leicht möglich, daß die Versammlung in den Fall kommen könnte, viel wichtigere Dinge vorzunehmen, als eine Verfassung zu berathen (stürmische Unruhe!). Kirchmann hatte gestern, wie ich Ihnen bereits meldete, für heute eine Interpellation wegen des Wrangel'schen Armeebefehls angekündigt. Otto von Trier begehrt für sie die nächste Stelle unter den dringlichen Anträgen, welche der in hohem Maße aufgeregten Versammlung in großer Zahl vorliegen. Aus den wenigen Worten, womit der Abgeordnete sein Verlangen begründet, mögen Sie die Stimmung ersehen, worin sich heute die äußerste Linke und mit ihr ein nicht unbedeutender Anhang in der Hauptstadt befindet. Wissen Sie, fragte der Abg. Otto v. Trier die Versammlung, was außerhalb der Mauern Berlins vorgeht? Ich werde es Ihnen sagen. 50,000 Mann halten uns mit Kanonen, die mit Kartätschen und Graphnels wohl versehen sind, umschlossen. Ganz Berlin gleicht einem Krater und was thut die Konstituante von Preußen? Sie bringt die Zeit mit Formalitäten hin. Ich rufe Ihnen zu: Hannibal ante portas! die militärische Schreckensherrschaft ist im Anzuge! So ein Mitglied der äußersten Linken. Die Versammlung straft das kadliche Pathos des Redners mit Geächter, rast letztern auch wegen einer den Volksfreunden von echtem Schrot und Korn bereits geläufig gewordnen Verdächtigung der Ordnungspartei zur Ordnung, geht jedoch im Uebrigen auf seinen Antrag ein. Die Antwort des Generals Pfuel lautete dahin: Allerdings sei General Wrangel durch einen von Schreckenstein kontrasignirten Kabinetsbefehl des Königs zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt worden. Besondre Instruktionen habe er indeß nicht erhalten. Die Gründe, weßhalb man um Berlin eine so bedeutende Truppenmacht zusammengezogen, lägen in der politischen Lage Deutschlands, welche großen Kraftaufwand zur Aufrechterhaltung der Ordnung erfordern. Außerdem haben die jüngsten Ereignisse hinlänglich gezeigt, in welcher großen Gefahr sich selbst die Nationl-Versammlung in Berlin befände. Diese verschiedenen Zwecke zu erreichen, habe man die Truppen nach einem Knotenpunkte der Eisenbahnen, d. i. nach Berlin zusammengezogen. Er sei befragt, ob er mit dem Inhalte des Wrangel'schen Armeebefehls einverstanden sei. Die Leitende Idee desselben betreffe lediglich die Mitwirkung der Truppen, wenn sie erfordert würden und eine Ermahnung zur Disciplin. Dies sei nicht anstößig. Die Worte würden allerdings in einem Armeebefehle nicht auf die Wagschaale gelegt. Was ihn selbst betreffe, so würde er immer daran festhalten, daß bei Hilfeleistungen gegen Gesetzlosigkeit die Truppen erst die zweite Instanz nach der Bürgerwehr bildeten. Die Entlassung der Kriegsreserven endlich, welche General Wrangel den Regimentern als ein Zeichen seiner Fürsorge zugegeben, sei nicht von ihm, sondern dem Kriegsminister ausgegangen. Dazu habe er allerdings einer Instruktion bedurft. — Ein Antrag Waldecks, das Staatsministerium aufzufordern, den General Wrangel zur sofortigen Zurücknahme seines Armeebefehls zu veranlassen, wird mit 202 gegen 139 Stimmen als nicht dringlich erkannt. — Der Bloem-v. Berg'sche Antrag, welcher ebenfalls schon gestern angekündigt war, lautet: die Versammlung wolle ihren höchsten Unwillen über die jüngsten Ereignisse in Frankfurt aussprechen und erklären, daß sie jede Störung in der freien Berathung des Parlamentes und jede rohe Gewalt tief beklage und die Regierung zu kräftiger Unterstützung der Centralgewalt auffordere. Bloem ergreift das Wort hauptsächlich nur, um sich gegen die Verdächtigungen, die er von den Ersteren seiner eignen Partei erfährt, als sei sein Antrag ein volksfeindlicher, zu rechtfertigen. Man habe sich sehr geirrt. Wenn er auch für seine Person in vielen Stücken mit den Beschlüssen des Parlamentes nicht zu sympathisiren vermöge, so hatte er doch jede Kritik, wenn die Beschlüsse einmal gefaßt seien, für unbefugt. Wohl aber habe er die Gefahren im Auge, welche angeblich auch der Berliner Versammlung von einer anderen Seite her drohen sollen. Jeder Zwang, auch wenn er von Oben komme, sei rohe Gewalt, gegen die er protestire. Es lebe die Freiheit, es leben die Rechte des Volkes, aber auch die Ordnung und das Gesetz! (Beifall.) v. Berg: Während die Vertreter von 40 Millionen tagen, maßt sich ein roher Pöbelhaufen an, seine auf der Straße gefaßten Beschlüsse an die Stelle des Volkswillens zu setzen. Man dürfe nicht verkennen, daß die Ereignisse von Frankfurt nur das Glied einer Kette seien, die sich durch ganz Deutschland ziehe. Man habe gesagt, zwar nicht offiziell, aber von Mund zu Mund, Preußen sei der Feind deutscher Einheit. Diese Versammlung vertrete das preußische Volk. Wer unter ihnen sei gegen die deutsche Einheit? Wenn man rufe: größere Gefahr drohe ihnen hier, so sei ihm diese Besorgniß in Vergleich mit den Frankfurter Gräueln zu klein. Mag geschehen, was da wolle, gehen wir unsern geraden Weg, den Weg des Rechts und der Freiheit — und wenn wir in diesem Streben untergehen, rufen wir: mit Gott für die Freiheit! — Die Erklärung ward mit großer Mehrheit angenommen. Ungeschickte Widersprüche fanden sich allerdings auf beiden Seiten: Die äußerste Linke hielt die Thatsachen für nicht hinreichend aufgeklärt und wollte „zur einfachen Tagesordnung übergehen" — einem Mitgliede von der Rechten, Plönnis, scheint solcher Schmach gegenüber, wie man zu Frankfurt begeing, jede Erklärung überflüssig oder Ausdrücke, wie „tiefster Unwille", wenigstens nicht stark genug. — Die Straßen und Plätze in der Umgebung des Sitzungssaales waren heute mit zahlreichen Gruppen bis zum Schlusse der Berathungen bedeckt. Der Charakter der sehr gesteigerten Aufregung hat bis jetzt eine bestimmte Gestalt nicht gewonnen, doch scheint es, als ob die Furcht vor einbrechender Reaktion in den Gemüthern so vorherrschend ist, daß die Enthüllung über die heuchlerischen Angriffe der rothen Republik auf das Frankfurter Parlament darüber kaum eine Stelle findet. Die nächsten Tage werden uns vielleicht über tiefliegende, durch das Mißlingen des Frankfurter Hochverraths gescheiterte Pläne, die auch hier zur Ausführung gebracht

werden sollten, Aufklärung geben. Eine tiefe unheimliche Gährung herrscht fast allgemein — möglich, daß sie weniger die Anzeichen eines drohenden Unwetters, als die zitternde Unruhe der so eben noch tief erregten „revolutionären Wellen" bedeutet. Die Heeresentlaßfrage ist noch immer nicht erledigt, das Gesetz wegen Aufhebung der Todesstrafe, die Habeas-Corpus-Akte bis zu diesem Augenblicke nicht vorgelegt. Elemente zu neuen Aufstachelungen also in Fülle und nun dieses Ministerium, dem man nicht eben mit demjenigen Vertrauen entgegenkommt, wie es in dieser Zeit der politischen Zerrissenheit nöthig wäre. Alle Hoffnung ruht jetzt auf dem einmüthigen und kräftigen Handeln unserer Landesversammlung. Manches günstige Anzeichen könnte hier dafür gelten, daß jene Hoffnung nicht vergeblich ist. Die äußerste Linke ist heute gänzlich isolirt gewesen, die Rechte wird vielleicht, durch Namen von Bedeutung gestärkt und in sich selbst fortan mehr organisirt, manche Berührungspunkte finden, in denen sie mit der gemäßigten Linken gemeinschaftlich dem Ziele näher schreiten kann, welches allein unsere Verhältnisse befestigen und die bis auf den Grund erregten Wogen besänftigen kann: ungesäumte Berathung einer freien, wahrhaft volksthümlichen Verfassung! —

** Köln, 21. Sept. Gestern Nachmittag erschien an allen Straßenecken ein Plakat, in welchem von dem Sicherheitsausschuß, der demokratischen Gesellschaft und dem Arbeiterverein auf den Abend eine Volksversammlung ausgeschrieben wurde. Ueberschrieben war die Einladung: Revolution in Frankfurt. Näheres war nicht angegeben. Jene Versammlung hat wirklich zu der anberaumten Zeit stattgefunden, und ich beeile mich, Ihnen in Folgendem darüber zu berichten.

Das Lokal war im großen Eiser'schen Saal in der Komödienstraße, dem gewöhnlichen Sitzungslokal der demokratischen Gesellschaft. Kurz nach 7 Uhr trat ich ein. Der Saal war bereits zum Erdrücken gefüllt. Ich drängte mich durch bis zur Tribune, demselben portativen, schwarz-roth-goldnen Kasten, der vor Kurzem auf dem Frankenplatze den Sicherheitsausschuß zur Welt geboren. Der Präsident der demokratischen Gesellschaft stand bereits oben darauf, um ihn herum die gesammte Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung, mit Einschluß ihres Korrektors, der nämlich ein großer Mann im Arbeiterverein ist. Der Präsident eröffnete die Sitzung mit einigen einleitenden Worten: er wies kurz auf die Ereignisse in Frankfurt hin, und wie in Folge jenes Votums der Nat.-Vers. über den dänischen Waffenstillstand das Volk von Frankfurt oder, wie er sich selbst verbessert, „viele Leute aus der Umgegend" schließlich „veranlaßt worden" seien, sich zum bewaffneten Aufstand zu erheben, wie zwar jetzt, da dieser Aufstand unterdrückt worden, von Seite der Kölner Demokraten weiter Nichts geschehen könne, als ihre Ansicht auszusprechen über das Ereigniß und seine Veranlassung, wie aber eine solche Kundgebung als eine nothwendige Pflicht erscheine. Dann nahmen nach einander die fünf anwesenden Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung und ihr Korrektor — weiter hat am ganzen Abend kein Mensch gesprochen — sich gegenseitig ablösend und ergänzend, das Wort. Es wurde der Versammlung zuerst eine Uebersicht der ganzen Waffenstillstands-Angelegenheit gegeben, es wurde berichtet, wie die erste Hoffnung, die Schmach jenes Waffenstillstandes abzuwälzen, verschwunden sei, als Wrangel, „der einzige General, der ein General der Revolution zu werden versprach, die Ehre Deutschlands gegen ein Kriegsministerium in Berlin verkauft", wie dann die Majorität der Nationalversammlung, dieselbe Majorität, die schon längst im Innern die Reaktion und das Stockpreußenthum gestützt, jenen Waffenstillstand gutgeheißen und dadurch ihre Pflicht auch nach Außen mit Füßen getreten; wie ferner die Linke, „die eben so wenig taugt, als die Rechte, und die, wenn sie nur ein wenig Ehre im Leibe gehabt hätte, schon längst aus der Versammlung ausgeschieden wäre", vergebens von dem „Volke", das sich auf der Pfingstweide versammelt, kategorisch zum Ausscheiden aufgefordert sei, und wie, als sie in Masse sich geweigert, Herr Vogt aus Gießen an der Spitze, „der doch sonst immer das Maul so voll genommen", dem „Volke" endlich die „Geduld gerissen" sei, und es zum äußersten Mittel, dem Aufstande und den Barrikaden, habe greifen müssen. Nach dieser intriguenten Auseinandersetzung wurde der Kampf selbst beschrieben, und hier muß ich Gewicht legen auf zwei Episoden, bei welchen der Redner selbst längere Zeit und mit einer fast wollüstigen Begeisterung verweilte; denn eben die Art und Weise, wie diese Episoden, gleichviel, ob thatsächlich richtig oder nicht, berichtet wurden, wirft ein helles und gräßliches Licht auf die Massen, die, wie es hier geschah, einem ostafrikanisch-kannibalischen Morde — es ist die Rede von dem Tode Lichnowsky's und Auerswald's — Beifall zujauchzen konnten; es hat sich diese entsetzliche Erzählung so tief in mein Gedächtniß eingeprägt, daß ich jeden einzelnen irgend bedeutenden Ausdruck verbürgen kann. „Es sind bei jenem Kampfe — so berichtet Herr Friedrich Engels, Mitredakteur der Rhein. Ztg. — auch zwei Abgeordnete gefallen, der Fürst Lichnowsky und der Herr von Auerswald. (Lange anhaltender Jubelruf der Versammlung.) Ich will Ihnen, Mitbürger, erzählen, wie sie gefallen sind. Der Fürst Lichnowsky hatte sich zu Pferde an die Spitze einer Abtheilung Frankfurter Bürger gestellt und will an die Hanauer Turner heran, um mit ihnen zu parlamentiren; er hoffte — der Redner kopirte hier den Berliner Dialekt — es würde nur zweier Worte bedürfen, um die Leute zur Ruhe zu bringen. Sobald er aber nahe kam, gab der Republikaner Metternich aus Mainz, der an der Spitze der Turner stand, Befehl, zu feuern; Lichnowsky fiel, von 2 Kugeln getroffen, vom Pferde; auf der Erde liegend, erhielt er noch 5 Schüsse; noch aber war er nicht todt, er schleppte sich fort und verkroch sich feig in einen Keller. Man schleifte ihn wieder heraus, man schlug ihn mit den Flintenkolben vollends todt, und man riß ihm mit den Zähnen das Fleisch vom Leibe. (Wüthendes, nicht endendes Bravo.) Auerswald war nicht so schlimm, als Lichnowsky, er war im Grunde ein gutmüthiger Mann, der viele schöne Worte machte. Aber das Volk fühlte, daß es der schönen Worte jetzt genug habe, und als er anfing zu sprechen, wurde er niedergeschossen und mit Kolbenschlägen todtgeschlagen." (Abermaliges Bravo.) Das ist wahrhaft entsetzlich. Ein Mann, der nach dieser Erzählung parlamentiren will, wird, als er heranreitet, meuchlings niedergeschossen, der zum Tod Verwundete mit Kolben vollends getödtet, dem Todten mit den Zähnen das Fleisch vom Leibe gerissen, und das „Volk" klatscht Beifall und jubelt, und der Redner berichtet gleich nachher mit einer Entrüstung, welche ihm fast die Stimme versagen machte, daß eine Abtheilung preußischen Militärs 11 gefangene Barrikadenkämpfer gebunden und sogar gekuebelt habe! Was haben wir, frage ich, zu erwarten, wenn einmal eine solche Masse unter solchen Führern losgelassen würde? Ich komme zu den Vorschlägen, welcheder Versammlung gemacht wurden, und zu ihren Beschlüssen.

Eine erste Erklärung in milderer Form schlug Herr Börgers vor — auch Herr Bürgers ist Redakteur der Rheinischen Zeitung — des Inhaltes nämlich, das hier versammelte Volk erkläre, daß die „aus indirekten Wahlen verfassungswidrig hervorgegangene Versammlung in Frankfurt durch ihre bisherige Thätigkeit und namentlich durch die Genehmigung des schleswig-holsteiner Waffenstillstandes die Ehre und Freiheit des deutschen Volkes verrathen und sich des Vertrauens unwürdig gemacht habe, welchem allein sie ihre Anerkennung verdanke", und das hier versammelte Volk erkläre gleichfalls, „daß es mit allen Mitteln und noch allen Kräften dahin wirken wolle, daß jene Versammlung aufgelöst werde und eine andere, aus direkten Wahlen gesetzmäßig hervorgegangene Nationalversammlung an ihre Stelle trete." Eine zweite Erklärung aber beantragte der Kollege des oben genannten Antragstellers, Herr Dronke, in Gemeinschaft mit dem Korrektor seiner Zeitung, des Inhalts: „Die hier versammelten Kölner Reichsbürger, in Erwägung, daß die Nationalversammlung in Frankfurt den ehrlosen Waffenstillstand mit Dänemark genehmigt hat, erklären: Alle Mitglieder der Nationalversammlung, diejenigen ausgenommen, welche, dem Willen des Volkes (auf der Pfingstweide nämlich) sich fügend, aus derselben ausscheiden, sind Volksverräther"; beschließen ferner: Die Barrikadenkämpfer in Frankfurt haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Diese zweite Erklärung, die an Unverschämtheit allerdings Nichts zu wünschen übrig ließ, wurde mit großer Majorität angenommen, dem Ausschuß dann noch zur Pflicht gemacht, dieselbe dann noch durch die Zeitungen sowie durch Maueranschläge, „wo möglich" auch in den Straßen von Frankfurt zur Oeffentlichkeit zu bringen, und mit einem von Heren Engels auf die Barrikadenkämpfer ausgebrachten dreimaligen Hoch ging die Versammlung auseinander, nachdem schließlich noch Herr Wolff, ebenfalls Mitredakteur der Rheinischen Zeitung und gewöhnlich der Possenreißer unserer demokratischen Sitzungen, die Mittheilung von sich gegeben, daß nach mehrfachen ihm zugekommenen Nachrichten die „Reaktion" beschlossen habe, an den nächsten Tagen, vielleicht noch im Laufe der nächsten Nacht, eine Anzahl Verhaftungen, namentlich derjenigen Demokraten vorzunehmen, welche sich bei der Volksversammlung in Worringen betheiligt. Was an dieser Mittheilung Wahres ist, weiß ich nicht; jedenfalls aber ist Herr Wolff bis heute Mittag noch nicht eingesteckt, da ich ihn zu dieser Zeit einer Lokalität zuschreiten sah, in welcher Bier und andere Getränke verabreicht werden, und welche, beiläufig bemerkt, zu denjenigen gehört, in welchen er sich noch nicht geprügelt.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Alexander in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Geh. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 263. **Heidelberg,** Donnerstag 28. September. **1848.**

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an D. Reimer in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die Struve'sche Razzia und die Neutralität der Schweiz. — **Berlin** (Verwahrung gegen die wiedererwachenden Gelüste der „alten Politik." Der 25. Sept. sehr ruhig abgelaufen; die Linke ist „mit den Erklärungen der Regierung zufrieden.") **Aachen** (Verhaftungen in Köln). **Stuttgart** (Gerücht von einem Aufruhr im Schwarzwald. Verhaftung). **Karlsruhe** (Rückwirkung der Vorgänge in Staufen. Eine Kolonne Rebellen löst sich auf. Lügen der „prov. Regierung." Der „Kaiser" der rothen Republik. Die prov. Regierung flüchtig. Auflösung der Freischaaren. Die Gefangennehmung von Struve, Blind und Konsorten bestätigt). **Mannheim** (Beiträge zur Moral der rothen Republikaner). **Darmstadt** (die Verbesserung des Schulwesens; die protest. Kirchenverfassung). **Aus Thüringen** (allmähliche Beruhigung). **Frankfurt** (zur Vertheidigung der Stadt und Bürgerwehr. Die Theilnehmer des Aufruhrs. Zitz abwesend. Die Reichstagszeitung. Der Belagerungszustand. Juhn's „Schwanenrede." Das Treiben der Linken. Entstehende Reiselust Einzelner. Die Untersuchung. Offenbarung eines Mitglieds der äußersten Linken. Amtliche Mittheilung über die Sendung Raveaux's. Rundschreiben des Reichsministeriums).

Schweiz. Aus der östlichen Schweiz. Die Lörracher Republik. Zürich will endlich die Neutralität achten.

Großbritannien. **London.** O'Connell und seine Nachahmer. Stimmen aus England über die Frankfurter Ereignisse.

Frankreich. **Paris.** Eindrücke des Struveschen Einfalls. Der National für republikanische Propaganda. Das Journal des Debats über Ledru Rollins. Louis Bonaparte angekommen. Die Verhandlungen der Nationalversammlung.

Ungarn. Die Lage der Dinge.

28. September.

Der Struve'sche Einfall hatte keinen größern Erfolg, als wir ihm bei den ersten Nachrichten davon prophezeit hatten; selbst in den Gegenden, wo im April die Theilnahme für Hecker's Aufstand noch am größten war, scheint man der Struve'schen Razzia ganz fremd geblieben zu sein. Badische Truppen, auf deren Abfall im April die Rebellen so sicher rechneten, haben es bis jetzt allein auf sich genommen, die Eindringlinge zu zersprengen, und die Regierungen zu Karlsruhe wie zu Frankfurt haben diesmal eine Energie und eine Raschheit bewiesen, die wir auch in friedlicheren Dingen, als die Unterdrückung eines Aufstandes ist, den Lenkern wie den Berathern der Nation wünschen möchten. Der Heinzen-Struve'sche Plan zur „Revolutionirung Deutschlands", wie er vor Monaten gedruckt erschien, ist diesmal praktisch versucht, aber nicht als praktisch bewährt worden; aus Freiwilligen, die man preßt, macht man keine heilige Schaar des Leonidas; ein Aufstand, wo man mit Rand und Todesdrohung die Kämpfer zu den Fahnen trommeln muß, ist ein todtgeborenes Unternehmen. Wenn Struve freilich darauf rechnete, daß die Helden alle, die nach den Gefechten bei Kandern und Dossenbach die Republik und Hecker hochleben oder sich die Bärte wachsen ließen und rothe Federn aufsteckten, jetzt auch zum „wilden eisernen Würfelspiel" des Kampfes sich einfinden würden, so täuschte er sich; sie sitzen ruhig zu Hause und versparen die laute Kundgebung ihrer Sympathien auf die Zeit, wo der unbequeme Kampf zu Ende und das Damoklesschwert des Kriegszustandes nicht mehr drohend über sie verhängt ist. Den kolossalen Lügen, die wie in den Organen der „provisorischen Regierung der deutschen Republik" reichlich aufgestapelt finden, ist die Widerlegung diesmal noch rascher als im April auf dem Fuße nachgefolgt, und der ganze Putsch von der prahlenden Theaterdekoration einer „deutschen provisorischen Regierung" an bis zu der bewährten Schnellfüßigkeit der meisten Führer würde nur Verachtung erregen, wenn nicht zugleich die Moral wie die Politik die ganze Strenge des Gesetzes gegen die raubsüchtigen, terroristischen Eindringlinge und ihre Helfershelfer herausforderte.

Ihre Helfershelfer! Dies mahnt an eine ernste und dringende Pflicht, die unserer Reichsregierung jetzt obliegt: nämlich Abrechnung zu halten mit der „neutralen" Schweiz, die nach Allem was vorliegt, die Pflichten des Völkerrechts ebenso unverantwortlich mit Füßen getreten, als ihrer eigenen Interessen leichtsinnig aufs Spiel gesetzt hat. Es ist jetzt Zeit, an den hochmüthigen und unberechtigten Ton zu erinnern, womit vor kaum zwei Monaten (31. Juli) die Beschwerden der deutschen Regierungen in der obersten Behörde der Eidgenossenschaft behandelt worden sind; es ist jetzt Zeit, darauf zu antworten, wo möglich nicht viel mit Worten, am besten und empfindlichsten mit Thaten. Es muß sich jetzt zeigen, ob Das, was die Propagandistenpartei in Bern oder ein fremder Abenteurer in Zürich Politik nennen, wirklich das höchste Maß von politischer Einsicht und Patriotismus ist, das man den schweizer Staatsmännern noch zumuthen darf.

Nach den Verhandlungen, wie sie die Tagsatzung über die deutschen Noten pflog, haben wir darüber sehr geringe Erwartungen. Aus der Art, wie man am 31. Juli in Bern sprach und verhandelte, war es schwer, die Physiognomie einer wirklichen politischen Bildung herauszufinden. Wir wollen von der Form nicht reden, z. B. von den plumpen Wirthshauspäßen, womit damals einzelne Gesandte dieses oder jenes „hohen Standes" eine ernste Sache behandelten; auch den Heldenmuth im Schimpfen und Lärmen über einzelne Regierungen wollen wir ungerügt lassen. Mußten doch der todte Bundestag und die unschuldige badische Regierung die ganze Salve von Schmähungen anhören, die eigentlich den gestürzten sonderbundsfreundlichen Kabineten in Paris und Wien galten; sollten doch die gegenwärtigen Gewalten Deutschlands büßen, was Guizot und Metternich gesündigt hatten!

Der Inhalt jener Verhandlungen war es ganz besonders, der alle wahrheitsliebenden und ehrlichen Leute empören mußte. Das Treiben der deutschen Flüchtlinge, der Mißbrauch des Asylrechts, das Rüsten zu neuem Einbruche wurden rundweg als „Lügen" hingestellt. Hörte man die schweizer Staatsleute, so war es eine Lüge, daß die Führer des Aufstandes dicht an der Grenze saßen und fortwährend Verkehr mit den Gesinnungsverwandten pflogen, eine Lüge, daß hart am deutschen Gebiete auf Schweizerboden die Werkstätten für Brandschriften und unwürdige Schmähblätter aufgerichtet wurden, eine Lüge, daß der republikanische Centralausschuß zu Biel Rundschreiben erließ und zur Rüstung für einen neuen Freischarenzug aufforderte, eine Lüge, daß einzelne Regierungen und namentlich solche, die hart an der Grenze liegen, den deutschen Flüchtlingen zu ihren Unternehmungen allen denkba-

Digitized by Google

ren Vorschub leisteten! Mit derselben Logik kann uns die Tagsatzung heute beweisen, daß die Sammlung und Bewaffnung der Struve'schen Bande und das Einfallen derselben vom schweizer Gebiet ins Oberland lediglich eine Flucht sei. Mit derselben Logik hat einst die Berner Bärenpartei der Deutschen Zeitung mit einem Injurienproceß gedroht, weil einer ihrer Korrespondenten „Berner Staatsmännern" vorwarf, sie ständen mit fremden Propagandisten in Verbindung; der Proceß ist seitdem überflüssig geworden, denn die Aussage jener Korrespondenten, und noch viel mehr als das ist seit der Zeit zur Genüge bestätigt worden.

In jener Verhandlung der Tagsatzung war man indessen der völkerrechtlichen Stellung der Schweiz noch so weit eingedenk, daß man nach allem Lärmen schließlich doch „die vertrauensvolle Erwartung aussprach, daß sämmtliche Kantone immerfort die Fremdenpolizei im Interesse der völkerrechtlichen Verpflichtungen getreulich halten würden." Die neuesten Ereignisse im Oberland beweisen, daß auch das nur eine Phrase war. Denn wurde die Fremdenpolizei so gehandhabt, wie sie es sollte, so war nicht einmal das allmähliche Zusammenkommen, geschweige denn das Rüsten und Einfallen einer Bande von mehreren Tausenden auch nur denkbar; wurde nicht von Schweizerregierungen schmähliche Konnivenz geübt, vielleicht Unterstützung geboten; handelte man, wie ehrenwerthe loyale Nachbarn zu handeln pflegten, so mußte die badische Regierung, die allzu sorglos der schweizer Ehrlichkeit vertraute, vom Nachbarlande selbst aus in Kenntniß gesetzt werden, daß ein Räubereinfall dem badischen Lande bevorstehe.

Es ist Nichts von dem Allem geschehen, und die Schweiz hat die Neutralität, auf der ihre völkerrechtliche Existenz beruht, gebrochen; sie hat sich zum Herde von Konspirationen machen lassen, deren erstes Opfer ihre eigne Unabhängigkeit sein wird. Die Schweiz ist auf die Wege einer Politik gerathen, die dem kleinen Ehrgeiz einzelner Faktionsführer dienen mag, die aber mit allen Geboten der Vaterlandsliebe und politischen Einsicht im grellsten Widerspruche steht. Wir haben Nichts dagegen, wenn man in der Schweiz für eine deutsche Republik Sympathien hat und dem Gang der Dinge in Deutschland mißmuthig zusieht; die schweizer Unwissenheit in fremden politischen Dingen ist hier eine Entschuldigung. Wenn die Schweizer in das Morte ai Todeschi einstimmen und eine Faust im Sack machen, so finden wir auch darin nichts Arges, so lange eben die Faust im Sack bleibt. Wir wissen zu gut, daß hinter dem Enthusiasmus für die lombardische Freiheit sehr solide materielle Interessen lagern und bedauerten höchstens die Schweiz selbst, als sich jene Lombarden-Liebe in so plumper und feindseliger Weise gegen uns geltend machte, daß das deutsche Selbstgefühl zum gerechten Zorne gegen Alles, was Schweizerisch heißt, aufgestachelt ward.

Nur die Neutralität selbst mögen die schweizer Staatsmänner nicht pflichtvergessen aus den Augen setzen; sie ist das Palladium ihrer eignen Unabhängigkeit. Als wir vor einem Jahre in der Sonderbundsfehde eifrigst für die Eidgenossenschaft Partei nahmen, thaten wir es, weil diese Neutralität von der Staatskunst der Guizot und Metternich bedroht war; wir würden es heute wieder thun, weil wir für einen Grundsatz fochten und nicht etwa aus Gefälligkeit für ein Nachbarland, dessen plumpe und täppische Lenker zum guten Theil uns Deutschen mit Schmähung und Undank gelohnt haben. Heute gälte es, jene Neutralität gegen eine verkehrte Politik der Schweizer selbst zu schützen; wir können da Nichts weiter thun, als der deutschen Reichsgewalt rathen, daß sie alle die Maßregeln nehme, welche die Schweizer zur Besinnung bringen können über das Ziel, worauf die Politik ihrer propagandistischen Staatsmänner hinsteuert. Vor einem Jahre war die unverletzte Neutralität der Bannspruch, womit Palmerston die Interventionsgelüste der Kabinete zu Wien, Petersburg, Berlin und Paris energisch abwies; von dem Momente an, wo diese Unverletzlichkeit leichtsinnig in die Schanze geschlagen ist, muß die Schweiz es sich gefallen lassen, wenn in Krieg und Frieden die Schweiz für Europa aufhört, ein neutrales Gebiet zu sein. Ein Volk, das den Werth materieller Güter so hoch zu schätzen weiß, als den der Freiheit, sollte es nicht dahin kommen lassen, daß es die unreifen Experimente der propagandistischen Staatsmänner in Bern, Wandt, Aargau und Baselland mit seinem Wohlstande und seiner Unabhängigkeit bezahlen muß.

Preußen. ** Berlin, 24. Sept. Im Gefühl unauslöschlicher Trauer über Frankfurt ist unser erstes Wort — — gegen Blittersdorf. — Wir verhehlen uns nicht die tiefe Entsittlichung unseres Volks. Wir wissen, daß wir an demselben Abgrund stehen zu Wien und Berlin, wie dort am Main. Wir sind Leser der Reform und finden täglich darin Hymnen auf jene Vorgänge, die wie so schmerzlich beklagen; wir sehen täglich die Emeute an den Straßenecken in langen Plakaten, wie übersehen nicht die Gefahren der schrecklosen freien Presse. Wir geben zu, daß die demokratischen Vereine, deren Centralregierung hier ihren Sitz aufgeschlagen, unser Verderben wollen und uns Verderben bereiten. — — Dennoch soll unser erstes Wort gegen Blittersdorf sein. Nur ein zweites gönnen wir den Manen eines theuren Mannes, dem wir nicht fern standen und dem wir in den Herzen unseres Volkes gern ein kleines Denkmal errichteten, ein Denkmal dem Ermordeten! — Unser erstes Wort gegen Blittersdorf. Wir lesen in der Frankfurter O.-P.-A.-Ztg. die Rathschläge, welche der ≡ Korresp. dem Parlament und der Reichsgewalt ertheilt. Wir erheben uns gegen diese Rathschläge mit aller Energie. Wir rufen für uns an unsere Vergangenheit in diesen Blättern, ob wir jemals uns wahlverwandt erwiesen jener Faction der Pfingstweide, jener Unglückspartei der äußersten Linken. Wir rufen an die Gefühle des heiligsten Schmerzes über das jüngst Geschehene, das uns nahe genug berührt. Wir haben wahrlich nicht weniger, wenn nicht mehr Ursache, drohende Massenherrschaft abzudämmen. Und wie haben nichts Eiligeres, als — gegen Blittersdorf! — — Der ≡ Korresp. der O.-P.-A.-Ztg. wirft endlich die Maske vom Gesicht. Der Urheber der berüchtigten Urlaubsverweigerungskniffe steht plötzlich in seiner wahren Gestalt da. Seine schlaue Definition, was ein Reaktionär sei, nämlich abgesehen vom sonstigen politischen Standpunkt, der, welcher der Centralisirung Deutschlands entgegen sei, wird an ihm selbst zu Nichte. Er glaubt, der Augenblick sei gekommen, wo freche Revolte die Gemüther, welche sanft einer großen und edlen Reform offen standen, verkümmert und verschlossen, versteckt und verhärtet. Im Kampfe gegen seine Genossen, gegen die „Metternich" und Adels hielten die deutschen Liberalen fest am Banner deutscher Freiheit; nach dem Barrikadenkampf gegen die rothe Republik, gegen die „Metternich" und Zitz meint er, wird ihre Hand ermüdet jene Fahne sinken lassen. Er irrt. Ich hoffe zu Gott, Herr von Blittersdorf irrt! — Kein Augenblick ist günstiger für neue Karlsbader Beschlüsse; darin hat der reaktionäre Instinkt sich nicht getrogen. Keiner war es. Die Presse ist ein Freibrief für Emeutepredigt geworden; die hiesige Zeitungshalle und das Organ Jakoby's, Stein's und Ruge's, die Reform, statuiren Exempel der Zügellosigkeit. Die Maueranschläge bringen in fortlaufender Reihe, so zahlreich, daß sie nur von bedeutenden Fonds bestritten werden können, Tag für Tag wahre Tagesordnungen offner Revolte. Die demokratischen Klubs sind die Brennpunkte einer über ganz Deutschland und darüber hinaus verbreiteten Verschwörung; die dort gehaltenen Reden entzünden Guillotinenphantasien in jungen Köpfen; die Villa Colonna ist eine permanente Pfingstweide. So zu Berlin. Das Vaterland ist wirklich in Gefahr. Herr v. Blittersdorf ist hurtig bei der Hand, es zu retten. Wir beschwören die Vertreter unsres Volks, ihr Ohr nicht dahin zu neigen, wo die Feinde der Freiheit, die bekannten Gegner sich nur allzu geschäftig zeigen. Gerade in diesem entscheidenden Moment, wo das Wort eines Blittersdorf den Schein der Weisheit, den Schein unabwendbarer Nothwendigkeit an sich trägt, bitten wir um Gehör für die Freiheit unsres Volks. Wir wissen, daß diese Freiheit nun den Robert Blum und Konsorten mehr noch bedroht ist, als von den Blittersdorf. Aber an die treuen und reinen Vertreter, bei denen Liebe zur Freiheit und edle Mäßigung, Weisheit und Begeisterung gepaart sind, an die immense Mehrheit in der Paulskirche wenden wir uns voll Zuversicht — die demokratischen Vereine sollen geschlossen werden. So räth Blittersdorf. Kein Wort für diese Vereine! Wir geben sie dem Urtheil völlig, völlig Preis. Es ist uns noch kein demokratischer Verein bekannt, der uns Achtung abnöthigte. Der Mißbrauch, welcher mit dem Vereinsrecht getrieben wird, ist unläugbar wie der Mißbrauch aller Freiheit. Wir geben Hrn. v. Blittersdorf zu, die Vereinsfreiheit darf nicht bis zur organisirten Empörung gehen. Aber welche andere Konsequenzen ziehen wir, wünschen wir gezogen, als der erlauchte Reaktionär! Verbrechen dürfen nirgend ungestraft, Versuche zu Verbrechen nicht ungeahndet bleiben. Wie das Verbrechen begangen wird, gilt gleichviel. Wird es im Verein begangen, so hat der Staat, resp. das Reich, nicht nur das Recht, sondern die in seinem Zweck beruhende Pflicht, gegen den bestimmten, verbrecherischen Verein zu verfahren. Zeigt es sich, daß ein demokratischer Verein, oder daß eine Reihe, daß eine Verbindung demokratischer Vereine in dem ausgesprochnen oder anders bethätigten Zweck und Ziel

Gesetzwidriges, Verfassungswidriges betreibt, dann möge der Verein aber die Kette von Vereinen die volle Schwere des Gesetzes fühlen. Herr v. Bittersdorf gibt einen andern Rath. Sämmtliche demokratische Vereine Deutschlands sollen aufgelöst werden. Wollte Gott, daß es dahin nicht käme. Wir stellen unsre Antithesis schroff entgegen. Wenn auch General Cavaignac zu Hrn. v. Raumer gesagt hat: „Mit den Klubs ist nicht zu regieren; Sie müssen, wenn es nicht schon zu spät ist, in Deutschland alle Klubs aufheben aber unter strenge Aufsicht stellen“ — so sagen wir: Wer nicht mit der Vereinsfreiheit regieren kann, versteht es auch nicht ohne sie — denn Herrschen ist nicht Regieren! Wenn das deutsche Parlament den Rath Bittersdorf's befolgt, so folgt unwiderleglich Folgendes. Mit der Schließung der demokratischen Klubs in Deutschland ist das Vereinsrecht in der That aufgehoben. Aller Segen der Vereinsfreiheit ist dahin. Die nicht aufgehobenen Vereine, die konzessionirten Klubs, sind ohne Halt, ohne Kraft und Ansehen, aller Einwirkung beraubt. Freilich stehen wir nicht an, zu behaupten, daß bis jetzt der Segen der Vereinsfreiheit lange nicht den Unsegen aufgewogen hat. Aber das liegt an dem Indifferentismus, an dem Geschehenlassen der konstitutionellen Partei. Denn den Glauben erschüttert in uns keine Macht: Der Segen der Freiheit überwiegt ihren Fluch. — Zweitens. Was bisher im Geheimen von Seite der demokratischen Klubs geübt, resp. verübt worden, dauert fort; nur frißt das Gift viel tiefer; denn in Wunden faugt sich das Gift am tiefsten. Was bisher öffentlich, oft mit unverhohlener Frechheit betrieben wurde, das hört dann auf, öffentlich zu geschehen. Aber hört es darum auf, zu geschehen? Die demokratischen Vereine werden ja zu demokratischen Verschwörungen. Freilich, um Verschwörungen zu entdecken, dazu bedarf man der Bittersdorf, der Kampfz. Der Arzt gibt dem ekelerregendsten Ausschlag den Vorzug vor inneren Geschwüren, die sich nur allzuleicht auf edlere Theile werfen. — Drittens. Werden demokratische Vereine verboten, so tauchen dieselben unter andern Namen auf. Das Verbot ist illusorisch. Aber wir beklagen dann nicht am meisten dessen Umgehung. Auch ein falscher verkappter Verein ist doch noch dem Lichte des Tages zugänglich. Führt ein Verbot dahin, daß Vereine sich fortan nicht mehr zur Republik bekennen dürfen, so wird jene Unklarheit eine Maske für Heuchler. Die republikanischen Klubs verläugnen dann nothgedrungen gleichfalls die faktzeitwidrige Republik und arbeiten unter der Firma „Konstitution“ nach wie vor, aber weit erfolgreicher. Eine Vermischung der Elemente wird dann unvermeidlich, eine Sonderung unmöglich. Das Verbot der demokratischen Vereine bringt nothwendigerweise die gänzliche Demoralisation des Konstitutionalismus. Also um den möglichen Erfolg eines äußern Sieges zu verhüten, den die demokratischen Klubs vielleicht davon tragen, fallen wir von vornherein uns verloren geben, als Mittel zur Rettung den Untergang wählen. Siegen die Ideen der Klubs, welche Hr. v. Bittersdorf aufgehoben wünscht, dann siegen nicht die Klubs, sondern die Ideen. — Wir enthielten uns Alles dessen, was im Allgemeinen ein Freund der Freiheit gegen solches Verbot einwenden könnte. Denn wie sind zu tief davon durchdrungen, daß, was nur Deklamation und Phrase nur leise streift, in diesem tragischen Moment ohne Wirkung bleibt. Dahre fassen wir nur die Zweckmäßigkeit ins Auge, kämpften nur auf dem Felde, wo Herr von Bittersdorf eine relative Größe ausmacht, auf dem der Politik. Keine Maßregel wäre unpolitischer, als das von dem relativen Politiker angerathene Verbot der demokratischen Vereine. (Schluß folgt.)

☽ Berlin, 25. Sept. Der Abgeordnete von Trier verglich in der gestrigen Sitzung unserer Landesversammlung die Hauptstadt mit einem Krater. Hannibal ante portas! rief er. Man faßte auf seinen Hut sein! War in dieser Mahnung auch viel hohles Pathos und nicht mehr Verstand, als etwa ein „Volksfreund“ dieser Tage nöthig hat, um an politischen Ecken und andern Versammlungsorten des „souveränen Volkes“ Kämpfer für Barrikaden zu werben, so enthielt sie doch dies Wahre, daß ein Hannibal und ein Feind der Freiheit, wenn auch nicht vor den Thoren, so doch innerhalb derselben stand. Ein dunkles Gefühl davon mochte heute die Massen bewegen, denn, wie wir vernahmen, hatte der wackere Oberbefehlshaber der Bürgerwehr an diesem Vormittag die nicht ganz unbedeutende Zahl von 30,000 Bewaffneten aufgeboten, um die Berathungen der Landesversammlung gegen mögliche Angriffe Hannibals zu schützen und dem echt demokratischen Grundsatz — an diesen zu erinnern, hielt der Bürgerwehr für nothwendig — der Herrschaft der gesetzlichen Mehrheit, Geltung zu verschaffen. Ein Maueranschlag der „Demokraten Berlins“ dagegen forderte die Bürger auf, nicht zu wanken im Kampfe für die Freiheit. Berlin sei ihre letzte Burg! Europa (!) sehe erwartungsvoll den Thaten der Berliner entgegen. Man möge jene Burg nicht fallen lassen. Mancher getreue Jünger hatte sich diese Aufforderung zu Herzen genommen und erwartete vor dem Konzertsaale des Schauspielhauses das Zeichen, welches man geben möchte, um den „großen Kampf hier in Berlin fortzusetzen.“ Allein es kam anders, als man gehofft hatte; denn wie erlebten, was wir noch nie sahen: die äußerste Linke reichte ihren Gegnern versöhnungsvoll die Hand — und war mit den Erklärungen der Regierungen zufrieden. (Die Verhandlungen folgen morgen.)

Aachen, 25. September, Abends. Wir erfahren aus Köln, daß heute Morgen fünf Mitglieder des sogenannten Sicherheitsausschusses verhaftet worden sind. Der Demokraten-Verein schrieb in Folge dessen eine Volksversammlung aus. Die Behörde warnte alle guten Bürger vor der Theilnahme, und diese war auch schwach. Der Schauplatz war von Bürgerwehr umstellt. Nach mehren Reden löste sich die Versammlung auf, doch fallen bei der Rückkehr noch im Polizeipräsidium die Fenster eingeworfen worden sein. (Nach. Z.)

Würtemberg. ** Stuttgart, 26. Sept. Heute ist hier wieder ein lebhafter Tag; Staffetten fliegen eine um die andere zur Stadt hinaus. Man hört von einer Schilderhebung, an deren Spitze Rau von Gaildorf stehen soll, und welche in der Gegend von Rottweil im Schwarzwald Statt haben soll. Eine gedruckte Proklamation von Rau ist im Umlauf. Die Regierung scheint übrigens, wie ihr Programm verkündete, gerüstet. Einer der Redner vom letzten Sonntag, übrigens ein ungebildeter, kanfuser Mensch, ist verhaftet; gegen Rau soll ein Verhaftsbefehl ausgestellt sein. Morgen rückt die Bürgerwehr zur Musterung am Geburtstag des Königs auf dem Schloßplatz auf.

Baden. Die Basl. Z. meldet aus Basel vom 26. Sept.: Die Kolonne Mögling, welche das Wiesenthal hinaufziehen sollte, hat sich, wie bestimmt versichert wird, ohne äußern Anstoß aufgelöst, und Augenzeugen wollen Mögling gestern Morgen bereits im Postwagen nach der obern Schweiz abfahren gesehen haben. Die Nachrichten von den Vorgängen von Staufen haben dann in Lörrach und Umgegend eine vollständige Reaktion hervorgebracht, der gefangene Oberamtmann wurde befreit und übernahm wieder die Leitung des Amts, die Bürgerwehr übernahm die Herstellung der Ordnung, und man schritt nun gegen Theilnehmer an der Bewegung ein. So wurde ein hier (in Basel) konditionirender deutscher Kommis, der sich mit Munitionstransport nach Leopoldshöhe befaßt hatte, dort verhaftet und nach Lörrach gebracht; in Wehe wurde Struve von den Bauern verhaftet und sollte ebenfalls nach Lörrach gebracht werden. Sonst war gestern Abend die Stimmung in Lörrach sehr gedrückt, und man hegte ernste Besorgnisse wegen Drohungen, welche Bauern der Umgegend gegen die Stadt als Urheberin alles Uebels ausgestoßen, namentlich befürchtete man Feuereinlegung und sah mit ängstlicher Stimmung der Ankunft der Truppen entgegen, die jedoch bis heute früh noch nicht eingerückt sind. In der Nacht um 10 Uhr hörte man hier Kanonenschüsse und Rottenfeuer in der Richtung von Kandern oder Schliengen, man glaubt gegen versprengte Freischärler, die sich zu sammeln versuchten. In Müllheim ist das Hauptquartier der Hessen, Preußen sind gestern bei Rheinweiler gestanden, in Efringen und Eimeldingen sollen die Vorposten der Truppen diesen Morgen in aller Frühe eingerückt sein. Das Reichsministerium hat den Truppen von Lindau und Bregenz in den Seekreis einzurücken befohlen. Indeß vernimmt man Nichts von unruhigen Bewegungen in dieser Gegend.

Struve ließ zu Lörrach in der gewaltsam für die Republik in Beschlag genommenen Druckerei von Gutsch ein „republikanisches Regierungsblatt“ erscheinen, welches in der Nummer vom 22. Sept. als neueste Nachricht folgende Mittheilung brachte: Briefe, welche bei uns im Hauptquartier eingehen, melden von dem ausgezeichnet günstigen Stand unserer Schilderhebung. Gerüchte, welche in diesen Briefen enthalten sind, sagen, daß in Freiburg Bewegungen stattfinden, das großh. Schloß zu Karlsruhe in Brand stehe, und der Großherzog nach Basel entflohen sei. Letztere freie Lüge ist in den „republikanischen Mittheilungen“ auch mit fetter Schrift gedruckt. Unmittelbar darunter unterzeichnet „die provisor. Regierung verantwortlicher Redakteur, Karl Blind.“ Mit solchen jesuitischen Mitteln suchte man das souveräne Volk in den Nebel zu führen, setzt die Kaeler. Z. hinzu.

Das Mannh. J. schreibt: Als Kuriosität erwähnen wir, daß der Redakteur des alten deutschen Zuschauers von den Bauern Kaiser der rothen Republik titulirt wird.

Die neuesten Nachrichten aus dem Oberlande bestätigen die vollständige Auflösung der Freischaaren, die Truppen finden nirgends mehr Widerstand und sind in Müllheim eingerückt. Dort hat General Hoffmann am 26. Sept. für die Amtsbezirke von Achern bis Lörrach das Standrecht „gegen die Verbrecher des Aufruhrs, des Hochverraths und Landesverraths“ verkündet. In einem Berichte desselben Offiziers aus dem Hauptquartier Müllheim, den das Ministerium des Innern ver-

öffentlicht, heißt es: Ich werde wahl morgen hier bleiben müssen, um die Gegend vollends von Leuten zu säubern, die, zersprengt, in den einzelnen Orten wie Räuberbanden hausen. Alle meine Truppen, mit Ausnahme einzelner Konvoyaten, die in die Umgegend entsendet, sind dahier untergebracht.

So eben trifft die Meldung ein, daß Badenweiler frei ist und daß die Briganden sich nach Kandern gezogen haben.

Die Stimmung hier oben hat sich so sehr verändert, daß von allen Seiten der Hilferuf gegen die Freischaaren uns zukommt, und selbst Böeger von Eggenen angefragt haben, ob sie sich dem Militär zur Bekämpfung der Brigaden anschließen dürfen."

Im zweiten Berichte ist gesagt, daß einige Bürgerwehrmänner von Schopfheim: Tschira, Nägele, ehemalige Artilleristen, welche zum Freischaarenzuzug gezwungen waren, den Gustav v. Struve, dessen Frau, so wir Karl Blind, Pedro Huzar *) (Struve's Schwager), Karl Bauer und Georg Jakob Trautmann gestern in Wehr festgehalten und nach Schopfheim in Gewahrsam gebracht haben.

„Von dort haben diese und andere Bürger, etwa 40 an der Zahl, diese Gefangenen über Eimeldingen nach Schliengen geleitet, wohin ich den Oberlieutenant Miller mit 20 Scharfschützen entgegengeschickt hatte. Dieses Detachement hat die Gefangenen heute Nacht ¼ 12 Uhr in das Gefängniß abgeliefert."

Ein Versuch, in Konstanz Krawall zu machen, ist gescheitert.

y Mannheim, 26. Septbr. Die schon in Paris der- und zerschossene Blutfahne der rothen Republik ist also von unsern deutschen Nachäffern den Pariser Ouvriers abgeliehen und mit Hilfe einiger polnischen, französischen und lombardischen Mithelfer neuerdings in Frankfurt a. M. und im badischen Oberlande aufgepflanzt, wenn auch zum Glück mit Schmach bedeckt und in unbrauchbare Fetzen zusammengeschossen worden, nach im badischen Oberlande! War doch Struve's erster Reichsminister jener Karl Blind, der erst vor Kurzem in der Mannheimer Abendzeitung in einem „Radetzky, Karl Albert, Cavoignac" überschriebenen Artikel den Italienern folgenden erbaulichen Rath gab: „Wenn Italien sich retten will, so müssen die Demokraten den „„völkerrechtswidrigen"" Krieg der „„Gräuel"", des „„Meuchelmordes"" organisiren, so darf kein österreichischer Soldat mit Ruhe die Speise genießen, die ihm geboten wird, so darf er in keinem Hause sicher sein Haupt zu Bette legen, so doch kein Eid mehr heilig sein. Das ist die einzige Rettung der unterjochten italienischen Demokratie. Gebe man uns nicht Schuld, daß wir zu diesen Mitteln rathen! Es wäre das wenigstens ein unnöthiger Vorwurf. Denn die Gräuel werden angewandt werden, ob man dazu räth oder nicht; weil sie nämlich nur durch die Nothwendigkeit geboten angewandt werden müssen. Solche Mittel wären allerdings „„schrecklich"". Aber die Verantwortlichkeit dafür würde nur auf die zurückfallen, welche ein Volk zur Verzweiflung gebracht haben." — Diese Stelle hatte, ihrer grauenhaften Logik wegen und weil die darin ausgesprochenen fürchterlichen Grundsätze von der blutrothen Partei auch auf Deutschland angewendet werden könnten und leider schon angewandt worden sind, wohl Anspruch darauf, daß ich sie Ihnen ganz mittheilte, obschon Sie auf die Mannheimer Abendzeitung sonst gewiß nur ungerne reflektiren. Auch bei uns hat man bereits unter dem Banner der rothen Republik aus Grundsatz gemeuchelmordet, im Keller, hinter dem Zaun, ein Halbhundert Bewaffnete gegen 2 Wehrlose! Und doch liegt wieder in jenen offenen Geständnissen, in jenem Ausplaudern von Grundsätzen, die zuletzt gegen das Fleisch der eigenen Partei wüthen, jener Partei, welche es für zulässig findet, daß unter Umständen „kein Eid mehr heilig sein dürfe", ein großes Maß nationaler Naivität! Wir lesen, daß in einer Sitzung des Berliner Volksklubs ein Redner, welcher bis dahin für einen der gemäßigteren und intelligenteren Republikaner galt, die Aeußerung that: „Wenn sich die Nationalversammlung auch zum Konvente erklärte, was weiter? Der Geschichte würde wahrlich keine Gänsehaut überlaufen, wenn der Konvent nach einiges Blut vergösse." — In einem gegen Herrn Hansemann gerichteten Plakate heißt es unter Anderm: „Wir haben ähnliche Charaktere in der Geschichte der älteren französischen Revolution aufzuweisen. Sie hatten auch ihre Zeit und verfielen dann — der Guillotine. — Ein solches Ende wünschen wir zwar Herrn Hansemann nicht, müssen ihn jedoch daran mahnen, daß es keine Unmöglichkeit ist." — Ein gewisser Steckfuß äußerte unter Anderm in einem Berliner Klub: „Noch ist die Nacht in Preußen nicht verschwunden, aber bald wird die Sonne der Freiheit über Preußen, wenn auch blutigroth, aufgehen." Wohin ist unserer edlen und schönen Bewegung vom März ausgeartet? Selbst während der wilden Straßenkämpfe in Berlin hat man Nichts von eigentlichen Grausamkeiten und Meuchelmorden gehört, die das Volk verübt hatte. Aber schon die Hecker'sche Rebellion begann mit der, wir zweifeln jetzt kaum noch, meuchlerischen Ermordung Eugens, die Prager Barrikadenschlacht mit der verruchten Tödtung der Fürstin Windischgrätz, und am Frankfurter Mordtage geschah der abscheulichste Meuchelmord, den die neuere Geschichte kennt! Man darf sich vielleicht ein wenig mit dem Gedanken trösten, daß die Hauptleiter an den meisten dieser Mordscenen ausländische Mitglieder der Propaganda waren, desperate Polen, die sich ein Geschäft daraus machen, Grundsätze zu predigen und Thaten zu thun, welche eine gänzliche Auflösung der jetzt bestehenden menschlichen Gesellschaft zur Folge haben müßten. Aber die Ausführer des an Lichnowsky und Auerswald verübten grausamen Mordes waren doch der Mehrzahl nach Deutsche, und jener Schändliche, der einem in der Paulskirche Jnnschlacht gefangenen Dragoner die Beine abhackte, war auch ein Deutscher! Dabei sind wir aber doch ein gutmüthiges Volk, und sogar grausam aus purer Gutmüthigkeit!

Hessen. △ Darmstadt, 26. Sept. Unser heutiges Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Verbesserung des Schulwesens betreffend. Es ist wahrscheinlich, daß diese Bekanntmachung eine bessere Aufnahme im Publikum finde, als die im vorigen Monate erschienene Verkündigung, die zeitgemäße Entwickelung der inneren Verfassung der evangelischen Kirche des Großherzogthums betreffend. Sowohl die Bekanntmachung als die Verkündigung handeln von Kommissionen, welche Entwürfe bearbeiten sollen; dort einen, „um den Einrichtungen der Volksschulen, sowie der mit denselben in nahem Zusammenhang stehenden Realschulen des Großherzogthums diejenigen gesetzlichen Reformen angedeihen zu lassen, welche die Erfahrung und das Bedürfniß der Zeit als nöthig erkennen lassen, und um zugleich dem darauf gerichteten Antrage der Stände des Großherzogthums zu entsprechen"; hier einen „Entwurf einer zeitgemäßen Verfassung der evangelischen Kirche". Aber die Verkündigung hatte bei Feststellung ihrer Kommission einer halben Maßregel gehuldigt, indem die Regierung zu Mitgliedern derselben Mitglieder theils ernannte, theils dieselben wählen lassen wollte, dabei aber die Laien als solche aktiv von der Wahl ganz ausgeschlossen. Das hat dann vielfache Mißstimmung auch unter den Geistlichen erregt, die noch nicht ausgeglichen ist. Die Bekanntmachung ernannte dagegen sämmtliche Mitglieder ihrer Kommission, und zugleich fielen diese Ernennungen im Allgemeinen so aus, daß man damit zufrieden sein wird. Es ist vielleicht zugleich eine Andeutung hierin enthalten, daß unsere Schulangelegenheiten vor den kirchlichen ihre gedeihliche Regelung erhalten werden. Mit den Angelegenheiten der freien evangelischen Gemeinde zu Kirchdambach ist dies jedenfalls noch nicht geschehen; im Gegentheil verwickelt sich diese durch Verbote des Oberkonsistoriums an evangelische Geistliche, aushilfsweise dort zu predigen. Schwerlich, daß diese Verbote durchweg Gehör finden. Die Wahlen zur Kommission wegen den kirchlichen Angelegenheiten sind noch nicht erfolgt.

* **Aus Thüringen**, 21. Sept. Obgleich wir von Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung noch nicht singen können, so dürfen wir doch, trotz der bald hier, bald dort hervortretenden neuen Zuckungen, es unverhohlen aussprechen, daß Alles nach Ruhe und Ordnung hinstrebt. Es fehlt nicht an republikanischen Aufreizungen. Aber der Kern des Volkes läßt sich nicht fortreißen und freut sich, wenn die Bewegung in gesetzlicher Ordnung ihren Ablauf nimmt. Man widerstrebt jeder Reaktion, aber man verabscheut auch jeden Versuch zum Um- oder Niedersturz. Das Vertrauen zu den Regierungen hat sich bedeutend befestigt, und letztere thun entschiedene Schritte zur Unterdrückung der Störungen, die theilweis gegen die gesetzliche Ordnung noch versucht werden. Die Presse stimmt einen würdevolleren Ton an. Oeffentliche Excesse unterliegen überall strenger gesetzlicher Untersuchung, wie der lauten Mißbilligung der Bessern. Mit einem Worte: der wilde Wellenschlag läßt nach, und bereits schlagen die Wogen schon in ruhigeres Kräuseln über.

⊥ **Frankfurt**, 25. Septbr. Ihr Artikel † Frankfurt a. M., 23. Sept. schildert die Stimmung der Frankfurter Bürgerschaft über den grausenhaften Mord der beiden Abgeordneten von Auerswald und v. Lichnowsky als von der Art, daß sie das Schauerliche dieser Gräuelthaten vor andern Nebenumständen völlig übersähe und lediglich nur den Fehler derselben im Auge behielte, zu solcher Zeit ausgeritten zu sein, u. s. w. Diese Schilderung wird aber Jeder, der nur einigermaßen die Stimmung der hiesigen Bürgerschaft kennt, mit solcher in so grellem Widerspruche finden, daß die Möglichkeit jener Darstellung kaum begreiflich bleibt. Da böser Wille nicht angenommen werden darf, so kann nur Unkenntniß und Mangel an Zutritt in den Bürgerkreisen ein solches Urtheil erklären, und da der Berichterstatter

*) Der Name wird richtiger Petre Dasac lauten.

für eine Berichtigung seines Urtheils nur dankbar sein kann, so möge er hiermit erfahren, daß dieser Doppelmord, wie es denn auch nur unter Kannibalen anders möglich gewesen wäre, sämmtliche Kreise der Frankfurter Bürgerschaft eben so tief entrüstet und geschmerzt, als auch so ihre der Nationalversammlung gebührende unbedingte Hingebung auf das Kräftigste gemahnt hat. Wahrlich! wenn irgendwo, so wird in Frankfurt die ganze Schauderhaftigkeit dieser Unthaten auf das Tiefste gefühlt; ja, könnte man dieselben ungeschehen machen, Alles würde man mit Freuden hingeben. Nun freilich bleibt auch uns, wie dem edela v. Gagern, nichts Anderes übrig, als auf den Gräbern der Gemordeten die Fahne der Hoffnung aufzupflanzen; allein die Bürgerschaft Frankfurts thut dies auch noch in dem besondern Sinne, daß diese Unthaten, wie in ihe selber die kleineren Parteien, so auch im großen Vaterlande die großen Parteien wieder zur Besonnenheit und Mäßigung zurück- und damit endlich uns Alle dem großen und herrlichen Ziele, der kräftigen deutschen Einheit, um so sicherer zuführen wird. — Wenn übrigens gegenwärtig so vielfach über Frankfurts Bürgerwehr rücksichtslose Tadel ergeht, wegen ihres allerdings tadelnswerthen Ausbleibens an dem verhängnißschweren 18. Septbr., so fordert doch die Gerechtigkeit, folgende Umstände hiebei nicht zu vergessen. Die schwachen Wehrkräfte Frankfurts können unmöglich für sich allein der großen, durch ganz Deutschland verbreiteten Umsturzpartei die Spitze bieten. Wer die planmäßigen Zuzüge des 18. Septembers gesehen, würde sich, wenn es nicht für sich schon klar wäre, davon haben überzeugen können. Der Sturm würde den 18. Sept. eben so sicher ausgebrochen sein, wenn auch die ganze Bürgerwehr auf der Stelle da gewesen wäre. Hierzu kam, daß allerdings kein kleiner Theil der Bürgerwehr durch die Beschlüsse der Nationalversammlung über den Waffenstillstand mit Dänemark sehr verstimmt war. Auch hatte schon in der ganzen letzten Zeit der Eifer der Bürgerwehr durch die übermäßigen Anstrengungen gelitten, welche das Alleintragen einer doch eigentlich von dem gesammten Deutschland zu bestreitenden Last nothwendig verursacht hatte. Das Gefühl dieser Unbill mit dem Bewußtsein der Unzureichenheit der Kräfte für die ungeheure Aufgabe mußte nach um so nachtheiliger wirken, als freilich auch hier die unablässigen Bestrebungen der Wühler auf einen, wenn auch verhältnißmäßig nur geringen, Theil der Bürgerwehr zuletzt nicht mehr ohne Einfluß geblieben waren. Endlich blieben noch sehr Viele darum aus, weil sie eines Theils durch die mit planmäßiger Schnelle aufgeworfenen Barrikaden von ihren Sammelplätzen durchaus abgeschnitten waren und anderen Theils schon in aller Frühe die Anwesenheit der Reichstruppen erfahren hatten, und sich hierdurch, wenn auch mit Unrecht, ihrer bisherigen Verantwortlichkeit für den Schutz der Nationalversammlung enthoben sahen. Wie sehr die Bürgerschaft, sowohl im Anfange als auch noch bis ganz vor Kurzem, dieser ihrer Verpflichtung, auch in den schlimmsten Zeiten, stets nachgekommen war, weiß die Nationalversammlung recht gut, und wenn schon zur Zeit des Vorparlaments die Nothwendigkeit mit andern Staaten gemeinschaftlicher Schutzmaßregeln gefühlt und bethätigt worden, wie viel größer ist diese gegenwärtig! —

Frankfurt, 27. Septbr. Die Theilnehmer und die Verzweigungen des Planes der rothen Republik, welcher am 18. Septbr. hier zum Ausbruch kam, werden mehr und mehr an das Licht gezogen. Der Abg. Zitz ist verschwunden, er soll sich in Straßburg aufhalten und an Bekannte geschrieben haben, daß er sein Vaterland verlasse. Sein Vermögen soll den Zwecken der rothen Republik geopfert, und, damit dem Mislingen der Ersatz ausbleibt, seine ökonomische Lage durchaus zerrüttet sein. Aehnlich verhält es sich mit andern Freiheitshelden, deren Begeisterung auf fremdes Eigenthum gerichtet war. Den Gefangenen, welche in einer Anzahl von etlichen Fünfzig nach Mainz gebracht worden, folgen heute über Hundert nach, und fast stündlich werden neue eingebracht. Die Mitglieder der äußersten Linken, welche am Morgen des 18. das Zurückziehen der Truppen, während des Kampfes das Einstellen des Angriffs und Amnestie für ihr Volk verlangten, nach dem Siege des Gesetzes den Aufstand als unbedeutend schilderten, sie werden nun Punkt für Punkt Lügen gestraft, und man deutet mit Fingern auf sie, wenn von den Anstiftern des blutigen Aufruhrs die Rede ist. Die Herausgeber der Reichstagszeitung, die Abgg. Blum und Günthee, sind wegen eines Aufsatzes, worin den Ministern Pencker und Schmerling das vergossene Blut Schuld gegeben und das Volk zu neuem Aufruhr gereizt wird, vor Gericht geladen, haben sich aber, unter Berufung auf ihre Eigenschaft als Abgeordnete, geweigert zu erscheinen. H. Blum, der sich mit der Mehrheit der Versammlung erhoben hatte, um dem Ministerium die Zufriedenheit mit den von ihm ergriffenen Maßregeln auszudrücken, hat auch die Anklagepunkte gegen die Minister des Innern und der Justiz unterzeichnet, worin Schaffrath und Genossen, welche eher Ursache hätten, auf Vertheidigungsschriften zu denken, sich an den Pranger gestellt haben. Simon von Trier hat gestern vergebens versucht, die dänische Frage wieder in die Versammlung zu ziehen, um die Aufmerksamkeit von seiner Rede auf der Pfingstweide am 17. d. M. abzulenken; die Versammlung aber, welche sich von ihrem Schwanken wieder erholt hat, beseitigt solche Versuche, und sie wird auch die Paulskirche nicht zu einem Asyl für Verbrecher machen wollen. Der Belagerungszustand, der keinen Redlichen belästigt und nur den Mordbuben hinderlich ist, wird von der Linken täglich angefochten und seine Aufhebung begehrt; allein es ist zu erwarten, daß das Ministerium sich nicht eher dazu verstehen werde, bis die Nationalversammlung das Gesetz über den Schutz ihrer Berathungen und der Personen ihrer Mitglieder angenommen haben wird. Nach dem Gebrüll der Gallerien, dem Toben wüthender Rotten vor der Paulskirche, nach den in den Klubs verabredeten und in sogenannten Volksversammlungen vorbereiteten Gräuelscenen, sehnte sich außer den Uebelthätern Niemand zurück. — Der Einfall Struve's in Baden, dessen Zusammenhang mit den Vorfällen hier und an andern Orten in die Augen fällt, hat den badischen Truppen Gelegenheit gegeben, sich von dem Verdachte der Hinneigung zu landesverrätherischen Bestrebungen glänzend zu reinigen, und unter den Augen ihrer Waffenbrüder aus andern Theilen des Reiches ihre Kriegstüchtigkeit und ihren Muth zu bewähren. Das Treffen bei Staufen gereicht ihnen zur großen Ehre und gibt ihnen Anspruch auf den Dank des deutschen Vaterlandes. Es ist in der jüngsten Zeit öfter bemerkt worden, und man kann sich hier mit eigenen Augen überzeugen, daß die Einheit Deutschlands in seinen Heerestheilen eine Wahrheit ist. Die Bürger nehmen ein gutes Beispiel daran, und ihr gerechter Abscheu wendet sich gegen die Verführer, welche das Volk zu Ausbrüchen der rohesten Leidenschaft entflammt, den heiligen Namen der Freiheit entweiht und schändlich mißbraucht, und Deutsche gegen Deutsche gehetzt haben, damit sie unter dem Frohlocken auswärtiger Feinde der deutschen Einheit, Macht und Größe sich unter einander selbst zerfleischen. — Vor zwei Tagen wurde die Stadt durch die Nachricht in Schrecken gesetzt, daß ein Theil der Linken beabsichtige, an den Berathungen so lange keinen Theil zu nehmen, als der Belagerungszustand noch dauere. Frankfurt würde wohl auch dieses Unglück noch überleben, und wenn es etwa noch eintreten würde, sich zu trösten wissen. So schwer es den Herren fallen mag, ohne ihr rothes Publikum zu verhandeln, so haben sie sich doch bis jetzt diese harte Entbehrung gefallen lassen. Gestern konnte man bemerken, daß die Sitze des Centrums und der Rechten sich wieder etwas mehr füllen; es scheint uns als Pflicht der Beurlaubten und sonst Abwesenden, in diesen Tagen der Gefahr auf ihren Posten zurückzukehren und zur Rettung des Vaterlandes vor der schmählichsten Anarchie mitzuwirken. — Von dem alten Jahn ist eine Schwanenrede im Druck erschienen, welche auf die Gemüther, welche noch nicht ganz verdorben sind, Eindruck machen muß, und die weiteste Verbreitung verdient. Jahn war am 16. schon mit dem Tode bedroht, er sollte von dem Dach der Westendhalle herabgestürzt werden, aber er rettete sich durch Geistesgegenwart und Entschlossenheit. Wir entnehmen seiner Schwanenrede folgende Stelle: „Hier der Plan, den sie längst in Malpartaus ausgeheckt. Malpartaus ist die Burg des alten Reinecke Fuchs, wo sich von Zeit zu Zeit die Räuber und Stänker, die Wühler und Wiegler versammeln. So neulich. Da ward ausgemacht, vor Allem den deutschen Reichstag hinzuhalten, auf Nebendinge zu führen, daß er die Hauptsache aus den Augen verliere, beim Volke mißliebig erscheine, als unfähig und böswillig. Die Presse sollte ihn überall schlecht machen, seine einzelnen Mitglieder verdächtigen, andere mit dem Volke verhetzen, und dieses durch jegliches Mittel gegen Weiber und Kinder zu Schreckmissen reizen. So sollten Abgeordnete verscheucht werden, die man durch Andersartige zu ersetzen vermeinte. Die Minister sollten überall durch stete Angriffe geärgert, durch unzeitige maßlose Zwischenfragen gedrängt, als Nichtsthuer, Nichtswisser, Nichtswoller der Verachtung preisgegeben werden. Würden die Staaten regierungslos — um so besser. Auf jegliche Art und Weise müßte versucht werden, die Reichsgewalt mit den mächtigeren Staaten zu entzweien, hier durch Uebergriffe zur Einheit, dort durch Pflege des Sonderthums. Schlüge dieses im Großen fehl, und hielten, wie löblich und recht, Reichsgenossen, Regierungen und Reichsgewalt fest aneinander, so müßte ein europäischer Krieg entzündet werden. Wenn dann das Reichsheer an den Grenzen, so mache man im Innern Krakraus und kurze Wirthschaft, das Heer würde wohl hinterher genehmigen und sich dem neuen Willen fügen. Das ist die Weisheit des Höllenaarten, wo der mord- und brandrothe Hahn kräht." — So spricht der alte Jahn — er ist gut unterrichtet. —

† Frankfurt, 27. Sept. Interpellationen, Anträge, Anklagen, alle bezüglich des Belagerungszustandes, der „Gedächtnißfeier für die Bürgerlichen", der schleswigschen Frage, wurden in den letzten 5—6 Sitzungen haufenweise von der Linken in die Nationalversammlung geschleudert und nahmen oft den größten Theil der Sitzungszeit in Anspruch. — Grade die Partei, welche so empört über die geringen Arbeitsresultate der Versammlung ist, stellte die Redner, benutzte die Gelegenheit aus! Die Majorität schwieg meistens und antwortete nur durch Abstimmen. Sie erzielte so wenigstens Zeitersparnisse, wenn auch die beabsichtigten Wirkungen der Linken auf die große Masse des Publikums dadurch gefördert wurden. Seit den letzten drei Tagen regt es sich übrigens in den Klubs der Majorität, man hat die Nothwendigkeit einer neuen Organisation eingesehen und leistet ihr Folge. Vielleicht bringt die nächste Zeit auf dieser Seite mehr Zusammenhang und mehr Energie, vielleicht bleiben Viele die sich zum Abzug rüsteten wie v. B. noch hier. — In der Untersuchung werden die Struve'schen Papiere wohl manche Fäden andeuten. Die Nachricht von der Beschlagnahme derselben, die gestern Vormittags hier eintraf (zugleich mit dem falschen Gerüchte von der Gefangennahme Struve's selbst, welches vielleicht nur durch eine übereilte Folgerung entstanden ist*) hat manche Köpfe bedenklich gemacht. Man hört jedoch noch Nichts von plötzlichen Abreisen, nur wird vermuthet, daß Hr. Zitz wohl nicht mehr zurückkehren dürfte. — Von Verhaftungen in der Stadt hat gestern die eines Funktionärs auf dem Turn- und Taxischen Oberpostamt einiges Aufsehen gemacht. Ueber die Reden im deutschen Hause am 16. Sept. hat ein Abgeordneter die nöthigen Erklärungen abgegeben, über den Bescheid von den hiesigen Inquirenten erhalten, daß es darauf jetzt nicht ankäme. Die Redner der Pfingstweide haben die ihrigen im Frankf. Journal „aus dem Gedächtniß" veröffentlicht mit der Erklärung, daß: Wer anders darüber berichte, ein verleumderischer Lügner sei. — R. Blum und Günther sind bekanntlich als Redakteure der Reichstagszeitung bereits seit einiger Zeit vorgeladen gewesen, waren aber, den Beschlüssen der Partei gemäß, nicht vor der Gerichtsstelle erschienen. Es sollte deßhalb in contumaciam gegen sie erkannt und, wie man sagt, die Nationalversammlung um Gestattung ihrer Verhaftung angegangen werden, gestern sollen sie sich dem Vernehmen nach jedoch gestellt haben. — Man erwartete gestern auch richterliche Personen aus Darmstadt, weil der großartige Prozeß von den hiesigen Richtern nicht bewältigt werden kann, sie scheinen nicht eingetroffen zu sein.

Frankfurt, 27. Septbr. Die O. P. A. Z. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: Das Reichsministerium für die auswärtigen Angelegenheiten hat, sowie der Einfall von Freischaaren aus der Schweiz in das Großherzogthum Baden bekannt geworden war, den Reichsgesandten bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, Abgeordneten Franz Raveaux, der in Köln mit Urlaub sich befand, angewiesen, unverzüglich auf seinen Posten sich zu begeben. Der genannte Reichsgesandte ist bereits gestern nach Bern abgegangen. Er ist beauftragt, ungesäumt über die Vorgänge in den Grenzkantonen Erläuterungen zu begehren und darauf zu dringen, daß Vorkehrungen getroffen werden, wiederholte Einfälle zu hindern. Nach Einlangung weiterer Berichte behält sich das Reichsministerium fernere Maßregeln vor.

Ein Rundschreiben des Reichsjustizministers in Betreff der Presse werden wir morgen mittheilen.

Frankfurt. Das von Häfner in Wien herausgegebene radikale Blatt „die Konstitution" enthält Mittheilungen des Abg. der Nationalversammlung Bauernschmid über die Frankfurter Ereignisse, woraus wir folgende bezeichnende Stellen hervorheben, die der Verfasser schwerlich geschrieben haben würde, wenn er den Ausgang der Emeute vorausgesehen hätte.

Auf der Zeil, Nachm. 3½ Uhr. Die ganze Stadt ist mit Barrikaden besetzt. Es finden theilweise Scharmützel Statt. Alle Läden, ja sogar die Hausthüren sind geschlossen. In einer halben Stunde versammeln wir uns von der äußersten Linken im deutschen Hofe, um durchgreifende Maßregeln zu berathen. Wäre Frankfurt Wien, so wäre es der Augenblick der Entscheidung für ganz Deutschland gewesen, aber man hat hier weder Staatskassen, noch eine bewaffnete Macht, noch einen Regierungsmechanismus zur Verfügung. (!) Unter meinen Kollegen der Linken ist viel Beredsamkeit, aber wenig Thatkraft. So eben geht eine Deputation zum Reichsverweser, um die Zurückziehung der Truppen zu bewirken. — In diesem Augenblicke wird unter meinem Fenster geschossen. Leben Sie wohl, harren sie muthig aus. Ich schreibe Ihnen in tausend Absätzen. Karl Eduard Bauernschmid, Abgeordn. der Nationalversammlung.

*) Das Gerücht war nicht falsch, sondern ist amtlich beglaubigt.

Es wüthet so eben eine förmliche Schlacht unter unsern Fenstern. Ich sehe Todte und Verwundete vor unsern Fenstern vorbeitragen. Es sind die Preußen, die so wüthen. Die Oesterreicher stehen Hahn im Arme. Sie begreifen, daß meine Hand zittert.

Wie die Sachen jetzt stehen, glaube ich, hat der Reichsverweser und die Nationalversammlung ihre Rollen ausgespielt. (!) Ich bin mit meinen vier Kollegen Mally, Boezeck, Riehl und Ulrich in einem Hause auf der Zeil eingeschlossen. Keine Möglichkeit, sich auf die Straße zu wagen, denn die Preußen schießen auf Unbewaffnete. Ich und die genannten Abgeordneten können es eidlich bezeugen. (!) Wenn Sie mich fragen, so muß ich Ihnen offen sagen, daß ich den Reichsverweser für das vergossene Blut verantwortlich mache. Vielleicht thue ich ihm Unrecht. Aber er gehört jetzt auf's Pferd und sollte sich dem Volke zeigen. Wo steckt er?

Wollen Sie den Brief drucken, so steht es Ihnen frei, sammt meinem Namen. Der Obige.

Schweiz.

□ Aus der östlichen Schweiz, 25. Sept. Die Freiheit, alias rothe Republik, schneidet scharf und brüllt dazu als echter Moloch, wie der Stier von Uri. Briefen aus Lörrach zufolge kamen daselbst im Laufe des Freitags und Samstags stündlich johlende und krakeelende Freischärler an; Nachts wurde abwechselnd getrommelt und Sturm geläutet, und Samstag früh um 3 Uhr zogen die jungen Bürger Lörrachs beim Fackelschein ab nach Schliengen. General Hoffmann wird ihnen, ehnr zu fackeln, wieder heimleuchten. Nur das dritte Fähnlein blieb zurück und vom Waffendienst dispensirt, die Mitglieder des Gemeinderathes, nebst den Staatsdienern, welche ihrer Aemter entlassen sind und bewacht werden. Vielleicht sitzen die Wächter heute selber schon in Haft oder sind über die Grenze. — Mit Ausnahme Weißhaars sind alle deutschen Flüchtlinge welche sich bisher im Kanton Zürich aufhielten, plötzlich entwichen, um dem Aufruhr sich anzuschließen. Die Zürcher Regierung hat, rechtlich und klug zugleich, den Beschluß gefaßt, Keinem derselben das Widerbetreten des Kantons zu gestatten. Frage: Was werden andere Kantone thun?

Basel, 26. Sept. Gestern um Mittag wurde ein Theil unserer Standestruppen nach dem Landbezirke verlegt, Nachmittags folgten einige Kompagnien des Kontingents. — Die flüchtige sog. Regierungskommission (Fiala, Müller, Braun, Stampfer) hat sich nicht lange in Riehen aufgehalten, sondern sich im Laufe des gestrigen Tages nach Biesfeld begeben, von wo sie sich heute früh nach Liestal gezogen haben soll. — Flüchtlinge treffen einzeln ein, noch nicht in großen Massen, woraus Viele schließen, daß die Sache noch nicht beendigt sei, (Basl. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Sept. Drei Ereignisse beschäftigen vor Allem die englischen Zeitungen: das erfolgte plötzliche Ableben des Lords G. Bentinck, der die Sache der Tories und die Politik der Protektionisten im Parlament mit eben so vieler Ausdauer als Sachkenntniß verfocht; die Wahlen Louis Napoleon's und Raspails zu Vertretern des Seinedepartements, eine Begebenheit, welche die englischen Blätter mit einiger Besorgniß für die nächste Zukunft Frankreichs erfüllt, und die Barrikadenscharmützel und Mordscenen in Frankfurt a. M. Die englischen Zeitungen machen über dieses schimpfliche Ereigniß eine wahrhaft gräuliche journalistische Katzenmusik, um uns auszuhöhnen über unsere Träume von deutscher Einheit, über unsern Ruf, ein gemüthliches und gefühlvolles Volk zu sein, über unsere eigenen Versicherungen, an politischer Bildung jedem anderen Volke gleich zu stehen und derselben Freiheiten würdig zu sein, während wir jetzt bewiesen, daß Diejenigen Recht gehabt, welche uns als ein politisch unreifes Volk betrachtet und behandelt hätten. (Man hat freilich auch Alles gethan, um uns in Unmündigkeit zu erhalten, und die Mittel, die man dazu in Bewegung setzte, waren im Allgemeinen schlecht und verwerflich.) Folgende Stelle aus dem Morn. Chr. wollen wir noch anführen: „Diejenigen, welche das Volk während des ganzen Sommers mit Reden erhitzten, welche es aufregten und doch wieder ermahnten, die Gesetze zu achten, welche es durch künstliche Beredsamkeit zur Wuth anstachelten, aber doch wieder von dem Ungestüm abredeten, den sie, wie sie selbst am besten wußten, im Volke entzündeten — auf die Häupter dieser Männer komme das vergossene Blut." Das Morn. Chr. hat in diesen wenigen Worten die Kunst aller Demagogen gezeichnet, und ohne Zweifel dabei auch an die irischen Volksredner und Rebellen Smith O'Brien, Meagher, Doheny u. s. w. gedacht. O'Connell war es, der diese Volksrednerei zu einer wirklichen Kunst erhoben und für sie bestimmte Gesetze

und Regeln erfunden hat. Aber O'Connell, ohnehin ein unerreichbares Muster, ein Volksredner im größten klassischen Style, wollte wirklich den Frieden und wußte ihn auch zu erhalten, seine kleinen Nachahmer auf dem Festlande und im eigenen Vaterlande wollen entweder wirklich die Emeute und den Krawall, oder sie sind zu unmächtig, um die Geister, die sie muthwillig heraufbeschworen, wieder zu bannen. Zuletzt erwürgen sie an den eigenen Worten.

* London, 22. Sept. Die neuesten Nachrichten aus Frankfurt haben hier einen tiefen und schmerzlichen Eindruck gemacht. Je vertrauter das englische Publikum mit dem deutschen Geiste — mit unserer Macht, zum Guten oder zum Bösen, geworden ist, desto ernster wird der Wunsch, es möchte Deutschland gelingen, seine Regeneration zu Stande zu bringen — desto peinlicher ist das Gefühl, welches die Unsicherheit und das gefährliche Schwanken der deutschen Angelegenheiten hier erweckt. Und wahrlich, dieses Gefühl hat hier bei letzter Zeit Nahrung genug gefunden. Man hat mit Erstaunen und Besorgniß gesehen, wie der Reihe nach die größeren Städte Deutschlands, die ostensiblen Träger der deutschen Kultur, Scenen des Aufruhrs und der Zerstörung darbieten. Die Zeitungen haben kaum die Wiener Unruhen berichtet, so müssen sie schon eine Militäremeute im Herzen des preußischen Staates registriren, und kaum ist auch diese Sache abgemacht, so hören wir von Kämpfen in Chemnitz, Mordbränden in Naumburg und endlich gar von einem vorbedachten, kaltblütig erwogenen Angriff auf das Frankfurter Parlament! Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß alle diese Vorfälle nur Stücke eines und desselben Systems sind, und man kann nicht umhin, dem Frankfurter Korrespondenten der Times Recht zu geben, wenn er sagt: „daß ein tiefer und dunkler Plan diesen Ruhestörungen zum Grunde liege, daß die radikale Minorität überall gegen die Mehrzahl der Parlamente und der Nation intrigirt und Straßenkämpfe bereitet, und daß die aller Orten wechselnde Parole immer nur eine neue Gestalt des Proteus der rothen Republik ist." Man sieht dies aus den verschiedenartigen Vorwänden, unter denen die Führer derselben Partei in verschiedenen Städten den politischen Pöbel unter die Waffen rufen; man fühlt den Plan in der unverschnlichen und immer neu ausbrechenden Feindschaft dieser Partei gegen das stehende Heer, dessen Existenz ihren Plänen verderblich ist. In England, wo das Soldatenwesen ein wirklicher Stand ist, ließe sich eine solche Feindschaft eher erklären. Bei unserm Rekruttungssystem aber müssen andere Ursachen diesen „Militär-Krawallen" zu Grunde liegen. Es gehört ein bedeutender Grad von Blindheit zur Verkennung dieser Ursachen, und gewiß, an der radikalen Partei hat es nicht gelegen, wenn noch irgend Jemand die neueren deutschen Ereignisse als Phänomene betrachtet. — Daß man hier mit der liberalen Majorität des deutschen Volkes unzufrieden ist, werden Sie erklärlich finden, wenn Sie die Haltung dieser Majorität mit dem Benehmen der engl. Regierung gegen die irischen und chartistischen Agitatoren vergleichen. Man beklagt den Mangel an Energie, der die Sicherheit und die Wohlfarth der deutschen Nation den ungeregelten Leidenschaften und den anerkannt blutdürstigen Absichten einer kleinen aber gefährlichen Partei Preis gibt. Der Regent und das Kabinet sind hoch in der öffentlichen Meinung gestiegen, seit es bekannt wurde, daß sie es gewagt haben, ihre Pflicht zu thun, und daß sie, als die Linke sich auf physische Gewalt stützte, dieser Gewalt kräftig und in Waffen entgegen traten. Man ist fest überzeugt, daß die Meuterei vor einem solchen Beerfahren wie Spreu vor dem Winde zerstieben müssen, denn die jüngsten Beispiele der irischen Wirren haben gelehrt, daß Meuchelmörder weder im offenen Felde, noch hinter den Barrikaden Stand halten. Natürlich! zum Meuchelmord gehört ein hoher Grad von Feigheit, der in sich schon den offenen und gleichen Kampf zu einer Unmöglichkeit macht. Man erkenne in England die ganze Wichtigkeit des Kampfes, der jetzt in den deutschen Gauen und Städten, so heimlich wie offen gekämpft wird. Der deutsche Radikalismus wird freilich sagen, hier spreche die englische Antipathie gegen deutsche Freiheit und Größe. Dem ist nicht so. Man unterscheidet hier mit logischer Schärfe zwischen Freiheit und Anarchie und haßt auf den Sieg des liberalen Konstitutionalismus über die Republik eines Fröbel und Blanqui. Man opplaudirt dem Kartätschenfeuer auf der Zeil, weil man den Deutschen dieselbe Freiheit wünscht, welche der Engländer genießt, und weil man die Sklaverei unter dem Despotismus der Anarchie eben so sehr verabscheut wie den Despotismus des Einzelnen. Meiner Ansicht nach hat sich die Centralgewalt (ich schreibe das türkische Wort, weil es doch einmal gäng und gebe ist) nicht nur um ganz Deutschland, sondern um ganz Europa verdient gemacht. Die Folgen einer Beherrschung des Parlamentes durch eine aufrührerische Masse sind unberechenbar. Und doch war es nichts Geringeres, was man im Schilde führte. Um so gewaltiger drängt sich hier die Ueberzeugung auf, daß der Regent, daß die Minister ihre Pflicht erfüllt haben, und daß die Reihe jetzt an dem Parlamente ist, auch die seinige zu erfüllen. Die solide und bewährte Praxis der englischen Konstitution schließt die politische Inquisition fast gänzlich aus. Fürchten Sie von mir, einem treuen Schüler derselben, keine Vorschläge zu einem Kamptz'schen System von Untersuchungen und Verhaftungen. Durch die Verfolgung politischer Ansichten würde sich der deutsche Liberalismus auf dieselbe niedrige Stufe mit den gerichtlichen Tendenzen seiner Gegner stellen. Möge kein Gesetz in Deutschland die politischen Meinungen treffen — möge es seine ganze Schärfe gegen Thaten, gegen politische Unthaten kehren! Die Störer der öffentlichen Ruhe, wenn sie mit den Waffen in der Hand ergriffen werden, können keine Schonung vor dem Gesetze erwarten, zu deren Umsturz sie sich verbunden, und für sie gilt das alte Wort:

— — „if they may
Find mercy in the law, 'tis theirs: if none,
Let them not seek't of us."

Aber hier endet auch die Pflicht, und somit das Recht des freien Staates. Die Strafe für politische Verbrechen soll nur die treffen, wo die Schuld unzweifelhaft und sonnenklar ist, und wo sie trifft, da soll sie nachhaltig unschädlich machen und warnen. Die Freisprechung eines politischen Gefangenen ist ein Dementi, welches ein Staat sich eben so wenig geben sollte, wie die Einleitung einer voreiligen Untersuchung, die aus Mangel an Beweismitteln niedergeschlagen werden muß. — Ich habe von der Justiz geredet, und es liegt mir nun noch ob, von einer Justiz besonderer Art zu reden — von der des Parlaments. Die Repräsentanten der Nation müssen und sollen für jede Macht unverletzlich sein, mit Ausnahme jener höchsten Macht der nationalen Souveränetät, welche im Parlament verkörpert ist. Der Deputirte ist nicht für das verantwortlich, was er im Hause sagt: er ist sehr verantwortlich für das, was er außer dem Hause spricht und thut. Haben sich die Meuterer vom 18. d. durch ihren beabsichtigten Angriff auf das Parlament dem Verdacht des Hochverraths ausgesetzt, so lastet dieser Verdacht hundertmal schwerer auf denjenigen Mitgliedern der Nationalversammlung, welche jenen Angriff planten und vorbereiteten, die am 17. d. in öffentlichen Reden das Parlament angriffen und des Verraths beschuldigten. Niemand vermag hier für die Zukunft das Haus zu schützen, wenn es sich nicht selbst schützt. Es wird jedem Angriffe, jeder Schmähung, jeder Verläumdung ausgesetzt bleiben und nach der Theorie des immer fallenden Tropfens endlich wirklich seinen Einfluß nach Innen und Außen verlieren, so lange es sich Angriffe und Schmähungen von seinen eignen Mitgliedern gefallen läßt. Es ist die Pflicht des Hauses, die aufrührerischen Mitglieder, welche bei dem Meeting am 17. gesprochen haben, vor die Schranken zu fordern, die Fakta zu verificiren und die Schuldigen zur strengsten Rechenschaft zu ziehen.

Frankreich.

Paris, 25. Sept. Die hiesigen Blätter schöpfen ihre Nachrichten über den Einfall Struves ausschließlich aus den radikalen Blättern des Elsaßes und der Schweiz; man darf sich daher nicht darüber wundern, wenn sie die ungeheuersten Siegesberichte bringen — in einem Augenblick wo Struve schon dem Kriegsgericht überliefert und die in Lörach restirende „provisorische Regierung" bereits nach Liestal ausgerissen ist. Charakteristisch ist nur, daß mit wenig Ausnahmen dieselben französ. Blätter, welche die Niederlage der rothen Republik in Paris mit Freude begrüßten, für Deutschland den Sieg derselben rothen Republik unverkennbar wünschen; natürlich, die lieben Nachbarn denken, wie jener Quacksalber: „ist für Schneider nicht gut, aber für Schmiedkochte", oder mit andern Worten, wenn auch Frankreich die Wunde der Anarchie um jeden Preis sich heilen muß, so ist es für Deutschland zweckmäßiger, dieselbe immerfort offen zu halten. So hat denn heute ein gescheites Blatt, der National, über den badischen Lügenberichten ganz den Kopf verloren oder vielleicht nur die Maske abgeworfen und das wahre Gesicht gezeigt. Die Friedenspredigten, die dort Reinecke seit Monaten hielt, schlagen heute plötzlich in die wildeste Kriegslust um und der National macht auf einmal Propaganda gegen ganz Europa, droht und trotzt sämmtlichen Thronen und sieht schon im Geiste die französische Republik im Guade mit der Lörracher ihren Weg um die Welt machen. So leicht schlägt der alte Adam durch! Und dies „republikanische" Blatt, das einst so mächtig für die demokratische Freiheit gefochten und heute so gehorsam dem Militärdespotismus das Wort redet, dies Blatt schämt sich nicht einmal über die leere Prahlerei! Wenn es Propaganda machen will für die Republik, so muß es uns erst eine andere Probe

Digitized by Google

erweisen, als dieses von Beamten, Kommissären, Bajonetten unter einem Militärdiktator mühsam zusammengehaltene Frankreich, das gleichwohl in ewiger Todesfurcht um die eigene Existenz sich befindet, auf das man im Ernste wetten kann, daß es in so und soviel Wochen oder Monaten auch die Lüge ablegt, die bis jetzt in dem republikanischen Titel noch beibehalten ist.

Die Wähler besprechen heute die gestern erwähnte Rede Ledru Rollins, worin dieser Staatsmann einer unglücklichen Vergangenheit und noch unglücklicheren Zukunft wieder einmal Alles das gesagt hat, was er weiß. Das Journal des Debats persiflirt den Mann vortrefflich, wie er seine Gedankenarmuth mit den erborgten Lappen der Schreckenszeit aufzuputzen sucht. „Das nennt man das Programm der Zukunft! Seht Ihr denn nicht, daß das Nichts, als der beklagenswerthe und gewöhnliche Prospektus der Vergangenheit ist? Wir kennen keinen größern Reaktionär als Ledru Rollin; wenn er spricht, glaubt man einen Volligeur von 1793 zu hören. Er zählt sich zur philosophischen Schule, gehört aber zur historischen, die in Preußen das Mittelalter hat restauriren wollen". Was das Journal des Debats von Ledru Rollin sagt, gilt wörtlich von unsern Sancho Pansas der Schreckenszeit, die freilich nur wieder ein Nachdruck Ledru Rollins, d. h. ein Nachdruck eines Nachdrucks sind. Auch diese Leute wollen eine Zeit machen; wie der unvergeßliche Leidensgefährte des Ritters von La Mancha einst eine Sache „noch einmal erfinden" wollte, so möchten sie das Jahr 1793 und den Konvent noch einmal erfinden. Die Affen Dantons wären nur lächerlich, wenn sie ihm nicht von dem Mann der Septembermordthaten — mit Ausschluß der Größe — gerade nur die Immoralität und Schlechtigkeit geerbt hätten.

Cabet zeigt heute an, daß er nach Amerika geht um dort seine große kommunistische Kolonie zu gründen.

Louis Bonaparte, der auch in Korsika fast einstimmig gewählt worden, ist gestern Abend in Paris angekommen; die Regierung hatte heute große militärische Maßregeln genommen, da es hieß, seine Anhänger beabsichtigten eine Demonstration. Cavaignac, erzählt man, hat sich dahin erklärt, daß er bei dem ersten Schuß, der im Namen Louis Bonaparte's abgefeuert werde, die Napoleoniden sammt und sonders verhaften und nach Sinamary deportiren lassen werde. Arme Republik, der die Monarchie eines Louis Bonaparte schlaflose Nächte machen kann!

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung, in welcher der Prätendent übrigens nicht erschien, wurden die Artikel 15, 16, 17 der Verfassung angenommen.

Ungarn.

Aus dem nördlichen Ungarn lauten die Nachrichten betrübend. In den slovakischen und ruthenischen Komitaten herrscht die größte Aufregung. Die dortigen Bauern, wie im Neutraer und andern Komitaten, sprechen sich laut für Jellachich aus, und wollen von einer Rekrutenaushebung zu Gunsten Ungarns Nichts wissen. Im Byharer Komitat wollte man sieben Dörfer, die sich ebenso weigerten, durch herbeigerufene Nationalgarde zwingen; allein die Bauern schaarten sich zusammen, und die Nationalgarde mußte abziehen. — Vom Kriegsschauplatz verschiedene, aber durchaus widersprechende und darum unglaubwürdige Nachrichten. Heute ging hier das Gerücht herum, Jellachich sei bereits in Stuhlweißenburg. Andere wollen Nachrichten haben, die Ungarn hätten einen Sieg erfochten. Auch über das seit ein paar Tagen zirkulirende Gerücht von dem bei St. Thomas durch die Ungarn eingenommenen Lager der Serben weiß man nichts Officielles, und die Nachricht scheint somit sich auch nicht zu bestätigen. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[869] **Todesanzeige.**

Am 18. d. M. verschied zu Frankfurt a. M. in Folge einer tödtlichen Verwundung unser theurer, innig geliebter Bruder, Hans von Auerswald, Generalmajor und Kommandeur der kk. Kavallerie-Brigade, im 56. Lebensjahre. Er hinterläßt vier Söhne und eine Tochter, im Alter von 5—14 Jahren, welche, der mütterlichen Pflege früh beraubt, nun auch der treuen väterlichen Sorge entbehren, die der Entschlafene mit der unbedingten Hingebung an seinen Beruf in seltenem Grade zu vereinigen wußte.

Berlin, 22. Sept. 1848.

Rudolf von Auerswald.
Alfred von Auerswald.

[870] **Preisfrage.**

Ein Preis von zweitausend fünfhundert französischen Franken wird angeboten für die beste Schrift über die gesetzlichen und ausergesetzlichen Bedrückungen, welche die Freiheit der Religionsübung im Kanton Waadt (Schweiz) erleidet. In allgemein verständlicher Weise soll das Thatsächlich dargestellt und sodann gezeigt werden, welchen Einfluß Religionsverfolgungen auf die öffentliche Moral und auf die Wohlfahrt des Volkes üben.

Herr Putdimaud, in Demanton, hat die oben genannte Summe bei den Herren Dubois Reaon und Sohn, Banquiers in Lausanne, niedergelegt und zur Verfügung der Preisrichter gestellt.

Preisrichter sind die Herren Gullan-Wolff, Advokat in Lausanne, Prévost-Martin aus Genf, ehemaliger eidgenössischer Konsul in London, und Blösch, Advokat und Mitglied des großen Rathes in Bern.

Die Aufsätze müssen in französischer Sprache verfaßt, mit einer Epigraphe versehen, und mit einem versiegelten Zettel begleitet sein, welcher den Namen des Verfassers enthält; dieselben sind vor dem 31. Januar 1849 an Herrn Professor Vattemia in Lausanne einzusenden. Herr Vallemia wird auch den Herrn Preisbewerbern auf Verlangen die zu ihrer Arbeit etwa erforderlichen Documente mittheilen.

Die Preisertheilung erfolgt am Ende Februar.

Im Falle keine der eingelieferten Arbeiten den Preis gänzlich zu verdienen schiene, werden die Preisrichter denselben entweder an die vorzüglichsten Bewerber vertheilen oder die Preisfrage von Neuem ausschreiben.

[871] **Deutsche Allgemeine Zeitung.**

Mit dem 1. Oktober beginnt das neue vierteljährliche Abonnement auf diese Zeitung. Alle Postämter und Zeitungsexpeditionen des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an, die man gefällig zu machen bittet, weil nur dann die Lieferung vollständiger Exemplare garantirt werden kann. Der Preis beträgt in Sachsen 2 Thlr.

Inserate finden durch die Deutsche Allgemeine Zeitung die allgemeinste Verbreitung und werden für den Raum einer Zeile mit 2 Ngr. berechnet.

[872] Die

Neue Rheinische Zeitung,

Organ der Demokratie,

hat seit der kurzen Zeit ihres Bestehens raschere Verbreitung, als irgend eine andere deutsche Zeitung gefunden. Die ersten Zeitungen des Auslandes haben sie bei allen Gelegenheiten mit Auszeichnung genannt.

Dr. Dr. Karl Marx leitet als Redakteur en chef die Zeitung. Ausgedehnte Verbindungen mit den ersten Männern der Bewegung in England, Frankreich, Italien u. s. w., so wie zahlreiche Korrespondenten in allen Theilen Deutschlands machen es der „Neuen Rheinischen Zeitung" möglich, die Ereignisse in schnellster und ausführlichster Weise mitzutheilen.

Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme des Montags, in Großfolio, ist auch den Verhältnissen mit Britannien erweitert. Innerhalb des Monates Oktober wird aber ihr Format zur Größe des „Journal des Debats" ohne Veränderung des Preises ausgedehnt werden.

Preis vierteljährig in Köln 1½ Thlr., bei allen Preuß. Postämtern 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf.

Insertionen werden mit 1½ Sgr. für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet.

Bestellungen für das vierte Quartal vom 1. Oktober bis 31. December d. J. wolle man bei dem nächsten Postamte machen.

Köln, im September 1848.

Der Gerant: H. Korff.
Expedition: Unter Hutmachern Nr. 7.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner & Kimp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an G. A. Kiesander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 26 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.52. 25 Kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 264. **Heidelberg,** Freitag 29. September. **1848.**

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt,** am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der **Weidmann**schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an **D. Reimer** in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die Politik Englands. — **Wien** (Ankunft des Erzherzogs Stephan. Jellachich bei Stuhlweißenburg). **Berlin** (Verwahrung gegen die wiedererwachenden Gelüste der alten Politik). **Köln** (Unruhen. Barrikaden gebaut. Die Stadt in Belagerungszustand erklärt. Die Bürgerwehr aufgelöst. Zeitungen suspendirt). **München** (die Dringlichkeit, die Verfassung schleunigst zu berathen). **Rottweil** (Struve's republikanischer Aufstand. Proklamation). **Vom Rhein** (die Reden der HH. Schlöffel, Simon und Wesendonck auf der Pfingstweide). **Baden** (Einzelnheiten über die Gefangennahme Struve's und das Treiben der „provisorischen Regierung"). **Bremen** (die Einschiffung Hecker's). **Frankfurt** (das Handelsministerium. Ein Beschluß des Ausschusses für Volkswirthschaft. Politische Uebergänge. Der Verfassungsausschuß und seine Thätigkeit. Rundschreiben des Reichsjustizministers über die Presse. Die letzten Abstimmungen über die §§. 17—20, 23. Die Grundrechte. Zitz wieder da. Verhandlungen der Nationalversammlung. Interpellationsfieber. Die Centralgewalt und die einzelnen Aufstände. Zustimmungsadresse ans Reichsministerium).

Schweiz Zürich. Beschlüsse in Betreff der politischen Flüchtlinge.

Großbritannien. London. Mittheilung des Standart über Preußen. Ost- und westindische Post. Englands Stellung zu seinen Kolonien und den Ver. Staaten.

Frankreich. Paris. Die angebliche Landung in Venedig ein Irrthum. Die Verhandlungen über die Verfassung. Louis Bonaparte's Eintritt in die Nationalversammlung. Die Wahl Raspails.

Beilage. Stuttgart. Die Nothwendigkeit kräftigen Handelns. Ueberblick der letzten Zustände.

29. September.

Bei der jetzigen Weltlage scheint es angemessener als je, der englischen Politik näher in das Gesicht zu leuchten. Es ist ein Doppelgesicht; auf der einen Seite das eines ernst aber wohlwollend blickenden Menschenfreundes, der bemüht ist, nach allen Richtungen hin die Segnungen der Freiheit, der Religion, der Bildung und Sittlichkeit auszutheilen, den Sklaven die drückenden Fesseln zu lösen, den Heiden auf den Inseln der Südsee, in den rothglühenden Sandwüsten Afrikas und längs den Ufern des Ganges das Evangelium zu predigen, mildthätige Anstalten und Pflanzstätten humaner Bildung an unwirthlichen Küsten zu errichten, und mit Verspottung aller Gefahr, jeden Augenblick das Leben in die Schanze schlagend, im Dienste der Wissenschaft die Meere und Länder bis zu den Punkten zu durchforschen, um welche die Natur selbst gleichsam wie um ein Geheimniß, das sie für sich behalten will, die unübersteiglichsten Hindernisse aufgehäuft hat. Auf der andern Seite trägt diese Politik wieder das unfreundliche, kalte, egoistische Antlitz eines berechnenden Krämers, der im Buche der Geschichte wie in einem Kontobuche liest, im Verkehr mit den auswärtigen Völkern nur das Soll und das Haben im Auge behält, seine geistigen Kräfte nur da anlegt, wo sie ihm Procente bringen, die Meere und Länder nur zu materiellen und gewinnbringenden Zwecken wissenschaftlich durchforscht, seine Missionsanstalten und christlichen Kirchen in heidnischen Ländern nur deßhalb stiftet, um nebenan seine Speicher anzulegen und Faktoreien zu gründen, der selbst seine Freiheiten daheim nur deßhalb aufrecht erhält, weil das kaufmännische Interesse die freieste Bewegung und die allseitigste Besprechung fordert, um zu gedeihen. England gibt keinen Schilling ohne Berechnung des Gewinns aus, und es wußte sehr wohl, daß die Millionen, mit denen es den Sklaven in seinen Kolonien die Freiheit erkaufte, ihm reichliche Zinsen bringen und nebenbei seine Autorität als Träger der Kultur, Menschlichkeit und Freiheit wesentlich steigern würden. Es liegt etwas Großes und selbst Furchtbares in dieser Politik, die, obschon auf den bloßen, berechnenden Egoismus gegründet und aller Romantik baar, mit dem Hauptzweck des materiellen Vortheils doch auch wieder die Aufgabe eines Licht und Bildung verbreitenden Kulturvolks so innig zu verbinden weiß. Daher ist England auch in der Lage, sich hinter schöne und bethörende Phrasen von Uneigennützigkeit, Rechtlichkeit und Ehrlichkeit zu verstecken, wo es von andern Völkern Opfer verlangt, und sich wieder hinter seine wesentlich kommerciellen Interessen zurückzuziehen und mit kaufmännischem Achselzucken zu entschuldigen, wenn von ihm Opfer verlangt werden. So ist es denn auch, unterstützt von seinen schwimmenden Festungen zur See, diejenige Weltmacht geworden, welche zumeist entscheidet, ob die Welt Krieg oder Frieden haben, ob sie aus dem Zustande teiger Ruhe in den der Revolution, oder aus dem Zustand der Revolution wieder in den der Reaktion eintreten soll, und welche, von sicherer Meeresfeste aus und im Besitz unerschöpflicher Kapitalien und die Welt versorgender Fabriken und Waarenspeicher, selbst von der Zerrüttung und dem Unglück anderer Völker ihren Nutzen zu ziehen weiß. Was in solchen Zeiten allgemeinen Umsturzes unsicher und flüchtig ist, seien es vertriebene Despoten oder verbannte Patrioten und Rebellen, seien es Kapitalien, das Alles wirft sich in hastiger Flucht nach England, dem Asyl aller Schiffbrüchigen.

Man soll die Größe in der Politik Englands nicht verkennen, man soll sich diese Politik, soweit es Kräfte, Lage und Nationalgeist gestatten, sogar zum Muster nehmen, man soll dem englischen Volke Etwas, und möglichst viel von jenem Egoismus ablernen, ohne den noch nie ein Volk groß, mächtig, reich und weltgebietend geworden ist, man soll ihm vor Allem die praktische Kunst ablernen, nur Das zu wollen, zu erstreben und zu erarbeiten, was in nächster Nähe möglich und thunlich ist; man soll den gewonnenen Boden, sei er auch noch so klein, fürs Erste festhalten und kultiviren, ehe man an fernliegende Eroberungen denkt, die für den Augenblick noch nicht ausführbar sind, später aber von selbst zufallen müssen. In dieser besonnenen Weise hat England seine ungeheueren Kolonien und Vasallenländer zusammengehäuft, in dieser langsamen aber stätigen Weise schreitet es in seinen legislativen Entwickelungen fort, dieselbe bedächtige, nur das Nächste nach dem Nächsten in ihren Kreis ziehende Verfahrungsart bezeichnet auch seine parlamentarischen Arbeiten, während sowohl Franzosen wie Deutsche legislative Riesenarbeiten, zu deren Durchführung ein halbes Jahrhundert gehört, in einem halben Jahre erledigen zu können meinen, um zu ihrem Schaden zu erfahren, daß der Bau, während sie noch damit beschäftigt sind, über ihrer Köpfen zusam-

Digitized by Google

menfällt. Theoretische und ideelle Völker wie die Deutschen und auch die Franzosen haben den Plan zu einem Prachtpalaste sehr bald fertig, vergessen aber einen tüchtigen Grund zu legen und sich bis auf Weiteres mit einer Nothhütte gegen Wind und Wetter zu begnügen. Kommt ein Sturm, so mag eine solche Nothhütte dahinfahren, aber der Grund zu dem projektirten Gebäude bleibt, und künftige Generationen werden, sich zur Lust und den Vorgängern zur Ehre, daran weiter bauen. Maurer und Baumeister haben wir zwar genug, nur zu viele, auch an gewöhnlichen Handlangern fehlt es nicht, die Steine liegen behauen und unbehauen rings umher, aber wir sind noch nicht einmal mit der Bereitung des Kitts im Reinen.

Andererseits soll man aber durch die schönen und vielverheißenden Versprechungen und Freundschaftsversicherungen Englands sich nicht bethören und zu dem Glauben verleiten lassen, als leiste England seine Dienste, und seien sie noch so geringfügig, nur um Gotteswillen. Gebt Euch nur im Vertrauen auf seine Großmuth in seine Hände, und es wird Euch aussaugen, wie es Portugal, wie es Sicilien ausgesaugt hat. Werft nur Eure 44 Millionen Deutsche in die Wagschale, 44 Millionen zertheilte, zerhackte, auf einander neidische, gegen einander bissige, sich unter einander zerfleischende, in hochrothe, rothe, mäßigrothe Republikaner, ganze und halbe Konstitutionelle, zweifelhafte und unzweifelhafte Reaktionäre, bedingte und unbedingte Monarchisten zerfallende Deutsche, 44 Millionen, die selbst mit dem kleinen Dänemark, und da fast die Hälfte Dänemarks auf ihrer Seite ist, nicht einmal mit Seeland und Fünen, Laaland und dem ärmlichen Jütland fertig werden können. Rechnet nur auf Englands Großmuth. Wißt Ihr nicht, daß es der Vampyr seiner eigenen Länder ist, daß es an Irland gierig saugt, von Irlands Mark nerzeugnissen schwelgt, dafür seine Gewerbthätigkeit lähmt und hindert und ihm künstlich die Kapitalien entzieht, um sie zu Manufakturen und Fabriken und andern gewinnbringenden Unternehmungen in England selbst zu verwenden? Wißt Ihr nicht, mit welchem verhöhnenden Uebermuth es die mehr und mehr verarmenden Pflanzer in Jamaika behandelt, bloß damit die Kaufmannschaft an der Themse ihre strotzenden Säckel fülle? Wißt Ihr nicht, daß England die ostindischen Städte um ihren Reichthum gebracht hat, indem es ihre früher so blühende Shawlproduktion zunichte machte? Den Verwünschungen der Völker setzt England ruhig die kalte Krämerbemerkung entgegen: Was wollt Ihr? Ihr liefert mir Eure Naturprodukte und ich liefere Euch meine Waaren, besser und wohlfeiler als Ihr es vermögt. Ganz richtig, aber nur mit Hilfe des Kapitals, jenes Blutgelds, das es aus allen Ländern zieht und in sich schluckt, mit Hilfe seiner Schiffe und tyrannischen Schifffahrtsgesetze und seiner ganzen sophistisch selbstsüchtigen Handelspolitik, wie seiner überall intervenirenden, d. h. auflösenden, trennenden und schwächenden Politik überhaupt. Es wäre bei solcher Sachlage eine Albernheit, wenn sich Deutschland oder, wie es in der That scheint, Preußen etwa einbilden sollte, an England einen wirklichen und aufrichtigen Freund zu haben; vielleicht einen Freund, aber etwa in der Weise, wie der Abnehmer an seinem Krämer, der Klient an seinem Advokaten einen Freund hat. Wir wollen Preußen an das Jahr 1806 erinnern. Damals hatte Preußen einen jener unglücklichen Einfälle, woran die preußische Staatskunst seit dem Tode des großen Friedrich leider so reich ist; es besetzte am 1. April jenes Jahres auf Frankreichs Antrieb Hannover. Hätte man nicht erwarten sollen, daß England mit seinem alten treuen, jetzt nur verführten und in seinem Bewußtsein gestörten Bundesgenossen bis zum Wiedereintritt dieses Bewußtseins einige Nachsicht zeigen und wenigstens das Privateigenthum der preußischen Rheder, welche ja an jenem schmählichen und leichtsinnigen Schritt der preußischen Regierung nicht die geringste Schuld hatten, einigermaßen schonen würde? Was aber that England? Sofort legte es Embargo auf alle in englischen Häfen befindlichen preußische Schiffe, deren Besitzer den ihnen ertheilten Versicherungen, daß keine Störung des Friedens zu befürchten sei, Vertrauen geschenkt hatten, die englische Regierung ertheilte den Privaten Kaperbriefe und den Kriegsschiffen den Befehl, auf alle preußischen Fahrzeuge Jagd zu machen. Mehr als 400 preußische Schiffe wurden damals von dem „großherzigen" England genommen, welches aus ihrem Verkauf ungeheure Summen löste. So handelte England an Preußen zu einer Zeit, wo es wußte, daß ihm Preußens Hilfe gegen Frankreich recht bald wünschenswerth sein würde, wo es am wenigsten angemessen schien, Preußen nicht etwa zu reizen — denn was ließe sich Preußen nicht von England gefallen? — sondern zu schwächen, seinen Handel zu tödten, seinen Finanzen Verlegenheiten zu bereiten, seine Bevölkerung zu demüthigen. Hatte England doch Gelegenheit gehabt, ein gutes Geschäft zu machen! Jeder Kaufmann ist unter solchen Verhältnissen mehr oder weniger brutal, das versteht sich von selbst, das bedingt sein Vortheil.

In der letzten Zeit braucht England, um seine Oberherrschaft geltend zu machen, keine Kriege mehr zu führen, es erreicht denselben Zweck durch seine Vermittelungen, die es eigens für sich erfunden hat, die es, wo es nicht dazu aufgefordert wird, den streitenden Parteien aufdrängt. Eigenmächtig drängte es seine Vermittelung z. B. den streitenden Parteien in Portugal, jetzt den kriegführenden Parteien in Oberitalien auf, und es verbindet sich, um jeden gehässigen Schein von sich zu weisen, zu diesem Zwecke in der Regel mit andern Mächten zu einer Dupel-, Tripel- oder Quadrupelallianz. Ein Meisterstreich ist seine letzte Verbindung mit Frankreich, die es in dem Augenblicke schloß, als viele Stimmen in Deutschland einen nähern Anschluß an Frankreich riethen und bei einem großen Theile der deutschen Nation Gehör fanden. Zu Frankreich sagt es in diesem Falle: ich vereinige mich mit Dir, um Oesterreichs Umsichgreifen in Italien ein Ziel zu setzen, und zu Oesterreich sagt es: ich habe Frankreich ins Vertrauen gezogen, um dadurch um so eher in Stand gesetzt zu sein, es von einer bewaffnetea Intervention abzuhalten. Aber man verlasse sich darauf, daß da, wo England vermittelt, die Sache so leicht nicht abgethan ist; seine Vermittelungsvorschläge sind meist der Art, daß sie keinen Theil zufriedenstellen, daß sie zu neuen Verwirrungen und mithin zu neuen Vorschlägen und Unterhandlungen Anlaß geben. Jeder der streitenden Parteien hält sich für übervortheilt, zuletzt sind es beide. Man nehme z. B. an, daß Mexiko und Nordamerika die Vermittelung Englands — wozu sich dieses übrigens erbötig erklärte — angerufen hätten, so wäre noch jetzt und in vielen Jahren nicht ein Friedensschluß zu Stande gekommen. Ein recht augenscheinliches Beispiel von den Folgen englischer Vermittelung bieten Montevideo und Buenos-Ayres, zwischen denen die englische (hier freilich die englisch-französische) Vermittelung schon Jahre lang dauert. Solche Friedensvermittelungen oder eigentlich Friedensstörungen zwischen streitenden Parteien und Dynasten, solche Einmischungen in innere Zwiste unter den Fürsten und den einzelnen Gliedern fürstlicher Familien, oder zwischen Fürsten und Völkern, haben namentlich dazu beigetragen, den englischen Besitzungen in Ostindien ihre riesenhafte Ausdehnung zu geben. Was haben Griechenland und Portugal unter diesem zärtlichen Händedrücken englischer Vermittelung dulden müssen! Und jetzt Sicilien! Man weiß recht gut, wann und mit wessen Wissen und durch wessen Mithilfe und Aufreizung die Empörung in Palermo zu Stande kam. Es geschah gleich darauf als Neapel die Absicht ausgesprochen hatte, die englischen Schiffe unter Quarantäne zu stellen, um die Waffenzufuhr aus Malta nach den neapolitanischen Besitzungen zu erschweren. Gegenwärtig aber läßt man Messina erst durch ein furchtbares Bombardement zu Grunde richten, um nur vermitteln und, wer weiß wie lange, die Ausgleichung hinziehen zu können. Im Parlamente selbst wurde das Kabinet sowohl von Tories, als von Anhängern Cobdens hart angeschuldigt, daß die Sendung Lord Minto's nicht Verträglichkeit, sondern Uneinigkeit in den Staaten Italiens, wenn auch nicht zur Absicht, so doch zur Folge gehabt habe. Wir selbst erlebten ein Beispiel, welche Früchte der weitverzweigte Baum englischer Vermittelung auch für uns getragen hat; sie haben uns bitter genug geschmeckt, und der Giftstoff wühlt im deutschen Körper noch nach. Jedermann weiß, daß wir uns hier auf die englische Mediation in der schleswig-holsteinischen Frage beziehen; Jedermann weiß aber auch, daß England in dieser Frage von vornherein einen entschieden feindseligen, gehässigen und parteiischen Standpunkt gegen uns einnahm, und doch haben wir England in aller Unschuld zu unserm Vermittler erkoren und uns sowohl die wüthendsten Ausfälle in den englischen Zeitungen, als die gänzlich nichtssagenden Erklärungen und Aufschlüsse Palmerston's im Parlament und schließlich die Stipulationen des Malmöer Waffenstillstandes gefallen lassen, letztere uns vielleicht gefallen lassen müssen, weil der Waffenstillstand das nothwendige Resultat der Halbheit war, womit wir den Krieg, und der Ungeschicklichkeit, womit wir die Friedensunterhandlungen geführt haben. England weiß recht wohl, daß wir unsere Truppen — Dank denen, welche in Frankfurt die durch diesen Waffenstillstand verletzte deutsche Ehre durch Barrikadenmeuterei und Mendelsmord wieder herzustellen suchten! — jetzt am Main und an der Spree und im badischen Tipperary nothwendiger haben, als an der Eider und

Schley, und während es uns so im Innern zerrissen, zerwühlt und beschäftigt weiß, wird es zum Ueberfluß Nichts unterlassen, um die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage möglichst hinauszuziehen und uns, so viel an ihm liegt, in jeder Weise am Aufbau unserer innern Verhältnisse zu hindern. England und mit ihm Dänemark haben, außer unseen Diplomaten, keine besseren Freunde gehabt, als unsere Anhänger jenes blutigen Barrikadenstaats, den man an die Stelle des früheren Polizeistaats zu setzen gedenkt.

Die englischen Zeitungen versichern uns zwar, daß sie gar Nichts gegen eine deutsche Einheit haben, daß sie die Ersten sein würden, das einige deutsche Reich anzuerkennen, wenn es uns gelänge, solches auf soliden Grundlagen herzustellen; dabei aber fahren sie mit großer List fort — und die englische Regierung wird es an ähnlichen Einflüsterungen nicht fehlen lassen — Preußen zuzureden (von Oesterreichs Sonderstellung scheinen sie ohnehin überzeugt), sich möglichst beiseit zu halten, seine Stellung als Großmacht zu bedenken und zu wahren, sich von den Demagogen in Frankfurt keine Gesetze vorschreiben zu lassen und nöthigenfalls den Austritt seiner Deputirten aus der Reichsversammlung zu veranlassen. Die Engländer fragen: was und wo ist das deutsche Reich? wir wissen Nichts davon. Welches sind seine Interessen? sie sind uns unbekannt. Aber die Preußen, aber die Sachsen, aber die Hannoveraner, aber die Hamburger, das sind unsere guten Freunde, liebe und gemüthliche Leute, die wir von der besten Seite kennen, nämlich von der, daß sie sich von uns bearbeiten, aussaugen, mit unsern Waaren überschwemmen lassen, daß sie Norddeutschland zu einer bloßen Handelsprovinz von England gutwillig hergegeben haben. Und wenn Deutschland einmal Miene machen sollte, seinen Bedarf an Kolonialwaaren direkt und nicht mehr aus England zu beziehen, so wäre dies in jenes gerechten sittlichen Entrüstung, die wir an ihm kennen, im Stande, Deutschland mit Krieg zu überziehen, wie England es mit China gethan, als der Herrscher des Reichs der Mitte, aus Besorgniß für die Gesundheit seiner getreuen Unterthanen, die Einfuhr des Opiums verbot.

Was endlich Dänemark betrifft, das schon öfter, namentlich aber im Jahr 1807, die gewichtigen Folgen englischer Großmuth kennen lernte, so wird auch dies die Dienstleistungen Englands sehr wahrscheinlich theuer bezahlen müssen und in näherer oder fernerer Zeit nur noch ein Anhängsel, eine Handelsstation Englands sein, wie Portugal, und Kopenhagen ein britischer Hafenplatz wie Lissabon. Ohnehin liegen einige dänische Kolonien in Westindien den Briten mindestens eben so nahe, als jenem deutschen Gelehrten, der alles Ernstes rieth, Deutschland möge sich jene Inseln von Dänemark als Kampfpreis abtreten lassen, das sei für uns der kürzeste, bequemste und sicherste Weg, mit einem Male in den Besitz von Kolonien zu kommen.

Oesterreich. Wien, 24. Sept. Diesen Morgen ist Erzherzog Stephan hier angekommen, 1 Stunde nach Ankunft eines Kuriers, der ihn meldete. Es scheint demnach außer Zweifel, daß Jellachich bedeutende Fortschritte gemacht. Schon damals übrigens, als man in Wien erfuhr, daß der Erzherzog Palatin zur Drau-Armee zu gehen sich entschlossen hatte, glaubten einsichtsvolle Männer, dies sei nur ein Vorwand gewesen, um sich aus Pesth entfernen zu können. Darüber werden wir vielleicht schon morgen aufgeklärt sein. (Allg. Z.)

Preußen. ** Berlin, 24. Septbr. (Schluß.) Auch auf eine Beschränkung der Preßfreiheit geht Herr von Blittersdorf aus. Aber kein Wort hierüber; sie hat von unsern Vertretern in der Paulskirche Nichts zu fürchten. Dank den Männern, welche jetzt ihr Leben vor Meuchelmördern aus dem Volke flüchten müssen, die vorher gegen Blittersdorf und Konsorten ihr Lebenlang gerungen, Dank den deutschen Liberalen, die jede Skepsis an der Preßfreiheit durch unermüdliches Anstreben dieses verfagten Palladiums unmöglich gemacht! In den 30 Jahren der Knechtschaft ist der Glaube an die freie Presse tief, unergründlich tief ins Volk gedrungen. Er ist deutsche Religion geworden. — Aber aus einem Hinterpförtchen, hier oder dort, ließe sich die freie Presse, die „feste Burg des deutschen Volks", einnehmen. Zuvörderst durch Anempfehlung des Kautionswesens. Es ist so gründlich nachgewiesen, wie schwach und ohnmächtig dieser Behelf gegen die Freiheit. Ein Census bei den Wahlen ist wenigstens erklärlich aus dem durchschnittlichen Stande der Volksbildung. Aber ein Census bei der Presse bietet nicht die mindeste Garantie und hat nicht einen gefunden Beweggrund. Das „Gefährliche" ist ja nicht, daß ein „schlimmes" Blatt geschrieben, sondern daß es durch Theilnahme der Leserwelt unterhalten wird. — Doch mit dem Kautionswesen wird es auch Blittersdorf kaum versuchen, trotz der Blum'schen Reichstagszeitung. Das Ministerium Camphausen verwarf die Kautionen; der vereinigte Landtag konstituirte sie nicht. — — Mit der Plakatenpresse haben Scheingründe ein leichteres Spiel. Sie bildet den Prellstein der Preßfreiheit. Dieser Theil der Presse bringt freilich große, große Gefahr. In entscheidenden Stunden an allen Ecken, Bäumen, Mauern ein futminutes, zu Verbrechen aufreizendes Plakat — wer hemmt die Folgen? Eine Lüge, so verbreitet, wirkt unwiderstehlich. Aber die Prävention einmal rückhaltslos aufgegeben, bietet die Plakatenliteratur die größten Schwierigkeiten der Repression. Verbrechen, auf diesem Wege begangen, bleiben ungestraft, entziehen sich dem Arme der Gerechtigkeit. Freilich der Verfasser, in Ermangelung desselben der Drucker, ist verantwortlich. Doch wenn der Verfasser anonym oder pseudonym, wenn der Name des Druckers falsch ist und der Genannte sich von dem Verdachte reinigt? Halte man sich an die, welche den Anschlag besorgt, den Verkauf, die Verbreitung betrieben. Doch die bedürftigen Leute, die solche Plakate ankleben, kennen oft nicht, aus deren Hand sie den Auftrag und ihren Lohn empfangen. Die Verkäufer sind meist jene „fliegenden Buchhändler"; oder die Verbreitung geschieht durch Arme, durch wahre Jammergestalten, denen der Ertrag bestimmt ist? — So geht denn ein derartiges Verbrechen straflos hin? — Hier ist die Achillesferse der Preßfreiheit. Der ☰ Mann der O.-P.-A.-Ztg. deutet schadenfroh hierauf hin. Verbot der Plakate! — Wir hoffen, das Parlament findet einen Ausweg. Die Plakaten-Anarchie ist unerträglich und muß, auch ohne Blittersdorf, zur Aufhebung der Plakatenfreiheit führen; also hat das Parlament dieselbe nicht aufzuheben, sondern vielmehr grade zu sichern. Wir möchten den Henkel darbieten, vielleicht erfaßt ihn ein volksthümlicher Abgeordneter. Das Geschäft derer, welche Plakate anheften, muß organisirt werden; in dieser Organisation liegt der einzige Damm gegen Zügellosigkeit. Die Frage der Organisation ins Detail zu verfolgen, ist hier nicht der Ort. Jene Männer müßten etwa vereidigt sein, eine Genossenschaft bilden; es müßte Buch geführt werden über die Plakate, es müßte die Verabfolgung zum Anschlag nur an gewisse Vorsteher in deren Bureau erfolgen, es müßte jedesmal ein genügender Nachweis geliefert werden. Erst nach dem Drucker müßte jenes Amt haften, vor dem Drucker der diesem bekannte Verfasser, resp. Ueberbringer. — Jenes Institut in Verbindung mit der Polizei zu setzen, wäre gefährlich, ehe die Polizei volksthümlich organisirt ist, und könnte leicht das rein repressive Prinzip trüben, Prävention begünstigen. — Wir begnügen uns, flüchtig anzudeuten, wie der kritischste Punkt in Betreff der Preßfreiheit, wo diese wirklich als Handlanger, und als oft unerreichbarer und doch so wirksamer Handlanger der Emeute dient, noch immer den Mephistopheles der O.-P.-A.-Ztg. entbehrlich bleiben läßt. — Eines Bedenkens thut Herr von Blittersdorf, so viel ich mich entsinne, nicht Erwähnung — der Volksversammlungen und Volkszüge. Mit letzteren hofft unser Gegner wohl auch erstere völlig unterdrückt zu sehen? Wir haben all das Uebel fest im Auge, was durch Volksversammlungen, von der unter den Zelten am 13. März bis zu der auf der Pfingstweide am 17. Sept., über uns gekommen ist, und hoffen dennoch nicht also. Die deutsche Freiheit hat schweres Unglück über das Land verhängt, aber welcher Freund der Freiheit wollte deßhalb ihr zürnen? Es ist nicht die Freiheit, sondern die Deutschen waren es, welche der Freiheit ungewohnt sind. Unsere lange Knechtschaft ist die Wurzel des Uebels. Weil wir ein unfreies Volk blieben, auch nachdem die Stunde der Befreiung geschlagen, deßhalb unser vielen Verirrungen. Die Volkszüge, die Prozessionen sind ein Ueberbleibsel der Heiligenandrung und Reliquienverehrung. Sie haben mit dem Kultus der Freiherr Nichts zu thun; sein Wesen ist im Geist und in der Wahrheit. Die Umzüge mit Fahnen sind ein eitles, lahalttoses Gepräge. Die Prozessionen und Paeaden waren längst ein Greuel der Gebildeten. Freilich wird die Stimme der Gebildeten jetzt meist überschrien. Aber in der Paulskirche wird sie vernommen. Wenn die Nationalversammlung dem Unwesen der Volkszüge und Prozessionen reichsgesetzlich entgegentritt, ehrt sie nicht von fern an die Freiheit, aber dämmt die Zügellosigkeit, schützt gegen sie die Freiheit. Denn harmlos wie diese Züge scheinen, haben sie doch u. A. Eine Form, die mindestens hervorgehoben zu werden verdient. Es ist dies die Petition in Masse, die Staemp-titlon, auch sog. friedliche Demonstration oder „moralische Nöthigung." Diese Ausübung des Petitionsrechts ist dessen Ende. Sie ist völlig unerträglich. — Ein Verbot der Volksversammlungen ist engherzig, kurzsichtig, übereilt. Eine Bestimmung, wie auf dem Verein. Landtag von 1848 sie Milde vorschlug, welche die Hemmung des Verkehrs durch Zusammenrottung oder Versammlung verhütet, daß 100 Schritte von der Straße oder Landstraße die Versammlung statt-

Digitized by Google

finden müsse, wäre weise, wenn auch sehr mißliebig. Erst eine solche Bestimmung stärkt dem freien Versammlungsrecht die Möglichkeit der Dauer — der gesetzlichen Anordnung, daß während der Dauer der Reichstagsverhandlungen am Sitze des Reichstags und 5, resp. 10 Meilen im Umkreis nicht Volksversammlungen abgehalten werden dürfen, würde Mancher, der weitee blickt, auch früher, werden jetzt, nachdem die Freiheit der Berathungen in der Kaiserstadt sich als so völlig illusorisch erwiesen hat, daß den Gegnern der Linken das Messer an die Kehle gesetzt ist, Viele die gerechte Anerkennung nicht versagen. Dieselbe Maßregel zum Schutze der freien Berathung, besser als militärischer Schutz gegen politisches Banditenthum, besteht für den Amerikanischen Kongreß zu Washington. In und um Washington darf keine Volksversammlung stattfinden. Sollte jetzt in Frankfurt eine derartige Verfügung getroffen werden, so wird ohne Zweifel das beßfallsige Reichsgesetz auch die ganz analogen Zustände von Wien und Berlin mitbegreifen, und nicht bloß für Frankfurt, sondern für den Sitz aller Landesversammlungen in Deutschland, ebenso wie für den der Reichsversammlung erlassen werden. — Wir haben das Nothwendige gern zugegeben. Geringes schien uns nothwendig. Die Weisheit des Reichstags wird die höchste Tugend, das Maß nicht vermissen lassen. Weder die Fanatiker der Freiheit, noch die Fanatiker der Ruhe werden die Ueberhand gewinnen. Weder unsre Centralgewalt, noch unser Nationalversammlung wird, um die Freiheit gegen Terrorismus zu beschirmen, in die Fußstapfen des Bundestags treten wollen, und auch der überwältigende Eindruck einer Begebenheit, welche der Freiheit und Einheit Hohn gesprochen, wird hoffentlich einem Rathgeber kein Gehör in der Paulskirche verschaffen, der mit der Freiheit, wenn auch nicht mit der Einheit, auf einem so gesponnten Fuße gelebt hat, als Herr v. Blittersdorf.

Köln, 26. Sept. Die Köln. Z. meldet: Mittags 12 Uhr. Soeben wird folgende Bekanntmachung der Kommandantur, welche Köln in Belagerungszustand erklärt, unter Trommelschlag in Verbindung starker Militärpikets in den Straßen verkündet, angeheftet und vertheilt: Die Vorfälle des gestrigen Tages und der Nacht haben zur Genüge bewiesen, daß mit den gewöhnlichen Mitteln der gesetzliche Zustand der Stadt nicht aufrecht erhalten werden und Personen und Eigenthum nicht hinlänglich geschützt werden können. Die Kommandantur sieht sich daher genöthigt, sowohl zur Sicherung der ihr anvertrauten Festung als auch zum Schutze der Bürgerschaft die Festung in Belagerungszustand zu erklären. Die drei letzten Artikel lauten: 5) die Bürgerwehr ist hochhaftlich ihrer Reorganisation aufgelöst. Die Waffen sind heute Nachmittag von 2—5 Uhr von dem 1. und 3. Banner auf dem Appellhofe, von dem 2. und 4. Banner auf dem Neumarkte, von dem 5. Banner am Waidmarkte, an die zur Empfangnahme bestimmten Personen abzuliefern. 6) Wer in offenem und bewaffnetem Widerstand gegen die Maßregeln der gesetzlichen Behörden betroffen wird, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. 7) Die „Neue Rheinische Zeitung", die „Zeitung des Arbeitervereins", die „Neue Kölnische Zeitung", „der Wächter am Rhein", sind suspendirt.

Auch in Köln sind Barrikaden gebaut — aber nicht vertheidigt worden! Die Bürgerwehr benahm sich zum Theil noch muthloser als die Frankfurter und auch hier mußte man durch Soldaten imponiren. Die Oberpostz. berichtet darüber: Die Unruhen in Köln, lediglich eine aufrührische Demonstration, waren die Folge einer auf dem Marktplatze gehaltenen Volksversammlung, veranstaltet durch die Leiter des Demokraten- und Arbeitervereins, wozu ein Theil der Bürgerwehr sich gestellt hatte. Mehrere Redner, darunter, wie es heißt, Abgeordnete aus Berlin, forderten die Menge zum Barrikadenbau auf. Ein Polizeikommissär ist in Folge erlittener Mißhandlungen gestorben. Da die Bürgerwehr für die Aufrechthaltung der Ordnung nicht bürgen konnte, so wurden die Straßen von Linienmilitär besetzt. Der Bau einer Menge von Barrikaden dauerte bis in die Nacht. Waffenläden wurden erbrochen und ausgeplündert; ebenso ein Kleidermagazin. Zu einem Angriffe kam es nicht, da Niemand zur Vertheidigung der Barrikaden sich vorfand. Am Morgen des gestrigen Tages hatte die Stadt ihr gewohntes Aussehen wieder, jedoch hielten Militärabtheilungen die Hauptstraßen besetzt. Die „Kölnische Zeitung" weiß nur von einer einzigen Verwundung, die bei dem unsinnigen Tumult vorgekommen ist. Dronke und Engels, Beide an der „Rheinischen Zeitung" beschäftigt und als Anstifter bezeichnet, sind auf der Flucht.

§ München, 24. Sept. Ich erinnere mich eines Vorschlags, der im verflossnen Jahre in einem Kreise von Freunden gemacht wurde, sämmtliche Zeitungen von Bedeutung zu veranlassen, in jeder ihrer Nummern täglich den §. 13 der Bundesakte abdrucken zu lassen, bis er überall erfüllt würde. Die Zeit hat sie der Mühe rasch enthoben; allein der Vorschlag dürfte in anderer Fassung wieder aufgenommen werden. Möchte eine jede Zeitung von Einfluß in Deutschland, täglich ihre Nummern mit den Worten beginnen: Wir verlangen die Verfassung! Gewiß würden die Zeitungen damit den dringendsten Wunsch des ganzen Volkes zur Paulskirche tragen. In unserm „Verein für Freiheit und Ordnung" ward bereits ein Antrag in diesem Sinne gestellt, und er wurde nur vertagt, weil der Verein die Hoffnung aussprach, die Ereignisse der neuesten Zeit würden von selbst die Reichsversammlung zu dem Entschluß führen, unverzüglich das Verfassungswerk zu beginnen, für welches das Volk sie berufen und von dem allein die Begründung eines geordneten Zustandes zu erwarten ist. Unverkennbar liegt in der Unentschiedenheit über Gestalt und Umfang des neuen Staates die Ursache seiner Schwäche und die Stärke seiner Gegner. Im größten Theile von Deutschland und sicher ebenso im Ausland erklärt man die Verhandlungen der Paulskirche über die Grundrechte gegenüber den dringenden Anforderungen des Volkes für unzeitig und unzweckmäßig. Das — durch das Schwanken in einer hochwichtigen politischen Frage erschütterte Vertrauen in die Weisheit der Versammlung ist allein sicher und rasch wieder herzustellen durch den Entschluß, den bisherigen Weg zu verlassen, die Verhandlung über die Grundrechte auszusetzen, und sofort die Verfassung des deutschen Reichs, und zwar in kürzester Frist zu machen. Noch steht es in ihrer Hand. Wer bürgt dafür, daß die nächsten Ereignisse die Aufgabe nicht in andere Hände legen, die Recht und Freiheit nicht auf gleicher Wage wägen dürften?

Rottweil, 26. Sept. Der Schw. M. bringt einen längern Bericht über die hier unter den Auspicien des G. Rau von Gaildorf am Sonntag abgehaltene Volksversammlung, welcher etwa 3000 Personen beiwohnten. In Betreff der von Rau vorgetragenen Rede und über die weitern daran sich schließenden Vorgänge heißt es in diesem Bericht: Das Hauptziel, auf das der Agitator losging, besteht aber für diesmal in einer bewaffneten Riesenversammlung am Volksfest in Cannstatt. Er wußte dies so bedeutungsvoll auseinander zu setzen, daß gestern Abend um 6 Uhr der erste Freischaarenzug, 4—500 Mann stark, von hier abzog. Diesen Morgen folgten einige Hundert weitere. — Die Stadt glich einem Feldlager: die Bürgerwehr den ganzen Tag und die heutige Nacht unter den Waffen, Kuriere nach allen Richtungen und reitende Boten von den Ortschaften herein, über die Zeit des Abmarsches sich zu erkundigen, an den Straßenecken die unten folgende Proklamation angeheftet, Reden ꝛc. Eine komische Scene war es, als Rau einen jungen Beamten, der einen zur Ruhe mahnenden eben von Stuttgart angekommenen Brief als Wehrmann auf der Straße vorlas, verhaften lassen wollte, an dessen standhaftem Auftreten aber scheiterte und ihn sodann mit den Worten verließ: „Ich übergebe Sie der Aufsicht des Volkes." Um auch sonst in keiner Hinsicht zurückzubleiben, mußte auch durch einen unrichtigen Bericht eines Bürgerwehroffiziers an das Scharfschützenkorps ein modernes Mißverständniß vorkommen, das leicht hätte zu den blutigsten Ereignissen führen können. Heute sieht die Stadt wie verwaist aus. Am 27. sollte zu Ehren „Heckers" ein Festessen in der „Krone" sein, da jedoch die meisten Anhänger sich an dem Zuge betheiligten, so wird dieses wohl unterbleiben. — Proklamation. „Mit Gott für das Volk. Mitbürger, deutsche Männer! Die Stunde hat geschlagen. Der Augenblick ist gekommen, dem Volke sein uraltes Recht, seine Souverä etät wieder zu geben und das unerträgliche Joch abzuschütteln. Mitbürger! Der Augenblick ist groß und heilig. 1) Die Volkssouveränetät ist hiermit feierlich ausgesprochen! 2) Das Eigenthum ist heilig und unverletzlich. 3) Jeder Diebstahl wird mit Verbannung gestraft. 4) Jede Gemeinde wählt einen provisorischen Sicherheitsausschuß. 5) Volksverräther werden von ein Volksgericht gestellt. 6) Alle wehrhafte Mannschaft des ganzen Landes setzt sich in Bewegung nach Stuttgart zu einem großen Volkstag, auf die Mitte dieser Woche, um seine Souveränetät zur Geltung zu bringen. 7) Das Volk kämpft nicht gegen das würtembergische oder deutsche Militär im Allgemeinen, den Fall der Nothwehr ausgenommen, sondern schließt Brüderschaft mit demselben. Gott segne das Volk. Im Namen des Volksausschusses in Rottweil. G. Rau." Obwohl man durch kolossale Lügen das Volk zu erhitzen suchte und in Proklamationen verbreitete, Struve habe bei Staufen die Truppen „vollkommen zersprengt" und umstelle Freiburg, der ganze Seekreis habe sich wie ein Mann erhoben, so ging die verächtliche Komödie doch rasch ihrem Ende entgegen. Bei Zuzügen sind wieder umgekehrt, bei der Mehrzahl fand die Sache keinen Anklang. Nach dem Schw. Merk. ist der ganze Handstreich verunglückt.

= Vom Rhein, 27. Sept. Die Herren Schlöffel, Simon und Wesendonk haben für nöthig gehalten, in einem langen Inserate

des Frankf. Journals sich zu vertheidigen. Sie reden nicht von der lange vorbereiteten Agitation gegen die Reichsgewalt und Nationalversammlung, sie reden nicht von den Schmähungen und Verleumdungen, wie sie von ihrer Partei in Klubs, Volksversammlungen und in der Presse systematisch geübt worden sind, aber von den unaufhörlichen Ermahnungen zum Ungehorsam gegen das Parlament, sie schweigen von den Verdächtigungen, wodurch man einzelne mißliebige politische Gegner der Pöbelwuth förmlich bezeichnet hat, sie übergehen das ganze Treiben, wodurch sie und ihre Genossen die Urheber und Väter der Rebellion vom 18. September geworden sind. Sie theilen nur ihre Reden mit, die sie auf der Pfingstweide gehalten haben *); sie wollen damit offenbar den Beweis führen, daß sie dort als Mäßigungsapostel aufgetreten sind. Diese Reden freilich enthalten schließlich die Mahnung, ja nicht loszuschlagen, ja keine Excesse zu üben — nachdem vorher Alles aufgeboten ist, die Begriffe zu verwirren, die sinnlosen Leidenschaften aufzustacheln. Dies Kunststück haben schon größere Demagogen, als sie je die Partei des „deutschen Hofes" hervorbringen wird, vortrefflich verstanden; auch Shakespeare's Antonius bringt erst das Volk zur Raserei und fügt dann beruhigend hinzu; „doch Brutus und Cassius sind ehrenwerthe Männer." Diese rhetorische Wendung ist zu verbraucht, als daß sie für die modernen Nachtreter des Antonius ein deckender Schild werden könnte. Wenn Hr. Simon „vor Unüberlegtheit, vor Unvorsichtigkeit und Voreiligkeit" warnt, so heißt das so viel, als: gute Freunde, schlagt nicht zu früh los, laßt Euch nicht erwischen. Wenn die Herren alle drei erst Gift und Galle loslassen und dann schließlich zur Ordnung raten, so ist das Nichts als die Feigheit der schlechten Demagogie, die sich selber gern nicht kompromittiren möchte, die lieber aus Anderer Leibern Barrikaden gemacht sieht und dann die doppelte Chance für sich hat, im Fall des Gelingens zur Ernte erscheinen zu können, im Falle des Mißlingens sich der Legalität rühmen zu können. So lautet, ins Populäre übersetzt, die Advokatenpolitik der Herren Schlöffel, Simon und Wesendonk. Sie reden zur Beruhigung, sie warnen vor Uebereilung, aber sie erklären von Neuem, nur sie hätten dem Volkswillen gebeugt; sie proklamiren abermals die Lüge als den Ausdruck der Nation, sie klagen die Mehrheit wiederholt an, die „Ehre Deutschlands schmachvoll verletzt und nur die Revolution verläugnet zu haben." Noch deutlicher sagt Herr Schlöffel: „Wenn feindliche Hände uns die Früchte der Revolution entreißen und Lilliputs mit Nadelstichen uns quälen wollen, dann laßt uns noch alle deutschen Männer des Spruchs eingedenk sein: „„wem von Kanonenmund sein letztes Schicksal blitzt, der stirbt den raschen Tod im frischen Lauf der Stunden"", dann wollen wir als freie Männer die Schande muthig abwehren"; oder Herr Simon über die Mehrheit des Parlaments: „Warum fordern deren Wähler sie nicht ausdrücklich auf, ihre Plätze als Abgeordnete zu verlassen? Warum machen sie nicht Demonstrationen in deren Heimath? Warum rücken sie denselben nicht vor die Häuser und Leiber und erklären feierlichst: „„Ihr habt unser Vertrauen verscherzt?"" Warum schicken sie nicht eigne Deputationen nach Frankfurt, um dieselben zurückzurufen?" — Die Lehre fiel auf fruchtbaren Boden; das souveräne Volk von Frankfurt, Bornheim, Bockenheim u. s. w. nahm es über sich, die Deputation nach der Paulskirche zu schicken und die mißliebigen Abgeordneten „zurückzurufen". Und wenn es gelungen wäre, wenn das Einstürmen in den Saal der Volksrepräsentanten keine Gegenwehr gefunden hätte, und die Reichsregierung ohnmächtig genug gewesen wäre, die Truppen abzurufen, so würde man sich im „deutschen Hofe" laut des guten Rathes rühmen. Von solchen Beruhigungsreden, wie sie die drei genannten Herren in Nr. 260 des Frankf. Journals haben abdrucken lassen, gilt das Wort, das eines der besten englischen Blätter in einer seiner neuesten Nummern ausgesprochen hat. „Diejenigen, sagt das Morning Chronicle, welche das Volk während des ganzen Sommers mit Reden erhitzten, welche es aufregten und doch wieder ermahnten, die Gesetze zu achten, welche es durch künstliche Beredsamkeit zur Wuth aufstachelten, aber doch wieder von dem Ungestüm abredeten, den sie, wo sie selbst am besten wußten, im Volke entzündeten — auf die Häupter dieser Männer komme das vergossne Blut." — Zum Schlusse noch eine kurze Anfrage an H. Simon aus Trier. In der Neuen Berl. Zeit. behauptet in Nr. 84 ein Frankf. Korrespondent: der genannte Abgeordnete habe am 16. Abends in der Paulskirche laut und mehreren Personen vernehmlich die Worte gesprochen: „Ich habe neulich den vereinigten drei Fraktionen der Linken vorgeschlagen, uns für permanent zu erklären, die Revolution zu proklamiren und eine Art von Vorparlament zu bilden, allein der Spitzbube Blum war dagegen. Hätte ich nur zehn Andere noch wie ich, so würde ich's durchsetzen. Es wäre mir leicht, einige Kerle von der Rechten todt schlagen zu lassen, indeß das genügt noch nicht. Wir wollen jetzt erst abwarten, was für Nachrichten von Potsdam und Wien kommen." Darüber sollte der Hr. Abgeordnete Simon doch jedenfalls auch eine öffentliche Erklärung abgeben.

Baden. Die Basl. Z. schreibt: Man war ziemlich herabgestimmt, als in der Nacht vom Sonntag auf Montag Struve in Bauernkleidung angefahren kam, und die Zersprengung seiner Kolonne bei Staufen berichtete. Man faßte Verdacht gegen Struve und glaubte er wolle sich mit Geld davon machen, daher man davon sprach, ihn zu verhaften. Nachdem man sich jedoch davon überzeugt hatte, daß er die Kriegskasse nicht mit sich führe, ließ man ihn laufen und er zog Rheinfelden zu, wurde aber in Wehr von den Bauern verhaftet. Nach seiner Abfahrt war alle Kriegslust zu Ende, die Kolonne löste sich auf, indem eine Gemeinde nach der andern abzog, zuerst sollen die Schopfheimer den Rückzug angetreten haben. Eine Anzahl von etwa fünfzig, worunter Doll und Mögling, begab sich nach St. Blasien. In den Gemeinden des Landes soll es sehr traus aussehen, Niemand will mehr in dem Dinge gewesen sein, man schiebt sich gegenseitig die Schuld zu, und die früher Heimgekehrten schelten die später Heimkehrenden als Freischärler. Nach einer Mittheilung des Schweizerboten aus Säckingen verlangte Struve, nachdem er mit seiner Frau, dem Bender seiner Frau, dem Schriftführer Blind und einem Ungenannten verhaftet worden, nach Säckingen abgeführt zu werden, wo er schon einmal los kam, er wurde aber nach Schopfheim gebracht. Es sollen Versuche gemacht worden sein ihn zu befreien, die aber an der großen Erbitterung der Bauern scheiterten.

*) Von der Wirthschaft, wie die Freischaaren sie im Oberlande trieben, gibt uns ein Privatschreiben, das man uns gütigst mitgetheilt hat, eine sehr lebendige Anschauung. Die Masse der Bevölkerung war durchaus lau und gleichgültig, ließ sich aber thörichter Weise von den Kontributionen und Todesdrohungen einschüchtern. Führer und Schildträger waren wie überall diejenigen, deren Finanzen und deren Moral gleich schiffbrüchig waren; wo sich im kleinsten Dorfe ein rechter Lump befand, da tauchte gewiß auch ein Emissär für die Struve'sche Republik auf. Wie die es trieben, läßt sich denken. Ganz unschuldige Leute wurden aufgegriffen und wegen „Hochverraths" arretirt; ein ehrenwerther Geistlicher vom ruhigsten Temperament wegen „Widersetzlichkeit" vor ein „Gericht" nach Müllheim geschleppt, sein Vikarius als „Freiwilliger" mitfortgeführt. Das Gericht in Müllheim war bezeichnend ausgewählt; ein ehemaliger Bäcker ließ sich Kommissäre der Regierung titulieren, zwei bankrotte Kaufleute waren Sekretäre. Ueber die Stimmung äußert der Brief: „Der Wartheil ist unendlich groß, die Leute sind zur Besinnung gekommen durch die Erfahrung der letzten Tage. Es geht Keiner mehr, sie wollen sich lieber zu Hause todtschießen lassen". Letzteres ist ganz überflüssig, wenn die Bürger allenthalben die echt republikanische Tugend zeigten, einig zusammenzustehen und sich von einer frechen terroristischen Rotte weder plündern noch einschüchtern zu lassen.

Bremen, 26. Sept. Das Dampfschiff „Hermann", Kapt. Crabtree setzte am 20. d., seinem regelmäßigen Tage, seine Reise von Southampton nach Newyork mit 150 Passagieren und voller Ladung fort. Unter den Passagieren befand sich auch Dr. Hecker aus Mannheim. (Wes. Z.)

Frankfurt, 26. Sept. In Folge der gestrigen und heutigen Abstimmung ist der Art IV. der Grundrechte von der verfassunggebenden Reichsversammlung in folgender Fassung angenommen worden: „§. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. §. 18. Unterricht zu ertheilen und Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine moralische, wissenschaftliche und resp. technische Befähigung vor der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. Das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats und ist der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben. Der deutschen Jugend wird durch genügende öffentliche Schulanstalten das Recht auf allgemein menschliche und bürgerliche Bildung gewährleistet. Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, der für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Die Gemeinden wählen aus den Geprüften die Lehrer der Volksschulen. §. 19 Für den Unterricht in Volksschulen und niedern Gewerbsschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Bildungsanstalten freier Unterricht gewährt werden. Armenschulen finden nicht Statt. Die Gemeinde besoldet den Lehrer in angemessener Weise.

*) Die Rede des Herrn Zitz wird wegen „augenblicklicher Abwesenheit" desselben nicht mitgetheilt.

Digitized by Google

unvermögenden Gemeinden kommen hierbei Staatsmittel zur Hilfe. §. 20. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will." Nach dem früheren Beschluß wurde mit vorläufiger Umgehung des Art. V. (§§. 21 und 22) sofort zur Art. VI. übergangen. Art. 23. lautet: „Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, einer besondern Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei drohender Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden." Der erste Satz wurde angenommen; über den zweiten Satz, Volksversammlungen u. s. w., dessen Weglassung die Ausschußminorität (Schlüter, Simon, Soiron, Blum, Wigard) beantragte, wurde namentlich abgestimmt, und derselbe ebenfalls (mit 255 gegen 132 Stimmen) angenommen.

Frankfurt, 27. Sept. Das gestern erwähnte Rundschreiben des Reichsministeriums der Justiz an die Justizministerien der Einzelstaaten lautet: Mit Schmerz und Besorgniß muß jeden wahren Vaterlandsfreund der immer maßloser um sich greifende Mißbrauch der Presse zu verbrecherischen Zwecken erfüllen. Wenn die Nation mit Recht die Preßfreiheit als eines ihrer theuersten Güter betrachtet, welches ihr daher in keiner Weise verkümmert werden darf, so soll dasselbe doch keineswegs ein Freibrief sein zu den frechsten Beschimpfungen und Verleumdungen von Behörden und Beamten, zur Provokation zum Aufruhr und zum gewaltsamen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse. Die provisorische Centralgewalt für Deutschland, welche nach Art. 2 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. die vollziehende Gewalt zu üben hat in allen Angelegenheiten, welche die Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, darf nicht länger ruhig zusehen, daß die mittelst der Presse begangenen Vergehen und Verbrechen ungestraft bleiben: wie sie einerseits nicht daran denkt, der Preßfreiheit selbst Schranken zu stellen, oder durch präventive Maßregeln entgegenzutreten, so muß sie andererseits ernstlich darauf bestehen, daß jedes Vergehen und Verbrechen, welches mittelst der Presse verübt wird, nach Maßgabe der bestehenden Strafgesetze zur Untersuchung und Ahndung gezogen werde. Ebenso darf es nicht länger geduldet werden, daß in Vereinen und Volksversammlungen Behörden und Beamte beschimpft, der Umsturz der bestehenden Verfassungen proklamirt und das Volk zur gewaltsamen Empörung gegen die gesetzlichen Zustände aufgefordert wird. Auch das Vereins- und Versammlungsrecht soll dem deutschen Volke unverkürzt erhalten werden; die Verbrechen aber, zu denen dieses Recht mißbraucht wird, oder welche bei Ausübung desselben verübt werden, müssen nach den bestehenden Gesetzen bestraft werden. Demgemäß ersucht das Reichsministerium der Justiz die Justizministerien der Einzelstaaten, die betreffenden Behörden nach Vorstehendem mit strenger Anweisung zu versehen. Frankfurt a. M., den 24. Sept. 1848. Das Reichsministerium der Justiz: R. Mohl.

Frankfurt, 26. Sept. Das Reichsministerium v. Schmerling und ebenso das Gesammtministerium erhalten seit einigen Tagen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands Dankadressen für das energische Auftreten gegen den blutigen Aufruhr am 18. Sept., worin zugleich die Bitte ausgesprochen wird, die deutsche Zukunft zu schützen durch fernere kräftige Aufrechthaltung von Gesetz und Ordnung und unnachsichtliche Bekämpfung drohender Anarchie und Barbarei. (O.P.A.Z.)

Die O. P. A. Z. enthält folgende amtliche Notiz: Verpflichtet, dafür zu sorgen, daß überall in Deutschland die Herrschaft des Gesetzes nicht ungestraft beeinträchtigt werde, hat das Reichsministerium des Innern die Regierungen von Preußen und Würtemberg um baldigste Mittheilung darüber ersucht, aus welchen Ursachen die in jüngster Zeit in Heilbronn, Koblenz und Köln stattgehabten Ruhestörungen nicht verhindert worden, und welche Maßregeln ergriffen wurden, diese zu beseitigen und die Uebertreter der Gesetze zu bestrafen.

Frankfurt, 28. Sept. Der Reichsminister des Handels, He. Duckwitz, hat vor einigen Tagen der Nationalversammlung diejenigen Grundsätze und Punkte bezeichnet, über welche sich dieselbe nothwendig aussprechen muß, bevor die Zoll-, Handels- und Schifffahrtseinheit Deutschlands bewirkt werden kann. Der Vortrag wurde von allen Fraktionen des Hauses mit Beifall aufgenommen, und je mehr Hr. Duckwitz vor die Oeffentlichkeit zu treten Anlaß hat, desto allgemeiner wird die Ueberzeugung werden, daß er der rechte Mann ist um das schwierige Werk der materiellen Einheit Deutschlands in das Leben zu führen. Dem Vernehmen nach, wird der Ausschuß für Volkswirthschaft beantragen, sämmtliche auf die Vollziehung der Verfassungsbestimmungen über Handels- und Schifffahrts-, Eisenbahn-, Telegraphen- und Postwesen bezüglichen Arbeiten, nebst den Ergebnissen aller bisherigen Vorarbeiten und den auf dieselben sich beziehende Akten dem Reichsministerium des Handels zur Entwerfung und Vorlage von Gesetzentwürfen oder Vorkehrung anderer entsprechenden Maßregeln zu übergeben; wahrscheinlich werden auch noch die Vorarbeiten zu dem Zolltarif dem Handelsministerium übergeben und wird sich der Ausschuß die Prüfung des Entwurfs vorbehalten. Bestätigt sich diese Nachricht, so wäre dies einer der weisesten Beschlüsse, welche der Ausschuß seit seinem Bestehen gefaßt hat. Er tritt dann zu dem Ministerium in ein natürliches Verhältniß, während er bisher sich hermetisch gegen dasselbe abzusperren bemüht war. Der Vorsitzende des Ausschusses für Volkswirthschaft, Hr. Rösme, ist schon seit 14 Tagen in Berlin und wird sich von dort auf seinen Gesandtschaftsposten nach Washington begeben, vom Einflusse des Hrn. v. Herrmann sucht sich der Ausschuß zu emancipiren. Hr. von Herrmann ist seit seiner Niederlage in dem Kampfe gegen den Waffenstillstand mit Dänemark, mit dem Würtemberger Hofe, welchem er angehört hatte, zerfallen, und hat sich zur Linken geschlagen. Die Frage, ob das Reichsministerium zu unterstützen oder zu bekämpfen sei, wurde im Würtemberger Hofe mit einer geringen Mehrheit (man sagt 25 gegen 20) für die Unterstützung entschieden. Unter der Minderheit war auch Hr. Mittermaier, welcher nicht einsieht, daß es sich hier um die Rettung Deutschlands vor blutiger Anarchie handelt. Eine erfreuliche Nachricht ist die, daß der Verfassungsausschuß innerhalb vier Wochen seinen Entwurf vollständig berathen und der Versammlung vorlegen werde; von dieser hängt es dann ab, denselben mit Beschleunigung durchzuführen. —

† Frankfurt, 28. Sept. Quousque tandem Catilina abutere patientia nostro? so dachte ich, als heute die Interpellationsleier, die nun einmal in den letzten Wochen Sitte geworden, angestimmt wurde. Hr. Berger beehrt gleich Hrn. Zimmermann aus Spandow ein halbes Dutzend Punkte zugleich. Nachdem nun der Reichsjustizminister auf die nenlichen Interpellationen Marck's und Reh's bezüglich des Belagerungszustandes und der Gesetze, auf Grund deren er von der Reichsgewalt ausgesprochen worden, mit gewohnter Schlagfertigkeit geantwortet hatte, ging seine Gutmüthigkeit wirklich soweit, auf die naiven (?!) Fragen der Linken (welche auch als Interpellationen eingebracht waren), „was denn unter Belagerungszustand und unter Kriegsgesetz zu verstehen sei?" einzugehen und den Herren Fragern dasjenige hierüber zu sagen, was man von den Kenntnissen eines jeden Abgeordneten zu fordern berechtigt ist. Denn um Erklärungen zu geben, was Belagerungszustand und dergleichen sei, dazu ist weder das Reichsministerium noch die Rednerbühne in der Paulskirche da; oder hat die Linke wirklich dieselbe schon zum Tummelplatz ihres Uebermuthes und Mutzwillens gemacht? Nach dem Auftreten Zimmermanns aus Spandow zu urtheilen, scheint dem also, denn er brachte den (ich glaube zum 5. Male wiederholten) Antrag der Linken, um Aufhebung des Belagerungszustandes. Es war Niemand unbekannt, daß dies in Gemäßheit eines Beschlusses jener Partei geschah, welche diesen Antrag grundsätzlich täglich wieder zu bringen beschlossen hat. Dies dürfte also in jede Sitzung circa drei Viertelstunden kosten, da über die Dringlichkeit immer die namentliche Abstimmung gefordert wird. So geschah es auch heute, brevi manu, nach der Geschäftsordnung und mit der ernstesten feierlichsten Miene von der Welt durch Hrn. Zimmermann aus Spandow! In welch erhabenem Glanze erscheinen nun die Volksmänner vor ihrem leidenden „Volke"! Leider unterlagen diese „edlen Märtyrer" trotz des kräftigen Ja's, welches sie für die Dringlichkeit ertönen ließen, und unter welchen das von Zitz, der wieder da ist, große Heiterkeit erregte. — Es ergab sich nämlich diesmal eine Majorität von 286 gegen nur 110, also 21 Stimmen mehr gegen diesen Antrag als neulich. Diese 21 Stimmen Zuwachs in der Majorität rühren vorzüglich aus dem Würtemberger Hofe, welcher sich durch einen Beschluß von gestern weit mehr nach der Rechten zuneigt und mit dem Klub des Landsbergs und des Kasinos darüber verhandelt hatte. Naherthalb Stunden waren etwa von der Sitzung verflossen, als Hr. Drechsler den Antrag stellte: endlich zur Tagesordnung (den Grundrechten) überzugehen. Er begründete ihn aus der Geschäftsordnung und fand Anklang. Die Tagesordnung wurde mit großer Majorität beschlossen, und es blieb sonach eine „Dringlichkeit" Herrn Simons von Trier liegen. Tandem aliquando sagte mein Nachbar, ja wohl tandem aliquando! —

Frankfurt, 28. Sept. Zitz ist wieder da! Diese Thatsache stellte sich heute in der Paulskirche bei der namentlichen Abstimmung über die Dringlichkeit eines abermaligen Antrags für Aufhebung des Belagerungszustandes heraus. Zitz antwortete dem Namensaufrufe mit „Ja", alle Blicke wendeten sich nach seinem seit dem 18. d. M. leer gewesenen Sitze, und dem Zeichen des Zweifels erwiderte Zitz, indem er sich erhob und, gegen die Versammlung gewendet, mit einer Verbeugung ankündigte: „Ja, ich bin wieder da!" — Lachen, mit Ekel gemischt war der Eindruck, den er machte. Zitz hat also

Digitized by Google

nicht, wie ich früher nach einem Gerüchte, das allgemeinen Glauben fand, sein Vaterland verlassen, sondern es verhält sich gerade umgekehrt. Die Dringlichkeit der Aufhebung des Belagerungszustandes, oder, um deutlicher zu reden, die Erneuerung der Wühlerei und Mordscenen, wurde mit 286 gegen 110 Stimmen verworfen. Der vorletzte Antrag war mit 277 gegen 139 verworfen worden; die Stimmung bessert sich. — In einem Berichte des Finanzausschusses, welchen Herr Erkart von Lahr erstattete, wird die Zustimmung zu einer Einlage von 120,000 fl. für die Bedürfnisse der Nationalversammlung und der Centralgewalt beantragt. Jardan von Berlin verlangt im Namen des Marineausschusses die schleunigste Einsetzung einer Centralbehörde für die Marine. v. Reden interpellirt den Finanzminister über die bewilligten 6 Mill. Thaler. Wenn es mit dem Bewilligen durch die Versammlung gethan wäre, so würde das deutsche Reich nie in Verlegenheit kommen, aber das Bezahlen gehört auch dazu und hat gegenwärtig seine Schwierigkeiten. Reichsminister v. Schmerling gab Auskunft über die wegen Uebernahme der Kriegsschiffe in Hamburg getroffenen Vorkehrungen. Ein österreichischer Vicenadmiral ist eingeladen, in Begleitung eines ausgezeichneten Technikers, dieses Geschäft zu leiten, nachdem drei preußischer Sachkundige abgelehnt hatten. Berger interpellirte wegen rückständiger Wahlen, reaktionärer Umtriebe u. dgl. in Oesterreich, worauf die Antwort nächsten Montag erfolgen wird. Der Justizminister Mohl antwortete auf einige, den Belagerungszustand betreffende, Fragen: Derselbe sei auf Grund des Art. 2 des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt, wornach dieselbe für die Sicherheit des deutschen Bundesstaates zu sorgen hat, dann des §. 96 der Bundeskriegsverfassung, welcher die Bestimmung über das Martialgesetz enthält, endlich in Folge des von dem Frankfurter Senat an das Reichsministerium erlassenen Schreibens verfügt und von der Nationalversammlung am 19. ausdrücklich gebilligt worden. Das Kriegsgesetz sei das Frankfurter vom Jahre 1837, übrigens sei noch kein hiernach zu beurtheilender Fall vorgekommen. Auf die Frage des Abg. Reh, was Belagerungszustand und standrechtliches Verfahren eigentlich sei, erwiderte Hr. Mohl, Ersterer sei der Zustand in einer belagerten Stadt und Letzteres ein abgekürztes Verfahren mit Kriegsgesetz. Nun folgte der Antrag des Hrn. Zimmermann für Aufhebung des Belagerungszustandes, wobei die Anwesenheit von Blz sich herausstellte. Herr Drechsler entdeckte glücklicher Weise den §. 32 der Geschäftsordnung, wornach zur Tagesordnung geschritten werden kann, wenn die Sitzung eine Stunde gedauert hat und die Interpellationen noch nicht aufhören wollen. Alles war erfreut über diesen Fund, der gerade zu rechter Zeit kam, um den Herrn Simon von Trier mit einer Interpellation zur Geduld zu verweisen, welche nächst seine Rede auf der Pfingstweide zum Gegenstand gehabt haben soll. Die Versammlung wendete sich zur Berathung des Tit. VII. der Grundrechte.

Schweiz.

Wir bereits gestern einer unsrer Korrespondenten schreib, hat Zürich jetzt Maßregeln im Sinne der Neutralität getroffen und beschlossen: Daß denjenigen Flüchtlingen, welche bei der gegenwärtigen Insurrektion in Baden sich betheiligt haben, das Asyl entzogen sei, sowie auch, daß denjenigen Flüchtlingen, die sich hienuhin in andern Kantonen aufgehalten haben und ebenfalls als Betheiligte erscheinen, der Aufenthalt in dem hiesigen Konton, auf den Fall, daß sie denselben nachsuchen sollten, nicht bewilligt werde. — Der Polizeirath ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Großbritannien.

Landan, 26. Sept. Der Standard theilt bereits die Kunde von dem nofinnigen Aufstandsversuch Struve's mit und verbindet damit folgende Nachricht: „Durch unsere Privatkorrespondenzen sind wir in Stand gesetzt zu berichten, daß sich Preußen endlich entschlossen hat, die in seiner Nachbarschaft stattfindenden aufrührerischen Bewegungen kräftig aad cum toto carpore regni zu unterdrücken."

Das Briefsellesen der ostindischen Ueberlandpost mit Briefen, die bis zum 8. August reichen, ist in London angekommen. Die Nachrichten sind von keinem großen Belang. Der Sieger vom 18. Juni und 1. Juli, Lieutenant Edwardes, hatte Multan selbst nicht anzugreifen gewagt, da sich unter den Sikhs eine Neigung zum Abfall zeigte. Letztere bildeten aber, seitdem der Radschah Schir Singh im Lager angekommen war, den Hauptbestandtheil des von Edwardes befehligten Heeres. Es sollen jedoch jetzt zwei Heersäulen gegen Multon vorgeschoben werden, die eine von Firuspur, die andere von Lahore aus. Uebrigens war die Aufmerksamkeit in Kalkutta fortdauernd mehr auf die europäischen Ereignisse, welche selbst in dieser entfernten Region ihre Rückschläge auf Handel und Wandel spüren lassen, als auf die Vorfälle im eigenen Lande gerichtet. Fast gleichzeitig mit der ostindischen Post traf die westindische mit dem Dampfschiff Teviot in England ein. Die Nachrichten aus Jamaika lauten in kommerzieller Hinsicht schlimmer als je. Man ist der Ansicht, daß die letzte ministerielle Maßregel in Betreff der westindischen Zuckerzölle den Ruin der Insel vollenden müsse. Das Chronicle sagt: „Wir können nach Allem versichern, daß die Angelegenheiten in Kingston wie auf der ganzen Insel nicht schrecklicher stehen können, als gegenwärtig." Dieser Zustand der Insel muß der großbritannischen Regierung um so peinlicher sein, da Nordamerika die Neigung zeigt, nach dem Süden zu das westindische Seebecken immer mehr zu umspannen und schon seit längerer Zeit seine Aufmerksamkeit auf Kuba richtet. Bereits drücken die Times einige Aengstlichkeit bei dem Gedanken aus, daß General Cas, der Kandidat der Demokraten und Gegner der englischen Politik, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden könnte. Der New-Yorker Korresp. der Times meint, daß, wenn Cas gewählt würde, nicht 6 Monate ins Land gehen würden, ohne daß Nordamerika mit Mexiko und England zugleich in Fehde geriethe. Uebrigens hat bis jetzt General Taylor die meisten Aussichten; aber auch Taylor scheint nicht ohne soldatischen Ehrgeiz und Eroberungssucht zu sein. Die Kriegspartei in Nordamerika rechnet namentlich auf eine Insurrektion in Irland, wobei sie sich aber doch verrechnen könnte, da der Aufstand immer nur partiell bleiben und sich auf einige Südbezirke, und auch hier nur auf das städtische und dörfliche Proletariat beschränken würde. Der letzte Aufstand hat dies zur Genüge dargethan. Der protestantische Norden, der Adel, die See- und Handelsstädte sind mit allen Interessen an England gebunden, und unter den irischen Truppen läßt sich kein Geist des Abfalls spüren.

Eine andere Frage bleibt die, ob England, Jamaika und seine übrigen Kolonien freiwillig fahren lassen und zu selbständigen Staaten erheben soll. Dies wenigstens ist die Ansicht Molesworths, welcher nachgewiesen hat, daß die Kolonien namentlich durch die Militäretablissements für England zu kostspielig sind, daß sich das darauf verwandte Kapital nicht verzinst, und daß England viel mehr Gewinn haben würde, wenn es mit ihnen als selbständigen freien Staaten Handel triebe. Sucht etwa Molesworth, im Gefühle des unsichern Besitzes der Kolonien, seine Landsleute im Voraus für den drohenden Verlust zu trösten? England wird doch nicht so thöricht sein, seine Stellung als erste Weltmacht, welche ihm namentlich seine Kolonien und seine in allen Meeren zerstreuten Militärstationen sichern, freiwillig aufzugeben, um der Grille Molesworths genug zu thun, der zu sehr Kaufmann ist, um Philosoph, und zu sehr Philosoph, um Kaufmann zu sein.

Frankreich.

Paris, 26. Sept. Der Moniteur erklärt die von dem National gegebene Nachricht über die Ankunft von vier französischen Fregatten mit 4000 Mann Landungstruppen vor Venedig für unbegründet.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung boten in den letzten Sitzungen ein lebhafteres Interesse als gewöhnlich. In der gestrigen Sitzung veranlaßte der §. 15 der Verfassung eine interessante Debatte, es handelte sich darum, ob der Grundsatz der progressiven Steuer angenommen würde oder ob der Satz lauten solle: Jeder Bürger trägt zu den Steuern nach seinen Fähigkeiten (facultés) und seinem Vermögen bei. Die Versammlung nahm mit 644 gegen 96 Stimmen diesen letzten Satz an, nachdem der Finanzminister sich in demselben Sinne ausgesprochen hatte. Damit fällt wieder eines von den Staatsexperimenten bei Seite, welches der „sociale" Republikanismus seit Februar auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Ledru Rollin hat noch vor Kurzem sehr entschieden die progressive Steuer vertheidigt. — Von Interesse war auch die weitere Verhandlung über den Artikel 20 des Verfassungsentwurfes, der die Frage des Ein- oder Zweikammersystems entscheiden soll. Es liegen 22 Amendements vor und sind 33 Redner eingeschrieben. In der gestrigen Sitzung sprach Duvergier de Hauranne für das Zweikammersystem, Thouret dagegen; heute Lherbette dafür, Barthé dagegen. Die bedeutendste Rede war die Duvergiers, obwohl auch er nichts Neues in dieser durchgesprochenen Frage vorbrachte. Die Versammlung selbst scheint sich bereits für das Einkammersystem entschieden zu haben, denn sie hörte schon heute, wo erst der dritte und vierte Redner sprach, sehr unaufmerksam zu. Auch das Publikum nimmt wenig Antheil

Digitized by Google

Würtemberg. †* Stuttgart, 23. Sept. Wir haben in Ihrem Blatte oerschiedentlich unser Bedauern ausgesprochen, daß von Seite unserer Regierung nicht mit der erforderlichen Energie den Wühlereien der Umsturzpartei des Landes entgegengetreten weede. Wir halten es heutr für Pflicht, deren Erfüllung uns eine wahre Befriedigung gewährt, Ihnen mitzutheilen, daß eine gestrige offizielle Erklärung des gesammten Ministeriums sehr energisch den Willen ausspricht, den monarchischen Bestrebungen im Lande, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, entgegentreten zu wollen. Gleichzeitig sind alle guten Bürger des Landes aufgefoedert, sich kräftig der Regieeung anzuschließen. Wir wollen jetzt nicht mehr wegen der Vergangenheit rechten; wir wollen fest in die Zukunft blicken und voe Allem dem Ministeeium unsere Anerkennung aussprechen, daß es über das volle Bewußtsein seiner Pflichtea, in diesem für Würtemberg ernsten und entscheidenden Augenblick, Niemanden im Zweifel ließ. Viele nthmen jetzt schon, aufgerichtet durch den ministeriellen Erlaß, ferier auf; glauben sich im Schutze der höchsten Gewalt des Staates, befreit von allen bangen Soegen, welche seit längerer Zeit so manche Brust bewegte. Wir freuen uns des kräftigen Auftretens der Regierung, aber wir sehen dadurch das vor uns liegende, umfangreiche Uebel keineswegs beseitigt. Täuschen wir uns nicht, so stehen wie une am Anfange einer entscheidenden Krisis. Wird sie das Vaterland von den drohendsten Gefahren retten, oder wird es in den Abgrund stürzen, an dessen uafichera Rand es schon seit Monaten hinschwaakt? Wee möchte sich vermessen, hierauf eine bestimmte Antwort zu geben? Auf der Seite wird der Sieg sein, wrlche das meiste Talent und die größte Energie mit den entsprechenden Mitteln entfaltet. Wir sprechen es mit Zagen und banger Scheu aus: Worte helfen uns Nichts mehr. Die That verlangt jetzt ihr Recht und wir stehen vielleicht am Vorabend des entscheidenden offenen Kampfes. Wir fühlen den erschreckenden Inhalt dieser Worte, aber wir können uns ihnen nicht entziehen. Täuschung ist jetzt das Gefährlichste von Allem und allen anderen Hoffnungen, wie der Knoten der Zeit durch mildere Mittel etwa zu lösen sei, müssen wir das verhängnißvolle: „Zu spät" entgegenhalten. Eine rollende Kugel kann nur eine Gewalt aufhalten, wrlche Stärker ist, als die dir Kugel bewegende Kraft. In diesem einfachen Gesetz liegt für uns, in Betracht der hier angeregten Frage, der Schlüssel für den Geheimnißschraak der Zukunft. Wer wollte läugnen, daß die wild erbrauste Volksleidenschaft immer wachsend, mit erschreckender Wucht über den politischen Boden Deutschlands, wenn nicht Europas rollt? Wer wollte sich der kühnen Hoffnung hingeben, daß sie sich von selbst wir ein Strom im Sande verlaufen werde? Wer sich über Jenes nicht täuscht und sich nicht der Illusion des Nachsatzes hingeben will, erblickt nur zwei Wege, welche zum Ende führen. Entweder überflathet uns dir Revolution mit allen ihren Gräueln, und an die Stelle der Leidenschaft tritt die Herrschaft der Vernunft erst nach vollster Befriedigung und Ermattung der ersteren, oder die Revolution scheitert an einem Damme, der kräftiger als ihr Fluthen ist. Revolution oder ihre muthige Bekämpfung! Deutschland entscheide sich für das Eine oder für das Andere.

†† Stuttgart, 25. Sept. Ein Wort der Verständigung zuerst mit Ihrem Korrespondenten „von frühee her", unserem ** Kollegen, der die Gnade hat, uns alle „Schreckberichte" über herrinbrechende Anarchie und rothe Republik zu „überlassen". Wir ersuchen denselben, nächst schuldigem Danke für seine Großmuth und der Versicherung, daß wir unsere Stoffe selbst zu finden und frei zu wählen wissen, unter der Reihe von †† Briefen, die wir vom 10. August bis zum heutigen Tage Ihnen einzuschicken die Ehre hatten, nur Eine Zeile nachzuweisen, die vernünftiger Weise ein „Schreckbericht" heißen könnte, oder die da Anarchie und rothe Republik sähe, wo sie nicht vorhanden gewesen. Er beruhige sich über die Gespensterfurcht und Kleinmüthigkeit unserer Weltanschauung, wie auch über den mißliebigen Umstand, daß eine andere Stimme aus den schwäbischen Bergen nach und neben der seinigen in den Spalten dieser Zeitung Eingang fand. Das Vaterland wird darum noch nicht in Gefahr sein. Nicht unser Bericht, sondern der seinige war es, welcher die Erscheinungen der letzten Woche so bedrohlich für die öffentliche Ruhe fand und aus den wiederholten Volksversammlungen in Heilbronn, Eßlingen, Cannstatt, Stutlgart ꝛc. die Möglichkeit eines „Versuchs" ableiten wollte. Ohne jene zu bestreiten, hielten und halten wir diesen doch für unwahrscheinlich. Was wir von den bemeldetrn Veesammlungen denken, von ihren wandernden Rednern und Helden, die stets dieselben bleiben und dasselbe sagen, während eine kleine Schaar von Müßiggängern und Neugierigen ihr ganzes Publikum ausmacht, und eine erhöhte Einnahme der Eisenbahnkasse und der Bierbrauer ihren Erfolg: — das sprach ja ungefähr unser Bericht über den Tag zu Heilbronn aus. Das sind nicht die schlimmsten Gegner des Friedens, der Ordnung und der Regierung, welche ein paar hundert „Souveräne" unter freiem Himmel darüber abstimmen lassen, ob die deutschen Fürsten bloß weggejagt oder aufgehängt werden sollen, wie solches, dem Vernehmen nach, in Cannstatt geschehen ist. Man kennt im ganzen Lande die Bedeutung dieser paar Afterpropheten, Bursche, die in Staat, Kirche und Gesellschaft einen kläglichen Bankrott gemacht haben und ihr va banque spielen. Sie finden keinen Boden bei uns, ihr Thun und Treiben kein Ziel, und wir würden niemals die Hilfe der Polizei gegen sie anrufen oder nöthig zu haben glauben, wie wir uns denn auch vollkommen mit dem Grundsatze der Nichtintervention einverstanden erklären, den, solchen Erscheinungen gegenüber, unsere Regierung einhält. Was würde gerichtliches Einschreiten fruchten, als daß es gefährliche Märtyrer aus unschuldigen Lumpen machte? Das würtembergische Volk ist in seiner politischen Einsicht zu reif, in seinem Sinn zu vorsichtig und mißtrauisch, zu kühl und zu zähe, als daß es aus solchen Händen, wir sie hier das republikanische Banner aufpflanzen, eine neue Staatsform annehmen würde oder von ihnen sich fortreißen ließe zu offener Empörung. Viel gefährlicher erscheint uns, als die Demagogie auf der Heerstraße, die Agitation in den geschlossenen Vereinen, das Wesen und Unwesen der offen-gehaltenen Frage: „Republik oder Monarchie?", die verwirrende Thätigkeit des „Landes-Ausschusses", der in alle Angelegenheiten des deutschen und des würtembergischen Vaterlandes hineinpfusche mit Adressen, Protesten und Petitionen. Vortrefflich spricht sich über diese „Offenhalter", Leute von viele Jugend und geringer Erfahrung, von zweifelhaftem Talent und unzweifelbaeer Anmaßung, ein offizieller, wahrscheinlich ministerieller Aufsatz im vorgestrigen Schwäb. Merkur aus, den Sie wenigstens im Auszuge mittheilen sollten. Von da droht eher eine Ueberstürzung der inneren Bewegung, als von dort eine Störung der äußeren Ruhe. Seit acht Tagen wird man auf jeden Abend Krawall angekündigt, die Bürgerwehe alarmirt, das Militär konsignirt, und doch herrscht vom Zapfenstreich an fortwährend — Gott Lob und Dank — die Ruhe des Grabes auf unsern Plätzen und Straßen. Wer aus Erfahrung die grauenvoll verzerrte Physiognomie einer Stadt kennt, die das Nahen eines Gewitters, einer Krise zu verkündigen pflegt, der wird diese unbeschreiblichen, unvergeßlichen Züge in unserm stillen, klaren Stuttgart bis jetzt noch nicht gefunden haben, nicht einmal in der traurigen Walpurgisnacht des vorhergegangenen Jahres. Städter haben ein sichtbares, unverkennbares Fieber, wie Menschen, wie Seen und Wälder, bevor der Anfall einer tödtlichen Krankheit, der gefährliche Sturm losbricht. Die Züge dieses Fiebers suchten wir gestern, vorgestern, ehoorgestern in Stuttgart vergebens. Daß die getroffenen Vorsichtsmaßregeln und die sehr gut wirkende Ansprache des Ministeriums vom 23. deßwegen unnütz oder überflüssig gewesen, wer möchte das behaupten? Vorgestern wurden sogar Haussuchungen nach versteckten Waffen- und Munitions-Vorräthen abgehalten, ohne ein anderes Ergebniß zu liefern, als die Bewillkommnung, welche die Untersuchenden bei einem Untersuchten fanden, daß er die Herren schon lange erwartet habe. Derselbe hatte mehrere Tage zuvor Händr voll Kugeln pfahlend hingezeigt und versichert, das sei die neue Reichsmünze, mit der die Republik zahlen würde. Die Mägde am Brunnen wußten genau, wie viel Gebindr Draht in dem Keller dieses Catilina vergraben liegen, bestimmt, über die Straßen gezogen zu werden, damit die Reiterei zu Fall komme. Und dennoch kein Krawall? Nein, deßwegen keiner. Jetzt ist er wiederum bis zum landwirthschaftlichen Fest, den 27. September, ausgesetzt, das fremde, böse Besuche von hundert Stunden im Umkreis versammeln soll. Solche Gäste könnten allerdings den rothen Hahn, im alten und neuen Sinn, auf unser Dach werfen; einheimische Hände werden es nimmermehr. Die Hauptstadt hat keinen Pöbel, die kleinen Städte, mit ihrer halben Bildung, der gefährlichste Herd der Aufregung, gebieten über keine Macht, das platte Land aber ist hier, wohl wie in den meisten Gegenden, für Ordnung und Ruhe. So wollen wir denn, „gerüstet" wie unsere Regierung, für sie und mit ihr, dem angesagten Ausbruche bei uns, von dem auch Münchener und Frankfurter Briefe wußten, entgegen gehen. An Warnung und Beispiel, gutem wie bösem, hat es nicht gefehlt; hoffen wir, daß der Erfolg beweise, wie wirksam, noch besser, wie unnöthig sie waren!

Der oben erwähnte Aufsatz im Schwäb. M., welche die Ueberschrift trägt: Würtembergs Verhältniß zur Reichsgewalt, stimmt mit den Betrachtungen überein, welche vor einigen Tagen unser δ Korresp. aus Stuttgart angeknüpft hat. Es heißt darin: Die Regierung erklärt in der Thronrede, daß die aus dem Beschlusse der konstituiren-

Digitized by Google

den deutschen Nationalversammlung hervorgegangene provisorische Centralgewalt von ihr als die oberste Gewalt Deutschlands anerkannt sei, daß die Befugniß jener Versammlung zur neuen Begründung der Verfassung Deutschlands für sie feststehe, und daß sie deßhalb nicht anstehen werde, die durch die Beschlüsse derselben bedingten Abänderungen unserer Landesverfassung mit einer nach einem neuen Wahlgesetz zu berufenden Ständeversammlung zur Ausführung zu bringen. An demselben Tage, an welchem die Regierung diese Erklärung feierlich in öffentlicher Ständesitzung abgibt, richtet das Tagblat: der Beobachter, an die politischen Vereine und die Bürger Würtembergs die Aufforderung, die Nationalversammlung in Petitionen um einen Beschluß anzugehen, durch welchen ausgesprochen werde, daß es den einzelnen deutschen Stämmen zustehe, durch Abstimmung in Urversammlungen über die für ihre Gliedesstaaten anzunehmende Regierungsform zu entscheiden. Die Möglichkeit der Beseitigung der Dynastie durch solche Abstimmungen ist der ausgesprochene Zweck, zu welchem der Beobachter einen solchen Beschluß der Nationalversammlung wünscht, und die Frage ist nun, ob die Befugniß der Nationalversammlung zu solchen Beschlüssen bestehe und in der obgedachten Erklärung unserer Regierung anerkannt sei. Der Umfang der Befugnisse der Nationalversammlung bemißt sich nach dem Zwecke, zu welchem diese Versammlung berufen und ihre Mitglieder gewählt wurden. Dieser Zweck, wie er in dem Berufungsbeschluß der Bundesversammlung, in den wegen der Wahl der Abgeordneten von den einzelnen Staaten meist unter Verabschiedung mit den Ständen erlassenen Verordnungen und ganz übereinstimmend auch in den Beschlüssen des Vorparlaments ausgesprochen und wie er von der Nationalversammlung selbst anerkannt ist, besteht in der Begründung der Verfassung Deutschlands als eines Gesammtstaats. Dieser letztere Zusatz, wonach voraus feststeht, daß die Verfassung, zu deren Gründung die Nationalversammlung berufen ist, nicht auf einen einfachen, sondern auf einen aus Gliederstaaten zusammengesetzten Staat berechnet sein muß, begründet sich unwidersprechlich nicht nur in den abgedachten Rechtshandlungen, denen die Nationalversammlung ihr Dasein verdankt, sondern auch in den Beschlüssen dieser Versammlung selbst, welche überall das Dasein von Gliedesstaaten voraussetzen, und wie hiemit die Gesammtüberzeugung von Deutschland übereinstimmt, so setzt auch die obgedachte Aufforderung des Beobachters die Existenz von Gliederstaaten voraus, denn sie ist ja auf eine die Regierungsform dieser Gliederstaaten betreffende Bestimmung gerichtet. Die Verfassung Deutschlands als eines Gesammtstaates nun bringt eine Abtheilung von Staatshoheitsrechten zwischen dem Gesammstaat und den Gliederstaaten nothwendig mit sich, zugleich aber entspricht es dem Wesen eines solchen zusammengesetzten Staatskörpers und der Pflege eines tüchtigen Nationalgeistes, daß in die Verfassung des Gesammtstaats die Bürgschaft für eine gewisse Uebereinstimmung der Institutionen der Gliederstaaten in dem Grundsystem und für gewisse Grundrechte, welche dem Deutschen in jedem Gliederstaat gesichert sein sollen, aufgenommen werden. Hieraus ergibt sich, daß die Gesammtverfassung nicht gegründet werden kann, ohne in die Verfassung und Gesetzgebung der Gliederstaaten mannigfach einzugreifen. Besteht man nun aber auch der Nationalversammlung das unbeschränkte, d. h. an keine Mitwirkung anderer Faktoren gebundene Recht zur Gründung der Gesammtverfassung Deutschlands und eben dadurch zur Aufstellung von Normen zu, nach welchem die Verfassungs- und andere Gesetze der Gliederstaaten sich zu modificiren haben, so folgt daraus doch nicht für sie die Befugniß, die Grundform der Gliederstaaten selbst umzuschaffen, denn sonst wäre sie die verfassungsgebende Versammlung nicht nur für den deutschen Gesammtstaat, sondern auch für jeden einzelnen Gliederstaat, für Preußen, für das zu Deutschland gehörige Oesterreich, wie für Hohenzollern-Hechingen, es müßte ihr die Befugniß zugestanden werden, die Quelle ihrer Vollmacht selbst zu vernichten. Denn diese Vollmacht hat sie nicht von einem ungeregelten Volkshaufen, sondern von einer nach Gliederstaaten mit einem Gesammtverbund dieser Glieder organisirten Nation erhalten. Wie weit die Nationalversammlung entfernt ist, eine solche Ausdehnung ihrer Befugniß, wofür sie allerdings keinerlei Vollmacht besitzt, in Anspruch zu nehmen, das erhellt am schlagendsten daraus, daß seit dem Dasein der Nationalversammlung mehrere Gliederstaaten wesentliche Umänderungen ihrer Verfassungen vorgenommen haben, und daß in diesem Augenblick konstituirende Versammlungen in Preußen und Oesterreich am Werke neuer Verfassungen für diese Staaten seien, ohne daß die Nationalversammlung hiegegen Einsprache erhoben, während sie vielmehr einen auf solche Einsprache gerichteten Antrag zurückgewiesen hat. Ja der Beobachter selbst hat diese Schranke der Befugniß der Nationalversammlung in dem Rufe nach einer würtembergischen konstituirenden Versammlung vielfach anerkannt. Selbst aber wenn die Nationalversammlung nicht nur für den deutschen Gesammtstaat, sondern zugleich für die Gliederstaaten verfassunggebend wäre, so könnte sie doch dem Wunsche nicht entsprechen, den ihr der Beobachter vorgetragen wissen will. Denn alsdann wäre die Gründung oder Revision der Verfassungen dieser Gliederstaaten ihre eigene Obliegenheit, und es könnte ihr nicht zukommen, die Entscheidung über die Principien derselben einem fremden Ermessen anders als etwa in einem Vertrag, gegen die von ihr ausgearbeitete Karte, das sie dem Volk zugestände, zu überlassen. Die Ansicht, von welcher die Aufforderung des Beobachters ausgeht, findet daher keinen Stützpunkt in der Erklärung unserer Regierung, sie steht vielmehr mit derselben, nicht aber mit ihr allein, sondern auch mit allen Rechtshandlungen und staatsrechtlichen Theorien, auf welche die Befugnisse der Nationalversammlung sich stützen, und nach welchen sie sich bemessen, sowie mit den eigenen sonstigen Erklärungen des Beobachters im offenen Widerspruch. Am allerwenigsten besitzt die Nationalversammlung einen Schlüssel, mit welchem sie bindende Vertragsverhältnisse zwischen den einzelnen Völkerschaften und ihren Regenten lösen kann, vielmehr wenn es ihr je zukäme, die einzelnen Völkerschaften in ihren besonderen Staatsverhältnissen zu vertreten, so wäre sie selbst hiebei an die Rechtsverpflichtungen der von ihr vertretenen Völkerschaft gebunden.

** Stuttgart, 26. September. Die Abgeordnetenkammer hatte heute die interessante Adressberathung. Der Entwurf ist ein Werk von Strauß und Seeger, letzterer Berichterstatter. Frühere Jahre hatte allemal gleich der Hauptkampf über die Frage Statt, ob man in geheimer oder öffentlicher Sitzung berathen solle; heute wollte kein Mensch, selbst keiner der Prälaten, die sonst gleich dabei waren, die geheime Berathung. Die Berathung war nicht so heftig, als andere Jahre. Den ersten Streit veranlaßte folgende Stelle: in Einem Gefühle treffen alle Freunde des Vaterlandes zusammen, daß nur in der vollen und aufrichtigen Hingabe an jenen „neuen Geist", der das Leben der Völker durchdrungen hat, das Mittel gefunden werden kann, um aus dem wilden Kampfe der gährenden Elemente wieder zur Ruhe und Stetigkeit und durch sie in den dauernden Besitz freier und sichernder Staatseinrichtungen zu gelangen. Der „neue Geist" machte manchen Mitgliedern und besonders Mitgliedern der Ritter- und Prälatenbank viel zu thun. Verschiedene Vorschläge kamen zu Tage statt des neuen Geistes: so die „die richtige Auffassung des neuen Geistes", die „geläuterten Früchte des ꝛc.", die „reinen Elemente desselben" ꝛc., besonders auf letztere Fassung bestand Frhr. v. Linden. Aber die Kommissionsfassung, jedoch noch im „neuerwachten Geist" verbessert, von Schober, Seeger u. A. vertheidigt, auch von Scherr durch eine gegen die „Diplomaten" äußerst scharfe Jungfernrede empfohlen, drang durch. In der Antwort auf die unumwundene Anerkennung der deutschen Centralgewalt und Nationalversammlung durch die Thronrede waren im Willen, die Anerkennung recht scharf auszudrücken, Alle einig; bloß über verschiedene Ausdrucksweisen war Streit. Die Kommissionsfassung, durch Aufnahme einiger Worte aus Bechers Vorschlag noch verbessert, drang durch und lautet: Auch wir erkennen in der deutschen konstituirenden Nationalversammlung die gesetzliche Vertretung des deutschen Volks und betrachten es mit der Regierung Sr. k. M. als eine feststehende Pflicht aller deutschen Stämme und Regierungen, ihre Beschlüsse unbedingt und auch da als Gesetz anzuerkennen, wo sie mit den Ansichten und Interessen der Einzelnen nicht zusammenstimmen. — Kann man aus den heutigen und neulichen Berathungen einen Schluß ziehen, so ist der Einfluß der privilegirten Stände gebrochen, die Hauptleiter der Versammlung sind Schober, Seeger, Rödinger, Zwerger u. A., und ihre Gesammtrichtung immerhin die etwa von Westendhall in Frankfurt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elwert & Kump., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Länder werde man sich an C. L. Alexandre in Straßburg Nr. 20 Broglie, Paris Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 45 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 265 **Heidelberg**, Samstag 30. September. **1848.**

Von dem nächsten 1. Oktober an wird die **Deutsche Zeitung** in **Frankfurt**, am Sitze des deutschen Parlamentes erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten, als bisher.

Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß von genanntem Tage an das Unternehmen in die Hände der **Weidmann**schen Buchhandlung in Leipzig übergeht.

Mannheim, 12. September 1848. Die Verlagshandlung von **Fr. Bassermann.**

Obigem fügen wir die Bitte an die geehrten Herren Korrespondenten hinzu, fernere Mittheilungen gefälligst direkt an die Expedition der Deutschen Zeitung zu richten. Anzeigen können ebendahin, oder an uns nach Leipzig, oder an D. Reimer in Berlin gesendet werden.

Das Abonnement bleibt wie bisher halbjährig. Jedoch werden wegen der eintretenden Aenderungen ausnahmsweise auch auf das letzte Quartal d. J. allein bei allen Postämtern Bestellungen angenommen.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die größte Gefahr unserer Lage. — **Wien** (der Palatin bietet seine Entlassung an und bleibt in Wien). **Triest** (die franz. Schiffe; Nachrichten aus Italien). **Berlin** (die Linke und die Frankfurter Ereignisse. Der Erlaß des Ministeriums Pfuel und die radikale Partei. Die Freiheit der Berathung gegenüber der demokr. Partei. Verhandlungen der Kammer. Anerbieten der nordamerikan. Regierung). **Köln** (die letzten Ereignisse; Muthlosigkeit der Bürgerwehr). **Zeitz** (Excesse. Halle Vorort der demokr. Partei). **München** (das Komite des demokr. Vereins verhaftet). **Stuttgart** (der bewaffnete Volkstag in Kannstatt. Der Schwäb. Merk. über die letzte Bewegung. Rau und Simon entflohen). **Dresden** (militär. Besetzung der sächs. Herzogthümer). Vom **Rhein** (bezeichnende Aeußerungen der „rothen" Presse). Aus dem **Kanderthal** (Aufnahme Struves in den Gemeinden). **Lugen** (auch ein verunglückter Krawall. Angriff auf die Leopoldsthöhe). Aus **Thseingen** (Bauernaufstand). / **Altona** (Verletzung der Regierung. Moltke. Lehrerversammlung). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Gesetz über die Verhaftung der Abgeordneten).

Schweiz. **Bern.** Menschenjagd auf Heimathlose. Antwort des österr. Gesandten wegen Tessin. Das Treiben der deutschen Flüchtlinge und die Schweizer Neutralität. Zur Vertheidigung der Schweiz. Maßregeln gegen die Freischärler.

Großbritannien. **London.** Eindruck der Frankfurter Ereignisse. Literarisches. Die O'Connell's.

Frankreich. **Paris.** Dänische Erklärung. L. Bonaparte. Raspail. Verhandlungen der Nationalversammlung. Lamartine's und O. Barrot's Reden über das Ein- und Zweikammersystem.

Beilage Wien. Die Thätigkeit der Slaven in der österr. Monarchie. **Berlin.** Verhandlungen der Kammer über die bekannte Militärangelegenheit. **Altona.** Die dänische Immediatkommission. **Schweiz. Bern.** Verhandlungen der Tagsatzung über die Absperrung Tessins. Schweizerische Rodomontaden.

30. September.

Von allem Schmerzlichen, was die letzten Tage brachten, war der Ausschluß über die sittlichen Zustände in einem Theil des Volkes das Betrübendste. Dieser tiefe, verstockte Haß gegen die Grundlagen aller gesetzlichen Ordnung, dann die wilde Mordlust gegen politischer Gegner, die frivole Kälte oder gar die diabolische Schadenfreude, wir sie sich bei Beurtheilung der beispiellosen Schandthaten kund gab, sind Flecken, die an dem guten Namen des ganzen deutschen Volkes haften werden, auch wenn man sich noch so sehr bemühen wird, die große Mehrzahl der Nation von den Septembermännern zu unterscheiden. Wir oft haben wir uns mit dem Weihrauch eines gebildeten und gesitteten Volkes beräuchert, wie müssen wir jetzt voll Scham verstummen, wenn das Ausland mit bittern Worten auf die verstümmelten Leichen unserer Volksvertreter hinweist oder wenn wir selber mit Ohren hören, wie die ruchlose Sophistik der Verführer den Greuel noch zu entschuldigen und zu beschönigen sucht! Am Niederrhein hat eine „Volksversammlung" die blutige Botschaft mit Jubel begrüßt und den Mördern die Bürgerkrone zuerkannt, in Berlin haben Repräsentanten des preußischen Volkes selbst es nicht vermocht, einen Unwillen darüber zu empfinden, vielmehr hat das Organ der „humanistischen" Schule ein beschönigendes Mäntelchen darum zu hängen versucht und — in der Paulskirche selbst haben wir, mit natürlicher oder affektirter Frivolität, von einem unbedeutenden Krawalle reden hören! Wie bedenklich müssen die sittlichen Fundamente in einem Volke angegriffen sein, wo auch nur Einzelne sich nicht scheuen, am hellen Tage die gräulichre Praxis mit der noch gräulicheren Theorie zu entschuldigen!

Wir ernten jetzt auf dem Boden, den das alte System gepflügt hat. Denn nur in einer Zeit der künstlichen politischen Stille, die alle edleren Kräfte der Nation gebunden hielt und weder der Thatkraft nach Außen, noch dem Regen und Schaffen im Innern eine freie Bahn eröffnete, konnten die krankhaften Stoffe sich sammeln, die jetzt die gesunde Entwicklung unseres Volkes zu zerstören drohen. Nur in einer Epoche dreißigjährigen Drucks und dreißigjähriger Schmach, die unsere reichen Lebenskräfte weder verstand noch nützte, konnte jene innere Auflösung beginnen, die schlimmer ist als alle Revolutionen, weil sie das letzte kostbare Erbtheil unserer Nation, die Lebensbedingung unserer künftigen Existenz, zu zerstören droht. Dieser tiefe Haß gegen alle Fundamente der politischen und sittlichen Weltordnung, dieser brutale Fanatismus der Anarchie, diese Verwirrung und Verwilderung der Begriffe und Neigungen hätte auch nicht einmal in Einzelnen Wurzel schlagen können, wenn man den guten Willen und die Einsicht gehabt hätte, das Volk zu einer freien und gesunden Thätigkeit zu erziehen. Man hat es auf eine unverantwortliche Weise versäumt und dadurch der Aussaat freies Spiel gelassen, welche die politischen Verzweiflungslehren, den modernen Jesuitismus und die Immoralität in die unbenützten Furchen ausstreute. Die Freiheit hat man gehemmt und verfolgt, aber die Zügellosigkeit nicht bannen können; die Reform ist zur bequemen Zeit versäumt worden, indeß eine im Stillen wühlende Thätigkeit jene zuchtlose Anarchie vorbereitete, der, wenn sie siegte, nicht etwa nur eine politische Form oder ein Thron, oder auch viele Throne, sondern das ganze Volk mit seiner sittlichen und menschlichen Errungenschaft als Opfer fallen müßte.

Die große Revolution von 1789 hat mit einem Anlauf dieser Art geendet; es ist Ermattung und Despotie gefolgt und bis heute hat das französische Volk an den Folgen jener Zeit zu leiden, mit deren Schrecken man jetzt zu spielen sucht. Das Spiel hat seine erste blutige Probe geliefert; wir haben Vieles rasch übersprungen und gleich damit angefangen, womit man dort geendet hat. Das Große jener Zeit, in Verhältnissen und Personen, will uns nicht werden; wir haben keinen **Mirabeau**, keine Gironde, keinen **Danton** aufzuweisen, nicht einmal einen erträglichen **Robespierre** wird man zu Wege bringen können. Aber was die letzte und schrecklichste Nachthut der Revolution geleistet hat, damit hat man bei uns begonnen; zu den Septembriseurs, Marseillern und Pikenmännern scheint es, können wir es bringen. Die Helden fehlen uns, aber die Verbrecher nicht; kann man die **Mirabeaus** und **Vergniauds** und St. **Juste** nicht aus der Erde stampfen, so ist doch zu **Hebert**s und **Marat**s der Stoff vorhanden, darum beginnt unsere rothe Republik ihre blutige Travestie gleich mit dem Jahre 1793. Die Partei, die bei uns nach dem Ruhme trachtet, auf der Höhe dieser Revolution zu stehen, hat bis jetzt keinen Staatsmann gezeigt, aber sie hat sich in allen Künsten der

Digitized by Google

Demagogen zweiten Ranges handwerksmäßig eingeübt und perfektirt damit auf den sittlichen Instinkt des Volkes. Kann sie nicht einmal im Kleinen etwas Fruchtbares und Originales erschaffen, so kann sie doch im Großen viel Treffliches und Unersetzliches zerstören — und dies ist die verstärkte Sorge, womit uns die jüngste Wendung aufs Neue erfüllt.

Es handelt sich nicht um diese oder jene politische Form der Gesellschaft, über deren relative Zweckmäßigkeit man sich mit allem Eifer und doch ohne den Kampf des Hasses und der Entzweiung auseinander setzen kann, es handelt sich um die Erhaltung oder den Ruin der Grundpfeiler, auf die jede politische Ordnung sich stützen muß. Ein Volk, das man in künstlich angefachtem Hasse entzweit und verwildert, bei dem man jede feinere menschliche Regung durch groben Materialismus erstickt, dessen sittliche Grundanschauungen durch die Sophistik des Verbrechens untergraben sind, wird bald aufhören ein Volk zu sein; die Frage — ob Monarchie oder Republik — wird da von selbst eine überflüssige. Ohne Tugend, ohne Selbstverläugnung, ohne Achtung vor Gesetz und Recht hat man noch nie eine Gesellschaft gebildeter oder halbgebildeter Menschen politisch zusammenhalten können; der Tag, wo unter uns jene Moral der Selbstanbetung und Genußsucht triumphirte, wäre auch für unser Volk der Anfang vom Ende. Haben die Höfe und Dynastien an dem Jesuitismus der Grundsätze, an der Zuchtlosigkeit der Sitte und an den schlechten Künsten ihrer Schmeichler Schiffbruch gelitten, so wird auch ein Volk dem Gifte nicht widerstehen, das ihm seine Schmeichler und Verführer brauen.

Gefahren dieser Art wiegen allerdings schweerer, als alle momentanen Erschütterungen; sie drohen den sittlichen Kern anzugreifen, der uns in langen und trüben Zeiten wie durch ein Wunder geschützt und gesund erhalten hat. Man kann sie auch an einem Tage und mit einem glücklichen Griffe nicht abwehren; die Krisis will langsam überwunden sein. Aber damit man sie überwinde, bedarf es zunächst eines festen Aufbaues unserer politischen Verfassung. Nicht als wenn wir die Verfassung allein als heilende Kraft gegen ein lange verbreitetes Unheil ansähen, aber sie befestigt das Vertrauen, sie macht dem provisorischen Zustande ein Ende, dessen längere Dauer allein den unterwühlenden Elementen eine Hoffnung des Erfolges sichern kann. Wir werden noch eine tüchtige Schule der politischen Erziehung durchzumachen haben, bis wir das einige, starke, mündige Volk geworden sind, das wir wohl sein könnten, das wir keineswegs — wie die Höflinge des großen Haufens behaupten — schon geworden sind. Damit wir es werden und alle physischen wie geistigen Kräfte des Volkes in freier, gesunder Entwicklung sich regen können, statt sich in Unfreiheit und Zügellosigkeit zu verzehren, dazu bedarf es eines festen, anerkannten Rechtsbodens. Eine mittelmäßige Verfassung, die dem Volke diesen Boden schafft, ist viel besser als ein ungewisses, ziellosses Provisorium, in welchem „Freiheit, Wohlstand und Bildung" des Volkes — und zwar im besten Sinne des Wortes — allmälig verkümmern müssen. Das wissen die Vertreter der rothen Republik; daher ihre Politik des Zögerns, Hinhaltens, Zeitverschwendens; denn, heißt es bei ihnen mit allem Recht, Zeit gewonnen, Alles gewonnen. Sie fühlen die Fruchtlosigkeit ihrer verschleppenden Anträge und Interpellationen recht wohl; — „indeß man zu Rom berath, wird Sagunt verloren."

Hier ist es nun die höchste Pflicht und die äußerste Zeit, daß man in Frankfurt thue, was alle Patrioten verlangen. Die Majorität der Versammlung hat ohne Zweifel den besten Willen, aber bis jetzt nicht die Energie gezeigt, die von der Zeit gefordert ist. Energie zunächst gegen sich selbst, gegen eine kleine Minorität, deren freches, unwürdiges Benehmen auf den guten Ruf der ganzen Versammlung zurückfällt. Es hat noch keine Versammlung, weder in Frankreich noch in England, gegeben, auch den Konvent nicht ausgenommen, wo der edle Muthwille, die Frivolität und die Zuchtlosigkeit in Ton und Sitte eine solche Zuflucht gefunden hat, wie in der Paulskirche zu Frankfurt; es ist eine harte Wahrheit, aber man muß sie sagen, weil die Schmeichler so viel von dem „gebildeten und gesitteten" Volke reden. Die große Majorität der Versammlung sieht dem Treiben mit stillem Ekel zu, statt sich zu ermannen und in Wort und That aufs Allerkräftigste dagegen zu kämpfen. Die große Mehrheit der Versammlung sieht auch ein, wohin die Verschleppung und Verzögerung abzielt; aber sie thut Nichts, der Sache die rechte Wendung zu geben. Sie gebe rasch ans Werk, entäußere sich provinzieller und persönlicher Neigungen oder Abneigungen und führe ihr Werk zum Ziel; alle Anhänger der rothen Republik werden dann abermals über Reaktion und über Verrath am Volke schreien, weil ihr Spiel verloren ist, aber die Besonnenen und Ehrlichen im Volke werden das Werk, auch das unvollkommene, wie seine Schöpfer segnen.

Noch einmal: was auf dem Spiele steht, ist mehr als alle Throne und alle Staatsformen, es ist die ganze Zukunft unseres Volkes. Es wae eine schwere Zeit, als einst Fichte die hoffnungslosen Gemüther aufzurichten, nach den innern Lebensbedingungen einer deutschen Zukunft suchen mußte; aber er konnte mit dem Troste antworten, daß wir noch ein gesundes, sittliches, ursprüngliches Volk seien. Geht dieser letzte Trost verloren, so naht eine zweite, härtere Epoche der Fremdherrschaft; nicht durch fremde Bajonette, an fremden Lastern und fremder Immoralität geht unser Volk dann zu Grunde.

Oesterreich. Wien, 15. Sept. Der Allg. Z. wird geschrieben: Gestern Nachmittag hatte der Erzherzog Palatin eine lange Audienz beim Kaiser, und darauf bei den Prinzen. Man versichert, er sei von der Erzherzogin Sophie nicht empfangen worden. Der Palatin bot in der kaiserlichen Audienz seine Entlassung an, wenn die Politik des Hofes in Bezug auf Ungarn nicht geändert würde. Diese Entlassung ward nicht angenommen, obgleich man dem Palatin auf alle seine Fragen und Beschwerden nur ausweichende Antworten gegeben zu haben scheint. Einen Augenblick stand er im Begriff nach Pesth zurückzukehren, doch bestimmten ihn erstere Bedenken zu bleiben. Der Palatin wird vor entscheidener Sache nicht nach Ungarn zurückkehren. Es ist die Nachricht hier angekommen daß in dieser Stunde wahrscheinlich am Velencher-See, nordöstlich von Stuhlweißenburg, 10 bis 12 Stunden von Ofen, der entscheidende Kampf gekämpft wird; wessen Sache die gerechte ist, für die möge sich das Schwert entscheiden!

Triest, 27. Sept. Man liest in der Allg. Z.: Vom serbischen Kriegsschauplatz wird uns eben die Einnahme von Brestovac durch die Serben gemeldet. (Der in Wien bekannt gemachte Sieg der Ungarn über die von Jellachich befehligten Kroaten war ein Paff, obgleich das Siegesbulletin die kleinsten Details erzählte. Wie unsere heutige Wiener Korrespondenz berichtet, wäre der Ban vielmehr bis Stuhlweißenburg vorgerückt.)

** Triest, 22. Sept. Die französischen Kriegsschiffe, Jupiter und Psyche, haben gestern unsern Hafen verlassen. Sie sollt sich nach Venedig verfügen. Heute läuft in unsern Hafen die amerikanische Dampffregatte „Princeton", von Venedig kommend, hier ein. Eben jetzt feuert sie die Salutschüsse ab. Venedig ist de facto von unserer Eskadre blokirt. Täglich werden Fahrzeuge mit Lebensmitteln, die in jenen Gewässern beanstandet worden sind, hierher geführt. — Unsere Stadt ist vollkommen ruhig. Heute erhalten wir die Nachricht, daß außer Messina, auch Siracus und Catania von den königlichen Truppen bereits besetzt worden sind. Letztere Stadt hat sich ohne Blutvergießen unterworfen. Die fremden Konsuln in Palermo sind insgesammt beschäftiget, auch jene Stadt zur freiwilligen Unterwerfung zu bewegen, um die Gräuel eines Bombardements zu vermeiden. — Die Stadt Pisa rüstet sich zu einem Feldzuge gegen Livorno, das sich noch immer im revolutionären Zustande befindet. In Lucca ist ebenfalls am 15. d. eine Revolution ausgebrochen. Sie scheint in Verbindung mit jener von Livorno zu stehen. Die Truppen und die Bürgergarden blieben jedoch dem konstitutionellen Prinzip treu und schlugen sich mit dem Volke, welches zuletzt weichen mußte.

Preußen. ** Berlin, 26. Sept. Ihr Berichterstatter hat Ihnen gemeldet, daß unsre Versammlung ihren höchsten Unwillen über die Frankfurter Ereignisse kundgegeben, die Freiheit der Berathungen als Postulat aufgestellt und die Regierung zur kräftigsten Unterstützung der Centralgewalt aufgefordert hat. Die äußerste Linke blieb sitzen; die ganze übrige Versammlung erhob sich zu dieser Erklärung, die von Blöm (dem Freunde Wesendonks) und Berg, Mitgliedee der soz. „Linken" denotragt war. Die äußerste Linke beantragte Tagesordnung; sie erhob sich; die ganze übrige Versammlung blieb sitzen. Der Held vom 4. resp. 7. Sept, der „Ministerpräsident", Hr. Waldeck erhob sich und blieb sitzen mit der schwächlichen Minderheit. Hr. Waldeck wollte von hohem Unwillen Nichts wissen, Nichts erklären! Im Namen der äußersten Linken hatte Elsner zu sprechen; sie fehlen absichtlich einen recht Unbedeutenden vorgeschoben zu haben, um die Koryphäen nicht zu kompromittiren. Und zwar diesmal nach zwei Seiten. Denn siegt der Unwille, der sittliche Abscheu über das Geschehene, so droht derselbe Unwille den Konsorten des Hrn. Elsner. Hiefür diente der feige Vorwand, der Thatbestand sehe nicht fest genug. Von der andern Seite, siegte die Entsittlichung und wurden

die Todten zu Frankfurt aus Märtyrern der Zeit und Konsorten Märtyrer der Freiheit und der Nation, und um das Vaterland wohlverdient, dann wird es ja Zeit sein, ganz andre Motive für dieses Schweigen und diese Abstimmung vorzubringen. Sollte die rothe Republik uns beschieden sein, so werden wir ohne Zweifel die nobeln Motive, welche Hrn. Waldeck nöthigten, in dieser Minorität vor Deutschland am Pranger zu stehen, noch aus einer zu erwartenden Volksrede des Geheimen Tribunalrathes und Tribunen in spe kennen lernen.— Außerhalb der Versammlung, in den Klubs und in ihren Zeitungen war die äußerste Linke ganz mit dem Frankfurter Aufruhr und Mord einverstanden. Die Reform hat durch ihren Cynismus Aufsehen erregt und Jakoby, Stein, Reichenbach und so fort haben sie nicht desavouirt. — Der Abg. Gladbach präsidirte vorgestern im demokratischen Klub, und es wurde von der Versammlung auf Antrag Binary's erklärt, die Frankfurter Barrikadenhelden hätten sich um das Vaterland wohl verdient gemacht!

** Berlin, 26. Sept. Abends. Im Sinne des Stein'schen Antrags, ohne Rücksicht auf das Wanzleben'sche Amendement hat das neue Ministerium Pfuel zum allgemeinen Erstaunen einen ganz vortrefflichen Erlaß an die Armee zur Ausführung gebracht. Die beiden Centren und die Rechte erklärten ihre volle Zustimmung, ohne deßhalb den Personen, welche das neue Kabinet bilden, ein besondres Vertrauen zu votiren. Die äußerste Linke, in deren Reihen, als Pfuel den Erlaß als Antwort auf eine Interpellation verlesen, Bestürzung Anfangs herrschte, war gescheit genug, sich nicht wieder, wie jetzt namentlich bei dem Blöm-Berg'schen Antrag in Betreff Frankfurts auf eklatante Weise geschehen, von der gesammten übrigen Versammlung zu isoliren, und acceptirte den Erlaß als Erfüllung ihrer Anträge. Die zum Losschlagen reife Revolte mußte abbestellt werden. Die eingetretenen Kanalarbeiter konnten Abends nur mit Mühe zurückgeschickt werden. Während der Sitzung lagen nur wenige Mitglieder der äußersten Linken, natürlich außerhalb des Koncertssaals ihrem Unmuth, ihrer Galle freien Lauf. Vor dem Schauspielhause drängten sich die Massen. Abg. Schramm (der Präsident des demokr. Klubs) redete unter ihnen. Der Abgeordnete stellte den neuen Ministerpräsidenten mit — Schinderhannes (wörtlich!) zusammen und forderte auf, „wenn die „„Kerls““ herunterkämen", d. h. die Minister (nicht die Mitglieder der Partei Schramm), zu schreien: „Abdanken!" Die Taktik der Partei ist nun, wie die heutige Zeitungshalle lehrt, folgende: Sie betrachten den Erlaß an das Heer als einen Akt des Gehorsams, als eine Präjudiz für die Souveränetät der Kammer. Ein solches Präjudiz hatte die Linke gesucht, der Antrag auf solchen Armeebefehl war ein erwünschter Erlaß. Die Versammlung stellte am 7. Sept. das Verfassungsprincip auf, die Regierung sei verpflichtet, derartige Beschlüsse unweigerlich auszuführen. Das Ministerium Auerswald trat ab. Und jetzt führt das Ministerium Pfuel jenen verrufenen Beschluß dennoch aus. Folglich erkennt es seine „Verpflichtung", erkennt es die Souveränetät der Versammlung an. So tautet der Kalkul der Zeitungshalle. Vortrefflich. Dennoch ist die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Das Dilemma, entweder in Widerspruch mit der Versammlung den Erlaß zu verweigern, aus welchem Grunde das frühere Kabinet das Vertrauen eingebüßt, oder den Erlaß als Zeichen der Anerkennung für die Souveränetät zu geben, dieses Dilemma bestand, doch bestand es nur vom 7. bis 10. Sept. Am 10. Sept. hat es aufgehört. Gegen das Princip der Verpflichtung gebrauchte der König sein Veto. Dieses Veto machte dem Ministerium Pfuel erst möglich, den Erlaß an das Heer auszuführen. Allen Sophismen zum Trotz hat jetzt die Versammlung einen Erlaß an das Heer nach ihrem Sinne. Dagegen ein Präjudiz für ihre Souveränetät hat sie nicht gewonnen. Dem beugte das königliche Veto vor. Die Minister thaten der Versammlung ihren Willen, aber deßhalb weil dieser Wille mutatis mutandis vernünftig und gerecht war, und weil das Kabinet im Hinblick darauf gebildet sein mußte, nicht, weil die Regierung verpflichtet ist, zu gehorchen, wenn die Versammlung befiehlt. Die äußerste Linke mag das Unterfutter des Erlasses herauskehren; es hilft ihr kein Drehen und Deuten. Im Sinne des Beschlusses vom 9. Aug. ist gehandelt, im Sinne des Beschlusses vom 7. September nicht. Ein Präjudiz für die Souveränetät der Versammlung ist nicht erlangt.

☽ Berlin, 27. Sept. Daß in Berlin die patentirten Vertheidiger der Volksrechte, wie die Frankfurter Helden des 18. Sept. vor der Freiheit der Berathung eben nur so lange Achtung heucheln, als ihnen diese nützlich ist, das haben am Montag hundert kleine Vorfälle vor dem Sitzungsgebäude unserer Landesversammlung zur Genüge bewiesen. Forderten doch hinreichend bekannte Personen dort offen zu Scenen der Unordnung auf und deuteten doch die Insignien der rothen Republik auf dem Haupte manches zerlumpten Märtyrers klar genug die Melodien an, welche man nach einer weniger willkommenen Antwort der Regierung auf die Heeresentlassfrage angestimmt hätte. Abends forderten wilde Volkshaufen vor dem Stadtvogteigefängnisse die sofortige Entlassung der politischen Verbrecher. Nur die Bajonette der Bürgerbataillon hielten die loyalen Bittsteller von weiteren Konsequenzen ihrer bewährten „Thatkraft" zurück. Solche Erscheinungen konnten Grund genug sein, die Versammlung der Abgeordneten vor Gewaltthätigkeit zu schützen, ehe sie großes Unglück dazu zwang. Allein den Brunnen decken die Leute erst zu, wenn das Kind hineingefallen ist. So geschah es auch gestern. Ein Antrag auf der Rechten, durch geeignete Maßregeln „die durch mehrere Vorfälle in der neueren Zeit gefährdete Würde und Unverletzlichkeit der Nationalversammlung zu sichern", wurde nicht für dringend erachtet. Der Abg. Rieß (Aachen) versicherte, daß Nachmittags der Eingang zu dem Sitzungsgebäude durch eine Kaere, von welcher herab Reden zu dem zahlreich versammelten Volk gehalten wurden, versperrt gewesen sei. Auch seien Arbeiter mit einer Petition bis in das Innere des Sitzungssaales gedrungen, die Bureaubeamten würden dies bezeugen. Herr Vicepräsident Phillips beging die unbegreifliche Taktlosigkeit, die sehr anzuerkennende Besorgniß jenes Abgeordneten durch den Einwand dem Gelächter Preis zu geben, daß er von allem, was der Abgeordnete angeführt, Nichts bemerkt habe. Als wenn es Aufgabe des Präsidenten wäre, Alles zu bemerken! Freilich belohnten ihn für diese Unparteilichkeit die lebhaftesten Zeichen der Heiterkeit von der äußersten Linken. Auf der Tagesordnung stand gestern die weitere Berathung des Bürgerwehrgesetzes. Bemerkenswerth waren nur die Verhandlungen über §. 65: die Bürgerwehr tritt, sobald es ihr Zweck erheischt, auf den Ruf des Gemeindevorstehers oder der ihn vertretenden Gemeindebeamten, sowie der demselben vorgesetzten Kreisbehörde in Dienstthätigkeit. Die radikale Partei wollte innerhalb der Gemeinde auch dem Oberbefehlshaber der Bürgerwehr jenes Recht gestatten, d. h. wiederum wir am 7. Sept. den Unterschied zwischen gesetzgebender und vollziehender Gewalt aufgehoben wissen. Die Frage mochte diesmal weniger „theoretisch" klingen, als am 7. Sept., denn gestern erschrack die Versammlung vor den Gefahren, welche der Freiheit von einer Vermählung aller Gewalten im Staate mit einem Absolutismus der Oberflächlichkeit und Unbesonnenheit drohen müssen und verwarf den Vorschlag der Radikalen. Herr Jung, welcher ihm Worte geliehen, hatte als Deutscher den bescheidenen Stolz, wenn auch in keinem Lande der Welt eine solche Einrichtung, wie er sie vorgeschlagen, bestehe, Grundsätze aufzustellen, die noch kein Volk gehabt habe. Man sieht, etwas Aehnliches, wie die Berliner Demokraten ist nach dem Geständnisse ihrer eignen Jünger „in der Geschichte noch nie dagewesen"! —

Berlin. Die nordamerikanischen Regierung hat der preußischen das gewiß sehr dankenswerthe Anerbieten gemacht, vier dieselseitige See-Kadetten als Midshipmen auf der Fregatte St. Laurence aufzunehmen und zu tüchtigen See-Officieren heranzubilden. Die hierzu bestimmten jungen Männer sind bereits ausgewählt, unter ihnen ist auch der Sohn des hiesigen Kaufmanns Behrendt.

Zeitz, 21. Sept. Die Nach. Z. berichtet, daß hier Exzesse von Seite des Pöbel vorgefallen sind, worauf sogleich Militär aus Naumburg einrückte. In dem zwischen Naumburg und Zeitz gelegenen Städtchen Stößen fand am 24. eine demokratische Volksversammlung statt. Ferner heißt es in der Fr. O. Z. Hier beginnt die Demokratenpartei, welcher das Fehlschlagen des Frankfurter Unternehmens vom 18. d. M. sehr ungelegen gekommen war, ihr Haupt wieder zu erheben. Halle ist zum Vorort der Partei ernannt und hat das Glück, der Sitz eines demokratischen Kreisausschusses zu sein. Die Hauptrepräsentanten dieses Ausschusses bestehen aus einem sogenannten Weinhändler, einem verkommenen Studenten und einem Elementarschullehrer.

** Köln, 28. Sept. Wir haben Revolution gespielt und das Spiel ist aus, wir haben es verloren und müssen jetzt die Folgen tragen. Köln ist in den letzten Monaten häufig in den Fall gekommen, die öffentliche Indignation herauszufordern; diesmal hat sich dem schmählichen Treiben soviel Geschäftsprecherei und Feigheit zugesellt, daß es zum Gespötte und Gelächter werden muß. Köln hat sich nicht bloß schlecht benommen, es hat sich auch lächerlich gemacht, und kein Kölner kann auf die Erlebnisse der letzten Tage zurückblicken, ohne daß ihm die Röthe des Zorns und der Scham in die Wange steigt. Sie kennen die Ereignisse, welche vorhergegangen, die unsinnigen Deklamationen und Beschlüsse der sogenannten Volksversammlungen, die Komödie des Sicherheitsausschusses, die bis zu gemeinen Prügelscenen ausartenden Spaltungen in der Bürgerwehr. Auf den letzten Sonntag war, nach dem Muster derjenigen, welche am Sonntag vorher in Warriagen abgehalten worden, eine neue Volksversammlung in einem Dorfe

oberhalb Köln angesetzt; die Behörde entschloß sich, im Angesichte des finnlosen Treibens, welches die früheren Versammlungen zu Tage gefördert, von ihrem Rechte, eine unter freiem Himmel stattfindende Volksversammlung zu untersagen, Gebrauch zu machen und zugleich, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen, welche das neueste Rundschreiben des Reichsjustizministeriums den einzelnen Regierungen gegenüber ausspricht, gegen die Personen derer, die sich der Betheiligung an den früheren Hetzereien schuldig gemacht, die gerichtliche Untersuchung einzuleiten. Jene Versammlung wurde verboten und in der Frühe des folgenden Tages eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Diese Verhaftungen waren das Signal zum offenen Widerstande gegen die Gesetze und jetzt folgte die ganze Reihe der Auftritte, welche zwei Tage lang unsere Stadt befleckt haben. Die Details, von der Köln. Zeitung viel zu schonend dargestellt, kennen Sie bereits und es ist nicht meine Absicht, hier weiter darauf einzugehen. Nur die Haltung der Bürgerwehr bei dieser Gelegenheit verdient näher beleuchtet zu werden. Die Bürgerwehr ist jetzt aufgelöst, Sie werden einsehen, daß diese Maßregel nicht zu umgehen war. Wo war die Bürgerwehr, als man die Personen, deren Verhaftung von den Gerichten angeordnet wurden, den Agenten der öffentlichen Gewalt entriß und diese Agenten blutig mißhandelte? Die Bürgerwehr war nicht da, ihren Schutz in der Ausübung ihrer Pflicht zu gewähren, Bürgerwehrmänner aber waren es, welche sie mit den Waffen in der Hand ergriffen und niederwarfen. Wo war die Bürgerwehr, als man im Polizeipräsidium die Fenster zertrümmerte und Drohungen ausstieß gegen die Person des ersten Polizeibeamten? Die Bürgerwehr rief den Massen, welche sich dort zusammengerottet, ein Hurrah zu. Wo war die Bürgerwehr, als sie aufgefordert wurden, dem Verbot einer auf öffentlichem Markte angesetzten Volksversammlung Nachdruck zu verleihen? Die Bürgerwehr betheiligte sich an einer verbotenen Volksversammlung und ließ es geschehen, daß der Beamte, der da that, was seines Amtes war, niedergeschlagen, und daß ihm die Uniform vom Leibe gerissen wurde. Wo war die Bürgerwehr, als am Abend gestohlen und geplündert wurde, als man mit offener Gewalt Erpressungen in den Häusern übte? Die Bürgerwehr war nicht sichtbar. Wo war die Bürgerwehr, als sich die halbe Stadt mit Barrikaden bedeckte, an deren meisten kaum ein Dutzend Hände sich beschäftigte? Die Bürgerwehr war abermals nicht sichtbar, und wo sie sichtbar war, half sie die Barrikaden bauen und schützte sie, Barrikaden, sinnlos und planlos erbaut, Barrikaden, die Niemand angriff und die, wenn sie angegriffen wären, Niemand vertheidigt hätte. Das ist die Rolle, welche die Kölner Bürgerwehr gespielt hat, die Bürgerwehr, die vorzugsweise zum Schutze der Ordnung berufen ist und sich zu diesem Schutze verpflichtet hat, die Bürgerwehr, die 6000 Köpfe zählt, mit Waffen und Munition reichlich versehen, die Bürgerwehr, die, mehrere hundert Mann stark, auf der Schulter die Gewehre, die sie eben mit großem Geräusch geladen, auf dem Wege, sich der beschlafenen Entwaffnung zu widersetzen, in wildester Flucht davon lief, als ein muthwilliger Junge eine alte Pistole abfeuerte! Der Kölner Pöbel ist von je her feig gewesen: die Kölner Bürgerwehr hat wahrlich sich nicht muthiger gezeigt. — Ich sehe, ich werde bitter! Ich habe das nicht sein wollen, aber der Unwille übermannt mich, und ich stehe nicht allein damit. Ich habe entschlossene wackere Männer gesehen, denen die Thränen in den Augen standen, als sie die Waffen abliefern sollten, die sie als eine theure Errungenschaft und als den sichersten Schutz der Freiheit in Empfang genommen, aber sie haben sie ruhig abgegeben, weil sie erkannten, daß solchen Händen keine Waffen anvertraut werden dürften, und daß eine gründliche Reorganisation der Bürgerwehr eine dringende Nothwendigkeit sei. In dieser Beziehung werden die bitteren Erfahrungen, die wir gemacht, Früchte tragen, hier und anderswo. Wir haben hier bis jetzt Soldat gespielt, gespielt mit bunten Fahnen, Bändern und Trobdeln. Das Stück ist zu Ende und das Publikum lacht die schlechten Schauspieler aus. Aber nicht bloß lächerlich haben wir uns gemacht. Es gibt einen alten schönen Spruch:

An Dieu mon âme,
Mon sang au roi,
Mon coeur aux dames,
L'honneur pour moi!

Was man auch über die — wie soll ich mich ausdrücken? — über die „Zeitgemäßheit" der übrigen Strophen denken mag, das „L'honneur pour moi" wird hoffentlich ewig Geltung haben. Jener ritterliche König hatte Alles verloren, Köln aber hat diesmal Alles gerettet, nur die Ehre nicht.

Baiern. München, 27. Sept. Heute früh zwischen 4 und 6 Uhr wurden plötzlich Verhaftungen vorgenommen. Jene 8 Komitémitglieder des demokratischen Vereins und des Vereins für Volksrechte, welche die Beschlüsse der Rennberghauser Volksversammlung vom 17. d. ausfertigten, wurden aus dem Bett geweckt, ihre Papiere durchsucht und sie in Untersuchungshaft gesetzt; die Haftbefehle waren vom hiesigen Kreis- und Stadtgericht ausgestellt.

München, 28. Sept. Von diesem Datum meldet die Allg. Z. ferner: Der gestrige Abend ist ohne eigentliche Ruhestörungen vorübergegangen. In der Gegend der Frohnveste wo die Verhafteten (die Rechtspraktikanten Dr. Greiner, Herrmann und Stunz, Advokat Riedl, Maler Schmolze, Privatier Rosenhorst, Dr. Ringler und Roller, Eigenthümer der Leuchtkugeln), sich befinden, standen bis gegen Mitternacht Gruppen, welche sich mehr als entschieden gegen die Maßregeln aussprechen. — Mit der patrouillirenden Linie und Landwehr fanden nur einige unbedeutende Neckereien Statt, von den Waffen wurde kein Gebrauch gemacht, wohl aber einige Arrestationen vorgenommen.

Würtemberg. ♀ Stuttgart, 28. Sept. Der „bewaffnete Volkstag", den He. Rau und Genossen auf heute nach Cannstatt ausgeschrieben, ist vorüber, und noch steht die konstitutionelle Monarchie. Ein bewaffneter Volkstag war es freilich, denn die mit Menschen bedeckte Volksfestwiese war umgeben von einer solchen Militärmacht, daß es die peinlichsten Gefühle erregen mußte. Artillerie mit brennenden Lunten und Infanterie mit der „Kugel im Gewehr" auf den Höhen, welche den Platz beherrschen, Kavallerieregimenter auf der Ebene, welch' eine Einrahmung für ein „Volksfest"! Welcher unselige Geist hat dieses sonst so brave und nüchterne Volk ergriffen, um eine Regierung, an deren Spitze ein Mann wie Römer steht, zu nöthigen, sich auf solche Weise gegen einen Ausbruch zu schützen? Die unaufhörliche Wühlerei und Hetzerei hat alle Begriffe von Freiheit und Recht verkehrt, und das — unglücklicher Weise — in demselben Augenblicke, wo dem Volke alle erdenklichen Mittel gegeben sind, seinen gerechten Beschwerden auf gesetzlichem Wege Abhilfe zu verschaffen, wo das Gesammtvaterland, wie der besondere Staat, mit entscheidendem Votum des Volkes nach dessen einsichtsvollem Willen umgebildet werden soll. Der „Schwäbische Merkur" von heut Abend thut ganz verwundert über die Berichte auswärtiger Blätter über Würtemberg. Hat er wohl die Reden für die rothe Republik in offenen Volksversammlungen nicht gehört, nicht die hundertstimmigen Lebhochrufe auf Hecker in allen Schenken, nicht die bestimmte Vorhersage des jetzt im Keim erstickten republikanischen Aufstands, hat er die gegen die Centralgewalt, gegen die Nationalversammlung, den König und das Königthum aufreizende Artikel gewisser Blätter nicht gelesen, weiß er nicht, daß der bewaffnete Zuzug nicht nur aus Rottweil und der dortigen Gegend, sondern aus den Dörfern der hiesigen Umgegend, aus der Gegend von Tübingen, von Nürtingen u. s. w. bestellt war, und wohl auch gekommen wäre, wenn das Struve'sche Unternehmen nicht so erbärmlich ausfiel? Weiß er nicht, was ganz Stuttgart, was das ganze Land weiß? Warum thut er selbst seit einiger Zeit so schüchtern? — Es sind einige untergeordnete Leute, Geschäftsführer der republikanischen Partei mit dem Proletariate verhaftet worden. Rau und Alexander Siman sind auf flüchtigem Fuße. Ersterer sei wie der so gut avertirt gewesen, daß er das Eilwagenbillet, welches er bereits in Tübingen genommen, unbenutzt ließ, und mit Extrapost-Pferden sich eine Stunde früher aus dem Staube machte. So wird es also vorerst wieder ruhig werden — bis die Volksmeinung noch gründlicher untergraben ist. Es ist der 2te Akt von den Pfingstereignissen. Zu Ostern, aber früher noch, wahrscheinlich der Dritte.

Sachsen. Dresden, 26. Sept. Gestern früh hat ein Kourier vom Reichsministerium den Befehl gebracht, das sächsische Kontingent von 6000 Mann marschfertig zu halten. Demgemäß sind bereits heute früh Marschordres an die kaum beurlaubten Soldaten abgegangen. Dem Vernehmen nach soll in den sächsischen Herzogthümern ein aus sächsischen und österreichischen Truppen gebildetes Armeekorps zusammengezogen und unter das Kommando eines österreichischen Generals gestellt werden. (D. A. Z.)

Baden. = Vom Rhein, 29. Sept. Die Art, wie sich die Leute von der rothen Republik über die Mordscenen vom 18. September auslassen, ist ungemein belehrend; sie zeigt uns die sittliche Zukunft, die wir unter ihnen zu erwarten hätten. Die bestialische Schadenfreude, womit der Pöbel auf der Volksversammlung bei Köln den Mord der beiden Abgeordneten aufnahm, die Wollust, womit dort der gebildete Pöbel die Sache ins Einzelne ausmalte, haben ein erschreckendes Licht geworfen auf die Moralität, zu der das „souveräne" Volk von seinen Schmeichlern groß gezogen wird. Es gibt der Proben aber noch mehr, man muß Notiz davon nehmen, weil es noch immer schwache gutmüthige Leute genug gibt, die sich über das Unab-

änderliche Illusionen machen. Ich brauche nicht zu wiederholen, in welch gräßlicher Weise die beiden längst bezeichneten Opfer gemordet worden sind; wie feig und kannibalisch zugleich die Mörder sich im Einzelnen erwiesen. Hören Sie dagegen, wie in der Berner Zeitung (dem Organ Niggeler's, Stämpfli's und C. Vogt's) ein Frankfurter Korrespondent die Sache bemäntelt. Bei „allen menschlichen Gefühlen", meint der ehrenwerthe Berichterstatter, könne man doch fast sagen, daß sie ihr Loos verdient haben. „Denn — hören Sie! — nie hat ein Volksvertreter das Volk in seinen Reden spöttischer behandelt und höhnischer herausgefordert, als Lichnowski; auch Auerswald hat sich stets als wüthender Preuße gezeigt." Das genügt also dem ehrenwerthen Frankfurter zur Entschuldigung eines scheußlichen Meuchelmords; denn was er weiter erzählt, daß die beiden Gemordeten eigentlich nur spionirt hätten, und Lichnowski mit der Lorgnette auf den Barrikaden herumspazirt wäre — daß das Lügen sind, weiß der ehrenwerthe Mann so gut wie wir. Aber es gilt, ein Mäntelchen denen zu hängen. Alle die blutrothen Anarchisten, die gern liebäugeln mit der Bergpartei, ohne sich doch den Rückzug nach der andern Seite abschneiden zu wollen (und ihre Zahl ist Legion) — schlagen in der Presse denselben Ton an; als wenn selbst die größte Unvorsichtigkeit der Gemordeten die geringste Entschuldigung wäre für die abscheulichen Mörder. Hören wir ein anderes Organ der entschiedenen Volksmänner. Die Berliner Zeitungshalle, deren heutiger Redakteur unter dem Ministerium Bodelschwingh ihre Spalten dem Servilismus öffnete, spricht von Lichnowski spöttisch mit dem Spitznamen „Schnapphanski" — ein Witz, dessen Autorschaft wir gern der Reichstagszeitung, der sie angehört, vindiciren. In der „Reform", dem Organ des Ruge'schen „Humanismus", wo auch das atheistische und jüdische Literatenthum seinen Sitz aufgeschlagen hat, wird in schamlosen Worten gesagt: A. und L. „seien als Feinde von ehrlichen Kugeln gefallen, wie noch Edlere auf der andern Seite", und auch wenn sie mit Messern erschlagen wurden, seien ja die Aerzte nicht inhumaner als die Strapnells." Ich könnte Ihnen der Proben noch mehr geben; ich schließe für heute mit einer Stelle aus dem Volksfreund, der in Rheinfelden unter Dr. Heckers Namen erscheint, obwol Hecker wohl keinen Antheil mehr daran hat. „Es ist ein gefährlich Ding, heißt es da, ein Volk zu verspotten und zu zertreten, das hat Frankfurt bewiesen, wo der Lynchjustiz, dem Volksgerichte der frechste Spötter des deutschen Bürgerthums, der Fürst Lichnowski zum Opfer gefallen und mit ihm sein Freund, der Graf Auerswald. Zu diesem Freunde sprach einst Lichnowski, als er im Parlamente von der Tribune stieg: „Nicht wahr, heute habe ich's dem bürgerlichen Gesindel gesagt!" (Auch diese Lüge hat die Reichstagszeitung erfunden.) Da liegt er nun, gefressen vom Fluche des Volkes! Fünf Kugeln in der Brust —: so hat das Bürgervolk geantwortet. Weh' Euch, Ihr Männer des Verrathes, Ihr Mathiasse! Euer Tag bricht an, Euer Verderben ist nah'." So viel über die Moral der neuen Weltreformer.

Aus dem Kanderthal, 26. Sept. Das war ein Schauspiel, wie ich es noch nie gesehen. Gestern wurde Struve nebst andern gefangenen Führern, unter welchen auch der rühmlichst bekannte Studiosus Btlad, von Schopfheim her durch das Wiesenthal nach Schliengen geführt, um dort dem Militär übergeben zu werden. Der Zug nahm seinen Weg nicht über Lörach, sondern durch Steinen über die rechts gelegenen Orte. Aber welche Aufregung in den Gemeinden bei seinem Erscheinen! Hier sah ich zum ersten Male, was eine wüthende Volksmasse ist. Die Erscheinungen der vorigen Tage waren Nichts dagegen. Wäre nicht eine so starke bewaffnete Bedeckung zum Schutz der Gefangenen dabei gewesen, es wäre Keiner derselben nur zehn Schritte weit gekommen. Sonst ruhige und vernünftige Männer schäumten vor Wuth; sanfte, schüchterne Frauen waren wie rasend; die Bedeckung hatte nur abzuwehren und mit gespannten Hahnen zu drohen, sonst wäre Struve in Stücke zerrissen worden. Er mochte die Gefahr fühlen, in der er schwebte; denn blaß, mit niedergeschlagenen Augen, saß er da, seine Frau tief an seine Brust gelehnt in seinen Armen. Das Volk — und es war diesmal in Wahrheit das Volk in ungeheurer Majorität — verlangte wüthend, er müsse zu Fuß durch die Ortschaften gehen; wenn Einer von ihnen ein Verbrechen begehe, so führe man ihn gefesselt mit Gendarmen fort, und Dieser, der sie Alle habe ins Unglück stürzen wollen und Hunderte habe hinschlachten lassen, dürfte in einer Kutsche fahren ꝛc. Natürlich konnte einem solchen Verlangen nicht entsprochen werden. Aber es hat so kommen müssen — damit dem Volk einmal die Augen aufgingen über seine Beglücker.

Aus dem Seekreise, 26. Sept. Damit auch der Seekreis nicht ganz leer ausgehe, ist in Engen ein Versuch gemacht worden, die Republik zu proklamiren. Ein Haufe Aufrührer drang von Altdorf her in die Stadt, fand Unterstützung bei Leuten ähnlichen Schlags, verübte Gewaltthaten aller Art gegen Beamte und andere Bürger, stürmte eine Anzahl Häuser ꝛc. Auch Rechtsanwalt Welte war von einer Rotte bedroht, die ihn in seiner Wohnung aufsuchte. Die Nachricht von dem Scheitern des Aufstandes im Markgräfler Lande und eine Ermannung des bessern Theiles der Bürgerschaft scheint den Ruhestörern Einhalt gethan zu haben. (In Folge dessen ist auch der Amtsbezirk Engen in Kriegszustand erklärt worden.) (Karls. Z.)

Aus Thüringen, 22. Sept. Gestern haben die Bauern in Herren-Gosserstedt, einem Dorfe zwischen Bibra und Eckartsberga, das dortige, dem Hrn. v. Münchhausen gehörige Schloß demolirt und in Brand gesteckt. Sie sollen von furchtbaren Feudallasten gedrückt gewesen sein. Man befürchtet hier einmal wieder einen allgemeinen Bauernaufstand und auch in den kleinen- und Mittelstädten herrscht in Folge der Ernennung des neuen Ministeriti eine äußerst bedenkliche Aufregung. Mehrere adlige Familien haben sich bereits nach Erfurt geflüchtet. (Nach. Z.)

Schleswig. * Altona, 26. Septbr. Unsere Regierung verlegt ihren Sitz von Rendsburg nach Schleswig, um Schleswig fester an Holstein zu ketten, zugleich aber ist das auch ein Beweis, daß man wenig von dem Ausbruch neuer Feindseligkeiten fürchtet; denn in Schleswig ist man mehr den feindlichen Angriffen ausgesetzt als in Rendsburg. — Ein Dampfschiff kam in die Nähe Flensburg, und wie man allgemein behauptet mit Moltke an Bord, welcher bei dem Oelmüller Friedrichsen sich eine Wohnung gemiethet haben soll. So viel ist gewiß, daß das Schiff nicht anlegte und auch den Grafen Moltke nicht an Land setzte. Je Hadersleben fürchtet man einen dänischen Ueberfall, und es ist gewiß, daß es die erste Stadt ist, die unter den Verhältnissen zu leiden ha , da sie die nöthlichst gelegene ist. Der Bürgerverein der Stadt Sc berg ist in seiner Sitzung am 9. dss. Mts. der Adresse der Kieler Volksversammlung vom 4. Septbr. an die konstituirende schleswig-holsteinische Landesversammlung sowie den Erklärungen der Volksversammlung und den Beschlüssen der konstituirenden Versammlung am 4. d. M. einstimmig beigetreten. Zum 2. Oktober ist nach Kiel eine allgemeine Lehrerversammlung ausgeschrieben, welche über die Verhandlungen der Landesversammlung, die Bildung eines Unterrichtsministeriums und die Abfassung einer Schulordnung sich berathen soll. Das Reichsministerium hat die provisorische Regierung de facto anerkannt; denn sie hat ihr die Aufforderung zugesandt auf die vom Reichsministerium verfolgten Metternich, Esseln und Reinach zu fahnden; zugleich verbietet aber die Regierung durch Erlasse von demselben Tage das Tragen der dänischen Fahnen und Kokarden, und den Aufenthalt dänischer Soldaten im Lande, wenn sie nicht als Parlamentäre sich ausweisen können.

Frankfurt, 28. Sept. In der heutigen Sitzung wurde die Berathung der Grundrechte fortgesetzt. Der §. 25 wurde mit den Verbesserungsanträgen des volkswirthschaftlichen Ausschusses und des Abg. Reichensperger angenommen und lautet nunmehr wie folgt: „Das Eigenthum ist unverletzlich. Das geistige Eigenthum steht unter dem Schutze der Reichsgesetzgebung. Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Es bleibt den Einzelstaaten überlassen, die Durchführung des oben ausgesprochenen Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln." §. 26 erhielt folgende Fassung: „Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben, und über sie zu verfügen, sind für die todte Hand im Wege der Reichsgesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des allgemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden."

* Die Briefe aus Frankfurt kommen uns zu spät zu, als daß wir sie noch mittheilen könnten. Aus dem Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung, deren erster Theil, wie gewöhnlich, mit Interpellationen gefüllt war, entnehmen wir nur Folgendes. Das Gesetz über das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der Nat. Vers. wurde in folgender Fassung angenommen:

„Ein Abgeordneter zur verfassunggebenden Reichsversammlung darf vom Augenblicke der auf ihn gefallenen Wahl an — ein Stellvertreter von dem Augenblicke an, wo das Mandat seines Vorgängers erlischt, während der Dauer der Sitzungen ohne Zustimmung der Reichsversammlung weder verhaftet, noch in strafrechtliche Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem letzteren Falle ist der Reichsversammlung von der getroffenen Maßregel sofort Kenntniß zu geben, und es steht ihr zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schluß der Sitzungen zu verfügen. Dieselbe Befugniß steht der Reichsversamm-

Digitized by Google

lung in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über einen Abgeordneten zur Zeit seiner Wahl bereits verhängt gewesen ist. — Kein Abgeordneter darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmungen in der Reichsversammlung oder wegen der bei Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden." Die Zustimmung muß mit $^2/_3$ aller Stimmen erfolgen.

Schweiz.

☽ Bern, 28. Sept. Der österreichische Gesandte, Freiherr v. Kaiserfeld, hat folgende Note aus Zürich (d. d. 22. Sept.) an den Vorort erlassen: Der unterzeichnete außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Se. k. k. Majestät bei der schweizerischen Eidgenossenschaft empfängt so eben die geehrte Note des hohen eidgenössischen Vororts vom 22. d. Er ist dem darin bezeichneten Wunsche bereits in soweit zuvorgekommen, als er die ihm übersendeten ersten tessiner Pässe, 20 bis 30 an der Zahl, sogleich mit dem gesandtschaftlichen Visum versehen ließ. Als ihm darauf ohne Hunderte von Pässen zukamen, hat er sich unverzüglich, zur gesicherten Regelung des Reiseverkehrs zwischen Tessin und dem Lombardisch-Venetianischen Königreiche, mit dem Herrn Feldmarschall Grafen Radetzky ins Einvernehmen gesetzt und zu diesem Ende einen eigenen Kurier an ihn abgefertigt, dessen Rückkehr er in wenigen Tagen entgegensieht. Auch hat er die Aufmerksamkeit des Herrn Feldmarschalls auf die zu ergreifenden Mittel geleitet, damit nicht andere mit der Lombardei verkehrende Schweizerkantone, als Tessin, von den gegen letzteres ungerechtfertigten Maßregeln Schaden litten. Er hat endlich den Herrn Feldmarschall sofort von dem Antrag der Tagsatzungskommission, Tessin betreffend, benachrichtigt, ein Antrag, der die unmittelbare Intervention und Aufsicht der obersten Bundesbehörde sichert, in welche der Herr Feldmarschall, sowie die kaiserliche Regierung unbedingtes Vertrauen setzen. Die beschlossenen eidgenössischen Maßregeln werden ohne Zweifel den Herrn Feldmarschall vollkommen beruhigen. Nur höchst ungern, nur nach dem Gebot seiner obhabenden hohen Pflichten sind Se. Excellenz zu den von ihnen getroffenen Maßregeln geschritten, und gewiß wird der Herr Feldmarschall sie bereitwilligst aufheben, sobald er in den Verfügungen der hohen eidgenössischen Tagsatzung die Bürgschaft für die Vollziehung ihrer Beschlüsse, die Aufrechthaltung der schweizerischen Neutralität betreffend, erkennen wird." — Während nach dieser Note der freundliche Verkehr zwischen Oesterreich und der Schweiz bald wieder hergestellt sein dürfte, hegt man doch ernstliche Besorgniß vor Repressalien der deutschen Centralgewalt gegen die Schweiz wegen des schmählichen Einfalls deutscher Flüchtlinge ins badische Oberland. Und wer kann es Deutschland verdenken, wenn es endlich nach so vielen traurigen Erfahrungen Garantien fordert, daß seine Grenzländer geschützt seien vor räuberischen Ueberfällen, deren in kurzen Zwischenräumen nun zwei vom Schweizerboden aus stattgefunden haben? Struve's letzte Schilderhebung ist nichts Anders, als ein räuberischer Ueberfall. Er hat die öffentlichen Kassen geplündert, den Meinungen und Ueberzeugungen Einzelner und ganzer Gemeinden den brutalsten Zwang angethan, auf die schändlichste Weise Kontributionsgelder erpreßt, das Standrecht proklamirt. Und, was das Aergste ist, er soll, wie man hier von zurückgekommenen deutschen Republikanern hört, die erpreßten Summen auf baselländschaftlichen Boden in Sicherheit gebracht haben, um, wenn das Unternehmen mißglücke und er zum zweiten Male mit heiler Haut davon komme, mit diesem Geld seine Zukunft zu sichern. Ich habe Struve immer als einen hirnwüthigen Parteimann schildern hören, der aber, was Geldsachen angehe, unbestechlich und im höchsten Grade aufopfernd sei. Darum kann und will ich dieses entehrende Faktum nicht glauben. Aber ich theile es mit, weil es charakteristisch für diese im Ausland gegen das Heimathland konspirirende Partei ist. Ein unbegrenztes Mißtrauen, besonders was das Geld betrifft, wohnt nämlich in diesen Leuten, hauptsächlich in den Handwerkern. Sie steuern fortwährend für die deutsche Republik und wissen nicht, wo das Geld hinkommt. Daher ihr Argwohn gegen die Führer. Diesem zu begegnen und auch das Finanzwesen der Propaganda zu organisiren, hat man jetzt ein pfiffiges Mittel ersonnen. Der Centralausschuß hat nämlich beschlossen, ein großes Anlehen zu Gunsten der deutschen Republik zu kontrahiren. Man stellt Schuldscheine von 30 kr. bis 700 Gulden aus; der Träger eines solchen Schuldscheines wird Gläubiger der deutschen Republik; die Schuldscheine, welche mit den Farben und mancherlei Emblemen der Republik geziert sind, werden vom Obergeschäftsführer unterschrieben und sollen, wenn die Freiheit errungen ist (?!), zurückgezahlt werden. — Welche Garantien wird und kann nun die Schweiz geben? Das Asylrecht wird und muß die Eidgenossenschaft aufrecht erhalten; es ist in einer so politisch bewegten Zeit eine Wohlthat für alle Völker, und Europa sollte die Bereitwilligkeit, mit welcher die Schweiz schon Jahrhunderte lang politisch Verfolgte aufnimmt, dankbar anerkennen. Daß die Regierung solchen Flüchtlingen, welche überführt sind, das Asylrecht mißbraucht zu haben, den fernern Aufenthalt in ihrem Kanton nicht gestattet, davon liegen hinlängliche Beweise vor. Daß auch denjenigen, welche an dem jüngsten Einfall in Baden Theil genommen haben, das Gastrecht aufgekündigt werden wird, daran zweifle ich nicht. Aber mit diesen Maßregeln allein, welche erst nach geschehener That angeordnet werden, kann den Nachbarländern nicht gedient sein. Sie wollen Garantien, daß solche Einfälle unmöglich werden. Diese in anderlei Weise zu geben, möchte auch den wohlwollendsten Behörden schwer werden. Nehmen wir ein Beispiel, wie es sich vor 4 Tagen hier in der Stadt zutrug. Zwei mit deutschen Handwerksgesellen vollgepropfte Wagen fuhren die Straße hinab. Der eine trug etwa 18 Biedermänner aus Bern, der andere kam mit etwa ebensoviel aus Biel. Jedermann wußte, daß sie dem Struve zuzogen. Hätten aber die Behörden einen gesetzlichen Anlaß gehabt, sie zurückzuhalten? Ich glaube nein, da ihre Wunderbücher ꝛc. in Ordnung waren, keiner eine Waffe trug und sie ganz einfach erklärten, wir haben, um wohlfeiler in der Heimath reisen zu können, diese Wagen genommen. Freilich waren dies keine Flüchtlinge. Aber ich führe dies nur an, um zu beweisen, daß, wenn auch die Flüchtlinge in das Innere der Schweiz verlegt würden, die Nachbarn nicht hinlänglich geschützt sind, so lange die Intentionen für solche Bestrebungen überhaupt da sind. Wie man von zuverlässiger Seite hört, sind die Leute ohne Waffen vom Schweizerboden nach Baden gerückt; diese nebst Munition fanden sie dort. Und hier treffen wir auf eine Nachlässigkeit der badischen Behörden. In Karlsruhe wußte man, daß Etwas vorbereitet wurde, denn man requirirte ja bairische Truppen (?) Warum bewachte man nun nicht die badische Grenze besser? warum suchte man nicht in den Grenzorten nach Waffen, die dort massenweise aufgehäuft waren? Darum werfe man nicht alle Schuld auf die Schweiz.

Bern. Einen Beitrag zu der republikanischen Glückseligkeit der Schweiz liefert die N. Zürn. Ztg. die aus Riehen schreibt: So eben bietet unser Regierungsstatthalter Militär auf, um bei Malperswil gelagerte Heimatlose, an zweihundert, einzufangen. Diese Unglücklichen kommen aus dem Kanton Freiburg, wo man eine Streifjagd auf sie gemacht hat. Wann wird einmal diese Barbarei ihr Ende nehmen?

Basel. Die Basl. Z. schreibt: Am 26. faßte der Reg. Rath von Baselland folgende Beschlüsse: Führer des badischen Aufstandes und Flüchtlinge, die aus Baselland nach Baden gezogen sind, nach 24 Stunden polizeilich ins Innere der Schweiz oder nach Frankreich zu weisen. Gewöhnliche Flüchtlinge sind zu entwaffnen und drei Stunden von der Grenze zu weisen. Zuzüge aus dem Innern der Schweiz sind zurückzuweisen, (was bereits am Montag mit einem Trupp geschehen). Eine Scharfschützen-Komp. ist auf's Piket gestellt. Von Birsfeld sind alle Flüchtlinge bereits weggewiesen. — In Basel ist dafür gesorgt, daß die Flüchtlinge entwaffnet und sofort durch unser Gebiet durchtransportirt werden. Deutsche, die hier wohnhaft gewesen und am badischen Aufstand Theil genommen haben, werden sofort von hier weggewiesen.

Basel, 26. Sept. Die hier in Basel getroffenen militärischen Maßregeln haben die Ruhe auf unserm Boden gesichert, in Großhüningen dagegen hat sich eine Schaar gesammelt, deren Zahl verschieden angegeben wird, man spricht sogar von einigen Hundert, unter denen sollen sich Löwenfeld, (der nicht gesagen wurde) Doll, Mögling u. A. befinden. Gestern veranlaßte die Nachricht, diese Schaar wäre in Kleinhüningen bereits zu einem Einbruch ins Badische hier ziemliche Bewegung, es zeigte sich, daß sie auf Mißverständniß beruhte. Diese Nacht aber sollen sie über den Rhein gesetzt und Leopoldshöhe angriffen haben, aber von den dortigen Zollgardisten und herbeigeeilten Bauern aus Weil über den Rhein zurückgetrieben worden sein.

Mittags 12 Uhr. So eben wird uns gemeldet, daß diesen Vormittag der Einfall wiederholt worden sei, und daß Freischaaren mit Zollgardisten und Bürgerwehr auf der Leopoldshöhe in Konflikt gerathen sind. (Basl. Z.)

Großbritannien.

Y London, 27. Sept. Die Ereignisse in Frankfurt haben hier ein ungeheures Aufsehen erregt, ein kaum geringeres als der Pariser Juniaufstand. Im Mittelpunkt der civilisirten Welt, unter dem angeblich civilisirtesten Volke solche raffinirte Grausamkeiten und Barbareien, an Abgeordneten des Volkes fast in demselben Augenblick begangen, als ein ironischer unglücklicher Zufall wollte, daß Hr. Eisenmann die

Versammlung um Schutz für die Deutschen anging, die in fernem Ungerlande von den wilden Kroaten geschlachtet und gemartert werden! Man fragt sich, wenn man vor dem weißen Haare Jahns keine Scheu noch Ehrfurcht mehr hatte, wenn man selbst diesen Patrioten, welcher die Idee der deutschen Einheit vor Allen anregte, förderte und deßhalb büßen mußte, zu dem die Turner noch vor wenigen Jahren aus den entferntesten Gegenden wie zu einem Hellseher der Zukunft wallfahrteten, wenn man selbst diesen ehrwürdigen, geprüften und stets hoch treu erfundenen Kämpfer auf die Proskriptionsliste gesetzt und schon die wilde Meute gegen ihn losgelassen hatte, wer wäre dann noch seines Daseins sicher gewesen, wenn diese entmenschte Horde auch nur auf wenige Tage das Regiment in Frankfurt an sich gerissen? Daily News erzählt die an den beiden preußischen Abgeordneten begangenen grausen Moedthaten und die an Heckscher verübten Mißhandlungen, setzt aber hinzu: die Erzählung müsse wohl übertrieben sein, ein solcher Gräuel sei nicht denkbar unter einem Volke von dem Herzen und Geist der Deutschen; leider aber wurde die Erzählung durch spätere Berichte in allen Einzelnheiten bestätigt, ja sie blieb sogar noch unter der Wahrheit. Ja der Nummer des Morning Chronicle vom 25. März erzählt der wohlunterrichtete Frankfurter Korrespondent: „Es schmerzt mich, sagen zu müssen, daß das Bedauern über die Ereignisse vom Montag hier in Frankfurt nicht so allgemein ist, als es jeder Wohlmeinende wünschen müßte. In den Köpfen vieler jungen Kommis (die wahrscheinlich am liebsten ein Parlament aus ihren eigenen christlichen oder jüdischen Leuten bilden möchten) spukt die dumme Grille des Republikanismus. Von einigen Personen, von denen ich es nicht erwartete, vernahm ich ich will nicht sagen einen Scherz, aber doch Etwas, was einem Scherze nahe kam, über Auerswalds Mord. Deutschland ist in der That in einem jämmerlichen (wretched) Zustande.“ Wir Deutschen in London müssen all dies täglich lesen und hören und können die Wahrheit solcher Vorwürfe nicht ableugnen. Im Allgemeinen hält man die Deutschen, und die angeblich politisch aufgeklärten Gudner keineswegs ausgenommen, für politisch unmündig, trotzdessen, daß sie auf der hohen Schule zu Paris Barrikaden erbauen gelernt haben, die, wie es in den Times heißt, selbst der Faubourg St. Antoine keine Schande gemacht haben würden. Gerade dies ist der Unterschied zwischen Deutschen und Engländern, daß jene Barrikaden bauen aus leidiger Vorliebe für alles Französische, diese dagegen gerade deßhalb, weil die Barrikaden französische Erfindung sind, sich selbst im Falle einer Emeute schwerlich zum Barrikadenbau herablassen würden. Die politische Unmündigkeit in Deutschland schreibt man hier zum Theil dem Wirthshausleben zu, welches daheim eine nur zu große Rolle spielt; im Wirthshaus treibt man, studirt man Politik, tauscht man seine Meinungen aus und zuletzt behält der größte Lärmer und Scheerer Recht, und im heranschen Zustande, kaum noch seiner Sinne mächtig, stürzt man auf die Straßen, errichtet Barrikaden, meuchelt Abgeordnete und treibt das Gräßlichste, das Unerhörteste thun, wenn nicht gerade die „verthierten Söldlinge“ diese Bestien (ich kenne keinen andern Ausdruck) von dem Einbruch in das Heiligthum der Nationalversammlung abgehalten hätten; denn hier, wie wohl auch überall, ist man darüber nicht im Zweifel, daß man in diesem Falle alle mißliebigen Deputirten abgeschlachtet und die Paulskirche in ein Metzgerhaus verwandelt haben würde.

Es ist nur ein schwacher Trost, wenn wie Deutsche hier in England uns einreden: solche Greuel seien den Deutschen durch die Verführungskünste ausländischer Propagandisten eingeredet worden, namentlich durch jene äußerlich glattgeleckten, innerlich verwilderten Polen, welche ihr Vaterland auf den Trümmern aller gesellschaftlichen und politischen Ordnung wieder herzustellen meinen. Diese verwöhnten Söhne des Unglücks, die auf ihrem nicht unverdienten Mißgeschick durch ganz Europa förmlich Parade ritten, verscherzen durch ihre aufruhr- und meedstifterische Thätigkeit die Sympathie, welche man hier für sie hegte, bei allen Besseren immer mehr. Nie aber würde z. B. die starke Nationalität der Engländer je ausländische Wühler so große Macht über sich gewinnen lassen, während das arme, uneinige Deutschland nach allen Richtungen von unheimlichen Maulwürfen des Auslandes unterwühlt und untergraben wird. Die englische Regierung hat inzwischen mit kräftiger Hand die chartistischen Umtriebe in England und die Aufstandsversuche in Irland gedämpft. Dennoch aber wird man dem Drang nach durchgreifenden Reformen nicht widerstehen können, und die Regierung, wenn sie, wie vorauszusehen ist, diesem Bedürfniß nicht entgegenkommt, abtreten müssen. Diese ohne Zweifel friedliche und gesetzliche Revolution wird aber in England wohl nicht eheranfangen, bis die Revolution auf dem Festlande in höheren Wogen schlägt. In Bezug auf diesen Gegenstand ist eine Schrift von dem Professor der lateinischen Sprache an der Londoner Universität, H. W. Newman, die unter dem Titel: „An appeal to the middle classes on the urgent necessity of numerous radical reforms“, London, 1848, erschienen ist, sehr beachtenswerth. Da ich gerade bei Literarischem stehe, so erlaube ich mir noch, Ihre Leser auf die Schrift von M. J. Mayers, Geistlichem in Norfolk, „Note book of the late civil war in Switzerland“ (Zürich 1848) aufmerksam zu machen. Das einfach und gut geschriebene Büchlein enthält eine anschauliche Uebersicht über den Sonderbundskrieg, der, obschon nur ein Binnenereigniß und unbedeutend in seiner äußeren Erscheinung, doch eigentlich den ersten Anstoß zu den späteren weltgeschichtlichen Ereignissen gab. Mögen sich die deutschen Republikaner merken, was der Verfasser auf S. 49 sagt: „es ist eine verächtliche, eine haßenswürdige, ja eine verrätherische That, den Fremden zum Einfall in das eigene Heimathsland herbeizurufen“. Endlich möchte ich die von Caroline von Creepigny veranstaltete Sammlung von Gedichten, welche unter dem Titel: „A vision with other poems and translations from the poetisses of Germany“, der Theilnahme deutscher und englischer Leser empfehlen. Die Dichterin lebt, wie ihr geistreicher Mitdichter und Mitübersetzer, Kapitän Medwin, in Ihrem romantischen Heidelberg, wo man allerdings gegenwärtig weniger als hier in London (trotz unserer Chartisten) Muße und Stimmung haben wird, sich an den zartesten Gaben der Muße zu erfreuen.

London, 27. Sept. Die heutigen Zeitungen sind an Neuigkeiten aus dem eigenen Lande so gut wie gänzlich leer. John O'Connell hat das ihm vom Vater hinterlassene Geschäft der Repeal wieder von Neuem angefangen und eine Fünf-Schilling-Subskription eröffnet, wovon die Gläubiger des Repealvereins befriedigt werden sollen. So hofft man die historisch-merkwürdige Versöhnungshalle nicht öffentlich an den Meistbietenden versteigern zu müssen. Inzwischen ist einer von der zahlreichen Familie der O'Connells, Sir M. O'Connell, in Sydney, wo er Befehlshaber der englischen Truppen war, am 27. Juni mit Tod abgegangen.

Frankreich.

Paris, 27. Sept. Auch hier hat die dänische Regierung angezeigt, daß sie in keine Modifikation des Waffenstillstands willigen werde und hinzugefügt, daß wenn Deutschland sich weigere, die Bedingungen zu erfüllen, die dänische Armee sogleich wieder Schleswig besetzen und die deutschen Häfen blokiren werde.

Louis Bonapartes Ankunft in Paris und sein Erscheinen in der Nationalversammlung hat nach Außen keinen sichtbaren Eindruck gemacht. Paris war gestern Abend nicht bewegter als gewöhnlich und selbst alle früheren Vorsichtsmaßregeln waren eingestellt worden. Vor dem Palaste der Nationalversammlung standen einige Gruppen Neugieriger, die jedoch den neuen Vertreter, der seinem großen Oheim nicht im Mindesten ähnlich sieht, weder beim Kommen, noch beim Weggehen erkannten.

Die Nationalversammlung hat gestern, nachdem sie Napoleons Wahl für giltig erklärte, sogleich auch die Bewilligung zur Fortsetzung der gegen ihn eingeleiteten gerichtlichen Verfolgung gewährt. Nur Ledru-Rollin und die äußerste Linke votirten dagegen.

In der heutigen Sitzung wurde die Verhandlung über die Frage — ob eine oder zwei Kammern? — fortgesetzt. Lamartine trat mit einer großen Rede für das Einkammersystem hervor. Sein Hauptargument war, daß Frankreich entgegengesetzte Verhältnisse habe, als England oder Nordamerika; dort sei es die erbliche Aristokratie, hier der Föderalismus, der zwei Kammern erfordere. In Frankreich sei die demokratische Einheit Prinzip, und deßhalb bedürfe man eine rasche, energische Gewalt. Die Rede war reich an scharfen Ausfällen gegen die Konstitutionellen, verbreitete sich ausführlich über die gegenwärtige Lage und schloß mit dem Winke, es könne eine Diktatur nothwendig werden, und diese müsse dann in einer Vesammlung liegen, die sie einem Individuum oder einem Ausschusse übertrage. Bei diesem letzten Punkt faßte ihn sein Nachfolger, O. Barrot, und begann mit der bittern Wahrheit, Lamartine sei in die Tiefe der Frage eingedrungen und habe so Wahrheiten zu Tage gefördert, die der von ihm behaupteten Meinung geradezu entgegen seien. In seinen letzten Worten liege ja die Frage nackt und unverhüllt, sie spreche sich in dem Worte aus: Diktatur. Ja, eine Diktatur wolle man bilden mit einer einzigen Kammer und was noch schlimmer sei eine permanente Diktatur. Man brauche nur in der Geschichte Frankreichs zurückzublättern, um zu finden, daß dies wahr sei. „Als unsere Väter eine revolutionäre Ausnahmeregierung schufen, sagten sie es gerade heraus, und wie wollen unter der Maske einer demokratischen Konstitution die revolutionäre Regierung permanent machen.“ Der Redner geht dann auf den Konvent ein, weist nach, wie Zeit und Bedürfnisse verschieden gewesen seien, geht die aus-

Digitized by Google

Oesterreich. †† Wien, 23. Sept. Während der Schwerpunkt deutscher Kraft durch politischen Fanatismus angegriffen wird, bereiten sich bei uns ebenso inhaltschwere Scenen vor, welche aber, in größeren Kreisen vorbereitet, noch blutiger im Vernichtungskampfe nationaler Vorurtheile auftreten werden. Das Drama in Ungarn wird von Gästen besucht, die eine Hauptrolle spielen wollen, es sind die Swornostmänner von Prag. Ein Abgeordneter des Wiener Reichstages, Hr. Hawliczek, ist seit mehreren Tagen nicht mehr auf seinem Platze zu sehen, man vermißt ihn in Wien; er steht an der Spitze der furchtbaren Swornost und wüthenden Slaven, mit denen er die böhmisch-mährische Grenze überschritten hat ins Slavakenland einfallend, um die magyarische Nation zu vernichten. So reichen die Czechen den Südslaven die Hände, polypenartig die inmitten liegenden deutschen Kreise umschlingend, welche sie aus Großmuth so lange existiren lassen, bis sie das Slavenreich gebildet und, Weltgesetze gebend, die Deutschen geknechtet haben werden. Diese Idee ist von Deputirten der Czechenpartei ungescheut im Wiener Reichstage ausgesprochen worden. Rieger behauptete, daß Oesterreich nur von den Slaven gehalten werde, welche es zerfallen lassen können, wann und so oft sie es wollen; ferner unterstand sich dieser unverschämte Prahler die Deutschen Prags Kolonisten gestern zu nennen. Der gesinnungskräftige obscure an Zahl kleine „Verein der Deutschen in Oesterreich" erließ ein Manifest vortrefflich abgefaßt gegen die slavischen Deutschenfresser. Die hier anwesenden Nationalgarden von Prag haben um Versetzung des Fürsten Windischgrätz und Auslieferung von 6000 Gewehren gebeten. Beides soll ihnen Hr. Latour zugesagt haben, welchem jedoch die in Prag kürzlich gebauten Baracken auf den Lagerplätzen der bisher unter Zelten kampirenden Soldaten keine große Glaubwürdigkeit geben. Ja Prag herrscht jetzt die Apathie der Gesinnungslosigkeit. Alles ist zerfallen, die Besitzenden, ob Czechen oder Deutsche, sind wie überall furchtsam. Die 67 treiben allein noch ihr Spiel mit Drohbriefen, welche dieser dunkle Schreckensbund den Leuten ins Haus schickt und Erklärung des politischen Nationalglaubens fordert. Von 79 Abgeordneten, welche Böhmen nach Frankfurt zu schicken hat, sind erst 19 oder 20 nach Frankfurt gewählt. Das Ministerium Doblhoff vom deutschen Verein aufgefordert die rückständigen Wahlen zu veranlassen, zeigt leider keine Energie der Aufforderung zu genügen. — Die Triestiner Slavoitaliener fantasiren jetzt auch von einem Südslavenreiche dessen Hauptstadt Triest sein soll! — Die Montenegriner nennen den Jellachich unverhohlen einen Verräther weil er die Serben im Stiche ließ, und die versprochene Hilfe nicht leistete. In Zagorien (Civilkroatien) sind anarchische Bewegungen der Bauern gegen die Herren und Grundherren ausgebrochen. Sie wollen keinen Grundzins und kein Beregelt mehr zahlen. Ein Bauernkrieg im Rücken von Jellachich, welcher durch den Jessipovich den comes Tarcpolyä des ungarischen Edelleutwahlbezirks in Kroatien genährt wird. Die Turnpuiker waren bis vor zwei Jahren eine den Kroaten furchtbare Macht. Sie sind durchweg Edelleute, meist Schweinehirten, und besaßen Virik-Stimmen, deren sie unter dem Banale des Grafen Haller verlustig wurden. Sie sind jetzt ein brodender Hinterhalt und würden bei günstigem Erfolge der ungarischen Waffen sogleich sich erheben. Der als Verräther erklärte Graf Tekelyi ist vom Palatin entkommen worden. Die sächsischen Deputirten aus Siebenbürgen verließen alle wegen des Rekrutengesetzes den Reichstag und Pesth. Man verspricht sich vom Minister Bathyani jetzt mehr Mäßigung. Der Landsturm sammelt sich rasch. Das vor Kurzem erntete Preßburg rüstet jetzt energisch gegen die Kroaten. Kuranda's Zeitung, die „Ostdeutsche Post", erscheint mit 1. Oktober und wird den Titel vertreten. Der neue konstitutionelle Verein erläßt auch zwei Tendenz-Zeitungen, die eine populär, die andere für höheren Lesercyklus. Vor einiger Zeit wurde Dr. and Unterstaatssekretär Fischer als außerordentlicher Kommissär nach Tirol geschickt, um dessen Interessen zu erörtern nad, wie man sagt, die bevorstehende Trennung Deutsch- von Wälsch-Tirol and Reorganisation der Innsbrucker Universität vorzubereiten. Der sonst populäre Mann hat seinen früher beliebten Namen dadurch verloren; die Stimmung ist gegen eine Trennung und drohte durch eine nach Wien geschickte Deputation mit einem engeren Anschluß an Deutschland, welchem es seine geistigen und materiellen Interessen näher stellen, als Oesterreich. — Der angebliche Mörder der Fürstin Windischgrätz ist vor einigen Tagen in Prag auf freien Fuß gesetzt. Die Gesandtschaft der Romanen von Bukarest, welche unlängst, wie ich Ihnen berichtete, nach Konstantinopel abgegangen ist, um direkt mit der Pforte zu verhandeln, ist auf Betrieb des russischen Gesandten gar nicht empfangen worden, die geschehenen Zugeständnisse des Sultans sind so gut wie förmlich desavouirt und der frühere Gesandte in Spanien, Fuad Effendi, nach Giurgin geschickt worden, um die Beschwerden der Romanen neuerdings zu untersuchen.

Wann wird Deutschland die Streitigkeiten der Donauländer schlichten! So lange Frankfurt unterwühlt wird, gewiß nicht. — Die Weihe von 6 Fahnen der Nationalgarden wird morgen am Glacis gefeiert, wozu der Kaiser erwartet wird. Es wäre wünschenswerth, die Einzug der Garden auch von Oben unterstützt zu sehen.

☽ Berlin, 25. Septbr. Sie wissen bereits aus meinem vorigen Berichte, daß heute die schwierige Frage wegen des Heereserlasses zur Erörterung kommen sollte. Die ängstliche Spannung der gesammten Bevölkerung zeigte zur Genüge, welche Folgen von einer unzureichenden Beantwortung befürchtet wurden. Man gab der Interpellation den Vorrang vor allen übrigen Gegenständen. Eine unerträglich langweilige, auf den gewöhnlichen Gemeinplätzen herumtradende und sehr an eine lateinische Grammatik erinnernde Rede des Abg. Parr, welcher die Interpellation einleitete, wurde mit derselben klassischen Ausdauer, wie sich ihr Ueberer auf der Tribune behauptete, zu Ende gehört. Die Regierung gab „mehr, als selbst die äußerste Linke erwartet hätte". Zunächst verlas General Pfuel das Schreiben des Hrn. v. Schreckenstein vom 13. Sept. an die kommandirenden Generale, welches die öffentlichen Blätter bereits mittheilten. Sodann bemerkte er: Das gegenwärtige Kriegsministerium habe am 23. das Programm der Regierung den kommandirenden Generalen mitgetheilt und dabei den festen Willen ausgesprochen, allen reaktionären Bestrebungen im Heere entschieden entgegenzutreten, welche man, nicht zu dulden, fest entschlossen sei. Die Generalkommandos werden aufgefordert, auf das gute Einvernehmen zwischen Bürger und Heer kräftig hinzuwirken, die Offiziere aller Grade von denselben Ansichten der Regierung in Kenntniß zu setzen und sie unter Hinweisung auf den Eid, welchen sie auf die künftige Verfassung leisten würden, darauf aufmerksam zu machen, daß mit der Uebernahme einer solchen Verpflichtung alle antikonstitutionellen Bestrebungen im Widerspruch stehen und überhaupt mit der Stellung eines Offiziers unverträglich seien, daß endlich die von dem Könige verheißne konstitutionelle Entwicklung durch das Heer nicht bedroht, sondern unterstützt werden müsse. Sie sehen, man macht den Offizieren aus einer unkonstitutionellen „Gesinnung" zwar keine „Ehrenpflicht", ihren Abschied zu fordern, sondern man wird nur Handlungen, Bestrebungen in gewissem Sinne „nicht dulden". Dies ist mehr, als gefordert war. Die Diskussion wurde eingeleitet. Die Stimmführer sämmtlicher Parteien sprachen sich billigend aus: Unruh fürs Centrum, Schulz aus Wanzleben und Stein für die äußerste Linke, Baumstark für die Rechte, und Parrisius für die Linke. Unruh fand keinerlei Bedenken, die Beschlüsse der Versammlung vom 9. August und 7. Septbr. für aufgehoben zu erklären, verwahrt sich indeß gegen ein Vertrauensvotum für die Minister. Die Einigkeit zwischen Krone, Nationalversammlung, Volk und Heer herzustellen, sei der Zweck jener Beschlüsse gewesen. Die Regierung habe 4 Wochen lang geschwiegen, wohl nicht ohne Verletzung der Form. Der Kern des Schulze'schen Zusatzes sei gewesen, daß reaktionaire Officiere nicht ferner dienen sollen; die Regierung habe jetzt erklärt: reaktionäre Bestrebungen würden nicht geduldet werden, sie seien unverträglich mit der Stellung eines Offiziers. Die Regierung sei an ihr Wort gebunden. Ein Andres sei freilich, ob man damit Alles erreiche, was man bezwecke, doch werde man im Kampfe gegen die Reaktion die Oberhand behalten, wenn man mit der Energie Mäßigung und Ruhe verbinde. Schulz aus Wanzleben ist großentheils, Parrisius vollständig befriedigt, Stein freut sich, aussprechen zu können, daß das Ministerium die Beelangen der Versammlung in dem Sinne ausgeführt habe, wie am 9. August. und 7. Septbr. beschlossen sei und wie sie das frühere Ministerium für unkonstitutionell erklärt habe. — So herrschte in allen Theilen unsres parlamentarischen Feldlagers der Geist der Eintracht und der Versöhnung, und wenn auch die immer bereiten Meister im Barrikadenbau ihr „todesmuthiges" Behagen kaum zurückhielten und die neuangeschafften rothen Jakobinermützen, welche heute auf dem Haupte manches Demokraten, dessen zerlumptes Aussehen nicht eben große Ausgaben zu ertragen schien, umsonst prangten, wenn auch Präsidenten demokratischer Gesellschaften vor dem Sitzungsgebäude der lauschenden Menge eröffneten, daß zwischen Schinderhannes und dem General Pfuel nur ein geringer Unterschied sei, wenn man auch grollte: die Revolution sei nur vertagt, die Steine würden dennoch aus der Erde wachsen — so ist dennoch der „große Kampf" für heute wenigstens vereitelt und vielleicht überzeugt sich Mancher, daß die jetzt um die Hauptstadt zusammengezogenen Truppen wenigee zur Unterstützung einer unsinnigen Reaktion bestimmt, als gegen die hochverrätherischen Angriffe unserer „Volksfreunde" auf die Freiheit der Berathungen innerhalb der Landesversammlung gerichtet sind, and nur auftreten, sobald die Bürger selbst sich außer Stande erklären, diese zu schützen und mit kräftigem Arme zurückzuweisen. —

Digitized by Google

Ein Antrag des Abg. Stein an die Regierung, daß sie alle mit dem Bundestage und der Centralgewalt gewechselten Schriftstücke vorlege, wurde zur gewöhnlichen Tagesordnung verwiesen. Rees von Esebeck befragt den Justizminister 1. wegen des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit (Habeas-Korpus-Akte); 2. wegen des Gesetzes über Aufhebung der Todesstrafe in zwei getrennten Interpellationen. Hinsichtlich der ersten verspricht der Justizminister die Veröffentlichung des Gesetzes binnen einigen Tagen. Bei der zweiten Interpellation entsteht durch die ungeschickte und schwankende Leitung des Vicepräsidenten eine solche Verwirrung und Aufregung, daß der Interpellant vorzieht, seine Frage zurückzuziehen. Hoffentlich wird die Regierung die Versammlung und das Land über ihre in dieser Zeit doppelt wichtige Ansicht in Betreff der Todesstrafe nicht lange in Ungewißheit lassen. Unentschiedenheit und der Mangel eines keine Deutung zulassenden Programmes von Seite der Regierung war der Hemmschuh, welcher bis jetzt den Freunden einer gediegnen Freiheit jede Unterstützung ungemein erschwerte und es möglich machte, daß die jammervollen Gestalten unsrer demokratischen Abenteurer einen solchen Einfluß erlangen konnten, wie sie sich dessen bei einem Theile der hiesigen Bevölkerung rühmen können. Die Erklärung der Krone, welche jüngst über den Beschluß vom 7. Sept. abgegeben wurde, ist heute nicht angegriffen worden; man hat heute nicht, wie man es damals that, alles Gewicht auf die Form gelegt, sondern sich mit einer Ausführung des Volkswillens begnügt, welche die wahre Freiheit desselben in keiner Weise beschränkend, die Krone in ihrer Würde und Macht als Vertreterin der Volkssouveränetät bestehen läßt, die Trennung der Gewalten anerkennt und zum Heile unsere Freiheit in der Landesversammlung etwas Besseres sieht, als das Phantasiegebilde eines souveränen Vollziehungsausschusses.

Schleswig. * Altona, 25. Sept. Die neue Immediatkommission Moltke, Hansen und Johannsen hat sich von Sonderburg an den General v. Bonin um Schutz gewendet, doch hat sich dieser dahin erklärt, daß er sie nicht schützen könne, sondern Befehl gegeben habe, sie zu verhaften. In Folge dessen erließ er folgenden Armeebefehl: „Generalkommando der Herzogthümer. Schleswig, 22. Sept. 1848. Durch eine Bekanntmachung, d. d. Sonderburg, 18. Sept. 1848, gerichtet an die Behörden, Beamten und Einwohner der Herzogthümer Schleswig-Holstein und unterzeichnet Moltke, Johannsen und Hansen, erhellet, daß sich in Sonderburg eine sogenannte „„Königl. Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein““ gebildet hat, welche die Befolgung ihrer Befehle von den Behörden und Beamten der Herzogthümer in Anspruch nimmt und behauptet, daß sie in Gemäßheit des zwischen Ihren Majestäten, den Königen von Preußen und von Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstands, als einzig rechtmäßige oberste Verwaltungsbehörde der beiden Herzogthümer bestünde. Ich sehe mich in Folge dieser Bekanntmachung veranlaßt, dem Kommandanten der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu eröffnen, daß mir von der Einsetzung dieser sogenannten königlichen Immediatkommission Nichts bekannt ist. „„Die genannte Regierung““, welche nach dem Art. 7 des Waffenstillstandvertrages für die beiden Herzogthümer eingesetzt worden, und welche aus 5 Mitgliedern bestehen soll, hat sich noch nicht konstituiren können und ist noch nicht von den beiden hohen kontrahirenden Theilen eingesetzt worden, wie der genannte Artikel vorschreibt. Die oben genannte „„Königl. Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein““ ist somit im Wesen und im Namen von jener einzusetzenden „„gemeinsamen Regierung für die beiden Herzogthümer““ durchaus verschieden und daher nicht als eine rechtmäßige Verwaltungsbehörde für die letzteren zu betrachten und anzuerkennen. Sie maßt sich vielmehr widerrechtlich die der genannten „„gemeinsamen Regierung““ zustehenden Gerechtsame an. Die hochlöblichen Kommandanturen werden daher hierdurch angewiesen, die Einwohner, Beamten und Behörden gegen diese sogenannte „„königliche Immediatkommission““ zu schützen und wenn durch deren Auftreten in den Herzogthümern irgendwo Unruhen entstehen sollten, diesem kräftigst im Zusammenwirken mit den jetzigen Beamten und Behörden zu steuern. Von solchen Vorkommnissen ist sogleich auf das Schnellste hierher Meldung zu machen und haben die Kommandanturen die kräftigste Unterstützung meinerseits bei Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu erwarten. Im Uebrigen verweise ich auf die an die Kommandanturen von mir erlassenen Befehle vom 17. d. M. Die hochlöblichen Kommandanturen sind ermächtigt, den Ortsbehörden von vorstehendem Befehl Kenntniß zu geben. Der kommandirende General der Herzogthümer: v. Bonin.“ —

Schweiz.

☽ Bern, 22. Sept. Gestern hat die Tagsatzung die Note Radetzky's an den Staatsrath von Tessin und dessen gegen diesen Kanton ergriffene Maßregeln behandelt. Der Antrag der Tagsatzungskommission lautete: Die eidgenöss. Tagsatzung, nach Einsicht einer sowohl vom Staatsrathe des Kantons Tessin als von Seite der k. k. österreichischen Gesandtschaft in der Schweiz, dem Vororte übermachten Note des Herrn Feldmarschalls Radetzky an den Staatsrath des Kantons Tessin, d. d. 15. Sept. a. c., sowie von der Seite des Letzteren sub 16. Sept. darauf ertheilten Antwort und der Zuschrift des Staatsraths des Kantons Tessin an den eidgenöss. Vorort, d. d. 16. Sept. 1848, beschließt: Art. 1. Der eidgenöss. Vorort wird beauftragt, durch das Mittel des schweizer. Geschäftsträgers in Wien bei der k. k. österreichischen Regierung gegen die von Hrn. Feldmarschall Radetzky in der angeführten Note angedrohten und, amtlichen Mittheilungen zufolge, schon unterm 17. Sept. wirklich in Vollziehung gesetzten Maßregeln nachdrucksamst Beschwerde zu erheben und auf unverzügliche Aufhebung derselben zu dringen. Dabei wird der Vorort, mit Benutzung sämmtlicher hierauf bezüglichen Akten, darauf hinweisen, daß die Schweiz, selbst mit bedeutenden Aufopferungen und entgegengesetzte Erlebnisse vergessend, sich bestrebt habe, während der kriegerischen Vorgänge in der Lombardei, sowie immer und nach allen Seiten hin ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, und daß die Anerkennung dieses Bestrebens selbst von der k. k. österreichischen Regierung durch Zuschrift ihres Gesandten bei der Eidgenossenschaft noch unterm 16. September unzweideutig ausgesprochen sei, daß auch die Beschwerden des Herrn Feldmarschalls Radetzky, betreffend Umtriebe lombardischer Flüchtlinge im Kanton Tessin, welche zu jenen Maßregeln Veranlassung gegeben haben sollen, nicht als begründet anerkannt werden können; daß aber endlich selbst dann, wenn jene Bestreben gegründet wären, diese Maßregeln dadurch keineswegs gerechtfertigt würden. Art. 2. Von der an die k. k. österreichische Regierung in Folge obigen Auftrags erlassenen Note wird der Vorort dem außerordentlichen Gesandten derselben bei der Eidgenossenschaft Kenntniß geben. Art. 3. Zur Wahrung der schweizerischen Interessen sendet die Tagsatzung zwei eidgenöss. Repräsentanten in den Kanton Tessin ab. Art. 4. Denselben wird eine Brigade eidgenöss. Truppen unter eidgenöss. Kommando, für einstweilen bestehend aus 2 Bataillonen Infanterie und 1 Kompagnie Scharfschützen, durch welche die gegenwärtig in Tessin aufgestellten Truppen abgelöst werden, zur Verfügung gestellt. Art. 5. Für die Zeit einer allfälligen Vertagung der Tagsatzung wird der Vorort bevollmächtigt, im Sinn dieser Beschlüsse die im Interesse der Eidgenossenschaft allfällig weitere erforderlichen Schritte zu thun. — Außer diesem Antrag, welcher nach einer 7stündigen, sehr lebhaften Diskussion angenommen worden, beschloß noch die Versammlung, daß die Note an den Wiener Hof schleunigst durch Estaffette geschickt werde, ferner den Repräsentanten gestattet sein sollte, die Truppen in Tessin nach Umständen zu entlassen oder zu verstärken. — In der Diskussion zeigte sich eine allgemeine Entrüstung über die Handlungsweise Radetzky's, der, ohne Antwort abzuwarten, sogleich 2000 Tessiner mit Weib und Kind aus der Lombardei weist, „sous peine d'être processés militairement.“ Es wird angeführt, wie Oesterreich seiner Zeit den Sonderbund als die alleinige und wahre Schweiz anerkannt und die Empörung mit Geld und Waffen unterstützt habe, wie dagegen die Eidgenossenschaft mit Verläugnung ihrer Sympathien in dem lombardischen Kriege die Neutralität streng gewahrt und dadurch vielleicht der ganzen Sache die Wendung gegeben habe, daß die Oesterreicher jetzt Sieger seien. Denn was würde wohl geschehen sein, wenn die Schweiz im Anfang des Kampfes 10000 Mann in die Lombardei geworfen hätte? Die Mehrzahl der Stände, und zwar die gemäßigteren, denn die übrigen wollen schon jetzt viel strengere Maßregeln ergreifen, will auch diesmal kein Haarbreit von dem Weg der Mäßigung und Gerechtigkeit weichen. Man schickt Repräsentanten nach Tessin, um zu untersuchen, ob die dortige Regierung ihrer Pflicht gethan hat; ebenso will man zuerst gütlich mit dem Wiener Kabinet verhandeln; wird man aber nicht gehört, dann ist die Tagsatzung entschlossen zur äußersten That. — Nach Beschluß des hiesigen Regierungsraths werden die Wahlen in den Nationalrath in den 6 Wahlkreisen am 8. Oktober abgehalten. Schon regt sich die radikale Partei und sucht durch ausgeschriebene Vorberathungen die Wahlen in ihrem Sinne zu leiten. — Hr. Prof. Renaud von hier hat einen Ruf als Lehrer des Rechts nach Gießen erhalten und angenommen.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Convent-Garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. A. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandgasse, Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 266. Frankfurt a. M., Montag 2. October. 1848.

Uebersicht.

Zur Verständigung.

Deutschland. Frankfurt (Der Würtemberger Hof und das Ministerium. Die Anforderungen an das Ministerium und seine Lage. Erste amtliche Verkündigung eines Reichsministerialerlasses in Preußen. Rußlands Hände in den westeuropäischen Angelegenheiten). Wien (Manifest des Kaisers an die Armee und das ungarische Volk. Journalistenacht. Erzherzog Stephan. Ausweisungen. Herr v. Schwarzer). Berlin (Die politischen Schattirungen in Preußen. Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit). Vom Rhein (Die Lage der demokratischen Partei und ihre Organe). Posen (Die wahren Absichten der Ugn polka). Mannheim (Herabgedrückte Stimmung der Radicalen. Der Wunsch des Volkes nach einer kräftigen Centralgewalt). Rinteln (Adresse an die Nationalversammlung). Darmstadt (Die Wünsche des Landes und die Aufgabe des künftigen Landtags). Jena (Die neuen Wahlen für's Professorencomité). Altenburg (Das Treiben der Volksmänner. Particularistische Urtheilslosigkeit). Altona (Papiergeld. Proposition Friderici's. Sitzung der Landesversammlung. Verlegung der Regierung nach Schleswig. Bonl schleswig-holsteinischer General. Dänische Kreuzer). Verhandlungen der Nationalversammlung. vom 2 October (Anfragen und ministerielle Erwiederungen. Präsidentenwahl. Grundrechte).

Großbritannien. London (Ueble Stimmung der Engländer über die neuesten Tarifveränderungen des Zollvereins).

Frankreich. Paris (Tagesbegebenheiten).

Börsenbericht von Frankfurt (vom 23. bis 30. Sept.). Paris (Courszettel vom 29. Sept.)

---

2. October.

Von ihrer fast ländlichen Stätte an den Platz übergesiedelt, dessen Mauern das Herz des Vaterlandes umschließen, hat wohl die „Deutsche Zeitung," ehe sie von Neuem, nunmehr in unmittelbarster Nähe, auf das buntbewegte Leben ihr Auge richtet, einen Blick nach Innen auf sich selbst zu werfen. Der Ortswechsel ist nicht die einzige Veränderung, die sie in den letzten Tagen erfahren. Wie schon die Unterschrift darthut, ist nämlich das Blatt, wenn auch nicht auf Fremde übergegangen, doch nicht mehr in den Händen der Männer, welche vor fünfviertel Jahren durch die Stiftung desselben Deutschland ihre Bürgerpflicht erfüllt und durch seine Leitung in der kreisenden Zeit die Achtung und den Dank aller Derer erworben haben, bei denen der Kampf für eine von keiner Seite abhängige, nur in der selbstsuchtslosen Ueberzeugung der Wahrheit fußende politische Anschauung jemals etwas gegolten hat. Aber so groß auch die Lücke stets bleiben wird, welche durch den Rücktritt eines Gervinus, eines Häusser von ihrer bisherigen Stellung zu der Zeitung in dem Kreise der Kräfte entstanden ist, die sich aus der Nähe und Ferne täglich um dieses Banner schaaren; seine Farben, sein Spruch sind unverändert dieselben, und nach wie vor lautet der Feldruf: Ehrlichkeit in der Politik.

In unserer Geschichte ist gegenwärtig der Augenblick gekommen, wo es sich zeigen muß, ob unsere letzte Vergangenheit der Keim einer neuen Zukunft gewesen, ob es uns möglich ist, unsere jetzige reiche Geistesbildung nachträglich auf einer festen politischen Grundlage sicher zu stellen; oder ob unser ganzes bisheriges Dasein nur ein Nachglanz jener Jahrhunderte war, während welcher das Scepter des deutschen Reiches über Europa gebot, und wir somit jetzt vergeblich zum Fortbau des staatlichen Domes Steine herbeischaffen. Gewaltig ist der Moment der Entscheidung, er stellt an uns Alle die Anforderung der ernstesten Besonnenheit des Gedankens und der reinsten Sittlichkeit des Gemüthes. Nicht in Ueberstürzung des Schaffens kann die deutsche Einheit begründet und weiter gefördert werden; sie läßt sich nicht durch Machtsprüche aus dem Mittelpunkte nach allen Seiten des Kreises geschnellt, befehlen; das Herz ist in unserem Staatskörper nicht das ursprünglich daseiende Organ, das mit treibender Kraft aus sich heraus die Außentheile ansetzt — von der Peripherie des vorhandenen politischen wie materiellen Sonderthums müssen die Adern vorsichtig zu dem sich zuletzt bildenden Centrum hingesponnen werden; man muß ihnen Frist gönnen, sich an den neuen Blutumlauf zu gewöhnen; dann erst vermag der Knoten sich zu schürzen, der selbst die diametral sich gegenüber liegenden Radien unauflöslich mit einander verbindet.

Und bei ihrer Mithülfe zur Vollendung der so aufgefaßten Aufgabe der Gegenwart, bei ihrem Streben, den Pulsschlag des parlamentarischen Lebens in alle Theile Deutschlands überzuleiten, und wiederum die Empfindungen der einzelnen Glieder in rückhaltloser Treue zu dem Gesammtorgane zurückzuführen, wird die Deutsche Zeitung ihr bisheriges Princip ungeschmälert aufrecht erhalten; sie wird für dasselbe in den Kampf gehen, unbekümmert darum, wer sich ihr als Feind entgegenstelle. Es wird sie freuen, in freier Ueberzeugung die Regierungsgewalt, so weit es in ihren Kräften liegt, stützen zu können — aber sie stützt nur Maßregeln, nicht Männer! und sieht sie sich auf die ihr nicht ungewohnte Bank der Opposition versetzt, so wird sie sich der Macht der gewonnenen Preßfreiheit in ihrem ganzen Umfange zu bedienen wissen.

θ **Frankfurt**, 30. Sept. Ihr gestriges Blatt sagt in einem Correspondenzartikel aus Frankfurt, es sei in der Partei des Würtemberger Hofes mit 25 gegen 20 Stimmen beschlossen worden, das Reichsministerium zu stützen. Diese Angabe beruht auf einem Irrthum und es mag vergönnt sein, hier einige Worte über die Parteistellung in der Paulskirche zu sagen und daran die Berichtigung des Irrthums zu knüpfen. Es ist unverkennbar und wurde auch in der deutschen Zeitung schon hervorgehoben, daß seit den Verhandlungen über den Malmöer Waffenstillstand eine Veränderung, ja wir möchten sagen, eine Unordnung in die Stellung der Parteien gekommen ist. Diese wurde durch die traurigen Vorfälle vom 18. Sept. noch vermehrt. In manchen Kreisen, wie z. B. in dem des Würtembergs Hofes, hatte stets die Befürchtung geherrscht, daß man von Seite der Casinopartei niemals sich zu einem kräftigen, entschiedenen Auftreten gegen unberechtigten, die Einheit des Vaterlandes störenden Particularismus entschließen würde. Zu dieser Befürchtung gesellte sich nach dem 18. Sept. noch die durch ziemlich bestimmt lautende Gerüchte hervorgerufene Besorgniß, es würden aus dem Schooße des Casinoclubbs Vorschläge zu wahrhaft reactionären Maßregeln hervorgehen. Hierdurch vergrößerte sich die ohnehin bei vielen bestehende Abneigung gegen die Fractionen der Rechten, und vornehmlich hiedurch ist es zu erklären, daß viele Mitglieder des Würtemberger Hofes gegen die von der rechten Seite ausgegangene Ansprache an das deutsche Volk und bald darauf für mehrere Anträge stimmten, welche direct ein Mißtrauensvotum gegen das Reichsministerium enthielten. Ein solches Schwanken, ein solches Abhängigsein von Zufälligkeiten konnte nicht auf die Länge fortdauern, ohne daß dadurch der Fortbestand des Reichsministeriums und das Zusammenwirken der wahren Vaterlandsfreunde in der Paulskirche sehr bald unmöglich geworden wäre. In allen Clubbs mußte sich die Frage hervordrängen, ob man das Reichsministerium in seiner schweren, dornenreichen, verantwortungsvollen Stellung unterstützen wolle oder nicht? Diese Frage wurde auch im Würtemberger Hof angeregt und nicht mit 25 gegen 20 Stimmen, sondern einstimmig entschied man sich dahin, das Ministerium zu stützen in allen Maßregeln, welche es gegen Anarchie, wie ge-

gen Reaction in den Einzelstaaten ergreifen würde. Darüber war man einig, daß in einem Augenblick, wie dem gegenwärtigen, in welchem das Vaterland in Gefahr ist, nur dann eine kräftige Reichsregierung möglich sei, wenn sich dieselbe auf eine starke, zuverlässige Majorität in der Nationalversammlung stützen könne, daß in einem Moment, wie dem jetzigen, alle Parteieigenthümlichkeit aufhören und sich unterordnen müsse dem einträchtigen Wirken für die Rettung des Vaterlandes, daß endlich nur die Wahl sei, ob man eine Reichsgewalt auf den bisher gegebenen Grundlagen stützen aber der Linken zu einem momentanen Sieg verhelfen wolle, welcher aber nicht im Sinne der gemäßigteren Fractionen dieser Seite ausfallen, sondern sehr bald im Sinne der rothen Republik sein blutiges Banner entfalten würde. — Es mußte nun sich die weitere Frage aufdrängen, auf welcher Seite der Nationalversammlung man die Männer finde, welche gemeinschaftlich mit dem Würtembergee Hof zur Unterstützung des Ministeriums entschlossen seien; denn daß ein einzelner Clubb nicht hinreichend ist, um dieses Ziel zu erreichen, bedarf keiner Erwähnung. Daß nach Links hin kein Bündniß zu schließen sei, mußte einleuchten, da ja auch der Clubb in Westendhall seine Abneigung gegen das Ministerium deutlich an den Tag gelegt hatte. Es wurde desshalb der Vorschlag gemacht, mit den Clubbs im Casino und im Landsberg in nähere Beziehung zu treten und zu diesem Ende ein gemeinschaftliches Comité zusammenzusetzen, welches sich bei allen wichtigen Fragen darüber schlüssig zu machen habe, ob ein gemeinsames Handeln der genannten drei Fractionen als zweckmäßig erscheine und bei welchem das Ministerium über Stimmung und Ansicht dieser Parteien in vorkommenden Fällen Auskunft erhalten könne. Die vorher geschilderte Abneigung gegen die Casinopartei, sowie die Scheu davor, als Reactionär und Rechter verlästert zu werden, rief manchen Widerspruch gegen den Vorschlag hervor, schließlich wurde derselbe jedoch mit 25 gegen 20 Stimmen angenommen und es ist auch bereits das gemeinschaftliche Comité in's Leben getreten. Der Würtemberger Hof hat dieburch ebensowenig, wie die beiden andern Clubbs, an seiner Selbstständigkeit etwas eingebüßt oder von seinen Principien irgend etwas aufgegeben, und wir schließen mit dem Wunsch, daß die Reichsregierung in den mehgenannten drei Fractionen eine starke Stütze finden möge, mit deren Hülfe sie die Anarchie unterdrücken und dem Particularismus entgegentreten könne, daß zwischen diesen Fractionen manche Abneigung sich vermindern und man sich gegenseitig von dem Vorhandensein wahrer, aufopferungsfähiger Vaterlandsliebe überzeugen möge!

∞ **Frankfurt**, 1. Oct. In dem amtlichen Theile des Pr. Staats-Anzeigers vom 28. Sept. liest man Folgendes:

Der Herr Reichsminister des Innern hat der preußischen Regierung durch den preußischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt den nachstehenden, an alle deutschen Regierungen gerichteten Erlaß Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Reichsverwesers, vom 22. Sept. d. J., zugehen lassen, und wird derselbe zur öffentlichen Kenntniß gebracht, indem die Behörden hierdurch die erneute Aufforderung erhalten, mit wachsamer Energie den heraartretenden anarchischen Bestrebungen und jeder Störung der öffentlichen Ordnung entgegenzutreten und die Herrschaft der bestehenden Gesetze zum Schutze der Freiheit überall aufrecht zu erhalten. Berlin, 27. September 1848.

Das Staats-Ministerium.

Es folgt nun der in Nr. 262. der D. Ztg. abgedruckte Erlaß des Reichsverwesers. — Wir sprechen bei diesem Anlasse die feste Erwartung aus, daß nicht, wie es zu Zeiten des Bundestags zu geschehen pflegte, die Erlasse der Centralgewalt, wie sie von nun an das Reichsgesetzblatt beingen wird, von den einzelnen deutschen Regierungen nach beliebiger Auswahl verkündet, sondern daß sie an sich in allen deutschen Staaten Geltung haben werden.

× **Frankfurt**, 2. Oct. Das neueste Blatt der A. A. Ztg. enthält an seiner Spitze einen Artikel, der in ziemlich schaefem Tone dem Reichsministerium alle mögliche Unterlassungssünden vorhält, ohne daß der Verfasser, wie es scheint, im Geringsten von der bisherigen Lage des Ministeriums unterrichtet ist. Wir wollen hier die mannigfachen an sich gewiß gerechtfertigten Forderungen jenes Aufsatzes nicht wiederholen; wir geben aber dem Herrn Correspondenten zu bedenken, ob nicht vielleicht sich bisher tausende von Fäden um das Ministerium gelegt haben, die alles energische Handeln von vorn herein lähmten. Ist es ihm z. B. bekannt, daß bis vor acht Tagen der Handelsminister ohne einen einzigen Ministerialrath dastand, weil ungefähr neun zu diesem Posten geeignete Männer nicht vaterländische Hingebung genug besaßen, die bis jetzt noch ganz ohne Entschädigung zu übernehmenden Lasten eines solchen Platzes auf sich zu laden? Weiß derselbe vielleicht, daß erst jetzt die Bureaux beinahe vollständig organisirt sind? Und ist es ihm wohl einmal in den Sinn gekommen, daß die Mehrzahl der jetzigen Reichsminister auf einem ihrem bisherigen Wirkungskreise gänzlich fremden Boden stehen, und sie dazu ohne irgend einen andern Rückhalt eine Nationalversammlung vor sich haben, welche bis vor kurzer Zeit noch weniger politischen Tact als Urtheil gezeigt hat? Aber es ist ächt deutsch, ohne dem Werden die geringste Zeit zu lassen, geschweige bedächtlich einzugreifen, an ganz unfertige Zustände Anforderungen zu stellen, welche in Betreff der zu ihrer Befriedigung beanspruchten Schnelligkeit selbst in einem völlig geordneten Staatsorganismus die Grenzen des Möglichen überschritten!

00 **Frankfurt**, 2. Oct. Der Zaar, der bisher zu grollen schien, hat nun auf einmal beide Hände ausgestreckt, die eine als „Bruderband" zum General Cavaignac hinüber, die andere, mit Orden gefüllt, in Radetzky's Lager. Schwer reimt es sich allerdings, wenn gleichzeitig der Zaar Freundschaft schließt mit Frankreich, das zu Gunsten der italienischen Nationalität den lombardischen Frieden vermitteln will, und Oesterreich seine Hilfe zusagt zur Erhaltung des Länderbestandes in Italien; aber der Glaube ist nun einmal im österreichisch-italienischen Heere verbreitet, daß man auf Rußlands Hülfe zählen könne. Von Radetzky konnte man nicht erwarten, daß er einen russischen Orden zurückschicken würde, obgleich das Unerhörte jetzt von Schleswigern mit dänischen Orden geschehen; aber fühlt man in Wien nicht, was es heißt, Rußlands Hilfe annehmen, Rußlands, das mit Frankreich liebängelt und gerade jetzt durch seine Besetzung der Donaufürstenthümer seinen Plan offenbart hat, zu der Sulinamündung auch das nördliche Ufer von Oesterreichs Lebensstrom sich anzueignen? Noch mehr: gleichzeitig heißt es, auch Preußen habe dieselbe Erklärung abgegeben. Abgesehen von der Frage, ob seit dem 18. März und der Erklärung des Königs, daß Preußen hinfort in Deutschland aufgehe, Preußen, das auch in der dänischen Streitfrage nur im Auftrage des Bundes und dann der Centralgewalt unterhandelt hat, noch als selbstständige europäische Großmacht auftreten könne, ist der Plan nicht klar, den alten Bund der drei großen „nordischen Mächte", im Gegensatz zu dem übrigen Europa hervorzurufen? Haben die bittern Lehren der Geschichte noch nicht gezeigt, welchen Freund Preußen an Rußland hat, das im Tilsiter Frieden mit der Beute des Bundesgenossen sich bereicherte, 1814 die 1395 Millionen Contributionsgelder, welche das ausgesogene Preußen an Frankreich zu fordern hatte, aus fremdem Beutel freigebig erließ, welches allen Bemühungen der preußischen Regierung, die Last des Sundzolls abzuwerfen, sich widersetzte, die Ostseeprovinzen absperrte, welches preußische Handwerksbursche, welche gebettelt haben, statt sie in die Heimat zurückzusenden, nach Sibirien schickt, und wenn sie nach 20 Jahren hinfällig und arbeitsunfähig geworden sind, zur Versorgung ihrem Vaterlande zurückliefert? Deutschland hat in seiner jetzigen Krisis von keinem fremden Staate uneigennützige Hülf zu erwarten, aber das einige Deutschland braucht keine Hülfe.

Wien, 26. Sept. Der Aufruf des Kaisers an die Armee in Ungarn zeigt dieser an, daß der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten auch an den Banus ergangen sei. Die Gerüchte, daß gegen den österreichischen Reichstag ein Schlag versucht werden solle, wie der in Frankfurt, erhielten sich. Die Regierung schien darauf gerüstet.

Manifest an Meine Völker Ungarns (in ungarischer Sprache geschrieben und übersetzt). Vor wenig Tagen habe Ich Meinen treuen Völkern Ungarns eröffnet, wie sehr Mir die schnelle und völlige Wiederherstellung des Friedens und der gesetzlichen Ordnung im Land am Herzen liegt. Leider hat sich nunmehr der Zustand Ungarns seitdem noch verschlimmert; der Bürgerkrieg droht von allen Seiten in Ungarn sich auszubreiten. Bei dieser gefahrvollen Lage, und bei Meinem sehnlichen Wunsche, Blutvergießen zu verhindern und die Schrecknisse der Anarchie fern zu halten, habe Ich Mich bewogen gefunden, Meinen Feldmarschallieutenant, Grafen Franz Lamberg, mit dem Oberbefehle

sämmtlichee in Ungarn befindlichen Truppen und bewaffneten Corps, von was immer füe einer Benennung, zu betrouen, und denselben zu beauftragen, daß derselbe allogleich diesen Oberbefehl in Meinem Namen übernehme. Zur ersten Aufgabe habe Ich demselben vorgezeichnet, daß er allenthalben Waffenruhe herstelle, und bege Ich das feste Vertrouen zu allen Militär- und Civilauteritäten, daß demselben schnell nno vollständig Folge werde gegeben, and ihm hierbei alle Unterstützung werde gedoten werden. In'sbesondere habe ich bereits die erfeederlichen Verfügungen getroffen, doß die in Nortungaen ausgebrochenen Unruhen durch Einschreiten einer militär schen Macht aus Mäheen unterdrückt werden. Ich eewarte von Meinen Völkern Ungarns ein um so vertrauensvolleees Entgegenkommen zu Meinem obgenannten außerordentlichen Commissär, als bereits die nöthigen Schritte eingeleitet worden sind, um eine alle Theile befriedigende Ausgleichung der inneren Zwistigkeiten zu bewirken, und zwischen den ungorischen und nichtungarischen Staaten Meines Gesammtreiches jene volle Einigkeit wiedeederzustellen nnd zu sichern, wie sie durch Jahrhunderte zum gemeinsamen Wohl bestand und durch die pragmatische Sanction gesichert ware. Gegeben in Meiner Haupt- und Residenzstodt Wien am 25. Sept. 1848. Ferdinond m. p.

Die Wienee Ztg. bringt die amtliche Verkündigung der Enthebung v. Schwarzers vom Posten des Ministees oer öffentlichen Aebeit. Dos Ministerium wird vorderhand vom Minister des Ackerbaues, Handels und der Gewerbe verwaltet. (A. Z.)

†† **Wien**, 26. Sept. Deutschland bleibt heute ohne Nachricht von Wien. Eine Journalistenrache. Der Ordner des Reichstags, Präsident, Rechte oder Centrum, ich weiß nicht wee, freoelte an der Würde der Wienerjudenjonenalistik, freoelte an der Souveränität des Journalistengremiums. Aber unerbittliche Rache wird sie verfolgen die patres patriae für die schmachoolle Zumuthung, doß die Leuchten oer Presse durch den finstern Pferdestallweg der k. k. Reitschule znm Tempel des Lichtes geben uno von nöherer Verbinoung mit den Abgeoroneten während der Sitzung ausgeschlossen sein sollen. Doch zur Sache. Die Journalisten hotten bisoer denselben Zugang in die Jaurnalistenloge, welchen die Abgeoroneten zum Sitzungsfoale nedmen mußten. Sie konnten also während der Sitzung jeden Augenblick mit den Deputirten zusommenkommen und schöolichen Einfluß auf die freie Seldstdestimmung dee Abgeordneten ousüben. Dieser Mißstand wird jetzt beseitiget, indem mon oen Jouenalisten einen eigenen, und, es ist wahr, indezenten Aufgong zu ihree Loge anwes. Dodurch verletzt verließen alle Journolisten den Reichstag, gingen in's Koffee Nazional und hielten ein stürmisches Meeting, wobei sich die Journalisten als Körperschaft konstituirten und den Beschluß foßten, der Reichsversammlung einen Protest g gen das Verfohren in der Eingangsfroge zu übereeichen. — Erzherzog Stephan ist in der Stadt Wien, fährt jeden Morgen nach Schönbrunn, soll gestern eine holde Stunde bei verschlossener Toree mit dem Thronfolger gesprochen haben. Fortschritt in der Oeffentlichkeit. Es wird behauptet, er habe als Palatin abgedankt. Jellacic sei zum Gouoerneur von Ungorn ernannt, olle k. k. Regimenter haben den Befehl sich ihm zu fügen, oder neutral zu bleiben. Jellacic's Avantgorde ist oor Stuhlweißenburg, welches boerikadirt wurde. — Pestbuda rüstet sich zum Wideestande. Barrikaden entstehen, und Kossuth will selbst den Karst und Haue in die Hand nehmen, um am Bollwerke mitzuarbeiten. Trübe Zukunft. Erzherzog Stephon kam von der ungarischen Armee in einer leichten Rentitscheinka Sonntags bald zwölf dier an.

Herr Leatti, ein seit 15 Jahren hier onsäßiger Fabrikant, erhielt heute die Weisung Wien binnen 24 Stunden zu oerlassen. Vorige Woche wurde die Heerschaft Königswart und Pleß vom Staate rückübernommen und den fürstlich Metteroich'schen Beamten bedeutet, daß sie sich als Staatsbeamte zu benedmen haben. Die Cholero scheint im Norden größere Fortschritte zu machen, als im Süden. In Ungarn kommen selten mehr Cholecasfälle vor. Der Festungskommandant von Komorn und Arao erklärten sich füe Jellachich. Ronge ist nach Gratz gereist. Hier hat er im Odeon geprediget. An den Minister Herrn v. Schwarzer erließ der Ministerpräsident folgendes Schreiben: „Auf das von dem Ministerrathe on Seine Majestät eingeleitete Gesuch, Euer Wohlgeboren um Enthebung von dem Amte eines Ministers dee öffentlichen Arbeiten, ist am 23. d. M. die allerhöchste Entschließung wie folgt herobgekommen: In Anbetracht der von Ernst von Schwarzer angeführten Gründe finde ich mich bewogen, die nachgesuchte Enthebung von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten unter Anerkennung der von ihm wöhrend dessen Verwendung geleisteten Dienste zu bewilligen. Indem diese nach Entschließung Euer Wohlgeboren unmittelbar von Sr. Majestät zukommen wird, kann der Ministeerath nicht umhin, denselben bei diesem Anlasse die volle Anerkennung Ihrer ihm bisher geleisteten thätigen Mitwirkung auszudrücken. Im Namen des Ministerrathes. Wessenberg." Herr Schwarzer hat das meiste Edrgefühl unter den Ministeen. Sein Austritt ist Büege dafür. Der Militär- und Civilgouverneur von Dalmatien G.-L. Turski ist pensionirt, statt ihm G.-L. Welden zu diesem Posten ernannt.

*** **Berlin**, 29. Septbr. Die letzten Ereignisse haben uns eine Ueberzeugung in die Hano gegeben, gegen welche der gesunde Sinn sich lange sträubte. Die Ueberzeugung, daß nicht allein die Anorchisten unsere Zustände unterwühlen, sondern doß wirklich Anhänger des Alten sich in rasender Verblendung in den Wirbel stürzen, um das Uebel äeger zu machen. Daß die Geschichte eine teurige Lehrmeisterin ist, um Völker und Individuen vor Verirrungen zu bewahren, ist zwar eine Wahrheit, die nicht mehr ausgesprochen zu werden braucht, nnd Deutschland von 1848 scheint berufen, sie in allen Kapiteln der Doctrin auf's Neue in's Licht zu stellen, daß es aoee die obgetragenen Kleider und Fetzen der französischen eersten Revolution selbst bis so weit onzuprobiren bestimmt ist, daß Royalisten Jacobinermützen sich aufsetzen, erscheint doch als ein Spott, den unsere Bildung nicht verdiente. Zwar, es ist bei uns rascher zum Aergsten gekommen, und zu so ruchlos Argem, doß ich zweifelhaft bin, ob die Zeit des französischen Terrorismus nicht gegen den Meuchelmord Auerswald's nnd Lichnowsky's zurückstehen muß, aus unsrer alten Zucht haben wir Kannibalen nno Bestien gebrütet wo jene nur großartige Blutläuser — aber über das Lächerliche und Absurde glaubten wir uns doch hinaus. Es sollte auch das nicht sein. Unser gesundee Sinn hat sich gegen oie Verdächtigung lange gesträubt, sagte ich, aber wer leorte uns, die Dinge mit gesundem Sinne ansehen, die gar nicht mehr auf diese Betrochtungsweise Anspruch machen! Wir sträubten uns an Reaction zu glouben, an die Reaction, welche die Anarchisten als Gespenst dem dödden Volke hinhalten, weil sie unmöglich, weil in einem Planetensystem nicht ein Planet sagen kann ich will nicht mehr mitrollen, ich will jetzt ein Fixstern werden; und nun in Tollhausfolgeeichtigkeit springt Einer weiter und sagt, ich will mitrollen, den anderen voron, um schnellee zum Anfangsounkt zurückzukommen. Wenn er den Schaumbecher der Tollheit dinunter gestürzt, willst du ihm begreiflich mochen, doß es nicht an ihm ist, davon abzuspringen und stillzustehen, daß er weitee kreisen uno rollen muß, bis er stürzt oder abgenutzt ist?

Es gibt Vernünftige, die sogen, alle Separatsetzung hilft nichts; wenn der Weltgeist in sein Oberonshorn stößt, müssen wir den Hexentanz des Wahnes mitmachen. Der Weltgeist wird uns schon wieder zum Stehen bringen, wenn es an der Zeit ist, aber uns dahin schiffen, wonin ee will; mit unsrer Kraft ist's nicht gethan, wir sind nur Partikel des Alls, und der Catonentrotz hat nie in der Weltgeschichte etwas Erkleckliches zu Wege gebracht, höchstens ein Particularplätzchen für sich selbst in den Geschichtsbüchern. Diese Vernünftigen begreifen wir, wir haben Respect vor der Bescheidenheit ihres Particularismus, ohne sie zu theilen. — Es gibt andere Vernünftige, welche denselben Abscheu vor dee Anarchie mit uns haben, und die doch die Reaction fürchten, und weil sie sie fürchten, ereichen sie die linke Hand der Anorchie, um doch eine Stütze zu haben, wenn das Gespenst zur Wirklichkeit würde. Vor ihrem Verstande haben wir keinen großen Respekt, aber wir begreifen sie; es sind jene ängstlichen Gemüther, die, in's Wankelband eingezwängt, unter der alten bureaukratischen und Polizeiherrschaft bis an's Schwadenalter nie einen freien Blick in's Leben thaten. In der alten Schule leenten wir nur das Mißtrauen. Wer sollen sie jetzt das Vertrauen lernen! Auch die Sterne kennten aus ihren Geleisen kommen, ouch das Firmoment könnte einfallen; warum sollte da nicht eine Kamptz'sche Demogogenriecherei, eine Tschoopesche Censur und ein Religionsedikt uno Beschwerdeeitsgesetz wieder möglich werden!

Es gibt oder noch andere Vernünftige, die, wie Schwindelnde auf einem Thurmesrand, sich in den Abgrund stürzen, um von der unerträglichen Furcht zu stürzen, endlich erlöst zu werden.

In dem Wahnsinn ist allerdings Vernunft. Sie stürzen sich in die Anarchie, weil es ein homöopathisches Mittel ist, vor den Schrecken davor frei zu werden!

Aber die es mit kalter Berechnung thun, um durch die Strudel und Wirbel der Auflösung das gelobte Land des Ehemals wieder zu gewinnen? Freilich ihr Ziel und Zweck, — sie wollen ihren Vortheil, und nebenher auch den des Vaterlandes, — ist pure Vernunft, aber das Mittel auch? Diese Vernünftigen begreifen wir nicht.

In den Partikeln des alten Deutschen Reiches, das an zweihundertjähriger Verwesung krankte, in den Partikeln, wo alle Versuche selbstständiger Auferstehung vergeblich waren, war es begreiflich, daß so viel Republikaner aufstanden. Wenn dort auch Aristokraten, Standesheeren sich in den Strudel warfen, so war es Verzweiflung, aus der Erkenntniß hervorgehend, daß von dem Alten, Morschen nichts zu retten, daß aus diesem abgelösten Stückwerk nichts Ganzes zu kneten war. Alles hineinwerfend, konnten sie etwas vielleicht wieder gewinnen, ohne mehr zu verlieren, als schon unwiederbringlich verloren war. Aber in der Partikel Deutschlands, die durch ein fast zweihundertjähriges Separatleben sich zu einem eigenen Staate gestaltet hatte, daß auch in Preußen die Erschütterung von sechs Monaten eine solche Verzweiflung und Verwirrung der Begriffe hervorbringen konnte, scheint unbegreiflich.

Die Association der Grundbesitzer in Preußen gegen ein projectirtes Steuergesetz erschien natürlich, ein Beweis, daß der constitutionelle Lebensathem auch in diese Regionen eingedrungen war. Daß man reactionäre Tendenzen vermuthete, daß man den Verein derselben anklagte, war eben so natürlich. Es wäre auch gar nichts natürlicher gewesen, wenn sie, die früher in dem Scheinständischen Leben Alles, und dafür in der neuen demokratischen Constitution ganz beseitigt, ausgelassen und vergessen waren, im günstigen Falle wirklich reactionären Gelüsten nachgegeben hätten. Das Lammfell der Ergebung und Geduld, welches sie ihren Vorstellungen umhingen, hätte zu diesen verborgenen Tendenzen auch ganz wohl gepaßt. Aber nichts berechtigte zur Annahme, daß gerade die Männer dieses Vereins, die durch den Grundbesitz auf's Innigste mit dem Staate verbunden, das gewagte Spiel spielen könnten, Oel in's Feuer zu gießen, damit die entzündeten Stoffe schneller in Flammen aufgingen. Was hätte sie gerade in eine solche Verzweiflung gestürzt, zu opfern, um die Verwirrung zu vermehren, das Feuer anzufachen, und bei der allgemeinen Auflösung noch von dem Festen die und da abzustoßen, damit der bodenlose Abgrund der allgemeinen Auflösung noch größer werde. Sie gewiß auf dem unzerstörbaren, fruchttragenden Grundbesitz, konnten ruhiger die böse Zeit überdauern und ausharren, als der gewerbtreibende Bürger, der auf die Zeit angewiesen, den ein Jahr, den Monate schon ruiniren können?

Wir wissen nicht viel davon, wir haben nur Indicien. Hansemann hat in seiner ersten Rede, nach seinem Abgang, es ausgesprochen, daß das Ministerium weniger von den anarchischen Wühlern als durch die mit ihnen zu diesem Zweck verbundenen Reactionäre unter den Grundbesitzern gestürzt worden. Reactionäre, die mit den Anarchisten verschlungene Hände machen, zu welchem Zwecke es sei, sind wie die Novatisten unter der Jacobinermütze. Möge es zum Schlimmsten kommen und Alles untergehen, damit man endlich genöthigt wird, uns und unsere Ordnung zurückzurufen! Aber der Beweis fehlt. — Und wäre er neuerdings geliefert durch die Verhaftung eines schlesischen Grafen, der am 25. September Abends in Berlin beim Barrikadenbau, und im Augenblick, ergriffen ward, wo er den Arbeitern Geld austheilte und sie anfeuerte? Kein Geständniß wird zum Beweise führen. Aber man glaubt es, und dieser Glaube schon ist schlimm. Nachdem am Morgen nach der Erklärung des Ministeriums über den Armeebefehl die Opposition sich zufriedrn erklärt, hatte sie kein Interesse mehr, daß Barrikaden gebaut würden. Im Gegentheil, sie mußte einen Aufstand, den sie vorhin angeregt, jetzt verhindern. Und ihre Anführer thaten es nach ihren Kräften. So fällt denn, wo das Volk aus unsichtbaren Quellen aufgeregt ward, ein schwerer Verdacht auf die andere Seite hin, wo eine That und eine bestimmte Persönlichkeit uns begegnen. — So, wird uns berichtet, faßt auch in Schlesien das Landvolk den Verein der Grundbesitzer auf. Es angewöhnt Sonderinteressen, und gegen diesen Particularismus erhebt es sich in wüster Zerstörungssucht. — Auch für die Grundbesitzer hätte viel gerettet werden können aber — quos deus perdere vult —!

Nur in der Balance des Wahnsinns, in diesem ewigen Gesetze des Ebenmaßes, ist uns der Trost, vielleicht die Rettung, geboten. Diese Zeilen schreibe ich nieder im Augenblick, wo die Nachrichten von den zerstörten Hoffnungen der Anarchisten am Oberrhein und in Köln zusammentreffen, mit der Ueberzeugung, daß ihr Spiel hier, auch mit der Beihilfe der Reaction, für den Augenblick verloren ist. Wird die ererichte Energie der Centralgewalt sich den Regierungen der Einzelstaaten mittheilen, wird sie elektrisch durch ganz Deutschland zucken, werden alle Wohlgesinnte sich jetzt nicht mehr träg hinter dem Ofen halten, und werden sie vereint dem zerrüttenden Spiele das Ende machen, welches die Hoffnungen der Reactionäre nicht erfüllt, aber die aller Freunde der Freiheit und der Ordnung?

Berlin, 28. Sept. Die heute ausgegebene Nummer der Gesetz-Sammlung enthält das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit, welches auch im Pr. St.-A. abgedruckt ist.

△ **Mannheim**, 29. Sept. Eine Bewegung ganz neuer Art gibt unsern Demokraten, vulgo Wühlern, Gelegenheit, über den Wechsel aller menschlichen Dinge nachzudenken. Die noch vor wenigen Tagen das große Wort führten, die jeden anders Sprechenden, selbst anders Denkenden durch Katzenmusiken, Fenster-Einwerfen und andere souveräne Mittel einzuschüchtern suchten, die für sich unbeschränkte Freiheit, ja Frechheit in Anspruch nahmen, und Andere die Sklaverei in vollstem Maße fühlen ließen, die Raub und Mord zu den erlaubten Mitteln für ihren heiligen Zweck unbedingter Herrschaft ganz unverholen zählten, sie erliegen plötzlich einer Bewegung ganz neuer Art, ich meine der Bewegung der Militärmassen. Sie glaubten, diesen den Weg versegen zu können, indem sie hie und da die Eisenbahn zu zerstören suchten — auch eines der erlaubten Mittel unserer verkappten Jesuiten — aber zu ihrer großen Bestürzung kamen die Truppen auf Dampfbooten den Rhein herauf, zuerst Preußen, dann Nassauer, zuletzt das Frankfurter Bataillon. Letzteres wurde nach Heddesheim, 2 Stunden von hier, verlegt. Heute zogen die Preußen nach Heidelberg, die Nassauer nach Wienheim, das badische 4te Regiment war schon vorgestern in's Oberland; unsere Wühler schöpften schon frischen Athem, da bläst es und trommelt es auf's Neue von der Rheinseite, man eilt dortdin und ist nicht wenig betroffen, ein kleines Heer von allen Waffen-Gattungen zu finden. Dragoner, Uhlanen, Husaren, reitende Artillerie und Fußvolk die Menge, lauter Preußen. Wie konnten diese Massen so geräuschlos hergezaubert werden? Der Einzug war prachtvoll, die Menge stand gaffend, die Maulhelden beobachteten ein rückhaltendes Schweigen. Manche wurden nachdenklich und gedachten wehmüthig der schönen Zeit, da sie die Herren waren. Alles ist wechselnd hier unter dem Monde. Louis Philipp verlor einen Thron, Metternich die Stelle eines ersten Ministers, warum nicht auch ein Volksführer seinen Einfluß? Man fängt an, zu begreifen, daß irgendwo noch eine Macht sein muß, welche die Fäden dieser neuen Bewegung in der Hand hat. Unsere Regierung konnte diese Truppenmacht nicht aufstellen, Preußen konnte sie nicht senden, ohne die Vermittlung eines Dritten. Das Volk ahnt die Macht, welche diese imposante Bewegung leitet, und achtet sie. Es ist des Geschwätzes der Demagogen überdrüssig und sehnt sich nach einer kräftigen Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, welche ihm die lang entbehrte Sicherheit und damit auch Behaglichkeit und Ruhe verschafft. Wer jetzt Kraft, Muth, Entschlossenheit entwickelt, dem folgt man gern; wo die Stärke sich zeigt, dahin neigt die Masse. Gesetz und Ordnung wird alsbald hergestellt sein, sobald man einmal den Muth hat, sie rücksichtslos zu handhaben. Der Aufstand im Oberland ist bei dem ersten Zusammentreffen mit unsern braven Truppen unterlegen; Struve ist sammt seinen Genossen gefangen und sollte standrechtlich gerichtet werden. Da haben aber die Juristen wieder ein Bedenken, ob denn auch das Standrecht zur rechten Zeit verkündet worden sei? In den aufrührerischen Bezirken war eine Verkündung freilich nicht möglich, das Regierungsblatt konnte auch nicht dorthin gelangen. So hat man das Pförtchen gefunden, durch welches Struve, Blind u. A. entschlüpfen werden. Ob wohl Struve und sein Anhang auch so skrupulös gewesen wären? Die wenigen Erlasse seiner kurzen Regierung geben darauf Antwort.

ƒ **Rinteln**, 29. Sept. In einer gestern abgehaltenen, zahlreich besuchten Volksversammlung ist eine auf Beschleunigung

Digitized by Google

der Verhandlungen sehr energisch dringende Adresse an die National-Versammlung einstimmig angenommen worden, welche heute an den Ort ihrer Bestimmung abgeht. Möge sie ihres Zweckes nicht verfehlen! — Zugleich wird heute der Ertrag unserer in der kurhessischen Grafschaft Schaumburg unternommenen Sammlung für die Kriegsflotte, im Ganzen c. 850 Thlr., an den Marine-Ausschuß in Frankfurt abgesandt.

Jena, 26. Sept. Der Berichterstatter der A. A. Z. schreibt: Der Unterzeichnete beeilt sich, in Folgendem das Resultat der Wahlen der Ersatzmänner für die Kommission zur Vorbereitung der nächstjährigen Versammlung deutscher Universitätslehrer in Heidelberg zu veröffentlichen. Es wurden gewählt: aus der Klasse der ordentlichen Professoren die Herren Dollmann aus München, Ruete aus Göttingen, Sell aus Bonn, Herr Sybel aus Marburg. Aus der Klasse der außerordentlichen Professoren: Beseler aus Bonn, Ehrenfeuchter aus Göttingen. Aus der Klasse der Privatdocenten: Brinkmann aus Heidelberg, Klee aus Leipzig. Dr. A. G. Hoffmann, Vicepräsident. Dr. O. Domrich, Schriftführer. Dr. H. Häfer, Schriftführer.

† **Altenburg**, 29. September. Unsere hiesigen Verhältnisse sind traurig. Wir haben wenig Männer von Einfluß, und diese sind jung und unerfahren. Mit einer natürlichen Beredsamkeit, die es mit dem Gegenstand der Rede nicht so genau nimmt, fanatisiren sie das Volk unaufhörlich in's Blaue hinein, indem sie von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf ziehen. Sehen sie einmal die Nothwendigkeit einzuhalten, so wird es ihnen gehen, wie Göthe's Zauberlehrling. Schon jetzt verlangt die Menge etwas Handgreifliches von der versprachenen Glückseligkeit, und die einzige Hilfe der Führer ist, den Konstitutionen und Regierungen die Schuld beizumessen. In der Kammer gewinnen 3 von diesen Männern meist die Majorität, während die wirklich konstitutionelle Minderheit nur 8 bis höchstens 14 Stimmen zählt. Das Ministerium, ungleichartig komponirt, ist unbeholfen und wird, wenn der Abg. zur Nat.-Vers. Hr. Sonnenkalb es vervollständigen sollte, ein Element erhalten, das ihm weder Schwung noch Energie verleiht. In diesem Zustande konnte die Nachricht vom Einrücken nicht-altenburgischen (also „fremden") Militärs nur Aufregung erwecken. Gewiß ist es nur eine Maßregel, die im Interesse der der allgemeinen Sicherheit getroffen ist. Allein man bezieht sie zunächst auf uns und grollt dem Reichsministerium, das die hier gelesenen radikalen Blätter ja als „reaktionär" schildere, weil es die Freiheit nur Hand in Hand gehen lassen will mit staatlicher Ordnung. So ist die Adresse zu begreifen, die von hier nach Frankfurt gesendet ist.

* **Altona**, 27. September. Unsere Herzogthümer, welche sich bisher gegen jedes Papiergeld opponirten, haben nun endlich auch Papiergeld erhalten, von den bewilligten 3 Millionen Mark sind die ersten 100000 Mark ausgegeben. 30000 Mark in Scheinen zu 1 Rthlr. und 70000 Mark in Kassenscheinen zu 4 Rthlr. preuß. Kour. Den Rest wird man erst dann ausfertigen, wenn die jetzigen Mittel nicht mehr ausreichen, ein Fall, der bald eintreten könnte, wenn die Feindseligkeiten auf's Neue beginnen. Für den guten Willen der Soldaten wirkt die Proposition Feiderici's, welcher beantragte: „Die Landesversammlung beschließt ein Gesetz, wodurch den in dem Kriege gegen Dänemark zum dauernden Nachtheil für ihre Gesundheit verwundeten und unfähig gewordenen Soldaten, sowie den Wittwen und Waisen der im Kriege Gefallenen oder an den Folgen des Krieges Gestorbenen, eine den Umständen entsprechende Unterstützung zugesichert wird." Dieses Gesetz wird etwa eine Unterstützung von 15 bis 20,000 Rthlr. erheischen, es wird aber das Gute haben, daß bei Ausbruch der neuen Feindseligkeiten Jeder ungescheut der Sache zum Opfer fallen wird; denn er hat die Gewißheit, daß für die Seinen gesorgt wird und gesorgt ist. Die Adresse der Ritterschaft und Prälaten, welche eben in Kiel zusammen waren, fordert gleichfalls zur Unterstützung der provisorischen Regierung auf, und werde ich Ihnen morgen eine Kopie derselben zuschicken.

* **Altona**, 29. Sept. Die letzten Sitzungen unserer Landesversammlung waren sehr stürmisch, es lagen mancherlei Fragen vor, die zu allgemeinen Disputationen Veranlassung gaben; die erste Frage betraf die Verlegung der Regierung nach Schleswig. Nach vielem Hin- und Herreden wurde mit 62 gegen 21 die Verlegung genehmigt und schon am nächsten Montag wird die Verlegung vor sich gehen. Ob aber die Landesversammlung dahin nachfolgen und bald folgen wird, ist eine zweite Frage, die noch nicht entschieden ist, aber jedenfalls erfolgen wird; da nach dem Grundgesetze Regierung und Landesversammlung an demselben Ort Platz haben sollen, um die Verhandlung so wie möglich zu erleichtern. Die zweite wichtige Debatte veranlaßte die Maßregeln gegen die dänische Propaganda in Nordschleswig und es wurde mit 80 gegen 5 Stimmen angenommen, daß die provisorische Regierung aufzufordern sei, mit Energie die geeigneten Maßregeln zu treffen, der dänischen Propaganda, welche im nördlichen Schleswig von Neuem ihre Umtriebe beginnt, und einen anarchischen Zustand zu erzeugen droht, auf das Entschiedenste entgegen zu treten; ferner mit 74 gegen 11 Stimmen beschlossen, daß in den Distrikten des nördlichen Schleswigs, in welchem sich Umtriebe der Propaganda gezeigt haben und zeigen werden, außerordentliche Regierungsbeamte mit geeigneten und genügenden Instruktionen angeordnet werden, denselben auch der erforderliche militärische oder politische Beistand zur Verfügung zu stellen sei; ferner mit 70 gegen 25 Stimmen, daß die Aushebung der Rekruten in Stadt und Amt Hadersleben, wo sie wegen der feindlichen Besetzung unterblieben ist und die Einziehung der bereits ausgehobenen wehrpflichtigen Mannschaft im nördlichen Schleswig überhaupt, mit derselben Strenge wie in den übrigen Theilen des Landes in Ausführung gebracht, und die Kriegssteuer wenn und wo erforlich mit Zwang beigetrieben werde.

General v. Bonin ist nun aus einem preußischen General ein Schleswig-Holsteinischer geworden, er ist zum General-Lieutenant avancirt und hat den Oberbefehl erhalten, den bisher Graf Baudissin inne hatte; die erste Handlung des neuen Oberbefehlshabers war die Armirung der Seebatterie Eckernförde, wohin 4 Stück schweres Geschütz gebracht wurden und zwar 2 84pfündige Bomben, Kanonen und 2 24pfündige Kugelkanonen, da noch immer dänische Kriegsschiffe vor unsern Häfen kreuzen. Man sagt zwar, dies geschehe nur, weil es den Dänen an Geld fehle, ihre Mannschaft auf den Kriegsschiffen zu bezahlen, doch scheint es uns, als liege noch ein anderer Grund vor, der sehr leicht eine Landung zur Folge haben könne; die dänische Regierung denkt an nichts weniger, als an ein Aufgeben der Besetzung Schleswigs, wie dies daraus einleuchtet, daß die impeoosirte Immediat-Commission wiederum von Sonderburg aus eine neue Verordnung in's Land gestreut hat, worin sie sich das Recht anmaßt, über die bisher erlassenen Gesetze zu entscheiden, so erkennt sie an, daß die Kapfsteuer und Verbittsteuer aufgehoben werde, will aber auch die eben ausgeschriebene Kriegssteuer aufgehoben haben. Diese Proclamation, welche an die Behörden abgeliefert wurde, mag wohl zu dem Gerüchte der Verhaftung des Grafen Moltke Veranlassung gegeben haben. Graf Moltke soll sehr wohl und zufrieden in Sonderburg sein.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 2. Oktober.

* Auf der heutigen Tagesordnung steht in erster Reihe die Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten, die diesmal ein besonderes Interesse erregt, da es sich, wie verlautet, nicht blos um die monatliche Wiederholung einer Förmlichkeit handelt, sondern, was die beiden Vicepräsidenten Soiron und Hermann anlangt, um einen wirklichen Ersatz dieser Persönlichkeiten. Die Gallerie mit freiem Eintritt beginnt sich zeitig, wie immer zahlreich zu füllen. Sparsamer treffen die Zuhörer in den geschlossenen, nur gegen Karten zugänglichen Räumen ein. Die sich häufenden Beurlaubungen der Abgeordneten haben bereits zu Rügen in der Versammlung Veranlassung gegeben. Während dem Vorlesen des Protokolls über die vorige Sitzung beleben sich nach und nach auch die Räume der Parlamentsmitglieder etwas mehr, unter denen sich geräuschvoll gesprächige Gruppen bilden. Am stärksten besetzt scheint die linke Mitte des Hauses. **Fuchs** berichtigt eine irrthümliche Stelle des stenographischen Berichts über die letzte Sitzung, indem er einen Zusatz zu dem Protokoll beantragt. Unter den Austrittserklärungen, die der Präsident v. Gagern mittheilt, ist der Jakob Grimm's. In den Ausschuß für politische und internationale Verhältnisse treten Jordan von Marburg, Sommaruga, Pretis von Hamburg. In den Wehrausschuß ist von Radowitz gewählt. Im Namen des Marineausschusses trägt **Jordan** von Berlin einen demnächst in den Druck gelangenden Bericht vor. Nach einigen ähnlichen Mittei-

lungen besteigt der Reichsminister v. Schmerling die Rednerbühne zur Beantwortung verschiedener früher gestellter Anfragen. Die angeblichen Greueltaten wider die Deutschen in Ungarn betreffend, so unterscheidet der Minister zwischen den deutschen Staatsbürgern Ungarns und zwischen solchen Landsleuten von uns, die sich nur vorübergehend in Ungarn aufhalten. Es ist dem Ministerium nicht bekannt, daß die Lage dieser Deutschen einen Schutz erforderlich mache und die ersteren stehen unter den Gesetzen der ungarischen Krone. Einen Gesandten für Ungarn hat die Centralgewalt deshalb nicht ernannt, weil überhaupt noch keine Regierung bis jetzt einen völkerrechtlichen Verkehr mit Ungarn unmittelbar angeknüpft hat. Der Reichsgesandte in Paris ferner ist beauftragt gewesen, wegen der beim Juniaufstande betheiligten Deutschen bei der französ. Regierung einzuschreiten und diese geneigt, solche Verhaftete auf Reclamation auszuliefern, die nicht zugleich eines andern Verbrechens schuldig sind. England hat ähnliche Ansprüche nicht erhoben, wie in der N. V. behauptet worden war, und die Benutzung dieser Bereitwilligkeit bleibt den Einzelregierungen Deutschlands anheimgestellt. — Die Abgeordneten Oesterreichs aus rein deutschen Kreisen sind vollständig hier. Uebrigens hat das Reichsministerium den Beschluß der Nationalversammlung wegen der rückständigen Wahlen nach Wien mitgetheilt und von dem kaiserl. Ministerium ist erwiedert worden, daß die entgegenstehenden Schwierigkeiten durch Belehrung der Bevölkerung und durch die Thätigkeit der Behörden zu überwinden versucht würden. Das Reichsministerium hat darauf noch dringender in Wien um unmittelbare Schritte durch die Regierungsorgane gemahnt. Auch in Bezug auf Oesterreich würde das Ministerium jeder reaktionären und partikulären Bestrebung entschieden entgegentreten, versichert Schmerling. Die fehlenden badischen Wahlen sind von Neuem angeordnet. Wegen Thiengens ist eine Verzögerung nur zufällig eingetreten, in Offenburg aber ein steckbrieflich verfolgter Flüchtling Abg. Werner erwählt worden, an den deshalb gar keine Anzeige des Geschehenen gerichtet werden konnte. Die militärische Besetzung der sächsisch-thüringischen Herzogthümer geschieht aus strategischen Gründen (Gelächter auf der Linken) und zugleich werden die Truppen dazu dienen, erforderlichen Falls das Ansehen der Gesetze aufrecht zu erhalten. Die Besetzung wird so lange dauern bis der Zweck derselben erreicht ist (lebhaftes Bravo von allen Seiten des Hauses, außer von der Linken). Der sogenannte alte Jahn richtet darauf zwei Anfragen an das Ministerium, ob der deutsche Hof die ihm kundgewordenen hochverrätherischen Anschläge der Aufrührer pflichtmäßig angezeigt? Und ob man den wühlerischen Bestrebungen der Reichstagszeitung begegnen werde, wie es der Belagerungsstand erheische? Trotz der lauten Verhöhnung der Linken, entledigt sich Jahn mit großer Ruhe seiner Absicht. Schmerling erwidert wörtlich: Auf die erste Frage des Herrn Jahn muß ich mit einem bestimmten Nein antworten (Gelächter). Auf die zweite, welche die Aufrechthaltung des Belagerungszustandes betrifft, muß ich erwidern, daß die Justiz thätig sein wird, alle Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen, und daß wir das volle Vertrauen haben, die Justiz werde ihre Pflicht vollständig erfüllen (Lebhafter Beifall auf der Rechten).

Dann eröffnete der Reichskriegsminister Peucker Folgendes: Am 12. Sept. erstattete Wrangel seinen letzten Bericht. Er zeigte an, daß in der Person des Herrn von Bonin ein Befehlshaber für die deutschen in Folge des Waffenstillstands in Schleswig-Holstein zurückbleibenden Truppen ernannt sei und legte sein Commando in die Hände des Reichsverwesers ehrfurchtsvoll nieder. Die übrigen Truppen seien in ihre Heimath zurückgekehrt, ohne Truppen aber gebe es kein Obercommando, es wurde daher dem Reichsministerium nichts übrig bleiben, als dem General und dem Heere für ihr tapferes Verhalten zu danken und dann den Ausdruck der Ueberzeugung hinzuzufügen, daß das Vaterland auch ferner im erforderlichen Falle auf jene ausgezeichneten Dienste zu rechnen habe.

Mehrere andere zum Theil in Folge der ministeriellen Erklärungen gestellte Anträge bleiben ohne Dringlichkeitsunterstützung und gehen an die bezüglichen Ausschüsse. Jahn's Antrag lautet auf nichts Geringeres als dahin: „die sämmtlichen Mitglieder der sogenannten Linken zur Untersuchung ziehen zu lassen," ein Verlangen, welches eben von der Linken mit stürmischem Beifall, mit Händeklatschen und mit dem Rufe empfangen wird, daß sie selbst die Dringlichkeit des Antrags unterstütze. In Folge der Mittheilungen Peuckers will Oberst Mayern aus Oesterreich dem General Wrangel und dem in Schleswig-Holstein unter ihm gestandenen Heere den Dank des Vaterlands für die bewiesene Tapferkeit und Ausdauer ausgesprochen wissen. Die Dringlichkeit dieses Antrags wird zugestanden. Beneden läßt dem General von Wrangel alle Gerechtigkeit als Soldaten widerfahren, aber als General der Centralgewalt habe er seinen Posten ohne Befehl verlassen. Als politischer Mann trete er in Berlin sogar mit „geschliffenem Säbel" und mit „der Kugel im Rohre" (Pfui! von der Linken. Sehr gut — von der Rechten) dem Volke gegenüber auf. Staedenhagen findet keinen Zusammenhang zwischen der für Deutschland bewährten Tapferkeit des Generals und seinem politischen Charakter. Auch Löwe von Calbe erklärt sich für den Dank an Heer und Feldherrn, von allen Seiten wird der Schluß der Debatte verlangt, angenommen und Mayerns Antrag wird mit großer Mehrheit zum Beschluß der N. V. erhoben.

Die Stimmzettel zur Wahl des ersten Vorsitzenden werden nun eingesammelt und von Soiron verlesen. Nur selten wird der wiederkehrende Name: H. v. Gagern durch ein „Rob. Blum," „Trützschler," „Hermann" verdrängt und ohne daß diese geringe Mannigfaltigkeit irgend Jemandes Aufmerksamkeit erregen will. Als aber das Ergebniß, daß Gagern abermals und mit 307 Stimmen von 377 zum Präsidenten der N. V. gewählt ist, verkündigt wird, (Blum bleibt mit 46, Trützschler mit 20, Herrmann von München mit 2 Stimmen in der Minderheit) erschallt anhaltendes Beifallklatschen von allen Theilen des Hauses und von den Gallerien. Heinrich von Gagern nimmt mit tief bewegter Stimme und Rede das Amt an, welches ihm eine so große Mehrheit von neuem überträgt, erinnert an die Wichtigkeit der in nächster Zeit bevorstehenden Verhandlungen und betheuert, daß er mit derselben Unparteilichkeit, deren er sich bisher bewußt gewesen, die Rechte aller Parteien auch künftig wahren werde. Auch diese Worte werden vom dem Bravo der Versammlung empfangen.

Der Erwartung Vieler geradezu entgegen kommt bei der hierauf folgenden Wahl des ersten Vicepräsidenten der Name Hermanns von München vom Anfange der Verlesung her, fast ausschließlich aus der Urne. Bald jedoch überwiegt Simson aus Königsberg dermaßen, daß sich die Stimmen endlich also stellen, daß Simson mit 215 von 367 Stimmen zum ersten Stellvertreter Gagerns gewählt ist, während Hermann 130, Soiron 18, Edel 2 St. u. s. w. aufzuweisen haben. Eine vereinzelte auf Jahn gefallene Stimme erweckt die Heiterkeit des Hauses. Auch Simson's Wahl wird mit Beifall begrüßt, worauf der so eben ernannte Vicepräsident mit einigen wohl gefaßten Worten von dem ihm übertragenen Platze Besitz nimmt.

Die dritte Wahlurne bringt Rieffer von Hamburg an die Stelle des zweiten Vicepräsidenten mit 225 von 388 Abstimmenden. Die Wahl Rieffer's wird gleichfalls beifällig aufgenommen, und darauf zum zweiten Theile der Tagesordnung zu Artikel VII. der Grundrechte übergegangen. Es handelt sich von der Ablösbarkeit der Grundlasten, Zehnten und ländlichen Servituten.

Indessen wird die Diskussion über §. 26 folgg. dießmal nur vorbereitet, der Nichtverzicht darauf beschlossen, die eigentliche Debatte aber wird auf morgen vertagt, nachdem man nur noch darüber übereingekommen ist, daß sie sich auf die drei §§. 26, 27, 28 zugleich verbreiten soll.

Großbritannien.

London, 29. Sept. Ein zahlreich besuchtes Meeting von Kaufleuten und Fabrikanten, die in Seiden- und Wollenwaaren mit Deutschland in Handelsverkehr stehen, fand in den letzten Tagen in Bradford statt, um die vom Zollverein beabsichtigte Erhöhung der Zölle auf ausländische Waaren in Betracht zu ziehen. Man schien es unangenehm zu empfinden, daß belgische Manufacturwaaren allein von diesem erhöhten Zoll ausgenommen sein sollen, wenn schon man zugab, daß man es mit der beabsichtigten Zollerhöhung namentlich gegen Frankreich abgesehen habe. Der Globe bemerkt: „Es wurden Beschlüsse gefaßt, welche diese Zölle entschieden verdammen, da sie dem Handel des Westbezirks empfindlichen Schaden zufügen würden" (als ob Deutschland bei all seinem Thun und Lassen nicht die Dulder im eignen Lande, sondern nur die Fabrikanten in Lankashire zu berücksichtigen hätte!) „und es wurde eine Deputation ernannt, um die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen Punkt zu wenden und sie zu ersuchen, daß sie allen ihren Einfluß aufbieten möge, um einen so schweren

Digitized by Google

Schlag von dem Manufacturinteresse abzuwenden." Ohne Zweifel wird wie immer Englands Wunsch für Deutschland Befehl sein; bereits theilt der Manchester Guardian folgende, einem Leipziger Privatbriefe vom 18. Sept. entnommene Nachricht mit: „Der brittische Consul hat mir so eben erzählt, er habe vom Lord Westmoreland in Betreff der Zollvereinszölle eine Antwort erhalten, dahin lautend, daß er eine Unterredung mit den Ministern gehabt und daß man ihm die Versicherung gegeben, die englischen Artikel würden von dieser Erhöhung ausgenommen sein, nur sei man über die zu diesem Zwecke zu treffenden Formalitäten noch nicht einig. Wenn Ihre Regierung daheim nur kräftiger darauf bringt, so habe ich das Vertrauen, daß alle englische Waaren ausgenommen sein werden. Einer der sächsischen Minister ist nach Berlin gegangen, um die Aussetzung des neuen Tarifs bis zum 15. Oct. zu verlangen."

Lord John Russell ist, wie die Morning-Post meldet, von Schottland abermals nach Dublin abgereist.

In Ceylon kam am 29. Juli eine Rebellion zum Ausbruch, die eine Zeitlang einen ziemlich heftigen und bedenklichen Charakter entwickelte und zwar in den zu dem alten Königreiche Kandy gehörenden Kaffee-Bezirken von Kornegalle und Matelle. Der Aufruhr entstand aus Erbitterung über eine neue Feuerwaffen- und Hundesteuer und wurde von den Aufständischen dazu benutzt, ein halb blödsinnigen jungen Menschen von zwanzig Jahren, einen Abkömmling aus dem frühern Herrschergeschlecht, zum König von Kandy auszurufen. Es fanden mehrere Scharmützel zwischen den Empörern einerseits und den englischen Schützen und malayischen Truppen andererseits statt, in denen jene eine gute Anzahl an Todten und Verwundeten verloren und auf's Haupt geschlagen wurden. Das Kriegsgesetz wurde verkündigt, einer der Hauptanführer, der Bruder des zum König gepreßten jungen Mannes, auf frischer That ergriffen und sofort erschossen. Von Trinkomale waren Truppen unterwegs; der Aufstand machte jedoch weiter keine Fortschritte und schien bereits in sich erloschen zu sein.

Dem Patriot zufolge, würde der Tod Lords Bentinck einen erneuten und festeren Zusammenschluß der konservativen Partei zur Folge haben. Die M.-Post empfiehlt dieser Partei, Lord John Manners zu ihrem Führer zu wählen, als denjenigen, der mit dem Verstorbenen große Charakterähnlichkeit habe, für die Förderung der Volksinteressen eben so eifrig, jedem bloßen factiösen Motiv unzugänglich und dabei in jeder Hinsicht ein englischer Gentleman sei.

Frankreich.

△ **Paris**, 29. Sept. (Die Uebersiedelung unseres Blattes und unserer Bureaux nach Frankfurt a. M. hat für den Augenblick zur Folge gehabt, daß unsere Pariser Correspondenzen, so wie die meisten französischen Blätter uns heute nicht zugekommen sind, daher unsere Mittheilungen aus Frankreich leider unvollständig sein müssen. Es sind die nöthigen Vorkehrungen getroffen, daß diesem Mißstande in kürzester Frist abgeholfen werde.) Die Blokade Venedigs durch das österreichische Geschwader hat zwar wieder begonnen, zuverlässigen Nachrichten zufolge, wird indessen das Wiener Kabinet in die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten gegen die alte Dogenstadt unter folgenden Bedingungen willigen: Erstens, daß während der Dauer der Unterhandlungen keine Hülfstruppen von Außen nach derselben kommen, und zweitens, daß die auf die Verträge von 1815 beruhenden Rechte Oesterreichs auf diese Stadt in voller Kraft bleiben. Es könnte, behauptet diese Macht, dieses Recht um so weniger zweifelhaft sein, da sich Frankreich und England in der Angelegenheit Schleswig-Holsteins sogar auf die Traktate von 1720 bezögen. Es ist dies jetzt der Gegenstand einer besondern Unterhandlung zwischen Oesterreich und den vermittelnden Mächten. Nachdem sich die Nationalversammlung in der vorgestrigen Sitzung, nach Anhörung der beiden ausgezeichneten Reden Lamartine's für, und Odilon Barrots gegen das Einkammersystem, hauptsächlich in Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse unseres Landes mit großer Mehrheit für dasselbe ausgesprochen, ging gestern der 20. Artikel des Verfassungsentwurfs, welcher die Erklärung enthält, daß die französische Nation die gesetzgebende Macht einer einzigen Versammlung überträgt, ohne Opposition durch. Herrn Proudhon war das noch nicht genug. Er wollte, daß dieser einzigen Kammer alle Gewalten, auch die vollziehende zufiele, wodurch also die ganze Regierung in ihre Hand gegeben wäre. Bei der sich aussprechenden allgemeinen Mißbilligung zog er jedoch diesen sogenannten Verbesserungsantrag zurück. Dasselbe that Herr Barthélemy St. Hilaire, der den Vorschlag gemacht hatte, das Einkammersystem nur vorläufig anzunehmen. Es wurden noch Artikel 21 und 22 angenommen, welche die Verfügungen enthalten, daß die Gesammtzahl der Abgeordneten (diejenigen Algeriens und der Colonien eingeschlossen) in der Regel 750, wenn die Versammlung aber zur Revision der Verfassung berufen würde, 900 betragen soll. Eben so Artikel 23 und 24, welche anordnen, daß die Wahlen nach der Basis der Bevölkerung bestimmt werden.

Paris, 29. Sept. — Stand der Rente: 5pCt. 44; 3pCt. 68. 50; Neue 68. 60; Neapol. 80; Bankactien 1550; Span. 5pCt. (Arboins) — 3pCt. 23¼; 3pCt. inländ. 18⅛; St. Germain Eisenb.-Actien — Versailles, rechtes Ufer —; linkes Ufer 101. 25; Paris-Orleans 650; Paris-Rouen 400.; Orleans-Bordeaux 375; Orleans-Vierzon —; Rouen-Havre 190; Marseille-Avignon 193. 75; Strasburg-Basel 85; Nordbahn 273. 75; Paris-Lyon 362. 50; Paris-Strasburg 342. 50; Römisches Anleihen 65¼.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 23. bis 30. September.

Die unruhigen Tage der letzten Septemberwochen wirkten ungünstig auf den Verkehr mit Staatspapieren. Einkaufsaufträge blieben aus und Verkäufe konnten nur mit Mühe und in kleinen Partieen ausgeführt werden. Nichts desto weniger stellten sich die Kurse am Abrechnungstag (27. Sept.) höher, theils wegen des wiederkehrenden Vertrauens, hauptsächlich aber, weil auf Lieferung in Blanko verkaufte Effekten anzuschaffen waren. Der fortdauernd niedrige Wechseldiskonto (ein à zwei Prozent) veranlaßt Kapitalisten und Spekulanten, ihre bereiten Gelder zum Ankaufe von Fonds zu verwenden. Es sind namentlich die süddeutschen Papiere und vorzugsweise die würtembergischen, die in kleinern und größern Partieen in feste Hände kommen. Von österreichischen Fonds zeigen sich seit kurzer Zeit wenig Abgebee, da die Finanzverhältnisse dieses Staates, seit der Besetzung der lombardisch-venetianischen Provinzen und der bevorstehenden Ausgleichung der ungarischen Wirren, eine beruhigendere Zukunft in Aussicht stellten. In den spanischen 3prozentigen, inländischen Papieren fand kein großer Umsatz statt. Man folgt hier dem Impuls der Madrider und Amsterdamer Börse. Von Anlehnsloosen waren badische fl. 35 und hessische Rthl. 40 Loose gefragt und gut preishaltend. Erstere wurden in namhafte Partieenn umgesetzt. In Eisenbahnactien ist nur der Umsatz in Friedrich-Wilhelms-Nordbahn und Ludwigshafen-Berbach nennenswerth. Namentlich die erstere erfuhr eine Preisverbesserung in Folge ziemlich belangreicher Ankäufe, trotz der niedrigen Berliner Notirung. Das Wechselgeschäft war im Laufe der letzten Woche ziemlich belebt und besonders gefragt die Devisen auf Amsterdam, London und Paris. Bremen, Hamburg, Berlin und Leipzig mehr angeboten. Wiener Coupons 110¼ à ½.

2. October.

Trotz der niedrigen Wiener und Pariser Notirungen zeigte die heutige Börse viel Festigkeit, wozu namentlich der anhaltende Geldüberfluß und der Mangel an complanten Stücken beiträgt. Oesterreichische 5prozent. Metalliques waren zwar etwas angeboten und blieben 73½ Brief. Dagegen waren die 2½prozent. Met. anzubringen und 38⅝ Geld. Bankactien fl. 1196, fl. 500. Anlehensloose 119 und fl. 250. ditto 81 à ¼. In spanischen 3prozent. inländischen war ziemlicher Umsatz, schlossen 18¼ Geld. Bad. fl.-35-Loose fl. 25¾ à ⅞. Hessische Rtd.-40-Loose 25¼ à ⅜. Von 4½ belgische wurden ziemliche Partieen umgesetzt und zu 72½ à ⅝ verhandelt. Friedrich-Wilh.-Nordbahn blieben zu 43⅛ gesucht und Ludwigshafen-Berbach 68½ Geld. Süddeutsche Papiere unverändert und ohne Umsatz.

Auch im Wechselgeschäft zeigte sich viel Leben. Langsichtige Wechsel sind selten und ohne Abgebee. Amsterdam 101⅛, Paris 95 à ⅛, London 121, Wien 110⅜ à 111 willig anzubringen. Auch wurden einige Postchen Mailand à 101¼ umgesetzt. Die Devisen auf Hamburg, Berlin, Leipzig und Augsburg eher angeboten. Disconto 1 à 1½ Proz.

Eilfte Gewinnziehung der badischen fl.-35-Loose.

Nr. 351102 fl. 50,000. Nr. 129305 fl. 15,000. Nr. 182384 fl. 5000. Nr. 182380, 277169, 274388, 107603 jede fl. 2000. Nr. 14357, 14367, 83989, 87762, 147255, 212981, 261759, 273258, 274368, 274384, 358464, 368141 jede fl. 1000.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kieffelbach.

Uebersicht.

Deutschland. Vom Rhein (Der Zustand der demokratischen Partei und ihre Organe). Posen (Die wahre Ansichten der liga polka). Eeeidburg (Struve eingebracht). Darmstadt (Die Wünsche des Landes und die Aufgabe des künftigen Landtags).

Großbritannien. (Versammlung von Kaufleuten und Fabrikanten wegen der Zollvereinszölle. Russel nach Dublin. Aufstand von Ceylon. Die konservative Partei und ihre Führer).

Frankreich. Paris (Tagesbegebenheiten).

Spanien. Madrid (Bei gestriger Niederkunft der Herzogin von Montpensier).

Italien. Turin (Rath in Venedig. Waffenstillstand).

Niederland. Amsterdam (Umänderung des Staatsgrundgesetzes. Das Treiben der deutschen Radicalen in den Augen des Auslandes).

** **Vom Rhein,** 30. Sept. Die fast gleichzeitige Niederlage, welche diejenige Partei, die sich selbst die demokratische nennt, an den verschiedenen Orten erlitten, wo sie neuerdings, theilweise in blutigem Aufruhr, ihr Haupt erhob, hat auch die demokratischen Hetzereien in der Rheinprovinz für den Augenblick fast verstummen gemacht, und namentlich wird sich die Coterie, welche von Köln aus die Welt mit ihrem unsinnigen Lärm erfüllte, sobald nicht wieder erholen: die Lächerlichkeit, um mit John Falstaff zu reden, der bei der Kölner „Revolution" in Dutzenden von Exemplaren anzutreffen war, liegt wie Blei auf ihr. Diese „Revolution" hat einstweilen den leitenden demokratischen Ausschuß sowohl, als den Sicherheitsausschuß begraben, die Häupter der Partei, welche auch diesmal, sobald der ernste Kampf bevorzustehen schien, die unzurechnungsfähige Masse feig im Stich ließen, die sie hinter die Barrikaden gestellt, sind verhaftet oder flüchtig oder halten sich zahm und ruhig bei Seite, die demokratische Presse endlich ist für den Augenblick gänzlich gelähmt. „Unter der Herrschaft des Säbels", wie das betreffende Rundschreiben der „Neuen Rheinischen Zeitung" sich ausdrückt, ist demnach die Neue Rheinische Zeitung für's Erste unmöglich, und wenn auch dasselbe Rundschreiben bereits sehr zuversichtlich sich dahin ausspricht, daß das Unternehmen demnächst „in vergrößertem Format und mit neuen, verstärkten Kräften" wieder erscheinen werde — Kräfte, die, wenn sie wirklich vorhanden sind, aus Wien ihren Ursprung herleiten — so wird doch wahrscheinlich erst eine schon einberufene Generalversammlung der Actionäre über Sein oder Nichtsein entscheiden, zumal wenigstens die Mehrzahl der bisherigen Redacteure es mehr als räthlich finden dürfte, sich nach einem andern Schauplatz für ihre Thätigkeit umzusehen. Ebenfalls „unter der Herrschaft des Säbels" ist sodann die „Arbeiter-Zeitung" verblutet, unstreitig dasjenige Blatt, was unter der arbeitenden Klasse, für deren Bildung und Fassungskraft freilich allein es berechnet war, den meisten Schaden angestiftet. Was denken Sie z. B. von der folgenden Stelle, die in der letzten Nummer dieser Zeitung in folgenden Ausdrücken eine Episode der Frankfurter Ereignisse behandelt? „Dem Heckscher war schon der Strick um den Hals, doch der Affe weinte und jammerte so sehr, daß das Volk ihn mit einem Tritt vor den Hintern hat laufen lassen. Es wäre — das ist die Moral, welche die Arbeiter-Zeitung daraus zieht — doch bald Zeit, daß das Volk seine Gutmüthigkeit bei Seite legte." Die Arbeiter-Zeitung dürfte übrigens am meisten Aussicht haben, wieder zu erstehen, da sie sich so ziemlich aus eigenen Mitteln zu erhalten im Stande war. Nächstdem folgt die „Neue Kölnische Zeitung" der Bürger Anneke und Beust. Es hatte bereits, nun, wie die Ankündigung lautet, „dieß kleine, unschuldige Blättchen, das so sehr einfach und redlich die Wahrheit sagte", unterdrückt worden, Anneke's Frau, die einst als Mathilde Franciska katholische Gebetbücher edirte und sich seitdem in Münster den Namen der „Communisten-Mutter" erworben, statt jenes kleinen unschuldigen Blättchens eine „Frauen-Zeitung" angekündigt; aber „da kam das Schicksal, rauh und kalt", in der Gestalt eines Commandantur-Befehls und verfügte, daß das Verbot der demokratischen Presse unbedingt so zu verstehen sei, daß außer der Kölnischen Zeitung während der Dauer des Belagerungszustandes kein politisches Blatt, welchen Namen es auch führe, erscheinen dürfe, und mit der „Frauen-Zeitung" ist es also aus. Endlich der „Wächter am Rhein", herausgegeben von Carl Cramer, der komischen Person in unsern politischen Bewegungen, und die Behörde mag sich Glück wünschen, daß sie auch dieß Blatt suspendirt hat, denn der Herausgeber würde es ihr nie verziehen haben, hätte sie es nicht gethan und ihn vergessen, wie sie ohne Zweifel blos vergessen hat, auch die „Freien Volksblätter" zu inhibiren, die ungehindert nach wie vor erscheinen. So liegt die demokratische Presse am Rhein darnieder, und es ist ein wahres Glück für die Sache der Demokratie, daß Herr Professor Dr. Goltfried Kinkel „mit den jungen Kräften der „Bonner Zeitung" in der Zwischenzeit die dadurch entstandene Lücke auszufüllen suchen wird." Herr Prof. Dr. Kinkel ladet deshalb, und das ist die Hauptsache, „die Anhänger seiner Partei zu dem neuen Abonnement ganz ergebenst ein."

† **Posen,** 28. Sept. Ich muß jetzt häufiger zur Feder greifen, denn unsere Zustände werden immer beweglicher. Wie vorauszusehen war, sind die zur Schau getragenen „friedlichen und legalen" Absichten der Liga in der praktischen Ausführung doch ganz andere. Die Liga predigt den Bauern: „ohne Verrath an der heiligen Religion und am Vaterlande zu begehen, dürft Ihr Euch nicht von Eurem Geistlichen und also Eure Schulen auch nicht von seiner Aufsicht trennen!" und flugs unterschreiben die polnischen katholischen Bauern derjenigen Gemeinden, die, weil sie gemischte sind, zufällig einen evangelischen Schulmeister haben, die Eingabe an die Regierung, welche ihnen ein katholischer Geistlicher vorlegt und worin es heißt: wir können doch als Katholiken unsere Kinder nicht in eine nichtkatholische Schule schicken! Die Liga verkündigt, daß von den versammelten Lehrern der Gymnasien und Realschulen, weil unter ihnen die Deutschen in der Majorität seien, wahrscheinlich ein Deutscher nach Berlin geschickt werden würde. Sie gibt gleich an, wie nun die Minorität all' ihren Einfluß darauf zu verwenden habe, daß der Abzusendende wenigstens ein Katholik und Polenfreund sei. Sie schlägt als Kandidaten den Schulrath B. vor und lenkt alle katholischen Stimmen durch ernste Mahnung auf diesen. Zugleich veranlaßt sie einen Protest gegen die einseitige Vertretung durch einen Deutschen, wenn die erwähnte Manipulation nicht gelingen sollte. — Die Liga hat seiner anbefohlen, Edelmann und Bauer sollen keine deutschen Schreiben mehr annehmen — und die Gerichte erhalten ihre Vorladungen und Erlasse, besonders aber Kostenrechnungen (obgleich Zahlen neutral sind) aus Gegenden und von Leuten zurück, die der deutschen Sprache sonst recht kundig waren. — Ein Bürger aus Inowraclaw (Deutschposen) liegt schon seit drei Wochen in einem solchen Sprachstreite, und schickte unlängst eine Vorladung, welche man ihm, weil er sie nicht annehmen wollte, mit dem Nagel an die Hausthür schlug, sammt diesem zurück. — Dieß Alles und noch weit mehr ist „Opposition, legale Opposition!" — Der Deutsche wird natürlich erbittert, zumal er manche Absichten durchschaut. Selbst den gemeinen Mann hört man sagen: „Ja sie wollen eine Lige machen! eine Lüge wird's sein, wie immer, und die Revolution steckt darunter!" — Mit der „legalen Opposition" in der Provinz ist es jedoch allein nicht gethan. — Die hiesige polnische Presse als getreue Verbündete der Berliner „Reform", welche ja bekanntlich auch ein Organ der Liga ist, beginnt auch angriffsweise gegen das Ministerium aufzutreten. Eine nicht uninteressante Stelle der „Gazeta polcka", die gegen General v. Pfuel gerichtet ist, verdient ihrer Eigenthümlichkeit wegen wohl ein Plätzchen in Ihrem Blatte. „Wer hätte wohl gedacht", sagt sie, „daß der posensche Pacificator, der gewesene Kommandant von Berlin, die glatte Schlangenhaut eines constitutionellen Ministers anlegen und so geschickt der Hand des Interpellators entschlüpfen würde, wie der abgefeimteste Lügner? — Und doch ist es geschehen, v. Pfuel ist entschlüpft, er hat denselben Weg gewählt, wie sein Vorgänger, wenn man nicht hinüberspringt, so kriecht man unten durch; man weicht in der Kammer, und draußen bleibt man beim Alten. — So hat denn Pfuel auf die Frage: warum man um Berlin ein Heer concentrire? auf die kaltblütigste Weise geantwortet: „Berlin ist der Knoten von sechs Eisenbahnen!" — Und auf diese Antwort des Jobses — entstand ein allgemeines Schütteln des Kopfes — aber Niemand wagte laut zu lachen." In diesem Genre machen die politischen Blätter ihre kritische Opposition. Und wie nun die Volksblättee? Ich hatte Ihnen neulich den „Großpolen" (Wielkopolanin) angekündigt. Seine ersten Nummern liegen vor mir. Er ist auf die Bauern berechnet und hat für seine Absichten den Ton auf's Wunderbarste getroffen. „Ihr wißt", heißt es darin, „daß Ihr Eure Brüder nach Berlin geschickt habt, um Euer Wohl zu berathen. Die haben sich nun das Wort gegeben, daß fortan in Allem wir Polen Einer dem Andern helfen werden. Da ist nun so eine Brüderschaft entstanden, und die heißt Liga, und da gibt

Jeder eine Kleinigkeit, um die polnischen Rechte zu vertheidigen. Das ist ein gar gutes Ding! Denn wo nur die Beamten oder die Deutschen einen Polen beleidigen, da wird gleich die ganze Brüderschaft für ihn einstehen, und wenn ein Armer Hilfe braucht, da wird diese Liga ihm helfen; und wenn irgendwo polnische Kaufleute nöthig sind, do wird die Brüderschaft welche hinschicken, damit von jetzt ab der Pole nur vom Polen kaufe — sowie jo auch der Jude nur vom Juden kauft. Und die Liga wird darauf sehen, daß den Polen überall ihr gutes Recht werde, und wenn das nicht geschieht, so werden diese Heeren von der Liga oder der Brüderschaft klagen, beim Könige und vor der ganzen Welt in gedruckten Briefen! Von dieser Bruderschaft da werden wir Euch bald mehr erzählen, und wenn Euch die Herren deut auffordern, daß Ihr zu dieser polnischen Brüderschaft treten sollt, so schreibt Euch gleich ein nnd gebt die wenigen Groschen auf's Jahr, die Euch das kosten wird, denn 'das dient zum Heil unseres Vaterlandes, unseres lieben Polens!" — Der Redacteur dieses Blattes ist ein Geistlicher und Mitglied der hiesigen Local-Liga, welche sich im Bozar offen konstituirt hat, eine ungemeine Thätigkeit entwickelt und von unberechenbaren Erfolgen sein kann. Wenn es in Berlin zum Ausbruch kommen sollte, so ist hier der Organismus für eine neue Erhebung vollständig da. Die Local-, Kreis- und Hauptdirectionen der Liga sind nichts weiter, als die umgetauften insurrectionellen Comité's; nur mit dem Unterschiede, daß jetzt alle Theilnehmer mit Sicherheit und Vertrauen erfüllt sind. Die bevorstehende allgemeine Amnestie wird von den Polen als eine Nothwendigkeit betrochtet, welche mehr der Regierung, als ihnen selbst aus der Verlegenheit hilft. Der Chef unserer Justiz ist deßhold noch Berlin berufen. — Ungeheuer war das Aufsehen, welches hier die Frankfurter Ereignisse gemocht hoben. Die Polen hoffen immer noch auf einen vulkanischen Ausbruch in Berlin. Dieses liegt ihnen näher, wiewohl man hier der festen Ueberzeugung ist, daß sie anch in Frankfurt nicht müßig gewesen sind.

Freiburg, 30. Sept. Die in Müllheim zusammengetretene gemischte Militär- und Civilcommission hat sich, nach eingebrachter Nachricht, zur Constituirung eines Kriegsgerichtes mit 5 Stimmen gegen eine incompetent erklärt, wonoch olso Struve und Mitschuldige an das ordentliche Untersuchungsgericht gewiesen sind. 7½ Uhr Abends. So eben wurden Struve mit Frou, Blind, Trautmann und Dufar unter starker militärischer Begleitung hier eingebrocht und auf die Hauptwache geführt. Im Laufe des Tags wurden abermals 34 gefangene Freischärler hier eingebracht. (Oberrh. Ztg.)

△ **Darmstadt**, 29. Sept. Nächsten Dinstog sind es acht Wochen, daß unser Landtag auf unbestimmte Zeit vertogt wurde und noch hört man nichts von der Wiederberufung desselben. Einem Landtagsabgeordneten, der neulich bei dem Miniſterpräſidenten Jaup war, sagte dieser vom October. Auf die Frage, ob außer dem Wahlgesetz dann auch finanzielle Gegenstände zur Berathung kämen? erfolgte die Antwort: daß dieß von den Ständen abhänge. Aber meiner Meinung nach hat der wiederzusammenberufene Landtag sich einzig und blos mit dem Wahlgesetz zu beschäftigen und ich bezweifle sehr, daß derselbe nech etwas Finonzielles auf seine Schultern nehmen wird. Jedenfalls würde es im Londe sehr übel vermerkt werden. Das Wahlgesetz erfordert aber zu seiner Berothung voraussichtlich vier Wochen. Um nach dem neuen Wohlgesetz die neuen Wahlen vorzunehmen, ist ebensoviel Zeit nöthig. Angenommen also, daß die vertagten Stände in der zweiten Hälfte des Octvber wieder zusammenkämen, würde die zweite Hälfte des December da sein, bis die neuen Stände in Wirksamkeit träten. Von da aber bis Ende Decembers läßt sich unmöglich ein neues Finonzgesetz berathen, während Ende 1848 die Anwendung des alten zu Ende geht. Die alten Stände dewilligen aber so wenig ein neues Finanzgesetz, als die Proregotion des alten. Auf das eine oder andere zu hoffen, hieße Alles auf eine Karte setzen. Hr. Jaup wird und kann nicht so spielen. Also neues Wahlgesetz, neue Stände! Freilich können auch diese kein neues Finanzgesetz beschließen, dazu ist schon zu viel Zeit vergangen, aber sie können das alte prorogiren. Und das ist der einzige Weg, der in unserer Zeit staatsmännisch praktikabel ist. Es hieße die öffentliche Ruhe an einen sehr wankenden Nogel hängen, wenn die Forterhebung der Steuern für's nächste Jahr durch bloße Ordonnanz versucht werden sollte. Inzwischen ergeht mon sich in den Anfängen von Anfängen neuer Organisationen. Für die Kirche ist ein solcher Anfang im Werk und für die Schule ist ein solcher Anfang hinzugekommen. Dazwischen fallen Arretirungen und Preßprocesse. Es läßt sich nichts dogegen sagen, wo es gilt, die Presse von verbrecherischen Schlingpflanzen zu befreien, die allerdings schon lange genug ihrer gedeihlichen Wirksamkeit im Wege gestanden haben. Auch läßt sich annehmen, daß es Jaup nicht angenehm ist, als persönlich Beleidigter die Sache des Gelezes vertreten zu müssen. Die Aeretirungen betreffend, so ist deren Zusommenhang mit Zuzug nach Frankfurt a. M. und Begünstigung der Struve'schen Unternehmung, sowie deren mit Grund von der Staatsregierung unternommener Bestreitung, deutlich genug. In Folge der Arretirung des August Becker, Redacteues des „jüngsten Tages" in Gießen, wird nun Student Fendt vorläufig dieses Blatt leiten. Ein junger Mann von Fähigkeit, aber ungemessener Eitelkeit, dem es nach seinem jüngsten Auftreten in allen Fasern seiner Schmetterlingsflügel zu prickeln scheint, die Wohnung seiner politischen Freunde im Arresthaus in Gießen zu theilen! Hier ist es sehr ruhig. Von den Vereinen, welche auf zufällige Umstände hin oder in Folge der Frankfurter Ereignisse idre Versammlungen auf einige Zeit aussetzten, hat der vaterländische Verein zuerst dieselben wieder aufgenommen, um sie — abermals für einige Tage auszusetzen. Er wird in seiner nächsten Versammlung über den Antrag des Mainzer Bürgervereins berathen, welcher der provisorischen Centralgewalt, resp. der künftigen definitiven Centralregierung Deutschlands das gesammte deutsche Heer- und Gesandtschaftswesen in Wirklichkeit durch die Nationalversammlung übertragen haben will. Voraussichtlich lassen sich sämmtliche constitutionelle Vereine des Landes im nämlichen Sinne vernehmen. Indessen — stockt die Bezahlung der Beloldungen und Pensionen. Schon vom zweiten Quartal dlieben sie eine Zeitlang ous. Vom dritten Quartal wird es ebenso gescheden. Man reservirt das Geld für mögliche Wechselfälle zur Bezahlung des Militärs. Nun freilich, als die Soldaten nach Holstein sollten, hat es, wie man dört, knapp genug mit der Kriegskasse ausgesehen. — Durch ein Rescript unseres Ministeriums des Innern vom 1. Sept. d. J. an sämmtliche großh. Regierungscommissionen ist verfügt, daß künftig, mit Beseitigung der durch Verordnung vom 16. Sept. 1808 vorgeschriebenen (ganz nach den alten Lebenseiden lchmeckenden) Formel, nur der in Art. 108 der Verfassungsurlunde vorgeschriebene Eid von Bürgern und Staatsdienern abzulegen, dieser Eid auch unter keinen Umständen wiederholt zu leisten sei. Schon auf einem früheren Landtag hatte der Abg. Brunck ouf Abschaffung jenes feudalistischen Eides angetragen, jedoch unter den damoligen Umständen vergebens.

Großbritannien.

** **London**, 29. Sept. Sie können sich leicht denken, daß man hier die neuesten Maßregeln des Zollvereins eben nicht mit günstigen Augen onsieht. Der erhöhte Tarif auf verschiedene Seidenwaaren und andere Artikel ist zunächst durch die von Frankreich auf diese Artikel gelegte Ausfuhrprämie veranlaßt worden. Seiner Tendenz nach ist er gegen diesen Uebergeiff der französischen Handelspolitik gerichtet — in der Praxis trifft er einen Theil des englischen Handels um so empfindlicher. Doch scheint es mir, olś ob die Verletzung der englischen Interessen nicht so viel mit der hier über jene Torifsveränderung herrschenden Unzufriedenheit gemein habe, wie der Umstand, daß der jüngste Schritt des Zollvereins ein dem Freihandel feindlicher ist. Die Anhänger jenes Systems in Deutschland werden mir nicht grollen, wenn ich die dier bei einem großen Theile des Publikums über dasselbe herrschenden Ideen als Fanatismus dezeichne. Eine neue Lehre, oder eine alte Lehre, die zu irgend einer Zeit neu herausgeputzt wird, hat mehr Propheten als Professoren; sie ist mehr Gefühlssache als Sache des Verstandes. Das Evangelium vom freien Handel macht keine Ausnahme von dieser Regel und am wenigsten in England, wo gerade die Exzesse des entgegengesetzten Systems einen fieberhaften Fanatismus für die Handelsfreiheit hervorgerufen hoben. Monchen ist das neue System eine Religion und gerobe diese Leute erwarteten Wunder von der letztjährigen Missions-Reise des Mr. Cobden auf den Continent. Und nun kommt als Erstling dieser Cobden'schen Mission, eine Zollerhöhung, eine Vermehrung der Abominotien, unter deren Drucke die Welt schon so lange geseufzet hot. Ist es verwunderlich, wenn die ganze Protectionist-Partei sich freut und die Anhänger der Schule von

Digitized by Google

Manchester Zeter schreien über das Renegatenthum der deutschen Zollvereins-Staaten?

Ich will hier weder für noch wider den Freihandel als national-ökonomische Theorie sprechen. Die Debatten im englischen Parlament, die endlosen Reden der Cobden'schen Partei in Manchester und London, die abgeleierten Vorlesungen der bezahlten „lecturers" der Anti-Corn-Law-League auf ihren Missions-Reisen durch die Provinzen und die Sündflut von Pamphleten und Zeitungsartikeln in Deutschland sowohl, als hier, haben den großen Segen und die große Verderbniß des Freihandels auf's Klarste bewiesen und noch dazu mit Zahlen. Es wäre unwürdig jetzt noch ein Wort darüber zu verlieren. Nur das, glaube ich, wird kein vernünftiger Mensch zur jetzigen Tagesstunde bestreiten, daß der Freihandel seine Proben noch zu liefern hat. Es ist eine Theorie, deren Praxis uns, wenn wir Mr. Cobden glauben wollen, eine Panacee für alle finanziellen Mängel des Erdenlebens sein wird. Behauptungen wie diese, wenn die streitenden Argumente auf beiden Seiten von gleichem Gewichte sind, kann man nur dahin gestellt sein lassen. Möglich, daß sie mehr sind — aber vielleicht ist doch ein Loch in der Rechnung. So wird uns mit großer Emphase vordemonstrirt, England sei handelsmächtig geworden, nicht durch seine Zölle, sondern trotz derselben. Sehr möglich! aber die Erfahrung muß es erst beweisen.

So mache man denn diese Erfahrung! So möge England sie machen! sagte ich schon vor mehreren Jahren, als uns die Abschaffung der Zölle so angelegentlich anempfohlen wurde. Aber hier sitzt der Knoten. Selbst im günstigsten Falle ist der Freihandel ein Experiment, eine Speculation. Sein angeblicher Segen verlangt Opfer, welche leider nicht angeblich sind, das Unternehmen fordert ein Kapital. Daß die ersten Jahre eines Zollminimums einen bedeutenden Ausfall in der Staatseinnahme machen. — Dieser erste Paragraph des Freihandels wenigstens, ist durch die Erfahrung hinlänglich bestätigt worden. Sie beweist es täglich in England. Von den Extremen des freien Handels und der Zollminimen gar nicht zu reden, brauche ich nur auf die unverhältnißmäßig hohen Zölle auf einzelne Artikel, z. B. Tabak, Spirituose ꝛc. ꝛc. hinzuweisen. Bei ersterem Artikel ist der Zollsatz neun Schilling (3 Thaler) auf rohe Tabaksblätter und der Zoll von der fabrizirten Waare beträgt von 500 zu 2000 % ad valorem und ist somit eine enorme Prämie für den Schmuggelhandel. Man sieht, man fühlt das nachtheilige und falsche dieser Einrichtung; es herrscht im ganzen Lande nur eine Stimme darüber; es ist ein allgemeiner Druck und eine allgemeine Klage. Aber warum im Namen alles Vernünftigen, wird der Zollsatz nicht ermäßigt? — Die Antwort ist einfach und läßt keinen Widerspruch zu. „We cannot afford it." „Wir haben nicht die Mittel." Hier drückt der Schuh. Es leuchtet Jedem ein, daß ein auf die Hälfte ermäßigter Zollsatz dem Schmuggelhandel die Hälfte seiner Prämie nehmen, ihn somit zur Hälfte unterdrücken würde. Man bestreitet auch nicht, daß wohlfeilere und bessere Waare die Konsumtion vermehren und in 4 bis 5 Jahren die verhältnißmäßig geringe Revenue von diesen Artikeln verdoppeln würde. Aber im ersten und zweiten Jahre würde man einen bedeutenden Ausfall haben, und man weiß diesen Ausfall nicht auf eine andere Art zu ersetzen. Man könnte die Finanzen des Staates verbessern — wenn man nur die Mittel hätte! Das ist der Grund, warum die Freetraders (mit Ausnahme der ärgsten Fanatiker) vor der Praxis ihres hochgelobten Systemes kopfscheu werden. Ich weiß es wohl, wie man in Deutschland die L. s. d. Logik der Engländer tadelt. Obgleich diese Logik auch in den meisten Theilen von Deutschland in Praxis ist, so wird sie doch schwerlich je zur Anerkennung kommen. Aber bei finanziellen Fragen, in Angelegenheiten, bei denen es sich um die L. s. d. handelt, scheint mir diese Logik gerade am rechten Orte zu sein, und in einer Angelegenheit, wo es sich rein um das materielle Interesse der Motive handelt, dieses Interesse in Wirklichkeit einem sie scheinbar anstrebenden Prinzipe zu opfern, hat Etwas, was mich an Sam Weller's Anekdote von dem alten Heren erinnert, der sich aus Prinzip an Muffins zu Tode fraß. Daß ein Beefsteak eine kräftige Nahrung für den ist, der es verdauen kann, ist sicher; wem es an Kraft zur Verdauung fehlt, der kann bei einer Beefsteak-Diät verhungern. Die englischen Freetraders sind überzeugt, ihr Unternehmen müßte resüssiren, wenn sie nur 20 bis 30 Millionen L. hätten, um die Ausfälle der ersten Jahre zu decken. Da der Staat diese Summe nicht hat, so muß er günstigere Zeiten abwarten. — Schließen wir von allen diesen Prämissen, so kommen wir auf die sehr prosaische Maxime des Alltagslebens: wer reich genug ist, kann Experimente machen, und wer einen Ueberschuß in der Tasche hat, der kann spekuliren. Er gewinnt da, wo ein weniger Begünstigter sicher verliert. Bevor man also die Fortsetzung des Protektiv-Systems unbedingt verdammt, ist es der Mühe werth, zu sehen, ob die zur Ausführung des Freihandels nöthigen Fonds vorhanden sind. Und hier möchte ich noch auf ein anderes Loch in dem englischen Räsonnement gegen unser Schutzsystem aufmerksam machen. England hat den Zollverein zu allen Zeiten angefeindet. Von den Protektionsmännern kann ich verstehen, daß ihnen das Prinzip, welches dem Zollverein zu Grunde liegt, zuwider ist. Bei den Freetraders ist mir eine solche Feindschaft unbegreiflich. Denn was ist der Zollverein anders als Freihandel im Innern von Deutschland — Mr. Cobden's Plan, das System des Adam Smith in verjüngtem Maßstabe? Schließen wir alle civilisirte Länder in einen solchen Zollverein, so haben wir den Freihandel. Ich sage es kühn heraus, der arme List in „seinem dunklen Drange" war ein Freihändler, ohne es zu wissen, und der Zollverein sein Gedanke, und sein Plan ist der Beweis dafür. Er war ein großer Nationalökonom, aber ein schlechter Schreiber, und sein klarer Gedankengang wurde, so wie er sich offenbarte, zur plumpen Phrasenologie, die den Gegenstand und ihn selbst verwirrte. Aber so unpraktisch wie Cobden war List nicht. Sein Plan war, den Freihandel im Innern von Deutschland durch Uebereinkunft zu schaffen, und dieser Plan war praktisch. Daß aber ein Staat seine Zollschranken niederreißen und seine Industrie der Konkurrenz der ganzen Welt preis geben sollte, ohne daß ihr dafür gleiche Vortheile geboten würden, und dies Alles, um ein „gutes Beispiel" zu geben, in der tollen Hoffnung, die andern Staaten würden sich durch solche Großmuth rühren lassen, und anstatt sie auszubeuten, sie durch Nachahmung belohnen — eine solche Voraussetzung setzt ihrerseits einen „Glauben an die Menschheit" voraus, den man allenfalls in einem „Institut für Töchter gebildeter Stände", nicht aber bei den Meetings von Manchester und Liverpool erwarten kann, und dessen der arme List, trotz allen Hohns, mit dem ihn die Cobdenschule überhäuft hat, nicht fähig gewesen wäre. List hatte wenigstens den praktischen Instinkt, welcher den meisten Freihandels-Propheten fehlt. Er wußte, daß sich ein freier Handel nicht durch die Zollabschaffung eines einzelnen Staates schaffen läßt. Er wußte, daß das moderne Shiboleth „no tariffs!" von selbst aus der angestrebten Gleichheit der Tarife resultirt. Ich wiederhole es, er war nicht der Mann des guten Beispiels, sondern der gegenseitigen Uebereinkunft, und er wußte, daß ohne diese der Freihandelsstaat von dem Protektionsstaat sich ausbeuten lassen müßte, gerade wie Frankreich eben jetzt die Ausbeutung des Zollvereins versucht.

Was ist die französische Ausfuhrprämie anders, als ein Versuch, die Fabrikation und den Handel der besagten Artikel zu monopolisiren? Sie ist ein Angriff auf die Industrie und setzt den angegriffenen Staat in die unangenehme und vielleicht auch kostspielige Nothwendigkeit, sich zu vertheidigen. Der Mayor, die Kaufleute und Fabrikanten von Manchester, welche vor einigen Tagen ein Meeting hielten, um die Zollerhöhung zu besprechen, sind deßhalb bei ihren Schimpfreden auf dieselben in großem Unrechte. Die ehrenwerthen Herren hätten die Schärfe ihres Zorns gegen Frankreich kehren sollen, von wo der erste Schlag ausging, nicht aber gegen den Zollverein, welcher hier mit seinen eigenen Interessen auch die des englischen Handels wahrt. Oder wird die Cobden-Schule hier und in Leipzig behaupten wollen, daß Ausfuhrprämien zum System des Freihandels gehören, oder daß ein Staat sie machen würde, wenn die Nachbarländer nicht mit ihm konkurrirten?

Frankreich.

△ **Paris 29. Sept.** In der heutigen Sitzung der N.-V. wurde ein Kredit von einer Million Frcs. bewilligt, welcher für die weiteren Kosten verwandt werden soll, die durch die Haft der Juniinsurgenten verursacht werden. — Ein Verbesserungsantrag zu §. 28 des Verfassungsentwurfs, vermöge dessen die Wahlen zur N.-V. nicht am Hauptorte des Kantons, sondern in den einzelnen Gemeinden stattfinden sollen, ist mit 528 gegen 271 Stimmen verworfen worden. Der Abg. Buvignier kündigt hierauf eine Interpellation wegen der italienischen Angelegenheiten an; General Lamoricière bemerkt hierauf, in Abwesenheit des Chefs der vollzie-

Digitized by Google

henden Gewalt und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten könne hiervon nicht die Rede sein. Von mehreren Seiten wird Tagesordnung verlangt.

Ledru-Rollin besteht auf den Interpellationen; — die Lage sei zu ernst, als daß das von der Regierung beobachtete Stillschweigen noch länger geduldet werden könne. Als Mitglied der ehemaligen Regierung kenne er die Instructionen, die den diplomatischen Agenten Frankreichs gegeben worden seien und die neuesten Ereignisse zeigten ihm, daß man sowohl in Italien, als in Deutschland eine andere Politik angenommen habe, eine Politik, die Frankreichs Ehre und Interessen beeinträchtigen müsse. Rußland und Preußen mischten sich in die italienische Frage, man spreche von einem Congresse und die Nationalversammlung wisse von nichts, werde über nichts gefragt. — Ueberall, in Italien, wie in Deutschland, suche man der Freiheit ein Ende zu machen, um sich dann gegen Frankreich, den Herd der Revolution, zu wenden. Die Nationalversammlung sei souverain, sie allein sei es, die in letzter Instanz über Krieg oder Frieden entscheide, und im Namen dieser Souverainetät verlange er Aufschlüsse. Lamorieière erklärt nochmals, daß Cavaignac und Bastide nicht anwesend seien und daß man daher für heute zur Tagesordnung übergehen solle. Auch glaube er nicht, daß man jetzt, wo die Unterhandlungen schwebend seien, Interpellationen beantworten könne. Es erhebt sich nun eine lebhafte Debatte über die Frage, ob die Kammer das Recht habe, über die Zulässigkeit der Interpellationen zu entscheiden und diese zu bewilligen oder zu verweigern, an der Buvignier, Dupin d. ä. und Lamorieière Theil nahmen. Nachdem die Interpellationen auf Montag, den 2. Okt. festgesetzt worden sind, und Denjoy für Morgen Interpellationen an den Minister des Innern über ein ultra-radikales Bankett in Toulouse, an dem der Präfekt Theil genommen, angekündigt hat, wird zur Tagesordnung übergegangen, und die Diskussion des Art. 28 fortgesetzt.

In der gestrigen Sitzung der N.-V. wurde durch ein Mehr von 573 gegen 212 Stimmen entschieden, daß die Frage, welche Beamte nicht wählbar seien, erst bei der Berathung über die organischen Gesetze, also nach Annahme der Verfassung erledigt werden solle.

Spanien.

Madrid, 24. Sept. (Sonntag. Börse geschlossen.)

Barcelona, 23. Sept. Cabrera, Estartus, Planadevant, Saragalai und mehrere andere Häupter karlistisch-republikanischer Freicorps, haben ihre Vereinigung bei Vidra und Montesquin bewerkstelligt, wo sie Pferde und Geld von den Eigenthümern fordern, „um den Bürgerkrieg zu eröffnen.“ Das 5. Jägerbataillon und die Kolonne des Generals Seba setzen ihnen unter dem Generalkommando des Generals Rios nach (Fomento).

Die Entbindung der Herzogin von Montpensier von einer Prinzessin (am 21. d. in Sevilla) ist offiziell angezeigt worden.

Italien.

□ **Turin**, 25. Sept. Die Konkordia zeigt an, die erste öffentliche Sitzung der Gesellschaft für die italienische Konföderation werde Mittwoch Abend im Nationaltheater stattfinden und verspricht sich in ihrem Wirken dieselben Erfolge, deren O'Connel und Gobden sich erfreuten. — Dasselbe Blatt enthält einen dringenden Aufruf an die Bewohner unserer Stadt, Venedig zu Hilfe zu eilen. Eine Nachschrift scheint dies jedoch dahin zu erklären, es möchten sich dieselben an dem Anleihen von 12 Millionen betheiligen, welches Venedig eben eröffnet habe. In einer hierauf folgenden Ansprache wird aufgefordert: Jeder möchte ein Lire für das unglückliche Venedig spenden, dem nicht Arm noch Muth, nur Geld und Brod fehle! — Noch enthält dasselbe Blatt eine sehr bewegliche Aufforderung der Nationalgesellschaft für die italienische Konföderation an das französische Volk, Italien beizustehen, ehe es zu spät werde „und der Autokrat, nach Napoleon's Prophezeiung, ganz Europa kosackisch gemacht habe.“ — Die officielle Mailänder Zeitung kündigt an, daß der Waffenstillstand auf 30 Tage verlängert worden sei, die officielle Piemonteser Zeitung sagt, er dauere stillschweigend von 8 zu 8 Tagen fort.

Niederland.

* **Amsterdam**, 28. Sept. Seit Anfang voriger Woche ist unsere doppelte Kammer im Haag versammelt, um über die vielbesprochene Revision des Grundgesetzes nochmals zu berathen. Drei Viertel der Stimmen sind für jeden Paragraphen nöthig, um ihn zum Gesetz zu machen, und selbst dann, wenn eine Majorität von drei Viertel der zweiten Kammer ihr „Ja“ gesprochen hat, bedarf es noch des abermaligen Fiat's der ersten Kammer. Unsere bisherigen politischen Institutionen waren wirklich so künstlich und labyrinthisch verwickelt, jeder Schritt vorwärts hatte so viele Häkchen, daß man beinahe bedauern möchte, daß ein so feines Machwerk der höheren politischen Kunst auf dem Punkte steht, einer schnöden Vergangenheit überliefert zu werden. „Auch eine traurige Folge dieser nach Neuerung und Umsturz strebenden Zeit,“ so hört man manchen gemüthlichen Holländer seufzen, „was kümmern uns direkte Wahlen, Vereinigungsrecht, und wie die Reformen mehr heißen!“ — Es ist gewiß eine eigene Erscheinung unserer Zeit, daß hier in Holland sämmtliche Reformen vom König ausgehen, während das Land sie gleichgültig, als etwas sich von selbst Verstehendes, in Empfang nimmt. Nicht in der Abstumpfung des Holländers für die Ausübung seiner politischen Rechte ist die Ursache dieses Gleichmuths zu suchen, sondern vielmehr in dem Bewußtsein, daß er ein freier Mann ist, so lange er in den Schranken seines freisinnigen Gesetzes bleibt, daß ihm Niemand Unrecht thun kann, und daß er Polizeiwillkür und Soldatenherrschaft nie gekannt hat. Hatte der Holländer bisher in der Theorie weniger politische Privilegien, als der Franzose und der Belgier, so war er dagegen in der Praxis der freieste Mann und fühlte daher das Bedürfniß der Freiheit nicht. Dadurch läßt sich die ruhige, bedächtige Haltung unsers Landes in dieser für das übrige Europa so fürchterlichen Krisis erklären. Die Behauptung läßt sich ruhig aufstellen, daß der Holländer mehr republikanische Tugenden besitzt, als alle die schreienden Pseudo-Republikaner in Frankreich und Deutschland, die des wahren Republikaners erste Losung: Achtung vor dem Gesetz und vor dem Ausspruch der Mehrzahl, gar nicht zu kennen scheinen. — Mußte man dem wüsten Treiben dieser Partei in Deutschland bisher mit einiger Bangigkeit zusehen, so fängt solches nach den letzten Vorfällen nachgerade an, lächerlich und ekelhaft zu werden. Diese possenhafte Barrikaden-Wuth, dieses heroische Aufstecken des rothen Fähnleins, dieses wahrhaft kindische Nachäffen der Franzosen, dieser Hang zum rohesten Meuchelmord, es ist wirklich das Erbärmlichste, was man sich denken kann. In einer Hinsicht aber bleiben die deutschen „Rothen“ hinter ihren französischen Genossen zurück: die Franzosen sind muthig, die Deutschen feig; die Franzosen fechten, die Deutschen nehmen vor einem Piket Soldaten Reißaus. Es erinnert an den Wachtmeister im Wallenstein: „Wie er sich räuspert und wie er spuckt, Hat man ihm glücklich abgeguckt.“ Man baut zwanzig Barrikaden und bildet sich ein, daß die Revolution sie und fertig sei. Der letzte Kölner Putsch ist in dieser Hinsicht wirklich das Possirlichste, was je vorgekommen. Nur Schade, daß dergleichen Zerstreuungen dem wieder etwas aufblühenden Handel gänzlich hemmend in den Weg treten, alles Vertrauen völlig vernichten, und Tausende von bisher noch beschäftigten Arbeitern und selbst Bürgern zu Proletariern machen, und dies zu einer Jahreszeit, wo für den Winter gesorgt werden muß, dem wir mit Riesenschritten entgegengehen. Wenn man sich jetzt schon Mühe gibt, um Armuth und Elend zu erzwingen, wo soll das hinaus, wenn die strenge Jahreszeit sie uns von selbst bringt? Jetzt oder nie ist die Zeit gekommen, wo Deutschland einer festen, energischen Regierung bedarf; das Transigiren muß endlich einmal aufhören, und die Partei für Gesetz, Ordnung und Recht muß jetzt die Hände in einander schlagen und den Anarchisten die Spitze bieten. Wie Ein Mann muß sie sich auf Seite der Centralgewalt stellen, Einzelgelüste und Partikularismus vergessen, da, wo es sich um die Rettung des Gesammtvaterlandes handelt. Thut sie dies, so ist sie des glänzenden Sieges gewiß!

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Mercadier in Straßburg Nro. 29 Brandgasse, Paris Nr. 26 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. R. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 267. Frankfurt a. M., Dinstag 3. October. 1848.

Uebersicht.

Einheit, Einigkeit und Particularismus.

Deutschland. Frankfurt (Der Würtemberger Hof. Der Abgeordnete Hermann und das Ministerium. Die Regierung für Schleswig-Holstein. Parlamentsparteien. Ein Brief Blum's an seine sächsischen Wähler. Zitz's Bericht über seine Rede auf der Pfingstweide). Berlin (Verhandlung des Verfassungslandtags). Posen (Die deutschen Getreidehändler und die liga polka. Erlaß des Oberpräsidenten). München (Die Regierung und die Centralgewalt. Verhaftungen. Stimmung der Bürgerschaft). Oldenburg (Vereiteltes Mißtrauensvotum). Aachen (Schicksal der Immediatcommission). Verhandlungen der Nationalversammlung vom 3. October. Grundrechte. Matzahn zum Schriftführer gewählt.

Börsenberichte von Frankfurt. (vom 3. October.) Paris (Courszettel vom 30. Sept.)

Großbritannien. (Die englische Zeitungspresse über Deutschland. Die Börse).

Frankreich. Paris. Sitzung der Nationalversammlung. Terroristisches Banquet. Stürmische Verhandlungen. Nachrichten aus den Departements.

3. October.

Wie die herrschende Stimmung des Tages, so wird jedes Regierungssystem, das unter ihrer Herrschaft sich bilden, ihren Forderungen Genüge thun will, ein unitarisches sein müssen. Was wir damit meinen, bedarf im Hinblick auf die ganze Vergangenheit unseres Blattes, keiner langen Erläuterung. Wir meinen keinen Bruch oder feindlichen Gegensatz zwischen Einheit und Particularismus, kein entschiedenes Auftreten, wie man das nennt, keine Huldigungsbefehle, keine Aufforderungen zu unumwundener Anerkennung der Centralgewalt. Das alles sind formale Acte, die zur wirklichen thatsächlichen Begründung der Einheit und einheitlichen Regierung nur in geringerem Maße beitragen. Ihr wahrer Werth und außerordentliche Wichtigkeit liegt in ihrem Verhältniß zum sittlichen und Rechtsbewußtsein unseres Volks, und davon gedenken wir ein andermal zu reden. Für dießmal gehen wir aus von der einfachen Grundlage der thatsächlichen Verhältnisse. Der Augenblick scheint uns gekommen, der für jede neugeschaffene, zumal für jede provisorische Gewalt der entscheidende ist: der Augenblick, wo die einheitliche Regierung allein dem unverkennbar bloßgelegten, allseitig anerkannten Bedürfniß der Volkswohlfahrt genügen kann, wo einerseits jeder Patriot ihr zufallen und die allgemeine Aufopferungsfähigkeit und Bereitwilligkeit sich beweisen, andererseits die Regierung selbst ihre Fähigkeit, den Forderungen der Lage zu genügen, in ihren Handlungen und Erfolgen kund geben muß. Sie wird auf diesem Wege kein Hinderniß antreffen von Seiten irgend eines Particularismus. Wir haben es bis jetzt gesehen: in Sachen der allgemeinen, ungetheilten öffentlichen Wohlfahrt fand die Centralregierung rasche willfährige Unterstützung in allen Theilen des Vaterlandes; wer Gelegenheit hatte, wen die Reihe traf, der gehorchte unweigerlich und gern. So wird es auch für die Folge, ja wird es selbst in minder allgemeinen Angelegenheiten, selbst im Zwiespalt einzelner Interessen sein, wenn nur die Centralgewalt sich als eine weise und feste, als die beste Leitung bewährt, und nicht allein eine aufgeregte und erwartende Volksstimmung, sondern auch die kalt- und verständigrechnenden Interessen, im In- und Auslande, auf ihre Seite bringt. So würde es selbst dann sein, wenn ihr Mandat allein in den Umständen, in der zwingenden Kraft der öffentlichen Wohlfahrt läge; und wirklich möchten wir durch diese Betrachtung Veranlassung geben, das gewöhnlich festgehaltene rechtliche Moment für einen Augenblick fallen zu lassen und die Lage der Dinge einmal rein für sich, aus dem thatsächlichen Standpunct zu betrachten.

Ist diese Betrachtungsweise für die meisten Verhältnisse fruchtbar, so ist sie für manche unentbehrlich. Dieß gilt besonders von den zwei großen Schreckbildern unserer Tage, vom Particularismus und Reaction. Es ist sehr natürlich, wenn auch darum nicht minder verderblich, wenn die Gewohnheit des Kampfes gegen den Absolutismus die Gemüther nach immer festhält, ihnen ganz veränderte Verhältnisse nach stets in gleichem Lichte zeigt, und sie antreibt, ganz verschiedene Dinge, wie eben Particularismus und politische Reaction, in ursachlichen, planmäßigen Zusammenhang zu bringen. An Reaction, im Sinne einer absichtlich planmäßigen Zurückführung der Dinge auf den Standpunct vor den Märztagen haben wir bis jetzt noch keinen Grund zu glauben. Noch sehen wir so manche Männer, denen man im Hinblick auf ihre Vergangenheit dergleichen Plane zuzuschreiben geneigt ist, in Rede und Schrift an unsern öffentlichen Angelegenheiten mehr oder minder fruchtbar sich betheiligen; wir würden es aufrichtig bedauern, ja erst dann Verdacht und Befürchtungen schöpfen, wenn diese Stimmen zum Schweigen sich anließen. Was jetzt mit dem Schein der Reaction aber mit dem wirklichen Erfolg reactionärer Wirksamkeit auftritt, das ist die Macht der traditionellen Verhältnisse, die mit der ganzen Kraft der Trägheit nach dem allmälig ermattenden Umschwung der Märztage in die alte Stellung zurückstreben. Ihnen begegnet jetzt leider nicht die ausdauernde, umwandelnde und schöpferische Kraft, deren mäßigen Vorrath man vergeudete, da alles von selbst ging, und nun nicht findet, da es nothwendig und hilfreich wäre. In der lauten Reactionsfurcht dieser Tage würde kein ächter Reactionär für seine Sache eine Schwäche sehen. Was nun den Particularismus angeht, so glaubt man ihn, im furchtbaren Bunde mit der Reaction, täglich mehr anwachsen zu sehen, von Stiftung der Centralgewalt an und ihr zum Trotz. Das ist eine große Täuschung. Kein neuer Particularismus wird genährt und wächst heran; nur der längst vorhandne wird offenbar in der freien Luft und dem Lichte dieser Tage. So lange die Stagnation der dreißiger Jahre das Nationalleben gefesselt hielt, und der gemeinsame Kampf gegen den Absolutismus die besten Kräfte an sich zog, so lange blieb auch dem Kundigsten verborgen, was unter der Eisdecke sich nach Lebendiges regte. Als die starre Hülle unter dem Thauwind der Märztage schmolz, kam vieles Neue und Wunderbare zum Vorschein; je mehr die ersehnte Einheit aus der abstracten Höhe des Gedankens zur Verwirklichung hinabstieg, desto mehr ungeahnte Hindernisse fand sie auf ihrem Wege; man konnte sich nicht bloß in die Zeiten des Rheinbunds, sondern sogar in die des alten Reichs versetzt glauben. Selbst ein Kenner der Geschichte und der Volksnatur durfte überrascht sein, wie er sah, wie die separatistischen Erinnerungen aus den Zeiten des alten Reichs sich regten, wie die Schöpfungen der Rheinbundszeit so wenig im Bewußtsein des Volks Wurzel geschlagen hatten, wie man die neue Reichseinheit mit der alten zusammenknüpfte, und in ihr nicht sowohl die Kräftigung der Gesammtheit, als das Mittel zur Auflösung größerer Einzelstaaten zu sehen und zu suchen Miene machte! Wir wollen dem Extreme dieser Erscheinungen höchstens eine geschichtliche und psychologische, keine politische Wichtigkeit beilegen; anders ist es mit einer mittleren Ansicht, die viele Gebildete, zumal in Süd- und Westdeutschland beherrscht. Hier sind die kleineren Staaten in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung zum großen Theile nicht alt genug, um den Vortheil langen geschicht-

Digitized by Google

lichen Daseins zu haben, nicht groß genug, um das politische Interesse ihrer Angehörigen festzuhalten; man wendet sich also, centralistischer als die Centralgewalt, der künftigen Reichseinheit so ausschließlich zu, daß man die unumgängliche innere Ausbildung und Reformirung der einzelnen Staaten hintenansetzt, die rechte Linie zwischen Föderativ- und Centralstaat überschreitet, und zuletzt das Beste, das Ziel des Ganzen, die deutsche Einheit selbst vergißt; letzteres indem man der Lage den Bedürfnissen und Eigenthümlichkeiten des Nordens ganz und gar nicht Rechnung trägt. Ist einmal das Mittel über den Zweck gesetzt, einmal über der Reichseinheit die deutsche Einheit vergessen, so wird der löbliche Eifer zur Opposition und Partikularismus steht gegen Partikularismus.

Wenn man von Partikularismus spricht, so meint man dabei stets vorzugsweise den Norden und insbesondere Preußen. Und doch ist er nicht dort allein; er ist allenthalben und nicht am wenigsten da, wo ihn die Maske der Einheit birgt. Weil man aber so vielfach Partikularismus und Reaction vermischt und verwechselt, so schreibt man auch den ersten den Heerschenden und Regierenden zu, und sucht, um die Einheit zu retten, lieber Fürsten und Völker auseinander zu halten. Man trennt auf diese Weise, was gerade jetzt zusammenhalten muß, man verletzt den Grundsatz der konstitutionellen Monarchie, der in dem Fürsten nicht das Glied einer Dynastenfamilie, sondern das Oberhaupt des Staates und einen Theil des Verfassungsorganismus sieht, man kommt in unbedachten Augenblicken soweit in's Gehege der antimonarchischen Partei, die nicht umsonst neuerdings das Panier der Einheit aufsteckt, daß der gesetzmäßigen Monarchie und der monarchischen Centralgewalt selbst wohl mitunter der Stoßseufzer ausgepreßt werden mag: Herr Gott bewahre mich vor meinen Freunden! Noch obendrein aber hat man in der Sache Unrecht. Wenn irgend Etwas im eigentlichen Volke Heimath und Wurzel hat, wenn Etwas den Charakter des Südens und Nordens wiederspiegelt, so ist es der Partikularismus auf beiden Seiten. Die nordischen Staaten sind theilweise größer, sie nehmen, besonders Preußen, vom Interesse und Patriotismus ihrer Angehörigen schon für sich allein einen großen Theil in Beschlag, sie haben ihre alterthümliche Gestalt, ihre hergebrachte Zusammensetzung meist treuer bewahrt, Bevölkerungen, Sitten und Gebräuche sind mehr aus einem Guß, schon zur alten Reichseinheit war das Verhältniß stets ein anderes. Daher ist der nordische Partikularismus zunächst dem heimischen Staat, der südliche zunächst dem Reiche zugewandt, jener nach der Vergangenheit, dieser nach der Zukunft gerichtet, jener föderalistisch, dieser centralistisch. Partikularismus aber sind beide Anschauungsweisen, soweit und so lang sie sich ausschließen und das Recht der Gegenseite nach Art einseitiger Gemüthsmenschen verkennen; so lange die gleichen Anklagen, die gleiche Selbstüberhebung auf beiden Seiten erschallen, so lange beide sich auf die begrabene Vergangenheit berufen, wobei, da sie Rühmliches und Unrühmliches für beide enthält, beide gleich Recht und gleich Unrecht behalten, so lange endlich sie wie zwei feindliche Heerlager sich gegenüber stehen. Sie würden sich als Brüder erkennen, wenn der selbsterregte Staub sie nicht umnebelte, selbstgeschaffenes Vorurtheil sie nicht verschanzte. Es ist nicht die Sache der Vielen, nach strengem Rechte zu richten und der Vorurtheile sich zu entschlagen. Darum tragen Diejenigen die wahre Schuld, die das Vorurtheil und die Parteiung der Massen in die höhern Gebiete der Politik mit der vollen Zugabe doctrinären Starrsinns hinübertragen. Denn so schwer es ist, populäre Vorurtheile auszurotten, so leicht ist es, im günstigen Moment sie umzustimmen, wenn die rechten Hände sich der Sache annehmen. Auf den Bund der Einflußreichen, Wohlwollenden und Einsichtigen kommt es an, die nicht blos eine formale zwingende Einheit, sondern die wahre Vereinigung der Geister sich zum letzten Ziele setzen.

Auf diesen Bund, auf dieses Ziel wird unsere Wirksamkeit gerichtet sein. Jeder Gleichgesinnte soll unsere Spalten offen finden, und mit Zuversicht erwarten wir vielseitige Unterstützung in einem Werke, das von wenigen vereinzelten Kräften nicht hinaus geführt werden kann. Es wird unser Stolz sein, den Namen zu verdienen, den die Gründer dieses Blattes mit dem Muth der besten Absicht ihm vorangesetzt haben; wir wollen eine deutsche Zeitung sein, die, mit allen Theilen Deutschlands in Verbindung, ohne Abneigung und Vorliebe dem einen das wahre Bild des andern, und dem Ganzen das rechte Ziel seiner Einigung zeige.

---

† **Frankfurt**, 2. Oct. Heute Morgen hat der preußische Bevollmächtigte, Herr v. Camphausen, das Reichsministerium benachrichtigt, daß der Kammerherr v. Reedtz, welcher von der Krone Dänemark nach Berlin gesandt worden, daselbst eine Erklärung seiner Regierung abgegeben hat, dahin lautend: daß die provisorische Regierung der beiden Herzogthümer aus der von dem Bevollmächtigten der Centralgewalt, Mar v. Gagern, vorgelegten Personenliste neu zusammengesetzt werden solle, und zwar nach Vorschrift des betreffenden Paragraphs des Vertrages. — Hiedurch fallen alle in Localblättern böswillig ausgestreuten Gerüchte, als habe man unbegründeten Zusicherungen von Seiten der preußischen Regierung Glauben geschenkt, vollständig in sich zusammen. — Die letzten Sitzungen der Nationalversammlung haben bereits gezeigt, daß die Centren durch die erfreuliche neue Organisirung wieder einen festen Halt gewonnen haben. Sie bestehen bekanntlich aus den Fractionen: Casino, Landsberg und Württemberger Hof; über die Stellung des aus circa 40 Mitgliedern bestehenden Vereins Westendhalle, welcher den Uebergang zur eigentlichen Linken bildet, läßt sich jetzt noch nicht viel sagen. Die drei eben genannten Vereine stehen durch je drei Abgeordnete aus ihrer Mitte in einem wohlthätigen Wechselverkehr. — Bei der heute vollzogenen Präsidentenwahl waren bis auf die eigentliche Linke (mit 70 Stimmen) alle Fractionen für Gagern einig. Dagegen hatten sich für den Abgeordneten Simson als Vicepräsidenten nur die Stimmen der Rechten und von den Centren des Casino's und des Landsberg vereinigt. Der Württemberger Hof stimmte zum großen Theil, sowie die Westendhalle mit der Linken für Hermann, welcher demnach 130 Stimmen erhielt. — Es scheint, als ob sich außer einer äußersten Rechten, die nur wenig zahlreich ist, noch ein Klub, der sich mehr den rechten Centren zuneigt, bilden würde. Im Württemberger Hof, sowie in der Westendhalle dürften wohl auch noch Sonderungen bevorstehen. Wohlthätig und fördernd werden diese neuen Gruppirungen der Parteien bei der nun bald bevorstehenden zweiten Berathung der Grundrechte und der darauf gleich folgenden Berathung der Verfassung des deutschen Reiches wirken.

⨯ **Frankfurt**, 3. Okt. Ihr gestriges Blatt, das mir erst heute Morgen*) zugekommen ist, enthält einen längeren Artikel über die Stellung, welche der „Würtemberger Hof" gegenwärtig dem Ministerium gegenüber einzunehmen gedenkt. Ich kann die darin ausgesprochenen Ansichten und Absichten dieser Partei nur billigen; wenn wir es in Deutschland nicht endlich einmal verlernen, aus reinem Individualitätseigensinn die Nebendinge zu Hauptsachen zu machen, wenn wir uns nicht endlich einmal der kindlichen Albernheit entschlagen, an kaum sich bildende Ansätze eines von der größeren Mehrzahl selbst in seinen gröberen Linien gar nicht einmal überschauten Staatsorganismus Anforderungen zu stellen, wie sie uns oft nur die idealistischen Träumereien bringen, so können wir uns von vorn herein die ganze Mühe des Aufbauens sparen. Gegen den Artikel selbst sage ich daher Nichts; mich nöthigen nur die gestern von vielen Mitgliedern des Württemberger Hofes für Herrmann abgegebenen Stimmzettel zu der Frage, wie ein „Stützen" des Ministeriums und ein Stimmen für Herrmann mit einander harmoniren? Oder liegen etwa die Intriguen des Abgeordneten Herrmann gegen das Ministerium nicht offen zu Tage? Ich sage Intriguen, nicht Parteidifferenzen, nicht Angriffe von dem Boden eines entgegengesetzten Systems. Der Neckarcorrespondent Ihrer Zeitung, welcher trotz seines Sitzes „im Parterre" doch ziemlich genaue Kulissenkenntniß zu haben scheint, hat in seiner Entwickelung der Waffenstillstandsgeschichte schon einmal mehr als deutlich auf die Werkzeuge hingewiesen, deren Eitelkeit und Sucht nach Portefeuilles sich eine geschickte Hand sehr schlau zu bedienen weiß, um jeden frisch gelegten Stein sogleich zu unterhöhlen; es war darin von dem einst so gehorsamen Freunde jenes Mannes die Rede, der jetzt zu Turin in den Betstühlen der Jesuiten eine so überraschende Frömmigkeit entfaltet, von dem Gelehrten, der sich trotz seines reichen Geistes bis zum März 1848 jeder Gewalt gebeugt und hingegeben hat, von dem „Karl Salomo Zachariä unserer Tage." In der Krisis ist es zwar dem Abgeordneten Herrmann nicht gelungen das Ziel seiner

*) Dem geehrten Herrn Correspondenten bemerken wir, daß er dieses Loos so ziemlich mit allen Abonnenten getheilt; die mannigfachen Lasten einer Uebersiedelung und die Ungeübtheit eines fast ganz neuen Personals werden es gewiß entschuldigen. A. d. R.

Wünsche zu erreichen, aber deßwegen hat derselbe seine persönlich feindliche Stellung gegen das Ministerium nicht aufgegeben — wie stimmt nun das einstimmig im Würtemberger Hofe beschlossene Stützen des Ministeriums mit dem vielstimmigen Stimmen für den Vicepräsidenten Herrmann?

+ **Frankfurt** 3. Okt. Es scheint ein bedeutender Unterschied zwischen Frankfurt und Leipzig obzuwalten. In der Sitzung der N.-V. vom 19. Sept. wurden bekanntlich einige Beschlüsse gefaßt, wie sie die erschütternden Ereignisse der unmittelbar vorangegangenen Tage zur Stärkung und Aufrechthaltung der gesetzlichen Gewalten in Deutschland» forderten. Einer der Abgeordneten nun, welcher damals zu den Wenigen gehörte, die sich nicht erhoben, als die bereits geschehenen Schritte des Reichsministeriums zur Unterdrückung des Aufruhrs nnd zur Wiederherstellung der Ordnung von der N.-V. gutgeheißen wurden; einer der wenigen Abgeordneten, die auch in das Unterstützungsvotum nicht einstimmten, welches dem Reichsministerium für die ferner zur Erhaltung der Einheit und Freiheit zu ergreifenden Maßregeln ertheilt ward; einer der wenigen Abgeordneten endlich, die sich sogar des Danks an die Reichstruppen für die bewiesene Hingebung und „Mäßigung" enthielten — Herr Robert Blum hat folgendes Schreiben nach Leipzig erlassen. Wie geben es ganz in der Form hier wieder, in der wir es im dortigen „Tageblatt" finden:

An die Wähler und Urwähler des 6. Wahlbezirks im Königreich Sachsen.

Verehrte Mitbürger!

Die beklagenswerthen und verdammungswürdigen Ereignisse vom 18. September d. J. in Frankfurt haben nicht nur unsere Geschichte mit einem blutigen Blatte befleckt; nicht nur die Schande eines Mordes, an der geheiligten Person der Volksvertreter verübt, auf unser Vaterland gewälzt; sie haben auch den Feinden der Freiheit, den Dienern der Knechtschaft, den Schildträgern der alten überwundenen Zustände einen unermeßlichen Spielraum für ihr Wirken geöffnet. Kühn erhebt die Rückschrittspartei ihr Haupt, und unter dem Vorwande, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, legt sie frevelhaft die Hand an die ewigen Rechte, welche das Volk im März theils zurück erobert, theils zurück erhalten hat, deren Fortbesitz ihm aber in den wenigsten Staaten bis jetzt durch schützende Gesetze gewährleistet ist.

Zu den Mitteln, mit denen diese Rückschrittspartei ihre Pläne verfolgt, gehört vor Allem, daß sie die treuen Freunde der Freiheit vor den Augen der Nation verdächtigt und der Mitschuld an Thaten bezüchtigt, die Niemand im Vaterlande so sehr verabscheuen kann und deren furchtbare Folgen Niemand so tief fühlt, als gerade die Minderheit treuer Freiheitsfreunde in der Nationalversammlung zu Frankfurt. Wenn dereinst die Geschichte den 18. September als einen Tag bezeichnet, welcher der deutschen Revolution nicht zur Ehre gereicht, dann wird und muß sie bei Betrachtung seiner Folgen den schärfsten Verdammungsausspruch erheben gegen so viele Organe der öffentlichen Meinung, die das Volk schänden in einem Theile ihrer Vertreter, denen sie Thaten und Absichten unterlegen, von welchen sich keine bewahrheitet hat und **keine bewahrheiten wird.** Niemals, zu keiner Zeit und in keinem Lande ist die Ehre einer politischen Partei so schamlos, bübisch und meuchelmörderisch unter die Füße getreten worden, als die der Linken der Nationalversammlung zu Frankfurt; niemals, zu keiner Zeit und in keinem Lande hat man gegen eine Minderheit so feige Banditenwaffen angewandt, als gegen die Linke in der Nationalversammlung zu Frankfurt. Wenn Deutschland in dieser Revolution die Freiheit nicht erringen sollte, dann wird die Haltung eines großen Theiles seiner freien Presse in diesen Tagen die Nachwelt zu dem Urtheile berechtigen, das Volk sei der Freiheit nicht werth, sei für dieselbe nicht reif gewesen.

Die politischen Parteien müssen in Revolutionen das wechselnde Urtheil ertragen, je nachdem sich die Bewegung nach dieser oder jener Seite wendet. Man braucht nur an die siegreiche Stellung zu erinnern, welche die Linke bis zum 16. September einnahm, um anzudeuten, wie grell dieser Wechsel ist; die Linke trägt das Bewußtsein in sich, daß die Wendung zu ihren Gunsten nicht lange auf sich warten lassen wird. Sie wird in den nächsten Tagen einen Bericht ihrer Wirksamkeit in den letzten beiden Monaten veröffentlichen, welchem eine objective Darstellung der Ereignisse vom 16., 17., 18. September u. s. w. folgen soll. Gestützt auf diese thatsächlichen Veröffentlichungen kann die Linke und jedes ihrer Mitglieder dem prüfenden Urtheile ruhig entgegensehen.

Dies der Schamlosigkeit eines Theils der sächsischen Lokalpresse (Dresdner Journal, Deutsche Blätter u. s. w.) gegenüber; zu einer Beantwortung oder gar Widerlegung derselben werde ich mich nie erniedrigen.

Frankfurt, 28. September 1848.

Robert Blum.

B **Frankfurt**, 2. Octbr. Herr Zitz ist dem Beispiele der HH. Schlöffel, Simon und Wesenbonck nicht ganz gefolgt, indem er seine Rede vom 17. Septbr. nicht, wie jene die ihrigen, wörtlich wiederzugeben versucht hat. Da wir gerade Hrn. Zitz auf der Pfingstweide gehört haben, so müssen wir behaupten, daß die „Erklärung des Abgeordneten Zitz" in der 2. Beil. d. Frankf. Journ. v. 30. Sept. kein treues Bild von seiner Rede gibt. Indem jene sich zu dieser wie ein kalter Bericht zu einer feurigen Ansprache und Aufforderung verhält, geht dem Leser der Eindruck verloren, welcher eine wörtlich wiedergegebene Rede auf ihn hervorgebracht haben würde, und es ist ihm unmöglich gemacht, sich die Art und Weise, nämlich die rednerische Heftigkeit zu vergegenwärtigen, mit welcher Hr. Zitz sprach. Einen schweren Vorwurf müssen wir diesem aber daraus machen, daß sein Bericht nicht nur lückenhaft, sondern auch da ungenau ist, wo er ipsissima verba aus seiner Rede mittheilen will. Hr. Zitz sagte z. B. vor dem auf der Pfingstweide versammelten Volke: Der von der Centralgewalt an Preußen zur Abschließung des Waffenstillstandes gegebenen Vollmacht habe die reichsministerielle Gegenzeichnung gefehlt. Diese irrige Behauptung war aber schon an demselben Tage, dem 5. Sept. vom Minister-Beckerath in der Reichsversammlung berichtigt worden, an welchem Herr Dahlmann sie hier vorgebracht hatte. Also sagte Hr. Zitz am 17. eine Unwahrheit, die er sich gehütet hat in seiner Erklärung zu wiederholen. Was die wörtlichen Unrichtigkeiten in dieser betrifft, so behauptet Herr Zitz gesagt oder seine Rede „geschlossen" zu haben: „Wenn nun das deutsche Volk für die Centralgewalt und die deutsche Nationalität auftreten wolle u. s. w., so könne dieß nicht durch eine verspätete Mißbilligungs-Adresse erreicht werden — es müsse die Energie seines Willens auch in energischer Sprache zu erkennen geben; es müsse seine Erklärung in Fraktur schreiben." Hr. Zitz hat am 17. nichts von einer verspäteten Mißbilligungsadresse, nichts von energischer Sprache, sondern er hat einfach gesagt: der Adressen seien nun genug da gewesen, man müsse jetzt in Fraktur reden, und alles was er heute statt dessen gesagt zu haben vorgibt, ist eine nachträgliche Erklärung des damals Gesagten. Wir wünschen aufrichtig, daß diese Erklärung wahrhaft und wahr sein möge, erwarten dann aber auch von Hrn. Zitz, daß er in Zukunft die Erklärungen seiner Reden zugleich mit diesen geben, oder noch besser, daß er keine Reden vor dem Volke mehr halten möge, mit denen nur er selbst einen erlaubten Sinn verbinden kann und welche jeder gesunde Verstand anders auslegen muß, als er.

☽ **Berlin**, 29. Septbr. Die Frage nach der Trennung der Gewalten, am 7. Septbr. theoretisch im Sinne demokratischer Rechtsverwirrung, bei einem späteren mehr praktischen Anlasse im entgegengesetzten Sinne einer vernünftigen Freiheit entschieden, ist in den letzten Sitzungen unsrer Landesversammlung der rothe Faden gewesen, welcher sich durch alle Verhandlungen hindurchzog. Englische Blätter warnen unsre „kindlichen" gesetzgebenden Versammlungen vor jener gefährlichen Krankheit, der so junge Konstitutionen in der Regel ausgesetzt seien — der Unfähigkeit nämlich, zwischen der gesetzgebenden und ausübenden Thätigkeit eines Staatswesens zu unterscheiden. Unter den zahllosen pöbelhaften Ausfällen auf unsre, an Seitensprüngen allerdings nicht arme, deutsche Entwicklung vielleicht die einzige Wahrheit, deren sich uns gegenüber das freie Albion rühmen darf! Allein selbst dieser Trost dürfte ihm durch das jüngste Auftreten unsrer Constituante wesentlich geschmälert sein. Bei der Berathung des Bürgerwehrgesetzes suchte, wie ich Ihnen schon in meinem vorigen Berichte mittheilte, die Partei Waldeck's und Reichenbach's ihren Stolz darin, Grundsätze aufzustellen, wie sie bisher „bei keinem Volke der Erde", bei keinem Staatsmanne von Plato bis zu Herren Jung und Waldeck herunter gegolten haben — so namentlich die weise Vereinigung sämmtlicher Staatsgewalten in einer alleinseligmachenden Demokratie. Es ist möglich, daß sich eine auf solchen Grundlagen ruhende Staatsform durch ihre Einfachheit em-

pfiehlt; wie jedoch bei dieser entente cordiale der Gewalten die Freiheit bestehen kann, danach schien die äußerste Linke nicht zu fragen, so oft sie auch nach fortwährenden Niederlagen einen neuen Angriff versuchte. Die Bürgerwehr tritt, so hatte man in §. 65 bestimmt, nur auf den Ruf des Gemeindevorstehers, der denselben vertretenden Beamten oder der ihm vorgesetzten Kreisbehörde in Dienstthätigkeit. Der Antrag, diese Befugniß auch dem Oberbefehlshaber der Bürgerwehr zu gestatten, wurde mit großer Entschiedenheit abgelehnt; dies hinderte jedoch nicht den Abgeordneten Behnsch, sogar jedem Einzelnen in der Bürgerwehr das Recht und die Pflicht zuzuerkennen, ohne den Ruf der Behörden einzuschreiten, wenn die „verfassungsmäßige Freiheit" gefährdet sei. Herr Weichsel nennt die Bürgerwehr, wie sie jetzt durch das Gesetz gestaltet sei, eine polizeiliche Marionettenpuppe und in demselben Athemzuge verlangt er, daß jeder Einzelne sogar verpflichtet sein soll, Verbrechen zu verhindern, wo sie versucht werden. Solche Weisheit entwickelt ein Abgeordneter, welcher schon mehr als einmal wegen seiner allen parlamentarischen Anstand überschreitenden Schimpfreden gegen die Diener des Polizeistaates auf der Rechten zur Ordnung verwiesen werden mußte! Wahrlich nach solchen Kundgebungen demokratischer Staatsphilosophie möchte man leicht an dem Gedeihen unsrer mißbrauchten Freiheit verzweifeln. — Die Konsequenzen einer solchen Vereinigung der Gewalten bis zu dem einzelnen Staatsbürger hatten zu viel Verwandtschaft mit „gemüthlicher Anarchie," als daß nicht diesmal die Versammlung vor ihnen erschrocken wäre. Die Anträge von Behnsch und Weichsel fanden deßhalb nur bei der äußersten Linken ihre Anhänger. Der betreffende Paragraph wurde in der Fassung des Entwurfes angenommen. Er lautet: Die „im Dienste befindliche Bürgerwehr" (auf diese Parenthese mögen gewisse Berliner Zeitungen achten, deren Brückenpolitik den Behn'schen Antrag für identisch hält mit den Bestimmungen des Entwurfs!) hat das Recht, selbst ohne Requisition der Civilbehörde von den Waffen Gebrauch zu machen, wenn Gewaltthätigkeiten gegen sie verübt werden oder wenn sie nur durch Anwendung der Waffen verhindern kann, daß sie von der eingenommenen Stellung oder einem ihr angewiesenen Posten verdrängt werde, oder daß gewaltsame Angriffe gegen Personen oder Eigenthum begangen werden. — Die heutigen Debatten drehten sich um einen Antrag des Abg. d'Ester (Köln), welcher — empört über die „Eingriffe des militärischen Säbelregiments" in die Freiheit des Kölner Pöbels den demokratischen Heldenthaten vor der Paulskirche und im Badner Oberlande ein würdiges Pendant an die Seite zu stellen — den General Kaiser und den Obersten Engels in Köln, weil sie die ihnen anvertraute Festung in Belagerungszustand erklärt hatten, zur Verantwortung gezogen wissen wollte. In einer Stadt von 80,000 Einwohnern seien die dem preußischen Volke garantirten Grundrechte nicht suspendirt, nein, aufgehoben worden. Das sei ein Attentat gegen das Volk und seine Freiheiten. Ohne daß ein Verbrechen begangen worden (?), sei die Presse suspendirt, was selbst Cavaignac nach dem furchtbaren Kampf in Paris nicht gewagt. Die Bürgerwehr habe zwar Barrikaden gebaut, sie aber nicht — vertheidigt! Gesetze seien durch einen General aufgehoben — während Aufregung das ganze Land ergriffen, weil ein Ministerium, welches allgemein als das „der bewaffneten Reaktion" bezeichnet werde, welches mit allen Fäden in der alten Zeit wurzele, an die Spitze der Verwaltung getreten sei. — Die Zeit scheint mir nicht edel angewandt, wollte ich fortfahren, Ihnen den Ingrimm zu schildern, mit welchem der Gesinnungsgenosse der „Neuen Rheinischen Zeitung" die „Ausbrüche brutaler Soldateska" verfolgte. Das Gesetz ist verletzt, rief er heute voll Zorn und morgen vielleicht wendet er sich mit derselben jesuitischen Entrüstung gegen diejenigen, welche in der Wahrung des Rechtszustandes das einzige Mittel sehen, um die Schrecknisse einer aufgelösten Ordnung von unserm Vaterlande fern zu halten. Man täusche sich aber nicht in endloser Gutmüthigkeit über das Wesen unserer „Fortschrittspartei" — ihre „Riesenschritte in der Freiheit" werden an der Spree so gut, wie am Rhein, im Ober- und im Unterlande nach demselben Takte gemessen. So mochte die Berliner Versammlung von furchtbaren Erinnerungsgedanken an den blutigen Mord des 18. Septembers ergriffen werden, als sie, über die Rechtfertigung, welche d'Ester der Kölner Bürgerwehr zu Theil werden ließ: daß sie zwar Barrikaden gebaut, aber nicht vertheidigt habe — voll Heiterkeit, die leidenschaftliche Drohung erfahren mußte, daß Zeiten kommen würden, wo sie nicht mehr lachen würde! Gewiß gedachte die Versammlung in diesem Augenblick der Scenen in Frankfurt, wo man auch merkte, daß nun mit „Fraktur" geschrieben werden müsse — und ihr plötzliches Verstummen mochte der Ausdruck dieser Erinnerung sein. — Das Ministerium vertheidigte sich den plumpen Angriffen der äußersten Linken gegenüber mit großer Mäßigung. Man habe das neue Kabinet ein Ministerium der bewaffneten Reaktion genannt. Ob es dieß etwa durch seine bisherigen Erklärungen verdient habe? Nimmermehr werde es die Rechte des Volkes angreifen und in dieser Beziehung gewiß nicht reagiren; wohl aber, wenn die Rechte des Volkes durch schmachvollen Aufruhr gefährdet würden — mit aller Kraft und Entschiedenheit. Die Versammlung beschloß nach dem Antrage des Zentrums — in Erwägung, daß die Versammlung sich noch nicht im Stande befinde, die Kölner Ereignisse klar zu übersehen und in der Erwartung, daß das Ministerium bei einer Fortdauer des Belagerungszustandes nicht anstehen werde, unter Mittheilung der erforderlichen Vorlagen die Entscheidung der Versammlung herbeizuführen — zur Tagesordnung überzugehen. Inzwischen war die Zeit vorgerückt, die Sitzung wurde geschlossen und wiederum war der Tag der Freiheit, welcher uns nicht erscheinen wird, bis eine Verfassung Recht und Gesetz in feste Bahnen gelenkt hat — verschoben. Herr d'Ester aber tröstete die Versammlung mit der Klage, daß man der Kölner Bürgerwehr oder dem „fortschreitenden" Theile derselben verboten habe, nicht Barrikaden zu bauen, sondern sie zu — vertheidigen!

☽ **Berlin**, 30. Sept. In der heutigen außerordentl. Sitzung unserer Landesversammlung begann man endlich den Beschwerden unserer ländlichen Bevölkerung gerecht zu werden, welche zum Theil noch bis zu diesem Augenblicke unter den ihr durch eine lückenhafte Gesetzgebung nur stellenweis abgenommenen Fesseln mittelalterlicher Beschränkungen des Eigenthums schmachtet. Vorläufig handelte es sich darum, die Verhandlungen, welche auf Grund früherer Gesetze über die Regulirung der gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse gegenwärtig bei den Gerichten und Gemeinheitstheilungskommissionen schweben, zu sistiren. Die äußerste Linke konnte ihre Recht und Gesetz mit Füßen tretende Politik nicht verleugnen. Freilich hatte sie bei der Abstimmung einige zwanzig Bauern auf ihrer Seite, wogegen es die polnischen Edelleute für gut befunden hatten, bei so delikaten Verhandlungen, wo sie mit ihren radikalen Freunden in Kollision kommen konnten — abwesend zu sein.

† **Posen**, 30. Sept. Am 25. Sept. hatte bereits die hiesige Kommandantur im Einverständniß mit dem Generalkommando eine Bekanntmachung erlassen, daß die Einführung des Vereins der polnischen Liga mit dem Belagerungszustande nicht vereinbar sei. Nichts desto weniger war der Verein im Bazar offen konstituirt worden, und seine Befehle wurden ausgeführt; sie bestanden meist in Verbikten und hatten merkwürdige Folgen. Ein polnischer Beamter kaufte z. B. Tuch bei einem deutschen Kaufmann, dieser mußte ihm die Waare verpacken und signiren lassen, als ob sie von Berlin käme. Ein jüdischer Spediteur empfängt eine Sendung Wein für einen polnischen Edelmann, dieser verweigert die Abnahme gar deßhalb, weil der Wein von einem deutschen Hause (am Rhein) bezogen, durch einen deutschen Spediteur befördert und in der Hand eines Juden sei! — Am 27. kamen Repressivmaßregeln zur Anwendung. Der Wochenmarkt war frequent, die polnischen Getreidewagen blieben aber einsam, die Bauern lagen verdutzt auf ihren Wagen, kein Käufer kam. Zur Erklärung wurde endlich ein gedrucktes Blatt unter sie vertheilt: „Landleute! Wir machen Euch bekannt, daß sämmtliche Kaufleute aus dem Grunde kein Getreide von Euch zu kaufen beschlossen haben, weil der Adel und ein großer Theil der Geistlichkeit schon seit längerer Zeit sich verabredet haben, Nichts bei Deutschen oder Juden zu kaufen. Sobald jene die gedachte Verabredung aufgeben, werden auch wir gerne auf's Neue von Euch kaufen. Die Kaufleute." Die von der deutschen Bürgerversammlung ernannte Kommission der „Zwanzig" überwacht außerdem, wie die polnische Liga ihrerseits, die beschlossenen Maßregeln. — Die Liga feuert die polnischen Bürger an, sich nicht irre machen zu lassen; sie verspricht, so rasch wie möglich an die Errichtung von Handelskomtoiren in Stettin und Berlin zu denken um dem Getreidehandel dorthin Wege zu eröffnen. Zugleich persifflirt sie einen Erlaß des Oberpräsidenten an die Landräthe vom 12. Sept., in dessen Besitz sie wahrscheinlich durch einen der Letztern (Hrn. v.

Digitized by Google

H., einen bekannten Polenfreund,) gelangt ist. Er lautet: „Bei den jetzigen Verhältnissen in Berlin ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Polen in der hiesigen Provinz eine Demonstration oder Schilderhebung zu ihren Gunsten versuchen. — Wiewohl mir specielle Thatsachen nicht vorliegen, halte ich es doch für Pflicht, Ew. hierauf aufmerksam zu machen und Sie zu ersuchen, diesen Verhältnissen auch Ihrerseits Ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen, damit jedem Beginnen der Art sofort entgegengetreten werden kann. Ein geeignetes Zusammenwirken mit den Militärbehörden wird dieses Werk namentlich fördern, und ich kann daher nur die häufige Kommunikation mit den Truppenbefehlshabern empfehlen. Auch habe ich den kommandirenden General ersucht, diese letztern in demselben Sinne mit Anweisung zu versehen. Posen, den 12. Sept. Der Oberpräsident v. Beurmann." Diesen Erlaß verhöhnt die Liga nun in seinen einzelnen Ausdrücken, indem sie ihn als gegen sich gerichtet ansieht und die militärischen Vorsichtsmaßregeln daraus erklärt, welche bei ihren Versammlungen in den Kreisen getroffen wurden. Sie wirft die Folgen derselben auf die, welche an solchen „teuflischen Werken" Gefallen haben. — Eben so macht sie ihre polnischen Landsleute darauf aufmerksam, daß die obenerwähnte „unmotivirte" Hinderungsmaßregel unserer Kommandantur nur den Festungsrayon betreffe. — Die Aufregung in der polnischen Bevölkerung ist natürlich nicht gerade im Abnehmen und wird namentlich durch die Nachrichten aus Lemberg und Krakau genährt. Im ersteren Orte ist schon seit Wochen ein nationales Uhlanenregiment gestiftet, welches die Uniform des ehemaligen zweiten Regiments trägt. General Dwernicki, dem zu Ehren manches Fest gegeben worden, hat den jungen Soldaten selbst mit der Lanze die Uebungen vorgemacht, und an alte schöne Zeiten erinnert. Am 17. Sept. hat die Bevölkerung den 165sten Jahrestag des Sobieskischen Sieges bei Wien gefeiert, und zwar vor dem alten Hause der Sobieski auf dem Markt mit Fackelzug, später mit einem Volksball. In Krakau haben die polnischen Studenten einen Aufruf an die polnische Jugend erlassen, welche sie auffordern ihre Studien in vaterländischer Sprache bei ihnen zu machen. Sie schließen mit den Worten: „Lange hat Galizien unter dem Obscurantismus der Jesuiten gestanden, lange das Großherzogthum Posen nach einer polnischen Universität sich gesehnt! endlich ist die Zeit gekommen, wir haben eine polnische Akademie! Alle ankommenden Brüder werden wir mit brüderlicher Umarmung empfangen. Der neue Curs (in polnischer Sprache) beginnt am 1. Nov." Auch in Prag wird am 20. Okt. ein slavischer Studentencongreß abgehalten werden, zu dem auch die raguser Studenten kommen werden. — Alle diese und ähnliche Nachrichten vom Aufblühen des Slaventhums verbreitet die Presse der Liga durch die Lokalblätter, sie kommen wie ein Lauffeuer unter das Volk; die Theilnahme daran ist in den gebildeten Kreisen ungeheuer, und immer schroffer stellt sich jetzt die Natur der verschiedenen Nationalitäten heraus.

♂ **München**, 30. Sept. Der Minister des königl. Hauses und des Aeußern, Graf Bray, ist vor Kurzem von seiner Sendung nach Frankfurt hierher zurückgekehrt. Wenn wir die jüngste Urbensäußerung der Centralgewalt mit dem vergleichen, was hier vorgegangen, so können wir nicht mehr daran zweifeln, daß unsere Regierung es mit der Centralgewalt aufrichtig meine. Unsere sogenannten Demokraten nämlich, die nach am 17. d. M. in großer Volksversammlung gesagt, sind polizeilichen Haussuchungen erlegen, und 8 von ihnen, welche bisher den Ausschuß des demokratischen Vereins und die Redner bei den Volksversammlungen vorstellten, sind gefänglich eingezogen worden, nämlich Dr. Ringler, der Präsident des demokratischen Vereins und Redakteur der illustrirten Zeitung „Leuchtkugeln", die Advokaten Dr. Greiner und Dr. Riedl, Dr. Hermann, die Herren Naundorf, Stunz, Roller und Schmolze. Die dii minorum gentium Studiosus Sensburg, Redakteur des ergradikalen „Vorwärts", der Schatzkravallisten-Häuptling Literat Vogt und der Präsident des Arbeitervereins, Sur, sind annoch verschont geblieben, obgleich ein Gerücht auch diese festgenommen sein ließ. Die Demokraten witterten schon seit dem Ausgang der Frankfurter Excesse böse Luft, darum sagten sie eine auf den 24. d. M. anberaumte Volksversammlung ab. — Obgleich heute 2 Bataillone des 1. Regiments und 2 Batterien Artillerie angeblich nach dem Seekreis abgegangen, so ist die hiesige Garnison doch noch stark genug, um einem allenfallsigen Krawall, den Viele für heute Abend besorgen, die Spitze zu bieten. Es ist wohl überängstlich, wenn man erzählen hört, daß die reichen Besitzenden ihre besten Habseligkeiten verpackt halten. Die gesammte hiesige Bürgerschaft steht auf Seiten der jüngsten Maßregeln; denn man hat das Wiederauftauchen der demokratischen Vereine und das Abhalten der Volksversammlungen nur mit großem innerem Ingrimm angesehen. — Morgen, heißt es, würden 2 Bataillone des Regiments König nach dem Schauplatz der republikanischen Schilderhebung in Baden abgehen. — Was unter den inneren Konflikten allein jetzt helfen kann, ist eine starke Centralgewalt, getragen von den aufrichtigen Sympathien der Einzelregierungen.

† **Oldenburg**, 28. Sept. Die Bremer Zeitungen haben berichtet, daß eine Volksversammlung vorbereitet werde, um ein Mißtrauensvotum gegen die Nationalversammlung zu Stande zu bringen. Wirklich haben einige Männer dergleichen beabsichtigt. Die Absicht ist aber vereitelt und eine Vertrauens-Erklärung für die Majorität vom 16. d. M. in der Waffenstillstands-Angelegenheit das Resultat gewesen.

* **Altona**, 30. Sept. Das Triumvirat, welches die Immediat-Kommission der dänischen Regierung in Schleswig bilden sollte, scheint zersprengt zu sein; denn nach heute aus dem Norden eingegangenen Nachrichten soll Graf Moltke in Hadersleben gefangen worden sein. In Flensburg mißglückte bekanntlich die Landung des Grafen Moltke, und er versuchte nun von einer andern, minder bewachten Seite her in's Land einzudringen, und suchte sich deßhalb mit der dänischen Partei in Hadersleben zu verständigen. Die ziemlich thätige Partei der Dänen in Hadersleben scheint den Grafen Moltke zu einer Konferenz eingeladen zu haben, doch scheint diese Konferenz nicht zu Stande gekommen, sondern Graf Moltke von Gliedern der deutschen Partei erkannt worden zu sein, die ihn verhaftet und an die rechte Behörde abgeliefert haben. Bestätigt sich diese Angabe, so werden wir den Grafen Moltke bald in Rendsburg sehen, wohin man ihn in gefängliche Haft bringen würde. Die Kraft der Immediat-Kommission wäre durch die Verhaftung Moltke's jedenfalls gehemmt, wenn nicht ganz vernichtet, da Moltke die Seele der ganzen Unternehmung ist und Bischof Hansen und Amtmann Johannsen nur Maschinen sind, die man Moltke beigab, da es an Männern fehlte, um das Triumvirat vollzählig zu machen.

Bald wird kein dänischer Orden und Titel mehr in den Herzogthümern sein, die Bewohner Altona's haben dieses Anhängsel des Dänenthums in Masse zurückgeschickt, um eben zu zeigen, daß sie mit Dänemark in keiner ferneren Verbindung mehr zu stehen wünschen.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 3. Oktober.

* Der Abgeordnete Riesser, gestern abwesend, wird heute von dem Präsidenten von Gagern aufgefordert, den ihm ertheilten Platz des zweiten Vorsitzenden einzunehmen, was geschieht, nachdem Riesser der Versammlung seinen Dank ausgesprochen und die Versicherung treuer Pflichterfüllung hinzugefügt. Unter den Beisteuern für die deutsche Kriegsflotte sind wieder mehrere, welche von der lebendigen Betheiligung, namentlich der unteren Klassen des deutschen Volks das beredteste Zeugniß ablegen.

Teichert berichtet über verschiedene Anträge an den Wehrausschuß, über welche er zur Tagesordnung überzugehen anräth.

Leue verkündigt, daß das Erachten des Ausschusses für Gesetzgebung über Schaffrath's Antrag: den Belagerungszustand sofort aufzuheben, ebenfalls dahin lautet, daß darüber zur Tagesordnung geschritten werde.

Wichmann erhält das Wort, um die Dringlichkeit eines Antrags auf Beschränkung der namentlichen Abstimmung zu begründen. Bei unbedeutenden, beiläufigen und vorläufigen Fragen hält Wichmann die namentliche Abstimmung für eine bedenkliche Zeitverschwendung.

Veneden hält es für ein auch vom englischen Parlamente anerkanntes Recht der Minderheit die Beschlüsse der Mehrheit durch Benutzung aller formellen Hülfsmittel wenigstens zu verschieben und hinzuhalten. Die Beschränkung der namentlichen Abstimmungen sieht ihm aus wie eine in Folge neuerlicher Vorfälle zu ergreifende Maßregel.

Das räumt Scherer ein, und gerade diese Erfahrungen lassen ihm den Wichmann'schen Antrag als dringlich erscheinen.

Die Versammlung lehnt jedoch ein weiteres sofortiges Ein-

Digitized by Google

geben in die Verhandlung ab, wadurch der Antrag Wichmann's nach der Geschäftsordnung an den betreffenden Ausschuß verwiesen wird.

Es sind der siebenundzwanzigste, 28. und 29. § des Art. VII der Grundrechte, wie hier zur Berichtigung unserer gestrigen Angabe zu demerken, über welche die Besprechung eröffnet wird, nachdem zuvor noch die Wahlzettel zum Ersatz eines Schriftführers — anstatt des zum ersten Vicepräsidenten ernannten Simson aus Königsberg — eingefordert warden sind. Als Redner für die §§ *) sind eine sehr graße und gegen dieselben keine geringere Anzahl von Mitgliedern eingezeichnet. Zuerst erhält Moritz Mohl das Wort, sodann Schneer.

Dieser erinnert daran, daß in Baiern allein zum Beispiel die Berechtigungen und Privilegien der Art, wie Banken, Apotheken, Brauereien einen Werth van 50 Millionen Gulden umfassen. Wie dürfe man also undedingte Aufhebung der Privilegien und ahne Entschädigung aussprechen! Allerdings könne, um den Thaler zu gewinnen, auf den Verlust des Pfennigs keine ängstliche Rücksicht genommen werden. Die Ablösung der Servituten will Schneer sagar nicht blos facultativ, sondern selbst zwangsweise ausgesprochen wissen. Allein eine Aufhebung ohne Entschädigung würde eine vollkommene Nichtachtung des Eigenthums und eine unermeßliche Beschädigung des Vermögens und wohlerworbener Rechte sein.

Ziegert erklärt sich besonders gegen die Jagdrechte. Die Ursache der heutigen Verbitterung ist nach ihm wesentlich in der bisherigen Bevorzugung der sogenannten privilegirten Stände zu suchen. Der Redner schildert sehr weitläufig den Eifer und das Glück, womit die großen Besitzer fortwährend ihre ausgedehnten Jagdrechte zu schützen gewußt hätten. Die Jagdprozesse in Westphalen hätten die Gerichte förmlich erdrückt. Wie in dem fürstl. Lippeschen Lande und in den Anhaltischen Herzogtdümern die Jagdprivilegien auf dem Landmanne gelastet, das schildert der Redner mit so selbstgefälliger Ausdreitung seiner Erfahrungen, als ob er der Versammlung damit wirklich etwas Neues zu sagen meinte, oder als ob er sie erst mühsam davon zu überzeugen habe, daß die Jagd eine drückende Last für die Bauern gewesen. Ziegert ist für Aufhebung der Jagdrechte ohne alles Entgelt. Hier könne das Privatrecht nicht zum Maßstabe dienen, denn das Jagdrecht sei mißbräuchlich und auf öffentlichem Wege erworden. Sein Vortrag, häufig von dem bittenden Rufe nach „Schluß" begleitet, schließt endlich unter einem tapferen Versuche der Linken zu einer Beifallsbezeigung.

Durch mehrere neue Zusätze und Unteranträge, die der Vorsitzende Simsan hierauf verliest, steigt nur die bereits varhandene hahe Fluth von Amendements, ohne daß in diesem Verhältnisse auch die Geduld des Hauses zu wachsen scheint, dessen zerstreutem Wesen die folgenden Redner Wachsmuth und v. Trützschler edenfalls keine rechte Aufmerksamkeit für ihre trockenen juristischen Auseinandersetzungen abzugewinnen vermögen.

v. Trützschler ist gegen jede Entschädigung. Bei dergl. großen nationalökonamischen Maßregeln wie die von selbst verständliche Auflösung der alten Feudaldande, habe sich kein Verlierender über Unrecht zu beklagen. Und wenn wirklich — wer sallte die Kosten der Entschädigung tragen? doch nicht etwa der Staat. Einige Spannung bringt hingegen die Erscheinung Vincke's auf der Rednerbühne heraor.

Vincke fragt, wie die unentschädigte Aufhebung der grundherrlichen Vorrechte mit dem kurz vorher von der Versammlung ausgesprochenen Grundsatze: „das Eigenthum ist unverletzlich" übereinstimme. Daß sich jene Vorerechte im rechtlichen Besitze ihrer jetzigen Inhader befänden, darüber sei doch kein Zweifel. Wie könne man also an eine unbedingte Entziehung dieser Privilegien denken, die eine Beraubung sein würde. Auch des so vielfach verurtheilten Jagdrechts nimmt sich Vincke an. Das Mißbräuchliche daran gibt er Preis, allein er will auch hier nicht Recht und Billigkeit den Besitzenden gegenüber über Bord gewarfen wissen. Vor Allem habe man sich bei Abfassung der Grundrechte an den Grund alles Rechts und der Staaten überhaupt zu halten: an die Gerechtigkeit.

Im Predigertone und Predigerstyle erklärt Freudentheil darwider, die Nationalversammlung sei zusammengetreten, um hundertjährige Mißbräuche abzustellen, ja um das Mißverhältniß zwischen Armuth und Besitz auszugleichen. Dann ergeht er sich in einer Erörterung des Urfprungs der Feudalrechte. Die Geschichte des Jagdrechts vorzüglich ist ihm „ein Nachtstück der deutschen Geschichte." Selbst die Partei Freudentheils findet den übertragischen Ton des Redners so erheiternd, daß sie ihm nur einen lachenden Beifall spendet.

Natürlich gewährt er keine Entschädigung für das Jagdrecht und die Jagddienste, und Jagdfrohnden vollends, die den Menschen „zum Hunde herabwürdigen," sind ohne Weiteres aufzuheben. Diese Wendung benutzt der Redner zu einem glänzenden Abgange.

Wichmann spricht wieder vom Standpunkte des Rechts anstatt der hohlen Deklamation, indem er zwischen der Jagd auf eigenem Grund und Boden und dem Jagdrechte auf fremdem Grundeigenthum, ferner unter den verschiedenen Erwerbstiteln des Jagdrechtes unterscheidet. Er stimmt daher für den Verbesserungsantrag Plathner's, „die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Baden ist aufgehoben, die Entschädigungsfeststellung den Landesgesetzgebungen zu überlassen."

Rheinwald von der entgegengesetzten Seite tritt diesen Ansichten schon etwas näher, indem er nicht allein eine Entschädigung zugesteht, sondern sich sagar mit der Ermittelung der Höhe derselben beschäftigt. Er will einen allgemeinen Maßstad für ganz Deutschland angelegt wissen, um Ungleichheiten zu beseitigen. Unablösbare Verbindlichkeiten aber, wie Renten, Gülten und dergl. auf Grundstücke zu übernehmen, soll gesetzlich verboten sein.

Schlöffel weiß das Thema so geschickt zu verwenden, daß er bei der Gelegenheit über alles Mögliche spricht, über den Belagerungszustand, die stehenden Heere, über Vincke's Passionen und sogar über den zu behandelnden Gegenstand selbst, wie wohl über den letzteren im Verhältniß am Sparsamsten. 70 % des deutschen Volks wollen die fraglichen Bevaerechtigungen aufgehaben wissen. Dies ist sein Motia, wonach er als Vertreter des deutschen Volks handeln zu müssen glaubt. Dabei schlägt er zu Ehren der Revolution und der plötzlich „aus Feigheit und Stumpfsinn" erwachten Majorität der Nation unter dem Beifalle seiner Gesinnungsgenossen überaus kräftig wider das Rednerpult. Eine glatte Eleganz ist nicht in seiner Art und er vermeidet sie so sorgfältig in Ausdruck und Sprache, daß sich seine Stimme manchmal bis zum dröhnenden Geschrei erhebt. „Der Löwe wacht, er schläft nicht!" Dies ist der geheimnißvolle Abschluß der Schlöffel'schen Rede.

Rösler von Oels verwendet sich für die Abänderungsanträge, die er mit seinen politischen Freunden zu den §§ gestellt. Die unentschädigte Ablösung der Privilegien sucht er theils aus frühern ähnlichen Vorgängen, namentlich in Schlesien, analogisch zu rechtfertigen, theils aus der Art der Vorerechte, wodurch natürliche Rechte beschränkt würden. Sein Vortrag klingt häufig wie eine behagliche Conversation, die sich mit Vorliebe an die Rechte wendet und die beispielsweisen Anekdoten, die er dabei zum Besten gibt, haben zur Falge, daß der Redner endlich wiederhalt van seinen Zuhörern an den „Schluß" erinnert wird, was ihn jedoch nicht hindert, seine volle Meinung zu entwickeln. Edlauer ist trotz seiner langsamen und genauen Accentuation einem großen Theil des Hauses kaum verständlich. Nach ihm ist's eben das Rechtsgefühl des deutschen Volks, welches eine billige Entschädigung als unerläßlich varschreibt. (Schluß in der Beilage.)

*) Die §§. lauten nach dem Vorschlag des Verfassungsausschusses: §. 27. Alle guts- und schutzherrlichen Grundlasten, Zehnten, landlichen Servituten, soweit die letzten der freien Benutzung und Cultur des Bodens hinderlich sind, sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. §. 28. Ohne Entschädigung aufgehoben sind:

a) Die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei, sowie die übrigen einem Grundstücke zuständigen Hoheitsrechte und Privilegien;

b) die aus solchen Rechten herstammenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben;

c) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

§. 29. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben.

Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu regeln ist.

Großbritannien.

London, 28. Sept. In Ermangelung eigener Landesbegebenheiten van größerem Interesse fahren die englischen Zeitungen fort, namentlich die Frankfurter Katastrophe auszubeuten und

überhoupt über die anarchischen, unterwühlten, fost an jedem Punkte erschütterten und schwonkenden Zustände Deutschlonds ihre wehmüthigen Betrachtungen onzustellen. Es ist die Kunst der englischen Zeitungen, in ihren leitenden Artikeln ein solches Thema ouf's Monnigfoltigste immer neu und doch immer aus einer und derselben Tendenztonart zu oariiren. Das „Morn. Chronicle" wünscht der Centrolregierung Glück zu dem Siege, den sie im Dienste der Ordnung über die Emeutiers und Barrikadiers von Profession erfochten hat, aber eben so nochdrücklich versichert diese Zeitung: Deutschland werde an seinem Einheitstraume zu Grunde gehen und um so mehr auseinanderfollen, je mehr man in Frankfurt einem solchen uneereichdoren Schottenbild nachjoge. Der „Economist" erklärt: mit der deutschen verfassunggebenden Versommlung sei es nun ein und für allemal aus, und setzt hinzu: „Der philosophische Troum einer deutschen Notionoleinheit ist täppisch vernichtet worden durch die Unfähigkeit der Professoren und Poeten, welche ihn mitten unter den Gewaltsomkeiten der Demagogen zu verwirklichen gedachten." Der „Examiner" behandelt die Frankfurter Versammlung ebenfalls wie ein bloßes Luft- und Schattenbild, die Versammtungen in Berlin und Wien hätten doch monches Reelle geleistet, aber in Fronkfurt zeige sich Alles schülerhaft; sowohl der kaiserliche Statthalter (als solchen, nicht als oom Volke erwählten Reichsoerweser scheint dieses Blatt den Erzherzog anzusehen) und seine Minister, als die Bürger, das Parlament und der aufständische Janhagel (mob) seien Novizen. Wie lächerlich es sei, um Schleswigs willen Barrikaden zu errichten und sich in den engen Stroßen Fronkfurts unter einander todt zu schießen, als bestehe die deutsche Einheit im gegenseitigen Niedermetzeln! (der Examiner vergißt, daß der Waffenstillstond nur der willkommene Vorwond derjenigen war, welche olle Hebel in Bewegung setzen, um die Revolution in Berlin und Lübdenau, Stuttgart und Rottweil, Fronkfurt und Bockenheim, Monnheim und Lörroch permonent zu machen). Die Times endlich orbeitet wacker ouf die Baerikodenkünstler los, „welche das fronzösische Junimuster bis in's Einzelnste nachgeahmt, und wie die Pariser gemeuchelmordet und ouf Parlamentäre geschossen hätten"; sie fährt fort, die Linke direkt, die „eigensinnigen" Professoren indirekt für das oergossene Blut verantwortlich zu mochen; schließlich aber knüpft sie an die von der Centralregierung bewiesene Energie die Hoffnung, doß sie auch fürderhin im Stonde sein werde, durch kluges Benutzen der ihr von den Regierungen zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten militäeischen Kräfte Ruhe und Ordnung im Reich wiederherzustellen. Die Times schwärmet schon lange für Cavaignoc und den Kaiser von Rußland und empfiehlt als bestes Mittel zur Bewältigung der Anarchie die nachdrückliche Anwendung von Kartätschen. Ein Covoignoc'sches System mag zu Zeiten unumgänglich geboten sein, aber kein weiser Regent wird seine Dekrete dem Volk immer nur ouf der Spitze der Bajonette dorreichen wollen; die Herrschaft des Säbels kann Achtung vor dem Gesetze wohl eine Zeitlang erzwingen, aber nicht für die Douer sittlich begründen. Darum mögen die Fürsten und ihre Regierungen in ihrem eigenen Interesse gemahnt sein, in Uebereinstimmung mit den Parlomenten diejenigen organischen Maßregeln zu treffen, welche allein geeignet sind, die erschütterte gesellschaftliche und politische Ordnung in Deutschland für die Dauer wieder herzustellen.

Ueber die Börse oom 28. Sept. heißt es: die Peivotbriefe ans Fronkreich und Deutschland sind so beschaffen, daß sie in Betreff des zukünftigen Ganges der politischen Ereignisse großes Mißtrauen wecken; dies, wie die Flauheit des Geschäfts, hotte Einfluß ouf den Werth der Staatspapiere.

London 28. Sept. Der Grof v. Syracus, Prinz Leopold von Neapel, der sich lange hier oufhielt, hot London verlossen und ist noch Italien und Malta zurückgekehrt. Diese Abreise ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ohne politische Bedeutung. Ist er vielleicht der Ueberbringer des neuesten Handelsvertrages?

Aus dem Süden Irlands nichts Neurs. Die Versuche der Regierungstruppen, einiger Volksführer habhaft zu werden, blieben bisher fruchtlos. Die Göhrung dauert fort.

Frankreich.

△ **Paris**, 30. Sept. Zu unserem Berichte über die gestrige Sitzung der Nationaloersammlung müssen wir noch hinzufügen, doß im weiteren Verlaufe der Debatte (noch Abgang der gestrigen Post) die Kommission noch einwilligte, do wo Lokolumstände es erfordern und der Departementolroth darauf ontrögt, das Departement in mehrere Wahlbezirke zu theilen. Ein weiterer Verdesserungsantrag, welcher die näheren Bestimmungen hierüber dem künftigen Wahlgesetze vorbehält, ging ebenfalls durch. Der Abgeordnete de Seze sprach mit großer Heftigkeit dafür, die Wahlbezirke so eng obzugrenzen, daß die Landleute von ihrem Wahlrechte Gebrouch mochen könnten, weil nur so das ganze Volk wirklich obstimme. Diese sogenannte Kirchthurmstheorie, welche allerdings sehr im Interesse der Legitimisten wäre, erregte heftiges Murren in der Versammlung, welche die darouf hinausgehenden Anträge sämmtlich odlehnte. Der Art. 29 des Verfassungsentwurfs, welcher erklärt, daß die N.-V. immer für drei Jahre gewählt wird, wurde angenommen. Bei der Eröffnung der Sitzung umstand eine Menge oou Arbeitsleuten den Paloft der Nat.-Vers. und kam mehrmals oerjagt, immer wieder, ohne jedoch Exzesse zu begehen. — Wahrscheinlich hatte dies einigen Bezug ouf die Anzeige eines Abgeordneten, daß er Erklärungen über dos sozialistische Bankett und die demselben folgende Procession oerlangte, die in Toulouse stattgefunden hatten. Es waren dieselben, welche von etwa 3000 Personrn besucht wurden, ganz im Sinne und Geiste der rothen Republik. Nach dem Berichte der Journale ließ man dabei Bardes, den Berg, Marat und — die Guillotine hoch leben, rief: „Nieder mit der Not.-Vers.!" „Tod den Reichen!" „Tod den Pfaffen!" Als sich Einer der Gäste erhob, um die Gesundheit des Generals Cavaignac auszubringen, brüllten die Gäste: „Nieder mit ihm!" Edenso höhnten sie den Präfekten aus, der merkwürdiger Weise gegenwärtig war und der N.-V. einrn Toast bringen wollte.

In der heutigen Sitzung brachte der Abgeordnete Denjoy diesen Gegenstand in einer dringenden Interpellation on den Minister zur Sprache. Er behauptete, diese sozialistischen Bankette bezweckten dieselbe Aufregung gegen die gegenwärtige Form der Republik hervorzubringen, wie es den bekannten Reformbanketten im Februar gegen die damolige Regierung gelang. Er liest Artikel ous Toulouser Journalen hervor, woraus hervorginge, daß es dorouf odgesehen sei, die Besitzlosen gegen die Besitzenden, die Arbeiter gegen die Nationolversammlung, ja gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft „durch solche Bankette, wie in Toulouse oder in Chalet, aufzureizen." — Bei dieser Hinweisung auf Ledru-Rollin und seine famose Rede bricht ein wüthender Sturm ouf der äußersten Linken aus. Die Rechte stellt sich entgegen. Beleidigungen und Drohungen kreuzen sich. Noch ärger wird dos Toben und Lärmen bei einer ondern Stelle, wo der Redner von Denen sprach, die on der Wiederaufstellung der „heiligen Mutter Guillotine" arbeiteten. Ledru-Rollin sieht darin einen persönlichen Angriff. Die Versammlung wogt tobend und brohend gegeneinander. Der Präsident bedeckt sich. (Schluß folgt.)

Paris, 30. Sept. — Stond der Rente: 5pCt. 68. 50; 3pCt. 44. 25; Neue — —; Neopol. 80; Bonkactien 1540; Span. 5pCt. (Ardoins) —; 3pCt. —; 3pCt. inländ. —; St. Grrmain Eisend.-Actien —; Versailles, rechtes Ufer —; linkes Ufer 100; Paris-Orleans 650; Paris-Rouen 400; Orleons-Bordeaur 376. 25; Orleans-Vierzon 242. 50; Rouen-Haore —; Marseille-Avignon 192. 50; Strasburg-Basel 85; Nordbahn 373. 75; Paris-Lyon 362. 50; Paris-Strasburg 340; Römisches Anlehen 65¼.

Die Course, welche vom Anfange der Börse einen Rückgang erlitten, erholten sich später etwas.

Madrid, 25. Sept. 3pCt. Rente 19⅜ G. (nach der Börse 19⅜ — ¼ Geld); 5pCt. 10⅝ (nach der Börse 10¼) Geld. Unverzinsliche 3⅛ Pap. (nach der Börse 3¼ Geld.)

Frankfurter Börsenbericht.

3. October.

An der heutigen Börse war der Umsatz durchaus beschränkt. Im Allgemeinen war die Haltung etwas matter als an der gestrigen Börse. 5% Metoll 73½, B., 2½ ditto 38¼, Bonkactien fl. 1194, fl. 500 Loose 119, fl. 250 Loose 81, Bad. fl. 35 Loose 25⅝, Hess. R. 40 Loose 25⅛, Poln. fl. 500 Loose 67. Auch Eisendahnen waren eher angeboten. Fried.-Wilh.-Nordbahn 43 R., Berbach 68⅜, 3% innl. Sponier 18¼, Preuß. 3½ Staatsch. 74½ gefragt.

In Wechseln zeigte sich kein besonderer Umsatz. Ein starker Posten 3 Monat ouf London wurde verhandelt. Die Frage nach dieser Devise scheint etwas nochzulossen. Fortwährend bleiben Amsterdam nnd Paris gesucht. Im Uebeigen keine wesentliche Veränderung.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kleffelbach.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 3. October. Schluß. Gustav von Struve). Wien (Aufregung in der Stadt. Reichstagssitzung. Die Correspondenz von Jellachich aufgefangen). Schleswig (Das Verhalten Schleswig-Holsteins in der dänischen Frage).

Frankreich. Paris. (Schluß-Sitzung der Nationalversammlung. Terroristisches Banquet. Stürmischer Verhandl. Nachrichten aus den Departements.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 3. Oktober. (Schluß.)

Plathner ist erstaunt, oder vielmehr nicht erstaunt, die Linke auf einem befremdlichen Wiederspruche zu ertappen. Vor ein paar Tagen, wo es sich darum gehandelt habe, Privilegien für die Parlamentsmitglieder zu schaffen, habe sie das Aeußerste für sich verlangt und dennoch wolle sie heute die alther giltigen Rechte Anderer für nichts achten. Grundsätze wie sie Hr. Trützschler, (auf Widerspruch der Linken:) Herr von Teüßschler (Gelächter von derselben Seite) an den Tag gelegt, führten zum Communismus. Widerspruch eben daher. Ueberhaupt wiederholt sich die gleichsam gesprächsweise Unterhaltung von der Tribüne mit einem Theile des Hauses, bis die desfallsige Bemerkung des Präsidenten der Verhandlung eine andere Richtung gibt. Aus Gründen des Rechts und der Politik ist der Redner gegen unentschädigte Aufhebung der Grundlasten.

Mittermayer: Wenn Sie die ländlichen Dienstbarkeiten schlechthin für ablösbar erklären, so stören Sie den Rechtsstand des Volks in unübersehbarer Weise. Die Servituten gehören gar nicht zu den hier fraglichen Grundlasten, Frohnden, Zehnten, denn sie sind ganz andern Ursprungs und anderer Natur. Als euch darauf mehrfach nach „Schluß" gerufen wird, eröffnet der Präsident, daß noch 22 Redner eingeschrieben seien und gibt das Wort an:

Reichensperger. Dieser warnt vor allzuvielen Eintheilungen und Unterscheidungen. Die Versammlung solle sich begnügen, allgemeine Grundsätze auszusprechen, das Einzelne aber der Landesgesetzgebung anheimzustellen. So auch die Entschädigungsfrage. Hinsichtlich der Auslassung der Servituten aus dem §. pflichtet Reichensperger der Mittermayer'schen Meinung bei. Man hat hier, fährt er fort, von Zeiten der Barbarei und des Faustrechts gesprochen. Sind wir dazu berechtigt, so stelle auf das Faustrecht herabzusehen, welches das Eigenthum selbst zwar verletzte aber doch das Prinzip des Eigenthums unangetastet ließ? Das Eigenthum ist der Grundstein aller Civilisation. Also Gerechtigkeit für das Eigenthum (lauter Beifall).

Lette. Privilegien, wie sie vorhin erwähnt wurden, zum Beispiel Apotheken, gehörten gar nicht unter den Artikel VII der Grundrechte, sondern in eine Gewerbordnung, auch habe der volkswirthschaftl. Ausschuß in seinen Vorschlägen dergleichen nicht im Sinne gehabt. Kirchliche Oblasten aber der Art z. B., daß ein Grundstück, ohne Berücksichtigung des Glaubens seines Besitzers, zu gewissen Parochiallestungen verpflichtet sei, solche Oblasten halte eben dieser Ausschuß allerdings für ablösbar. Das Geräusch und der Ruf nach Schluß nimmt unter Lette's Rede immer mehr überhand, obschon Lette darauf aufmerksam macht, wie wichtig es für die Versammlung sei, daß sie vor Mißverständnissen und dadurch vor irrthümlichen Bestimmungen bewahrt werde.

Nachdem der Redner geendet hat, theilt der Vorsitzende abermals mehrere noch fernerweit beim Bureau eingegangene Verbesserungsanträge mit. Die Versammlung entscheidet sich tragdem für den Schluß der Debatte, vorbehaltlich des Vortrags des Berichterstatters, und die Abstimmung wird auf den 5. vertagt.

Noch wird verkündigt, daß inzwischen die Auszählung der Stimmzettel erfolgt und demgemäß v. Moltzahn von Kustrin zum Schriftführer der Nationalversammlung ernannt ist, und dann die Sitzung Nachmittags 2¼ Uhr geschlossen.

Gustav von Struve.

△ Do aon Struve in diesen Tagen durch den bewaffneten Einfall in's Badische der Held einer teagi-kamischen Episode unserer Freiheitsbestrebungen geworden ist, so dürfte es Ihren Lesern nicht unwillkommen sein, einiges Nähere übee seinen bisherigen Lebenslauf zu erfahren. Gustaa von Struae lebte in Mannheim mehrere Jahre als unbekannter und unbeschäftigter Advokat. Er schien auch wenig um Rechtswissenschaft sich zu kümmern, er ging beinahe ausschließlich mit englischen Familien um, deren sehr viele in jener Zeit in Mannheim wohnten. Durch einen Engländee wurde ee in die Geheimnisse der Phrenalegie eingeweiht, welche er foetan zum Gegenstand seiner eifrigsten Studien machte. Er hielt in Mannheim, Heidelberg, Bann, Vorlesungen über diese Wissenschaft, gründete eine eigene Zeitschrift, schrieb polemische Artikel gegen bewährte Anatomen, wie Tiedemann in Heidelberg, weil diese die ganze Grundlage diese neuen Wissenschaft zu bestreiten wagten. Galt Struve früher als Sonderling, weil er kein Fleisch aß, sich aller geistigen Getränke enthielt und sogar den Genuß von Eiern für ein Unrecht erklärte, indem dadurch der Keim eines künftigen Thieres getödtet würde, so war er durch seinen Enthusiasmus für Phrenologie in der öffentlichen Meinung beinahe lächerlich geworden. An der Politik schien er gar keinen Antheil zu nehmen, bis ihm die Redaction des Mannheimer Journals übertragen wurde. Das von ihm damals aufgestellte Programm ist daeum besonders merkwürdig, weil es in dem auffallendsten Widerspruch mit seiner jetzigen Handlungsweise steht und den Beweis liefert, daß die Ereignisse stärker sind als die Menschen. Struve verkündete damals die gesetzliche Entwickelung unserer Freiheit auf Grundlage der Bundesacte für Deutschland, der badischen Verfassung für Baden als leitenden Gedanken seiner Redaction. Er mußte dafür die heftigsten Angeiffe von Seiten der Abendzeitung, welche schon damals nicht mehr den gesetzlichen Boden anerkannte, erfahren. Er ließ sich jedoch nicht beirren, forderte täglich die Erfüllung alter Zusagen, citiete die betreffenden Artikel der Bundes- und Wiener Schluß-Acte, sowie der badischen Verfassungs-Urkunde, und wurde dadurch ein der Regieenng sehr unbequemer Mahner. Da die Censur im Badischen nicht auf Gesetz, sondern auf einem Machtspruch beruhte, indem das Preßgesetz vom Jahr 1831 durch eine Verordnung dee Regierung, freilich durch einen Bundesbeschluß veranlaßt, aufgehoben wurde, so war hier der Kampfplatz, auf welchem Struve zuerst mit den Behörden zusammentraf. Die Collisionen mit dee Censur, welche damals unter der Leitung des bekannten Regierungsrath v. Sarachaga-Uria stand, mehrten sich tagtäglich, Struve wurde immee heftiger und feindseliger gegen die Regieeung, zog sich mehrere Preß-Processe zu und wurde zu mehrmonatlichem Gefängniß verurtheilt. Die Leidenschaft des Kampfes ließ ihn seinen ursprünglichen Standpunkt vergessen, er näherte sich dee Abendzeitung, welche freudig einen so tüchtigen Verbündeten annahm, beide kämpften fortan unter Einer Fahne, wenn auch mit verschiedenen Waffen. In jener Zeit wurde Struve im badischen Oberland als Deputirter in Vorschlag gebracht, erhielt jedoch nur wenige Stimmen, was ihn sehr kränkte. Er schrieb das Fehlschlagen seiner Wahl dem Einfluß der Mitgliedee der Kammee-Oppasition, namentlich aber von Itzstein's zu, indem er behauptete, dieser wolle aus Furcht, die Führerschaft in der Kammer zu verlieren, keinen tüchtigen, unabhängigen Mann neben sich leiden. Von da an begann Struve die Kammer-Opposition selbst anzufeinden, sie als Halbe zu bezeichnen, die viele Worte machen, aber nicht den Muth zue That haben. Dieser ganz neue Standpunkt wurde für Struve selbst verderblich, indem ee dadurch in Verwicklungen mit den Eigenthümern seines Blattes gerieth, welche zwar den Kampf mit dem damaligen Regierungs-System gestatteten, wiewohl dieser dem Blatt große pekuniäre Opfee kostete, oder keineswegs gewillt waren, die Männer vernnglimpfen zu lassen, welche seit Jahren die Sache dee Freiheit vertheidigt hatten. Struve mußte die Redaction niedeelegen, und wäre brodlos gewesen, wenn nicht etliche Männer zusammen getreten wären, ihm die Mittel zue Begründung eines andern Blattes „des Deutschen Zuschauers" zu verschaffen. Diese sind die nämlichen Personen, welche zum Dank dafür neulich von Struve öffentlich verhöhnt wurden.

Der Weg, den Struve eingeschlagen, hatte ihn mit der ganzen Kammer-Opposition in Opposition gebracht; nur Hecker wurde so-

Digitized by Google

wohl von Struve, wie von den Blättern, welche den gleichen Weg gingen (Abendzeitung, Seeblättern u. s. w.) geschont, ihm sogar in auffallender Weise Weihrauch gestreut, wie z. B. in folgender Phrase: Ein Löwe ist mehr werth als 63 Haasen (die badische Kammer hat 63 Abgeordnete). Der Grund mag vielleicht in folgendem Vorfall liegen: Im Spätherbste 1846, als die Theurung der Lebensmittel überhand nahm, hatte Struve aus seinem Gefängniß ein Programm zu einem Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen ausgehen lassen, und auf den Tag seiner Entlassung aus dem Gefängniß eine Versammlung zur Berathung der Statuten dieses Vereins in der Aula angekündigt. Das war ein deutlicher Wink! Volkshaufen erwarteten seine Entlassung, führten ihn im Triumph nach der Aula, wo Struve eine feurige Ansprache hielt. Von den Abgeordneten war nur Hecker anwesend, der den rauschendsten Beifall durch seinen Vorschlag, alle wohlhabenden Einwohner sollten einige Arbeiter an ihren Tisch nehmen, erntete. Aber diese wohlfeile Großmuth zog ihm den gerechten Tadel aller Männer von Einsicht zu; Hecker fühlte, daß er compromittirt sei, während seine klügeren Collegen in der Kammer sich weislich von diesen unnützen Demonstrationen fern gehalten hatten. Statt sich einer Uebereilung schuldig zu bekennen, grollte Hecker seinen Collegen, warf ihnen vor, daß sie ihn im Stiche ließen, und drohte aus der Kammer auszutreten. Am meisten aber soll Hecker über die bekannte Karrikatur der fliegenden Blätter (Hunger have mer net, aber Doescht) aufgebracht gewesen sein. Struve, Grohe und Fickler suchten ihn jetzt durch die größten Schmeicheleien an sich zu ketten, und für ihre Plane zu gewinnen. Doch will ich nicht verbürgen, daß damals schon ein fester Plan bestand, man hatte nur die unbestimmte Ahnung einer bevorstehenden Revolution. Ganz unverholen sprachen sich hierüber Fickler und Blind aus. Hecker trat bekanntlich im Anfang des Jahrs 1847 aus der Kammer und machte eine Reise nach Algier. Nach seiner Rückkehr wurde er wieder gewählt, trat auch in die Kammer, aber das alte Verhältniß zu Mathy, Bassermann, Welcker, stellte sich nicht wieder her; er mochte fühlen, daß diese ihm an Einsicht und Kenntnissen überlegen seien; das konnte seine Eitelkeit nicht ertragen. An einem Abend (in der Gans, dem Sammelplatz der Mannheimer Deputirten der Opposition) brach unversehens sein ganzer Groll gegen Mathy aus, dem er ohne eigentliche Veranlassung zurief: Lieber einen offenen Feind, als einen verkappten Freund! Ein Pistolenduell wurde nur durch das dringendste Dazwischentreten aller politischen Freunde verhindert. Der Bruch war vorhanden, wenn auch nicht sichtbar. Hecker schloß sich eng an Struve, Grohe und deren Freunde. Struve kam durch die Redaction des deutschen Zuschauers in Verbindung mit der äußersten Opposition in ganz Deutschland. Er beurtheilte die Stimmung des deutschen Volkes nach dem Inhalt seiner Correspondenz, und glaubte schon 1846 an den Ausbruch einer Revolution. Als dieser im Februar d. J. erfolgte, war es Struve, der die bekannten vier Volksforderungen aufstellte, welche nachher durch ganz Deutschland widerhallten. Am 1. März war er mit Grohe an der Spitze der Stuempelition; aber schon damals machte er sowohl, wie Hecker, die Erfahrung, daß die aufgeregte Menge der Stimme der Führer spottet. Beide versuchten damals vergebens, das Volk zu beruhigen, nachdem die Forderungen bewilligt waren. Hecker erkannte richtig die Bedeutung des Augenblicks, stellte weitere 17 Forderungen und verlangte deren sofortige Berathung und Beschlußnahme, was gegen die Geschäftsordnung der Kammer verstieß. Sein Antrag wurde unterstützt durch eine lärmende Gallerie und durch die draußen tobende Menge. Da sprach Mathy das muthige Wort: „Ich kann auf dieser Bank sterben, aber ich lasse mich nicht zu einer Ungesetzlichkeit zwingen.“ Die Kammer schob die Berathung auf. Mathy und seine Freunde waren aus der Volksgunst gefallen, Hecker wurde des Volkes Liebling. Schon am 2. März scheinen bestimmte Eröffnungen an Struve gemacht worden zu sein, denn er schien schon den 3. entschlossen, in einer Volksversammlung vom 4. die Republik ausrufen zu lassen. Die gleiche Ansicht sprach er sowohl, wie Hecker, am 5. März in Heidelberg aus, wo 51 Männer den Aufruf zu dem Vorparlament entwarfen. Was seitdem geschah, ist Jedermann noch in frischem Andenken. Struve war in allen Dingen Enthusiast — daher schwärmte er auch für die Republik. Aber da ihn stets die strengste Redlichkeit und Uneigennützigkeit auszeichnete, da er aus Grundsatz selbst die Tödtung eines Thieres für ein Unrecht hielt, so konnte Niemand auch nur ahnen, daß es je mit ihm so weit kommen würde, daß er Menschenleben für Nichts achtet, wo es gilt, seinen Zweck zu erreichen, daß er Gelderpressungen und Raub sich zu Schulden kommen lassen werde. Ist er in kurzer Zeit so tief gesunken, hat er ein sonst reines, makelloses Leben in dieser Weise beflecken können, so muß sein Umgang tief entsittlichend auf ihn gewirkt haben. Kommt Struve mit dem Leben davon, wie es jetzt den Anschein hat, so wird bald die bessere Natur bei ihm die Oberhand gewinnen, und Niemand mehr, als er selbst, die Verbrechen verabscheuen, die er verübt.

Struve hat vor wenigen Jahren die Tochter eines Sprachlehrers, Duzar, geheirathet. Alle seine Freunde waren dieser Heirath entgegen, aus Gründen, die sich nicht für die Oeffentlichkeit eignen. Schwerlich hat die Familie seiner Frau günstig auf ihn gewirkt, wenigstens wollen seine früheren Freunde und Bekannten die Bemerkung gemacht haben, daß Struve von jener Zeit an gesunken ist. x

△ **Wien**, 29. Sept. Seit heute früh bilden sich immer neue Gruppen vor dem erzbischöflichen Gebäude auf dem Stephansplatz. Es wird behauptet, in der Nacht seien sechs Kanonen in das Erzbisthum gebracht und darin verborgen worden. Man bringt damit andere Gerüchte in Verbindung, wie die Räumung des Stadtgrabens von den darin befindlichen Brennholzlagern, Errichtung von Backöfen im Stadtgraben und auf dem Glacis, da die gewöhnlichen nicht mehr genügen, um eine hinlängliche Quantität Brod für die Anzahl der jetzt hier garnisonirenden Truppen zu liefern — und will in all' diesem Vorbereitungen zu einem Belagerungszustand Wiens erkennen, welche Schlußfolge, ob sie nun richtig oder nicht, immer eine gewisse Aufregung im Volke hervorbringt und unterhält.

Die heutige Reichstagssitzung wurde, nach Ablesung des Protokolls und einiger Worte über die Finanzausweise des Ministers Kanus, auf Morgen, wegen asphytischer Luft im Reichstagssaale, verschoben. Die Journalisten waren trotz ihres Protestes wieder alle auf ihren Plätzen und zwar durch den neuen Eingang, der die Veranlassung dazu gegeben hatte, angelangt. — So eben kamen die von den ungarischen Schweinehirten aufgefangenen Briefe, welche das ungarische Ministerium zum Druck geeignet fand, hier an. Einer dieser Briefe, von Jellachich an den Kriegsminister, verlangt für den 1. Oct. 200,000 fl. C. M. Löhnung und 400,000 fl. Verpflegsgeldes, damit er handeln könne. Zugleich dankt er für 4000 Mäntel, welche er erhalten, und verlangt weiter eine Anzahl congrevischer Raketen und noch mehr Geschütz. — In einem zweiten Briefe an den hiesigen kroatischen Agenten treibt er denselben zur Eile an, damit der Hof entschieden auftrete — es dürfe nicht mehr gezögert werden. Er (der Bán) sei entschlossen, die Einheit der Monarchie wieder herzustellen. Er habe bereits neunzehn Handbillets des Kaisers erhalten und es sei ihm sehr leid gewesen, daß er denselben keine Folge habe leisten können; aber wenn er auch noch neunzehn andere erhalten würde, so würde er es eben so machen, wenn sie gegen diese seine ausgesprochene Meinung seien. — Ferner ist dabei ein gar curioses Schreiben eines Majors, welcher ein Neffe des Kriegsministers Grafen Latour ist. Er redet seinen Onkel, lieber gnädiger Onkel an, empfiehlt sich seiner Gnade und küßt ihm die Hände. Der politische Inhalt desselben, wo er fürchtet in Pesth das Nest leer zu finden und so die Partei nicht vernichten zu können, ist zu unbedeutend, um näher darauf einzugehen. — Die Ungarn haben nun die Beweise, daß Oesterreich Jellachich's Truppen bezahlt — und jubeln darüber — ich möchte aber hiebei eines bemerken: Als lange vor all den Wirren die slavischen Militärgrenzen zu Ungarn geschlagen wurden, sollte Ungarn zu deren Erhaltung jährlich fl. 800,000 bezahlen; obgleich es dieß feierlich versprach, so ging es doch damit, wie bei den meisten ungarischen Zahlungen, — sie erfolgten nicht, und Oesterreich war genöthigt, um dort nicht alles sich auflösen zu lassen, dieß selbst zu thun — und thut es regelmäßig bis auf den heutigen Tag. Dadurch möchte sich die Sachlage doch wohl aus einem andern Gesichtspunkte als dem des ungarischen Ministeriums beurtheilen lassen.

Das ungarische Ministerium versichert ferner, es lägen noch Briefe an sehr hohe Personen vor, es stehe aber für den Augenblick noch davon ab, sie zu veröffentlichen.

Das heutige Blatt der von Häfner redigirten „Constitution“ wurde diesen Morgen mit Beschlag belegt und an einzelnen Orten auf der Straße weggenommen, wegen eines Artikels „zwei

Digitized by Google

Aristokraten" überschrieben, worin über Lichnowsky's und Auerswald's Tod in den stärksten Ausdrücken, und zugleich über die „Landesväter" gesprochen wird, welch' letztere nicht bestraft und vorgeladen würden, wenn sie durch ihre Henker executiren ließen, während das arme Volk ꝛc. Sie sehen an diesem kurzen Auszug, welche Meinungen man auch bei uns auszusprechen wagt.

Ein Tagesbefehl des National-Garde-Oberkommandeurs, in welchem unter Anderm bestimmt ist, daß die National-Garden nur auf ihren angewiesenen Plätzen im Falle eines Allarms sich versammeln dürfen (weil man fürchtet, ein Theil derselben möchte in einzelnen Fällen auf die Universität ziehen), und daß Derjenige, welcher an andere Sammelplätze gehe, der Waffen verlustig und auch zeitweise, je nach dem Falle, für immer aus den Reihen ausgestoßen werden solle, findet die stärkste Opposition, sowohl in der Presse, als auch in der öffentlichen Stimmung.

Der Plakaten-Krieg aller Farben und Schattirungen dauert fort, der konstitutionell-monarchische Verein läßt ziemlich die Ohren hängen und manch kräftige Antwort, die ganz deutsch klang, hat dieser slavisch-monarchischen Gesellschaft tiefe Wunden geschlagen. Heute erklären die mit der akad. Legion sympathisirenden Bürger und Nat.-Garden, sie schlössen sich nur deßhalb so fest aneinander, um in Zukunft „Mißverständnisse", wie jenes vom 13. September, unmöglich zu machen, oder sie mit Gut und Leben zu bekämpfen. — Glauben Sie mir, man läßt hier eine Partei „in's Meer fallen", die verständig erfaßt, den schönsten Schmuck des Landes gebildet hätte, um einen Tropfen schmutzigen oder schwarzgelben Schaumes dafür zu erhalten.

Aus Pesth nichts Weiteres von Bedeutung, als daß Graf Lemberg gestern Abend in Folge seiner Ernennung und des kaiserl. Manifestes dahin abgegangen ist, um Beides von dem ungarischen Ministerium signiren zu lassen. Man hat ihm dazu eine gehörige Truppenmacht zugewiesen.

⊙ **Schleswig**, 28. Sept. Es hat uns tief geschmerzt, daß bei den Verhandlungen über den Malmöer Waffenstillstand in der Nationalversammlung das Verhalten der Schleswig-Holsteiner während des Befreiungskampfes mehrfach getadelt, und namentlich unsere deutsche Gesinnung in Zweifel gezogen ist, Aeußerungen gegen welche, wie wir vernehmen, unsere Abgeordneten uns nicht haben vertheidigen können, da ihnen durch den Schluß der Debatte das Wort entzogen ist.

Man hat uns von verschiedenen Seiten den Vorwurf gemacht, daß wir nicht entschiedener aufgetreten, nicht weiter auf dem Wege der Revolution vorgeschritten sind, daß wir während des Kampfes selbst keine größeren Anstrengungen gemacht, daß die Stimmung in Schleswig mehr den Dänen als den Deutschen geneigt sei, daß sogar die deutschen Truppen im Schleswigschen Widerstand und Verrath gefunden hätten.

Als die provisorische Regierung in den Märztagen an die Spitze der Bewegung trat, war von Seiten des Königs noch kein entscheidender Schritt gegen die Herzogthümer geschehen; man wußte aber, daß der König sich in den Händen einer revolutionären Partei befinde und sich nur mit Widerstreben zu gewaltsamen Maßregeln entschließen würde. Die Regierung **mußte** daher das Regiment im Namen des mit Fug für unfrei erachteten Landesherrn ergreifen, um nicht von vorne herein eine gütliche Ausgleichung, welche Preußen zu vermitteln suchte, unmöglich zu machen. Die Forderungen der Herzogthümer blieben aber nicht, wie man uns vorgeworfen hat, auf die Fortdauer ihrer gegenseitigen Verbindung beschränkt; wir forderten vielmehr eine gemeinschaftliche Verfassung, eine selbstständige Verwaltung und die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, und wenn diese Postulate, ohne daß es zu offenen Feindseligkeiten gekommen wäre, hätten erreicht werden können, so wäre damit so viel gewonnen worden, daß die einstweilige Fortsetzung der Personalunion mit Dänemark als ein geringeres Uebel erscheinen mußte. Eine andere Frage ist es freilich, ob wir nicht späterhin, als der König uns mit Krieg überzogen und das Blut unserer Söhne und Brüder vergossen hatte, als wir in ihm unseren unversöhnlichsten Feind erkennen mußten, mittelst einer kühnen That den Knoten zerhauen und uns ganz von Dänemark hätten lossagen sollen. Die Stimme des Volks, welches der Fortdauer der Personalunion durchgängig abgeneigt ist, forderte einen solchen kühnen Griff; aber die provisorische Regierung war zu sehr in den Banden der preußischen Diplomatie befangen, um einen so entscheidenden Schritt zu begünstigen, dessen Folgen auch bei der feindlichen Stimmung der Großmächte gegen Deutschland und deren Zärtlichkeit für Dänemark nicht zu berechnen waren.

Bei dem Beginn des Kampfes eilte in den Herzogthümern Alles was waffenfähig war zu den Waffen; wer nicht ins Feld ziehen konnte, beeiferte sich durch anderweitige Thätigkeit, durch Gaben an Geld und Naturalien, durch Schrift und Rede, die gute Sache zu fördern. Viele setzten ihre ganze Existenz aufs Spiel. Aber die schleunig gebildeten Schaaren, denen ein kriegserfahrener Führer fehlte, vermochten nicht dem Eindringen der überlegenen dänischen Macht zu wehren. Preußische Truppen rückten in Schleswig ein und die Dänen wurden nach kurzer Gegenwehr vertrieben. Seitdem ist keine Waffenthat von Erheblichkeit geschehen. Die deutsche Armee durfte ihrer Ueberlegenheit und ihrer Kampfbegier ungeachtet, gegen die Dänen nichts unternehmen. Der deutsche Feldherr stellte die schleswig-holsteinischen Truppen in die letzten Glieder; die Freiwilligen wurden mit ungünstigen Blicken angesehen und meistentheils entlassen. — Der kriegerische Aufschwung der Herzogthümer ward, fast schien es absichtlich gedämpft. Dagegen wurden ihnen die unblutigen Opfer des Krieges in desto größerem Maß auferlegt. Die Zahl der Reichstruppen ward nach und nach auf reichlich 40,000 Mann erhöht. Die Lieferungen, die Einquartierung, die Fuhrleistungen wurden um so drückender, da wie in allen Uferstaaten auch in Schleswig-Holstein Handel und Verkehr stockte, aber alle diese Opfer wurden mit der größten Freudigkeit, ohne die mindeste Klage gebracht; für die verwundeten und kranken Krieger ward mit der liebevollsten Aufopferung gesorgt; für die Flotte, für die Familien der Gebliebenen wurden erhebliche Summen gesammelt; jeder that was in seinen Kräften stand, denn Jeder erkannte, daß es die Unabhängigkeit und Freiheit der Herzogthümer gelte, und daß, wenn es uns nicht beschieden war, diese mit dem Schwerte zu erkämpfen, wir auch das schwerere Opfer bringen mußten, die Lasten eines thatenlosen Krieges zu tragen. Inzwischen sind keine Anstrengungen gescheut, um das unter der dänischen Herrschaft schmählich vernachlässigte Heer auf einen respectabeln Fuß zu setzen, und nach der Aeußerung des verdienstvollen General Bonin dürfen wir hoffen, in Kurzem mit unseren eigenen Streitkräften den Dänen die Spitze bieten zu können; auch hat bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Waffenstillstand das ganze Land eine Haltung bewiesen, welche selbst dem frechen Uebermuthe der Dänen imponirt hat.

Was endlich die politische Stimmung des Herzogthums Schleswig betrifft, so haben die Vertreter des Landes ihre deutsche Gesinnung und den Wunsch sich dem deutschen Reiche anzuschließen, sowohl entschieden ausgesprochen, daß es auf die etwa abweichende Meinung einzelner Individuen und Gemeinden rechtlich gar nicht ankommen kann; es hat sich aber einmal, der wohl nicht ohne Absicht genährte Glaube verbreitet, daß in Schleswig keine deutsche Sympathien Statt finden, daß das Volk mehr dänisch als deutsch gesinnt sei, weshalb man sich auf Berichte der bei der Armee stehenden preußischen Offiziere, und sogar auf ein Schreiben des Flensburger Handelsvereins an den volkswirthschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung berufen hat; und diese Behauptung wird von denen, die um jeden Preis Frieden mit Dänemark wollen, vielfach ausgebeutet, um den Krieg unpopulär zu machen.

In dem südlichen und westlichen Theile des Herzogthums Schleswig und den sämmtlichen Städten, mit alleiniger Ausnahme eines Theiles von Flensburg, die zusammen zwei Drittheile des Landes ausmachen, ist aber die Gesinnung des Volkes rein deutsch, so deutsch, wie sie nur im innersten Herzen Deutschlands sein kann. Diese Gesinnung spricht sich in den zahlreichen Addressen aus, welche mit vielen Tausend Unterschriften bedeckt, aus diesen Theilen des Herzogthums an die Nationalversammlung abgesandt sind, in welchen allen um den Anschluß an Deutschland, um Fortsetzung des Krieges, um Trennung von Dänemark gebeten wird; dieser Sinn hat sich auch bei dem Empfange der deutschen Truppen, die in allen Schleswig'schen Städten als Befreier vom dänischen Joche mit Jubel begrüßt wurden, und mehr noch in dem ernsten und entschlossenen Eifer, mit welchem die Bevölkerung dieser Gegenden sich bei dem Kampfe mit Dänemark betheiligt hat, bethätigt.

Von einer undeutschen Gesinnung könnte nur bei der ländlichen Bevölkerung in dem nordöstlichen Drittheile des Landes, und in einem Theile der Stadt Flensburg die Rede sein. Daß nun unter den Flensburger Kaufleuten Manche sind, welche den gewinnreichen Verkehr mit Dänemark fortzuführen wünschen und den Eintritt in den deutschen Zollverein scheuen, ist sehr erklärlich;

Digitized by Google

daß aber diese Ansicht in dem vielbesprochenen Schreiben der Mehrheit des dortigen Handelsvereins auf eine schroffe und verletzende Weise ausgesprochen worden, ist lediglich dem Vorsitzenden dieses Vereins, einem gewissen Jensen zuzuschreiben, welcher stets ein Feind der deutschen Sache, von den dänischen Königen persönlich begünstigt, von der provisorischen Regierung aber als verdächtig seines Amtes entlassen ist, daher er diese Gelegenheit benutzt hat, seinen Groll gegen Deutschland auszulassen. Die politische Gesinnung der Flensburger hat sich dagegen neuerdings in in einer mit 500 Unterschriften versehenen Adresse an die Nationalversammlung ausgesprochen, in welcher jede Annäherung an Dänemark mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen wird.

Die ländliche Bevölkerung des bezeichneten Distrikts befindet sich freilich gegenwärtig zum großen Theile in einem Zustande der Demoralisation, den aber Jeder, welcher weiß wie es in den letzten Jahren dort hergegangen ist, nicht nur erklärlich, sondern sogar entschuldbar finden wird. In den letzten 10 Jahren sind die dortigen Einwohner durch alle mögliche Mittel, durch dänische Prediger und Schullehrer, durch dänische Zeitungen und Lectüre durch Schmeicheleien und Bestechungen, durch Einschüchterungen und Drohungen, im dänischen Interesse bearbeitet worden; die Mehrzahl befand sich daher in völliger Blindheit über ihre politische Lage, und manche Einzelne wurden zu Verräthern an ihrem Vaterlande förmlich geworben. Nach dem Ausbruche des Krieges wurden diese Distrikte sofort von dänischen Truppen besetzt; die deutschgesinnten Einwohner wurden schonungslos verfolgt, gemißhandelt, zum großen Theile in dänische Gefangenschaft geführt. Als nach der Flucht der Dänen die deutschen Truppen einzogen, schien sich schnell eine günstige Veränderung vorzubereiten. Die Gesittung und Disciplin der Deutschen verfehlte in Vergleich zu der Rohheit und Brutalität der Dänen ihres Eindruckes nicht, deutsche Stimmen fingen an sich Gehör zu verschaffen; die Leute erkannten es, wie sehr die Dänen sie getäuscht und mißleitet hatten. Aber der Rückzug aus Jütland hat Vieles wieder verdorben. Der Marken Schleswigs ward auf's Neue den Dänen Preis gegeben; alle Diejenigen, welche sich den Deutschen geneigt erklärt hatten, wurden auf's Neue verfolgt und mißhandelt. Selbst als die Dänen wiederum vertrieben waren, blieben diese Gegenden den steten Einfällen und Neckereien der Dänen ausgesetzt, während die deutschen Truppen die jütländische Grenze nicht überschreiten durften und den Dänen die größtmöglichste Schonung bewiesen ward. So durften die Bewohner der zahlreichen dänischen Enclaven im Herzogthum Schleswig nicht angetastet werden, und selbst in den Grenzdörfern, wo dänische und schleswig'sche Eingesessene gemischt wohnen, blieben die ersten von allen Lieferungen und Leistungen an die deutschen Truppen befreit, während die letztern durch die Last der Fuhren und Naturallieferungen fast erdrückt wurden. Durch diese unglückselige Art der Kriegführung, diese geflissentliche Schonung der Dänen, verloren die Leute alles Vertrauen auf die deutsche Macht, während die Furcht vor den Dänen, deren Rückkehr jeder Augenblick erwarten ließ, fortdauerte und durch den dänischen Uebermuth gesteigert ward. Unter solchen Umständen ist es wahrlich nicht zu verwundern, wenn die Leute hie und da unwillig wurden und sich den Anforderungen der Truppen widersetzten, wenn sie sich dazu stark genug glaubten; es ist auch nicht zu verwundern, wenn es den Dänen dann und wann gelungen ist, unter den zahlreichen eingewanderten Dänen, oder wohl gar unter der niederen Klasse der gebornen Schleswiger Verräther und Spione zu erkaufen: wir müssen es aber entschieden in Abrede stellen, daß deutsche Soldaten in den Quartieren von schleswigschen Eingesessenen überfallen oder gar ermordet sind, wie dieß von einzelnen Rednern in der Paulskirche behauptet ist. Wenn der Krieg von deutscher Seite mit mehr Energie geführt, wenn gegen dänische Verräther mit gebührender Strenge eingeschritten wäre, wenn man Jütland besetzt gehalten hätte, so wäre jetzt auch in Nordschleswig jede Spur von dänischer Sympathie geschwunden; so wie die Sache sich gestaltet hat, ist in diesen Gegenden erst dann auf eine Deutschland günstige Stimmung zu rechnen, wenn die Achtung vor den deutschen Waffen wiederhergestellt und die Furcht vor dänischen Ueberfällen gänzlich beseitigt ist.

Wir müssen es aber wiederholen, daß, nachdem die Gesammtvertretung des schleswig-holsteinischen Landes sich mit solcher Entschiedenheit, wie geschehen, für Deutschland ausgesprochen hat, die jetzige Volksstimmung im nördlichen Schleswig auf die Frage, ob der Krieg fortzusetzen sei oder nicht, keinen Einfluß haben kann: auch wird der Krieg nicht für Nordschleswig, sondern für Deutschland geführt, und man darf bei der schleswig-holsteinischen Frage eben so wenig wie bei der Posener vergessen, daß der Besitz mancher Punkte, von der Gesinnung ihrer Bewohner ganz abgesehen, in strategischer und kommerzieller Beziehung für Deutschland unentbehrlich ist — wie das namentlich von der Insel Alsen gilt.

Es ist nicht unsere Absicht das Mitleid Deutschlands für uns in Anspruch zu nehmen: aber Gerechtigkeit dürfen wir fordern; und sollte selbst das geschehen, was vor wenig Monaten noch unmöglich schien, sollte, sagen wir, Deutschland uns im Stich lassen wollen, um seine materiellen Handelsinteressen zu wahren, so mag es sich nicht scheuen, offen auszusprechen, daß seine 45 Millionen nicht vermögen, uns vor den Angriffen unserer Feinde zu schützen; Deutschland und seine Vertreter dürfen uns aber nicht verwerfen, daß wir ihren Schutz nicht verdienten, daß Schleswig schon mehr gekostet, als es werth sei.

Frankreich.

△ **Paris**, 30. Sept. (Schluß.) Erst nach einer halben Stunde gelingt es Letzterem, die Ruhe so weit wieder herzustellen, daß Herr Denjoy, der die Rednerbühne nicht verlassen hatte, fortfahren konnte. Er erklärt vor allen Dingen, unter lautem und heftigem Widerspruch der Linken, keinen seiner Collegen haben bezeichnen zu wollen, und fragt schließlich, bei immer steigendem Tumulte, was die Minister den pflichtvergessenen Beamten gegenüber thun würden, welche zu Toulouse, wie zu Bourges und anderswo solchen Banketten beigewohnt hätten.

Nach langer Unterbrechung nimmt der Minister Senard das Wort. Er erklärt die Regierung habe diese Interpellation nicht abgewartet, um, ihrer Aufgabe getreu, Allem entgegen zu wirken, was die Ordnung stören, und Verwirrung hervorbringen könne. Aber auf übertreibende und zum Theil lügenhafte Artikel großentheils legitimistischer Journale hin werde die Regierung keine definitiven Maßregeln verfügen, am wenigsten im Sinne des Abgeordneten Denjoy, der gar zu „geschwind" gehen wolle. Der Minister nimmt mehrere der angegriffenen Beamten, insbesondere den Maire von Toulouse u. A. kräftig in Schutz, schließt indeß mit der Versicherung, wenn jene Berichte sich bestätigten, so würden alle Beamte, die an solchen Demonstrationen Theil genommen haben, abgesetzt werden. Es sei zu diesem Behufe eine amtliche Untersuchung angeordnet. Die bisher eingelaufenen Berichte stellten die Sache keineswegs so dar, wie es Hrn. Denjoy gefallen habe, sie auszumalen. Auf alle Fälle werde das Gouvernement seine Pflicht, in ihrer vollsten Ausdehnung erfüllen (Beifall). Der Abgeordnete von Toulouse, Hr. Joly (Vater) erklärt sich beauftragt die Verläumdungen zu widerlegen, zu deren Organ sich Denjoy gemacht habe, der die Bankette nicht liebe, weil sie die Republik herbeigeführt hätten. Er weist auf die Umtriebe der Legitimisten und den bekannten Brief Heinrichs V. hin. Die Bankette seien nur eine Demonstration gegen die „Toulousische Vendée" und sofort. Der Kriegsminister Lamoricière, der nach diesem Redner sprach, nahm die Sache jedoch keineswegs in demselben Sinne. Die Regierung weiß, daß die Republik von mehreren Seiten angegriffen wird, aber sie wird sie gegen alle Angriffe zu vertheidigen und unter allen Umständen ihre Pflicht zu erfüllen wissen. (Stürmischer Beifall.) Hierauf sprachen noch Germain Sarrut in vermittelnder Weise, Mathieu de la Drôme im Sinne der äußersten Linken. Die Versammlung schließt endlich die Debatte.

Ein Journal von Montpellier spricht von ernstlichen Unruhen, welche wegen der letzten Wahlen in Lunel stattfanden.

Hier in Paris gab die Uneinigkeit zwischen den Linientruppen und der beweglichen Bürgerwehr gestern Abend im Faubourg St. Antoine zu einem heftigen Streite Anlaß, in welchem eine Abtheilung der letztern entwaffnet wurde. —

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Elwes & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 29 Strandgasse, Paris Nr. 28 Rue Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 268. **Frankfurt a. M., Mittwoch 4. October.** **1848.**

Uebersicht.

Die Mittel und Werkzeuge der deutschen Einheit.

Erklärung.

Deutschland. Frankfurt (Hamburg's Presse und Deutschlands materielle Einigung.) Wien (Die eingelangene Correspondenz. Erzherzog Stephan. Der Journalistenverein. Ein Zufall. Die Loge Ungarns. Kossuth. Par, Graf Lamberg erworben. Propositionen Palmerston's.) Berlin (Eisenbahn zwischen Berlin und Dresden). Köln (Rücktritt des Präsidenten Wittgenstein. Wirksamkeit der Centralgewalt.) Stuttgart (Antwort des Königs auf die Adresse der Abgeordneten). Darmstadt (Die constitutionellen Vereine des Großherzogthums Hessen und zwei deutsche Verfassungsfragen).

Großbritannien. London (Verurtheilung der Chartisten).

Frankreich. Paris (Tagesbegebenheiten. Kriegerische Artikel des National. Quelle. Umlaufende Gerüchte. Das Jahr 57 der Republik).

Spanien. Madrid (Sartorius will die Kammer auflösen).

Schweiz. Zürich (Schweizerische Stimmung gegen Deutschland. Allmendstheilung in Obwalden. Heimathlose in Freiburg. Asylrecht in Zürich). Bern (Raveaux. Deutschlands Repressalien gegen die Schweiz Zustände in Freiburg).

Ungarn. Pesth (Niederlage Jellacic's).

Griechenland. Athen (Der Gesandte Rikos. Rigas Palamides. Das Septemberfest. Einweihung eines deutschen Hauses).

Nachschrift. Der sardinische Gesandte.

Börsenbericht von Frankfurt (vom 4. October.)

4. October.

Es mag an der Zeit sein, die verschiedenen Mittel und Werkzeuge der deutschen Einheit, so wie die eigene Arbeit des Volkes an ihrer Entstehung in's Auge zu fassen. Wenn in einem Volke eine große Idee wahrhaft lebendig ist, so wird sie mehr als einen Weg suchen und finden, um sich zu offenbaren, und auf jede leise Berührung wird der geschwängerte Boden seine feurigen Quellen heraufschicken. Eine flüchtige Betrachtung unserer Einheitsbestrebungen könnte wohl zu dem Glauben verleiten, daß dem bei uns nicht so sei. Es könnte scheinen, als wenn das Volk zu viel auf die gewählten und privilegirten Werkmeister der formellen und constitutiven Einheit sich verlasse, von ihnen das Unmögliche, mit ihren Kräften naturgemäß nicht zu leistende fordern, und sich selbst unterdessen diejenige Bearbeitung nicht angedeihen lasse, die einzig und allein zum letzten und eigentlichen Ziele, zur innern Vereinigung der Geister führen kann. Es könnte diesen Glauben nur bestärken, wenn man zu diesen Unterlassungssünden noch die Zeichen separatistischen Geistes, die Ausbrüche verjährter Eifersucht, die wechselseitigen Anklagen und die anklagende Selbstgenügsamkeit als eben so viel positive Sünden mit in die Rechnung ziehen wollte. Ein Fremder, ein Uebelwollender könnte gar zu dem Schlusse gelangen, daß die Vorwürfe, die wir dem letzten Mißgeschick der Italiener so freigebig, mit so wenig Barmherzigkeit zu Theil werden ließen, bei uns selber nicht minder gut wären angewendet gewesen.

Man würde uns aber mit diesem Urtheil noch weit mehr Unrecht thun, als man uns vielleicht theilweise den Italienern angethan worden. Wir wollen hier nicht einmal reden von der schlimmen Erbschaft der nähern und entferntern Vergangenheit, obwohl sie noch lange zwischen uns und einer bessern Zukunft als chinesische Mauer stehen wird, die mit ausdauernder Behaerlichkeit Stein um Stein abgetragen, nicht mit einem heftigen Anstaß umgeworfen werden muß, wenn anders ihre Trümmer uns den neuen Boden der Freiheit nicht verunreinigen sollen. Wir bedürfen kaum des Rückblicks in die Vergangenheit, um schon jetzt erfreuliche Resultate aufzuweisen, um mindestens zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß es weniger an Eifer und Regsamkeit, als an dem Bewußtsein von der Thätigkeit und ihrer rechten Anwendung mangele. An der Spitze aller tröstlichen Betrachtungen steht für uns die folgende, die wir allen Zweiflern und Andersdenkenden gegenüber auf's Nachdrücklichste behaupten wollen: daß weit mehr eingewurzeltes Vorurtheil, Mißverstand und falsche Doctrin, weit mehr Schlaffheit und Haltlosigkeit gegenüber der alten bösen Gewohnheit, sei es auf der rechten oder auf der linken Seite, in hohen oder niedrigen Regionen dem Werk der Einigung und Befreiung sich entgegensetze, als schlimme Selbstsucht und vorbedachte Böswilligkeit. Auch grade Unwissenheit und Gleichgültigkeit gegen das Wohl des Ganzen haben wir nur in geringem Maße, nur an wenigen, vom Strom der allgemeinen Cultur entfernten, von der Natur und menschlicher Sorgfalt wenig begünstigten Orten zu beklagen.

Als sichtbarer Träger des Einheitsgedankens, als seine erste Schöpfung und vornehmstes Mittel seiner Verwirklichung, steht die Centralgewalt in der Mitte der Einheitsbestrebungen da: Im Vertrauen zu ihr trifft die naturgemäße Hinneigung zu einer neuen Gewalt, die centralistische Opposition gegen wirklichen und vermeinten Partikularismus, und die Hoffnung der Besten und Einsichtigsten auf eine gedeihliche und feste Leitung der gemeinsam vaterländischen Angelegenheiten zusammen. Die populäre Stimmung macht sich hier am lebhaftesten geltend in dem entschiedenen Verlangen nach einer offenen und unumwundenen Anerkennung der Centralgewalt durch die Herrschenden und Regierenden der Einzelstaaten. Wenn man einer solchen Erklärung außerordentliche politische Wichtigkeit beilegt und von ihr sich goldene Berge verspricht, so verräth das nur wenig politische Einsicht. Es liegt in der Natur neugeschaffner und provisorischer Zustände, daß formale Akte, auch wenn der redlichste Wille sie eingab, gegen die herrschende und bestimmende Macht der Umstände und Ereignisse nicht aufkommen. Auch ein körperlicher Eid auf das Gesetz vom 28. Juni würde bei dessen großen, in der Natur der Sache sich gründenden Unbestimmtheit der Auslegung den weitesten Raum lassen. Der wahre Grund und die große Wichtigkeit jenes lauten und allgemeinen Verlangens ist auch kein politischer, er liegt im Rechts- und Sittlichkeitsbewußtsein des Volks. Es kommt auch nicht so sehr auf Inhalt und Modalitäten eines solchen Aktes an, als auf die Redlichkeit, die Offenheit, die Rückhaltslosigkeit, die Uneigennützigkeit, die dabei zuerst zu Tage kommt. Mögen die Mächtigen alle, die es trifft, zuerst bedenken, und dann ihre Vorbehalte und die Wahrung ihrer Rechte, die bei andern Gelegenheiten zur Sprache kommen wird und muß. Mögen sie bedenken, wie schwere Stöße des Rechts- und Sittlichkeitsbewußtseins ein Volk erlitten hat, wie jeder neue Anstaß, jeder neue Zweifel die furchtbaren Folgen mehrt, die wir jetzt am Licht des Tages erblicken. Möge man das nicht aus einem sogenannten höheren Standpunkt mißachten. Freilich ist es etwas anders, wenn der Staatsmann am Gradmesser der Zeit nach Secunden den leisen stufenmäßigen Fortschritt berechnet, und wenn die Volksstimme ungestüm nach Thaten ruft; etwas anders, den Umständen nachgebend, kleineres Uebel statt größeren zu wählen, und nach der Richtschnur des einfachen Rechtsgefühls über Recht und Unrecht, Schuldig und Nichtschuldig sein Urtheil abzugeben. Aber wer das letzte thut, der ist vor der Volksmeinung, vor dem gesunden Instinkt der Mehrzahl in seinem Rechte. Darum, wenn man das Reden zu rechter Zeit und in rechter Weise unterlassen hat, so lasse man jetzo, aber wenn die Zeit kommt, Thaten sehen; der „gesunde Sinn des Volks", den man lang genug von zwei Seiten her mißbraucht hat, hat scharfen Blick für guten Willen und ist, wo er diesen sieht, auch mit Wenigem zufrieden. Das freilich versteht sich von selbst, daß jeder Akt der Huldigung und Anerkennung nur dann Werth und heilsame Folgen hat, wenn er freiwillig ohne andere Nöthigung und Aufforderung als die der öffentlichen Stimme erfolgt ist.

Digitized by Google

Gerade den Regierungen der Einzelstaaten muß an Schonung und Erhaltung des öffentlichen Rechtsgefühles liegen, weil sie es gegen eine herrschende Stimmung mit gleichem Rechte ansehen müssen. Man darf nur das eben beleuchtete Verhältniß umkehren, um zu sehen, wie der Kampf gegen den Absolutismus, Mißtrauen gegen alles Herkömmliche, Furcht vor Partikularismus und Reaction, alle rechtliche Auffassung des Verhältnisses der Einzelstaaten zur Einheit, nicht sowohl beim Volk, das hiervon weit weniger berührt ist, als bei einer sehr großen Zahl von Gebildeten, zumal von Bewohnern kleinerer Staaten fast gänzlich aufgehoben hat. Man verwirft alle Theilnahme und rechtliche Mitwirkung, nicht blos bei der Berathung und Abfassung, sondern auch bei der Einführung der Verfassung; man fordert unbedingte Unterwerfung, nicht blos in Sachen des Gemeinwohls, in außerordentlichen provisorischen Umständen, sondern auch für alle Folgezeit und für den regelmäßigen Lauf des verfassungsgemäßen Staatslebens; man überschreitet die gerade hier liegende Linie zwischen Föderativ- und Centralstaat, und übersieht die einzig sichere, einzig würdige Form, eine Verfassung zu begründen. Wir unsererseits halten fest an der Ueberzeugung, daß in dieser Lage der Welt, unter diesen Prognostiken für die Zukunft, der Föderativstaat die beste Verfassung für Deutschland, und die rechtliche Vereinigung die beste Form ihrer Begründung sei. Letztere scheint uns überhaupt für jede Verfassung die einzig dauerverheißende, für eine Bundesverfassung, wie jedes Beispiel der Geschichte zeigt, sogar die einzig mögliche Art der Einführung.

An diesen höhern Formfragen nimmt die große Mehrzahl des Volks immer nur einen sehr allgemeinen Antheil, daneben und darunter her geht aber die eigentliche Thätigkeit des Volks, die alle seine Schichten berührt, aufregt, mischt und das wahlthätige Temperament hervorbringt, das zur Einheit wird und schon Einheit ist. Diese Erregung der Geister ist vielleicht die beste Frucht dieser Zeiten und knüpft sich zum Theil gerade an ihre schlimmsten Erscheinungen durch eine wohlthätige Fügung an. Unsere Truppen werden heimisch in den verschiedensten Gegenden des Vaterlandes, der Schwabe findet in Hamburg, der Preuße in Baden, wenn auch mit verschiedenem Ton, doch seine Sprache, wenn auch mit anderer Sitte, doch seine Landsleute. Wenn hier die Söhne aller Stände mit allen Ständen sich berühren, so suchen auf der andern Seite alle Berufsgenossen sich auf; Geistliche, Lehrer aller Klassen, Beamte, Kaufleute, Gewerbtreibende, Handwerker treten in Städten, Provinzen und so fort in immer größeren Kreisen zu verschiedenen Zwecken in Congressen und Vereinen zusammen. Was hier sich getrennt hat, das verbinden wieder die politischen Vereine, und so ist die Auflösung der Stände und die Bildung der Berufsgenossenschaften in beständigem Wachsthum. Die unsichtbare Kirche der Patrioten, die kein besonderes Interesse und keine Amtspflicht treibt, ist nicht minder allenthalben gegenwärtig, und die Endpunkte dieses Lebens laufen von allen Seiten und knüpfen sich im Mittelpunkt deutscher Politik, in Frankfurt zusammen. Mittheilungs- und Reiselust ist allenthalben rege, Journale und Vereine wachsen als Symptome davon hervor, und fördern eine friedliche Circulation der Geister und des Geistes, wie Deutschland sie wohl niemals seit jenen glorreichen Tagen gesehen, wo die Bildung ähnlichen Verkehr und ähnliche Vereinigung wirkte, wie heut zu Tage die Freiheit und die Selbstverwaltung der Interessen. Wir dürfen schon jetzt mit Freuden und mit noch besserer Hoffnung für die Zukunft sagen: Wo man sich kennt, da ist man einig! Aber wie wenig Deutsche kennen Deutschland! Hier hat der Norden, zumal die nordische Seeküste, offenbaren Vorzug vor dem übrigen Deutschland; dort gehört es zur Bildung, auch den Süden des Vaterlands zu kennen. Der Süddeutsche bleibt nur gar zu gerne in seiner ländlichen, örtlichen, gemüthlichen Beschränkung, während der Bewohner des nördlichen Küstenstrichs mit weltmännischem Blick und feinerem Verständniß der Interessen die Dinge ausieht.

Diese Arbeit des Volks in seinem eigenen Kreise ist das langsam wirkende, aber vollkommen sichere und gewissermaßen einzige Mittel zur wahren Einheit und Einigkeit, aber sie verlangt von der eigentlich politischen Thätigkeit sowohl beständigen Antrieb, als die Sicherung und feste Regel ihres Thuns. Was sich an sie von politischen Schöpfungen zunächst anschließt, ist die allgemeine Gesetzgebung. Indem sie sämmtliche Theile des Vaterlandes und sämmtliche Interessen auf ähnliche Weise berührt, verlangt sie auch ähnlich vielseitige Mitwirkung, und macht deßhalb die geordnete Vertretung der Einzelstaaten und ihrer Interessen in einem Staatenhause zum dringenden Bedürfniß. Anders ist es mit der Verfassung, die als allgemeine politische Form naturgemäß in den Händen der Vertreter des Volkes als Gesammtheit liegt. Doch wird auch für sie als höchster Zweck und Prüfstein die Forderung gestellt werden müssen, daß sie der erwachten Thätigkeit des Nationallebens eine bequeme Form und freie Bahn gewähre. Dieß müßte freilich bei der Jugend und den vielfach auseinandergehenden Richtungen unseres nationalen Lebens eine fast unauflösbar schwierige Aufgabe scheinen, wenn hier nicht, wie uns scheint, die politische Forderung mit der des nationalen Bewußtseins zusammenfiele, und was in der jetzigen Lage der Welt politische Weisheit und Erfahrung als das Räthlichste darbietet, auch dem ideellen Ziele des nationalen Lebens die befriedigendste Lösung verhieße.

Erklärung.

Der vielfachen Anfragen und Mißverständnisse wegen sieht sich die Redaktion auf Wunsch des Herrn Professor Droysen zu der Erklärung veranlaßt, daß Derselbe in keiner Weise bei der Leitung der „Deutschen Zeitung" betheiligt ist.

⋋ **Frankfurt**, 4. Okt. Hume sagt in Bezug auf Großbritannien: „Es gibt dreierlei Menschen, welche, außerhalb des Bereiches der Widerlegung, ihren Vorurtheilen zu überlassen sind; nämlich ein englischer Whig, der die Wirklichkeit des Concordates behauptet, ein irischer Katholik, der das Bluthad von 1642 leugnet, und ein schottischer Jakobit, der für die Unschuld der Königin Maria streitet." — Im Hinblick auf Deutschland würde er sicher in die erste Linie einen hamburgischen Commissionshändler gestellt haben, der den Freihandel oder Freihafen als die einzige Existenzmöglichkeit seiner Vaterstadt ausgibt. Sie haben in Ihrer Zeitung schon vor einem Jahre bei Gelegenheit des durch das hamburger Senatsgutachten hervorgerufenen Kampfs in der Presse auf die Logik der Hamburger Blätter in dieser Angelegenheit hingewiesen, Sie haben auch damals die freundnachbarliche Gesinnung für die Schwesterstadt zur Linken hervorgehoben. — Die Logik ist gegenwärtig noch unverändert dieselbe; die Schamlosigkeit aber, mit welcher man an der Elbe Alles und Jedes verdächtigt, was entweder zu groß ist für den mit der Nasenlänge gezogenen Gesichtskreis, oder einen Plan verfolgt, welcher für das Gesammtwohl ein vielleicht nur in der Idee liegendes Opfer verlangt, ist seitdem in geometrischer Proportion gewachsen. Ich weiß nicht, ob Sie es der Mühe werth halten, die Predigten des „Freihafen" über den alleinseligmachenden Freetrade zu lesen, und somit bemerkt haben, daß die Front dieses Blattes sich nicht gegen die Projecte des Reichshandelsministers, sondern — werden Sie es glauben? — gegen den „Bremer" in ihm wendet. Sie erlassen mir wohl jede Antwort auf ein journalistisches Treiben, das sich durch sein Bekanntwerden in größeren Kreisen schon hinreichend selbst richtet; um so mehr, da ich Ihre Leser hinsichtlich der Sache auf eine mit klassischer Klarheit geschriebene Broschüre *) hinweisen kann, welcher hier kürzlich zur Widerlegung der neuesten Sötbeer'schen Flugschrift erschienen ist. Ob sie den Vorurtheilen gegenüber helfen wird? —

— **Wien**, 29. September. Ich übersende heute zwei historische Behelfe zum Studium der Wiener Holgeschichte. Das Manifest des Kaisers an seine Völker Ungarns und an seine Armee, **) dann die vom Pesther Regierungsblatt Közlöny der Oeffentlichkeit übergebenen aufgefangenen Briefschaften von Jellacic und seiner Armee ***). Aus den ersteren, wenn schon uncon-

---

*) „Kann bei einer einheitlichen deutschen Handels- und Zollverfassung Hamburg aus der deutschen Zollinie ausgeschlossen bleiben? Frkfrt. a. M."

**) Wurde bereits von uns mitgetheilt.

A. d. R.

***) Briefe aus der aufgefangenen Correspondenz von Jellacic.

An Seine des k. k. Herrn Kriegsministers und General Feldzeugmeisters, militärischen Marien Theresien und mehrerer andern Ordens Ritters, wirklichen geheimen Rath und Kämmerers Theodor Graf Baillet von Latour Excellenz!

Haupt-Quartier Killity am Plattensee den 23. Sept. 1848.

So sehr ich für die hochgeneigte Sorge bezüglich der Zuwendung eines neuerlichen Geldvertages Euer Excellenz dankbar bin, eben so angelegentlich muß ich Euer Excellenz wiederholt um die baldigste Zuwendung eines hin-

stitutionellen, Manifesten leuchtet der gute Wille des Kaisers hervor, den Bürgerkrieg zu beenden. Daß der abgedankte Palatin Stephan den Kaiser hierzu bewogen hat, dürfte als gewiß angenommen werden. Daß das Kriegsministerium zu Wien im geheimen Einverständnisse mit dem Finanzministerium den Ban von Kroatien auf alle mögliche Weise mit Kriegsmaterial, Geld und Kleidung versah, geht aus der amtlichen Zeitung des ungarischen Ministeriums hervor, welche hier im Original beiliegt. Ich will in kein räsonnirendes Detail darüber eingehen, das Vorliegende

---

reichenden Verlags-Quantums für die beiliegende Feldoperations-Kasse bitten.

Ich befinde mich nunmehr mit meinen Truppen in dem ungarischen Gebiete, um für die allgemeine Sache Oesterreichs zu handeln; ohne blutendem Herzen kann ich dem theilweise schuldlosen Volke keine noch größeren Lasten aufbürden, als sie ohnehin der Durchmarsch einer so bedeutenden Truppenzahl mit sich zieht, — ohne dem nöthigen Gelde kann ich oder auch nicht einen Schritt weiter treten, da ich theilweise die gute Stimmung des Landvolkes, so wie der Soldaten erhalten muß, was jedoch ohne Geld, ohne der pünktlichen Zahlung der Verpflegsgebühren nicht möglich ist.

Einen Geldserforderniß-Aufsatz ist es mir diesmal unmöglich vorzulegen, da ich bei dem alle Tage sich vermehrenden Stande meiner Armee, und dem noch nicht erfolgten Zusammenstoße mit den slavonischen Truppencorps, einen solchen selbst nicht genau angeben kann, hierauf sich aber das Geld-erforderniß allein stützt.

Nach meiner Berechnung dürfte jedoch der reine Verpflegsbedarf am Gelde für den Monat Oktober d. J. wenigstens auf 200,000 fl. und ferner für das Naturel-Verpflegsgeschäft auf 400,000 fl. somit in Allem auf 600,000 fl. sich belaufen, und ich erlaube mir Euer Excellenz ergebenst zu bitten, diese Summen mir längstens bis 1. künftigen Monats zuverlässig zu disponiren, indem ich bei den nunmehr begonnenen Operationen für die gute Sache Oesterreichs von dem k. k. Kriegsministerium auf jede Hilfe rechnen kann, und zu rechnen berechtiget bin, dann von Hochdemselben um so weniger verlassen werden darf, als dieß mitten im ungarischen Lande, von den schrecklichsten Folgen für dieses Land, die Armee und die Gesammtmonarchie Oesterreichs sein würde.

Sobald die Truppen-Vereinigung erfolgt, werde ich nicht säumen den Erforderniß-Aufsatz sogleich nachzutragen.

Jellacic, m. p.

Abschrift eines Privatschreibens des Major Rodein an den k. k. österreichischen Kriegsminister Grafen Baillet v. Latour.

Feldlager Siófok, 23. September.

Mein guter gnädiger Onkel! — Unser Chef des General-Stabes General Zeisberg hatte die Gnade mir zu erlauben ihm diesen Brief für dich zur weiteren Beförderung zu übergeben, welche Gelegenheit ich mit Freuden benutze um dir Nachrichten zu geben. Wir sind bis jetzt ohne Schwertstreich vorgerückt und ich werde mich nicht irren, wenn ich behaupte, daß wir auch ohne Widerstand in Pesth einrücken werden, unsere Macht ist zu imposant und die demokratische Partei hat gar keine Sympathie unter dem Landvolk, unsere ganze Truppe ist für unsern ritterlichen Führer begeistert, wir sind ganz glücklich als ehrliche Soldaten wieder uns fühlen zu dürfen, und hoffen daß sich auch die andern Regimenter uns anschließen werden, da es doch bei Gott eine heilige und gerechte Sache ist, für die wir aufgestanden sind, ich fürchte nur daß wir den Demagogen-Convent in Pesth aufgelöst und die Leiter nicht mehr finden werden, und dann ist die Ruhe wieder nur auf Momente hergestellt, denn Kossuth und Consorten werden das Wühlen nie lassen, wenn man sie nicht vernichtet. Wir werden bis jetzt überall mit der größten Bereitwilligkeit empfangen. Julie ist bei ihrer Mutter in Tabd, der Abschied wurde ihr und mir sehr hart, doch hoffe ich, daß wenn es so fortgeht die Trennung keine lange sein wird, da Julie gleich wieder zu mir will wie das Lagerleben ein Ende hat, im Uebrigen ist sie und ich sehr froh, daß wir für den Augenblick der polnischen Garnison, welche uns das ungarische Ministerium zugedacht, entgangen sind, ich habe dir deßhalb ein paar Tage vor dem Abmarsch mit Recepisse geschrieben, so auch an Berberg, in welchem Brief ein Billet von Julie an dich eingeschlossen war, wenn sie dich bat ihren Sternkreuz-Orden übermachen zu lassen und die Kosten einstweilen ihr vorzustrecken, bis sich eine Gelegenheit ergibt, dir ihre Schuld zu erstatten, da ich nun schon auf drei Briefe von dem sonst so pünktlichen Berberg keine Antwort erhielt, so supponire ich, daß die Briefe anderen gegangen sind. Wir wissen jetzt gar nichts was auswärts geschieht, da wir weder Briefe noch Zeitungen bekommen, vielleicht konntest du nicht die Gnade haben mir durch Berberg einige Nachrichten geben zu lassen. Mich deiner Gnade empfehlend küsse ich dir die Hand und bin mit Ehrfurcht dein ꝛc.

Redzio m. p., Major.

An das löbl. k. k. illyrisch-innerösterreichische Generalcommando-Präsidium.

Hauptquartier Szemes am Plattensee, den 21. Sept. 1848.

Indem ich dem löbl. Generalcommando-Präsidium für die gefällige Mittheilung vom 18. d. M. Z. 8525 wegen Betreibung der von Stockeran gefertigt werdenden 4000 Mäntel verbindlich danke, muß ich das löbl. Präsidium ongelegentlichst ersuchen, die Versendung dieser Mantel, sobald sie einlangen, möglichst beschleunigen zu wollen, nachdem die in ihrer Hausmontur ausmarschirte Mannschaft der 6. Bataillons bei der dermal eingetretenen strengen Witterung an der nöthigen Bekleidung empfindlich Mangel leidet; aus welcher Rücksicht ich auch das dringende Ansuchen wiederhole, so viel es der Vorrath und die Umstände zulassen, mir ungarische Tuchhosen und Holzmützen übersenden und mir das Verauslagte gefällig bekannt geben zu wollen.

Jellacic m. p.
Croatisch-slavonisches Armeecommando.

spricht klar und deutlich einen hämischen Verrath an Oesterreichs deutschen Volksstämmen aus. Unser Geld, 600,000 fl. C. M. monatlich, verschwendet man an den kroatischen Parteigänger der Camarilla, der außer Berechnung steht. Und wir haben einen constituirenden Reichstag, welcher als die oberste Behörde des Staates sich so gemein betrügen läßt, wir haben einen Finanzminister, welcher noch diesen Monat einen Budget-Entwurf in seinem Bureau belebte, von dem Rubriken für die Censurstellen, geheime Polizei, besoldete Beamte im geheimen Dienste ausgewesen waren! Um Wien sind aber gegen 30,000 M. kanzentrirt, welche in Rapport mit der Garnison gebracht, jeden Augenblick den Reichstag unterdrücken können, wenn die Beschlüsse der Linken dem Centrum und der Rechten unbequem werden sollten. Die Kasernen will man durch Telegraphen in Verbindung setzen. Das Glacis wird gesäubert, der sogenannte Tandelmarkt (Tröblerbuden) werden von dort entfernt, gleichfalls das Haß aus den Stadtgräben. Gegebenes Ehrenwort ist in unserer Zeit zur Phrase herabgesunken. Der österreichisch-deutsche Kriegsminister gab sein Ehrenwort den ungarischen Ministern, daß er mit Jellacic in keinen Unterhandlungen stehe, weil er dadurch ein Hochverräther an seinem Kaiser würde. Am 27. und 28. September fuhr auf der Gloggnitzerbahn eine Laufbrückenequipage mit der Bestimmung nach Stuhlweißenburg ab. Ob das Kriegsministerium in Wien keine Kenntniß davon hatte? — ! Die ominösen Briefe wurden von ungarischen Schweinhirten im Bakonyerwald aufgefangen. Sie fallten einem Briefordonnanzpiket durch vier Grenzsoldaten zugeführt werden, verfehlten aber den Weg. Nebst den veröffentlichten Briefen sind noch andere an eine hohe Dame, doch weg mit dem verkappten Worte — an die Erzherzogin Sophie gerichtete, in die Gewalt des ungarischen Premier Batthyany gekommen, welcher aus Rücksicht für den König im Beschlusse mit der Kammer diese österreichfeindliche Erzherzogin schonte. Jellacic soll sich etwas zurückgezogen haben. Der angebliche Sieg der Ungarn bei Tamas bestätiget sich nicht. General Bechtold ließ Tamas unter seinen Kanonen vom Feinde verschanzen, ohne Maßregeln dagegen zu ergreifen. Erzherzog Stephan ist nach Brünn abgereist. Gestern konstituirte sich der Jouenalistenverein, wählte den Ausschuß, welcher die Statuten zu entwerfen hat, und faßte den Beschluß, die Leitung der journalistischen Körperschaft aus den Händen der Reichstagsordner zu übernehmen. Durch die Bildung dieser Körperschaft gewinnt der Journalismus an mystischer Kraft, welche ihn nach Innen regeln, nach Außen vertreten wird. Der Ausschuß ist aus den vorzüglicheren Journalisten zusammengesetzt. Die Journalisten erhielten die Satisfaktion einen vollkommen angemessenen Ausgang zu ihrer Loge heute Morgen hergerichtet zu finden, mit einem Foyer zur Besprechung mit den Deputirten versehen. Das Ihnen zugesandte Pesther Zeitungsblatt wurde diesen Morgen von dem ungarischen Ministerium in Massen den Journalisten und Abgeordneten zugeschickt. Eine Interpellation bereitete sich vor, das schwere Dokument drückte mit gewitterschwangerer Luft die Schuldigen, ängstlicher wurde die Stimmung, ein Zufall, wenn Zufall? befreite die Armensünderseelen von dem Alp eines unvorhergesehenen, noch viel weniger erwarteten Ereignisses. Aus den Gaskandelabern strömte plötzlich das Gas hervor und sprach statt des Präsidenten: „Die Sitzung ist aufgehoben.“

< **Wien**, 29. Sept. Neuesten Nachrichten aus Pesth zufolge vom 27. Abends, war Kossuth daselbst mit 12,000 Bauern zurückgekommen; Par war zum Premier-Minister ernannt worden, hat diese Würde jedoch abgelehnt. — Graf Lamberg, welcher vom Kaiser als außerordentlicher Kommissär nach Ungarn geschickt wurde, um die Pacification der sich bekämpfenden Parteien zu bewirken, wurde vom Repräsentanten-Hause als solcher nicht anerkannt, weil das Decret des Kaisers von keinem Minister contrasignirt war.

Jellacic steht mit seiner Armee bei Velencze Ceiss, 2 Stunden von Ofen, und muß es daselbst schon zu einer Schlacht gekommen sein, da man bereits Kanonendonner vernommen hatte. Es sollte sich eine provisorische Regierung von 6 Mitgliedern in Pesth bilden, die bisher noch nicht bekannt sind.

Heute Morgens wurde das Blatt, die „Constitution,“ eines der stärksten Oppositionsblätter, wegen eines heftigen Artikels gegen die Regierung konfiscirt. Ueberhaupt scheint man hier gegen den Mißbrauch der Presse energischer einschreiten zu wollen. Auch soll nächstens ein tüchtiger und energischer General, welcher früher in

Digitized by Google

Ungarn kommandirte, an die Spitze der hiesigen Nationalgarde gestellt werden. — Man erwartet aus London noch immer eine Antwoet in Betreff dee italienischen Pacificationsfrage; die mit der Lösung derselben von den verschiedenen Regierungen betrauten Kommissäre sollen in Triest zusammen treten.

⊖ **Wien**, 30. Sept. Ein soeben eingetroffener Courier bringt die grauenerregende Nachricht, daß Graf Lamberg, der vom Kaiser nach Ungarn gesandte Pacificator, als er sich eben von Ofen nach Pesth begab, um der ungarischen Repeäsentanten-Kammer seine Vollmacht zu unterbreiten, aus dem Wagen gerissen und auf die schauderhafteste Weise ermordet wuede. Man sagt, einige von den nach Pesth gegangenen Wiener Freiwilligen hätten ihn erkannt und seinen Tod somit veranlaßt.

Man spricht auch von einer Schlappe, die Jellacic erlitten haben soll, offiziell ist noch nichts bekannt. Kossuth hat den Landsturm aufgeboten, und da er sich somit wirklich als Verräther (?) zeigt, so düeften nunmehr ernstliche Maßregeln gegen ihn und die Ungarn österreichischer Seits ergriffen werden.

Ein heute aus London angekommener Coueier, soll viel friedlichere Dispositionen Lord Palmerston's in Bezug auf die italienische Frage gebracht haben, so daß an eine Forderung Frankreichs und Englands an Oesterreich, die Lombaedei abzutreten, wohl nicht mehr zu denken sein dürfte.

Berlin, 1. Okt. Die Vossische Zeitung vom heutigen Tage berichtet, daß die dieekte Eisenbahnveebindung zwischen Beelin nnd Dresden hergestellt sei und schon duech eine Probefahet eröffnet werde. Der Umweg über Leipzig erforderte sonst einen ganzen Tag. Jetzt soll die Fahrt über Riesa nur 6 Stunden dauern.

* **Köln**, 2. Okt. Die Köln. Zeitg. scheeibt: Es bestätigt sich, daß der Regieeungs-Peäsident v. Wittgenstein bei Niederlegung des Kommando's der Bügerwehr zugleich auch die Entlassung aus dem Staatsdienste nachgesucht, und bereits seit einigen Tagen die Führung desselben seinem Stellveetretee übeelassen hat.

Dieselbe Nummer der Köln. Zeitg. bespricht in einem längeen leitenden Aetikel den schmählichen Einfall dee Republikaner in Baden, und macht wohl nicht mit Unecht auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß nichts von Baden, nichts von der deutschen Centralgewalt geschehen sei, um dem lange drohenden Einfall zu begegnen, während doch das Reichsministerium an die Regieeungen von Preußen und Würtemberg die Frage gerichtet habe, aus welchen Ursachen die in jüngster Zeit in Heilbronn, Coblenz und Köln stattgehabten Ruhestörungen nicht verhindert worden seien?

Stuttgart, 1. Oetbr. Auf eine gestern Mittag von einee Deputation der Kammer der Abgeordneten übeereichte Adresse, in welcher untee andern Erwartungen des Landes auch die ausgesprochen ward, es weede eine bleibende und wesentliche Verminderung sowohl dee Civilliste, als der Apanagen und dee übrigen hausgesetzlichen Leistungen einteeten, erwiederte dee König:

Meine Herren Abgeordneten der zweiten Kammee! Gewohnt, während einer 32jährigen Regierung Meine Pflichten treu und fest zu erfüllen, werde Ich auch in den jetzigen Zeiten alle Opfer gern zu tragen wissen, die das wohlerwogene Interesse unseres Vaterlandes erheischt und seine Wohlfahrt defördeen kann. Mit Ihren ausgesprochenen Ansichten stimme ich vollkommen übeerein, daß unsere innere Gesetzgebung und unsee Verfassung ganz in Einklang gebeacht werden muß mit den Grundsätzen, welche die Nationalversammlung in Frankfuet anssprechen wird. Mögen diese Geundsätze stets auf das Recht, die wahren Inteeessen des gemeinschaftlichen Vaterlandes und auf Mäßigung gestützt sein! Diese Meine Gesinnungen bitte Ich Sie dee Ständeoeesammlung mitzutheilen. (Schw. M.)

△ **Darmstadt**. Am 17. Sept. d. J. waren eine Anzahl Abgeoedneter politischee Vereine des Großhth. Hessen in Darmstadt zusammengetreten. Bei iheee Einladung hatte man absichtlich das Woet „constitutionelle" umgangen. Es sollte genügen, wenn die Vereine, welche Abgeordnete schickten, sich den Beschlüssen dee oersassunggebenden Reichsgewalt fügen und sie unterstützen zu wollen erkläeten. Die Absicht war gut und löblich, obgleich sie nicht zum Ziele führte. Denn alle rein demokratischen oder republikanischen Vereine hielten sich von dee Beschickung der Versammlung ferne.

Die Bürgervereine in Mainz, Worms, Offenbach, Friedberg und Bessungen, die Vaterländischen Vereine in Gießen und Darmstadt, der constitutionell-monaechische Verein zu Darmstadt, der Lese- und Schutzverein in Schlitz nnd der Volksverein für die obeee Wetterau zu Hungen schickten Abgeordnete. Die Berathungen dauerten von Vormittags 11 bis Nachmittags bald 4 Uhr und die Versammelten schlossen sich im Wesentlichen dem vom vaterländischen Vereine in Darmstadt vorgetegten Entwuefe an.

Außer den Beschlüssen übee die leitenden Grundsätze dee Vereine und deren Organisation zum Zwecke gemeinschaftlichen Wiekens, verbreiteten sich zwei über eine zu geündende gemeinschaftliche Zeitschrift und über einen vom Büegerverein in Mainz gestellten, durch dessen Abgeordneten, Advokaten Krämee, mit Lebhaftigkeit empfohlenen Antrag, von dem nachstehend etwas genauer gehandelt werden soll.

Dee Bürgerverein in Mainz wünschte, daß sich die Vereine dahin aussprechen möchten: „der proovisorischen Centealgewalt, respectioe der künftigen definitoen Centralregierung Deutschlands soll jedenfalls ausschließlich die Aushebung, Bildung, Organisation, Unteehalt der gesammten deutschen militärischen Land- nnd Seemacht und dee Befehl über dieselben zustehen und die Mittel dazu soll sie durch direkt zu erhebende Reichssteuern sich oerschaffen, so daß künftig nur eine Aemee und eine deutsche Flotte desteben. Ebenso soll der Centralgewalt, respective dee künftigen Centralregierung, ausschließlich die Repräsentation Deutschlands nach Außen durch von ihr zu ernennende und anzunehmende Geschäftsträger zustehen. Beide Gewalten sollten sofort in Wirklichkeit dem Reichsoerweese durch die Nationaloersammlung übertragen weeden."

Gewiß es verdient die geößte Anerkennung, daß aus der Stadt Mainz, einee Stadt also, welchee man so oft französische Sympathien vorwirft, jener Voeschlag seinen Weg nahm. Nicht als ob damit zugleich gesagt werden sollte, daß ee seiner Wesentlichkeit nach auch dort entstanden. Denn bekanntlich weist schon dee Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes, wie die 17 Männee des öffentlichen Vertrauens ihn veefaßt, die völkeerechtliche Veeteetung Deutschlands ans den einzelnen deutschen Staaten nach Außen, das Heerwesen, die Sicherung Deutschlands zur See durch eine Kriegsflotte und Kriegshäfen, endlich die Eehebung von Reichssteuern der deutschen Reichsgewalt ausschließlich zu, und ebenso haben Abgeordnete zur preußischen constituirenden Nationaloersammlung, wie Nees von Esenbeck in seinem Verfassungsentwurfe, den Sonderboden verlassend, sich der gleichen Ansicht beigesellt. Und so bleibt als Neues in dem Antrage des Mainzee Büegeveeeins, welchee nach dem Beschluß der Abgeoedneten der Vereine diesen sofoet als Gegenstand iheer besondeen Thätigkeit zur Berathung und Beschlußnahme darüber empfohlen weeden soll, nue das übrig, daß „sofort" die beiden Gewalten „dem Reichsoerweser" überteagen werden sollen, daß er nicht den Abschluß der Reichsoeefassung vorerst abzuwaeten beabsichtigt. Als besonders wichtige Kapitel will er sie im Voraus vorgenommen, darüber berathen und sie vollzogen haben. Wie der Reichsoerweser die executioe Gewalt bereits übt, so soll er auch diese Gewalten ohne längeres Säumniß zum Vollzuge beingen.

Diesee Wunsch beruht sichtbar auf der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit seiner Ausführung. Welchen Titel auch das Oberhaupt Deutschlands führee, ob dee Grundsatz der Erblichkeit oder der Wahl seinem Daseen zu Grunde gelegt weede und welche sonstige Attribute es habe, immer wird sich als eesoederlich herausstellen, daß die Vertretung nach Außen und die Militäegewalt, mit dem Rechte, die hierfür erforderlichen Steuern dieekt zu beziehen, in seiner Hand liege. Ohne das keine Einheit, die wir so lange suchten und bis jetzt nicht fanden!

Aber eben so läßt sich auch nicht veekennen, daß diese Punkte den größten Schwierigkeiten von Seiten der einzelnen Regierungen Deutschlands begegnen werden. Was die Vertretnng Deutschlands nach Außen betrifft, von den Geoßen, nnd was die der Reichsgewalt zu übertragende Militärgewalt betrifft, von den Großen und den Kleinen. Nicht als ob wir unter diesen größten Schwierigkeiten duechaus unbesiegliche verstünden. Denn ein Volk, was zue Eekenntniß seiner Lage nnd seinee Bedürfnisse gekommen ist, kann, wenn es ernstlich will, auch die Heilmittel für seine Krankheiten finden. Aber in der elastischen Bedeutung dieses Findens und in dem, was wie in diesem Fache noch in neueste Zeit gesehen und gehört haben, liegt keineswegs die Verheißung, daß die Bahn zu solchem nothwendigen und erhabenen Ziele so leicht ist.

Digitized by Google

Die Kleinen sind zum großen Theile von der Vertretung ihrer Staaten nach Außen geschieden; die Großen sind es nicht, und, was namentlich Oesterreich betrifft, so wäre dieß, bei der Eigenthümlichkeit seiner Zusammensetzung auch kaum zu bewerkstelligen. Man muß dieß zugestehen, ohne, wie die Regierung dieses Landes in neuester Zeit gethan haben soll, die Beschlüsse der verfassunggebenden Reichsversammlung blos für die Feststellung von Principien zu erklären, deren Anordnung eine willkürliche sei. Anders allerdings mit Preußen. Aber hat dieß auch kein Conglomerat fremder Nationalitäten als Fessel neben seinee deutschen, wie Oesterreich, so kann es doch immer Bezug auf Posen nehmen, insoweit seine Zuziehung zu Deutschland nicht beschlossen ist. Aber hinter diesen positiven Dingen und über ihnen, steht hier wie anderwärts, die Neigung, die „süße Gewohnheit des Daseins und Wirkens." Denn auch im politischen Leben gibt es mit Geltendmachung der Individualität eine solche. Noch schwieriger, weil unter den Regierungen noch allgemeiner die Antipathien gegen eine solche Bestimmung, die Uebertragung der Militärgewalt an die Reichsgewalt. War doch das Militärwesen bisher das einzige, woran die brausenden Wogen des Constitutionalismus nur andeutend schlugen; selbst der constitutionelle Fürst war Kriegsherr; ihm stand (wie sich die bezügigen Verfassungsurkunden gewöhnlich ausdrückten) die ausschließende Verfügung über das Militär, die Formation desselben, die Disciplinargewalt und das Recht, alle, den Kriegsdienst betreffenden Verordnungen zu erlassen, ohne ständische Mitwirkung zu. Und nun! Erinnere man sich, wie von einzelnen Regierungen die verordnete Huldigung an den Reichsverweser durch die Truppen vollzogen wurde und ziehe von daraus seine Folgerungen für noch Positiveres. In der That, wer dieß recht überlegt, möchte die in den letzten Wochen bewiesene Bereitwilligkeit der einzelnen Regierungen, ihre Truppen für den Reichsdienst zu stellen, nicht blos in dem Streben, die Reichsmacht zu kräftigen, sondern, neben dem Wunsche, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, auch in dem gesuchten Beweise finden, daß, ohne völlige Uebertragung des Heerwesens an die Reichsgewalt, doch sich auch Alles ganz gut mache.

Und so würde, gerade in Erwägung dieser Schwierigkeiten, die Frage sein, ob man nicht die Regelung der mehrgenannten beiden Gewalten bis dahin verschieben sollte, wo sie doch als Theile des Ganzen ihre Ergebung finden müssen? Freilich werden sie auch dann ihre Dornen nicht verlaren haben, aber sie stehen dann im Zusammenhang, alle Einredungen, welche aus ihrer isolirten Einführung abgeleitet werden würden, sind durch jene Thatsache beseitigt. Man schiebt die Berathung der Verfassung nicht dadurch in's Weite, man stellt sie vielleicht nicht in Frage, indem man die, wie wir sie vorhin genannt haben, beiden schwierigen „Kapitel" herausnimmt. Das Nöthigste, Vorläufige ist ja in beiden Dingen geschehen. Die Centralgewalt hat die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands nach Außen durch Ernennung von Gesandten übernommen; freilich in ihrer Bedeutung beeinträchtigt, daß daneben noch Gesandten von einzelnen Staaten in Funktion sind. Die Centralgewalt hat für ihre Aufforderungen, Truppen marschiren zu lassen, wenigstens in der neueren Zeit, bei den deutschen Regierungen das willigste Entgegenkommen gefunden. Freilich von der Erhebung von Reichssteuern war noch keine Rede; aber vor der Ordnung des Finanzwesens im Ganzen kann auch kaum die Rede davon sein, und so wurde dieser Umstand ebenfalls darauf verwiesen, Seitens der hessischen Vereine zwar auf Beschleunigung des Verfassungswerks zu dringen, allenfalls mit vorzüglicher Hinweisung auf jene hochwichtigen zwei Punkte, aber nicht diese allein zur alsbaldigen, sachlich definitiven Erledigung in Vorschlag zu bringen.

Voraussichtlich bildet dies Alles den Gegenstand der Erwägung bei den hessischen Vereinen.

Großbritannien.

London, 30. Sept. Heute um 5 Uhr verurtheilte der Criminalhof die Chartistenführer Dowling, Lacy, Fan und Cuffen zu lebenslänglicher Deportation. Die Strenge dieses Urtheils machte großes Aufsehen.

(3 proc. Stocks schließen um 4 Uhr 86⅛ à ¼.)

Frankreich.

△ **Paris**, 1. Oktober. General Cavaignac empfing gestern den neuen spanischen Gesandten, Herzog von Sotomayor in feierlicher Audienz. Man bemerkt indeß, daß er seit drei Tagen den Sitzungen der Nationaloersammlung nicht beiwohnte. Es heißt er befinde sich nicht ganz wahl. Der Moniteur enthält heute eine vergleichende Uebersicht der Erträge der Schiffs-Ein- und Ausfuhe während der ersten acht Monate der Jahre 1846, 1847 und 1848. Es geht daraus hervor, daß dieselben 1846 bee Staatskasse 100,555,074, 1847 88,991,359, in diesem Jahre nur 54,092,446 Franken eintrugen.

Es heißt Herr Vivien (früher Minister unter Ludwig Philipp) werde mit einer Mission nach Oesterreich betraut werden, um Theil an den Verhandlungen über die Pacification Italiens zu nehmen. Herr Emile Thomas, dee bei der Angelegenheit der Nationalwerkstätten so viel genannt ward, wird sich in Regierungsangelegenheiten nach den Antillen begeben. Der sardinische General Della Marmora hat Paris verlassen und war schon am 25. v. M. in Chambery. Der National (der wie die Reforme von heute an in größerem Format erscheint) enthält einen langen Artikel, worin er darzuthun sucht, Frankreich sei das einzige Land in Europa, das mit allen Hülfsmitteln versehen sei, um Krieg zu führen. Die Regierung begreife diese Vortheile und werde sie zum Besten des Landes zu benutzen wissen. Man legt indeß hier auf Artikel dieser Art, die man mehr für politische Kunstgriffe hält, keinen besondern Werth. Die deutschen Posten, welche wir über Aachen erhalten, sind heute ausgeblieben, was die Privatgeschäfte in öffentlichen Fonds lähmte.

Aus den Verhandlungen der Nationaloersammlung vom 30. September (deren Hauptinhalt bis vor Abgang der Post wir gestern nach der uns zugekommenen Lithographie mittheilten) ist eine Aeußerung des Kriegsministers Generals Lamoricière nachzuholen, die nicht ohne Bedeutung ist. Die telegraphische Antwort auf die Anfrage des Generals Ballon wegen des Banketts zu Toulouse sei zwar zu spät gekommen, aber der General habe schon früher die Einladung ausgeschlagen. Aeltee im Dienste als der dortige Präfekt, habe er besser als dieser zu beurtheilen gewußt, was aus dieser Manifestation werden könne. Noch sprach sich der Kriegsminister sehr entschieden gegen die sociale Republik aus, das heiße nämlich gegen die Republik, welche das Recht auf Arbeit anerkenne. Sehr bitter waren auch die Aeußerungen über das Bankett im Chalet, dem mehrere Abgeordnete beigewohnt hatten und dem Herr Ledru Rollin durch seine bekannte Ansprache einen Charakter gab, welchen ihm dieselben nicht beigelegt wissen wollen. Nach verhandelte die N.-V. über die Anlage landwirthschaftlicher Bildungsschulen, zu deren Centralpunkt die Domänen von Versailles bestimmt werden sollen. Die N.-V. war aber zu aufgeregt, um diesem Gegenstande die gehörige Aufmerksamkeit zu widmen. Man spricht von Duellen, welche heute in Folge dieser stürmischen Sitzung zwischen mehreren Abgeordneten statt fanden. Es hieß auch, in der Vendée seien Unruhen ausgebrochen, die indeß, wenn sich nicht das Ganze als ein durchaus leeres Gerücht darstellen sollte, auf keinen Fall bedeutend sind. Die Häupter dieser Partei sind durchaus für Unterwerfung unter die Republik.

Der Moniteur meldet heute die abermalige Wahl des „Bürgers" Louis Bonaparte in Korsika. Von 32,968 Stimmenden wählten ihn 30,193.

Der Departementalrath der Seine hat beschlossen, zum Behufe der während des Winters nothwendigen Unterstützungen, die auf 9 Millionen Franken veranschlagt sind, ein Anlehen von 6 Millionen Franken, in Obligationen zu 1000 Franken zu machen. Dasselbe wird zu 5 pCt. verzinst, wozu 1 pCt. Prämie kommt, und es wird alljährlich davon zurückbezahlt. Zum Behufe der Zins- und Rückzahlung wird dem Departement eine Additionalsteuer von 5 Centimes auf 6 Jahre auferlegt.

Nach der Presse soll die Regierung den Beschluß gefaßt haben, darauf einzugehen, daß die Wahl des Präsidenten der Republik durch das Volk geschehe. Man werde aber dafür sorgen, daß ein Verbesserungsantrag zur Konstitution durchgehe, nach welchem diese Wahl erst nach Annahme der organischen Gesetze, also in einer noch sehr entfernten Zeit stattfinden solle. Bei dem Schwanken in der öffentlichen Meinung, welches sich bei den neuen Ergänzungswahlen zur N.-V. kund gab, dürfte es allerdings bedenklich sein, diese Ernennung jetzt vermittelst allgemeiner Wahlen durch das ganze Land vornehmen zu lassen. Dasselbe Blatt zeigt an, es fände diesen Abend ein abermaliges sozialistisches Bankett statt, wozu bereits 8000 Karten genommen wären. Herr Flocon werde daselbst sprechen, und man habe den Preis auf 2 Franken gestellt, damit es zahlreicher als das im Chalet besucht werde.

Digitized by Google

Es hieß diesen Abend, der Minister des Innern, Herr Sénard, werde seine Demission geben, da der Kriegsminister, General Lamoricière in der Nationalversammlung einen versteckten Tadel gegen das Verfahren der von ihm gewissermaßen in Schutz genommenen Civilbehörde von Toulouse bei dem dort gegebenen socialistischen Bankette ausgesprochen. Bemerkenswerth ist allerdings, daß der National, der nicht ohne Beziehungen zur Regierung ist, die Rede Lamoricière's lobt und die des Herrn Sénard, als unklar und unkräftig, tadelt. Die meisten gemäßigten Blätter fällen übrigens dasselbe Urtheil.*)

Diese Nacht ging ein neuer Convoi von Insurgenten des Juni ab, welche zur Exportation bestimmt sind. Es bestand derselbe aus 148 Mann, die um Mitternacht unter starker Bedeckung nach der Eisenbahn gebracht wurden, welche sie nach Havre bringt.

Die radikalen Journale von Toulon und Toulouse datiren ihre Blätter jetzt nach dem alten republikanischen Kalender. Das Journal des Débats bringt Auszüge aus dem „souveränen Volk" von Lyon vom 7. Vendémiaire des Jahres 57 der Republik. Wie Ludwig XVIII. nach seiner Rückkehr, so ist auch den terroristischen Republikanern die ganze Zwischenzeit seit der Errichtung der Staatsform, der sie anhängen, rechtlich nicht vorhanden. Der Inhalt der Artikel entspricht der Bezeichnung des Datums.

Spanien.

Madrid, 26. Sept. (Börse). 3pCt. Rente 19$^{13}/_{16}$ à $^{1}/_{8}$ baar, (nach der Börse 19¼ Pap. ⅛ G.) 5pCt. 10¾ Papier, (nach der Börse 10⅝ G.) Passiv. 3⅜ Pap.

Es heißt: Sartorius, Minister des Innern, dringe in Narvaez die Kammer aufzulösen. Man erwartet dieser Tage eine Entscheidung. — Die Hoffeste sind wegen des Todes der Mutter des Königs von Neapel abbestellt.

Schweiz.

+ **Zürich**, 28. Sept. Während dem Vaterlandsfreunde das Herz bei dem Gedanken blutet, welches Unheil Verblendung und böse Leidenschaften über das mit tausendjährigen alten Schäden und Gebrechen eingende Deutschland herbeizuführen drohen, während die wahren Demokraten aller Länder die Sache der deutschen Demokratie als die eigene verfechten, gefällt sich ein großer Theil der schweizerischen Presse — nun gerade der s. g. „liberale" und „radikale" — darin, Alles, was von der constitutionellen Partei in Deutschland ausgeht, mit Gift und Galle zu überschütten, mit der Miene altklüger Ueberlegenheit die demokratischen Bestrebungen als unzulänglich zu bekritteln, den patriotischen Aufschwung des ganzen Volkes als anmaßlich und lächerlich darzustellen, und schließlich auf den baldigen, vollständigen Triumph der Reaktion über die Einbildung des deutschen Michels, gleich dem „alten Helvenlande," der Schweiz, oder gleich dem „ersten und größten Volke der Erde," den Franzosen, sich die Freiheit erringen zu können, wie auf eine ausgemachte Thatsache entweder mit schlecht verhehlter Schadenfreude oder geradezu mit offenem Hohne hinzuweisen. Widersprüche scheut man dabei im Geringsten nicht; so redete die „N. Z. Z.," die früher auf's Eifrigste das legitime Recht Dänemarks auf Schleswig (oder „Südjütland") vertheidigte, nachher, sich auf den Standpunkt der Linken stellend, von dem „jämmerlichen Ausgange" der Abstimmung über den Waffenstillstand, nur um den Vertretern der deutschen Nation eins anhängen zu können. Dasselbe Blatt befürchtet spöttisch nach den ersten deutschen Berichten über die Chemnitzer Unruhen eine „Wiederholung der Pariser Juniauftritte," und lacht dann über die „wirklich gar nicht großartige Nachahmung," da auf Seite der Tumultuanten „nur drei getödtet" seien. Fühlte das halboffizielle Organ unserer Regierung nicht, daß es sich durch diese Art von Polemik ganz auf die Höhe des Standpunktes jenes Tyroler Viehhändlers stelle, der in einem unserer Blätter der Schweiz den Stolz auf die „Schlacht von Giskiken" nicht gelten lassen wollte: „man habe ja dort nur „„drei Kied"" erschossen; anderwärts thue man dieselben abstechen." Es ist merkwürdig, mit welchem Gleichmuthe die friedfertigsten Leute von Krieg und Blut reden, wenn die Völker nur recht „weit dahinten aufeinander schlagen," so können die drei Chemnitzer Leichen den Appetit unserer „N. Z. Z." nicht stillen, ja die Blut- und Greuelscenen zu Frankfurt erscheinen ihr noch äußerst geringfügig; denn sie sagt, es sei daselbst zu blutigen — „oder wenigstens zu lärmenden" — Auftritten gekommen, und bei der Vertheidigung der Barrikaden sei es „nicht sehr hartnäckig" zugegangen. Das Alles wohlverstanden nur in dem Interesse, deutschen Muth und Thatkraft französischem und besonders italienischem Heldenmuth gegenüber lächerlich zu machen. Daß bei dieser freundschaftlichen Stimmung die Feindseligkeiten Radetzky's, die Erhöhung des Seidenzolls, die angebliche Erschwerung der Weineinfuhr im Großherzogthum Baden, und — die Erwartung einer neuen Note hinsichtlich des Struve'schen Einfalls Oel in's Feuer gießen, läßt sich denken; doch sind einige schwache Anzeichen vorhanden, daß man Mäßigung und Gerechtigkeit nicht überall mit Füßen treten werde. Unbedingt auf Seite Tessins steht nur die französische Schweiz und die radikale Partei des Kantons Bern; die übrigen Kantone sind nicht geneigt, den Unschuldsbetheuerungen Tessins absoluten Glauben zu schenken, sie wollen mit eigenen Augen sehen, das ist die Bedeutung der Abordnung von eidgenössischen Repräsentanten und Bataillonen nach Tessin, welches diese Maßregel auch ganz richtig als ein Mißbilligungs- und Mißtrauensvotum der Tagsatzung deutete. Am Unumwundensten hat sich in dieser Beziehung der St. Galler „Erzähler," das bedeutendste liberale Blatt der östlichen Schweiz, gegen Tessin ausgesprochen. Oberst Zieglee, der vorgestern die Beeidigung des über den St. Gotthard in's Tessin marschirenden Züricher Bataillons vornahm, unterließ nicht, demselben die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung an's Herz zu legen, falls dieselbe dort von fremden Flüchtlingen gestört werden sollte. Beiläufig erwähne ich noch, daß die Mittheilung Radetzky's an die ausgewiesenen Tessiner, die Regierung von Tessin sei an ihrem Schicksale Schuld, von unserer gesammten Presse als ein unerhörtes Jesuitenstück, als ein der alten österreichischen Polizei würdiges Verfahren bezeichnet wird; sollte etwa Radetzky sagen: ihr lieben Leute, aus eitel Bosheit und Händelsucht füge ich euch diese Unbilden zu? —

Was wird auf der entgegengesetzten Seite der Schweiz, in Basselland, geschehen? Wir wissen zur Stunde noch nicht, ob Struve mit seinen Schaaren vom schweizerischen Gebiete aus den Einfall bewerkstelligte; aber gewiß stieg schon manchem Tagsatzungsgesandten, der in der Sitzung vom 31. Juli die badische Note gegen die Umtriebe der Flüchtlinge übermüthig als ein leeres Hirngespinnst bezeichnete, das nicht die geringste Berücksichtigung verdiene, seitdem die Schamröthe ob seinen zur Unzeit vorgebrachten tapfern Worten in's Gesicht, die so bald Lügen gestraft werden sollten. Wann werden wir doch endlich einsehen lernen, daß ein leerer Trotz auf die Dauer stets unhaltbar ist, und daß der Schwerpunkt unserer geistigen und materiellen Interessen uns nicht nach dem romanischen Süden und Westen, sondern nach dem germanischen Norden hinweist! —

Das Appellationsgericht zu Sarnen hat einen für die Zustände der Urkantone höchst wichtigen Beschluß gefaßt, indem es dem Verlangen eines Theiles der Allmendgenossen nach Theilung der reichen Allmendgüter, deren Benutzung bisher nur Reicheren zu Gute kam, entsprach: jeder Genosse erhält seinen, durch das Loos ihm zufallenden, nicht verpfändbaren Antheil für die Dauer seines Lebens; nach dem Tode desselben fällt der Antheil der Korporation wieder zu.

Der Regierungsstatthalter zu Aidau (Kanton Bern) sah sich genöthigt, Truppen aufzubieten, um gegen 200 „Heimathlose", die durch eine förmliche Treibjagd aus dem Kanton Freiburg verjagt waren, einzufangen. Ist ein solcher Fang gethan, so fortirt man, wenn man loyal sein will, die unglückliche Herde, und schickt die, deren Herkunft oder Angehörigkeit zu ermitteln, den betreffenden Kantonen oder auswärtigen Staaten; der in der Regel zahlreichere Rest wird mit Anwendung von Ränken und Listen aller Art heimlich auf fremdes Gebiet zu schaffen versucht, das ihn natürlich auch nicht dulden will; so entsteht ein die Schweiz wahrhaft entwürdigendes Hin- und Herschieben von Personen, deren größere Zahl jedenfalls früheren Sünden engherziger Kantonalnäe zuzuschreiben ist. Sind die Behörden weniger gewissenhaft, so wird gleich von vorn herein mit Allen ohne Ausnahme auf die oben beschriebene summarische Art verfahren.

Die Regierungen von Uri und Nidwalden weigern sich, die Proklamation der Tagsatzung an das Schweizervolk über An-

*) Man begreift in der That nicht, wie der geringste Zweifel obwalten kann, welchen Charakter eine Demonstration habe, welche die Embleme der rothen Republik mit Ostentation zur Schau trug, und wie fast alle Civilautoritäten von Toulouse einer solchen beiwohnen konnten.

nahme der Bundesverfassung zu promulgiren. In Freiburg hat es die Regierung durch ihr schwankendes Benehmen mit allen Parteien verdorben, die „grundsätzlich Radikalen" unterstützen sie nicht, die Pfaffenpartei greift sie offen an: Bischof Marilly warnte in einem Kreisschreiben an sämmtliche Pfarrer vor dem „religionsgefährlichen" Eide der Gemeindebeamten; der Staatsrath verbot die Verlesung; nichtsdestoweniger geschah dieselbe am 24., 2 Tage vor der Erneuerungswahl der Gemeinderäthe, von fast allen Kanzeln. Alles deutet auf einen baldigen Ausbruch hin. Der Gr. Rath hat mit 21 gegen 17 Stimmen dem Staatsrathe unbedingte Vollmacht ertheilt, durch Anrufen der Hülfe des Vororts oder durch anderweitige Maßregeln den Sturm zu beschwichtigen. Das ist die Antwort darauf, daß man dem Volke die Abstimmung über die Kantonalverfassung und über den Bundesentwurf entzog!

Obgleich von Zürich aus nur einzelne, unbewaffnet abziehende Deutsche an dem unsinnigen Struve'schen Zuge Theil genommen, so hat doch der Regierungsrath vorgestern beschlossen, alle die Flüchtlinge, die sich an dem Unternehmen betheiligt, nicht mehr im Kanton zu dulden, und sogar den neuerdings anlangenden Flüchtlingen dieser Kategorie das Asylrecht nicht zu gewähren. Gestern Morgen marschirte das vom eidg. Kriegsrath aufgebotene Züricher Bataillon Benz in den Kanton Tessin ab.

) **Bern**, 2. Oktober. Die neuen Verwicklungen, welche der Schweiz in Folge des letzten Einfalls Struve's und seiner Horden in das Großherzogthum Baden zu erwachsen scheinen, beschäftigen die Presse und das Publikum in hohem Grade. Schon vernimmt man vom Bodensee her, daß mit dem Eintreffen der deutschen Reichstruppen an der süddeutschen Grenze eine vollständige Sperre gegen die Schweiz eintreten und sogar auch auf den Posten und Personenverkehr ausgedehnt werden solle. Dies wäre für beide Länder vom allergrößten Nachtheil, und gerade jetzt, wo verwandte Völker sich näher rücken und besonders Deutschland und die Schweiz durch Gleichartigkeit ihrer politischen Bestrebungen sich eher die Hand reichen sollten, wären solche Maßregeln, wenn sie nothwendig werden, ein wahres Unglück. Wir vertrauen deßwegen der deutschen Centralgewalt, daß sie erst alle Mittel versuchen wird, um Deutschland vor ähnlichen räuberischen Ueberfällen aus der Schweiz zu schützen, bevor sie zu solchen Gewaltmaßregeln ihre Zuflucht nimmt. Der eben wieder hier angelangte deutsche Reichsgesandte, Fr. Raveaux, ist der rechte Mann dazu, die eingetretenen Differenzen wieder auszugleichen. Daß er bei den Behörden jetzt vielleicht mehr als je ein geneigtes Ohr finden wird, dafür bürgen die Maßregeln, welche bereits von mehreren Regierungen getroffen worden sind. Baselstadt und Baselland, Zürich und Bern haben dafür gesorgt, alle Deutsche, welche durch eine wiederholte Theilnahme an der republikanischen Schilderhebung in Süddeutschland den Aufenthalt in der Schweiz verwirkt haben, sogleich aus den Kantonen zu verweisen, die übrigen aber unter scharfe polizeiliche Aufsicht zu stellen. Die Presse spricht es laut aus, die Flüchtlinge müßten von den Grenzen in das Innere der Schweiz verlegt werden, so daß auch diesem Verlangen gewiß entsprochen wird. Es kann kein Zweifel sein, daß dem schamlosen Treiben vieler Flüchtlinge ein Ende gemacht werden muß; die meisten von ihnen, wenige ehrenvolle Ausnahmen abgerechnet, flößen bei nur oberflächlicher Bekanntschaft mit ihnen wegen ihres völlig demoralisirten Charakters uns Ekel und Verachtung ein. Es ist hohe Zeit, daß solche Ursachen entfernt werden, die nur dazu dienen, zwei Völker, welche in so nahen geistigen Beziehungen zu einander stehen, wie die Deutschen und Schweizer, immer wieder auseinander zu zerren. — Die Absperrung Tessin's von der Lombardei wird mit der größten Strenge durchgeführt. Besonders beschwerlich ist dies gerade jetzt, wo die Urkantone ihr Vieh auf die Tessiner Märkte zum Verkauf in die Lombardei zu treiben pflegen. — Der Kanton Freiburg ist in einer fürchterlichen Krisis begriffen. Durch das einer völligen Konfiskation gleiche Kontributionsdekret, durch welches der Staatsrath die auf dem Kanton lastenden Kriegsschulden von 1,750,000 Fr. decken will, werden die angesehensten Familien des Landes und viele Gemeinden völlig ruinirt! Sogar Frauen und Jungfrauen, welche im Staat gar keine politischen Rechte ausüben, werden mit gänzlicher Vermögensentziehung belastet. Die radikale Presse hat dieses unerhörte Verfahren, wonach einzelne Familien 200,000 Fr. bezahlen sollen, fast einstimmig getadelt. Am Ende muß der Staatsrath auch dieses Dekret zurücknehmen und das Vermögen der aufgehobenen Klöster, welches 3½ Millionen Fr. beträgt, zur Deckung der Schuld verwenden. Schon spricht man davon, auch die übrigen Klöster noch aufzuheben. —

Ungarn.

** **Pesth**, 28. Sept. Soeben 12 Uhr bringt man die Nachricht, daß ein Courier aus dem ungarischen Lager eingetroffen. Die Würtemberghusaren haben die Avantgarde Jellacic's angegriffen und zurückgeschlagen. Oberst Kiß griff hierauf, gegen den Befehl des Kommandirenden G.-M. Moga den linken Flügel Jellacic's an, und hat ihn geworfen. Seit 4 Uhr Morgens wird eine wüthende Schlacht geschlagen, welche bis dato zu Gunsten der Ungarn steht. Mehrere Generäle sind gefangen genommen. Auf den Straßen wogt eine freudejubelnde Menge. Placate des Repräsentantenhauses erscheinen an allen Straßenecken, und werden pr. Estafette an alle Behörden Ungarns mitgetheilt, daß die Ernennung Lamberg's mit Umgehung des Ministeriums inconstitutionell und ungesetzlich, Lamberg und wer ihn anerkenne, Verräther seien. Ein eben vor Schluß der Post angelangter Courier bringt die Nachricht, daß St. Tamás genommen sei. Ein ungarisches Regiment aus Galizien ist eben angekommen, und hat mit Ausnahme der Offiziere die Nationalcocarde aufgesteckt, und die schwarzgelben Schnüre abgerissen. 18000 Mann von Kossuth geworbener Landsturm der Ortschaften Korös, Keeskemeth und Esepliß rücken zur Unterstützung heran, bei der Esepliß Insel wird eine Flugbrücke geschlagen, um 100 Mann Nationalgarde überzusetzen. Die Aufregung hat ihren Culminationspunkt erreicht, die Straßen sind schwarz. —

Griechenland.

* **Athen** 17. Sept. Der griech. Gesandte von Konstantinopel ist kalt aufgenommen worden, und so oft er von der Grenze zu sprechen beginnt, wird ihm die Frage entgegengestellt, wann seine Regierung den Nader auszuliefern denke; Rigas Palamides ist, wie vorauszusehen, mit blauem Auge davon gekommen. Die Minister hielten es für ein bedenkliches Beispiel, wenn ihr Vorgänger verurtheilt würde. Den Abgeordneten, welche Palamid ihr Dasein verdanken, schien es unnatürlich, den Pater auf die Bank der Angeklagten zu setzen. Man beschloß daher, daß ein milder Verweis der Kammer die eigenmächtige Verausgabung von 120,000 Dr. hinreichend sühne. Die Gerüchte von Ministerwechseln erhalten sich, ohne Theilnahme im Publikum. Selbst die unabhängige Presse ermüdet in ihrem erfolglosen Streben.

Zwar wurde der Jahrestag des 3. (15.) September zum fünften Male mit Freudenschüssen und glänzender Beleuchtung gefeiert, aber die Patrioten erfüllte Kummer, in ihren Herzen war es Nacht. Denn der gewünschten Constitution haben fremde Geburtshelfer einen Wechselbalg untergeschoben, der keine Lebenskraft besaß und heute eine Leiche ist.

Erfreulicher als das Constitutionsfest war die Einweihung eines deutschen Hauses. „Aus allen Gauen Deutschlands zusammengeströmt", sagte einer der Redner, Christmann aus Würtemberg, im Sinne Aller, „birgt uns jetzt ein Dach, dessen Giebel brüderliche Eintracht zusammenfügte, dessen Grundpfeiler in der unwandelbaren Ergebenheit an unser Herrscherpaar wurzeln. König Otto der Milde, der Gerechte, gehört durch seinen welthistorischen Beruf der Geschichte an; möge dieß Asyl, unter dem Schatten seines Thrones aufgebaut, noch späteren Geschlechtern ein Zeuge seines Schaffens sein. Harmlos aber wollen wir, die wir ihm über's Meer gefolgt, in diesen Sälen uns des Lebens freuen, ehe es der Sturm verweht, unterthan dem Könige und folgsam dem Gesetz." Der Rest der Rede verbreitete sich über Deutschlands Aufschwung, freute sich des deutschen Oberhauptes und der deutschen Farben, wärmte sich am Glanze des deutschen Waffenruhms, wünschte, daß in Zukunft alle Fritzchen Friederiche, alle Schwabenstreiche Streiche sein sollen auf das Haupt der Feinde des Gesammtvaterlandes und schloß mit der Hoffnung, daß der Größe Deutschlands Hellas Blüthe entspringen werde. Gemüthlich fügte Hofprediger Dr. Ludt aus Oldenburg hinzu, daß auch er mit den deutschen Farben geschmückt sei: das Kleid seines ehrwürdigen Standes sei schwarz, Gold stelle dar seine reine Treue dem Königspaar, und so warm und roth als irgend Eines walle sein Herzblut für Deutschland.

Digitized by Google

Nachschrift.

♁ **Frankfurt**, 4. Octbr. Wir erfahren soeben aus sicherster Quelle, daß ein vom Könige von Sardinien an den Reichsverweser abgeordneter Chargé d'affaires hier eingetroffen und sein Beglaubigungsschreiben, natürlich vorderſamſt auf nichtamtlichem Wege, dem Reichsminister des Aeußern übersendet hat.

Frankfurter Börsenbericht.

4. Oktober.

In Folge der niedrigen Cursnotirung aus Wien vom 30. d. und der Gerüchte über anarchische Zustände in Ungarn, waren an heutiger Börse die meisten Effekten angeboten, und die Haltung im Allgemeinen, ohne sonderlichen Umsatz, flau. 5% Met. 73 eher Brief, 2½ ditto 38 anzubringen, — fl. 500. Loose 118¼ à ½, fl. 250. ditto 80⅛ à ¼, Bad. fl. 35. Loose 25½, Hess. Rthlr. 40 Loose 25⅛, Poln. fl. 500 Loose — Friedr. Wilh. Nordbahn 42¾, Berbach. 68. 3% inländ. Spanier 18 Geld.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

[889]³ Nr. 2151. **Waldpflanzen-Verkauf.**

Aus den ärarischen Saatschulen im Forstbezirk Bruchsal können

500000 Eschenpflanzen von 2—3 Fuß Höhe
500000 Eichenpflanzen von 1—2 Fuß Höhe

zu ganz billigen Preisen abgegeben werden.

Die Lustragenden wollen sich in portofreien Briefen an die Großh. Bezirksforstei dahier wenden.

Bruchsal am 30. September 1848.

Gr. Bad. Forst-Amt:
Arnsperger.

[890]³ **Fahndung.**

In Untersuchungssachen
gegen
Jakob Hassrt, Friedrich Härter, Altbürgermeister Philipp Krafft II., Stadtmüller Jakob Weisbrod, Friedrich Diesbach et cons.
wegen Beschädigung der Main-Neckar-Eisenbahn.

Musikant und Taglöhner Jakob Gorschmann, die Müller Joseph Kinnscherf und Peter Weisbrod und Albrecht Krafft, Gerber, haben sich dem gegen sie verhängten Untersuchungsverhaft durch die Flucht entzogen.

Wir ersuchen sämmtliche Behörden, auf die Genannten, von denen wir, so weit möglich ein Signalement beifügen, zu fahnden und sie im Betretungsfalle gefänglich unher einzuliefern.

Weinheim den 29. Sept. 1848.

Gr. Bezirks-Amt:
Herterich.

Signalement des Joseph Kinnscherf:
Alter, geb. den 16. April 1827.
Größe, 5′ 2″.
Statur, schlank.
Gesichtsform, lang.
Gesichtsfarbe, bleich.
Haare, braun.
Stirne, nieder.
Augenbraunen, braun.
Augen, grau.
Nase, lang.
Mund, groß.
Bart, schwach.
Kinn, spitz.
Zähne, gut.
Besonderr Kennzeichen, hat Sommersprossen.

Signalement des Albrecht Krafft:
Alter, geb. den 6. Nov. 1820.
Größe, 5′ 3″.
Statur, untersetzt.
Gesichtsform, breit.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, dunkelbraun.
Stirne, breit.
Augenbraunen, braun.
Augen, grau.
Nase, stark.
Mund, aufgeworfen.
Bart, schwach.
Kinn, rund.
Zähne, gesund.
Besondere Kennzeichen, die beiden untern Augenliedee sind etwas unformlich.

Signalement des Jakob Garschmann.
Alter, geb. den 24. März 1801.
Größe, 5′ 5″.
Statur, schlank.
Gesichtsform, lang.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, braun.
Stirne, hoch.
Augenbraunen, braun.
Augen, grau.
Nase, gewöhnlich.
Mund, dto.
Bart, stark.
Kinn, spitz.
Zähne gut.
Besonderr Kennzeichen, trägt einen Backen- und Halsbart.

Signalement des Peter Weisbrod.
Alter, geb. den 28. Febr. 1830.
Größe, 5′ 1″.
Statur, gesetzt.
Gesichtsform, nollkommen.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, schwarz.
Stirne, hoch.
Augenbraunen, schwarz.
Augen, schwarz.
Nase, mittlere.
Mund, klein.
Bart, schwach.
Kinn, rund.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, keine.

[901] Im Verlage der Dyk'schen Buchhandlung in Leipzig sind soeben neu erschienen:

Amke, Nicolaus, Dr., (Professor der Medizin in Moskau) **philologisch medizinische Bemerkungen.** 1a Heft. 8. geh. 15 Sgr.

Danzel, Th. W., Dr. phil., **Gottsched und seine Zeit.** Auszüge aus seinem Briefwechsel zusammengestellt und erläutert. Nebst einem Anhange: **Daniel Wilhelm Triller's Anmerkungen zu Klopstock's Gelehrtenrepublik.** gr. 8. geh. 3 Thlr.

Gioberti, V., **der moderne Jesuitismus.** Tautsch von J. Cornet. 2r Band. gr. 8. geheftet. 1 Thlr. 12½ Sgr.

Der dritte Band, womit das Werk beendet ist, erscheint noch in diesem Jahre. — Der Preis für den ersten Band beträgt 1 Thlr. 17½ Sgr.

Srücker, Freiherr von, **Beitrag zur Lösung der Frage politisch-socialer Reform in Preussen.** 4. geh. 9 Sgr.

Thesaurus commentationum selectarum et antiquiorum et recentiorum illustrandis antiquitatibus christianis inservientium. Recudi curavit, praefatus est, appendicem literarium et indicem adjecit **M. J. L. Volbeding.** Tomi secundi pars prior. gr. 8. 1 Thlr. 3 Sgr.

Der erste Band hiervon kostet 2 Thlr. 6 Sgr.

Weisse, Ch. H., **über das Zweikammersystem in den teutschen Einzelstaaten.** Rede, gehalten im teutschen Verein zu Leipzig. gr. 8. geh. 2½ Sgr.

[902] Bei C. L. Hirschfeld in Leipzig ist erschienen

Protocolle

der zur Berathung einer

Allgemeinen deutschen Wechselordnung

in der Zeit vom

20. October bis zum 9. December 1847

in Leipzig

abgehaltenen Conferenz

nebst dem

Entwurfe einer Wechsel-Ordnung für die Preußischen Staaten, den Motiven zu demselben und dem aus den Beschlüssen der Conferenz hervorgegangenen Entwurfe.

46½ Bogen auf fein Schreibpapier in 4. cartonnirt.

Preis 1 Thlr.

[903] Bei Fr. Brandstetter in Leipzig ist soeben erschienen:

Deutsches Lesebuch

für

Gymnasien und Realschulen.

Von

Dr. Nic. Bach.

Untere Lehrstufe. Erste Abtheilung.

Vierte, neu bearbeitete und mehrfach abgeänderte Auflage, besorgt von

A. Koberstein,
Professor in Pforte.

Brosch. 15 Sgr.

Der untern Lehrstufe 2. Abth. kostet 15 Sgr.
„ mittleren „ 1. „ „ 22½ „
„ „ „ 2. „ „ 1 Rthlr.
„ obern „ 1. „ „ 1⅛ „

[904] Bei Jgn. Jackowitz in Leipzig erschien soeben und ist im Buchhandel zu haben:

An das deutsche Parlament.

Politisches Lied

nebst mehreren Zeitgedichten

aus dem

Völkerfrühling 1848.

Von

Gustav Bernhard.

Mit einer Composition des Liedes:

„An das deutsche Parlament"

Von

A. Emil Büchner.

8. Geh. im Umschlag. Velinp. à 5 Ngr. = 18 kr. rh.

[905] Mit dem 1. October beginnt die

Deutsche Reichstagszeitung

herausgegeben von Robert Blum und J. Georg Günther, ein neues Quartal. Hinsichtlich des Inhalts wird das Blatt streben, immer gediegener und reicher zu werden und hat dazu sehr erfreuliche Kräfte gewonnen. Hinsichtlich des Gerstes und der Richtung ist die Anfeindung des Blattes Seitens der Rückschrittspartei wohl seine beste Empfehlung. Eine sorgfältige **Uebersicht der Tagesereignisse** wird vom 1. October ab regelmäßig gegeben werden. Das Blatt erscheint, mit Ausnahme des Montags, täglich und bringt die Verhandlungen der Nationalversammlung **zuerst**; es kostet vierteljährlich fl. 1. 45 kr. (1 Thlr.) und zwar im Wirkungskreise der Fürstl. Thurn und Taxis'schen Post ohne allen Aufschlag. **Gustav Oehler.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 29 Brandgasse, Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 269. **Frankfurt a. M., Donnerstag 5. October.** **1848.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Oesterreich und die deutsche Verfassungsfrage. Die Mörder der Abgeordneten in Straßburg gefangen. Schreiben Radetzky's an die Nationalversammlung. Freundliche Beziehungen zwischen Dänemark, Schweden und der deutschen Reichsgewalt.) Wien (Interpellation wegen der Unterstützung Italiens. Windischgrätz nach Italien. Die liberalen Vereine. Protest der Schweizer Gesandten. Blutige Exzesse. Das russische Statut in Bukarest verbrannt. Waffenstillstand zwischen Ungarn und Kroatien.) Köln (Aufhebung des Belagerungszustandes.) Posen (Die Ligue polonaise aufgehoben.) Vom oberen Neckar. (Quae Andlaue et altera pars in der württ. Kammer.) Baden (Die neue Heeresorganisation.) Aus dem Breisgau (Struve's Anleiheplan. Der Fürst von Sigmaringen.) Engen (Oesterreicher eingerückt.) Rendsburg (Bonin's Eintritt in die provisorische Regierung.) Altona (Die Sendung Stedmanns. Künftige Gestaltung der Landesregierung. Die s. g. Immediatkommission. Die Elemente der neuen Regierung. Die Parteien.)

Großbritannien. London (Smith O'Brien vor dem Gerichtshof in Clonmel. Verhaftungen und Verfolgungen in Südirland.)

Frankreich. Paris (Allgemeine Abstimmung wegen des socialistischen Bankerts. 2 Kinds geschlossen. Wichtige Verhandlungen in der N.-V. wegen Italiens. Tagesneuigkeiten.)

Spanien. Madrid (Kinds eingezogen. Geldzuflüsse. Ein Handstreich gegen Barcelona.)

Italien. Kirchenstaat (Antwort Cavaignac's auf ein Interventionsgesuch des röm. Ministeriums.) Mailand (Militärische Strenge-Einrichtungen. Erzherzog Albrecht bei Radetzky. Manifest an das Volk) Turin (Geldausfuhr in Rom wieder erlaubt. Auszüge aus ital. Blättern.)

Schweiz. Basel (Die Absperrung der Schweiz.)

Schweden. Stockholm (Empfang Welker's bei Hofe.)

Ungarn. Pesth (Grenzenlose Verwirrung).

Nordamerika. Hayti (Gewaltthätigkeiten des Präsidenten. Drohung des französischen Konsuls). Antigua (Verheerungen durch Sturm). Martinique (Anarchie). Yucatan (Sieg der Weißen). St. Cruix (Verzweifelter Zustand).

Börsenbericht von Paris (vom 2. Oktober.)

Deutschland.

>< **Frankfurt**, 5. Okt. Man erzählt uns, daß einer der ersten Paragraphen des Verfassungsentwurfes, den der Ausschuß in den nächsten Tagen an die Nationalversammlung bringen wird, dahin laute, daß kein deutsches Land mit einem nicht deutschen Lande Einen Staat bilden kann, daß wenn deutsches und nicht deutsches Land dasselbe Oberhaupt hätten, die Verhältnisse beider Länder nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen seien. Man erzählt uns ferner, daß Seitens eines österreichischen Mitgliedes des Verfassungs-Ausschusses ein Minoritätserachten zu jenen Bestimmungen gegeben worden sei, des Inhaltes, daß, da für Oesterreich diese Bestimmungen unausführbar seien, im wahren Interesse der Einheit und Macht Deutschlands ein möglichst inniges und völkerrechtliches Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland gegründet werden möge u. s. w. Man hat endlich die Vermuthung gegen uns ausgesprochen, daß dieses Minoritätserachten wohl von den Ausschußmitgliedern, welche der äußeren Linken angehören, werde unterstützt werden, da Blum im Ausschuß geäußert habe: er und seine Freunde würden, weil nicht ihre Ansichten von der Einheit durchgegangen seien, sofort sich auf die Seite des Partikularismus stellen, um wenigstens die Freiheit zu retten. Das heißt also offen den Schlachtplan dargelegt. Daß Bestimmungen, wie die erwähnten, in die Reichsverfassung kommen müssen und kommen werden, kann Niemanden zweifelhaft sein, der die deutschen Fürsten- und Jammergeschichte der letzten Jahrhunderte kennt. Aber wird Oesterreich solche Forderungen bewilligen können? oder wird es im Sinne des Minoritätserachtens sich entscheiden und entscheiden müssen? Wir haben mit wachsendem Erstaunen beobachtet, wie unsere Politiker in der Paulskirche Preußen und immer wieder Preußen als den gefährlichsten Gegner der deutschen Einheit anfeinden, während sie Oesterreich, fast möchte man glauben, vergessen. Selbst als das Wiener Ministerium einen Beschluß der National-Versammlung dem dortigen Reichstage zur Berathung vorgelegt hatte, fand man sich darein; während das Verhältniß der Centralgewalt zu Preußen gleichsam zur Tagesordnung gehört, liegt ein undurchdringlicher Schleier über alle Beziehungen zwischen Frankfurt und Wien. Ja in denselben Waffenstillstandsverhandlungen, in denen man unter dem Vorwand die Ehre Deutschlands zu wahren, Preußens Schaden und Schande mit krankhaftem Eifer suchte, hatte man auch nicht eine Frage für das Verhältniß Oesterreichs zu dieser Sache, — Oesterreichs, das seiner Zeit die officiellen Schreiben der schleswig-holstein'schen Regierung uneröffnet zurücksandte, und dessen Gesandtschaft in Kopenhagen während des ganzen Krieges geblieben war, ohne bei den Verhandlungen auch nur ein Lebenszeichen zu Gunsten der deutschen Sache von sich zu geben. Und während es so nahe lag, deutscher Seits die Verhältnisse auf der jütischen und italienischen Halbinsel als Correlate zu behandeln und in diesem Sinne den andern Großmächten gegenübee zu vertreten, läßt man sich in Italien Verwickelungen bereiten, deren Entscheidung entweder am Oberrhein die Waffen, oder was unendlich gefährlicher, in Innsbruck oder gar Petersburg die Federn machen werden. — Nächstens mehr. —

>< **Frankfurt**, 5. Okt. Vorgestern wurden, einer sehr bestimmt verbürgten Nachricht zufolge, 8 junge Leute, welche der Theilnahme an der Ermordung der beiden Abgeordneten dringend verdächtig sind, von der Polizei zu Straßburg gefangen genommen. Die M. A. Z., welche ebenfalls diese Thatsache mittheilt, glaubt, der französische Procurator werde die Verhafteten nicht ausliefern, weil hier „ein politisches Verbrechen vorliege." Nächster Tage wird man auch die Diebe nicht mehr ausliefern sollen, weil bei ihnen nur ein „soziales Verbrechen" vorliegt!

Frankfurt, 29. Sept. Die O.-P.-A.-Ztg. veröffentlicht nachstehendes Erwiederungsschreiben des Feldmarschalls Radetzky auf eine von österreichischen Abgeordneten an diesen gerichtete Adresse, der sich auch viele andere Mitglieder der Nationalversammlung angeschlossen hatten. Es lautet also: „An die österreichischen Abgeordneten des hohen deutschen Reichstages. Meine Herren! Ich habe die Adresse vom 24. August erhalten, womit Sie mir Ihre Theilnahmsbezeigungen an den Siegen ausdrückten, die ich über die Feinde meines Kaisers und Vaterlandes durch meine brave Armee in denselben Gefilden erfochten habe, wo Deutschlands Adler so oft ihre Fittige entfalteten. Empfangen Sie den Ausdruck meines wärmsten Dankes, und seien Sie zugleich das Organ meines Dankes bei den übrigen deutschen Abgeordneten, die ihre Theilnahme mit der Ihrigen vereinigen wollten. Ich bin sehr stolz darauf, daß die Treue, Hingebung und Tapferkeit der österreichischen Armee nicht allein im österreichischen, sondern auch in vielen anderen deutschen Herzen einen Wiederhall gefunden. Nicht als Eroberer, nicht als Unterdrücker haben wir das Schwert gezogen. Wir thaten nichts, als unser gutes Recht vertheidigen. Nichts verhinderte uns, unserem Feind den Frieden in seiner Hauptstadt zu diktiren, aber wir machten in unserem Siegeslauf Halt an den Grenzmarken unseres Rechts; wir wollten der Welt, wie wollten selbst unseren Feinden die Mäßigung erneuert zeigen, die Oesterreich stets im Glücke, so wie seine Standhaftigkeit im Unglücke, bewies. Wir bringen nicht Despotie, nicht Unterdrückung den Völkern, sondern Freiheit, vielleicht mehr Freiheit, als sie zu ihrem Wohle ertragen können. Der deutsche Einfluß auf die Lombardei ist sehr alt, stets war sie ein Leben des deutschen Reichs, und als solches ging sie an Oesterreichs erlauchtes Kaiserhaus über. Unseren Einfluß auf dieses Land ganz aufzugeben, wäre nicht allein ein Verrath an Oesterreich, es wäre ein Verrath an ganz Deutschland. An Sie, meine Herren, richte ich diese Worte, die Deutschland berufen, seine Einheit, seine Weltstellung zu befestigen. Die Lombardei blühte in nie gesehenem Flor, und selbst das jetzt durch einige Aufwiegler zu hartnäckigem Widerstand gereizte Venedig stieg unter Oesterreichs Scepter aus seinen Ruinen empor, als man uns mitten im Frieden mit unerhörter Treulosigkeit überfiel, das Kreuz gegen uns predigte und der Name eines Deut-

Digitized by Google

schen hinreichte, um der schmählichsten, der schimpflichsten, der räuberischen Behandlung preisgegeben zu sein. Unsere Sache war zu gerecht, als daß Gott ihr den Sieg hätte versagen können. Ich baue auf seinen ferneren Schutz, ich rechne nicht allein auf Deutschlands Sympathien, ich rechne auf seine Hülfe, wenn sie nothwendig werden sollte, denn ich kämpfe hier nicht allein für Oesterreich, ich kämpfe für Deutschland und seine beleidigte Ehre. Empfangen Sie, meine Heeren, und jeder echte Deutsche nochmals meinen wärmsten Dank; die Worte gewinnen an Werth und Gewicht, die in der Stadt gesprochen worden, wo Deutschlands Kaiser einst ihre Weihe empfingen. Hauptquartier Mailand, am 21. September. (gez.) Radetzky, Feldmarschall.

Frankfurt 3. Okt. Wir ersahren aus sicherer Quelle, daß der Reichsgesandte, Abgeordnete Welcker, in wenigen Tagen schon von seiner Sendung zurück hier eintreffen wird. Seine Mission ist vollständig erfüllt und ein schwedischer Gesandter an den Reichsverweser wird ihm bald nachfolgen. — Ebenso ist, wie wir hören, von Kopenhagen die Nachricht eingetroffen, daß, wie vorauszusehen war, der dänische Hof nicht allein bereit ist, einen Gesandten des Reichsverwesers zu empfangen, sondern auch sofort ein eigenes Dampfboot nach Sonderburg gesendet hat, um Hrn. Banks von dort nach Kopenhagen abzuholen.

(Fr. O.-P.-A. Ztg.)

†† **Wien**, 30. Sept. Der Reichsminister wurde in der heutigen Reichstagssitzung wegen des von Jellacic geforderten und schon Empfangbestätigten Geldes interpellirt. Seine Rechtfertigung bestand in einem Vorwurfe an das ungarische Ministerium, welches den Grenzoffizieren kein Geld geschickt hat, daher er sich verpflichtet glaubte, die Offiziere nicht verhungern zu lassen. Das ist also die gerühmte österreichische Militärfinanzkontrolle, welche, wegen des Zehntels eines Kreuzers, bogenlang Bemängelungen schrieb. Uebrigens wird dieses willkürliche Vergeuden des Staatsschatzes, das eigenmächtige Schalten mit dem Eigenthume von Oesterreichs Völkern durch diese glückliche Entdeckung den Ministern wenigstens für die Zukunft unmöglich gemacht worden sein. Die wahre Ziffer der österreichischen Staatsschuld soll 1400 Millionen betragen. Wenn der Staatshaushalt nicht bald ermäßigt, der Finanzminister noch ferner die Langmuth des Reichstages mit Zurückhaltung eines treu aufgestellten Finanzetats und darnach entworfenen Budgets auf die Probe stellt, werden wir den gefürchteten Staatsbankerott richtig erleben. Unseren Männern der Gewalt gibt der wühlerische Zustand Wiens eine erwünschte Gelegenheit, alles Unheil und die gänzliche Zerrüttung der bürgerlichen Finanzen den Katzenmusiken zuzuschieben, womit sie die eigene Unfähigkeit zu bemänteln sich nicht entblöden. Die einzige bisher getroffene Maßregel, die Errichtung der Kreditbank mit 2 Millionen, wurde dem Handels-, Arbeits- und Finanzministerium durch den Krawall vom 23. Sept. abgetrotzt, und war also keine Idee, aus dem Ministerialgremium geschöpft, sondern aus dem Volke fordernd herausgekommen. Windischgrätz weilte einige Tage hier und reiste zur Erholung nach Italien, wie Oudinot zur Erholung in die Alpen geht. Man befürchtet das hohe Alter des Heldengreises Radetzky's, sorgt mit Absendung des Czechenbändigers für einen vielleicht nothwendigen Ersatz des Wälschensiegers. Der Swornosteinfall im Slowakenlande soll unterdrückt worden sein. In Prag soll es gähren. Die Czechen haben bei den Gemeindewahlen keinen Deutschen aufkommen lassen. Es sind alle Gemeindeämter in ihren Händen. Gestern hielt der Reichstag eine geheime Abendsitzung. In Prag werden noch immer zwei Offiziere in Eisen gefangen gehalten, weil sie sich geweigert hatten, auf die Empörer schießen zu lassen. Dem Ministerium kam die Anzeige von der Ermordung des Feldmarschall-Lieutenant Grafen Lamberg zu, welcher als kaiserlicher Militärkommissär nach Ungarn geschickt, in Pesth vom Minister Batthiany nicht angenommen wurde, weil sein Mandat von keinem Minister mitgefertigt war. Lamberg wollte, nachdem er vom Minister abgewiesen war, in den Kasernen das kaiserliche Placat proklamiren. Er ging dahin. Auf dem Wege verwundete ihn ein Schuß, zusammengestürzt fiel eine Rotte über ihn her, schlug ihn mit Knitteln todt, schleifte ihn zur Kaserne und warf ihn dort vor das Thor. Neueste Nachrichten berichten, daß Pesth in Revolution sei. Ein Seitenstück zu Frankfurts Emeute, zu Auerswald's Ermordung. Erzherzog Stephan ist als Statthalter von Böhmen bezeichnet. Der Gouverneur von Steiermark, Graf Wichenburg, ist mittelst Telegraphen hierher berufen worden. Man glaubt, eine Ministerkombination damit zu vereinen, — ich glaube, man baut unangenehmen Erörterungen vor, welche in der kroatischen Angelegenheit den Gouverneur Wichenburg als engen Verbündeten des Jellacic kompromittiren dürften.

Heute ist eine Volksversammlung im Odeon. Die liberalen Vereine Wiens sind entschlossen sich zu vereinen, und ein Centralcomité durch Beistellung von je drei Vertrauensmännern zu bilden, welches in den Tagen der Gefahr die höchste Leitung der Volkspartei übernimmt. Ganz sachte konzentrirte der Kriegsminister gegen 40,000 um Wien; ohne den Fürsten Windischgrätz an der Spitze dieser Truppen einmarschiren zu lassen, kam die Militär-Exekutive mit ihm über die nothwendigen Maßregeln bei einem vorzunehmenden Belagerungszustand überein, und vielleicht wird auch seine Erholungsreise durch Unwohlsein schon in Neustadt unterbrochen, daß er gezwungen ist, zur Herstellung seiner Gesundheit in dem Schlosse Frohsdorf beim Herzog von Bordeaux oder Henri V. sein Quartier aufzuschlagen.

Der hiesige schweizerische Gesandte Freiherr v. Effinger hat energisch gegen das Verfahren Radetzky's in der Ausweisung der Schweizer aus Mailand protestirt. Zwei Courriers gingen gestern an Radetzky ab.

Wien, 28. Sept. Man schreibt der Schles. Z. Hier verfloß die letzte Nacht sehr stürmisch und blutig. Bekanntlich sind hier die Katzenmusiken permanent an der Tages- oder vielmehr Nachtordnung. In der Vorstadt Schottenfeld kam es desfalls zum Einschreiten der Nationalgarde; als sie mit gefälltem Bajonette vordrang, rottete sich der Pöbel zusammen, warf mit Steinen und schoß zum Theile aus den Fenstern herab, so daß von der Garde 9, vom Volke 6 Individuen tödtlich verwundet wurden (s. unten). Die Garnison war gestern und ist heute noch konsignirt. Es ist befohlen worden, die Holzniederlagen aus dem Stadtgraben zu entfernen; auf dem Hofe vor dem Kriegsministerial-Gebäude darf nächstens der Obst- und Gemüsemarkt nicht mehr abgehalten werden. Die akademische Legion ist für heute Nachmittags konsignirt. Diese militärischen Vorsichtsmaßregeln deuten allerdings auf Besorgnisse der Regierung; übrigens ist die öffentliche Ruhe sonst nicht gestört worden.

Wien, 30. Sept. Ohne Zweifel haben Sie schon durch directe Mittheilungen erfahren, was in Bucharest vorgefallen ist. Das Volk, mit dem Metropolitan an der Spitze, hat die russische Organisationsacte auf öffentlichem Markte verbrannt, und der Erzbischof darauf die neue Constitution eingesegnet. Mehrere türkische Truppenabtheilungen waren auf dem Wege nach Bucharest.

(A. Z.)

Wien. Die Allg. Zeitung meldet, daß zwischen Ungarn und Kroaten ein vierundzwanzigstündiger Waffenstillstand abgeschlossen ist.

Köln, 2. Okt. An diesem Tage erschien eine Bekanntmachung der k. General-Kommandantur, wodurch der Belagerungszustand aufgehoben und die betreffende Verordnung vom 26. Okt. außer Kraft gesetzt wird.

* **Posen**, 28. Sept. Hier ist soeben folgende wichtige Bekanntmachung gegen die polnischen Umtriebe erschienen: „Die unterzeichnete Kommandantur hat im Einverständniß des königlichen hohen Generalkommandos den ihr gemachten Antrag, den Verein „Liga Polska" zur Förderung der polnischen Nationalität hier in Posen und im Rayon der Festung einführen zu können, entschieden abgelehnt. Dieß wird mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der Einführung des Vereins hierorts mit den der Kommandantur einer in Belagerungszustande befindlichen Festung verliehenen Rechten entgegengetreten werden wird. Die kgl. Kommandantur. (Allg. Z.)

* **Vom oberen Neckar**, 2. Oct. Audiatur et altera pars! Ein schöner Spruch mit tiefem Sinn! So weit die Geschichte der civilisirten Völkee reicht, wurde ihm bei legalen Schlichtungen verschiedener, in Konflikt gerathener Interessen, ehrfurchtsvoll gehuldigt. Nicht blos in den Tribunalen der Justiz, auch in den großen Korporationen, welche die politischen Geschicke der Völker debattirten, hatte man bisher stets seine Unverletzlichkeit anerkannt. So die Parlamente in England, in Frankreich, bisher auch in Würtemberg, so selbst in der Paulskirche in Frankfurt. Die Wahlen der verschiedenen Kommissionen jener

Digitized by Google

und anderer Parlamente fanden unter der gebieterischen Herrschaft jenes Spruches statt. Sie wurden zusammengesetzt aus Mitgliedern der verschiedenen politischen Farben der Versammlung, damit, bei der Vorprüfung der einzelnen Fragen durch die Kommission, der Gegenstand gründlich und vielseitig beleuchtet, möglichst vom Partikularismus befreit, zur Debatte im Hause würdig, vorbereitet werde. Wie würde die Linke in Frankfurt und mit vollem Recht ihre Stimme erhoben haben, wenn die Majorität bei der Wahl der Kommissionen dem audiatur et altera pars nicht gehuldigt hätte. Unsere zweite Kammer der versammelten Stände ist leider abgewichen von dem guten alten Spruche. Wir beklagen es tief und mehr im Sinne der Majorität, als in dem der Minorität. Die Kammer hat in die Kommission für geistliche Angelegenheiten nicht Einen der gesetzlichen Vertreter der Geistlichkeit des Landes gewählt. Dagegen ist der Philosoph Strauß, der so bestimmt mit dem historischen Christenthum gebrochen, Mitglied dieser Abtheilung. In die Kommission für Ablösung der Grundrechte ꝛc. ꝛc. ist nicht Einer von den Vertretern des Adels, des in dieser Frage vorzugsweise betheiligten Standes, durch die Wahl der Kammer berufen. Wir theilen ganz die Ansicht der Majorität, daß die veralteten Vorrechte dem Geiste der neuen Zeit weichen müssen, so weit dieser Geist es fordert. Daß dies geschehen muß, darüber kann kein Zweifel herrschen, das „Wie" aber ist die Aufgabe der Debatte, die unter vollständiger Anhörung der verschiedenen Ansichten zu führen ist. Die Majorität unserer Kammer hat einen großen politischen Fehler begangen, daß sie die bei jenen beiden Fragen zunächst Betheiligten, nicht die Vertheidigung ihres Standpunktes bei den Berathungen der Kommissionen in Aussicht gestellt hat. Sie hat dadurch ihrer Würde und dem Glauben an ihre Unparteilichkeit, nach welcher ein gesetzgebender Körper vor Allem trachten soll, viel, ja sehr viel vergeben, und das Vertrauen zu den aus jenen Kommissionen hervorgehenden Berichten, welche jetzt den Charakter von Parteischriften haben werden, tief erschüttert, wenigstens das Vertrauen desjenigen, der sein Rechtsgefühl mit dem „audiatur et altera pars" eng verbunden fühlt. Die Folgen, welche hieraus zunächst entstehen werden, müssen wir vergleichen mit einer Verurtheilung ohne vollständige Anhörung des Gegners. Man verweise die so in ihren gerechten Erwartungen Beeinträchtigten nicht auf die Debatte. Man wird sie damit nicht für den Ausschluß an den Kommissionsberathungen entschädigen können. Wollte eine Majorität in einer Kammer der Stimme der Minorität keinen Einfluß auf die zu fassenden Beschlüsse einräumen, so dürfte sie die Debatte nur gänzlich beseitigen und bei den einzelnen Fragen einfach mit der Abstimmung beginnen. Daß durch einen solchen Geschäftsgang einem jeden Parlament der Todesstoß gegeben würde, bedarf keiner Ausführung. Und doch hat unsere Kammer in Betreff der genannten Kommissionen das gethan, was wir eben als eine Unmöglichkeit für die Fassung der Beschlüsse im Hause erkannten. Wir müssen aber dieselben Grundsätze, welche das Wesen der parlamentarischen Debatte bezeichnen, für die Berathungen in den Kommissionen in Anspruch nehmen. Warum aber hat unsere Kammer den so wichtigen und nothwendigen parlamentarischen Grundsatz bei der Wahl ihrer Kommissionen unberücksichtigt gelassen? Der Majorität war auch in den Kommissionen die Majorität gesichert. Warum hat sie es verschmäht, den moralischen Werth ihrer Kommissionsberichte dadurch zu heben, daß diese unter dem Einflusse des „audiatur et altera pars" abgefaßt werden? Wir sind auf die Antwort begierig. Die Kammer möge es uns verzeihen, wenn wie ihr zurufen, daß sie nach unserer festen Ueberzeugung einen gefährlichen Weg geht, der leicht zu Zerwürfnissen führen könnte, deren Folgen nicht abzusehen sind. Wenn wir diesen Gegenstand vor das Forum der Oeffentlichkeit brachten, so bestimmte uns hierzu theils seine hohe Wichtigkeit für unser ganzes Land, theils unser Glaube, daß er den Keim zu weiteren Entwickelungen in sich trägt, deren Bedeutung auch außerhalb der Grenzen Würtembergs wird empfunden werden. Noch einmal „audiatur et altera pars."

*** **Baden.** Ende Sept. Die neue Heeresorganis. in Deutschland. Eine der neuesten Ankündigungen in der Nationalversammlung zu Frankfurt ist jene der Vorlage des Ausschusses über die Wehrverfassung, welche demnächst der Versammlung zugehen wird. Es ist dieß ohne Zweifel einer der wichtigeren Theile von Deutschlands neuer Verfassung, gleichwie einer der ersehntesten. Interessant gewiß auch vielen Nichtmilitärs, um so mehr, als auch solche bereits eingesehen, daß das bisherige Heerwesen der verschiedenen deutschen Staaten nothwendig einer Reorganisation bedarf. — Die Zeit scheint hierzu gekommen zu sein; hoffen wir, daß — nachdem man sich entschloß, auch in diesem Fache eine Vervollkommnung anzubahnen, sie auch wirklich zu Stande komme. An Plänen und Projekten hiezu fehlt es wahrlich nicht; darum möge in Folgendem kein neuer Vorschlag, sondern nur der Wunsch erkannt werden, diese wichtige Sache öffentlich besprechen zu machen, und das allgemeine Interesse dadurch auf die Verhandlungen der Nationalversammlung zu lenken, wenn sie bald — was zu wünschen wäre — hierüber entscheidet.

Vielleicht wirft Mancher noch einmal die Frage auf: „Warum läßt man es denn nicht beim Alten"? Darüber in Erklärungen einzugehen, wäre gegen einen solchen wohl vergeblich; hier ist es unmöglich und unnöthig zugleich, weil wohl die Mehrzahl darin einig ist, daß die militärische Organisation Deutschlands einer wesentlichen Verbesserung bedürfte, selbst ohne das vermittelnde Glied der Landwehren zu bedenken, die nun allenthalben nach preußischem Muster eingeführt werden, selbst auch ohne Rücksicht auf das ihr anzurethende System der Bürgerwehren.

Wir sprechen also hauptsächlich nur von dem stehenden Heere.

Der erste Organisationsplan, den wir hierüber von Seiten der von der Nationalversammlung damit beauftragten Kommission erfuhren, war, wenn wir nicht irren, der Dahlmann-Beseler-Mittermaier'sche, aus welchem Bruchstücke bekannt geworden sind. Er enthielt, soviel davon bekannt wurde, das, was man allgemein verlangte, was zweckmäßig war. Es war darin eine tüchtige Grundlage; das Weiterbauen war leicht; das Ziel — ein deutsches Heer im eigentlichsten Sinn des Wortes — sicher und nahe. Unbefangen beurtheilt, war der Bericht einer Mehrzahl von Anhängern gewiß, und — daß Herr von Gagern sich darüber ereiferte, spricht noch nicht dagegen, (seine Schrift zu widerlegen, ist zu leicht, um es hier zu thun); ihn mag seine Absicht entschuldigen, wenn auch diese selbst nicht zu entschuldigen ist.

Von diesem Bericht, der seiner Zeit in mehreren Blättern mitgetheilt war, und der leider wieder zurückgezogen worden, gehen wir über zu Dem, was bisher zur Erzielung der Einheit der deutschen Kontingente durch den Reichskriegsminister vorbereitet wurde.

Es geschah hierin, was in so kurzer und bedrängter Zeit nur irgend möglich war, und der preußische, oder vielmehr deutsche General v. Peucker hat sich als den Mann bewiesen, der seine Stellung erkannt hat, weßhalb wir seinen definitiven Wiedereintritt freudig begrüßen. Möchte nur sein Wirken sich einer kräftigern Anerkennung und Unterstützung von Seiten des übrigen Reichsministeriums und der einzelnen Regierungen erfreuen, als dieß unmittelbar nach dem 6. August der Fall war.

v. Peucker's Grundsatz sprach sich aus in dem bunten Durcheinanderwerfen der Truppen aus den verschiedenen Staaten; die Folgen hievon sind unberechenbar, sie haben sich jetzt schon gezeigt, und sind anerkannt worden. — Wenn im Norden und Süden Deutschlands sich Preußen und Badener, Oesterreicher und Hessen, Würtemberger und Hannoveraner als Kameraden kennen gelernt, dann geht der Gedanke, Soldaten Eines großen Vaterlandes zu sein, in Fleisch und Blut über, dann haben wir Ein deutsches Heer — die Form, das Aeußere muß folgen!

Da es aber zur Zeit außer dem Einen Gott in Frankfurt noch 38 andere Götter in Deutschland gibt, d. h. neben dem Reichsverweser und seinen 4 Reichsministern noch viele Fürsten mit den ihrigen in Deutschland regieren, und wir leider noch keine Bürgschaft dafür haben, daß dem Befehl von Frankfurt aus allenthalben die That unbedingt folge, so war die Berufung eines Kongresses von Officiern aus allen Staaten Deutschlands der sicherste Weg, das beste Mittel, das Peucker wählen konnte, um wenigstens auf dem Weg der Vereinbarung die längst gewünschte militärische Einheit Deutschlands anzubahnen.

Indessen hätten wir gewünscht, daß in Voraussicht dieser herzustellenden Einheit schon jetzt die einzelnen Regierungen ersucht worden wären, in der Organisation und Ausrüstung ihrer Truppen keine Einzelnbestimmungen mehr zu treffen, sondern abzuwarten, in welcher Weise sich die Militärabgeordneten der verschiedenen Staaten über die Einigung im innern und äußern Wesen des Heeres aussprechen.

Denn, was z. B. die Uniformirung betrifft, freilich nur Etwas

Digitized by Google

Aeußeres, aber doch nichts Unwesentliches, so zweifeln wir nicht, daß die preußische Pickelhaube und der Waffenrock sich nach und nach allenthalben Bahn brechen werden. Allein es frägt sich, was besser sei, ob deren Annahme jetzt gleich allen Einzelnregierungen dringend empfohlen werden könnte, oder ob einzelne Staaten noch durch einige Generationen und Variationen hindurch irren sollen, bis sie endlich vielleicht auch dahin gelangen. Daß hierbei der Weg freier Vereinbarung nicht der ausreichende ist, hat sich im 8. deutschen Armeekorps erwiesen, denn seit 8 Jahren strebten die dazu gehörigen Staaten auf lobenswerthe Weise nach vollständiger Gleichheit in der Ausrüstung ihrer Bestandtheile und Ausführung ihrer Bewegungen, und so weit man auch dabei gekommen sein mag, so zeigt doch der erste Anblick des Aeußern, daß das Ziel noch nicht erreicht ist!

Sollte ferner eine alsbaldige Einführung eines und desselben Dienstzeichens, z. B. bei den Officieren die schwarz-roth-gelbseidene Schärpe, und bei dem ganzen deutschen Heer das Tragen nur der deutschen Kokarde nicht um so wünschenswerther erscheinen, als bei einer Vereinigung der vorerst noch so verschiedenen Truppentheile, namentlich gegenüber dem Feinde, ein gemeinschaftliches Erkennungszeichen unbedingt nothwendig ist? —

Um nun aber auf die Beschlüsse jenes Kongresses zurück zu kommen, so dürfte wohl, so bald sie vom Reichskriegsministerium genehmigt sind, eben so wenig bezweifelt werden, daß sie den Einzelnregierungen als Richtschnur dienen werden, als es andererseits früher zu hoffen war, daß den Beschlüssen von konstituirenden Officiersversammlungen, wie sie im Laufe dieses Jahres mehrfach öffentlich beantragt wurden, jemals Folge gegeben werde, wenn sie nicht von den Regierungen autorisirt waren.

Von diesem Kongreß also hoffen wir, unter der Leitung des Reichskriegsministeriums, das Beste, und hoffen es bald!

Und nun sind uns bereits einige Data bekannt aus dem zunächst vorzulegenden Bericht des Wehr-Ausschusses der Nationalversammlung. Darnach sollen stehendes Heer, zwei Landwehr-Aufgebote und die Bürgerwehr die Vertheidigung Deutschlands bilden. Die letztere gehört allein in ihrem ganzen Umfange den betreffenden Einzelnstaaten an; die drei ersten stehen nach Umständen und bis zu gewissen Grenzen unter der Reichsgewalt. Wie? und wie weit? wird die ausführlichere Mittheilung des Berichtes seiner Zeit lehren.

Was die innere Selbstständigkeit der verschiedenen Heerestheile betrifft, so haben wir die sehr wesentliche Bestimmung bemerkt, daß Staaten unter 500,000 Seelen keine selbstständigen Kontingente mehr stellen, sondern dieselben zusammengeworfen und unmittelbar unter die Reichsgewalt gestellt werden. Dieß ist ein glücklicher Anfang zur Vereinigung der kleinen Staaten, und wir möchten sogar wünschen, daß dies auch noch auf solche größere Staaten, in gewissem Maße wenigstens, ausgedehnt werden möge, welche nicht groß genug sind, um mit selbstständigen Armeekorps auf einem Kriegsschauplatz auftreten zu können. Bekanntlich vermag dies nur Oesterreich und Preußen, kaum noch für den ersten Augenblick Baiern, alle drei nur, wenn Deutschland die Reserve bildet. Aber die Kontingente der andern Staaten vermögen in keiner Weise — auch nur anfänglich —selbstständig einem Feinde entgegen zu treten. Für sie dürfte daher eine obere einheitliche Leitung über je Einige derselben nicht unzweckmäßig erscheinen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die förmliche und ständige Organisirung größerer Corps aus verschiedenen an einander grenzenden Staaten, z. B. eines schwäbischen, eines hessischen (alle Hessen umfassenden), eines sächsischen (alle Sachsen und Thüringer einschließenden) Armeecorps u. s. f. eine bedeutungsvollere Einheit, ein besseres Zusammenwirken, eine größere Gewandtheit der Führer, eine Vereinfachung der Verwaltung ꝛc. herbeiführen müßte.

Die vielarmige Leitung eines jeden dieser kleinen Kontingente, von der Stelle des Kriegsministers an durch alle Zweige der Militäradministration hindurch würde den kleinen Staaten großentheils erspart werden; durch unverhältnißmäßig kleinere Beiträge der Einzelnen würde die Eine Centralkriegsverwaltung zu Frankfurt bestritten; und die Einheit, Gleichmäßigkeit und Vervollkommnung der deutschen Heeresbestandtheile würde wohl rascher zu Stande kommen, wenn statt der 38 Kriegsverwaltungen es deren weniger, und immer weniger, und zuletzt, wenn möglich, nur eine Einzige gäbe für ganz Deutschland. —

Halten wir uns z. B. an die im obengenannten Bericht festgesetzte Zahl von 5000 Mann, als dem kleinsten selbstständig zu belassenden Kontingente eines Staates von 500,000 Seelen, so geht daraus hervor, daß Oesterreich, Preußen, Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Cassel, Hannover, Königreich Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und Schleswig Holstein noch fernerhin selbstständige Heeresbestandtheile bilden werden, so fern nicht noch dagegen in dem Berichte Bestimmungen sprechen, die derzeit noch nicht bekannt sind. So sehr wir uns nun über das Verschwinden der übrigen 27 bisher selbstständigen kleinsten Kontingente freuen, so dürfte doch nicht zu leugnen sein, daß auch unter den obigen noch stehen gebliebenen Elfen für je mehrere zusammen eine engere Verbindung unter sich, etwa unter Einem von der Centralgewalt direct bestellten Oberkommando, und Einer Kriegsverwaltung wünschenswerth erscheint.

Was aber jene 27 Kontingente betrifft, welche nicht mehr selbstständig sein werden, so fragen wir: „In welche Stellung werden Sie wohl eintreten?" — „Reichsunmittelbar?" — Wir wünschen nichts mehr als dies, damit die Centralgewalt gleich eine Macht von — um nur 1 Prozent zu rechnen — 25000 Mann zur Disposition habe. Aber wird sie dieselben auch wirklich gerade so zur Disposition haben? Wird man nicht dabei an das frühere 11. oder Reserve-Armeecorps des deutschen Bundes erinnert, worin alle die Kleinen zusammenkamen, — aber sie kamen nie zusammen! — Werden z. B. die Liechtensteiner, Hechinger und Lübecker Truppen so schnell zu Handen der Centralgewalt sein? — Liegen nicht vielmehr gerade diese 27 kleinen Staaten so zerstreut, daß man gar nicht weiß, wie man sich eine Vereinigung ihrer kleinen Truppentheile denken soll? — Ihr Loos würde also natürlicher sein, wenn man sie den nächstgrößeren Staaten einverleibt. Aber damit hat eben dann die Centralgewalt wieder keine Macht direct zu ihrem Befehl. Und deßhalb möchten wir wünschen, daß in dem Bericht, der freilich noch eigentlich nicht bekannt ist, eine directe und bedeutende Einwirkung auf alle jene Kontingente, welche zwar über 5000 Mann stark sind, jedoch nicht als Corps von etwa 20,000 Mann auftreten können, der Centralgewalt vorbehalten sein möge.

Die Anerziehung der Truppen, besonders die theoretische ihrer Führer anlangend, so beweisen die bisherigen Erfahrungen, daß es für alle deutschen Staaten ersprießlicher und Kosten ersparender sein würde, wenn sie sich im Schulwesen mehr vereinigten, oder vielmehr der Reichsgewalt diese Sorge überließen. Tüchtige Bildungs-Anstalten für je mehrere Staaten zusammen, von der Reichsgewalt bestellt, in welcher die Offiziere der großen und kleinen Staaten gemeinschaftlich gebildet würden, könnte der Anerziehung Aller Führer einen ganz gleichen Grund legen, und somit ihrem innersten Wesen nach die Einheit des Heeres seinen Söhnen eingeimpft werden. Daß dabei meistentheils die Lenker und Lehrer dieser Institute aus den größeren Staaten hervorgehen würden, wo auf einem größeren Felde ihnen vielfachere Erfahrungen erwuchsen, könnte für die Heranzubildenden der kleineren Staaten, denen bisher ein beschränkterer Uebungskreis beschieden war, nur vortheilhaft sein.

Hinsichtlich des Praktischen dürfte es für die Vereinigung der verschiedenen Kontingente im Feld zweckmäßig sein, wenn der eigentliche Generalstab aller Corps und alles Technische ganz speciell nur unter dem Reichskommando stünde. Die Ausrüstung und Instandhaltung, sowie die Neubauten aller Festungen Deutschlands müssen ohnehin dahin abgegeben werden; denn die Festungen und alle hiezu und zu großen allgemeinen Operationen nothwendigen Kriegsoberäthe sind zum Nutzen von ganz Deutschland, wofür auch alle Staaten zu verhältnißmäßigen Beiträgen verpflichtet sein müssen, deren Verwendung alsdann am geeignetsten von der Centralverwaltung ausgeht. — Dieser allein kann auch nur die Marine unterstellt sein; denn eine partielle Ueberlassung dieser neuen Schöpfung, sei es in Ausrüstung der Schiffe oder Bemannung oder Ausbildung der Mannschaft dazu an die einzelnen Seestaaten, würde der Anfang des Endes sein.

Sollte nun auch, was das stehende Heer betrifft, der Centralgewalt nicht jene directe Leitung der einzelnen über 5000 M. starken Kontingente, wovon wir oben sprachen, in dem Berichte schon vorbehalten sein, so muß ihr immerhin die Bewachung derjenigen Grenzen Deutschlands obliegen, für deren Besetzung auch im Frieden die einzelnen betreffenden Staaten entweder zu schwach, oder schon allzusehr in Anspruch genommen sind; namentlich da, wo diese Grenzen durch wenige oder gar keine Festungen gedeckt sind. Dies gilt z. B. von dem ganzen Oberrhein, den Baden

Digitized by Google

weder vertheidigen, noch auch nur gehörig besetzen kann. Preußen hat, seine Seeküste gar nicht gerechnet, eine unverhältnißmäßig große Grenzlinie zu bewachen, während Bayern gar keine feindliche Grenze hat, und Deutsch-Oesterreich — da wir nur von Deutschland sprechen — auf große Strecken hin gedeckt ist durch die außerdeutschen Staaten Oesterreichs. — Es muß also die Reichsgewalt nicht nur alle Festungen, sondern auch alle gleichmäßig vertheilten Grenzgarnisonen besetzen, und muß hiezu nach Verhältniß, im Krieg wie im Frieden, über alle Reichstruppen disponiren können. — Wir werden hier unwillkürlich zu der Bemerkung geleitet, daß in Staaten, die mit außerdeutschen Besitzungen vereinigt sind, wie Oesterreich, die Absondrung der deutschen Heeresbestandtheile streng nothwendig wird, dann werden auch die gemischten Nationalitäten dem Tragen der deutschen Farben nicht mehr hindernd sein; und daß holländische Truppen nicht mehr als Kontingent für Luxemburg und Limburg zählen können, versteht sich ganz von selbst.

Wenn nun in dieser Weise von allen Regierungen die Vortheile, ja sogar die Nothwendigkeit und das dringende Bedürfniß einer größeren Vereinigung der deutschen Heerestheile zu Einem großen, in seinen Gliedern innig verbundenen Ganzen anerkannt werden, so werden sie auch zugestehen müssen, daß die Centralgewalt allein diejenige Macht ist, von der aus diese Vereinigung erzielt werden kann und muß; und wenn, was nicht zu bezweifeln, sich überall der redliche Wille, und der feste Entschluß, unbeschränkt durch kleinlichen Eigennutz und Ehrgeiz, für Deutschlands Größe, für seine kräftige Sicherheit und Vertheidigung gegen Außen kund gibt, so kann das große Werk gelingen.

Mögen diejenigen, die von den Regierungen und vom Volk gesandt sind, um Deutschlands Einheit zu begründen, auch in diesem Punkte bei der Gründung Einer deutschen Heeresmacht das große Ziel allein im Aug' behalten und kleinen Hindernissen, denn klein nur sind sie, fest und entschlossen die Stirne bieten.

Aus dem Breisgau, 2. Okt. Struve hat auf seinem Transport überall Gelegenheit gehabt, die Stimmung des Volkes unzweideutig kennen zu lernen. In Freiburg entstand vor der Hauptwache, wohin man ihn gebracht hatte, ein Auflauf, der mit Mühe beschwichtigt wurde; die Leute wollten sich überzeugen, daß er nicht auf Matratzen, sondern auf Stroh schlafe, wie es billig sei. Selbst die auf dem Kaufhause gefangen sitzenden Freischärler verlangten, daß er nichts vor ihnen voraus habe, sondern zu ihnen gebracht werde, was jedoch nicht statthaft erschien. Seine Frau befand sich im städtischen Gefängniß. Am folgenden Morgen wurde Struve nebst seinem Schwager, sowie auch Blind und Andere, nach den Kasematten von Rastatt gebracht.

Wie man jetzt erfährt, hatten die Aufrührer außer den sonstigen Arten von Gelderpressung, die sie in mannigfaltiger Abwechselung ausübten, auch den Plan eines großen „Anlehens" vorbereitet, das sich über ganz Deutschland ausbreiten sollte. Man hat nämlich lithographirte Schuldscheine gefunden, die sie zu diesem Zwecke mit sich führten. Dieselben sind in Quart, zierlich mit Figuren und Sinnbildern ausgestattet, und tragen die Ueberschrift: „Freiwilliges Anlehen zu Gunsten der deutschen Republik." Das Exemplar, welches ich sah, lautete auf „700 fl. oder 400 Thlr.", mit 5 vom Hundert verzinslich. Die Beifetzung des Werthes in preußischen Thalern beweist, daß diese Papiere nicht blos für unser Oberland bestimmt waren, für welches es eines solchen Beisatzes nicht bedurfte. Wie es mit der Freiwilligkeit des Anlehens ausgesehen haben würde, mag man aus den freiwilligen Zuzügen schließen, die man durch Bedrohung mit Erschießen zusammenbrachte. Uebrigens war auch da die Behandlungsweise verschieden und der Geldpunkt keineswegs außer Acht gelassen. Mußte da oder dort ein vermöglicher Mann sich mit 100, 200 bis auf 1000 fl. von dem Zuzuge loskaufen, so gab es auch Fälle, wo man bis auf einen Kronenthaler herunterhandelte; ja man erzählt, daß ein Bauer, der eben nicht mehr hatte, mit der Gabe von 30 kr. davon kam.

In Uebelingen ist der Fürst von Sigmaringen angekommen, der sich aus seiner Residenz geflüchtet hat, und scheint daselbst bis zur Herstellung der Ordnung in seinem Lande verweilen zu wollen. Man sagt, von Konstanz sei eine Deputation abgegangen, um den Fürsten nach dieser Stadt einzuladen. (Karlsr. Ztg.)

Engen, 30. Sept. Heute sind 1400 Mann österreichische Truppen vom Regiment Wellington Nr. 42, zunächst aus Constanz kommend, hier eingerückt. Veranlassung dieser Maßregel ist eine dieser Tage hier stattgehabte republikanische Bewegung, welche einigermaßen mit dem Aufstande im Oberlande in Verbindung stand. (Oberrh. Z.)

Neudsburg, 28. Sept. General v. **Bonin** kam gestern von Schleswig hierher und theilte das jedenfalls für die Herzogthümer freudige Ereigniß der provisorischen Regierung gestern Mittag bei Tafel in Gegenwart vieler zur Tafel mit hinzugezogener Stabsoffiziere mit, daß er vom Könige von Preußen seine Demission genommen habe und sich jetzt der provisorischen Regierung ganz zur Verfügung stelle. Sie können sich leicht denken, mit welchem Jubel diese Nachricht hier aufgenommen worden ist. Der Generalmajor v. Bonin ist nun als Generallieutenant in unsere Dienste getreten und ihm das Oberkommando über sämmtliche schleswig-holsteinische Truppen übergeben. (H. C.)

* **Altona**, 2. Okt. Daß unsere provisorische Regierung nun wirklich abtritt, scheint so gut wie ausgemacht. Bereits cirkuliren Namenlisten, von denen die einen Beseler, den jetzigen Regierungspräsidenten, die anderen den Landvogt Jensen als Haupt derselben nennt. Zusammengesetzt wird sie, wie es scheint, aus der Rechten unserer Kammer werden; denn man nennt nur Namen der Rechten, wie Domänenrath Prehn, Landdrost Boysen, Amtmann Baron von Heintze und Graf Reventlow-Jersbeck. Boysen und Heintze cirkuliren auf allen Listen, nur in Prehn und Reventlow variiren die Namen. Soviel ist sicher, daß Graf Moltke und die sogenannte Immediatkommission beseitigt ist, zu deren Beseitigung soll Kammerherr von Reedz in Berlin bei seinen Unterhandlungen mit den Reichskommissarien Francke, Stedtmann und Schleiden gerne die Hand geboten haben, obgleich „Kjödenhavn-Post", den Grafen Karl Moltke und die Immediatkommission für ein fait accompli betrachtete und sie bereits für eine provisorische Macht in Europa hielt. War sie es wirklich in den Augen der Dänen, so war ihr Reich nicht von dieser Welt und nicht von langer Dauer; denn es hörte schon auf vor seinem Beginn. Morgen geht unsere Regierung nach Schleswig ab, ihr wird die Landesversammlung bald folgen, welche aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzt ist, daher es sehr schwer ist, sie in bestimmte Klassen zu bringen. Ausgeprägt allein ist die Linke unter ihrem Führer Th. Olshausen, ihr Programm die entschiedene Wahrung der Volkssouveränität und die kräftige Durchführung dieses Prinzips im inneren Staatsleben und in der Haltung gegen das Ausland. Die Partei ist die stärkste, sie zählt etwa 30 bis 40 Mitglieder, die eminentesten Talente der Versammlung. Prof. Olshausen, Landvogt Jensen, Amtmann Jacobsen, Advokat Matthießen, Dr. Steindorf und Andere stehen an der Spitze der Partei. Ihre Hauptforderungen sind die Erhaltung und Feststellung demokratischer Freiheit und die energischste Politik gegen Dänemark. Von dieser Seite wurde gegen die frühere Selbstvertagung opponirt, ging der Antrag auf die bekannten entschiedenen Beschlüsse vom 4. Sept. und auf Niedersetzung eines die Waffenstillstandsangelegenheit überwachenden Ausschusses und demnächst eine Reihe von Anträgen aus, die die Fortentwicklung der in der Verfassung enthaltenen Prinzipien bezwecken. Diese sehr thätigen Linken gegenüber versuchten mehrere Mitglieder der Versammlung eine Rechte zu bilden. Der Hauptagitator war v. Prangen, sein Versuch gelang, doch nur auf kurze Zeit; denn bald theilte sich die Masse in Centrum und Rechte, von denen das erstere oft mit der Rechten und oft mit der Linken stimmt. Das Centrum faßt die extremsten Glieder in sich und ist daher die stärkste Partei, es ist ohne eigentliches Programm, da bei einer Aufstellung desselben das ganze Centrum in sich zerfallen würde. Die Hauptführer sind v. Prangen, Prof. Christiansen, Landdrost Rathgen und Advokat Sawwer. Anträge gehen vom Centrum fast nie aus, es unterstützt nur oder spricht sich gegen aus, wenn welche gemacht werden. Die uns noch übrig bleibende Partei der Rechten besteht nur aus Aristokraten und Aengstlichen, ihre Führer sind Graf Reventlow-Jersbeck, der für die provisorische Regierung designirt ist, Warnstedt, der Vertreter des offenen Briefs, von Liliencron und Professor Natjen, den ein Correspondent der schleswig-holsteinischen Zeitung, den Urangstmann nennt. Zwischen diesen Parteien allen steht eine Partei indifferenter Männer, die sich zu gar keiner Farbe bekennen und nur bei Abstimmungen wichtig sind. Bei der so gebildeten Zusammensetzung unserer Landesversammlung hält es daher schwer, eine neue Regierung des Landes zu bilden,

Digitized by Google

die das nöthige Vertrauen hat, Vertrauen haben aber nur die Männer, die jetzt in der provisorischen Regierung sind; denn sie haben in den 6 Monaten ihr Möglichstes gethan und nur wenige Männer der Linken wie Olshausen (Th.) und Jensen.

Großbritannien.

London. Den 28. September erschien Smith O'Brien zum ersten Mal vor den Assisen in Clonmel. Gegenwärtig waren unter Andern seine Gattin, seine Schwägerin, seine zwei Brüder, Lady Osborne, General Macdonald, Lord Dudley Stuart u. A. Smith O'Brien war elegant gekleidet, während seine beiden Begleiter und Mitangeklagten Orchard und Tighe in ihrem zerlumpten Bauernkittel steckten und so einen Anblick daeboten, „welcher Jedermanns Augen beleidigte." Beide wurden denn auch sehr bald entfernt, und die Scene, um so zu sagen, ästhetisch gereinigt, Smith O'Brien stand nun allein seinem Richter gegenüber. Der Anwalt des Angeklagten mochte noch einen Versuch, auf Grund einiger angeblichen Formfehler eine Vertagung des Prozesses auf 8 Tage zu bewirken, womit er jedoch nicht durchdrang. Der Gerichtshof vertagte sich sodann auf den folgenden Tag. Inzwischen scheinen die Verhaftungen in Südirland immer noch kein Ende nehmen zu wollen; unter Anderen wurde vor Kurzem der Eigenthümer und Herausgeber des Waterford Chronicle, Hr. Killileo, eingezogen und auf die Verhaftung des Insurgentenchefs Mahoney ein Preis von 100 Pf. St. ausgesetzt.

Frankreich.

△ **Paris**, 2. Okt. Das terroristische Bankett in Toulouse und der Skandal, welchen der „Berg" in der Versammlung bei dieser Gelegenheit erregte, hat sowohl unter den Abgeordneten als im Publikum eine große Aufregung hervorgebracht, die sich heute auch auf den Boulevards bemerklich machte. In dem Klub der Straße Poitiers erhielt Hr. Denjoy die größten Lobsprüche. Einige der wüthenden Klubs, wie die „der alten Eiche" und von „St. Antoine" sind auf Befehl der Regierung geschlossen worden. Man erwartet allgemein, daß die socialistischen Bankets, welche durch ganz Frankreich organisirt sind, von der Regierung überall verboten werden. Ledru-Rollin (dessen wirkliche Rede im Cholet noch viel deutlicher zum Umsturze aufforderte, als dieß aus dem geschwächten Abdrucke ersichtlich ist, den er davon machen ließ) scheint sich an die Spitze des „Berges" stellen zu wollen. Lamartine hat sich ganz von ihm losgesagt. Sein Blatt, le Bien public, spricht sich mit großer Wärme und Lebhaftigkeit gegen diese Umtriebe aus. Man glaubt allgemein, die Regierung werde kräftige Maßregeln gegen diese Partei ergreifen, welche in den Departementen, wie hier, nur sehr wenige Anhänger zählt. Von der Demission des Hrn. Senard ist noch immer viel die Rede. Es heißt, auch Hr. Vaulabelle werde sich zurückziehen und Senard durch Dufaure (von der ehemaligen dynastischen Opposition) ersetzt werden. —

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung interpellirte Buvignier den General Cavaignac wegen der italienischen Angelegenheiten. Der Redner sucht zu beweisen, Oesterreich habe die Vermittlung Frankreichs und Englands nur angenommen, um Bedingungen zu erhalten, die für es allein, nicht für Italien oder Frankreich nützlich sein können. Er stellt vor allen Dingen die Frage, ob es wahr sei, daß die französische Regierung schon vor Beginn der Unterhandlungen die Rechte Oesterreichs auf Italien, überhaupt die Traktate von 1815, anerkannt habe. Wäre dieß der Fall, so hätte dieselbe den Beschluß der Nationalversammlung vom 24. Mai, sowie die Würde und die Interessen Frankreichs verletzt.

Im entgegengesetzten Falle möge dieselbe jetzt die Behauptungen der officiellen Mailänder Zeitung und anderer Blätter Lügen strafen. General Cavaignac: Schon als wir die Vermittelung Englands und Frankreichs anzeigten, baten wir die Versammlung, uns weitere Mittheilungen zu erlassen. Jetzt, wo die Unterhandlungen weiter vorgerückt, aber noch nicht beendigt sind, müssen wir diese Bitte wiederholen. Seiner Zeit werden wir Alles beantworten und alle Dokumente vorlegen; jetzt ersuchen wir die Versammlung, über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Ich füge nur noch hinzu, daß es einleuchten muß, wie jede Vermittlung unnütz geworden wäre, wenn wir die Rechte Oesterreichs auf Italien im Voraus anerkannt hätten. Ledru-Rollin spricht mit großer Heftigkeit gegen diese „stumme Rede". Der Präsident des Ministerraths sage nicht einmal, ob es wahr sei, daß man einen Kongreß vorbereite, an welchem selbst Rußland Antheil nehmen würde. Er und seine Freunde verlangten, daß ganz Italien freigegeben würde. Sie wollten zwar keinen Krieg, bestünden aber darauf, daß Frankreich sich aller Unterhandlungen enthalte und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Befreiung Italiens wirke. Er spricht sich heftig gegen die Tagesordnung aus. General Cavaignac erklärte, die europäischen Regierungen hätten die Vermittelung Frankreichs mit der größten Bereitwilligkeit angenommen. Freilich aber habe Frankreich an ihren Grenzen nur sie gesucht. (Diese Anspielung, daß die französische Regierung sich mit den Aufständischen in andern Ländern nicht einlasse, ward mit großem Beifall aufgenommen.) „Die Traktate von 1815 gefallen uns nicht besser, als den früheren Rednern und ich wiederhole, daß wir auf eine Vermittlung mit einer solchen Basis nicht eingegangen sein würden. (Sehr gut! Tagesordnung!) Der Antragsteller und Flocon schlagen hierauf motivirte Tagesordnungen vor, die in verschiedenen Fassungen darauf hinausgehen, die Versammlung bleibe bei dem Beschlusse vom 24. Mai, die völlige Unabhängigkeit Italiens betreffend. Bei der Abstimmung wird jedoch die einfache Tagesordnung mit 441 gegen 336 Stimmen angenommen und somit die motivirte Tagesordnung verworfen. Bastide erklärte indeß noch der Abstimmung, der Beschluß vom 24. Mai werde darum nicht minder volle Berücksichtigung finden.

Ein Theil der heutigen Sitzung war der Berathung über den Gesetzentwurf, den landwirthschaftlichen Unterricht betreffend, bestimmt; aber die Versammlung, sowie die ungemein zahlreichen Zuhörer widmeten demselben wenig Aufmerksamkeit. Der Minister des Ackerbaues, Hr. Tourret, sprach indeß mit großem Talente für den Gesetzentwurf, der vielen Widerspruch zu finden scheint.

Der Moniteur meldet heute, die Gründe, wegen deren unser Konsul in der Moldau abberufen worden sei, wären nicht politischer Natur. Dasselbe Blatt erklärt, daß die Aeußerungen, welche in der Deutschen Zeitung*) dem Minister Bastide in Bezug auf die Festigung der deutschen Centralgewalt zugeschrieben werden, nicht stattgefunden hätten.

Die Fürstin von Lieven wird, wie es heißt, den nächsten Winter wieder in Paris zubringen. Ihre Wohnung in der Rue St. Florentin, welche seit der Februarrevolution leer stand, wird wieder in Stand gesetzt. In den diplomatischen Kreisen wird hierüber viel gesprochen.

Der Verfassungsausschuß hat gestern mit 10 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Ernennung des Präsidenten der Republik durch allgemeine Wahlen, sowie sie vorgeschlagen ist, zu vertheidigen. Im Klub der Straße Poitiers sprach man sich entschieden für diese Wahlart aus; doch waren auch viele Mitglieder der Meinung des Hrn. Remusat, welcher vorschlug, daß dieselbe durch indirekte Wahlen stattfinden solle, wie dies bekanntlich in Amerika der Fall ist.

Spanien.

Madrid, 27. Sept. Gestern Abend kamen 25 mit Geld beladene Wagen in Madrid an. Die Opposition kann also wegen der Einlösung der cirkulirenden Scheine ganz ruhig sein (Heraldo). Nach dem Clamor publico soll es Cabrera gelungen sein, einen Handstreich gegen Barcelona auszuführen und die schwache Besatzung sich in das Fort zurückgezogen haben. Wir geben diese Nachricht ohne sie irgend zu verbürgen. Vorige Nacht griff die Polizei abermals die Glieder zweier Clubs auf, die sich heimlich hielten und communistische Grundsätze predigten.

Italien.

Rom, 19. Sept. Vor einigen Tagen hat Herr d'Aeourt, Botschafter der französischen Republik beim heiligen Stuhl, vom General Cavaignac eine Depesche erhalten, bezüglich des Begehrens, welches das römische Ministerium an Frankreich gestellt, dahingehend: die französische Regierung möge ein französisches Truppencorps absenden, um die innere Ordnung im Kirchenstaat wieder herzustellen. Die Antwort auf dieses Gesuch besagt: die französische Regierung habe dem Wiener-Cabinet ihre Vermittelung angeboten; was aber die Truppensendung in den Kirchenstaat be-

*) Wir ersuchen unsern geehrten Hrn. Correspondenten auf diesen Angriff des Moniteur zu antworten. A. d. R.

treffe, so mache man darauf aufmerksam, daß eine solche Maßregel das Mißtrauen Oesterreichs erregen könnte. Obiges Gesuch des römischen Ministeriums hatte der Papst selbst in einem eigenhändig von ihm unterschriebenen Brief an Cavaignac wiederholt. Die Antwort des Generals, von Anfang bis zu Ende von Cavaignac selber geschrieben, lautet ausweichend, weder für noch gegen eine bewaffnete Dazwischenkunft Frankreichs. (Basl. Z.)

Mailand, 24. Sept. Der allgemeine Glaube, daß in den Häusern noch viele Waffen und Kriegsmunition verborgen, welche die Besitzer aus Furcht, dem Kriegsgericht zu verfallen, nicht mehr auszuliefern wagen, hat die hiesige Militärregierung bewogen, abermals eine dreitägige Frist zur Auslieferung der Waffen zu bewilligen. Jeder, der nach Ablauf dieser Frist noch eine Schieß- oder schneidende Waffe, Pulver ꝛc. zurückbehalten, soll im Entdeckungsfall (ohne Rücksicht des Standes oder der Antecedentien des Ueberführten) kriegsrechtlich zum Tode verurtheilt und binnen 24 Stunden erschossen werden. Dieser Tagesbefehl ist vom Militär-Gouverneur General Wimpffen unterzeichnet und an alle Straßenecken angeschlagen. Sieben Hinrichtungen beweisen den Ernst der Drohung, und hoffentlich werden in deren Folge bis zum 26. viele Waffen wieder eingeliefert sein. Seit der Hinrichtung des unglücklichen Beccarello haben wieder Verhaftungen stattgefunden. Die Reihe des Erschießens trifft wohl zunächst den Wirth von S. Marco, der im Keller einige Tausend Patronen vergraben hatte. (Basl. Z.)

Mailand. Nach unsern Briefen aus Mailand befindet sich Erzherzog Albrecht (den Wiener Correspondenzen im Kroatenlagee vermutheten, woraus sie sogar des Erzherzogs Stephan schnelle Rückkehr vom Kriegsschauplatz erklärten) bei Radetzky, mit drei andern Erzherzogen, Söhnen des Erzherzogs Rainer. Der Letztere, bekanntlich Vicekönig von Italien bis zu der Märzkatastrophe, scheint kaum bestimmt nach der Lombardei zurückzukehren, wo er sich so wenig in Respekt zu setzen gewußt hat, als Erzherzog Ferdinand in Galizien.

Manifest an das italienische Volk. In der Hoffnung, binnen Kurzem die Ruhe in allen Provinzen des lombardisch-venezianischen Königreichs wieder hergestellt zu sehen, und beseelt von dem Wunsche, ihre Völkerschaften aller der Freiheiten, welche die übrigen Provinzen des östereichischen Kaiserstaates genießen, theilhaftig zu machen, fühlen Wir Uns gedrungen, schon jetzt Unsere dießfälligen Absichten kundzugeben. Wir haben bereits allen Bewohnern des lombardisch-venezianischen Königreichs, ohne Unterschied für den Antheil, den sie an den politischen Ereignissen des laufenden Jahres genommen haben mögen, volle Verzeihung gewährt, indem Wir verordnet, daß gegen sie keinerlei Untersuchung oder Strafe eintreten solle, nur mit Ausnahme der Rücksichten, die man bei der Bestätigung öffentlicher Aemter zu nehmen geeignet finden mag. Gleicherweise ist es Unsere allerhöchste Willensmeinung, daß die Einwohnee des lombardisch-venezianischen Königreichs eine Verfassung erhalten, welche nicht weniger ihrer respektiven Nationalität und den Bedürfnissen des Landes, als ihrer Einigung mit dem österreichischen Kaiserstaate entspreche. Zu diesem Ende werden Wir, sobald erst Friede und Ruhe hinreichend gesichert sind, an einem noch zu bestimmenden Orte Vertreter der Nation zusammenrufen, welche von allen Provinzen des lombardisch-venezianischen Königreichs frei zu wählen sind. Gegebrn in Unserer Residenzstadt Wien, heute am 20. Sept. 1848. Ferdinand m. p. Wessenberg m. p. (A. A. Z.)

□ **Turin**, 29. Septbr. Die Epoca vom 29. Septbr. enthält die offizielle Anzeige, daß die römische Regierung das Verbot Gold und Silber auszuführen zurückgenommen hat.

Die piemontesische Zeitung vom 28. enthält eine Anzrige vom Ministerium des Innern: dasselbe befinde sich, nachdem es bereits über 52,000 Flinten habe vertheilen lassen für den Augenblick außer Stand hiermit fortzufahren. Es erwarte deren aber von Frankreich und England, wo die Regierungen bereits eine große Anzahl abgegeben hätten.

Ein Schreiben aus Ancona berichtet, König Karl Albert hätte den Venetianern 55000 Lire als Unterstützung zukommen lassen. In einem Briefe aus Rom vom 14. d. M. meldet man, der Erzherzog Johann habe ein sehr ehrfurchtsvolles Schreiben an drn Papst gerichtet, worin er denselben versichere das österreich. Cabinet beabsichtige die Lombardei und Venedig in Bezug auf Verwaltung und Gerichtsbarkeit völlig unabhängig zu erklären.

„Opinione" vom 28. Sept. will wissen, General Oudinot habe, als er am 20. zu Baeaur Heerschau über das 3. leichte Infanterieregiment hielt, die Offiziere und Unteroffiziere belobt und hiebei auf einen möglichen Krieg (ad una possibila guerra) in Italien angespielt. (Französische Blätter melden nichts hiervon.) Ein neapolitanisches Blatt (Il Tempo) vom 22. weiß viel von dem veränderten Anblicke Messina's zu erzählen, wo die Barrikaden abgeräumt würden, fremde Schiffe wieder einliefen und der Handel neu aufblühe.

Der König von Neapel hat die Vermittlung Frankreichs und Englands in Beziehung auf Sicilien abgelehnt.

Die provisorische Regierung von Venedig hat verordnet, die Bankscheine hätten unter dem Namen „patriotische Münze" gezwungenen Kurs. In Privatgeschäften könne jedoch für Zahlungen über 60 Lire die Hälfte an baarer Münze verlangt werden.

Schweiz.

Basel, 2. Oct. Von Schaffhausen wird gemeldet: „An die Aemter der badischen Grenze ist der Befehl zu einer gänzlichen Real- und Personalsperre, selbst für Unterbrechung der Eilwägen gegen die Schweiz, ergangen, und derselbe tritt in Vollzug, sowie die Reichstruppen an der Grenze eintreffen." Auch die Regierung von Schaffhausen meldet Aehnliches in einem Kreisschreiben an alle Stände. Wir halten diese Angaben für einmal noch für voreilig. An unserer Grenze sind die Truppen schon seit einigen Tagen eingerückt, und man sieht noch nichts von eigentlicher Absperrung; nur daß gestern Spaziergänger, die sich nicht ausweisen konnten, von der badischen Grenze zurückgewiesen wuebeu, wahrscheinlich um den Zudrang von Aebeitern u. s. w. zu vermeiden. — Von den in Hüningen sich aufhaltenden Freischärlern ist gestern ein Theil nach Besançon transportirt woeden, die Uebrigen werden heute oder morgen folgen, man sagt, Manche wollten sich auch nach ihrer Heimath zurückbegeben. (Bas. Z.)

Schweden.

Stockholm, 26. Sept. Am 24. wurde der Gesandte der deutschen Centralgewalt Dr. Welcker und der Legationssekretär Dr. Lutteroth in besonderer Audienz zuerst dem Könige, sodann der Königin und der königl. Familie, darauf der Königin-Wittwe und endlich dem Kronprinzen voegestellt. Nachdem Se. Maj. der König Oscar das Beglaubigungsschreiben Sr. kaiserl. Hoh. des Reichsverwesers in Empfang genommen, unterhielt sich dieselbe noch mit Hrn. Welcker in anderthalbstündiger vertraulicher Unterredung.

Die Post-och Ineikes-Tidningar melden die besondere Audienz, die der König dem Geheimerath Welcker gegeben, mit dem Hinzufügen, Letzteeer habe im besonderen Auftrage des Erzherzogs Johann, deutschen Reichsverwesers, einen Brief überlieseet, der dem König die Uebernahme der Centralgewalt von Seiten des Erzherzogs meldet. (B. H.)

Ungarn.

Pesth, 29. Sept. Der N. S. schreibt in seinen neuesten Nachrichten: In Pesth herrscht grenzenlose Verwirrung, und der Ausbruch anarchischer Zustände ist nächstens zu erwarten. Der Körper des Grafen Lamberg ward kannibalisch zerfleischt. Die entmenschte Menge balgte sich förmlich um ein Stück vom Körper des Unglücklichrn, der eine geliebte Gattin mit acht Kindern hinterläßt. Die ungarische Nationaloersammlung hat die Sendung des Grafen als königl. Kommissärs mit Protest zurückgewiesen. Pesther Flüchtlinge strömen in Massen herauf. Selbst der greise Patriot Wesselényi ist gekommen, um seinem verlorenen Vaterlande den Rücken zu kehren. Die magyarische Sache ist allem Anscheine nach verloren. Die nordslavische Insurrektion ist voeläufig unterdrückt.

Nordamerika.

Hayti. Das Chronicle bringt ein Privatschreiben aus Hayti, wonach sich diese Insel in einem schrecklichen Zustand befindet. Der Präsident fähet fort, gegen alle ihm verdächtige oder mißliebige Personen zu wüthen, wie er drnn erst vor Kurzem fünf angesehene Einwohner von Jeremia erschießen ließ. Es ist auf Hayti ein Verbrechen geworden, reich zu sein; der Besitzende verfällt dem Kriegsgericht und sein Besitz dem Präsidenten. Man sah einem Aufstand in Port-au-Prince entgegen. Der französische Consul hatte mit der Intervention Frankreichs gedroht, wenn der Präsi-

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung von 5. October. Anklage wider fünf Abgeordnete, Grundrechte. Denkschrift. Preußen. Ratibor (der Eindruck von Lichnowsky's Ermordung in Schlesien. Herr Heide.) Posen (Auch hier der Partikularismus benutzt. (Schleswig-Holstein. Altona (Rückkehr Franke's).

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 5. Oktober.

* Als Vorsitzenden erblicken wir heute den ersten Vicepräsidenten Simson auf v. Gagern's Platze.

Jordan von Gollnow erstattet für den Gesetzgebungsausschuß Bericht über einen vom Dr. jur. Heuselder in Berlin ausgegangenen Vorschlag zu einer allgemeinen Ediktalzeitung, als Reichsorgan für die gerichtlichen Aufforderungen dieser Art aus allen deutschen Ländern. Zur Tagesordnung darüber. Dann kommen Anrufungen an das Ministerium an die Reihe.

Zuerst v. Reden's Interpellation an das Ministerium des Auswärtigen und des Handels wegen der gesandtschaftlichen und konsularischen Vertretung.

v. Schmerling ersucht, die desfallsigen Eröffnungen im Interesse der Sache vertagen zu dürfen, da die Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten noch obschweben, und diese ihrer Natur nach eine vorzeitige Besprechung nicht vertragen.

Vom Reichsministerium der Justiz wird ein Antrag des Frankfurter Appellationsgerichts mitgetheilt, die Abgeordn. Blum und Günther wegen der Nrn. 104. 105 u. 106. der Reichstagszeitung zur strafrechtlichen Untersuchung ziehen zu dürfen.

Ferner ein gleicher Antrag desselben Appellationsgerichts, die Abgeordn. Zitz, Simon von Trier und Schlöffel wegen ihrer Beziehungen zu den Unruhen vom 18. Sept. in Untersuchung zu nehmen. Der Vorsitzende Simson verliest die hierhergehörigen Schriften unter dem tiefen Schweigen und einer beinahe bänglichen Bewegung des Hauses. Einen Augenblick bleibt Alles still. Dann erbittet sich Simon von Trier das Wort. Er erklärt mit heftiger Stimme, es gereiche ihm zur größten Genugthuung, die Gelegenheit zu einer Rechtfertigung auf die maßlosen Verleumdungen und Anschuldigungen eines „feigen Bedientenschwarms" zu erhalten. Eine Kommission solle deshalb sofort aus der Mitte des Hauses niedergesetzt, von ihr sollten Zeugen vernommen und dann über das Ergebniß Bericht erstattet werden. Ueber die Errichtung einer solchen Kommission und deren Aufgabe entspinnt sich sogleich eine kurze, bitter gereizte Debatte zwischen Setchow, Plathner, Edel, Schaffrath, Vincke, Eisenmann. Simon von Trier protestirt noch leidenschaftlicher als vorhin gegen jeden einseitigen Urtheilsspruch. Die zu ernennende Kommission dürfe nämlich nicht blos die Vorlagen des Gerichts prüfen, sondern müsse auch die Entlastungsmomente erwägen, und daher Zeugen für und gegen vor sich rufen. Die Bewegung steigert sich unter Schmidt's aus Schlesien Angriffen auf die Centralgewalt und auf die Versammlung, bis zu wiederholten Unterbrechungen beider Seiten des Hauses, und der Vorsitzende ruft den Redner unter dem lärmenden Widerspruche der Linken zur Ordnung.

Reichensperger: Wenn die gerichtlichen Akten nicht vollständig seien und die Entlastungsmomente nicht gehörig berücksichtigten, so seien sie zur Ergänzung zurückzugeben, aber keineswegs könne die Kommission des Parlaments eine förmliche Untersuchung mit Zeugenverhören führen. Das sei auch ohne parlamentarischen Vorgang in andern Ländern.

Möring ist für die Erörterung mit Zeugenvernehmungen.

Beseler: Wir haben die Selbstständigkeit der N.-V. aufrecht zu erhalten, aber wir bilden keine Appellationsinstanz. Daher haben wir nur darüber zu erkennen, ob Grund zur gerichtlichen Verfolgung vorhanden, dem Rechte aber durch keine eigentliche Voruntersuchung vorzugreifen. Der Ausschuß ist nimmermehr ein Gerichtshof. Der Redner fordert Ernennung eines neuen Ausschusses für den vorliegenden Auftrag.

Rieffer: Es hat jeder Ausschuß das Recht, Personen vorzuladen, mit Behörden in Verbindung zu treten. Diese Befugnisse dürfen auch dem hier in Frage stehenden nicht entzogen werden.

Jucho erinnert daran, der Ausschuß für die Begutachtung der Thiengener Wahl habe bereits ähnliche Rechte ohne Widerspruch ausgeübt. Der Schluß der Verhandlung wird mehrseitig verlangt, durch Aufstehen genehmigt, und Plathner, welcher beantragt hat, dem Ausschusse die Befugnisse des §. 24 der Geschäftsordnung ausdrücklich zu entziehen, durch stürmischen Zwischenruf gehindert, noch einmal das Wort zu nehmen. Die darauf gefaßte Entscheidung der Versammlung geht dahin, daß ein neuer Ausschuß heute nach der Sitzung durch die Abtheilungen erwählt und zur Erledigung seiner Aufgabe mit allen Befugnissen anderer Ausschüsse ausgestattet werde.

Ein ironisch gemeinter Antrag Wiesner's und Schmidt's aus Schlesien ruft aber von Gagern auf die Rednerbühne und plötzlich eine Szene der furchtbarsten Erregung hervor.

Vice-Präs. Simson verkündigt nämlich: Es ist mir soeben ein Antrag gegeben worden, unterzeichnet von dem Hrn. Schmidt aus Schlesien und Wiesner, der dahin lautet: „In Erwägung, daß es wünschenswerth ist, daß die Nat.-Vers. in ihrem wahren Charakter vor das Volk trete, stellen wir den Antrag, die Nat.-Vers. möge ohne Weiteres die verlangte Verhaftung genehmigen."

Hr. v. Gagern erhält das Wort: Ich stelle dagegen das Verlangen, daß der Antrag, der soeben verlesen worden ist, an eine besondere Kommission verwiesen werde, die den Auftrag erhalte, was in diesem Falle zu thun sei, an die Nat.-Vers. zu berichten. Ich glaube nicht, daß eine solche Frechheit, wie sie in diesem Antrag enthalten ist — (ungestümer Lärm auf der Linken, anhaltendes Beifallklatschen und Bravorufe auf der Rechten und von beiden Mitten des Hauses) ich sage, daß eine solche Frechheit — (Lärm auf der L. und Ruf zur Ordnung. Pfui! die Unverschämtheit ist unerhört. Rufen Sie Gagern zur Ordnung!)

Vice-Präsident Simson jedoch erklärt: Ich werde Herrn v. Gagern nicht zu Ordnung rufen und erwarte, daß mein Verfahren, wenn es ein Theil des Hauses mißbilligt, zum Gegenstande besonderer Beschwerde erhoben wird.

In Folge dieser Vorgänge will Jordan aus Berlin die Sitzung aufgehoben und die Berathungen der N.-V. überhaupt vertagt wissen, bis der neu ernannte Ausschuß über die Angeschuldigten Bericht erstattet.

Wesendonck: Niemals hat sich hier Jemand erlaubt, was Heinrich v. Gagern so eben, einen Schritt von Abgeordneten nämlich als „frech" zu bezeichnen. (Pfui von der Linken. Einzelne Stimmen mit Hohn: „der Edle!") Ein Ausschuß muß auch dieß Benehmen Gagern's und des Vorsitzenden, der sich weigert, Gagern zur Ordnung zu rufen, prüfen und dann die Versammlung darüber entscheiden.

Schetler erinnert an Cicero's „Quousque tandem" wider Cotilina. (Von der Linken: „Sie sind durchaus kein Cicero.") Scheller: Ist's nicht ein viel schwereres Vergehen, die ganze Versammlung zu beleidigen, wie in dem Wiesner'schen Antrage geschehen? Gagern dürfe dem Urtheile der Versammlung über sein Benehmen ruhig entgegensehen.

Jordan von Berlin kommt auf seinen Vertagungsantrag zurück.

Schaffrath will den ganzen Zusammenhang der Vorfälle, den Antrag Wiesner's ebensowohl als die Entgegnung Gagerns darauf sammt dem Verhalten Simson's, dem Ausschusse für die Geschäftsordnung zur Begutachtung überwiesen wissen.

Edel hält den Ausschuß für die Geschäftsordnung nicht für kompetent, zu thun, was Schaffrath verlangt, dazu sei ein neuer Ausschuß nöthig.

Beckerath will die im Schaffrath'schen Antrage verbundenen Fragen getrennt sehen. Diese Trennung wird durch Mehrheit ausgesprochen, der Antrag Schmidt's und Wiesner's wird den hierauf gefaßten Beschlüssen gemäß einem neu zu ernennenden Ausschusse eben so wie die folgenden, Gagern und Simson betreffenden Fragen, zur Erörterung des Verfahrens, welches die Nationalversammlung diesen Vorgängen gegenüber einzuhalten habe, überwiesen. Jordan's Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Rösler von Oels interpellirt noch das Ministerium wegen der Verhaftung des Abgeordneten Minkus in Schlesien. Robert v. Mohl hat zwar noch keine amtliche Kenntniß von dem Vorfalle; aber er hat sich sogleich an die preußische Regierung gewendet, nach dem von Minkus' Verhaftung in den Zeitungen verlautete. Sowie die Antwort auf seine Anfrage eingegangen, will der Reichsminister der Justiz der Versammlung darüber

Digitized by Google

Eröffnung machen. Beistimmender Zuruf und Rösler erklärt sich vollkommen zufrieden gestellt. Die Einsammlung der Stimmzettel zur Wahl eines Schriftführers an des austretenden Ruhwandel Stelle gewährt endlich der Versammlung eine willkommene Pause. Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen, suchen einander auf, erfüllen dichtgedrängt die Gänge und tauschen in bewegten Gruppen ihre Meinung über die so eben stattgefundenen Scenen aus, bis die wiederholte Klingel des Vorsitzenden dem Vortrage Hollandt's als des Berichterstatters für den Ausschuß eine nothdürftige Ruhe herstellt. Daß die Mittheilungen Hollandt's dennoch keine allgemeine Aufmerksamkeit, ja kaum den Weg zu dem Gehör der ganzen Versammlung finden, liegt in der Natur der Sache. Der Redner verbreitet sich über die zur Abstimmung vorliegenden drei §§. der

Grundrechte

indem er die bei der Debatte zum Ausdruck gelangten entgegenstehenden Meinungen zu berichtigen sucht und die Fassung des Ausschusses vertheidigt.

Erst Befelee gelingt es, seinen Worten wieder die nöthige Theilnahme des Hauses zuzuwenden, indem er auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Entscheidung hinweist, die eine Entscheidung über das Wohl und Wehe von Tausenden in sich begreife. Er spricht im Namen und als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses, gegen mehrere Bestimmungen, die der volkswirthsch. Ausschuß in das Gesetz bringen will und gegen verschiedene Einzelanträge. Mit großem Nachdruck weist er Grundsätze wie die von Trützschler's zurück, deren Gestalten in einer Nacktheit auftreten, die selbst des juristischen Feigenblatts entbehren zu können glaubt! Dem Antrage Schlöffel's entgegen bemerkt Beseler, daß die Aufhebung aller Feudallasten ohne Entschädigung, nicht einmal blos eine Beraubung der Reichen sein würde, sondern daß der Nachtheil einer solchen Maßregel in vielen Fällen auch sehr dürftige Personen treffen müßte. „Wir haben uns," sagt ee zum Schlusse, „hier bedrohen gehört im Namen des in Bewegung gesetzten deutschen Bauernstands. Ich protestire dagegen im Namen des Rechtsgefühls eben dieses unverdorbenen gesunden Bauernstandes, der in Kurzem, ich kenne mein Vaterland, wieder die kräftigste Stütze der Ordnung, des Gesetzes sein wird." (Beifall).

Es ist schon früher erwähnt worden, daß die Fluth der Haupt- und Verbesserungs-Anträge zu den drei diskutirten Paragraphen von dem beträchtlichsten Umfange ist. Die Anordnung der Abstimmung ist daher von der größten Schwierigkeit und gibt zu mancherlei Bemerkungen und Anforderungen der Antragsteller Veranlassung. Auch namentliche Abstimmungen werden für mehrere Punkte gefordeet von Wigard, Rösler von Oels und von Dham.

Zum Beschlusse erhebt hierauf die Nationalversammlung

1) den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses:
   Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.
2) Den Salzwedell'schen Antrag:
   Ohne Entschädigung sind aufgehoben:
1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, so wie alle andern einem Grundstücke oder einer Person zuständigen Hoheitsrechte;
2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben jeder Art.

Ueber den Antrag v. Trützschler's, Rösler's von Oels u. A.: Ohne Entschädigung sind aufgehoben die aus dem grundund schutzherrlichen Verbande herstammenden persönlichen und dinglichen Leistungen und Abgaben, insoweit sie nicht erweislich als ein Theil des Kaufpreises für Ueberlassung des veepflichteten Grundstücks bebungen worden sind, findet namentliche Abstimmung statt, in Folge welcher der Antrag mit 299 gegen 97 Stimmen abgeworfen wird. Die verneinende Mehrheit würde wahrscheinlich noch bedeutender gewesen sein, wenn nicht auf einen sehr großen Theil der Namensaufrufungen von Seiten des Schriftführers die Bemerkung „fehlt" erschollen wäre. Wir nehmen bei diesee Gelegenheit wahr, daß die beiden früheren Vicepräsidenten v. Soiron und v. Hermann sich ihre Plätze in der linken Mitte des Hauses gewählt haben. Der Erstere hatwenigstens dabei heute die genugthuende Erfahrung zu machen gehabt, daß das Haus nicht blos unter seinem Vorsitz in wilden, kaum zu beherrschenden Wogen aufgähren kann.

Angenommen werden ferner die Anträge des Verfassungsausschusses:

„Ohne Entschädigung aufgehoben sind: die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen"

des volkswirthschaftl. Ausschusses mit den Zusätzen Moriz Mohl's: „Alle übrigen unzweifelhaft auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß des Beeechtigten oder des Verpflichteten, insofern die Gesetzgebung nicht die unentgeltliche Aufhebung einer oder der andern begründet findet. Die näheren Bestimmungen hierüber und über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen."

Rheinwald's:

Es soll fortan kein Grundstück, weder durch das Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einseitige Verfügung mit einer unablösbaren Rente belastet werden.

des Verfassungs-Ausschusses und Werner's aus Koblenz:

Alle Zehnten sind auf Antrag des Belasteten ablösbae.

der Zusatz v. Schrenk's, Wartensleben's u. A.:

Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten.

der Antrag des Verfassungs-Ausschusses:

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

Ueber das Schicksal des Antrags von Förster von Hünseld entscheidet eine einzige Stimme. Er lautet: „Alle Bannrechte hören ohne Entschädigung auf." Das Ergebniß der Entscheidung durch Aufstehen bleibt zweifelhaft und auf Zählen finden sich für Förster's Antrag 193, dagegen aber 194 Abstimmende.

Der §. 29 führt eine namentliche Abstimmung über den Antrag Freudentheil's, Moriz Mohl's u. A. herbei: „Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, die Jagddienste, Jagdfrohnden und anderen Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben." Mit 244 gegen 137 Stimmen erfolgt die Annahme des jagdvernichtenden Paragraphen.

Endlich wird noch zum Beschluß erhoben der Antrag des Verfassungsausschusses: „Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist."

Zum Schriftführer ist Platzhner ernannt. Die meisten Stimmen nach ihm fielen auf den Candidaten der Linken: Rösler von Oels.

Die Sitzung soll um 3 Uhr geschlossen werden, als Vincke's Bedenken darüber, ob die angeschuldigten fünf Abgeordneten an den Ausschußwahlen Theil nehmen dürfen oder nicht, den vorhin kaum beschwichtigten Sturm von Neuem herauf beschwört. Nach Vincke's und Breuning's Meinung können die Angeschuldigten bei der Ernennung des Ausschusses nicht mitwirken, was von Wesendonck, Zitz und Schlöffel entschieden bestritten wird, obschon die Frage praktisch nue eine geringe Geltung hat, da mehrere der angeschuldigten Mitglieder zu erkennen geben, daß sie von selbst enschlossen seien, auf ihr Wahlrecht zu verzichten. Zitz's Bemerkung über das Benehmen dee Minister in der Frage über ihre Anklage, veranlaßt den Reichsminister Robert v. Mohl, es als eine Unwahrheit zurückzuweisen: „als hätten die Minister die Infamie begangen, in eigener Angelegenheit ein Stimmrecht zu beanspruchen." Blum hingegen erklärt, auf keins seiner Rechte als Abgeordneter verzichten zu wollen. Da Vincke keinen Antrag mit seinem Bedenken verbunden hat, so ist die Sache nicht weiter zu behandeln.

Die nachfolgende Denkschrift, welche der Regierung einer deutschen Großmacht vorliegt, und uns dee Beachtung in hohem Grade werth erscheint, sind wir durch die Güte des Verfassers in den Stand gesetzt, unsern Lesern mitzutheilen.

Denkschrift

über eine durchgreifende Hebung der arbeitenden Klassen, namentlich durch die Bildung eines internationalen Kongresses von Gewerbtreibenden.

Jede Regierung muß es als eine ihrer Hauptaufgaben anerkennen, die Lage der arbeitenden Klassen durchgreifend zu verbessern. Die vielfachen Untersuchungen, welche sich bisher mit der Lösung dieser Aufgabe beschäftigt haben, kommen fast alle darin überein, daß für die überhandnehmende Massenarmuth (Proletariat) die letzte Ursache in der sogenannten freien Konkurrenz zu suchen sei. Noch vor nicht langer Zeit pflegte jede Beschrän-

Digitized by Google

kung dieser freien Konkurrenz als eine dem Gesammtwohlstande nachtheilige und der individuellen Freiheit feindliche Maßregel angesehen zu werden; gegenwärtig aber, wo die Prüfung eine gründlichere geworden ist, beginnt sich bereits eine entgegengesetzte Ansicht geltend zu machen. Es können hier die sozialistischen und kommunistischen Theorien bei Seite gesetzt werden; auf dieselben ist schon deßhalb nicht einzugehen, weil bisher ihre praktische Ausführbarkeit sich nicht bewährt hat, und eine Regierung unverantwortlich handeln würde, mit dem Wohlstande der Staatsangehörigen Experimente anzustellen, deren Erfolge möglicherweise unsägliches Unglück über Alle bringen könnten. Aber auch bei Anerkennung der Grundpfeiler unserer gesellschaftlichen Zustände, des Eigenthums und der Familie gelangen vorsichtige und gründliche Staatsökonomen zu dem Resultat, daß die freie Konkurrenz in der gegenwärtigen Form nicht länger ohne Gefährdung des Ganzen fortbestehen könne. Und in der That läßt sich dieselbe als ein Zustand der Unfreiheit nachweisen.

Bis gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts finden wir unter den europäischen Völkern neben der politischen Organisation auch eine gewerbliche bestehen; erstere auf den Ständen, letztere auf den Zünften beruhend. Diese Organisation, für die früheren Verhältnisse ausreichend, hatte sich im Verlaufe der Zeit als mangelhaft erwiesen. Die französische Revolution zertrümmerte zunächst das feudale Ständewesen, setzte an dessen Stelle den Grundsatz der allgemeinen politischen Gleichheit, und organisirte durch die auf diesem Grundsatze beruhenden Verfassungen die politischen Verhältnisse der Gesellschaft in anderer als der bisher bestandenen Weise. Die Revolution hab ferner die bisherige gewerbliche Organisation auf, sie vernichtete das ganze Zunftwesen, und proklamirte den Grundsatz der sogenannten freien Arbeit, d. h. der freien Konkurrenz. Hier aber blieb sie stehen. Sie unterließ, an die Stelle der zerstörten gewerblichen Verfassung eine andere treten zu lassen, wie dieß bei der politischen geschehen war. Dadurch wurde der Zustand der Anarchie, welcher stets zwischen dem Umsturz einer alten und dem Aufrichten einer neuen Verfassung eintreten muß, für die gewerblichen Verhältnisse ein bleibender.

In gleicher rein destruktiver Weise wurde in England (wenngleich hier nur nach und mit vorläufiger Ausschließung der Baumwollindustrie), sowie im größten Theile Deutschlands und des westlichen Europa's verfahren. Ueberall wurde durch die Vernichtung der bisherigen gewerblichen Organisation ohne Substituirung einer neuen die gewerbliche Anarchie herbeigeführt.

In dieser Anarchie befinden wir uns nach gegenwärtig. Sie hat, wie jede Anarchie, zur Folge gehabt: die Tyrannei; die Tyrannei weniger Mächtigen über die Massen der Schwächern; die Tyrannei des Kapitals über die Arbeit. Viele Ursachen wirkten zusammen, die Existenz dieses gefährlichen Zustandes nicht sobald zum allgemeinen Bewußtsein gelangen zu lassen. Erst als in der neuern Zeit die Folgen desselben durch die beunruhigende Steigerung der Massenelend immer deutlicher hervortraten, ist man aufmerksamer geworden.

Nichtsdestoweniger zählt die Lehre von der freien Konkurrenz nach gegenwärtig sowohl unter den Oekonomisten, als unter den Volksvertretern zahlreiche Anhänger.

Der Irrthum ist begreiflich. Das Recht der individuellen Freiheit soll ja zur möglichsten Geltung gebracht werden und muß deßhalb unantastbar sein, wo nicht die politische Organisation (Staatsverfassung) eine Beschränkung derselben ausdrücklich erheischt, also formell begründet. Nun läßt sich nicht leugnen, daß mit den formellen Bestimmungen unserer neueren, wesentlich demokratischen Verfassungen die freie gewerbliche Konkurrenz vereinbarlich erscheint; wollte man aber dies als entscheidend erachten, so würde man übersehen, daß die Organisation der staatlichen Verhältnisse nicht nur das Feld der Erwerbsfähigkeit nicht ausschließen darf, sondern daß vielmehr die letztere einen wesentlichen Theil derselben ausmacht, indem auf einer zweckmäßigen Organisation derselben die Volkswohlfahrt und damit das gesammte soziale Heil der Staatsangehörigen beruht.

Wenn aber nachgewiesen ist, daß die Erwerbsverhältnisse sich gegenwärtig noch im Zustande der Anarchie befinden, so ergibt sich von selbst die Pflicht des Staates, diesen Zustand durch eine angemessene Organisation wieder zu beseitigen; und wenn ferner feststeht, daß jene Anarchie durch Einführung der freien Konkurrenz hervorgerufen oder vielmehr die freie Konkurrenz selbst ist, so folgt wiederum mit Nothwendigkeit, daß diese soweit beschränkt werden muß, als das Gemeinwohl es erfordert.

Man kann dies eben so wenig eine Schmälerung der Freiheit nennen, als die angemessene Beschränkung der individuellen Willkür zum Besten des Gesammtwohls in politischer Hinsicht; im Gegentheil wird durch eine solche Organisation die soziale Freiheit für Alle erst wirklich geschaffen.

In welcher Art nun eine angemessene Beschränkung der freien Konkurrenz erfolgen müsse, um diese Organisation herbeizuführen, ist eine Frage, deren Lösung um so größere Vorsicht erheischt, je widersprechendere Ansichten auszugleichen, je vielseitigere Interessen wahrzunehmen, je vereinzelter die erfahrungsmäßig festgestellten Thatsachen auf diesem Felde sind.

Eine vollständige Lösung wird überhaupt nicht durch vereinzelte Maßregeln, sondern nur von einem zusammenhängenden System der Staatsökonomie zu erwarten sein, und ein solches ist bis jetzt noch nicht gefunden, wenigstens gibt es noch keins, dessen Richtigkeit sich allgemeiner Anerkennung erfreut.

Indeß läßt sich auch von einzelnen durchgreifenden Maßregeln schon Vieles für das Gesammtwohl erwarten, wenn dieselben nur auf solchen Grundsätzen beruhen, welche durch ihre innere Wahrheit die Ueberzeugung gewähren, daß sie wenigstens ihrem Wesen nach bei jedem vernünftigen Oekonomiesysteme Anerkennung finden werden.

Dergleichen Maßregeln lassen sich auffinden und sind von vorsichtigen Forschern auf dem sozialen Gebiete aufgestellt worden. Unter den in der Anlage beispielsweise aufgeführten Vorschlägen zur durchgreifenden Hebung der arbeitenden Klassen finden sich viele dergleichen.

Einige dieser Maßregeln lassen sich von einzelnen Staaten allein ausführen. Von andern erkennen aber die Vorschlagenden selbst an, daß sie, wegen der dadurch bedingten Vertheuerung der Production und der dadurch begünstigten Konkurrenz des Auslandes, nur dann in's Leben gerufen werden können, wenn die industrietreibenden Staaten sich über die Annahmen derselben vereinigen. Ueberhaupt kann bei dem innigen Zusammenhange, in dem die gesammte europäische Industrie mit einander steht, wohl als unzweifelhaft der Grundsatz aufgestellt werden: daß durchgreifende Reformen auf dem industriellen Gebiete nur unter gemeinschaftlicher Mitwirkung der vorzüglichsten industrietreibenden Staaten in's Leben zu rufen sind, wenn sie gemeinnützlich werden sollen.

Eine solche internationale Vereinbarung ist bisher für unwahrscheinlich gehalten worden, weil man voraussetzte, daß das Interesse der einzelnen Staaten den übrigen gegenüber es nicht dazu kommen lassen würde. In der gegenwärtigen Zeit aber, wo jede intelligente und ehrenhafte Regierung durchgreifende soziale Reformen, wesentliche Verbesserung des Arbeiterstandes aus innerm Antriebe sich zur heiligsten Aufgabe machen muß, darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden, wenigstens vorläufig die bedeutendsten und vom Proletariat am meisten bedrohten Industrie-Staaten Europa's: England, Frankreich, Deutschland und Belgien dazu zu vermögen. Das Interesse der Selbsterhaltung muß sie geneigt dazu machen. Die Hoffnung des Gelingens erscheint aber auch um so begründeter, als durch eine solche Vereinigung das Konkurrenz-Verhältniß zwischen diesen 4 Staaten selbst gar nicht alterirt zu werden braucht, sondern lediglich eine Verbesserung des Arbeiterstandes erzielt werden soll. Denn es liegt auf der Hand, daß, wenn durch die Einführung dieser oder jener Maßregel die Produktion vertheuert, mithin der Preis der Waaren erhöht würde, dieß den Producenten des einen Landes gleichgültig sein kann, wenn sie sicher sind, daß dieselbe Maßregel auch die Producenten des konkurrirenden Landes trifft.

Sind aber England, Frankreich, Deutschland und Belgien einig, so besitzen diese genügende Mittel, auch die minder wichtigen Industrie-Staaten Europa's zum Anschluß zu vermögen.

Es wird sich hiernach der Vorschlag rechtfertigen:

1) daß die preußische Regierung entweder nach vorgängiger Verständigung mit den übrigen deutschen Regierungen, oder auch direkt auf diplomatischem Wege bei der englischen, französischen und belgischen anfrage, ob sie geneigt sei, auf eine solche Vereinbarung einzugehen;
2) daß im bejahenden Falle ein Kongreß von Sachverständigen aus den vier Staaten zur Berathung über die zu treffenden gemeinsamen Maßregeln zusammentrete, und das Resultat ihrer Einigung durch die gesetzgebenden Gewalten der vier Staaten zur Ausführung gebracht werden;
3) daß im Falle der Ablehnung die preußische Regierung den

Digitized by Google

beabsichtigten Zweck und die zu dessen Verwirklichung gethanen Schritte auf geeignete Weise dem Urtheil der Presse und der öffentlichen Meinung unterbreite.

Der Vorschlag ist an sich nicht einmal ein außergewöhnlicher. Hat man nicht zur Lösung großer und schwieriger politischer Fragen bisher stets den Weg eines internationalen Kongresses eingeschlagen? Warum sollte ein gleicher Weg verworfen werden bei einer sozialen Frage, deren internationaler Charakter unbestritten und deren Lösung wichtiger, als die der bisherigen politischen Kongreßfragen ist? Wer die Idee eine abenteuerliche nennen will, weil sie nur ist auf dem sozialen Gebiete, der mag daran erinnert werden, daß vor kurzer Zeit die Idee eines deutschen Parlaments und einer deutschen Reichsgewalt ebenfalls noch in das Gebiet abenteuerlicher Träume zu gehören schien und gegenwärtig demnach in's Leben getreten ist.

Andere werden an der Möglichkeit der Ausführung verzweifeln. Ihnen sei erwidert, daß einzelne der vorgeschlagenen Maßregeln auch im Auslande längst als nothwendig und heilsam für den Arbeiterstand anerkannt, aber den Fabrikanten aber aus dem einzigen Grunde bekämpft worden sind, weil sie wegen der dadurch vertheuerten Produktion der Konkurrenz des Auslandes unterliegen müßten; (es mag hier nur an die englische 10 Stunden-Bill, an die Aufhebung der Kinder-Arbeit in den Fabriken u. s. w. erinnert werden.) Man mache dergleichen Maßregeln zu allgemeinen und der Vorwand der Fabrikanten fällt fort. Jedenfalls wird wenigstens einiges Ersprießliche als Resultat aus dem angeschlagenen industriellen Kongresse hervorgehen, wäre es auch nur der erste praktische Versuch desjenigen Verfahrens, welches bei Lösung der allgemeinen gewerblichen Fragen künftighin nothwendig einzuschlagen sein wird. Denn über kurz oder lang wird und muß eine internationale Vereinigung, wie sie hier vorgeschlagen, das allgemeine Losungswort werden und die öffentliche Meinung wird wenigstens den Versuch einer solchen gebieterisch fordern. Kommt sie aber wirklich zu Stande, so lassen sich die Erfolge, welche der Civilisation daraus erwachsen müssen, kaum ermessen. (Anl. s.)

Deutschland.

Ratibor, 28. Sept. In Schlesien scheint die Entrüstung über Lichnowsky's trauriges Ende noch größer und allgemeiner zu sein, als man erwarten konnte. Einem längeren Aufsatz aus Ratibor vom obigem Datum in der Schles. Ztg. entnehmen wir folgende Stelle: „Ein Abgeordneter Preußens, der in der freien Stadt Frankfurt an dem Aufbau des einigen Deutschlands nach seinem besten Wissen und Gewissen thätig arbeitete; ein freier und offener Mann, ausgerüstet mit dem Vertrauen der Mehrheit des hiesigen Kreises, der ihn gewählt; ein unerschrockener Kämpfer, dessen Ansicht obendrein noch die der Mehrheit war, ist auf eine Grauen erregende Weise umgebracht worden. Es bedarf nunmehr keiner weiteren Schlußfolgerungen, es genügt, dieß zu wissen, um der zur Zeit unbekannten Veranlasser und schändlichen Thäter dieses ganz Deutschland und dessen zu begründende Einheit in der traurigsten Blöße hinstellenden Ereignisses der wohl verdienten Verachtung Preis zu geben. Selbst wenn es den Verächtern der wahren Freiheit und den feigen Rittern, die nur mit geschlossenem Visir zu fechten verstanden, gelingen sollte, unentdeckt zu bleiben, nimmer werden sie der gerechten Strafe entgehen, sie wird, sie muß sie früher oder später treffen. Hier, wo der Fürst Lichnowsky zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt worden ist, wird sein und seines Leidensgefährten schreckliches Ende innig bedauert und herzlich beklagt. Diejenigen selbst, die unserem Abgeordneten in Frankfurt nicht hold waren und in freimüthiger Offenheit dieß jüngst auch in einem Mißtrauensvotum ausgesprochen haben, sind dem ohngeachtet über die Ermordung des Fürsten empört. Es wird zwar erzählt, daß hier und da ein Wahlgefallen mit diesem betrübenden Ereigniss sei kundgegeben worden; indessen ich, der ich so viel herumkomme, habe auch nicht die leiseste Andeutung eines solchen Urtheils vernommen. So viel aber weiß ich, daß die, welche dem Fürsten näher standen oder irgendwie mit ihm in größerer Berührung waren, fast untröstlich sind. Die Beamten der Wilhelmsbahn, (der Fürst war Urheber und Chef der Bahn) geben auch äußerlich ihren innern Schmerz um den geliebten Todten dadurch kund, daß sie Flor angelegt haben. — So eben erfahre ich, daß eine in starken Worten abgefaßte Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt umhergehe, wonach der Abgeordnete zurückgefordert, resp. die größtmögliche Rache an den mittelbaren und unmittelbaren Mördern desselben verlangt wird." Hierzu bemerkt die Reb. der Schles. Ztg.: „Nach unserem Dafürhalten müßte eine solche Adresse von ganz Schlesien ausgehen. Sie müßte nicht unmittelbar an die Nationalversammlung, sondern an die Abgeordneten der Provinz, gleichviel, ob diese der rechten oder linken Seite angehören, gerichtet sein, und diese auffordern, durch einen öffentlichen Akt, der Nationalversammlung die Entrüstung der Provinz auszusprechen und zugleich den Abscheu ausdrücken, welchen Schlesiens Abgeordnete über eine That empfinden, welche die Ehre der Nation befleckt hat. — Der Berg-Blömsche Antrag war für die Nationalversammlung von Berlin der richtige Ausdruck; für die Nationalversammlung von Frankfurt a. M. muß dieser Ausdruck stärker sein. Man wird hiergegen nicht einwenden dürfen, daß eine Wechselwirkung zwischen Wähler und Abgeordneten überall nicht bestehe. Sie besteht mindestens durch die Praxis der Mißtrauensvoten, wie unsere demokratischen Freunde gern bezeugen werden." — Herr Damherr Heidr, Lichnowsky's Stellvertreter, geht Montag nach Frankfurt ab.

†**Posen**, 2. Okt. Agitationen um Agitationen in der Stadt und auf dem Lande; glücklicher Weise sind sie unblutig. Sie werden gesteigert durch den offenen Sieg des Staatenthums im Oesterreichischen drüben, welches für ein einiges Kaiserthum bald sein Haupt gegen Frankfurt erheben wird. — Auch hier ist nunmehr die Politik der Polen eine falsche geworden. Sie sind plötzlich wieder „Unterthanen der Krone Preußen," verlangen als solche Schutz gegen die Anmaßung des Frankfurter Parlaments und dringen bei'm Berliner Reichstage auf Aufhebung der Beschlüsse vom 27. Juli, welche die Abgrenzung der Nationalitäten in Posen sanktionirten. In den östlichen Kreisen cirkulirte unter den Polen in diesem Sinne eine Adresse, welche also schloß: „Ein hoher Reichstag möge den Frankfurter Beschluß nicht zur Anwendung bringen, vielmehr die von Sr. Majestät dem Könige durch die Kabinetsordre vom 24. März zugesicherte Reorganisation des Großherzogthums Posen, wie auch die durch das Okkupationspatent von 1815 versprochene polnische Nationalität auf das ganze Großherzogthum ausdehnen und vollstrecken lassen." Unter'm 24. Sept. haben dagegen die Bewohner von Deutschposen eine energische Adresse an das Staatsministerium gerichtet, welche dem prinzipiellen Schwanken der Regierung die unseligen Wirren zuschreibt, und die Ausführung des Frankfurter Beschlusses vom 27. Juli und Feststellung der Abgrenzung als eine Pflicht derselben bezeichnet, der sie sich nicht hätte so lange entziehen dürfen. — „Wenn das abgetretene Ministerium, (so heißt es dann), sich von den Beschlüssen der preußischen Reichsversammlung abhängig machte, so verrieth es dadurch nur seine Ohnmacht, das Gebiet seiner Obliegenheiten scharf gegen die Befugnisse jener Versammlung zu begrenzen! ... Wir stellen daher an Ein hohes Staatsministerium das dringende Verlangen: es möge dasselbe nunmehr schleunigst, gemäß dem Beschlusse der deutschen Nationalversammlung vom 27. Juli, die Demarkationslinie in der Provinz Posen festsetzen und ohne Verzögerung die durch ihre Ausführung bedingten Verwaltungsmaßregeln in's Leben treten lassen."

Altona, 2. Okt. Der Kommissär der Centralgewalt, Hr Franke, ist vorgestern hier von Berlin angekommen. Er bringt, wie wir hören, Nachrichten mit, die eine baldige Ausgleichung in Betreff der Zusammensetzung der nach Art. VII. des Malmöer Vertrags zu errichtenden Regierungs-Kommission für Schleswig-Holstein in Aussicht stellen. Die provisorische Regierung wird, wie wir vernehmen, der Landesversammlung darüber Vorlagen machen, die sich auf die von den beiden Reichs-Kommissarien (Stedtmann ist am 29. Sept. in Rendsburg angekommen) gemachten Eröffnungen beziehen. Als Candidaten für die Präsidentschaft nennen Einige Beseler (?), Andere den Landvogt Jensen von der Insel Sylt. Als Mitglieder der Kommission werden Gen. v. Bonin, Gr. Reventlaw Jersbeck, Landvogt Boysen und Amtmann Heintze, von Andern statt der ersten beiden die H. Preußer und Prehn genannt. (B. H.)

Frankfurter Börsenbericht.

5. Oktober.

Auch an der heutigen Börse war der Umsatz unbedeutend und die meisten Fonds angeboten. Nur in 4½ Würtemb. wurden einige Einkäufe zu höhern Preisen ausgeführt.

5% Met. 72½ Brief, 2½ ditto 37¾ Geld, Bankaktien — fl. 500. Laasr —, fl. 250. ditto —, Bad. fl. 35. Laase 25¾, Hess. Rthlr. 40 Laosr 25 Geld, Paln. fl. 500 Loasr —, Friedr. Wilh.-Nordbahn 42 à ⅛ Geld, Berbach 76⅝ à ¾, 3% inländ. Spanier 18 Geld, 4½ Würtemb. 92⅛ Geld.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Elwer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Kleyandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürst. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 270. **Frankfurt a. M., Freitag 6. October.** **1848.**

Uebersicht.

Preußen und die deutsche Einheit.

Deutschland. Frankfurt (Nothwendigkeit des Zusammenhaltens der Parteien. Der Antrag Wiesners. Dr. Lidell als Ersatzmann. Die Patrouillen. Zuschrift des Reichsministeriums an die baierische Regierung.) Wien (Die Mörder Lambergs verhaftet. Anarchie in Pesth. Baron Bay mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Bathiany in Wien.) Klagenfurt (Abmarsch des Militairs nach Wien.) Berlin (Sitzung der Landesversammlung vom 2. October. Saucratismus. Antrag auf Kräftigung der Centralgewalt angenommen. Interpellation von Kosch.) Düsseldorf (Freiligrath freigesprochen.) Halle (Wiedereins nach Teras.) Stuttgart (Sitze des Ministeriums in der Kammer. Reise des Präzeptors Kämelin. Das souveraine Volk in Hall. Meisterrede von Dr. Strauß für die constitution. Monarchie. Budget.)

Großbritannien. (Rückkehr der Königin and Lord Russells aus Schottland. Ankunft der Königin der Belgier. Neueste ostindische Post. Der politische Prozeß zu Clonmel.)

Frankreich. Paris (Wahlen zu Gunsten der ehemaligen dynastischen Opposition. Sitzung der N.-V. Die Finanzen. Tagesbegebenheiten. Urtheile der Journale über die Friedenspolitik.)

Spanien. Neueste Nachrichten.

Börsebericht von Paris (vom 3. October.)

---

6. October.

Das Verhältniß Preußens zur deutschen Einheit und zur Centralgewalt insbesondere wird als die Lebensfrage unserer politischen Zukunft mehr oder minder einsichtig, mehr oder minder lebhaft von Allen erkannt und empfunden, und zieht darum ebensowohl allen politischen Unverstand, Haß, Leidenschaft und Galle, wie die Sorge der Patrioten und die thätige Aufmerksamkeit aller politischen Künstler und Adepten on sich. In der großen Opposition, die sich Preußen gegenüber lagert, durchkreuzen sich wunderbarlich der Haß gegen Absolutismus und Königthum, der Eifer für verschiedene politische Systeme, die Eifersucht der Stämme, und die richtige Ahnung des populären Bedürfnisses, — daß es hier vor Allem seinen Standpunkt zu bezeichnen und sein Publikum zu wählen gilt. Jenen können wir vorerst ganz kurz bezeichnen als den Standpunkt der Politik, der keine Leidenschaft, und den Standpunkt der deutschen Einheit, der keinen Neid und keine Zwietracht kennt. Was das zweite angeht, so wird nirgends häufiger als hier zwischen Gesinnung und Verfahren der Regierung und des Volkes ein Unterschied gemacht. Damit begnügt sich der beschränkte Radikalismus, der in Regierungen und Kabinetten und allein in ihnen den bösen Feind und alles Uebel sieht; damit bedeckt sich der Haß, der auf Trennung und Zwietracht ausgeht; damit täuschen sich die redlichen und kurzsichtigen Freunde der Einheit. Wir haben uns schon erklärt, daß wir im Wesentlichen diesen Unterschied nicht für begründet halten. Gerade das Volk der älteren preußischen Provinzen weiß am wenigsten von Deutschland, denkt am wenigsten über die Grenzen des eigenen großen Staates hinaus, während die strenge Einheitsbestrebung am lautesten von den anmaßlichen Vertretern des sogenannten „Volkes" in Berlin und den Rheinprovinzen proklamirt wird. Hier, wie in eingeschränkten reactionär gestimmten Kreisen des Adels, Militärs und Beamtenthums, wird die dumpfe, unaufgeklärte Stimmung des Volkes zu eigensüchtigen, der Einheit fremden Zwecken vorgeschoben und mißbraucht. Wir gehen weiter hindurch und wenden uns on die gesunde Wahrheit der Gebildeten in Preußen, die das Volk im Sinn und Interesse der Wahrheit zu bestimmen und aufzuklären geeignet ist, und am Ende über das Schicksal und die Regierungsweise eines jeden Staates entscheidet. Wir setzen bei ihr, König und Landesversammlung voron, den maßgebenden Gedanken der deutschen Einheit und den redlichen Willen voraus, die preußischen Geschicke mit den deutschen für alle Zukunft zu vereinigen. In diesem Sinne sollen die folgenden Betrachtungen über Mittel und Wege zum Ziel zunächst gemeint und geschrieben sein.

Von dem Punkte an, wo Preußen zum ersten Höhepunkt seines politischen Wachsthums gelangt war, gebot ihm eine niemals ganz verkannte politische Nothwendigkeit, seine Kräfte mit den deutschen zu vereinigen und zu verstärken, sowohl durch eine gleichmäßige mustergültige Entwicklung der innern Zustände, als durch die Initiative einer für beide Theile förderlichen und erhebenden Politik. Beides trof zusammen in den Zeiten, da Preußen zugleich groß und in Deutschland populär war, unter Friedrich II. und in den Befreiungsjahren von 1807 — 15; in beiden Fällen wurden die entgegenstehenden Hindernisse, die große Ungleichheit der innern Zustände, die Opposition gegen den alten Reichskörper, und die französischen Einwirkungen ouf die Rheinbundsstaaten, glücklich und mit der ganzen Kraft einer zeitgemäßen, groß, kühn und eigenthümlich ergriffenen Idee überwunden. Auch später wurde dieser Grundgedanke nicht ganz verloren, aber alle Schritte waren entweder vereinzelt oder falsch, und der Riß wurde weiter statt sich zu füllen. In dem Moment, wo Preußen an einer entscheidenden Entwicklung seines politischen Lebens stand, trat die deutsche Zeitung in's Leben, und ließ forton keinen Knotenpunkt jener Entwicklung vorüber, ohne auf den Vereinigungspunkt mit Deutschland warnend, mahnend und ermunternd hinzuweisen. Ihr antwortete eine Gegenbewegung in Preußen, über die unser oft abgegebenes Urtheil feststeht, wenn auch noch mancher wichtige Aufschluß zu erworten bleibt. Der Hauptunterschied zwischen diesen und unsern Bestrebungen bestond in der Heimlichkeit und der Offenheit, in der Verkennung und in der treuen Beachtung der öffentlichen Meinung. Die großen Bewegungen dieses Jahres thaten auf einmal ein weiteres Feld auf und boten wiederholte große Momente, wo es für Preußen an der Zeit wor, die lang angewachsene Versäumniß mit einem Male nachzuholen. Jeden dieser Momente begleitete ein preußischer Schritt, und stets ein falscher, unzeitiger, unvollendeter, das Gegentheil der wohlgemeinten oder auch kühn angelegten Absicht bewirkender. Jedes Mißlingen schien die historische Nothwendigkeit des Verhältnisses, und die Ohnmacht zu seiner Verwirklichung von Neuem aufzudecken; jedes ließ Deutschland und Preußen in einer traurigen, hoffnungsarmen Lage zurück, für die sich die öffentliche Stimme on Preußen hält. Was die bewußte verdienstliche That im rechten Moment vollbringen konnte, das ist jetzt der langsamen, verdienstlosen, gefahrvollen Entwicklung der Dinge überlossen; die Verhältnisse haben, wie es der Unstern dieser Zeit ist, über die Menschen, nicht die Menschen über die Verhältnisse obgesiegt.

Die preußische Regierung selbst hat seit einiger Zeit, gleichsom durch das stete Mißlingen erschöpft, richtiger wohl durch die inneren Zustände in Anspruch genommen und gedrängt, eine passive Stellung eingenommen. Rechtlich betrachtet ist diese der deutschen Gesammtheit gegenüber die Stellung jedes Einzelstaates; Preußen unterstützt mit seiner Bundeshülfe die Centralgewalt,

Digitized by Google

und ist daneben, als größter der Einzelstaaten, vorzugsweise thätig für Ordnung und Wahrung ihres rechtlichen Verhältnisses zum Ganzen. Faktisch betrachtet aber mischt sich das materielle Gewicht und die hergebrachte Existenz als Großmacht störend ein, wie am besten der bekannte Ausdruck besagt (möge er nun wirklich gebraucht worden sein oder nicht): Preußen wolle das Schwert des Reiches sein. Das ist freilich Unterordnung und gemeinnützige Antheil am Ganzen; aber es ist doch etwas Besonderes, ein abgesondertes Reichsamt für das doch auch andere da sind, mehr an die Verfassung des alten Reichs, als an den modernen Bundesstaat erinnernd, in dem, wenn auch Kraft und Fähigkeit zur Leitung verschieden, doch die Art der Verpflichtung für alle gleich ist. Diese Zweiseitigkeit fühlt die öffentliche Meinung wohl, und macht sich in einem Strom von Anklagen Luft. Zurückhaltung, böse Wille gegen die Centralgewalt, Beharren in einer Sondereristenz als Großmacht, passives Abwarten der Dinge, die da kommen sollen, ohne redliches Eingehen in die deutschen Geschicke, wie sie auch kommen mögen: das sind noch die mildesten Vorwürfe. Man fordert die offene ehrliche Anerkennung der Centralgewalt, ja man beklagt sich, daß Preußen nicht längst durch einen Akt großer Politik sich thatsächlich an die Spitze Deutschlands gestellt habe. Was dieß betrifft, so dürfte man freilich fragen, wann diese Ankläger Preußen irgend ein Entgegenkommen bewiesen? und ob sie nicht einen solchen politischen Handstreich Preußens als die ärgste Gewaltthat würden aufgenommen haben? Indeß kann auch der eifrigste Freund und Vertheidiger Preußens sich beruhigen und belehren an dem unfreiwilligen Geständniß dieser Tadler, die nach ihrer Theorie von der centralen Allgewalt mit der gegenwärtigen Stellung Preußens eigentlich vollkommen zufrieden sein müßten, wenn nicht die instinktive Ahnung eines solchen Verhältnisses, und mehr noch das Gefühl der preußischen Macht, sie unwillkürlich bewegte, und zunächst grundlose, die rechte Spur nicht treffende Befürchtungen erzeugte.

Sollen wir nun über die Stellung Preußens unsere eigene Meinung sagen, so brauchen wir kaum zu versichern, daß wir in die obigen Anklagen nicht einstimmen und dafür durchgängig jeden Beweis vermissen. Aus dem früheren Mißlingen, aus der Uebergehung Preußens bei Errichtung der Centralgewalt, aus der inneren Gefahr seiner Zustände, ergibt sich seine Haltung wie die gegenwärtige so naturgemäß, daß man keine besondere Absicht, und am wenigsten eine böse, zur Erklärung aufzusuchen nöthig hat. Wenn Preußen nicht durch die Hinterthüre zu dem Platz gelangen will, auf den es rechtlich nicht gestellt worden, so ist das mehr ein Lob als ein Vorwurf. Die Centralgewalt hat Preußen anerkannt, wie die meisten Staaten es gethan haben, faktisch, durch Verkehr mit ihr, durch Ernennung eines Bevollmächtigten, durch Leistung von Bundeshülfe bei jeder Anforderung. Ein Mehreres zu verlangen, scheint uns gegenwärtig kaum gerecht. Zur Zeit eines aktiven, völlig ungehemmten Zustandes wäre es ein Akt großer und edler Politik; im gegenwärtigen Augenblick der Passivität und innern Hemmung ein Akt der Unfreiheit, den wie,i n selbsteigenem Interesse der deutschen Einheit von Preußen nicht gethan wünschen. Wir können uns nicht überwinden, in solchen Dingen das abstrakte Richtmaß der Theorie allein anzulegen und die natürliche Macht der Verhältnisse ganz aus den Augen zu setzen. Politisch betrachtet dagegen, halten wir die Stellung Preußens allerdings für falsch, gefahrvoll und nue unter einer Bedingung haltbar. Der politische Widerspruch entsteht daher, daß die öffentliche Meinung gebieterisch fordert, daß die Centralgewalt, auf eigenen Füßen stehend, eine eigene Politik verfolge, während die Staatsweisheit nicht minder gebieterisch zu verlangen scheint, daß sie an die preußische Politik sich anschließe und von ihr sich niemals trenne. In diesem Dilemma scheint es nur einen Ausweg zu geben. Die Politik Preußens als selbstständige Großmacht hat nie viel zu bedeuten gehabt; sie war eine aufgelegte Last, die mit wahren Opfern an Macht und Interesse getragen wurde. Im Augenblick einer schweren, weitaussehenden inneren Krisis wird dieß Verhältniß sich am wenigsten ändern. Dagegen ist in Frankfurt eine neugeschaffene, in Geschäften unverwickelte, von keiner Tradition gehemmte, gerade durch ihre Land- und Leutlosigkeit über innere Krisen erhobene Gewalt, die nur des politischen Gewichtes und eines Platzes im Staatensystem bedarf, um eine deutsche Politik von anderer Natue und besserer Zukunft als die sinkende Großmachtspolitik zu schaffen. Was sie bedarf, kann Preußen ergänzen, indem es seine strategischen und staatsmännischen Kräfte, die an seinen größeren Verhältnissen sich bildeten, die es nicht einmal nach Werth und Würdigkeit gebrauchte, nach Frankfurt gleichsam leiht und die Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten dorthin überträgt. Die Schrift „Frankfurt und Berlin" hat dieß näher ausgeführt, und gerade die bedeutendsten Staatsmänner Preußens scheinen sich dieser Ansicht zuzuneigen. Es würde dadurch ein Zustand geschaffen, in dem keine Kraft müßig und gehemmt, oder am unechten Platze wäre; die Centralgewalt, gestützt nach innen durch das allgemeine Vertrauen und die Blüte der politischen Talente, nach außen durch das verbundene Ansehen Deutschlands und Preußens, wäre im Provisorium und im einstigen Definitioum stark genug, um freien Raum zu schaffen für die innere Reformirung der Einzelstaaten und die Entfaltung des Nationallebens, die nach ihrer gegenwärtigen Tendenz zur vollen Verschmelzung der Interessen und Vereinigung der Gemüther führt, also zur Lösung der gegenwärtigen Bewegung, zum wahren Definitivum, das sich leicht politische Formen schafft. Preußen zumal könnte sich der Lösung seiner innern Krisis widmen, um sie zum entscheidenden Vorbild für ganz Deutschland an's Ziel zu führen, das auch kein anderes ist, als die innere Gleichstellung seiner Zustände mit den gemeinsamen deutschen. Es wäre der gleiche Fall wie 1807 und die folgenden Jahre, wo Preußen seine Isolirung noch härter büßte, wo es den Rest auswärtigen Ansehens nicht befreundeten Händen hingab, sondern an eine feindliche Macht verlor — um innerlich zu erstarken und dann mit dem befreiten Deutschland sich zu verbinden. Die Zeiten der That werden kommen wie 1813; mögen sie nue ein geläutertes vereinigtes Deutschland finden!

Deutschland.

ð **Frankfurt**, 5. October. Am Schlusse des Aufsatzes, der an der Spitze dieses Blattes vom 3. d. M. steht und in welchem Grundsätze aufgestellt sind, von denen wir wünschen, daß sie „leitende" aller „deutschen Zeitungen" werden möchten, wird besonders noch hervorgehoben, daß die Bestrebungen der Vaterlandsfreunde nicht auf Herstellung einer „formalen und zwingenden Einheit," sondern vielmehr auf eine wahee und innere Einigung der Geister gerichtet sein möchten. Wie stimmt nun mit diesem letzten Ziele die parlamentarische Thätigkeit und Handlungsweise der Volksvertreter in dee Paulskirche zusammen? Die deutsche Zeitung selbst gibt uns hierüber, augenscheinlich aus den besten Quellen, hinreichenden Aufschluß. Wir sehen, daß sich die sogenannte „Majorität" der Nat.-Versammlung in verschiedene Hauptparteien zerlegt, welche selbst wieder in mannigfaltige Unterabtheilungen zerfallen; man bezeichnet den Klub des Casino, des Landsberg, des Würtemberger Hofs, der Westendhalle, und stellt wiederum weitere Spaltungen als schon eingetreten oder nahe bevorstehend in Aussicht. Darf man aber hoffen auf diese Weise den Anforderungen genügen zu können, welche die kritische Lage des Vaterlandes im gegenwärtigen Augenblicke gebieterisch erheischt? Daß die Ansichten einer so zahlreichen, aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzten Versammlung bei den Gegenständen auseinander gehen, die denselben jetzt vorliegen, wir meinen die verschiedenen Paragraphe des Artikels VII der Grundrechte wird wohl Niemanden Wunder nehmen. Ist aber in diesem Augenblick die Berathung, die Beschlußfassung über diese Gegenstände die Hauptaufgabe für die deutsche National-Versammlung? Muß sie nicht ein höheres Ziel in's Auge fassen, die Erhaltung, die Rettung des Vaterlandes? Wo sich die Lage der Dinge so laut, so unzweifelhaft kund gibt, sind weitere Worte vom Uebel. Gebieterisch fordert dee Augenblick das feste Zusammenschließen und Zusammenwirken der Kräfte aller Besonnenen, die nicht auf Auflösung, Verwirrung und Umsturz hinarbeiten. Lernen wir doch vom Feinde! Wie Ein Mann steht die Linke, hält nicht viel Federlesens mit subjectiven Ansichten und Wünschen der Einzelnen, so oft ihr Lebensnerv berührt wird; in geschlossener Phalanx, ohne Schwanken hinüber und herüber, instinktartig wirkt sie auf das Ziel los, das ihr unverrückt vorgesteckt ist. Und die Gegner der Linken, deren Zahl ohnzweifelhaft die größtee, können keine parlamentarische Majorität entgegenstellen? Die jüngste Vergangenheit zeigt, daß sie es weder in den wichtigsten noch bei unbedeutenderen Fragen zu thun im Stande waren; weder in der dänischen Waffenstillstandssache, noch bei Gelegenheit der beabsichtigten Ansprache an das deutsche Volk. Diese letzte Niederlage dee „Majorität" hat bei allen Vaterlands-

Digitized by Google

freunden, die nicht in der Paulskirche sitzen, den schmerzlichsten Eindruck gemacht, der auch durch die nachträglich aus dem Schooße der Versammlung gegebenen Erklärungen nicht gemildert werden konnte. Der Muth sinkt auch den Besten. Nur wo eine frische jugendliche Begeisterung den reifern Mann noch erfüllt — wie denken an Freunde wie E. M. Arndt — kann man neuen Entschluß fassen, sich verjüngen, aus der Niederlage erwarten neue Kräfte zu schöpfen, und am Grabe großer Hoffnungen die Fahne der Hoffnung aufpflanzen. Noch sind auch wir nicht ohne Vertrauen, ohne Hoffnung. Wir können sie aber nur in dem Gedanken finden, daß die furchtbaren blutigen Lehren, die in den letzten Ereignissen liegen, die große Mehrzahl der Männer in der Paulskirche bestimmen werden, von dem bisher befolgten Systeme abzustehen. Sie müssen, bevor es zu spät wird, einsehen lernen, daß selbst für die Erreichung der Particular-Zwecke der verschiedenen Klubs Ein Weg nur noch möglich ist. Staatsmänner — und dieß sollten doch wohl die Männer zu sein sich bestreben, die uns den neuen Staat bauen sollen — müssen über die großen Fragen sich verständigen, einigen, nur das unter gegebenen Verhältnissen Mögliche und Ausführbare anstreben, Jeder bedenken, daß er zur Verwirklichung seiner Wünsche des Mitwirkens aller Andern bedarf, mit Einem Worte, es muß sich eine feste Partei herausbilden, die nicht wankt noch weicht, unzersplittert und unerschüttert zusammenhält, wenn feindliche Gewalten an den Grundpfeilern, die unsere Zukunft tragen sollen, rütteln oder sie untergraben. Diese Partei muß sofort nicht Württemberger Hof, nicht steinernes Haus, und was dazwischen und darum liegt, nicht Landsberg, nicht Kasino heißen; H. v. Gagern sei der Schwerpunkt, v. Vincke und Jordan aus Berlin die „Aeußersten", das Reichsministerium Schmerling das Organ derselben, den Namen trage sie von ihrer ersten That, von ihrem ersten Erfolge.

† **Frankfurt**, 5. Okt. Kaum hat sich die Nat.-Versammlung von den Erschütterungen der letzten Wochen erholt, kaum begann sie, jene ernste und feste Haltung wieder einzunehmen, die sie früher charakterisirt hatte, als auch tausendfache Versuche gemacht wurden — in ihrer Mitte selbst — um ihre Würde zu untergraben. — Heute geschah das Aeußerste, was in einem Parlamente geschehen kann, ein frecher, höhnischer Antrag zweier seiner Mitglieder bezweckte seinen Charakter in den Augen der Nation auf's Schimpflichste zu verdächtigen. — Wen hätte ein solches Attentat, das mit herausfordernder Muthwillen, mit Verleugnung jeder Scheu und Ehrfurcht vollbracht wurde, nicht empören sollen? Der edle Unwille wurde aber zuerst in dem Manne laut, dessen Worte so oft die Träger der Gesinnungen und Gefühle der Mehrzahl der Nat.-Versammlung, der Mehrzahl der Nation waren. Er bezeichnete den Antrag bei seinem wahren Namen, „als eine Frechheit". — Diese Bezeichnung aber war unparlamentarisch. Sie war unparlamentarisch, oder gebührte ihr der Ordnungsruf? Darf die Sache in die Versammlung geschleudert werden? das Wort aber, welches sie bezeichnet, darauf verbannt sein? Der Ordnungsruf hätte nicht den Redner, er hätte die die ungeheure Majestät der Versammlung, die dem Worte Beifall klatschte, er hätte alle Diejenigen in der Nation getroffen, die den Schrei einer edlen Entrüstung nicht zurückhalten können, wenn sie unter dem Palladium der Freiheit — das Heiligste der Freiheit preisgegeben sehen. — Unwillkürlich fiel mir bei dieser Scene der Bessel'sche Ausruf ein:

> Es geht ein finst'rer Geist durch diese Zeit,
> Die Freiheit wird von Schurkenhand entweiht.
> Auf, wie ein Mann! Faßt uns mit starken Händen
> Die Buben greifen, die die Heil'ge schänden!

Der Ausspruch der Kommission über diesen Vorfall — er mag ausfallen, wie er wolle — kann einem traurigen und bittern Gedanken seine Wahrheit nicht rauben; dem Gedanken: daß all' Dergleichen, sei es absichtlich hervorgerufen oder nicht, doch dazu dient: die Würde unserer National-Versammlung zu untergraben. —

Wir sehen nach und nach neue Abgeordnete in die Stelle der zahlreich zurückgetretenen anlangen. Unter ihnen bemerken wir auch Dr. Libelt, der für den Geistlichen Jonitzewski (Wahlbezirk Buk-Samter in Deutschposen) gewählt worden ist, um wie Jener gegen die Einverleibung dieser Bezirke zu protestiren. Dr. Libelt hat schon Ende Mai als Abgeordneter des polnischen Comite's zu Posen hier am Orte gewirkt; namentlich auch durch seine begeisternde Rede am 21. Mai in der Reitbahn den hiesigen Arbeiterverein zu einer Adresse an die National-Versammlung zu Gunsten seines Vaterlandes bewogen, und mehrere Proteste mit seinen Landsleuten gegen die posener-deutschen Abgeordneten unterzeichnet. Auf dem Slavenkongresse in Prag, zu dem er sich von Frankfurt aus begab, hat er bekanntlich eine bedeutende Rolle gespielt und einem Ausschusse präsidirt. Ihm wurde namentlich die Abfassung des bekannten Manifestes übertragen. — Gegenwärtig ist er einer der vier Direktoren von der polnischen Central-Liga in Berlin und nimmt überhaupt unter seinen Landsleuten, vermöge seiner hervorragenden Geistesgaben, eine bedeutende Stelle ein. Schon bei dem polnischen Aufstande von 1845/46 war ihm in dem neu zu gründenden Reiche das Amt eines Kultusministers bestimmt gewesen; bei der Erhebung in diesem Jahre aber hat er unter den Polen eine wohlthätige, vermittelnde Rolle gespielt. Er gehörte zu den Amnestirten in Berlin und hatte mit Mieroslawski daselbst das Volk zum Enthusiasmus für Polens Freiheit und Unabhängigkeit hingerissen. Mit Mieroslawski kam er auch bald nach dem 18. März nach Posen, wo er nach Kräften in der Fraktion der gemäßigten Polen den Stürmen der Anarchie entgegenarbeitete, wenn er auch damit nicht durchdrang. Den Deutschen gegenüber, theilte er die übertriebenen Anforderungen seiner Landsleute, welche noch der Suprematie strebten.

✕ **Frankfurt**, 6. Oktbr. Der Belagerungszustand unserer Stadt, welche in den letzten Tagen eigentlich nur den abendlichen Spaziergängern bei den malerischen Bivouacken auf dem Roßmarkt und der Zeile entgegentrat, wurde uns gestern wieder näher gerückt. Starke Patrouillen durchzogen beim Dunkelwerden die Straßen, ohne daß man über die Veranlassung etwas vernehmen konnte. Viele brachten diese Vorsichtsmaßregel mit der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung in Zusammenhang. Wir möchten das Reichsministerium warnen, nichts zu wenig, aber auch nichts zu Viel zu thun. Wir werden uns nächstens darüber aussprechen.

Frankfurt. Das Reichsministerium hat der „Neuen Münchener Zeitung" zufolge folgende Zuschrift an die baierische Regierung erlassen: „Das Reichsministerium hat mit ungetheilter Befriedigung die Erklärung des kgl. baierischen Gesammtstaatsministeriums vom 8. September 1848 empfangen, worin dasselbe die Anerkennung der Centralgewalt und die Bereitwilligkeit, den Beschluß der Nationalversammlung vom 28. Juni d. J. zu vollziehen ausspricht und beifügt, daß die kön. baie. Regierung all ihre Kräfte aufbieten werde, um die Einheit Deutschlands in Verbindung mit dem konstitutionell-monarchischen Prinzip der Einzelstaaten herzustellen, zu befestigen und zur friedlichen Vermittlung der widerstreitenden Interessen auf jede mögliche Weise beizutragen. Das Reichsministerium erkennt in diesen Aussprüchen eine große Bürgschaft für die Gestaltung Deutschlands zu einem großen mächtigen Reiche, es wiederholt die offene Erklärung mit der Zusicherung, daß das konstitutionell-monarchische Prinzip der Einzelstaaten immer gewahrt sein werde; das Reichsministerium ist erfreut, bei der großen Aufgabe, die ihm geworden, der unterstützenden Mitwirkung der kgl. Bair. Regierung sicher zu sein. Frankfurt, 20. Sept. Das Reichsministerium: Schmerling. Peucker. Duckwitz. R. Mohl."

Wien, 1. Oktbr. Einem Berichte aus Pesth vom gestrigen Tage (30. Sept.) früh zufolge verließen alle, welche sich Mittel verschaffen konnten, eilig die Stadt, und flüchteten sich. Der provisorische Ausschuß oder die executive Gewalt hat die Mörder des Grafen Lamberg verhaften lassen. Wie ich soeben erfuhr, haben sämmtliche Offiziere der regulären Truppen in Pesth feierlich erklärt, gegen ihre Kameraden nicht zu fechten. In Pesth herrscht nun vollkommene Anarchie. Die Reichsversammlung will, dem Vernehmen nach, den mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragten Baron Roy nicht anerkennen.

(Allg. Z.)

Ferner meldet die Allg. Z. daß Batthyany und Eötvös, nachdem sie resignirt, in Wien eingetroffen sind. Die Aufregung der Bevölkerung Wiens gegen die Ungarn war seit der Kunde von der Ermordung Lamberg's auf's Aeußerste gestiegen.

Klagenfurt, 19. Sept. Heute Nacht ist alles hier liegende Militär, drei Bataillone, mittels Estafette berufen, augenblicklich nach Wien zu marschiren. (N. W. Z.)

Digitized by Google

** **Berlin**, 2. Oct. Die heutige Sitzung unserer Landesversammlung war unter aller Würde. Solch' unerquickliche Mittheilung mag ich Niemand überlassen. Es liegt ohne Zweifel in unserer preußischen Eigenthümlichkeit, die mich noch nie gelüstet hat zu verleugnen, daß wir nach Außen hin, auch unseren deutschen Landsleuten gegenüber, preußische Fehler und Schwächen eifrig in Schutz nehmen. Sie haben zu St. Paul in Frankfurt das Beispiel vor Augen, wie Preußen ihrer Regierung das Wort reden, der sie daheim vielleicht opponiren würden, wie sie nicht den leisesten Schimpf dulden auf Alles, was preußisch heißt. Und die Wenigen, welche Schimpf dulden, möchten selbst an den Uebrigen Vertheidiger finden, wenn England oder Frankreich sie deßhalb angriffe. So will ich denn nicht, daß mein Vaterland die hohe Versammlung der Vertreter des preußischen Volkes vollends verachte. Es ist wahr, die Versammlung entspricht nicht der Kulturstufe, welche Preußen einnimmt. Das höchst mangelhafte Wahlgesetz des vereinigten Landtags gab eine würdigere Darstellung unseres Volkes, als das allgemeine Wahlrecht. Immerhin ist aber der einzig gültige Ausdruck unseres Stammes gegenwärtig die Versammlung im Konzertsaal, und wer sie schmäht, der beleidigt das preußische Volk. Zwar bin ich dessen gewiß, daß Ihr Berliner Berichterstatter von ebendemselben Gesichtspunkt ausgeht. Doch ein anderer, der hier nicht weniger festzuhalten ist, besorgte ich, wäre übersehen warden. Unter der Würde war die heutige Sitzung im Schauspielhause, unter der Würde, durch die Schuld der äußersten Linken. Ihr Korrespondent ist dieser Sorte nicht hold; ich hege nicht den ehrenrührigen Verdacht, daß er im Entferntesten mit ihr sympathisire. Doch jene preußische Scham, von Preußen Uebels zu reden, hätte vielleicht heute vermocht, daß er über Dinge gelinder urtheilte, worüber nun einmal der Stab gebrochen werden muß. Es geschieht mit äußerstem Widerstreben, aber ich bin zu tief davon durchdrungen, daß die Zeit gekommen ist, unerbittlich zu richten. Wohlverstanden, zu richten. Nicht zu verdächtigen, nicht nachzuforschen und zu verfolgen, sondern nur zu richten, zu richten, was *in flagranti* betroffen wird. Die äußerste Linke mit ihrer Humanismusmaske gerirt sich ja kosmopolitisch. Behandeln wir sie darnach. Hinweg mit diesem preußischen Zartgefühl, das anderwärts am Orte sein mag, nur hier nicht, einer Partei gegenüber, von der wir uns allüberall lossagen müssen, wenn wir nicht unserer Ehre verlustig gehen wollen. Diese Partei ist stets dieselbe; vielleicht zu Wien allein mehr verworren als verderbt; es ist die Partei des politischen Pöbels. Das sind nicht Preußen als solche, welche wir preisgäben, das ist nicht unsere Landesversammlung, unsere Volksrepräsentation, die wir in den Staub zögen, — nein, der Pöbel ist es, den wir preisgeben müssen, wenn nicht unsere Landesversammlung der Vorwurf treffen soll, welcher allein der Reaktion gebührt, über deren unwürdigen Häuptern die Büsten eines Beethoven und Mozart thronen, wenn nicht unsere Volksrepräsentation im Ganzen als mitschuldig dessen in Deutschland gelten soll, was der Auswurf unseres Volkes intra muros et extra täglich verbricht und sündigt. Entnehmen Sie dem Folgenden, wie die immense Majorität unserer Versammlung unschuldig ist an den Unanständigkeiten eines Grebel, eines Brill, eines Jung und Genossen. Wenn ich von dieser politischen Parthei spreche, so liegt es mir ob, mit dem tiefen Bedauern, daß Männer, wie Jakoby, Waldeck, mitunter sogar Phillips, Bucher durch ihre Abstimmungen sich in Nichts von jenem Pack unterscheiden, ausdrücklich und pflichtgemäß zu gestehen, daß die letztgenannten Männer, welche besserer Gesellschaft werth wären, nicht von Weitem darunter miteinbegriffen sein sollen.

Grabow, wieder genesen, führte den Vorsitz. Zum Glück. Denn was wäre dießmal entstanden unter des weniger geübten und nach Links etwas parteiischen Phillips, oder gar unter der ungelenken und sehr parteiischen Leitung Waldeck's? Grabow ist ein ganz ausgezeichneter Präsident. Ich will ihn nicht mit Gagern vergleichen. Er verhält sich zu ihm, wie ein Niederländer zu einem Tizian. Aber in gewisser Beziehung ist sein Präsidium noch anerkennenswerther. Grabow, der liberalste Abgeordnete Brandenburgs auf dem Landtage, gehört mit den Auerswald, Hansemann, Milde, zur Rechten und stimmt durchgehends mit der Rechten. Nichtsdestoweniger steht er in hoher Achtung bei seinen Gegnern und es ist auch der Chikane nicht gelungen, ihm Parteilichkeit vorzuwerfen, was er heute wieder glänzend bewährte. Auch Grabow wird monatlich wieder gewählt. Das letzte Mal entzog ihm die äußerste Linke ihre Stimmen, weil er am 7. Sept. „gegen die Würde der Kammer gestimmt". Der würdige Mann wurde nichtsdestoweniger erster Präsident.

Zu Anfang der Sitzung ordnete Grabow mit der Versammlung einen Plan zu den kommenden Verhandlungen. Fortan finden sechs Sitzungen wöchentlich statt und es fragt sich, ob die deutsche Zeitung damit zufrieden sein wird? Am Montag und Donnerstag wird ausschließlich die Verfassung berathen, quod Deus O. M. bene fausteque vertat! Dinstag, Mittwoch, Freitag werden die Kammissionsberichte über dringende Vorlagen berathen. Der Sonnabend ist dem Petitionsbericht bestimmt; wenn ich richtig verstanden, sind bis jetzt **11000** Petitionen eingelaufen; ich hatte also nicht unrecht, wenn ich im Januar d. J. die Behauptung aufstellte, der Umstand, daß der Ausschuß nicht **Eine** Petition empfing, sei kein testimonium pauperatis des Volks, sondern die Kundgebung seines Willens, den Ausschuß zu desavouiren. Vorläufig wird aber das Bürgerwehrgesetz und das sehr ersehnte Jagdgesetz noch vor der Verfassungsberathung absolvirt werden. Abg. Wander verlangte völlige Zurückziehung des Bürgerwehrgesetzes. Sie fragen, aus welchem Lache dieser Wind pfeift? Fast sämmtliche Amendements der äußersten Linken zu diesem Gesetze sind verworfen. Weil die Mehrheit gegen diese Partei war, fall das Gesetz zurückgezogen werden. Von dem Unsinn jener geschlagenen Anträge hat man einen Begriff, wenn man sich der geladenen Kanonen erinnert, welche Jung in seiner militärischen Unschuld zitirte und wobei der Oberst Fischer, welcher jetzt bei Camphausen in Frankfurt ist, auf der Tribüne unwillkürlich die Hände über den Kopf zusammenschlug. Die äußerste Linke schöpft Wasser wie die Danaiden, und, statt die Badenlasigkeit ihrer Politik, zu der sie wirklich auch prädestinirt scheint, einzusehen, eifert sie gegen das Wasser, weil es nur in einem Gefäße bleibt, das einen Boden hat. — Zu den wichtigen Kommissionsberichten, die nun auch in Reihenfolge gebracht waren, gehört u. A. der von dem Ministerium Auerswald nach der Mißhandlung der Charlottenburger Demokraten und ähnlichen Berliner Exzessen eingebrachte Gesetz-Entwurf gegen unerlaubte Volksversammlungen und Zusammenrottungen, der Bericht der Schweidniger Kammission, der Entwurf über Ersatzpflicht der Gemeinden bei Aufläufen, Schäden ꝛc. Der Abg. Jung war gegen eine definitive Aufstellung einer Reihenfolge. Es wären wichtigere Vorlagen, welche die Central-Abtheilung noch nicht berathen und die sonst abgeschnitten würden, z. B. sein Antrag auf Pensionirung der Märzkämpfer. Jung gerirt sich auf der Rednerbühne sehr kamisch; er thut so gewaltig wichtig und flattert dabei, wie wenn er eine fremde Sprache redete. So lachte man auch diesmal bei seinem Pathos. Er verstand das Lachen aus natürlicher Eigenliebe nicht, bezog es auf die Märzkämpfer, begann der Rechten zu drohen, wie neulich Ester, der ihr am Freitag mit den Worten: „die Zeit kommt, wo Sie nicht mehr lachen werden", das Schicksal Auerswald's und Lichnowsky's vorzuhalten schien. Doch Jung zürnte verstohlener: „die Revolution scheint Ihnen sehr fern zu liegen".

Für den Antrag Jung's, keine Reihenfolge festzusetzen, erhob sich nur die äußerste Linke. Dagegen brachte Elsner die Ablösungsfrage in Antrag für die Priorität vor dem Tumultgesetz. Er machte der Versammlung dabei den unverschämten Vorwurf, daß sie sein kommunistisches Amendement, für das nur die äußerste Linke mit den Tagelöhnern und meisten Bauern gestimmt, vorgestern verworfen habe. Für die Priorität der Ablösungsangelegenheit verwandte sich eifrigst Milde, der überhaupt in dem, was Schlesiens Wohl und Wehe betrifft, keinen Nebenbuhler zu dulden scheint. Einstimmig beschloß die Versammlung die Priorität. Im Interesse der bevorstehenden rheinischen Weinlese war für die Aufhebung der Weinsteuer Beschleunigung begehrt. Dierschke verlangte Gleiches für die Tabakssteuer und Milde sprach für Dierschke. Die Priorität der Weinsteuer wurde beschlossen. Endlich erhielten nach die „Märzhelden" (so sagte Grabow und mit ihm ohne Kaketterie mit dem Radikalismus in warmer und wehmüthiger Erinnerung an unsere Todten vom März Ihr Korrespondent!) die Priorität vor dem Tumultgesetz. Die Reihenfolge wurde nun definitiv und fast einstimmig angenommen. Auch Hr. Jung schwamm nicht gegen den Strom! — Sie wissen jetzt ungefähr, was in der nächsten Zeit außer der Verfassung und der zu erwartenden

Digitized by Google

Chronique scandaleuse, von der ich heute die Probe gebe, von uns zu erwarten steht. — Der Minister des Innern, Hr. Eichmann eröffnete der Versammlung, daß der Belagerungszustand von Köln noch in dieser Woche sein Ende erreichen werde, und bemerkte dabei, daß laut mündlichen und schriftlichen Nachrichten die Bevölkerung Kölns sich wesentlich erleichtert und befriedigt fühlte. Der Abg. Ester verlas darauf die Bekanntmachung, daß alle Zeitungen außer der Kölnischen Zeitung verboten seien. Schade daß ihm Niemand erwiderte, daß die Rheinische Volkshalle, welche vom 1. Okt. erscheint, auf welche der Kaplan Berg influiren wird, und die eine Opposition gegen die Kölnische Zeitung machen soll, eben so wie die Köln. Ztg. vom Verbot ausgenommen ist. Die Folgerungen zur Ungunst der Köln. Ztg. wären damit weggefallen! — Mit dem Wort „Hohn auf Volksrechte" verließ Ester die Tribüne. — Professor Walter aus Bonn bestätigte die Zufriedenheit der Kölner mit dem Belagerungszustande. Schon gestern hörte ich von rheinischen Abgeordneten das Nämliche. Jung schrie nun dazwischen; „Nur eine demoralisirte Bevölkerung kann sich freuen über einen solchen Zustand." Schade, daß von den vielen Repliken gegen diesen dem größten Theil der Kölner Bewohner angethanen Schimpf keine darauf erwiderte, wie die Zufriedenheit mit dem Belagerungszustand auf einen andern Zustand schließen lasse, welcher dem Belagerungszustand voranging und durch denselben beseitigt wurde; daß aber „ein solcher Zustand," nach welchem der Belagerungszustand als Erleichterung und Beruhigung erscheine, denn doch gräulich gewesen, und ein anarchischer Terrorismus vorangegangen sein muß. An diesem haben die Jung und Ester natürlich nichts auszusetzen. Aber — nur demoralisirte Subjekte können sich freuen „über einen solchen Zustand!" —

Da der Minister bei fortdauerndem Belagerungszustande nicht zu der in Köln nothwendig gewordenen Suspension der Gesetze die Genehmigung des Hauses eingeholt hatte, stellten Berg und Parrisius, der am Freitag in Erwartung dessen die motivirte Tagesordnung durchgebracht hatte, einen darauf bezüglichen Antrag, der auch durch die Prioritätskommission den Vorrang erhielt. Während die Prioritätskommission berieth, kam ein Zwischenantrag zur Verhandlung, der, an sich delikater Natur, durch und durch unbegründet, von dem Antragsteller in wirklich pöbelhafter Weise motivirt wurde. Der Antragsteller war der Abg. Grebel. Er bestritt dem Abgeordneten Rudolph von Auerswald, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Hansemann, Gierke, Kühlwetter, den frühern Ministern, welche nach Auflösung des Kabinets im Staatsdienst geblieben, das Recht, in der Versammlung zu sitzen und zu stimmen und trug auf ihre Entfernung an. Wenn ein Abgeordneter in den Staatsdienst eintritt oder darin befördert wird, hat er sich einer Neuwahl zu unterwerfen. Grebel wollte beweisen, daß der Rücktritt Auerswald's und Kühlwetter's in ihre frühere Aemter als Oberpräsident und Regierungspräsident, die Ernennung Hansemann's zum Chef der Bank, und Gierke's zum Gerichtspräsidenten eine Beförderung sei. Diesen Unsinn bewies Grebel dadurch, daß der Ministerposten jetzt sehr beschwerlich und schwankend, daß jene Stellen bequemer, — daß die finanzielle und materielle Lage besser und indem er namentlich Hansemann's Gehalt mit starker Stimme betonte, bis auf die Entschädigung für Wohnungsmiethe. Ich hätte mögen vor Scham in die Erde sinken. Was werden wir darüber in fremden Blättern lesen! Jener Abgeordnete, im Frack, in weißer Halsbinde trug dies Alles mit frecher Stirn und mit affectirter Aussprache vor. Er hatte sich die Kabinetsordres der Ernennungen zu verschaffen gewußt, las sie sämmtlich vor und stellte, nachdem er auf diese Ernennungen hin die Entfernung der betreffenden Abgeordneten beantragt, in seiner Motivirungsrede als zweifelhaft hin, ob diese Ernennungen nicht ganz ungültig, ob sie kontrasignirt wären, was er leugnete. Nach der Grebel'schen Rede erhob sich Temme und kündigte in seinem und Kirchmann's Namen an, daß beide, welche von dem Ministerium Auerswald durch unfreiwillige Beförderung gezwungen worden wären, sich einer Neuwahl zu unterwerfen, an dieser Verhandlung nicht Theil nehmen würden. Rache ist süß. Temme's Mohrenschädel gewann, als er seinen giftigen Pfeil abschnellte, einen Ausdruck wie der eines schwarzen Katers, wenn er mit der gefangenen Maus spielt. Seine Augen hätten auch im Dunkeln gefunkelt. Nein, so dachte man sich sonst deutsche Männer nicht. Erst unsere junge, unsere schöne Freiheit sollte uns das deutsche Menschenherz als einen Abgrund erkennen lassen. Es war an dem Bruder des Gemordeten, dessen Blut gegen die Partei der äußersten Linken gen Himmel schreit, an dem durch einen gemeinen Menschen im Augenblick tiefgekränkten Manne, daß Temme Rache nahm. Möchte weder zu Münster, noch zu Ratibor dieser Augenblick vergolten werden. Möchte die Geringschätzung, welche die niedrige Gesinnung des Hrn. Temme trifft, seine einzige Strafe sein. Wir wiegen uns jetzt zum eignen Trost in dem Glauben, daß Hr. v. Kirchmann jene Worte, die Temme auch in seinem Namen sprach, nicht über die Lippen gebracht hätte. Nein so gesunken, wie Temme, kann der Verfasser der „Werthlosigkeit" noch nicht sein. Aber seine Schwäche bringt ihn in die Kategorie solcher Leute.

Kirchmann und Temme entfernten sich. Hr. R. v. Auerswald bestieg die Rednerbühne. Die Rücksicht auf seine Wähler nöthige zum Reden, wo er lieber schweige. Er befinde sich im unzweifelhaften Recht, die Stadt Frankfurt an der Oder in diesem Hause zu vertreten. Wäre ihm der leiseste Zweifel gekommen, er würde die Kammer nicht mit seiner Gegenwart belästigt haben. Zugleich mit seiner Entlassung als Minister-Präsident habe er die königliche Weisung erhalten, in sein früheres Amt als Oberpräsident von Preußen zurückzutreten. Ebenso Kühlwetter. Weder Eintritt in den Staatsdienst, noch Beförderung sei bei einem der vier ehem. Minister anzunehmen. Der fetten Erörterung des Antragstellers über das Materielle sei er unvermögend zu folgen. Die Ernennungsordres seien vom Minister-Präsident v. Pfuel kontrasignirt, also gültig. Auch Gierke legte seine Ordre auf den Tisch des Hauses. — Jedes Wort von Auerswald athmete wahre Würde. Hier erschien er mehr als Ministerpräsident, wie vormals am Ministertisch. Aber man merkte; jedes Wort kostete ihm schwere Ueberwindung. Möchte nicht ein tüchtiger und hochsinniger Mann lieber mit einem „Odi profanum vulgus" — das Weite suchen, statt einem Grebel zu antworten? Doch Hr. v. Auerswald antwortete nicht; er sprach. Auf den Antragsteller warf er nur jenen verächtlichen Seitenblick, daß er nicht dessen vermögend sei, was dem Pöbel so leicht fällt. — Die Versammlung bewies Takt genug, jede Diskussion abzuschneiden. Die Betheiligten enthielten sich ihrer Stimmen. Für den Antrag Grebels erhob sich nur der Pöbel der Versammlung, keineswegs die ganze äußerste Linke; die Bessern schämten sich; Jung erhob sich nur zögernd; doch er erhob sich; seine Natur ließ nicht zu, daß er sitzen blieb, während sogar ein Reuter Anstand nahm, aufzustehen. Die ganze übrige Versammlung regte sich nicht. — — der Antrag von Parrisius war von der Prioritätskommission als dringlich erkannt. Der Minister des Innern sagte zu, die nöthigen Vorlagen zu machen und zur Suspendirung der Gesetze die Genehmigung einzuholen, wenn der Belagerungszustand noch fortdauere, der wahrscheinlich aber Mittwoch schon enden würde. Parrisius zog darauf seinen Antrag zurück; der Zweck war erreicht. — — Ester nahm ihn wieder auf. Was sollte das nun bedeuten? — Die Prioritätskommission, trotz ihrer radikalen Bestandtheile, verwarf die Priorität. So stand abermals der Pöbel der äußersten Linken allein. — Es war dem Abg. Brill, einem breslauer Schriftsetzer, vorbehalten, Herrn Grebel wo möglich noch an Brutalität auszustechen. Im niedrigsten Wirthshause führt kaum ein betrunkener Gassenkehrer solche Sprache, wie dieser Mensch auf der Rednerbühne. Er interpellirte den Ministerpräsidenten wegen eines vom kommand. General Schlesiens, Grafen v. Brandenburg, erlassenen Armeebefehls. Die Ausdrucksweise des Interpellanten verrieth den Grad von Bildung, dessen er sich rühmen kann, den Nullpunkt. Von dem Ministerpräsidenten sagte er gleich anfangs: „Er hat nun Zeit gehabt, Erkundigungen einzuziehen!" Vom General Brandenburg sagte er zweimal, wenn auch in Hypothese, daß er sein Wort gebrochen. Welcher Stiefelputzer läßt sich das nachsagen. Aber der Graf Brandenburg, Oberbefehlshaber der Truppenmacht in Schlesien, muß von diesem souveränen Schriftsetzer solchen Schimpf geduldig hinnehmen! Von dem Ministerium, das er interpellirte, sagte Brill ungefähr, was in der Reform zu lesen war. Aber diesen Männern ins Antlitz dies zu sagen, dazu gehörte viel oder — wenn sie wollen, spottwenig! Er sagte, dieses Ministerium sei — „wahrscheinlich" — berufen, einen Staatsstreich zu führen, diese Versammlung mit eiserner Stirn zu ignoriren. Der Minister-Präsident besprach, interpretirte darauf

den Armeebefehl des Grafen Brandenburg. Konstitutionell war die Sprache darin nicht. Aber woher soll unsern alten Offizieren der konstitutionelle Styl kommen? Daß die kommandirenden Generale überhaupt von sich hören lassen, ist an manchen Orten unvermeidlich. Man hat gewöhnlich die Städte im Auge, wenn man diese milit. Maßregeln kritisirt. So sprachen auch hier die Abg. v. Liegnitz ꝛc. Und man vergißt den großen Unterschied von Land und Stadt, und den bei hereinbrechender Anarchie weit bedenklichern Zustand des platten Landes. In den Städten sind die Mittel zur Herstellung der Ordnung gleich bei der Hand. Reißt auf dem Land Anarchie ein, wo der wirksame Schutz des Gesetzes fern ist, dann sind die Folgen unberechenbar. — Herr von Pfuel billigte im Allgemeinen den Erlaß des Grafen Brandenburg in der Art, wie er ihn verstanden wissen wollte. Und daß Graf Brandenburg ihn so verstehen wird, dafür ist Herr v. Pfuel Kriegsminister! — Der Finanzminister v. Bonin antwortete auf die Invektiven Brills gegen das Ministerium. Dieses sei berufen, dem Gesetze Geltung zu verschaffen; es habe sich unerschütterlich fest auf konstitutionellen Boden gestellt, werde nicht um ein Haarbreit davon abweichen und — mit eiserner Stirn der Anarchie entgegentreten. — Es ist betrübt, daß nicht ein Mitglied der Versammlung das Wort ergriffen hatte. Denn, stürze man das Ministerium, — oder, solange es die Regierung des Königreichs repräsentirt, habe man soviel Achtung vor dem Lande, wenn man auch vor sich selbst nicht Achtung zu haben im Stand ist, daß man nicht Interpellationen zu Schmähreden und Verleumdungen mißbraucht. — Der Minister des Innern hatte bei Erwähnung der in Schlesien drohenden großen Unruhen „demokratische" und „anarchische" Bestrebungen zusammengestellt. Ein Pfeilhagel von Angriffen folgte. Der Eine sagte, er sei Demokrat und deshalb gewählt. Der Andere, dem Minister sei der Begriff „Demokratie" noch nicht recht klar. Brill prophezeite, „eine Zeit werde kommen, wo Niemand in diesem Saale sich schämen werde, Demokrat zu heißen." Doppelsinniges Orakel, du redest wahr. Aber nicht wie Brill meinte, als der delphische Gott aus ihm sprach. Die Zeit, möge sie bald kommen; die Zeit, wo Brill und Genossen von diesem Saale fern sind. — Ja, dann ist die Zeit gekommen, wo Niemand in dem Saale sich schämen wird, Demokrat zu heißen. Denn die Gefahr ist dann vorüber, mit einem Brill verwechselt zu werden! Minister Eichmann capitulirte: Als er Demokratie mit Anarchie zusammenstellte, habe er natürlich nicht diejenigen demokratischen Grundsätze gemeint, die in einer konstitutionellen Monarchie ihren Platz finden. — — Als ein Abgeordneter aus einem schlesischen Kreisblatt ein abscheuliches Schriftstück vom Guillotiniren der Gutsbesitzer vorlas, entstand ein ungeheuerer Skandal. Wir sind auch der Ansicht, das Schriftstück war unecht. Aber wer weiß nicht aus Frankfurt, daß dergleichen Schriftstücke die schwache Seite der äuß. Linken bilden. Man erinnert sich der Note, welche Jacoby in der Paulskirche Herrn Zitz bei der Mainzer Sache gegen die Preußen zutrug. Durch dies Vorlesen aus dem Grafrauer Kreisblatt erklärte die äuß. Linke ganz Schlesien beleidigt. Aber die Rheinprovinz war nicht beleidigt, als Jung die Bewohner einer ganzen Stadt eine demoralisirte Bevölkerung nannte, weil der Belagerungszustand ihnen erträglicher schien, als Anarchie?! Brill trug darauf an, das Benehmen Brandenburgs für unkonstitutionell zu erklären. Seine kleine Partei stimmte für ihn; der Antrag war verworfen; aber vielmehr schon seine Dringlichkeit. — So war es denn wiederum die Versammlung, welche sich lossagte von der kleinen äußersten Reaktion. Es ist nicht die Versammlung, die uns Schande bereitet! Im Gegentheil, das Ehrgefühl zeigt sich gerade da recht lebendig, wo jene Reaktion sich geltend machen will. So hatte ja auch Waldeck, Jacoby u. A., welche in der Prioritätskommission die Mehrheit waren, gegen Esser gestimmt, als er den Antrag von Parrisius aufnahm. — Die heutige Sitzung hinterließ einen trostlosen Eindruck. Die Macht der Leidenschaften ist noch nicht einmal rege. Und schon diese Ausbrüche von Gemeinheit. Aber es kann nicht oft genug, nicht heftig genug wiederholt werden. Die Versammlung, die hohe Versammlung der Vertreter unsres Volks ist würdig und ihres Berufs eingedenk. Es sind einige dreißig Tyrannen, die den Ruf der Versammlung gefährden. Ihr ehrenwerthen Radikalen, Waldeck u. A., wenn es noch Zeit ist, wenn die Lration nicht schon zu tief eingegangen ist, sagt Euch los von den wenigen — — Sansküllots!

** **Berlin**, 4. Octobre. In der heutigen Sitzung, 4. Oct., ist eine Interpellation von Kosch über die staatsbürgerlichen Rechte der Juden durch das Ministerium im Sinne der Freiheitschorte vom April 1848 befriedigend beantwortet. Das Bürgerwehrgesetz wird eben zu Ende berathen.

** **Berlin**, 3. October. Eben ist ein Antrag des linken Centrums, dessen Wortlaut ich Ihnen Morgen nebst der interessanten und würdevollen Verhandlung (die äußere Linke nahm daran keinen Theil!) mittheilen will, auf Kräftigung der Centralgewalt durch Preußen in der dänischen Frage mit **275** gegen **17** Stimmen zum Beschluß erhoben.

Düsseldorf, 3. Okt. So eben, Mittags 12½ Uhr, ist Ferdinand Freiligrath von dem Assisenhofe hierselbst freigesprochen worden. Schon von früh Morgens an bemerkte man in der Stadt eine außergewöhnliche Lebendigkeit, welche besonders in der Gegend der Gerichtsgebäude auffallend war, indem sich dort große Haufen von Neugierigen aus allen Ständen versammelt hielten. Zur größeren Sicherheit waren mehrere Kompagnieen der Bürgerwehr entboten, und, wie wir hören, hatte man sich sogar veranlaßt gesehen, Pikets von Soldaten in das Gefangenhaus zu legen und die Garnison in die Kaserne zu konsigniren. Der Angeklagte wurde vor seinem Eintritte in den Gerichtssaal, worin sich Kopf an Kopf drängte, mit Blumen beworfen. Die Verlesung des Anklage-Aktes wurde bei einer Stelle desselben, die der rothen Fahne erwähnt, durch Beifallsruf unterbrochen, welcher dem Präsidenten zu einer ernsten Ansprache Anlaß gab. Der Gang der Verhandlungen war übrigens äußerst ernst und würdig. Die Menge hielt sich in fortwährender stiller Aufmerksamkeit; nur zu Ende der Vertheidigung brach ein Bravo und zu Ende der Verhandlungen und bei der Freisprechung ein großer Jubel aus. Indeß muß man auch gestehen, daß der Gerichtshof eine außerordentliche Humanität entwickelte. (Köln. Ztg.)

Halle, 1. Oct. Das Auswandern scheint unter den Häuptern der Demokratie überhand zu nehmen. Kaum melden die Zeitungen die Abreise Hecker's nach Amerika, so künden auch unsere Tageblätter die zum 15. Oktober bevorstehende Uebersiedelung des Pfarrers Wislicenus nach Texas an. Mag man übrigens über Wislicenus' politische und religiöse Ansichten denken, was man will, so folgt ihm jedenfalls ein unbefleckterer Ruf nach als seinem Kollegen Hecker. Die demokratische Partei, zu welcher er sich in letzter Zeit, jedoch stets mit besonnener Zurückhaltung, bekannte, verliert an ihm eine ihrer Hauptstützen, hauptsächlich den tieferen moralischen Rückhalt, der vorzugsweise auf dieser Persönlichkeit beruhte. Ob eine Unzufriedenheit mit der Wendung der politischen Angelegenheiten aber rein private Gründe diesen Entschluß veranlaßt haben, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. (N. B. Z.)

§ **Stuttgart**, 4. Okt. Das Ministerium hat heute einen bedeutenden moralischen Sieg in der Abgeordneten-Kammer errungen. Der Abgeordnete Becher, welcher sich gegen das Ende der Sitzung als Republikaner bekannte, jedoch nur als Anhänger der idealen Republik, der himmelblauen, welche den gesetzlichen Weg bis zu ihrem Eingangsthore, sammt der Unterwerfung unter den Willen der Mehrheit vorschreibt, der Abg. Becher hatte eine große Interpellation über die Absendung von Truppen nach Holl angekündigt und das gesammte Ministerium war erschienen. Als der Interpellant mit großen glatten Phrasen seine Anfragen gestellt, legte Staatsrath Römer die Sachlage dar, welche auch für das größere deutsche Publikum interessant genug ist. Der demokratische Verein und selbst ein Theil der Bürgerwehr des Städtchens Hall war von all' den wühlerischen Reden und Artikeln der letzten Zeit so aufgeregt, daß sie einen ihrer Lokalagitatoren, einen Präceptor Rümelin, mit dem Auftrage nach Frankfurt sandten, ihnen zu berichten, ob es Zeit sei, in Masse bewaffnet nach Frankfurt aufzubrechen zur Unterstützung der linken Seite der Nationalversammlung. Der Hr. Präceptor war aber nicht weiter als Oehringen gekommen, als er den Ausgang des Frankfurter Aufstands erfuhr, worauf er sogleich nach Hall zurückkehrte, berichtend und ermahnend, man möge ja fein zu Hause bleiben. Aber der agitirende Schuldespot hatte, wie viele seiner Ober-Agitatoren, die Geschichte vom Zauberlehrling nicht gekannt, und das souveräne Volk von Holl hätte den Abmahner fast todt geschlagen. Durchaus wollten sie nach Frankfurt zur Unterstützung der Helden von Bockenheim, Bornheim, Hanau u. s. w. — Obwohl nun erst vor 2 Tagen der Reichstags-Abgeordnete Fetzer, wel-

Digitized by Google

cher (wie die HH. Tafel, Rödinger, Schoder u. A. ihre parlamentarische Linkheit zugleich dem größern, wie dem engern Vaterlande widmen) in der hiesigen Abgeordneten-Kammer Baiern, Oesterreicher in Würtemberg, und Würtemberger in Sigmaringen „fremde Truppen" genannt hatte, welche z. B. auch das feuergräne Volk von Sigmaringen zurückweisen dürfe, so erschienen die Haller Ereignisse doch auch der hiesigen Abgeordnetenkammer zu stark, als daß nicht allgemein das Ministerium und die Truppensendung vollkommen gerechtfertigt erschienen wäre. Der Glanzpunkt der Sitzung aber war eine gallendete Meisterrede von Dr. D. Strauß, welcher mit der Klarheit, die seinem Geiste eigen ist und mit vollendeter Redgade die Motive darlegte, welche ihn für die konstitutionelle Monarchie und gegen die Republik bestimmen. Straußens Rede ist entschieden ein parlamentarisches Meisterwerk, und wie sehr wir uns freuen, daß ein so klarer Geist in unserm Ständesaale wirken kann, so tief beklagen wir, daß ein so herrliches Talent nicht zu dem größten Wirkungskreise der Paulskirche berufen wurde. Von da an war die Stimmung der Kammer so entschieden konstitutionell, es wurden sa wackere Stimmen gegen die Wühlerei und gegen die republikanischen Beglückungsversicherungen laut, daß — als ein geistliches Mitglied, Prälat Mehring, mit Hinweisung auf die Phrasen der Adresse von „demokratischen Principien", „unaufhaltsamem Fortschreiten", „Volkssouveränität" geradezu auffordert, man solle das Visir in die Höhe heben und offen sagen, ob man glaube, das Volk könne den Verfassungsvertrag in Stücke reißen, ob man Republik wolle oder konstitutionelle Monarchie — nur zwei Abgeordnete sich als Republikaner bekannten, der Abg. Becher, in der oben angedeuteten Weise, und der Chef des ehemaligen demokratischen Kluds und nunmehriges Ausschußmitglied des Volksvereins und des sogenannten „Landesausschusses" Dr. Scherr. Der Abg. Seger (Stadtdirektor von Stuttgart), der Verfasser der Adresse, erhob sich auch, und schon horchte Alles begierig, ob das ehrenwerthe Mitglied sich nun ebenfalls offen zur republikanischen Ansicht bekennen werde, aber er hatte nur den Hrn. Kanzler Wächter nicht recht verstanden, und als der Irrthum aufgeklärt war, setzte sich Hr. Seger wieder, ohne zu erläutern, ob er auch, wie der Volksverein, dessen Mitglied er ist, der künftigen konstituirenden Versammlung das Recht anerkenne, die Republik zu proklamiren. Dr. Scherr erinnerte an die Gefangenen auf Hohen-Asperg; politische Verbrechen könnten morgen Tugend sein u. dergl. mehr, woran Staatsrath Römer ihm erwiederte, er wisse nicht, ob die HH. Rau und Consorten in einigen Jahren auf der Ministerbank sitzen würden, wie sie geglaubt hätten, jetzt schon da sitzen, wäre ihr Vorhaben gelungen. Wer aber durch Volksaufhetzerei und Gewalt die rechtlich bestehende Verfassung umzustürzen suche, der sei ein Verbrecher, und man dürfe sich darauf verlassen, daß die Schurken, welche das Volk verführten, der verdienten Strafe nicht entgehen würden, während die Regierung, nach beendigter Sache, die Narren, welche sich hätten verführen lassen, wohl von ihnen zu unterscheiden wissen werde. — Als in der Debatte das Wort Reaktion, obwohl ohne Anwendung auf die würtembergische Regierung, ausgesprochen wurde, bemerkte Römer, wolle man je wagen, es auf diese anzuwenden, so sehe er das als eine persönliche Beleidigung an, für die er außer diesem Saale Genugthuung verlangen würde, und Staatsrath Duvernoy bemerkte, recht redlich und gewissenstreu, er habe nach seiner tiefsten Ueberzeugung in der Opposition gehandelt und nicht nach Beifall von Oben oder von Unten gebuhlt, und so mache er es noch. Da sei es ihm denn schmerzlich, wenn Männer, welche früher den Muth nicht gehabt hätten, die Opposition zu unterstützen, jetzt auf der äußersten Seite ständen und von Reaktion sprächen. Woher schon hatte der Kriegsminister, General v. Rüpplin, erklärt, wie er sich durchaus und in jedem Punkte den politischen Ansichten der Männer, welche er nun als seine Kollegen verehren dürfe, angeschlossen habe, als er das Ministerium übernommen. So war denn diese Sitzung, welche mit Uebergang zur Tagesordnung über die Interpellation schloß, ein um so entscheidenderer Sieg für die Regierung, als bei der Adreßberathung die Ansichten der äußersten Linken, vorzugsweise durch die HH. Schoder und Seger vertreten, das liberale Pragramm des Ministeriums weit zu überfluthen schienen. — Am Schlusse der Sitzung legte Staatsrath Goppelt, Chef des Finanzministeriums, das Budget für 1848/49 vor. Die schönen Tage der Ueberschüsse sind dahin. Steuer-Erhöhungen sind angekündigt und ein Zwangsanleihen obendrein. Kanzler Wächter hatte in der vorhergehenden Debatte dargelegt, wem die Schuld daran beizumessen, dem Heckerzug, der Struve'schen Expedition, den Rottweiler, Haller u. s. w. Tollheiten, dem September-Attentate zu Frankfurt, den ewigen Wühlereien, welche nöthigten zum Schutze der Gesetze, des Eigenthums, des Lebens der Bürger zwei und drei Mal in 6 Monaten die Beurlaubten einzuberufen, den kompletten Kriegsstand herzustellen, ja sogar das Kontingent zu erhöhen. Die Steuerpflichtigen müssen nun die Zeche der Radikalen bezahlen.

Großbritannien.

London, 2. Okt. Die Königin und ihr Gemahl sind von ihrem Ausfluge nach Schloß Balmoral in Schottland zurückgekehrt, begaben sich aber sofort den 2. Oktober nach Osborne auf der Insel Wight. Lord John Rousell verließ Balmoral bereits am 21. September. Daß er vorhabe abermals Irland zu besuchen, oder bereits dahin abgereist sei, scheint eine falsche Nachricht gewesen zu sein Er kam am 26. in Greenock an, wo sich sofort eine große Menge Volks versammelte, theils um ihm ihren Beifall kund zu geben, theils um ihn „auszugrunzen". Den 2. Okt. trat die Königin der Belgier, in Begleitung des Baron Moerkarks und der Gräfin Stralen, in Dover ein.

Galignanis Messenger bringt Auszüge aus den Briefen und ostindischen Zeitungen, welche mit dem letzten ostindischen Briefseleisen angekommen sind. Die Bomday Times vom 30. Aug. beschäftigt sich namentlich mit den Angelegenheiten von Multan und bringt nachträgliche Berichte über den von Lieutenant Edwards und Oberst Cortlandt am 1. Juli über die Rebellen von Multan erfochtenen Sieg, der jedoch den englischen Truppen kaum mehr Opfer kostete, als die Bewältigung der Frankfurter Rebellion den Reichstruppen. Gegen Multan sind nun zwei Heersäulen in Bewegung gesetzt, die zusammen ein Heer von 6000 Mann bilden und 30 Belagerungsgeschütze mit sich führen. Am 2. oder 3. Sept. vermuthete man, würden beide Diaisianen vor Multan vereinigt sein und gemeinsam gegen diese starke Festung operiren. Letztere wird von Lieutenant Edwards beobachtet. Hier und da zeigen sich unter den Sikhtruppen bedenkliche Symptome von Auflässigkeit. Unter Andern empörte sich ein Theil derselben in Hazareh und ermordete den Obersten Camare; eine andere Abtheilung suchte sich Attocks zu bemächtigen, scheiterte jedoch an der Wachsamkeit des Majors Lawrence. Sonst herrscht in dem großbritannischen Ostindien die tiefste Ruhe. Man hatte die feste Hoffnung, daß die projektirten Eisenbahnen in Ostindien sofort ernstlich in Angriff würden genommen werden. —

Unter den Aktenstücken, die bei dem politischen Prozeß in Clonmel vorgelesen wurden, befindet sich auch ein Brief des Insurgentenchefs Duffy an Hrn. Smith O'Brien, aus dem hervorgeht, wie sehr diese Männer gegenseitig einander überschätzten und sich in ihren Hilfsquellen und im Volke verrechneten. In diesem Schreiben beschwört Duffy unter andern Hrn. Smith O'Brien, doch ja die Leiterschaft des irischen Aufstandes zu übernehmen, weil ohne ihn die Revolution in ein blutiges Chaos, ausarten würde. Smith O'Brien's Stellung wird darin mit derjenigen Lafayette's verglichen, aber die Warnung hinzugefügt, O'Brien möge nicht in den Fehler Lafayette's verfallen, d. h. nicht vor den äußersten Konsequenzen der Revolution zurückschrecken. Es war ein eben so großer Irrthum, Smith O'Brien mit Lafayette zu vergleichen, als sich irgend einzubilden, daß auf irischem Boden unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Stück französischer Revolution abgespielt werden könne. Die Beschwerden Irlands sind nur allzugerecht, aber es ist ihnen nicht durch künstliche Verschwörungen, durch Putsche mit einer Handvoll schlecht bewaffneter Bauern, nicht durch die irischen Hecker und Struve, einen Smith O'Brien und Duffy, abzuhelfen. Dahee der klägliche Anfang dieser Revolution, der zugleich ihr Ende war, jenes Scharmützel mit der Polizei bei dem Hause der Wittwe Cormack, wo einige Dutzend Konstablee hinreichten, die irische Revolutionsarmee in alle vier Winde zu zerstreuen. Aus dem Briefe Duffy's geht übrigens hervor, daß sich Smith O'Brien, der sich allmälig in die Stellung eines Rebellenchefs hineinraisonnirte, nur auf ungestümes Verlangen seiner s. g. Freunde dazu verstand, an die Spitze der Insurrektion zu treten.

Zu einem Insurgentenchef fehlte es Hrn. Smith O'Brien an aller Begabung, nur nicht an jenem Ehrgeiz, der gegenwärtig so Viele verführt, die Rolle eines Insurgentenobersten zu übernehmen und mit einer Rotte zusammengelaufener Freischärler gegen den größern Theil der Bevölkerung und gegen zahlreiche und wohl-

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung von 6. October.) Aus Baden (Die Stimmung des Landes in Folge des neuesten Putsches.) Darmstadt (Berichtigung. Das neue Wahlgesetz). Altenburg (Der Empfang der Reichstruppen.) Kiel (Die Landesversammlung. Die Immediatkommission. Der Waffenstillstand. Herr von Heindt.)

Spanien. Madrid (Ein Artikel des Heraldo.)

Italien. Venedig (Annäherung des österreich. Geschwaders.) Turin (Republikanische Maueranschläge in Genua. Das Toskanische Parlament.) Mailand (Vermehrung der Besatzung. Parma und Piacenza in Belagerungszustand.)

Schweiz. Bern (Note der deutschen Reichsgewalt an die Schweiz und Frankreich. Reklamation des Consuls Hirzel wegen der Zölle. Neue Note des Hrn. v. Kaiserfeld.)

Börsenbericht von Frankfurt (Vom 6. October.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 6. Oktober.

* Auf der heutigen Tagesordnung steht voran die Berathung des vom Reichsminister der Justiz, Robert Mohl, eingebrachten*), seitdem vom Ausschusse für Gesetzgebung und Rechtspflege begutachteten, um mehrere Bestimmungen und Artikel vermehrten, Gesetz-Entwurfs zum Schutze der Reichsversammlung. In dem erhöhten Besuch der Zuhörerräume, besonders der Gallerie mit freiem Zutritt und der Damentribüne äußert sich bereits die anziehende Wirkung der gestrigen parlamentarischen Heftigkeiten. Den Vorsitz führt Heinrich von Gagern. Er verkündet nach der Mittheilung über mehrere neue Flottenbeiträge das Ergebniß der gestern durch die Abtheilungen vorgenommenen Wahlen.

In den Ausschuß für Prüfung der Frage, ob gegen verschiedene angeschuldigte Mitglieder der N.-V. Einleitung der Untersuchung, beziehendlich Verhaftung, zu gestatten sei, sind nach der Reihenfolge in den Abtheilungen gewählt worden: Hergenhahn aus Wiesbaden, Scheller a. Frankfurt a. d. O., Blömer a. Aachen, Ebmeyer a. Paderborn, Briegleb a. Coburg, Martens a. Danzig, v. Maltzahn a. Cüstrin, Werner a. Coblenz, Schüler a. Zweibrücken, Langerfeldt a. Wolfenbüttel, Zachariä a. Göttingen, Duncker a. Berlin, Sprengel a. Warren, Reh a. Darmstadt, Gombart a. München. Diese Kommission hat Hergenhahn zum ersten, Schüler zum zweiten Vorsitzenden, Sprengel zum Schriftführer gewählt.

Zum Ausschusse für Berichterstattung über den Antrag der Herren Schmidt und Wiesner, sowie der auf diesen Antrag bezüglichen Aeußerung Gagern's und des Verhaltens des V.-Präs. Simson, sind in der Reihenfolge der Abtheilungen gewählt worden: v. Lassaulx aus München, Breuning a. Aachen, Schwarz a. Halle, v. Zerzog a. Regensburg, Edel a. Würzburg, Grumbrecht a. Lüneburg, Pagenstecher a. Elberfeld, Zell a. Trier, R. Mohl a. Heidelberg, Löw a. Posen, Wernher a. Nierstein, Schwetschke a. Halle, Reichensperger a. Trier, Jordan a. Marburg und von Vincke a. Hagen.

Die Linke begrüßt den ihr vorzugsweise mißliebigen Namen „Vincke's" aus obiger Reihe mit einem spöttischen Aha! Ohne daß Interpellationen und sonstige Zwischenfälle vorkommen, wird sogleich zur Tagesordnung geschritten. Berichterstatter für den Gesetzgebungsausschuß ist A. Paur. Wenn die lange Reihe von Abänderungs- und Verbesserungs-Anträgen zu dem Entwurfe, die hierauf verlesen werden, einen Maßstab für die Verhandlung abgibt, so dürfte sie keine kurze werden. Die eingezeichneten Redner sind ebenfalls zahlreich. Der Berathung der einzelnen Punkte des Gesetzes zum Schutz der Reichsversammlung geht eine allgemeine Debatte nicht vorher, und Mölling erhält das Wort, um gegen den Entwurf zu sprechen. Mit dünner bedrängtee Stimme verneint er die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes. Es verlaute, daß 10 bis 12000 Mann Truppen um Frankfurt vereinigt bleiben sollten. Ob man nun wohl glaube, daß sich ein Angriff wider eine solche Macht wiederholen werde? Die Quelle der Attentate sei zu verstopfen, Deutschland krank — die N.-V. solle sich als ein guter Arzt dieser Krankheit zeigen, aber dann müsse sie freilich anders abstimmen als in der dänischen Waffenstillstands-Frage (Bravo von der Linken) und dürfe nicht ruhig zusehen zu den Huldigungsweigerungen. Endlich erinnert Mölling daran, auch wider den Druck der Soldaten werde sich das Volk endlich, wenn der Zustand unerträglich werde, wie er es müsse, zu helfen wissen. Darauf aber wirft

Riesser mit tiefem Ernst und in feierlicher Sprache einen Blick auf die Ereignisse vom 16. bis 18. Sept., eine Musterung, der die Versammlung mit Spannung folgt, indem der Redner die Ereignisse der Reihe nach durchgeht bis auf die Ermordung Lichnowsky's und Auerswald's, bis auf die Lebensbedrohungen Jahn's und Heckscher's. Man hat uns, fährt er fort, von dem Barrikadenkampfe gesagt, er sei zwecklos gewesen. War er zwecklos, nun so war er wahnsinnig. Gegen den Wahnsinn aber wollen und müssen wir uns schützen. Ich fürchte nicht den Tod für's Vaterland, aber ich fürchte das Verbrechen. In Deutschland ist kein anderes Regiment als ein sittlich begründetes möglich. Die täuschen sich daher, welche mit einer Blutherrschaft über Deutschland zu walten meinen. Das Volk von München bis Triest und Hamburg würde mit Entrüstung ein solches Joch von sich schleudern.

Es hat aber den Gräueln des 18. Sept. noch etwas Schlimmeres zum Grunde gelegen als politischer Haß. Den Namen eines deutschen Stammes hat man dem Volke als Gegenstand der Wuth hingeworfen. Dies ist der entsetzlichste Partikularismus, den es geben kann (Sehr gut von der Rechten — Schweigen auf der Linken). Das Bündniß mit den Gräueln, welches die Intrigue an die Waffenstillstandsfrage geknüpft hat, müssen wir mit Abscheu zurückweisen. Eben der Minderheit dieses Hauses muß zumeist daran liegen, daß ihre Sache nicht verwechselt werde mit einem verbrecherischen Hintreiben zu Unthaten. Er gibt schließlich zwar mit trauerndem Herzen seine Zustimmung zu den gesetzlichen Maßregeln, welche die Nothwendigkeit leider erheischt, aber er freut sich des Tages und er ist gewiß, daß er kommen werde, wo diese Schranken ohne Gefahr wieder können niedergerissen werden. (Anhaltender Beifall und Zeichen des tiefsten Eindrucks.)

Am allerwenigsten wäre ein Redner, wie Fehrenbach, der auf Riesser folgt, im Stande, diesen Eindruck zu zerstören oder auch nur zu schwächen durch einen Vortrag, der die bekannten Gemeinplätze von „Polizeistaat" und von „wachsender Reaktion in der Mitte des Hauses", von „Volksverrath", wenn man die heiligen Rechte des freien Ausdrucks, der Vereinigung und Versammlung, irgendwo verkümmere, in der heiserstenen Form, stoßweis und keuchend aneinder knüpft. Die Partei unterläßt jedoch nicht, alle ihre Stichworte gefällig zu applaudiren.

v. Linde lehnt die geläufigen juristischen Auseinandersetzungen, mit denen er den Gesetzentwurf beleuchtet und empfiehlt, ausdrücklich an Riesser's bedeutungsschwere Worte.

Schoder kann das Gemälde, welches Riesser aufgerollt, trieber nicht als ein unwahres bezeichnen, aber er bittet die Nat.-V. sich davon nicht blenden und von der Prüfung des vorliegenden G.-Entwurfs abhalten zu lassen. Eine entehrende Strafe — Zuchthausstrafe von 10 Jahren bis lebenslang — setze der Artikel 1 auf den gewaltsamen Angriff wider die Reichsversammlung.

---

*) Der Gesetzes-Entwurf, betreffend den Schutz der Reichsversammlung nach der Fassung Robert Mohl's lautete:

Artikel I. Ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung in der Absicht, dieselbe auseinander zu treiben, oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, wird als Hochverrath bestraft.

Artikel II. Die Theilnahme an einer Zusammenrottung, welche während der zu einer Sitzung der Reichsversammlung anberaumten Zeit in der Nähe des Sitzungslokals stattfindet und sich nicht auf die erste Aufforderung der zuständigen Polizei-Behörde oder auf den schriftlichen Befehl des Vorsitzenden der Reichsversammlung auflöst, wird bei Anstiftern mit Gefängniß bis zu einem Jahre, bei bloßen Theilnehmern bis zu drei Monaten bestraft.

Artikel III. Es ist während der ganzen Dauer der verfassunggebenden Reichsversammlung verboten, eine Volksversammlung unter freiem Himmel in einer Entfernung von fünf Meilen von dem Sitze der Versammlung zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versammlung, die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Artikel IV. Ein gewaltsames Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungslokal der Reichsversammlung, oder ein ungehorsames Verbleiben solcher Personen nach erhaltener Aufforderung zur Entfernung durch den Vorsitzenden der Reichsversammlung, endlich eine im Sitzungslokale ausgeübte Bedrohung oder Beleidigung der Versammlung oder eines ihrer Beamten und Diener von Seiten eines Nichtmitgliedes ist mit Gefängniß bis zu Einem Jahre zu bestrafen.

Artikel V. Eine an einem Mitgliede der Reichsversammlung mit Beziehung auf sein Verhalten in derselben verübte Thatlichkeit wird, außer der gesetzlichen Bestrafung der Handlung an sich, mit Gefängniß bis zu fünf Jahren belegt, eine gefährliche Bedrohung oder eine öffentliche Beschimpfung solcher Art ist mit Gefängniß bis zu drei Monaten zu bestrafen.

Digitized by Google

So nämlich hat der Ausschuß die Bestimmung des Mohl'schen Vorschlags: „wird als Hochverrath bestraft" verschärft und festgestellt. Schoder ist der Meinung, daß einfache Gefängnißstrafe anzuwenden und daß diese keineswegs jemals auf mehr als 10 Jahre und vollends gar nicht auf Lebenslänglichkeit ausgedehnt werde. Auch sei nicht blos von Seite der anarchischen Partei ein Angriff auf die Nat.-Verf. möglich. Ihn wenigstens erfüllen die Truppenzusammenziehungen um Berlin mit unbesieglichem Unbehagen. Obschon der Redner in die Centralgewalt nicht das mindeste Mißtrauen setzt, so sei es doch wohl gut gethan, die bis auf eine gewisse Nähe an den Sitz der National-Versammlung herangezogenen Truppe füe die National-Versammlung selbst zu vereidigen. Eine neue Wendung kommt dadurch in den Vortrag Schoder's, daß ee eine frühere Aeußerung Vincke's — er, Schoder, gehöre der Fahne der rothen Republik an — mit Lebhaftigkeit und unter dem Beifalle der Linken zurechtweist. Das Verbot der Volksversammlungen unter freiem Himmel will der Redner zum Mindesten von 5 auf 1 Meile beschränkt sehen. Auch die durch den Ausschuß theils verschärften, theils neu hinzugefügten Strafbestimmungen über öffentliche Beleidigungen von Abgeordneten findet Schoder zu hart und es würde ihm z. B., da der Ausschußantrag keinen Unterschied zwischen Beleidigungen der Abgeordneten unter einander macht, leid thun, wenn Hr. v. Vincke für Aeußerungen, wie die vorhin gerügte, mit einer langdauernden Gefängnißstrafe belegt würde. Unter der heiteren Nachwirkung dieses launigen Einfalls verläßt Schoder die Tribüne, jedenfalls als der bedeutendste Redner, die bisher gegen den Entwurf gesprochen.

Edel scheint die Rednerbühne in der Paulskirche nicht genau genug von seinem Würzburgee Kathedee unterscheiden zu können. Bei mancherlei schätzbarem Material, welches sein geräumiger Vortrag der Verhandlung zuführt, verräth sich doch mehr Talent des Unterrichts als Beredtsamkeit darin.

Venedey hat die Versammlung durch sein allzuhäufiges Auftreten mit dee immee dereiten blühenden Oberflächlichkeit, die ihm zu Gebot steht, längst derjenigen Aufmerksamkeit entwöhnt, die einem Redner erwünscht sein mag. Wer ihm heute dennoch zuhört, dem legt er eine kleinliche Blumenlese der englischen Journalistik über das deutsche Paelament oor, auf welche das Haus mit dem Rufe „zur Sache" erwidert. Zur Sache kommt er endlich, indem er die Strafbestimmungen des Gesetzentwurfs auch auf Soldaten und Minister ausgedehnt sehen will, welche etwa gewaltsame Maßregeln gegen die N.-V. versuchen sollten.

Graf Wartensleben. Gegen einzelne Punkte, z. B. gegen das Verbot der Versammlungen auf 5 Meilen im Umkreise, was beinahe 75 □Meilen in Anspruch nehme (Bravo von der Linken). Meine Heeren, ich spreche nicht also, um mir ein Bravo von ihnen zu verdienen. Die Volksoersammlungen sind übrigens unschuldig, die aufhetzenden Redner nur, die darin auftreten sind die Schuldigen.

Vogt von Gießen, frei, nachdrücklich und mit seiner vollen Gewandtheit. Das Beklagenswertheste an den Vorfällen der jüngsten Zeit sei, daß man einer politischen Partei die geistige Urbeberschaft des Geschehenen in die Schuhe geschoben. (Pfui! Pfui! ruft Schaffrath so heftig, daß er seine Entrüstung dem Gelächter des Hauses aussetzt.) Er erklärt sich gegen entehrende Strafen, gegen lebenslängliche und will auch kein Strafminimum festgestellt sehen. Nur wenn der Richter über das weiteste Strafmaß gebiete, werde er seine Pflicht erfüllen können. Selbst Metternich war gegen lebenslängliche Strafen und Sie wollten strenger sein als er? Das Verbot der Volksversammlungen veebiete z. B. der ganzen Landgrafschaft Hessen-Homdueg die Berathung ihrer öffentlichen Angelegenheiten. Nicht das sei zu fiechten, was unter freiem Himmel, in öffentlicher Versammlung, sondern das, was in den geheimen Kadinetten derathen werde. (Beifall oon der Linken und oon der Gallerie.) Die Beamten und Diener des Paelaments, damit sie oom Publikum respektirt werden, will Vogt durch Abzeichen kenntlich gemacht sehen, „etwa wie die Herolde bei'm Kölner Dombaufeste." Durch den Ausschußvorschlag füe Artikel 5.: „öffentliche Beleidigungen der Reichsversammlung, auch außerhalb des Sitzungslokales verübt, unteeliegt einee Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren" hätt Vogt alle Preß- und Redefreiheit für aufgehoben. In der Erweiterung des Mohl'schen Entwurfs hat der Ausschuß auch die Beamten der Centealgewalt in den Ausnahmsschutz des Gesetzes aufgenommen. Eine vortreffliche Gelegenheit für den ätzenden Spott des Redners, der er natürlich nicht vorübergeht! Endlich verlangt er, daß ausdrücklich gesagt werde, nur durch öffentliches und Geschwornengericht dürfe das Gesetz in Anwendung gebracht werden und unter jeder Bedingung müsse sich die Versammlung das Begnadigungsrecht vorbehalten. Er erinnert deshalb die Mehrheit daran, daß ja dieß Begnadigungsrecht in ihren Händen und auch dann von Nutzen sein werde, wenn die Uebelthäter von „oben" gekommen. (Rauschender Beifall auf der Linken, auf der Rechten Heiterkeit.)

Auf den geistreich sprudelnden Redeguß Vogt's folgt als dessen offendarer Gegensatz die trockene Erörterung Scheller's, die sich unverdrossen theils um die Rechtfertigung des Gesetzentwurfes in der Fassung des Ausschusses bemüht, theils kleine Abänderungen beoorwortet. Das Verbot der Volksversammlungen auf 5 Meilen anlangend, so erwähnt Scheller, in Nordamerika sei ebenfalls jede Volksoersammlung auf 20 englische Meilen im Umkreise des Kongresses untersagt.

Schaffrath spricht diesmal weder von, noch füe die Geschäftsordnung, sondern oon anderen, meist viel wichtigeren Dingen, mithin durchaus nicht in seinem Berufe. Seine Rede ist eine Polemik, musivisch zusammengesetzt aus mancherlei untergelegten Aeußerungen oerschiedener Abgeordneten.

Mittermayer warnt mit bekannter Redseligkeit davor, daß der Zorn jemals Gesetze schreibe und oerlangt Heradsetzung der angedrohten Strafen, vornehmlich Verwandlung der Zuchthausstrafe in Gefängniß.

Dietzsch aus Saardrücken theilt mit den meisten seinee Gesinnungsgenossen von der Linken den heiseren Ton und daher die mühsam und stoßweis heroordrechende Sprache. Nach ihm „ist etwas faul im Staate Dänemark", wo solche Gesetze erforderlich werden.

v. Vincke scheint die Hasseeröschaft Lichnowsky's so völlig übertragen erhalten zu haben, daß er kaum einen Satz aussprechen kann, wie eilig er sich auch dabei hastet, ohne leidenschaftlich von der Linken unterdrochen zu werden. Es ist ihm darum zu thun, einige der heutigen Behauptungen über den Aufruhr, die Barrikaden, das Benehmen der Truppen u. s. w., zu berichtigen, und des deutschen Publikums wegen, welches nicht Augenzeuge des Kampfes gewesen, denn fur die in Frankfurt Gegeuwärtigen bedürfe es solcher Berichtigungen nicht. Diesmal aber ereicht die Erbitterung wider Vincke ihren höchsten und einen solchen Grad, daß der Präsident oon Gagern, nachdem er alle Mittel zur Herstellung der Ordnung erschöpft hat, mit Aufhebung der Sitzung drohen muß. Vincke hat nämlich oon einer Partei gesprochen, die an der Grenze der Reoolution hingaukele, nur des Augendlicks gewärtig, wohin sie sich wende. Nachdem die Störung beseitigt ist, geht Vincke an die Kritisirung des Gesetzentwurfs, ohne irgend eine seiner Bemerkungen zu vergessen, obschon er auch jetzt nur unter dem Schutze der Präsidentenklingel weiter sprechen kann.

Schoder entwickelt den Satz seiner Rede in der Waffenstillstandsfrage, um zu zeigen, daß er nicht, wie Vincke vermeine, zur erneuten Reoolution aufgefoedert, sondern die Versammlung gewarnt habe, zu einer solchen Veranlassung zu geben.

Baffermann beantragt, daß eine gröbliche Aeußerung, die Rösler von Oels im oorigen Durcheinander wider den Präsioenten gerichtet, demselben Ausschusse zur Beurtheilung überwiesen werde, der übee die Schmidt-Wiesner'sche Sache zu berichten hat.

Der Graf Schwerin und Venedey (dieser zu wiederholten Malen) Eisenmann, Wesendonck u. A. beschäftigen die Versammlung oon der Tribüne herab mit diesem Zwischenfalle, in Folge dessen v. Gageen den Vorsitz an Rieffer überträgt und es den Anschein annimmt, als sei kaum eine Hoffnung vorhanden, heute wieder zu dem Gegenstande der Tagesordnung zu gelangen. Die störenden Vorfälle werden aber endlich dem für die Schmidt-Wiesnersche Angelegenheit ernannten Ausschusse zur Untersuchung übertragen und dadurch oor der Hand soweit aus dem Wege geräumt, daß der Berichterstatter Paur das Schlußwort über den debattirten Gesetzentwurf ergreifen kann. Da die Zeit zu weit oorgerückt und die Anzahl der Verbesserungsanträge zu umfänglich ist, so wird die Abstimmung selbst auf die nächste Sitzung Montag, den 9. vertagt. Noch ist zu bemerken, daß auf Beseler's u. A. Antrag der mehrgenannte Schmidt-Wiesnersche Ausschuß den Auftrag zum Entwurfe eines Disciplinargesetzes für das Haus erhalten hat.

Digitized by Google

△ **Aus Baden**, 5. Okt. Die Stimmung in unserem Lande ist durch die neuesten Ereignisse eine vielfach veränderte und sehr bewegte geworden. Alle Nachrichten von dem Schauplatze der republikanischen Schilderhebung stimmen darin überein, daß man dort völlig von der Inklination zu einer neuen Revolution kurirt sei und daß, wenn noch ein Versuch toller Eindringlinge denkbar wäre, diese von den einzelnen Gemeinden, aus welchen sie sich bisher rekrutirten, ganz anders empfangen werden würden. Vielen Mißmuth landauf- und abwärts hat die verspätete Proklamation des Standrechts erregt. Man begreift nicht, weßhalb das Ministerium noch lange darüber berathen, anstatt dem General Hoffmann und Ministerialkommissär von Reizenstein die Vollmacht, sobald es die Umstände erfordern, dasselbe zu proclamiren, in die Hand zu geben. Eben so wenig kann man sich erklären, aus welchem Grunde der Reichskommissär Graf Keller damit gezögert, und nicht aus der Vollmacht, welche er von der Centralgewalt hatte, vor oder nach dem Treffen bei Staufen das Standrecht verkündet hat. Von allgemeinem Eindruck ist, daß eine schnelle Aburtheilung Struve's und der übrigen gefangenen Führer des Aufstandes, verbunden mit raschem Vollzuge des Urtheils, das einzige nach allen Seiten befriedigende Ende dieser traurigen Katastrophe gewesen wäre. Selbst in Karlsruhe äußerte sich einige Tage lang die Erbitterung über den Verzug der Verkündigung des Standrechts durch das Ministerium ganz unverhohlen, und man behauptet, daß General Hoffmann aus Entrüstung darüber die Absicht habe, aus dem Ministerium auszuscheiden. Struve ist unterdessen, um ihn vor dem Gericht der in hohem Grade gereizten Soldaten sicher zu stellen, nach Rastatt gebracht worden. Das Urtheil über ihn wird nun die Jury fällen, welche zur Aburtheilung aller in den republikanischen Versuchen Gefangenen, gemäß dem im Juni erschienenen Gesetze, nach Beendigung der Untersuchung berufen wird. Ihr Charakter wird ein anderer werden, als man ihn für die Beurtheilung der Hecker'schen Sache erwartet. Die räubermäßige Art der letzten Schilderhebung hat den Leuten, welche voraussichtlich in diese Jury kommen werden, nicht nur die Augen über die Glückseligkeit der beabsichtigten Republik geöffnet, sondern sie auch in hohem Grade besonders gegen den Präsidenten, die Minister und Feldherren derselben gereizt, so daß man mit Sicherheit einem sehr strengen Gerichtshof entgegensehen kann. Nur muß die Untersuchung rasch betrieben werden, damit der wahre Eindruck der Sache nicht, wie wir es leider gewohnt sind, durch das unselige Verschleppen wieder gänzlich abgeschwächt werde.

* **Darmstadt**, 5. Okt. Die Beilage zur Deutschen Ztg. v. 2. d., Nr. 266, spricht von hiesigen landständischen Angelegenheiten und erzählt von einer Unterredung zwischen einem Landtagsabgeordneten (F. von R.) und dem Ministerpräsidenten Jaup, wobei auf die Frage des Ersteren: ob außer dem Wahlgesetz auf dem bevorstehenden Landtag auch finanzielle Gegenstände zur Berathung kämen? der Letztere geantwortet habe: daß dies von den Ständen abhänge. Der Schreiber dieser Zeilen war bei dieser Unterredung zugegen; er kann versichern, daß jene Frage nicht finanzieller Gegenstände erwähnte, sondern überhaupt andere Gegenstände, (nämlich außer dem Wahlgesetz.) Darauf gab Jaup allerdings die erwähnte Antwort und darunter verstand er, wie der Verfasser dieses Artikels mit Bestimmtheit weiß, einige bereits vorbereitete Gesetzentwürfe, welche er zur vollständigen Verwirklichung der Verheißungen des 6. März für nothwendig hält, namentlich über Ablösung der Weiderechtigungen und über Aufhebung des Lehensverbandes; etwa auch über Vereinsrecht. — Vermuthlich hatte jener Abgeordnete finanzielle Gegenstände im Sinne; seine Worte bezeichneten aber generell andere Gegenstände; daher das Mißverständniß, welches hier entstanden zu sein scheint. — Ob übrigens ein neues Wahlgesetz in Bezug auf möglichen oder wahrscheinlichen Widerspruch der bisher Privilegirten in diesem Augenblick bereits entweder rechtlich möglich oder faktisch ausführbar sei, darüber mögen eheliche Ansichten verschieden sein. Wenigstens scheint in Sachsen gegenwärtig hierüber Zwiespalt zu sein; und die Adresse der Würtembergischen Abgeordneten-Kammer an den König vom 30. Sept. enthält folgende Stelle: „Wir sind aber mit der Regierung Ew. Majestät darin einverstanden, daß die Umgestaltung unserer Verfassungs-Verhältnisse nicht uns, sondern einer auf neue Grundlagen gebauten Volksvertretung zukomme, und wir müßten auf sofortige Berufung einer solchen antragen, wenn die Beschlüsse der Nationalversammlung über die Grundrechte des deutschen Volks, welche durch sich selbst einen Bestandtheil unserer neuen Verfassung bilden, schon zum Abschluß gekommen und verkündet wären." Hieran wird sodann die Hoffnung geknüpft, daß die National-Versammlung diese Arbeiten in wenigen Wochen vollendet haben wird, weßhalb die Kammer der Abgeordneten jedenfalls nur die dringendsten, namentlich die materiellen Fragen als ihre Aufgabe betrachten könne. Als Gegenstände, welche die Kammer erwarte, werden unter andern angeführt die Vorlage des Budgets, sodann Mittel und Wege zur Ausgleichung von Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt.

Altenburg, 2. Okt. Der gefürchtete heutige Tag ist ruhig vorüber gegangen. Nach dem gestrigen Abend, an dem etwa 40 Mann vom Militär sich vor dem republikanischen Kaffeehause versammelten und nach einer Rede Erbe's der Republik Treue zuschworen, und nach manchen drohenden Aeußerungen, die noch diesen Morgen fielen, ließ sich das kaum erwarten.. Um halb 9 Uhr wurde die Bürgergarde durch Generalmarsch zusammen gerufen und stellte sich auf ihren Sammelplätzen auf. Die Stadt war sehr belebt. Gegen 1 Uhr rückten die sächsischen Truppen ein, offenbar durch ihre Masse imponirend. Am Amthause wurde in dem von der Bürgergarde gebildeten Spalier wiederholt ein „Hoch der Republik und Struve" laut, auch wurden die Truppen doch mit der freundlichen Versicherung begrüßt, daß man „gut Freund zu werden hoffe". Eine weitere Verwickelung gab es noch auf dem Markte bei der Verhandlung, ob die Hauptwache von der Bürgerwehr oder vom sächsischen Militär bezogen werden solle. Doch kam man auch hier friedlich aus einander. General von Holtzendorff ließ die Hauptwache von seinen Truppen einstweilen beziehen, unter der Zusicherung, daß morgen Mittag die Bürgerwehr die Wache wieder übernehmen solle. Jetzt — Abends 6 Uhr — ist Alles ruhig. Die Hauptwache ist von Sachsen besetzt; 2 Kanonen sind davor aufgefahren.

Kiel, 2. Okt. Landesversammlung. Der Herzog von Augustenburg war gegenwärtig; auf der Tribüne bemerkte man Hrn. Stedtmann von Besselich. Die Regierung hatte eine provisorische Anordnung über die Verwaltung des Ministeriums vorgelegt, wonach bis zum Abschlusse des Friedens die Besorgniß der Ministerialfunktionen den einzelnen Mitgliedern der jetzigen oder künftigen provisorischen Regierung obliegen soll. Es wurde ein Comite gewählt (Prehn, Wiggers, Th. Olshausen, Jensen, Sammer). — Th. Olshausen lehnte seine Wahl zum Mitgliede des Finanz-Ausschusses ab, da derselbe die Staatsrechnung von 1848 zu prüfen habe, in welcher Zeit Olshausen an der Landesverwaltung Theil genommen habe.

— In den nächsten Tagen werden wir eine neue Regierung erhalten, also damit die Frage entschieden werden, ob Fädrelandet Recht hat, wenn es die „Immediat-Kommission" ein fait accompli nennt, oder Lord Palmerston, wenn er dieselbe in seiner Note als einen usurpatory act bezeichnet. Gewisses über die Mitglieder weiß man nicht.

— Der „Altonaer Merkur" schreibt aus Kiel vom 2. Okt.: Heute waren der Reichskommissär Stedtmann und der Abgesandte der Centralgewalt, Francke, in Begleitung unseres Gesandten in Berlin, Hrn. Schleiden, hier anwesend, und hatten mit mehreren Mitgliedern der Landesversammlung Besprechungen, als deren Gegenstand man die Bildung der neuen interimistischen Regierung ansehen darf. Es scheint gewiß, daß die Unterhandlungen über Modifikation der Waffenstillstandsbedingungen mit Hrn. v. Reedtz auf einen Punkt gediehen sind, wo man nur die Ratifikation seiner Zugeständnisse von Kopenhagen noch erwartet, um das Arrangement des Waffenstillstandes definitiv zu ordnen und auszuführen. Francke reiste heute sogleich wieder nach Frankfurt zurück.

— Nach den neuesten Berichten aus den Herzogthümern scheint der Amtmann Baron v. Heintze die meisten Chancen für die Präsidentschaft der neuen schleswig-holsteinischen Regierungs-Kommission zu haben. (B. H.)

Spanien.

** **Madrid**, 28. Sept. „El Heraldo" enthält in seiner heutigen Nummer eine längere Korrespondenz aus Frankfurt, welche, wenn man die Berichte ähnlicher Art in den französischen

Blättern damit vergleicht, wegen ihrer Richtigkeit in Betreff der Thatsachen bemerkenswerth ist. Von der Auffassungsweise der deutschen republikanischen Erhebung mag schon die eine Wendung einen Begriff geben, in der es heißt: „Hecker, el famoso Robespierre aleman.“ Dann wird später von ihm gesagt, nachdem er seinen Anhängern erklärt habe, daß das alte Europa zu verdarben sei, um den fruchtbaren Keim der neuen republikanischen Ideen aufnehmen zu können, habe er sich nach Amerika eingeschifft, dem für seine Lehren geeigneteren Lande (terreno mejor para sus doctrinas.) Die politischen Erfahrungen, welche el famoso Robespierre aleman in Nordamerika ohne Zweifel machen wird, werden ihn gewiß über den Irrthum seines Lebens aufklären; aber sollte sich der Spanier einbilden, daß auch solche für ihn in den ehemalig kastilianischen, jetzt republikanischen Ländern Südamerika's zu hafen seien; auf deren staatlichen Zustand man schon hinreichend schließen kann, wenn man hört, daß es im Januar dieses Jahres in Caracas im Kongresse selbst zwischen den Deputirten statt zu einer Debatte zu einem Dolchgefechte gekommen ist, das vier Abgeordneten und einem Minister das Leben raubte?

(Wie wir vernehmen, treibt sich jetzt ein Industrieritter in Thüringen umher, der sich für Hecker ausgibt und auf diesen Namen beiteln geht.)

Italien.

Brurdig. Das österreichische Geschwader ließ sich in einer Entfernung van 16 aber 18 Miglen vam Hafen dieser Staat sehen. Die venetianischen Streikkräfte hatten fortwährend die Farts von Malghera, Brandola und Chioggia besetzt. Bis jetzt fanden nue leichte Scharmützel statt, aber man fürchtet von Seiten der Oesterreicher van einem Tag auf den andern einen allgemeinen Angriff. (Basl. Z.)

□ **Turin**, 29. Septbr. Genueser Blätter melden, am 27. seien dafelbst geschriebene Praklamatianen an den Straßenecken zu lesen gewesen, welche das Valk auffarderten die Republik auszurufen; diefelben seien jedoch von den Saldaten mit Entrüstung abgerissen worden, was zu einigen jedoch unbedeutenden Streitigkeiten Anlaß gegeben habe. — Im taskanischen Parlamente kündigte der Kriegsminister an, wenn der Krieg wieder ausbrechen sollte, sa würde Toskana kine 4000 Mann dispanibler Truppen haben. Da die Regierung sehr ungern zu fremden Truppen ihre Zuflucht nehmen würde, sa tegte er einen Gesetzvorschlag vor, vermöge dessen die Armee auf 8000 Mann gebracht werden sall. Dieser Gesetzesvorschlag wurde mit einigen Madifications am 25. van der Kammer angenammen.

Mailand. Marschall Radetzky hat der Mailänder Stadtbehörde angezeigt, daß die Besatzung der Stadt demnächst bedeutend vermehet werde, und daß sie demnach dafür Vorsarge zu treffen habe, daß kein Manget an Lebensmitteln eintrete. Diese Batschaft hat die Italiener, die mit jedem Tage den Abzug der Truppen erwarten, nicht wenig in Bestürzung versetzt. Hatte man doch bereits ausgestreut, Parma und Piacenza sei auf Geheiß der vermittelnden Großmächte von Oesterreich geräumt warden, waran indeß kein wahres Wort ist. Im Gegentheile, beide Städte sind erst jüngst wegen der dort herrschenden unruhigen Stimmung in Belagerungsstand erklärt worden.

Schweiz.

Bern, 2. Okt. Der Vers.-Freund melbet: Der Gesandte Deutschlands, Hr. Raveaur, ist gestern wieder in Bern angelangt, mit einer Nate, bezüglich der Ereignisse in Baden. Am Schlusse derselben werden die gegen die Schweiz zu treffenden Maßregeln van der Reichsgewalt varbehalten. Eine ganz gleichlautende Note sall van Frankfurt auch an die französische Regierung abgegangen sein.

— Der mit Reklamatianen gegen den erhöhten Eingangszoll mitbeauftragte schweizerische Canful Hirzel in Leipzig, hat sich mit merklichem Erfalg in dieser Sache bemüht. Ee ladet die schweizerischen Fabrikanten förmlich ein, alle ihre Sendungen mit Ursprungsscheinen zu begleiten, wa dann laut ihm gegebenen Versprechungen in Dresden nur der bisherige Zall entrichtet werden sall.

— Von dem Gesandten Oesterreichs, Hrn. v. Kaiserfeld, ist bei dem Vorarte eine neue Note eingelangt, welche Hoffnung macht, daß Radetzky's Maßregeln gegen Tessin aufhören werden, sabald die ganz befriedigenden letzten Tagsatzungsbeschlüsse wirklich ausgeführt werden. Er zweifelt nicht, daß es den eidgenössischen Kommissären in Tessin ein Leichtes sein werde, die Sache mit Radetzky in's Reine zu bringen.

Frankfurter Börsenbrricht.

6. Oktober.

5% Met. 73⅜ Geld, 2½ ditto 38⅜ Geld, Bankaktien fl. 1195 Geld, fl. 500. Loose 118½ Gela, fl. 250. ditto 80½ Geld, Bad. fl. 35. Loose 25⅜ Geld, Hess. Rthlr. 40 Loose 25⅛ Geld, Pokn. fl. 500 Loose —, Friedrich Wilh.-Nordbahn 42 ½, Verbach —, Wütemb. 4½ % 93 Geld, ditto 3½ % 75¾ Geld, 3% inländ. Spanier 18⅛ Geld.

Bei nicht sehr lebhaftem Geschäft, waren die Oesterr. Fands und Fried.-Wilh.-Nordbahnactien zu höhern Caursen anzubringen.

Für die Redactian verantwartlich: W. Kiesselbach.

[910] **Fahndung.**

In Untersuchungssachen
gegen
Jakob Hassel von hier et cons.
wegen Zerstörung der Main-Neckar-Eisenbahn.

Thierarzte Lydtin, Georg Adam Strauß, Bauer, und der ledige Ackermann Jakob Bernhard, sämmtliche von hier, haben sich dem gegen sie verhängten Untersuchungsverhaft durch die Flucht entzogen.

§ Wir ersuchen sämmtliche Behörden, auf die Genannten, von denen wir eine Beschreibung beifügen, zu fahnden und sie im Betretungsfalle gefänglich anher zu überliefern.

Weinheim den 5. Oktober 1848.

Großh. Bezirks-Amt:
Heetreich.
Stein.

Signalement des Dr. Lydtin.
Alter, circa 40 Jahre.
Größe, 5' 5".
Statur, untersetzt.
Gesichtsform, breit.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, schwarz — jedoch gelichtet.
Stirne, breit.
Augenbrannen, schwarz.
Augen, grau.
Nase, stumpf.
Mund, gewöhnlich.
Bart, stark.
Kinn, oval.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, trägt einen Hals- und Schnuerbart.

Signalement des Georg Adam Strauß.
Alter, geb. den 28. Dec. 1815.
Größe, 5' 8".
Statur, schlank.
Gesichtsform, rund.
Gesichtsfarbe, frisch.
Haare, braun.
Stirne, nieder.
Augenbenunen, braun.
Augen, grau.
Nase, spitz.
Mund, proportionirt.
Bart, nicht stark.
Kinn, spitz.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, keine.

Signalement des Jakob Bernhard III.
Alter, geb. den 13. Dec. 1819.
Größe, 5' 6".
Statur, untersetzt.
Gesichtsform, rund.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, braun.
Stirne, hoch.
Augenbraunen, braun.
Augen, grau.
Nase, mittelmäßig.
Mund, gewöhnlich.
Bart, nicht stark.
Kinn, rund.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, keine.

[911] Bei uns ist erschienen:

Fünf Bücher
deutscher
Lieder und Gedichte.
Von A. v. Halter bis auf die neueste Zeit.
Eine
Mustersammlung
mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen.
Herausgegeben
von
Gustav Schwab.
Dritte neu vermehrte Auflage.

Fein gebunden. 51 Bogen in 8. Preis 1⅙ Thaler.

Auch bei dieser dritten Auflage ist an der Anlage und Anordnung des Buches so wie an dem Inhalte nichts verändert worden, doch ist der Herausgeber bemüht gewesen, die Sammlung bis auf die neueste Zeit fortzuführen. Er hat sich aber hiebei, gemäß seiner Aufgabe, wo möglich Mustergültiges auszuwählen, darauf beschränken dürfen, den seit dem Erscheinen der zweiten Auflage in Deutschland neu aufgetretenen Dichtern nur dasjenige aufzunehmen, wovon er überzeugt war, daß es auch eine spätere Zeit noch gern und mit Anerkennung in dieser Sammlung finden würde. Ungeachtet der stärkern Bogenzahl und der kostspieligern Ausstattung des Buches ist der Preis derselbe geblieben, und die Sammlung wird daher auf den Beifall, der ihr bisher in so reichem Maße zu Theil geworden, auch fernerhin Anspruch machen dürfen.

Leipzig.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck van H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Ilwer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungsexpedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 271. **Frankfurt a. M., Samstag 7. October.** **1848.**

Uebersicht.

Ein deutscher Reichsrath und ein Staatenhaus. Erklärung.

Deutschland. Frankfurt (Donelson's Anrede an den Reichsverweser. Des Reichsverwesers Antwort.) Wien (Verhandlungen des Reichstages. Nachträgliches über die Ermordung Lambergs. Volksversammlung. Gerüchte über den Belagerungszustand der Stadt. Ofen von Jellacic besetzt. Konstitutionelles Mahnschreiben des Kriegsministers.) Tyrol (Deutscher Grenzpfahl am Stilfser Joche.) Berlin (Herr v. Vincke für die Landesversammlung gewählt). Königsberg (Todtenfeier für Auerswald.) Ratibor (Todtenfeier für Lichnowsky.) Leipzig (Robert Blum und seine Wähler.) Heidelberg (Ein politisches Barometer.) Vom Oberrhein (Der Aufstand in Lörrach.) Kaelsruhe (Die fünf Hauptleiter der Insurrektion nach Bruchsal gebracht.) Braunschweig (Rüstungen.) Altona (Francke Bevollmächtigter bei der Centralgewalt. Rückkehr Stedmanns. Die provis. Regierung verläßt Rendsburg.) Lübeck (Welcker angekommen).

Großbritannien. (Der Economist über die Frankfurter Katastrophe und Reichsversammlung. Zärtlichkeit des Morn. Chr. für Deutschland. Mittheilung der Times über Germain Metternich. Aufstand der Boers im Kaplande.)

Frankreich. Paris (Gerüchte wegen einer Verschwörung. Raspail. Die Bäckergesellen Sitzung der N.-V. Besoldete Staatsdiener von der N.-V. abgeschlossen.

Börsenbericht von Paris (vom 4. October.)

Spanien. Madrid (Neueste Nachrichten.)

7. October.

Von dem preußischen Gesandten für England, Herrn Christ. Karl Josias Bunsen, wie er sich auf dem Titel seiner Schrift und ausschließend als „der Philosophie und der Rechte Doktor" bezeichnet, ist vor einigen Tagen ein zweites Sendschreiben, von London den 5. Sept. gegeben, an die deutsche Reichsversammlung in Frankfurt eingegangen. Es befinden sich gedruckte Exemplare desselben in den Händen von ohngefähr 400 Abgeordneten. In seinem ersten Sendschreiben hatte Hr. Bunsen auszuführen gesucht, daß der für Deutschland zu schaffende politische Organismus nicht dem konstitutionellen Einzelnstaate nachgebildet werden könne, sondern vielmehr dem Muster der Vereinigten Staaten Nordamerika's entsprechen müsse. Er suchte ferner schon damals zu begründen, daß die lebendige Darstellung der deutschen Nation, neben dem Volkshause, sofort auch eines Staatenhauses und eines der ausübenden Gewalt beizugebenden Reichsraths bedürfe. Betrachten wir das zweite Sendschreiben des geistreichen Staatsmannes, so enthält es die in's Einzelne gegliederte und praktisch ausgemünzte Idee der ersten Mittheilung, so daß die früheren Erörterungen Bunsen's jetzt zu dem fertigen Vorschlage einer vollständigen Reichsverfassung reifen, die unmittelbar in's Dasein zu rufen und nach des Verfassers Ueberzeugung geeignet wäre, der Reichsverweserschaft im Innern die kräftigste Wirksamkeit und im Auslande das gewünschte Ansehen zu verschaffen.

Mit einer amtlichen oder halbamtlichen Staatsschrift haben wir es nicht zu thun. „Meine Ansichten und Vorschläge" sagt Herr Bunsen, „drücken meine auf eigene Beobachtung gegründete und durch wiederholtes Nachdenken geprüfte, hier endlich fern von allen persönlichen und örtlichen Einflüssen niedergeschriebene Ueberzeugung aus, nicht mehr, aber auch nicht weniger." Der Verfasser des Sendschreibens glaubt, alle Stockungen würden aufhören, wenn man die jetzige vorläufige Bundesverfassung schleunig vervollständigte, und es würde dadurch eine mächtige Centralgewalt gewonnen, die während der ferneren Berathungsmonate oder Berathungsjahre der endlichen Reichsverfassung, dem Ausland Achtung gebietend und Vertrauen einflößend gegenüberstünde. „Auf diesen praktischen Punkt sind meine Vorschläge gerichtet. Ich habe sie auf die Wirklichkeit gebaut, und habe Nichts dabei vorausgesetzt, als Ihre (der Abgeordneten) Weisheit und Vaterlandsliebe, die Redlichkeit und Besonnenheit der Centralgewalt und der Staatsregierungen und den unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, zur Einheit zu gelangen, ohne Zerstörung des Bestehenden."

Ein Reichsrath ist's, welchen Herr Bunsen fordert. Dieser soll an die Seite der ausübenden Gewalt, und ein Staatenhaus neben die Nationalversammlung treten, nicht als ob der Verfasser, wie er ausdrücklich bemerkt, die Machtvollkommenheit der hohen Versammlung bezweifelte oder ihre Wirksamkeit hemmen wollte, sondern um jene zu sichern, diese zu fördern und zu stärken. Alle Mißlichkeiten, auf welche die Centralgewalt bisher gestoßen und an denen ihre Thätigkeit mit dem Huldigungsbefehle im Innern und mit der Vertretung nach Außen gescheitert ist, entspringen aus dem Mangel jener organischen Anstalten, auf welchen allein die Macht einer Bundesregierung beruht. Mit kurzen Worten: die Centralgewalt habe die Wirklichkeit anfassen wollen ohne Handhaben, und so sei geschehen, was manche treue Freunde der deutschen Einheit vorhersahen: der Wurf mißlungen!

Die beiden neu zu schaffenden Staatskörper anlangend, sagt der Verfasser davon aus, daß der Reichsrath nur eine untergeordnete berathende Behörde sein dürfe. Ihm sollen die Reichsminister die Vorlagen zur Begutachtung mittheilen, ehe sie vor das Parlament gebracht werden. Eben so sollen auch wichtige Handlungen der ausübenden Gewalt erst in jenem Reichsrathe besprochen werden, den man auch ein Staatenhaus nennen könne. „Ich meine," sagt der Verfasser, „das Staatenhaus hat gar nichts mit demjenigen Reichsrathe zu thun, dessen der Bundesstaat bedarf: und dieser Reichsrath wiederum hat gar nicht in die Vorlagen der Reichsminister einzugreifen. Alle gesetzgebende Thätigkeit geht blos vor zwischen der ausübenden Gewalt und dem Parlamente. Das Vertrauen des Parlaments allein macht die Minister stark und erhält sie! Der Mangel desselben bewirkt ihre Schwäche und am Ende nothwendig ihre Entfernung. Dazwischen kann und muß gar keine Behörde treten. Das gesammte Reichsministerium, das Kabinet, bildet den Rath der Regierung, und ist dieser, wie dem Parlament, verantwortlich." Den organischen Verfassungsberathungen des Volkshauses seiner soll ein Staatenhaus zur Seite stehen, welches mit dem Reichsrathe das gemeinschaftlich hat, daß beide die einzelnen Staaten darstellen. Das Staatenhaus hat im Verein mit dem Volkshause die Gesetzesbeschlüsse zu fassen: der Reichsrath hingegen hat den Einzelregierungen (durch ein beschränktes Recht der Zustimmung oder Ablehnung) den geziemenden Antheil von der Ausübung derjenigen Reichsrechte zu verschaffen, welche bisher, für die Sphäre des einzelnen Staates, von der Krone ausgeübt wurden. „Wir sind einverstanden," fährt Bunsen fort, indem er die Meinung widerlegt, als widerspräche die Errichtung eines Reichsrathes und eines Staatenhauses dem Gesetze über die Centralgewalt, „wir sind einverstanden, daß wir uns halten müssen innerhalb der Bestimmungen des Beschlusses der Versammlung vom 28. Juni, so weit diese zureichen, aber man mache uns keinen Popanz aus ihnen, man stelle sie nicht hin als eine abgeschlossene Charte. Warum sollte denn, was dem Reiche an organischer Bildung nöthig ist, nicht jetzt schon, in einer, wenn auch nur vorläufigen, doch naturgemäßen Form sich darstellen lassen? Worum sollten wir für die festere Begründung des Provisoriums jenen Beschluß nicht ergänzen dürfen durch andere? Aber wie den Reichsrath bilden? Woher, das Staatenhaus, und noch welchem Maßstabe

zusammensetzen? In Amerika sendet der größte, wie der kleinste Staat zwei Abgeordnete. Auf Deutschland ließe sich dieß Verfahren im wörtlichen Sinne nicht anwenden. Kann Oesterreich behandelt werden, wie Liechtenstein, oder Preußen wie Geiz-Schleiz-Lobenstein? oder auch wie drei oder vier derselben? Kann man dergleichen Ländchen ernsthaft überhaupt als selbstständige Staaten behandeln in einem selbstständigen Bundesstaate? Ja verlangen oder erwarten sie es auch nur einmal? Und doch liegt diese Ansicht sowohl den 69 als den 17 St. des alten Bundes zu Grunde." Eine wesenhafte Grundlage für die politische Abtheilung Deutschlands fand Herr Bunsen nun angedeutet in der bisherigen Vertheilung des Bundesheeres zu zehn Armeekorps, obschon dabei ebenfalls der geographische und Stammes-Zusammenhang, z. B. gleich bei der Zusammensetzung des neunten Heerestheils (Königreich Sachsen, Kurhessen, Nassau, Luxemburg und Limburg) mehrfach verletzt wird. Sogar ganz aufgegeben ist das Prinzip in dem Zusammenwerfen der vier sächsischen Herzogthümer, den drei Anhaltinern, den elf kleinsten Fürstenthümern, (einschließlich Hessen-Homburg) und der Stadt Frankfurt. Es sollte eine besondere militärische Weisheit sein, aus diesen kleinen, durch ganz Deutschland zerstreuten Truppentheilen, eine Reserve-Infanterie-Division, für die Besetzung der Bundesfestungen zu bilden! Dennoch hat Herr Bunsen, der Vertheilung des Bundesheeres folgend, unter der Beibehaltung dieses ohngefähren Maßstabs, zwölf Reichskreise vorgeschlagen, von denen auf Oesterreich drei, auf Preußen (nach dem Eintritt der Provinzen Preußen und Posen in das deutsche Reich) vier, auf Baiern (unter Anfügung der beiden Hessen, Nassau's und Frankfurt's) zwei, auf Würtemberg mit Baden, Sachsen mit Thüringen, Hannover mit den beiden Mecklenburg, Braunschweig, Schleswig-Holstein, Oldenburg und den Hansestädten je ein Kreis käme. Die zwischenliegenden Enklaven gehen in die jemalige Kreiseintheilung über, Preußen gibt z. B. Suhl in dieser Hinsicht zu dem sächs. thüringischen Kreise ab, das oldenburgische Birkenfeld kommt zur Rheinprovinz u. s. w. Der Obeefehl des Kreises soll nun bei dessen Herzoge, einem der königl. Bundesfürsten (zwischen Würtemberg und Baden abwechselnd, ebenso abwechselnd für den zweiten baierischen Kreis unter Baiern und Hessen) sein. Die Bevollmächtigten der sechs Kreisobersten bilden dann den Reichsrath, welcher neben dem Reichsverweser seinen Sitz haben soll. Preußen könnte sich darin durch vier, wie Oesterreich durch drei Bevollmächtigte vertreten lassen — oder es könnte der Eine Bevollmächtigte mit je vier und drei Stimmen zählen. Ebenso natürlich gestaltet sich aus den Kreisen das Haus der Staaten, indem jeder Kreis 24 Vertreter, zwölf durch das Ministerium ernennt, andere zwölf durch die Stände erwählt. Die Stadt Frankfurt erhält eine Einzelnstimme in der ständischen Vertretung, den vierzehn kleinsten Fürstenthümern will Herr Bunsen je eine Virilstimme eingeräumt sehen. Hiernach würde die eine Hälfte des Staatenhauses sich folgendermaßen zusammensetzen:

I.	a. Die Stände des Königreichs Preußen	9	12
	b. " " " Herzogthums Pommern	3	
II.	a. Die schlesischen Stände	9	12
	b. Die posenschen	3	
III.	a. Die brandenburgischen Stände	6	12
	b. Die sächsischen Stände	5	
	Die drei anhaltischen	1	
IV.	a. Die rheinländischen Stände	6	12
	b. Die limburgischen Stände	1	
	c. Die luxemburgischen Stände	1	
	d. Die westphälischen Stände	4	
V.	Die Stände des Erzherzogthums Oesterreich		12
VI.	Die Stände von Mähren u. österreichisch Schlesien		12
VII.	Die böhmischen Stände		12
VIII.	Die bairischen Stände (m. Ausn. des Rhein- u. Mainkreises)		12
IX.	a. Die Stände von Rheinpfalz u. von Unter-Franken	4	12
	b. Die kurhessischen	3	
	c. Die hessen-darmstädtischen	3	
	d. Die nassauischen	1	
	e. Die Stadt Frankfurt	1	
X.	a. Die würtembergischen Stände	7	12
	b. Die badischen	5	
XI.	a. Die königlich sächsischen Stände	8	12
	b. Die Stände der vier Herzogthümer	4	
	Uebertrag		132

	Uebertrag		132
XII.	a. Die hannöverschen Stände	6	12
	b. Die braunschweigischen	1	
	c. Die schlesw.-holst. Stände, einschließl. Lauenburgs	1	
	d. Die Stände von Mecklenburg-Schwerin	1	
	e. " " " " Strelitz	1	
	f. " " " Oldenburg	1	
	g. Die drei Hansestädte	1	

Von den Ständen gewählte Mitglieder: zusammen 144. Verdoppelt durch die ministeriellen Mitglieder und noch durch 14 Fürsten in Person oder durch beauftragte Prinzen ihres Hauses verstärkt, ergibt dies ein Staatenhaus von 300 Stimmführenden, welches der Nationaloersammlung zur naturgemäßen Ergänzung dient, bei der laufenden Gesetzgebung sowohl, als bei der Entwicklung der Verfassung, den Einzelnstaaten eine Garantie gewährt, ein Mittel der Verständigung und einen ehrenvollen Weg zur Annahme der Parlamentsbeschlüsse. Zugleich werden dadurch die zahllosen und kostspieligen Landes-Parlamente in Berlin, Dresden, Stuttgart u. s. w. beseitigt. Das gesammte Vaterland aber erhält auf diese Weise die Gewißheit friedlicher und freundlicher Annahme der Frankfurter Beschlüsse.

Wir haben hiermit die Umrisse des Bunsen'schen Planes nachgezeichnet, in Bezug auf dessen weitere Ausführung und Anempfehlung wir auf das Sendschreiben selbst verweisen müssen, welches noch manchen sorgsam verarbeiteten Nebengedanken, manchen schätzbaren Fingerzeig und auch eine Betrachtung darübee bietet, wie die Vertretung der Centralgewalt dem Auslande gegenüber vorläufig zu ordnen sein dürfte. Wir sind den Bunsen'schen Ideen nachgegangen und haben die Hauptfäden des Gewebes aufgesucht, um sie dem Leser vorzuweisen mit achtungsvoller Dankbarkeit zwar für den patriotischen Eifer des Verfassers, ohne jedoch damit schon ein Urtheil über die Anwendbarkeit seiner Vorschläge zu wagen. Nur das erlauben wir uns zu sagen, daß das Sendschreiben im Tone einer Bescheidenheit und einer so herzlichen Vaterlandsliebe redet, der außerordentlich dazu angethan ist, das Gewicht der Gründe und Erfahrungen zu verstärken, die der Broschüre stets einen bedeutenden Platz unter ähnlichen Werken anweisen würden, wäre sie auch nicht von einem Manne verfaßt, den die Gunst seines Berufs in den Stand setzte, die Wirklichkeit großer Staatsverhältnisse aus naher und vielseitiger Anschauung kennen zu lernen.

Erklärung.

Der in der Nummer 151 der „Constitution" veröffentlichte und von da in Nr. 263 der „Deutschen Zeitung" übergegangene Brief des Abgeordneten der deutschen Nat.-Versammlung C. E. Bauernschmidt vom 18. Sept. 1848, veranlaßt die Gefertigten zu der Erklärung, daß sie weder die Ansichten des Korrelpondenten über die geschilderten Frankfurter Ereignisse des 18. Sept. theilen, noch den besonders hervorgehobenen Umstand, daß auf Unbewaffnete geschossen worden sei, „eidlich zu bestätigen" vermöchten.

Daß dieselben mit dem Korrelpondenten in einem Hause auf der Zeil (Nr. 38, Wohnung der Abgeordneten Dr. Ullrich und Dr. Boczek) „eingeschlossen" waren, kann wohl nur so gemeint sein, daß es nicht möglich war, während des Schießens sich ohne Gefahr aus dem Hause zu entfernen. Abgesehen davon, daß sich die Unterzeichneten nicht überzeugt haben, ob das bezeichnete Haus zu jener Zeit geschlossen war oder nicht.

Frankfurt a. M., am 2. Okt. 1848.

Dr. Riehl.
Dr. Ullrich.
D. C. Mellin.

Deutschland.

Frankfurt, 4. Oct. Herr Donelson, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der nordamerikanischen Freistaaten bei der deutschen Reichscentralgewalt, hielt, bei der Ueberreichung seiner Accreditive, folgende Anrede an Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog-Reichsverweser: „Kaiserliche Hoheit! Es konnte mir keine größere Ehre zu Theil werden, als die Ueberreichung des Schreibens, welches mich bei Ew. kaiserl. Hoheit als bevollmächtigter Minister der Vereinigten Staaten beglaubigt. Aus eigenem Antriebe war ich bereits früher, ehe unser Präsident von der Errichtung der Centralgewalt Deutschlands Kenntniß er-

Digitized by Google

halten kannte, so frei gewesen, die Gefühle der Freundschaft und Theilnahme unseres Landes auszusprechen. Das Schreiben, welches ich jetzt die Ehre habe, Ew. kaiserl. Hoheit zu überreichen, beweist, daß der Präsident völlig damit einverstanden war, und daß meine Mitbürger die Wünsche für das Fortschreiten der Centralgewalt theilen. Möge es mir erlaubt sein, Ew. kais. Hoheit zu gleicher Zeit zu versichern, daß ich von meiner Seite keine Anstrengung scheuen werde, um die Art der Beziehungen, so weit es mein Amt betrifft, genehm zu machen. Die Vereinigten Staaten haben kein Interesse, welches denen Deutschlands entgegensteht. Sie werden, wo es in ihrer Gewalt steht, dem Wirken der provisorischen Centralgewalt und der Nationalversammlung immer mit freundschaftlicher Sorgfalt entgegenkommen. Möge deren Bemühung, die Staaten Deutschlands in eine gesetzmäßige Bundesregierung zu verschmelzen, mit Erfolg gekrönt werden, und dadurch Deutschland größer und stärker, seine Völker freier und glücklicher werden, — das ist der aufrichtige Wunsch jedes guten Amerikaners. Möge es mir gleichzeitig erlaubt sein, das Vertrauen zu erwähnen, welches der persönliche Charakter Ew. kaiserl. Hoheit meinen Landsleuten einflößt. Dieselben betrachten Ew. kaiserl. Hoheit als einen sichern Bürgen für Deutschlands Einheit, ohne Krieg und gewaltsame Umwälzungen. Die Vereinigten Staaten, unterstützt von der göttlichen Vorsehung, die ihnen einen Washington verlieh, haben der Welt gezeigt, wie viele Vorzüge eine politische Organisation, die auf Selbstverleugnung und brüderliche Einheit gegründet ist, vor einem System des Sonderinteresses und nationaler Zwistigkeiten besitzt. Meine Landsleute hegen die Hoffnung, daß auch Deutschland eben so gesegnet sein, und daß die Zeit kommen wird, wo die Nachwelt den Namen Ew. kaiserl. Hoheit neben den von Washington stellen wird, nicht sowohl wegen Lorbeeren, die auf Schlachtfeldern geerntet werden, als wegen der hohen Verdienste eines Staatsmannes, der seine Mitbürger überzeugt haben wird, ihre Uneinigkeiten und Lokalvorurtheile für immer zu begraben, und vermittelst patriotischem und herzlichem Einverständniß, eine versöhnende Regierung, öffentliche Ordnung, Achtung des Privatrechtes, nebst der Freiheit des Individuums und der Unabhängigkeit der Einzelnstaaten zu errichten. Meine Regierung und meine Landsleute wissen, daß es nicht Rathschläge, sondern Beispiele sind, welche allein die Aufmerksamkeit derjenigen fremden Nationen auf sie wenden, die im Begriff sind, ihr politisches System abzuändern. Deßhalb enthält sich der Amerikaner sorgfältig jeder thätigen Theilnahme an den innern Streitigkeiten anderer Völker, welche Bezug auf ihre Regierungsform haben. Man weiß in Amerika, daß jede rechtsgültige Institution nur dann als nützliches Beispiel dienen kann, wenn ihr friedlicher Einfluß sich bewährt hat, nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch in allen andern Beziehungen, welche ein Jahrhundert characterisiren, in welchem Wissenschaft und Tugend unumgängliche Bedingungen nationaler Größe und individuellen Wohlergehens ausmachen. Daher sind die Gefühle, deren Dollmetscher ich bin, keineswegs aus propagandistischen Interessen hervorgegangen, im Gegentheil sind sie aus vollkommener Hochachtung für die Staaten und Völker Deutschlands entstanden, für diejenigen Staaten und Völker, die durch ihren edlen Ursprung, ihre Zahl, ihre Intelligenz, ihre geographische Lage und ihre Produkte berechtigen, unter den ersten Nationen der Erde einen Rang einzunehmen".

Die Antwort Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers lautete wie folgt: „Es freut mich aufrichtig, einen Abgesandten der amerikanischen Freistaaten bei der deutschen Centralgewalt beglaubigt zu sehen, und ich spreche dies mit dankbarer Anerkennung der freundlichen Zuvorkommenheit aus, welche Ihre Regierung hiebei bewiesen hat. Diese Zuvorkommenheit kann nur dazu beitragen, die Bande innigen Einvernehmens und warmer Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland noch fester und dauerhafter zu knüpfen. Welchen hohen Werth ich auf diese Bande lege, bedarf wohl keiner Versicherung, und das Vertrauen, mit welchem ich an deren unerschütterlichen Bestand glaube, wird noch durch die Ueberzeugung verstärkt, daß die politischen und die geistigen wie die materiellen Interessen beider Länder der Art sind, eine Erfüllung meiner Hoffnungen zu verbürgen. Viele deutschen Stammes haben in dem gastfreien Amerika eine zweite Heimath gefunden und sind dort mit Wohlwollen aufgenommen worden. Auch dies muß dazu beitragen, die innigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland immer mehr und mehr zu befestigen. Möge das Andenken Ihres großen Washington und die segensreichen Vermächtnisse, welche seine Weisheit, seine seltenen Tugenden und seine uneigennützige Vaterlandsliebe Amerika hinterlassen haben, nie aufhören, unter dessen Völkern zu leben. Auch ich habe für diesen edelsten der Männer stets eine wahre Verehrung im Herzen getragen und in ihm ein erhabenes Vorbild alles Trefflichen erkannt. „Wie er, werde auch ich meinen höchsten Ruhm darin suchen, das Vertrauen, welches Deutschland in mich setzte, durch mein redliches und rastloses Streben zu rechtfertigen, meinem geliebten Vaterlande durch Begründung gesetzlicher Ordnung und innerer, wie äußerer Ruhe, die Segnungen ungetrübten Friedens zu sichern. Diese meine Bemühungen werden aber durch die Freundschaft der auswärtigen Mächte, und insbesondere durch jene der edlen amerikanischen Nation wesentlich gefördert werden. Ich baue fest auf dieselbe und werde Alles aufbieten, meinerseits zu deren Erhaltung beizutragen. Es ist mir in dieser Beziehung von guter Vorbedeutung, daß Sie, Herr Gesandter, gewählt worden sind, Ihre Regierung bei mir zu vertreten. Ihr biederer Charakter, Ihre gereifte Einsicht und Ihre bekannte Zuneigung zu dem braven deutschen Volke sind bereits bewährt und haben Ihnen schon in meinem Vaterlande die allgemeine Hochachtung erworben. Ich finde hierin eine beruhigende Bürgschaft, daß Sie aufrichtig mitwirken werden, meine und Ihrer Regierung Wünsche und Absichten nach Kräften zu fördern. Ich heiße Sie recht herzlich bei mir willkommen".

* * **Wien**, 4. Okt. Die Sitzung vom 29. Sept. mußte nach kurzer Dauer, wegen Zerspringen einer Gasröhre, wodurch eine unerträgliche Gasausdünstung sich im Saale verbreitete, aufgehoben und auf den 30. vertagt werden. Die Tagesordnung für diese Sitzung war die Fortsetzung der Discussion über den Bericht des Finanzausschusses und die darauf bezügliche Steuerfrage. Die Redner, die sich bei dieser Debatte heute betheiligten, waren Potocki, Strasser, Trumer, Purtscher, Umlauft, Brandl (ein Bauer), Bilinski, Hein, Ullepitsch, Goldmark und Löhner, welche theils für, theils gegen die Steuerbewilligung sich aussprachen. Am geistreichsten und die Regierung am meisten geißelnd sprach Löhner in seiner gewohnten satyrischen Weise; ich lasse einige der bezeichnendsten Stellen hier folgen: Er gestehe, daß er etwas schüchtern, jung und unerfahren sei, er traue sich nicht recht Alles zu sagen, da er nicht wisse, ob er nicht hin und wieder zur Ordnung gerufen werden könnte, wenn er die Dinge beim rechten Namen nenne. Er glaube, man solle nicht jene Leute von vornhinein verdächtigen, welche das neue Oesterreich nicht zu finden wissen und daher das alte immer noch ergreifen. Er meine, in der Verantwortlichkeit der Minister sei zugleich die moralische Mitverantwortlichkeit der Kammer. Allein die Kammer habe das Ministerium nicht ernst genug überwacht. Er weist sodann nach, in welchen Widersprüchen sich das Ministerium bewege; so sagt er, glauben wir in der Kammer, wir hätten einen constitutionellen Kaiser und in Galizien erscheint Mitte August ein Dekret im Namen des Kaisers von Gottes Gnaden. Auf eine Interpellation antwortet der Minister, daß Modena nur um die Freiheit zu schützen, besetzt werde, und an einem andern Tage erklärt derselbe, daß die Bande der Blutsverwandtschaft und Familienrücksichten seine Schritte daselbst leiten. In Wien soll die Kammer auf konstitutionellem Wege Steuern votiren, und der Kriegsminister erklärt, eine inkonstitutionelle Armee in Kroatien damit besolden zu wollen. Er stimmt aber demungeachtet für die Verwilligung der Steuer. Die meisten Redner, die sich gegen die Bewilligung der Steuer aussprachen, legten es dem Finanzminister zur Last, daß er der Kammer keinen Staatsvoranschlag vorgelegt habe. Da beim Beginne der Verhandlungen keine Minister zugegen waren, mußten einige angemeldete Interpellationen zurückbleiben, die beim spätern Erscheinen derselben aufgenommen wurden. Smalka interpellirt das Gesammtministerium, ob das Gerücht gegründet sei, daß der Minister des Innern, Doblhoff, sein Portefeuille in die Hände Sr. Majestät zurückzulegen gedenke. Die ganze Stadt sei hierüber in tiefster Besorgniß und selbst in der Kammer sehe er das gleiche Bedauern ausgedrückt, welches als ein unzweifelhafter Beweis der hohen Achtung und des unerschütterlichen Vertrauens gelten könne, das dieser Minister genießt. Ministerpräsident Wessenberg erwiedert hierauf, daß Doblhoff blos unpäßlich und sein Rücktritt ungegründet sei. Hierauf interpellirte Borrosch gleich-

Digitized by Google

falls das Gesammtministerium, ob er endlich heute Antwort erhalten werde auf seine frühere Interpellation über die Sanctionirung und über die Stellung der Kammer. Etwas barsch und anmaßend verweist Justizminister Bach auf die früher abgegebene Aeußerung des Ministeriums, welche Antwort mit Zischen und Mißfallsäußerungen der Linken entgegengenommen wurde. Borrosch interpellirt weiter den Kriegsminister, ob die Untersuchung der Vorgänge des 13. September schon beendigt sei? Und wieder antwortet der Justizminister, die Untersuchungsakten seien dem Justizministerium übergeben worden und werden seinee Zeit veröffentlicht werden. Fachinetti interpellirt den Kriegsminister über die Militärwirthschaft in Italien und citirt einen in der Gazetta Piemontese veröffentlichten Befehl, folgenden Inhalts: „1. Alle Einwohner müssen um 10 Uhr Abends zu Hause sein, in gleicher Weise müssen um diese Stunde alle Wirths- und Kaffeehäuser und alle öffentlichen Orte geschlossen sein. 2. Das Beisammenstehen von mehr als 3 Personen auf der Straße zur Nachtzeit ist auf das Strengste verbaten. Die Patrouillen haben Befehl, auf jede Menschengruppe, der sie auf ihrem Wege begegnen, Feuer zu geben. 3. Das Tragen eines Abzeichens, als Kokarden, Kreuze, Hernanihüte und Hüte mit breitem Band und Schnalle u. s. w. sind verboten. Wer es wagen sollte, einen der angeführten Befehle zu übertreten, wird sogleich festgenommen, und nach aller Strenge der Kriegsgesetze behandelt werden." Kriegsminister Latour antwortet hierauf, daß er den Feldmarschall Radetzky um Aufklärung über diese Vorfälle angehen und später darüber das Resultat der hohen Kammer mittheilen werde. Hierauf interpellirt abermals Borrosch über den provisorischen Oberkommandanten der Nationalgarde, Hrn. Streffleur, welcher am 13. September nach Aussage eines Ministers den bewußten Zettel wegen Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses getragen habe, was später in Abrede gestellt wurde. Latour erwiedert hierauf, daß Herr Streffleur am 13. in Gegenwart der Heeren Minister in Abrede gestellt hat, den Zettel am Czako getragen zu haben, nur als er in die Nähe der Aula kam, habe man ihm den Zettel in die Hand gesteckt.

Borrosch interpellirt weiter den Kriegsminister über die in Ungarn aufgefangene und heute in öffentlichen Blättern veröffentlichte Correspondenz Jellacic's mit dem Herrn Kriegsminister, wo der Kriegsminister um weitere Geld-, Artillerie- und Truppensendungen angegangen wird. Latour entgegnet, daß er wahl nicht verpflichtet sei, über Briefe, die nicht an ihn gelangt sind, eine Antwort zu geben, er nehme aber dennoch keinen Anstand, zu erklären, daß Jellacic sich mehrmals an ihn mit der Bitte gewendet hätte, ihn mit Geld, Truppen und Artillerie zu unterstützen, er habe ihm aber stets geantwortet, er sei außer Stande, ihm das Eine oder das Andere zu schicken. Da aber das ungarische Ministerium trotz mehrfacher Aufforderung kein Geld an die kroatischen General-Kommando's geschickt hat, und die dortigen Truppen k. k. Soldaten sind, also auch vom Staate besoldet und genährt werden müssen, so habe er eine nothwendige Unterstützung ihnen (280,000 fl.)-zufließen lassen. Borrasch fragt weiter, da dieser Bürgerkrieg auf beiden Seiten des Hauses zur Parteifrage gemacht worden ist, ob das Ministerium Alles gethan hat, den Frieden wieder herzustellen? Ministerpräsident Wessenberg, der bisher immer so leise sprach, daß ihn selbst seine nächste Umgebung nicht hören konnte, und die ganze Kammer sich, wenn er eine Antwort gab, an ihn andrängte, um nur ein Wörtchen vernehmen zu können, erhielt plötzlich die Sprache, und in hastiger, gereizter Stimmung entgegnete er mit kräftiger, lauter Stimme, daß das Ministerium auf Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationalitäten den Frieden anstrebe.

Die Nachricht von der Ermorbung des F. M. L. Lamberg in Pesth, welcher als kais. Kommissär dahin geschickt wurde, brachte hier große Sensation hervor. Glaubwürdigen Nachrichten zufolge, kann ich Ihnen hierüber Näheres mittheilen. F. M. L. Graf Lamberg erschien in der Festung Ofen mit dem kaiserlichen Mandate, welches aber daselbst nicht anerkannt wurde, er entfernte sich mit den Worten, er werde in kuezer Zeit wiederkommen, und dann hoffe er, daß man ihn anerkennen werde. Er fuhr aus der Festung und als er auf die Brücke kam, wurde er von einem Wiener Freiwilligen, der früher als Jäger bei ihm diente, erkannt, welcher rief, dies ist der kaiserliche Verräther. Es näherten sich alsbald mehrere Menschen seinem Wagen, aus dem er eine Pistole abfeuerte, worauf ein junger Mensch ihm einen Stich mit dem Degen beibrachte und die blutgierige höchst aufgeregte Menge über das Opfer herfiel, es mit Sensen und Hacken zerhaute, den zerstückelten Leichnam über das Pflaster schleifte und ihn dann aufhängte und auf das Pflaster zurückfallen ließ, daß der Leichnam zerplatzte. Der bedauernswürdige Graf hinterläßt eine Gattin (Tochter des Grafen Hoyos) mit 8 Kindern, die alle Ueberredung fruchtlos anwendeten, ihn von der Uebernahme dieser kaiserlichen Mission zurückzuhalten.

Dumpfe Gerüchte verbreiten sich seit einigen Tagen in der Stadt, man walle Wien in Belagerungszustand versetzen und unter diesem Einflusse ein neues Preßgesetz und Beschränkung des Associationsrechtes proclamiren. Diesem Gerüchte wird aber heute durch ein Plakat vom kommandirenden Gen. Auersperg widersprochen.

Heute Nachmittag war wieder große Volksversammlung im Odeon, zu welcher der demokratische Verein die Einladung machte und welche von beinahe 8000 Menschen beiderlei Geschlechts und jedes Standes besucht war. Es wurden Vorträge von Willmer (über die Wahl des neuen Gemeinderaths und gegen Katzenmusiken), Becher (über die vom Verf.-Ausschuß entworfenen Grundrechte), Eckardt (über die gegenwärtigen und zukünftigen Verhältnisse Europa's und die Stellung Oesterreichs) und endlich von Tausenau (über die Zustände Italiens seit dem Wiener Kongresse bis jetzt und den Einfluß Metternichs auf diese Zustände) gehalten. Eckardt und Tausenau enthusiasmirten mit ihren Vorträgen die Menge, welche ihnen stürmischen Beifall zollte.

Wien, 2. October. Die N. B. Z. schreibt: Das ungarische Drama ist seinee Katastrophe nahe. Auf die Nachricht von der Ermorbung des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Lamberg rückte Jellacic sogleich gegen Ofen vorwärts; sein linker Flügel wurde angegriffen und sogar zurückgedrängt; allein er nahm unterdessen ohne Schwerstreich Ofen ein. Man hatte noch Zeit gefunden, die Brücke zwischen Pesth und Ofen abzubrechen. Jellacic forderte die Stadt Pest, in welcher sich die ungarische Vertheidigungsmacht kanzentrirte, zur Uebergabe auf: allein vergebens. Darauf ließ er sie mit Raketen beschießen. So weit gehen die Nachrichten, die gestern ein Kourier brachte.

Wien, 1. Okt. Das gestrige Abendblatt der „Wiener Zeitung" veröffentlicht folgendes Cirkular des Kriegsministers an sämmtliche kommandirende Generale ꝛc.

„Es sind seit einiger Zeit, selbst auf dem Reichstage, wiederholte Klagen über Aeußerungen von Militärindividuen vorgekommen, welche geeignet sind, die öffentliche Meinung und alle wohlgesinnten Staatsbürger zu beunruhigen, indem sie die Gesinnungen der k. k. Armee und in'sbesondere eines Theils des Offizierskorps als den aon Sr. Majestät dem Kaiser seinen Völkern gegebenen konstitutionellen Institutianen abgeneigt darzustellen trachten. Es ist meine eeste Pflicht, in der Armee jene Einheit der Gesinnungen, des Pflichtgefühls, des unbedingten Gehorsams gegen die allerhöchsten Anordnungen des erhabenen Monarchen, folglich auch die Achtung vor den konstitutionellen Einrichtungen und Verfügungen im Staate aufrecht zu erhalten, und nicht zu dulden, daß Einzelne sich erlauben, gegen den ausgesprochenen Willen des Monarchen, sich gegen die neue Gestaltung des Staatsgebäudes auszusprechen. Ich finde mich daher um so mehr veranlaßt, sämmtliche kommandirenden Herren Generale, Divisionärs, Brigadiers, Regiments- und Korpskommandanten, dann überhaupt alle Chefs von Militärbranchen, auf das Bestimmteste aufzufordern, ihre Untergebenen allen Ernstes anzuhalten, in diesem Sinne stets pflichtgemäß zu handeln und sich zu benehmen, als unvorsichtige und unseren konstitutianellen Einrichtungen nicht angemessene Aeußerungen stets benützt werden, um den Geist ganzer Truppen zu verdächtigen. Ich darf mich mit Vertrauen der Hoffnung überlassen, es werde die Ueberzeugung, daß fernerhin jeder Anlaß zu solchen Anklagen zu vermeiden sei, allgemein als eine Pflicht gegen den Thron und das Vaterland erkannt werden, und daß sämmtliche Herren Vorgesetzte eifrigst in diesem Sinne auf ihre Untergebenen zu wirken bemüht sein werden."

△ **Wien**, 2. Okt. Die Gerüchte über einen Belagerungszustand Wien's dauern fort; eine Bekanntmachung des Grafen Auersperg, daß sie gänzlich ungegründet, machte wohl einen momentan beruhigenden Eindruck ohne sie jedoch ganz zu zerstreuen. — Das Rundschreiben des Kriegsministers an die Chef's des Militärs machte einen guten Eindruck; besonders auch auf die Reichstagsdeputirten und Latour ist damit einem Sturme

Digitized by Google

am Reichstage, der gegen ihn im Anzuge war, zuvorgekommen.— Unter den Ersatzmännern für Schwarzer nennt man den Grafen Wickenburg, Gouverneur von Steiermark und den Abgeordneten Schufelka, der sich seit dem 26. o. M., wo die Verzehrungssteuer im Reichstage zur Sprache kam von der Linken lossagte, da ee mit der Art, wie sie die Frage behandelte, nicht einoerstanden war.

Der „Tyrolerbote" schreibt aus Ferdinandshöhe oom 20. Sept.: „Heute pflanzte die hiezu bestimmte politisch-technische Kommission in Namen der National-Versammlung zu Frankfurt auf dem obersten Straßenpunkt mehr als 8000 Fuß hoch über der Meeresfläche, den deutschen Gränzpfahl am Stelvio auf."

Berlin, 3. Okt. Auch der Hr. von Vincke ist nunmehr als Abgeordneter für die hiesige Nationaloerfammlung und zwae in dem Kreise Preußisch-Stargarot (in Westpreußen), wo der bisherige Abgeordnete Richter sein Mandat niedergelegt hatte, gewählt worden, uno hat an seine hiesigen Freunde geschrieben, daß er innerhalb acht Tagen hier einzutreffen gedenke, um wirklich in die Kammer einzutreten, da er, ebenso wie viele andere preußische Abgeordnete, sich oon Frankfurt nach den dortigen traurigen Ereignissen hinwegsehne. (Aachn. Z.)

Königsberg, 29. Sept. Die Orte Marienwerder, Riesenburg und Rosenberg, deren Deputirter Hans oon Auerswald bei der deutschen National-Versammlung war, haben beschlossen, zu Ehren des Verblichenen sich zu einem seieelichen Trauergottesdienst, in Marienwerder zu oereinigen. (Königsb. Z.)

Ratibor, 2 Octbr. Der zweite October, oor 2 Jahren durch die Anwesendeit des Königs für die Bewohner Ratibor's zum festlichsten Tage geworden, wae diesmal für die Freunde und Verehrer des Fürsten Lichnowsky ein Tag des Ernstes und der Trauer. Von der Freude erweckenden Gestalt unserer Stadt damals war heute keine Spur, vielmehr weckten von der Pfarrkirche, von der eoangelischen Kirche, von der Landschaft und dem Bahnhofe schwarze Fahnen, und das Geläute dee Glocken oerkündigte eine Todtenfeiee. Diese fand auch um 8 Uhr in dee kathol. Pfarr-Kirche Statt, und war die Theilnahme daran eine ungewöhnlich große zu nennen. Auf dem Sarkophage befanden sich die Insignien des Fürsten, und an der Seite waren die Wappen desselben angebracht; das eine Schild gab den Geburtstag — 5. April 1814, — und den Sterbetag — 18. Sept. 1848 — an; das Mozartsche Requiem wurde meisterhaft ausgeführt.

In dee hiesigen Synagoge war am verflossenen Sonnabende eine besondere Feiee dem Andenken an die ermordeten Abgeordneten v. Auerswald und Lichnowsky gewidmet. (Schl. Z.)

§ **Leipzig**, 4. Okt. Robert Blum läßt es sich sehr angelegen sein, seine Anhänger, die in den verhängnißvollen Septembertagen größtentheils verloren gegangen sind, wieder zu gewinnen. In unserm Tagblatte oon gestern und heute wendet er sich mit Folgendem an die Wählee und Einwohner des VI. Wahlbezirks im Königreich Sachsen:

„Verehrte Mitbürger! In gefahrvollen Zeiten schließen sich Kampf- und Leidensgenossen inniger aneinander, als je; so auch die Mitglieder dee Nat.-Vers. zu Frankfurt. Eins in Wollen und Streben, Eins in Mitteln und Zwecken, Eins in Gesinnung und treuer Liebe zur Freiheit und zum Volke, Eins in Grundsätzen und Abstimmungen — fühlt sie in diesen drangoollen Zeiten mehr als je das Bedürfniß, auch Eins zu sein in ihrem Verkehre mit dem Volke.

„Aus diesem Bestreben ist der nachfolgende erste gemeinsame „Bericht" heroorgegangen, welchem in kurzen Zwischenräumen andere über alle wichtigen Erscheinungen und Ereignisse in der Nat.-Vers. folgen sollen. Indem ich demnach auch meinen geehrten Mitbürgern diesen Bericht hiermit oorlege, zeichne ich mit achtungsoollstem Gruße

„Frankfurt den 30. Sept. 1848. Robert Blum."

Aus dem „Bericht der im Klubb des deutschen Hofes versammelten Mitgliedee dee Linken an ihre Wähler und das deutsche Volk" heben wir nue Nachstehendes aus:

„Neben diesen Bestrebungen für die Rechte und die Freiheit Volkes hatten wir auch das andere große Ziel der deutschen Revolution — die Einheit Deutschlands — fest im Auge. Ueber die Nothwendigkeit einee starken und keäftigen Centralgewalt kann bei allen wahren Freunden des Vaterlandes kein Zweifel bestehen. Obgleich wir das Gesetz über die Centralgewalt, durch welches ein unoerantwortlicher Reichsoeeweser, der die Beschlüsse der National-Versammlung zu vollziehen nicht oerpflichtet ist, an die Spitze derselben gestellt wurde, bekämpfen mußten, so haben wir doch die Centralgewalt selbst, nachdem sie nus dem Willen der Mehrheit entstanden war, im Interesse der Einheit Deutschlands redlich unterstützt. Wir haben sie unterstützt gegen den kühn sein Haupt erhebenden Partikularismus, unterstützt gegen eine unentschiedene und unentschlossene Mehrheit; unterstützt gegen ihre eigene Schwäche, heroorgerufen durch ein gänzliches unfähiges Ministerium."

Es ist eine schmeichelhafte Zumuthung für uns Leipziger, daß wir glauben sollen, der Herausgeber der Reichstagszeitung, welche Barrikaden und Meuchelmord nur deshalb oerdammt, weil sie ihr Ziel nicht ereicht haben, der Herausgeber der Vaterlandsblätter, welche schon voe Monaten Deutschland mit der Barrikaden-Ordnung bedrohten, der Gesinnungsgenosse der Redner auf der Pfingstweide, welche zu den Ereignissen des 18. Sept. in demselben Verhältnisse stehen, wie dee Zundee zu dem ausgebrochenen Brande; kurz, Robert Blum mit seinee Partei habe die Centralgewalt redlich unterstützt. Und auch gegen den Partikularismus behauptet ee sie unterstützt zu haben, während man hört, seine Partei wolle sich dem Partikularismus hingeben, weil sie darin allein noch ihre Ansicht oon der Freiheit oerfechten zu können glaube. Robert Blum traut, wie man schon öfter zu bemerken Gelegenheit hatte, seinem Anhange große Urtheilslosigkeit zu. Aber solche grobe Widersprüche machen doch glauben, daß er selbst mit seiner Sache auch die gewohnte Besonnenheit verlooen habe, mit welcher er sonst für vorliegende Fälle die nächsten, nnd für den Augenblick auch besten Mittel zu finden wußte.

** **Heidelberg**, 6. Okt. Die Ruhe des Vaterlandes scheint sich allmälig wiederherzustellen, und mit derselben werden auch wohl alle früheren Verhältnisse in das alte Geleis zurückkehren. Noch freilich herrscht das innige Anschließen der alten Reactionäre an die Paetei des gesetzlichen, aber ununterbrochenen Fortschritts, und noch wird oon Staatsmännern der früheren Epoche in den hiesigen öffentlichen Zirkeln, wo meistens diese Partei oertreten ist, alladendlich in freundschaftlicher Unterhaltung eine Cigarre geraucht, welches innige Zusammenleben sich in gefahrvollen Momenten sogar bis zum sehr liberalen Anbieten einer allgemeinen Priese steigert. Hoffen wie, daß die Verhältnisse sich so confolidiren, daß eine solche Verschwendung unnöthig wird, und jedee sich in dem gesicherten Besitze seines Hauses und Eigenthumes fühlt. Der Geist der jungen Zeit wird schon dafür sorgen, daß die alten Zeiten nicht zurückkehren!

*** **Vom Oberrhein**, 4. Oktbr. „Und als der Ziegenbock am stärksten war, fiel ihm das Horn ab." Diese Prophezeiung erfüllte sich an den Lörrachern. Das Städchen glaubte nahezu auch sein Wort in der Welt mitsprechen zu dürfen. Eest ward es als Hauptdepot des Volksfreundes in Athem gehalten und durch die Wallfarthen zum heiligen Bart nach Muttenz. Seine Staatsbeamten wußten nichts und hatten keinen Einfluß, seine Gemeindebehörden klebten im engsten Horizont, seine Bürgerwehroffiziere träumten oon Feldherrnstäben und statt Hosen und Schuhe wollte der Handwerksmann Weltgeschichte machen. Es ging ins Ungeheure — da fiel das Horn ab.

Ein Dutzend lose Buben aus Nachbaegemeinden bildeten am Jahemarktsfest beim Rößlewirthshaus den Crystallisationskern und der Wendepunkt für Deutschland war da. Der Charakter unserer „3 großen Tage" hielt die glückliche Mitte zwischen Schinderhannes und Affentheater. Ekelhaft war die Gemeinheit, die in allen Gestaltungen zum Fahnenjunkerdienst der Republik drängte; Stadt- und Landgefährlich, daß Buben mit Feuer und Schwerdt umspringen durften; schmählich daß die Schlechtesten den Beßeren den Fuß auf den Nacken setzen konnten. Die provisorische Regierung bildeten drei Personen ohne einige Bildung, sämmtlich auf ihe Ganterkenntniß längst gefaßt, ihr schönes politisches Element ein Buchhändtercommis, der seit 6 Wochen bei seinen Gönnern in Lörrach umgeuzt wurde. Die Dörfer waren die Copie des Amtsortes.

Auf ihren Exekutionszügen in die Gemeinden traten die Souoeräne auf wie Bediente in Abwesenheit der Herrschaft und zur Abwechslung wie in eroberetem Land. Die wenigsten trieb Begeisterung für die Republik: die Füheer, Großmannsucht; den

Digitized by Google

Generalstab: Die Hoffnung zu Geld und Stellen oder doch um ihre Schulden zu kommen, der Troß der Bewegung lief von Schrecken gescheucht wie eine Schaafheerde oder trabte mit: weils andere auch so machten.

Struves Frau gestand ganz naiv: „Ja wir wie haben in Birkfeld nur noch ein paar Batzen gehabt," er kam im schäbigsten Rock auf deutschem Boden an. Struve benahm sich milde; dafür wußte Löwenfeld, der General, bald Rath. Der Saamen Israels ist praktisch; er schrieb sein eignes Programm auf die Kehrseite des Struve'schen mit einem kategorischen: la bourse ou la vie! Das zog. Einmal so weit, und die Republik hauste nun in 3 Tagen wie eine ordinaire Regierung nicht in 3 Jahren wagen dürfte.

Diesem Aergerniß wies der rasche Schlag bei Staufen die Thüre. Daß dabei einem bisher unbekannten Städtchen das politische Lichtstümpchen ausgeblasen ward, ist das geringste Uebel, daß das betrogene Volk seinen Abgott verhaftete und lynchen wollte: eine Geschichte — aus alten Zeiten.

Schreiber dieß ist kein Gegner der Republik. Im Gegentheil. Aber daß sie unter solchen Händen, mit solchen Mitteln, in solch einem Winkel gerathen sollte, das glaubt er so wenig als Ihr sarkastischer □Correspondent aus der östlichen Schweiz.

Seine guten Früchte wird auch dieser Putsch uns tragen. Vorerst ist er eine Lektion für die Heeren alten Styl's, wie tief die republikanischen Ideen sich in's Volk gesenkt und wie oberflächlich Solche urtheilen, die meinen: die politische Gährung unseres Vaterlandes sei durchgemacht. Vor Allem aber ist es ein kostbarer Anlaß geworden zur Stärkung und Thätigkeit der Reichsgewalt. Die Stärkung der Centralregierung aber ist eine Forderung aller wahren Patrioten, die alle andere Forderungen übertönen muß. Schließlich haben wir, wenn gleich nur in Krähwinkelmanier die Anfänge des gleichen Kampfes gesehen wie Paris ihn im Junius in schauerlicher Größe sah: den Krieg des Chaos gegen die Gesellschaft, der rohen Kräfte und Stoffe gegen die Organisation, der Titanen gegen die Götter. Ob nun die Flagge der „Republik" auch zu Lande die Waare deckt, ist zumeist Sache des Volkes.

Karlsruhe, 5. Okt. So eben kamen mit einem Extrazug die fünf Gefangenen: Struve, Blind, Dusar, Bauer und Trautmann, unter starker militärischer Bedeckung (in jedem Wagen einer der Gefangenen und gegen 30 Soldaten) in hiesigem Bahnhof an, um nach einem kurzen Halt nach Kleinpennsylvanien bei Bruchsal verbracht zu werden. (Mannh. Abdz.)

Braunschweig. Braunschweig, 27. Sept. Sämmtliche, bald nach der Rückkehr von Holstein beurlaubte Soldaten sind schleunigst zu den Fahnen zurückbernfen. Es herrscht in diesem Augenblick eine außerordentliche Thätigkeit bei der Militär-Verwaltung. Alles wird sogleich in marschfertigen Zustand gesetzt, und, wie man vernimmt, werden unsere Truppen uns bald wieder verlassen. (Magd. Z.)

Altona, 4. Okt. Hr. Francke, der vorgestern hier durchgereist ist, um seinen Sitz im Parlamente wieder einzunehmen, wird zugleich an Hrn. v. Madai's Stelle als Bevollmächtigter für Holstein bei der Centralgewalt fungiren. Auch Hr. Stedmann kehrte gestern mit dem Abendzuge aus dem Norden zurück. — Heute langte mit dem Morgenzuge wieder ein Transport Kranker und Verwundeter, fast sämmtlich Preußen, die bisher in Rendsburg gelegen hatten, hier an. Ein mit demselben Zuge eingetroffener glaubwürdiger Bürger aus Hadersleben versicherte, daß die Proclamation so wie die Erlasse der sog. Immediat-Kommission auch bei Hadersleben nach Form und Inhalt und wegen der Mittel und Wege, die bei ihrer Verbreitung angewandt worden, keine günstige Aufnahme gefunden hätten. — Die provisor. Regierung hat übrigens bereits am 3. Okt. Rendsburg verlassen.

Lübeck, 3. Okt. Heute ist Hr. Welcker, Gesandter der deutschen Centralgewalt am schwed. Hofe, auf dem „Gauthiod" von Stockholm hier angekommen. (B. H.)

Großbritannien.

London, 3. Oct. Mit folgendem Urtheile des Economist, über das Frankfurter Ereigniß, glauben wir dies Kapitel in unserm englischen Artikel abschließen zu können. Der Economist sagt: „Somit haben die Deutschen, zur tiefen Bekümmerniß derer, welche eine bessere Meinung von ihnen haben, einige der schlechtesten Thaten der Franzosen nachgeahmt, und so sind sie im Begriff, ihre Bestrebungen für Freiheit und Einheit zum Gegenstande allgemeiner Verachtung und allgemeinen Abscheus zu machen. (!) Vielleicht darf man den Janhagel der freien Stadt Frankfurt und ihrer Umgegend nicht als Vertreter des Volkscharakters der Deutschen überhaupt betrachten, aber unglücklicherweise zeigen ähnliche Straßentumulte in Wien, Berlin und Chemnitz, daß durchs ganze Land ein allgemeiner anarchischer Sinn geht, der von denen, welche durch diesen Zustand Gewaltthätigkeiten zu erreichen hoffen, eifrig genährt und gepflegt wird. Die Reaction, welche bereits begann, ehe diese beklagenswerthen Auftritte vorfielen, wird nun vollständig sein, und die neue Verfassung, eine solche wie sie Deutschland vorher nimmer hatte, wird, so scheine es uns wenigstens, zu Grunde gehen (?) Die unpraktischen und visionären Zielpunkte der Versammlung, die gänzliche Unfähigkeit ihrer Mitglieder für alle praktische Gesetzgebung war ja schon vorher offenbar, und der Versuch, dessen Mitschuldigen sie sind, (man begreift nicht, wie der Economist so dreist, blind oder boshaft sein kann, an diese Stelle die Brissotisten in der deutschen Nationalversammlung mit den Maratisten, die Terroristen und Gemäßigten, die Girondisten und Jakobiner, die Berg- und Thalpartei in einem Topfe zusammenzurühren), der Versuch ihre Absichten durch die Faust des Pöbels zu erreichen, muß sie in der allgemeinen Meinung zu Grunde richten. Ohne ein Heer, ohne Einkünfte, hat die Centralgewalt keine andere Macht, als die ihr von verschiedenen Staaten durch Leistung von Militär und Geldhülfe gewährt wird. Die vorzüglichsten dieser Staaten, Oesterreich und Preußen, deren Autorität durch die Versammlung beherrscht werden sollte, haben sie davor bewahrt, durch einen Frankfurter Emeutenpöbel zermalmt zu werden. Die vollständige Nichtigkeit ihrer Ansprüche und die von einigen Mitgliedern (also doch blos „einige") gezeigte Neigung für Gewaltthätigkeit wird die Fürsten und alle achtbaren Klassen der Gesellschaft veranlassen, diefrs neue Schema einer Regierung zu unterdrücken" u. s. w. Schließlich gibt der Economist den Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung den Rath, Frankfurt fortan der Sorge seines Senats zu überlassen — als ob sie sich überhaupt in Senatsangelegenheiten noch je gemischt hätten — und sich gemüthlich nach Hause zu begeben. Das würde freilich den Großkrämern an der Themse sehr willkommen sein.

Das Morning Chronicle glaubt, die ihm von der deutschen Zeitungspresse gemachten Vorwürfe zu großer und absichtlicher Gehässigkeit gegen die deutschen Einheitsbestrebungen von sich abwehren zu müssen, ohne doch über seinen gewöhnten beleidigenden und verletzenden Ton hinweg kommen zu können. Es sagt: die Deutschen seien im Allgemeinen in Betreff der Motive, von welchen die englischen Publicisten in ihren Urtheilen über Deutschland geleitet wurden, sehr unwissend, die Engländer hätten das große und edle Deutschland (nämlich das zerstückte, unmächtige, flottenlose, in Handelssachen unterwürfige und unpraktische, censirte Deutschland von ehemals) stets anerkannt und bewundert; England würde auch das erste Volk sein, die deutsche Einheit anzuerkennen, wenn sie auf eine feste Grundlage gestellt worden. Was kümmere sich England um Deutschlands 38 Fürsten? Nicht mehr, als um alle jene Fürsten, die schon früher mediatisirt worden. Wenn es sich allenfalls um die Sache der Fürsten kümmere, so geschehe dies darum, weil sie allein Friede und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten gewußt hätten. England sei ein Volk von Kaufleuten und Rechnern, welches nur dahin sein Vertrauen schenke, wo im Innern Ordnung, nach Außen Verträglichkeit herrsche. Herr Arago habe zwar in Berlin einigen schäbigen „Bummlern" die Hand geschüttelt, darum meine es aber Frankreich noch lange nicht so ehrlich mit den Deutschen, als England; dieses werde nur dann, aber um so herzlicher, Deutschland die Hand schütteln, wenn es wieder geistig und leiblich genesen sei, jetzt aber sei diese Hand nicht viel mehr werth, als jene roth angestrichenen Hände von Holz, wie sie häufig über Handschuhläden als Embleme angebracht seien." Ob die Engländer mit solchen plumpen Bemerkungen, wie die letztere, wohl glauben, das bei uns zu erreichen, was sie doch gerne erreichen möchten?

Der Frankfurter Korrespondent der Times erzählt von Germain Metternich: Dieser habe den Baumeister an einer ausgezeichneten Barrikade in der Schäfergasse gemacht. Kaum sei die Barrikade vollendet und mit der rothen Fahne geschmückt gewesen,

Digitized by Google

so habe man sich vergebens nach Metternich umgesehen, dieser war oeeschwunden. Der Korrespondent der Times erzählt nun: einer seiner Bekannten habe Metternich gesehen, wie er, sobald das Feuern begonnen, sich heimlich gedrückt habe. Auf der Eisenbahn sei Metternich nun nach Hanau gefahcen, habe hier erklärt, doß er nicht an der Seite der schuftigen Feiglinge von Frankfurt fechten möge, und hinzugefügt, er sei gekommen, um eine tapferere Mannschaft von Hanau herbeizuholen. In diesem Augenblick sei ein Feeund Metternich's, der zugleich mit ihm in Hanau eingetroffen, herangestürzt mit dem Ruf: „Die Soldoten haben den Bahnhof von Frankfurt besetzt, wir können unseren helbenmüthigen Brüdern nicht mehr zu Hilfe kommen." Da sei das Hononer Volk, welches nicht eingesehen, daß Metternich und sein Freund dies schon vor ihrer Abreise wissen mußten, sehr wüthend geworden, hobe nun Aufruhrpredigten gehalten nnd unermeßlich viel Bier getrunken u. s. w. Der Korrespondent der Times mag diese Erzählung verantworten.

London. 2. Okt. Aus dem Kaplande erhielt man Nachrichten in England, wornach bie Nordostgrenze wieder ernstlich bedroht ist. Pretorius, der Führer einer Abtheilung der Boers in jenem Distrikt, hatte einen Aufstand angezettelt, und die Regierung auf seine Verhaftnohme einen Preis von 1000 Pf. ausgesetzt. Der Landesgouverneur, Sie Haery Smith, beabsichtigte, sich selbst nach dem aufständischen Gebiete zu begeben, wohin bereits Truppen abgeschickt waren.

Frankreich.

△ **Paris**, 4. Okt. Der Moniteur enthält hente die ofsicielle Ernennung des Gegenadmieals Bruat zum Gouoerneur von Martinique und zum Kommandanten der seanzösischen Schiffsstation der Antillen und des Golf's oon Merito nnd Haiti. Dasselbe Blatt widerlegt die Gerüchte über die angebliche Unterredung des fronz. Botschasters in Rom mit dem Papste (in Bezug auf die Ernennung Rossi's zum Minister) und bemerkt zugleich, der Ort, wo die Unterhandlungen wegen Italien stattfinden sollen sei noch nicht bestimmt, weede aber auf keinen Fall Innsbruck sein.

Auch französische Berichte sprechen heute daoon, Genceal Oudinot habe in einer Anrede an seine Truppen die Möglichkeit eines Krieges in Italien durchschimmern lassen. Die Alpenaemee wird auf 85,000 Mann angegeben. — Im Konferenzsaale der Nat.-Vers. wurde heute versichert, die östeereichische Regierung hätte die Erneuerung der Blokade von Venedig aufgegeben und ihr Geschwader nach Gola zurückgezogen.

Die militärischen Vorsichtsmaßregeln, welche gestern in der Nähe des Palastes der N.-V. getroffen waren, gaben heute zu dem Gerüchte Anlaß, es bestehe eine Verschwörung, an deren Spitze ein Abgeordneter stehe, welcher Verwandter eines politischen Gefangenen sei. Man sprach von nichts Geringerm, als oon einem Komplotte, die N.-V. zu überfallen und den Berg in Besitz der Gewalt zu setzen. Die Reforme beteachtet dieß wie gewöhnlich als eine oon den Royalisten gelegte Falle und waent sehr, sich darauf einzulassen. — Es heißt, der General Lebreton habe ein Schreiben an den Präsidenten der N.-V. gerichtet, worin er sich über die ungenügenden Anordnnngen zur innern Sicherheit der N.-V. beschwert und mit seiner Entlassung drohe.

Sobrier soll zu Vincennes gefährlich erkrankt sein. Raspail hat die sonderbare Forderung an den Präsibenten der N.-V. gestellt, jeden Tag unter Militärbedeckung oon seinem Gefängnisse nach der N.-V. gebracht zu werden, dort mit den Vertretern des Volkes zu berathen nnd zu stimmen und dann wieder unter derselben Begleitung in seinen Kerker zurückzukehren.

Die Bäckergesellen waren wieder nicht übel Willens, Schwierigkeiten, wie im März d. J. zu machen, durch welche es unfrer Hauptstadt im eigentlichen Sinn des Wortes an Brod hätte fehlen können. Der Präfekt Ducour legte sich noch zur rechten Zeit in's Mittel. Heute sonden in seinem Kabinette Konferenzen statt, wobei Ch. Jules Taire als Rechtskonsulent der Bäckergesellen erschien. — Marseiller Blätter wollen wissen, Cabrera sei in Perpignan angekommen, habe im Sinne, den Grafen v. Montemolin zu verlassen und sich der Sache der Königin anzuschließen.

In der gestrigen Sitzung der Nat.-Vers. wurde dos Gesetz über die landwirthschaftlichen Schulen mit 579 gegen 100 Stimmen angenommen. Es ist dadurch eine wichtige Verbesserung angebahnt, die ohne Zweifel heilsame Folgen haben wird. Am Schlusse derselben Sitzung der Nat.-Vers. gab der Finanzminister G. Goudchaux eine Erklärung ab, die sehr zur Beruhigung unsrer Börse dient, im Komité für Ackerbau war nämlich ein Plan der Abgeordneten Turck und Prud'homme mit Gunst aufgenommen woeden. Dieses neue Beglückungsprojekt bestand darin, für zwei Milliarden Hypothekaescheine auszugeben, welche gezwungenen Cours haben und zur Erleichterung der Güterbesitzer dienen sollten. Hr. Goudchaux erklärte hierauf, es sei wichtig, daß dieser Voeschlag recht bald zur Berathung komme, weil er das Land in hohem Grade beunruhige, auf alle Geschäfte störend einwirke und dessen baldige Verwerfung daher sehr zu wünschen sei. Da es nicht möglich war, die Berathung dieses Gegenstandes auf heute festzusetzen, wurde sie auf Montag oerlegt.

In der heutigen Sitzung lagen die §.-27 nnd 28 und 29 des Verfassungsentwurfes vor, nach welchen bie Unvereinbarkeit der Eigenschaft eines Volksoertreters mit der eines öffentlichen Beamten oorläufig auf die Angestellten beschränkt sein sollte, welche zu jeder Zeit absetzbar sind (eévocable à valanté). Auch diese Verfügung sollte nur für die gewöhnlichen, nicht aber für die Verfammlungen gelten, welche zur Reoision der Verfassung berufen würden. — Auch das Verbot, daß die Angestellten, welche in bie Volksoertretung gewählt werden, nicht zu höhern Stellen befördeet würden, sollte zahlreichen Ausnahmen unterworfen sein. Nachdem die Veefammt. über oiele Verbesserungsanträge hin und her gestritten und zu keinem Ende gekommen wor, ging fast unoerfehens gegen den Willen der Mehrheit ein Antrag (des Abgeordneten Flaubin) durch, der jedes besoldete öffentliche Amt als unvereinbar mit dem Mandate eines Abgeoednten erklärt. Es war dieser Antrag während der Abwesenheit vieler Mitglieder angenommen worden, denen nun nichts übrig blieb, als weiter bestimmen zu lassen, daß die später anzunehmenden organischen Gesetze bestimmen sollen, welche Klasse oon Staatsdienern oon dieser Ausnahme anszunehmen wären. Ein Mitglied schlug gar oor, auch alle Notare, Aerzte, Advocaten, Lieferanten, Aktionäre von Eisenbahnactien für wahlunfähig zu erklären. Dieser Antrag, der wie Ironie klingt, aber sehr ernstlich gestellt war, wurbe unter allgemeiner Heiterkeit durch die Vorfrage beseitigt und hierauf Art. 28 mit den oben ongeführten Veränderungen mit 637 gegen 107 Stimmen angenommen. So weit waren die Berathnngen der N.-V. bei Abgang der Post gediehen.

Caussidiére will in London seine Memoiren in 2 Bänden herousgeben, dieser ehemalige Verschwörer, Polizeipräfect und Liebling der hiesigen fashionoblen Welt wird, wenn er aufrichtig ist, merkwürdige Aufschlüsse geben können.

Gestern sind abermals zwei Flugschriften mit Beschlag belegt worden. Ein vorgebliches (?) Testament Alibaud's und ein Brief Morshels an Raspail.

Der Club auf dem Markte St. Laurent ist geschlossen worden. Mehrere seiner Mitglieder werden gerichtlich verfolgt.

Das Projekt, ein Ministerium der allgemeinen Polizei zu errichten, kommt, wie es heißt, demnächst zur Ausführung nnd soll die 3 Abtheilungen für die allgemeine, die politische Polizei und die Aufsicht, welche dem Spezialkommissär der National-Versammlung zusteht, in einen Mittelpunkt oereinigen.

Paris, 4. Okt. — Stand der Rente: 5pCt. 68. 85; 3pCt. 41. 10; Neue —. —; Neapol. 81. 75; Bankactien 1570; Span. 5pCt. (Arbois) — —; 3pCt. 23¾; 3pCt. inländ. — —; St. Germain Eisenbahn-Actien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer 100. —; Paris-Orleans 65t. 25; Paris-Rouen 400. —; Orleans-Bordeonr 375. —; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Haore —. —; Marseille-Aoignon 185. —; Strosburg-Basel 83. 75; Nordbahn 367. 50; Paris-Loon 362. 50; Paris-Strasburg 335. —; Römisches Anlehen 62½.

Die Curse stiegen am Anfange der Böese, aber die Ungewißheit wie die Entscheidung über die Wahl des Präsidenten der Republik ausfallen würde, brachte später einen Rückgong heeoor.

Spanien.

Madrid, 29. Sept. 3pCt. 19¾ baar. (Nach der Börse: 19⅛ ⅛ Geld); 5pCt. 10⅝ Papier. (Nach der Börse 10½ Geld) Passive 3⅛ Popier. (Nach der Börse 3¾ G.)

Narvaez gibt heute ein großes Gastmahl zur Feier der glücklichen Entbindung der Herzogin v. Montpensier von einer Prinzessin.

Die sogenannten „politischen Prooinzial-Chefs" sollen aufgehoben und dagegen das französische System der Polizeipräfekten eingeführt werden.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Sitzung der Landesversammlung vom 3. Oktober. Robertus Antrag. General Bonin.) Stuttgart Verhandlungen der Kammer. Th. Kerner flüchtig.)

Italien. (Anschluß des Fürstenthums Monaco an Frankreich. Tagesneuigkeiten.) Mailand (Republikanische Bewegung in Piemont.) Turin (Die österreich. Truppen.)

Schweiz. Bern (Die Theilnahme der Schweiz am letzten badischen Putsche. Die neue Züricher Ztg. Verurtheilungen deutscher Republikaner.) Zürich (Blutscheit.)

Frankfurter Börsennotiz. (Vom 7. October.)

Deutschland.

**Berlin, 3. Okt. Niemand darf bereuen, gerecht gewesen zu sein. Mir gereicht es zur Freude, daß ich gestern nicht Chorus machte und mich von dem betrübenden Totaleindruck der Sitzung nicht hinreißen ließ, die hohe Versammlung der Vertreter unseres Volkes dessen anzuklagen, dessen nur ein winziger Theil derselben schuldig ist. Die heutige Sitzung steht im schneidendsten Gegensatze zu gestern. Nicht einen Augenblick uneingedenk war die Versammlung der parlamentarischen Würde. Klassische Ruhe herrschte auf den Sitzen des Centrums, der Rechten und der Linken. Es war der Gegenstand, welcher der heutigen Verhandlung die Weihe gab. Eine solche Virginität herrscht noch in den deutschen Kammern: wenn die deutsche Frage, wenn des Vaterlandes Einheit auf der Tagesordnung steht, versammelt sich jeder Saal gleichsam in die deutsche Kirche: die Parteien reichen über den Gegensätzen, die sie trennen, sich brüderlich die Hand und, wessen Feder außerhalb etwa Deutschland schmäht, dessen Mund verstummt vor der immensen Mehrheit von Patrioten. — Die äußerste Linke war heute wie nicht anwesend. Keiner ihrer Redner betheiligte sich. Nachdem sie am 22. Sept. in den Ausdruck höchsten Unwillens über das Frankfurter Ereigniß nicht miteingestimmt, während die ganze Versammlung sich erhob, scheute sie doch den gerechten Zorn des Volks auch heute gegen Deutschland sich zu wehren und im Sinne der Reform die deutsche Centralgewalt zu verhöhnen. Sie zog es vor, zu schweigen, statt zu heucheln. Unbekannt sind also die Gesichtspunkte, von denen aus sie bei der namentlichen Abstimmung — mit Ausnahme der Polen — der übrigen Versammlung beitrat. Es steht uns nicht an, Motive zu erfinden, wo Motive nicht offen vorliegen. — Jener olympische Hauch in der Atmosphäre der heutigen Sitzung wurde nur duech das Wort des Antragstellers Robbertus für eine Sekunde getrübt, als derselbe hinstellte, die andern deutschen Länder seien mehr deutsch als Preußen in letztee Zeit. Ein Murren, wie das Grollen des fernen Meers, ging durch den Saal, von Einem Ende bis zum andern; so war der Vorwurf abgewälzt; diese Männee, die jenem hingeworfenen Worte „zürnten", „wußten", daß sie Deutsche sind. Aber welch' ein Unterschied zu den Verhandlungen, wobei die Linke sich betheiligt. Wir nahmen heute wahr, wie die Versammlung sein würde, wenn diese Extremität sich in Kluds abgelagert hätte, statt in diese ehrfurchtgebietende Räume, — was der Konzertsaal ohne die äußerste Linke wäre. Welch ein Vergnügen wäre es, in Opposition mit Männern, wie Bucher, Schulze, v. Delitsch, selbst Berg und Robbertus zu stehen, wenn diese die äußerste Flanke bildeten, nicht just ihre politische Ansicht, doch ihr Benehmen, ihre Taktik. Zu diesen Männern kann man sich versehen, daß sie nicht, wie Archimedes wünschte und die äußerste Linke verstanden hat, außerhalb den Punkt finde, um die Versammlung aus ihren Angeln zu heben. Wir stimmen am wenigsten mit Herrn Rodbertus überein; wie haben gar keine sonderliche Meinung von seiner politischen Befähigung; aber er und seine Partei sind himmelweit entfernt von jenen Leuten, welchen wir nicht über den Weg teauen. So dimmelweit entfeent war die gestrige Verhandlung von der heutigen. — Der Antrag von Rodbertus lautet: „Hohe Versammlung wolle erklären, daß sie mit Bezug auf das Gesetz über die provisorische Centralgewalt vom 28. Juni d. J. die Ueberzeugung von Sr. Majestät Regierung hege, daß dieselbe zur Ausführung aller Beschlüsse der provisorischen Centralgewalt und deutschen N.-V. in der von Neuem drohenden Verwicklung der dänischen Frage pflichtmäßigst und kräftigst beitragen werde." — Was der Abgeordnete Riedel gegen die Dringlichkeit einwandte, war nicht unbegründet. Man rufe solche Erklärung nicht ohne Grund in die Welt hinein; gerechtfertigt wäre die geforderte nur, wenn entweder die Centralgewalt, die Nationalversammlung, das deutsche Volk in Preußen ein Mißtrauen setzte; das wäre gerade jetzt unglaublich (dieß scheint leider anders); odee wenn diese Versammlung Mißtrauen setzte in die deutsche Gesinnung der Regierung; kurz vorher war durch ein Schreiben des Ministerpräsidenten angezeigt, welche Truppen zur Verfügung des Reichs gestellt worden; oder wenn das Land diese Versammlung seiner Vertreter für unpatriotisch hielte. Bliebe endlich der Zweifel des Antragstellers. Dieß Letzte streifte an das Persönliche. Während aber der äußere Feind, die äußerste Linke nicht etwa bloß ante portas ist, gegen welchen alle Parteien sich verbrüdern müßten, ist es nicht nur ungeschickt, sondern selbst unpatriotisch für ein Mitglied aon der Rechten, mit solchen Invektiaen das linke Centrum sich zu oerfeinden. Beeg sprach es aus, oerwerflich sei es, großen Ereignissen kleine Personen entgegenzuhalten, wie Riedel mit Rodbertus gethan. Die Dringlichkeit wurde beschlassen. Rodbertus begann mit einer Skizze der Geschichte des Waffenstillstandes. Sein Antrag verlange, sagte ee weiter, nur Anerkennung des Gesetzes vom 28. Juni. Doch verfolge sein Antrag auch andere Zwecke noch, die er nicht verhehlen wolle; die gelockerten Bande zwischen Deutschland und Preußen sollten wiedee fester geknüpft werden. Dem Ausland solle die Schadenfreude vergällt sein. Preußen sei in der Meinung Deutschlands zu rehabilitiren. Die drei Meinenzeiger der preußischen Entfremdung seien der Vorbehalt bei der Wahl des Reichsverwesers, der 6. August, der Waffenstillstand. Preußen allerdings sei von Deutschland verkannt. Wir brauchten den Vergleich unseres deutschen Landes mit andern deutschen Ländern, unserer Regierung mit andern, nicht zu scheuen.

Reichensperger besorgt, daß der Zweck dieses Antrags, Förderung der deutschen Sache gerade gefährdet werden könne. Zunächst griffe man in das, was die Aufgabe dee preuß. Abgeordneten zu Frankfurt betreffe. Dann sei die Ungewißheit der Tragweite dieses Antrags bedenklich; die Versammlung könne nicht übersehen, was sie beschließe. Ferner solle die Versammlung ein allgemeines Peinzip aussprechen, also nicht staatsmännisch, sondern doktrinär sich äußern. — Hätten Deutschlands Vertretee eine moralische Unterstützung verlangt, dann würde sie hier unzweifelhaft einstimmig ertheilt werden. — Der Redner für seine Person hat ein festes Vertrauen auf die deutsche Nat.-Versamml.; er nimmt ohne Weiteres alle Beschlüsse von dort an. Die Erklärung, die hier gefordert wird, solle rechtsverbindlich sein. Des Antragstellers Partei habe bei dee Angelegenheit der deutschen Reichsgrenze in Posen sich in entgegengesetztem Sinn ausgesprochen. Die von der deutschen Reichsversammlung beschlossene Demarkationslinie in der Provinz Posen habe nicht eher feststehen sollen, als wenn diese Versammlung zugestimmt habe; nur unter deren Mitwirkung. Dies wäre damals rechtlich unbegründet gewesen; aber es wäre keine Veranlassung, sich gegenwärtig zum Voraus zu binden. — Der Antragsteller habe vor dem Waffenstillstand in einem andern Antrage den partikularen Standpunkt eingenommen, das Interesse der Ostprovinzen vorangestellt. Reichensperger kündigte einen Antrag auf motiv. Tagesordnung an. Die Verwerfung des Rodbertus'schen Antrags ohne Weiteres hielte er für ein Unglück, so sehr daß er trotz aller Bedenken gegen den Mowent und die Form eventuell für denselben stimmen werde. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Dönhoff erbob sich. Es herrsche das innigste Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der preußischen. Von Jütland bis zur Schweizergrenze hätten Preußen unter des Reichsverwesers Fahnen gestanden. Augenblicklich fänden die allerinnigsten Verhandlungen zwischen der Regierung des Reichsaerwesers und des Königs statt. Gerade in Betreff der dänischen Frage stände Preußen mit dee Centraigewalt „auf derselben Linie". Von dieser abzuwenden, würde Preußen „kompromittiren." Dieselben Zwecke, dieselben Ziele würden zu Frankfurt und Berlin verfolgt. Die Anarchie richtete sich gegen das Reich, wie gegen den Staat. — Mit Dänemark schwebten jetzt die Unterhandlungen; die lebhaftesten Besprechungen fänden statt. Bald würden zu den mitgetheilten Aktenstücken noch neue auf den Tisch des Hauses gelegt werden.

Digitized by Google

Doch mit der Centralgewalt handle man „Hand in Hand". — Berg findet den Augenblick sehr günstig zu einer Erklärung. Gerade bei so trefflichem Einvernehmen verlohne zu sagen, daß wir in diesem Einvernehmen verharren wollen. Der Heroldruf: „An die Spitze Deutschlands" sei als Ehrgeiz verleumdet. Er bedeutete nur „An die Spitze der auf Einheit und Freiheit gerichteten Bewegung". Wir, sagte der Redner mit erhobener Stimme, wir haben dieses Wort geerbt. Aber, fragen wir, beerbt man den Lebendigen? Ist Sanssouci ein Mausoleum? ist der Thron erledigt? ist die Versammlung Erbin des Königthums? Doch verderben wir nicht die reine tendenzlose Bedeutung jener Worte. „Der größte Staat," rief Berg, muß der großmüthigste Staat sein. Preußen kann sich in Deutschland nie verlieren; im ganzen Deutschland wird es sich wiederfinden; das ganze Deutschland trägt den Stempel seiner Größe. — Den Worten des Herrn v. Berg über Posen widmen wir eine eigene Betrachtung. Er bestritt darin das Recht der Reichsversammlung zu jenem Beschluß über Posen. — Was jenen Antrag in Betreff der Ostseeländer vor dem Waffenstillstand angehe, so sei derselbe nicht partikularistisch gewesen. Preußen sei ein gleichberechtigtes deutscher Staat. Ist Preußen undeutsch, so sollen nur die übrigen Staaten klagen — bei der Centralgewalt. Aber damals waren die andern Staaten, die das Embargo aufhoben, ihre Konsuln und Gesandte in Kopenhagen ließen, für die das Elend der Ostseeländer nicht auf der Welt war, wiewohl diese ein deutsches Land wie Schleswig-Holstein, — — undeutsch, und Preußen sollte darüber sich beklagen — bei der Centralgewalt. — In der allgemeinen Begeisterung für Deutschlands Einheit nach den Märztagen sei von einer Seite jede auch die berechtigte Sonderheit zurückgewiesen. Unter dem Deckmantel der Centralisation hätten republikanische Bestrebungen gearbeitet. Wie jede äußerste Partei, habe diese absichtlos zur Anarchie beigetragen. Jetzt diese Partei ihre Sache verloren in Frankfurt, wende sie sich gegen das Reich und an den Partikularismus, um in den Einzelstaaten ihren Zweck zu erreichen. „Es gilt also, Freunde der konstitutionellen Freiheit gegen die Anarchie!" Es handelt sich um das Gesetz vom 28. Juni. So schloß Berg in Bezug darauf —: „Meine Herrn zur Linken, vergessen Sie nicht, daß die deutsche National-Versammlung, welche dieses Gesetz erlassen, wie Gagern sagt, residire kraft der Souveränetät deutscher Nation". Meine Herren zur Rechten, vergessen Sie nicht, daß alle Fürsten Deutschlands ihre freudige Zustimmung gegeben, daß das Gesetz vom 28. Juni mit den Einzelstaaten vereindart ist." —

Nach dem Kaplan v. Berg polemisirte ein polnischer Abgeordneter gegen den Beschluß der Nationalversammlung über Deutschposen. Der Vorredner, den er berichtigen wollte, hatte ihm wahrlich keinen Anlaß gegeben. Denn Herr v. Berg hatte dem Parlamente selbst das Recht bestritten, über das Land des Großherzog von Posen einen Beschluß zu fassen. Herr v. Berg findet also mitunter auch Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, die er nicht etwa mit Vorbehalt annimmt, vielmehr ganz verwirft. Wir kommen darauf zurück. — Die durch Reichensperger von der Rechten und Hohn vom rechten Centrum beantragte motivirte Tagesordnung, welche demnach die Gesinnung beider Fraktionen der Versammlung ausdrückte, lautet: „Die Versammlung, indem sie die eben vernommene Erklärung des Staatsministeriums mit der Zuversicht entgegennimmt, daß die Regierung dem Bedürfniß und Verlangen des preußischen Volkes entsprechend, sich jederzeit offen und unumwunden der Centralgewalt anschließen, und die Centralgewalt mit aller Kraft und Hingebung wahren und stärken wolle, geht zur Tagesordnung über." Dreimal im Laufe der späteren Verhandlung wurde auf Schluß derselben angetragen, von Walter aus Bonn, von Milde, von Schultz aus Wanzleben. Zweimal wurde er verworfen. Vor dem zweiten Antrage sprach der Finanzminister v. Bonin noch im Namen der Regierung von dem vollen vollständigen Einvernehmen, von der innigen Vereinigung Preußens mit der Centralgewalt in allem Thun und Wirken, auch in der dänischen Frage. „Die Regierung des Königs ist ihrer Pflicht gegen Deutschland eingedenk." Kirchmann, der gegen Milde sprach, wollte zwischen „gutem Willen" und „Gehorsam" unterschieden wissen, dem Gehorsam „innerhalb des Gesetzes vom 28. Juni." — Berg, der gegen die Persönlichkeiten des Abgeordneten Riedel im Anfang seinen Unwillen geäußert, meldete sich zur „thatsächlichen Berichtigung," d. h. um die Malice gegen Milde vorzubringen, daß er als „Mitglied des vorigen Kabinets" so und nicht anders rede. — Der Abgeordnete Parrisius hob den Unterschied der motivirten Tagesordnung und des Antrags besonders hervor und sprach zu Gunsten der ersteren. Der Antrag rede nur von der dänischen Frage, die Tagesordnung von der deutschen Politik im Allgemeinen. Der Antrag rede von Verwickelungen; es sei wenig staatsmännisch bei schwebender Verhandlung von Verwickelungen zu reden; die Kammer, deren Erklärung weithin hörbar. Die Tagesordnung sei deutlicher; der Antrag enthalte dieselbe Erklärung, doch verschleiert. Ministeriell sei die Tagesordnung nicht. Sie knüpfe an das vom Ministertisch Gesprochene an, und dies könne nicht ignorirt werden. Aber eine Koterie, eine ministrielle Partei sei nicht in diesem Hause. (Brood von der Linken und Rechten.) Solange die Minister dem Wohle des Landes gemäß handelten, würde der Redner sie stets unterstützen; sobald sie davon abwichen — Niemand in diesem Saal. Auf Parrisius folgte Schulze aus Delitsch mit einer wirkungsreichen Rede, deren Abdruck die D. Z. nolens volens nebst den schönen Worten, die Alfred v. Auerswald sprach, auf sich nehmen muß! „Wir sind ministeriell," begann Schulze von Delitsch (von dem linken Centrum), „wir gehen Hand in Hand mit der Regierung, wenn sie nach bester Ueberzeugung die Freiheit und Wohlfahrt unseres Volkes wahrnimmt. Das bedarf keiner Erklärung; so sind wir ministeriell." Er sprach für den Antrag. Die verlangte Erklärung drücke nicht nur ein Prinzip aus; sie habe praktischen Werth. Die Versammlung sei diese Erklärung dem preußischen Lande, dem deutschen Vaterlande schuldig, schuldig vor Allem der Regierung unseres Königs. Die Regierung war in ihrem vollen Recht, wenn sie von der Versammlung diese Erklärung forderte. Ein Konflikt bedeutender Interessen fand statt in der dänischen Frage. Die Regierung mußte sich beengt fühlen. Sie brauchte zur Basis den Volkswillen. Sprach er in diesem Hause sich aus, wie diese Erklärung, dann hatte die Regierung bei kräftigem Auftreten keine Vorwürfe zu befürchten; etwaige Bedenken durfte sie dann hinter sich werfen. Diese Erklärung hat zum Zweck eine Stärkung der Regierung.

Jener bedeutende Konflikt zwischen den materiellen Interessen der deutschen Ostseeküste und der heiligsten Interessen der von Dänemark geknechteten Provinzen, müsse gelöst werden. Hier müsse sich zeigen, ob wir der Freiheit würdig sind, indem wir uns bereit zeigen, die materiellen Interessen, wo es noth thut, zu opfern. Denn läge das materielle Wohl uns näher am Herzen, dann hätten wir beim Alten Alles lassen sollen. Da war für materielle Interessen gesorgt. Diese Erklärung sagt, daß wir mit der alten Zeit gebrochen haben, daß wir der Freiheit würdig sind. — Recht an der Zeit sei's zu dieser Erklärung. Vor den Mühen und Sorgen des großen Staatsaufbaues in Preußen sei die deutsche Frage nur zu oft verdrängt. Wenn eine Idee verwirklicht werden soll, wie die der deutschen Einheit und Größe, dann trete bei dieser Verarbeitung in's Einzelne stets einmal Erkaltung, Gefahr des Scheiterns, Verzweiflung ein. Es sei beinahe jetzt so. Ein Ablassen der Idee zu melden, die ursprüngliche Frische wieder herzustellen, sei diese Erklärung geeignet. — Die Einheit Deutschlands und die Freiheit seien untrennbar. Denn es ist nicht genug für ein edles Volk, nach Innen frei zu sein; auch nach Außen hin will das freie Volk ein großes Ganze sein. Beseitigen wir in Deutschland die Zersplitterung der Kräfte. Die Einheit Deutschlands ist die Grundbedingung der preußischen Freiheit. — Gegen die Tagesordnung wandte der Redner ein, die Tagesordnung sei parlamentarisch wohl berechtigt, wie jede sonstige Form; doch müsse sie mit weiser Sparsamkeit benutzt werden, was in dieser Versammlung nicht immer geschehen sei. Die motiv. Tagesordnung enthalte eigentlich einen innern Widerspruch; sie sei das Hinweggehen über einen Antrag, mit dessen Inhalt man einverstanden sei. — Die vorgeschlagene Tagesordnung enthalte ein Vertrauensvotum. Die Erklärung rede objectiv, und gebe weder ein Vertrauens- noch ein Mißtrauens-Votum. — — Mit diesem Nothbehelf von Tagesordnungen sei man schon über das Wichtigste hinweggegangen; der Redner schloß nun etwas banal: „das preußische Volk möchte sonst über uns zur Tagesordnung übergehen." — — Die wenigen Worte, welche Alfred v. Auerswald gegen den Schluß der Debatte sprach, athmeten jene Klassizität, die neulich Jemand veranlaßte, auszurufen: „der einzige Autor in Böotien!" Auerswald wollte die Fortsetzung der Verhandlung, damit es denen, welche die Tagesordnung vertheidigen, vergönnt wäre, darzuthun, daß in der Ver-

Digitized by Google

sammlung Eine Idee herrsche. Eine Idee, wenn es das Vaterland gelte. Er müsse vor Deutschland, vor Europa, vor der ganzen civilisirten Welt dagegen Verwahrung einlegen, als wäre nur Ein Mitglied, dem ein anderes Herz im Busen schlüge, als ein deutsches. Auf Seite der Tagesordnung stünden Männer, deren reine Begeisterung für Deutschland nicht von gestern wäre, nicht seit dem März, die gerungen hätten für das deutsche Reich, als dieses Streben noch nicht süße Früchte trug, in deren Brust das jugendliche Wort noch klinge: „Ist auch das Haus zerfallen, was hat's denn Noth?" — Der Zauber dieser Worte riß auch Mitglieder der äußersten Linken hin und dem Bruder unseres Frankfurter Todten folgte auf sein Wort „gegen den Schluß der Debatte" allseitiger Beifall. — Die Verhandlung wurde geschlossen. Der ehemalige Minister-Präsident Rudolf von Auerswald, dessen Name noch auf der Rednerliste stand, wurde so gehindert, die einführlichen Eröffnungen zu machen, die er in dieser Sache seinem Kabinet und der Versammlung schuldig war. — Robbertus sprach zum Schluß. Er erinnerte, daß das Wort „alle" (Beschlüsse der Centralgewalt und National-V.) ausdrücklich nur bezogen wäre auf das Gesetz v. 28. Juni und auf die Eine dänische Frage. Ferner erkläre die Vers. sich nur; sie gebe dies als Meinung des Landes in mildester Weise der Regierung zu verstehen. Doch sei das Thatsächliche, was die Tagesordnung besage, nicht genug. Darin fehle das Staatsrechtliche. — Preußen sei zu warnen: Volentem ducunt, nolentem trahunt. — Robbertus Antrag sei „die neu hingestreckte Hand: „Ziehen Sie die Hand nicht zurück, indem Sie meinen Antrag verwerfen." — Zwei Ausdrücke von Robbertus erregten mehr oder minder Unwillen. „Die andern Länder sind jetzt mehr deutsch als Preußen" und die unzarte Aeußerung, „er wolle glauben, daß all die patriotischen Worte aus dem Herzen kamen." Er wolle glauben! Er wolle?! wahrlich, wer Auerswald gehört hat, der mußte glauben. Bei den Worten des Hrn. Robbertus, die so glatt und flach, salonmäßig über die Lippen gleiten, da kann man „glauben wollen"! — — Namentliche Abstimmung fand statt. Die Tagesordnung wäre angenommen, wenn nicht wider Erwarten eine Fraktion des rechten Centrums, die Partei des englischen Hauses — Zachariä, Bernemann, Parkert — mit der Linken und gegen das rechte Centrum, gegen die Rechte gestimmt hätten. Die äußerste Linke, die absichtlich geschwiegen zu haben schien, denn Schultz von Wanzleben wurde bewogen, seinen Anmeldezettel zum Wort wieder zurückzunehmen, stimmte natürlich gegen die Tagesordnung. Sie ist jetzt prinzipiell gegen Frankfurt. Die Tagesordnung wurde mit 181 gegen 137 Stimmen verworfen; die Polen — 11 — enthielten sich der Abstimmung, 73 fehlten. — — Nun fragte sich's, wie die Rechte stimmen würde. Das Schicksal des Antrags hing offenbar davon ab. Die äußerste Linke war gegen ihn. Hatten die Gegner des Antrags Aussicht auf Majorität, dann stimmte gewiß diese Partei dagegen. Sie war bereit, mit der Rechten gegen die Centren zu stimmen. Die Aussicht auf die saubere Gemeinschaft schien von wesentlichem Einfluß auf die Rechte, der es konfidentiell mitgetheilt war. Denn die Motive der Rechten gegen den Antrag liegen in dem Vorschlag der Tagesordnung. Sie sind antipodisch den Motiven der linken Ufer's. — Ferner schien die Rechte darin einig, daß die Verwerfung des Robbertus'schen Antrags weit bedenklichere Deutungen zulasse, als dessen Annahme. Es mußten wohl vor dem größern Gedanken der vaterländischen Einheit die Bedenken gegen die Art und Weise, wie Robbertus nach ihr strebt, verstummen. Die namentliche Abstimmung begann mit dem Buchstaben „J". Als bald darauf beide Brüder Auerswald mit „Ja" stimmten, folglich die Abstimmung der Rechten unzweifelhaft erschien, sah man das Gesicht des Kaplans Berg in einem sonnigen Ausdruck. In demselben Augenblicke trat fast die ganze äußerste Linke nahe zusammen. Es war offenbar, daß das „Ja" der Auerswald's eine neue Berathung nöthig machte. Ganz isolirt wollten die Herren nicht stimmen. Sie bissen also notzgedrungen in den sauern „Rechts"-Apfel und als Boecharb, als Beill aufgerufen wurden, riefen sie gleichfalls „Ja". „Ja", rief Temme. „Ja", rief Waldeck. Einige Mitglieder der Rechten, die übrigens für die Tagesordnung gestimmt hatten, also gute Patrioten, wie z. B. Carl August Mitde mochten ihren Unmuth über die Einzelnheiten des Robb. Antrags nicht bezwingen. Das Resultat der Abstimmung war Annahme des Antrags mit 275 gegen 17 Stimmen: 10 Polen enthielten sich des Votums; 100 Mitglieder fehlten. — Am Schlusse der Sitzung verkündigte der Ministerpräsident v. Pfuel den Inhalt einer im Augenblick angelangten telegraphischen Depesche, die Aufhebung des über Köln verhängten Belagerungszustandes, die mit freudigem Zuruf begrüßt wurde. — Der Abg. v. Berg zog seinen darauf bezügl. Antrag unter der Verwahrung zurück, daß künftig die Regierung für Suspension der Grundrechte sofort die Genehmigung der Versammlung einhole, was jetzt, nachdem die preußische Habeaskorpus-Akte Gesetzeskraft erlangt hat, auch ohne des ehrenwerthen Abgeordneten für Jülich Zuthun und Verwendung eine Wahrheit ist. —

Berlin, 5. Okt. Man lies't in der „Voss. Z." Von gut unterrichteter Seite wird hierdurch bemerkt, daß der Generalmajor von Bonin, der sich auf Allerhöchsten Befehl zur Zeit in Schleswig befindet, weder aus kön. preußischem Dienst getreten ist, noch daraus zu scheiden beabsichtigt.

♂ **Stuttgart**, 5. Okt. Unabweislich drängt sich der Abgeordnetenkammer die schöne und folgenreiche Frage von der Stellung der künftigen „konstituirenden Versammlung" gegenüber der Krone bei allen Prinzipienfragen von Neuem auf, und wie ich vor Wochen schon in einer Beurtheilung der damals nur leise auftretenden Ansicht des hiesigen „Volksvereins" aufmerksam machte, so wird diese der Wendepunkt unserer würtembergischen Zustände sein. Auch heute wieder hat die Kammer sich — aus Veranlassung zweier Petitionen aus den Oberämtern Tettnang und Neresheim über diesen Gegenstand, welche die staatsrechtliche Kommission lediglich auf die Adresse der Kammer verweisen wollte, was zuletzt auch beschlossen wurde — vorzugsweise mit dieser hochwichtigen Prinzipienfrage beschäftigt. Es haben sich dabei noch einige Republikaner angemeldet, Herr Schnitzer zuerst, Herr Seeger (der Stadtdirektor von Stuttgart) nachher, Letzterer mit sehr ergriffener Stimme, nachdem Staatsrath Römer im Allgemeinen bemerkt hatte, ihm sei ein Mann, der seine republikanische Gesinnung offen äußere, lieber, als solche, welche nur mit der Republik „kokettirten". Genug, der Herr Stadtdirektor hat bekannt, ihm sei die Republik das Ideal einer Staatsform, und er sei ferner überzeugt, daß der ganze Zug der neueren Ereignisse dahin dränge, und komme sie dann, so werde auch Herr Römer republikanisch sein. Es fand sich aber auch ein sozialistischer Republikaner vor, ein Herr Forster, der auf Steuerverweigerung anspielte, und wie man dann kein Pulver für die Kanonen werde kaufen können, wie die soziale Frage die Republik durchtreiben werde (also die Louis-Blanc-Ledru-Rollin'sche rothe Republik) u. s. w. — Gegen diese und andere in allen Kneipen gepredigte Staatskunst und Weisheit traten aber drei mächtige Kämpen auf. Fest, derb, praktisch Staatsrath Römer. Er kenne nur eine Nationalsouveränität, und die sei zu Frankfurt repräsentirt, ihr müsse sich Alles unterwerfen. Die Einheit Deutschlands immer im Munde führen, und doch jedem Staatchen eine Volkssouveränität vindiciren, sei ein klaffender Widerspruch. Die Regierung sei zu jedem Fortschritt bereit, aber nimmermehr willenlos, widerstandslos ihre Rechte von vornherein preiszugeben, das solle man nur nicht erwarten. Was in Frankfurt beschlossen werde, sei Gesetz auch für Würtemberg; was weiter an der würtembergischen Verfassung geändert werden müsse und solle, das könne nur durch Vereinbarung geschehen. Wer damit nicht einverstanden, der wolle den Bürgerkrieg. Die Republik, das müsse man sich klar machen, könne in Würtemberg nur auf dem Wege der Gewalt eingeführt werden. Jetzt, wie in der künftigen konstituirenden Versammlung habe sie keine Berechtigung. Freilich, wenn sie einmal eingeführt worden, habe sie auch ein Recht, aber davon handele es sich jetzt nicht. Der Abgeordnete Forster frug Römer, wie er mit solchen Grundsätzen habe den Eid dem König und der Verfassung leisten können, worauf dieser auch versicherte, er wolle die Republik nur auf gesetzlichem Wege. Da Herr Seeger die Frage, ob die Konstituirende allenfalls die Monarchie abschaffen könne, jetzt, als vorzeitig, unbeantwortet ließ, so schonte der geistvolle Chef des Justizdepartements, wie der wackere Staatsrath Duvernoy ihren ersten Beamten in Stuttgart. Kräftig und geistreich nahm Strauß einen andern republikanischen Advokaten, Becher, auf's Korn. Die deutsche Nationalsouveränität sei Frucht der deutschen Revolution, und deren Früchte gesetzlich, geordnet dem Volke zu bieten, Aufgabe der Nationalversammlung; deßhalb aber sei eine spezielle würtembergische Revolution, und das würde die so begriffene aparte würtembergische Volkssouveränität sein, unnöthig und ein Verbrechen gegen das Ganze. Auch Kanzler v. Wächter sprach

Digitized by Google

treffend und ergreifend; verdorben aber wurde nahezu Alles, als der ritterschaftliche Abgeordnete, Freiherr v. Linden, der alte Vorkämpfer des Inquisitionsprozesses und der Standesvorrechte, jetzt u. A. ein demokratisches Prinzip in den Adelswahlen zur Ständekammer fand, weil es doch Wahlen seien, und doch bedeutete, wie er „von ganzer Seele" alle Errungenschaften des Märzes wolle. Das schüchterte viele bürgerliche Abgeordnete ein, und ließ einen Verbesserungsantrag des Kanzlers Wächter durchfallen. — Die Wahlen zur konstituirenden Versammlung stehen aber zu nahe bevor, als daß nicht viele Abgeordnete fürchten sollten, bei der Aufregung ihrer Wähler durch die Wühler, könnte ein Votum für die Anerkennung des Verfassungsvertrags, ihrer Wiedererwählung schaden. So steht es im Lande der alten biedern schwäbischen Treue.

K. Würtemberg. Dr. Theobald Kerner in Weinsberg, Justinus Kerner's Sohn, der verhaftet werden sollte, ist der Verhaftung entgangen und befindet sich flüchtig in Strasburg. (N. Korr.)

Italien.

In Monaco hat das Volk, als die bekannten Decrete über die Einverleibung Mentone's und Rocca Bruna's dort anlangten, vom Fürsten Auskunft verlangt, ob es wahr sei, was man allgemein sage, daß das Fürstenthum an Sardinien verkauft worden und sein Sohn, der gerade in Turin anwesend, das Kaufgeld erhalten habe? Der Fürst suchte die Gemüther zu beruhigen und rieth, nachdem er obige Angaben widerlegt, zu einem Anschluß an Frankreich. „Es lebe die französische Republik", „es lebe Frankreich", ertönte es nun von allen Seiten; ein Gesandter wurde sogleich nach Paris geschickt, um das Weitere zu vermitteln. Das Volk jubelt nun hier über die Verbindung mit Frankreich, während in Mentone und Rocca Bruna der Anschluß an Sardinien durch Kanonendonner und Glockengeläute gefeiert wird.

Mailand, 30. Sept. In Piemont sollen an verschiedenen Orten republikanische Bewegungen ausgebrochen sein. Hier heißt es sogar, Karl Albert sei aus Turin zur Armee geflohen. Da wir aus Turin weder Zeitungen noch Briefe hier erhalten können, wissen wir nicht, was an der Sache ist. Vielleicht sind es leere Lärmgerüchte, die man nirgends lieber hört und verbreitet als in Mailand. — Die hiesige Stimmung ist sehr gedrückt, das Elend über alle Beschreibung groß. Handwerker, unbemittelte Handelsleute leiden buchstäblich Hunger. Ueber 40,000 Menschen sind noch abwesend, darunter die meisten Wohlhabenden und fast der ganze Adel. Ein Aufstand ist ohne Angriff von Piemont nicht zu fürchten. Muth und Kraft der Mailänder sind erlahmt. Die letzten Hinrichtungen hatten eine dumpfe, betäubende Wirkung. Man wagt von Politik nur noch zu flüstern. Das aber freilich läßt sich der plaudertustige Italiener nicht nehmen. In den Straßen, auf dem Corso, sieht man fast so viel österreichische Uniformen, als Civilröcke. Auf dem Domplatze, vor dem vicekönigl. Palast und an allen Thoren gähnen die ehernen Rachen der Feuerschlünde. Radetzky zeigt sich dem Publikum sehr selten. Er arbeitet den ganzen Tag in seinem Kabinet. Die Generale Schönhals und Heß sind sein Kopf und seine rechte Hand.

□ **Turin**, 30. Sept. Man schreibt aus Parma. Die Oesterreicher, die sich in das Fort zurückziehen sollten, haben dieses unterlassen. Die Deputation, welche nach Mailand abgesandt war, erhielt zur Antwort, daß den Truppen zwar keine Bezahlung, doch aber Quartier gegeben werden müßte. Der „Contemporaneo" vom 24. d. M. meldet: Diesen Morgen ist die Legion, welche sich nach der Romagna begibt, aufgebrochen. Eine 2te Legion, stärker als die erste, soll bald gebildet werden.

Schweiz.

☽ **Bern**, 4. Octbr. Die Note des deutschen Reichsministeriums an den eidgnössischen Vorort, wie dieselbe auszugsweise aus der Oberpostamtszeitung bekannt geworden ist, denn hier wird sie noch wie ein diplomatisches Geheimniß bewahret, scheint von der bestimmten Voraussetzung auszugehen, es habe ein „bewaffneter, wohlorganisirter Einfall" von der Schweiz aus in das Großherzogthum Baden stattgefunden. Nach übereinstimmenden (?) Berichten zurückgekommener Freischärler sind dieselben aber unbewaffnet und theils einzeln, theils in ganz kleinen Abtheilungen über die Schweizergränze gegangen, was um so weniger auffallend sein konnte, als gerade Jahrmarkt in Lörrach war. Waffen erhielten sie auf badischem Gebiet und sollen theils in Kisten verpackt über die Schweizergrenze spedirt, theils von den badischen Republikanern in großen Depots in Bereitschaft gehalten worden sein. Auch Struve kam unbewaffnet nach Baden; erst in Lörrach schnallte er den ihm von einem Diener nachgetragenen Säbel um. Doch der ganze Thatbestand wird aus den Berichten des Herrn Raveaux und den bereits angeordneten Untersuchungen des Vororts bald zur Kenntniß des Publikums gelangen.

(Die „N. Zürich. Ztg." redigirt von dem lombardischen Hrn. Daveccio, ergeht sich in ihrer Nummer vom 3. Oktober in einer wüthenden Diatribe gegen die „Deutsche Zeitung", die „preußische Söldnerin", das „saubere Blatt" — wir wollen Hrn. Daveccio noch einen Namen angeben: „die kais. kön. privilegirte Hofrathszeitung" — weil sie „die Frechheit" gehabt, zu behaupten, daß die Schweiz bei dem letzten badischen Putsche nicht einmal ihre völkerrechtlichen Verbindlichkeiten, geschweige denn ihre Neutralität, gewahrt hat. Wäre jenes Journal nicht das halbofficielle Organ der Regierung, so würde die Deutsche Zeitung — das „Schmeißblatt", wie Hr. Wesendonck sagt — sich der Mühe überheben, darauf zu antworten, zufrieden mit den Maßregeln, welche jetzt an der Grenze gegen die freundnachbarliche Republik getroffen werden. So aber müssen wir erwidern, daß bei ihrer Widerlegung der „kolossalen Lüge" von unserer Seite die Neue Zürich. Ztg. eingesteht: „Wir wissen zwar nicht genau, was geschehen ist"... und: „die Quelle, aus der wir schöpfen, bürgt uns dafür, daß die genaueste Untersuchung kein anderes Resultat liefern wird". Diesem hoffnungsvollen Futurum steht das eherne Gepräge der den Freischärlern abgenommenen Kanonen unangenehm im Wege! Der Ton der Schweiz gegen Deutschland muß noch sehr heruntergestimmt werden!)

Bern. Das Amtsgericht in Biel soll die wegen Theilnahme an Umtrieben deutscher Republikaner in der Schweiz in Untersuchung gewesenen HH. Negociant Becker zu einem Jahr, Professor Hattemer zu einem halben Jahr Verweisung, und Postdalter Schiller zu zwei Monaten Einstellung verurtheilt haben. (B. V. Z.)

Zürich. Dr. Bluntschli hat nun Zürich definitiv verlassen, um seinen neuen Wirkungskreis als Professor in München anzutreten.

Börsen-Notiz.

7. Oktober.

Wegen des heutigen israelitischen Versöhnungstages war die Börse nicht besucht und es fand darum kein Umsatz in Staatspapieren und Wechseln statt.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

[919] Im Verlage von H. L. Brönner in Frankfurt a. M. erschien so eben:

Meidinger Statistik Frankfurts.

Wohnplätze, Bevölkerung, Brod- und Fleischverbrauch, Gewerb- und Armenwesen. Herausgegeben von dem statist. Comite des Frankfurter geogr. Vereins. Größtentheils nach amtlichen Quellen zusammengestellt. 8. geh. 20 Sgr. od. fl. 1. 12 kr.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 29 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 272. Frankfurt a. M., Montag 9. October. 1848.

Uebersicht.

Die deutsche Politik nach Außen.

Deutschland. Frankfurt (Die Gesetze zum Schutz der Nationalversammlung. Die Gruppirung der Parteien. Der Schmidt-Wiesner'sche Antrag und die Würde der Nationalversammlung. Schreiben des Hessischen Bevollmächtigten an die Centralgewalt.) Wien (Die Nachrichten aus Ungarn. Truppen an die Grenze gesandt. Große Rüstungen in Pesth. Petition der Studenten. Steuerfrage. Ermordung des Grafen Zichy.) Aus Tyrol (Der Wiener Reichstag und die Tyroler Opposition.) Berlin (Verhandlungen der Landesversammlung. Bürgerwehrgesetz angenommen. Ein Plakat.) Breslau (Militärische Verstärkung.) Leipzig (Die radicale Presse Sachsens.) Karlsruhe (Serenade dem General Hoffmann gebracht.) Schwerin (Die Mission des Syndicus Banks.) Kiel (Die künftige Regierung.)

Großbritannien. London (Englische Urtheile über das Verhalten des Königs von Preußen. Die Hochverrathsanklage gegen Smith O'Brien. Adresse der Fabrikstädte an den Handelsminister in Betreff der deutschen Zölle. Die Kölnische Bürgerwehr.)

Frankreich. Paris (Frankreichs Vermittlung von Oesterreich nicht abgelehnt. Louis Bonaparte. Die Frage über Anklage und Vertagung der Abgeordneten in der franz. Nationalversammlung. Debatte über die Wahl des Präsidenten der Republik.)

Börsenbericht von Frankfurt (Vom 8. October.)

---

9. October.

Zwei Gegensätze treten in unserer Politik mit der stets bestimmteren Andeutung hervor, daß sie den Kampf um Staatsformen und sociale Systeme zu überdauern, unsere Geschichte auf lange hin zu beherrschen und die Scheide der Parteien zu bilden bestimmt sind. Sie erscheinen nach Innen als straffe centralisirte Einheit und als eingewurzelte Liebe zum Angestammten und Besonderen; nach Außen als egoistische kriegerische Energie gegenüber ausländischen Sympathien und dem friedlichen Bedürfniß des Weltverkehrs. Die extreme Spitze ist beiden Richtungen am spröden Widerstand der Wirklichkeit abgebrochen; der rechte Kampf wird erst beginnen, wenn jede in ihrer ächten gereiften Gestalt erscheint. Eine deutsche Politik für die Gegenwart darf keine davon vernichten wollen; sie muß beide richtig abwägen und nützen, und nach dem vorherrschenden Zuge der Zeit bemessen, welcher der zeitweilige Vorrang zu gönnen sei.

Woher mag es kommen, daß in dieser Zeit jeder drohende Bruch, jede verhängnißschwere Verwickelung sich wieder schiebt und in's Gleiche stellt, daß jedes Wetter sich vertheilt, und jede Wunde wo nicht geheilt, doch verbunden wird? Es ist nicht Schwäche, nicht Besonnenheit allein, nicht bloß „die Blässe des Gedankens", es ist auch das Bewußtsein, daß die großen Anstrengungen der Zeit in Krieg und Zwietracht sich nicht lohnen. Keine Zeit lebt mehr für die Zukunft als die unsere, das Beste was sie that, wird erst in späten reifen Jahren seine Zinsen tragen. Ihre Schienenwege, ihre socialen Systeme, das kunstreiche verwickelte Ganze ihrer Thätigkeit ist auf Kredit, auf das Glück zukünftiger Geschlechter gebaut, und so groß ist die Solidarität des allgemeinen Weltverkehrs, daß die kleinste Störung am kleinsten Ort Störung und Verwirrung in's Ganze bringt. Der Grundton der Zeit ist friedlich, das Feld der Thätigkeit weit, und Glück mehr Gegenstand des Strebens als Kriegsruhm und gebietende Heerlichkeit.

Sehen wir weiter, wie sind auf der Bühne der Welt und im Verkehr der Völker die Ruhigen, die Befriedigten, die Beliebten? Es gibt auch eine Popularität der Völker, um so viel maßgebender als die der Einzelnen, als der Charakter eines Volks und Staates sich beständiger ausprägt als der des Individuums. Diese Popularität — nichts zeigt tiefer die Richtung der Zeit — haben die großen, einheitlichen, schwer auf dem Gleichgewicht lastenden Mächte nicht. Sie besitzen das Vertrauen der Völker nicht mehr.

Schwerer als die Welt an seiner kolossalen Macht trägt Rußland an dem Haß der civilisirten und humanen Welt. Das Irrlicht französischer opferfroher Volksbeglückung wird nach der letzten Täuschung nicht leicht mehr ein harrendes, seufzendes Volk in's Netz des Egoismus locken. Die britische Größe ist gegründet auf Aussaugung und Ohnmacht aller Völker, sie steht auf der höchsten, schwindelnden Höhe, während tausend unheimliche Zeichen die innere Unhaltbarkeit und den nahen drohenden Sturz des Systems verkünden. Wie friedlich, wie beglückt im Verhältniß ruhen Belgien und die Schweiz im Schutz ihrer Neutralität, ohne Ehrgeiz nach Außen, nach Innen beschäftigt mit Erhöhung und Veredlung einer Production, die in den Schranken des Wohlstandes zu allererst dem eigenen Bedürfniß und dem eigenen Glück ein Genüge zu thun bestimmt ist. Oder fassen wir ein größeres Dasein in's Auge: wo ist ein freieres, größeres Verhältniß als das der Freistaaten von Nordamerika zu den Mächten der alten Welt? Selbst das mächtigste Agens der Zeit, die Nationalität, verliert hier ihren Stachel, der die Existenz der Großmächte bedroht; friedlich wohnen in der Schweiz, in Belgien zwei, drei Nationalitäten ohne Trennungs- und Selbstständigkeitsgelüste zusammen, und Amerika beherbergt die Absenker und Sendlinge alter Nationen.

Der Zug deutscher Politik folgt der Richtung der deutschen Ströme. Wie Ströme uns von Frankreich und Rußland scheiden, so auch eine breitere Kluft, als je ein Strom gefüllt hat, ein schneidender Gegensatz von Eigenthümlichkeit, Grundsätzen und Sitten. Dagegen leitet der Rhein zu stamm- und sittenverwandten Vorländern, Elbe, Weser und Oder weisen nach den skandinavischen Reichen und vor Allem die Donau nach dem Osten, den Ländern der Zukunft, deren schlummernde Kräfte und todte Reichthümer nur der Erweckung harren, um einen Strom geistiger und physischer Erfrischung in das alternde Europa zu leiten. Denn auch das ist ein großes Zeichen der Zeit, daß es dem alternden System der Großmächte durchaus an jener Grundlage fehlt, die nur die Natur gibt und geben kann. Rußland hat Mangel an Kräften und fesselt die vorhandenen; das starre Schutzsystem Frankreichs hängt eng zusammen mit dem Geiste unfreier Centralisation, und Englands maßlose Produktion entbehrt ganz und gar des entsprechenden physischen Bodens. Schon Niebuhr rieth ihm, ihn durch ungeheure Kolonisationen zu erobern; wir können ihn durch friedlichen Fortschritt wohlthätig und sicher im Lauf der Zeiten gewinnen.

Der germanische Stamm hat einst dem Süden physische Erfrischung gebracht und geistige Bildung von der römischen Welt empfangen; er kann jetzt Geistesbildung und Freiheit bedürftigen Völkern gegen die Gaben der Natur vertauschen, wenn er den grünen Baum und nicht den dürren pflegen will. Mit den Großmächten ist wohl gutes Einvernehmen in ehrenhafter Haltung möglich, aber weder ebenbürtiges Zusammenwirken noch ernstliches Bündniß. Sie haben so lange um des eignen Vortheils willen Deutschland niedergehalten und entzweit, sollen sie jetzt dem neuerstarkten Freund sein? Im Augenblicke, wo das Volk eifersüchtig auf seine Ehre und argwöhnisch gegen seine Führer, nach Wahrung seiner Interessen rief, haben sie dennoch das diplomatische Netz gesponnen wie vor Alters, und die neue

Tripelallianz gegen das isolirte Deutschland aufgestellt. Dagegen gebührt Deutschland gegenüber den kleinen und Mittelmächten die Initiatioe des Friedens, der Verbindung und der zwanglosen Propaganda gemeinsamer Institutionen; kein Land darf weniger jene Popularität der Völker sich entgehen lassen, in seiner bedrohten Lage hat die Natur selbst ihm die Kette kleiner Staaten an seine verwundbarsten Grenzen gestellt, und mit Gleichheit der Institutionen, Prinzipien und Interessen zu gemeinsamem Schutze ausgerüstet.

Leider ist der Anblick unserer heutigen Politik ganz der entgegengesetzte. Wir sind in falscher Stellung gegen Italien, gespannt mit der Schweiz, in Unfrieden mit Holland, im Krieg mit Dänemark. Statt dessen verlangt man im Volk nach Bündnissen mit Frankreich, mit England, nach Sitz und Stimme im Rath der Großmächte. Das Letztere ist die Wirkung des frischen Machtgefühls, das sich, in die bisherigen Weltverhältnisse eingeschnürt, noch im rechten Boden und den wahren Mitteln irrt. Jenes Verlangen findet seine Rechnung erst in der Zukunft, wenn eine deutsche Politik einmal feststeht. Das Erstere ist eine der traurigen Hinterlassenschaften unserer nächsten Vergangenheit. Es war so weit mit uns gekommen, daß sogar die Kleinen, im heimlichen Bund mit den Großen, an unserm Recht und Vortheil ihre Kraft versuchten, und das zuletzt aus Gewohnheit ganz natürlich und in der Ordnung fanden. Es ist nicht unsere Schuld, wenn der erste lang verhaltene Rückschlag sie traf, wenn sich gegen sie der erste Zorn eines erwachten Volks richtete. Vergebens klagt man uns nun der Eroberungslust, der Unterdrückung des Schwachen, des Mangels der Großmuth an. Aber Zeit ist es auch, vom ersten Losschlagen zur Wahrung der nationalen Ehre, zu den richtigen Mitteln der heutigen Politik zurückzukommen, und das Losungswort deutscher Staatskunst auszusprechen: Defensioe des Rechts und der Unabhängigkeit gegen die Großmächte, Offensioe des Friedens und der Freiheit gegen die kleinen und Mittelstaaten.

Kein Land ist durch seine Stellung zu dieser Doppelrolle so geeignet und aufgefordert als Deutschland. Es ist ein großes Land und eine ungemischte Nation, die in gemeinsamer Wirksamkeit stets, auch allein, ein gewichtiges entscheidendes Wort wird sprechen können. Es hat Bildung genug, um die Welt zu versorgen, Männer genug, um einen unüberwindlichen Widerstand zu leisten, Reichthümer und Kräfte des Bodens genug, um von keinem fremden Interesse abhängig zu sein. Auf der andern Seite aber trifft die deutsche Neigung mit dem Bedürfniß der Lage und Vertheidigung zusammen, um die drückende Wucht eines Großstaates zu mildern und den kleinern Staaten stets das milde Antlitz des Föderativstaats zu zeigen. Dazu kommt, daß in allen Gegenden deutsche Ansiedler als Pfänder guten Einvernehmens und lebendige Vertreter des Mutterlandes wohnen, und, obwohl den Zuständen der Fremde leicht sich anschmiegend, doch im Stillen desto sicherer deutschen Geist und deutsches Beispiel zur Ehre bringen. Sie sind dem Mutterlande eine stete Aufforderung, sich zu ihrem Schutz allenthalben kräftig geachtet und gebietend zu zeigen, auf der andern Seite verketten sie, als gute und treue Bürger des Landes, das sie bewohnen, die neue Heimath friedlich mit der alten. Eine dritte Begünstigung ist die eigenthümliche Stellung und der Gegensatz unserer beiden Großstaaten. Sie theilen sich in die charakteristischen Seiten unserer Politik. Preußen, der mächtige Grenzstaat gegen Rußland und Frankreich, beiden zunächst gewachsen in einheitlicher Organisation, straffer Ordnung und musterhafter Wehrhaftigkeit, ist naturgemäß angewiesen auf die stete Defensioe gegen seine Nachbaen. Oesterreich dagegen, im Süden und Osten von kleinen Staaten und strebenden Nationalitäten umgrenzt, noch immer zum großen Föderatiostaat auf den Grundsätzen nationaler Freiheit und Unabhängigkeit bestimmt, ist dazu geschaffen, der straffen Einheit und gedrungenen Macht die friedliche Allianz befreundeter Völker gegenüber aufzustellen. Insofern dann auch Oesterreich in weiten Bogen von Rußland umlagert wird, insofern Preußen mit Belgien und Holland, mit Schweden und Dänemark nachbarliche Beziehungen zu pflegen hat, tauschen beide Staaten zu wechselseitiger Kräftigung die Rollen wieder aus.

Aus der weisen Benutzung dieser natürlichen Verhältnisse und providentiellen Gegensätze wird schneller und auf festerm Grunde eine deutsche Politik erstehen, als aus den seelenlosen Abstraktionen von Bundesstaat und Staatenbund. Es wird eine Politik sein, die an Feinheit der alten nichts nachgibt, ohne doch der Größe zu entbehren, ohne die edlen Gefühle des deutschen Volkes, seine Großmuth, Billigkeit und Gerechtigkeit zu verletzen.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 8. Okt. Peccatur intra muros et extra! so muß ein Fremder rufen, der Frankfurt und die Paulskirche in der letzten Zeit im Auge hatte. Zwar gegen die Barrikaden und gegen den Angriff auf die Nationalversammlung von Außen her hat das Martialgesetz proklamirt und zum kräftigen Schutz derselben nunmehr ein Gesetz beschlossen werden können; wer aber schützt sie in der Paulskirche vor sich selber? — Am Anfange ihrer Sitzungen, damals, als die Geschäftsordnung in Bausch und Bogen angenommen wurde, war von einem Disziplinargesetz die Rede gewesen — man hatte es abgelehnt, wie den Vorschlag eines besonderen Schutzgesetzes nach Außen. — Da sind nun die Scenen vom 5. Okt. gekommen — sie haben sich am 6. wiederholt, mit Schamerröthen denkt Mancher an sie! — Wie die Barrikaden von Frankfurt uns ein Gesetz zum Schutz der Nationalversammlung, so werden diese ein Disziplinargesetz zu demselben Zwecke bringen. — Beide Gesetze kommen leider nur etwas spät. Wir fürchten, daß vor dem Erscheinen des Letzteren der Welt noch mehrfach ein Schauspiel gegeben werden dürfte, wie das der beiden verwichenen Tage — denn welche Verhandlungen stehen uns bevor! Das Urtheil über den Schmidt-Wiesner'schen Antrag, und die Entscheidung über die Anforderung des Frankfurter Gerichtshofes: 5 Abgeordnete der Linken zur Untersuchung heranziehen zu dürfen. Da werden die Leidenschaften kommen, auch ohne daß man an sie appellirt. — Endlich fragen wir noch und nicht ohne Besorgniß, wird ein Disziplinargesetz, welches zwar den Präsidenten die Handhabung der Ordnung erleichtert, auch wirklich gegen alle versteckten und offenen Invektioen Schutz gewähren, welche die Berechnung der Leidenschaft in alle Formen zu kleiden weiß? Wir fürchten nein! Wenn wir auch künftig nicht mehr Auftritte, wie die des 5. und 6. zu beklagen haben werden, Auftritte, welche vielleicht nur in der Geschichte der spanischen Cortes der neuesten Zeit Seitenstücke finden, so läßt sich doch nicht leugnen, daß es im parlamentarischen, wie im sozialen Leben Waffen gibt, gegen die kein Gesetz einen Schutz gewähren kann. Gewisse Naturen wissen diese am besten zu führen, ihnen gegenüber ist jeder sittliche Mensch waffenlos.

Ihr ♀ Korrespondent hat die neue Gruppirung und Sonderung der Parteien der Majorität nicht als eine wohlthätige Erscheinung ansehen wollen, vielmehr eine Verschmelzung sämmtlicher Gruppen zu einem Ganzen gewünscht, dessen Schwerpunkt Gagern, dessen Aeußerste v. Vincke und Jordan aus Berlin wären. Wenn es nicht auf eine praktische Organisirung der Klubs, sondern darauf ankommt, ein Banner zu haben, unter welchem sich, wie unter einem allgemeinen politischen Glaubensbekenntniß, die Majorität schaart, dann glauben wir, hat Ihr ♀ Korrespondent Recht; aber Heinrich v. Gagern dürfte dann auch, wenn auch nicht bei den Klubs betheiligt, mit seiner politischen Anschauung ein Schwerpunkt für die Majorität faktisch sein. Geht man aber auf eine Betrachtung des Organismus und Mechanismus der Klubs ein, so stellt sich offenbar das Auseinandergehen derselben in kleine Gruppen als einen Fortschritt dar. Denn es werden ja diese Gruppen einmal gleichartiger, übereinstimmender in ihrer politischen Gesinnung, und vertreten zweitens dann bei leichterer Verständigung dieselben mit größerer Energie. Während Vereine, die aus 100 oder mehr Mitgliedern bestehen, gewöhnlich die verschiedenartigsten politischen Elemente in sich tragen, zu keiner eigentlichen Organisation, zu keiner reinen Darstellung jener kommen und daher sie auch nicht mit Energie vertreten. Es hängt in solchen zahlreichen Klubs meist alles von dem Comité gouverneur und dem Charakter der Männer ab, aus denen es besteht; weiß dieses nicht eine Vereinigung herzustellen — was oft unmöglich ist, so geht der Klub in den Fragen faktisch auseinander und ist eigentlich keiner. Bringt das Komité aber die Einigung zu Stande, so geschieht dieß bei den verschiedenen Bestandtheilen offenbar mit größerer Mühe und größerer Beeinträchtigung des Individuellen, als wenn Diejenigen, die ihre politische Gesinnung assoziirt hat, minder zahlreich und schon deßhalb, weil sie sich bei der Association genauer kennen, übereinstimmender sind. — Die Vereinigung aller Gruppen zu einem Ganzen läßt sich, wie dieß

ja auch geschieht, durch Besprechung bestimmter Abgeordneten derselben herstellen, die dann einen richtigen Mittelpunkt bilden. Wir setzen die wohlthätigen Folgen der neuen Gruppirung besonders auf der Rechten durch den um Herrn v. Vincke gebildeten Verein schon deutlich hervortreten.

e **Frankfurt**, den 7. Okt. Die Nationalversammlung, diese geheiligte Tempel der Majestät des Volks, ist in den letzten Tagen zu einem Tummelplatze der gemeinsten, wahrhaft bubenhaftesten Ausbrüche von Roheit und Leidenschaft herabgewürdigt worden, und das gerade von Mitgliedern der Seite des Hauses, welche sich so gern in den hochfliegendsten Phrasen von Volkssouveränetät, Volksdoheit u. dgl. ergeht. Wie soll man aber an die Hoheit des Volkes glauben, wenn man täglich sieht, wie Vertreter dieses Volks der größten Gemeinheiten und Unwürdigkeiten sich schuldig machen? Wo bleibt die Achtung vor der Volkssouveränetät, wenn die kraft dieser Souveränetät in Frankfurt tagende Nationalversammlung aus ihrer eignen Mitte die ärgsten Beschimpfungen erfährt! Fürwahr! wenn Anträge wie der von Schmidt aus Schlesien und Wiesner, wenn Scenen wie die gestern und vorgestern vorgekommenen nicht eine allgemeine, tiefe und in unzweideutigen Zeichen öffentlich sich kundgebende Entrüstung im ganzen deutschen Volke hervorrufen, wenn sie nicht dahin führen, daß das Volk auf die allerentschiedenste Weise diese Vertreter verleugnet, daß die Wählerschaften derselben sie für unwürdig des ihnen ertheilten Mandats erklären und sofort solches ihnen abfordern — dann wüßte ich wahrhaftig nicht, in welchem Lichte wir vor den freien Nationen dastehen, mit welchen Gefühlen wir den Bau unserer Freiheit und Volksherrschaft weiterführen sollten! Denn ein Volk, welches dulden würde, daß die Majestät seiner Vertreter solche Beschimpfungen erführe, würde dadurch bekunden, daß es sich selbst nicht achtet, und ein Volk, welches sich selbst nicht achtet, kann unmöglich frei sein, kann nimmermehr freien Völkern ebenbürtig dastehen. Gegen äußere Angriffe, gegen Verleumdungen und Schmähungen, durch Einzelne aus dem Volke kann und muß die Versammlung der Volksvertreter sich schützen mit den Waffen der Gesetze und nöthigenfalls der Gewalt; was aber soll sie thun gegen derartige Vorgänge in ihrem eigenen Schooße, welche ihre Würde auf's Tiefste kompromittiren, welche die gesetzliche Ordnung des Hauses von Grund aus umstoßen, welche jeden gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen unmöglich machen und, sollten sie sich wiederholen, die Räume der Paulskirche auf ein Niveau setzen würden mit den Lokalen eines öffentlichen Ortes? Sie kann zwar durch ein Disziplinargesetz sich die Mittel verschaffen, Mitglieder, welche sich solchergestalt vergessen, auf die allerstrengste Art in die Schranken der Ordnung zurückzuweisen, nöthigenfalls — wie in England — durch zeitweilige Entfernung aus ihren Sitzungsräumen und selbst durch Verhaftung — und sie wird Dies thun müssen, um der Aufrechthaltung ihrer Würde und um der Sicherung ihrer den Interessen des Volkes gewidmeten Thätigkeit willen. Aber ist es schon äußerst bedauernd, wenn zu einem solchen Aeußersten geschritten werden muß, so kann doch auch die Anwendung solcher Zwangsmittel nur dann einen Erfolg haben, wenn die ganze Macht sittlicher Entrüstung des Volks hinter ihm steht, sie unterstützt und es den dadurch Betroffenen unmöglich macht, die erfahrene Beschämung leichtsinnig hinzunehmen. Wenn das Volk in dieser Sache nicht einmüthig und entschieden seiner gesetzlichen Vertretung zur Seite steht, so ist die Thätigkeit dieser und mit ihr unsere ganze freiheitliche und einheitliche Entwicklung auf's Empfindlichste gelähmt, wo nicht gänzlich untergraben. Denn darüber möge man sich doch ja nicht täuschen, nicht um diese gegenwärtige Versammlung oder gar blos um deren, nach mancher Seite hin vielleicht mißliebigen, Majorität handelt es sich hier, sondern um das Wesen und die Würde der Nationalvertretung überhaupt, ja, noch mehr um die Würde der Nation selbst. Das Volk kann, wenn es unzufrieden ist mit der Totalität oder mit einem Theile seiner gegenwärtigen Vertreter, denselben ihr Mandat kündigen, ihnen den Wunsch aussprechen, sie möchten zurücktreten und Andern den Platz räumen — ich zweifle nicht, daß jeder Abgeordnete, dem ein solcher Wunsch von der Mehrzahl seiner Wähler kundgegeben würde, sich dadurch veranlaßt fände, sein Mandat zurückzugeben — allein so lange noch diese Versammlung das Volk repräsentirt, so lange muß das Volk in ihr sich selbst ehren und streng darauf halten, daß deren Würde von Außen wie von innen unangetastet bleibe.

Frankfurt, 7. Okt. Von dem Bevollmächtigten für das Großherzogthum Hessen-Darmstadt ist bei der Centralgewalt folgendes Schreiben eingelaufen: „Den mir durch Schreiben vom 23. d. M. mitgetheilten Erlaß des Reichsverwesers vom 22. d. M. habe ich alsbald an meine Regierung befördert; in Folge allerhöchsten Befehls Sr. königl. Hoheit des Großherzogs bin ich beauftragt, in Erwiederung darauf folgende Erklärung bei der Centralgewalt abzugeben: Der provisorischen Centralgewalt Deutschlands ist es bekannt, daß das eifrigste Bestreben der Regierung Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen von Anfang an und auch bei den neuesten das Vaterland betrübenden, unglücklichen Ereignissen, wie bisher, stets und unverändert darauf gerichtet war, ihr in jeder Beziehung die entschiedenste Mitwirkung bereitwilligst zu gewähren und zu bethätigen. Die Centralgewalt kann daher vollkommen darauf vertrauen, daß die großh. Staatsregierung der an sie ergangenen Aufforderung, die zur Erhaltung der Wohlfahrt und der gesetzlichen Ordnung Deutschlands ergriffenen Maßregeln auch ihrerseits kräftigst zu unterstützen, nachkommen werde. Die Behörden und Beamten des Großherzogthums werden hiernach, dem ausgedrückten Wunsche gemäß, sofort ernstlich ermahnt werden und von der Regierung auch hierin Alles geschehen, was von ihrer Seite gethan werden kann, um die Lösung der hohen Aufgabe der Centralgewalt, als Organ der deutschen Nationalehre, zu erleichtern und auch dadurch den Beweis zu liefern, wie lebhaft sie von der Nothwendigkeit durchdrungen ist, daß man sich in Bezug auf alle gemeinsame Angelegenheiten der deutschen Nation von allen Seiten aufrichtigst und rückhaltslos an die provisorische Centralgewalt für Deutschland anzuschließen habe. Frankfurt am 29. September 1848. Der großh. hess. Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt Deutschlands. Eigenbrod. An das Reichsministerium des Innern."

△ **Wien**, 4. Okt. Alle unsere Korrespondenzen aus Pesth bleiben aus, die Stadt scheint abgesperrt zu sein, sowie der größte Theil der Gränze. Wien und Brünn wimmeln von Flüchtlingen aus Pesth und Preßburg. Der größte Theil der Magnaten ist hier, darunter Majlath, Déak und Batthyani. Dieser Letztere veröffentlichte gestern eine Rechtfertigung wegen seiner vor vier Tagen erfolgten Niederlegung des Ministerpräsidiums. Alles was man sich seit 4 Tagen von Ungarn schreibt oder erzählt, stellte sich als Lügen heraus und immer neue häufen sich dazu — so daß selbst die Männer, welche, wie man glauben sollte, an der Quelle schöpfen, nicht mehr klar sehen. Aber die stärksten Lügen sind jene, welche Kossuth dem Repräsentantenhause und dem Volke glauben macht, wovon ich Ihnen nur die letzte anführen will. Vor vier Tagen erklärte er im Repräsentantenhaus, eben wieder einen Kourier erhalten zu haben aus dem Lager, welcher die Meldung bringe, daß eine Hauptschlacht gegen Jellacic geliefert werde, welche seit 36 Stunden wüthe und daß bereits der linke Flügel seiner Armee abgeschnitten und in völliger Flucht aufgelöst sei. — Nun wissen wir aber auf amtlichem Wege von Jellacic's Armee, daß außer kleinem Vorpostengeplänkel noch gar kein Zusammenstoß erfolgt ist! — Eben diesen Nachrichten zufolge sollen sich die Ungarn nach Pesth zurückziehen, wo vollständige Anarchie herrschen soll.

Diesen Vormittag gab Graf Latour für 4 Bataillone (4000 Mann) der hiesigen Garnison Marschordre gegen die ungarische Grenze. Man scheint zu fürchten, daß Insurgentenhaufen herüber brechen um sich Wien zu nähern. Ein Bataillon Jäger ist schon heute Nacht abmarschirt, ebenfalls um die Grenze zu besetzen. Fürst Esterhazy, der frühere Minister des Aeußern (im ungarischen Ministerium), erwartet seit vier Tagen vergeblich Nachricht von seinem Agenten in Pesth. Alles was wir von dort wissen, sind verwirrte Gerüchte oder absichtliche Lügen.

†† **Wien**, 4. Okt. Von Pesth*) hörte man heute, daß im Gefecht bei Velencze der linke Flügel des Jellacic geworfen wurde, worauf Jellacic sich zurückzog. In Pesth sind 60,000 Gewehre und 20,000 Sensen zur Bewaffnung des Landsturmes bereit gehalten. 12,000 Bauern, wovon die Hälfte zu Pferd, eückten zur ung. Armee. Als der Zuzug aus dem Wieselburger Komitat abging, jauchzten Weiber und Kinder ihren streitbaren Gatten

*) Die Widersprüche der ungarischen Nachrichten lassen sich nicht lösen. Wir geben daher die Correspondenzen, wie wir sie erhalten, eine spätere Aufklärung erwartend. N. d. R.

und Vätern zu, sie erklärten den Tag für einen Freudentag. Am 3. Oktober wurde der Landsturm gesetzlich organisirt. In Lemberg soll eine Revolution ausgebrochen sein. Der Kriegsminister erließ an alle Truppen Kommandanten den Befehl streng darauf zu halten, daß die Offiziere konstitutionelle Formen nicht verletzen. Jellacic soll bei Raab stehen, so erzählten angekommene Reisende. Ein heute erschienenes Manifest des Kaisers an die Völker Italiens in der Wienerzeitung von Wessenberg mitunterzeichnet, ist wichtig. Es verspricht den Italienern eine freie Verfassung, getrennte Verwaltung und Amnestie. Das Kabinet muß also von dem Innsbrucker Kongresse schon Grundzüge der französisch-englischen Vermittelung erhalten haben, sonst würde der Kaiser dieses Manifest nicht erlassen können. Man spricht der Kaiser wolle ein Manifest an die Ungarn publiziren, womit er den Jellacic zum Civil- und Militär-Gouverneur ernennt. Aus Pesth und Ofen wird kein waffenfähiger Mann herausgelassen. 1000 Eisenbahnarbeiter bildeten ein Freikorps. Auch 500 Juden organisirten ein Freikorps. Der ungar. Reichstag bildete ein Schützenfreikorps.

*** **Wien**, 4. Okt. Das Studentenkomite hat eine Petition an das Unterrichtsministerium geschickt, in welcher dieses das Programm für das nächste Unterrichtsjahr dringend verlangte; zugleich hat es eine Kommission niedergesetzt, welche alles für den Unterricht Erforderliche, soviel ihr zusteht, berathen und in Ausführung bringen soll. Dasselbe Komite hat ein Mißtrauensvotum an die Centralverwaltung geschickt und deren Reorganisirung beschlossen. —

In der heutigen Reichstagssitzung wurde die Debatte über die Steuerausschreibung fortgesetzt und zum Beschluß gebracht; die Abstimmung fehlt noch; von der Debatte zu schließen, geht wahrscheinlich der Antrag der Finanzkommission durch, welche die Steuern für ein halbes Jahr bewilligt. Schuselka soll, wie verlautet, in Bälde mit einem Amte im Ministerio bedacht werden; diese Angabe findet auch in der heutigen Rede Schuselka's in Bezug auf die Steuerausschreibung ihre Bestätigung. —

Soeben kommt die Nachricht, daß der Graf E. Zichy, ein Magyar, einer Korrespondenz mit Jellacic überwiesen, von einer wüthenden Volksmenge gehängt wurde.

† **Aus Tyrol**, 30. Sept. Seit der italienische Krieg die österreichische Armee und mit ihr auch unsere Landesvertheidiger „an Siegen und Ehren" reich gemacht hat, scheinen wir etwas weniges von dem Gedanken abgekommen zu sein, in schlichter Bescheidenheit hinzunehmen, was eben über uns verfügt wird, und die Anerkennung unserer stillen Verdienste irgend einer „Großmuth" in Wien zu überlassen. Die nach den Mailogen und der Kaiserflucht ziemlich planlos und beinahe ungeberdig geäußerte, wenn auch gerechte Mißstimmung gegen die Wiener hat sich nachgerade umgeformt in eine bewußte, entschlossene Opposition gegen das Nivellement und die Centralisation, wie gegen die Zerfahrenheit und Verwirrung, mit welchen die Staatsarbeit in Wien, der Reichstag vor Allem, die Selbstständigkeit der Provinzen und die ganze Zukunft des Staates bedrohen. Jene Partei, und was an Unverständigen und Erzürnten mit ihr arbeitete, um die Konstitution selbst als Ursache alles Schlechten zu verwerfen, tritt nun in den Hintergrund zurück und verliert mit jedem Tage mehr die letzten Getreuen. Das konstitutionelle Prinzip hat allgemein Geltung gewonnen, Niemand denkt an die Möglichkeit, aber wünscht etwa gar den alten Zustand, — dagegen ist man darin übereingekommen, die Konstitution sich selbst für den tyrolischen Hausbrauch zurecht zu machen. Man erwartet von der Freiheit, daß man sie frei, nach eigenem Bedürfen, in Anwendung bringen könne. Leicht erklärt es sich also, daß nichts das Volk unangenehmer berührt, als wenn es sich Namens der Freiheit mit Dingen bedroht sieht, welche es als Beschränkung und Verkümmerung seiner Eigenheit und Selbstbestimmung ansieht. Der Wiener Reichstag hat in neuester Zeit zwei Entschlüsse theils gefaßt, theils ausgeführt, die ihm bei uns den Rest von Kredit vollends nahmen, dessen er sich ohnehin nie stark erfreute. — Das Gesetz über Befreiung von Grund und Boden, über Ablösung von Zehnten und Gilten, hat hier zu Lande gerade die entgegengesetzte Wirkung hervorgerufen, die man sich in Wien versprach. Vor Allem hat es den Rechtssinn unseres Volkes tief verletzt, daß man wochenlang sich streiten konnte, ob überhaupt entschädigt werden solle. Niemand begehrt hier „unrecht Gut," sagen die Bauern. Man will wohl sich ablösen, aber nicht eher zu zinsen und zehnten aufhören, bis Alles geordnet ist. Viele geben auch den Naturalzehnten fort und denken gar nicht an's Ablösen. Ueberdem sind hier sehr viele Urbaar, Gillrechte ꝛc. in den Händen von Bauern selbst, sie haben gleichen Werth mit Realitäten, gewähren sogar als Pfänder pupillare Sicherheit. Die Verhältnisse sind im Ganzen so eigenthümlicher Art, daß dem einfachsten Bauer die Verkehrtheit einleuchtet, am buntscheckigen Reichstage einen Leist für alle Provinzen schneiden zu wollen. Allgemein wird daher begehrt, daß die nähere Ordnung und Durchführung des Gesetzes dem Provinzial-Landtage zugewiesen werde. Daß der wälsch-tyrolische Deputirte de Peettis der Kommission präsidirte, welche die Ablösungsnormen am Reichstage festsetzen soll, hat auch diese von vornherein verdächtigt, denn de Peettis verwarf jede Entschädigung. Auch ist es Manchem deutlich geworden, daß das ganze Gesetz von der slavischen Majorität zum Köder für die slavische Bauerschaft gemacht wurde und sie sich hierdurch beim „Volk" beglaubigen wollte. Die deutschen, freien Tyrolerbauern bedürfen aber keiner solchen Wohlthaten und Schmeicheleien. Der zweite Streich, den nach unserer Ansicht der Reichstag auf sein eigenes Haupt geführt hat, ist der Löhner'sche Antrag: die Gouvernements, die Provinzen aufzulösen und eine neue Kreiseintheilung mit Regierungen an die Stelle zu setzen, die alle direkt mit Wien in Verbindung stehen. Damit wären denn die Departements und Paris auch in Oesterreich zu finden. Bei uns käme hierdurch das Napoleon'sche Kunststück von 1810 durch österreichische Volksbeglücker zum zweiten Male zu Ehren. Wir hätten unsern Inn-, Eisack- und Etschkreis und Tyrol — als Ganzes — wäre eine poetische Bezeichnung, eine historische Reminiscenz. Die Trennungsbestrebungen unserer zwei italienischen Kreise, oder besser gesagt, der Trientin'schen Panitolisten, fänden somit im Schooße der österreichischen Volksvertretung ihre besten Beförderer. Hat Trient mit Roveredo erst einmal eine eigene getrennte Verwaltung, so ruht es nicht, bis es einen eigenen Landtag besitzt, und dann fällt es bei der ersten Gelegenheit, wie eine allzuwillige Verführte, in die Arme dessen, der eben in der Lombardei regiert. Von Deutschland will es loskommen um jeden Preis, und wir Deutsche können uns nun einmal die Hausthüre nicht aus dem Hause stehlen lassen. Daher ist hier allgemein das Begehren, wenn je in Italien sich wieder die Degen kreuzen, daß die Centralgewalt Deutschlands Trient und die Grenzpunkte mit Reichstruppen besetzt. Der österreichische Soldat, der Tyroleerschütze gilt den Italienern nicht als Repräsentant einer Macht, die Deutschland heißt. Er muß undekannte Truppen mit der deutschen Farbe an der Fahne sehen. Wir werden bis dahin oder nachdrücklichst unser Deutschthum erweisen und, wie dem Ministerial-Kommissär Dr. Fischer auf seiner Rundreise gesagt wurde, jene Trennung nie zugeben, „es mag kommen, so weit es will." Bedauerlicher Weise hat man, weil eben Alles, was in Wien regiert, als verdächtig gilt, die Unterstützung der Losreißung Wälschtyrols dem Ministerium unterschoben. Zugleich erfand man das Gerücht, als wolle dieses die Universität von Innsbruck aufheben oder verlegen. Der Bequemlichkeit halber mußte der Beschuldigte des Ministeriums, Dr. Fischer, als Unterstützer dieser feindseligen Absichten gelten. Eine absichtliche Verdächtigung des Ministeriums von einer gewissen Seite her ist nicht zu verkennen. Es fehlt nicht an Gerüchten, die ihm Feinde, besonders im Volke, bereiten und selbst die Besonnenen verletzen; — immer spukt es von aufgehobenen Pesitionen ꝛc. — Niemand wird es übelnehmen wollen, der unterwühlten, unklaren und übergreifenden Politik der Wiener und ihrem Kulminationspunkte, dem Reichstage, das Wort zu reden; dennoch dürfte das Ministerium, das sich immermehr als tüchtig, maßhaltend und besonnen herausstellt, so viel Vertrauen von den Provinzen in Anspruch nehmen, daß es nicht auf Gerüchte hin verworfen und bekämpft werde. In der Sendung des Ministerialraths Dr. Fischer sehen wir sogar ein aufrichtiges Bemühen, sich mit den Sonderinteressen Tyrols bestmöglichst zu verständigen, und Dr. Fischers unbestrittene, patriotische Gesinnung, wie seine Fähigkeiten, dürften ein befriedigendes Resultat versichern lassen. Wir verlangen auch von Herzen nach nichts mehr, als einer Ordnung unserer Beziehungen zur Gesammtmonarchie, vor Allem aber auch derer zu Deutschland, weil wir erkennen, daß bei einer Zweideutigkeit des schwankenden Zustandes die Spannung gegen die österreichische Verwirrung und der Eifer für eine gesicherte Selbstständigkeit die unerwartetsten Wendungen nehmen könnten.

Digitized by Google

** **Berlin**, 5. Okt. Minister-Präsident v. Pfuel antwortete unter lautem Beifall von allen Seiten auf die Interpellation des Abg. Pokrzywnicki in Betreff des Posener Belagerungszustandes, daß er Befehl gegeben habe, denselben aufzuheben, daß, sollten bedeutende Bedenken dagegen obwalten, dem Ministerium sofort solche zur Kenntniß gebracht werden, und falls die Minister sie anerkennten, dieselben zur Fortdauer des exceptionellen Zustandes die Genehmigung der Versammlung einholen würden. — Zwei Interpellationen von Behnsch über Amnestie politischer Verbrecher, und von Waldeck, in Betreff des Erlasses von Robert Mohl (wahrschinlich im partikularistischen Sinne, mehr als wahrscheinlich!) wurden abgeschnitten. — Die Versammlung schritt zur Berathung des Jagdgesetzes. Von den vielen und zum Theil bedeutenden Rednern — Meusebach, Walter aus Bonn, namentlich Waldeck, Kunth — sprach Niemand gegen die Ablösung des Jagdrechts. Mensebach, Walter, Kunth u. A. wandten sich nur gegen das Prinzip der Unentgeltlichkeit. Es war daher kein schöner Kunstgriff derer, welche die Unentgeltlichkeit vertheidigten, daß sie die Gegner immer als Gegner der Ablösung hinzustellen suchten. Die Bauern, welche „zur thatsächlichen Berichtigung" das Wort ergriffen, bewiesen, wie sehr dieses Mittel wirkte, wie wenig klar ihnen war, daß es sich hier nicht um die Ablösung, sondern um das bedeutsame Prinzip handle, nach dem diese unbestrittene Ablösung erfolgen solle. — Zur Entscheidung über dieses Prinzip der Aufhebung von Rechten ohne Entschädigung unter dem willkürlichen Vorwande der Feudalität, oder der momentanen Lage des Landes, konnte kaum ein ungünstigerer Fall eintreten, als die Frage über Ablösung des mit Recht so tief gehaßten Jagdrechts, woran sich unendlich wehmüthige und bittere Erinnerungen knüpfen, an den Uebermuth des Junkerthums, an das stille Leiden des gedrückten Landmannes. In diesem verführerischen Gewande erscheint zum ersten Mal das Peinzip Proudhon in unserer gesetzgebenden Versammlung. Alle Parteien, außer der äußersten Linken, von der Schramm heute schon alle Konsequenzen in Anspruch nahm, werden hiebei eine Fusion erleben. Der Ausgang scheint kaum zu brzweifeln. — Waldeck schloß seine Rede mit den Worten, es wäre lächerlich, wenn für ein Recht, das nur ein Vergnügen wäre, Entschädigung eintreten sollte. — Der Regierungskommissar Ellwangee war unvorsichtig genug, bei der Vertretung der Sache sich in eine beißende Kritik zu verirren, die theilweise zur Satyre von einzelnen Rednern, namentlich Waldeck's wurde. Waldeck antwortete, diesmal wirklich in einer so rein aus dem Innern strömenden Beredtsamkeit, ohne Sarkasmus, aber im Gefühl der Kränkung, daß seinem Schlußsatz von der Kraft der Wahrheit nicht etwa jenes gewöhnliche Bravo seiner Freunde, sondern in'sbesondere von der Rechten ein anhaltender lebhafter Beifall folgte. Schulze von Delitsch verwahrte darauf die Versammlung gegen solchen Mißbrauch der Erlaubniß für die Regierungskommissare, vor ihr zu reden. Diese Herren dürften sich nicht geriren gleich Abgeordnetrn. Die Ausdrücke konnten nicht stärker sein. Die Versammlung stimmte bei. Die Regierung schwieg. — Als Hüffer von der Rechten — die Westphalen verleugnen sich nirgend — auftrat und Waldeck das Wort redete, da revanchiete sich die Linke mit gleich lebhaftem Bravo. — Uebrigens kann hier denen, welche das Prinzip der Entschädigung vertheidigen, nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß sie die Ablösung illusorisch machen wollen; denn die Entschädigungssumme, welche in Anschlag gebracht wird, beträge pr. Morgen etwa 4 Pf. — Nicht das bei onerosen Verträgen Entrichtete soll ersetzt werden; das ist ein Schicksal des Verkehrs, daß Verlust bei onerosen Verträgen nicht ungewöhnlicher ist als Gewinn; nur der Werth des Rechts ist in Anschlag zu bringen. Meusebach rief das Brispiel des österreichischen Reichstags an. In Betreff der Versammlung von 1789 bedeutete Meusebach, daß dort mindrstens die Betheiligten vertreten und Gelegenheit gehabt hätten, freiwillig zu verzichten; hier sei aber die Vertretung nicht nach Ständen; die Betheiligten mangelhaft oder gar nicht vertreten. — Endlich darf nicht verborgen bleiben, daß zwei Größen der Versammlung heut' auftraten. Der Fleischermeister Piepee aus Fischhausen, der nach einer feurigen Rede gegen das Jagdrecht Pause machte, sich die Brille aufsetzte und einige gottvolle Reime vorlas, die ihm ein Freund — „Piezker" — mit auf die Rednerbühne gegeben! Er deponirte das rührende Gedicht auf dem Tische des Hauses, während unter den Auspizien Joseph Heydn's, dessen Büste über dem Präsidium thront, ein schallendes Gelächter die Räume füllte. Vorenthalten darf Ihren Lesern nicht werden, weßhalb Dierschke, seines Zeichens Justizkommissar, im Uebrigen ein in den „Grenzboten" göttlich charakterisirter Parlamentskomiker für die unentgeltliche Ablösung stimmte — „die Schäferhunde müssen jetzt Knüttel tragen, um die edeln Hasrn nicht zu beißen — um die Schäferköter zu emanzipiren und damit die zahmen Schweine, die sich in den Forst verirren, nicht geschossen werden", stimme er also! Die „Romantik der Jagden" opfere freudig er, der Klassiker im Konzertsaal! — Die Nachwelt möge aus den stenographischen Berichten urtheilen, ob ich übertrieben. Wer übertriebe Dierschke?!

** **Berlin**, 5. Okt. Das Bürgerwehrgesetz ist gestern trotz der angestrengten Bemühungen der Linken, deren Amendements fast sämmtlich durchgefallen waren, durch einen schließlichen Zusatz es für „provisorisch" zu erklären, bis zu Ende berathen und mit den getroffrnen Aenderungrn angenommen. Dafür erntet die Landesversammlung folgende Kritik. Zum Glück scheint hier augenblicklich wenig Zündstoff vorhanden, sonst brächte das nachfolgende an allen Eckrn und Bäumen angeschlagene Plakat uns Frankfurter Auftritte. Im Prinzip stimmt es mit den Grundsätzen der Pfingstweide überein:

„Männer Berlins!
Dem Vaterlande droht Gefahr!

Ein Bürgerwehrgesetz, Freiheit und Recht vernichtend, soll uns aufgedrungen werden. Eure Brüder in Potsdam, Breslau, Köln und vielen andern Städten erhoben bereits ihre Stimmen gegen dieses Attentat auf die Freiheit — aber eine Euch bekannte Majorität in der Nationalversammlung wollte sie nicht hören.

Brüder, die Gefahr ist heute größer als damals bei dem Stein'schen Beschluß! Auf, schaart Euch um Eure Führer und ruft jenen Männern, denen Volkswohl und Freiheit ein leeres Schall ist

Euer dauerndes Veto

entgegen! — Dringt man uns dennoch dieses Gesetz auf, zwingt man uns also zu einem Kampfe, nun, wie sind gerüstet und bereit, für die Rechte und Freiheiten des Volks zu stehen und zu fallrn.

Der demokratische Bürgerwehr-Verein."

Breslau. Die kleine Stadt Rosenberg (in Oberschlesien) hat verstärkte Garnison erhalten, um aufständischen Bewegungen in der Umgegend unter drn Landbewohnrrn, die durch Emissäre demokratischer Vereine in Gang gebracht werden sollen, vorbeugen zu können. (Voss. Ztg.)

Leipzig, 5. Okt. Das hrutige Tagblatt enthält unter bre Urberschrift „die radikale Prrsse Sachsens" Nachstehendes:

„In Nr. 275. d. Bl. spricht Herr R. Blum von der schamlosen sächsischrn Presse und nennt dabei ganz besonders die deutschen Blätter und das Dresdner Journal. Aus dem Munde des Redakteurs der Reichstagszeitung können die betreffenden Herausgeber die gedachte Bezeichnung als ein gespendetes Lob annehmen: Er wird gewiß zur schamlosen sächsischrn Presse die „Voigtländischen Blätter" nicht rechnen, die in ihrer Nr. 27 in einem Artikel: Die Ereignisse in Frankfurt a. M., unter Anderm Folgendes enthalten:

„Einen dunklrn Schatten wirft auf diese Ereignisse namentlich die angebliche Ermordung der beiden Nationalabgeordneten Fürst Lichnowsky und von Auerswald; denn heilig und unverletzlich sind diese Personen vermöge ihrer Eigenschaft als Volksvertrrter. Und wenn die grauenvolle Schilderung ihrer Ermordung, wie sie uns die loyale Presse geschildrrt hat, wahr wäre, so müßte man allerdings über rine solche That seinen eigenen Partei den Stab sittlicher Entrüstung brechen. Aber diese Schilderungen sind, wie es sich jetzt durch die amtlichen Erörterungen und die unparteiischen Berichte aller Augenzeugen herausgestellt hat, niederträchtige Lügen der Gegenpartei, die ihre Gegner durch den Vorwurf gemeinen Mordes in den Augen der Welt herabsetzen will. Doch solch ein Mittel trägt seine Würdigung in sich selber. — Es ist jetzt constatirt, daß Lichnowsky und Auerswald, uneingedenk ihrer Stellung als Nationalvertreter, in den Reihen der Soldaten gegen das Volk kämpften und in diesem Kampfe um's Leben kamen."

Wir enthalten uns jeden Kommentars zu dieser gewiß nicht schamlosen Entstellung der Wahrheit, freuen uns aber endlich zu hören, daß auch in Sachsen eine Partei mit den mörderischen Banden, die in Frankfurt am 18. Sept. hausten, in engem Zusammenhang steht. Ein offener Feind ist stets besser, als ein versteckter. Im weiteren Verlauf jenes nicht schamlosen Artikels heißt es nämlich noch:

„Die Feinde der Freiheit zählen nur ihre gefallenen Streiter; für die Kämpfer, die auf unserer Seite fielen, haben sie kein Wort des Mitleids. Mit Pomp und unwürdigem Flitter begräbt man die in Frankfurt gefallenen Soldaten; für die Gefallenen des Volks gibt es kein Bedauern auf ihrer Seite ꝛc."

Dies Prädchen eines radikalen, aber nicht schamlosen Blattes verdiente gewiß eine allgemeinere Verbreitung."

Karlsruhe, 6. Okt. Gestern Abend um 10 Uhr bewegte sich ein militärischer Zug mit Fackeln und Musik durch die Lange Straße nach der Waldhornstraße, wo sich die Wohnung des Präsidenten des Kriegsministeriums befindet: — es war eine Serenade, welche dem General Hoffmann zur Begrüßung seiner Rückkehr aus dem Oberlande und zur Feier des Sieges bei Staufen von dem gesammten Offizierkorps der Residenzstadt gebracht wurde.

Wie bekannt, standen bei Staufen kaum 700 Mann, jedoch wohldisziplinirte und militärisch geübte Truppen, die dabei zum ersten Male die Feuerprobe bestanden, einem an Zahl vierfach überlegenen Feinde entgegen. General Hoffmann selbst, sich überall persönlich aussetzend, leitete zu Fuß an der Spitze seiner Truppen den Angriff auf die Barrikaden und das Rathhaus; an einer der Barrikaden räumte er mit eigner Hand die obersten Balken weg. Augenzeugen erzählen, daß er unzählige Male hätte getroffen werden müssen, wenn nicht die Insurgenten, wahrscheinlich in Folge zu starker Ladung, ihn stets überschossen hätten. (Karlsr. Z.)

Schwerin, 3. Okt. Die Mecklenb. Ztg. schreibt: Durch gütige Mittheilung geht uns folgendes Schreiben bal. Hamburg, 2. Okt. zu: Der Syndikus Banks, welcher vor einigen Tagen hier angekommen, wird heute seine Reise nach Kopenhagen, und zwar über Rendsburg und Alsen, fortsetzen. Der englische Gesandte zu Frankfurt hat deßhalb seinen in Kopenhagen accreditirten Kollegen beauftragt, bei dem dänischen Gouvernement Erkundigungen einzuziehen, ob der Besuch des Syndikus Banks, als Abgeordneter der Centralgewalt, dort angenehm sein werde. Die Antwort, welche gestern hier angelangt, und durch Vermittelung des Geschäftsträgers, Obrist Hodges, übergeben worden ist, lautet nicht nur genehmigend und sehr verbindlich, sondern theilt auch mit, daß die dänische Regierung die Aufmerksamkeit gezeigt habe, ein Schiff nach Alsen mit dem Auftrage zu senden, sich zur Verfügung des genannten Abgeordneten zu halten, um seine Ueberfahrt nach Kopenhagen zu bewerkstelligen. Als Ursache des Umweges wird angegeben, daß die Benutzung desselben dem Syndikus Banks die Abhaltung der vorgeschriebenen Quarantäne erspare. Es scheint jedoch der Wunsch zu sein, denselben auf diese Weise in Beziehung mit den Mitgliedern der auf Alsen residirenden Immediatkommission zu bringen. Auch wird der Syndikus Banks in Rendsburg die Mitglieder der noch bestehenden provisorischen Regierung sprechen, und diese Gelegenheit zu einer Verständigung mit denselben benutzen.

Es scheint keinem Zweifel unterworfen zu sein, daß eine freundliche Ausgleichung der, hinsichtlich des abgeschlossenen Waffenstillstandes, noch schwebenden Differenzen zu Stande gebracht werden wird. Nach dem nicht zur öffentlichen Kunde gelangten Notenwechsel sind die Herzogthümer jetzt bereit, dazu die Hand zu bieten; auch Dänemark ist, trotz des an seine Geschäftsträger ergangenen Cirkulars, zu welchem das dortige Gouvernement sich gezwungen gesehen hat, keineswegs abgeneigt, einzelne Modifikationen eintreten zu lassen. Sobald eine Ausgleichung stattgefunden haben wird, sollen unverzüglich die Friedensunterhandlungen in London beginnen.

Kiel, 3. Okt. Dem Vernehmen nach sind die Herren Preusser, Landvogt Boysen, Baron v. Heinze und Graf Reventlow zu Jersbeck bestimmt, die für die provisorische Regierung neueintretende Interims-Regierung zu bilden. Diese würden sich einen Präsidenten als fünftes Mitglied zuzuwählen haben, jedoch aus den zwischen den Königen von Preußen und von Dänemark vereinbarten Männern; Herr Stedmann würde diese Regierung bei uns einführen und die Landesversammlung sie anerkennen, letztere darnach aber sich wohl bis auf Weiteres vertagen. Die königl. Immediat-Kommission soll noch den Aeußerungen des Hrn. v. Reedtz als definitiv beseitigt angesehen werden dürfen. (K. C. Bl.)

Großbritannien.

London, 4. Okt. Während „Daily News" dem Könige von Preußen bittere Vorwürfe macht, daß er in seinem sorgenvollen Schmollwinkel Sanssouci Grillen fängt und sein Haupt der Potsdamer Soldatesko in den Schooß legt, statt auf der Bresche zu Berlin seinen Mann zu stehen und treu und aufrichtig zum Volk und zum Parlament zu halten, während dieselbe Zeitung einen vollständigen Bruch zwischen dem Königthume und im Gefolge dieses Bruchs eine vielleicht augenblicklich siegreiche Bekämpfung der Revolution durch jene militärischen Mittel prophezeit, zu denen, wie selbst Guizot geäußert, höchstens eine obskure Winkelregierung ihre Zuflucht nehmen dürfe, die dagegen einer Dynastie oder einem Könige nie und nimmer verziehen würden, während, wenn all dies geschehe, die genannte Zeitung der Dynastie Hohenzollern ein ähnliches tragisches Schicksal weissagt, welches die Häuser der Stuarts und Bourbons auf sich herabbeschworen hätten, während dem macht der „Examiner," ein sonst sehr freisinniges Blatt, dem Könige von Preußen für sein konstitutionelles Verhalten die größte Lobeserhebungen. Der Examiner will wissen, daß der Prinz von Preußen dem Könige gerathen habe, die Nationalversammlung schlimmsten Falls mit Waffengewalt zu sprengen und die Bürgerwehr zu entwaffnen; der König habe aber diesen gefährlichen Rath abgelehnt, und dadurch den Zorn der militärischen Partei, der Partei des Prinzen von Preußen, auf sich geladen; diese Partei nenne die Aufführung des Königs geradezu eine Abdankung, und sage: er habe seine Krone dem aufrührerischen Pöbel zu Füßen gelegt. Leider habe diese Ansicht auch in gewisse englische Zeitungen ihren Weg gefunden. Die Wahrheit aber sei, daß sich der König mit eben so viel Klugheit als Nachsicht benommen und dadurch einem Zusammenstoß auf Sein und Nichtsein vorgebeugt habe. Zeugniß davon gebe die Erklärung Pfuel's, den konstitutionellen Weg streng inne zu halten, wie das spätere gemäßigte Verhalten Wrangel's nachdem er eben erst an's Schwert geschlagen habe. Der Examiner kommt dann darauf zu sprechen, daß die Vorfälle von Frankfurt die Soldatenpartei in Preußen erst recht kühn gemacht habe; glücklicherweise habe sich das Berliner Volk weder so närrisch, noch so verbrecherisch gezeigt, als der Frankfurter Pöbel, worauf der „Examiner" fortfährt: „Es gibt in den Jahrbüchern der französischen Revolution nichts so Gräßliches und Schmachvolles, als der an Lichnowsky und Auerswald verübte Meuchelmord; nichts so Dummes, als der Versuch des Pöbels, in die St. Paulskirche einzubrechen und das Parlament zu purifiziren. Es gibt keinen Bürger in Deutschland" (leider möchte man sich versucht fühlen, hier ein Fragezeichen beizufügen), „der nicht die Waffen gegen solche Buben ergreifen würde. Und in der That, so lange die Truppen und die Mittelklassen zusammenhalten und durch gleiche Gefühle verbunden sind, so lange braucht man wegen einer ernstlichen Unterbrechung der Ruhe keine Besorgnisse zu hegen. Aufgewiegelten Pöbel niederzuschlagen und Meuchelmörder zu strafen, ist etwas ganz Anderes, als Nationalversammlungen zu sprengen und Bürgerwehren zu entwaffnen. Dies ist es, wonach die Kriegspartei in Potsdam strebt, was aber der König von Preußen, zum Glück für ihn selbst, zu versuchen abgelehnt hat."

† **London**, 3. Okt. Prozesse wegen Hochverrath sind glücklicherweise in England so selten, daß die neuliche Publikation des Indictment der Grand Jury gegen Smith O'Brien und Konsorten uns Alle überrascht hat. In der That, das Interesse für den Prozeß beschränkt sich fast auf die ungewöhnlichen Formen desselben. Ich schicke Ihnen eine Uebersetzung des ersten Artikels des Indictment, und füge nur noch hinzu, daß die ganze Anklageschrift sechs Artikel enthält, deren jeder die im ersten Artikel gebrauchten Formen auf höchst eigenthümliche Weise wiederholt.

Artikel 1. In der Grafschaft Tipperary.

Die Juries für unsere Herrin die Königin sagen und erklären auf ihren Eid: daß (die Angeklagten) da sie doch Unterthanen unserer besagten Herrin der Königin sind, dennoch die Furcht Gottes nicht in ihren Herzen hatten, noch die Pflicht ihrer Unthänigkeit erwogen, sondern vielmehr sich bewegen und verführen lie-

ßen durch die Verlockung des Teufels, als falsche Verräther gegen unsere besagte Herrin die Königin, und derselben gänzlich entziehend die Liebe, den Gehorsam, die Treue und die Unterthänigkeit, welche jeder gerechte und gesetzliche Unterthan unsrer besagten Herrin, der Königin von Rechtswegen gegen unsere besagte Herrin, die Königin hegen soll und muß, haben — am 17. Tage des Monats Julius, in dem zwölften Jahre der Regierung unserer souveränen Herrin Victoria, von Gottes Gnaden der vereinigten Reiche von Großbritannien und Irland Königin, Vertheidigerin des Glaubens und dessen mehr, und an verschiedenen andern Tagen zwischen dem genannten Tage und dem 30. Tage desselben Monats Julius, mit Macht und Wede in der Gemeinde Ballingarry in der besagten Grafschaft von Tipperary, sammt einer großen Menge falscher Verräther, deren Namen den besagten Juries nicht bekannt sind, zu der Anzahl von 500 und mehr, welche da waren gerüstet und bewehrt in kriegerischer Weise, nämlich mit Flinten, Pistolen, Piken, Keulen, Knütteln und andern Waffen, und waren zur selben Zeit und am selben Orte, ungesetzlich, böswillig und verrätherisch versammelt und sich aufgemacht gegen unsere besagte Herrin, die Königin, — zur selben Zeit und am selben Orte sündhaftig, böswillig und verrätherisch Krieg geführt gegen unsere besagte Herrin, die Königin, innerhalb dieser Reiche, und haben, dieweil sie so versammelt waren gerüstet und bewehrt gegen unsere besagte Herrin, die Königin, wie vorher gesagt, zur selben Zeit und am selben Orte mit großer Macht und Gewaltsamkeit, paradirt und marschirt auf feindliche Weise in, auf und durch verschiedene Dörfer, Städte, Orte und öffentliche Heerstraßen in der besagten Gemeinde von Ballingarry, in der vorbenannten Grafschaft Tipperary, und haben zur selben Zeit und Stunde gewisse Obstruktionen errichtet, welche da bestanden aus Wagen, Karren, Bauholz und anderen Materialien, errichtet und gebaut zu einer großen Höhe, nämlich zur Höhe von fünf Fuß und mehr, auf und quer über die besagten Heerstraßen, auf daß sie verzögerten und verhinderten das Marschiren der Soldaten unserer besagten Herrin, der Königin in diesen Reichen, und, haben dieselben zur selben Zeit und am selben Orte einen kriegerischen Angriff gemacht und haben geschossen auf einen großen Haufen Constables, so zur selben Zeit und am selben Orte gesetzlich in ihrem Dienst waren, als solche Constables, und haben zur selben Zeit und am selben Orte mit Macht und Gewalt gesucht die besagten Constables zu zwingen ihnen beizustehen im Verursachen und Machen einer offenbaren Insurrektion, Rebellion und eines Krieges gegen unsere besagte Herrin, die Königin in diesen Reichen, und haben zur selben Zeit und am selben Orte einen kriegerischen Angriff gemacht auf ein gewisses Wohnhaus, so gelegen ist auf der Trift von Boulagh in der besagten Gemeinde von Ballingarry in der vorbenannten Grafschaft von Tipperary, und zur selben Zeit und am selben Orte geschossen auf einen großen Haufen Constables, nämlich auf 40 Constables, so in dem besagten Wohnhause versammelt waren, und haben zur selben Zeit und am selben Orte böswillig und verrätherisch gesucht und getrachtet, umzustürzen und zu zerstören die gesetzliche Regierung und Verfassung dieser Reiche, in offenbarer Verachtung unserer besagten Herrin, der Königin, und ihrer Gesetze, Andern zum bösen Beispiel, und gegen ihre (der verschiedenen Gefangenen) Pflicht der Loyalität, gegen die für solchen Fall gemachte und bestimmte Gesetzform und gegen den Frieden unserer besagten Herrin, der Königin, ihrer Krone und Majestät.

London. Die hauptsächlichsten Fabrikstädte von West-Lankshire haben an den Präsidenten des Handelsamts, Hrn. Labouchere, eine Adresse erlassen, worin sie sich über die im deutschen Interesse von Preußen ausgegangene Erhöhung des Zolls auf Wollengewebe beschweren und unter Anderen ihn daran erinnern, daß seit Aufhebung der Zölle auf gewebte Fabrikate die Einfuhr solcher Waaren aus Deutschland in England sich um das Zehnfache vermehrt habe, daß eine große Zahl deutscher Arbeiter in diesem Gegenstande allein für England beschäftigt sei, daß die englischen Wollenwerber täglich auf den heimischen Märkten mit diesen fremden Mitbewerbern zu konkurriren hätten; zum Danke dafür haben „jene deutschen Regierungen, welche den deutschen Zollverein bilden, den liberalen Maßregeln Englands durch solche Maßregeln, welche dem britischen Interesse feindlich sind, geantwortet." Zum Schluß wird die Hoffnung ausgedrückt: man zweifle nicht, daß man deutscher Seits, wenn Hr. Labouchere nur ernstliche Vorstellungen machen wolle, England diejenige Aufmerksamkeit schenken werde, „welche man den Vorstellungen dieses mächtigen Landes schuldig sei."

Der bekannte Berl. Korresp. des „Morn. Chr." behandelt in einer Episode seines neuesten Berichts die Kölner nicht gerade sehr artig; er sagt z. B. „die Aufführung der Kölner Bürgerwehr ist ein weiteres Beweis dafür, daß es nutzlos und selbst gefährlich ist, sich im Augenblicke der Krisis auf dieses Institut zu verlassen. Was that die Bürgerwehr in Köln? nichts — absolut nichts. Sie rührte ihre Waffen nicht an, blieb der Gefahr fern und hätte sich nicht eingemischt, selbst wenn die ganze Stadt der Plünderung anheim gefallen wäre. So sahen sich die militärischen Behörden genöthigt, für sich selbst zu handeln, und wenn demnach Köln unter die Ausnahmegesetze gestellt wurde, so hat die Stadt dies nicht den despotischen Gelüsten der Militärbehörden, sondern einzig und allein der Unwirksamkeit und Apathie der Bürgerwehr zuzuschreiben." Das Morn. Chron. hebt nun mit scharfen Worten hervor, wie einfältig oder unredlich es sei, Offiziere, welche gerade durch ihr Einschreiten der Anarchie und dem Blutvergießen vorgebeugt hätten, des Despotismus beschuldigen zu wollen. Die Entschiedenheit, womit General Kaiser und Oberst Engels gehandelt, sei um so nothwendiger gewesen, „da die niedern Klassen der Bevölkerung Kölns zugestandenermaßen den brutalsten Pöbel unter allen rheinischen Städten bildeten."

Frankreich.

△ **Paris**, 6. Okt. Der Moniteur erklärt diesen Morgen das durch die „Presse" verbreitete Gerücht, als habe Oesterreich neuerdings die Vermittelung Frankreichs in der italienischen Angelegenheit ausgeschlagen, für durchaus unbegründet. Der „Constitutionel" behauptet indessen, man könne über den Ort nicht einig werden, wo die Konferenzen gehalten werden sollen. Nachdem mehrere Städte bald von dieser, bald von jener Seite verworfen worden, habe Oesterreich jetzt Münster in Vorschlag gebracht. Schon gestern erklärte der „Moniteur," es sei unwahr, daß, wie verbreitet worden, der französische Gesandte in Mailand sich anschicke, diese Stadt zu verlassen. Gestern meldete der Maniteur du soir, Karl Albert treffe alle Anstalten, um, falls die Friedensunterhandlungen, dem Wunsche der italienischen Völkerschaften entgegen, zu keinem günstigen Resultat führen sollten, mit neuer Energie in's Feld zu rücken.

Man versicherte heute, Louis Bonaparte habe sich auf den Rath einflußreicher Personen, Lamartine's unter Andern, entschlossen, der N.-V. zu erklären, er verzichte auf jede Kandidatur auf die Würde des Präsidenten der Republik. Jetzt wird in den Straßen unserer Hauptstadt ein Pamphlet vertheilt, „die Wahrheit über den Prinzen Ludwig Napoleon," welches eine prunkende Apologie dieses „Bürgers" enthält. Es wird darin u. A. behauptet, seine letzte Unternehmung unter der Julimonarchie hätte weit verbreitete Verzweigungen in unserem Lande gehabt und sei nur durch unglückliche Zufälle gescheitert. Er selbst scheint sich übrigens das Benehmen seines großen Oheims nach dessen Rückkehr von Aegypten zum Muster zu nehmen. Er hält sich still und verborgen. So wohnte er dem Trauergottesdienste am Todestage seiner Mutter Hortensia in einer hiesigen Kirche nicht bei, sondern ließ die Nacht zuvor bei dem Grabe derselben einen besondern Dienst an ihrem Grabe halten, bei welchem er allein gegenwärtig war. Er ist bekanntlich von 5 Departementen zum Abgeordneten gewählt, und schrieb der N.-V., er habe sich für Paris, „seine Vaterstadt", entschieden. — General Cavaignac soll seit einiger Zeit sehr leidend seyn und sich Gewalt anthun müssen um in der Nationalversammlung zu erscheinen, deren Sitzungen er in der That ein paar Tage nicht besucht hatte. — Wie haben bereits gemeldet, daß der in der Sitzung vom 4. d. M. von der N. V. vorgenommene Antrag Flandin's, daß fortan kein besoldeter Staatsdiener zum Volksvertretee gewählt werden kann, einen wahren Sturm hervorbrachte. General Lamoricière drohte gestern in einer zahlreichen Gruppe seine Entlassung zu geben, wenn die Armee auf diese Weise verhindert würde in der Versammlung vertreten zu sein. Auch General Cavaignac erklärte dies für eine Undankbarkeit, und so kam denn der weitere Beschluß zu Stande welcher die Bestimmung der Ausnahme den nach der Annahme der Constitution zu gebenden organischen Gesetzen überläßt, wodurch der bereits durchgegangene Antrag alle Bedeutung verliert. Von den weiter angenommenen Artikeln der Verfassung sind für deutsche Leser besonders Art. 34 u. 35 wichtig, weil sie einen Fall behandeln, der eben jetzt der deutschen N.-V. vorliegt. Sie lauten wie folgt: Art. 34. Die Volksvertreter sind unverletzlich. Für die Meinungen, welche sie in der Mitte der N.-V. ausgesprochen

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Entwurf der deutschen Verfassung. Verhandlungen der Nationalversammlung vom 9. October) Berlin (Die Interpellation von d'Ester.) Halle (Pfaffer Wislicenus.) Ratibor (Adresse an die Nationalversammlung.) Schleswig (Empfang der provisorischen Regierung.) Kiel (Landesversammlung.) Sigmaringen (Ordnung im Lande).

Frankreich. (Unruhen.)

Spanien. Madrid (Hetzereien. Die monkemellistischen Bandenführer unterwerfen sich).

Oesterreich. Monarchie. Czernowitz (Die siebenbürgischen Grenzregimenter und die Wallachen gegen Ungarn. Aus Bessarabien).

Italien. Bellinzona (Graf Zucchi.) Venedig (Französische Kriegsschiffe.)

Belgien. Brüssel (Neues Anlehen. Prince de Ligne Gesandter nach Rom. Einzahlungen.)

Handelsnachrichten.

Börsenbericht von Frankfurt. (Vom 6. October.)

Nachschrift. (In Ungarn die Kammer aufgelöst. Martialgesetz Jellacic zum Generallemmissär ernannt. — Neueste Nachrichten aus Ungarn.)

Deutschland.

* **Frankfurt**, 9. Okt. Von dem gestern ausgegebenen Entwurfe der deutschen Verfassung, der uns erst heute zukommt, bringen wir, mit Uebergehung der Minoritätsgutachten, den ersten Abschnitt zur Kenntniß unserer Leser:

Entwurf.

Das Reich und die Reichsgewalt.

I. Das Reich.

Artikel I. §. 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes.

Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten.

Artikel II. §. 2. Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.

§. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

§. 4. Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren oder in demselben eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.

§. 5. Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nicht deutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nicht deutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.

Artikel III. §. 6. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind. (Forts. folgt.)

Wir werden auf das Ganze jedenfalls zurückkommen.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 9. Oktober.

* Den Vorsitz führt v. Gagern. v. Reden hat einen Antrag auf ein Zollprovisorium für ganz Deutschland gestellt, dessen Dringlichkeit er begründen wird, wenn der Antrag gedruckt in den Händen der Mitglieder ist. Eisenstück aus Sachsen hat vor Längerer Zeit einen Antrag gestellt, der an den Prioritäts- und Petitionsausschuß übergeben worden ist. Er betrifft die Schwierigkeiten, auf welche Rechtsansprüche deutscher Staatsangehörigen, der holländischen Regierung gegenüber, in den holländischen Kolonien stoßen. Eisenstück mahnt an die Beschleunigung dieser Sache und im Namen des Ausschusses verspricht Fuchs Bericht darüber in den nächsten Tagen. Eine Bemerkung Jordan's von Berlin gilt den Austrittsanzeigen aus der N.-V. Jordan will, daß niemand die N.-V. verlasse, ohne daß zuvor sein Stellvertreter eingetroffen.

Für das Büreau ertheilt Jucho Auskunft über die inzwischentliche Verlegung der Sitzungen in den mit Gallerie versehenen Saal des Weidenbusches, um Raum und Zeit zur Herstellung von Heizungsvorrichtungen in der Paulskirche zu gewinnen. „Es könnte auffallen, daß die Versammlung in einen Gasthofssaal auswandert, — aber" beruhigt Jucho, „der Eingang dahin sei durch die Post." (?) (Gelächter). Im Namen v. Staoenhagen's wird folgende Erklärung verlesen und von der Versammlung mit Beifall empfangen:

„In wie weit die von mir in der letzten Sitzung gemachte Aeußerung in dem unmittelbar Vorangegangenen einige Entschuldigung findet, muß ich dem Urtheil der hohen Versammlung anheimstellen. Zur Sache selbst aber fühle ich mich durch die Achtung, welche ich der hohen Versammlung schuldig bin, gedrungen, ganz abgesehen von dem Ergebniß der Ausschußberathung, aus eigener freier Bewegung vorweg zu erklären, daß ich es lebhaft bedaure, wenn ich durch jene in der ersten unbewachten Aufwallung gemachte Aeußerung die Schranken, in denen sich jedes Mitglied halten muß, überschritten und dadurch in der hohen Versammlung Anstoß gegeben habe."

Es ist aus den Mittheilungen anderer Blätter über die Sitzung am 6. Okt. bereits hinlänglich bekannt, worauf sich v. Staovenhagens Erklärung bezieht. Er ließ sich nämlich durch das Benehmen, welches Rösler von Oels der Rüge des Präsidenten v. Gagern entgegensetzte, zu einer Aeußerung hinreißen, nach welcher Herr Rösler, und wenn nöthig sogar mit Gewalt, sofort aus der Versammlung zu entfernen gewesen sein würde.

Venedey kommt mit bekannter Zuthunlichkeit wiederholt auf das inzwischentliche Sitzungslokal zurück. Die Einkehr der Versammlung in einen Gasthof gilt ihm für sehr formlos. Indessen entscheidet man sich ohne weiteren Widerspruch für die Meinung des Büreau's. Es werden vier Wochen nöthig sein, um die Paulskirche heizbar herzustellen.

Es erfolgt hierauf die Abstimmung über den in letzter Sitzung berathenen Gesetzesvorschlag zum Schutze der Nationalversammlung und an diesem dem Anschein nach rein formellen Geschäfte verbraucht sich durch Streitigkeiten über Fragestellung und namentliche Abstimmungen der ganze heutige Parlamentstag. Die Annahme erfolgt in folgender Fassung:

Artikel 1, nach Mühlfeld's Verbesserungsantrage (auf Zählung mit 199 gegen 192 St. angenommen):

„Ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung in der Absicht, dieselbe auseinander zu treiben, oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder die Versammlung zue Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, ist Hochverrath und wird mit Gefängnißstrafe und nach Verhältniß der Umstände Zuchthausstrafe bis zu 20 J. bestraft."

Nachdem die geringe Mehrheit (7 Stimmen), womit die Annahme dieser strengen Bestimmung stattgefunden und die freilich augenfällige Unsicherheit der Ermittelung der Meinung des Hauses durch die übliche Art des Zählens der Stehenden und Sitzenbleibenden zu einer Erörterung Veranlassung geworden, wird folgender Zusatz Schoder's zu obigem Artikel beliebt:

„Wer zu solchen Handlungen öffentlich auffordert, wird nach richterlichem Ermessen bestraft."

Ein anderer Zusatz desselben Abgeordneten Schoder hingegen, daß die auf eine Nähe von 5 Meilen an den Sitz der Reichsversammlung herangezogenen Truppen jedesmal für die Reichsversammlung selbst verwendet werden sollen, wird durch namentliche Abstimmung mit 274 gegen 113 Stimmen beseitigt.

Art. 2. Die Theilnahme zu einer Zusammenrottung, welche während der zu einer Sitzung anberaumten Zeit in der Nähe des Sitzungslokales stattfindet und sich nicht auf dreimalige Aufforderung der zuständigen Behörde oder auf den Befehl des Vorsitzenden der National-Versammlung auflöst, wird bei Anführern oder mit Waffen versehenen Theilnehmern mit Gefängniß bis zu einem Jahr, bei anderen Theilnehmern bis zu drei Monaten bestraft.

Dazu Wigard's Zusatz: „Die Aufforderung muß von allgemein wahrnehmbaren Zeichen, Aufpflanzen einer Fahne, eines Tuches, Trommelschlag und dergleichen begleitet sein."

Art. 3. Es ist während der ganzen Dauer der Reichsversammlung verboten, eine Volksversammlung unter freiem Himmel innerhalb einer Entfernung von fünf Meilen von dem Sitze der Versammlung zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versammlung, die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Art. 4. Ein gewaltsames Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungslokal der Reichsversammlung, oder thätliche Widersetzlichkeit gegen die mit Ausweisung dort befindlicher Personen Beauftragten, endlich eine im Sitzungslokale von Nichtmitgliedern der Versammlung ausgeübte Bedrohung oder Beleidigung der Versammlung, eines ihrer Mitglie-

Digitized by Google

der, Beamten oder Diener, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Thätlichkeiten im Sitzungslokale an einem Mitgliede, Beamten oder Diener der Versammlung verübt, werden, außer der gesetzlichen Bestrafung der Handlung an sich, mit Gefängniß bis zu fünf Jahren belegt.

Ueber Art. 5. Oeffentliche Beleidigungen der Reichsversammlung auch außerhalb des Sitzungslocales verübt, unterliegen einer Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren — ist namentliche Abstimmung beantragt, die sich mit 226 Stimmen gegen 161 für die Annahme des Artikels entscheidet. Die Linke empfängt diese Verkündigung mit einem spöttischen Bravo. Sie denkt wahrscheinlich dabei an die angeklagten Nummern der Reichstagszeitung.

Art. 6. Eine an einem Mitgliede der Reichsversammlung in Beziehung auf seine Eigenschaft oder sein Verhalten als Abgeordneter verübte Thätlichkeit, wird, außer der gesetzlichen Strafe der Handlung, mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

Bei gefährlichen Bedrohungen oder öffentlichen Beleidigungen dieser Art, tritt eine Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten ein.

Art. 7. Als eine öffentliche wird jede Beleidigung betrachtet, welche an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen stattgefunden hat, oder in gedruckten oder ungedeuckten Schriften, welche verkauft, vertheilt oder umhergetragen, oder zur Ansicht des Publikums angeschlagen oder ausgestellt werden, enthalten ist.

Die Annahme dieses Artikels wird ebenfalls mit ironischem Beifall von der Linken empfangen.

Art. 8. Die Bestimmungen des Art. 4. finden auch Anwendung auf Bedrohungen, Beleidigungen und Thätlichkeiten gegen Beamte der provisorischen Centralgewalt, wird von 380 Stimmenden mit 195 gegen 185 bejaht, welcher Beschluß abermals den Hohn der Linken hervorruft.

Nachträglich wird zu Art. 5 der Zusatz von Dietzsch von Saardrücken angenommen:

„Wegen solcher öffentlichen Beleidigungen findet eine gerichtliche Verfolgung nur auf Antrag des Beleidigten Statt.“

Endlich wird der Zusatzartikel des Ausschusses angenommen:

Vorstehendes Gesetz tritt in dem Gebiete der freien Stadt Frankfurt mit dem dritten Tage, im Kurfürstenthum Hessen, in dem Großherzogthum Hessen, im Herzogthum Nassau, in der Landgrafschaft Hessen-Homburg, in dem Königlich Preußischen Kreise Wetzlar mit dem zehnten Tage, in allen übrigen Theilen Deutschlands mit dem zwanzigsten Tage nach dem Tage der Ausgabe des betreffenden Reichsgesetz-Blattes in Frankfurt, in Kraft.

Gleichzeitig ist, Mittermayer's Antrage gemäß, das Reichsministerium aufzufordern, daß ungesäumte Einleitung getroffen werde, damit Verbrechen, die unter Artikel 1, 2, 3, 4 dieses Gesetzes fallen, im öffentl. und mündlichen Verfahren und durch Geschworene abgeurtheilt werden. Die Linke ist mit der Annahme dieses Gesetzes dergestalt unzufrieden, daß sie sich ihre desfallsigen Erklärungen zu Protokoll ausdrücklich vorbehält.

Stavenhagen's oben erwähnte Erklärung hat hingegen die gute Folge, daß Herr Rösler von Oels, vorhin in der Versammlung noch nicht gegenwärtig, jetzt das Wort nimmt, um seine Uebereilung in ähnlicher Weise zu verbessern, wobei er anerkennt, daß der von ihm gebrauchte Ausdruck doppelt unstatthaft gewesen in seiner Richtung gegen den Präsidenten. Der Beifall der Versammlung begleitet dieses ehrliche Zugeständniß des Abgeordneten. Gagern's und Beseler's hieran geknüpfte Worte sind geeignet, die Hoffnung zu fassen, daß der ganze Vorfall der Vergessenheit übergeben werde, und um 2 Uhr Nachmittags wird die Sitzung geschlossen.

*** **Berlin**, 6. Okt. Der Deputirte b'Ester interpellirte heute die Nationalversammlung: sie möge erklären, daß es der Militärbehörde nicht zugestanden, noch zustehe, wie in Köln geschehen, Grundrechte des preußischen Volkes, insbesondere der Presse, zu suspendiren oder aufzuheben. — Das Resultat der Debatte kann uns gleichgültig sein, auch wird es nicht zweifelhaft sein, wo das Ministerium durch die Adressen der Kölner Bürger selbst, nicht allein indemnisirt, sondern sogar belobt wird. Das Argumentum ad hominem liegt wohl selten klarer vor, und selten wird ein Belagerungsstand mit so allgemeiner Zubilligung erklärt und gehandhabt sein. — Aber was ist der Sinn des d'Ester'schen Antrags? Ein Tadel, daß die „Neue Rheinische“ und andere Blätter der Anarchie suspendirt worden? Nein, ein Tadel, daß der Belagerungsstand ausgesprochen worden, denn mit einem solchen versteht sich eine solche Machtbefugniß von selbst. Sie ist davon nicht zu trennen; wer Menschen im Nothfall erschießen lassen kann, ohne die gesetzlichen Formen, hat auch das geringere Recht eo ipso ein Zeitungsblatt zu unterdrücken. Wagt der Deputirte gegen die Erklärung des Belagerungsstandes selbst seine Interpellation zu stellen? — Nein, er war eben so gerechtfertigt, nothwendig, er war indirekt von der Bürgerschaft selbst erbeten. Wogegen richtet sich also seine Interpellation eigentlich? — Gegen die Befugniß, gegen das Recht selbst, eine Stadt in Belagerungsstand zu erklären. Soll es in die künftige Verfassung aufgenommen werden, daß keine Obrigkeit, welche die Macht hat, das Recht habe, den Belagerungsstand auszusprechen? Oder will er gesetzliche Bestimmungen formuliren, wann und wie eine Stadt darin versetzt werden darf? — Was ist jene Erklärung? — Ein Akt der Nothwehr. Wo die gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, tritt das Recht der Selbsterhaltung ein. Die Obrigkeit hilft sich, wie jedes Individuum in gleichem Falle, wie sie kann; sie gebraucht ihre Macht gegen ihre Feinde, sie erdrückt diese, um sich von ihnen nicht erdrücken zu lassen. Das, weil dieses Recht Jahrhunderte oder Jahrtausende schon geübt worden und gewisse Satzungen und Formeln auch dafür sich ausgebildet haben, um deßwillen auch Bedingungen für alle Folgezeit dafür gegeben werden könnten, ist eine falsche Schlußfolge; es widerspricht der Natur der Sache selbst. — Herr D'Ester, der auf der äußersten doktrinellen Spitze der Destruktion steht, verlangt, daß die Nationalversammlung eine Erklärung über diesen Gegenstand abgebe, damit das Volk in Zukunft vor Willkürlichkeiten geschützt sei. — Es gibt Zustände von Raserei, die man begreift, eben weil die Raserei Raserei ist. Der Wahn in einem ungebildeten, zur Raserei angestachelten Volke hat noch viel ärgere, dümmere Dinge begangen. Gährender Most, durch leere Kopfe und leere Magen getrieben, verführt zu unzurechnungsfähigen Thaten; es sind Thaten, sie haben ihre Bedeutung für sich. Aber für solche Zustände nach einer Republik, nach einem Prinzip zu verlangen, überschreitet doch selbst den Begriff, den wir von Wahnsinn halten. Welcher Staatsmedicus hat denn ein Radikalmittel gegen die Willkür gefunden, wenn das Schiff auf die Klippen gerathen, wo alle Berechnung, alle Ordnung aufhört! Wenn Gesetz, Autorität, Vernunft aufhört, sind wir auf dem Standpunkt, wo nur die rohe Kraft herrscht. Wenn das Volk auf dem Schiffe meuterisch wird, und Kapitän und Passagiere über Bord werfen will, nach welchem Codex sollen sie dann verfahren, um sich zu retten? Sie wehren sich, wie es geht, und wenn sie noch die stärkeren sind, werfen sie die Meuterer über Bord. Formen für das zu suchen, was sich nicht gestalten läßt, „Bestimmungen für das Undestimmbare ist eine Spielerei, an der sich Viele vergnügen, die es sonst ehrlich meinen; für die es nicht ehrlich meinen, trüben jene das Wasser, damit diese ihre Fangnetze ausstellen können. Die Partei, die ich meine, ist über den Begriff der Freiheit, die sie noch im Schilde führt, längst so weit hinaus, daß es mich eigentlich wundert, warum sie das abgelebte Wort noch im Munde führe, wenn es nicht der großen Schaar Gimpel wegen geschehe, die sie nach sich ziehen muß, um mit Ehren sagen zu können, hinter uns ist das Volk. Sie wollen, was — eben sie wollen, unter dem Namen Freiheit eine ärgere Despotie, als die des Absolutismus gewesen, und in hundert und eigentlich allen Dingen eine ärgere Bevormundung, als die verfehmte Bureaukratie sie geübt. Der Regierung soll die Macht genommen werden, in Kriegs- und Zeiten schwerer Krisen eine Stadt in Belagerungsstand zu erklären. Sie soll deßhalb bei der N.-V. anfragen! Das ist lächerlich, ein Kind sieht es ein, sind es die anderen Forderungen aber weniger? Die Nationalversammlung wird gepriesen, so lange sie mit der Regierung in Opposition lebt, sie wird auf den Händen getragen, (verbotenus) wenn sie über die Krone siegt. Weicht sie ab von der Meinung der Partei, so wird ihr der Wille des ganzen einigen und untheilbaren Volkes draußen entgegen gesetzt. Dieses Volk ist bewaffnet, denn es ist in der Bürgerwehr vertreten. Wie

die Nationalversammlung die Krone, soll die Bürgerwehr die Nationalversammlung kontrolliren. Das ist der jetzt oben auf schwimmende Gedanke. Darum die Protestationen gegen das Bürgerwehrgesetz, darum gestern die große Komödie mit der Verbrennung des Gesetzes. Wie bald, wenn dieses bewaffnete Volk, dieses Prätorianerkorps nicht mehr den Ansichten der Partei entspricht, würde sich auch für dieses eine Kontrolle finden. Natürlich die Klubs. Wenn diese Klubs aber eine große Einheit werden, und dann die Vernunft die Oberherrschaft übt, wo werden sie die Kontrolle, das bestimmte Bestimmende, das endliche Souveräne finden? — Wo sie es suchen sollen, wissen sie, und wir wissen es auch, die Geschichte war nicht umsonst Lehrmeisterin, und wir wissen auch, wo sie Balsam für die Wunden, Nießwurz für die Roserei wachsen läßt. Das Traurige und Trostlose ist nur, daß die Geschichte doch umsonst lehrte, und daß wir Deutsche bestimmt scheinen, die Krisis, die andere Völker abschüttelten, von vorn an noch einmal durchmachen zu müssen, und — zugleich blutig, beprimirend und mit der Schwerfälligkeit unserer Gelehrsamkeit. Das spiegelt sich bis im Kleinsten wieder. Der neue Jagdgesetzentwurf will das Grundeigenthum frei machen. Da hebt er das lehensherrliche Jagdrecht auf, aber statt daß der Bauer nun die Rebhühner auf seinem Felde schießen darf, soll es die Gemeinde! Bezirksweise will man das Jagdrecht verpachten. Der Einzelne erhält Geld für Nichts und bleibt Sklave oder bevormundet wie vorher; nur statt der gnädigen Herren jagt der Gemeindepächter über seine Felder. Das heißt Errungenschaft der Freiheit.

Halle. Pfarrer Wislicenus hat seinen Auswanderungsplan plötzlich auf Zureden seiner Freunde, und besonders auf Bitten der „freien Gemeinde", welchee er als Seelsorger vorsteht, wieder aufgegeben. (N. P. Z.)

Ratibor. Die „Voss. Z." enthält Nachstehendes: Privatbrieflich erhalten wir aus Ratibor die Mittheilung, daß von dort in den nächsten Tagen folgende Adresse an die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt abgeht: „Hohe Nationalversammlung! Vom hiesigen Wahlbezirk als Deputirter zur deutschen Nationalversammlung entsendet, hatte Fürst Lichnowsky dort bald eine hervorragende Stellung durch ausgezeichnete Geistesgaben und Thätigkeit eingenommen und — bei glühender Vaterlandsliebe durch männliche Unerschrockenheit zu behaupten gewußt. Gegenüber den offen liegenden Tendenzen der äußersten Linken, hat er ihr als eifriger Kämpfer die offene Stirn geboten und oft siegend seine entgegengesetzte Ueberzeugung für das Gesammtwohl des Vaterlandes durchgeführt. Ein von Vertrauen dictirtes Anerkenntniß seines Wirkens lag hier zur Absendung bereit. Von der Ehre Deutschlands — von der moralischen Macht einer hohen Versammlung, durften wir unseren Deputirten zurückfordern, unbeschädigt an Leib und Leben wegen seines Wirkens in jenem geheiligten Tempel, wo Deutschlands Einheit und Wohl berathen wird! — Aber — nur seine Leiche erhalten wir zurück. Gemordet ist unser Deputirter, weil er kein Feigling in Wort und Gesinnung war; — gemordet der unverletzliche Volksvertreter im freien deutschen Frankfurt; meuchlings — mörtervoll — von deutschen Händen — auf eine Art, die den deutschen Namen mit Schmach bedeckt und den rohen Indianer über den Deutschen stellt. Vergebens suchen wir in der deutschen Sprache noch treffenden Worten für die begangene Schandthat. Wer sie vollführte? vermag der verstümmelte Leichnam unseres Deputirten freilich nicht zu sagen; — aber die intellektuellen Urheber der That sind unschwer zu erkennen. Sie klagen wir an vor ganz Deutschland, als die eigentlichen Mörder desselben, den sie als einen gefährlichen, politischen Gegner fürchteten; sie die auf der Pfingstwiese bei Frankfurt Massen der niederen Volksschichten aufstachelten, die Majorität der Nationalversammlung für Hochverräther zu erklären und den Fanatismus zur wüthenden That trieben, sie, die für das freie und gerechte Wort über „Hecker" sich rächen wollten, weil sie fühlen mochten von jenem Urtheil selbst getroffen zu sein. Wir Wähler des in Ausführung unsers Mandats Gemordeten, wir bitten, wir verlangen: schleunigste und sorgfältigste Untersuchung und strenges Gericht gegen alle nahen und entfernten Urheber des unerhörten Verbrechens. Wir bitten, wie verlangen: daß eine hohe Versammlung uns vor der Gefahr sichere, einen neuen Deputirten, statt in die Halle der Freiheit und des Ruhmes, zur Schlachtbank zu schicken und stellen deßhalb anheim, den Sitz der Reichs-Versammlung an einen geeigneteren Ort Deutschlands zu versetzen. Möge die blutige Saat, die aus den klaffenden Wunden der Gemordeten entquoll, Früchte tragen für die wahre Freiheit, eine Freiheit, die es verschmäht ihren Fuß in Blut zu tauchen, und ihr Haupt vor jeder Frevelthat verhüllt! — Ratibor, den 27. September 1848.

Wähler und Wahlmänner des Ratiborer Bezirks."

— Ferner haben die Kreisstände folgende Erklärung erlassen: „Der Fürst Felix Lichnowsky, als Deputirter zu Frankfurt a. M. gesendet, ist daselbst auf die empörendste und niederträchtigste Weise ermordet worden. Der Dahingeschiedene war ein Mann, der seine außergewöhnlichen, hohen geistigen Fähigkeiten auf das Bereitwilligste jedem gemeinnützigen Unternehmen widmete und mit der größten Thätigkeit und eigenen Aufopferung alles Edle, Gute und Nützliche förderte. Wir, die wie diese Eigenschaften seines Geistes und Herzens fortwährend zu erkennen Gelegenheit hatten, bedauern daher das unheilvolle Ereigniß auf das Tiefste und widmen seinem Gedächtniß diese Zeilen als ein Zeugniß unserer Verehrung und Liebe. Ratibor, den 25. September 1848.

Die Stände des Kreises."

Schleswig, 3. Okt. Der heutige Tag, der Tag der Uebersiedelung unserer provisorischen Regierung von Rendsburg auf hier, wurde von der ganzen Bevölkerung festlich begangen. In Folge einer Aufforderung des Bürgermeisters Jessen hatten sich die städtischen Collegien dem Bürgerverein angeschlossen, um Abends der provisorischen Regierung in einem feierlichen Zuge ihre Anhänglichkeit und ihre Freude zu bezeigen. Um 7 Uhr versammelte sich eine große Menge Einwohner auf dem Markt; hier ordnete sich unter Leitung des Bürgervereins ein imposantes Fackelzug und begab sich mit Musik durch die festlich erleuchtete Stadt nach der Wohnung des Präsidenten Beseler. Daselbst bewillkommnete der Bürgermeister an der Spitze der städtischen Collegien die provisorische Regierung und schloß mit einem „Lebehoch," welches von Tausenden begeistert wiederholt wurde. Der Präsident Beseler antwortete dankend Namens der provisorischen Regierung und schloß mit seinen herzlichsten Wünschen für das Vaterland und die Stadt Schleswig. (S.-H. Z)

Kiel, 4. Okt. Ueber die Verlegung der Landesversammlung nach Schleswig ist noch nichts bestimmt. Einige meinen, daß die Landesversammlung, wenn in acht Tagen die neue Regierung eingesetzt sei, sich hier vertagen würde, ohne erst nach Schleswig zu ziehen. (S.-H. Z.)

Sigmaringen, 6. Okt. Zur Widerlegung der Artikels in Nr. 261 dieses Blattes über Hohenzollern-Sigmaringen wird hiermit zur Nachricht mitgetheilt, daß, obgleich der Fürst und die Regierung durch ihre Flucht das Land ohne genügenden Rechtsschutz zurückließen, Gesetz und Ordnung überall gehandhabt werden. Die Ruhe ist seither sowohl in hiesiger Stadt, als auch auf den Ortschaften nicht im Geringsten gestört worden. Alles geht den gewöhnlichen Gang und es hat sich gezeigt, daß die Befürchtungen, welche in jenem Artikel ausgesprochen wurden, ungegründet waren. (Schwäb. M.)

Frankreich.

In Lyon fanden am 3. d. M. Unruhen von Seiten der beweglichen Bürgerwehr statt, welche den versprochenen monatlichen Sold nicht erhalten hatten. Einen Augenblick war der Präfekt in der Gewalt der Aufständischen. Sie trugen eine rothe Fahne durch einige Straßen, und hatten schon in Gemeinschaft mit einigen Blousenmännern angefangen Barrikaden zu errichten. Durch Dragonerabtheilungen und Geschütz wurde die Ruhe wieder hergestellt, welche, wie heute durch telegraphische Nachricht angezeigt worden, seitdem ungestört geblieben ist. Hingegen sollen die Bauern im Departement Puy de Dome wegen der Steuern aufständisch sein und die Städte Clermont und Riom mit rothen Fahnen durchzogen haben. — In Rouen waren bedeutende Arbeiterunruhen, welche durch militärisches Einschreiten unterdrückt wurden. —

Spanien.

‡ **Madrid,** 1. Oct. (Sonntag. Börse geschlossen).

Die Königin Isabella und ihr Gemahl haben der Königin Maria Christina, welche durch den Tod der Königin-Mutter von Neapel in tiefe Trauer versetzt ist, einen Beileidsbesuch abgestattet. Am Hofe ist sechsmonatliche Trauer angeordnet. — In Valencia wurde ein republikanischer Klub aufgehoben, welcher Korrespon-

denzen mit den Pariser Klubs und den spanischen Flüchtlingen unterhielt. Mehrere Verhaftungen wurden daselbst vorgenommen.

General Cordova ist an der Grenze von Katalonien mit unbeschränkten Vollmachten und großen Geldsummen angekommen. Mehrere Bandenführer sollen in Unterhandlungen getreten sein, in deren Folge sie die Waffen niederlegen werden. Die Unterwerfung des Montemolinistischen Chefs Caledrus wird ähnlichen Ursachen zugeschrieben. Selbst über Cabrera cirkuliren Gerüchte dieser Art.

Oestrreichische Monarchie.

Czernowitz, 28. Sept. Die siebenbürger-wallachischen Gränzregimenter, die nächsten Nachbarn der Bukowina, haben dem ungarischen Ministerium den Gehorsam aufgekündigt. Mit der Erklärung, daß sie fortan keine Befehle vom ungarischen Kriegsminister annehmen, ist der Ober-Lieut. Lucchi als Kurier zum Kaiser nach Wien hier durchgereis't. Alle Wallachen in ganz Siebenbürgen sind gegen Ungarn auf's Aeußerste erbittert, und man behauptet, daß mit jeder Minute ein Aufstand gegen die Magyaren losbrechen dürfte. Es wäre in der That schrecklich, wenn es dazu käme, denn die Grausamkeit der Wallachen ist bekannt, und sie bilden den größten Theil der Bevölkerung Siebenbürgens. — In Bessarabien (zwischen dem Pruth und Dniester) sind in diesen Tagen sehr bedeutende Truppen-Abtheilungen eingerückt; dieselben sind zur Verstärkung der in den Donau-Fürstenthümern stehenden Armee bestimmt und erwarten weitere Ordre. (Schl. Z.)

Italien.

□ **Bellinzona**, 3. Okt. Graf Zampieri ist in Lugano angekommen. Er bringt Depeschen von Rom in welchen General Zucchi dringend ersucht wird, das Kriegsministerium anzunehmen.

□ **Venedig**, 22. Sept. Zwei französische Kriegsschiffe sind diesen Morgen in unserem Hafen angekommen.

Belgien.

ƃ **Brüssel**, 7. Okt. Der hiesige Moniteur macht bekannt, daß die Zinsen der 5 und 4½ proc. belgischen Schuld, welche am 1. November verfallen sind, schon jetzt an den Kassen bezahlt werden. Zugleich erklärt derselbe, das von einigen Blättern verbreitete Gerücht, als beabsichtige die Regierung ein neues Anlehen zu machen, sei ganz ohne Grund.

Brüssel, 5. Okt. Der „Politique" will wissen, es werde den Kammern ein neues Anleben vorgeschlagen werden, und die Gegenwart des Hrn. v. Rothschild in Belgien habe auf diese Angelegenheit Bezug. — Der Fürst von Ligne ist zum Gesandten nach Rom ernannt.

Handelsnachrichten.

Wien, 4. Octbr. Spiritus. Aus Mähren sind 300 Eimer Melassengrist und 400 C. Kartoffel-Spiritus angelangt. Die hiesigen Vorräthe sind klein und die Aufträge aus Steiermark ꝛc. die früheren; demnach aber sind die Preise (wegen reichlicher Erzeugungsstoffe, welche die Kartoffel-, Runkelrüben-, Zwetschen- und Weinernte erwarten lassen,) nur wenig gesunken. Roher Aquavit 26 — 27 kr. pr. Grad, raher Melasse 26 kr. pr. Grad, f. Spiritus 35° B. f. 17 — 17¼ pr. Eimer transito. Die Aufhebung des Branntweinzwanges dürfte günstig auf den Verkehr dieses Artikels wirken; denn es werden die Monopolbesitzer gezwungen sein, ihre Erzeugnisse zu Markte zu bringen, wodurch sie die Konkurrenz befördern werden. Um aber als Konkurrenten zu reussiren, werden sie sich genöthigt sehen, auf Verbesserungen ihrer Erzeugnisse zu denken, um vortheilhaftere, d. i. bessere und hochgeädigere Waare hervorbringen zu können; wodurch aber auch ihr momentaner Verlust einen baldigen, reichlichen Ersatz finden würde. In wie ferne die Zwangsaufhebung auch günstig auf die Agrikultur wirken müsse, wollen wir nächstens besprechen.

Neue Scheidemünze. Laut heute erfolgter Kundmachung wird diesem dringend gewordenen Bedürfnisse dadurch entsprochen, daß Stücke von 2 und 6 kr. CM. in Umlauf gesetzt werden. Erstere sind von Kupfer nach Maßgabe der 1 kr. Stücke, letztere von Silber in der Ausprägung von 288 Stück pr. Wiener Mark, aus welcher demnach fl. 28. 48 kr. geprägt werden. Es fällt in's Auge, daß hierbei der Verschleppung in's Ausland vorgebeugt werden wollte.

Wien, Börse am 4. Octbr. Die Börse geschäftslos, aber fest. Man erfuhr, daß Jellacic's linker Flügel in Raab eingerückt sei.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 9. Oktober.

5% Met. 73 B.; 2½% ditto 38 G.; Bankaktien fl. 1192 B.; fl. 500. Loose 117¾ B.; fl. 250. ditto 80 G.; Bad. fl. 35. Loose 25¾ G.; Hess. Rhtr. 40 Loose 25¼ G.; Poln. fl. 500 Loose — Friedrich Wilh.-Norddahn 42⅜ G.; Berbach 76⅛ G.; inländ. Spanier 17⅞ G.

Für österr. Fonds herrschte eine flaue Stimmung, verursacht durch die ungarischen Zustände und den Rückgang der 2½% Met. in Amsterdam. Die übrigen Effekten blieben davon unberührt, doch war der Umsatz im Allgemeinen unbedeutend. Auch die Frage nach Devisen hat etwas nachgelassen. Amsterdam wurde zu 101⅛, Paris zu 95, London zu 120⅞, Mailand zu 101 und Augsburg zu 119¾ verhandelt.

Nachschrift.

Laut offiziellen Kundgebungen ist der Feld-Zeug-Meister van Reczey zum ungarischen Minister-Präsidenten ernannt und mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. Nach den von demselben kontrasignirten Erlassen wird Ungarn unter die Kriegsgesetze gestellt, — der Reichstag aufgelöst, — alle von demselben ergangenen und noch nicht sanktionirten Akte für nichtig erklärt, — Jellacic zum Oberkommandanten der Heeresmacht in Ungarn und zum bevollmächtigten Generalkommissär ernannt.

Wien, 5. Okt. Die Verbindung mit Pesth ist seit einigen Tagen unterbrochen. — Der linke Flügel Jellacic's ist von Raab bis Weiselburg vorgerückt und hält die Kommunikation mit Oesterreich offen. Heute Nacht ist von Neustadt über Bruck auf der Gloggnitzer Eisenbahn ein sehr starker Transport Munition mit vielen kongreavischen Raketen und Truppen nach Ungarn abgegangen. Das heutige kaiserliche Manifest wird schwerlich in Ungarn publicirt werden können, weil dort der Terrorismus zu groß ist.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach

[910]³ **Fahndung.**

In Untersuchungssachen
gegen
Jakob Hussel von hier et cons.
wegen Zerstörung der Main-Neckar-Eisenbahn.

Thierarzt Lydtin, Georg Adam Strauß, Bauer, und der ledige Ackersmann Jakob Bernhard, sämmtliche von hier, haben sich dem gegen sie verhängten Untersuchungshaft durch die Flucht entzogen.

Wir ersuchen sämmtliche Behörden, auf die Genannten, von denen wir eine Beschreibung beifügen, zu fahnden und sie im Betretungsfalle gefänglich anher zu überliefern.

Weinheim den 5. Oktober 1848.

Großh. Bezirks-Amt:
Herterich.
Stein.

Signalement des Dr. Lydtin.
Alter, circa 40 Jahre.
Größe, 5' 5".
Statur, untersetzt.
Gesichtsform, breit.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, schwarz — jedoch gelichtet.
Stirne, breit.
Augenbrauen, schwarz.
Augen, grau.
Nase, stumpf.
Mund, gewöhnlich.
Bart, stark.
Kinn, oval.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, trägt einen Hals- und Schnurrbart.

Signalement des Georg Adam Strauß.
Alter, geb. den 28. Dec. 1815.
Größe, 5' 5".
Statur, schlank.
Gesichtsform, rund.
Gesichtsfarbe, frisch.
Haare, braun.
Stirne, nieder.
Augenbrauen, braun.
Augen, grau.
Nase, spitz.
Mund, proportionirt.
Bart, nicht stark.
Kinn, spitz.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, keine.

Signalement des Jakob Bernhard III.
Alter, geb. den 13. Dec. 1819.
Größe, 5' 6".
Statur, untersetzt.
Gesichtsform, rund.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, braun.
Stirne, hoch.
Augenbrauen, braun.
Augen, grau.
Nase, mittelmäßig.
Mund, gewöhnlich.
Bart, nicht stark.
Kinn, rund.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, keine.

Verlag der Wridmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr (2 Sgr.) berechnet.

№. 273. Frankfurt a. M., Dinstag 10. October. 1848.

Uebersicht.

Die Vossische Zeitung und die deutsche Einheit.

Deutschland. Frankfurt (Die Untersuchung gegen die Aufständischen vom 18. Sept. Struve und Itz. Aufhebung des Belagerungszustandes in Aussicht. Treue der stenographischen Berichte.) Wien (Verhandlungen des Reichstags. Jellacic rückt nach Weißenburg vor. Manifest des Kaisers. Nachrichten aus Ungarn. Einwirkungsversuche auf das Militair. Erbitterung gegen die tschechischen Abgeordneten. Todtenfeier für Lamberg). Berlin (Ein beabsichtigtes neues Parlament in Berlin.) Stettin (Dänische Hartnäckigkeit.) Breslau (Beschwichtigender Erlaß des Oberpräsidenten an die Landbewohner. Zahlreiche Volksversammlungen.) Posen (Erklärung der Liga. Bericht eines polnischen Abgeordneten aus Berlin. Russische Truppenzüge.) München (Das Octoberfest. Ein Brief an Murell. Die Demokraten. Militairrescript. Congreß bairischer Aerzte). Würzburg (Prinz Karl v. Baiern.) Tübingen (Ewald's Abschied). Aus Baden (Zusammentritt der Kammern. Gesetzesvorlage über die Jury und Pensionen.) Weimar (Ergebniß der Professoren und Studentenversammlung.)

Großbritannien. London (Antwort Palmerstons auf eine Eingabe in Betreff der Zollvereinszölle. Amerikanische Fregatte nach der Weser. Französischer Gesandter nach Mexiko. Cholera in Edinburg. Der Prozeß in Clonmel. Die Insel Apipe. Der Aufstand in Kapland.)

Frankreich. Paris (Merkwürdige Rede von Lamartine. Die Anträge der äußersten Linken verworfen. Karl Albert ersetzt seinen Gesandten durch einen Bevollmächtigten. Tagesbegebenheiten.)

Spanien. Madrid (Neueste Nachrichten.)

Italien. Turin (Klage über die vermittelnden Mächte, und über Oesterreich.) Florenz (Aufstand in Livorno.)

Börsenbericht von Paris (vom 7. October.)

10. October.

Mit einem kaum zu beherrschenden Erstaunen haben wir gestern den leitenden Artikel der „Vossischen Zeitung" gelesen. Seit dem Erscheinen der Griesheimischen Schrift über die Heeresorganisation des deutschen Reiches, deren Wirkung — wir haben es damals nicht anders von dem preußischen Stamme erwartet — das Gegentheil von dem hervorrief, was ihr Verfasser bezweckte, ist uns von Berlin aus Nichts zu Gesicht gekommen, dem sich die Feindschaft gegen alle deutsche Erhebung, das selbstsüchtige, bämische, spezifische Preußenthum so sehr aus jedem Buchstaben ansehen ließe, als der eben bezeichnete Artikel. Wir sind weit entfernt, denselben auch nur für den Ausdruck einer preußischen Minorität zu halten, zumal wenige Tage, nachdem die Landesversammlung zu Berlin einstimmig allen deutschen Stämmen mit einer großartigen Erklärung vorangegangen ist — eine Thatsache, welche unser Erstaunen über die hier geführte Sprache wo möglich erhöht — wir sehen in demselben nur die Politik einer kleinen, in ihren Mitgliedern uns sehr wohl bekannten Clique, und mit dieser haben wir ein ernstes Wort zu reden.

Der Aufsatz, dessen Feder, trotz ihrer stylistischen Gewandtheit, weder die Person seines Verfassers, noch die Motive seiner Denk- und Handlungsweise zu verbergen versteht, beginnt mit dem Bedauern, „daß die öffentliche Aufmerksamkeit die Frankfurter Vorgänge, weil ihnen bis jetzt noch die materielle Grundlage fehlt, weit unterschätzt, ja man könnte fast sagen, ignorirt." Es bedarf hier wahrlich keines Richelieu's, um allein schon aus diesem Satze seinem Urheber einen Hochverrath, einen Hochverrath am ganzen deutschen Vaterlande nachzuweisen. Der Verfassee bedauert es, daß die größere Mehrheit seines Stammvolkes vertrauensvoll auf die hiesige auf gesetzlichem Wege entstandene Nationaloersammlung hindlickt und von ihrer Einsicht die künftige Gestaltung der staatlichen Verhältnisse des Vaterlandes erwartet; er bedauert es, daß die Beschlüsse des Parlamentes, obgleich ihnen „die materielle Grundlage fehlt" eine Macht bilden, wir sagen, daß sie die eeste Macht in ganz Deutschland bilden! Oder weiß der Schreiber jenes Artikels etwa nicht — der parlamentarische Anstand verbietet uns, das demselben gebührende Beiwort hinzuzusetzen — daß die Abgeordneten in der Paulskirche die Vertreter des gesammten deutschen Volkes sind, als solche anerkannt von der preußischen Regierung, vom Könige zu Berlin wie zu Köln? Weiß er es nicht, daß er somit einen Hochverrath an dem Woete seines angestammten Königs ausübt, welchen er vielleicht gern wieder als absoluten Herescher hingestellt sähe, der jedoch selbst zu viel Ehrgefühl besitzt, um nach dem Geschäftslauf dieses Sommers solche Gedanken in sich aufkommen zu lassen, selbst wenn ihm die Möglichkeit ihrer Realisation zu Gebote stände. Unmittelbar hinter dem eben herausgehobenen Satze heißt es dann weiter: „Es liegt etwas Großartiges in dieser Sorglosigkeit, womit man hier in Preußen und namentlich in Berlin den Verhandlungen der Paulskirche zusieht; das preußische Volk scheint von dem Gefühle durchdrungen, daß weder die angestammte Eifersucht Oesterreichs, noch die brutale Antipathie der süddeutschen Kleinstaaten es vermögen werde, ihm seine gebührende Stellung zu verkümmern." Wir brauchen es wohl nicht mehr zu erwähnen, daß wir die Preußen „gebührende Stellung" von unserm ersten Auftreten an nie verkannt, ja daß wir sie leider besser erkannt haben, als man in Preußen selbst davon sich zu überzeugen und Nutzen davon zu ziehen geneigt war. Wir haben es immer und immer wieder ausgesprochen, daß „Preußen an die Spitze Deutschlands gebracht werden müsse durch die Macht der Verhältnisse und seiner eigenen ihm innewohnenden Tüchtigkeit;" wir haben auf alle mögliche Weise den gerechten Haß zu beruhigen gesucht, den die preußische Regierung bis zu den Märztagen durch die Nichterfüllung jener großen Hoffnung, die man seit 1840 neuerdings auf sie gesetzt hatte, in ganz Süddeutschland auf Preußen geladen hat, weil wir allein das Heil des gesammten Vaterlandes in der versöhnenden und vergessenden Befolgung des Weges erblicken, den die Geschichte unserer inneren Politik unverkennbar scharf vorgezeichnet hat. Aber wir haben auch verlangt, daß Preußen jetzt wenigstens sich diese Stelle verdiene, daß es mit kühnen aber ehrlichen Schritten an die Spitze der Dinge träte, und nicht etwa erwarte, daß die deutsche Erhebung zu ihm hinuntersteige. Wir haben es verlangt, in der festen Ueberzeugung, daß die Mehrzahl der preußischen Bürgee ihre Blicke über die durch Deutschlands Karte laufenden blauen Striche hinaus nach Frankfurt richte, sowohl im Hinblick auf das Gesammtinteresse als auch ebensowohl mit Rücksicht auf das Interesse des preußischen Königshauses wie des preußischen Staates — und wie gestehen es freudig ein, das Auftreten der gegenwärtigen Regierung zu Berlin, das freundschaftliche Verhältniß, welches jetzt zwischen ihr und der Centralgewalt besteht, berechtigen uns zu den schönsten Hoffnungen. Wenn jedoch die Vossische Zeitung meint: „Preußen wird später nothwendig wiedererhalten müssen, was ihm jetzt in Frankfurt verloren geht, aber bis dahin sind schwere Eventualitäten möglich und den Eintritt dieser Eventualitäten zu verhindern, wenigstens zu mildern, dazu ist es durchaus nöthig, daß die öffentliche Stimme Preußens sich lebhafter erhebe wie bisher, daß sie mit ihrem geistigen Einfluß die Bestrebungen der preußischen Patrioten in Frankfuet unterstütze und die Intriguen unserer außerpreußischen Feinde lähme;" wenn nach ihrem Willen Deutschland preußisch werden soll, so können wir in dieser Ansicht nue entweder eine maßlose Urtheilsbeschränkung oder eine Tendenz erkennen, deren richtige Bezeichnung uns einen Ordnungsruf zuziehen würde. Und der weitere Gang des Aufsatzes macht uns die Entscheidung nicht schwer.

Die Angst, daß Berlin, „die vierte oder fünfte Stadt Europa's, zu einer Bezirksstadt werde", das Berufen auf das „einstimmige Urtheil des Auslandes", d. h. also Englands, Rußlands und Frankreichs, das man wohl einem Hamburger Kaufmanne, aber

Digitized by Google

nie einem deutschen Staatsmanne bei der Beurtheilung der heimischen Angelegenheiten zu Gute halten kann, lassen uns über den eigentlichen Sinn jener Worte nicht lange im Zweifel. Lesen wir aber gar weiter: „Es ist unzweifelhaft, daß Preußen sich der Majorität eines Frankfurter Parlaments niemals auf Gnade und Ungnade ergeben kann, es muß sich die Mittel erhalten, eine seinen Ansprüchen angemessene Stellung in Deutschland einzunehmen und, wenn sie ihm versagt wird, zu erzwingen" so erreicht unser Erstaunen aber zugleich mit demselben unser Empörtsein über ein solches Treiben seine äußersten Grenzen. Wissen die Männer, welche hinter der Vossischen Zeitung stehen, daß sie sich mit solchen Maximen auf den Boden der Revolution stellen, daß sie sich dadurch um keinen Grad besser zeigen, als die Ratte, denen man jetzt mit Recht die intellectuelle Urheberschaft des an den beiden Abgeordneten verübten Meuchelmordes zuschreibt? Aber freilich der Plan, wie die Erscheinung, daß Absolutisten mit Anarchisten Hand in Hand gehen, ist nicht neu; treffen doch schon beide in dem gänzlichen Mangel jeder ehrlichen Gesinnung, jedes höheren moralischen Gefühls überein — warum sollen sie sich nicht auch in ihren Plänen gegenseitig freundschaftlich unterstützen? Die jetzt von gewisser Seite eingeschlagene Tactik, „die Freiheit" durch den Partikularismus begründen zu wollen, wird den Männeen der Vossischen Zeitung sehr erwünscht kommen.

Es ekelt uns an, noch länger bei der Betrachtung eines Getreibes zu verweilen, dessen Werth die Geschichte nicht vergessen wird, nach Gebühr aufzuzeichnen. Wir können um so eher, nachdem wir es hervorgezogen haben, über es hinweggehen, als die preußische Regierung durch ihr gegenwärtiges Verhalten zum Reichsministerium, die preußische Landesversammlung durch ihre jüngste Erklärung, und das preußische Heer, dessen man sich so gern bedienen möchte, vor unsern Augen durch sein echt brüderliches Zusammenleben mit den Truppen der übrigen Sonderstaaten uns hinreichend den frohen Beweis lieferen, daß jene Gesinnungen nur das Eigenthum einer kleinen Clique sind, und die Macht derselben in gar keinem Verhältnisse zu ihrer vaterlandsverrätherischen Selbstsucht steht! —

Deutschland.

Frankfurt, 4. Okt. Die „Rh. Volkshalle"*) bringt von hier folgende Mittheilungen, für deren Wahrheit zu stehen dem Einsender überlassen bleiben muß: Ich bin im Stande, Ihnen einige Mittheilungen über den Verlauf der Untersuchungen gegen die Aufständischen vom 18. Sept. zu machen. Was man bisher nur aus dem Angriffe auf ein Thor der Paulskirche geschlossen hatte, nämlich daß es auf das Leben aller oder doch der meisten Reichstagsabgeordneten abgesehen war, stellt sich jetzt als unbezweifelbare Wahrheit heraus. Wenige Tage vor dem Ausbruch des Aufstandes fand eine geheime Versammlung in Franfurt selbst statt, wo der Beschluß durchging, diejenigen Abgeordneten, welche die Rothen für ihre gefährlichsten Feinde hielten, d. h. gewisse Mitglieder der äußersten Rechten (zu denen unter Andern Lichnowsky und Grof Auerswald gehörten) ohne Weiteres zu ermorden, den übrigen aber — mit Ausnahme einiger Wenigen von der äußersten Linken — die Wahl zwischen schriftlicher Verzichtung auf ihre Mandate oder — dem Tode durch den Strick zu lassen. In der Nacht vom Sonntag d. 17. auf den 18. Sept. wurde zu Bockenheim eine zweite geheime Versammlung gehalten, auf welcher alle Anwesenden einen Eid leisteten, daß sie bereit seien, obige Beschlüsse in's Werk zu setzen.

Weiter heißt es in demselben Schreiben: Ich mache Sie auf die Briefe von Struve aufmerksam, welche die hiesige „Oberpostamts-Zeitung" seit zwei Tagen bekannt macht. Sie sind aus der zu Stauffen von den badischen Truppen erbeuteten Kanzlei Struve's entnommen. Der vorgestern veröffentlichte zeigt blos, daß Struve und seine Mitverschworenen auf den Beistand der Herren Itzstein, Brentano, Schlöffel u. A. rechneten, ohne jedoch einen unmittelbaren Beweis von der Mitschuld dieser Männer zu liefern. Deutlicher dagegen ist das gestern Abend erschienene Schreiben. Unwiderleglich geht aus demselben hervor, daß der berüchtigte Abgeordnete Itzt Einverständnisse mit Struve unterhielt. Ohne Zweifel ist Ihnen bekannt, daß Itzt um die Zeit, da Struve den neuesten Zug in das badische Oberland antrat, unvermuthet von Frankfurt nach Strasburg reiste. Man glaubte damals hier, Itzt habe sich aus Furcht vor den Folgen des kaum zuvor verunglückten Frankfurter Aufstandes aus dem Staube gemacht. Aber die Sache verhielt sich anders. In dem eben erwähnten zweiten Briefe schreibt Struve, sobald ein gewisser Schlag gefallen, solle man Hrn. Itzt davon nach Frankfurt oder nach Strasburg Nachricht geben. Struve wußte also, daß Itzt damals noch Straßburg reisen wollte.

*) Wir theilen diesen Artikel mit, um zu zeigen, bis zu welchen Deutungen ein nicht offenes Treiben Veranlassung gibt. A. d. R.

§§ **Frankfurt**, 10. Octbr. Man spricht davon, daß in den nächsten Tagen der Belagerungsstand, in dem die Stadt sich noch befindet, aufgehoben werden solle. Es scheint wohl, daß das ohne Gefahr geschehen könne, wiewohl die Frankfurter sich bisher dadurch nicht sehr gedrückt gefühlt haben. Die Bürger vertragen sich vortrefflich mit den Soldaten, eben so die Soldaten untereinander, die Einquartirung wird gern aerpflegt, und wenn Abends „die entmenschte Soldateska", um die Wachtfeuer gelagert, Volkslieder singt, so erfreuen die Frankfurter sich an dem Anblick und an dem Gesang. Für Herrn Itz muß es ein harter Schlag sein, daß die so schwarz gemalten Preußen, sich hier durch ihr musterhaftes Betragen beliebt machen.

Man hört einige Klage über die Zuverlässigkeit der stenographischen Berichte. Venedey hat z. B. gesagt: „Wenn es sich um wirkliche politische Verbrechen handelt, würde selbst die Linke, mit wenigen Ausnahmen, für Verhaftung stimmen." Die Worte: „mit wenigen Ausnahmen" sind in den stenogr. Berichten fortgelassen.

△ **Wien**, 5. Okt. Nachdem die gestrige Reichstagssitzung wieder 11 Stunden über die Steuerbewilligungen debattirt hatte, wurden in der Abendsitzung zwei Paragraphen des Antrags der Finanzkommission amendirt angenommen. Sie lauten wie folgt: 1) In Berücksichtigung der unabweisbaren Nothwendigkeit, dem Staatshaushalte die nöthigen Mittel zu verschaffen, jedoch unter ausdrücklichem Vorbehalte der Aenderungen, welche über direkte oder indirekte Abgaben nach Berathung des vorzulegenden Staatsvoranschlags von der Versammlung beschlossen werden, sind für das erste Semester des Verwaltungsjahres 1849 die bisher eingeführten direkten und indirekten Abgaben nach dem gegenwärtigen Maße auszuschreiben. 2) Unter Beobachtung der bestehenden Vorschriften sind die für die öffentlichen Zwecke gestatteten, „jedoch über den gegenwärtigen Betrag keineswegs zu erhöhenden Zuschläge zu den direkten und indirekten Abgaben für das erste Semester des Verwaltungsjahres 1849 nach Maß des Erfordernisses einzuheben. Doch hat der städtische Dominikalfondszuschlag vom sogenannten Rustikale aufzuhören. — In der Vormittagssitzung hatte Schuselka's Antrag: Einschränkung des Hofstaates, des Militärs und des diplomatischen Korps zur Abstimmung kommen sollen. Goldmark wünscht Trennung der einzelnen Fragen, aber Brauner erklärt sie schon beseitigt durch die Annahme des Lasserschen Antrags — alle Reformen bis zur Berathung des Budgets zu verschieben und dem Finanzausschusse zuzuweisen. Der Präsident faedert diejenigen Herren auf, welche für Beseitigung von Schuselka's Antrag sind, sich zu erheben und erklärt, als dies geschehen, Majorität. Dieser Erklärung folgen mißbilligende Rufe — Goldmark will sprechen; der Präsident ruft ihn zur Ordnung und fordert ihn auf, sich zu setzen.

Hierauf entstand ein so lärmender Tumult, daß die Sitzung von dem Präsidenten auf eine halbe Stunde aufgehoben werden mußte. Nach Verlauf derselben wird über die Steuerbewilligung weiter debattirt.

*** **Wien**, 5. Okt. Die Post aus Pesth ist heute ausgeblieben; die Brücke bei Presburg ist abgebrochen; von allen Seiten wird gerüstet; überall wird das Militär marschfertig gemacht; bei Bruck an der Leitha ist ein großes Lager zusammengezogen. Hier sind zwei Kompagnien Artillerie zum Abmarsche bereit laut Befehl des Ministeriums. Eine Kompagnie k. k. Artillerie, die in Pesth in der Koserne liegt, weigerte sich, gegen die Kroaten zu ziehen, weil sie gezwungen wären, auf ihre Kameraden zu schießen; sie wurden auf diese Erklärung entwaffnet und werden streng bewacht. — Die gereizte Stimmung, die zwischen Militär und Civil herrscht, bildet den Gegenstand der Beachtung für die Volksfreunde. Plakate in sehr großer Anzahl, überschrieben: „an das Militär, wurden diesem von verschiedenen Individuen auf sehr gewandte Weise in die Hände gespielt; sie enthalten die Hinweisung auf das Verhältniß zwischen dem Gemeinen und dem Offizier und einen Vorschlag, wie das Militärwesen auf demokratische Basis besser und gerechter zu ordnen wäre. In Folge dieses

Digitized by Google

Plakats wird auch heute Abend eine Zusammenkunft der Gemeinen und Unteroffiziere eines Regiments gehalten, um über eine Petition zu berathen, in welcher die vorgeschlagene Umgestaltung verlangt werden soll. — Ein Bataillon italienischer Grenadiere ist von hier weg, unter die Fahnen des Jellacic kommandirt worden. — Die in Steiermark geworbenen, nach Italien bestimmten Freiwilligen verlassen morgen Gratz, um sich nach ihrem Begehren mit Jellacic zu vereinigen. — Eine besondere Erbitterung herrscht unter der hiesigen Bevölkerung gegen die czechischen Abgeordneten, welche um so größer wird, als die Lage der Magyaren sich verschlimmert. — So eben wird eine Todtenfeier von Seiten des Militärs für den ermordeten Feldmarschallieutenant Lamberg abgehalten.

Wien, 5. Octbr. **Königliche Verordnung.** „Ich ernenne Meinen Feldzeugmeister und Capitain-Lieutenant der ungarischen Leibgarde, Adam Freiherr v. Recsey v. Recse, zu Meinem ungarischen Ministerpräsidenten mit dem Auftrage, ein neues Ministerium zu bilden." Schönbrunn am 3. Octbr. 1848. Ferdinand m. p. Adam Recsey m. p.

Königliche Verordnung an die Vorsteher sämmtlicher ungarischen Jurisdictionen. Nachdem vermöge Unseres hier angehangenen, an den Landtag gerichteten allergnädigsten königl. Rescriptes das Königreich Ungarn in so lange, als die gestörte Ordnung und der Friede nicht zurückgekehrt sein wird, unter die Kriegsgesetze gestellt ist, befehle Ich Ihnen, daß Sie Unser vorerwähntes königl. Rescript, in den bei den verschiedenen Jurisdictionen gebräuchlichen Sprachen bekannt machen lassen und Ihren ämtlichen Vorgang unter strenger Verantwortung diesem gemäß einrichten. Schönbrunn am 4. Octbr. 1848. Ferdinand m. p. Adam Recsey m. p.

Königliches Rescript. Wir Ferdinand der Erste, constitutioneller Kaiser von Oesterreich; König von Ungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte; König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; gefürsteter Graf von Habsburg und Tyrol rc. rc.

Ungarns, des Großfürstenthums Siebenbürgen, so wie aller Nachbarländer Reichsbaronen, kirchlichen und weltlichen Würdenträgern, Magnaten und Repräsentanten, die auf dem von Uns in der königl. Freistadt Pesth zusammenberufenen Reichstage versammelt sind, Unsern Gruß und Unser Wohlwollen.

Zu Unserem tiefen Schmerz und Entrüstung hat das Repräsentantenhaus sich durch Ludwig Kossuth und seine Anhänger zu großen Ungesetzlichkeiten verleiten lassen, sogar mehrere ungesetzliche Beschlüsse gegen Unseren königlichen Willen zum Vollzuge gebracht, und neuerlich gegen Sendung des von Uns zur Herstellung des Friedens abgeordneten k. Kommissärs, Unserem Feldmarschall-Lieutenant Grafen Franz Lamberg, bevor derselbe nur Unsere Vollmacht vorzeigen konnte, am 27. September einen Beschluß gefaßt, in Folge dessen dieser Unser königlicher Kommissär von einem wilden Haufen auf öffentlicher Straße mit Wuth angegriffen und auf die grauenvollste Weise ermordet wurde. Unter diesen Umständen sehen Wir Uns, Unserer königlichen Pflicht zur Aufrechthaltung der Sicherheit und der Gesetze gemäß, genöthigt, folgende Anordnungen zu treffen, und deren Vollziehung zu befehlen:

Erstens. Lösen Wir hiermit den Reichstag auf, so, daß nach Veröffentlichung Unseres gegenwärtigen Allerhöchsten Rescriptes derselbe alsogleich seine Sitzungen zu schließen hat.

Zweitens. Alle von Uns nicht sanktionirten Beschlüsse und Verordnungen des gegenwärtigen Reichstages erklären Wir für ungesetzlich, ungiltig und ohne alle Kraft.

Drittens. Unterordnen Wir dem Oberbefehle Unseres Banus von Croatien, Slavonien und Dalmatien, Feldmarschall-Lieutenant Baron Joseph Jellacic, hiermit alle in Ungarn und seinen Nebenländern, so wie in Siebenbürgen liegenden Truppen und bewaffneten Körper, von welch immer Gattung, gleichviel, ob diese aus Nationalgarden oder Freiwilligen bestehen.

Viertens. Bis dahin, wo der gestörte Friede und die Ordnung im Lande hergestellt sind, wird das Königreich Ungarn den Kriegsgesetzen unterworfen, daher den betreffenden Behörden die Abhaltung von Comitats-, städtischen oder Distrikts-Congregationen einstweilen eingestellt wird.

Fünftens. Unser Banus von Croatien, Slavonien und Dalmatien, Joseph Baron Jellacic, wird hiermit als bevollmächtigter Commissär Unserer Königlichen Majestät abgesendet, und ertheilen Wir ihm volle Macht und Wirksamkeit, damit er im Kreise der vollziehenden Gewalt die Befugnisse ausübe, mit welchen er in gegenwärtigen außerordentlichen Umständen als Stellvertreter Unserer königlichen Majestät begleitet ist.

In Folge dieser Unserer Allerhöchsten Bevollmächtigung erklären Wir, daß all dasjenige, was der Banus von Croatien verordnen, verfügen, beschließen und befehlen wird, als mit Unserer Allerhöchsten königlichen Macht verordnet, verfügt, beschlossen und befohlen anzusehen ist; daher Wir auch allen kirchlichen, Civil- und Militärbehörden, Beamten, Würdenträgern und Bewohnern, weß immer Standes und Ranges Unseres Königreiches Ungarn, Siebenbürgens und aller Nebenländer, hiermit allergnädigst befehlen, daß sie den durch Baron Joseph Jellacic als Unseren bevollmächtigten königl. Kommissär unterschriebenen Befehlen in Allem eben so nachkommen und gehorchen, als sie Unserer königlichen Majestät zu gehorchen verpflichtet sind.

Sechstens. In'sbesondere tragen Wir Unserem königlichen Kommissär auf, darüber zu wachen, daß gegen die Angreifer und Mörder Unseres königl. Kommissärs, Grafen Franz Lamberg, so wie gegen alle Urheber und Theilnehmer an dieser empörenden Schandthat nach der vollen Strenge der Gesetze verfahren werde.

Siebentes. Die übrigen laufenden Geschäfte der Civil-Verwaltung werden einstweilen von den, den einzelnen Ministerien zugewiesenen Beamten nach Vorschrift der Gesetze geführt werden.

Wie sofort die Wahrung der Einheit der Leitung der gemeinsamen Interessen der Gesammt-Monarchie auf bleibende Weise hergestellt, die gleiche Berechtigung aller Nationalitäten für immer gewährleistet, und auf dieser Grundlage die Wechselbeziehungen aller unter Unserer Krone vereinigten Länder und Völker geordnet werden sollen, wird das Geeignete mit Zuziehung von Vertretern aller Theile berathen und im gesetzlichen Wege festgestellt werden. Gegeben zu Schönbrunn den 3. Oktober 1848. Ferdinand m. p. Adam Recsey m. p., Ministerpräsident.

Berlin, 7. Okt. Eine bemerkenswerthe Konferenz soll hier unlängst zwischen einigen Oppositionsmitgliedern der Ständeversammlung des Königreichs Sachsen und einigen Mitgliedern der Linken der hiesigen National-Versammlung stattgefunden haben. Es ist darin — wie es heißt — nach längerer Debatte der Beschluß gefaßt worden, sich mit den oppositionellen Fractionen aller übrigen deutschen Ständnersammlungen zu vereinigen und in einem gemeinschaftlichen Manifest die Nichtanerkennung des Frankfurter Parlaments auszusprechen. Zugleich solle in diesem Manifest die Konstituirung eines neuen deutschen Parlaments vorbereitet werden, dessen Sitz Berlin sein würde. Wir würden geneigt sein, an der Wahrheit dieses Beschlusses zu zweifeln, wenn die Quelle, aus welcher derselbe mitgetheilt wird, nicht als eine zu unvorsichtige erschiene. (Voss. Z.)

Stettin, 6. Okt. Einer an der Börse aufliegenden Mittheilung des Ministeriums zufolge, sind die Bemühungen, Dänemark direkt zum Nachlaß der den gekaperten Schiffen abgeforderten Unkosten zu bewegen, ganz fruchtlos gewesen, und wird man die diesseitigen Ansprüche also bei Gelegenheit der Unterhandlungen über Wiedererstattung der Naturallieferungen in Jütland geltend machen. Verkauft ist, nach demselben Schriftstück, in Kopenhagen kein preußisches Schiff, dagegen sind vier preußische Ladungen (keine davon nach Stettin bestimmt) versteigert worden und über den Erlös Differenzen entstanden. (O. S. Z.)

Breslau, 6. Okt. Ein Erlaß des Ober-Präsidenten in unsern heutigen Blättern (datirt v. 29. v. M.) an die schlesischen Landbewohner, warnt vor Aufreizungen und Verführungen, und ist bemüht, das Rechtsverhältniß in den bäuerlichen Fragen klar zu legen. — Auf dem Lande finden viele und zahlreiche Volksversammlungen statt; so zwischen Liegnitz und Goldberg. In einer solchen Versammlung bei Heinrichau ward die Abschaffung des Adels als nöthig erachtet, eben so die Einführung einer Einkommens- und Vermögenssteuer als unabweislich angesehen. (B. H.)

† **Posen**, 3. Okt. Die heutige Gazeta enthält eine „amtliche Bekanntmachung" der Hauptdirektion der Liga in Berlin von 3 Direktoren derselben Libelt, Potworowski und Lisko unter-

Digitized by Google

zeichnet, welche bestimmt: daß alle Verbindungen, die zur Wahrung polnischer Interessen sich konstituirt haben, der Liga beitreten können und nur eine Anzeige dazu nöthig ist; daß sie dann aber auch derselben sich unterzuordnen und ihre Kassen an sie abzuführen haben. Die Liga sei eben weiter nichts als eine Föderation aller Verbindungen. Zugleich wird auch das Minimum des jährlichen Beitrages eines Mitgliedes auf 1 Florin polnisch festgesetzt. — Interessant sind die Berichte, welche von den polnischen Abgeordneten aus Berlin über das Ministerium, die Kammer und die Volkszustände hierher gelangen. So schrieb neulich der Abgeordnete v. Br.: „Alles ist noch in der Schwebe, und Niemand weiß, worauf er steht, ob auf erkalteter Lava oder auf einem Vulkan. Mich will bedünken, v. Pfuel habe nur einen Schwärmer losgelassen und ein wenig Dunst gemacht. Die Kammer glaubt, sie habe das Ministerium besiegt, denn der Beschluß vom 9. August ist ja durchgeführt! Das Ministerium aber kann das nicht glauben, es ist nicht gewichen, Wrangel ist noch Diktator, sein Armeebefehl und der des Generals v. Brandenburg sind nicht zurückgenommen. Die Kammer will das nicht sehen, sie ist glücklich und dem Ministerium höchst dankbar, daß dasselbe sie nicht zu Konsequenz und Energie gezwungen hat. — Dieser Zustand ruft mir eine Scene aus meinem Privatleben in's Gedächtniß. Hans, ein sehr ehrenwerther Mann, nur etwas miles gloriosus, und von furchtsamer Natur, stürzt auf mein Zimmer: ich muß den Halunken erschießen — tödten — „Wen denn?" „I, den Schurken, den Peter! — er hat mich beleidigt! Du bist mein Zeuge, Du forderst ihn auf 3 Schritt!"„ Liebee Hans! ich begreif' Dich zum ersten Mal nicht, Du hast doch sonst nicht gerade zu viel Muth — wie kammt es, daß Du jetzt" — „Ja, ich bin furchtsam, Du hast Recht — aber Peter ist weit furchtsamer, ich kenne ihn genau, also los auf ihn! Du wirst sehen, er macht sich aus dem Staube!" — „Und wean dem nicht so wäre? wenn er, der Dich auch kennt, auf Deine Furchtsamkeit rechnend, die Forderung annähme?" Hans wurde unruhig, entfernte sich ohne Adieu, und war am andern Tage abgereist. — — Dies Ereigniß (berichtet Hr. Br.) tritt mir hier alle Tage mehrfach vor die Seele. Früh, wenn ich die Truppen in Parade vor meinem Feaster vorbeiziehen sehe; — dann in der Kammer, wenn ich die Interpellationen, die Angriffe und Sticheleien höre, die gegen das Ministerium gerichtet werden — endlich Abends unter den Linden, wenn ich den allmächtigen Volksklub sehe. — Eines nur konnte ich bis jetzt nicht errathen, welche Partei nämlich den Hans und welche den Peter repräsentirt." — Aus den östlichen Kreisen gehen uns immer noch Nachrichten von russischen Truppenzügen nach der galizischen Grenze zu. Im Königreich Polen ist übrigens das Gerücht von einem bevorstehenden Aufstande auch in unserer Prooinz sehr verbreitet; worüber man sich nicht wundeen kann, wenn selbst unter unseen Baneen so fabelhafte Geschichten, wie die Besetzung Posens von Seasenmänneen und Wadl eines neuen Königs in Warschau u. dgl. verbreitet werden. Seit 2 Tagen haben wir übrigens einen bösen Gast an der Cholera, welche bereits 9 Opfer verlangt hat.

♂ **München**, 5. Okt. Unser Oktoberfest, für welches die reizbare Phantasie der Hyperloyalen trübe Weissagungen gethan, ist in seinem alten Stil — Pferderennen, Thierschau, Aufmarsch der Schützengilde in ihrer mittelalterlichen Tracht und ein wahres Farbenmeer der hoch in die Tausende Versammelten aus allen Gegenden Bayerns — ruhig abgeflossen. Der König Max und seine Gemahlin wurden bei der Auf- und Abfahrt mit stürmischem Jubelzurnf der Menge begrüßt. — Am Vorabende hatte man die 8 verhafteten Mitglieder des Comite für die Volksoersammlung vom 17. v. M. ihrer Haft wieberum entlassen; nur der Redakteur des radikalen „Vorwärts" der Stud. jur. Franz Sensburg, welcher gleich nach den Demokraten verhaftet wurde, ist heute noch in Gewahrsam. In der Angelegenheit der Demakraten hat sich nach vorliegenden Aktenstücken das Gauvernement leider dupiren lassen, nnd die Gerichte, von welchen die Einschreitung geschah, haben weder besannen noch unparteiisch genug gehandelt. Dee Cand. jur. Aichmayr fardert in einem anonymen Anschreiben einen erklärten Demokratenfeind, den herzogl. leuchtenbergischen Galeeieinspektor Murel „als angeblichen entschiedenen Verfechter der Volkssouveränetät und der sich die Aufgabe gestellt, eine Verfassung auf dreitester demokratischer Grundlage nach dem Muster der Nordamerikanischen Freistaaten (Republiken) in Baiern anzubahnen — im Namen des demokratischen Vereins auf, denselben in der Volksversammlung vom 17. Sept. durch sein außerordentliches Rednertalent zu unterstützen." Murel theilt den Brief dem Antiquar Ziggerer, einem ultramoatan gesinnten Bürger mit und durch den geräth er in die Hände zweier anderen Bürger, bis er endlich im Schooß des Ministeriums des Innern angelangt, die Ursache einer der Regierung wie den Gerichten gewiß bedauerlichen Heißblütigkeit wird. — Der Anhang der Demokeaten hat dieselben am 30. Sept. Abends nach ihrer Befreiung durch einen Fackelzug gefeiert. — Den seßhaften Bürgern, welche neuerdings die Regierung mehr mit ihren Sympatdien getragen, kann die Taktlosigkeit der Regierung eben nicht sehr erwünscht kammen. — Gerade wollte sich die Unardnung auch im Heer, wofür der König seit seiner Tdronbesteigung alle möglichen Opfer gebracht, einrichten, zumal ein Reskript vom 7. Sept. das Assoctationsrecht dem Militär gesetzlich zugesichert — da erscheint ein verdessernder Kommentar in einem nenen Kriegsministerialreskripe vam 30. Sept., wodurch alles desorganisirende Treiben in sogenannten Militärversammlungen von voenderein abgeschnitlen wird. Die rumorenden Müßiggäager im Ctail bebanern sehr um die Gelegenheit eiaer innigen Verbrüderung mit dem Militäe gekommen zu sein. So schmerzlich jede Inconsequenz Seitens eines Gouvernements wirken muß — so wird dieser Schaden vollkammen durch das verhütete größeee Unheil einer Militärdesorganisatian verhütet, die im deutschen Südwesten einmal eingerissen, van underechenbaren Folgen sein müßte. — Graße Freude erregt in den diesigen politischen Kreisen, welche aufrichtiges Gefühl für deutsches Gesammtwodl beherrscht, die Kunde, daß das Parlament nun endlich die Verfassungsfrage des Reiches zur Hand nehmen wird. Die erschütternden Erfahrungen dee Letztzeit werden der Versammlung wohl Take, Weisheit und Entschiedenheit einbauchen, nnsere Segenswünsche und unsere ungetheilte Aufmerksamkeit sollen jeden ihrer Schritte begleiten. — Seit dem 2. Okt haben wie hier auch einen Kongreß der bayerischen Aerzte für Reform des Medizinalwesens; derselbe hat heute mit 20 gegen 5 Stimmen beschlossen, daß die ärztliche Praxis in Bayern nicht freigegeben werde. Das wäre nnn keine Reform, das wäre gerade der alte Schlendrian.

Würzburg, 6. Sept. Gesteen Abend 5 Uhr passiete Prinz Karl van Baiern, von Frankfurt kommend, unsere Stadt, um sich zu dem untee seinem Befehle stehenden Reichstruppenkarps an dee Iller zu begeben. (Wzb. Z.)

** **Tübingen**, 1. Okt. Dr. Heineich Ewald hat kürzlich Tübingen verlassen, nm nach Göetingen zurückzukehren. Statt, wie es sonst Sitte ist, Abschied zu nehmen, hat er nnmittelbar nach seinem Weggang eine Brafchüre (H. Ewald über seinen Weggang van der Unwersität Tübingen, Stuttgart 1848) veröffentlicht, in welcher er dem vormaligen Minister Schlayer, dem Kaazler Wächter, dem akademischen Senat, der philosopdischen Faktultät und mehreren namentlich genannten Männern den stärksten Varwurf macht nnd überhaupt Alles, was schan seit längerer Zeit in ihm kochte, gegen die Unwersität valleads herausläßt, auf welcher er vor zehn Jahren unter den bekannten Verhältnissen, in welchen er sich damals befand, eine gastliche Aufnahme und ehrenvolle Stellung gefunden hat. In Tübingen machte auch dieß letzte, womit Ewald seine hiesige Wirksamkeit schloß, nicht den geringsten Eiabruck mehr. Jeder, der ihn kennt, kann nur noch ein pathologisches Interesse daran nehmen. Er hat in der letzten Zeit besonders durch sein leidenschaftliches Wesen, sein im höchsten Grade anmaßendes, über Alles, was sonst unter Gebildeten als Sitte und Aasland gilt, sich hinwegsetzendes Betragen, sich so sehr um alle öffentliche Achtung gebracht, daß er zuletzt von allen seinen Kallegen buchstäblich auch nicht Einen mehr hatte, der in freundschaftlicher Beziehung zu ihm stand. Es ist wohl nicht leicht ein Universitätslehrer, welchem es sonst nicht an gerechten Ansprüchen anf Anerkennnng fehlt, aus dem Kreise seines vieljährigen Wirkens so sehr ohne irgend ein Zeichen von Theilnahme geschieden, wie dieß in diesen Tagen bei Ewald der Fall war. Auch die Regierung hat für gut gefunden, seinem Entlassungsgesuch auf die allereinfachste Weise zu entsprechen. Unter diesen Umständen achtet es daher Niemand der Mühe werth, auf die plumpen Ausfälle, die er, wie schon früher wiederholt, sa nnn auch in seiner neuesten Broschüre sich erlaubt hat, irgend ein Wort zu erwiedeen, so leicht es auch wäre, die ganze Unwürdig-

Digitized by Google

keit eines solchen Benehmens auch vor dem größern Publikum in das hellste Licht zu setzen. Mehrere der vor ihm am meisten Angegriffenen haben die schlagendsten Gegenbeweise in Händen. Denselben Männern, die jetzt der Gegenstand seines Hasses sind, hat er schon früher um derselben Sache willen, wegen welcher er sie jetzt verunglimpft, schriftlich die innigste Anerkennung und Dankbarkeit bezeugt. Dieselben, die er jetzt als falsche Philosophen bezeichnet, hat er früher auf's Angelegentlichste unterstützt, um ihnen dieselbe Wirksamkeit, die er jetzt nicht schwarz genug schildern kann, zu sichern. Um eine solche Charakterlosigkeit irgendwie zu beschönigen, sagt nun Ewald, er habe damit nur zeigen wollen, wie fern er allem Parteiwesen stehe. In den maßlosesten Ausdrücken fiel Ewald auch jetzt wieder über E. Meier her, dessen Ernennung zum außerordentlichen Professor die nächste Ursache seiner in der letzten Zeit immer mehr sich steigernden und ihn auch körperlich verzehrenden Leidenschaftlichkeit war. Sie geht bei ihm so weit, daß sie ihn Alles, was sich auf die Universität Tübingen bezieht, aus keinem andern Gesichtspunkte betrachten läßt, als nur nach der Beziehung, die er zu seinem persönlichen Streit mit Dr. E. Meier hat. Was auch die geheimen Motive des speziellen, in der That höchst unchristlichen Hasses sein mögen, welchen Ewald auf Dr. E. Meier geworfen hat, man kann sich sein Benehmen nur aus der Voraussetzung erklären, daß dabei noch etwas Anderes zu Grunde liegt. So ausgezeichnet Ewald als Orientalist, als Geschichtsforscher und Erklärer des A. T. sein mag, so ist er nun doch aber blos dieß und sonst nichts weiter. Vor Allem fehlt es ihm an aller philosophischen Bildung. Auf einer Universität, auf welcher philosophische und philosophisch-theologische Studien mit besonderem Interesse betrieben werden, mußte dieß ihm bald genug fühlbar werden, besonders seitdem er als Mitglied der theologischen Fakultät sich auch als Theologen geltend zu machen hatte. Da er nun eben so unfähig war, diese Schranke seiner wissenschaftlichen Individualität sich selbst zum Bewußtsein zu bringen, als er es ertragen konnte, Andere auf einem ihn so nahe berührenden und doch für ihn so verschlossenen Gebirt ihre Bedeutung haben zu sehen, so mußte er auf anderm Wege seiner Anmaßung Raum zu verschaffen suchen. Er that dieß auf die einfachste Weise dadurch, daß er Alles, was neben ihm in einer von der seinigen verschiedenen Richtung auf wissenschaftliche Geltung Anspruch machte, für unsittlich erklärte. Dieß ist nun der Begriff des Sittlichen, mit welchem Ewald die Sittenlehre bereicherte. Dieser Begriff des Sittlichen, oder die mit dem Mangel an aller philosophischen Zucht und Bildung identische Unfähigkeit, von dem eigenen Ich zu abstrahiren und sich ein anderes Ich als gleichberechtigt zu denken, macht, verbunden mit dem ungezügeltsten Uebermuth des natürlichen Menschen, das Eigenthümliche des Ewald'schen Wesens aus. Wie man sonst Andersdenkende als Ketzer verurtheilt, so macht Ewald den Zweiflern an seiner wissenschaftlichen Infallibilität den sittlichen Prozeß; am wenigsten aber kennt, wie man schon an Gesenius gesehen hat, seine Leidenschaft eine Grenze, wenn Jemand in Sachen des A. T. etwas neben ihm sein will. Da nun Dr. E. Meier das zufällige Unglück hatte, seinen besondern Groll auf sich zu ziehen, so mußte er auch den ganzen Sturm des Unmuths, welchen Ewald in seiner hiesigen Stellung empfand, über sich ergehen lassen. Die falschen Philosophen sollten an Dr. E. Meier und dieser wiederum an den falschen Philosophen zermalmt werden. Aber das Eine gelang ihm so wenig als das Andere und die zu hoch gehenden Zornesfluthen schlugen nur auf ihn selbst zurück. Seine hiesige Stellung war nun eine völlig unhaltbare. Die Neuzeit hat ihm, so wenig er sonst ihr Freund ist, zur rechten Stunde wenigstens den Glücksfall der Rückkehr gebracht. Die Heimath hat nun den Ihrigen wieder und behalte ihn, sie wird am besten wissen, wie er ein solcher geworden ist.

△ Aus Baden den 9. Okt. Unsere Kammern sind heute wieder zusammengetreten, um einige wichtige Vorlagen der Regierung, über welche die Kommissionsberichte zunächst abgestattet werden, zu berathen. Es ist das Gesetz über die Jury und ein neues Pensionsgesetz. In letzterem ist das Maximum einer Staatspension auf 2000 fl. gesetzt und dasselbe soll eine rückwirkende Kraft nicht nur auf die jetzt angestellten Staatsdiener, sondern auch auf die vorhandenen Pensionäre haben. Letzteres hat eine sehr bedenkliche Seite, da man Rechte, welche den Einzelnen durch die Verfassung garantirt und in die sie zum Theil seit vielen Jahren faktisch eingetreten waren, angreift und das darauf gegründete Eigenthum schmälert. Der Widerstand wird daher schon in der zweiten Kammer, in welcher viele Staatsdiener sitzen, nicht unbedeutend sein und in der ersten wohl ohne Zweifel sich gegen das Gesetz entscheiden. Außerdem erwartet man Angriffe auf das jetzige Ministerium ebensowohl von der äußersten Linken, als von der rechten Seite, auf welcher noch ein Rest der alten Kamarilla steht. Diese rührt sich seit das Land mit Militär bedeckt ist, wieder und ihr Organ, das Mannheimer Morgenblatt, welches im Sturm der Bewegung ganz verstummt war, singt mit neuer Kraft und alter Gemeinheit wieder an gegen das Ministerium das Horn der Reaktion zu blasen. Nur wenn die Regierung mit voller Energie das konstitutionelle Princip in freiester Weise verteitt, wird sie sich durch die Zustimmung der Besseren im Lande halten können. Dazu muß sie aber noch vielen alten Sauerteig ausfegen und nicht durch Gunstbezeigungen und Zulagen an Leute, die diesem Prinzip ganz und gar feind sind und keinerlei rechtliche Ansprüche darauf haben, wenigstens den Schein auf sich laden, als ob noch da und dort auf die alte Weise gewirthschaftet würde.

H **Weimar**, 7. Okt. Wie Sie wissen, haben wir kürzlich in unserm Großherzogthum zwei Versammlungen gehabt, deren beide Berathungen der Umgestaltung der Universitäten nach den Forderungen der Zeit gewidmet waren, nämlich die allgemeine deutsche Docentenversammlung in Jena und das Studentenparlament in Eisenach. Beide, das ist gewiß, haben ihre Aufgabe nach bester Ueberzeugung zu lösen gestrebt; aber es liegt in der Natur der Sache, daß die lernenden Jünglinge mehr der Idee, die lehrenden Männer mehr den Verhältnissen gerecht zu werden suchten. Ich unternehme es nun, die Beschlüsse beider Kongresse nach ihrer gegenseitigen Beziehung nebeneinander zu stellen, da auf diese Weise Ihre Leser am besten werden beurtheilen können, welche der Wahrheit näher gekommen:

Beschlüsse der Docenten. I. Lehrfreiheit. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei; sie steht unter keiner Staatspolizei, sondern ist nur dem sichterlichen Spruch unterworfen.

Jeder kann über das lesen, worin er sich habilitirt; in Zweifel entscheiden darüber die beiden betreffenden Fakultäten in vereinigter Sitzung.

Die Honorare werden beibehalten, doch sollen sie auf jeder Universität gleichmäßig festgesetzt werden.

II. Lernfreiheit. Kein Kollegienzwang. Kein Studienplan. Keine Landesuniversität.

Die Versammlung erachtet es nicht für eine Beeinträchtigung der Lernfreiheit, wenn Staat, oder Kirche, den Besuch einer Universität überhaupt zum Behufe der Zulassung zum Examen verlangen. Der Gebrauch der lateinischen Sprache ist den Fakultäten überlassen.

III. Verfassung der Universitäten: Das corpus academicum besteht aus sämmtlichen Universitätslehrern. Für Alles, was die Studenten unmittelbar berührt, wird dasselbe durch eine Deputation der letzteren, welche stimmfähig ist, verstärkt.

Die ordinarii als solche hören auf, Senat zu sein; der letztere besteht vielmehr aus zwölf Mitgliedern des corpus academicum, deren Wahl halbjährlich zur Hälfte erneuert wird.

Das corpus academicum gliedert sich in wissenschaftliche Sektionen; das „Wie" setzt die dazu niedergesetzte Kommission fest.

In Civil-, Polizei- und Kriminalsachen hat das gewöhnliche bürgerliche Gericht abzurtheilen. Für Disciplinar- und Ehrensachen wird jedoch ein aus freier Wahl der Lehrer und Studenten hervorgegangener Rath eingesetzt.

Beschlüsse der Studenten: I. Lehrfreiheit. Der Universität ist unumschränkte Lehrfreiheit und die selbstständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten zugesichert.

Jeder, der sich dafür befähigt hält, hat das Recht über wissenschaftliche Gegenstände Vorträge zu halten.

Die Collegiengelder fallen weg; an ihre Stelle tritt von Seiten des Staates eine Vergütung nach Maßgabe der Vorlesungen und Anzahl der Zuhörer.

II. Lernfreiheit. Die Universitäten sind Nationalanstalten und von der deutschen Nation zu erhalten. Somit hören alle Beschränkungen auf, welche sie zur Landesuniversität machen.

Zur Erlangung eines Staatsamtes soll der Besuch einer Universität nicht erforderlich sein. Der Gebrauch der lateinischen Sprache auf den Universitäten fällt weg.

Digitized by Google

III. Verfassung der Universitäten. Der Universitätsausschuß besteht aus sämmtlichen Lehrern und einer gleichen Anzahl Studenten. —

Der Universitätsausschuß wählt aus sich eine verantwortliche Exekutiv- und Verwaltungsbehörde, an deren Spitze der von dem Ausschuß frei gewählte Universitätsvorstand steht.

Die Universitäten nehmen mit Aufhebung aller Fakultätssonderung eine encyklopädische Stellung ein. Sie sollen die ganze Wissenschaft vertreten und nach diesem Prinzip vervollständigt werden.

In staatsbürgerlicher Beziehung genießen die Universitäten keinerlei Exemtion, auch steht ihnen keine richterliche Gewalt zu und geht sonst ihre Verfassung von der Nationalversammlung aus.

Großbritannien.

London, 6. Okt. Auch die Direktoren der Handelskammer von Manchester hatten sich in Sachen der Zollvereinszölle an die Regierung gewandt, und zwar speziell an Lord Palmerston, der ihnen durch seinen Sekretär folgende Antwort zukommen ließ: „Auswärtiges Amt, 30. September. Sir! Ich bin durch Viscount Palmerston beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens mit der Denkschrift über die beabsichtigte Erhöhung der Zölle auf gewisse Waarensorten innerhalb des Zollvereinsgebiets hiermit anzuzeigen; und ich habe Ihnen darauf zu erwidern, daß J. Maj. Gesandter in Berlin gegen die Anwendung dieser Zollerhöhung auf britische Güter bereits der preußischen Regierung Vorstellungen gemacht hat, und daß J. Maj. Regierung jeden Grund hat zu erwarten, daß diese Vorstellungen mit Erfolg gekrönt sein werden. H. N. Addington". Es wäre also richtig, daß wir in unsern häuslichen Angelegenheiten nicht frei schalten dürfen; England duldet es nicht, und Deutschland läßt sich die Zuchtruthe dieses aufdringlichen Schulmeisters gefallen.

Der Globe meldet, daß die amerikanische Fregatte St. Lawrence von 44 Kanonen am 3. Okt. auf der Rhede von Cowes angekommen sei, um unverzüglich nach der Weser abzusegeln, wo sie „zum Schutze der amerikanischen Interessen während des gegenwärtigen unsichern Zustandes im nördlichen Europa den Winter über bleiben soll". Der nordamerikanische Gesandte, Herr Bancroft, begab sich, nachdem er die Nachricht von der Ankunft der Fregatte erhalten, sofort nach Cowes. Auch meldet der Globe, daß Herr Levasseur, zum Gesandten der französischen Republik nach Mexiko bestimmt, am 4. von Southampton nach Vera-Cruz abgesegelt ist.

Der M. Post zufolge sind am 4. Okt. in Edinburg zwei unzweifelhafte Fälle der asiatischen Cholera vorgekommen.

Der politische Prozeß O'Briens vor dem außerordentlichen Gerichtshofe in Clonmel hat seinen langsamen und ziemlich geräuschlosen Fortgang. Am 4. Okt. fing Hr. Whiteside seine Vertheidigungsrede für den Angeklagten an, um sie folgenden Tages fortzusetzen. Der Prozeß verspricht mehrere Male so vieles länger zu dauern, als die weiland irische Rebellion von 1848.

Das „Chronicle" theilt aus Montevideo mit, daß die Insel Apipe, welche der argentinischen Republik zugehörte und zuletzt eine Besatzung von Truppen aus Corrientes hatte, von einer Truppenabtheilung aus Paraguay in Besitz genommen worden ist. Die Einwohner erhielten Befehl, die Insel binnen drei Tagen zu räumen.

Ueber den neuen Aufstand der Boers im Kaplande unter der Leitung des früheren Insurgentenchefs Pretorius bringt der Standard nähere Nachrichten, denen zufolge der Aufstand nicht unbedeutend ist, indem Pretorius, der Anführer der ausgewanderten Boers jenseits des Orangeflusses, die Häuptlinge der Kaffern zu bewegen sucht, gemeinsame Sache mit ihm zu machen. Banda, der Häuptling der Zulahs, hat sich bereits mit ihm verbündet. Außer auf Pretorius ist auch auf die Verhaftnahme des Willem Jacobs, Hauptleiter der Bewegung im Bezirke Wenburg, ein Preis von 500 Pfund ausgesetzt worden.

Frankreich.

△ **Paris**, 7. Okt. Wir haben gestern, irre geleitet durch die falsche Angabe eines lithographischen Berichtes, Hrn. Leblond eine Ehre erwiesen, die wir vor allen Dingen zurücknehmen müssen. Er war es, nicht Lamartine, der den Vorschlag machte, welchen wir nur einen kühnen Griff nannten, weil er uns von einer Hand zu kommen schien, der ein solcher zugetraut werden mag. Lamartine sprach nach Leblond und nach Abgang der Post. Mit seiner Rede endigte die Sitzung, weil Niemand nach ihm zu sprechen wagte. Leider läßt die Fülle des Stoffes nicht zu, zu analysiren, was zugleich tiefer Schmerzenslaut, resignirte Ueberzeugung, edle Hingebung, politische Täuschung und tief gedachte Wahrheit ist. Der Redner stimmt für die Wahl des Präsidenten der Republik durch das Volk und bekennt dabei, daß es möglich ist, das Volk „werde sich nach dem ersten Schritte von seiner Souveränetät zurückziehen, sich und seine Vertreter Lügen strafen, und seine Sicherheit, seine Würde, seine Freiheit einer Reminiscenz des Kaiserreichs opfern." Doch hält ihn das nicht ab von der Idee, gerecht zu sein, der er lebt. Wahl durch die Nationalversammlung, wohl gar mit einer geringen Mehrzahl, könnte dem Haupte der Republik, das nur als ihr „Liebling" erschiene, nicht die Würde, die Macht, die Ehrfurcht zuwenden, deren es bedürfe. Man werde die Wahl, wenn auch nicht der Korruption, doch der Intrigue zuschreiben. „In kleinen Gruppen kann man die Menschen dessen bestechen, in Massen nicht. Ein Glas Wasser kann man vergiften, das Weltmeer nicht." Lächerlich sei die Furcht, die Executivgewalt möge durch eine solche Wahl zu viel Macht erhalten. „Unter den Trümmern eines Thrones, einer unter unseren Füßen zusammengestürzten Regierung klingt sie wie blutiger Spott über die Unbeständigkeit der menschlichen Dinge." Ein 18. Brumaire komme übrigens nur nach zwei Ereignissen: nach Schreckensjahren im Hinter-, nach Schlachten wie die von Marengo (?) im Vordergrunde! Mit großer Kraft sprach sich Lamartine gleich im Eingang seiner Rede gegen diejenigen aus, die gar keine feste Executivgewalt, also gesetzgebende, ausübende, worum nicht auch richterliche Macht in der N.-V. vereinigen wollten. Sie sollten das nur mit dem rechten Namen benennen. Es heiße die Schreckensherrschaft. So kämpft er kräftig nach beiden Seiten hin, und das System der Wahl des Präsidenten durch die Nationalversammlung hat durch diesen gewaltigen und hinreißenden Redner einen mächtigen Stoß erhalten, der heute noch dadurch vermehrt wird, daß Bürger Bac, das Haupt der äußersten Linken, zwar gegen jede Präsidentur der Republik sprach, aber hinzufügte, erkläre sich die Versammlung doch dafür, so müsse die Wahl allerdings von dem ganzen Volke ausgehen. Der Antrag Grevy's, eines Mitgliedes von dieser Seite, welcher dahin geht, die Versammlung delegire die vollziehende Gewalt einem Bürger, welcher den Titel eines Präsidenten des Ministerrathes annehme, und von derselben durch ein geheimes Skrutinium mit absoluter Mehrheit gewählt werde, wurde mit 643 gegen 158 Stimmen verworfen. Hierauf kam ein Antrag vor, dem Flocon sich anschloß und nach welchem der Präsident der Republik von der Nationalversammlung auf die oben angegebene Weise gewählt werden soll. Flocon ergreift diese Gelegenheit, um „gegen einige Worte seines alten Collegen" zu protestiren. „Ich habe nicht alle Täuschungen des Hrn. von Lamartine auf dem Stadthause getheilt", sagte er, „seine Entmuthigung kann ich noch weniger theilen. Ich glaube nicht, daß das Volk weniger Liebe für eine Republik habe, die es noch nicht kennt. Die Sprache des Hrn. v. Lamartine war nicht die eines wahren Republikaners. Euch frage ich, Euch, Republikaner." (Hier wandte sich der Redner gegen den Berg). Der Präsident: „Sprechen Sie mit der Versammlung." Das thue er, sagte Flocon hierauf und fügte noch hinzu, die Executivgewalt müsse bescheiden die Dienerin des Volkes sein. Immerhin möge durch seinen Antrag die Macht etwas von dem Heiligenschein verlieren, womit man sie umgeben wolle. Er könne nicht dafür stimmen, über die Zukunft der Republik gleichsam zu würfeln. Dies war das Wesentlichste, was heute bis zum Abgange der Post in der Nationalversammlung vorfiel, in welcher noch andere Redner für die verschiedenen Systeme sprachen. Von vielen weiteren Anträgen, die vorkamen, erwähnen wir nur einen von Hrn Cremieux vorgeschlagenen Zusatzartikel, vermöge dessen sich die Nationalversammlung mit einer Mehrzahl von $^3/_4$ der Stimmen selbst auflösen kann, in welchem Falle die Gewalt des Präsidenten der Republik aufhört und dieser nicht unmittelbar wieder erwählt werden darf. Interimistisch ginge dann seine Gewalt auf den Vicepräsidenten über, 30 Tage nachher wäre eine neue Versammlung durch directe und allgemeine Wahl zu bilden, welche 10 Tage nachher in Funktion träte, wo dann nach weiteren 10 Tagen ein anderer Präsident der Republik vom Volke ernannt würde. Louis Bonaparte war bei der heutigen Sitzung anwesend. Die in Diskussion stehende Frage beschäftigt unser Publikum in hohem Grade. Viele Abgeordnete, worunter Hr. Dupin d. ä., sollen für indirekte Wahl durch das Volk sein. Uebrigens wurde der Art. 41, welcher bestimmt, daß ein Präsident der Republik erwählt werden soll, mit

großer Mehrheit angenommen. Die Frage, ob diese Wahl erst nach der Beendigung der organischen Gesetze stattfinden solle, wurde vertagt.

Die Presse behauptet, der Präfekt des Departements der Haute-Garonne, Hr. Cazaoan, habe wegen Theilnahme an dem Bankette zu Toulouse seine Entlassung erhalten. — Die kleine Republik Monaco hat Abgesandte hierher geschickt, welche gegen die Besetzung von Menton und Roquebrune durch den König von Sardinien protestiren und Frankreichs Schutz in Anspruch nehmen. Dieser Monarch hat, wie die Presse meldet, seinen Gesandten, Hrn. v. Brignolle-Salles von hier abberufen und statt seiner blos den Hrn. Ricci als Geschäftsträger hier gelassen, weil auch Frankreich an seinem Hofe nur durch einen Geschäftsträger vertreten sei. (Vgl. d. Art. Turin im heutigen Blatte.) Hr. v. Brignolle-Salles hat zugleich das Großkreuz des sardinischen Ordens erhalten.

Briefe aus Perigueux melden, 200 M. vom 35. Linienregiment und eine Brigade Gens'darmerie seien nach St. Pierre entsandt worden, wo neue Unruhen wegen Verweigerung der Zusatzsteuer von 45 Cent. entstanden wären. — Das 12. Infanterie-Regiment ist von dem Lager von St. Maur eilig nach Nimes beordert worden. — Lyon ist wieder vollkommen ruhig. — Der Moniteur erklärt, die Unterredung, welche nach der Union General Cavaignac mit Lord Normanby (über Italien) gehabt haben solle, habe nie stattgefunden. — In Dijon und Limoges und anderen Orten sollen socialistische Banketts stattfinden, und Herr Lebru-Rollin überall hin geladen sein.

Paris, 7. Okt. — Stand der Rente: 5pCt. 68. 35, 3pCt. 44. 10; Neue —. —; Neapol. 83. 50; Bankactien 1560. Span. 5pCt. (Arbois) — —; 3pCt. 23¼; 3pCt. inländ. — —; St. Germain Eisenbahn-Actien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer 97. 50; Paris-Orleans 640. —; Paris-Rouen 382. 50; Orleans-Bordeaux 372. 50; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre 185. —; Marseille-Avignon 180. —; Strasburg-Basel 80. —; Nordbahn 362. 50; Paris-Lyon 361. 25; Paris-Strasburg 332. 50; Römisches Anlehen 64.

Wenig Geschäfte! Man erwartet zuvor die Lösung der Frage über die Wahl des Präsidenten der Republik.

Spanien.

Madrid, 2. Okt. Seit der vorigen Woche hat die San Fernandobank für 3½ Millionen Reale Bankscheine eingewechselt. Es bleiben nur 15½ Millionen einzulösen.

Die HH. Bulwer, Salamanca, Olozaga und Buschenthal, welche sich zusammen in Paris befanden, sollen daselbst Konferenzen gehalten haben, in deren Folge Salamanca nach unserer Grenze reiste, während Bulwer nach England zurückkehrte. Die französische Regierung soll ein wachsames Auge auf diese Umtriebe haben. — Zwischen unserer Regierung und dem amerikanischen Minister hat sich ein Streit entsponnen. Die Polizei erlaubte sich nämlich einen spanischen Bedienten desselben, der militärpflichtig ist, aus dem Wagen des Ministers zu reißen.

Während der Heraldo den Aufstand in Katalonien für erdrückt hält, erklärt der Barcelonaer-Constitutional, daß es in den Gebirgen mehr als je gähre. Cabrera habe Castellon de Ampurias passirt und zeichne sich durch eine wahrhaft musterhafte Organisation der Insurrektion aus.

Aus Lissabon vom 30. Sept. schreibt man, der carlistische Aufstand in unseren Grenzprovinzen nehme einen ernsten Charakter an. In dieser Stadt war Befehl gegeben worden, mehrere angesehene Personen, die theils der liberalen, theils der miguelistischen Partei angehören, zu verhaften. Es soll zwischen diesen beiden Parteien eine Vereinigung stattgefunden haben. — Der Prinz von Joinville wurde daselbst erwartet. Er begibt sich von da nach Brasilien.

Madrid, 2. Oct. 3pCt. 19 1/16 P. (Nach der Börse 19⅛ G.); 5pCt. 10½ P. (Nach der Börse 10¼ G.) Passive 3⅞ P.

Italien.

□ **Turin**, 3. Okt. Die Concordia enthält einen Artikel über den italienischen Föderativkongreß, dem sie eine Bedeutung beilegt, wie etwa dem deutschen Vorparlamente. Sie klagt über „gewisse italienische Fürsten", welche sich theils vor Oesterreich fürchteten, dessen leichter und schneller Triumph ihre Seelen so niedergebeugt hätte, daß jedee großartige und hohe Gedanke in ihnen erstickt woeden sei, theils so in Selbstsucht versunken wären, daß ihnen das Vaterland nicht mehr gelte, als dem sichern Städter sein zerfallenes Landhaus, und die eben dadurch auch Mißtrauen in die Bevölkerung gebracht hätten. Dee Kongreß kündige die Vereinigung der italienischen Staaten in einem Föderatiobunde an, welcher die Unabhängigkeit jedes Fürsten und die konstitutionelle Monarchie sichere.

Zwei Lebensfragen für die italienische Nationalität seien in die Hände der Diplomatie gefallen: Siciliens Unabhängigkeit von einem Bourbon, und die Unabhängigkeit der innern Halbinsel von den Fremden. In beiden Beziehungen ist dee Verfasser des Artikels mit den vermittelnden Mächten sehr unzufrieden. Sicilien werde von einem Prinzip niedergetreten, dem nichts heilig wäre, und hätte noch mehr von den vermittelnden Mächten zu fürchten, welche kleinliche und schüchterne Rathgeberinnen wären (meschine e timide consigliere) nicht mächtige Anordnerinnen ehrenvollee Verträge. Ebenso beruhe die engl.-französ. Vermittelung in Oberitalien darauf, daß man in mancher Hinsicht den Ansprüchen Oesterreichs nachgeben müsse. Die Unabhängigkeit desselben, welche auf dem Grundsatze der Volkssouveränetät beruhe, werde diese Vermittelung zu schützen, augenscheinlich ohnmächtig. Schon ließen halboffizielle Blätter die Idee eines mehr oder minder schimpflichen Rückzugs derselben durchschimmern. Man denke an einen Kongreß wie der von Wien, woran Preußen und Rußland Theil nehmen sollten. So wäee aus der Intervention Vermittlung, aus der Vermittlung ein neuer Kongreß geworden. Es zeige sich hierbei klar die Schwäche Frankreichs (England wird bei diesem Vorwurf nicht genannt). In diesem Tone ist der ganze Artikel gehalten, der den Föderativkongreß als die einzige Panacee preist, und dadurch hinlänglich zeigt, daß England und Frankeeich keineswegs mit den Ansichten drr italienischen Patrioten übereinstimmrn, welche Karl Albert patronisirt. — In einer Denkschrift der lombardischen Consulta, welche der Costituzionale heute veröffentlicht, wird über beide Mächte ebenso bitter geklagt. — Gestern ist der König nach Pollens abgereist um heute, an seinem Geburtstage, nicht hier zu sein. — Die offieielle piemontesische Zeitung von heute erklärt wiederholt die Angabe der Mailänder Zeitung vom 29. v. M. wegen Verlängerung des Waffrnstillstands bis zum 22. Okt. für unwahr.

Aus Genua vom 2. Oetbr. meldet dasselbe Blatt, trotz der österreichisch-jesuitischen Kadale sey die vollkommenste Ruhe daselbst zurückgekehrt, wendet sich aber dahin zugleich fast wehmüthig an die Bevölkerung, derrn gerader Sinn die Harmonie nicht stören und sich von der volksfeindlichen Partei niche einreden lassen werde, die tapfere Brigade Aosta wäre eine Feindin des Volks.

□ **Florenz**, 28. Septbr. Das Ministerium hat diesen Morgen den beiden Kammern erklärt, daß die offiziellen Verbindungen mit Livorno unterbrochen sind. Es ist diese Maßregel dadurch hervorgebracht worden, daß die Bevölkerung dieser Stadt verweigerte, die von der Regierung dahin gesandten Herrn Tartini als interimistischen Gouverneue, Bandi und Duchoque als provisorische Regierungsräthe zuzulassen, und die städtischen Behörden denselben erklärten, ihr Einzug würde ohne Zweifel einen gefährlichen Aufstand in der Stadt veranlassen. Herr Tartini hat unterm heutigen Datum eine Ansprache an die Bewohner von Livorno erlassen, worin er ihnen in des Großherzogs und seinem Namen Vergessenheit des Vergangenen zusichert, und anzeigt, er begebe sich allein unter sie um die Ordnung wieder herzustellen, welche auf Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Ehrfurcht vor den Gesetzen beruhe.

□ **Florenz**, 30. Sept. Die Briefe welche mit dem letzten Zuge der Eisenbahn aus Livorno ankommen sollten, sind ausgeblieben. Gestern wurde von dort gemeldet, die Bevölkerung bestehe darauf, nur solche Personen über sich setzen zu lassen, die ihr volles Vertrauen genießen. Das neapolitanische Blatt Il Tempo meldet unter dem 25. Septbr., die Sicilianer, welche auf dem Peloro gekommen sind, hätten parlamentiren wollen und die Franzosen um Vermittlung gebeten. Hr. v. Satriano habe aber erklärt, er würde sie gerne empfangen, wenn sie sich unterwerfen wollten. Da sie aber Bedingungen vorschrieben, über Verträge verhandeln wollten, so erlaube ihm seine Instruction nicht, sich hierauf einzulassen. Doch meldet ein Schreiben aus Messina v. 22. als der Peloro von dort auslief, habe Satriano verhindert, daß dieses Schiff von zwei neapolitanischen Fregatten verfolgt würde.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kieffelbach.

Digitized by Google

[920] Nachstehende Adresse ist am 5 October an die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. abgegangen.

Hohe National-Versammlung!

Wenn der hiesige patriotische Verein Einer Hohen Nationalversammlung seine tiefste Entrüstung über die Frankfurter Meuterei und die dabei von einer ruchlosen Rotte verübten Unthaten, sowie die freudigste Anerkennung der Umsicht und Energie, mit welcher dieser verbrecherische Angriff zurückgeworfen worden ist, auszudrücken beschlossen hat, so fand er sich dazu einzig durch den Gedanken bewogen, daß unter Zeitumständen, wie die gegenwärtigen sind, alle gesinnungstüchtigen und besonnenen Männer Deutschlands die Pflicht tragen, ihre politische Ueberzeugung und Willensmeinung offen und freimüthig darzulegen.

Denn nur so kann sich eine Macht der öffentlichen Meinung bilden, an welcher das verderbliche Treiben einer Parthei scheitert, die auf den Umsturz alles Bestehenden ausgeht und ihre selbstsüchtigen Anschläge durch alle möglichen Künste der Verführung und Täuschung, ja durch die frevelhaftesten Gewaltthaten auszuführen sucht.

Diese Macht der öffentlichen Meinung wird das festeste Bollwerk unserer Freiheit bilden und es thut Noth, daß sich ein solches Bollwerk erhebe. Denn jene Parthei ist in Frankfurt zwar besiegt worden, aber nicht in Deutschland ausgetilgt; sie ist weit verbreitet, hartnäckig, zum Aeußersten entschlossen. In welcher fanatischen Wuth und Verblendung sie befangen ist, wir sehe sie alles Menschengefühl und alle Schaam verloren hat, davon zeugt der Umstand, daß, während ein Schrei des Entsetzens über jene Unthaten überall, aus allen Gauen Deutschlands, vernommen wird, aus ihr heraus, aus der Mitte dieser Parthei Stimmen verlauten, welche das frevelhafte Attentat auf Eine Hohe Nationalversammlung, die niederträchtige Ermordung zweier Volksvertreter, beschönigen, entschuldigen, rechtfertigen wollen.

Der patriotische Verein enthält sich auf das zuletzt erwähnte, für jeden Preußen insbesondere schmerzliche Ereigniß oder auf den Tod so muthvoller Krieger, die in der Vertheidigung der Ordnung und des Gesetzes gegen jene Meuterer gefallen sind, hinzuweisen; er lenkt vielmehr seine ganze Aufmerksamkeit auf die Gefahr hin, von der Eine Hohe Nationalversammlung und in ihr unsere Freiheit bedroht war.

Denn gerade hierin enthüllt sich die ganze Verworfenheit und Doppelzüngigkeit jener Vorkämpfer der rothen Republik, die durch falsche und lügnerische Vorspiegelungen die Massen irre leiten, um sich ihrer gegen einzelne gesetzliche Gewalt zu bedienen, die aus dem Gesammtwillen des deutschen Volkes hervorgegangen und zur Berathung und Feststellung der gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands berufen worden ist. Diese offenbare Empörung gegen die Souverainetät des Volkes, von einer Parthei, welche mit diesem heiligen Wesen ihr Spiel treibt und die eine verführte oder verworfene Rotte „das souveraine Volk" nennt, das ist der Hochverrath, gegen den der heilige Zorn aller deutschen Stämme entbrennen muß.

Eine Hohe Nationalversammlung hat die ehrenhafte Treue, den unbesiegbaren Muth, die seltene Mäßigung der zum Schutze herangezogenen deutschen Krieger mit öffentlicher Anerkennung belohnt. Der patriotische Verein freut sich über solche verdiente Auszeichnung eines Standes, gegen den, eben weil er eine sichere und zuverlässige Stütze des Gesetzes und der Ordnung ist, alle Volksaufwiegler die giftigsten Vorurtheile anzuregen suchen. Er freut sich darüber, nicht blos deshalb, weil eine so ehrenvolle Genugthuung gerade einem so oft und so schmählich verunglimpften Stande nunmehr zu Theil geworden ist, sondern vorzüglich darum, weil er an die Vereinigung und Eintracht unter den würdigen Verfechtern der gesetzlichen Macht die Hoffnung knüpft, daß, wie die ächten Söhne des Vaterlandes, ohne Unterschied ob sie dem Norden oder dem Süden desselben angehören, Blut und Leben an die Bekämpfung jener verderblichen Rotten setzten, so auch die Väter und Brüder unserer tapferen Krieger, solchem Beispiele folgend, einen neuen Bund der Gesinnung schließen werden, einen neuen und festen Bund der That, auf daß die Einigkeit Deutschlands nicht ein bloßes Wort sei, sondern Wahrheit werde.

Nur dann, wenn alle deutschen Stämme die Kraft und Eigenthümlichkeit des deutschen Geistes einmüthig in sich erwecken, alles Fremdländische aus sich ausstoßen, und das Werk der innerlichsten Versöhnung an sich vollziehen werden, nur dann wird jene dämonische Gewalt, die bis jetzt soviel Unheil über Deutschland brachte, überall zusammenstürzen, und aus dem Dunkel wüster Bewegung das segensreiche Licht wahrer Freiheit und gesetzlicher Ordnung hervorbrechen.

Wir fürchten nicht, daß diese Hoffnung durch die Ereignisse der jüngsten Zeit, welche einen unseligen Zwiespalt zwischen dem Norden und Süden bezwecken, gefährdet sei, und vertrauen, daß Einer Hohen Nationalversammlung das große Werk der Einigung unter dem Beistande des Allmächtigen gelingen werde.

Potsdam den 3. October 1848.

Der patriotische Verein.

---

[921] In der Versammlung des Deutschen Vereins zu Leipzig am 5. October wurde folgende Erklärung einstimmig beschlossen:

Der deutsche Verein zu Leipzig erklärt hiermit unumwunden seine Mißbilligung der Art und Weise, wie sich in Bezug auf die traurigen Ereignisse zu Frankfurt am Main am 18. September dieses Jahres die Linke der deutschen Reichsversammlung in der Paulskirche und außer ihr, namentlich in der Presse, benommen hat. Als Tadel jener Ereignisse hat sie selbst in ihrer Ansprache an das deutsche Volk vom 22. September nichts weiter zu sagen, als:

„Niemand kann und wird diesen Aufstand ohne Plan, Vorbedacht, Leitung, Vorkehrungen, Verbindungen und verständige Schätzung „der Angriffs- und Widerstandskräfte erklärlich finden wollen; er war ziellos, aus dem Drange des Augenblicks hervorgegangen und von „der Verzweiflung durchgeführt."

Sieht es danach doch fast so aus, als wäre die Linke mit dem Frankfurter Aufstand zufrieden gewesen, hätte er bessere Organisation gehabt, und hätte er sein Ziel sicher erreicht.

In derselben Versammlung wurde gegen Eine Stimme folgende Erklärung beschlossen:

Die äußerste Linke der zweiten sächsischen Kammer hat sich bei Gelegenheit der letzten Anordnungen der Centralgewalt und der Willfährigkeit der sächsischen Regierung sich ihnen unbedingt zu fügen, so in particularistischen Bestrebungen befangen gezeigt, daß sich der deutsche Verein zu Leipzig bewogen sieht, sich mit aller Entschiedenheit gegen derartige Gelüste, denen wir bis jetzt nur auf der äußersten Rechten zu begegnen gewohnt waren, zu erklären, weil sie feindselig dem Streben nach deutscher Einheit und damit der Freiheit sind.

Leipzig den 6. October 1848.

Der Ausschuß des deutschen Vereins zu Leipzig.

Dr. **Göschen**, Vorsitzender. **Volkmann**, Schriftführer.

---

[922] **Die Hauptklasse der 25. Braunschweiger Lotterie**

beginnt am 26. October a. c.

Haupttreffer: fl. **87,500, 52,500, 35,000, 17,500** u. s. f. zusammen **7500** Preise! Ganze Loose zu fl. **52.** — ½ zu fl. **26.** — ¼ zu fl. **13.** — ⅛ zu fl. **6. 30.** und mit Verzichtleistung auf die Gewinne unter **100** Thaler ganze zu fl. **32.** — ½ zu fl. **16.** — ¼ zu fl. **8.** — ⅛ zu fl. **4.** empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur,
Brückhofstraße in Frankfurt a. M.

[923] Samstag den 23. Sept. Nachmittags ist eine geldbiederne Reisebriefstasche verloren worden oder in einem Stickerei-, Buchbinder- oder Handschuhladen liegen geblieben. Dieselbe enthält eine Anzahl preußischer Fünfthalerscheine, den Reisepaß der Eigenthümerin und allerlei Briefschaften und Blättchen, welche nur für die Eigenthümerin Werth haben. Wer dieselbe in der Brönner'schen Buchhandlung, Paulsgasse, zurückliefert, erhält, auch wenn das Geld nicht mehr vorhanden, eine ansehnliche Belohnung.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

(Hierzu eine Beilage.)

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Strasburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 274. **Frankfurt a. M., Mittwoch 11. October.** **1848.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verordnungen der Reichsgewalt. Oesterreichs neue Lage. Oesterreich und der Zollverein. Die preußische und deutsche Diplomatie. Die Bürgerwehr und die Aufrechthaltung der Ordnung. Der Entwurf der Reichsverfassung und die Stellung Oesterreichs. Die Sachen der Abgeordneten Zitz, Simon, Schlöffel und die Nat.-Vers. Die neuesten Vorgänge und Proklamationen von Wien.) Wien (Italienische Verwickelungen.) Berlin (Königlicher Erlaß.) Breslau (Die Besatzung von Krakau nach Ungarn.) Pasen (Congreß der Ligamitglieder zu Berlin beabsichtigt. Der Getreidehandel.) München (Die Ultramontanen. Obdachlosigkeit der Deutschkatholiken. Die Bauern.) Dresden (Verhandlungen der I. Kammer.) Leipzig (Das Versammlungsrecht und die Reaktion.) Zwickau (Militairemeute.) Reuß (Abdankung des Fürsten Reuß-Ebersdorf.) Altenburg (Anarchischer Zustand des Landes.) Braunschweig (Die Eindrücke der Frankfurter Ereignisse.) Hamburg (Wahlagitation.)

Spanien. Madrid (Unruhen in den Provinzen.)

Türkei. Donaufürstenthümer (Zustände in der Moldau. Erwartete Truppenmärsche der Russen gegen Siebenbürgen hin).

Frankfurt, 10. October. Das Reichs-Gesetz-Blatt vom heutigen Datum enthält folgende

Verordnung,

betreffend eine Matrikularumlage zur Bestreitung der Kosten der Reichsversammlung und der Centralgewalt; v. 30. Septbr. 1848.

Der Reichsverweser, nach Einsicht des zustimmenden Beschlusses der Reichsversammlung vom 29. September 1848, verordnet wie folgt:

§. 1.

Zur einstweiligen Bestreitung der Kosten der Reichsversammlung und der Centralgewalt bis zur Erlassung eines Finanzgesetzes, soll eine Umlage von Hunderttwanzigtausend Gulden nach der bestehenden Bundesmatrikel bewerkstelligt werden.

§. 2.

Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

Frankfurt, den 30. September 1848.

Der Reichsverweser
Erzherzog Johann.

Der Reichsminister der Finanzen
v. Beckerath.

Bekanntmachung

des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der Umlage von 120,000 Gulden auf die einzelnen Staaten; vom 30. September 1848.

Die gemäß der Verordnung des Reichsverwesers vom heutigen Tage ausgeschriebene Umlage vertheilt sich auf die einzelnen Staaten nach der unterm 3. Mai d. J. neu festgestellten Matrikel wie folgt:

Nr. 1.	Oesterreich	fl.	35787.	26 kr.
„ 2.	Preußen	„	36130.	— „
„ 3.	Bayern	„	13439.	46 „
„ 4.	Königreich Sachsen	„	4530.	16 „
„ 5.	Hannover	„	4928.	— „
„ 6.	Würtemberg	„	5268.	10 „
„ 7.	Baden	„	3775.	12 „
„ 8.	Kurhessen	„	2143.	50 „
„ 9.	Großherzogthum Hessen	„	2338.	44 „
„ 10.	Holstein und Lauenburg	„	1359.	4 „
„ 11.	Luxemburg und Limburg	„	957.	20 „
„ 12.	Braunschweig	„	791.	18 „
„ 13.	Mecklenburg-Schwerin	„	1351.	32 „
„ 14.	Nassau	„	1143.	2 „
„ 15.	Sachsen-Weimar	„	758.	48 „
„ 16.	„ Koburg-Gotha	„	421.	20 „
„ 17.	„ Meiningen	„	434.	8 „
„ 18.	„ Altenburg	„	370.	44 „
„ 19.	Mecklenburg-Strelitz	„	270.	56 „
„ 20.	Oldenburg	„	833.	16 „
„ 21.	Anhalt-Dessau	„	199.	54 „
„ 22.	„ Bernburg	„	139.	52 „
„ 23.	„ Köthen	„	122.	32 „
„ 24.	Schwarzb.-Sondershausen	„	170.	20 „
„ 25.	„ Rudolstadt	„	203.	38 „
„ 26.	Hohenzollern-Hechingen	„	54.	44 „
„ 27.	Liechtenstein	„	20.	56 „
„ 28.	Hohenzollern-Sigmaringen	„	134.	14 „
„ 29.	Waldeck	„	195.	50 „
„ 30.	Reuß ältere Linie	„	84.	— „
„ 31.	Reuß jüngere Linie	„	197.	6 „
„ 32.	Schaumburg-Lippe	„	79.	16 „
„ 33.	Lippe	„	272.	4 „
„ 34.	Hessen-Homburg	„	75.	30 „
„ 35.	Lübeck	„	153.	28 „
„ 36.	Frankfurt	„	180.	38 „
„ 37.	Bremen	„	183.	6 „
„ 38.	Hamburg	„	490.	— „
	Summa	fl.	120000.	— kr.

Frankfurt, den 30. September 1848.

Das Reichsministerium der Finanzen
v. Beckerath.

Bestätigt.

† **Frankfurt**, 10. Okt. Die Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland, seine Beziehungen zur Centralgewalt und den Beschlüssen der National-Versammlung sind stets mit einer so zarten vorsorgenden, verhüllenden Rücksicht behandelt worden, daß es eigentlich nur bei der Begründung der Centralgewalt — durch die Wahl des Reichsverwesers aus seinem Hause — in Betracht und damit in den Vordergrund kam. Ein Noli me tangere schien Interpellationen und dringliche Anträge, welche ein Eingehen auf seine Zustände bezweckten, von vorn herein abzuschrecken, und kamen sie, dann hatten die Beantwortungen wunderbare Schicksale. Wir erinnern nur an das Geldausfuhrverbot und an die Feier des 6. August, über die bis jetzt die Auskunft ausgeblieben ist, — anderer merkwürdiger offener Fragen nicht zu gedenken. Da erschien nun aber der Reichsverfassungsentwurf und seine 5 ersten §§. vom Reich und der Reichsgewalt berührten die unglücklichen Blößen der österreichischen Verhältnisse plötzlich in ihrer ganzen Nacktheit. Die österreichischen Abgeordneten sind natürlich in Aufregung, man hört sie von Unhaltbarkeit ihrer Stellung in der National-Versammlung sprechen. Es scheint ihnen unmöglich, daß eine bloße Personalunion die nichtdeutschen Länder Oesterreichs an die deutschen Gebiete und das deutsche Reich schließen und ein solcher

Digitized by Google

Sitz das einige Kaiserthum trennen solle! Schon hört man einzelne Stimmen unter ihnen ihr Ausscheiden aus der Paulskirche in Aussicht stellen, wenn in der Fassung des §. 3 die Personalunion nicht in eine Realunion verwandelt, ihr Vaterland vor einer Spaltung bewahrt würde. Stünde „Preußen in Rede, wir würden diese Regungen" Partikularismus nennen, aber Oesterreich sind wir hergebrachter Maßen „größere Rücksicht" schuldig. Wenn Jelacic in Ofen-Pesth das schwarzgelbe Banner in alter Herrlichkeit aufgepflanzt haben wird, wie Radetzky in Italien und Windisch-Grätz in Prag, wenn slavische Kräfte den großen Staat wieder einheitlich verschmalzen und sich darin die gebührenden Rechte errungen haben werden, erst dann werden wir auch klar sehen können. Geben wir von der Voraussetzung aus (und wir müssen es um der Ehre der österreichischen Regierung willen) daß der Kampf gegen Ungarn, zu dem Oesterreich seine slavischen Kräfte braucht, nicht die Vernichtung der ungarischen Freiheiten, sondern eine Emanzipation des Slaventhums bezweckt; halten wir uns auch den Gedanken fern (?), daß es die Reaktion sei, welche in diesem Kampfe selbst ein geheimes russisches Bündniß nicht scheut, so bleibt uns die Annahme, daß eine gleichmäßige Ausbildung konstitutioneller Formen unter den verschiedenen Stämmen und in ihrer Folge ein vollkommenes Föderativsystem das Streben Oesterreichs sei. Wenn dem also ist, so kann uns die Aufregung der östreichischen Abgeordneten über die bevorstehende Personalunion nichtdeutscher österreichischer Gebiete mit Deutschland nur befremden. Entweder gönnen sie dem Slaventhum eine Zukunft und also auch eine Entwicklung zur Freiheit in eigenthümlichen konstitutionellen Formen, dann muß in weiterer Gestaltung Oesterreich zu einem Staatenbunde werden und die bloße Personalunion der einzelnen nichtdeutschen Staatskörper mit den deutschen ist eine Nothwendigkeit, oder sie wollen die Entwickelung des Slaventhums zur staatlichen Selbstständigkeit ableugnen und dann müssen sie mit der Reaktion im Bunde ein einheitliches Oesterreich erstreben, wie nur die gebrochene absolute Staatsform es hätte schaffen können, — dann freilich ist eine Realunion möglich, aber diese würde dann ein einiges Oesterreich mit Deutschland verbinden und wir könnten nicht mehr sagen kein Oesterreich, kein Preußen, ein einiges Deutschland, denn es gäbe dann noch ein österreichisch Deutschland! — Betrachten wir Preußen, so haben wir in der Posener Frage bereits die Entscheidung der Prinzipien. Dieser Staat hat mit Konsequenz das Ganze des Großherzogthums Posen zerschnitten, um das slavische Element bei seinem vollständigen Eintreten in Deutschland abzusondern. Sobald die deutsche Reichsgrenze mit Zuziehung eines Reichskommissärs in Posen gezogen sein wird, wird auch das Unionsverhältniß von Polnisch-Posen ausgesprochen und wahrscheinlich sogleich zur Einsetzung eines Statthalters in diesem Lande geschritten werden.

≏ **Frankfurt**, 9. Okt. Wir sind in den Stand gesetzt, die durch Berliner Zeitungen verbreitete Nachricht, als habe Oesterreich erklärt, unter keinerlei Umständen sich dem deutschen Zollverein anschließen zu können, weil es dadurch in seinen Geldeinnahmen zu sehr beschränkt werde, für völlig unbegründet zu erklären. Die jetzigen Zolleinnahmen Oesterreichs, einschließlich der Einnahme durch das Tabaksmonopol, betragen auf den Kopf 33 Kreuzer C. M. Im Zollverein beträgt die Einnahme bekanntlich durchschnittlich 1 fl. 30 kr. rheinisch. Die Finanzen Oesterreichs würden daher durch einen Anschluß nur bedeutend gewinnen können.

Ebenso unwahr ist, wir wir aus bester Quelle versichern können, die gleichfalls aus Berliner Blättern stammende Nachricht, Preußen habe es abgelehnt, seine diplomatischen Vertreter im Auslande denen der Centralgewalt unterzuordnen. Die Verhandlungen darüber sollen noch im Zuge sein.

≏ **Frankfurt**, 9. Okt. Das Reichsministerium ist löblich bemüht, der Gesetzlosigkeit überall in Deutschland ein Ende zu machen; allein aus zwei Ursachen wird dieß sobald nicht gelingen. Die Lage des Vaterlandes erheischt es, diese Ursachen sich, unbekümmert um mögliche Mißverständnisse, vollkommen klar zu machen.

Die erste Ursache ist der seit dem März als Errungenschaft eingeführte Gebrauch, gegen anarchische Unruhen, welche in Städten ausbrechen, die Bürgerwehr zum Einschreiten zu verpflichten, und erst wenn diese außer Stande, das Militär herbeizuholen. Wir begreifen das Mißtrauen, das in früherer Zeit gegen das Militär gehegt werden konnte, wie man aber jetzt noch glaubt, den Soldaten, welche doch von Berlinern und anderen Demokraten selbst so herzlich als Freunde und Brüder begrüßt werden, die Aufrechthaltung der Ordnung nicht anvertrauen zu können, ist eben so wenig begreiflich, als wie man nach den gemachten Erfahrungen die Bürgerwehr länger damit beauftragt lassen mag. Diese schreitet entweder gar nicht ein, oder erst nachdem sie selbst durch Verletzungen dazu gereizt worden, nachdem bereits Fenster eingeworfen, Häuser bemalirt, Personen bedroht oder mißhandelt sind*). Auch der Fall tritt öfter ein, daß nur ein Theil der Bürgerwehr den guten Willen sue Aufrechterhaltung der Ordnung zeigt, während der andere Theil die Unruhestifter gar beschützt oder sich mit ihnen vereinigt, und samit zwei Parteien der Bürgerwehr sich wie feindliche Parteien bekriegen und die Waffen gegen sich selbst brauchen**). Die Folge dieser ist, daß die Unruhestifter darauf rechnen können, es werde sa schnell sur sie nicht gefährlich werden, sie konnen die Ausfuhrung ihres Planes immerhin beginnen, und aersuchen, ob sie nicht gar unter der bewaffneten Macht selbst Unterstützung finoen. Die Folge hievon ist die Unsicherheit für Personen uno Eigenthum, welche doch wahrlich Niemand wird für eine Märzerrungenschaft ausgeben wollen. Zue Hrestellung der Sicherheit und Freiheit erübrigt dann nichts, als die Entwaffnung der Bürgerwehr. So hat Cavaignac einen großen Theil der Nationalgarde von Paris, die ganze Nationalgarde von Lyon uno anderen Städten entwaffnen müssen, so sind die Bürgerwehren aon Mainz, Köln, Mannheim, Naumburg, Wesbaden, Ettlingen, Chemnitz und des Wurtemberger Oberlandes entwaffnet worden. Erst seit diese Entwaffnung erfolgt, läßt sich in diesen Städten wieder leben, und noch vor Kurzem hörte ich einen achtbaren Lyoner Kaufmann aersichern: er und eine große Anzaul Familien seien, für den Fall, daß die Lyoner Nationalgarde wieder organisirt werde, entschlossen aus Lyon wegzuziehen. Die undenkbarsten Zustände von Wien, die Plunderung des Berliner Zeughauses, der Angriff auf die Ministerwohnung, die Mißhandlung von Abgeordneten auf der Straße, alle diese Raddeiten wären unmöglich geweken, hätte der Pöbel gewußt, daß ihm eine andere Macht als die laue Bürgerwehr entgegenstehen werde. — Auf dem Lande ist die Anarchie wenig gefährlich, will man sie aber in den größeren Städten, wo sie ihren Heerd hat, bekämpfen, so muß man von dem Wahne abkommen, es sei fur die Bürger uno Familienväter eine kostbare Errungenschaft, gegen Pöbelhaufen den Polizeidienst machen zu duefen. Die Engländer vertheidigen sich besser auf die Freiheit; es ist ihnen nie eingefallen, die Bürgschaft für die Freiheit im Patrouillen-Dienst zu suchen; sie haben keine Bürgerwehr, sie haben aber herzhafte, sogenannte Polizeipolizisten, welche gegen Uebelthäter und Banditen keinen Spaß verstehen. Darum ist aber auch in England Sicherheit von Personen uno Eigenthum hochgeachtet, und die Freiheit noch nicht dadurch in schlechten Ruf gekommen, daß der ruhige Bürger zu dem Glauben gelangt, von ihr sei Unordnung unzertrennlich.

Die zweite Ursache, aus welcher ein fester gesetzlicher Zustand sobald nicht wird hergestellt werden können, liegt in der unter den Aufrührern verbreiteten Zuversicht auf Straflosigkeit. Höchstens ein Paar Monate Gefängniß, Freisprechung durch Geschworne aber wenn nicht, bald darauf Amnestie, das sind die Wagnisse, denen sich jetzt ein Aufrurer aus etzt; und ist solche geringe Wagniß nicht zu übernehmen fur den Ruhm eines Freiheitsmärtyrers im schlimmen, für eine mächtige und einträgliche Stellung aber im gelungenen Falle! Aus der Besorgniß ist der Ernst gewichen. Statt als gebietende majestätische Gestalt steht die Göttin des Gesetzes als überwundenes sa wachtes Weib vor uns, dem Waage und Schwert aus der kraftlosen Hand entfallen.

Die Ueberzeugung, daß das Gesetz auch angewendet wird, muß wieder allgemein, es muß ausgesprochen werden, daß für Alles, was nach der Gewißheit von einer Zusammenberufung der freien Vertreter des freien Volkes, also nach dem März Aufrührerisches geschehen, keine Amnestie erfolgen werde, im Interesse der Freiheit und Gesetzlichkeit keine erfolgen dürfe.

---

*) In einem Tagesbefehl des General-Kommando's der Communalgarden aon Sachsen vom 2. Oct. heiße es aon der Bürgerwehr zu Chemnitz „Blut ist geflossen, Menschenleben sind gefährdet worden; höchst wahrscheinlich würde dies Alles aermieden worden sein, wäre die Communalgarde gleich von Anfang an mit Kraft entgegen getreten."

**) In demselben Tagesbefehl heißt es weiter: „Ein Theil der Garbisten hat seine Waffen dem Aufstande selbst geliehen und sich zu gemeinen Meuterern herabgewürdigt."

Es müssen die Untersuchungen beschleunigt, die Urtheile rasch gefällt und sofort vollzogen werden. Weichherzigkeit wäre hier die größte Grausamkeit. Jedes Verbrechen verlangt seine Sühne, und verlangt ihr, daß der brave Soldat gegen Barrikadenschützen muthig in's Feuer gehe, daß er ruhig seinen Reden- oder Hauptmann von dem zerdackten Blei des Insurgenten an seiner Seite verbluten sehen, so muthet ihm nicht zu, bald wieder dem zu begegnen, gegen den er jüngst noch sein Leben wagen gemußt, und der dann wahrscheinlich in nicht ferner Zeit auf's Neue gegen die, die ihn begnadigt, den Aufruhr erhebt, wie denn auch der bei Struve's Einfall gefangene Karl Blind schon im März amnestirt war.

Diejenigen, die das blutige Panier der rothen Fahne ihren mörderischen Banden voran tragen, spotten nicht blos den Gesetzen des Rechts, sondern auch denen der Moral. Daß der Staat gegen sie nur gesetzlich verfahren kann, macht den Kampf ohnehin schon zu einem mit ungleichen Waffen. Wer aber auch die ungleiche Waffe, die Waffe der bloßen Vertheidigung von sich wurfe, der allerdings verdiente, erschlagen zu werden.

00 **Frankfurt**, 10. Okt. Die österreichische Regierung hat durch das Reskript vom 5. Oktober, welches durch Zuziehung von Vertretern aller Theile der Gesammtmonarchie die Einheit der gemeinsamen Interessen der Monarchie auf bleibende Weise zu gewährleisten und die gleiche Berechtigung aller Nationalitäten herzustellen verspricht, einen kühnen, freilich durch die Lage der Sachen abgenöthigten Schritt zur Erhaltung der Gesammtmonarchie gethan, kühn, weil er versucht, in unseren Tagen, wo das Nationalitätsgefühl stärker als je allseitig durchdringt, einen Staat ohne Nationalität auf den Grundsatz der Freiheit und Gleichberechtigung zu gründen. Zunächst in Bezug auf Deutschland ist damit Oesterreichs Nichttheilnahme am Reichsverbande ausgesprochen, welche schon angedahnt wurde durch die Vertretung von fünfthalb Millionen nie zu Deutschland gerechneter galizischer Slaven zu Wien, welche aus diesem Grunde den Frankfurter Beschlüssen sich zu fügen nicht verpflichtet waren, durch Rieger's unwidersprochene öffentliche Erklärung im Reichstage, daß Oesterreich ein slavischer Staat sei, durch Oesterreichs Weigerung, zum Dänenkriege und jetzt nach Altenburg Truppen zu schicken, seinen Gesandten aus Kopenhagen zurückzurufen, Beiträge zur Reichskasse einzuzahlen, die Wahlen in Böhmen anzuordnen, und dem deutschen Zollverband beizutreten. Deutschland mit Preußen allein an der Spitze wird seine Angelegenheiten rascher und leichter ordnen und doch gute Nachbarschaft mit Oesterreich halten. Hier treten durch diesen folgenreichen Schritt drei neue Nationen: die magyarische, italienische und rumänische (moldo-wlachische) nebst sehr eigenthümlichen Fraktionen der Slaven, den Kroaten, Slavoniern, Slowaken, sowie dem italienisch-slavischen Mischvolk der Dalmatiner auf den Schauplatz neben Deutsche, Tschechen, Polen, Karantanerslaven und Winden. Anfangs wird deutsche Sprache und deutsches Wesen wohl der officielle Ausdruck dieses bunten Staates sein, als die einzige Weise der gegenseitigen Verständigung, daneben tritt das Italienische als eine in den gebildeten Ländern Europa's vielfach verstandene und auf eine reiche Literatur gestützte Sprache. Auch nach Außen werden diese beiden Sprachen lange allein gelten, anders kann es sich möglicherweise im Innern gestalten, wenn es dem slavischen, in viele Stämme zertheilten Volke gelingt, seine Uebermacht von 18 Millionen sprachlich in Eins zu verschmelzen. Das slavische Uebergewicht wird noch vermehrt durch das Angrenzen an die Slaven der Türkei, wo Theile derselben Stämme in Türkisch Kroatien und Serbien wohnen, welche ja auch an dem Kampfe gegen die Magyaren schon Antheil nahmen. Noch auf einem anderen Punkte wird die Bewegung die Türkei (und zugleich Rußland) ergreifen, in der Moldau und Wallachei nämlich, wo das jetzt nationalbefreite, früher gänzlich unterdrückte Wallachenvolk in Siebenbürgen mit seinen Stammgenossen zusammengrenzt.

In Betracht dieser Verhältnisse erscheint uns die Umbildung der österreichischen Monarchie in ein Südslaven reich, als Gegengewicht gegen Rußland, und die europäische Türkei mit sich vereinigend, als ein eben begonnener Vorgang; zunächst freilich wird deutsches Wesen die Vermittelung bleiben, wenn aber im Laufe der Zeit das slavische Element herrschend werden sollte, so werden die rein deutschen Provinzen sich dem Reiche anschließen.

δ **Frankfurt**, 10. Okt. Bekanntlich hat das hiesige Appellationsgericht als Kriminalgericht das Reichsministerium der Justiz durch Schreiben vom 4. d. M., dem die Untersuchungsakten beigefügt waren, veranlaßt, der Nationalversammlung die Mittheilung zu machen, daß die Abgeordneten Zitz, Simon (von Trier), Schlöffel der Aufreizung zum Aufruhr und zur thätlichen Mißhandlung der Abgeordneten aus der Mehrheit der Versammlung (nach englischem Rechte würde eine solche Bezeichnung der Personen das Indictment unwirksam machen) angeschuldigt und verdächtig seien. Auch das weitere Ersuchen des App.-Gerichts, sowie die darauf sich beziehenden Beschlüsse der Nationalversammlung sind bekannt und publici juris. — Um so mehr hat es uns befremdet, daß die sonst wohl unterrichteten Organe der Presse, wie die „A. A. Z." und die „O. P. A. Z.", zu verschiedenen Malen die Sache so dargestellt haben, als liege bereits ein im Kriminalgerichte gefaßter Beschluß vor, worin die „Verhaftung" der drei Herren Abgeordneten verfügt sei. Von dieser Voraussetzung ausgehend, denkt man sich sodann etwa: es sei die Aufgabe der von der Nationalversammlung niedergesetzten Kommission, eine Art von Revision des bisherigen Verfahrens vorzunehmen, oder wohl gar selbst, durch Vorladung der Angeschuldigten, Zeugenverhöre u. dgl., die Untersuchung zu führen, und schließlich in oberrichterlicher Eigenschaft in einem der Nationalversammlung vorzulegenden Antrage darüber zu entscheiden, ob das Urtheil des Appellationsgerichts: „die drei Herren seien jener Verbrechen verdächtig," aufrecht zu halten, damit weiter geschehe, was Rechtens, oder ob dasselbe zu kassiren sei. — Beides jedoch, die oben angegebene Voraussetzung sowohl, wie die darauf gegründete Ansicht über den Wirkungskreis und die eventuelle Thätigkeit der Kommission scheinen uns in Wahrheit nicht begründet.

Die Verhaftung ist vom Gericht nicht verfügt, sondern es ist von demselben die Anzeige gemacht, daß die drei Abgeordneten jener Verbrechen beschuldigt und verdächtigt seien: da jedoch nach dem Gesetz vom 30. Sept. l. J. eine strafrechtliche (Spezial-) Untersuchung und Verhaftung ohne Zustimmung der Nat.-Vers. gegen Abgeordnete nicht vorgenommen werden könne, so ersucht das Appellations-Gericht das Reichs-Justizministerium, diese Zustimmung zu vermitteln. — Hieraus folgt von selbst, daß die National-Vers. und ihre Kommission einmal den Verhaftsbefehl, der zur Zeit gar nicht vorliegt, auch nicht bestätigen oder zur Ausführung bringen lassen können. Dem Kriminalgerichte kann aber unmöglich zugemuthet werden, in jedem einzelnen Stadium des Verfahrens sich die Erlaubniß procedendi von der Nat.-Vers. einzuholen. Es thut dies bei Verhängniß der Spezial-Untersuchung. Ob später die nach dem hier geltenden Rechte erforderten Bedingungen des Personalarrests eintreten werden oder nicht, ist weder vom Kriminalgerichte entschieden, noch kann darüber die Nat.-Vers., die als solche unsere Gesetze nicht kennt, entscheiden. Letzterer liegt daher lediglich ob, durch ihre Kommission untersuchen zu lassen und dann selbst zu prüfen, ob nicht politische Gründe vorliegen, welche die Nat.-Vers. bestimmen können oder müssen, ihre Mitglieder unter ihren höheren Schutz zu stellen und ihnen eine, den übrigen Reichsbürgern gegenüber, privilegirte Stellung zu oindiziren, obgleich ein richterlicher Spruch vorliegt, der die 3 Abgeordneten als jener Verbrechen verdächtig erklärt, und obgleich über dessen gesetzliche Gültigkeit der Nat.-Vers. keine höhere Entscheidung zusteht. Solche politische Gründe würden unstreitig sich erheben, wenn die hiesigen Gerichte z. B. wegen Aeußerungen, die Abgeordnete in einer Sitzung der Nat.-Vers. gethan und die an sich betrachtet, ein Vergehen oder Verbrechen wären, strafrechtlich einschreiten wollten und dergl. — Ein der Stellung der National-Vers. zum Kriminalgerichte analoges Verhältniß scheint uns obzuwalten, wenn auf völkerrechtlichem Wege die Auslieferung Dessen, der eine Handlung begangen, die nach den Gesetzen des einen Staates strafbar ist, aus dem Grunde vom andern verweigert wird, weil Letzterer die Handlung mit Strafe nicht bedroht, oder weil nach seiner Politik, d. h. nach Rücksichten, die nicht auf dem Rechtsgebiet liegen, ein höherer Schutz des Verfolgten einzutreten hat. Auch hier fällt es dem ersuchten Staate nicht ein, zuvörderst die Akten einzufordern und über die rechtliche und gesetzliche Begründung des Gesuchs ein Urtheil zu fällen und danach sein Verfahren einzurichten. Er nimmt das Gesuch als rechtlich begründet an, und sieht nur zu, ob nicht für ihn höhere Gesetze, nämlich seine eigenen, der geforderten Auslieferung sich entgegenstellen.

Digitized by Google

* **Frankfurt**, 11. Okt. Durch gütige Privatmittheilung sind wir in den Stand gesetzt, da die Wiener Post noch immer nicht angekammen ist, nachfolgende Proklamationen zur Kenntniß unserer Leser zu bringen. Aus den sich hier mannigfach über die neuesten Wiener Vorgänge kreuzenden Gerüchten scheint das als wahr angenommen werden zu können, daß der plötzlich ausgebrochene Kampf durch die Widersetzlichkeit der nach Ungarn beorderten deutschen Truppen entstanden ist. Die Regierung habe nämlich, so wird erzählt, um ihre Pläne nicht scheitern zu sehen, diese ihr ungebarsamen Bataillone durch andere zu zwingen versucht; den Unterliegenden seien aber die Bürger und Studenten zu Hülfe gekammen. Ueber den Ausgang des Kampfes weiß man noch nichts Gewisses. Den hier verbreiteten Nachrichten zufolge, muß das Valk Herr geblieben sein, da der Kriegsminister Latour erhängt und der Kaiser nach St. Pölten geflohen sein soll. Man sagt sogar, daß die Erzherzagin Sophie gefangen genommen sei. (Das Uebrige besagen die Aktenstücke.)

Nationalgarde! — Das Ministerium hat mit dem schmerzlichsten Bedauern vernommen, daß Nationalgarden gegen Nationalgarden, daß Bürger gegen Bürger im Kampfe stehen, ohne daß hiezu auch nur der geringste Grund vorhanden wäre. Aus einem solchen Kampfe kann nur Anarchie hervorgehen.

Das Ministerium ist daher fest entschlassen, die Ruhe, Ordnung und gesetzliche Freiheit aufrecht zu erhalten, und fordert diejenigen Garden, die das Ministerium in seinem Bestreben unterstützen wollen, auf, sich gegenseitig durch weiße Armbinden kenntlich zu machen.

Wien am 6. October 1848.

Der Ministerrath.

Proklamation. — Der Reichstag, von den verhängnißvollen Ereignissen benachrichtiget, die diese Hauptstadt erschüttert haben, hat sich versammelt, und wendet sich vertrauensvoll an die Bevölkerung Wiens, damit sie ihn unterstütze in der Erfüllung seiner schweren Aufgabe. Indem der Reichstag sein tiefstes Bedauern ausspricht über einen Akt schrecklicher Selbsthilfe, durch welchen der bisherige Kriegsminister seinen gewaltsamen Tod gefunden, spricht er seine feste Hoffnung, seinen entschiedenen Entschluß aus, daß von diesem Augenblicke an das Gesetz und die Achtung vor demselben wieder allein herrsche. Der Reichstag hat sich permanent erklärt, er wird diejenigen Maßregeln treffen, die die Ordnung, Sicherheit und Freiheit der Staatsbürger fordern, er wird dafür sorgen, daß seinen Beschlüssen unbedingte Vollstreckung werde. Er wird sich zugleich an den Monarchen wenden, und demselben die Dringlichkeit vorstellen, diejenigen Minister seines Rathes, die das Vertrauen des Landes nicht besitzen, zu entfernen, und das bisherige Ministerium durch ein volksthümliches zu ersetzen. Er stellt die Sicherheit der Stadt Wien, die Unaerletzlichkeit des Reichstages and des Thrones and dadurch die Wahlfart der Monarchie unter den Schutz der Wiener Nationalgarde.

Wien, am 6. Oktober 1848.

Im Namen des Reichstages.
Der erste Vice-Präsident:
Franz Smolka.

Kundmachung. Der Reichstag beschließt, der Direktion der Nordbahn zu befehlen, daß dafür zu sorgen sei, daß kein Militär auf der Nordbahn hierher geführt werde.

Die betreffende Weisung ist nach Ollmütz und Brünn zu geben.

Wien am 6. Okt. 1848.

Vom ersten Vicepräsidenten des Reichstages:
Franz Smolka.

Proklamation. — Der Reichstag bringt hiemit zur öffentlichen Kunde, daß er eben in Berathung über die Maßregeln sei, das Militär aus dem Bezirke der Stadt zu entfernen und eine allgemeine Amnestie für das heute Vorgefallene, und zwar für alle Civil- und Militärpersonen zu erwirken.

Wien am 6. Oktober 1848.

Vom konstitutionellen Reichstage.
Vom ersten Vice-Präsidenten: Franz Smolka.

Kundmachung. — Der Reichstag hat beschlossen, Seiner Majestät die Bildung eines volksthümlichen, das Vertrauen der Bevölkerung genießenden Ministeriums, an welchem die bisherigen Minister Dadlhaff und Harndaftel Theil zu nehmen hätten, als ein unerläßliches Bedürfniß zur Herstellung der Ordnung zu bezeichnen.

Der Reichstag hat zugleich seinen Wunsch vor den Thran gebracht, daß das Allerhöchste Manifest vom 3. d. M. in Betreff der Ernennung des Baran Jellacic zum königlichen Kammissär von Ungarn zurückgezogen, und für alle bei den heutigen Vorfällen betheiligten Civil- und Militär-Personen eine allgemeine Amnestie ausgesprochen werde.

Hierüber hatte Seine Majestät dem Reichstage die Bildung eines neuen volksthümlichen Ministeriums, dem die Minister Doblhoff und Hornbostel beigezagen werden, mit dem Beisage zugesichert, daß Seine Majestät mit dem neu zu bildenden Ministerium die zum Wohle der Gesammt-Monarchie nöthigen Maßregeln unverzüglich berathen werden, und Sich der Hoffnung hingeben, daß die Bevölkerung von Wien zur Wiederherstellung eines geordneten gesetzlichen Zustandes kräftigst mitwirken wird.

Welches zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Wien den 6. October 1848.

Vom constituirenden Reichstage.
Vom ersten Vice-Präsidenten: Franz Smolka m. p.
Cael Wiser m. p., Schriftführer.

Wien, 3. Okt. Ein Korrespondent von hier schreibt der Allg. Z.: Leider muß ich bekennen, daß sich die Aussichten auf friedliche Beilegung der italienischen Angelegenheiten bedeutend trüben. Man glaubt von keiner Seite in seinen Forderungen irgend etwas nachlassen zu können, und man steht heute absolut in derselben Entfernung bezüglich der Basis der Vermittlung als am Tage nach ihrer Annahme. Dazu kommt, daß die Ereignisse im Piemontesischen selber eine Richtung zu nehmen scheinen, welche Karl Albert leicht zum Krieg zwingen könnten. Die ganze unitarische Partei aus Italien staut sich in Turin, und wird vermuthlich dem ohnehin schwachen Ministerium die Hände binden, wenn nicht gar es stürzen. Welchen Chancen sich dann Karl Albert lieber unterwerfen wird, denen des Kriegs oder der inneren Revolution, das ist die Frage. Wendet er sich zum Krieg, und überschreitet Radetzky bann den Tessin, wer wird noch den allgemeinen Krieg aufhalten?

Berlin. Nr. 44 der Gesetzsammlung enthält folgenden kön. Erlaß vom 3. Okt.: „Auf den Antrag des Staatsministeriums vom 2. d. M. will Ich das Ministerium Meines Hauses von der Bearbeitung der bisher zum Ressort desselben gehörig gewesenen Staats-Angelegenheiten, nämlich der Thronlehne und Standessachen, hierdurch enthinden und solche den Ministerien der Justiz und des Innern gemeinschaftlich übertragen."

Breslau. Die Bresl. Ztg. berichtet vom 6. Okt. 5½ Uhr Nachmittags: „So eben bringt der Güterzug der oberschlesischen Eisenbahn die Nachricht mit, daß das österreichische Militär gestern früh aus Krakau eiligst nach Ungarn aufgebrochen und auf Wagen dorthin transpartirt worden ist. Es ist nur eine kleine Besatzung in Krakau zurückgeblieben. Der Transport erforderte mehrere Hundert Wagen."

† **Posen**, 4. Oktbr. Die heutige Gazeta Polska enthält eine „amtliche Bekanntmachung" der Hauptdirektion der Liga in Berlin, welche zum 15. Oktbr, an einen noch näher zu bestimmenden Ort, einen Kangreß von Abgeordneten sämmtlicher Lokal- und Kreisdirektionen zusammenberuft. Der Wahlmodus füe diese Abgeordneten wird in 9 §§. vorgeschrieben. Zweck des Kangresses ist der Rechenschaftsbericht und die nunmehrige Begründung eines organischen Statutes, sowie die Wahl einer neuen Haupt-Direktion der Liga. Ein anderer „halb amtlicher Erlaß" behandelt die Reaktion der Deutschen in Posen gegen die Liga. In demselben wird zunächst geleugnet, daß die Liga die Polen zum Abbrechen des Verkehrs mit den Deutschen aufgefordert habe (?!) Es sei dies von ihnen aus eigenem Antriebe geschehen; da nun aber die Deutschen selbst durch Repressalien diesen Bruch weiterführten, so sehe sich nun auch die Liga gezwungen an das patriotische Gefühl der Polen zu appelliren und sie vom Verkehr mit Fremden abzumahnen. Die deutschen Getreidehändler haben inzwischen, nachdem sie an zwei Markttagen den Bauern die Folgen des feindseligen Verhaltens des Adels gezeigt, und nachdem von gemäßigten Polen selbst Schritte zur Versöhnung geschehen, unter Vertheilung eines neuen Zurufs den Verkehr wieder eröffnet. Der hiesige konstitutionelle Klub hat an die deutsche Nat.-Vers. bezüg-

Digitized by Google

lich der Frankfurter Ereignisse eine Adresse erlassen, in welcher es unter Anderm heißt: „Je weniger wir den Grund des Unwillens verkennen, welcher das deutsche Volk über den Waffenstillstand zu Malmö ergriffen hat, desto mehr nennen wir es Verrath am Vaterlande, wenn der durch die Mehrzahl der Vertreter einmal ausgesprochene Beschluß über die Genehmigung jenes Waffenstillstandes durch verbrecherische Mittel beseitigt werden sollte."

† **Posen**, 6. Okt. Da sich die posener Marktscenen auch in den Städten der Provinz zu wiederholen begannen, so erschien gestern ein Abgeordneter der Berliner Direktion der Liga in der Versammlung der Getreidehändler hierselbst, sprach sein Bedauern darüber aus, daß in einzelnen Kreisvereinen Bann- und Geldstrafen angewendet würden, um die Polen am Verkehr mit den Nichtpolen zu hindern, und erklärte: die Direktion veranlassen zu wollen, genauere Instruktionen in die Provinz zu senden. — Aus der Versammlung wurde ihm nun entgegnet, daß da von den Kanzeln herab die Verkehrsverbindung mit Nichtpolen als sündhaft dargestellt, die Uebertretung des Verbots von den Vereinen zum Verrath gestempelt würde und in hiesiger Stadt ein förmliches Spionirsystem zur Ueberwachung etablirt sei, es schon längst den Anschein gewonnen habe, daß die leitende Idee von der Hauptdirektion der Liga ausgegangen sei. Es ergehe daher an Hrn. Taczanowski die Aufforderung: die Berliner Direktion zu einer offenen Erklärung zu veranlassen, daß, sie von der eingeschlagenen Richtung und den angewendeten Mitteln sich freisprechе. — Dies lehnte Hr. v. T. ab; ein solcher Schritt sei zu entscheidend, es müsse allmälig eingelenkt werden. — Da die Aufforderungen zu den Sektionsversammlungen der Liga meist von den Kanzeln ergehen, und dadurch oft ein Zusammenströmen der Landleute veranlaßt wird, so werden gewöhnlich in den betreffenden Städten militärische Vorsichtsmaßregeln angewendet, welche dann Veranlassung zu unbegründeten Gerüchten von bevorstehenden Unruhen geben. —

♂ **München**, 7. Okt. Unsere Ultramontanen sind sehr rührig. Sie haben bewirkt, daß dem verhaßten freisinnigen Kultusminister von Beisler von seiner Wählerschaft in Erding das Mandat für Frankfurt abgefordert wird; sie wühlen schon für den neuen Landtag, auf den wir doch viele und große Hoffnungen setzen müssen, wenn es besser werden soll. Immer zuerst im Felde benutzt unser Ultramontanismus die selbstbereiteten jüngsten Verlegenheiten der Regierung und scheint nur zu bedauern, daß ihm die Demokratie hiervorts, die mäßig in den gesetzlichen Geleisen hinwirkt, keinen fruchtbareren Stoff durch Uebereilungen bietet. — Unsere Deutschkatholiken, welche vor dem frühen Heraustreten verwarnt worden waren, gehen um eine Stube zu ihrer Andachtsverrichtung bettelnd von Konfession zu Konfession, zuletzt von Haus zu Haus. Privaten und Körperschaften sind taub; es sind zwei Prediger da, der ehemalige Priester Domhof und Pfarrer Rauch aus Leipzig, und doch können sie auch im Freien nicht einmal zum Gottesdienst kommen, da sie wie die Behörden von den fanatisirten altgläubigen Massen eine Scene erwarten müssen. Merkwürdigerweise neigt sich das weibliche Geschlecht auch bei uns vorwiegend dem neuen Glauben zu. Man kann sagen, die Ultramontanen haben diese Secte durch ihre anfangs beobachtete Humanität im Keim erdrückt; eine Verfolgung von jener Seite würde sie großgezogen haben. — An den Dingen, die sich in Schlesien bereiten, scheint sich der hiesige Radikalismus aufrichten zu wollen, dergleichе Aeußerungen vernimmt man und auch unter unseren Bauern ist reichlich gesäet worden; denn diese lassen heute noch den „Hecker", unter welchem sie keine Steuern mehr bezahlen werden, Hoch leben!

Dresden, 6. Okt. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer sprachen in der allgemeinen Debatte über das Gesetz wegen des Vereins- und Versammlungsrechts v. Zehmen gegen das Gesetz, weil es der Regierung zu wenig Rechte verleihe; v. Welck bezweifelt, ob es der sächsischen Regierung gelingen werde, mit Preßfreiheit und freiem Versammlungsrechte zu regieren. Das sächsische Volk sei nicht so gar ruhig und gesetzliebend geblieben, als die Regierung vorausgesetzt habe. Minister Oberländer nimmt das Volk im Allgemeinen in Schutz; Ursache der Roheiten ist die lange Unfreiheit. Eine Regierung, die nicht mit dem Vereinsrechte regieren kann, ist keine Regierung. Aufhebung der Vereine würde das Gift nur im Verborgenen schleichen lassen. v. Thielau gegen eine Wechselwirkung der Regierung mit den Vereinen. Staatsminister Oberländer weist den großen Einfluß der Vereine auf die Regierung nach. v. Friesen: das Versammlungsrecht hat immer bestanden, z. B. bei Jahrmärkten, Volksfesten, Einzug gekrönter Häupter, ganz harmlos und friedlich. Der Mißbrauch hat zu seiner Aufhebung geführt. Die Ruhigen und Besonnenen treten nicht in Vereine; nur die Exaltirten. Keine Wechselwirkung mit ihnen. Minister v. d. Pfordten: England und Nordamerika beweisen, daß bei freiem Versammlungsrechte eine kräftige Regierung möglich sei; ebenso die sächsische Regierung selbst, die durch die seit einem halben Jahre gewährte Versammlungsfreiheit nicht geschwächt worden. Die wenigen Versammlungen, die man als Ursache von Ruhestörungen ansehen könnte, verschwinden gegen die große Zahl friedlicher. Die Regierung muß in Wechselwirkung mit dem politischen Gefühle des Volkes (dessen Organe die Presse und Vereine sind) bleiben. Sind auch viele Exaltirte in den Vereinen, so verdanken wir doch gerade ihnen die Errungenschaften, und die ruhigen Bürger lassen sich das, was die Exaltirten erreicht, gar wohl gefallen, z. B. Preßfreiheit. Jetzt muß übrigens jeder gute Bürger Partei nehmen, gerade um die Regierung zu stärken. Eine 30jährige Sehnsucht nach der Freiheit hat die Deutschen hinlänglich vorbereitet zum Gebrauche derselben. (Großer Beifall.) v. Friesen, v. Welck und v. Thielau vertheidigen sich gegen den Minister und wollen nicht, daß der arme Handwerker Abends sein Geld in Klubbs vergeude. Minister v. d. Pfordten verlangt das auch nicht, sondern will nur, daß die Bürger, die ein kräftiges Einschreiten von der Regierung erflehen, selbst mit auf Ruhe und Ordnung sehen. Wenn die vorigen Regierungen nicht so auf hohlem Boden gestanden hätten, würde sie nicht ein einziger Sturm in vierzehn Tagen gestürzt haben. Das rührte aber von dem Einpressen des politischen Bewußtseins her. Mit der alten Zwangsjacke würde ein neuer, heftiger Sturm heraufbeschworen werden. v. Schönberg-Wilbran spottet der kindlichen Lehren des Ministers. Dieser erwidert, daß die einfachen Grundsätze, so einfach, daß sie ein Kind verstehe, immer wieder zur Geltung kommen, und die Regierung eher Lob als Tadel verdient, wenn sie sie ihren Gesetzen zu Grunde legt. Graf v. Hohenthal-Püchau fragt, ob der Minister mit einer Revolution habe drohen wollen? Klinger ergreift die Partei des Ministers; aus den Vereinen müßten die Abgeordneten hervorgehen. v. Welck will deßhalb einen Satz in das Wahlgesetz bringen, daß jeder Abgeordnete Mitglied eines Vereins sein muß. Dr. Großmann tadelt die Vorgänge in Volksversammlungen und wünscht eine polizeiliche Organisation derselben. (Leipz. Tagebl.)

*** **Leipzig**, 7. Okt. So eben treffen die neuesten Nachrichten aus Dresden hier ein mit Briefen über die gestrige Sitzung der ersten Kammer, die mich veranlassen, Ihnen einige Betrachtungen darüber mitzutheilen. Kaum sind an verschiedenen Punkten des deutschen Vaterlandes Reichstruppen zusammengezogen, um Ordnung, Gesetz und Sitte gegen frevelnliche Uebergriffe einer anarchischen Partei zu schützen, und schon erheben hinter ihren Leibern die edlen Ritter der Reaktion das Haupt. Keck haben in der gestrigen Sitzung der ersten sächsischen Kammer die HH. v. Friesen, v. Welck, v. Thielau, v. Hohenthal ꝛc. das Recht der freien Vereinigung angegriffen; sie haben auszusprechen gewagt, kein guter Bürger und Vaterlandsfreund dürfe einem Vereine angehören, haben übermüthig sogar den kräftigen und begeisterten Worten der Minister Oberländer und v. d. Pfordten, mit denen sie die Freiheit ihres Volks vertheidigten, kalten Hohn entgegengesetzt. Nicht schnell genug kann man solchem freiheitfeindlichen Treiben entgegentreten. Möge das donnernde Halt, was wir jenen Herren zurufen, die noch immer sehnsüchtig den Blick nach der alten, begrabenen Zeit, die nie in Deutschland wiederkommen kann, zurückwenden, die sich noch immer nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß sie nicht mehr, als jeder andere Mensch seien und daß sie Vorrechte, zu denen sie nur der Zufall der Geburt berechtigte, aufgeben müssen, nicht zu spät in ihre Ohren klingen. Wohl stehen starke Korps von Reichstruppen an vier Punkten Deutschlands, aber sie stehen da, so lauten des Reichsoberwesens Worte, zum Schutz der wahren Freiheit. Wir trauen diesem Worte des deutschen Mannes und darum wissen wir, er wird die Freiheit schützen, so gut gegen die anarchischen als die reaktionären Wühler, und das deutsche Volk in seiner Masse wird hinter ihm stehen in gerechtem Kampf gegen Jeden, der diese Freiheit antastet, möge er nun dem Pöbel angehören oder dem hohen Adel.

Zwickau, 6. Okt. Die Verhaftung eines vielleicht etwas zu freisinnigen Soldaten Namens Frag vom hiesigen Regiment, führte heute gegen Abend eine Menge Soldaten vor das Quartier des Majors v. Hake, welche die Freilassung ihres angeblich unschuldigen Kameraden verlangten. Da diesem Ansinnen nicht Genüge geleistet wurde, zogen sie in ihre Kaserne und kamen mit einbrechender Dunkelheit in Massen auf den Markt und von da vor die kommunliche Frohnveste und verlangten stürmisch die Freilassung. Stadtrath Thost ermahnte den durch Civilisten vermehrten Soldatenhaufen zu gesetzlichem Benehmen und versprach, sich beim Kommandanten für den Gefangenen zu verwenden. Inzwischen wurde Generalmarsch geblasen. Die Militärbehörde erklärte jedoch, das Verbrechen des Soldaten sei von der Art, daß er nicht freigegeben werden könne. Die nochmalige Aufforderung, sich ruhig zu zerstreuen, war erfolglos, mit wildem Schreien forderten die Tumultuanten, jetzt mehr Civilisten als Soldaten, ihren gefangenen „Bruder", und bereits wurden Steine gegen die Thür der Frohnveste geworfen. Zum Schutze des kommunlichen Eigenthums wurde nun, ungefähr halb 8 Uhr, die Kommunalgarde zusammengerufen; ehe sie aber, die überhaupt diesmal selbst schwach erschien, beisammen war und einschreiten konnte, war bereits das Gefängniß erstürmt, während das in unmittelbarer Nähe aufgestellte Militär dem verbrecherischen Treiben ruhig zusah. Endlich war Frag befreit und wurde unter lautem Vivatgeschrei davon geführt. Gegen die ziemliche Anzahl von Soldaten, welche sich bei dem Sturme betheiligt haben, wird strenge Untersuchung nicht ausbleiben. Der Abend ist ohne weitere Störung vorübergegangen. (L. Z.)

Fürstenthum Reuß. Die seit einiger Zeit verbreiteten Gerüchte von der beabsichtigten Abdankung des Fürsten Reuß-Ebersdorf (Heinrich LXXII., geb. 1797, gelangte zur Regierung im Juli 1822 und ist unvermählt) erhalten ihre Bestätigung durch die folgende Urkunde, kraft deren er seine Regierung niedergelegt hat:

Geraume Zeit ist es mein Vorsatz, wegen meiner erschütterten Gesundheit die Führung der Regierung niederzulegen. Jetzt bei den Anstrengungen der Neuzeit, in die ich vom Krankenlager geworfen ward, ist es gebieterische Pflicht. Und — schwarzer, unerwarteter Undank von mancher Seite hat mein Wirken abgeschnitten. Deßhalb — habe ich schon im April am rechten Ort meinen unwiderruflichen Entschluß ausgesprochen, auszuscheiden. Diesfallige Vereinbarung ist endlich! erfolgt. Ich lege, kraft dieses, zum Besten meines verfassungsmäßigen Nachfolgers, Ihro des regierenden Fürsten von Schleiz Durchlaucht und Liebden, die Regierung nieder. Treu glaube ich 26 Jahre lang mit Aufopferung für meine Wahlsprüche: „Volkswohl ist Fürstenlust!", „Reform, nicht Revolution!" gewirkt zu haben. Wenn mir's nicht ganz möglich ward, wenn mein öffentlicher Charakter verschleiert, so wirkten dazu ungünstige Umstände, d. i. unsere starren Gemeinschaftszustände, starre Bundes- und Protokollen-Nacht. Nun, die große Zukunft wird Alles bessern! Mein Trost über Bitteres ist die feste Hoffnung, die ich schon am 21. März öffentlich aussprach: „Ein freies, großes, starkes Deutschland, so weit keine Sprache." Für das — der letzte Blutstropfen. Mein herzliches Lebewohl Denen meiner theuern Landsleute, die mir einen Rest von Liebe schenken. Urkundlich meiner eigenhändigen Vollziehung und Bedrückung meines fürstlichen Wappens. Den 1. Okt. 1848. H. d. LXXII. Fürst Reuß. (D. A. Z.)

* **Altenburg**, 7. Okt. Ich schrieb Ihnen vor längerer Zeit, daß unsere Volksverderber, der herrschsüchtige Faktionsmann Erbe und Konsorten, beabsichtigten, unsere Revolution, die namentlich in den häßlichen Barrikadentagen glänzend ihr Haupt erhob, permanent zu machen. Dieß ist ihnen auch vollkommen gelungen, wenn man nämlich unter Permanenz der Revolution einen Zustand versteht, wo alle Behörden gelähmt, die bestehenden Gesetze verachtet sind und einzelne ehrgeizige Männer an der Spitze der rohen Massen Befehle diktiren. Durch die unermüdliche Thätigkeit, welche diese Anarchistenhäuptlinge gleich den Jesuiten überall entfalten, war es ihnen auch hier gelungen, die niedern Klassen der Bevölkerung in der Stadt und auf dem Lande gänzlich zu gewinnen. Dieß war natürlich. Von den Behörden wurde ihrem Treiben nichts in den Weg gelegt, dem größten Theil der wohlgesinnten Bürger fehlte es an Energie, an jenem Muth, der freudig sein Leben einsetzt für die höchsten Güter der Menschheit, politische Bildung war nur im geringen Grade vorhanden; das alte Bevormundungssystem hatte eine Saat des Mißtrauens, der politischen Unreife, der sittlichen Verwahrlosung ausgestreut, welche von unseren Demagogen auf's Schlaufte benutzt wurde. Ueberhaupt wußten sie alle Vorfälle zu ihren Gunsten auszudeuten, so wie sie alle Mittel anwandten, um die Aufregung unter ihren Massen, das Mißtrauen und den Verdacht gegen Alles, was nicht in ihr Treiben einstimmte, rege zu erhalten. So wurde unser Zustand immer unerträglicher. Ehrerseits wurde ein furchtbarer Terrorismus ausgeübt, da die Gegner dieser Anarchisten sich ohne hinreichenden Schutz der Rohheit der Massen preisgegeben sahen, wiewohl hierbei die zu große Aengstlichkeit der meisten Bürger viel Schuld trägt; es war aber dahin gekommen, daß in öffentlichen Lokalen, ja selbst in der Landschaft nur Wenige ihre Meinung offen auszusprechen wagten; — andererseits zeigte sich ein immer größerer sittlicher und geistiger Bankerott unter den Massen; alle sittlichen und rechtlichen Begriffe sind zerstört; es ist ein förmliches Chaos von kommunistischen, atheistischen, gemeinen Ansichten. Ich nehme zur Ehre unserer Demagogen noch an, daß sie wenigstens zum größeren Theile nicht absichtlich diesen Zustand hervorgerufen haben, er ist aber ein ganz natürliches Ergebniß ihres widerlichen, abscheulichen Treibens. O wie ist man getäuscht worden über den Zustand des deutschen Volkes! Diese Deutschen, die vor allen Völkern als die sittlichste, gebildetste Nation gepriesen wurden, die durch ihre Literatur und Philosophie alle Völker überstrahlen, diese durch ihre Treue, ihre Rechtlichkeit, ihre sittliche Reinheit fast sprichwörtlich gewordenen Deutschen begehen solche Schandthaten, wie die Ermordung eines Auerswald und Lichnowsky, und diese kannibalischen Mörder werden in den Blättern der anarchischen Partei noch vertheidigt, ja man erfrecht sich, sie in Volksversammlungen für Männer zu erklären, die sich um's Vaterland verdient gemacht haben!! Soll es dahin kommen, daß ein sittlicher Mann sein Vaterland verachten muß? Und welchen Genuß bietet dann das Leben noch dar? Als die ersten für die rothen Republikaner günstigen Nachrichten nach Altenburg gelangten, jubelten diese Menschen. „So ist es recht," hörte man hier und da, „so muß es überall hergehen." Der verneinende Geist des teuflischen Mephistopheles mit der rothen Hahnenfeder schritt trotzig über die Straßen. Desto niederschlagender waren freilich für diese Sorte von Halbmenschen die späteren Nachrichten, die alle edlen Männer mit Freude erfüllten, wenn bei solchen Umständen noch von Freude die Rede sein kann. Unter solchen Verhältnissen schleppen wir nun hier unser Leben dahin zwischen Furcht und Hoffnung, in ewiger Aufregung, in steter Unruhe; wir wandeln auf vulkanischem Boden. Und bei einem solchen Zustande erfrecht sich die Mehrheit unserer Landschaft in ihrem Proteste auszusprechen, Altenburg befinde sich in der vollkommensten Ruhe. Freilich Excesse sind in letzterer Zeit eigentlich nicht vorgekommen; das kommt aber lediglich daher, daß man die Demagogen hat gewähren lassen, und ihnen immer Alles nach Willen geschehen ist. Vor einiger Zeit wurde ein begriffsverwirrter Idealist, ein politisches Chamäleon, der Propagandist Dr. Douai wegen seines gemeinen republikanischen Katechismus vor's Stadtgericht gefordert; dies verursachte schon große Aufregung; Menschenhaufen sammelten sich auf dem Markte. Als aber der Herr Dr. nicht erschien, der indessen unbemerkt auf ein nahes Dorf geritten war, verbreitete sich das Gerücht, er wäre verhaftet! sogleich stürzten, als wenn das Vaterland in Gefahr wäre, von allen Seiten mit Flinten und Sensen Bewaffnete herbei, um ihren Liebling zu befreien. Das ist Ruhe. Als die Nachricht vom Einrücken der Reichstruppen und der Verlegung unserer Garnison sich verbreitete, forderte unser Diktator in spe die Soldaten in einer Volksversammlung offen zur Meuterei auf und ließ sie eigenmächtig öffentlich noch einmal schwören; das ist Ordnung. Bevor die Reichstruppen einrückten, wurde die Bürgergarde zusammengetrommelt; da man nach allen Anzeichen schließen mußte, daß sie zu widergesetzlichen Schritten mißbraucht werden sollte, erschienen viele Gardisten nicht; diese wurden wie Sträflinge aus ihren Häusern herbeigeschleppt, und Vielen wurden später rothe Bänder angeknüpft. Das ist wahre Freiheit; da herrscht Gesetz und Recht. Der Drohungen, die vielfältig ausgestoßen werden, will ich gar nicht gedenken. Nach diesen Drohungen steht aber die persönliche Freiheit der Konstitutionellen, ihr Leben auf dem Spiele. Leider ist es dahin gekommen, daß wir vor einem Despotismus von Demagogen, vor einem Despotismus roher, ver-

wilderter Haufen nur durch Militärmacht geschützt werden können. Denn das ist gewiß, daß ohne die nachsichtsloseste Strenge und Energie in ganz Deutschland unser liebes Vaterland einem gräßlichen Abgrund, ja vielleicht seinem Untergange auf längere Zeit entgegengeht. Nur wenn die Hauptwühler unschädlich gemacht, streng auf den gesetzlichen Zustand gehalten wird, kann man hoffen, daß die verwilderten Massen wieder zahmer, wieder Menschen werden; denn starke Leidenschaft, Fanatismus kann aus Menschen Thiere machen. Möge die jetzige militärische Hilfe bei uns weise und vernünftig zur Aufrechthaltung der wahren bürgerlichen und politischen Freiheit benutzt werden; geschieht dies nicht, und das Militär verläßt uns wieder, dann — leb' wohl Licht und Freiheit; die Nacht bricht los!

** **Braunschweig**, 7. Okt. Es dürfte Ihnen erwünscht sein, auch von hier einige Notizen über den Eindruck zu erhalten, den die Frankfurter Ereignisse gemacht haben. Von brutalen Aeußerungen, wie sie an verschiedenen Orten in demokratischen Vereinen oder sonst vorgekommen, hat hier nichts verlautet. Manche glaubten im ersten Augenblicke, bei so heillosem Unverstande, bei solcher Tollwuth jede Hoffnung eines glücklichen Erfolgs des ganzen Unternehmens der Neugestaltung Deutschlands aufgeben zu müssen. Vor noch nicht langer Zeit, sagten sie, war das dritte Wort, unser geknechtetes, unser unglückliches, zerrissenes deutsches Vaterland! Wer arbeitet nun der Gewaltherrschaft mehr in die Hände, wer zerfleischt das Vaterland mehr, als das deutsche Volk selbst. Darin vereinigte man sich allseitig, daß Alles verloren sei, wenn man nicht mit der äußersten Energie entgegentrete. Die Wühlerei war auch hier stark im Zuge. Auch hier hatte die große Mehrzahl der damit keineswegs einverstandenen Leute nicht einsichtig genug zusammengehalten und nicht kräftig genug Widerstand geleistet. Im demokratischen Vereine hatte es an großen Worten nicht gefehlt über die Schmach, den Frevel an der Ehre Deutschlands durch den Waffenstillstand — nie werde man sich damit einverstanden erklären — die schwache Nationalversammlung müsse gesprengt werden (die Parole war auch hierher gegeben) u. s. s. Als die Nachricht von dem Mißlingen der Parlamentssprengung einlief, wurde man verdutzt und ging ganz still zur Tagesordnung über. Maulheldenthum und Prahlhanserei ist da nur zu viel, männlichen Ernst und Würde darf man nicht suchen. Die leidhafteste fast ungetheilte Freude erregten das Verhalten der Truppen in Frankfurt und die Maßregeln des Reichsministeriums. Man erinnerte sich, daß unter den Wühlern und deren Anhange ebensowenig echte Muth entwickelt worden ist, als unter der Mehrheit, die ihnen nur zu sehr das Feld gelassen. Man sagte: es wird eben nur darauf ankommen, Ernst zu zeigen und die Verächter von Gesetz und Ordnung werden bald genug unterducken. Manche hätten gewünscht, die seinwollenden Barrikadenhelden wären einmal losgekocht. Als der Aufstand in Frankfurt unterdrückt war, schienen sie ihre Hoffnungen auf Berlin, auf die zuerst verschwundenen, und wie man später hörte nach Berlin gereisten Agitatoren Lucius und Aronheim gesetzt zu haben. Die Herren kehrten indeß mäuschenstill zurück, und es regte sich nichts. Das Ansehen der Wühler ist stark im Sinken. Der Einfluß, den sie bei den weniger intelligenten geringen Bürgern gewonnen, war im Grunde nie sehr bedeutend, und es beginnt, daß den Leuten die Augen aufgehen. Sie hatten sich große Mühe gegeben, die Soldaten zu gewinnen, was ihnen jedoch gänzlich fehlgeschlagen ist. Vergeblich trommelten sie die jungern waffenfähigen Männer zusammen, die sich bereit erklären sollten, den Berlinern zu Hilfe zu eilen. Es wurden die allerwidersprechendsten Anträge gestellt und sämmtlich mit ungedrnem Beifall begrüßt. Mit den Beschlüssen und Thaten haperte es jedoch. Der derbe und gesunde niedersächsische Verstand macht sich mehr und mehr wieder geltend. Man höcte schon seit mehreren Tagen die „Arbeiter" sagen, wenn die Behörden die Ruhe nicht herzustellen vermöchten, so wollten sie es mit Knitteln versuchen. Nun ist denn auch eine Deputation, aus Maurern bestehend, zum Herzoge gegangen, um ihn zu bitten, der Wühlerei ein Ende zu machen, die ihnen die Arbeit verkürze, und ihm zu sagen, daß er im Nothfall auf sie zählen könne. Ein Dutzend anderer Arbeiter verfügten sich zu dem O'Connell Lucius, Arbeit zu verlangen, und schickten sich auf seine Erwiederung, er könne das nicht, an, ihm auf den Leib zu rücken. Er sah sich genöthigt, aus dem Fenster zu springen, und hat jetzt zu seinem Schutze Polizei im Hause. Sieht man die unerhörte Frechheit und Lügenhaftigkeit der Wühlerei mit an, so wundert man sich über nichts mehr, es sei denn über die eben so unbegreifliche Schwäche und verwerfliche Leichtgläubigkeit des Volks, das so lange, so bereitwillig sein Ohr gelieben. Doch nur Kraft! Wo sie sein wird, dahin wird die Popularität fallen. Die ganze Wühlerei ist zu wenig naturwüchsig, zu sehr gemacht, als daß sie an sich selbst sehr fürchterlich sein sollte.

* **Hamburg**, 7. Okt. Gestern und vorgestern begannen die Wahlen für unsere konstituirende Versammlung. Wahlumtriebe im großartigsten Sinne sind an der Tagesordnung; die Geldaristokratie wiebt durch Geld und ihren Einfluß; sie hat eigens Kolporteure angenommen, welche den Wählern für die Begünstigung ihrer Kandidaten 12 Schillinge anbieten. Diese Partei hat sich dadurch sehr geschadet, daß sie kein Programm veröffentlicht. Die liberale Partei wirkt durch Volksversammlungen, Vereine und sonstige Agitationen und versäumte nicht, ein Wahlprogramm zu veröffentlichen, welches folgende 11 Punkte enthält: „1) Vollständige und ungesäumte Durchführung der Grundrechte des deutschen Volks, wie sie von der deutschen Nationalversammlung festgestellt werden. 2) Gleiche politische Berechtigung für alle Staatsangehörigen, gleichviel welches Standes, Glaubens oder Vermögens. 3) Volksvertretung, also Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch vom ganzen Volke gewählte Abgeordnete. 4) Möglichste Vereinfachung, Sparsamkeit und Wohlfeilheit der Staatsverwaltung. 5) Gerechte Besteuerung nach dem Vermögen und Einkommen. 6) Herbeiführung eines unentgeltlichen Volksunterrichts und Staatsschulen für Jedermann. 7) Unparteiische, rasche, billige und öffentliche Rechtspflege, durch unabhängige Gerichte. 8) Gründliche Reform der Polizei. 9) Verantwortlichkeit der Beamten und aller Mitglieder der Behörden. 10) Zeitgemäße Reformen im Bürgermilitär. 11) Selbstständige Verwaltung der Kommunalangelegenheiten in den Vorstädten und dem Landgebiet durch die Ortsbehörden." Kein Tag geht vorüber ohne Anfeindungen in öffentlichen Blättern, jede Blöße wird gegenseitig auf das Schamloseste aufgedeckt und oft kommen Dinge zur Sprache, die keiner Partei angenehm sind. Die liberale Partei scheint aber abzuflauen, die 10 verbundenen Vereine haben bedeutend gewirkt und gerade die untern Klassen über ihre Gerechtsame aufgeklärt. Die nächsten Tage werden sehr bewegt sein; Hamburg wird einmal aussehen, wie eine sindentsche oder französische Stadt.

Spanien.

Madrid, 3. Okt. (Börse) 3% 19⅛ Papier, (Nach der Börse 19 Geld), 5% 10¼ Papier, (Nach der Börse 10⅛ Geld), Passive 3¾ Papier (Nach der Börse 3⅝ Geld).

Das in Barcelona erscheinende Journal Fomento vom 3. Okt. will wissen, Ametller sei über Ripoll Major eingerückt, er datirt von dorther seine ersten Bülletins, welche die Aufschrift tragen Dios y libertad (Gott und die Freiheit). Er nannte sich darin „General der Freiheitsarmee".

Die Königin hat der Wittwe des Generals Fulgesio, der bekanntlich in der Bekämpfung eines Aufstandes in unserer Hauptstadt fiel, außer dem Wittwengehalte von 8000 Realen, den sie bezieht, noch einen weitern Jahresgehalt von 12000 Realen bewilligt. — Ein Schreiben aus Ciudad Real vom 29. Sept. bestätigt, daß ein kleines montemolinistisches Detachement in diese Stadt eingerückt ist. Eine carlistische Bande, aus 200 Fußgängern und 25 Reitern bestehend, hat in der Nähe von Requena eine Abtheilung unserer Truppen zum Rückzuge genöthigt. In Clausa soll eine republikanische Schaar eingezogen sein. Wir entnehmen diese Nachrichten oder Gerüchte, die wir durchaus nicht verbürgen, dem esparteristischen Blatte Clamor publico.

Donaufürstenthümer.

Galacz, im Sept. Während die walachischen Zustände zunächst alle Aufmerksamkeit der Pforte und Rußlands in Anspruch nehmen, bleibt die unglückliche Moldau einer Lage preisgegeben, die vor dem Völkerrechte als schreiende Ungerechtigkeit bezeichnet werden muß. Fuad Effendi hat den Auftrag, nach Beendigung seiner walachischen Mission auch die moldauischen Zustände zu ordnen und den Fürsten Sturdza zur Verantwortung zu ziehen. Bis dahin werden aber die Kräfte des Landes vollends erschöpft sein und es ist unverantwortlich, daß die Moldau deßhalb, weil sie zwischen der Walachei und Rußland gelegen ist, den schweren

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Entwurf der deutschen Verfassung. Verhandlungen der Nationalversammlung vom 10. October) Heidelberg (Zittel's Amtsantritt. Der Beginn der Verfassungsberathung.)

Schweiz. Bern (Die Note des deutschen Gesandten.)

Auf der Gallerie der Paulskirche.

Börsenbericht aus Frankfurt. (Vom 10. October.)

Nachschrift.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 10. Okt. (Fortsetzung und Schluß.)

Entwurf.

Das Reich und die Reichsgewalt.

II. Die Reichsgewalt.

Art. I. §. 7. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus.

Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Consuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, so wie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.

§. 8. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht ständische Gesandte zu empfangen oder solche zu halten, mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupt.

§. 9. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt Verträge mit anderen deutschen Regierungen abzuschließen.

Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei.

§. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

Art. II. §. 11. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Krieges und Friedens zu.

§. 12. Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.

§. 13. Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten.

Diejenigen Staaten, deren Contingent weniger als eine Brigade (Division) von 6000 Mann beträgt, werden zu gemeinschaftlichen Ausbildungsverbänden vereint, welche unmittelbar unter der oberen Leitung der Reichsgewalt stehen.

§. 14. Die Reichsgewalt hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Controle.

Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Gesetze und Anordnungen des Reiches zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, so weit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird.

§. 15. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen.

§. 16. Die Kosten des Reichsdienstes werden vom Reiche getragen.

§. 17. Das Reichsheerwesen soll in Beziehung auf Feldzeichen, Fahneneid, Kommando, Militärgesetzgebung und Gerichtsbarkeit, Dienstzeit, Dienst- und Exerzierreglement gleichmäßigen Bestimmungen unterworfen sein.

Gleichmäßigen Bestimmungen unterliegt ferner die Beförderung, Pensionirung und Entlassung von Militärpersonen.

Besoldung und Verpflegung sind so zu normiren, daß sie unter Berücksichtigung der Landesverhältnisse für das ganze Reichsheer als gleich zu betrachten sind.

§. 18. Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Reichsgewalt.

§. 19. Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das übergelieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären.

Die Reichsfestungen werden auf Reichskosten unterhalten.

§. 20. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs.

Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte, der Kriegshäfen und Seearsenäle ob.

Die Ernennung der Flottenoffiziere geht allein vom Reich aus.

Art. IV. §. 21. Die Schifffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln.

§. 22. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen.

Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern.

§. 23. Die Abgaben, welche durch die Seeuferstaaten von den ihre Schifffahrtsanstalten benutzenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt.

§. 24. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleich zu stellen.

Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen.

Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse.

Art. V. §. 25. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über die für Schiffe oder Flöße fahrbaren Flüsse und die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüsse, über die dem allgemeinen Verkehr dienenden Kanäle und Seen, so wie über den Schifffahrtsbetrieb auf diesen Wasserstraßen.

§. 26. Alle deutschen Flüsse sind für deutsche Schifffahrt und Flößerei frei von Flußzöllen.

Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein.

Wie und mit welchen Mitteln für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit dieser Flüsse gesorgt werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz.

§. 27. Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Anker-, Schleußen-, und dergleichen Gebühren in den an diesen Flüssen und den Mündungen der Nebenflüsse gelegenen Orten unterliegen der Gesetzgebung und Oberaufsicht des Reichs.

Es darf in Betreff dieser Gebühren eine Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten nicht Statt finden.

§. 28. Flußzölle und Schifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladung nur durch die Reichsgewalt gelegt werden.

Art. VI. §. 29. Die Reichsgewalt hat über das gesammte deutsche Eisenbahnwesen das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht, so weit der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs es erheischen.

§. 30. Unter denselben Voraussetzungen hat die Reichsgewalt das Recht, Eisenbahnen anzulegen oder deren Anlage zu billigen, so wie vorhandene Eisenbahnen auf dem Wege der Enteignung zu erwerben.

Die Benutzung der Eisenbahnen steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei.

§. 31. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs wahrzunehmen.

§. 32. Der Reichsgewalt steht das Recht zu, zum Schutz des Reichs oder im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs, Landstraßen zu bauen, Kanäle anzulegen, Flüsse schiffbar zu machen oder deren Schiffbarkeit zu erweitern.

Sie hat für die Unterhaltung der so gewonnenen Verkehrswege zu sorgen.

Die bei derartigen Fluß- und Kanalbauten gewonnenen Barlandungen gehören dem Reich.

Art. VII. §. 33. Das deutsche Reich soll Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden mit Wegfall der Binnengrenzzölle.

Der Reichsgewalt bleibt es vorbehalten, auch außerdeutsche Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiet anzuschließen.

§. 34. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen.

§. 35. Die Zolleinkünfte werden nach Anordnung der Reichsgewalt erhoben und aus denselben ein bestimmter Theil nach Maßgabe des jährlich festzustellenden Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweg genommen. Das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt.

Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen.

§. 36. Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen.

§. 37. Der Reichsgewalt steht es zu, die Productions- und Verbrauchssteuern festzusetzen und zu überwachen, in so weit es sich durch die Aufhebung der Binnengrenzzölle nothwendig zeigt.

§. 38. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Gesetze.

§. 39. Erfindungspatente, die sich auf das ganze Reich erstrecken, werden von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt.

Art. VIII. §. 40. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über das Postwesen im deutschen Reich.

Ihr steht die Gesetzgebung über die Organisation des Postwesens, über die Tarife, die Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen zu.

§. 41. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur Seitens der Reichsgewalt geschlossen werden.

Wo Reichspostverträge geschlossen werden, erlöschen die Verträge mit einzelnen deutschen Postverwaltungen.

§. 42. Die Reichsgewalt hat die Befugniß, so weit es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines zu erlassenden Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung wohlerworbener Privatrechte.

§. 43. Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen zu benutzen. Weitere Bestimmungen sind einem Reichsgesetz vorbehalten.

Digitized by Google

Art. IX. §. 44. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen.

Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen.

§. 45. Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maß und Gewicht, so wie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen.

§. 46. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Zettelbank-Wesen in Deutschland.

Sie ist befugt, Zettelbanken anzulegen und ihre Anlage zu bewilligen.

Art. X. §. 47. Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind aus der Reichsgewalt unmittelbar zu bestreiten.

§. 48. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Zolleinkünften angewiesen.

§. 49. Die Reichsgewalt hat das Recht, in so weit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern auszuschreiben zu erheben oder erheben zu lassen, sowie Matrikularbeiträge aufzunehmen.

§. 50. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu contrahiren.

Art. XI. §. 51. Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reichs bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht.

Art. XII. §. 52. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren, so wie die gesetzlichen Normen für den Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzustellen.

§. 53. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob.

Sie hat die für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen:

1) wenn ein deutscher Staat gegen einen andern deutschen Staat in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird;
2) wenn in einem deutschen Staat die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint;
3) wenn die Regierung eines deutschen Staates die Verfassung desselben eigenmächtig aufhebt oder verändert und durch das Ansuchen des Reichsgerichtes unverzügliche Hülfe nicht zu erwirken ist.

§. 54. Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1) Erlasse, 2) Absendung von Kommissarien, 3) Absendung bewaffneter Macht.

§. 55. Der Reichsgewalt steht es zu, allgemeine Gesetze über das Associationswesen zu erlassen.

§. 56. Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen.

§. 57. Die Reichsgesetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland sichern.

§. 58. Der Reichsgewalt steht das Recht der Gesetzgebung zu, so weit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutz der ihr überwiesenen Anstalten erforderlich ist, so wie in allen Fällen, wo das Gesammtinteresse Deutschlands die Begründung gemeinsamer Einrichtungen und Maßregeln erheischt.

§. 59. Die Reichsgewalt wird Sorge tragen, daß durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volk gefestigt werde.

§. 60. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung von Reichswegen verbindliche Kraft.

Art. XIV. §. 61. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reich aus.

Die Dienstpragmatik des Reichs wird ein Reichsgesetz feststellen.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 10. Oktober.

* Auf die Zuhörer ist heute der beruhigende Einfluß der Grundrechtsberathungen wieder deutlich ersichtbar. Die Gallerien besetzen sich nur dünn, selbst in den Räumen, die für den allgemeinen Eintritt eröffnet sind, bleiben breite Lücken auf den hintersten Bänken. Von Gagern eröffnet die Sitzung und unter dem Vortrage des Protokolls von gestern füllen sich langsam die Plätze der Abgeordneten und die Bänke des Ministeriums. Indessen nimmt die Verhandlung doch sogleich einen lebhafteren Charakter an. Zimmermann von Stuttgart verliest nämlich von der Rednerbühne eine Verwahrung „von unseren Wählern und der ganzen deutschen Nation" wider die durch den Gesetzentwurf zum Schutze der N.-V. verletzten Grundrechte eines Theiles des deutschen Volks. Sie ist von zahlreichen Mitgliedern der Linken unterzeichnet. Eisenmann ferner erklärt für sich und im Namen mehrerer anderer Abgeordneten, daß sie für ihre Person keinen andern Schutz in Anspruch nehmen, als jeder andere deutscher Staatsbürger.

v. Vincke: „Es ist Sitte geworden, daß es der Minorität, aber auch einzelnen Mitgliedern der Majorität gestattet wurde, die Gründe ihrer Abstimmung motivirt zu Protokoll zu geben. Sind nun schon von vielen Seiten gegen diesen Modus Erinnerungen und Einsprüche erhoben worden, so glaube auch ich nicht, daß nach geschlossener Verhandlung dies parlamentarisch üblich ist. Ich will jedoch der Zeitersparniß wegen mich auf keine weitere Diskussion darüber einlassen. Heute aber hören wir zum ersten Mal, daß ein Beschluß der Majorität nicht nur der Kritik, sondern auch bitterem Tadel unterworfen wird. (Unruhe auf der L.) Ich spreche nicht gegen Hrn. Eisenmann's Verfahren, was ich für vollkommen loyal ansehe, sondern gegen die Erklärung, welche Hr. Zimmermann vorgetragen hat. Es ist nämlich darin unter andern tadelnden Bemerkungen ausdrücklich gesagt worden, es sei durch jenen Beschluß der Majorität die Würde der Nat.-Versammlung verletzt und dem Ehrgefühle einer nicht unbedeutenden Anzahl von Mitgliedern dieser Versammlung zu nahe getreten worden. Das ist eine Beleidigung der Majorität. Es kann Niemand gestattet sein, die Mitglieder in einer solchen Weise noch dazu persönlich anzugreifen; wir sind uns gegenseitig Achtung schuldig. Die Beschlüsse, welche hier gefaßt werden, werden als solche der Gesammtheit der Vertreter angesehen; wer sie verletzt, der verletzt die Vertreter und durch sie das Volk. Deßhalb hätte der Antrag an die Versammlung gerichtet werden müssen, ob überhaupt eine solche Erklärung zu Protokoll gegeben werden könne, oder ob dieselbe nicht einfach zurückzuweisen sei. „Der Redner stellt deshalb schließlich den Antrag: daß ein besonderer Ausschuß gewählt werde, zur Begutachtung des in dieser Beziehung künftighin zu beobachtenden Verfahrens. „Wenn es so fortginge wie bisher, wohin gelangten wir! Wir sind es der Ehre der Nation schuldig, ein solches Verfahren nicht länger zu dulden." (Widersprechender Eindruck im Hause. Beifall auf der Rechten, Unwillen links, in den Centren Schweigen.)

Wigard protestirt heftig gegen ein Ansinnen, wie es Vincke gestellt. Er sei Abgeordneter des deutschen Volks, fast er mit erhobener Stimme, Niemand solle ihn abhalten, seine Meinungen und Gründe hier offen zu legen. (Bravo von der Linken.)

Vogt v. Gießen. Sogar die Kritik der Versammlungsbeschlüsse soll der Minderheit verweigert werden? Er begreife einen Antrag nicht wie den von Vincke gestellten, und ebensowenig, daß der Präsident dazu das Wort gestattet habe.

Jetzer trägt gleichfalls eine von einer Anzahl Gesinnungsgenossen unterschriebene Verwahrung gegen das gestern votirte Gesetz vor, die in der Motivirung mit der Zimmermann'schen Erklärung meist übereintrifft, aber in der Form milder gefaßt ist.

Vincke's Antrag wird jedoch nur von einer geringen Minderheit für dringend erklärt und die Verwahrungen gehen also einfach in's Protokoll über.

Unter den sieben neu eingetretenen Mitgliedern der National-Versammlung ist der durch seine demokratischen Bestrebungen bekannte Julius Fröbel und der Dr. Libelt, welcher eine der hervorragendsten Rollen bei dem posener Polen-Aufstande und in dem darauf folgenden Prozesse spielte.

Fuchs berichtet schon heute für den Petitionsausschuß über den gestern von Eisenstuck wiederholt angeregten Antrag in Bezug auf die schwierige Geltendmachung von Rechts-, besonders Erbansprüchen deutscher Staatsangehörigen vor niederländischen Gerichten und Colonialbehörden. Nach der Ansicht des Ausschusses ist der Eisenstuck'sche Antrag, wie er denn auch einen besonderen Erbschaftsfall zur Veranlassung hat, dem Reichsministerium des Auswärtigen zu übergeben. Die Versammlung pflichtet dem Ausschußvorschlage bei, nachdem der Reichsminister der Justiz noch ausdrücklich die Bereitwilligkeit des Ministeriums zu erkennen gegeben, sich der gekränkten oder vorenthaltenen Rechtsansprüche deutscher Landsleute dem Auslande gegenüber mit Eifer anzunehmen. In Folge einer Anfrage über die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland besteigt der Reichsminister der Justiz alsbald nochmals die Tribüne. Es sei seine Meinung gewesen, daß der in Leipzig berathene Entwurf einer Wechselordnung, als trefflich von allen Seiten anerkannt, ohne weiteres der N.-V. vorgelegt und von ihr ohne Diskussion und Abänderung zum Gesetz erhoben werde. Allein der gesetzgebende Ausschuß habe ein solches Verfahren zu kurz und der Würde der N.-V. nicht angemessen gefunden und der Minister deßhalb sonst nichts in der Angelegenheit vornehmen können. Der Gesetzgebungsausschuß verspricht binnen 10 Tagen deßfallsigen Bericht. Noch erhebt

Beda Weber aus Tyrol eine Reihe von Interpellationen an das Reichsministerium, veranlaßt dazu durch die Zärtlichkeit und Vorliebe, die sich in Wien für nichtdeutsche Nationalitäten offenbare. Ein sofortiges Eingehen darauf findet nicht statt, denn

v. Schmerling hat die Anfragen Weber's erst gestern und somit zu spät behändigt erhalten, um schon jetzt darauf antworten zu können.

Für die jetzt beginnende Berathung der Grundrechte übernimmt Vicepräsident Simson den Vorsitz und zuerst ergreift

Biedermann das Wort, um den Antrag zu stellen, daß der zunächst zur Besprechung vorliegende, die wichtigen Fragen der Besteuerung, des Armenwesens ꝛc. umfassende §. 30 indessen ausgesetzt bleibe und sogleich auf §. 31 folgg. übergegangen werde. Nachdem Schoder, Rösler von Oels und Wigard in ähnlichem Sinne gesprochen und sich Biedermann mit ihrer Meinung vereinigt hat, wird im Sinne des Antrags entschieden und demnach zu §. 31 und 32 vorgeschritten, die von der Auflösung der Lehensverbande und von den Fideikommissen handeln. Für die Diskussion erhebt sich eine hinlängliche Anzahl von Mitgliedern und die Reihe der Redner wird von Moritz Mohl eröffnet, der sich mit vorzüglichem Nachdrucke gegen die Majorate — sowohl gegen die großgutsherrlichen als gegen die bäuerlichen — erklärt, was ihm beim Abgange den Applaus der Linken einträgt. Mölling findet ebenfalls die Rücksichten einer Kaste auf die Erhaltung ihres Familienglanzes durch das Mittel der Majorate und Fideikommisse durchaus unerheblich in Betracht zu den Forderungen des Gemeinwohls und auch ihn belohnt, statt der gänzlich mangelnden Aufmerksamkeit des Hauses, aus welchem mit den Abgeordneten auch der größte Theil der Zuhörer immer unwiderbringlicher verschwindet, der beifällige Dank einiger Meinungsgefährten. Lette erfüllt die Pflicht, den Vorschlag des Verf.-Ausschusses zu vertheidigen; v. Bally hingegen will die Freiheit so verstanden wissen, daß auch den Majoraten und Fideikommissen die Freiheit des Daseins nicht entzogen werde, das Einverständniß der Betheiligten dabei vorausgesetzt.

Langerfeldt warnt davor, die Fideikommisse mit einem Schlage zu vernichten. Die verschiedenartigen Landesverhältnisse seien zu berücksichtigen und daher der Landesgesetzgebung die Umgestaltung des Lehenswesens ꝛc. zu übertragen.

Nach den Reden Wedekind's, des Grafen Schwerin (für Aufhebung des Lehensverbands, aber nicht durch einen Akt der Revolution, sondern der Gesetzgebung) Löwe's von Kalbe (für leichteste Beweglichkeit des Besitzes und daß die Geburt für das Lotterbett der Faulheit für immer aufhöre, damit wir nimmer in Verhältnisse gerathen, wie wir sie mit Schrecken in Irland entwickelt erblicken), wiederholt sich immer lauter der Ruf nach Schluß der Diskussion. Der Schluß wird auf Befragen von der Mehrheit wirklich beliebt, die Abstimmung über die §§. 31 und 32 aber auf nächste Sitzung vertagt. §. 33. lautet im Entwurfe: Die Strafe der Gütereinziehung findet nicht Statt. Kein Redner hat sich dazu angemeldet, und ein Fall von nicht geringerer Seltenheit, kein Verbesserungsantrag ist dazu angemeldet.

Der §. wird glatthin angenommen. Auf die Diskussion der §§. 34 und 35 bis Art. VIII. der Grundrechte wird verzichtet, so daß es auch hier sogleich an die Abstimmung über die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und des privilegirten Gerichtsstandes gehen soll, der Vorsitzende jedoch ist von einer so drängenden Beschleunigung der Grundrechte, im Gegensatze zu der bisher üblichen Bedachtsamkeit, dermaßen überrascht, daß er sich außer Stand erklären muß zu einer wohlgeordneten Fragestellung. Nothgedrungen hält die Versammlung in ihrem gesetzgeberischen Geschwindschritte inne und vertagt die fernere Verhandlung auf Donnerstag den 12. Oktober.

△ **Heidelberg**, 9. Okt. Gestern wurde Pfarrer Zittel, Mitglied der Nationalversammlung, als Geistlicher bei der hiesigen Gemeinde zu St. Peter und Providenz, eingeführt. Der Kirchenältestenrath hatte einstimmig das Ministerium um die Ernennung Zittel's für die hiesige Stelle gebeten und ihm so Gelegenheit gegeben, an dem trefflichen Manne ein schweres Unrecht wieder gut zu machen. Fünfzehn Jahre lang ließ man ihn, einen der ausgezeichnetsten und begabtesten badischen Geistlichen, mit zahlreicher Familie auf einer geringen Landpfarrei sitzen, weil sein christlicher Glaube dem hohen Oberkirchenrath und sein politisches Bekenntniß der hohen Kamarilla mißfiel. Mit einer durch Geist, Gemüth und hohe Einfachheit gleichmäßig ergreifenden Antrittspredigt trat er sein neues Amt gestern an und die Gemeinde ist glücklich, gerade in dieser ernsten Zeit an ihm den rechten Mann für die Befriedigung ihrer kirchlichen Bedürfnisse erhalten zu haben.

= **Heidelberg**, 9. Okt. Mit wahrer Freude haben wir die Nachricht vernommen, daß die Versammlung in der Paulskirche endlich an die Berathung der Verfassung gehen wird und daß ihr Verfassungs-Ausschuß seinen bestallsigen Antrag gedruckt in die Hände der Abgeordneten hat gelangen lassen. Sie kennen mich von Ihrem früheren hiesigen Aufenthalt als einen unerschütterlichen Vertheidiger des Parlaments gegen alle Feinde, deren es, wie Sie wissen, hier zu Lande genug gibt. Aber wahrlich, es war allmälig zur sauern Arbeit geworden, die Vertheidigung fortzuführen und in den zweifelnden Gemüthern die Hoffnung aufrecht zu erhalten, daß die Versammlung überhaupt noch zur Berathung der Verfassung gelangen, daß nicht der mächtige Strom der ersten thatkräftigen Begeisterung am Ende in dem endlosen Sande der Berathungen über Grundrechte sich verlaufen werde. Nun fasse ich wieder neue Hoffnung, die Versammlung werde endlich einmal zu ihrer eigentlichen Aufgabe, der Verfassung, übergehen und diese frisch zu Ende bringen. Jeder Tag des Säumens ist von unberechenbarem Nachtheil; er vermindert die Zahl der Hoffenden und Gläubigen und vermehrt die Feinde und Zweifelnden; vor Allem aber schiebt er immer mehr die Verwirklichung all' der materiellen Hoffnungen und Wünsche hinaus, welche das Volk mit vollstem Rechte an seine Vertreter richtet. Keine einzige von all' den wünschenswerthen Einrichtungen, wie der deutsche Zollverein, die Münzeinheit, die Einheit in Maß und Gewicht, die handelspolitische Organisation Deutschlands gegen Außen, Abschaffung der Flußzölle und so viel Anderes mehr kann gefördert werden, so lange nicht die Verfassung zu Stande gebracht ist. Nicht einmal die Vorbereitungen zur einheitlichen Gesetzgebung in diesen Dingen können begonnen werden, so lange man eigentlich noch gar nicht weiß, was „das Reich" ist, was die Grenzen seiner Macht nach Innen und nach Außen sein werden. Darum nur einmal Hand angelegt an's große Werk, und lieber etwas Unvollkommenes gemacht als noch länger gesäumt! An Revisionen und Nachträgen wird es doch nicht fehlen, und es schadet auch nichts, wenn sich die Versammlung eine Hauptrevision nach Jahresfrist gleich vorbehält.

Schweiz.

) **Bern**, 7. Okt. Vor mir liegt die vom 4. Okt. datirte und an demselben Tage dem Bundespräsidenten übergebene Note der „deutschen Reichsgesandtschaft in der Schweiz an den hohen eidgenössischen Vorort." Sie betrifft den jüngsten Einfall Struve's in Baden und kann möglicherweise in ihren Folgen von solcher Bedeutung für Deutschland und die Schweiz werden, daß eine unparteiische Beleuchtung derselben hinlänglich gerechtfertigt scheint. Vorerst mußte es sehr auffallen, daß die Oberpostamts-Zeitung wörtliche Auszüge aus der Note brachte, zu einer Zeit, wo Herr Raveaux sich noch in Baden und Basel befand, um dort zu untersuchen, unter welchen näheren Umständen der Einfall geschehen war, und ob besonders die in der Oberpostamts-Zeitung aufgestellte Behauptung richtig sei, daß nämlich vom Schweizerboden aus ein „bewaffneter und wohl organisirter Einfall" stattgefunden habe. Wenn man also aus der schnellen Veröffentlichung der Note durch die Oberpostamts-Ztg. und den dort niedergelegten Behauptungen zu der Annahme berechtigt ist, daß das Reichsministerium die Note erlassen hat, ohne sich vorher über den Thatbestand genau zu orientiren, so ergibt sich auch aus der gereizten Sprache und Abfassung des Aktenstückes, daß es unter dem ersten frischen Eindruck der Ereignisse erlassen worden ist. Herr Raveaux scheint an Ort und Stelle des Einfalls eine andere Ueberzeugung gewonnen und darnach die Note geändert zu haben, denn von einem „bewaffneten und organisirten Einfall" enthält die vorliegende Redaktion nichts. Das aber gerade war die gravirende Beschwerde des deutschen Ministeriums, wodurch seine in harter Sprache abgefaßten Forderungen ihre Rechtfertigung erhielten. Mit diesen Prämissen hätten aber auch konsequenter Weise die Folgerungen anders ausfallen, wenigstens nicht so scharf hingestellt werden sollen. Daß aber die Voraussetzung von einem „bewaffneten Einfall von der Schweiz" aus falsch war, ergibt sich nun auf das Unzweideutigste aus allen bis jetzt bekannt gewordenen treuen Berichten. Struve selbst hat vor der standrechtlichen Kommission erklärt: „Bei dem Einfalle in Baden war meine Begleitung weder zahlreich, noch bewaffnet." Und in dem durch die Oberpostamts-Ztg. veröffentlichten zweiten Aktenstücke, einem Briefe an die Herren Becker in Biel, Zitz und Schlöffel in Frankfurt, datirt aus dem Hauptquartier Lörrach, den 22. Sept. Morgens 4 Uhr,

Digitized by Google

heißt es: „Wie erscheinen nicht bewaffnet als Eindringlinge von Außen, sondern gerufen von vielen einflußreichen Männern des Landes.“ Wie Augenzeugen und bisher erschienene Berichte, z. B. in der Kölnischen Zeitung, mittheilen, kam Struve mit höchstens 60 bis 100 Begleitern nach Lörrach, und diese zogen nicht in hellem Haufen auf, sondern dereinzelt, was an einem Markttage, wo viel Volk sich nach Lörrach begab, nicht im Geringsten auffallen konnte. Am allerwenigsten kann es den schweizerischen Behörden zum Vorwurfe gemacht werden, hierin nicht einen Ueberfall zum Umsturze der badischen Verfassung gewittert zu haben. Eine der härtesten Stellen in der Note lautet: „Die Vorbereitungen zu diesem Zuge konnten der Aufmerksamkeit der Kantonalregierungen unmöglich entgehen. Mußte dies der Fall sein, so hat die auffallendste Verletzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen stattgefunden, eine Verletzung, für welche die Regierung des Reichsverwesers hiermit eine vollständige Genugthuung in Anspruch nimmt und begehrt, daß ihr diese in kürzester Frist werde.“ Die Anklage gleichsam einer Mitwissenschaft, wenigstens einer stillschweigenden Zulassung von Seiten der Kantonsregierungen, trifft hart, und hätte nicht ausgesprochen werden sollen, wenn sie nicht mit bestimmten Thatsachen erhärtet werden kann. Ob solche dem Ministerium bei Abfassung der Note bekannt waren, wird sich bald herausstellen. Nicht nur den hiesigen Behörden und dem Publikum, ganz besonders aber auch den in Bern und in seiner Nähe lebenden deutschen Republikanern, die sonst vor Allem auf das Genaueste unterrichtet sind, diesen Letzteren hauptsächlich, wie ich Ihnen ganz zuverlässig versichern kann, kam die erste Nachricht von Struve's Einfall so plötzlich und unerwartet, daß man sich gegenseitig ansah und den Zusammenhang durchaus nicht erklären konnte. Man war überrascht, bestürzt und rief: Gegen alle Verabredung. Es kann nicht bezweifelt werden: die Mehrzahl der deutschen Republikaner in der Schweiz und in Frankreich wollten keine Schilderhebung. Es war beschlossen, aus dem Innern Deutschlands muß das Signal gegeben werden; von dem deutschen Volke muß eine allgemeine Erhebung stattfinden, wenn man auf Erfolg rechnen will; sonst arbeite man nur der Reaktion und der Soldatenherrschaft in die Hand. Es scheint, daß Struve aus seinem Hauptquartier in Lörrach erst an Heinzen, Becker ꝛc. geschrieben hat, und daß dann erst kleinere Schaaren, theils mit der Post, theils mit besonderen Wagen dem Schauplatze der Begebenheiten zugeeilt sind. Wenigstens Heinzen von Genf und die hiesigen Republikaner zogen ab, als schon die Nachricht von Struve's Fall bekannt war. Wenn also Struve auf eigene Faust handelte, von einem weitverzweigten Komplot und einer Organisation zum Zweck eines zweiten Einfalls nicht die Rede sein kann, wie will man von „Vorbereitungen“ zum Zuge sprechen, wie die Behauptung begründen, daß dieselben den „Kantonalregierungen unmöglich entgehen konnten“? Es ließen sich noch manche Betrachtungen über die Note anstellen; doch es genüge das Gesagte, um zu beweisen, daß sie schwerlich ihren Zweck erreichen wird, da sie auf irrigen Voraussetzungen beruht. Alle hier wohnenden Deutschen, die ich über diese Angelegenheit hörte, bedauern diesen neuen Anlaß, welcher der schweizerischen Presse, auch der für Deutschland stets wohlmeinenden, wie der „Basler Zeitung“, dem „Erzähler“ ꝛc. Stoff gibt, die deutschen Zustände in einer Weise zu besprechen, wie sie den Deutschen in der Fremde schmerzen, ohne daß er dagegen etwas sagen kann. Eine Antwort des Vororts soll in „kürzester Frist“ gegeben werden, so berichtet der Verfassungsfreund und fügt die Bemerkung bei: Es dürfte in den schweizerischen Archiven wohl schwerlich ein diplomatisches Aktenstück aufgefunden werden, welches die deutsche Note an Grobheit und gänzlicher Mißachtung der wahren Stellung von Staat zu Staat überbietet. Die Antwort wird würdig, bestimmt und ernst sein, wie es der Politik der Schweiz geziemt (?).

Auf der Gallerie der Paulskirche.

Es war das erste Mal, daß ich die Gallerie der Paulskirche betrat. Mit heiligem Schauer blickte ich herum in dem Raum, aus dem die deutsche Einheit, Freiheit und Macht hervorbrechen soll, wie die Blume aus der noch geschlossenen Knospe. Noch nie hatte ich den Eindruck gehabt, nicht in Träumen, sondern im wirklichen Leben, Deutschland rein und unmittelbar vor mir zu sehen. Hier sprudelte die Quelle, auf die man mit der Hoffnung blicke, sie zu einem großen und mächtigen Strome wachsen zu sehen. Es war um mich ein schwirrendes Getöse, die Gallerien hatten sich schon ziemlich gefüllt, und man führte laute Unterhaltung; von den Abgeordneten erschienen erst Einzelne auf ihren Plätzen. Mein gieriges Auge haftete jetzt an den Versen zu beiden Seiten der Germania. Das „o gebt sie, o bringt sie“ widerte mich an. „Das ist doch zu arg,“ sagte ich halblaut, „in solcher Zeit solche Lebkuchenreime vor die Augen aller Welt zu bringen.“ „Warum denn zu arg?“ sagte ein ältlicher Mann, indem er sich lächelnd zu mir wandte. „Mir zeigt sich gerade darin ein entschiedener Fortschritt. Zu meiner Zeit sang man der Freiheit Mondscheinliebeslieder, z. B.

Freiheit, die ich meine,
Die mein Herz erfüllt,
Komm mit deinem Scheine,
Süßes Engelsbild.
Willst du nie dich zeigen
Der bedrängten Welt?
Fuhrest deinen Reigen
Nur am Sternenzelt?

Es waren gewiß weit bessere Dichtungen, als die dort, aber aus ihrer zarten Sentimentalität ließ sich schließen, in welcher ehrfurchtsvollen Ferne wir uns mit unserer Freiheitsliebe hielten. Man ist dem geliebten Wesen doch schon etwas näher gerückt, wenn man ihm Zuckerbäckereverse mit bestimmten Anspielungen auf ein näheres Verhältniß zustecken darf, als wenn man fern von ihm in stiller Einsamkeit ihm sehnsüchtige Lieder singt.“ Er machte für den Scherz ein etwas ernsthaftes Gesicht. „Aber glauben Sie denn,“ sagte ich, „daß das deutsche Volk die rechte Braut heimführen wird? Die Ereignisse der letzten Zeit erwecken doch nicht geringe Besorgnisse, und die sprechen sich im übrigen Deutschland noch lebhafter aus, als ich sie hier in Frankfurt finde.“ „Ich glaube an die schönste Zukunft für Deutschland,“ erwiederte er, „aber ich will nicht die Zeit bemessen, bis sie errungen sein wird. Fünf oder zehn Jahre sind für Deutschland eine kurze Zeit, aber uns Lebenden können sie sehr schwer fallen, die heranwachsende Jugend wird die Früchte genießen.“ Mein anderer Nachbar, ein schlanker Herr von dreißig Jahren, mit rosenrothem Gesicht und himmelblauer Halsbinde, mischte sich hier in's Gespräch. „Wir wären schon viel weiter,“ sagte er mit eindringlicher Stimme und heftiger Geberde, „wenn man den Hecker nicht mit fremden Bajonetten aus dem Lande gewiesen hätte. Ohne die stehenden Heere, die ihn zu Gunsten der Fürsten bekämpft haben, hätte Hecker längst dem deutschen Volke die Freiheit gebracht.“ — „Welche Freiheit meinen Sie denn?“ sagte der alte Herr. „Es gibt verschiedene Arten von Freiheit. Ein freies Leben führen wir, singen Schiller's Räuber; frei sind die Indianer, die in den amerikanischen Urwäldern jagen; frei sind die Nomaden, die mit ihren Herden von einem Weideplatz zum andern ziehen. Es ist eine edlere, eine künstlichere Freiheit, die ein civilisirtes Land wie Deutschland bedarf. Bringen Sie 50 Menschen in einen Wald, so kann ein jeder sich nach seinem Gefallen einen Platz suchen, führen Sie dieselben in einen Saal, so wird sich ein jeder nach dem andern ein wenig fügen müssen. Mögen die Leute das nicht, will einer den andern hinauswerfen, schlagen sie Tische und Stühle entzwei und reißen sie die Wände ein, so kann sich darin wohl ein lebhaftes Freiheitsgefühl zeigen, aber man wird sie doch mit Recht für rohes Gesindel halten.

(Fortsetzung folgt.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 10. Oktober.

5% Met. 72⅜ G.; 2½% ditto 37½ G.; Bankaktien ſl. — ſl. 500. Loose 116½ G.; ſl. 250. ditto 89½ G.; Bad. ſl. 35. Loose 25¾ G.; Hess. Rhnbr. 40 Loose 25 G.; Poln. ſl. 500 Loose — Friedrich Wilh.-Nordbahn 42⅜ G.; Berbach 67¾ G.; 3% inländ. Spanier 17⅞ G.; 4½% Belgische 73 G.

Die Stimmung an der heutigen Börse war lustlos und sämmtliche österr. Fonds wurden, ohne bedeutenden Umsatz, billiger abgegeben. Einige Ankäufe in 4½pCt. Belgische wurden zu 73pCt. ausgeführt. Der Hon el in Wechseln war nicht nennenswerth und die Preise derselben unverändert.

Nachschrift.

Die Wiener Briefe sind ausgeblieben. Es cursiren deßhalb bedenklicher, wenn auch durch Nichts verbürgte Gerüchte in der Stadt.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Kieffelbach

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 275. **Frankfurt a. M., Donnerstag 12. October.** **1848.**

Uebersicht.

Die preußische Volksvertretung und die deutsche Einheit.

Deutschland. Frankfurt (Die Ergänzungswahlen in der Nationalversammlung. Vincke als Parteiführer. Die Diskussion über die Schmidt-Wiesner'schen Angelegenheit. Die Parteischattirungen.) Wien (Die neuesten Vorgänge. Manifest des Kaisers. Annäherung der croatischen Armee.) Berlin (Einberufung des allgemeinen Kongresses der deutschen Demokraten. Die gemäßigte Linke und das Königthum. Die Sendung Stockmar's.) Koblenz (Mordanfälle.)

Frankreich. Paris (Weitere Beschlüsse der N.-V. über die Wahl des Präsidenten der Republik. Neueste Nachrichten.)

Börsenbericht von Paris (Vom 9. October.)

12. October.

Wir haben oft zu erkennen gegeben, daß wir eigentlich jeden Tag für verloren achten, an welchem die preußische Versammlung zur Vereinbarung einer Verfassung sich mit andern Dingen beschäftigt, als mit ihrer Aufgabe. Aber den letzten Dinstag nehmen wir aus. Wir glauben, daß an diesem Tage die Versammlung ihre Pflicht erfüllt hat, obgleich sie nichts anderes ausrichtete, als daß sie mit allen Stimmen gegen siebenzehn beschloß, zu erklären: „daß sie mit Bezug auf das Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland vom 28. Juni dieses Jahres die Ueberzeugung von Sr. Majestät Regierung hegen wolle, daß dieselbe zur Ausführung aller Beschlüsse der provisorischen Centralgewalt und der deutschen Nationalversammlung in den neudrohenden Verwickelungen der dänischen Frage pflichtmäßig und kräftigst beitragen werde." Indem die preußische Versammlung der deutschen, wie Abgeordnete und Minister es ausdrückten, brüderlich die Hand reichte, erfüllte sie einen Wunsch, den jeder Vaterlandsfreund lange gehegt hat.

Wie oft haben wir von den Frankfurter Abgeordneten Klagen gehört, daß die Berliner Versammlung mit der ihrigen so wenig Hand in Hand gehe! Namentlich in der letzten Zeit, als wegen des dänischen Waffenstillstandes ein Bruch zwischen Preußen und Deutschland drohte, bedauerte man in Frankfurt, so wenig von der Stimmung in Berlin zu wissen. Ein Abgeordneter der Linken durfte laut erklären, selbst die preußische Versammlung theile in vollem Maße die allgemeine Entrüstung über den schimpflichen Waffenstillstand, während ein Abgeordneter der Rechten sich äußerte, die Berliner Versammlung verdiene mit Ordnungsrufen auseinander gejagt zu werden, wenn sie den Waffenstillstand nicht billige. Ja, in Berlin, unter den preußischen Abgeordneten selbst, herrschte Ungewißheit über die eigentliche Stimmung der Versammlung. Daß wenigstens Preußens Ehre bei dem Waffenstillstande verpfändet sei, was man auch von Deutschlands Ehre dabei denken mochte, war freilich eine Ueberzeugung, die sich nicht leicht abweisen ließ. Aber die Frage kam nicht einmal bei den Parteiversammlungen ernstlich zur Sprache. Die Berliner Versammlung kümmert sich überhaupt wenig um auswärtige Angelegenheiten und thut wohl daran. Diese Angelegenheiten werden selbst von gewöhnlichen gesetzgebenden Parlamenten mit Zurückhaltung berührt und die Berliner Versammlung ist ausdrücklich nur zur Ordnung der wichtigsten inneren Angelegenheiten berufen.

Aber das Verhältniß Preußens zu Deutschland ist wahrlich auch eine innere Angelegenheit. Die Frankfurter und die Berliner Versammlung haben gesetzlich die wichtigsten Berührungspunkte. Die Verfassung selbst, welche in Berlin berathen wird, ist nur eine vorläufige, welche durch die Frankfurter Beschlüsse erst bestätigt oder abgeändert werden soll. Ein offen ausgesprochenes gutes Vernehmen zwischen beiden Versammlungen ist sehr wünschenswerth, um so wünschenswerther, als das preußische Ministerium durch seinen Vorbehalt, durch die verweigerte Huldigung, durch den Waffenstillstand zu Malmoe, durch seine ganze Haltung Preußen in den Verdacht gebracht hat, gleichgültig, wo nicht abgeneigt zu sein gegen Alles, was in Frankfurt für die deutsche Freiheit geschieht. Ja, dem früheren preußischen Ministerium ward offen vorgeworfen, es hätte die Volksvertretung hauptsächlich deshalb zusammenberufen, weil es von derselben unterstützt zu werden hoffe in preußischen Sondergelüsten. Von dem jetzigen Ministerium glaubt man, daß es der alten Zeit, den alten Ideen, wozu auch die eines abgesonderten Preußens gehöret, im Herzensgrunde weit geneigter sei, daß es jedenfalls auf die neuen Ideen nicht weiter eingehen werde, als die Volksstimme es unabweislich verlange.

Doppelt wichtig also war es, daß einem solchem Ministerium gegenüber die preußische Volksvertretung einmal den Wunsch, der im Herzen der Einsichtigsten des Volkes lebt, den Wunsch, Preußen und Deutschland durch die innigste Vereinigung sich gegenseitig stärken zu sehen, recht unverholen aussprach. Alle Umstände forderten dazu gerade jetzt besonders auf. Die kleineren Staaten Deutschlands, ja selbst Baiern, sind durch die im Innern drohenden Gefahren größtentheils dahin gekommen, ihr einziges Heil in der Reichsgewalt zu sehen und sich derselben bereitwillig unterzuordnen. Alle Welt fühlt, daß die Zeit gekommen sei, diese Reichsgewalt endgültig festzusetzen, und ist, durch die Ereignisse belehrt, dahin gekommen, Preußen den ihm dabei gebührenden ersten Platz nicht ferner zu mißgönnen. Nur verlangt man und darf verlangen, daß Preußen auch endlich nicht mehr bloß zuwartet, sondern sich thätig betheilige bei der deutschen Einheit, und da wo es den Preis gewinnen will, auch den Einsatz wage. Darum wird gerade jetzt der Beschluß der preußischen Versammlung in Deutschland und namentlich in dessen Mittelpunkte, in Frankfurt, einen günstigen Eindruck machen.

Einen noch besseren darf man sich davon in Kopenhagen versprechen. Die Dänen haben von Anfang an bei ihrem ungleichen Kampfe gegen Deutschland darauf gerechnet, daß die Deutschen ihre Einheit nirgend anders, als in patriotischen Liedern zu Stande bringen würden. Die deutsche Einheit ist ihr beständiger Spott. Durch den Vertrag von Malmoe wurden sie in ihren Gedanken bestärkt. Sie glaubten nun Brief und Siegel darüber zu haben, daß es ihnen gelungen sei, den mächtigsten deutschen Staat zu trennen von allen übrigen. Sie glaubten, daß Preußen seiner Ostseeküsten wegen um jeden Preis den Wiederausbruch von Feindseligkeiten vermeiden werde. In diesem Vertrauen wagten sie jenen neuen verblendeten Uebermuth gegen die Herzogthümer. Aber sie haben sich getäuscht. Sie sind in ihre eigene Schlinge gefallen. Auf den Buchstaben der Verträge gestützt, wollten sie in gar keine selbst offenbar durch Vernunft und Nothwendigkeit gebotene Abänderungen eines unvorsichtig abgeschlossenen Vertrages willigen. Sie schrieben nach

Digitized by Google

allen Ländern Europa's, um sich auf den Buchstaben des Vertrages zu berufen, sie glaubten auf die Unterstützung Englands und der übrigen Großmächte rechnen zu dürfen. Aber in der Hast ihres Uebermuthes begingen sie den Fehler, selbst zuerst den Buchstaben der Verträge zu verletzen. Englands Gunst ist verscherzt. In Deutschland sind jetzt alle Parteien vereinigt. Dänemark selbst hat den Waffenstillstand verletzt, und damit aufgehoben. Von der Ausführung der unausführbaren Bedingungen kann ferner vollends nicht die Rede sein. Deutschland ist bereit, jenen schwierigen Kampf, den „Kampf des Löwen mit dem Haifische", wie ihn Fürst Lichnowsky in seiner letzten Rede nannte, wieder aufzunehmen, und das einzige Bedenken dabei, ob Preußen auch, wenn alle Vernunft, was wir noch immer nicht hoffen, an Dänemark verloren sein sollte, den Kampf von Neuem wieder aufzunehmen, von Neuem für Deutschland zu handeln und zu leiden, sich willig finden lassen würde, diese Bedenklichkeit ist durch jenen Beschluß der Nationalversammlung gehoben. Dänemark sah, wie Shylock, nur auf seine Schuldverschreibung; es wollte durchaus das Pfund Fleisch aus unserem Leibe schneiden, und muß jetzt beschämt wie Shylock von dannen geh'n.

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir heilsame praktische Folgen aus jenem scheinbar unbestimmten und theoretischen Beschlusse der Preußischen Nationalversammlung ableiten. Wir haben auch gern einmal alle Parteien zu einem Beschluß vereinigt gesehen der wahrhaft zum Wohle des Vaterlandes dient. Nach der unnatürlichen Erhitzung der Leidenschaften scheint überhaupt etwas mehr Besonnenheit in die Versammlung zurückgekehrt. Die äußerste Partei, welche im Grunde gar keine monarchische Verfassung mehr will, steht ziemlich vereinsamt da. Radbertus, welcher jenen Antrag stellte, und seine Partei, die gemäßigte Linke, fangen auch nachgerade an zu fühlen, daß sie, mit den Republikanern eng verbunden, nur deren Werkzeug sein würden.

Deutschland.

x **Frankfurt**, 10. Okt. Fast täglich wird in der Paulskirche der Austritt eines oder mehrerer Mitglieder verkündet. Von den mannigfachen Betrachtungen, welche sich hieran knüpfen, sei es vergönnt hier eine hervorzuheben. Es kann nicht ausbleiben, daß auf diese Weise häufig neue Wahlen nöthig werden, zumal seitdem man in Preußen, ob mit Recht, möge hier dahin gestellt bleiben, angefangen hat, nicht die früher erwählten Stellvertreter eintreten zu lassen, sondern neue Wahlen anzuordnen. Daß diese in einer Weise ausfallen mögen, welche die bisherige Majorität der Nationalversammlung nicht schwächt, sondern verstärkt, ist zu hoffen und von dem gesunden Sinne des größeren Theils des deutschen Volkes zu erwarten. Es scheint aber nicht blos wünschenswerth, daß besonnene, der Einheit und wahren Freiheit Deutschlands ergebene Männer gewählt werden, sondern es würde in vieler Beziehung erfreulich sein, wenn diese Gelegenheit benutzt würde, um Männer von höherer politischer und staatsmännischer Erfahrung, die bei den ersten Wahlen übergangen sind oder an dem Eintritte verhindert wurden, für die Folgezeit der Versammlung zu gewinnen. Andere werden Andere begehren können; wir meinen beispielsweise: Baron v. Arnim, zuletzt auswärtiger Minister in Berlin; Beseler, bisheriger Präsident der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein; Camphausen, preußischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt; Duckwitz, Reichsminister des Handels; von der Pfordten, sächsischer Minister; Baron Stockmar. In England und Frankreich würden die Wähler nicht zweifeln, solche Männer bei wichtigen Berathungen über die höchsten Interessen des Vaterlandes zuzugesellen und gerne provinzielle Combinationen dagegen zurücktreten lassen.

† **Frankfurt**, 11. Sept. Kaum ist v. Vincke als Parteiführer der Rechten aufgetreten und alle Angriffe der Linken richten sich auf ihn; innerhalb und außerhalb der Paulskirche kommen Invektiven gegen diesen rüstigen Kämpfer. Wie Mancher schärft jetzt seine Worte zu kleinen Seitenhieben gegen die unerschütterlichen Grundsätze des Mannes, welcher einer der Ersten vor einem Jahre mit Kühnheit vortrat und Worte im Berliner Königsschlosse sprach, die in ganz Deutschland widertönten. Damals wurde man nicht so gar leichten und wohlfeilen Kaufs ein „Volksmann" und „Freiheitsheld". Es gehörte noch ein wenig Muth dazu — mehr als Mancher von Denen, die Alles was rechts sitzt ächten und verdammen möchten, besitzen dürfte. Als neulich Herr Schoder sein hochtrabendes Roß bestieg, um so gar feierlich von oben herab alle möglichen leichtsinnigen und böswilligen Absichten dem Führer der Rechten unterzuschieben, welchen er selbst zu persönlichen Aeußerungen veranlaßt hatte, als er eine so gar großartige, erhabene Positur annahm, da fragten wir uns ganz leise: „was und wo mag nur dieser große Mann damals gewesen sein, als Vincke im weißen Saale in Berlin seine Landtagsrede hielt?" — Gestern und vorgestern bereits hörte man unter den Zuhörern häufig die Frage, ob denn nicht der Bericht über die bekannten skandalösen Scenen bald erstattet werden würde? Es kann uns erfreuen, daß ein Theil derselben auf eine löbliche Weise der Vergessenheit übergeben worden und hinsichts des bevorstehenden Berichts über den Schmidt-Wiesner'schen Antrag läßt sich erwarten, daß eine Diskussion bei geschlossenen Thüren stattfinden werde, da die Angelegenheit eine reine „Familienangelegenheit" ist, und wahrscheinlich zu neuen Aufregungen Veranlassung gibt. Den Beschluß zu publiciren bleibt ja doch der Versammlung unbenommen.

Die Parteien der Nationalversammlung sind gegenwärtig in neun Gruppen getheilt, die wir nachstehend nur bezeichnen wollen, uns vorbehaltend, künftig ein Mehreres über sie mitzutheilen. Wir fangen bei der Rechten an und gehen nach links: 1) Steinernes Haus. 2) Vincke'sche Partei. 3) Casino. 4) Landsberg. 5) Württembergee Hof, a) Die ausgeschiedene Majorität desselben. 6) Württemberger Hof, b) mehr links. 7) Westendhalle (Versammlungsort auch der Landsberg). 8) Deutscher Hof. 9) Holländischer Hof.

Die Wiener Vorgänge.*)

** **Wien**, 6. Okt. 3 Uhr Nachmittags. Sachen werden Barrikaden gezimmert. Der heutige Tag war schrecklich und läßt noch Schrecklicheres befürchten. Der Grund der heutigen Bewegung ist zu suchen in dem heute erlassenen Befehle, nach welchem die hiesige Garnison nach Ungarn beordert wurde und durch neue galizische Regimenter ersetzt werden sollte. Es ist dieß eine Politik des Ministeriums, das Militär ist mit der Nationalgarde und Legion verbrüdert, und dieß ist ihm mißliebig. Heute Morgen sollten nun die Regimenter Hrabawsky, Baden und Hessen diesem Befehle nachkommen, allein sie weigerten sich, demselben Folge zu leisten. An der Tabarbrücke angekommen, wollten sie nicht weiter marschieren, zerstörten einen Theil der großen, über die Donau führenden Brücke, die Arbeiter der Nord-Bahn verbarrikadirten die Bahn, Nationalgarden und Akademiker gesellten sich zu den Truppen. Generalmajor Graf Brede führte das Regiment Nassau Infanterie gegen diese widerspenstigen Truppen und Garden, und als er das Kommando zum Feuern gab, streckte ihn auch schon die Kugel eines gut zielenden Akademikers nieder, das Regiment wurde zurückgedrängt und ein Mediziner erbeutete den Hut des gefallenen Generals, welcher im Triumphe auf die Universität gebracht wurde. Ein Regiment Harbegg-Kürassier, welches der Infanterie mit 4 bespannten Kanonen Succurs leisten wollte, wurde zurückgedrängt, die Kanonen vom Volke erbeutet und Nationalgarde, Legion und befreundete Soldaten ließen ein mörderisches Pelotonfeuer auf ihre Gegner spielen. Gegen 50 Mann fallen vom Nassau-Infanterie-Regiment theils gefallen, theils schwer verwundet sein; aber auch in den Reihen der Nationalgarde und der Legion sind bedauerliche Verluste vorgefallen. Von der 8ten Medizinee-Kompagnie sind 2 gefallen und der bekannte Dichter L. A. Frankl schwer verwundet. Nachdem das Militär zurückgedrängt, verließen Nationalgarden und Legion den Kampfplatz und zogen in die Stadt, sperrten die Thore ab und besetzten die Basteien, auf denen sie ihre Kanonen aufführen ließen. Doch das Schrecklichste, was ich Ihnen heute berichten kann, ereignete sich um 1 Uhr Mittags: die Nationalgarde des Bezirkes Wieden kehrte von der Jägerzeile durch die Stadt durch; am Stephans-Platze angekommen, wurde von der Garde des Kärnthnerviertels, seit lange als das Nest der Reaktion bekannt, auf sie, die keinen Ueberfall ahnten, meuchlerisch aus den Fenstern geschossen. — Die Wiedener Garde, tapfer und immer voran, wenn es gilt, blieb ihnen nichts schuldig, das Kärnthnerviertel retirirte in die Kirche und schoß auch aus derselben fortwährend heraus, bis Militär, Jäger und Pioniere plötzlich mit einer Batterie den Stephansplatz

*) Wir haben diese 4 Briefe bereits gestern Abend unsern hiesigen Abonnenten in einer Extra-Beilage mitgetheilt. A. d. R.

füllten und mit Kartätschen unter's Volk feuerten. Nun ging der Sturm los, unter dem Sturmgeläute aller Glocken rannten Tausende von Menschen in's bürgerliche Zeughaus, um sich Waffen zu holen, Barrikaden wurden gebaut, viele Mitglieder der Kammer versammelten sich in Folge eines Placates in der Reitschule und beschlossen unter dem Vorsitze des extemporirten Präsidenten Pillersdorf, da Strobach nicht zugegen war, eine Deputation an's Ministerium und eine Friedensdeputation an's Volk zu schicken. Von den Ministern war keiner zu finden, bis auf den Handelsminister Hornbostl, welcher in der Reichskammer sich befand. Latour hat sich, so wie Bach verborgen, denn beide wurden bereits Mittags von einem zahlreichen Volkshaufen gesucht, der die furchtbare Drohung, beide zu hängen, laut vernehmen ließ. So eben 4½ Uhr kommt die Nachricht in den Reichstagssaal, das Militär sei gänzlich aus der Stadt gedrängt und das Volk habe gesiegt. Der greise Borrosch, der muthige Kämpfer für Freiheit und Recht, reitet an der Spitze der Friedensdeputation in der Stadt herum, mit einer weißen, aus einem Vorhange des Reichstagssaales improvisirten Schärpe bekleidet und wird vom Volke mit Jubel begrüßt. So eben werden 4 Punkte von der Legion an das Ministerium gestellt: 1) Allgemeine Amnestie; 2) Einstellung des Feuerns; 3) Garantie der Errungenschaften und 4) Wahrung der deutschen Interessen.

So eben höre ich auch, daß die Sicherheitswache aus dem Liguorianer-Kloster auf's Volk geschossen, aber von demselben, meistens aus Arbeitern bestehend, entwaffnet wurde.

** **Wien**, 6. Okt. Abends 7 Uhr. Meine im früheren Schreiben ausgesprochene Prophezeiung ist auf eine schreckliche Weise in Erfüllung gegangen. Das Schießen in der Stadt dauerte fort, eine wüthende Volksmenge stürzte in das Hof-Kriegsraths-Gebäude, wo Kriegs-Minister Latour sich befand, und verlangte mit wüthendem Ungestüm nach ihm. Die vom Reichstage abgesandte Kommission, wobei Borrosch, Smolka, Sierakowsky, Goldmark und Fischhof sich befanden, wandten alle Kraft ihrer Rednergabe an, das Volk von dieser furchtbaren Justiz abzuhalten; Borrosch sprach mit edler Begeisterung zum Volke und schon schien es, daß seine Worte Eingang finden wollten in den aufgeregten Gemüthern, allein ein stärkerer Haufe drang weiter, Sierakowsky sprach versöhnende Worte, allein man antwortete ihm, Derjenige, der einen solchen Schuften noch vertheidigen wolle, verdiene selbst gedenkt zu werden. Fischhof, Goldmark, Smolka bestrebten sich, die Gemüther zu beruhigen, sie sagten dem Volke, daß nur über ihre Leichen eine Unthat an Latour geschehen könne, Garden versicherten auch der Kommission, den Minister zu schützen, der dem Reichstage übergeben werden sollte, doch kaum entfernten sie sich, so brach die Wuth neuerdings aus, es stürzte Einer aus dem Volke mit einer Hacke auf ihn zu und gab ihm einen Hieb auf den Kopf, (den ersten Hammerschlag wehrte Deput. Fischhof von ihm ab, und Latour verschied in seinen Armen mit den Worten: „ich bin tausendmal vor Kanonen gestanden, ich habe ein gutes Gewissen, ich bin in Gottes Hand") ein Anderer einen Stich in den Nacken, mehrere Wunden wurden ihm am Halse und ein Bajonnetstich im Bauche beigebracht, sodann wurde er nackt ausgezogen, und am Hofe auf den Gas-Kandeladern von einem Soldaten aufgehenkt, allwo er noch gegenwärtig den Neugierigen zur Schau ausgestellt, hängt. Mit gleicher Wuth sucht man auch nach den Ministern Bach und Wessenberg. Der Reichstag, welcher sich permanent erklärt, hat seinen Präsidenten, weil er in der Gefahr die Sitzung nicht eröffnen und präsidiren wollte, auf Antrag des Abgeordneten Löhner abgesetzt und den ersten Vice-Präsidenten Smetka beinahe einstimmig zum Präsidenten erwählt. Löhner beantragte, auch den Präsidenten Strobach in Anklagestand zu versetzen, welchen Antrag er aber später auf Anregung Goldmark's, welcher heute nur versöhnend zu wirken wünsche, zurückgezogen. Hierauf berichteten Sierakowsky, Fischhof, Borrosch und Goldmark über das bei Latour Vorgefallene. Minister Hornbostel bittet um das Wort, nicht als Minister, und auch nicht als Abgeordneter, sondern als Wiener Bürger (worauf Löhner sagt: und als ehrlicher Mann), mit Thränen in den Augen und sichtlicher Rührung bittet er, der hohe Reichstag möge eine Kommission aussenden, um einen ähnlichen Vorgang bei den anderen bedrohten Ministern zu verhüten. Der Reichstag beschließt, diese Minister in seinen Schutz zu nehmen. Es wird ferner beschlossen, eine Reichstags-Kommission an den Kommandirenden Wien's, Graf Auersperg, zu schicken, um das Militär über das Vorgefallene zu beruhigen und ihm die Weisung zu ertheilen, die Truppen aus der Stadt und selbst von dem Glacis in ihre Kasernen zurückzuziehen.

Die akademische Legion und der vierte Bezirk der Nationalgarde stellen sich dem Reichstage zur Verfügung und sind bereit dessen Befehle entgegenzunehmen. Das Volk verlangt den Rücktritt der Minister Bach und Wessenberg. Der Reichstag beschließt, eine Kommission an den Minister Doblhoff zu senden und ihn in's Haus bitten zu lassen, damit er mit Hornbostel die Exekutiv-Gewalt übernehme. Doblhoff war nicht zu finden. Es wurde ferner eine Reichstagskommission an den Kaiser abgeschickt, um Ihm das Bedauern des Reichstages über das Vorgefallene auszusprechen, und ihm die Versicherung zu geben, daß derselbe seinen Thron schützen wolle und Se. Majestät zu ersuchen, ein neues volksthümliches Ministerium mit Beibehaltung Doblhoff's und Hornbostl zu ernennen, das Manifest an die ungarische Nation zurückzunehmen und allgemeine Amnestie für Civil und Militär wegen den heutigen Vorfällen zu ertheilen. Der Reichstag beschließt ferner, dem Landvolke durch Benützung des Telegraphen beruhigende Nachrichten mitzutheilen und ihnen die Versicherung zu geben, daß der Reichstag den Thron schützen wolle. Löhner, ein unversöhnlicher Feind der Czechen, begibt sich auf die Rechte, und reicht allen hier befindlichen Czechen seine Hand zur Versöhnung, die bereitwillig angenommen wurde.

Aus dem kaiserlichen Zeughause ward vom Militär und wie man sagt, sogar von einem Theile der Nationalgarden geschossen. Der Reichstag beschließt, der academischen Legion das militärische Zeughaus zu übergeben, doch sollen Legion und Nationalgarde dem wegziehenden Militär zur Bedeckung mitgegeben werden, daß es vor der Volkswuth geschützt werde.

So eben kommt die Nachricht, daß zum Zeughause abgesandte Parlamentäre erschossen worden seien. Der Volksdichter Friedrich Kaiser, der als Parlamentär hinging, ist erschossen. Der heutige Tag zählt einige hundert Leichen, die theils auf dem Sandberge bei der Tabordrücke, theils am Hofe, Stephansplatze, beim kaiserlichen Zeughause, gefallen sind. Präsident Strobach, gleichfalls von der Volkswuth bedroht weil er sich weigerte, bei der gefährlichen Lage, in welcher sich die Stadt befindet, eine Sitzung zusammenberufen zu lassen, hat sich geflüchtet. Pridyl verwahrt sich und seine Kollegen vor jedem Vorwurfe der Feigheit, und versichert, daß weder er noch die anderen ihre Plätze verlassen werden und treu ihrer Pflicht ausdauren wollen. Er entschuldigt seine abwesenden Kollegen, welche durch die Umstände gehindert werden, an der Sitzung Theil zu nehmen. Wocel fügt noch hinzu, daß man den Bürgern Wien's und dem Landvolke zugleich die Bekanntmachung gebe, daß nicht der Platz, wo man sitzt, die Gesinnung ausmache, und daß, wenn man auch auf der Rechten sitzt, man dennoch für die Freiheit mit Blut und Leben einsteht. Der Reichstag beschließt aus der Mitte seiner Glieder einen Sicherheitsausschuß zu creiren, zu welchem die Wahl gleich vorgenommen wurde. Abgeordneter Scherzer wurde zum provisorischen Oberkommandeur der National-Garde erwählt. Soeben kommt die Nachricht, daß auch ein zweiter Parlamentär von dem im Zeughause befindlichen Militär erschossen wurde. Es soll der Garde-Offizier Reschel sein. General Frank ist von der academischen Legion gefangen genommen und unter ihrem Schutze vor der Volksjustiz gesichert. Der Reichstag erläßt an die Direction der Südbahn den Befehl, keine Truppen auf derselben zu befördern, einen gleichen an die Direction der Bruckee Bahn.

Von der aus dem Reichstage gewählten Kommission zur Aufrechthaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit sind folgende Anordnungen getroffen und in Vollzug gesetzt worden: 1) Entwurf einer Proclamation an das Volk. 2) Wurde das Ministerium aufgefordert, den Abgeordneten Scherzer zum prov. Oberkommandanten der Nationalgarde zu ernennen. 3) Wurde eine Proclamation an das Volk berathen und angenommen, enthaltend das Versprechen, für die Entfernung des Militärs und für eine allgemeine Amnestie wegen der heutigen Vorfälle Sorge zu tragen. 4) Ein Befehl an den Nationalgarde-Oberkommandanten, das Feuern beim Zeughause auf beiden Seiten einzustellen. 5) General Frank ist unter den Schutz des Reichstags gestellt. 6) Wurde der academischen Legion zugesagt, Mittel zu treffen, um sie mit Munition zu versehen. 7) Aufteag an den Obercommandanten, die Nationalgarde

Digitized by Google

zu veranlassen, daß die Beschlüsse der permanenten Commission vollführt werden. 8) Proclamation an das Volk mit der Zusicherung, daß sich die Mitglieder des Reichstages in den Tagen der Gefahr stets vollzählig in den Sitzungen einfinden werden. 9) Vollmacht an einen Nationalgarde-Offizier, weitere Angriffe auf das kais. Zeughaus abzuhalten. 10) Daß für den Augenblick das kais. Zeughaus der Legion nicht übergeben werden könne, sondern daß sich das Volk zurückziehen solle und die Straße zum Zugange desselben abgesperrt werden soll. Um 9¼ Uhr macht Abgeordn. Umlauft die Mittheilung, daß es einem Officier der Nat.-Garde gelungen sei, das Feuern beim Zeughause auf beiden Seiten einzustellen, und die permanente Commission wird Sorge tragen, das kais. Zeughaus der academischen Legion einzuräumen. Kurze Zeit später theilte Hubicki mit, der Commandirende von Wien habe erklärt, daß er das Feuern einstellen und das Militär in die Kasernen habe konsigniren lassen. Kaum ¼ Stunde später hört man wieder schießen und die Nachricht kommt, daß vom Zeughause aus geschossen wird.

9¾ Uhr. In allen Vorstädten wird Sturm geläutet, Wachtfeuer auf den Bergen, der Landsturm soll im Anzuge sein. Das Feuern aus dem Zeughause dauert fort, Nationalgarde schießt auf Nationalgarde, die academische Legion mit dem Theile der Nationalgarde, der mit der Legion sympathisirt, beabsichtigt das Zeughaus zu stürmen und von rückwärts von der Bastei mit Kanonen zu demoliren. Aus dem Zeughause wurden Congreve'sche Raketen geworfen. Um 10¼ Uhr kommt die Nachricht, daß sich ein großer Volkshaufe vor der Wohnung des Präsidenten Strobach sammelt und die Sicherheit seiner Person bedroht, die permanente Commission trifft Anstalten zu seinem Schutze. Nachdem das Feuern aus dem Zeughause nicht aufhört, erhält der Obercommandant der Nat.-Garde von der permanenten Commission den Auftrag, Alles aufzubieten, um dem Feuern Einhalt zu thun, wozu sich die Garde von Fünf- und Sechshaus, die sich heute besonders ausgezeichnet hat, freiwillig anbietet. Violand berichtet, daß das Volk den Wunsch ausdrücke, daß Erzherzog Franz, Erzherzogin Sophie und Erzherzog Ludwig auf mehrere Jahre aus dem Lande verbannt werden sollen. In der Journalistenloge circulirt folgende Minister-Liste: Doblhoff, Präsident ohne Portefeuille; General Hanslab, Minister des Aeußern; Borrosch, des Innern; Brauner, der Justiz; Brestel, des Unterrichtes; Hornbostel, des Handels; Pillersdorff, der Finanzen; Studnicki, des Krieges; Prettis, der öffentlichen Arbeiten und Löhner, Unterstaats-Secretär im Ministerium des Innern. Diese Combination würde sehr entsprechend die Hauptprovinzen der Monarchie vertreten.

Um 11¼ kehrt die zu Sr. Majestät gesendete Deputation, unter ungeheurem Jubel des Volkes, welcher bis zum Reichstagssaale dringt, zurück; Pillersdorf stattet Bericht über den Erfolg ihrer Sendung ab, Se. Majestät habe die Deputation mit seiner gewöhnlichen Güte aufgenommen und Anfangs erklärt, er werde den wichtigen Gegenstand der Adresse in Erwägung ziehen und darüber Entscheidung ertheilen. Auf den Wunsch der Deputation, daß es sehr zur Beruhigung beitragen werde, dem Reichstage eine schriftliche Erklärung Sr. Majestät mitzutheilen, hat der Kaiser folgende Erwiderung der Deputation übergeben: „An den konstituirenden Reichstag! In Genehmigung der Bitte des Reichstags werden wir ein neues volksthümliches Ministerium bilden, dem meine gegenwärtigen Minister Doblhoff und Hornbostl beigezogen werden; mit dem neu zu bildenden Ministerium werden wir unverzüglich die zum Wohle der Gesammtmonarchie nöthigen Maßregeln berathen und sprechen die Hoffnung aus, daß die Bevölkerung von Wien, im Vertrauen auf die von uns stets genossene Gnade zur Wiederherstellung eines geordneten Zustandes kräftigst mitwirken werde. Unterz. Ferdinand. Schönbrunn den 6. Okt. 1848." Diese Mittheilung wurde unter stürmischem Beifallsjubel von der Versammlung entgegengenommen und dem Kaiser auf Anregung des Abgeordneten Zöpfl ein Hoch gebracht.

12 Uhr. Das Zeughaus steht in Flammen.

12½ Uhr. Der Brand dauert fort, man fürchtet die dort angeblich befindlichen Congreve'schen Raketen und die vorhandenen Pulvervorräthe, man gedenkt schon die 2 nächsten Häuser ihrem Schicksal zu überlassen und vom 3. das Dach abzutragen. Das Feuern ist auf beiden Seiten dort eingestellt. So eben verbreitet sich das Gerücht, der bisherige Justizminister Bach sei auf der Wieden beim Einsteigen in einen Fiacre erkannt und gefangen genommen worden.

1 Uhr. Das Militär hat sich beim Schwarzenberg-Palais aufgestellt. Man fürchtet, es beabsichtige die Stadt zu bombardiren.

1½ Uhr. Nachdem das Feuern aus dem Zeughause, sowie das gegenseitige in das Zeughaus nicht aufhört, sah sich die Kommission veranlaßt, einen dringlichen Aufruf an das Volk ergehen zu lassen, die Feindseligkeiten einzustellen, damit man in Stand gesetzt werde, nach Räumung des Zeughauses vom Militär dasselbe der Nationalgarde und der Legion zu übergeben.

3 Uhr. Es wurde abermals der Versuch gemacht, eine Deputation von Seiten des Reichstages, an die im Zeughause befindliche Mannschaft zu schicken, um dieselbe zur Einstellung des Feuerns zu bewegen. Die Deputation kam mit weißen Fahnen bis an das Thor, das Militär trat ins Gewehr, als aber der Parlamentär der Deputation sich näherte, empfing ein Kugelregen von Gewehr- und Kartätschenfeuer dieselbe, dem sie sich nur durch schnelles Zurückziehen und wie ein Wunder ohne Beschädigung entziehen konnte. Dieses widerrechtliche, starrsinnige Verfahren soll von einigen Compagnien der Nationalgarde des Wieden- und Schottenviertels herrühren, welche an jeder Rettung verzweifelnd, jeden Versuch zum friedlichen Ausgleiche zurückweisen.

Die permanente Kommission hat eine Note an den Kommandirenden Auersperg ergehen lassen, nach welcher er aufgefordert wird, sich den Beschlüssen des Reichstags zu unterziehen.

4¼ Uhr. Das Arsenal steht in Flammen, Nationalgarde und Legion, welche die Kanonen auf der Bastei gegen das Arsenal bedienen, fangen an zu ermatten, während die im Arsenal befindliche Mannschaft in wahnsinniger Verzweiflung ein unausgesetztes Feuer unterhält. Es wird in der Vorstadt allarmirt, um die ermatteten Garden abzulösen.

Endlich 6 Uhr Morgens kommt ein Offizier der Linie, abgesandt vom Kommandirenden Auersperg, um vom Reichstage Befehle über das Verhalten der Garnison entgegenzunehmen.

** **Wien**, 7. Okt., 8. Uhr Morgens. Um 6¼ suspendirte Vice-Präsident Smolka die Sitzung bis 8 Uhr, wo er die Mitglieder ersuchte, sich wieder einzufinden. Das Feuern aus dem Zeughause dauerte bis jetzt fort, und eben jetzt heißt es, daß sich die Mannschaft übergeben und abziehen will. Das Volk ist gewillt, das Militär abziehen zu lassen, doch die darin befindlichen Nationalgarden müssen zu seiner Verfügung gestellt werden. Der gestrige Tag und die heutige Nacht haben ungeheure Opfer gekostet, die todesmuthige Legion zählt allein 60 — 80 Todte, von den andern kann man noch nichts mit Gewißheit angeben, doch dürfte die Zahl der Gefallenen wohl 1000 übersteigen. Im Verlaufe des Tages werde ich das Nähere mittheilen. Die Garden der Stadtbezirke, Kärnthner- und Wimmerviertel werden, einem Antrage mehrerer Reichstagsabgeordneten zufolge, allem Anscheine nach entwaffnet werden, da die größte Schuld des ungeheuren Blutvergießens ihnen zur Last gelegt wird. Ich bin von der mehr als 26stündigen erschöpfenden Thätigkeit so ermüdet, daß ich einige Stunden der Erholung bedarf, nach welchen ich die weiteren Vorfälle schleunigst zu Ihrer Kenntniß bringen werde.

△ **Wien**, 7. Okt. Welch' einen Abend haben wir erlebt, die ersten Kanonenschüsse in der Stadt waren das Signal zum Aufstehen des Volkes in Masse. In wenigen Minuten waren die Truppen vom Stephansplatze zurückgedrängt, dann vom Graben, aus der Bognergasse auf den Platz am Hofe, und obgleich sie immer mit Kartätschen feuerten, wovon die Häuser auf diesen Punkten tausendfache Spuren tragen, eroberte das Volk die Kanonen selbst und drehte sie sogleich zum Feuern. Alles Militär wurde aus der Stadt geworfen und stellte sich auf den Glacien auf. Man sperrte die Thore und besetzte die ganzen Basteien mit schwerem Geschütze. —

Seit 1 Uhr hatte man nach dem Kriegsminister Grafen Latour, als den Machtträger der Camarilla und dieses coup — gesucht, das Kriegsministerium war von Tausenden von Menschen besetzt und umgeben, da die Menge behauptete, er sei darin, obgleich viele besonnene Männer diesen Glauben zu erschüttern suchten, um ihn noch retten zu können. — Er wird ganz oben im Gebäude gefunden, und gleich getödtet. Für heute erlassen Sie mir alle anderen Details, außer daß man ihn die Treppe heruntergeschleift, welchen Weg das Blut bezeichnet, und ihn dann, nachdem man ihm beinahe alles vom Leibe gerissen hatte, an die Gaslaterne vor dem Kriegsgebäude henkte. — Eine Freudensalve

Digitized by Google

von tausend Schüssen, die die Stadt erschütterte, sollte derselben zugleich mit den rohesten Attentaten gegen die Leiche — den Sieg des Volkes verkünden. — Wenn wir auch wissen, daß Latour konsequent seine Pläne des Angriffs und der Aufregung herbeizuführen suchte — daß namentlich die Universität noch ganz kurz zuvor von ihm gleichsam angegriffen wurde — so möchte, da das Volk vor Wuth schäumt, vielleicht ein mildernder Urtheilsspruch für diese so schauervolle und gräßliche That gefunden werden. Wie tief beklagen alle Rechtlichen daß die so reine und vorwurfsfreie Wiener Revolution nun diesen Blutflecken nachschleppen muß. —

Man besetzte sodann alle Zugänge zum großen kaiserlichen Zeughause, worin sich etwas Militär und 1200 Schwarzgelbe zurückgezogen hatten und fing sogleich an, mit schwerem Geschütze die Thore zu beschießen. Der Reichstag sandte den Abgeordneten Prestel mit einer weißen Fahne, um dem General den Befehl zu bringen, das Arsenal den Studenten zu überliefern. Die Schwarzgelben schossen den Parlamentär des Reichstags nieder; ob er noch lebt und nur sehr schwer verwundet ist, habe ich noch nicht in Erfahrung gebracht. — Einem zweiten Deputirten soll dasselbe geschehen sein (Gerücht); so ging es lange fort, die Studenten drangen öfter in die ersten Säle, und brachten jeder einen schönen Brustharnisch zurück, womit sie nun bekleidet sind. Bis diesen Morgen um 5 kämpfte man. In der Josephstadt, Roffau, in der Stadt tönten die ganze Nacht beinahe ununterbrochen die Sturmglocken. Gegen 1 Uhr in der Nacht hatten die Studenten das Zeughaus mit Pechkränzen angezündet und schienen entschlossen, von der „schwarzgelben Brut" keinen entrinnen zu lassen, doch als diesen Morgen Kanoniere und Grenadire friedlich und ohne irgend eine Beleidigung abgezogen waren, entschloß man sich zur Schonung und sandte die Garden einzeln nach Hause. Alles, was eine Waffe tragen kann, holt sich nun im Zeughause. Der Reichstag hat sich für allgemeine Amnestie für Militär und Civil ausgesprochen, zugleich sind die strengsten Befehle an die Eisenbahnen ergangen, kein Militär, unter was immer für einem Vorwande, gegen Wien zu befördern, und die bereits auf den Zügen, sogleich zurückzuführen. — War dieß ein Stückchen Reaktion, an welche die guten Leute nicht glauben wollen? Der Reichstag schlägt ferner dem Kaiser vor, ein volksthümliches Ministerium zu bilden, in welchem Doblhof und Hornbostel verbleiben werden. Der Kaiser gewährt Amnestie und diesen Vorschlag des Reichstags. Nun scheint er sich weiter damit zu befassen, die Erzherzogin Sophie und Franz Karl mit ihrer ganzen Familie auf zwei Jahre aus Wien, und den Erzherzog Ludwig auf immer zu verbannen.

Hr. Scherzer, Deputirter der Leopoldstadt, ist zum Kommandanten der Nationalgarde ernannt. — Er ritt gestern reitend durch alle Straßen und sagte ohngefähr: „wenn wir früh im Reichstage versammelt gewesen wären, so würden wir Sie und unser liebes Wien zu bewahren gewußt und nie geduldet haben, daß man ein so gräßliches und falsches Spiel spiele. — So haben aber diese saubern Herren darauf gerechnet, daß der Reichstag nicht beisammen sein — ꝛc."

Fünf Wagen mit Todten sind seit diesen Morgen, — wo die Stadt, wo unsere Arbeiter wieder mit seltener Loyalität und Rechtlichkeit — Ruhe halten, gegen das große Spital geführt worden. Sonst hat man noch über nichts nähere Angaben, da das Volk überall so zu sagen ohne Führer gekämpft hat. Man weiß die Zahl der Todten noch nicht genau, doch muß sie ungeheuer sein. In den Straßen sieht man förmliche Ströme von Blut. Das Militär zog sich unter Kartätschenfeuer und Kanonendonner vom Stephansplatz über den Graben. Dort theilte es sich in zwei Kolonnen, wovon die eine sich auf den Platz am Hof durch die Bognerstraße mit Kanonenschüssen den Weg bahnte ans Kriegsgebäude, die andere Kolonne kämpfte sich über den Kohlmarkt, durch die Herrengasse auf die Freiung an das General-Kommando, dort wurden die Kanonen vom Volke erobert, ebenso auf dem Hof. Auf diesem ganzen Wege sind alle Fenster bis in das vierte Stockwerk durch die Kugeln zersplittert und der Boden bedeckt mit Glasscherben. Gestern Abend um 11 Uhr wurde vor meinem Hause ein Geistlicher erstochen, welcher aus dem Hotel der Fürstin Brezgenheim in der Schwertgasse zwei N.-Garden erschossen hatte — eben wollte er auf einen dritten schießen, als er entdeckt wurde; er entfloh in Verkleidung, aber der Tod ereilte ihn an der Treppe der Liguorianer Kirche. Von dem schwarz-gelben Kärnthner-Viertel der National-Garde sind viele gefallen — sie schossen auf die Wiedner Garde vereint mit dem Militär, ohne angegriffen zu sein — aus blinder Wuth gegen die schwarz-roth-goldnen Wiedner!

Das Manifest vom 3. Oktober, welches Jellacic zum Militär-Kommissär in Ungarn ernennt ꝛc. sollte im gestrigen Familienrathe in Schönbrunn auf den eigenen Wunsch des Kaisers zurückgenommen werden, doch gebe ich Ihnen diese Nachricht nur als Gerücht.

So eben macht Minister Krous dem Reichstag die Eröffnung eines 3. Schreibens, worin der Kaiser anzeigt, er habe sich von der Hauptstadt entfernt, weil das Volk die ihm vor Kurzem ertheilte Freiheit mißbrauche, und er, der Kaiser, werde nun selbst die Maßregeln ergreifen, um die Ordnung herzustellen. — Die Minister weigern sich alle, dies Manifest zu unterzeichnen, der Reichstag hat eine Kommission zusammentreten lassen, um zu berathen, was nun geschehen soll.

Wahrscheinlich steht uns eine provisorische Regierung bevor.

†† **Wien**, 7. Okt. Ich muß von vorgestern beginnen, um Ihnen die Tagesgeschichte vom 6. Octbr. getreu zu geben, welche ganz Europa mit Entsetzen füllen wird. Am 5. October wurde die „Konstitution", ein radikales Tagblott, konfiszirt, weil sie den Todel aussprach, daß man den Kriegsminister trotz der geheimen Umtriebe noch nicht in Anklagestand versetzt habe und frei herum gehen lasse. Am 4. Oct. hielten die zum Abmarsche nach Ungarn bezeichneten Grenadiere und andere deutsche Soldaten ein Meeting in Währing. Es erschienen derlänfig 500 Mann dabei. Sie beschlossen, Soldeerhöhung, Abschaffung der Stockstrafe und Wechsel der Kommandanten zu verlangen; deßhalb zwei Deputirte pr. Bataillon zum Kriegsminister zu schicken. In der italienischen Grenadierkaserne gab's auch einen Krawall, die Italiener verweigerten ebenfalls den Abmarsch nach Ungarn. In der Stadt äußerten sich die Italiener „wir wissen schon, was wir zu thun haben, wenn wir doch nach Ungarn gezwungen werden." Am 5. Abends hörte man Jellacic sei geschlagen, Cötoös und Bathyani in Wien, und Zichy richtig von den Ungarn gehängt. Aus Böhmen waren 250 Husarrn zusammen desertirt und nach Ungarn gegangen. Jellacic glaubte man in Schönbrunn. Am 5. October erhielt das deutsche Grenadierbataillon Befehl zum Abmarsche nach Ungarn. Die Nationalgarden von Gumpendorf beschlossen denselben Abend, das Bataillon beim Abmarsche zu begleitrn, und bei der Eisenbahn dessen Abmarsch zu verhindern. Am 6. Morgens sammelten sich die Nationalgarden des Bezirkes Gumpendorf, und forderten die Grenadiers auf dem Abmarsche zur Eisenbahn auf, zurückzukehren. Die Grenadiere schwankten, gelangten aber unschlüssig zum Nordbahnhofe. Eine Abtheilung akademischer Legion und Nationalgarden empfing sie dort. Als der Kommandant des Bataillons sah, daß er hier nicht abfahren kann, marschirte er mit dem Bataillon zu der Taborlinie. Eine Barrikade am rechten Brückenkopfe wurde überschritten, am linken Brückenkopfe war eine stärkere Barrikade gebaut, und mit Nationalgarden besetzt. Es zeigte sich hier, welche Grenadiere gern nach Ungarn gingen, welche nicht. Die ersten überstiegen die Barrikade, die letzten blieben auf der Brücke. Die Avantgarde wurde aufgehalten. Garden und Grenadiere mengten sich nun auf der Brücke, die Rückkehr einer Deputation erwartend, welche aus Garden und Offizieren bestand, und den Reichstag fragen sollte, ob der Abmarsch des Bataillons gebilligt werde. Einer der abgeschickten Offiziere kam zurück, und sagte das Bataillon solle in die Stadt zurückkehren. Es war auch nichts anderes zu thun, denn die Brücken über die große Donau waren durch ausgehobene Bohlen ungangbar gemacht. Die Grenadiere und Garden fraternisirten und rüsteten sich zum Rückmarsche. In diesem Augenblicke krachte ein Pelotonfeuer, es stürzten fünf Garden todt nieder, Legionisten sanken verwundet zusammen. Das war meuchlings angegriffen. Die Stellung der Angegriffenen schützte sie vor größerem Verluste. Es begann ein mörderisches Feuer. Die Grenadiere zornentbrannt über den Verrath schossen tüchtig d'rauf. Der Feind war das polnische Regiment Nassau. Die Nationalgarde stürmte auf die Polen los, wobei sie drei Kanonen erbeuteten. Eine wurde gleich auf den Feind gerichtet, der Schuß tödtete viele. Die Garden brachten die Kanonen zurück, führten zwei in's bürgerliche Zeughaus, eine wurde in den Sumpf geworfen. Vom Regimente Nassau fiel der Oberst und sein Adjutant. Der kommandirende Brigadier General Graf Broida fiel ebenfalls und bei hundert Soldaten. Der Verlust der Garden war nicht so bedeutend.

Digitized by Google

Sie standen gedeckter. Das Militär retirirte. Die Grenadiere zogen mit den Garden in die Stadt. Einem bordirten Stabs-Offizershut trug ein Gardist auf der Bajonnetspitze als Trophäe. Die Vertheidigung der Stadt wurde vorherrirtet, als alle Gardrn eingezogrn waren. Die Thorr verrammelt und mit Pflastersteinrn belegt, konntrn Koetätschornschüssen und leichtem Geschütz widerstehen. Auf Bastionen und Mauern fuhr Geschütz auf, Garden und Legionisten besetzten die Wälle. Es war zwei Uhr Nachmittags. Die Akademiker wollten am Stephansthurme Sturm läutrn. Die Garde des Wimmer-Viertels verweigerte es, und trirb Akademiker, Garden und Volk mit den Bajonnetten zurück. Sie grmann nur einrn klrinen Vortheil, denn das Volk stürzte sich wüthend auf die Garden des verhaßten Viertels und vertrieb sir, der Hauptmann, welcher den Bajonnettangriff kommandirt hatte, wor der Banquier Stametz Moier. Er flüchtete sich in die Stephanskirche mit einigen Garden, welche herausschossen. Man verfolgte sie, schoß den Banquirr Stametz am Hauptaltar nirder, und tödtete die anbern. Zum ersten Male floß in dem alten ehrwürdigen Münster Blut. Zum ersten Male hallte profanes Geschrei innerhalb seinrr Mauern, rs war das erste Mal, daß des Domes Asylrecht verletzt wurde. Die Pioniers waren mittlerweile mit zwei Kanonen den Garden zu Hülfe gekommen, sie schossen Kartätschen auf das Volk, abee dieses kehrte sich nicht an den Kugelhagel und trieb die Soldaten über drn Graben nach dem Hof. Auf beiden Seiten waren Leute gefallen. Am Hof ging's hitzig hee. Mehrere Pioniers fielen. Die Garden erbeuteten eine Kanone. Die Soldaten worrn bis auf die Freiung zurückgeschlagen. Jetzt wurde das Kriegsgebäude gestürmt. Die Thore öffneten sich. Kürassiers und Kanonen standen im Hofe. Sie mußten absitzen, die Kanonen ausspannen. Die letzteren wurdrn als Brute ins bürgerliche Zeughaus gebracht. Deutsche Grenadiere hielten die Stiegen besetzt, sie mußten der Uebermacht weichen. Das Volk drängte über die Stiegen und nahm im zweiten Stocke einrn General gefangen, welchee zum Zeughaus geführt wurde. Früher schon fiel ein Militäroorzt als Gefangener dem Volke in die Hände. Einige brave Männer aus dem Volke retteten den beiden Offizieren das Lrben, wodri sie selbst Gefahr liefen, vom erbitterten Haufen niedergrmacht zu werden. Der Reichstag schickte jetzt drn Abgeordnetrn Borrosch als Friedensstiftrr zu Pferde durch die bewegtesten Gassen. Tausendstimmiges Hurrah empfing drn gefeierten Mann. Er ritt auf drn Stephansplatz und zum Hofkriegsgebäude, dort suchte das Volk nach Latour. Borrosch kam eben an, als der Kriegsminister aufgefunden war. Borrosch bewegte das Volk, srin Leben zu schonen. Man wollte den Minister durch eine starke Eskorte in Sicherheit bringen, dee Theil aber, welcher Borrosch's Rede nicht gehört hatte, fiel über die Eskorte her und schlug den Minister zu Boden. Seit drr unglückseligen Decharge beim Tabor hörte mon von drr Menge nur die Worte „Latour muß hängen". Das Entsetzliche führte dre rohr Hause aus. Der Leichnam wurde um 5½ Uhr Nachm. an rinrn Gaskandelaber vor dem Kriegsgebäude aufgehängt. Der Reichstag erklärte sich permanent und dekretirte in der Zwischenzeit, daß eine Deputation an den Kaiser abgeschickt werde, welche Abdankung drs alten Ministeriums, Ernennung eines neuen Ministrreatdes, Abzug des Militärs aus der Stadt, Rücknahme des Manifestrs an die Ungarn, Absetzung drs Jellacic, Ernennung des Abgeordneten Scherzer zum Nationalgardekommandanten zu verlangen hatte. Der Reichstag wählte aus seiner Mitte rin oberstes Executio-Komité, enthob den provisorischen Kommandanten Streffleur von der Leitung der Nationalgarde, und stellte den gefangenen General Frank unter den Schutz des Reichstages. Die Deputation an drn Kaiser fuhr um 8 Uhr Abends nach Schönbrunn. Borrosch, und wie ich glaube Hornbostel, befanden sich unter ihr. Das Volk wollte sich bewaffnen. Es verlangte Oeffnung des kaiserlichen Zeughauses. Die Kanoniere vertheidigten es. Die Nationalgarden vom Schottenviertel hatten sich den Kanonieren zugesellt. Um 10 Uhr verkündet ein Reichstagsabgeordneter die kaiserliche Amnestie, und bringt den Befehl dos Zeughaus zu räumen. Er war zu Pferde und trug als Parlamentärzeichen eine weiße Fahne. Die Garden schossen ihn aus dem Zeughause vom Pferde derab. Sturmgeläute und Kanonendonner dauerte die ganze Nacht fort. Die Kanoniere schossen aus dem Zeughause mit Granaten, die Nationalgarden beschossen es mit Zwölfpfündnern von drr Schottenbastei. Pechkränze flogen in das Arsenal. Das Militär zog auf Befehl des Kaisers unbewaffnet aus der Stadt Arm in Arm mit Bürgern. Die Manifeste des Kaisers mit den bewilligten Forderungen erschienen on allen Straßeneckrn, besonders jenes der Absetzung Jellacic's. Der Kaiser entfernte sich zu Fuß von Schönbrunn, nachdem er der Deputation bis um 12 Uhr Nachts Audienz ertheilte. Er soll jetzt in Lacenburg sein. Heute Morgens strömte das Volk in's kaiserliche Zeughaus., Jeder nahm sich Waffen. Die Schwerter aus drm 17. Jahrhundert liegen in der rinen Hand, das Augustinische Gewehr in der andern.

So zirht die Elite des Wienee Pöbels durch die Straßen. Im Zeughause ist rin wunderliches Treiben. Alles ist mit sich selbst beschäftigt. Man sucht die Bestandtheile der Gewehre aus verschiedenen Depots. Kistrn weeden aufgebrochen, die Waffrn herausgerissen. In den Kasematten des Zeughauses liegen 15 Centner Pulver, oben drennt es. Uebre die Brandstätte stürzt das waffengierige Volk Bajonettrn entgegen, welchr von schon Bethrilten herausgetragrn werden. Bei dem Sturme gegen das Zeughaus fielrn gegen virrzig Mann. Eine geringe Zahl im Verhältniß zur furchtbaren Kanonade. Die Kanonierbesatzung hielt sich sehr tapfer. Der Kommandant, ein Hauptmann, wollte sich nicht ergeben. Er folgte endlich dem kais. Befehle zur Räumung, worauf die akademische Legion und rine Nationalgarde-Kompagnie das Zeughaus besetzte. Auf dem Thore des Zeughauses steht zwae mit Kreide geschrieben „Nationalrigenthum" oder das Eigenthumsrecht wird sehe individuell verstanden, Jedee nimmt was ihm beliebt. Die kannibalische Lust, den aufgehängtrn Leichnam Latour's auf alle möglichr Weise zu verunglimpfrn, war ein grauenerregendes Schauspiel. —

Der Kaiser ist untee starker Militär-Eskorte gegen St. Pölten gefahren. Man weiß nicht, wohin er sich wendet. Die Abreise des schwachen Monarchen versetzt uns wiedrr in die alte Lage. Sein Hierbleiben hätte die Ruhr hergestellt, so versetzt ee die Residenz und die Provinzen in neue Verlegenheit: Der Kaiser Ferdinand hätte gestern vielleicht, dee einzige Mann auf der Welt, Latour rettrn können, wenn rr am hohen Markt im Kriegsgebäude rrschienen wäre. Das Volk behandelt ihn wie ein krankes Kind, dem mon Alles orrzeiht, um es durch Aufrelzung nicht kränkrr zu machen.

In heutigee Reichstagssitzung fehlt die ganze Rechte, mit wenigrn Ausnahmrn — der größte Theil drs Centrums; die Linke ist fast vollzählig.

Das italienische Grenadierbotaillon, welchrs nach Ungarn marschirrn sollte, blieb in Gänlerndorf stehen, und wollte sich mit dem Wiener Volke vereinen, konnte jedoch die abgebrochene Brücke nicht passirrn. Das polnische Militär hat sich aus dee Stadt zurückgezogen und steht beim Belvedree. Die Nord- und Südbahndirektion hat vom Reichstag den Befehl, keine Truppen nach Wien zu befördern.

Wien, 7. Okt. Der Pr. Staatsanzeiger enthält nachstehendes Schreiben von hier: Zwei hiesige Grenadier-Bataillone hatten den Befehl erhalten, nach Ungarn abzumarschirrn, rin Theil dieser Truppen hatte sich aber dieser Bestimmung widersetzt; sie wurden daher gestern morgen, als sie um 5½ Uhr ausrücken mußtrn, von einem Kürassier-Regiment eskortirt. An den Donaubrücken wurden sie indessen von bewaffnetem Landvolk empfangen, das sie nicht weitee ließ, mit drn Grenadieren fraternisirte und die Brücke zu demoliren anfing. Es rillen auch bold Nationalgarden zusammen und nahmen Partei für das Militär. Die Kürassiere, welche die Brücke nicht mehr überschreitrn konnten, mußten zurück. Es entspann sich bold darauf ein Kampf zwischen den Grenadierrn, National-Garde und Volk auf der einen und einem Füsilier-Bataillon drs polnischen Regimrnts Nassau und anderen, zum Theil von Prag angekommenen Truppen auf dee anderen Seite. Der Kampf dat bis Mittag in der Leopoldstadt fortgewüthet, worauf er in der Stadt begann, indem ein Theil der National-Garde sich mit einem anderen Theile derselben, drn Studentrn und dem Landvolk schlug. Zwischen 4 und 5 Uhr ward das Kriegs-Ministerium, das nur von 30 Mann Soldatrn besetzt war, ohne daß diese sich nur hatten widersetzen können, erstürmt und durchsucht, und der Kriegsminister Graf Latour auf die grausamste Weise mit Stichwunden, Fußtritten und Hammerschlägen auf drn Kopf, ermordet und dann an einem Laternenpfahl im Hofe aufgehängt, wo noch nach seinem Leichnam geschossen wurde. Das Zeughaus ist die ganze Nacht hindurch vom Militär und einem Theil der National-Garde vertheidigt worden, ist aber diesen Morgen in die Hände des Volks gefallen, welches sich nun mit

Gewehren bewaffnet. Den gestrigen Tag und die ganze Nacht hindurch hörte man das Kanonen- und Peloton-Feuer und das Sturmläuten in der Stadt und in allen umliegenden Dörfern in weiter Ferne.

Die Mörder des Grafen Latour hatten gleich geschrieen, die ihm Gleichgesinnten sollten ihm folgen. Inzwischen hat sich gestern Abend der Reichstag permanent erklärt und dem Kaiser eine Deputation nach Schönbrunn gesandt, um ein „volksthümliches" Ministerium und die Zurücknahme der Ernennung des Banus zum königl. Kommissär für Ungarn zu verlangen.

Das Ministerium ist aufgelöst, der Justiz-Minister soll auf der Flucht gefangen genommen worden sein und sich auf der Aula befinden, die übrigen Minister, außer Doblhoff und Hornbostl, sich versteckt halten.

Alles Militär hat die Stadt verlassen und jetzt, Nachmittags, findet kein Kampf mehr statt. Das Landvolk strömt bewaffnet ab und zu.

Die ganze kaiserliche Familie hat heute um 8 Uhr Morgens Schönbrunn verlassen und sich gegen Linz zugewandt. Alle Truppen, welche Schönbrunn besetzt hielten, sowie 8 Kompagnieen, welche eben von auswärts eingetroffen waren, sind gefolgt. Das Schloß in Schönbrunn ist vollkommen unbewacht, und alle Effekten, Equipagen u. s. w. sind im Laufe des Tages fortgeschafft worden, um dem Hofe zu folgen.

Wien. Folgendes ist, nach der Allg. Z., der Wortlaut des am Schlusse unserer gestern mitgetheilten △ Coorespondenz erwähnten kais. Manifestes: „Alles was ein Herrscher an Liebe und Güte für sein Volk thun kann, habe ich mit Freuden erschöpft, habe mich meiner ererbten absoluten Macht begeben, um durch die Constitution der Selbstthätigkeit Spielraum zu gewähren, um durch dieselbe die Kraft und das Selbstgefühl meiner Völker zu erhöhen. Und wenn die Gewaltthat des 15. Mai mich aus der Burg meiner Väter vertrieben hat, so ward ich doch nicht müde zu geben und zu gewähren. Auf der breitesten Grundlage des Wahlrechts ward ein Reichstag berufen, um in Uebereinstimmung mit mir die Constitution zu berathen. Hierauf kehrte ich in meine Hauptstadt zurück, ohne für meine persönliche Sicherheit eine andere Bürgschaft zu verlangen als das Rechtsgefühl und die Dankbarkeit meiner Völker. Allein eine geringe Anzahl Irregeführter bedroht die Hoffnungen jedes Vaterlandsfreundes mit Vernichtung, die Anarchie hat ihr Aeußerstes vollbracht. Wien ist mit Brand und Mord erfüllt, mein Kriegsminister, den schon sein Greisenalter hätte schirmen sollen, hat unter den Händen meuchelmörderischer Rotten geendet. Ich vertraue auf Gott und mein Recht, verlasse die Nähe meiner Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hülfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser." gez. Ferdinand.

Wien. Die „Allg. österr. Ztg." enthält Folgendes: „Zuverlässigen Nachrichten zufolge hat Jellacic, in der Ueberzeugung, dem ihm bei Stuhlweißenburg entgegenstehenden ungarischen Heere nicht gewachsen zu sein, den letzten Waffenstillstand dazu benutzt, um mit seinem Hauptkorps auf Raab zu marschiren, wo derselbe auch mit 15,000 Mann, unter welchen 5000 reguläre Truppen und ein paar hundert Mann Kavallerie nebst 33 Stück Kanonen sind, eingetroffen. Jellacic hat seinen Marsch auf Wieselburg gerichtet, wahrscheinlich um sich dort oder an der österreichischen Grenze mit den bei Badendorf konzentrirten österreichischen Truppen zu vereinigen. Jedenfalls aber ist diese Annäherung der kroatischen Armee an die österreichischen Grenzen und die direkt auf Wien gerichtete Marschroute derselben von großer Bedeutung. Die Postverbindung mit Pesth ist seit heute unterbrochen und besteht nur noch zwischen hier und Preßburg."

Berlin, 7. Okt. Man liest in den Organen der demokratischen Partei folgende Anzeige:

Der Centralausschuß der Demokraten Deutschlands an die demokratischen Vereine.

Mitbürger!

Wir berufen hiermit unserm Auftrage gemäß den allgemeinen Kongreß der deutschen Demokraten. Die Abgeordneten der Vereine sind eingeladen, am 26. Oktober sich in Berlin einzufinden. Alle Vereine, welche die Durchführung der Demokratie zum Ziele ihrer Thätigkeit machen, sind berechtigt und aufgefordert, den Kongreß zu beschicken. Kleinere Vereine, welche nicht im Stande sind, eigene Abgeordneten zu schicken, werden gebeten, ihr Mandat Abgeordneten benachbarter Vereine zu übergeben. Die Abgeordneten legitimiren sich durch Vollmachten.

Berlin, 7. Oktober. 1848.

J. Frödel. A. Kriege.
E. Meyen. A. Hrramer.
G. Sigmund (Stellvertreter).

† **Berlin,** 9. Okt. Ich freue mich, Ihnen melden zu können, daß von der gemäßigten Linken unserer Landesversammlung in den nächsten Tagen der Vorschlag ausgehen wird, den König an seinem bevorstehenden Geburtstage von Seiten der Versammlung zu beglückwünschen, womit also jene Partei gewissermaßen feierlich fortdauernde Anhänglichkeit an das Königthum bekundet.

Berlin, 6. Okt. Man liest in mehreren Zeitungen: Stockmar ist vorgestern nach Frankfurt zurückgekehrt, und wir freuen uns, hinzufügen zu können, zurückgekehrt, um die bestimmtesten Versicherungen Seitens der preußischen Regierung zu überbringen, daß dieselbe Alles aufbieten werde, die deutsche Einheit durch den engsten Anschluß an die Centralgewalt zu fördern. Mit völliger Aufgebung der bisherigen Politik hat man frei und offen erklärt, daß man in Zukunft überall im Einverständnisse mit der Frankfurter Regierungsgewalt handeln wolle; es sind dem Herrn v. Stockmar mit Freimuthigkeit alle die Mittheilungen gemacht worden, wie die preußische Regierung die deutschen Verfassungsverhältnisse und die Beziehungen der einzelnen Regierungen zu der Centralgewalt geregelt wünsche (wir bemerken in dieser Beziehung nur, daß vielfach die Ideen Bunsen's, wie er sie in seinem zweiten Sendschreiben an die Frankfurter Versammlung dargelegt hat, als maßgebend festgehalten worden sind); es ist unter Anderem auch rücksichtlich der Anforderung, daß die Partikulargesandten der einzelnen Staaten im Auslande abberufen und die Vertretung lediglich den deutschen Reichsgesandten überlassen werde, darauf hingewiesen worden, man möge dies jedenfalls noch so lange hinausschieben, bis die deutschen Verhältnisse definitiv geordnet seien, und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Centralgewalt, um das gute Einvernehmen zu befestigen, und in Anbetracht der großen Willfähreigkeit und Nachgiebigkeit der preußischen Regierung in vielen anderen Punkten, für jetzt hierin nicht weiter auf ihrer Forderung bestehen werde. Wir haben nach diesen Mittheilungen wohl guten Grund, auf die Mission des Hrn. v. Stockmar, wie im Vorstehenden geschehen, ein großes Gewicht zu legen und zu hoffen, daß die Resultate derselben überall mit Freude werden begrüßt werden. Denn in dem Maße mehr wird eine freudige und thatkräftige Entwickelung der deutschen Verhältnisse möglich werden, als Preußen aus seiner bisher noch mannigfach verfuchten Absonderung heraustritt und rückhaltslos die Sache Deutschlands zu der seinigen macht.

Koblenz, 7. Okt. (Rh. u. M. Z.). In verflossener Nacht, nämlich gegen 12 Uhr, hörte der an der sogenannten Metternicher Schanze (nahe bei Maria-Hilf) aufgestellte Einzel-Wachtposten in seiner Nähe ein Flüstern und Geräusch, worauf derselbe unter den Pallisaden versteckt, mehrere Menschen bemerkte, welche er sofort mit Wer da! anrief, worauf keine Antwort erfolgte. Noch ehe aber der Ruf zum zweiten Male verhallt gewesen, flog eine Kugel, ganz in seiner Nähe abgefeuert, an seinem Kopfe vorbei, und zu gleicher Zeit sprangen drei Kerls vermummt auf ihn zu. Der Soldat, welcher seine Patronen in der Tasche, aber nicht im Gewehre hatte, wehrte sich nun, so gut er konnte, und nachdem er einen Steinwurf an den Kopf erhalten, welcher ihm sogar den Helm auf der getroffenen Stelle zertrümmerte, entfernten die vermummten Kerls sich eiligst. Es sollen schon mehrfach bei nächtlicher Weile auf Schildwachen Schüsse gefallen sein, ohne den oder die Thäter zu ermitteln. Billig fragt man sich: was sollen solche meuchelmörderische Angriffe bedeuten oder zu was soll dies führen? Wollen diese Menschen es vielleicht dahin bringen, daß der Soldat in dem Civilisten nicht seinen Mitbürger, sondern seinen Todtfeind erblickt?

(Auch in Frankfurt geschahen am 5. Okt. solche verruchte Mordanfälle auf einzelne Wachtposten; man schoß aus einer Windbüchse oder mit Schießbaumwolle. Eine österreichische Schildwache ist, wie die Karlsr. Z. erzählt, auf der Stelle geblieben.)

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 12. October) Berlin (Die Entsittlichung.) Altona (Die neue Regierung und die Landesverfassung.)
Großbritannien. London (Die Times über die innere Lage der Vereinigten Staaten und die bevorstehende Präsidentenwahl.)
Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten. Baldige Vorlage des Budgets und des Tarifs.
Schweiz. Bern (Antwortsnote der Schweiz.)
Börsenbericht von Frankfurt. (Vom 12. October.)
Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 12. Oktober.

* Die Abgeordneten sammeln sich vor Eröffnung der Sitzung in den Gängen an, und um ihre österreichischen Kollegen. Ueber all den verschiedenen, theils freudig erregten, theils, und dies viel öfteer, besorgt anfragenden und aufhorchenden Gruppen schwebt der Name „Wien." Die Entlegenheit des südöstlichen Hauptschauplatzes des deutschen Lebens, die Langsamkeit der Nachrichten und die Weitläufigkeit der Verbindungen mit der Kaiserstadt wird am schmerzlichsten in einem Augenblicke empfunden, wo sich an der Donau abermals so große Geschicke und in furchtbaren Ereignissen entscheiden.

Vicepräsident Simson eröffnet die Sitzung und ruft, nachdem das Protokoll verlesen ist, Jordan von Marburg auf die Rednerbühne, um im Namen des internationalen Ausschusses über die früheren Eisenmann'schen und Berger'schen Anträge: Oesterreichs Verhältniß zu Deutschland betreffend, Bericht zu erstatten. Der Ausschuß räth die Endentscheidung über diese Angelegenheit bis zur Berathung des §. 1 des Verfassungsentwurfs (Reichsgebiet) auszusetzen.

v. Breuning theilt den Antrag des Ausschusses mit, welcher zur Untersuchung der Schmidt-Wiesner'schen Angelegenheit niedergesetzt ward. Er geht dahin:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1) „Die Abgeordneten Schmidt aus Schlesien und Wiesner haben, Jeder besonders, folgende schriftliche Erklärung:

„Ich erkläre hierdurch, daß ich den in der Sitzung vom 5. Okt. 1848 von mir gestellten Antrag, also lautend:

„In Erwägung, daß es wünschenswerth ist, daß die Nationalversammlung in ihrem wahren Charakter vor das Volk trete, beantrage ich wie:

„Die Nationalversammlung möge ohne Weiteres die verlangten Verhaftungen genehmigen."

gez. Schmidt aus Schlesien. Wiesner.

hiermit, wegen der darin liegenden gröblichen Mißachtung der Würde der Nationalversammlung förmlich zurücknehme, dem Vorsitzenden zur Mittheilung an die Nationalversammlung zu übergeben.

2) „Die genannten Abgeordneten sind, bis sie dem vorstehenden Beschlusse, jeder so weit er ihn betrifft, Genüge geleistet, zur Ausübung ihrer Funktionen als Abgeordnete nicht zuzulassen."

Dagegen ist es die Ansicht desselben Ausschusses, daß weder das Benehmen v. Gagern's, noch Simson's der Versammlung zu irgend einer Mißbilligung Veranlassung gebe und räth deßhalb, über den bezüglichen Antrag Schaffrath's zur Tagesordnung zu schreiten.

Auf diese Mittheilung erhebt sich Blum: Vorher müsse der Ausschußbericht über die wider den Abgeordneten Brentano am 7. und 8. Aug. in der Paulskirche verübten Heftigkeiten erstattet und auf der Tagesordnung gewesen sein, der eine Fall sei älter als der andere. Der Vicepräsident erkennt dies Verlangen als begründet an.

Eisenmann hat vorgestern fragen wollen, ob das Reichsministerium Kenntniß davon habe, daß von Wien aus deutsche Truppen zur Bekämpfung der Ungarn abgeschickt werden sollten — eine Frage die freilich heute ihre Bedeutung verloren habe.

Jucho beantragt, daß das Reichsministerium aufgefordert werde, den Belagerungszustand aufzuheben, sobald das Gesetz zum Schutze der Nat.-Versammlung in Frankfurt in Kraft trete.

Die Dringlichkeit des Antrags und somit das Wort dafür wird ihm jedoch nicht zugestanden.

Berger aus Oesterreich will sofort der Majorität des Wirner Reichstags und den Wiener heldenmüthigen Demokraten den Dank des Vaterlandes von der N.-V. ausgedrückt wissen, und Eisenmann beantragt die schleunige Absendung von Reichskommissären nach Wien, zur Auseinandersetzung der dortigen Verhältnisse und zur Aufrechterhaltung der Ansprüche Ungarns auf staatliche Selbstständigkeit. Beide Anträge werden als dringliche nicht erachtet und Berger verzichtet deshalb ausdrücklich darauf, daß sein Antrag auf den verschleifenden Ausschußweg verwiesen werde. Wolle die Nationalversammlung die That der jüngsten Revolution in Wien nicht sofort, und ohne weitere Erfolge abzuwarten, als eine werthvolle anerkennen, so ziehe er seinen Antrag zurück. „Die Partei des Hauses", schließt der Redner, „die mit der Bewegung in Wien sympathisirt, wird sodann ihr Urtheil als Partei aussprechen und ich weiß nicht, ob dieß der hohen Versammlung genehm sein wird." (Bravo auf der Linken, Mißbilligung auf der rechten Seite des Hauses: „Wer hat schon ein Urtheil über jene Vorgänge"?) Die unten mitgetheilte Antwort des erst später in das Haus eintretenden Reichsministers von Schmerling gibt indessen Auskunft darüber, daß die Centralgewalt den Ereignissen in Oesterreich keineswegs unthätig zusehen will. Inzwischen mahnt Zitz zur Beschleunigung der kommissarischen Untersuchung wider die angeschuldigten fünf Abgeordneten und Hergenhahn erwidert im Namen des betreffenden Ausschusses, daß die Arbeiten in fünf Sitzungen soweit gereift seien, um für morgen die Berichterstattung versprechen zu können. Endlich erinnert noch Wigard in ähnlich herausfordernder Weise an den Antrag Jahn's, nach welchem die ganze Linke in Anklagestand hätte versetzt werden sollen, worauf von Schmerling die Rednerbühne zu folgender Erklärung betritt:

Die Begebenheiten in Wien haben die volle Aufmerksamkeit des Reichsministeriums auf sich gezogen. Bereits gestern Abends seien die in Bezug auf Oesterreich für nothwendig erkannten Maßregeln besprochen, beschlossen und von dem Reichsverweser genehmigt worden. Sie würden ungesäumt zur Ausführung kommen, und das Ministerium sich beeilen, in kürzester Zeit dem Hause über den Inhalt dieser Maßregeln die umfassendsten Mittheilungen zu machen. Zugleich bemerkt v. Schmerling in Bezug auf eine Interpellation des Abgeordneten Rühl: daß das Ministerium beschlossen habe, für alle Reichstruppen, die zu einem außerordentlichen Zwecke verwendet werden, eine entsprechende Entschädigung an die Quartierträger zu leisten. Die kommandirenden Generale sind angewiesen, dies in ihren Bezirken bekannt zu machen und die Regierungen der verschiedenen Staaten aufgefordert, vorläufig entweder unmittelbar an die bedürftigen Gemeinden Vorschüsse zu leisten oder wenigstens die Gemeinden dahin zu verständigen, daß die Vergütung geschehen wird.

Auf der Tagesordnung stehen die Grundrechte, und bevor die Abstimmung über die §§. 31 und 32 beginnt, erhält Beseler als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses das Schlußwort.

„Meine Herren," faßt der Redner seine Meinung in den Worten zusammen, womit er die Tribüne verläßt, „die Zweckmäßigkeit darf nicht unbedingt die deutschen Verhältnisse regulieren. Wenn wir überhaupt an die Selbstständigkeit des Volkes und zwar in seinem Ganzen und in seinen Gliederungen denken, so haben wir doch auch Achtung vor dem Rechtsgefühle, vor der Sitte, vor der Gewohnheit des Volkes! (Mehrseitiges Bravo). Seien wir scharf und unerbittlich scharf, wo das Gelingen des schönen Werkes, wo das Heil des Vaterlandes auf dem Spiele steht, aber seien wir weise und vorsichtig, daß wir nicht ohne Noth, daß wir nicht ohne Grund das Gefährliche wagen und die Interessen des Volkes verletzen! (Bravo in den Centren und auf der Rechten.)

Die Annahme der §§. erfolgt in nachstehender Fassung: „Die Familien-Fideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Die Bestimmungen über die Familienfideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben den Landesgesetzgebungen vorbehalten. Gleiche Bestimmungen wie für die Familien-Fideikommisse gelten für die Stammgüter."

„Aller Lehensverband ist aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen."

Digitized by Google

§. 34. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. (Mit dem Zusatze Werner's aus Kadlenz:) Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten ausgeübt. Kabinets- oder Ministerial-Justiz ist unstatthaft.

§. 35. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. (Mit dem Zusatze des Gesetzgebungs-Ausschusses:) Die Militär-Gerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, so wie der Militär-Disziplinar-Vergehen beschränkt; vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand.

Auch auf die Diskussion des §. 36 verzichtet die Nat.-Vers. und in folgender Gestalt erhebt sie ihn zum Beschlusse:

Kein Richter darf außer durch Urtheil und Recht von seinem Amte entfernt, suspendirt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden.

Kein Richter darf wider seinen Willen außer auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden.

Ebenso wird auf die Diskussion von §. 37 verzichtet und fast einstimmig wird zum Beschluß erhoben: das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein.

Desgleichen §. 38. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen.

Desgleichen §. 39. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige von den Berufsgenossen freigewählte Richter geübt oder mitgeübt werden.

Desgleichen §. 40. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt sein. Der Polizei steht nirgend Strafgewalt zu. Im deutschen Kriegsheere gilt nur ein und dasselbe Kriegsgesetz auf Schwurgericht und öffentliches Verfahren gegründet.

Desgl. §. 41. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte.

Mit der Annahme von §. 42 endlich: Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte und öffentliche authentische Urkunden sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar — sind alle die Theile der Grundrechte erledigt, welche auf Schoder's Antrag vorausgenommen und beschleunigt werden sollten. Schoder schlägt jetzt neue Maßregeln vor, um binnen der kürzesten Frist die zweite Abstimmung und die Veröffentlichung der Grundrechte herbeizuführen. Die Berathung darüber wird jedoch auf morgen vertagt, um Raum zu gewinnen für folgende während der Sitzung an den Präsidenten eingereichte als höchst dringlich bezeichnete Anträge:

Wesendonck's mit 34 Gesinnungsgenossen: Das Reichsministerium um sofortige Mittheilung der in Bezug auf Oesterreich ergriffenen Maßregeln anzugehen;

Wiesner's und Anderer: daß sich die Nationalversammlung gegen jede Absendung von Reichstruppen gegen „die heldenmüthigen Demokraten" Wiens erkläre;

Schüler's aus Jena: daß jeder Schritt des hiesigen Ministeriums, in die österreichischen Verhältnisse gewaltsam einzugreifen, als ungesetzlich bezeichnet werde.

Bockhaus', Eisenmann's, Graf Wartensleben's: im Hinblick auf die Ereignisse in Wien sofort an die Berathung der Verfassung zu gehen.

Die ersten drei Anträge finden keine genugsame Unterstützung, um als dringliche behandelt zu werden, wohl aber erregt die mehrmalige Erwähnung der „heldenmüthigen Demokraten" ein ungläubiges Lächeln und dies Zweifeln selbst den erzürnten Tadel der Linken. Der Antrag von Bockhaus, Wartensleben ꝛc. kommt auf die morgende, sehr bunt aus allerlei verschiedenartigen Gegenständen zusammengesetzte Tagesordnung.

** **Berlin**, 9. Okt. Wohin gerathen wir? Schmerzlich bewegt, rufe ich es aus, denn vor mir liegt ein Bericht über die trostlose Sitzung vom 2. Oktober, *) der in Ihrer Zeitung Aufnahme gefunden, und gar dem ich wünschte, Sie hätten ihn am Eingange zurückgewiesen. Er ist aus meiner Feder. Und wenn ich jetzt vom sittlichen Verfall rede, so däucht mir, wäre ich zur Sache legitimirt. — Wohin gerathen wir? Ehemals konnten Männer in ihren Ansichten noch so sehr divergiren, das gesellige Band, das sie umfaßte, wurde dadurch weder gelöst, noch gelockert. Jetzt ist es anders. Die Herzen sind erkaltet. Die Erbitterung, der angesammelte Groll vergiften die Gemüther. Der edelste Zorn sinkt herab auf gleiche Stufe mit niedriger Wuth. Der sittliche Eifer übet die Sprache unsittlichen Schimpfes. Im Kampfe für das höchste Gut, für Seelenreinheit und Freiheit der Nation gegen die Schande und die Frechheit, — unwillkürlich in solchem Zweikampfe sind die Schwerter vertauscht und der Streiter für die Wahrheit übet die vergiftete Waffe des Gegners. — Wohin gerathen wir? Heiliger Eifer unterscheidet sich jetzt in nichts von Fanatismus. Wahin gerathen wir, wenn die Vertheidiger einer guten und gerechten Sache, wie die meinige war und ist, zu solchen Mitteln greifen, wenn ihr Plaidoyer zum Pamphlete wird?! Wahin gerathen wir?! Endlich entscheidet doch über den Werth oder Unwerth, über Sieg oder Niederlage nur das Ethos. Bleibender Sieg krönt nur das Gute. — Wie treffend ist Friedrich Schiller's Ausspruch in seinen Briefen an den Prinzen von Augustenburg, daß ein Volk politische Freiheit nicht erlangen oder erhalten könne, wenn es nicht ästhetisch durchbildet, wenn nicht die Macht des Schönen sein ganzes Wesen geläutert und veredelt. Nur zu lange, schien es, verweilte die deutsche Nation bei jener akademischen Periode der ästhetischen Erziehung. Und kaum ist der erste Schritt in's Leben gethan, da zeigt sich die Erziehung zum Schönen und Geistigfreien als mangelhaft und erfolglos! Hat Schiller umsonst gelebt? Ist die ganze Bildung von Jahrhunderten spurlos darüber gegangen? Tragen wir von sittlicher Erhebung, von Seelengröße, von Edelmuth nichts hinein in die deutsche Zukunft? Wo sind heute die Errungenschaften von drei Jahrhunderten? Wodurch unterscheidet sich das deutsche Volk, das religiös und humanistisch so große Schulen durchgemacht, von Barbaren, welche die Kette sprengen? Muß auch der Gürtel der Scham, fallen die Bande der Gesittung gleichzeitig sich lösen? Noch einmal, wohin gerathen wir?! — Einen Bund der Gleichgesinnten, einen echten Tugendbund, eine Schule für das wahre Republikanerthum zu stiften, forderte neulich die „Deutsche Zeitung" auf. Es bedarf nicht der äußeren Gemeinschaft. — „Aber eine unsichtbare Kirche Derer möge sich aufbauen, welche vor Gott und ihrem Gewissen feierlich gelobt, im Kampfe gegen Unedles und Ungerechtes niemals, niemals selbst unedel, ungerecht zu werden, — nur geweihte, reine Waffen auf den Feind zu zücken und auf dem spiegelklaren Schild eigner Ehre nicht den leisesten Fleck zu dulden. Die freie Presse muß dieser spiegelklare Schild der Gerechten sein. Darum, mögen die Gegner ihre Devise verunglimpfen durch Tobsucht, Rachegeschrei, Verleumdung, Schimpfrede, — es müssen in Deutschland die treuen und gerechten Männer an der Sprache sich erkennen. Wie vor Kurzem noch das fast einzige einigende Band unserer Nation — die deutsche Sprache war, so mögen die Gleichgesinnten durch die Sprache sich zusammenfinden von allen Gegenden der deutschen Welt. Jeder unedle Ausdruck muß verbannt sein; jeder Anklang an den Cynismus der Gegner sei verfehmt; die Sprache sei wahrhaftig deutsch. Deutsch soll gesprochen werden, das heißt: rund heraus, ohne Umhüllung, ohne Verzäunung; gerad heraus, aber das Wort, das war, ehe die Welt war, soll nur den Gott in sich tragen. Es gibt Worte wie Keulenschläge. Es gibt eine Art von Diskussion, welche der rohen Gewalt nicht blos vorarbeitet, sondern gleichkommt. Es gibt ein Streiten mit unartikulirten Lauten; die Parteienwuth lodert auf in unzusammenhängenden Interjektionen, in wilden Ausrufen, in vulkanischen Ausbrüchen. Solche Reden sind Schlachtrufe, wie das —: „Hie Welf — die Waiblinger!" — Diese Barrikadensprache bleibe ferne! Ferne bleibe dieser Lavastrom, dieser Blutsturz entsetzlicher, feindlicher Worte! — Unschuldig und keusch sei jede Rede, jeder Angriff, jede Vertheidigung. Dem Gegner darf nicht überallhin gefolgt, ein gewisses Gebiet nicht betreten werden. Dann haben wir selbst unter den erbittertsten Feinden einen Bundesgenossen, der endlich doch das Uebergewicht erhält, — ihren guten Genius! das Gewissen in der gegnerischen Brust! — — — Ich bekenne vor Ihren Lesern, daß ich der Ueberschreitung der Kampfregeln mich schuldig fühle. Die entweihten Waffen häng' ich im Tempel auf zur Sühne. Mein Gelübde steht fest: „Die Sprache meiner Gegner will ich nun und nimmer reden."

*) In diesem Berichte vom 2. Okt. hat der Setzer statt Fraktion — „Reaktion" gesetzt. Er hat so die äußerste Fraktion der äußersten Linken beim wahren Namen genannt.

Digitized by Google

Altona, 9. Octbr. Th. Olshausen, als Präsident des Kieler Bürger-Vereins, jetzt des demokratischen Vereins, hatte zu gestern eine Versammlung der Deputirten der verschiedenen Vereine nach Neumünster ausgeschrieben. 18 Vereine waren daselbst vertreten, um sich über die Tagesordnung zu berathen. Der Kieler Verein als der Geschäftsführende, legte folgende Punkte vor: 1) Unsere Wirksamkeit in Betreff der Waffenstillstandsbedingungen, namentlich in Betreff der projektirten neuen Regierung. 2) Festere Organisation für die Verbindung unserer Vereine. 3) Feststellung eines Programms desselben. 4) Ausbreitung der Vereine. 5) Herstellung eines Zeitungsorgans für die demokratischen Interessen unseres Landes. 6) Wirksamkeit der Vereine bei spätern Wahlen zur Landesversammlung und Nationalversammlung. 7) Antrag des Cassseler Bürgervereins, betreffend eine Vereinigung aller Vereine Deutschlands. 8) Antrag des Itzehoer Bürgervereins dahingehend, daß die Landesversammlung gebeten werde, die Städteordnung spätestens zum 1 Januar 1849 in Kraft treten zu lassen.

Nach stattgehabter Berathung, wurde über §. 1 folgender Beschluß gefaßt, welches der Nationalversammlung, der Landesversammlung und den einzelnen Vereinen mitgetheilt werden soll.

„Das Volk Schleswig-Holsteins erklärt, daß es aus dem Zustande, der in diesem Lande, seit seiner Erhebung stattgehabten gesetzlichen Ordnung, auf keine Weise in einen Zustand von Anarchie sich will versetzen lassen, daß es nur der, aus dem Beschlusse der Landesversammlung und dem Willen des schleswig-holsteinschen Volkes hervorgegangenen, von der Centralgewalt anerkannten provisorischen Regierung Gehorsam leisten, daß es eine Regierung, wo die Herren Graf Reventlow-Jersbeck, Baron Heintze und Graf Adolf Moltke Sitz haben, nicht anerkennen wird, daß es die jetzigen Mitglieder der provisorischen Regierung verantwortlich macht für alle Summen, die sie als Abgaben zur Administration des Landes, zur Kriegsführung ꝛc. vom Lande erhoben, und zwar so, daß es ihnen das Recht abspricht, irgend welche Depositа dieses Staatsvermögens einer neuen, nicht von der Landesversammlung frei erwählten Regierung zuzustellen, daß es von der Landesversammlung verlangt: daß sie den Beschlüssen vom 4. September unwandelbar treu bleibe, daß sie mit Beziehung auf die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 16. September, eine den Beschlüssen vom 4. Septbr widersprechende Aufhebung der provisorischen Regierung, die Teennung der schleswig-holsteinschen Heere, die Aufhebung der von der provisorischen Regierung und der Landesversammlung erlassenen Gesetze vom 24. März bis jetzt und die Sistirung der Gesetzgebung bis zum Ablauf des Waffenstillstandes für unausführbar erkläre, daß das schleswig-holsteinsche Volk, wenn die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht hiernach modificirt werden, zur Verweigerung der Steuern seine nothgedrungene Zuflucht zu nehmen, fest entschlossen ist." Von den andern Punkten der Tagesordnung wurden nur wenige erledigt, man beschloß einen innern Anschluß der Vereine unter sich, eine festere Organisation und eine größere Thätigkeit derselben nach außen hin; doch wurde ein näherer Anschluß an die übrigen deutschen Vereine noch weiter hinausgeschoben, obgleich er sehnlichst herbeigewünscht wurde.

Kiel wird an regem Leben bedeutend verlieren, da die Landesversammlung in diesen Tagen nach Schleswig übersiedelt, wo sie am 21. d. M. ihre Sitzungen wiederum beginnen wird. Bei den noch obschwebenden Differenzen, halten wir die Verlegung der Landesversammlung nicht für praktisch, wenn sie auch gesetzlich an dem Orte ihre Sitzungen halten soll, wo die Regierung ihren Sitz hat.

Reisende aus dem Norden klagen gewaltig über die vielen Unannehmlichkeiten, denen sie in Jütland ausgesetzt sind, ein Kaufmann Schuler aus Lübeck fand in Neskow seinen Tod, der Kammerjunker Klaumann in Odensee gab deutschen Reisenden den Rath, Odensee zu verlassen, da es ihm nicht möglich sei, sie zu schützen vor der Wuth des Volkes, Geschäftsreisende kamen aus vielen andern jütischen Städten zurück, da sie sich des Lebens nicht sicher hielten und eine Unzahl Plackereien fürchten mußten, vor denen sie die Behörde nicht zu schützen wußte. Gegen alle diese Uebergeiffe der Volkswuth wird dem Deutschen kein Schutz, die Regierung ist ohne Macht, das Volk aufgeregt, in Anarchie und es sieht jeden Deutschen wie seinen Todfeind an, der ihm Gott weiß, wie großes Unrecht gethan hat.

Die Verhandlungen in der Landesversammlung sind ohne alles Interesse, die Städteordnung ist zwar durchgegangen, wird aber viel Zeit bei der Ausführung verursachen, wie schon jetzt in Altona, wo die provisorische Regierung die Stelle eines Polizeimeisters besetzen will, die die Bürger der Stadt durch eigene Wahl zu besetzen wünschen. Solche Fälle werden in Masse zur Sprache kommen und viel böses Blut setzen.

Großbritannien.

Die alte Sybille, die „Times", stößt nun auch ihre unheimlichen Eulenrufe über die vereinigten nordamerikanischen Freistaaten aus; es will natürlich den Engländern gar nicht zu Sinn, daß auf der Kandidatenliste für die Präsidentschaft auch der Name des Generals Caß, des bekannten Gegners von England, zu lesen ist und zwar sehr deutlich, gleichsam mit gesperrter Schrift, da dieser demokratische Kandidat die meisten Aussichten hat. Die Times sagt: „Ende nächsten Monats werden die Verein. Staaten einen Nachfolger für Hrn. Polk zu wählen haben. Vier Kandidaten stehen im Feld. General Taylor ist der Kandidat der Whigs. Diese haben sich vordem gegen den merikanischen Krieg und die Annexation ausgesprochen, und doch ist der Hauptanspruch Taylor's der, daß er sich im Kampfe gegen Mexiko auszeichnete. Er ist ein wenig Protektionist, scheint übrigens jenen derben, tüchtigen, energischen Charakter zu haben, welcher dem amerikanischen Geschmack vorzüglich zusagt, und die eigentliche Sprungfeder republikanischer Größe ist. Der Kandidat der Demokraten ist General Caß. Zu seinen mancherlei Präsidentschaftsanrechten gehört auch, wie es heißt, der Umstand, daß er durch seine Sympathie für die Sache der Repeal sich die Unterstützung aller in der Union wohnhaften Irländer zu eigen gemacht hat. Ja, man hat uns seiner versichert, daß, wäre die irische Rebellion anders abgelaufen, wir einem Kriege mit Amerika kaum ausweichen konnten, da die Irländer in diesem Falle dem General Caß das Versprechen abgefordert haben würden, in Kanada einzurücken. Er würde sein Wort gegeben und dadurch seine Wahl gesichert haben." Die Charakteristiken von van Buren, dem Kandidaten der Abolutionisten, und Clay, ebenfalls einem Whig, sind schon deßhalb von geringerem Interesse, da beide so gut wie gar keine Aussicht auf ihre Ernennung haben, obschon ihre Freunde dadurch, daß sie sich auf Seite des Generals Taylor stellen, den Sieg des Generals Caß noch zweifelhaft machen könnten. Die „Times" stellt nun das Parteiwesen in den Ver. Staaten als ganz in dem Verfall hat, wer sich einer Partei anschließe, suche bei dieser nur seinen Vortheil, Niemand habe einen festen politischen Glauben, daher fehle es an Aufrichtigkeit. Die Times führt hier folgende Worte aus dem Newyorker Herald an: „Der gegenwärtige Streit um die Präsidentschaft bietet fortwährend eins der verwickeltsten und interessantesten Schauspiele dar, welches jemals stattgefunden hat. Es ist unleugbar ein Zusammenstoß von Manövern und Gegenmanövern, von plötzlichen Ueberraschungen, neuen Ideen, Zersetzung der alten Parteien und Bildung neuer, und all das ohne Ordnung, Regelmäßigkeit oder Leitung." Die „Times" schließt sodann: „Von den sieben Millionen amerikanischer Wähler kennt kaum Einer seinen politischen Glauben, oder er hat keinen andern Zweck, als der hitzige Schildknappe eines oder des Andern zu sein, er weiß selbst nicht wessen. Es ist Faktionsgeist ohne Glauben, und Leidenschaft mit Gleichgültigkeit vereint. Die Vereinigten Staaten sind das rohe Brennmaterial des politischen Kampfes, und warten nur auf den Funken, der sie in Brand setzt. Welche Sicherheit kann ein solches Volk gewähren? Wie lange wird es anstehen, daß ein persönlicher Konflikt von außerordentlicher Heftigkeit oder ein mehr als gewöhnlich grundsatzloser und schlauer politischer Abenteurer die gesammte Union in bürgerlichen Krieg verwickeln wird? Wo gesunde politische Ansichten und ehrenhafte politische Meinungsverschiedenheiten fehlen, da waltet sicherlich eine schlimme Neigung zu persönlichen Faktionen und Streitigkeiten. Das sind so recht die Zeiten für einen Marius, oder einen Sylla oder einen Pompejus, oder einen Cäsar. Um unsertwillen und um der Welt willen würden wir die Erscheinung eines solchen Mannes überall und namentlich in der großen anglo-amerikanischen Republik nur mit Schrecken sehen.

Spanien.

Madrid, 4. Okt. Wegen der Trauer war heute kein Empfang bei Hofe, obgleich es der Namenstag des Königs ist. Dieser ist früh Morgens auf die Jagd gegangen und wird erst gegen Abend in den Palast zurückkommen. — Künftigen Monat

Digitized by Google

werden der Herzog und die Herzogin von Montpensier hierher kommen und einige Zeit hier verweilen. — In einer der ersten Sitzungen der Cortes wird der Finanzminister gleichzeitig sein Budget und den Tarif vorlegen. — Der Heraldo von heute meldet, die französischen Behörden hatten dem Hrn. Patricio de la Escosura, der sich in Perpignon niederlassen wollte, um den Aufständischen näher zu sein, den Befehl ertheilt, sich sogleich nach Toulouse zu begeben und dadurch die freundnachbarliche Gesinnungen der französischen Regierung bethätigt. (Der von Clamor publico freilich nur als Gerücht gegebene Nachricht, der Gesandt von Montemolin befindet sich zu Perpignan, ist hierdurch wiederlegt.) — Der Constitutionel von Barcelona ist wegen der falschen und beunruhigenden Nachrichten, die er gab, wieder verboten worden. Gestern Abend war hier ein ziemlich starkes Erdbeben. Clamor publico zeigt selbst an, daß die Nachrichten, die eben dieses Blatt über Cabrera gab, falsch seien. Derselbe scheine vielmehr von Frankreich nach Catalonien zurückgekehrt zu sein.

Schweiz.

) 'Bern, 8. Okt. Gestern ist die Antwortsnote des Vororts auf die Interpellation der deutschen Centralgewalt dem deutschen Reichsgesandten, Herrn Raveaux, übergeben worden. Sie ist mit großer Ruhe und Mäßigung abgefaßt. Die leitenden Gedanken derselben sind: Ausdruck des Bedauerns, daß die Note gegen allen Geschäftsgang vor der offiziellen Uebermittelung in öffentlichen Blättern zur Kunde des Publikums gekommen sei. — nur die tiefe Hochachtung des eidg. Vororts für die erhabene Person des Reichsvorwesers sei Veranlassung, auf ein Aktenstück näher einzutreten, das wegen des gereizten und drohenden Tones, der darin herrsche, in den Archiven der schweizerischen Eidgenossenschaft wohl ohne seinesgleichen sein; Umtriebe deutscher Flüchtlinge, Bildung von Freischaaren, militärische Uebung, Organisirung einer Aggression auf deutsches Gebiet nach dem mißlungenen ersten Aufstand in Baden, nichts von alle dem habe stattgefunden, wenigstens sei nichts zur Kenntniß der Regierungen gelangt; — der Vorort müsse gegen jeden Zweifel in die Ehrenhaftigkeit und die Wahrheitsliebe der Kantonregierungen feierlichst protestiren; — ein allfälliger Mißbrauch der schweizerischen Presse von Seiten der deutschen Flüchtlinge müsse nach den Konstitutionen des Landes, die Preßfreiheit vollständig gewährleisten, vor den ordentlichen Gerichten belangt werden; — der jüngste Aufstand in Baden sei kein Einfall der deutschen Flüchtlinge vom Schweizer Gebiete aus, Struve und Genossen hätten unbewaffnet die Schweiz verlassen, und es habe nur der persönlichen Erscheinung Struve's bedurft, um den längst vorbereiteten Aufstand in Baden zum Ausbruch zu bringen; der Vorort spreche übrigens offen und unzweideutig seine Mißbilligung des Aufstandes aus, und daß die Nachricht davon ihm, wie den einzelnen Kantonsregierungen völlig unerwartet gekommen sei; — der ganze revolutionäre Zustand Deutschlands und die allenthalben dort zu Tage kommenden Sympathieen für die Republik zeigen, daß der Aufstand in Baden in Verbindung stehe mit einer Reihe ähnlicher Ursachen und Wirkungen, und es sei unerhört, unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen Deutschlands ein solches vereinzeltes Faktum auf Rechnung eines Nachbarlandes zu setzen; — die verlangte Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Beamten und Behörden solle eingeleitet werden, dafür müsse aber der Vorort die Angabe bestimmter Thatsachen verlangen, auf welche sich die Inkrimination stütze; — wegen der Flüchtlinge sei ohne vorausgegangene Mahnung von den zunächst betheiligten Kantonsregierungen die Verfügung getroffen worden, daß denjenigen Flüchtlingen, welche an der zweiten Insurrektion in Baden Theil genommen hatten, das Asyl entzogen, die übrigen unter spezielle polizeiliche Aufsicht gestellt werden sollten; — hierin wie in dem ruhigen und geordneten Zustande der Schweiz liege die Bürgschaft, welche ein Staat von einer selbstständigen Nation verlangen könne. Daß die badische Regierung alle Vorsichtsmaßregeln vernachlässigt habe, sei eine Hauptursache von dem so unerwartet schnellen Ausbruch des Aufstandes.

Ob die in drohendem Tone in Aussicht gestellte Anwendung weiterer Maßregeln, welche dem einen wie dem andern Lande zum größten Nachtheile gereichen würden, nach den getroffenen Anordnungen der schweizerischen Regierungen noch nöthig seien, überläßt der Vorort dem weisen Ermessen der deutschen Centralgewalt; er versichert aber, „daß Volk und Regierung einig gehen, und wie die schweizerische Nation entschlossen sei, ihre internationalen Verpflichtungen treu und gewissenhaft zu erfüllen, so werde sie aber auch jede Zumuthung zurückweisen, welche mit der Ehre der Eidgenossenschaft und mit der Würde eines freien und selbstständigen Volkes in Widerspruch stehen." — Herr von Neuwall, Mitglied der deutschen Nationalversammlung, ist in Bern angekommen, um Herrn Raveaux in seinen Arbeiten zu unterstützen.

(Der Ton dieser Note, die Taktik, Vorwurf gegen Vorwurf, Anklage gegen Anklage zu stellen, zeugt eben nicht von der Reinheit des völkerrechtlichen Gewissens des eidgenössischen Vororts. Daß die Nachricht von dem Aufruhr den schweizerischen Regierungen unerwartet gekommen, daß sie von Rüstung und Bewaffnung nichts bemerkt, wollen wir wohl glauben, da sie sich ja, obwohl von der badischen Regierung aufmerksam gemacht, um das Treiben der Flüchtlinge gar nicht bekümmert haben. Daß die bloße Erscheinung Struve's einen vorbereiteten Aufstand zum Ausbruch gebracht habe, wird durch den thatsächlichen Verlauf widerlegt; und was die Verbindung des Aufstandes mit dem gesellschaftlichen Zustand Deutschlands betrifft, so werden sich die schweiz. Regierungen durch den Ausgang überzeugt haben, wie sich in Deutschland die Kraft des Gesetzes und der Ordnung zu den angeblich republikanischen, richtiger anarchischen „Sympathien" verhält. Eine Regierung, die sich auf die ruhigen und geordneten Zustände ihres Landes beruft, muß auch im Nachbarland, möge dieß nun monarchisch oder republikanisch regiert sein, die gesetzliche und geordnete Regierung achten, wenn sie mit ihm in friedlicher Verbindung bleiben will. So lange die Schweiz hierzu nicht den ernstlichsten und redlichsten Willen zeigt, müssen wir allerdings die angedrohten Maßregeln für nothwendig halten, so sehr wir zunächst kleineren und mittleren Nachbarstaaten das freundschaftlichste Verhältniß wünschen. Was übrigens die Veröffentlichung der Note durch die O.P.A.Z. betrifft, so müßten wir darin, falls die Sache sich so verhält, wie die Note angibt, einen Mangel an diplomatischem Takt erkennen, der dem Gegner eine sehr willkommene Waffe in die Hand gibt.)

Frankfurter Börsenbericht. Vom 12. Oktober.

5% Met. 68½ B.; 2½% ditto 35 B.; Bankaktien fl. —— fl. 500. Loose —— ; fl. 250. ditto ——; Bad. fl. 35. Loose 24⅜ G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 24⅜ G.; Poln. fl. 500 Loose — Friedrich Wild.-Nordbahn 40½ B., 40¼ G.; Berbach 66 B., 65½ G.; 3% inländ. Spanier 17½ G.; 4½% Würt. 91¾ G.; 3½% Frankfurter v. 1846: 85 G.

Die Course waren abermals flauer, in Folge der Ungewißheit der Wiener Zustände; auch waren die Umsätze, wegen des israelitischen Feiertags, sehr unbedeutend.

In Wechseln wurde ein Posten London zu 120¾ und ⅛ umgesetzt. Paris zu 95 gefragt.

Nachschrift. Den am Schluß unseres Blattes ankommenden Briefen von Wien entnehmen wir noch in der Kürze, im Anschluß an unsere △ Correspondenz, daß Minister Kraus nach Mittheilung des bekannten Manifestes die Ernennung einer Kommission zur Berathung über dasselbe beantragte; die sofort ernannte Kommission stellt den Antrag, die Minister Doblhoff, Kraus und Hornbostl mit der Leitung sämmtlicher Ministerien zu beauftragen, eine Denkschrift an den Kaiser und eine Proklamation an die Völker Oesterreichs zu erlassen. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung wird die von Schuselka redigirte Proklamation angenommen und sogleich in die verschiedenen Sprachen übersetzt. Der Kampf in den Straßen hat aufgehört; doch nimmt der Kommandirende, Graf Auersperg, eine bedenkliche Stellung auf dem Hrnmarkte in der Nähe des Schwarzenbergischen Palais ein. Das Ministerium erhält vom Reichstage den Auftrag, ihm zur Räumung seiner Stellung die Weisung zukommen zu lassen.

Wien, 8. Okt. Auersperg hat sich zurückgezogen, die Nacht ist ruhig verlaufen. Doch hören die Befürchtungen wegen der Entfernung des Kaisers nicht auf.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kirsselbach.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 22 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Post-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 276. Frankfurt a. M., Freitag 13. October. 1848.

Uebersicht.

Die Restaurationspolitik in Oesterreich.

Deutschland. Wien (Ruhe in der Stadt. Kraus, Hornboſtl, Dobihoff mit der Leitung des Ministeriums beauftragt. Proclamation an die Völker Oesterreichs. Proscribirte Deputirte.) Triest (Aufstand in Cattaro.) Berlin (Die Landesversammlung. Der Eid auf die Verfassung. Die Jagdrechte. Amnestie im Großherzogthum Posen.) Dresden (Tagesbefehl an die Kommunalgarden.) Bruchsal (Die politischen Gefangenen.) Weimar (Reichstruppen in Jena eingerückt. Volksversammlung.) Hildburghausen (Unruhen.)

Großbritannien. London (Schuldigsprechung O'Brien's.)

Frankreich. Paris (Ludwig Napoleon. Sitzung der Nat.-Vers. Das Ministerium. Tagesneuigkeiten.)

Spanien. Madrid (Karlistisch-republikanische Verschwörung.)

Italien. Bergamo (Angebliche Grundzüge des Friedensvertrags. Schreiben eines Engländers.)

Börsenberichte von Paris (Vom 10. October.)

13. October.

Die Erfolge der österreichischen Gesammtstaats-Politik (so wollen wir die gegenwärtig dort beherschende politische Richtung benennen) dürfen in Wahrheit Niemand befremden. Die unhaltbare Stellung Ungarns, die Unfähigkeit der demokratischen Opposition, die Zerfahrenheit des Reichstags, waren empfindliche Lücken in den Reihen der Gegner; die Macht des Hergebrachten und Ueberlieferten, die Cohäsionskraft eines großen geschichtlich bedeutsamen Staates ebenso mächtige Hebel für die Sache der Gesammtmonarchie. Dazu gerechnet die Verfügung über das Heer, die überwiegenden materiellen Hülfsquellen, die offenbar stärkere geistige Potenz und die Uebung in Geschäften, die Rücksichtslosigkeit in Wahl und Gebrauch der Mittel, endlich das provinzielle Widerstreben gegen die Veränderung der alten geschichtlichen Ordnungen und die geneigte Stimmung der Vernünftigen, die abgeschreckt waren durch die Maßlosigkeit der Demokraten — und man wird die Elemente einer erfolgreichen politischen Bestrebung so ziemlich beisammen haben. Nicht einmal als Reaktion darf man diese Bestrebung bezeichnen, es wäre denn als Reaktion der Begebenheiten, als rückgängige Bewegung der Geschichte.

Aber etwas anders ist es freilich, günstige Umstände erkennen, gebrauchen und dem Gang der Dinge nachhelfen, etwas anderes sie mit schöpferischer Kraft umbilden. Nur für das Erstere waren die Kräfte der Wiener Hofpolitik ausreichend; beruhigen, gestalten, eine gesicherte Zukunft vorzubereiten wußte sie nicht. Dazu gab es zwei Momente in den zwei Hauptfragen. Der erste trat ein nach den Siegen Radetzky's, vor der Einnahme von Mailand aber zunächst nach ihr, ehe die alte Erbitterung wieder unheilbar aufgeregt war. Wenn man für Italien thun wollte, was man seitdem mit großen Worten verkündigt hat, wenn man dem unglücklichen zerrütteten Lande aufhelfen und sich selbst dauernden wohlthätigen Einfluß sichern wollte, so galt es damals rasch und mit großem Sinn zu handeln. Man konnte einen italienischen Kongreß zusammenrufen, die Territorialverhältnisse ordnen, den Grund einer Bundesverfassung legen, wie die italienische Einheit sie bis jetzt verträgt. Der große moralische Eindruck des glänzenden Sieges, und der größere einer großartigen Politik würden jeden Widerstand beseitigt haben, Oesterreich hätte für seine Interessen die völligste Befriedigung gefunden, und seine Zukunft von einer wichtigen Seite her gesichert. Es hätte England und Frankreich dabei heranziehen können oder nicht; die Uebergehung wäre mindestens nicht gefahrvoller gewesen, als das zweideutige diplomatische Spiel mit halben Erklärungen und würdeloser Verzögerung. Frankreichs Politik wäre in Schranken gehalten, England, der alte Bundesgenosse Oesterreichs, wäre begünstigt worden auf der einen Seite — durch die Unabhängigkeit der italienischen Mittelmeerstaaten — und gehemmt auf der andern Seite — durch ihre Vereinigung zu einem Bunde gemeinsamer Widerstandsfähigkeit. Aber es geschah nichts von dem Allen, und obgleich man von Freiheit und Glück in Manifesten spricht, obgleich man die alten Mittel anwendet, um die Wahrheit zu verheimlichen, so dringt doch die Kenntniß durch von dem Zustande der Lombardei, von dem völligen Wiederaufleben des verschlossenen, unversöhnlichen Hasses. Freilich rechnet man auf das Landvolk, auf die dumpfe, unaufgeklärte Anhänglichkeit der niedern Klassen, aber Italien läßt sich nicht mit dem Maße messen, wie Kroatien und die Militärgrenze, und eine Regierung kann nicht dauern, wenn sie die ganze gebildete Klasse des Landes in den Reihen ihrer Gegner sieht. Italien bleibt zerrüttet, mit vereinzelten Kräften, eine Wunde für Oesterreich, eine Beute für die englisch-französische Politik und eine Schwäche für Deutschland.

Die gleiche Versäumniß des rechten Moments, das gleiche Ueberwiegen einer eigensüchtigen beschränkten Politik fand in der ungarisch-kroatischen Sache nur noch greller und absichtlicher statt. Man hatte in Italien mindestens einen auswärtigen Feind, man hatte das Recht des Siegers in offener Feldschlacht, mochte auch der Gebrauch weder klug noch großmüthig sein. In Ungarn aber sah man einem furchtbaren Bürgerkriege nicht nur mit kalter Ruhe zu, man suchte ihn auch zu fördern, man erfreute sich an den wachsenden Verlegenheiten, an der offenbaren Unzulänglichkeit der Männer, die in den Märztagen ein unhaltbares System durchzuführen und zu stützen unternommen hatten. Es galt, die Leitung der Geschäfte aus ihren Händen zu nehmen und das Land für die Einheit des Gesammtstaates zu gewinnen, das ihr von jeher am fernsten gestanden hatte. Man konnte dabei offen verfahren, man konnte sich auf den in seinen Interessen schwer verletzten Adel, auf die Armee, auf die gemäßigte, am Alten hängende Partei unter den Magyaren selber stützen, und die wachsende Bedrängniß der ungarischen Lage hätte sicher zu rechter Zeit zu einem Kompromiß geführt, das jedem Theile eine Zukunft frei ließ, und keinem den Stachel tödtlicher Erbitterung eindrückte. Aber es war anders beschlossen: man wollte sich rächen, und was kümmert die Leidenschaft, scharfsinnig blos in der Wahl ihrer Mittel, kurzsichtig und beschränkt im Hinblick auf ihr Ziel, was kummert es sie, ob sie im eigenen Fleische wühlt, ob brutale Gewalt und machiavellistische Politik ein ganzes Volk, Schuldige und Unschuldige, Freunde und Feinde in verzweifelten Haß hineinreißt, ob sie das beste Gut einer Regierung, die Achtung der Besten und Einsichtigsten, in die Schanze schlägt?

Gleichwohl darf man im Zweifel sein, was die Absichten der restaurirenden Hofpolitik nach innen sind. Die Partei des Gesammtstaats ist groß; sie zählt in ihrer Mitte die einsichtigsten Staatsmänner und in ihrem Anhang die Mehrzahl der gebildeten und einsichtigen Mittelklasse. Es läßt sich erwarten, daß dieser Einfluß der blinden Reaktionslust die Wage halten und die rückgängige Bewegung da einhalten werde, wo die Anhänger einer föderativen Constituirung des Kaiserstaats auf dem Boden konstitutioneller Freiheit und volksthümlicher Entwicklung mit den Be-

Digitized by Google

strebungen für Erhaltung der Gesammtmonarchie zusammentreffen. Das Ministerium schien sich auf dieser Linie zu halten, und noch seine neuesten, auf Gleichberechtigung der Nationalitäten und Ausbildung freier Institutionen bezüglichen Anordnungen geben davon Zeugniß. Aber in die Leitung der Politik im Großen greift mit schwerer Hand eine verderbte Kamarilla ein und das Ministerium kannte ihr, wie es scheint, nicht die feste Haltung eines selbstständigen politischen Systems entgegenstellen. Es unterlag durch die Haltlosigkeit der Partei, aus der es hervorgegangen war. In der italienischen Frage ließ sich deutlich beobachten, wie die Politik des Ministeriums Schritt für Schritt dem Einfluß der alten Weise zu herrschen und zu regieren unterlag. Zuerst war die Rede von dem freiesten und großartigsten Entschluß, der gefaßt werden konnte, von freier Selbstbestimmung der von Venedig getrennten Lombardei; bald darauf begnügte man sich mit der Zusicherung freier und nationaler Institutionen, und in der neuesten Phase treten ganz die alten Ansprüche hervor, die Lombarden, ein Bruchtheil der großen italienischen Nation, sollen sich trösten mit der Gleichberechtigung der Nationalitäten im österreichischen Kaiserstaat, während das ersehnte Manifest noch immer auf sich warten läßt. Es würde nicht schwer fallen, auch in den andern schwebenden Fragen den ähnlichen Gang und den endlichen Ausgang in rohe Gewalt und gewissenlose List nachzuweisen. Etwas konstitutioneller Firniß über der alten Metternich'schen Politik soll die Gemüther zufriedenstellen. Wenn unsere Hoffnung uns täuscht, wenn die neue Konstituirung der Gesammtmonarchie mißlingt und die verschiedenen Elemente, die sie nun vereinigt erstreben, zu feindlicher Trennung sich genöthigt seh'n, so wird der Grund davon kein politischer, in der Natur der Verhältnisse liegender sein, sondern die einfache Folge der zweck- und gewissenlosen Verletzung der edlen menschlichen Gefühle, der Ehre und Redlichkeit, die im Konflikt mit der kalten Staatsklugheit gerade bei den besten Bestandtheilen der Nationen den Sieg davontragen. —

Die vorstehenden Betrachtungen waren bereits niedergeschrieben, als die Nachricht von den furchtbaren Ausbrüchen der Volkswuth in Wien anlangte. Das Beispiel der Entsittlichung von oben pflegt nach unten rasch zu wirken; die rohe Verzweiflung, die sich betrogen und verrathen fühlt, bricht in Thaten aus, wie die Ermordung Lamberg's und Latour's. Wenn aber, in dem gegenwärtigen, gleich dem ganzen Europa nach Ruhe und friedlicher Entwicklung verlangenden Zustande Oesterreichs an die Ausbrüche der Leidenschaft eine weitreichende Bewegung sich anknüpft, so kann dieß nur geschehen durch die Theilnahme oder die schweigende Billigung des Mittelstandes. So tief ist schon in diesem, ist selbst im Heer, das man so sicher glaubte, die entrüstete Unzufriedenheit gedrungen. Wie weit die Tragweite dieser Bewegung geht, läßt sich noch nicht ermessen; sie erschien zuerst als Ausbruch wilden Unwillens, dann auf Reform, nicht auf den Grundsatz, sondern auf die Auswüchse des ministeriellen Systems gerichtet; wie sie weiter genutzt wird, wie Reaction und Revolution ihr verderbliches Spiel treiben mögen, muß die nächste Folge zeigen.

Deutschland.

** **Wien**, 7. Okt. Der gestrige Tag und die Nacht haben viele Opfer gekostet, noch ist die Zahl der Gefallenen nicht genau anzugeben, aber das Blut sieht man in großen Pfützen am Stephansplatze und in der Renngasse in der Nähe des Zeughauses, in welchem auch viele Leichen gefunden wurden. Die akademische Legion soll einen ungefähren Verlust von 250 Gliedern erlitten haben. Der Reichstag, der um 6¼ Uhr Morgens bis 8 Uhr suspendirt wurde, kam um 8 Uhr wieder zusammen, wo sich das Gerücht verbreitete, der Kaiser habe sich mit seiner Familie und Umgebung entfernt. Die permanente Commission erließ eine Kundmachung an das bewaffnete Volk, ihre Waffen zum Schutze und Schirmung des Thrones und des Reichstages zu gebrauchen. Um 12 Uhr erschien Finanzminister Kraus, welcher Nachricht von der wirklichen Entfernung des Kaisers und des Hofes brachte, und das (bereits mitgetheilte) Manifest, welches er vor seiner Abreise zurückließ, verlas. Dieses Manifest wurde dem Minister Kraus in einem versiegelten Zettel übersendet, welcher die Weisung enthielt, daß der Minister Kraus dieses Manifest kontrasigniren solle, wenn er sich aber weigern sollte, dieß zu thun, so solle er es durch den Kommandirenden von Wien, den Grafen Auersperg, kontrasigniren lassen. Nachdem dieß Manifest unter lautloser Stille der Versammlung verlesen war, bemerkte der Finanzminister, daß er gleich nach Empfang dieses Schreibens es für seine Pflicht hielt, sich mit den übrigen Ministern in's Einvernehmen zu setzen, er habe aber weder Doblhoff noch Wessenberg gefunden, weswegen er sich mit Hornbostl berathen habe, in Folge dessen sie übereinstimmend sich nicht für Kontrasignirung dieses Manifestes ermächtigt hielten. Als er Sr. Majestät den Eid als konstitutioneller Minister ablegte, entschied er sich, nicht anders, als im Sinne der Konstitution zu handeln. Er hätte Sr. Majestät zu dem Erlasse nicht gerathen und glaube, dem Throne einen Dienst zu leisten, wenn er es nicht kontrasignire. Indem er dieses Manifest der hohen Versammlung überliefert, unterzieht er es der Weisheit ihrer Beschlüsse, weitere Einleitungen zu treffen.

Es beantragte hierauf der Reichstag, aus seiner Mitte eine Kommission zu ernennen, welche über dieses Manifest zu berathen und die nöthigen Einleitungen treffen solle. Zu dieser Kommission wurden aus jeder Provinz zwei Mitglieder gewählt. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen, doch ersuchte der Präsident die Mitglieder sich vollzählig in der Nähe zu verhalten.

Um 1 Uhr verlautet das Gerücht, das Militär patrouillire in den Vorstädten und entwaffene die Garden. Jeder Bewaffnete soll zusammengeschossen werden.

Die Kommission zur Berathung des kaiserlichen Manifestes beantragt: 1) daß die Minister Doblhoff, Kraus und Hornbostl, sich als vollkommen volksthümlich bewährt habend, die Leitung sämmtlicher Ministerien übernehmen und sich mit neuen Kräften verstärken und die Ernennung der neuen Minister schleunigst dem Kaiser zur Genehmigung vorlegen sollen. 2) Der Reichstag erläßt aus Anlaß des obigen Manifestes eine Denkschrift an den Kaiser und 3) eine Proklamation an alle am Reichstage vertretenen Völker. Schusselka ist mit Abfassung beider Schriften beauftragt.

Die Sitzung wird um 1 Uhr suspendirt und um 5 Uhr Abends wieder aufgenommen. Schusselka las die von ihm verfaßte, und von 3 Redaktoren der Kommission gut befundene Proclamation an die Völker Oesterreichs vor, welche die Stellung des Reichstages zu den Völkern Oesterreichs und zu dem konstitutionellen Throne auseinandersetzt (s. unten.) Von der Kammer wurde der Beschluß gefaßt, diese Proklamation in alle Sprachen der am Reichstage vertretenen Länder zu übersetzen und sie in 100,000 Exemplaren durch die Abgeordneten an alle Gemeinden der Monarchie zu versenden und auch Sorge zu tragen, daß sie in allen namhaftern Provinzblättern, in den daselbst herrschenden Sprachen veröffentlicht werde. Ein anderer Beschluß der Kommission ist, daß die das Vertrauen genießenden Minister Doblhoff, Kraus und Hornbostl, sich alsbald mit Kräften aus der Kammer verstärken und die vorgenommenen Ernennungen schleunigst durch Se. Majestät den Kaiser bestätigen lassen mögen. Hornbostl spricht mit ungeheuchelter Rührung, daß er sich in diesem wichtigen und inhaltsschweren Momente nicht die Kraft und Energie zutraue, dem Vertrauen des hohen Hauses zu entsprechen und bittet die hohe Kammer möge aus ihrer Mitte solche Männer wählen, die gewiß mit mehr Kraft und Energie seinen Platz ausfüllen dürften. Doch unter lautem Beifallrufe der Kammer wird ihm der Wunsch des Verbleibens im Amte ausgedrückt.

Um 6 Uhr kam die Nachricht in die Kammer, daß Kommandirender Auersperg eine bedrohliche Stellung auf dem Heumarkte, in der Nähe des Schwarzenberg Palais mit dem Militär einnehme, daß von demselben mehrere Excesse verübt, mehrere Garden verwundet, und von einigen selbst zu plündern versucht wurde. Sie entwaffnen auch die Garden der Vorstadt Wieden.

Von den czechischen Deputirten haben heute viele auf ihren Plätzen gefehlt, namentlich Brauner, Rieger, Hawlicek u. m. A.; man vermuthet, sie hätten sich, wie Strobach, von Wien entfernt.

Ueber die Aufhebung der Permanenz wurde vom Abg. Haimerl ein Antrag gestellt, welcher aber bei der noch immer gefährlichen und drohenden Lage Wiens von vielen Seiten bekämpft wurde.

Der Antrag, die Permanenz des Hauses für heute Nacht aufzuheben, blieb in Minorität, d. h. Vice-Präsident Smolka erklärte es dafür, da von der Gallerie und Journalistenloge Zischen vernommen wurde, als man sah, daß eine große Anzahl Mitglieder bei der Abstimmung über diesen Antrag aufstanden.

Digitized by Google

Es wurde endlich der Beschluß gefaßt, damit den durch den gestrigen Tag und die gestrige Nacht ermüdeten und erschöpften Deputirten die nöthige körperliche Ruhe gegönnt werde, daß 20 Mitglieder stets in der Permanenz verbleibrn und von 8 zu 8 Stunden unter einander wechseln sollen. Das Ministerium erhält den Auftrag, dem Kommandirenden Auersperg die gemessenste Weisung zukommen zu lassen, seine bedrohliche Stellung am Belvedere und beim Schwarzenberg Palais aufzugeben.

Die Befürchtungen, daß es in der heutigrn Nacht zu Konflikten zwischen Militär und Volk kommen dürfte, steigern sich immer mehr.

Der neu gewählte Grmeinderath hat unverzüglich in Wirksamkeit zu treten, und mitzuwirken zur Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit in Wien.

** **Wien**, 8. Okt. Die Stadt ist wieder ruhig, Auersperg hat mit seinen Soldaten sich in die Kasernen zurückgezogen und sich den Befehlen des Reichstages unterworfen; doch gewitterschwangere Wolken ziehen drohend über unser Haupt, drnn die neuerliche Flucht des Kaisers und sein unkontrasignirtes zurückgelassenes Manifest erfüllten die Bevölkerung mit bangen Ahnungrn. Die heutige Nacht ist ruhig abgelaufen, und nach einigen Stunden Ruhe, die ich mir nach 48 Stunden erschöpfender Thätigkeit gönnte, will ich die, in fieberhafter Aufregung abgefaßten Berichte, die ich Ihnen sandte, weiter ergänzen. Während der ganzen Dauer der Bewegung war das Studenten-Comité gleichfalls in Permanenz und faßte mehrere Beschlüsse, die aber durch den Sturm und die Verwirrung, die tagesdst herrschte, nicht vollzogen werden konnten, da immer die Verhandlungen durch wichtige Berichterstattungen gestört wurden. Eine der interessantesten derselben will ich Ihnen hier mittheilen; sie ist von jenem Arbeiter selbst, dee die gräßliche That an Latour verübte und die mir rin Freund und Mugied des Comité's mitzutheilen die Güte hatte: Mit einer langen Brechstange in der Hand, in weißer Jacke und Schürze erzählte dieser Mann ungefähr Folgendes: „Wir befanden uns früher am Wienerberge und zogen nach dem Bahnhofe beim Belvedere herein. Dem allgemeinen Allarmschlage folgend, rückten wir in die Stadt ein und bauten an der Linie Barrikaden. Als wir damit fertig waren, verbreitete sich das Grschrei nach Latour; wir begaben uns in die Stadt, ihn zu suchen. Wir durchsuchten zuerst das erste Stockwerk und als wir ihn da nicht fanden, das Erdgeschoß. Hier ergriffen wir ihn und ich durchstieß ihm mit meiner Brechstange die Kehle. War das nicht recht? Die Andern hieben mit ihren Werkzeugen nach seinem Kopfe, ich aber meinte, er solle lieber hängen. Wir knüpften ihn daher im Hofe an einer Schnur auf, aber sie riß. Da gingen wir mit ihm in's Freie hinaus und hingen ihn an die Laterne. War das nicht recht?" Allgemeines, tiefes Entsetzen herrschte im Saale nach dieser Berichterstattung und als einzelne Stimmrn Bravo's riefen, befahl der Präsident, hierüber empört, drn Saal von jenem rohen Proletariat, das ungeachtet starker nnd energischer Wachen eingedrungen war, reinigen zu lassen. Ein großes Paket aus Latour's Papieren wurde gleichfalls dem Comité überbracht. Auf der Universität befinden sich folgende Gefangene: 10 Pioniers, 2 Mann von Nassau Infanterie, 1 Artillerist, 1 Korporal vom Fuhrwerken, 1 Mann von der Nationalgarde und 1 Mann der Sicherheitswache, die beide vom Fenster auf Garden schossen nad von Legionärrn beschützt, der Volksjustiz entrissen wurden. Im Leichenhrse des allgemeinen Krankenhauses befanden sich heute Morgen bis 9 Uhr 93 Todte, darunter nicht ein Einziger im Rücken verwundet, alle vorn, theils mit Brust-, Bauch- odee Kopfwunden, noch im Tode spricht aus den Zügen der Gefallenen ein todesverachtender Muth; noch sind die Meisten nicht erkannt, allein Garden und Legionäre haben ein bedeutendes Kontingent gestellt. In den Abtheilungen des Krankenhauses liegen etliche Sechszig schwer Verwundete, viel mehr aber noch bei den Barmherzigen in der Leopoldstadt und in andern Spitälern. — Es fehlen nur wenige Mitglieder des Reichstags, meist Czechen. Brauner, den ich gestern irrig als fehlend bezeichnete, befindet sich hier, dafür geht Trojan und Stadion ab. Der Reichstag beschloß, für die Fehlenden, falls sie nach einer Aufforderung des Reichstages nicht auf ihren Plätzen erscheinen sollten, das Ministerium des Innern anzugehen, neue Wahlen auszuschreiben. Der Reichstag veröffentlicht alle seine Beschlüsse in Kundmachungen an das Volk. Borrosch stellt folgende Anträge: 1) Der Reichstag, der ohnehin vor der Beendigung des Konstitutionswerkes unauflösbar ist, erklärt: auch unter den bedrohlichsten Umständen unter keiner Bedingung sich selber aufzulösen, sondern seiner Pflicht unerschütterlich getreu zu bleiben. 2) Der Reichstag ist ein untheilbares Ganzes, er vertritt alle Völker Oesterreichs, welche ihn beschickt haben. 3) Der Reichstag ist ein, zu Folge des kaiserlichen Manifestes vom 6. Juni und durch die freie Wahl dee auf dem Reichstage vertretenen Völker das allrinige konstitutionelle, legale Organ der Einigung zwischen dem konstitutionellrn Monarchen und der Volkssouveränetät, zur Wahrung der unverkümmerten Volksfreiheit und des erblichen Thrones. 4) Der Reichstag, bestehend aus freien Vertretern freier Völker, wird keinem Abgeordneten einen moralischen Zwang zum Bleiben auferlegen. 5) Der Reichstag wird auf dem konstitutionellen, legalen Boden fest beharren und mittelst konstitutionell-legaler Maßregeln von ihm aus das Vaterland, den erblichen Thron und die Volksfreiheit wahren. 6) Der Reichstag fordert alle, mit oder ohne Urlaub abgereisten Mitglieder auf, sich binnen vierzehn Tagen von heute an im Reichstage wieder einzufinden. Sämmtliche Anträge wurden einstimmig angenommen. Vom Arbeitervereine wurde durch eine Deputation drm permanenten Ausschusse eine Adresse an den Reichstag überreicht, in welcher sich derselbe zur Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit und zum Schutze des Reichstagrs erbietet. Die Adresse wird vorgelesrn und beschlossen, sie zur Krnntniß zu nrhmen und dem Drucke zu übergeben.

△ **Wien**, 8. Octbr. Es ist ein möglicher Fall, daß das Konzept, was dem Minister Kraus zur Unterzeichnung zugesendet wurde, untrrschoben ist, da die Hand, welche es geschrieben, nicht grkannt, und die Unterschrift des Kaisers so unkenntlich als möglich ist, und es dürfte sich zum zweiten Male herausstellen, daß man den armen Kaiser ein zweites Mal gegen seinen Willen fortzubringen gesucht und reüssirt hat. — Außer ein paar Angriffen auf das in der Vorstadt stationirte polnische Regiment Nassau verlief der gestrige Tag ruhig, so ist es mit dem heutigen und unsere Blicke beginnen wieder sich den Verhandlungen und Anstalten hinzuneigen, welche drr Reichstag für nöthig erachtet, in diesrm schweren Momente zu befehlen. — Vicepräsident Smolka hat sich äußerst thätig und tüchtig benommen, während Strobbach sich von Allem zurückzog. — Ein Aufruf des Vicepräsidenten an die Nationalgarden, worin er zur Einigkeit mahnt — dann das Verbot an die Eisenbahnen Militäe zu transportiren (gegen Wien) u. m. a. vom Reichstage gefaßte Beschlüsse haben den besten Eindruck gemacht, Vertrauen und Ruhe kehrt in die Gemüther zurück, nnd außer unsrren hundert Barrikaden ist heute Wien wie an jedem andern Sonntage, die Arbeiter ruhig und harmlos; diese Worte sind genug, um das größte Lob des ganzen Körpers zu bezeichnen, nach solchem Sturme, nach solchem Kampfe! — und Sie mögen daraus ersehen, daß der schauderhafte Mord an Latour nur von sehr vereinzelten Verbrechern konnte ausgegangen sein. Sierakowsky und Fischbach, welche vom Reichstage beauftragt waren, für sein Leben zu wachen, haben Uebermenschliches gethan, ohne Erfolg, den ersten Schlag mit einem großen Hammer fing Fischhof auf — der zwrite folgte so schnell, daß an keine Hülfe mehr zu denken war. — Latour's letzte Worte waren, „ich habe ein reines Gewissen, ich sterbe vor Gott." —

Graf Auersperg soll vom Kaiser zum Kriegs-Minister ernannt sein, doch weiß man darüber nichts Bestimmtes, auch wäre es ungültig, da es von keinem verantwortlichen Ministee unterzeichnet sein kann. Als Stadtkommandant hat er einstweilen alle Truppen auf der Höhe des Brlvedere's zusammen gezogen und dort sich, besonders im Schwarzenbergischrn Garten in Vertheidigungsstand gesetzt, doch heute in einer Eingabe an den Reichstag erklärt, daß ihn dazu blos die Gerüchte und Befürchtungen veranlaßt hätten, die Nationalgarden und Bürger rc. möchten die einzelnen Kasernen angreifen. — Sobald er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß dies nicht zu befürchten stehe, werde er sogleich, um alle irrigen Gerüchte über diese Disposition zu entkräften, wieder die alten Vorstadtkasernen beziehen lassen.

Weissenberg, den wir hoffen, nicht verloren zu haben, oder doch später wieder an drr Seite des Kaisers zu sehen — begleitete diesen letztern. — Bach hingegen flüchtete in einem Kommißkittel und einer Stallkappe zwischen den Soldaten. Auch erzählt man, von Schwarzer habe sich davon grmacht.

Prestl ist nicht gefallen, wie ich Ihnen gestern schrieb, sondern zwei andere Parlamentäre, deren Namen ich noch nicht kenne.

Digitized by Google

Die Todten der letzten Kämpfe dürften 200 nicht übersteigen, in den Spitälern liegen, soviel man bis heute weiß, 130, und Verwundete 162.

Soeben ist ein Theil der Grätzer Nationalgarde den Wienern zu Hülfe gekommen und ein Theil des Regiments Deutschmeister (lauter Wiener), um sich der Universität und der Nationalgarde zur Verfügung zu stellen. — Von Prag glaubt man zu wissen, die dortigen deutschen Regimenter hätten dem Kommandirenden erklärt, nicht gegen Wien marschiren zu wollen. —

Die drei Minister Doblhoff, Krous, Hornbostl, haben vielfache Vertrauensvoten bekommen, und werden einstweilen die erledigten Portefeuilles fortführen. Die Minister-Kombinationen sind noch zu unbestimmt, um sie zu nennen.

Der Kaiser ist nach Persenbeug mit einer Militär-Eskorte von einigen tausend Mann und 2 Kanonen. Baron Augustine, Major eines Landwehrbataillons aus Böhmen, stellt sich dem Reichstage zur Verfügung, ein zweites folgt. —

Vor Abgang der Post.

Man glaubt Borrosch füe die Justiz, General Buchner, Kommandirendee in Siebenbürgen, für den Krieg bestimmt, — Löhner hat viele Stimmen für ein Portefeuille. — Dieß ist für's Erste das Wahrscheinlichste. —

Der Reichstag erklärt sich, um alles zu thun, was zue Ordnung und Aufrechtholtung dee Monarchie nöthig sei, in Permanenz, und welche Ereignisse auch immer eintreten mögen, in keinem Falle vor Beendigung der Constitution, auseinander gehen zu wollen, deren ordnungsmäßige Debatten er nach 14 Tagen wieder aufzunehmen hofft, und diese Zwischenzeit ganz dem obigen Zwecke zu widmen. Sie finden schon in den Zeitungen die Ernennung eines Sicherheits-Comites aus Deputirten des Reichstages.

Jellacic ist von Raab zurückgedrängt und zwar gegen Stuhlweißenburg.

Die Bauern der ganzen Umgegend Wien's bringen unentgeltlich von allen Seiten Lebensmittel in die Stadt, und tragen dieselben auf die Universität und zu den Kommandantschaften der Nationalgarden.

Der ehemalige Präsident Strobbach hat sich geflüchtet, weil er das Volk zu fürchten scheint, seiner Erklärung halber, als man ihn am 6. früh bestürmte, den Reichstag zusammenzuberufen: „die Sache sei zu unbedeutend dazu." —

†† **Wien**, 8. Okt. Jede Minute der nächsten Tage ist eine Periode in der Geschichte des österreichischen Staates. Die Erlebnisse der jüngsten zwei Tage sind leider nur der Sockel von erschütternden Ereignissen, denen wie entgegen gehen. Ich will die von mir gemachte Voraussage der blutigen Katastrophe nicht ecaffumiren, auch die verbrecherische Verantwortlichkeit des vergossenen Blutes von tausend Verwundelen, des Mordes von 300 Getödteten nicht neuerdings auf das Gewissen der Schuldigen wälzen, oder mit leidenschaftloser Schilderung der auftretenden Thatsachen einen historischen Beitrag zur Erkenntniß unserer Lage zu liefern mich bestreben. Gestern Morgen 7½ Uhr fuhr der Kaiser von Schönbrunn fort. Vier Kompagnien Fußvolk, zwei Geschütze, eine Division Kavallerie begleiteten die entmuthigte Majestät. Noch Persenbeug lautete die Marschordre, ein festes Schloß an der Donau. Der Kaiser hatte der Deputation des Reichstages in derselben Nacht versprochen, daß fürder kein Ohrenbläser, kein zweideutiger Unterhändlee zwischen ihm und dem Volke stehen, kein Verleumder ihn mehr um die Liebe dieses Volkes betrügen soll. Wie schnell hat er unter dem Einflusse seiner Umgebung das schöne Wort des gegebenen Versprechens vergessen. Vor der Abreise verlangte dee Kaiser vom Finanzminister Kraus die Unterzeichnung eines Manifestes an den Reichstag, welches mit strengem Tone vorwurfsvoll die Ermordung seines Kriegsministers als Ursache der Abreise erklärt und fordert, daß der Reichstag die Ruhe in der Hauptstadt herstelle; denn im entgegengesetzten Falle würde er, der Kaiser, an das Volk in den Provinzen appelliren und die aufrührerische Hauptstadt des Reiches zur Ruhe und Ordnung zwingen. Der Minister Kraus verweigerte die Unterzeichnung des Manifestes, erstattete aber unter Vorlage desselben Bericht von dem Hergange, wofür ihm der Reichstag den Dank des Hauses votirte. Kann es so gelingen, die Kluft wieder zusammenzuzwängen, welche mehr und mehr Thron und Volk trennt? Das erwägen Jene nicht, welche den Bürgerkrieg wünschen, und ihre fetten Gehalte durch den Tod der mit fünf Kreuzer per Tag bezahlten Soldaten, durch den Mord drohlosee Bürger sich zu sichern glauben. In der Stadt war es gestern Nachmittag ruhig. Das Zeughaus wurde geschlossen, nachdem der Brand gelöscht war, keine Waffen mehr ausgetheilt. Die Gassen, mit zahlreichen Spaziergängern gefüllt, durch Barrikaden gespeert, von Bewaffneten besetzt, boten der Neugier nebstbei die Schau der Spuren von Kanonen- und Kartätschenschüssen an den Mauern und Kaufgewölben der Häuser. Arbeiter, mit den Lanzen und Morgensternen der Märztage bewaffnet, baten die gnädigen Herren um kleine Gaben. Sonderbares Wechselspiel! Gestern zitterten diese gnädigen Herren bei dem Anblicke der Arbeiter — heute ersuchen die Letzteren mit einem Teller in der Hand demüthig die Ersteren um Almosen. Die Furie des Kommunismus ist von Wien bisher fern geblieben. Heute Morgen erschien das Dokument vom Reichstage, einbegleitet als Plakat. Das Militär verübte in seinem Lager gräßliche Grausamkeiten. Die aus der Stadt kommenden bewaffneten Bürger wurden im Lager der Soldaten desarmirt. Jene, welche sich weigerten, wurden grausam verstümmelt. Gestern Abends erschossen die Vorposten des Kommandirenden einen Nationalgarde-Hauptmann. Mehrere andere Garden wurden verwundet. Die Stadt besorgte heute Nacht ein Bombardement. An dee Taborbrücke stehen die Militär-Grenadiere, welche von Gänserndorf zurückkommen. Sie forderten, sich dem Volke anzuschließen. Der Reichstag wies sie an das Nationalgarde-Oberkommando. Später rückte ein Bataillon der Landwehr vom Regimente Heß aus Stockerau hier ein. Sie verlangten auch, mit dem Volke Partei zu machen. Im Spitale ist kein Raum mehr für Verwundete. Die Aula ist voll verwundeter Studenten. Professor Füster gab heute hundert Gulden für die verwundeten Akademiker. Der Musentempel ist zur Kaserne, zum Spital, zum Hauptquartier des Revolutions-Comite umgestaltet. Uebergegangene Grenadiere und Feldjäger haben ein mobiles Korps formirt, welches die Aula als Depot benützt.

Zu den verschiedensten Zwecken benützt, erlebte keine Universität eine ähnliche Geschichte. Beim Sturme des Zeughauses fiel Fürst Max Sulkowski, der Eidam des Millionär Baron Dietrich. In heutiger Reichstags-Morgensitzung lief von dem Arbeiter-Comite eine Adresse ein, welche herrlich verfaßt war und allgemeine Theilnahme erregte. Sie stellen sich unter den Schutz des Reichstages und verwahren sich gegen den Vorwurf des Kommunismus, welchen sie auch bei dem Kampfe vom 6. nicht verdient haben. Sie wollen mit dem Volke siegen oder sterben. Borrosch verlangte, daß den Beurlaubten ein Einrückungstermin gestellt werde, und daß falls sie nicht einrücken, die Ersatzmänner einberufen werden. Die Czechischen Deputirten dürften sich unter den Schutz der kaiserlichen Eskorte gestellt haben, welchen ihr schlechtes Gewissen sie im Reichstage nicht finden läßt. (?) Es ist eine traurige Schwäche, daß die Abgeordneten ihre Plätze in dem wichtigen Momente nicht einnehmen. Der Patriotismus dieser abwesenden Herren ist nicht sehr glorreich bethätiget worden. Minister Bach und Schwarzer sind flüchtig. Auch Wessenberg befindet sich nicht mehr in Wien. Die beantragte Verdammung der Erzherzogin Sophie und des Erzherzogs Ludwig sammt der königlichen Familie ist von Seite des Reichstages vorläufig desavouirt. Es wird aber darüber in Folge der vom Latour abgefangenen und aufgefangenen Briefe, Weiteres debattirt. Eben geht das Gerücht um, der Kaiser werde vom Landsturm zurückgebracht. Die schwarz-gelben Nationalgarden-Viertel sollen ihre Nummern von den Czako's ablegen, sie verweigerten die Ablegung der Nummern, ohne welche sie auch nicht gegen einen feindlichen Angriff ausrücken würden. Solche Spaltungen können beiden Theilen verderblich werden.

Jellacic's Stellung ist verloren. Nach dem Rückzuge bei Velencze ging er mit 10,000 Mann nach Raab. 10,000 Mann ließ er bei Velenrze. General Roth mit dem rechten Flügel stand bei Fünfkirchen. Diese ausgedehnte unterbrochene Gefechtsstellung trägt die Niederlage in sich. Von Raab ging Jelacic nach gemachter Requisition auf Stuhlweißenburg los, wo er eine bedeutende Niederlage erlitt. In seinem Rücken hat sich der Landsturm von den südlichen und westlichen Komitaten gesammelt. Kossuth zieht mit einem Heerhaufen von Ofen heran und Preßburg ist gegen den Kroatenhäuptling aufgestanden. Mit einigen Banden, welche Panburenschrecken verbreiten, steht der Ban zwischen Oedenburg und Karlsburg. Drei Kassawägen führten ihm österreichische Banknoten nach. Kroatische Parteigänger vertheilten an die

Mannschaft ohne Zahlliste, ohne Vormerkung das von Latour den deutsch-österreichischen Provinzen entnommene Geld. Woher es kam, aus welcher Kasse, weiß Niemand; man vermuthet einen Unterschleif der Nationalbank. Preßburg hatte sich einem vor etlichen Tagen von Wien hingeschickten Bataillon unterworfen. General Karger kommandirte in der Stadt. Als die Nachricht von Latour's Ermordung hinkam, revolutionirte das Volk, mit welchem die Soldaten fraternisirten, und ihren General zwangen, mit nach Wien zurückzukommen. Heute ist der neuerwählte Gemeinderath in Wirksamkeit getreten und bittet, daß die Bürger ihn unterstützen mögen. Ich hoffe, daß die Postverbindung nicht unterbrochen werde, und der Brief Ihnen zukommt.

Wien, 8. Okt. Das obenerwähnte Manifest lautet:

Völker Oesterreichs! Die Folgen verhängnißvoller Ereignisse drohen den kaum begonnenen Grundbau unseres neuen Staatsgebäudes zu erschüttern.

Der aus der freien Wahl der Völker Oesterreichs hervorgegangene konstituirende Reichstag erkannte in den ernsten Stunden des 6. October die heilige Pflicht, die er den Völkern gegenüber zu erfüllen, und die schwere Verantwortlichkeit, die er vor der Mit- und Nachwelt zu tragen hat. Als das Band der gesetzlichen Ordnung zu zerreißen drohte, bemühte sich der Reichstag, kraft seiner Völkervollmacht und durch Verständigung mit dem Volke von Wien, der Reaction wie der Anarchie entgegen zu wirken. Er erklärte sich selbst für permanent und wählte zugleich aus seinen Mitgliedern einen permanenten Ausschuß zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Aber der konstituirende Reichstag hielt auch die Stellung fest, die er dem konstitutionellen Throne gegenüber einnimmt und jederzeit unerschütterlich einnehmen wird. Er entsendete eine Deputation an Seine Majestät den konstitutionellen Kaiser, um im innigsten Verbande mit dem allerhöchsten Träger der Souveränetät die Wünsche des souveränen Volkes zu erfüllen, und dessen heilige Interessen zu wahren. In stets bewährter Herzensgüte waren Seine Majestät sogleich geneigt, die Männer, welche das Vertrauen des Volkes verloren hatten, aus dem Ministerium zu entlassen, die Bildung eines neuen volksthümlichen Ministeriums zu verfügen und die aufrichtigste, den Interessen aller Völker Oesterreichs wie den Zeitbedürfnissen entsprechende Berathung der Angelegenheiten des großen Gesammtvaterlandes zuzusichern.

Leider wurden Seine Majestät am 7. Oktober zu dem tiefbeklagenswerthen Entschluß bewogen, sich aus der Nähe der Hauptstadt zu entfernen.

Dadurch ist das Vaterland, ist das Wohl und die so herrlich errungene Freiheit unseres hoch berufenen Vaterlandes abermals in Gefahr, Rettung und Erhaltung der höchsten Güter des Bürgers und des Menschen ist nur dadurch möglich, daß das Volk von Wien, daß alle österreichischen Völker, die ein Herz für ihr Vaterland haben, wieder jene thatkräftige politische Besonnenheit und jenen hochherzigen Ebelmuth beweisen, wie in den Tagen des Mai.

Völker Oesterreichs! Volk von Wien! Die Vorsehung hat uns einen eben so hohen als schwierigen Beruf angewiesen, wir sollen ein Werk vollbringen, welches, wenn es gelingt, alles übertreffen wird, was die Weltgeschichte Großes und Herrliches aufzuweisen hat; wir sollen einen politischen Staatsbau aufführen, der verschiedene Völker zu einem brüderlichen Völkerstaat vereinigt, dessen unerschütterliche Grundlage das gleiche Recht, dessen Lebensprincip die gleiche Freiheit Aller sein soll.

Völker Oesterreichs! der Reichstag ist fest entschlossen, für diesen hohen Beruf das Seinige zu thun; thuet auch Ihr das Eurige. Euer Vertrauen hat uns berufen, nur durch Euer Vertrauen sind wir stark. Alles, was wir sind, sind wir durch Euch, und wollen wie für Euch sein!

Dem Gebote der Nothwendigkeit und dem Gesetze der konstitutionellen Monarchie folgend, hat der konstituirende Reichstag heute folgende Beschlüsse gefaßt:

a) Daß die Minister Doblhoff, Hornbostl und Kraus die Geschäfte aller Ministerien führen; nicht nur für die Ordnung in dieser Geschäftsführung Sorge tragen, sondern auch durch Beiziehung neuer Kräfte den Erfolg derselben sichern, endlich Seiner Majestät den Vorschlag der neu zu ernennenden Minister schleunigst vorlegen, und sich mit dem Reichstage in ununterbrochener Verbindung erhalten.

b) Sei eine Denkschrift an Seine Majestät aus Anlaß höchst Ihres Manifestes zu erlassen. Darin soll der konstitutionelle Kaiser über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt, und Ihm aus ehrlichem Herzen die Versicherung gegeben werden, daß die aufrichtige Liebe der Völker unerschütterlich für Ihn ist.

Völker Oesterreichs! Europa blickt mit Bewunderung auf uns, und die Geschichte hat unsere Erhebung zur Freiheit unter ihre glänzendsten Thaten eingereiht. Bleiben wir uns selber getreu. Halten wir unerschütterlich fest an der Achtung vor dem Gesetz, an der konstitutionellen Monarchie, an der Freiheit. Gott schütze Oesterreich!

Wien am 7. Oktober 1848.

Vom konstituirenden Reichstage.

Franz Smolka, erster Vice-Präsident.

Carl Wiser, Schriftführer.

Wien, 8. Okt. Die czechischen Deputirten Strobach (Präsident), Rieger, Hawlitschek sind proskribirt von einer hiesigen Partei und flüchtig; Trojan, Helfert, Jonack stehen auch auf dieser Liste, flüchteten sich jedoch nicht. (Nürnb. Corr.)

Triest, 5. Okt. Man liest von hier in der Voss. Ztg.: Der gestern von Dalmatien zurückgekehrte Lloyd-Dampfer „Il Dalmata" brachte die Nachricht, daß im Kreise von Cattaro eine fürchterliche Insurrektion stattgefunden, und daß die Insurgenten von Zuppa in Verbindung mit 1500 Montenegrinern unseren Truppen am 28. und 29. September förmliche Schlachten geliefert haben. Die Zehenteintreibung soll der Anlaß dazu gewesen sein. Der Kreishauptmann Grice wurde massakrirt. Im Uebrigen sind auf dem Schlachtfelde von Zeodo 5 Soldaten todt geblieben, 11 wurden verwundet. Unsere Truppen zogen sich in Eilmärschen nach Cattaro zurück, da sie nur 600 Mann zählten und der Uebermacht von 3000 Insurgenten sich nicht gewachsen fühlten. Alles ist in Aufruhr, was fliehen kann, flieht. Viele suchten im Castelle zu Cattaro Zuflucht. Niemand wagt zu bleiben, geschweige denn Widerstand zu leisten, denn die Insurgenten morden und plündern ohne Unterschied des Alters, Geschlechtes und Ortes. Der „Dalmata" brachte auch zwei Offiziere aus Montenegro nach Zara, von wo aus sie nach Kroatien gingen, um dem Banus die Hülfe von 10,000 Montenegrinern anzubieten.

* **Berlin**, 9. Okt. Die heutige Sitzung unserer Landesversammlung begann mit einigen Vorschlägen der Centralabtheilung für das Bürgerwehrgesetz. Wie Sie bereits erfahren haben, ist letzteres vollständig berathen worden und es handelt sich jetzt nur darum, dem umfangreichen Gesetze die dem Willen der Versammlung entsprechende Form zu geben. Bei dieser Arbeit ist die Abtheilung — denn dieser fällt die Fassung des Gesetzes anheim — auf mancherlei Schwierigkeiten gestoßen. Die geringsten bestanden in mehreren Widersprüchen, die sich im Laufe der Berathung eingeschlichen hatten; diese wurden heute leicht durch wenige Abstimmungen beseitigt. Wichtiger war das Bedenken, ob der §. 7 des Gesetzes, welcher den auf die Verfassung und dem Könige zu leistenden Eid betrifft, bis zur Vollendung der Verfassung ausgesetzt bleiben sollte. Es leuchtet ein, daß dieser Eid im Grunde den wahren Mittelpunkt des Gesetzes bildet. Denn fällt die Verpflichtung weg, welche die Leiter der Bürgerbewaffnung an Gesetz und Autorität bindet — nach welcher Regel sollen sie bei vorkommenden Angriffen auf Freiheit und Ordnung einschreiten? Freiheit und Ordnung sind in Zeiten politischer Uebergänge relativ und unterliegen der Auslegung aller an der Konstituirung des neuen Staates Theil nehmenden Parteien. — Andererseits ist es richtig, daß die Verpflichtung auf eine Verfassung nicht möglich ist, weil eben diese — Dank den volksfreundlichen Bemühungen unserer radikalen Ultras — bis jetzt zu den frommen Wünschen gehört. Dies letzte Bedenken war so vorwiegend, daß sich die Versammlung für die vorläufige Aussetzung des Paragraphs 7 entschied. Die letzte Verlesung des Gesetzes steht noch bevor und werden wir alsdann Gelegenheit finden, über den Geist des Gesetzes unser Urtheil abzugeben. Auf der Tagesordnung stand heute die weitere Berathung des Jagdgesetzes, zunächst die in der vorigen Sitzung begonnene und unterbrochene Abstimmung. Sie ergab, daß die Versammlung sich wenig geneigt zeigte, auf Entschädigungen den Aufhebungen gegenüber, selbst nicht in der mildesten Form, wie sie Kirchmann vorschlug, einzugehen. Denn der Vorschlag desselben, daß den Berechtigten wenigstens erstattet werden sollte, was sie vertragsweise gegeben — wurde mit 183 gegen 162 Stimmen verworfen. So

lautet nun §. 1: Jedes Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben. Die bisherigen Abgaben und Gegenleistungen des Berechtigten fallen ebenfalls weg. §. 2: Eine Trennung des Jagdrechtes vom Grund und Boden kann als dingliches Recht künftig nicht stattfinden. — Die folgenden Bestimmungen des Entwurfes beantragen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und des Landbaues die Ausübung des Jagdrechtes durch öffentliche Verpachtung nach gemeinschaftlichen Jagdbezirken. Dieser Vorschlag fand nicht den Beifall der Versammlung. Vielmehr wurde fast einstimmig ein Amendement von Bernemann (des bewährten preußischen Rechtsmannes!), folgenden Inhalts angenommen: Das Jagdrecht steht dem Eigenthümer des Grundes und Bodens zu, welcher es in jeder an sich erlaubten Art ausüben darf. Den benachbarten Eigenthümern bleibt überlassen, ihre Grundstücke zu einem gemeinsamen Jagdbezirke zu vereinigen, gemeinschaftlich zu verpachten oder die Jagd ganz ruhen zu lassen. Kein Grundeigenthümer kann aber zu einer solchen Vereinigung gezwungen werden. Beschränkungen in der Ausübung treten nur zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und zur „Schonung der Feldfrüchte" ein. Auch die Festungswerke sind vor dem unbefugten Besuche bewaffneter Jagdliebhaber durch geeignete Ausnahmebestimmungen geschützt. Indem die Versammmlung endlich, diesmal auch gegen den ausdrücklich erklärten Vorschlag der Regierung, beschloß, das Gesetz sofort in Kraft treten zu lassen (nicht erst nach Ablauf des Pachtjahres!) blieb sie nur ihrer rücksichtslosen Mißgunst gegen die Berechtigten treu. Möge der Segen, welcher aus dieser nur vielleicht nach höherem Rechte gebotenen Ungerechtigkeit entspringt, die Verletzungen rechtfertigen, die man in demselben Augenblick für nöthig hält, wo man das Eigenthum im Namen der jungen Freiheit unseres Volkes für unverletzlich erklärt.

* **Berlin**, 10. Okt. Bei dem Beginne der heutigen Sitzung verlas der Justizminister einen Erlaß des Königs, wodurch den bei der letzten Erhebung betheiligt gewesenen Polen Verzeihung und Straflosigkeit zugesichert wird. Auf Offiziere und Beamte in unmittelbarem Staatsdienste soll die Amnestie insofern Anwendung finden, als ihre Theilnahme am Aufstande nur Dienstentlassung zur Folge haben wird. — Tagesordnung: Berathung des Gesetzentwurfes wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben. Die Versammlung thut damit in der Umgestaltung unserer seit den Zeiten Stein's vergessenen Agrargesetzgebung, nachdem sie neulich die noch schwebenden Ablösungen einzustellen beschlossen hat, einen weiteren großen Schritt zur Befreiung des Eigenthums. Erwarten wir, ob sie es verstehen wird, die Interessen der Berechtigten und Verpflichteten miteinander zu versöhnen und ebenso gerecht zu sein, wie sie Anspruch macht, frei zu sein.

** **Berlin**, 10. Okt. Der Antrag von 104 Mitgliedern (von der sämmtlichen äußersten Linken) „die hohe Versammlung wolle beschließen: daß das Ministerium ersucht werde, eine allgemeine Amnestie für die in Folge der Märzrevolution begangenen politischen Verbrechen und Prefvergehen bei Sr. Majestät in Antrag zu bringen", wurde am 7. von der ganzen Versammlung, außer den 104 Antragstellern, als nicht dringlich zurückgewiesen. Der Abg. v. Berg sprach gegen die Dringlichkeit und erntete dafür Invectiven von der äußersten Linken. Er mußte sogar entgelten, daß er Geistlicher ist. Obwohl nun seine Rede von der äußersten Linken so leidenschaftlich angegriffen wurde, können wir nichts destoweniger uns doch mit den darin ausgesprochenen Grundsätzen nicht einverstanden erklären. Wir sind wie der Abgeordn. für Jülich von der Delikatesse durchdrungen, am 7. Okt. nicht an eine Amnestie zu mahnen, welche, wenn wahre Weisheit sie nicht verbietet, die Humanität des Königs nicht über sein Wiegenfest wird hinausschieben mögen. Mit dem ehrenwerthen Mitgliede wollen wir den kostbarsten Edelstein der Königskrone nicht in seinem vollen Glanze getrübt sehen; das Recht der Begnadigung ist ein unantastbares Königsrecht, so lange das Königthum nicht bis auf den letzten Schatten seiner volksthümlichen Macht vertilgt ist. Aber so eifersüchtig wir auf die Rechte der Krone sind, weil sie lediglich eine Garantie für die Volksfreiheit bieten, deren die republikanische Staatsform entbehrt, eifersüchtiger vielleicht als das genannte Mitglied des linken Centrums, — und so sehr ungeeignet für eine derartige Bitte der Zeitpunkt uns erscheint, — wir erkennen die vollkommene Befugniß zu solchem Ersuchen an und theilen die sonstigen Bedenken des Hrn. v. Berg nicht im Geringsten. Berg setzt den Fall, daß, trotz dem Verwenden der Versammlung für Amnestie, dennoch Amnestie nicht ertheilt werde. Gewiß, die Versammlung handelt würdig, wenn sie nichts nachsucht, dessen Nichterfüllung sie voraussehen könnte. Doch der gewaltige Konflikt, den Hr. v. Berg für den gedachten Fall voraussetzt, existirt nur in der Doktrin des Centrums. Hr. v. Berg gibt zu, das Begnadigungsrecht stehe nur der Krone zu. Doch die Minister können Begnadigung befürworten. Die Versammlung kann nicht begnadigen; aber bei der Regierung des Königs ein desfallsiges Fürwort einlegen. Diese Befürwortung kann von der Versammlung beschlossen werden. Ja, das ist der wunde Fleck des Centrums. Beschlüsse der Versammlung müssen ausgeführt werden. Wie wird denn der Beschluß ausgeführt, ein Fürwort bei den Ministern einzulegen. Einfach, indem das Büreau dieses Fürwort einlegt. Doch die Minister sind verpflichtet, Beschlüsse der Versammlung auszuführen? Wie geschieht das? Sie legen ein Fürwort für Amnestie bei der Krone ein. Wenn sie das nicht wollen, treten sie ab. Das nennt das Centrum ein „Ersuchen an das Staatsministerium," das Volk nennt etwas Analoges einen „Wink mit dem Zaunspfahl!" Gesetzt nun aber, die Versammlung ersucht und das Ministerium gehorcht. Die Krone, deren unantastbares Recht die Begnadigung, weigert sie? Dann hat das Ministerium der Versammlung gehorsamt und „eine Amnestie bei Sr. Maj. in Antrag gebracht." Der Beschluß der Versammlung ist also doch im weitesten Umfang ausgeführt. Diesen Fall hat Abg. v. Berg im Auge. Was dann eintrete, dieses Unglück wollte Berg gar nicht aussprechen. Er warf nur hin, jedes künftige Ministerium sei dann unmöglich. — Was dann eintrete? wir wissen darauf die konstitutionelle Antwort. Möge man es ein Unglück nennen, wenn das Fürwort der Volksrepräsentation unberücksichtigt bleibt, und es ist ohne Zweifel kein Glück. Aber, so lange das linke Centrum nicht eine Dämmerungsverfassung will, die weder Republik noch Königthum ist, so lange wird der König das unbestrittene Recht behalten, eine Amnestie zu verweigern, auch wenn die Repräsentanten des Volks sie befürwortet. Oder müßte nach dem Chiaroscuro des Berg'schen Konstitutionalismus die mit ihrem Fürwort unberücksichtigte Versammlung zur Aufrechthaltung ihres Beschlusses alsdann erklären, daß es die dringendste Verpflichtung des Königs wäre, die Amnestie zu ertheilen? seine dringendste Verpflichtung, nur weil die Versammlung ein Fürwort eingelegt, und ihr Beschluß aufrecht erhalten werden müsse? seine dringendste Pflicht, ein ihm ausschließlich zustehendes Recht zu üben?! — Am Donnerstag beginnt die Berathung über das Verfassungswerk. Gott erleuchte den Abgeordneten für Jülich!

** **Berlin**, 9. Okt. Die zwei Mal hintereinander, am 5. und 6. d. M., durch überwiegende Mehrheit von der Tagesordnung entfernte Interpellation Waldeck's über den Erlaß des Reichs-Justizministers Mohl lautet, „ob das Staatsministerium auf das Schriftstück eine Erklärung abgegeben hat, eine solche, wenn es noch nicht geschehen, abzugeben oder einen Beschluß zu fassen gedenkt und eventualiter in welcher Art?" — Waldeck war einige Zeit als Ministerpräsident designirt.

** **Berlin**, 10. Okt. Die Landesversammlung verhandelt über die unentgeltliche Ablösung verschiedener Lasten und Abgaben. Bucher hat eine meisterhafte Rede zu Gunsten des hierbei zur Entscheidung kommenden revolutionären Princips und gegen jede Entschädigung gehalten. Die Wage neigt sich auf seine Seite. Ob Bucher's Distinktion, die lauten Beifall erntete, zwischen der konstituirenden Versammlung, deren Rechtsboden die Revolution, und den Kammern, welche auf dem Boden der Verfassung stehen werden und das darin ausgesprochene Princip der Heiligkeit des Eigenthums niemals verletzen dürfen, — jemals eine Wahrheit wird? Die Grundsätze der Verfassung, dünkt uns, seien heilig und unverletzlich nur wenn ihre Gründer, die kein Verfassungsparagraph band, zum Voraus und freiwillig den Wahrheiten treu blieben, für welche sie Gehorsam und Achtung verlangen. Eine Verfassung, deren Stifter das Eigenthum mißachtet, erklärt vergebens das Eigenthum als unverletzlich! — — Die erschütternde Kunde der Wiener Schreckensherrschaft wird hier von bekannter Seite ausgebeutet. Wenn Radowitz nicht im Februar zum falschen Propheten an dem Julikönigthum geworden wäre, möchten wir vor Deutschland froh

Digitized by Google

bekennen, daß die Säulen des preußischen Thrones noch seit dem März nicht so fest und sicher standen, als in diesen Tagen vor dem 15. Oktober.

Berlin, 11. Octbr. Der heutige pr. Staatsanzeiger veröffentlicht folgenden kgl. Erlaß: Nachdem die letzte Insurrektion im Großherzogthum Posen völlig gedämpft worden, will Ich zum Zweck der Herbeiführung einer gänzlichen Pacification der Provinz und Versöhnung der beiden dieselbe bewohnenden Volks-Stämme und mit Rücksicht auf die in dem Berichte des Staats-Ministeriums vom 9. d. Mts. hervorgehobenen sonstigen Motive für alle in der Provinz Posen bis zum 1. Juli d. J. begangenen politischen und damit in Verbindung stehenden anderen, insbesondere die zum Zwecke oder bei Gelegenheit der Unterdrückung des Aufstandes begangenen Vergehen und Verbrechen Straflosigkeit und Verzeihung hiermit eintreten lassen. Gegen unmittelbare Staats-Beamte, so wie gegen Offiziere, Geistliche und Lehrer an öffentlichen Schulen, welche sich bei der Insurrektion betheiligt haben, soll zwar die gerichtliche Untersuchung eingeleitet und beziehungsweise fortgeführt, jedoch keine härtere Strafe als die Dienst-Entlassung erkannt werden.

Sanssouci, den 9. October 1848.

Friedrich Wilhelm.

von Pfuel. Eichmann. von Bonin. Kisker.
Graf von Dönhoff.

Für den Minister der geistlichen Angelegenheiten:
von Ladenberg.

Dresden, 9. Okt. Ein Tagesbefehl an sämmtliche Kommunalgarden des Königreichs macht darauf aufmerksam, daß der Kommunalgarde, dem Kerne des Volkes, es obliegt, treue Wacht zu halten nach allen Seiten hin, und daß dafür gesorgt werden wird, daß Diejenigen, die ihre Waffen nicht zum Schutze des Gesetzes, sondern gegen das Gesetz gebraucht haben (in Chemnitz haben Kommunalgarden ihre Waffen an Aufständische geliehen), aus einem Vereine entfernt werden, dessen Glieder das Recht des freien Mannes zum Tragen der Waffen richtig zu würdigen und die Ehre ihrer Waffen rein und unbefleckt zu erhalten wissen. Die Untersuchung dieses betrübenden Ereignisses ist im Gange und das Generalkommando wird mit Kraft dahin wirken, daß Keiner der Strafbaren innerhalb der Kommunalgarde von der Strenge der Gesetze unerreicht bleibe.

Bruchsal, 10. Okt. Es sind nun im hiesigen neuen Männerzuchthaus schon wieder beinahe 120 politische Gefangene von dem letzten Aufstande. Außer Struve, den Anführern Breitenstein, Blind, Trautmann, befindet sich keine bemerkenswerthe Männer dabei. Es sind davon heute wieder eine Anzahl entlassen worden. (Oberrh. Z.)

Weimar, 7. Okt. Am 6. Oktober sind nun in Jena Reichstruppen eingerückt. Diese Truppen, unter Befehl des sächsischen Obersten v. d. Planitz, werden bis zum 9. Oktober in Jena verweilen und dann nach Weimar aufbrechen. Auf den 8. Oktober ist in Jena eine republikanische Volksversammlung ausgeschrieben; man spricht von bewaffnetem Zuzug und 20,000 Menschen. (?) (Voss. Z.)

Hildburghausen, 8. Okt. Vorgestern ist hier der Redakteur des „freien deutschen Volksblattes," Dr Huhn, der in der letzten Zeit eine große Thätigkeit in den Volksversammlungen entwickelt hatte, verhaftet worden. Kaum war dies ruchbar geworden, als sich hier und in der Umgegend eine große Aufregung kund gab. Es entstanden Zusammenrottungen, die durch Zuzüge vom Lande bald auf mehrere Tausend anwuchsen. Die drohende Haltung dieser Massen bestimmte endlich die Behörden, den Verhafteten wieder freizugeben, der vom Volke im Triumphe in seine Wohnung geleitet wurde. Die Ordnung ist bis jetzt nicht weiter gestört worden. Die Gährung dauert aber fort. Neuere Berichte aus Hildburghausen schildern die dortigen Vorgänge als ziemlich bedeutend. Die Bauern aus der Umgegend waren fast sämmtlich mit scharf geladenen Gewehren bewaffnet, und man wollte nicht nur das Gefängniß, sondern auch das Schloß stürmen. Die Aufregung war furchtbar. Die aufgebotene Bürgerwehr rührte sich nicht. Nach einem anderen Berichte soll der Herzog selbst in Gefahr gewesen sein, mißhandelt zu werden. (B. Z.)

Großbritannien.

London, 9. Okt. Der Prozeß O'Brien's vor den außerordentlichen Assisen in Clonmel wurde am 7. Okt. beendigt. Die Jury sprach über ihn ihr Schuldig aus, doch mit dem Zusatze: „Wir empfehlen den Gefangenen dringend der gnädigen Berücksichtigung der Regierung, da die Jury einstimmig der Ansicht ist, daß aus verschiedenen Gründen sein Leben geschont werden möge." Smith O'Brien hörte den Urtheilsspruch mit vollkommener Fassung an. Er wurde sodann unter starker polizeilicher Bedeckung nach dem Gefängniß zurückgebracht; es bedurfte jedoch dieser Maßregel kaum, da sich etwa höchstens 60 Personen, meist Weiber, vor dem Gerichtsgebäude versammelt hatten, von denen nur wenige ihm noch dem Gefängniß das Geleit gaben. Ueberhaupt hat der Prozeß auffallend wenig Theilnahme erregt, selbst unter den näheren Landsleuten Smith O'Brien's, für deren Nationalsache er das Banner der Empörung zwischen den Hügeln Tipperary's aufgepflanzt hatte. Unter den Anhängern der Regierung selbst scheint O'Brien übrigens mehr Mitleid als Haß gefunden zu haben; man betrachtet ihn als einen überspannten und ehrgeizigen, sonst aber unschädlichen und gutmüthigen Menschen. Neue und interessante Thatsachen von historischer oder psychologischer Bedeutung lieferte der Prozeß nicht, hierzu war die ganze irische Revolution vom Jahre 1848, die sich in eine bloße Bauernemente verlief, auch nicht angethan. Der „Cork Examiner" zeigt an, daß Madame O'Brien zwei Tage vorher von einem Söhnchen entbunden wurde. Den 23. Sept. wird der Prozeß Duffy's beginnen; Letzterer steht zu O'Brien ungefähr in demselben Verhältniß, wie Struve zu Hecker.

Frankreich.

△ **Paris**, 10. Oct. Der Antrag, daß kein naher Verwandter der Dynastien, welche über Frankreich herrschten, zum Präsidenten der Republik gewählt werden könne, wurde im Verlaufe der gestrigen Sitzung zurückgenommen, aber auf eine, für den Bürger Ludwig Napoleon wenig schmeichelhafte Weise. Nach einer längeren Diskussion über diesen Verfassungsantrag trat derselbe nämlich selbst auf, um „im Namen der 300,000 Wähler, die ihm dreimal ihre Stimmen gegeben hätten, gegen die Bezeichnung Prätendent zu protestiren, die man ihm immer an den Kopf werfe." Er sprach, so heißt es, mit sichtbarer Verlegenheit, nicht eben demosthenisch, und was bei uns besonders als ein Verbrechen gegen die Souveränetät der französ. Akademie gilt, mit bald deutscher, bald italienischer Aussprache. Jetzt, sagen unsere Blätter, sei es mit seiner Candidatur vorüber; die Zukunft wird uns lehren ob die Prophezeiung eintrifft. Ein anderer Antrag (des Abgeordneten Kerdrel), nach welchem die unmittelbare Wiedererwählung dieses höchsten Würdenträgers auf weitere vier Jahre gestattet sein solle, wurde verworfen und hierauf, nach Beseitigung einer Anzahl von sogenannten Verbesserungsanträgen der Artikel 45 angenommen, nach welchem der Präsident des Freistaates auf 4 Jahre ernannt, und erst nach einem Zwischenraume von weiteren 4 Jahren wieder erwählbar ist. Zu den Amendements, welche weiter vorgeschlagen sind, gehört das drolligste Proudhon, welches der Poesie Beerdigung die definitive Entscheidung vorbehält, falls keine absolute Mehrzahl der Volksstimmen erzielt werden kann. Das Mittel wäre allerdings probat die alte Eifersucht zwischen Paris und den Provinzen zu entzünden, welche den unglücklichen Girondisten das Leben kostete. Der gute Mann träumt indessen nur und ist weit von böser Absicht entfernt. — Durch die gestern angenommene Bestimmung, daß, in Erwägung eines absoluten Mehr der Volksstimmen für einen Kandidaten, die Versammlung unter den fünfen wählt, welche die meisten Stimmen für sich haben, liegt eine gegründete Aussicht vor, daß die Entscheidung doch am Ende wieder der N.-V. zufallen wird.

Heute war die weitere Verhandlung der Verfassung ausgesetzt. Am Anfange der Sitzung kam Peter Bonaparte auf die Bezeichnung „Prätendent" zurück, welche einem Bürger-Vertreter beigelegt, gleichbedeutend wäre mit Verräther und Heuchler. Er protestirte abermals gegen dieses einem Mitgliede seiner Familie beigelegte Prädicat und erkläete — was einiges Aufsehen erregte — er werde stets dieser Protestation gemäß handeln.

An der Tagesordnung war der Vorschlag, Hypothekarscheine mit Zwangskurs bis zu dem unbedeutenden Betrage von 2000 Mill. Franken auszugeben. Auf diese Weise, meinen die Antragsteller, und mit ihm das Komite für den Ackerbau, werde der Boden gleichsam in Münze umgewandelt und aller Noth der Ländereibesitzer ein Ende gemacht werden. Leon Faucher hatte schon dar-

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 13. October.) Wien (Adresse an den Reichsminister v. Schmerling). Triest (Schreiben Radetzky's an die Ruthenen). Berlin (Bakunin ausgewiesen). Dessau (Abschaffung der Todesstrafe). Lübeck (Unruhen. Die Stadtverfassung).

Großbritannien. London (Aufhebung eines englischen Wachtpostens im Kaplande. Englisches Urtheil über H. v. Gagern).

Italien. Neapel (Waffenstillstand zwischen Sicilien und Neapel. Proteste der französischen und englischen Flottenkommandanten).

Schweiz. Freiburg (Reaktionäre Gewaltherrschaft).

Niederland. Haag (Annahme der Verfassungsrevision).

Ungarn. Pesth (Vortheile der Ungarn über Jellacic errungen).

Donaufürstenthümer. Moldauische Grenze (Bevorstehender Einmarsch der Russen in die Walachei).

Börsenbericht von Frankfurt. (Vom 13. Oct.) Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 13. Oktober.

* Die heutige Tagesordnung erstreckt sich auf neun verschiedenartige Gegenstände. Den Vorsitz führt Heinrich v. Gagern. Er theilt u. A. ein Schreiben Arnold Ruge's mit, des Inhalts, daß dieser Abgeordnete bis 1. Januar nicht wieder in der Versammlung erscheinen werde und daher seinen Stellvertreter für Breslau inzwischen einzuberufen bitte. Das Bureau soll ihm jedoch anzeigen, daß dies ein unrichtiges Verfahren sei, und daß sich Ruge darüber zu erklären habe, ob er aus der National-Versammlung als ausgeschieden betrachtet sein wolle oder nicht. Den Postsendungen für die zu errichtende Reichsbibliothek ist nach der Eröffnung des Finanzministeriums Portofreiheit von einer großen Anzahl deutscher Staaten bewilligt. Für den Prioritäts- und Petitionsausschuß verlangt Hr. Fuchs Ermächtigung zu einem abgekürzten Verfahren in Bezug auf eingehende Bittschriften, Beschwerden rc. und namentlich die Erlaubniß dazu, diejenigen an die Versammlung gelangenden Eingaben, welche in den Geschäftskreis des Reichsministeriums einschlagen, ohne vorgängigen Vortrag an das Haus, sofort an das Ministerium verweisen zu dürfen. Der Antrag wird zum Beschlusse erhoben.

Fischer von Jena schlägt einen neuen Abstimmungsmodus durch verschiedenfarbige Zettel vor. Der Antrag wird gedruckt und auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden. Von allgemeinerem Interesse ist unter den ferneren Mittheilungen ein Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses auf Aufhebung der Spielbanken.

Allgemeine Spannung verbreitet sich über das Haus und ein tiefes Schweigen herrscht unter der Erklärung Langerfeldt's: er habe Namens des Ausschusses über den Antrag des Appellationsgerichtes als Criminalgerichts der freien Stadt Frankfurt, betreffend die Ertheilung der Zustimmung zur Einleitung einer Untersuchung resp. Verhaftung der Herren Zitz, Schlöffel und Simon von Trier, anzuzeigen, daß der Bericht des Ausschusses gedruckt sei und im Laufe der Sitzung an die Mitglieder vertheilt werden solle. Der einstimmige Antrag des Ausschusses gehe dahin:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

die von dem Appellationsgerichte, als Kriminalgericht der freien Staat Frankfurt, in dem an das Reichsministerium der Justiz unter dem 4. d. M. gerichteten Schreiben beantragte Zustimmung zur Einleitung der Untersuchung gegen die Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon von Trier zu ertheilen;

dagegen den von dem gedachten Gerichte nur vorsorglich gestellten Antrag: die Zustimmung zu der Verhaftung der genannten Abgeordneten, wenn solche im Laufe der Untersuchung nöthig werden könnte, schon jetzt zu ertheilen, abzulehnen."

Der Ausschuß wird die Akten, die ihm mitgetheilt wurden, in die Hände des Präsidenten zurückgeben, damit sie auf dem Tische des Hauses niedergelegt werden.

Dann folgen Anfragen. Vogt von Gießen interpellirt das Reichsministerium wegen der von der Oberpostamtszeitung voreilig veröffentlichten Note an die Schweiz, deren Ton er unter dem Beifalle der Linken als einen mit der Humanität und mit der Würde eines großen Volkes in Widerspruch stehenden bezeichnet. Wichmann aus Stendal fragt im Gegensatze zu Vogt, ob das Ministerium Genugthuung für die Beleidigung fordern werde, welche der Centralgewalt von Seiten der Schweiz in der Note vom 4. Okt. widerfahren. Vogt befragt ferner, und abermals unter dem beifälligen Zurufe der Linken das Reichsministerium, welche Maßregeln es in Bezug auf Wien ergreifen und mit welchem Aufwande von Kraft es dort die Reaktion bekämpfen werde.

Mareck: In wie fern ist das Gerücht begründet, daß die Centralgewalt Reichstruppen zur Unterdrückung der Bewegung nach Wien entsenden wolle.

Schulze: Wie gedenkt das Reichsministerium die deutschen Interessen in der Moldau und Walachei gegen Rußland in Schutz zu nehmen.

Wesendanck: Hat das Reichsministerium der bairischen Regierung die Zusicherung ertheilt, daß das konstitutionell-monarchische Princip für immer in den deutschen Staaten gewahrt werden solle und wie verträgt sich dies mit dem Gesetz über die Befugnisse der Centralgewalt.

Simon von Trier interpellirt wegen der Wahl des Dr. Würth zur Nationalversammlung in Hohenzollern Sigmaringen und wegen der in Landau zu veranstaltenden Neuwahl.

Um einige Abwechselung in die Einförmigkeit dieser Anfragen zu bringen, besteigt Ludwig Jahn die Rednerbühne. Von der heiterern Stimmung des Hauses empfangen, verlangt er vom Reichsministerium Auskunft über das Verhalten der Reichs- und Landesbehörden, der offenkundigen Wühlerverschwörung und den angesagten Meuterei-Versammlungen gegenüber.

Nur in Bezug auf eine frühere Interpellation Beda Weber's über die Gefahren Deutsch-Tyrols wegen drohender Abtrennungen der wälschen Bezirke erwidert Schmerling heute: daß das Reichsministerium keine andere Kenntniß über die neuesten Verhältnisse Süd-Tyrols als durch die Zeitungen habe. Einem früheren Beschlusse der Versammlung gemäß seien die Wälsch-Tyroler mit ihren juristischen und administrativen Abänderungs-Forderungen an den Wiener Reichstag verwiesen worden.

Auf Antrag Jordan's aus Berlin werden die von den Wahlbezirken Lichnowsky's und Auerswald's an die N.-V. erlassenen Adressen (vgl. Deutsche Ztg. Nr. 272 Beil.) ausnahmsweise von der Tribüne und durch den Präsidenten von Gagern selbst unter feierlicher Aufmerksamkeit der Versammlung verlesen. Darauf aber wird fernerweiteren Anträgen und Interpellationen das immer dringendere Verlangen auf Tagesordnung entgegengesetzt. Nur ein Antrag Venedey's kommt noch zur Kenntniß der Versammlung: das Reichsministerium solle den Oesterreichern deutsche Truppen zu Hilfe schicken, falls Jellacic mit seinem Kroatenheere die deutsche Reichsgrenze überschreiten sollte. Dann wird wirklich zur Tagesordnung und zunächst zur Berathung der Vorschläge Schoder's, Trützschler's und Wartensleben's vorgeschritten.

Beseler macht darauf aufmerksam, daß der Verfassungsausschuß an den Grundrechten mehr zu thun habe, als sie blos einer neuen Redaktion zu unterwerfen. Eine Frist zur Vollendung dieses Werks könne er sich nicht vorschreiben lassen. Die erste Abstimmung müsse nochmals revidirt werden, womit drei Mitglieder des Verfassungs-Ausschusses beauftragt seien. Außerdem sei aber auch ein Einführungsgesetz nöthig, ehe die Grundrechte veröffentlicht werden könnten. Zu ihnen aber verhalte sich die Verfassung wie der Leib zum Geiste. An die Berathung der Verfassung sei zu gehen, deren Entwurf sich jetzt bereits vollständig in der Druckerei befinde, so daß er morgen vertheilt werden könne, und nicht blos wie Graf Wartensleben zwei, sondern vielmehr drei Parlamentstage jeder Woche fordert Beseler für diesen Gegenstand, wie er auch für das Verfassungsgesetz eine zweite Lesung für unerläßlich erachtet. Von den folgenden Rednern Mölling, Moriz Mohl, Rauwerk, Plathner, Graf Wartensleben, Waitz, Schoder, Trützschler unterstützen Plathner und Waitz die Erklärungen Beseler's, während Schoder dem Verfassungsausschusse Schuld gibt, daß er den Beschlüssen der N.-V. zuwider handle, wenn er mehr an den Grundrechten thun wolle, als daß er sie eben nur formell für die zweite Lesung zusammenstelle. Zu einer Revision der ersten Abstimmung sei der Ausschuß keineswegs berechtigt, und eben so wenig zu einem Ausführungsgesetze. Nur in dem Einen fügt sich Schoder der Meinung Beseler's, daß er von der Bestimmung einer Frist absehen und dem Ausschusse nur überhaupt die schleunigste Ausführung seiner Aufgabe empfohlen wissen will. Die an sich wenig erquickliche Debatte wird unendlich verlängert und in's Kleinliche verwirrt durch einen von Wigard abgegebenen Protest der Minderheit des Verfassungsausschusses gegen die Erklärungen Beseler's und durch eine heftige Berufung der Linken auf die Geschäftsordnung, wodurch Beseler das Wort vor der Abstimmung abgeschnitten wird. Zur Annahme gelangten demnach die Anträge des Verfassungsausschusses (Beseler's):

den noch nicht berathenen Theil der Grundrechte vorläufig zurückzustellen, damit die Abschnitte über Reich und Reichsgewalt zur Entscheidung kommen;

denjenigen Theil der Grundrechte aber, welcher nach Schoder's Antrage nach der zweiten Berathung verkündet werden soll, zur Revision und zur schleunigsten Vorlage eines Einführungsgesetzes an den Verfassungs-Ausschuß zurückzuweisen.

Endlich

für den vorgelegten Theil der Verfassung, sowie bei den Grundrechten eine zweite Lesung zu beschließen und der Berathung, vorbehältlich der Erledigung der Grundrechte, regelmäßig in der Woche drei Sitzungen zu widmen. Die Berathung der Verfassung soll mit nächstem Montag begonnen werden.

Die zweite Nummer der Tagesordnung, daß nach dem Vorschlage des Petitions-Ausschusses eine große Anzahl von Petitionen zu den Akten genommen werden solle, wird durch eine rasche Abstimmung beseitigt, dann folgt die Berathung über Schoder's Antrag auf Verminderung der Civillisten. Der Verfassungs-Ausschuß (Scheller, Berichterstatter) will dem Antrage keine Folge gegeben sehen, und daß ihn dieß schmerze, verhehlt Schoder nicht, als er das Wort erhält. Seine Liste der Procente, welche die deutschen Höfe von den Landeseinnahmen verschlingen, vermehrt der Redner um die Angabe, daß in Hessen-Homburg die Civilliste sogar 33 Procent der gesammten Finanzen betrage. Es existire eine bekannte Broschüre: „das Rechenexempel". Diese möchte am meisten für die Republik Propaganda. Die N.-V. solle es nicht dem alten Bundestage nachthun und sich, wie dieser, incompetent erklären, wenn es die Rechte des Volks zu schützen gälte.

Römer bemerkt sehr richtig, daß sich Schoder eine unnütze Mühe gegeben habe, den materiellen Umfang der Civillisten nachzuweisen. Allein wenn auch die Nationalversammlung den Wunsch hege, diese Ausgaben vermindert zu sehen, so sei sie doch nicht im Stande, ihn durchzusetzen, denn die Civillisten seien eine Angelegenheit der Einzelnstaaten. Radikal könnte übrigens auch die Verminderung der Civillisten nicht wirken, sondern etwas anderes sei dazu erforderlich: großartige Mediatisirungen! (Lebhaftes Bravo.)

Vischer von Tübingen spricht für Schoder's Antrag *), den er sehr mild findet.

Michelsen hingegen beweist, es sei eine juristische Verkehrtheit, was Schoder fordere. Die Civilliste sei ein vertragsmäßig erworbenes Recht, welches man nicht einseitig und willkührlich schmälern dürfe, daher auch Schoder sehr richtig von einer Verzichtleistung gesprochen. Aber auch eine solche Verzichtleistung dürfe man Niemanden abnöthigen wollen, auch nicht durch einen moralischen Zwang.

Gottschalk, einer der schreiendsten und unbehilflichsten Redner, die bis jetzt im Hause laut geworden, sucht im Interesse der Ruhe, der Einheit, des Friedens um einen andern, als den vom Ausschusse vorgeschlagenen Beschluß. Beziehentlich stellt er einen Antrag dahin: daß der Gegenstand einem neuen Ausschusse zur Begutachtung übertragen werde, und verlangt namentliche Abstimmung.

Damit auch der heutigen Sitzung ihre leidenschaftliche Scene nicht fehle, benutzt Schlöffel eine Aeußerung Michelsen's von „schlesischem Naturrecht" dazu, die Rednerbühne für sich in Anspruch zu nehmen, als habe er eine persönliche Angelegenheit in's Klare zu setzen. Der Präsident entzieht ihm das Wort und befiehlt ihm, die Tribüne zu verlassen. Schlöffel behauptet darauf, er sei persönlich von Michelsen angegriffen worden. „Es war weder vorher noch nachher von Ihnen die Rede!" — Aber von der Provinz Schlesien! — „Nun, bei Gott, Sie sind nicht die Provinz Schlesien!"

Nachdem Scheller für den Ausschuß zum Schlusse gesprochen, erfolgt die Abstimmung. Sie entscheidet sich nach dem Erachten des Ausschusses, daß über den Schoder'schen Antrag zur Tagesordnung übergegangen werde.

*) „Die Nationalversammlung wolle ihre feste und unumwundene Ueberzeugung dahin aussprechen, daß in denjenigen Ländern, wo die Leistungen des Staates für den Regenten und seine Familie (Civilliste, Apanage- und Sustentationsgelder, Apanagen u. s. w.) nicht in richtigem Verhältnisse mit den Kräften des Volkes stehen, eine gleichbaldige Verzichtleistung des Regenten und der betreffenden Angehörigen seiner Familie auf einen entsprechenden Theil der ihnen nach den bis jetzt bestehenden Gesetzen aus der Staatskasse zu leistenden Gelder dringend nothwendig sei."

Wien, 6. Oct. Vor einigen Tagen ist nachstehende Adresse an den Reichsminister, Ritter von Schmeeling nach Frankfurt abgegangen.

Heer Reichsminister!

Die furchtbaren Ereignisse, deren Zeuge Frankfurt war, haben in uns das niederdrückende Gefühl erweckt, daß durch sie das erhabene Ziel: Deutschlands Freiheit und Einheit zu begründen, hoch gefährdet wurde.

Wo bleibe die Freiheit, wenn Zügellosigkeit und Meuchelmord ihr blutiges Panier entfalten, wo Einheit bei dem gesetzlosen Streben einer Partei, um Deutschland in die gräßlichste Anarchie zu stürzen!

Ein Blick auf Sie Herr Reichsminister! hat uns jedoch wieder aufgerichtet.

Wir sehen Sie in dem so kritischen Augenblicke der Gefahr furchtlos in das Antlitz blicken — fest auf ihrem Platze stehen — mit Umsicht und Kraft die Mittel ergreifen, welche das drohende Unheil mit glänzendem Erfolge bestigten.

Sie Herr Reichsminister! haben alles dieses auf eigene Verantwortlichkeit gethan, und Deutschland verdankt Ihnen seine Rettung. Sie verdienen die deutsche Bürgerkrone, denn Sie haben sich um das Vaterland hochverdient gemacht.

Erlauben Sie daher, daß wir in voller Einstimmigkeit Ihnen den Tribut unserer Verehrung darbringen, und Sie versichern, daß wir es uns zur großen Ehre rechnen, Sie auch im engern Sinne unsern Mitbürger nennen zu können.

Wenn wir endlich noch den Wunsch im Herzen tragen, daß Ihre ausgezeichneten Eigenschaften in Oesterreich wirken mochten, so wollen wir doch diese separatistische Ansicht unterdrücken, und dieses große Opfer bringend, Ihnen zurufen: Harren sie trotz aller bevorstehenden Stürme mit fester Mannskraft aus, und fahren Sie fort, den Grundsatz zu vertheidigen: daß Deutschlands Einheit und Freiheit nur das gemeinsame Werk des deutschen Volkes und seiner Regierungen sein könne.

Wien den 29. Sept. 1848.

Für den Verein des deutschen Hauses
gez.: Prof. Dr. Jul. Reymann Vorsitzer.
Dr. Jos. August Lux.
Math. Pfnstenschmid.

Triest, 6. Okt. Der Feldmarschall Radetzky hat an den Volksrath der Ruthenen in Lemberg nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Meine Herren! Ich habe die Adresse erhalten, die Sie im Namen des Volks der Ruthenen unter dem 16. d. M. an mich richteten. Ich danke Ihnen für mich und meine Armee für den Ausdruck Ihrer Theilnahme an den Siegen, die Gott uns über die Feinde des Kaisers und unseres gemeinsamen Vaterlandes verliehen. Sagen Sie allen Ihren Stammesgenossen, wie sehr mich diese Aufmerksamkeit erfreute, denn über Alles hochschätze ich die Treue und Anhänglichkeit, die das brave Volk der Ruthenen stets für die Sache unseres verehrten Kaiser an den Tag legte, und diese Treue haben Ihre Söhne neuerdings auf den Schlachtfeldern Italiens durch ihre Tapferkeit glänzend bewährt. Es ist mir ein wahres Vergnügen, ihnen dies Zeugniß ertheilen zu können. Empfangen Sie nochmals meinen Dank und meinen herzlichen Gruß.

Hauptquartier Mailand am 30. August 1848.

Radetzky.

Breslau, 9. Octbr. Bakunin hat am 6. d. M., unter dem Verbote der Rückkehr, mittelst Passes über Liegnitz, Görlitz, Dresden nach Belgien, die Anweisung zur unverzüglichen Abreise aus diesseitigen Staaten erhalten und ist gestern demgemäß abgereist. (N. Berl. Z.)

Dessau, 6. Octbr. (Nat. Z.) In unserer heutigen 26. Landtagssitzung wurde der Antrag der Commission: „die Todesstrafe ist ohne alle Ausnahme abgeschafft" einstimmig angenommen. Die beiden andern Punkte, über welche dieselbe Commission noch nur berichtet hatte, bedurften keiner weiteren Debatte, und wurden die betreffenden Anträge: „die Strafe des bürgerlichen Todes findet nicht Statt" und „die Strafe der Vermögens-Confiskation ist abgeschafft" sofort ebenfalls einstimmig angenommen.

Lübeck, 10. Oktober. Der Börsenhalle wird geschrieben: Es haben leider in Lübeck gestern Nacht einige Unruhen stattgefunden. Die sogenannten Einwohner sandten an die in der reformirten Kirche versammelte Bürgerschaft eine Deputation. Als dieselbe abgewiesen wurde, zogen sie in Masse vor die Kirche, die auch bedeutend polirt sein soll, und hielten die Bürgerschaft in derselben fest. *) Um 10½ Uhr mußte Generalmarsch geschlagen

*) Sie wollten nach einem uns zugehenden Briefe der Bürgerschaft nicht vom Rathhause lassen, ehe diese in ihre Forderung des allgemeinen Stimmrechtes gewilligt hätten. In Lübeck ist es nicht, wie anderswo der Senat, welcher die alten Vorrechtungen vertritt, sondern die erbgesessene Bürgerschaft, die bisher ausschließlich das volle Bürgerrecht ausübte. Dieses wird jetzt auch von den bisher ausgeschlossenen kleinen Leuten, den

werden, es wurde scharf geschossen, wobei, wie es heißt, ein Matrose geblieben ist, und erst gegen 3 Uhr Morgens gelang es dem Militär, die Ruhe wieder herzustellen.

Großbritannien.

London, 9. Okt. Man erhielt in England neuere Nachrichten vom Kap, die bis zum 8. August reichen. Hiernach hatte der Insurgentenanführer Pretorius den Militärposten des Majors Warden in Bloem Fontain am 27. Juli überrascht, abgeschnitten und umzingelt, und dem englischen Befehlshaber eine Kapitulation angeboten, mit der Klausel, daß ihm nicht nur Leben und Eigenthum erhalten, sondern auch Wagen geliefert werden sollten, um ihn und seine Mannschaft nach der Kapkolonie zu schaffen; der Gouverneur Sir Henry Smith, der Sieger von Alliwal, hat alle Anstalten getroffen, um auf's Rascheste in kombinirter Bewegung gegen die Aufständischen vorzudringen; er hat zugleich sein Versprechen gegeben, daß er jeden Aufwiegler auf der Stelle aufknüpfen lassen werde.

„Bentley's Miscellany" enthält eine Skizze über den Präsidenten des deutschen Parlaments, H. von Gagern, worin es unter anderm heißt: Gagern sei der wahre Typus eines gemäßigten Revolutionärs unserer Zeit; er sei in der That der Mann des Tages und unter allen Mitgliedern der Versammlung vielleicht der einzige, der die Fähigkeit besitze, den Sturm ausbrechender Leidenschaften im Parlament zu leiten und zu beschwichtigen; er habe Energie, Geistesgegenwart, richtigen Takt und die rechte Weise zu befehlen; sein Gesicht sei intelligent und würdevoll ohne schön zu sein, in seiner ganzen Erscheinung, Art und Weise, Stellung, Stimme, Vortrag liege etwas zugleich Kühnes und Würdiges u. s. w. Wie übrigens die ausländischen Journale über die letzten skandalösen Vorgänge im deutschen Parlamente urtheilen, läßt sich denken; man sehe daraus, sagt unter andern „Galignani's Messenger," was wir Deutsche noch zu lernen hätten. Indeß begreift das Ausland Sinn und Zweck dieser Skandale nicht ganz; man will vermuthlich durch diese drastischen und kräftigen Mittel den schwächlichen Waffenstillstand mit Dänemark sühnen und die durch ihn angeblich verletzte Nationalehre, wie, wenigstens in der Richtung der Großheit hin, unsern seit Alters her bekannten Ruf dieser deutschen Kardinaltugend retten.

Italien.

□ **Mailand**, 4. Okt. Die hiesige Zeitung berichtet, als eine Patrouille einen des Diebstahls beschuldigten Burschen in's Gefängniß habe bringen wollen, sei sie von einem Haufen umgeben worden, der ein Geschrei ausgestoßen habe; in der Verwirrung sei der Arrestant entkommen. Der Gouverneur, General Wimpffen, macht in Beziehung hierauf bekannt, daß die Stadt noch immer in Belagerungszustand sei und dergleichen Vergehen mit dem Tode bestraft werden. — Die Curse der Universität Pavia werden erst am 1. Jan. k. J. wieder eröffnet. Es werden daselbst wieder Haussuchungen vorgenommen. Am 2. Okt. wurde das Kriegsgesetz daselbst von neuem mit dem Zusatze verkündet, daß jeder Angriff auf Schildwachen mit dem Tode bestraft werde.

** **Neapel**, 30. Sept. Die schrecklichen Ereignisse in Messina, die dadurch gesteigerte Erbitterung der Sicilianer, welche von keinem Vergleich mit dem ihnen verhaßten König von Neapel etwas wissen wollen und zu verzweifeltem Widerstand entschlossen sind, um ihre Unabhängigkeit zu bewahren, andererseits der starre Eigensinn, womit jener auf der Unterwerfung Siciliens, durch welche Mittel es auch sein möge, besteht, veranlaßten die Befehlshaber der englischen und französischen Flotten, die sich in den neapolitanischen und sicilianischen Gewässern befinden, einen Waffenstillstand zu fordern, um wo möglich dem ferneren Blutvergießen Einhalt zu thun und einen, wenn auch nur zeitweiligen Vergleich zuwege zu bringen. Die Unterbrechung der Feindseligkeiten fand auch wirklich statt, jene Bemühungen aber blieben ganz fruchtlos, und bereits sollen die Kriegsoperationen wieder begonnen haben. — Obwohl der König alle ihm zu Gebot stehenden Hülfsmittel, besonders bedeutende neue Truppenaushebungen aufbietet, um seinen Vorsatz durchzuführen, so ist doch der Ausgang dieser Sache für ihn noch sehr zweifelhaft. Es ist keine leichte Sache, eine Insel mit 1½ Millionen kriegerischer und zu verzweifeltem Kampfe entschlossener Einwohner, die Ueberfluß an Waffen und Munition haben, und durch ihr gebirgiges und unbestraßtes Land sehr begünstigt sind, zu erobern und auf die Dauer auch zu behaupten.

Hier könnte bei weiterer Entblößung des Landes von Truppen leicht der Fall eintreten, daß nach fehlgeschlagener Expedition in Sicilien, sich die allgemein herrschende Erbitterung gegen die Regierung Luft machen würde, um so mehr, als solche durch die in letzter Zeit vorgenommene allgemeine Entwaffnung noch gesteigert worden ist.

Gegen ein ferneres Bombardement irgend einer neapolitanischen oder sizilianischen Stadt sollen die obenbenannten Flotten-Kommandanten im Auftrage ihrer Regierungen förmlich Protest eingelegt haben, mit der Drohung, ein solches im Nothfalle werkthätig zu verhindern.

Der berüchtigte frühere Beichtvater des Königs, Cocle, der im Mai nach Malta deportirt wurde, so wie der ebenfalls flüchtig gewesene Ex-Minister Santangelo haben es wagen können, wieder hierher zurückzukehren, und man spricht mit ziemlicher Bestimmtheit davon, daß sogar der gefürchtete und verabscheute frühere Polizei-Minister del Carretto bald wieder kommen werde.

Schweiz.

* Die Schweizer Zeitungen — oder vielmehr lokale Tagblätter, denn als Zeitungen können wir die in der deutschen Schweiz erscheinenden Notizenblätter unmöglich anerkennen — wissen sich den Deutschen, diesen „Fürstenknechten" gegenüber, immer so viel mit der republikanischen Freiheit und Glückseligkeit der Schweiz; wir haben nie geglaubt, daß die Schweiz, das einzige Land im civilisirten Europa, wo man auf Menschen, auf die sogenannten „Heimathlosen", förmlich Jagd macht, das ideale Bild vollkommener Sittlichkeit und Freiheit, und mithin vollkommenen Glücks darbiete; allmälig aber wagt man auch in der Schweiz selbst die Schattenseiten der dortigen republikanischen Zustände herauszustellen. Während man uns in dem buntgeflickten Gebiete der Eidgenossenschaft beklagt und höhnt, daß wir uns den Rückfall in eine angeblich unerträgliche Reaktion ruhig gefallen lassen, betreiben die Heeren von Bern und Waadt, z. B. im Kanton Freiburg, die Reaktion mit einer Kunst, welche selbst unsern ausgelerntesten Reaktionärs Ehre machen würde. Man liest in Nr. 241 der „Basler Zeitung" folgende Klagen aus Freiburg: „Die Unzufriedenheit ist auf ihrem Gipfel und es ist wahrlich ein Wunder, daß das Volk noch zurückgehalten werden kann. Aber statt die Aufregung zu beschwichtigen, scheint unsere Regierung sich zur Aufgabe zu stellen, unsere Geduld auf's Aeußerste zu treiben, indem sie uns bei jedem Anlasse mit eidgenössischer Intervention bedroht, die ungerechtesten Maßregeln ergreift und die Gefühle des Volks auf das Grellste verletzt, und wenn dann dieses sich erinnert, daß es souverän ist und Klagen laut werden läßt, so verweist man auf Berner Bajonette. Auch weiß man, daß der leiseste Vorwand genügt, diese Drohungen in Vollzug zu setzen. So wurden letztes Frühjahr einige Gemeinden gegen acht Tage durch zwei Bataillone aus Bern und Waadt besetzt, weil sie auf das Gerücht, daß ein Kloster mit Plünderung bedroht sei, Patrouillen angeordnet hatten; die größte Ruhe hatte sonst ununterbrochen geherrscht, und nun sollen die Gemeinden, welche die Truppen gehabt, auch noch die Okkupationskosten zahlen! —

„Durch das Amnestiedekret werden über 140 Bürger in ihren bürgerlichen Rechten stillgestellt, andererseits wirft man gewissenhafte Leute durch Abforderung eines Eides von den Wahlen ferne zu halten. — Wie es mit dem Versammlungsrechte gehalten wird, zeigt folgende Thatsache: Als das Spoliationsdekret bekannt wurde, beschlossen einige durch dasselbe Beschlagene, die übrigen zu einer Versammlung einzuladen, um sich über eine Petition an den Vorort zu berathen. Man setzte den Oberamtmann von Freiburg davon in Kenntniß und bat um Einräumung eines Saales. Da beeilte sich Polizeidirektor Castella, anzuzeigen, unter gegenwärti-

---

s. g. Einwohnern, beansprucht, welche an Zahl den Altbürgern nicht nachstehen. Namentlich die Handwerker, welche in der jetzigen, nur Kuezem neu geordneten Verfassung einen großen Einfluß ausüben, wollten davon nichts wissen. Sie bestehen auf der ständischen Gliederung. Allein der Senat hat die Unhaltbarkeit der alten Formen eingesehen, und weise sich dafür entschieden, das gleich zu gewähren, was schließlich doch ohne Dank gewährt werden müßte. Nur die Burgerschaft sträubte sich. Sie schlug den Einwohnern eine Vereinbarung vor; diese lehnten den Vorschlag ab und sagten, sie wollten abwarten, was die nächste Burgerschaft beschließen werde. Statt dessen sind sie, wie man sieht, so übelberathen gewesen, den gesetzlichen Kampf, in welchem ihnen der Sieg nicht ausbleiben kann, zu verlassen, und ihre Ansprüche mit Gewalt durchsetzen zu wollen.

Digitized by Google

gen Verhältnissen könne man eine Versammlung nicht zugeben, die ganz andere Zwecke als Behandlung von Geldinteressen haben könnte, er widersetze sich auch jedes Reklamation, indeß könne man vom Petitionsrechte Gebrauch machen." — Es werden hiee noch mehrere nur zu begründete Klagen aufgeführt, worauf der Artikel schließt: „Wir sprechen es nochmals aus, was in Freiburg vorgeht, ist eine Schande füe die Schweiz, denn es ist eine mit Kapitulationsbruch dem Lande aufgedrungene Regierung, welche so handelt! Freibueg ist ein schweizerisches Untertdanenland, und zwar im schlimmsten Sinne des Worts. Denn wäre Freibueg Untertdan Berns, und ein Landvogt würde so handeln, wie jetzt die Regierung von Freiburg, wie sind überzeugt, Bern würde solchen Greuel nicht dulden, es wäre Schutz zu finden, selbst bei Heern Stämpfli! Die Schweiz kann nicht, nachdem sie dem unglücklichen Kantone eine solche Regierung aufgedrungen und fortwährend aufdringt, die Verantwortlichkeit füe deren Gewaltthaten von sich abweisen!"

Luzern. Die Herren Künzli und die Majore Weingartnee und Limachee sino nach langen Verhören wiedee freigelassen worden. Ebenso wurden gestern die Heeren ott Strafhausdirektoe Kost und alt Obermeister Ineichen nach 18 Wochen Haft in Freiheit gesetzt. (Bosl. Z.)

Niederland.

Haag, 8. Okt. Die zweite Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die vier letzten Gesetzentwürfe zue Verfassungs-Reoision, und zwor den 10. „Vom Unterrichte und der Armenverwaltung", den 11. „Von den Umänderungen des Grundgesetzes" und den 12. „Ergänzungsartikel" mit fast allgemeiner Stimmenmehrheit angenommen. Dieses Resultat wurde von dem in dee Kammee anwesenden Publikum mit lautem Beifallrufen begrüßt. Die Gesetz-Entwürfe werden jetzt dee ersten Kammee vorgelegt werden, und Alles läßt vermuthen, daß dieser Körper, welchee sich immer so feindlich gegen jede Reform gezeigt hat, sich dem ausdrücklichen Willen des Volkes fügen werde. Die Opposition dee ersten Kammer ist übrigens durch die Ernennung neuer Mitgliedee gebrochen, und es wird dieser stockblinden Opposition nicht mehr gelingen können, sich länger den edlen Absichten des Königs zu widersetzen. Denn dieses Lob gebührt dem zweiten Wilhelm, daß er es war, dee durch seine Standhaftigkeit die Nation ohne Revolution und ohne Blutvergießen in den Besitz der kostbarsten Freiheiten gesetzt hat. Wäre dee König, wie er es verfassungsmäßig konnte, auf die Opposition dee ersten Kammee eingegangen, hätte er das Entlassungsgesuch von Donker-Curtius angenommen, dann war Niedeeland noch füe lange Zeit um die neuen Errungenschaften gebracht, oder gewaltsam auf den jähen Abhang dee Revolution getrieben. Dee König war es, welchee Donker-Curtius, den Mann, dee am besten geeignet war, das große Werk dee Reform zu Stande zu bringen, gegen die blinde Opposition einiger Männee schützte, die, mit eem einen Fuß im Grabe, in sündiger Selbstsucht dem Volkswillen so wie dem großmüthigen Fürsten Trotz bietend, auszuferechen wagten: Apees nous le déluge.

Ungarn.

* **Pesth**, 4. Okt. Duech gütige Mittheilung sind wie in den Stand gesetzt, nachfolgenden Brief zur Kenntniß unseeer Leseee zu bringen: Das Gefecht am Velenczer See endete, wie ich Ihnen bereits geschrieben, mit einem günstigen Erfolg füe uns, indem Jellacic zurückgeschlagen wurde. Wir zählten nur 17 (?) Todte und 60 Verwundete, während dee Verlust des Feindes auf 700 Todte geschätzt wird. Nach diesem Gefecht wurde ein dreitägiger Waffenstillstand abgeschlossen, welcher aber schon am ersten Tag von Jellacic gebrochen, der sich aus seinee ganz unhaltbae gewordenen Lage zu retten suchte; denn in dee Fronte hatte er unser Lager, zu seiner Rechten bei der Insel Csepel eine Abtheilung unseres Heeees unter Goergei und im Rücken den organisirten Landsturm. Er zog sich daher links gegen Moor und nach Raab. Unsere Armee hat seinen Abzug zu spät erfahren, sie hat ihn zwar verfolgt, blieb aber zwei Stationen von ihm entfernt. Unsere Armee steht jetzt in Bankid bei Komorn, und bei ihr, sowie überhaupt bei unserm Volk, herrscht eine solche Begeisterung, daß wir sicher sind, Jellacic zu schlagen, selbst wenn er Hilfe von Oesterreich bekommen sollte. Unsere Armee zählte am 29. September nur 13,000 Mann, während die von Jellacic 30,000 Köpfe stark war, sie ist aber seitdem auf 32,000 Mann angewachsen und außerdem haben sich 50,000 Mann Landsturm längs dem jenseitigen Ufer der Donau aufgestellt. Heute ist dem leitenden Komite die Nachricht geworden, daß ohngefähr 1500 Gefangene nach Pesth geführet worden, die von Jellacic abgeschnitten worden sind. Außerdem ist Generol Roth mit seinen 6500 Mann durch Goergei eingeschlossen. Roth hatte sich nämlich mit Jellacic nicht verbinden können und wae bei Kaloz zurückgeblieben. Es sind wiedee an 260 Briefe von Jellacic's Armee aufgefangen und dem leitenden Komite übergeben worden. Das Komite, welches in Abwesenheit des Königs, des Palatins und des bisherigen Ministeepräsidenten Batthyany die Geschäfte führt, bestand aus Kossuth, Nijori, Polfi, Ifembeei, Madarasz, Szemere, Patai, Pazmonti, demselben wurden aber gestern von Seite des Oberhauses noch beigegeben Baron Gerenyi, Pazmanti der Vater, Graf Michoel Esterhazi und Baron Nikolaus Joseka und Sie mögen daraus ersehen, welches Vertrauen bei uns beerscht. Die von Kossuth ausgeschriebene Rekrutirung von 200,000 Mann ist von mehreren Komitaten bereits ausgeführt und wird von einigen Komitaten dieser Tage vollzogen. Ofen und Pesth benehmen sich vortrefflich und wäheend man sonst in den Komitaten keine besondere Achtung füe die Städte hatte, ist man jetzt stolz auf die Hauptstadt. Als man Jellacic ganz nahe on Ofen glaubte, ist die Nationalgarde so vollständig erschienen, wie sonst nie bei einee Parade. Von Pesth, welches bereits 8000 freiwillige mobile Gaeden im Felde stehen hat, sind noch gegen 6000 dem Jellacic nachgezogen. Von Seite des kommandirenden Generals geht aber soeben die Nacheicht ein, daß die Pesther Garden in kurzee Zeit zurückkehren werden. Von Wilhelm Husoren ist ein halbes Regiment aus Gallizien zu uns herübergekommen und hat unterwegs noch 72 Rekruten angeworben. Wee Ungarn seit einigen Wochen nicht gesehen, kann sich gar keine Idee von unseren Zuständen mochen. Patriotismus und Kampfeslust überall, begründete Aussicht auf eine schöne Zukunft.

Donaufürstenthümer.

Moldauische Grenze, 25. Sept. Man schreibt dee A. Z. In den letzten Tagen wollte mon behaupten, daß durch Vermittlung Frankreichs und Englands, Oesterreich die Lombardei an Italien abtreten weede, und mit dee Walachei bis an den Sereth entschädiget würde. Die Moldau soll bis an den Sereth Rußland anheimfallen. Der Corpsgeneral Lüders soll von Kaiser Nikolaus die Weisung bekommen haben, in die Walachei einzurücken, und er wird auch schon am 27. v. mit etwa30,000 Mann die Grenze bei Fokschan überschreiten. Man schreibt uns aus Bucharest, daß die Walachen das Adelsbuch und das Reglement organique in einer Todtenlade zum Metropoliten getragen haben, der seinen Fluch darüber aussprechen mußte, worauf sie diese Todtenlade unter Prozession und voller Ceremonie öffentlich verbrannten. Auf allen Ispeawnschien (Kreisämtern) soll die nämliche Ceremonie vollzogen worden sein, sowie man auch alle Acten im Lande den Flammen übergab. Die Türken sollen noch ruhig in Giuelschewo stehen und wahrscheinlich die gegen 36,000 Mann starke Armee der Walachen nicht allein anzugreifen wagen. Jene Demonstrationen unserer Leidensbrüder mögen Ursache sein, daß die Russen einschreeten. Nach diesen Vorgängen, wird die Regreeung des Fürsten Michael Stourdza nicht mehr lange dauern.

Frankfurter Börsenbericht. Vom 13. Oktobee.

5% Met. 67½ B.; 2½% ditto 31½ à ¾ G.; Bankakt. fl. — fl. 500. Loose —— ; fl. 250. ditto ——; Bad. fl. 35. Loose 24⅝ G.; Hess. Rthle. 40 Loose 24⅜ G.; Poln. fl. 500 Loose — Friedrich Wilh.-Nordbahn 40¼ G.; Berbach 66 B.; 3% inländ. Spanier 17⅜ G.

In Ermangelung näheree Nachrichten aus Wien, da die Morgenpost nicht eingetroffen war, herrschte on der heutigen Börse abermals eine geschäftslose Stille. Einige Pöstchen 2½pCt. Met. wurden zu 31½ und später zu 31¾ umgesetzt. 5pCt. Met. und österr. Anlehensloose ausgeboten und ohne Käufee. Einige Lebhaftigkeit herrschte in 3pCt. Spanier, die willig zu 17⅝ anzubringen waren. — London in k. S. gefragt und fast keine Abgebee; in anderen Devisen kein Umsatz.

Nachschrift.

** **Wien**, 9. Okt. So eben beschloß dee Reichstag, daß Wien in Vertheidigungszustand gesetzt werde. Der Minister Hornbostl teaf den Kaiser nicht in Stephansrothkirchen. Der Kaiser soll nach Mähren gegangen sein. Alle Kanonen sind auf den Basteien aufgefahren. Jellacic's Armee und dee ungarische Landsturm veranlassen diese Maßregeln. Dee Banus steht 4 Posten von Wien.

Für die Redaktion verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag dee **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfuet a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 277. **Frankfurt a. M., Samstag 14. October.** **1848.**

Uebersicht.

Die Wiener Ereignisse.

Deutschland. Frankfurt (Die Frage der Mediatisirung. Eine Drohung der N. Züricher Zeitung. Die Maßregeln der Centralgewalt in Betreff der Wiener Vorgänge. „La commission des impertinences." Riesser's Rede. Rückkehr der Wiener Abgeordneten. Gerücht von einem Bombardement Wien's. Anerkennung der Reichsgewalt von Dänemark. Kommission nach Wien.) Wien (Reichstagsverhandlungen. Aufhören der Permanenz. Isolirte in der Nähe. Die Nähe des Kaisers. Noch kein Ministerium gebildet. Die ungarischen Hoffnungen.) Prag (Windisch Grätz und die Wiener Ereignisse) Berlin (Beginn der Berathung der preußischen Verfassung. Verhandlungen der Landesversammlung.) Aus Baiern (Truppen nach Meiningen.) Vom Oberrhein (Darlegung der badischen Zustände) Gotha (Der politische Zustand Thüringens.) Sigmaringen (Die Regierung zurückgekehrt.)

Großbritannien. London (Englisch-französische Politik in der sicilianischen Angelegenheit. Veröffentlichung der Aktenstücke über die sicilianische Frage. Eine die Whigs kompromittirende Enthüllung).

Frankreich. Paris (Sitzung der N.-V. Thiers und Goudchaux über Papiergeld. Günstige Lage der Finanzen. Aergerlicher Auftritt. Neueste Nachrichten). Straßburg (Antideutsche Demonstration der Städte des Elsaß).

Spanien. Madrid (Die Carlistenaufstände im Erlöschen. Verhaftungen).

Italien. Rom (Päbstliche Verordnungen). Florenz (Unruhen in der Stadt Livorno beruhigt.).

Belgien. Brüssel (Der deutsche Gesandte).

Börsenbericht von Paris (Vom 11. Oktober.)

---

14. October.

Die Betrachtung der Wiener Ereignisse, ihre sittliche und politische Beurtheilung ist getheilt, und nach zwei Seiten hingezogen. Auf der einen liegt die grausame Hinterlist einer selbstsüchtigen Politik, auf der andern ein Abgrund von Entsittlichung und Verwilderung in der niederen Volksklasse. Die größere Schuld liegt dort, wo die größere Bildung und die kalte Berechnung ist. Es vermindert die Schuld nicht, daß auf diese Seite auch das bessere politische Urtheil war, wohl aber bestimmt es die Ansicht über das letzte Resultat. Die wesentlich richtige politische Tendenz ist der Reform zugänglich und kann stets von Irrungen und Auswüchsen sich reinigen; die anarchische Verwilderung aber und die Herrschaft der Menge bedroht unversöhnlich die beste Habe dieser Zeit. Damit treten auch diese Ereignisse in die große Reihe der Kämpfe des wahren Bürgerthums, der Ordnung und gesetzmäßigen Freiheit mit Anarchie, Entsittlichung und Unvernunft. Die schwersten Geschicke und Glückswechsel mögen noch in dieser Richtung deconstehn, aber wohin der Schwerpunkt der Zeit sich neigt, darüber kann durchaus kein Zweifel obwalten.

Woher kommt aber dieser tiefe Riß und wie kann er sich, trotz der entgegenstehenden Richtung der großen Majorität, bis zu den furchtbarsten Ausbrüchen erweitern? Die Ursache liegt im Allgemeinen in der Unfähigkeit, die Umstände selbstthätig zu erfassen und umzubilden; für Oestreich insbesondere trifft der Vorwurf dieser Unfähigkeit am schwersten die deutsche demokratische Partei. Wir haben vor geraumer Zeit darauf hingewiesen, daß diese Partei ihren politisch erfahrenen, klug berechnenden, ihrer Zwecke bewußten und von der Macht der Verhältnisse unterstützten Gegnern, nur durch festes und planmäßiges Handeln, durch schöpferische politische Thätigkeit die Wage halten könne. Statt dessen fuhr sie ohne politischen Grundsatz in haltlosem Schwanken fort. Jede politische Frage wurde nur als Freiheitsfrage betrachtet, was zu thun und zu lassen, zu hoffen und zu fürchten war, allein nach dem Maßstab von Freiheit und Reaction gemessen. Sobald darum eine Frage, mochte sie noch so wichtig sein, in dieser Beziehung sich als gleichgültig erwies, war sie für die Partei eine offene. Man war zuerst den Magyaren günstig, weil sie dem alten System feindlich waren; man verließ sie, da sie mehr um die Herrschaft zu sorgen schienen, als um die Freiheit; man wollte den Anschluß an Deutschland, weil er als Symbol eines neuen Zustands galt, und man kam davon zurück, da man mehr Freiheit zu gewinnen meinte, als die Deutschen; man war sich halb und halb bewußt, daß der enge Anschluß an Deutschland den Gesammtstaat aufhebe, und wollte doch auch diesen erhalten, weil es reizend war, unter dem Banner der Freiheit, der deutschen Freiheit, die verschiedenen Nationalitäten vereint zu sehen. Man sympathisirte mit den Italienern und haßte Radetzky, aber seine Siege ließ man sich gefallen; die Italiener mochten sich mit der Freiheit trösten, die man ihnen gutmüthig zudachte. Wenn aber auch die Anhänger des Alten den Gesammtstaat, wenn auch die Slaven die Freiheit wollten, was blieb dann das Eigenthum der deutschen Demokraten? Um sich zu unterscheiden, um ihre Priorität und das Uebergewicht deutscher Bildung zu zeigen, steigerten sie fortwährend den Begriff der Freiheit, der „Demokratie," im Gegensatz gegen den Konstitutionalismus, und steigerten ihn so lange, bis die gemäßigten freiheitliebenden Gegner zumal unter den Slaven immer mehr zur Gegenpartei, zu den Anhängern des Alten getrieben wurden. Wenn aber die deutschen Demokraten die Freiheit für alle wollten, so mußten sie mit allen ihren Freunden, unbekümmert um die Nationalität, zusammengehen und ihnen im Punkte des Gesammtstaats nachgeben; wollten sie die nationale Suprematie und die Verbindung mit Deutschland, so mußten sie sich hier auf dieses, dort auf Ungarn stützen, und die Slaven geradezu bekämpfen, wie die Magyaren folgerichtig thaten. Beides waren politische Systeme; wenn dem ersten unüberwindliche Schwierigkeiten in dem Mangel an materieller Macht sich entgegensetzten, so blieb das zweite, das mehr Selbstverläugnung verlangte, aber die bessere Zukunft versprach. Das Schlimmste kommt aber noch nach. Die letzte Instanz der Partei war die rohe Menge, ihr Einfluß auf die Massen ihr einziger politischer Hebel, und bei ihren politischen Niederlagen mußten die Barrikaden aushelfen. Eine Partei dieser Art wird aber nie Achtung und Erfolg gewinnen; man kann das fortgerissene, nach dunklen Impulsen handelnde Volk entschuldigen, wenn es sich zur rohen Gewalt verirrt, aber man wird eine Partei nicht hoch anschlagen, die auf diese Weise, und nur auf diese, ihre Siege erkämpft. Das Merkwürdigste aber ist die Aehnlichkeit dieses Verfahrens mit dem der Kamarilla. Auch diese weiß die Dinge nicht zu lenken; sie läßt sie geh'n und stößt sie fort, bis die Zeit da ist für die rohe Gewalt und die Unterdrückung. Auch sie regiert im Vertrauen auf das rohe Volksbewußtsein, auf die dumpfen Sympathien und den hergebrachten Gehorsam der Volksmassen und des Heeres. Ob man auf das Landvolk der Provinzen sich stützt, ob man dem städtischen Pöbel sich verschreibt, das gilt dem unparteiischen Urtheil gleich, und vielleicht ist die Wirkung auf die gebrauchten Werkzeuge im ersten Falle minder entsittlichend als im zweiten.

In diesem Zusammentreffen liegt aber der deutlichste Fingerzeig für das, was zur Verhütung des jetzigen Unheils hätte geschehen müssen. Es galt die Bildung einer Mittelpartei, einer Partei der Bildung und politischen Einsicht ohne Unterschied der Nationalität. Insofern der Reichstag die sichtbare Vertretung des Gesammtstaates, der Urheber seiner einheitlichen Konstituirung, die Vereinigung der besten politischen Talente war, konnte diese Partei auch eine Partei des Reichstags heißen. Wie dieser zwischen Thron und Volk, so stand sie zwischen Anarchie und Reaktion, zwischen der Gesammtmonarchie und den Sonderbestrebungen; der

Schwerpunkt ihrer Vereinigung hätte auch hartnäckige Absonderungslust zu überwinden Kraft gehabt. Sie konnte mit den Anhängern des Alten gehen bis zur Herstellung eines Gesammtstaates; mit den Freunden der Freiheit bis zur Herstellung der konstitutionellen Monarchie mit allen Konsequenzen; mit den Nationalitätsbestrebungen bis zu der gleichberechtigten Entwickelung in provinziellen und föderativen Institutionen. Nächst den Deutschen kamen in einer solchen Partei besonders die Czechen, als die gebildetsten Slaven, in Betracht. Sie waren vom alten System nicht minder verletzt, als die Deutschen; man hatte ihre mäßigen und billigen Forderungen verlacht und das Unwesen einer excentrischen Partei geduldet, bis es mit Gewalt unterdrückt werden mußte. Der gemäßigte Theil der Czechen zeigte auf dem Reichstage am meisten klare und praktische Verfolgung eines mit Verstand gesteckten Zieles. Aber der Nationalhaß und die politische Abstraktion, die gefährlichsten Feinde aller gesunden politischen Berechnung, mischten sich ein; wie die Deutschen in Böhmen als reaktionär galten, so verklagten Wiener Blätter die Czechen als Diener und Werkzeuge des alten Systems.

Die Versäumniß hat sich bald genug fühlbar gemacht. Der Reichstag saß Monate lang beisammen, er konnte nicht hindern, was neben und um ihn vorging, und fand eine geschlossene, wieder dem alten System in die Hände arbeitende Opposition in den Provinzen gegen die nivellirende Centralisation, gegen die Zersahrenheit und Verwirrung seiner Verhandlungen, beides Folgen des Mangels an einer kompakten, staatsmännisch geleiteten Majorität. Und beim Beginn der Unruhen, wo war der Reichstag? Stand er vereint gegen Aufruhr und Anarchie, wie die deutsche National-Versammlung? Die eine Seite fehlte, weil sie sich bedroht glaubte, die andere schien im ersten Augenblick mehr als Partei denn als konstitutionelles Organ zu handeln. Das entscheidende Moment aber ist, daß die gleiche Spaltung allenthalben durchgeht. Militär steht gegen Militär, Nationalgarde gegen Nationalgarde, die Provinzen gegen Wien, Nationalitäten gegen Nationalitäten. Wo Alle für einen Mann stehen, wo alle Anhänger der Freiheit, ohne Unterschied des Standes und der Nation, gegen Reaktion auf der einen, gegen Anarchie auf der andern Seite Front machen mußten, da war Alles gespalten und zerfallen. Die Behandlung aller Nationalitätsfragen als Freiheitsfragen hat sich gerächt! —

Die neuesten Wiener Nachrichten geben wieder bessere Aussicht. Der Reichstag hat sich vollzähliger zusammengefunden und läßt sich an zum Gebrauche seiner Kraft als konstitutionelle Mittelsmacht. Die Uebergriffe in die Regierungsgewalt muß man der Noth des Augenblicks schon zu Gute halten. Das ausdrückliche Festhalten des konstitutionellen und legalen Weges bildet dazu einen genügenden Gegensatz, während freilich andere Beschlüsse wieder auf wechselseitiges Mißtrauen und auf die Furcht vor einer Trennung deuten. Ein Einlenken in die rechte Bahn, ein reformatorisches Ergebniß der Bewegung wäre hiernach wohl zu hoffen, ohne daß eine adlige Systemänderung stattfände und die politische Lage Oesterreichs wesentlich verändert würde. Nicht bloß erlaubt aber, sondern geboten ist der Zweifel, ob zur Einsicht die Kräfte sich gesellen, ob der Reichstag die improvisirte Mittelstellung im Zusammenstoß der Massen, der ländlichen altgläubigen und der städtischen aufgewiegelten, bewahren werde.

Deutschland.

00 **Frankfurt**, 12. Okt. Die Zusammenziehungen von Reichstruppen an den Herden des Aufstandes haben zwar für den Augenblick Ruhe geschafft, es scheint aber, daß zu dauernder Erhaltung derselben die durchgreifende Maßregel der Aufhebung aller monarchischen Staaten Deutschlands mit weniger als 100,000 Einwohnern nöthig wird, und wir hoffen, daß das Ministerium den Muth haben werde, recht bald einen solchen Entwurf der Reichsversammlung vorzulegen. Wir müssen gestehen, größere Begriffe von dem Patriotismus mancher kleinen deutschen Fürsten, besonders der unbeerbten unter ihnen gehabt und das Regieren in Deutschland für noch wenigere süß gehalten zu haben, als es selbst jetzt noch zu sein scheint. In allen solchen Staaten ist die Militärmacht nicht stark genug, um auch nur dem kleinsten Aufruhr zu trotzen, noch die Beamtenmacht, um fortwährenden Wühlereien zu wehren, und wenn auch die vertriebene Regierung durch Reichstruppen wieder eingesetzt ist, so bleibt doch nach deren Abzug, welchen die Erschöpfung solcher Ländchen gewöhnlich bald nöthig macht, keine Bürgschaft dafür, daß nicht durch beständige Aufreizungen solche Auftritte sich wiederholen. Daraus folgt ganz natürlich der Satz, daß die Staaten, welche selbstständig, d. h. ohne fremde Hülfe nicht bestehen können, auch nicht versuchen sollten, eine selbstständige Rolle zu spielen. Ein Kanton Uri oder Zug scheint uns durchaus nicht lächerlich, weil die Verhältnisse sich von innen heraus entwickelt, weil dieser Staat mit seiner Selbstregierung sich nur Selbstzweck ist, wie sehr man auch beklagen muß, daß die Kleinheit der Verhältnisse der Geistlichkeit übermäßigen Einfluß gewährt; dasselbe gilt von Bremen, Frankfurt oder Lübeck, welche alles der Kraft ihrer Bürger verdanken; dagegen ist eine Miniaturmonarchie mit ihrem Ministerium und Geheimenrath, ihren Jägermeistern und Hofrathstiteln, wohl auch einem Hoftheater, ihren Hoflieferanten und der übermäßigen Zahl von Verwaltungsbeamten nur ein Zerrbild eines größeren Staats. Soweit von dem Punkte der Nützlichkeit; nun von dem Rechtspunkte, wenn zur Zeit der „permanenten Revolution" und der „Volkssouveränetät" überhaupt davon die Rede zu sein braucht. Eigentlich war der Zustand Deutschlands, wie er sich gerade vor 200 Jahren festgestellt hat, die Landesfreiheit, und seit 1806 die Souveränetät der Einzelstaaten, eine Revolution gegen den ursprünglichen Begriff und Zustand des Reichs und schon mit der Bundesakte, welche den Fürsten das Recht der Kriegsführung und der Einzelverträge mit fremden Mächten nahm, trat eine Reaktion dagegen ein. Es war an der Zerspaltung Deutschlands nicht die Stammverschiedenheit des deutschen Volks, auf welche bei der Zersplitterung des Reichs nie geachtet wurde, schuld, sondern der Egoismus der Fürsten und das mit Deutschlands Schwächung einverstandene Interesse der fremden Mächte, deren Bevollmächtigte von deutschen Fürsten für das bezahlt wurden, was sie schon an sich gern thaten. Auf der Regensburger Versammlung 1803 bezahlte an die französischen Machthaber zur Erhaltung seiner Souveränetät und zur Vergrößerung aus Reichsländern und geistlichen Landen: Nassau-Weilburg 400,000 fl., Hessen-Darmstadt 1,000,000 und dem französischen Unterhändler 2 Rittergüter, Wittgenstein 20,000 fl., Würtemberg lieferte seine Summen, wie es selbst klagte, „zentnerweise" und ließ allein dem Unterhändler Matthieu 110,000 fl. abfallen; Baden gab an Matthieu und den russischen Gesandten 100,000; die 200,000 fl., welche Hessen-Cassel für Vergrößerungen bot, kamen nicht in Betracht als zu unbedeutend.

Bei dem Wiener Kongreß aber waren bekanntlich die Rücksichten auf Verwandtschafts- oder Dienstverhältnisse zu den Monarchen von Rußland, Oesterreich oder Preußen die wichtigsten Gründe, warum manche kleine Fürsten nicht nur ihre Souveränetät erhielten, sondern noch derrenlose Besitzungen, auf die sie durchaus keine Ansprüche hatten, zum Geschenk bekamen. — Von den „angestammten Fürstenhäusern" (von welchen man seit einigen Monaten gar nicht mehr reden hört) würden nach obigem Vorschlag nur drei ganz beseitigt werden: Lichtenstein, Hohenzollern und Waldeck, dagegen gäbe es ein Schwarzburg, Anhalt, Mecklenburg, Lippe, Reuß; Hessen-Homburg fiele an Darmstadt, es wären sonach 27 statt 38 Reichsstände: 1) Oesterreich, 2) Preußen, 3) Baiern, 4) Sachsen, 5) Hannover, 6) Würtemberg, 7) Baden, 8) Kurhessen, 9) Hessen-Darmstadt, 10) Holstein, 11) Luxemburg, 12) Sachsen-Weimar, 13) S.-Meiningen, 14) S.-Altenburg, 15) S.-Koburg, 16) Braunschweig, 17) Mecklenburg, 18) Nassau, 19) Oldenburg, 20) Anhalt, 21) Schwarzburg, 22) Reuß, 23) Lippe, 24) Lübeck, 25) Frankfurt, 26) Bremen, 27) Hamburg.

⨯ **Frankfurt**, 14. Okt. Die „N. Z. Ztg." droht Deutschland mit einem Schweizerkriege, weil die Reichsgewalt die Anmaßung gehabt, dem Vororte die Wahrheit zu sagen. „Mancher Stutzer," schreibt einer seiner Correspondenten aus St. Gallen, „der seit Jahren fruchtlich daring, dürfte in einem gegebenen Falle von der Wand herabgelangt werden," ich setze hinzu, aber sich begnügen, von St. Gallen ein Wort mit zu sprechen. Dann heißt es weiter: „Von Denen aber, die jetzt den Mund am weitesten öffnen, um Zeter über die Schweiz zu schreien, dürften vielleicht in nicht allzu ferner Zeit Einzelne ein Asyl in unserm Ländchen zu suchen im Falle sein. Diese Herren werden wir uns dannzumal auch ein Bischen besehen!" Wer damit gemeint ist, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Sie „dürfen" Sich, meiner Meinung nach, auch mit Fug und Recht unter jene Herren zählen, Sie haben ja auch „Zeter geschrien"; was aber damit eigentlich gemeint sei, ist nicht gleich klar. Im ersten Augenblick kann

Digitized by Google

man versucht sein, zu glauben, in der Schweiz weissagte man für Deutschland eine solche Reaktion, daß die Tendenz Ihrer Zeitung nicht allein wieder in die Opposition zurückversetzt würde, sondern Leute Ihres gleichen selbst wegen aufrührerischer Bestrebungen gezwungen wären, ihr Heil in das Weite zu suchen; allein schon beim zweiten Durchlesen schaut aus diesen wenigen Zeilen ein großes, sehr nawes Geständniß heraus, welches allen Unschuldsbetheuerungen von Seiten der Schweiz geradezu mit der Faust in's Gesicht schlägt. Die angeführten Zeilen enthalten nämlich nicht mehr und nicht weniger als eine Drohung mit der Republik, beziehungsweise mit der Guillotine. Der Correspondent will sagen, um den etwas diplomatisch gehaltenen Satz in das gewöhnliche Deutsch unserer Republikaner und sonstigen Freiheitsmänner zu übersetzen: „Es wird eine Zeit kommen, wo das heilige Feuer der Wahrheit und Freiheit, was jetzt unterdrückt hie und da nur noch in einer treuen Brust verdeogen lebt, wieder emporflammt und über euren Köpfen zusammenschlägt; dann wird für euch Volksverräther der Tag des Gerichtes anbrechen und folltet ihr ihm durch die Flucht in die Schweiz entgehen, so werden wir euch dannzumal auch ein Bischen besehen!" Aber sieht denn die N. Z. Z. nicht ein, daß wenn man in der Schweiz so unmittelbare Kenntnisse von einer derartigen Zukunft Deutschlands besitzt, dieses dann das beßte Recht hat, den schweizerischen Versicherungen gegenüber, die gar Nichts von der Sache kennen wollen, seine schützenden Maßregeln zu nehmen; und glaubt sie wirklich, daß bei einem etwaigen Asylsuchen Jemand so thöricht sein würde in den offenen Krater selbst zu fliehen? Das „ein Bischen besehen" hat daher auf jeden Fall gute Wege!

† **Frankfurt**, 12. Okt. Die Maßregeln, ja die Maßregeln, die die Centralgewalt gegen Wien im Schilde führt, die sind der Linken in die Glieder gefahren! Hatte sie doch noch im Laufe der Sitzung nach v. Schmerling's geheimnißvoller Erklärung drei, sage drei dringliche, darauf bezügliche Anträge herausmeditirt! Das Ministerium solle sofort entdecken, was es beabsichtige; es sollten keine Reichstruppen gegen die glorreichen Demokraten geführt werden, (so genau weiß man schon das Sachverhältniß in Wien;) es solle als ungesetzlich betrachtet werden, wenn die Centralgewalt sich gewaltsam in die österreichischen Verhältnisse mische! Kaum 2 Monate sind verstrichen, seitdem einer von den Antragstellern flugs einen Beschluß haben wollte, nach welchem sofort Reichstruppen in Böhmen einrücken sollten, und als die Nationalversammlung nicht sogleich beschloß, mit einer Seite des Hauses Nachmittags zu tagen und zu beschließen drohte! Kaum drei Wochen sind vergangen, seitdem dieselbe Seite des Hauses eine starke Centralgewalt wollte, eine starke Centralgewalt! und jetzt! — wie sich doch die Zeiten ändern! Indessen wird, wir hoffen es, ihr Wunsch doch in Erfüllung gehn. Wenn wir auch noch nicht die ganzen süddeutschen Truppen gegen die „glorreichen Demokraten" zu Felde ziehen sehen, wie die erregbare Phantasie der Linken, so erwarten wir doch so etwas von kräftiger Vorbereitung zu noch kräftigerem Handeln, wenn dies nach klarer Einsicht in die Sachen noth thut.

Auch die „commission des impertinences," wie „la Presse" den Ausschuß für die Schmidt-Wiesner'sche Angelegenheit nennt, hat heute Bericht erstattet. Die „Augsburgerin" hatte ihn bereits angekündigt mit einiger Besorgniß, daß der darin gemachte Antrag zwar beschließbar, aber im Falle einer Weigerung der Verurtheilten nicht ausführbar sein würde. Wir theilen ihre Besorgnisse nicht. — Die Commission des impertinences wird übrigens von Herrn Blum, der die Brentano'sche Angelegenheit zugleich mit abgemacht wünschte, gewissermaßen noch in Thätigkeit erhalten. Auch will die „Presse" wissen, daß das Projekt der Berliner und Dresdner Linken, welche das Frankfurter Parlament hors la loi zu erklären beabsichtigen, auch vor ihr Forum gewiesen werden würde. — Die Rede des Vicepräsidenten Riesser aus Hamburg über die Vorfälle vom 18. bei Diskussion des Gesetzes zum Schutze der Nationalversammlung hat so eben als Separatabdruck in einigen tausend Exemplaren die Presse verlassen und ist nun eine große Anzahl von Abgeordneten versandt worden, welche den Druck veranlaßt haben, um sie ihren Wählern zukommen zu lassen. Sie wird nicht wenig dazu dienen, die Gemüther im Norden und Osten Deutschlands zu beruhigen, wo die Empörung über das Geschehene noch immer nachhaltig wirkt.

† **Frankfurt**, 13. Okt. Die österreichischen Abgeordneten sind durch die Ereignisse in ihrem engeren Vaterlande tief erschüttert, und mehrere von ihnen haben theils Frankfurt bereits verlassen, theils stehen sie im Begriffe, in ihre Heimath abzureisen, um dort zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse beizutragen!

* **Frankfurt**, 14. Okt. Aus Berlin erfahren wir, daß dort am 11. Okt. Abends alle Blätter und Korrespondenzen aus Wien ausgeblieben sind, daß jedoch Reisende die Nachricht bestätigt haben: Wien werde bombardirt.

⁝ **Frankfurt**, 14. Okt. Sicherem Vernehmen nach hat Dänemark die deutsche Centralgewalt jetzt förmlich anerkannt. Herr Banks ist in Kopenhagen am 8. d. vom Könige in öffentlicher Audienz empfangen worden, und hat Versicherungen erhalten, mit denen man den Umständen nach zufrieden sein darf. So weit waren die Sachen freilich noch nicht reif, daß Herr von Stockmar unmittelbar von Berlin nach London reisen konnte, um den Frieden zu vermitteln. Er hat sich vorläufig nach Koburg (seiner Heimath) begeben.

Im Laufe des gestrigen Tages sind die Herren Welcker und Mosle als Reichskommissäre nach Wien abgereist. Schwerlich haben sie bestimmte Aufträge; sie sollen nach den Umständen handeln, und dann, wenn es erforderlich ist, im Namen des Reiches das deutsche Interesse zu wahren suchen. Wir unsererseits geben unter keinen Umständen die Hoffnung auf, die schönen deutschen Lande, welche unter dem Erzhause stehen, innig mit Deutschland vereinigt zu sehen. Wer ein Prophet bleiben will, darf freilich jetzt über Oesterreich nicht weissagen; doch wäre es wundergleich, wenn jene Ländermassen, welche das Haus Habsburg zusammengeheirathet hat, bei der erwachten National-Eifersucht, ja, man möchte sagen National-Wuth, in alter Weise zusammenblieben. Die Idee eines uralt-deutschen Herrschergeschlechtes, sich einen vorherrschend slavischen Gesammtstaat zu gründen, ist weder glücklich, noch, wie uns däucht, möglich. Die Ereignisse scheinen es übernehmen zu wollen, den Vorschlag des Verfassungs-Ausschusses, daß fremde Länder mit deutschen künftig nicht anders, als durch die Person des Herrschers, verknüpft sein dürfen, bei Oesterreich, worauf er vorzüglich abzielt, zu rechtfertigen und zur Ausführung zu bringen.

** **Wien**, 8. Okt. Abends 6 Uhr. Der Ban Jellacic erließ an die Stadt Preßburg den Befehl, bis heute Mittags die Brücke herzustellen, widrigenfalls er die Stadt bombardiren werde. In Folge dieses Befehles sendete der Magistrat der Stadt an unser Ministerium eine Deputation mit einer Petition folgenden Inhalts: Die Stadt Preßburg, um dem im Wieselburger Comitate, zwischen Wieselburg und Altenburg gelagerten Feind, wenn er die Donau zu passiren beabsichtigen sollte, den Uebergang zu erschweren, hat die hierstädtische Schiffbrücke abbrechen lassen. Dieß geschah im Gefühle der unbegrenzten Treue gegen den Landesfürsten, im Bewußtsein der Gerechtigkeit der Sache, für welche sich Ungarn erhoben hat, um den eingedrungenen Feind zu bekämpfen. Die Maßregel der Stadt hatte den obigen Befehl zur Folge. Die Stadt hat ihre Anhänglichkeit und unverbrüchliche Treue gegen den König zu jeder Zeit und unter allen Umständen bewiesen, und hofft in ihrer höchst gefahrvollen Lage, daß das kaiserl. Ministerium, nachdem das unterm 3. d. an den ungarischen Landtag erlassene königl. Reskript durch Proklamation des österreichischen Reichstags entkräftet worden, sich der Stadt Preßburg annehmen und von Sr. Majestät einen Befehl an den Ban Jellacic zur Schonung der Stadt erwirken, zugleich aber dieses Gesuch dem hohen Reichstage zu Wien mittheilen werde. Preßburg, 7. Okt. um Mitternacht. Der Reichstag beschloß dem Ban Jellacic die Resolution Sr. Maj. vom 6. Okt. auf das von der Reichstagsdeputation gestellte Ansuchen, das Manifest bezüglich Ungarns vom 4. Okt. zurückzunehmen, zur Beachtung mitzutheilen.

Pillersdorf trug hierauf die Denkschrift an Se. Majestät vor, welche die Dringlichkeit der Zurückkunft Sr. Majestät in die Nähe seiner Residenz zum Wohle seiner getreuen Völker vorstellt. Um 6¾ Uhr erhielt Minister Hornbostl ein Schreiben Sr. Majestät d.d. Siegdartskirchen, 8. Okt. 1848 folgenden Inhalts: „Lieber Hornbostl! Ich fordere Sie auf, behufs der Gegenzeichnung meiner Verfügungen sich an mein Hoflager nach Siegbartskirchen zu begeben." Hornbostl hält es für seine Pflicht, diesem Befehle nachzukommen, und derselbe wird auch vom Reichstage beauftragt, die eben abgefaßte Denkschrift zur Ueberreichung an Se. Majestät zu übernehmen. Dieser Brief wird nach dem Beschlusse des Reichs-

Digitized by Google

tages dem Kommandirenden Auersperg zur Darnachachtung in einer Abschrift zugemittelt, und auf Antrag Löhner's wird dieses Schreiben zur Beruhigung des Volkes abgedruckt und an den Straßenecken angeheftet werden.

7¼ Uhr. Von Preßburg ankommende Reisende berichten, Ban Jellacic wäre gefangen.

Sieghartskirchen, das gegenwärtige Hoflager des Kaisers, soll ein elendes Dorf nicht weit von Wien sein, und Alles entbehren, was zu einem Hofstaate und zum Aufenthalte des Hofes erforderlich ist. Es drängt sich daher allgemein die Ansicht auf, daß der Landsturm den Kaiser an seiner Weiterreise gehindert und ihn zu dem Schritte, den Minister Hornbostl zu sich zu bescheiden, genöthigt haben müsse.

** **Wien**, 9. Okt. Zuverlässigen Nachrichten zu Folge, befindet sich der Vortrab des Jellacic'schen Armeekorps bereits in Bruck an der Leitha, 4 Posten von Wien, wohin er durch die ungarische Armee zurückgedrängt wurde. In Erwägung dieser Vorrückung des Banus sind heute sämmtliche Nationalgarden und Legionäre konsignirt, um das allenfallsige Vordringen des Banns nach Wien zu verhüten. Vom Reichstags-Präsidio ist eine Note an denselben erlassen worden, alle Feindseligkeiten einzustellen, bis von Sr. Majestät die im Ministerrathe zu erlassenden Verfügungen über die Entwirrung der ungarisch-kroatischen Angelegenheiten ihm zur Kenntniß kommen werden. Die Permanenz des Reichstages hat heute aufgehört, und es wurde bloß eine Sitzung behufs der Vorlesung aller rückständigen Protokolle und deren Genehmigung abgehalten. Um 1¾ Uhr stattete Abg. Schuselka Bericht über die Tag und Nacht unterbrochene Wirksamkeit des permanenten Ausschusses des Reichstages ab. Er verlas drei Eingaben des Studentenkomite's, in welchen dasselbe dem hohen Reichstage die Erklärungen abgab: 1) daß sie bereit seien, den Mangel an Nahrungsmittel leidenden Soldaten Brod und andere Nahrungsmittel selbst zu überbringen; 2) zeigt dasselbe an, daß der Mörder Latour's wirklich die That im Studentenkomite erzählte, daß aber diese Erzählung nicht mit Beifall, wie man verleumderischer Weise das Gerücht zu verbreiten sucht, sondern mit Entrüstung und Abscheu aufgenommen wurde, und dasselbe bittet den hohen Reichstag diese Mittheilung dem Kommandirenden Auersperg zu machen und 3) erklärt dasselbe, sich allen Befehlen des Reichstags zu unterwerfen und zu dessen Schutze mit ihrem Leben einzustehen, auch jeden Deputirten, von welcher Nation und politischer Farbe er immer sein möge, als unverletzlich zu halten und ihm die gebührende Achtung zu zollen.

Ferner erschien eine Deputation des Gemeinderaths der Stadt Wien vor dem permanenten Ausschusse mit einer Ergebenheitsadresse an den Reichstag, in welcher derselbe erklärt, Hand in Hand mit dem Reichstage zur Aufrechthaltung der Freiheit, der Sicherheit und Ordnung zu gehen, und sich ganz den hohen Beschlüssen des Reichstages unterwirft. Er berichtet sodann über die durch einen Kondukteur der Brucker Bahn mitgetheilte Nachricht, daß sich Jellacic mit einer Armee von 30,000 Mann bei Bruck befinde und in Trautmannsdorf sein Lager aufzuschlagen gedenke, und daß das ungarische Heer 70,000 Mann stark bei Wieselburg stehe. Der permanente Ausschuß habe in Erwägung dieser Gefahr einen Eilboten an den Kaiser gesendet, um ihn zum Erlassen eines Befehles an Jellacic und Auersperg zu vermögen, sich jeder Feindseligkeit bis zur baldigen Berathung mit dem Ministerrathe zu enthalten, außerdem wurde eine Deputation in das Lager des Jellacic geschickt, an deren Spitze sich der Abgeordnete a Prato freiwillig zu stellen erbot. Weiter erschien eine Deputation von Bauern aus dem Marchfelde, welche dem Reichstage eine Ergebenheitsadresse überreichte, in welcher sie sich aussprachen, daß sie zu jeder Zeit bereit seien, ihren Brüdern in Wien zur Hilfe zu eilen, indem sie sehr wohl wissen, was sie ihnen schulden. Ich sende Ihnen alle diese Berichte, ohne einen Kommentar hinzuzufügen, denn die Ereignisse sind zu drängend, und die Leser werden sich wohl selbst die nöthigen Kommentare dazu ergänzen können.

†† **Wien**, 9. Okt. Graf Auersperg steht mit seinen Truppen und Kanonen noch immer im Schwarzenberggarten, Belvedere und bei der Karlskirche. Er hat seine Truppenzahl durch Zuzug von Truppen aus der Umgebung verstärkt. Seine Soldaten behandeln alle von der Stadt Kommenden feindlich. Windisch-Grätz soll im Hauptquartier des F. M. L. Auersperg eingetroffen sein. Es haben sich alle Beamten, Aristokroten und die ansehnlichsten „Schwarzgelben" unter seinen Schutz, alle Demokraten aber unter den gesetzgebenden Reichstag gestellt. Gestern hielten kaiserliche Offiziere in voller Uniform vom Balkone der Aula demokratische Reden. Boerosch meinte vorgestern in der Sitzung, man müsse die Armee erst demokratisiren, und könne dann erst an ein neues Armeegesetz oder Reglement denken. Die Armee demokratisirt sich selbst. Vorläufig ist sie blos demoralisirt. Von Pesth haben wir seit sieben Tagen keine Postnachrichten. Die Verbindung mit Ungarn ist ganz abgeschnitten. Graf Bathyany und v. Pulszky haben dem Könige nach Ernennung des Baron Vecsey zum Minister ihre Abdankung eingereicht. Der König hat sie angenommen. Man sagt, daß von dem kaiserl. Familienrathe die Aeretirung des Hrn. v. Pulsky und seine standrechtmäßige Behandlung beschlossen wor, wenn die Hofpartei durch ihre Soldaten gesiegt hätte. Pulsky verließ Wien gleich nach seiner Abdankung, um seinem Vaterlande im Kampfe gegen Jellacic zu dienen. Gestern Nacht wurde Minister Hornbostl nach Sieghartskirchen zur Konferenz vom Kaiser berufen. Der Kaiser führte seinen Entschluß nicht aus, nach Persenbeug zu gehen, ich konnte über seine Lage nichts Näheres erfahren. Seine Eskorte leidet Mangel an Allem. Kein Proviant, keine Fourage. Der Kaiser kam erst Abends nach Sirghartskirchen, welches nur zwei Poststationen von hier entfernt ist; als der Zug eintraf, war gar nichts vorbereitet. Der Kaiser ließ der Mannschaft zwei Eimer Wein verabfolgen, zwei Ochsen sollten geschlachtet werden. Darüber ging die Nacht vorbei und die armen Soldaten hatten seit Morgens nichts gegessen. Das hält den Kaiser ormuthlich auf.

Die verschiedensten Gerüchte durchkreuzen die Stadt. Vom Stephansthurme will man schon Jellacic's Avantgarde sehen. Diesem ist der einzige Ausweg geblieben, nach Steiermark zu flüchten, denn der Landsturm ist ihm auf der Ferse. Oesterreich empfängt ihn als Gefangenen. Die Soldaten im Lager verüben noch immer viele Exzesse. — Hornbostl wird als Premier nicht auftreten wollen, sonst müßte er es werden. Der Reichstag sagt, er muß Minister sein, das Volk betet nach, er muß es sein, und Oesterreich, das deutsche Oesterreich, hat wieder keinen Mann. Doblhof ist wahnsinnig, so sagt man. Die Papiere sollen ihn kompromitiren. Der galizische Abgeordnete Smolka leistet als Vice-Präsident des Reichstags sein Möglichstes, er kann aber die Last der Zeit nicht tragen, er bricht zusammen, wie das Ministerium. Die Legion wollte heute zur Verfolgung des Jellacic abgehen. Eine Deputation soll an den Kaiser geschickt werden. Das neue Ministerium ist nicht einmal dem Namen nach da. Jellacic soll sich über die österreichische Grenze geflüchtet haben. Kroatenbanden begleiten ihn. Der Reichstag verhandelt eben über die Maßregeln gegen die illyrischen Freibeuter.

△ **Wien**, 9. Okt. Ein helles Schlaglicht fällt heute in die Begebenheiten der letzten Tage. Schon am 4. hatte man in der größten Stille den kaiserlichen Familienschatz weggebracht — heute so eben kommt Estafette über Estafette an den Reichstag, daß Jellacic seinen Marsch geändert, vor Bruck stehe und seinen Weg gegen Wien nehme. — Ich weise auf die in meinem Briefe vom 6. erwähnte Depesche.

Es scheint noch so eben eingelaufener Estafette, daß Jellacic noch ganz auf der ungarischen Seite vor Bruck steht, und wünsche bei Trautmannsdorf auf deutschem Boden ein Lager zu schlagen, da ihn 50,000 Bauern in Ungarn drängen.

Wie weit diese Nachricht begründet, muß dahin gestellt sein, da eine andere Anzeige, von seiner Ankunft in Stir Neustedl schon spricht, und der Befehl gegeben scheint, in diesem Falle die Stadt zu allarmiren. — Brünn hat eine Beistimmungsadresse zu Allem, was der Reichstag zu verfügen für gut finde, gesendet.

Wien. Der litb. Corresp. entnehmen wir noch folgende Nachträge zu unsern Briefen. Von Auersperg war ein Dokument an die Sicherheitskommission gelangt und wurde in der Kammer gelesen; es enthält einen Vorwurf wegen der Bewaffnung der unteren Volksklassen durch den Vorrath des kaiserlichen Zeughauses und die Ablehnung jeglicher Verantwortlichkeit in Betreff der daselbst stattgefundenen Zerstörung.

Aus Böhmen kommen Truppen herbei, lassen sich bei Klosterneuburg über die Donau schiffen.

Legion, Nationalgarden, Arbeiter und übergetretenes Militär sind gerüstet, erwarten den Kampf und den Sieg. Die verschie-

Digitized by Google

denen Parteien haben sich vereinigt, die Stadt ist ebenso zum Angreifen, wie zur Vertheidigung bereit. 1500 steirische Freiwillige sind so eben in die Stadt eingezogen.

Das Militär, das beim Belvedere concentrirt ist, nimmt wieder eine bedrohlichere Stellung ein; es will sich in seiner jetzigen unbequemen Lage nicht länger halten lassen; vier Studenten, deren die Soldaten des Nachts habhaft wurden, sind erhängt worden. (?)

Wien. Ueber den Beginn der Erhebung vom 7. d. wird der D. Allg. Ztg. geschrieben: Das ungarische Wrack hatte in höchster Bedrängniß Wien zum Rettungsboot ausersehen. Am Reichstage war beschlossen worden, Proklamationen an die Wiener ergehen zu lassen, auf daß sie die Absendung von Truppen nach Ungarn verhindern sollten. Das gesprochene und durch den Druck vielfältig verbreitete Wort ward aber noch anderweitig auf das thätigste unterstützt. Die hiesigen Demokraten zeigten sich hiezu bereitwillig. Bei einem Verbrüderungsfeste, wozu das Militär herangezogen wurde, wußte man deutsche und italienische Soldaten für den Widerstand zu gewinnen. Dieser zeigte sich schon am 5. Okt. Nachmittags beim Aufbruch, trat aber gestern Morgen völlig auf, und die akademische Legion, sowie der größere Theil der Nationalgarde, aufgestachelt durch die Vorspiegelung, daß das zum Ersatz bestimmte galizische Militär zu reaktionären Zwecken dienen sollte, schlug sich auf die Seite der Widerstrebenden.

Prag, 9. Octbr. Der D. Allg. Z. wird geschrieben: Man spricht viel von einer Deputation der obersten städtischen Behörden beim Fürsten Windisch-Grätz, welcher mit dem Vorschlage derselben, im Fall eines gewaltsamen Siegs der Minorität in Wien und eines Umsturzes, eine provisorische Regierung in Böhmen einzusetzen, sich einverstanden erklärt haben soll; ebenso von einer Anfrage seinerseits, daß, wenn die städtischen Behörden und die Nationalgarde die Aufrechthaltung der Ruhe verbürgen wollten, er im Nothfalle alles Militär aus Prag nach Wien schicken wolle. Heute ist endlich die Auslieferung der Gewehre an die Nationalgarde erfolgt.

× **Berlin**, 12. Okt. Der heutige Tag beginnt einen wichtigen Abschnitt in der parlamentarischen Entwickelung Preußens, und Deutschlands überhaupt. Nach fast fünfmonatlichem Versammensein fängt unsere Landesversammlung an, die Verfassung selbst zu berathen. Wird es dieser Versammlung gelingen, eine Verfassung aufzustellen, die die innere Kraft des Bestehens in sich trägt? Und wie wird sich diese neu zu gründende Verfassung zu der des deutschen Reiches verhalten, deren breite Grundsteine in Frankfurt eben gelegt sind? Das Vorparlament wünschte, daß neben der Frankfurter Versammlung keine andere verfassunggebenden Parlamente berufen würden. Wir untersuchen nicht, in wie fern es möglich war, hier diesem Wunsch zu entsprechen. Gewiß aber ist, daß erst jetzt sich recht zeigen muß, ob jener Wunsch begründet war. Bei der Gründung der Centralgewalt handelte es sich um die Haltung der preußischen Regierung; von ihr hing es wesentlich ab, wie weit die neu geschaffene Regierung innen und außen Geltung gewinnen würde. Jetzt kommt es auf die preußische Landesversammlung wesentlich an, ob die in Frankfurt zu begründende Verfassung weite, kräftige Wurzeln schlägt, oder nicht. Die äußerste Linke schürt jetzt überall das Feuer gegen die Centralgewalt und gegen die Nationalversammlung, sie verschmäht es nicht, mit eben den Sonderbestrebungen sich in einen Bund einzulassen, die sie erst so bitter verfolgte. Schon hört man vielfach sagen: die Frankfurter geben nicht weit genug; die Frankfurter Grundrechte sind bloß ein Minimum; wir müssen noch ganz etwas Anderes habe. Diese grobe politische Auffassung, wonach es bloß darauf ankommt, Rechte zu gewinnen, ohne auf den Schutz dieser Rechte durch eine kräftige Regierung bedacht zu sein, ist hier sehr weit verbreitet. Es wird von der Weisheit der hiesigen und von der Entschiedenheit der Frankfurter Versammlung abhängen, ob diese neue, der Einheit Deutschlands drohende Gefahr glücklich vermieden wird. Daß aber die deutsche Einheit da schlecht berathen ist, wo der Oesterreicher, oder der Preuße, oder Altenburger durchaus noch etwas Besseres haben zu müssen glaubt, als jeder Deutsche, scheint klar zu sein.

* **Berlin**, 11. Okt. Leider wurde auch unsere Landsversammlung heute der Schauplatz peesönlicher Erbitterung und von Scenen, wie sie zu den unbeschreiblichen gehören. Veranlassung gab ein Antrag von Kirchmann, Kämpf und Wachsmuth, welche bezweckte, gewisse Bestimmungen des Bürgerwehrgesetzes bis zu dem Zeitpunkte, wo die Verfassung und die neue Kreis- und Gemeindeordnung in Kraft getreten sein wird, auszusetzen. Namentlich sollte der Eid auf die Verfassung vorläufig nicht gefordert werden, und die vom Staate den Gemeinden verabreichten Waffen bis zur Vollendung der Verfassung in ihrem Besitze bleiben. Auch wollte man das entschiedene Auftreten der Bürgerbewaffnung durch die vorläufige Ausnahmebestimmung sichern, daß in dringenden Fällen, wo der Ruf der Civilbehörden nicht abgewartet werden kann, die Anführer der Bürgerwehr auf eigene Verantwortlichkeit zum Schutze der gesetzlichen Ordnung ihre Mannschaften zusammenberufen und in Wirksamkeit treten lassen dürfen. Die äußerste Linke nahm diese Versuche des Centrums, das Bürgerwehrgesetz auch für das Provisorium, in dem wir uns bis zur Vollendung der Verfassung befinden, zu einer Stütze der Ordnung zu machen, übel auf. Mußten doch nun, nachdem die Ursache weggefallen war, die Protrste aufhören, welche allerdings zahlreich genug gegen das Gesetz eingelaufen waren. Gern hätten die Ultras gesehen, wenn man statt dieser „kleinen" Vermittlungsvorschläge, diese „Abschlagszahlungen" zu beschließen, das ganze Gesetz verworfen hätte, und wäre es auch nur geschehen, um sich den Dank des „Volkes" zu verdienen. Leider scheinen die sittenlosen Drohungen mit den Erhebungen des „Volkes" bei jener Fraktion unserer konstituirenden Versammlungen gewöhnlich zu werden und jede Schmähung auf die Mehrheit unserer gesetzlichen Vertreter erlaubt zu sein, sobald sie im Namen des „Volkes" geschieht. So drohte auch Temme heute wiederum mit Unruhen des Volkes, wenn man das Gesetz, bei dessen Berathung die äußerste Linke fast überall isolirt blieb, nicht annehme, und ein Abgeordneter von der Unwissenheit und der Begriffsverwirrung eines Jung durfte mit souveräner Verachtung von der „Schadhaftigkeit" und „Hinfälligkeit" eines Gesetzes reden, welches dem Körper, der es berathen, zu ewiger „Schmach und Schande" gereichen würde. Als hierauf Maetz in seiner Erwiderung von Rednern sprach, welche „in bekannter Art" — — verhinderte ihn das Toben eben dieser Redner, seinen Satz zu Ende zu bringen. Präsident Grabow ersuchte mit wahrhaft bewunderungswürdiger Ruhe beide Theile, sich in ihren Ausdrücken zu mäßigen. — Nicht wenigee erregt zeigte man sich auf den Bänken der äußersten Linken, als der Inhalt eines von dem Abgeordneten Haase (Professor aus Breslau) an seine Wähler gerichteten Schreibens, wie es schien lediglich durch die Indiskretion eines Mitgliedes der äußersten Linken veröffentlicht, zur Kenntniß der Versammlung gelangte. Haase macht in dem Briefe dem Kaplan von Berg den Vorwurf der „Unredlichkeit" und Zeichen des Abscheus wurden dem Schreiben reichlich zu Theil. Temme's dringlicher Antrag, die den Polen gewährte Amnestie auch auf die Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer auszudehnen (bei denen zwar die Untersuchung niedergeschlagen, die Strafe jedoch nur bis zur Dienstentlassung erlassen werden soll) ward mit 175 gegen 133 Stimmen nicht für dringlich erachtet. Auf der Tagesordnung stand die weitere Berathung des Gesetzes über Aufhebung der bäuerlichen Lasten.

Aus Baiern. Aus Bamberg wird vom 9. Okt. berichtet: Gestern soll ein Kurier aus Meiningen hier gewesen sein, um bairische Truppen zu requiriren. Da indeß seinem Wunsche von hier aus nicht willfahrt werden konnte, so soll er seine Reise nach Ansbach zum Divisionskommando fortgesetzt haben. (Wir vernehmen, daß gestern, d. 9., Abends, 600 Mann und 2 Geschütze von Bamberg nach Lichtenfels mit der Eisenbahn befördert worden sind, von wo sie noch um 10 Uhr Nachts nach Koburg weitee ziehen sollten. Ihre Bestimmung ist Meiningen.)
(Schwäb. M.)

*** Vom Oberrhein, 12. Oktober. Die Stimmung unserer Gegend ist je nach Orten und gesellschaftlichen Schichten eine gemischte. Der überwiegenden Mehrzahl, besonders der protestantischen Ortschaften ekelt für lange hinaus vor der Sudelköcherei der „Rotden." Man hofft auf endliche Ruhe und schönere Tage. Die Wohlhabenden und Wohldenkenden tasten nach Haltpunkten und tragen seufzend die Lasten, die ein verrückter Janhagel und unfähige Behörden ihnen aufgehalst. In den eigentlichen Aufruhrnestern dagegen spukt noch wie voe ein Bischen

Dirbsgelüst, ein bischen Rammelei — soweit Decorum und Soldaten daneben bestehen können.

Die unteren Klossen, von Einquortierung und Kosten frei, zählen die Stunden bis ihnen freie Hand zum erlebnten: impera et divide wird. Wenn dem Unfug nicht mit Strenge entgegengetreten wird, so sind wir in einem halben Jahr, dafern irgend ein republikanischer Carl Moor gehörige Anweisung gibt, gerade wieder wo heute. Es soll nicht gesagt sein, daß die ganze Bewegung eine kommunistische gewesen. Nein, die Diplomatie hat das Gefühl des deutschen Volkes wieflich empört, den Drang nach größerer Einheit neu geschwellt.

Nicht zu übersehen: Möchten die Herren in Frankfurt statt der Disputaterien über Grundrechte, doch einmal mutbig an die Verfassung, implicite an das Mediatisiren gehen. Will man durchaus mit diesen 36 Souveränitäten Drachengift aus dem Blute der Nation kochen, der Jugend auf den Schulbänken schon die deutsche Geographie entleiden? Möchte doch endlich der Ruf erfolgen: Helft uns aufräumen! Schlaget die Rotten auf das Haupt — ganz Deutschland wird sein Gratias dazu rufen, allein die 36 halten wir nicht mehr aus — eher was anders.

Einige Verwunderung erregt bei uns die Zeitkameradschaft, die ein badisches Ultrablatt mit dem „süderlichen Kleeblatt" der badischen Anarchistenpresse geschlossen. Daß die „weißen Jakobiner" dem Ministerium Bekk auf das Ende passen, hat wenig auf sich, Bekk ist für jetzt der adäquate Ausdruck der verständigen und schweigenden Majorität in Baden. Daß das gleiche Blatt seine alte Wuth gegen Mathy wieder kehrt, beweist am besten, daß dieser tiefgeprägte Charakter nicht nur der „steinerne Gast" der rothen Jakobinee ist.

Eine Seelenfreude hat auch in unserer Gegend der Beschluß des Berliner Reichstages über den Rodbertus'schen Antrag erregt. Die Hoffnungen der wahren Freunde der Freiheit und unseres deutschen Vaterlandes können nicht zu Schanden werden — können in Preußen es nicht. Jetzt erst erkennt man den Finger der Vorsehung, der vor zwei Jahren den vereinigten Landtag zusammentreten ließ, die Vorschule für schwerere Prüfungstage. Und diese sind da und werden kommen.

Es ist ein Chaos von Kämpfen in dem wir waten: Notionalitäten mit Nationalitäten, Monarchie mit Republik, Centralisation und Separatismus, Parteien und Coterien, Reaction und Anarchie und in den Tiefen was das ärgste ist: der Kampf der Spitzbuben gegen die ehrlichen Leute.

Gotha, 7. Okt. Die Rede, womit der Herzog von Gotha den diesigen Landtag am 4. Okt. eröffnete, wies außer dem Entwurfe des Staatsgrundgesetzes auf einen Gesetzentwurf über die Umwandlung der guts- und grundherrlichen Lasten und über Aufhebung der Näherrechte und Einstandsrechte hin. Demnächst sollen Gesetzentwürfe an den Landtag gelangen über die Aufhebung der Jagdgerechtigkeiten auf fremdem Grund und Boden, ingleichen über die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer. Wenn die Umstände es gestatten, soll eine Vorlage über die Militärpflicht nach den Grundsätzen der allgemeinen Volkswehr gemacht werden, um bei möglichster Ausdehnung jener Pflicht ihre intensive Last zu erleichtern und eine Verstärkung der Streitmacht ohne allzu große Steigerung der hierzu erforderlichen Geldopfer zu erzielen. Im Gebiete der Rechtspflege beabsichtigt der Herzog, das mündliche und öffentliche Verfahren mit Schwurgerichten in Kriminalsachen in Gemeinschaft mit den Nachbarstaaten einzuführen, die Verwaltungs- und Finanzgeschäfte durch größere Unabhängigkeit der Gemeinden und umfassende Veränderungen in den Competenz- und Instanzverhältnissen der Behörden wesentlich zu vereinfachen und hierdurch die bisherigen Ausgaben der Staatsverwaltung nachhaltig zu vermindern. Zugleich werden Vorschläge angekündigt, eine Vereinigung des Herzogthums Gotha mit dem Herzogthum Koburg durch eine gemeinschaftliche Verfassung herbeizuführen.
(A. Anz.)

Sigmaringen, 10. Okt. Die Regierung ist zurückgekehrt, und heute rückte das kgl. bairische Leibregiment nebst einiger Artillerie und Reiterei hier ein; die eine Hälfte ist in der Stadt, die andere in den benachbarten Dörfern einquartiert. Regierungsrath Steydani, der von dem Reichskommissär Grafen Keller mit der Führung der Untersuchung beauftragt ist, wohnt nebst dem Regimentsstabe in dem Fürstl. Schlosse. Die Verhaftungen und Untersuchungen haben bereits begonnen; Oberlieutenant v. Hofstetter hat sich in die Schweiz geflüchtet und befindet sich in Emmishofen. Würth, der Präsident des Sicherheitsausschusses, hütet seit acht Tagen das Bett; der Fürst wird nächster Tage zurückerwartet. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 10. Okt. Die englischen Zeitungen veröffentlichen jetzt den Briefwechsel, der zwischen den englischen und französischen Geschäftsträgern in Neapel einerseits und der neapolitanischen Regierung andererseits geführt worden ist. Ein abermaliger Beitrag zu der Geschichte der modernen Diplomatie, die dadurch an Liebe und Achtung schwerlich gewinnen wird. Am 28. August mahnt Hr. v. Rayneval von Feindseligkeiten gegen Sicilien ab und rät, durch Ernennung eines neapolitanischen Prinzen zum König Siciliens, die Wirren friedlich zu ordnen. Dasselbe thut Lord Napier am 29. Aug. Nach dem Bombardement von Messina fordert Napier unverzügliche Einstellung der Feindseligkeiten und läßt im Hintergrunde ein Einschreiten durch die englische Flotte blicken; eben so droht Frankreich mit Zwangsmaßregeln, insofern die Feindseligkeiten nicht eingestellt würden. Neapolitanischerseits schreibt Fürst Cariati an Napier, die neapolitanische Regierung werde jede Handlung, die sich Viceadmiral Parker zur Verhütung weiterer militärischer Maßregeln erlauben sollte, als eine persönliche, nicht von der englischen Regierung ausgehende betrachten, und hebt dabei — und dies ist das Wichtigste — nachdrücklich hervor, wie Lord Palmerston zu wiederholten Malen, namentlich aber in einer Konferenz vom 4. August, versichert habe, daß die englische Regierung militärischen Maßregeln gegen Sicilien kein Hinderniß in den Weg legen werde. Auch erfährt man aus diesem Briefwechsel, daß der französische Minister des Aeußern sich ebenfalls dahin ausgesprochen, daß Frankreich sich bei dieser Angelegenheit nicht zu betheiligen wünsche. Welche Rolle spielt hierbei Frankreich, noch mehr aber England, das damit nicht zufrieden, zur Insurrektion Siciliens das Seinige beigetragen zu haben, die Sicilianer wieder an den König von Neapel verräth, Messina erst durch ein Bombardement zu Grunde richten läßt, und dann erst sein Veto gegen die Fortsetzung des Krieges einlegt! Die nur zu spät von England herausgespürte Analogie zwischen der Stellung Irlands zu England einerseits und derjenigen Siciliens zu Neapel andererseits, mag zur Noth Einiges in Englands Beobachten erklären, aber jedenfalls gibt Palmerston auf solche Analogien nicht viel und läßt seine Politik von ganz andern nur zu bekannten Motiven leiten. Die torystischen Blätter fallen denn auch grimmig über Palmerston her. Die Britannia meint: Palmerstons Politik in diesee und andern Fragen ließe sich nur dadurch erklären, daß er die Absicht habe, Frankreich mit jedem europäischen Staate zu überwerfen. Dies Journal frage, was würde wohl England dazu gesagt haben, wenn etwa der nordamerikanische Gesandte dem General M'Donald befohlen hätte, noch dem Scharmützel auf der Insel von Boulogd seine Verfolgung gegen O'Brien einzustellen? Sehr beißend und bitter eifert auch Marn. Ebenso viele gegen Palmerston, dessen Interventionspolitik unter den Radikalen eben so wenig Freunde hat als unter den Tories. Diese betrachten die Palmerston'sche Politik als agitirend und den konservativen Interessen nachtheilig, Männer, wie Hume und Cobden finden sie zu kostspielig, weil man, wo man die Hände im Spiele habe, auch Schiffe, Streitkräfte, überzählige Agenten halten müsse. Freilich hat Palmerston, dem die gründlichste Kenntniß der diplomatischen und internationalen Verhältnisse Niemand absprechen mag, England ganz in das Netz seiner Politik eingesponnen; aber es ist eine alte Erfahrung, daß eine Politik, die gewissermaßen mit einer einzigen Person verschmilzt, wie die Palmerston'sche, im Falle einer Katastrophe der Gefahr ausgesetzt ist, sich und das Land zugleich in einen unrettbaren Ruin verwickelt zu sehen. Freilich kommt England in diesem Falle zu Gute, daß das Palmerston'sche System nicht wie das Guizot'sche oder Metternich'sche zugleich die inneren Verhältnisse, sondern nur die Beziehungen zum Auslande betrifft; nichtsdestoweniger fürchtet man nicht ohne Grund, daß Palmerston's überall andindende Politik früher oder später England arg verwickeln, die ganze Welt im britenfeindlichen Sinne aufrühren oder wenigstens für seinen Nachfolger eine schwere Erbschaft sein dürfte.

London 11. Okt. Der O'Brien'sche Prozeß hat doch zu einer Enthüllung geführt, die vieles Aufsehen erregt und den

Wbigs nicht sehr gelegen kommt. Der General Napier, als Zeuge vorgeladen, zog unter Andern auch einen Brief aus der Tasche, um ihn dem Gerichtshofe vorzulegen, dieser weigerte sich jedoch, diesen Brief als ein Zeugniß zu Gunsten des angeklagten Rebellen anzunehmen. Der General hat jetzt diesen Brief im Dubliner „Freeman's Journal" veröffentlicht. Er ist im J. 1832 von Thomas Young, damaligem Sekretär Melbourne's, an den General Napier gerichtet, wie es scheint kurz nach dem fehlgeschlagenen Versuche des früheren Königs, ein Torymininisterium unter dem Herzoge von Wellington zu bilden. Young nimmt in diesem Briefe an: es sei dem Könige gelungen, ein Tory-Ministerium zu bilden, was dann? und er antwortet: man würde eine Revolution haben machen müssen, die Bevölkerung von Glasgow, Newcastle, Birmingham, sei dazu bereit gewesen, und man habe dem General Napier selbst den Oberbefehl von Birmingham zugedacht gehabt. Freilich, sagt der Briefschreiber, es ist bedenklich, sich zu früh in eine Revolution einzulassen, „denn die Ersten, die sich darauf einlassen, sind auch die ersten Opfer." Die Reformer, heißt es in dem Schreiben weiter, seien der Ansicht, daß im Laufe einer Woche die Revolution mit dem gewünschten Erfolge wieder gekrönt worden sein, namentlich durch das „Verbarrikadiren" großer und stark bevölkerter Städte. Die Armee sei nicht zahlreich genug, um eine ausgedehnte Revolution zu bewältigen und besonders dem Stoße von Schottland aus kräftig zu begegnen; zwar meinten die Tories, dem Herzog würde es gelungen sein, den Aufruhr niederzuschlagen, und es sei auch möglich, daß die Disziplin des Heeres über den Volksenthusiasmus die Oberhand behalten hätte, insofern dieser nicht allgemein gewesen und dadurch Alles vor sich niedergeschlagen hätte. Hr. Young dankt schließlich Gott, daß den Wbigs diese Versuchung erspart worden, und fragt gewissermaßen nur zu seinem Vergnügen: was der General von diesem Plane denke, und ob er, wie man allerdings fast annehmen dürfe, die Einladung für Birmingham abgelehnt und sein Schwert in der Scheide gehalten haben würde?" Vielleicht verdient dieser Brief, als Ausdruck eines Subalternen, der den General wohl nur sondiren wollte, nicht das Aufsehen, daß man ihm schenkt, aber er gibt doch Anlaß zu allerlei Deutungen und Angriffen, und läßt in der Ferne blicken, wozu die Wbigs, oder ein Theil derselben, im schlimmsten Falle entschlossen waren. General Napier hat wohl nicht ganz diskret gehandelt, als er dieses Aktenstück veröffentlichte. Der Coorespondent der Times sucht ihn zu entschuldigen, er sagt unter anderem: Napier habe auf jenes Schreiben eine würdig abgefaßte abschlägliche Antwort ertheilt, die Wbigs hätten nun, durch den Sekretär ihres Chefs, den General um Rückstellung jenes Briefes ersuchen lassen, auch dieß habe Napier verweigert, jedoch versprochen, von besagtem Briefe nicht eher Gebrauch zu machen, „als bis die Wbigs einen britischen Unterthan für dasselbe Vergehen, dessen sie sich selbst schuldig gemacht, kriminell verfolgen sollten. Dies sei jetzt der Fall, man strebe O'Brien nach dem Leben, der doch nur dieselbe Politik befolgt, welche sie selbst im J. 1832 sich zu Schulden kommen ließen. „Es kann den Wbigs keineswegs gleichgültig sein, sich jetzt in den Zeitungen offen als „Konspiratoren" bezeichnet zu sehen, nachdem man sie so lange für Reformer, die nur auf dem Wege des Gesetzes ihr Ziel zu erreichen suchten, gehalten hatte.

Frankreich.

△ **Paris**, 11. Okt. In der gestrigen Sitzung der Nat.-Versammlung hat sich wieder bewährt, daß es eine Aristokratie gibt, die durchaus unzerstörbar ist; die Aristokratie des Talents. Wie haben sich nicht viele Organe der Presse gegen die Wahl des Hrn. Thiers und anderer ausgezeichneten Männer gesträubt! Das Land war weiser als sie. Sie sind in die Versammlung getreten, und Niemand kann ihnen den Einfluß streitig machen, den Geist und Wissen immer sichern. Wie früher die Chimäre des sogenannten „Rechts auf Arbeit" (nicht zu verwechseln mit dem heiligen Rechte der Arbeit), so hat Thiers gestern das nicht minder gefährliche Hirngespinnst, welches durch Unmassen von Papiergeld, nach Quacksalberweise ein augenblickliches durch ein unzerstörbares Uebel heilen will, gründlich zu Schanden gemacht. Er sprach zwei Stunden, Niemand fand daß er zu lange spräche, und in der Versammlung wie in der Presse ist nur eine Stimme der Anerkennung, die sich freilich bei den radikalen Blätteen („Democratie", „Courrier", „Republique" u. A.) in der Form der Wuth kund gibt. Um den bei der Fülle des Stoffs uns angewiesenen Raum nicht zu überschreiten, begnügen wir uns eine Stelle aus seiner Rede mitzutheilen, die heut zu Tage von allgemeinem Interesse ist: Man (Proud'hon) hat manchmal das Eigenthum mit einem sehr harten Worte belegt, man hat es einen Diebstahl genannt. Nun wißt Ihr was Papiergeld ist? (natürlich wie bei dem vorliegenden Vorschlage in ungeheueren Summen mit gezwungenem Kurse in das Land geworfen). Es ist der Diebstahl durch das Gesetz! Denkt an alle die Leute welchen Schulden zurückzuzahlen sind. Es ist freilich nicht die zahlreichste, aber es ist eine beachtenswerthe Klasse der Staatsbürger. Denkt an diejenigen, welche Einkommen irgend einer Art, kraft schriftlicher Verträge zu erhalten haben. Ihr wollt ihnen Papiere zum Nennwerthe aufdrängen, welche mindestens die Hälfte verlieren werden. Das ist Diebstahl! Um also Einigen zu helfen, für welche ich so lebhafte Sympathien fühle wie Ihr, wollt Ihr ihre Verlegenheiten in eine allgemeine Krisis umwandeln, ihre Noth in aller Leute Taschen eindrängen und zwar durch einen gesetzlichen Diebstahl. Und wißt Ihr wen Ihr dadurch am meisten beraubt? Keinen Geeingeren als den Staat selbst, dessen Finanzen Ihr zerrüttet, dessen Armeen Ihr desorganisirt! Leider muß dieser jetzt neue Auflagen erheben. Durch Euer Papiergeld erhält er statt 1400 Millionen nur 700.

Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, daß plötzliche Ausgabe zahlreichen Papiergeldes nicht die Entwerthung hervorgebracht hätte, die ich ehrn anfühete. Was kann der Staat also thun? Was die Revolution that, als sie die Assignate geschaffen hatte und statt eines Budgets von 500 Millionen in Wahrheit nur 150 Millionen einnahm. Womit ist ein solches Defizit zu decken? Mit neuen Assignaten! Wißt Ihr, daß Milliarden Gold und Silber plötzlich in's Land gewoefen, eine furchtbare Krisis hervorbringen? Die Zeit nach der Entdeckung Amerika's gibt den Beweis. Nun wollt ihr 2 Milliaeden in Papiee bringen? Bedenkt was Ihr thun wollt!" Was Hr. Thiees gestern aus Vernunft, Erfahrung und Geschichte, das wies der Finanzminister Hr. Goudchaux in der heutigen wie in der gestrigen Sitzung aus der speciellen Lage nach, in der sich Frankreich gegenwärtig befindet. Er that vor allen Dingen dar, daß die Finanzlage eine durchaus günstige ist. Im Schatze befand sich am 30. Sept. an Geld und guten Wechseln 105,714,639 Franken (69 Millionen mehr als voriges Jahr um dieselbe Zeit). Trotz der ungeheuern außerordentlichen Ausgaben (nahe an 124 Millionen für außeeordentliche Unterstützungen seit dem Februar) befinden sich (durch die außeroedentlichen Einnahmen, durch Zusatzsteuern und freilich auch durch Anleben) 428 Millionen im Schatze, 50 Millionen sind von der Bank von Frankreich noch einzuzahlen. Hierbei sind die 75 Millionen noch ungerechnet, welche am 1. Januar 1849 auf das neue Anleben weiter von der Bank zu zahlen sind, und welche er gegründete Hoffnung hat nicht einfordern zu müssen. Obgleich also bis jetzt die Ausgaben jeden Tag die Einnahmen um 1 Million übersteigen, ist der Staat doch auf 17 Monate gedeckt. Was würde nun aus dieser Lage weeden, wenn man 2 Milliaeden — er wolle nicht sagen Assignaten, er wolle es Gefälligkeitspapier nennen — schüfe? Einen unglücklichen Tag habe ee in seinem Leben gehabt, den ee sich, obgleich die N.-V. nichts weniger als unschuldig dabei war, ewig vorwerfen werde; als er nämlich den Einlegern der Sparkasse Renten zum Tageskours von 80 Franken aufgenommen habe. Seitdem und mit hierdurch sei dieselbe um beinahe 12 Franken gefallen. Nun solle er für 2 Milliarden Papiergeld autorisiren? Nimmermehr! Eine Thatsache von großer Wichtigkeit, fügte er heute hinzu: In dem einen Monate seit dieses unglückliche Projekt unter der Aegide des Ackerbaukomites auftauchte, hat die Auflage für Enregistrement 8 Millionen weniger betragen, ungerechnet was der Mindererertrag in vielen Departementen beträgt, von welchen die Berichte später eingelaufen. Die Republik habe „Freiheit" auf ihr Banner geschrieben. Zwangcours (des Papiergeldes) wäre nicht Freiheit. (Eine Stimme: und die Bank!) Der Finanzminister: Freilich! Aber damals exportirte man täglich für 13 bis 14 Millionen an Baar. Es war eine unglückliche, aber vorübergehende nothwendige Maßregel. Schon jetzt könnte, wie ich glaube, die Bank wiedee in Münze zahlen. — Ob nun gleich auch heute die Diskussion bis zum Abgang der Post nicht zu Ende kam und auch die Vertheidiger des Antrags mit Geist und Talent sprachen, so ist doch kein Zweifel, daß wir vor dem Fluch neuer Assignaten bewahrt bleiben werden.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verordnung des Reichsverwesers.) Berlin (Aufhebung der Kadettenhäuser. Das Bürgerwehrgesetz.) Vom Rhein (Freiligrath und die rothe Republik. Antwort des Abgeordneten Harkort an die Demokraten.) Freiberg (Die Vereinigung der thüringischen Lande.) Vom Neckar (Das Conseil in Wittenberg.) Weimar (Der politische Zustand Thüringens.) Altona (Unordnung in Hadersleben.) Oldenburg (Civilliste.) Lübeck (Unruhen.)

Schweiz. Bern (Die politische Stimmung. Nachrichten aus Sicilien. Freiburger und Tessiner Zustände. Die Uebereste des Sonderbundes und die republikanische Propaganda.)

Türkei. Bucharest (Die Türken rücken in Bucharest ein, die Russen über den Pruth. Schreiben Fuad's Effendi. Blutbad durch die Türken.)

Griechenland. Athen (Definitive Beilegung der türkischen Differenz. Amnestie. Der König auf Reisen.)

Börsenbericht von Frankfurt. (Vom 14. Oct.) Nachschrift.

Deutschland.

Frankfurt, 14. Okt. Das Reichsgesetzblatt vom heutigen Datum enthält nachstehende Verordnung, betreffend die Beschaffung von 5,250,000 fl. (3,000,000 Thaler) für die deutsche Marine, vom 10. Okt. 1848. Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. Juni d. J., verordnet, wie folgt: §. 1. Zum Zwecke der Begründung eines Anfangs für die deutsche Marine soll mittelst Umlage nach der bestehenden Bundesmatrikel vorläufig eine Summe von Fünf Millionen Zweihundertfünfzigtausend Gulden (Drei Millionen Thaler) verfügbar gemacht werden. §. 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, den 10. Oktober 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen v. Beckerath.

* **Berlin**, 12. Okt. Ein für Preußens Heerewesen bedeutender Schritt ist geschehen: die Aufhebung der Kadettenhäuser. Der König hat die betreffenden Vorschläge des Ministeriums bereits am 3. Oktober genehmigt. Die Kadettenhäuser in Potsdam, Kulm, Bensberg (unweit Köln) und Wahlstatt nehmen die Benennung „Königliche Erziehungs-Anstalten" an, und verlieren ihre rein militärische Organisation. Das Kadettenhaus in Berlin erhält den Namen: „Königliche Militärschule" und bleibt im Wesentlichen unverändert. Die Zöglinge tragen Uniform und werden im Exerciren und in der Handhabung der Waffen so geübt, daß die älteren derselben erforderlichen Falls als Unteroffiziere oder Offiziere verwendet werden können.

Die Nachrichten aus Wien haben hier natürlich eine große Aufregung hervorgerufen, doch noch keine Folgen gehabt, es müßte denn die größere Leichtigkeit sein, mit welcher die Kammer die Jagdgerechtigkeiten aufgehoben hat, überhaupt will man bemerkt haben, daß sie etwas mehr nach der linken Seite geschoben ist. Der einzige Zündstoff ist augenblicklich das Bürgerwehrgesetz. Leute, welche sich für Abgeordnete der Bürgerwehr ausgaben, sind auf den Versammlungen aller Parteien der Nationalversammlung (mit Ausnahme der äußersten Linken) erschienen, und haben die Abgeordneten sogar durch Drohungen mit einem Blutbade dahin zu stimmen gesucht, das Bürgerwehrgesetz bei der letzten Abstimmung in Bausch und Bogen zu verwerfen. Von der Bürgerwehr haben 62 Kompagnien unter 66 sich für die Verwerfung erkläret. Erfreulicher sind die Vorbereitungen, welche man trifft, den Geburtstag des Königs auf eine würdige Weise zu feiern. Die Ereignisse in Wien haben die Anhänglichkeit an die Monarchie bis jetzt nicht einmal in Oesterreich erschüttert, viel weniger ist das in Preußen zu besorgen.

** **Vom Rhein**, 12. Octbr. Die neuliche Freisprechung Freiligraths in Düsseldorf darf nicht, wie es von den Demokraten geschieht, als ein Beweis der Sympathien der Bevölkerung für die Sache der Republik betrachtet werden. Was die Geschwornen bei ihrem Ausspruch geleitet, ist ohne Zweifel die Erwägung, daß die Gluth des Dichters nicht mit demselben Maße zu messen sei, wie das kalte Wort des nüchtern besonnenen Mannes, und der Jubel, der den Freigesprochenen nach Hause geleitete, galt dem großen Sänger, dem man willig nachsah, was der Bürger gefrevelt. Das Hoch, welches Freiligrath, als der für ihn veranstaltete Fackelzug vor seiner Wohnung hielt, der rothen Republik ausbrachte, hat Manchen stutzig gemacht, der sich bereitwillig dem Zuge angeschlossen, und während seine Freisprechung mit 9 Stimmen gegen 3 erfolgt war, wurde wenige Tage später über den weit geringer gradirten Präsidenten des Volksklubbs nur mit 6 gegen 6 Stimmen und weil bei Stimmengleichheit das Nein entscheidet, ein Nichtschuldig ausgesprochen. Das ist unter den gegebenen Umständen gewiß bezeichnend.

Es circulirt hier gegenwärtig ein offener Brief, in welchem der Westfälische Abgeordnete zur Nationalversammlung in Berlin, Friedrich Harkort, einer der ehrenwerthesten Männer des Landes, auf ein Sendschreiben antwortet, das ihm ein Mißtrauens-Votum des demokratischen Vereins eines Landstädtchens ankündigt. Die Sache an sich ist natürlich unerheblich und Herr Harkort, beiläufig bemerkt einer der größten und intelligentesten Fabrikanten in der Grafschaft Mark, steht in der Achtung seiner Mitbürger zu hoch, als daß der demokratische Verein in Limburg ihm dieselbe zu schmälern vermöchte: aber seine Antwort enthält in einem volksthümlichen bisweilen selbst derben Ton, so viel Treffendes und Beherzigungswerthes in dieser Zeit der Begriffsverwirrungen, daß ich es mir nicht versagen kann, die bezeichnendsten Stellen hier anzuführen. „Die Wühler — so heißt es unter andern — liebe ich nicht, denn ich halte es für sehr gefährlich, eine Nation über den Stand ihrer politischen Bildung hinaus in den Fanatismus der Freiheit zu treiben. Bestehende Gesetze will ich geachtet wissen, bis die neuen fertig sind, damit ein geordneter Rechtszustand der Verwilderung vorbeuge. Während die Nationalversammlung die Verfassung des Landes feststellt und seine Beschwerden untersucht, plünderen die Demokraten in Schlesien; in Naumburg zündeten sie die Stadt an drei Ecken an, begingen in Frankfurt Mord und Hochverrath, pflanzten in Köln die rothe Fahne auf die Barrikaden und brachen in Baden mit fremden Horden in das Vaterland ein. Solche Handlungen nenne ich den Gegensatz politischer Reife, mögen Sie immerhin anderer Meinung sein. Meine Herren, es ist eine ungeheure Lüge, wenn man den Arbeitern sagt, die unbeschränkte Freiheit gebe Brod. Mit der besten demokratischen Rede füttern Sie keinen Sperling. Unter allen Regierungsformen ist die Arbeit die Quelle der öffentlichen Wohlfahrt, wenn sie sich stützt auf Intelligenz und strenge Gesetzlichkeit. Der Intelligenz bedarf sie, um der allgemeinen Entwicklung zu folgen und bei Zeiten von einem absterbenden Zweige der Industrie zum frischen überzugehen; strenge Achtung der Gesetze ist unerläßlich, weil nur auf ihr Vertrauen und Sicherheit beruhen. Berlin blühte unter der Censur und dabei trotz der unverschämtesten Preßfreiheit. Belgien hat eine demokratische Verfassung und dennoch verhungerten seine Weber in Flandern, weil sie weder die Scholle verlassen, noch zu einem andern Gewerbe übergehen wollten. Russische Leibeigene besitzen Hunderttausende. War Freiheit in der Republik Venedig? Haben die nordamerikanischen Freistaaten nicht ihre Sklaven trotz ihrer Habeas-Korpus-Akte und demokratischen Verfassung? Die Armenkasse in Newyork beträgt viele Thaler auf jeden Kopf seiner Bevölkerung, also auch dort ist Proletariat. Nicht der Buchstabe gilt, sondern der Geist, der ihn belebt. Der Wille des Vaters ist souverän in der Familie, und dennoch gibt es in der Welt kein edleres Band. Die Intelligenz ist in der Minorität und regiert demohnerachtet die Welt. Das Linienschiff mit 1500 Mann ruht in der Hand eines einzigen Lootsen; da entscheidet die Mehrheit nicht. Die Wähler können in einem Tage 400 Abgeordnete schaffen, aber nicht einen einzigen Feldherrn; den bildet nur sein Talent und die Zeit. Der Demagoge schmeichelt den Leidenschaften des Volks und deßhalb bessert er es nicht. Hier ist ein aus dem Zuchthaus entlassener Verbrecher als Tagesheld zu schauen: glauben Sie, daß ein solcher der wahre Bildner sei? Senden sie 10,000 Mann zur Volksversammlung, reden Sie mit Engelszungen von Reaktion, Volkssouveränetät, geraubten Menschenrechten und den sozialen Fragen: 9500 Mann hören und verstehen Sie nicht und alle gehen mit leerer Tasche heim und das Brod wird keinen Pfennig wohlfeiler. Wer aber in der Werkstatt blieb, bildete seine Fertigkeit aus und verdiente 10 Groschen. Gesetzt die Nation zählt 5 Millionen Arbeiter, dann kostet ein Tag Müssiggang weit über 1 Million Thaler. Zeit ist Geld, sagt der Engländer. Das Berliner Stichwort „Bummeler" birgt einen tiefen Sinn: vielleicht kennt man bei Ihnen diese Gentlemen der Demokratie noch nicht. Der Mann, welcher den Pflug und das Spinnrad erfand, den

Häring salzte, den Kleebau und die Kartoffel einführte und den Dampfmaschinen Leben gab, war der Menschheit nützlicher als der größte Volkstribun und Demagog, die wahre Demokratie kann nur auf allgemeine echte Volksbildung begründet werden, allein die erblüht nicht in einer Märznacht, dazu gehören Menschenalter. Mäßigen Sie also Ihren Eifer, schreiten Sie naturgemäß fort und heizen Sie in der Julisonne die Stubr nicht; denken Sie daran, daß es noch Gesetzgeber gibt, die weder lesen noch schreiben können." So weit Herr Harkort. Seine Worte sind ein wenig auf die Spitze gestellt, und können mißdeutet werden; aber sie enthalten manche hausbackene Wahrheit.

Freiberg, 10. Okt. Der Vaterlandsverein dahier hatte vor einiger Zeit eine Petition an das Gesammtministerium abgehen lassen, worin er den Wunsch aussprach, „die Regierung wolle dahin wirken, innige Verschmelzung der sächsischen Herzogthümer einschließlich der reußischen und anhaltischen Fürstenthümer und des Königreichs Sachsen in der Weise zu erzielen, daß sich schließlich die Bewohner des Meißner- und Thüringerlandes als Ein Volk betrachten und unter eine gemeinschaftliche Regierung stellen." Der Freiberger Anzeige theilt die folgende, hierauf eingegangene Antwort des Ministees v. d. Pfordten mit:

„Wohlgeborene, geehrter Herr! Sie haben unterm 30. Aug. d. J. an das Gesammtministerium eine Petition des Vaterlandsvereins zu Freiberg um Hebung des Einflusses der sächsischen Lande bei Entscheidung deutscher Fragen gerichtet, welche am 18. Sept. einkam und an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abgegeben worden ist. In dieser Petition spricht sich neben patriotischer Gesinnung eine so richtige und besonnene Würdigung der Verhältnisse aus, daß es mir zum Vergnügen gereicht, darauf zu antworten. Die kräftige Einigung Deutschlands, welche jeder wahre deutsche Mann als das Ziel unserer politischen Entwickelung erkennen und erstreben muß, hat vor Allem die unleugbar noch vorhandene Entfremdung der einzelnen Volksstämme zu versöhnen. Am bestimmtesten stehen sich der Norden und Süden unseres großen Vaterlandes entgegen, und Leidenschaften und Unverstand scheinen diesen Gegensatz immer schroffer zu gestalten. In dieser gefahrdrohenden Lage hat der sächsisch-thüringische Volksstamm unverkennbar den schönen Beruf der Vermittelung, wird ihm aber nur dann genügen können, wenn er in sich einig und durch Ruhe und Festigkeit stark ist. Von diesem Standpunkt hat das Ministerium seit seiner Bildung die politische Aufgabe Sachsens, die ja keine europäische, sondern eine rein deutsche ist, aufgefaßt und bereitwillig zur Einigung des sächsisch-thüringischen Lande für Gesetzgebung, Militärverfassung und für die Vertretung bei der Centralgewalt in Frankfurt a. M. die Hand geboten. Die Regierung Sachsens wird nicht ablassen von diesem Bestreben, obgleich es von mancher Seite mißdeutet worden ist, um so mehr, als ihre bisherigen Schritte nicht ohne Erfolg gewesen sind. Der rechte Erfolg ist freilich dadurch bedingt, daß solche Ansichten, wie sie von Ihnen in der genannten Petition ausgesprochen sind, in immer weiteren Kreisen zur Geltung gelangen. Ich ergreife mit Vergnügen ꝛc." (D. Allg. Z.)

△ **Vom Neckar**, 11. Okt. Von den verschiedenen größeren Versammlungen, welche zur Besprechung der kirchlichen Verhältnisse in Deutschland nach den großen Ereignissen dieses Jahres projectirt waren, sind bis jetzt zwei zu Stande gekommen, die eine von katholischer Seite in Mainz, die andere von protestantischer in Wittenberg. Ueber die erstere haben die öffentlichen Blätter bereits berichtet, von letzterer habe ich wenigstens in der Deutschen Zeitung noch nichts gelesen und doch erscheinen ihre Verhandlungen überaus bedeutend für die Zukunft der evangelischen Kirche. In der Schloßkirche zu Wittenberg, an Luther's und Melanchthon's Gräbern, hatten sich gegen 500 Männer aus der protestantischen Kirche versammelt, um einen Bund kirchlicher Einheit zwischen den reformirten, lutherischen, unirten Konfessionen Deutschlands mit Einschluß der Brüdergemeinde zu schließen. Die bei Weitem überwiegende Mehrheit derselben waren Geistliche aller Grade und Professoren der Theologie, Laien waren nur sehr wenige darunter. Norddeutschland, namentlich Preußen, war sehr stark, Süddeutschland beinahe gar nicht vertreten. Man berieth vom 21. bis 23. September und beschloß die Stiftung eines „evangelischen Kirchenbundes" zur „Darstellung der wesentlichen Einheit der evang. Kirche und Pflege der Gemeinschaft und des brüderlichen Sinnes, zu gemeinsamem Zeugniß gegen Unevangelische, zu gegenseitigem Rath und Beistand, zur Uebernahme des Vermittelungsamtes bei Streitigkeiten zwischen Kirchengemeinschaften, die zum Bunde gehören, zur Förderung christlich socialer Zwecke, Vereine und Anstalten, insbesondere der inneren Mission, zur Wahrung und Vertheidigung der Rechte und Freiheiten, welche den evangelischen Kirchengemeinschaften nach göttlichem und menschlichem Rechte zustehen und zur Knüpfung und Festhaltung des Bandes mit allen evangelischen Kirchen außerhalb Deutschlands." Dieser Kirchenbund tritt in's Leben „durch eine erste mit Abgeordneten aller zu demselben gehörigen Kirchengemeinschaften beschickte evangelische Kirchenversammlung Deutschlands. Diese wird sich als rechtmäßige Kirchenversammlung der evangelischen Kirche konstituiren durch die von einem jeden Gliede derselben abzugebende Erklärung: daß es mit seinem Glauben auf dem Grunde der reformatorischen Bekenntnisse (seiner Kirche) stehe und nur auf diesem Grunde verhandeln wolle." So wäre denn ein evangelischer „Sonderbund" in Deutschland konstituirt, der, wenn man den Personen, welche an der Spitze der Sache stehen, näher in die Augen sieht, keine andere Tendenz hat, als die kirchliche Richtung und Wirksamkeit des in Preußen gestürzten volksfeindlichen Ministeriums Eichhorn auf diesem Wege für die deutsch-protestantische Kirche zu rehabilitiren und zu verbreiten. Wir sind begierig die Namen der Theologen und Kirchenmänner alle zu lesen, welche sich zu diesem Versuche hergeben und wähnen, man könne in unseren Tagen auf diese Weise eine Bekenntnißkirche der alten Zeit wieder herstellen. Das kirchliche Volk gibt sich dazu auf keinen Fall her, und wird, wenn die Sache Ernst werden sollte, ebenso protestantisch dagegen auftreten, als dies bei dem ähnlichen Versuche im Gustav-Adolph-Vereine die Bekenntnißkirche zu rehabilitiren der Fall war. Wo das Vaterland nach Einheit strebt und sie vor Allem bedarf, hätte man auch in kirchlicher Beziehung das sonderbündlerische Treiben nicht auf diese Weise an die Spitze der kirchlichen Bewegung stellen sollen. Die kirchlichen Behörden Deutschlands, an welche die Aufforderung zum Anschluß gehen soll, werden gewiß nicht die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, durch irgend ein Eingehen auf diese Tendenzen, selbst die Hand zur Spaltung der Kirche anzulegen, sondern der Repräsentation der verschiedenen Landeskirchen es überlassen, darauf die rechte Antwort zu geben.

§ **Weimar**, 10. Okt. Nicht laut genug kann man dem Reichsministerium den Dank aussprechen für die Bildung eines Lagers in Thüringen. Es war hohe Zeit. Der „Kreisausschuß der Demokraten Thüringens" zu Jena trat neuerdings mit einer so schamlosen Frechheit hervor, daß außerdem blutige Ereignisse die nothwendige Folge gewesen wären. Als die Maßregel bekannt wurde, da sahen jene Leute wohl, daß ihr Spiel verloren sei, wenn sie die Ausführung nicht zu hindern vermöchten. Es bedarf ja nur eines einfachen Verstandes, um zu erkennen, daß Selbstsucht der Grund, Trug das Mittel, die Erlangung von Vortheilen der Zweck und das Unglück vieler Bethörten die Folge des Treibens sei. So lange von den Führern der Umsturzpartei die Massen aufgestachelt werden konnten, so lange ein Regierung gegen dieses Treiben mit Kraft nicht einzuschreiten vermochte, kam bei dem Bauer — denn dieser hat, wie auch mancher Städter, bei uns leider noch eine sehr geringe politische Bildung — freilich auch dieser einfache Verstand nicht zum Durchbruch. Es mußte daher um jeden Preis verhindert werden, daß eine Ruhe eintrete, mit welcher jedenfalls die Besinnung zurückgekehrt wäre. Und wahrlich, um dieß zu erreichen, wurde kein Mittel gescheut. Den Soldaten sagte man, ihr Eid sei erzwungen, sie brauchten ihn nicht zu halten. Den Landleuten predigte man vor, ihre Söhne würden gezwungen, sie in die alte Knechtschaft zurückzuführen und das Land müßte das sogar noch bezahlen. Mit einem Plakate, welches mit den Worten begann: „Wir Bürger und Soldaten protestiren gegen den beabsichtigten Ausmarsch unserer und das Einrücken „fremder" Truppen", kamen die Herren des Kreisausschusses hierher und ihr erster Schritt war, daß sie dasselbe an den Straßenecken ankleben ließen. Bürger rissen es überall sofort herunter. Unteroffiziere aber arretirten die Mitglieder des Kreisausschusses, als dieselben aus einer Soldatenversammlung, in welcher sie erfolglos ihre Grundsätze gepredigt hatten, hinwegging; der wachhabende Offizier entließ sie erst nach Aufzeichnung

Digitized by Google

ihrer Namen. Sie verließen Weimar, wie sie sagten, „nicht aus Furcht, sondern, weil sie in einer Stadt, wo solche Anarchie herrsche, nicht länger verweilen wollten.“ In Folge der ganz öffentlich vorgenommenen Aufforderungen zum Aufruhr und zum gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung wurden denn endlich Haftbefehle gegen die Hauptglieder: Dr. Lasaulx, Kand. Rathe, Kand. Lange und Stud. Amelung zu Jena, sowie gegen den Literat Jäde und Kand. Deinhardt zu Weimar erlassen. Nur des Letztern wurde man sofort habhaft. Die andern entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht. Zwar war auch Jäde in Jena arretirt, in Folge untauglicher Verfügungen aber unterwegs befreit worden. Aus ihren Verstecken speien sie jetzt ihre Wuth aus. Dabei haben sie aber so sehr den Kopf verloren, daß sie offen hervortreten mit ihrem Wahnsinne, frech und dumm zugleich. „Weil die Staatsregierung gegen uns einschreitet, erkennen wir sie nicht mehr an; sie muß gestürzt werden; aber das versprechen wir, daß wir mit den jetzt Herrschenden, wenn wir über sie zu Gericht sitzen, ebler verfahren wollen, als sie mit uns gethan.“ Die edlen Menschen! „Nun dann mögen“, so schließt ein vom Kreisausschusse der Demokraten Thüringens im Lande verbreitetes Plakat, „die Sturmglocken heulen, daß ihre Töne an die Ohren unserer Unterdrücker schlagen und ihnen Kunde geben, daß wir bereit sind, und daß die kraftigen Landbewohner Thüringen's noch eingedenk sind ihrer Vorväter, die mit der Sense in der Hand im Bauernkriege für dieselbe Sache gekämpft, für die wir kämpfen, für die Sache der Freiheit.“ — So eben, Mittags 12 Uhr, rückten Sachsen und Altenburger hier ein, begleitet von der Bürgerwehr, die sie, „zum Zeichen, daß man anders gesinnt sei, als in Altenburg“, nebst dem hiesigen Militär vor der Stadt empfangen hat. Die obenerwähnten Flüchtlinge sind sämmtlich ergriffen und werden in das Kriminalgerichtsgefängniß eingebracht. Früher sagten die Bauern, die Leute müssen doch Recht haben, sonst würde man es nicht leiden (dulden), daß sie so sprechen; schon jetzt sagen sie, mit ihrer Sache war doch nichts, sonst wären sie nicht ausgerissen, und in einiger Zeit wird man noch ganz andere Aussprüche hören. — In dem Morgen auszugebenden Regierungsblatte erscheint das provisorische Gesetz über Geschworenengerichte, welche für alle politischen und Preßvergehen eingeführt werden.

* **Altona**, 11. Okt. In Hadersleben feierte am 6. Okt. die dänisch gesinnte Partei den Geburtstag des Königs von Dänemark, Reden traten vor die Thür und sprachen das Volk im dänischen Interesse an, doch mußten sie sich in den Speisesaal zurückziehen; da vergrößerte sich der Lärm, die Stadt- und Militärbehörde schritt ein, wurde aber verhöhnt, so daß nach 10 Uhr der Saal geräumt wurde. Es kam zuerst zu Thätlichkeiten, die deutsch gesinnten Bürger und das Militär schritten ein, es wurden Viele verwundet, mehrere getödtet. Am Abend spät rächte sich die Partei, wie scheint; denn in dem Gartenpavillon des deutsch gesinnten Abgeordneten zur Landesversammlung, Dr. Meyer, brach Feuer aus und er brannte auf, obgleich derselbe unbewohnt ist, ein sicheres Zeichen, daß es aus Rache geschehen. In Flensburg entstand an demselben Tage Krawall mit der dänischen Partei. Die deutsche Partei erbeutete durch die Wegnahme mehrerer Schiffe, aus welchen die Dänen das schleswig-holsteinische Zeichen aus- und in welche sie das Dansk Eiedom eingebrannt hatten, wie nun die dänische Partei den Geburtstag des Königs feierte und von der Festlichkeit etwas erhitzt nach Hause kam, entstand Lärm, es kam zu Schlägereien, die so arg wurden, daß Blut floß. In Tondern, Apenrade und Husum ging es eben so zu, so daß wir in allen Städten des nördlichen Schleswigs die Parteien scharf gegenüber stehen sehen; der Waffenstillstand also nur auf dem Papiere vorhanden ist.

* **Oldenburg**, 10. Okt. Viel Aufsehen macht hier ein Reskript des Großherzogs, welches vorigen Sonnabend in der hiesigen Ständeversammlung verlesen ward. Der Großherzog nimmt darin, außer dem, was er sonst an Einkünften sich vorbehält, eine jährliche Civilliste von 180,000 Thalern in Anspruch. Der Großherzog ist persönlich beliebt. Aber 180,000 Thaler sind der fünfte Theil der ganzen Einnahme des Landes! Die Ständeversammlung, welche um geheime Verhandlung des Gegenstandes ersucht ist, will sich nicht darauf einlassen, sondern wird vorerst eine vollständige Vorlage über die Domänen verlangen.

* Aus Lübeck laufen jetzt nähere Nachrichten ein, welche die völlige Planlosigkeit der dortigen Unruhen beweisen. Die Bürgerschaft hatte sich einverstanden erklärt mit den Vorschlägen des Senates, wodurch das allgemeine Stimmrecht eingeführt wird, und ¾ von den Vertretern aus den städtischen Wahlbezirken, ¼ aus den ländlichen genommen werden sollen. Allein die in die Kirche, wo die Bürgerschaft versammelt war, eindringenden Ratten erklärten, sie wollten keine allgemeine Wahlen, sondern als Stand (Arbeiter-Stand?) vertreten sein. Die Bürgerschaft zeigte sich jetzt ehrenwerth und fest, auch nicht Einer ließ sich in Schrecken setzen. Unterdessen hatten Zimmer- und Maurerrute das Dach bestiegen und fingen an es zu demoliren. Ein fürchterlicher Tumult entstand und dauerte bis tief in die Nacht, wer hinaus wollte, wurde mißhandelt und zurückgetrieben. Einige entkamen aus den Fenstern nach hinten durch Hülfe von Leitern, aber auch diese wurden weggerissen. Das herbeigezogene Militär wie Bürgergarde konnte nicht abwehren und erst durch wiederholtes Feuern nach der Kirche und dem Dache derselben gelang es endlich, Nachts 1 Uhr die Meuterer zu vertreiben, die jetzt spurlos verschwunden sind. Nach Berichten aus Lübeck vom 11. Morgens war dort Alles ruhig geblieben. Der Senat hat einen Aufruf erlassen.

Schweiz.

☽ **Bern**, 11. Octbr. Sowie das Resultat über die am 8. d. erfolgten Wahlen in den Nationalrath bekannt ist, zeigt sich ein in jeder Hinsicht bemerkenswerther Umschwung der politischen Stimmung im Kanton Bern. Von den ultraradikalen Führern hat bis jetzt keiner das absolute Mehr auf sich vereinigt; dagegen ist Ochsenbein in den 3 Wahlbezirken Mittelland, Emmenthal und Seeland mit ⅔ Stimmen der Bevölkerung als zuerstgewählt aus der Wahlurne hervorgegangen, eine beruhigende Genugthuung für die von ihm eingehaltene, so oft von der „Berner Zeitung“ angefochtene Politik. Außer ihm sind gewählt: Bundespräsident Funk, Alt-Schultheiß Neuhaus, Reg.-Rath Schneider, Major Vogel, Kahler, Kasser von der Mühlematt. Neuhaus ist in zwei Wahlbezirken im ersten Wahlgang mit großer Majorität gewählt worden. Stämpfli hat Hoffnung, im Seeland beim zweiten Wahlgang eine Majorität zu erlangen, während Blösch's Wahl im Emmenthal gesichert scheint. Durch diese Wahlen hat das Volk in seiner Majorität die beiden Extreme nach der ultraradikalen und konservativen Seite hin verlassen und sich entschieden für Ochsenbein's Politik bekannt. Die meisten noch übrigen Wahlen werden auch in diesem Sinne ausfallen. Aus Sizilien treffen sehr traurige Berichte von schweizerischen Soldaten ein. Der politische Fanatismus der Sizilianer versalzt sie in solchem Grade, daß kein Schweizer vor ihrem Dolch und Gift sicher ist. — Die Zustände im Kanton Freiburg werden immer bedenklicher. Die Wahlen in den Nationalrath sind dort auf den 22. d. festgesetzt. Nach dem Dekret des Gr. Rathes muß Jeder, der zur Wahlversammlung Zutritt haben will, ein Zeugniß vorweisen, daß er den Eid auf die Kantonalverfassung geschworen habe. Bekanntlich ist die Kantonalverfassung und die neue Bundesverfassung vom Gr. Rathe angenommen worden, ohne das Volk zu fragen. Durch die angegebene Maßregel spekulirt nun der Gr. Rath auf die Gewissen der Bürger, und hofft, ein großer Theil der Aktivbürger werde es mit seinem Gewissen nicht vereinigen können, den Eid auf die Verfassung zu schwören und deßhalb bei den Wahlen wegbleiben, so daß dann die Regierungspartei leicht Meister bleiben könne. Nun erklärt aber plötzlich der Bischof, entgegen seinem frühern Zirkular, der Eid auf die Verfassung könne ohne Bedenken geleistet werden. Wirklich, die kirchlichen und weltlichen Behörden des Kantons Freiburg thun alles Möglichr, das Volk von Grund aus zu demoralisiren! Nur das aufgestellte Militär und die Besorgniß, die Nachbarkantone möchten den verarmten Kanton militärisch besetzen, verhindern den Ausbruch der Revolution. — Zur Charakteristik der Tessiner dient ihr Benehmen gegen die Zürcher Truppen, welche dort unter eidgenössischem Kommando stehen. Man behandelt sie förmlich als Strafleuppen, verkauft ihnen alles sehr theuer, beschuldigt sie des „Raubes“, der „Plünderung“ in den Quartieren, und wenn in der angehobenen Untersuchung nichts herauskommmt, so lautet die Entschuldigung, man habe sich geirrt. Der Graf Zampieri von Rom soll in Lugano angekommen sein, um dem dort weilenden General Zuchi zu eröffnen, daß Pius IX. ihn zum Kriegsminister ernannt habe. Zuchi habe die Ernennung angenommen. — Sie wissen, daß sich der berüchtigte Siegwart Müller in Ribeauvillé im Elsaß aufhält.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Von Oberhessen (Jaup's Thätigkeit.) Stuttgaee (Die politische Lage Würtembergs.) Auf der Gallerie der Paulskirche. Fortsetzung.) Altona (Die neue Regierung. Prinz von Noer.)

Deutschland.

** Aus dem hessischen Odenwald, 6. Okt. Wenn Ihr Korrespondent in der Beilage zu Nr. 266 einen nicht allzu freundlichen Blick auf unseren Minister des Innern wirft, so erlauben Sie mir rücksichtlich der Gewichtigkeit Ihres Blattes im Interesse der Gerechtigkeit eine kurze Entgegnung. Es ist jetzt mehr als je Pflicht des Patrioten, Leuker der Staaten gegen ungerechte Angriffe aon beachtenswerther Seite, zu vertheidigen.

Ueber die bekannte Frage: ob Jaup auf konstitutionellem Grund nnd Baden stand, indem er, mit einer an Majorität grenzenden Koalirion verschiedener Fraktionen der zweiten Kammer in Widerspruch sich sehend, seinen Posten nicht aerließ, — darüber sind, glaube ich, die Akten geschlossen. Auch Ihr Blatt hat Artikel für und wider gebracht, — ein Resumé würde nur oft Gehörtes wiederholen. Die ganze Geschichte hat sich als eine höchst fadenscheinige Intrigue aufgeklärt und die Fäden leiten in sehr bekannte Hände zurück. Das Kurze von der Sache ist: ein Ministerium Jaup war einer gewissen Partei, der Partei, die „Fraktur spricht," zu — stark! — In der Zeit, als der Großherzog die gar schlaff gewordenen Zügel der Regierung in Jaup's Hände legte, hatten schon die Wehen der Frankfurter Geburt begonnen und der Wiege der jungen Barrikadenfreiheit so nah', ja zwischen ihr und den Geburtshelfern aus der Schweiz, konnte man freilich einen Mann nicht brauchen, der auch Fraktur zu sprechen weiß, nur in anderm Sinne nnd anderem Interesse! — Da ließ sich die Kurzsichtigkeit bethören und schloß mit der Wühlerei einen gefährlichen Bund; Hand in Hand mit den Männern der rothen Republik gingen die Constitutionellen, — man hatte die Führer mit Portefeuille-Hoffnungen geködert! — Aber Jaup blieb. — O Himmel, welcher Jammer, welcher Zorn! — Neue Zeit, jüngster Tag und Reichstagszeitung überboten sich, erschöpften ihres Gifts und Schmutzes ganzen Reichthum, noch kein Minister ist so geschimpft und mit Koth geworfen worden, als der alte, ehrwürdige Vorkämpfer für Volksrecht und Freiheit, Jaup; — nder Jaup ist muthig und hochherzig, ein Mann, der dem Pöbel nicht weicht, — er brachte die Ruhe seines hohen Alters und sein stilles, häusliches Glück, er brachte sich dem Land zum Opfer, er blieb und er wird trotz allen Pfingstweid-Frakturspreehern und ihren Sekundanten aon der öffentlichen Meinung getragen, die allein Gottes Stimme ist. —

Wenn Ihr Korrespondent der Ansicht ist, daß die Ruhe in unserm Land an einem sehr schwachen Nagel hänge, so kann ich ihn hierüber aus eigner, genauester Wahrnehmung vollkommen beruhigen. Die öffentliche Ruhe, die gesetzliche Ordnuug erscheinen durchaus gesichert. Jaup hatte in dieser, wie in anderer Beziehung eine schwerbelastete Erbschaft angetreten. Minister Gagern, dem gefunden Sinn des Volks zu viel vertrauend, hatte dem mächtigen Wogenschlag der Anarchie ruhig zugeschaut; Eigenbrodt hatte daaor gezittert, sie war ihm über den Kopf gewachsen. Vergebens hatte man das Zuckerwasser besänftigender Zusprache in Manifesten und Proklamationen an das fieberkranke Volk verschwendet, — der Paroxismus stieg, war hier und da schon Raserei. Da zeigte sich Jaup als Mann der That. Indem er auf dem kaum angebahnt gefundenen Weg der Reform mit festem, staatsmännischem Schritt vorwärts geht und eine Märzverheißung nach der andern zur Wahrheit macht, kann er auch jedem anarchischen Gelüste um so unbeirrter begegnen, es ist ein Pfeiler der öffentlichen Ruhe und der Gesetzlichkeit.

Wie gedachter Korrespondent Angesichts sprechender Thatsachen Jaup's erfolgreiche Thätigkeit verkennen, nur Anfänge von Anfängen sehen kann, ist mir ein Räthsel. Jaup's erste Contrasiguatur ist datirt vom 19. Juli, schon vom 26. gab er das verheißene Jagd- und ein die Auswanderung förderndes Gesetz; vom 30. die neue Organisation der Verwaltnag, das die religiöse Freiheit feststellende, das die Beurkundung des Personenstandes und die Ehe der Angehörigen neuer Religiansgesellschaften betreffende, so wie das die Aufhebung der Handels- und Gewerbsprivilegien aufhebende, — vom 2. August das die religiöse Freiheit begründende Gesetz; aom 7. das bedeutungsvalle standesherrliche Edikt, vom 6. das die Alodifikation der Erbleihen und Laudsiedelgüter betreffende, am 17. das eine außerordentliche Einkammensteuer einführende, am 20. ein das gerichtliche Verfahren vereinfachendes und beschleunigendes, am 31. ein Einquartirungs- und am 22. Sept. das alle privilegirten Gerichtsstände aufhebende Gesetz, die vielen einzelnen, zum Theil tief in den Staatsorganismus und in das öffentliche Leben einschneidenden Verordnungen und reglementären Bestimmungen, gar nicht gerechnet, welche sich innerhalb des kürzesten Zeitraumes gefolgt sind. Jaup's Ministerium selbst hat kaum das Stadium des Anfangs überschritten, aber wahrlich, kein Freund der Wahrheit kann seine Leistungen nur Anfänge aon Anfängen nennen! Freilich jedee Ungeduld kann ein unter so schwierigen Verhältnissen in's Leben getretenes Ministerium nicht Rechnung tragen und ventre à terre jagt keine echt staatsmännische Weisheit zumal in der jetzigen Zeit, wo Mäßigung oft eine der größten Tugenden ist. Was die Wiedereinberufung der Kammern behufs der Vorlage des versprochenen neuen Wahlgesetzes betrifft, so läßt die freilich auf sich wartea, aber, ich denke, nicht mit Unrecht und eben diesem Grundsatz rechtzeitiger Mäßigung entsprechend, denn eine Epoche tiefster, politischer Aufregung eignet sich nicht für einen so bedeutungsvollen politischen Akt, der offenbar Oel in's lodernde Feuer gießt, er eignet sich nicht für eine Berathung, die ruhigste, ernste Besonnenheit heischt! —

Daß die Meinung Ihres Korrespondenten hinsichtlich des Hauptmitarbeiters am „jüngsten Tag", den für Deutschland in Wirklichkeit heraufzubeschwören, die Redaktion bisher keine Anstrengung scheute, eben so wenig gegründet ist, als seine Kritik unsers Ministeriums, das beweis't der inmittelst gegen Rud. Fendt in öffentlichen Blättera erschienene Steckbrief. Herrn Fendt haben nämlich seine „Schmetterlingsflügel" keineswegs in das Arresthaus, sondern über die Grenze getragen, wohin dem Vernehmen nach auch schon gewisse andere Flügel ganz im Stillen gehaben sind. —

δ **Stuttgart**, 9. Okt. Nach Außen, auf der Oberfläche haben sich die Zustände Würtembergs für den Augenblick gebessert; die Ruhe der Straßen ist wieder hergestellt. Auch auf dem Lande hat die Energie dee Regierung und das Absenden militärischer Streifkolonnen für die nächsten Wochen vielleicht die gesetzliche Ordnung in so weit hergestellt, daß man einstweilen der Verfassung und dem Königthum nicht mehr offen und vor Tausenden Hahn spricht. Es ist das allerdings dankeswerth, allein den weiterblickenden Beobachter kann es durchaus nicht beruhigen. Die Wühlerei ist organisirt; in den Klubs, in den Volksversammlungen, in der Presse herrschen sie durch persönliche Verunglimpfung aller derer, welche es etwa wagen möchten, die Stimme der Vernunft und des Rechts hören zu lassen, und unter den besonnenen, redlichen, verfassungstreuen Bürgern ist leider entsetzlich wenig moralischer Muth zu finden. Dieser Vorwurf wird in der Geschichte einst schwer auf dem deutschen Bürgerstande ruhen, wenn er sich auch jetzt noch nicht ermannt und kräftig zusammen steht, wo doch die Gefahr so offenbar, so augenscheinlich vorliegt. Aber da will man sich nicht „erpaniren", nicht der freilich kein Mittel scheuenden Partei des Umsturzes persönlich entgegen stellen; ja man kokettirt lieber mit ihr, um doch einstweilen verschont zu bleiben. Stehen die Gebildeten, die Einsichtsvollen, die Besitzenden auf solche Weise abseits, wie ist da zu wundern, wenn die Masse des Volkes immer verwirrter in ihren Begriffen wird? Kammt denn das allgemeine Wahlrecht, und vielleicht vollends das direkte, auch für die Kammer des Einzellandes, so wird — wenigstens in Würtemberg — eine Volksvertretung zu Stande kommen, welche alle Leidenschaften, aber auch nicht eine Tugend des schwäbischen Volksstammes, repräsentirt. Darauf rechnet unsere Linke und steht abseit von den bisherigen Werkzeugen der Agitation, die sie genährt, und — ich muß es aussprechen, denn es ist meine tiefste Ueberzeugung — sie rechnet richtig. Die Regierung thut ihre Schuldigkeit, besonders in der allerletzten Zeit, wobei sich freilich herausstellt, daß es mindestens eben so unvereinbar ist, als thatsächlicher und geistiger Chef des würtemberg. Ministeriums Wochen und Monate lang in Frankfurt beim Reichstage zu sitzen, als ein würtembergischer Deputirter zugleich seine Pflicht hier und in der

Digitized by Google

Paulskirche, als Reichstagsabgeordnetrr, erfüllen kann. Die Stimmr aller Redlichen und Verfassungstreuen im Lande wünscht und verlangt die dauernde Anwesenheit Römer's in Stuttgart, da sein Ansehen und seine Thatkraft fast allen der Regierung moralischen Halt geben. So wenig wir jemals auch nur einen Anflug von Reaktion vertheidigen, vielweniger provoziren werden, so sehr viel bleibt doch der Regierung zu thun übrig, um das Werk der verfassungsmäßigen Reorganisation und Wiedergeburt Würtembergs auf dem Wege der Freiheit, aber auch des Gesetzes und der Ordnung einzuleiten. Sie hat nicht Ein Organ im Lande, das ihre Ansichten frei und unverholen und ohne Nebenausflüsse vertritt. Sie muß es schaffen, muß überlegenen Geist dem wühlerischen, muß Talent und Festigkeit den publizistischen Aufreizungen und der journalistischen Hintertheür-Politik entgegenstellen. Sie muß aber auch noch ein Weiteres thun, um die verfassungstreuen Bürger zu ermuthigen, offen auf ihre Seite zu treten. Die Regierung lasse Jedem seine freie Meinung, Jedem die Aeußerung derselben durch Wort und Schrift, sofern sie nicht dem Gesetze zuwider läuft. Von ihren Beamten aber verlange sie, wie in England und in Nordamerika, in Belgien und in der Schweiz geschieht, von ihren Beamten aber muß sie, wenigstens für das System, das die Grundlage der ganzen Staatsverfassung bildet, und welches aufrecht zu erhalten sie vor der Kammer und vor dem Volke wieder und feierlich erklärt hat, einer offenen Zustimmung und treuer Mitwirkung gewiß sein. Wir sollen die Bürger mit Wort, Schrift und That für die konstitutionelle Monarchie, wenn auch auf der freisinnigsten, volksthümlichsten Grundlage, hervortreten und sich den Wühlern entgegenstellen, wenn die Mehrzahl der Mitglieder der Ober-Regierung in den Klubbs und sonst bei Zusammenkünften mit den Republikanern „kokettiern", wenn der erste königl. Beamte der Residenzstadt endlich in offener Kammer erklärt, was hier Jeder schon vorher wußte, daß die Republik sein Ideal, das konstitutionelle Königthum für ihn nur eine Uebergangsverfassung sei, welches der „Zug der Zeit" wegschwemmen müsse? Wie die Dinge gegenwärtig stehen, riskirt man Alles bei offener Erklärung für die konstitutionelle Monarchie, sei es alsbald durch persönliche Verletzungen, sei es in der Zukunft, wenn die Gegenpartei siegte. Bei dem „Kokettiern" mit der Republik aber hat unter den noch bestehenden Verhältnissen selbst der Staatsbeamte, welcher persönlich berufen und dreidigt ist, die Verfassung und das Königthum zu erhalten, und, so weit an ihm ist, alles abzuwehren, was gegen dieselben ankämpft, durchaus nichts zu besorgen, wohl aber in Zukunft möglicher Weise noch einen schnellen Weg zu machen. Würde man Aehnliches in Amerika, in der Schweiz, in Belgien, in Norwegen dulden, von dem republikanischen Neu-Frankreich gar nicht zu sprechen? — Wir wollen dem Staatsdiener die selbstständige Meinung entfernt nicht beschränken, wollen ihn entfernt nicht an das System des jeweiligen Ministeriums fesseln und das widerstrebte ebenfalls dem deutschen Sinne, den deutschen Institutionen, der Freiheit nach den Begriffen der deutschen Nation. Daß aber der Staatsdiener in einem monarchisch-konstitutionellen Lande dem Grundprinzipe der Verfassung selbst ergeben sei, dem Vertrag zwischen Fürst und Volk als einen für beide bindenden, nur mit beiderseitiger Zustimmung zu ändernden ansehe und darstelle (so weit nicht die gesammte deutsche Nation, welche natürlich höher steht, als der Theil, und welcher letzterer sich in innerer logischer Nothwendigkeit fügen muß, wenn das verfassungsmäßige Organ sich ausspricht) — das scheint uns eine unerläßliche Bedingung dafür, daß dieses Grundprincip auch ferner aufrecht erhalten bleibe.

Auf der Gallerie der Paulskirche.

(Fortsetzung.)

Mir ist nicht bekannt, daß Hecker sich über die allervehemente Auffassung der Freiheit zu erheben vermocht habe. Er wird nicht in den Fünfziger-Ausschuß gewählt, alsbald geht er durch, kleidet sich wie Rinaldo Rinaldini und ruft Republik aus. Das arme dumme Volk versteht unter Republik Abgabenlosigkeit und gibt sich dazu her in seiner Komödie eine Zeit lang die Statistenrollen zu übernehmen. Wo ist da ein aufopfernde Vaterlandsliebe, wo ein erhabenes Ziel, wo ein durchdachter Plan und eine besonnene und muthige Ausführung? Die Geschichte wird Hecker's Namen aufbewahren, aber seine That wird sie einen Bubenstreich nennen." „Mein Herr," sagte der Mann mit der blauen Halsbinde, „Sie beleidigen mich, ich hänge ganz an Hecker, weil er der edelste Mensch ist, und weil sein Herz für alle Unterdrückten —" hier wurde er unterbrochen, indem ein Mann, dem Aussehen nach ein jüdischer Handelsmann, sich hinter ihm wegdrängte, und ihn unsanft mit den Knieen berührte. Er bohrte dem Weiterdrängenden einen drohenden Blick in den Rücken, und brach nach längerer Zeit in die Worte aus: „Verfluchter Schlingel, man merkt es, daß du emancipirt bist." Dann entfernte er sich aus unserer Nähe, um einen bequemeren Platz zu suchen. „So sind sie," sagte der alte Herr, „ohne Wahrheit, ohne Gerechtigkeit, ohne Menschenliebe. Ihr Mund fließt über von Volkswohl und Menschenrechten, und wenn ihnen jemand nur auf die Füße tritt, so schnauben sie Rache; kommt aber gar jemand ihrem Ehrgeize zu nahe, so möchten sie ihn gern zermalmen." „Ich war aber erstaunt," sagte ich, „einen so ernstlichen Anhänger Hecker's, und noch dazu aus den sogenannten gebildeten Ständen, kennen zu lernen. Ich habe wohl hin und wieder Heckern ein Hoch ausbringen hören, aber das schien mir stets aus Neckerei gegen die Obrigkeit und gegen die ruhigen Bürger zu geschehen, es sprach sich, wie mir vorkam, darin dasselbe Hochgefühl aus, mit dem Schulbuben ihrem Lehrer einen Zopf anhängen." „In manchen Gegenden Deutschlands," erwiderte er, „bedeutet der Name Hecker's doch mehr. Das Volk hat ein allgemeines Gefühl davon, daß manche alte Last von ihm genommen, daß Manches besser werden soll; aber das begreift der Einzelne im Volke nicht, daß sein eigenes Wohl erst aus dem Wohl des Ganzen hervorgehen kann; er will rasche Hülfe, und Hecker ist ihm der Quacksalber, der vor dem verständigen Arzt immer das voraus hat, daß er verspricht, was man wünscht, ohne irgend zu sorgen, ob er sein Versprechen halten kann. Es gibt ja Leute genug, die sich lieber durch eine Wundermedaille als durch ihre eigene Vorsicht und Thätigkeit vor Unfällen bewahren mögen. Solchem armen Volk hat man nun den Namen Hecker, wie ein Wundermittel, geboten, und es hängt gläubig an ihm."

Indessen hatten sich die Plätze der Abgeordneten ziemlich gefüllt; ich glaubte ein Irrlicht um die Linke herumstreichen zu sehen, ein ganz grüner Mann mit einer Flammenspitze, der, wo man es sich versah, bald an dieser, bald an jener Ecke erschien. Der Präsident eröffnete die Sitzung, das Protokoll wurde verlesen, ohne daß man unter dem Summen der Menge ein Wort verstehen konnte; die Plätze auf der Rechten waren sehr leer: „Ist die Rechte so schwach?" fragte ich. „Beurlaubt", sagte ein junger Mann in meiner Nähe; „die heben immer die Flügel, wie die Maikäfer, und zählen: Mir ist nicht wohl, ich fühle mich nicht recht am Platz, ich bin gichtig und körperlich angegriffen, ich bin zu Hause nöthig, und zuweilen schließen sie die Flügel wieder, zuweilen schnauben sie auch mit günstigem Winde ab." „Das sollte doch nicht sein", sagte ich; „es ist eine ernste Pflicht, die ein jedes Ständemitglied zu erfüllen hat; aber für einen Abgeordneten zu dieser Versammlung, die über die Zukunft Deutschlands zu entscheiden hat, sollte meiner Meinung nach kein Opfer, das er der großen Aufgabe bringt, zu schwer sein." „Der Mangel an Ausdauer auf der Rechten, sagte der ältliche Herr, ist sehr wohl zu begreifen. Die Linke spielt mit Leidenschaft das politische Spiel, das wohl von allen Spielen den größten Reiz hat, und den, der sich in seinen Dienst begeben, nicht losläßt. Leider sind die Zwecke der Linken nicht rein und ihre Mittel sind, wie nur die blinde Leidenschaft sie gebrauchen kann. Aber sie haben politische Zwecke, und sie verfahren politisch, um sie zu erreichen. Dagegen fehlt es den Geheimerathsdenken und der Pastoralpolitik auf der Rechten an Körper; das politische Gewicht steht in gar keinem Verhältniß zu dem Geist und den Kenntnissen, die hier vereinigt sind. Die ganze Versammlung kommt mir vor, wie die Gewächse in einem Garten, über den noch langer tödtlicher Dürre ein Gewittersturm gekommen ist. Bäume und Sträucher sind vertrocknet, viele haben nicht mehr die Lebenskraft, um noch einmal zu grünen, und die den erfrischenden Regen noch aufzunehmen vermögen, die sind doch nicht so schnell im Stande, neue Blätter und Blüten zu treiben. Aber überall schießen Pilze hervor; ihr plötzliches Erscheinen, ihr prahlerisches Aussehen überrascht das Auge, das sich doch bald mit Widerwillen abwendet. Sie dürfen sich rühmen, die wahren Kinder der Revolution in der Natur zu sein, sie können pochen auf ihre geringe Organisation; denn wäre sie feiner und zusammengesetzter, so hätten sie nicht so plötzlich in ih-

rer ganzee Ausbildung da sein können. Ich kann mir wohl die nähdere Anwendung dieses Bildes eesparen; nur das will ich hinzufügen: Ich sehe in dieser Versammlung einige Eichen, auf die das Vaterland stolz sein kann, und ich hoffe zuversichtlich, daß ein jungee kräftiger Nachwuchs ihnen gleichen werde. Aber viel wird Deutschland noch zu thun haben, bis es den alten Adam abgethan und den neuen Menschen angezogen hat." Hier wandte sich ein junges Mädchen, die vor uns saß, mit erhitzem Gesichte um und sagte: „Die Herren sollten sich schämen, so zu reden; wenn sie nne die Feinde der Freiheit abthäten nnd alle Preußen todtschöffen, abee nicht den alten Adam, dem Deutschland Alles verdankt. Blum hat es wohl gesagt, wenn er und der Jgstein nicht gewühlt hätten, sa wäre Alles beim Alten geblieben und die Herren süßen alle nicht in der Paulskirche. Mein Nachbar lächelte. „Mein Fräulein", sagte ee, „ich habe nicht aon bem Urwühler Adam van Jgstein, saudern van Adam dem Urvater der Menschen gesprochen. Aber glauben Sie denn, daß Blum und Jgstein uns alle und ganz Deutschland herausgewühlt haben, wie die Schweine die Trüffeln? Wenn nicht in uns seldst dee Mutd der Erhedung gewesen wäre, sa wäeen wir der Freiheit nicht werth und würden sie uns schweelich zu unseem Eigentdum machen. Die beiden Herren überschätzen dach etwas ihre, aielleicht zur rechten Zeit nicht unaerdienstlichen Wühleeeien, wenn sie der Weltgeschichte den Weg gewühlt zu haben vermeinen." „O, Sie wissen das gar nicht", sagte das junge Mädchen, was der Heer van Jgstein Alles gethan hat; er hat es sich wenigstens 30,000 Gulden kasten lassen und mehe als 30,000 Briefe geschrieben, das hat mein Vetter mir gesagt, und dann sind sie so undankbar gewesen, und haben ihn nicht einmal zum Reichsverweser erwählt." „Also sie 30,000 Silberlinge sollte die Zukunft Deutschlands verkauft werden!" sagte der alte Heee. „Wenn ich nicht ieee, hat Jgstein für jedes 1000 Gulden nedst 1000 Briefen eine Stimme zum Reichsverweser gehabt, und damit, scheint mie, hat er sa vallkammen seinen Lohn dahin, daß man ihm auch noch die Befriedigung seines Handlangers Blum überlassen kann. Ich hasse, die Freiheit von Deutschland soll nicht mehe verkauft werden, an einen Wühlee so wenig, wie an irgend sonst Jemand." Mit einem Blick tiefster Verachtung wandte das junge Mädchen sich ab. „Nun sehen Sie die arme Unschuld", flüsterte der alte Herr mie zu, „sie spricht nur wie tausend Andee, die eben so wenig Urtheil haben als sie. Da sitzen sie halde Tage lang und verstehen nichts von den leidee nur zu gelehrten Verhandlungen, bis Blum seine von Entsetzen strogenden Reden hält, oder Zitz oder Brentano oder Simon von Trire mit iheen Reminiscenzen von 1792 auftreten. Das fährt den schönen Kindeen durch Mark und Bein, und sie lächeln sich an und wiegen die leichten Köpfchen; sie könnten sie nicht so zierlich wiegen, wenn sie nicht so leicht wären. Jene Herren kennen auch ihr Publikum auf den Gallerien, und reden mehr zu ihm als zu der Nationalaersammlung. Dieser Jerthum ist am verzeihlichsten bei Blum, welcher van seinem frühern Beruf her gewahnt ist, die Schauspielee als die Diener der Gallerien zu betrachten; eine große Ehrfurcht vor der Hoheit der Nationalversammlung zeigt es seeilich nicht, wenn er sie in gleiches Verhältniß zu den auf den Gallerien versammelten Zuhörern zu setzen aersucht hat. Davon tragen einigermaßen auch die vortrefflichen Redner auf der Rechten die Schuld, die ihee ausführlichen Vorträge aus dee Tiefe ihrer Gelehrsamkeit und nicht aus dem Leben und Bewußtsein des Volkes halen. Im völligen Gegensatze dazu möchte die Linke auf der Galleeie das sichtdare Volk haben, und sie machen sich und Andeee die Täuschung, ihre guten Feeunde von Frankfurt, Hanau nnd Mainz das deutsche Volk zu nennen. Aber das ist bei weitem nicht dee größte Jrrthum dee Heeren. Brentano sagte vor einigen Wochen, es sei Hecker kein Fehler vorzuweefen, als daß er sich in dee Zeit verrechnet habe. Mir scheint das seeilich kein geringee Fehlee, und in den sind die Herren dee äußersten Linken alle verfallen. Sie haben sich verrechnet in der Zeit, im Ort nnd in der Sache. Erstlich sind sie eim 60 Jahre zurückgeblieben, zweitens bedenken sie nicht, daß Deutschland nicht Frankreich und Frankfuet nicht Paris ist, und drittens vergessen sie an das Volk, das sie fanatisiren wallen, edle und geoße, wenn auch einseitige, Gedanken zu bringen. Der Fanatismus vergißt nur zu bald den edlen Uesprung, den er zu nehmen pflegt, und ist dann seiner Einseitigkeit und Ungerechtigkeit wegen oft zu allen Abscheulichkeiten sähig; wenn man abee sagleich mit den Abscheulichkeiten anfängt, so tritt doch zu bald eine Abkühlung ein, gegen welche die Erhitzung mit einigen hohlen Pheasen und leeeen Versprechungen keinen Bestand hat. Es liegt darin auch ein auffallender Widerspruch, daß diese Männer volksthümlich sein wollen nnd doch Alles mit Füßen treten, was uns Deutschen Jahrhunderte hindurch heilig gewesen ist. Ich will nicht van Ruge reden, der voe wenigen Jahren nach Paris gegangen ist, um vor einem seemden Volke sein eigenes Valk und Vaterland zu schmähen, und der doch einen Ehrgeiz daein gefunden hat, in Breslau, wo man ihn wenig kannte, sich in die deutsche Nationalversammlung wählen zu lassen. Es ist wohl natürlich, daß ein solchee cynischee Philosoph keinen Erfalg haben kann; aber auch der polnische Geschmack der Herren Blum und Jgstein, der altmodig französische von Zitz, Brentano und Simon, und der zigeunerische des Herrn Schlöffel können auf die Länge das deutsche Volk nicht aufsprechen. Da sie aber gesannen scheinen, aus der Reaolution ein Gewerbe zu machen, und dazu nathwendig ein Anhang gehört, so weeden sie zue rathen Republik hingedrängt. Trunkendolde, Betrügee, Diebe und Meuchelmördee behaupten zu idrem Anhange zu gehören, und sie haben noch keine Erklärung abgegeben, durch die sie sich von diesem scheußlichen Gesindel lossagten."

(Fortsetzung folgt.)

Altona, 7. Oct. Alles in den neuen Heezogthümeen dreht sich um die neue Regierung. Wied sie zusammentreten oder nicht, und wie wied sie combinirt sein? Die meiste Aussicht hat nun als Präsident Graf A. Moltke, als Beisitzee Boysen, Heintze, Preußer und Graf Reventlow. Obgleich man diese Zusammensetzung nicht sehr labt, da sie Männer enthält, welche keinee Partei angehören, so ist sie dach eine solche, welche auch keinen Widerspeuch findet, da sie eben im Centrum stehen und jede Paetei glaubt, sie zu den idrigen zählen zu können. Die Stimmung in den Heezogthümern ist im Ganzen eine nicht sehr freudige, da durch den Waffenstillstand nichts errungen ist, und ich fand diese Unzufriedenheit auf der ganzen Tour bis Schleswig, wohin ich ging, um der Uebersiedelung der Regierung beizuwohnen. Stedmann, Schleiden und Francke haben ihr möglichstes versucht um sa wenig wie möglich einzuräumen, aber ihre Stellung scheint eine preekäre zu sein gegenüber der Diplomatie. Die Personal-Union wied noch manchen Strauß heeaorrufen, da sie es grade ist, welche man nicht mag und welche allgemein mißliebig ist. Wir fürchten auch, daß die neugebildete Regieeung, wenn sie wirklich in Aktualität tritt, sich nicht lange hält, ihre Stellung ist eine zu prekäre, unhaltbare; auf der einen Seite die dänische Kamarilla, auf dee andern die Untheilbarkeitspartei nnd die Paetei, welche gegen jede Personal-Union ist; beiden Parteien es recht zu machen, ist unmöglich, und da die neue Regierung sich für keine von beiden Parteien aussprechen kann aber will, sa wird sie stets in Konflikt kammen.

General v. Bonin, Graf Baudissin nnd Amtmann v. Heintze trafen deute mit dee Eisenbahn hiee ein, ersteece um eine graße Parade der Bürgergarde abzunehmen, letzterer, wie scheint, um sich mit den lokalen Verhältnissen bekannt zu machen; da fast alle Verwaltungsposten eeledigt sind, odee bald frei kommen werden, so will der Oberpeäsident Geaf Reoentlow seine Demission einreichen, und die beiden Büegeemeister wird man wohl zum Abgehen zwingen, da sie als dänisch gesinnt, nicht beliebt sind.

Daß übeigens etwas Geoßes im Weeke ist, geht aus einer Bemerkung des Präsidenten in dee Landes-Versammlung hervor; ee hat die Herren nicht zu ast zu verreisen, da leicht incontinente wichtige Beschlüsse zu fassen seien nnd die mehrfach oargekammene Erscheinung doch zu unerfreulich sri, daß die Versammlung nicht beschlußsähig sei. Die letzten Sitzungen waren auch nicht sehr besucht, die Verhandlungen über die Städteordnung und das Aufruhrgesetz wueden fast über das Knie gebrochen, besonders die ersteen und bei der Ausführung dee Städteordnung werden sich die großen Mängel zeigen, welche das Gesetz behalten hat und welche die Annahme in Bausch und Bogen mit sich bringt. Die Ungewißheit dee Zukunft scheint die Deputirten zu dieser Uebereitung gebracht zu haben, sie scheinen unter jeder Bedingnng zu Ende kommen zu wollen, ehe man Prateſt einlegt gegen ihe ferneres Wirken. Eine Lage, wie unsere jetzige, ist eine sehr unglückliche, da kein Ende nnd kein Ausgang vorder zu sehen ist.

Prinz Friedrich oon Naer, der frühere Oberfeldheer ist vom 22. Wahldistrikte gewählt warden, er scheint in diesem Landbezirke beliebter zu sein, als im Heere, welches mit seiner Führung nicht sehr zufrieden war.

Für die Redaction veeantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Digitized by Google

[929] **Barmen**, 7. Okt. Heute ist nachfolgende Adresse, von 1618 hiesigen Bürgern unterzeichnet, an den Ort ihrer Bestimmung abgegangen.

An die deutsche National-Versammlung in Frankfurt am Main.

Je scheußlicher und verbrecherischer die Anfeindungen sind, deren Gegenstand die Nationalversammlung in Folge des von ihr am 16. September dieses Jahres gefaßten Beschlusses gewesen ist; desto dringender finden die unterzeichneten Bürger von Barmen sich aufgefordert, ihre volle und entschiedene Zustimmung zu jenem, von der Majorität der Versammlung gefaßten Beschlusse über die Annahme des Waffenstillstandes von Malmoe auszusprechen. Die National-Versammlung wolle unsern herzlichen Dank dafür genehmigen, daß sie den Flecken, welcher die deutsche Ehre durch Bruch des abgeschlossenen Vertrags betroffen haben würde, von unserem theuren Vaterlande abgewendet und die Abschließung eines ehrenvollen Friedens angebahnt hat.

Wir finden uns jedoch veranlaßt, diesem Ausdrucke des Dankes noch eine weitere Beziehung zu geben. Wir dehnen denselben überhaupt aus auf den Sinn für Gesetzlichkeit, für Freiheit und Recht, für Ordnung und Sitte, welchen die Mehrheit der Versammlung in ihren bisherigen wichtigen Handlungen an den Tag gelegt hat. Wir beschwören die Versammlung, bei dem Baue deutscher Freiheit und Einheit, bei der Ausführung eines Werkes, welches die Gegenwart mit Sehnsucht erwartet, die Zukunft mit dankbarer Erinnerung segnen wird, kraftvoll und vertrauend auch fernerhin zu Werke zu gehen; denn jetzt oder niemals wird es zur Wahrheit werden, was die Edelsten und Besten der Nation seit Jahren ersteht und erstrebt haben.

Wir sind zwar überzeugt, daß es keinem verbrecherischen Treiben, woher es auch kommen möge, jemals gelingen werde, die National-Versammlung in der Lösung ihrer Aufgabe zu beirren und wankend zu machen. Dessen ungeachtet halten wir uns verpflichtet, unsere gerechte Entrüstung über den Statt gehabten Aufruhr, über die vorgefallenen Schandthaten, insbesondere über den an zwei Abgeordneten begangenen Meuchelmord, unverhohlen auszusprechen. Wenn wir hören müssen, wir man die Vertreter des deutschen Volkes, die in Treu und Glauben nach Frankfurt entsendeten Abgeordneten, einzuschüchtern, zu verleumden, zu bedrohen, zu verfolgen und zu morden versucht; dann fragen wir uns mit Entsetzen: Geschieht das von den Angehörigen einer Nation, welche vom Ausland geehrt und geachtet, im Innern stark und gesichert sein will? Sind das die Thaten, welche in Volksversammlungen und in einem Theile der Presse als ruhmvoll und der Nachahmung werth bezeichnet werden? Fast möchte man geneigt sein, dergleichen ganz in der Ordnung zu finden, wenn man lesen muß, wie selbst Abgeordnete in einer „Ansprache" an das deutsche Volk den Aufstand zu beschönigen und die Insurgenten als Männer darzustellen wagen, die das Gefühl für Deutschlands gefährdete Ehre, Freiheit und Einheit in den Tod getrieben habe. Wir wollen den Gefühlen, welche im Hinblick auf jene Schandthaten uns ergriffen müssen, nicht weiter Worte verleihen. Die Bitte aber richten wir dringend an die National-Versammlung, dieselbe wolle solchen Unwürdigkeiten, von wo und von wem sie auch ausgehen mögen, mit allen Kräften Einhalt thun, insbesondere der Central-Gewalt auch fernerhin in ihren Bemühungen um Erhaltung des Rechts, der Ordnung, der Freiheit und des Gesetzes unausgesetzt zur Seite stehen und Unterstützung zu Theil werden lassen.

Wir müssen aber darauf dringen, daß solches mit all der Rücksichtslosigkeit geschehe, durch welche allein das Ziel zuverlässig erreicht werden kann. Sollten sich, gleichgültig ob in oder außer der National-Versammlung, entartete Söhne des Vaterlandes finden, welche in verrätherischem Streben die Wunden fortwährend aufzureißen und Zwietracht auszusäen sich bemühen; so wolle die National-Versammlung solchen Wühlern mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegen treten und im Hinblicke auf den Dank der Nation ihr Werk muthig fortsetzen und vollenden. Deutschland müßte von Gott verlassen sein, sollte es einer kleinen Fraction gelingen, der großen Mehrheit des deutschen Volkes seine gerechten Erwartungen zu verkümmern.

Barmen, den 5. Oktober 1848.

---

[930] Da bei der ersten Liegenschafts-Versteigerung des Posthalters Joh. Nepomuk Sandhaas in Randegg kein günstiges Resultat erzielt wurde, so wird Tagfahrt zur zweiten Versteigerung auf Freitag den 20. Oktober d. J. Vormittags 9 Uhr im Gasthaus zum Adler daselbst festgesetzt, und kommt zur Steigerung das sehr frequente und gut gelegene Gasthwirthshaus zum Adler (Post) in Randegg mit großen Oekonomiegebäuden und 2 Morgen Hofraum und Garten, nebst 9 Jauchert Aecker und Wiesen.

Fremde Steigerer haben legale Vermögens- und Leumunds-Zeugnisse beizubringen.

Radolfzell am 10. Oktober 1848.

Großherzogl. Amtsrevisorat:

Haas.

---

[931] **Fahndung.**

In Untersuchungssachen
gegen
Jakob Hassel et cons. von hier
wegen Beschädigung der Main-Neckar-Eisenbahn.

Schuster Valentin Junker und Friedrich Huger, Taglöhner, haben sich dem gegen sie verhängten Untersuchungsverhaft durch die Flucht entzogen.

Wir ersuchen sämmtliche Behörden, auf die Genannten, von welchen wir eine Personalbeschreibung beifügen, zu fahnden, und sie im Betretungsfalle gefänglich anher zu überliefern.

Weinheim den 11. Oktober 1848.

Großh. Bezirks-Amt:

Herterich.

Stein.

Signalement des Valentin Junker.

Alter, geb. den 23. März 1809.
Größe, 5′ 7″.
Statur, untersetzt.
Gesichtsform, voll.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, braun.
Stirne, gewölbt.
Augenbrauen, braun.
Augen, grau.
Nase, groß.
Mund, aufgeworfen.
Bart, gewöhnlich.
Kinn, rund.
Zähne, gesund.
Besondere Kennzeichen, hat einen etwas verhängenden Gang.

Signalement des Friedrich Huger.

Alter, geb. den 16. Juli. 1815.
Größe, 5′ 6″.
Statur, untersetzt.
Gesichtsform, breit.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, schwarzbraun.
Stirne, breit.
Augenbrauen, braun.
Augen, grau.
Nase, groß.
Mund, aufgeworfen.
Bart, stark.
Kinn, oval.
Zähne, gesund.
Besondere Kennzeichen, hat ausgedehnte Füße.

---

[932] **Fahndungszurücknahme.**

In Untersuchungssachen
gegen
Jakob Hassel et cons. von hier
wegen Beschädigung der Main-Neckar-Eisenbahn.

Unsere Fahndung vom 29. v. M. gegen den ledigen Müller Joseph Kinscherf und gegen den ledigen Ackersmann Johannes Henes von Weinheim, welche sich unterdessen dahier gestellt haben, nehmen wir hiermit zurück.

Weinheim den 12. Okt. 1848.

Gr. Bezirks-Amt:

Herterich. Stein.

---

[933] Berlin. Mehrere Pharmaceuten und Handlungs-Commis können sehr gute und dauernde mit hohem Gehalt verbundene Stellen in Apotheken — Droguerie — Fabrik — Comptoir — Manufactur — Material — Schnitt- und sonstigen Geschäften erhalten und wollen sich baldigst wenden an die Agentur des Apothekers Schultz in Berlin, Alexanderstraße, No. 63.

---

[934] **Miniatur-Ausgaben schönwissenschaftlicher Werke.**

In englischem Einband mit Goldschnitt und Titelkupfer.

Chamisso, Adelbert von, Gedichte. 9te Aufl. 3 Thlr.

Grün, Anastasius, Gedichte. 6te Aufl. 2 Thlr. 15 Ngr.

— — **Schutt.** 7te Aufl. 1 Thlr. 12 Ngr.

— — **der letzte Ritter.** 5te Aufl. 2 Thlr. 7½ Ngr.

Spaziergänge eines Wiener Poeten. 4te Aufl. 1 Thlr.

Tasso, das befreite Jerusalem, übersetzt von **Gries.** 1 Thlr. 22½ Ngr.

Der Landprediger von Wakefield. 7te Aufl. 1 Thlr. 15 Ngr.

Leipzig, Okt. 1848.

Weidmann'sche Buchhandlung.

---

[935] **Die deutschen Auswanderer in Havre.**

Schon öfter ist in der „deutschen Zeitung" von der Noth der deutschen Auswanderer in Havre die Rede gewesen, es ist das Volk, es ist die Reichsversammlung, es sind die Regierungen um Hülfe angegangen worden, aber vergebens; es ist nichts Durchgreifendes geschehen und nun naht der Winter mit seinem Frost und seiner Arbeitslosigkeit! Schreiber dieses weiß wohl, wie sehr Staats- und Privatkassen in diesem Augenblicke in Anspruch genommen sind, aber zu der Zeit, wo das deutsche Volk seinen ihm gebührenden Platz in der Achtung der Nationen wieder einzunehmen strebt, darf es nicht dulden, daß an einem Orte Hunderte seiner Angehörigen der bittersten Noth und fremdem Mitleid überlassen bleiben. Nach den neuesten zuverlässigen Privatnachrichten sind noch über 500, nämlich 408 Köpfe seit 6 Monaten bis 8 Jahren und 325 seit 5 — 20 Jahren dort ansässige Auswanderer in Havre, welche früher mit Taglöhnerarbeiten sich durchhalfen, seit dem März aber durch die Stockung aller Geschäfte und Bauten leiden und längst auch die Quellen der Privatwohlthätigkeit erschöpft haben. Sie wollen nicht nach Hause, wo ihre Versorgung nach die Gemeinden weit größere Summen kosten würde, sondern sie beharren bei ihrer ursprünglichen Absicht, nach Nordamerika überzuschiffen. Die Ergebnisse von Sammlungen und Regierungszuschüssen aus Baiern und Würtemberg betragen auf den Kopf gegen 10 fl., welche zur Verköstigung während der Reise reichen würden, wenn, wie wahrscheinlich ist, die französische Regierung das Fehlende zulegen will. Die Ueberfahrtskosten für den Kopf betragen 40 — 50 Franken und wegen dieser Summe wenden wir uns an die Begüterten unter unsern Landsleuten, mit der Bitte, auf dem Wege der Unterzeichnung für eine oder mehrere Personen zu sorgen, eine Weise der Unterstützung, wobei der Wohlthäter genau weiß, wie viel Elend er mit einer bestimmten Summe lindert. Alle Redactionen werden um Aufnahme dieser Aufforderung gebeten; die Redaction der deutschen Zeitung ist gern bereit, Beiträge anzunehmen und seiner Zeit zu berechnen.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 1 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Expe-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

N. 278. **Frankfurt a. M., Montag 16. October.** **1848.**

Uebersicht.

Die Wiener Krisis und die österreichische Politik.

An den Redacteur.

Deutschland. Frankfurt (Die Note der Centralgewalt an die Schweiz. Blum's Abreise. Beginn der Verhandlungen über die Reichsverfassung in Aussicht.) Wien (Cernirung der Stadt.) Prag (Abgang der Truppen gegen Wien.) Berlin (Die Wiener Ereignisse. Beginn der Verhandlungen über die Verfassung. Auerswald's Todtenfeier. Antrag der Schweiz wegen der Zollerhöhung auf Seidenwaaren. Aus der Landesversammlung). Düsseldorf (Versammlung der Republikaner. Freiligrath). Posen (Polen und Deutsche). München (Das Namensfest des Königs. Truppen nach Sigmaringen. Die Demokraten und das Parlament. Die neue Kammer. Die Deutsch-Katholiken. Blumschi und Fr. Rahmer). Ulm (Fahnenweihe. Reise des Kronprinzen. Der Festungsbau.)

Portugal. Lissabon (Gutes Einvernehmen zwischen Saldanha und Costa Cabral. Ein angebotener Handelsvertrag von Palmerston abgelehnt).

Niederland. Haag (Truppensendung nach Java).

Börsenbericht von Frankfurt. (Vom 9. bis 15. Oct.)

16. October.

Fürst Metternich gebrauchte die Nationalität gegen die Freiheit; die Wiener Demokraten wollten die Freiheit gegen die Nationalitäten gebrauchen. Es war die gleiche Taktik nach verschiedenen Seiten; und in gleicher Weise ist sie mißlungen, weil man das Zusammengehörige, eng Verschmolzene und Verbundene zur Unzeit und gewaltsam zu lösen und wechselseitig zu unterdrücken gedachte. Der Eine regte die Nationalität auf, um die Freiheit zu unterdrücken, die Andern übersteigerten die Freiheit und verletzten die Nationalitäten; warum übersah Jeder das praktische Verhältniß, den rechten Zusammenhang der beiden mächtig bewegenden Kräfte? Weil der Eine die Freiheit haßte, und weil die Nationalitäten sich untereinander haßten. Wer die Freiheit wollte, welcher Nation er auch war, hätte vom Gegner lernen müssen, nicht um auf gleicher Linie, wenn auch in entgegengesetzter Richtung zu handeln, sondern um das Gegentheil von dem zu thun, was jener wünschte. Er hatte die Nationalitäten gespornt und angeleitet sich zu hassen, und sie haßten sich; was änderet es an der Sache, daß sie sich im Namen der Freiheit haßten? Der Wunsch des Gegners ging in Erfüllung.

Wir werden sehen, daß noch mehr in Erfüllung ging; aber zuvor noch ein Wort über das Verhältniß der beiden großen Potenzen unserer Zeit. Die Nationalität ist ein Band der Natur, die bürgerliche Freiheit eine Errungenschaft der geistigen Entwicklung. Jene wird am meisten geschätzt auf der naturkräftig ebenen, der sog. patriarchalischen, und auf der höchsten Entwicklungsstufe der Nationen, dort im dunkeln, hier im klaren Bewußtsein, daß ohne sie die Freiheit ohne Werth sei, dort im Gefühl der natürlichen Ungebundenheit, hier in dem der echten Volksfreiheit. Dazwischen aber liegt eine Stufe der bürgerlichen Freiheit, beginnend mit der ersten Gewöhnung zum Handel, zum Verkehr im Großen, zum Wohlstand, zur behaglichen Lebenskultur, und fortschreitend zur demokratischen, der Selbstregierung fähigen Freiheit. In diesem Stadium kann, wenn den andern Forderungen Genüge geschieht, die Nationalität zurückgedrängt, ja verlöscht werden, wie im Augenblick unsere deutschen Landsleute im Elsaß uns zu zeigen bemüht sind. Belgien, die Schweiz, Nordamerika sind davon die schlagendsten Beispiele.

Dies Letztere war es, was den österreichischen Demokraten in ihren besten Zeiten vorschwebte, und wir haben sie mit Freuden und voller Beistimmung auf diesem Wege gesehen. Träumten sie auch nur vom Völkerbunde Mitteleuropa's, so war es doch ein ahnungsvoller Traum. Aber sie vermengten gleich anfangs die sehr verschiedenen Kulturzustände der österreichischen Völker; sie warfen nicht blos die Bewegung der Italiener, des hochkultivirten, zum höchsten nationalen Dasein fähigen Volkes, mit den ultra-czechischen Bewegungen zusammen, sie vermengten nicht blos die Bestrebungen nationaler Ultra's mit der billigen Forderung der Gemäßigten, sie machten auch eine gefahrvolle Trennung zwischen den Gebildeten und den Massen, und wandten sich allenthalben an diese, setzten bei ihnen, den Altgläubigen, Unaufgeklärten, im ersten, roh'sten Stadium nationaler Eifersucht Befangenen, ihren eigenen gesteigerten Begriff von Freiheit voraus. Der rechte Weg wäre der umgekehrte gewesen, von den mäßigen Freiheitsforderungen der höheren Klassen, von der selbstständigen, provinziellen Entwickelung der Nationalitäten auszugehen, und allmälig die Feuchte bürgerlicher Kultur, deutscher Aufklärung, deutschen Bürgerthums in die Massen zu tragen, um dann der geistig Aufgeklärten, der bürgerlich Befreiten sich zu bedienen gegen die reaktionären und einseitig nationalen Bestrebungen. Zwei große Fehler der Demokraten ergaben sich aus ihrem Grundirrthum. Zuerst verletzten sie, in blindem Kampf gegen wirkliche und angebliche Reaktion, durch nivellirende Reformen ebensowohl das politische Bewußtsein der höheren Klassen, wie die Eigenheit und Selbstbestimmung des Volkes. Zum Zweiten wollten sie Aufhebung der Provinzen, Eintheilung des Reichs nach Kreisen und centralistische Regierung. Es waren die Reformen und die Fehler der Josephinischen Zeit; so viel die Zeit vorgerückt, so viel der Boden gelockert war für Reformen, so viel war er auch günstiger für nationale Bestrebungen, und man wollte Beides zugleich berücksichtigt wissen, wollte eins ohne das andere nicht nehmen. Die Opposition schaarte sich dichter in den deutschen Provinzen, zumal in Tyrol, die rückgängige Bewegung nahm in den slavischen Hohe und Niedere in Beschlag, und wie die Demokraten mehr und mehr sich eingeengt sahen von wachsenden Gegnern, kamen sie auch mehr und mehr von großen Planen herab zu kleinem Parteistreit und zum lustig aufflackernden Haß der Nationalitäten.

Die Reihe zu handeln war an der Gegenpartei. Daß es einer großen Aktion bedürfe, einer Anstrengung der Gesammtkräfte, durch kriegerische Bewegung, oder besser, der Zeitrichtung entsprechende durch umfassende Erweiterung des Verkehrs, durch Entfesselung aller nationalen Hülfsquellen, daß nur so diese auseinanderstrebenden Bestandtheile zu vereinigen seien, das sahen alle Politiker ein und die Geschichte Oesterreichs gab es an die Hand. Was dieser Staat von Gemeinsamkeit und innerer Einheit hatte, das datirte aus den Zeiten großer Gefahren und Erschütterungen, aus dem siebenjährigen und dem großen Revolutionskriege; die besten Erinnerungen des österreichischen Patriotismus knüpfen sich an Maria Theresia, Kaunitz, den Erzherzog Karl. Damals, nach dem Sieg von 1815, war der einzig rechte Augenblick zur Konstituirung des einigen Kaiserstaats flüchtig eingetreten, flüchtig und ungenutzt vorübergegangen. An das damals Versäumte mußte man in diesem Jahre, wie allenthalben so auch in Oesterreich wieder anknüpfen. Zuerst galt es den Gesammtstaat zu erhalten, denn ohne ihn war keine große und kraftvolle Politik nach Außen möglich: die restaurirende Politik ließ sich dazu an. Der Krieg in Italien war in glänzender Oesterreichs würdiger Weise

zu endigen: man setzte alles auf diese letzte Karte und gewann. Die Politik im Osten war aus den unfähigen Händen der Magyaren zu nehmen, mit den Kräften der Gesammtheit, im Geist einer herrschenden Macht im Osten zu leiten: man setzte alsbald alle Triebfedern gegen die ungarische Sondereestellung in Bewegung. Mit diesen Vorbereitungen stand man an der Schwelle einer neuen Politik, einer neuen Weltstellung, entsprechend der Lage der Zeit und den inneren Verhältnissen Oesterreichs. Daß man sie nicht überschritt, daß man sich rückwärts entfernte, das ist die schwärzeste Seite der neuesten Vorgänge in Oestereeich, das ist ein politischer Verrath, gegen den alle Fehler der Demokraten verschwinden. Sie waren ohne Reife, ohne Urtheil und politische Erfahrung; doet aber war die Kenntniß und die Uebung dee Geschäfte, dort, wo man in Italien dem Fluch und dem erneuten Kriege sich preisgab, wo man die Politik des Ostens versäumte, wo man die Donaufürstenthümer verließ — als Preis für die russische Freundschaft! —

Die Deutsche Zeitung hat am 28. Mai d. J. auf einen Plan österreichischer Politik in Bezug auf Rußland hingewiesen, den die politische Urtheilslosigkeit mit ungläubigem Kopfschütteln aufnahm. Wenn man die veränderten Umstände seit jenen Zeit, wenn man zumal den weiten Gesichtskreis jener Tage gegenübee dem eingeengten Schauplatz von heute in Anschlag bringt, so wird man in jenem Plane den leitenden unausgesetzt verfolgten Gedanken russischee Politik erkennen, der in diesen Tagen endlich den Augenblick seiner Verwirklichung gefunden. In seinee veränderten Lage mußte Oestereich der furchtbarste Feind Rußlands werden odee sein engeree Bundesgenoß, entweder ganz von ihm sich entfernen, odee näher als zuvor zu ihm herantreten. Das wußte Rußland, und die Alternative blieb sich gleich, so viel sich auch veränderte Umstände seit dem Frühling d. J. dazwischen schoben. Dee entscheidendste war Oesterreichs Sieg in Italien, ein vollständiger, ohne fremde Hilfe erfochtener Sieg, der dem Kaiserstaat nach Außen wieder eine völlig freie Stellung einteug. Wenn Oesterreich die neuerlangte Kraft nach Innen und Außen benutzte, die italienischen Angelegenheiten ordnete, seine inneren Zustände im Sinne einee einheitlichen Politik, wenn auch nur provisorisch, konsolidirte, gegen Deutschland eine vertrauenerweckende Stellung einnahm, den Donauländern als Beschützee dee Freiheit, dee Türkei als starker Bundesgenosse eeschien, dann wae das russische Spiel verloeen. Es schien bereits verloren, als die Türkei, kühner und entschlossener als Oesterreich, abee von diesem schmählich oelassen, dee wallachischen Freiheit auf kurze Zeit sich annahm. Wollte Oesterreich dagegen Italien und Ungarn mit Waffengewalt unterwerfen und behaupten, wollte es auf seine slavischen Länder sich stützen, ohne sie aus ihrem gegenwärtigen Zustande zu deutscher Gesittung zu erheben, wollte es seine Politik in diesem Sinn dem slavischen Osten zuwenden statt dem deutschen Westen, dann war ein Verfahren wie bisher das rechte und es bedurfte dee russischen Freundschaft. Die Umstände waren auch dazu nicht ungünstig, wenn man kühn genug war das Spiel zu wagen. Man hatte außer Rußland nicht nöthig, eine Macht durch Opfer zu gewinnen. Frankreich ist in einer Friedenspolitik, dee wie eine nähere Beleuchtung vorbehalten, durch Nothwendigkeit und Interesse festgehalten; es würde im Augenblick kaum gehindert sein, mit Rußland und Oesterreich zugleich ein Bündniß einzugehen. Am räthselhaftesten ist Englands Stellung; aber abgesehen von den vielen kleinen und zersplitterten Händeln, in die es verstrickt ist, mag es Oesteereichs Erhaltung ohne seine Stärkung nicht ungern sehen, mag es Frankreich durch eine neutrale Mittelstellung gerne unthätig im Schach halten. Alle diese Umstände, von haldee und zweideutigee Gunst für Oesterreich, sind ganz und vollwichtig für Rußland. Es hat die revolutionäre Politik paralysirt, und endig auf die Donaufürstenthümee seine Hand gelegt; und beides war sichee vor der Hand sein nächstes Ziel. Die russische Politik wirft sich nie in's Weite; sie steckt sich ein mäßiges Ziel uno veefolgt es mäßig oder eifrig, mit kriegerischen oder friedlichen Mitteln, stets auf dem Boden des Bestehenden, stets nach dem Ton der Zeit. Unsere großen Politiker thun von allem dem das Gegentheil; sie sahen schon im Geiste das ungeheure Slaoenreich unter russischem Scepter, und hatten nichts Eiligeres zu thun, als das alte Oesteereich aufzugeben, und durch ein magyarisches Reich, durch die Verkörperung ewiger Zwietracht, im Osten sich zu schützen! Dagegen eeschien kürzlich, wo wir nicht irren in Frankreich, ein angebliches Cirkular des Grafen Nesselrode, ein Dokument von zweifelhafter Echtheit, aber eine gute, wenn auch in's Grobe gezogene Kopie des politischen Katechismus Rußlands, und darin heißt es: die österreichischen Slaven, als ein anarchisches Element, seien Oesterreich zu überlassen, es möge sehen wie es mit ihnen fertig werde.

„Ob die östereeichische Bevölkerung, heißt es in dem erwähnten Artikel vom 28. Mai, die deutsche und die ungarische, diese Projekte auch begünstigen würde, ist uns sehr zweifelhaft, ja es ist gewiß, daß diese, wenn sie erst sichtbar würden, in dieser Bevölkeeung eine ungeheure Gährung hervoreufen würden; sie müßten es bei unsern deutschen Oestereichern, wenn noch ein Tropfen deutsches Blut in ihnen wäre; denn eine verrätherischere Politik als diese könnte es in diesem Augenblicke nicht geben. Aber wie es auch käme, wenn Rußland rasch und geschickt agirte, so würde es Deutschland, von Oesterreichs Neutralität unterstützt, die furchtbarsten Schläge versetzen können, ehe man in Oesterreichs Volke nue das Spiel inne würde, das die österreichische Politik spielte. Und wenn das Volk sie nicht duldete, so hätten wir neue österreichische Revolutionen, wo wir die österreichischen Kräfte zum Schutze des gemeinsamen Vaterlandes besuchten." Wir bitten einfach um Vergleichung dieser Worte mit den Ereignissen des Tages. Von unserer Seite haben wir nur noch dies Eine hinzuzusetzen: Mag die österreichische Kabinetspolitik noch so schlecht dem Berufe genügt haben, Deutschlands Wächter im Osten zu sein; das politisch Notwendige dürfen wir darum nicht aufgeben. Ein zerspaltenes Oesteereich kann niemals dem Bedürfniß unserer östlichen Politik genügen, das oereinte kann noch immer die sich und uns geschlageneu Wunden wiedee heilen. Nur im ganzen Oesterreich können die Beoölkerungen des Ostens zur bürgerlichen Freiheit und Gesittung heranwachsen, nue diese Gesittung kann ihren slavischen und griechisch-kirchlichen Theil voe Rußland bewahren, und nue so kann gehindert werden, daß Rußland das große Deutschland gegen Osten zu veemauee, daß aus Mangel an Luft und Ausbreitung die Flamme deutschee Kultur traurig in sich zusammensinke.

An den Heeen Redakteue dee Deutschen Zeitung.

Herr Redakteue!

Aus Veranlassung des bei der Verhandlung über den Entwurf des Gesetzes für den Schutz dee Nationalversammlung zwischen Herrn v. Vincke und mie stattgehabten persönlichen Streites stellt Einee Ihree Korrespondenten in Nr. 275 Ihres Blattes nach einem Hiebe auf Diejenigen, welche erst seit dee Revolution Volksmänner und Freiheitshelden geworden seien, die Anfrage an mich, wo ich wohl gewesen sein möge, als Heer v. Vincke im weißen Saale seine Landtagsrede gehalten habe?

Ich erwiedere dem Frager, daß ich damals Kanzleidirektor im Ministerium des Innern in Stuttgart war, daß ich damals, wie seit den Studentenjahren, auf dem gleichen politischen Standpunkte mich befunden habe, wie jetzt, und daß ich deßhalb, insbesondere wegen offener Darlegung meiner politischen Ansichten und des Umgangs mit Männern der damaligen Opposition von oben herab mißliebig angesehen und mit unangenehmen Maßregeln bedroht worden bin, dessen ungeachtet abee und auf die Gefahe hin, meine Laufbahn in dem Ministerium verlassen zu müssen, in meinee politischen Haltung nicht die mindeste Aenderung habe eintreten lassen, wie dieses dem neugierigen Frager von den hiee anwesenden Abgeordneten aus Würtemberg auf Verlangen bestätigt werden wird. Soviel auf die in der Frage Ihres Koreespondenten enthaltene Verdächtigung. Den übrigen Inhalt jenes Berichtes kann ich mit Stillschweigen übergeben, da dee größere Theil dee Nationalversammlung — und zwar nicht allein meine politischen Freunde — längst sich ein Uetheil darüber gebildet haben, ob ich oder Herr v. Vincke der Herausfordernde gewesen bin, und ob ich bei der Zurückweisung der Angriffe des Letzteren die Grenzen der Mäßigung und des parlamentarischen Anstandes überschritten habe.

Zu Ihrer Unparteilichkeit, Heer Redakteur! oertraue ich, daß Sie vorstehende Zeilen so bald wie möglich in den Text Ihres Blattes aufnehmen werden.

Frankfurt a. M. 13. Okt. 1848.

Abg. Schober aus Stuttgart.

Digitized by Google

Deutschland.

† **Frankfurt**, 14. Okt. Die von der Centralgewalt Deutschlands an die Schweiz gerichtete Note bezüglich des Struve'schen Einfalls und ihre rasche Veröffentlichung durch die Presse hat sicherlich auch manchen Leten einigermaßen befremdet. Wenn immer ihr Inhalt vom deutschen Standpunkte aus nur gebilligt werden kann, so wäre doch eine mildere Form wünschenswerth gewesen, und wir meinen, diese hätte, zumal einem kleinen Staate gegenüber, dem Ansehen Deutschlands mehr genützt als geschadet. Wir lassen die Geschichte dieser Note zunächst unberührt und wollen nicht untersuchen, wie weit die Aufregung der Zeit einen undiplomatischen Einfluß auf sie geübt, und der Reichsgesandte in der Schweiz denselben eigenmächtig zu verwischen bemüht war. Die Erörterungen, welche am 16. Okt. bevorstehen, werden ein Licht über das Sachverhältniß verbreiten und allen böswillig ausgestreuten Gerüchten ein Ende machen. Zu diesen zählen wir ganz besonders die schlaue Supposition, welche, an die Bundestagsnote in der Sonderbundsgeschichte erinnernd, (die von o. Schmerling ausging und von der Schweiz zurückgegeben wurde) ein persönliches Muthabkühlen in der jetzigen Note der Centralgewalt von Seiten dieses Staatsmannes finden will! Nur einer solchen Supposition können wir das Auftreten „des Ministers der Zukunft" an die Seite stellen. Um einem Ministerium Ungelegenheiten zu bereiten, das seiner Gunst sich nicht zu erfreuen hat, achtete Herr Vogt in seiner inoectiven Interpellation nicht darauf, daß, indem er eine Maßregel des deutschen Reichsministeriums rücksichtslos und schonungslos tadelte, Deutschland selbst davon mit betroffen wurde. Selbst wenn er Recht hätte — was erst erwiesen werden soll, war sein Benehmen mindestens unpolitisch. Vom Standpunkte der Zukunft aus betrachtet, nach dem neuen Staats- und Völkerrecht und der diesem analogen Politik mag sich das Verfahren rechtfertigen lassen, nach unseren Begriffen und nach dem noch herrschenden Volksgefühl werden wir kleine Versehen unserer Centralgewalt, zumal auf dem Felde der Diplomatie, wo junge Kräfte am leichtesten ausgleiten, mit dem Mantel der Liebe zu bedecken haben!

† **Frankfurt**, 14. Octbr. Vorgestern gegen Mittag hat ein Reichskommissarius Frankfurt verlassen und sind Armeebefehle abgegangen, welche die südlichen Reichstruppen in Bewegung setzen sollen. Gestern Nachmittag aber sah man Herrn Blum mit einigen andern Deputirten den Postwagen besteigen, um sich nach Wien zu begeben. Die Vermuthung, daß diese Stadt das Ziel der Reise sei, schien wenigstens in dem warnenden Zurufe eine Bestätigung zu finden, den einer seiner Bekannten sehr vernehmbar aussprach und in welchem Herr Blum an Latour's Schicksal erinnert wurde. — Auffallend war in den letzten Tagen das Verhalten der Linken in allen den Fällen, wo eine Beschleunigung der Berathung der Reichsverfassung in Rede kam. Nicht nur, daß sie die hierauf bezüglichen Anträge nicht unterstützte — was doch nach ihren unablässig tadelnden Kritiken über die Leistungen der Versammlung sehr zu wünschen gewesen wäre, sondern sie arbeitete förmlich mit Bedacht darauf hin, wo möglich die bevorstehende Diskussion der ersten §§ des Entwurfs vom Reich und der Reichsgewalt zu hintertreiben. — Wenn jedoch nicht unvorhergesehene Incidenz-Fälle kommen, so dürfte die National-Versammlung nächsten Dinstag, den 17., endlich an das Werk gehen. Die Berliner Versammlung hat die Berathungen über Titel 1 der preußischen Verfassung bereits am 12. begonnen, und so dürften wir das nicht uninteressante Schauspiel erleben, die in innigster Beziehung stehenden Arbeiten beider Versammlungen zugleich, vielleicht nicht ohne sofortige Wechselwirkungen, fortschreiten zu sehen. Dem Vernehmen nach bereitet das Reichsministerium eine Note vor, welche der schweizerischen Ungebühr auf das Entschiedenste begegnet. In der That bemerkt man in den Maßregeln, die die Schweiz bereits getroffen hat, deutlich das stillschweigende Zugeständniß, daß das Verhalten vor dem Einfall doch nicht so recht in der Ordnung war, wie man es in gereizter Empfindlichkeit und mit nicht gerade allzu skrupulöser Sophistik in der ungebührlichen Entgegnungsnote gern hätte darstellen mögen.

△ **Wien**, 10. Okt. In der gestrigen Abendsitzung des Reichstags kam die Antwort des Stadtkommandanten Auersperg, auf das Ansuchen des Reichstags, er möge die drohende Stellung der Truppen aufgeben und sie die Kasernen beziehen lassen. Auersperg lehnt das Ansuchen ab, erklärt aber, keine feindlichen Absichten zu haben. Der Reichstag erneuert das Ansuchen, da auch vom Gemeindeausschuß ein gleiches Gesuch eingelangt ist. Er zeigt zugleich dem Stadtkommandanten an, daß zwar die Nationalgarde zusammenberufen wird, aber durchaus nicht in der Absicht, etwas gegen das Militär zu unternehmen. Man erinnert ihn an seine Verantwortlichkeit und appellirt an seinen Patriotismus. Der Deputirte Prato ist von Jellacic zurückgekommen, die Vorposten desselben stehen in Schwodorf (drei Stunden von Wien). Der Ban erklärt, er sei im Interesse der Gesammtmonarchie gekommen und erwarte die Befehle des Kaisers. Bei Schwodorf sollen nur 2000 Mann seiner Armee lagern, die sämmtlich schlecht bestellt sein sollen, so berichtet Prato, aber ein Nationalgardist, der sich als Bauer verkleidet in's Lager begab, gibt die Truppenzahl auf 10 bis 14,000 an.

Wegen Dringlichkeit der Verhältnisse wird die Debatte über ein Nationalgarde-Gesetz vertagt und beschlossen, ein Disciplinargesetz für Wien und die Provinzen provisorisch zu erlassen. — Es wird angezeigt, eine Deputation von Brünn biete im Namen der Stadt den kräftigsten Schutz an, wird mit Akklamation angenommen. Auf der Ministerbank befindet sich nur Kraus, da Hornbostl dem Kaiser gefolgt ist und Doblhof seit dem 7. vermißt wird. Der Abgeordnete Dikoski interpellirt das Ministerium, was es zu thun gedenke, da Jellacic mit nichtösterreichischen Truppen österreichischen Boden betreten habe. Minister Kraus erklärt, die Truppen des Ban's seien zwar allerdings österreichische Truppen, was zu thun sei, wisse er noch nicht, es werde aber nichts ohne den Reichstag beschließen. Ein Gerücht, daß der Kaiser in Ollmütz angekommen, wird durch eine telegraphische Nachricht von dort widerlegt. Um ochr Uhr wird die Sitzung geschlossen und die Uebereinkunft getroffen, sich im Falle eines Allarms sogleich vollzählig einzustellen.

Heute Nacht wurden drei Studenten in der Vorstadt Wieden von den im Schwarzenberg-Garten kampirenden polnischen Soldaten ergriffen und ermordet — ebenso wurden zwei Häuser von diesen Soldaten geplündert — die National-Garde genannter Vorstadt verjagte die Thäter und stand die ganze Nacht unter den Waffen. Die Anzeige davon ging an den Reichstag und so eben hat sich eine Deputation desselben mit Borosch, Pillersdorf ꝛc. an der Spitze zu Auersberg begeben, um darüber Rechenschaft zu verlangen und überhaupt sein Ultimatum zu vernehmen über die Stellung, welche er dem Reichstag und der Stadt Wien gegenüber einzunehmen denkt. Das Gerucht sagt, daß zwanzig Dampfboote mit regulären Truppen von Pesth abgegangen seien, um Wien zu Hülfe zu eilen.

Der Abgeordnete Scherzer ist wegen Mangel an militärischen Kenntnissen als Oberkommandant der N.-Garde abgetreten and an seine Stelle ist der Wiedner-Bezirkschef Braun ernannt (früher Hauptmann in der Linie.) — Heute ist Alles ruhig in der Stadt — alle Kaufläden sind geöffnet — in den Werkstätten wird gearbeitet — aber die Stimmung ist eine furchtbar drückende — viele Familien flüchten aus der Stadt, da man nicht wissen kann, was schon die nächsten Stunden bringen! — Es liegt noch immer in der Hand des Kaisers, den allgemeinen Bürgerkrieg nicht zum Ausbruch kommen zu lassen — Alles wird von den Befehlen abhängen, welche er der Armee gibt. 2½ Uhr. Die Deputation die ½ 12 Uhr vom Reichstage an den Grafen Auersperg abging, ist noch nicht zurück. Man sagt, er habe abgedankt und den Oberbefehl dem F. M. L. d'Aspre übergeben. Die Vertheidigung der Stadt ist von dem Reichstage dem Gemeinderath und der vereinigten Nat.-Garde übertragen und die Ermächtigung ertheilt, wenn es nöthig sei, noch Waffen aus dem Zeughause auszutheilen. Von Gratz und Ollmütz sind gegen 1000 Freiwillige angekommen und die Bauern des ganzen Marchfelds haben sich zur Verfügung der Stadt Wien gestellt. Der Kaiser soll mit Begleitung von 5000 — 6000 Mann Truppen und vier Kanonen in Krems angekommen und gegen Linz weiter gezogen sein. In Stein ging er über die Donau. Von Hornbostl noch keine Nachricht. Die Botschafter und Gesandten der fremden Mächte befinden sich noch alle hier und treffen auch noch keine Anstalten zur Abreise. Sie haben häufige Konferenzen ohne noch einen bestimmten Entschluß gefaßt zu haben. 3 Uhr. In der Leopoldstadt wird so eben Sturm geläutet — wahrscheinlich um die Bauern des Marchfelds aufzubieten.

△ **Wien**, 11. Oct. (früh.) Wir haben eine stürmisch bewegte Nacht durchlebt. Der gestrige Tag und Abend war zwar

reich an innerer Aufregung, doch herrschte äußerlich diejenige Ruhe, welche mit Vertheidigungsanstalten vereinbar ist; da ertönte plötzlich um 11 Uhr von Mitternacht die Sturmglocke und die Allarmtrommel in der Stadt und allen Vorstädten; Jellacic's Vorposten reichten schon bis Laxenburg (2½ Stunden von Wien) und man besorgte einen Angriff. Zugleich hatte sich ein Kampf in der Marienhilfer Linie entsponnen, später zeigte es sich, daß es 500 Steirer waren, welche sich durch eine Abtheilung Nassau-Infanterie, die sie nicht in die Stadt lassen wollte, durchkämpften. Auch auf dem Glacis auf dem Naschmarkte fand ein Kampf zwischen einer Kompagnie Nassau-Infanterie, welche vor ihrem Lager patrouillirte und mit einer Kompagnie National-Garde zusammenstieß, statt — man behauptet, die Soldaten sollen zuerst gefeuert haben. Die ganze Staot und Vorstädte waren erleuchtet — einzelne Garden stürzten durch die Straßen, um durch Rufen die Bewohner zu weckrn — für den Fall eines Ueberfalls durch das Militär — erst gegen zwei Uhr legte sich der Tumult in drn Straßen und die Sturmglocken verstummten. — Jellacic war nicht weiter vorgerückt, sein Lager war heute zwischen Laxenburg und Enzersdorf. Die Antwort, welche er gestern einer zweiten Drputation des Reichstags gab, läßt keinen Zweifel über die Ursache seines Hierseins. Er sei als Staatsdiener und Soldat gekommen, um gegen die Anarchie zu wirken. Sein Zweck sei die Aufrechthaltung der Monarchie mit Gleichberechtigung der Nationalitäten. Seine Truppen seien gegrn Quittungrn zu verpflegen — denn es seien kaiserl. Truppen, von Ungarn werde er nicht verfolgt. Sollte man ihn angreifen, so werde er Gewalt mit Gewalt erwiedern. — Dieß ungefähr der Inhalt der schriftlichen Antwort des Ban's. Der Reichstag und Minister Kraus haben nun ein Schreiben an Se. Maj. gerichtet, mit der Bitte, den Befehl zu geben, daß sich der Ban mit seinen Truppen über die österreichische Grenze zurückziehe. Der Abgeordnete Löhner hat sich angeboten, dieß Schreiben als Kurier dem Kaiser zu überbringen und ist gestern Abend abgereist. Minister Hornbostl fand den Kaiser in Hadersdorf — man weiß nicht, ist das Ziel der Reise Brünn oder Ollmütz. Heute früh traf die Nachricht von der Abdankung Hornbostl's ein. Es scheint, daß man die Unterzeichnung von Papieren von ihm verlangte, die er seiner Verantwortlichkeit als konstitutionellen Minister zufolge, versagen zu müssen glaubte. Finanzminister Krauß repräsentirt nun unser ganzes Ministerium. Der Minister des Innern, Doblhof, ist und bleibt verschwunden, am 7. wurde er zuletzt in Baden gesehen. Die Deputation des Reichstags, welche am Schluß meines gestrigen Berichtes um 3 Uhr noch nicht vom Grafen Auersperg zurück war, erstattete in der Abendsitzung des Reichstags Bericht. Graf Auerspeeg hatte eine dreistündige Berathung mit seinem Generalstab gehalten, ehe er seine Antwort ertheilte. Er erklärt, daß die Verhältnisse der Art seien, daß er seine Stellung nicht aufgeben könne, die er nicht auf einen Befehl Se. Majestät, sondern in dem Auftrage Latour's eingenommen habe. Mit Jellacic stehe er in gar keiner Verbindung, er wisse nicht einmal wo jetzt sein Lager sei. Am Mittag war das Gerücht in der Stadt verbreitet, Jellacic befinde sich bei Auerspeeg im Lager am Belvedere und Schwarzenberggarten. Auf die Anfrage der Deputirten, wie er zu bewegrn sei, seine konzentrirte Stellung aufzugeben, antwortete er: durch Ablegung der in den letzten Tagen vertheilten Waffen und durch Einschränkung der Presse gegenüber dem Militär. Man sagt, daß er noch andere Bedingungen stellte, welche die Deputation nicht in der öffentlichen Sitzung mittheilte, um Aufregung zu verhüten (Auflösung der Nationalgarde und akademischen Legion, Aufhebung der liberalen Vereine ꝛc.). Die Bewaffneten zeigen die größte Lust, das Militär in seinen Verschanzungen anzugreifen. Der Reichstag mahnt durch einen Anruf davon ab und die Studenten-Legion erklärt heute in einem Plakate: es sei nicht ihre Absicht, das Militär zuerst anzugreifen. Alles wartet nun mit Spannung auf die Antwort, die Löhner von dem Kaiser bringen wird; er hat versprochen, alle Mittel der ihm zu Gebote stehenden Beredsamkeit aufzubieten, um zu zeigen, wohin dieser Bruch zwischen Militär und Civil, wenn er vom Hofe nicht vermittelt wird, führen muß.

Der Gemeinderath hat Kossuth auffordern lassen, Jellacic's Armee anzugreifen, indem die Stadt Wien mit den Ungarn sympathisire. Heute Nacht sind einige tausend Ungarn hier angelangt und diesen Morgen tausend Brünner Nationalgarden. Der Stellung Jellacic's nach scheint es auf eine Cernirung und Aushungerung der Stadt abgesehen zu sein. — Die Truppen Auersperg's werden von dem Gemeinderath verproviantirt. Er soll 16 Bataillone Infanterie verschiedener Waffengattungen, 2 Regimenter Kavallerie und 6 Batterien Kanonen um sich konzentrirt haben. — Der Reichstag hat soeben beschlossen, eine Deputation aus allen Provinzen an den Kaiser zu senden. Löhner hat telegraphirt, daß er Se. Majestät noch nicht eingeholt, und die Reise gegen Brünn fortgesetzt. (3 Uhr Nachmittags.)

* **Wien.** Unseren durch die unregelmäßig angekommenen Posten aufgehäuften Wiener Briefen entnehmen wir, da sie in den Einzelnheiten genau übereinstimmen, des Raumes wegen nur den obigen. Zum allgemeinen Kampfe war es bis zum 11. Okt. Mittags 2 Uhr noch nicht gekommen; daß er aber wohl schwerlich wird vermieden werden können, davon ist man in Wien fest überzeugt. Einer von unseren Korrespondenten hat auf die Außenseite seines letzten Schreibens mit Bleistift noch hinzugefügt, daß binnen zwei Stunden das Gefecht jedenfalls beginnen würde. Bekanntlich liegt das Schwarzenbergische Palais sammt dem Belvedere auf der südlichen Seite der Stadt auf einer leichten Anhöhe, von welcher sich dem Reisenden eine prachtvolle Aussicht auf die Kaiserstadt darbietet, zugleich aber auch eine Batterie das ganze Terrain ungehindert beherrschen kann. Dazu kommt im Rücken dieser Stellung der durch seine weitläufigen Baulichkeiten einer Festung ähnliche Bahnhof der Tiefstner Eisenbahn, auf der zwar bei einem etwaigen Verluste sich die Kanonen nicht so schnell transportiren lassen, weil man nur vermittelst mehrerer Treppen zu dem Viadukt gelangt, in dessen festen Räumen aber die Nachhut sehr leicht den Rückzug zu decken vermag. Die Position der Auerspergischen Truppen ist daher eine sehr gut gewählte. An der Nordseite bei Schönbrunn steht Jellacic, gleichfalls durch sanftansteigende Hügel (wer denkt nicht an den herrlichen Blick von der Glocherte auf den Terrassen des Schlosses!) einen großen Theil der Stadt beherrschend. Dagegen werden die Wiener vorzüglich durch die hohen Basteien geschützt, die, nach außen steil abfallend, sich eings um die Altstadt ziehen, und deren äußerst schmale Thore sich ohne Mühe verrammeln lassen. Die fünfhundert Fuß hohe Warte des Stephansthurms erhebt sich ziemlich aus der Mitte der innern Stadt, sie überschaut eine Fläche von wenigstens sechs Meilen Durchmesser.

Prag, 10. Okt. Gestern Abend ging ein ganzes Jägerbataillon auf der Eisenbahn nach Wien zu, welches zum Schutze der Eisenbahn auf den verschiedenen Stationen stationirt wird, oder vielleicht eher noch zu dem Zwecke, Zuzug nach Wien zu verhüten. Eine Kompagnie Artillerie, welche in Paedubitz mit Geschützen versehen wird, begleitete sie. Heute läuft das Gerücht sehr stark, Fürst Windisch-Grätz sei zum Generalissimus der vor Wien zu sammelnden Armee ernannt worden, wonach Jellacic und Fürst Reuß also unter dessen Befehlen stehen würden. (D. A. Z.)

*** **Berlin**, 11. Okt. Wir stehen an einem neuen Stadium unserer Geschichte. Was uns als Schrecken drohte, ist in Wien als Wirklichkeit eingetreten. Vorausgegangen, sagen Einige, ich theile diese Ansicht nicht. Unsere Lebensbedingungen, die Fragen zwischen Sein und Nichtsein, sind hier andere; die Ursachen des Konfliktes, wie er das unglückliche Oesterreich betraf, sind in Preußen nicht vorhanden. Auch die Revolution hat in der Art ihren Bildungsgang weiter verfolgt, daß es nicht mehr nothwendig wird, wie es in ihren ersten Stadien schien, daß jede Gährung, jeder Ausbruch, der an einem kranken Theile stattfand, sich der Reihe nach an allen übrigen wiederhole. Im Gegentheil, die Theile stehen schon in einer organischen Verbindung, sie hat sich von selbst gemacht. Was der eine leidet, leidet der andere freilich mit; aber eine Erschütterung, Eruption, welche sich hier Luft machte, wirkt dort und dort auch erleichternd. Gewisse Progresse, gewisse Wahrheiten, theilen sich unmerklich, wie ein Fluidum durch die Luft mit. So wird auch die Wiener Erschütterung ihre Nachwirkungen hier haben, wohlthätig oder nicht wohlthätig, das hängt ab, wie sie sich selbst dort gestaltet. Noch wissen wir zu wenig davon; wir haben nur das Gewitter gesehen, seine nächsten, vernichtenden Wirkungen, und dann durch die Dunst- und Rauchwolken, daß einige Männer von Muth auf den rauchenden Ruinen stehen geblieben sind. Wie gesagt, ein Urtheil fällen können wir zur Zeit noch nicht über die Begebenheit, da uns eine klare Anschauung derselben fehlt. Ist es nun ein Kampf der Nationalitäten oder ist es einer der rücksichtslosen Demokratie gegen alles Bestehende? — Was jenen anlangt, Ungarn oder Kroaten, wer

mag, auch noch allen den Mittheilungen, mit denen man uns in letzter Zeit beschenkte, die Hand auf's Herz, sich sagen könnten: ich nehme Partei für Kossuth, ich für Jellacic, denn er ist im Rechte? — Die andere Frage: ein großes, mächtiges Oesterreich, mit der Herrschaft der Donaumündung, zu Schutz und Trutz mit Deutschland verbündet? — oder ein mit lockern dynastischen Fäden zusammenhängender Föderativstaat, vor dem die deutschen Theile in Deutschland aufgeben? — diese Frage war uns verständlicher. — Der Tag in Wien scheint sie zur Entscheidung gebracht zu haben. Nur ein Straßenkampf, oder die Mischung der Theile, die Ausdauer und der Abfall, die Energie von beiden Seiten, bewiesen, daß hier in Prokura für das ganze Reich, daß die Reprärentanten von Oesterreich die Schlacht schlugen. — Soll Deutschland sich freuen, daß der Kampf so ganz anders ausfiel, als wir bis gestern erwarten durften? Oesterreich will rein deutsch bleiben, darüber müßten wir uns freuen. Aber wie will es die losen Fäden halten, oder will es sie in Aufopferungswuth mit einem kühnen Schnitte abschneiden? Es sind nur noch dynastische Fäden, und wie schwach wird die Dynastie nach diesen blutigen Tagen! Oder will es einige loslassen, andere festhalten? Welcher neue Kraftaufwand, welcher prätorianische Druck ist dazu erforderlich, und wo ist die Grenze? Böhmen will es nicht fahren lassen, wie aber will es Böhmen halten? Triest, Illyrien? Sie müssen bleiben. Will man sie germanisirt recipiren oder als abhängige Provinzen? Ungarn hat in Wien gesiegt; will man ihm auf Gnade und Ungnade Kroaten, Serben, Sachsen und Wallachen überlassen? Und Lombardei und Venedig? Die sind von selbst abgestrichen, es bedarf keines Kongresses mehr. Jeder Zerfall einer organisirten Größe, sei die Organisation auch mangelhaft gewesen, erweckt eine elegische Stimmung. Man fragt sich unwillkürlich: worum war es eine Größe geworden? Ohne Grund, Ziel, Nothwendigkeit hatte der Weltgeist diese Stoffe doch nicht, wie rein zufällig zusammengeworfen, wie etwa Schlacken, Abfall eines Kloaks, der aufgestreut zu einer todten Masse sich konglomerirt hat. Nein, es war ein Leben in diesem Körper gewesen, die felix Austria hatte die Welt beherrscht, es gab eine Zeit, wo ihr Herr die Sonne in seinem Reiche nicht untergehen sah, und erst jüngst, als wir sie zerrissen, in Agonie wähnten, sprang die Thatkraft, gebornischt, im Blitze, heraus und warf, zerbrach das gerühmte Schwert Italiens, und das ganze jugendlich frische, (so meinte es) übermüthig stolze Italien sank zusammen und lief vor dem letzten Ausschlagen eines Sterbenden.

Radetzky's Siege hatten die schwarzgelbe Farbe wieder in's Sonnenlicht gerückt. In Wien selbst schien sie in neuem Glanze zu strahlen; wer zweifelte daran, daß sie echt sei, Sturm, Regen und Sonnenbrand überdauernd? In Frankfurt wenigstens nicht. Würde, wenn man daran gezweifelt, man so langmüthig, nachsichtig, höflich, den Gesandten in Kopenhagen, die fortdaurende Zollsperre, das Geldausfuhrverbot geduldet haben? Die Trennung schien, um zwei Einheiten herzustellen, nothwendig, abgemacht und ausgeglichen. Die Entscheidung eines Tages hat es anders gefügt. Woran stürzte die Kombination? Weil sie künstlich nur von der Intrigue gemacht war, ohne innere, im Boden wurzelnde Macht? Oder weil sie auf der Intrigue sich schaukelte, statt das, was nothwendig war, offen auszusprechen? Das schwarzgelbe Oesterreich, wenn es untergeht, geht nicht an der Ungerechtigkeit seiner Sache, sondern an der Heimlichkeit unter, an der diplomatischen Hinterlist, mit der seine Wortführer eine nicht schlechte Sache vor den Augen von Volk und Welt ummäntelten. Wenn sie es früher auszusprechen gewagt: Ungarn mit seinen Ansprüchen ist unser Feind, und Jellacic unser Schwert ihn zu bekämpfen, so wären Deutschlands Geschichte wenigstens drei neue Meuchelmorde gespart, und, hätten sie doch erliegen müssen in offenem ehrlichem Kampf, wenigstens der Vorwurf der Perfidie! Eine neue, theuer erkaufte Warnung.

Wovor? — Vor Reaktionsgelüsten; vielleicht selbst vor Handlungen, welche den Schein derselben tragen.

Wir wissen bis zur Stunde nicht den Ausgang, denn vergebens warteten wir heute auf die Wiener Post. Sie ist ausgeblieben und alle Nachrichten, die durch die Stadt verbreitet, sind erfunden. Hier, wie in Breslau deutet die anarchische Partei sie zu ihrem Vortheil aus. Hier läßt sie die Republik in Wien proklamiren, die Breslauer radikale Oder-Ztg. läßt das Volk für ganz Deutschland fechten, und fordert ganz Deutschland auf, ihm nachzufolgen, sonst wäre abermals die heiße, theure Arbeit umsonst!!!

Eine Wiener Proklamation vom 7., durch eine Schlesische Zeitung mitgetheilt, wüthet mit dem Grimm und Unverstand, wie nur die fanatisirtesten Mitglieder der Frankfurter Linken, gegen den dänischen Waffenstillstand, gegen die Frankfurter Majorität, gegen Preußen. Das wäre allerdings der rechte Weg zur deutschen Einigkeit von den Wienern erstritten, und der geeignetste Moment solche Ansichten an den Mann zu bringen. Ich glaube indeß, daß jene Proklamation, welche, in einer blühenden und glühenden Sprache, alle die Frankfurter zum augenblicklichen Abtritt aus dem Reichstage auffordert, welche für den Waffenstillstand gesprochen, ein früheres Machwerk ist, was mit Ungeschick in den Schlachttag hineingeworfen wird, um der Sache eine heilige patriotische Farbe zu geben. Von Wien aus, und in solchen Momenten, ist nicht der Ort eine so verwickelte Sache, wie jener Waffenstillstand, zu beurtheilen. Ist es denn ein Sieg der Ultrodemokraten, welche durch die Theilnahme für ein edles, anscheinend untergehendes Volk, die Ungarn, durch die moralische Entrüstung über die Schliche und Heimlichkeiten der Camarilla, einen Beistand in der Nation fanden, auf den sie unter andern Umständen nicht rechnen konnten, so deuten wenigstens mehrere Anzeichen darauf, daß man ihn doch mit einiger Rücksicht benutzt, daß mehr Besonnenheit, ich möchte sagen Gemüthlichkeit von den Siegern entwickelt wird, als ich den linken Seiten in Frankfurt und Berlin zutraute, falls sie durch einen solchen Sieg in Besitz dieser Macht kämen. Latour's Mord wird Niemand entschuldigen, aber er hatte wirklich das Volk getäuscht, und sie tödteten ihn, nachdem Wiens Straßen schon mit dem Blute ihrer Brüder geröthet waren. Die Geschichte wird diesen Mord nicht auf ein Niveau stellen mit der Cannibalenthat in Frankfurt. Auch die Dekrete des Wiener Reichstages sind energisch, aber fern von allem bombastischen Schülerbenehmen. Es wird keine Republik verkündet, drei der frühern Minister werden ersucht zu bleiben, es werden keine Proscriptionen diktirt, die fürstlichen Häupter der Camarilla (wenn es wahr) sollen auf zwei Jahr das Land verlassen, der Bürgergarde wird der Schutz der Stadt anvertraut, (die doch sehr viele schwarzgelbe Bestandtheile enthalten muß) man beeilt sich die Proletarier vom Raube der Staatswaffen abzuhalten, und Eilboten fliegen, die von Außen anrückenden Arbeiter abzuholten. Das deutet wenigstens auf einen gefunden Grund. Schlimm, daß man ihn von der andern Seite nicht zu benutzen wußte, daß man wieder mit diesem Volke spielen zu dürfen glaubte, daß man des Vertrauens nicht war, offen zu ihm zu sagen: das thut uns noth. Eine wirkliche, sociale Reaktion lag auch in Wien schwerlich im Sinne der Führer, die jetzt ihr Spiel verloren haben. Sie war, sie ist unmöglich, nach den Schlüssen, die im Reichstag fast ohne Opposition durchgingen. Ihre Reaktion war nur nach der politischen Macht Oesterreichs als Staat gerichtet. Sie haben verloren, und was ist damit verloren, wenn — sie verloren haben! Das Ausbleiben der Post nährt nämlich wieder das Gerücht, daß Wien abgesperrt, belagert, bombardirt werde. Wer kann einen solchen Rückschlag nach einer solchen Krisis wünschen.

Daß man in diesen Augenblicken hier nur in Wien lebt, ist begreiflich. Wiener Familien flohen hier durch, weil sie glaubten, die Revolution müsse nun auch hier sofort nachfolgen; erst in Hamburg glaubten sie sich sicher. Es ist kein Grund dafür da, wenn kein Anlaß gegeben wird. Nach diesem schürft und schürt man, aber weder im Gesetz über die Jagd, die Bürgerwehr, noch — hoffentlich in der Geburtstagsfeier des Königs am 15 (die zum Versöhnungsfest gemacht werden soll) ist er gegeben. Man müßte ihn muthwillig losbrechen.

** **Berlin**, 12. Okt. Am heutigen Tage, der im Kalender „Ehrenfried" genannt ist, stand endlich das Staatsgrundgesetz auf der Tagesordnung. Die großen, entscheidenden Verhandlungen haben begonnen. Der Tag, an welchem das Verfassungs-Werk beschlossen wird, erblicke das Volk in Freiheit, den König in Ehren, das Land in Frieden. —

Ueber die Eingangsformel wurde sogleich im Einzelnen verhandelt. Ein guter Anfang! — Der Abg. Schneider hatte auf Weglassung des Prädikats „von Gottes Gnaden" und auf Verwandlung des „Königs von Preußen" in einen „König der Preußen" angetragen. Abg. v. Potworowski beantragte, hinter „König von Pr." zu setzen: „Großherzog von Posen". Gegen diesen Antrag im polnischen Sinn hatte Geffler, aus Deutsch-Posen, vorgeschlagen, den ganzen königlichen Titel („ꝛc.") beizubehalten. Die Abgeordneten Jung und Mätze

amendirten die Eingangsformel gegen das Prinzip der Vereinbarung: „Wir u. s. w. verkündigen hiermit die von den Vertretern des Volks beschlossene Verfassung.“ Parrisius endlich im Sinne der Vereinbarung wollte gesetzt wissen: „Folgende mit den Vertretern des Volks vereinbarte Verfassung.“ — Ein Antrag, die Berathung der Eingangsformel bis nach dem Schlusse des Ganzen zu vertagen, wurde verworfen. Wir sind dieser Entscheidung froh. Das ungewisse Verhältniß zwischen Versammlung und Krone wäre sonst permanent geworden. Jetzt wird von vornherein ausgesprochen und anerkannt, daß ein König sei, der diese Urkunde annimmt, sanktionirt und dem Volke verkündigt. Von dem Augenblick, daß die Einleitungsformel angenommen ist, wird eine Kamarilla waffenlos, machtlos. Denn die einzige Waffe, die alleinige Macht einer Kamarilla bei so treuem, ehrenfesten deutschen Manne, wie der König ist, wäre nur in der unsichern Tragweite dessen, was etwa die Versammlung erzielen möchte. — — Präsident Grabow bestimmte die Stufenfolge der Verhandlung so, daß 1) „Von Gottes Gnaden“, 2) „König von Preußen“, 3) der Zusatz „Großherzog von Posen“, 4) das „Vereinbaren“ in Frage kommen. Abgeordneter Jung wehrte sich erfolglos gegen solche „Viertheilung.“ — —

Erledigt sind heute die beiden ersten Punkte. Die Worte „Von Gottes Gnaden“ sind mit 217 gegen 134 Stimmen verworfen. Der Titel „König von Preußen“ ward einstimmig angenommen. — Der Zusatz „Großherzog von Posen“, welcher Veranlassung gab, die ganze Posen'sche Frage mitherein zu ziehen, wird mit dem betreffenden Artikel über das Staatsgebiet berathen werden. Auf den Antrag von Phillips, der mit ernstem Wort das Gewicht dieses Gegenstandes würdigte, hat man die Frage bis dahin vertagt. Das Prinzip der Vereinbarung wird am Montag den 16. Oktober auf die Tagesordnung kommen. — Ein Bild der Sitzung zu entwerfen, behalte ich mir für morgen vor.

Der vereinte Rosenberg-Marienwerder Wahlkreis, welchen General von Auerswald im deutschen Parlament vertrat, erließ folgendes Schreiben:

„Den beiden Brüdern von Auerswald“

„Geehrte Herren! Wenn wir so eben an geweihter Stätte den Manen Ihres heimgegangenen Bruders, unseres treuen Abgeordneten, ein schuldiges Opfer der Erinnerung gebracht, so mögen wir auch diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen zu sagen, wie tief wir mit Ihnen den Verlust Ihres Bruders, unseres Volks der Edelsten Einen, beklagen. Es scheint, als ob die Besten des deutschen Vaterlandes berufen sind, die neu aufgehende Freiheit mit den schwersten Opfern zu erkaufen, so die Brüder Gagern, so Sie. Aber Sie werden, wie Jene, das herbe Leid mit starker Seele tragen, wenn aus dem Grabeshügel des Geschiedenen neue Blüthen der Einigkeit und ächten Freiheit für das deutsche Vaterland hervorsprießen, wenn Sie das letzte der Opfer gebracht haben! — Möge Sie der Himmel uns lange erhalten, damit der Name „Auerswald“ nicht allein in der Erinnerung der dankbaren Zeitgenossen lebe, sondern lebensvoll in allen Bewegungen des Vaterlandes auch ferner seinen langgekannten Einfluß übe. Möge der Himmel auch die geehrte Frau erhalten, die berufen ist, die nächsten Erben der Tugenden unseres Heimgegangenen für eine hoffnungsreiche Zukunft in den Stürmen der Gegenwart mit mütterlicher Sorgfalt zu behüten.

Marienwerder den 29. September 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

Am 29. fand zu Marienwerder eine Todtenfeier statt, an welcher die Bevölkerung beider Kreise, deren Abgeordneter Hans von Auerswald gewesen, sich allgemein betheiligte. Aus dem Rosenberger Kreise, welcher nach Frankfurt und Berlin die beiden Brüder, Alfred und Hans, gewählt, legten viele Aermere den Weg nach Marienwerder zu Fuße zurück, trotz strömendem Regen und meist in nächtlicher Weile. Der Trauerzug war unabsehbar. Es vereinigten alle Stände sich zu der ernsten Feier. Ehrwürdige Gestalten in Leinwandröcken gingen an der Seite der Städter.

Die Votivtafel, welche neben den Gedächtniß- und Ehrentafeln aus den Freiheitskriegen aufgestellt ward, von den Veteranen, unter Vortragung der deutschen und preußischen Fahne, enthält die Worte: „Hans v. Auerswald, preußischer General-Major, Ritter des eisernen Kreuzes, und Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung fiel zu Frankfurt a. M. am 18. Sept. 1848 als Opfer für's Vaterland.“ — Ist es nicht erhebend, wenn man überall, in den Briefen an die Brüder, in der Antwort der Leidtragenden, bei der Todesanzeige, bei dieser Gedenktafel, allüberall dem Geiste der Versöhnung und Milde begegnet? Ob Alfred v. A. seines Bruders dachte, als er bei Rodbertus Antrag so mit glühender Begeisterung von freier Liebe zu Deutschland redete? — In Plauthen läuteten drei Tage, zu Rosenberg sechs Tage nacheinander die Glocken um Hans Auerswald.

* **Berlin**, 12. Octbr. Der eidgenössische Consul und Abgeordnete zu den deutschen Zollvereinsstaaten, Hr. Hirzel-Lampe, hat sich im Namen der eidgenössischen Bundesregierung mit einer Vorstellung an unseren Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Dönhoff, gewendet, die vom 15. Sept. u. c. in die Zollvereinsstaaten eingeführten und fernerhin einzuführenden schweizerischen Seidenstoffe und Bänder bei dem bisherigen Zollsatze von 110 Thlr. zu belassen. Die neulich beliebte Zollerhöhung sei nur durch das französische Gesetz vom 15. Juni hervorgerufen, durch welches die Ausfuhrprämien erhöht wurden. Die Schweiz, die einer unbedingten Handelsfreiheit huldige, dürfe am ersten hoffen, durch jene gegen Frankreich gerichtete Maßregel nicht betroffen zu werden. Sie erbiete sich, allen Anforderungen zu genügen, um den Ursprung der schweizer Erzeugnisse glaubwürdig nachzuweisen. Eine genaue Aufsicht sei nicht schwer, da die seidenen Zeuge blos in Zürich, die Bänder ausschließlich in Basel angefertigt würden von ungefähr 10 bedeutenden und achtungswerthen Fabrikanten. Die Einfuhr könne auf 3 — 4 Grenzzollämter beschränkt werden. Sachsen habe sich bereits dem Wunsch der Eidgenossenschaft geneigt erklärt, und eine schleunige Gewährung des Gesuches sei höchst wünschenswerth, da für Weihnachten und Neujahr die meisten Aufträge auf Seidenwaaren ertheilt zu werden pflegten. „Die schweizerische Eidgenossenschaft“, heißt es in dem Schreiben, „huldigt dem System des Freihandels. Es hat sich dabei ihre Industrie, aller Hemmnisse des Auslandes ungeachtet, auf erfreuliche Weise entwickelt, woraus man zu dem Schlusse gelangt, daß die in einigen Zollvereinsstaaten sich mehrfach kundgebende Ansicht, als könne die Industrie nur durch Schutzzölle gedeihen, nicht die richtige ist. Von diesem Systeme würde die Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft nur ungern und nur gezwungen abgehen.“

* **Düsseldorf**, 8. Okt. Nachdem die Führer der hiesigen Republikaner, der Dichter Freiligrath und Wolff, der Präsident des Volksklubs, freigesprochen worden, ward eine neue Volksversammlung auf gestern nach dem benachbarten Gerresheim ausgeschrieben. Eine blutrothe Fahne ward zwischen zwei deutschen getragen; so zog die Menge hinaus. Die Fahne der deutschen rothen Republik wehte von der Rednerbühne, auf welcher Wolff der zahlreich versammelten Menge den republikanischen Katechismus unter lautem Beifall vorlas. Als die Menge gegen 8 Uhr zurückzog, brachte sie dem ganzen Steinweg durch Heulen, Pfeifen und andere Mißtöne eine Art Katzenmusik. Denn in jener östlichen Vorstadt Düsseldorfs wohnen meistens wohlhabende Leute, oder nach Anweisung des Handbuches für Wühler zu reden, die Geldsäcke, Bourgeois und Blutsauger.

Düsseldorf, 11. Okt. Freiligrath ist nach Köln übergesiedelt, und nimmt an der Redaction der Neuen Rheinischen Zeitung Theil, die wieder erschienen ist. (Aachn. Z.)

† **Posen**, 10. Okt. Bekanntlich regt sich bei der Spannung der beiden Nationalitäten bald hie bald da die Bevölkerung, wenn Versammlungen der Liga von den Polen veranlaßt werden oder von den Deutschen ihnen entgegen gearbeitet wird. In den letzten zehn Tagen war diese Reciprocität, wegen des bevorstehenden großen Congresses der polnischen Liga, der zu Posen am 15. Okt. stattfinden sollte, besonders bemerkbar. Auch kam es hin und wieder in den Provinzialstädten zu kleinen Reibungen, Schlägereien und dergleichen, welche zum Theil über Aufsteckung von polnischen Fahnen auf den Kirchthürmen entstanden. — Da nun in der Festung Posen auf Veranlassung des Kriegsministers der Belagerungszustand aufgehoben werden sollte, welcher auf den Handel und Verkehr durchaus keinen hemmenden Einfluß übt, auf die Haltung der Bevölkerung eher eine gute Wirkung hat, so haben Magistrat und Stadtverordnete gegen die Aufhebung petitionirt, und auch die beiden von dem konstitutionellen Klub, so wie vom Vaterlandsvereine ausgehenden Volksversammlungen haben eine gleiche Petition an das Staatsministerium beschlossen. — Die Nachrichten aus Wien dröhnen hier stark fort, obwohl die

Digitized by Google

Cholera hier sehr wüthet und die Gemüther also auch andrerseits in Anspruch genommen sind, weil man eine Erhebung in Krakau und Lemberg zu erwarten scheint. Der Kommandeur der Nationalgarde in der letzten Stadt, der ehemalige polnische Oberst Zaluski, hat sein Kommando niedergelegt, weil das Institut nicht „national" genug sei, der zweite Befehlshaber ist an seine Stelle getreten, von ihm erwartet man neue Organisationsmaßregeln.

Von der in unserem Orte am 8. Okt. stattgehabten Versammlung der Gymnasiallehrer haben sich die Polen gänzlich fern gehalten. Vom polnischen Mariengymnasium waren nur drei deutsche Lehrer zugegen, und das Gymnasium Ostrowo betheiligte sich gar nicht. Die gefaßten Beschlüsse sind sehr zeitgemäß und im Geiste des Fortschritts.

♂ **München**, 12. Okt. An dem heutigen Namensfest des Königs Max ist trotz dem herabströmenden Regen eine große Fest- oder Kirchenparade der Linie, Landwehr und sämmtlicher Freikorps abgehalten worden. König Max weilt gegenwärtig in Nymphenburg und hat seit der Rückkehr des Prinzen Karl von Frankfurt, der in Tegernsee sich aufhält, mehrere Konferenzen gehabt; was vermuthen läßt, daß der Reise des Prinzen nach der Mainstadt mehr als militärische Interessen zu Grunde gelegen haben. Es verdient übrigens alle Anerkennung, daß unsere Regierung um militärische Hilfe vom Sigmaringischen Landesfürsten angegangen, diese nicht anders als nach Inspiration von Frankfurt zusagen zu müssen geglaubt hat; das Infanterie-Leib-Regiment von hier wird am 10. d. M. in Sigmaringen eingerückt sein. — Die Nachrichten aus Wien halten unser Lesepublikum in vollem Athem; die Bevölkerung der Hauptstadt, obwohl in ihren unteren Schichten gern polternd, verhält sich durchaus ruhig. — Unsere schmale Demokratie hat gestern eine Ansprache an's Parlament abgehen lassen, welche mit etlichen tausenden Unterschriften hiesiger Einwohner bedeckt gewesen; die Ansprache belobt die Minderheit vom 16. Sept.; die Vorwürfe, welche der Mehrheit gelten, sind in etwas weichen Pfefferkuchen eingelegt, so daß jene sie wohl noch wird verdauen können. Die Ansprache hatte drei Tage hindurch auf dem Rathhaussaal und in der Studentenhauptwache aufgelegen. Alles bereitet sich zu den Wahlagitationen für den nächsten Landtag. Unser Bürgerverein, ein entschiedener Lenker der Meinung in den höheren und mittleren Gesellschaftskreisen, wie auch ein inspirirter Interpret der oberen Region, wird wohl zusammt der äußerst rührigen ultramontanen Partei den Sieg bei den Wahlen erringen. In Oberbaiern, Niederbaiern und Oberpfalz werden die Ultramontanen voran sein. Die Auflösung des europamüden alten Ade.schen Landtags sieht für Ende dieses Monats zu erwarten; vier Wochen werden wohl zur Wahlangelegenheit ausreichen; dann könnten wir in den ersten Decembertagen die neue Kammer von Angesicht sehen. Die Demokraten erwarten Außerordentliches; sie dürften sich sehr täuschen. — Endlich sind die deutschen Katholiken concessionirt durch Erlaß vom 8. d. M. Am 9. hielten sie in einem Gasthaussaal, in welchem in der Nacht vorauf die Dirnen gerast — das einzige Lokal, das sie um den schweren Preis von 60 fl. errungen hatten — ihren ersten Gottesdienst. Pfarrer Rauch aus Leipzig hielt eine treffliche Rede und der übergetretene Priester Domhof aus Ilmünster, welcher Seelsorger der jungen Anpflanzung ist, theilte das Abendmahl an etwa 50 Personen aus. Hundert und Etliche sollen die ganze Gemeinde ausmachen, die heute Abend ihre Gemeindeverfassung gründen wird. Nächsten Sonntag u. s. w. ist wiederum Gottesdienst in dem oben erwähnten Lokal. — Zwei Männer machen seit einiger Zeit hier von sich und zwar nicht im edelsten Sinne sprechen. Der ehemalige Großrath Bluntschli aus Zürich, der sich hier aufhält und wie es heißt an unserer Universität im Rechtsfach lesen wird und sein vieljähriger Kommis und Secretär der allzubekannte Friedrich Rohmer. Einige geistlose Blätter rühmen des letzteren neueste Brochüre, „die alte und die neue Büreaukratie, sammt einer Beurtheilung des gegenwärtigen Ministeriums in Bayern." Weder der eine noch der andere Theil enthält das geringste Neue. Lauter bekannte in Zeitungen besser gesagte Dinge. Das Treiben dieser beiden Männer in Zeitungen und Privatkreisen läuft auf die plumpste Selbstempfehlung für den höheren Staatsdienst hinaus. Während kaum ein Vernünftiger, der da weiß, daß Rohmer nicht einmal die Redaction eines bayerischen Blattes trotz zahlreicher Bewerbungen erhalten konnte — sich beirren läßt, träumen Ununterrichtete davon, Rohmer werde an's Staatsruder gelangen, eine Zeitung wie die Allgemeine fürchte diesen Brochürenschreiber und am nächsten Landtag werde er, der Retter und Beglücker Bayerns, als Stern erster Größe auftauchen.

= **Ulm**, 14. Okt. Nächste Woche soll dahier die Fahnenweihe stattfinden und man erwartet zu dieser Festlichkeit den Kronprinzen nebst der Kronprinzessin Olga. Ich höre jedoch, daß Letztere demnächst, vielleicht schon in einigen Tagen, eine Reise nach St. Petersburg unternehmen werde, und es gehen über den Grund dieser Reise die verschiedensten Gerüchte. — Reibereien und Insultirungen, die zwischen den Festungsarbeitern und österreichischen Kanonieren stattfanden, haben die Behörden veranlaßt, starke Patrouillen gehen zu lassen. Das österreichische Regiment Hoheneck, das man dahier erwartet, ist noch nicht angekommen. Es werden bereits von den neu einberufenen Beurlaubten wieder etwa hundert Mann von der Kompagnie entlassen, was auch rathsam sein dürfte. Denn dahier ist es stille und ruhig, und in Folge des Festungsbaues Handel und Wandel in gutem Gange.

Portugal.

Lissabon, 30. Sept. Das „Morn. Chroniele" bringt von hier folgende Mittheilung: Da man das Gerücht verbreitet hatte, daß zwischen dem Marschall Saldanha und dem Grafen von Tomar (Costa Cabral) ein Mißverständniß obwalte, so schrieb der Graf einen durch die Blätter veröffentlichten Brief, worin er versichert, daß die Bande zwischen ihm und dem Herzog unlöslich seien und daß seine (des Grafen) Ernennung zum Gesandten in Madrid statt in Paris das Ergebniß eines zwischen dem Grafen und den übrigen Ministern getroffenen Abkommens sei. Es ist mithin gewiß, daß der Graf als Gesandter nach Madrid geht, doch hat er seine Absicht ausgedrückt, nächsten Januar nach Lissabon zurückzukehren, um bei der Eröffnung der Cortes gegenwärtig zu sein. Durch die Zeitungen macht die Nachricht die Runde, daß die diesseitige Regierung dem Lord Palmerston Eröffnungen zum Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit England gemacht habe, auf der Basis des projektirten Vertrags vom 3. Juli 1843. Was aber bemerkenswerth ist: Lord Palmerston soll dieses Anerbieten abgelehnt haben, unter dem Vorgeben, daß diese Uebereinkunft für beide Länder nicht länger mehr nöthig sei.

Niederland.

* **Haag**, 10. Okt. Prinz Heinrich geht Morgen nach der Nieuwe Diep, um die Schiffe in Augenschein zu nehmen, welche die Truppen nach Batavia überfahren sollen. Bekanntlich beabsichtigen die Niederländer, nach den erlittenen Schlappen, ihr Ansehen im indischen Meer durch Waffengewalt wieder herzustellen. Bei günstigem Winde sollen bereits Morgen einige Schiffe aus dem Helder auslaufen.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 9. bis 15. Oktober.

Wenn wir in unserm letzten öffentlichen Berichte andeuteten, daß der Verkehr in Staatspapieren im Allgemeinen unter den Störungen politischer und bürgerlicher Unruhen leide, so gilt dieß ganz besonders von den Vorgängen der letzten Woche. Die Rückwirkung der Ereignisse in Pesth und Wien wirkte um so erschütternder auf die Preise österreichischer Fonds, als diese seit einiger Zeit mehr Gegenstand des Vertrauens geworden sind. Man gab sich gerne der Hoffnung hin, daß die Erledigung der italienischen und ungarischen Wirren in naher Aussicht stehe und die Stetigkeit der Wiener Börse trug zu dieser Ermuthigung wesentlich bei. Der Rückschlag war um so plötzlicher. Die Coursdifferenz betrug in der abgelaufenen Woche auf 5pCt. Metall. 8 Procent (65 à 73), auf 2½pCt. Metall. 4½pCt. (33⅓ à 38), auf Bankaktien circa fl. 100 (1085 à 1195), auf fl. 500 Loose 7 pCt. (110 à 117), auf fl. 250. Loose 8 pCt. (72 à 80), wobei zu bemerken ist, daß an den Börsen vom 13. und 14. die Notizen als nominell zu betrachten sind, da die Angebote nur auf sehr kleine Partien stattfanden und größere Posten durchaus nicht zu placiren waren. Zur Entwerthung der österr. Fondsgattungen trägt noch der Umstand bei, daß keine oder nur eine unbedeutende Contremine besteht, die bei früheren Konjunkturen dem raschen Fallen ein Gegengewicht hielt. Es ist nicht abzusehen, wohin die unglücklichen Verwickelungen in der österr. Monarchie, wenn nicht eine baldige Lösung eintritt, führen werden. Ein Krieg nach

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Reichstagszeitung gegen Zitz und Blum.) Prag (Aufforderung der böhmischen Reichstagsdeputirten.) Köln (Oesterreichische Rechtsgelehrte.) Königsberg (Cholera.) München (Zurückberufung der bairischen Gesandten. Hr. v. Herrmann. Die Wiener Nachrichten. Journalistik. Die Untersuchung gegen die Demokraten.) Hannover (Aufhören der hannöver'schen Gesandtschaften.) Aus Thüringen (Truppeneinmarsch.) Schleswig-Holstein (Der Verlust des deutschen Heeres in Schleswig-Holstein.)

Großbritannien. London (Die Minister. Der irische Hochverathsproceß. O'Brien begnadigt.)

Frankreich. Paris (Unterhandlungen wegen eines neuen Ministeriums. Der Präs. der Republik. Rückgängige Bewegung der Alpenarmee. Die italienischen und die österreichischen Angelegenheiten.)

Niederland. Haag (Cholera.)

Dänemark. Kopenhagen (Banks. Rüstungen. Reichstag.)

Börsenbericht aus Frankfurt (Vom 16. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 16. Oktober.

* Anstatt des Verfassungswerkes, womit heute endlich begonnen werden konnte, eine Tagesordnung so lang wie ein Theaterzettel und überwiegend ausgefüllt von persönlichen Widerwärtigkeiten. Daß eine so große Versammlung genöthigt ist, sich mit dergleichen kleinlichsten Angelegenheiten zu befassen! Die Sitzung wird von Heinrich von Gagern halb 10 Uhr eröffnet und wir erblicken die Zuschauerräume sowohl als die Plätze der Abgeordneten zahlreich und zeitig besetzt. Das Protokoll wird unter einer Unruhe verlesen, welche die herkömmliche Aufmerksamkeit des Hauses auf diesen Gegenstand noch bei weitem übertrifft. Unter den Austrittsanzeigen ist die von Compes aus Köln, die von der Versammlung mit Zeichen des Bedauerns aufgenommen wird. Ein Schreiben des Reichsministeriums erklärt den Belagerungszustand von Frankfurt von dem Tage an für aufgehoben, wo das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung hier und in der Umgegend in Kraft tritt. Der königl. niederländische Gesandte legt der Nationalversammlung eine Denkschrift über die Flußschifffahrtszölle vor, die an den volkswirthschaftlichen Ausschuß übergeht. Auch heute wieder eine bedeutende Liste von Flattenbeisteuern. Ein alter Soldat aus den Freiheitskriegen übersendet u. A. seinen ganzen Schmuck, aus zwei Ringen und einer Vorstecknadel bestehend.

Förster aus Hünfeld interpellirt im Sinne der Linken wegen Oesterreichs, Ungarns und der Wallachei.

Detmold aus Hannover fragt ebenfalls in Bezug auf Wien, aber in einem ganz entgegengesetzten Geiste, indem er hauptsächlich den Mord Latour's hervorkehrt.

Schmidt aus Löwenberg: Haben die „Flugblätter" unmittelbare Beziehungen zu dem Reichsministerium?

v. Reden richtet eine Reihe von Fragen an den Handelsminister in Betreff der Verhältnisse des Zollvereins und der von diesem neuerlich ergriffenen Zollmaßregeln.

Hierauf betritt der Reichsminister des Innern von Schmerling die Rednerbühne. — Wir übergehen seine Erörterungen soweit sie sich auf die auswärtigen Verhältnisse Deutschlands beziehen.

Die Centralgewalt habe es, erklärt er, als ihre Aufgabe betrachtet, in Oesterreich dahin zu wirken, daß der Bürgerkrieg, welcher sich entzündet, sobald als möglich beendigt werde, und daß auf friedliche Weise die entgegenstehenden Interessen zur Ausgleichung gebracht würden. Das einzige Mittel, welches bei der großen Entfernung Wiens möglich und angemessen, war die unverzügliche Bestellung von Reichskommissären, welche sich an Ort und Stelle von der Lage der Sache zu überzeugen und dann die zur Beendigung des Bürgerkriegs erforderlich scheinenden Maßregeln zu ergreifen haben.

Die Vollmacht dieser Kommissäre, der Herren Welcker und Mesle geht dahin, sich mit den Räthen der österr. Krone und, wenn erforderlich, mit dem Wiener Reichstage in Unterhandlung zu setzen. Reichstruppen sind für jetzt nach Oesterreich allerdings nicht beordert, allein sie können von den Kommissären sofort requirirt werden.

Johann's Berliner Wühlereverschwörung anlangend, so verliest Schmerling den Aufruf zur demokratischen Versammlung für den 26. Okt., worin gegen das Fortbestehen der Frankfurter National-Versammlung geradezu protestirt wird. Darauf hat das Reichsministerium an die preußische Regierung den Auftrag erlassen, den Berliner Kongreß sorgsam zu überwachen und jede etwaige Ueberschreitung der Gesetze mit aller Strenge zu bestrafen. Nachdem Schmerling's Mittheilungen unter dem Zeichen tiefen Eindrucks beendigt sind, nimmt Vogt von Gießen die Tribüne ein, um den Reichsminister von Schmerling in den härtesten Formen der „Censur" und des anmaßenden Eingreifens in die Rechte des Hauses zu beschuldigen, weil er den Tadel der Vogt'schen Interpellation in Bezug auf die Schweiz nicht geeignet befunden, um sich zu einer Antwort darauf gemüssigt zu fühlen. Ja, Herr Vogt scheut sich nicht, unter dem Jubel der Gallerie, die Warnung zu ertheilen, das Reichsministerium möge sich „solcher Streiche" künftig enthalten! Unerschöpfliche Anträge und die folgenden Interpellationen Venedey's, Wesendonck's, Schaffrath's, Schmidt's von Löwenberg, Mareck's und Anderer, schließen sich als Troß der vorangegangenen Bewegung Vogt's an und nöthigen der Versammlung ihre Zeit ab, bis es nach wiederholten Versuchen gelingt, das Vorschreiten zur Tagesordnung durchzusetzen. Zu bemerken ist zuvor die Erklärung des Justizministers v. Mohl auf Veranlassung der Detmold'schen Anfrage. Das Reichsministerium will sich zwar auf die Justiz- und Gnadensachen der Einzelnstaaten keinen unmittelbaren Einfluß erlauben. Allein es hat es für seine Pflicht erachtet, daß in Wien auf folgendes Moment aufmerksam gemacht werde, auf die Ungerechtigkeit nämlich, die für die Betheiligten selbst darin liege, wenn politische Handlungen in Einer Amnestie zusammengefaßt würden mit einem Verbrechen, wie die Ermordung des Grafen Latour.

Reh aus Darmstadt beantragt: über den ersten und dritten Punkt der heutigen Tagesordnung

1) Berathung des vom Abg. v. Lindenau, Namens des Ausschusses für Geschäfts-Ordnung, erstatteten Berichts über die vom Abg. Schaffrath und Genossen gegen den Vice-Präsidenten v. Soiron, als Vorsitzenden der Nationalversammlung in den Sitzungen vom 7. u. 8. Aug. l. J., angebrachten Beschwerden.

3) Berathung des vom Abg. v. Breuning erstatteten Berichts, Namens des Ausschusses für Beurtheilung des von den Abg. Schmidt aus Schlesien und Wiesner gemeinschaftlich in der Sitzung vom 5. Okt. 1848 gestellten Antrags, des dadurch hervorgerufenen Antrags des Abg. H. v. Gagern und des Verhaltens des Vorsitzenden, Vice-Präsidenten Simson.

ohne weitere Berührung derselben in der Hoffnung hinweg zu schreiten, daß sich ähnliche Vorfälle nicht wiederholen werden. Nachdem Hr. Reh seine Meinung in einigen Worten motivirt hat, wird darüber abgestimmt und die Versammlung entscheidet sich in der That für die Beseitigung der beiden Nummern. Mit Applaus wünscht sie sich sodann selbst Glück zu diesem mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusse.

Nach der unerwartet leichten Erledigung obiger beiden Punkte versucht Eisenmann auch den Punkt unter Nr. 2 der heutigen Tagesordnung, nämlich Langerfeldts Bericht über die wider mehrere Mitglieder der Nationalversammlung einzuleitende Untersuchung, durch eine rasche Abstimmung zu überwinden. Allein der Widerspruch gegen dieses Ansinnen ist allgemein und

Zimmermann von Stuttgart erhält das Wort, um mit langgezogener Leichenbittermiene kürzlich den Tod Lichnowsky's und Auerswald's, und darauf desto länger das traurige Schicksal seiner politischen Freunde von der äußersten Linken zu beklagen, die so grimmig, so allgemein und so ungerecht verdächtigt würden. Eine Wendung gegen einen Raben, der sein Gekrächze für einen Schwanengesang ausgegeben habe, veranlaßt eine zurechtweisende Unterbrechung von Seite des Präsidenten und den Ruf der Versammlung: zur Sache. Zimmermann's Verlangen ist, daß die Versammlung zur Einleitung der Untersuchung ihre Erlaubniß versagen solle.

Plathner streng und schneidend dagegen: Es ist eben im Interesse der Angeklagten, daß sie von dem auf ihnen lastenden Verdachte durch ein freisprechendes Erkenntniß gereinigt werden, und somit ist die Untersuchung auch im Interesse der Nat.-Vers.

Vogt, drohend, höhnend und mit ätzender Ironie, unterscheidet einen juristischen und politischen Standpunkt der Frage. Nur von dem letzteren will er reden, und von diesem aus findet er, daß die Aufregung und die Revolution niemals herkomme von

Digitized by Google

ihren Leitern, sondern vielmehr von Denen, gegen die sie gerichtet sei. Wer also bringe das Volk jetzt zur Verzweiflung und zu den Waffen? Das Gericht, welches die Untersuchung beantragt, hat sich ebenfalls nicht auf den juristischen Standpunkt, sondern auf den politischen gestellt. Wischen Sie den 18. Sept. hinweg und es wäre ihm niemals ein solcher Antrag in den Sinn gekommen. Die Brutalitätrn der Revolution sind nur eine von oben nach unten durchsickerte Brutalität Derjenigen, die ihr ganzes Leben hindurch zur Ordnung und Ruhe aufgewiegelt haben. Mit Kartätschen greift man das Volk an — so greift denn das Volk zu seinen Mitteln — Latour, Lichnowsky. (Beifallsklatschen links; Pfui von der Rechten.) Der Redner schließt mit der Erinnerung an das Benehmen der französischen National-Versammlung gegen Louis Blanc, Caussidiere und Ledru Rollin, und das Verfahren gegen die letzteren bittet er sich zum Muster zu nehmen. Nachdem Vogt unter dem lauten Beifalle seiner Partei von der Bühne getreten, erscheint

Bassermann auf derselben. Er versteht Aktion und Reaktion anders als Vogt, und deckt sicher und schonungslos die Trugschlüsse der Gegenpartei auf, welche die Tyrannei einer Minderheit unter dem Namen der Freiheit proklamiren will. Seinen Worten bleibt die Versammlung ihren ermunternden Beifall nicht schuldig. Die Linke nähme es übel, sagt er, mit den Mördern Lichnowsky's in irgend welche Verbindung gesetzt zu werden. Allein in den Versammlungen, wo man den Mördern Lichnowsky's und Auerswald ein Hurrah gebracht, eben dort habe auch allemal das zweite Hoch der Linken gegolten. Wem arbeiten diese Erschütterungen in die Hände? Unsern Feinden. Und was wird aus ihnen hervorgehen? Ein armes zerrissenes Vaterland. (Tiefe Bewegung, großer anhaltender Beifall.)

Schaffrath mag ein geschickter Ankläger sein; ein glücklicher Vertheidiger ist er nicht. Er sprach nach Bassermann, und seinem Vortrage folgte eine Rede Edel's von Würzburg. Schaffrath eiferte natürlich gegen die Inklageversetzung, während sich Edel für den Ausschußantrag erklärte. (Schluß f.)

§ **Frankfurt**, 14. Okt. In der heutigen deutschen Reichstagszeitung findet sich ein Artikel, überschrieben: „die Freiheit der Soldaten", in welchem sich der Verfasser für Wahl der Obern durch die Soldaten selbst ausspricht. Der Verf. nimmt die höheren Offiziere nicht aus; es scheint also ungefähr das Verhältniß sein zu sollen, als wenn die Eisenbahnarbeiter die Ober-Ingenieure zu wählen hätten, was man bis jetzt auch noch nicht versucht hat. Ob der Verf. die Soldaten für etwas Anderes als den Krieg bestimmt, wodurch sein Vorschlag erklärlicher würde, sagt er nicht. Sehr auffallend ist aber der Schluß: „Den Bürgern aber liegt die Pflicht ob, immer und bei allen Gelegenheiten des armen noch in Unmündigkeit schmachtenden Soldaten zu gedenken, seine heiligen Rechte für ihn zu fordern, wo es irgend möglich ist, die Hand zu bieten, daß dem Soldaten sein hartes Loos erleichtert werde, die Opfer nicht zu scheuen, die eine durchaus nothwendige bessere Bezahlung des Soldaten erheischt und in jeder Beziehung dazu beizutragen, daß die Kluft, welche man künstlich zwischen Bürger und Soldaten aufreißt, ausgefüllt werde. Alles, was in dieser Beziehung geschieht, trägt reichen Lohn dadurch, daß die traurigen und entsetzlichen Scenen des Bürger- und Bruderkrieges aus unserm Vaterlande verschwinden werden." Das Auffallende liegt darin, daß die Reichstagszeitung mit dieser Anspielung auf die Vorgänge in Mainz sich offenbar gegen Zitz und Blum ausspricht, welche dort die Kluft nach Kräften vergrößert haben, und überhaupt jede Gelegenheit nehmen, die Soldaten als „deethierte Söldlinge" oder „entmenschte Soldateska" darzustellen.

Prag, 10. Okt. Heute ist folgende Bekanntmachung erschienen: Wir gefertigten Reichstagsdeputirten ersuchen unsere parlamentarischen Meinungsgenossen aller im Reichstage vertretenen österreichischen Länder zu einer Besprechung über die zur Sicherung der parlamentarischen Verhandlungsfreiheit und der ungefährdeten Existenz des konstituirenden Reichstags im Interesse der Gesammtmonarchie zu treffenden Maßregeln sich am 20. Okt. d. J. zu Brünn in Mähren zuverlässig einzufinden. Prag, 10. Okt. 1848. Palacky. Rieger. Pinkas. Tyl. Stanek. Hammernik. Krat. Kratochwil. Nedesky. K. Hawlicek. Kaubek. Sedmy. Stiebig. Schönhansl. Mocel. Pulpan. Wezniky. Jelen. Reichert.

Dr. Brauner.

Köln, 14. Okt. Die österreichischen Rechtsgelehrten, welche schon seit längerer Zeit hier lebten, um sich mit dem mündlichen und öffentlichen Verfahren in allen seinen Zweigen vertraut zu machen, haben uns, nachdem ihnen die Nachricht der Wiener Ereignisse geworden, plötzlich verlassen. Sie waren begeistert für unser Rechtswesen. Je nachdem sich die Angelegenheiten in Oesterreich gestalten, gedenken sie im Frühjahre wieder zurückzukehren, um ihre Studien und Beobachtungen fortzusetzen. (K. Z.)

* **Königsberg**, 10. Okt. Die Cholera wüthet hier dermaßen, daß selbst die Streitigkeiten der Parteien für den Augenblick schlummern. Leider ist auch unser Oberbürgermeister Krah von der Seuche hingerafft worden.

München, 10. Okt. Die Zurückberufung der Baierischen Gesandten und Geschäftsträger an auswärtigen Höfen soll nun in der That bereits eingeleitet, nach Einigen sogar schon bewerkstelligt sein. Wie es heißt, will Baiern lediglich am hellenischen Hofe noch einen Separat-Repräsentanten beibehalten, was in Hinblick auf die nahen verwandtschaftlichen Verhältnisse weder von der Centralgewalt noch von den baierischen Kammern beanstandet werden mag. (D. k. Z.)

♂ **München**, 14. Okt. Gestern Abend brachten die Freunde und der Anhang des hier auf Besuch weilenden Ministerialraths v. Herrmann, ehemal. Vicepräsidenten im Parlament, demselben einen äußerst glänzenden Fackelzug, zum Zeichen ihrer Verehrung. Der Fackelzug galt dem Manne der Linken, wie der vortretende Redner bemerkte, die allein des deutschen Volkes Herz versteht und vertritt. Der Gefeierte versicherte feststehen zu wollen in der in Frankfurt behaupteten Bahn. Die aus Wien hier eingehenden Nachrichten setzen fast alle Parteien in Flammen; eine jede hofft je nach ihrer Weise und am Ende macht irgend ein Zwischenfall alle sich täuschen. An diesen Kämpfen, die in den Eingeweiden Oesterreichs wühlen ersieht man, wie krank der Staatskörper schon seit Jahren gewesen, und wie nur die außerordentlichsten Mittel im Stande gewesen sind, den im Innern tobenden Vulkan vom Ausbruch zurückzuhalten. Es ist doch eine belehrende Erscheinung, daß die beiden scheinbar konservativsten deutschen Großstaaten der neuen Bewegung am tiefsten und wie es scheint fast unheilbar erliegen müssen. — Unsere demokratische Bewegung ist nun durch drei Organe hierorts vertreten: die „deutsche konstitutionelle Zeitung", das „Vorwärts" und das neueste begründete „freie Wort". — Die in so hohen Mißkredit der Regierung ausgeschlagene Untersuchungssache ist noch nicht zu Ende. Sensburg, der Redakteur des Vorwärts, ist noch immer in Haft, und die mit gerichtlichem Beschlag belegten Papiere der aus persönlicher Haft entlassenen 8 Demokraten sind diesen noch nicht zurückgestellt.

Hannover, 11. Okt. Die hier erscheinende Volkszeitung, redigirt von Dr. Mensching, theilt mit, daß die hannover'sche Regierung baldigst sämmtliche Gesandtschaften an deutschen und außerdeutschen Höfen abberufen werde. Es ist sehr zu wünschen, daß diese Nachricht sich bald bestätige; neben der Mißachtung, welche die Centralgewalt noch im Auslande erfahren muß, so lange Gesandte der einzelnen Staaten dort neben den Reichsgesandten verhandeln dürfen, ist auch der Geldpunkt bedeutend. Die Gesandtschaften Hannovers haben in den Jahren seit 1816 nahe an 2 Millionen gekostet, eine Last, die nun getragen werden mußte, um adeligen Familien Sinecuren zu schaffen. — Die Berathung der Abgeordneten von Gymnasien und höheren Bürgerschulen unseres Landes ist vorigen Sonnabend geschlossen, die Protokolle derselben sollen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Unter andern Beschlüssen ist auch der bemerkenswerth, daß künftig alle Titel der Lehrer, mit Ausnahme des Titels Direktor, wegfallen sollen. — Eine Verfügung des Gesammtministeriums bestimmt, daß die Vergütungen der Reisekosten für die im Civildienste Angestellten wesentlich ermäßigt werden sollen.

* Nach Thüringen sind neue Truppen von Hamburg herbeigerufen. Nur durch rasche Truppenbewegungen können die aufgeregten und widerspenstigen Bauern im Zaume gehalten werden, welche unter Republik nichts Anderes verstehen, als Steuerfreiheit.

Schleswig-Holstein. Von den unter dem Bundesfeldherrn vereinigt gewesenen deutschen Truppen sind im Kriege gegen die Dänen 1) auf dem Kampfplatz gefallen: 8 Offiziere,

Digitized by Google

11 Unteroffiziere, 95 Mann, zusammen 114. Unter diesen waren 6 Offiziere, 8 Unteroffiziere, 60 Mann, zusammen 74 Preußen. 2) Verwundet überhaupt: 47 Offiziere, 53 Unteroffiziere, 626 Mann, zusammen 726. Unter diesen waren 27 Offiziere, 31 Unteroffiziere, 387 Mann, zusammen 445, Preußen. Vermißt sind außerdem circa 100 Mann. In den Lazarethen in Schleswig, welche die bedeutendsten waren, haben nach und nach 6000 Kranke gelegen. Davon sind nur 65 gestorben und zwar 54 an ihren Wunden (⅙ von diesen waren Dänen). An schwer Verwundeten sind in den schleswig'schen Lazarethen 73 behandelt worden, welche durch Amputation einzelne Gliedmaßen gänzlich oder zum Theil verloren haben. Davon 41 aus dem Gefecht bei Schleswig, 32 aus den weiter nördlich vorgefallenen Gefechten.“

(S.-H.Z.)

Großbritannien.

London, 12 Oktbr. Lord J. Russell hat Schottland wieder verlassen und befindet sich gegenwärtig zu Carlisle. Der Schatzkanzler ist bereits aus Nord-England wieder zurück. — Nach Berichten aus Clonmel vom 10. wurde an diesem Tage die Procedur gegen M'Manus fortgesetzt. Der Generalanwalt hatte der Gattin S. O'Brien's und seinen nächsten Verwandten angezeigt, daß die Regierung nicht beabsichtige, das Todesurtheil vollstrecken zu lassen. Für sein Leben ist somit nichts zu befürchten. Am Vorabend waren zwei der Anklagezeugen auf der Straße angegriffen, die Thäter aber sofort von der Polizei verhaftet worden. Sobald S. O'Brien dies erfuhr, sprach er in einem Schreiben an Hrn. Potter angelegentlichst den Wunsch aus, daß weder der Jury noch den Zeugen, durch deren Mitwirkung er verurtheilt worden, irgend eine Beleidigung oder Unbill angethan werde. Wegen Meagher's soll die Behörde sehr in Verlegenheit sein, weil die wieder ihn vorliegenden Ueberführungsbeweise seine Schuldsprechung nicht zu sichern scheinen. Er soll daher zuletzt vorkommen oder vielleicht in der jetzigen Gerichtssession gar nicht abgeurtheilt werden. — Zu Belfast hat man einen gewissen Reilly wegen Hochverraths verhaftet.

Frankreich.

△ **Paris**, 13. Oktbr. In der vorgestrigen Sitzung der N.-V. wurde der Antrag Hypothekarscheine mit Zwangscours im Betrage von 2000 Millionen auszugeben, mit 578 gegen 210 Stimmen beseitigt, ohne daß die einzelnen Artikel des Projekts zur Abstimmung gebracht werden sollten. Das im Jahre 1832 erlassene Verbannungsdekret gegen die Napoleoniden wurde aufgehoben, und heute schon enthält der Moniteur diesen Beschluß. Das Cabinet erlitt eine halbe Niederlage, indem der Antrag des Abgeordneten Xavier Durrieu, nach welchem auch während des Belagerungszustandes kein Journal suspendirt werden darf, nach der berichtigten Zählung mit einer Mehrzahl von nur 4 Stimmen (339 gegen 335) durch die Vorfrage beseitigt ward. General Cavaignac trat hierauf mit dem Kind der Straße Poitiers in Unterhandlung, welcher folgende Ministerliste vorschlug: Inneres Dufaure, auswärtige Angelegenheiten General Bedeau, Justiz Vivien, Finanzen Achille Fould, Krieg Lamoricière, öffentlicher Unterricht Fallour u. s. w. Der General fand jedoch Bedenken ausschließlich Männer dieser Ansicht in sein Kabinet zu nehmen. Abends hieß es, Dufaure werde die Finanzen oder die öffentlichen Arbeiten, Gustav von Beaumont das Ministerium des Innern übernehmen. Andere behaupten Armand Marrast, der gegenwärtige Präsident der N.-V., sei mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt, und werde selbst die inneren Angelegenheiten übernehmen. Bis jetzt ist noch nichts entschieden. Der National hatte selbst gestern angezeigt, die neue Ministerliste werde heute im Moniteur erscheinen, aber es ist nicht der Fall. Gestern wurden die Paragraphen 46 bis 52 des Verfassungsentwurfs angenommen, welche dem künftigen Präsidenten des Freistaats so ziemlich die ganze Exekutivgewalt einräumen. Er hat selbst das Recht zu begnadigen, jedoch nur nach Anhörung des Staatsraths. Ihm steht es zu, Gesetze vorzuschlagen, die von der Versammlung angenommenen muß er, wenn sie für dringlich erkläre wurden, binnen drei Tagen, wo nicht binnen vier Wochen promulgiren, und hat in letzterem Falle das Recht, der Versammlung innerhalb dieser Frist Gegenvorstellungen zur beliebigen Beachtung vorzulegen. Er verhandelt und beschließt Verträge, zu deren Gültigkeit jedoch die Zustimmung der Versammlung erforderlich ist. Zu Kriegserklärungen muß die Nationalversammlung zuvor einwilligen, die Armeen darf er nicht kommandiren.

Alle Anträge, welche der Versammlung das Recht einräumen wollten, ihn ablezen zu können, wurden zurückgewiesen. Hingegen wurde er, eben wie die Minister, auch verantwortlich erklärt, sie können unter bestimmten Formen, bei der haute cour de justice (einem eigens für ähnliche Fälle zu bildenden Gerichtshofe) angeklagt, von derselben verurtheilt und dann nur von der Nat.-Vers. begnadigt werden.

Das Gehalt des Präsidenten wurde auf 600,000 Franken festgestellt. Heute wurden nun die weiteren §§. (62—66), welche die Befugnisse des Präsidenten feststellen nach dem Vorschlage der Kommission, §. 67 jedoch mit der Abänderung angenommen, daß der Präsident der Nationalversammlung drei statt, wie beantragt war, vier Kandidaten vorschlägt, aus welchen der Vicepräsident gewählt wird, und daß dieser letztere bis zum sechsten Grade nicht mit dem Präsidenten verwandt sein darf, was besonders gegen die Napoleoniden gerichtet ist. Hierauf begann die Verhandlung über das folgende Kapitel den Staatsrath betreffend, aus welcher wir nur bemerken, daß Crémieux' Vorschlag den ganzen Artikel zu streichen, mit großer Mehrheit abgelehnt ward. Die Begebenheit der heutigen Sitzung war der Antrag des Generals Cavaignac, die Versammlung möge eine Kommission ernennen, der die Regierung alle auf den Belagerungszustand von Paris Bezug habende Mittheilungen machen werde, und welche dann der N.-V. einen Bericht abstatten möge, in dessen Folge dieselbe über die Aufhebung oder den Fortbestand dieses Zustandes entscheiden möge. Der Abgeordnete Clément Thomas fragt, ob die Kommission mit dem alten oder dem neuen Kabinette zu verhandeln haben werde. Der General erwiedert, er werde pflichtgemäß die Anzeige machen, wenn das Ministerium geändert werde, bis dahin bleibe Regierung was bisher Regierung gewesen wäre. Ein anderer Abgeordneter, Laborière, will die Frage ohne Kommission von der Versammlung erledigt wissen, aber die Versammlung nimmt den Antrag des Generals Cavaignac mit großer Mehrzahl an, und die Kommission wird Morgen um 11 Uhr in den Bureaux ernannt werden. Gleichzeitig haben mehrere Abgeordnete einen Antrag eingebracht, vermöge dessen der Exekutivgewalt nur bei offenem Aufruhr oder Bürgerkrieg das Recht eingeräumt wird, Journale zu suspendiren.

Die Alpenarmee hat eine rückgängige Bewegung gemacht, um die Winterquartiere zu beziehen; doch ist den Offizieren, welche um Urlaub baten, derselbe verweigert, und ihnen aufgegeben worden, in der Nähe ihrer Korps zu bleiben. — In Limoges ist das projectirte rothe Bankett nicht zu Stande gekommen. Trotz aller Bemühungen gelang es kaum 150 Unterschriften zu erhalten. — Von vielen Departementalkonseils gehen Vorstellungen gegen die in dem Verfassungsentwurfe vorgeschlagene Abschaffung der Stellvertretung beim Heere ein. Es werde dadurch vielen Armen eine einträgliche und ehrenvolle Erwerbsquelle entzogen, und jungen Leuten, welche zur Versorgung ihrer Familien auf von dem Gesetze nicht vorhergesehene Weise unentbehrlich wären, zu nahe getreten. —

Die Nachrichten aus Wien haben hier großes Aufsehen und beim Kabinet den Entschluß hervorgebracht, in der italienischen Angelegenheit mit großer Entschiedenheit aufzutreten. Die äußerste Linke der National-Versammlung bereitet in aller Stille ein Manifest vor, das sie, um der geringeren Verantwortlichkeit der Einzelnen willen, mit tausenden von Unterschriften bedecken lassen will, und womit sie plötzlich donnernd hervorzutreten gedenkt. Wir werden sehen, ob das reifer gewordene öffentliche Urtheil hierdurch geblendet und verleitet werden kann. — Der Moniteur du Soir theilt aus Neapel mit, am 28. Sept. habe ein Kurier der russischen Gesandtschaft zu London eine Note von Baron Brunnow an Lord Palmerston gebracht, des Inhalts, jede Einmischung Frankreichs und Englands in die Angelegenheiten Siciliens würde von Rußland als eine Kriegserklärung betrachtet werden. Der König von Neapel hätte seinerseits frische Truppen nach Messina hingesandt, um die Drohungen des franz. und engl. Admirals auf die Probe zu stellen.

Mit dem eintretenden neuen Schuljahre soll, nach einem Beschlusse des Ministers des öffentlichen Unterrichts, welchen der Moniteur heute mittheilt, in allen höheren und gelehrten Schulen die Geschichte Frankreichs und Europa's während der Revolution, des Consulats und des Kaiserreichs einen besonderen Curs bilden.

Digitized by Google

Nach dem neuesten wöchentlichen Berichte der Bank von Frankreich hat sich das Portefeuille in Paris von 71½ Million auf 69,157,219 in den Departementen von 115 auf 111 Million Franken vermindert. Die „leidenden" (illiquiden) Wechsel belaufen sich schon seit geraumer Zeit auf die enorme Summe von 24 Million Franken. Protestirt wurden vorige Woche für 1 Mill. weniger Wechsel als in den früheren. Das Verhältniß des baaren Geldes zu den Banknoten ist günstig, 229 Millionen sind baar vorräthig. Die Scheine betaufen sich im Ganzen auf 390 Millionen. Der Wohlstand hat sich noch immer nicht nach Wunsch gehoben, 50,000 Wohnungen stehen leer, die theueren wären fast gar nicht zu vermiethen, wenn nicht neuerdings viele reiche Engländer aus Furcht vor der Cholera nach unserer Stadt kämen, um länger daselbst zu verweilen. — Der Mensch, der sich neulich im Vorsaal der Nationaloersammlung so gemein betrug, heißt Theuard und war, wie wir hören, längere Zeit Vicepräsident des Blanquiklubs. — Der Klub der Straße Poitiers soll, nach der Union, einstimmig beschlossen haben, Marrast nicht mehr als Präsidenten der National-Versammlung zu wählen, sondern die Stimmen auf Dusaure zu übertragen, was freilich nicht möglich sein wird, wenn dieser Letztere in das Ministerium tritt.

Sämmtliche hiesige Blätter besprechen die Ereignisse in Wien je nach ihrer Farbe. Das Blatt Lamartines (le Bien publie) sagt, die östrreichische Monarchie haben ihren 10. August erlebt, der Reichstag sei permanent, ein Wohlfahrtsausschuß errichtet, die Republik angebahnt. Frankreich gewinne hiedurch den Frieden, und Italien seine Unabhängigkeit. In dem Rathe, diese Begebenheiten zu Gunsten der französischen Republik zu benutzen, sind alle Blätter einig und das „Siècle" kanzelt unser Kabinet im voraus ab, weil es vermuthet, dasselbe werde nicht genug Vortheil für Frankreich daraus ziehen.

Die diesige Municipalität beaufsichtigt sowohl den Nationalgardisten der Departemente, welche im Juni der Pariser Bürgerwehr so kräftig in dem Kampf gegen die Anarchie zur Seite standen, als den englischen und belgischen Behörden, die unsere Deputationen so freundlich aufnahmen, ein großes Fest zu geben. Sie verbindet den Nebenzweck damit, durch die Menge von Fremden, welche dadurch nach unserer Stadt kommen würden, Handel und Verkehr neu zu beleben.

Paris, 12. Okt. — Stand der Renten: 5% Ct. 69. —; 3pCt. 44. 25; Neue —. —; Neapol. —. —; Bankactien 1570; Span. 5pCt. (Ardoins) — —; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer 95. —; Paris-Orleans 628. 75; Paris-Rouen 382. 50; Orleans-Bordeaux 373. 75; Orleans-Vierzon 238. 75; Rouen-Haore 185. —; Marseille-Avignon 182. 50; Straßburg-Basel 83. 75; Nordbahn 365. —; Paris-Lyon 362. 50; Paris-Straßburg 337. 50; Römisches Anlehen 63¾.

Die Nachrichten aus Wien brachten einen Rückgang hervor, der am Anfange der Börse die 5pCt. Rente bis auf 68. 55 herabdrückte, aber der günstige Bericht des Finanzministers über unsere Finanzlage wirkte im entgegengesetzten Sinne, so daß die Course am Ende der Börse nur wenig niedriger blieben, als gestern.

(Vom 13. Okt.) 5pCt. 68. 95; 3pCt. 44. 25; Bankaktien 1570; 5pCt. Span. (Ard.) 23¾ à ⅝; St. Germain Eisenbahnaktien 300; Versailles, linkes Ufer 95; Paris-Orleans 626. 25; Paris-Rouen 387. 50; Orleans-Bordeaux 373. 75; Marseille-Avignon 185; Straßbueg-Basel 83. 75; Nordbahn 661. 25; Paris-Straßburg 336. 25; Röm. Anleihen 63.

Die Course blieben ungefähr wie gestern, mit einer kleinen rückgängigen Bewegung, in Folge der Wiener Nachrichten.

Madrid, 7. Okt. (Börse). 3pCt. Rente 19⅛ P. (Nach der Börse 19 à 19⅛ G.) 5pCt. 10 P. (Nach der Börse kein Geschäft). Passive 3¾. P. (Nach der Börse 3⅝ G.)

Niederland.

Haag, 12. Okt. Die erste Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die zwölf Gesetz-Entwürfe zur Verfassungsrevision angenommen. — Das „Handelsblad" meldet, daß sich in Amsterdam einzelne Fälle der asiatischen Cholera ereignet haben.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. Okt. (B. H.) Man freut sich, daß dieser Tage die erste Sendung von 6000 Stück von den im Auslande konfrahirten 30,000 Stück neuer schöner Gewehre angekommen sind, und daß die vielen Rekruten mit deutschem über Lübeck spedirtem Tuch bekleidet werden. — Nach den zum Reichstage gewählten Mitgliedern zu urtheilen, wird es in diesem bunt aussehen; und werden auch Einzelne der Vernünftigeren für versöhnende Lösung der schlesw.-holst. Frage stimmen, so ist solches doch keineswegs von der Mehrzahl zu erwarten.

Hr. Banks wurde am 8. d., nachdem er auf dem Christiansberger Schlosse vom Könige empfangen war, zur königl. Tafel gezogen. Er will die Eröffnung des Reichstages (am 23. Okt.) abwarten.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 16. Okt.

5% Met. 65¼ G.; 2½% ditto 34¾ G.; Bankakt. fl. 1100 G.; fl. 500. Loose 109½ à 110 G.; fl. 250. ditto 72 G.; Bad. fl. 35. Loose 24⅝ G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 24½ G.; Poln. fl. 500 Loose 65¾ G.; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40⅝ G.; Berbach 66 G.; 3% inländ. Spanier 17⅜ G.; 4½% Würt. 90¾ G.

Die heutige Börse war sehr animirt. Es sollen durch außerordentliche Gelegenheit günstigere Nachrichten aus Wien eingetroffen sein, die eine friedliche Beilegung der dortigen Zustände in Aussicht stellen. Für die notirten Course zeigten sich wohl Käufer, allein wenige Abgeber und somit war der Umsatz beschränkt. Wechselcourse ohne Veränderung.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 16. Okt.

Der Schluß der Verhandlung wird hier ausgesprochen, den Angeschuldigten jedoch ausdrücklich neben dem Berichterstatter das Wort vorbehalten und Zitz eröffnet die Reihe der persönlichen Vertheidigungen. Er nennt den wider ihn erhobenen Verdacht einen heuchlerischen und intriguanten. Zwischen der „Fraktur" zu der er anstatt der Adressen auf der Pfingstweide aufgefordert und den Vorfällen des 18. Sept. findet er keinen Zusammenhang. Hr. Sepp, das Mitglied dieser Versammlung, der Hauptzeuge gegen den Redner, sei ein frommer Mann, der seiner Erscheinung nach nie absichtlich lügen werde, aber das Vorurtheil habe ihn verblendet. Zitz ist ein echter Rheinländer von hoher breitschulteriger Gestalt und sein Vortrag hat ein geläufig schallendes, die advokatorische Uebung verrathendes Wesen. Ihm folgt der Schlesier Schlöffel, ein mehr als sprödes Naturell, dem nichts unerträglicher wäre als der Begriff der Gnade. Er entwickelt eine so eigenthümliche Ansicht vom Staate, daß es vor der Hand noch gar keinen Staat für ihn gibt.

Schlöffel fühlt sich offenbar mit dem äußersten Behagen in dem Falle, die Versammlung ungestört mit den ausführlichsten Persönlichkeiten unterhalten zu dürfen. Daher geht er den Zeugenaussagen bis in alleinr kleine Einzelnheiten nach und sucht Widersprüche darin auf oder Anknüpfungen zu Spaßmachereien, wie sie weder des ernstrn Gegenstandes, noch der Versammlung würdig sind.

Mit einer schweren Anschuldigung wider den Reichsminister von Schmerling verläßt Schlöffel so eben (¼ auf 3 Uhr) die Tribüne und Simon aus Trier besteigt dieselbe. Die Abstimmung ist sodald noch nicht zu erwarten und v. Schneer hat überrieß auf namentliche Abstimmung angetragen. Wir geben daher den Schluß der Sitzung im morgenden Stücke.

***Wien**, 12. Oktbr. Nachmittags 3 Uhr. Zum Kampf ist es noch nicht gekommen. Auersperg's auf Entwaffnung des Proletariats gestellte Forderung wurde zurückgewiesen. Der Graf hat sich mit Jellacic vereinigt. Um die ganze Stadt sind Barrikaden gebaut, hauptsächlich in der Wiedner Vorstadt. Von dem Stephansthurm will man im Rücken der Kroaten brennende Dörfer und den Rauch von Kanonen wahrgenommen haben, was auf ein Gefecht zwischen den Ungarn und Kroaten schließen läßt. Löbner hat telegraphirt, daß er noch an demselben Tage eine Audienz beim Kaiser haben werde. Einem Schreiben aus Prag zufolge soll Windischgrätz von den Pragern aufgefordert worden sein, gegen Wien zu marschiren.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich 2 fl. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. L. Itzo-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 279. **Frankfurt a. M., Dinstag 17. October.** **1848.**

Uebersicht.

Die französische Politik und der europäische Krieg.

Oesterreichs Zerfallen und die deutsche Centralisation.

Deutschland. Frankfurt (Die Mißtrauensvoten an die Abgeordneten.) Wien (Der Gemeinderath. Sitzung des Reichstags. Nachrichten aus Prag. Schreiben Auersperg's. Der Kaiser in Mähren. Minister Dobelhoff.) Prag (Rüstungen gegen Wien.) Am Rhein (Versammlung deutscher Bischöfe.) Berlin (Annahme des Bürgerwehrgesetzes. Erlaß des Justizministers. Marine-Kammission. Der König.) Königsberg (Rupp. †) München (Thätigkeit der gesetzgebenden Ausschüsse. Herr v. Beisler und seine Wähler.) Von der Bergstraße (Die Demolierung der Eisenbahn.) Algey (Verurtheilung in Preßsachen). Aus Oberhessen (Versammlung von konstitutionellen Vereinen.) Luxemburg (Eröffnung der Kammer.) Oldenburg (Der Landtag. Die Civilliste.) Lübeck (Der Aufruhr. Oldenburger Truppen eingerückt.) Hamburg (Ergebniß der Wahlen.)

Großbritannien. London (Eindruck der Wiener Katastrophe. Die Cholera.)

Frankreich. Paris (Das neue Ministerium. Angriffe gegen dasselbe in und außer der N.-V. Die Verfassung. Neueste Nachrichten.)

Spanien. Madrid (Die aufständischen Bewegungen. Freundschaftliche Verhältnisse mit Frankreich. Die San Fernando Bank. Freundschaftliches Benehmen der französischen Regierung.)

Italien. Livorno (Straßenlärm.) Turin (Die englische und französische Vermittlung. Kriegsgerüchte. Unterhandlung mit Frankfurt. Nachrichten aus mehreren italienischen Städten.)

Schweiz. Lugano (Die Grenzsperre aufgehoben.)

Niederland. Haag (Das neue Grundgesetz. Rüstungen auf Java. Die Grundgesetzdurchsicht beendet. Amsterdam (Die neue Konstitution.)

Börsenbericht von Paris (Vom 14. Oktober.)

17. October.

Die wichtigen Verhandlungen der französischen Nationalversammlung über die schwierigsten Punkte des neuen Staatsrechts beweisen die Nothwendigkeit eines fortdauernden Friedenszustandes. In dem ersten Stueme sind so leicht Prinzipien hingeworfen worden, wie die des allgemeinen Wahlrechts und eines auf drei Jahre zu wählenden Präsidenten der Republik. Sie erinnerten an die 1830 ebenso unüberlegt gegebenen Zusagen einer unbegrenzten Lehrfreiheit und andere, deren Schwierigkeiten sich erst südbar machten, als sie ausgeführt werden sollten. Jetzt beben auch die reinsten Republikaner vor den Gefahren des allgemeinen Stimmrechts zurück; noch mehr aber scheint ihnen die allgemeine Wahl des Präsidenten gefahrbringend. Ist sie es in der Gegenwart durch die Prätendenten, so möchte sie es noch mehr in der Zukunft werden, wenn das große Land sich nach den verschiedenen Interessen, Gewohnheiten, Bildungsstufen in politische Zonen theilen sollte. Wenn die mittäglichen Departemente sich jetzt für den Bourbonen, die nördlichen und östlichen für den Napoleoniden entscheiden, und vielleicht die Differenz nur einige tausend Stimmen beträgt, wird nicht in der Stärke der Stimmenzahl die Versuchung nahe liegen, von diesen Massen Gebrauch zu machen, und Frankreich einer polnischen Anarchie anheim fallen? Die Bergpartei scheint noch schneller diesem Ziele zueilen zu wollen: ihre Zeitungen predigen für die Wahl durch die Nationalversammlung, wahrscheinlich in der Hoffnung, den so Gewählten von vorn herein unpopulär zu machen und in demselben Strudel den Präsidenten und die Versammlung untergehen zu lassen.

Diese Bestrebungen können aber nur in dem innern Frieden bekämpft werden; freilich möchte wohl ein glückliches Feldherr als Diktator aus dem Kriege hervorgehen, aber einen solchen zu wünschen, ist Cavaignac selbst ein zu ehrlicher Republikaner. Undenkbare treiben wohl zum Kriege; in den Zeitungen schiebt wohl die Rache des Flüchtlings einen solchen Wunsch ein: aber was kann Frankreich durch den Krieg gewinnen? Vergrößerung des Gebietes? Hat es nicht Algier und ist es nicht zweckmäßiger, mit dem Ueberfluß an Menschen das alte römische Afrika mit seiner Fruchtbarkeit wieder herzustellen, statt die italischen Gefilde mit gallischem Blute zu düngen? Oder hätte Frankreich nöthig, einen gefahrdrohenden Gegner zu demüthigen? Wo ist ein solcher? Niemand stört sein inneres Walten, kein Coblenz träumt von Vernichtung der Republik. Im Gegentheil, die Demüthigung des Staates, auf welchen der Krieg zunächst fallen würde, könnte der klugen und praktischen Politik der neuen Regierung eher bedenklich als vortheilhaft scheinen. Es gibt wohl Viele, welche von Frankreich eine Einmischung in deutsche Angelegenheiten wünschen, die der Wiedergeburt dieses Landes unter die Arme greifen würde: aber diese bedenken nicht, daß auch bei allem Wechsel die französische Politik mehr oder weniger dieselbe geblieben ist. Sie ist es so sehr, daß sie vielleicht mit einigen Modifikationen lieber die Lombardei unter Oesterreich stehen läßt, als daß sie Letzteres durch Niederwerfen seiner Kräfte unter die Frankfurter Versammlung hinabdrücken wird. Dieses wäre allerdings die gewisse Folge eines für Oesterreich unglücklichen Krieges. Einen Staatenbund kann die französische Politik nicht hindern, aber einen Bundesstaat, der 40 Millionen Einwohner umfaßt, auf die Schweiz drücken, sich auf beide Niederlande lehnen wird, diesen kann nie die Politik an der Seine wünschen. Es liegt wohl in dieser Rücksicht der wichtigste Grund, welcher das Schwert in der Scheide hält und vielleicht noch lange halten wird. Hierzu muß noch der Einfluß Englands mit in Rechnung gebracht werden, um recht begreiflich zu machen, warum die französische Flotte bei den Siegen des Königs von Neapel in Sizilien Zuschauerin blieb, warum selbst der Papst vergebens die französische Intervention nachsucht, warum überhaupt in Italien Alles auf die durch die alten Verträge bedingte Lage zurückgehen darf. Nur der Friede weckt mit neuem Leben Handel und Gewerbe, erhält den Kredit des Staates, der bei den nothwendigen Anleihen so unentbehrlich ist, erlaubt die Colonisirung Algeriens und die Verfügung über die Insurgenten in Cherbourg und an den Küsten der Bretagne. Endlich ist auch noch der Zustand des Heeres zu berücksichtigen, die Nothwendigkeit eines Theiles desselben für die Erhaltung der Ruhe in dem Inneren und die Ungeübtheit der großen Masse der Rekruten, vorzüglich in dem Artilleriedienst. Wohl möchte dies Alpenheer hinlänglich stark und ausgerüstet sein zu einem Feldzug in Italien; aber wenn auch der Krieg an dem Rhein und an der Maas geführt werden sollte, so müßte mit größtentheils neuen Aufgeboten gekämpft werden, die noch kaum den militärischen Rock angezogen haben. Anders wäre es freilich, wenn Frankreich herausgefordert würde, dann träte ein Volkskrieg ein, mit andern Elementen und einer neuen Taktik.

Wie schwach noch gegenwärtig in Deutschland die politische Urtheilskraft selbst in Kreisen ist, von denen man doch gewiß einen aus wasserklarer Erkenntniß des Kerns der Verhältnisse entspringenden „unabänderlichen Gedanken" mit Recht erwarten darf, davon haben uns leider die Wiener Ereignisse auf's Neue einen sehr unwillkommenen Beweis gegeben. Halte sich bis dahin die Ansicht, welche auch wie immer an dieser Stelle unseres Blattes aufgestellt haben, nämlich, daß das deutsche Oesterreich nicht dem Conglomeratstaate entrissen werden, sondern in seiner bisherigen staatlichen Verbindung mit den andern Theilen der habsburgischen Monarchie die Handhabe für unsere Politik im Osten abgeben müsse, allmälig eine überwiegende Geltung verschafft; so bedurfte es nur einer entfernten Hoffnung auf nunmehriges Zerbröckeln des Kaiserstaates, um alle jene freilich feinen, der Zukunft sich zuspinnenden Fäden selbst von Staatsmännern zerreißen und wiederum einer deutschen Centralisationsidee huldigen zu se-

Digitized by Google

hen, welche bei nüchterner Betrachtung der politischen wie materiellen Wirklichkeit jetzt noch als in der Luft schwebend erscheint. Das so lange verfolgte System war also nicht ein bestimmtes Wissen, dessen innere Organisation sich genau an jede Ecke, an jeden Winkel des Gegebenen anlehnte, sondern nur ja ein allgemeiner Glaube, ein Gewohnheitsin an einen Gedanken, über dessen Tiefen man sich niemals Rechenschaft gegeben hatte; denn ohne diese Annahme ist es unmöglich, zu begreifen, wie eine anders bewegte Oberfläche der politischen Welt die Felsen im Grunde umwerfen könne; wie heute etwas nicht mehr wahr ist, was gestern noch über allen Zweifel dastand, blos weil das augenblickliche Mißglücken eines politisch wie ethisch gleich verwerflichen Planes einen kurzen Sturm von der Gegenpartei heraufrief. Die rathen Republikaner, d. h. die Ehrlichsten unter denen dieses Namens, glauben alles Ernstes, sich den Staat oder die Menschheit mit Guillotinen zuschneiden zu können; dafür sind sie rothe Republikaner und keine Staatsmänner. Nationalität, Gewohnheit, Traditionen..., das dreieckige Beil hackt Alles weg. Wer aber das Kleid nach dem Körper verfertigen will, der kann doch sich nicht einbilden, daß eine augenblickliche Krankheit desselben seine Formen gänzlich verändern wird, oder gar ein gewaltsam von ihm losgetrennter Theil sich ohne Weiteres mit frischem Leben in einen andern Organismus einsetzen läßt. Oder dürfen wir daraus, daß außen politisch gesündigt wird, uns etwa ein Recht entnehmen, um auch innerhalb trotz unsrer besseren Ueberzeugung Fehlschritte zu machen? Das wäre die Politik, die, weil der König von Hannover seine Stellung zur Centralgewalt verkannte, augenblicklich das Land Hannover, ohne an den Willen seiner Einwohner auch nur zu denken, zum Reichslande erklären wollte, um auf diese Weise in Betreff von Deutschlands staatlicher Einigung auf der Stelle einen andern Weg einzuschlagen, weil sich auf dem bis so weit eingehaltenen eine Hecke, ein umgefallener Baumstamm zeigte.

Wir wollen das so oft Ausgesprochene heute nicht wiederholen, wir dürfen unsere Ansichten über die deutsche Centralisation einerseits und über die Politik Deutschlands im Osten andrerseits, wenn auch nicht als gebilligt, doch jedenfalls als bekannt voraussetzen. Nur in der Kürze möchten wir gegenwärtig nach auf einen Punkt aufmerksam machen, der wenig hervorgehoben dennoch für ein ungestörtes Ordnen unserer inneren Verhältnisse von großer Wichtigkeit ist. Wenn man nämlich die Wirkungen beobachtet, welche die Wiener Ereignisse in Deutschland hervorgerufen haben, so wird man sich unmöglich verhehlen können, daß einmal die Entrüstung über das entdeckte Spiel der österreichischen Aristokratie eine große Menge derjenigen, welche in ihrer Beurtheilung politischer Dinge nur dem Zuge ihres ehrlichen Herzens folgen, aufs Neue den republikanischen Bestrebungen zugänglicher gemacht hat, und zum andern die sich täglich mehr herausstellende Uebermacht eines blind ergebenen energisch geführten Heeres über eine bewaffnete Volksmenge Vielen von denen wiederum den Kamm schwillen läßt, die das „große Drama" immer noch mit einem, wenn auch von einem andern Redakteur verfaßten, Wiener Schlußprotokoll zu endigen gedenken. Die mangelnde Einsicht auf beiden Seiten findet nämlich keinen Unterschied zwischen den in einer deutschen Stadt vorgehenden Ereignissen eines ganzen aus den verschiedensten Nationalitäten zusammengesetzten Staates und unsern rein deutschen Verhältnissen und Gestaltungen; von beiden Seiten glaubt man sich dort bei Parteien verstärken zu können, die zwar die gleichen Kappen tragen, aber doch ihrem innersten Wesen und Werthe nach durchaus von den diesseitigen verschieden sind. Diese Täuschung aber darf bei dem Abgrenzen der Stellung Deutschlands zu Oesterreich um so weniger übersehen werden, als sich erwarten läßt, daß die Negation zu Wien noch lange nicht ihr Ende erreicht hat, und damit von dort absichtlich oder unabsichtlich in den jungen Aufbau unseres Staates noch viele Brandfackeln geschleudert werden können. —

Deutschland.

r* **Frankfurt**, 16. Okt. Herr Simon von Trier sagte heute in der National-Versammlung: „Viele Mitglieder der Versammlung betrachteten ihre Sitze wie Königthümer, von denen sie nicht wichen, wenn sie nicht davon vertrieben würden." Ferner sagte er: „Ich betrachte es als eine Ehrenpflicht jedes Abgeordneten, seine Stelle aufzugeben, sobald die Majorität seiner Wähler ihm erklärt, daß sie mit seinem Wirken nicht mehr zufrieden sind." Die Linke hat diesen Behauptungen applaudirt. Nun gut! so möge sie auch danach handeln! Es ist notorisch, daß mehreren Mitgliedern der Linken ihr Mandat von ihren Wählern gekündigt worden ist; ich nenne ausdrücklich die drei Herrn: Reinstein von Naumburg, Scharre von Strehla, Titus von Bamberg. Vielleicht gibt es noch Andere, bei denen dasselbe stattfindet. Man darf wohl erwarten, daß die Linke, die so eifrig dem Grundsatze des Herrn Simon applaudirt, alle jene ihrer Mitglieder, denen das Mandat von ihren Wählern gekündigt ist, sofort zum Austritt veranlassen und nicht ruhen werde, bis dies geschehen. Erst dann, wenn sie dies gethan, wird sie das Recht haben, auf die Befolgung jenes Grundsatzes auch von Seiten anderer Mitglieder zu dringen. Oder sollte etwa auch hier wieder, wie allerdings bei manchen andern Gelegenheiten an der Linken jener bekannte Vers aus Gellert's Fabeln sich bestätigen: „Ja, Bauer, das ist ganz 'was Andres."

** **Wien**, 11. Okt. Der Gemeinderath, welcher unter den schwierigsten Verhältnissen und in einem überaus gefährlichen Momente in Wirksamkeit trat, entwickelt eine ladenswerthe Thätigkeit, die um so anerkennenswerther, je schwieriger die Verhältnisse sind. Seine Sorge für Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist unermüdlich, eben so unermüdlich ist er in der Instandsetzung der erforderlichen Vertheidigungsmaßregeln der Stadt, so wie in der Obsorge, daß kein Mangel an Lebensmitteln eintrete.

In der Abend-Permanenz des Reichstages wird die von Borrosch entworfene und an Se. Majestät abzusendende Adresse verlesen und angenommen. Der Finanzminister beantragt auf Ansuchen des Gemeinderathes, für die Stadt Wien auf Dauer des gegenwärtigen bedauerlichen Zustandes, die Verzehrungssteuer für die unentbehrlichsten Lebensmittel aufzuheben, was einstimmig von der Kammer angenommen wird. Der permanente Ausschuß beantragt, in Erwägung, daß noch immer durch die Mannschaft der Garnison die persönliche Sicherheit und sogar das Leben der Wiener Bürger gefährdet ist, da sich derlei Morde nach immer ergeben, den Kommandirenden Auersperg für das Verhalten seiner Truppe und für die Folgen solcher beklagenswerthen Ereignisse verantwortlich zu machen. Auf die Anregung des Vice-Präsidenten Smolka, daß die zur Erneuerung der Wahl des Vorstandes bestimmte Zeit abgelaufen ist, morgen zu der neuen Wahl zu schreiten, wurde derselbe per acclamationem zum Präsidenten gewählt.

△ **Wien**, 12. Okt. Graf Auersperg hat heute Nacht seine feste Position am Belvedere und Schwarzenberg-Garten verlassen und sich mit Jellačić vereinigt. Der Letztere soll 20,000 Mann irreguläre und 8000 Mann reguläre Truppen in seinem Lager haben, Auersperg führt ihm ungefähr 15,000 M. Infanterie und 2 Regimenter Kavallerie, in Kürassieren und Chevauxlegers bestehend, zu. Aus Böhmen, Mähren und Schlesien sind überall noch Truppen im Anmarsch, wie die Landleute berichten. Die Stimmung der Stadt ist so peinlich als möglich — überall werden an den Thoren selbst der äußersten Linien Barrikaden gebaut. In die Deputation des Reichstags an den Kaiser sind gewählt: Borkowski für Gallizien, Skoda für Böhmen, Feifalik für Mähren, Schmidl für Niederösterreich, Peitler für Oberösterreich, Thinfeld für Steiermark, Clementi für Tyrol, Mandoruzza Küstenland, Doleschall Illyrien, und Radmili für Dalmatien. Die Deputation ging gestern Abend 8 Uhr ab, die Adresse, welche sie dem Kaiser überbringt, ist von Borrosch (Abg. für Prag) abgefaßt. Sie ist sehr loyal gehalten, aber sehr lang, deßhalb gebe ich Ihnen nur die Hauptideen derselben an.

Selbst unter den bedrohlichsten Verhältnissen wolle der Reichstag seine Pflicht erfüllen und die Rechte der Krone und die Volksfreiheit wahren. Der Reichstag bittet den Kaiser seine Stimme zu hören wie in Innsbruck, da er keinen treueren Rathgeber habe als ihn. Es könne nicht die Absicht Sr. Majestät sein, Tausende von unschuldigen Bürgern hinzuopfern wegen des von der Volkswuth verübten Mordes an dem Kriegsminister. Der Kaiser könne Zutrauen haben zu einem Volke, welches selbst in der heftigsten Aufregung kein Wort des Mißtrauens gegen seinen Fürsten habe hören lassen. Seine Majestät möge bedenken, daß nur durch Ströme Bluts eine Militärherrschaft und auch dann nur auf kurze Dauer zu begründen wäre. Die Absicht des Reichstages sei rein

Digitized by Google

und Se. Majestät möge die Zusicherung eines volksthümlichen Ministeriums erfüllen.

Der Oberkommandant der Nationalgarde hat einen Generalstab um sich versammelt, um die Vertheidigungsmaßregeln zu leiten und zu berathen. Das übergegangene Militär ist kasernirt worden. — Von Oedenburg sollen 15,000 Mann ungarischer Truppen unter General Mayo gegen Jellacic vorrücken.

2 Uhr. Ueberall ertönt die Allarmtrommel, es heißt, Jellacic wolle die Stadt von der Mehleinsdorfer Linie angreifen. — Die Gesandten sind noch alle in unsern Mauern — keiner wurde noch von einem Angriff auf die Stadt durch die Regierung avertirt.

3 Uhr. Es hat noch kein Angriff stattgefunden. Graf Auersperg steht mit seinen Truppen bei Enzersdorf; er versichert, noch immer keine feindlichen Absichten gegen die Stadt zu hegen. Er hat den Major Mataschek als Parlamentär zwischen der Stadt und ihm zurückgelassen.

Löhner läßt wissen, daß er heute Audienz bei dem Kaiser haben wird.

** **Wien**, 12. Okt. Von Prag vernimmt man die Nachricht, daß sich die Czechen mit den Deutschen vereinigt hätten, um mit Windischgrätz sich zu verbinden, und mit ihm vereinigt die Wiener zu Paaren zu treiben. Von den böhmischen Deputirten haben sich die Meisten, Czechen wohl Alle, und selbst einige Deutschböhmen, vom Reichstage entfernt. Mit ängstlicher Spannung sieht man der Ankunft Löhner's, so wie der gestern Abends abgegangenen Deputation entgegen, da man doch noch immer eine friedliche Ausgleichung hofft.

Der permanente Ausschuß erließ an den Kommandirenden Auersperg die Aufforderung, dem Ban Jellacic, der ihm als Kommandirenden untergeordnet sein müsse, die Weisung zu geben, sich allsogleich mit seinen Truppen zurückzuziehen. Auersperg schrieb hierauf, er müsse sich mit Jellacic darüber berathen. Hierauf erhielt heute Morgens der Finanzminister eine Note vom Kommandirenden folgenden Inhalts: „Ich erhalte täglich, ja stündlich neue Beweise von dem immer sich steigernden bösen Willen des übelgesinnten Theiles der Bevölkerung Wiens, indem auf jede Art und Weise die Verpflegung meiner Truppen erschwert, das Ausfahren ihrer Effekten aus den Kasernen verhindert und ihre Kommunikation allenthalben feindselig, mitunter selbst gewaltthätig unterbrochen wird. Diese Umstände, für welche auch nach den, in der verehrlichen Note vom gestrigen Tage enthaltenen Andeutungen irgend eine Abhilfe nicht eintreten kann — und welchen mit Gewaltmitteln abzuhelfen ich aus Schonung für die Stadt und Rücksicht für die darin befindlichen hohen Behörden vermieden habe, so wie andere wichtige Rücksichten haben mich zu dem Entschlusse bewogen, die Truppen aus ihrer dermaligen Stellung zu nehmen. Unter diese Rücksichten muß ich ganz vorzüglich die Erklärung zählen, die Ew. Exc. in Ihrer verehrlichen Note vom heutigen Tage aussprechen, daß nämlich von einer Entwaffnung des Proletariats durchaus keine Rede sein kann; daher ein Ende des gegenwärtig bestehenden feindlichen Zustandes zwischen der gesetzmäßig und der ungesetzmäßig bewaffneten Macht noch lange nicht abzusehen ist. Ich gedenke mit meinen Truppen zunächst eine Kantonirung in der Gegend von Enzersdorf, somit ziemlich weit außer dem Bereiche der äußersten Vorstädte zu beziehen und gebe mir die Ehre, mit dieser Benachrichtigung zugleich das dringende Ersuchen zu verbinden, die betreffenden politischen Organe nachdrücklichst anweisen lassen zu wollen, sowohl diesen, als den, unter den Befehlen des Banus von Kroatien stehenden k. k. Truppen die benöthigten Quartiere, Lager- und Verpflegsbedürfnisse herzustellen. Endlich muß ich noch die Vermittlung Ew. Exc. ansprechen, damit die einzelnen Truppenkörper bei Abführung der in ihren Kasernen noch enthaltenen eigenthümlichen oder ärarischen Effekten nicht behindert werden, indem sonst bei Verweigerung des Zutrittes der Militär-Individuen zu ihren Wohnstätten und Behebung ihres Eigenthums die bedauerlichsten Konflikte zu befürchten stünden. Indem ich übrigens alle bisher unter militärischer Bewachung gestandenen Aerarialgebäude unter den Schutz der gesetzlichen Gewalt stelle, ersuche ich Ew. Exc., das Nationalgarde-Oberkommando zu beauftragen, daß das in den evacuirten Militärgebäuden verwahrte ärarische und Privateigenthum sorgfältig bewacht werde und füge nur noch die Bitte bei, meine vorstehende Eröffnung geneigtest zur Kenntniß der hohen Reichsversammlung bringen zu wollen. Unterzeichnet: Graf Auersperg m. p."

Der Berichterstatter der permanenten Kommission theilt mit, daß der Deputirte Zuskewski, welcher gleichfalls zu Sr. Majestät abgesendet wurde, zurückgekehrt ist, ohne von Sr. Majestät vorgelassen worden zu sein. Auch Löhner ist noch nicht vorgelassen, es ist ihm aber bedeutet worden, daß er morgen eine bestimmte Antwort von Sr. Majestät erhalten werde. So eben kommt eine telegraphische Depesche folgenden Inhalts: „Die Deputation ist um 9 Uhr 30 Minuten in Brünn angekommen, der Kaiser soll Mittags in Czelowitz ankommen. Die Deputation reist nach Czelowitz."

Ein Schreiben vom Minister Doblhoff wird vorgelesen, nach welchem er sich so erschöpft fühlt, daß er, so sehr das Vertrauen der hohen Kammer wohlthuend auf ihn gewirkt, doch nicht im Stande sei, in diesen verhängnißvollen Tagen die ihm anvertrauten beiden Ministerien, des Innern und des Unterrichts, fortzuführen. Er habe bereits am 3. Sept. seine Demission dem Minister-Präsidenten Wessenberg überreicht.

Um 1 Uhr Mittags wird berichtet, daß die Kroaten bei der St. Marxer Linie unsere Nationalgarde angegriffen haben. Einem Schreiben aus Prag zu Folge, soll Windisch-Grätz von den Pragern aufgefordert worden sein, gegen Wien zu marschiren.

Prag. Der D. Allg. Z. schreibt man unterm 11. Oct. (12 Uhr Nachmittags): Die gestrigen Eisenbahnzüge brachten eine Menge Flüchtlinge von Wien hieher, von denen einige mir erzählten, daß in Floridsdorf nach Tausende auf eine Möglichkeit der Beförderung warten. Die Lage Wiens soll trostlos sein. Wahlunterrichtete Personen haben heute als glaubwürdig mitgetheilt, daß Fürst Windisch-Grätz vom Kaiser ein Handbillet bekommen habe, worin er zum Oberbefehlshaber der sämmtlichen gegen Wien beorderten Armeecorps ernannt worden sei. Jellacic soll, wir man glaubt, heute vor Wien eintreffen; von hier ist bereits eine bedeutende Truppenzahl dahin marschirt, aus Budweis sollen 90 Kanonen dahin abgegangen sein. Längstens übermorgen werden 60,000 Mann vor Wien stehen, dann übernimmt Fürst Windisch-Grätz das Kommando. Vom Belvedere, das jetzt der Sitz des Hauptquartiers ist, werden dann die militairischen Operationen begonnen. Man ist auf das Aeußerste gefaßt und fest entschlossen, mit aller Strenge aufzutreten.

Vom Rhein. Die Rhein- und Moselzeitung versichert, aus zuverlässiger Quelle die Nachricht mittheilen zu können, daß bereits die einleitenden Schritte zu einer nächstens zusammentretenden Versammlung aller deutschen Bischöfe geschehen seien.

* **Berlin**, 14. Okt. Das Bürgerwehrgesetz ist in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mit 233 gegen 116 Stimmen angenommen. Gleichzeitig ist in Folge einer Petition des Kommandos, ein durch die Abgeordneten von Kirchmann, Kämpf und Wachsmuth beantragtes Gesetz beschlossen worden, wodurch diejenigen Punkte des Bürgerwehrgesetzes, welche unter den jetzigen Verhältnissen den meisten Anstoß erregten, suspendirt werden. Dies letztere Gesetz lautet: Bis zu dem Zeitpunkte, wo die neue Verfassung und die neue Kreis- und Gemeinde-Ordnung in Kraft getreten sein wird, sollen nachstehende transitorische Bestimmungen gelten: §. 1. Die in §. 7 des Bürgerwehr-Gesetzes verordnete feierliche Verpflichtung findet nicht statt. §. 2. In dringenden Fällen, wo die Requisition der Civilbehörden nicht abgewartet werden kann, haben die Anführer der Bürgerwehr bis zum Hauptmann einschließlich hinab das Recht, die Bürgerwehr ihres Bezirks auf eigene Verantwortlichkeit zum Schutze der gesetzlichen Ordnung, der Personen und des Eigenthums zusammen zu berufen und in Wirksamkeit treten zu lassen. §. 3. Die vom Staate den Gemeinden verabreichten Waffen bleiben jedenfalls bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkte im Besitze der Gemeinden. — Hr. Rimpler, der Befehlshaber der Bürgerwehr, hat einen Aufruf an diese erlassen, worin er sie auffordert, eingedenk der (vielbesprochenen und vieldeutigen) Erklärung vom 7. Sept. den Beschluß der Volksvertretung zu achten, wenn er auch nicht mit den Ansichten jedes Einzelnen übereinstimme.

* **Berlin**, 14. Okt. Der Justizminister Kisker (ein sehr erfahrener Jurist, früher ein Träger des alten Systems) hat an sämmtliche preußische Gerichtsbehörden einen Erlaß gerichtet, worin er mit Bezug auf die Requisition des Reichs-Justiz-Ministeriums in Frankfurt vom 24. v. M. zur strengen Uebung ihrer richterlichen Pflichten auffordert. Sie haben, heißt es unter anderm darin, wo ihnen die Verfolgung der Verbrechen von Amts-

Digitized by Google

wegen obliegt, nach erlangter Kenntniß ungesäumt einzuschreiten, wenn in Zeitschriften, durch Plakate, duech Reden bei Volksversammlungen und in Vereinen, oder duech Bildung von Vereinen mit verbrecherischen Zwecken die bestehenden Gesetze oerletzt werden. Es ist nicht minder ihre Pflicht, dafür zu sargen, daß ihren auf Grund der Gesetze ergehenden Verfügungen und Entscheidungen bie gebührende Folge geleistet und deren Ausführung nöthigenfalls im Veeeine mit den deshalb oon dem Herrn Minister des Innern mit besonderer Anweisung oeesehenen Verwaltungs-Behörden gesichert werde. Sie haben endlich nicht allein die Erledigung der bereits eingeleiteten Untersuchungen wegen Verbrechen der bezeichneten Gattung möglichst zu beschleunigen, sondern auch darauf bedacht zu sein, daß bei Verübung neuer Verbrechen die Strafe möglichst schnell der That nachfolgt. Gleiche Pflichten liegen den Staats-Anwalten innerhalb ihrer Amtswirksamkeit ab.

Die Angelegenheiten der Flotte sind dem Kriegsministerium überwiesen und dafür eine Marine-Kommission ernannt, an deren Spitze der Prinz Adalbert steht.

Der König wird am Sanntag, an seinem Geburtstage, in Berlin erwartet, wa er in der Domkirche bem Gottesdienste beiwohnen, und darauf nach Schloß Bellevue sich begeben wird, um die Glückwünsche entgegenzunehmen.

* **Königsberg**, 12. Okt. Auch Dr. Rupp ist an der Cholera gestarben; seine Gemeinde wird sich nach seinem Tode schweelich lange das Leben fristen.

München, 9. Okt. Die Gesetzgebungsausschüsse haben in gemeinsamen Sitzungen die Gesetzentwürfe über das Verfahren oar den Schwurgerichten und bas Ungehaesamsverfahren bei Verbeechen, die vor Schwurgerichten abgeurtbeilt werben, mit Modificatianen angenommen. Es eeübrigen nur noch zwei kleinere Gesetzentwürfe: über Rechtsmittel und Verfahren vor ben Kreis- und Stadtgerichten, deren Berathung und Beschlußfassung wahrscheinlich nach im Laufe dieser Woche zu Ende gebracht werden wird. Es steht alsdann nichts mehr im Wege, daß die gegenwärtige Kammer aufgelöst und zur Ausscheeidung der Wahlen für die neu zu bildende Kammer geschritten wied. (A. Z.)

Baiern. Eisenmann's Volksblatt erklärt nach Mittheilungen des Hrn. v. Beisler selbst, daß diesem kein Abberufungsschreiben von seinen Wählern zugekommen sei.

Von der badischen Bergstraße, 11. Okt. Nicht leicht hat eine Mittheilung größern unb allgemeinern Unwillen heroorgerufen, als der Versuch des Abgeordneten (van Weinheim und Ladenbueg) Pfarrers Lehlbach, das ruchlose Unternehmen der Demalirung der Eisenbahn bei Weinheim in der Sitzung oom 10. d. M. als eine geringfügige Sache darzustellen, und unserer Regierung „eiserne" Strenge vorzuwerfen. Wenn aber auch Hr. Lehlbach Recht hätte, daß nur ein „paar Schienen" herausgerissen warden wären — was jedoch nicht der Fall war, da die Bahn eine ziemlich lange Strecke ruinirt wurde — sa hätte doch daraus namenlaser Jammer erwachsen können: hunderte aon Menschen konnten dadurch ihr Leben verlieren. Wir können übrigens oersichern, daß diese verbrecherische That, welche bei weitem mehr Theilnehmer (unb allerdings unter ihnen wohlhabende Bürger) zählt, als man glaubt, auf das strengste untersucht wird. Hier Milde und Nachsicht eintreten zu lassen, würde mit Recht eine allgemeine Unzufriedenheit heroorrufen. (Karlsr. Z.)

Aſzei, 13. Okt. Das hiesige Gericht verurtheilte heute den Redacteur der „Neuen Zeit" wegen eines Aetikels, der in diesem Blatt erschien, und der nach dem Urtheil des Gerichtes eine Verletzung der Amts- und Dienstehre des Ministers Jaup entdallen soll, zu 3 Monaten Gefängniß. (M. Z.)

Aus Oberhessen, 12. Okt. Wie bereits öffentliche Blätter gemeldet haben, wird van den deutschen (konstitutianellen) Veeeinen in Sachsen in Gemeinschaft mit preußischen kanstitutianellen Veeeinen eine Hauptversammlung am 13. Okt. zu Dresden gehalten werden. Auch die hessischen kanstitutionellen Vereine sind zur Beschickung aufgefoedert, und ist salche aan dem Centralausschusse der konstitutianellen Vereine im Großherzogthum Hessen beschlssen waeden. (F. J.)

Luxemburg. Am 3. Oct. wurbe die Sitzung unseeer diesjährigen Ständekammer eröffnet. In der Sitzung am 5. Oct. wurde eine königl. Botschaft verlesen, in welchen es unter Anderm heißt: Was die Bande betrifft, welche das Geaßherzogthum Luxemburg mit der geaßen deutschen Natian vereinigen, wird die Regierung nicht die Verantwortlichkeit von Maßregeln annehmen, welche diese Bande verletzen und schwere Verwicklungen für das Vaterland herbei führen könnten, aber sie wird nie die Rechte und Interessen der luremburgischen Natianalität und die Vorbehalte ihres innern öffentlichen Rechts aerkennen. (Berl. Z.)

*** **Oldenburg**, 14. Okt. Unser Verfassungslanbtag bietet bisher das erfreuliche Bild einer Versammlung, in welcher der redliche Wille für das Wohl des engeren wie des Gesammtvaterlandes überall und bei allen Parteien in der Weise vaeheeeschen, daß eine verhältnißmäßig rasche Eeledigung der bedeutendsten Fragen unserer auf dem Wege der Veeeinbarung zu konstituieenden Verfassung möglich wurde. Man kann es mit einer gewissen Genugthuung aussprechen, daß sich der aldendurgische Lanbtag durch die Ruhe und Mäßigung, durch bie strenge Beobachtung paelamentarischen Anstandes selbst in den eeregtesten Debatten bei freiester Gesinnung und vorheerschend demokratischen Prinzipien fast oor allen ähnlichen Versammfungen des Vaterlandes bisher vartheilhaft ausgezeichnet hat. Nur in zwei Fragen hat derselbe sich eine Abweichung oan jenen Prinzipien — wie die Einen sagen, aus Gründen der Zwrckmäßigkeit eelaubt, wie die Andern behaupten: aus Mangel an Kanfsequenz zu schulden kommen lassen. Es sind dies die Beschlüsse, welche die indirekten Wahlen und das absalute Veto annahmen, gegen welche sich in unserer demokratischen Presse starker Widerspruch erhebt. Jetzt aber nahen wir uns der Entscheidung einer andern Frage, welche zu geößeren Stürmen Veranlassung bieten dürfte. Dies ist die Frage der Civilliste, deren Entscheidung jetzt, nachdem der Geaßherzog in einer besondern Erklärnng den Ständen seine Farderungen ausgesprochen hat, geaße Aufregung im Lande orrursacht. In diesee Eekläeung veezichtet der Großdeezag nur einstweilen auf die bisherige Verwaltung und resp. Nutznießung der Landesdomäne und des Kammeevermögens. Er behält sich und seinen Agnaten alle Ansprüche ausdeücklich oor, ee oerlangt ganz aom prwatrechtlichen Standpunkte die Rebuzirung seiner Civilliste auf gewisse Staatsgüter, und behält sich außerdem oor, seine Peivatansprüche an einzelne Domänen und Staatsgüter später nachzuweisen. Er aerlangt endlich als stehende Civilliste für sich die Summe von 180,000 Thlr. Cour. nebst einer Masse van Gerechtsamen, Prästationen, Diensten u. s. s. ungerechnet die Apanagen für die Prinzen nnd Prinzessinnen seines Hauses, deeen in der Erklärung nicht erwähnt wird. 180,000 Thaler aber sind für ein so kleines Land, wie das unsrige, dessen Gesammteinkünfte sich etwa auf 900,000 Thaler belaufen, eine Summe, gegen deren Bewilligung sich Landtag und Land mit Fug und Recht erheben werden. Hört man hier die Stimme der aufrichtig konstitutionell-monarchischen Partei, so wäre es räthlicher und klüger gewesen, wenn der Füest einfach hingetreten wäee, und mit Aufzeigung seiner bisherigen Bedürfnisse an Land und Landesvertreetee die Worte gerichtet hätte: „Ich bin mir bewußt, das Geld des Landes redlich und gewissenhaft aerwaltet, und auch füe mich und meinen Hofhalt nicht Ungebührliches aerwendet zu haben, darum will ich mit Euch nicht markten und feilschen. Hier ist der bisherige Etat, jetzt entscheidet Ihr, was Ihe Eurem Fürsten, den Ihr oft genug den Vater seines Landes genannt habt, zu geben Euch für schuldig erachtet." Wir glauben nicht, daß mit einer solchen Erklärung die Civilliste zu kurz gekommen sein würde, wobl aber, daß sie jetzt erhebliche Beschränkung dieser Erklärung gegenüber erfahren dürfte. Eine aergleichende Uebersicht einiger Civillisten deutscher Staaten zeigt, daß die von unserm Lande in der „Erkläeung" gefarderte Summe der Civilliste, welche nabezu 25 Prozent der gesammten Staatseinnahme beträgt, nicht wie die Erklärnng es ausspricht, eine im Vergleich zu andern Staaten geringe genannt werden kann. In Peeußen betrug 1841 die angebliche Civilliste nur etwas über 4 Peazent, in Hannover im Jahre 1839 8 Prozent, in Baiern (1838), Würtemberg (1842) und Baden (1842) 10, im Graßherzogthum Hessen (1839) 12, in Sachsen (1837) 13, in Kurhessen (1842) 16, in Sachsen-Meiningen 15 Prozent der gesammten Staatseinnahme. Hieraus ergibt sich freilich, daß, je kleiner die Staaten und ihee Einkünfte sind, desto höher die Procente der Civillisten steigen. Finden wir doch in Beaunschweig eine Civilliste oan 237,000 Rthlr. und in Weimar eine solche von 280,000 Rthlr. angesetzt.

× **Lübeck**, 11. Okt. Die Unruhen, von denen Lübeck am 9. d. M. heimgesucht wurde, sind so eigenthümlicher Art, daß sie auch in weiteren Kreisen einige Beachtung verdienen. An allen andern Orten lag die Veranlassung zu Ruhestörungen in den überall wiederkehrenden Forderungen nach gleichen und ausgedehnten Rechten aller Staatsbürger; hier ward die Einführung des allgemeinen Wahlrechts Veranlassung zu sehr beklagenswerthen Auftritten. Anderswo pflegt sich die Aufregung gegen die Regierung zu wenden, hier ging der Senat immer mit Vorschlägen zu freierer Gestaltung voran, und die Bürgerschaft folgte erst spät und ungern noch. — Die Märzereignisse trafen Lübeck in eifrigen Reformen begriffen. Man hatte schon lange vorher die Unhaltbarkeit der alten Verfassung erkannt und eine neue sorgsam vorbereitet, ohne dabei in irgend einer Weise durch zähe und widerstrebende Kräfte gehindert zu werden. Im besten Einvernehmen des Senats und der Bürger wurde die neue Verfassung im Mai dieses Jahres eingeführt. Sie war auf die Scheidung erwerblicher Stände begründet. Die sechs Stände der Gelehrten, Kaufleute, Krämer, Erwerbtreibenden und Landleute wählten, jeder aus seiner Mitte, zusammen 120 Vertreter, welche den Namen Bürgerschaft führen. Bei dieser Einrichtung hatte man aber die unterste Schichte der Bevölkerung, welche den Namen Einwohner führt, und zum eigentlichen Bürgerrecht nicht gelangen konnte, gänzlich übergangen. Bald mochte sich dieser Mangel fühlbar. Die Einwohner traten zu einer Gemeinschaft zusammen, wählten einen Ausschuß und forderten immer dringender für sich einen Antheil an den Wahlen. Sie blieben dabei in der strengsten Absonderung, verhandelten bei verschlossenen Thüren und ließen keine bürgerliche Seele zu sich, mit Ausnahme eines einzigen Literaten, dessen Führung sie sich anvertrauten und der in ihrem Sinne ein Blatt, den „Volksfreund" redigirte. Die Einwohner wollten als eine besondere Wahlklasse 40 Vertreter wählen und richteten in diesem Sinne an den Senat einen sehr dringlichen Antrag. Der Senat erkannte aber sogleich, daß mit dieser Abgeschlossenheit einer und zwar der ungebildetsten Klasse des Volks die größte Gefahr verbunden sei. Er brachte daher das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Vorschlag, so daß künftig mit Umgehung der ständischen Gliederung aus allen Bürgern und Einwohnern nach Bezirken 120 Abgeordnete gewählt werden sollten. Die Einwohner schienen anfangs damit zufrieden zu sein; die Bürgerschaft aber konnte sich am 18. Sept. noch nicht entschließen, die bisherige Sonderung aufzugeben, sondern erwählte aus sich eine Commission, die den Versuch machen sollte, sich, wo möglich, ohne Einräumung der Gleichberechtigung mit den Einwohnern zu verständigen. Man machte dazu auch allerlei Vorschläge und brachte sie am 9. October vor die Bürgerschaft; der annehmlichste ging dahin, die Einwohner als eine besondere Wahlklasse mit einer bedeutenden Anzahl von Vertretern zuzulassen, dagegen die Beschränkung der Wahl auf Angehörige desselben Standes aufzuheben. Die Bürgerschaft war indeß nunmehr auch zu der Einsicht gelangt, daß die Abschließung dieser Neubürger ein großes Uebel sein würde. Nach langen Verhandlungen entschied sie sich dahin, den sehr verständigen Antrag eines ihrer ausgezeichnetsten Mitglieder, Dr. Th. Behn, anzunehmen, der nur in wenigen Stücken von den frühern Vorschlägen des Senats abwich, indem er das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum Prinzip hatte. Die Einwohner hatten aber inzwischen an ihren geschlossenen Zusammenkünften einen solchen Gefallen gefunden, daß sie mit dieser Einrichtung durchaus nicht zufrieden waren. Sie sammelten sich zu einem großen Zuge und rückten in drohender Haltung vor das Versammlungshaus der Bürgerschaft, die reformirte Kirche — dieselbe, wo vor einem Jahre die Germanisten so friedlich tagten. Da es mißlang, durch ihr Geschrei nach „Ständewahlen" einen Eindruck auf die Versammlung zu machen und der „Wortführer" dieselbe bei ihrem Eindringen sofort auflöste, so hielten sie nur das Haus förmlich umlagert und ließen keinen, auch nicht einmal die zahlreichen Zuhörer zur Thüre hinaus. Selbst die Kommissäre des Senats wurden dort eine Zeit lang zurückgehalten und der Senat, der gleichzeitig versammelt war, wurde von jeder Nachricht abgeschlossen. Dennoch ist der verblendeten Menge ihr Unternehmen völlig mißglückt. Die Festigkeit beider Staatskörper machte nicht die geringsten Zugeständnisse. Nachdem man friedliches Zureden vergeblich versucht hatte, wurde Bürgergarde und Militär aufgeboten, das Beides freilich nur in geringer Menge vorhanden war, da unsere Kavallerie noch in Schleswig steht und ein großer Theil der Bürger in der Kirche war. So gelang es erst um 1 Uhr in der Nacht durch scharfes Schießen die Massen zu zerstreuen und den Eingesperrten Befreiung zu verschaffen. Der Senat hat sogleich die Nachbarstaaten um Truppen ersucht; heute ist ein Bataillon Oldenburger aus dem Eutinischen eingerückt; Mecklenburger Infanterie und Kavallerie wird erwartet. Eine freiwillige Bürgerwehr hat sich zur Verstärkung der bestehenden gebildet und allgemein ist der größte Unwille gegen jene Auftritte verbreitet.

Hamburg, 13. Okt. Das Ergebniß der Wahlen zur konstituirenden Versammlung Hamburg's im 6. städtischen Wahldistrikt übertrifft die kühnsten Hoffnungen der demokratischen Partei, alle Wahlen für Deputirte und Stellvertreter sind, mit Ausnahme einer einzigen (die des Herrn Theodor Dill, der unter allen Deputirten dieses Distrikts die meisten Stimmen hatte), in diesem Börsendistrikt, auf welchen die konservative Partei ihre Haupthoffnung setzte, im radikalen Sinne ausgefallen.

Wie groß die Theilnahme an den Wahlen hier ist, können Sie daraus beurtheilen, daß in dem vielleicht 20,000 Menschen, also ungefähr 5000 volljährige Männer zählenden dritten Wahldistrikte, sich über 3000 Wähler legitimirt hatten, also noch Abrechnung der nicht Heimathberechtigten, Armen u. s. w. fast alle berechtigten Einwohner. Von diesen haben 2555 ihr Wahlrecht gestern ausgeübt. (Br. Z.)

Großbritannien.

London, 13. Okt. Die kurzen Andeutungen, welche die englischen Zeitungen bereits über die neueste Wiener Katastrophe enthalten, sprechen fast sämmtlich die Befürchtung aus, daß der 6. Okt. der österreichischen Monarchie den Todesstoß versetzt habe. Auch an der Börse herrschte dies Gefühl vor, obschon einem bedenklichern Fallen der Staatspapiere dadurch ein Gegengewicht geboten wurde, daß man annahm, es sei seit dieser Katastrophe eine leichtere Ausgleichung in den italienischen Angelegenheiten angebahnt worden. Die Diplomatie wird sich, wie sich von selbst versteht, das Unglück, vielleicht den Fall und die Auflösung der österreichischen Monarchie zu Nutz zu machen wissen. Für dasselbe „Ehren und Siegen reiche" alte Oesterreich haben erweislich die Ulmo und das Proletariat von Wien nicht gestritten, sie haben vielmehr auf dem Wiener Pflaster und durch das Wiener Pflaster den Sieg der Ungarn und Italiener entschieden, ohne deßhalb der slavischen Schlange den Kopf gespalten zu haben; wir müssen nun abwarten, ob sie wenigstens mittelbar für Deutschland gestritten, oder uns in unabsehbare Verwickelungen mit dem Osten hineingezogen haben, während unser Rücken noch nicht gedeckt, die gesammte Nachbarschaft uns aufsässig ist und die Verwickelungen nach außen von den Feinden deutscher Einheit, die sich selbst Demokraten nennen, nur dazu benutzt werden dürften, ihre Zwecke in's Werk zu richten. Denn Großmuth an uns werden im Fall eines allgemeinen Landesunglücks weder unsere äußeren noch inneren Feinde üben.

Der „Standard" bemerkt: „Die am heutigen Tage (13. Okt.) früh aus Wien angekommenen Nachrichten haben einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Zwar dürften diese Ereignisse auf die Geldgeschäfte keine unmittelbare Wirkung haben, aber sie machen alles Vertrauen auf die Zukunft schwankend, da Niemand vorhersehen kann, wo die Erschütterung ihr Ende nehmen wird. Die Enttäuschung macht sich dadurch noch empfindlicher fühlbar, daß man sich früher den deutschen Charakter ganz anders gedacht hatte, da man die Hoffnung hegte, daß, wenn nur dies erste Aufbrodeln vorüber wäre, eine bessere Aussicht auf eine vernunftgemäße Gestaltung der Landesinstitutionen sich ergeben werde, ohne fernere gewaltsame Störung." — „Daily News" bemerkt: „Wir sind weit davon entfernt, die Weisheit des bewaffneten Pöbels oder der Demokraten innerhalb oder außerhalb der Parlamente von Wien und Berlin gut zu heißen oder anzuerkennen. Ihre Ausschweifungen sind ganz eben so verbrecherisch und verderblich als die thörige Reaktion und verbrecherische Verrätherei auf der entgegengesetzten Seite. Im gegenwärtigen Falle jedoch war das Thun und Treiben derer, welche auf den Kaiser und Latour Einfluß übten, so falsch und so niedrig, daß dadurch das Mißtrauen des Volkes wohl gerechtfertigt und Widerstand und Erzeß naturgemäß herausgefordert wurden."

In Edinburgh gab es bis jetzt 25 Cholerafälle, von denen 20 tödtlich waren. In London selbst wurden am 11. Okt. 4 neue Fälle angemeldet; am 12. kam nur ein einziger Fall vor, und zwar an einer im Tower befindlichen Person.

Digitized by Google

Frankreich.

△ **Paris**, 14. Okt. Die Ministerialkrisis ist durch ein sogenanntes Koalitionsministerium beendet oder doch beseitigt worden. Heute Mittag um 12 Uhr verkündete eine eigene Beilage zum Moniteur, das Entlassungsgesuch der Minister Senard, Rekurt und Vaulabelle sei angenommen, und an ihre Stelle die Abgeordneten Dufaure zum Minister des Innern, Vivien der öffentlichen Arbeiten und Freslon des Unterrichts und des Kultus ernannt worden. Die beiden Ersten sind durch ihre lange, rühmliche parlamentarische Wirksamkeit hinlänglich bekannt. Herr Freslon ist ein talentvoller und wackerer Rechtsgelehrter, welcher, nach der Julirevolution zum ersten Substituten des Generalprokurators in Angers ernannt, 1832 seine Entlassung gab und seit dem Februar Generalprokurator zu Angers war, als Abgeordneter der Vereinigung der gemäßigten Republikaner im Lokale des „Instituts" angehört. Von den bisherigen Ministern bleiben der Minister der Justiz Marie, der auswärtigen Angelegenheiten Bastide, des Krieges Lamoricière, des Ackerbaues und Handels Tourret, der Finanzen Goudchaux. Berninac hat das Portefeuille der Marine und der Kolonien. Man hätte denken sollen, auf diese Weise wären alle Parteien zufrieden gestellt, aber die äußerste Linke, die freilich in einem Ministerium der Mäßigung nicht vertreten sein kann, tobt innerhalb und außerhalb der Nationalversammlung. In ihrem Verein in der Straße Taitbout donnerten sie gegen die „Reaction", und schrieen, es sei Zeit wieder von sich hören zu lassen. In der Nationalversammlung soll sie gestern Willens gewesen sein, falls das neue Ministerium in der Sitzung angekündigt würde, dasselbe mit dem höhnischen Rufe zu begrüßen, „es lebe der König!" Heute interpellirte darüber ein besserer Mann, der Abgeordnete Portalis, der durch seinen ehrenvollen Widerstand gegen Louis Blanc bekannt ist, und sich unbegreiflicherweise dazu hergab, dem Berge zum Organ zu dienen. Gestern, sagte er, habe der Präsident des Ministerrathes erklärt, es habe keine Veränderung in demselben stattgefunden. Seit gestern Abend müßten bedeutende Ursachen eingetreten sein eine so schnelle Modification hervorzubringen. Nach dem Grunde müsse um so mehr gefragt werden, da zwei von den neuen Ministern auch unter dem vorigen Könige in einem Kabinet gewesen wären (die alte Ausschließungstheorie der Republikaner „des vorigen Tages"). Ob denn das System verändert worden sei (Ja, ja, auf der äußersten Linken.) General Cavaignac erklärte darauf kurz und bündig; die alten Minister wären gestern Morgen noch im Amt gewesen, erst Abends sei ihre Entlassung angenommen worden, über deren Veranlassung der Redner sie selbst fragen möge. Die Regierung werde übrigens künftigen Montag, bei einer Anfrage um nothwendige Geldverwilligung ihr früheres Benehmen, wie das, welches sie ferner zu beobachten gedenke, offen darlegen und die Vertrauensfrage stellen. Fällt die Antwort darauf nicht für die ganze ministerielle Politik befriedigend aus, so werde sich das ganze Ministerium zurückziehen. Die große Mehrheit der Versammlung gab bei diesen Worten unzweideutig zu erkennen, daß sie vollkommen beistimme.

In den Bureaux wurde diesen Morgen eine Kommission von 15 Abgeordneten ernannt, um über die Fortdauer oder Aufhebung des Belagerungszustandes zu berichten. Die große Mehrzahl derselben ist der ministeriellen Politik günstig, und wird im Sinne des Klubs der Straße Poitiers berichten, welcher sich gestern Abend (mit Ausnahme Mauguin's und einiger Anderen) dahin aussprach, die Bestimmung über diesen Zustand müsse der Exekutivgewalt überlassen bleiben. Hingegen ist derselbe gegen das Recht derselben, Journale zu suspendiren. — Die Berathung über das Kapitel der neuen Verfassung, welches über den neuen Staatsrath handelt, wurde von der N.-V. verschoben; und zu den Bestimmungen über die richterliche Gewalt übergegangen. Angenommen wurde (§. 78), daß die Gerechtigkeit im Namen des französischen Volkes kostenfrei geübt wird, und die Verhandlungen öffentlich sind, wenn nicht ein Richterspruch dieselben als gefährlich für die öffentliche Ordnung oder für die Sittlichkeit bezeichnet. Ueber den Art. 78, welcher Kriminalprozesse Geschwornengerichten (wie bisher) unterbreitet, gab zu einer Debatte Anlaß, die bei Abgang der Post noch nicht brendet war, da mehrere Abgeordnete auch bei allen oder doch bei den bedeutendsten Prozessen vor den Zuchtpolizeigerichten Geschworne zugezogen haben wollen. Zu den Attributen des Präsidenten der Republik wurde noch die hinzugefügt, daß er die N.-V. zu berufen habe, was den früher zurückgesetzten Art. 30 bildet.

Nach der „Patrie" sollen auch der Polizeipräfekt von Paris Ducoux und der Präfekt des Seine-Departements ihre Entlassung eingereicht haben. Des Letzteren Stelle sei Recurt angebrten, aber von demselben ausgeschlagen worden.

Die „Reforme" kündigt die neuen Ministeriolernennungen mit den Worten an: es lebe die Republik des General Lamoricière. Schönen Dank!

Der Polizeipräfekt hat gestern eine statistische Tabelle über die zur Deportation verurtheilten 3423 Juniinsurgenten veröffentlicht. Es befinden sich darunter 2 von 13, 4 von 14, 214 von 15 bis 20, 8 von 70, 4 von 73, 2 von 74, und 1 von 76 Jahren. Vorigen Sonntag wurde ein Bankett zu Montpellier in der Promenade du Peyron gehalten, wo wie es heißt, wüthende Reden gehalten wurden, welche die zu Toulouse und Bourges noch übertreffen. Nachher sollen die Theilnehmer in Gruppen durch die Stadt gezogen sein und gerufen haben: Nieder mit den Aristokraten! Barbes, Raspail, 93, Robespierre Hoch! Mehrere trugen rothe Mützen, andere dreifarbige Fahnen, an welchen jede andere als die rothe Farbe verhüllt war. — Am 6. d. Mts. ist ein beträchtlicher Zug Artilleriewagen, mit Bomben und Haubitzen beladen von Metz nach Toul abgegangen.

(Berichtigung. In der gestrigen Beilage Seite 3, Spalte 2, Zeile 15 stehe vier statt einen.)

Paris, 14. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 80; 3pCt. 44. 35; Neue —. —; Neapol. 81. —; Bankactien 1555; Span. 5pCt. (Actions) — —; 3pCt. 23¾; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 105.—; linkes Ufer 100.—; Paris-Orleans 621. 25; Paris-Rouen 388. 75; Orleans-Bordeaux 371. 25; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Haore 187. 50; Marseille-Avignon 195. —; Straßburg-Basel 81. 25; Nordbahn 362. 50; Paris-Lyon 362. 50; Paris-Straßburg 335. —; Römisches Anleben 62¾.

Nachdem die Börse mit einer Tendenz zum Steigen eröffnet hatte, 5pCt. 69. 25 und 3pCt. 44. 50, waren trat ein leichter Rückgang ein. Man sprach von drohenden Ormenstrotionen, die der Berg im Sinne führe, was zwar Niemanden mehr schreckt, aber doch immer einige Wirkung auf die Course ausübt.

Madrid, 9. Okt. (Börse). 3pCt. Rente 18⅝ P. (Nach der Börse 18⅞ G.) 5pCt. 9⅞ P. (Nach der Börse 9¾ G.) Passive 3⅝ P. (Nach der Börse 3½ G.)

Spanien.

Madrid, 7. Okt. In Malaga ist eine neue Verschwörung entdeckt worden. In Folge der Geständnisse eines der Verschwörer sind wichtige Papiere in die Hände der Behörden gefallen und mehrere Verhaftungen bewerkstelligt worden. Auch die in Barcelona vereitelte Verschwörung hatte einen ernsten Charakter. Der Sekretär des Generals Ametler wurde in dem Augenblick verhaftet, wo er sich in dem Hafen einschiffen wollte. Man hat Papiere von der höchsten Wichtigkeit bei ihm gefunden. — In Obercatalonien haben die königlichen Truppen eine Niederlage erlitten. Der Plan des Generals Cordova besteht darin, 4 Kolonnen zu bilden. Demzufolge detachirte er kleine Abtheilungen, um dieselben nach einem Punkte hin zu entbieten, wo sie sich vereinigen sollen. Eine solche Abtheilung von 200 Mann ist von 700 Aufständischen überfallen und fast ganz gefangen genommen worden. Man versichert, Cabrera habe die Gefangenen erschießen lassen. — Die hiesige offizielle Zeitung stattet Bericht über den Empfang unseres Gesandten, des Herzogs von Sotomayor, bei dem General Cavaignac und dem Minister Bastide ab, wo beiderseits die Versicherungen der freundschaftlichsten Gesinnungen und Verhältnisse ertheilt wurden. — Vorige Woche hat die Bank von San Fernando für 4 Millionen Reale Bankscheine gegen baar eingelöst. Seit einem Monat hat dieselbe 14 Millionen Reale in Münze in Circulation gesetzt. — Es heißt allgemein, die jetzigen Cortes würden gegen Ende Dezembers sich wieder versammeln. Der Heraldo behauptet, es sei unzweifelhaft, daß Cabrera sich nach Perpignan zurückbegeben, nachdem er mehrere Häuptlinge abgesetzt habe. Ueberhaupt enthält dieses Blatt eine sehr beruhigende Darstellung der Zustände in Catalonien und andern Provinzen, die nicht recht zu obigen Nachrichten paßt.

Madrid, 9. Okt. Hr. Leffers hat dem Ministerium die Anzeige gemacht, daß die franz. Regierung die HH. Patricio de la Escosura und Moreno de Las Penas an der Grenze fest-

Digitized by Google

nehmen ließ. Die bei denselben gefundenen Papiere sollen den Beweis liefern, daß sie mit franz. Klubs im Einverständniß waren, welche Verschwörungen gegen die franz. wie gegen unsere Regierung zugleich anzettelten.

Man fügt hinzu, es werde von Seiten Frankreichs ein Spezialkommissär ernannt werden, welcher die Grenze von Bayonne bis Perpignan überwachen und allen Umtrieben kräftig entgegentreten werde. Man ist bei uns der französischen Regierung für die wohlwollenden Gesinnungen, welche sie schon bei dem Empfange des Herzogs von Soto Mayor bethätigte, sehr dankbar. Zumal da eine andere Großmacht keineswegs in demselben Sinne verfuhr.

Italien.

□ **Livorno**, 6. Okt. Die Unruhen in Florenz haben gestern hier einen kleinen Widerhall gefunden, 4—5000 Personen rannten durch die Straßen und schrieen: Nieder mit dem Ministerium, Montanelli (Einige fügten hinzu auch Guerazzi) soll Minister sein! Hierauf beschränkte sich jedoch diese Demonstration ohne weitere Folgen. Eine Stunde später hatte sich die Menge ruhig verlaufen. — Heute kam der Prinz von Canino aus Rom hier an. — Aus Florenz meldet man, Obrist Leonetto Cipriani sei von dem Kriegsminister nach Paris gesandt worden, um für Geschütz zu sorgen.

□ **Turin**, 8. Okt. Ein hiesiges Blatt will auf Privatwegen eine von General Mazzuchelli ausgehende Mittheilung erhalten haben, vermöge deren Oesterreich die englisch-französische Vermittelung auf folgender Basis angenommen habe: 1) Preßfreiheit, 2) Bürgerwehr, 3) nur italienische Beamte und 4) Truppen, 5) Entfernung aller nichtitalienischen Soldaten aus dem lombardisch-venetianischen Königreiche und 6) Uebergabe der Festungen (an das nationale Heer?), 7) getrennte Verwaltung unter einem Vicekönig, der unter den beiden Söhnen des Erzherzogs Rainer zu wählen ist. Jährliche Contribution von 25 Millionen. Der Vicekönig residirt theils in Mailand, theils in Venedig, 8) jährliches Dotalkommen des Kaisers, 9) gegenseitiges Hülfskorps von 100,000 Mann, im Falle eines feindlichen Einfalls.

„Opinione" von heute hält indessen dieses angebliche Dokument für apokryph. — Man spricht von einer bevorstehenden Auflösung unserer Deputirtenkammer. — Sollte der Krieg wieder ausbrechen, so will der König alle Hofchargen abschaffen, und sich nur eine militärische Umgebung behalten. Der polnische Generallieutenant Chrzanowiscky, welcher an die Spitze des Generalstabs gestellt wurde, ist bereits von hier abgegangen, um eine Generalinspektion der Armee vorzunehmen. — Es heißt unsere Regierung habe beschlossen unverzüglich ein Korps von 30,000 Mann beweglicher Bürgerwehr zu bilden. Diesen Morgen um 10 Uhr ließ der König die hiesige Nationalgarde die Revue passiren. Allgemein ertönte der Ruf: es lebe der König! doch nicht mit demselben Enthusiasmus wie vor mehreren Monaten. Viele Lombarden, brachten unserer Bürgerwehr ein Hoch. Alle Gerüchte verkünden Krieg, obgleich Niemand daran glaubt. Gewiß scheint indeß, daß die Truppen, welche im Innern liegen, Befehl erhalten haben, sich nach der Grenze zu begeben (Resorgimento.) — In Alexandria werden die Festungswerke in besten Stand gesetzt und die Stadt mit Lebensmitteln versorgt. Nach Tortona kommt täglich Kriegsmunition aus Peschiera. — In Mailand soll Marschall Radetzky an der Ruhr krank liegen. (?) — Professor Karl Matteucci, der mit einer außerordentlichen Mission bei der Frankfurter Centralgewalt beauftragt ist, hatte mit dem Reichsminister v. Schmerling mehrere Konferenzen, denen der sardinische Botschafter Radice beiwohnte. Hr. Matteucci ist auch von dem Reichsverweser und mehreren ausgezeichneten Mitgliedern der National-Versammlung zu Frankfurt empfangen worden. Man ist dort geneigt, sich dem Vermittelungsgeschäfte anzuschließen. (Patria.)

□ **Turin**, 11. Okt. Die „Concordia" meldet aus Bologna vom 6. Okt., in Modena seien die Ungarn mit den Kroaten handgemein geworden. Die Letzteren hätten den Kürzeren gezogen, worauf die Ungarn die kaiserliche Kokarde weggeworfen und die nationale aufgesteckt hätten. Franz V. sei nach Botzen abgereist. Des Abends wären viele junge Leute unter dem Geschrei: „Es lebe die Republik, Tod dem Herzog!" durch die Straßen gerannt. Wir theilen diese Nachricht mit, ohne sie zu verbürgen.

In Livorno zog der neue Gouverneur Montanelli am Nachmittag des 7. unter dem lautesten Jubel des Volkes ein. Die Stadt war festlich geschmückt. Eine bereits am 8. Sept. 1847 ihm und Guerrazzi zu Ehren gesetzte Inschrift wird nun auf Marmor übertragen. — In Genua hat die republikanische Gährung noch nicht nachgelassen.

Die hiesigen Blätter fordern dringend auf, unverzüglich die Waffen zu ergreifen und nach der Grenze zu eilen, um, wie sich die Konkordia ausdrückt, „für eine neue lombardische Vesper das Signal zu geben." Nie seien die Zeiten günstiger gewesen, da, dies wird als Hauptgrund angeführt, in Deutschland und besonders in Oesterreich, eine allgemeine Verwirrung herrsche.

Mantua war am 5. d. noch im Belagerungszustande. Die Stadt hat Befehl erhalten, für den Winter Wohnungen für 12,000 Mann bereit zu halten. Die Seminarien waren mit Truppen besetzt. Der Erzbischof hat die Seminaristen in seinem Palaste aufgenommen.

Zwischen Messina und der Küste von Kalabrien ist der Handel wieder in voller Thätigkeit. In Palermo hingegen herrscht, nach dem Tempo vom 2. d. Monats, noch immer Elend und Schrecken. Mehrere tausend Bergbewohner haben sich dahin begeben und terrorisiren die Einwohner.

Schweiz.

Lugano, 12. Okt. Nach einer Unterredung der eidgen. Repräsentanten in Tessin mit dem kommandirenden österreichischen General, die am 10. d. stattfand, ist denselben heute die Eröffnung gemacht worden, daß Radetzky in Folge dieser Besprechung sofort unterm 11. die bis jetzt verhängt gewesene Sperre des kommerziellen Verkehrs gegen den Kanton Tessin aufgehoben habe und sich bloß vorbehalte, wegen Herstellung der freien Postverbindung und Verpflichtung der Vidimirung der Kantonalpässe durch den österreichischen Gesandten in der Schweiz noch nach den weitern Umständen und nach den ihm gewordenen Gewährleistungen zu verfügen. (N. Z. Z.)

Niederland.

* **Haag**, 12. Okt. Die Generalstaaten werden am Sonnabend geschlossen werden. Die erste Kammer hat sämmtliche noch streitige Punkte des neuen Grundgesetzes mit großer Mehrheit genehmigt. Der König wird die neue Verfassung unverweilt genehmigen und sie sodann im ganzen Lande verkündigt werden. — Auf Java gehen die Rüstungen fort. In Batavia werden Kasernen gebaut, Basteien angelegt, die Kanäle vertieft und die Stadt gegen jeden plötzlichen Ueberfall gesichert.

* **Haag**, 12. Okt. Die Grundgesetzdurchsicht ist endlich durch alle Stadien der Berathung glücklich zu ihrem Ziele gelangt. Die erste Kammer der Generalstaaten hat in ihrer gestrigen Sitzung gleichfalls die zwölf darauf bezüglichen Gesetzentwürfe angenommen, sich also in ihr Schicksal ergeben. Es fehlt dem wichtigen Werke nur noch die Bekräftigung des Königs und die gesetzmäßige Bekanntmachung durch die Regierung. Beides wird alsbald geschehen. Die Verkündigung wird in feierlichen öffentlichen Sitzungen des Hohen Raths der Niederlande, der Provinzial- und Bezirksgerichtshöfe, sowie von den Altanen der Rathhäuser in allen Provinzial- und Bezirkshauptstädten aus vor sich gehen. Der Landtag von 1847/48 wird morgen oder übermorgen Namens des Königs durch den Minister des Innern geschlossen, der neue Landtag, auf Grund der revidirten Verfassung, aber schon Anfangs Dezember eröffnet werden.

* **Amsterdam**, 12. Okt. Unsere neue Konstitution ist fertig, wir haben directe Wahlen mit Census, zwei Kammern, Vereinigungsrecht, Lehrfreiheit und die stereotypen übrigen konstitutionellen Volksrechte. Interessant und dieses kleinen Ländchens würdig waren die Kammer-Verhandlungen; da war nicht sowohl rhetorischer Kunstsinn, nicht sowohl die Sucht nach Beifallstriumph, als vielmehr ein biederer patriotischer Geist, der aus den Reden der Abgeordneten sprach, und dem man alle Anerkennung zollen muß. Alle, Aristokraten wie Demokraten, schienen nur eine Losung zu kennen: Freudigen Gehorsam dem Ausspruch der Mehrzahl, und Alle hatten nur Einen Wunsch: Das Heil und Glück des Vaterlandes.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 16. und 17. Okt. Blum's Rückkehr. Camphausen zurückgetreten.) Wien (Felix Schwarzenberg, Kommandirender. Scharmützel an den Linien. Verhandlungen des Reichstags. Die fremden Gesandten. Angriffe der Kroaten. Internationale Commission. Vertheidigungsmaßregeln. Proclamation der Ungarn an die österreichische Nation. Eine uncentrasianirte Proclamation des Kaisers. Proclamation von Windisch-Grätz.) Berlin (Zusammenziehungen von Truppen an der mährischen Grenze.)

Dänemark. Kopenhagen (Der Reichstag. Das Ministerium.)

Ungarn. Pesth (Kapitulation des General Roth. Pläne der ungarischen Anführer. Ungarische Täuschungen über Jellacic.)

Rußland. (Russisches Interventionsgelüste.)

Börsenbericht von Frankfurt (Vom 17. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 16. Oktober. (Schluß.)

* Da sich der Schluß der Sitzung bis 5 Uhr Abends verzögerte, so wird man es erklärlich finden, daß wir mit unserem Berichte hinter der Ausgabe des Blattes zurückbleiben mußten. Die letzte Vertheidigungsrede war die Simon's von Trier, und zugleich war sie die bewegendste, obschon wir nicht sagen können die beste. Denn wie können nichts Bestes anerkennen, wo uns die Voraussetzung des Guten fehlt. Die Mordscenen in Frankfurt und Wien sind Hrn. Simon nichts als ein blutiges Händeringen des Volkes nach der verlorenen Freiheit, und mit theatralischem Schlußabgange endet er: „Nehmen Sie mir meine politische Ehre, meine Freiheit, nehmen Sie Alles. Es ist wenig gegen die hochherzigen Anstrengungen des Volkes." (Anhaltender Beifall von der Linken und der Gallerie.)

Langerfeldt wies als Berichterstatter nach, daß die Versammlung vor der Hand nichts weiter zu thun veranlaßt werde, als dem Gerichte die Möglichkeit zu geben, daß es die allgemeine Untersuchung zu einer klaren Entscheidung bringe, und erst von dem Austrage dieser Untersuchung wieder etwaige weitere Schritte gegen die Angeschuldigten abhängig sein. Dann erfolgte die namentliche Abstimmung, mit Abweisung eines Zimmermann-Zell'schen Aenderungsvorschlags, über den ungetheilten Antrag des Ausschusses:

> Die hohe National-Versammlung wolle beschließen: die von dem Appell.-Gerichte, als Kriminal-Gericht der freien Stadt Frankfurt, in dem an das Reichsministerium der Justiz unter dem 4. d. M. gerichteten Schreiben beantragte Zustimmung zur Einleitung der Untersuchung gegen die Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon von Trier zu ertheilen;
>
> dagegen den von dem gedachten Gerichte nur vorsorglich gestellten Antrag: die Zustimmung zu der Verhaftung der genannten Abgeordneten, wenn solche im Laufe der Untersuchung nöthig werden könnte, schon jetzt zu ertheilen, abzulehnen.

Dieser Antrag wird mit 245 gegen 140 Stimmen genehmigt.

Vom 17. Oktober.

Tagesordnung der 98. öffentl. Sitzung.

1) Berathung über den vom Abgeordneten Dröge, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichte über die von den Vorstehern der Kaufmannschaft in Stettin, Stolp rc. eingegangenen Petitionen.
2) Berathung über den vom Abgeordneten v. Buttel, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses, erstatteten Bericht über den Antrag des Abgeordneten Bresgen, die Stellung der Abgeordneten betreffend.
3) Berathung über den vom Abgeordneten Adams, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses, erstatteten Bericht über eingekommene Adressen, die Beschlüsse der Reichsversammlung betreffend.
4) Berathung über den vom Abgeordneten Rödinger, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses, erstatteten Bericht, wegen der Staatsschuld des ehemaligen Königreichs Westphalen.
5) Berathung über den vom Abgeordneten Gustav Fischer, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung, erstatteten Bericht über mehrere Anträge auf Abänderung des §. 61 der Geschäftsordnung, die Art der Abstimmung betreffend.

Den Vorsitz führt Vicepräsident Simson. Schlöffel vermißt eine persönliche gegen den Reichsminister v. Schmerling gerichtete Erklärung im Protokoll, die er aufgenommen sehen will. Biedermann weist dies Verlangen ab als wider den parlamentarischen Brauch, worin ihn Bassermann unterstützt. Die Erklärung Schlöffel's bezieht sich auf eine angebliche Auslassung des Reichsministers, außerhalb der Tribüne und außerhalb seines Amts gethan. Dahee beantragt von Saucken-Tarputschen, daß, wenn der Schlöffel'schen Anmuthung entsprochen würde, dieß mit dem Beisatze geschehen möge, „erhorcht und geklatscht." Auch die „Streiche", die Vogt von Gießen dem Ministerium für ein ander Mal untersagen will, sind Gegenstand einer Berufung. Die Versammlung schneidet aber weitere Erörterungen dieser Art ungeduldig und entrüstet ab, und es kommen verschiedene Ausschuß-Anträge zur Anzeige.

Die Reihe der Anträge eröffnet der Venedey's: daß die N.-V. das Reichsministerium auffordere, die deutschen Interessen in Oesterreich mit allen Kräften Deutschlands in Schutz zu nehmen und daß durch die Reichskommissäre dafür gesorgt werde, daß die österreichischen Truppen ausschließlich dem verantwortlichen Ministerium und dem Wiener Reichstage gehorsamen. Ferner soll nach dem hieran anschließenden Antrage Zell's in kürzester Frist eine Kommission von 15 Mitgliedern aus der Mitte des Hauses für die österreichischen Angelegenheiten niedergesetzt werden. Venedey's Antrag wird nicht als ein dringlicher anerkannt, dagegen erhält Zell das Wort bewilligt, um für die schleunige Niedersetzung der von ihm vorgeschlagenen Kommission zu sprechen.

Venedey will die Sache binnen spätestens 48 Stunden erledigt wissen. Die Versammlung geht auf die Diskussion ein.

v. Vincke meint, so dringend auch die Lage der Dinge in Oesterreich sei, so könne er doch keine andere Maßregel als zweckdienlich anerkennen, als die von dem Reichsministerium bereits ergriffene. Einem Fünfzehner-Ausschusse widerspreche auch das Gesetz über die Centralgewalt, denn bei dieser allein sei die Vollziehung. Für das Ministerium dürfte es freilich sehr bequem sein, von einer arbiträren Stellung so schwierigen Verhältnissen gegenüber in eine rein exekutive überzugehen. Allein das sei durchaus unkonstitutionell.

Reichsminister v. Beckerath findet dagegen die unmittelbare Theilnahme der Versammlung durch einen Ausschuß an den unübersehbaren Ereignissen in Oesterreich höchst wünschenswerth, ja nothwendig. Auch sei in einer solchen mitberathenden und unterstützenden Theilnahme des Hauses noch keineswegs eine Beseitigung der Verantwortlichkeit und der Kompetenz des Ministeriums enthalten. Auf diese Erklärung entscheidet sich die Versammlung für den Zell'schen Antrag. Die Abtheilungen werden noch heute den Ausschuß von 15 Mitgliedern für die österreich. Angelegenheiten wählen. Zugleich wird an diesen Ausschuß die Eingabe des Vereins der Deutschen in Oesterreich verwiesen, welche die Anzeige enthält, daß der Banus Jellacic mit einem Kroatenheere die deutsche Reichsgrenze überschritten habe.

Ein einschlagender Antrag Raumer's erledigt sich hierdurch und ein Antrag Mareck's auf Errichtung eines Journalistikums für die Mitglieder der N.-V. erhält keine Unterstützung.

Zur Tagesordnung gelangend wird der Gegenstand No. 1 nach dem Antrage des Ausschusses durch einfache Abstimmung entschieden. Dieser Antrag lautete dahin: die Nationalversammlung wolle über die Gesuche der Vorsteher der Kaufmannschaft rc. zu Stettin, Stolp und Wismar zur motivirten Tagesordnung übergehen.

Der zweite Gegenstand betrifft die Uebernahme von Staatsämtern oder die Beförderung zu höheren Stellen von Mitgliedern des Hauses, während der Dauer ihrer Abgeordnetschaft für die Nat.-Vers. Der Ausschuß empfiehlt in Bezug auf dieß Verhältniß folgenden Gesetzesvorschlag zur Annahme:

> „Jeder Abgeordnete zur Nat.-Vers., welcher nach dem Zeitpunkte seiner Wahl ein besoldetes Staatsamt oder eine Amtsbeförderung im deutschen Reiche oder in einem einzelnen Staate des Reiches annimmt, muß sich einer neuen Wahl unterwerfen, und er scheidet aus, insofern er nicht wieder gewählt wird."

Röslee aus Oels findet die Stellung der Bevollmächtigten für die Einzelnstaaten bei der Centralgewalt durchaus unvereinbar mit der Eigenschaft eines Abgeordneten und Kolb von Speier spricht für das Erachten der Minderheit des Ausschusses, wodurch die obigen gesetzlichen Bestimmungen bis dahin verschärft werden sollen, daß sie auch rückwirkend für alle Abgeordneten gelten wür-

Digitized by Google

den, die seit ihrer Wahl für Frankfurt ein Staatsamt oder eine Beförderung angenommen haben.

Biedermann entwickelt die gefährlichen Mißlichkeiten, die aus der Annahme des Gesetzentwurfs auch in der Fassung der Ausschußmehrheit für die Versammlung hervorgehen würden und räth zu dessen Ablehnung.

Siemens ist wenigstens gegen die rückwirkende Kraft.

Vogt von Gießen will die Fäden, „aus denen die Majoritäten gesponnen werden" für immer zerrissen sehen. Diese Fäden seien die Korruption durch Beförderung u. „Denn", so erhebt sich seine Rede in edlem Geist und sauberem Ausdruck, „wenn man Jemanden ein Ordensband über den Hals würfe, so könne man ihn sühren, wohin immer, und wenn es über den Gänsedreck wäre."

Empfindlich scheint eine Bemerkung Biedermann's getroffen zu haben, daß doch die Linke ihrem eigenen Grundsatze folgen und daß die Mitglieder derselben demnach austreten möchten, denen Mißtrauensvota von ihren Wählerschaften zugegangen seien. Vogt will nämlich auf ein so erstaunliches Ansinnen nie eingehen, wenn zugleich die ganze Versammlung ihre Wahlen erneuern lasse. Endlich greift Vogt mit seinem bittersten Spotte die Aemterhäufungen auf den Schultern einzelnee Abgeordneten an, die zugleich bei der Centralgewalt und von dieser bei der Krone Schweden bevollmächtigt, Mitglieder des Verfassungs-Ausschusses u. s. w. seien.

Baffermann: Der alte Staat und die alten Staatsbeamten forderten die Verfassungen freilich zu Mißtrauensmaßregeln heraus. Aber unsre Zeit ist eine neue und die Anstalten der Vergangenheit können nicht für die veränderte Gegenwart Geltung haben. Der Charaktee von Männern, die ihr ganzes Leben lang für die Freiheit und das Recht gestritten, ist doch wahrlich zuverlässiger als die wandelbare Volksgunst! Blicken Sie auf Oesterreich. Wer stand noch vor Kurzem dort in der Meinung der herrschenden Menge höher, als Bach, als Schwarzer u. A., die eben jetzt am tiefsten in den Staub getreten werden! Einen Welcker, einen Raveaux wollten Sie nöthigen, nochmals an das Vertrauen ihree Wähler zu appelliren, weil sie sich den Aufträgen der Centralgewalt unterzogen? Auf diese Versammlung drückt keine mächtige Dynastie, sie hat keine Vorsichtsmaßregeln wie die im Gesetzentwurf begehrten nöthig. Ich stimme für Uebergang zur Tagesordnung. (Beifall, und Schluß der Verhandlung gefordert.)

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt die Versammlung die Verhandlung über den Gegenstand für erschöpft, und es kommt hierauf der nachfolgende Antrag Biedermann's (auf Rösler's von Oels und Kolb's Verlangen) zur namentlichen Abstimmung:

„In Erwägung, daß die Natur der provisorischen Centralgewalt und die Stellung der verfassunggebenden Reichsversammlung zu ihe, wie zu den Einzelnregierungen, ein Gesez wie das vorgeschlagene zur Zeit nicht als nothwendig erscheinen läßt;

in Erwägung, daß dessen Ausführung mancherlei Schwierigkeiten und Konflikte mit den bestehenden Wahlgesetzen und den Geschäftsformen der Versammlung herbeiführen würde;

in Erwägung endlich der schon vorgerückten Zeit der Versammlung, geht dieselbe über den Antrag des Ausschusses zur Tages-Ordnung."

Es sich mit 217 bejahenden gegen 156 verneinende Stimmen für den Biedermann'schen Antrag und mithin für die Verwerfung des Gesetzvorschlags entscheidet. (Schluß folgt.)

Frankfurt, 17. Okt. Robert Blum ist, wie in der Stadt erzählt wird, von Regensburg wieder hier eingetroffen. Das würde ein neuer Beweis seiner politischen Klugheit sein, die vielleicht noch größer, aber nicht so bemerklich gewesen wäre, wenn er sich gar nicht auf die Reise begeben hätte.

Frankfurt, 17. Okt. Gestern ist Herr Camphausen aus Berlin hierher zurückgekehrt. Die Hoffnung auf ein gutes Verhältniß zwischen Frankfurt und Berlin ist jetzt sehr lebhaft. Der preußische Name hat neuerdings, besonders seit man die Preußen wieder kennen gelernt, in hiesiger Stadt und Umgegend, ja überhaupt in Süddeutschland, einen besseren Klang bekommen.

Wien, 12. Okt. Abends. Es erschien heute Nachmittags eine ungarische Deputation, bestehend aus 2 Abgeordneten des ungarischen Reichstages und überbrachten folgende Adresse:

„An den hohen konstituirenden Reichstag in Wien! Die ungarische Nation im heiligen Kampfe für ihre Freiheit und ihr gutes Recht gegen den in der Weltgeschichte unerhörten Verrath der reaktionären Kamarilla und ihrer eidbrüchigen Söldlinge begriffen, ist von dem wärmsten Dankgefühle durchdrungen für die heldenmüthige Aufopferung der edlen Bewohner Wiens, womit selbe die Verstörkung der Armee des Verräthers Jellacic zu verhindern, sich so glorreich erhoben hat. Die ungarische Nation erklärt vor Gott und der Welt, daß sie die Freiheit Oesterreichs ihrer eigenen Freiheit gleich achten und zu deren Aufrechthaltung gemäß den Wünschen der österr. Nationen noch Kräften beizutragen, stets zu ihrer heiligsten Pflicht rechnen wird. Die Gefahr ist gemeinschaftlich, die die Freiheit beider Nationen bedroht. Ungarn weiset entschieden zurück jeden Traktat mit der Kamarilla und ihren eidbrüchigen Söldnern; bekennt sich aber vor Gott und der Welt zum tiefverpflichteten Freunde, treuen Bundesgenossen und Bruder der österreichischen Nationen — und erklärt sich unwandelbar geneigt, die gegenseitigen Interessen zu beiderseitigee Zufriedenheit auf der breitesten Basis des Rechtes, der Billigkeit und der treuen Bruderliebe regeln zu wollen, und bietet hierzu seine treue Bruderhand. Ungarn erklärt zugleich seinen wärmsten Dank der hohen Reichsversammlung für die kräftigen Maßregeln zur Verhinderung des Anmarsches einer reaktionären Soldateska, bestimmt die räuberischen Horden des Jellacic zu unterstützen, findet sich aber zugleich veranlaßt, die hohe Reichsversammlung zu benachrichtigen, daß die ungarische Regierung Kunde bekommen habe, daß trotz den vorbemerkten Maßregeln dem Empörer Jellacic doch gelungen sei, gegen 13,000 Mann Verstärkung aus Oesterreich an sich zu ziehen, und daß unsre armes verrathenes Vaterland auch von dem in Gallizien stationirten Militär eine Invasion bedroht. Die ungarische Nation ersucht die edlen Vertreter Oesterreichs hingegen, kräftig einschreiten zu wollen, und so wie wir jeden Ungor für einen Landesverräther erklären, der seine unheilige Hand gegen die Freiheit Oesterreichs erhebt, eben so jeden Unterthan der österreichischen Monarchie für einen Landesverräther zu erklären, der dem Empörer Jellacic, dem eidbrüchigen Werkzeuge, das sich die Kamarilla zur Unterdrückung der Freiheit Oesterreichs und Ungorns auserlesen, die mindeste Unterstützung gewähren würde. Der Empörer Jellacic treibt seine Horden mit Kartätschen in den Kampf gegen die Freiheit. Es ist höchst wahrscheinlich, daß er, von unsern tapfern Truppen gedrängt, seine räuberischen Horden auf das Gebiet Oesterreichs wirft, und wo möglich selbst Wien zu bedrohen beabsichtigt. Die ungarische Nation ist fest überzeugt, daß er in diesem Falle unter dem Rachesschwerte der Freiheitssöhne Oesterreichs unrettbar fallen wird; doch erachtet es die ungarische Nation für ihre heiligste Pflicht der Dankbarkeit gegen Wien und Oesterreich in diesem Falle Jellacic nachzujagen, und in dem Werke seiner wohlverdienten Vernichtung das edle Volk Oesterreichs zu unterstützen. Darum haben die Repräsentanten der ungarischen Nation den Befehl an die ungarische Armee ertheilt: Jellacic zu verfolgen, wohin er sich auch wenden möge. Doch bedeuert die ungarische Nation vor Gott und der Welt: daß, wenn ihre Truppen den fliehenden Feind nach Oesterreich zu verfolgen bemüssigt wären, hiemit nicht nur keine Gebietsverletzung Oesterreichs beabsichtigt würde, sondern, daß in diesem Falle die ungarische Nation auch dem Triebe der Dankbarkeit folgt, welcher ihr es zur Ehrenpflicht macht, die edlen Bewohner Wiens nicht ohne Unterstützung zu lassen gegen den gemeinsamen Feind. Möge die hohe Reichsversammlung diese aufrichtig gemeinte Erklärung mit gleicher Bruderliebe entgegennehmen. Die ungarische Nation erklärt, daß ihre Truppen in dem nämlichen Augenblicke Halt machen und sich nach Ungarn zurückwenden werden, wo die edlen Vertreter des tapfern Oesterreichs dem kommandirenden General der ungarischen Armee die Weisung zukommen lassen, daß die Entwaffnung des gemeinsamen Feindes durch eigene Kräfte bewirkt und die Mitwirkung unserer Truppen zum Siege der gemeinschaftlichen Freiheit nicht mehr nöthig sei. Ungorns Regierung hat die strengsten Befehle erlassen, daß im Falle die ungarische Armee vorrückt, ihre Verpflegung selbst auf dem uns heiligen österreichischen Boden von Ungarn aus verabfolgt, und dem edlen Volke Oesterreichs nicht die mindeste Last aufgebürdet werde. Gruß, Hochachtung und Bruderliebe des ungarischen Reichstages. Pesth am 10. Okt. 1848. Unterz. Oberhauses Vizepräsid. B. Sigmund v. Perény. Unterhauses Vizepräsid. Johann Pallfy."

Die unkontrasignirte Proklamation des Kaisers lautet: „An

die Völker meiner deutsch-erbländischen Provinzen! Gleichzeitig mit meiner Abreise von Schönbrunn habe ich ein Manifest zur Kontrasignatur und Veröffentlichung nach Wien geschickt, in welchem ich meine höchste Entrüstung und Betrübniß über die traurigen und grauenvollen Ereignisse aussprach, welche durch die kecken Uebergriffe einer, jede Freiheit erdrückenden, zwar kleinen, aber ungemein thätigen Partei neuerlich dort stattfanden, ungeachtet ich mich entschlossen hatte, ohne andere Garantien, als die Liebe der Einwohner dahin zurückzukehren. Zugleich habe ich in selbem den vorzugsweisen Zweck meiner Reise erklärt, nämlich einen für den Augenblick geeigneteren Standpunkt in der Monarchie zu gewinnen, von welchem aus ich die konstitutionelle Freiheit zu einem wirklichen und dauernden Gemeingute, für Alle gleich wohlthätig wirkend, begründen könne, ohne die Vortheile, welche bereits meine Sanktion erhalten haben, irgend zu schmälern. — Da durch die dortigen Wirren dieses Manifest vielleicht nicht an seine Bestimmung kam, und somit auch nicht zur allgemeinen Kenntniß gelangen könnte, wollte ich dieß denen Provinzen, und insbesondere denen Gegenden, welche ich durchziehe, zur Beruhigung bekannt geben. Herzogenburg den 8. Oktober 1848. Ferdinand."

△ **Wien**, 13. Okt. Der Allarm gestern Mittag war durch einen Angriff der Vorposten Jellacic's auf die Sct. Marxer Linie veranlaßt; Abends 6 Uhr machten sie einen zweiten Angriff — aber N.-Garde und Studenten unter Dr. Wutschel machten einen Ausfall und trieben sie beidemal zurück. — In dem von Auersperg verlassenen Lager von Belvedere fand man wieder mehrere verstümmelte Leichen (in den letzten Tagen fand man elf), deren eine durch die Stadt getragen und in den Vorsaal des Reichstages gebracht wurde unter fortwährendem Rufen: Der Reichstag muß sich von den Gräueln der Soldaten selbst überzeugen. — Es scheint, daß Auersperg Jellacic den Rücken decken will im Falle eines Angriffs der Ungarn, die in Bruck an der Leitha stehen. — In der Abendsitzung wurde dem Verlangen des Finanzministers Kraus entsprochen und die Bewilligung, den Kredit der Bank nach Umständen bis zu 20 Millionen benützen zu dürfen, mit einem Vertrauensvotum gewährt. — Schuselka berichtet, daß zwei Mitgliedes des ungarischen Reichstags eine Adresse überbrachten, worin Ungarn Oesterreich für die ausgesprochenen Sympathieen dankt und zur Kenntniß bringt, daß der ung. Reichstag der Armee den Befehl ertheilt habe, Jellacic auch auf österreichischem Boden anzugreifen. Die Armee solle auch auf österreichischem Boden auf ungarische Kosten unterhalten werden und auf den ersten Wink des Reichstags — sich aus Oesterreich entfernen. — Der Abg. Löhner meldet aus Brünn, daß er eine Audienz bei dem Erzherzog Franz Karl erhalten habe — aber erst nach vielen Bitten und schickt eine Proklamation des Kaisers, gegeben in Herzogenberg ohne Contrasignatur ein, worin der Kaiser erklärt, einen andern Ort als Wien zur Berathung bestimmen zu wollen. — Die Abdankung des Ministers Doblhoff und Bach ist von dem Kaiser angenommen. Ueber Hornbostl ist man in der größten Besorgniß, da er in Hadersdorf ein Schreiben des Kaisers an den Reichstag erhielt und noch immer nicht hier angekommen ist. — Borrosch beantragt zur Rettung des Vaterlandes die Niedersetzung einer internationalen Kommission, die Beistimmung Ungarns dazu einzuholen und diesen Wunsch dem Kaiser in einer neuen Adresse auszudrücken. Zimmer und Smolker warnen vor einem Aufschub, der die Gefahr für die Stadt und für die ung. Armee nur vergrößern könne, da es den Anschein habe, daß der Hof um jeden Preis durch das Militär siegen wolle, und den Waffenstillstand nur dazu benutzen werde, um neue Truppen zusammen zu ziehen. Pillersdorf, Borrosch und Federowitsch mahnen, die Versöhnung zu versuchen, und Borrosch's Antrag wird angenommen.

Der Gemeindeausschuß beteidt mit Eifer die Verproviantirung der Stadt; das ehemolige Liguorianer-Kloster ist als depôt bezeichnet und die Verzehrungssteuer für alle Arten Hülsenfrüchte, Mehl ꝛc. aufgehoben. — Auch macht er bekannt, daß die Wittwen derjenigen, welche in der Vertheidigung der Stadt fallen, 200 fl. C. M. jährlich erhalten und jedes Kind bis zu 18 Jahren 50 fl. Erziehungsbeitrag. Die Garden, welche aus Brünn ꝛc. Wien zu Hülfe geeilt, erhalten 40 kr. und jeder bewaffnete Arbeiter 25 kr. C. M. täglich. Heute früh sind wieder 100 Grätzer Studenten angekommen. — Die Vertheidigungsmaßregeln werden fortgesetzt, aber zu gleicher Zeit bietet der Reichstag und der Gemeindeausschuß alles auf, um für sich selbst den gesetzlichen Boden fest zu halten. Die Bevölkerung schenkt ihnen Vertrauen und ließ sich bis jetzt unbedingt durch sie leiten. Alle Waffenfähigen sind aufgerufen, sich unter die Bezirkschefs ihrer Wohndistrikte einzureihen, nur Bäcker und ähnliche Gewerbe bleiben von dem Dienst verschont, so wie alle jene, welche im Dienste des Reichstags stehen.

3 Uhr. Der Kaiser hat den Graf Auersperg seines Kommandos enthoben und dasselbe dem Fürsten Felix Schwarzenberg übergeben. Große Billigung, da Ersterer seine Unfähigkeit, sei es bei den Angriffen vor und in der Stadt, sei es während seines ganz neutralen Verhaltens in den schrecklichen Stunden, denen der Mord Latour's folgte, und welcher mit nur ein wenig Energie zu verhindern gewesen wäre, mehr als zur Genüge bewährte. — An unsern Linien fallen von Stunde zu Stunde kleine Schermützel vor, die jedoch immer bis jetzt zum Vortheil unserer braven Garden geendigt haben. — Die Zuzüge aus Steiermark von 500 Scharfschützen mußten sich durch das Militär durchschlagen, kamen aber glücklich hier an. Heute 30 Salzburger Studenten mit zwei Professoren. — Im Reichstag wurde zum Vice-Präsident Prestl gewählt. Im zweiten Skrutinium hatte Niemand die gehörige Stimmenmehrheit. Die Wahl schwankte zwischen Ambrosch und Pillersdorf. — Sodann Referat des Sicherheitsausschusses, in dem vor Allem dem Wiener Volk, dem Wiener Proletariat der Reichstag dankt für seine edle, männliche und ehrenhafte Hingebung, für seinen seltenen Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit. — Sodann die Bewilligung von 200,000 fl. für die Gewerbsleute ꝛc., welche unter Waffen stehen, mit Stimmeneinheit aus dem vorliegenden Fonds der Hülfskasse von 2 Mill. fl. bewilligt. — Zuschrift und Beitrittserklärung von Ollmütz an den Reichstag und die Wiener Bewegung. Einsendung eines Dokuments, der Bekanntmachung des Fürsten Windisch-Grätz: „daß die großen Truppenbewegungen nur für die Freiheit des Volkes seien. (Dies der Sinn von vielen Worten.) Dann die Bekanntmachung, daß der Kaiser in Ollmütz sein Hoflager aufschlagen werde und am 14. dort einzutreffen gedenke. Er residirte gestern in Sielowitz bei Brünn. — Löhner frägt telegraphisch an: ob der Reichstag noch „beschlußfähig" sei. — Die Böhmen, welche sich entfernten, haben bereits einen Aufruf erlassen, vermöge dessen sie den Reichstag nicht mehr anerkennen und in Prag einen böhmischen zusammenrufen wollen. (Siehe unser gestriges Blatt.) — Einsendung des Grafen Auersperg, daß Jellacic auf die frühere Anfrage erklärt, als k. k. General könne er hier kein Fremder sein, und daß sein Marsch nur von den Nachrichten, welche er am 6. aus Wien erhalten, bedingt wurde. — Eben trifft eine Deputation aus dem ungarischen Lager ein, welche einen Geleitsbrief des Reichstags an Auersperg verlangt, der sich mit seinen Truppen auf die Manex (Ort, 2 Stunden von hier) zurückgezogen hat. Sie wollen sich mit ihm verständigen, da sie entschlossen sind, Jellacic anzugreifen, und 25,000 Mann stark um Bruck a. d. Leitha konzentrirt sind, von wo es ihnen, wenn Alles rasch geht, noch möglich würde, ihn vom Wege durch die Berge nach Steiermark abzuschneiden.

Rußland hat hier auf die schlaueste Weise intriguirt, um die Gesandten zur augenblicklichen Abreise zu vermögen, was aber an der Ruhe des brittischen Gesandten und dem klaren Sinne einiger deutschen Männer abprallte. — Graf Medem ist bereits auf und davon, nachdem er alle Papiere der Gesandtschaft verbrannt. Sein alter ego Monsieur Fonton ist, da ein letzter Sturm auf die Gesandten auch heute vergeblich war, seinem Herrn gefolgt. Sie sehen, wie gerne Rußland einen Eklat, der ein ungesetzmäßiges Vorgehen voraussetzt, auf Wien zu werfen beabsichtigte, und ziehen sich selbst die Konsequenzen daraus.

Die Gesandten in corpore sind übereingekommen, daß nur zwei Dinge sie bestimmen werden, Wien zu verlassen: 1) der ausgesprochene und bestimmte Ruf des Kaisers an sein Hoflager, 2) irgend ein ungesetzlicher Vorgang, wo die gesetzliche Regierung nicht mehr möglich oder geändert werden sollte. —

** **Wien**, 13. Okt. Windischgrätz hat von Ollmütz aus eine Proklamation erlassen. Dieselbe lautet: „Die letzten Ereignisse in Wien beweisen leider einen Zustand böswillig hervorgebrachter Aufregung, welcher alle Ordnung stört, den Gesetzen Trotz bietet und es unmöglich macht, Verfassung und Gesetze angemessen auszuarbeiten und das Eigenthum zu sichern. Dieser Zustand erfordert im Interesse eines jeden Staatsbürgers eine baldige Beendigung, die nur durch kräftige Maßregeln herbeigeführt werden kann. Die zu diesem Zwecke getroffenen militärischen Vorkehrungen

Digitized by Google

sollen daher keineswegs die von Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser verliehenen Rechte schmälern oder rückgängig machen, sondern im Gegentheile jeden Einzelnen im Genusse derselben und den Staat vor Anarchie schützen. Ich fordere daher alle rechtlich Denkenden auf, jedes hier so unbegründete Mißtrauen zu beseitigen und durch ruhiges Verhalten die zur Förderung des allgemeinen Wahles nöthigen Maßregeln nicht zu stören. Ollmütz, 11. Okt. 1848."

Berlin, 10. Okt. Von hier aus sind Befehle nach Schlesien gegangen, an der mährischen Grenze ein Truppenkorps zusammenzuziehen. Truppen aus Pommern und der Provinz Sachsen sollen zum Ersatze der geschwächten Garnisonen nach Schlesien nachrücken. (O. Allg. Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Okt. Die Wahlen sind beendigt, doch gehen noch die dadurch geschlagenen politischen Wogen hoch. In den Amtsbezirken ist die Aufregung größer gewesen als in der Hauptstadt. Ferner stellt sich heraus, daß das vom Ministerium aufgestellte Princip, „Dänemark bis zur Eider", unter dem intelligentesten Theile der Bevölkerung nicht als richtig anerkannt wird, indem diese vielmehr es in Dänemarks Vortheil findet, Holstein nicht aufzugeben, sondern beide Herzogthümer — in möglichst engem Verbande mit Dänemark — zu behalten. Wenn nun auch nach dem Reskript der Reichstag nur zur Vereinbarung der Konstitution zusammentritt, so liegt es auf der Hand, daß es hier damit gehen wird, wie anderswo, und andere Tagesfragen vielmehr den Vorrang sich erstreiten werden.

Kopenhagen, 11. Okt. Von der Politik verlautete hier auch in den letzten Tagen eigentlich nichts, und das Stillschweigen des Ministeriums über die doch wahrscheinlichen Verhandlungen beweist wohl gerade, wie schwer sich dieses zum Nachgeben bequemt, weil dadurch die vorherrschende Stimmung sich vom Ministerium abwenden wird.

Ungarn.

Pesth, 7. Okt. In der gestrigen Abendsitzung berichtete der Deputirte Johann Balagh, welcher als Kurier aus dem Lager bei Tatz gekommen, daß die Avantgarde des unter General Roth's Anführung stehenden Truppenkorps sich am 5. Okt. den Unsrigen nach dem ersten Angriff auf Gnade und Ungnade ergeben. Diese Avantgarde bildete den Kerntrupp des ganzen Korps und zählte 1586 gediente Grenzer. Der General Roth schickte hierauf den General Philippovich als Parlamentär in unser Lager. Der Deputirte Moriz Perzel, welcher als Oberst unsere Armee bei Tatz befehligt, verlangte eine unbedingte Unterwerfung und ließ dem General Roth 6 Stunden Bedenkzeit mit der Bemerkung, daß, wenn bis dahin die unbedingte Unterwerfung nicht erfolgt, der Angriff sofort geschehen und die Generäle Roth und Philippovich mit ihrem Kopfe büßen werden. So weit die Kouriernachricht. Der Kourier brachte auch die kaiserliche Fahne der gefangenen Avantgarde als Trophäe mit. Sie wurde dem Museum übergeben. Die kriegsgefangenen 1586 Grenzer sind schon heute früh per Dampfschiff hier eingetroffen. Sie sind von der hiesigen Bevölkerung sehr freundlich aufgenommen und mit Brod und Wein traktirt worden. Der oben erwähnte Oberst und Repräsentant Moriz Perzel wird nach Gefangennehmung des Generals Roth und seines Korps geradewegs nach Agram marschiren, dort eine friedliche Revolution gegen Jellacic und die Kamarilla bewerkstelligen und den alten Bruderbund zwischen Kroatien und Ungarn neu befestigen. Wenn die aufständischen Raizen bis dahin nicht die Waffen gestreckt haben, wird er ihnen in den Rücken kommen. 30,000 Mann stehen jetzt unter seinen Befehlen. Die gestrige Wiener Post kam erst Abends an. Die Briefe waren von Jellacic eröffnet worden, mehrere hat er auch zurückgehalten. (O. A. Z.)

Aus Pesth vom 9. Okt. schreibt man dem Nürnb. Korr.: Das Kriegsgetümmel schweigt, unsere Hauptstadt ist von keinem Feinde mehr bedroht, und man überläßt sich hier dem Siegestaumel. Wie dieß Alles gekommen, ist uns hier ganz unerklärlich. Die mit so gewaltigem Lärm und so hochtrabenden Manifestationen unternommene Expedition des Banus Jellacic zerplatzte, nachdem sie bis ein Paar Stunden von Ofen vorgedrungen, wie eine Seifenblase, ohne daß es zu mehr als einigen kleinen Scharmützeln gekommen wäre. Jellacic verschwand mit seinem Heere von 20—30,000 Mann während eines Waffenstillstandes und nahm seine Richtung gegen Raab, wo er am 3. Abends eintraf. Wahrscheinlich sucht er Oesterreich zu gewinnen, und über seine jetzige Stellung werden Sie wohl über Wien viel frischere Nachrichten haben, als ich Ihnen vermöge der geographischen Lage Pesth's jetzt mitzutheilen im Stande bin. Was in der Folge mit uns geschehen wird, liegt in tiefster Dunkelheit. Hier denkt man nicht daran, sich mit Oesterreich auf anderer Basis als der gänzlicher Unabhängigkeit auszusöhnen und unsere Ultramagyaren tragen stolz ihr Haupt, wenn sie sich gleich bis jetzt noch durch keine glänzende Waffenthat auszeichneten und blos Enthusiasmus und Fanatismus zur Schau trugen. Sie wähnen nun, alle Gefahren überwunden zu haben, nicht gedenkend, wie in Siebenbürgen die Gährung unter den Walachen und Deutschen immer drohender wird und wie sehr der Süden Ungarns noch im gewaltigem Aufruhr begriffen ist. Die Siebenbürger Sachsen sollen sich nun offen gegen Ungarn erklärt haben. Man ist hier begierig, was die österreichische Regierung jetzt für Maßregeln gegen Ungarn ergreifen wird.

Rußland.

Von der russisch-polnischen Grenze, 29. Sept. Petersburger Briefe besagen, daß man neuerdings dem österreichischen Kabinet von hier aus den Wunsch in Form eines Rathes ausgesprochen hat, dasselbe möge in Rücksicht auf Italien das Prinzip einer strengen Aufrechthaltung der Traktate geltend machen. Man halte sich in Petersburg nicht allein zur kräftigsten moralischen wie auch materiellen Unterstützung in allen dadurch etwa hervorzurufenden Konflikten verpflichtet, sondern es soll sogar dem Wiener Kabinet der Antrag gemacht sein, für den Fall, daß eine Verwendung der gesammten österreichischen Streitmacht im Süden und Westen nothwendig sei, für die Pacifikation Ungarns und Galiziens kräftigst Sorge zu tragen. (Hamb. C.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 17. Okt.

5% Met. 65½ G.; 2½% ditto 34⅜ G.; Bankakt. fl. 1100 G.; fl. 500. Loose 109½ G.; fl. 250. ditto 71½ G.; Badische fl. 35. Loose 24½ G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 24⅜ G.; Poln. fl. 500 Loose 65¾ G.; Friedr. Wilh.-Norddahn 40⅝ G.; Berbach 65¾ G.; 3% inländ. Spanier 17¼ G.; 4½% Wüet. 90¾ G.

Am Anfange der Börse herrschte eine flaue Stimmung, da die gestern verbreiteten günstigern Nachrichten aus Wien sich nicht zu bestätigen schienen. Später zeigte sich mehr Kauflust und die Course schlossen fest.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 17. Okt.

Die Linke empfängt das Ergebniß dieser Abstimmung mit dem höhnischen „Brava", welches seit einiger Zeit bei ihr üblich geworden.

Die Nr. 5 der Gegenstände heutiger Tagesordnung tritt sogleich hier anstatt Nr. 3 in die Berathung ein. Unter mehreren Vorschlägen zur Abkürzung des Verfahrens bei den namentlichen Abstimmungen wird für die Zukunft ein Modus mit weißen und blauen Stimm-Zetteln beliebt, von denen die weißen bejahen, die blauen verneinen. Was den von Adams erstatteten Bericht des Prioritäts- und Petitionsausschusses anlangt, so werden nach dessen Antrage eine Reihe von Adressen durch einfache Abstimmung zu den Akten genommen.

Ueber den Bericht desselben Ausschusses in Betreff der Staatsschuld des ehemaligen Königreichs Westphalen wird die Verhandlung mit einer Rede Ziegert's begonnen, die sich wider den Ausschußantrag:

„Es sei die Centralgewalt zu ersuchen, dem Reichs-Justizminister aufzugeben, der Beschwerde auf den Grund zu sehen und nachdrücklichst dafür zu sorgen, daß ein Maßstab der Betheiligung der einzelnen Staaten an der westphälischen Staatsschuld festgestellt und dem Beschwerdeführer, zum Behuf der Geltendmachung seines Anspruchs, der Rechtsweg eröffnet werde"

ausspricht, worauf Justizminister v. Mohl erklärt, daß das Ministerium Alles daran setzen werde, um den Betheiligten zu ihrem verkümmerten Rechte zu verhelfen. Nur der Berichterstatter Rödinger ergreift noch das Wort. Die Versammlung entscheidet sich sodann nach Grävell's Verbesserungsvorschlage für die einfache Ueberweisung der Sache an das Justizministerium, womit die Tagesordnung erledigt und die Sitzung beschlossen wird.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kieffelbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Lwer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Mercandre in Straßburg Nro. 26 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 280. **Frankfurt a. M., Mittwoch 18. October.** **1848.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Amtliches. Das Geburtsfest des Königs von Preußen. Die Partei Vincke. Der Ton der Sitzung vom 16. Adresse des deutschen Jugendbundes in Siebenbürgen.) Prag (Kundmachung des Fürsten Windisch-Grätz. Die Stimmung der Stadt. Truppensendungen gegen Wien.) Berlin (Verhandlungen der Landesversammlung. Der König an seinem Geburtstag. Die Wiener Nachrichten. Heinrich v. Kleist. Die neue Regierung für Schleswig-Holstein.) Posen (Die Czechen und Polen über den österreichischen Krieg.) Würzburg (Die Versammlung deutscher Bischöfe.) Bamberg (Ruhe im Meinlugenschen). Hannover (Truppen nach Thüringen. Gymnasien.) Baden (General Hoffmann.) Konstanz (Urtheilung wegen Preßvergehen.) Hohenzollern-Sigmaringen (Proklamation des Fürsten. Auflösung des Sicherheitsausschusses. Advocat Würth zum Parlamente gewählt.) Weimar (Einführung von Geschworenen.) Schleswig-Holstein (Stimmung des Landes. Freiheitsbestrebungen in Schleswig-Holstein.) Hamburg (Die Marine-Kommission.)

Großbritannien. London (Smith O'Brien's Todesurtheil. Mittheilungen der Times über Frankreich. Neue Schuldigsprechung in Clonmel. Traurige Zustände in Süd-Irland.)

Frankreich. Paris (Das neue Ministerium. Wahrscheinliche Aufhebung des Belagerungszustandes. Tagesneuigkeiten. Beschlüsse der Nat.-Versammlung.)

Italien. Florenz (Das Ministerium und die Kammer.) Poterna (Traurige Lage und Bedürfniß des Friedens.)

Schweiz. Zürich (Die „N. Z. Z." über die Frankfurter Vorgänge. Die Tessiner Sperre. Hochverrathsprozesse in Uri. Wahlen in den Ständerath.

Belgien. (Die Ausweisung belgischer Arbeiter aus Frankreich. Das vlämische Drama.)

Polen. Warschau (Musterung des polnischen Heeres.)

Rußland. (Die Juden.)

Deutschland.

Frankfurt, 17. Okt. Die „O. P. A. Ztg." meldet nunmehr amtlich: Die Vorfälle in Wien und der dort entflammte Bürgerkrieg haben die provisorische Centralgewalt veranlaßt, den Abgeordneten der deutschen Nat.-Versammlung und Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt Karl Welcker und den Obersten und Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt Ludwig Mosle als Reichskommissäre für alle österreichischen Gebietstheile des deutschen Bundesstaates zu bestellen, um alle zur Beendigung des Bürgerkriegs, zur Herstellung des Ansehens der Gesetze und des öffentlichen Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Diese Reichskommissäre sind bereits am 13. Okt. 1848 nach Wien abgereist.

† **Frankfurt**, 16. Okt. Den gestrigen Tag, als den Geburtstag ihres Königs, begingen die preußischen Abgeordneten meist still in Privatkreisen, oder auch in kleineren Gruppen vereinigt, bei einem gemeinschaftlichen Mahle. Der größte Kreis machte die fast nur aus Norddeutschen bestehende Fraktion des Landsbergs sein, welche vollständig (auch „der Damen lieblicher Kranz" fehlte nicht) im Landsberger Hofe zum fröhlichen Mahle versammelt war. Das hier garnisonirende preußische Militär war vom Wachtdienst an diesem Tage befreit und manchen Soldaten ward von ihren Wirthsleuten Wein verabreicht, um die Gesundheit ihres Königs zu trinken.

Ich hatte Ihnen neulich die neun Fraktionen bezeichnet, in welche die Nat.-Vers. außerhalb der Paulskirche sich gruppirt hat, und will nun etwas Näheres über dieselben folgen lassen. Ich bin genöthigt mit der zweiten Gruppe, der Gesellschaft in Milani's Kaffee-Haus (Partei Vincke) anzufangen, da das steinerne Haus sich noch nicht neu konstituirt hat. — Die Partei Vincke besteht also bis jetzt aus 32 Mitgliedern, unter denen 6 Oesterreicher und 3 Baiern, die übrigen Norddeutsche (Hannoveraner, Hamburger und Preußen) sind. Sie hat sich selbst mit dem Namen „Rechte" bezeichnet, und ihre Prinzipien mit anerkennenswerther Entschiedenheit und Klarheit ausgesprochen. Da sie ebenso kurz als bestimmt sind, so theile ich sie hier vorläufig mit. 1) Zweck und Aufgabe der Nat.-Vers. ist die Gründung der deutschen Verfassung. 2) Dieselbe kann nur durch Vereinbarung mit den Regierungen der deutschen Einzelnstaaten für diese rechtsgültig zu Stande kommen. Die Zustimmung der Einzelnstaaten kann ausdrücklich oder stillschweigend ertheilt werden. 3) Mit Ausnahme der Verfassung und der einen integrirenden Bestandtheil derselben bildenden Gesetze steht der Nat.-Vers. der Erlaß neuer Gesetze für Deutschland nur in so weit zu, als dieselben die Geltendmachung der durch das Gesetz vom 28. Juni über die Centralgewalt dieser beigelegten Befugnisse betreffen. 4) Die Nat.-Vers. übt nur die konstitutionelle Centralle der Handlungen des Reichsministeriums, und befaßt sich nicht mit Einmischung in exekutive Maßregeln. 5) So weit diese Prinzipien nicht verletzt werden, vermag sich die Gesellschaft mit anderen Fraktionen der Nat.-Vers. zu verständigen und mit ihnen zu gehen; wo jenes der Fall, tritt eine streng festzuhaltende Scheidung ein. — Dies sind die leitenden Prinzipien der Vincke'schen Partei. Ein Statut von 13 §§. regelt außerdem den Organismus der Gesellschaft, welche für je 4 Wochen einen Vorstand von 3 Mitgliedern wählt, und sich viermal wöchentlich zu Berathungen vereinigt.

♂ **Frankfurt**, 17. Okt. Es ist neulich von der Nationalversammlung abgelehnt worden, daß Privatpersonen sollen Recht nehmen können gegen Mitglieder des Parlaments wegen Beleidigungen und Verleumdungen, welcher sie sich auf der Rednerbühne schuldig machen. Wahrscheinlich rechnete die Nationalversammlung darauf, der Vorsitzende werde solche Verunglimpfungen entweder zu verhüten wissen, oder den Angegriffenen durch Einschreiten Genugthuung verschaffen. Diese Voraussetzung hat sich in der gestrigen Sitzung als eine falsche erwiesen. Hr. Zimmermann hat von den Zeitungen, welche der Linken feindlich sind, wie von „erkauften" Zeitungen gesprochen. Hat Herr von Gagern eine solche hingeworfene, mitgar nichts bewiesene Anklage gerügt? Eben so wenig, als er sich der abwesenden Zeugen von der Pfingstweide annahm, die von den drei Angeklagten wahrlich in nicht blos objektiver, sondern in so widrig subjektiver, ekelerregender Manier angegriffen worden, daß freilich die Verunglimpfung ihnen am Ende nur zur Ehre gereichen konnte. Ueberhaupt hat v. Gagern gestern Dinge zugelassen, die vielleicht nach in keinem Parlamente erhört waren. Vogt durfte ungerügt Handlungen des Ministeriums mit dem Worte „Streiche" bezeichnen; Schlöffel einen angeblichen ausspionirten lauten Gedanken eines Ministers auf die öffentliche Tribüne bringen. (Vielleicht übrigens, daß schon viele anständige Leute denselben oder ähnliche Gedanken gehabt.) Der Präsident ließ dieß Alles, Alles hingehen, und so kam es denn, daß der Ton der Verhandlung zuletzt in der Simon'schen Rede auf einen so tiefen Grad herabsank, daß Niemand mehr glauben konnte, sich in einem Parlamente, am wenigsten in einem deutschen zu befinden. An dem Tone hängt aber mehr als Mancher glaubt, und der Vorsitzende hat mehr in seiner Macht, als die bloße Handhabung der Reihenfolge der Redner.

00 **Frankfurt**, 18. Okt. Der Adresse des deutschen Jugendbundes in Siebenbürgen an die akademische Jugend Deutschlands, unterzeichnet vom Obmann Pfarrer Rath und vom Schriftführer Stud. jur. Schenker (Grenzboten 1848 Zahl 41) entnehmen wir folgende Nachrichten über die Zustände der Deutschen in Siebenbürgen. Der 1437 zwischen Magyaren, Szeklern und Sach-

Digitized by Google

sen geschlossene Bund hat den Sachsen ungemein geschadet, da immer zwei Stimmen gegen ihre eine sich vereinigten. Zu den höchsten Stellen gleichberechtigt, ist nur einmal, durch Gunst der Kaiserin Maria Theresia, ein Sachse, Freiherr v. Bruckenthal, Statthalter des Landes gewesen. Der Landtag von 1791 nahm ihnen die Curiatstimmen und gab den verwandten Stämmen der Ungarn und Szekler ein noch größeres Uebergewicht. Die Sachsen als Protestanten und Bürgerliche fanden an dem von Pfaffen und Adeligen belagerten Hofe in Wien für ihre Klagen kein Gehör. Der Staatsbankerot von 1811 hat jedes tausend Gulden Kirchen- und Schulvermögen auf 80 herabgebracht. Noch erhielt sich Kirche und Schule durch den Zehnten. Auch bis jetzt hat der Staat für Kirche und Schule nie einen Kreuzer gegeben und nun auch den Zehnten ohne Entschädigung genommen. Seit der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn will die Regierung zwar Staatsschulen errichten, aber in ungarischer Sprache. Die Sachsen sollen ihre eigenen Konfessions- und Nationalschulen allein bezahlen und noch zu den magyarischen Schulen beitragen. So werden die Sachsen die übrigen kaum zu erhalten im Stande sein, und es werden immer weniger die sächsischen Theologen die kostspielige Reise nach deutschen Hochschulen, wo sie bisher ihre letzte Ausbildung erhielten, zu machen im Stande sein. So ist ihre äußere Lage trourig in jeder Beziehung. Dagegen erhebt sich im Inneren des Volkes eine um so größere Sehnsucht nach Erhaltung des deutschen Wesens, welches sich durch Errichtung von Tuenonstalten und Liederkränzen, besonders aber durch Stiftung eines Jugendbundes zu Medwisch am 13. — 16. August 1848 äußert. Und den Magyaren, welche allem Recht und aller Vernunft entgegen den Deutschen Siebenbürgens ihre ungebildete, literaturlose, von Niemand außer Ungarn verstandene Sprache aufzwingen und deutsche Bildung zertreten wollen, zu Gunsten erheben sich die deutschen Wiener?

* Briefe und Nachrichten aus Wien sind uns gestern und heute nicht zugekommen.

Prag, 11. Okt. Fürst Windischgrätz hat in Bezug auf seine Abreise und auf die Juniereignisse heute Nachmittags folgende Kundmachung erlassen:

An die Bewohner Böhmens!

Anarchie und deren gräuliche Folgen, die sich leider in Wien auf so empörende Weise entwickelt haben, und alle Grundfesten einer geregelten Verfassung zu untergraben drohen, legen mir die Pflicht auf, mit einem Theile der mir unterstehenden braven Truppen zum Schutze der geheiligten Person des Monarchen und zur Wahrung der Einheit der konstitutionellen Monarchie mich von hier zu entfernen.

Der nun schon seit geraumer Zeit hier bestehende geregelte friedliche Zustand, und die loyalen Aeußerungen der Bewohner dieser Hauptstadt gewähren mir die beruhigende Ueberzeugung, daß die so bedauerlichen Juniereignisse hauptsächlich durch fremden Einfluß herbeigeführt wurden.

Ich verlasse daher die Stadt und das Land mit dem festen Vertrauen, daß Ruhe und Ordnung nicht mehr gestört werden; die Ehre und Wohlfahrt der Nation hängt wahrlich davon ab, daß dieses mein Vertrauen nicht getäuscht werde.

Fürst Windisch-Grätz,
kommandirender General.

Prag, 11. Okt. Der Börsenhalle wird geschrieben: Alles drängt zu einer gewaltsamen, aber leider schon lange als nothwendig erkannten Entwickelung unserer Verhältnisse, und mein Glaube an Oesterreichs Stern ist so fest, daß ich glaube und hoffe, es wird sich zum Guten wenden. In Wien terrorisirt die ultradeutsche Linke mit der Legion der Studenten und dem Pöbel. Doch hat man sich in Wien vielleicht gewaltig verrechnet, die österreichischen Provinzen sind keine französische Departements, Grätz, Brünn, und voran Prag haben gegen Wien, die Beschlüsse des Rumpfes unseres Reichstages und die Befehle des Ministeriums protestirt. Die ganze böhmische Reichstagsvertretung und alle gleich-, d. h. österreichisch gesinnten Deputirten sind auf den 20. d. M. nach Brünn berufen. Die ganze böhmische und mährische Armee, die Garnisonen von Krakau, Linz und Grätz sind nach Wien beordert und unter Kommando von Windisch-Grätz gestellt, der, sollte man es für möglich halten, heute der populärste Mann der Czechen ist! Sie sehen in ihm die Stütze der Monarchie, in der allein sie ihre Nationalität und Bedeutung erhalten können. Man hat sich verständigt und versöhnt. Alle Truppen zogen von hier unter enthusiastischem Jubel gegen Wien, Prag ist ganz schwarzgelb und schwärmt für den Kaiser. Eins ist gewiß, klug sind die Czechen, sie wissen alles zu ihrem Vortheil auszubeuten und so oder so werden sie es dahin bringen, in der österreichischen Völkerföderation das größte Gewicht zu haben.

Prag, 13. Okt. Der „D. Allg. Ztg." wird geschrieben: Täglich gehen bedeutende Truppenmassen nach Wien. Von Ollmütz marschiren sämmtliche Truppen zu Fuß nach Wien, weil die Direktion der Nordbahn sich standhaft weigert, Truppen nach Wien zu befördern, da der Reichstag, die einzige gesetzliche Autorität, es verboten hat.

** **Berlin**, 13. Okt. Der Abgeordnete Schneider motivirte seinen Antrag. Das Prädikat „von Gottes Gnaden" gehörte dem gestürzten Absolutismus an, einer Zeit, wo es Verbrechen war, eine vertragsmäßige Verfassung zu begehren, wo der Fürst die Sonne der Gnade war, wo der Fürst als „Allerhöchster" über dem Höchsten thronte. Friedrich der Große zerstörte den Nimbus, indem er sich den ersten Diener des Staats nannte. Dennoch mußte er bei seinem Tode „müde sein, über Sklaven zu herrschen." Die Völker blieben nicht lange mehr Sklaven. Die Revolution in dem westlichen Nachbarland erwies, daß es auch Völker gebe von der Gnade Gottes. — Der Redner klassifizirt die Anhänger des „von Gottes Gnaden" in vier Rubriken. Erstens seien es die Ultrareaktionäre, die nun zwar einsehen, daß ihre goldne Zeit vorüber sei, jedoch die Devise beibehalten wollten. Zweitens die ehrenwerthe Partei derer, welche die Abhängigkeit von Gott gern in dem königlichen Titel erblickten. „Aber hier handelt es sich nicht um das innere Wesen der Gnade Gottes, die nicht dekretirt, noch obdekretirt werden kann." Der Gebrauch sei kein heiliger, sondern ein unheiliger. Die dritte Klasse halte die Sache für so gleichgültig, daß es einer Erwägung darüber kaum bedürfe. In der Verfassung sei jedes Wort zu erwägen. Auch heiße es: „Du sollst den Namen Gottes nicht mißbrauchen." — Hier klatschte die äußerste Linke dem Redner Beifall und von dieser Gottesfurcht der äußersten Linken ist nothwendig Akt zu nehmen. — Die vierte Rubrik bestreite der Versammlung die Kompetenz, dem König an seinen Titel zu tasten. Doch ebenso wie das Volk einen unkonstitutionellen Titel nicht führen dürfe und der König dawider Einspruch habe, so dürfe der König auch nur einen konstitutionellen Namen tragen. Der Zusatz „Großherzog von Posen" ist unnütz, denn Posen gehört zu Preußen und die Posener sind Preußen, — (Also gibt es auch Preußen, welche nicht Deutsche, sondern Polen sind?) — Der Abg. Walter aus Bonn vertheidigte die alten Benennungen. König von Preußen bedeute nicht „Eigenthümer von Preußen", sondern Inhaber des preußischen Reichs, der Staatsgewalt. Bei der Formel „von Gottes Gnaden" ging der Redner zum Entsetzen Vieler bis auf Ludwig den Frommen zurück, um nachzuweisen, daß dieselbe nicht den Patrimonialstaat, nicht den Absolutismus bedeute, sondern vielmehr gerade gegen Beides einen Protest ausspreche. Sage man, der König sei durch die Fügung der Geschichte und den Willen der Nation Träger der Krone, so diene zur Antwort Johannes Müller's Wort: „Gott spricht aber durch die Nation." — Borchardt leitet aus dem Prinzip der Trennung der Kirche vom Staat und der gleichen Berechtigung ohne konfessionellen Unterschied her, daß man dem Könige nicht einen Titel gebe, woran diejenigen Anstoß nehmen müßten, welche nicht an einen Gott glauben. Borchardt machte eine Anspielung auf ein Wort in der Thronrede 1847 und schloß mit einer Heftigkeit, die, weil ihr der Gegenstand fehlte, mehr komisch als ernst war. Am 19. März hing es von dem Willen des Volks ab, den König zu behalten, und ob es überhaupt einen König wollte. König sei der König nur kraft des Willens des Volks, das sich die Konstitution durch sein Blut errungen. — Keubl bemerkte, gesetzt, König sei so viel als Eigenthümer, da sei der Aendeerungsvorschlag erst recht gefährlich; denn sei König von Preußen doch nur Eigenthümer des Landes, doch König der Preußen gar Eigenthümer der Einwohner. — Hildebagen sagte am Schlusse eines beredten Vortrages: Man hat von Männern gesprochen, die mit tausend Fäden an dem alten System hingen. Wäre das „von Gottes Gnaden" auch nur Ein seiner Faden: an dem Einen Faden, wie der Käfer im Frühjahr, verwickelt sich das Volk in die Gewebe seines Feindes, in das Ge-

wehe des Absolutismus. Wenn wir nicht brechen mit der alten Zeit, so wird die neue Zeit brechen mit uns, mit allen Nationalversammlungen. — Schulze von Delitzsch schleuderte gegen den Schluß der Debatte jenen Salmoneus-Blitz, um den kein Jupiter ihn beneidet, aber vielleicht ein Wesendonck, Simon von Teer und andere Götter der Unterwelt: „Wenn eine Firma Bankerot geworden ist, nimmt man sie nicht in's neue Geschäft hinüber. „Von Gottes Gnaden" hieß die Firma des Absolutismus. Er hat fallirt. Die Gesellschaft, die bisher für ihn Zahlung leistete, zog sich aus dem Geschäft zurück. Verwerfen Sie die bankerotte Firma!" — Ein Bauer, Dallmann, sprach zur thatsächlichen Berichtigung, wobei die Landleute sich immer das Wort erbitten, welches bei'm Jagdgesetz auch den im Sinne der Linken redenden Bauern willig gestattet ist. Dallmann bedeutete, daß das Landvolk wohl wisse, was das „Von Gottes Gnaden" zu sagen habe, und dieses Wort sei dem Landmann lieb. Im Kreise Herford wäre unter Zehn nicht Einer, den es nicht schmerzte, wenn aus des Königs Namen dies Wort wegbliebe. Die äußerste Linke ließ ihn nicht endigen; das Reglement stand ihr zur Seite! — Der Abg. Waldeck versündigte sich heute gegen seinen Ehrennamen: „Bauernkönig"; denn er kränkte den armen Bauer aus dem Kreise Herford recht sehr tief und ließ es ihn entgelten, daß die Bauern einen König durch die Gnade Gottes verlangen und kein neues Fabrikat. Waldeck bestritt dem Abg. für Herford die Fähigkeit, die Gesinnung seines Kreises wiederzugeben; denn er (Waldeck) habe zwei Mißtrauensvota gegen Dallmann aus dessen Wahlkreis erhalten. Triumphirend verließ der Führer der Linken die Bühne. Sie betrat ein anderes Mitglied, um zu bemerken, daß Dallmann das Eine Mißtrauensvotum erhalten habe, ausdrücklich, „weil er bisher mit der Linken gestimmt habe." Schallendes Gelächter dauerte noch fort, als Waldeck sich anschickte, zu behaupten, dieß sei ein Schreibfehler; es müsse heißen: „mit der Rechten." — Der Fleischermeister Pieper, die lustige Person der Versammlung, verkündigte darauf, daß er zwei Mißtrauensvota, doch mit nur 91 Stimmen erhalten habe; man solle „nur nicht lange fackeln"! das Volk will Brod! — Hildenhagen fordert von der Versammlung eine ernstere Haltung. — Präsident Grabow bedauert, daß Persönlichkeiten hereingezogen seien, wodurch alle jene Erklärungen provozirt worden. — Das Prädikat „Von Gottes Gnaden" wird gestrichen mit 217 gegen 134 Stimmen. — Bei dem Antrage „König der Preußen" dem üblichen Namen zu substituiren, trug Meusebach auf namentliche Abstimmung an, worauf Schneider diesen Antrag zurückzog. Hierauf ward der Titel „König von Preußen" einstimmig, durch Erhebung Aller von den Sitzen, angenommen. Wußte die äußerste Linke, was sie that? Ahnte das linke Centrum, was es zugab? Das Königthum ward anerkannt, das Königthum vor der Berathung und Beschlußfassung über den Titel von den königlichen Rechten. Wohlan, wir haben jetzt ein verfassungsmäßiges Königthum; jetzt sehe man sich vor, daß man ihm nicht weniger Recht lasse, als eine Republik dem Präsidenten! Wir haben jetzt ein Königthum mit dem Willen des Volks, aber nicht durch den Willen des Volks, ein Königthum nach der Revolution, aber nicht durch die Revolution. — Das Prinzip der Vereinbarung ist eigentlich jetzt entschieden. Die Souveränetät ist forton bei dem König und der Nation. Seit dem 19. März war die Mitsouveränetät des Volks eine Thatsache; seit dem 12. Okt. ist sie ein Recht. Aber auch die Mitsouveränetät des Königs ist jetzt ein Recht, nicht blos eine Thatsache. Wer von heute ab das konstitutionelle Königthum antastet, den eingegangenen Vertrag zwischen Volk und Krone, der — gleichviel, ob Fürst, ob Proletarier — unternimmt die Contrerevolution.

** **Berlin**, 13. Okt. Landesversammlung vom 12. Okt. Schluß: der Zusatz „Großherzog von Posen". Auf die Verträge von 1815 beriefen sich die Polen, um zu beweisen, daß Posen nicht wie die andern Landestheile, wofür der König verschiedene Titel geführt: „Großherzog von Niederrhein", „Graf zur Mark", dem preußischen Staate einverleibt worden, vielmehr in Personalunion mit Preußen stehe. Das war also die Bedeutung des von Potworowski beantragten Zusatzes zum Königstitel: Großherzog von Posen, und wir dürfen uns nicht von Seite derer iere machen lassen, welche diese „unwesentliche" Konzession an das Nationalgefühl der Polen empfohlen haben. Die Demarkationslinie selbst in ihrer Ausführung, wie der jetzige Ministerpräsident sie bestimmt, ist in der Paulskirche nur vorläufig angenommen. Nichtsdestoweniger sprach ein Pole auf der Rednerbühne zu Berlin von der „Gewaltthätigkeit" der „Frankfurter" Versammlung! Ein Mitglied der Rechten trat vor und verbat sich, an den Präsidenten gewandt, daß in der Sitzung preußischer Volksvertreter die deutsche Reichsversammlung der Gewaltthätigkeit ungestraft angeschuldigt werden dürfe. — Traurig ist es, mit anzusehen, wie die äußerste Linke für ihre Vorgänger, die Polen, Partei nimmt gegen die Deutschen. Während sie die glühenden Ergüsse des Vaterlandsgefühls in diesem so national gesinnten Volke mit Beifall aufnimmt, verleugnet sie selbst dieses edle Gefühl durchaus. Selbst Herr von Berg (gemäßigte Linke) sprach es neulich aus, die Reichsversammlung habe am 27. Juli d. J. über das Land eines auswärtigen Fürsten, des Großherzogs von Posen, verfügt! — Der Abg. Phillips, in einem kurzen, trefflichen Vortrag, worin er die verschiedenen Seiten der Frage andeutete, trug auf Vertagung der Frage an, bis zur Verhandlung über das Staatsgebiet. Sie wor nur durch das polnische Amendement vorweg genommen. Die Vertagung wurde beliebt. — Die Regierung, Eichmann und Graf Dönhoff basirten bei ihren Vorträgen auf den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung vom 27. Juli d. J. — Donnerstag den 18. kommt die Frage zur Entscheidung.

** **Berlin**, 15. Okt. Der König hat heute, an seinem Geburtstage, nach dem Gottesdienst, dem er im Dom zu Berlin beiwohnte, auf dem Schlosse Bellevue zahlreiche Deputationen empfangen. Jede der Anreden beantwortete er mit Lebhaftigkeit und Wärme und es ist nur zu klar, daß sein originelles Wesen und insbesondere seine schrankenlose Offenherzigkeit dem konstitutionellen Formalismus noch manche Verlegenheit bereiten wird. Im Namen der Landesversammlung sprach Grabow, an der Spitze von vierundzwanzig durch das Loos erwählten Mitgliedern, unter denen von der Linken nur Schramm, von dem linken Centrum nur Kirchmann. Als Mitglieder des Büreau's waren bei der Deputation übrigens Waldeck (von der Linken), Phillips (vom linken Centrum), Unruh (vom Centrum), die drei Vicepräsidenten gegenwärtig. In seiner Antwort an Grabow betonte der König besonders das einmüthige Wirken der Volksvertreter und der Krone und (was in feindlichem Sinn recht ausgebeutet werden kann) den Vorzug, den Preußen in „einem angestammten Fürstenhause" besitze, dessen ganze Vergangenheit keine andere sei, als die Vergangenheit des Volks und des Landes. Der Neubau des Staats werde so mit dem Gefühl der Nation vermittelt, indem aus der frühern Zeit in ununterbrochener Nachfolge diese Familie des Landes hinüberreiche in die kommende Zeit. Auf die Gefahr hin, als ein „angestammter" Royalist verachtet zu werden —: diese Worte, gesprochen nach jener Sitzung vom 12. Okt., wo die Landesversammlung die Gnade Gottes aus dem Königstitel strich, sind weit davon entfernt, dagegen in Opposition zu stehen, sondern enthalten gewissermaßen eine hochherzige Handreichung über dem zertrümmerten Götzenbilde des alten Fürstenegoismus. Der König hat in seinen heutigen Worten zu verstehen gegeben, daß die Liebe und Treue seiner Dynastie zu dem Lande, dessen König er ist, dessen Könige seine Väter sind, fort und fort unverändert dauere, gleichviel ob von Gottes Gnaden. — Der König ließ sich darauf durch den Präsidenten Grabow jedes Mitglied der Deputation einzeln vorstellen und unterhielt sich mit jedem Einzelnen, am längsten vielleicht mit Waldeck, Schramm (von Langensalza), Phillips und Kirchmann. Auch die Königin soll mit Waldeck u. A. sich unterhalten haben. — Deputationen des Magistrats, der Stadtverordneten, der Geistlichkeit, der Bürgerwehr empfing der König ebenso. Der Letztern soll er übrigens einige nachdrückliche Worte gesagt haben, die er freilich, wenn er die Phrase verschmähte und aufrichtig wor, wie immer, schwerlich unterdrücken konnte. So soll er die Bürgerwehr erinnert haben, sie trage die Waffen vom Staat, also doch auch für den Staat.

Während dessen war unter den Zelten eine jedoch nicht zahlreich besuchte Volksversammlung. Auch der demokratische Bürgerwehr-Verein, dessen donnerndes Veto Sie neulich mittheilten, hielt eine Sitzung. Held sprach in leidenschaftlichster Erregtheit gegen das Bürgerwehrgesetz, gegen die Landesversammlung. Als man bei neuen Nachrichten aus Wien Beifall klatschte, brach Held gegen die Applaudirenden los; man solle, statt dieses fruchtlosen, müheloses Beifalls, den Wienern es gleichthun. Die Landesversammlung nannte er eine ungesetzliche (!); sie habe kein Mandat

Digitized by Google

zur Unterdrückung der Volksfreiheit. Sie müsse „vernichtet" werden. Gegen dies „Vernichten" entstand Opposition. Held verbesserte es dahin, daß ein Riesenprotest ergehen müsse, die Versammlung besitze nicht mehr das Vertrauen des Landes; dann sei sie vernichtet. Endlich beschränkte man sich, die Majorität zu desavouiren. Ein Protest gegen das Bürgerwehr-Gesetz wurde beschlossen; wenn die Versammlung es nicht zurücknehme, wisse man, was zu thun sei! —

Von den Poesien des heutigen Tages theile ich Ihnen einen charakteristischen Vers mit aus einem Carmen „Die Todten an den Lebenden" welches die „Neue Pr. Ztg." bringt:

„Du hast ein Herz voll königlicher Milde,
Die Zeit ist rauh und fordert rauhe Kraft.
O decke deine Brust mit ehrnem Schilde,
Daß deine Nachsicht nicht Verderben schafft.
Laß dem Gesetz sein strenges, ernstes Walten,
Wer seinen Schutz beansprucht, mög' es halten,
Verfallen sei ihm, wer ihn frevelnd bricht —
„Landgraf werd' hart!" — und amnestier nicht.

***Berlin, 14. Okt. Man muß die von Wien einlaufenden Nachrichten mit der größten Vorsicht aufnehmen. Die Demokraten unterlassen natürlich nichts, um ihre Sache im günstigsten Lichte darzustellen. Was die Wiener Blätter stark auftragen, wird von den demokratischen Breslauer Zeitungen noch dicker überfirnißt, und geht so in die andern deutschen Zeitungen über. Es ist in der That lächerlich zu lesen, wie der Banus nur mit 2000 Mann lumpigen Gesindels vor Wien ankommt! Auch mit den Siegen der Ungarn hat es wenig auf sich. Jellacic wollte wahrscheinlich von Anfang an gar nicht auf Ofen losgehen, sondern auf Wien. Nur sein Nachtrab unter General Roth ward geschlagen, und ein Brief aus Wien meldet, daß nicht einmal Roth wirklich geschlagen sei.? Weiß der Himmel, wo die Ungarn jene paar Kroaten, die in Pesth eingebracht wurden, abgefangen haben. Kaufmannsbriefe, welche hier einlaufen, zeigen deutlich, daß viele Wiener Nachrichten, ja selbst ein Theil der Reichstagsdekrete mit Lügen durchwoben oder selber Lügen sind. Ein einziges Resultat ist gewiß, daß man am 11. von beiden Seiten noch nicht zur That schritt, daß man verhandelte. Die festen und sichern Schritte des Reichstags in Wien auf der einen, auf der andern die auch festen aber ausweichenden Antworten der Befehlshaber, dies und das Zaudern scheint mir anzudeuten, daß es nicht auf Schlacht und Sturm, sondern auf ein Kompromiß hinausläuft. Der, alte Minister Freiherr von Pillersdorf sitzt und spricht auch in diesem Reichstage! — Die Spannung hier auf die Wiener Entwickelung ist nicht zu beschreiben; es ruht darüber Alles.

* **Berlin**, 15. Okt. Zur Feier des königl. Geburtsfestes ward gestern auf dem Hoftheater „Prinz Friedrich von Homburg" von Kleist aufgeführt. Dieses geniale Stück, bekanntlich eine Verherrlichung des großen Kurfürsten, war dennoch zu frei für den früheren Hofgeschmack. Die Kälte und völlige Gleichgültigkeit, mit welcher es von den höchsten Personen aufgenommen ward, kränkte den armen Dichter auf das Tiefste. Die jetzige Anerkennung kommt zu spät für ihn, zu spät für Deutschland. Die Knospen jenes schönen Talentes sind nur halb aufgeblüht! Eine Festrede vor dem Stücke schloß mit den Worten: „dem freien König eines freien Volkes!" und ward mit dem lebhaftesten lange daurnden Beifall aufgenommen.

** **Berlin**, 15. Okt. Ich theile Ihnen die Liste der neuen provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein mit. Die Unterhandlungen hierüber, welche sei 14 Tagen gepflogen worden, sind mit dem gestrigen Tag als beendigt anzusehen. Die Mitglieder sind: Graf Reventlow-Jersbeck, Amtmann v. Heinze, Etatsrath Preusser, Graf Adam Moltke (nicht zu verwechseln mit dem Unmöglichen!), Landvogt Bonsen. In diesen Tagen wird der Reichskommissär Stedmann die neue Regierung installiren.

† **Posen**, 13. Okt. Schwere Vorwürfe machen jetzt die Prager Czechen den Polen wegen ihrer augenblicklichen Unthätigkeit und Theilnahmlosigkeit an den slavischen Bewegungen. Die czechischen Blätter sind voll davon und die betreffenden Artikel geben in die polnischen Zeitungen über. Wer sind unsere Feinde? so rufen diese Stimmen. Wir haben deren Viele, ist die Antwort, aber der gefährlichste ist der Deutsche! Von Karl dem Großen und dem Markgraf Gero bis auf das jetzige Frankfurter Parlament betrachten die Deutschen es als ihre Pflicht, das Slaventhum auszurotten. Ist der Banus wirklich nur ein Werkzeug der Reaktion, ein Helfershelfer des Absolutismus, und feilscht er nur mit der heiligsten Begeisterung der ihn vergötternden Slaven — nun wohl, so ist er unser zweiter Feind, aber doch bleibt der gefährlichste — der Deutsche. Denn der Absolutismus bleibt nicht ewig in Ansehen; gegen den Despotismus gibt es Revolutionen — er ist mit Feuer und Schwert zu verfolgen; aber was der Deutsche einmal verzehrt hat, das ist verloren, denn er verwandelt es in eigenen Lebenssaft. Werden die Slaven an der Saale, werden die Obotriten je sich noch erheben? Unter solchen Vorhaltungen werden die Polen vor Verrath am slavischen Volke gewarnt. Die Polen sprechen sich über dieselbe Frage nunmehr auch aus. Wir wollen nicht vergessen, sagen sie, daß der Sieg der deutschen demokratischen Partei in Wien eine Einverleibung Böhmens in Deutschland, der Sieg der rechten Seite des österreichischen Reichstags ein Triumph der böhmischen Nationalität über die deutschen „Kolonisten" in Böhmen und über die Prätensionen des Frankfurter Parlaments ist. Denken wir auch daran, daß ein Sieg Jellacic's so viel heißt als Vereinigung Kroatiens, Slavoniens, Dalmatiens und des Banats zu einem südslavischen Reiche, und daß damit die Eintheilung Ungarns in drei Kreise, den slovakischen, magyarischen und serbischen, bevorsteht. Sie wollen deshalb, daß die Slaven sich nicht zu weit in einen unnützen Kampf stürzen, daß Jellacic sich nicht zum Sklaven eines ohnmächtigen Herrn mache, sondern den Bürgerkrieg zwischen Kaiser und Reichstag, Provinz und Hauptstadt ausfechten lassen solle. „Es ist ein unglückseliges Verhängniß, daß die Slaven unternommen haben, die österreichische Leiche aufrecht zu halten; aber die Zeit kommt jetzt, diese unedle Last abzuwälzen. Wenn der Kampf ordentlich entbrennt, dann mögen Böhmen und Kroaten und die verwandten Stämme zeigen, daß ihre Freiheit reif ist, und daß sie die kaiserliche Livree nur auf eine Zeit, nothgedrungen und ohne Ueberzeugung getragen! Auch der nordische Riese wird seine Arme regen, wenn der österreichische Kaiserstern sich gegen Abend wenden wird, denn umsonst ist das geheime Bündniß nicht, umsonst nicht das Lager an Galiziens Grenzen. Dann gilt es einen Kampf des Westens und Ostens, einen Kampf der Freiheit und Knechtschaft." — Nach einer Nachricht vom 10. Oktober erwartet man in Krakau das Einrücken der Russen, sobald die Oesterreicher ganz abziehen. Feldmarschall Schlick hatte in den letzten Tagen drei Stafetten aus dem Königreich Polen erhalten, deren Inhalt sich darauf beziehen sollte. — Die Cholera ist in unserer Stadt noch immer im Steigen; der Belagerungszustand ist noch nicht aufgehoben und deshalb auch der große Kongreß der Liga aufgeschoben. — Die Schüler des polnischen Gymnasiums haben, den Krakauer Studenten nachahmend, einen Aufruf an die polnische Jugend erlassen, auf das von ihnen besuchte Gymnasium nach Posen zu kommen.

Bamberg, 13. Okt. Nach Berichten aus Hildburghausen ist gegenwärtig dort Alles ruhig. Beim Einmarsch der bayerischen Truppen in das Meiningische hatten die bewaffneten Bauern Miene gemacht, sich zur Wehre zu setzen; sie sollen aber ohne weitern Widerstand entwaffnet worden sein. Die Truppen sind bei den Einwohnern einquartiert. Von Bayreuth aus ist ebenfalls ein Bataillon in Meiningen eingerückt. (Bamb. Z.)

Würzburg, 13. Okt. Wie wir vernehmen, wäre Würzburg als die Stadt gewählt, in welcher der Congreß der Bischöfe Deutschlands zusammenkommt. Die Versammlung beginnt am 20. d. M. (Oberrh. Z.)

Hannover, 14. Okt. An die Stelle von Oesterreichern, welche zu den Reichstruppen, die in Thüringen zusammengezogen werden, kommen sollten und welche, durch die neuesten Ereignisse in ihrer Heimath verwendet, dort nicht entbehrt werden können, sollen Hannoveraner, 5000 bis 6000 Mann, in die sächsischen Herzogthümer marschiren. Vielleicht gibt diese Verwendung unserer Truppen zu Zwecken des Reiches dem Kriegsministerium endlich Anlaß, die deutschen Farben an den Helmen tragen zu lassen. (K. Z.)

* **Hannover**, im Okt. Auf der hiesigen Versammlung der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten ward nachgewiesen, daß von den Schülern der Hannover'schen Gymnasien nur ein Viertel zur Universität übergehen; die Zahl derselben (17) ward zu groß befunden und auf eine Vermehrung der Realschulen gedrungen. Die Ritterakademie zu Lüneburg soll aufgehoben werden. Für die allgemeine Einführung der Leibesübungen sprach sich die überwiegende Mehrheit aus. Als Gegner derselben trat besonders K. F. Hermann auf. Ist das die Frucht klassischer Studien?

Digitized by Google

Baden. General Hoffmann ist wegen seiner Verdienste bei Dämpfung des Aufruhrs zum Generallieutenant ernannt und ihm das Kommandeur-Kreuz des Karl-Friedrich-Militärverdienstordens verliehen worden.

Konstanz, 14. Okt. Heute stand der verantwortliche Redakteur der Seeblätter, J. N. Letour, vor Gericht, angeklagt der Majestätsbeleidigung, die ein vor längerer Zeit Heckers Volksfreund entnommener Artikel in Nr. 170 dieser Blätter, betitelt: „Der Reichsverweser Johann, oder: so weit sind wir gekommen", enthalten haben soll. Der Angeklagte wurde, nach dem Antrage des Staatsanwaltes, Hofgerichtsrath Haager, zu sechsmonatlicher Arbeitshausstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt. (M. Abdz.)

Sigmaringen. Das Verordnungsblatt enthält eine Proklamation des wieder zurückgekehrten Fürsten, datirt Schloß Inzigkofen den 14. Okt. — Ferner eine Ansprache des zur obersten Leitung der Verwaltung des Fürstenthums berufenen Konferenzdirektors v. Sallwürk. — Weiter eine Verordnung der Geh. Konferenz, wonach der am 26. v. Mts. von einer Volksversammlung erwählte Sicherheitsausschuß nach dem von dessen Vorstand selbst erklärten Zweck, einer von der Staatsregierung oder der deutschen Centralgewalt etwa angeordneten Truppenverlegung in das Fürstenthum mit allen, nöthigenfalls den äußersten Mitteln zu widerstehen, aufgelöst, und jede Theilnahme an demselben nach den bestehenden Gesetzen zu bestrafen ist. — Endlich die Bekanntmachung, daß bei der am 23. Sept. stattgehabten Wahl von den 5712 abgegebenen Stimmen Hofgerichts-Advokat Würth in Sigmaringen die größte Stimmenzahl mit 5054 erhielt, und demnach als Abgeordneter zur deutschen konst. Versammlung erwählt ist.

Weimar, 12. Okt. Das Ministerium Watzdorf-Wydenbrugk hat ein provisorisches Gesetz über die Einrichtung des öffentlich-mündlichen Strafverfahrens mit Geschwornen veröffentlicht, nach welchem vorläufig nur politische und Preß-Vergehen, sofern sie hochverrätherischer Natur sind, abgeurtheilt werden sollen. Das Gesetz umfaßt 58 Paragraphen und ist in seinen Grundzügen, mit Ausnahme einiger wesentlichen Abänderungen, dem den Ständen des Königreichs Sachsen vorgelegten Entwurfe eines ähnlichen Gesetzes nachgebildet. Das Gesetz ist im Publikum sehr beifällig aufgenommen worden. Es tritt in Kraft, sobald die Ernennung der Geschwornen vollendet ist. (K. Z.)

* **Aus Schleswig-Holstein**, 12. Okt. Petitionen werden jetzt von allen Seiten an die Landesversammlung und die provisorische Regierung eingesandt, großentheils von den Vereinen in den Städten ausgehend. Wichtig ist aber, daß von den Landdistrikten gleichfalls Petitionen ausgehen und zwar im entgegengesetzten Sinne, im Sinne des Friedens um jeden Preis. Veranlaßt soll die Petition sein durch den Prinzen Friedrich v. Noer, welcher in Neumünster die Bauern- und Kirchspielvögte zusammenberief und sie zur Unterschrift folgender Petition aufforderen ließ: „Der vor Kurzem veröffentlichten Adresse der Prälaten und Gutsbesitzer an die provisorische Regierung stellen wir nachstehende Eingabe zur Seite, die unter dem 6. September von den Eingesessenen der Dorfschaften Timmespe und Blumenthal bei der schleswig-holstein'schen Nationalversammlung eingereicht worden ist, und verbinden damit den Wunsch, daß namentlich in den Landdistrikten dieser Schritt Nachahmung finden möge. Wenn wir gleich in der festen Ueberzeugung leben, daß die hohe Landesversammlung, welche von dem Volke gewählt worden, die Bedürfnisse und Wünsche des Landes kenne, erlauben wir uns doch, da so manche Stimmen über das, was das Land wünsche und bedürfe, laut werden, auch unsere Ansicht auszusprechen. Wir haben bis jetzt die Lasten des Krieges willig getragen, sind auch bereit, die ausgeschriebenen Steuern zu bezahlen, leugnen jedoch nicht, daß wir einen baldigen guten Frieden, der die Rechte des Landes dauernd sichert, wünschen, und sehen dies als ein Bedürfniß des Landes an. Wir sind überzeugt, daß republikanische Bewegungen und Unruhen den Rechten des Landes nicht entsprechen, daß sie das Wohl desselben nicht fördern werden. Auch ist ja die hohe Landesversammlung gewählt worden, um die monarchische Staatsverfassung der Herzogthümer in Uebereinstimmung mit der dermaligen Landesregierung festzustellen. Eine hohe Landesversammlung wird deshalb unsere Ansicht gewiß berücksichtigen."

An diese Petition schließt sich eine Adresse des altonaischen Bürger-Vereins an, folgendermaßen lautend: Die unterzeichneten Bürger und Einwohner der Stadt Altona erklären hierdurch, daß wir uns aus dem Zustande gesetzlicher Ordnung, die in diesem Lande seit seiner Erhebung bestanden, auf keine Weise in einen Zustand von Anarchie wollen versetzen lassen; daß wir darum, festhaltend an den Beschlüssen unserer Landesversammlung vom 4. Sept. und an dem Beschlusse der deutschen Nationalversammlung vom 16. Sept. die Vollziehung des Waffenstillstandes, soweit solche nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern, nur einer solchen Regierung Gehorsam und Steuern leisten wollen, welche der Landesversammlung erklärt haben wird, 1) daß sie die Gesetze der provisorischen Regierung vom 21. März bis jetzt aufrecht erhalten wolle, 2) daß sie die Gesetzgebung und Verwaltung des Landes dem Staatsgrundgesetze gemäß fortführen, namentlich auch verantwortliche Minister ernennen wolle.

✕ **Kiel**, 9. Okt. Durch gute und böse Gerüchte ist unsere Politik hingegangen: viel geschmäht und viel gerühmt, wir sind immer dieselben geblieben. Und doch wird unser Thun noch immer wenig verstanden, die Einen vermissen Enthusiasmus, die Andern die nöthige Rücksichtsnahme auf die allgemeinen Zustände, namentlich Deutschlands. Und wir wollen doch nichts als gesetzliche Freiheit. Was dem Engländer sein Kleinod ist, das wollen auch wir, nicht mehr, nicht weniger; aber wir wollen es nicht blos für uns, wir wollen es für ganz Deutschland. Wir verachten politische Phantasieen als Luftgebilde, wir wollen nur Ausführbares, Recht, das ganze Recht. Darum hat die nun festgestellte, von der Regierung publicirte Verfassung so beruhigend gewirkt: daß dieselbe eine Wahrheit, daß sie in alle Verhältnisse durchgeführt werde, das ist unser, das ist wenigstens der besonnenen Vaterlandsfreunde einziges Ziel. Darauf wendet die Landesversammlung ihren ganzen Eifer: sie hat darum sich so getheilt, den Sitz der Regierung (in Schleswig) gesetzlich festzustellen, beschäftigt sich jetzt mit der Städte-, der Landkommunalordnung, dem Ministerverantwortlichkeits-, dem Aufruhr-, dem Landwehrgesetz und anderen Gesetzen. Daß nur erst die Verfassung festen Fuß fasse, darauf kommt es uns vor allen Dingen an, damit die Freiheit durch Ordnung, durch einen gesetzlichen Zustand in der ganzen Gliederung des Volks- und Staatslebens geschützt sei. Darum hassen wir so gründlich alles eitle demagogische Treiben, das Bummelerwesen, welches in Berlin so arg sein Spiel treibt, hier zwar auch in der niedrigsten Schichte der Gesellschaft Eingang zu finden drohte, aber schon in verdienten Mißkredit sinkt. Will dasselbe im Geschrei über Reaktion einmal auftauchen und den Schein des Lebens heucheln, so wird gleich auf die errungene Freiheit hingewiesen und auf das allgemein verbreitete Streben, sie im Einzelnen durchzuführen. So bleibt denn den wühlerischen Eulenstimmen keine andere Zuflucht als das Dunkel geheimer Verschwörungen, in welchen wohl hie und da ein Krokodilei ausgebrütet wird. Unsere Zeit will aber wirken im Lichte des Tages und zieht schnell alles im Dunkel Ausgeheckte an's Licht.

* **Hamburg**, 13. Okt. Die hier eingetroffene Marine-Kommission, bestehend aus dem Major von Teichert und Hauptmann Möring, hat bereits ihre Vorarbeiten begonnen, doch ist sie nichts weniger als zufrieden mit den in Frankfurt angebotenen Schiffen, da die Schiffe auf keine Weise den gehegten Erwartungen entsprechen sollen. Die Bremer haben also Recht gehabt.

Gestern Abend brachte man dem nach Amerika auswandernden Major Keßler ein Ständchen von Seiten des Jägerbataillons und dem Obersten Stockfleth, dem Chef der Bürgergarde, ein „musikalisches Mißtrauens-Votum."

Großbritannien.

Das am 9. Oktober vom Gerichtshof zu Clonmel über Smith O'Brien ausgesprochene Urtheil lautet: „Du, William Smith O'Brien, sollst von hier wieder an den Ort zurückgebracht werden, woher du kamst und sollst von hier auf einer Schleife nach der Richtstätte gebracht und hier am Halse gehängt werden, bis daß du todt bist, und nachher soll dein Haupt vom Körper getrennt und dein Körper in vier Theile zerrissen werden, damit darüber verfügt werde, wie es ihre Majestät für geeignet erachten mag. Möge der Herr sich deiner Seele erbarmen!" Der Lord Oberrichter, Blackburne, sprach dieses altertümlich lautende Urtheil mit tief bewegter Stimme. Smith O'Brien benahm sich, wie überhaupt während des ganzen Prozesses, mit größter Fassung, fast mit heiterer Seelenruhe; er schüttelte, nachdem ihm das Ur-

theil vorgelesen worden, den ihm zunächst Stehenden, hierunter seinem Anwalt, herzlich die Hände, grüßte mit einer Kopfverbeugung seine Freunde und trat mit einem Lächeln auf dem Gesichte ab. Uebrigens glaubt Niemand ernstlich daran, daß der Lordlieutenant seine Vollmacht dazu benutzen werde, das Todesurtheil an Smith O'Brien vollziehen zu lassen. Man hält in Dublin bereits Meetings zur Beathung einer Adresse, worin der Lordlieutenant gebeten werden soll, gemäß der von der Jury selbst ausgesprochenen Ansicht das Leben des Verurtheilten zu schonen.

Ehe das Urtheil über O'Brien gesprochen war, wurde er aufgefordert, zu erklären, was er noch etwa gegen die Fällung eines Todesurtheils zu erinnern habe? O'Brien stand ganz aufrecht, nicht eine Spur von Bewegung ließ sich auf seinem Gesicht blikken; er sagte laut und fest: „Mylords, es ist nicht meine Absicht, auf eine Rechtfertigung meiner Handlungen einzugehen, obschon ich diese Gelegenheit gern dazu benutzt hätte. Ich bin ruhig, in dem Bewußtsein, gegen mein Vaterland meine Pflicht erfüllt und einzig und allein das gethan zu haben, was zu thun, meiner Ansicht nach, die Pflicht jedes Irländers gewesen wäre. Und ich bin nun bereit, die Folgen davon auf mich zu nehmen, daß ich meine Pflicht gegen mein Vaterland erfüllt habe. Fällen Sie das Urtheil!" Erst bei den letzten Worten überflog eine leichte Röthe seine Wangen. Als das Uetheil draußen bekannt geworden, gab sich große Aufregung kund, Volkshaufen sammelten sich vor dem Gerichtsgebäude, Weiber liefen klagend und händeringend umher, doch erlaubte man sich keine Gewaltthätigkeit, keinen Versuch, den Gefangenen, der zu Wagen und unter starker Constablee-Begleitung in das Gefängniß zurückgebracht wurde, zu befreien.

Die „Times" vom 12. Okt. enthält eine Korrespondenz aus Paris, worin des Gerüchts erwähnt ist, daß in Folge einer zwischen Thiers und Odilon Barrot verabredeten Koalition der Fall des Generals Cavaignac gewiß sei; daß Louis Napoleon alsdann für eine Zeit vorgeschoben werden würde, doch nur um einer Regentschaft Platz zu machen, daß Dufaure zum künftigen Ministerpräsidenten bestimmt sei, und daß antirepublikanische Grundsätze sowohl im Heere, als in der Maeine immer mehr um sich greifen. Der oben angeführte Plan hat, insofern er auf einen Napoleoniden einen Orleaniden pfropfen will, auf den ersten Blick etwas Abenteuerliches; inzwischen ist seit jener Korrespondenz Hr. Dufaure wenigstens zum Minister ernannt worden, und die Dinge haben in Frankreich eine solche Richtung genommen, daß wir uns auch auf eine Regentschaft gefaßt machen müssen. Unfehlbar würde sie aber vorher noch einen blutigen Gang mit der rothen Republik zu machen haben.

London, 14. Okt. Der außerordentliche Gerichtshof zu Clonmel verhandelte gestern den Hochverrathsprozeß gegen M'Manus, der wie Smith O'Brien von der Jury schuldig befunden wurde, jedoch ebenfalls mit dem Beisatz: „wir empfehlen den Gefangenen dringend der gnädigen Berücksichtigung der Krone." Der Gefangene benahm sich während der Procedur mit ganz besonderer Ruhe und Würde, las zum Theil in einem Zeitungsblatt und ließ auch nicht einen Augenblick eine Anwandlung von Furcht oder Aengstlichkeit blicken. Nach ihm erschien Patrick O'Donoghue vor den Schranken, ein dürftiges Männlein, ehemals Gerichtsschreiber in Dublin, „zu welchem Lebensberuf," wie bemerkt wird, „der Angeklagte seinem Aussehen nach viel mehr geeignet ist, als zum Führer einer Revolution." Die Verhandlungen wurden vertagt.

Die Eingaben an den Lordlieutenant um Gnade für die Gefangenen mehren sich inzwischen; eine Petition aus Dublin, unter der sich auch Geistliche unterzeichnet haben, bemerkt dem Lordlieutenant, daß die Gefangenen nicht von sich aus die Bewegung begonnen haben, daß die Aufregung in Folge unerträglicher Noth schon Jahre lang dauere, daß die Königin, statt durch Anwendung von Strenge einen Fleck in ihrer Regierung zu hinterlassen, lieber durch Gnade sich die Herzen ihrer irischen Unterthanen erwerben möge, was die dauerndste Eroberung sein würde. Inzwischen ist die Noth in einem großen Theile Irlands, namentlich in Tipperary wie immer unerträglich, und wird doch ertragen. Ein Kenner der dortigen Zustände, selbst ein Anhänger der Umwälzung Irlands auf gewaltsamem Wege, sagt unter anderm: es sei ein großer Unterschied zwischen dem Tipperary von 1845 und 1848; frühre sei das Volk reif und fertig zur Revolution gewesen, damals habe es noch Muth und Hoffnung gehabt, jetzt sei es gebrochen an Körper und Geist, sein Streben gehe nicht über den Besitz von einer Portion Mehl hinaus, und wenn ehedem der Bauer sich wenigstens Sonntags reinlich angezogen habe, so sehe man jetzt in den Kirchen und Kapellen nichts als schmutzige und zerlumpte Gestalten, den Ausdruck des Hungers im Gesicht. Die hartherzige Times bemerkt hierzu mit schnöder Kälte: „Schöne Rekruten fürwahr, um daraus eine Armee zur Ueberwältigung des, wie sie es nennen, blutigen altbritischen Reiches zu bilden." Gewaltthaten der Selbsthülfe mehren sich denn auch in furchterweckender Gestalt, blutige Raufereien mit den Eintreibern der Armengelder finden häufig statt, und erst vor kurzem wurden drei Steuer-Einnehmer nahe bei Banska (16 engl. M. von Clonmel) von einer Rotte von 6 bis 7 Männern mit geschwärzten Gesichtern überfallen und todtgeschlagen.

Frankreich.

Paris, 15. Okt. Die Ernennung der neuen Minister hat die Republikaner „des vorigen Tages" in eine unbeschreibliche Aufregung versetzt, der Polizeipräfect Ducoux hat seine Entlassung mit den Worten eingeschickt, er möge der Gegenrevolution nicht dienen. Statt seiner ist Herr Geevais aus Caen zu diesem Posten ernannt worden. Der National enthält einen lauwarmen Artikel, worin zwar anerkannt wird, daß General Cavaignac seiner Stellung und seiner Pflicht gemäß gehandelt habe, indem er das Ministerium im Sinne der Mehrzahl der N.-V. modificirte, aber doch Erstaunen ausgedrückt wird, daß gerade Dufaure, der alte Gegner der reformistischen Bankets, der Lenker der innern Politik des republikanischen Frankreichs geworden sei. Herr Dufaure war nämlich beinahe das einzige Mitglied der entschiedenen Opposition, welches sich jenen Demonstrationen nicht anschloß, aber welcher Schluß ist hieraus zu ziehen? Wir sollten denken, daß es auch jetzt den Banketten entgegen treten werde, welche die gegenwärtige Staatsform stürzen wollen. Er war in der letzten Zeit ein aufrichtiger Gegner des alten, er wird jetzt ein aufrichtiger Förderer des neuen Zustandes sein; er wird Schleichwege bekämpfen, wie er Schleichwege verschmähte. In diesem Sinne ungefähr faßt es auch ein aufrichtiger und edler Mann, dessen Republikanismus Niemand in Zweifel ziehen wird: Lamartine. Sein Blatt le Bien public enthält einen Artikel, dessen poetische und blumenreiche Sprache kaum einen Zweifel über den Verfasser übrig läßt, und worin derselbe geradezu erklärt, er könne die Republikaner nicht begreifen, welche sich über eine Staatskunst beklagten, die Anziehung üben, Sympathieen erregen, Proselyten auf würdige Weise machen wolle. Wer das nicht wolle, sei kein Republikaner, sondern ein Egoist, und maurere sich in das alte Wort ein: Niemand darf ein Republikaner sein, als wir und unsere Freunde. Das wäre das alte Spiel der Ultraroyalisten, und dadurch würde am Ende das Land zu einem Klub einschrumpfen. So urtheilt ein Mann, der nicht nur ein Republikaner, sondern auch Lamartine ist. So urtheilen nicht die, welche nur das Eine und nicht das Andere sind.

Es heißt, der Generalpostdirektor Stephan Arago habe seine Entlassung gegeben. Im heutigen Moniteur heißt es: „Einige Journale zeigen an, die Aufhebung des Belagerungszustandes, und die Vorlage eines Dekrets, nach welchem die Juni-Insurgenten, welche zur Transportation verurtheilt wurden, nach Algerien gebracht werden sollen, seien die Bedingungen gewesen, unter welchen die neuen Minister in das Kabinet getreten sind. Diese Maßregeln waren aber schon seit der Abstimmung über den Durrieu'schen Antrag (wegen der Presse) beschlossen. Sie haben aber allerdings die volle Zustimmung des ganzen neuen Ministeriums erhalten." Man sieht also, daß die ersten Verordnungen, welche von dem neuen Kabinette ausgehen werden, nicht der Art sind, daß freisinnige Männer es mit Recht der Reaktion beschuldigen könnten. Napoleon nannte seine Politik eine Fusionspolitik und befand sich nicht übel dabei, daß von seinen Kollegen im Konsulate Einer für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt hatte, der Andere dessen Anhänger gewesen war. Ob General Cavaignac dessen seinem Beispiele oder den Lehren der neuen alten Republikaner folgt, ist eine Frage, welche die Mehrzahl unserer Volksvertreter anders zu beantworten scheint, als viele unserer Schreier, die aus allgemeinen oder persönlichen Gründen der Exklusionspolitik huldigen.

Man spricht von einer Vereinbarung, welche die bedeutendsten Kandidaten zur neuen Präsidentenwürde getroffen hätten. Um nämlich Ludwig Napoleon nicht durch Zersplitterung der Stimmen an die Spitze unseres Freistaats zu bringen, sollen sie sich dahin vereinigt haben, zurückzutreten, und ihren politischen Freunden

den greisen Dupont de l'Eure, den ehemaligen Präsidenten der provisorischen Regierung, statt ihrer vorzuschlagen. Der Zweck ist löblich, das Mittel aber schwerlich geeignet.

Die gerichtliche Untersuchung über das Attentat des 15. Mai ist beendigt und die Gefangenen von Vincennes: Barbès, Blanqui, Sobrier, Raspail, Courtais u. A., sowie die abwesenden Caussidière und Louis Blanc, werden Anfang November von den Assisen der Seine gerichtet werden.

Der Prinz von Joinville und seine Brüder protestiren in einer im „Indépendant de l'Ouest" erschienenen Note gegen jede Benutzung ihres Namens, um Zwietracht und Bürgerkrieg in Frankreich zu verbreiten. Sie erklären darin, „kein Recht auf eine Nachfolge zu haben, welche eine Revolution geschaffen und eine andere zerstört hat."

Nächster Tage werden mehrere demokratische Bankette stattfinden, und man ist nicht ohne Besorgniß wegen der Folge. — Der Kind des Palais national, der bis jetzt die Regierung unterstützte, wird sich, wie es heißt, jetzt von ihr trennen. Desto fester werden sich hingegen die beiden Vereine der Straße Poitiers und des Instituts an sie anschließen, so wie sie namentlich auf die 1., 2. und 10. Legion unserer Bürgerwehr rechnen kann. — Morgen will, wie es heißt, die äußerste Linke eine allgemeine Amnestie vorschlagen. Von der andern Seite wird die Regierung, indem sie die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragt, leider zugleich noch strengere Maßregeln gegen die Presse und die Klubs vorschlagen. Es ist dies eine Folge der Mittheilungen, welche in einer großen Versammlung vieler Abgeordneten, welcher die Minister Lamoricière, Marie und Freslon beiwohnten, gemacht wurden. Hr. Berger, Maire des 2. Arrondissements und andere Mitglieder seines Bureau's führten sehr wichtige Thatsachen an. Besonders sollen furchtbare Drohungen gegen das Oberhaupt der Regierung und gegen die Mitglieder der Versammlung in vielen Klubs ausgestoßen werden. Es geht dies soweit, daß Männer von anerkannter Freisinnigkeit, wie Hr. von Tracy im Namen der Bürgerwehr sich dahin aussprachen, der Belagerungszustand sei hier ganz populär. Es sei schmerzlich für einen Freund der Freiheit, das aussprechen zu müssen, aber er hätte nur den Trost dabei, daß die gemäßigten und ordnungsliebenden Männer es nicht verschuldet hätten. Mehrere Abgeordnete, die verschiedenen politischen Parteien angehören, stimmten hiermit, wenn auch aus andern Beweggründen überein. So ist man leider genöthigt, um endlich aus dem Ausnahmszustand herauszukommen, von der andern Seite die Gesetze auf eine Weise zu schärfen, die für freisinnige Männer nur betrübend sein kann, und hoffentlich vorübergehend sein wird. Die abgetretenen Minister Senard und Vaulabelle veröffentlichten in unsern Blättern Erklärungen, welche alle Gerüchte, als hätte sie General Cavaignac ohne ihr Wissen und Willen entlassen, Lügen strafen, und worin sie dem Charakter des Generals auf die ehrenvollste Weise Anerkennung zollen. Man bemerkt, daß bei der Ernennung der neuen Minister das Wort: Staatssekretär, gebraucht ist, welches seit der Februarrevolution weggelassen worden war. In der gestrigen Sitzung der N.-V. wurde die Mitwirkung der Geschwornen bei den Zuchtpolizeigerichten zwar im Allgemeinen abgelehnt, aber beschlossen, daß das Urtheil über alle Vergehen, welche durch die Presse oder jedes andere Mittel der Veröffentlichung begangen werden, ausschließlich Geschwornengerichten zukommt, welche auch über den Schadenersatz zu entscheiden haben, der wegen solcher Vergehen in Anspruch genommen wird. Noch wurde beschlossen, daß die Friedensrichter, die Richter der ersten Instanz, der Appellationsgerichte, des Kassationshofes und des Rechnungshofes von dem Präsidenten der Republik zu ernennen sind. Daß die Wahl der Richter des Kassationshofes auf diese Weise erfolgen solle, verdroß die äußerste Linke so sehr, daß ein Mitglied derselben ausrief: „Im Programm des Stadthauses im Jahre 1830 hieß es, die Monarchie werde von republikanischen Institutionen umgeben werden. Ich fürchte, Ihr umgebt jetzt die Republik mit monarchischen Institutionen!"

Italien.

Florenz, 8. Oktober. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Minister des Innern, er lege die außerordentliche Gewalt nieder, welche ihm von der Versammlung anvertraut worden, behalte sich aber vor, gefährliche Vereine aufzulösen zu dürfen, bis ein allgemeines Gesetz über die politischen Klubs verabschiedet sein würde. Diese Erklärung, welche durch die Begebenheiten in Livorno unvermeidlich geworden war, brachte keinen Eindruck auf die Versammlung hervor, der Präsident begnügte sich im Namen derselben auszusprechen, sie sehe mit Vergnügen, daß die außerordentlichen Vollmachten aufhörten. (Alba.)

△ **Palermo**, 23. Sept. Wir wissen hier nicht, ob der Waffenstillstand auf bestimmte oder unbestimmte Zeit auferlegt worden ist. Aber der Wunsch ist allgemein, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge auf eine oder die andere Art ein Ende nehme. Nur die Minister und einige stark kompromittirte Chefs wollen die Sache auf's Aeußerste kommen lassen, alle übrigen wollen Frieden à tout prix. Man verwundert sich, wie die zwei großen Mächte so schlecht vom wirklichen Zustand Siziliens unterrichtet sind und den König zu einem Waffenstillstand gezwungen haben, welcher nicht nur nachtheilig für beide Theile ist, sondern dieses Land total ruiniren wird. Die Steuern gehen nicht ein, die Kassen sind leer und die Aquadri drohen zu plündern, wenn sie nicht pünktlich jeden Tag bezahlt werden. Die Verschanzungen und sonstigen Vertheidigungsvorbereitungen werden fortgesetzt, aus Marseille werden mit dem Palermo Waffen und Kriegsmunition erwartet, alles dieses kostet Geld. Erst übermorgen wird das Papiergeld erscheinen. Die Verfertigung desselben hat mehr Zeit gekostet, als man erwartete, und die erste Emission wird bald aufgezehrt sein.

Schweiz.

† **Zürich**, 12. Okt. Ich weiß nicht, ob man in Deutschland von der mehr als anspruchslosen Weise, womit in der Mehrzahl der schweizerischen Blätter das „Ausland" ver- und resp. mißhandelt wird, irgend einen Begriff hat. Von selbstständigen, mit Sachkunde geschriebenen Korrespondenzen ist nie die Rede, nur die am gewissenlosesten und intelligentesten redigirten Blätter bemühen sich, von Zeit zu Zeit eine übersichtliche Darstellung zu geben, die gewöhnliche Speise sind aus dem Zusammenhang gerissene, oft entstellte Notizen aus Ihrem geschätzten Blatte, aus der „A. A. Z.", aus der „F. O. P. Z." Doch nein, ich irre mich; es trifft sich zuweilen, daß ein guter Freund, der in Seide, Kalikots oder Käse macht, über den Rhein geht; die kostbare Gelegenheit wird benutzt, und der Herr „Reisende", der „sich die Dinge in der Nähe betrachtet hat," schreibt dem Gevatter Redaktor über den Aberwitz und die Unsittlichkeit der deutschen Nation und Politik einen langen Brief, der dann als „Originalkorrespondenz" in der nächsten Nummer auf den Ertrabeifall seiner Leser Anspruch macht. Eine Korrespondenz dieser Art findet sich wieder einmal in der vorgestrigen Nummer unseres züricherischen Moniteurs, der „N. Z. Z.", die ihrem ingrimmigen Hasse gegen Alles, was deutsch ist, eine Zeitlang, in Folge höherer Winke, Zaum und Gebiß anlegen mußte, die aber nun, da der allerdings verletzende Ton der deutschen Note auch in unsern obern Regionen die Gemüther aufgeregt hat, ihrer vernichtenden Satyre frei die Zügel schießen lassen darf. Nachdem im Eingang das deutsche Parlament, wie weiland die „weißarmige Here," als zwischen Himmel und Erde schwebend dargestellt wird, setzt Korrespondent die Reichsgewalt beiseite zur Rede, daß sie weder ein Heer noch Geld besitze; daß der letztere Mangel von meinem l. Landsmanne als das Schrecklichste der Schrecken betrachtet wird, begreift sich leicht; der erste Vorwurf ist jedoch etwas sonderbar zu einer Zeit, wo man eine Sperre von Seite dieses nicht existirenden Heeres (wir wollen hoffen, mit Unrecht!) befürchtet. Der Korrespondent, der als Schweizer weiß, wie nur seine oligarchischen Landsleute dazu befähigt sind, Orden, Pensionen und andern monarchischen Tand und Köder in edler Entrüstung zurückzuweisen, prognostizirt demgemäß sehr richtig, „daß in Deutschland Alles wieder verschwinden werde wie eine Seifenblase, und daß in Bälde Alles wieder um die Throne kriechen werde," — etwa wie die l. Landsleute in Neapel jetzt schon darum kriechen. Etwas Weniges jedoch, wie die Jury, werde bleiben; nach 50 Jahren könne man sich eines ähnlichen gewaltigen Anlaufs versehen, und so würden dann wohl die Deutschen nach einigen Jahrlaufenden auf dem Punkte anlangen, wo jetzt die Franzosen ständen, die freilich nicht von dem Gesichtspunkt einer Vereinbarung mit ihrem König ausgegangen. Es ist nämlich dem Korr., wie der Red. der „N. Z. Z." nicht entgangen, daß in Frankreich die Republik existirt, in Deutschland nicht; anderweitige Unterscheidungsmerkmale oder auch die Kenntniß historischer Fakta können bei den bescheidenen Ansprüchen, die man bei uns an die Publizistik zu stellen gewöhnt ist, billigerweise nicht verlangt werden. Damit endlich kein Theil

Digitized by Google

leer ausgehe, wird der Aufstand vom 18. Sept. ein „gemeiner Krawall," der darauf folgende Belagerungszustand eine „deutsche Hanswurstiade" genannt. Einige Löcher von Kartätschenkugeln an der Löwenapotheke und eine zerbrochene Hausthüre in der Bleichgasse seien die einzigen Ueberbleibsel des „großen Ereignisses." Sie werden die feine Ironie, die in den letzten Zeilen liegen soll, nicht recht begreifen: die „N. Z. Z." moquirt sich augenscheinlich darüber, daß es in Frankfurt weniger Todte gab, als bei den Pariser Junikämpfen (wie sie früher schon einmal andeutete), freilich leider immer noch mehr als in der blutigsten der gewaltigen Schlachten des Sonderbundkrieges. — Das sind die unsaubern Brillen, mit denen unser liberales Zeitungspublikum sein Augenmerk auf die Dinge da draußen richtet, und im Allgemeinen, namentlich seit der letzten Note! — gefallen sie demselben nicht übel: deßhalb halte ich es für nicht unwichtig, von Zeit zu Zeit über diesen Barometer der öffentlichen Meinung Bericht zu erstatten. Wie auf der anderen Seite unsere Konservativen den Lauf der Dinge betrachten, davon gibt Kunde ein Aufruf des hochachtbaren, liberal-konservativen „Gewerbsvereins" von Zürich, der uns beschwört, in den Nationalrath nur Männer zu wählen, „die in der Geschichte des 4. August 1789 den Grund finden (und resp. deßhalb den 4. Aug. verdammen!), warum die jetzige Nationalversammlung Frankreichs die Wiederhersteller der Republik mit Kanonendonner und Schwertstreich niedermachen muß." Also eine naive Desavouirung der gesammten großen französischen Revolution von Seite der Züricher „Gevatter Schneider und Handschuhmacher!" —

Die Tessinee Sperre wird nach und nach von den Oesterreichern milder gehandhabt, die Grenzbewohner dürfen auf ihren im lombardischen Gebiet gelegenen Weindergen Weinlese halten; viele Tessinee, deren Paß der österreichische Gesandte in der Schweiz visirt, kehren nach der Lombardei zurück; die österreichischen Truppen an der Grenze bestreben sich ersichtlich, mit unsern Grenztruppen in gutem Einvernehmen zu leben; doch ist gestern noch ein Detaschement Luzerner Kavallerie in's Tessin gezogen. Die italienischen Flüchtlinge daselbst mindeen sich zusehends, von Militäremigranten sind etwa noch 500 da, von denen sich aber nach der Ansicht unserer Soldaten nicht dee zehnte Theil schlagen würde; sie erhalten täglich zu ihrem Unterhalt 3 Batzen; wollen sie abreisen (meistentheils nach Piemont oder Frankreich), so wird ihnen ein 6 — 7tägiger Sold vorausbezahlt.

Der Landrath von Uei hat vorgestern beschlossen, die des Hochverraths angeschuldigten Herren Schmid, Müller und Lanener nicht an das von Luzern zu diesem Behuf, laut Beschlusses der Tagsatzung, niedergesetzte außerordentliche Verhöramt auszuliefern, sondern das letztere einzuladen, nach Uri zu kommen und daselbst die Verhöre aufzunehmen. Immer noch Renitenz gegen die Autorität der Tagsatzung! In der Bundesangelegenheit jedoch werden sich nun die Urkantone ohne Weiteres fügen, die Landsgemeinden sind schon ausgeschrieben, an denen die Mitglieder des Ständes und des Nationalraths gewählt werden sollen. — In den Ständerath sind bis jetzt gewählt: von Zürich: Fuerer und Rüttimann, von Solothurn: Munzinger und Burki, von Appenzell A. Rh.: Dr. Oertli, von St. Gallen: Näff und Steiger, von Aargau: Siegfried und A. Keller, von Waadt: Briatte und Wenger. Von den Wahlen in den Nationalrath sind bekannt: in Bern: Ochsenbein und Funk, in Appenzell A. Rh.: Sulter und Dr. Heim, in Appenzell J. Rh.: Hanlin, im Thurgau: Kern und Kreis.

Belgien.

Schon seit Wochen bringen verschiedene belgische Blätter Nachrichten von der Austreibung belgischer Arbeiter aus den Werkstätten und Fabriken französischer Nachbarstädte. Unter allerlei Vorwänden werden dieselben, nachdem gewöhnlich Bedrohungen seitens der französischen Arbeiter vorausgegangen sind, von den französischen Gemeindebehörden aus der Arbeit getrieben und sodann, oft mit Weib und Kindern, von Gensdarmen über die belgische Grenze gebracht. Natürlich macht dieses freundnachbarliche Verfahren böses Blut in Belgien, und der unabhängige Theil der belgischen Presse, d. h. derjenige, welcher sich nicht in den Händen von Franzosen befindet, hält seinen Unmuth darüber nicht zurück. Die Minister aber, anstatt gegen solche, dem gesitteten Frankreich unwürdige Brutalitäten zu protestiren, stellen besondere Eisenbahnzüge zur Verfügung der französischen Nationalgardisten, welche eben jetzt die belgischen Städte besuchen und sie auf officiösen Gastmahlen mit schönen Phrasen beglücken. „Freilich", bemerkt ein Antwerpener Blatt sehr bitter, „Frankreich genießt nicht das Glück, von drei naturalisirten Belgiern verwaltet zu werden." Die „Independence" behauptet nun begütigend, die über die Grenze geschafften Individuen seien meist Bettler und Kinder gewesen, während der „Moniteur" noch Schweigen über diese eigenthümlichen Vorgänge beobachtet.

Einem Artikel des „Journal d'Anvers" über das vlämische Theater entheben wir Folgendes: Das Drama, diese Blüthe jeder vollständigen Literatur, scheint seit einiger Zeit die Gattung Poesie geworden zu sein, welche die Begabtesten der jungen literarischen vlämischen Phalanx mit Vorliebe bebauen. Und doch fehlt der nationalen dramatischen Kunst bei uns jede Ermunterung, jeder Beistand sowohl seitens des Staats als seitens der Gemeinde. Fast in allen unsern großen Städten hat man reiche Häuser zur Darstellung französischer Schauspiele gebaut, man zahlt an die Direktoren französischer Theatergesellschaften sehr bedeutende Unterstützungsgelder, während daneben die vlämische Muse von unseen Verwaltern völlig entblößt gelassen wird, man glaubt ihr keinen Schutz, kein Obdach schuldig zu sein. Dennoch sinkt bei uns das französische Theater von Tag zu Tag, trotz aller Begünstigung von oben, und entwickelt sich dagegen die vlämische Bühne mit fast wunderbarem Fortschritt, trotz aller stiefmütterlichen Behandlung, die sie von den Behörden erfährt. Sollten denn diejenigen, welche uns verwalten, auch aus dieser Thatsache nicht endlich Nutzen ziehen wollen? Sollten sie sich nicht endlich von jener traurigen Verblendung heilen lassen, die da so hartnäckig die Civilisation an die französische Sprache gefesselt glaubt? Gewiß, unwiderlegbare Thatsachen beweisen, daß die niederdeutsche Bühne bei uns ein Volksbedürfniß ist, ein natürlicher Hebel der Bildung, während ihre begünstigte Rivalin nur ein intellectuelles Bedürfniß einer verhältnißmäßig sehr geringen Zahl unserer Landsleute ist. (Weiter werden die wahrhaft erstaunlichen Leistungen einiger vlämischen Liebhaberbühnen angeführt, und man erfährt mit Vergnügen, daß bei jeder Aufführung eines vlämischen Stücks die Häuser zum Brechen voll sind, während die französischen Schauspieler das Unglück haben, in der Regel vor leeren Bänken zu spielen.)

Polen.

Warschau, 3. Okt. Gestern wurde das bei Warschau im Lager stehende Heer in die Winterquartiere untergebracht. Bei dieser Gelegenheit wurde von dem k. Statthalter eine große Musterung abgehalten. Das ganze Heer bestand aus 31 Bataillonen Infanterie, 46 Schwadronen und 8 Abtheilungen (Setnie) Kavallerie und 20 Batterien Fuß- und reitender Artillerie. Im Ganzen waren 34,000 Mann, gegen 10,000 Pferde und 212 Kanonen beisammen. (Schles. Z.)

Rußland.

Aus Rußland erhalten wir die gewöhnlichen Siegesberichte aus dem Kaukasus, Konfiskations-Listen und vgl. In Warschau ist man gegen die Juden höchst tolerant geworden. Sie dürfen fortan in allen Straßen, mit Ausnahme von 13, wohnen, und haben dabei keine anderen Bedingungen zu erfüllen, als daß sie die Landessprache oder eine ausländische Sprache lesen und schreiben können, ihre Kinder in die Regierungsschulen schicken, keine israelitisch-nationalen obrigkeitlichen Abzeichen tragen, entweder Banquiers sind oder ein gehöriges und offenes Handelsgeschäft treiben und endlich 3000 Silber-Rubel reines Vermögen nachweisen. In keinem Falle aber dürfen sie an mehr als an Einem Orte eines der bezeichneten Geschäfte betreiben, und von den ihnen gestatteten Erwerbszweigen bleiben alle Arten von Fabrikation, so wie der Verkauf von Landesgetränken, im Detail sowohl wie im Großen, ausgeschlossen. (K. Z.)

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg, Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn u. Tax. C. P. A. Hyg.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 281. Frankfurt a. M., Donnerstag 19. October. 1848.

Uebersicht.

Die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund I.

Schreiben an die Redaction.

Deutschland. Frankfurt (Amtliches. Der Versöhnungsbeschluß der Nationalversammlung und seine Früchte bei der Linken.) Wien (Der Zustand der Stadt. Zahl der Gefallenen.) Salzburg (Truppen nach Wien). Innsbruck (Beschluß des ständischen Ausschusses.) Prag (Erklärung der Czechischen Abgeordneten. F. Windisch-Grätz abgereist. Graf Stadion und die Czechischen Abgeordneten. Der Gewerbverein über den Anschluß an den Zollverein.) Ollmütz (Truppen gegen Wien.) Berlin (Die Feier des 15. Oct. Landesversammlung. Einschüchterungsversuche. Lithographische Correspondenz.) Köln (Wittgenstein nach Berlin gewählt.) München (Die politischen Vereine. Abschaffung der körperlichen Züchtigung im Heere. Gerüchte über Ministerialveränderungen.) Vom Neckar (Das Gesetz zum Schutz der Nationalversammlung.) Karlsruhe (Armeebefehl.) Rastatt (Trauergottesdienst für Latour.) Mannheim (Verhinderte Sturmpetitionen, die Bürgerwehr, preußische Truppen nach Alzey.) Bremerhafen (Ankunft eines deutschen Kriegsschiffs.) Hamburg (Die Wahlen.)

Großbritannien. London (Das Muster für das deutsche Parlament. Die Wiener Katastrophe und England. Erklärung von Thomas Young.)

Frankreich. Paris (Wichtige Sitzung. — Tagesneuigkeiten. — Cierco ausgepfiffen. — Louis Blanc und Caussidière auf Reisen.)

Spanien. Madrid (Neueste Nachrichten. Angebliche Siege und Grausamkeiten.)

Italien. Mailand. (Ungarische Abgeordnete verhaftet.) Livorno (Amnestie.) Neapel (Die vermittelnden Mächte. Rußlands angebliche Note.)

Schweiz. Zürich (Die Mörder Lichnowskys und Auerswalds. Feindselige Stimmung gegen alles Deutsche. Die Züricher Truppen in Tessin. Die Wahlen. Republikanische Zustände in Freiburg.) Bern (Die Wahlen in den Nationalrath. Professor Rheinwald.)

Ungarn. Hermannstadt. (Sachsen und Romanen gegen die Magyaren.)

---

19. October.

Die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Reichsverband hat durch den Krieg mit Dänemark und die zu Gunsten Dänemarks ausgesprochenen Ansichten der europäischen Großmächte eine größere politische Bedeutung erlangt als die Vergrößerung des Reichsgebietes um nicht völlig 200 Quadratmeilen an und für sich in Anspruch nehmen könnte, zumal nachdem der ungleich wichtigere Eintritt des Königreichs Preußen und des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund erfolgt ist, ohne daß die europäische Politik sonderliche Notiz davon genommen hat. Der Grund hiervon liegt nicht darin, daß der Landesherr, gegenwärtig der König von Dänemark, als Herzog von Schleswig seine Einwilligung für Schleswig dem deutschen Bunde beizutreten bisher nicht ertheilt hat, sondern vielmehr in den Ansprüchen, welche das Königreich Dänemark auf den Besitz Schleswigs erhoben und durch einen Gewaltstreich durchzuführen versucht hat, durch welchen der gegenwärtige Krieg mit Dänemark veranlaßt worden ist. Die eigenthümliche Weise, wie dieser Krieg, mehr durch diplomatische Unterhandlungen, als durch militärische Operationen geführt ist, hat die definitive Entscheidung über die Stellung Schleswigs zum deutschen Reiche bisher verzögert und zur Folge gehabt, daß Schleswig zwar thatsächlich als deutsches Reichsland angesehen wird, der entscheidende Ausspruch über seine Aufnahme in das deutsche Reich aber zur Zeit nicht erfolgt ist. Ja, nachdem das Vorparlament und der Fünfziger-Ausschuß für die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund sich erklärt haben, nachdem der Verfassungsentwurf der Siebenzehner Schleswig als Theil des Bundesgebiets angesehen, nachdem die National-Versammlung selbst die Abgeordneten Schleswigs in ihrer Mitte aufgenommen, hat die Verfassungskommission der National-Versammlung in dem vor einigen Tagen erschienenen Entwurf der Reichsverfassung, Schleswig nicht als integrirenden Theil des Reichsgebietes bezeichnet, sondern sich darauf beschränkt, die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig einer definitiven Anordnung vorzubehalten.

Im Jahre 1846 fand die Schleswig-Holsteinische Sache in ganz Deutschland eine Theilnahme, wie sie frühee nicht leicht einer politischen Frage zu Theil geworden ist und im Frühling dieses Jahres ward der für Schleswig-Holstein mit Dänemark begonnene Krieg von dem ganzen deutschen Volke mit Jubel begrüßt. Schleswig-Holstein ward, wie ein begabter Redner in der Nationalversammlung aussprach, von Deutschland wie ein krankes Kind mit besonderer Liebe gehegt und gepflegt. Jetzt aber, nachdem der Krieg mit Dänemark sechs Monate gedauert, und durch den Gebrauch, welchen Dänemark von seiner Flotte gemacht, Deutschland größere Opfer gekostet hat als man erwartete, steht die Sache anders. Die Gunst, welche Dänemark bei den europäischen Großmächten gefunden, hat die Streitkräfte Deutschlands in Fesseln geschlagen, und nachdem Deutschland auf die Führung des Krieges Millionen verwendet, und durch die Stockung des Verkehrs noch größere Summen eingebüßt hat, stehen wir ungefähr auf demselben Punkte, wie bei dem Beginn des Kampfes. Die Demüthigung dieser Kriegführung wird in ganz Deutschland tief empfunden, und da man nun einmal geneigt ist, bei getäuschten Erwartungen die Schuld mit der Veranlassung zu verwechseln, so ist die ganze Ungunst des verfehlten Unternehmens auf Schleswig-Holstein gefallen, und man kann sich nicht verhehlen, daß die Schleswig-Holstein'sche Sache aufgehört hat, populär zu sein. Man wirft daher jetzt Zweifel darüber auf, ob Deutschland auch im Rechte sei, wenn es den Anschluß Schleswigs verlange, man will den Großmächten nicht durch die „Eroberung" Schleswigs Anlaß zur Unzufriedenheit geben, man bestreitet deßhalb die deutsche Gesinnung der Schleswig'schen Bevölkerung, und würde am Ende froh sein, den Frieden zu schließen, wenn nur der Schein gerettet und die Fortdauer der Verbindung Holsteins mit Schleswig anerkannt wäre, und in dieser veränderten Stimmung wird denn auch das Motiv jenes Vorschlages der Verfassungskommission zu suchen sein. Wir wollen es versuchen, im Interesse des Rechtes und des Deutschland gebührenden Ansehens diese Zweifel und Bedenklichkeiten an ihrer Quelle aufzusuchen und zu bekämpfen.

Die Herzogthümer Schleswig und Holstein hadern bekanntlich seit Jahrhunderten in einer engen staatlichen Verbindung gestanden, deren beständige Fortdauer von dem Ahndern des jetzigen Herzogs, durch das Staatsgrundgesetz vom Jahre 1460, auf alle Zukunft garantirt ist. Beide Lande haben seitdem eine gemeinschaftliche, in deutscher Art und Weise geordnete Verfassung mit einem gemeinschaftlichen Landtag gehabt, so daß die Besteuerung und Gesetzgebung in Holstein nur unter Mitwirkung der schleswig'schen, in Schleswig nur unter Mitwirkung der holsteinischen Landesvertreter hat erfolgen können. So wie Holstein von jeher ein integrirender Theil des deutschen Reichs war, konnte Schleswig, eben seiner Verbindung mit Holstein wegen, von Deutschland getrennt nicht gedacht werden, und wenn Schleswig auch politisch nicht zum deutschen Reiche gezählt ward, so gehört es Deutschland doch in der That an, ebenso wie Preußen schon vor seiner Aufnahme in den deutschen Bund ein deutsches Land war. Es war daher ein unverzeihlicher Fehler der deutschen Diplomatie, daß bei der im Jahr 1815 unternommenen Reorganisation Deutschlands nur Holstein und nicht Schleswig in den deutschen Bund aufgenommen wurde, und von diesem Fehler her datiren sich die Reunionsversuche, die Dänemark in den letzten 30 Jahren gegen Schleswig unternommen hat. Dänemark hat seitdem unablässig dahin gestrebt, die Verbindung beider Herzogthümer zu lösen und Schleswig zu Dänemark heranzuziehen, zumal seitdem es sich als entschieden herausgestellt hat, daß der jetzige König von Dänemark ohne Nachkommenschaft bleiben wird, und mit dem Erlöschen des dänischen Mannsstammes die bestehende Personalunion mit Däne-

Digitized by Google

mark aufhören muß. Schleswig mußte es sehr bald erkennen, daß es nur durch den engsten Anschluß an Deutschland seine Selbstständigkeit Dänemark gegenüber erhalten könne, und daß, wenn seine Verbindung mit Holstein nicht zerrissen werden sollte, Schleswig in den deutschen Bund eintreten müsse. Diese Ueberzeugung ist durch den Erfolg nur zu sehr gerechtfertigt worden. Kaum war der jetzige König zur Regierung gelangt, als die ultradänische Partei in Kopenhagen ihn vermochte, es auszusprechen, daß die Verbindung Schleswigs mit Holstein aufhöre und Schleswig mit Dänemark vereinigt sein solle — ein Attentat, welches niemals versucht worden wäre, wenn Schleswig damals schon deutsches Bundesland gewesen wäre. Es ist nun anerkannt und in den Staatsschriften des Reichsministeriums unwiderleglich nachgewiesen*), daß der Krieg mit Dänemark dadurch, daß der Verbindung des deutschen Bundeslandes Holstein mit Schleswig, auf welche jenes ein unbestreitbares Recht hat, gestört worden, völkerrechtlich vollkommen gerechtfertigt wird, und daraus folgt ferner, daß Deutschland im vollsten Rechte sich befindet, wenn es auf der Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund besteht, da nur unter dieser Bedingung jene Verbindung aufrecht erhalten und gegen fernere Störungen gesichert werden kann.

Diese Gründe finden in der neuen Gestaltung Deutschlands als Bundesstaat eine wesentliche Unterstützung. Holstein wird als integrirender Theil des deutschen Bundesstaats mehrere wichtige Souveränetätsrechte aufgeben; insbesondere werden dessen auswärtige Beziehungen, die Zoll- und Handelsverhältnisse und vor Allem die Wehrverfassung unter unmittelbarer Leitung der Reichsgewalt stehen. Alsdann ist aber die Fortdauer der Verbindung Holsteins mit Schleswig durchaus unmöglich, wenn Schleswig nicht ebenfalls der Reichsgewalt unterworfen wird. Denn wie wäre eine staatliche Verbindung beider Lande auch nur denkbar, wenn über Krieg und Frieden in dem einen Lande die Centralgewalt, in dem andern der König von Dänemark entscheidet, wenn die deutsche Zollgrenze Schleswig von Holstein trennt, wenn die holsteinischen Truppen von dem Reichsoberhaupt, die schleswig'schen von dem König von Dänemark befehligt werden. Will Deutschland daher, was es entschieden wollen muß, Holstein die Verbindung mit Schleswig gewähren, so muß es auch mit gleicher Nothwendigkeit Schleswig in seinen Verband aufnehmen: ein Anderes ist absolut unmöglich.

Wenn aber die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Reichsverband mit Nothwendigkeit gegeben ist, um Holsteins Recht zu schützen, so hat Deutschland auch das Recht diese Aufnahme zu vollziehen, und jeden Widerstand dagegen, von welcher Seite er auch kommen möge, nöthigenfalls durch die Gewalt der Waffen zurückzuweisen. Die ausdrückliche Genehmigung des Landesherrn wäre, da, wie gezeigt worden, der Schritt durch die absolute Nothwendigkeit geboten ist, nicht einmal erforderlich, da auch der Landesherr nicht berechtigt ist, sich dem was zur Erhaltung der Existenz des Landes anerkannt nothwendig geschehen muß, zu widersetzen. Zur Aufnahme Schleswigs in das deutsche Reich ist aber die Zustimmung der Landesherrschaft wirklich vorhanden. Der König Friedrich VII. hat nämlich durch sein gegen Schleswig versuchtes Attentat, dessen staatsrechtliche Existenz zu vernichten und es zur dänischen Provinz herabzuwürdigen, die Ausübung seiner Regierungsrechte über Schleswig einstweilen unmöglich gemacht, und diese sind interimistisch auf die provisorische Regierung, als die in seinem Namen aufgetretene Regentschaft übergegangen. Die Regentschaft aber, welche als solche von der Reichsgewalt und wenigstens der Mehrzahl der deutschen Staaten anerkannt ist, hat in Uebereinstimmung mit den Vertretern des Landes um die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund wiederholt gebeten, und in dem zwischen der Regentschaft und der schleswig-holsteinischen Landesvertretung vereinbarten Staatsgrundgesetz ist Art. 3 ausdrücklich festgesetzt: „daß das Herzogthum Schleswig-Holstein ein Bestandtheil des deutschen Staatsverbandes sein soll".

*) cf. Memoire sur la question du Slesvic, in den Aktenstücken zur Schlesw.-Holst. Frage p. 59, u. die Rede des Hrn. v. Radowitz in den stenographischen Berichten p. 1895.

An die Redaktion der deutschen Zeitung.

Geehrter Herr!

Bei einem vorübergehenden Aufenthalte in Frankfurt finde ich, daß Sie in Nr. 273 Ihrer Zeitung sich mit Entrüstung gegen einen Artikel der Berliner „Vossischen Zeitung" aussprechen. Ich theille sogleich Ihre Entrüstung, die sich jedoch bei mir noch steigerte, als ich den Artikel selbst nachlas; ich fühlte mich auf das Aeußerste beschämt, daß dergleichen in dem gelesensten Blatte meiner Vaterstadt gedruckt werden kann; aber ich glaube versichern zu können, daß die Vossische Zeitung sich verrechnet hat, wenn sie damit den Beifall der Berliner zu erwerben hoffte. Denn neben dem trostlosen Mangel an allem deutschen Gefühl leuchtet ja aus dem Artikel das kümmerlichste Mißtrauen gegen die dauernde Bedeutung Berlins und Preußens hervor. Was zunächst Berlin betrifft, so scheint der Verfasser gar keinen Begriff von dem Wesen einer Hauptstadt zu haben, wenn er glaubt, sie könne so plötzlich zu einer Bezirksstadt herabsinken. Nicht nur Rom, auch Berlin ist nicht an einem Tage gebaut, und darin besteht seine hauptstädtische Eigenschaft, daß es seit länger als einem Jahrhundert aus Preußen und Deutschland Männer von Einsicht, Bildung und unternehmendem Geiste, in allen Ständen, vom Handwerker bis zum Staatsmann, an sich gezogen hat. So hat sich durch den beständigen Zuzug und durch die Erziehung, welche Geschlecht von Geschlecht empfängt, eine Bevölkerung gebildet, die sowohl die Vorzüge als Mängel der Hauptstädter an sich trägt. Mehr als durch seine schönen Straßen und mehr als durch die Hofhaltung wird hierdurch Berlin sich als Hauptstadt bewähren, und wenn es das New-York des deutschen Bundesstaates bleibt, so kann es ohne Neid auf Frankfurt sehen, von dem man hoffen muß, daß es auch ferner sich als das Washington desselben erhalten werde. Wenn Berlin schon seit einer Reihe von Jahren an seinem Einflusse in Deutschland verloren hat, so liegt das nicht daran, daß Deutschland sich dagegen verschworen hätte, es liegt an Berlins eigener Charakterschwäche, die es in diesem Jahre am stärksten, aber ich hoffe auch am letzten, bewiesen hat. Es ist auffallend, in den beiden Städten Berlin und Breslau, welche im Jahre 1813 ganz Deutschland mit der edelsten Begeisterung, mit der heldenmüthigsten Aufopferung vorangingen, jetzt nur die gemeinsten Leidenschaften aufgewühlt und keine Spur von Kraft und männlicher Erhebung zu finden. Es begibt sich wohl, daß durch widrige Einflüsse auf eine organische Bildung die edelsten Kräfte in Gift verwandelt werden; es mag den beiden Städten etwas Aehnliches geschehen sein. Als nach den Kriegsjahren das erwachte politische Leben künstlich unterdrückt wurde, hat die Stockung der Säfte die großen Städte noch kränker gemacht, als das übrige Deutschland; ich zweifle nicht, daß aus dieser Krankheit Berlin mit neuer Kraft hervorgehen werde.

Was dann Preußen betrifft, so lege man doch kein Gewicht darauf, ob Preußen in Deutschland, oder Deutschland in Preußen aufgeht. In 5 Jahren, hoffe ich, wird man allgemein wissen, daß das nur eine Wortklauberei ist. In beiden Fällen werden die Preußen der Großmacht Deutschland angehören; Preußen ohne Deutschland, wie es die Vossische Zeitung sich möglich zu denken scheint, könnte nur noch eine Zeit lang eine Titulatur-Großmacht sein; Deutschland ohne Preußen würde die Geschichte des Rheinbundes, Deutschland mit Preußen würde die preußische Geschichte fortsetzen. Die Geschichte wird sagen, daß nach dem dreißigjährigen Kriege Deutschlands Lebenskraft in Brandenburg und Preußen erhalten worden ist, und von da aus sich dem übrigen Deutschland wieder mitgetheilt hat; und das wird Preußen wohl schwerlich zur Unehre oder zum Schaden gereichen. Es war ein Spruch des großen Kurfürsten: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist." Unsers Königs: „Preußen soll in Deutschland aufgehen" ist die erhabene Erfüllung der Mahnung seines Ahnherrn.

Frankfurt a. M., 18. Okt.

Ein Berliner.

Deutschland.

Frankfurt, 18. Okt. Die O.-P.-A.-Z. meldet im amtlichen Theile Folgendes: Am 14. Okt. haben die HH. Reichskommissäre Teichert und Möring die Fregatte „Deutschland", das Kanonenboot „Sanct Pauli", die Dampfer „Hamburg", „Lübeck" und „Bremen" sammt den darauf befindlichen Mannschaften ganz, die Corvette „Franklin" aber unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichsministeriums, für die deutsche Centralgewalt unter entsprechender Feierlichkeit übernommen.

† **Frankfurt**, 18. Okt. Wer die Maßnahmen der Nat.-Versammlung nach den Szenen vom 5. und 6. Okt., und den ent-

Digitized by Google

chiedenen Bericht der Commission des Impertinences kannte, wer ferner von der Einstimmigkeit Kenntniß hatte, mit der zwei Gruppen des rechten und linken Centrums die Anträge des Ausschusses anzunehmen beschlossen hatten, der mußte nach der gestrigen Entscheidung der Nat.-Versammlung: mit Schweigen über die Brentano'sche und Schmidt-Wiesner'sche Angelegenheit zur weiteren Tagesordnung überzugehen, in ein verwundertes „Purturiunt montes" ausbrechen. — Der Beschluß der Nat.-Versammlung einen besonderen Ausschuß zur Beurtheilung von Vorfällen niederzusetzen, welche die Würde der Versammlung gefährdeten, war offenbar eine Schutzmaßregel, sie wurde als solche deutlich genug noch am 6. vom Präsidenten bezeichnet. — Eine solche Maßnahme durfte nicht durch einen plötzlichen ganz unmotivirten élan von Großmuth desavouirt werden, zumal von Seiten derjenigen, die sich so arg vergangen hatten, nicht die geringste Miene gemacht wurde, ihren Antrag zurückzuziehen. Dieser besteht demnach noch und ist durch den gefaßten Beschluß nicht vernichtet. — Wir wünschen von Herzen, daß nun der am 16. von einer großen Majorität gefaßte Beschluß, der dem Anschein nach ein Versöhnungsakt sein sollte, wirklich als solcher Früchte trage. Es haben zu seiner Realisirung höchst geachtete Persönlichkeiten mitgewirkt, auf der rechten Seite namentlich Graf Sch. — Das Verhalten der Linken unmittelbar nach demselben ist jedoch sehr abkühlend; namentlich auch das Auftreten Vogt's gegen v. Schmerling. War der Ausdruck, den der Letztere brauchte, die Interpellation des Ersteren sei in einem unparlamentarischen Tone gehalten, ein Fehlgriff, so wäre es doch Keiner gewesen, wenn er gesagt hätte: in einem „unwürdigen." So aber war der Minister neuen Angriffen sofort blosgestellt, denn Persifflage, Ironie, Hohn und dergleichen werden immer parlamentarisch bleiben (selbst nach erschienenem Disciplinargesetz), wenn man nur die Intentionen, und seien sie die unwürdigsten, in unverfängliche Worte und unschuldige Anträge kleidet und höchstens durch einen Spiritus asper, oder einen accent aigu, oder Stimmenmodulation, seine weiteren Gedanken andeutet. — So durfte Hr. Vogt z. B. ganz füglich v. Schmerling's Ausdruck mit der Bezeichnung „solche Streiche" ungestraft qualifiziren. Das Wort Streich ist durchaus neutral, auch das Wörtchen solcher. Letzteres steht offenbar zur nähren Bezeichnung des ersteren, dessen Zusammensetzungen jedem Zuhöree in den Sinn kommen müssen, aber parlamentarisch verpönt sind. Auf die Betonung des Wörtchens solcher kommt also Alles an. Je besser der Declamator, desto stärker die Wirkung. — An demselben Tage, nach gefaßtem Edelmuthsbeschluß, brachte auch Hr. Schmidt wieder einen unschuldigen Antrag bezüglich des Reichssiegels, um zu zeigen wie unwandelbar er seine Wege gehe.

* Die „Bresl. Ztg." gibt aus Wien vom 13. Oktober eine Schilderung der dortigen Zustände, die sehr abweichend ist von der Mehrzahl dessen, was aus der Stadt selbst berichtet wird. Eine Grabesruhe soll dort herrschen; Kaufläden und Gewölbe sind geschlossen, die Fenster zum großen Theil verhangen; die Bewohner, zumal in der Nähe öffentlicher und fiskalischer Gebäude, mit dem Reisedürftigsten und Leichtbeweglichsten ihres Habe geflüchtet, oft bei Nacht und Nebel, da man am Tage die Flüchtigen häufig aufhält. Im Innern der Stadt soll die Passage für Fuhrwerk stets gesperrt sein. Die kampflustige Partei ist die bei weitem größere, doch fehlt es auch nicht an solchen, die zur Nachgiebigkeit rathen. Auf die Provinzen scheint der Reichstag keine Rücksicht zu nehmen, und was schlimmer ist, diese auch keine auf ihn. Der Donner des Wortes Landsturm ist verhallt; die Bauern rühren sich nicht. Einem Aufruf an das Landvolk, die Stadt mit Lebensmitteln zu versehen, wird wenig Folge geleistet. Auch in den entfernteren Provinzen regt sich nichts. Die Zuzüge der Nationalgarden aus Brünn und Gratz wollen nicht viel sagen. Im Reichstag sind große Lücken; die Rechte und das rechte Centrum ist gelichtet; mit dem Prädikat „Volksverräther" ist man schnell bei der Hand und damit verbindet sich die Erinnerung an das Schicksal Latour's, das man ganz offen billigen hört. — Solche Schilderungen tragen ein starkes Gepräge der Wahrheit, aber sie stehen in scharfem Kontrast mit den Berichten der Wiener Journale, die von Freiheit und Sicherheit des Verkehrs, von der Rechtlichkeit, Ruhe und Harmlosigkeit des „Volks von Wien" nicht genug zu rühmen wissen. Aeußerlich nicht minder grell kontrastirend, aber innerlich verwandter mit den düstern Bildern aus dem Innern der Stadt, ist das lebensvolle Bild der Aussicht vom Stephansthurm, das ein Korrespondent der Allg. Ztg. vor dem Leser aufrollt, auf all das buntfarbige und buntredende Kriegsvolk um Wien, wo der Serezaner (aus den Revolutionskriegen sind die Rothmäntel noch wohl in Erinnerung!) neben dem Altösterreicher steht. Die Scene erinnert an die Zeit, wo die Türken vor Wien standen; ist die von heute besser oder schlimmer?

Wien. Nach der Allg. Oest. Z. beträgt die Zahl der bis zum 11. Okt. ermittelten Gefallenen vom 6. u. 7. Okt. 174 Civilisten und 142 Militärs.

Der Tyroler Bote vom 12. Okt. sagt: „Eben vernehmen wir, daß die Garnison von Salzburg Befehl erhalten habe, in der Richtung gegen Linz abzumarschiren."

Innsbruck, 12. Okt. Der ständische Ausschuß in Innsbruck und das Gubernium haben im Einverständnisse mit allen Aemtern und dem Magistrate beschlossen, weder Kommissäre noch Beschlüsse vom Reichstage anzunehmen, wenn sie nicht vom Kaiser ihre Beglaubigung und Bestätigung erhalten. (Volksbl. f. Tyrol.)

* Am 12. Oktober hatte Strobach die in Prag anwesenden Reichstagsdeputirten zu einer Besprechung berufen. Das Ergebniß war eine am 13. Okt. veröffentlichte Erklärung, der wir folgende Stellen entnehmen: „Wir erklären, daß wir den gegenwärtigen Aufruhr in Wien für ein Werk fremder, nicht zu verkennender Umtriebe halten, keineswegs aber für den Ausdruck der Gesinnung der biederen loyalen Bevölkerung Wiens. — Wir halten diesen Aufstand für einen verbrecherischen, weil durch denselben unter Mord und Gewaltthat ein Ministerium gestürzt wurde, welches die Majorität der Vertreter des österreichischen Gesammtvolkes für sich hatte, und wenn man auf deren vorher gefaßte Beschlüsse Rücksicht nimmt, auch in Uebereinstimmung mit denselben verfuhr. — — Wir verwahren uns daher auf das Feierlichste gegen die in einer Namens des Reichstags erlassenen Proklamation ausgesprochene Ansicht, als sei der Mord des Kriegsministers und der gewaltsame Sturz des Gesammtministeriums nichts anderes als ein von bedauerlichen Umständen begleiteter Akt der Selbsthilfe des Volkes. — Wir protestiren gegen alle Beschlüsse, wodurch der Reichstag Oesterreichs in Ueberschreitung seines Mandats und in Außerachtlassung seiner hohen Mission die Exekutivgewalt an sich gerissen und als bloßer Sicherheitsausschuß für die Stadt Wien fungirt hat. So lange dieser Zustand nicht aufgehört hat, und die gesetzliche Ordnung nicht hergestellt ist, so lange dem Reichstag in seiner Gesammtheit und den einzelnen Mitgliedern nicht hinreichende Garantie der persönlichen Sicherheit geboten wird, glauben wir unsere Pflicht gegen unsere Kommittenten durchaus nicht zu verletzen, wenn wir unsere Sitze im Reichstagssaal nicht einnehmen und alle daselbst gefaßten Beschlüsse für null und nichtig erklären. Wir wollen die konstitutionell-demokratische Monarchie. Wir, die wir uns als treue Vertreter des Volks verpflichtet halten, müßten unsere Stimme dagegen erheben, wenn der Reichstag unter Militärdespotismus gestellt würde, müssen es um so mehr gegen den Despotismus zügelloser bewaffneter Macht. Wir werden, wir müssen jeden Versuch, den Reichstag seiner souveränen Macht zu berauben, von welcher Seite er auch immer ausgehen möge, sei es von einer Fraktion, die in vollständiger Anarchie ihre Vortheile sucht, sei es von einer Partei, der nach dem alten Absolutismus gelüstet, für einen Verrath an der Volksfreiheit, für eine Beleidigung der Majestät des Volkes erklären." Folgen die Unterschriften von 37 czechischen Abgeordneten.

Prag, 14. Okt. Fürst Windisch-Grätz hat heute Prag verlassen, um den Oberbefehl über die Truppen zu übernehmen. Er hat eine vollständige Feldruckerei mitgenommen, um die Armeebefehle und Bulletins zu drucken. Man sieht, daß man sich auf eine lange dauernde Operation vorbereitet. (D. A. Z.)

Nach der Leipz. Zeitung ist Graf Stadion, früher Gouverneur von Galizien, dem kaiserlichen Hofe in Prag angekommen und hat sich sogleich mit den czechischen Abgeordneten in Einvernehmen gesetzt, nachdem er sich vorher mit Form und Inhalt des von ihnen erlassenen Manifestes einverstanden erklärt hat.

Prag, 11. Okt. Gestern versammelte sich der Gewerbverein, um über die Zollanschlußfrage zu berathen. Fabrikant Richter verlas den Kommissionsbericht, der sich für den Nichtanschluß erklärte (natürlich, anderes war nicht zu erwarten!), doch soll drei Jahre lang die Frage offen gehalten werden, und man solle unterdessen die Hindernisse wegzuräumen trachten. Wunderbarer

Digitized by Google

Weise haben sich von 180 in dieser Angelegenheit befragten kleineren Gewerbsleuten 100 für den Anschluß, 60 gegen denselben ausgesprochen, und 20 es dem Vereine überlassen, für sie zu stimmen. (Allg. Ztg.)

Aus **Olmütz** wird der D. Allg. Z. mitgetheilt, daß die Straße von Prag nach Olmütz stationsweise mit Militärabtheilungen bedeckt ist. Es scheint, als kämen jetzt die von dem todten Kriegsminister eingeleiteten Maßregeln zur Ausführung.

Von der böhmischen Grenze. Die Nachricht habe ich noch nirgends gefunden, daß in allen hiesigen Grenzstädten und Dörfern Böhmens die ausgehobenen Rekruten zurückgehalten wurden. Den deßhalb ausgeschickten Executionstruppen tritt die Nationalgarde oder Bürgerwehr entgegen und erklärt, wenn man Truppen für den Adel, oder die jetzigen wechselnden Regierungen verlange, werde man keine Rekruten stellen, wohl aber für den Kaiser, doch müsse man zuvor sagen, wo der Kaiser, wo seine Regierung sei. — Auf die Drohung, Gewalt zu brauchen, antwortet die Nationalgarde, mit scharfgeladenen Gewehren, daß auch ihr Gewalt zu Gebote stehe. — So mußte die Execution unverrichteter Sache sich entfernen, ohne in diesem ganzen Grenzdistrikte einen Rekruten zu erhalten. Man sieht mit Spannung dem Erfolge entgegen. (Leipz. Z.)

* **Berlin**, 16. Okt. Der Geburtstag des Königs von Preußen ist nach den aus verschiedenen Theilen des Landes einlaufenden Nachrichten mit mehr als gewöhnlicher Theilnahme gefeiert worden. Sehr natürlich; denn die Feier galt diesmal nicht blos dem König, sondern dem Königthum. Mehr als einmal war es im Laufe dieses verhängnißvollen Jahres gefährdet und man freute sich an jenem Tage des erhaltenen Gutes. Alle, welche Gesetz und Ordnung aufrichtig wollen, sehen den sichersten Hort derselben in dem verfassungsmäßigen Königthum; es ist der feste Punkt in der Bewegung. Der König kam an seinem Geburtstage, gefolgt von fast allen Prinzen und Prinzessinnen, nach der Hauptstadt, und ward, während er unmittelbar vom Bahnhofe nach dem Dome fuhr, so wie auf der Rückkehe nach dem nahe vor dem Brandenburger Thore belegenen Schlosse Bellevue mit lautem Jubel begrüßt. Eines vermißte man: Man hatte gehofft, der König werde, als Bürgerkönig, in bürgerlicher Kleidung erscheinen; aber der König erschien, wie immer, in Generalsuniform; er mochte sich jetzt, wo er sich so manches Hergebrachten entäußern muß, von der Ueberlieferung des auf der Spitze des Schwertes gewachsenen preußischen Staates nicht trennen. Von dem Empfang auf Schloß Bellevue haben wir bereits berichtet. Wir heben noch einige Worte hervor, welche er an die Deputation der Nationalversammlung richtete: „Wir sind im Begriffe", sagte er unter Anderem, „einen Bau aufzuführen, welcher Jahrhunderte währen soll. Aber, meine Herren, ich mache Sie auf Eins aufmerksam. Wir besitzen, und wir werden darum wohl von vielen Seiten beneidet, noch eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden" (diese Worte sprach der König scharf markirt), „welche noch mit voller Macht ausgestattet ist. Sie ist das Fundament, auf welchem einzig und allein jenes Gebäude aufgeführt werden kann, wenn es von der Dauer sein soll, wie ich oben erwähnte." Am Schlusse äußerte der König noch: „Meine Herren, ich bin sehr erfreut, Sie hier gesehen zu haben. Es thut gut, sich von Zeit zu Zeit zu sehen."

Der Kommandeur der Bürgerwehr, der sich mit seinem Stabe eingefunden hatte, sprach die Worte: „Zum ersten Male werden Ew. Maj. an diesem Freudentage durch mich von den bewaffneten Einwohnern Berlins begrüßt. Gehoben durch die errungene Freiheit, ist es der größte Stolz der Berliner Bürgerwehr, die Feststellung der zugesagten Verfassung zu schirmen, die gesetzliche Ordnung zu wahren. Majestät! dieser gesunde Sinn unsrer Mitbürger ist die sicherste Garantie für die Rechte eines Jeden, für die Rechte Ew. Majestät. Das beste Geschenk, das ich Ew. Maj. an diesem Tage zu bringen glaube, ist die Bürgschaft dieser Gesinnungen der Bürgerwehr Berlins". Der König erwiederte: „Vergessen Sie nicht, daß Sie die Waffen von Mir haben. Ich hoffe, ein treues und heldenmüthiges Volk zu finden!" Den städtischen Behörden, die durch besondere Deputationen schriftliche Glückwünsche überreichten, gab der König zur Antwort: er habe Worte genug gehört, ihn verlange es, Thaten zu sehen. Der Empfang war übrigens sehr leutselig und der König besonders gegen das Ende der Cour durchaus heiter und liebenswürdig. — Böckh hielt auf der Universität eine deutsche Rede darüber, daß nur in der gemäßigten Demokratie der Wissenschaft wahres Heil erblühe. Bei Kroll fpristen 900 Personen unter dem Vorsitze des Gymnasialdirektors De. August. — Morgen wird die Berathung des Verfassungsurkunde fortgesetzt. Nachmittags ist die Wahl der Präsidenten. Die Parteien haben sich in folgender Art geeinigt: Grabow bleibt Präsident. Alle sind darüber um so mehr einig, als er unentbehrlich ist. Zu Vicepräsidenten werden Boenemann, von Unruh, Phillips und Waldeck erwählt werden. Auf diese Weise ist jedee Fraktion, da Grabow zur Bedrenstraße (Rechten) gehört, ein Kandidat zugestanden. — Die Weise, auf welche fortwährend versucht wird, einzelne Mitgliedee der Nationalversammlung, ja, die ganze Versammlung einzuschüchtern, erregen mit Recht allgemeinen Unwillen und die Forderung, daß diesem Treiben gesteuert werde. Die „Reform" berichtet über die neuliche Beschimpfung des Abgeordneten Sydow: „Als Sydow aus dem Konzertsaale nach Hause gehen wollte, folgte ihm eine bedeutende Menge mit höhnischem und verwünschendem Rufen. Die Bürgerwehr trat wieder als lebendige Vorsicht dazwischen und wurde deßhalb ebenfalls mit verschiedenen Rufen beglückwünscht. Herr Sydow wurde als Puppe in geistlicher Tracht über der Eingangsthür für die Abgeordneten aufgeknüpft. Herr Sydow ist Symboliker, — wie denkt er über diese Art von Symbolik?"

In den nächsten Tagen wird in Berlin eine neue litbographirte Korrespondenz in's Leben treten. Sie wird das konstitutionell-demokratische Prinzip vorzugsweise vertreten. Mehrere Abgeordnete aus dem rechten Centrum, namentlich Harkort, Bornemann, Zachariä, Ostermann, Märcker u. s. w. haben ihre Mitwirkung zugesagt.

* **Köln**, 17. Okt. Bei der heute Vormittags hier stattgehabten Wahl eines zweiten Abgeordneten von Köln zur Berliner Versammlung an die Stelle des Staatsministers Camphausen wurde der bisherige Regierungs-Präsident, **Heinrich von Wittgenstein**, mit 93 unter 146 Stimmen gewählt. Er trug den Sieg über Herrn Kyll, den fähigsten Candidaten der Linken davon.

München, 14. Okt. Die „Neue Münchener Zeitung" schreibt: Wie ich höre, ist von dem Staatsministerium des Innern und der Justiz an die sämmtlichen Kreisregierungen die Weisung ergangen, die Vorstände sämmtlicher bestehenden politischen Vereine zur Vorlage ihrer Statuten und Beschlüsse, dann zur Angabe ihrer Mitgliederzahl und Verbindungen mit andern Vereinen aufzufordern, indem das Reichsministerium von der Bewegung der politischen Association in ganz Deutschland in Kenntniß erhalten werden will. — Durch ein Handbillet des Königs ist jede körperliche Züchtigung beim Heere abgeschafft.

München, 15. Okt. Allgemeines Stadtgespräch bilden seit gestern Gerüchte über folgende Veränderungen in den Ministerien: das Staatsministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten werde wieder als Sektion dem Ministerium des Innern einverleibt, und ein Handelsministerium gegründet. Bei dieser Gelegenheit trete angeblich Frhr. v. Thon-Dittmer aus dem Ministerium aus, Frhr. v. Lerchenfeld übernehme das Portefeuille des Innern, das hiedurch in Erledigung kommende Finanzministerium werde an Direktor Bewer übertragen. (U. Z.)

** Vom Neckar, 18. Okt. Gönnen Sie Ihrem Neckar-Korrespondentrn auch in Frankfurt zuweilen ein wenig Raum; es ist ja nur der Sache wegen. Sie hatrn es in dem ersten kritenden Artikel nach Ihrer Uebersiedelung ausgesprochen, daß Sie gern das Ministerium stützen würden. Hättrn wir nicht durch die dreißigjährige Opposition, welche wir durchgemacht haben, uns eine gewisse Scheu vor jeder Regierung angewöhnt, so wäre eine solche Erklärung mehr wie überflüssig gewesen. Versteht es sich doch, an und für sich betrachtet, von selbst, an die Anfänge eines so lange ersehnten Zustandes nicht sogleich die strengste Kritik zu legen; um so eher, wenn wie in dem gegebenen Falle das Ministerium nicht der Nation gegenüber die Rechte einer Krone zu wahren hat, und an ihr einen Rückhalt besitzt, sondern höchst uneigennützig in seinen einzelnen Trägern die im Volke lebenden staatlichen Ideen zu verwirklichen sucht. Aber unter den gegebenen Umständen mußte eine solche Verwahrung der eigenen Unabhängigkeit wohl nöthig sein; mit dem beigefügten Satze, daß Sie nur Maßregeln, nicht Männer stützten, schnitten Sie allen Gerüchten: „aus der k. k. privilegirten Hofrathszeitung würde nun ein Reichsministerialblatt," den ferneren Athem ab. Measnres not

man wollen Sie mit Ihrer Ueberzeugung stützen, maasures nat men will ich mit der meinigen angreifen; selbst auf die Gefahr hin, dem kürzlich gegebenen mehr wie eigenthümlichen Gesetze zum Schutze der Nat.-Vers. zu verfallen. Was heißt „Beleidigung eines Abgeordneten", „Beleidigung der Nationalversammlung"? Wenn ich z. B. sage, daß es in der Paulskirche zuweilen zugehe, nicht wie in einer Versammlung vernünftiger Männer, sondern wie in einem Haufen ungezogener Kinder, beleidige ich damit die Nationalversammlung, sobald es wahr ist? Kann ich von Herrn Wassermann in seiner Eigenschaft als Abgeordneter oder Mitglied des Reichsministeriums injuriarum belangt werden, wenn ich ihm vorhalte, wie er neulich den Unterstaatssekretär über der Oberpostamtszeitung so weit vergessen, daß er die Note an die Schweiz eher veröffentlichte, als sie überreicht war, wenn es sich so verhält? Der Abgeordnete Schober aus Würtemberg hat neulich in einem Briefe an Sie erklärt, daß er noch dieselben politischen Ansichten gegenwärtig hege und pflege, welche er auf Universitäten gehegt und gepflegt. Ich kann den Abgeordneten Schober deßwegen nur bedauern; man ist ja auch jung gewesen, man kennt ja auch die Sorte von Politik, wie sie auf deutschen Hochschulen umgeht. Man kann also Vergangenheit und Gegenwart leicht vergleichen. Muß ich aber wegen dieses meines kund gegebenen innigen Mitleidens für ein Jahr ins Arbeitshaus wandern, „weil ich nun einmal Nichts von einem Jünglinge halte, der nicht mit 20 Jahren für die Republik schwärmt, noch von einem Manne, welcher sie im 30ten Jahre für möglich hält"? Sie haben so oft in Ihrem geschätzten Blatte Herrn Robert Blum darauf aufmerksam gemacht, wie er an sich in Frankfurt den Leipziger und in Leipzig den Frankfurter desavouirt; des oben bezeichneten Gesetzes wegen darf man diese Taktik nicht einmal mit dem einfachen guten deutschen Worte bezeichnen. Am Ende läuft die ganze Sache auf die „gesinnungsvolle Opposition" hinaus, die schon Herr Eichhorn ertragen konnte! So weit zur Einleitung.

Karlsruhe, 17. Okt. Zwei Armeebefehle des Großherzogs, vom 16. und 20. d. M. sprechen den Truppen Dank und Anerkennung für die bewiesene Treue, Tapferkeit und Ausdauer aus, und verkünden die (bereits gemeldete) Beförderung des Generals Hoffmann, sowie die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen an Offiziere und Soldaten, die sich in den Gefechten bei Kandern, Günterstthal, Freiburg und Staufen besonders hervorgethan haben.

Rastatt, 17. Okt. In unserer Stadtkirche wurde heute auf Veranlassung der hies. k. k. österreichischen Offiziere ein Trauer-Gottesdienst für den in Wien ermordeten Feldmarschall-Lieutenant Grafen Baillet v. Latour abgehalten, dem nicht nur alle hier befindlichen k. k. Offiziere und Soldaten, sondern auch eine große Anzahl einheimischer Militär- und Civilpersonen aus allen Ständen anwohnten. (Karlsr. Z.)

(**Mannheim**, 17. Okt. Abermals sollte gestern eine Volksversammlung stattfinden, veranlaßt durch den bekannten Mördes, welcher eine Sturmpetition zur Besprechung vorlegen wollte. Sie enthält folgende Punkte: 1) die Entfernung allen fremden Militärs aus Baden und Rückkehr der badischen Truppen in ihre Garnisonen, 2) Bildung einer konstituirenden Versammlung, für welche dan je 15,000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen sei; 3) Aufhebung der Kammern. Die Versammlung wurde verboten, und als Mördes mit nach mehreren seiner Gesinnungsgenossen auf dem Oberamte verlangte, man solle seine Vorschläge zu Protokoll nehmen, dem Sturmpetenten erwidert, er möge seine Petition nur einsenden. Die Theilnahme an dieser Versammlung und dem eben bemerkten Treiben war sehr unbedeutend und verursachte durchaus keine Störung. — Von Neuem beginnt jetzt die Bildung der Bürgerwehr, jedoch dieses Mal mit mehr Auswahl. Bereits sind die Kompagnieen eingetheilt. — Gestern früh marschirte eine Truppenabtheilung von 1 Bataillon preußischer Infanterie, 2 Schwadronen Husaren und 2 Geschützen hierdurch gegen Alzei, da man bei der demnächst abzuhaltenden Assisenverhandlung über mehrere politische Verbrecher Unruhen befürchtet. Das Gerücht, als habe man dort die rothe Fahne aufgesteckt und die Republik ausgerufen, war die Erfindung müßiger Köpfe.

Bremerhaven, 15. Okt. (per elektr. Telegraphen.) Das deutsche Kriegsdampfschiff „Lübeck", Kapt. King ist hier eben auf der Rhede vor Anker gegangen. Es führt die deutsche Central-Gewaltsflagge und sind die Herren Reichs-Kommissäre: Major v. Teichert und Hauptmann Möring an Bord, um morgen früh die amerikanische Fregatte „St. Lawrence" zu begrüßen; das Fort „Wilhelm" wird mit 21 Kanonenschüssen die deutsche Kriegsflagge ebenfalls morgen früh salutiren. (Wes. Z.)

Hamburg, 13. Okt. Das Resultat der ersten städtischen Wahl bildet einen eben so unerwarteten wie vollständigen Sieg für die liberale Partei. Mit Ausnahme eines einzigen sind ihre sämmtlichen Kandidaten gewählt worden, mit entschiedenster Majorität die Herren J. C. Söhle (der von beiden Seiten auf die Wahllisten gebracht war), J. C. Horstmann (Schullehrer), Dr. Baumeister (der eigentliche Führer unserer bisherigen Reformbewegung), van der Linden (einer der kräftigsten Charaktere unter den Liberalen), Fr. Gliza (ein sehr talentvoller Dichter), C. A. Fischer, H. Steegmann, S. Israel, A. H. Groothoff, H. A. Meyer und andere Kaufleute. Der bekannte Publizist Dr. Wille ist ebenfalls unter den Gewählten, ferner Edg. Raß, Mitglied des deutschen Parlaments, von dem man jedoch nicht weiß, ob er seine Frankfurter Stellung aufgeben werde. Th. Dill, welcher sich auf der konservativen Liste befand, ist ein Ehrenmann, mit dessen Wahl Jeder einverstanden sein wird, der die Konstituante nicht ganz einseitig zusammengesetzt sehen möchte. Hrn. Dill hauptsächlich hatte man in den Brandtagen 1842 die Erhaltung der Börse zu danken. (W. Z.)

Großbritannien.

† **London**, 11. Okt. Schauender, als die „Times" es thut, lassen sich die Debatten des deutschen Parlaments über den Simson'schen Antrag nicht berichten. Dieses Blatt spricht blos von einer lebhaften Diskussion jenes Antrags. Wir, die wir die Details jener lebhaften Diskussion in den deutschen Blättern lesen, finden, daß das Adjektiv lebhaft nur eine sehr unvollkommene Darstellung von dem gibt, was sich in Wirklichkeit zutrug. Andere Blätter sind nicht so schonend gewesen. Die Beleidigung des Hauses, deren sich zwei radikale Deputirte schuldig machten, und die leidenschaftlichen und unparlamentarischen Ausdrücke, zu denen sich ein sonst hochgeachtetes Mitglied des deutschen Parlaments hinreißen ließ, werden ohne Zweifel Veranlassung zu einer Menge bämischer Bemerkungen geben. Das Ausland respektirt Deutschland jetzt mehr, als früher. Nichts desto weniger ist die uns gezollte Achtung noch lange nicht so groß, daß unser Straucheln auf der eben erst betretenen parlamentarischen Laufbahn in England oder Frankreich mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt würde. Freilich kann uns die französische Presse nicht in Verlegenheit setzen. Wir sind in unserm Rechte, wenn wir sie bitten, vor ihrer eigenen Thüre zu kehren. Sie hat uns Nichts vorzuwerfen. Wenn sie uns die Unart des Hrn. v. Gagern vorhält, so könnten wir sie auf ähnliche und viel schlimmere Scenen in den französischen Kammern aufmerksam machen. Ja! wir können den Tadel geradezu zurückwerfen und sagen, daß alle unsere Unarmung, all' unser Schimpfen und Verunglimpfen, alle unsere Krakeleen von unseren Nachahmungen der französischen parlamentarischen Formen herrühren. Warum ist die Jurisdiktion des Hauses bisher fast gänzlich außer Acht gelassen worden? Weil sie in Frankreich nie existirte. Warum haben wir keine Idee von der unparteiischen und unverletzlichen Stellung, welche der Präsident haben soll und muß? Blos weil diese Idee in Frankreich fehlt. Warum haben wir neben dem Präsidenten eine Anzahl unbestimmter Größen, Vice-Präsidenten genannt? Warum sehen wir den Mann, ohne den es, strenge genommen, kein Haus geben sollte, seinen Sitz verlassen, an der Debatte Theil nehmen, mit einer Partei stimmen, sich den Angriffen und Schmähungen der Gegenpartei und, was viel schlimmer ist, sich der Gefahr aussetzen, von seinem Eifer fortgerissen, von seinem Substitut zur Ordnung gerufen, in dem Berichte eines Komite's kritisirt und durch ein Votum des Hauses getadelt zu werden? Antwort: weil dergleichen Dinge in Frankreich vorkommen. Unser Nachäffen französischer Formen ist freilich eben so abgeschmackt, wie das Nachäffen französischer Moden, aber von Frankreich haben wir wegen dieser beiden Abgeschmacktheiten keinen Vorwurf zu fürchten. —

Anders ist es mit England. Auch das englische Parlament hat seine Sturmscenen gehabt; auch im englischen Parlamente hat es seiner Zeit an heftigen Reden, an Herausforderungen zum Duell, an pöbelhaften Schimpfnamen nicht gefehlt. Aber es war zu einer andern Zeit und die handelnden Personen waren andere Menschen. Die Ausgelassenheit der Fuchsjäger des vari-

gen Jahrhunderts kann nicht zur Rechtfertigung dienen." Anders sind die Verhältnisse, anders die Menschen, anders die Sitten. Ueberdies hat man seitdem in der Kunst eine Versammlung im Zügel zu halten, Fortschritte gemacht. Man hat gefunden, daß gewisse Formen gewissen krankhaften Zuständen des parlamentarischen Lebens abhelfen, daß es Heilmittel für das Uebel gibt, welches die Wirksamkeit und somit die Existenz unserer gesetzgebenden Versammlungen untergräbt. Fragt man, welches diese Mittel sind? so verweise ich auf die würdevolle und gemessene Haltung des englischen Parlamentes, auf die Geschäftsordnung, die Jurisdiktion und die Disciplin dieser Versammlung. Wie sind der parlamentarischen Formen wegen nach Paris gegangen, just als ob es sich um den Schnitt eines Fracks oder die Form eines Hutes handelte. Wir haben uns Parlamente zum Muster genommen, deren jedes mit einer Revolution endigte. Die Souveränetät des Hauses haben wir von da nicht holen können; die Despotie des Hauses, das Niederschreien der Redner, den Kampf um das Wort, das schroffe sich Entgegenstehen der Parteien und Personen, alles das haben wir, ich möchte sagen maschinenmäßig, nachgeahmt und es wird uns, wenn wir auf dem betretenen Wege beharren, genau zu denselben Resultaten führen, zu denen es unsere Nachbarn schon gebracht hat und noch bringt.

Die englische Presse hat ein Recht uns unsere Fehler vorzuwerfen, denn es stand ja bei uns, welche Versammlung wir uns zum Muster nehmen wollten, die, welche nie zu etwas kam und nie zu etwas Tüchtigem kommen konnte, oder die, welche bis jetzt wenigstens das größte und schwierigste Reich der Erde beherrscht hat. Wir hatten die Wahl. Wir haben Sie noch. Unsere Vertreter können noch den Moniteur bei Seite legen und ihre Erfahrung aus Hansard's parliamentary debates und Blackstone's Commentaren bereichern. Die Zeit kann kommen, wo das Uebel zu tief eingewurzelt ist, als daß es sich ausrotten ließe. Die Geschichte erzieht uns jetzt eine Generation parlamentarischer Charaktere. Je nachdem diese werden, wird auch der Charakter des Nachwuchses sein. Unsere konstitutionelle Jugend läßt sich noch bilden; sind wir einmal mit unsern übeln Gewohnheiten in's Mannesalter getreten, so kleben sie uns an, und wir sind dann zu ungelehrig, um neue Formen, um eine andere Praxis zu lernen.

London, 15. Okt. Die Katastrophe in Wien beschäftigt die englischen Zeitungen auf's Lebhafteste. Man fühlt in England, daß ein altes Weltreich, wie die österreichische Monarchie, nicht aus einander oder in sich zusammenfallen kann, ohne in den weitesten Kreisen die bedenklichsten Erschütterungen hervorzubringen. Mit geheimem Schrecken sieht man ferner in England jenes Umsichgreifen des demokratischen Geistes, der an den Thronen rüttelt, die Stützen der alten Politik unterwühlt und erdbebenartig auch das Festeste zum Wanken bringt; man sah dem Wirken dieses Geistes, dem sich leider so manche unreinen Bestandtheile und unlauteren Beweggründe beimischen, mit einiger Gleichgiltigkeit zu, so lange er in den Straßen, Gassen und Sackgassen von Paris sein Wesen trieb; aber man beginnt zu zittern, seitdem er auch das bisher so windstille Deutschland erfaßt, das Altpreußenthum in der Hauptstadt der europäischen Kritik, in Berlin, gestürzt und nun auch in der „Stadt der Phäaken", oder wie Grillparzer sie nennt, in dem „Capua der Geister", in der josefinischen Kaiserstadt Wien, das Altösterreicherthum mit wiederholten kräftigen Streichen gebrochen hat. Die alte Ordnung, die freilich kein beseelendes organisches Lebensprinzip in sich trug, ist, das sieht man deutlich, zu Grabe getragen; dafür haben wir jetzt die Unordnung, das Chaos, die übereinandergestürzten menschen Trümmer, und man fragt sich mit Schaudern: wo das überwältigende staatsmännische Genie, nicht blos ein Genie in geistiger Hinsicht, sondern auch, was die Hauptsache wäre, ein Genie an Redlichkeit und Aufrichtigkeit, ein Genie, wie Washington zugleich mit allen Tugenden eines großen Feldherrn, Staatsmanns und Bürgers geschmückt, herkommen soll, welches im Stande wäre, diese Trümmer zu einem dauerhaften Neubau zu verwenden, in das Chaos Gestalt und in die Unordnung Ordnung zu bringen, ehe sich Alles in wüster moralischer und geistiger Barbarei auflöst, die Erwerbungen unserer Kultur für immer verloren gehen und ein Völkergemengsel ähnlich demjenigen entsteht, welches zur Zeit der Völkerwanderung den Untergang der klassischen antiken Bildung, der alten Religion, der alten, freilich schon längst in Unsitte ausgearteten Sitte bezeichnete. Das aber sieht man vor Allem ein, daß die jetzigen sogenannten Leiter dieser furchtbaren Bewegung, die man in Dutzenden wohlfeil genug haben kann, höchstens als Todtengräber der früheren Zeit, aber durchaus nicht als Osterbeten und Erwecker einer neuen Ordnung gelten können, und daß ihre Vermessenheit sich an ihnen selbst eben so grausam rächen wird, als sich die der Nemesis der Geschichte selbst in's Antlitz lachende Vermessenheit der Fürsten und ihrer Höflinge in oft grauenhafter Weise gerächt hat. Diese Fragen werfen sich die Engländer auf; ihnen liegt aber die weitere Frage nahe: wird England von diesem Sturme, der über den Kontinent nicht sowohl reinigend als zertrümmernd und übereinanderstürzend hinwegfegt, unberührt bleiben? Ist der englische Pöbel etwa aufgeklärter, gebildeter, großmüthiger, edler als der deutsche? Sind nicht auch schon in England Personen genug von der Volksacht bezeichnet, denen das furchtbare Schicksal eines Lichnowsky und Auerswald, eines Lamberg, Zichy und Latour droht? Fand man nicht in den Versammlungsstätten der Chartisten Brennmaterialien und Zündstoffe, die, wie sich aus den von den Führern gehaltenen Vorträgen ergab, dazu dienen sollten, die Londoner Mordnacht mit einer Brandnacht einzuweihen? Ein Bischen Werg mit Zunder, sagte einer dieser Chartisten, ist unsere beste Waffe. Wenn die unteren Schichten der Gesellschaft in England sich mit Macht aus der Tiefe erheben, wird die obere überfirnißte Decke ihnen etwa kräftigeren Widerstand leisten, als dieß auf dem Festlande der Fall war? Man sieht, daß die Briten Grund genug haben, bei jeder neuen Katastrophe des Festlandes, hinter deren politischer Maske stets das soziale Antlitz wild und grimmig hervorblickt, an den eigenen Hals und den eigenen Beutel zu fassen. Morgen werden wir einige Auszüge aus den charakteristischen Betrachtungen der englischen Zeitungen über die Wiener Katastrophe folgen lassen.

Thomas Young, der, soviel wir wissen, einen einträglichen subalternen Posten in der Verwaltung bekleidet, hat jetzt eine Erklärung in der „Times" erscheinen lassen, worin er versichert, daß Lord Melbourne um den Inhalt seines im J. 1832 an General Napier gerichteten Briefes (vgl. Nr. 279) nichts gewußt habe. Young macht sich, in der Weise der Sudalteenen, für diesen Brief ganz allein verantwortlich, es sei ein vertraulicher, schwatzhafter Brief gewesen, von dem er nie geglaubt habe, daß er je veröffentlicht oder in der Weise erläutert und gedeutet werden könne, als dies der Fall gewesen.

Frankreich.

□ **Paris**, 16. Okt. Die Wichtigkeit der heutigen Sitzung der National-Versammlung, deren bei Abgang der Post zwar noch nicht entschiedenes, aber doch ohne Zweifel zu Gunsten des neuen Kabinets ausfallendes Resultat über das Schicksal desselben entscheidet, zog eine große Menge an. Die Tribünen sind überfüllt, die Höfe und Gänge voll gedrängt. Alle Posten sind verdoppelt, an der Brücke auf dem Konkordienplatze ist ein Bataillon der Linie aufgestellt und Kanonen aufgepflanzt. Um 1 Uhr ist General Cavaignac schon auf seinem Platze, die Abgeordneten bilden lebhafte und bewegte Gruppen. Nach Eröffnung der Sitzung besteigt der neue Minister des Innern die Rednerbühne. Er verlangt einen an sich unbedeutenden weiteren Kredit von 100,000 Franken für geheime Ausgaben, woran jedoch, nach parlamentarischem Brauch, das Vertrauensvotum geknüpft ist. Er stellt das Programm der neuen Verwaltung auf würdige Weise. Frankreich habe sich vor 8 Monaten als Republik erklärt. Diese politische Form bedeute Volkssouveränetät, Gleichheit der Rechte und der Pflichten Aller, Bruderliebe im Sinne der christlichen Lehre. Es sei eine leichte und natürliche Pflicht für das Kabinet, diesen Grundsätzen zu huldigen. Die Aufgabe sei nur, die Bevölkerung zu überzeugen, daß eine Revolution nicht nothwendig eine unruhige und beständig aufgeregte Lage erzeuge. Man müsse nachweisen, daß die Republik mit Achtung vor jedem Rechte, mit Eigenthum, Familie, Arbeit und Kredit vereinbar sei. Landrein eröffnet hierauf den parlamentarischen Kampf. Er will keineswegs den Werth der neuen Minister verkennen, aber er meint nur, es gebe ehrenwerthe Männer, deren Zeit noch nicht gekommen sei. Er hat nicht gerade Mißtrauen, aber auch nicht Vertrauen u. s. w. General Cavaignac spricht sich hierauf mit männlichem Freimuthe aus. Die Macht, welche fortschreiten will, muß sich auf die Mehrzahl stützen. Früher, wo die Verhältnisse ihn nöthigten, manche Freiheit antasten zu müssen, konnte er sich von diesem Grundsatze entfernen. In ruhigen Zeiten ist es

Pflicht darauf zurückzukommen. Noch vor wenig Tagen wollte er das Kabinet nicht umgestatten. Hätte er sich aber nach den beiden letzten (ungünstigen) Abstimmungen zurückgezogen, so wäre das, zumal im Augenblicke wo die Frage über die künftige Präsidentenwahl noch schwebend ist, eine Art Aufruf an das Volk gewesen. Er habe weder als Schmeichler des Volkes auftreten, noch sich von der Versammlung trennen wollen. Versöhnung sei nothwendig. Er sei überzeugt das Volk wolle sie. (Ja, ja, auf der Rechten: nein, nein, auf der Linken). Wer keine Versöhnung wolle, den könne er nur bedauern und der verringere hierdurch den Werth der Dienste die er berufen werden könne, dem Freistaate zu leisten. Die Versammlung möge entscheiden. Auf olle Fälle werde der Redner es sich zur Ehre rechnen, sich so entschieden zu haben, wie er gethan. (Geräusch links. Anhaltender Beifall von der Mehrzahl). Der Abgeordnete Baron Portalis, Rath an der Cour royale unter Ludwig Philipp und unversöhnlicher Feind der Männer die unter dem Königthum Staatsämter bekleideten, bringt es hierauf dahin, daß der abgetretene Minister Senard die Rednerbühne besteigen muß. Dieser aber spricht sich für die Politik der Versöhnung aus, die er immer geübt habe, die er auch seinem Nachfolger gegen die von ihm angestellten Männer empfehle. Als Ehrenmann verspricht er der neuen Verwaltung seinen Beistand. Er theilt bei dieser Gelegenheit mit, daß General Cavaignac im Cabinette lebhaft die Meinung verfocht, der Präsident des Freistaates müsse aus allgemeiner Volkswahl hervorgehen, und sich nur überstimmen ließ. Bis dahin war die Berathung ruhig vor sich gegangen. Bald nachher aber tritt Ledru Rollin auf die Rednerbühne und seine heftige Rede in welcher er die gegenwärtigen Zustände denen unter der Monarchie gleichstellt, und andeutet für die Armen werde nichts geschehen, bringt eine solche Aufregung hervor, daß er unwillig die Rednerbühne mit der aristokratischen Aeußerung verläßt, er sei an solche Unterbrechungen nicht gewöhnt. Vor Abgang der Post sprach General Bedeau der dem Cabinette seine volle Unterstützung zusicherte, aber von der Linken mit Heftigkeit unterbrochen ward, als er erklärte: in dem Augenblick wo das Volk den Präsidenten der Republik zu wählen habe, müsse die Ausschließungstheorie verbannt, und Versöhnung geübt werden. Bei Abgang der Post war der Abgeordnete Ducoux auf der Rednerbühne. Die Mitglieder des Ausschusses der über den Belagerungszustand zu berichten hat, sind diesen Morgen mehrere Stunden lang in Conferenz mit General Cavaignac, den Ministern Dufaure und Marie gewesen. Das Resultat ihrer Berathung ist bis jetzt geheim geblieben.

Es heißt, die Ultrarepublikaner bereiteten eine Demonstration zu Ehren des abgetretenen Polizeipräfekten Ducoux vor. Der Präfekt des Seine-Departements, Trouvé Chouvel, dessen Austritt allgemein angezeigt ward, wird im Amte bleiben. Nicht ohne Ursache kündigt heute der „Moniteur" mit Beifügung der Würde an, daß er und seine Gemahlin diesen Montag und die künftigen Besuch empfangen. — Unsere Hauptstadt bot gestern, als am Sonntage, den gewöhnlichen heiteren und belebten Anblick dar. Aufregung ist nirgends, außer in den bekannten Klubs. Einige derselben wollen Raspail die Stimmen zum Präsidenten der Republik zuwenden, zählen aber noch mehr Anhänger der Candidatur Ludwig Napoleon's, welche steif und fest versichern, derselbe werde Raspail zu seinem Minister machen. — Zahlreiche Deputationen der Legionen der Nationalgarde von Paris und anderer großen Städte werden sich noch Straßburg begeben, um dem Feste der nun zweihundertjährigen Vereinigung des Elsaß mit Frankreich beizuwohnen. Das Monument, das bei diesem Anlasse in Straßburg errichtet wird, wird von dem berühmten Bildhauer David (v. Angers) ausgeführt werden.

In Lyon ist ein demokratisches Bankett angekündigt, bei welchem Ledru Rollin den Vorsitz führen wird. — Gestern wurden abermals 800 freiwillige Colonisten nach Algerien eingeschifft. Herr Teelot hielt eine schöne Rede an dieselben, welche der Moniteur mittheilt. — Zu Carcassonne umtanzten 400 Individuen einen Freiheitsbaum mit dem Geschrei: es lebe Barbès, Raspail und Caussidière! Auf die Erinnerung des Präfekten, ächte Republikaner ließen nur die Republik hoch leben, beruhigten sie sich indeß. — Der Moniteur giebt heute eine vergleichende Uebersicht der Staatseinnahmen der ersten 9 Monate von 1848, 47, 46. Es geht daraus hervor, daß die indirekten Steuern in diesen 9 Monaten, 1846 104,855,000 und 1847 102,362,000 Franken mehr als in diesem Jahre betrugen. — Der sardinische Gesandte Brignole Solle wird wohl hier bleiben. General Cavoignac hat sich bereit erklärt, auch nach Turin einen Gesandten statt eines bloßen Geschäftsträgers zu senden.

Wenn man dem Corsair glauben darf, so wären Louis Blanc und Caussidière aus London verschwunden und auf der Reise nach Wien. — Ein Rundschreiben des Ministers des Innern schärft dem Präfekten wiederholt ein, unbeschäftigte Arbeiter zu verhindern nach Paris zu kommen. Durch die Nichtbeobachtung dieser Vorschrift wimmele unsere Hauptstadt von Leuten, welche die ohnehin nur zu zahlreichen Unruhestifter in derselben noch vermehrten. — Der von 58 Abgeordneten der äußersten Linken gestellte Antrag auf allgemeine Amnestie für politische Vergehen und Verbrechen ist u. A. auch von dem Bürger Peter Bonaparte unterzeichnet. Vorgestern wurde auf dem hiesigen historischen Theater Catilina von Alexander Dumas und Moquet gegeben. Natürlich ist Catilina in diesem Stücke ein Socialist und Anhänger der rothen Republik, Cicero hingegen so Etwas wie ein Reaktionär, ein Heuler, ein Fanatiker der Ruhe oder wie man es sonst nennen will. Das Parterre begriff das vollkommen und je nach der politischen Ansicht der Zuhörer wurden Catilina und Cicero abwechselnd beklatscht oder ausgepfiffen. Der Lärm war so arg, daß man sich in die Nat.-Vers. versetzt glaubte.

Paris, 16. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 85; 3pCt. 44. 40; Neue —. —; Neopol. 80. 50; Bankactien 1545; Span. 5pCt. (Arbois) — —; 3pCt. 23½; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 105.—; linkes Ufer 100.—; Paris-Orleans 620. —; Paris-Rouen 387. 50; Orleans-Bordeaux 370. —; Orleans-Vierzon 236. 25; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 195. —; Straßburg-Basel 81. 25; Nordbahn 360. —; Paris-Lyon 362. 50; Paris-Straßburg 335. —; Römisches Anlehen 62½.

Wenig Geschäfte! Die Spekulanten erwarteten das Resultat des von dem General Cavaignac verlangten Vertrauensvotums (S. Art. Paris), wozu es beim Schluß der Börse in der Nat.-Versammlung noch nicht gekommen war. Ueberhaupt machen die inneren und äußeren Zustände die Börse etwas bedenklich, doch blieben die 5pCt. wie Sonnabend, die 3pCt. sogar etwas höher. In Eisenbahnaktien wenig Geschäft. Die Rouener u. Nordbahn etwas schlechter, die andern unverändert.

Madrid, 11. Okt. (Börse). 3pCt. Rente 18¾ P. (Nach der Börse 18¾ à ⅛ G.) 5pCt. 9⅞; Passive 3¾ P. (⅝). Die Aufstände in Katalonien fangen endlich an, das Kabinet zu beunruhigen.

Spanien.

Madrid, 11. Okt. Nach dem „Fomento" wäre Cabrera, der in der Richtung nach Reyoll wieder erschienen sei, durch den Obrist More geschlagen worden. Seine Schaar hätte 10 Todte und 30 Verwundete gezählt und sich darauf zerstreut. Ebenso befriedigend sind nach dem „Heraldo" die Nachrichten aus Moestrozgo, wo die Aufständischen „olle Tage" geschlagen werden. Das ist gewiß alles Mögliche, doch wäre ein- für allemal besser! Ernsthafter und trauriger klingt die Nachricht des, freilich nicht eben glaubwürdigen Oppositionsblattes „Clamor publico," an den Ufern des Ebro lasse General Villalongo die Kartoffeln aus der Erde reißen, die Feigenbäume zerstören, das Korn und die Gemüse verscharren, damit die Karlisten keine Lebensmittel fänden. Es wäre schrecklich, wenn es nicht vielleicht, eben wie jene Siege, nicht allzu buchstäblich zu nehmen wäre!

Italien.

Mailand. Dem Tessiner Republikaner wird von Como aus berichtet, daß vor wenigen Tagen drei ungarische Abgeordnete nach Mailand gekommen, um den hier liegenden ungarischen Truppen den Befehl zur Rückkehr in ihre Heimath zu überbringen. Radetzky habe diese Abgeordneten verhaften lassen, worauf die ungarischen Offiziere eine Deputation an Radetzky abschickten, um die Freilassung ihrer Landsleute zu verlangen. Diesem Begehren sei nicht entsprochen worden, was bedeutende Aufregung unter den Ungarn verursachte. Daß aber wirklich ein Soldatenaufstand ausgebrochen sei, wie gestern in Zürich eingegangene Privatbriefe meldeten, wird hier nicht berichtet.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 19. Okt. Aendeeung der Verfassung beschlossen.) Wien (Stand der Parteien.) Prag (Truppensendungen nach Wien. Ankunft des Kaisers in Ollmütz.) Berlin (Prinz Adalbert berufen. Der König. Reichsgesetze in der preußischen Gesetzsammlung verkündet. Der Arbeiteraufstand.) München (Die HH. Welker und Motte. Rücktritt Thon-Dittmers. Erzherzogin Sophie.) Mannheim (Das Geburtsfest des Königs von Preußen.)

Italien. Turin (Eindruck der Nachrichten aus Wien Abermalige Ansprüche der Bewohnte von Lissoeno. Mildere Blokade Venedigs. Unruhen in Pisa beigelegt. Heckschers Audienz bei dem Konige. Lucian Napoleon Vicepräsident des Federalcongresses.)

Ungarn. Pesth (Der Eindruck der Wiener Nachrichten.)

Rußland. (Panslavistische Tendenzen verpönt.)

Türkei. (Aufstand in Bosnien.)

Nordamerika. Verein. Staaten (Hr. Clay.) Californien (Neu entdecktes Goldland.) La-Plata Staaten (Rosas demüht sich um Verständigung mit Montevideo. Tumult in Montevideo. Franz. Schiffe nach Bahia und Pernambuco.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 19. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 19. Oktober.

Tagesordnung der 99. öffentl. Sitzung.

1) Berathung über den vorgelegten Abschnitt des Verfassungs-Entwurfs.
2) Ersatzwahl der Mitglieder des Central-Wahlausschusses.

Vorsitzender, der Präsident H. v. Gagern. Namens des neugewählten Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten berichtet Schubert, daß sich die Meinung desselben in eine Mehrheit und eine Minderheit theile. Die Mehrheit von zehn Mitgliedern billigt die Maßregeln des Reichsministeriums, die Minderheit von fünf hingegen macht den Antrag Venedey's (vergl. unsere Mittheilung über die Sitzung von vorgestern, Nr. 279 der Deutschen Zeitung) zu dem ihrigen.

Francke interpellirt das Reichsministerium wegen Schleswig's und solcher Maßregeln Dänemarks wider das Land, die dem Waffenstillstande von Malmö widersprächen.

v. Reden interpellirt wegen des Brandzeichens „dänisch Eigenthum" an schleswig'schen Schiffen und anderer auf die Rhederei Schleswig's bezüglichen Verordnungen Dänemarks.

Schmerling vertagt eine umfassende Auskunft auf nächsten Montag und versichert indessen nur, daß unverzügliche Anweisungen der bestimmtesten Art an den Reichsgesandten in Kopenhagen noch heute abgehen würden.

Mölling interpellirt in ähnlicher Weise in derselben schleswig'schen Angelegenheit.

Jahn will die Truppen von Preußen und Sachsen, von Thüringen und Anhalt, Namens des Reichs zum Schutze Mährens aufgeboten sehen. Die Dringlichkeitsbegründung seines Antrags wird ihm jedoch verweigert.

Lebelt verlangt, daß die posener Frage noch einmal und in einer der nächsten Sitzungen zur Berathung gezogen werde. Nur wenige Mitglieder der Linken erheben sich zur Unterstützung der Dringlichkeit und anstatt den Antrag an einen Ausschuß verweisen zu lassen, zieht er ihn zurück. Eine Protestation, die Libelt im Namen der angeblichen Mehrheit des Großherzogthums Posen gegen die Einverleibung in's deutsche Reich hinzufügen will, wird ihm vom Vorsitzenden abgeschnitten.

Eine folgende Anfrage Damms betrifft die Wahl des aus Baden landflüchtigen Advokaten Werner in Offenburg für die deutsche National-Versammlung. Präsident von Gagern erklärt, daß die Wahlakten von der badnischen Regierung einzufordern und nach dem Ergebniß derselbrn über den Eintritt Werner's in die National-Versammlung zu entscheiden sei.

Der Präsident verkündet, als sich die Verhandlung zur Tagesordnung wendet, daß von dem Verfassungs-Ausschusse die HH. Waitz, Mittermayer und Rieffer zu Berichterstattern und Vertheidigern des Entwurfs ernannt seien. Dann werden mehrere zum Theil sehr umfängliche Verbesseeungsanträge zu Titel I §. 1 verlesen*). Eine ganze Kreiseintheilung Deutschlands mit Anführung aller der Länder und Staaten, welche diese Kreise bildern sollen, von Schlöffel und Genossen eingebracht, ist darunter. Von den fünfzehn für den Entwurf eingezeichneten Rednern ist Claussen der erste. Elf Mitglieder haben sich gegen den Vorschlag des Ausschusses angemeloet. Claussen spricht dafür, daß das Herzogthum Schleswig sofort im eesten Paragraphen als deutsches Reichsland bezeichnet werde. Oder solle etwa, wenn demnächst eine Zollgesetzgebung für ganz Deutschland zu Stande käme, die Mauthlinie zwischen Holstein und Schleswig hindurchlaufen und diese Länder auseinander reißen? Die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund sei bereits von den alten Ständen verlangt worden. Die provisorische Regierung der Herzogthümer aber habe ausdrücklich erklärt, Schleswig-Holstein sei ein untheilbar zusammengehöriges mit Deutschland eng verbundenes Land. Nicht um das Aussprechen eines neuen Grundsatzes also handle es sich, sondern um die Anerkenntniß einer Thatsache. Würde abee Schleswig nicht, die Grenzbestimmungen vorbehältlich, schon jetzt in's Reichsgebiet fest aufgenommen, so gäbe man den ganzen Zweck des dänischen Krieges auf. Dem Abgeordneten aus Kiel folgt unmittelbar ein anderer Schleswig-Holsteiner, der Regierungspräsident

Francke auf der Rednerbühne. Die Behauptungen seines Landsmannes findet er übergreifend und leugnet, daß die Einverleibung Schleswigs schon eine vollzogene Thatsache sei. Eine werdende sei sie vielmehr. Die Ruhe, welche Schleswig-Holstein in Folge des Malmöer Waffenstillstands genieße, sei dem Lande so nothwendig als erwünscht. Dänemark selbst habe den Gedanken dee Einverleibung Schleswigs mit seinem Reiche aufgegeben, allein ein einseitiger in Frankfurt gefaßter Aufnahmebeschluß würde gegen die Bedingungen von Malmö und nur geeignet sein, die Besonnenheit uno Mäßigung die dänischer Seits immer deutlicher zur Geltung gelange, in oie frühere Leidenschaft zu verwandeln. Das wahre Interesse Schleswigs verlange daher die Sache in der Schwebe zu lassen, damit die Reichsgewalt und die Friedensunterhändlee desto freiere Hand behielten, die Angelegenheit nach den Sympathien Deutschlands zu ordnen. Er schließt mit einem deutlichen Seitenblick auf seinen Vorredner mit dem bekannten Stoßseufzer Gustav Adolph's: Here behüte mich oor meinen Freunden! untee dem beifälligen Zurufe der Rechten und aus der Mitte des Hauses.

Nachdem die schleswig-holsteinschen Persönlichkeiten und Sachen die ganze erste Berathungsstunde des Entwurfs in Anspruch genommen, entwickelt Jacobi aus Heesfeld in kurzen Worten einen Abänderungsvorschlag zu §. 1, dahin lautend: das Reichsgebiet nach dem Umfange der deutschen Bundesländer anzunehmen, wie sie am 28. Juni 1848 waren und die deutschen Einzelnstaaten durch Mediatisirungen zu oeeringern, und schon knüpft Zachariä aus Göttingen an demselben schlrswig-holstein'schen Faden wieder an. Seine Meinung stimmt mit den von Francke ausgesprochenen Ansichten überein. Das Verhältniß Schleswig's zu Deutschland sei derzeit noch ein vorläufiges, welches zu seiner endlichrn Feststellung einer zweiseitigen Erklärung, eines vertragsmäßigen Abschlusses bedürfe. Daher solle die Nat.-Vers. den Friedensverhandlungen mit Dänemark durch keinen entscheidenden Beschluß vorgreifen.

v. Bally empfiehlt folgende, freilich über die Maßen allgemein gehaltene Fassung des ersten Paragraphen, durch welche er jedoch alle Schwierigkeiten zu umgehen hofft: „das wiederhergestellte Reich der deutschen Nation umfaßt das ganze bisherige Gebiet des deutschen Bundes, so wie alle Länder, die bereits einverleibt sind oder noch einverleibt werden.

Reichensperger ist zwar schon wieder bei dee Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit, begnügt sich aber damit, daß er sich den Eröeterungen Zachariä's, Francke's und somit dem Ausschußeatwurfe anschließt.

Hagen behandelt die Aufgabe zwar allgemeiner, aber zugleich auch viel zu deeirlich für eine staatsmännische Versammlung. Die Frage ist, sagt er, wie das einheitliche mit dem individuellen Elemente unseres Volks harmonisch zu verbinden wäre. Das individuelle Element ist in Deutschland über das Bewußtsein der Persönlichkeit hinausgegangen und hat sich in Staaten verkörpert. Das Grundübel aber ist, daß die deutschen Einzelstaaten nicht natürlich, sondern künstlich und willkürlich entstanden. Dies Uebel hat das Fürstenthum zu verantworten, welches einzig seine dynastischen Interessen verfolgte. Hier geräth der Redner auf einen Weg,

*) Der Entwurf lautet: Abschnitt I. Das Reich. Artikel I. §. 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes.
Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anerdnung vorbehalten.

Digitized by Google

auf dem ihn die Linke um so lebhafter ermuntert, je öfter von andern Seiten des Hauses Zurufe erschallen, wie „kürzer!" und „Schluß!" Sein Ausgangspunkt ist das Amendement von Schaffrath, Schlöffel und Genossen, wonach das Reich in 21 Kreise eingetheilt werden soll. Die Revolution von 1848 ist stärker als es jemals ein fremder Eroberer war. Darum möge die Versammlung nicht zurückschreuen vor einer so nothwendigen Umgestaltung. Beifall von der Linken.

v. Beckerath betritt inzwischen die Rednerbühne, und die schon ziemlich erschlaffte Aufmerksamkeit des Hauses scheint sich etwas zu erfrischen. Jetzt schon zu Mediatisirungs- und Umformungsmitteln der Art zu greifen, wie sie Schlöffel, Schaffrath u. Andere vorschlagen, das sei des deutschen Volkes nicht würdig. Auf Schleswig im Besonderen übergehend, so ist es das bereits Gesagte, was wir Beckerath wiederholen hörten, und er schließt mit einer Mahnung zu frommer und rechtschaffener Politik.

Esmarch dagegen, ebenfalls ein Holsteiner, widerspricht den Francke'schen und Zachariä'schen Behauptungen auf das Allerbestimmteste. Im Tone der Bekümmerniß und Entrüstung bezweifelt er die billigen Absichten, die Francke dem Kopenhagener Kabinet zuschreibe. Nach ihm ist's vielmehr eine gebieterische Forderung der deutschen Interessen und der deutschen Ehre, daß die Angehörigkeit Schleswigs in's Reichsgebiet sofort und unbedingt ausgesprochen werde. Wie Francke vorher mit dem Beifalle der Rechten, so scheidet jetzt Esmarch unter vereinzelten Bravo's der Linken von der Tribune. Beseler versucht ein Wort der Ausgleichung zwischen seinen entzweiten Landsleuten. Der Entrüstung Esmarch's darüber, daß sich die Gesinnungen Deutschlands und Dänemarks wieder freundlich nähern, kann er nicht beipflichten. Er hat vielmehr den dänischen Krieg von jeher beklagt als einen traurigen Zwiespalt mit einem verwandten germanischen Stamm. Die Frucht des Friedens mit Dänemark dürften wir nicht anticipiren und dadurch den Waffenstillstand von Malmö unredlich verletzen. (Beifall.)

Theils eine Pause, theils eine Unterbrechung entsteht durch Grävell's Vortrag, der entweder unverständlich bleibt, oder wenn er verstanden wird, von der Sache so komisch abzuirren scheint, daß die Ruhe endlich nicht mehr zu behaupten ist und die Mitglieder den Saal truppweise räumen.

Liebig erwartet, daß bis zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs die Verhältnisse Posens definitiv entschieden sein würden, und Michelsen kommt auf die schleswig'sche Frage im Sinne Esmarch's zurück.

Einige Spannung bringt das Auftreten Libelt's hervor, an dessen Antheil an dem letzten Aufstande Posens wir bereits erinnerten. Er ficht mit den bekannten Gründen für das Prinzip der Nationalitäten, und was die nichtdeutschen Volksstämme im deutschen Reiche anlange, so solle ihre Aufnahme von der Urabstimmung der Aufzunehmenden selbst abhängig gemacht werden.

(Schluß folgt.)

Frankfurt, 18. Okt. Bei der gestern vorgenommenen Abstimmung über den Artikel 50 unserer Verfassung, der vorschreibt, „daß eine Verfassungsänderung nur dann geschehen könne, wenn zwei Drittheile der Mitglieder des Senats, zwei Drittheile der Stimmen des gesetzgebenden Körpers und zwei von den drei Abtheilungen der christlichen Bürgerschaft dafür gestimmt haben," — erhielt das Dafür oder das „Ja" die Majorität von 2312 gegen 547 mit „Nein" Stimmenden, wonach demnach die Abschaffung jenes Artikels und die bevorstehende Wahl einer konstituirenden Versammlung entschieden ist. — Im Ganzen wurden 2859 Stimmzettel abgegeben. (Fr. J.)

* **Wien.** Nach den Berichten der Allg. Z. aus Wien vom 14. Okt. erwarten die Ungarn einen Ruf aus der Stadt, um Jellacic anzugreifen; Reichstag und Gemeinderath zögern ihn zu erlassen, und die Ungarn ihrerseits scheinen sich zu scheuen, gegen kaiserlich-österreichische Truppen zu fechten, während sie die Armee des Banus als eine verrätherische Horde betrachten, gegen die der Kampf heilig und geboten sei. Die Hülfe der Ungarn scheint nur so verstanden, daß sie vereint mit den Wienern die Kroaten niederschlagen, im Uebrigen aber sich neutral verhalten wollen. Vor der Verantwortlichkeit, den Kampf um Wien zu beginnen, scheinen beide Theile sich zu scheuen, und bei einigem Entgegenkommen ist Aussicht, Alles in's Geleise zu bringen. Daß dem jetzigen Zustande auf die eine oder andere Art ein Ende gemacht werden muß, fühlt Jeder und spricht es auch mitunter laut aus. Auch die Allg. Z. hatte Briefe, die der Nachricht von der Niederlage und Gefangennehmung des Gen. Roth widersprachen. In der Stadt fühlt man sehr den Mangel an tüchtigen Führern der bewaffneten Mannschaft. Die mobilen Korps der Arbeiter sind ohne Organisation und Leitung. Man hat deßhalb Polen (die hier wie allenthalben ihre Hand im Spiele haben, wie denn auch die deutschen demokratischen Vereine längst gegen das Wiener Zeughaus ihre Anschläge gerichtet haben sollen) nach Krakau gesendet, um Offiziere von dort herbeizuholen; auch von Ungarn sind solche erbeten worden.

„In der Umgegend Wiens", sagt ein Brief der Allgemeinen Zeitung, „wird von den Kroaten ziemlich arg gewirthschaftet, und Mancher, der auf's Land floh, sehnt sich wieder in die Stadt zurück. Schönbrunn und Hitzing sind voll Kroaten: auf der Gloriette des Lustschlosses steht eine starke Batterie. Bis hart an die Mariahilfer Linie, bis Fünf- und Sechshaus reichen die kroatischen Vorposten, und noch gestern Nachmittag kam es bei der St. Marxer Linie zu einem Konflikt, bei welchem die Städter mit Sechspfündern in die auf dem Kirchhof verschanzten Kroaten feuerten, diese mit Kartätschen und einem gut gerichteten Flintenfeuer antworteten. Zwei stark Verwundete von den Unsrigen waren das Opfer dieses Scharmützels, welches — wie bisher immer — aus purem Uebermuth von Seiten unserer Posten begonnen wurde. Die ungarische Armee soll nach Einigen 50,000, nach Anderen bloß 25,000 Mann stark sein; Letzteres ist wahrscheinlicher, da Perczel's Korps noch nicht angelangt ist. Darunter sind an 5000 Sensenmänner." Die akademische Legion leistet Wunderbares, nicht sowohl durch physische, als durch moralische Kraft. Die langen Wagenzüge mit Lebensmitteln kommen auf die Aula und werden von dort aus vertheilt. Ein kleiner Posten der Legion steht vor dem Polizeihause, nachdem vorher eine ganze Kompagnie Garde nicht genügt hatte, um das Volk zurückzuhalten, das die Gefangenen befreien wollte.

Prag, 13. Okt. Schon sind gegen 18,000 Mann böhmischer Truppen nach Wien abgezogen, und dieser Theil der Armee wird nicht freundlich auftreten. Das Regiment Latour — dessen Inhaber der ermordete Minister — hat sich den Marsch gegen Wien ausdrücklich erbeten. Unter den ausgerückten Regimentern befindet sich auch ein deutsches (aus dem Elbogner Kreise), welchem das am Bahnhofe befindliche Publikum alle Beweise der Achtung gab, und ihm die freundlichsten Worte zurief. (A. Z.)

Prag, 14. Okt. Eine telegraphische Depesche des Ollmützer Kreishauptmanns meldet: „Seine Majestät sind unter dem größten Jubel des Volkes heute um 4 Uhr 15 Minuten Nachmittags in Ollmütz eingetroffen.

** **Berlin**, 16. Okt. Der Reichsverweser hat den Prinzen Adalbert von Preußen berufen, an die Spitze des gesammten deutschen Marinewesens zu treten. Der Prinz ist im Begriff, nach Frankfurt a. M. abzureisen.

Leider stellt es sich immer deutlicher heraus, daß der König bei seiner gestrigen Audienz die Gemüther der Anwesenden eher erbittert als versöhnt haben muß. In der Stadt wird natürlich die Sache sehr übertrieben, doch scheint der König allerdings über das „Von Gottes Gnaden" sich etwas gereizt geäußert und ausdrücklich gesagt zu haben: er wisse wohl, daß er durch die Gnade Gottes König seines Volkes sei. Wäre doch das Wesen dieses Fürsten nur ein wenig verschlossener und sein Gemüth nicht jeder Zeit Jedem geöffnet. Es ist derselbe Charakterzug, der auch seine Mutter, die Königin Louise nicht zurückhielt, in Tilsit 1807 Napoleon gegenüber, von dem die ganze Zukunft des Herrscherhauses damals abhing, herbe Wahrheiten zu sagen.

Von morgen ab werden die Reichsgesetze, wie sie das Reichsgesetzblatt bringt, durch die preußische Gesetzsammlung kundgemacht. Das ist eine Erklärung durch die That, wie Deutschland sie nur verlangen konnte. Damit ist die elende Wirthschaft, wie sie mit den Bundesgesetzen stattfand, radikal abgeschafft.

* **Berlin**, 17. Okt. Der Feier am Sonntag sind gestern hier blutige Unruhen gefolgt, ein Kampf der Arbeiter und der Bürgerwehr, welcher zwar nicht vorbereitet und nicht eigentlich politischer Natur war, aber auf bedauerungswürdige Weise die Zwietracht zwischen den armen und den besitzenden Klassen genährt hat, die zu vermehren die Republikaner sich unablässig angelegen sein lassen. Die Berichte darüber sind noch etwas verwirrt. Wir stellen darüber Folgendes zusammen: Die Arbeiter hatten

Digitized by Google

am Donnerstag die am Kanale vor dem Dresdener Thore zum Baggern aufgestellte Dampfmaschiene zertrümmert. Sie konnten hierbei am besten belehrt werden, daß Maschienen die Arbeit nicht vermindern, sondern vermehren. Denn die Arbeiten am Kanale müssen jetzt größtentheils eingestellt werden, und viele Arbeitee verlieren ihre Beschäftigung. Die Arbeitee blieben seitdem in Aufregung. Gestern am Montag, zog eine Anzahl Arbeitee mit einer Fahne und klingendem Spiel von Schacht zu Schacht, und ließ Arbeiter und Schachtmeister hoch leben. Am Ererzierhause, Ausgangs der Schäfergasse, angekommen, treten sie in dasselbe ein. Hier hat ein Batoillon Bürgerwehe harmlos seine Uebungen gemocht. Die Arbeiter bringen der Bürgerwehr ein Vivat aus. Der Hauptmann, nicht aufgelegt, sich den Zudringlichkeiten dieser Leute auszusetzen, ersucht sie, das Erezierhaus zu verlossen. Ein Arbeitee dringt mit seinem Steck auf den Hauptmann ein, und föhet vor dessen Gesicht damit hin und her. Die Langmuth ermüdet dadurch nicht. Als aber offenbarer Hohn eintritt, müssen sich die Arbeitee zurückziehen. Sie greifen zu Steinen und werfen auf die Bürgerwehr, so daß mehrere zu Boden sinken, viele mit blutigen Köpfen theils weggetrogen, theils weggeführt werden müssen. Der Hauptmann, Bäckermeistee Schultze aus der Rosenthalerstraße, läßt nun Feuer geben. 5 Arbeitee sinken getödtet zu Boden; andere sind verwundet. Die Arbeiter vermehren sich und mochen Alles zu Waffen. Generalmorsch wird geschlagen, die Bürgerwehr eückt an; ihr Kommandont, Hr. Rimpler, ist mitten im Kampf und Gedränge. Auf den Polizeipräsidenten, Herru v. Bardeleben, wird mehrfach geschossen, und eine Kugel pfeift ihm dicht am Kopfe vorüber. Die Bürgerwehr zieht sich, von den Massen gedrängt, zurück. Das Schloß ist inzwischen von 1000 Mann Bürgerwehr besetzt. In der Stadt herrscht die größte Aufregung. Die Läden werden geschlossen. Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr wirbelt auf das neue Generalmarsch, do die Massen sich noch dem Mittelpunkte der Stadt zu wälzten, und, untee großem Geschrei, auf Bahren die fünf unbedeckten Leichname der Erschossenen durch die Stadt führten und Verwünschungen gegen die Bürgerwehr ausstießen. In Blut getauchte Tücher waren dabei, wie am 14. Juni, zur Aufstachelung und Erbitterung der Massen, an Stangen gebunden und dem Zuge vorangetragen worden. Nach sieben Uhr Abends fand noch ein sehr betrübender Auftritt in der Roßstraße statt. Dort hatten die Arbeiter an der alten Jacobsstraßen-Ecke eine Barrikade erbaut und hielten dieselbe besetzt. Ein Mann mit einer rothen Fahne stand in der Mitte derselben, rechts und links einige Bewaffnete. Das 10. Bataillon der Bürgerwehr eückte heran. Während des Parlamentirens fiel ein Schuß, wie es schien, nicht von der Höhe der Borrikade, sondern von der Straßenecke und traf den Major der Bürgerwehr, Vogel, in den Leib, so daß er umsank und schwer verwundet hinweggetrogen werden mußte. Es fielen dann noch etwo fünfzig Schüsse von beiden Seiten. Der Arbeiter, welcher die Fahne hielt, ein anderer Manu von der Barrikade, dee zufällig die Straße gekommen sein mochte, und ein Bürgerwehrmann wurden erschossen, mehrere andere Personen verwundet. Die Borrikade wurde von der Bürgerwehr genommen und hinweggeräumt. Die Leichen dee zwei an der Barrikade Gefallenen wurden mit Fackelbegleitung unter Gefang durch die Straßen getragen. In dee Rosenthalerstraße blieb noch spät Abends das Hous des Bäckermeisters Schulze, welcher das erste Feuee kommandirt haben soll, von der Bürgerwehe cernirt, um es vor Angriffen zu schützen. — Der Sicherheitsausschuß hatte die Lage dee Stadt so bedenklich erochtet, daß er um 7 Uhr Militär requirirte. Sobald indeß die Bürgerwehe davon Nachricht erhielt, protestirte sie dagegen, und die auf dem Marsche befindlichen zwei Bataillone erhielten auf Ansuchen des Hrn. Rimpler Gegenbefehl.

Erfreulich ist bei diesen beklagenswerthen Vorgängen nur dee Umstond, daß die Bürgerwehr idre Pflicht eifriger als bei andern Gelegenheiten erfüllt hat, und zum Schutz der Ordnung fest verbündet geblieben ist. Als zwei Kompagnien vom Handwerkerverein onrückten, wurden sie von der tobenden Menge mit donnerndem Hoch empfangen. Sie stellten sich aber mit dee Bürgerwehr in Reih' und Glied. Die Ruhe ist heute nicht wieder gestört worden, aber die Aufregung hat sich in einzelnen Theilen der Stadt noch nicht gelegt.

München, 16. Okt. Der Allg. Z. wird geschrieben: Diesen Vormittog sind die HH. Welcker und Oberst Mosle dahier eingetroffen, um sich als Abgeordnete der Centralgewalt nach Oesterreich zu begeben und in den dortigen Wirren vermittelnd aufzutreten. Wie ich höre, haben sie sich bereits mit dem Minister des Aeußern, Grafen Brey, und mit andern Staatsmännern in's Benehmen gesetzt, und sollen aus den angedeuteten Gründen auch beabsichtigen, nicht augenblicklich nach dem Schauplatze des Kampfes abzugehen (*). Der Minister des Innern, v. Thon-Dittmer, wird heute Abend von einer Reise nach Regensbueg, für die er einen fünftägigen Urlaub genommen, hierher zurückkehren. (Dadurch widerlegt sich wohl das Gerücht von seinem Austritt aus dem Ministerium, obgleich die D. konst. Ztg. von demselben Tage wissen will und bereits darüber jubelt, er habe seine Entlassung schon erhalten und Lerchenfeld werde an seine Stelle treten).

München, 16. Okt. Das Gerücht, daß die Erzherzogin Sophie, auf ihrer Flucht von Wien, den Weg nach Boiern genommen, hat sich bestätigt; dieselbe traf vergangenen Freitag in Possendosen ein und wurde vom König Ludwig besucht; gestern Vormittag war sie auf ganz kurze Zeit untee strengstem Inkognito hier, stieg im Herzog-Max-Palais ab und degab sich sodann nach Tegernsee, wohin heute König Max reist. (D. konst. Z.)

Mannheim, 16. Okt. Gestern fand hier zur Feier des Geburtstags Sr. Maj. des Königs von Preußen große Parade statt, wozu nicht nur die hiesige preußische Garnison, sondern auch die in der Umgegend liegenden preußischen Truppen und das in Mannheim stationirte Dragonerregiment ausrückten. Ein großes Festmahl im Europäischen Hof beschloß diese militärische Feier. (M. Z.)

Italien.

□ In **Turin** haben die ersten Nachrichten von den Wienee Ereignissen die Kriegslust mächtig angefacht. Man verspeach sich unruhige Auftritte in Mailand und nährte die kühnsten Hoffnungen. Noch der Heerschau am 12. begrüßte ein Flüchtling Karl Albert als König von Oberitalien und Wiederhersteller der italienischen Unabhängigkeit. Der König, sagt das dortige Blatt „Opinione" (vom 12. Okt.), antwortete nicht, aber seine Blicke sprochen seine Gefühle aus. Das Volk schrie: Es lebe unser Vater! Die Zahl der Linientruppen, welche vor dem König manövrirten, wird von eben diesem Blatte auf 10,000 angeschlagen. „Concordia" sagt, der Fremde möge sich merken, daß „Glaube und Zukunft" der Wahlspruch der italienischen Flüchtlinge, „Krieg und Freiheit" das Feldgeschrei jedes Italieners sei.

Zu Livorno versprach am 8. Okt. der neue Gouverneur, Professor Montanelli, dem Volke eine konstituirende Versammlung. Dieses verlangte ein anderes Ministerium und drohte gegen Florenz zu marschiren, wenn diesem Begehren nicht entsprochen würde. Montanelli versprach, den Großherzog hiervon in Kenntniß zu setzen. (Concordia.)

In einer Beilage zur venetianischen Zeitung vom 5. Okt. heißt es, man wisse aus guter Quelle, ein Adjutant des Generals Welden habe den Befehl überbracht, Venedig nicht enger zu blokiren und die Verfolgung der Schiffe weniger hitzig zu betreiben.

Am 8. Okt. Nachmittags waren Unruhen in Pisa, die hauptsächlich zum Zwecke hatten, einige Bewohner von Livorno zu befreien, welche wegen Unfugs festgenommen worden waren. Es gelang jedoch der Bürgerwache, mit ihren Bajonetten die Ordnung wieder herzustellen. Das Ministerium des Inneren hat derselben in einem eigenen Tagesbefehl den Dank des Fürsten, der Regierung und ganz Toscana's dafür ausgesprochen.

Turin, 11. Okt. Hr. Johann Gustav Heckscher, ehemals Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Centralgewalt und Mitglied der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. wurde gestern von dem Könige in einer Privataudienz empfangen, in welcher er demselben ein Schreiben des Reichsverwesers, Erzherzogs Johann, überreichte, in welchem derselbe seine Erhebung zum Oberhaupte der Centralgewalt anzeigt. Heckscher ist von demselben in einer außerordentlichen Botschaft an unsere Regierung gesandt worden. (Piemontes. Ztg.)

Der Föderalcongreß von Italien hat in seiner ersten Sitzung Andrea Romeo, Vincenzo Gioberti und T. Mamiani zu Präsidenten, Prinz von Palermo und Lucian Bonaparte zu Vicepräsidenten erwählt. Von allen Lippen ertönte der Ruf: Krieg, Krieg! (Concordia)

---

*) Daß die Bemerkung in der Allg. Z., Oberst Mosle sei ein österr. Soldat, auf einem Irrthum beruht, bedarf kaum der Erwähnung. Oberst Mosle ist in oldenburgischen Diensten.

Heute hielt der König große Heerschau über alle Linientruppen. S. Maj. wird sich in wenig Tagen wieder nach Alessandria begeben, aber vor seiner Abreise der Wiedereröffnung der Sitzungen des Parlaments beiwohnen. In Mailand ist vollständige Amnestie verkündet worden.

Ungarn.

Pesth, 9. Okt. Gestern wurden die Nachrichten von dem Wiener Aufstande bekannt. „Latour, der größte Feind unsers Vaterlandes, jubelten die Pesther Blätter, ist aufgehängt." Im Repräsentantenhause wurde zugleich mit diese Nachricht die Gefangennehmung der Generale Roth und Filippovics (mit 7500 Soldaten) gemeldet; die beiden Generale und 50 Offiziere hätten ihre schwarzgelben Zeichen von sich abgerissen und fortgeworfen: „nie mehr wollten sie unter diesen Farben dienen." Auch die gefange Mannschaft habe geschworen, nie wieder gegen Ungarn die Waffen zu ergreifen. Die Eljens, welche ausbrachen, möge man sich selbst vorstellen. Noch fanatischer war aber der Beifallruf bei der Nachricht von der Wiener Revalution und bei der Meldung, die bei Raab stehenden magyarischen Generale seien auf diese Kunde sogleich, ohne einen Befehl abzuwarten, aufgebrochen und Jellacic nachgeeilt. Da trat Kossuth auf und hielt eine donnernde Rede. „Nachdem die Wiener die Sache der Magyaren befördert, dürfe auch Ungarn Wien nicht verlassen; um keinen Preis dürfe man mehr mit der Kamarilla unterhandeln, aber dem Volke Oesterreichs aufopfernd beistehen." Die Regierung wurde dem Landesvertheidigungs-Ausschusse übergeben, Kossuth zum Präsidenten ernannt und beschlossen, daß noch denselben Tag Bewaffnete gegen Wien aufbrächen. (C. Bl. a. B.)

Rußland.

Alle an den russischen Universitäten angestellten Professoren und andere Gelehrte haben in Folge höchsten Befehls durch das Kultusministerium die Aufforderung erhalten, sich von panslawistischen Tendenzen fern zu halten, und sie haben sich sämmtlich durch Unterschrift verpflichten müssen, weder durch Rede noch Schrift dahin bezüglichen Zwecken zu dienen. (B. Z.)

Türkei.

Das „Constitutionelle Blatt" aus Böhmen berichtet aus Bosnien: Reisende, die aus Bosnien kommen, melden, daß dort eben eine Konspiration gegen die hohe Pforte, noch ehe sie zum Ausbruche kam, entdeckt und gedämpft worden sei. Es soll diese Konspiration eine von den trotzigen türkischen Gewalthabern versuchte gewesen sein und von jener Art, wie sie bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts die Spahis und Janitscharen nur zu häufig gebracht haben. In deren Folge sind 12,000 M. regulärer Truppen in Bosniens Hauptstadt Sarajewo eingerückt, die Häupter der Verschwörung, meist bosnische Moslemim, 22 an der Zahl, gefangen, und in Fesseln nach Konstantinopel gebracht worden. Unter den vornehmsten eingezogenen Verschwörern sind auch die bekannten zwei: Kadie, Gladza, der ehemalige mehrjährige Staatsgefangene von Trapezunt, und Pabric.

Amerika.

Nach Berichten aus New-York vom 27. Sept. hatte Hr. Clay abermals ein Schreiben veröffentlicht, worin er sich die Kandidatur für die Präsidentschaft entschieden verbittet. — Nach Berichten aus San Francisco in Kalifornien war dieser ganze Theil des Landes in großer Aufregung, weil man am Sacramento Goldminen aber Goldlager entdeckt hatte und alle Einwohner dorthin strömten. San Francisco war fast ganz verödet, und Dienstboten, Gesellen, Handlungsdienern ꝛc. mußte ein drei- bis sechsfach höherer Lohn bewilligt werden, um sie zum Bleiben zu vermögen. Die Strecke, wo sich das Gold schon in der Tiefe von anderthalb Fuß findet und durch einfaches Sieben und Waschen gewonnen wird, soll sehr ausgedehnt sein und für Tausende auf Jahre hin Beschäftigung sichern. Die Goldtheilchen sind meistens sehr klein, obgleich einzelne eine Viertelunze wiegen. Seit Entdeckung dieser Placera oder Goldgegend waren die Lebensmittel sehr im Preise gestiegen. — Die Koenpreise zu New-York waren bei flauem Verkehr etwas gewichen.

Vom La-Platafluß reichen die letzten Nachrichten bis zum 20. Juli. Rasas suchte sich mit Montevideo zu vergleichen und die Bevölkerung dieser Stadt zu bewegen, daß sie alle französische und englische Hilfe ablehne. In Montevideo sah es übrigens traurig aus; die Geschäfte standen gänzlich still; Alles zieht sich nach Buenos Ayres; am 17. Juli machten die Schwarzen auf dem Marktplatze einen Aufruhr, der sich namentlich gegen den Polizeikommandanten richtete. Letzterer entschlüpfte nur mit genauer Noth, indem er sich über die Dächer rettete. Unter diesen Umständen wird die von Frankreich der montevideonischen Regierung versprochene Beisteuer von monatlich 40,000 Dollars nur wie ein Regentropfen auf einen heißen Stein sein. Die Franzosen halten Buenos-Ayres nicht mehr blokirt, haben aber die Brigg Pandora nach Bahia und die Korvette Expeditae nach Peenambuka entsendet, zum Schutz der französischen Interessen in diesen beiden Provinzen, wo, wie man befürchtete, eine Revolution im Begriffe sei auszubrechen.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 19. Okt.

5% Mel. 64 B.; 2½% ditto 33¼ G.; Bankakt. fl. 1070 B.; fl. 500. Loose 109 B.; fl. 250. ditto 71½ B.; Badische fl. 35. Loose 24⅜ G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 24¼ G.; Poln. fl. 500 Loose 66 G.; Friedr. Wilh.-Norddahn 40 G.; Berbach — G.; 3% inländ. Spanier 17¼ G.; 4½% Bücl. 90½ G.

Die Börse verkehrte, bei trägem Geschäft in flauer Stimmung, wozu die Berliner Vorfälle auch beigetragen haben mögen. Die deutschen und polnischen Loose hielten sich im Preise.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 19. Okt. (Schluß.)

Trotz der vorgerückten Zeit und Ungeduld gelingt es Jordan von Berlin die Aufmerksamkeit des Hauses wiederherzustellen und an seine Auseinandersetzung zu fesseln. Er verbreitet sich zuerst über die schleswig-holstein'sche, dann über die posen'sche Frage. In Folge der letzteren erwähnt er, daß überall wo sich die Fahne der rothen Republik erhaben, Polen unter ihren Kämpfern geworfen und daß sich Herr Libelt täusche, wenn er in Deutschland nach auf die frühere Schwärmerei für die Wiederherstellung Polens rechne. Lauter Beifall begleitet die Rede Jordan's; allein Libelt nimmt das Wort in Anspruch, um eine persönliche Berichtigung zu geben, die sich darauf beschränkt, daß er im Namen seiner Landsleute gegen die rothe Fahne protestirt.

Vicepräsident Rieffer spricht sodann noch zur Vertheidigung des Entwurfs, worauf zur Abstimmung geschritten und §. 1 nach dem Vorschlage des Ausschusses angenommen wird.

△ **Wien**, 15. Okt. Zu einem Schlage ist es noch nicht gekommen. Die Plänkeleien an den Linien dauern fort.

Heute Nacht um Mitternacht wurde ein Angriff der Kroaten auf die Mariahilfer Linie gemacht, als aber die Sturmglocken ertönten, ließen sie ihr schweres Geschütz wieder verstummen und zogen sich zurück. Von Seite der Stadt sollen zwölf Todte geblieben sein.

Die Vertheidigung der Stadt vervollständigt sich. Gegen jeden Angriff sind wir feuerfest. 70 Kanonen stehen der Stadt gegenüber. Die Ungarn schieben Vorposten vor, man hat kurzen Kanonendonner in der Ferne gehört, jetzt ist es wieder still. Der Reichstag ist so seiner ruhigen Berathung sicher, daß er auf morgen Berathung der Konstitution auf seine Tagesordnung gesetzt. Telegraphische Nachricht sagt, daß heute um 11 Uhr die letzte Deputation Audienz beim Kaiser hat.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Metzandre in Straßburg, Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 282. **Frankfurt a. M., Freitag 20. October.** **1848.**

Uebersicht.

Die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund II.

Deutschland. Frankfurt (Der nordamerikanische Gesandte.) Wien (Pillersdorf Vicepräsident. Correspondenz mit Jellačić. Rückkehr der Deputation. Der Reichstag und die böhmischen Abgeordneten. Stellung der Truppen. Vertheidigungsanstalten. Die Stellung Auersperg's und Jellačić's. Zuschrift beider an den Reichstag. Nachrichten aus Krakau und Pesth. Die Adresse an den Kaiser. Die Umgebung desselben. Das ungarische Heer. Jellačić's Erklärung an Auersperg und Schreiben an den Reichstag. Protest des Reichstags gegen die böhmischen Abgeordneten.) Berlin (Das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten über die evangelische Kirche. Die Seehandlung. Der König und das Ministerium. Die Unruhen.) Vom Rhein (Die Demokraten.) Bonn (Aufforderung zu einem Denkmal für Lichnowsky und Auerswald.) Vom Main (Der Eindruck der Rede des Königs von Preußen an seinem Geburtstage.) Bernburg (Der Landtag nimmt die Regierung in die Hände.)

Großbritannien. London (Die englische Zeitungspresse über die Wiener Revolution. Die Times gegen die englische Politik in den sicilianischen Angelegenheiten.)

20. October.

Hat Deutschland das Recht Schleswig in den Reichsverband aufzunehmen, so fordert seine Ehre, und die Gerechtigkeit, die es Schleswig-Holstein schuldig ist, dieses Recht in's Leben zu rufen. Es ist schon angeführt worden, daß das Vorparlament, der Fünfzigerausschuß, der Bundestag, kurz alle Korporationen, die seit dem März Deutschland vertreten haben, die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Reichsverband ausgesprochen oder doch in Aussicht gestellt haben: daß die Nationalversammlung die Schleswig'schen Abgeordneten zugelassen, und dieselben fortwährend als ihre Mitglieder betrachtet hat. Schleswig-Holstein hat sich in der sicheren Erwartung, daß jene Zusagen in Erfüllung gehen und Deutschland Schleswig in seinen Schooß aufnehmen werde, gegen Dänemark erhoben. Die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Reichsverband ist der Preis des Kampfes, für den die Herzogthümer manches Opfer gebracht haben und auch ferner jedes Opfer zu bringen bereit sind, und auch kein Opfer scheuen dürfen, da ihre ganze politische und nationale Existenz, ihre geistige Entwickelung und selbst ihr materieller Wohlstand auf dem Spiele stehen. Wenn Deutschland Schleswig von sich stoßen sollte, so hätte die Fortsetzung des Krieges für Schleswig-Holstein keinen weiteren Zweck, denn selbst die verzweifeltste Gegenwehr gegen Dänemark würde zu keinem Resultate führen, und den Schleswigern bliebe nur die Wahl sich der dänischen Herrschaft zu unterwerfen oder auszuwandern. Es würde daher ein Unrecht gegen Schleswig-Holstein, das Land, wo nach dem Berichte des Staatssekretärs M. v. Gagern die Reichsgewalt die treuesten Anhänger hat, sein, wenn Deutschland länger zögerte, seine durch die That bekräftigten Zusagen ganz zu erfüllen; Deutschland würde aber auch vor ganz Europa sein Ansehen auf's Spiel setzen, wenn es sich gerade in dem Augenblick, wo es seine Verfassung gründet, schwach und schwankend zeigte.

Daß die Aufnahme Schleswigs auch in materieller Beziehung wesentliche Vortheile für Deutschland herbeiführen würde, ist zwar eine untergeordnete Rücksicht. Es darf aber nicht übersehen werden, daß bei der innigen Verschmelzung Schleswigs mit Holstein, letzteres Deutschland nur mit halbem Herzen angehören würde, wenn Schleswig nicht in derselben Beziehung zu Deutschland stände; auch ist die Wichtigkeit, welche Schleswig für die Bildung der deutschen Marine haben wird, anerkannt, und wie wichtig der Besitz des nordöstlichen Schleswig in strategischer Hinsicht ist, hat der diesjährige Feldzug zur Genüge gezeigt.

Aber, sagt man, die europäischen Großmächte bestehen auf der Erhaltung des Status quo vom Jahre 1815 und wollen nicht, daß Deutschland eine Eroberung auf Kosten Dänemarks mache. Man sollte kaum glauben, daß es mit dieser Bedenklichkeit ernstlich gemeint sei; der Status quo von 1815 ist bereits mannigfach modifizirt, z. B. durch die Trennung Belgiens von Holland und die Einverleibung der Republik Krakau in Oesterreich, und daß noch erheblichere Veränderungen bevorstehen, ist höchst wahrscheinlich; dadurch aber, daß Schleswig in den deutschen Bund aufgenommen wird, tritt in der That keine Veränderung des Status quo ein, da, so lange der dänische Mannesstamm fortdauert, in der Person des Regenten keine Veränderung stattfindet; und als eine Eroberung von Seiten Deutschlands kann die Einverleibung Schleswigs in das deutsche Reich eben so wenig angesehen werden, wie die Aufnahme des Königreichs Preußen in den deutschen Bund, als solche, irgend einen Widerspruch gefunden hat. Von einem Widerspruchsrecht des Königreichs Dänemark kann aber schon deßhalb nicht die Rede sein, weil Dänemark anerkanntermaßen kein Recht auf das Herzogthum Schleswig hat, und die Zustimmung der Lanoesherrschaft ist durch die provisorische Regierung in genügender Weise ertheilt.

Endlich wird gegen die Aufnahme Schleswigs angeführt, daß die Bevölkerung selbst dem Anschlusse an Deutschland nicht geneigt sei; diese Behauptung ist aber schon so vielfach widerlegt worden, daß eine wiederholte Erörterung dieses Punktes überflüssig erscheint. Daß in dem nordöstlichen Theile Schleswigs, der während des Krieges mehrere Male den dänischen Truppen preisgegeben ist, und nachdem die deutschen Truppen abgezogen sind, fortwährend von den Dänen bedroht wird, sich in diesem Augenblick keine lebhaften Sympathien für Deutschland zeigen können, ist wohl erklärlich; und einestheils den Einwirkungen der dänischen Propaganda, anderntheils der Erfolglosigkeit des Feldzugs zuzuschreiben. Es ist aber eben so gewiß, daß in der Bevölkerung des südlichen und westlichen Theiles der Herzogthümer eine entschieden deutsche Gesinnung herrscht, und es ist kaum zu bezweifeln, daß auch die dänischredende Bevölkerung in dem erstgedachten Drittel des Herzogthums es vorziehen wird, sich an Deutschland anzuschließen, wenn ihr nur Zeit zur Besinnung und ruhigen Ueberlegung gelassen wird. Auch liegt es in der Natur der Sache, daß bei politischen Maßregeln nur der Beschluß der konstitutionellen Vertretung des Landes, nicht die Neigung oder Abneigung einzelner Personen oder einzelner Gemeinden entscheidend sein kann, und daß auch die Nationalversammlung bei Territorialfragen nicht allein die Nationalität und die Stimme der Bevölkerung berücksichtigt, sondern auch die topographischen und strategischen Interessen zu Rathe zieht, hat der Beschluß derselben in der Posener Frage gezeigt. Jedenfalls würde jeder Zweifel, den die dänische Gesinnung eines Theils der schleswigschen Bevölkerung erregt, gänzlich beseitigt werden, wenn bei der Aufnahme Schleswigs in den deutschen Reichsverband die genaue Bestimmung der Grenzen gegen Dänemark und die eventuelle Theilung nach Sprachgrenzen einer ferneren, bei der definitiven Ausgleichung mit dem König von Dänemark zu treffenden Auseinandersetzung vorbehalten wurde.

Wenn es feststeht, daß Schleswig in den deutschen Reichsverband aufgenommen werden wird und aufgenommen werden

Digitized by Google

muß, so kann sich nur fragen, ob der gegenwärtige Zeitpunkt die Aufnahme auszusprechen geeignet sei? Und diese Frage muß unbedingt bejaht werden. Der Malmöer Waffenstillstand enthält nämlich keine Bestimmungen, welche einem solchen Ausspruche entgegenstehen, denn, wenn darin auch die gegenseitigen Gerechtsamen auf Schleswig vorbehalten sind, so ist es der Nationalversammlung doch unbenommen, bei Gründung der deutschen Verfassung den Umfang des Reichsterritorium definitiv festzusetzen, ohne dei einem Werke, das für Jahrhunderte gestiftet werden soll, die vorübergehenden Stipulationen eines interimistischen Verhältnisses zu berücksichtigen. Auf der andern Seite würde aber gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke die definitive Feststellung des Verhältnisses von Schleswig eine hohe politische Bedeutung haben und den endlichen Friedensschluß wesentlich erleichtern. Dänemark wird nämlich seine Prätensionen auf Schleswig nie aufgeben, so lange noch eine Möglichkeit vorhanden ist, die Inkorporation in Dänemark durchzuführen. Erst dann, wenn durch die Aufnahme Schleswig's in den deutschen Reichsverband die Ausführbarkeit dieses Planes absolut unmöglich geworden ist, wird Dänemark sich entschließen, die Selbstständigkeit Schleswig's im Friedensschlusse anzuerkennen und sich mit der Foederanee der Personalunion zu begnügen, zumal, wenn durch den Vorbehalt wegen der Grenzbestimmung Dänemark die Aussicht eröffnet wird, einen Theil von Schleswig zu erwerben und so einen Gewinn zu machen, auf den es keinen rechtlichen Anspruch machen kann. Die Erklärung der Nationalversammlung, daß Schleswig mit Vorbehalt der näheren Grenzbestimmung integrirender Theil des deutschen Reichsgebietes sei, würde daher den Frieden mit Dänemark und somit die Ruhe Europa's wesentlich fördern.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 19. Okt. Der bei der Reichscentralgewalt beglaubigte Nordamerikanische Gesandte, Hr. Donelson, ist am 17. d. M. wieder nach Berlin abgereist, wo er die Verein. Staaten schon seit längerer Zeit als bevollmächtigter Minister vertritt. Ihn ersetzt hier einstweilen der Nordamerikanische Consul für Kurhessen, Hr. Gräbe.

Wien. Folgendes ist die gegen die böhmischen Abgeordneten gerichtete Kundmachung des Reichstags:

In der heutigen, so eben abgehaltenen Sitzung der hohen Reichsversammlung hat dieselbe folgenden Beschluß gefaßt:

Der hohe Reichstag beschließt mit Rücksicht auf die im konstitutionellen Blatte aus Böhmen vom 11. d. M. enthaltene Aufforderung einiger böhmischen Reichstagsabgeordneten:

Der Reichstag hat auch unter den Ereignissen der letzten Tage seine Berathungen mit Beobachtung aller legalen Formen nie unterbrochen.

Er ist die einzige legale, konstituirende und gesetzgebende Autorität.

Die überwiegende Mehrzahl hat ihrer Pflichten eingedenk, ihre Plätze nie verlassen und wird ihre Aufgabe, ohne sich durch irgend ein Hinderniß davon beirren zu lassen, ununterbrochen fortsetzen.

Der Reichstag hat alle abwesenden Mitglieder aufgefordert, ungesäumt ihren Verpflichtungen gegen ihre Committenten und gegen die Gesammtmonarchie nachzukommen.

Diese Pflichten können nur hier am Sitze des Reichstages erfüllt werden.

Jeder Versuch von Abgeordneten oder anderen Individuen, sich an einem anderen Orte zu versammeln und Beschlüsse zu fassen, welche nur dem Reichstage zustehen, ist ungesetzlich und ungültig.

Der Reichstag erkläret daher auch jede Auffoederung zu diesem Zwecke als null und nichtig, protestirt vorhinein gegen alle allfälligen Beschlüsse, und macht die Urheber und Theilnehmer an denselben für alle Folgen verantwortlich.

Das Ministerium wird aufgefordert, diesen Beschlüssen sogleich die ausgedehnteste Publicität auf den geeigneten Wegen zu geben.

Wien, am 13. Oktober 1848. ½ 12 Uhr Vormittags.

Von der konstituirenden Reichsversammlung.

Franz Smolka, Präsident.

△ **Wien**, 14. Okt. In der gestrigen Abendsitzung des konst. Reichstags wurde Pillersdorf mit 159 Stimmen von 202 zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Schuselka berichtet, daß ein Schreiben des Bans Jellacic eingetroffen, welches im Wesentlichen folgenden Inhalts ist: Er betheuert, keine feindlichen Absichten gegen Wien zu hegen (während der Vorlesung dieses Schreibens hört man aber den Kanonendonner der Sct. Marxer Linie, wo seine Kroaten einen Angriff — schon den dritten am gestrigen Tage — auf die Vorstadt machen) er habe nur für die Freiheit und Gleichberechtigung der Nationalitäten das Schwert ergriffen. Der Reichstag möge dahin wirken, daß die Umgegend Wiens nicht zu einem ungarisch-kroatischen Schlachtfeld gemacht werde. Häufiges Zischen begleitet die Vorlesung dieses Schreibens, besonders bei der Stelle, wo der Ban sein Erstaunen über die allgemeine Bewaffnung Wiens ausdrückt. — Die Vorlage der permanenten Kommission zur Antwort an den Ban wird nun durch Schuselka vorgetragen: In Wien herrsche weder Anarchie noch Gesetzlosigkeit, der Reichstag und das Ministerium strebe in Abwesenheit des Kaisers Ruhe und Ordnung zu erhalten und sei von der ganzen Bevölkerung Wiens auf das Kräftigste darin unterstützt. Wenn es wirklich nicht seine Absicht sei, Wien zu einem ungarisch-kroatischen Kriegsschauplatz zu machen, so habe er sich nur mit seiner Armee so schnell als möglich zu entfernen — nur der Abmarsch seines Heeres könne der außergewöhnlichen Bewaffnung Wiens ein Ende machen. Auf Goldmark's Antrag wird noch hinzugefügt, daß zwischen den friedsinnigen Versicherungen und der Handlungsweise des Bans ein Widerspruch obwalte. Er habe die N.-Garde der Umgegend entwaffnet, willkürliche Einquartierungen und Brandschatzungen gemacht — dies sei nicht die Art, wie man die Landes-Institutionen aufrecht erhalte. Schuselka wird mit Abfassung der Antwort in obigem Sinne beauftragt. Die Adresse Borrosch's, worin der Reichstag dem Kaiser den Vorschlag macht, die Wiener auf friedlichem Wege durch einen Völkercongreß aller österr. Nationalitäten zu lösen, wird angenommen und soll durch 5 Deputirte dem Kaiser überreicht werden. — Die Deputation aller Nationalitäten an den Kaiser ist heute früh zurückgekommen — sie wurde von dem Kaiser empfangen, aber statt jeder andern Antwort hat ihnen der Kaiser das Manifest vorgelesen, welches er am 7. bei seiner Abreise von Schönbrunn zurückgelassen und welches die Minister Krauß und Hornbostl zu kontrasigniren verweigerten. (Nach einem andern unserer Berichte gab Fürst Lobkowitz noch zweimal mündliche Auskunft. Auersperg und Jellacic würden nicht angreifen, nur sich wehren. Jellacic fechte gegen Ungarn — es müsse erst über ihn verfügt werden. Schriftliche Antwort wurde verweigert. Eine telegraphische Depesche Löhners an den Reichstag zeigte Wessenbergs Ankunft in Ollmütz an). — Alle unsere Zeitungen bringen heute die Protestation des Reichstags gegen die Einladung der 20 böhm. Abgeordneten zu einer Besprechung aller ihrer Meinungsgenossen in Brünn. Der Protest ist energisch, möge er auf die Abgeordneten für Böhmen seine Wirkung nicht verfehlen. — Der Abgeordnete Ludomieski befindet sich seit vorgestern in ärztlicher Behandlung. In einem Anfalle von Wahnsinn bei ihm der Anblick der furchtbar verstümmelten Leichen, die man in dem von Auerspergs Truppen verlassenen Lager am Belvedere fand, zugezogen — hat er schon zwei Versuche gemacht, sich das Leben zu nehmen. Das Gerücht sagt, in Steiermark sei der Landsturm organisirt, um Jellacic den Rückzug abzuschneiden. — Gewiß ist, daß von Prag von sechs zu sechs Stunden ein Bataillon Truppen mit der Eisenbahn abgeht um Jellacic und Auersperg zu verstärken. Die Ungarn sollen die Grenze überschritten haben, aber noch Verstärkung erwarten, ehe sie einen Angriff auf Jellacic machen. —

△ **Wien**, 15. Okt. Die Dinge nehmen von Stunde zu Stunde eine andere Gestalt an, und es dürfte nun schwer werden, einen klaren Blick in die Ereignisse der nächsten Tage zu wagen. Die Ankunft des polnischen Generals Bem, der die Artillerie in der Schlacht von Ostrolenka kommandirte, und sein Eintritt in den Generalstab der Stadt Wien möchte unseren Vertheidigungsmitteln mehr sichere militärische Ordnung und Uebersicht geben, deren Mangel bisher im Ganzen nur allzu fühlbar war. — Fortwährend fallen Plänkeleien und kleine Angriffe vor, welche jedoch meistens von der Lust unserer Nationalgarden und Legion, sich zu schlagen, hervorgerufen werden. — Der Mangel an Bedienung der Artillerie (an Geschütz aller Art und Munition fehlt es nicht) ist der Hauptpunkt, welcher die Truppen vor Wien in bedeuten-

Digitized by Google

den Vortheil setzt. Tag- und Nacht-Arbeit wird, wenn wir noch Zeit gewinnen, diesem so viel als möglich steuern. — Aus Böhmen zieht Windisch-Grätz mit einer bedeutenden Truppenmacht, angeblich mit den Mähren und nördlichen Truppen aus Krakau ꝛc., gegen 25,000 Mann, in Eilmärschen in's Marchfeld. Uebernimmt er den Oberbefehl, so liegt darin eine Garantie, daß kein unehrliches Spiel gespielt werden soll, denn dafür bürgt sein Charakter. — Die Stellung, welche Auersperg und Jellatik eingenommen, deuten darauf hin, daß sie vor einem Angriffe der Ungarn, welchen wir hier heute erwarten, sich zu schützen suchen, denn seit gestern haben sich ihre Positionen so gestaltet, daß Schönbrunn mit Mauer als Mittelpunkt gelten kann, wo auch die beiden Generale ihre Haaptquartiere bezogen haben, indem sie trachten, ihre ganze Stellung von der Ebene gegen die Berge in das Hügelland zu ziehen, und indem sie den linken Flügel hinter Wien immer mehr gegen Nußdorf am Fuße des Kahlenberges vorschieben und so wahrscheinlich in diesem Augenblicke schon die Donau daselbst werden erreicht haben, nehmen sie eine sehr vortheilhafte Stellung ein, indem bei Nußdorf leicht eine Brücke über die Donau geschlagen ist und sie somit mit den Truppen im Marchfelde in Verbindung treten. Zugleich sichert ihnen diese Stellung die Hauptpoststraße mit vielen Nebenwegen nach Oberösterreich; wenn sich dort der Landsturm nicht organisirt und den gut militärischen Plan vereitelt, so haben sie ferner gewonnen, daß die besten Truppen der Ungarn, die Husaren, auf diesem Terrain nur wenig benutzt werden können, und zugleich viele starke Positionen zur Aufstellung von schwerem Geschütz. — Die beiden Generale versichern fortwährend schriftlich und mündlich, keine feindlichen Pläne gegen die Stadt, zu hegen, ja selbst ihr die Lebensmittelzufuhr nicht abschneiden zu wollen, wenn man ihnen die in der Kaserne zurückgelassenen Effekten ꝛc. zukommen lasse. — Die Kroaten haben gestern Pillersdorf gefangen, der darauf lange mit Auersperg und Jellacic sich besprach und Letzteren zum Abzuge zu bewegen suchte, bis jetzt, wie es klar ist, ohne Erfolg. Die Zeitungen bringen Ihnen eine energische Aufforderung des Reichstags an denselben, die mit lautem Jubel von Wien begrüßt wurde (ist uns noch nicht zugekommen). — Auersperg und der Ban haben die deutschen Fahnen vom Schönbrunner Schloß, welche der Kaiser selbst aufstecken ließ, herabreißen lassen.

Kraus, der allen in seiner Geradheit von Stunde zu Stunde als Minister lieber wird, hat so eben Hülfe von Steiermark auf ministeriellem Wege verlangt; ferner die Beamten, welche in dieser ernsten Zeit ihre Posten hier verlassen und deren Zahl sehr groß ist, aufnehmen lassen, um dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, dieselben ihrer Stellen verlustig zu erklären. — Die Deputation an den Kaiser mit Borosch's Adresse ist bereits an den Kaiser abgegangen. — Redakteur Häfner ist in Stein mit Kudlich, welchen man jedoch als Deputirten nach wenigen Stunden frei ließ — als sie zur Bildung des Landsturmes aufriefen, vom Militär verhaftet worden und nach Ollmütz abgeführt. —

Wo die Soldaten in den Dörfern um Wien einrücken, wird die Nationalgarde entwaffnet. Fünf- und Sechshaus allein hat bis jetzt dem Ban geantwortet, „wenn er die Waffen wolle, möge er kommen sie zu holen." —

In der gestrigen Nachmittag-Sitzung übergibt Pillersdorf eine Zuschrift der Kommandirenden Graf Auersperg und Baron Jellacic. Sie verlangen von dem Reichstage die Ungarn von deutschem Gebiet zu entfernen und eigene Dispositionen über die in der Stadt zurückgebliebenen militärischen Vorräthe, sowie Auslieferung des in der Aula gefangen gehaltenen Baron Recsey (der letzte vom Kaiser ernannte ungarische Ministerpräsident); dafür versprechen sie die letzte Adresse an den Kaiser, welche um einen Völkerkongreß bittet, zu unterstützen und die Zufuhr von Lebensmitteln in die Stadt nicht länger abzuschneiden. Der permanente Ausschuß legt den Entwurf einer Antwort in folgendem Sinne vor. Der Reichstag habe die Ungarn nicht gerufen, er könne sie auch nicht entfernen, da sie den Ban auf Befehl des ungarischen Reichstags verfolgen — er könne daher den Ban nur auffordern, die Umgegend zu verlassen und den entwaffneten Bewohnern die Waffen zurückzuerstatten. Thue er dies nicht, so könne der Reichstag einen Kampf nicht entfernen, dessen Folgen auf die Häupter derjenigen fallen mögen, welche ihn hervorgerufen. Ihm bleibe es überlassen, die Ungarn zu erwarten oder nicht. Die Antwort des permanenten Ausschusses wird mit einer Verbesserung Goldmark's angenommen und deren Veröffentlichung durch Plakate beschlossen.

Ein Kurier aus Krakau brachte gestern die Nachricht, daß die Stimmung dort sehr aufgeregt und ein Ausbruch um so mehr zu befürchten sei, als das Militär zum Theil schon gegen Wien beordert sei, zum Theil Maeschardee erwarte. — Die Russen stehen mit einer starken Truppenmacht an der Grenze des krakauischen Gebietes. Nachrichten aus Pesth sagen, General Roth sei dort gefangen — kroatische Nachrichten behaupten, daß er mit 6000 Mann bei Neustadt zu Jellatic stoße. —

Der seit 5 Tagen gewählte Oberkommandant der National-Garde Messenhauser (gewesener Oberlieutenant bei der Artillerie, ein Pole) ist sehr thätig und machte gestern sehr zweckmäßige Anordnungen für den Dienst der Garde bekannt.

** **Wien**, 14. Okt. Im Folgenden theile ich Ihnen den Wortlaut der von Borrosch verfaßten und heute durch eine Reichstags-Deputation an den Kaiser übersendeten Adresse mit: „Ew. Majestät! Ein Zeitraum von nur drei Tagen liegt zwischen der letzten und der gegenwärtigen ehrfurchtsvollen Adresse des konstit. Reichstages an Ew. Maj., und dennoch hat seitdem jede Stunde für Millionen Staatsbürger, welche die aufopferndste Liebe für Volksfreiheit mit unerschütterlicher Treue gegen den konstit. Monarchen und mit vollster Gerechtigkeits-Erzeigung gegen jede Nationalität Oesterreichs vereinen, den drohenden Zerfall des Staates immer näher gerückt, denn nationale Wirren durchkreuzen jedes der Freiheitsverwirklichung und der Vaterlandsrettung geweihte Streben. Es ist nun dahin gekommen, daß das alleinige, leider so lange unbeachtet gebliebene Mittel, Völkerwünschen die gebührende Rechnung zu tragen, jetzt in Mitten der in Sturmeswogen aufbrausenden Fluthen der letzte Hoffnungsanker bleibt. Nur ein internationaler Völker-Congreß des österreichischen Gesammtvaterlandes, dessen Idee zum Heile Aller, nun mehr durch die Macht der materiellen Interessen und des Bedürfnisses gegenseitiger Schirmung der Volksfreiheit wie der Nationalitätsrechte verwirklichbar ist. — Nur ein solcher Völkercongreß bietet als letzter Rettungsstrahl sich dar. Die Armee, deren Bestimmung es ist, das Vaterland gegen auswärtige Feinde zu schirmen, kann noch manchen, durch Völkerglück zu theuer bezahlten Sieg im gräßlichen Bürgerkrieg erfechten, aber ein Uebel nicht bedeben, welches sie vielmehr vergrößern muß, weil endlich die durch sie bekämpften übermächtigen Interessen in ihr selber sich geltend machen und sie in feindliche Heere spalten. — Ew. Majestät! Die Völker vertrauen auch jetzt noch ihrem konstitut. Monarchen und können nicht, wollen nicht glauben, daß Ew. Maj. liebevolles Herz sich werde abhalten lassen, auch den Völkern zu vertrauen und einen Friedens-Congreß der blutigen Waffengewalt vorzuziehen. — Ew. Maj. erhabener Name wird ein von den Herzen der Völker gesegneter, ein unsterblicher sein in der Geschichte, wenn Ew. Majest. diese dringenden Bitte des loyal vorgehenden Reichstages Gehör geben! Als wahrhaft loyales Reichstag darf er zu keiner Täuschung den unfreiwilligen Anlaß geben und muß namentlich in Bezug auf das Königreich Ungarn die mögliche Deutung auf das Entschiedenste ablehnen, als wolle der österr. Reichstag als friedliches Werkzeug denselben Zwecken dienen, welche bisher durch Waffengewalt in Ungarn angestrebt worden, und wodurch eben der Bürgerkrieg auch in den westlichen Kronländern Ew. Majestät aufzulodern beginnt. Der konstituirende Reichstag hat einzig und allein den Zweck im Auge, die Brandfackel des Bürgerkrieges zu löschen und die dem Reichstage obliegenden Pflichten gegen die durch ihn vertretenen Völker erfüllen zu können, um in Wahrung der internationalen Interessen zwischen der Krone Ungarns und den im konstit. Reichstage vereinigten Provinzen, jenen Völkerverbrüderungsbund zu ermöglichen, der durch die Selbsterhaltungspflicht Aller geboten ist, wofern nicht die Rechte des erblichen Thrones, der Volksfreiheit der Nationalitäten und die durch gemeinsame materielle Interessen bedingte Vaterlandswohlfahrt gefährdet werden sollen. Der konstit. Reichstag beschwört demnach Ew. Maj. auf das Feierlichste: einen Friedenscongreß der Völker des Königreichs Ungarn und seiner Kronländer durch frei von ihnen gewählte Abgesandte unverzüglich in Wien eröffnen zu lassen, unter Zuziehung eines internationalen Ausschusses, bestehend aus Abgeordneten des konstit. Reichstages und unter Mitwirkung der beiden verantwortlichen Ministerien von österreichischer und ungarischer Seite. Möge dieser Friedenscongreß den Anlaß bieten, mit thunlichster Beschleunigung auch das lombardisch-venetianische Königreich beizuziehen. — Der Reichstag schließt seine ehrfurchtsvolle loyale Adresse mit der heiligen Ver-

Digitized by Google

ſicherung, daß er nur das Geſammtwohl aller Völkerſchaften des öſtereeichiſchen Kaiſerſtaates vor Augen hatte, der innerhalb ſeinee Grenzen den internationalen Verhältniſſrn Rrchnung tragen muß, um ſtatt des unhaltbaren alten Staatsbaurs einen neuen, den durch kaiſerliches Wort garantirten Errungenſchaften entſprechendrn aufführen zu können. Es iſt der Moment eingeteeten, wo nach Gerechtigkeit und Weisheit vielleicht eine, nach verwüſtenden Bürgerkriegen zuletzt dennoch ſich einſtellende Nothwendigkeit zur Grundlage von Völkerfreiheit und Völkerglück machen können. Der konſtituireude Reichstag legt ſomit das Wohl odee Wehe van Millionen Menſchen Ew. Majeſt. an das, füe ſie gewiß in Liebe ſchlagende Fürſtenderz, und wird, wenn minder undefangene Beurtheiler der Sachlage ſich berathend zwiſchen Ew. Majeſtät und den loyalen Reichstag ſtellen, wenn ſie dieſe mit dem erblichen Throne und dee Volksfreiheit es gleich tren meinende Adreſſe zu einer vergeblichen machen ſollten, ſein Wieken dem Urtheile der Nachwelt anheim ſtellen. — Golt ſegne Ew. Maj. und durch allerhöchſt Dero Entſchluß die Völker Oeſtereeichs.“ Wien, 13. Okt. 1848. Im Namen des konſtituieenden Reichstages, der Vorſtand.

Ein nach Krems und Stein eingerücktes polniſches Regiment hat die dortigen Nationalgarden entwaffnet und ihnen ihre Kanonen abgenommeu, außeedem haben ſie daſelbſt Schanzen aufgewaeſen und den Dampfſchiffen den Durchzug verwehrt, um den Zuzug des Landſturmes zu aerhindern.

Wie man durch die heute zurückgekehrte Deputation erfährt, beſteht die Umgebung des Kaiſers aus Generälen und Offizieren, und auf ſeiner ganzen Reiſe umgibt ihn eine ſtarke Militärbedeckung. Dee an dem Kriegsminiſtee Latour veeübte Mord ſoll einen ſo unverwiſchbaren Eindeuck auf den Kaiſer machen, daß eine Zurückkunft desſelben ſobald nicht denkbar iſt.

Das ungariſche Heee befindet ſich bereits in Fiſchamend, will aber noch keinen Angriff machen, weil es in 3 Abtheilungen anzugreiſen geſannen iſt, um das kroatiſche Heee gänzlich zu vernichten. Das erſte Armeekorps unſer General Kis, das zweite unter Meßaros und der Landſturm unter Koſſuth bereiten ihren Opeeationsplan vor. Die unter Kis und Meßaeos ſtehenden Korps fallen aus 50,000 Mann regulärее Truppen beſtehen. Der Landſturm unter Koſſuth ſoll gleichfalls in furchtbarer Anzahl anrücken. Wir ſehen in kürzeſtre Zeit einem blutigen Bürgerkeiege ergegen. Wien iſt gleichfalls furchtbar gerüſtet; wee nur Waffen teagen kann, iſt, wie man zu ſagen pflegt, bis zu den Zähnen bewaffnet, Alles brennt aor Kampfbegierde, mobile Korps werden errichtet, bereits ſind drei organiſirt, und zwar unter den Befehten des Scheiſtſtellers Dr. Frank, des Juriſten Wutſchel, und das deitte untee L. Sternau. Meſſenhauſer iſt nun wieder zum proviſoriſchen Oberkommandanten der Nationalgarde gewählt, ein freiſinnigee, wiſſenſchaftlich gebildetee, mit militäriſchen Kenntniſſen ausgerüſteter Mann, bekannt als Novellenſcheiftſteller und Verfaſer mehrerer militäriſcher Werke.

** **Wien**, 13. Okt. Die an Auersperg gerichtete Erkläeung Jellacic's auf die Auffarderung des Miniſters Kraus zum Abzuge lautet wie folgt:

„An Geafen Auersperg! Hanptquartiee Rath-Neuſiedt am 12. Okt. 1848. In Erwiederung der geſchätzten Mittheilung aam 11. d. habe ich die Ehre Ew. Excell. Folgendes zu eröffnen. In meinem mir gewordenen Auftrage handelnd, brachten es die Rückſichten auf rein militäriſche Opeeationen mit ſich, daß ich mich mit den mir anvertrauten k. k. Teuppen den Grenzen des Erzherzagthums Oeſterreich näherte. Dort erfuhr ich die unſeligen Ereigniſſe des 6. Okt. zu Wien; daß ſelbe auf meine weieere Marſchrichtung Einfluß nehmen und meine jrtzige Stellung veeurſachen mußten, werden Ew. Excellenz ſelbſt nicht aerkennen und dieß um ſo weniger, da ich als kaiſ. öſterr. Geneeal eine k. k. öſterr. Armee kommandire, und in k. k. Läudern kein Fremdting ſein kann.“

Dee Text des Schreibens von Jellacic an den Reichstag iſt folgender:

„Haher Reichstag! Aus der Antwort, welche ich geſtern die Ehre hatte, an Se. Excell. den kammandirenden Herrn Generalen Grafen Auersperg aus Anlaß einer von Seite des hohen Reichstags an benſelben gerichteten und zweifelsohne von demſelben bereits erwirderten Inſchreift — zu geben, wird der hohe Reichstag die Motive, welche mich aor die Mauern Wiens geführt haben, zuverläſſig mit Beeubigung entnammen haben. — Ich erlaube mir zu dieſem nur noch die beſtimmteſte Erklärung zuzufügen, daß es mir eben ſo ſehr meine eigene innigſte Ueberzeugung, als meine Stellnng zur heiligſten Pflicht macht, die freien Inſtitutionen unſeres Vaterlandes nicht allein nicht anzutaſten, ſondern mit allen meinen Kräften zu ſchützen. — Mein jetziges Verhältniß zu der herrſchenden Partei in Ungarn iſt ja eben der Beweis für mein Streben nach Gleichberechtigung und geſetzlicher Freiheit. — Die Anarchie, dir Herrſchaft der rohen Gewalt iſt ein Fluch für alle Völker, und dieſe zu bekämpfen, iſt eines jeden rechtlichen Staatsbürgers Pflicht! und in dieſem Sinne biete ich mit aller Energie des Willens und der That jedee geſetzlichen Gewalt meine Hilfe an. — Der hahe Reichstag erlaube mir em Schluſſe noch die Bemerkung, wie bedaueelich es wäre, wenn bei einem etwaigen Ueberſchreiten der öſtere. Grenze duech die magyar. Truppen dieGegend um Wien der Schauplag eines blutigen Kampfes, und Wien ſelbſt den Gräueln eines aerderblichen Krieges preisgegeben wüede! den ich im Intereſſe der Menſchheit und des öſterr. Geſammtvateelandes ſo gerne vermieden, und einen Frieden herbeigeführt wiſſen möchte, der auf feſte Garantien geſtützt im Stande wäre, Ruhe, Ordnung und geſetzliche Freiheit, ſomit das glückliche Gedeihen des Kaiſerſtaates und aller ſeiner Theile unter dem Scepter unſeres konſtitutionellen Kaiſers und Königs bleibend zu ſicheen. — Hauptquartier Roth-Neuſiedl am 13. Okt. 1848. Unterz. Jellacic FML. Ban m. p.

Berlin, 16. Okt. Aus dem Miniſterium der geiſtlichen ꝛc. Angelegenheiten geht nns folgende Mittheilung zu.

„In der letzten Zeit hat ſich in allen Tdeilen des Landes ſowohl auf amtlichem Wege als durch die Preſſe vielfach und dringend der Wunſch kundgegeben, daß die Verwaltung der evangeliſchen Kirchrn-Angelegenheiten einer aon dem Miniſterium getrennten, aus weltlichen nnd geiſtlichen Mitgliedern zuſammengeſetzten, Behörde übertragen werden möge. Dieſer Wunſch, als deſſen Motiv die veränderte Stellung des Miniſters der geiſtlichen Angelegenheiten angeführt wird, hat erneute Veranlaſſung dargeboten, diejenigen Maßregeln in das Auge zu faſſrn, welche in Folge der devorſtehenden Veeändeeung der Beziehungen zwiſchen den Religionsgeſellſchaften und dem Staate für die evangeliſche Kirche erfaederlich ſein werden. Hierbei ergab ſich zunächſt, daß es nicht möglich ſei, die Entwickelung einee ſelbſtſtändigen Verfaſſung ſo ſchnell, als es vielſeitig gefordert woeden iſt, zum Abſchluſſe zu bringen, theils, weil es zuvöederſt nach der geſetzlichen Feſtſtellung der Trennung der Kirche von dem Staate bedarf, theils, weil jene Entwickelung von einee Reihe ſehr ſchwieriger Vorfragen abhängt, deren Löſung zu übereilen die gerechte Rückſicht auf die Zukunft der Kirche verbietet. Auf der andern Seite konnte jedoch eben ſo wenig verkannt werden, daß die Kirche, deren Verfaſſung ſich bisher ſo eng an den Staat angelehnt hat, der Gefahe des Zerfallens ausgeſetzt ſein weede, wenn die Auflöſung ihres bisherigen Verhältniſſes unvorbereitet erfolgen ſollte. Es wurde alſo die Ueberzeugung gewonnen, daß es nothwendig ſei, einen Mittelpunkt zu ſchaffen, van welchem die kiechliche Verwaltung mit Hilfe der beſtehenden Behörden ſo lange geführt werden könne, bis ſich die Kirche ſelbſt über ihre Verfaſſung vereinigt haben werde. Dieſe Aufgabe ſetzt vor Allem hinreichende Kenntniß dee beſtehenden Zuſtände und Erfahrung voeaus, welche eine neugebildete Behörde nicht in dem gewünſchten Maße in ſich vereinigen kann. Dagegen wurde erkannt, daß den veeſchiedenen hier obwaltenden Rückſichten genügt ſein weede, wenn die dem Miniſter zuſtehenden Attribute dee inneren Kiechenverwaltung auf die evangeliſche Abtheilung des Miniſteriums, und zwar zur Vermeidung dee Kolliſionen, welche ſich in der Perſon des Chefs ergeben könnten, unter dem Vorſitze des Direktors derſelben zu ſelbſtſtändigee kollegialiſcher Ausübung übertragen würden. In dieſem Sinne iſt von dem gegenwäetigen Miniſteraerweſee an Se. Majeſtät den König Vortrag erſtattet, und es iſt dabei zugleich beantragt worden, es möge der gedachten Behörde ausdrücklich zue Pflicht gemacht werden, unverzüglich die Einleitung zu treffen, deren es bedarf, um der Kirche die ſeeie Entſchließung über ihre Verfaſſung möglich zu machen. Es liegt in der Natur der Verhältniſſe, daß die Allerhöchſte Entſchließung erſt dann erfolgen kann, wenn die Vereinbarung über die veränderte Stellung der Religions-Geſellſchaften erfolgt ſein wird. Inzwiſchen wird jedoch von Seiten drs Miniſterverweſees ſchon jetzt zur Beſeitigung etwaigee Bedenken die Einrichtung getraffen werden, daß in denjenigen Angelegenheiten der kiechlichen Verwaltung, in benen eine Veeantwortlichkeit gegen die Volksvertretung nicht ſtattfindet, an-

Digitized by Google

statt der ihm zustehenden alleinigen Entscheidung nach Stimmenmehrheit der Abtheilung Beschluß gefaßt wird. Hiervon sind die Konsistorien in Kenntniß gesetzt worden. Es läßt sich erwarten, daß diese Mittheilung dazu beitragen werde, vielfach laut gewordene Besorgnisse zu zerstreuen und einer verderblichen Spaltung vorzubeugen. (Pr. St. A.)

* **Berlin.** In den Geschäften der Seehandlung sind nicht nur im Allgemeinen Beschränkungen eingetreten, sondern einige Zweige ihres Handels- und Industrie-Betriebes gänzlich eingegangen. So hat die Dampfschleppschifffahrt auf der Warthe, Oder, Havel, Elbe, über welche früher die Flußschiffer vielfache Klagen geführt hatten, trotzdem, daß eine große Anzahl derselben zuletzt um Fortführung derselben petitionirten, aufgehört. Jetzt geht ein Beamter nach London, um das dort befindliche Wollenlager der Seehandlung aufzulösen, durch welche Maßregel das Wollengeschäft derselben überhaupt ein Ende erhält.

* **Berlin**, 17. Okt. Die „Weserzeitung" bespricht den ungünstigen Eindruck, welchen die verschiedenen auffallenden Worte des Königs bei dem Empfange in Belleaue hervorgebracht haben. Die Antwort des Königs auf die von Politik sich möglichst fern haltende Rede des Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn Grabow, war nach der W. Z. am Tage vorher, in Gemeinsamkeit mit dem Staatsministerium festgestellt. Sie hielt sich im Anfang gleichfalls in einer ruhigen und würdigen Sprache, und war sehr wohl geeignet, die Abgeordneten einzunehmen; plötzlich aber sprang der König gewissermaßen von dem Faden seiner Antwort ab, und hob es mit einem ganz eigenthümlichen Nachdruck, anknüpfend an eine Stelle der Grabow'schen Rede, in welcher vom Drucke der Zeit die Rede war, hervor, wie viel unser Land noch vor anderen voraus habe, und welch hohes Glück darin liege, daß es eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden besitze. Es machte dieser improvisirte polemische Ausfall auf den jüngsten Beschluß der Kammer, auf die sämmtlichen Abgeordneten einen sehr ungünstigen Eindruck, und auch die Minister, die sich während dieser Rede in demselben Zimmer mit den Abgeordneten befanden, mochten dieß fühlen, denn als sich der König unmittelbar darauf in das Nebenzimmer verfügte, um die Gratulationen der Militärbehörden zu empfangen, ertheilten sie den Abgeordneten die bestimmte Versicherung, daß dieser polemische Ausfall ohne ihr Wissen und Willen geschehen sei. Auch der König kehrte bald in den Saal zurück, und ließ sich nunmehr die Abgeordneten einzeln vorstellen, unterhielt sich viel und lange mit ihnen, namentlich aber mit den beiden zur äußersten Linken gehörenden Abgeordneten Schramm und Waldeck, und es ist nicht unbemerkt geblieben, daß er den Letztgenannten, der in seiner Eigenschaft als Vicepräsident erschienen war, zu drei verschiedenen Malen aufsuchte; auch die Königin entfaltete den Abgeordneten gegenüber die größtmögliche Liebenswürdigkeit. Bei der Verabschiedung der Deputation that dann der König aber zu dem Präsidenten Grabow noch die ferneren bedeutsamen Worte: „Halten Sie den Kopf oben, denn ich habe einen starken Arm", Worte, die sehr lebhaft an den Wrangel'schen Armeebefehl erinnern. — Die Entschuldigung, welche die Minister für die Fassung des Wrangelschen Armeebefehles anführten, die Worte eines Armeebefehles würden nicht so genau abgewogen, läßt sich vielleicht auch auf die Worte des geistreichen Herrschers übertragen. Aber nicht ohne schmerzliches Bedauern sieht man den König, der eben in seiner Hauptstadt mit Jubel aufgenommen war, die Gunst des Augenblicks vom Neuem auf's Spiel setzen.

* **Berlin**, 17. Okt. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung theilte der Minister des Innern über den gestrigen Aufstand Folgendes mit: Sie werden Alle von den Unruhen des gestrigen Tages gehört haben; ich wünschte Ihnen darüber einen ausführlichen Bericht zu erstatten, noch aber bin ich nicht dazu im Stande, da die Renseignements noch nicht alle eingegangen sind. Ich kann aber wohl erwähnen, daß die Unruhen sich vom Donnerstag herschreiben. Die Regierung hatte beschlossen, um die Arbeiter auch im Winter beschäftigen zu können, eine Maschine aufzustellen, welche das Wasser aus dem Kanal schaffen sollte. Diese Maschine ist von den Arbeitern zerstört worden. Es sind deshalb am Orte Bürgerwehr-Abtheilungen aufgestellt worden. Die Unruhen haben gestern Mittag wieder angefangen; es fanden Conflikte statt, von denen bis jetzt nur feststeht, da nähere Details noch nicht da sind, daß die Arbeiter die Veranlassung gegeben. Es sind 3 Menschen getödtet; seitdem haben stets neue Zuzüge von Arbeitern stattgefunden, Barrikaden sind gebaut worden, die von Arbeitern besetzt und mit Feuergewehr vertheidigt worden sind.

Im Ganzen sind bis jetzt 9 geblieben; darunter 7 Arbeiter, aber auch der Tod zweier braven Bürgerwehrmänner ist zu beklagen. Zwischen 9 und 11 Uhr war es zweifelhaft, ob die Bürgerwehr ausreichen würde. Der Sicherheits-Ausschuß erließ deshalb eine Requisition an das Militär-Kommando; es wurden sofort 2 Bataillone in Marsch gesetzt; nachher zeigte sich, daß die Bürgerwehr doch ausreiche, und die Bataillone wurden zurückgezogen. Gegen 11 Uhr war die Bewegung beendigt, die Nacht ist ruhig vorübergegangen. Wir haben das Weitere abzuwarten. Die Untersuchung wird auf das Strengste geführt werden; die Leichen wurden besichtigt. Ich bedauere noch keine näheren Details mittheilen zu können.

Berlin, 17. Okt. Wir sind in den Stand gesetzt, über die gestrigen Ereignisse auf dem Köpnickerfelde nach dem Berichte eines Augenzeugen folgende zuverlässige Mittheilung zu machen. Die Arbeiter, welche in bedeutender Anzahl zusammengekommen waren, sammelten die Trümmer der am Freitag und Sonnabend verbrannten Maschine und schickten sich an, dieselbe mit Musik zu begraben. Dies und die ganze Haltung des Haufens veranlaßte schon am Morgen die Bürgerwehr, sich nach dem Köpnicker Felde zu begeben und daselbst aufzustellen. Als die Arbeiter nunmehr anfingen, eine drohendere Stellung anzunehmen, unterhandelte die Bürgerwehr mit jenen dahin, daß beide Theile je 25 Schritte zurückgehen sollten. Bei diesem Zurückgehen aber wurde die Bürgerwehr mit Steinwürfen insultirt, und, als nach einer zweiten Unterhandlung, worin ebenfalls ein Zurückgehen beider Theile auf 25 Schritte bestimmt war, die Arbeiter statt zurück, vorwärts gingen, und auf die Bürgerwehr mit Steinwürfen, Aexten und Spaten eindrangen, wurden dieselben durch Trommelschlag aufgefordert, auseinander zu gehen. Sie leisteten jedoch nicht Folge, und jetzt erst wurde geschossen. Jedoch bleibt zweifelhaft, von welcher Seite der erste Schuß kam; verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß aus dem Arbeiterhaufen ein Terzerol abgefeuert wurde. Mit diesem Schusse war aber auch das Signal zu weiteren Angriffen gegeben; an der Dresdener und Roßstraße wurden Barrikaden gebaut und, unter Vorantragung einer rothen Fahne, der Zug nach den bevölkerteren Stadttheilen begannen. Deputationen, nach dem Plötzensee und den Rehbergen gesandt, hatten inzwischen Zuzüge herbeigeholt.

Die Barrikade in der Roß-Straße wurde gestern Abend von der Bürgerwehr dreimal genommen. Aus den Eckhäusern wurde auf sie gefeuert; die Schützen schossen gleich nach, in die Luft, wie sich von selbst versteht. Heute ist es in der Roß-Straße ruhig.

— Mittags 1½ Uhr. Große Schaaren von Schacht- und Erdarbeitern ziehen mit Fahnen auf den Gensd'armenmarkt und stellen sich, von Tausenden begleitet, vor der großen Treppe des Schauspielhauses auf. Der ganze Platz bis zur benachbarten Kirche ist mit Menschen bedeckt. Die Arbeiter wollen der National-Versammlung ihre Noth klagen und die versammelte Menge wartet, während es heftig regnet, auf Antwort. Die zwanzig Fahnen, darunter eine mit einem Trauerflor, werden an der großen Treppe zusammengezogen, Berends tritt heraus und redet die Massen an, von Hurrahruf unterbrochen. Waldeck steht an seiner Seite. Die Worte des Abgeordneten scheinen zu besänftigen, ebenso die Erklärung des Kommandeurs Rimpler, die gebeugt vertheilt wird. Plötzlich wird gerufen, daß Bürgerwehr im Anzuge sei; die Masse der Zuschauer weicht für einen Augenblick zurück, die Arbeiter bleiben auf der Treppe stehen und rufen: „Hierbleiben." Das Gerücht scheint sich nicht zu bestätigen. Ein junger Mann mit einer Muskete auf der Schulter dringt auf die Treppe und wird mit Freudenruf empfangen: „Die Demokraten stehen uns bei!" Auf dem Platze fehlte es nicht an rothen Mützen und Polen.

Die Arbeiter hatten eine Adresse überreicht, in der sie unter Anderem Freilassung der Gefangenen, Verpflegung der Verwundeten auf Staatskosten, Unterhaltung der Hinterbliebenen der Gefallenen, Amnestie, Beschleunigung des Gesetzes über die Todesstrafe, Anrechnung des heutigen Tages als Arbeitstag und die Abdankung des Ministeriums gefordert haben sollen; morgen wollen sie sich Antwort holen.

Auf der Polizei sind 11 Todte angemeldet, davon 8 in Bethanien, die übrigen auf der Morgue; darunter der Vergolder

Schneider aus der Bürgerwehr. Lebensgefährlich verwundet ist der Hauptmann Hollbein. Hauptmann Vogel soll nicht lebensgefährlich verwundet, sondern nur am Beine von einer Kugel schwer getroffen sein.

— 2¼ Uhr. Vor dem Ausgang der National-Versammlung stehen mehrere Kolonnen Bürgerwehr. Die Abgeordneten verlassen ungehindert das Gebäude. Die Masse scheint sich zu vertheilen, da es heftig regnet. (Deutsche R.)

Was wird die National-Versammlung beschließen nach diesem Einschüchterungsversuche im Großen?

††Vom Rhein, 17. Okt. Während alle Berichte darin übereinstimmen, daß der 15. Oktober, das erste Wiegenfest des konstitutionellen Königs, vom ganzen Niederrhein und vor allen Dingen in dem altrheinischen Theile der Provinz, im Bergischen Lande, von der Bevölkerung mit einem Glanze und Enthusiasmus begangen worden ist, welcher die doch immer mehr aber wenigere offizielle Feier früherer Jahre weit hinter sich ließ, hat die Demokratie — und der Ausdruck gestaltet sich mehr und mehr identisch mit Republikanismus — nicht verfehlen wollen, eben diesen Tag zu einer Demonstration in ihrem Sinne zu benutzen. Wir haben bereits demokratische Versammlungen und Zusammenkünfte alles möglichen Schlages, nur noch kein demokratisches Bankett gehabt. Diesem dringenden Bedürfnisse sollte dabei zugleich genügt werden; die Demokratie von Düsseldorf hatte ein solches Bankett angesetzt, das Couvert sollte für den demokratischen Preis von 5 Sgr. gegeben werden, die Frauen der Demokraten konnten sich daran betheiligen und die Einladung hieß auch namentlich die „demokratischen Brüder in der Armee" willkommen. Es wurde indeß diese partikulare Demonstration einstweilen wieder bei Seite gelegt und dafür, in Verbindung mit den Demokraten von Köln, eine zweite große Volksversammlung nach Warringen ausgeschrieben. Die frühere Volksversammlung hatte bereits die rothe Republik proklamirt, vielleicht wollte man jetzt ein Stück preußische Regierung machen, da die Provinz, nachdem der vom „Volke" von Köln erwählte Sicherheitsausschuß gänzlich verschollen ist, sich in der traurigen Lage befindet, sich fort und fort von den gesetzlichen Behörden knechten lassen zu müssen. Aber wiederum „kam das Schicksal, rauh und kalt." Die Volksversammlung, der Masse nach diesmal aus den zur Kirmeß nach Warringen gezogenen Bauern bestehend, war eben eröffnet und die Aufforderung der Behörde, auseinander zu gehen, von dem souveränen Volke natürlich nicht beachtet worden: aber plötzlich wurden in der Ferne die Lanzen und flatternden Fähnlein einer Abtheilung Uhlanen sichtbar und hinter ihnen rasselten 2 Geschütze nach, und im Nu war die Versammlung auseinander gestoben und die Flüchtlinge, die Niemand jagte und Niemand verfolgte, machten nicht eher Halt, bis der Rhein zwischen ihnen und den „Scharen der Gewalt" floß. Das war das Ende der großen Volksversammlung zu Woeringen.

Herr Wesendonck hat als Antwort auf die zur Uebermittelung an die Nationalversammlung ihm mitgetheilte Adresse, ein Schreiben an den Volksklub in Düsseldorf gerichtet, in welchem es am Schlusse folgendermaßen heißt: „Wenn ich nun gleichzeitig aufgefordert werde, mit der Partei der äußersten Linken aus der Nationalversammlung auszutreten, so habe ich darauf zu erwiedern, daß gemäß Parteibeschluß ein Einzelner nicht austreten soll, daß aber der Austritt der ganzen Partei in diesem Momente von uns um so weniger rathsam gefunden wird, als die letzten Ereignisse in Wien unserer Stellung im Parlamente leicht einen besseren Halt geben dürften."

Uebrigens scheint dieser Volksklub, seitdem der Glanz der demokratischen Gesellschaft in Köln, die auch mit ihrem Ruhme oder wenigstens mit ihrem Lärmen die Welt erfüllte, im Erbleichen ist, die Leitung der demokratischen Bestrebungen am Rhein vorzugsweise in seine Hände nehmen zu wollen. So hat er denn neuerdings nach einen andern Beschluß gefaßt, der als Beitrag zu der Geschichte des unsinnigen Treibens, wie es hier grassirt, in Ihrem Blatte wohl eine Stelle verdient. Sie erinnern sich, daß vor Kurzem in der Berliner Nationalversammlung die Abgeordneten Bloem und von Berg den Antrag stellten, die Versammlung möge, ihren höchsten Unwillen über die jüngsten Ereignisse in Frankfurt bekundend, die Erklärung abgeben, daß sie jede Störung der deutschen Nationalversammlung in der völligen Freiheit ihrer Berathungen und jede rohe Gewalt gegen dieselbe tief beklage und die Regierung ersuche, die deutsche Centralgewalt zur Unterdrückung solcher Angriffe überall kräftig zu unterstützen. Herr Bloem ist der Abgeordnete von Düsseldorf und so konnte der Volksklub bei diesem unerhörten Antrag nicht müßig bleiben und erklärte wie folgt: „In Erwägung, daß dieser Antrag an und für sich den höchsten Unwillen der demokratischen Partei verdient (man weiß wirklich nicht, ob in dieser Erwägung der Blödsinn oder die Unverschämtheit größer ist); in Erwägung ferner, daß dieser Antrag zu einer Zeit gestellt wurde, wo das Berliner Volk der Vereinbarungsversammlung schützend zur Seite stand und die Reaktion nur auf eine Gelegenheit wartete, um die Versammlung aufzulösen: beschließt der Volksklub, daß der Abgeordnete Bloem das völlige Mißtrauen der Volksklubs-Mitglieder besitzt."

So der Volksklubb von Düsseldorf. Und doch, was ist das Alles gegen die Art und Weise, wir die schlesische Demokratie gegen die gesetzliche Vertretung Deutschlands aufritt? „Die Redaktion dieser Zeitung" — so läßt sich die in Breslau erscheinende Allgemeine Oderzeitung vernehmen — „wird hinfort keine Berichte über die Gesellschaft in der Paulskirche mehr mittheilen. Eine Versammlung, welche im Bewußtsein ihrer verlorenen Ehre sich durch Strafgesetze vor der Kritik sicher stellen muß, ist moralisch todt. Ihr gegenüber hat die Presse nur noch Eine Waffe, Verachtung und Schweigen." Noch einmal, es ist die gesetzliche, freigewählte Vertretung Deutschlands, gegen welche die Partei, die sich ausschließlich als das Volk zu betrachten scheint, sich eine solche Sprache erlaubt.

Bonn, Anfang Okt. Hier ist ein „Aufruf an die deutsche Nation" erschienen, eine Aufforderung, zu einem Denkmal für Auerswald und Lichnowsky beizusteuern. Es soll die Wohnung des Gärtners Schmidt angekauft, das Gebäude abgetragen und an dessen Stelle eine des Ereignisses würdige Gedenktafel errichtet werden. (Eine dieser Männer würdige Gedenktafel darf man nicht an den Ort der Gräuelthat setzen, sondern an die Stätte ihrer Heimath und ihres Wirkens, wie bei H. v. Auerswald bereits geschehen; eine des Ereignisses würdige Gedenktafel müßte eine Schandsäule sein, mit der man wenn das Gedächtniß der That verewigen, noch den edlen Namen der Todten in Verbindung bringen soll.)

** Vom Main, 19. Okt. Die Rede des Königs von Preußen an seinem Geburtstage, hat hier in der Gegend einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgebracht. Durch das gegenwärtige aufrichtige Verhalten der preußischen Regierung gegenüber der Reichsgewalt, verbunden mit der wahrhaft musterhaften Haltung und Mannszucht der preußischen Truppen in unseren Städten und Dörfern, war allmälig unbewußt der alte Preussenhaß mehr und mehr geschmolzen und viele bis dahin äußerst haßnäckige Gemüther hatten sich mit dem Gedanken ausgesöhnt, daß Preußen jedenfalls an die Spitze Deutschlands gestellt werden müsse, wenn die deutsche Einheit zu Stande kommen sollte. Die warmen Patrioten hofften, daß wenigstens von nun an in Berlin die alten Fehlschritte vermieden werden würden; wir feiern hier alle mit froher Aussicht auf die nach und nach sich besser gestaltende Zukunft Deutschlands das Wiegenfest des mächtigsten deutschen Königs — da muß er vor aller Welt Dinge aussprechen, die gelind beurtheilt unkonstitutionell, jedenfalls unpolitisch sind. Ihr geistreicher †† Stuttgarter Korrespondent hat Recht, wenn er sagt: „das muß Preußen sein Feind lassen, es besitzt ein merkwürdiges Glück darin, Deutschland stets an der empfindlichsten Stelle auf den Fuß zu treten, beziehungsweise ins Gesicht zu schlagen!" Jetzt fragen hier Viele — und das sind noch die Mildesten — wie vermag nur ein Fürst, welchen man immerfort den geistreichen nennt, so sehr seine Zeit zu verkennen, daß er auf Benennungen einen Werth legt, die ans Nichts, als aus den Buchstaben bestehen, welche sie bilden? und (mit erhobenem Accent) wie vermag er, wenn er auch bei sich das „von Gottes Gnaden" so hochstellt, als unverantwortlicher König ohne Wissen seiner Minister Front gegen den gesetzmäßigen Beschluß der Landesversammlung in einem öffentlichen Privatgespräche, bei der Feier seines Geburtstages zu machen, wo er weit mehr Mensch als Monarch ist? Sind das die Früchte von Humboldt's und Ancillon's Erziehung? O, über die unglückselige Romantik! In der Poesie hat sie Deutschland seine klassische Literatur gekostet, in die Politik gebracht, kann sie ihm seine ganze staatliche Größe kosten! Oder glaubt man alles Ernstes in Potsdam, daß es heut zu Tage noch „starke Arme" gegenüber dem auf gesetzlichem Boden stehenden Bürgerthume gibt? Das zu Grabow gesprochene Wort schmeckt sehr nach jenem bekannten: „Keine

Macht der Welt soll mich zwingen" u. s. w. Man täusche sich doch ja nicht! Durch ein fortgesetztes Auftreten dieser Art wird man Nichts bewirken, als daß alle diejenigen, die jetzt mit der ganzen Kraft und Sittlichkeit für Ordnung und Recht in Deutschland kämpfen, unwillig die Wahlstatt verlassen, weil hinter ihrem Rücken die Träger des von ihnen aufrecht gehaltenen Princips sich selbst unmöglich machen; ja daß vielleicht manch edles Herz in verzweifelten Mitteln die einzige Rettung für die nun einmal nie und nimmer wieder aufgegebene Freiheit und Größe des Vaterlandes sucht! —

Anhalt-Bernburg. Bernburg, 13. Okt. (Magdb. Ztg.) Auch Bernburg hat seit heute einen Landtag, der sich für permanent erklärt, die exekutive Gewalt an sich genommen und einen Landtags-Ausschuß niedergesetzt hat. Folgende heute hier mittelst einer Extra-Beilage zum Regierungs-Blatt veröffentlichte Bekanntmachungen geben näheren Aufschluß über diese Krisis:

Mitbürger! Das Staats-Ministerium ist seit der Berufung des jetzigen Landtages die Ursache gewesen, daß derselbe nicht im Stande war, seiner Pflicht ganz zu genügen. Nach wiederholtem Kampfe erklärt sich der Landtag durch einen Beschluß mit 17 zu 5 berechtigt, über die berathenen Gegenstände zu beschließen, und dies geschah namentlich, um langjährigen Beschwerden des Volkes endlich abzuhelfen. Umsonst! Das Ministerium handelte nicht allein in ein paar Fällen den Beschlüssen geradezu entgegen, sondern es verweigerte noch gestern eine Erklärung über diese Kompetenz, und erklärte heute, es habe darüber den Willen unseres geliebten Herzogs noch nicht eingeholt, könne also ohne denselben die Kompetenz nicht anerkennen. Da zeigte sich eine völlige Entrüstung der hiesigen Bürger; der Landtag trug auf Sitzung ohne die Minister an, und es wurden die hier beigefügten Beschlüsse gefaßt. Mitbürger! Ihr seht daraus, daß Se. Hoheit der Herzog um Entfernung einiger, dem Lande Unheil bringender Personen gebeten worden, daß im Augenblicke der Landtag das gesetzliche Organ ist, welches die Verwaltung in die Hand genommen hat, aus Treue für unseren Herzog, aus Neigung zu gesetzlicher Ordnung. Mitbürger! Werft einen scharfen prüfenden Blick auf Alles, was bis jetzt von uns aus geschah, um zu finden, daß wir uns bestrebten, den Erwartungen zu entsprechen, die Ihr durch Euere Wahl in uns gesetzt habt! Vertraut uns noch eine kurze Zeit, und Ihr werdet sehen, daß uns Euer Wohl wahrhaft am Herzen liegt. Verlangt nicht, daß wir darüber viel Worte machen, leset, prüfet — und Ihr werdet wahr finden, was wir Euch sagen. Aber deshalb vertraut uns nicht blos, sondern unterstützt uns auch! Unterstützt uns, damit es nicht einzelnen Böswichtern gelinge, durch böswillige Gerüchte Euch irre zu führen. Vertraut und unterstützt uns, dasjenige zu Ende zu bringen, was uns selbst wie Euch am Herzen liegt, und was schon fertig wäre, ohne jene unselige Behinderung durch das Ministerium. Aber gerade diese Unterbrechung des gewöhnlichen Ganges der Dinge berechtigt uns zu der Bitte, Alles zu vermeiden, was entfernt die Ordnung stören könnte, Alles zu thun, um dieselbe zu erhalten. Und namentlich in die Bürgerwehren setzen wir das feste Vertrauen, sie werden nöthigenfalls nichts unversucht lassen, in gleichem Sinne zu wirken. An die Behörden ist verfügt worden, bis auf Weiteres keinen Ministerial-Befehlen Folge zu leisten. Gott erhalte den Herzog!

Bernburg, den 13. Okt. 1848.

Großbritannien.

London, 15. Okt. Unserm gestern gegebenen Versprechen gemäß, hier einige Auszüge aus den Betrachtungen englischer Zeitungen über die Wiener Katastrophe. Der „Standard" beginnt drastisch genug: „Rebellen und Meuchelmörder herrschen in der Hauptstadt Oesterreichs. Noch einmal hat der Kaiser seine Person durch die Flucht in Sicherheit gebracht, und Wien ist der Sorge des Reichstags anheimgegeben und den Mördern und Räubern überlassen, welche dessen Autorität anerkennen und ihre eigene ausüben. Graf Latour, der Kriegsminister, wurde auf brutale Weise von den Freunden des Fortschrittes und der aufgeklärteren Bildung gemordet. Der unglückliche Minister wurde aus seiner Amtswohnung herausgezerrt und in den Straßen mit Aexten, Hämmern und Keulen todtgeschlagen, wie ein toller Hund." Der „Standard" findet es unter diesen Umständen sehr natürlich, daß der Kaiser seine „geliebten Wiener" sich selbst überlassen habe, findet auch das Manifest, welches er vor seiner Abreise ausgehen ließ, äußerst vernünftig, „eines gescheitern Mannes würdig, als der Kaiser zu sein im Rufe steht." Wenn es heiße, das Eigenthum sei von den „frivolen" Wienern geachtet worden, so frage sich, ob das Eigenthum achten heiße, wenn man Waffenläden bestiehlt, Zeughäuser plündert und Alles, was Einem in den Weg kommt, als sein Eigenthum behandelt, um es zur Errichtung von Barrikaden zu verwenden? Es sei zwar in Wien, wie überall auf dem Festlande, wo die Revolution ihr Banner aufgepflanzt: die Freunde der Ordnung bildeten die überwiegende Mehrheit, die Verschwörer die Minderheit, aber diese allein besäßen Energie, so ständen jene vor letzteren, wie tausend Schafe vor einem halben Dutzend grimmiger Hunde. „Folgt nun eine warme Lobrede des altösterreichischen patriarchalischen Systems, doch mit der Bemerkung: es habe sich bei diesem System erwiesen, daß es nicht genug sei, für das materielle Wohl des Volks ausschließlich zu sorgen und dessen Phantasie durch Augenlust und festliche Schauspiele zu beschäftigen. Das alte System habe darin gefehlt, daß es versäumt, die oberen und mittleren Klassen mit einer männlichen Sittlichkeit zu erfüllen; da sei nichts Ernstes in ihrem Leben; Militärparaden, diplomatisches Büreau, Theater und Ballsaal, das seien für neun Zehntel derjenigen Oesterreiche, die durch eine Revolution Alles zu verlieren und Nichts zu gewinnen hätten, die einzigen Tummelplätze ihres Daseins. Die große, schwere Zeit habe die Oesterreicher wie Kinder angetroffen. Der Artikel schließt: „Wenn die Revolution ihr Haupt erhebt, wenn die Säulen der gesellschaftlichen Ordnung in ihren Grundpfeilern zu wanken beginnen, dann zeigt sich, daß ein blos dem Vergnügen gewidmetes Volk nicht sittliche Kraft genug hat, dem fanatischen Reiz der Revolte Widerstand zu leisten und durch seine höhere Majestät dem aufquellenden Geist der Rebellion Zaum und Zügel anzulegen." Die deutschen Professoren mit ihrer „negativen Philosophie", die dem „Standard" zufolge, überall in der Vorderreihe der Revolte stehen, kommen in diesem Artikel übel weg.

London, 16. Okt. Auch die Times erhebt sich in Entrüstung gegen die Politik, welche England in Sicilien befolgt hat. Es sei, meint sie, die Aufgabe Englands gewesen, eine die Interessen und Ansprüche beider Parteien gerecht ausgleichende, offene und männliche Politik zu befolgen und sich so den Dank beider Parteien zu verdienen; statt dessen habe es eine Politik eingeschlagen, wodurch es sich den Anschuldigungen und Einsprüchen von beiden Seiten ausgesetzt sehe. Weiter heißt es: „Die von England der insurrektionellen Regierung von Sicilien und selbst der Uebertragung der Krone gewährte Ermuthigung und Unterstützung hat natürlich am Hofe von Neapel gegen uns eine argwöhnische und feindselige Stimmung hervorgerufen und unsern Einfluß daselbst vernichtet. Es wurde ein Versuch gemacht, diesen Einfluß durch Einschüchterung wieder zu gewinnen, aber dieses Manöver hatte nichts weiter zur Folge, als daß es die Sicilianer in ihren falschen Erwartungen bestärkte. Trotz der Demonstration, welche Sir W. Parker mit seiner Flotte unternahm, segelte das neapolitanische Geschwader ab und bewerkstelligte den beabsichtigten Angriff auf Messina. In diesem kritischen Augenblick sahen sich die Sicilianer nach der Hilfe um, auf die sie vertrauensvoll gerechnet hatten, und sie klagten sofort die englische Regierung an, daß diese sie ihrem Schicksal überlassen habe. Wir glauben zwar nicht, daß irgend ein britischer Agent ihnen die direkte Zusage einer von der britischen Regierung zu leistenden Hilfe gemacht, aber doch waren die Handlungen und die Aeußerungen gewisser Vertreter Englands geeignet, Hoffnungen zu erwecken, die man nicht erfüllen konnte. Somit hat die Verfahrungsweise der britischen Regierung nur dazu gedient, beide Parteien irrig zu machen und zu reizen und durch eine nicht so gemeinte Einschüchterung und eine trügliche Hilfe den Streitknoten noch mehr zu verwickeln." Es ist allerdings schon beachtenswerth genug, daß die Times sich überhaupt gegen diesen Streich Palmerston'scher Politik erklärt; welche Worte moralischen Ingrimms hätte aber diese offizielle Zeitung John Bull's, die ihr ganzes noch übriges Christenthum in ihren Spalten verausgabte, um unser Auftreten gegen Dänemark zu züchtigen, finden müssen, um gebührend den von der englischen Politik in der sicilianischen Angelegenheit geübten Doppelverrath zu brandmarken! Für offenbare Schlechtigkeiten hat die Geschichte mindestens ein ebenso zuverlässiges Gedächtniß als für Schwachheiten und Halbheiten, diese rächen sich wohl auch, und bald; jene vielleicht spät, aber um so gewaltiger.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kleffelbach.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 20. Okt.) Wien (Telegraphische Depeschen. Der Stand der Dinge.) Münster (Der Bischof zum Empfang nach Würzburg gereist.) München (Abreise der Herren Welcker und Mosle. Die Erzherzogin Sophie. Der angebliche Interventionsplan in Oesterreich. Pöbelexcesse an diesem Tage.)

Großbritannien. London (Stimmen der englischen Zeitungspresse über die Wiener Revolution, Schluß. Eindruck der Wiener Revolution auf den Privatcredit. O'Donaghar in Clonmel schuldig gesprochen.)

Frankreich. Paris (Große Mehrzahl für das Ministerium. Urtheile der Journale — Sitzung der National-Vers. Die „Reserve" über Italien.)

Schweiz. Luzern (Siegwart Müller.)

Ungarn. Pesth (Truppen gegen Jellacic. Die gefangenen Kroaten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 20. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 20. Oktober.

Tagesordnung der 100. öffentl. Sitzung.

1) Fortsetzung der Berathung über den vorgelegten Abschnitt des Verfassungs-Entwurfs, und zwar über die §§. 2 und 3.
2) Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Ausschuß für Geschäftsordnung.

Zur gestrigen Sitzung ist nachzutragen, daß Libelt am Schlusse derselben seinen Protest der angeblichen Mehrheit des Großherzogthums Posen wider die Einverleibung in Deutschland zu Protokoll gab, nach dessen Verlesung Kerst von Posen erklärte, da Herr Libelt nur Einen Kreis der ehemals polnischen Landestheile vertrete, so behielten sich die Abgeordneten der übrigen Bezirke ihre Eröffnungen in einem ganz entgegengesetzten Sinne vor.

Den Vorsitz führt Heinrich v. Gagern. Nach wenigen kurzen Anzeigen, die kaum einige Minuten hinwegnehmen, wendet sich die Versammlung zum Gegenstande der Tagesordnung. Die drei gleichzeitig zur Berathung ausgesetzten Paragraphen des Artikels II des Vers.-Entwurfs lauten nach dem Mehrheitsberichten:

Artikel II. §. 2. Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nicht-deutschen Ländern zu einem Staate vereinigt werden.

§. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nicht-deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

§. 4. Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nicht-deutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder in demselbrn eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.

Die hierzu mitgetheilten mannigfachen Unter- und Verbesserungsanträge haben ausschließlich Oesterreich und dessen schwierige Lage im Auge. Die eine Gruppe dieser Anträge will demnach die Entscheidung über die österreichischen Verhältnisse für jetzt vertagt wissen. Ein anderer Antrag hingegen sucht nach der Form einer Ausnahmestellung Oesterreichs zum Reiche. Noch gibt die lange Reihenfolge der eingezeichneten Redner Veranlassung zu einem Streite, dann wird die Debatte eröffnet, indem Fritsch von Ried das Wort erhält. Seinem Vortrage fehlt alle rednerische Rundung und er vermag deshalb so wenig Aufmerksamkeit dafür zu erregen, daß er in dem Geräusche der Versammlung kaum vernehmbar bleibt. Fritsch spricht gegen den Vorschlag des Verfassungsentwurfs, der Oesterreich auseinanderreißen und es aus tausend Wunden bluten machen würde. Auch ist er der Meinung, daß Deutschland kein Recht zu solcher Trennung der österreichischen Lande habe, deren Verband durch die pragmatische Sanktion verbürgt sei und durch die Verträge von 1815. Nach ihm verbieten die politischen Rücksichten ebenfalls die Annahme des Verfassungsvorschlags. Denn nur durch Gewalt würde die Umgestaltung durchzusetzen und für Deutschland selbst vom größten Nachtheile sein, indem es damit die großen Nebenländer des Ostens von sich stoße. Auf Fritsch folgt

Eisenmann von Nürnberg. Gleich seine ersten Sätze, in denen er den geellen Unterschied der Frühlings-Hoffnungen Deutschlands mit den Schwierigketten oergleicht, die jetzt das ganze Einigungswerk mit Oesterreich zu vereiteln drahen, rufen den lebhaften Beifall der linken Seite des Hauses auf. Die pragmatische Sanktion, auf die man zu seiner Ueberraschung zurückkamme, ist ihm nichts als das Instrument eines Fideikommisses für das Haus Lothringen-Habsburg. Eine völkerrechtliche Bedeutung kann er ihr nicht bemessen. Haben wir so manches Andere unter den Tisch geworfen — warum nicht auch dies Papier? Dann entwirft Eisenmann eine Geschichte der neuen ungarischen Verfassung und der Verwickelungen mit Jellacic, wie er denn eben diese Verhältnisse von seinem Standpunkte aus ansieht. Treulos sei die österreichische Kamarilla gegen Ungarn gewesen, treulos werde sie auch gegen Deutschland verfahren. Er polemisirt dann eifrig uno mit einem gewissen Humor gegen die deutschen Zeitungen, und namentlich gegen die leitenden Artikel der O.-P.-A.-Ztg. Von seinen lieben Freunden, den Ungarn, behauptet der Redner, daß sie für die Personalunion und, er könne versichern, auch bereit seien, einen Theil der österr. Staatsschuld zu übernehmen. Das feste Heranziehen Oesterreichs an Deutschland werde unter Andern auch gefordert des nöthigen Gegengewichts zu Preußen wegen, dem sonst nur kleinere Staaten zur Seite ständen. Ob ein Abgeordneter glaube, das Recht zu haben, 8 Millionen deutscher Brüder preißzugeben? Er habe weder die Vollmacht der Wähler, noch den Muth dazu. „Schaffen Sie die Einheit Deutschlands — das Andere wird Alles folgen!" (Beifallsklatschen und Bravo.)

Ohne das unterhaltende Talent Eisenmann's, aber mit klarer Würdigung der Verhältnisse und mit größerer Sicherheit der Auffassung fordert Arnek oon Wien Modifikationen zu dem Gesetzaorschlage der drei §§. Ohne diese Modifikationen sei keine Vereinigung mit Oesterreich möglich. Von den Eisenmann'schen Behauptungen greift er namentlich die heraus, welche Deutschland des Undanks gegen Ungarn bezüchtigt, um sie geschichtlich zu widerlegen und nachdrücklich zurückzuweisen. Der Einfluß Oesterreichs auf seine nicht-deutschen Provinzen sei unumgänglich nöthig, damit deutsche Gesittung und Freiheit gegen Osten hin verbreitet und damit den russischen Fortschritten an der unteren Donau begegnet würde. Ein Beschluß der Nat.-Vers., wie ihn der Verfassungsausschuß beantrage, würde die Sulinamündungen nach Preßburg verlegen, und daß die Behandlung der deutschen Schifffahrt von Seiten der Ungarn nicht glimpflicher sein werde, als von Seiten der Russen, dafür sprächen beredte Beispiele. (Hört!) „Sie haben kein Recht, durch die Annahme eines solchen Beschlusses Oesterreich aon Deutschland zu scheiden. Denn zur Scheidung würde Ihr Beschluß drängen. Stoßen Sie nicht das schönste der deutschen Länder oon sich!" (Bewegung im Hause.)

Reitter von Prag steht wieder auf dem entgegengesetzten Standpunkte, also auf dem des unbedingten Anschlusses von Oesterreich. Seine Hauptgründe entlehnt er den Gefahren, die Deutschland oon den Slawen drohen, wenn es zugibt, daß Oesterreich anstatt eines streng-deutschen Reichslandes, ein aorzugsweise slawisches Reich werde. „Lieber die russische Knute, als die deutsche Freiheit," habe Einer der slawischen Häuptlinge in Prag gesagt, dem gegenwärtig der österreichische Hof sein besonderes Vertrauen schenke. Sechs Monate hätten wir auf Oesterreich gewartet — die Zeit des geduldigen Zusehens sei vorüber, und endlich müsse Europa überzeugt werden, daß das neue Deutschland kein ossianisches Nebelreich sei. Die Beispiele von der Bedrängniß des deutschen Elements in Böhmen, welche Reitter aufzählt, werden von dem wiederholten „Hört! Hört!" der Linken begleitet und der Redner sucht nicht nur nachzuweisen, daß man sich täusche, wenn man den deutschen Geist vorherrschend glaube in den gemischten Ländeen, denn die Slawen seien Meister derselben, sondern auch, daß die Schwierigkeiten der völkerrechtlichen Auseinandersetzung durch die Personalunion eher vermindert als vermehrt würden. Ja, diese Personalunion sei die einzige Rettung für die Dynastie und Monarchie Oesterreichs. Schließlich bittet Reitter, die Frage bei Leibe nicht als eine Parteifrage zu betrachten. Sie sei eine rein nationale, über der sich alle politischen Fraktionen die Hände zu reichen hätten. (Beifall.)

Eine großartige Auswanderung aus dem Hause bringt das Erscheinen Wiesner's auf der Rednerbühne hervor. Wir wollen dennoch sein geistreiches Wortspiel nicht unerwähnt lassen, womit er den heutigen Zustand Deutschlands zu bezeichnen meint. „Früher habe der Spruch gelautet: Kein Oesterreich und kein Preußen! Jetzt habe aber Preußen die Erlaubniß von dem schwarzgelben Oesterreich, Deutschland zu verschlingen, und so heiße es denn: „Kein Oesterreich, aber Ein Preußen!" (Forts. f.)

Digitized by Google

** **Wien**, 15. Okt. In der Reichstagssitzung wurden heute zwei an den Ausschuß gelangte telegraphische Depeschen verlesen. Die erste vom Gubernial-Präsidenten Grafen Lazansky lautet: „Der Kaiser ist heute (14. Okt.) um 4 Uhr 15 Minuten Nachmittags unter dem Jubelruf des Volkes in Ollmütz angekommen. Durch ganz Mähren begleiteten denselben die lautesten Beweise der Liebe, Anhänglichkeit und Dankbarkeit der Städte und der Landleute, denen Se. Majestät selbst versicherten, daß ihnen jene Freiheiten, die die allerhöchste Sanktion erhalten haben, ungeschmälert belassen werden. Der Wagen Sr. Majestät wurde in Ollmütz vom Volke gezogen." Die zweite Depesche ist vom Reichstags-Abgeordneten Herrn Alois Fischer an den permanenten Ausschuß, sie lautet: „Die heute (14. Okt.) von Wien abgegangene Deputation kam Nachmittags um 2 Uhr in Ollmütz an. Se. Majestät der Kaiser traf zwei und eine halbe Stunde später ein, und ließ der Deputation alsogleich eröffnen, daß er morgen früh 11 Uhr sie empfangen werde."

* Am 16. erwartete man in Wien den Angriff der ungarischen Armee, und damit die Entscheidung. Die mehr und mehr sich organisirende Streitmacht in der Stadt, jetzt auf etwa 80,000 Mann sich belaufend, scheint nur jenes Signal zu erwarten. Ob die Ungarn zum Angriff sich entschließen, ob sie Jellacic zum Kampfe zwingen können, steht freilich dahin. Wie möchten zumal das Letztere bezweifeln. Der Ban steht in günstiger Position, mit freier Verbindung nach Oberösterreich und der böhmischen Verstärkung hin. Die Hoffnungen der Wiener auf die Erhebung des Landvolks im Rücken der Truppen scheinen ganz nichtig, und in diesem Fall ist sicher die Vermeidung des Kampfes von Seiten der kais. Truppen die bessere Taktik. Ein bedeutsamer Brief der Allg. Ztg. erwartet eine Hauptentscheidung der drei großen Fragen, der magyarisch-kroatischen, der deutsch-czechischen und der zwischen Kamarilla und Volksregierung. Wir möchten daran zweifeln. Entscheidende Lösungen, zumal durch Gewalt der Waffen, scheinen uns nicht recht im Geiste dieser Zeit zu liegen, und dem rohen Rassenkriege stellen sich gar viele politische Erwägungen, gar viele in der Kultur der Zeit liegende Hemmnisse entgegen. In dem Ultimatum des Reichstags an Jellacic, in dem Kongreßplan Borrosch's sehen wir freilich nichts, was die Spannung löse, was zum offenen Kampf oder zum Frieden führen könnte. Das erste wird keinen Einfluß haben auf die Operationen der Heere; der zweite, diktirt von dem humanitarischen Geiste, der die Wiener Radikalen in ihrer ersten Blüthezeit beseelte, ist im jetzigen Augenblick nur ein letzter, schwacher, verzweifelter Versuch, auf dem weitläuftigen Wege eines Disputatoriums nachzuholen, was die österreichische Regierung im rechten Augenblick mit staatsmännischem Sinn und auf staatsmännischem Wege zu thun versäumte. Ist noch ein Kompromiß, eine friedliche Lösung möglich, so ist sie es sicher nicht durch Diskussionen und Kongresse, sondern durch die feste Leitung eines energischen, staatsmännisch gebildeten Willens. Wo er zu finden wäre? darauf können wir freilich nicht antworten; aber daß Grundlagen und Werkzeuge vorhanden wären für seine gestaltende Thätigkeit, davon sind wir noch stets überzeugt. Wenn man vom Rassenkrieg spricht, so übersieht man immer die Gebildeten und Gemäßigten von jedem Stamme. Deren gibt es vorzugsweise unter den Czechen; sollte gerade daher der blinde Haß der Wiener Radikalen gegen diese führen? Die Haltung der czechischen Jouenale widerlegt viele Anklagen; es zeigt sich, daß auch in Prag neben einer excentrischen Nationalpartei eine excentrische Freiheitspartei, und zwischen beiden eine gemäßigte, nationale Entwicklung und konstitutionelle Freiheit erstrebende Partei besteht. Weder der nationale Gedanke, noch das demokratische Freiheitsstreben herrschen dort, wie allenthalben ausschließlich, am wenigsten aber, wie man in Wien behauptet, unbedingte Hingebung an Reaktion und Kamarilla. Wie im Juni d. J. in Wien Sympathieen für Prag eine Brücke über den nationalen Zwiespalt bauten, so heute in Prag Sympathieen für Wien, die in Prager Journalen so offen ausgesprochen werden, wie die Mißbilligung der Entfernung der czechischen Abgeordneten von Wien, die doch auch zu entschuldigen ist, wenn man den aufgestachelten Volkshaß gegen diese Abgeordneten, die auf der rechten Seite saßen, und die daran grenzende Lynchjustiz bedenkt. Wir bleiben bei der Ueberzeugung: die Maßlosigkeit und Blindheit der Wiener Radikalen hat hier die Elemente einer dauerhaften Mittelspartei zwischen anarchischen Freiheitsbestrebungen und rohen Nationalvorurtheilen recht mit gewaltsamer Absicht von sich gestoßen. Hier vergaßen sie ihre Humanitätstendenzen — die, wie es scheint, immer nur den rohen Massen galten — um sie jetzt, in der elften Stunde, unter Leitung eines Slaven wieder aufzunehmen.

Unser △ Korrespondent sagt, Auerspeg und Jellacic hätten dem Reichstage erklärt, seine letzte Adresse um einen Völkerkongreß unterstützen zu wollen. Die Aktenstücke liegen uns vor, es scheint uns nicht erforderlich, sie ganz mitzutheilen, aber die erwähnte Behauptung ist darin nicht bestimmt ausgesprochen; es heißt nur, die Kommandirenden hätten erfahren, daß der Reichstag Schritte gethan zu friedlicher Ausgleichung; in diesem Sinne aber sei es vor allem nothwendig, die bekannten Forderungen zu erfüllen. Die Antwort des Reichstags ist würdig und energisch; der wesentliche Inhalt ist der von unserm △ Korrespondenten mitgetheilte.

Münster, 13. Okt. Sicherem Vernehmen nach wird der hochw. Bischof in Begleitung des Domkapitulars Krabbe am 21. zu der beabsichtigten Zusammenkunft der deutschen Bischöfe zu Würzburg abreisen. Es heißt, auch die ungarischen Bischöfe würden sich den deutschen anschließen. Aller Augen sind hier auf den „großen Tag" gerichtet. (Rh. B. H.)

* **München**, 17. Okt. Die Herren Welcker und Mosle sind an diesem Tage, nachdem sie noch einen Besuch der Minister des Innern und der Finanzen, Thon-Dittmer und Lerchenfeld, erhalten hatten, abgereist. — Die Allg. Ztg. bezweifelt, vermuthlich mit Recht, die von baierischen Blättern gemeldete Ankunft der Erzherzogin Sophie in Tegernsee.

Wir stimmen vollkommen damit überein, daß die Allg. Ztg. die (angeblich beabsichtigte) Benützung baierischer Truppen zur Intervention in Oesterreich als einen schweren Mißgriff bezeichnet. „Der Einmarsch baierischer Truppen", sagt die Allg. Ztg., „oder anderer Bundesheertheile auf österreichischem Gebiet würde von allen Seiten dort mit größtem Mißtrauen aufgenommen werden und müßte die Verwirrung nothwendig vermehren, ohne daß diese Truppen im Stande wären, nach irgend einer Seite eine Entscheidung herbeizuführen." Es ist sehr leicht über Bedeutung und Tragweite der österreichischen Bewegung sich zu täuschen, und noch leichter, daran voreilige Hoffnungen und Plane zu knüpfen. Uebrigens haben wir guten Grund zu glauben, daß man in Frankfurt an eine Intervention nicht im Ernste denkt.

Außerdem werden von München Bierkrawalle und die rohesten Pöbelexzesse gemeldet, verübt an Brauhäusern, Bäcker- und Kaufläden. Am 18. Okt. Nachm. 3 Uhr waren alle Läden geschlossen und die bewaffnete Macht wurde durch Generalmarsch aufgeboten.

Großbritannien.

London, 16. Okt. Der „Standard" bemerkt: „Die öffentl. Aufmerksamkeit beschäftigt sich allein mit den Angelegenheiten der österr. Monarchie, welche für den Augenblick die Nachrichten aus Frankreich bis zu einem gewissen Grade in den Hintergrund gedrängt haben. Abgesehen von der ungemeinen Wichtigkeit derselben in politischer Hinsicht, befürchtet man auch gar sehr, daß die Erschütterung in der Hauptstadt Oesterreichs ernstlich auf den Privatkredit drücken und Bankerotte zur natürlichen Folge haben wird. Man erhielt in der City Briefe vom 10., welche darauf hindeuten, daß bereits mehrere Häuser ihre Zahlungen eingestellt hätten, aber es ging Alles so drunter und drüber, daß man nichts Genaueres erfahren konnte." Die Konsols, die wieder einen ziemlich hohen Stand erreicht hatten, sind auf 84⅞ zurückgegangen.

Auch O'Donaghue, des Hochverraths und der Aufwieglerei angeklagt, ist vom Gerichtshofe zu Clonmel schuldig gefunden worden. Für Smith O'Brien spricht sich die Theilnahme immer lebhafter aus, unter andern haben die Dubliner Universität und eine Anzahl katholischer Bischöfe an den Lordlieutenant das Gesuch gerichtet, das Leben O'Brien's zu schonen.

Das „Morning Chronicle" macht unter andern folgende Bemerkung: „Unter all den Schrecken, welche die österreichische Monarchie betroffen haben, ist die von dem aufständischen Pöbel dargethane brutale Wildheit das Verhängnißvollste. Die Mörder Lichnowsky's und Auerswald's haben nebenbuhlerische Nachahmer gefunden. Das grausame Schicksal des tapfern und getreuen Grafen Latour, welches demjenigen des Grafen Lamberg und Zichy so rasch auf dem Fuße folgte, ist ein furchtbares Wahrzeichen der Geschicke, welche diesem unglücklichen Lande bevorstehen. Welches kann das

Digitized by Google

nahe oder entfernte Ende eines Bürgerkrieges sein, der mit der elenden und feigen Taktik des Meuchelmordes beginnt?" Wie der „Standard" läßt auch das „Morning Chronicle" eine nur noch anschweifendere Lobrede auf das alte patriarchalische System folgen; Schade nur, daß dieses System sich wenigrr dauersam und haltbar bewiesen hat, als das minder patriarchalische in England! Das Chronicle scheint übrigens zu fürchten, daß die Kräfte des in seinen einzelnen Elementen zerfallenden Oesterreichs nicht mehr in einer Weise zusammenzufassen sein würden, um der über ihm schwebenden furchtbaren Krisis Widerstand leisten zu können; und doch müsse jedem Freunde des europäischen Friedens die Aufrechthaltung und Integrität dieses „friedlichsten und bestverwalteten Staats auf dem Kontinent" von höchster Wichtigkeit sein. Die „Times" bringt außer mehreren leitenden Artikeln auch eine Privatmittheilung, worin manche schon bekannte Anklagen wiederholt werden: die Revolution sei nur ein ungarisches Machwerk, eine Intrigue Kossuth's sei, der sich nicht anders, als durch Anstiftung einer Emeute in Wien zu helfen gewußt habe. Eine große Summe Geldes sei den Leitern der demokratischen Klubs in Wien zugeschickt worden, damit sie das Volk aufwiegelten und das Militär bearbeiteten ꝛc. In ihren leitenden Artikeln glaubt die Times versichern zu können, was ihr auch Jedermann glauben wird, daß außer den Ungarn auch Polen und Italiener dabei die Hände im Spiel gehabt, daß ihnen freilich die geheimen Gesellschaften, welche einen so bedeutenden Theil Europa's unterwühlt hätten, mit Vergnügen entgegengekommen seien; daß die Nationalversammlung offenbar die Revolution gebilligt und ermuthigt habe, daß man sich daher nicht wundern dürfe, wenn vielleicht schon in diesem Augenblick die triumphirende rothe Republik in der „Stadt der Cäsaren" herrsche. Eben so dürfe man nun der Unabhängigkeitserklärung Ungarn's, das ja bereits keine Regierung, sondern einen bloßen Sicherheitsausschuß habe, mit Nächstem entgegensehen. Die Times fürchtet, daß die in Prag, Paris, Frankfurt auf's Haupt geschlagenen rothen Republikaner sich wieder an diesem Triumphe aufrichten möchten. Uebrigens räth sie dem Kaiser, keinerlei Zugeständnisse zu machen, seine Residenz in Prag aufzuschlagen und Windisch-Grätz, den entschlossenen Bändiger der Prager Emeute, an die Spitze seiner Truppen zu stellen. Noch ehe die Nachricht von der Wiener Revolution nach London gelangt war, enthielt die Times einen leitenden Artikel über die ungarischen Wirren, die nach ihrer Versicherung auf eine Spitze gediehen seien, daß Rußland nicht lange mehr zögern werde, seine Truppen in Ungarn einrücken zu lassen. Dasselbe wiederholt sie in ihrer Betrachtung der Wiener Revolution; sie sagt: „Die Einrichtung einer revolutionären Regierung in Ungarn und der Anfang des Bürgerkrieges in Oesterreich sind Ereignisse, welche sowohl die territorialen als persönlichen Interessen des Kaisers von Rußland zu nahe berühren, als daß er sie mit derselben stolzen Zurückhaltung ansehen könnte wie bisher. Mithin ist es nicht unwahrscheinlich, daß Ereignisse eintreten, die von der äußersten Wichtigkeit für die europäische Politik sind."

Frankreich.

□ **Paris**, 17. Okt. Das Resultat der gestrigen Sitzung der N. V. fiel so aus, wie wir im Voraus anzeigten. Das verlangte Vertrauensvotum, das sich an den verlangten Credit von 100,000 Franken knüpfte, wurde mit 570 gegen 155 und etwa 100 suspendirte Stimmen ertheilt. Die Letzteren gehören dem Klub des Institutes an, an dessen Spitze Garnier Pagès, Duclerc u. A. stehen. Sie wollen, wie sie sagen, erst abwarten wie sich die ministerielle Politik entwickeln werde, neigen aber mehr zur Opposition hin. Herr Ducour sprach noch zuletzt mit mehr Heftigkeit als Takt. Frankreich, sagte er unter Anderm, scheine sich seit einiger Zeit von der Republik abzuwenden, und erregte durch diese Worte großes Mißfallen; dann meinte er noch, General Cavaignac hätte mit dem alten Ministerium fallen müssen, was nicht minder übel aufgenommen wurde. Heute reizte derselbe Abgeordnete gar noch die Lacher gegen sich, indem er in einem pathetischen Aufrufe an die Einwohner unserer Hauptstadt einen groben Sprachschnitzer machte (résilier ses fonctions, als hätte er diese in Pacht gehabt) und so hätte es einer so gediegenen Gegenrede, wie der des neuen Ministers Dufaure, nicht bedurft, um seine Worte zu entkräften. Aber bedenklicher als die Opposition in der N. V. ist die, welche die äußerste Linke durch ihre sozialistischen Bankette und sonstigen Aufreizungen aufzustacheln sucht. Heute fand um 2 Uhr Nachmittags ein solches nahe an der Barriere Poissonière statt, an welchem etwa 2000 Gäste Theil nahmen und wobei Ledru Rollin, Proudhon und Lamennais den Vorsitz führten. Ein anderes Bankett, zu einem Franken das Gedeck, wird in einigen Tagen zu Belleville statt finden, und wieder von Ledru Rollin präsidirt werden, der auch in den Departementen viele „Bostrollen" dieser Art geben wird. Kein Wunder, daß Gerüchte aller Art verbreitet werden, die die Bewohner unserer Hauptstadt beunruhigen. Doch hat General Bedeau gestern in der N. V. versichert, es sei kein Aufstand zu erwarten, und auf alle Fälle durchaus nicht zu fürchten. Wie dem auch sei, auch heute waren ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln in der Nähe des Palastes der N. V. getroffen, obgleich in der Stadt keine außerordentliche Bewegung zu bemerken ist.

Was unsere Presse betrifft, so hat sich der Ton des „National" heute auffallend gemildert. Sein leitender Artikel läßt den neuen Ministern alle Gerechtigkeit widerfahren und empfiehlt dringend die Politik der Versöhnung, welche allein geeignet wäre, „manche Furcht und manches Vorurtheil zu verbannen". Wenn er einen Augenblick unter dem stürmischen Drucke ungewöhnlicher Verhältnisse den Wählern nur Männer einer bestimmten Richtung empfohlen hätte (die bekannten, von ihm unterstützten Ledru-Rollin'schen Cirkulare), so sei er doch immer überzeugt gewesen, nach der ersten Aufregung müsse Alles in's Geleis kommen. Dufaure, über den er kaum erst so zweideutig sprach, erfreut sich heute seines fast unbedingten Lobes. Desto bitterer und aufregender sprechen sich die ultrarevolutionären Blätter aus. Die „Republik" sieht Reaktion ohne Maß und ermahnt das Volk, sich jedes Aufstandes zu enthalten, in einem Tone, der so klingt, als wäre dieses Mittel doch nicht so übel in diesem Augenblick. Die „Reform" stellt das Schreckliche, das uns bevorsteht, in den Worten dar, endlich werde gar Herr Thiers an das Ruder kommen! Noch in ganz andern Tönen sprechen viele der kleinen Blätter, während die gemäßigten Journale fast alle das Kabinet unterstützen. Das „Journal des Debats" ist etwas zurückhaltend, und wägt die Worte sorgfältig ab.

Die Nachrichten aus Wien machen hier großes Aufsehen. Heute hieß es hier gar, die ganze Stadt stünde in Flammen! — Eben werden noch 2 andere socialistische Bankets angekündigt, eins diesen Abend in der Kapelle des heiligen Dionys, ein anderes auf Sonntag in Poissy, woran 6000 Personen Theil nehmen, und bei welchem der ehemalige Pair von Frankreich Alton Shee den Vorsitz führen wird.

In der heutigen Sitzung der N. V. wurden Art. 82 und 83 der neuen Verfassung angenommen, nach welchen die Richter am Kassationshof von der N. V., hingegen die Generalprokuratoren und andere Beamten dieser Kategorie an demselben von dem Präsidenten der Republik ernannt werden. Ueber die in Martinique vorgenommenen Wahlen erhob sich eine lebhafte Debatte. Dort wurden nämlich Bissette, Bory-Papy und der unter der provisorischen Regierung so bekannt gewordene Bürger Schölcher gewählt. Die dagegen eingelaufenen Klagen beruhen darauf, man habe 1) ganze Vereine von Weißen, wie der Gensdarmerie, der See- und Kriegsleute, die schon über ein halbes Jahr dort sind, ausgeschlossen, hingegen 2) viele Neger, welche gesetzmäßig das Stimmrecht nicht haben, zugezogen, und endlich 3) strafbare Wahlumtriebe zu Gunsten der Kandidaten förmlich organisiert. Das 12. Büreau schlägt vor, eine gerichtliche Untersuchung anzuordnen (Geräusch), und da Bürger Bissette seine Entlassung gegeben, dessen Wahl für erloschen zu erklären. Bory-Papy, ein Farbiger, ein Mann von stattlicher Haltung, der recht gut französisch spricht, vertheidigte die Wahl. Ihm sei kein Unrecht bekannt geworden, das dabei vorgefallen wäre. In der Kolonie wären gar keine Mittel sich zu verständigen, keine Vereine, keine vorläufigen Besprechungen, keine Maueranschläge. Zwei Journale, welche 2 Mal in der Woche erscheinen. Von Protestationen habe er dort nichts gehört, und wisse gar nicht wie sie hätten zu Stande kommen können. Wie auch der Beschluß der Versammlung ausfallen möge, er fühle sich gedrungen, auf der Rednerbühne der Nat.-Vers. zu erklären, die Bewohner Martiniques würden dem Mutterlande ewig dankbar sein, das den Negern die Freiheit gegeben und die Schmach zweier Jahrhunderte verlöscht habe. Bei Abgang der Post war diese interessante Debatte noch nicht zu Ende. Die ganze Deputation besteht übrigens aus 2 Weißen, 2 Schwarzen und 2 Mulatten. Gewiß ein schö-

Digitized by Google

ner Sieg der besseren Zeit! Es wäre Schade, wenn derselbe durch ungehörige Mittel errungen worden wäre!

Man spricht von einer Demonstration zu Ehren des abtretenden Polizeipräfekts Ducour, die gestern Abend stattfinden sollte, aber auf heute verschoben worden sei. Man versichert, daß alle Klubs und geheimen Gesellschaften sich auf dem Bestellplatze versammeln und mit dem Rufe: Es leben die Wiener! Nieder mit den Ministern! u. s. w. an dem Palaste der Nationalversammlung vorüber zu Ducour's Wohnung ziehen wollen. Ob dieses Gerücht gegründet ist oder nur von Unruhestiftern verbreitet wird, wissen wir nicht. — Ein Brief des Fürsten Belgiojoso aus Turin in der freilich wenig glaubwürdigen „Reform" meldet den Ausbruch eines Aufstandes in der Lombardei und daß die sardinische Armee demnächst den Ticino überschreitrn und Radetzky angreifen werde.

Das Journal des Departements der Indre und Loire vom 15. d. zeigt an, die Regierung habe mehrere Truppenkorps nach Mans geschickt, vermuthlich weil sie in Folge des dort angekündigtrn socialistischen Banketts Unruhen befürchte. — In Caen fand vorigen Sonntag ein großes Fest statt, welches die dortige Bürgerwehr bei Gelegenheit der Uebergabe einer Fahne beging, die sie drn Freiwilligen ihres Departements (Calvados) schenkte, welche im vorigen Juni nach Paris eilten, um den Aufstand zu bekämpfen. Viele Hunderte Nationalgardisten aus unserer Stadt fanden sich bei demselben ein. Auch aus Havre, Ingouville, Graville warrn zahlreiche Drputationen der Bürgerwehren anwesend. Solche Feste bilden, wie man sieht, Gegendemonstrationen gegen die socialistischen Bankette und werden darum an vielen Orten beabsichtigt.

Paris, 17. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 65; 3pCt. 44. 25; Neue —. —; Neapol. —; Bankactirn 1542. 50; Span. 5pCt. (Aidoins) — —; 3pCt. ——; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktirn —. —; Versailles, rechtes Ufer 110.—; linkes Ufrr 98. 75; Paris-Orleans 621. 25; Paris-Rouen 385. —; Orleans-Bordeaux 371. 25; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre 187. 50; Marseille-Avignon 200. —; Straßburg-Basel 83. 75; Nordbahn 360. —; Paris-Lyon 362. 50; Paris-Straßburg 335. —; Römisches Anlehen 63¼.

Am Anfang der Börse hielten sich die Course in Folge der starken Mehrheit, welche sich gestern für das Ministerium ausgesprochen hatte. Später hieß es aber, der Finanzminister weeve wieder Vorauszahlungen auf das nrue Anlehen annehmen, was ein Fallen hervorbrachte. In Eisenbahnen war einiges Geschäft.

Madrid, 12. Okt. (Börse). 3pCt. Rente 18⅞ baar. (Nach der Börse 18 1/16 G., 19 P.); 5pCt. 9⅞ P. (Nach der Börse ¾ à ⅝ G.); Passive 3⅝ P. (N. d. B. 3⅜ G.)

Schweiz.

Luzern. Die Konkursverhandlung über Siegwart-Müller ergibt einen Totalrückstand von 32,816 Fr. 55 Rp. Das Konkursgericht hat den Schuldner, der weder selbst noch durch einen Beistand oder Bevollmächtigten das Verlangen um Bewilligung eines Akkommodrmrnts stellte, als Fallit und seinrr bürgerlichen Ehrenfähigkeit verlustig erklärt. (Eidg.)

Ungarn.

Pesth, 9. Okt. Alle hier disponibeln Truppen sind heute in Eilmärschen und auf Dampfschiffen gegen Jellacic aufgebrochen. Der Präsident der Nationalversammlung, D. Pazmandy, ist mit 50 Repräsentanten zum Heer abgegangen und wird mit denselben als ungarische Reichsdeputation in Wien erscheinen. Die beiden gefangrnen Generale Roth und Philippovich und 57 Offiziere verschiedenen Grades sind in der verflossenen Nacht hierher gebracht worden. Das ganze übrige Truppenkorps hat man entwaffnet und freigelassen und bis an die kroatische Grenze eskortirt. Die Kroaten leisteten freiwillig den Eid, nie mehr gegen Ungarn zu kämpfen. (D. A. Z.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 20. Okt.

5% Met. 61 B.; 2½% ditto 33 G.; Bankakt. fl. —— fl. 500. Loose 108 G.; fl. 250. ditto —— —.; Badische fl. 35. Loose 24¼ G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 24⅛ G.; Poln. fl. 500 Loose —. Friedr. Wild.-Nordbahn 40¼ G.; Berbach — G.; 3% inländ. Spanier 17¼ G.; 4½% Würt. 90¾ G. 4½pCt. Belg. 72 G.

Der Umsatz an heutiger Börse beschränkte sich auf einige kleine Parthien 2½pCt. Met., Nordbahn und österr. 500 Gulden-Loose. In den übrigen Effekten ging fast nichts um. — London wurde in k. S. mit 121⅛, für Amsterdam 101⅛ und für Wien 108 bezahlt.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 20. Okt. (Forts.)

Waitz, unter dessen Vortrage sich die Räume nach und nach wieder zu füllen beginnen, erinnert daran, daß die Bestimmungen des §. nicht blos auf Oesterreich Brziehung hätten, daß es auch ein Limburg, ein Posen, ein Schleswig-Holstein gebe. Nicht aus theoretischem Behagen, sondern, um zu erfahren, woran Deutschland mit seinen Angehörigen sei, müsse die National-Vrrsammlung auf den Vorschlägen des Verfassungs-Entwurfs brstehen. Allerdings sei die vielgestaltige Zusammensetzung Oesterreichs die seltsamste geschichtliche Erscheinung, allein eben dies Reich werde auch von Stimmen der verschiedensten Seiten her schon jrzt als ein überwirgend slawisches Reich bezeichnet, mit welchem Deutschland ins Klare kommen, wovon es wenigstens die urdeutschen Länder fest an sich halten müsse. Seien doch Böhmen und Mähren nicht erst durch Oesterreich zu Deutschland gekommen, sondern umgekehrt habe Oesterreich durch das Reich diese seit Jahrhunderten vorher schon deutschen Länder grwonnen. Ein von uns abgelöstes mächtiges Oesterreich würde wohl auf Deutschland seinen Einfluß äußern, nicht aber Deutschland auf dies Oesterreich. Dahingegen verspricht sich Waitz drn ersprießlichsten Erfolg von der Erfüllung der Forderungen des §. von der Personalunion, die er durchaus nicht unmöglich findet. „Wir müssen", schließt er, „den Deutschen in Oesterreich zeigen, daß sie ihre Stützen nicht blos auf den Wiener Barrikaden und in der Unzufriedenheit Ungarns haben. Das deutsche Oesterreich bleibt bei uns."

Unterstaatssekr. Würth hält die Personalunion nicht für anwendbar auf ein Großreich von europäischer Stellung. Eben so sei die pragmatische Sanktion kein Familienvertrag, sondern sie sei auch von allen ständischen Körpern Oesterreichs anerkannt worden. Alle Aufstände Ungarns gegen Oesterreich seien mit französischem Gelde bestritten worden — und würden vielleicht noch heute damit bestritten. (Unterbrechung und Widerspruch von der Linken.) Wenn Oesterreich durch die Abtrennung der deutschen Provinzen in Trümmer gesprengt würde, würden sich die Bruchstücke zu slawischen und magyarischen Reichen konstituirrn. Wer möchte die Verantwortung eines solchen Zwiespaltes übernehmen! Als Ausweg schlägt Würth vor, daß die Centralgewalt beauftragt werde, sich mit dem Wiener Ministerium über die unumgänglich als nothwendig erachteten Modifikationen in Vereinbarung zu setzen.

Da die Verhandlung noch fort währet und für heute keine Abstimmung zu erwarten steht, so geben wir morgrn den Schluß.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

[948] Bei der Wahl der Mitglieder zur constituirenden Versammlung Frankfurts würde der wahre Wille löblicher Bürger- und Einwohnerschaft wohl am sichersten dadurch erzielt werden, wenn die Herren Quartier-Vorstände, welche in ihren Quartieren die beste Kenntniß ihrer Einwohner haben, diese Angelegenheit in die Hand nähmen der Art, daß sie mit Zuziehung mehrerer achtbarer Bürger in jedem Quartiere eine Wahlliste anfertigten, aus den 14 Listen diejenigen 100 Namen zusammenstellten, welche die meisten Stimmen erhalten hatten, und diese Namen dann der wahlfähigen Einwohnerschaft zur Kenntniß brächten.

Frankfurt a. M. den 18. Oktober 1848.

Mehrere hiesige Bürger.

Verlag der **Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig.** — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 283. Frankfurt a. M., Samstag 21. October. 1848.

Uebersicht.

Der Arbeiteraufstand in Berlin.

Deutschland. Frankfurt (Die Mediatisirungen und die Civilisten) Wien (Steiermark in Bewegung. Angebliche Berufung Meyern's in's Ministerium. Der Zustand in Gallizien. Die Herrschaft der Aula.) Berlin (Preußens Zugeständnisse an die Reichsgewalt. Berlin und Potsdam. Herr Leo beim Könige. Nachträgliches über die Unruhen. Nationalversammlung.) München (Die Gesetzgebungsausschüsse. Ereesse. Ministerkrisis.) Ulm (Ereesse.) Hannover (Truppen nach Meiningen.) Darmstadt (Reform im Militärwesen.) Sigmaringen (Die Verhafteten. Das Kontingent.) Braunschweig (Das Provisorium. Arbeiterunruhen. Die Wühlerei.) Oldenburg (Die Untroffiziere.)

Großbritannien. London (Spectator über die Wiener Katastrophe. Verhaftungen von Frouin in Irland. Wachsender Pauperismus. Erklärung des Globe.)

Frankreich. Paris Die Regierung südt sich sicher — Ledru Rollin und Lamennais erscheinen nicht bei dem sozialistischen Bankette — Sitzung der Nat.-Vers. Baldige Einführung der neuen Verfassung — Französische Offiziere bei einem Feste in Savoyen — Tagesneuigkeiten — Hickers Abschied von Deutschland.) Straßburg (Die verhafteten deutschen Flüchtlinge.)

Spanien. Madrid (Erlöschen des Aufstandes in Catalonien.)

Schweiz. Bern (Nachrichten aus Italien. Der Vorort über die Flüchtlinge. Wahlen in den Nationalrath.) Genf (Struve und Heinzen. Stillstand der Uhrenfabrikation. Lola Montez. Die Frankfurter Katastrophe und die Demokraten.)

Niederland. Haag (Schluß des alten, Eröffnung des neuen Landtags.)

21. October.

Als die Nachricht von dem neuen blutigen Straßenkampfe in Wien nach Berlin gelangte, versuchten die Demagogen vergebens, das Volk aufzureizen, daß es wie im Frühjahre dem Beispiele der Wiener nachfolge. Es waren nicht wie im März in beiden Hauptstädten dieselben Ursachen zu einer Empörung vorhanden. Preußen wird von keinen feindlichen Völkerschaften bewohnt, keine treulosen Höflinge können mit kalter Heuchelei deren Eifersucht mißbrauchen um durch einen Bürgerkrieg zum Ziele zu kommen. Der preußische Kriegsminister und sein Ministerium scheint der neuen Ordnung der Dinge, nicht aus Neigung, aber aus Einsicht, aufrichtig ergeben. Die Anklagen, welche gegen die neuen Minister im Voraus geschleudert wurden, sind durch deren bisheriges Auftreten zum Schweigen gebracht. Die Minister werden nur von ihren bisherigen Freunden, den Freunden des alten Regimentes, angeklagt. Denn diese sehen sich getäuscht in den Hoffnungen, welche sie auf das Ministerium Pfuel setzten, und sagen, es sei kein Ministerium der bewaffneten Reaktion, sondern der wehrlosen Konzession. Allerdings hat sich das Ministerium in allen Stücken gegen die Wünsche des Volkes nachgiebig gezeigt. Selbst das Bürgerwehrgesetz hat jetzt solche Beschränkungen erfahren, daß nur diejenigen sich damit nicht zufrieden geben können, welche einmal um jeden Preis unzufrieden sein wollen. Es kann nicht benutzt werden zu einer politischen Revolution.

Dennoch hat Bürgerblut von Neuem die Straßen Berlins geröthet, und es hilft wenig zu sagen: diese Unruhen waren nicht vorbedacht, sie waren nicht politisch. So waren sie schlimmer als das, sie waren social, oder haben doch eine sociale Bedeutung.

Man hat die jüngste französische Revolution eine sociale genannt, eine Erhebung des vierten Standes. In der That ist Louis Blanc, welcher den Unterschied zwischen dem dritten und vierten Stande, zwischen dem Bürger und dem Arbeiter, besonders schroff hingestellt hat, von Ludwig Philipp als der „Maueerbrecher" dieser Revolution bezeichnet worden. Jener Unterschied ist freilich in der Wirklichkeit nicht vorhanden, die Stände sind nicht mehr von einander zu scheiden und ihre Interessen noch weniger. Diese sind vielmehr unauflöslich mit einander verbunden. Das hat Niemand mehr erfahren müssen, als Louis Blanc, da er nach der Revolution Gelegenheit erhielt, seine Ideen auszuführen. Seine Versuche zu einer Organisation der Arbeit sind völlig mißglückt, nicht durch fremde Schuld, wie er behauptet, nicht einmal durch seine eigene, sondern sie scheiterten an ihrer eigenen Unmöglichkeit. Von dieser Unmöglichkeit überzeugten sich alle vernünftigen Menschen, ja zum Theil die Arbeiter selbst, sie verwünschten Louis Blanc und wollten ihn in die Seine werfen. Aber mit dem Urheber jener unheilvollen Lehren konnte deren Wirkung nicht mehr aufgehalten werden. Sie vollendeten ihren Weg wie die aus dem mörderischen Werkzeuge geworfene Bombe, die am Ende der Bahn zerstörend aus einander krachl. Ströme von Blut flossen im Juni bei dem Arbeiteraufstande auf dem Pflaster von Paris, und schon sind die ersten Blutstropfen auf die Straßen von Berlin gefallen. Jene Irrlehre von dem Rechte auf Arbeit, welches der Staat gewährleisten solle, wird noch viele schreckliche Opfer verlangen.

Man sage nicht, wir gingen zu weit, wir schöben jenem zufälligen Aufstande zu tief liegende Ursachen unter. Wie wäre jene augenblickliche enge Verbindung der Arbeiter in der Stadt sowohl wie in der Umgegend möglich gewesen, wenn die Lehren, daß die Arbeiter einen besonderen Stand bildeten, deren Interessen denen der übrigen entgegengesetzt seien, nicht bereits weit und tief verbreitet wären? Die Arbeit ist freilich in Berlin noch nicht organisirt, aber wohl die Arbeiter. Sie haben ihre Verbindungen, ihre Fahnen und Abzeichen, die roth wie Blut sind. Es sind die Zeichen der neuen Lehre, und wir alle kennen die Apostel der rothen Republik, von welchen sie gepredigt werden. Armes Volk, dessen Bethörung noch größer ist, als seine Noth! Seine Verführer hetzen es ohne Unterlaß gegen die Besitzenden, welche ihm Arbeit geben, gegen die Maschinen, welche ihm die Arbeit erleichtern. Jeder Besitz wird als ein Raub dargestellt, jeder Eigenthümer als ein Dieb. Die Theilung der Güter wird mehr oder weniger deutlich in Aussicht gestellt, als ob nach Vertheilung des Reichthums unter die Tausend mal Tausend Arme der Einzelne wesentlich erleichtert sein würde. Die Republik wird als das gelobte Land dargestellt, wo Milch und Honig innen fließt, und um dorthin zu gelangen, darf es nicht darauf ankommen, vorher durch ein rothes Meer von Blut zu ziehen. Die scheinbarste Lehre aber, womit die Republikaner das Volk in ihren Dienst locken, ist das Recht auf Arbeit. Man kann zugeben, daß jeder Mensch die Pflicht zu arbeiten habe; man kann auch einräumen, daß ein jeder das Recht habe, von seinem Nebenmenschen Arbeit zu fordern, aber doch wahrhaftig nur, soweit diese selbst im Stande sind, sie herbeizuschaffen. Berlin hat wie die meisten deutschen Städte, in diesem Jahre ungeheuere Opfer gebracht, um den Armen Arbeit zu verschaffen, oder doch den Schein von Arbeit, um nicht das Ehrgefühl der Armen durch Almosen zu kränken. Es sind Arbeiten vorgenommen, welche denen auf dem Marsfelde glichen, wo die Pariser Arbeiter oder Faullenzer! die Erde von einem Orte zum andern schaufelten. Bei niedrigen Preisen ward ein hoher Tagelohn bewilligt; die Arbeiter faullenzten wie in Paris und alle Mißbräuche wiederholten sich im Kleinen. Das Schlimmste dabei ist die Entsittlichung der Arbeiter, welche es bequemer finden, ihren Unterhalt von anbern zu ertrotzen, als ihn selbst zu erwerben und die an jedes Verbrechen durch ihre Verführer so lange mit Worten gewohnt werden, bis sie in der Wirklichkeit davor nicht mehr zurückschandern.

Einen traurigen Beleg dazu liefern die letzten Vorgänge. Die Regierung hatte beschlossen, um die Arbeiter auch im Winter

Digitized by Google

beschäftigen zu können, eine Maschine aufzustellen, welche das Wasser aus dem Kanale schöpfen sollte. Diese Maschine ward von den Arbeitern zerstört. Sie hatten dabei Gelegenheit zu sehen, daß Maschinen die Arbeit nicht vermindern, sondern vermehren. Denn manche Arbeiten waren jetzt unmöglich gemacht, und die Entlassung mehrerer Arbeitee ward sogleich verfügt. Aber man kannte den Geist, wie er unter den Arbeitern eingerissen, zu wohl, um nicht auf thätlichen Widerstand zu rechnen. Bürgerwehr ward zur Beobachtung aufgestellt. Wir wollen es dahin gestellt sein lassen, wer eigentlich den Kampf mit mörderischen Waffen anfing. Gewiß ist, daß die Arbeiter dem ihnen, man darf sagen, eingeimpften Haß gegen die Bürgerwehr durch Hohn und Drohungen Luft machten, und mit Steinwürfen den Angriff begannen. Das Benehmen der Bürgerwehr ist ebenfalls nicht tadellos gewesen; aber anerkannt muß es werden, daß sie größeren Eifer, als sonst wohl, gezeigt, und die ihrem Schutze anvertraute öffentliche Ordnung allein zu wahren gewußt. Sie hat dadurch das Einschreiten der Truppen verhindert, welches von den verschiedenen Parteien herbeigesehnt wird, die einen gewaltsamen Umsturz herbeiwünschen.

Aber der Abend sank über einem traurigen Kampfe, und ward von den Fackeln eines Leichenzuges erhellt. Wir beklagen das Blutvergießen schon seiner sittlichen Einwirkung wegen. Denn der Mensch gleicht leider jenen Thieren, welche kein Blut kosten dürfen. Das Traurigste dieses Tages dünkt uns, daß bewaffnetes und unbewaffnetes Volk, Bürger und Arbeiter sich offen gegenüberstanden. Es ist leider gelungen jene künstliche Trennung im Volke hervorzurufen, welche einen Zusammenstoß möglich macht. Haben sich doch die Arbeiter schon vielfach vernehmen lassen, man müsse den König bitten, mit den Soldaten einzuschreiten, man müsse gemeinschaftlich mit den Soldaten die Bürgerwehr bekämpfen und entwaffnen.

Noch bedenklicher scheint uns fast der Vorgang des folgenden Tages. Die Arbeiter marschirten mit ihren Fahnen, zum Theil mit den Abzeichen der Republik vor den Sitz der Volksvertretung und stellen Forderungen, deren einige man nicht anders nennen kann als revolutionär. Die Versammlung mit Ausnahme der äußersten Linken hat die Festigkeit gehabt, diese Forderungen abzuschlagen. Aber wenn schon lange, namentlich in den Provinzen, über die Einschüchterung der preußischen Nationalversammlung geklagt wird, wenn nach dem Schlusse der Sitzung wilde Gesichter den heraustretenden Mitgliedern der Rechten Stricke mit deutlichen Bewegungen vorhielten — was wird die Versammlung thun nach jenem Einschüchterungsversuche im Großen? Aus Furcht ihn ableugnen? Das Land darf vielmehr erwarten, daß sie sich vor solchen Versuchen sicher stelle, daß sie jene Massen von sich fern halte, welche diesmal in das Heiligthum der Gesetze hineindringen wollten und das nächste Mal vielleicht hineinbringen werden. Das Land darf ferner erwarten, daß die Versammlung den ganzen Ernst ihrer Lage begreife, daß sie die gerechte Forderung erfülle, welche von allen Seiten des Landes an sie gestellt wird, die Verfassung und nichts als die Verfassung zu berathen. Die Verfassung ist wenigstens eine große Bürgschaft der Ordnung, des wiederkehrenden Vertrauens in den Geschäften. Viele Städte haben ihr Vermögen im Laufe des Jahres beinahe schon erschöpft in ungewöhnlichen Anstrengungen für ihre Armen und sehen mit Bangen den Winter nahen. Die Verfassung kann freilich nicht Alles thun; die sociale Frage droht immer hervorzubrechen, und die Staatsverfassung ist zwar mehr als ein Stück Papier, aber in einem gewissen Sinne doch weniger als ein Stück Brod. Weisheit und Festigkeit thun noth, um zu verhindern, daß man die Lösung jener Frage nicht auf eine Weise versucht, in der sie nicht gelöst werden kann: durch rohe Gewalt!

Deutschland.

00. **Frankfurt**, 20. Okt. Die heutige O.-P.-A.-Z. bringt einen leitenden Artikel, welcher sich darzuthun bemüht, daß die Frage der Mediatisirung mit der der Verminderung der Civilliſten in keiner Verbindung stehe. Uns scheint allerdings ein Zusammenhang stattzufinden, und zwar in der Art: Verzichten die kleinen Fürsten auf die Souveränetät, so vermögen ihre Länder, deren Verwaltung durch Vereinigung mit einem größern Staate viel wohlfeiler wird, auch weiterhin die Civilliſte ihnen zu bezahlen, wollen sie dagegen nicht auf die Regierung verzichten, so verlangen die heutigen Ansprüche an die Staatskräfte gebieterisch eine bedeutende Minderung ihrer Civilliſten.

Wien. Steiermark, über dessen Stimmung man bisher sehr im Zweifel war, hat sich ganz für die Bewegung ausgesprochen. 3000 Steirer sind am 14. Okt. schon in Wien angekommen; die meisten sind wohlbewaffnete Schützen. Ein Korps von 6000 Mann hat sich im Rücken von Jellacic, am Fuße des Semmering, aufgestellt; auch sie wollen Wien zu Hilfe eilen. In ganz Steiermark wird der Landsturm aufgeboten; Kanonenschüsse und Feuer auf den Höhen dienen als Signale. Graf Wickeburg, welcher anfangs sich nicht feeundlich gegen Wien in seinen Handlungen und Worten aussprach, hat unverhofft alle diese Maßregeln nicht allein nicht gemißbilligt und verhindert, sondern leitet sie sogar mit großem Eifer. Das in Steiermark stehende Militär hat sich gleichfalls zur Disposition des Reichstags gestellt, und der Kommandirende unterwirft alle seine Schritte der Bestimmung der Civilbehörde. Auch von Marburg und Cilli sind Zuzüge in Wien angekommen, und auch dort ist der Landsturm aufgeboten. (B. Z.)

Wien. Wie die Voss. Zeitung aus Breslau berichtet, hätte der Bahnzug von Wien außer vielen Flüchtlingen die (natürlich mit größter Vorsicht aufzunehmende) Nachricht mitgebracht, der Kaiser habe den Deputirten Mayer aus Brünn, der Linken angehörig, zur Bildung eines Ministeriums nach Ollmütz zu sich gerufen und man erwarte nun friedliche Beilegung der Sache. (Nach der Schles. Zeitung hätte Löhner diesen Auftrag erhalten.) Die Nachricht von der Abreise des englischen Botschafters, welche die Schles. Zeitung gibt, müssen wir, da unsere Briefe davon schweigen, bis auf Weiteres bezweifeln.

Wien. Das Journal des österreichischen Lloyd enthält am Schlusse seines neuesten Blattes, Folgendes: „So eben kommen uns auf Privatwegen wichtige Nachrichten aus Galizien zu. Die ganze dort liegende Militärmacht rückt gegen Süden, gegen Ungarn und Wien. Die deutschen Truppen rücken auf zwei verschiedenen Wegen über Joblonka und über Dulca in das kaschauer und treutschiner Comitat ein, die polnischen Truppen, sowie einige tzechische Abtheilungen über Krakau gegen Wien. Die Kassen und das ärarische Eigenthum wurden von dem theilweise aufgebotenen Landsturme von Sensenmännern bewacht. Allgemein fürchtet man in Galizien eine Besetzung durch die Russen, weil das ganze Land von Truppen entblößt ist. Der Adel ist natürlich in der gräßlichsten Bestürzung, weil er eben so sehr die Sensenmänner, als die Russen zu fürchten hat. Es bilden sich deshalb unter Leitung der Edelleute allenthalben Freikorps (ihre Anzahl wird schon auf 14,000 Mann angegeben), welche nach Ungarn, den Magyaren zu Hilfe ziehen wollen, theils aus politischen Rücksichten, theils um ihr Leben sicher zu stellen."

* **Wien.** Unter der Aufschrift: „Die Lage Wiens vom Standpunkte der Aula," enthält die „Schles. Zeitung" einen Brief aus Wien, dem wir eine charakteristische Stelle entnehmen. Nachdem von der Begeisterung „für die Tritolore," dem allgemeinen Muthe und der Todesverachtung der Wiener Bevölkerung die Rede gewesen, heißt es weiter: „Einem solchen Volke gegenüber ist der „Reichstag" nicht im Stande, die Zügel des Staates zu lenken. Seine Unentschlossenheit bricht an der Entschlossenheit des Volkes. Kaum gelingt es dem permanenten Ausschusse, der die beliebtesten Parlamentsglieder zählt, ihm die Funktion zu erhalten, daß er den Willen des Volkes sanktionire. Daher kommt es auch, daß der Ausschuß den Reichstags leitet, der selbst wiederum im Volke aufgeht. Weil sich nun Wiens Bevölkerung mit dem größten Zutrauen der Universität zugewendet hat, so ist es ganz natürlich, daß die Proklamationen der akademischen Legion und des Ausschusses der Studentenschaft denen des Reichstags und des permanenten Ausschusses an Wichtigkeit nicht nachstehen." Man muß gestehen, die Lage Wiens „vom Standpunkte der Aula" hat für die Besonnenheit eines auswärts Stehenden nicht viel Reizendes. Man vergleiche auch noch folgende Briefstelle aus der „Allg. Ztg.": „Die Presse muß schweigen und sich nur auf Fakta beschränken, wie Sie dieses in der „Post", im „Lloyd", in der „Presse" u. s. w. bemerken können. Die meisten anderen schüren das Feuer. Wir haben jetzt keine Preßfreiheit — nur die Bewaffnung ist uns von den „Errungenschaften" geblieben." Der Ausschuß der Studenten bietet Alles auf, Bitten an den Reichstag und Proklamationen an das Volk, um die Entscheidung

Digitized by Google

der ungewissen Lage durch den Kampf und die schleunige Erhebung des ganzen Volkes herbeizuführen. Vom Standpunkte des jugendlichen revolutionären Instinktes allerdings mit Recht, falls sie sich nur in der allgemeinen Volkserhebung nicht täuschen. Ein Kompromiß, was dem jugendlichen Eifer als das Schlimmste erscheint, kann nur der Kampf unmöglich machen, und das erschlaffende Zögern ist der gefährlichste Feind für die Sache des Wiener Volkes. Sähen wir das volle Bewußtsein der Lage und die gestaltende Kraft für die Zukunft, sähen wir Männer an der Spitze, im vollen Sinne des Wortes, der Einsicht und Gediegenheit neben dem tapferen Muthe umfaßt, — so könnten wir die durchschlagende Entschlossenheit, wenn auch vielleicht nicht billigen, doch zum mindesten bewundern.

⨯ **Berlin**, 18. Okt. Die blutigen Ereignisse von vorgestern beherrschen noch die Stimmung der Gemüther, die sich in wenigen Tagen sehr geändert hat. Vor dem 15. heitere Vorbereitungen zum Geburtsfest des Königs, das ein Versöhnungsfest werden sollte. Am 15. knallten bis tief in die Nacht wilde Freudenschüsse. Am 16. steht der Bürger dem Bürger bewaffnet entgegen; die rothe Fahne, das überall wiederkehrende blutige Warnungszeichen, wird entfaltet und tödtliche Schüsse sollen von beiden Seiten. Der Tumult war nicht von bestimmt politischer Färbung, das Zeichen war nicht von den Demokraten gegeben. Aber was ist eigentlich schrecklicher als diese wahnsinnigen Erhebungen? Die Wiederkehr solcher Scenen ist in der That eine Barbarei. Man spielt mit Baarikoden, mit Blut und Tod: man gewöhnt sich — ein schreckliches Gewöhnen — an die Herrschaft des Eisens. Der Berliner fragt ruhig und gleichgültig nach der Zahl der Todten und Verwundeten, wie er sonst fragte, wie viele Wagen zum Diner in's Schloß gefahren. Gestern machte ein anhaltendes Regenwetter das Verweilen auf den Straßen unmöglich. Dafür stehen heute die Menschen vor den zahlreichen Maueranschlägen. Der Magistrat und das Polizeipräsidium suchen den wahren Hergang sicher zu stellen und fordern die Bürgerwehr zu fester Haltung auf, Herr Rimpler ruft ihr zu „macht ein Ende dem Bruderkampf!" Der demokratische Klub wendet sich an die Bürgerwehr, von der er voraussetzt, daß nur ein kleiner Theil aus „Mordlust" an dem Kampfe Theil genommen habe! und fordert die Bürger auf sich mit den Arbeitern, „den festen Stützen der Freiheit," gegen die Reaktion zu verbinden. Den Arbeitern spricht er sein Bedauern darüber aus, daß ihr „eines bessern Erfolges würdiges Unternehmen" ein so trauriges Ende genommen habe; sie sollten aber nur den Wink abwarten, der bald gegeben werden würde. Louis Drucker schiebt die ganze Geschichte der Reaktion in die Schuhe und ladet die edle Bürgerwehr durch Belobungen ihres Muthes in seine Weinstube. 42 Demokraten und Studenten sprechen von dem Frankfurter „Centralschatten" und von der Nothwendigkeit neuer Wahlen. Die Kanal-Arbeiter endlich betheuern, daß alle bisherigen Darstellungen der Ereignisse völlig unwahr seien. An dieser Literatur bildet sich Verlust Jugend, an ihr lernt sie buchstabiren und deklamiren. Das Gefühl für Wahrheit wird dadurch fast erstickt und es wird ein sophistisches Geschlecht erzogen. Die Wühlerei dringt immer tiefer ein; auch die Soldaten werden davon ergriffen. Noch eben sah ich einen starken Haufen sich um einen demokratischen Redner unter den Linden schaaren.

Bist Du Berlin müde und sehnst nach Potsdam, so hast Du das Gegenstück. Gewiß findet sich schon auf der Eisenbahn einer oder mehrere Offiziere, die offen aussprechen, sie sehnten den Tag blutiger Sühne herbei. Man hört entsetzlich unverständige Aeußerungen. Da ist kein Unterscheiden zwischen den wahnsinnigen Wühlern und den gemäßigten Freunden der Freiheit; weder die Berliner noch die Frankfurter Versammlung wird geschont. In Potsdam sitzt die königl. Familie wie in der Verbannung; man meidet Berlin wie die Pest; muß man hin, so geschieht es mit der größten Hast. Man hat den Prinzen von Preußen immer muthig genannt; aber darin hat er seinen Muth noch nicht gezeigt, daß er sich Berlin anvertraut und durch ruhige, aber entschlossene Haltung in der Residenz die Stellung einnimmt, die ihm sein hoher Beruf anweist. Wer die Monarchie und das Königshaus liebt, der hat die Pflicht, den hohen Herren immer zuzurufen, daß sie offen und frei als Glieder eines konstitutionellen Herrscherhauses auftreten und dadurch die Partei kräftigen, die des festen Rückhaltes so sehr bedarf. Der König hat durch seine Reden am 15., wo man ihm wirklich mit großer Freudigkeit entgegenkam, viele seiner treuesten Freunde verletzt. Aber es ist jetzt keine Zeit, dergleichen nachzutragen, denn die Freiheit fordert festes Zusammenhalten. Die hiesige Landesversammlung hat durch mehrere ihrer letzten Abstimmungen bewiesen, daß sie sich in ihrem ruhigeren Gange nicht irre machen läßt. Aber wahrhaftig man muß auf allen Seiten seine Pflicht thun! — Leo aus Halle ist in der letzten Zeit öfters beim König gewesen, man schreibt die Stimmung des Königs am 15. zum Theil seinem Einflusse zu. Möchten doch stets dessen die kosmischen Einflüsse überwiegen!

*Jeden Vaterlandsfreund muß es auf's Tiefste betrüben, daß jener Fanatiker das Ohr des Königs gehabt hat. Das Letzte, was die Zeitungen von Herrn Leo meldeten, war, daß auf seinen Betrieb der Preußenverein in Halle die deutschen Farben abgelegt, und statt dessen eine neue Trikolore angenommen, nämlich schwarz, weiß und orange, letztere Farbe wegen Verwandtschaft des Hauses Hohenzollern mit dem Hause Oranien.

Berlin, 17. Okt. Während der Unruhen hatte sich der städtische Sicherheitsausschuß in das Schloß begeben, um hier in Verbindung mit dem dort anwesenden Kommandeur Rimpler zu beschließen, was zu thun sei. Von einem glaubwürdigen Manne erfahren wir darüber Folgendes: Die Herren Naunyn und Hedemann stellten im Sicherheitsausschusse den Antrag, Militär zur Unterstützung ausrücken zu lassen, welcher zum Beschluß erhoben wurde. In Folge dessen wurden eine, wahrscheinlich mehrere Ordres an die betreffenden Regimenter ausgefertigt. Der Lieutenant v. Zastrow v. 24. Regim. kam mit einer solchen Ordre, welche zwei Bataillons 24r requiriren sollte, den bedrohten Theil der Rosenthalerstraße entlang, und sagte zu einem Bürgerwehr-Offizier, daß er die fragliche Ordre habe. Dies hörte der Adjutant des Handwerkerkorps, Herr von Rosentreter, dieser erklärte den ꝛc. Zastrow sofort für gefangen, kommandirte sechs Mann von seinem Korps, den Z. in die Mitte zu nehmen, gab ihnen den Befehl, ihn sogleich niederzuschießen, wenn er Miene zu entfliehen machen würde, und marschirte nach dem Schlosse zu Rimpler ab. Dort donnerte er dem anwesenden Sicherheitsausschusse und dem Kommandeur zu, daß, wenn besagte Ordre richtig sei, es offener Volksverrath sei, daß er aber diese Ordre für falsch halte und deren augenblickliche Annullirung verlange. Die Ordre war inzwischen schon ohne diese Aufforderung vom Sicherheitsausschusse zurückgezogen worden. (B. Z.-H.)

In Folge der gestrigen Vorgänge sind die Schutzmänner mit Bajonettflinten und Munition versehen. Der Magistrat hat einen Aufruf erlassen, in welchem er der Bürgerwehr den Dank der Stadt ausspricht. — In der Nationalversammlung herrschte heute die heftigste Aufregung. Der Präsident gab keine Erklärung über den Empfang, aber ein einzelner Ausbruch heftigen Unwillens fand doch statt. Der Abg. Schramm rief von der Tribüne herab mit großer Bitterkeit: „Man sagt hier, daß kein Konflikt zwischen der Krone und dieser Versammlung mehr stattfinden werde. Gestern erst ist ein Konflikt erfolgt, die Krone hat die Vertreter der Nation in's Gesicht geschlagen! — Man hat heute in der Einleitungsformel das Wort „Vereinbarung" angenommen, während die Linke wollte, daß angenommen werden sollte, die Nationalversammlung habe diese Verfassung beschlossen. Aber alle diese Vorgänge haben uns plötzlich an den Rand eines bedenklichen Ereignisses geführt. (Br. Z.)

Berlin, 16. Okt. Der Bevollmächtigte Preußens bei der provisorischen Reichs-Gewalt, Staats-Minister Camphausen, hat gestern unsere Stadt wieder verlassen, nachdem die Verhandlungen über die zwischen Frankfurt und Berlin dermalen obschwebenden Fragen zu einem für das Ministerium wie für den Bevollmächtigten, und, wie man hoffen darf, auch für die provisorische Reichs-Gewalt befriedigenden Schlusse gediehen sind. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mehrere der gefaßten Beschlüsse mittheilen. Bekanntlich bezogen sich die von der provisorischen Central-Gewalt gestellten Forderungen auf die auswärtige Vertretung und auf die Unterordnung eines Theiles der Armee, nämlich des bundesverfassungsmäßigen Kontigents. In letzterer Hinsicht gehen die preußischerseits gemachten Zugeständnisse nun weit über die Forderung der Reichs-Gewalt hinaus: „die Regierung hat die gesammte Militärmacht zur Verfügung des Reichsoberhauptes gestellt." Betreffend die völkerrechtliche Vertretung im Auslande ist ebenfalls, wenn nicht Alles, doch ein guter Theil von dem, was die Reichs-Gewalt begehrte, bewilligt worden. Preußen ist bereit, in den Ländern, wo die provisorische Central-Gewalt

Digitized by Google

anerkannt worden, seine Consuln zurückzuziehen und den Reichs-Consuln ausschließlich die Vertretung zu überlassen; es willigt ferner ein, den für die nordamerikanischen Freistaaten zu ernennenden Reichs-Gesandten (wie man sagt, Hrn. v. Rönne) als Gesandten Preußens anzuerkennen. Hinsichtlich der wichtigsten diplomatischen Posten bei einigen europäischen Kabinetten ist ein ferneres Abkommen vorbehalten; jedoch ist in Bezug auf dieselben der unbedingte Rücktritt der preußischen Diplomatie Seitens der provisorischen Reichs-Gewalt wohl nie begehrt worden, so daß hierin ein Einvernehmen unschwer wird erzielt werden können. Mit diesen wichtigen Verhandlungen trifft in sehr erfreulicher Weise die „schließliche Beendigung der dänischen Verwickelung" zusammen. Es ist dieser Tage die Nachricht eingelaufen, daß Seitens des Kopenhagener Kabinets die Anerkennung der provisorischen Central-Gewalt erfolgt und der regelmäßige diplomatische Verkehr mit ihr eröffnet ist, daß eine provisorische Regierung für die Herzogthümer im Sinne der zuletzt von Preußen erwirkten Konvention gebildet worden und der Wirksamkeit des Reichs-Kommissars in den Herzogthümern kein Hinderniß mehr im Wege steht. (K.Z.)

München, 16. Okt. Die Gesetzgebungs-Ausschüsse haben nunmehr über die sämmtlichen ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe Gesammtbeschlüsse erzielt, und es erübrigt ihnen noch, die Zusammenstellung sämmtlicher Gesetzentwürfe zu einem Ganzen, zu revidiren, was bis in den ersten Tagen nächster Woche geschehen sein wird. Das Reskript zur Auflösung der Kammer der Abgeordneten und jenes zur Vornahme der neuen Wahlen dürfte demnach im Laufe nächster Woche erscheinen. (W. Z.)

München, 18. Okt. Die gestern schon gemeldeten Exceße tragen das Gepräge der äußersten Rohheit. Schon seit mehreren Tagen wurde präludirt durch Katzenmusiken der stärksten Sorte, die u. a. dem aus Frankfurt zurückgekehrten Abgeordneten Ruhwandl und dem Minister des Inneren gebracht wurden. Der revolutionäre Staff entlud sich endlich, wie schon öfter, nach der Seite des nächsten Interesses hin: das sauberäne Volk setzte die Bierpreise auf, 4 kr. per Maß herab, zwang die Brauer zur Einwilligung und verlangte zuletzt das Bier für heute umsonst. Die Brauer und Wirthe, erzählt ein Schreiben in der O. P. Z. weiter, fügten sich Angesichts der drohenden Lebensgefahr. In den Wirthsstuben, auf den Straßen, vor den Schenklokalen begann nun ein kannibalisches Saufgelage. Als die Masse durch den Uebergenuß unzurechnungsfähig geworden war, begann sie von Neuem das Werk der Zerstörung. Wenige, vielleicht keines der Brauhäuser hat noch ein ganzes Fenster, eine ganze Thüre, einen ganzen Tisch, Stuhl ꝛc. Von da drangen die Tumultuanten in die Bäckerläden und verübten dort gleiche Exceße. Als in den Schenk- und Bäckerlokalen nichts mehr zu zertrümmern war, erbrach man bei mehreren der als wohlhabend bekannten Bäcker die Thüren zu ihren Privatwohnungen. Was sich vorfand, wanderte durch's Fenster auf die Straße: Spiegel, Kisten, Betten, Alles, was nicht niet- und nagelfest war, zersplitterte auf dem Pflaster. Kassen wurden erbrochen, deren Inhalt theils gestohlen, theils durch's Fenster geworfen. Auf den Straßen warteten andere Haufen des lüderlichsten Gesindels; was nicht ganz durch den Sturz zerschellte, wurde unter Geschrei nach ganz zu Trümmern geschlagen; Wasch- und Leinengeräth theils in hundert Fetzen zerrissen, theils gestohlen, die Federn aus den Betten herausgerissen und in den Wind zerstreut. Wer sich von Hausbewohnern widersetzte, wurde mißhandelt; wir hören, daß in einem Brauhause der Besitzer mit seinen Knechten den Räubern den Eingang wehrte und zwei derselben, zwei Soldaten, erschlug; in den meisten Häusern fügte man sich ohne Widerstreben. Auch in andere Läden wurde eingedrungen, und namentlich sind es Tabak und Cigarren, die geraubt werden. Die Läden, sowie überhaupt fast alle Lokalitäten zu ebener Erde, sind geschlossen. Kann man dem Unfuge nicht wehren, diesen Scenen des Vandalismus kein Ende machen? Man hat es bis zu dieser Stunde nicht versucht. Einzelne Soldatenabtheilungen durchziehen die Straßen, stellen sich auch wohl an eben der Zerstörung und Plünderung preisgegebenen Häusern gegenüber auf und — sehen zu! An keinem Orte ist bis jetzt eingeschritten worden. Es ist unglaublich, aber buchstäblich, wie ich Ihnen schreibe. Mildern Sie keinen einzigen Ausdruck in meinem Berichte; ich schreibe Ihnen die volle Wahrheit, wenn ich sage, daß unsere Behörden sechs Stunden lang dem wüsten Treiben zugesehen haben, ohne ernstlich einzuschreiten, während ihnen außer der Bürgerwehr und den Freikorps ungefähr 6000 Mann Truppen zu Gebot stehen. Halb 3 Uhr. Ich muß schließen, die Post drängt. Soeben höre ich den ersten Signalruf für die Bürgerwehr, von Linienſoldaten sehe ich, so weit mein Blick vom Fenster aus reicht, nichts.

München, 18. Okt. 2 Uhr. So eben, unmittelbar vor Postschluß, erfahren wir aus glaubwürdigster Quelle, daß der König vor einem nach Tegernsee unternommenen Ausfluge vorgestern den Ministern wiederholt erklärt hat, daß er vor dem Landtage eine Portefeuilleniederlegung nicht gestatten werde. Die neuesten Vorgänge sind dem König durch Kuriere gemeldet worden. Die Stadt ist begreiflicher Weise in größter Unruhe. — Aus Wien sind eine Menge Flüchtlinge hier angekommen. (O. P. Z.)

Ulm, 17. Okt. In voriger Nacht, als in der zweiten unserer Kirchweide, hat es hier arge Exceße gegeben. Im Gasthaus zum „Schützen" in Neuulm geriethen würtembergische und österreichische Soldaten in eine Schlägerei, bei welcher ein würtembergischer Schütz drei Säbelhiebe in die Hand, und ein anderer einen Stich in die Schulter erhielt. Außerdem fielen noch weitere erhebliche Verwundungen an Soldaten und Civilisten vor. Gegen 3 Uhr Nachts wurden die Verwundeten in einem Omnibus in die Stadt gebracht und gleichzeitig mehrere Verhaftungen vorgenommen. (Ulm. Schnellp.)

Hannover, 16. Okt. Von hier aus sind ungefähr 5000 Mann Infanterie, Kavallerie und Artillerie nach Meiningen abgegangen. — Das neue Wahlgesetz wird in Kurzem zur Publikation fertig sein. (H. Z.)

Darmstadt, 16. Okt. Das heute erschienene Reg.-Blatt enthält eine Verordnung, die Beförderung zum Offiziersgrade und den Besuch der Militärschule betreffend. Nach derselben ist die Verordnung vom 7. Januar 1846 über die Offiziersaspiranten aufgehoben, und es werden von nun an keine Offiziersaspiranten mehr angenommen. Zum Offiziersgrade kann jeder hessische Soldat befördert werden, der den zur Erlangung dieses Grades erforderlichen Bedingungen entspricht. Der Besitz der nöthigen Kenntnisse muß durch ordnungsmäßige Prüfung nachgewiesen werden. Der Besuch der Militärschule ist keine Bedingung zur Erlangung des Offiziersgrades. Jedem Soldaten steht es frei, auf welche Weise er sich die dazu erforderlichen Kenntnisse erwerben will. Es steht aber jedem Soldaten, der sich für den Offiziersgrad ausbilden wünscht, nach einjähriger Dienstzeit der Besuch der Militärschule nach Maßgabe der vorhandenen Plätze offen, wenn er die erforderlichen Eigenschaften besitzt und die nöthigen Vorkenntnisse durch eine Prüfung nachgewiesen hat.

Sigmaringen, 16. Okt. Von den Verhafteten wurde Kaufmann G. Müller wieder auf freien Fuß gesetzt. Von einem Abzug des Militärs hört man nichts, obwohl die Quartierlast der kleinen Stadt beschwerlich zu werden beginnt; dagegen sollen mehrere Abtheilungen abwechslungsweise in verschiedene Orte verlegt werden. Aus guter Quelle hört man versichern, daß unser Kontingent auf die angeordneten zwei Prozente der Bevölkerung (800 Mann) gebracht und in die Festung Landau versetzt werden solle, wogegen eine ständige k. baierische Garnison hier bleiben würde. (Schw. M.)

*** **Braunschweig**, 17. Okt. Daß man sich doch in Frankfurt beeilte, die Verfassung zu vollenden, damit wir aus diesem Provisorium herauskommen, das nimmer gut thut. Wirklich, es ist die höchste Zeit, es ist Gefahr im Verzuge. Der Entwurf der Abschnitte vom Reich und der Reichsgewalt hat nicht durchgängig meinen Beifall, so gut er mir im Ganzen gefällt. Aber wird er durch lange und breite Berathungen besser werden? Und sollte er es werden, wenn ich mitzustimmen hätte, ich nähme ihn in Bausch und Bogen an der Stelle der Versammlung an, in Erwägung daß große Gefahr im Verzuge und ein Definitivum dringend nothwendig, und eine etwas mangelhaftere Verfassung jetzt gegeben, gewiß weit besser ist als eine bessere über mehreren Monaten — als eine bessere oder gar keine. Denn es ist nur zu sehr zu fürchten, daß nichts zu Stande kammt, wenn nicht bald etwas zu Stande gebracht wird. Dieß sind die Ansichten sehr Vieler. Die Zeichen der Zeit, welche sich hier kund geben, sind großen Theils nicht erfreulicherer Art als die, welche anderwärts vorkommen. Die Stimmung ist gedrückt. Vor ein paar Wochen hatten wir einen Arbeiter

Skandal. Es wurde eine Dampfmühle gebaut, welche längst dringendes Bedürfniß gewesen war. Der souveräne Pöbel erblickte darin eine Beeinträchtigung seiner Rechte, zertrümmerte die Vorrichtungen und trieb dabei argen Unfug. Zu spät erhielt die Bürgerwehr scharfe Patronen und bezog die Wache. Jan Hagel rühmt sich seiner That und die Bürgerwehr mag sich dessen rühmen, was sie gethan haben würde, wenn es zum Treffen gekommen wäre. In diesen Tagen haben 28 Ortschaften sich bewogen gefühlt, eine Erklärung einzureichen, wonach sie bereit sind, (und es ist sicher ernstlich gemeint) für den Herzog Gut und Blut daran zu setzen. Die Wühler lassen es dagegen auch an Thätigkeit nicht fehlen, und die politische Unreife, die heillose Begriffsverwirrung und die Exaltation, worin sich so Viele befinden, kommt ihnen recht sehr zu Statten. Der Geist der Menterei war den Truppen noch fern geblieben, scheint nun aber auch bei ihnen sich regen zu wollen, so unerheblich diese Regungen noch sein mögen. Gestern weigerten sich etwa 20 Mann, zu exerciren. Sie wurden sofort entwaffnet und eingesteckt.

* **Oldenburg**, 15. Okt. Die Unteroffiziere haben eine enge Verbindung unter einander geschlossen. Sie beklagen sich, daß sie nicht zu Offizieren befördert werden könnten, und verlangen die sofortige Aufhebung der Militärschule. Etwa 8 bis 9 Jünglinge vornehmer Geburt besuchen die Schule gegenwärtig, welche man jedenfalls, noch ehe irgend ein Beschluß über diese Art von Militärschulen gefaßt ist, zu Offizieren machen wird. Dem soll entgegengearbeitet werden. (Die Unteroffiziere in Oldenburg sind sehr gut militärisch ausgebildet.)

Großbritannien.

London, 16. Okt. Der „Spectator" enthält einen beachtenswerthen Artikel über die Wiener Ereignisse, der freilich von einem ganz anderen Standpunkte ausgeht, als der Artikel der „Times" der in der russischen Staats- und Hofzeitung mit fast größerem Rechte figuriren würde, als in einer Zeitung des „freien" Englands. Der Spectator knüpft seine Betrachtung über diese Revolution, „welche den ganzen Standpunkt der Festlandspolitik verrücke," an die Flucht des Kaisers, „der dadurch die Zügel der Regierung aus den Händen gab und jede Provinz ihrer eigenen Verwaltung überließ. Das Reich ist nun in seine Elemente aufgelöst und Wien hört auf, eine große Hauptstadt zu sein. (?) Die Ränke der anonymen Staatsmänner, von welchen der Kaiser umgeben war, welche mit jeder Partei ihr Spiel trieben, um Alle zu täuschen, welche in den Provinzen Race gegen Race hetzten, welche die zu Wien geltenden offiziellen Bräuche und Anstandsvorschriften durch Proklamationen schmählich verletzten, die von der blödsinnigen Hand des Monarchen unterzeichnet, aber von keinem Minister gegengezeichnet waren, — diese Intriguen haben auf die kaiserliche Regierung den Stempel der Unwürdigkeit gedrückt, den Nichts wieder herstellen kann, selbst nicht die siegreichste Restauration, ausgenommen ein Wechsel in der Person des Monarchen und eine durchgreifende Reinigung des Hofes." Aber die Wiener Katastrophe, meint der Spektator weiter, werde auch außerhalb des österreichischen Kaiserreichs gespürt werden; in Berlin würden die zur Gewaltthat aufgelegten Klassen von neuem Muth gewinnen, die Sicilianer würden sich nun erinnern, daß der Bourbon zu Neapel eine Stütze weniger habe, Frankreich werde seine Alpenarmee in Bewegung setzen. Schmuck und Zierde des Königthums seien durch des Kaisers schmähliche Flucht in den Staub getreten, da aber das königliche Ansehen bis jetzt weitaus im größten Theile Europa's der Kitt der Ordnung und Ruhe gewesen sei, so drohe die Vernichtung des königlichen Ansehens die furchtbarsten Folgen zu haben; in vielen Landschaften verstände man unter der Republik nicht diese, nicht einmal den Kommunismus, sondern die Anarchie, eine Erneuerung der finsteren Zeiten als Rom unterging. Man irre sich, wenn man annehme, daß diese Volksausbrüche nur die launenhaften Exzesse einiger Wenigen seien, die in verruchter Weise Alles wagten; nein, sie seien nur der Endausbruch lang gezeitigter Ursachen. Nur ein paar solche Ereignisse, wie die zweimalige Flucht des Kaisers von Oesterreich, und das Königthum werde in ganz Europa gefährdet sein; überall würden die Staatsmänner gezwungen sein, so gut wie diejenigen Frankreichs, „die Republik anzunehmen", aber zugleich, da inzwischen die Wiederherstellung der Monarchie unmöglich geworden, das gesammte Festland Europa's in jenes Wogengewühl zu stürzen, aus dem Frankreich keinen Ausgang finde, in jene mühsamen Versuche, die republikanischen Phantasien in den bestehenden monarchischen Rahmen der Gesellschaft einzupassen. Der Artikel schließt: „Das ist allerdings eine Lage der Dinge, welche die Staatsmänner Europa's auf's sorgsamste und auf breiterer Grundlage als dem vorhandenen Formular und der diplomatischen Etikette zu erwägen haben. Für diese Krisis gibt es noch kein Formular, für solch einen Sturmwind keine Etikette; alle Formen sind vom Winde verweht, und nichts kann aus diesem Chaos herausleiten, als der nie irrende Leitfaden ungeheuchelter Aufrichtigkeit und gebieterischer Wirklichkeit".

Wir wissen recht gut, daß gerade diejenigen, welche bei der Erhaltung der Monarchie am meisten betheiligt sind, ihr möglichstes thun, um ihr moralisches Ansehen zu Grunde zu richten und ihren Bestand unmöglich zu machen; es fragt sich nur, wo wird man für die in ihre Urstoffe zerfallende österreichische Monarchie das organisirende Regierungstalent hernehmen, welches durch Geist, Redlichkeit, Umsicht und Erfahrung geeignet ist, für die einzelnen Bestandtheile wieder ein gemeinsames Band zu finden. Wird die Aula solche Staatsmänner liefern? Oder sollen sie aus den Reihen der steiermärkischen Alpenjäger hervorgehen? Oder wird gar Kossuth in Pesth die Zügel in die Hand nehmen? Es ist zu fürchten, daß die Wiener nicht für Oesterreich und für Deutschland so tapfer gekämpft haben, sondern daß sie nur die Duperten ausländischer Intriguanten sind, denen es im Geringsten nicht um Glück und Einheit der österreichischen Monarchie zu thun ist. Es wäre sehr zu beklagen, und Oesterreich und Deutschland wären dabei um nichts gebessert, wenn an die Stelle der Kamarilla des Kaisers eine Kamarilla Kossuth's träte; der Hochmuth der Magyaren ist zu bekannt, als daß man nicht den Versuch von ihrer Seite erwarten sollte, den Schwerpunkt der künftigen „vereinigten freien ungarisch-österreichischen Staaten" — denn darauf läuft es schließlich doch hinaus — von Wien nach Pesth zu verlegen. Wie lange sich in diesem Falle die 17 Millionen Slaven, im Gefühl ihrer Uebermacht, den Druck der Kossuth'schen Diktatur und Pesther Centralisation gefallen lassen würden, bleibe dahingestellt. Dem heldenmüthigen Aufschwung der Wiener alle Ehre; aber die immerhin frische Frivolität der Wiener, die noch vor wenigen Monaten den Baron Jellacic als Helden und Retter der Monarchie feierten, verleugnet sich auch in ihrem jetzigen Thun nicht ganz. Dem Kaiser aber sollte unter diesen Umständen und in Rücksicht seiner zweifelhaften physischen und psychischen Zurechnungsfähigkeit der Spectator einige Nachsicht geschenkt haben.

London, 17. Okt. Dem „Limerick und Clare Examiner" zufolge erstrecken sich die Verhaftungen in Irland auch auf das zarte Geschlecht, das jetzt freilich mit großer Vorliebe in aller Herren Länder die Emeute in seinen besondern Schutz genommen zu haben scheint, ohne Zweifel weil das romantische Interesse stets mehr auf Seite der abenteuerlichen Unordnung und Gesetzlosigkeit als der Ordnung und des Gesetzes liegt. Man sagt zwar, die Weiber seien geborene Demokratinnen, sie sind es aber nur unter der Bedingung, in der Republik wieder das aristokratische Element großzuziehen und manche Frau Präsidentin oder Gemeinderäthin dürfte in der künftigen Republik Deutschland in ihrem Kantönli eine ähnliche Rolle spielen, eine ähnliche Kamarilla um ihren einflußreichen Gatten organisiren, wie gegenwärtig irgend eine Prinzessin oder sonst hocharistokratische Intriguantin an einem unserer Fürstenhöfe. Um auf Irland zurückzukommen, so wurden eine Miß O'Ryan, von Molunagh, und eine Miß Power, von Waterford, in Clonmel verhaftet, eingesperret, gegen Bürgschaft jedoch freigelassen.

Die „Dublin Post" enthält folgende Mittheilung aus Ballinrobe in der Grafschaft Mayo: „im Arbeitshause zu Ballinrobe, welches für 800 Personen erbaut ist, befinden sich gegenwärtig 1600; viele liegen daher, ohne Bedeckung, auf einer bloßen Strohschütte, wo sie gerade Platz finden; innerhalb der letzten 3 Wochen haben aber noch 3000 Personen um Zulassung nachgesucht; man hat sie aber nicht zulassen, noch mit Lebensmitteln versehen können, so daß ihre Lage schrecklich ist." Aber auch in England wächst der Pauperismus in furchtbarer Progression. In Bolton und Umgegend gab es im J. 1845 nur erst 5663 Dürftige, welche Unterstützung empfingen, jetzt ist deren Zahl auf 17,601 gestiegen, so daß von 3½ Personen immer 1 Unterstützung erhält."

Der „Globe" erklärt, es sei ohne Begründung, wenn der Fürst Cariati versichert habe, Palmerston habe erklärt, daß die

Digitized by Google

großbritannische Regierung der neapolitanischen Expedition nach Sizilien kein Hinderniß in den Weg zu legen gedenke. — Der „Standard" bringt die abenteuerliche Mittheilung: Der Reichsverweser Johann habe beschlossen, ein Heer von 50,000 Mann auf die Beine zu bringen und, um der italienischen Angelegenheit schnell ein Ende zu machen, zum Heere Radetzky's stoßen zu lassen.

Frankreich.

□ **Paris**, 18. Okt. Der Moniteur erklärt heute die Gerüchte, als wäre eine Demonstration gegen die Regierung im Werke, für falsch und lügnerisch. Kein Versuch dieser Art sei angezeigt, besprochen oder gar ausgeführt worden. Auch sei die Regierung, gestützt auf das Gesetz gegen Zusammenrottungen, fest entschlossen mit aller, von demselben gutgeheißener Strenge, gegen jeden aufrührerischen Versuch zu verfahren, von welcher Seite her derselbe auch kommen möge."

Das demokratische und socialistische Bankett zu einem Franken, fand gestern Abend on der Barrière Poissonnière statt, aber sowohl der designirte Präsident Lamenais, als der Vicepräsident Leroux Rollin erschienen nicht, was bei den Gästen eine vorübergehende Verstimmung erregte. Uebrehaupt waren anfangs nur 3 Abgeordnete die Herrn Pièrre Leroux, Proud'hon und Greppe gegenwärtig. Spätre komen noch einige wenige hinzu. 2000 Gäste speisten on zwei Tafeln, deren eine von Leroux, die andere von Alton Shee präsidirt wurde. Man brachte dre Revolution, dem alten Brege, der Wiener Revolution, der demokratischen und socialistischen Republik Toaste, letzterer gieng von dem ehemaligen Pair Alton Shee aus. Zahlreiche Gruppen Arbeiter standen auf dem Boulevard und am Eingange der Straße Poissonnière, zerstreuten sich aber ruhig, wie die Gäste auch. Es waren bedeutende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, die sich jedoch glücklicherweise überflüssig zeigten. Die Hauptsache war ein dabei verlesener und genehmigter „Aufruf an das Volk", worin demselben erzählt wird, wie fern man schon von dem Tage sei, wo sich der Freistaat so glänzend erhob, wie alle Errungenschaften der Republik verkümmert, die Befreiung der Arbeiter (l'affranchissement de travailleurs) verbürgt, aber doch nicht ausgesprochen wurde u. s. w. Die Entrüstung des Volks sei zwar sehr gerecht, aber es solle sich doch nicht zu gefährlichen Unvorsichtigkeiten hinreißen lassen, wozu man es tückisch verleiten wolle u. s. w. Heute wurden Massen dieses Aufrufs in den volkreichsten Stadtvierteln vertheilt, blieben aber bis jetzt ohne allen merklichen Eindruck, wie denn, nach der Behauptung der Gazette des Tribunaux auch gestern die Arbeiter, auf die, an ihnen versuchten Verlockungen, nicht hören mochten. Nun sollen, wie bereits mitgetheilt, auch Belleville und Poissy mit Banketten beglückt werden, und man ist begierig, ob Herr Leroux Rollin auch da nicht erscheinen wird. Das Journal: „Die Republik," wurde gestern auf der Post weggenommen.

Im Conferenzsaale der N. V. versicherte man heute, ein Courier von Turin habe eine, an unsere und die englische Regierung gerichtete Note des sardinischen Kabinets überbracht, worin dasselbe auf schleunige Lösung der italienischen Frage durch die vermittelnden Mächte dringe. Die Note soll auf die Kosten des bewaffneten Friedensstandes hinweisen, welche Sardinien nicht länger tragen könne, und die Erklärung hinzufügen, falls Oesterreich sich weigere den gerechten Vorschlägen Frankreichs und Englands beizutreten, so werde die königl. Regierung sich genöthigt sehen, abermals zu den Waffen zu greifen.

In der gestrigen Sitzung der Nat.-Vers. wurden die in Martinique erwählten Abgeordneten, nach langen Verhandlungen, mit Ausnahme Bissette's zugelassen. Dieser Letztere, der gerade die europäische Bevölkerung der Insel repräsentirt, wurde „wegen persönlicher Unfähigkeit" ausgeschlossen. Man erklärte sich hierüber nicht näher, es heißt aber, er trage die Spuren früherer Beamdorkung an sich. Noch wurden die Art. 85 bis 90, die Organisation der Gerichte betreffend, angenommen. Von allgemeinem Interesse ist hierbei nur der Art. 85, welcher verfügt, daß die Richter erster Instanz wie des Appellationsgerichtes und Kassationshofes auf Lebenszeit ernannt werden. Hierdurch wird eine Erklärung der provisorischen Regierung, welche, sonderbar genug, diese lebenslängliche Ernennung, die Bürgschaft der richterlichen Unabhängigkeit, als unrepublikonisch bezeichnete, von der Nat.-Vers. nicht gut geheißen. Jetzt, wo sie selbst keine Absetzungen mehr durchsetzen kann, beklagt sich die Reform, daß man nicht auch die Friedensrichter für unabsetzbar erkläre!

Heute kom die wichtige Frage vor, wie groß die Mehrzahl der Geschwornen sein solle, um ein richterliches Urtheil in Kriminalsachen und Preßangelegenheiten zu begründen. Der Vorschlag geht dahin, es müßten sowohl wegen der eigentlichen Thatsache, als über die erschwerenden oder mildernden Gründe mehr als 7 (von 12) sein, und in der Erklärung der Geschwornen, der Strafe der Nichtigkeit, ohne weitere Angabe der Zahl, angezeigt sein, daß dem so wäre. Ein Abgeordneter (Me'oulle) erinnerte, daß die prov. Regierung zu einer solchen Erklärung mehr als 8 Stimmen erfordert habe, und meinte, es sei diese Bestimmung gleichsam das Thermometre der öffentlichen Freiheit, die also schon im Rückgange wäre. Er fragte, ob man dies etwa in Beziehung auf einige politische Processe thue, womit sich die öffentliche Meinung lebhaft beschäftige (der Prozeß Louis Blonks, Coussidières und ihrer Mitangeklagten)? und schlug vor, die frühere Bestimmung aufrecht zu erhalten. Ceremeur aber, von welchem dieselbe ausgegangen war und der Referent des Ausschusses ist, unterstützte den Vorschlag der Regierung. Jene Bestimmung habe, wie sich leider erwiesen, die bedauernswerthesten Folgen gehabt, so daß Angeklagte, die ihres Verbrechens geständig gewesen, durch dieselbe freigesprochen worden seien. Man müsse also Abhülfe treffen, damit das Gesetz, nicht nur, wie allerdings nothwendig, den Beklagten, sondern auch, was noch höhere Berücksichtigung verdiene, die bürgerliche Gesellschaft schütze. Hierauf wurde der Verbesserungsantrag mit 561 gegen 165 Stimmen verworfen, und der ursprüngliche Antrag angenommen. Ein weiterer Antrag für „mildernde Umstände" nur die einfache Mehrzahl zu verlangen, wurde, wie leider auch die Todesstrafe, nur auf einstimmige Erklärung, oder doch nach einem Mehr von wenigstens 9 Stimmen des Geschwornengerichts zu verhängen, verworfen. — Bis zum 25. d. M. hofft man mit der Abstimmung über die Verfassung zu Ende zu sein, wo dann, nach Erledigung einiger dringenden Gesetzesvorschläge, die Versammlung ihre Sitzungen einen Monat aussetzen wird, damit während dieser Zeit die Wahl des Präsidenten der Republik vorgenommen werde. In dieser Zwischenzeit sollen 60, durch die National-Versammlung erwählte Abgeordnete, mit der ganzen Macht derselben ausgerüstet werden, und das Recht haben, nöthigenfalls die Versammlung wieder zu berufen, den Belagerungszustand zu verkünden und alles vorzunehmen, was die Umstände erheischen möchten.

In Folge der Berathungen des zur Berichterstattung über den Belagerungszustand gewählten Ausschusses, wird die Regierung, wie es heißt, morgen der Nat.-Vers. zwei Dekretvorschläge vorlegen, durch welche der Belagerungszustand aufgehoben, die Gesetze gegen den Mißbrauch der Presse aber verschärft werden.

Gestern Abend war Empfang bei General Cavaignac. Man bemerkte unter den Anwesenden alle Mitglieder des diplomatischen Korps, von denen mehrere sich angelegentlich mit dem General unterhielten, sehr viele Abgeordnete, auch solche, welche sich eben lebhaft gegen das Ministerium aussprachen, wie Landrin, Latrade und Andere, nicht minder eine große Anzahl Offiziere der Bürgerwehr, Maire's, Adjunkte u. s. w.

In Albertville in Savoyen wurde Sonntag den 8. Okt. ein großes, von mehr als 400 Personen besuchtes Bankett gegeben, wozu viele Offiziere der Alpenarmee eingeladen waren, welche dasselbe auch, auf die Aufforderung des Generals besuchten. Zu Montmelian wurden sie von den Patrioten von Chambery mit dem Rufe empfangen: es lebe Frankreich und die Alpenarmee! Bei dem Feste wurden Toasts in demselben Sinne gebracht. Die französischen Offiziere tranken auf das Wohl Savoyens und die Verbrüderung der Völker!

Der ehrn abgetretene Minister Senard hat nun seine Einzeichnung in die Liste der Advokaten bei dem Appellationsgerichte zu reklamiren. Der gemäßigte Theil der äußersten Linken wird einen Klub gründen, welcher den Namen der Freunde der Republik annehmen wird. Nächsten Sonnabend wird ein fraternisirendes Bankett gehalten werden. Die „Democratie pacifique" zeigt an, daß außer den Tischen für Erwachsene noch ein besonderer Tisch für Kinder bereit sein wird. Auch die Typographen hielten ein Bankett, bei welchem man den Platz Louis Blanes leer gelassen hatte. Der Präsident, Bürger Corbon, schloß seine Rede mit einem Hoch auf die demokratische und sozialistische Republik.

Herr Bruffot, Enkel des berühmten Girondisten gleichen

Namens, ist zum Kabinetschef des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. Mehrere Präfekte, welche früher zu den außerordentlichen Kommissarien Ledru-Rollin's gehörten, die ihre unumschränkten Vollmachten ganz in seinem Sinne ausübten, haben nun Glückwünsche an den neuen Minister gerichtet, worin sie ihre Zuneigung zu der gemäßigten, nicht sozialistischen Republik betheuern. — Fräulein Rachel hat ihre Entlassung beim Théâtre français eingeschickt. Man hofft indeß, die Künstlerin werde sich doch noch bewegen lassen zu bleiben. Auf alle Fälle kann sie nach dem Vertrage erst über's Jahr austreten. — In der „Reform" nimmt Hecker bei seiner Abreise nach New-York Abschied vom deutschen Volke. Er klagt über die Badenser, die ihn seiner Zeit „aus Mangel an Muth" nicht gehörig unterstützt und durchaus das deutsche Parlament hätten abwarten wollen. Zugleich empfiehlt er, sich um die äußerste Linke in demselben zu schaaren, die immer Nachrichten von ihm geben werde.

Paris, 18. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 75; 3pCt. 44. 50; Neue —. —; Neapol. 79. 50; Bankactien 1540; Span. 5pCt. (Arbains) — —; 3pCt. 23¼; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 110.—; linkes Ufer 97. 50; Paris-Orleans 617. 50; Paris-Rouen 386. 25; Orleans-Bordeaux 371. 25; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Haare 187. 50; Marseille-Aignon 196. 25; Straßburg-Basel 82. 50; Nordbahn 360. —; Paris-Lyon 361. 25; Paris-Straßburg 322. 50; Römisches Anlehen 63.

Fortwährend wenig Geschäfte! Doch zogen die Course, die am Anfang der Börse sehr flau waren, gegen das Ende derselben an. Man erwartet mit Spannung Nachrichten aus Wien. — Die neapolit. Rente fiel um 1 pCt., das piemontesische Anlehen stieg um 5 Frs. Von Eisenbahnen fiel Paris-Orleans um 3. 75, Paris-Straßburg um 2. 50.

Strasburg, 15. Okt. Heute in der Frühe wurden die vor einigen Wochen verhafteten Frankfurter Flüchtlinge unter Gendarmeriebedeckung von hier abgeführt. Dieselben sollen, wie es heißt, vorderhand nach Verdun verbracht werden. Dort erhalten sie wahrscheinlich ihre Freiheit, indem ihnen zugleich ein bestimmter Aufenthaltsort im Innern des Landes angewiesen werden wird. (Fr. J.)

Spanien.

Madrid, 12. Okt. Das Ministerium steht wieder fest, die Steuern gehen regelmäßig ein. Der Generalkapitän von Catalonien meldet, die republikanische Partei, welche bis an die französische Grenze verfolgt und von den Behörden des Nachbarlandes nicht aufgenommen worden, sei ganz verschwunden, 27 hätten sich der Regierung der Königin unterworfen, fünf seien gefangen worden.

Madrid, 13. Okt. Aus Katalonien lauten die Depeschen täglich günstiger. Die Insurrektion scheint ihrem Ende nahe.

Madrid, 13. Okt. (Börse). 3pCt. Rente 19⅛ Pap. (1/16 G.); 5pCt. 11 baar. (Nach der Börse 11 G.); Passive 3½ Pap.

Schweiz.

) **Bern**, 18. Okt. An der tessin-lombardischen Grenze fängt es an wieder lebendig zu werden. Das Gerücht geht, Karl Albert habe den Waffenstillstand aufgekündigt. Wenn auch dies unwahrscheinlich ist, so deutet dagegen doch Alles darauf, daß mit dem 23. d., als an dem Ende des Waffenstillstandes, der Krieg von Neuem ausbrechen werde. General Romarina soll zum Oberbefehlshaber der sardinischen Truppen gewählt sein. Briefe aus Bellinzona vom 13. d. melden, daß die eidgenäss. Repräsentanten in Tessin um Vermehrung der Truppen bei dem Vorort nachgesucht haben, da in Mailand ein neuer Aufstand mit jedem Tag wahrscheinlicher werde. 30 ungarische Offiziere sollen entflohen und in Lugano angekommen sein. Nach eingelangten Handelsbriefen sei das österreichische Heer in Mailand in völliger Auflösung begriffen; nach den einen schlagen sich die Ungarn und Kroaten, nach andern sind die Ungarn größtentheils abgezogen und wollen sich mit Waffengewalt den Durchpaß durch die Schweiz erzwingen. In Mailand selbst sehe es sehr drohend aus. Was an diesen Nachrichten wahr ist, wird sich bald zeigen. Eine Verstärkung der eidgenössischen Truppen in Tessin ist sehr wahrscheinlich. — Mit Kreisschreiben vom 5. d. werden die Stände am Vorort dringend eingeladen, denjenigen Flüchtlingen, welche sich am zweiten Aufstande in Baden abermals betheiligt haben, das Asyl zu entziehen, indem dieselben, sofern sie vom schweizerischen Gebiet aus der Insurrektion sich angeschlossen, offenbar den Anspruch auf weitere Gastfreundschaft verwirkt haben. In Beziehung auf die übrigen Flüchtlinge wäre an dem Verfahren festzuhalten, dem zufolge dieselben entwaffnet und unter besondere polizeiliche Aufsicht gestellt werden sollen. — In dem Kanton Zürich sind in den Nationalrath gewählt die HH. Alt-Landammann Siedler, Dr. A. Escher, Alt-R.-R. Wieland; Alt-R.-R. Fierz, Alt-Bürgermeister Muralt, Alt-Kantonsrath Wild, Statthalter Müller und Dr. Rüegg.

▽ **Genf**, im Okt. Wie Sie wissen, habe ich mich freiwillig von der deutschen Erde verbannt und lebe jetzt in der Stadt, die nach langem und wie es schien sicherm Fortschreiten der Reaktion zuerst wieder die Initiative der Revolution und zwar mit siegreicher Hand ergriff. Es ist gewiß, daß sich die neue Bewegung zuletzt auf diesen kleinen Punkt, auf den Sieg der Radikalen von Genf zurückführen läßt, obschon Niemand erwarten konnte, daß sie einen so stürmischen, allgemeinen, die Welt in ihren tiefsten Grundlagen erschütternden Charakter annehmen sollte. Meinen hiesigen Aufenthalt habe ich nun dazu benutzt, mich unter den hiesigen deutschen Demokraten umzusehen, und benutze ihn in gegenwärtigem Briefe dazu, die in Deutschland wohl noch immer weit verbreitete Meinung, als ob Struve's tolles Unternehmen mehr als die vereinzelte That eines Thoren gewesen, zu berichtigen. Dies Unternehmen ist nur in Struve's und seiner Frau übel berathenem Hirn ausgesponnen worden, und Herr Struve ist dazu vielleicht eben so sehr durch seine Großmannsucht, als leider auch wohl durch den Wunsch, seine äußere Lage zu verbessern, getrieben worden. Darauf aber verlassen Sie sich, daß der hier wohnende Heinzen, den ich genau zu beobachten Gelegenheit fand, diesmal nicht den Geringsten Antheil an jenem so jämmerlich verunglückten Einbruche hatte, wie sich auch wohl aus den aufgefundenen Papieren Struve's aufs Gewisseste herausstellen wird. Hätte dies Unternehmen, das von Heinzen selbst ein unbesonnener Streich genannt wird, mit einem umfassenden Plan in Verbindung gestanden, so würde Heinzen, seiner Gesinnung getreu, sich schwerlich fern haben halten dürfen. Heinzen reiste allerdings mit Zurücklassung seiner Familie von hier ab, aber erst nachdem die Nachricht von den Frankfurter Ereignissen und dem Scheitern der Struve'schen lüderlichen Schreckensherrschaft durch die deutschen Journale hierher verbreitet worden war.

Die Zerrüttung Italiens durch Oesterreich und der drohende Ruin des Handels nach Deutschland, sind die Ursachen des gehemmten Gangs der hiesigen Fabriken. Ueber sechs Tausend Arbeiter der Uhrenfabriken sind brodlos, und die Regierung gibt demselben durch die Einebnung der alten Basteien Beschäftigung. Fast durchgehends sind in den Fabriken über die Hälfte der Arbeiter entlassen. Die sonst von Fremden so belebte Stadt, ist leer und empfindet die traurigen Verhältnisse des Handels aufs Bitterste.

Lola Mantez, die Ergräfin von Landsfeld, bildete sich auch hier, wie früher in andern Städten, einen Liebeshof, wo allerlei junge Ritter umherschwärmen. Auch hier übte die kecke Grille anfangs in gewohnter und bekannter Weise ihre angemaßten Freiheiten dem Publikum gegenüber aus. Allein man bedeutete ihr höhern Orts, daß ein solches Auftreten ihren Aufenthalt über kurz oder lang unmöglich machen werde, und seitdem hat sich die übermüthige Tänzerin in die Stille zurückgezogen, und hält's nun mit der kleinen Stadt Nyon (wo einst die Muse Matthisson's und Bonstetten's blühte) die sich durch ihren Besuch sehr geschmeichelt fühlt. Lola sang vor einigen Tagen auf dem dortigen Liebhabertheater, und lud sodann ihre Heeren Collegen zum Diner.

Die Mordscenen des 18. Sept. erregten auch hier nur Ekel und Abscheu, und man ist sehr geneigt, diesen Vorfällen und den aufflackelnden Reden auf der Pfingstweide es zuzuschreiben, wenn Hr. Vogt und Konsorten in der Achtung der hiesigen Demokraten so sehr gesunken sind. Es weht hier auch demokratische Luft, aber sie ist reinigend und heilsam, nicht mit den giftigen und pestartigen Stoffen anarchischer Revolutionsmacherei vergesellt. Die Achtung der Genfer Demokraten, glauben Sie mir, ist nicht durch jene den Deutschen so übel anstehende Frivolität zu gewinnen, womit man jetzt in Deutschland mit Emeuten und Stra-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhaftungen der Nationalversammlung vom 20. Okt. Aufhebung des Belagerungszustandes. Bekanntmachung.) Wien (Placat des Reichstags. Die Stimmung in den Provinzen.) Prag (Deputation an den Kaiser.) Bozen (Armeebefehl Radetzky's über die Wiener Ereignisse.) Berlin (Beschluß der Nationalversammlung über die Forderungen der Arbeiter.) Rheinland und Westphalen (Adressen an die Landesversammlung. Canonicus Smets †.) München (Eisenbahn von Neumarkt nach Hof. Eötvös. Die Eresse. Flugblattliteratur.) Stuttgart. (Adresse der Grundbesitzer. Die Kronprinzessin.) Ulm (Unruhen.) Leipzig (Adresse des deutschen Vereins.) Hamburg (Wahlen.)
Dänemark. Kopenhagen (Reichstag. Ministerliste. Hvidt entlassen; dänische Stimmen über Schleswig-Holstein.)
Schweden. Stockholm (Unduldsamkeit katholischer Gemeinden in Norwegen.)
Ungarn. Pesth (Ankunft Pulszky's. Magyarische Plane.)
Polen. (Truppenunterhaltungen im Königreich Polen.)
Rußland. Petersburg (Emission von Reichsschatzbilletten.)
Donaufürstenthümer. Jassy (Das Verfahren der Russen und Türken.)
Türkei. Alexandrien (Ibrahim Pascha als Vicekönig.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 20. Oktober.)
Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 20. Oktober. (Schluß.)

Giskra, mit beflügeltem Worte und lebendigstem Ausdrucke für den Anschluß Oesterreichs nach dem Verfassungsentwurfe und alle anderen Vorschläge als „schwarzgelbe" verächtlich von sich schleudernd: „Wie so sei denn," fragt er im Laufe seiner Rede, „Oesterreichs Angesicht bis jetzt nach dem Osten gerichtet gewesen? An der Donau ständen die Russen und in Stambul sei der österreichische Einfluß unter Null gesunken. Wir werden gewarnt, die Sulinamündung nicht bis Preßburg heraufzurücken. Aber wir? wenn Sie Oesterreich nicht unbedingt an Deutschland anschließen, so rücken Sie die Sulinamündung sogar bis Passau. Der Kampf der Nationalitäten Oesterreichs ist unvermeidlich worden. Zum Bürgerkriege also verurtheilen Sie die Deutschen Oesterreichs, wenn Sie sie nicht fest zu sich heranziehen. Der pragmatischen Sanktion messen Sie einen sehr großen Werth bei. Aber wo ist das Breisgau geblieben, welches nach ihr bei Oesterreich sein müßte, wo Belgien? Die pragmatische Sanktion ist ein vergilbtes Pergament und keine virgo intacta mehr. Den Ungarn, als sie ihre Säbel zur Vertheidigung dieser Sanktion schwangen, jubelten Sie Beifall zu, und von den Ungarn, die jetzt ihre Säbel für ihre Freiheit schwingen, wollen Sie sich abwenden?" Giskra sucht hierauf darzuthun, daß die Ungarn wirklich nach nichts weiter greifen in allen ihren neueren Forderungen, als nach ihrem guten Rechte. Die Personalunion findet nach ihm ihre wesentlichen Schwierigkeiten nur im Staatsschuldenpunkte, denn die Gesetzgebung und Verwaltung sei bisher schon nach den verschiedenen Ländern Oesterreichs verschieden gewesen. Für diese Länder sei endlich das natürlichste Bindemittel, das einzig brauchbare — das System eines Föderativstaates. Das Verlangen nach einer österreichischen Gesammtmonarchie sei nicht so allgemein, als es dargestellt werde. Die Lombardei hege es nicht, auch nicht Galizien und Ungarn. Von den Slowen gehe es aus, die ihre Rechnung dabei zu finden hofften. Der Unterstaatssekretär wolle die Centralgewalt mit der österreichischen Krone über Modifikationen unterhandeln lassen. Nimmermehr habe der Redner gehofft, von einem hochstehenden Beamten des Reichs einen solchen Vorschlag zu vernehmen. „Halten wie zusammen, was zu Deutschland gehört, und wenn alle Throne darüber stürzten." — Die Rede, die über eine Stunde gedauert hat und mehrmals von rauschendem Beifall unterbrochen worden ist, endet hier unter anhaltendem Applaus.

Auf den Ruf zur Vertagung wird die Verhandlung darauf abgebrochen und nachdem noch ein Gegenprotest der posen'schen Abgeordneten gegen den Libelt'schen verlesen worden, die Sitzung Nachmittags 3 Uhr geschlossen.

Kundmachung. Da mit dem heutigen Tage das Gesetz vom 10. d. Mts. zum Schutze der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt in der ganzen Umgebung von Frankfurt in Kraft getreten ist, wird der Belagerungszustand der Stadt Frankfurt hiermit für aufgehoben erklärt.

Uebrigens wird das Reichsministerium alle jene Maßregeln, die es für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit am Sitze der Reichsversammlung für nöthig erachtet, in ihrem vollen Umfange fortbestehen lassen.

Frankfurt a. M., den 20. Okt. 1848.

Der Reichsminister des Innern.
Schmerling.

Dr. Radermacher.

Frankfurt, 21. Okt. Die heutige Nummer 127 des „Amtsblattes der freien Stadt Frankfurt" enthält nachstehendes Gesetz: „Wir Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt verkünden hiermit auf verfassungsmäßigen Beschluß der gesetzgebenden Versammlung vom 9. d. M. und löblicher Bürgerschaft vom 17. d. M., wie folgt: §. 1. Die Bestimmung im Art. 50 der Konstitutionsergänzungsakte zu der alten Stadtverfassung vom Jahr 1816, unter A., die bei Abänderung von organischen Gesetzen einzuhaltenden Vorschriften betreffend, ist aufgehoben. §. 2. Das in der Anlage enthaltene Wahlgesetz für eine konstituirende Versammlung und die darin enthaltenen Uebergangsbestimmungen sind angenommen und treten an die Stelle der betreffenden, dadurch außer Wirksamkeit kommenden Vorschriften der Konstitutionsergänzungsakte. §. 3. Ueber die Annahme oder Verwerfung der von der konstituirenden Versammlung ausgearbeiteten Verfassung entscheidet die Mehrheit der volljährigen hiesigen Staatsangehörigen, welche hierüber zur Abstimmung wirklich schreiten werden. Der Senat wird die nöthige Vollzugsverordnung in Betreff dieser Abstimmung erlassen und das Ergebniß derselben verkünden. Beschlossen in unserer großen Rathsversammlung den 19. Okt. 1848." Folgt als erster Abschnitt: das Wahlgesetz in 10 Paragraphen, und als zweiter Abschnitt: Uebergangsbestimmungen in 7 Paragraphen.

Ferner enthält das Amtsblatt folgende Bekanntmachung: „Das unterzeichnete Amt, indem es dankend die Willfährigkeit anerkennt, mit welcher die hiesige Einwohnerschaft die einquartierten Reichstruppen aufgenommen hat, glaubt hierdurch zur Anzeige bringen zu sollen, daß hoffentlich in Kurzem schon die dermalige Besatzung, oder doch der größte Theil derselben nicht ferner bei den Einwohnern einquartiert bleiben, sondern kasernirt werden wird. In den zur Aufnahme der Reichstruppen bestimmten Lokalitäten werden die nöthigen Einrichtungen mit thunlicher Beschleunigung getroffen, auch werden alle zu Gebot stehenden Mittel angewendet, um die Einwohnerschaft während des Winters von jeder ständigen Einquartierung frei zu halten. Es steht zu hoffen, daß schon bis Ende dieses Monats ein Theil der Besatzung untergebracht werden kann, worüber die nähere Anzeige vorbehalten bleibt. Frankfurt a. M., den 19. Okt. 1848. Quartieramt."

Wien. Die „Neue Münchener Zeitung" hat Berichte aus Steiermark, welche den dortigen Eifer für Wien in einem andern Lichte erscheinen lassen. Lebhafte Theilnahme scheint nur in Grätz zu herrschen, von wo der größte Theil der Nationalgarde nach Wien abgegangen ist. Nur die zuletzt Abgegangenen mußten zurückkehren, weil sie Wien cernirt fanden. — Das bei Baden stehende Militär hatte die Eisenbahn aufgerissen. — In Cilli erschien ein Kommissär, der zur Organisation des Landsturms aufforderte, fand aber eine sehr kühle Aufnahme. Der Kommandant der Nationalgarde erklärte, er werde nicht mitziehen, überlasse aber die Theilnahme dem Willen jedes Einzelnen. Auf dem flachen Lande soll Alles gut kaiserlich sein.

Was Tyrol betrifft, so schreibt der Innsbrucker „Bote für Tyrol" unter d. 16. Okt.: „Wie wir vernehmen, haben unsere sämmtlichen nordtyrolischen Deputirten Wien verlassen und sind auch bereits größtentheils hier eingetroffen." Der „N. Münchn. Ztg." zufolge ist das Gleiche mit den oberösterreichischen Abgeordneten der Fall.

Aus Galizien hat sich eine Deputation nach Wien begeben, um von dem Reichstage die Einberufung des galizischen Landtags nach Lemberg zu verlangen. In der betreffenden Adresse an die galiz. Deputirten im Wiener Reichstage heißt es: „Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ist der Sieg in Wien für uns eine zweifache Niederlage, denn er gibt uns keine Bürgschaft und läßt uns den Eifer und die Anstrengung der Feinde zu unserm Nachtheile befürchten. Es muß uns daher vor Allem gegenwärtig obliegen, allein und

Digitized by Google

hauptsächlich an uns zu denken. Was wir brauchen, ist eine feste und dauerhafte Organisation unseres Landes, das aber kann uns Niemand anders geben, als die eigene Nationalrepräsentation im eigenen Lande. Eine solche Nationalrepräsentation kann nur im galizischen Landtage vorhanden sein. Wir fordern Euch daher auf, daß Ihr mit Hintenansetzung aller Angelegenheiten, mit welchen sich der Wiener Reichstag bisher beschäftigt und wobei er Alles angegeiffen, aber Nichts aufgebaut hat, wie ein Mann mit aller Kraft dahin wirken möget, daß der galizische Landtag in Lemberg einberufen werde, damit er sich ernstlich mit der Konstitution und Organisation unseres Landes beschäftige. — Dies ist die Stimme des Volkes und dies muß für euch Gesetz sein". (Brsl. Z.)

Wien, 16. Okt., Mittags. Unter diesem Datum enthalten die Berl. Nachrichten Folgendes: Laut so eben angeschlagener Plakate des Reichstages wird er **heute** die Antwort mittheilen, die er auf sein, an den Kaiser gerichtetes **Ultimatum**, jedenfalls bis Abend erwartet. Sollte er der Ausschreibung eines **sofortigen** Kongresses einer bestimmten Anzahl Deputirten **aller** Nationalitäten Oesterreichs — zur Pacifikation ihrer Aller — Schwierigkeiten in den Weg legen und den Befehl zur **sofortigen** Entfernung Jellacic's nicht genehmigen, so wird der Reichstag das bei Schwadorf stehende ungarische Heer zur **Eröffnung des Kampfes öffentlich auffordern**. Die Ungarn und die in großer Anzahl hier Bewaffneten, erwarten nur den amtlichen Beschluß des Reichstags, um vielleicht noch in der Nacht den Kampf zu eröffnen.

Prag, 16. Okt. Gestern Abends ging eine Deputation des Stadtverordneten-Kollegiums, bestehend aus 9 Mitgliedern, nach Ollmütz an das k. Hoflager ab, um in den jetzigen Wirren Vermittlungsvorschläge zu machen und Garantien für die bisherigen Errungenschaften zu verlangen.

Botzen, 16. Okt. Aus Anlaß der letzten Wiener Vorgänge wurde in Mailand am 12. d. nachstehender Armeebefehl bekannt gemacht: „Hauptquartier Mailand am 12. Okt. 1848. Soldaten! Ihr habt mich oft euren Vater genannt; als solcher richte ich heute das Wort an euch. Es haben blutige Auftritte in Wien stattgefunden, veranlaßt durch die unglückliche Zwietracht die heute unser gemeinschaftliches und theures Vaterland in Parteien spaltet. Der Kriegsminister, Feldzeugmeister Graf Latour, ein alter tapferer Kamerad aus unserer Mitte, ist von einem wilden Pöbelhaufen in den Straßen Wiens ermordet worden; aber der Kaiser und seine Familie sind wohl und von treuen Truppen umgeben. Soldaten! Laßt euch nicht durch falsche Gerüchte und Lügen irre machen, seid fest in dem Vertrauen, das ihr mir stets bewiesen, seid unerschütterlich in eurer Treue gegen den Kaiser und in der Liebe zum Vaterlande, dessen Wohl uns allen gleich stark am Herzen liegt. Weiset mit Schmach und Verachtung jeden zurück, der eure Treue zu versuchen wagen, der euch, den Siegern in so vielen Schlachten, zumuthen sollte, durch Treulosigkeit eure Ehre zu beflecken. Eure Thaten haben die Welt mit Bewunderung erfüllt. Könige und Völker haben mir dieses schriftlich ausgedrückt; ich habe mich für die Fortdauer eurer Treue und Tapferkeit verbürgt. Ihr werdet mein Wort nicht zu Schanden machen. Tapfere Kriegsgefährten meiner alten Tage! Wir leben in einer schweren, verhängnißvollen Zeit; aber glänzender wird der Thron des Kaisers, glücklicher und mächtiger das Vaterland aus diesen Kämpfen hervorgehen. Vergesset nie, daß wir Alle Kinder eines Vaterlands sind, das durch Bande, die Jahrhunderte heiligten, zusammengehalten ist. Die frevelnde Hand einiger Empörer soll nicht dieses schöne Verhältniß lösen. Mein Vertrauen in euch steht unerschütterlich fest. An eurer Spitze sehe ich ruhig der Zukunft entgegen; denn wir haben Kampf und Sieg noch nicht verlernt. Es lebe der Kaiser! Es lebe das Vaterland! (Gez.) Graf Radetzky, Feldmarschall."
(Allg. Zeitung.)

* **Berlin**, 18. Okt. In der heutigen Sitzung der Nat.-Versammlung verlas der Präsident ein Schreiben des Minister-Präsidenten, worin angezeigt wird, daß der König das Gesetz über die Bürgerwehr vollzogen habe. Ein zweites Schreiben theilt das Patent vom 17. d. M. mit, welches das vom Reichsverweser publizirte Gesetz zum Schutz der Reichsgewalt und ihrer Beamten vom 10. d. zur öffentlichen Kenntniß bringt. Die Verletzung des Gesetzes erregt das Gelächter der Linken, nach derselben ruft sie ein ironisches Bravo. Hierauf wird die Berathung über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten fortgesetzt, jedoch nicht zu Ende geführt. Hierauf werden die Forderungen der Arbeiter berathen.

Riel erstattet Bericht über die Petition. Sie erzählt zuerst den Hergang des Konfliktes vom 16. und bittet: 1) um sofortige Untersuchung der Vorfälle und Bestrafung der Schuldigen; 2) um ehrenvolle Bestattung der Gefallenen auf Staatskosten; 3) um Herstellung der Verwundeten, und Versorgung der Hinterbliebenen der Gefallenen auf Staatskosten. Außerdem hat der Abgeordnete **Berends** mündlich als Anforderungen der Petenten mitgetheilt, Auszahlung des Lohnes vom 16. und 17., und Freilassung der gemachten und noch festgehaltenen Gefangenen. Die Versammlung faßte mit großer Mehrheit folgenden Beschluß: „Die Nationalversammlung, in Erwägung, daß der Antrag der Petenten auf strenge Untersuchung bereits erledigt ist, daß die übrigen Punkte nicht begründet sind, daß namentlich die Unterstützung der Hinterbliebenen, soweit sie deren bedürfen, Seitens der Kommune gesetzlich erfolgen wird, endlich, daß Manches in der Petition erst durch die Untersuchung herausgestellt werden muß, beschließt, daß die Petition dem Justizministerium überwiesen werde."

* **Aus Rheinland und Westphalen** gehen von allen Seiten Adressen an die Versammlung in Berlin, worin nachdrücklich die sofortige unausgesetzte Berathung der Verfassung verlangt wird. Die konstitutionellen Vereine beider Provinzen haben eine Versammlung auf den 22. Okt. in Deutz ausgeschrieben, worin jener Punkt gewiß sehr lebhaft besprochen werden wird. Gleichzeitig versammeln sich dort die Lehrer der Gymnasien, für welche in Preußen trotz alles Redens und Rühmens, welche man vom Staate der Intelligenz macht, zum Theil sehr schlecht gesorgt ist. Von Jahr zu Jahr versprach man ihnen eine Vermehrung des namentlich in jenen beiden Provinzen oft sehr kümmerlichen Gehaltes, und jetzt hat die Finanz-Noth ihre Hoffnungen auf's Neue hinausgeschoben.

Am 14. Okt. starb nach längerer Krankheit der als Dichter wohlbekannte Dr. Wilhelm **Smets**, Kanonikus an der Stiftskirche zu Aachen.

München, 16. Okt. Wir vernehmen, daß am 12. d. M. die erste Probefahrt auf der Eisenbahn-Strecke von Neuenmarkt nach Hof (durch das Fichtelgebirge) stattgefunden hat; der Weg, 15 geometrische Stunden, wurde in 2 Stunden und 13 Minuten zurückgelegt. Nürnberg ist nunmehr (abgesehen von einer kurzen Strecke im sächsischen Gebiete zwischen Plauen und Reichenbach) durch Schienenwege mit Dresden, Leipzig, Berlin, Hamburg, Stettin ꝛc. und sonach auch mit der Nord- und Ostsee verbunden; daran knüpfen wir die zuversichtliche Hoffnung, daß im künftigen Jahre auch noch die zwischen Donauwörth und Nürnberg liegende Strecke befahren werden kann, und somit die Städte München und Augsburg in dasselbe Verkehrsverhältniß treten.

Baron Eötvös, in der jüngsten Zeit noch ungarischer Minister, ist mit seiner Familie hier eingetroffen und wird dem Vernehmen nach den Winter über bleiben. (N. Münchn. Z.)

Wie die Allg. Ztg. aus München vom 18. Okt. Abends 6 Uhr berichtet, hatte der Generalmarsch endlich Bürgerwehr und Freikorps zum Schutze des Pschorr-Brauhauses versammelt, wo die ärgste Zerstörung wüthete. Sie umstellten mit Linienmilitär-Abtheilungen den Platz und drangen in's Haus, um sich der Zerstörer zu bemächtigen; etliche 20 Soldaten, theils Arbeiter und Lehrlinge wurden verhaftet, auch sollen anderwärts an 30 Soldaten festgenommen worden sein. Die ganze Straße ist nun militärisch besetzt, ebenso die bedrohten Brauhäuser, der Schrannenplatz, wo Kanonen aufgefahren sind, das Zeughaus ꝛc. Hoffentlich werden diese Veranstaltungen im Stande sein, jedem weiteren Versuch zur Ruhestörung kräftig zu begegnen. Die Nacht vom 18. auf den 19. ging ruhig vorüber.

München, 13. Okt. Der scheußliche Mord des greisen Latour hat bereits unserer schändlichen **Flugblattliteratur** Gelegenheit zu den niederträchtigsten Zeichnungen, Aufrufen und Mahnworten gegeben. Mit wahrhaftem Ekel und Empörung mußte man sich gestern von den fliegenden Buchläden an allen unsern Straßenecken wegwenden, an denen unter der Aufschrift: „allen Volksverräthern zum abschreckenden Beispiel" die Gestalt eines Mannes an einem Galgen aufgehängt mit den Worten: „Die Nemesis, sie ist erwacht und hat den Graus ihm gemacht; und

jeden Bureaukratenzopf nimmt man auf diese Art beim Schopf", um einen Kreuzer verkauft wird. Unter dem Motto: „Hier ruht Latour, der erste Grenadier" wird die Art und Weise des Mordes hingestellt, derselbe als ein Akt der Nothwendigkeit angepriesen und dieses Machwerk unerhörter Perfidie mit den Worten geschlossen: „Wir wollen sehen, ob Latour's Tod für andere Minister, namentlich für die Reichsministree in Frankfurt, ein abschreckendes Beispiel war, oder ob sie nach ähnlicher Ehre geizen." Ist das Preßfreiheit? Wohin soll es kommen, wenn solcher zügellosen Frechheit, die jeder Moral, jedem sittlichen Gefühle offen Hohn spricht, nicht energisch gesteuert wird? (Nachschrift). So eben erfahren wir, daß der derzeitige Minister des Innern, Frhr. von Lerchenfeld (Minister von Thon-Dittmer ist für einige Tage in Urlaub) obiges Schandblatt schon gestern Abend hat konfisziren lassen. (A. Z.)

Ein Münchener Lokalblatt enthält folgende Annonce: „Wer von Regensburg aus nach Wien unentgeltlich zu Wasser hinreisen will, dee möge bis Donnerstag in der Frühe in Regensburg eintreffen und sich im Gasthaus zum „Hecht" bei'm dortigen Gastgeber melden. Wer Waffen hat, möge dieselben mitbringen. (Rüend. Korr.)

Stuttgart, 8. Okt. Wie wir hören, wird hiee von den größeren Grundbesitzern des Landes, füe deren Güter bisher Unheilbarkeit und Unveräußerlichkeit galt, eine Adresse an die Reichsversammlung gegen jenen Beschluß vorbereitet. Wir können mit Bestimmtheit annehmen, daß es an zahlreichen Adressen ähnlichen Inhalts aus allen Theilen Deutschlands nicht fehlen wird.

In einigen Tagen wird die Kronprinzessin eine Reise nach Petersburg antreten; der Kronprinz begleitet seine Gemahlin nach Lübeck, wo die Einschiffung stattfindet, und wird von da nach Stuttgart zurückkehren. Gesundheitsrücksichten und der Wunsch der Kronprinzessin, ihre Familie wieder zu sehen, sollen diese Reise bestimmt haben. (Krlsr. Z.)

Ulm, 18. Okt. Wie schon vor einigen Tagen, so haben gestern wiederholte Excesse stattgefunden, veranlaßt durch die Zwistigkeiten zwischen würtembergischem und österreichischem Militär. Würtembergische Soldaten suchten in Verbindung mit Festungsarbeitern die Oesterreicher in verschiedenen Wirthschaften auf und mißhandelten sie zum Theil. Der Hauptzusammenstoß war bei dem Müller'schen Kaffeehaus, in welchem mehree Oesteeeeicher waren. Es mußten Militärpatrouillen nebst Kavallerie beordeet werden. Dem energischen Einschreiten und geeigneten Maßregeln des eingetroffenen Festungsgouverneurs gelang es, freilich erst nach mehreren Stunden, die Ruhe herzustellen, indem die Oesterreicher unter dem Schutze starker Kavallerie- und Infanterie-Abtheilungen aus der Stadt gebracht wurden. (U. Sch.)

* **Leipzig**, 14. Okt. Auf Antrag des Vorsitzenden Herrn Dr. Göschen wurde in der Sitzung des deutschen Vereins vom 12. Okt. c. die Veröffentlichung folgender Erklärung beschlossen:

In der Sitzung der ersten sächsischen Kammer vom 6. Okt. d. J. haben einige Mitglieder derselben sich nicht geschent die 2 mächtigsten Hebel des echt konstitutionellen Staatslebens — die freie Presse und das freie Vereinigungsrecht — anzugreifen und auf Einschränkungen derselben hinzuarbeiten. Der deutsche Verein zu Leipzig, entschlossen die wahre Freiheit des Volkes nach allen Seiten zu schirmen, spricht seine tiefe Entrüstung über deeaetige offenbar reaktionäre Bestredungen hiermit unumwunden aus.

* **Hamburg**, 18. Okt. Auch die Wahlen des sechsten Bezirkes sino liberal, ja radikal ausgefallen.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Okt. Der König hat jetzt die von ihm zu erwählenden 38 Mitglieder des Reichstages (unter ihnen die Professoren Claussen und Daoid, den Bischof Mynster, den Kammerherrn Grafen Sponneck und den Conferenzrath Treschow) ernannt und die Liste der 152 Reichstagsmitglieder ist, mit Ausnahme eines Abgeordneten, der noch im 2. Bezirk des Frederiksborger Amtes gewählt werden muß, somit geschlossen. Es befinden sich unter denselben 29 aus dem Gelehrtenstande, 15 Geistliche, 5 Militärs, 32 Civilbeamte mit Einschluß der Advokaten, 15 Gutsbesitzer, 33 kleinere Grundeigenthümer, 22 Kaufleute und Fabrikanten.

Unsere Zeitungen theilen das am 23. v. M. erlassene Reskript des Königs mit, duech welches derselbe dem Etatsrath Hvidt untee der schmeichelhaftesten Anerkennung seiner Verdienste die erbetene Entlassung von dem Posten eines Staatsministers ohne Portefeuille vom 1. Nov. d. J. an bewilligt.

Das „Nye Aftenblad" stellt die ältere Politik der dänischen Regierung in Bezug auf die Herzogthümee dem neuerdings seit dem Tode Christian VIII. eingeschlagenen Systeme gegenüber, bezeichnet als das Ziel der ersteren: die Verknüpfung Holsteins mit Dänemark auf ewige Zeiten durch Feststellung der zwischen Holstein und Schleswig bestehenden Verbindung, — und spricht sich übee die nach des Königs Tode eingetretene Politik in folgenden Worten aus: „Jenes System wurde umgestürzt, um einer Politik Platz zu machen, welche der Verbindung mit Holstein spottete und daher eben so wenig sich um Festhaltung der Verbindung Holsteins mit Schleswig kümmerte, als um die Festhaltung des füe Dänemarks Existenz so nothwendigen Holsteins als eines immerwährenden Besitzthums des dänischen Staates; einee Politik, welche die nothwendigen Grenzen des Staates uno die bestehenden Verhältnisse und Verbindungen zwischen den beiden Herzogthümeen mißachtete, die zuerst von Christian VIII. gegebenen uno später oon Friedrich VII. bestätigten Versprechungen wegen Aufeechthaltung dieser Verhältnisse und Verbindungen brach; einee Politik, die sich zutraute, durch einen Machtspruch die starken Sympathien des Geistes, dee Verwandtschaft, der Anhänglichkeit zwischen zwei bis dahin nahe verbundenen Staatstheilen besiegen und mit dem bloßen Klang des Wortes Freiheit Schleswig von Holstein hinweg und zu Dänemark heraulocken zu können; einee Politik, welche das eigentliche Dänemark einem Bürgerkrieg mit den beiden Herzogthümern und einem Kriege mit dem ganzen großen Deutschland preisgab."

Schweden.

Stockholm, 28. Sept. Der Stand der Geistlichkeit auf dem schwedischen Reichstage hat unseem neuen Strafgesetzentwurfe unter andern auch folgenden Zusatz beigefügt: „§. 3. Wee oon der orthodoxen, coangelischen Lehre abfällt, odee zum Abfalle daoon verleitet, oder Irrlehren oerbeeitet, wird zu lebenswieriger Verbannung nud zum Verluste aller bürgerlichen Rechte verurtheilt". Während Großbritannien die letzten oee Blutgesetze Heinrichs VIII. und Jakobs I. gegen die Katholiken aufhebt, will der schwedische Klerus durch das bürgerliche Gesetzbuch dem Volke von Neuem die Intoleeanz einimpfen.

In Norwegen fängt man an, die Katholiken etwas duldsamer zu behaudeln; vor 8 Jahren drang ein katholischer Missionär — seit Gustav Wasa der erste — dort wieder em, ohne daß dafür das damals noch bestehende Gesetz durch den Steang an ihm oollzogen worden wäre. Heute gibt es dort eine katholische Gemeinde mit einem Priester und siebenhundert Laien.

Ungarn.

Pesth, 12. Okt. Der Bresl. Z. wird geschrieben: Der ungarische Staatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, Franz Pulszky, ist gestern aus Wien hier eingetroffen. Dieses Ministerium in Wien ist jetzt ganz erledigt und soll auch für die nächste Zukunft wesentlich modificiet werden. Sämmtliche ungarische Blätter sprechen sich jetzt für die Republik aus in dem Falle, „daß auch Oesterreich die republikanische Regierungsform an die Stelle der monarchischen setze." Sollte jedoch, wie es wahrscheinlicher ist, die Monarchie in Oesterreich und Ungarn fortbestehen, so wird dem König durch einen neuen Verfassungsartikel jederlei königl. Rechtsübung während der jedesmaligen Abwesenheit von Ungarn benommen werden. Als künftigen Palatin und königl. Statthalter bezeichnet man den Kronprinzen Franz Joseph. Auch der General Dietrich wurde gestern hier gefangen eingebracht. Die Bauern haben ihn bei Szolnok festgenommen. — Die A. Allg. Ztg. berichtet, es sei der wichtige Beschluß der „Zurückberufung dee ungarischen Truppen aus Italien" gefaßt worden.

Polen.

Aus **Posen**, 13. Okt., wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" geschrieben: Den letzten Nachrichten aus dem Königreiche Polen zufolge trifft immer mehe russisches Militär daselbst ein, sodaß die dortige Armee bereits eine Stärke von mehr als 200,000 Mann erreicht haben soll. Der größere Theil dieser Truppenmasse steht hart an unserer und der galizischen Grenze, sodaß

Digitized by Google

Uebersicht.

Preußen, Oesterreich und die deutsche Einheit.
Aufruf zum italienischen Föderalkongreß.
Deutschland. München (Fürst Leiningen.) Stuttgart (Verbot der Pferdeausfuhr.) Dresden (Ministerialerklärung über die Truppensendung nach Altenburg.) Karlsruhe (Vorlage des Kriegsministers an die Kammer.) Kassel (Landtagsverhandlungen. Gesetzesvorlagen über die Landtagswahlen und die Organisation der Gerichte.) Koburg (Der Abgeordnete Beigelt und seine Wahlee. Baierische Truppen erwaetet. Parteiungen unter den Bürgern.) Wiesbaden (Die Stände.) Schleswig-Holstein (Die Landesversammlung und die Vereine. Die alte und die neue Regierung. Hamburg (Die Conservativen. Kriegsschiffe. Cholera.
Italien. Turin (Musterung der Civica.) Neapel (Seerüstungen. Die Sicilianische Angelegenheit. Finanzmaßregeln.
Ungarn. Pesth (Erzherzog Stephan abgesetzt. Italienische Staatsgefangene. Reisen.)

Preußen, Oesterreich und die deutsche Einheit.

Unter allen Theilen Deutschlands steht wohl Baden, wo es die deutsche Einheit im eigentlichsten Sinne des Wortes zu erstreben gilt, in erster Reihe. Wir gehen Keinem darin nach und weichen — erfreut über gleiche Sympathien — über ganz Deutschland hin, nach Ostpreußen, wie nach Schleswig, unseren fernen Brüdern die Hand.

Mit gespanntem Interesse erwarten wir daher auch die Vorlagen im Parlament über die künftige Verfassung von Deutschland. Durch sie soll der Grund zur Einheit gelegt werden.

Daß bei einer so schwierigen Aufgabe die bestehenden Verhältnisse in einige Berücksichtigung gezogen werden müssen, erkennen wir wohl, aber wir glauben dies auch nur bis zu einem gewissen Maß. — Die Ungleichheit der verschiedenen Staaten Deutschlands ist die Schwierigkeit der Aufgabe, da nach ihrer Größe auch ihre Ansprüche auf eine zukünftige Stellung im großen Ganzen verschieden und bisweilen sehr groß sind.

Wäre im Jahr 1815 die Eintheilung Deutschlands in lauter Fürstenthümer wie Reuß-Greiz, Schleiz, Lobenstein sanktionirt worden, so wäre das doch etwas Gutes, was wir den Diplomaten von damals zu verdanken hätten, denn dann hätten wir bereits im Verlauf der letzten sechs Monate die deutsche Einheit hergestellt. Da es aber derzeit noch ein Oesterreich und ein Preußen gibt, so müssen wir zusehen, wie die Männer in der Paulskirche mit der deutschen Einheit zu Stande kommen. So viel ist gewiß, daß die äußerste Linke, seit sie den Partikularismus stützen will, um so zu sagen, die Freiheit zu retten, vollends alles Vertrauen verlor, wenn sie dessen etwa besaß; von ihr also, die ja doch auch zum großen Werk der Einigung gesandt ist, ist in diesem Punkte nichts zu hoffen.

Man ist wohl allenthalben darin einig, daß unter Gründung der deutschen Einheit nichts Anderes zu verstehen sei, als daß Ein Staat und natürlich der mächtigste, dem Wesen nach, an die Spitze trete, und die übrigen sich an ihn anschließen. Doch wer soll dieser Eine sein, ob Oesterreich oder Preußen? Nach so manchen Wechselfällen dieses Jahres, in denen, wie namentlich erst neuerdings in der Waffenstillstandsangelegenheit, die Handlungen des Königs oder der Regierung von Preußen mit großer Ungunst, ja mit Entrüstung, besonders von Süddeutschland aufgenommen wurden, hat sich dessenungeachtet die Ueberzeugung immer mehr Bahn gebrochen, daß Preußen der Einzige Staat Deutschlands sei, der wegen seiner Größe und Macht an die Spitze Deutschlands gestellt werden könne, denn nur mit Preußen ist Deutschland mächtig, gleichwie Preußens Kraft in Deutschlandbesteht.

Wohl hörten wir schon oft die Phrase: „Deutschlands Hoffnung müsse sich auf ein mächtiges Oesterreich stützen!" — Wir wünschen Oesterreich alle Macht, die es bisher besaß; sie wird stets Deutschland zur Unterstützung gereichen, und Deutschland, im Bunde mit Oesterreich, wird zu der Macht gelangen, mit der es die wichtigste Stellung in Europa einnimmt. Aber unschwer ist es zu erkennen, daß auf Oesterreich die Hoffnung der deutschen Einheit nicht gegründet werden dürfe. — Es handelt sich um die Vereinigung der deutschen Staaten unter Einer Centralgewalt. Ein mächtiges Oesterreich wird aber seine deutschen Provinzen niemals aus seinem Verband lösen, um sie mit Deutschland zu vereinigen. Wir werden sehen, daß Oesterreich sich zu keiner bloßen Personal-Union seiner verschiedenen Bestandtheile verbeiläßt, so lange es nicht dazu gezwungen wird, nicht mit seinen außerdeutschen Provinzen, deren Bande zur Gesammtmonarchie doch so lockere gewoeden sind, viel weniger mit seinen deutschen Bestandtheilen, die nach ältestem Herkommen fest an die österreichische Regierung gekettet sind; abschon eben diese Personal-Union, das heißt die selbstständige Stellung der deutschen Theile Oesterreichs, außer allem Verband mit den nicht deutschen eine Forderung ist, auf der die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt der österreichischen Regierung gegenüber durchaus bestehen muß.

Oesterreich dünkt sich bleibend als dieselbe Großmacht, die es bisher war. Als solche wird und muß es alle seine Staaten in möglichst innigem Verband mit der Centralregierung in Wien halten; als solche wird es sich zunächst um sein Verhältniß zu Deutschland, was innere Verbindung betrifft, wenig kümmern, noch weniger aber seine deutschen Bestandtheile der deutschen Centralregierung in Frankfurt unterordnen. Dies geht aus dem bisherigen Benehmen der österreichischen Regierung hervor, die selbst in Momenten, wo Oestreichs Macht so zweifelhaft und unterwühlt von der Verschiedenheit seiner Nationalitäten war, kaum der Form zu lieb die Beschlüsse von Frankfurt beachtet, und sie dem jedenfalls ganz inkompetenten österreichischen Reichstag noch einmal vorgelegt hat. Welches Zeichen haben wir von der österreichischen Regierung, daß sie auch nur mit einiger Bereitwilligkeit die Centralgewalt in Frankfurt als maßgebend für die deutschen Provinzen Oesterreichs anerkenne? Es würde an Gegenbeweisen nicht fehlen; das verspätete Eintreffen der kürzlich von Frankfurt aus in den Seekreis beorderten Bregenzer Truppen ist einer der vielen, der dazu seinen Grund hatte, daß es zum Abmarsch derselben erst nach einer Bestätigung von Wien bedurfte, also gewissermaßen einer über dem Frankfurter Ministerium stehenden Behörde, während alle übrigen deutschen Staaten, ohne Ausnahme, an alle ihre Truppen die Weisung ertheilten, jedem direkten Befehl aus Frankfurt aus unbedingt Folge zu leisten, auch ohne Vermittelung der betreffenden Landesregierung, eine Maßregel, deren Vortrefflichkeit bei Unterdrückung des Frankfurter Aufstandes gewiß anerkannt wurde.

Fragen wir nun einmal, wie würde sich Oesterreich benommen haben, wenn man auch nicht seinen Erzherzog zum deutschen Reichsverweser gewählt hätte?

Fürwahr, die Stimmen verlieren sich Tag für Tag mehr, welche bisher für den Anschluß Deutschlands an Oesterreich sprachen. — Wo wird das mächtige Oesterreich sein, gesetzt auch, es wäre zu hoffen, daß es sich mit Deutschland innig verbinden würde? — Wer erkennt, daß Oesterreichs slavische Provinzen nur in dem Interesse des Slaatsmus zur Wiener Regierung halten, so lange sie daselbst zu dominiren vermögen; und wer glaubt, daß Ober-Italien und Ungarn sich jemals wieder innig an Oesterreich anschließen werden, das sie nun nicht mehr als Bundesgenosse, sondern als Sieger betrachten müssen? Ist das ein mächtiges Oesterreich, dessen Macht auf der Zusammensetzung so verschiedener Nationalitäten beruht, die, wenn es ihnen jetzt nicht gelingen sollte, sich dennoch über kurz oder lang wieder losreißen und selbstständig werden wollen.

Was wird also die Zukunft Oesterreichs, seiner deutschen Provinzen und sein Verhältniß zu Deutschland sein?

Entweder Oesterreich erhält sich mit der Gewalt seiner Waffen in bisheriger Weise als Gesammtmonarchie, dann werden seine deutschen Provinzen von der Mehrzahl der außerdeutschen übervortheilt und erdrückt werden; sie werden gegen ein so ungünstiges und unnatürliches Verhältniß anstreben, und früher oder später ihren natürlichen Anschluß an Deutschland durchzusetzen suchen.

Oder aber, die außerdeutschen Provinzen erzwingen jetzt schon ihre Selbstständigkeit, und verbinden sich mit Oesterreich höchstens in der Personal-Union; Oesterreich im bisherigen Sinne ist dann bloß geographischer Begriff, und die deutschen Bestandtheile Oesterreichs schließen sich jetzt gleich schon an Deutschland an.

In keinem dieser Fälle wird Deutschlands Einheit eine eigentliche Stütze an Oesterreich finden. — Wir müssen uns also dieses Gedankens gänzlich entschlagen, wir müssen abwarten, ob die deutsche Bevölkerung Oesterreichs sich dem ganzen übrigen Deutschland, oder vielleicht den Ungarn, Kroaten und Italienern anschließen wird; von uns wird sie als Brudervolk zu jeder Zeit herzlich zum innigen Vereine aufgenommen werden.

Preußen aber, dessen Volksabgeordnete kürzlich in der verfassunggebenden Versammlung mit eminenter Mehrheit beschlossen haben, die deutsche Centralgewalt zu unterstützen; Preußen, das mit allen seinen Provinzen, das einzige polnische Posen ausgenommen, sich an Deutschland angeschlossen hat, dessen Interesse

Digitized by Google

kein anderes ist, als zugleich das Interesse Deutschlands; Preußen allein kann der Anhaltspunkt für ganz Deutschland sein, indem es der mächtigste der deutschen Staaten ist, und doch nicht mächtig genug, um Deutschland gänzlich entbehren zu können. Oesterreich, wenigstens deutsch Oesterreich, kann dieß zwar auch nicht, wenn es sich nicht den außerdeutschen Provinzen in die Hände liefern will, allein die österreichische Regierung glaubt es zu können. Sie wird von diesem Wahne zurückkommen, und wird Oesterreich als Kaiserthum sich nicht innig mit Deutschland verbinden, so wird das Erzherzogthum es dereinst thun.

Einstweilen aber möchten wir wünschen, daß die Vertreter der deutschen Nation in Frankfurt diese Verhältnisse klar in's Auge fassen, und lieber gleich entschieden das Schicksal und die Zukunft Deutschlands mit Preußen innig vereinigen, als lau und zögernd abzuwarten, was von Oesterreich Gutes kommen könne.

Aufruf zum italienischen Förderalkongreß.

Die „Società nazionale della Confederazione italiana" veröffentlichte gestern einen Aufruf an die italienischen Völker, vielmehr eine Einladung zu der bevorstehenden National-Versammlung hier, Vorläufer eines National-Kongresses, der einen politischen Bund — lega politica — fördern soll, um Italien die Lebensbedingungen jedes Volkes: Einigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern. Der Präsident der Nat.-Versammlung und Verfasser der Schrift ist der berühmte Vincenzo Gioberti. Er beginnt mit der Behauptung daß „Piemont", im Vergleiche mit den andern Theilen der Halbinsel noch vor nicht sehr langer Zeit in retatrobarbarischem Zustande, jetzt als Mittelpunkt des italienischen Civilisationsstrebens betrachtet werden müsse. Folgt ein Vergleich zwischen Piemont's Verhältniß zu dem übrigen Italien und dem Macedoniens zu Griechenland; nur, heißt es, mit dem Unterschiede, daß Philipp's Vaterland den Bund der hellenischen Völker nicht erst geschaffen, sondern in voller Blüthe vorgefunden habe, während die Subalpiner, um ihren, in den eigenen Landen unterjochten und verunreinigten Brüdern zu helfen, zuerst den Gedanken eines Bündnisses gefaßt und diesen durch Waffengewalt zu verkörpern gesucht haben. Um störenden Betrachtungen vorzubeugen, die sich aus näherem Vergleiche ergeben und den Gegnern des berühmten Akte überlassen bleiben müssen, fügt Letzterer sogleich hinzu, daß Piemont durchaus nur lautere Absichten hege und ihm der Gedanke einer Hegemonie oder Eroberung gänzlich fremd sei. In Turin, dem neuen Delphi, werde der Grund zum Bündniß, in Rom vielleicht der Schlußstein gelegt werden. Es folgt freilich das für die Italiener des Ostens und Südens schmeichelhafte Bekenntniß, daß dieselben, besonders Toskana, den Piemontesen in der Kultur vorangingen und alle die großen Geister erzeugten, deren Schöpfungen die Piemontesen die eigene Civilisation verdanken. „Aber nicht eines mäßigen Lobes halber," heißt es ferner, „führen wir Euer Verdienst um uns an, sondern um Euere Hoffnung, Eueren Trost zu stärken. Was vermochten das Rom Julius II., das Toscana Frenucci's gegen die Barbaren, so lange der Thorwächter Italiens selbst ein Barbar war? Jetzt herrscht der nämliche Nationalgeist vom Etna bis zum Genfsio. Moralisch ist die Italienische Familie bereits vereinigt, möchten unsere Institutionen nun bald den Rester unserer Gefühle bilden." Hierauf folgt ein energischer Aufruf an die Süd-, Mittel- und Ost-Italiener, Vertreter zur beabsichtigten Versammlung zu senden. Weiter warnt der Verfasser vor dem bereits berührten engherzigen Nationalgeiste, und schließt hieran seine bekannten Lieblingsideen. „Die Geschichte lehrt uns, daß politische Bündnisse ausschließlich kleiner Staaten stets sehr schwach waren. Um diesem Uebelstande vorzubeugen, muß in dem italienischen Bunde einer der Theile die übrigen an Macht und Kraft überragen, einem Schilde gleich, welches den ganzen Körper schützt. Das Schicksal, die Tapferkeit des italienischen Heeres, der Wille der Völker, hatten dieses Reich als Protektor des Bundes bezeichnet; die Thatsache besteht nicht länger, das Recht aber dauert fort und die gewünschte Stellung wäre vielleicht wieder eingenommen ohne die Blindheit und das Schwanken derer, die da wirken sollten. Womit beschäftigen sich die Municipien? Statt zu wünschen, daß sich das Oberitalische Reich wieder bilde, freuen sie sich über dessen Vernichtung; sie wähnen daß die Zerstückung Oberitaliens der Föderation zum Vortheile gereiche, während der Zweck des Bundes, die Einheit, sich der Vermehrung der Abtheilungen widersetzt, welche aus der Halbinsel nicht 4 oder 5, sondern 7 oder 8 Stücke bilden würden Der Neid ist es, der an den Municipien nagt. Er vermochte über die Regenten von Neapel, Rom und Toscana uns die nöthigen Subsidien zu verweigern oder sie uns in ungenügendem Maße zukommen zu lassen. Er verleitet noch jetzt einige dieser Regierungen mit den Fremden gemeinschaftliche Sache zu machen, um die Wiedergeburt des Oberitalischen Reichs zu verhindern. Er gab uns statt der französischen Hülfe die englisch-französische Vermittlung. Aber auch in Piemont findet sich dieser unverständige kurzsichtige Municipalgeist leider immer zäh und dauerhaft, während der Nationalgeist indeß spät keimt! . . . . . ." „Man lege an die gegenwärtigen Verhältnisse nicht den alten Rechtsmaßstab der absoluten Regierungen oder der früheren Republiken. Damals gereichte der Beitritt eines anderen Staates zum ausschließlichen Vortheile der Herrscher; heutiges Tages nützt die Vereinigung zweier Staaten allen Staatsbürgern und Verbündeten, ohne irgend Jemand zu schaden." . . . . „Dreht es sich darum, verwandte und von fremdem Drucke erlöste Provinzen einem wohlgeordneten Staate einzuverleiben, so entscheide das Gesammtinteresse der Verbündeten, wer dieser Staat sein soll. Was nun die von österreichischer Herrschaft befreiten Länder Italiens betrifft, so würden sie, Toscana oder dem Kirchenstaate beigefügt, der Nation nichts nützen und für genannte Staaten selbst eine Last sein, weil dieselben militärisch mangelhaft organisirt, sich das alte Besitzthum kaum zu erhalten vermögen. Modena z. B. würde, dem freien Beschlusse und bereits abgeschlossenen Vertrage seiner Bewohner gemäß, die Macht Piemonts, dieser Vormauer der Halbinsel, vermehren, während sein Gewicht in der Wagschale des italienischen Geschicks sich auf nichts reducirte, wenn dieses Staat mit einem andern vereinigt wäre, der kaum Siena, Lucca, Pisa und Livorno zu zügeln weiß." . . . . „Nochmals, die Municipaleifersüchteleien sind eben so ungerecht als schädlich. Gewisse Municipien fürchten für die eigene Freiheit mehr von einem erstarkten orthodoxen König Oberitaliens mit seinen 12 Millionen Einwohnern und einem Bürgerheere, als von Oesterreich und Rußland mit ihren Lanzen und Kosaken." . . . . „Diejenigen, die zuerst von einem italienischen Königreiche sprachen, drangen auch zuerst auf eine Conföderation, auf allgemein gültige Gesetze." . . . . „Der frühere Grundsatz Roms war, die einzelnen Staaten Italiens zu entkräften, um durch allgemeine Schwäche Uebergriffen und Vergrößerungen eines Einzelnen vorzubeugen. Diese Politik ist heutiges Tages unanwendbar, weil der Feind Roms und jedes andern Staates der Halbinsel außerhalb Italien gesucht werden muß. Auffallend wäre es, wenn der Papst die fromme Dynastie Savoyen fürchtete, die stets Beweise katholischen Eifers gab, und nicht das österreichische Kaiserhaus, welches immer die Freiheit zu fesseln und die Reinheit des römischen Glaubens zu verfälschen suchte, um aus Letzterem ein Instrument absoluter Herrschaft zu machen. Es ist hohe Zeit, daß Rom, das Haupt des Katholicismus, aufhöre die Quelle der Leiden Italiens, das vornehmste Hinderniß zur Wiedergeburt des größten Volkes der Erde zu sein. Sollte dieses Uebel fortbestehen, so würde das Vaterland unendlich leiden, aber mehr noch der katholische Glaube, der ferner nur noch durch Hinneigung zu den Fortschritten der Civilisation im Allgemeinen, in Kraft bleiben kann. Niemand kann dies besser beurtheilen, als Pius IX. selbst, wenn er die Wirkungen seiner ersten Schritte mit dem Eindrucke vergleicht, den sein späteres Verhalten hervorrief. Damals erwachte der Katholicismus, wie durch ein Wunder, zu neuem Leben, während jetzt der Unglaube schrecklich droht. Und wer weiß, wie dieser erstarken wird, wenn sich die unheilschwangere Trennung Roms vom übrigen Italien erneuern sollte! Bedenke Rom was ihm bevorstehen kann, noch ist Zeit zur Abhülfe des Uebels; erinnere es sich derer, die vor 300 Jahren die dringendsten Ermahnungen verschmähten und in ihrer Unzucht verharrten, bis Luther aufstand und halb Europa sich von der römischen Kirche trennte! Was würde aus Rom werden, wenn der orthodoxe Glaube auch in Italien erstürbe?" Nach dieser Merkurale, die dem Autor ohne Zweifel manchen Gewissenskrupel verursacht haben wird, wendet er sich schließlich und ausschließlich nochmals an die Nichtregierenden, an das italienische Volk in Masse. . . . . „Laßt uns nicht mehr von Piemont, Toscana und anderen Provinzen sprechen, wenn es sich um Italiens Wohl handelt, unser Aller Vaterland. Die Einigkeit Italiens war seither ein frommer Wunsch; zur Thatsache wird sie werden, sobald die Konfederation ins Leben tritt. Durch sie werden alle Rechte und Privatinteressen beschützt,

Digitized by Google

gesichert, vertheidigt; freie Institutionen, Industrie, Handel, Gelehrsamkeit, Literatur, schöne Künste zu voller Blüthe gelangen, ihre Seeen und Häfen ihr Eigenthum; Miliz, Diplomatie, Maine eine Einzige, vor Allem auch die verschiedenen Dialekte verschwinden, damit die schöne Sprache der Römer und Toscaner an deren Stelle trete. Aber nebst den Wohlthaten der Einheit werden wir auch die Vortheile der Theilung genießen, denn Letztere beugt einer zu mächtigen Concentration vor." .... „Ihr seht, Italiener, was Euch werden kann; sorgt nun, daß diese schönen Hoffnungen in Erfüllung gehen. Mit Studien, Scheiften, Worten, mit allen Mitteln, die Euch zu Gebote stehen, befördert, erweitert die Keaftidee, die wir Euch andeuteten; sie muß zum Gemeingut werden, und wird dann alle Hindernisse sprengen. Kommt zur Versammlung, die in wenigen Tagen ihre Sitzungen beginnen wird! Ahmt jene Italiener der Vorzeit nach, die nicht verschmähten, nach fernen Ländern zu wallfahrten, um die heiligen Stätten zu besuchen, die der Väter fromme Hände erbaut und verschönert hatten!"

Turin, 3 Okt. 1848.

Im Namen der National-Gesellschaft:

Vincenzo Gioberti, Präsident. General Raechia, Vicepräsident. Graf Luigi di Sanoitale, Vicepräsident. Doktor Francesco Freschi, Schriftführer. Professor Francesco Ferrara von Palermo, Schriftführer. Dominico Corutti, Schriftführer.

Deutschland.

München, 16. Okt. Seit einigen Tagen befindet sich der vormalige Präsident des Reichsministeriums, Fürst Leiningen, wieder hier. (N. M. Z.)

Stuttgart. Das Regierungsblatt vom 17. Oktober enthält eine k. Verordnung, wonach das unter dem 17. März erlassene Verbot der Ausfuhr von Pferden über die Zollvereins-Grenze bis auf Weiteres in Kraft bleibt.

Dresden, 14. Okt. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärt Staatsminister v. d. Pforden: seine Aeußerungen in der Sitzung am 2. Okt. bei Berathung des Helbig'schen Antrags (das Einrücken sächsischer Truppen in Altenburg betreffend) hätten in der Landschaft zu Altenburg, in der Sitzung v. 5. Okt., eine Interpellation hervorgerufen. Die Antwort vom dortigen Ministerliche (der herzoglich altenburgische Minister von Planitz hatte ungefähr Folgendes geäußert: das dasige Ministerium habe außer am 18. Juni nie um militärische Unterstützung nachgesucht, die Behauptung, daß die militärische Besetzung des Landes von dem altenburgischen Ministerium beantragt sei, möge diese Behauptung ausgehen von wem sie wolle, von dem sächsischen Minister v. d. Pforden oder von dem Reichsminister v. Schmerling, müsse er als eine Unwahrheit bezeichnen), trete mit der seinigen in Widerspruch, und es sei jene in den Zeitungen vielfach verbreitet worden. Der Redner berichtet sodann zu seiner Rechtfertigung die betreffenden Thatsachen und liest mehrere diese Angelegenheit betreffende Schreiben vor und wiederholt zuletzt seine damals gethane Aeußerung: er habe gesagt, „daß zur Zeit der Ministerkrisis in Frankfurt ein Schreiben der hiesiger Regierung eingegangen, worin, wie er wenigstens verstanden, dringend um militärische Hülfe nachgesucht worden wäre. Allein wegen der unbestimmten Fassung jenes Schreibens sei das Gesuch erfolglos geblieben. Als später am 25. Sept. die bestimmte Weisung von der Centralgewalt gekommen, sei erst die Truppensendung erfolgt." Durch die Darlegung dieser Thatsachen glaube er widerlegt zu haben, daß er etwas Unwahres behauptet. (D. A. Z.)

Karlsruhe, 14. Okt. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer hatte Kriegsminister Hoffmann im Namen der Regierung der Kammer eine Vorlage zu machen. Sie betrifft die Mittel zur Deckung des durch die Zeitumstände veranlaßten Mehraufwandes im Militärbudget. Die Regierung verlangt für die Periode vom 1. Mai bis letzten Dezember l. J. zur Deckung der vermehrten Kriegsbedürfnisse die Summe von 727,328 fl., und außerdem 188,080 fl. für den Mehraufwand, der aus der Unthunlichkeit der sonst üblichen Beurlaubungen entstanden. Ferner verlangt die Regierung zur Ausrüstung des nach Reichsministerialverfügung von 1 auf 2 Procent der Bevölkerung zu erhöhenden Militärbestandes einen Kredit von 955,706 fl. (Oberrh. Z.)

Kassel, 11. Okt. Der Landtag hat gestern auf Henkel's Antrag die Abänderung der Kriegsartikel und der terroristischen Hochverrathsverordnung von 1795 beschlossen. Auch ward auf desselben Mitglieds Antrag die Regierung um Mittheilung der beim Avancement der Offiziere leitenden Grundsätze ersucht. Auch brachte er in Erinnerung, daß der Antrag, das Kriegswesen von dem ausschließlichen Einflusse des Landesherrn unabhängig zu machen und lediglich dem Kriegsministre unterzuordnen, noch immer nicht ausgeführt sei. Der Landtag beschloß daher, die Regierung um schleunige Vorlage des betreffenden Gesetzes zu ersuchen. (W. Z.)

Kassel, 14. Okt. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung überreichte der Landtagskommissär: 1) den Entwurf eines Gesetzes, die Zusammensetzung der Ständeversammlung und die Wahl der Landtagsabgeordneten betreffend. Nach dem Wahlgesetzentwurf geschehen die Wahlen von Stadt und Land direkt, 16 Abgeordnete der Höchstbesteuerten werden von je Einem Wähler auf 1000 gewählt. 2) Den Entwurf eines Gesetzes, die Einrichtung der Gerichte und der Staatsbehörden bei den Gerichten betreffend. Derselbe eröffnete weiter in Betreff des Erlasses des Reichsjustizministeriums wegen Vorkehrungen gegen Mißbräuche der Presse und des Versammlungsrechtes, daß dasselbe nur eine Anweisung der Behörden beabsichtigt habe, dabei zu einer offiziellen Verkündigung und Ansprache an das Volk kein Anlaß vorgelegen habe. Der Erlaß sei übrigens sowohl den sämmtlichen Obergerichten und Staatsanwälten, als den Regierungen und Polizeidirektionen zugefertigt worden. Bergk sprach sein Bedauern aus, daß die Regierung auf den Antrag der Ständeversammlung nicht eingegangen sei, um so mehr, als mehrere andere Regierungen, wie die hannoversche und daemstädtische, den Erlaß in der erwünschten Form verkündet; unsere Regierung habe den alten Weg der geheimen Instruktion vorgezogen; er verspreche sich davon sehr wenig; er fürchte, daß ein guter Theil der Beamten nach wie vor die Gesetze nicht vollständig ausüben werde, und thue es einer, so gerathe er in die Gefahr, einem souveränen Bürger zu mißfallen und versetzt zu werden. (Kassl. A. Z.)

Koburg, 15. Okt. Verschiedene Blätter verbreiten eine Mißtrauensadresse, die einige Wahlmönner und viele Urwähler an unsern Abgeordneten Bretzleb nach Frankfurt geschickt haben sollen. Es ist richtig, daß die republikanische Partei diese Adresse entworfen und insbesondere in einer auf dem Lande gehaltenen Volksversammlung zur Unterschrift gebracht hat. Diese Unterschriften sind aber nicht zum Besten ausgefallen und die Partei hat bis jetzt die seit vierzehn Tagen angekündigte Absendung der Adresse an den Abgeordneten unterlassen. Dagegen haben von den 64 hiesigen Wahlmönner 60 den Abgeordneten zur seineren Vertretung unseres Landes aufgefordert, und ebenso haben sämmtliche Wahlmänner der Stadt Neustadt ihm die ungeschmälerte Fortdauer ihres Vertrauens ausgesprochen. (C. V. Z.)

Koburg, 16. Okt. Hier werden neue bayerische Truppen erwartet, und der fürstliche Marstall für die Kavallerie hergerichtet. Die Spaltung unter den Bürgern wird immer größer und hat sich nach der Versicherung des Tageblattes bis zu gistiger Gehässigkeit gesteigert. Der Bürgerverein hat sich getrennt, und an der Spitze der republikanischen Partei stehen Streit und Albrecht. Der Erstere nennt sich im Tageblatt einen Freund Struve's, mit dem er seit früheren Jahren verbunden sei; den Tod Lichnowsky's beklage er nicht, nur seine Ermordung. Die nach Lindenau anberaumte Volksversammlung ist wegen der bayerischen Gäste vorläufig verschoben. (F. J.)

Wiesbaden, 17. Okt. Die Sitzungen unserer Landstände versteckten sich noch bis zum Donnerstag oder Freitag diese Woche, um welche Zeit dann die Vertagung eintritt. Am Montag wurde mit dem Gesetz über Wechselprozeß begonnen, und heute damit fortgefahren und beendigt. Auch dieses Gesetz wurde nur mit wenigen Modificationen beinahe ganz nach dem Regierungsentwurf angenommen. Die Zehntfrage soll erst morgen ihre Erledigung finden. (Fr. Z.)

** **Schleswig-Holstein**, 16. Okt. Die Landesversammlung ist in offenen Kampf gegen die Vereine getreten, die Vereine denunciren den Grafen Reventlow-Jersbeck in der Versammlung zu Neumünster und jetzt wählt ihn die Landesversammlung zu ihrem zweiten Präsidenten, ein sicheres Zeichen, daß die Landesversammlung gegen die neue Regierung und ihre Vertreter nichts einzuwenden hat. Einer der designirten Regierungs-

Digitized by Google

vertreter Baron von Heintze, obgleich Aristokrat wie Graf Reventlow, hat sich in dem letzten Kriege sehr ausgezeichnet; denn er opferte dem Vaterlande 3 Söhne, welche er einen nach dem andern, nachdem der eine gefallen, zum Heere brachte. Die alten Regierungsmitglieder sind eben damit beschäftigt, verantwortliche Minister zu ernennen, da die Landesversammlung nicht darauf eingegangen ist, daß die provisorischen Regierungsmitglieder zugleich unverantwortlich und verantwortlich sein sollen, unverantwortlich als Regierungsmitglieder, verantwortlich für das von ihnen verwaltete Ministerium. Wahrscheinlich ist dies die letzte wichtige Handlung der alten Regierung und sie wird bald einer neuen Platz machen müssen, welche bereits ihre alten Stellen verläßt und sie durch neue ersetzen läßt, so ist für den Amtmann Baron von Heintze bereits ein neuer Amtmann für Bordesholm in der Person des Hrn. Ravit ernannt. Die neue Regierung wird übrigens einen bösen Stand haben, da unter ihr die Theilung Schleswigs ins Werk gesetzt werden soll. Der Abgeordnete Gülich in Frankfurt hat bereits an seine Mandatgeber in Apenrade geschrieben, daß er bald dort eintreffen werde, um mit ihnen eine Rücksprache zu nehmen über die Theilung Schleswigs, welches südlich von Flensburg cernirt werden soll. So wird also das wirklich geschehen, was man zuerst nicht zugeben wollte, und Schleswig getheilt werden, womit die Nordschleswiger auf dem Lande gewiß zufrieden sind; denn sie sind mehr dänisch als deutsch gesinnt.

** **Hamburg**, 16 Okt. Die Patrioten, die eigentlichen Konservativen haben gestern eine Niederlage erlitten. Obgleich, sie anfänglich keine Volksversammlungen abhalten wollten, berufen sie gestern doch eine Versammlung und präsentirten ihre Kandidaten zur Wahl für den 6. Wahlbezirk. Die Versammlung endete aber damit, daß man die liberalen Kandidaten hochleben ließ und der Präsident die Sitzung schließen mußte, Alles in Folge einer Rede des Hrn. Godeffroy, welcher offen erklärte: „die Reichen würden auswandern, wenn die Gegner ans Ruder kämen." Ein Arbeiter trat auf die Tribüne und fragte ganz ruhig, was die Herren denn bisher gethan hätten für die arbeitende Klasse, Godeffroy z. B. lasse seine Schiffe im Auslande bauen, wie auch das Schiff beweise, welches der Marine übergeben werden solle. Die Uebergabe der Kriegsschiffe ist auch wirklich vor sich gegangen und die Komite-Mitglieder haben ihre Schiffe sehr theuer verkauft an die deutsche Kriegs-Marine. Wenn alle Schiffe so theuer sind, wie diese ersten, so wird die Flotille sehr hoch zu stehen kommen.

Die Cholera ist trotz des kalten Wetters noch sehr im Gange, täglich sterben noch 80 bis 100 Menschen und nur die wenigsten werden geheilt; sie verbreitet sich an der ganzen Nord- und Ostküste und theilt so das Interesse für das jung erwachte politische Leben.

Italien.

Ein Schreiben der Allg. Z. aus **Turin** vom 8. Okt. berichtet von einer Musterung der Civica, die zu einem Vertrauensvotum für den König Karl Albert ward, der zum ersten Mal nach dem Kriege sich dem Volke wieder zeigte. Er wurde mit enthusiastischen Evviva's und kräftigem Händeklatschen von Straßen, Fenstern und Balkonen gleich herzlich begrüßt. Nach dem ersten Unwillen über den unglücklichen mit schwerem Opfer verbundenen Feldzug, nach den ersten Anklagen und Verdächtigungen ist jetzt eine völlige Reaction zu Gunsten des Königs eingetreten. Die loyale „fromm monarchische" Gesinnung der Italiener zeigt sich glänzend. Die untere Klasse erwährt des Königs gewöhnlich mit sua maestà! Sie und der Adel sind dem Herrscherhaus besonders ergeben, die kleine Fraktion Republikaner findet sich in der Bürgerklasse.

** **Neapel**, 5. Okt. Aus Palermo wird die Ankunft von 2 für Rechnung der sicilianischen Regierung in England erbauten Dampf-Fregatten ersten Ranges (600 Pferdekraft) gemeldet. Zwei andere Fregatten gleicher Stärke, die noch im Bau begriffen sind, werden später folgen. Diese Schiffe dürften in einem neu zu beginnenden Kampfe wichtige Dienste leisten, besonders da die neapolit. Kriegsdampfer zwar zahlreicher, aber von geringerer Kraft sind, da keine über 350 Pferdekraft besitzt.

Hier sind zur Schlichtung der sicilianischen Angelegenheiten eigens ernannte franz. Bevollmächtigte eingetroffen und die Unterhandlungen sollen die Trennung der beiden Reiche, aber unter einer Krone, nämlich des jetzigen Königs, zur Basis haben. Diese Projekte dürften aber in Sicilien kaum Anklang finden, in Betracht der seit der Zerstörung Messina's auf einen unglaublichen Grad gesteigerten Erbitterung. Das Parlament in Palermo hat über jeden Sicilianer, der von Seite der neapolit. Regierung in den unterworfenen Städten Messina und Melazzo irgend ein Amt annimmt in Contumaz zum Tode verurtheilt, worauf alle vom General Filangieri eingesetzten Autoritäten sich beeilten, ihre Stellen niederzulegen und niemand anders solche anzunehmen sich getraute. Dagegen hat die hiesige Regierung allen denjenigen in Neapel wohnhaften Sicilianern, welche wegen besonderer Verhältnisse, oder in Folge von Verwendung oder Bürgschaft von dem in verflossenen Sommer erlassenen Ausweisungsdekret eine Ausnahme erlangt hatten, den schärfsten Befehl zukommen lassen, unverzüglich das Königreich Neapel zu verlassen.

Am Hofe soll die Stimmung trübe sein. Prinz Ludwig, Bruder der Königin, soll sich entschieden, wiewohl vergebens, gegen die Rückkehr des berüchtigten Coeta, Beichtvater des Königs, ausgesprochen haben.

Unter den königl. Truppen in Messina soll es zu blutigen Händeln gekommen sein. Wie es mit jener Expedition noch gehen wird, ist nicht leicht abzusehen. An einer friedlichen Ausgleichung ist nicht wohl zu denken, und zur Eroberung Siciliens durch Waffengewalt ist bei der einmüthigen Entschlossenheit jenes Volkes und ihrer bedeutenden Widerstandsmittel keine Aussicht vorhanden. Der König kann über nicht viel mehr als 30,000 Mann disponiren. Von seinem Vorhaben abstehen und die Truppen zurückziehen oder sich auf Messina beschränken, kann er ehrenhalber auch nicht wohl, ohne durch die erwähnte Dazwischenkunft Frankreichs und Englands dazu gezwungen zu werden.

Zur Bestreitung der außerordentlichen Unkosten ist eine neue Rente von 600,000 Ducati (Kapital 12 Millionen, gleich 24 Millionen fl. rhein.) geschaffen worden, da aber durchaus keine spezielle Garantie dafür geboten worden und die hiesigen Finanzen sich ohnehin in nicht glänzendem Zustande befinden, so dürften weder Fremde noch Einheimische ihre Gelder in solches Papier stecken wollen.

Sollte es wegen Oberitaliens zum Ausbruch des Kriegs zwischen Oesterreich und Frankreich kommen, so dürfte die Stellung Neapels, ob nun König Ferdinand sich als Freund oder Feind Frankreichs erkläre, eine äußerst schwierige werden. Man glaubte hier allgemein, daß auf den einen oder andern Fall Sicilien von englischen und Neapel von französischen Truppen besetzt würde.

Ungarn.

Pesth, 11. Okt. In der gestrigen Sitzung des Repräsentantenhauses ist die Palatinatstelle für erledigt erklärt worden. Der Erzherzog Stephan habe dadurch, daß er die ungarische Armee und Ungarn selbst „treulos" verlassen, die Hoffnungen der Nation getäuscht und das Band, welches zwischen ihr und ihm bestanden, auf immer zerrissen. Da sehr viele Repräsentanten im Lager sind, so ist auf Antrag Kossuth's das weitere Verfahren gegen den Erzherzog Stephan bis zur Rückkehr dieser Repräsentanten verschoben worden. — Der Kaiser hatte bekanntlich noch im März eine allgemeine Amnestie erlassen. Nichtsdestoweniger waren in der Festung Szegedin 480 italienische Staatsgefangene zurückgehalten. Dieselben wurden aber dieser Tage auf Befehl der hies. Regierung in Freiheit gesetzt und treffen heute hier ein.

Das Oberhaus hat bereits 36 Mitglieder zu einem obersten Gerichtshofe berufen, welcher über den Feldzeugmeister Adam Reesey, der in verfassungswidriger Weise seine eigene Ernennung zum Ministerpräsidenten und das bekannte Manifest vom 3. Okt. unterzeichnet hatte, aburtheilen wird. In der gestrigen Sitzung wurde ein Dekret eingebracht, welches den in Oesterreich weilenden Ungarn die Rückkehr in die Heimat binnen 15 Tagen befiehlt. Den außerhalb Oesterreichs befindlichen ist verhältnißmäßig eine längere Frist gestattet. In der Nachtsitzung las Kossuth eine von ihm verfaßte deutsche Adresse an den Wiener Reichstag vor, in welcher diesem die ungarische Armee, welche den Jellacic aus Ungarn getrieben, zur Hülfe angeboten wird. Die Adresse wurde unverändert angenommen. — Der österreichische Konsul Meyerhofer in Belgrad hat mit 2000 bewaffneten Serbiern die ungarische Grenze überschritten. (D. A. Z.)

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 284. **Frankfurt a. M., Montag 23. October.** **1848.**

Uebersicht.

Die Debatte in der Nationalversammlung über Oesterreichs Stellung zu Deutschland.

An den Redacteur.

Deutschland. Frankfurt (Dr. Ebert in der Nationalversammlung. Die österreichische Frage. Kundmachung der nach Oesterreich entsendeten Reichscommission. Windischgrätz Oberbefehlshaber. Brunck †.) Wien (Die Stellung der Armeen. Kundmachung des Oberkommandanten. Die ungarische Armee. Kriegerisches Leben in der Stadt. Reichstagsverhandlungen. Ministerliste. Magyarische Großmuth.) Olmütz (Manifest des Kaisers.) Innsbruck (Unruhen in Südtirol. Einberufung des Landtags.) Berlin (Ueberwachung der Vereine. Apokryphisches über Oesterreich. Pfurl.) Vom Rhein (Rundschreiben des Centralcomite's für die deutschen Arbeiter.) Köln (Erzbischof Geißel nach Wurzburg. Fürst Aldobrandini.) Breslau (Blum und Genossen.) Elbing (Unruhen.) München (Die Excesse. Die Gesandten. Herstellung der Ruhe.) Mannheim (Garnisonsveränderungen. Die Mannszucht der Preußen. Distecirung der Gefangenen. Die preußische Uniform.) Lörrach (Politischer Motive.) Darmstadt (Bekanntmachung der Regierung.) Altenburg (Die Bürgergarde. Der Herzog.-Bekanntmachung der Regierung.) Aus Schleswig-Holstein. (Die Theilung Schleswigs. Das Ministerium.)

Großbritannien. London (Graf Revenklow nach Kopenhagen. Der Geldmarkt. Die Hochverrathsprozesse von O'Brien und Meagher. Aufstand in Kephalonien. Louis Blanc und Causidière. Die Cholera.)

Italien. (Kriegerische Vorbereitungen. Die Ungarn in Mailand wollen nach Hause. Kriegslast in Turin. Die Unruhen in Livorno gedämpft. Frankreich und England verhindern den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Sicilien und Neapel.

---

23. October.

Der erste Tag der Verhandlungen über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland ist vorüber. Er hat die Entscheidung dieser großen Frage noch keineswegs nahe gerückt, aber er hat die Standpunkte einigermaßen festgestellt, auf denen und zwischen denen dieselbe sich bewegt. Schon die verschiedenen Anträge, welche zu den §§. 2. 3. 4. des Verfassungsentwurfs vorlagen, deuteten die verschiedenartige Auffassung jenes Verhältnisses an. Die Redner des gestrigen Tages haben diese Andeutungen zum großen Theil weiter ausgeführt. Der Antrag des Verfassungsausschusses stellt scharf und unerbittlich an Oesterreich die Forderung: seine deutschen Länder von den nichtdeutschen in Verfassung und Verwaltung streng zu sondern, und kein anderes Band zwischen beiden fernerhin bestehen zu lassen, als das der Personalunion, der Gemeinsamkeit des Oberhauptes. Dieser Antrag gestattet keine Alternative. Nachdem bereits in §. 1 die deutschen Provinzen Oesterreichs als integrirende Theile des bisherigen deutschen Bundesgebietes auch für das deutsche Reich in Anspruch genommen sind, kann bei in §. 2 ff. gestellten Anforderung nicht der Sinn beiwohnen, als ob Oesterreich zu wählen habe zwischen der Erfüllung dieser Bedingung oder seinem Austritt aus dem Reichsverbande — nein! Oesterreich **muß** der Forderung nachkommen, es **muß** seine deutschen Länder dem Reiche anschließen und **muß** den scharfen Einschnitt machen zwischen ihnen und seinen übrigen Staaten, es koste was es wolle. In diesem und nur in diesem Sinne ward die Frage auch von den Rednern aufgefaßt, die für den Ausschußantrag sprachen. Von den Oesterreichern waren dies die Herren Reitter und Giskra, von den Nichtösterreichern die Herren Eisenmann und Waiz. Am Gründlichsten und Eindringlichsten sprachen Giskra und Waiz. Zwei Gründe werden hauptsächlich der geforderten Zertrennung Oesterreichs entgegengehalten: der eine vom österreichischen Standpunkte aus — das innige Verwachsensein aller österreichischen Länder zu einem Ganzen, die Unmöglichkeit einer Zerreißung dieses Ganzen ohne ein Verbluten der Theile, die geschichtliche Berechtigung der Gesammtmonarchie, — der andere vom deutschen und vom allgemeinen Standpunkt des Kulturfortschritts aus: die Wichtigkeit des Fortbestehens eines österreichischen Gesammtstaates als des Vermittlers deutscher Bildung mit dem Orient, als des Trägers deutschen Einflusses über die Slavenbevölkerungen an der untern Donau, als des einzigen Widerstandes gegen das bedrohliche Vorrücken russischer Macht nach allen diesen Gegenden hin. Den ersten dieser Gründe widerlegte Giskra mit tiefem Eingehen auf die speziellen Verhältnisse der einzelnen österreichischen Provinzen, ihre Gesetzgebung, Verwaltung, ihre materiellen Interessen. Er suchte nachzuweisen, daß auch geschichtlich keineswegs ein so enges Band zwischen den verschiedenen Theilen Oesterreichs bestehe, wie es der Gedanke einer Gesammtmonarchie repräsentire, ein Gedanke, den erst die Centralisationstendenzen der neuern Regierungen, besonders der Regierung des Kaisers Franz zur Geltung gebracht.

Die Vortheile dieser Gesammtmonarchie, meint Giskra, würden auch bei deren äußern Auflösung und der Herstellung einer bloßen Personalunion nicht verloren gehen, weil sie auf innerer Verwandtschaft der Interessen beruhen. Zwischen dem urproduzirenden Ungarn und dem fabrizirenden Oesterreich werde ein für beide günstiger Verkehr fortbestehen. Die gleiche Gefahr vor Rußland werde dasselbe Ungarn, werde auch Galizien immerfort zum natürlichen Bundesgenossen Deutschlands machen. Werde dagegen Oesterreich von Deutschland gänzlich losgerissen, so werde es unausbleiblich ein Slawenreich; die slawischen Elemente würden die zwischen ihnen eingeklemmten Deutschen ersticken. — Diese Absicht allein habe die Slawen bewogen, ihre frühere Abneigung gegen den Reichstag zu Wien aufzugeben und ihn zu beschützen, um von da aus die Gesammtmonarchie zu beherrschen. Die historische Mission, die man dem österreichischen Kaiserstaate zuschreibe: deutsche Kultur und deutschen Einfluß nach Südosten zu tragen, habe dieser Staat, gerade seitdem er sich selbstständiger konstituirt, nicht erfüllt — in den Donaufürstenthümern, in der Türkei habe Oesterreich geschehen lassen, daß deutscher Einfluß dem russischen unterlag. Auch Waiz leugnete, daß Oesterreich seine deutsche Mission erfüllt habe; aber es ging weiter, er leugnete überhaupt, daß dieser Gedanke noch jetzt ein zeitgemäßer sei. Die Zeit der Befreiung, der Selbstständigkeit der Nationalitäten sei gekommen, nicht mehr, wie einst unter der harten Faust des Absolutismus, könnten die disparaten Völkerschaften unter dem Scepter der Freiheit zu einem Ganzen zusammengezwungen werden. Oesterreich müsse auseinandre springen durch die zentrifugale Bewegung seiner nach nationaler Selbstständigkeit ringenden Theile. Die Hoffnung, daß in dem österreichischen Gesammtstaat das deutsche Element das Herrschende bleiben werde, sei eine trügerische. Sicherer werde Ungarn, durch Verträge mit Deutschland verbunden, deutschem Einflusse zugänglich sein; deutsche Bildung werde auch von den freigewordenen Slawen niemals zurückgestoßen werden, wie sie niemals von den slawischen Reichen zurückgestoßen worden sei. — Nur in einem Punkte schieden sich diese zwei Redner: der feurige Giskra wollte mit Gewalt die unauflösliche Einheit Deutsch-Oesterreichs mit dem Reich durchgesetzt wissen, „und sollten alle Kronen darüber erbleichen, und sollten sie selbst zu Boden stürzen" — der historisch bedächtige Waiz hielt diesen Gedanken an Gewaltmaßregeln fern und erwartete den Vollzug dessen, „was wir hier nur als Gesetz auszusprechen haben", von dem Gange der Ereignisse selbst. — Wir zweifeln, ob diese historische Anschauung hier praktisch anwendbar sei. Mit Recht deutete schon Eisenmann darauf hin, daß kein §. der Verfassung mit Sicherheit festgestellt werden könne, wenn nicht zuvor das Verhältniß

Digitized by Google

Oesterreichs zu Deutschland geordnet sei. Diese Andeutung wird im weiteren Lauf der Debatte näher auszuführen sein; uns wenigstens scheint eine rasche Entscheidung der Frage: Wie steht Oesterreich zu Deutschland? die erste Bedingung einer gedeihlichen Regelung unserer Verhältnisse, eines schnellen und sicheren Aufbaues unserer Verfassung, der uns doch so sehr noththut. Diese Rücksicht steht gebieterisch den Anträgen entgegen, welche eine Verschiebung der ganzen Frage wollen — wie z. B. dem von Schreiner, Schmerling u. A. Wie scheinbar auch der Grund ist, daß dieser Augenblick, wo Oesterreich, seiner selbst nicht mächtig und bis in seine innersten Tiefen erschüttert, gleichsam zwischen Sein und Nichtsein schwebt, nicht der geeignete sei, eine solche Entscheidung von ihm zu verlangen — dennoch muß sie verlangt werden und vielleicht war andererseits kein Augenblick dazu günstiger, als der gegenwärtige. Denn jetzt muß es sich zeigen, wie stark die deutschen Sympathien, wie klar das deutsche Bewußtsein in der deutschen Bevölkerung Oesterreichs ist; jetzt muß die inhaltsschwere Entscheidung: ob deutsch, ob östereichisch? mitten in das unklare Wogen der kämpfenden Elemente in Oesterreich hineingeworfen werden, damit es sich abkläre; jetzt, wo der Reichstag einen Kongreß aller unter Habsburgs Scepter stehenden Völkerschaften vorbereitet, um auf diesem die Frage wegen der Stellung der verschiedenen Völkerschaften zu einander zum Austrag zu bringen, jetzt müssen die Anforderungen Deutschlands an die ihm zugehörigen Theile des Gesammtstaats scharf und präzis formulirt werden, um sich ihre Geltung, ihr Recht bei jener allgemeinen Auseinandersetzung zu verschaffen.

Der andere Standpunkt, welcher die kategorischen Forderungen der Verfassungsparagraphen nicht als etwas wirklich Durchzuführendes betrachtet, sondern nur als den entscheidenden Anlaß und die absichtliche Aufforderung an Oesterreich, sich gänzlich von Deutschland loszusagen, ist in dem Minoritätsgutachten zu §. 2, von Mühlfeld u. A. niedergelegt. In der Debatte des gestrigen Tages kam diese Ansicht nicht zur Entwickelung — in der nächsten Sitzung wird Mühlfeld einer der ersten Redner sein. — Auch auf die weiteren Folgen einer solchen Eventualität, namentlich auf den daraus emporauchenden Gedanken einer preußischen Hegemonie, wurden aus diesem Grunde gestern nur einzelne Streiflichter geworfen.

Alle übrigen Anträge bewegen sich auf dem schwankenden Boden der Vermittlung. Sie wollen Modifikationen, Milderungen der strengen Anforderungen des §. 2, irgend eine Mittelstellung für Oesterreich, welche den Zusammenhang zwischen seinen deutschen und nichtdeutschen Provinzen nicht gänzlich aufhebe und doch das deutsche Oesterreich an den Vortheilen einer staatsrechtlichen Einigung mit Deutschland Theil haben lasse. Der gemeinsame Mangel aller dieser Anträge — und daran müssen sie scheitern — ist der, daß keiner derselben anzugeben weiß, worin diese Modifikationen bestehen sollen, welcher Art diese Mittelstellung Oesterreichs sein könnte ohne den Zweck der einheitlichen Neugestaltung Deutschlands, ohne den innern Halt und die Macht des deutschen Bundesstaates auf's Bedenklichste zu gefährden. Mag nun gesagt sein „die Verhältnisse Oesterreichs bleiben der definitiven Anordnung" (Kaiser, Renger, Deezin), oder „die durch die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs geforderten Modifikationen dieser Bestimmung bleiben einer späteren Beschlußnahme der Nat.-Vers. vorbehalten" (Arneth, Würth u. A.) oder: „die Berathung über §. 2 sei auszusetzen und derselbe dem Ausschuß für die österreichischen Verhältnisse zu überweisen, um eine dem deutschen Gemeinwohl angemessenere Fassung zu gewinnen," (Jahn) oder: „die Vereinigung eines deutschen Landes mit einem nicht-deutschen unter einer gemeinschaftlichen Regierung kann den Rechten und Verpflichtungen des deutschen Landes als solchen keinen Abbruch thun" (Aschelburg); oder „deutsche Länder dürfen mit nicht-deutschen nur in der Art zu einem Staate verbunden sein, daß die für deutsche Länder geltenden gesetzlichen Bestimmungen dadurch keine Aenderung erleiden" (Maisels) — oder: „die Durchführung der in §. 2. und 3 enthaltenen Grundsätze bleibt, was Oesterreich betrifft, solchen völkerrechtlichen Vereinbarungen rücksichtlich der nicht-deutschen Länder vorbehalten, wie sie die Integrität und Macht Oesterreichs bedingt" (Somaruga) — immerhin enthalten all diese Formeln wieder eine unbekannte Größe in sich, deren Auflösung eben die ganze Schwierigkeit von Neuem zum Vorschein bringt; sie kommen uns vor, wie jene Phrase von der Organisation der Arbeit, welche auch nur einen frommen Wunsch, aber keinen präzisen Gedanken ausspricht. Auch von den Rednern, die gestern in dieser Richtung sprachen — Feitsch, Würth, Wiesner, Arneth — gelang es keinem diese Unbestimmtheit zu entfernen und die begehrten Modifikationen deutlich zu präzisiren. Das Wünschenswerthe eines engen Beisammenbleibens Deutschlands und Oesterreichs, andererseits die Schwierigkeiten einer Zerspaltung des Letzteren, sowie die nachtheiligen Folgen einer solchen für Deutschland selbst — dies nachzuweisen, gelang denselben vollendigs mehr oder weniger, und namentlich warf die trefflich gearbeitete Rede Arneth's ein nicht geringes Gewicht in die Wagschaale gegen die Ausführungen in entgegengesetztem Sinne von Giskra und Waitz — allein über dieses negative Resultat kam keiner der Redner hinaus. — Das Wort des Räthsels wußte Keiner auszusprechen. Hier also ist noch tabula rasa für die Redner der nächsten Tage, soweit diese den Ausschußantrag bekämpfen wollen; hier liegt die Aufgabe, hier der Preis ihrer Beredsamkeit und ihres Scharfsinnes.

Herr Redakteur!

Der Artikel aus dem Hessischen Odenwald in der 2. Beilag Ihrer Zeitung Nr. 277 vom 14. Okt. ist für mich sehr wohlmeinend, doch in Allem von mir nicht zu verdanken. Denn es wird meinem Verdienste zugeschrieben, daß mehrere Gesetze gegeben wurden, welche zum Theil den Ministerien der Justiz und der Finanzen angehören, womit ich ohnehin nichts zu thun hatte; die in den Geschäftskreis des Ministeriums des Innern einschlagenden und in jenem Artikel angeführten, waren aber beinahe sämmtlich bereits vor meinem Wiedereintritt in die Staatsregierung vorbereitet und den Ständen vorgelegt. Unter diesen hatte mein unmittelbarer Vorgänger, (den man nur alsdann richtig beurtheilen kann, wenn man die Schwierigkeiten vollständig kennt, mit welchen er zu kämpfen hatte) namentlich die Gesetze über Jagdrecht, religiöse Freiheit, Handels- und Gewerbs-Privilegien, standesherrliche Verhältnisse, Erbleihen, selbst als Referent ausgearbeitet; während mir höchstens das Lob einiger Bemühungen um definitive Erledigung mehrerer dieser Gesetz-Entwürfe gebührt. — Da zu verschiedenen Zeiten die Verhältnisse verschieden sind, so kann man das, was jetzt geschieht, nicht demjenigen unbedingt gegenüberstellen, was früher geschah. Mit fremden Federn soll man sich aber nicht schmücken, also auch durch Andere nicht schmücken lassen.

Darmstadt, 21. Okt. 1848.

Jaup.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 20. Okt. Die beiden Alinea's des §. 1 vom Reich waren die Veranlassung, daß die Nationalversammlung zur Diskussion dieses §. eine ganze Sitzung brauchte. Schleswig und Posen waren die wunden Stellen, die wieder berührt werden mußten, die aber, Dank der österreichischen Frage, die im Hintergrunde in ihrer ungeheuren Wichtigkeit herübergragte, nicht mehr die Leidenschaften so in Aufregung brachten, wie vor wenigen Wochen. Wenn im Juni und Juli die Posener Frage nur berührt wurde, so war Sturm in der Versammlung; gestern konnte Herr Libelt die verschiedensten Anläufe nehmen, doctren und protestiren, — es folgte eine sehr abkühlende Heiterkeit. Man hatte sich mehr von seinem Auftreten versprochen; er zeigte sich aber nicht so groß, als sein Ruf und fühlte sich nicht so stark, als er vielleicht gehofft; denn ihn und seinen naiven heinglichen Antrag, auf nochmalige Berathung der Posener Sache, stützte nur die Phalanx der äußersten Linken. — In seiner Rede gegen §. 1 wiederholte er die schönen allgemeinen Ideen seines slawischen Manifestes, aber von den geträumten Frankfurter Idrologen, denen er eine unfruchtbare Vorlesung hielt, erhielt er unerwartet eine blutige praktische Zurechtweisung. Sein Protest endlich, den er im Namen der Majorität der Bevölkerung des ganzen Posen abzugeben vorgab, und der darauf hinzielte, daß ein posen'scher Landtag entscheide: ob die deutsche Verfassung in Deutsch-Posen gelten solle oder nicht, hat einen andern hervorgerufen, den die 11 posener Deputirten ebenfalls zu Protokoll abgegeben haben. Dieser Protest weist zunächst Herrn Libelt in seine gebührenden Schranken als Vertreter eines einzigen Wahlbezirks, da es ihm beliebte als Vertreter von ganz Posen aufzutreten, und enthält sodann die Gegenerklärung, daß Deutsch-Posen in seiner ungeheuren

Digitized by Google

Majorität sich längst für die deutsche Verfassung entschieden hat, an der seine Vertreter mitbauen.

Die österreichische Frage, welche heut zur Verhandlung kam, ließ merkwürdiger Weise die Zuhörerräume ziemlich leer. Die trefflichsten Reden erregten im Ganzen nur wenig lebendige Theilnahme, und man fragte sich verwundert: ist es der Glaube, daß die Ereignisse vor den Mauern Wiens die hochwichtige Frage lösen werden und nicht der Verfassungsparagraph, welcher diese scheinbare Gleichgültigkeit erklärt, oder ist Rettter's Aeußerung wirklich begründet, daß sich in den Kluds bereits eine entscheidende Majorität für den unveränderten Ausschuß-Antrag gefunden? — Wir vermögen es nicht zu entscheiden. Dem Vernehmen nach haben sich aber bereits die Gruppen vom Landsberg an nach der äußersten Linken zu, vorwiegend für den unveränderten §. 2 ausgesprochen und nur das, dem größten Theile nach aus Preußen bestehende Kasino ist noch nicht entschieden und die Vincke'schen Partei, ebenfalls überwiegend aus Preußen bestehend, ist vollständig dagegen. Dieser Umstand wird am besten die Wiesner'schen Verdächtigungen zurückweisen, welche derselbe in so reichlichem Maße heute gegen Preußen auszustreuen bemüht war.

* **Frankfurt**, 22. Okt. Wir erhalten so eben Folgendes von der Reichskommission:

„Im Namen des deutschen Reichsverwesers. Der Reichsverweser von Deutschland, Erzherzog Johann von Oesterreich, in Betracht seiner Pflicht, über die Sicherheit und Wohlfahrt in allen deutschen Landen zu wachen, sendete uns, die Unterzeichneten, als Reichskommissäre nach Oesterreich. Er beauftragte uns, so viel möglich zur Wiederherstellung der friedlichen Verhältnisse in den deutsch-österreichischen Landen zu wirken. Wir erachten es daher für unsere Pflicht, die biederen Bewohner dieser Lande offen um freundliche Aufnahme und Unterstützung unserer Sendung zu bitten. Dieselbe bezweckt die Sicherung ihrer konstitutionellen Freiheit, ihres Lebens und Wohlstandes gegen die allergefährlichsten Störungen. Durch diese Botschaft will die unter Mitwirkung österreichischer Abgeordneten mit Zustimmung der österreichischen Regierung entstandene neue deutsche Reichsgewalt, deren ehrwürdiges Haupt wir Oesterreich und seinem glorreichen Fürstenhause verdanken, den österreichischen Stammlanden ähnliche Dienste erwiedern, wie sie früher oftmals kaiserliche Vermittlungs-Commissionen Namens des alten deutschen Reichs einzelnen Staaten in unheilvollen inneren Zerwürfnissen mit glücklichstem Erfolge leisteten. Unsere Sendung ist eine Mission des Friedens und der Versöhnung. Wir kündigen dieselbe bei unserem Eintritte in die österreichischen Lande feierlich als eine solche an. Sie nimmt nur das Vertrauen und die besonnene und rechtliche Ueberzeugung und Mitwirkung der öffentlichen Behörden und der Bürger in Anspruch. Völlig unwahr sind alle Gerüchte, als seien preußische und bayerische oder andere deutsche Truppen zum Einmarsche in Oesterreich aufgeboten, als könne diese Mission, von Männern unternommen, welche schon seit den deutschen Freiheitskriegen längee als ein Vierteljahrhundert ohne Wechsel der Grundsätze und ohne Wanken ihr Leben dem Siege gesetzlicher deutscher Freiheit widmeten, jetzt reaktionär gegen diese Freiheit, ja frevelhaft gegen die deutsche Nationalität in Oesterreich und gegen Oesterreichs Verbindung mit Deutschland gerichtet sein.

Der Mangel vollkommener konstitutioneller Freiheit ist gerade das höchste bisherige Unglück Deutschlands und auch die Quelle der unheilvollen Zerwürfnisse in Oesterreich, ihre reaktionäre Unterdrückung würde beide zum Untergange führen. Die deutsch-österreichischen Lande aber sind durch Gott, durch das Vaterland und seine Geschichte mit Deutschland verbunden. Beide gehören so unzertrennlich einander an, wie das Glied dem Körper und der Körper dem Gliede. Ihre völlige Zerreißung wäre Zerstörung der Lebensgesundheit für beide, wäre Anfang des Bürgerkrieges und Unterstützung aller feindlichen Gelüste in Ost und West, in Nord und Süd.

Wir aber fordern nun Euch, wackere, verständige Oesterreicher, feierlich auf, es besonnen zu überlegen, ob nicht gerade die Fortdauer Eurer unglückseligen Zerwürfnisse, ja ob nicht ein blutiger Sieg, wie eine blutige Vernichtung der einen oder der andern der in Eurer vielfach verwickelten Lage jetzt einander gegenüberstehenden Parteien, für die Freiheit, für die Verbindung der deutsch-österreichischen Stämme mit dem deutschen Gesammtvaterlande, für die Ehre, Blüthe und Macht aller unter dem kaiserlichen Oberhaupte vereinigten Völker gleich verderblich wirken müßten! Darum hört die Stimme des deutschen Reiches und des deutschen Reichsverwesers, welche, noch ehe er weiter entbrennt, den blutigen Kampf der Waffen mit der friedlichen Unterhandlung und nehmt, so weit ihr derselben irgend Vertrauen schenken könnet, unsere freundliche Vermittelung an, welche wir persönlich Euch anzubieten im Begriffe stehen.

Es lebe Oesterreich und sein ruhmvolles Kaiserhaus! es lebe Wien! Möchte Oesterreich und möchte Wien baldmöglichst und immer mehr Wohlstand und heiteren Lebensgenuß, gleich den freien Britten und ihrer blühenden Hauptstadt, mit einer vollständigen aber gesetzlichen und mit männlicher Reife gehandhabten konstitutionellen Freiheit vereinigen"!

Passau, den 19. Oktober 1848.

Die Reichskommission:
Welcker. Mosle.

Frankfurt, 21. Okt. Die C.P.Z. berichtet: Fürst Windischgrätz ist mit Handbillet vom 17. d. M. zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber der gesammten Armee mit Ausnahme der unter dem Feldmarschalle Grafen Radetzky stehenden Truppen ernannt. Der General Graf Nobili wird Chef seines Generalstabes, und geht schon heute Nacht zu seiner neuen Bestimmung ab. Des Fürsten Windischgrätz Ernennung ist von Baron Wessenberg contrasignirt, da derselbe wieder als Präsident des Ministerrathes functionirt. Baron Wessenberg und der Finanzminister, Baron Krauß, haben den Auftrag, das Ministerium zu vervollständigen, nachdem der Minister des Innern und jener des Handels ihre Entlassung verlangt und erhalten haben, und der Kriegsminister ermordet ist.

Frankfurt, 21. Okt. Herr Brunck von Fürselden, Abgeordneter zur verfassunggebenden Reichsversammlung, ist gestern Abend dahier mit Tode abgegangen. (Fr. J.)

△ **Wien**, 15. Okt. Ein Privatbrief aus dem ungarischen Lager, der heute angekommen, sagt, daß die Ungarn 42,000 Mann stark (worunter 6 Regimenter Husaren) noch immer in Bruck an der Leitha stehen und daß sich ihre Vorposten auf deutschem Boden befinden. Ueber den Angriff soll sich in ihrem Lager ein Zweifel erhoben haben, da sie nur Jellacic angreifen wollen und nicht Auersperg; — dieser Letztere hat aber seine Stellung so genommen, daß er den Ban von Kroatien gegen Ungarn deckt und die Ungarn nur an den Ban kommen können, wenn sie auch Auersperg angreifen. — Die Landleute, die einzeln in die Stadt kommen, führen bittere Klagen über die Kroaten. Sie nehmen den Bauern Alles weg, was ihnen ansteht. Brod und Wein muß ihnen geliefert werden, so viel sie verlangen, — die armen Bauern machen gar keinen Anspruch auf Bezahlung und sind froh, wenn sie ohne Mißhandlung durchkommen. Die Bekleidung des größten Theils der Armee des Banus ist so schlecht, daß die im Freien Lagernden den ganzen Tag die Lagerfeuer unterhalten, um sich gegen die eingetretene sehr kühle Witterung zu schützen; — dadurch werden die Waldungen ganz verwüstet. Der Anzug der Grenzer besteht in weiten weißen Beinkleidern, gewöhnlich von grober Leinwand, darüber tragen sie das Hemd wie eine Art Bluse mit weiten offenen Aermeln; um die Hüften einen breiten Ledergürtel, worin lange, meistens türkische Messer und kurze Feuerwaffen stecken. Um die Schultern hängt ein kurzer, dunkelbrauner, wollener Mantel und die Kopfbedeckung ist ein großer, schwarzer, runder Schlapphut; die Szeredzsaner sind eben so gekleidet, nur ist der Mantel roth. Ihre Gewehre sind kurz und haben kein Bajonnet; sie sind also im Bajonnetkampf nicht zu verwenden, dafür sollen sie aber ohne Ausnahme vortreffliche Schützen sein. — Ihre Grausamkeit nach einem Siege wird als beispiellos geschildert.

16. Okt. Der Oberkommandant Messenhauser macht heute durch Plakat bekannt, daß sich von Westen und Norden sehr große Truppenmassen in näherer und weiterer Entfernung gegen Wien bewegen. — Er wolle der Bevölkerung kein Geheimniß aus der sich vergrößernden Gefahr machen, aber was ihn betreffe, so möge man ihm vertrauen, er werde seine Pflicht zu erfüllen wissen. — In der gestrigen, nur ganz kurzen Vormittagssitzung des Reichstags wurde beschlossen, daß in der nächsten Sitzung — heute 4 Uhr — zu den Verfassungsberathungen übergegangen werden soll, da die Ruhe im Innern der Stadt vollkommen hergestellt sei und nur durch einen Angriff von Außen gestört werden könne.

Digitized by Google

△ **Wien**, 17. Okt. Ueber die ungarische Armee bestehen die widersprechendsten Gerüchte. Der ungarische Unterstaatssekretär Pulski sprach sich im permanenten Reichstagsausschusse dahin aus, daß die Ungarn in keinem Falle die Grenze überschreiten könnten, indem sie in ihrem eigenen Lande genug zu thun hätten. Wenn er einen Rath zu geben habe, so wäre es der', daß sich der Reichstag an die deutsche Centralgewalt um Hilfe wende. — Die Nachrichten aus dem ungarischen Lager stimmen in so fern damit überein, als sich General Moga weigern soll, auf deutschem Boden Jellacic anzugreifen, da er nicht von dem Wiener Reichstage dazu ermächtigt sei. — Die Eröffnungen, welche der Oberkommandant der Nationalgarde dem Gemeindeausschuß in der gestrigen Abendsitzung machte, lauten wieder anders. Er berichtete, daß die Ungarn heute unter den Generalen Moga und Csanyi bei Fischament stehen würden und bittet den Gemeinderath, ihm die Mittel zu bewilligen, um ein Lager vor der Stadt für ein 15000 Mann starkes Beobachtungskorps errichten zu können.

* **Wien.** „Das gemüthliche Wien," heißt es in der Allg. Z., „ist von ungestümem Kriegseifer beseelt. Die Stadt trifft alle Vorbereitungen, eine Belagerung, einen Angriff zurückzuschlagen, und Viele drängen zu einem Sturme gegen das vor den Thoren liegende Heer. Auf den Brücken und Basteien, in den Eingängen der Stadt und den Hauptstraßen halten bewaffnete Bürger und Studenten Wache, hier und da, an wichtigen strategischen Punkten, an den Mündungen der Nebenstraßen steht eine Barrikade, die an beiden Enden einen schmalen Durchgang läßt; davor liegen Bewaffnete, die man auf den Straßen ihr Essen kochen sieht, und die einen Teller den Vorübergehenden hinhalten, damit sie von diesen Geld bekommen um Kugeln zu gießen; in den Hauptstraßen sind, damit der Verkehr nicht allzu sehr gehemmt werde, die Barrikaden fortgeschafft, aber das Pflaster ist aufgebrochen und man schreitet über die lose liegenden Quadersteine, aus denen binnen wenigen Minuten ein Wall sich erheben könnte." — Die Bauern aus der Umgegend kommen mit Wein und Lebensmitteln, aber nicht mit Waffen! Die Arbeiter bleiben als besondere Abtheilung. Mitglieder der regelmäßigen Bürgerwehr dürfen ohne Erlaubniß die Stadt nicht verlassen, aus der Tausende geflüchtet sind. — Eine Kundmachung des Nationalgarde-Kommandanten Messenhäuser eifert gegen die eingerissene Sitte, daß Arbeiter und Garden bewaffnet in den Häusern herumziehen und Beiträge zu ihrer bessern Verpflegung sammeln. (Wir wollen einem Zustande, wie dem gegenwärtigen in Wien, dergleichen nicht zu hoch anrechnen, und am wenigsten auf die Leiter der Bewegung eine Schuld werfen; aber erinnert werden wir doch, wir mögen wollen oder nicht, an den bekannten Paragraphen in den Grundrechten des Mob: „das Recht des Bettelns wird bewaffnet ausgeübt.")

** **Wien**, 16. Okt. (Abends. Reichstagsoerdl.) Nach Mittheilung der kais. Antwort an die Deputation (s. d. gestr. Beilage) wird ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Anton Schneider aus Schlesien verlesen, wonach die dortige Bevölkerung, besondees die von Bielitz und Umgebung, dem Reichstag sich zur Verfügung stellt; ferner Adressen gleichen Inhalts von Komotau und Leitmeritz in Böhmen und Rzeszow in Galizien. Schufelka berichtet über die Thätigkeit des permanenten Ausschusses; derselbe sei fortwährend bemüht, Wien in den besten Vertheidigungszustand zu setzen, er habe sich mit sachkundigen Männern berathen, welche, bei defensivem Verhalten, Wien für uneinnehmbar erklärten, bei offensivem Vorschreiten aber eine Niederlage für unvermeidlich hielten. Darum habe der Ausschuß durch Plakate die bewaffnete Bevölkerung vor jedem Angriff zu warnen beschlossen. Er legt ferner ein strenges Disziplinargesetz für die mobile Volkswehr vor, das sofort die Beistimmung der Versammlung findet. Es bestimmt in 6 Punkten eidliche Verpflichtung zur Wahrung der Rechte des Volkes und des konstitutionellen Thrones, und zum unbedingten Gehorsam für die Befehle des Oberkommandanten der National-Garde; kriegsrechtliche Behandlung für Ungehorsame im Dienst vor dem Feinde, Gewaltthätigkeit gegen Personen, Plünderung und Erpressen fremden Eigenthums durch Bedrohung mit den Waffen, Kassation für jeden Vorgesetzten, der die erhaltenen Befehle nicht alsogleich in Vollzug bringt, Verantwortlichkeit des Oberkommandos der National-Garde und der Korpskommandanten für die Vollstreckung des Gesetzes.

Löhner ist bereits zurückgekehrt, sehr verstimmt, da er von dem Kaiser nicht vorgelassen wurde, er brachte die Nachricht mit, daß die Abgeordneten Kajetan Mayer, Helfert, Brauner und Laffer zum Kaiser beschieden wurden, wie man vermuthet zur Zusammensetzung eines Ministeriums. Leider besitzen alle vier Namen das Vertrauen der Kammer nicht.

Mit der so viel gepriesenen und so vielfällig ausposaunten Hilfe der Ungarn ist's blos bei der Großsprecherei geblieben. Sie finden es weit bequemer, uns gutmüthige Deutsche zum Herausholen der gebratenen Kastanien aus dem Feuer zu benützen, um sie dann, ohne sich zu brennen, in Ruhe zu verzehren. So pfiffig machten sie es im März, so verfuhren sie jetzt. Die ganze Bewegung des 6. Okt., das viele Blut, das geflossen, für wen anders ist es geflossen, als für die Ungarn. Das Freiwilligen-Korps, das auf ungarischem Boden sein Blut verspritzt, es besteht aus Deutschen. Nun wir uns für die Ungarn in Gefahr gestürzt, unser Blut vergossen, und selber uns in der Klemme und in Nöthen befinden, beliebt es seit 8 Tagen in großsprecherischen Plakaten Hilfe anzukündigen, bald hieß es 25,000 Mann stehen an der Grenze, darauf wuchs schnell die Zahl auf 50,000, zuletzt gar auf 120,000 Mann, die zu unserer Hilfe herbeieilen, allein wir warten von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag, es läßt sich kein ungarisches Heer sehen, aber statt des Heeres will man uns einen guten Rath ertheilen. Man räth uns aus Ungarn, daß wir uns an den Reichsverweser wenden mögen, der die Vermittlerrolle übernehmen soll. Für die guten Rathschläge der Ungarn danken wir, Räthe haben wir selbst, und rathen werden wir uns auch besser, als es die Ungarn thun können. Nun unser Zustand durch die heute erfolgte Antwort des Kaisers günstiger zu werden beginnt, werden die Ungarn gewiß sich brüsten und es sich hoch anrechnen, daß sie zu unserer Hilfe bereit standen, und zu unserer Rettung herbeieilten, allein dagegen müssen wir uns im Vorhinein verwahren, denn hätten wir uns auf die Ungarn verlassen, wir wären sicher verlassen gewesen. (Die weiteren Wiener Nachrichten siehe in der Beilage.)

Olmütz, 15. Okt. Heute erschien folgendes kaiserliches Manifest: An meine Völker! Angekommen in Olmütz, wo ich vor der Hand zu verweilen gesonnen bin, ist es meinem väterlichen Herzen Bedürfniß, die wohlthuenden Beweise treuer Anhänglichkeit, welche ich auf meiner Hierherreise von dem Volk allenthalben erhalten habe, anzuerkennen. Wenn ich in Mitte meiner Soldaten reiste, so geschah es darum, weil Uebelgesinnte das Land durchziehen, und ich nicht allenthalben mich von meinem treuen Volk umgeben finden konnte. Landleute meiner Staaten! vertraut auf euern Kaiser, euer Kaiser vertraut auf euch. Die Befreiungen, welche das bereits erlassene Gesetz bezüglich der frühern unterthänigen, auf Grund und Boden gehafteten Leistungen, als Robot, Zehent ꝛc., euch zugesagt hat, sind euch gesichert, und ich erneuere euch diesfalls mein kaiserliches Wort, sowie ich es während meiner Reise mehrere Male mündlich kundgegeben habe. Es ist mein fester Entschluß, euch diese Befreiungen zu wahren. Seid daher ruhig und unbesorgt, meine treuen Landleute, und wenn es Menschen gibt, welche das Wort eures Kaisers in euren Augen zu verdächtigen suchen, so sehet sie als Verräther an mir und eurem eignen Wohl an und benehmt euch hiernach. Ferdinand. Wessenberg.

Innsbruck, 16. Okt. Eben geht hier die Nachricht ein, daß unsere auf dem Heimmarsche begriffenen Schützenkompagnien Befehl erhalten haben, umzukehren. Man spricht von ausgebrochenen Unruhen in Südtyrol — wahrscheinlich aus Anlaß der Wiener Nachrichten. — Aus Anlaß der Wiener Wirren wird nach einem eben gefaßten Beschlusse der ständischen Aktivität unser vertagter Provinziallandtag unverzüglich und zwar verstärkt durch stimmberechtigte Vertrauensmänner nach der Volkszahl einberufen, damit die Volksvertretung auf diese Weise eingeleitet, die Verbindung Vorarlbergs mit Tyrol in ständischer Beziehung angebahnt und das beklagenswerthe Zerwürfniß mit unsern Brüdern in Welschtyrol gehoben werde. (Tir. Bote.)

Berlin. Durch ein Cirkular-Reskript hat der Minister des Innern im Umfange des ganzen Staats, und hier in Berlin zunächst durch Vermittelung des Polizei-Präsidii, von sämmtlichen bestehenden Vereinen eine Angabe ihrer Tendenzen, Vorsitzenden, Sprecher ꝛc. gefordert. Es ist dieß der erste Ausfluß des bekannten Reichsgesetzes vom 28. v. M. in seiner Gültigkeit für Preußen.

Digitized by Google

Die „Berliner Nachrichten" theilen folgendes, wie sie bemerken, von sonst wohl unterrichteter Quelle berichtetes Project einer Theilung Oesterreichs mit, über welches von den Lenkern der österreichischen Bewegung lebhaft verhandelt werde: Erzherzog Stephan soll Ungarn nebst Zubehör als selbstständiges Königreich erhalten, einer der Söhne des Erzherzog Rainer als König der Lombarden an die Spitze eines italienischen Bundes treten, Franz Joseph Erzherzog von Böhmen und Mähren werden, die übrigen österreichisch-deutschen Lande als Erzherzogthum Oesterreich dem Erzherzoge Johann zufallen, Tyrol, Salzburg und das Innviertel aber an Baiern kommen. (?)

Es ist hier während der letzten Tage mannigfach das Gerücht verbreitet gewesen, daß der Minister-Präsident von Pfuel wegen der Vorgänge am 15. im Schlosse zu Belleone seine Entlassung eingereicht habe. Es scheint zwar, mannigfachen Anzeigen nach zu schließen, dieser Entschluß im Anfange wirklich obgewaltet zu haben, gewiß ist aber, daß er in diesem Augenblicke wieder aufgegeben ist.

** Vom Rhein, 20. Okt. Die socialen Fragen sind es, die gegenwärtig die Welt beherrschen und bald jede andere Frage verdrängt haben werden: alle Erscheinungen, welche auf ihre Lösung hinarbeiten, verdienen die höchste Aufmerksamkeit, und zumal, sobald die arbeitende Klasse selbst Anstalten trifft, diese Lösung in ihre Hände zu nehmen. In dieser Beziehung werden Sie gewiß seiner Zeit dem allgemeinen Arbeiter-Kongreß, der in Berlin abgehalten wurde, Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben; in dieser Beziehung ist auch ein Aktenstück von Interesse, ein Rundschreiben des auf jenem Kongresse niedergesetzten „Centralkomite's für die deutschen Arbeiter" an sämmtliche Arbeiter und Arbeitervereine, welches die Ausführung jener Beschlüsse in den folgenden bemerkenswerthen Worten einleitet:

„Die französische Februar-Revolution hatte ihren unterscheidenden Charakter vor allen vorhergegangenen darin, daß sie vom vierten Stande, von dem der Arbeiter, ausging, daß sie die Fahne der Brüderlichkeit und Gleichberechtigung aller Menschen auf die Güter des Lebens vorantrug; sie war eine Revolution des Proletariats. Mag auch die jetzt konstituirende französische Nationalversammlung diesen ihren eigentlichen Charakter augenblicklich unterdrückt haben, sehr bald wird er um so schärfer in einer folgenden allgemeinen Bewegung hervortreten. Auch in Deutschland ist aus dem Kampfe politischer Umgestaltungen die Bewegung der arbeitenden Klasse als historisch berechtigt mit jedem Tage mehr hervorgetreten, und wer möchte verkennen, daß diese Bewegung täglich an Geltung gewinnt! Denn auch in Deutschland ist die Macht des Kapitals zu einer Höhe gelangt, daß es der schaffenden Hand nicht mehr gelingen kann, ihre Konkurrenz zu ertragen, daß vielmehr der Arbeiter in allen Gewerdszweigen schon der gebeugte Diener, der Sklave des Kapitals geworden. Brüder! So kann es nicht länger mehr bleiben. Ein Staat, in welchem es dem Arbeiter unmöglich geworden, bei allem Fleiße menschlich zu existiren, muß nothwendig einer neuen Gestaltung entgegengehen, wenn sie zur letzten traurigen Erkenntniß gekommen, daß sie das Leben einsetzen müssen, um das Leben zu gewinnen. Diese Erkenntniß unserer Zustände, diese Einsicht in unsere Verhältnisse, nur zu offen tritt sie jetzt hervor unter den Arbeitern, und wir wollen uns Glück dazu wünschen. Diese Erkenntniß hat auch den allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongreß in Berlin hervorgerufen: er sollte rathen und bestimmen, was in dieser großen Zeit zur Hebung und Verbesserung unserer Zustände gethan werden müsse. Wir Arbeiter müssen uns selbst helfen, das ist das Prinzip, von welchem der Kongreß zu Berlin ausging; auf den Grundsatz der nothwendigen Selbsthülfe baute er seine Beschlüsse. Deutschlands Arbeiter müssen dahin streben, eine moralische Macht im Staate zu bilden, ein starker Körper zu werden, der jedem Sturme trotzt, der vorwärts und immer vorwärts drängt und in seiner Bewegung Alles niederhält und forträumt, was einer freieren und besseren Gestaltung der Dinge im Wege steht, der Jeden in sich aufnimmt, wer ein Herz hat für die Noth der Bedrückten und selbst gefesselt ist von der Macht des Kapitals, dessen körperliche oder geistige Kräfte sich verdingen müssen an einen Glücklichen der Erde: Jeden, der arbeitet oder arbeiten will. Der allgemein deutsche Arbeiter-Kongreß zu Berlin nahm keine Gegensätze von Meistern und Gesellen an, wie sie das mittelalterliche Zunftwesen uns aufbewahrt hat, für ihn gab es nur die modernen gesellschaftlichen Gegensätze von Kapitalisten und Arbeitern. Die Arbeiter zur Höhe des Lebens, die Arbeit zu ihrer hohen Berechtigung im Staate zu führen, das war seine Aufgabe, das ist die Aufgabe von Allen, die schaffen, von Allen, die arbeiten. Darum müssen Deutschlands Arbeiter zusammenwirken, müssen sie Eins sein, und daß sie es werden, dazu die Organisation der Arbeiter, wie der Berliner allgemeine deutsche Arbeiter-Kongreß sie beschlossen... Und wie wir durch die Organisation zu einer moralischen, so müssen wir durch die Association zu einer reellen Macht gelangen, d. h. wir müssen vereint dahin streben, das Kapital in seiner jetzigen, alle Freiheit erdrückenden Gewalt aufzuheben, wir müssen dahin trachten, das Geld zu seinem natürlichen Zwecke eines Tauschhandels zurückzuführen, um seine jetzige unnatürliche Macht, die es nur erlangt hat, indem es durch Anhäufung in Einer Hand zur Waare und zum Instrument der Unterdrückung wurde, zu vernichten. Eure zweite Aufgabe, Ihr Arbeiter Deutschlands, wäre demnach, daß Ihr nach Vollendung der Organisation zur Association nach Anleitung der Berliner Beschlüsse schreitet, um in vereinter Kraft Euer großes Ziel zu erreichen. Wir unterzeichneten Mitglieder des Centralkomite's (es sind die Namen Schwenniger, Kick und Bore) sind vom Berliner Kongreß ernannt und beauftragt worden, die obere Leitung dieses großen Unternehmens zu führen. Wir haben dieß Amt übernommen, in der festen Ueberzeugung, daß Ihr, Arbeiter Deutschlands, Eure große, herrliche Aufgabe erkennend, durch kräftige Ergreifung der dargebotenen Mittel uns in unserem Wirken unterstützen werdet. Wir haben die Verpflichtung übernommen, die Interessen des deutschen Arbeiters nach allen Seiten hin zu vertreten und fordern Euch auf, sobald Ihr die Lokalkomite's gebildet und Euch den Bezirkskomite's angeschlossen habt, uns Anzeige davon zu machen, damit wir die zur Regelung nöthigen Instruktionen an die letzteren ergehen lassen können... Arbeiter Deutschlands! Wir rufen es Euch nochmals zu: Seid einig, dann seid Ihr stark. Scheut keine Hindernisse, Ihr werdet sie alle überwinden, aber nur durch vereinte Kraft!"

Köln, 19. Oktober. Heute ist Heer Erzbischof von Köln, v. Geissel, in Begleitung des Herrn Generalvicar Baudri und des Hrn. Domcapitular München zur Versammlung der deutschen Bischöfe nach Würzburg abgereist. (Rh. Volksh.)

Köln, 19. Okt. Heute hat Fürst Aldobrandini die kostbare Monstranz, das Geschenk Pius IX. an den Dom zu Köln, dem (in Abwesenheit des Hrn. Erzbischofs) mit der Empfangnahme beauftragten Hrn. Domkapitular Joen überreicht. (Rh.B.)

Breslau, 16. Okt. R. Blum und die übrigen nach Wien bestimmten Deputirten der Linken der deutschen Reichsversammlung sind gestern hier angekommen und heute Nachmittag in Begleitung zweier Wiener Legionärs weiter gereist. Es wurde ihnen gestern Abend von einer großen Anzahl Gleichgesinnter ein Hoch gebracht, welches Blum mit einer Rede beantwortete, an deren Schluß er (nach Angabe der „Schlesischen Zeitung") erklärte, aus Wien entweder mit einer Siegesbotschaft zurückkehren oder dort mit unter den Kämpfern den Tod für die Sache des Volkes suchen zu wollen.

Elbing, 15. Okt. Gestern fand hier ein großer Krawall statt, bei dem Blut geflossen ist. Schon in voriger Woche war es bekannt geworden, daß der Eldinger Preußenverein gegen diejenigen, welche gestern zum Geburtstage des Königs nicht illuminiren würden, eine Demonstration beabsichtigte. So wurden denn auch gestern, nachdem zu dem Zweck Landvolk aus der Umgegend nach der Stadt gezogen war, vielen Personen die Fenster eingeworfen und sonstige Excesse gegen freisinnige Bewohner Eldings verübt, wie z. B. das Haus des bekannten Landtagsdeputirten v. Riesen — der von der reaktionären Partei schon frühe bei dem Sturm auf den „deutschen Michel" körperlich mißhandelt worden ist — stark beschädigt sein soll. Da die Bürgerwehr, welche scharf geschossen hat, den Tumult nicht bändigen konnte, und selbst der Major v. Knobloch, der die Tumultuanten zu beschwichtigen suchte, durch einen Steinwurf stark verletzt wurde, so hieben endlich die Husaren scharf ein, wodurch, nachdem mehrere Unordnungen vorgekommen waren, der Krawall endlich gedämpft wurde. (Danziger Ztg.)

München, 19. Okt. Der O. P. Z. wird geschrieben: Einen letzten Schrecken hatte man gestern Abend noch dadurch,

daß ein vorübergehender Feuerlärm ertönte. Es war wahrscheinlich ein Nordlicht, welches die Täuschung veranlaßte. Weit über den Himmel gegen Norden dehnte sich ein glühendes Roth aus. Ein Wunder wäre es nicht, wenn der Himmel über unsere Vorkommnisse von vorgestern und gestern schamroth würde. Es sollen sehr viele, zum Theil tödtliche Verwundungen, vorgekommen sein, doch haben sich die ersten Angaben über die angeblich stattgefundenen Tödtungen als übertrieben erwiesen. Nur ein einziger Leichnam fand sich im Pscharr'schen Hause vor, der eines Schuhmachergesellen. Der Kopf war ihm gespalten. Das Haus bietet in seiner totalen Verwüstung einen gräßlichen Anblick dar. Die ersten Schätzungen über den außerordentlichen Verlust des heimgesuchten Brauers Pscharr mögen noch unter der Wirklichkeit sein. Die Banknoten und Papiere wurden beim Erbrechen der Kommoden ꝛc. sofort zerrissen und in Stücken auf die Straße geworfen. Die Familie hat Nichts gerettet, als was jedes Glied derselben eben auf dem Leibe trug. Tausende wogen seit dem frühen Morgen vor dem verwüsteten Hause auf und ab; aber jeder wird seine Voraussetzung gewiß noch übertroffen finden. Wird's ruhig bleiben? Geht's heute wieder los? So fragt Einer den Andern, aber die Antwort bleibt Jeder schuldig. Ist's ein Münchner Bierkeawall, so bleibt's bei dem Vorgefallenen. Stecken politische Wühlereien dahinter, dann stünde uns das Schlimme erst noch bevor. Die Behörden werden hoffentlich entschieden und energisch auftreten.

Zur Berichtigung und Vervollständigung der Nachricht, daß Baiern demnächst seine Gesandten von den fremden Höfen zurückberufen werde, kann die „Allg. Ztg." aus guter Quelle Folgendes mittheilen: „Die baierischen Gesandten in Paris, London, Petersburg, Holland, Turin und in der Schweiz sind schon seit längerer Zeit theils durch inzwischen erfolgte Erledigung und Nichtwiederbesetzung, theils unter der Form von Urlaubsertheilung beseitigt, und Baiern hat zur Zeit außer Deutschland eigene Gesandten nur noch in Rom und Athen, für deren wenigstens einstweilige Beibehaltung besondere Verhältnisse sprechen. Ein eigentliches Gesandtschaftspersonal besteht zwar noch in Paris und Petersburg, und eine völlige Aufhebung desselben auch an diesen beiden Orten wird wohl erst dann möglich sein, wenn die Reichsgesandten alle Obliegenheiten der baierischen Gesandtschaft vollständig in die Hand zu nehmen im Stande sind, wozu vorderhand leider noch wenig Aussicht zu sein scheint."

München. Die Allg. Ztg. berichtet aus München vom 19. Okt., daß die Ruhe daselbst wieder hergestellt war. Nach war das Dunkel nicht aufgehellt, das auf der Unthätigkeit der Behörden, auf der späten Requirirung des Militärs liegt. Der schmähliche Skandal hat Einen Todten gekostet, einen Schuhmachergesellen, der im Pscharrhause von einem Bürger erschossen wurde, wie dieser selbst durch öffentlichen Anschlag erklärt, mit dem Beifügen, daß es „im Stande der Nothwehr" geschehen sei. Mehrere Soldaten sollen schwer verwundet sein. Am Mittag wurde die Aufruhrakte verlesen und für die Wiederholung ähnlicher Auftritte die Proklamirung des Standrechts verkündigt. Zahlreiche Patrouillen durchziehen die Stadt; Verhaftungen werden noch fortwährend vorgenommen.

(**Mannheim**, 21. Okt. Heute früh marschirte das Bataillon des 26. preußischen Infanterie-Regimentes hier ab, um sein neues Standquartier bei Worms und Alzey zu beziehen. Mittags kam ein Bataillon vom 27. hier durch mit der gleichen Bestimmung von Heidelberg kommend. Morgen früh wird das Bataillon vom 29. ebenfalls abmarschiren, es soll in derselben Gegend Standquartiere beziehen. Statt der jetzt hier stationirten preußischen Artillerie erwartet man Nassauer. Heute Nachmittag kam 1 Bataillon Frankfurter Infanterie, welche jedoch nur bis zum Eintreffen des 4. badischen Infanterie-Regimentes hier verbleiben sollen. Ungerne sieht man hier die Preußen abziehen, denen auch einstimmig das größte Lob in Bezug auf ihr Betragen gegenüber den Bürgern gezollt wurde. Der noch vor Wenden so große Preußenhaß ist selbst bei unserer Linken verschwunden und namentlich bei Betrachtung der österreichischen Wirren hört man vielfach den Wunsch eines Anschlusses an Preußen äußern. — In Bezug der Bürgerwehr soll abgewartet werden, bis das hier in Garnison gehörende Regiment hier einrückt, damit die Exerzierübungen geordneter vor sich gehen können. — Gestern wurden die Züchtlinge aus dem hiesigen Zuchthause, das einstweilen zum Hospital benutzt werden soll, gebracht und mit der Eisenbahn theils nach Bruchsal, theils nach Freiburg gebracht. Viele, welche schon lange Jahre darin gewesen, sahen die Eisenbahn zum ersten Mal. — Man theilt uns soeben mit, daß beim badischen Armeekorps die Waffenröcke und die preußischen Helme eingeführt werden sollen, bereits sind die Muster beendigt und wir können noch diesen Winter der wirklichen Aenderung entgegensehen. Die Waffenröcke sollen sehr einfach sein und nur am Halse einen halben Aufschlag haben, dessen Farbe bei jedem Regiment anders ist. Statt der blauen Hosen sollen graue ohne Streifen eingeführt werden. Die Helme haben nur vor den preußischen den Unterschied, daß sie oben keine Spitzen, sondern Kugeln haben. Da unser Armeekorps seiner bis auf 27000 Mann erhöht werden soll, so ist soviel wie beschlossen, die 4ten Bataillons zu errichten.

Lörrach, 18. Okt. Da die Theilnehmer am letzten Aufstande für die Kriegs- und Prozeßkosten haftbar sind, so wurde kürzlich eine amtliche Untersuchung des Vermögens der vier Mitglieder der provisorischen Regierung zu Lörrach, Fiala, Müller, Braun und Stampfer, veranstaltet. Das Resultat war, daß bei allen vier der Schuldenstand das Vermögen überstieg, so zwar, daß sich im Ganzen ein Defizit von 8000 fl., in Rundzahl, herausstellte. — Die Besatzung des hiesigen Städtchens ist jetzt bedeutend vermindert worden; doch beträgt dieselbe immer noch 600 Mann. (Frb. J.)

Darmstadt, 19. Okt. Die heute erschienene Nr. 60 des großherzgl. Regierungsblatts enthält folgende Bekanntmachung des großherzgl. Staatsministeriums, den Mißbrauch der Presse und der Volksversammlungen betreffend. „Die großherzgl. Regierung hat mit Schmerz und Besorgniß wahrgenommen, wie immer kühner und verderblicher der Mißbrauch sich der Presse und der Volksversammlungen für verbrecherische Zwecke, zum gewaltsamen Umsturze der bestehenden Verhältnisse, bemächtigt. Wenn Fesseln gelöst worden sind, welche die freie Aeußerung der Gedanken unterdrückten, so darf darum die Presse nicht das Werkzeug werden, dessen sich der Frevel ungescheut bedienen könnte; wenn Volksversammlungen der Aufklärung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten und daraus sich entwickelnde Wünsche freigelassen sind, so dürfen sie nicht auch Veranstaltungen zur Beeidigung und zu Angriffen gegen alle gesetzliche Autorität, ja zur Vorbereitung und Anstiftung des Aufruhrs werden. Was zur Gewähr der Freiheit gegeben ist, verkehrt aber der Mißbrauch, der durch Vermessenheit sich Straflosigkeit zu sichern wähnt, zu Mitteln einer Schreckensherrschaft, welche die Erfolge einer gesetzlichen und friedlichen Umgestaltung öffentlicher Verhältnisse zu vereiteln droht. Solchem Wahn, solcher Verkehrtheit zu begegnen, ist die Pflicht der großherzgl. Regierung, die warnend ihre Stimme dagegen schon erhoben hat. In Erfüllung dieser Pflicht und ausdrücklich dazu veranlaßt durch die prov. Centralgewalt für Deutschland, an welche sie sich aufrichtig in Bezug auf alle gemeinsame Angelegenheiten des Vaterlandes anschließt, befiehlt die Regierung allen Behörden und Beamten des Großherzogthums hiermit nachdrücklich an, gegen Verbrechen, welche durch die Presse und bei Volksversammlungen verübt werden, die gesetzliche Verfolgung ungesäumt eintreten zu lassen. Wie sie hierin den Absichten der Centralgewalt entspricht, die verlangte Mitwirkung eintreten läßt, ist sie auch deren kräftiger Unterstützung gewiß. Es möge den Frevlern fühlbar werden, es möge die Freunde der Ordnung beruhigen und im treuen Zusammenhalten kräftigen, daß ein Degen deutscher Einheit, stark im Rechte, stark durch Macht, mit den Regierungen wahre Freiheit Allen zu sichern bemüht ist."

Altenburg, 18. Okt. Die Landesregierung macht bekannt, daß nach dem Reichsministerialerlasse vom 24. Sept. das Vereins- und Versammlungsrecht dem deutschen Volke unverkürzt erhalten, dem Mißbrauche desselben aber mit aller Strenge des Gesetzes entgegengetreten werden soll. Die Regierung wacht daher alles Ernstes dagegen, daß in Vereinen und Volksversammlungen Behörden und Beamte beschimpft, der Umsturz der bestehenden Verfassung gepredigt, das Volk zur gewaltsamen Empörung gegen die gesetzlichen Zustände aufgefordert werde, und weist auf den Grund des gedachten Reichsministerialerlasses sämmtliche Polizeibehörden des Landes gemessenst an, die in ihren Gerichtsbezirken bestehenden Vereine und abgehaltenen werdenden Volksversammlungen streng polizeilich zu überwachen und die Verbrechen, zu denen das Vereins- und Versammlungsrecht gemißbraucht wird,

Digitized by Google

oder welche bei Ausübung desselben begangen werden, bei den betreffenden Kriminalbehörden unverweilt zur Anzeige zu bringen.

Altenburg, 19. Okt. Der D. A. Z. wird geschrieben: Die Art und Weise, wie die hiesige Bürgergarde von ihrem derzeitigen Kommandanten, dem vielgenannten Advokaten Eide, bei dem Einmarsche der Reichstruppen gemißbraucht wurde, hat eine große Zahl hiesiger Bürger veranlaßt, bei dem Reichsministerium um Auflösung oder doch Reorganisirung der Bürgergarde zu bitten. Der Aufforderung, welche sofort von Seiten des Reichsministeriums an die hiesigen Behörden ergangen, ist aber noch keinerlei Folge geleistet worden. Man einigte sich im Ministerium und der Regierung dahin, die Bürgergarde unter ihrer bisherigen Form fortbestehen zu lassen, zumal zu erwarten wäre, daß sich unsere barbarisch bewaffneten Freikoeps vielleicht von selbst auflösen würden. — Gestern waren wir Zeuge eines höchst widerwärtigen Schauspiels. Der Herzog kehrte mit seiner Familie in die Residenz zurück. Gebeugt und gedrückt grüßte er freundlich die am Wege lungernden Haufen, welche, wir wollen annehmen, den unteren Klassen angehören mochten. Die schwer erkrankte Herzogin wurde in einer Sänfte vorausgetragen. Aber jedem Gruße antwortete rohes Lärmen und Schreien. Und solche schmähliche Scenen sind jetzt hier nicht selten.

** Aus Schleswig-Holstein. Der Abgeordnete Gülich hielt in Apenrade am 15. d. eine Volksversammlung, bestehend aus den Bewohnern von Hadersleben, Tondern, Lygumkloster, Angeln, des Karr-Tondern und Hones-Böcking und Schlurherde, welche etwa von 500 Personen besucht war. Hr. Gülich theilte ihnen mit, daß er beauftragt sei, mit ihnen die Theilung Schleswigs zu berathen, und zwar die von England besonders unterstützte Idee, die Theilung von der Gjennerbucht nach Romöe, eine Idee, die grade der Diplomatie am meisten zugesagt habe. Ein anderer Plan wünsche eine Demarkationslinie von Flensburg nach Tondern und dänischer Seits sei die Schlei vorgeschlagen, doch sei dieser Plan ohne alle Berücksichtigung geblieben. Der Diplomatie gegenüber sei der Wunsch wach geworden, die Bevölkerung selbst zu fragen und er thäte dies hiermit. Dr. Marcus schlug folgende Erklärung vor, die allgemein angenommen und an die Centralgewalt zu schicken beschlossen wurde: „Nachdem wir von dem Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung, Dr. Gülich, davon in Kenntniß gesetzt worden sind, daß es beabsichtigt werde, die zwischen Dänemark und Deutschland in Betreff des Herzogthums Schleswig-Holstein obschwebenden Streitfrage durch eine Theilung des Herzogthums Schleswig und Einverleibung des nördlichen Theiles desselben in das Königreich Dänemark zu erledigen, sowie daß eventuell die Bewohner des nördlichen Schleswigs durch eine Distriktsweise vorzunehmende Abstimmung darüber zu entscheiden haben würden, welche Theile des Herzogthums dem Königreich einzuverleiben wären, erklären wir: 1) daß wir gegen jede Theilung des Herzogthums aus dem Gesichtspunkte des Rechts feierlichst protestiren müssen, 2) daß wenn die Nat.-Vers. beschließen sollte, von dem strengen Recht der Herzogthümer abzugehen und eine Abstimmung der Bevölkerung über die Theilung des Herzogthums zuzulassen, diese Abstimmung von dem ganzen Herzogthum durch die Landesversammlung eventuell durch eigens zu dem Zweck gewählte Vertreter vorgenommen werden müsse, da es der Billigkeit entspricht, daß sowohl der Süden und die Mitte Schleswigs über die Abtrennung des Nordens, als der Norden über die Abtrennung des Südens und der Mitte gehört werde, 3) daß wenn die Nationalversammlung beschließen sollte, die fragliche Abstimmung nur im Norden des Herzogthums stattfinden zu lassen, dann doch nur, da es sich um eine Territorialfrage handelt, die mit Grundbesitz angesessenen Bewohner des Herzogthums zur Abstimmung zuzulassen, und jedenfalls alle geborenen Dänen, sofern sie nicht etwa 10 Jahre im Herzogthum ansässig, von der Abstimmung ausgeschlossen werden müssen. So ist denn dieser Streitpunkt in ein neues Stadium getreten, und wird hoffentlich bald zu einem erwünschten Resultate führen. In der Ständekammer ist es leider zu einer Spaltung gekommen, die Linke hat sich getrennt in ein linkes Centrum und in die äußerste Linke, letztere hat bedeutend verloren, 14 derselben sind in Folge der jüngsten Beschlüsse der äußersten Linken in's linke Centrum übergetreten, wie Steindorf, Matthiessen, Amtm. Jakobsen, so daß das Centrum jetzt 20—30 Mitglieder zählt. Der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister ist nun angenommen, es werden fünf Ministerien, das der Justiz, des Krieges, der geistlichen und Medicinal-Angelegenheiten, des Innern und der Finanzen ernannt, der Beschluß lautet: daß bis zum Abschluß des Friedens die den Landesherrn vertretende Regierung verantwortliche Departementschefs zu ernennen und die Ministerialgeschäfte unter diese zu vertheilen haben, daß die Regierung einem Departementschef mehrere Abtheilungen des Ministeriums übertragen könne, daß jeder Erlaß der Regierung von einem Departementschef zu unterzeichnen sei und ein Reglement über Vertheilung und Behandlung der Geschäfte in den einzelnen Abtheilungen bekannt gemacht werden solle. Zu Ministerialvorständen sind designirt, Landvogt Jensen von Lyst, Amtmann Jakobsen von Flensburg, Landvogt Rathgen von Pinneberg, Regierungsrath Harbou von Schleswig und Syndikus Prehn von Altona.

Großbritannien.

London, 19. Okt. Der „Sun" bemerkt: „die heute vom Festlande eingelaufenen Nachrichten haben nicht dazu beigetragen, die Befürchtungen wegen der Lage der Dinge zu Wien zu verringern. In Frankreich hat sich die Regierung jetzt offenbar mehr befestigt, aber das Vertrauen in den Geld- und Handelskreisen ist deßhalb erschüttert, weil man befürchtet, es lasse sich in Frankreich zu einer Reaktion an."

„Times" meldet: daß die Lords der Admiralität das Dampfboot Lightning zur Verfügung des Grafen Reventlow gestellt haben, um ihn morgen nach Kopenhagen zu befördern. Die „Times" setzt hinzu: „Wir glauben, daß dieser Besuch des dänischen Grafen durch die noch schwebenden Unterhandlungen für Beilegung der schleswig-holsteinischen Frage nothwendig gemacht wurde."

In Irland war, trotz der Verurtheilungen in den Hochverrathsprozessen, Alles ruhig. Gegenwärtig steht Hr. Meagher, durch Jugend, Liebenswürdigkeit und Beredsamkeit wohl geeignet, ein Liebling des Volkes zu sein, vor den außerordentlichen Assisen in Clonmel. Jemand, der ihn im Kerker besuchte, schreibt dem „Standard: daß der Angeklagte so munter sei wie in seinen Knabenjahren. Sein Prozeß wird wohl mehrere Tage in Anspruch nehmen. Den 16. Okt. wurde dem Lordlieutenant eine mit 2500 Unterschriften versehene Adresse überreicht, worin ihm dringend ans Herz gelegt wird, das Leben O'Briens zu schonen. Der Lordlieutenant las, „um jedes Mißverständniß zu vermeiden," eine geschriebene Antwort ab, des Inhalts: daß er sich, da die Hochverrathsprozesse in Clonmel noch nicht beendigt wären, zu keiner definitiven Antwort entschließen könne, daß er jedoch hiermit die Versicherung ertheile, er werde der Empfehlung der Jury, mit O'Brien gnädig zu verfahren, die vollste Berücksichtigung schenken.

In Kephalonien ist am 26. Sept. eine Insurrektion ausgebrochen, worüber die „Post" Folgendes mittheilt: Die Insurgenten hatten sich in großer Zahl versammelt, bewaffnet und zuerst auf Lixuri, eine Stadt, die der Hauptstadt Argostoli gegenüber liegt, ihre Angriffe gerichtet. Eine kleine Abtheilung englischer Truppen rückte gegen die Insurgenten aus, ein Scharmützel fand statt, in welchem ein Soldat und drei Aufständische getödtet, letztere aber zum Rückzuge in die Gebirge genöthigt wurden. Die Insurgenten hatten auch Argostoli bedroht, jedoch bis zum 2. Okt. ihre Angriffe auf die Stadt nicht wiederholt. Das Ziel dieser Bewegung, sagt die Post, sei nicht genau bekannt; doch sei nicht zu zweifeln, daß der Lord-Oberkommissär über hinlängliche Streitkräfte verfüge, um die Insurrektion zu unterdrücken.

In mehreren deutschen Blättern liest man folgende Mittheilung, die wir in engl. Blättern gelesen zu haben uns nicht erinnern:

Louis Blanc und Caussidière sollen aus London verschwunden sein. Louis Blanc soll wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution in Wien zu Caussidière gesagt haben: Wenn die österreichische Insurrektion gelingt, so werden wir sehen, was uns zu thun übrig bleibt.

London, 20. Okt. Die Cholera macht langsame, aber sichere Fortschritte. Daher ist die zu ihrer Abwehr angeordnete Quarantäne als aufgehoben erklärt worden. Tödtlich waren in London bis gestern 30 Fälle. In Edinburgh erkrankten bis jetzt 42, starben 34, in Newhaven 21, starben 15, in Leith 27, starben 16.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 23 Okt.) Berlin (Die königlichen Worte.)

Frankreich. Paris (Der Belagerungszustand aufgehoben. Preßgesetz. Interpellation über Italien abgelehnt. Sitzungen der N.-V.

Börsebericht von Paris (Vom 19. und 20. Oktober.)

Frankfurter Börseberichte (Vom 16. bis 23. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 23. Oktober.

Tagesordnung der 101. öffentl. Sitzung.

1) Berathung über den, Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten, über die Anträge der Abgeordneten Venedey und Rauwerk auf Wahrung der Interessen Deutschlands in den gegenwärtigen Zuständen Oesterreichs erstatteten Berichte des Abgeordneten Schubert aus Königsberg.
2) Fortsetzung der Berathung über Artikel II. §. 2, 3 und 6 des Verfassungsentwurfs.

Vorsitzender Heinrich von Gagern. Der Abgeordnete Brunck aus Fürfeld im Großherzogthum Hessen, ist nach kurzem Krankenlager in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in Frankfurt gestorben und wird heute begraben. Der Präsident setzt voraus, die Reichsversammlung werde der Leiche folgen und zeigt die Zeit der Bestattung an.

Sekretär Jucho interpellirt in Betreff der deutschen Gesandtschaft für Petersburg: ob ein diplomatischer Verkehr der Reichsgewalt mit Rußland angeknüpft sei oder welche Hindernisse einem solchen entgegenstünden. Kerst richtet im Sinne der Rechten einige Anfragen an das Reichsministerium in Bezug der Wiener Bewegung, und hebt besonders hervor, daß dort der polnische General Bem ein Kommando übernommen haben solle.

Schmerling erwiedert auf frühere Anfragen zuerst in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit, daß das Reichsministerium in der Wiederherstellung des Brandzeichens an den schleswigschen Schiffen einen Bruch des Waffenstillstandes von Malmö erblicke und der Gesandte der Centrol-Gewalt in Kopenhagen demgemäß instruirt werde. Da die deutsche Flagge von der schleswiger Handels-Marine derzeit noch nicht geführt werden könne, so sei Einleitung getroffen, daß sie unterdessen unter englischer Flagge fahre, um die dänische zu vermeiden.

Sodann erkläret er in Bezug auf eine Interpellation Möllings, daß die formelle Anerkenntniß des Gesetzes vom 28. Juni in Sachsen, Kurhessen und Hessen-Darmstadt dadurch erfolgt sei, daß dies Gesetz von den Einzelregierungen den versammelten Ständen vorgelegt worden sei. Ausdrückliche Anerkenntnisse seien außerdem eingegangen von Hannover und Baiern. Thatsächlich anerkannt worden sei ferner das Recht der Central-Gewalt von allen betheiligten Regierungen durch die Vollziehung der kriegseitschen Maßregeln gegen Schleswig-Holstein sowohl, als im Inneren des Reichs. Die Regierung des Königs von Preußen sodann hat neuerdings die bestimmte Erklärung eingesandt, sie betrachte ihr ganzes Heer von 360,000 Mann als eine zur Verfügung der Central-Gewalt stehende Reichstruppenmacht (lebhaftes Bravo!)

Der völkerrechtliche Verkehr der Reichsgewalt ist in steter Erweiterung begriffen; sogar ein Gesandter für Konstantinopel ausersehen, und an allen den wichtigeren Punkten des Orients sollen Reichskonsulate errichtet werden. Ist der diplomatische Verkehr dennoch noch nicht nach allen Richtungen hin in Geltung, so liegt der Grund dazu in den provisorischen Zuständen des Vaterlandes. Deshalb sei es auch im Interesse der deutschen Staatsbürger, daß noch nicht alle deutschen Sondergesandtschaften aus dem Auslande zurückgezogen würden. Ueberhaupt aber gehe der Widerstand, den die Centralgewalt hier und da noch fände, nicht von den deutschen Regierungen, sondern im Gegentheil von partikularistischen Kammern aus, wie z. B. von der Altenburger geschehen.

Ueber die Ernennung des polnischen Generals Bem ist das Ministerium ebenfalls nur durch Zeitungen unterrichtet, durch welche die Ernennung den Wienern bekannt gemacht worden.

Mit Folgendem beantwortet darauf der Handelsminister Duckwitz die Fragen von Reden's:

Eine Vorbereitung zur Umgestaltung des Zollwesens wird in keinem Staate getroffen, es sei denn, daß man damit die Berathung derjenigen Umgestaltung meine, welche von hier aus beschlossen werden wird. Ebenso sei keine Abänderung zu Gunsten einzelner auswärtigen Staaten an den Sätzen des Zollvereins getroffen worden, und der Zollverein wolle überhaupt nur so lange fortbestehen, bis eine neue Ordnung der Dinge von hier aus eintrete. Von den Maßregeln des Zollvereins, die Herr von Reden erwähnt habe, würden alle deutsche Staaten, welche nicht zum Zollverein gehörten, getroffen, aber schwach, weil alle Staaten im Norden von Deutschland, der Steuerverein in Meklenburg und Schleswig-Holstein und die Handelsstädte von den einschlagenden Artikeln nichts produziren. Der einzige deutsche Staat, der ernstlich benachtheiligt werde, sei Oesterreich. Aber die ganze Verfügung höre am Ende des Jahres ohnehin auf, so daß es nicht der Mühe lohne, deßhalb noch auf Verhandlungen einzugehen.

Im Allgemeinen erklärt sich Francke durch die Antwort des Ministers befriedigt, will jedoch den schleswigschen Schiffen anstatt der vorgeschlagenen englischen Flagge die holsteinische gegeben sehen.

Reichsminister von Beckerath: die badische Regierung, die einzige, welche den Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung die Portofreiheit verweigert hat, hat so streng normirte Postverhältnisse, daß selbst die Korrespondenz des großh. Hauses nicht portofrei ist. Darin und weil kein Antrag von der Reichsversammlung deshalb an die badische Regierung gelangt ist, liegt die Ursache, daß Baden den Frankfurter Abgeordneten keine Portofreiheit gewähret hat.

Darauf gibt Beckerath eine Uebersicht der Finanzbedürfnisse der Centralgewalt wie sie verursacht werden durch den Aufwand für die N. V., für die Centralgewalt selbst und für den Zweck des deutschen Bundesstaates während der Periode vom 1. Sept. bis 31. Dez. d. J. Diese Bedürfnisse nehmen 10,468,466 fl. 59 kr. in Anspruch.

Sekretär Jucho kommt noch einmal auf seine heutige Interpellation in Betreff der deutschen Gesandtschaft für Rußland zurück, worauf v. Schmerling bemerkt, daß er eine ausführlichere Antwort für dieselbe nicht zu ertheilen habe.

Bei dem Uebergange zur Tagesordnung — Ausschußbericht in der österreichischen Frage — übernimmt Vicepräsident Simson den Vorsitz. Das Mehrheitsgutachten des Ausschusses (zehn Stimmen gegen fünf) heißt die von der Reichsgewalt ergriffenen Maßregeln gut und fordert daneben das Ministerium auf, nach Maßgabe der von den Kommissären eingehenden Berichte sofort weitere Schritte besonders zum Schutze der etwa in Frage gestellten deutschen Interessen zu thun und der Reichsversammlung darüber Bericht zu erstatten. Für das Minderheitsgutachten:

Die Reichsversammlung möge beschließen:

1) das Reichsministerium aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Intressen Deutschlands in Schutz zu nehmen, und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen;
2) daß Reichsministerium aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindlichen Truppen nur den verfassungsmäßigen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung stehen;
3) das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centrolgewalt abgesandten Commissarien zu übertragen,

sind hingegen die zahlreichsten Redner eingezeichnet, von denen zuerst

Reitter von Prag das Wort ergreift. Die Bewegung in Wien sei eine nationale, keine demokratische. Sonst hätte man die Truppen nicht zurückgehalten, sonst wären die Minister nicht im Amte geblieben. Auch Latour's Ermordung sei keine demokratische That. Daß aber der Reichstag die Vollziehungsgewalt in die Hand genommen, sei den Umständen nach unvermeidlich geworden. Wider die demokratische Tendenz des Reichstags spreche auch die Wahl Pillersdorf's zum ersten Vice-Präsidenten. Nenne man die jetzige Theilnahme der Aula an der Regierung „Anarchie", so sei sie wenigstens nicht neu und nicht allein in Wien vorhanden. Wie könne sonst Lobkowitz Proklamationen durch einen Kreishauptmann erlassen, ohne Minister des Kaisers zu sein! Die Aula sei demokratischen Anforderungen mit Entschiedenheit entgegen getreten und aus Wien entflöhen die Einwohner nicht aus Furcht vor dem Wiener Volke, sondern aus gerechter Furcht vor Jellacic

Digitized by Google

und dessen Hoeden. Wozu hätten die czechischen Studenten Kanonen mit Blumen bekränzt, die zur Bekämpfung Wiens abgesühet worden seien, wie wäre die Spaltung in das österreichische Heer selbst eingedrungen, wenn die Bewegung keine nationale wäre? Das „etwa" bei den in Frage gestellten deutschen Interessen des Mehrheits-Gutachtens muß Reitter daher für einen Irethum erklären. Es sei eine „Schmach", daß man Rußlands Hilfe zur Unterdrückung deutscher Bewegungen — (Unterbrechung. Der Vorsitzende warnt vor Aeußerungen, die einen Ordnungsruf zur Folge haben müßten.) in Anspruch nehmen wolle. Reittee erklärt, daß er nicht auf die Versammlung den Verdacht der russischen Hilfsforderung wälze, aber die O.-P.-A.-Ztg. schreibe in diesem Sinne — „und es sei zu beklagen, daß diese Zeitung nicht besser überwacht werde."

Maifeld: Daß Jellacic's Bewegung eine deutsch-feindliche sei, dazu hätte es nicht erst des Beweises bedürft, daß er die deutschen Fahnen von den kaiserlichen Schlössern habe reißen lassen. Ganz Wien werde man doch nicht für erkauft halten von ungarischem Gelde und ganz Wien stehe unter den Waffen. Der Redner schildert hierauf in einem äußerst burlesken Tone die Stellung Jellacic's zu den österr. Wirren, indem er den Ban mit einem Taschenspieler vergleicht. Was wolle er in Wien, als die Freiheit morden? Maifeld räth zwar zur Annahme des Mehrheitsgutachtens, aber mit dem Zusatze, daß alle in Oesterreich befindlichen österr. Truppen sofort unter die ausschließlichen Befehle der gesetzlichen Organe, mithin des Reichstags, gestellt werde.

Berger kann nicht begreifen, wie die Mehrheit des Ausschusses die Politik des Reichsministeriums zu billigen vermöge, und der erstattete Bericht sei so lückenhaft als zeestreut. Der russische Gesandte, von Medem, habe den ungarischen Ständen mit einem russischen Armeekorps gedroht, wenn die Ungarn die Leitha überschritten. Dann verspottet Berger die Reichskommissäre für Oesterreich, ihee langsame Reise, ihre Proklamation. Demokratischer Natur sei aber die Wiener Bewegung allerdings und dessen freue er sich, denn wenn die Demokratie bei den Slawen wäre, bei den Deutschen aber nur ein niedrigeres Maß von Freiheit, so würde er es (hört, hört!) mit den Slawen halten. (Unwille rechts und in der Mitte, links Bravo.)

von Sommaruga ist der Erste, welcher die Wiener Verhältnisse von einer andern Seite auffaßt. Gestänben doch selbst die Wiener Journale die Herrschaft der Anarchie ein. Daß die Bewegung eine demokratische sei, wäre von Herrn Berger anerkannt und die deutschen Farben in Wien leider zur Fahne jedes Umsturzes mißbraucht worden. Dee Charakter der ungarischen Freiheit sei ein sehr eigenthümlicher, Nue der Comitatsadel säße im Reichstage zu Pesth, die misera plebs contribuens, selbst die Kapacitäten und Intelligenzen seien von der Vertretung ausgeschlossen. Den ungarischen Freundschaftsversicherungen sehe widersprechend sei auch die Behandlung der Deutschen in ihrem Lande, „diesee so sehr verachteten Schwaben." Jellacic habe, indem ee sich an die Spitze der Südslawen stellte, ehee die gekränkten Rechte der Humanität vertreten, als daß er der Despotie und Barbarei beschuldigt werden könne. Die Kamarilla fürchtet Sommaruga nicht so sehr, als sie ausgeschrieen wird, und Jellacic nehme keine willkürliche Stellung ein, sondern sei durch vollständig gegengezeichnete, konstitutionelle Befehle unter Windischgrätz gestellt. In Betracht dee obwaltenden Umstände findet er das Verfahren des Reichsministeeiums ganz angemessen und Denen gegenüber, die mit hastigen Maßregeln eingreifen wollen, erinnert er daean, daß Fabius Cunctator Rom gerettet.

Auf Schmidt von Schlesien, der inzwischen gesprochen hat, folgt ein Vortrag v. Vincke's, dee die Reden für die Wiener Bewegung sowohl, als die Bewegung selbst einer ebenso dehenden als haarscharfen Kritik unterwirft. Ein ironisches Bravo und Händeklatschen der Linken erwiedert er damit, daß er sich freut, daß man sich auch auf dieser Seite füe das konstitutionelle Leben zu interessieen anfange, und trotz aller höhnischen Unterdeechungen empfiehlt er nachdrücklich das Erachten der Majorität.

Vogt von Gießen erklärt zwar dem Eindrucke von Vincke's Rede gegenüber, daß ee unfähig sei, Witze zu machen in dem Augenblicke, wo über das Schicksal eines großen deutschen Volksstammes entschieden werde. Indessen muß es ihm wohl unwillkürlich geschehen, daß ihn sein Haß gegen das Ministerium witzig macht. Denn die vergiftete Recension dee bisherigen ministeriellen Handlungen und gelegentlich der Handlungen der National-Versammlung selbst, die er darauf gibt, erregt wiedeeholt das Gelächter der Linken, der Gallerie, und ihr Beifallklatschen. Das Mehrheitserachten des Ausschusses enthalte nämlich ein Vertrauensvotum für das Ministerium, und die ganze Rede Vogt's ist ein ergrimmter Widerspruch dagegen. (Schluß f.)

Die Königlichen Worte.

Berlin, Auf die Adresse der Deputation der Nationalversammlung zu seinem Geburtsfest, antwortete der König in einer improvisirten Rede, die an schönem Sinn und Anmuth des Ausdrucks zu den besten gehört, welche in besserrr Zeitoon des Fürsten Lippen kamen, dessen Worte so Viele bezauberten, die sonst von der Weltanschauung der Monarchie sich entschieden abwandten. Aber alles Wohlwollen und alle Huld in seinem Tone hinderte dießmal nicht, daß diese Rede einer einzigen Stelle wegen nicht einen sehr peinlichen Eindruck heroorbrachte. Ja man fürchtete mehr; und wäre nicht am folgenden Tage der blutige Arbeiteranstand eingetreten, der Berlin und unsern Staat abermals an einen Abgrund zu reißen drohte, so würden die wühlenden Parteien das flüchtige Wort mit Heißhunger aufgegriffen, es zerrissen und ausgebeutet haben zu ihrem Zwecke — dem einen, consequent verfolgten, das Volk in beständigem Mißtrauen, in wachsendem Argwohn gegen das Königthum zu erhalten. Und wir müssen mit Bedauern einräumen, daß sie dießmal die Gelegenheit nicht vom Zaume zu brechen hatten, sie schien ihnen geflissentlich in die Hand gegeben zu werden. War es ein flüchtiges Wort, aus vollem Herzen quillend und über die Lippe sprudelnd, oder war es mit Vorbedacht gesprochen? Der Präsident der Kammer überging im Bericht über die Deputation die königliche Rede, weil sie ihm als ein Erguß des Momentes erschienen und keine offizielle Nachricht deeselben ihm zugekommen! Die verschiedenen Zeitungen geben variirende Lesaeten, die Haude und Spener'sche allein bringt die Stelle in dee Fassung, wie die demokratische Partei sie zu einer Anklage benutzt. Doet lautet sie: „Eines besitzen wir, um das uns andere Völker beneiden; wir haben noch, und darauf mache ich besonders aufmerksam, angestammte Obrigkeiten von Gottes Gnaden, die mit großer Macht ausgestattet sind, weil sie das Vertrauen des Volkes besitzen." — Nachoem von der konstituirenden Versammlung in der unerspießlichen und unerquicklichen Verhandlung über den Königstitel das „von Gottes Gnaden" so eben gestrichen war, konnte jenes so entschieden ausgesprochene Wort nur als ein Protest gegen den Beschluß der Volksvertreter klingen, als eine Rüge gegen denselben, als eine Andeutung, daß die Krone diesen Beschluß verwoefen, daß also schon ihee drn ersten Passus der Verfassung keine Vereindarung eintreten werde. Man ging weiter in der Deutung: dee König habe diese Worte ironisch zu der Deputation gesprochen, ihr Sinn sei gewesen: und wenn Ihr mir auch den Titel abootirt, so bleibe ich doch ein König von Gottes Gnaden, ein König kraft göttlichen Rechtes! und wie er darauf zum General der Bürgerwehr gesagt: „Vergessen Sie nicht, daß Sie die Waffen von mir haben," so sei drr Sinn in beiden Reden sehr deutlich, eine Apoellation an das ihm entrissene Recht, ein Wink, daß er die Macht noch habe, es durch Gewalt sich wiedee zu verschaffen, eine Warnung und Weisung, in ihren Forderungen mäßig zu sein, weil die Reaktion nicht außer der Möglichkeit liege. Also eine späte Drohung, und sie schien unterstützt durch die letzten Nachrichten aus Oesterreich. Unterläge Wien den Anhängern des Kaiserthums, so würde die Nachdröhnung und Wirkung auch das übrige Deutschland berühren. Selbst freisinnige Konservatioe theilen die Ansicht, daß in des Königs Worten etwas bestimmt Absichtliches gelegen, und ein Deputirter von der röthesten Schattirung der Linken durfte in der Versammlung sagen: die Krone habe ihr einen Schlag gegeben. Er ward zur Ordnung gerufen, aber kein Deputieter, kein Minister erhob sich, das königliche Wort zu derthridigen, ihm eine Deutung zu geben, welche die konstitutionelle Versammlung beruhigen konnte. Ein förmlicher, ein bedenklicher Angriff deßhalb stand von Seite der Opposition zu gewärtigen; ich höre in diesem Augenblick, daß man ihn weislich aufgegeben hat. Es liegen andere, zu wichtige Dinge vor, um auch diese Sache wieder auf die Spitze zu trreiben, das flüchtige Woet auf die Goldwage zu legen.

Ihr Korrespondent theilt nicht die Ansicht derer, welche auf die Betonung der Worte einen Nachdruck legen, darin eine ten-

Digitized by Google

denziöse Absicht erblicken, aber er bedauert das gebrauchte Wort, was unter andern Verhältnissen zu einer unseligen, neuen Spaltung Anlaß geben könne, und das im Augenblick, wo, auf das stürmische Andringen von allen Seiten das Verfassungswerk mit mehr Ernst von der Versammlung in die Hand genommen wird. Es war ihm ein Wort, das freilich nicht der konstitutionelle König nach Berathung mit seinen Ministern sprechen durfte, was kein Minister kontrasignirt hätte, aber ein Wort, was der König als Mensch sprach, aus seiner innersten Natur heraus, was er sprechen mußte, wenn er sich nicht selbst als Mensch tödten wollte.

Friedrich Wilhelm IV. hat als König alles hingegeben, woran er hing, nur eines konnte er nicht hingeben, weder als König noch als Mensch, seine religiöse Ueberzeugung. Er hat einen schweren Akt der Selbstüberwindung geübt, als er alle seine Liebhabereien, seine Idee von Volkswohlfahrt, dem Volkswillen zum Opfer brachte, der auf den Sturmflügeln der Zeit sie gebieterisch forderte. Man antwortet: er mußte sie wohl hingeben. Ja! aber wer erwartet nicht, daß er, so zerstört, zerknickt, in Allem, was ihm theuer, werth, wofür er sich begeistert, daß er die Krone niederlegen werde, die ihm von nun an nur eine Last, kaum mehr ein glänzendes Spielzeug war. Wie glücklich hätte der kunstsinnige Friedrich Wilhelm als reicher Privatmann, fortan durch keine Konvenienz in seinen Beschäftigungen, seinem Umgange beschränkt, leben können! wenn er es nach dem 19. März nicht that, ich kann darin nur eine religiöse Unterwerfung unter Gottes Willen erblicken, unter die ihm unbegreifliche Fügung, die auf diese Weise das Wohl der Völker, vielleicht durch Lehre und Strafe, wollte. Diesen Sinn bekunden alle seine Schritte seitdem, wo von einer eigenen, selbstthätigen Willensäußerung die Rede sein kann. Blieb ihm doch nur ein Anklang an seine früheren Träume: das einige Deutschland! Und in welchen Konflikten um deßhalb mit denen, die er für seine treuesten Freunde hielt, mußte er die schwere Aufgabe, die Mission erfüllen! Aber hier die Grenze seiner Nachgiebigkeit. Wo die Sturmforderung der Zeit die Gnade Gottes antastete, mußte seine Natur sich erheben, er mußte dem Widerstand leisten, was mehr forderte, als er geben zu dürfen glaubte. Daher sein langes Widerstreben gegen die Aufhebung der Todesstrafe. Es bedurfte geistlicher Ueberredung, daß das mosaische Gebot: Zahn um Zahn nicht erst durch den Sturmwind des Geistes unserer Zeit, daß es schon vor achtzehnhundert Jahren durch den Geist der Erlösung, der als Balsamhauch über die sittlich verwilderte Welt fuhr, entkräftet worden.

Dennoch glaube ich nicht, daß der König sein Veto in die Auslassung des Titels „von Gottes Gnaden" legen wird. Wie leicht hätte dieser unfruchtbare Streit vermieden werden können, wenn man sich auch darin wahrhaft vereinbart, wenn man hier die Gefühle, die sich nun einmal nicht wegstreiten lassen, dort die Forderungen, die unabweisbar da sind, berücksichtigt hätte. Die Formel gab sich von selbst: „Von Gottes Gnaden und durch des Volkes Willen!" Erschrecken die Konservativen davor? warum es denn nicht aussprechen, was ist! Jetzt hilft keine Verheimlichung mehr. Unbeschadet der Gnade Gottes, die Könige sind jetzt Könige durch des Volkes Willen, oder wo blieben die Stuart, die Wasa, die Orleans? Die Völker wollen Könige, wenn nicht aus Liebe, aus Ueberzeugung. Diese kann nicht stark genug ausgesprochen werden. Ist es den Königen ein Schmerz, daß es in ihren Titel kommt: durch des Volkes Willen, ist es ein Zugeständniß der Demokratie, nun wohlan, so wird es dafür auch zum Schild gegen die Demokratie und republikanische Gelüste. Das Volk hat es gewollt, daß wir Könige sind, könnten sie der Zukunft entgegenrufen.

In den Worten des Königs aber lese ich einen ganz andern Sinn. Er lächelte mit der Wehmuth des Weisen beim Toben des Unverstandes: Die Gnade Gottes wollt Ihr mir streichen, und alles, was ich bin, was Ihr seid, bin ich nur durch sie. Wollt Ihr dem Wasser gebieten, daß es nicht mehr fließt, der Sonne, daß sie nicht mehr scheint?

Wie unzweifelhaft die Gnade Gottes am Königstitel in ihrem Ursprunge nichts anders sein sollte als ein Zeichen der Demuth, so hat sich eben so gewiß mit der Zeit dies Symbol zu einem des Stolzes verrückt. Das machte sich durch die Exclusivität von selbst. Wenn auch der Bürgermeister einer Republik, der Dichter, der Soldat, der Bauer und der Bettler sich stets von Gottes Gnaden genannt, alsdann wäre das göttliche Recht der Könige nicht zu der doctrinären Ausbildung und theilweisen Anerkennung gekommen, in der das Königthum unwissend durch Jahrhunderte kränkelte, eine Krankheit, die eine blutige, bald hundertjährige Kur erfordert. Daß auch der König bei jenen, aus demüthigen Empfindung vorquellenden Worten an das göttliche Recht gedacht haben könnte, will ich nicht in Abrede stellen; dann erschiene es doppelt unglücklich gewählt, in diesem Augenblick und — als König von Preußen. Das Königthum Preußen hat in seinem Ursprung, in seiner Fortbildung andere Wurzeln als eine religiöse Fiction, Wurzeln, die, tief in die Erde dringend, den Stamm festhielten in den Stürmen der Zeit, es sind seine guten Werke. Wo es auf diese nicht Verlaß nahm, wo es sich an das Wolkengebilde anranken wollte, wie die altersmorschen Stämme anderer Dynastien, da ward es noch immer schwach. Ein guter Beichtvater kann unendlich Gutes wirken, aber wo ein König allein auf ihn hört, muß sein Einfluß vom Uebel für das Ganze werden, in einer Welt, wo das Menschliche auch sein Recht, im Bösen wie im Guten behauptet. Aber bei allen guten Werken des preußischen Königthums, laufen nicht auch solche diplomatische neben her, wo ein gewissenhafter Beichtvater seinen Bann aussprechen, ein lauer den Kopf abwenden müßte und nur ein gewissenloser das Schlechte mit schönen Worten verhüllen könnte. Das Königthum in Preußen hatte eine andere Vertheidigung dafür — die Nothwendigkeit. Wer aber Preußens Entstehungsgeschichte verfolgt, die angeheiratheten, anererbten, aneroberten Theile, bis zu jenem Pfandgeschäft hinauf, das um 100,000 Goldgulden — aufgenommen vielleicht von einem Reichskammerknecht, d. i. einem Juden — die Mark Brandenburg an Friedrich von Hohenzollern brachte, der wird zwar nicht an Gottes Gnade zweifeln, die über dem Wachsthum des Staates waltete, wohl aber in einiger Verlegenheit sein, das göttliche Recht des Königthums vom Ursprung ab zu deduciren.

Frankreich.

□ **Paris**, 20. Oct. Der Moniteur enthält heute ein, sowohl von dem Präsidenten und dem Schriftführer der Nationalversammlung, als von dem Haupte der vollziehenden Gewalt, General Cavaignac, unterzeichnetes Decret, welches die Aufhebung des Belagerungszustandes verfügt. Gestern wurde nämlich von dem Abgeordneten Aylies im Namen des betreffenden Ausschusses ein Bericht hierüber erstattet, woraus hervorgeht, daß die Regierung selbst den Augenblick für günstig hält, aus dem Ausnahmezustand herauszutreten. Die ganze Versammlung stimmte ohne Berathung zu. Heute brachte aber der Justizminister Marie einen Gesetzesvorschlag, welcher dem Untersuchungsrichter das Recht ertheilt, Journale wegen Preßvergehen oder Verbrechen zu unterdrücken, die Verfasser der angeschuldigten Artikel sollen vor die Assisen gestellt werden. Flocon will wissen, ob sich die Regierung mit dieser Waffe begnügen werde, und warum der Moniteur heute wieder eine Note enthalte, welche, ohne vorherige officielle Mittheilung an die Nationalversammlung, eine neue Transportation von Insurgenten nach Algier anzeige. An diese Interpellation knüpft sich eine andere des Abgeordneten Lagrange, welcher schon vor zwei Monaten die Uebersiedelung derselben nach Algier vorgeschlagen, aber zugleich beantragt hatte, ihnen jede eigentliche Strafe zu erlassen und sie, wie die andern Kolonisten zu behandeln. Der Kriegsminister Lamoricière hatte schon auf die erste Anfrage erklärt, er müsse sich die Antwort auf morgen vorbehalten. Pierre Leroux übergibt eine Bittschrift der Frauen und Kinder der Insurgenten; auch er will (wahrscheinlich wegen einer allgemeinen Amnestie) interpelliren. Die Versammlung beschließt, die Interpellation erst nach der, übrigens sehr nahe bevorstehenden, Beendigung der Berathung über die Verfassung zuzulassen. Es heißt allgemein, General Cavaignac werde aus eigenem Antriebe eine Amnestie beantragen, wünsche darum nicht, daß der Impuls von der Versammlung ausgehe, und die Mehrzahl wolle diesem Wunsche willfahren. Viel Aufsehen erregte während der Sitzung der Eintritt zweier schwarzen Abgeordneten: Mazuline und Karl Dain. Letzterer setzte sich neben seinen Kollegen Schoelcher, das ist auf die Höhe des Berges.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde Armand Marrast abermals mit 485 von 630 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Der abgetretene Minister Senard erhielt 72, Lacrosse 25 und Th. Bac (vom Berge) 16 Stimmen. Der Abgeordnete Bouvet verlangte, daß ein Tag anberaumt werde, an welchem er den Minister des Innern wegen der italienischen Angelegenheit interpelliren könne. Er wünsche zu erfahren, ob die Regierung geneigt sei, den König von Sardinien zu unterstützen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte

Digitized by Google

hierauf: in der Politik dem Auslande gegenüber sei nichts verändert; die Verhältnisse Frankreichs zu demselben wären dieselben geblieben; die Versammlung sehe aber gewiß ein, daß kein Tag für diese Interpellation bestimmt werden könne, da die Minister nicht wissen könnten, ob es ihnen möglich wäre, sich zur angegebenen Zeit offen auszusprechen. Der Abgeordnete Baune unterstützt den Antrag Bouvet's, er will nur erfahren, ob Venedig und die Lombardei frei werden sollen. Auf die wiederholte Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, eine Diskussion über schwebende Angelegenheiten müsse sehr bedenklich erscheinen, ging die N.-V. mit ungemein großer Mehrzahl zur Tagesordnung über. Um konsequent zu bleiben, beschloß dieselbe auch auf mehrere dringende finanzielle Anträge Goudchaux's vorerst nicht einzugehen und die Berathung über die Verfassung fortzusetzen. (Schluß folgt.)

Paris, 19. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 55; 3pCt. 44. 40; Neue —. —; Neapol. 70. —; Bankactien 1530; Span. 5pCt. (Ardoins) — —; 3pCt. 23¼; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien 300.—; Versailles, rechtes Ufer 105.—; linkes Ufer 97. 50; Paris-Orleans 610. —; Paris-Rouen 382. 50; Orleans-Bordeaux 370. —; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Haore 185. —; Marseille-Avignon 197. 50; Straßburg-Basel —. —; Nordbahn 357. 50; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 332. 50; Römisches Anlehen 62.

Wenig Geschäft! Die Spekulanten erwarten bestimmtere Nachrichten aus Wien. Die 5pCt. Rente ist um 15 Cent. gefallen; 3pCt. wie gestern. Die piemontesischen Fonds sind auch heute um 5 Frs. gestiegen, römische und neapolitanische um 1 pCt. gefallen.

(Vom 20. Okt.) 5pCt. 68. 30; 3pCt. 44. 35; Bankaktien 1500; 5pCt. Span. (Aed.) 13¾; 3pCt. 23; St. Germain Eisenbahnaktien —; Versailles, rechtes Ufer 105; linkes Ufer 95; Paris-Orleans 585; Paris-Rouen 373; Orleans-Bordeaux — —; Rouen-Haore 183; Maeseille-Avignon 195; Straßburg-Basel — —; Nordbahn 353, Paris-Straßburg 330; Röm. Anlehen 62½.

Die Verwickelungen in den italienischen und österreichischen Angelegenheiten verursachten heute einen abermaligen, doch nicht sehr bedeutenden Rückgang im Kurse sämmtlicher Effekten.

Madrid, 14. Okt. (Verspätet). 3pCt. Rente 19¼ P. (N. d. B. 19⅛ G.); 5pCt. 10⅝. (N. d. B. 11 G.); Passive 3½ (⅜).

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 16. bis 23. Oktober.

Die Börse befindet sich immer noch unter dem Eindrucke der Wiener Zustände und die Verzögerung ihrer Entwickelung wirkt äußerst lähmend auf die Geschäfte. Es ist zu befürchten, daß, wenn diese Stockung noch einige Zeit andauert, die Entwerthung der Staatspapiere in ein Stadium von Stetigkeit tritt; so niedrig die Course auch jetzt im Verhältniß des Zinsengenusses sein mögen, so wird ihr Standpunkt durch die Gewohnheit endlich sanktionirt und die Gewohnheit behauptet ihr Recht. Es müßten die günstigsten Ereignisse eintreten, um die Unternehmungen auf die frühere Bahn zu lenken, wozu es aber wahrlich nicht den Anschein hat.

Das Geschäft in Staatspapieren war in vergangener Woche höchst unbedeutend. Dem Aufschwunge, der am 16., in Folge eingetroffen sein sollender günstiger Nachrichten aus Wien, eintrat, folgte, nachdem am nächsten Tage die Bestätigung derselben ausblieb, eine um so empfindlichere Abspannung. Wir haben also schon wieder eine Preisverminderung in österr. Fonds anzuzeigen, und zwar auf 5pCt. Metall. von 2½pCt. (63½ à 66) auf 2½pCt. ditto von 1½ (33½ à 34¾) auf Bank-Aktien von fl. 25. (fl. 1075 à 1100), auf fl. 500 Loose von ½pCt. (108½ à 109). Dagegen besserten sich die fl. 250 Loose um 1pCt. (71 à 72). Die österr. Anlehensloose befinden sich großentheils in festen Händen und es zeigen sich davon wenig Abgeber. Ein ähnliches Bewandtniß hat es mit den übrigen Staats-Lotterie-Loosen, die in vergangener Woche von der Konjunktur nur unbedeutend berührt wurden. Man notirt die badischen fl. 35 Loose fl. 24⅜, die hess. Thlr. 40 Loose Thlr. 24¼. Die polnischen fl. 500 Loose stiegen sogar von Thlr. 65¾ auf 66¼ und die Sardinischen von Frks. 24½ à 25, wogegen sich die Darmstädter fl. 50 Loose, trotz ihrer Preißwürdigkeit keiner Gunst erfreuen und fortwährend zu fl. 60 ausgeboten bleiben. — Unter den süddeutschen zinstragenden Papieren bleiben immer die Würtemberger 4½ pCt. die beliebtesten, wozu die von Zeit zu Zeit von der Regierung angekündigten Rückkäufe beitragen. Es sind abermals nicht unbeträchtliche Posten zu 90 ¾ à 91 umgesetzt worden. Die 3½ pCt. Würt. behaupten sich auch ziemlich fest auf 74½ während die Darmstädter und Badischen 3½ pCt. erstere zu 73¼, letztere zu 72¼ nicht viele Käufer finden. Auch die Nassauer 3½ pCt. sind matt und zu 79⅓ nicht anzubringen. — In 3½ pCt. Frankfurter von 1839 und 1846 zeigte sich am Ende der Woche etwas Kauflust; ob diese anhält, stehet dahin, da dem Vernehmen nach unsere Stadt im Begriffe stehet, eine neue Anleihe von 2½ Millionen zu kontrahiren, welche Summe theils zum Fortbau der Main-Weserbahn, theils für andere unvorhergesehene Ausgaben, erforderlich sein soll. — Auf den Handel mit Eisenbahnaktien übt die Notirung der Berliner Börse einen wesentlichen Einfluß. Trotz der am 16. dort ausgebrochenen unruhigen Auftritte erlitten die Preise der Eisenbahnen kein besonderes Fallen und die letzten Posten brachten sogar steigende Bewegung. Man folgte wie gewöhnlich dem Impuls, doch war der Umsatz, namentlich in Berbach schwach; diese hielten sich zwischen 65¼ à ¾. In Nordbahn wurde Mehreres zwischen 40 und 40¾ umgesetzt. Köln-Minden 73½ preißhaltend. —

Im Wechselgeschäft war ziemliche Lebhaftigkeit bemerkbar. Es sind im Laufe der Woche sehr starke Posten London, auch in längerer Sicht zu 121⅛, kurz mit 3 pCt. Diskont umgesetzt worden. Der Cours auf Amsterdam in beiden Sichten mußte auch ¼ à ⅜ pCt. höher notirt werden und ist diese Devise zu 101¼ willig zu placiren. Ebenso waren Wechsel auf Berlin, Leipzig, Bremen und Paris etwas gesuchter, wogegen Hamburg nur in längerer Sicht Abnahme fand. Wien und Mailand waren schwach und ausgeboten. Es wurde einiges à 108 und 100⅝ verhandelt. Wiener Coupons 105¼ zu haben und zu lassen.

Im Handel mit Gold und Silbersorten herrscht seit geraumer Zeit vollständige Stagnation. Da der Preis des Goldes durch die früheren unruhigen Zustände einen ziemlichen Höhepunkt erreicht hat, der gewissermaßen durch die Gewohnheit sanktionirt ist, so hat der Begehr darin nachgelassen. Indessen sind diese Zustände denn doch noch nicht so geordnet, um den Preis der Goldmünzen auf ihren natürlichen Werth herabzubringen, um so mehr, da auch auf anderen Handelsplätzen die Preise sich auf dem bisherigen Stand erhalten. Man notirt: Neue Louisd'or fl. 11. 5 kr. Pistolen fl. 9. 56 kr. ditto Preuß. fl. 9. 57 kr. Holländ. fl. 10. Stücke fl. 10. 5 kr. Randdukaten fl. 5. 36 kr. 20 Frankenstücke fl. 9. 38 kr. Engl. Sovereigns fl. 12. 2 kr.

NB. In dem Börsenbericht vom 21. Okt. sind 5 pCt. Metallq. irrthümlich 64½ G. statt 63½ G. notirt worden.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 23. Okt.

5pCt. Metall. 65¾ à 66 G.; 2½pCt. ditto 34⅝ G.; Bankaktien fl. 1110 G.; fl. 500. Loose 111 G.; fl. 250. Loose 76 G.; Badische fl. 35. Loose 24⅜ à¾ G.; Hess. Thlr. 40 Loose 24½ G.; Poln. fl. 500 Loose 66¾ G.; Friedrich Wilh.-Nordbahn 41½ G.; Berbach 67 G.; 3pCt inländische Spanier 17⅝ G.; 4½pCt. Würt. 101¾ G.; 4½pCt. Belg. — —.

Die Nachricht, daß die Ungarn sich von der österr. Grenze zurückgezogen haben, und der Glaube, daß die Wiener Wieren auf friedliche Weise ausgeglichen werden, brachte für Staatspapiere eine günstige Stimmung hervor. Es herrschte viel Kauflust, es zeigten sich aber wenig Abgeber. — In Wechseln ging nicht viel um. Wien wurde Mehreres à 107½ à ¾ umgesetzt. Coupons 106 Geld.

Nachschrift.

△ **Wien**, 19. Okt. Die Ankunft der Reichs-Kommissäre Welcker und Mosle ist noch nicht erfolgt, — man sieht ihr mit Sehnsucht entgegen.

Die Gesandten haben eine Zuschrift des Baron Wessenberg aus Ollmütz erhalten, worin sie ersucht werden, hier zu bleiben, bis eine definitive Entschließung über den Aufenthalt des Kaisers erfolgt sein werde.

Die gestrige Kanonade war keine Feier des 18. Oktobers, sondern ein Angriff der Kroaten auf die St. Marxer Linie, um die Verschanzungen zu hindern, welche General Bem und Messenhäuser dort vornehmen ließen. — Die Kroaten zogen sich nach einer Stunde wieder zurück.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kirsselbach.**

Verlag der **Wridmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Broadgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zigs-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 285. Frankfurt a. M., Dienstag 24. October. 1848.

Uebersicht.

Der Entwurf der Reichsverfassung. I.

Deutschland. Frankfurt (Die Partheischattirungen. Nachwehen der Regierung Ludwigs von Baiern. Die deutschen Auswanderer in Havre.) Wien (Rückzug der Ungarn. Reichstagsverhandlungen. Kaiserliches Manifest erwartet. Die Adresse an den Kaiser. Lage und Stimmung der Stadt.) Arlest (Einnahme von Ofappa.) Berlin (Landesversammlung. Entlassung von Arbeitern. Zusammenkunft der Demokraten. Die Arbeiter und die Bürger. Demokratische Schutzcommission. Die Beerdigung. Die Truppen um Berlin. Die Antworten des Königs.) Danzig (Seegrodheit.) Stettin (Kriegshafen.) Elbing (Die Reaction im Osten.) Posen (Die Partheien. Bewaffnung der Ruthenen.) Rastatt (Strafe und Blind.) Bremen (Flotte. Unterhandlungen mit Amerika.)

Großbritannien. London (Wirkung der Ereignisse in Oesterreich und Frankreich auf die Handelswelt. Stand der Börse. Mittheilung aus Neapel. Der Friedenscongreß. Thomas Duncombe. Die politischen Verhafteten in Irland.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen der Nationalversammlung. Schluß. Unruhen in Tecamp und Havre. Tagesbegebenheiten.)

Belgien. Namur (Erdbeben.)

---

24. October.

Die Betrachtung des neuen Verfassungsentwurfs ruft uns, und wohl vielen mit uns, zunächst den Entwurf der siebzehn Vertrauensmänner in's Gedächtniß. Lage, Aussichten, Hoffnungen von damals liegen uns heute schon so fern, daß die Erinnerung und Vergleichung manchen unserer Freunde mit Wehmuth, manchen unserer Gegner — vielleicht — mit einigem reuigen Nachdenken erfüllen wird. Man stieß jenen Entwurf von sich, weil er der aufgeregten Zeit nicht genug, vor Allem nicht Freiheit genug zu geben schien! Und doch, was kann Freiheit für uns sein ohne Einheit, wie kann sich das bürgerliche, das sociale, das Volksleben im weitesten Sinne innerlich bilden und gliedern, ohne den schützenden Rahmen einer festgegründeten Verfassung? Man sage nicht, daß jene Einheitsform unmöglich, daß die Nation nicht vorbereitet war, daß die unzählbaren Hemmungen, im Geiste des Volks und der Lage der Dinge, erst später sich offenbarten. So stünde allerdings das Reich der Siebzehner, von unzugänglichen Klippen umgeben, als einsame Größe und unerreichbare Herrlichkeit da, ersehnt von den einen, nicht gekannt und nicht begehrt von den andern. Aber wer darf sagen, was auf der Höhe jener Tage, in jener nun erschlafften Erregung der Geister, der rechte politische Muth vermocht, wie die Erkenntniß und Erfüllung des politisch Nothwendigen auf den Geist der Nation, auf die träge Macht der Umstände belebend und umgestaltend gewirkt hätte? Allerdings stand den Siebenzehn kein Vorbild, keine unmittelbare Erfahrung, kein vorbereitetes Material und keine Statistik der Meinungen zur Seite; was noch in den Tiefen des Volksgeistes schlummerte, das konnte niemand wissen, nur der allgemeine, gestaltlose Wunsch und Ruf nach Einheit erfüllte allenthalben die geschwängerte, Wachsthum und Gewitter verkündende Luft jener Frühlingstage. In solcher Lage wären Hunderte den offenen bequemen Irrweg der Theorie und Abstraktion gegangen; aber den Siebzehnern stand statt unmittelbarer Erfahrung die Lehre der Jahrhunderte, statt der Meinungsstatistik des Tages die Kenntniß des Weltlage, das Bewußtsein der politischen Nothwendigkeit zur Seite. Sie gaben, was man allgemein verlangte, was gut und zweckmäßig war; der Grund war tüchtig, das Weiterbauen leicht, das Ziel nahe und sicher; hinter diesen kurzen und klaren, einfachen und energischen Paragraphen konnte Jeder lesen, welches die Schwierigkeit des Werkes, durch welche That, durch welches Opfer sein Gedeihen unerläßlich bedingt sei.

Aber an allen Orten, von denen das Handeln und Ausführen erwartet werden mußte, an allen fehlte das Eine und Unerläßliche: der rechte Muth, das politisch Nothwendige zu wollen, es nicht von den Umständen sich aufnöthigen zu lassen, vielmehr selbst den Umständen herrschend entgegenzutragen. Man überließ sich dem Winde und den Wellen; ist es zu verwundern, wenn sie nun das Schiff erschütlern? Schon hört man die Stimme von Staatsmännern und edlen Freunden ihres Vaterlandes, weil man die Wirklichkeit ohne Handhaben anfassen wollen, sei der erste Versuch zur Einheit mißlungen. Wie nahe liegt der Rath, den falschen Weg ganz aufzugeben, und rasch, ehe es zu spät wird, auf anderm, und natürlich nicht auf breiterem Grunde, ein neues Einheitswerk zu errichten? Wir schließen uns dieser Auffassung nicht an, wir halten den Versuch zur Einheit nicht für mißlungen, weil wir ihn nie abstrakt, nie ohne die nothwendige Umgebung von begleitenden und bedingenden Umständen betrachteten. Mit Muth und Entschlossenheit konnte man von Anfang an auf festen Boden gelangen; nachdem man die erste Position aufgegeben, bedarf es in anderer Art wieder neuer Kühnheit, um eine zweite zu gewinnen. Den Umständen sich anzupassen ist keine schlechte Politik, wenn man nur die Geschicklichkeit hat, sie zu rechter Zeit zu durchschauen, und die Macht, sie anzufassen. Beides ist mißlich in einer Zeit allgemeiner Zertrümmerung und allgemeiner Konstituirung; noch mißlicher da, wo eine große Versammlung in der Mitte der ganzen politischen Thätigkeit steht und stehen soll. Nur eine feste, staatsmännisch geleitete, mit der nöthigen Macht versehene Regierung kann hier aushelfen; auf dieses A und O unserer Zustände und Bedürfnisse kommt man auch auf diesem Weg zurück. Daneben gibt es noch zwei Regeln, deren Nichtbefolgung die ärgste Zerstörung und Verwirrung zur Folge haben muß. Die erste ist, von den Umständen zwar das Losungswort des Moments zu entnehmen, aber nicht den Beschluß sich diktiren zu lassen; die zweite, nie das Rechte zu erkennen, ohne die nothwendigen Mittel dazu zu wollen, nie auf der einen Seite das abstrakte Prinzip festzuhalten, auf der andern den Umständen nachzugeben.

Das Letztere findet auf den Verfassungsentwurf unmittelbar Anwendung. Die erste Vergleichung mit dem Siebzehnerentwurf zeigt, daß er viel ausführlicher ist als dieser. Dies hat einerseits seinen natürlichen Grund in den veränderten Umständen und Zwecken, in der Zahl der Mitarbeiter und den verschiedenartigen technischen Kenntnissen, die sie herzubrachten; andererseits aber in einem wirklichen Zuwachs des Materials. Manche Punkte von größter Bedeutung hatten seit dem März eine Geschichte bekommen; bestimmte Thatsachen, bestimmte Verhandlungen lagen darüber vor. Dies war der Fall nach außen mit Posen und Schleswig, nach innen vor allem mit dem Militärwesen und seinem Verhältniß zur Centralgewalt. Der Verfassungsausschuß hat diesen Verhandlungen und Ereignissen in seiner Arbeit Rechnung getragen und zu ihren Gunsten den Prinzipien des strengen Bundesstaates manches nachgegeben; wo dagegen noch keine Thatsachen jener Art vorlagen, in der Gesandtschaftsfrage, in den Paragraphen vom Reichsgebiete so weit sie Oesterreich betreffen, da hat er sich an die allgemeinen Grundsätze der Zweckmäßigkeit gehalten. Dies gibt dem Entwurf eine Doppelseitigkeit, die zu-

Digitized by Google

gleich seinen wesentlichen Unterschied vom Siebzehnerentwurf und, wie uns scheint, das wesentlichste Moment seiner Beurtheilung ausmacht.

Ueberblicken wir zur Erläuterung des Gesagten den vorliegenden Entwurf nach seinen beiden Haupttheilen, der Feststellung des Reichsgebiets, der staats- und völkerrechtlichen Beziehungen seiner Territorien, und der inneren Regelung der wichtigsten staatlichen Institute in ihrem Verhältniß zur Reichsgewalt. Im ersten finden wir eine Ausnahmbestimmung in Bezug auf Schleswig, und das strengste Festhalten an den bundesstaatlichen Prinzipien in Bezug auf Oesterreich. Der Siebzehnerentwurf hatte Schleswig in den Bund aufgenommen aus politischen Gründen und gemäß der Forderung der öffentlichen Meinung, also vorzugsweise aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Der gegenwärtige Entwurf nimmt Schleswig vorläufig nicht auf, aus Gründen des strengen Rechts, mit Rücksicht auf zunächst vergangene Umstände und zunächst bevorstehende Verhandlungen. Wenn er bei Schleswig Rücksicht nahm auf die Umstände, warum nahm er darauf keine Rücksicht bei Oesterreich? Offenbar nur, weil bei Schleswig das strengste Recht gegen uns, bei Oesterreich für uns ist. Aber es gibt auch wesentliche Rechtsgründe, nach denen die Aufnahme Schleswigs keine widerrechtliche Eroberung ist, und auf der andern Seite wesentliche politische Gründe, welche für die Abtrennung Oesterreichs sprechen. Wie Schleswig Gegenstand wird von Verhandlungen, so wird auch Oesterreich es werden, denn wie ließe sich diese Frage anders lösen als durch Verhandlungen? Wie in der schlesw. Frage die Interessen andrer Mächte und das Gleichgewicht Europa's in Frage kommen, so noch weit mehr in der Oesterreichischen. Wie in Schleswig die Sympathieen für die engste Verbindung mit Deutschland noch zweifelhaft erscheinen, so auch in Oesterreich; Tyrol, Salzburg, das Erzherzogthum Oesterreich sind deutsch, kerndeutsch, aber die Mehrzahl, und das Landvolk zumal, weiß wohl von Wien und von Oesterreich und seinem Kaiser, aber nicht viel von Frankfurt und Deutschland und seiner Centralgewalt. Vertraute man also seiner Macht zur Durchsetzung der strengsten Bundesstaatsprinzipien nach allen Seiten, so hätte man in beiden Fällen die Befolgung der kühneren Politik erwartet; folgte man dem Gebot der Klugheit und Zweckmäßigkeit, so hätte man wohl in beiden Fällen für kommende Verhandlungen eine Stelle offen gelassen. Wie die Bestimmungen jetzt da stehen, fürchten die einen nachtheilige Folgen von der Schwäche gegen Schleswig, die andern von der Schärfe gegen Oesterreich; dort könnte die allzugroße Nachgiebigkeit, hier die allzugroße Schärfe zum Verlust, zur völligen Lostrennung führen, die man in beiden Fällen hatte vermeiden wollen. Will man auch die jetzigen Zustände Oesterreichs für günstig erkennen zur Durchführung der Forderungen Deutschlands, so war dies doch nicht vorgesehen wäre und immer, deren Geltendmachung Sache einer kräftigen Regierung, die den Beschluß des Parlaments hinter sich hätte; auf diese Forderung läuft also auch hier alles hinaus.

Was nun die staatlichen Institute angeht, die für die Gesammtheit wichtig sind, Heer, Gesandtschaften, Posten und Zollwesen, so gibt es dafür zwei verschiedene Systeme. Die Centralgewalt kann dieselben, soweit es die Bundeszwecke nöthig machen, unter ihre unmittelbare Leitung stellen, oder sie kann die Gesetze der gemeinsamen Organisation aufstellen und die Ausführung, mit Vorbehalt ihrer Aufsicht, den Einzelstaaten überlassen. Das erste System lag im Geiste des Siebzehner-Entwurfs, das zweite wird im Wesentlichen von dem gegenwärtigen verfolgt, aber mit Modifikationen, die der Centralgewalt einen gewissen Spielraum lassen, den sie benutzen mag, wenn sie dazu die Kraft hat. So stehen die Kontingente der kleineren Staaten unmittelbar unter ihrer Leitung, die gesammte Seemacht ist ausschließlich ihre Sache; sie hat das Recht, Eisenbahnen anzulegen und Münzen zu prägen, die Befugniß, das Postwesen zu übernehmen und Zettelbanken anzulegen. Damit scheint ein Boden für Parteibildung und für ein politisches Leben der Zukunft gegeben, ein freier Spielraum für Centralisten sowohl als Föderalisten, aber es wird auch keinem entgehen, daß hier der Keim zu den unseligsten Verwickelungen und Zerwürfnissen gelegt ist, wenn die Centralgewalt nicht mit allen organischen Institutionen, mit allen nöthigen „Handhaben" sofort umgeben wird, wenn sie alle gebührende Macht nicht von vornherein als rechtliche Ausstattung empfängt, sondern durch ein künstliches Spiel mit „Befugnissen" sich erringen soll. Das Schlimmste bleibt aber auch in diesen Bestimmungen ihre Zweiseitigkeit. Die festen Prinzipien der Einheit behalten stets, wenn auch nur als Ziel, ihren Werth, zumal wenn man von dem schwankenden Provisorium, in dem so manches nachgegeben werden muß, auf die festen Formen des Definitivums hinüberblickt. Hat man aber in einem Punkte, wie im Militärwesen, gleichsam im Verzicht auf ein wahrhaftes Definitivum, dem Resultat der Verhandlungen und der Sachlage Platz gemacht, so macht sich für die Gesandtschaften, Zölle, Posten u. s. w. die gleiche Konsequenz geltend und der politische Schwerpunkt wird unter der Hand ein andrer.

Jedenfalls werden wir auf diesem Wege zu den Formen eines Föderativstaates geführt. Wir verstehen darunter, im engeren Sinne, einen Bund von gleichartigen Territorien in lockerer Form mit wechselndem Oberhaupt, wo es sich um die Thatsache der Einheit nicht mehr handelt, sondern abwechselnd, je nach dem Spiel der Parteien, die föderalen oder centralen Interessen überwiegen. Bedenkt man, daß wir dann die Grundsätze einer solchen Verfassung hätten ohne ihre äußeren Bedingungen, rechnet man dazu die Sympathieen für den Centralstaat, die hie und da zumal im Süden sich bemerklich machen, so wird man auch hier den Samen künftiger Verwierung erkennen. Im März verlangte man den Bundesstaat, und diesem Verlangen suchte der Siebenzehnerentwurf zu genügen durch eine strenge Form der Einheit in allen Bundessachen, aufrechtgehalten durch die größte Macht, und kontrolirt durch die Vertreter der gesammten Nation und der Einzelstaaten. Diesen Weg müssen wir noch immer für den richtigen halten. Beginnen wir mit der strengern Form, so wird sich die Nation nach innen ihrer Einheit und nach außen ihrer Macht bewußt, und wir können, dem Zug des europäischen Lebens folgend, mit der milderen Föderativform aufhören. Beginnen wir mit lockeren Formen, ungeregelten, unorganisch konstituirten Gewalten, so werden wir durch neue Verwicklungen im Innern, neue Demüthigungen nach Außen zum Centralstaat schreiten; — und wird dessen Form dann die monarchische sein?

Vorstehende Betrachtungen bitten wir als das erste flüchtige Resultat einer Betrachtung des Verfassungsentwurfs, als Andeutungen zu betrachten, denen wir in einzelnen Punkten, mit Berücksichtigung der bedeutendsten publizistischen Stimmen, eine weitere Ausführung vorbehalten.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 22. Okt. Ich habe neulich angefangen, eine kurze Statistik der Parteigruppen zu entwerfen, welche sich außerhalb der Paulskirche gebildet haben und hatte die leitenden Prinzipien der Rechten im Kaffee Milani mitgetheilt; ich habe hier nur noch hinzuzufügen, daß diese Gruppe dem Prinzipe der „Vereindarung" in der Verfassungsfrage getreu, gegen den §. 2 vom Reich stimmen muß, wenn er ohne Zusatz zur Abstimmung kommt. — Ich fahre fort, die Verhältnisse der anderen Gruppen und ihre Stellung, der österreichischen Frage gegenüber, andeutungsweise zu berühren. Die dritte Gruppe wäre das Casino, welches sich selbst als rechtes Centrum bezeichnet. Es besteht aus etwa 120 Mitgliedern und hat ohne besonderes formelles Programm nur drei ganz allgemeine Grundsätze als vereinigende Bekenntnißformel: 1) Die Mitglieder halten fest an dem Beschlusse vom 27. Mai: „daß alle Bestimmungen einzelnee deutscher Verfassungen, welche mit dem von der Nat.-Verfammlung zu grundenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind." 2) Die Einheit Deutschlands ist vor Allem zu erstreben, daher kein Partikularismus, aber Anerkennung der den einzelnen deutschen Staaten und Stämmen in der Gesammtheit gebührendrn Besonderheit. 3) Die politische Freiheit soll fest begründet und gesichert werden, also keine Reaktion, aber mit aller Entschiedenheit ist für die öffentliche Ordnung gegen die Anarchie zu kämpfen. — Aus diesen Prinzipien läßt sich offenbar für die Auffassung des §. 2 vom Reiche nichts folgern, sie wird die verschiedenartigste, und somit die Stellung der Gruppe der österreichischen Frage gegenüber keine eindeutliche sein. In der That haben auch schon zwei Redner derselben in der Diskussion am 20. diametral entgegengesetzte Ansichten entwickelt.

Die 4. Gruppe, dem rechten Centrum angehörend und aus dem Casino hervorgegangen, trägt den Namen des Landsberg's. Sie bekennt sich in den vier §§. ihres Programms, die

Digitized by Google

wir in umgekehrter Reihenfolge geben, von den allgemeineren zu den bestimmtesten übergehend: 1) zur konstitutionellen Regierungsform auf demokratischer Grundlage; 2) stellt sie sich die Aufgabe, die Errungenschaften der März-Revolution auszubilden und sowohl gegen Reaktion als Anarchie durch Gründung eines wahren Rechtsstaates zu sichern; 3) verlangt sie eine Beschränkung der Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten in so weit, als es zur Begründung eines einzigen kräftigen Bundesstaates erforderlich ist, und 4) endlich nimmt sie für die National-Versammlung das Recht in Anspruch: die Verfassung des deutschen Bundesstaates selbstständig herzustellen und endgültig zu beschließen. — Aus der Entschiedenheit der beiden letzten §§. scheint wohl nicht ohne Wahrscheinlichkeit gefolgert werden zu können, daß dieser Verein gegen das Minoritätsgutachten und für §. 2 vom Reich ohne Zusatz stimmen wird. Es zählt derselbe etwa 40 Mitglieder.

Die 5. Gruppe gehört dem linken Centrum an und ist unlängst aus dem Württemberger Hofe hervorgegangen, zu dessen politischem Programme sie sich eigentlich noch bekennt. Sie führt den Namen des Augsburger Hofes und hat sich besonders konstituirt, weil sie mit größter Entschiedenheit die Unterstützung der Centralgewalt und des Reichsministeriums als Nothwendigkeit ausgesprochen hatte, und in dieser Beziehung in eine nicht auszugleichende Differenz mit der Minorität des ehemaligen Württemberger Hofes getreten war, welche eine dem Reichsministerium mehr appanirende Stellung einzunehmen im Begriffe stand. — Die Zahl der Mitglieder des Augsburger Hofes schwankt zwischen 40 und 50. In der österreichischen Frage dürften Viele seiner Mitglieder für den Zusatz zum §. 2 sein, also zunächst auch für den §. selbst stimmen, wenn, wie zu erwarten, die Abstimmung getrennt erfolgt.

Die 6. Gruppe. Der Württemberger Hof, aus 35 — 40 Mitgliedern bestehend, schwankt im Augenblicke noch und scheint sich neu organisiren zu wollen. Seines früheren Programmes darf ich nicht erwähnen, da es bekannt ist. In der gegenwärtigen Frage über §. 2 wird er wahrscheinlich mit der Linken, also entschieden für den §. ohne Zusatz stimmen; einer seiner Redner hat in einem glänzenden Vortrage am 20. offenbar mit großem Erfolge in diesem Sinne gesprochen.

Die 7. Gruppe, ebenfalls noch zum linken Centrum sich rechnend, auch aus dem Württemberger Hofe hervorgegangen und größtentheils an seinem Programme festhaltend, ist Westendhall (jetzt im Landsberg.) Dieser Verein zählt zwischen 40 und 50 Mitglieder und stimmt in der vorliegenden österreichischen Frage gewiß mit einem großen Theile seiner Mitglieder, wie die vorangehende Gesellschaft und die beiden folgenden Gruppen der Linken. Ich bezeichne diese nur als die Partei des Deutschen Hofes (circa 60 Mitglieder), aus welcher vor Kurzem 12 Mitglieder ausgeschieden sind, und des Dannersberges (der äußersten Linken), welche über 40 Mitglieder zählt. Ein Mehreres über die letzten 4 Gruppen behalte ich mir vor.

00 **Frankfurt.** Zuverlässigen mündlichen Nachrichten zufolge, befindet König Ludwig sich gegenwärtig in Berchtesgaden und man hindert seine Abreise aus dem Lande, damit nicht die Lolaskandale sich erneuern. Die Mißstimmung in Baiern gegen ihn ist eher im Steigen als im Abnehmen und man hat die Absicht noch nicht aufgegeben, für die „erübrigten Summen", wenn deren Betrag ermittelt sein wird, sich an der dem König bewilligten Civilliste von 1 Mill. Gulden zu erholen. Die Schmeichler des „kunstsinnigen" Königs sind verstummt, in deren Augen ganz Baiern eigentlich nur für Künstler dazusein schien, München nur die Bestimmung hatte, einen encyklopädischen Ueberblick der Baukunst aller Zeiten und Völker darzubieten, dagegen brachte die Brockhausische „Gegenwart" zum ersten Male (im Heft 3 u. 4) eine, wenn auch herbe, doch wahre Darstellung der letzten Regierungszeit des Königs, dem der Ruhm, ein „deutscher Fürst" gewesen zu sein, welcher mehr einen Tadel für die übrigen deutschen Herrscher, als ein Lob für ihn allein einschließt, wohl allein bleiben wird. Die Befreiungshalle zu Kellheim ist aufgegeben worden, nachdem 3 Mill. auf ihren Unterbau verwandt worden sind, und die kostbar behauenen Steine werden jetzt verkauft! Der Ludwigskanal hatte eigentlich nur zwei Bestimmungen: einen Gedanken Karl's des Großen auszuführen und dieß der Nachwelt durch ein Denkmal zu verkünden, und dann: geschmackvolle und künstlerische Schleusen, Brücken, Häfen und Lagerhäuser anzulegen; die Verkehrserleichterung blieb Nebensache und so hat sie sich denn auch bewiesen. Mit einer Summe, womit man in Amerika ein Land von der Größe von Baiern mit Eisenbahnen (freilich mit hölzernen Bahnhöfen) und elektrischen Telegraphen durchzogen hätte, hat man nur ein paar Bruchstücke von Eisenbahnen vollendet, denn auch hier war das Unwesentliche die Hauptsache. Während jährlich 80,000 Gulden Apanage für rein dynastische Zwecke nach Griechenland gehen, herrscht eine Leere in der Kriegskasse, welche aus dem Aussehen der bairischen Truppen in Frankfurt deutlich genug hervorging,*) die Lage der Schullehrer, der Glanz der Klöster, der Zustand der Landstraßen — so hat König Ludwig nach einer glorreichen Regierung von 23 Friedensjahren sein Land hinterlassen, und wie vortheilhaft und veredelnd der Anblick klassischer griechischer Formen auf den Geist der Ikarier gewirkt, das beweist das „Oktoberfest" des plündernden und zerstörenden Münchner Pöbels vom Civil und Militär, welcher sich dadurch tief unter den Berliner Mob gestellt hat.

00 **Frankfurt,** 23. Okt. Nach den neuesten amtlichen Nachrichten über die deutschen Auswanderer in Havre vom 20. Okt. sind von den 880 Baiern unter denselben mit Hülfe von 16000 fl., welche aus Baiern theils aus Privat-, theils aus Regierungsmitteln eingingen, bis zum 3. Okt. durch das Konsulat 511 Personen nach New-York und Neu-Orleans eingeschifft worden und für die etwa 30 noch übrigen Köpfe der Klasse, welche seit vier Monaten bis vier Jahren in Havre ansässig sind, bleiben noch Mittel zur Ueberschiffung. Für die übrigen 340 Baiern, worunter auch die in Frankreich geborenen Kinder einbegriffen sind, welche seit durchschnittlich 10 Jahren in Havre ansässig sind und sich dort redlich mit Straßen-, Hafen- und Fabrikarbeiten nährten, aber im Februar dieses Jahres, als man das Wort Fraternité und „Verbrüderung der Nationen" hörte, von den brüderlichen französischen Arbeitern und Behörden von aller Arbeit ausgeschlossen wurden, für diese bleibt nur eine Unterstützung von 15 Frks. für den Kopf. Noch schlimmer sieht es mit den 200 Preußen aus, für welche noch gar nichts geschehen ist, während die 80 Württemberger, 50 Badenser und 25 Hessen-Darmstädter, welche am 1. März in Havre waren, auf Kosten ihrer Regierungen eingeschifft sind. Von den französischen Lokal- und Centralbehörden ist bei der Finanzlage Frankreichs, trotz aller Versprechungen, nach nichts geschehen und auch nichts zu erwarten, und wir legen deßhalb von Neuem dem Publikum unsere in Nr. 277 dieser Zeitung ausgesprochene Bitte ans Herz. Mögen besonders die preußischen Blätter sich dieser Sache annehmen!

△ **Wien,** 18. Okt. In der heutigen Reichstagssitzung erstattete Schuselka Bericht, aus dem ungarischen Lager sei die Nachricht eingetroffen, daß die ungarische Armee laut ungarischem Reichstagsbefehl den Rückzug nach Ungarn angetreten habe. — Ein Schreiben des Grafen Auersperg widerspricht dem Gerücht, als seien fünf Personen aus der Stadt im Lager standrechtlich hingerichtet worden. — Erzherzog Franz Karl hat der zurückgekehrten Reichstagsdeputation versprochen, alles zur friedlichen Ausgleichung der ungarisch-kroatischen Wirren zu thun. Schuselka verliest darauf den Entwurf zu einer neuen Adresse an den Kaiser und die Proklamation an die Völker Oesterreichs in dem gestern angedeuteten Sinne. Der Abgeordnete Sturm berichtet über sein Schicksal im Lager. Er reiste aus Steiermark nach Wien und wurde in Neustadt von dem Major Augustinek von Baumgarten Infanterie gefangen genommen und trotz seiner Erklärung, er sei Reichstagsabgeordneter, nicht frei gelassen. Der Major erklärte ihm, in Wien sitze kein Reichstag mehr — dort seien nur die Mörder Latour's und die Würfel seien bereits über sie gefallen. Er verlangte dann, als Slawe vor den Ban gebracht zu werden, und nach einer Unterredung mit diesem sei ihm erst freier Abzug gestattet worden.

*) Auffallend war es uns, daß man, 6 Monate nach der Abdankung des Königs Ludwig, noch nicht Mittel gefunden hat, das L auf den Helmen mit M zu vertauschen. Dieses Führen des Anfangsbuchstabens vom Namen des Fürsten, wie es z. B. auch bei'm darmstädtischen leichten Reiterregiment, sogar auf den Kanonen, bei'm kurhessischen Husarenregiment u. s. w. sich findet, scheint uns aus doppeltem Grunde verwerflich; einmal, weil der Wechsel dieser Zeichen eine, wenn auch unbedeutende, unnöthige Ausgabe ist, welche bei den angehenern Lasten der Kriegsausgabe zu vermeiden ist, besonders aber, weil der Krieger unserer Tage nicht für den Fürsten, sondern für das Vaterland die Waffen führt.

Digitized by Google

19. Okt. In der gestrigen Abendsitzung zeigte der Abgeordnete Schneider an, daß die Bielitzer N.-Garde unter Anführung des Fürsten Sulkowski (ein Bruder des am 6. am Zeughaus Gebliebenen) auf dem Wege nach Wien in Prerau entwaffnet worden sei. — Schuselka berichtet, daß aan dem Studentenkomite die ernente Erklärung gegeben worden, den Reichstag mit Blut und Leben zu schützen. Die Praklamation an die Völker Oesterreichs wird nach langer Debatte, da man sich nicht einigen kann, einer Kommission zur Umarbeitung zugewiesen, welche nach Gouvernements zusammengesetzt, und deren Wahl durch Akklamation bestimmt werden soll. Die Adresse an den Kaiser wird beinahe einstimmig angenammen.

Der Abgeordnete Wiser war als Kaurier des Ministees Kraus in Ollmütz und brachte die Nachricht mit, daß demnächst ein neues Manifest des Kaisers zu erwarten sei, um das Vertrauen herzustellen. Aus guter Quelle höre ich, die Hauptpunkte desselben sollen folgende sein: 1) Reorganisirung der Nationalgarde (Entwaffnung des Proletariats), 2) Reorganisirung der akademischen Legion, 3) Annahme des Fürsten Windischgrätz zum Kriegsminister, 4) Auflösung der demokratischen Klubs. In dem Lager Auersperg's wurde heute Nacht Windischgrätz erwartet und dazu ein Kriegsrath mit Zuzug Jellacic's und der bedeutendsten Stabsoffiziere vorbereitet. — Wan dem Nichterscheinen der Ungarn, welches in ihrem Manifest an den Reichstag so pamphaft angekündigt wurde, weiß Niemand die wahre Ursache. — Durch die Aufstände der Wallachen und Siebenbürgen, durch die Beschießung der Festung Arad und den kriegsrechtlichen Zustand van Temeswar durch kaiserliche Truppen, sind sie allerdings bei sich beschäftigt, aber dies hätten sie früher bedenken sallen, ehe sie eine Beadlkerung van 400,000 Menschen vollkommen mystificirten. Sa ließ der Oberkommandant Messenhauser nach gestern durch Plakat bekannt machen, daß in dem Augenblicke des Angriffs der Ungarn, ein weißer Rauch aam St. Stephan aufsteigen würde, um es sogleich der gesammten Beodlkerung bekannt zu machen. — Die noch hier anwesenden Ungarn behaupten die Armee habe ohne Ermächtigung des Reichstags aber des Gemeindeausschusses der Stadt Wien, nicht die Grenze überschreiten können, — sie seien aber nach immer bereit, auf den ersten Ruf zu kammen. Von Andern wird als Grund angeführt, der russ. Gesandte Graf Medem habe dem Pesther Reichstag erklärt, daß russische Truppen in Ungarn einrücken würden, sobald sich die ungarische Armee einfallen lasse, die österreichischen Grenzen zu überschreiten.

** **Wien**, 18. Oktober. Folgendes ist der Wortlaut der in der heutigen Sitzung des Reichstags angenammenen Adresse an den Kaiser:

„Ew. Majestät! In der Antwort, welche Ew. Majestät auf die Adresse des konstit. Reichstages aam 13. Oktober zu ertheilen geruhten, haben Ew. Majestät die Absicht geäußert, alles aufbieten zu wallen, um die Ruhe und Sicherheit in der Hauptstadt wieder herzustellen, und dem kanstit. Reichstage die möglichste Gewährschaft für seine ferneren ungestörten Berathungen zu verschaffen. Der kanstit. Reichstag hält es für seine Pflicht, Ew. Majestät die bestimmteste Versicherung zu ertheilen, daß dem erwähnten allerhöchsten Ausspruch ein Irrthum über den wahren Sachverhalt zu Grunde liege, indem die Ruhe und Sicherheit im Innern der Hauptstadt keiner Wiederherstellung bedarf, sondern einzig die in der Umgebung Wiens lageenden Truppen und die van denselben unternammenen drohenden und feindseligen Handlungen die Bevölkerung in jener Aufregung und wachsamen Rüstung erhalten, welche gegenüber einem stündlich befargten Angriffe und immer näher rückenden Cernirung eine unabweisbare Nothwendigkeit ist. Der Reichstag spricht demnach im Interesse wahrer Valksfreiheit, welche zu aerwirklichen Ew. Majestät ihren Völkern schan so oft Ihre heiligsten Zusicherungen gegeben haben, so wie im Interesse des konstit. Thrones seine valle Ueberzeugung dahin aus, daß die Garantie der Aufrechthaltung der Ruhe und Sicherheit nur in der schleunigen Bildung des van Ew. Majestät zugesagten aalksthümlichen Ministeriums, in der alsogleichen Zurückziehung der gegenwärtig in Nieder-Oesterreich concentrirten Truppen und in der Feststellung der Garnison Wiens auf ein Minimum unter sofartiger Beeidigung des Militärs auf die aon Ew. Majestät sanctionirten Errungenschaften so wie unter wiederhalter Anerkennung des Grundsatzes, daß das Einschreiten des Militärs im Innern des Landes nur über Aufforderung der Civilbehörden erfolge, gefunden werden kann. Zugleich hält der Reichstag zur Wahrung seiner Würde die feierliche Erklärung für nothwendig, daß er niemals in seiner vollkommen freien Berathung von irgend einer Seite gestört worden ist, nnd daß er seine Verlegung an einen anderen Ort für keine Gewährschaft der ferneren Freiheit in der Berathung, sondern nur als eine hiemit zurückgewiesene Anmuthung betrachten könne, als hätte er seine hohe Stellung, seine heilige Pflicht jemals durch einen Einfluß von Außen her außer Augen gelassen, oder als wäre er sädig, dies in Zukunft zu thun. In derselben Rücksicht hat der konstituirende Reichstag sich bestimmt gefunden, sich in einer Ansprache an die von ihm vertretenen Völkerschaften über seine gegenwärtige Stellung und Wirksamkeit offen zu erklären und E. M. werden in der beiliegenden Abschrift dieses Manifestes die Grundsätze ausgesprochen finden, aan welchen aus die gesetzlichen Vertreter Oesterreichs für das Heil des Gesammtvaterlandes zu wieken entschlassen sind. Dieselbe Treue, mit welcher der Reichstag für die Freiheit des Valkes einsteht, wird er auch gegenüber dem konstitutianellen Thrane bewahren. E. M. mögen daher aertranensvoll den dargelegten wahren Sachverhalt und darauf gestützt, den Anträgen des Reichstages williges Gehör geben und dadurch der Lösung einer der höchsten Aufgaben eines Manarchen, das Glück der Völker verwirklichen."

Der kanstitutianelle Verein van Karlsbad übersandte an den Abgeardneten des Reichstags, Dr. Heimerl, folgendes Schreiben: „Durch die höchst beklagenswerthen Ereignisse in Wien aom 6. Okt. gerieth nicht minder der Valksstand des Kaiserstaates, wie die konstitutionelle Freiheit seldst in Gefahr. Nur in der Vollständigkeit des Reichstages erkennen wir das Mittel, Beides zu retten. Sie haben ausgeharrt in den Tagen der Gefahr auf Ihrem Platze und haben sich dadurch der großen Mission, die Sie übernommen, würdig gezeigt. Nehmen Sie dafür unsern vollsten, unsern wärmsten Dank und die Versicherung unsers unbeschränkten Vertrauens!" Karlsbad, den 11. Oktaber 1848.

** **Wien**, 18. Okt. Eine unheilschwangere, düstere, unheimliche Ruhe herrscht in der Stadt, die heute Mægens nur auf kurze Zeit durch ein, zwischen den Varpasten der kraatischen Armee und den im Lager im Belvedere sich befindenden mobilen Garden gewechseltes Kananenfeuer, unterbrachen wurde. Die Kanonade dürfte etwa 1½ Stunde gedauert haben, ohne daß auf der einen oder andern Seite ein Schaden dadurch aerursacht warden wäre. Die Lage und der Zustand Wiens ist mehr als je beunruhigend, die Gemüther sind verstört, alle Gewerbe stecken, der Mangel an Zufuhr aan Nahrungsmitteln wird immer fühlbarer, aon allen Seiten strömt Militär in die nächsten Umgebungen, wodurch bald eine völlige Cernirung zu gewärtigen steht, die Garden vom Lande werden entwaffnet, Briefe erbrochen, selbst Abgeordnete des Reichstages, welche aan hier abwesend, dem Kammerbeschlusse vam 14. d. folgend, ihre Reise hierher machen wollten, waren Schmähungen und Mißhandlungen, und zwar nicht van gemeinen Saldaten, sandern van Offizieren ausgesetzt, Glieder der akademischen Legion, wa sie das Unglück hatten, in die Hände des Militärs zu fallen, wurden auf's Grausamste mißhandelt. An Vertheidigungsmaßregeln fehlt es nicht, aber sie stehen vereinzelt, ohne Haffnung auf auswärtige Hilfe, denn heute ist es Gewißheit gewarden, die Ungarn haben den Rückzug angetreten und die österreichischen Grenzen bereits im Rücken. Den Grund dieses Rückzuges kennt Niemand. Als Vermuthung nimmt man an, das russische Kabinet habe dem ungarischen Reichstage eine Note zukommen lassen. Der Reichstag zeigt sich graß und würdig, und setzt alle ihm zu Gebote stehenden Mittel in Bewegung, einen friedlichen Ausgleich der Wirren und eine Versöhnung zwischen dem Valke und der Dynastie herbeizuführen. Die Stimmung des Volkes gegen die Dynastie ist eine auf das Aeußerste gereizte.

* **Triest**, 16. Okt. Der Allgem. Z. wird geschrieben: Osoppa ist endlich in unsern Händen. Es hat vorgestern, nach gestern Abends ausgegebenem offiziellen Bericht, kapitulirt, nachdem es 5½ Manate aan einem Bataillon Hrabowsky belagert war. Die Besatzung rückt mit militärischen Ehren aus, muß jedoch die Waffen im Darfe Osappa niederlegen, auch Artillerie, Munition ꝛc. zurücklassen. Die österreichischen Saldaten und Freiwilligen (aersteht sich, Italiener) erhalten, nach dem bereits var längerer Zeit erlassenen Amnestiedekret, vollständige Amnestie und werden mit einem Passe nach ihrer Heimath entlassen; die Nichtösterreicher dagegen werden sämmtlich nach Feerara gebracht.

Berlin, 21. Okt. In der heutigen Sitzung hatte den Vorrang vor der Tagesordnung der Antrag des Abgeordneten v. Meusebach, betreffend den Schutz der Mitglieder vor Beleidigungen beim Betreten und Verlassen des Sitzungssaales. Nachdem er die Dringlichkeit seines Antrages begründet, beantragt er namentliche Abstimmung, wobei indeß mit 171 gegen 160 Stimmen die Dringlichkeit verworfen ward. Gegen die Dringlichkeit waren die äußerste Linke und das linke Centrum; sie würden aber gewiß nicht mit ihrer Ansicht durchgedrungen sein, wenn die rechte Seite zahlreicher besetzt gewesen wäre, denn von den 89 fehlenden Abgeordneten gehörten die meisten eben der Rechten an. Nun erhebt sich ein gewaltiger Sturm in der Versammlung, da v. Meusebach in der Form einer persönlichen Bemerkung zu dem Ministerium das Vertrauen ausspricht, daß es dennoch seine Schuldigkeit thun und dafür Sorge tragen werde, daß die Abgeordneten in Zukunft vor Insulten geschützt seien; andernfalls müsse er im Namen seiner Freunde erklären, daß das Ministerium in Zukunft nicht mehr auf diejenige Partei zählen könne, der es um Freiheit und Ordnung im Lande zu thun sei. Minister Eichmann: das Ministerium werde, trotz der eigenthümlichen Lage, in welcher es sich in dieser Beziehung befinde — da sich ja die Versammlung unter den Schutz der Berliner Bevölkerung gestellt habe — dennoch seine Pflicht thun. — Schrecklicher Sturm auf der Linken. — Waldeck greift v. Meusebach an, weil er unter der Form persönlicher Bemerkungen Materielles vorgetragen. — Schmidt (Benskow) in einem längeren Vortrage: Er müsse sich wundern, wie früher Tüshaus und jetzt v. Meusebach derartige Anträge einbringen könnten. Bei einer andern Gelegenheit habe er gehört, wie ein Volksredner sein Auditorium dahin harangirt habe, „die Linke der Nationalversammlung sei das Haupt, sie, seine Zuhörer die Glieder — die Linke müsse für sie denken, ihre Sache sei dann, zu handeln" — daher sollten die Herren doch endlich die Ueberzeugung gewonnen haben, daß solche Anträge nichts helfen könnten, indem die Glieder draußen nicht anders handeln könnten, als das Haupt hier drinnen anordne. — Die Linke schwieg. Der Abgeordnete Krause äußerte sich in dieser Angelegenheit noch dahin: Er sei noch von keinem Kinde gekränkt worden, die Herren möchten nur ihre Schuldigkeit thun, dann würden sie nichts zu besorgen haben. — Was heißt das: „Schuldigkeit thun?" Etwa den Launen des Volks sich fügen? oder will der Abgeordnete gewisse Fraktionen verdächtigen, oder ihnen zumuthen, aus Vorsorge für ihre persönliche Sicherheit ihre Ueberzeugung aufzugeben und lediglich den Chor der Linken zu machen? — Nach diesem halben Siege schickt die Linke sich an, einen vollständigen zu erfechten. Waldeck interpellirt das Ministerium über einen Erlaß, nach welchem der Bauroth Hellfft in höherem Auftrage den Arbeitern im Köpnicker Felde angezeigt, daß in Folge der Zerstörung der Maschine heut (21. Okt.) hundert Arbeiter entlassen werden sollen. Er besorgt daraus neue Aufregung und neue Conflikte, um somehr, als nur gestern erst unter allgemeiner Theilnahme Berlins die Opfer der Reaction zu Grabe geleitet wären, ein wahrlich beklagenswerthes Ereigniß, nach welchem man Alles aufbieten müße, um Versöhnung zwischen Volk und Bürgern zu Stande zu bringen. (Wie kommt Hr. Waldeck nur dazu, immer und ewig den Gegensatz zwischen Volk und Bürgern oder Bürgerwehr aufzufrischen? Bilden denn nicht alle Staatseinwohner das Volk?) W. dringt auf sofortige Zurücknahme der Verordnung. Der Minister verweigert sie, weil gerade in Folge der Zerstörung der Maschine nicht soviel Arbeiter beschäftigt werden könnten als das Ministerium wünsche. — Die Majorität ist gegen die Diskussion des Antrags, und soll nun ein neuer Antrag geschmiedet werden. — So ist also wiederum eine ganze Sitzung, statt mit dem Verfassungswerke, mit Berliner Arbeiter-Angelegenheiten ausgefüllt worden. — Der Abgeordneten Behrends hat wirklich einen neuen Antrag in aller Eile zusammengestellt und dringt ihn als äußerst dringlich ein. Es sollen noch viel aufreizende Redensarten, der Antrag wird aber mit 198 gegen 128 Stimmen verworfen.

L. C. **Berlin**, 21. Okt. Die Aufregung in der Stadt ist eine sehr bedeutende, und vielleicht wären, regnete es nicht unaufhörlich, für den heutigen Abend ernste Besorgnisse sehr gegründet. Grund zu dieser Aufregung ist die Entlassung von 100 Arbeitern und die eigenthümlich gefaßte Bekanntmachung des Baumeisters Hellfft, welche in gestr. Kommersitzung zu vertreten die Herren Min. v. Bonin und Eichmann sich veranlaßt fühlten. Die Arbeiter auf den verschiedenen Baustellen beschweren sich darüber, daß man vor beendeter oder nur ordentlich eingeleiteter Untersuchung „zur Ahndung des Vergehens" eine Decimirung vornehme; sehr wenige sind gewillt an die Behauptung des Hrn. Min. v. Bonin zu glauben, daß die Zerstörung der Maschine, Arbeitskräfte überflüssig mache. Ein Theil der Arbeiter ist Willens die Arbeit einzustellen. — Die Demokraten wollen in dieser plötzlichen Entlassung der Arbeiter die Provocation eines Krawalls finden, sie behaupten, man wolle so einen Konflikt herbeiführen, dann Militär zur Unterdrückung des Aufstandes heranziehen und endlich die Stadt in Belagerungszustand erklären.

Der deutsche Vaterlandsverein, der demokratische und der republikanische Verein allhier werben jetzt Mitglieder als Abgeordnete zu dem am 26. d. M. in Berlin stattfindenden demokratischen deutschen Kongresse. Der demokratische Kongreß wird sich am 26., der Kongreß von Mitgliedern der äußersten Linken deutscher Kammern am 27. hier versammeln.

△ **Berlin**, 20. Okt. Es ist wahr, was Abgeordneter Waldeck in der Nationalversammlung sagte: bei uns ist keine so große Kluft zwischen Bürger- und Arbeiterstand, wie zu Paris im Juni dieses Jahres; aber eine Kluft ist vorhanden, das haben uns eben jene Vorgänge vom Montag gezeigt; beide Theile, die Bourgeoisie wie die Arbeiter, sind darüber vollständig zum Bewußtsein gekommen. Man baut und man stürmt keine Barrikaden, wenn nicht eine solche Kluft vorhanden ist. Und was wird nicht Alles gethan, diese Kluft zu erweitern! Sind denn die Bearbeitungen, welche die republikanische Partei sich so angelegen sein läßt, nicht allbekannt? Ist es nicht bekannt, wieviel gerade diese Bearbeitungen zu den unglücklichen Ereignissen des verflossenen Montag beigetragen haben? Es ist doch nicht eben eine Kleinigkeit, wenn der Bürgerwehr in Anschlägen und Klubversammlungen der Vorwurf der „Mordsucht" und der „Mordlust" gemacht wird. Die demokratischen Klubs sind fast allabendlich so gefüllt, daß kaum Zutritt zu demselben zu erlangen ist; die Reden, welche dort gehalten werden, übersteigen so sehr alle Grenzen des Gesetzmäßigen, daß auf der Pfingstweide bei Frankfurt Aergeres nicht vorgekommen sein kann. Diesen Bestrebungen gegenüber wird es nichts fruchten, daß der Minister des Innern die Vorstandsmitglieder der einzelnen Klubs und deren Tendenz sich namhaft machen zu lassen „gedenkt"; gedenken doch vielmehr die demokratischen Vereine am 26. d. M. ihren demokratischen Kongreß hier abzuhalten, und fordern sie doch in ihren Versammlungen Diejenigen auf, ihre Namen zu melden, welche auswärtige Mitglieder bei sich aufnehmen wollen. So soll jetzt eine sogenannte „demokratische Schutzkommission" gebildet werden, welche den Zweck hat: „bei ausbrechenden Unruhen, und sobald Allarm geschlagen wird, sofort zusammenzutreten, um durch ihre Mitglieder die Unruhen je nach den Umständen zu dämpfen oder zu leiten, damit in jedem Falle der republikanischen Partei ein günstiger Erfolg oder ein gedeckter Rückzug werde."

* **Berlin**, 20. Okt. Die bei den Unruhen Gefallenen sind heute mit großer Feierlichkeit beerdigt. Dem Leichengefolge des getödteten Bürgerwehrmannes, Hofvergolder Schneider, hatten sich die Vertreter der städtischen Behörden angeschlossen. Bei der Bestattung der Arbeiter fehlten die Behörden. Bis die Untersuchung etwa ein Anderes ergibt, glaubten sie annehmen zu müssen, daß die Bürgerwehr das Gesetz vertheidigt habe gegen diejenigen, welche sich dem Gesetz nicht fügen wollten. Uebrigens war das Leichengefolge der Arbeiter ungleich zahlreicher und glänzender. Die demokratischen Klubs hatten die Anordnungen getroffen. Zehn Särge waren auf der mit Blumen und Kränzen verzierten Freitreppe vor dem Opernhause niedergesetzt, und wurden von einem Zuge abgeholt, in welchem man gegen 300 Fahnen zählte. Auf dem Kirchhofe vor dem Hallischen Thore wurden von Waldeck, Benary u. A. Reden gehalten. Die demokratische Partei, wenigstens die noch etwas gemäßigte, sucht den Riß zwischen Bürgerwehr und Arbeitern zu verdecken oder auszufüllen, damit beide Theile zusammenhielten gegen die „drohende Reaktion." Die Truppenmassen, welche um Berlin zusammengezogen sind — man berechnet sie auf 50,000 Mann mit 360 Geschützen — erhalten die Demokraten in steter Besorgniß. Sie verlangen, daß die Truppen in ihre Quartiere verlegt werden, und Wrangel's Ausnahmsstellung aufhöre. Diesem soll der Kriegsminister Pfuel die Weisung ertheilt haben, sich in seinen Armeebefehlen und sonstigen Ansprachen etwas mehr der neuen Zeit

Digitized by Google

anzubequemen. Im Vertrauen auf jenes Heer, wie es scheint, hat der König von seinem „starken Arme" gesprochen. In einer scheinlichen Antwort an den Stadtverordneten spricht er ebenfalls von seiner Langmuth — eine Eigenschaft, die man sonst vorzugsweise zu den göttlichen rechnet. In Berlin neigen sich alle Verständigen dahin, dem Ausdrucke der augenblicklichen Empfindungen des Königs keine zu große politische Bedeutung zuzuschreiben. Nur die „Neue Preußische Zeitung", das Organ des Herrn Lea, sucht den König vorwärts zu treiben, auf dem unheilvollen Wege und verlangt nach den Worten nun auch Thaten zu sehen!

Die Antwort des Königs an den Magistrat von Berlin lautet:

Je ernster die Zeit und je düsterer oft der Geist erscheint, der aus ihr spricht, um so erfreulicher und dankbarer empfange Ich die erneuerten Versicherungen alter Liebe und Anhänglichkeit, wie solche der Magistrat von Berlin Mir mit seinen Glückwünschen zu Meinem Geburtsfeste entgegen gebracht hat. Hoffen wir zu Gott, daß das Vertrauen, welches diese Versicherungen trägt und begleitet, so wie Meine aufrichtige Erwiderung desselben uns glücklich durch das Dunkel dieser Tage hindurch leiten und das hohe Ziel erreichen erlassen wird, nach welchem wir jetzt gemeinsam streben.

Sanssouci, den 19. Okt. 1848.

An die Stadtverordneten hatte er schon Tags zuvor geschrieben: „Mit wahrer Freude habe Ich an Meinem Geburtstage den Ausdruck treuer Gesinnung von den Vertretern Meiner lieben Vaterstadt entgegengenommen; es ist Meinem Herzen wohlthuend, daß Sie diese Treue aus dem Bewußtsein der Wahrhaftigkeit schöpfen, die Meine Verheißungen im März d. J. wie alle Meine Bestrebungen für das Vaterland stets geleitet hat. Ja, Ich will, wie Ich es immer als Meine schönste und heiligste Aufgabe erkannt habe, Mein getreues Volk zur wahren Freiheit führen, darum habe Ich seine Vertreter berufen, dazu in aller Langmuth den Ausdruck jeder Art von Gesinnung zu Stande kommen lassen und Ich habe zum Trotze aller aufrichtigen Freunde des Vaterlandes erkannt, daß der Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit, wie für wahrhaft deutsche Sitte und Einrichtungen, bei dem besten und größten Theile Meines Volkes nicht erlaschen ist, sondern nur der Anregung bedarf, um zum Segen Aller sich zu entfalten. So wollen Sie denn fernerhin im festen Vertrauen zu Mir stehen und sich nicht beirren lassen. Sans-Souci, 18. Oktober 1848. Friedrich Wilhelm. Eichmann."

Danzig, 17. Okt. Gestern Abend kam es hier zu einem Exzeß. Eine Anzahl Sackträger drangen nämlich in das Lokal am Langenmarkte ein, in welchem der demokratische Klub seine Sitzungen hielt, und verjagten die Mitglieder.

Stettin, 19. Okt. Es ist von Kurzem eine Kommission unter Leitung des Geh. Oberfinanzrathes Oestereich nach Swinemünde gesandt worden, um festzustellen, ob der dortige Hafen sich zum Kriegshafen eignet. Die Untersuchung soll ein nicht ungünstiges Resultat ergeben haben. Zur weitern Verfolgung dieser Angelegenheit ist daher die Ausarbeitung des desfallsigen Projekts angeordnet worden. Die Kosten würden sich nach einem ungefähren Ueberschlag auf 2 Millionen Thaler belaufen. Die Kommission wird demnächst auch den Danziger Hafen einer gleichen Untersuchung unterwerfen. (O. Ref.)

♂ **Elbing**, 17. Okt. Die Ereignisse, welche in den letztverflossenen Tagen unsere Stadt in so blutige Verwirrung versetzt haben, wird Niemand begreifen können, der mit den eigenthümlichen Verhältnissen Elbings unbekannt ist. Selbst dem hier Lebenden und Eingeweihten wird es oft schwer, sich in der vollkommenen Umkehrung aller Begriffe, in dem Wahnsinn der Thatsachen zu orientiren, durch welche Elbing als eine Abnormität in der neuesten Entwickelungsgeschichte unseres Vaterlandes dasteht. Die konstitutionellgesinnten Bürger in blutigem aber ungleichem Kampfe mit einem plünderungssüchtigen Haufen, der — kommunistische Zwecke verfolgend — gleichwohl mit den schwarz und weißen Farben sich schmückt, das Motto: „Mit Gott, für König und Vaterland!" prahlend vor sich trägt und sich als den ganz besonderen Freund und Schützer des Thrones ausgibt. Aber derselbe Haufen, welcher die deutschen Reichsfarben beschimpft — geführt und beschützt von pensionirten Militärs und reichen Majoratherren — derselbe Haufen erklärt einfältiglich: „Die Liberalen, auf die wir's abgesehen haben, das sind die Reichen!" er verlangt Entwaffnung der Bürgerwehr und Entfernung des „fremden" Militärs, d. h. einer zum Schutz der Stadt herbeigezogenen preußischen Jägerabtheilung, und indem er den König, die Soldaten, den Rittmeister und seinen Schimmel mit Lebehoch begrüßt, läßt er Pflastersteine auf des Königs Soldaten hageln und schmettert den Führer der Truppen mit tödtlichen Würfen zu Boden. Die Erklärung dieser Thatsachen ist äußerst lehrreich. Hier im Osten hat die Reaktion ihren mächtigsten Bundesgenossen am Proletariat. Der Bund ist schon geschlossen. Das Blut der Bürgerwehr, d. h. des gebildeten und denkenden Mittelstandes, hat unser Pflaster gefärbt. Hierher, wo kein Mensch auch nur an die Republik denkt, wo die Verfechter für Volksfreiheit unter dem alten Regiment Gott danken würden, wenn sie aus den Verwirrungen der Gegenwart nur eine einigermaßen erträgliche Konstitution hervorgehen sähen, welche ihnen Schutz ihres Lebens und Eigenthums gewährte, — hierher müßten die Republikaner des Südens und Westens kommen, um zu begreifen, welchem Vandalismus sie einen werthvollen Theil ihres Vaterlandes zu opfern im Begriffe sind; denn setzten sie dort ihre Pläne durch, so wären wir hier eine unrettbare Beute der Kosacken-Knute.

† **Posen**, 20. Okt. Schon seit mehreren Tagen sehen wir in Folge des Amnestiedekrets eine große Anzahl der polnischen Revolutionshelden wieder in Freiheit; unter ihnen auch Krauthofer-Krotowski, berühmten Andenkens, der im März an der Spitze des Partisanen-Korps der polnischen Republik die Umgegend Posens unsicher machte. Inzwischen dauert der Belagerungszustand in der Stadt, ohne daß Jemand etwas davon merkt, fort. Der Kriegsminister, von den Polen unaufhörlich interpellirt, und von den Deutschen mit Adressen entgegengesetzten Sinnes überschüttet, hat endlich einen Kommissarius hergeschickt, um von den Zuständen in der Nähe und durch Augenschein Kenntniß zu nehmen. Die Polen spotten über den pacificator par excellence, wie sie v. Pfuel mit Anspielung auf seine kräftigen Maßregeln in Posen nennen, und fragen bezüglich der Amnestie höhnisch: ob denn den deutschen Truppen und Beamten für die Gefechte und sonstigen Gewaltmaßregeln nicht auch Amnestie ertheilt werden würde. Inzwischen ist zu ihrem Leidwesen und zur ungemeinen Freude der deutschen Bevölkerung General v. Pfuel zum Abgeordneten für den Berliner Reichstag und zwar mit großer Majorität im Kreise Bienbaum (unserer Provinz) erwählt worden, trotz aller Umtriebe, die dagegen polnischer Seits im Werke waren. Ob der Herr Ministerpräsident die Wahl annehmen wird, steht freilich noch dahin. Man sieht hier allgemein mit Spannung der Diskussion der ersten §§. der allgemeinen deutschen als auch der preußischen Verfassung entgegen, welche in Frankfurt und Berlin ziemlich gleichzeitig vor sich gehen wird. Die Polen haben in Berlin große Anstrengungen gemacht, um das Abgrenzungsprinzip wo möglich zu hintertreiben. Die Deutschen sind über den §. 2 vom Reiche der Ansicht, daß der Beschluß der Nat.-Vers. vom 27. Juli präjudizirlich für denselben war, da ja faktisch die Abgrenzung Deutschposens bei seiner Einverleibung in Deutschland von Polnischposen, das dem §. 2 zu Grunde liegende Prinzip bereits aussprach. — Aus Krakau langte so eben die Nachricht zu uns herüber, daß die Bildung der Nationalgarde in den galizischen Städten langsam vor sich geht, dagegen die Organisation der ruthenischen Bauern zu einer Nationalwehr sehr weit vorgerückt ist. Diese haben zum Anführer einen Offizier des Regiments Parma, mit Namen Barusiewicz, sich erbeten und auch erhalten. Es muß bemerkt werden, daß die Polen diese Bewaffnung der Ruthenen mit Neid betrachten und ungesetzlich nennen, weil nur in Städten Nationalwehren sein sollen. (!) Inzwischen bewaffnen sich auch die polnischen Bergleute, um Wadowice herum, in Siedzin sind ihrer 170. Sie tragen schwarze Kurtkas, runde Hüte mit Federn und einen weißen Adler daran. Als ein österreichischer Beamter einen solchen Bergmann fragte, warum er einen einköpfigen Adler trage, soll er zur Antwort gegeben haben: „Die Zeiten sind schwer, Herr, vielleicht wird's leichter sein, einen Kopf als zwei zu ernähren." — Die Cholera ist in unserer Stadt im Abnehmen.

Rastatt, 21. Okt. Struve und Blind haben ihr bisheriges Gefängniß in Bruchsal wieder mit den hiesigen Kasematten vertauscht. Sie wurden heute Mittag, unter Bedeckung von 60 Mann preußischer Truppen, hierher gebracht. Man sagt, diese Versetzung habe ihren Grund darin, daß man nun Gelegenheit

Digitized by Google

erhalte, die Zahl der Truppen in Bruchsal zu vermindern. Voraussichtlich wird indeß der diesige Aufenthalt der Gefangenen von kurzer Dauer sein, da die Geschwornen zu ihrer Aburtheilung alsbald zusammentreten werden, wenn das deßfallsige Gesetz in beiden Kammern berathen und sanktionirt ist.

* **Bremen**, 18. Okt. Die amerikanische Fregatte St. Lawrence liegt nach auf der Weser vor Anker. Die Reichsbevollmächtigten für die Marine, der preußische Major Teichert und der österreichische Hauptmann Möring, sowie der Erbgroßherzog von Oldenburg nahmen die schöne Fregatte in Augenschein (sie führt 44 schwere Geschütze, welche nur Hohlkugeln schießen, die mit Metallzündern versehen sind) und wurden von den Amerikanern mit großer Zuvorkommenheit empfangen. An der Nordseeküste spricht sich der Wunsch nach einer Flotte mit neuer Lebhaftigkeit aus. Einige wenige solcher Fregatten, und wir hätten die ganze dänische Marine aufbringen können! Und der Wunsch danach ist keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Er läßt sich bei einem entschlossenen Willen in gar nicht langer Frist zur Ausführung bringen. Amerika hat Schiffe und Mannschaft, und Deutschland hat Geld. — Nach der Börsenhalle wird unsere Marine-Angelegenheit jetzt in kürzester Frist eine sehr erfreuliche Gestaltung annehmen. Die Unterhandlungen, welche man darüber mit den „Vereinigten Staaten von Nordamerika" geführt hat, sind nun fast geendet und haben ein glückliches Resultat gewährt. Mit Bewilligung der Regierung werden ein nordamerikanischer Kommodore und mehrere andere Seeoffiziere auf einige Jahre interimistisch in unsere Dienste treten. Eben so hat die amerikanische Regierung gestattet, daß auf den dortigen Kriegswerften für unsere Rechnung größere Kriegsschiffe erbaut werden können, da wir dies aus Mangel an den nöthigen Arsenalen noch nicht selbst zu thun vermögen, während die kleineren Schiffe auf unseren Werften erbaut werden sollen. Auch mehrere junge deutsche Seekadeten werden auf amerikanischen Kriegsschiffen aufgenommen, um dort den nöthigen Dienst zu lernen. Auch ein englischer Fregatten-Kapitän, ein Deutscher von Geburt, und ein dänischer höherer Seeoffizier, ein gebürtiger Altonaer, sollen schon für unsern Dienst gewonnen sein. Mit diesen Vorbereitungen hängt zusammen, daß jetzt die ersten 3 Mill. Thaler für die deutsche Kriegsflotte an die einzelnen Staaten ausgeschrieben sind und in kürzester Frist eingezahlt werden müssen. So werden wir bald die ersten tüchtigen Anfänge einer Flotte erhalten und rüstig immer weiter in der Ausbildung desselben fortschreiten.

Großbritannien.

London, 20. Okt. Die englischen Zeitungen sind immer noch zumeist mit Betrachtungen über die verwickelten Verhältnisse Oesterreichs angefüllt. Von Zeit zu Zeit werden wir einzelne charakteristische Ansichten der englischen Presse über diese so hochwichtige Angelegenheit, welche von Neuem beweist, daß die Hauptschwierigkeiten für eine einheitliche Gestaltung Deutschlands in der eigenthümlichen Zusammensetzung und Stellung der österreichischen Monarchie und in der habsburgischen Politik liegen, zur Kenntniß unserer Leser bringen. Die „M. Post" bringt eine Skizze über den unglücklichen Grafen Latour und leitet sie mit folgender Bemerkung ein: „Die am Prinzen Lichnowsky und Grafen Latour verübten Meuchelmorde stehen in der Vordereihe schrecklicher Verbrechen, und werden für immer den Geist bezeichnen, mit dessen Hilfe die Freiheit der fleischfressenden (carnivorus!) Deutschen in's Werk gerichtet würde." Der „Standard" bemerkt unter andern: „Da die letzten aus Wien angelangten Nachrichten noch nichts von einer Entscheidung melden, hat in den Kreisen der City die wegen des endlichen Ausgangs gefühlte Besorgniß noch nicht nachgelassen. Mit welchen Kaufleuten jederlei Betriebes wir auch in Verbindung stehen, so geht ihre Absicht dahin, ihre Operationen so viel als möglich einzustellen, bis man sich von der Art wie die Angelegenheiten wieder geordnet werden möchten, eine genauere Vorstellung machen kann. Es ist bemerkenswerth, daß seit dem Beginn der Erschütterungen in Deutschland auf die Dauer der durch die Abgeordneten zu Frankfurt vertretenen Conföderation sehr wenig Vertrauen setzte und meinte, daß wenn nur erst die Angelegenheiten Preußens und Oesterreichs wieder in Ordnung wären, diese beiden wieder einen solchen Einfluß erlangen würden, daß das Volksvertretungssystem auf die einzelnen Staaten würde beschränkt werden, ohne eine Föderalunion auf die durch die Frankfurter Konföderirten angenommenen Grundsätzen zur Folge zu haben. Während dem gewährt der Fortgang der französischen Angelegenheiten größeres Vertrauen, und wenn die Exekutivgewalt fortdauernd in derselben mäßigen und festen Weise geübt wird, so wird sich die Wirkung davon sowohl auf den öffentlichen als den Privatkredit bald spüren lassen. Allerdings ist unser Handelsverkehr mit Frankreich von geringerer Bedeutung als der mit den deutschen Staaten, aber der Einfluß einer befestigten Regierung im ersteren wird ohne Zweifel bald auch in ganz Europa gefühlt werden und entsprechende Früchte bringen. In andern Kreisen verhehlt man sich freilich die Befürchtung nicht, daß die beginnende Reaktion in Frankreich über ihr Ziel hinausschießen und dadurch neue revolutionäre Rückschläge gegen den versuchten reaktionären Rückschlag zur Folge haben und Frankreichs und dadurch der Welt Schicksal von Neuem in Frage und auf eine schwindelnde Spitze stellen möchte. An der Londoner Börse war man noch immer wegen der Geschicke Oesterreichs sehr besorgt, doch waren die Staatspapiere etwas fester, die Konsols boben sich von 81⅞ auf 85.

Die „Times" bemerkt: „Wir haben Handelsbriefe aus Palermo und Neapel vom 11., die nichts von besonderem Interesse enthalten. In Neapel wurde in Betreff Siciliens große Heimlichkeit beobachtet, und es waren allgemeine Gerüchte in Umlauf, welche eine baldige Beilegung der Angelegenheit in Aussicht stellten. Die Staatspapiere hatten sich um 2 pCt. gehoben."

Das „Chronicle" berichtet, daß die Freunde des Friedens, große Vorbereitungen treffen zu einem Meeting, welches am 31. Oktober in der Exeter-Hall stattfinden soll. An diesem Tage nämlich werden der Präsident und Vicepräsident des kürzlich in Brüssel gehaltenen Friedenskongresses in London erwartet, um dem Ministerium die von besagtem Kongreß angenommene Adresse zu überreichen. Wie es heißt wird die Abordnung später sich zu demselben Zwecke auch nach Paris und Frankfurt begeben.

Der „Post" zufolge bessert es sich mit dem Gesundheitszustande Thomas Duncombes, eines der beredtesten Mitglieder der wenig zahlreichen radikalen Linken im Parlament, zwar sehr allmälig, aber doch so, daß man hoffen darf, ihn während der nächsten Session an den Geschäften des Parlaments wieder Theil nehmen zu sehen.

Wie der „Sun" berichtet, ist den HH. Smith O'Brien und Mac Manus unter der Hand Seitens der Regierung die Nachricht zugekommen, daß das Todesurtheil an ihnen nicht vollstreckt werden soll. Man erwartet, daß man sie später nach einem Gefängniß Nordirlands bringen wird. Ihre Freunde und Verwandte dürfen sie ungehindert besuchen. Auch die Orangemänner von Dublin hatten sich an den Lordlieutenant mit einem Gnadengesuch für Smith O'Brien gewendet; dieser erließ an sie eine von seinem Privatsekretär unterzeichnete Antwort, worin er ihnen einfach den Empfang des Schreibens anzeigt, zugleich aber sein Bedauern ausspricht, daß die Unterzeichner es geeignet gefunden hätten, in ihrer Eingabe einen grundlosen Tadel einfließen zu lassen in Betreff der Rechtsverwaltung durch die exekutive Regierung. Der Angeklagte, C. G. Duffy, versuchte neulich aus seinem Gefängniß in Dublin zu entspringen; seitdem ist der Zutritt zu ihm gänzlich verboten, er selbst in ems der innern Gefängnisse gebracht und vor die Thür desselben die Wache verdoppelt worden.

Frankreich.

Paris, N. V. vom 19. (Schluß) Am Tage zuvor war das 8. Kapitel erledigt worden, welches die Organisation des Gerichtswesens betrifft. Statt des ehrmaligen Gerichtshofes der Pairs (Cour des Pairs) wird ein Obergerichtshof (haute cour de justice) gebildet, der aus 5 Richtern und 2 Suppleanten besteht, welche der Kassationshof aus seiner Mitte ernennt. Die Geschwornen werden aus den Mitgliedern des Generalkonseils der Departmente genommen. Dieses Gericht, welches nur auf ein besonderes Dekret der N.-V. ins Leben tritt, hat allein zu entscheiden, wenn die N.-V. eine Anklage gegen den Präsidenten der Republik erhebt, ihm steht das Urtheil über angeklagte Minister zu, wenn die Versammlung dasselbe nicht an die gewöhnlichen Gerichte oder dem Sachverhältnisse nach, an den Staatsrath verweist. Ebenso hat dieses Gericht auch über die Verbrechen, Vergehen oder Complotte gegen den Staat zu entscheiden, welche die National-Versammlung ihm überweist. Als schuldig werden die Angeklagten nur auf die Erklärung von zwei Drittel des Geschwornengerichts erachtet. Hierauf ward das Kapitel vorgenommen, welches über die innere Verwaltung handelt. Hier traten mehrere Abge-

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 23. u. 24. Okt. Amtlichtes.) Berlin (Winterresidenz Charlottenburg. General Wrangel. Physiognomie der Versammlung.)

Frankreich. Paris (General Lamoricière überstimmt. Aushebung von 80 — 90,000 Mann. Die Frage der Stellvertretung beim Militair. Die Bank von Frankreich. Parteienspaltungen. Ludwig Bonaparte. Eine ehrenvolle Brandmarkung.

Griechenland. Jonische Inseln. (Die Unruhen auf Kephalonia.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 23. Oktober. (Schluß.)

Nach einer kleinen Zwischenverhandlung über die Reihenfolge der Redner nimmt Eisenmann das Wort, sodann Venedey, der sich für das Minderheitsgutachten und sein Bedauern darüber ausspricht, daß aus der behandelten Frage eine Frage der Parteien gestaltet worden sei. Auch tadelt er die Art, wie heute hier der Ungarn gedacht worden, deren Freundschaft er sorgfältig gepflegt sehen will. Dies Haus ist jetzt die einzige Stütze der Ruhe und Ordnung in Deutschland. Es hat die Rebellion und Anarchie besiegt im Interesse der Revolution. Fügen Sie diesem noch einen Sieg hinzu: für die Freiheit und Einheit Deutschlands. Das bezweckt der Minderheitsantrag.

Unterstaatssekretär Bassermann bemerkt, daß die Oberpostamts-Zeitung in keiner anderen Beziehung zum Ministerium stehe, als daß man sich derselben zur Veröffentlichung der amtlichen Erlasse bediene. Dann geht er auf den Gegenstand der Berathung selbst ein. In Ungarn habe das Sprachgesetz die Rechte der nicht magyarischen Völker bitter gekränkt; auch auf dem Wiener Reichstage sei das ausgesprochen worden und Hr. Löhner habe gesagt: was die Kroaten wollen, das wisse er und sie hätten Recht. In ähnlicher Weise habe sich Schuselka erklärt, gleichfalls ein unverdächtiger Zeuge. Daß sie ihr gutes Recht vertheidigten, würde man ihnen doch nicht verargen, etwa darum, weil sie Kroaten seien. Der Redner führt dann Thatsachen aus Wien an, die es doch mehr als bedenklich erscheinen lassen, jene Bewegung unbedingt als eine deutsche Bewegung und als eine großartige Erhebung anzuerkennen. „Wo die Presse frei ist, wo die gesetzmäßigen Vertreter versammelt sind, da ist jede gewaltthätige Bewegung ein Verbrechen und keine Erhebung." Bassermann erinnert noch daran, wem die Wiener Ereignisse zur Freude gereicht hätten — den Piemontesen und Franzosen. Wenn Sie wollen, schließt er, daß wir stark gegen Außen seien, so müssen Sie gestatten, daß im Innern Ruhe und Ordnung gehandhabt werde. (Beifall von der Mehrheit des Hauses.)

Nachdem der Schluß der Debatte angenommen, erhält noch Schilling das Wort in einer persönlichen Angelegenheit bewilligt. Er sagt: Wenn etwa die vorhinnige Bemerkung des Baron Sommaruga, es sei ihm nicht vergönnt gewesen, im Hoflager die Camarillo zu belauschen, auf ihn gerichtet gewesen, so weise er sie mit Verachtung zurück. Im Dienste Deutschlands habe er sich im Hofloger des Kaisers befunden. Sommaruga erklärt sofort keine Person bei jener Aeußerung im Sinne gehabt zu haben.

Schubert von Königsberg faßt alsdann die dem Ausschußberichte und den Mehrheitsgutachten gemachten Vorwürfe zu einer kurzen Schlußwiderlegung zusammen und es erfolgt über das Mehrheitsgutachten die (auf v. Patkoi's Antrag) namentliche Abstimmung. Sie entscheidet sich mit 250 gegen 166 Stimmen für die Annahme des Mehrheitsgutachtens, welches wir deshalb in seiner wörtlichen Fassung geben:

Die Nationalversammlung beschließt:

1) Die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung von Kommissären nach Wien, — in welcher die Nationalversammlung sowohl ein Mittel zur Abwehr des Bürgerkriegs und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands wahrnimmt, — gut zu heißen;

2) Das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Kommissären eingehenden Berichte, sogleich die weiter erforderlichen Schritte zu thun, insbesondere aber mit aller Entschiedenheit jede zum Schutze etwa in Frage gestellter Interessen Deutschlands nothwendige Maßregel zu ergreifen, und über dieselben der Nationalversammlung Mittheilung zu machen.

Ein Zusatz Maifeld's, die österr. Truppen ausschließlich für den Wiener Reichstag zu verpflichten, wird abgelehnt und eben so ein Unterantrag Eisenmann's. Gegen 4 Uhr erst wird die Sitzung geschlossen.

Vom 24. Oktober.

Tagesordnung der 102. öffentl. Sitzung.

1) Fortsetzung der Berathung über Artikel II. §. 2, 3 und 4 des Verfassungsentwurfs.
2) Ergänzungswahl in den Ausschuß für Geschäftsordnung.

Vorsitzender Vicepräs. Simson. Unter den Ausschußberichten ist hervorzuheben die Anzeige des Verfassungsausschusses, daß auch der Abschnitt über das Reichsgericht vollendet und zum Druck befördert sei. Eine Interpellation von John betrifft „einige aus der Paulskirche verschwundene Mitglieder der Versammlung, die nach Wien gereist, dort, wie es heiße, auch angekommen seien" und für deren politisches Benehmen und persönliche Sicherheit sich Jahn besorgt zeigt. Die Interpellation erregt die Heiterkeit des Hauses unter dem lauten Widerspruche der Linken. Auf eine Interpellation wegen Posens und der dort festzustellenden Demarkationslinie erwiedert

v. Schmerling: Auf die Anfrage des Abgeordneten Sänger, ist dem hohen Hause bekannt zu machen, daß als Reichskommissär für diese Angelegenheit, nämlich zur Ermittelung der zukünftigen deutschen Grenze im Großherzogthum Posen, der hessische General Schäfer bereits bestellt ist und daß dieser sich auch erklärt hat, das Amt zu übernehmen. Der Beginn seiner Wirksamkeit hängt nur davon ab, daß das Reichsministerium von Berlin die Mittheilung erhalte, daß sämmtliche auf diese Angelegenheit bezügliche Materialen geordnet sind.

Zur Verlesung der protokollarischen Erklärung Maifeld's, durch welche er die gestern ihm versagte Mittheilung von der Rednerbühne zu ersetzen sucht, verweigert die Versammlung ihre Erlaubniß.

Bei der Tagesordnung angelangt, ergreift Berdtel aus Brünn das Wort zu einer in's Einzelne gehenden Schilderung der österreichischen Zustände, indem er noch der Reihe die Länder und Bevölkerungen mustert, aus denen die österreichische Monarchie zusammengesetzt ist. Selbst den deutschen Provinzen spricht er die Neigung ab zu einem Anschlusse der Art an Deutschland, welcher ein „Untergang in Deutschland" sein würde. Ohne dringende Veranlassung solle man es doch nicht darauf ankommen lassen, einen Staat von 39 Millionen Menschen zu zerstückeln, und diese dringende Veranlassung sei nicht gegeben. Oesterreich sei schon jetzt seinen Pflichten gegen das Reich gerechter geworden, als mancher andere Staat (Oho! von der Linken), es werde sich auch ferner eng anschließen, dem deutschen Zollverbande beitreten und auch die Einführung der Frankfurter Gesetze werde in den deutschen Provinzen auf keine Hindernisse treffen. Nur solle man sie nicht zwingen, aufhören Oesterreicher zu sein, was sich namentlich die Slowen unter ihnen nimmermehr gefallen lassen würden. Ja, ganz Oesterreich werde sich erheben wie Ein Mann wider eine Zerreißung mitten im Frieden und durch seine Freunde. Der Redner endet mit einer dringend bittenden Warnung vor den Gefahren des Schrittes, den die Reichsversammlung zu thun im Begriffe sei.

Wagner von Steyer glaubt nicht, daß die Gefahr der Trennung Oesterreichs erst durch die Personalunion hervorgerufen werde, wie er überhaupt den panischen Schrecken vor einer solchen Trennung nicht theilt. Die Loslösung der deutschen Provinzen von den nichtdeutschen betrachtet er sogar als ein Glück, als eine Befreiung von einem schweren Hemmnisse. Schon jetzt bei einer deutschen Dynastie mit absoluter Herrschaft sei der deutsche Einfluß im Reiche geeing gewesen, in einem konstitutionellen Staate und von einem überwiegend slawischen Reichstage werde er ganz unterdrückt werden. Ein mächtiges Deutschland werde die Freundschaft der Donaustaaten nicht zu suchen haben, sein Bündniß werde gesucht, die dort vorhandenen deutschen Sympathien würden im Osten durch Auswanderungen nach der Moldau, nach der Walachei hin gefördert werden. Auch Tirols Anhänglichkeit an Oesterreich, die der Vorredner so hoch angeschlagen, sei nicht auf das ungarische und galizische Oesterreich, sondern auf das deutsche gerichtet. Jetzt sei die Zeit, es mit Bestimmtheit auszusprechen, daß das deutsche

Digitized by Google

Oesterreich zu Deutschland gehöre, jetzt und vielleicht nie wieder, und es wolle zu Deutschland, wohin es Sinn, Bildung, Sprache, wohin es seine Abstammung, sein Staatsrecht, seine Geschichte weise. Die Nothwendigkeit sei die ultima ratio nicht blos regum sondern auch populorum, sie fordere den Anschluß. Was dagegen eingewendet werde, komme nicht aus dem Volke, sondern von den Umgebungen des Hofs, von selbstsüchtigen Beamten, vom Militär, Die Zukunft des deutschen Oesterreichs ist die deutsche, des slawischen der Osten. Mit dem letzteren lassen Sie uns Hand in Hand gehen, zu Schutz und Trutz verbunden. Aber deutsch Oesterreich nehmen wir zu uns. „Rechnen Sie darauf, daß Ihnen alle Herzen entgegenschlagen für solchen Beschluß. Rechnen Sie im Nothfall auch auf unsere Arme!" Die Seite der Sprecher für den unbedingten Anschluß ist die bei weitem mehr populäre, ist die bis jetzt einzig dankbare Seite der Frage. Der Redner geht daher unter lebhaftem Beifall von der Tribüne, während schon die Ankündigung eines entgegengesetzten Antrags, zu dessen Vertheidigung

Kaiser von Wien das Wort ergreift, ein Gemurmel des Unwillens erregt. Ein slawisches deutsch-feindliches Reich entweder werde in Folge der Personalunion an der Donau entstehen, oder die Bruchstücke des Kaiserstaats würden in Italien eine Beute der Franzosen, in Galizien eine Eroberung Rußlands sein. Kaiser richtet seine Rede besonders gegen die blendenden Behauptungen Giskra's (vergl. Nr. 281 der D. Ztg.) in der Freitagssitzung. „Ausnahmen von der Reichsverfassung, so weit solche Oesterreich wegen seiner eigenthümlichen Verhältnisse zugestanden werden müssen, bleiben künftiger Entscheidung vorbehalten" — das ist der Zusatz zu §. 2 fg., auf dessen Beantragung Kaiser zurück kommt.

v. Mühlfeldt hält die Zwecke, welche Deutschland und Oesterreich vereint zu verfolgen haben, nur für erreichbar in der Form des Staatenbundes, der aber nicht blos eine militärisch-politische Vereinigung sein, sondern auch nationale, kommercielle und ähnliche erweiterte Zwecke umfassen solle. Er entwickelt diese Meinung auf thatsächlichem Grunde und auch der pragmatischen Sanktion vindicirt er eine andere und stärkere Bedeutung, als ihr von Eisenmann und Giskra eingeräumt worden. Die mögliche Trennung Schleswig's von Holstein durch eine Zollinie sei kürzlich hier als ein Unglück geschildert worden. Ein um wie weit größeres Unglück aber würde eine solche Trennung für Oesterreich sein! Auch haben nicht die deutschen Provinzen vorzugsweise bis jetzt die Staatsschulden-Interessen getragen, sondern Mühlfeldt belegt die verhältnißmäßige Theilnahme der übrigen Länder durch Zahlenangaben. Dann erinnert er an die neueste geschichtliche Mission Oesterreichs gegen Osten. Diese sei die Freiheit und könne nur erfüllt werden durch ein mächtiges festgeschlossenes Reich, beruhend auf der Gleichberechtigung der Nationalitäten. Wenn Sie die Idee eines deutschen Bundesstaates begeistern kann, gegründet auf die Zertrümmerung der österreichischen Monarchie, warum kann Sie nicht begeistern ein Staatenbund mit einem mächtigen, Ihnen eng befreundeten Oesterreich? Der Eindruck der Rede von Mühlfeldt's wird festgehalten und verstärkt durch

v. Vincke: Die Anwendung eines theoretischen Grundsatzes wäre nach ihm die Zertrümmerung der österreichischen Monarchie und der deutschen Macht gegen Osten. Denn die Personalunion zerschlage den Kaiserstaat unausbleiblich in verschiedene Staaten und setze damit selbst die deutsche Zukunft am Mittelmeere in Gefahr. Unser Interesse gebiete daher eine andere Politik. Man habe uns vorgemalt, eine neue Staatengruppe um Ungarn werde sich erheben und werde mit diesem Lande eine Art von freier „Schweiz" darstellen, auf die Deutschland stets den unmittelbarsten Einfluß ausüben werde. Das ist jedoch ein Gedanke, der sich unter Vincke's Beleuchtung zu einem phantastischen Nebel verflüchtigt. Wollen wir der Uebermacht der Russen entgegen arbeiten, so dürfen wir ihnen wahrlich nicht die Südslawen durch die Auflösung Oesterreichs geradezu in die Arme treiben. Nicht blos einen völkerrechtlichen Vertrag, sondern einen engsten staatsrechtlichen Verband mit Oesterreich verlangt der Redner, aber um dem gegenwärtigen Parteikampf in Oesterreich nicht eine neue Nahrung hinzuzuwerfen, räth er von voreiligen Bestimmungen ab und pflichtet daher dem Amendement Kaiser's bei, welches die nöthigen Ausnahmebewilligungen auf eine künftige Entscheidung hinausschiebt. Endlich verwahrt sich Vincke mit edler Wärme gegen den Verdacht, daß er hiermit irgend einen andern als den deutschen Standpunkt vertrete. Denn gerade wenn er ein preußisches Sonderinteresse verfolgte, so würde er die unbedingte Annahme der Paragraphen empfehlen. Dann sei Oesterreich von Deutschland ausgeschieden und Niemand werde ihm bestreiten, daß dann das Prinzipat bei Preußen sei. Aber weder er noch seine preußischen Freunde hätten etwas Anderes im Auge als die Größe, Herrlichkeit und Macht des deutschen Vaterlands. (Anhaltender Beifall von der großen Mehrheit. Zischen von der Linken.)

Schneider aus Wien steht wieder auf der entgegengesetzten Partei, indem er für die Aufrechthaltung der §§. und für die Personalunion spricht. Die deutschen Provinzen würden nach seiner Berechnung gegen 30 Millionen jährlich ersparen; das Salz-, das Tabaks-Monopol, das Lotto und die Verzehrungssteuer könnten sofort aufgehoben werden, wenn diese Länder nicht mehr für die Lasten der österreichischen Gesammtmonarchie mit zu haften hätten. Der Versammlung ist jedoch kaum noch Aufmerksamkeit und dem erschöpften Gegenstande sind nicht leicht neue Seiten abzugewinnen.

Clemens aus Bonn würde zwar einen Krieg um Oesterreichs willen und um jene ächt deutschen heerlichen Länder bei'm Reiche zu halten, vollkommen gerechtfertigt finden. Und man solle sich nicht täuschen, ohne einen Krieg sei die Einverleibung nicht durchzusetzen! Wolle man aber keinen Krieg und das für Deutschland unentbehrliche Oesterreich dennoch nicht aufgeben, so müßte die Hinausschiebung der thatsächlichen Durchführung der Paragraphen gestattet werden. (Schluß f.)

Frankfurt. Dem Reichsverweser ist in Erwiederung der amtlichen Benachrichtigung wegen Errichtung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland ein von Balmoral-Schloß in Schottland, 18. v. M., datirtes Schreiben Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien und Irland am 21. d. M. überreicht worden. Dieses königliche Schreiben ist in Ausdrücken gefaßt, die eben so sehr dem zwischen beiden Nationen bestehenden Verhältnisse der Freundschaft und Hochachtung, als den persönlichen Gefühlen entsprechen, welche die Königin schon im Juli d. J. dem Reichsverweser bezeigt hatte.

Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die Ministeeien des Innern der deutschen Einzelstaaten.

Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hat bei der ersten Berathung des Entwurfs der Grundrechte des deutschen Volkes, Art. VII., nachstehende Beschlüsse gefaßt:

§. 25. Das Eigenthum ist unverletzlich. Das geistige Eigenthum steht unter dem Schutze der Reichsgesetzgebung.

Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern.

Es bleibt den Einzelstaaten überlassen, die Durchführung des vorstehend ausgesprochenen Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln.

§. 26. Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, sind für die todte Hand im Wege der Reichsgesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig.

Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden.

§. 27. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

Ohne Entschädigung sind aufgehoben:

1) die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, sowie alle anderen, einem Grundstück oder einer Person zuständigen Hoheitsrechte;

2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnisse, Exemptionen und Abgaben jeder Art;

3) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

§. 28. Alle übrigen, unzweifelhaft auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß der Berechtigten oder des Verpflichteten, insofern die Gesetzgebung nicht die unentgeltliche Aufhebung einer oder der anderen begründet findet. Die näheren Bestimmungen hierüber und über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen.

Es soll fortan kein Grundstück, weder durch das Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einseitige Verfügung mit einer unablösbaren Rente belastet werden.

Digitized by Google

Alle Zehnten sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten.

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

§. 29. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eignem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist.

§. 31. Die Familienfideikommisse sind aufgehoben.

Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten.

Die Bestimmungen über die Familienfideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben den Landesgesetzgebungen vorbehalten.

Gleiche Bestimmungen, wie für die Familienfideikommisse gelten für die Stammgüter.

§. 32. Aller Lehensverband ist aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen.

§. 33. Die Strafe der Gütereinziehung soll nicht stattfinden.

Wenn gleich diese Bestimmungen einer nochmaligen Lesung und Beschlußnahme unterliegen, bevor sie für ganz Deutschland als Gesetz verkündet werden können, so ist doch mit aller Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß die Hauptgrundsätze, welche bei der ersten Berathung aufgestellt wurden, und theils die unentgeltliche Aufhebung, theils die Ablösbarkeit verschiedener Reallasten aussprechen, im Wesentlichen auch bei der zweiten Berathung ungeändert, jedenfalls ohne weitere Beschränkungen zum Nachtheile der bisher Verpflichteten werden angenommen werden.

Es können nunmehr wenige Wochen verfließen, bis die 2te Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes beendet sein wird.

Das Reichsministerium des Innern sieht sich hierdurch, um die Durchführung dieser Beschlüsse, wodurch viele auf dem Landvolke haftende, zum Theil sehr beschwerliche Lasten, ihrer völligen Aufhebung oder doch Ablösung entgegengeführt werden sollen, so viel als möglich zu beschleunigen, veranlaßt, an alle deutschen Regierungen die dringende Aufforderung zu stellen, daß schon jetzt in allen deutschen Einzelstaaten die Vorbereitungsarbeiten begonnen werden, welche zur möglichst schnellen Verwirklichung jener Beschlüsse dienen können.

Das eigene Interesse aller deutschen Regierungen fordert, daß der großen Masse des deutschen Volkes jene materiellen Erleichterungen, die es in Folge der März-Revolution zu hoffen berechtigt ist, so bald als möglich zu Theil werden, daß der Bauernstand in Deutschland von dem Drucke, der Jahrhunderte lang auf ihm gelegen, völlig befreit und durch den unmittelbaren Gewinn, der dadurch für seinen Wohlstand erwächst, zur Ueberzeugung gebracht werde, daß der friedliche und gesetzmäßige Weg, welchen die deutsche Reichsversammlung eingeschlagen, für ihn nicht fruchtlos geblieben ist. Es wird aber auch die möglichste Beschleunigung aller zur Durchführung jener Beschlüsse erforderlichen Maßregeln das Interesse der bisher Berechtigten wesentlich fördern, indem dadurch alle jene Unsicherheit des Besitzstandes und des Werthes von liegenden Gütern aufgehoben werden kann, die seit Monaten andauert und den Realkredit in seinen Grundfesten erschüttert.

Das Reichsministerium des Innern glaubt sich der sicheren Erwartung hingeben zu dürfen, daß alle deutschen Regierungen eifrigst bemüht sein werden, dieser Aufforderung zum Wohle der großen Zahl aller Grundeigenthümer bereitwillig zu entsprechen und sich dadurch in der Zufriedenheit der zahlreichsten Volksklasse die sicherste Bürgschaft der Fortdauer eines geordneten Rechtszustandes zu verschaffen.

Frankfurt a. M., den 22. Okt. 1848.

Der Reichsminister des Innern.
Schmerling.

Berlin. Der König ist über die Ereignisse von Montag sehr unzufrieden, und die Königin hat mit Schauder vernommen, daß man die Leichen wiederum ins Schloß gebracht und dort aufgestellt hat. Die Folge davon ist, daß die Uebersiedlung des Hofes nach Berlin nicht stattfindet, daß die Winterresidenz vielmehr im Schlosse von Charlottenburg aufgeschlagen wird. Es werden dort bereits alle nothwendigen Einrichtungen getroffen.

General **Wrangel** erhält sich beim König fortwährend in großer Gunst. Aus einer zuverlässigen Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß große Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, denselben bald zum Oberbefehlshaber der preußischen Truppen ernannt zu sehen.

Die **Urlaubsgesuche** von Seiten der Abgeordneten haben bereits eine solche Ausdehnung gewonnen, daß theils durch die Abwesenheit der Mitglieder, theils durch die Anwesenheit der Stellvertreter, die äußere Physiognomie unserer Nationalversammlung eine ganz andere geworden ist. Auch bei den Abstimmungen macht sich dieser Umstand sehr bemerklich. Ein dritter Punkt von wesentlicher Bedeutung ist der, daß auch den beurlaubten Abgeordneten die Diäten gezahlt werden. Wie es heißt, beabsichtigt der Minister des Innern, diesem letztern Uebelstande entgegenzutreten.

Frankreich.

□ **Paris**, 21. Okt. Eine Nebenfrage wurde in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung gegen den Antrag des Kriegsministers Generals Lamoriciere entschieden, und es heißt, er wolle deswegen seine Entlassung geben. Es handelte sich nämlich, wie wir bereits berichtet haben, um die Frage, ob es den Militärpflichtigen ferner gestattet sein solle, sich durch Stellvertreter ersetzen zu lassen oder ob, nach dem preußischen jetzt für ganz Deutschland vorgeschlagenen Systeme ein jeder Kriegspflichtige fortan selbst eintreten müsse. General Lamoriciere beantragte, hiervon für jetzt Umgang zu nehmen und die Erledigung dieser Frage auf die organischen Gesetze zu verschieben. Er gab unter anderen auch den Grund an, **die Regierung sei im Begriffe eine Aushebung von 80 bis 90,000 Mann zu beantragen.** Man möge vorläufig der Sache ihren Gang und der Regierung Zeit lassen, der Versammlung ein System vorzuschlagen, das allen Anforderungen entspräche. Aber die N.-V. entschied auf den Antrag von Thiers und anderen Abgeordneten und zwar mit 503 gegen 259 Stimmen die Sache sofort zur Erledigung zu bringen. Heute sprach nun der Abgeordnete Thiers gegen die Abschaffung der Stellvertretung. Er sagte, entweder behalte man bei dem vorgeschlagenen veränderten Systeme die bisherige Dienstzeit von 7 Jahren ungefähr bei, oder man verkürze dieselbe bedeutend. Im letzteren Falle werde man die Armee um ihren eigentlichen Vorzug bringen. Sie werde wohl geeignet bleiben mit Muth und Enthusiasmus für eine Idee zu kämpfen, nicht aber mit Ausdauer, Verachtung aller Mühseligkeiten und Uebung in jeder praktischen Geschicklichkeit das Kriegswesen mit kaltem Blute, unbedingtem Gehorsam und trefflicher Disziplin zu treiben. General Dupont habe bei Baylen die bekannte unrühmliche Kapitulation nur eingehen müssen, weil sein Korps zwar aus tapferen und feurigen, aber nicht aus alten, kriegsgewohnten Soldaten bestand, und darum wohl geeignet war, sich mit Ruhm zu schlagen, aber nicht lange Strapatzen und schwere Entbehrungen zu tragen. Langer Kriegsdienst allein mache den rechten Soldaten, so hätten Napoleon, Eugen, Montecuculi und viele andere Meister geurtheilt, die freilich Aristokraten (Heiterkeit), aber doch keine schlechten Kriegsmänner gewesen wären. Lasse man es aber bei der bisherigen Dienstzeit, dann wäre es ungerecht solche Männer, die ihre ganze, ihnen angemessene und vielleicht der Welt zu hohem Nutzen gereichende Laufbahn dadurch einbüßen müßten, denen gleich zu stellen, die dadurch nur gewinnen, besser gekleidet und genährt werden und dann wieder ruhig ihren blos mechanischen Beruf ergreifen. Auch das Prinzip der Freiheit wolle, daß man Verträge nicht verbiete, die aus freier Wahl zu beiderseitigem Nutzen geschlossen würden, dem Armen Brod, und dem Manne von Talent die Möglichkeit sicherten, dieses auszubilden, wozu er, wenn mit bedeutenden Anlagen begabt, immer die Mittel finde. Daß die jetzige Bestimmung und Einrichtung der Stellvertretung schlecht sei, gab der Redner zu, aber er wollte nur diese, nicht das Prinzip geändert wissen. General Lamoriciere, der davon ausgeht, letzteres selbst sei nicht demokratisch, will es doch auch nicht sogleich aufgehoben haben. Es soll nur kein Handel mehr mit der Militärstellvertretung getrieben werden dürfen, sondern dieselbe von dem Staate selbst in Ausführung gebracht werden. Er wies nach, wie die Privatindustrie gewöhnlich Soldaten liefere, die physisch und moralisch schlecht zu nennen seien. Ueberhaupt wären von 100 Dienstpflichtigen in der Regel 55 untauglich, von den übrigen 45 ließen sich höchstens 8 als eine Minorität ersetzen, wegen deren Ausnahmegesetze zu machen, nichts weniger als repr-

Digitized by Google

Uebersicht.

Auch ein Vorschlag zur Lösung der österreichischen Frage.

Deutschland. Frankfurt (Amtliches. Prinz Adalbert von Preußen. General Mensdorf.) Wien (Reichstagsverhandlungen. Adresse an den Kaiser und Proklamation an die Völker Oesterreichs. Die Pläne der kaiserlichen Generale. Kundgebungen aus den Provinzen.) Berlin (Altmärkischer Communal-Landtag. Meuchelmord.)

Auch ein Vorschlag zur Lösung der österreichischen Frage.

Das Verhältniß Oesterreichs zum deutschen Bundesstaate ist das Kolumbusei, an dem sich seit Wochen die Politiker innerhalb und außerhalb der Paulskirche die Köpfe zerbrechen und für das sich leider noch kein Kolumbus gefunden hat.

Auch wir vermessen uns nicht, ein solcher zu sein; aber wenigstens auch einen Vorschlag zu machen, sei uns erlaubt, der neben den vielen bereits gemachten dem staatsmännischen Urtheil unserer Volksvertreter unterbreitet werden mag.

Zwei Thatsachen bilden für uns die Ausgangspunkte bei Betrachtung der österreichischen Frage. Die eine Thatsache ist, daß ein Bundesstaat im wahren Sinne des Wortes, ein Bundesstaat, wie wir ihn haben wollen und müssen, nicht Theile in sich schließen kann, die zugleich mit einem andern Staate organisch verbunden sind. Ist dem so, dann folgt von selbst, daß das deutsche Oesterreich, so lange es in dem gegenwärtigen Verbande mit den übrigen österreichischen Staaten verbleibt, unmöglich zum deutschen Bundesstaate gehören kann. Zum Beweise dessen bedarf es nur der einfachen Hindeutung darauf, daß unmöglich die deutschen Provinzen Oesterreichs zugleich von der deutschen Centralgewalt und Nationalversammlung zu Frankfurt und von dem zu ⅔ aus Nichtdeutschen bestehenden Wiener Reichstage aber dem von letzterm abhängigen Gesammtministerium für die österreichischen Staaten Befehle empfangen können.

Die zweite Thatsache ist nun aber die, daß die deutschen Länder Oesterreichs, nach der Stimmung des weit überwiegenden Theils ihrer Bevölkerung, aus ihrem gegenwärtigen Verbande mit dem übrigen Oesterreich nicht heraustreten wollen. Belege dafür hat die Presse, haben die österreichischen Abgeordneten in den Berathungen der Klubs und zum Theil auch schon auf der Tribüne beigebracht. Auch das ist bereits nachgewiesen und unsres Erachtens niemals genügend widerlegt worden: daß Deutschland selbst ein größeres Interesse daran habe, den österreichischen Gesammtstaat erhalten, ja gestärkt zu sehen, als daran, um den Preis der Auflösung dieses Staats einzelne Theile desselben unauflöslich sich einzuverleiben.

Bei so bewandten Umständen wird Deutschland zwar nicht die deutschen Brüder in Oesterreich von sich stoßen oder ausschließen, wenn dieselben dennoch auf die Bedingung ihrer Lossagung vom Gesammtverbande Oesterreichs ihm sich anschließen wollten; allein es muß auch gerüstet sein auf die andere, nach unserer Meinung ungleich wahrscheinlichere Eventualität, daß sie es nicht wollen oder nicht können.

Deutschland wird in diesem Falle nicht mit Gewalt die Widerstrebenden an sich ketten wollen — es wäre das eben so unklug, als einer großen und freien Nation unwürdig. Nicht gezwungene Unterthanen, sondern freie Theilnehmer des nationalen Einigungswerkes wollen wir in dem verjüngten Deutschland haben — wenn auch geringer an Zahl, werden wir ja doch stärker sein, als wenn wir größere Massen, aber widerstrebende, gewaltsam zusammenbänden. Aber so ganz und gar ohne Weiteres lasgeben, was Jahrhunderte lang zu Deutschland gehörte, das können wir wahrlich auch nicht. Unbestritten ist, daß wir das formelle Recht haben, Oesterreich bei uns festzuhalten, denn der deutsche Bund, dessen Mitglied Oesterreich war, ward gegründet als ein „unauflöslicher Verein", aus welchem herauszutreten keinem Mitgliede frei stand*), der Bundesstaat aber, den wir jetzt bauen, ist nur eine Fortsetzung und Weiterbildung des aarmaligen deutschen Bundes, wie Oesterreich selbst dies anerkannt hat durch Beschickung des Frankfurter Parlaments, sowie dadurch, daß sein Bundestagsgesandter es war, der, als Präsidialgesandter des Bundestags, alle Rechte dieses Letztern förmlich und feierlich der vom Parlament geschaffenen Centralgewalt übertrug. Wie könnten also rechtlich Oesterreich zwingen, dem neuen Bundesstaate, den es mitbegründen half, auf die Bedingungen hin sich anzuschließen, welche die konstituirende Nationalversammlung, einschließlich der darin tagenden österreichischen Abgeordneten, für unerläßlich finden wird. Wir werden das nicht thun; wohl aber werden wie über den Austritt des deutschen Oesterreichs mit diesem und mit dem österreichischen Gesammtstaate unterhandeln; wir werden Bedingungen stellen, wie sie das Wohl Deutschlands, wie sie unsre Recht auf eine fortdauernde engere Beziehung zu den deutschen Theilen Oesterreichs und unsre Pflicht, für die Erhaltung deutscher Nationalität in denselben zu sorgen, gebieterisch erheischt, Bedingungen, die eben so sehr im wohlverstandenen Interesse Oesterreichs selbst liegen, als in dem unsern. Wir können und dürfen nicht die künftige Verbindung der deutsch-österreichischen Länder mit Deutschland dem ungewissen Zufall wechselnder Verträge preisgeben, wir müssen Bürgschaften suchen für einen innigeren und dauernderen Verband, als einen blos völkerrechtlichen.

Aber welcher Art soll dieser Verband sein?

Nahe liegt es hier, an eine Fortsetzung des alten Bundesverhältnisses zu denken. Man hat davon gesprochen, Oesterreich solle auch ferner mit Deutschland einen Staatenbund bilden, nach Maßgabe der Bundesacte und der Schlußacte, vielleicht mit einigen Modifikationen, während daneben Deutschland und Oesterreich, jedes für sich, einen engeren staatsrechtlichen Verband darstellen würden. Diese Gedanke leidet indessen an einer innern Unklarheit. Das Eigenthümliche des Staatenbundes beruht darauf, daß mehrere, an sich selbstständige Staaten sich in gewissen Beziehungen zu einer gemeinsamen Leitung ihrer Angelegenheiten vereinigen und insoweit sich einer gemeinsamen Regierung unterwerfen. Ein solches Verhältniß zwischen dem Gesammtstaat Oesterreich und dem Bundesstaat Deutschland ist unmöglich. Nimmermehr könnten wir uns einer Gewalt im Voraus unterwerfen, an welcher ein fremder Staat, das halb slawische, halb magyarische, halb deutsche Oesterreich einen entscheidenden Antheil hätte, heiße sie nun Bundestag oder wie sonst. Das vertrug wohl der alte Staatenbund, der nur eine staatliche Scheinexistenz hatte; das verträgt aber nicht der Bundesstaat, den wir jetzt schaffen wollen und müssen. Oesterreich seinerseits könnte es eben so wenig. Aber es gibt, glauben wir, ein Mittleres zwischen den Formen eines Staatenbundes und jenen rein völkerrechtlichen Verhältnissen, welche lediglich auf vorübergehenden Verträgen beruhen.

Um ein solches Verhältniß, wie wir es uns denken, klar zu machen, müssen wir vor Allem erwägen: in welchen Richtungen läßt unser Interesse an den deutschen Ländern Oesterreichs, unser Recht auf und unsre Pflicht gegen sie einen fortdauernden, gesicherten, innigen Zusammenhang mit denselben für uns als nothwendig erscheinen? Und hierbei möchten folgende Punkte hauptsächlich in Betracht kommen:

1) Die Bewohner der deutschen Provinzen Oesterreichs haben ein Recht darauf, von ihren Brüdern im deutschen Bundesstaate nicht aufs Neue durch eine hermetische Grenzsperre getrennt, nicht wieder als Ausländer behandelt zu werden. Dasselbe Recht haben wir dem deutschen Oesterreich gegenüber.

Die erste Vertragsbedingung, die wir Oesterreich zu stellen und zu bieten hätten, wäre daher die: vollständige Freizügigkeit seiner und unsrer Staatsangehörigen in den beiderseitigen Staatsgebieten, also auch freier Gewerbbetrieb für die Bürger des einen Staates in dem andern Staate unter den gleichen Bedingungen, wie für die eigenen Staatsangehörigen, Gleichstellung der beiderseitigen Lehranstalten in Bezug auf die Vorbereitung zu Staatsämtern u. dgl. m. Es wäre dies aber auch nicht blos auf die deutschen Bewohner und die deutschen Gebietstheile Oesterreichs zu erstrecken, sondern auf alle ohne Unterschied, einmal, weil eine Abgrenzung dieser Art im Innern Oesterreichs (die Existenz eines Gesammtstaats auf volksthümlicher Basis vorausgesetzt) sich nicht wohl denken ließe, sodann, weil der freieste Wechselverkehr Deutschlands auch mit den nichtdeutschen Ländern Oesterreichs, namentlich Ungarn, von den größten Vortheilen für diese wie für jenes sein würde.

2) Die Bewohner der zum ehemaligen deutschen Reiche

*) Wiener Schlußakte Art. V.

Digitized by Google

gehörigen Länder Oesterreichs haben ein Recht auf volle Erhaltung ihrer Nationalität, Sitte und Sprache, und wir unsererseits haben ebensowohl eine Pflicht und ein Interesse daran, daß diese Erhaltung ihnen garantirt werde.

Daraus folgt, als zweite Bedingung, daß wir verlangen müssen: Oesterreich solle in die Grundverfassung seines Gesammtstaats eine solche Garantie als unverbrüchliches und niemals aufzuhebendes Grundgesetz aufnehmen. Diese Garantie wäre übrigens auf sämmtliche deutsche Bewohner Oesterreichs auszudehnen, wogegen wir die gleiche Garantie für die slawische Nationalität in unserem Staatsgebiete aussprechen.

Was die sonstigen Grundrechte anlangt, so bedürfen für diese die Deutschen in Oesterreich wohl kaum einer besonderen Garantie von Seiten Deutschlands, da die konstitutionelle Entwickelung der österreichischen Gesammtlande ohnehin ihnen solche sichert, und es in ihrer Hand liegt, für diese Entwickelung nach Kräften thätig zu sein.

3) Der deutsche Bundesstaat sowohl als die deutschen Provinzen, haben das stärkste Interesse Oesterreichs in Bezug auf alle materielle Verkehrsverhältnisse in die engsten Beziehungen sowohl unter sich als mit den nichtdeutschen Gebietstheilen Oesterreichs zu treten.

Daher also als integrirender Bestandtheil sowohl der deutschen als der österreichischen Reichsverfassung die Bestimmung: daß bei allen Handels- und Schifffahrtsverträgen der österreichische Staat den deutschen, und umgekehrt, jederzeit mindestens den meistbegünstigten Staaten gleichzustellen habe.

Welche Einigungen sodann im Speziellen in Betreff des Zoll- und Handelswesens, der Schifffahrt der Posten, Eisenbahnen, Telegraphen, der Münzen, Maße und Gewichte, der Handels- und anderer Gesetze und Gerichtsformen u. dgl. zwischen beiden Reichen eintreten möchten, dieses bliebe besonderen Vereinbarungen auf dem weiter unten bezeichneten Wege vorbehalten.

4) Es bleibt nun noch ein Punkt übrig, allerdings der wichtigste von allen: das Verhältniß der beiden Staaten zu einander in Bezug auf Krieg und Frieden. Hierüber dürfte Folgendes festzusetzen und ebenfalls durch die beiderseitigen Verfassungen unverbrüchlich zu garantiren sein:

a) Oesterreich und Deutschland versprechen sich gegenseitig, sich niemals mit Krieg zu überziehen, vielmehr etwaige Streitigkeiten unter einander auf einem anderen, friedlichen Wege (der sogleich näher bezeichnet werden soll) beizulegen.

b) Beide Staaten garantiren sich gegenseitig ihren gegenwärtigen Besitzstand. Wird einer von beiden von einer dritten Macht in diesem Besitzstande angegriffen, so ist der andere verpflichtet, ihm mit seiner diplomatischen Vermittelung und nöthigenfalls mit seiner Heeresmacht beizustehen. Für diese Fälle ist das Maß der Hilfe genau zu bestimmen, die das eine Reich dem andern zu leisten hat. Es versteht sich, daß in solchen Fällen kein Reich ohne das andere einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen darf.

c) Will eines der zwei Reiche einen Angriffskrieg gegen eine fremde Macht führen, so ist das andere zwar nicht zu einer positiven Hilfeleistung, wohl aber zu einer strengen Neutralität verpflichtet.

Nach Feststellung solcher Bestimmungen würde sich das Verhältniß der Diplomatie der beiden Reiche an den fremden Höfen zu einander von selbst regeln, ohne daß es nöthig wäre, der Selbstständigkeit einer von beiden Abbruch zu thun.

Die obigen vier Kardinalpunkte wären nun theils, wie schon gesagt, in die Verfassungen beider Reiche, des deutschen und des österreichischen, aufzunehmen, theils aber auch noch in einer besondern Unionsverfassung zwischen beiden vertragsmäßig festzustellen. Ein Unionsgericht, von beiden Reichen gemeinschaftlich besetzt, würde die Aufrechthaltung dieser Unionsverfassung in allen ihren Theilen überwachen; ein von beiden Reichen beschickter Unionstag würde deren Ausführung und, wo nöthig, Weiterbildung vermitteln. Dem Unionsgerichte stünde es zu, streitige Rechte zwischen den beiden Reichen friedlich auszutragen. Der Unionstag würde die beiderseitigen Interessen nach allen Seiten hin zu verknüpfen und auszugleichen haben; seine Aufgabe wäre es insbesondere auch, über gemeinsame Beziehungen nach Außen, gemeinsame Kriegserklärungen und Friedensschlüsse das Nöthige vorzuberathen. Seine Beschlüsse, da sie blos die Kraft vertragsmäßiger Vereinbarungen, nicht gesetzgeberischer Entscheidungen hätten, unterlägen der Bestätigung der beiderseitigen Reichstage. Doch ließe sich wohl eine Form finden, um bei einer Verwerfung durch den einen oder andern dieser letzteren eine nochmalige Vermittlung durch den Unionstag anzubahnen. Was dagegen im Unionsvertrage selbst festgesetzt wäre, das bliebe unter allen Umständen bindend für beide Theile und könnte nur durch eine neue Uebereinkunft mittels des Unionstages, unter genau vorgeschriebenen, möglichst erschwerenden Formen, abgeändert werden.

Auf solche Weise wäre die Selbstständigkeit beider Reiche vollkommen gewahrt und doch ein ungleich innigeres, dauernderes und festeres Band zwischen ihnen geknüpft, als das eines blos völkerrechtlichen Vertrages. Daß zur Durchführung eines solchen Verhältnisses der gute Wille der Völker, getragen von der Macht der Verhältnisse und der Gleichartigkeit der Interessen, das Beste thun müßte, versteht sich von selbst, aber dieser gute Wille würde nicht ausbleiben, eben weil er in der Natur der Dinge begründet wäre.

Wir resümiren also unsern Hauptgedanken in Folgendem: Die deutsche Reichsversammlung möge aussprechen: sie wolle das Recht auf die Einverleibung des deutschen Oesterreichs in den zu gründenden deutschen Bundesstaat, welches ihr unzweifelhaft zusteht, unter der Bedingung aufgeben, wenn Oesterreich als Gesammtstaat auf einen Unionsvertrag mit Deutschland in dem oben bezeichneten Sinne eingehe. Es werden sodann darüber Unterhandlungen zwischen ihr und der österreichischen Regierung, dem Reichstage zu Wien, vielleicht auch dem von Letzterm vorgeschlagenen allgemeinen Kongresse österreichischer Völkerschaften stattfinden müssen. Geht man dort auf diesen Gedanken ein — und man wird es, wenn man seinen Vortheil recht versteht — so wird ein mächtiges Oesterreich einem durch Einheit und Gleichartigkeit seiner inneren Struktur starken Deutschland die Bruderhand zum innigen Bunde reichen, zu einem Bunde der 70 Millionen freier Völker, der die fruchtbarsten und gewerbfleißigsten Länder des Kontinents, der die lebhaftesten Handelsstraßen und weite Küstenstriche an beiden Hauptmeeren der alten Welt in sich schlösse, und der im Herzen Europa's und zugleich an der Schwelle des Orients thronend, Jenem den Frieden dictiren, Diesem die Errungenschaften europäischer, deutscher Kultur und Humanität zuführen würde. K. B.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Okt. Die O. P. A. Z. erklärt amtlich: Der Reichsverweser hat heute Mittags dem königl. schwedischen Generallieutenant von Mansbach eine besondere Audienz ertheilt, und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Majestät des Königs von Schweden und Norwegen entgegengenommen. Dieses königliche Schreiben, welches hierher durch den genannten Generallieutenant in der Eigenschaft eines Gesandten in besonderer Sendung überbracht wurde, beantwortet in verbindlichster Weise die seiner Zeit durch den Gesandten Welcker nach Schweden beförderte amtliche Benachrichtigung wegen der Errichtung der provisorischen Centralgewalt.

* **Frankfurt**, 22. Okt. Prinz Adalbert von Preußen ist gestern hier angekommen und hat heute mit Hrn. Camphausen bei dem Erzherzog-Reichsverweser gespeist. Graf Mensdorf, direkt aus dem kaiserlichen Hoflager zu Ollmütz hier eingetroffen, hat sofort eine Audienz bei dem Reichsverweser gehabt.

△ **Wien**, 17. Okt. Morgensitzung des konst. Reichstags. An der Tagesordnung ist ein Antrag, ein Gesetz zum Schutze der Versammlung betreffend. Borrosch bemerkt, daß kein Gesetz gegen Reaktion oder Anarchie schützen könne — es vertraut auf die edle Bevölkerung Wiens. Die Verhandlung darüber wird auf spätere Zeiten beseitigt. — Schuselka berichtet, daß die Abgeordneten Robert Blum, Julius Fröbel, Hartmann und Tambusch von der Frankfurter Linken eine Adresse überbracht haben, worin die Anerkennung für die Verdienste des Reichstags und des Volkes ausgedrückt ist. Wird mit stürmischem Beifall aufgenommen. Löhner zeigt schriftlich seine Ankunft und seine Erkrankung an. Er schildert die Stimmung Mährens als radikal, die des Hofes als ein Gemisch von abnormer Furcht und reaktionären Gelüsten. Das Militär sei auf das Höchste erbittert — der Kaiser selbst schwach, aber wie jederzeit edel gesinnt. Er stellt seinerseits die Bitte, der Reichstag möge sich an den Erzherzog Johann um persönliche Vermittlung zwischen dem Volk, dem Militär und dem Hofe wenden. Schuselka berichtet ferner, daß der Ausschuß gegen die

Digitized by Google

Mißhandlungen der Bürger durch das Militär in der Umgegend energisch protestirt habe. Es wird eine neue Adresse an den Kaiser vorgeschlagen, um eine klare Antwort zu erhalten, da die letzte alle Zustände in der bisherigen Ungewißheit läßt. Der Ausschuß wird mit der Abfassung derselben in folgendem Sinne beauftragt: der Kaiser möge den Befehl erlassen, daß sich die Truppen aus Niederösterreich zurückziehen, daß die Besatzung von Wien auf die nothwendigste Anzahl eingeschränkt und das Militär auf die Constitution vereidigt werde und nur auf das Verlangen der höchsten Civilbehörde einschreiten dürfe. Se. Maj. möge so schnell als möglich dem Versprechen gemäß ein volksthümliches Ministerium ernennen. Die Adresse wird der noch in Ollmütz verweilenden Deputation zugesandt werden. Der Constitutions-Ausschuß stellt den Antrag, daß jeder Reichstagsabgeordnete, der ein Staatsamt angenommen, sich einer neuen Wahl unterziehen müsse. Borrosch macht den Zusatz, daß kein Minister als Abgeordneter im Hause Sitz und Stimme haben dürfe. Die Debatte wird als zweite Losung betrachtet, da nach Zählung des Hauses die Versammlung noch in 194 Mitgliedern besteht, also beschlußfähig ist. — Präsident Smolka zeigt an, daß der Telegraph in Lundenburg durch das Militär geschlossen ist. — (Spätere Nachrichten sagen, daß die Eisenbahn bis Gloggnitz von den Soldaten zerstört ist.)

Der Nordbahn wird auf Anfrage die wiederholte Weisung gegeben, kein Militär nach Wien zu befördern. Das Verlangen dazu ist ihr in Ollmütz gestellt worden. — In der Abendsitzung wird eine Proklamation an die Völker Oesterreichs beschlossen, worin der Reichstag erklärt, warum Wien in Vertheidigungsstand gesetzt und warum Wien als Centralpunkt im Interesse der österreichischen Völker zu betrachten sei.

Als Nothwendigkeit der Vertheidigung Wiens sei die thatsächliche Bedrohung der Hauptstadt anzuführen und eine Schilderung des Verhaltens der Armeen vor Wien, Entwaffnung der Umgegend, Mißhandlungen der Bürger, ja selbst einzelner Abgeordneten ꝛc. hinzuzufügen. Diese Proklamation soll der Adresse an den Kaiser beigelegt werden.

Da die Abgeordneten alle Briefe mit Spuren der Eröffnung erhielten und von ihren Committenten dieselbe Klage einläuft, so stellt Schüselka den Antrag, die Behörden seien durch das Ministerium aufzufordern die Proklamation des Reichstags an die Völker Oesterreichs zu verbreiten und das Briefgeheimniß zu wahren. Wird angenommen.

18. Okt. Heute früh um 8 Uhr war anhaltender Kanonendonner in der Richtung von Semmering zu vernehmen. Man hielt es Anfangs für einen Angriff der Ungarn — später wurde es als eine Feier der Armee für den Jahrestag der Schlacht bei Leipzig bezeichnet. — Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, daß deutsche Reichstruppen unter dem Kommando des Fürsten Reuß in Böhmen eingerückt seien — so unwahrscheinlich und so unverbürgt dieß Gerücht an sich ist — so erfaßt man es doch allgemein mit fieberhafter Begierde — man glaubt was man so sehnlich wünscht!! — Von den Ungarn ist heute alles still. — Pulski dürfte doch am besten unterrichtet sein, wenn er sagt seine Landsleute würden auf deutschem Boden nicht angreifen! — Briefe aus den Provinzen sagen, daß die Armee um Wien auf 100,000 Mann erhöht werden soll, sogar aus Italien sollen 25,000 Mann Truppen abgegangen sein mit Raketenbatterien — gegen eine solche Macht kann sich Wien auf die Länge nicht halten — ohne die Hülfe Deutschlands verfällt es den Slawen?? — Wir haben die Herzensergießungen unserer beiden verehrten Correspondenten über die Magyaren in aller Ausführlichkeit mitgetheilt, damit bei uns das Gerede von diesen Vorkämpfern der Freiheit endlich verstummt, damit man endlich einsehe, daß die Magyaren ganz eben so wie die Slaven, und eben so wenig im deutschen Interesse, nur ihre egoistischen Interessen verfolgen. Der eigensinnige Egoismus aber, muß entweder siegen oder sich beugen; der Verständige wird durch verständige Befriedigung versöhnt. Von diesem Punkt aus wird sich der Verlauf der Dinge in Oesterreich bestimmen. Es gibt eine Partei des Kampfes und eine der Vermittlung. Die Adresse des Reichstags, die ja auf die Gesammtstaatsidee des Hofes einging, wurde bei diesen gut aufgenommen; aber daneben spricht die kais. Antwort immer noch von Herstellung der Ordnung und ungestörter Berathung des Reichstags. Der Reichstag hat eine bestimmte beruhigende Antwort verlangt, aber auf der andern Seite muß er nun, nachdem mindestens ein Theil seiner Wünsche gewährt, nachdem sein Streben für Gesetz und Ordnung anerkannt worden, noch entschiedener als bisher von der Partei des Kampfes und der Anarchie sich lossagen. Daß er von der ersten beherrscht, von der zweiten bedroht war, läßt sich wohl nicht leugnen. Daher die Aufforderung zu deversionem Verhalten, die den strategischen Rücksichten nicht entspricht; denn mag immerhin die Stadt nicht einzunehmen sein, so ist es um so leichter durch unthätiges Einschließen der Hebel der Bewegung und die einzige Gewähr des Sieges die Kampflust in Begeisterung abzustumpfen — wenn man den Kampf will, so muß man ihn bald wollen, die Aussicht für den Erfolg möge sein welche sie wolle —; daher das strenge Disciplinargesetz mit seinen Bestimmungen gegen Ungehorsam der Anführer und seiner Eidleistung für den konstitutionellen Thron. Daher die Vorlage des Gesetzes zum Schutz der Abgeordneten, die freilich von Borosch noch mit einer Phrase beseitigt wurde; daher endlich die neue Proclamation an die Völker Oesterreichs, eine Rechtfertigung des Reichstags von den Provinzen über seinen Antheil an der Wiener Bewegung. Bei der Debatte darüber zeigte sich der Zwiespalt zwischen den Männern des Kampfes und den Männern der Vermittlung. Virland, der Wiener Radikale, wollte zugleich mit der Rechtfertigung die Aufbietung des Landsturms; energisches Einschreiten sei die sicherste Waffe gegen die Feindee der Freiheit, die nichts anders im Sinne hätten, als die mit Blut erkämpften Errungenschaften zu schmälern. Borrosch, der slawische Radikale, ist dagegen, weil die kriegerische Maßregel mit der friedlichen Vermittlung durch einen Völkerkongreß sich nicht vertrage. In gleichem Sinne sprachen mehrere Polen; Polocki erinnert an das Jahr 1846 in Gallizien. So zeigen sich die nationalen Gegensätze auch hier auf den Sitzen der entschiedensten Freiheitspartei; aber es zeigt sich auch, daß die Ansichten nicht blos nach Nationalitäten sich scheiden. Denn Schuselka verwahrt sich gegen das Aufgebot mit den bedeutsamen Worten: er habe den frühern Machthabern Trotz geboten, er werde auch den jetzigen Trotz bieten, und wenn tausend Sturmpetionen auf ihn eindrängen. Eine Erläuterung hierzu gibt eine Sturmpetition von vielen hundert Weibern der niedersten Volksklasse, um Aufbietung des Landsturms. Dies erinnert an die Amazonen der Halle in der französischen Revolution. Virland nahm seinen Antrag zurück, wenn auch gegen seine bessere Ueberzeugung, an deren Ernst und Redlichkeit wir nicht zweifeln. Im Reichstag scheint man also über Friede und Versöhnung einig; es wird sich darum handeln, ob auch auswärts die gleiche Stimmung durchdringt. Ein Nachlassen der kriegerischen Aufregung ist offenbar zu bemerken; man wird in unsern Briefen die Spuren davon finden; die Enttäuschung von Seiten Ungarns und der Provinzen, die Anhäufung von Truppen um Wien, die Hoffnung auf deutsche Hülfe wirken zusammen, denn die letzte, das wird man einsehen, darf nur der Sache des Gesetzes, der Ordnung und konstitutionellen Freiheit gelten. Siegt diese nicht in der Wiener Bevölkerung, so steht noch ein blutiger und wahrscheinlich ein letzter Kampf bevor, der einer völligen Restauration die Thore öffnen würde. Es wäre das schönste Glück für Deutschland, wenn die Friedensbotschaft seiner Abgesandten die belebende Hoffnung auf die Vermittlung seines Reichsverwesers das Schwert in der Scheide hielte und den Gedanken der Versöhnung nährte, bis es der wirklichen Vermittlung gelänge, einen besseren Zustand herbeizuführen, zur wahren Einigung beider Länder, gleichviel in welcher Form, und zum Heile von ganz Europa.

* **Wien.** Ueber die Plane der kaiserl. Generale kommen wichtige Aufklärungen zur Oeffentlichkeit. Wir haben schon gemeldet, daß Windischgrätz den Oberbefehl übernimmt. Kuranda's „Ostdeutsche Post" enthält folgende nähere Angabe: „Jellacic wird die Avantgarde gegen Ungarn bilden, theils wegen des Feldzugs, der dort beginnen soll, theils um deutsche Protestationen zu beseitigen. Das Armeekorps soll auf 80,000 Mann erhöht werden. Mit Wien gedenkt man „en passant fertig zu werden." Der Hauptschlag ist auf Pesth gerichtet. Sobald Windisch-Grätz eingetroffen ist, wird ein Kriegsrath entscheiden, ob das ganze Heer so lange vor Wien bleiben soll, bis sich die Stadt ergibt, oder ob der Feldzug gegen Ungarn sogleich eröffnet wird. Beide Ansichten haben starke Vertreter." Damit stimmen genau die Erklärungen überein, welche die Prager Deputation in Ollmütz von dem Kaiser selbst und seiner Umgebung erhielt. Wie das C. Bl. a. B. berichtet, wurden die Deputirten auf's Beste vom Kaiser empfangen, bezüglich ihrer Vermittelungsanträge aber erklärte er ihnen, daß

Digitized by Google

in dieser Angelegenheit an einen Mittelweg nicht mehr zu denken, und sein Entschluß fest gefaßt sei. Fürst Lobkowitz gab die weitere Versicherung, daß an den Errungenschaften des März und Mai nicht das Geringste geschmälert werden soll, daß die Maßregeln gegen Wien kein Bombardement und keine Freiheitsschmälerung bezwecken, sondern daß man blos durch eine enge Cernirung die Bürgerschaft zwingen wolle, die Proletarier und die akademische Legion selbst zu entwaffnen und den Frieden und einen geregelten Zustand herzustellen. Ungarn allein sei es, und Pesth insbesondere, gegen das mit aller Strenge verfahren werden soll. Bis zum 19. Okt. soll die Cernirung Wiens durch 30 Bataillone Linientruppen, 22 Eskadrons Kavallerie und 8 Batterien Artillerie, nebst den kroatischen Schaaren, bewerkstelligt werden, und um dieselbe Zeit auch die Belagerung Pesth's beginnen. In diesem letztern Zwecke werden sich die polnische und serbische Armee konzentriren und auch das Truppenkorps des Generals Roth, das nicht gefangen sei, zu ihnen stoßen. — Die Gerüchte von russischer Hilfe erhalten sich fortwährend. Die Truppenanhäufungen an der galizischen Grenze nehmen immer zu. Die „Bresl. Ztg." spricht von einer Uebereinkunft, nach welcher die russische Armee in Krakau einrücken solle, sobald in Wien die Republik proklamirt werden oder in Galizien und Krakau ein Aufstand ausbrechen sollte.

Die Allg. Z. veröffentlicht zwei wichtige Kundgebungen aus den deutschen Theilen Oesterreichs. Die eine kommt aus Eger, der deutschen Grenzstadt Böhmens. Sie findet in den Wiener Ereignissen die Erinnerung an die Zeit der ersten französischen Revolution und mit ihr an den Terrorismus und seine Folge, den Untergang der Freiheit durch Militärdespotie. Die Völker Oesterreichs, Deutsche, Slawen, Magyaren und Italiener, wollen die Freiheit, aber die Freiheit des Friedens. Alle Nationalitätsfragen müssen in den Hintergrund treten vor ihrer Begründung und Erhaltung gegen die Anarchie. Darum erklären die Bürger Egers, daß sie zur Wiederherstellung der Ordnung, zur Erhaltung einer großen und mächtigen konstitutionellen Monarchie im Einklange mit Deutschland, ihren czechischen Brüdern des Landes die Hand reichen, der Regierung aber gegen jeden usurpirenden Eingriff willfährig alle ihre Kräfte zur Verfügung stellen. Ebenso aber erkennen sie den Reichstag als einzig sichere Grundlage des Thrones, und erklären es als Feigheit und Verrath am Volke wie am Kaiser, wenn die Repräsentanten des Volks jetzt den Reichstag verließen, denn dort allein könne die Anarchie bekämpft werden. Die Adresse ist unterzeichnet vom Bürgerausschuß im Namen der gesammten Bürgerschaft. — Die zweite ist der Entwurf einer Adresse an den Kaiser, die in Botzen vorbereitet wird. Erschüttert von den Wiener Ereignissen, aufgerufen durch „das große Wort des kaiserl. Manifestes", schaaren sich die Unterzeichner um den konstitutionellen Kaiser; kein böses Beispiel soll ihre Anhänglichkeit schwächen, sie wollen immerdar frei und ledig bleiben, von was immer für Erfolgen der Umsturz- wie der Rückschrittspartei, die leider den Untergang des Throns und der Volksfreiheit, je wüthender sie sich bekämpfen, nur um so gewisser herbeiführen. Sie stellen sich um den Thron des einigen und ganzen Oesterreichs, halten mit der vollsten Kraft des Vertrauens an den vom Kaiser zugestandenen Rechten und Freiheiten, und wollen als deutscher Volksstamm durch das deutsche Kaiserhaus den innigen, zur Erhaltung der Einheit und Größe Oesterreichs unerläßlichen Anschluß an Deutschland." — Das provisorische Komite in Steiermark hat beschlossen, beim Ministerium anzufragen, welche Deputirte Steiermarks ohne Urlaub abwesend sind, und dann die Abwesenden aufzufordern, entweder zurückzukehren oder ihr Mandat niederzulegen. Dasselbe Komite hat den Landsturm aufgeboten zur Besetzung der Nordostgrenze gegen Oesterreich und Ungarn, welche bedroht sind durch ein von Jellacic getrenntes kroatisches Armeekorps von 15,000 Mann, das unter General Theodorovich nach seiner Heimat zurückkehrt, und im Fall einer Feindseligkeit von steirischer Seite verheerend einzufallen droht. — Die Separatversammlung in Brünn scheint von den czechischen Deputirten aufgegeben. Die Allgem. Oest. Z. enthält darüber folgende, wie es scheint, offiziöse Mittheilung: „Wir vernehmen soeben aus ziemlich zuverlässiger Quelle, daß die beabsichtigte Zusammenkunft eines Theiles der czechischen Abgeordneten und seiner parlamentarischen Meinungsgenossen entweder gar nicht, oder doch nur zu dem Zwecke stattfinden dürfte, um sich in Brünn, wo man das kaiserliche Hoflager hinlänglich nahe zu beobachten Gelegenheit hatte, und wo der Wechselverkehr mit Wien ein viel regerer als in Prag ist, über die veränderte Sachlage völlig zu informiren, und das parlamentarische Benehmen für die Rückkehr nach Wien zu besprechen."

Nach dem „Const. Bl." aus Böhmen soll nun eine Deputation nach Brünn gehen, um sich mit den dort eintreffenden Deputirten über einen Ort zu verständigen, wohin der Reichstag verlegt werden könnte; man nennt als solchen Kremsier, die Residenz des Erzbischofs von Ollmütz. Nach anderen Nachrichten fürchteten die Abgeordneten in Brünn einen übelen Empfang. — Die Stimmung in Böhmen scheint sich ganz zur Vermittelung zu neigen. Zwar haben die Deputirten von ausschließender Nationalitätstendenz die „Slowanska Lipa" dahin gebracht, daß sie ihr Benehmen guthieß; indeß machten sich auch in ihrem Schooße Stimmen für die Vermittelung geltend, und die öffentliche Stimme scheint mit jener Billigung nicht einverstanden. Man fürchtet sichtbar die Folgen, die ein völliger militärischer Sieg für die Freiheit haben könnte.

* **Berlin**, 20. Okt. In der heutigen Sitzung der Nat.-Versammlung trugen die Abgeordneten **Bergmann** und **Pilet** darauf an, den Zusammentritt von Communal-Landtagen nicht ferner zu dulden. Für den 6. Nov. ist nämlich ein Communal-Landtag der Altmark ausgeschrieben, welcher in bisheriger Weise abgehalten werden soll. Pilet, ein klarer, scharfsinniger Jurist, dessen Berichterstattung über die unentgeltliche Aufhebung der bäuerlichen Lasten allgemeine Anerkennung gefunden hat, beleuchtete unter großer Heiterkeit den Anachronismus, in welchen das Ministerium verfallen ist, indem es einen Landtag ausschrieb, worin neben sämmtlichen Rittergutsbesitzern, etwa 120, 8 städtische und 4 ländliche Abgeordnete sitzen. Der Antrag ward an die Organisations-Kommission zur schleunigsten Berichterstattung überwiesen.

Gestern Morgen wurde ein Schutzmann, welcher ruhig patrouillirend in der Rosenthalee Straße auf- und abging, meuchlings durch einen Schuß getödtet.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

[950] **Stand der Lebensversicherungs-Bank für Deutschland in Gotha am 1. Oct. 1848.**

Versicherte	15,060	Pers.
Summe der bestehenden Versicherungen	23,988,700	Thlr.
Hiervon neuer Zugang seit 1. Januar:		
Versicherte	610	Pers.
Versicherungssumme	1,116,600	Thlr.
Einnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Januar	743,000	„
Ausgabe für 226 Sterbefälle	344,200	„
Betrag der verzinslichen Ausleihungen	5,168,000	„
Gesammtfonds	5,314,000	„
Dividende für 1848, aus 1843 stammend	26	pCt.
Dividende für 1849, aus 1844 stammend	26	pCt.

Versicherungen werden vermittelt durch

Joh. Martin Guttenbeeger.

Frankfurt a. M., im Oktober 1848.

[951] Im Verlage von F. A. Brockhaus in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Kritische Schriften.

Zum ersten Male gesammelt und mit einer Vorrede herausgegeben von

Ludwig Tieck.

Zwei Bände.
Gr. 12. Geh. 3 Thlr.

Die kritischen Leistungen Tieck's, sowohl die seiner Jugend als die des reifern Alters, waren bisher noch niemals gesammelt erschienen, ja diejenigen aus einer frühern Periode theilweise selbst nicht unter dessen Namen bekannt, sondern wurden andern Autoren zugeschrieben. Es wird daher diese Sammlung für die zahlreichen Freunde des Verfassers von hohem Interesse sein.

Verlag der **Wetdmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lewes & Co. 12 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. H. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 286. Frankfurt a. M., Mittwoch 25. October. 1848.

Uebersicht.

Die Debatte in der Nationalversammlung über Oesterreichs Stellung zu Deutschland. II.

An den Redacteur.

Deutschland. Wien (Zwei Proclamationen. Die Censur der Freiheit. Magyarische Mystification. Blum als Legionär. Zustände und Stimmungen in den Provinzen. Die Korrespondenz Latour's.) Prag (Aeußerungen aus Windisch-Grätz. Die Nordbahn in der Gewalt des Militärs. Die Stimmung. Aufhören der Truppensendungen. Adressen an den Reichstag.) Aus Tirol (Stimmung des Landes.) Berlin (Bericht der Centralabtheilung über den zweiten Titel der Verfassungsurkunde. Ruhe nicht gestört. Schlesische Landwehr.) Köln (Zusammenkunft der constitutionellen Vereine.) Posen (Polnischer Fanatismus. Die Gallizier verlangen einen Sonderreichstag.) München (Einzelheiten über die Excesse.) Nürnberg (Generalsynode. Ruft. Reformationsfest.) Stuttgart (Die Reform der Kirchenverfassung.) Ulm (Bekanntmachung in Folge der Excesse.) Schleiz (Regierungswechsel.) Altenburg (Streit über die Reichstruppen. Vertagung des Landtags. Hannöverische Truppen erwartet.) Schleswig-Holstein (Landesversammlung. Schreiben Stedmann's. Die Theilungsvorschläge.) Oldenburg (Flotte. Officiersschule.) Aus dem Mecklenburgischen (Die beiden Mecklenburg. Herz Karsten. Marine.)

Schweiz. Zürich (Italienische Flüchtlinge und Kriegsgerüchte. Asylrecht in Baselland. Urtheile über die deutsche Note und ihre Beantwortung.)

Ungarn. (Kossuth's Pläne.)

Rußland. Petersburg (Tod des Schach von Persien. Panslawismus. Friedensgerüchte vom Kaukasus.)

25. October.

In der gestrigen Debatte wurde die österreichische Frage endlich auf den Standpunkt geführt, von welchem allein eine praktische Lösung derselben möglich und wahrscheinlich sein dürfte. Der Abg. Mühlfeld hat das Verdienst, der Erste gewesen zu sein, der diesen Standpunkt scharf und entschieden hervorhob. Unumwunden und ohne sentimentale Schönthuerei sprach er es aus: daß Oesterreich ebensowenig auf die Bedingungen der §§. 2 ff. eingehen, als Deutschland seinerseits von denselben abgehen könne, daß daher Oesterreich aus dem bundesstaatlichen Verhältnisse mit Deutschland ausscheiden und in ein blos völkerrechtliches, wenn schon der innigsten Art, zu ihm treten müsse. Mit unerbittlicher Schärfe wies er alle die Schwierigkeiten nach, welche sich der Durchführung jener §§. in Oesterreich entgegenstellten, die Unwahrscheinlichkeit, daß die Bevölkerungen selbst sich eine solche Losreißung von den übrigen Theilen der Monarchie, mit denen sie durch tausenderlei Beziehungen verwachsen seien, gefallen lassen würden, und die moralische Unmöglichkeit, in solchem Falle mit Gewalt den Anschluß derselben an Deutschland zu erzwingen. Endlich schilderte er mit lebhaften Farben die allseitigen Vortheile des Nebeneinanderbestehens eines starken österreichischen Föderativstaates und eines eben so starken, einheitlich gestalteten Deutschlands, beide zu einem festen Bunde vereinigt durch das ihnen gemeinsame Element deutscher Nationalität und deutscher Bildung, und in dieser Vereinigung weithin herrschend in Europa, nach Osten und Südosten.

Auch Vincke kam in seiner, wie gewöhnlich zum größten Theile der Widerlegung von Einzelheiten gewidmeten Rede eigentlich auf dasselbe Resultat, wie Mühlfeld, hinaus; auch er beanspruchte für Oesterreich, um seiner selbst wie um Deutschlands willen, eine Ausnahmestellung nicht in, sondern neben dem deutschen Bundesstaate. Dennoch wollte er die Frage nicht jetzt zur Entscheidung getrieben, sondern deren definitive Lösung verschoben wissen, weil gegenwärtig Oesterreich nicht in der Lage sei, sich zu entscheiden oder auch nur Verhandlungen anzuknüpfen, weil man die dort herrschende Verwirrung durch ein solches Drängen nur noch vermehren würde.

Vincke deutete am Schlusse seiner Rede auch auf den Verdacht hin, der hier und da ausgesprochen worden sei, als könnten die Abgeordneten Preußens den Austritt Oesterreichs gern sehen, weil dadurch der Gedanke an Preußens Hegemonie in den Vordergrund trete. Er wies diesen Argwohn für sich und seine Landsleute entschieden zurück. Er gedachte dabei der Propaganda eines jetzt hier weilenden ehemaligen preußischen Ministers für eine Dreiherrschaft an der Spitze Deutschlands, und versicherte, daß derselbe in keiner Weise weder im Auftrage der Krone noch der Regierung von Preußen handle.

Wir freuen uns dieser offenen Erklärung des Hrn. v. Vincke, wir schenken ihr um so mehr Glauben, als die rücksichtsvolle Zögerung, durch welche derselbe der österreichischen Regierung die letzte schmerzliche Entscheidung in einem Augenblicke der Verwirrung und der Ungewißheit über ihre eigene Lage gerne ersparen möchte, nicht im Plane dessen liegen könnte, der um jeden Preis Oesterreich aus Deutschland hinauszutreiben wünschte, um darin für Preußen offenes Feld zu schaffen.

Der dritte Redner im gleichen Sinn war der Abgeordnete Biedermann. Nur in zwei Punkten wich er von den beiden andern Rednern ab. Erstens wollte er nicht, wie v. Mühlfeld, die Freiheit, auszutreten, für Oesterreich ohne Weiteres aussprechen, vielmehr dasselbe seiner Verpflichtungen, die es kraft des noch nicht erloschenen Rechts des alten Bundes auf „Unauflöslichkeit" habe, nur dann entlassen, wenn es dafür in ein bestimmtes Vertragsverhältniß zu Deutschland trete, in ein Verhältniß, welches Deutschland wenigstens in den wesentlichsten Beziehungen jenen fortdauernden innigen Zusammenhang mit den deutschen Theilen Oesterreichs sichere, der auf dem Wege der bundesstaatlichen Einigung wohl nicht zu erreichen sein möchte. Darum erklärte er sich gegen Mühlfeld's Antrag: man solle die §§. 2 und 3 ohne jeden Zusatz hinstellen, Oesterreichs Sache werde es dann sein, sich zu erklären, ob es denselben sich unterwerfen oder wegen seines Ausscheidens aus dem Bunde unterhandeln wolle. Für's Zweite rieth der Redner entschieden ab von jedem Aufschub der Lösung dieser Frage. Jetzt eben sei der rechte Moment dafür, jetzt müsse es sich zeigen, ob die neueste Bewegung in Wien, die man fortwährend als eine deutsche anpreise, eine solche wirklich sei, ob das deutsche Element die Kraft und den Willen habe, durchzubrechen durch alle Schranken, die seine völlige Verschmelzung mit Deutschland hemmen wollten. Jetzt, wo ein Völkerkongreß aus allen Theilen der österreichischen Monarchie deabsichtigt werde zur Feststellung ihrer gegenseitigen Verhältnisse, müsse auch die deutsche Bevölkerung sich darüber klar werden, welches Verhältniß sie für sich in ihrer Stellung zu Deutschland zu vertreten und geltend zu machen habe. Eine rasche Entscheidung sei ferner darum nöthig, weil man nicht mit Sicherheit im Verfassungswerk vorgehen könne, so lange man nicht wisse, ob man dasselbe für ein Deutschland mit Oesterreich oder ohne Oesterreich gründe.

Der Redner, die für die Durchführung der Personalunion um jeden Preis sprechen, wie Schneider und Wagner, erwähnen wir eben so wenig besonders, wie derer, welche eine Vermittlung im Geiste des Verbleibens Oesterreichs im deutschen Bundesstaate versuchten, wie Kaiser und Beidtel. Wie schätzbar auch Einzelnes sein mochte, was namentlich Kaiser für die Untrennbarkeit Oesterreichs, Schneider dagegen für dessen Zertheilung anführte, so ward doch dadurch ein neuer Gesichtspunkt für die Frage im Allgemeinen nicht gewonnen.

Wichtig dagegen zur Charakteristik der Parteien scheint uns die Opposition, welche zwei als Verkämpfer der ultramontanen

Digitized by Google

Richtung bekannte Redner, Clemens und Reichensperger, gegen die §§. 2 und 3 erhoben. Der Grund dieser Opposition drückte namentlich aus der Rede des Abgeordneten Clemens ziemlich deutlich hervor: es ist die Furcht vor einer Uebermacht Preußens — der protestantischen Großmacht — in Deutschland; es ist der Wunsch, Oesterreich im Bundesstaate zu erhalten, um daran einen Rückhalt gegen jene Macht und gegen das Ueberwiegen des protestantischen Elements in Deutschland überhaupt zu haben. Hier zuerst spielte offenbar ein Partei-Interesse in die Debatte über eine Frage herein, die bis dahin, wie Bincke mit Recht billigend bemerkte, sich über allen Parteistandpunkten gehalten hatte.

Herr Redakteur!

In der „Reichstagszeitung" Nr. 129 wird gesagt: „dagegen hat Hr. Biedermann ebenfalls vom Bürgerverein zu Zwickau, wo er gewählt ist, ein Mißtrauensvotum erhalten; warum tritt er nicht selbst aus?"

Ich erkläre diese Behauptung für eine Lüge.

Frankfurt, 21. Okt.

K. Biedermann,
Abg. zur Nat.-Verf. für Zwickau, Schneeberg, Kirchberg und Umgegend.

Die vorstehende Erklärung habe ich gleichzeitig auch an die „Reichstagszeitung", mit dem Ersuchen um sofortigen Abdruck gesandt. K. B.

Deutschland.

Wien. Die schon von uns erwähnten Proklamationen lauten

An meine Völker!

Als Mich die zu Wien am 6. Okt. verübten Frevelthaten bewogen, eine Stadt zu verlassen, welche der Tummelplatz der wildesten und verworfensten Leidenschaften geworden war, konnte Ich Mich noch der Hoffnung hingeben, daß der verbrecherische Wahnsinn eines Theiles ihrer Bevölkerung nicht von Dauer sein würde. Ich konnte von dem sonst so gesunden und rechtlichen Sinne der Bewohner Meiner Haupt- und Residenzstadt erwarten, sie würden selbst nach Kräften dazu beitragen, damit dem verkannten Gesetze Achtung, den Verbrechern die verdiente Strafe, der Stadt die bedrohte Sicherheit für Leben und Besitz in kürzester Frist wieder werden möge.

Diese Erwartung ist getäuscht worden.

Nicht nur, daß es den Urhebern des Aufstandes in Wien gelang, die an sich gerissene Gewalt durch eine Schreckensherrschaft, die in der Geschichte nur ein Beispiel kennt, über die theils durch Furcht gelähmte, theils in wilden Rausch versetzte Stadt zu befestigen, und dadurch die Rückkehr zur Gesetzlichkeit innerhalb der Mauern Wiens zu vereiteln, — auch über diese Mauern hinaus erstreckte sich mit steigendem Erfolge die unheilvolle Wirksamkeit ihrer anarchischen Bestrebungen. Mit einer im offenen Aufstande begriffenen Nachbar-Provinz wurden hochverrätherische Verbindungen angeknüpft, nach allen Theilen Meiner Staaten Boten entsendet, um unter dem gleisnerischen Vorwande, als gelte es, die bedrohte Freiheit zu wahren, auch dort, wo die Ordnung bisher nicht gestört worden war, das Banner der Empörung aufzupflanzen, und Meine eben noch so friedlichen, einer gesetzlichen Entwickelung freier Zustände entgegensehenden Lande den Gräueln der Anarchie, des Bürgerkrieges und des Unterganges preis zu geben.

Seit meiner Thronbesteigung war das Wohl Meiner Völker Meine Lebensaufgabe. Die Geschichte Meiner Regierung, die Geschichte der letzten sieben Monate insbesondere, wird dies einst bezeugen. Aber es hieße, den Mir von der Vorsehung auferlegten Pflichten untreu werden, wollte Ich länger ein Treiben gewähren lassen, welches den Thron und die Monarchie an den Rand des Abgrundes führt, und an die Stelle der von Mir gewährleisteten verfassungsmäßigen Freiheit, einen Zustand schrankenloser Gewaltherrschaft zu setzen bestissen ist.

Dieser Pflichten eingedenk, sehe Ich Mich daher mit blutendem Herzen genöthigt, dem sein Haupt nunmehr ohne Scheu erhebenden Aufruhr in Meiner Residenzstadt sowohl als allenthalben, wo er sich zeigen sollte, mit Anwendung der Waffengewalt entgegen zu treten und solchen zu bekämpfen, bis er gänzlich überwunden, Ordnung, Ruhe und Gesetzlichkeit wieder hergestellt, und die Mörder Meiner treuen Diener, der Grafen Lamberg und Latour, dem rächenden Arme der Gerechtigkeit überliefert sind.

Um diesen Zweck zu erreichen, entsende Ich aus verschiedenen Theilen der Monarchie Streitkräfte gegen Wien, den Sitz der Insurrektion, und ertheile meinem Feldmarschall-Lieutenant, Fürsten von Windischgrätz, den Oberbefehl über sämmtliche Truppen im ganzen Bereiche Meiner Monarchie, Meiner Staaten, mit alleiniger Ausnahme der unter dem Kommando Meines Feldmarschalls Grafen Radetzky stehenden italienischen Armee. Zugleich versehe Ich besagten Fürsten mit den entsprechenden Vollmachten, damit er das Werk des Friedens in Meinem Reiche nach eigenem Ermessen in möglichst kurzer Zeit vollbringen könne.

Nach Bezwingung des bewaffneten Aufruhrs und Wiederherstellung der Ruhe, wird es die Aufgabe Meines Ministeriums sein, im Einklange mit den Mitgliedern des konstituirenden Reichstages durch gesetzliche Regelung der bisher mit zügellosem Mißbrauche gehandhabten Presse, des Vereinsrechtes und der Volkswehr einen Zustand herbeizuführen, der, ohne der Freiheit nahe zu treten, dem Gesetze Kraft und Achtung sichern soll.

Indem Ich diese, im Bewußtsein Meiner Pflichten und Meiner Rechte mit unerschütterlicher Festigkeit gefaßten Beschlüsse Meinen Völkern kund gebe, versehe Ich Mich der aufrichtigen und kräftigen Mitwirkung aller derjenigen, welchen das Wohl ihres Kaisers, ihres Vaterlandes, ihrer Familien und die wahre Freiheit am Herzen liegen, und die in Meinem gegenwärtigen Entschlusse das einzige Rettungsmittel erkennen werden, um die Monarchie vor dem Zerfalle, sie selbst vor den Gräueln der Anarchie und der Auflösung aller geselligen Bande zu bewahren.

Ollmütz, den 16. Oktober 1848.

(L. S.) Ferdinand m. p.

Weffenberg.

Wir Ferdinand der Erste, konstitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn ꝛc. entbieten Unseren getreuen Völkern Unseren väterlichen Gruß.

Durch die blutigen Ereignisse, welche seit dem 6. d. Unsere Haupt- und Residenzstadt Wien in einen Schauplatz anarchischer Wirren umgewandelt haben, auf das Tiefste betrübt und in Unserem Innersten erschüttert, sahen Wir Uns genöthigt, Unseren Sitz zeitweilig nach Unserer königlichen Hauptstadt Ollmütz zu verlegen.

Mit gleicher Betrübniß erfüllt Unser Herz die eintretende Nothwendigkeit, zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung und zum Schutze der an den Gräueln des Aufstandes nicht betheiligten Staatsbürger militärische Maßregeln zu ergreifen; doch wollen Wir, daß in der Anwendung dieses Uns abgedrungenen äußersten Mittels nur so weit gegangen werde, als es zur Herstellung der Ruhe und Sicherheit und zum Schutze Unserer getreuen Staatsbürger, so wie zur Aufrechthaltung der Würde Unseres konstitutionellen Thrones nöthig sein wird.

Es ist Unser fester, unveränderlicher Wille, daß die Unseren Völkern gewährten Rechte und Freiheiten, wenn sie auch von einzelnen Böswilligen oder Mißgeleiteten mißbraucht worden sind, in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert bleiben, und Wir verbürgen solche neuerdings durch Unser königliches Wort.

Auch wollen Wir, daß die von dem konstituirenden Reichstage bereits gefaßten und von Uns sanktionirten Beschlüsse, namentlich jene über die Aufhebung des Unterthanen-Verbandes, der Entlastung und Gleichstellung des Grundbesitzes gegen die im Prinzipe vom Reichstage anerkannte billige Entschädigung aufrecht erhalten und Unserer bereits erlassenen Anordnung gemäß in Vollzug gebracht werden.

Ebenso ist es Unser fester Wille, daß das begonnene Verfassungswerk von dem konstituirenden Reichstage in einer der vollen Gleichberechtigung aller Unserer Völker entsprechenden Weise ungestört und ununterbrochen fortgesetzt werde, damit solches in Bälde meiner Sanktion unterlegt und einem gedeihlichen Ende zugeführt werden könne.

Dieses möglich zu machen, wird der Gegenstand Unserer ernsten Sorgfalt sein, und Wir rechnen dabei auf die Einsicht, Anerkennung und Loyalität Unserer getreuen Völker.

Gegeben in Unser k. Hauptstadt Ollmütz, den 19. Okt. 1848.

(L. S.) Ferdinand, m. p.

Wessenberg, m. p.

Wien. Die Allg. österr. Z. vom 20. Okt. enthält Folgendes: „Berichtigen müssen wir die Nachricht in der Augsburger allgemeinen Zeitung, welche behauptet, daß die hiesigen Blätter seit dem 6. Oktober nur in Fragmenten erscheinen. Wir wenig-

Digitized by Google

stens und soviel wir wissen, die Redaktionen fast aller bedeutenden Blätter in Wien haben sich bemüht, die Zeitungen so regelmäßig wie sonst erscheinen zu lassen." Woher kommt es aber, daß das Journal des österr. Lloyd uns um 8 Tage verspätet, auf einem halben Bogen zukommt, und nichts enthält, als streng thatsächliche Referate, während die Allg. österr. Z. allerdings vollzählig und mit donnernden Artikeln gegen Reaktion und Kamarilla angefüllt ist? „Die Redaktoren der gemäßigten Blätter, sagt ein Brief des N. Korr., sind entweder flüchtig, oder getrauen sich aus Furcht vor einem gewaltsamen Tode nicht, die Wahrheit auch nur verblümt zu sagen."

Wien. Nachstehende in der Allg. österr. Z. vom 21. Okt. enthaltene Erklärung wird entweder als ein Mittel, um die Stimmung in Wien zu heben, oder als eine neue magyarische Mystifikation zu betrachten sein: „Es verbreitet sich hier allgemein das Gerücht, daß die Ungarn sich feig zurückgezogen haben und der Hr. ungar. Staatssekretär Pulsky eine offizielle Note an den österr. Reichstag abgesandt habe, worin derselbe erklären soll, daß die muthigen Wiener, die sich so brav für die Interessen Ungarns geschlagen haben, sich nunmehr um Hülfe an den Reichsverweser und nicht an die Ungarn halten könnten. Ich bin ermächtigt, diese Note dahin zu erklären, daß sie blos lediglich eine Privatmeinung des Hrn. Pulsky und keinesfalls eine offizielle Note des ungar. Reichstags war. Hr. Pulsky ist bereits selbst in's Lager abgereist, wo sich Kossuth schon befindet, und ich hoffe, der Angriff der Ungarn wird nächstes Tage erfolgen." Neuwirth.

Wien. Der Bresl. Z. wird berichtet, daß die Deputirten der Linken in Frankfurt, unter ihnen Hr. Robert Blum, sich als Legionäre haben einkleiden und bewaffnen lassen.

† Aus Tyrol, 15. Okt. Geht es zu Ende mit Oesterreich und was wird aus uns? so fragt man sich jetzt auch in unserer Bergveste. So lange es nur immer geht wird man sie dem Kaiser zu erhalten suchen, das ist gewiß, trotz der vielen Stimmen, die der kaiserlichen Wirrniß, Trostlosigkeit und aller Sünden dieses Regiments längst satt, begehren, man solle der natürlichsten Stütze, dem guthaushaltenden Nachbar sich zugesellen, — oder wie die Bauern rundheraus sagen „bayerisch werden". — Die Dinge in Wien seit dem 6. lehren uns auf Selbsterhaltung und Schutz zu denken. Wir haben nichts zu erwarten von einem Kaiser auf der Flucht, von seiner Umgebung, vom aufgelösten Ministerium, vom Reichstag und der Aula; — nicht Jellacic und nicht Radetzky wird uns retten, — es ist eine Lage der bedenklichsten Art. Im äußersten Winkel gelegen vergißt man uns leicht in diesem Trubel, aus dem Innern des zerrütteten Reiches, das ein Schlachtfeld für die ergrimmten Nationalitäten zu werden droht, welche weder der Radikalismus des Reichstags noch die Intriguen der Geheim-Regierung zu vereinen und zu säuftigen vermochte, kommt für uns keine Hilfe. Und zu dieser inneren Verlassenheit droht an unserer Grenze der Wiederausbruch des Krieges mit Italien, vielleicht selbst ein Aufstand diesseits derselben in den trennungslustigen, wälschen Kreisen. Unsere Optimisten des alten Systems sehen ihr Heil in der Bombardirung Wiens und wollen die Monarchie retten durch einen Kampf Aller gegen Alle. Sie bedenken nicht, daß ein Bürgerkrieg nothwendig wird, um mit Gewalt herzustellen, was man versäumt hat mit offenem, ehrlichem Verfahren durchzusetzen, die Einheit des Staates auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung Aller. Sie werden dadurch sicher nichts beitragen, Tyrol zu schonen in seiner Verlassenheit. Zum Glücke gewinnt eine besonnene Mehrheit die Oberhand, die am rechten Orte nach Hilfe sucht. Der Zug unserer Lebensströme geht nach Deutschland. Die Reichsgewalt muß uns schützen und leiten. Wir hören, es treten demnächst die tyrolischen Stände wieder zusammen, um in diesen schweren Zeiten das Geeignete zu beschließen. Zweifelsohne nehmen sie den allgemein anerkannten Gedanken auf, — sobald die Unmöglichkeit erwiesen ist, von der österreichischen Staatsgewalt Weisungen und Unterstützung zu erhalten, sobald wir ohne Regierung sind, was jetzt beinahe schon gesagt werden kann, den Reichsverweser zu bitten, Tyrol für seinen Landesfürsten durch einen Reichsbeamten verwalten zu lassen. Wir rechnen auch zuversichtlich auf einen Einmarsch von Reichstruppen, sobald dem Waffenstillstand erneuerte Feindseligkeiten folgen werden. Die Spannung im Lande ist ungemein und man muß dabei die Ruhe des Volkes, das so viele gerechte unbefriedigte Wünsche auf dem Herzen hat, ehrend anerkennen.

* Zu der beherzigenswerthen Schilderung unseres verehrten Korresp. aus Tirol fügen wir eine kleine Nachlese von provinziellen Stimmen hinzu, um dieses wunderbar dissonante Völkerkoncert Oesterreichs anschaulich zu machen, das doch wieder in manchen Punkten nicht minder wunderbar zusammenstimmt. Nur ein Staatsmann fehlt! ein Staatsmann! der diese Punkte zu finden und darauf zu bauen wüßte; dann würden wir nicht an Oesterreichs Zukunft verzweifeln. Ohne zu verlieren dürfte Oesterreich ein Königreich, sein italienisches Königreich, hingeben für diesen Staatsmann. Zwei bezeichnende Aeußerungen wollen wir einander gegenüberstellen, um auf einen Punkt zu deuten, in dem eine große Mehrzahl übereinstimmen wird. Die eine wird der „Allg. Ztg." aus Prag geschrieben: „Es ist eine irrige Ansicht, daß die jetzige Erhebung Wien's eine deutsch-nationale sei — sie ist blos gegen die gefürchtete Militärherrschaft gerichtet. Auf Seiten der akademischen Legion stehen eine Menge Slawen, bereit für die Völkerfreiheit, nicht aber für ein nationales Prinzip zu kämpfen. Man will nur, daß Oesterreich nicht blos slawisch werde." Die andere ist die naive Aeußerung eines Klagenfurters: „Ich bin kein Wühler, aber die Sereschaner vor Wien, das ist doch zu arg." Klagenfurt ist keine besonders liberale, keine schwarz-roth-goldene Stadt; für eine enge Verbrüderung, wenn auch nicht Verschmelzung mit Deutschland, ist nach einer andern Mittheilung in der Allg. Z. die Mehrheit auch in Kärnthen gestimmt. Sind auch viele scheu und bang geworden, so ist doch die ganze Bevölkerung der Rückkehr der sicheren Zustände entgegen. Auf nichts hat die Kamarilla zu allen Zeiten mehr gerechnet als auf die dumpfe Anhänglichkeit des Landvolks; aber auch hier steht ihr ein tiefgewurzeltes Mißtrauen und die Sorge für das eigene Interesse entgegen. Die Landleute fürchten die Wiedereinführung der Zehnten und Roboten. Daher die Versicherung des Gegentheils in allen kaiserlichen Manifesten und sogar aus dem kaiserlichen Munde. Die Verpflegungslasten für die ungeheueren Truppenmassen trägt auch das Ihrige zu der Mißstimmung bei. — Wenn man in Böhmen im ersten Moment die alten excentrischen Nationalitätshoffnungen und das Gelüste nach Vereinigung mit Mähren gehegt hat, so kommt man sichtlich davon zurück; die Kühnheit der Deputirten, die selbst Reaction nicht fürchten, wenn es die Nationalität gilt, findet bei der großen Mehrzahl keinen Anklang, und über die Mährische Stimmung hat man sich entschieden getäuscht; Brünn und selbst Ollmütz haben sich für Wien erklärt. Eine merkwürdige Seite der czechischen Bestrebungen, denen die Consequenz Niemand absprechen wird, ist die Organisirung der Nationalgarde, die man nicht nach Gemeinde, sondern nach Distrikten eintheilen, und in einen einheitlichen Körper verwandeln will. So wären die deutschen Kreise dem Prager Kommando, und zwar ausdrücklich in czechischer Sprache, unterworfen. In vielen Gymnasien wird jetzt nur in der czechischen Sprache vorgetragen werden, an der Universität Deutsch und Czechisch; in Prag gibt es zwei czechische und ein deutsches Lyceum. — Der deutsche Centralverein in Reichenberg fordert die deutschen Dorfgemeinden in Böhmen auf, den deutschen Vereinen Vertrauensmänner namhaft zu machen, mit denen sich jene wegen Wahrung deutscher Interessen ins Einvernehmen setzen können; er beschloß ferner eine Anerkennungsadresse an den Wiener Reichstag, einen Aufruf an sämmtliche Wahlbezirke Böhmens, alle Reichstagsdeputirten, die sich entfernt hatten, zur schleunigen Rückkehr aufzufordern, erklärt sich gegen einen etwaigen Landtag in Prag, der von keinem Bezirk zu beschicken sei, ermuntert endlich die deutschen Bezirke zum Vertrauen auf den Wiener Reichstag, und macht sie auf die Gefahr aufmerksam, welche dem Vaterland durch die Ausführung der in der Kundmachung der Prager Stadtverordneten ausgesprochenen Ansichten erwüchse. Wir müssen gestehen, daß wir die gestern mitgetheilte Adresse aus Eger dieser Kundgebung vorziehen. Die Akten des deutschen Centralvereins scheinen uns durchgängig mehr Opposition gegen die Czechen, und zwar die excentrischen Czechen, zu verrathen, als eine wahrhaft kluge und ausgleichende Politik. —

Wenn im Vorstehenden starke Gegengewichte gegen reaktionäre Bestrebungen enthalten sind, so scheinen dieselben für die Gesammtstaatsbestrebungen nicht in gleichem Maße vorhanden. Ueber die Stimmung der großen Mehrzahl der Deutschen über diesen Punkt haben wir berichtet; nun scheinen selbst die Ungarn dieser Idee sich zu nähern. Die Allg. Z. brachte ein Schreiben eines Ungarn und macht besonders aufmerksam auf dessen Schluß: „ein Kampf

Digitized by Google

vor Wien kann entscheidend sein darüber ob Oesterreich ein slawisches Reich wird, oder eine Monarchie mit einem föderativen Band mehrerer zielzüngiger Länder."

Die gewichtigste Frage ist nur, was die Ungarn unter dem Föderativ-Bande verstehen, ob allein die schwache dynastische Verknüpfung allenfalls mit einigen formalen Modifikationen — wie so vielfach bei uns geschieht —, oder die wirkliche Föderativverfassung, die neben den Rechten der Bundesglieder auch eine einheitliche Gewalt aufstellt! Davon wird Kampf oder Friede abhängen; denn Ungarn ist der eigentliche Feind, gegen den sich die Gewalt der Waffen kehrt. Die Magyaren haben übrigens zur Nachgiebigkeit alle Ursache. Oesterreichische Sympathien im Lande und in der Armee, die Festungen in den Händen kaiserlicher Truppen, kaiserliche Heere in Gallizien und Mähren, die slawischen Komitate unruhig, Siebenbürgen in offener Opposition, kroatische Armeen widerstandsfähig an den Grenzen, die Serben zu Einfällen bereit — Gründe genug zur Bekehrung. Auf serbischem Boden wurde der neue Waiwade Suplikatz mit Jubel empfangen. Am 7. sollte eine Generalkongregation der serbischen Nation in Karlowitz stattfinden. Griechische Freischaaren treffen im Lager von St. Thomas ein. Die entwaffneten Kroaten vom gefangenen Roth'schen Armeekorps eilen zum Theil den Serbiern zu Hülfe. — In Heermannstadt (Siebenbürgen) haben am 2. d. M. die Sachsen und Walachen eine Zusammenkunft gehalten und einander Treue geschworen. In Blasendorf wurden am 30. Sept. die ungarischen Gesetze auf öffentlichem Markte verbrannt. — Aus dem Kövarer Distrikt in Siebenbürgen wird berichtet, daß sämmtliche Walachen daselbst und im Kraszuaer Komitate im Aufstand sind. Der Sammelplatz ist in Raszód, wo Oberst Jovics und Oberstlieutenant Urban Waffen und Geld unter das Volk vertheilen. Die Masse soll schon bei 10,000 Mann stark sein, und bereits haben sie die Distriktskasse von Kovar geplündert, in welcher etwa 18,000 fl. K.-M. vorfindig waren. Die Ungarn flüchten sich nach Nagy-Banya.

Einen interessanten Aufschluß über die Triebfedern des magyarischen Widerstandes gibt die Veröffentlichung der Papiere Latour's in dem Wiener „Radikalen." Was dieser darin sucht, ist nicht darin zu finden; die Aktenstücke kompromittiren den unglücklichen Minister durchaus nicht, dessen Schuld wahl überhaupt mehr in einer Sünde gegen die gerechte und weise Politik, als in einem aktenmäßig zu beweisenden Verbrechen besteht.

Dagegen finden sich sehr interessante, für den Kriegsminister eher ehrenvolle Mittheilungen in der Korrespondenz. Was wir oben ankündigten, ist folgende Briefstelle von Prokesch: „Was mich am meisten drückt, ist unser unglückliches Verhältniß zu Ungarn. Ich glaube, daß man sich über die Absicht der völligen Lostrennung nicht täuschen darf, und ihnen dazu noch die Mittel zu geben, zu den verderblichsten Mißgriffen gehört. Diese erkläre ich mir durch dies Einverständniß Esterhazy's mit Lord Ponsonby und durch das Ansehn dieses Letztern bei uns. Ich sehe aber in Lord Palmerston seit Jahren unsern entschiedensten Feind und halte das Vertrauen in England, so lange dieser Mann dessen Politik leitet, für einen Anachronism, der seines Gleichen sucht." Diese Notiz verdient allen Glauben; sie stimmt überein mit dem Charakter der englischen Politik, des Lord Palmerston und des Lord Ponsonby, der auch schon früher in Brüssel mit orangistischen Komplotten spielte, und mit der ungarischen wie mit der russischen Aristokratie eng liirt ist. Wir können uns nicht versagen, aus der gleichen Quelle noch eine andere Briefstelle anzuführen, die aus Prokesch's Feder doppelt bedeutend ist und leider nicht blos Metternich, sondern auch seinen Nachfolger Wessenberg auf's Schwerste trifft. Prokesch klagt über Rußlands Fortschritte an der Donau und fährt fort: „die Pforte sträubt sich, aber sie hat Niemand hinter sich. Frankreich geht im Gefolge Englands, und England steckt mit Rußland unter einer Decke, und Oesterreich und Deutschland, die das erste Wort führen sollten, sind Nullen. Dem sei, wie ihm sei. Das Herz bricht mir, aber was kann ich?"

Bei diesem resignirenden Rechnungsabschluß hat sich freilich Prokesch nebst vielen andern lange genug beruhigt.

Die Schles. Z. meldet aus **Prag**: Fürst Windisch-Grätz hat hier geäußert, er hasse nicht, daß es zu einer feindlichen Bewegung (Bombardement) von Seiten der Armee gegen Wien kommen werde, da er nur die allergerechtesten Forderungen: Entwaffnung der Unbefugten, Rückstellung der Kanonen, und der aus dem Zeughause entwendeten Waffen, stellen wolle.

Prag, 20. Okt. Der D. Allg. Ztg. wird geschrieben: Der gestrige Abendzug von Wien brachte uns die Nachricht, daß von heute an die Nordbahn von Ollmütz bis Wien nur zur Verfügung des Militärs bleibt; der Oberst v. Heß ist Wagenmeister, alle Requisiten bleiben für den Bedarf des Militärs vorbehalten, es ist auch zweifelhaft, ob überhaupt eine Personenbeförderung auf der Eisenbahn stattfinden wird. Welche lügenhafte Gerüchte dann über Wien hier zirkuliren werden, ist vorauszusehen. Die Stimmung gegen Wien ist hier so ziemlich dieselbe geblieben, die Verständigen, Besonnenen, selbst der czechischen Partei, sehen in den Ereignissen in Wien einen Kampf der Freiheit gegen die Reaktion. Die Menge, von den czechischen Blättern fanatisirt, von den czechischen Deputirten aufgewiegelt, sieht in der Wiener Revolution nur einen nationalen Kampf. Die Schilderung der Wiener Ereignisse, welche die czechischen Deputirten in den hiesigen Zeitungen veröffentlichen, enthält offenbar unwahre Angaben und vergrößert nur die Verachtung, die ihnen ihrer Flucht wegen selbst hier zu Theil wird. — Die Truppensendungen nach Wien haben seit gestern aufgehört, die Kanonen der vorgestern abgegangenen Batterie waren mit Blumen geschmückt, gleich als kehrten sie vom Siege heim. Zur Ehre unserer Einwohner muß ich es sagen, daß sich ein großer Theil mit Abscheu von diesem empörenden Anblick wegwandte. Die Slawanska Lipa hat gestern an den Vicepräsidenten Mecsery eine Deputation geschickt, um anzufragen, ob es wahr ist, daß eine deutsche Exekutionsarmee in Oesterreich einfallen (!?) wolle, und daß aus den deutschen Kreisen Böhmens bewaffnete Freischaaren nach Wien zögen. Mecsery gab ihnen zur Antwort, daß er von ersterer gar nichts wisse, bezüglich der letztern aber schon Anweisungen an die Kreisämter erlassen habe, diese Zuzüge nicht zu dulden.

Aus allen Städten Deutsch-Böhmens gehen Adressen an den Reichstag ab, worin man denselben als einzige gesetzliche Autorität anerkennt. Auch der „deutsche Verein" in Prag hat eine Anerkennungsadresse an den Reichstag abgesandt.

Nach der Bresl. Ztg. sind in Prag ungarische Emissäre verhaftet worden.

In Brünn hat am 19. Okt. die Rückkehr entwaffneter Studenten und Nationalgarden und die Nachricht von der rücksichtslosen Art, mit der das Militär die Entwaffnung vornahm, eine heftige Aufregung hervorgerufen. Das Volk drohte die Militärhauptwache zu stürmen. Die Nationalgarde mußte zum Schutze herbeieilen und besetzte die Wache mit dem Militär gemeinschaftlich. Strenge Untersuchung der Vorfälle bei der Entwaffnung wurde von Obrigkeitswegen zugesichert.

Berlin*), 21. Okt. Der Bericht der Central-Abtheilung der Nat.-Vers. über den zweiten Theil der Verfassungs-Urkunde ist jetzt gedruckt ausgegeben. Er erstreckt sich auf die Art. 3—17 (von den Rechten der Preußen). Die die Kirche und Schule betreffenden Artikel sind einem späteren Berichte vorbehalten. Die behandelten Artikel lauten in der von der Central-Abtheilung vorgeschlagenen Redaktion, wie folgt:

Art. 3. Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden. — Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt im Staate weder Standesunterschiede, noch Standesvorrechte, noch einen besonderen Adelsstand. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. — Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Eine Verhaftung darf, außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That, nur kraft eines schriftlichen, die Beschuldigung so wie den Beschuldigten bestimmt bezeichnenden richterlichen Befehles bewirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung oder spätestens binnen 24 Stunden dem Beschuldigten zugestellt werden. Bei jeder Verhaftung ist in gleicher Frist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen Richter vorzuführen. — Art. 6. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft. Keine

*) Durch ein Versehen der Druckerei ist in der Beilage vom 23. Okt. der Berliner Artikel: „Die königlichen Worte vom 15. Oktober" für einen großen Theil der Auflage ohne das ihm gehörende *** Correspondenzzeichen abgedruckt, und außerdem in allen Abzügen die Druckfehler stehen geblieben, von denen wir wenigstens einen gleich zu Anfang: „die Weltanschauung der Monarchie" in „Weltanschauung des Monarchen" zu verwandeln bitten.
A. d. R.

Strafe kann angedroht oder verhängt werden, als in Gemäßheit des Gesetzes. — Art. 7. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur auf Grund eines richterlichen Befehles vorgenommen werden. — Art. 8. Die Todesstrafe ist abgeschafft; Ausnahmen im Kriegs- und Belagerungszustande bestimmt das Gesetz. Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung finden nicht Statt. — Art. 9. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. — Art. 10. Jeder Preuße hat das Recht, durch Worte, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur noch durch Concessionen und Sicherheits-Bestellungen, weder durch Staatsauflagen noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Post-Verbote, ungleichmäßigen Postsatz oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. — Art. 11. Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. Bis zur erfolgten Revision des Strafrechtes bestimmt darüber ein besonderes vorläufiges Gesetz. — Art. 12. Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und bei Herausgabe derselben in Preußen wohnhaft oder anwesend, so dürfen Verleger, Drucker und Vertheiler nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Verleger oder Drucker genannt sein. — Art. 13. Alle Preußen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Von Volksversammlungen in ungeschlossenen Räumen muß der Orts-Polizeibehörde vorher Anzeige gemacht werden. Eine solche Versammlung darf nur verboten werden, aus Rücksichten für die Freiheit und Sicherheit des Verkehres, oder wenn sie ausdrücklich zu verbrecherischen Handlungen berufen ist. — Art. 14. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, in Gesellschaften zu vereinigen. — Art. 15. Die Bedingungen, unter welchen Korporationsrechte ertheilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz. — Art. 16. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesammt-Namen sind nur Behörden und Korporationen gestattet. — Art. 17. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimnisses der der Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind.

Die Motive sind sehr umfangreich. Sie umfassen, mit Einschluß einer vergleichenden Zusammenstellung des Entwurfs mit den Entwürfen der Regierung und der Verfassungs-Kommission, 51 Seiten. Bei Artikel 4 hat besonders die Stellung der mediatisirten Fürsten Bedenken erregt. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hatte darauf hingewiesen, daß dieselbe durch Verträge mit den übrigen deutschen Mächten und den Großmächten Europa's garantirt sei und eine Abänderung, die überdies nur in der Kompetenz der deutschen Reichsversammlung liegen könne, für Preußen möglicher Weise Verwickelungen mit dem Auslande herbeiführen dürfte. Die Central-Abtheilung hielt die Kompetenzfrage durch den die Stellung Preußens zu Deutschland bestimmenden Artikel 107 für erledigt, das andere Bedenken aber aus dem Grunde für unerheblich, weil aus der Garantie der Wiener Schlußakte Seitens der außerdeutschen Großmächte für diese nicht die Befugniß gefolgert werden könne, sich in eine rein innere deutsche Frage zu mischen. Zahlreiche Präcedenzfälle, wie die Umgestaltung der deutschen Bundesverhältnisse, Gründung der Centralgewalt, Erweiterung der Grenzen des deutschen Bundesgebiets, zeigten überdies, daß jene Großmächte ihre Betheiligung bei der Wiener Schlußakte selbst so auffassen, daß ihnen dadurch ein Recht zu irgend welcher Mitwirkung bei der Ordnung der innern Angelegenheiten Deutschlands nicht eingeräumt sei. — Ebenso liegt auch der Bericht der Centralabtheilung über Titel VIII. des Verfassungs-Entwurfs vor. Dieser Titel, die Finanz-Verwaltung betreffend, hat in der Centralabtheilung wenige Aenderungen erfahren. Ueber die Grundrechte bemerkt der Bericht der Centralabtheilung (Berichterstatter Pilet): „Die Rücksicht auf die Frankfurter Beschlüsse ist bei keinem Theile der Verfassung wichtiger, als bei dem vorliegenden Titel, da der Gegenstand desselben im Wesentlichen mit den Grundrechten des deutschen Volkes zusammenfällt. Es durfte daher bei keinem Artikel dieses Titels das Verhältniß seines Inhalts zu dem betreffenden §. der Grundrechte außer Augen gelassen werden, damit nicht ein Widerspruch zwischen einer Bestimmung der preußischen Verfassung und den für ganz Deutschland aufzustellenden Gesetzen einteete. Ein solcher Widerspruch würde aber nur dann vorliegen, wenn die preußische Verfassung dem Volke ein geringeres Maß Freiheit gewährte, als die in Frankfurt beschlossenen Grundrechte. Die Centralabtheilung ist der Ansicht, daß die von ihr vorgeschlagenen Artikel in vielen Fällen wohl ein weiteres Maß, nirgends aber ein beschränkteres Maß von Freiheiten dem preußischen Volke darbieten, als worauf es nach den in Frankfurt angenommenen Grundrechten Anspruch haben würde."

* **Berlin**, 22. Okt. Die Entlassung der Arbeiter hat bis jetzt zu keinen Unruhen Veranlassung gegeben. Die demokratischen Klubs haben nämlich die Arbeiter mit Besorgniß erfüllt, die Reaktion wünsche einen neuen Zusammenstoß mit der Bürgerwehr herbeizuführen, um dann einschreiten zu können. Die Einberufung der schlesischen Landwehr, die sich an einzelnen Orten der Einkleidung widersetzt hat, soll die Cernirung Galliziens zum Zweck haben. Die um Berlin zusammengezogenen Truppen geben wegen ihrer Unterbringung zu manchen Verlegenheiten Anlaß und liegen zum größten Theile in Scheunen und auf Böden, ein Aufenthalt, der bei der nahen Winterszeit nicht beibehalten werden kann.

Köln, 23. Okt. Gestern fand zu Deutz ein Kongreß der verbündeten konstitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens statt. Nahe an sechszig Vereine waren auf demselben durch Abgeordnete vertreten. Die Versammlung zählte an zweihundert Anwesende. Zweck des Kongresses war, die Mittel zu berathen, wie man auf die Nationalversammlung in Berlin wirken könne, um sie zur Beschleunigung des Verfassungswerkes zu veranlassen. Daß das jetzige Provisorium höchst nachtheilig für das ganze Land wirkt, ist allgemein anerkannt worden, und wie sehr dies auch das Volk fühlt, beweisen die zahlreichen Adressen aus den verschiedenen Städten, die immer dringender danach verlangen, daß die Verfassung zu Stande komme. Da nun aber die Adressen in solcher Unzahl nach Berlin kommen (ihre Zahl übersteigt schon 11,000), daß die Nationalversammlung unmöglich sie nur lesen kann, so fühlten die konstitutionellen Vereine, es müsse ein anderes Mittel in Anwendung gebracht werden. Auf dem gestrigen Kongresse ward nun beschlossen, daß jeder einzelne Verein sich an den Abgeordneten seines Wahlbezirkes wenden, ihm die Stimmung und das Verlangen des Volkes nach Beschleunigung der Verfassung mittheilen und ihn auffordern solle, seinerseits nach Kräften dahin zu wirken, daß die Wünsche des Volkes erfüllt würden. Dies der Kern des Beschlusses, der nach lebhafter und langer Debatte gefaßt wurde. Ferner ward beschlossen, daß jedes Mitglied eines der verbundenen Vereine bei den Versammlungen der anderen Vereine gegen Legitimation Zutritt haben sollte. Ein dritter Beschluß beauftragt den geschäftsführenden Verein, den Bürger-Verein zu Köln, die nöthigen Schritte zu thun, damit eine genauere Verbindung mit den übrigen deutschen Vereinen, die gleiche Zwecke verfolgen, geschlossen werde. Ueber den Antrag von zwei Vereinen: der Gesammtverein wolle sein Statut revidiren und die Grundsätze desselben etwas präcisiren, ward vorläufig zur Tagesordnung übergegangen. Der Kongreß dauerte von Morgens 11 bis Nachmittags 4 Uhr; den Vorsitz führte Hr. v. Ammon. Bei dem darauf folgenden heitern Mahle ward auch dem freiwillig mediatisirten Fürsten Reuß ein Hoch gebracht, welcher seine Zeit richtig erkannt habe, und Vivat sequens! gerufen. Es liegt gewiß besonders im Interesse des Fürstenthums, sich nicht durch jene Nachahmungen im Kleinen beständige Blößen zu geben.

≠ **Posen**, 20. Okt. Große Erbitterung namentlich gegen die Geistlichkeit erregen die Artikel des „Großpolen", eines von dem Kanonikus Borowicz und dem Dekan Prusinovski redigirten Volksblattes, worin von diesen Priestern der Religion der Liebe der Haß offen gegen die Deutschen gepredigt wird. Eine der letzten Nummern enthielt unter der Aufschrift „Vom polnischen Volke und seinen Feinden" folgende Stelle: „Hört nun auch, was ich Euch heute von den Ursachen solchen Hasses und Verraths gegen uns, warum man uns so unterdrückt, sagen werde. Der Deutsche ist durchweg habsüchtig, thut um des Gewinnes halber

Digitized by Google

Alles, er verleugnet die Gerechtigkeit, verleugnet Vater, Mutter und Vaterland, drängt sich überall ein wie der Jude, sein Bruder, wenn er nur Verdienst und Gewinn hat, er verleugnet seinen Namen und seine Abstammung und geht in fremdes Land. Wo er sich einmal festgesetzt hat, da spannt er gleichwie eine Spinne sein Gewebe aus, und saugt der Fliege, dem armen Volke, das der Zufall in dieses verrätherische Gewebe führt, das Blut aus. List und Verrath sind seine Gesetze und darauf gestützt, hat er schon einen großen Theil des polnischen Landes verwüstet und umgestaltet. Der Deutsche ist aber auch weder unser Bruder noch Vetter, sondern unser ältester und verbissendster Feind; gegen ihn muß man Tag und Nacht, im Wachen und Schlafen auf der Hut sein, und auf sein Versprechen, auf krimes seiner schönen Worte nie und nimmermehr bauen, ihm auch niemals trauen." So spricht das weitverbreitete Volksblatt der Liga polska. — Die Gaceta polska theilt soeben den Aufruf mit, welchen der Volksrath in Lemberg unterm 12. Okt. in Folge der Wiener Ereignisse an die dortigen polnischen Deputirten erlassen hat und welcher durch 2 Abgeordnete nach Wien überbracht worden. Es wird darin die sofortige Berufung eines galizischen Reichstages als nothwendige Forderung aufgestellt, welche die polnischen Abgeordneten am Wiener Reichstage sofort durchzusetzen hätten. Dieser Aufruf füllt fast zwei Spalten, und eine Stelle darin ist sehr bezeichnend. Nachdem Oesterreichs Lage als eine bedenkliche geschildert worden, heißt es: „Jetzt müssen wir also einzig und vor Allem an uns selbst denken! Jetzt bedürfen wir einer kräftigen Organisation unseres Landes! einer tüchtigen Grundlage für unseren Verfassungsbau. — Dies Alles kann uns Niemand geben, als unsere eigene Volksvertretung, welche auf eigenem Boden und aus eigenen Bedürfnissen erwachsen ist. Eine solche Volksvertretung kann nur ein Landtag sein; der Volksrath hält es für seine Pflicht, seine Zusammenberufung durch alle Mittel in's Werk zu setzen." — Fast scheint es, als werde Oesterreich sich wie von selbst in seine natürlichen Bestandtheile auflösen!

München, 20. Okt. Die N. Münch. Z. sagt: Es ist nur zu wahr, daß man hier, wie zu Paris, wie zu Berlin, Leute in den Sansculottenrock gesteckt hat, die dann unter den Pöbel sich mischten, und durch ihre Uniformen glauben machten, die wirklichen Soldaten seien Theilnehmer und Mithelfer an den verübten Gewaltthaten an Personen und Eigenthum. Unter den Verhafteten befanden sich 4 oder 5 Individuen in Soldatenuniform; aber die in den Kasernen vorgenommenen genauen Erhebungen haben gezeigt, daß nicht ein Mann beim Appel fehlte. Wir enthalten uns jedes Kommentars zu dieser Thatsache. Wir melden sie erst jetzt, obgleich uns schon vorgestern und gestern Andeutungen darüber zugekommen waren, denen wir aber nicht sogleich glauben schenken mochten. An der Angabe eines Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung, als seien auch anderwärts (außer dem Pschorr'schen House) an 30 Soldaten festgenommen worden, ist kein wahres Wort.

Nürnberg, 21. Okt. Endlich ist die Ministerialentscheidung wegen einer Generalsynode für die protestantische Kirche diesseits des Rheines erfolgt. Die Wahlen werden ausgeschrieben. In jeder Pfarrei werden durch alle selbstständige, christlich-gesinnte Mitglieder so viel weltliche Männer gewählt, als in der Pfarrei Geistliche sind. Diese bilden mit den Geistlichen die Wahlmänner der Distriktssynode und wählen in gesonderten Wahlen die Abgeordneten zur Generalsynode, so daß die Geistlichen den geistlichen, die Weltlichen ihren weltlichen Abgeordneten zu bestimmen haben. Bestätigung ist nicht erforderlich. Urlaub für Beamte soll ohne dringenden Grund nicht verweigert werden. Die Synodalkommissäre dürfen keine Petitionen mehr zurückbehalten. Sobald die Wahl vollendet ist, wird Tag und Ort der Einberufung der vereinigten Generalsynode festgesetzt werden. — Oberkonsistorialrath Rust ist in den Ruhestand versetzt und bleibt mit vollem Gehalt Hauptprediger in München. — Das Reformationsfest soll auch im Konsistorialbezirk Ansbach am 29. Oktober gefeiert werden; da aber das Konsistorialreskript erst lithographirt werden soll, so werden die meisten Dekanate nicht mehr rechtzeitige Kenntniß erhalten, um das Nöthige an die Pfarrämter gelangen lassen zu können. (N.C.)

Stuttgart. In Betreff der Kirchenverfassungsfrage ist das evangelische Konsistorium vermöge höchster Entschließung vom 14. Okt. ermächtigt worden, zur weiteren Berathung der in der Verfassung der evangelischen Landeskirche zu treffenden Aenderungen eine Kommission zu berufen, welche neben den Referenten der Synode aus einem Mitgliede der evangelisch-theologischen Fakultät, fünf Mitgliedern der Geistlichkeit und fünf von nichtgeistlichen Kirchengenossen, aus deren Mitte der Vorsitzende zu wählen ist, bestehen soll.

Ulm, 20. Okt. Nachdem es zwischen den hier garnisonirenden österreichischen und würtembergischen Soldaten schon mehrmals zu Zerwürfnissen und Schlägereien gekommen, ist zur Beruhigung der Bürger Ulms amtlich bekannt gemacht worden, daß von Seite des k. k. Artilleriekommando's, um jedem Konflikte vorzubeugen, sämmtlicher wehrfähiger Mannschaft der Wilhelmsburg das Herabgehen in die Stadt bis auf Weiteres untersagt wurde und von diesem Verbote nur im Dienste befindliche Leute ausgenommen. Die bis jetzt vorgekommenen Schlägereien sind Gegenstand strenger Untersuchung, die als Schuldige bezeichneten in Verhaft.

* **Schleiz**, 14. Okt. Nach zweihundertjähriger Trennung sind die Reußischen Lande jüngerer Linie unter Einem Regenten vereinigt worden. Heinrich LXXII. hat, wie schon bekannt, seine Regierung niedergelegt, und sein nächster Agnat, Heinrich LXII., hat Besitz ergriffen mit einem Patente, worin er seinen Unterthanen alle Rechte und Freiheiten verheißt, welche mit der unter dem Schutze der Centralgewalt stehenden konstitutionell monarchischen Verfassung im Einklang ständen.

× **Altenburg**, 19. Okt. Es bereitet sich abermals ein Antrag an's Reichsministerium vor, die Zahl der hier quartierten Truppen zu mindern. Er geht von dem Obergügermeister Hempel aus, einem Manne, der, so lange es ging, den kleinen Tyrannen spielte und jetzt sich bemüht, der Umsturzpartei zu Gefallen zu leben. Der gutgesinnte Theil der Bürger ist auf ihn erbittert. — Die Behörden sind lässig in Ausführung der Anordnungen, ohne welche wir keinen Frieden erhalten; man scheut sich, es offen mit den terrorisirenden Republikanern zu verderben. Die Feigheit ist's, die uns verdirbt. Wenn der Bürgerstand sich nicht aufrafft, nicht Muth erhält, so verdient er das Schicksal, das ihm dann bevorsteht. — Unser Landtag hat sich heute einmal aufgerafft. Minister von Planitz (derselbe, der früher die Miene annahm, die Reichstruppen nicht gewollt zu haben) erklärte auf eine sich täglich wiederholende Interpellation, daß er sich für Entfernung des Militärs nimmermehr verwenden werde, weil es zur Niederdrückung der Anarchie nicht zu entbehren sei, und wurde für diesen „Streich" von einem Wortführer der republikanischen Partei selbst Anarchist ꝛc. gescholten. Da der schwache Präsident dies ungerügt ließ, beschloß die Kammer mit 14 gegen 9 Stimmen eine ernste Mißbilligung. Die souveräne Gallerie aber nahm sich des so getroffenen Volksführers so kräftig an, daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Altenburg, 21. Okt. Heute Nachmittag ist durch herzogl. Reskript unser Landtag auf vier Wochen vertagt worden. In einer Vorsitzung der Abgeordneten unter sich soll der Abgeordnete Dr. Donat den Antrag gestellt haben, der Landtag möge sich für permanent erklären, hat aber nicht die ausreichende Unterstützung gefunden, und in der wirklichen Sitzung ist die Vertagung ohne Widerspruch angenommen worden. Mag die Staatsregierung irgendwelches Motiv zu diesem Akt außerdem haben, so viel ist gewiß, daß es ihr bei den Verhältnissen hier, wie sie zeither sich gestalteten, unmöglich war, den Ständen die nöthigen umfassenden Gesetzvorlagen zu machen, und so hat sich die ganze Thätigkeit unseres Landtags seit dem 4. Sept. nur allein auf die Berathung des Jagdgesetzes, das, wenn auch im Prinzip nothwendig und gut, in der einzelnen Ausführung kaum die Billigung Unbefangener und Sachkundiger erhalten kann, und der über das Gesetz der Initiative beschränkt. Letzteres ist vielleicht das freisinnigste, welches irgend eine Regierung den Ständen vorgelegt, und ist auch im Wesentlichen ganz nach dem vorgelegten Entwurf angenommen worden. Alle andern Beschlüsse, welche die Kammer in ihrem achtwöchentlichen Zusammensein gefaßt, sind wenig dringender Natur und in Bezug auf ihre Wichtigkeit für das Land in gar keinem Verhältniß zu den Kosten, welche diese Diät verursacht. — Uebrigens ist diese Woche eine sehr unruhige gewesen; sie begann mit Unruhen eines Theiles der ärmeren oder dafür gelten wollenden Bürger wegen der Einquartierungslast, zu deren Beschwichtigung ein Erlaß des Ministeriums wohl das Wesentlichste beitrug, und setzte sich durch versuchte Exesse des sächsischen Militärs fort, die der umsichtige Generalmajor von Holtzendorf im Entstehen noch verhindert hat. Hoffentlich werden auch die sächsischen Truppen

nun durch ihren Abzug aus dem unruhigen Altenburg einen weniger beschwerlichen Dienst erhalten, da sie dem Vernehmen nach in das Herzogthum Gotha rücken, während bei uns Hannoveraner unter General Willisen einmarschiren. Das erste Bataillon hannover'scher Infanterie kommt schon morgen hier an. (D. A. Z.)

** Aus Schleswig-Holstein, 20. Okt. Der Ständekammer ward ein Schreiben der provisorischen Regierung an den Präsidenten der Landesversammlung mitgetheilt, besagend, daß der eingetroffene Reichskommissär, Herr Stedmann, von der Centralgewalt die Anzeige überbracht habe, wie die Verhandlungen des Waffenstillstandes soweit gediehen seien, daß die neue Regierung nunmehr wohl eintreten dürfe. Das Schreiben lautet:

„Hohe provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein! Auf Befehl Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Reichsverwesers habe ich einer Hohen provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu eröffnen, daß der Augenblick eingetreten ist, in welchem Hochdieselbe die im Namen Sr. Maj. des Königs-Herzogs seit beinahe sieben Monaten mit mannhafter Ehre ausgeübte Gewalt niederzulegen hat. Die deutsche Reichsregierung hat nicht den mindesten Grund, es zu bezweifeln, daß die Wahrung der nationalen, staatlichen und volksthümlichen Rechte und Interessen der Herzogthümer der einzige Beweggrund gewesen ist, welcher sechs der achtbarsten Männer des Landes bewogen hat, in den schwierigsten Zeitumständen der laut ausgesprochenen Stimme des Landes den Ausdruck zu verleihen und, unter Zustimmung nicht bloß der angesehensten Einwohner, sondern der ganzen Bevölkerung zur Vermeidung einer offenbar drohenden Anarchie, im Interesse der öffentlichen Ordnung die Leitung der Regierung zu übernehmen. Sie selbst haben es mit deutscher Rechtlichkeit öffentlich und feierlich ausgesprochen, daß Sie mit den Rechten des Landes zugleich die Rechte des Herzogs aufrecht erhalten und die übernommene Gewalt zurückgeben wollten, sobald die deutsche Centralgewalt ihr Zurücktreten fordern werde. Die provisorische Centralgewalt spricht im Namen von ganz Deutschland, indem sie mich beauftragt, der hohen provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welche durch den Bundes-Beschluß vom 12. April d. J., unter Vorbehalt der Rechte des Herzogs, anerkannt ist — ihren und des ganzen deutschen Vaterlandes Dank auszusprechen für die Vaterlandsliebe und Festigkeit, die Weisheit und Mäßigung, mit welcher Hochdieselbe unverjährbare nationale und politische Rechte des schleswig-holsteinischen Volkes, geschichtliche Rechte Sr. Majestät des Königs-Herzogs, die Volksfreiheit und gesetzliche Ordnung, und zum Ruhme der ganzen Nation die deutsche Sache vertreten hat. Die Männer, welche die drohendste Gefahr nicht gescheut und die schwersten Opfer gebracht haben, um von ihrer Heimath die größten Uebel und von Deutschland den Verlust eines seiner theuersten Glieder abzuwenden, haben sich um das ganze Vaterland verdient gemacht. Die deutsche National-Versammlung hat den zwischen der Krone Preußen in Vertretung der deutschen Centralgewalt und der Krone Dänemark am 26. August zu Malmö abgeschlossenen Waffenstillstand unter gewissen in der Verwirklichung begriffenen Modifikationen genehmigt und die Regierung des Reichsverwesers sich mit der k. preuß. Regierung, sowie letztere mit der k. dän. Regierung verständigt über die Personen, welche aus den 10 im ersten Zusatzartikel des Waffenstillstands-Vertrags genannten auszuwählen sind, um auf die heilsamste Weise die im Art 7 desselben Vertrags in Aussicht gestellte, gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu bilden. Es sind: Baron v. Heintze Amtmann zu Bordesholm, Erdmann von Molike, Oberappellationsgerichtsrath Preußer, Th. Graf Reventlow zu Jersbeck und Amtmann Beylen. Graf Reventlow wird den Vorsitz führen. — Ich hatte mich überzeugt, daß die genannten fünf Herren das Vertrauen des Landes besitzen und verdienen, und fordere ich im Namen Sr. kaiserl. Hoheit des Reichsverwesers unter Beischluß eines mir zurückzustellenden Schreibens des königl. preuß. Ministres der auswärtigen Angelegenheiten, die Herren Mitglieder der Hohen provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein auf, die genannten Personen der Landesversammlung kund zu geben und mich von dieser Kundgebung zu benachrichtigen. Schleswig, 16. Oktober 1848. Stedmann, Reichskommissär."

Die bisherige Regierung tritt nun wieder zurück in ihre früheren Verhältnisse. Beseler und Bremer werden wiederum Advokaten werden, Schmidt macht schon wieder merkantile Geschäfte. Aus der zuverlässigsten Quelle können wir Ihnen nunmehr die (nach Dr. Gülich's Mittheilung in Apenrade) (von wem?) in Frankfurt gestellten vier Friedensvorschläge mittheilen: 1) das Herzogthum Schleswig wird weder zu Dänemark noch zu Deutschland kommen; mit Holstein wird es nur in rein administrativer Verbindung verbleiben und an dessen Verfassung keinen Antheil haben. Es werden mithin das Staatsgrundgesetz und unsere andern sämmtlichen Errungenschaften nur für Holstein, nicht aber für Schleswig gelten und außerdem die deutsche Zollgrenze bis an die Eider verlegt werden. 2) Es wird eine Theilungslinie gezogen von der Gjenner Bucht bis nach Romoe und dieser also abgeschnittene Theil (reichlich Stadt und Amt Hadersleben) würde definitiv in Dänemark incorporirt werden, alles Uebrige aber zu Deutschland kommen. 3) (Eine Modifikation vom vorigen.) Die Bewohner dieses nördlich der gedachten Demarkationslinie liegenden Distrikts sollen durch distriktsweise Abstimmung über ihr eigenes Schicksal entscheiden und selbst die Frage beantworten, ob sie Dänemark incorporirt werden wollen oder nicht. 4) König Friedrich der VII. und dessen Oheim Ferdinand begeben sich ihres Rechts auf Dänemark und die Herzogthümer, werden apanagirt, und Dänemark mit Schweden, dagegen die Herzogthümer mit Deutschland verbunden. Von diesen 4 Positionen ist nach Dr. Gülichs Mittheilung Nr. 1 beseitigt und Nr. 4 durch die entschiedene Weigerung Englands und Rußlands gleichfalls verworfen. Es würden mithin nur die Positionen sub Nr. 2 und 3 Berücksichtigung finden, und namentlich hat sich England für die zweite ausgesprochen, würde aber auch wohl auf die dritte sich einlassen, falls man in Frankfurt sich hiefür aussprechen sollte. Die in Apenrade entworfene Petition lehnt sich aber dagegen auf und schon sind Deputirte von Fehmern und Alsen nach Frankfurt gereist, um den Abschluß wo möglich noch zu verhindern. Noch sind ja die neuen Regierungsmitglieder nicht eingesetzt, da Hr. Kammerherr v. Reedtz noch nicht in Schleswig eingetroffen ist.

Schleswig, 20. Okt. Nachdem in der vorgestrigen Sitzung ein überaus beladendes Schreiben des Reichskommissärs Stedtmann an die Landesversammlung verlesen worden war, welches jedoch als eine vergoldete Pille angesehen werden muß, da es die Versammlung auffordert, zuletzt noch das Opfer der Vertagung darzubringen, wurde in der gestrigen Sitzung Bericht des Ausschusses über mehrere der provisorischen Regierung mitgetheilten Dokumente erstattet. Darauf hielt Heer von Hardou Namens der neuen Ministerialvorstände einen kurzen Vortrag, worin er das Vertrauen der Versammlung für dieselben in Anspruch nahm und zu gleicher Zeit darauf anspielte, daß man die Zwischenzeit der Vertagung zur Ausarbeitung umfassender Gesetzentwürfe benützen könne. Hr. Th. Olshausen protestirte hierauf in sehr energischen Worten gegen eine longe Vertagung, als der Ehre und den Rechten des Landes zuwider. Nunmehr erschien Hr. Beseler nebst seinen Kollegen von der provisorischen Regierung und zeigte der Versammlung in einer überaus eindringlichen Rede an, daß seine und seiner Kollegen Wirksamkeit auf den Wunsch der Centralgewalt ein Ende erreicht habe, weshalb er sie ersuchte, die provisorische Regierung zu entlassen und der neu einzusetzenden ihre Zustimmung zu ertheilen, da sie aus zuverlässigen und ehrenwerthen Männern besteht. Er suchte diese Gestaltung der Dinge dadurch zu rechtfertigen, daß die schleswig-holsteinische Frage durch den Waffenstillstand von Malmö gegenwärtig einen europäischen Charakter angenommen habe und daß man sich den Beschlüssen der Reichsgewalt fügen müsse, wobei er jedoch die Hoffnung aussprach, daß dieselbe einer günstigen Lösung entgegengehe. Nach weiterer Vorlegung einiger Dokumente wurde abermals ein Ausschuß gewählt, welcher bereits morgen über den Antrag der provisorischen Regierung Bericht erstatten soll. (H. C.)

Oldenburg, 18. Okt. Die Abnahme der Schiffe, die in Hamburg ausgerüstet sind, wird hier gehörig. Sind sie auch unvollkommen, so ist doch das Geld nicht weggeworfen, weil es ein wirklicher Anfang ist. Es soll hier eine Adresse abgehen, des Inhalts, man möge nur das nöthige Geld fordern, hier wäre man zu den erforderlichen Opfern bereit. Aehnliches ist schon von Jever aus an die Nationalversammlung geschrieben. — Unter den Unteroffizieren ist Bewegung gegen die Offiziersschule. Letztere ist vor kaum 2 Jahren im rationellen Sinne gründlich reformirt. Aber es geht hier, wie auch in größern Dingen; man schließt die Augen vor den Reformen und hält den jetzigen Einrichtungen die Sin-

Uebersicht.

Deutschland. Wien (Cernirung Wiens. Exceſſe der Militärs. Friedensversuche. Magyarische Hülfe. Reichstagsverhandlungen. Deputation an Erzherzog Johann. Die Lage der Ungarn. Ministerliſte.) Berlin (Partikularismus der Linken. Die freiwillige Anleihe.) Dresden (Versammlung constitutioneller Vereine.) Mannheim (Untersuchung der Militärexceſſe.) Altona (Abgeordnete der Industriellen nach Schleswig.) Von der Nordsee (Die Lehre von der Volkssouverainetät.)

Großbritannien. London (Der leiſche Statthalter nach England. Sein Konflikt mit den Orangemännern. Mittheilung der Times aus Schleswig.)

Frankreich. Paris (Die Stellvertretung beim Militär zugelaſſen. Händel zwiſchen Lamoricière und Lebreton. Ju Candidaten zur Präſidentur der Republik. Demonſtrationen und Gegendemonſtrationen. Vermiſchte Nachrichten.)

Spanien. Madrid (Catalonien beruhigt.)

Italien. (Wüthende Aufforderungen gegen die Deutſchen. Das piemonteſiſche und das toskaniſche Parlament. Umlaufende Gerüchte.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 25. Oktober.)

Deutſchland.

** **Wien**, 19. Okt. Wien iſt heute von allen Seiten cernirt, auch der Spitz, jenſeits der Donau, der bisher noch frei war, iſt gleichfalls mit Militär beſetzt. Reiſende, die mit der Nordbahn ankommen, erzählen, daß auf den Stationen ſämmtliche Paſſagiere von den dort ſtationirten Truppenmaſſen durchſucht, und im Falle Waffen bei ihnen gefunden würden, verhaftet werden. Die Briefe werden erbrochen und geleſen. Transporte mit Nahrungsmitteln im Großen und Kleinen angehalten, und weggenommen. Ein hieſiges armes Weib erzählte mir, daß ſie ſich für ihre Kinder vom Lande Brod, Mehl und etwas Hülſenfrüchte bringen wollte, die herumſtreifenden Soldaten aber nahmen ihr Alles weg, indem ſie ihr das Gewehr auf die Bruſt ſetzten, überdies wenigen Habſeligkeiten beraubt, ſtieß ſie auf eine andere Truppe, die ſie, weil ſie nichts bei ihr fanden, mißhandelten. Derlei Klagen hört man unzählige. Es iſt, als wenn eine ungeheuere Räuberbande in der Umgebung Wiens hauſen würde. Der Reichstag thut ſein Möglichſtes, er wird morgen die fünfte Deputation mit der Adreſſe, die ich geſtern mittheilte zum Kaiſer, ſchicken, alle Friedensverſuche werden erſchöpft, ſie ſcheitern aber an der Hartnäckigkeit und Verblendung der Camarilla, die mit der militäriſchen Umgebung des Monarchen zu Strenge und Gewaltſcheritten räth, während der Kaiſer zum friedlichen Ausgleichen ſich geneigt zeigt. Auch von Seite des Gemeinderathes geht heute eine Adreſſe an den Kaiſer, welche die Bedürfniſſe und Wünſche der Stadt, ſowie die Mittel zur friedlichen Ausgleichung dem Monarchen an's Herz legt. Nebſt Welcker, welcher als Reichskommiſſär zur Schlichtung unſerer Angelegenheiten ſich hier befindet, iſt auch der Redacteur des Pariſer National hier angekommen und hat heute im Studenten-Komité geſprochen und uns die Sympathien der Pariſer und die Anerkennung unſrer Größe überbracht. Aus Linz ſind 140 Mann bewaffnete Wehrmänner, beſtehend aus Akademikern und Nationalgarde heute angekommen.

Schuſelka referirte im Reichstag über den Stand der Dinge und die widerſprechenden, täglich wechſelnden Gerüchte über die Ankunft und Nichtankunft der Ungarn. Wir ſind nun zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Ungarn nichts als Worte und Täuſchungen für uns hatten. Während Koſuth in der ungariſchen Reichsverſammlung in Lug und Trug faſelt, und immer und immer von der Tapferkeit der ungariſchen Nation ſpricht, von der doch kein Menſch etwas weiß, leſen wir alle Tage einen andern Aufruf der Ungarn, wie ſie ſich beeilen, uns Hilfe zu bringen, doch der Tag kommt, der Tag geht, aber kein Magyare zu ſehen. Dem Berichte des permanenten Ausſchuſſes zu Folge ſollen ſie ſelbſt in Ollmütz in Unterhandlung ſtehen.

** **Wien**, 20. Okt. Die Abgeordneten Alois Fiſcher und Selinger, welche der Deputation an den Kaiſer zugetheilt waren, ſprachen in ſehr energiſcher Weiſe mit dem Erzherzoge Franz Carl. Der Erſtere ſagte, wenn auch nur eine der garantirten Errungenſchaften geſchmälert werden ſollte, ſo werde er der Erſte ſein, der nach Tyrol geht, um ſich an die Spitze von 10,000 Bewaffneten zu ſtellen. Er ſtellte ihm die Gefahr vor, in welcher der Thron und die Dynaſtie ſchwebe, und wie ſie ſelbſt um ihrem Kopfe ſpiele. Es iſt dies um ſo mehr zu verwundern, da beide Männer der gemäßigteſten Partei im Reichstage angehören. Und doch verlautet noch nichts, was die Gemüther beruhigen, was eine friedliche Wiederherſtellung der Ordnung und Ruhe in Ausſicht ſtellen könnte.

△ **Wien**, 20. Okt. In der heutigen Reichstagsſitzung werden vom Saazerkreiſe in Böhmen und vom Reichenberger Centralcomite Loyalitätsadreſſen verleſen; auf Umlaufsantrag wird die Drucklegung der letztern Adreſſe beſchloſſen. — Schuſelka berichtet, daß nun auch an der Taborlinie die Zufuhr von Lebensmitteln durch das Militär abgeſperrt iſt. Der Ausſchuß habe ſich perſönlich die Ueberzeugung davon verſchafft und ſtelle den Antrag, Auerſperg aufzufordern, die Zufuhr freizugeben, da er erklärt habe, nur vom Kaiſer Befehle empfangen zu wollen, ſo möge er bedenken, daß bereits ſeit den Ereigniſſen des 6. eine Anerkennung des Kaiſers für die Bemühungen des Reichstags vorliege; wenn aber das Militär die Zufuhr abſchneide, ſo mache der Reichstag Auerſperg für die Folgen ſeiner Handlung verantwortlich; der Reichstag könne unter ſolchen Umſtänden nicht für Ruhe und Sicherheit ſtehen. Der Antrag wird angenommen und der von Dilewski, „das Miniſterium möge dieſelbe Anforderung ſtellen," ebenfalls. Dilewski ſtellt noch den Zuſatzantrag, Auerſperg möge endlich erklären, auf weſſen Befehl die faktiſche Belagerung der Stadt und ihre Aushungerung in Ausführung gebracht werde. Schuſelka berichtet, daß der Gemeindeausſchuß eine Adreſſe an Se. Maj. geſandt hat und die Anzeige macht, daß die bewilligten 200,000 fl. erſchöpft ſeien, er bittet um eine erneute Bewilligung derſelben Summe. Der Ausſchuß ſtellt den Antrag der Bewilligung aus dem Fond der 2,000,000 zur Unterſtützung arbeitsloſer Gewerbsleute. Tohatz bemerkt, wenn diejenigen bezahlt werden, die die Stadt belagern, müſſen auch jene bezahlt werden, die ſie vertheidigen. Der Ausſchußantrag wird hierauf einſtimmig angenommen. Gleispach überreicht eine Adreſſe der Stadt Gmunden, deren Drucklegung beſchloſſen wird. Sie enthält dem Sinne nach folgende Stelle: Wenn ſich der Kaiſer nicht von der Camarilla zu befreien vermag, ſo muß ihn das Volk befreien. — Goldmark verlieſt die Proklamation an die Völker Oeſterreichs. Es wird auf den Antrag Ambrosch's beſchloſſen, das Manifeſt in alle Sprachen der Provinzen zu überſetzen und es Sr. Majeſtät auf miniſteriellem Weg durch einen Kourier zuzuſenden.

Im Laufe des heutigen Tages geht eine Deputation des Gemeinderathes an den Erzherzog Johann ab, welche ihm eine Adreſſe überbringt, in welcher er an ſeine Aufforderung erinnert wird am Tage des Abſchiedes: die Bürger Wiens möchten ſich vertrauensvoll an ihn wenden, wenn immer ein Anliegen ſie bedrücke — und in Folge davon um ſeine Vermittlung angeſucht wird. — Die beiden Reichskommiſſäre Welcker und Mosle waren 24 Stunden hier, aber Niemand hat ſich ihres Beſuchs erfreut, als der Finanzminiſter Kraus; ſie waren nicht einmal in dem Permanenzausſchuſſe des Reichstags. Sie haben ſich heute nach Ollmütz begeben und in der Stadt geht das Gerücht, ſie ſeien draufgegangen, dem Kaiſer 50,000 Mann Reichstruppen zur Verfügung zu ſtellen, um in Wien den Belagerungszuſtand zu erklären. — Mit dem neuen kaiſerlichen Manifeſt muß es ein eigenes Bewenden haben; es war ſchon unter der Preſſe und wurde wieder zurückgenommen. Jetzt ſoll es nicht hier, ſondern in Neuſtadt gedruckt werden; es wird behauptet, Fürſt Windiſchgrätz habe eine energiſche Korrektur damit vorgenommen und es würde morgen erſcheinen. — Von den Ungarn werden wir heute wieder mit einem langen Plakat voller Freundſchaftsverſicherungen traktirt; ſie wollen Jellacic angreifen, Wien von der Belagerung befreien ꝛc. Alle Anführer ihrer Armee ſind unterſchieden und der Oberkommandant Meſſenhauſer, an den es geſandt wurde, ließ es drucken; es fällt aber Niemand ein, daran zu glauben, da die Ungarn viel zu ſchwach ſind, um die vereinigte Armee anzugreifen; denn auch Windiſchgrätz, der zum Generaliſſimus der ganzen k. Armee — Italien ausgenommen — ernannt ſein ſoll, ſteht vor unſern Thoren; ein Theil ſeiner Truppen hat die Lodau beſetzt. — Zudem iſt Major Simonich von Tarnow in Gallizien mit 12 Bataillonen aufgebrochen (12,000 Mann) und bereits in Nord-Ungarn eingefallen. Auch die Siebenbürgner und Wallachen drohen mit einem Einfall, und die Vorpoſten Jellacic's ſtehen ſchon bis Fiſchament (ſein Hauptquartier iſt nach Zwölfering bei Himberg verlegt), es ſcheint alſo, daß, da ſie nicht zu ihm kommen, er ſich ſtark genug fühlt, um ihnen entgegen zu gehen; jedenfalls iſt der Kroatenführer mehr vorſichtig als kühn; ſonſt hätte er nicht mit ſo viel Umſicht jeden Kampf vermieden, ehe er ſeiner dreifachen

Digitized by Google

Uebermacht gewiß war. — Die Stimmung des hiesigen Bürgers ist noch immer sehr erbittert. — Er verwünscht die Soldateska, die er selbst bezahlen hilft, und die seit 14 Tagen seinen Erwerb stört und ihn zu dem angestrengten Wehrdienst zwingt.

21. Okt. Gestern Abend kam von Ollmütz eine Privatnachricht, nach welcher das Ministerium auf folgende Art bereits gebildet sein soll. Fürst Felix Schwarzenberg (früher Gesandter in Neapel und später im Dienst der italienischen Armee) Kriegsminister; Herr Cajetan Mayer (Deputirter und Advokat aus Mähren) Minister des Innern; Herr Bruck für Handel und öffentliche Arbeiten. Die Minister Wessenberg, Krous und Bach (soll gegenwärtig in Nürnberg auf der Flucht nach dem 6. angelangt sein) sollen ihre Portefeuilles behalten.

*Berlin, 21. Okt. Bei der Linken ist die Besorgniß angeregt worden, das Ministerium könne Gesetze publiziren, welche die Freiheit gefährden, wenn die Publikation nicht vorher durch die Nationalversammlung beschlossen würde. Zu dieser Besorgniß habe namentlich die Publikation einiger Gesetze der Centralgewalt Anlaß gegeben. Die Herren Waldeck und Esser haben daher folgenden Antrag eingebracht: 1. Kein Erlaß kann als Gesetz gelten und als solches durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht werden, welcher nicht von der konstituirenden Versammlung in Berlin beschlossen, angenommen oder genehmigt worden ist. 2. Diejenigen Erlasse der Frankfurter Centralgewalt oder verfassunggebenden Versammlung, welche innere Angelegenheiten der einzelnen Länder, namentlich Polizeiwesen und Strafgesetzgebung zum Gegenstande haben, können für Preußen erst durch die Genehmigung der preußischen Volksvertreter gesetzliche Geltung erhalten. Die Antragsteller glauben diese Sätze schon in der bestehenden Gesetzgebung und in den Grenzen, welche der Centralgewalt vermöge des Gesetzes vom 28 Juni c. gezogen sind, begründet. Sie berufen sich zur Unterstützung auf den englischen Brauch der Parlamentsresolutionen. — Wie schnell sich die Standpunkte verrücken! Vor Kurzem war es eben jene Partei, welche gegen alle Sondergelüste unablässig eiferte. Die Beiträge zur freiwilligen Anleihe sind seit einigen Wochen nur mäßig geflossen. Bis zum Schlusse der Woche sind 10,306,000 Thlr., außer 100,000 Thlr. in verarbeitetem Gold und Silber, abgeführt. Wie wir vernehmen, ist besonders der wohlhabendere Bauernstand mit Beiträgen zurückgeblieben.

*** **Dresden**, 17. Okt. Am Sonntag wurde hier die zweite Generalversammlung der deutschen Vereine Sachsens abgehalten, an der sich auch Vereine aus andern Gauen Deutschlands betheiligten. So waren repräsentirt der Centralverein für Deutsch-Böhmen in Reichenberg, der gleiche für das Großherzogthum Hessen in Gießen, Vereine von Göttingen, Glogau, Gera ꝛc. Der leitende Ausschuß zu Leipzig hatte als ersten Punkt der Berathung eine nähere Verständigung über die politische Stellung der Vereine überhaupt und gegenüber den extremen Parteien in Deutschland vorgeschlagen; ehe man dazu aber schritt, ward auf Antrag des Vorsitzenden, Dr. Höfken, eine Adresse des Leipziger Vereins an das deutsche Parlament gegen zwei Stimmen von der Versammlung zur ihrigen gemacht. Als dringend nothwendig erachtete man, sich immer entschiedener gegen beiden feindlichen Parteien — der Anarchie und der Reaktion — entgegenzustellen und sie namentlich auch in der Presse immer wieder und wieder zu bekämpfen, indem man die große Masse über ihre eigentlichen Zwecke, über das Unedle ihrer Mittel, über die Gefahren, in die sie das Vaterland stürzten, aufkläre. Allgemein sprach man sich ferner dahin aus, daß man auf jede Weise die Autorität der Nationalversammlung aufrecht erhalten wolle, da dieselbe, wenn auch in einzelnen Punkten die Beschlüsse nicht nach dem allgemeinen Wunsche ausgefallen wären, wie namentlich bei der Waffenstillstandsfrage, in ihrer Majorität Anlaß zu Mißtrauen nie gegeben hätte. Als hochverrätherisch erklärte man daher auch alle Bestrebungen, das Ansehen der Reichsversammlung in Frankfurt a. M. zu schwächen, oder gar willkürlich durch eine neue Versammlung sie zu verdrängen, bei welcher Gelegenheit der Name eines bekannten Abgeordneten, der in den letzten Wochen zu derartigen Unternehmungen in Berlin wiederholt aufgefordert haben soll, von der ganzen Versammlung mit großer Indignation genannt wurde. So sah man sich denn nicht veranlaßt, von dem ersten Punkte des Programms der deutschen Vereine, „unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse des Parlaments", abzugehen. Mit beredter Zunge wurden von den verschiedensten Rednern die Vorzüge der wirklich demokratischen Monarchie vor der Republik geschildert und einstimmig beschlossen, an ihr in den Einzelstaaten, wo sie bestehe, festzuhalten. Wo indeß die wirkliche Majorität eines Einzelstaates sich für eine Umänderung der bisherigen Staatsform erklären, und solche, ohne Ordnung, Gesetz, Sitte und Eigenthum zu verletzen, vornehmen wolle, hielt man sie dazu berechtigt, vorausgesetzt, daß man sich auch mit der neuen Staatsform unbedingt der deutschen Centralgewalt unterordne. Die Theilnahme am öffentlichen Leben, namentlich aber gelegentlich an Wahlen nach Frankfurt oder für die Stände-Versammlung der einzelnen Staaten möglichst allgemein zu erwecken, wurde als höchst dringende Aufgabe erkannt, vor Allem aber beschloß man und bevollmächtigte dazu den Leipziger Verein, eine immer engere Verbindung aller gleichgesinnten politischen Vereine in Deutschland zu erzielen. Das gab denn Anlaß zu Besprechungen über Organisation der Vereine im Kleinen und Großen. Am Montag wurde eine sehr lange vertrauliche Sitzung der sächsischen Deputirten gehalten, in der man sich namentlich auch mit den bevorstehenden Wahlen für den sächsischen Landtag beschäftigte. Möge man zu ihnen bald schreiten können, d. h. möge die erste Kammer das Wahlgesetz bald annehmen und die reaktionäre Partei in ihr nicht am Ende es verwerfen, was uns in namenlose Verwirrungen stürzen würde.

Mannheim, den 24. Okt. Zur Untersuchung der Militärexcesse zwischen Preußen und Nassauer mußten zwei Offiziere hier bleiben. Dieselbe wird noch eine gute Weile dauern, bis sie vollendet ist. Die Nassauer sind darin sehr graviert, eben so aber auch unsere badische, aus Schleswig-Holstein zurückgekehrte Artillerie. Daß jedoch bei den Nassauern ein tiefer liegender Grund vorhanden ist, drauch kaum bezweifelt zu werden; es ist kaum daran zu zweifeln, daß es auf einen Skandal umfassenderer Art abgesehen war. Das ruhige und gesetzte Benehmen der Preußen bei und nach jenem Krawalle zeigte sich im Verlaufe der Untersuchung auf das Glänzendste. — So eben erfahren wir, daß, nachdem in Baiern die Prügelstrafe beim Militär abgeschafft worden, man zugleich einer neuen Militärverfassung entgegen sehe.

** **Altona**, 22. Okt. Die Altonaischen Fabrikanten und Industriellen hielten gestern Abend eine Versammlung unter dem Vorsitz des Hrn. Semper um sich über die bevorstehenden Zollveränderungen zu besprechen und schlimmsten Falls einen Deputirten zur Vertretung ihrer Rechte nach Frankfurt zu senden. Man faßte folgende Beschlüsse: 1) Erklärt sich die Versammlung gegen einen Freihafen mit 31 gegen 3 Stimmen. 2) Mit gleicher Stimmenzahl oder für ein Entrepotsystem in größtmöglichem Maßstabe. 3) Einstimmig erklärte man sich für niedrige, zweckmäßig vertheilte Zölle. 4) Verzollung nach dem Gewicht und nicht nach dem Werthe, da die letztere bei einem Entrepotsystem zu schwierig und kaum ausführbar. 5) Rückzölle für Fabrikate, die als Halbfabrikat oder Rohprodukte eingeführt sind. 6) Gemeinschaftliche Entrepot-Gebäude mit Hamburg, am geeignetsten auf St. Pauli, da diese Vorstadt Hamburgs die Verbindung zwischen Hamburg und Altona bildet. 7) Einen Deputirten nach Frankfurt zu senden, welcher diese Forderungen dort vertritt, da auch die Kaufleute dort durch eine Deputation in der Person Hrn. Reinke's vertreten sind, welche zugleich ein Mandat von dem Handwerkerstande erhalten haben, daß die Handwerker mit den Kaufleuten Hand in Hand gehen wollen. Herr Semper ward zum Deputirten erwählt.

* Von der Nordsee, den 21. Okt. „Wir sind überzeugt", sagte der neue Minister Dufaure am 16. Okt., daß die gegenwärtige Schwäche der Regierung aus der allgemeinen Besorgniß und Beunruhigung herrühret. Es ist daher dringend nothwendig, dem Volke begreiflich zu machen, daß eine Revolution keineswegs einen fortwährend unbestimmten Charakter der Gesellschaft bedingt." Selbst die Linke der französischen Nationalversammlung konnte nicht umhin, diesen Worten Beifall zu zollen, obgleich es der Mund eines alten Louis-Philippisten war, aus dem sie kamen. Aber auch auf unsre Zustände haben jene Worte volle Anwendung. Wenn z. B. in dem Großherzogthum Oldenburg, dessen konstituirende Versammlung bisher in der energischsten Weise die Forderungen und Gedanken der politischen Freiheit bis in ihre letzten Konsequenzen auszuführen strebte, sich plötzlich noch den oben bezeichneten Vorbildern in der Provinzialpresse Stimmen erheben, welche das „Volk

Digitized by Google

van Oldenburg" auffordern, die unwiderstehliche Macht seines souveränen Gesammtwillens gegen eine Versammlung geltend zu machen, welche sich in ihrer Majorität für indirekte Wahlen und für das absolute Veto entschieden hat, so sehen wir darin im besten Falle nur die Unkenntniß des ersten Grundsatzes staatlicher Freiheit. Welches dieser sei, das mag den Schwindlern der Volkssouveränetät, welche den Ausdruck derselben in der Stimmung irgend einer zusammengelaufenen Masse finden, ein Republikaner vom reinsten Wasser sein. Es ist der Amerikaner Thomas Paine, welcher in seiner berühmten Schrift: „Der gesunde Menschenverstand" sich folgendermaßen ausläßt. In der Konvention von Massachusets, welche (1786) in Boston zusammenkam, um die vorgeschlagene Verfassung zu prüfen, war die Majorität für die Annahme nicht über 19 oder 20 unter 300 Mitgliedern. Aber der Art ist die Natur der Repräsentativregierung, daß sie in allen Dingen ruhig durch Majorität entscheidet. Und als die Debatte in der Konvention von Massachusets geschlossen war, erhoben sich die Mitglieder der entgegengesetzten Seite, und erklärten: „daß wenn sie auch gegen die Constitution gesprochen und gestimmt hätten, weil gewisse Theile derselben ihnen in anderem Lichte erschienen wären, als den anderen Mitgliedern, so würden sie doch jetzt an die Abstimmung zu Gunsten der vorgeschlagenen Konstitution entschieden halten, dieselbe praktische Unterstützen geben, als wenn sie für dieselbe gestimmt hätten." Bei diesen Republikanern mögen unsere „Demokraten" in die Schule gehen, denn aus diesem Geiste ist der Baum der nordamerikanischen Freiheit und Größe erwachsen.

Großbritannien.

London, 21. Okt. Wie die „Times" meldet, beabsichtigte der Statthalter von Irland am gestrigen oder heutigen Tage seine längst beabsichtigte Reise nach England anzutreten. Man glaubt, daß als Zeichen der königl. Gunst dem Lord Clarendon einer der jetzt erledigten Hosenbandorden verliehen werden dürfte. Einem Dublinee Blatte zufolge werde die vielköniglich. Milde sich auf eine Anzahl von Personen erstrecken, die wegen hochverrätherischer Umtriebe jetzt im Gefängnisse sitzen. Inzwischen ist Lord Clarendon durch sein kurzes ziemlich unhöfliches Antwortschreiben, welches wie gestern erwähnten, mit den Orangemännern in Dublin in einen unangenehmen Konflikt gerathen. Diese haben nicht gezögert, sofort gegen die Zurechtweisung des Statthalters Verwahrung einzulegen, indem sie in einem zweiten an Lord Clarendon gerichteten Schreiben zuvörderst versichern, daß es keine getreueren Unterthanen der Königin als sie gebe, daß Niemand in höherem Grade als sie Ungehorsamkeit, Aufwieglerei und Aufruhr verabscheuen könne. In diesem zweiten Schreiben wiederholen die Herren die Stelle ihres ersten Schreibens, welche dem Statthalter Veranlassung gab, ihnen durch seinen Sekretär, S. Carry Connellan, seine Unzufriedenheit erkennen zu geben. Die Stelle lautet: „Unter allen Protestanten ist das Gefühl allgemein, daß mehrere römisch-katholische Priester und Bischöfe, deren Namen, wie wir glauben, der Regierung wohl bekannt sind, Leiter der unzufriedenen Partei waren, und daß diese Männer nicht gerichtlich verfolgt wurden, während Smith O'Brien einzeln herausgegriffen (singled out) und die strengsten Maßregeln veranlaßt wurden, um ihn vor Gericht zu bringen." Die Orangemänner versichern in ihrem gegenwärtigen Schreiben, daß sie bei den in dieser Stelle enthaltenen Behauptungen verharren müßten, und führen zur weiteren Begründung ihrer Behauptung acht Beispiele von katholischen Geistlichen an, welche in offener Weise die Aufwiegelei betrieben, die Empörer unterstützt, die Masse zur Rebellion aufgefordert hätten. Zum Beweise, daß man es Seitens der Regierung namentlich gegen Smith O'Brien abgesehen habe, führen sie an, daß dessen Verhaftung bereits vorbereitet worden, bevor noch das Gesetz, welches die Regierung zu seiner Verhaftung bevollmächtigte, im Parlament durchgegangen war. Es scheine allerdings nicht politisch, daß Lord Clarendon gegen die Orangemänner, welche Stützen des protestantischen Regiments in Irland sind, obschon sie sich in ihrem fanatischen Parteieifer allerdings zu weit hinreißen lassen, in so verletzender Weise absertigte. Es kommt hier die alte wohlbegründete Abneigung zwischen den Whigs und den Orangemännern wieder zum Vorschein.

Die „Times", die wüthende Dänenfreundin, enthält ein Schreiben aus Kopenhagen vom 12. Okt., worin bitter über gewisse Vorfälle Klage geführt wird, die der Korrespondenz zufolge als Verletzungen des Waffenstillstands zu betrachten seien. Unter andern beklagt sich der Einsender über folgenden Vorfall, der sich angeblich in Hadersleben ereignet haben soll. In Hadersleben, wird erzählt, trat eine aus Anhängern des dänischen Regimes bestehende Gesellschaft zusammen, um den 6. Okt., den Geburtstag des Königs, festlich zu begehen, nachdem die städtischen Behörden dazu die Erlaubniß gegeben. Man hielt verschiedene Reden, man trank, auf den Vorschlag eines gewissen Hrn. Hartmann, des Königs Gesundheit, man fand damit angeblich bei dem vor dem Hause versammelten Volk einen solchen Anklang, daß dieses in das Lebehoch jubelnd mit einstimmte. Es wird nun weiter erzählt: Badische Soldaten wären auf den Haufen, der sich sanft ganz ruhig erhalten, eingedrungen und hätten mehrere davon verwundet. Dann sei der kommandirende Offizier in Begleitung eines Beamten der provisorischen Regierung im Festlokal erschienen und habe den Versammelten geheißen, auseinander zu gehen, was denn auch geschehen sei. Aber am Ausgange hätten, auf Weisung des Hr. Michelsen, früheren Lehrers an der talemischen Schule, abermals Badische Truppen auf sie gewartet, dreingeschlagen und mehrere verwundet, hiervon zwei ernstlich. Jedenfalls ist hier eine Mücke zum Elephanten gemacht. Weiter klagt der Einsender: es sei noch nicht möglich gewesen, die regelmäßigen Postverbindungen in den Herzogthümern herzustellen, auf das Dampfboot Viktoria seien, als es am 6. Flensburg nahegekommen, Kanonenschüsse abgefeuert, auch die später an's Land gestiegenen dänischen Offiziere insultirt worden, die deutschen Truppen würden, selbst jenseit der Demarkationslinie, zur Entrichtung von Kriegssteuern verwendet u. s. w. — Der Korrespondent zeigt sich ferner über General Wanin sehr ergrimmt und fragt unter andern spöttisch: ob er denn nicht anderswo in Deutschland irgend eine revolutionäre oder provisorische Regierung finden konnte, um sein Glück zu machen? Schließlich wird der König von Dänemark aufgefordert, sich wegen dieser und anderer ähnlicher nur nach kleinlicher Vorfälle wegen, die närrisch genug als Friedensbruch ausgelegt werden, sich die Geduld ausgehen zu lassen. Es wäre der Times schon recht, wenn Dänemark, während wie im Innern so beschäftigt und zerrissen sind, uns neue Verlegenheiten bereitete, bis wir mit gänzlich vernichtetem Industrie und zerrüttetem Nationalwohlstand nur noch, wie etwa Portugal, ein blasser Spielball Englands wären. Praksch hatte nicht Unrecht, Palmerston zu beschuldigen, daß er Oesterreichs heimlicher Gegner sei und in den ungarischen Angelegenheiten seine Hand im Spiele habe.

Frankreich.

□ **Paris**, 22. Okt. Die Frage über die Stellvertretung bei dem Militär wurde gestern durch folgende von der Nat.-Vers. fast mit Einhelligkeit angenommene Bestimmung entschieden: Die Art und Weise, sowie die Bedingungen, unter welchen jeder Bürger sowohl vom persönlichen Militärdienste, als von der Bürgerwehr sich befreien kann, werden durch das Rekrutirungsgesetz geordnet werden. Vorher war der Antrag, daß jeder militärpflichtige Bürger persönlich in das Heer eintreten müsse, mit 603 gegen 140 Stimmen abgelehnt worden. In der Sitzung fiel ein persönlicher Streit zwischen dem Kriegsminister und dem General Lebreton vor, der viel Aufsehen machte. Letzterer, der für die Stellvertretung sprach, ließ einige Worte über Favoritismus und Camaraderie fallen, welche in der Armee nach Aemtern haschten und die Beförderungen allein bestimmten. Lamoriciere faßte dies mit Recht als eine persönliche Beleidigung auf und General Cavaignac ließ den Verdiensten seines Kollegen glänzende Gerechtigkeit widerfahren. Ihn wundere nur, sagte er, daß derselbe den zweiten Rang bekleide, während er selbst den ersten inne habe. Beide drangen darauf, Lebreton müsse einen Tag bestimmen, wo er seine Klagen in Form einer Interpellation vorbringe. Dies wurde angenommen und die Interpellation wird nun nach den Abstimmungen über die Verfassung stattfinden. Ueber Letztere wird die Berathung bald beendigt sein. Gestern wurden die Artikel 107 bis 112, weitere Bestimmungen über die Armee betr., ohne Diskussion angenommen und es bleiben nur noch 8 Paragraphen zu berathen übrig. Der Art. 119, welcher verfügt, die Wahl des Präsidenten der Republik habe unmittelbar nach Annahme der Verfassung einzutreten, wurde von der Kommission zurückgenommen. Dieselbe wird, wie es heißt, am 10. Dez. vorgenommen werden. Zu dieser

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die neue Reichsgesandtschaft in Konstantinopel und ihr Personal.) Wien (General Roth. Polen und Ruthenen in Gallizien. Manifest des Kaisers. Reichstagsverhandlungen. Welcker und Mosle nach Ollmütz abgereist.) Prag (Ovulation der czechischen Abgeordneten an den Kaiser. Die Antwort desselben.) Ollmütz (Die Antwort des Kaisers an die Prager Deputation.) Karlsruhe (Erklärung des Staatsministers von Dusch über Badens ausw. Vertretung. Sturmpetition drohsichtigt. Der Verein zum Schutze vaterländischer Arbeit.)

Italien. (Blokade von Venedig aufgehoben. Unruhen in Livorno und Bologna. Die italienische Liga. Demonstrationen in Turin. Parteien in Venedig. Die Krieg- und Friedenspartei in Turin. Wirren in Toskana.)

Schweiz. Bern (Die Berner Behörden und die Flüchtlinge. Demokratische Adresse nach Wien. Erklärung des deutschen Gesandten. Gerüchte aus Italien.)

Niederland. Haag (Vorerl Vorsitzender der 1t. Kammer. Staatseinnahmen. Cholera.)

Belgien. (Abnahme der Bevölkerung. Zunahme des Handels.)

Dänemark. (Kriegerischr Stimmung. Nothwendigkeit deutschre Rüstungen.)

Griechenland. Athen (Wuth gegen die Kamarilla. Radie von Prokesch der Pforte ausgeliefert.)

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 23. Okt. Nach der in der heutigen Sitzung der Nationaloersammlung orrlauteten Aeußerung des Heern oon Schmerling wäre der Gesandte für Konstantinopel bereits ernannt. Ich will mich hier nicht auf's Rathen legen, ob vielleicht der kürzlich mit dem Nischan vom Sultan beschenkte Prof. Fallmereyer oder wer sonst zu diesem Postrn auserkoren ist; ich sede mich nur aus Interesse für die Sache selbst genöthigt, in ihrem geschätzten Blatte einige an Ort und Stelle gemachten Bemerkungen zu veröffentlichen, welche vielleicht bei der Ausführung des Planes, das ganze Osmanenreich an seinen wichtigsten Echellen mit Konsuln zu oersehen, oon Nutzru sein könnten. Ueber das Verhältniß, in welchem der Reichsgesandte zu dem dortigen preußischen Vertreter (gegenwärtig ist Graf Perponcher interimistischer Botschafter jenes Hofes, zum definitiven Gesandten war der junge Graf Pourtalès designirt) stehen wird, will ich hinweggehen. Mir liegt nur daran, daß sich der neue Gesandte bei Ergänzung seines Personals nicht Kräfte entgehen lassen möge, die sich ihm vielleicht nicht zum zweiten Male so glücklich darbieten dürften. Ich meine den augenblicklich dort als hanfratischen Charge d'affaires funktionirenden Dr. Mordtmann und den als Orientalisten bereits rühmlichst bekannten De. G. Rosen, ersten Dragoman der preußischen Gesandtschaft. Die Ansicht des Herrn oon Mohl, welche ich im verflossenen Winter zufällig in seinem Heidelbergrr Kolleg über Encyklopädie der Staatswissenschaften von ihm aussprechen hörte, daß nämtlich bei Besetzung von derartigen Stellrn oor allen Dingen darauf Rücksicht genommen werden müsse, daß drr Chargirten mit den staatlichen Verhältnissen ihres Heimaths- wie ihres Funktionslandes gleich genau oertraut sind, macht sich in der Türkei wie vielleicht in keinem Staate auf gleiche Weise geltrnd. Um diesrs seltsame Reich in seinen eigenthümlichen Zusammensetzungen richtig zu oerstehen, bedarf es eines ganz neuen Maßstades. Wer wie Lamartine in dasselbe mit westeuropäischen Kategorien tritt, dem wird es ewig fern bleiben. Unter allen mir bekannten Schriftstellern hat nur d'Urquhart und etwa D'Ohsson seine innersten Nerven berührt; über das Urtheil des Herru oon Hammer lacht man am Bosporus, so schätzenswerth auch seine Materialanhäufung bleibt. Sprache, Sitten, Verfassung, Handelsbeziehungrn u. s. w. Alles bietet sich hier fremd und unter einem gar nicht oorhergeahnten Gesichtspunkte dar, oollends wenn man in der Meinung hinkommt, einen altersschwachen Staat zu finden. Der Umstand nun, daß beide obengenannten Männer seit Jahrrn sich bereits in Konstantinopel in amtlicher Stellung aufhalten, ihre bis in die feinsten Details gehende Vertrautheit mit dem ganzen Leben machen sie bei der Ehrenhaftigkeit ihres Charakters, bei ihrer Liebe zum Vaterlande, dir sie namentlich in mannigfachen Versuchen bethätigten, die in Pera lebenden Deutschen zu oereinigen und sie in Verbindung mit den Ereignissen der jetzigen Zeit zu erhalten, der Aufmerksamkeit des Reichsministeriums desonders werth. Mordtmann eignet sich, wenn ich mein Urtheil abgeben soll, durchaus zum dortigen deutschen Generalconsul (ich gede oon der Voraussetzung aus, daß die Hansestädte neben der Reichsoertretung ihre nur allzudürftig ausgestattete Legation fahren lassen *) Rosen müßte in seiner jetzigen Stellung bleiben, wenn Preußen sich entschließen kann, seine Separatgesandtschaft aufzugeben. Denn daß man sich von den drei peratischen eng unter sich verschwägerten Familien, die Tsanis u. s. w. ferne halten werde, die jetzt dort bei den oerschiedenen Gesandtschaften die einzelnen Stellen gleichsam gepachtet haben und so auf Kosten der von ihnin oertretenen Länder auf eigene Hand Politik machen, ist wohl zu erwarten, und aus der österreichischen Vertretung (andere deutsche sind nicht da) die deutsche zu ergänzen, ist abgesehen oon sonstigen Gründen schon deßwegen nicht rathsam, weil Graf Stürmer bei Jedermann dort mehr als unbeliebt ist, überhaupt der österreichische Name besonders durch die unter Amtsautoerität getriebenen großartigen Betrügereien des oormaligen Generalkonsuls in Smyrna bei den sehr ehrlichen Türken in den äußersten Mißkredit gekommen ist. Soweit ein wohlmeinender Rath!

Wien. Die O. P. Z. berichtet aus München oom 19. Oct.: Hrute trifft die Nachricht ein, daß Generai Roth, den man mit seinee ganzen Armee in Ungarn gefangen glaubte, am 16. mit 15,000 Mann oor Wien angelangt ist und sich mit Graf Auersperg orreinigt hat. Unterwegs begegnete er einem Freischaarenzuge aus Grätz, entwaffnete denselben und schickte ihn nach Hause. (Wir wissen nicht, was oon dieser Nachricht zu halten ist; die Gefangennehmung Roth's ist doch wohl als Factum anzusehen, nachdem man beschlossen hat, ihn als Verräther vor Gericht zu stellrn. Der Allg. Ztg. wird aus Pesth geschrieben, daß der erste Transport des gefangenen, entwaffneten, aber oom Lieutenant abwärts nach der Heimath entlassenen Armeekorps Rothes von dem Kommandanten in Essek auf's Neue mit Waffen oersehen und nach St. Thomas beordert wurde, worauf die weiteren Transporte augenblicklich eingestellt wurdrn. Sollte hieraus die obige Nachricht entstanden sein.)

△ **Wien**, 19. Okt. Die gestrige Wiener Zeitung enthält einen Aufruf aller Ministerien und k. k. Behörden an diejenigen Bramten, welche sich aus Anlaß der letzten Ereignisse ohne vorschriftsmäßigrn Urlaub aus Wirn entfernt haben, in Folge dessrn sie binnen 3 Tagen zurückkehren, oder die Hindernisse die ihrer Rückkehr entgegenstehen, anzeigen müssen, widrigenfalls sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben. Die Worte Metternich's in den Märztagen „la monarchie s'écroule" scheinen erst jetzt recht ihrer Erfüllung entgegen zu reifen. Heutigen Nachrichten aus Lemberg zu Folge steht in Gallizien ein Kampf der Ruthenen mit den Polen bevor, ähnlich dem der Kroaten und Ungarn. — Mehrere Verordnungen des neuernannten Gouverneurs von Gallizien Zalcosky, begünstigrn auffallend das polnische Element, auf Kosten des ruthenischen, welches Letztere in Gallizien die bei weitem größere Majorität bildet. Die größte Erbitterung wurde aber hervorgerufen durch die letzte Verordnung Zalevski's, zu welcher er die Bewilligung des hiesigen Ministeriums durch den Einfluß einiger polnischen Abgeordneten auf die Minister Dolhof und Bach erhielt. Sie betrifft die Universität Lemberg, an welcher bis jetzt der Vortrag der Lehrkurse in deutscher Sprache gehalten wurde — und Alles war damit einverstanden. Nun kommt aber plötzlich Zalevski's Verordnung, welche die polnische Sprache für den Unterricht ausschließlich feststellt — da die ruthenische Sprache noch nicht genug ausgebildet sei, um als Unterrichtssprache dienen zu können. — Dies sachte den alten Stammhaß so heftig an, daß die Ruthenen bereits keinem Kreishauptmanne mehr gehorchen — sie schließen sich überall dem Militär an und haben erklärt, nur den militärischen Befehlen Folge zu leisten. Offene Feindseligkeiten sind zwar noch nirgends ausgebrochen, doch suchen sie sich auf jede mögliche Weise zu bewaffnen und es kommt Stafette auf Stafette über den drohenden Zustand nach Lemberg. — Die polnischen Edelleute besorgen schon das Schlimmste und werben Freikorps nach Ungarn, weniger um den Ungarn zu helfen als um sich selbst den drohenden Zuständen der Heimath zu entziehen.

Aus den Truppenmärschen aus allen Gegenden der Monarchie ist zu entnehmen, daß Latour Ungarn zugleich auf neun Punkten angreifrn lassen wollte. — Es scheint, daß Ungarn den Weg der friedlichen Ausgleichung wiedee betreten; denn es befindet sich in diesem Augenblicke eine ungarische Deputation in Ollmütz. — Aus Wien gehen ebenfalls fortwährend neue Deputationen

*) Die Hanseaten haben im vorigen Jahre 120 Schiffe im goldrnen Horn gehabt; ihre großen Handelsbeziehungrn mit Odessa, die über Constantinopel gehen, müssen rs ihnen bei rince Umschmelzung sehr wichtig machen, ihrrn bisherigen, nur Handelspolitischrn Chargr d'Affaires als deutschen Generalkonsul zu behaltra.

dahin ab, aber indessen nimmt die Cernirung der Stadt ihren „friedlichen" Fortgang und wir haben bereits nur noch 2 Linien offen, durch welche man uns Lebensmittel zuführt (gegen Nußdorf und gegen Döbling). Das Manifest des Kaisers ist heute Abend eingetroffen, die vier Punkte, welche ich Ihnen schrieb, sind auf Verwendung der zweiten Reichstags-Deputation nicht darin aufgenommen, es enthält die Versicherung des Kaisers, nichts von den Errungenschaften schmälern zu wollen.

Die heutige Reichstagssitzung war die schleppendste, die wir nach je erlebten; die meiste Zeit verging mit Zählungen des Hauses. Von gestern auf heute sind die meisten tiefsiner und illyrischen Abgeordneten abgereist, aber so viel Abwesende zurückgekommen, daß die letzte Zählung das Resultat von 203 ergab. Schuselka als Referent des perm. Ausschusses zeigt an, daß ihm wieder 840 fl. Conv.-M. zur Unterstützung von Garden und Studenten eingesandt worden. Ferner stellte der Gouverneur von Steiermark das Ansuchen, die Namen der steier. Deputirten, welche ihre Sitze im Reichstag verließen, bekannt zu machen. Es wird dafür und dagegen gesprochen, und der Antrag des Ausschusses, dem Gesuche zu willfahren, angenommen. Der bedeutendste Moment der Sitzung war eine Rede Schuselka's über die Stellung und Haltung der ungarischen Armee. Es seien neuerdings Plakate erschienen, welche anzeigen, daß die ungarische Armee nur deshalb nicht angegriffen habe, weil die legalen österreichischen Behörden ihr keine Ermächtigung ertheilt haben; sobald es aber der Reichstag oder der Gemeindeausschuß der Stadt Wien befehle, so würden die Ungarn unverzüglich angreifen. — Dies könne aber weder der Reichstag, noch der Gemeindeausschuß thun, da beide nicht dazu berufen sind, mit dem Kaiser Krieg zu führen. In der ersten Adresse des ungarischen Reichstags sei gesagt, daß die Ungarn Jellacic verfolgen wollen, wohin er auch gehe. — Der Reichstag habe ihnen kein Hinderniß in den Weg gelegt und die Adresse bekannt gemacht. — Dies sei Alles, was er habe thun können. — Jetzt, da Pulszky dem Ausschusse erklärt hat, daß die Ungarn nur gegen Jellacic, aber nicht gegen den Kaiser Krieg führen, und daher Jellacic nicht angreifen können, weil Auersperg mit ihm gemeinsame Sache macht, jetzt, wo die Ungarn in Ollmütz unterhandeln, muß der Ausschuß gegen alle ungarischen Plakate, welche nur Aufreizung hervorbringen und blutige Folgen haben können, auf das Feierlichste protestiren. — Wir haben Jellacic offen erklärt, daß wir die Ungarn nicht zurück dekretiren können, aber eben so wenig können wir sie herbei rufen. Schuselka's Ansicht ward von der ganzen Kammer gebilligt. — Gegen den Schluß der Sitzung stellt Goldmark den Antrag: daß alle abwesenden Abgeordneten binnen zehn Tagen, vom Tage der Kundmachung an zurückzukehren haben, widrigenfalls neue Wahlen auszuschreiben sind, welches mit dem Zusatze Machelski's „wenn sie ihre Abwesenheit nicht hinreichend entschuldigen", angenommen wurde.

Heute Mittag ist ein Plakat, von dem Kommandanten des ersten Bezirks der Volkswehr unterzeichnet, erschienen, welches anzeigt, daß er von dem Ober-Kommandanten beauftragt, im ungarischen Lager war, um sich von der Stimmung und der Größe der Armee zu überzeugen, das Lager sei zwischen Kittsee, Heimburg und Parendorf, und bestehe aus 30,000 Mann, 3000 Pferden und 42 Kanonen. — Diese Armee habe sich nur auf Befehl ihres Reichstags und mit blutendem Herzen von Bruck nach Parendorf zurückgezogen — da ihr Reichstag die Ueberschreitung der Grenze nur nach Aufforderung einer Wiener legalen Behörde bewilligen könne und wolle. —

Trotz den Umtrieben der czechischen Deputirten Ringer, Havliczek, Brauner, Trojan und der Slawenfanatiker aus der Pfingstwoche Hurban und Stur — hat doch das Stadtverordneten-Kollegium von Prag eine Depesche nach Ollmütz gesandt, mit der Bitte, um Garantie der bisherigen Errungenschaften und Schonung der Stadt Wien, welche sie vor jeder Militärherrschaft gesichert wissen will.

Wien. Die Reichskommissäre Welcker und Mosle sind nach kurzem Aufenthalte in der Hauptstadt sogleich nach Ollmütz abgereist.

Prag. Bekanntlich sind die Reichstagsdeputirten Helfert und Brauner von ihren in Prag versammelten Kollegen an das kaiserliche Hoflager zu Ollmütz abgesendet worden, um dem Kaiser die Wünsche der czechischen Deputirten vorzutragen. Sie thaten dieß in einer Audienz am 17. mittelst folgender Ansprache: „Von den sämmtlichen gegenwärtig in Prag anwesenden Reichstagsdeputirten als den freigewählten Vertretern und Vertrauensmännern des größten Theiles des Königreichs Böhmen, ist uns der ehrenvolle Auftrag ertheilt worden, Ew. Majestät die bestimmteste Versicherung der unerschütterlichen unwandelbaren Treue und Anhänglichkeit der Böhmen an ihre angestammte Dynastie und den konstitutionellen Thron ehefurchtsvoll zu wiederholen, zugleich aber die treugehorsamste Bitte an den Stufen des Thrones vorzubringen, Ew. Majestät geruhen, damit das weltbekannte, feierlich ertheilte kaiserliche Wort zur völkerbeglückenden That werde, den durch ein höchst bedauerliches anarchisches Treiben im Innern und die Entfaltung militärische Kräfte von Außen in seiner Berathung gestörten, jedoch unauflösbaren konstituirenden Reichstag von Wien in eine andere, bessere Garantieen der ruhigen freien Berathung desselben bietende Stadt zu verlegen. Unsere Committenten gewärtigen mit Zuversicht, daß Ew. Majestät väterliche Sorgfalt geruhen werde, dieses unter den drohenden Gefahren der Gegenwart einzig mögliche, dem Gesammtstaate heilbringende Mittel binnen der kürzesten Zeit in Anwendung zu bringen." — Se. Majestät ertheilte den erwähnten Abgeordneten auf diese Ansprache nachstehende Antwort: „Ich vernehme mit Vergnügen die Zusicherungen, welche Mir die Deputirten von Böhmen überbringen. Ich werde dafür Sorge tragen, daß dem Reichstag jene Sicherheit gewährleistet werde, welche nöthig ist, um seine Arbeiten ungehindert fortsetzen zu können, indem es Mein Wunsch ist, daß derselbe sich ununterbrochen mit dem Verfassungswerke beschäftige, zu welchem er einberufen ist." (C. Bl. a. B.)

Ollmütz. Nachstehendes ist der Wortlaut der Antwort des Kaisers auf den Antrag der Prager Deputation, die Vermittlung zwischen dem Hofe und der Stadt Wien zu übernehmen: „Ich verkenne nicht die edle Absicht Ihres Antrages. Der Zustand der Hauptstadt ist aber ein solcher, daß ich mich veranlaßt fühle, mir vorzubehalten, zur Herstellung der Ruhe und Sicherheit in derselben alle mir zustehenden Mittel nach Umständen anzuwenden, wobei es mein sehnlichster Wunsch ist, daß hiezu der möglichst geringste Aufwand von Kräften und meine väterlichen Ermahnungen hinreichen mögen."

* **Karlsruhe**, 20. Okt. In einer Erklärung, welche der badische Staatsminister von Dusch auf eine Interpellation des Abgeordneten Sachs wegen Aufhebung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und Zurückberufung der Gesandtschaften, in der 86. Sitzung der badischen Kammer abgab, kommt folgende Stelle vor, welche uns den Gesichtspunkt anzugeben scheint, von dem alle Regierungen der einzelnen Staaten die große Frage auffassen sollten.

„Grade in Bezug auf die diplomatische Vertretung nach außen durch die Centralgewalt, sprach Herr v. Dusch, hält die Regierung die bereitwilligste Mitwirkung und Unterstützung aller Staaten für wesentlich. Denn nur in der Centralgewalt bilden sich alle vereinten Kräfte zu einer wahren politischen Weltmacht ersten Ranges — und als solche müssen wir uns der Welt gegenüber fest und unwandelbar darstellen, als eine solche müssen wir uns zur Vertretung unserer großen gemeinschaftlichen Interessen im Staatenverkehr geltend zu machen wissen, soll die Entwicklung unserer politischen Freiheit und unserer nationalen Wohlfahrt dauernd gesichert sein. —

„Nur dadurch auch, daß überall deutsche Reichsgesandte im Namen des Bundesreichs auftreten und diesen politischen Gesammtmacht persönlichen Ausdruck verleihen, in ihren freundschaftlichen Beziehungen zu andern Staaten, in der Vertheidigung ihrer Interessen, in der Mitwirkung bei den Verhandlungen über alle großen europäischen Fragen, mit denen wieder unser eigenes Schicksal auf's Innigste verwebt ist, kann das gerechte Verlangen der deutschen Nation befriedigt werden und wird das Mißbehagen einer unsichern politischen Stellung in der Welt in ein beruhigtes, wohlbegründetes Selbstgefühl übergehen. —

„Vieles hat die Centralgewalt dazu schon in den wenigen Monaten gethan; aber zur Vollführung großer Dinge, meine Herren, mitten unter Bergen von Schwierigkeiten, gehört Zeit und Ausdauer und ohne die Begeisterung dafür zu verlieren muß man die Ungeduld bezähmen, die Nichts fördert." —

Aus **Karlsruhe**, 20. Okt., schreibt man dem „Schwäbischen Merkur": Unsere Stadt genießt fortwährend erfreulicher Ruhe, doch spukt jetzt die Drohung, es solle eine Sturmpetition mit Massenaufbietung hierher gebracht und bei dieser Gelegenheit Spektakel gemacht werden. Ich glaube nicht viel daran, möchte

aber jedenfalls denen, welche an dem Putsche Theil nehmen wollten, den Rath geben, sich noch zu besinnen, denn man ist hier zum Empfang bereit. — Hinsichtlich des Schutzes für vaterländische Arbeit circulirt im Lande ein Aufruf und Satzungen des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit. (Vorsitzender des provisorischen Ausschusses ist Fabr. Weigle von Ludwigsburg.) Auf 1. November d. J. ist eine allgemeine Versammlung dieses Vereins nach Frankfurt a. M. ausgeschrieben.

Italien.

□ Am 10. Oktober wurde die Blokade von Venedig aufgehoben. — Nach einem von der Mailänder Zeitung mitgetheilten Artikel der Riforma herrscht in dieser Stadt ein großer Parteienkampf, der blutig zu werden droht. In der That wurden mehrere Verhaftungen dort vorgenommen. — Alba vom 14. klagt über Livorno, welches sich, seiner Lokalangelegenheiten wegen, der großen allgemeinen Sache nicht so anschließe, wie es sollte. In der That hat der dortige Gonfaloniere Luigi Fabri einen Aufruf mit den Worten geschlossen: die Stunde der Wiedergeburt Italiens sei in den Sternen geschrieben. Aber der Engel, der ihr voreilt, wird das Schwert nicht eher bewegen, als bis alle Völkerschaften Italiens von dem Gefühle durchdrungen sind, daß sie frei sein müssen. Am 11. Oktbr. Nachm. fand daselbst eine Demonstration gegen das Ministerium statt. Am 13. zeigte der Gouverneur Montanelli an, daßselbe habe seinen Abschied gegeben, welcher von dem Fürsten angenommen worden sei. Abends war die Stadt illuminirt. Um 11 Uhr war eine Demonstration, um die Eröffnung der konstituirenden Nationalversammlung zu erwirken. — In Bologna schossen am 9. Okt. Unruhstifter gegen die Wachen, welche vor dem Zeughause standen. Es kam zu blutigen Händeln, wegen deren am folgenden Tage mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. In Pisa fürchtete man an demselben Tage Unruhen; die Behörde ließ Kanonen auffahren, Kavallerie-Regimenter aufsitzen und sich bereit halten, um die Stadt vor den Empörern zu schützen. — Die Concordia vom 14. druckt mit großen Lettern, man habe ihr die Versicherung gegeben, General Oudinot sei in Turin angekommen. Die französische Presse behauptet, der General wäre inkognito nach Mailand abgereist, wo er mit Morschall Radetzky eine Unterredung gehabt und sich am 12. noch befunden hätte. Der National Savoisien sagt aber, der General Oudinot wäre ein junger Mensch, Namens Dinot. — Von Rom wird unter dem 9. gemeldet, Sonnabend habe der Papst eine longe Conferenz mit den Ministern gehabt, in welcher er den Grafen Rossi gefragt habe, warum er die Scheine, welche er auf den Schatz ausgestellt, nicht unterzeichnet habe? Rossi habe geantwortet, weil dieses Recht nur der Kammer zustehe, und der Papst das eingesehen und gut geheißen. Es heißt, die römische Regierung arbeite in Uebereinstimmung mit der von Toskana und Piemont, die neue italienische Liga zu schließen. — In Padua herrsche eine große Erbitterung gegen die Oesterreicher. Die Theater sind leer, die Bürgerwehr aufgelöst, die Abgaben gehen nicht ein, die Frauen tragen Trauerkleider (Indipendente). — Am 7. Oktober feierte Venedig den Jahrestag der Schlacht bei Lepanto (1571); die jungen Leute von dem Bataillon der Hoffnung vereinigten sich auf dem öffentlichen Platze unter der italienischen Fahne. — Concordia vom 16. October theilt mit, die lombardische Consulta thue alles Mögliche, um das sardinische Ministerium zum Kriege zu bewegen, und werde in diesem Bestreben durch eine Deputation der lombardischen Armee und Flüchtlinge unterstützt. Dasselbe Blatt klagt über die Demonstrationen, welche jeden Abend auf öffentlichen Plätzen von Seiten der Truppen statt finden. Die italienischen Blätter betrachten es als ein gutes Zeichen, daß die piemontesischen Kammern gerade jetzt eröffnet werden. Alle drängen zum Kriege.

□ Das Genueser Blatt „Corriere Mercantile" vom 17. Oct. meldet: die republikanische Propaganda discutire in Venedig auf dem freien Platze mit Flinten in der Hand. Es ist augenscheinlich, daß der italienische Zirkel, der sich dort gebildet hat, die republikanische Partei im Gegensatz zu der piemontesischen vertritt, weshalb auch das Genueser Blatt sehr darüber klagt, daß ein General, der ein Jahrgehalt von Karl Albert bezieht, dort verdächtigt werde. Es mußten daselbst strenge Maßregeln ergriffen werden, da sich die Parteien drohend gegenüberstehen. Der Corriere endet seinen Artikel mit den Worten: „Der unruhige Geist in Venedig verdient um so mehr Aufmerksamkeit, da auch andere Theile des Vaterlandes von diesem Uebel ergriffen sind." Die Riforma klagt, der Eigensinn Venedigs würde noch Italien zu Grunde richten. — Die Concordia vom 17. sagt: König Albert habe einen Kriegsrath gehalten, welchem Chrzanowski beiwohnte. Man hoffe, derselbe werde die Nothwendigkeit erkannt haben, schnell zum Kriege zu schreiten. Ein anderes Turiner Blatt erklärt, von Frankreich sei für Italien Nichts zu hoffen. Der National Savoisien vom 16. spricht von einer Demonstration aus der Turiner Bevölkerung zu Gunsten des Kriegs. Das Ministerium achte aber wenig darauf, zumal da einige Brigaden Linientruppen sich in aufrührerischer Weise dagegen sträubten, über den Tessin zu gehen. Man habe diese konsignirt. Einige seien aber unter dem Geschrei: Es lebe die Republik! zu den Fenstern hinaus gesprungen. Einem durchaus unverbürgten, von dem Journal La Speranza wiederholten Gerücht zufolge soll der Kaiser von Rußland dem Papste seine Armee und Flotte zu Gebote gestellt haben, um dessen Unterthanen zum Gehorsam zurückzubringen (Patria vom 13. Oktober). — In Florenz wurden die Bürger durch einen Maueranschlag aufgefordert, eine Deputation an den Großherzog zu schicken, um demselben für die Entlassung des Ministeriums Dank zu sagen. Es fanden sich aber kaum 100 Personen auf dem zur Vereinigung bezeichneten Platze. Diese begaben sich unter verworrenem Geschrei nach dem Palast. Da aber Niemand auf dem Balkon erschien, gingen sie wieder nach Hause. Von Livorno erschien am 13. eine Abordnung in Florenz, welche eine den gegenwärtigen Umständen angemessene Adresse brachte, die vom Volk mit Jubel aufgenommen wurde (Alba, 14. Oktober).

Schweiz.

) **Bern**, 19. Okt. Daß die hiesigen Behörden entschlossen sind, sich durch das Treiben der Flüchtlinge künftig keine diplomatische Verwickelungen zu bereiten, geht aus den Verhandlungen des Reg.-Raths vom 16. d. hervor. Es heißt dort: die Justiz- und Polizeidirektion theilt das amtsgerichtliche Urtheil von Biel gegen einige Mitglieder des Centralausschusses der Deutschen daselbst wegen eines Aufrufes an die Deutschen daselbst zur Gründung einer deutschen Republik mit. Nach diesem sind verurtheilt worden: G. Ph. Becker in Biel zu einjähriger, Marx Daffner zu sechsmonatlicher, G. Pohl, Ernst Schüler und Professor Hattemer, jeder zu dreimonatlicher Kantonsverweisung. Die zwei ersteren haben für sich die Appellation erklärt, und der Berichterstatter beantragt, den Regierungsstatthalter von Biel zu ermächtigen, betreffend die andern drei, auch die Weiterziehung an das Obergericht zu erklären, welcher Antrag jedoch keine Mehrheit erhält. — An demselben Tage, an welchem diese Verhandlungen im Reg.-Rath gepflogen wurden, hat die deutsche demokratische Legion in der Schweiz von Biel aus folgende Adresse nach Wien abgehen lassen: „Edle Wiener! Ihr habt zum dritten Mal gekämpft, zum dritten Mal gesiegt! Ihr habt der frechen Reaktion Halt geboten und zwei große Völker von neuer Schmach bewahrt. Nicht verdorben durch den Quietismus eines lügenhaften konstitutionellen Zustandes — nicht verweichlicht auf der Promenade, habt Ihr wegen der sogenannten Gesetzlichkeit muthig die breite Heerstraße der Selbsthilfe, der Volksjustiz, der Volksgesetzgebung eingeschlagen. Deutschland, Europa dankt Euch diesen Sieg, und wir begrüßen euch freudig als mächtige Bundesgenossen unseres Strebens, denn wir sind überzeugt, nur praktische Rücksichten, Rücksichten der äußeren Politik, Rücksichten auf die Freiheitsbestrebungen der ehedem an der gleichen Kette gelegenen Nachbarvölker waren es, welche Euch von der Proklamation der Republik abhielten. Die Erfahrung, daß das konstitutionelle System keine Garantieen der Freiheit bietet, den Wohlstand Aller, die Hebung der unteren Volksklassen nicht befördert; die Erfahrung, daß das Fürstenthum unverbesserlich ist, nichts lernt und nichts vergißt; die Erfahrungen, welche das konstitutionelle Europa in Jahrzehnten gebracht, sind bei Euch die Früchte weniger Monate. Der Geist der Republik weilt in Wien. Die Republik existirt faktisch. Die Monarchie hat sich durch ihren Verrath zu Grunde gerichtet; das Mißtrauen des Volkes blieb weit hinter den enthüllten Thatsachen zurück; ihre Schandthaten überboten die Gerüchte. Was bedarf aber ein edles, freiheitliebendes Volk mehr als Bewaffnung, um die Fürstenherrschaft unmöglich zu machen?! Die entlarvte Sünde wird nicht nur gehaßt, sie wird verachtet, und die Verachtung eines bewaffneten Volkes ist der Tyrannei tödtlich. Tapfere Wiener! Ihr fochtet seit dem 6. Oktober mit weggeworfener Scheide, — vergesset es nicht: kein Friede ohne vollständigen Sieg der Freiheit, und keine dauernde Freiheit, kein Volksglück als in der Republik. Im

Digitized by Google

Namen der deutschen demokratischen Legion in Frankreich und der Schweiz. Mit republikanischem Gruß! (Folgen die Unterschriften.)" Diese Proklamation hat die in Biel erscheinende Jurazeitung gebracht, deren Redaktor Ernst Schüler ist.

Weil oft dergleichen falsche Angaben aus Schweizer Zeitungen in deutsche Blätter übergehen, theile ich Ihnen nachfolgende heute erschienene Erklärung von Raveaux mit. Sie heißt: „Ein Artikel der „Helvetie" enthält die Angabe, welche auch in mehrere Schweizer Blätter übergegangen ist, als habe ich bei Ueberreichung meiner Note vom 4. d. M. dem Präsidenten des h. Vororts erklärt, „„daß ich deren Sprache nicht billige"". Ich weise diese mir in den Mund gelegte Aeußerung als unwahr zurück. F. Raveaux." — Die Nachrichten aus Italien widersprechen sich noch sehr. Briefe aus Arona vom 14. d. melden den Wiederausbruch des Kriegs in der Lombardei. Karl Albert, von seinem Volke gezwungen, habe das Ende des Waffenstillstandes nicht abgewartet, sondern sei bereits mit 100,000 Mann gegen Mailand aufgebrochen. Ueber die gestern Ihnen gemachten Mittheilungen von dem Zustande der österreichischen Armee in Mailand ist noch keine Bestätigung eingegangen.

Niederland.

** **Haag**, 17. Oktober. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung drei Kandidaten für den Vorsitz gewählt. Bei der ersten Abstimmung ist Hr. **Boreel**, Vorsitzer am letzten Landtag, mit 31 von 47 Stimmen zum ersten, sodann Hr. de Man zum zweiten und Hr. Mejan zum dritten Kandidaten erkoren worden. — Die ordentlichen Staatseinnahmen dieses Jahres bieten einen günstigern Stand als man erwartet hatte. Sie betragen nämlich während der neun ersten Monate von 1848 noch 131,748 fl. mehr als während des gleichen Zeitraums von 1847. Die Zölle ergeben dabei allerdings einen Ausfall von 751,213 fl. dagegen zeigen die direkten Steuern einen Zuwachs von 583,905 und die Accise einen solchen von 707,806 fl. — Außer Amsterdam sind seit einigen Tagen auch in Gröningen und Rotterdam Todesfälle von der asiatischen Cholera vorgekommen. Am letzten Ort ward davon zuerst ein auf einem Dampfboot von England ankommender Reisender so heftig betroffen, daß er nach wenigen Stunden verschied. — Seit Aufhebung des Fleischee-Hall-Monopols steigt in den Städten zusehends die Accise-Einnahme von Fleisch, indem der Verbrauch durch den freien Hausverkauf bedeutend wächst.

Haag, 18. Okt. Der König hat durch heutigen Beschluß zum Voesitzenden der zweiten Kammer wiederum Herrn Boreel von Hogelanden ernannt. Die Kammer wird ihre Arbeiten rasch zu beenden suchen, um sich noch vor dem 3. November, an welchem Tage die feierliche Verkündung des neuen Grundgesetzes stattfinden wird, auflösen zu können.

Belgien.

** Ein vergleichender Bericht des Ministers des Innern über den Gesundheitszustand während der Jahre 1842 bis 1846 gibt zu sehr ernsten Bedenken Anlaß und zeigt, welche nahe Beziehungen zwischen den Nahrungsmitteln und der Zu- oder Abnahme der Bevölkerung bestehen. Im Jahre 1846, verglichen mit 1845, hat die Zahl der Todesfälle um 10,052 zugenommen, die Zahl der Geburten sich dagegen um 17,402, die der Heirathen um 3510 vermindert. Während der letzten Jahre hat die Volkszahl des ganzen Landes kaum zugenommen, in den vlämischen Provinzen sich sogar beträchtlich vermindert.

Trotz der lang anhaltenden Krisis in den Lebensmitteln, die so schwer auf Belgien drückte, hat dennoch, wie aus einem Berichte des Handelsministers an den König erhellt, der auswärtige Handel fortwährend zugenommen und im Jahre 1847 den Verkehr aller frühern Jahre an Bedeutung übertroffen. Das verdankt Belgien einmal der günstigen Lage des Landes, zumal gegen Deutschland, sodann seiner im Ganzen vortrefflichen Handelsgesetzgebung. Zum ersten Male ist bei den Tabellen der neue, den wirklichen Marktpreisen der Waaren mehr entsprechende Werthtarif in Anwendung gekommen. Der allgemeine Handel in Ein- und Ausfuhr hat 708,600,000 Fr. (nach der frühern Schätzung von 1833 aber 732 Millionen), und zwar 15 pCt. mehr, als der von 1846, und 27 pCt. mehr, als der im Durchschnitt der fünf letzten Jahre betragen. Die Einfuhren sind resp. um 14 und 22 pCt., die Ausfuhren um 17 und 33 pCt. gestiegen. Die Aus- und Einfuhren im besondeeen Handel haben um 9314, die Einfuhren allein darin um 7 u. 7 pCt., die Ausfuhren aber sogar um 12 und 22 pCt. gegen 1846 und den mittlern Durchschnitt der fünf letzten Jahre zugenommen. Der Seeverkehr zeigt eine Zunahme von 27 pCt. unter belgischer Flagge, von 11 pCt. unter fremder Flagge; bei der Einfuhr beträgt die Zunahme unter belgischer Flagge sogar 32, die unter fremder 8 pCt. Zu Lande ist die Einfuhr um 15, die Ausfuhr um 16 pCt. gestiegen. — Der größte Verkehr besteht noch immer mit Frankreich, wohin für 72 Millionen Fr. (jedoch meist Rohstoffe) aus-, von wo für 45 Mill. (meist Fabrikate) eingeführt wurden. Nach Niederland wurden für 27 Mill. aus-, von dort für 41 Millionen eingeführt. Nach Deutschland (Oesterreich ausgenommen) wurden ausgeführt für 36 Millionen, von dort eingebracht für noch nicht ganz 31 Millionen Fr. Doch war der Verkehr mit dem Zollverein in der bei weitem raschesten Zunahme begriffen, so daß der Zeitpunkt nicht mehr fern zu liegen scheint, wo diese Richtung die hauptsächlichste für Belgiens Handel sein wird, was schon jetzt in Betreff des belgischen Seeverkehrs gilt.

Dänemark.

* Man schreibt aus Kopenhagen vom 18. Okt., daß die große Mehrheit der Dänen auf sofortige Besetzung von Schleswig dringe. Das jetzige Ministerium habe seine frühere Popularität verloren wegen seiner Liebe zum Frieden! „Ein Ministerium, welches sich nicht die Aufgabe stellte, Schleswig unter allen Umständen und mit allen zu Gebot stehenden Mitteln Dänemark zu erhalten, würde hier keine 24 Stunden Bestand haben." Das ministerielle „Fädrelandet" behauptet ebenfalls das Recht zu jener Besetzung, räth aber an, bis zum Frühjahr zu warten, um die Flotte benützen zu können. Unter diesen Umständen ist es für Deutschland hohe Zeit, die Frist des Waffenstillstandes zu benutzen. In Norddeutschland gibt sich das Verlangen kund, sogleich in allen Häfen der Ostsee Kanonenböte und kleine Kriegsfahrzeuge zu bauen, unter deren Schutze, ehe das Eis in den russischen Häfen aufgeht, ein deutsches Landungsheer in 10 bis 12 Stunden von der pommerschen Küste nach Seeland übersetzen kann.

Griechenland.

† **Athen**, 8. Okt.

Wenn Alle schädigen, Alle leiden,
Gehe selbst die Majestät zu Raub,

ist das Thema, das in vielfachen Variationen durchgesungen wird, der Text, den die unabhängige Presse abhandelt. Nur wird in Rücksicht auf den Staatsprocurator die Majestät mit Kamarilla übersetzt. Ihr werden außer den Aufständen auch die Diebstähle der Beamten zugeschrieben. Wollte man von Oben, heißt es, so wären die Beamten ehrlich. Allein man erlaubt ihnen, Mißbräuche, damit sie dem Absolutismus dienen.

Was die äußeren Verhältnisse betrifft, so wird der Kamarilla die Verachtung Europa's zur Last gelegt. Europa, heißt es, hat uns geachtet und geliebt während unseres Freiheitskampfes. Die uns aufgedrungene Kamarilla hat gemacht, daß Europa der Türkei den Vorzug gibt. Harte Worte, aber wahr.

Nasir wurde ausgeliefert — es versteht sich, daß Hr. v. Prokesch als Kerkermeister ein Lloydsches Dampfboot dazu hergab — aber zu spät. Jetzt schaudert Einem die Haut, wenn Du das Schicksal bedenkst des fanatisirten Jünglings. Wer hat ihn fanatisirt? Die Kamarilla durch die Schmähschriften gegen die Türken und Mussurus, die sie zu drucken erlaubte, vielleicht bezahlte. Nun wird Nasir ausgeliefert, heißt es, weil der Sultan um die Gesundheit des Königs sich erkundigt hat, weil der Divan versprochen hat, die politischen Flüchtlinge in's Innere zu versetzen, weil er versprochen hat, beizutragen, daß an der Nordgrenze eine chinesische Mauer gezogen werde, die jede Hoffnung auf Erweiterung abschneide. Ist denn Hellas, so fragen sie, ein Lehen der Wittelsbacher Camarilla?

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Kiesgnbre in Straßburg Nro. 29 Grandgasse, Paris Nr. 25 Nouvelle Rue de Rosarath.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Ober-Postamts-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 287. Frankfurt a. M., Donnerstag 26. October. 1848.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Das Benehmen der Linken. Truppenwechsel. Prof. Rheinwald.) Wien (Ungarische Erklärung. Manifest des Kaisers.) Innsbruck (Ankunft der deutsch-tyrolischen Deputirten. Die Stimmung gegen Wien.) Berlin (Die Posener Frage. Der König und seine Umgebung.) München (Adresse an den König. Die Folgen des 18. Okt.) Aus der Pfalz (Die Generalsynode.) Würzburg (Versammlung deutscher Bischofe.) Stuttgart (Thätigkeit der Finanzcommission. Die Kronprinzessin nach Petersburg.) Ulm (Fahnenweihe.) Vom Oberrhein (Schutzverein gestiftet. Die Constitutionellen und die Träger des monarchischen Princips.) Rastatt (Dislocirung der Truppen.) Mannheim (Ein Selbstmord im Militär. Flucht von Demokraten nach Wien.) Kassel (Gesetzentwurf über den Geschäftskreis des Kriegsministers.) Aus dem hessischen Odenwald (Die hessische Forstverwaltung. Unabhängigkeit der Justiz.) Mainz (Herr Zitz.) Weimar (Abzug der Reichstruppen. Feier des 18. Okt. Die Landtag.) Coburg (Landtagsverhandlungen über den Einmarsch der Reichstruppen.) Gotha (Ankunft des Reichskommissärs.) Meiningen (Beeidigung. Die bairischen Truppen.) Hechingen (Bürgerwehrgesetz.) Wiesbaden (Verordnung, die Landesuniversität betreffend).

Großbritannien. London (Times über die innere Lage Englands. Beabsichtigte telegraphische Verbindung zwischen Wien und London.)

Oesterreichische Monarchie. Czernowitz (Zustand in den Donaufürstenthümern.) Kronstadt (Fürst Bibesco. Wallachische Deputation nach Frankfurt.)

Schweiz. Bern (Die Wahlen in den Nationalrath. Der Nationalrath. Die Freiburger Gewaltthätigkeit. Nachrichten aus Italien.)

Belgien. Brüssel (Einberufung der Kammern.)

Ungarn. Pesth (Erfolge der Magyaren.)

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 25. Okt. Die Linke sollte es ihren Freunden nicht so schwer machen, an ihr zu halten, wie sie thut. Daß sie jedes widerständlichen, jeder gewaltthätigen Bewegung der Menge beipflichtet, gleichviel wofür, wenn es nur Widerstand gegen das gesetzlich Giltige und ihr mithin Verdaßte ist, darum mag ich sie nicht tadeln. Sie sucht einmal den Strom als brausenden Strom zu erhalten und für ihren hastig vorwärts drängenden Willen, wie wenig ich immre in dessen Endziel mit der Linken übereinstimme, so bin ich ihr doch dankbar für diesen Willen, als sie eine nothwendige Ergänzung jener großen Summe von Erkenntniß, die in der Reichsversammlung auf den übrigen Seiten des Hauses ihren Platz hat. Denn die Erkenntniß sieht stets mit der That zugleich so deutlich die Hindernisse derselben, daß sie viel zu langsam vom Platze käme und zu schüchtern verfüre in ihren Beschlüssen, ragte nicht der rücksichtslose Wille der Linken in die Versammlung. Selbst daß sie den Cultus der Freiheit höher stellt als die Liebe zum Vaterlande, daß sie sich herbeiläßt, Herrn Prato — jenen wälschen Reineke, der jetzt zwischen Jellacic und dem Wiener Parlamente die Verhandlung führte — zu beifallen, wenn er in der Paulskirche die Abtrennung Südtyrols von dem nördlichen fordert, oder daß sie Herrn Libelt applaudirt, wenn er im Namen „der Mehrheit der posener Bevölkerung" gegen die Einverleibung in Deutschland protestirt: dies alles wollen wir dulden. Ueber falsche Mittel des Kampfes düefen wir ebenfalls nicht mit der Linken zu streng rechten(?), in Anbetracht, daß das Gefühl der Schwäche leicht jedes wirksame Mittel als ein gerechtes erscheinen läßt und wir lassen ihr ebenso hingehen die gröblichen Ausdrücke und die unsaubere Form, die ministeriellen „Streiche" sammt dem Gänsefreck Vogt's. Denn die Partei, von der wir reden, war in keinem Lande und zu keiner Zeit je die Hüterin des guten Geschmacks. Unerträglich jedoch muß man ein Benehmen finden, wie es die Linke in der Dienstagssitzung gegen v. Vincke einschlug. Sie hatte schon vorher jedem Redner eine sehr unparlamentarische Opposition gemacht, der wider ihre für Oesterreich angenommene Freiheitspolitik verstieß. Das Empfindlichste sind freilich Thatsachen, die unseren bequemen Liedlingsmeinungen mit Zerstörung drohen. Ohne Schmerz erträgt dergleichen Widerlegungen Niemand, und mit Anstand nur der Gebildete. Das höhnische Lachen, das Strampfen, das unterbrechende Verneinen kam daher aller Augenblicks zur Erscheinung, wo eine unangenehme Bemerkung fiel, und reich an solchen und an der bittersten Wahrheit war wie früher Semmaruga's, so später Mühlfeldt's Auseinandersetzung der Verhältnisse. Allein im Namen deutscher Treue und im Namen der Achtung, die dem patriotischen Gefühle gebührt, hätten wir dem Schlusse der erwähnten Vincke'schen Rede eine würdigere Aufnahme von Seiten der Linken gewünscht. Der Abgeordnete aus der Grafschaft Mark hatte sich dahin ausgesprochen, daß die eigenthümlichen und verwickelten Verhältnisse Oesterreichs einer definitiven Einordnung zum deutschen Reiche vorbehalten bleiben möchten. Er hatte so gerathen in der Ueberzeugung, daß Oesterreich dem deutschen Reichsverbande sonst verloren gehe. Spräche ich in einem preußischen Sonderinteresse, suhe er fort, so liegt es klar zu Tage, daß mir die Ablösung Oesterreichs nur erwünscht sein könnte. Denn wer will mie leugnen, daß dann das Peimat Deutschlands thatsächlich bei Preußen wäre? Aber ich kenne in diesem Hause kein preußisches Interesse, ich erstrebe hier das einzige Ziel der Macht und Größe Deutschlands — und als diesen Worten der verdiente Beifall folgte, zischte die Linke. Von diesem Zischen ist, nach Lichnowsky's Sprachgebrauche, Akt zu nehmen. Denn es ist unberechtigt, wenn dadurch ein Mißtrauen gegen die aufrichtige Meinung des Abgeordneten ausgedrückt werden sollte, oder verweerflich, falls es gar eine Verleugnung der von Vincke kundgegebenen Ideen enthält.

Frankfurt, 22 Okt. Der Abg. Rheinwald hat seine Professur in Bern niedergelegt, um seine Abgeordnetenstelle hier beibehalten zu können. Es verdient diese patriotische Handlung, da Rheinwald nun gerade wieder vornen anfangen muß, alle Anerkennung. Er soll sich später als Advokat in Rottweil niederlassen wollen. (Stuttg. Beob.)

* **Frankfurt**, 24. Okt. Nachdem uns heute früh das seither hier in Garnison gewesene Bataillon kurhessischer Infanterie verlassen und den Marsch nach Fulda angetreten hat, ist heute Mittag, aus dem badischen Oberland zurückkehrend, auf der Main-Neckar-Eisenbahn das 1. Bataillon des großherzoglich hessischen 1. Infanterie-Regimentes hier eingetroffen, das 2. Bataillon wird ihm morgen hierher folgen.

Wien. Folgendes ist das vom Reichstag erlassene Manifest an die Völker Oesterreichs:

„Völker Oesterreichs! Durch Euer Vertrauen zu dem friedlichen Werke der Konstituirung unserer Freiheit berufen, ist der Reichstag durch die Gewalt der Ereignisse plötzlich mitten in den Kampf der Zeit gestellt. Der Reichstag mußte in diesem Kampfe vor Allem seinem Friedensberufe getreu bleiben, deshalb hat er bis zu dieser Stunde alle seine Kräfte aufgeboten, um das Losbrechen des Gewaltkampfes zu verhindern, um aus den verworrenen Verhältnissen des Augenblicks den Pfad der Versöhnung und des Friedens zu finden und zu zeigen. Die Bemühungen des Reichstages sind bis jetzt ohne den erwünschten Erfolg geblieben. Zwar hat das edle Volk Wien's seine Erbitterung und Kampfeslust gezähmt und den Angriff auf die offenbar feindlich verfahrenden Truppen vermieden; zwar haben selbst Se. Majestät der Kaiser Allem, was der Reichstag zur Hintanhaltung der drohenden Anarchie verfügt, die volle Anerkennung gezollt, aber nichts desto weniger ist Wien noch immer in derselben kriegerisch bedroh-

Digitized by Google

ten Lage, und nur dadurch allein ist die Möglichkeit aufrecht erhalten, daß nicht der blutige Kampf und in Folge dessen die Auflösung der gesetzlichen Ordnung losbreche. Der Einmarsch des, dem Boden des konstitutionellen Oesterreichs fremden kroatischen Heeres bedrohte unmittelbar die Thore Wiens; vergebens bot der Reichstag unter Mitwirkung des verantwortlichen Ministeriums Alles auf, den Rückzug dieses Heeres durchzusetzen. Vielmehr bildete dasselbe nur den Vortrab immer größerer Truppenmassen, welche bereits die Hauptstadt Wien umschlossen haben. Ihre Vorposten dringen bis in die Straßen der zu Wien gehörigen Ortschaften, bis an die Linien der Stadt; die auf des Kaisers Wort gesetzmäßig organisirte Nationalgarde der Umgebung Wiens wird entwaffnet; friedliche Reisende werden gefänglich zurückgehalten; Briefe erbrochen und vorenthalten; die Zufuhr von Lebensmitteln abgesperrt; Kanonenkugeln flogen bereits in die Straßen der Vorstädte; ja selbst Abgeordnete zum Reichstage wurden festgehalten und unwürdig behandelt; kurz mit jedem Tage erfährt Wien mehr und mehr das schwere Verhängniß einer belagerten Stadt. Vergebens hat der Reichstag mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens dagegen protestirt. Solchen Thatsachen gegenüber mußte der Reichstag das Bestreben des Wiener Volkes, sich in Vertheidigungszustand zu versetzen, als eine Nothwendigkeit anerkennen. Wien ist die durch das Ansehen der Jahrhunderte geweihte Hauptstadt des Reiches, und keine andere kann es sein. Wien ist der Mittelpunkt der Interessen aller Völker Oesterreichs, und jedes Unglück, welches Wien trifft, wird bis in den fernsten Theilen des Reiches noch schmerzlich empfunden. Wien ist der einzig mögliche Sitz eines Reichstages, welcher der Gleichberechtigung so verschiedener Völker entsprechen soll. Wien ist die Wiege und die Burg unserer Freiheit. —

„Völker Oesterreichs. Ihr alle seid in der Bevölkerung Wiens vertreten. Wien ist euch allen eine gastliche Hauptstadt gewesen. Wer daher für das Vaterland, wer für den konstitutionellen Thron, wer für die Volksfreiheit ist, der muß für Wien sein. Der Reichstag erkennt es daher als seine heilige Pflicht: sowohl der Reaktion als der Anarchie entgegenzuwirken; die Reaktion soll uns nicht den kleinsten Theil unserer Freiheit rauben, die Anarchie nicht den ganzen Schutz derselben vernichten. Dieß will der Reichstag; dieß will er für alle Völker und für alle Stände des Volkes; für den freien Bürger, wie für den tapferen Krieger des Vaterlandes. Aber um dieses vollbringen zu können, muß Wien gerettet, muß es in seiner Kraftfülle und Freiheit erhalten werden. Völker Oesterreichs vertrauet denen, die ihr zur Wahrung Eurer und Eurer Kinder Rechte erwählt habt, vertrauet Denen, die Euern Boden von Robot und Zehent und allen übrigen drückenden Lasten befreiten, und die soeben im Begriffe sind, jene Gesetze zu schaffen, durch welche Eure volle Freiheit auf fester Grundlage gesichert wird. Kräftiget uns daher mit Eurer ganzen moralischen Kraft, für das bedrängte Wien; unterstützt unser offenes Wort durch die Allgewalt Euerer Stimme. Helft uns den Kaiser beschwören, daß er durch Einsetzung eines neuen volksthümlichen Ministeriums, durch Zurückziehung der Truppen aus Niederösterreich, durch Beeidigung des Militärs auf die freien Volksrechte, der Stadt Wien und dem Reiche den Frieden gebe, damit im Segen des Friedens das neue Heil des Vaterlandes gedeihe. Vom konstituirenden Reichstage. Wien den 20. Okt. 1848. Franz Smolka, Präsident. Karl Wiser, Schriftführer. Gleisbach, Schriftführer."

Wien. Die Allg. Oest. Z. enthält Folgendes: „Wir sind ersucht, zu erklären, daß von Seite der ungarischen Regierung keine Deputation nach Ollmütz gegangen sei." Dieß steht im Widerspruch mit der eigenen Angabe Schufelka's im Reichstag. Officielle Daten liegen wohl auf beiden Seiten nicht vor, und der obigen Erklärung wird der gleiche Werth beizumessen sein, wie den andern magyarischen Erklärungen und Manifesten, die jetzt zu Wien im Preise gesunken sind.

Innsbruck, 16. Okt. Heute und gestern sind unsere sämmtlichen deutsch-tyrolischen Deputirten von Wien hier eingetroffen, das sie meistens unter Verkleidung mit Zurücklassung ihrer sämmtlichen Habseligkeiten verlassen haben, dagegen sind die wälschtyrolischen Abgeordneten sämmtlich in Wien geblieben und arbeiten Hand in Hand mit der dortigen Linken. — Die hiesige Stimmung gegen Wien ist eine höchst erbitterte; es wurde beantragt, eine Deputation nach Frankfurt zu senden, und das Land untee den Schutz der deutschen Centralgewalt zu stellen, versteht sich vorbehaltlich der Rechte der Dynastie, für welche hier voe wie nach die lebhaftesten Sympathien rege sind. Dieser Antrag ging jedoch nicht durch. (C. Bl. a. B.)

⋋ **Berlin**, 23. Okt. Ihre gewöhnlichen Berichterstattee werden Ihnen schon gemeldet haben, daß mit der geringen, und überdies zweifelhaften Majorität einer einzigen Stimme heute der Zusatzantrag des Abgeoroneten Philips angenommen wurde, wonach den Bewohnern oes Großherzogthums Posen ihre besondern Rechte gewährleistet werden. Die große Zahl der Beistimmenden erklärt sich daraus, daß auf der Rechten die katholischen Geistlichen zum großen Theil mit ihren polnischen Kollegen stimmten, während das Centrum dem Antrag entschieden entgegen war. Durch den gefaßten Beschluß ist die hiesige Versammlung mit der Reichsversammlung in offenen Widerspruch getreten, der — da ee einmal vorhanden ist, um so mehr hervorgehoben zu werden verdient, als viele Mitglieder des hiesigen Parlaments den Widerspruch keineswegs anerkennen wollen, und als einer der größten Redekünstler des preußischen Landtages, H. von Berg, sogar einen Frankfurter Beschluß dafür anführte. Das Philips'sche Amendement trat der Demarkationslinie entschieden entgegen, einer Linie, die im Allgemeinen in Frankfurt anerkannt ist; das Philips'sche Amendement will kein getheiltes Posen, sondern ein einiges — in Frankfurt ist ausdrücklich der Bundesbeschluß, dee einen Theil zu Deutschland zieht, bestätigt. Das ungetheilte Posen nun soll besondere Rechte haben. Worin können die bestehen? Wäre damit gemeint, daß das ganze Großherzogthum zu Deutschland geschlagen und nur die Nationalität der darin lebenden Polen gewahrt werden sollte, so könnte von keinen besondern Rechten die Rede sein, denn undeutsche Bewohner haben auch andere Theile des Reichsgebiets und ein Beschluß der Nationalversammlung garantirt diesen ihre Nationalität. Wenn H. v. Berg diesen Beschluß citirte, so beweist das eben nur, daß er die Frage verdrehte. Denn fände dieser Beschluß auf ganz Posen Anwendung, so müßte ganz Posen nach Frankfurt wählen, Posen wäre deutsches Reichsgebiet — und das ist nicht der Sinn des Philips'schen Amendements, für das H. v. Berg stimmte. Vielmehr geht dieser Sinn offenbar dahin, nicht den Polen etwas widerrechtlich aufzudringen, sondern das Großherzogthum als einen mit besondern Rechten versehenen Theil des preußischen, nicht aber des deutschen Gebiets zu behandeln. Dieser Beschluß hat die Folge, daß unsere deutschen Brüder in Posen künftig nicht nach Frankfurt wählen dürfen, er kränkt sie in einem wesentlichen Recht und es ist noch sehr die Frage, ob die Gekränkten sich bei dem Widerspruch zwischen der Landes- und der Reichsversammlung nicht lieber an die Beschlüsse der letzteren, als an die der ersteren halten werden. Während ich dieß schreibe, weiß ich noch nicht, wie in Frankfurt die Entscheidung über die Verbindung außerdeutscher Gebiete mit deutschen Staaten ausgefallen ist. Sollte man nur die Personalunion gestattet haben, so würde der erste Artikel der preußischen Verfassung mit dem entsprechenden der deutschen ebenfalls in Widerspruch stehen. In Frankfurt hat man — und gewiß mit Recht — den Grundsatz ausgesprochen, daß in diesem Falle Deutschland über Preußen geht. In Berlin hat die Regierung diese Bestimmung ausdrücklich anerkannt, und man darf erwarten, daß es nicht die preußische Volksvertretung sein wird, welche sich partikularistisch gegen die deutsche Einheit auflehnt. Der gedachte Beschluß fordert auch durch die Art, wie er zu Stande kam, zu den ernstesten Betrachtungen auf. Ist es nicht in der That widersinnig, daß etwas so Wichtiges durch den Verdammungszustand eines einzigen Mitgliedes entschieden werden kann? Hier sieht man klar die Nothwendigkeit zweier Kammern und wiederholter Abstimmungen. Und nun hat noch dazu einer der 174 Bejahenden später gebeten, sein ja in nein umzuwandeln. Dieser Herr Riebe — so heißt er, glaube ich — entscheidet, ob die Deutschen in Posen deutsch bleiben, oder eins ihrer wichtigsten politischen Rechte, das unsere Linke freilich mit unglaublichem Leichtsinn behandelt, verlieren sollen. Wenn anders der hiesige und nicht vielmehr der Frankfurter Beschluß zu Recht besteht. Von diesem unerfreulichen Resultat der heutigen Sitzung muß ich Ihre Leser noch auf etwas Anderes ebenfalls Betrübendes hinweisen, worüber heute unsere Mauern und Bäume reden. Der König hat in einem Schreiben die Bürgerwehr wegen ihrer Haltung am 16. belobt. Die Ausdrücke sind dabei eben nicht sehr im Sinne des konstitutionellen Staates ge-

Digitized by Google

wählt, indem der König, wie in der Anrede am 15., sich als den Geber der Waffen hinstellt. Es ist dies ein neuer Mißgriff unseres Ministeriums, den wir, obwohl mit Schmerz, hervorheben müssen. Die Person des Königs ist dadurch in die Straßenliteratur gezogen. Eine sehr unehrerbietige Erklärung des demokratischen Bürgerwehr-Klubs weist den Dank des Königs entschieden zurück. — Wenn ich Ihnen neulich schrieb, daß eine nicht eben im Geruche des Freisinns stehende Person in Sanssouci verkehre, so wird dagegen versichert, daß die den König zunächst umgebenden Offiziere entschieden konstitutionell gesinnt seien. Wrangel, der dort öfters gesehen wird, hat diese seine Gesinnung noch am 15. bei einem Festmahle auf eine sehr derbe und deßhalb um so mehr überzeugende Art ausgesprochen. Dagegen fehlt es nicht an Anzeichen, daß die eigentlich reaktionäre Partei sich jetzt mit den Demokraten verbündet. Wenigstens hört man Aristokraten und Demokraten gemeinsam den Grundsatz hervorheben, daß kein Beschluß einer Versammlung gültig sein dürfe, ehe nicht über ihn die einzelnen Gemeinden abgestimmt hätten. Und wenn Sie in einer der letzten Nummern der „Deutschen Ztg." meldeten, daß am Rhein von den deutschen Anarchisten die Frankfurter Reichsversammlung eine „Gesellschaft" genannt wurde, so kann ich nachtragen, daß man eben diesen Ausdruck aus dem Munde hiesiger Stockpreußen zu hören pflegt. Les extrêmes se touchent.

München, 22. Okt. Die „Allg. Ztg." theilt eine von Dr. Hermann verfaßte Adresse an den König mit, welche in einer gestern im Hasslauer Saale gehaltenen und aus Mitgliedern der Landwehr und der verschiedenen Freikorps bestehenden Versammlung berathen und gutgeheißen wurde. Im Eingange der Adresse werden die Gräuel der Verwüstung, welche die Stadt München in den Tagen des 16., 17. und 18. Okt. erlebte, aber auch zugleich die Schwäche und Rathlosigkeit der mit Vollzug der Gesetze beauftragten Behörden bitter beklagt; sodann heißt es: Es kann kein Zweifel sein, daß sich der bisherige Verwaltungsorganismus zum Schutze unseres Lebens und Eigenthums als unbrauchbar erwiesen hat. Wir verlangen deßhalb, daß der Chef der Sicherheitspolizei mit voller Verantwortlichkeit unabhängig gestellt und der bewaffnete Schutz dessen, was uns neben dem Vaterlande das theuerste ist, unter allen Umständen dem sogleich frei zu wählenden Kommandanten der Landwehr und Freikorps anvertraut werde. Der nächste Landtag muß unseren Stadtbehörden die Handhabung der Sicherheitspolizei zurückgeben und ein Gesetz schaffen, wonach jede Gemeinde für allen Schaden haftbar ist, der aus Störungen der öffentlichen Ruhe entspringt. Es ist ein unabweisliches Bedürfniß, daß dem im Landtagsabschiede vom 23. Mai 1846 §. 8 Nr. 1 durch die Stände des Reichs gestellten Antrage unverweilt Folge gegeben werde. Für alle unsere Mitbürger aber, welche durch die traurige Katastrophe der jüngsten Tage zu Schaden kamen, fordern wir von der Staatsregierung sofortige volle Entschädigung, weil durch einigermaßen rechtzeitige Vorkehrungen von Seiten ihrer Organe die schauderrregenden Angriffe auf Leben und Eigenthum ohne allen Zweifel hätten abgewendet werden können. Majestät! die Freiheit hat nichts gemein mit dem Verbrechen. Sie will Gesetze, gestützt auf die Ueberzeugung — auf den Willen der Bürger u. s. w.

München, 22. Okt. Dem Schw. M. wird geschrieben: Die Wehen des 18. Okt. beginnen bereits ihre natürlichen Früchte zu Tag zu fördern. Die Schuld davon, daß Völlerei, Raubgier und thierische Wuth Allem Hohn sprechen durften, was dem Gebildeten heilig ist, lag hoch oben in den Verwaltungskreisen. Regierungspräsident v. Godin, der noch um 1 Uhr einer Bürgerdeputation nicht glauben wollte, daß Gefahr im Verzug liege, geht sicherem Vernehmen nach in den Ruhestand oder ist bereits in denselben versetzt. Als Godins Nachfolger nennen die Einen den ehemaligen Kultminister Zu Rhein, Andere den gegenwärtigen Kultminister und Parlamentsabgeordneten Beisler. Beide haben sehr viele Freunde und nicht weniger Gegner. Generalmajor Winter, zum ewigen Andenken Stadtkommandant am 18. Okt., welcher sich noch um 1 Uhr weigerte, den Generalmarsch schlagen oder nur den einzelnen ausgerückten Truppenabtheilungen Befehl zum Angreifen zukommen zu lassen, ist seines Postens ebenfalls entbunden worden. Oberst Lüder in Ingolstadt, den man den strengsten, aber auch einen der einsichtsvollsten Offiziere der Armee nennt, soll zum Generalmajor befördert und zum Stadtkommandanten ernannt worden sein. Der König hat nicht blos Bürger- und Korporationsdeputationen, sondern auch Einzelne empfangen und der vollen Wahrheit sein Ohr willig dargeboten.

†* **Aus der Pfalz**, 21. Okt. Am 16. Oktober ist in Speier die lange ersehnte, zuletzt stürmisch verlangte außerordentliche Generalsynode der vereinigten Kirche abgehalten worden. Sie ist noch nach dem alten Wahlmodus gewählt und wird dirigirt von dem Oberkonsistor.-Rath Dr. Gadler aus München. Nach ihrer Eröffnung durch den Gottesdienst wurden drei Ausschüsse für die Berathung des neuen Wahlmodus, der Lostrennung der pfälzer Kirche von dem Episkopat des meist aus lutherischen Räthen zusammengesetzten Oberkonsistoriums in München, und für sonstige Petitionen, so wie zwei Sekretäre erwählt. Unter letzteren befindet sich auffallender Weise der wegen seiner langen Suspension bekannte Pfarrer Frantz von Ingenheim; denn seine Angelegenheit, welche das Bedürfniß nach einer außerordentlichen General-Synode zuerst erweckte und bis jetzt nur durch das Ministerium, nicht aber durch die kirchlichen Stellen entschieden worden ist, muß jeden Falls von der gegenwärtigen Generalsynode einer Revision unterworfen werden, wofern nicht eine bleibende Schmach auf der Kirche ruhen und der Zunder zu neuen Streitigkeiten fortglimmen soll. Nachdem der Ausschuß für den Wahlmodus seine Arbeiten vollendet, wurde der von ihm ausgefertigte Entwurf am 19. und 20. Oktober einer ausführlichen, zum Theil sehr interessanten öffentlichen Berathung unterworfen. Die Grundzüge des von der Generalsynode genehmigten, nunmehr vom König zu sanktionirenden Wahlmodus für Presbyterien und Synoden sind folgende: 1) In jeder Kirchengemeinde besteht ein Presbyterium. Dieses hat in Gemeinden von 500 Seelen 4, von 1000 Seelen 6, von 2000 Seelen 8, von 4000 Seelen 10 Mitglieder. 2) Wahlberechtigt ist jeder selbstständige, volljährige Ortseinwohner, der zur vereinigten Kirche gehört. 3) Wählbar ist jeder selbstständige, unbescholtene, religiös-kirchlich gesinnte Ortseinwohner, der zur vereinigten Kirche gehört, sofern er das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, und nicht wegen Verbrechen, oder des Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls, der Unterschlagung oder Sittenverletzung verurtheilt worden ist. Das Urtheil über die Religiosität, Rechtlichkeit und Unbescholtenheit bleibt allein den Wählern vorbehalten, so daß keine Wahl beanstandet werden kann. 4) Die Wahlen bedürfen nicht der Bestätigung durch die Kirchenbehörde. Ueber alle Anstände entscheidet die Bezirkssynode. 5) Nur die Bezirkssynode kann den Ausschluß eines Presbyters aussprechen. 7) Die Presbyterien werden alle 6 Jahre erneuert, doch so, daß die Abgehenden wieder wählbar sind. — 8) In jedem Dekanat, (deren die Pfalz 15 hat,) besteht eine Bezirkssynode, die jährlich zusammentritt. 9) Jeder Pfarrer und Pfarrverweser ist Mitglied derselben. 10) Jedes Presbyterium wählt ein weltliches Mitglied auf 1000 Seelen. (Hiernach wird sich das Verhältniß zwischen Weltlichen und Geistlichen fast durchgehends auf 2 : 1 stellen.) 11) Wählbar ist Jeder, der es auch für die Presbyterien ist. 12) Die Synode wird abgehalten am Orte und unter dem Vorsitze des Dekans. 13) Alle vier Jahre findet eine neue Wahl für die Bezirkssynoden statt. 14) Für die Generalsynode wird auf je 15,000 protestantische Einwohner von den Bezirkssynoden ein Mitglied gewählt, so daß sie künftig aus 44 Mitgliedern besteht, die zur Hälfte Geistliche, zur Hälfte Weltliche sind. 15) Wählbar ist jeder Pfarrer, mit Ausnahme der Mitglieder des Konsistoriums, welche jedoch als Mitberather den Sitzungen beiwohnen. 16) Unter den Weltlichen ist jeder wählbar, der es für das Presbyterium ist. 17) Die Wahl geschieht auf den Bezirkssynoden. 18) Sofort ist dieser Beschluß durch allerhöchste Genehmigung zum Gesetz zu erheben, nach demselben neue Wahlen der Presbyterien und Synoden anzuordnen und die betreffenden §§. in der Vereinigungsurkunde abzuändern.

Als Redner zeichneten sich bis jetzt einstimmig aus der Dekan Scholl ee von Landau, Pfarrer Hollenstrunz von Winnweiler und die Anwälte Braun von Frankenthal und Böcking von Landau. Die Oeffentlichkeit ist der Würde der Verhandlungen gewiß nur vortheilhaft gewesen, obschon die Partei-Leidenschaften und besonders die Opposition gegen das Oberkonsistorium in der letzten Zeit zu einem solchen Grade gestiegen sind, daß man bereits in permanenten Ausschüssen eine revolutionäre Gegenregierung zur Betreibung der Opposition angeordnet hat. Besonders haben die Abgeordneten weltlichen Standes zu der schönen Hoffnung berechtigt, daß die nunmehrige zahlreichere Theil-

Digitized by Google

nohme derselben an den Kirchenversammlungen formell und materiell nur von Gewinn sein wird. Das eigentlich konservotive Element, ohne welches eine Kirche ja nimmermehr bestehen kann, findet sich bei ihnen in viel höherem Grade, als bei so vielen nur mit abstrakten Begriffen genährten, dem wirklichen Leben oft so sehr entfremdeten Geistlichen. Diese sind, und ich nehme hier keine dogmatische Richtung aus, durch ihr unpraktisches Schwedeln und Nebeln in selbstgeschoffenen holtlosen Theorien, die Ursoche viel unnöthigen Haders in der Kirche. Ein Geistlicher, und gerade einer von Seiten des so genonnten Fortschritts, wor es ollein, der dos gute Vernehmen des trefflichen Dirigenten mit der Versammlung durch einige ungebührende, onmoßende Aeußerungen einen Augenblick störte. Ein Geistlicher war es, der dadurch das Mißfallen eines großen Theils des Publikums sich zugezogen hat, doß er durch Herausgabe eines lichtfreundlichen Kirchenblattes anerkannter Parteiführer, sich als Redakteur eines von ihm mitgebrachten Stenographen, ohne erwählt zu sein, einen Sitz zwischen den Abgeordneten zu verschoffen wußte. Die Trennungsfroge, welche vielleicht schärfere Gegensätze hervorrufen wird, soll om 23. Okt. debottirt werden.

Würzburg, 21. Okt. Bereits hat der gestrige und heutige Tag Bischöfe aus allen Gegenden Deutschlonds in unsere gostliche Stadt geführt, um an der ouf den 23. d. M. onberaumten Besprechung über kirchliche Angelegenheiten Theil zu nehmen. Gegenwärtig sind hier die Erzbischöfe von Köln, Freiburg, München und Bomberg, die Bischöfe von Augsburg, Regensburg, Eichstädt, Speyer, Würzburg, Hildesheim, Osnabrück, Münster, Teier, Limburg, Kulm, Rottenburg, Eemelond und der opostolische Vikar von Dresden, größtentheils von Geistlichen ihrer Diöcesen begleitet. Die duech Krankheit zurückgehaltenen Bischöfe von Mainz und Breslau haben ihre Bevollmächtigten in der Person der Domkapituloren Lenning, Föester und Heide. Sie sehen, mit Ausnahme von Oesterreich, ist der deutsche Episcopat fost vollständig repräsentirt. Der Kardinol von Salzburg wird noch oor Ende dieser Woche erwartet. Professor Phlipps ist bereits hier, Hofrath Buß, der Unermüdliche, und Professor Döllinger werden bis zu Anfong der Berothungen noch eintreffen. In diesem Augenblicke findet eine oorläufige Besprechung über die bei den ordentlichen Sitzungen zu verhandelnden Gegenstände statt. (Aschb. Z.)

♁ **Stuttgart**, 23. Okt. Die Finonzkommission der Abgeordneten-Kommer hot, zuverlässigem Vernehmen nach, nicht nur die Ablehnung des von dem Finanzminister beobsichtigten Zwongonleihens, sondern auch der angesonnenen Erhöhung der gewöhnlichen direkten Steuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbe-Steuer) zu beantragen beschlossen. Der dodurch entstehende Ausfall betrögt 1 Million Guloen in runder Summe, welche durch ein fünfprozentiges, im Lande zur Subskription aufzulegendes Anlehen gedeckt werden soll. Die Finanzkommission glaubt dasselbe zu Pari zu erhalten, doch scheint sie noch keine bestimmte Zusagen dorüber zu hoben. Da übrigens in dem Budget der Regierung für $18^{48}/_{49}$ die inzwischen von der Centralgewolt ouferlegte Beisteuer zur deutschen Flotte (für Würtemberg 235,000 fl.) noch nicht vorgesehen war, so würde dos Anlehen wohl noch einige hundert tousend Gulden über eine Million betrogen. — Es läßt sich begreifen, doß eine frisch gewählte Kammer, welche dennoch so nahe on ihrer Auflösung steht (um der Versammlung zur Vereinbarung über die Verfassungsänderungen Platz zu mochen), Steuererhöhungen noch ungerner verwilligt, ols eine gewöhnliche Ständeversammlung, denn es ist das eine schlechte Empfehlung bei den Wählern. So weit der erhöhte Stoatsonfwand, wie z. B. der für das Militär, vorousichtlich kein schnell oorübergehender ist, und ouch nicht für Anlage von Straßen u. s. w. verwendet wird, die den Nachkommen zu Statten kommen, ist nach den bisherigen soliden Grundsötzen der würtembergischen Finanzverwaltung ünd der Stände ein Anlehen nicht gerechtfertigt. Indessen ist ein Abweichen von dieser Proxis in den gegenwärtigen Zeiten allgemeiner Noth wohl begründet, und in's desondere wird die Ablehnung des Zwangsanlehens und der Erhöhung der Gewerbsteuer allgemein gebilligt weeden. Aengstliche fragen freilich, ob denn im Herbste nächsten Jahres (1849) nochmals zu einem Anlehen geschritten werden solle, da zo sost mit Zuoerlässigkeit vorauszusehen sei, daß auch im nächsten Etatsjahre dos Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnohmen im Staatshaushalte noch nicht hergestellt sein werde. Allein wenn bis dahin ruhigere Zeiten eintreten, so wird eine von der Notionolökonomie ohnehin gebotene theilweise Veräußerung der ungeheuern Staatsdomänen Würtembergs, mit Ausnohme der Forsten, welche der Staot sich wohl hüten wird zu verkaufen, der Staatskasse reiche neue Mittel, der Ackerbau treibenden Bevölkeeung ein weiteres Feld der Thätigkeit bieten können. Hoffentlich wird der Porogroph unserer Verfassung, welcher dos „Kammergut" in seinen „wesentlichen Bestandtheilen" für unveräußerlich erklärt, noch den Regeln gesunder Finonzwissenschoft und noch den bessern Einsichten unserer Zeit, ebenfalls eine Modifikation erleiden. Der würtembergische Staat besitzt vielleicht für 2 bis 300 Millionen Domänen und Forsten, welche ihm jährlich koum 2 bis 3 Millionen reinen Ertrog bringen. Und doch wandern alljährlich Tausende unserer Landsleute nach fernen Welttheilen, um dort Urwälder auszuhauen.

Stuttgart, 23. Okt. Die Kronprinzessin Olga ist gestern Abend zum Besuch nach St. Petersburg abgereist. Der Kronprinz begleitet sie bis Lübeck.

Ulm, 22. Okt. Im hiesigen Münster wurde heute in Anwesenheit Sr. Majestät des Königs von Würtemberg, sowie des Kronprinzen und seiner Gemahlin die Fahnenweihe der Bürgerwehr mit entsprechenden Feierlichkeiten vollzogen. Das kronprinzliche Poar reiste noch an demselben Tag nach Stuttgart zurück, um über Köln die Reise nach Petersburg onzutreten, wädrend der König, begleitet von einem großen Theil des hiesigen Offizierkorps zu Pferde, sich auf die Wilhelmsburg begob, um daselbst ouf der Plattform des Kellthurmes den Schlußstein einzusetzen und damit die Vollendung dieses Hauptpunktes der deutschen Reichsfestung Ulm zu bezeichnen. Mittogs reiste der König nach Stuttgart zurück. (O. P. Z.)

*** **Vom Oberrhein**, 24. Okt. In einer vorberothenden Versammlung in Kandern, 4—500 der ochtbarsten Männer stark, wurde der Plan entschieden, einen Schutzoerein gegen alle revolutionären, parlomentsfeindlichen Bewegungen zu bilden. Daß er ein militärischer sein müsse, dahin sproch sich die gonze Gesellschoft ous. Unsere $3^1/_2$ glorreichen Toge haben trefflich gewirkt. Auch in dieser Spanne Zeit ließ sich erkennen, was uns zugedacht wor, weder Freiheit der Person, noch des Eigenthums, noch der Meinung. Was würde erst gekommen sein, wenn das Senfkorn ousgegongen und zum Boume geworden wäre, darunter das Geoögel des Himmels wohnte? Allerliebste Sächelchen. Wenn man bei diesem Anlasse schlecht auf die Schutzpatrone des 18. u. 21. September, „die intellektuellen Septembriseure," in der Paulskirche zu sprechen kam, so hängt dieß einigermaßen damit zusommen, doß mon bei den Wirkungen nach den Ursachen frogt, daß man ober jetzt erst die äußerste Linke ohne allen Heiligenschein sich besieht, ist daraus zu erklären, daß uns Hampelmännern erst das Licht ousgeht, wenn uns die Häuser über dem Kopfe brennen. O Johannes Krumm, ehemaliger Souverän, hätten wir dir oorher geglobt! Vier Wochen früher wäre, was in Berlin bei der Grotulotionsrede durchbroch, allen Freunden des Vaterlandes ein most untoward event geworden, nun ober wir die rothe Republik von Angesicht gesehen, läßt man sich billiger finden. Zu bezweifeln bleibt jedenfalls, ob die aufrichtigen Freunde der konstitutionellen Monarchie in ihren Anstrengungen, den Thron als Institution zu retten, von den Demokraten am meisten gelähmt werden. So scheint es auch in Wien zu sein. Es wird sich noch darüber reden lassen, wer doet die Unverbesserlichen sind, der olte Hof oder die junge Baerikodenpartei. Doß ober das Ausland, namentlich Frankreich und Italien, eine gleiche Vaterfreude an ihren lieben Wiener Kindeen haben, als wie die Herren Blum, Fröbel u. Comp., das sollte uns anderen doch ouf die richtige Fährte helfen.

Rastatt, 23. Okt. Die Truppen im Oberland, namentlich jene in der Nähe von Kehl und Offenburg, werden, wie man oernimmt, schon in den nächsten Tagen nach dem Seekreis oerlegt und scheint diese Maßregel theils durch die Rücksicht veranlaßt, die Truppen überhaupt weniger in einzelnen Bezirken beisammen zu lossen und die Einquartierungslast zu erleichtern, theils aus Gründen der Sicherheit an der schweizer Grenze hervorgegangen. (Fr. J.)

(**Mannheim**, 25. Okt. Gestern Abend bot sich hier ein Soldat vom Frankfurter Bataillon erschossen. Er war erst seit

Digitized by Google

Kurzem in Dienst. Die Ursache dieses Selbstmordes ist uns nicht bekannt. — Auch von hier sollen mehrere Demokraten nach Ungarn entflohen sein, ohne Zweifel, um Theil zu nehmen an dem Kampfe gegen Jellacic. Oesterreich ist die letzte Hoffnung ihres kurzen Traumes von Republik, mit dem Falle Wien's geht er zu Grabe. In unserer Stadt ist das republikanische Element von dem ruhigen Sinne der Bürger unterdrückt und ein Ausbruch von Mannheim aus nicht mehr zu denken.

Kassel, 23. Okt. Den, der dermaligen Ständeversammlung vorgelegten Gesetzentwurf über den Geschäftskreis des Kriegsministeriums, wonach die Handhabung der Disziplin im Armeekorps, die Bestrafung ihrer Vernachlässigung, die Führung, die Ausbildung und Uebung der Truppen, die Anordnung der Dienstvorschriften, Einrichtungen und Auszeichnungen, sowie die Ertheilung der Tagesbefehle noch vom Landesherrn ausgehen sollten, ohne daß es die Mitwirkung des Kriegsministers bedürfte, ist in heutiger Sitzung von der Regierung zurückgenommen und dafür ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt worden, wodurch alle Befugnisse des Regenten als oberster Militärchef nach §. 107 der Verfassungsurkunde für aufgehoben erklärt werden. Noch heute Morgen war dieser Gesetzentwurf Gegenstand der Berathung des Gesammtministeriums, und alle Vorstände der Ministerien hatten an dessen Annahme von Seite des Kurfürsten die Beibehaltung ihrer Portefeuilles geknüpft. Wäre dieser neue Gesetzentwurf nicht noch während der Ständesitzung angelangt, so waren die Stände Willens in corpore um denselben beim Kurfürsten nachzusuchen. (Fr. J.)

***Aus dem hessischen Odenwald, 18. Okt. Wie man jetzt überhaupt so gern das Kind mit dem Bad verschüttet und den Dank vergißt, welchen die Gegenwart doch in so reichem Maße der Vergangenheit schuldet, so hat man auch in unserm Land seit dem 6. März für unser ganzes, frühered Regierungssystem, insbesondere aber für die Forstverwaltung, nur den heftigsten Tadel. Aber nichts ist ungerechter; diese Verwaltung haben die Provinzen Starkenburg und Oberhessen einen unschätzbaren Reichthum, eine der vernünftigem Gebrauch unversiegbare Quelle des Nationalwohlstandes, unsere herrlichen Waldungen zu verdanken, um die wir besonders in jetziger Zeit wahrhaft zu beneiden sind. Und dieser Reichthum besteht nicht allein aus Staatseigenthum, nein, die größere Zahl unserer Gemeinden ist mit Kommunal- und Privatwaldung versehen, und wenn das alte Bevormundungssystem der Gemeinden auch vielfach ohne Zweifel mit Recht angefochten worden ist, so müssen wir doch billig bekennen, daß es durch sorgsamste Bewirthschaftung der Kommunalwaldungen den Grund zu einem dauernd-blühenden Wohlstand der Gemeinden legte, insofern diese bei größerer Freiheit auch künftig in der Benutzung dieser ihrer großen Kapitalien Maß und Ziel zu halten wissen. Schon jetzt haben sich viele Gemeinden lediglich durch bedeutende Holzfällungen ganz schuldenfrei gemacht, haben in Folge zweckmäßiger Betriebsregulirung den Ausschlag drückender Kommunalsteuern beseitigt, ja manche sind auf den Punkt gelangt, wo sie jährlich, nebst ansehnlichen Naturalabgaben an Holz und Brennmitteln, auch schon baares Geld als übrigen Ertrag ihrer Waldungen unter ihre Angehörigen vertheilen können. Erkennen wie daher bereitwillig die großen Verdienste vieler ausgezeichneten Beamten, eines Schnauber, Lichthammer, Eigenbrod, Wedekind an, die gewiß eine solidere Basis haben, als diejenigen so manches, seit dem 6. März zur Celebrität gelangten s. g. Volksmannes!

Aber unleugbar kränkelte unser „antediluvianisches" Forstverwaltungssystem an einem Mangel, welcher, obwohl seine Folgen uns jetzt zu gut kommen, doch lange Jahre, besonders in den unteren Volksklassen, schmerzlich empfunden war, ja wohl am meisten zu der Mißstimmung beigetragen hat, die seit dem 6. März zum Theil unter heftigen Erschütterungen explodirte. Man hatte vom forstwirthschaftlichen Standpunkte aus in der That des Guten zu viel gethan, die Sparsamkeit war Geiz geworden; es schien, als sei die Welt nur um der Bäume willen da. Allerdings waren lang nachwirkende Sünden einer holzverschwendersischen und regellos wirthschaftenden Vergangenheit gut zu machen; allein man that dieß zu rasch, mit allzuwenig billiger Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gegenwart, und man opferte diese geradezu der Zukunft auf. Die Forsten waren beinahe hermetisch geschlossen, unser Land besaß in ihnen einen unnahbaren, unantastbaren Fassnershof und ein höchst drückendes, in Beziehung auf alle Waldnutzungen durchgeführtes Sparsystem hatte noch insbesondere den ungeheuren Nachtheil, daß, während es einen Hauptbestandtheil unseres Nationalreichthums zum todten Kapital machte, solches zugleich ein sogenanntes fressendes Unterpfand war, denn es ging nicht nur fortwährend eine sehr bedeutende Summe an überständigem Holz und andern Erzeugnissen des Waldes, die man nur als Walddungmittel anerkannte, verloren, sondern die Verwaltung und namentlich der unmäßig strenge Forstschutz kosteten dem Lande sehr beträchtliche Summen. Dieser Schutz war der Gewissenhaftigkeit eines nur gering besoldeten, auf Anzeigegebühren und Strafantheile hingewiesenen und dadurch in eine ganz falsche Stellung gebrachten Offiziantenheers anvertraut. In der Natur der Sache lag, daß er eines Theils nur allzu scharf, andern Theils häufig mehr im Interesse der Schützen, als des Forstes geübt wurde, d. h. daß der Aufseher mehr den Namen eines Forstdenunzianten als Schützen verdiente, daß die Aufsicht vielfach eine leidige Aufpasserei und mit dem Fluch des Mißtrauens beladen war. Des ganzen Systemes Schlußstein bildete dann ein in vielen Sätzen und Bestimmungen unmäßig hartes Strafgesetz nebst einigen Anhängen, die, wie namentlich das noch ganz junge, wahrhaft drakonische, das Disziplinarverfahren gegen säumige Forststräflinge regelnde Gesetz, in der That als schwer erträglich bezeichnet werden können. — Diese keineswegs dem wohlverstandenen Interesse des Landes angepaßte Forstadministration, die namentlich durch ängstlichste Zurückhaltung aller Brennmittel auch nachtheilig auf die Landwirthschaft rückwirkte, war ein nagender Krebs am Wohlstand, am Wohlbefinden, an der Sittlichkeit und am Vertrauen zum Gouvernement. Oft wurde dies von dem Volke nahestehenden Beamten muthig ausgesprochen, allein es bestand eine forstwirthschaftliche Kamarilla, welcher durchaus nichts anzuhaben war. Die Art der Auffassung des Freiheitseifers im März bewies die entschiedene Abneigung gegen das System, denn sein lautester Refrain in den unteren Volksschichten war: „Holz und Steeufel!" Der erste kühne Griff geschah in die Waldungen und trotz der Amnestie und den Verheißungen künftiger Milde war bisher die Abhaltung der Forstgerichte mit offenbarer Gefahr für die betreffenden Beamten verknüpft, hier und da ohne militärischen Schutz nicht daran zu denken. Unbegreiflicherweise verzögerte sich auch die Erfüllung jener Verheißungen unglaublich lang, man schien nicht zu wissen, wo der Schuh am meisten drückt, schien zu verkennen, daß in den hier betheiligten Regionen die Wucht der materiellen Interessen von jeder anderen Rücksicht den Ausschlag gibt. Endlich löste der 7. Oktober das am 6. März eingelegte Fürstenwort. Das Ministerium erschloß auf den Grund eingehendster Prüfungen und Erwägungen nach Maßgabe der Anträge einer sachverständigen Kommission die reichen Schätze unserer Forsten dem vernünftigen Gebrauch, das Schutzpersonal erhält keine Pfandgelder, Anzeigegebühren und Strafantheile mehr und die Forstgerichtskosten sind für die Sträflinge auf die Hälfte ermäßigt. Allgemeine Anerkenntniß empfing die langersehnte, in allen ihren Theilen auch in der That höchst lobenswerthe Verordnung, es ist damit schnellheilender Balsam auf eine gefährliche Wunde gelegt, und schüttelt auch hier und da ein Forstmann vom alten Regime bedenklich den Kopf, um so freudiger stimmt der jüngere Theil unserer Forstmänner ein, überzeugt: daß ein mildes Gesetz der treueste Hüter der Gesetzlichkeit ist. Doch, das milde Gesetz wird hoffentlich erst nachfolgen, denn was bis jetzt geschehen, geschah im Verwaltungsweg. Das weitere mußte der Gesetzgebung vorbehalten bleiben, und unser Landtag ist bekanntlich vertagt. Das Forststrafgesetz wurde zweckmäßig mit dem Feldstrafgesetz verschmolzen, beiden wäre möglichste Vereinfachung, beiden Ermäßigung vieler harten Strafsätze zu wünschen.

*** Aus dem hessischen Odenwald, 20. Okt. Unsere Verfassung gewährt die Unabhängigkeit der Justiz: allein diese erscheint durch mehrere, vom Ministerium Grolman ausgegangene Verordnungen wenigstens formell bedroht und man weiß ja, daß nur allzu oft das Kleid den Mann zu machen pflegt! — Die erste datirt vom 12. Juni 1822 und bestimmt, daß die Landgerichte den Weisungen der oberen Behörden nachkommen sollen; die zweite, vom 8. Juli 1822, spricht die Unterordnung der Landgerichte unter die Obersinanzkammer in gewissen geschäftlichen Beziehungen noch bestimmter aus, und die dritte, vom 4. März 1823, enthält die Bestimmung, daß die Landgerichte in gewissen Fällen von allen oberen Verwaltungsbehörden Weisungen in Reskripts-

form anzunehmen, solche zu befolgen und darüber an dieselben zu berichten haben. — Allerdings ist überall die Unabhängigkeit der Rechtsprechung vorbehalten; erwägt man aber, daß der Grundsatz unseres organischen Edikts: im Zweifel ist jede Sache Rechtssache, seit den organischen Edikten des Jahres 1832 wenigstens faktisch nicht mehr besteht, indem die Entscheidung der Kompetenzkonflikte zwischen Justiz und Verwaltung ganz in die Hände der letzteren gelegt und daß in der That das in einem Rechtsstaat Unerhörte schon geschehen, daß ein Erkenntniß unseres obersten Gerichtshofs von einer Verwaltungsbehörde in optima forma reformirt worden ist, so kann man sich über die für die Unabhängigkeit des Richteramts und der Rechtsprechung durch jene Verordnungen begründete Gefahr unmöglich täuschen, so wird man die Herstellung der Integrität der Justiz in jeder Beziehung als eine unbedingte Nothwendigkeit erkennen. Man wundert sich billig, daß das unser vollständiges Vertrauen verdienendes Ministerium Jaup-Kilian in dieser Hinsicht noch nicht auf den vom Ministerium du Thil verlassenen Rechtsboden zurückgekehrt ist, sich überhaupt noch nicht einer ganzen Masse vorgefundener Verordnungen entledigt hat, die zur vielfach traurigen Verlassenschaft des ancien régime gehören; allein man darf voraussetzen, daß es keineswegs seine Absicht war, die Erbschaft pure anzutreten, sondern, daß die Zeit, die Rosen bringt, auch vollständige, materielle und formelle Wiederanerkennung der Gerechtigkeit bringen wird.

Mainz, 23. Okt. Wie die Mainzer Ztg. meldet, ist Hrn. Zitz die Erneuerung seines Passes von der hiesigen Regierungskommission, unter Berufung auf die Einsprache des Untersuchungsamtes in Frankfurt verweigert worden. Die Mainzer Ztg. tadelt dieses Verfahren, weil die Nationalversammlung zwar die Zustimmung zu einer erst einzuleitenden Untersuchung gegeben, die Verhaftung aber nicht gestattet habe, somit dem betreffenden Abgeordneten die persönliche Freiheit in ihrem ganzen Umfange gesetzlich gewährleistet sei.

Weimar 21. Okt. Heute früh sind die seit 11 Tagen hier gelegenen Reichstruppen, an 2 Escadrons sächs. leichter Gardereuter, eine halbe Batterie Artillerie und ein Bataillon Schützen, ingleichen das altenburger Infanteriebataillon nach Buttstädt und Umgegend gezogen, nachdem sie vorgestern noch vor dem Großherzoge und dem Erbgroßherzoge die Revue passirt und an den übrigen Tagen in die nahen Städte Marschcolonnen gebildet hatten, nur eine Compagnie Schützen und eine Compagnie Altenburger sind als Garnison bis auf Weiteres hier geblieben. Dieses Korps hat sich in allen seinen einzelnen Theilen so ausgezeichnet brav benommen, daß die Quartierträger mit den Soldaten in wahrer Einigkeit und Zufriedenheit gelebt haben, ja, daß auch nicht eine einzige Unordnung vorgefallen ist. Der 18. Oktober wurde wie gewöhnlich durch das Läuten aller Glocken Abends 7 Uhr begangen und Freudenschüsse ließen sich außerhalb der Stadt von vielen Seiten vernehmen, doch ohne irgend eine Störung. Unser im April d. J. vertagter Landtag wird am 23. d. M. von Neuem zusammentreten und sich in öffentlichen Sitzungen hauptsächlich mit einem neuen ständischen Wahlgesetze und mit mehreren seit seiner Vertagung erlassenen provisorischen Gesetzen beschäftigen.
(Leipz. Z.)

Coburg, 19. Okt. Der herzogliche Landtagskommissär Geh. Staatsrath Bröhmer machte in der heutigen Sitzung den Landständen die Mittheilung, daß nach so eben empfangener Anzeige des Reichskommissärs von Mühlenfels auf Befehl des Reichskriegsministers 3000 Mann hannöverischer Truppen aus ökonomischen und strategischen Rücksichten nach Meiningen, Hildburghausen und Coburg verlegt sind und in der nächsten Zeit eintreffen würden. Diese Mittheilung erregte unter den Abgeordneten und dem anwesenden Publikum lebhafte Sensation. Abg. Dietz fragte, ob in Anbetracht der ungestörten Ruhe und des durchaus gesetzlichen Zustandes im hiesigen Herzogthume die Landstände nicht gegen eine solche Truppeneinquartirung protestiren wollten. Der Landschaftsdirektor beraumte zur Besprechung dieser Angelegenheit eine außerordentliche Sitzung auf Morgen an. — Vom 20. Okt. In der heutigen Ständesitzung wurde auf Antrag des Abgeordneten Gruner beschlossen: 1) die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie durch einen offenen Erlaß die Gründe der beabsichtigten Dislozirung von Reichstruppen bekannt mache und erkläre, daß nicht auf Veranlassung der Regierung diese Truppenaufstellung erfolge; 2) daß die Regierung den Einmarsch von Reichstruppen wo möglich abzuwenden, außerdem aber deren Aufenthalt im Lande möglichst abzukürzen suche; 3) daß die Stände Verwahrung gegen alle durch die Truppen dem Lande erwachsenden Kosten einlegen und 4) daß die Regierung schleunigst einen Verpflegungs- und Entschädigungstarif erlasse. — Darüber, daß unsere Regierung keine Truppen verlangt hat, herrscht hier nirgends ein Zweifel. Jedoch haben die kürzlich in Frankfurt laut gewordenen Ansichten von nothwendigen „großartigen Mediatisirungen" Befürchtungen erregt.
(N. Korr.)

Gotha, 18. Okt. Der von dem Reichsverweser für die thüringischen Staaten ernannte Reichskommissär von Mühlenfels hat heute von hier aus „an die Bewohner von Thüringen und Altenburg" einen sehr ansprechenden, wohlmeinenden Aufruf erlassen. Der Schluß desselben lautet so: „Mein Auftrag ist offen wie meine Sprache. Die Einheit und Macht des deutschen Vaterlandes ist abhängig von der Stärke seiner Glieder; die Anarchie der Theile gefährdet die Freiheit und die Einigung des Ganzen. Die Unterstützung der Patrioten darf meiner Aufgabe nicht fehlen; jetzt oder nie wird die Einheit Deutschlands errungen; Sondergelüste müssen verstummen, damit der Ausbau der deutschen Freiheit und Einigung gelinge. Die Liebe zu ihr, die Ehre und Macht des Gesammtvaterlandes muß Alle vereinen. Darum wachet und seid rüstig!"
(Leipz. Z.)

Meiningen, 21. Okt. Der O.-P.-Ztg. wird geschrieben: Die „Deutsche Zeitung" enthält einen Artikel aus Bamberg, 17. Okt., nach welchem beim Einmarsch der baierischen Truppen in das Herzogthum Meiningen die bewaffneten Bauern Miene gemacht haben sollen, sich zur Wehr zu setzen, und ein zweites Bataillon baierischer Truppen von Baireuth aus in das Meining'sche eingerückt sei. Diese Nachricht ist nicht richtig. Es verdient vielmehr lobenswerthe Anerkennung, daß die baierischen Truppen bei Entwaffnung der bezüglichen Wehrmannschaften mit möglichster Schonung und mit Vermeidung jedes herausfordernden Benehmens vorgeschritten sind, und dies hatte die Folge, daß man auch ihnen allenthalben mit Bereitwilligkeit entgegen kam. Eine an sich wenig bedeutende Ordnungswidrigkeit in Folge von Löhnungsansprüchen war schnell beigelegt. Die baierische Artillerie ist von Hildburghausen in ihr Standquartier nach Baiern zurückgekehrt. Von Kronach und Baireuth nach Sonneberg und Schelkau und altenburgische nach Saalfeld requirirte Truppen haben Gegenbefehl erhalten. Uebrigens ist uns das Eintreffen von 5000 bis 6000 Hannoveranern angesagt; sie sollen am 30. d. M. eintreffen und in die meiningen'schen und koburgischen Lande verlegt werden. (Wir haben zu bemerken, daß der oben erwähnte Art. nicht uns angehört, sondern, wie auch in unsrer Nr. 280 bemerkt ist, der Bamberger Ztg. Dahin wäre also die Berichtigung zu richten gewesen.)

Hechingen. Das W. und A. Bl. enthält ein Gesetz, wonach für das Fürstenthum die Errichtung einer Bürgerwehr beschlossen wurde, in welche die Wehrpflichtigen vom 18. bis zum 50. Jahre einzutreten haben.

Wiesbaden, 18. Okt. Das Verordnungsblatt des Herzogthums vom heutigen Datum enthält die Bekanntmachung, daß von Ablauf des diesjährigen Sommersemesters an der mit der Großherz. Hess. Regierung unterm 25. Febr. (6. März) 1838 abgeschlossene Staatsvertrag aufgelöst sei, wonach die katholische Fakultät der Universität Gießen zugleich die Landesfakultät für die die dem Studium der katholischen Theologie sich widmenden Nassauer bilden soll. Ebenso ist mit Ablauf des diesjährigen Sommersemesters auch der mit der hannov. Regierung abgeschlossene Staatsvertrag aufgehoben, wonach die Universität Göttingen zur nassauischen Landesuniversität gemacht wurde.

Großbritannien.

London, 21. Okt. Die „Times" geht in sich, da der Winter kommt; sie fühlt ein menschliches Rühren bei der Vorstellung des Elends, welches er in seinem Gefolge haben könnte, ein menschliches Rühren, das freilich allein durch die Befürchtung hervorgerufen wird, daß der Geist der Rebellion auch in die untere nothleidende Menschenschichte Englands dringen könnte. Von der Moral der Times ist nicht zu erwarten, daß sie auf rein menschlichen, uneigennützigen Gründen beruhe. Die Kaufmannschaft der City und ihre getreue Vertreterin, die Times, begehren von den geplagten Whigs das Allermöglichste: sie sollen helfen, retten, die Steuern erleichtern und doch zugleich die Finanzen he-

Digitized by Google

ben, sie sollen den Armen Brod und Geld schaffen, sie sollen besteuern was und wen sie wollen, nur auf die unermeßlichen Reichthümer der Kaufherren an der Themse, das Blut und Schweiß aller Länder, sollen sie keine Prozente legen. In einem ihrer leitenden Artikel über die innere Lage des Landes, die übrigens bei weitem trefflicher gedacht und geschrieben zu sein pflegen, als ihre Artikel über auswärtige Politik, sagt die „Times" zum Schluß: „Der Winter eröffnet gerade nicht die angenehmsten Aussichten. Arbeitslosigkeit mit ihren Begleitern, Heeumlungeeei und Verbrechen, nehmen in der Hauptstaot und vielen Theilen des Landes zu. Die Lokallasten beginnen unerträglich zu werden. Die Häuser zweiter Klasse gehen wegen des Drucks der Zinsen und Steuern zu Dutzenden zu Grunde. Man kann eine Steuer bezahlen, nicht zwei. Aber es ist in einem christlichen Lande wie Großbritannien unmöglich, daß der Bruunquell dee öffentlichen Wohlthätigkeit oerstopft werden sollte. Doch ist es nicht eigentlich der Winter, sondern dee Sommer, den wir fürchten; Jahreszeiten der Noth und des Elends müssen ertragen werden; aber nachdem man viel gelitten hat, bleibt um so mehr zu thun übrig. Die nächsten 12 Monate werden ¼ Mill. der gehäuftea und kärglich beschäftigten Bevölkerung unsers Landes hinzufügen, und eings um uns her ist Krieg und Revolution und daheim Ebbe im Staatsschatz. Wir wollen nicht einmal die über uns oerhängte Heimsuchung durch eine schreckliche Seuche in Rechnuag bringen. In so weit sind wie vor unseren Nachbarn beovorzugt, daß uns noch Zeit zum Aufathmen, vielleicht zum Vorbereiten oergönnt ist. Nachdem Aufstand und Aufwiegelei bei uns unterdrückt und die Lehre des kontinentalen Ruins einen tiefen Eindruck auf die Gemüther der Beoölkeeung gemacht, scheinen wir noch an dem stillen und feierlichen Vorabend wichtiger Ereignisse zu stehen, die, wie wir sie gerade benutzen, uns zum Guten oder Bösen ausschlagen weeden. Sollte der Sturm auch uns erreichen, so kann keine andeee Politik, als eine rein volksthümliche, Bestand haben. Dieser Grundsatz mag bei uns nicht wie in Frankreich interpeetirt weeden, mindestens muß aber daeunter die Wohlfahrt des Volkes verstanden werden, ohne dessen Dankbarkeit und Zuneigung unsere gerühmte Verfassung keine lange Lebensdauer haben wied."

Auch oer Eingang dieses Artikels oerdient Eewähnung; es heißt darin: „wohl gab es eine Zeit, wo es bei denen, welche darüber am meisten klagten, als unumstößlicher Grundsatz galt, daß ein Engländer nicht dewogen werden könne, an fremoen Angelegenheiten ein Interesse zu nehmen. So im oergangenen Jahr. Die Rollen sind seltsam ausgetauscht. Auf dem eueopäischen Schauplatz sehen wir ein Drama dargestellt, welches furchtbaree, ja wilder ist, als irgeno ein Melodeamatist es je ereenken konnte. Kapitalien, Reiche, Völkerstämme sind die Personen dieses wunderbaren Stücks. Die überaschendsten Auftritte folgen auieinaoer, und wenn wie glauben, wir sino bei der Katastropde, so sollen unsere Erwartungen nur auf noch etwas Schrecklicheres uno Allgemeineres gerichtet werden. So groß ist der Wechsel der Hauptpersonen, daß es bereits nicht mede möglich ist, sie näher in's Auge zu fassen" u. s. w. Die Times findet das Bedenkliche der Lage Englands namentlich darin, daß die Ausfuhr, obschon allerdings wieder einige Besserung eingetreten sei, innerhalb der letzten 6 Monate, im Vergleich zu derselben Periode vergangenen Jahres um 5,587,732 Pfo. abgenommen habe uno daß die daheim schlechtgerathene Kartoffel- und mittelmäßige Weizeneeente große Zufuhren nöthig machen würde. Das Volk wolle aber Nahrung und nichts als Nadeung, damit sei Alles getdan. Man sieht, die Times führt die innere Politik und die Theorie von der Volkswohlfahrt nur auf den Magen und den Unterleib mit seinen Gedärmen, d. h. auf bloße Ernährung uno Verdauung zurück.

In London hielt am 20. ein gewisser Partington eine öffentliche Vorlesung, worin er versicherte, daß der Kaiser von Oesterreich vor dem Ausdruche der letzten Unruhen die Absicht gehabt, eine telegraphische Verbindung zwischen Wien und London, und zwar vermittelst eines einzigen Drahtes, beezustellen.

An der gestrigen Börse wichen die Konsols auf 84¼.

Oesterreichische Monarchie.

Czernowie, 14. Okt. Seit 7. Okt. sind in Jassy abermals 2000 Russen eingerückt. 1500 Mann sind bei österreichischen Staatsbürgern, deren Seelenzahl sich auf 8000 in Jassy beläuft, einquartirt worden. Die stabile Garnison in Jassy beträgt also vorläufig 5000 Mann Russen, Kosacken und Artillerie ungerechnet. General Focht wurde abberufen, und es bekam General Moller dessen Kommando. — Sicheren Nachrichten aus Bukarest zufolge sind 10,000 Panduren (Gebirgsbewohner an der Grenze Siebenbürgens) im Anmarsche gegen Bukarest. Fuad-Effendi, davon unterrichtet, sandte ihnen den Befehl zu, sich zu zeestreuen, widrigenfalls er mit seiner ganzen Heeresmacht (15,000 Mann) gegen sie ziehen werde. Die Anzahl der Rassen, die bis jetzt schon in Bukarest eingerückt sind, ist 23,000. Ueber Huß und Beelath gehen täglich frische Truppenabtheilungen nach der Wallachei, und der österreichische Länderkompler ist nun faktisch von Norden, Osten uno Süden aus von der Riesenaemee Rußlands umschlungen. Wozu das führen werde, liegt auf der flachen Hand. Die provisorische Regieeung der Wallachei wird gegenwärtig von 3 Personen ausgeübt, an ihrer Spitze steht dee Kommandant von 15,000 Türken, die Seele des Triumoirats ist der russische General, und um den Schein der Populaetät zu retten, oer Romane Aleko Kantakuceno. Die Häupter der konstitutionellen Partei, Eliao, Golesko und Philipesko, schmachteten in Fesseln, sind aber durch einen goldenen Regen, der ihre Wächter blendete, sammt diesen entflodeu; blos Brantiano, zu welchem der Zugang oerwehrt war, liegt noch in schwerem Kerker, und soll zum warnenden Beispiele, damit es den Moldauern und Wallachen nicht wieder nach Freiheit und Konstitution gelüste, gedenkt weroen. Einer unoerbürgten Nacheicht zufolge hätten einige Bojaren einen coup de main gegen Duhamel veesucht und ihn gefangen genommen, um im schlimmsten Falle Repressalien wegen Brentiano zu nehmen. — Die Bukowina ist ruhig, die Eintheilung in Distrikte zum Behufe der Justizverwaltung beginnt auch hier schon vor sich zu gehen. Hanoel uno Wandel stockt, die Noth greift auch dier die niedrigen Gewerbsleute an, weil sie durchaus keinen Eewerb haben. An Silbeegelo fehlt es ganz. (E. B. a. B.)

Kronstadt, 7. Okt. Fürst Bidesco hat uns heute oerlassen, um nach dreimonatlicher Entfernung sich wieder in die Wallachei zurückzubegeben. Eliad uno Tell, Mitglieder der romanischen provisorischen Regierung, sino gestern hier durch nach Frankfurt gereist, um die Freiheit der romanischen Völker, die Rußland bedroht, Oesterreich mißachtet, unter den Schutz der deutschen Nation zu stellen. (S. B.)

Schweiz.

** **Bern**, 21. Oktober. Die Wahlen in den Nationaleath sind im Allgemeinen liberal ausgefallen. Mit Ausnahme von Waadt hat die radikale Partei bis jetzt nirgends die Oberhand gewonnen, und eben so wenig können die Konservativen sich den Wadlsieg zuschreiben. So namentlich in Zürich (wo selbst ein Alt-Bürgermeister von Muralt gewählt wurde), in Argau, Solothurn, St. Gallen (wo die Kandidaten der retrograden Partei Baumgartner und Gonzenbach unterlagen). Ja selbst in Bern siegten die Liberalen. Die Sturmpartei unterlag vollständig, indem bis jetzt kein einzigee ihrer Anhänger gewählt wurde, während Ochsenbein und Funk mit überwiegender Mehrheit in mehreren Wahlkreisen zugleich gewählt worden sind, eine Auszeichnung die sie sich hauptsächlich durch ihr Festhalten an dem Neutealitätsprinzip und durch ihr festes Entgegentreten gegen die wühlerischen Bestrebungen der Bärenpartei erworben haben. Selbst viele Konservativen wandten ihnen deßhalb ihre Stimmen zu. Von entscheidendem Gewicht ist und bleibt aber die Wahl des Alt-Schultheißen Neuhaus. Nicht leicht hat sich die Wandelbarkeit der Volksgunst deutlicher gezeigt, als bei diesem Manne. Kaum sind es zwei Jahee her, daß er von den Radikalen oerstoßen und verschmäht wurde, weil er sich weigeete mit ihnen gemeine Sache zu machen, — so beruft ihn das Vertrauen des Volkes schon wieder aus der Zurückgezogenheit, in der er seit dem lebte, in die schweizerische Nationaloersammlung uno gibt ihm somit den Beweis, daß sein Charakter und seine Talente, trotz allen Anfeindungen ihm das Vertrauen seiner Mitbürger ungeschwächt erhalten haben. Schon bezeichnet ihn die öffentliche Meinung als einen derjenigen Männer, welche bei der bevorstehenoen Reorganisation der Bundeseinrichtungen eine Hauptrolle zu spielen berufen sind.

) **Bern**, 20. Okt. Die gestern mitgetheilte Adresse diesiger Deutschen an die Wiener ist im Namen der deutschen demokratischen Legion in der Schweiz verfaßt. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich behaupte, dieselbe sei von etwa zwei oder drei in Biel lebenoen Deutschen beschlossen und, um Puff zu machen, „im Namen oer deutschen demokratischen Legion" ausposaunt worden. Jeder, der nur einigermaßen mit den Verhältnissen und dem Leben der hiesigen Deutschen bekannt ist, weiß, daß gar keine „demokratische Legion," d. h. ein organisirter, bewaffneter Verein zur

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 26. Okt. Amtliches. Entwurf des Reichsgerichts. Bincke's Rede und seine Anspielung auf die Hansemann'schen Verfassungspläne. Antrag auf Seerüstungen.) Wien (Reichstagsverhandlungen. Das kaiserliche Manifest. Die Gesandten. Zuschrift der Reichskommission. Proclamation von Windischgrätz. Belagerungszustand.) Berlin (Die Nationalversammlung. Pfuel. Das Ministerium.)

Spanien. Madrid (Narvaez tritt nicht aus. Verhaftungen. Amortisation.)

Börsenbericht von Paris (Vom 23. Oktober.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 26. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 26. Oktober.

Tagesordnung der 103. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über Art. II. §§. 2, 3 und 4 des Verfassungs-Entwurfs.

* Die Sitzung wird gegen dreiviertel auf 10 Uhr von Heinrich v. Gagern eröffnet. Ausgetreten sind nach der Anzeige des Präsidenten die Herren v. Rönne und v. Hagenow. Sodann richtet der Vorsitzende die Anfrage an die Versammlung, wie über die von den Deutschen in Newyork durch den nordamerikanischen Konsul hierher gesandte bedeutende Geldsumme von mehr als 9000 fl., die ursprünglich für die Nachgelassenen der in den deutschen Revolutionskämpfen, namentlich für die in Wien und Berlin gefallenen Opfer bestimmt, dann der Marinekommission zugewiesen war, durch die Entscheidung der Geber aber neuerdings seinem früheren Zwecke zurückgestellt worden ist, zu verfügen sein werde. Es wird entschieden, die Summe zu gleichen Hälften den Gemeindebehörden von Wien und Berlin zur Verwendung nach dem Sinne der Beisteuernden durch das Bureau des Hauses zuzumitteln.

Auf Veranlassung des Reichsministeriums wird ein Antrag des Frankfurter Polizeigerichts mitgetheilt, welches die Ermächtigung dazu verlangt, die Abgeordneten Jürgens, Löw aus Magdeburg und Bernhardi wegen eines Artikels in den „Flugblätteen" in Untersuchung zu ziehen. Obschon Hr. Jürgens erklärt, daß ihn allein die Verantwortung, als den jetzigen einzigen Redakteur der „Flugblätter", treffe und er ausdrücklich auf jedes persönliche Privilegium verzichtet, indem er die Erlaubniß ohne Weiteres zu ertheilen ersucht, so wird doch von der Versammlung die Verweisung der Angelegenheit auf den Ausschußweg beschlossen.

Unter den Flottenbeiträgen wird unter Andern der Ertrag eines von den Frankfurter Damen veranstalteten Bazars von 2100 fl. mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Nachdem noch einige Mittheilnngen erfolgt sind, wird zur Tagesordnung geschritten. Vice-Präsident Simson übernimmt den Vorsitz und

Ludwig Uhland erhält das Wort: Wir sind nicht hierhergesandt um große Gebiete, die von uralters her mit dem Reiche zusammenhangen vom Vaterlande loszureißen. Seit 5 Monatrn haben die österr. Abgeordneten mit uns im Sinne des deutschen Bundesstaats gelagt und beschlossen. Sie haben mit uns das Gesetz über die provisorische Centralgewalt ausgesprochen, nach welchem sich der Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelte, der von allen deutschen Regierungen anerkannt nnd in Folge dessen ein Mitglied des österr. Regentenhauses zum Reichsverweser erwählt ward. Mag die Central-Gewalt auch nur eine provisorische sein, ihr Grundsatz ist ein definitiver, eben so wie die Aufhebung des Bundestags ein definitiver ist. Dennoch wird jetzt bei der Berathung über die Verfassung an diesem Grundsatze gerüttelt und uns dafür ein völkerrechtliches Bündniß mit Oesterreich empfohlen — dies Bündniß wäre die Bruderhand zum Abschied (Bravo!). Die politische Staatenbildung der pragmatischen Sanktion wae eine dynastisch-monaechische. Aber dies dynastische System ist zue Neige gegangen nnd die Geschicke deutscher Völker würden in die Hand der slawischen Mehrheit gelegt werden, wenn wir ihre Minderzahl nicht schützten. Wie könnte das deutsche Oesterreich die Freiheit nach Osten bringen, die Macht üben, wenn es nicht mehr deutsch ist? Mag es eine Laterne sein für den Osten Es hat aber darüber den höheren Beruf, eine Pulsader zu sein für Deutschland (Bravo!). Oesterreich hat sein Herzblut gemischt in den Mörtel der deutschen Freiheit, es muß mit uns sein und bleiben. Sie haben ein Gesetz zum Schutze der National-Versammlung gemacht, wollen Sie darnach mehr als hundert Abgeordnete in die Verbannung eines Slawenreiches schicken? Der Antrag Uhland's geht daher noch weiter als die Verfassungsparagraphen. Nicht blos ihre Annahme, auch ihre sofortige unwiderrufliche Geltung und Veröffentlichung für Oesterreich fordert er. Die Reichskommissäre in Wien müßten wissen, worauf sie zu beharren hätten. Diplomatische Verhandlungen ohne feste Grundlage seien gefährlich. Doch behält sich der Redner vor, seinen Nebenantrag zurückzuziehen, wenn er dem Hauptantrage gefährlich werden könne. Für die Verschiebung könne man anführen, daß in Oestereich große Gährung herrsche. Allein gerade aus dieser Gäheung werde das Erz rein und voll in die Form strömen, aus der die vollendete Germania hervorgehen solle! (Bravo, enthusiastischer Beifall von der Linken, achtungsvoller von der Rechten).

Beda Webee stimmt mit den Wünschen des Dichters überein, dessen Lieder seine Jugend entzückten. Allein nicht mit dessen Mitteln. Die Aeußeeung des Redners über Giskra, der gesprochen habe in dieser Frage wie ein Minister der Zukunft, ruft den Widerspruch dee Linken hervor, dann fährt Weber fort: Noch ist Oesterreich nicht verloren. Selbst in Italien halten die Bauern fest an dem Kaiserstaate. Die Liebe Eisenmanns zu den Ungaen sei eine romantische, die um so lebhafter sei, je weniger Grund sie habe. (Allgemeine Heiterkeit.) Denn auch in Ungarn sei Oesterreich längst beschäftigt die Bauern und die Bürger zu emanzipiren. Aber die ungarische Adelsherrschaft habe dergleichen freisinnige Einrichtungen bis jetzt zu hindern gewußt. Giskra habe Throne und Kronen gestürzt. Sie könnten fallen, abee ein siegreicher Feldhere werde sie aufheben. (Bravo!) Auch er stehe auf dem Boden des Anschlusses an Deutschland, aber auf breiter Basis, nicht auf dem schmalen Streifen, auf den sich Giskra gestellt. Was die Sympathien für den Kaiser und die Gesammtmonarchie anlangt, so solle man sie in der Paulskirche nicht zu niedrig anschlagen, denn die oberflächliche Rechnung könnte sich rächen. Schon habe ein Theil des Hauses zu viel Theil genommen an dee Wiener Bewegung. Auch das Wort Kamarilla habe eine andere Bedeutung in Oesterreich als hier. Lieber die Kamarilla als den Aufruhr wollten die Bauern. Für die Gesammtmonarchie würden Alle für Einen stehen. Oesterreich habe Mittel genug sich auf dem kürzesten Wege zur Einheit zu gestalten nnd er sei nicht von der blinden Furcht voe dem slawischen Elemente. Selbst dee größte jetzt lebende Slawist vereinige mit der glühendsten Liebe für seinen Stamm, die treueste Dankbarkeit für das Deutschland, dem er seine Bildung verdanke. Weber ist für alle Amendements, welche die Frage verschieben. Der Theorie haben wie genug hier gehabt, in dee Politik muß man aber nur das Mögliche erstreben. Handeln Sie nicht für Rußland, treiben Sie die Slawen nicht selbst zu ungesetzlichen Handlungen. (Beifall von der Rechten, Zischen von der Linken.)

Stremayr aus Grätz, vertheibigt wiederum die entgegengesetzte Ansicht. Das Volk in Oesterreich habe instinktmäßig geahnt, daß die Gesammtmonaechie nur durch die Mittel des Absolutismus fortbestehen könne. Daher die vielleicht unbegründete Beschuldigung „Reaktion" wider alle Diejenigen, die sich Oesteeeichs lebhafter als Deutschlands angenommen. Selbst die Tyroler wollten, wie eine neueste Urkunde der Landesvertreter beweise, nur die ucalte Verbindung der österreichischen Völker „durch die Person des Monarchen." Die österreichische Feage in der Schwebe halten, heiße Oesteeeich zu Grunde richten. Keine Vertagung! Wir müssen die Ereignisse leiten, nicht uns von den Ereignissen leiten lassen. Es werde eine Ausnahmestellung für Oesteeeich beansprucht. Aber welche? Kein einziger Antragsteller dieser Gruppe habe das völkeeeechtliche Bindemittel genauer zu bezeichnen vermocht, welches er meine. Sprechen Sie den Anschluß, ich beschwöee Sie, klae aus. Sind Modifikationen nöthig, so mag Oesterreich solche zum Vorschlag bringen. Die Nachwelt würde erstaunen, wenn Sie, die Sie berufen sind, die Einheit Deutschlands zu gründen, mit einer Theilung begönnen.

Graf Deym. Mein Standpunkt ist der deutsche, ganz allein der deutsche. Es ist hiee nicht genug unterschieden woeden,

Digitized by Google

daß es ein Staatsrecht, ein Naturrecht, ein Revolutionsrecht gibt. Das Letztere hat uns hierhergebracht, im Namen des Letztern begründen wir ein neues Staatsrecht. Wir dürfen aber die deutsche Politik nicht enger auffassen, als unsere Altvordern, die den Babenberger gegen Osten vorsandten, Oesterreich zum Markgrafenthum erhoben und Böhmen als einen Kurstaat einverleibten. Verfassungen kommen und gehen; höher als sie steht mir die Macht und Größe Deutschlands. Die Paragraphen achte ich daher für wenig, sie gelten mir klein gegen die Zukunft eines mitteleuropäischen Reichs von 70 Mill. Dazu ist Deutschland berufen, die Gründung dieses Reichs ist unsere Aufgabe. Aber ein solches Riesenreich faßt sich nicht in Einem Parlamente zusammen. Es bedarf zu seiner Herstellung einer anderen Gliederung, und die einzige Möglichkeit derselben erblickt der Redner darin, daß Oesterreich in ein staatenbündliches Verhältniß zu Deutschland trete. Keine Verkrüppelung Oesterreichs, die auch eine Verkrüppelung Deutschlands sein würde. Ich schließe mich daher zunächst dem vertagenden Antrage Kaisers an.

Wichmann erinnert an die verweigerte Huldigung, an den Mangel der deutschen Farben im Heere und eines Bevollmächtigten Oesterreichs bei der Centralgewalt. Das Geldausfuhrverbot sei nicht aufgehoben und die deutsche Vermittelung in Bezug auf Italien unfreundlich empfangen worden. Meine Herren, das ist die Politik des Hauses Habsburg, durch welche die Schweiz dem Reiche für immer verloren gegangen, die Straßburg den Franzosen überlassen, Lothringen u. s. w. geopfert hat. Von dieser Politik müssen wir uns befreien und dazu dienen die §§. der Verfassung. Was wir Oesterreich für seine längst zum Bunde gehörigen Länder nachließen, das dürften wir doch wahrlich nimmermehr fordern für Länder, wie Posen und Schleswig, oder wir forderten es denn mit dem schlimmen Rechte des Stärkeren. Vergeben wir auch unsere Allianz nicht in Voraus an die slawischen Völker Oesterreichs. Sorgen Sie vielmehr einzig und vor Allem dafür, daß eine einheitliche Politik in Deutschland heimisch werde.

Berger aus Wien. Nicht ob Sie uns in Ihren Bundesstaat aufnehmen, sondern ob Sie uns daraus in den Staatenbund hinausjagen wollen, darum handelt es sich. Der Redner geht dann so scharf auf die Redner der entgegengesetzten Seite los, daß der Präsident die österreichischen Landsleute Berger's durch einen Ordnungsruf vor der Verdächtigung schützen muß, als suchten sie auf die Frankfurter Abstimmung einzuwirken durch das Ausstreuen falscher Gerüchte, wie z. B. der Nachricht, Windisch-Grätz habe Wien genommen. Die §§ 2 und 3 seien überflüssig nach der Annahme von § 1. Die Versammlung solle doch dem Beispiele des Reichsministeriums folgen, welches die österreichischen Truppen als Reichstruppen verwende, die Matrikularumlage für die Flotte dahin erstrecke ꝛc. Dies sei der falsche Weg, der hier eingeschlagen werde, aus einer nationalen Frage eine internationale zu machen. Fügen Sie Deutsch-Oesterreich einfach in den Bundesstaat und sehen Sie dann, wie viel „Staatenbund" dadurch mit den anhängenden slawischen Ländern nachfolgt. Es ist hier viel von historischer Nothwendigkeit gesprochen worden. Wer aber die Geschichte Oesterreichs kennt, wird nicht, wie ein Redner hier „ein Oesterreich erfinden" wollen, wenn es noch nicht da wäre! Ich will die pragmatische Sanktion nicht für ein Fideikommißinstrument ansehen, oder nur für ein bloßes Testament — das Testament der Dynastie. Ich will es vielmehr nach dem strengsten Rechte, als einen Vertrag beurtheilen. Diesen Vertrag haben aber von Seiten des Volks nur die „Stände" gutgeheißen, und sie sind nicht das Volk. Die darin übernommenen Verpflichtungen sind ferner jetzt unmöglich zu erfüllen, folglich von selbst nichtig. Da Berger bis zur Schlacht am weißen Berge zurückgreift, so wird es ihm freilich leicht, die „historische Nothwendigkeit" Oesterreichs ziemlich herb zu charakterisiren. Die kleinen Interessen sind es, die wieder lebendig werden nach den großen, dem Rausche der Revolution folgte der Katzenjammer. „Dieser Katzenjammer wurde den österreichischen Abgeordneten schon gedruckt vorgelegt. Diese Katzenjammer" — Der Präsident warnt vor der Ausführung des Bildes. „Ich will nicht das Bild, aber die Sache will ich ausführen. Entweder Oder." Wir gehören entweder in den deutschen Bundesstaat, oder wir gehören nicht einmal in den Staatenbund. Alles Andere wäre Achselträgerei und wir österreichische Abgeordnete könnten nicht mit Würde in Ihrer Mitte länger verweilen, wenn wir nicht mit unserm vollen Rechte hier wären. „Wenn Wien der Knotenpunkt des mitteleuropäischen Staatenbundes wird, dann wird auf seinen Straßen das Gras nicht wachsen." (Lebhafter Applaus von der Linken.) (Schluß f.)

* **Frankfurt**, 25. Okt. Der Entwurf zum Reichsgericht lautet folgendermaßen:

Artikel I. §. 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.

§. 2. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelnstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse. b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewillkürte Austräge sind nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird. c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten. d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelnstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung. e) Beschwerden der Angehörigen eines Einzelnstaates gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung. f) Klagen gegen den Reichsfiskus. g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen, wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft. h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gesetz über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelnstaaten, wegen Verletzung der Landesverfassung, insofern nicht ein Gerichtshof des Landes angegangen werden kann. k) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne über die Dienstverbrechen und Vergehen sämmtlicher Reichsbeamten. l) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne in den Fällen des Landes- und Hochverraths gegen das Reich. m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind. n) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhaus, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen.

§. 3. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Frankfurt. Rundschreiben der Reichsministerien des Innern und des Krieges an die Regierungen aller deutschen Einzelstaaten. Da Zweifel darüber entstanden sind, in welcher Weise die Verpflegung der Reichstruppen im Reichsdienste bestritten werden solle, hat das Gesammtreichsministerium den Beschluß gefaßt, daß die Verpflegung von Reichstruppen, die sich im unmittelbaren Reichsdienste befinden, von dem ganzen Reiche bestritten werden müsse. So lange ein allgemeines Militärverpflegsreglement für ganz Deutschland nicht besteht, und insofern nicht besondere Verträge unter den einzelnen Staaten bereits abgeschlossen sind, hat daher die Verpflegung und der Transport für die Reichstruppen auf einem anderen Gebiete als ihrem unmittelbaren Heimathlande nach den Gesetzen und Gebräuchen des Landes zu geschehen, in welchem die Reichstruppen verwendet werden, und die Vergütung der tarifmäßigen Naturalverpflegung der Reichstruppen und der Transportkosten hat nach dem Maßstabe zu geschehen, welcher für die eigenen Truppen des betreffenden Einzelstaates bei Märschen und Einquartirungen bestimmt ist. Die Reichsministerien des Innern und des Krieges ersuchen demnach die Regierungen aller Einzelstaaten, in welchen Reichstruppen verwendet werden, dafür zu sorgen, daß die tarifmäßige Naturalverpflegung von der Bevölkerung vorschußweise gegen Empfangsbestätigungen von Seite der Truppenkommandanten unweigerlich geleistet werde, und denselben die nachträgliche Vergütung dieser Verpflegung aus der Reichskasse nach den oberwähnten Sätzen zuzusichern. Zugleich werden alle deutschen Regierungen ersucht, Sorge zu tragen, daß von Seite ihrer Behörden einerseits mit der zur Verhütung von Unterschleifen erforderlichen Genauigkeit, andererseits aber auch mit thunlicher Beschleunigung vorgegangen werde, damit die Staatsbürger, welchen die Einquartierung auferlegt werden muß, so schnell

Digitized by Google

als möglich die ihnen gebührende Vergütung erlangen. Frankfurt, 23. Okt. 1848. Der Reichsminister des Innern: Schmerling. Der Reichsminister des Krieges: Peucker.

† **Frankfurt**, 25. Okt. Die Rede des Hrn. v. Vincke vom gestrigen Tage, scharf und schlagend wie immer, hat offenbar die Chancen für das Kaiser'sche Amendement gesteigert. Der Mann des „Rechtsbodens" und der „Vereinbarung" hat gewiß manches Herz sich geneigter gemacht, das ihm vorher seiner scheinbar schroffen Stellung wegen gram war, durch die Worte, in die er am Schlusse seines Vortrages mit erhöhter Wärme ausbrach: „Ich spreche hier vom deutschen Standpunkte, nicht vom spezifisch preußischen. Wäre Letzteres der Fall, so würde ich sagen: nehmen Sie die §§. an, wie sie sind!" Und weiter fügte er hinzu, daß er im Sinne jedes wahren Preußen spreche, dem das Wohl des großen Vaterlandes über Alles gehe; und dieses Wohl sei gefährdet, wenn das Einheitliche im österreichischen Staate untergraben werde. Wer theilte diese Gesinnungen nicht — wenn seine Auffassung der Sachlage auch eine andere wäre! Gerade deshalb aber fühlte sich Mancher durch den unerwarteten Seitenhieb verletzt, den v. Vincke scheinbar ganz unmotivirt gegen die Verfassungsideen des Ministers Hansemann führte. Möchte die Idee der Trias für Diejenigen eine überlebte sein, welche die langen Berathungen und Diskussionen vor der Gründung der provisorischen Centralgewalt mitgemacht und dieses Thema durch und durch gekostet hatten, zu einer Geißelung an jenem Orte schien keine Veranlassung gegeben. Was kümmerte die Versammlung in der Paulskirche das Verfassungsprojekt eines Privatmannes, welcher nur diesem oder jenem Mitgliede unter der Hand mitgetheilt worden und keinerlei Ansprüche auf irgend welche Einwirkung in der vorliegenden Frage machte, da er nicht einmal ordentlich in die Oeffentlichkeit getreten war? Wenn vollends v. Vincke den Verfasser als einen Mann bezeichnete, der weder Anklang bei dem Reichstage, bei der Krone noch beim Volke mit diesen Ideen finde, so war diese Bezeichnung mindestens unnütz, da nicht die geringste Veranlassung zu solchen Voraussetzungen vorlag. — Diese Bemerkungen sind uns besonders durch das Bedauern abgedrungen, daß die erwähnte Wendung in Vincke's Rede dem Totaleindruck derselben geschadet habe. —

! **Frankfurt**, 25. Okt. Mehrere Pommer'sche Abgeordnete warteten heute dem Prinzen Adalbert auf, um ihre Ansicht über die Nothwendigkeit sofortiger Seerüstungen an der Ostsee, darzulegen. In einer überreichten Denkschrift wird darauf angetragen, wenigstens in den preußischen Ostseehäfen ungesäumt den Bau von 24 Kanonenböten und 6 Briggs anzuordnen. Dänemark muß Ernst sehen, oder die Verwicklungen nehmen kein Ende. Der Prinz wies in seiner Antwort darauf hin, daß alle Maßregeln nur gemeinsame sein müßten und von der Reichsgewalt ausgehen.

△ **Wien**, 21. Okt. In der heutigen Reichstagssitzung wird die Adresse der Reichskommissäre Welcker und Mosle verlesen. Dann folgt eine Adresse von Mährisch-Trübau. Sie bittet um Anordnung einer neuen Wahl, da ihr Abgeordneter, Anton Weigel, seinen Reichstagssitz verlassen habe. — Schuselka, als Referent des permanenten Ausschusses, zeigt an, daß Auersperg eine Antwort auf die Zuschrift des Reichstages, wegen Absperrung der Zufuhr, eingesendet hat. Sie lautet dem Sinne nach, daß er nicht mehr das Kommando habe, da Se. Majestät bekanntlich am 16. d. M. dem Fürsten Windischgrätz das Oberkommando übergeben habe, er werde aber die Depesche dem Fürsten Windischgrätz übergeben. Was die Entwaffnung der Nationalgarde der Umgegend betreffe, so sei sie nur eine vorübergehende kriegsrechtliche Maßregel. — Der Finanzminister Kraus verliest nun das seit drei Tagen angekündigte Manifest des Kaisers. Dann folgt eine Debatte über die Bitte der Stadt Tarnow, einen eigenen Abgeordneten senden zu dürfen, welche Bitte im Petitionsausschusse in der Minorität geblieben war. Nach längerer Debatte entscheidet sich die Kammer einstimmig für die Bewilligung eines eigenen Abgeordneten für die Stadt Tarnow. Das Ministerium wird mit dem Vollzug des Beschlusses beauftragt.

22. Okt. Das Manifest des Kaisers vom 19. ist seit gestern Abend und heute früh an allen Mauern zu lesen — Friedensbedingungen sind darin keine ausgesprochen — wir wissen nur, daß militärische Maßregeln angewendet werden — worin sie bestehen und wie sie beizulegen wären, drückt das Manifest nicht aus — unsre Lage bleibt also dieselbe, wie sie seit 14 Tagen besteht, mit dem einzigen Unterschiede, daß das Militär sich der Stadt etwas mehr genähert und heute Nacht auch die bisher frei gebliebenen Ortschaften Döbling, Großhof ꝛc. besetzt hat. Die größeren Häuser haben bis 50 Mann Einquartierung, die kleineren wenigstens 10. — Die Deputation des Gemeindeausschusses kam gestern Abend zurück; sie war von dem Kaiser nicht empfangen worden. Baron Wessenberg ertheilte ihr die Antwort, die Adresse des Gemeinderaths sei Sr. Majestät vorgelegt worden, da sie aber Bitten enthalte, welche Se. Majestät unter den gegenwärtigen Umständen nicht erfüllen könne, so müsse er sie mit allen Anträgen gegen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung an den Fürsten Windischgrätz weisen, welcher mit allen kaiserlichen Vollmachten versehen sei.

Die Gesandten erhielten gestern Abend von Ollmütz durch den Baron Wessenberg die „vertrauliche" Aufforderung, auf einige Tage die Stadt zu verlassen, sich aber nur in die nächste Umgebung Wiens zu begeben (da man die Tragweite der nächsten Maßregeln doch nicht genau vorher sehen könne), der Kaiser könne sie nicht nach Ollmütz einladen, weil dort zu wenig Platz und keine Vorbereitungen zu ihrem Empfange getroffen seien.

So eben läßt der demokratische Klub das Manifest des Kaisers vom 16., welches aber, wegen vielseitiger Verstellungen, nicht bekannt gemacht wurde, an allen Ecken der Stadt mit einer Einleitung anheften, welche das Volk aufmerksam zu machen sucht, was es von dem Hofe und der Kamarilla zu erwarten habe. — Minister Hornbostl ist wohlbehalten mit seiner Familie in Gmunden angekommen.

** **Wien**, 22. Oktober. In der Reichstagssitzung eröffnete vorerst der Präsident Smolka, daß ihm von den Reichskommissären eine Zuschrift zugekommen sei, in welcher sie ihm anzeigten, daß, nachdem sie auf ihrem Wege nach Wien von den dortigen Zuständen vernommen hätten, sie sogleich sich nach Ollmütz zum Kaiser begeben haben, um eine friedliche Ausgleichung herbeizuführen. Da der Finanzminister Kraus ein ähnliches Schreiben erhielt, glaubt der Präsident sich mit demselben ins Einvernehmen zu setzen. Umlauft beantragt, man möge den Reichskommissären eröffnen, daß sie die Darstellungen der Verhältnisse Wien's, wie sie ihnen, wie sie sich ausdrücken von Notabeln des Reichstags zugekommen sind, nicht für authentisch halten und sich von den Zuständen Wiens persönlich überzeugen sollen. Dieser Antrag wird von Schuselka mit einer Begründung unterstützt und angenommen. Wir sehen jetzt jeden Augenblick einer Proklamation des Fürsten Windischgrätz entgegen, welche uns die Maßregeln, die er gegen die Stadt zu nehmen, gesonnen ist, bekannt geben sollen. Der Zustand, in dem wir uns jetzt befinden, kann nicht mehr lange währen, die Bevölkerung ist auf's Aeußerste gefaßt, und von unwiderstehlicher Kampflust beseelt. So eben vor Abgang der Post erhält der permanente Ausschuß eine Proklamation des Fürsten Windischgrätz, in welcher die Stadt in Belagerungszustand erklärt, alle Autoritäten ihm unterworfen und er vom Kaiser mit unumschränkter Vollmacht betraut ist. — Morgen das Nähere.

* **Berlin**, 23. Okt. Gleich zu Anfang der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm Minister Eichmann das Wort: die Diskussion sei auf den Punkt gediehen, daß auch die Regierung über die Posener Frage sich aussprechen müsse. Die Regierung befinde sich mit der Versammlung auf gleichem Standpunkte. Sie habe dieselben Rücksichten gegen den preußischen Staat, wie gegen Deutschland und die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse. Er sei der Ansicht, daß es sich hier nicht eigentlich handle um die Verträge von 1815. Rücksichtlich der Demarkationslinie werde die Versammlung den Bericht ihrer Kommissien zu erwarten haben. Er mache darauf aufmerksam, wie gerade in diesen Tagen in Frankfurt die Frage über das Verhältniß außerdeutscher Landestheile der Einzelstaaten zu Deutschland berathen werde, und es sei anzunehmen, daß man in Frankfurt in dieser Beziehung keine Real-, sondern nur eine Personalunion zulassen werde; den von dort ergehenden Beschlüssen werde sich Preußen zu unterwerfen haben. Einen Widerspruch mit diesen Beschlüssen zu vermeiden, empfehle er das Amendement Auerswald's. — Die Sitzung war lediglich der Verfassungsfrage gewidmet und zwar waren die Polenverhältnisse in Veranlassung des Tit. I. Art. I. an der Tagesordnung. Reden von Bedeutung fielen nicht; d'Ester's Phrasen ertönten beifallslos. Der Abgeordnete Kanonikus Richter behauptete, die Angaben der Behörden über die Anzahl der polnischen und deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen seien falsch; nicht 500,000, sondern kaum 200,000 Deutsche befänden sich unter mehr als einer Million; das gehe hervor aus einem Berichte des Erzbischofs. Wissen Sie denn nicht, frommer

Herr Kanonikus, daß der erzbischöfliche Bericht nur zwischen katholischen und nicht-katholischen Einwohnern unterscheidet, unbekümmert darum, ob sie Polen oder Deutsche sind? Seger, Deutscher aus Posen, wünscht den Herd der Revolution so klein als möglich zu machen. Schließlich sprach noch v. Berg gegen den Kommissionsantrag und das Amendement Auerswald's und für das Phillips'. Der Kompf müsse beendigt werden; ein Minister dürfe keine Privatmeinung haben (!?); diesseits und jenseits der Demarkationslinie sollen die Nationalitäten geachtet werden. Dagegen beruft sich der Min. auf die Frankfurter Beschlüsse. — v. Berg: Die Demarkationslinie ist eine Verwaltungs- und keine nationale Scheide — Cieskowski interpellirt den Min.: Die Maßregeln seien auf Grund zahlreicher Petitionen vor dem Zusammentritt der Nat.-Vers. gefaßt worden. — Sommer findet die polnischen Ansprüche nicht in der Kabinetsordre vom 24. März begründet, und ist für die Frankfurter Beschlüsse und den Kommissionsantrag. — Nachdem noch Heine zur Rechtfertigung der Beamten gesprochen, wird der Schluß beantragt und durch Stimmenmenzählung ausgesprochen. Der Berichterstotter bleibt dem Kommissionsbericht treu. Der Kommissionsbericht wird angenommen; über dos Amendement Phillips durch namentlichen Aufruf abgestimmt; es ergeben sich 171 für, 170 gegen. Zuvor war darüber durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt. Daran hatte auch Köhler aus Marienwerder Theil genommen, bei der namentlichen Abstimmung aber entfernte sich derselbe und hatte sonach nicht den Muth, seinen Kommittenten seine Abstimmung zu dokumentiren. Unter den 171 befanden sich von der Rechten auch die Herren Flemming, Hahn und Althaus, ferner die gesammte kath. Geistlichkeit. Die Linke zeigte sich dabei sehr rührig, indem sie Alle ihrer Partei, die sich entfernt hatten, zum Namenabgeben herbeirief. Der Abgeordnete Riebe, der die Frage nicht gehörig verstanden, änderte während des Zählens seine Abstimmung, was der Präsident Grodow ganz gegen den früheren Gebrauch nicht zugeben wollte. — Vielfach ist dieser Tage davon die Rede gewesen, v. Pfuel und Kisker haben ihre Entlassung eingereicht. Von dem erstern glauben wir es verbürgen zu können, müssen aber zugleich versichern, daß die Entlassung nicht gewährt, sondern zurückgenommen ist. Die Reden des Königs am Geburtstage sollen die Veranlassung gegeben haben. Zu dem Bleiben v. Pfuel's können wir der Regierung wie dem Volke aufrichtig Glück wünschen. Wie sehr er auch bei seinem Eintritte ins Ministerium mit Vorurtheilen zu kämpfen hatte, da man sich nicht denken konnte, daß der ergraute preußische Krieger ernstlich in eine konstitutionelle Bahn eingehen werde, so scheinen doch diese Vorurtheile jetzt überwunden zu sein, wohin selbst Aeußerungen, die man von der Linken hört, deuten. Die folgende Anekdote aus der nächsten Vergangenheit v. Pfuel's dürfte nicht uninteressant sein. Als in der Nacht vom 18. auf den 19. März die Deputation der städtischen Behörden vom Könige die bekannten Zusicherungen erhalten hatte, wollte sie sich wieder entfernen. v. Pfuel, welcher anwesend war, hielt sie mit den Worten zurück: Wollen Sie sich, meine Herren, damit begnügen und sich nicht etwas Schriftliches geben lassen? Auf die deßfallsige Bitte der umkehrenden Deputation anwortete der König: Ja, meine Herren, es ist nur der Minister v. Bodelschwingh nicht hier. Majestät, fiel Pf. ein, ich habe mich lange darüber gewundert, daß der Min. nicht auf seinem Posten hier sich befindet. Ein Gesetzentwurf, die Maßregeln bei Aufhebung der Lehen und Fideikommisse betreffend, wird in diesem Augenblicke durch einen ausgezeichneten Rechtsgelehrten und Adgeordneten bearbeitet. — Die Bergwerks-Kommission hat sich für das Finderecht entschieden. — So eben wird ein Plakat von dem Volkswühler Karbe: das Ministerium Pfuel ist gestürzt. Was sollen wir nun thun? an den Ecken angeschlagen und verbreitet.

* **Berlin**, 23. Okt. Auch der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. Der Regen, der die Straßen fast unwegsam machte, verhinderte eine „zur Todtenfeier für die Revolutionsopfer vom 16." von dem bekannten Karbe berufene Volksversammlung. — Die vier fliegenden Korps, welche neben der hiesigen Bürgerwehr bestehen, das der Studenten, der Künstler, der jungen Kaufmannschaft und der Handwerker haben beschlossen, sich zu einem gemeinsamen Korps zu vereinigen. — Ein Gerücht, daß der Ministerpräsident von Pfuel seine Entlassung eingegeben habe, war gestern allgemein verbreitet. Man war deshalb erstaunt, Herrn v. Pfuel heute noch am Ministertisch zu erblicken. Wie uns aus sehr glaubwürdiger Quelle mitgetheilt wird, war das Gerücht vollkommen begründet. Eine Kollision zwischen dem Könige und dem General v. Wrangel einerseits und Herrn v. Pfuel andererseits hatte den Letzteren zu jenem Schritte veranlaßt. Jene Kollision war durch das an den Kriegsminister gestellte Verlangen herbeigeführt worden: die um Berlin kantonnirenden, gehöriger Quartiere ermangelnden Truppen nach Berlin zu ziehen. Graf Brandenburg, der sich hier befindet und in den letzten Tagen den Beratdungen des Staatsministeriums beigewohnt hat, war zum Präsidenten des Kobinets bestimmt. — Man versichert uns gleichzeitig, daß schon am 16. Okt. eine Rücktrittserklärung Seitens des Hrn. v. Pfuel abgegeben sei. Die Emeute jenes Tages hatte sich noch nicht zu den blutigen Ergebnissen gestaltet, die in den letzten Togen so oft beklagt wurden, und schon soll eine Kabinetsordre, welche Berlin in Belagerungsstand erklärte, unterzeichnet gewesen sein. Nur die bestimmte Erklärung des Ministerpräsidenten, sofort abzutreten, soll die Maßregel rückgängig gemacht haben.

Frankreich.

Paris, 23. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 65; 3pCt. 44. 50; Neue —. —; Neapol. 79. —; Bankactien 1520; Span. 5pCt. (Ardoins) — —; 3pCt. —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer 97. 50; Paris-Orleans 585. —; Paris-Rouen 380. —; Orleans-Bordeaux 367. 50; Orleans-Vierzen —. —; Rouen-Havre 186. 25; Marseille-Aaignon 185. —; Straßburg-Basel 83. 75; Nordbahn 356. 25; Paris-Lyon 362. 50; Paris-Straßburg 331. 25; Römisches Anleben 63.

Die Effekten waren heute gesucht und schlossen höher. Viel wirkten hierauf Berichte aus Wien, welche hoffen lassen, daß die dortigen Angelegenheiten ohne bedeutendes Blutvergießen zu Ende gehen werden.

Spanien.

Madrid, 17. Okt. 3pCt. Rente 18¼ P. (N. d. B. 18¾ G.); 5pCt. 9¾ P. (N. d. B. 9½ G.); Passive 3½ P. (3⅝ G.)

An der Börse behauptete man, Narvaez habe abgedankt; allein das Gerücht ist durchaus falsch. Er präsidirte noch heute einem Ministerroth.

In den bevölkertesten Stadtvierteln und in der Toledostraße wurden abermals politische Verhaftungen vorgenommen. Auch ist die Polizei einer Falschmünzerbande auf der Spur, an deren Spitze ein Hofkavalier steht. — Die hiesige Zeitung theilt einen Bericht mit, woraus hervorgeht, daß im vorigen Monate 27,486,643 Reolen der Staatsschuld getilgt wurden, nämlich 14,470,070 der konsolidirten Schuld, 49,407 Zinscoupons und 12,525,163 Realen von der nicht konsolidirten Schuld.

Frankfurter Börsenbericht. Vom 26. Okt.

5pCt. Metalliq. 67⅞ G.; 2½pCt. ditto 35¾ G.; Bankaktien fl. 1115 G.; fl. 500. Loose 113¼ G.; fl. 250. Loose 78½ G.; Badische fl. 35. Loose 25⅛ G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 25⅛ G.; Poln. fl. 500 Loose 67¼ G.; Friedr. Wilh.-Nordbahn 41⅞ G.; Brrdach 68¼ G.; Köln-Minden — —.; 3pCt inländische Span. 17¾ G.; 1½pCt. Würt. 102¼ G.; 4½pCt. Belg. 73 G.; Holl. 2½pCt. Integrale 45¼ G.

Bei beschränktem Geschäfte wurden abermals für die meisten Gattungen höhere Preise bezahlt. Herrscht an der Börse eine günstige Stimmung, so finden sich wenig Abgeber und somit können Einkaufsaufträge theils gar nicht, theils nur äußerst schwierig ausgeführt werden. Am leichtesten ist der Umsatz in badischen und hessischen Loosen.

Nachschrift.

Im Augenblicke, wo wir das Blatt unter die Presse geben, verläßt Heinr. v. Gagern die Rednerbühne und wird die Sitzung vertagt, ohne daß eine Abstimmung erfolgt ist. Wir liefern den Schluß des Berichts, und namentlich den Inhalt von Gagern's Rede, die einen tiefen Eindruck hervorgebracht hat, in der Morgen erscheinenden zweiten Beilage.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kirchbach.**

Verlag der **Wigand**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Steinhagasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 288. **Frankfurt a. M., Freitag 27. October.** **1848.**

Uebersicht.

Die Dinge in Oesterreich.

Die Debatte in der Nationalversammlung über Oesterreichs Stellung zu Deutschland III.

Deutschland. Wien (Die Mißgriffe des Reichstags. Die deutsche Politik gegen Oesterreich. Die Stimmung in Prag. Nachrichten.) Botzen (Ansprache Radetzky's an die Garnison von Wien.) Berlin (Die Nationalversammlung. Aufregung. Herr von Pfuel. Silberne Hochzeit des Königs.) Stuttgart (Erklärung des Justizministeriums. Die Kammer über das Jagdgesetz. Herstellung der Ruhe im Lande.) Ulm (Versöhnungsfest der Garnison.) Dresden (Arbeiterversammlung. Der Minister von der Pfordten über die Stellung Sachsens zur Centralgewalt.) Von der altenburgischen Grenze (Zustände in Altenburg.) Altenburg (Douai verhaftet.) Gotha (Die Ständeversammlung.)

Großbritannien. London (Die Wühlereien der Ultratories. Die Börse. Meagher in Clonmel schuldig gesprochen. L. Blanc.)

Schweiz. (Die Basler Zeitung über die Erledigung der Tessiner Differenzen.) Bern (Die Schweizer Behörden und die Flüchtlinge. Wahlen in den Nationalrath.)

Ungarn. Pesth (Die Mörder Lambergs. Geheime Polizei.) Preßburg (Placat.)

Nordamerika. Vereinigte Staaten (Aussichten auf die Präsidentschaft für Taylor. Untergang der letzten socialistischen Niederlassung.) Venezuela (Trostloser Zustand. Sieg der Konstitutionalisten.) Mexiko (Befürchtungen.) Buenos-Ayres (Neue Forderungen Rosa's.)

27. October.

Die Manifeste vom Hoflager in Ollmütz sind leider nicht geeignet, die sehnlichen Erwartungen der Bedrängten, die Wünsche besonnener Freunde des Friedens und der Freiheit und die strengen Forderungen unparteiischer Gerechtigkeit zu erfüllen. Man kann ihre Zwecke im Allgemeinen billigen, man kann einräumen, daß sie in den Grenzen des Nothwendigen, durch die Umstände Gebotenen, sich halten. Aber Gleiches galt auch von den Absichten vor dem 6. Okt. Die Ausführung war es, die der Sinn auch der Gemäßigtsten zurückstieß und die bessern menschlichen Gefühle verletzte. Es gibt einen Ton, der keine gute Statt findet, der reizt und erbittert, auch wo er befriedigen und versöhnen will, und diesen Ton, man muß es gestehen, trifft das erste kaiserliche Manifest mit Meisterschaft. Das zweite ist dürr und kalt, dem ersten nachgeschickt als späte Korrektur, und darum seine Wirkung verfehlend. Konnte man nicht in einem Anruf Kraft und Milde vereinen, kannte man keinen Unterschied zwischen dem „verbrecherischen Wahnsinn" Einzelner und der gemäßigten, aber Soldatenherrschaft verabscheuenden Freiheitsliebe vieler Millionen, hatte man keine Worte der Strenge für die einen, des Vertrauens für die andern?

Wie die Stimmung der großen Mehrzahl in Oesterreich ist, haben wir bisher aus verschiedenartigen Kundgebungen nachzuweisen versucht; die Reihe ließe sich leicht vermehren, aber schon aus dem Mitgetheilten wird man sehen, daß die kaiserlichen Manifeste keine Befriedigung hervorbringen werden. Noch ein Beispiel mag zur Vergleichung hier Platz finden: es scheint uns besonders geeignet, die ausgesprochene Ueberzeugung hervorzubringen. Gouverneur und Landesausschuß in Tyrol haben in diesen schweren Tagen eine Proklamation zur Beruhigung des Volkes erlassen. Man wird hier gewiß nur eine sehr bescheidene Auffassung der Freiheit erwarten, aber man höre: „Wir wollen," heißt es darin, „den Fortbestand der konstitutionellen Monarchie, wir erkennen in ihr den Hort der Rettung aus den Stürmen der Gegenwart. Wir wollen die Erhaltung des Kaiserstaates und die uralte Verbindung seiner Völker durch die geheiligte Person des Monarchen. Wir wollen die Gleichberechtigung aller Völkerstämme des Kaiserstaates; keine Nation unterdrücke die andere, sondern stehe brüderlich vereint zum Völkerbunde. Wir wollen als deutsche Provinz enge Verknüpfung mit Deutschland und seiner Centralgewalt, an deren Spitze, durch des Volkes Stimme gerufen, unser alter Freund aus dem Kaiserhause, der Erzherzog Johann steht. Wir wollen die unverkümmerte Freiheit, wie sie uns durch das Wort des Kaisers verbürgt ist, aber wir wollen sie gebaut auf die Grundfesten des Rechtes und der Achtung vor dem Gesetze, weil ohne sie keine Freiheit denkbar ist. Wir wollen die Beachtung unserer religiösen, geistigen und materiellen Interessen. Wir wollen die Aufrechthaltung unserer provinziellen Selbstständigkeit, sie ist das Erbtheil eines Jahrtausends, das kostbare Vermächtniß der Väter, das kein Volk ohne Selbstmord opfern kann; für sie stehen wir, wie jemals, Mann an Mann." Weiterhin wird aufgefordert zur Eintracht, zum Wandeln auf dem Boden des Gesetzes, zum kräftigen Auftreten gegen die Wühler, endlich zu Muth und Zuversicht in dieser dunkelen Zeit.

Hatten die Räthe des Kaisers keine Worte wie diese? Alles wäre der gesetzlichen angestammten Macht zugefallen auf eine Ansprache in diesem herzlichen versöhnenden Geiste. Die Macht der öffentlichen Stimme, wo nicht, eine offene Anwendung der gesammten Staatsmacht, hätten den gemeingefährlichen Widerstand der Magyaren besiegt. Aber für die „im offenen Aufstande begriffene Nachbarprovinz" wird um dieses Ausdrucks und seines Sinnes, seines Geistes willen noch manches Herz schlagen, noch mancher Arm sich erheben. Die Kamarilla, und mit ihr die Dynastie, geht einen gefährlichen Weg. Wenn sie das Gefühl der Freiheit verletzt, das mächtigste Band der bunten Völkermassen, wenn sie das altgewohnte Gefühl der Anhänglichkeit an die Dynastie zerstört, was bleibt dann übrig? Der Haß der Nationalitäten, den man noch zu schüren wagt, um die Einen durch die Andern, nach der Regel verrotteter Politik, im Schach zu halten. Aber was man so aufregt, das läßt sich so leicht nicht wieder bändigen; man führt die Zeit herbei, wo die Mittel der Staatskunst nicht mehr helfen. Wir glauben nicht, daß der Haß in offenen Rassenkrieg ausarten wird, dem steht die Humanität des Jahrhunderts entgegen, aber die wechselseitige Unterdrückung würde den Staat ewig zerrütten, jede Verfassung in der Entstehung vernichten, endlich die Existenz des Staates und die Herrschaft der Dynastie aufheben. Dahin führt der eingeschlagene Weg. Wenn brutale Gewalt und Unterdrückung auf beiden Seiten stehen, wenn einseitige, nach Suprematie verlangende Nationalitätsbestrebungen hier und dort das Schwert in die Wagschale werfen, so entsteht wohl ein Gleichgewicht, aber ein Gleichgewicht der Anarchie und Zerstückelung, und zuletzt die Gleichheit der allgemeinen Verödung. Dies gilt von fanatischen Czechen und fanatischen Magyaren, von der Kamarilla und von der Demagogendespotie in Wien. Hof- und Volkspolitik sind gleich schwer, beim Beharren in dieser Richtung gleich unheilbar verirrt.

Wir haben bisher öfters Stimmen vernommen und Zeugen abgehört über die österreichische Völkerbewegung, wir wollen zur Bestätigung des Gesagten nach zwei Urtheile den Urtheilsfähigen vorführen, abermals ein deutsches und ein slawisches, beide gegen die Wiener Politik zeugend, wie gegen die Hofpolitik die eigenen Manifeste, und für sich selbst durch klare Auffassung des Ziels in den Schranken des Rechts, das für sich selbst ein jeder sucht und suchen darf. Die slawische Stimme kommt aus der Agramer Zeitung; man wird daraus sehen, wie man auch dort, im entfernten Winkel der bei uns so übel angesehenen Kroaten, sein wohlüberlegtes Ziel hat, zugleich aber auch, wie man es in deutscher Sprache

Digitized by Google

und deutscher Gedankenform ausdrückt und auf lange hin ausdrücken muß. „Die gesammte Monarchie", heißt es dort, „fühlt bereits schmerzlich die Nachwehen der endlosen Erschütterungen der Residenz. Im besten Falle wird es ein Menschenalter brauchen, bis nur die bereits geschlagenen Wunden vernarben; wird aber dem Unfug der egoistischen Wühler nicht bald gesteuert, so muß die gänzliche Auflösung der Monarchie eintreten; dieß würde aber einen politischen Gährungsprozeß nach sich ziehen, dem nicht so bald die heilbringende Klärung folgen dürfte." Es wird ausgesprochen, Oesterreich sei kein zufällig gestern entstandener Staat, sondern ein durch Verträge vereinigtes, durch treues Aneinanderhalten in Tagen der Noth und Finsterniß schon organisch verwachsenes Ganze. Schon die physische Lage der Länder Oesterreichs deute auf ein inniges Zusammenhalten; heute aufgelöst in freie Urelemente, mußten sie sich morgen wieder zur Sicherung ihrer Existenz zur Einheit verbinden oder untergehen. Soll dieses Ganze fortbestehen, „so darf keinen Augenblick gezögert werden, eine Einheit der Staatsverwaltung herbeizuführen, es dürfen die Lebensfragen der konstitutionellen Monarchie nicht einseitig an den Reichstagen zu Budapesth oder Wien, sondern gemeinschaftlich auf Grundlage der gleichen Volksvertretung entschieden werden; den innern Haushalt bestelle ein jeder nach Belieben unter Kontrole der allgemeinen Central-Legislatur." So weit die Agramer Zeitung. Die Bedeutsamkeit ihrer Forderungen liegt darin, daß diese Unterordnung der Provinzen unter eine Central-Legislatur und Central-Regierung zugleich die Unterordnung, nicht unter deutsche Suprematie, sondern unter deutsche Bildung ist, denn diese vermag bis jetzt allein dies weitläufige Ganze politisch zu leiten und zu beleben. Schon der unumgängliche Gebrauch der deutschen Sprache in der Central-Legislatur würde dies mit sich führen. Darum ist die Opposition gegen die magyarische Sonderstellung nicht blos die Sache des Rechts und der Freiheit unterdrückter Nationalitäten gegen die unterdrückende, sondern auch die Sache der Kultur gegen die Unkultur.

Hören wir daneben die zweite der oben angekündigten Stimmen. Die deutsche Volkspolitik, sagt ein Korresp. in Nr. 297 der A. Allg. Ztg., sollte über die Magyaren mindestens so weit herrschen, als die Kultur über die Unkultur zu herrschen befugt ist. Statt dessen kämpft sie für die Sache der Magyaren, „um, wenn sie den Sieg hat erringen helfen, ihren eignen Zusammenhang mit dem siegreichen Ungarn zu zerreißen. Dies wird dann jedenfalls sehr leicht sein. Das Band, das ein Volk an das andere bindet, läßt sich zerschneiden; das Verhältniß aber, das ein Volk an alle Völker bindet, läßt sich eben so wenig beseitigen, als die geographische Lage." In diesen Worten ist die allgemeine Solidarität, die zumal die mitteleuropäischen Länder verbindet, und die gemeinsame Gefahr der magyarischen Sonderstellung angedeutet, die noch schärfer im Folgenden bezeichnet wird: „Welchen Gefahren Ungarn durch seine verhängnißvolle Nachbarschaft anheimfällt, wenn es sich völlig von Oesterreich und Deutschland loslöst, liegt sehr auf der Hand; in Zeiten des Sturmes, wie die jetzigen, kann man für dergleichen nicht blind sein. Das Schlimmste aber ist, daß der Kampf der Nationalitäten in seinem Innern noch lange nicht beendet ist. Es ist sehr leicht in Wien das Straßenpflaster aufzureißen, Barrikaden zu bauen und die ungarische Fahne auf denselben wehen zu lassen; aber — die Hand auf's Herz — was kann man für die Freiheit eines Landes thun, in dem immer ein Volk das andere bedrückt?" Die Nothwendigkeit der nationalen Freiheit auf allen Punkten, wenn nicht jeder bedroht sein soll, kann nicht besser dargethan werden. Die Majorität soll herrschen nach dem Gesetz der Geschichte, aber ihre Herrschaft, heißt es weiter, ist nur da möglich, wo sie mit der Kultur zusammenfällt. Das mögen sich diejenigen gesagt sein lassen, die vor der slawischen Majorität in Oesterreich bange sind. „Deßhalb ist die Majorität der Slawen in Ungarn eine todte, unfruchtbare, für die Geschichte bis jetzt zwecklose. Da sie nun die Kultur nicht in sich hatten, so suchten sie ein Bündniß mit derselben, und jedenfalls standen die Deutschen den Slawen näher als den Magyaren."

Die Deutschen in Ungarn, meint der Korr. der „Allg Z." und wir mit ihm, hätten Partei nehmen müssen, nicht die Deutschen in Wien; nur ihrem Rufe durften wir in Deutschland folgen. Nachdem sie es nicht gethan haben, ist die Parteinahme für Ungarn in Wien und bei uns der größte politische Fehler. Recht und Politik sind auf der Seite des Gesammtstaats gegen Ungarn; aber stößt die restaurirende Hofpolitik nicht ihre besten Genossen zurück? Damit stehen wir wieder an unserm Ausgangspunkte. Sie erzeugt durch ihre Maßlosigkeit die Sympathie für Ungarn; denn sie vermischt dessen Sache mit der Sache der Freiheit. Dieß ist das Zauberwort, das alles in Bewegung setzt, was noch gut und rein ist in der Wiener Sache. Daher sind die ungarischen Sympathieen offen gestossen, sie waren schon einmal abgewendet, und wären es noch, wenn die Politik des Hofs ihrerseits das rechte Wort gehabt hätte, das Wort des Vertrauens für die große wohlgesinnte Mehrzahl. Vielleicht ist's nun an der Zeit für die deutsche Vermittlung; das Wort, das der Hof nicht sprechen konnte, vielleicht könnte der Erzherzog Johann es sprechen. Wenn im Sinn des gesammten einigen Oesterreichs die Vermittlung geschähe, so könnte daran die Ordnung des Verhältnisses zu Deutschland sich knüpfen, in dem Sinn, wie sie von uns so oft gewünscht und wie sie vor Kurzem in unsern Spalten näher angedeutet worden.

Es gibt Anträge, welche nützlicher wirken, wenn sie gestellt und verworfen, als wenn sie angenommen werden. Zu diesen rechnen wir den Antrag, den beim Beginn der heutigen Sitzung mit Bezug auf die österreichische Frage der Abg. Uhland stellte. So besorgt war dieser treffliche Mann, der ein ebenso gefühlvoller Patriot in seiner Politik, wie in seinen Gedichten ist, so besorgt war er, Oesterreich möchte uns entschlüpfen, daß er die §§. 1, 2 und 3 sofort nach ihrer Annahme zur zweiten Lesung gestellt wissen wollte, um den staatsrechtlichen Verband des deutschen Oesterreichs mit dem deutschen Bundesstaat unwiderruflich zu sichern. Wer den Glauben Uhland's an die Nothwendigkeit und Möglichkeit einer Einfügung der deutschen Provinzen Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat auf der Basis ihrer völligen staatlichen Trennung vom übrigen Oesterreich theilt, der kann nur wünschen, daß je eher je lieber dieser Akt vollzogen werde. Aber weder Die, welche Oesterreich überhaupt im jetzigen Augenblicke nicht drängen wollen, noch Die, welche von den §§. 2 und 3 nur eine indirekte Wirkung, nämlich das Ausscheiden Oesterreichs aus dem Bundesstaat und die Anknüpfung eines anderweiten Bundesverhältnisses mit ihm erwarten, können jenem Antrage ihre Zustimmung geben, denn Beide müssen wünschen, daß bis zur zweiten Lesung die Stimmung der Bevölkerung im deutschen Oesterreich und die Politik der österreichischen Regierung Zeit habe, sich zu entscheiden und zu erklären; damit sodann erst eine endgültige Auseinandersetzung mit Oesterreich erfolge. Die Verwerfung des Uhlandschen Antrags, die wir für zweifellos halten, wird ein Zeugniß sein von der Geneigtheit der Versammlung, jene Entscheidung und Erklärung Oesterreichs entgegen zu nehmen und nicht eher als bis dieselbe erfolgt ist, ihr letztes Wort in dieser Sache zu sprechen. Wir gehen rasch über die folgenden Redner hinweg, wie sehr auch der geharnischte Vortrag des Hrn. Weber von Meran, mit seinen sarkastischen Ausfällen auf die jung-österreichische Repeal, die scharfe Dialektik und die kräftige Durchführung der Revolutionsprinzipien in der Rede des Herrn Berger von Wien, wie sehr auch die persönliche Bedeutung des Gf. Deym, des vieljährigen Vorkämpfers der ständischen Opposition in Böhmen, sowie die des Herrn Vogt als des bis jetzt einzigen Parteiredners der Linken in der österreichischen Sache, zu einer genaueren Analyse dieser Reden auffordern mögen. Nur kurz sei die Stellung angedeutet, welche nach Hrn. Vogt's Erklärung dessen Partei in dieser Frage einnimmt. Zwei Gesichtspunkte wären es darnach, welche die Linke bei ihrer Abstimmung über die §§. 2 und 3 leiten werden; der eine ist der, daß durch Herbeiziehung Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat die Eventualität einer preußischen Hegemonie ferner gerückt werde; der zweite entspringt aus dem prinzipiellen Streben der Linken nach Befreiung aller Nationalitäten, nach Lösung aller der historischen Banden, in denen sie dieselbe künstlich zusammengezwungen und zur Einheit verkettet erblickt. Wie gesagt, wir erwähnen diese Momente der heutigen Diskussion nur flüchtig, um sogleich zu deren Gipfelpunkt zu kommen, zu der Rede Heinrich's v. Gagern, mit welcher die Verhandlungen des dritten Tages abschlossen. Man wußte, daß Gagern in dieser Frage das Wort nehmen würde; man sah mit Spannung diesem Momente entgegen, man erwartete wieder eine jener entscheidenden Wendungen der Debatte, einen jener kühnen Griffe, durch welche Gagern bei früheren Gelegenheiten die Versammlung überrascht hatte. Und in der That

Digitized by Google

war es auch diesmal ein kühner Bau, den Gagern mit schöpferischem Geiste vor der lautlos lauschenden Versammlung emporgipfelte, ein Bau großartiger weltgeschichtlicher Anschauungen, weitausgreifender patriotischer Hoffnungen. Allein wir dürfen es nicht verhehlen, leider war die Hand des Meisters unsicher, als sie auf diesen stolzen Bau den Schlußstein setzen, als sie dem übervollen Strom großer Zukunftsgedanken die festen Bahnen vorzeichnen wollte, in denen er sich zu bewegen hätte. Bei all dem tiefen Eindruck, den die Rede Gagern's sichtlich auf die Versammlung hervorbrachte, schien daher doch jene sichere und überwältigende Wirkung ihr zu mangeln, welche sonst dieser mächtige Geist auf alle Elemente der Versammlung, selbst die widerstrebenden, auszuüben pflegt. Gagern ging von dem Gedanken aus, daß Oesterreich in seiner eigenthümlichen Zusammensetzung aus deutschen und nichtdeutschen Ländern in die engere Form des deutschen Bundesstaates durchaus sich nicht einfügen lasse, daß diese Form ebensowenig zu Gunsten jener Eigenthümlichkeiten ausgeweitet und aus ihren Fugen gedrückt werden dürfe, als andererseits Oesterreichs Weltstellung und Kulturaufgabe, als Deutschlands Interesse selbst an der Erfüllung dieser großen Mission Oesterreichs, als endlich unsere Verpflichtung gegen den befreundeten und stammverwandten Nachbar, sowie gegen den Frieden Europa's ein gewaltsames Zerreißen des österreichischen Gesammtstaates, ein Auseinanderfallen seiner Glieder, ein Preisgeben derselben als willkommene Beute an den gemeinsamen Feind im Osten gestatte. Ein Zerreißen Oesterreichs sei aber die Verwandlung der bestehenden staatsrechtlichen Einheit der österreichischen Länder in die bloße Einheit des Oberhauptes. Oesterreichs Beruf, als eines Gesammtstaates, sei es, die zur Selbstständigkeit und zur eigenen staatlichen Entwicklung noch nicht reifen Nationalitäten um einen gemeinsamen Mittelpunkte zu versammeln, sie nach den Grundsätzen der Freiheit und der Gleichberechtigung zu beherrschen und fortzubilden. (Die Lombardei schloß der Redner ausdrücklich aus, diese wollte er sobald als möglich losgegeben wissen.) Oesterreichs Bedeutung für Deutschland bestehe darin, daß es den Zug und Drang deutscher Kultur nach den Ufern der untern Donau und den Gestaden des schwarzen Meeres vermitteln solle. Dieser große Zukunftsgedanke Deutschlands dürfe nicht aufgeopfert werden einem allzuengen Begriffe von dessen staatsrechtlicher Einheitsgestaltung. Allerdings müsse der nächste Kreis — für den Bundesstaat — eng und fest gezogen, innerhalb seiner müßten alle Theile gleichartig und in straffer Einheit gehalten sein; aber um diesen engeren lasse ein weiterer Kreis sich ziehen — der Staatenbund neben und mit dem Bundesstaat — und dieser Staatenbund sei es, der Oesterreich mit uns zusammenschlösse. Im engeren Bundesstaate möge Preußen herrschen, im Staatenbund trete Oesterreich als gleichberechtigt hinzu. Im Fortgange der Entwicklung würde dann das staatenbundliche Verhältniß allmälig zum bundesstaatlichen sich fortbilden, würde Oesterreich mit allen seinen Staaten immer mehr in den engsten staatlichen Verband mit Deutschland eintreten. — Dies ungefähr die Skizze dieser merkwürdigen Rede, welche in folgenden Antrag auslief: „Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflöslichen Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besondern Bundesakte." — Mit Recht verweigerte die Versammlung nach dieser Rede Gagern's die Debatte zu schließen; sie fühlte, daß eine solche Rede entweder durch unbedingte Untreweisung unter ihr Resultat als unwiderlegbar anerkannt, oder wenigstens dem Versuch der Widerlegung preisgegeben werden müsse. Sie sprach die Vertagung der Debatte auf Morgen aus.

Deutschland.

* **Wien.** Kuranda's „Ostdeutsche Post", die sich auch in der gegenwärtigen Verwirrung in Wien — wo einige Nachgiebigkeit gegen den herrschenden Ton, Mittel der Erhaltung für ein gemäßigtes Blatt ist — eine würdige und freimüthige Haltung bewahrt, enthält am 21. Okt. unter der Ueberschrift: „die Mißgriffe des Reichstags", einen beachtenswerthen Artikel. Sie vermißt in den Adressen und Proklamationen des Reichstags einerseits die Geltendmachung eines wesentlichen konstitutionellen Rechts, andererseits ein Zugeständniß, das die Ausgleichung der gegenwärtigen Lage vielleicht am ersten bewirkt hätte. Das konstitutionelle Recht des Reichstags war seine Einwilligung zur Sendung österreichischer Truppen nach Ungarn, d. h. zur Kriegführung auf fremdem Boden, und die Verwilligung der dazu erforderlichen Steuern. Ob ein solches Recht vorlag, läßt sich wohl bestreiten, und soll von uns am wenigsten entschieden werden, aber gewiß ist es, daß eine Vorlage an den Reichstag in jenem Sinne, eine offene Darlegung der Gründe, die zur offenen Waffengewalt gegen Ungarn nöthigten, die ganze unselige Folge verhüten, oder mindestens eine schwere Schuld von den Lenkern der Dinge hätte abwälzen können. Die Heimlichkeit war es, die den unglücklichen Latour der Volkswuth Preis gab. Auf der andern Seite ist seine Ermordung ein Schandfleck, vor dem jede Entschuldigung verschwindet, der Hebel, der alle Bekleidung Wiens rechtfertigt und in's Werk setzt. Daß der Reichstag nicht den Muth hatte, die gemeinsame Sache von dem einzelnen Verbrechen zu scheiden, das war sein unglückseliges Zugeständniß an die Partei der Anarchie, die er seitdem mit Kraft bekämpft hat. Die Forderung der Amnestie am 6. Okt. bezog sich auf die zum Volk übergegangenen Soldaten, deren Loos man dem Zufall nicht überlassen mochte. Um so weniger hätte man die Vergehen, die man für entschuldbar hielt, mit dem offenbaren Morde gleichstellen dürfen. Wenn man für die Grausamkeiten des Militärs im Schwarzenberg. Garten strenge Strafe verlangte, so mußte man auch die Amnestie auf diejenigen einschränken, die ihrer werth waren. Der Reichstag hat in jenen ersten verhängnißvollen Momenten ebenso als Partei gehandelt, wie vorher der Hof und das Ministerium, und zwar aus dem gleichen Grunde, weil fremde Einflüsse ihn beherrschten, weil der nationale Zwiespalt in seiner Mitte war, weil er nicht rein als unabhängige konstitutionelle Gewalt dastand. Um so mehr wäre es gerathen, die eingeschlagene Parteirolle nicht bis zum Aeußersten festzuhalten, denn nicht sowohl auf den endlichen Sieg der gesetzmäßigen Gewalten kommt es an, als auf die Reinheit und die öffentliche Achtung, mit welchen sie aus dem Kampf hervorgehen. Radetzky'scher, Haß und Zwietracht anstachelnde Manifeste werden wohl Liebe für die Dynastie, noch Achtung für die Krone zur Folge haben.

Eine „Stimme aus Frankfurt" in demselben Blatte macht darauf aufmerksam, daß die Ereignisse in und um Wien die Herbeiziehung der Radetzky'schen Armee und die Räumung des italienischen Königreichs bis an den Mincio nöthig machen könnten. Es wäre eine harte Fügung der Nemesis, wenn jetzt im Drang der Noth geschehen müßte, was früher in besseren Zeiten verschmäht wurde. Man wird nun empfinden, wie die offene Wunde in Italien und das Damoklesschwert des französischen Krieges die Noth der inneren Verwicklung erhöht. Die „Stimme aus Frankfurt" meint darum, die deutsche Centralgewalt solle, wenn jene Räumung geschähe, durch Aufstellung eines Truppenkorps in Tyrol und Vorarlberg Oesterreich mindestens von dieser Seite Luft schaffen, und somit theils diesem einen Dienst erweisen, der des Gegendienstes werth wäre, theils ihr eigenes Gewicht in die Wagschale der italienischen Dinge werfen. Eine solche Intervention werde mindestens zweckdienlicher sein als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs. Der Gedanke ist allerdings verlockend und großartig, daß deutsche Vermittlung zugleich in Oesterreich und Italien den Knoten lösen, dort eine angemessene Regelung der wechselseitigen Verhältnisse als Gegendienst verlangen, hier die Minciolinie für Oesterreich erhalten, die Lombardei ihrem natürlichen Schwerpunkt, zu Gunsten der Erstarkung Italiens und des europäischen Friedens, überlassen könnte. Dieß würde Frankreich einen Vorwand nehmen, es würde die englischen Pläne, die auf Zerrüttung und Spaltung des Kaiserstaats hinausgehen, und die russischen, die wohl eine Gesammtmonarchie wollen, aber keine mit Deutschland verbündete, zugleich durchkreuzen. Es lohnte sich wohl, den Plan zu verfolgen und näher zu besehen, wenn nicht zu sehr am Tage läge, daß weder Menschen noch Dinge dazu reif sind.

Ueber die Stimmung in Prag wird der „Ostdeutschen Post" von dort geschrieben: Die wahrhaft demokratische Partei bei uns hat jetzt die nationale Eifersucht bei Seite gesetzt, denn war Wien die Wiege der österreichischen Volkserhebung, so könnte es, von den Donnerkeilen der Militärherrschaft niedergeschmettert, ebenso leicht ihr Sarg werden." Erwarten Sie aber darum keine Prager Gaeden, Studenten oder Freischaaren, wie deren aus Linz, Salzburg, Brünn und Gratz zu Ihnen geeilt sind. Unsere Demo-

Digitized by Google

kratie erstrebt und hofft eine friedliche Ausgleichung, nicht nur weil sie einen Sieg der Hauptstadt gegen die Armee für unwahrscheinlich hält, sondern, weil sie einen Sieg der Wiener Jugend für den bloßen Beginn eines wechselvollen und endlosen Bürgerkrieges ansähe. Die Stellung unserer Demokraten ist also eine vermittelnde, aber zugleich energische.

Unser Wiener * * Korrespondent sagt über das kaiserliche Manifest vom 16.: Dem Manifest vom 19. ging ein anderes vorher, das in einem solchen Tone gehalten war, daß sämmtliche Abgeordnete, welche sich als Deputation am Ollmützer Hoflager befanden, darunter sogar mehrere czechische Mitglieder der Rechten erklärten, daß wenn dieses Manifest veröffentlicht würde, sie für die Ruhe der Provinzen nicht länger mehr einstehen könnten, worauf sich Wessenberg veranlaßt sah, der Vertheilung dieses Manifestes Einhalt zu thun und das Obige dem Kaiser zu unterbreiten. Es cirkulirt dessen ungeachtet in vielen Exemplaren und namentlich im militärischen Lager. Hat schon das neue Manifest nicht die gewünschte Beruhigung in den Gemüthern der Wiener Bevölkerung erzeugt, um wie viel trauriger wäre der Erfolg gewesen, wenn jenes im absoluten Sinne abgefaßte Dokument zur Geltung gekommen wäre. Ich gehöre ebrn nicht zu jener ultraradikalen Partei, die einen Umsturz alles Bestehenden als das einzige Heil für Volkswohlfahrt und Freiheit ansieht, aber ich muß gestehen, daß solche Schritte, wie sie von der verblendeten Hofpartei vorgeschlagen werden, die Kluft zwischen Dynastie und Volk nnausfüllbar, die Versöhnung unmöglich machen. Mit derselben Verkennung ihrrr eigenen Interessen hat dieselbe Partei auch der Deputation des Wiener Gemeinderathes den Empfang sowohl bei Sr. Majestät, als auch beim Erzherzoge Franz Carl zu verhindern gewußt.

Dir Leipziger Zeitung erhält aus **Prag** vom 22. Okt. folgende Nachrichten aus Wien: Die Nationalgarden haben ihre Kanonen auf dem rechten Donauufer aufgepflanzt, das Militär hat das linke besetzt; die Wiener haben von der ärarischen Tadorbrücke wie auch von der Eisenbahnbrücke je ein Joch abgerissen und so die Verbindung mit dem gegrnüberliegenden Ufer abgebrochen. Die Wienrr sollen 120 Kanonen haben. Von heute an ist der Personenzug auf der Nordbahn eingestellt; auf der Staatsbahn dagegen verkehren noch alle Zügr. Reisrnde werden aus Wien nicht mehr herausgelassen; doch sollen die Briefposten befördert werden. Von einem militärischen Angriff auf die Stadt verlautet nichts. Freischaaren werden wohl nicht in die Hauptstadt dringen können, da sie alle vom Militär, nach gemessenem Befehl, zurückgehalten nnd entwaffnet werden. — Von hier aus sind wieder mehrere Munitionswagen rc. zur Belagerungsarmee abgegangen, die sich noch täglich vermehrt.

Botzen, 21. Okt. Der Feldmarschall Gf. Radetzky hat aus dem Hauptqnartier Mailand den 16. Okt. an die Soldaten der Garnison von Wien folgende Worte gerichtet: „Ich bin nicht Euer kommandirender General, Ihr seid nicht gewohnt auf meine Stimme zu hören und ihr im Kampfe zu folgen; ader als Feldmarschall und ältester Soldat der Armee steht mir das Recht zu ein ernstes Wort an Euch zu richten. Unerhörte Dinge haben unter Euern Augen stattgefunden, Oesterreichs makellose Fahne ist durch Verrath und Blut befleckt. Zum zweiten Male hat Euer Kaiser aus seiner Hauptstadt fliehen müssen; der Kriegsminister Feldzeugmeister Graf Latour ward grausam und schändlich ermordet, sein Leichnam entehrt. Ein tapferer General fiel, wie man sagt, durch die Hand eines Grenadiers! Ein Grenabierbataillon vergißt in Orgien und schändlicher Trunkenheit seine Pflicht, verweigert den Gehorsam, und feuert, o ewige Schmach! auf seine eigenen Waffenbrüder. Soldaten der Wiener Garnison, sagt mir, im Namen der Armee von Italien, Eurer Waffenbrüder, frage ich Euch — hadt Ihr Eure Pflicht gethan? Wo war die Wache, die den Feldzeugmeister Latour vertheidigen sollte, die ehrr zu seinen Füßen sterben mußte, als ihn drr Wuth eines blutdürstigen aufgereizten Pöbels preiszugeben? Wo weilen die Verräther, die unsere Fahne mit Schmach bedeckten? Hat sie die gerechte Strafe schon ereilt? Oder schleppen sie ihr verächtliches Dasein noch in den Reihen dee Empörung fort? Soldaten! Schmerz ergriff mich, Thränen erfüllten mein altes Auge, als ich die Kunvr dieser in den Annalen der österreichischen Armee unerhörten Schandthaten erfuhr. Ein Trost dlieb mir noch: daß es nur ein kleiner Hause war, der seine Ehre so schändlich vergaß, seine Pflicht so schmachvoll verletzte. An Euch, Ihr treugebliebenen wackern Männer, ist es nun den Thron Eures Kaisers und die freisinnigen Institutionen zu schützen, die seine väterliche Güte seinen Völkern verlieh, und die eine Horde von Empörern so schändlich mißbraucht. Soldaten! öffnet die Augen vor dem Abgrunde, der sich vor Euren Füßen aufthut; alles steht auf dem Spiele, die Grundfesten der bürgerlichen Ordnung sind erschüttert, das Besitzthum, Moral und Religion mit Untergang bedroht, alles was dem Menschen heilig und theuer ist, was die Reiche gründet und erhält, will man vernichten — das, und nicht die Freiheit ist der Zweck jener Aufwiegler, die Euch mit in Schande und Verderben reißen wollen. Soldaten! In Eurer Hand liegt jetzt der Schutz des Thrones und mit ihm die Erhaltung des Reiches. Möge Gottes Gnade mir gestatten den Tag zu erleben, wo man sagen wird: „Die Armee hat Oesterreich gerettet", dann, erst dann wird der 6. und 7. Okt. dieses unheilschwangern Jahres gesühnt sein und in Vergessenheit sinken, dann reicht Euch die Armee von Italien, die jetzt die Grenzmarken der Monarchie gegen äußere Feinde schützt, die Bruderhand. (gez.) Radetzky, Feldmarschall." — Ein zweiter Armeebefehl, Hauptquartier Mailand den 18. Okt. 1848, lautet wie folgt: „Soldaten! Ich habe Euch den Aufruf bekannt gemacht, den ich an die Garnison von Wien erließ. Ihr werdet daraus ersehen haben, daß das Grenadierbataillon Richter im Rausche seiner Pflicht vergaß, den Gehorsam verweigerte und auf seine Kameraden feuerte. Es ist mir die Nachricht zugekommen, daß dieses Bataillon reumüthig zu seiner Pflicht zurückgekehrt und, damit es seine Reue durch die That beweisen könne, den Kommandirenden gebeten habe, es an die Spitze der ersten Sturmkolonne zu stellen. Soldaten! Ich habe Euch mit der Schmach dieses Bataillons bekannt gemacht, ich muß Euch auch seine Reue mittheilen. Ich bin dieses insbesondere der Ehre der tapferen Regimenter schuldig, aus denen dieses Bataillon zusammengesetzt war. Zwar kann diese späte Reue die Makel nicht auslöschen, die dieses Bataillon seinee Fahne, die auch die Eure ist, aufgedrückt hat, aber doch thut es einem alten Soldatenherzen wohl zu hören, daß die Pflicht über den Verrath die Oberhand gewonnea. Bald dosse ich Euch sagen zu können, daß Eurr unglücklichen und verführten Kameraden ihren Fehler mit Blut und Leben ausgelöscht haben. (gez.) Graf Radetzky m. p., Feldmarschall." Das Grenadierbataillon Richter bestand aus Soldaten der Regimenter Hradowsky, Heß und G. H. o. Baden.

CC **Berlin**, 24. Okt. Viel, sehr viel Redens ist hirr seit gestern über die vom Minister Eichmann kontrasignirte Oedre des Königs, welche das Benehmen der Bürgerwehr am 16. in Ausdrücken belodt, die keinem Theile zusagen. — Der demokratische Frauenklub hat in seiner gestrigen Sitznng, dee auch Held als Ehrenmitglied beiwohnte, eine Sturmpetition und Demonstration von 500 Frauen zu Gunsten der Arbeiterinnen beschlossen, wird die Sache ader so lange hinausschieben, bis er über die 500 anständigen Schürzen oder Hauben zu verfügen hat. — Der Maschinenbauarbeiterverein hat heute folgende Proklamation angeschlagen: Die Reaktion will Bürgerkrieg; sie trägt Bedenken, die Demokratie mit offener Gewalt von Außen zu bekämpfen, darum will sie dieselbe mit Hinterlist im Innern zerfleischen. Und dieserhalb erklären wir Maschinenbauarbeiter als eherne Stützen des demokratischen Fortschrittes offen und fest entschlossen: „Bei dem Ausbruch eines neuen Kampfes zwischen Bürgerwehr und Arbeitern stellen wir uns sämmtlich nndewaffnet, als Schutz- und Trutzwehr der brüderlichen Einigkeit, zwischen die kämpfenden Parteien, und nur über unsere Leichen führt der unglückliche Weg zum Bruderkampf. Wagt aber die Reaktion einen offenen Kampf gegen die gute Sache der Freiheit — dann, Bürger und Arbeiter! stehen wir bewaffnet mit Euch in einer Reihe". — Die Wahl v. Bodelschwingh's für den Teltower Kreis bestätigt sich; sie macht gleich der v. Vincke's *) nnd Bardeleben's der Linken viel banges Herzklopfen. — Die entlassenen Arbeiter im Köpnicker Felde unterhandeln mit den beschäftigtrn. Sie haben zwei Verlangen gestellt: Entweder soll jeder beschäftigte täglich einen Sechser von seinem Verdienst abgeben zur Erhaltung der entlassenen, wodurch jeder derselben wöchentlich 1½ Thaler erhielte, oder beide Theile sollen abwechselnd 14 Tage feiern und arbeiten. Wird

*) S. unter Frankfurt in der Beilage.

nicht das eine oder andere dieser Verlangen gewährt, so drohen die unbeschäftigten mit neuem Tumulte.

Aus der Nationalversammlung. Die heutige Sitzung wurde eröffnet mit der Debatte über die gestrige Doppelabstimmung von Riebe. Es blieb bei der Giltigkeit seiner ersten Abstimmung. Es folgten Proteste der Deutschpolen gegen den gestrigen Beschluß. Sodann nahm Dirschke den neulichen Streit gegen v. Meusebach wieder auf und ermahnte die Mitglieder der Versammlung zu konzertiren, do sie ja im Konzertsaale säßen. Dieser Witz über ein Konzert, dessen Ausführung das gonze Land lange gewünscht, rief einen großen Tumult hervor. Nun kam die Hauptsache des Tages zur Verhondlung: der Walbeck-Esser'sche Antrog, wonach in Preußen kein Erlaß der Centralgewalt oder der Versammlung in Frankfurt Gesetzeskraft erhalten soll, wenn er nicht von der preußischen N.-V. beschlossen, angenommen und genehmigt ist. In der Begründung des Antrags hob W. hervor, daß doch die Möglichkeit vorhanden sei, daß man von Frankfurt aus versuchen könne, die Rechte des Volkes mit Füßen zu treten. Wie doch der Berg (nicht der Abbé) vor Frankfurt sich fürchtet, seit dort die Rechte am Ruder ist! Fleischer erhebt sich gegen W. Er wolle der deutschen Soche einen wormen Freund erhalten. Der Antrog möge in die Abtheilungen gehen; inzwischen habe der Antragsteller Zeit sich zu besinnen; er werde seine alte Liebe doch nicht verlassen wollen. Er liest ihm darouf mehrere Stellen aus den von W. in der Sitzung v. 11. Juli geholtenen Reden und bemerkt, W. werde ihm hier schwerlich einen Schreibfehler nachweisen können. Waldeck (sehr gereizt): Das deutsche Volk sieht nicht mehr auf Frankfurt. (Heftiger Widerspruch.) v. Berg für die Dringlichkeit. Dann Dunker dagegen in einer teefflichen Rede voll glühenden Patriotismus. Nun erging sich Temme in trockenen juridischen Sophismen, so trocken, daß er sich selbst Wasser auf die Tribüne holen mußte. Er verlangt Prüfung sämmtlicher Frankfurter Gesetze in Berlin, das Recht des Krieges ꝛc. ꝛc. Schulz (Delitsch) für den Schluß. Reichensperger dagegen mit scharfen Ermahnungen an W. und Hinweisung auf seine früheren Reden. W., der als Antragsteller vor dem Schluß der Debatte über die Dringlichkeit das Wort hat, betritt die Teibüne; sein Auftreten zeigt, daß die Vorwürfe, die ihm wegen Inconsequenz und Partikularismus von Fleischer, Dunkee und Reichensperger gemocht sind, getroffen haben; er vergißt sich so weit, die Ermordung Kotzebue's mit der Abschlachtung Lichnowsky's und Auerswald's auf eine Linie zu stellen. Die namentliche Abstimmung ergab 173 für, 174 gegen die Dringlichkeit, wobei zu beochten, daß die Partei Milentz für die Dringlichkeit stimmte, um den Antrag selbst, sobalo als möglich, zu verwerfen; ferner, daß von der Rechten v. Auerswold (Rosenberg), Gelshorn, Gierke, v. Loe, Ritz, v. Schön, Schönborn, Zacharia ꝛc. fehlten. — Es kam nun die Spinner- und Weberfrage, in Betreff Uebeereichung von Geldmitteln von Seite des Ministers an die armen Spinner und Weber westfälischer Kreise, an die Reihe. Die Angelegenheit wurde durch Annahme des Kommissionsantrogs und des Milde'schen Amendements zu Gunsten der bedrängten Kreise erledigt. Es ist somit den in den genannten Kreisen in Thätigkeit sich befindenden Kommissionen der Lohn für ihre Bemühungen gesichert, wenn dieselben an Ort und Stelle die Bedürfnisse zu ermitteln und die geeigneten Mittel zur Abhilfe genau zu erörtern und abzuwägen wissen werden. Hierouf wurde die Debatte über bie Ablösung der Zendallasten fortgesetzt. — Stabteath Knobloch (als Stellvertreter bes beurlaubten Abg. Sybow) und Staatssekretär Müller, dessen Wahl aus Westfalen gestern gemeldet, nehmen ihre Plätze im Centrum (Bornemann, Märcker, Harkort, Petersen) ein.

LC. **Berlin**, 21. Okt. In Betreff der Beseitigung der jüngsten Ministerkrisis geht uns die Mittheilung zu, Hr. v. Pfuel sei nur durch die ihm gewordene bestimmte Zusicherung zum Bleiben bestimmt worden, daß man die nächste schickliche Gelegenheit, welche der Minister-Präsident selbst nachzuweisen habe, benutzen wolle, um einen General aus einer Stellung zu entfernen, welche nicht blos die Bevölkerung der Hauptstadt zu stets neuen Besorgnissen fortwährend aufreizt und die Wiederkehr des Vertrauens zur Regierung unmöglich mocht, sondern auch die verantwortlichen Vertreter der Krone in ihren Maßnohmen zur Vermittlung und Versöhnung dee Gegensätze hemmt. Es wird uns bestimmt versichert, daß dies der ungefähre von Herrn von Pfuel selbst vorgeschriebene Wortlaut einer ihm ertheilten Zusicherung sei. — Die Befürchtungen vor Gewaltstreichen der Reaktion sind in den letzten Tagen wieder zu einer unglaublichen Höhe gestiegen. Nichts von Allem, wos gerüchtsweise erzählt wird, ist zu abenteuerlich, um nicht bei dem nun einmol orgwöhnisch gemachten Volke Glouben zu finben. Bold wird es keine Aufwiegler mehr geben. Denn wer zu einem Volkshaufen, ohne von ihm gekannt zu sein, irgend etwas spricht, läuft Gefahr, als Reaktionär angesehen unb mißhanbelt zu werden. — Der Abg. Riebe, dee gestern durch Aenderung seines Votums in der Polenfrage zu leidenschaftlichen persönlichen Eeörterungen in ber Nationalversammlung Anlaß gab, hat dem Präsioium schriftlich angezeigt, daß er nach reiflichee Ueberlegung nunmehr sein erstes Votum (für das Phillip'sche Amenbement) wieber aufnehme. Der gedachte Abgeordnete soll überdies heute Platz auf der Linken genommen haben. — Am 5. Decbr. feiert das königliche Ehepaar die silberne Hochzeit. Ein Gerücht behauptet, der König wolle von diesem Tage ab seinen Aufentholt wieder dauernb in Berlin nehmen.

Stuttgart, 26. Okt. Die Kanzleidirektion des Justizministeriums gibt in der heutigen Nummer des „Beobachters" folgende Erklärung ab: Die Nummer 209 des Beobachters (nnd nach ihr viele andere Blätter) enthält eine Beschwerde des G. Rau von Gaildorf darüber, daß er siebenzehn Toge sich in Haft befinde, ohne den Anschuldigungsgrund zu kennen. Die unterzeichnete Stelle ist ermächtigt, diese Beschwerde auf den Grund amtlicher Erkundigung dahin zu berichtigen, daß Rau sogleich bei der Verhaftung bie gesetzmäßige Belehrung über die Ursache dieser Verfügung erhalten hat.

†* **Stuttgart**, 25. Okt. In der Sitzung bee zweiten Kammer am Gestrigen kam das von der Regieeung eingebrachte Jagdgesetz zur Berathung. Dee Gesetzentwurf enthielt, als wesentlichste Bestimmungen, daß alle bisherigen Jagdrechte ohne alle Entschädigung aufgehoben seien, und ferner, daß jeder Gemeinde innerhalb iheer Gemarkung das Jagdrecht zuerkannt werde. Eigenthümern von geschlossenen Gütern, von wenigstens 50 Morgen, solle dagegen das alleinige Jagdrecht auf denselben zusteben. Der Antrag des Ausschußberichts, welcher in der gestrigen Berathung auch angenommen wurde, ging in Betreff des angegebenen Inhalts des Jagdgesetzes noch weiter und verlangte füe die politische Gemeinde das Jogdrecht ohne alle Beschränkung (mit Ausnahme eingezäunter Flächen) in ihren Gemarkungen, und räumte dagegen den Eigentdümern geschlossener Güter von wenigstens 100 Morgen ein Mitjagdrecht auf diese Güter ein. Wir finden diesen Beschluß nicht in Einklang mit dem Beschlusse der Reichsversammlung, welcher jedem Eigenthümer das Jagdrecht ouf seinem Grund und Boben einräumt. Diesem Gesetze der Reichsversommlung ist freilich der Anhang gemacht, doß es den Landesregierungen übeelassen bleibe, durch besonbere Gesetze dafür zu soegen, daß die Ausübung bes Jagdrechts die öffentliche Sicherheit nicht bedrohe. Auf dieses Letztere fußte gestern die Majorität unserer Kommer, indem sie den Eigenthümern größerer Güter, statt des unbeschränkten Jagdrechts auf denselben, nur das Mitjagdrecht mit der Gemeinde überwies. Ob vie Kammer hierdurch im Sinne des Gesetzes der Reichsoersammlung handelte? Wir müssen es entschieden verneinen. Sollte dieser Gegenstond ber Entscheidnng des Reichstags durch die Betheiligten vorgelegt werben, was zu erwarten steht, wenn der frogliche Beschluß Gesetzeskroft erhält, so wied die darauf ersolgende Entscheidung der Reichsoersommlung unsere Ansicht gewiß rechtfertigen. Die Diskussion über diesen Gegenstond war im Allgemeinen nicht erquicklich. Wenige Mitglieder unserer Kammee sind gute Rehner, noch wenigere verstehen es, zu schweigen, wenn sie doch weiter nichts als unnütze, zeitvergeudende Wiederholungen ooezubringen haben. Ein Lichtmoment dee gestrigen Sitzung war die Rede des Kanzlers von Wächter! In warmer Rede, voll logischer Schärfe und getragen von umfossender juristischer Bildung, rief er dee Kammer ein lautes Cave in Betreff des Weges zu, den zu betreten ihe Kommissionsbericht sie aufforderte. Er wies den in dem Kommissionsantrog liegenden schweren, durch nichts gerechtfertigten Angriff gegen das Eigenthumsrecht schlagend nach, und sprach offen ons, daß die Kammer durch Annahme desselben die heiligsten Rechte oerletzte und den Glauben an olle bestehenden, wohlbegründeten Rechte tief und verderblich erschüttere. Er schloß mit den zu beherzigenden Worten: „Seien wir eingedenk, daß es keine Freiheit, keinen Fortschritt ohne Achtung vor dem Gesetze gibt." Vergeblich!! Nichts desto weniger hanken wie es dem Kanzler

Digitized by Google

von Wächter, für Wahrheit und Recht so warm seine immerhin gewichtige Stimme erhoben zu haben. Die Wahrheit hat einmal im Leben, vor Allem aber in Zeiten, wie die unsrigen, das Schicksal, unbeachtet zu bleiben. Um so ehrenvoller bleibt es, wenn auch in der Minorität, treu an ihr zu hängen. Wir beklagen es von ganzem Herzen, daß die Wirksamkeit des Kanzlers v. Wächter in unserer Kammer von jetzt an nur eine sehr beschränkte sein wird, da er während des kommenden Winters in Tübingen Pandekten liest. Wenn wir auch in neuester Zeit keineswegs stets mit den politischen Schritten Wächter's übereinstimmten, so müssen wir doch in ihm einen Mann von seltener wissenschaftlicher Bildung und ein parlamentarisches Talent erkennen und verehren, wie wir kein anderes in der Kammer erblicken. Solche Männer sind grade in dieser Zeit dem öffentlichen politischen Leben am nöthigsten und wir würden es als einen großen Gewinn für unsere ständischen Verhandlungen betrachtet haben, wenn der Kanzler v. Wächter, statt nach dem Lorbeerkranz auf dem Lehrstuhle nach der Dornenkrone auf der Rednerbühne gestrebt hätte.

Stuttgart, 24. Oktober. Der Köln. Ztg. wird geschrieben: Die Truppen, die nach Hall geschickt waren, sind, nachdem nun der bessere Theil der Bürgerschaft unter ihrem Schutze sich ermannt hat, in ihre Garnison zurückgekehrt, wogegen Rottweil fortwährend besetzt ist. Am Bodensee ist es wieder ruhiger; man bemüht sich eifrig, sich weiß zu waschen von dem demagogischen Verdacht, den man durch Ausschreibung einer Versammlung nach Ravensburg auf sich geladen hatte, in welcher man „zur That" aufforderte. Ein Buchdrucker, der durch ein Winkelblättchen hauptsächlich die Aufregung in ihrer Gegend unterhalten hatte, hat sich, um einer Gefängnißstrafe zu entgehen, in die Schweiz geflüchtet.

Ulm, 24. Okt. Gestern Abend feierte ein Theil unserer würtembergischen, österreichischen und bayerischen Besatzung auf dem Siegel'schen Felsenkeller ein großartiges Versöhnungsfest. Gegen 7 Uhr zogen die Betheiligten, einige Hundert Mann stark, Fackeln voran, auf den Markt und brachten der Ulmer Bürgerwehr, den würtembergischen und österreichischen Soldaten ein Hoch, worauf Alle ruhig auseinandergingen. (U. Bl.)

Dresden, 23. Okt. Eine allgemeine Arbeiterversammlung hat heute im Odeon stattgefunden. Dieselbe ist ohne Störung vorübergegangen. Hauptgegenstand der Berathung war die Durchführung der vom Berliner Arbeiterkongresse beschlossenen allgemeinen Arbeiterassociation für die hiesige Stadt. (L. Z.)

Dresden, 20. Okt. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer stand der Bericht der ersten Deputation über das königl. Dekret, das deutsche Verfassungswerk betreffend. Die Anträge des Berichts gehen dahin: 1) Die in Bezug auf die Wahlen zur Nationalversammlung in Frankfurt im April d. J. erlassenen Verordnungen zu genehmigen. 2) Bei den in dem königl. Dekret enthaltenen Erklärungen der Regierungen Beruhigung zu fassen. Abg. Wehner erklärt sich mit diesen Anträgen und mit der Regierung einverstanden, und bringt folgende Zusätze in Vorschlag: „daß die Stände mit der in der Verordnung vom 10. April ausgesprochenen Ansicht, als sei die deutsche Verfassung zwischen den deutschen Regierungen und dem Volke zu vereinbaren, nicht unbedingt, sondern nur unter der Bedingung einverstanden seien, daß das deutsche Verfassungswerk zwischen den einzelnen Bundesstaaten und den Vertretern des Volkes vertragsmäßig vereinbart werde;" ferner: „dabei auch die Erwartung auszusprechen, daß der Entwurf der deutschen Verfassung den künftigen sächsischen Ständen zu verfassungsmäßiger Begutachtung vorgelegt werde." Referent v. Criegern hält den ersten Antrag Wehner's für überflüssig, den zweiten für zu weit gehend. Staatsminister v. d. Pfordten: Die Regierung finde in der Wehner'schen Aeußerung die Anerkennung, daß sie von Anfang an auf dem rechten Wege gewesen. Was in dem Geschicke eines Volkes, wenn es in andere Bahn gelenkt worden wäre, geschehen wäre, ist nachträglich schwer zu beurtheilen, die Regierung hält aber den jetzigen Weg für den sichereren. Wahrscheinlich würde ein allgemeiner Bürgerkrieg beim Beharren auf dem Wege der Revolution eingetreten sein, in Folge der geschichtlich begründeten Stammverschiedenheiten. Was den ersten Wehner'schen Antrag betrifft, so ist er unnöthig, wiewohl die Regierung kein Bedenken gegen denselben hat, da sie ohnehin bei Beschlüssen der Nationalversammlung, welche die Verfassung ändern, erst die Stände hören werde. Der zweite Antrag ist zwar nur eine Consequenz des ersten; jedoch kann die deutsche Verfassung in den sächsischen Kammern nicht wie ein Particulargesetz behandelt werden. Die Liebe zum Vaterlande gebietet, hierbei einen großartigen Maßstab anzulegen und über die Verfassung im Ganzen abzurtheilen. Opfer müssen gebracht werden; die Krone ist dazu bereit; möge die Zukunft darüber entscheiden, ob es auch die Stände sind. Er habe die feste Ueberzeugung, daß Einigung erlangt werde, weil der Drang zu ihr unwiderstehlich sei und die Geschichte lehre, daß nie unerreichbar geblieben sei, was die Besten des Volkes erstrebt haben, daß nur, was mit dem Geiste und Leben des Volkes übereinstimme, geschafft werden könne. Auch die Regierungen seien von aufrichtigem Streben nach Einigung beseelt. Zunächst werde sie freilich wohl den Wünschen feuriger Geister nicht entsprechen, doch aber den gegebenen Verhältnissen. Eine ideale Verfassung hält nicht länger als die Begeisterung; die Verfassung muß der Ausdruck der gegebenen Zustände und die Befriedigung derselben sein. Ein treffliches Beispiel haben wir an der Schweiz, im Großen auch an Nordamerika. Im Lauf der Debatte beantragt Abg. Metzler die Regierung zu ermächtigen, alle Erlasse der Nationalversammlung und Centralgewalt auf die für die inländischen Gesetze geordnete Weise zu veröffentlichen. Staatsminister v. d. Pfordten: Den Metzler'schen Antrag könne die Regierung, die bei fester Anhänglichkeit an die Verfassung die deutsche Einigkeit kräftig zu fördern suche, nur in Bezug auf die Beschlüsse der Nationalversammlung annehmen, da die Verfügungen der Centralgewalt lediglich Verwaltungsmaßregeln sind. Er theile nicht die Besorgnisse, daß auf dem eingeschlagenen Wege die Einheit und Annahme der Verfassung nicht zu erwarten sei; dynastische Interessen treten jetzt überhaupt vor den Interessen des Volkes zurück. Das Volk habe es in seiner Hand, daß die Regierung seiner Richtung entspreche. Ist einmal das Bedürfniß der Einigung vorhanden, so werden auch die Vertreter des Volkes dafür sein; ist es nicht, so helfen alle Dekrete der Nationalversammlung zu Gunsten der Einheit nichts. 1813—15 lebte nur der Drang nach Befreiung vom fremden Joche, nicht nach düsterlicher Freiheit. Die Anfänge des Strebens nach ihr knüpfen allerdings an die Freiheitskriege an, aber nur allmälig entwickelten sie sich, und dies spricht gerade für die frühere Behauptung, daß zuletzt der Drang unwiderstehlich werde. Staatsminister v. d. Pfordten versichert ferner noch am Schlusse der Debatte: die Regierung werde nie einen Beschluß der Nationalversammlung, dem sie nicht beitreten zu können glaubt, verwerfen, sondern ihn den Ständen vorlegen, im andern Falle aber ihn sofort veröffentlichen. Nach dem Schlußworte des Referenten v. Criegern werden die Deputationsanträge (1 gegen 10, 2 gegen 13 Stimmen) und der Metzler'sche Antrag, jedoch mit Ablehnung der Worte „und der Centralgewalt" (von 36 gegen 29 Stimmen) angenommen, die Wehner'schen Anträge aber (1 von 54 gegen 11, 2 von 52 gegen 13 Stimmen) abgelehnt und das ganze Dekret gegen 14 Stimmen genehmigt. (Sächs. Bl.)

*** **Von der altenburgischen Grenze**, 24. Okt. Die Besetzung Altenburgs durch Reichstruppen ist ein Beweis, daß die Centralgewalt endlich Ernst brauchen will gegen die republikanischen Wühlereien, die, von Altenburg ausgehend, die angrenzenden sächsischen und preußischen Gebiete in eine fieberhafte Aufregung versetzt haben. Die jetzigen Zustände Altenburgs zeigen im Kleinen ein Bild des Elends, was unserer wartet, wenn die Ultrademokraten Herr werden sollten im Vaterlande. Sechs Monate etwa herrschen die Republikaner in Altenburg, und es ist kein Hauch von Freiheit mehr in dem Ländchen. Mißtrauen und Furcht dominiren und jede freie Meinungsäußerung, sei es über die herrschenden Persönlichkeiten oder deren Ansichten, wird vom fanatisirten, irre geleiteten Volke mit Katzenmusiken, Beleidigungen und Todesdrohungen bestraft. An Preßfreiheit ist jetzt weniger noch zu denken, als unter der Censur. Das sind Thatsachen, die zwar von der herrschenden Partei in Abrede gestellt, aber nicht hinweggeleugnet werden können. Einer Sitzung des altenburgischen Landtages beizuwohnen ist eine wahre Strafe für jeden Patrioten; man muß sich wahrhaftig schämen, daß eine solche Versammlung, aus hirnlosen Demagogen und trotzlen Nullen bestehend, zur Vertretung des Landes gewählt werden konnte. Wer es nicht mit angehört hat, der hat keinen Begriff von dem Schwatzen und hohlem Deklamiren dieser Volksvertreter, von ihrer mehr als naiven Unwissenheit, von ihrem fabelhaften Dünkel. Vor einigen Tagen kehrte der Herzog nach Altenburg zurück. Dem Wagen voraus wurde in einer Sänfte die todtkranke Herzogin getragen; der gutmüthige, alte, gebeugte

Digitized by Google

Fürst grüßte mehemals aus dem Wagen, ihm antwortete Hohngelächter und der Ruf: es lebe die Republik! Altenburg ist zur Mediatisirung reif, sa sehe sich auch der lächerliche Partikularismus der altenburgischen Republikaner dagegen sträuben mag. Offen verhöhnt man in Altenburg die Centralgewalt, spottet über die Reichstruppen, die man zur Republik bekehrt zu haben sich rühmt. Man sagt laut: der General von Holzendorf wagt es nicht, unsere Bürgergarde zu entwaffnen, er hat nicht den Muth dazu. Lebehachs auf Hecker und Struve und die Republik sind an der Tagesordnung. -Sa steht's in Altenburg. —

Altenburg, 23. Oktober. Zur ungewöhnlichen Stunde heute Morgen riefen die Signalhörner der Schützen, rief Trammelwirbel unsere Reichstruppen zusammen. Zugleich gaben drei Allarmschüsse der auf den benachbarten Dörfern liegenden Kavalerie das Zeichen zum Einrücken in die Stadt. Unter dem bestürzten Volke gingen dunkle Gerüchte von Verhaftung unserer drei Volksführer Erde, Dölitzsch und Douai. Es bestätigte sich indessen blos die Verhaftung des bekannten Dr. Douai, Verfassers des republikanischen Volkskatechismus. Als derselbe von unserm Stadtrichter unter starker militärischer Bedeckung nach dem Rathhause gebracht wurde, machte das Volk einen Versuch zu dessen Befreiung, welcher aber von einer Abtheilung sächsischer Schützen zurückgewiesen wurde. Dr. Douai ist bis jetzt, Nachmittags 3 Uhr, noch in Haft, wie verlautet auf auswärtige Requisition. Das Volk ist, den obigen Versuch zur Befreiung desselben abgerechnet, bis jetzt ruhig geblieben. Die sächsischen Reichstruppen bewährten eine musterhafte Haltung. (D. A. Z.)

Gotha, 22. Okt. Die hiesige Ständeversammlung ist beschäftigt mit der Berathung über die neue Verfassung. Einstimmig ist von ihr ausgesprochen worden, daß ihre Beschlüsse keiner Genehmigung der Regierung bedürfen, sondern daß dieselbe sie nur auszuführen habe. (!) Die Lehngelder werden unter billiger Ablösung aus den Taschen der Verpflichteten beseitigt; viele Lasten sind ohne Schadloshaltung aufgehoben worden. Sehr gründliche finanzielle Erörterungen sind wegen der Vereinigung der koburger und gothaischen Landestheile im Gange. Demnächst sehen wir Durchmärschen hannaverscher Truppen nach Meiningen entgegen. (D. A. Z.)

Großbritannien.

London. Die den Whigs feindlichen Blätter ermüden nicht, auch jetzt noch das bekannte Schreiben Th. Youngs an General Napier zu maßlosen Verdächtigungen der Whigs zu benutzen, obschon sie selbst wohl am besten wissen, daß für den in jenem Briefe entwickelten Revolutionsplan vom Jahre 1832 kein höher Stehender, sondern zumeist und in direkter Weise nur die zu leichtfertige und heißblutige Phantasie eines Subalternen, der den Gedanken seines Herrn und Meisters allzukühne und fast frivole Worte lieh, verantwortlich zu machen ist. Diejenigen, welche die Ungeschicklichkeit Young's und die tadelnswürdige Indiskretion Napier's in so schnöder Weise ausbeuten, zählen sich nichts desto weniger zu den Konservativen, wie sie sich leider in aller Herren Ländern finden, nämlich zu jenen sogenannten Ultrakonservativen, die, von Parteihaß, Leidenschaft und Herrschsucht getrieben, alle Hebel in Bewegung setzen, um die gerade bestehende und ihnen unbequeme liberale Regierung zu stürzen. Es ist gerade diejenige Partei, welche bewußt oder unbewußt den Ultraradikalen am sinnlosesten in die Hände arbeitet. Wer die gegenwärtige Lage Englands und die Stellung der Parteien mit Ruhe prüft, wird unschwer einsehen, daß für jetzt nur ein Whigministerium möglich sei; wird dies zwischen den beiden Parteien rechts und links zerrieben und dadurch unmöglich gemacht, daß man sein moralisches Ansehen untergräbt, sa würde allerdings die Bildung eines Toryministeriums versucht werden müssen; ein reines Toryministerium, wenn es überhaupt zu Stande kommt, kann sich aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohne Zweifel nicht lange halten; möglich wäre noch ein Mischministerium mit Peel, aber wer sagt, ob diese Experimente und Anläufe zu einer Kabinetsbildung bei der in Irland offen hervortretenden und in England geheim arbeitenden Gährung, nicht zu jenem provisorischen schwankenden Zustand und endlich zu jenen Krisen und Katastrophen führen würden, von denen sa viele Festlandsstaaten tödtlich getroffen sind. Man denke sich ein Ministerium Hume-Cobden-Bright oder gar ein ultraradikales Ministerium mit Duncombe, durch diesen peuaifaeischen Zustand nur für einige Augenblicke möglich gemacht; welche furchtbaren Fortschritte würde dann der dämonische Geist der Revolution in Irland und England machen, welchen Spielraum würden die Chartisten, Republikaner, Massenaufwühler und Anarchisten aller Art gewinnen und wie bald würden wir alle jene Schrecken, die Paris im Juni und noch jüngst Frankfurt und Wien in Bestürzung setzten, auch in den großen Städten Englands erleben, ja vielleicht noch Grauenvolleres als wir je auf dem Kontinent mit ansahen! Diese möglichen Gräuel würde England den sogenannten Ultrakonservativen zu danken haben, wenn es diesen gelänge, ihren Zweck, den Sturz der Whigs, durchzusetzen.

London, 23. Okt. An der heutigen Börse gingen die Staatspapiere nach tiefer herab; die Konsols standen am Schlusse der Börse auf 84⅛, neue 3¼pCt auf 83¾ — 84, reducirte 3pCt. auf 84 — 84¼. Die unentschiedene Lage der Dinge in Wien, wo es sich gegenwärtig um Sein oder Nichtsein der österreichischen Monarchie handelt, setzt mehr als alles andere die Börsenmänner in Unruhe.

Am 21. Okt. sprach der Gerichtshof in Clanmel auch über Hrn. Meagher das Schuldig aus. Trotz der unvergleichlich geschickten Vertheidigung war kein anderes Urtheil zu erwarten, nachdem der Gerichtshof bei dem Prozesse O'Briens das gerichtliche Urtheil dahin festgestellt hatte, daß das Scharmützel bei Ballingarry als Endergebniß eines allgemeinen Revolutionsplans anzusehen sei. Die Jury empfahl jedoch den Gefangenen auf Grund seiner Jugend der k. Gnade. Ein anderer bekannter Verfasser aufrührerischer Artikel und Proklamationen, J. B. Dillon, hat sich glücklich aus dem Staube gemacht und ist, wie das „Dublin Journal" aus zuverlässiger Quelle meldet, wohlbehalten in New-York eingetroffen.

Die Nachricht mehrerer Blätter, daß L. Blanc sich heimlich aus England entfernt habe und daß diese Abreise mit den Ereignissen in Wien im Zusammenhange stehe, findet ihre Widerlegung in einem Briefe, datirt Piccadilly Nr. 126, den 23. Oktober, welchen L. Blanc an die „M. Post" richtete. Er beklagt sich darin über eine zu Paris erschienene Schmähschrift, worin versichert wird, daß sein Vater vergangene Woche in äußerste Dürftigkeit und Verlassenheit gestorben sei. Blanc erkläret diese Angabe für gänzlich falsch und vom elendsten Parteihaß diktirt; sein Vater sei bereits vor sechs Jahren heimgegangen, umgeben von seinen Kindern, die ihn mit der zärtlichsten Aufopferung und Liebe gepflegt hätten. In der That, die Freunde und Schlaknappen der bestehenden Ordnung (oder Unordnung) sollten diese schmähliche Taktik der Lügen und Verleumdungen ihren Gegnern um so mehr allein überlassen, je mehr sie Letztere als die eigentlichen Erfinder und Ausüber dieser Lügentaktik anzuschuldigen pflegen. Solche unehrliche Waffen schänden die Partei, die sie braucht, und schlagen ihrem eigenen Träger die ärgsten Wunden.

Schweiz.

*Wir haben bereits gemeldet, daß die Differenz, wegen Verletzung des Schweizergebiets durch österreichischen Soldaten rasch und durch vollständige Genugthuung von Seiten der österr. Generale beendigt worden ist. Die Basler Zeitung knüpft daran folgende Betrachtungen: „Diese schnelle Erledigung ist höchst erfreulich, und sollte dazu beitragen, die Schweiz zu überzeugen, daß Entsprechen gegründeter Begehren, auch wenn sie in gemessener Sprache vorgetragen werden, der wahren Ehre keinen Abbruch thue. — Es ist neulich von der N. Z. Z. das deutsche Begehren der Bestrafung schweizerischer Beamter wegen Begünstigung des Struve'schen Attentats als ein solches bezeichnet worden, das kein ehrliebender Schweizer sich gefallen lassen könne. Und nun stellt Hr. Dr. Escher, einer der Patrone dieses Blattes, ein ganz ähnliches Begehren, dem ohne Weiteres entsprochen wird! — Ueberhaupt scheinen uns die Begehren des Hrn. Dr. Escher und der von ihm anberaumte kürzeste Termin eben so peremptorisch, wenn nicht mehr, als die in der Note des Hrn. Raeaaur, über welche so großer Lärm erhoben wurde."

) **Bern**, 24. Okt. Da das Verhalten der schweizerischen Behörden in der Flüchtlings-Angelegenheit, besonders in Bezug auf die Theilnehmer am letzten badischen Aufstande, gegenwärtig von besonderem Interesse ist, sa theile ich Ihnen etwas aus den

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 27. Oct. Bincke geht nicht nach Berlin. Das Officiercorps bei Prinz Adalbert. Simon und Trützschler nach Berlin.) Wien (Zuschrift und Proclamation von Windischgrätz. Protest des Reichstags. Der Landtag in Tyrol.) Berlin (Auflösung der Garden.)

Frankreich. Paris (Der Präsident der R. V. erhält keine Zulage. Ausgaben der prov. Regierung. Versichtsmaßregeln. Tagesbegebenheiten.)

Spanien. Madrid (Der Prinz von Capua muß die Stadt verlassen. Die Provinzen beruhigen sich.)

Italien. Turin (Das piemontesische Ministerium will für jetzt keinen Krieg. Dessen Erklärung. Stürmische Debatte in der Deputirtenkammer zu Turin. Die Mailänder und die piemontesischen Blätter über Mailand.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 27. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 27. Oktober.

Tagesordnung der 104. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über Art. II. §§. 2, 3 und 4 des Verfassungs-Entwurfs.

Der Vorsitzende, Vicepräsident Simson, zeigt den Austritt des Abgeordneten Alex. Flir an. Alsbald zur Tagesordnung übergehend, soll das Wort on Wurm ertheilt werden, nach ihm an Wedekind. Da Beide noch abwesend sind, so wird

Sekretär Richt auf die Tribüne gerufen. Er macht darauf aufmerksam, daß gerade die Slawen, namentlich die Czechen, es seien, die jetzt in Oesterreich das konservative Element vertreten. Sowie aber die Slawen die centrale Masse der Monarchie seien, ihrer Zahl nach, so würden sie auch eine centrale Macht bilden in ihrem den deutschen Geist niederdrückenden Einfluß. Das Völkerrecht verlange daher eben, daß die Deutschen in Oesterreich losgetrennt würden von dem slawischen Uebergewicht. Die Revolution sei an sich für die Zukunft unmöglich, und es heiße die Oesterreicher dem Zufalle überlassen, wolle man ihnen nicht ihre Stellung bei Deutschland an. Sie würden dann, 8 Millionen zerfleuter Bevölkerung und ohne kompakten Kern, dem slawischen Elemente zum Opfer fallen. Der Beruf, eine Leuchte und Trägerin der Kultur für den Osten zu sein, sei ein für ganz Deutschland gemeinschaftlicher, den die Oesterreicher, den slawischen Verhältnissen preisgegeben, gar nicht erfüllen könnten. Die durch die Personalunion eintretende Scheidung der Länder denkt sich Richt weder so streng, als sie hier geschildert worden, noch irgend schädlich. Denn die Verbindung der natürlichen Interessen und des gegenseitigen Bedürfnisses werde fortdauern. Die Unruhe der Versammlung fordert wiederholt die Klingel des Präsidenten heraus, und der Vortrag des Redners ist nur mühsam und bruchstückweise zu verstehen. Richt erklärt sich gegen alle Anträge, die Oesterreich auf eine blos völkerrechtliche Verbindung mit Deutschland hinweisen. Auch sei ein Deutschland ohne Oesterreich so wenig denkbar, daß es heiße, Deutschland in Preußen aufgehen lassen, wenn man Oesterreich nicht fest in den Bundesstaat einordne.

Vergebens versucht eine Minderheit den Antrag auf Schluß der Debatte durchzusetzen. Es erhebt sich nicht die hinreichende Anzahl von Mitgliedern dafür und

Maisfeld behauptet, daß es eine Partei in Deutschland und in der Paulskirche gäbe, die allerdings ihre Rechnung darin suchen möge, Oesterreich als ein Ausland neben Deutschland hinzustellen. Allein er würde es nicht wagen, zu seinen Wählern zurückzukehren, ohne gegen ein solches Bestreben protestirt zu haben. Dieser Protest gälte allen Anträgen auf ein blos völkerrechtliches Bündniß, auch dem Gagern'schen. Die verschiedenen Anträge seien von der Art, daß sie die Bedeutung dieser konstituirenden Versammlung bis dahin herabdrückten, daß sie eine „zusehende" würde.

Wurm aus Homburg gegen alle Zusätze, gegen alle Abänderungen der Verfassungsparagraphen. Zertrümmern wie damit die ältere. Monarchie, wie man uns überreden will, so werde ich mit dem Worte Niebuhr's erwidern, womit er Friedrich den Großen rechtfertigte: Der, welcher die Leiche begräbt, sei darum nicht auch der, welcher den Mann erschlagen habe. Sei oder Oesterreich, wie sich der Redner überzeugt hatte, noch lebenskräftig, schwimme das stolze Schiff Austria noch flott und seefähig auf dem Meere, so dürften wir es nicht sein, welche die Initiative der Trennung gäben. Ein solches Beispiel würde unerhört in der Geschichte sein, daß sich ein großes Volk durch eine solche Maßregel zerspalte. Welches Mittel wir hätten, unsere Beschlüsse durchzusetzen? Er sage vielmehr, welche Mittel wir haben würden, die slawische Gesammtmonarchie zu einem innigen Bündniß mit Deutschland zu zwingen? Das Geldausfuhrverbot zeige, welchem Schicksale wir das deutsche Element dem slawischen Reichstage gegenüber aussetzen, das Geldausfuhrverbot, welches unerschütterlich geblieben in einer Zeit des höchsten Enthusiasmus für Deutschland! Welche Hilfe die Deutschen in den Ungarn finden würden, davon liefert Wurm ein anschauliches Bild, aus Aeußerungen Kossuth's zusammengefügt. Daß aber eine ungarisch-deutsche Monarchie nicht blos die Idee der Ungarn sei, zeigt auch eine Briefstelle von Gentz, worin die Begründung eines solchen Reichs mit einem Mittelpunkte „tief in Ungarn" besprochen wird, bei welchem „Preußen und Deutschland bald um Hilfe bitten" würden. Oesterreich aber, bisher ein Buch mit sieben Siegeln, ist uns jetzt aufgeschlossen, ein Pulsschlag zwischen ihm und uns. Sollten uns die österreichischen Abgeordneten je verlassen müssen, so soll wenigstens das furchtbare Wort des Scheidens nicht von uns ausgehen. Was die Mission Oesterreichs gegen Osten anlange, so müßten die Verhältnisse an der Donau und gegen die Türkei auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden, denn seit 1835 habe sich Oesterreich überall von den Russen aus dem Besitze treiben lassen. Machen Sie Deutschland stark, das ist das einzige Mittel zu einer mächtigen Wirkung gegen das schwarze Meer, gegen die Levante hin. Der Jugend gehört die Zukunft, deshalb vertrauen Sie mit mir dem deutschen Geiste der österreichischen Jugend. Wir haben uns auch hier an ihrem Funkensprühen erfreut, da sie dem Kaiser die deutsche Fahne in die Hand gab und zu Metternich sagte: „Fort mußt Du, Deine Uhr ist abgelaufen." Stürmisches Bravo zur Linken, erneuter Antrag auf Schluß der Debatte und endliche Annahme dieses Schlusses, worauf Wichmann namentliche Abstimmung über die §§. des Entwurfs und Ignaz Kaiser namentliche Abstimmung über seinen Verschiebungsantrag verlangt.

Riesser, als Berichterstatter des Ausschusses, bezeichnet als den maßgebenden Grundgedanken, der die Verfasser des Entwurfs geleitet, daß ein wirklicher Bundesstaat aus dem bisherigen Staatenbunde Deutschlands gebildet werde. Ohne Widerspruch sei der Ausschuß darüber einig gewesen, daß dazu die in den eben berathenen Paragraphen aufgestellten Bedingungen unumgänglich erforderlich seien. Von der Ausführbarkeit derselben auch in Bezug auf Oesterreich sei der Verfassungsausschuß in seiner Mehrheit stets überzeugt gewesen. Auch die Minderheit habe keine Unmöglichkeit, nur Gefahren und Schwierigkeiten in der Durchführung erblickt. Eine Macht indessen, die auf Freiheit und Gerechtigkeit, die auf dem Volkswillen beruhe, wie die der Versammlung, dürfte auch einen Schritt zurückgehen, wenn sie die Nothwendigkeit eines solchen Schrittes erkennete. Würde ein solcher der Lage der Sachen in Oesterreich nach nöthig, so könnten wir den Rückschritt thun, ohne daß wir uns beschimpften oder schmähten. Aber ich fürchte nicht, daß er nöthig wird. Unsere §§. sind eine innere Nothwendigkeit, über die sich Oesterreich wird erklären müssen. Sei das deutsche Element daselbst so stark oder so schwach, wie es uns geschildert worden, jedenfalls müssen wir auf den Paragraphen beharren, wenn auch nicht nach Uhland's Nebenvorschlage, wodurch den Oesterreichern jede Erklärung und Vorstellung abgeschnitten würde. Was Gagern's Antrag anlangt, so stimmt Riesser mit der großartigen Grundanschauung überein, aus welcher er hervorgegangen. Allein vor Allem müßten wir die Ueberzeugung haben, ob auch die deutschen Oesterreicher wirklich den darnenvollen Beruf übernehmen wollen, den ihnen die Gagern'sche Ausscheidung zumuthe, und von ihnen, nicht von uns müßte also die Initiative zu einem solchen Verhältnisse ergriffen werden. Die wohrhaft versöhnenden, um alle Parteien und Meinungen gerichteten Worte der Mahnung, womit Riesser seinen Vortrag schließt, rufen den allseitigen Beifall des Hauses hervor. Die Versammlung ändert eine frühere Entscheidung dahin ab, daß sie, anstatt mit der Debatte über §. 4 gleich hier anzuknüpfen, sofort zur Abstimmung über §. 2 und 3 vorschreitet. Ludwig Uhland und mehrere Andere ziehen vorher ihre Nebenanträge zurück und ebenso ergreift

Heinrich v. Gagern das Wort: Er wisse, daß sein Antrag die Majorität des Hauses nicht haben werde und wolle daher, da namentliche Abstimmung darüber stattfinden solle, die Zeit nicht verschwendet sehen. Die Versammlung werde bis zur zweiten Lesung des Verf.-Entwurfs Gelegenheit haben, seine Ansichten zu prüfen und sich ein Urtheil über seine Voraussetzungen zu bilden. Für diese zweite Lesung behalte er sich seinen Antrag vor. Wir haben kürzlich gemeldet, daß sich das Haus eine Erleichterung seiner Abstimmungen von der Annahme eines neuen Modus — durch weiße und blaue Zettel — versprach. Heute, wo dies Verfahren zum ersten Male in Anwendung kommen soll, reichen die vertheilten Zettel nicht aus und gibt der Versuch dieses Weges nur eins der zahlreichen Hindernisse mehr ab, welche die heutige Abstimmung zwischen Fragstellung und Entscheidung länger als eine Stunde hinhalten. Ueber §. 2 erfolgt namentliche Abstimmung, die sich mit 340 gegen 76 Stimmen für dessen Annahme entscheidet. Der §. lautet:

„Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein."

(Das Ergebniß der ferneren Abstimmungen geben wir in der Nachschrift des Blattes.)

Frankfurt, 26. Okt. Heute Morgen machte das gesammte Offizierkorps der hiesigen Reichstruppen dem gegenwärtig hier anwesenden, im „Russischen Hofe" wohnenden Prinzen Adalbert von Preußen seine Aufwartung, nachdem dasselbe vorher beim Reichsverweser sich vorgestellt hatte. (Fr. J.)

Die Abgeordneten Simon von Trier und v. Trützschler aus Sachsen, beide der Fraktion des Donnersbergs, der äußersten Linken, angehörig, sind nach Berlin abgereist. (Fr. J.)

‡ **Frankfurt**, 26. Okt. Herr v. Vincke wird jetzt, wo es ihm gelungen ist, eine nicht unbeträchtliche feste Partei zu bilden, seinen Sitz in der Reichsversammlung behalten und nicht nach Berlin gehen.

** **Wien**, 23. Okt. In der gestrigen Abendsitzung berichtete Schuselka, daß sich der Gemeinderath unmittelbar an den permanenten Ausschuß gewendet und folgende Mittheilung eines Schreibens von Windischgrätz gemacht habe. Das Schreiben lautet: „An den Gemeinderath der Stadt Wien! Hauptquartier Stammersdorf am 22. Okt. Kraft der mir von Sr. Majestät dem Kaiser verliehenen Vollmacht übermittle ich dem Gemeinderathe der Stadt Wien 1000 Exemplare sowohl von dem Manifest Se. Maj., als von der von mir selbst erlassenen Proklamation mit dem Auftrage, dieselben allsogleich zu veröffentlichen. Ich mache den Gemeinderath für alle aus der Nichtveröffentlichung dieser Proklamation entspringenden Folgen auf das Strengste verantwortlich, indem ich die energischsten Maßregeln ergreifen werde, um im entgegengesetzten Falle das von mir Angeordnete in Vollzug zu setzen." Fürst Windischgrätz m. p. — Die Exemplare des mitgeschickten Manifestes waren vom 16. datirt und ganz verschieden von dem, welches am 19. erlassen wurde. Die Proklamation Windischgrätz's enthielt die Erklärung, daß Wien in Belagerungszustand sich befinde und die Bekanntmachung des Standrechts. Mit Entrüstung und Mißbilligung, die sich durch lautes und anhaltendes Zischen im Saale kund gab, wurde sowohl Zuschrift als Proklamation aufgenommen. Der permanente Ausschuß hat nach reiflicher Berathung die Ueberzeugung gewonnen, daß nach dem allgemeinen Rechtsgefühl und den konstitutionellen Grundsätzen militärische Maßregeln nur dann ergriffen werden können, wenn alle anderen friedlichen bereits erschöpft sind, und selbst, wenn alle friedlichen Mittel erschöpft wären, sei es nach eine Forderung des Rechts, der Billigkeit und der Humanität, daß man nicht mit dem extremsten Schritt anfange, und den Belagerungszustand und das Standrecht über eine ganze Bevölkerung verhänge. Es sei aber Jedermann bekannt, daß die friedlichen Mittel nicht erschöpft sind, daß alle Schritte zu einer friedlichen Versöhnung geschehen sind, daß sich eben in diesem Augenblicke noch die Reichskommissäre in Ollmütz befinden, um eine friedliche Vermittlung herbeizuführen. Der Ausschuß hat sich daher vereinigt, der hohen Kammer folgenden Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen: „In Betracht, daß die Herstellung der Ruhe und Ordnung nur den ordentlichen konstitutionellen Behörden zukommt und nur auf ihre Requisition das Militär einschreiten darf, in Betracht, daß nach dem wiederholten Ausspruche des Reichstages und des Gemeinderathes die bestehende Aufregung nur durch die drohenden Truppenmassen unterhalten wird, in Betracht, daß das kais. Wort vom 19. d. M. die ungeschmälerte Aufrechthaltung aller errungenen Freiheiten, so wie ganz besonders die freie Berathung des Reichstages neuerdings gewährleistet, erklärt der Reichstag die vom Feldmarschall Fürsten Windischgrätz angedrohte Maßregel des Belagerungszustandes und des Standrechtes für ungesetzlich. Von diesem Beschlusse ist sowohl der Minister Wessenberg als der Feldmarschall Fürst Windischgrätz in Kenntniß zu setzen." Dieser Antrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Löhner wünschte, daß dieser Protest auch den in Ollmütz sich befindlichen Reichskommissären auf offiziellem Wege zu übersenden wäre, nimmt aber später, als Schuselka die Mittheilung machte, daß von Seiten des hier befindlichen Finanzministers Kraus an die Bevollmächtigten der deutschen Centralgewalt sich gewendet wurde, seinen Antrag zurück. Es wurde hierauf in Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl Mitglieder (es waren 197 gegenwärtig) zur Abstimmung geschritten, und es erhoben sich bis auf 5 Mitglieder alle für den Antrag. — Die Erbitterung über die von Ollmütz aus getroffenen Maßregeln ist auf das Höchste gestiegen, nicht nur die Bevölkerung Wiens, auch der größere Theil der Bevölkerung der Gesammtmonarchie ist auf's Aeußerste gefaßt, und fest entschlossen, den blutigen Kampf um die Freiheit auszufechten.

In der heutigen Sitzung wird ein vom ehemaligen Justizminister und Reichstagsabgeordneten Bach angelangtes Schreiben vorgelesen, in welchem er dem Vorstande die Anzeige macht, daß er durch Krankheit verhindert sei, seinen Sitz in der Reichskammer einzunehmen; sobald es sein Gesundheitszustand zulassen wird, werde er eintreffen. — Von dem Gubernialpräsidenten in Nordtyrol ist der Landtag ausgeschrieben worden, dem beizutreten er auch die südtyrolischen Kreise auffordert. Der Ausschuß trägt darauf an, daß das Ministerium aufgefordert werde, diese eigenmächtige Einberufung des Landtages als ungesetzlich und unzulässig zu erklären. Giskra bemerkt hierauf, daß dem Landeshauptmann das Recht zustehe den Landtag einzuberufen. a Prato erklärt, daß der Innsbrucker Landtag vom Anfange an ungesetzlich war und unterstützt den Antrag der Kommission. Baron Turko v. Turkati spricht sich entschieden und mit vieler Wärme gegen die Eigenmächtigkeit des Einberufens des tyrolischen Landtags aus und erklärt, daß die Kreise Trient und Roveredo gleich Anfangs gegen die Einberufung des Tyroler Landtags protestirt haben, da derselbe nach der früheren Verfassung aus Prälaten, Ständen und Bürgern zusammengesetzt wurde und daher keine Volksvertretung Statt fand. „Welschtyrol war immer von Nordtyrol geknechtet und kein südtyrolischer Abgeordneter wird sich zum Landtage nach Innsbruck begeben." Pillersdorf gibt hierauf die Aufklärung, daß auch nach der frühern Verfassung der Landes-Hauptmann nicht berechtigt war, einen Landtag einzuberufen. Als Gegenstück zur Innsbrucker Proklamation erhielt der Ausschuß eine Loyalitätsadresse von den italienischen Kreisen Tyrols, die für die Handlungen des Reichstages ihre innigste Anerkennung aussprechen. — So eben hört man, daß 2 Bataillone von den außerhalb der Rußdorfer Linie liegenden Truppen nach Wien übergegangen sind. Durch eine eben ankommende Ordonnanz erfahre ich, daß diese Bataillone vom Erzherzog-Stephan-Infanterie Regiment sind. — (Wir haben kaum nöthig, darauf aufmerksam zu machen, welchen Eindruck es zumal hier in Frankfurt hervorrufen muß, wenn auf Seiten der sogenannten deutschen Partei, der angeblichen Verfechter deutscher Art und deutscher Sache, die Welschtyroler stehen, und an ihrer Spitze der seinen Tendenzen nach hier wohlbekannte a Prata, während die deutschen Nordtyroler auf der andern Seite unter der Fahne des „slawischen Gesammtstaats" zu finden sind. Die Falschheit und Verschrobenheit der „Volkspolitik" in Oesterreich, und mit Bezug auf Oesterreich, kann nicht schlagender sich ausweisen. Das Gleiche aber gilt von der Hofpolitik, und den gleich schlagenden Beweis liefert die geflissentliche Verbreitung des vom Hofe selbst halb desavouirten Manifestes vom 16. Okt. durch Windischgrätz, der darin, in ganz entgegengesetzten Zwecken, mit dem demokratischen Klub in Wien übereinkommt! Wenn man in Wien im Bund mit Ausländern die deutsche Sache übel berät, so ist es auch keine Achtung für das Ansehen Deutschlands, wenn man zu den äußersten Maßregeln schreitet, während die deutschen Kommissäre mit der angekündigten Absicht friedlicher Vermittelung, wodurch sie nur ein Recht ausüben und eine Pflicht erfüllen, in Ollmütz verweilen. Der Hof spielt das gefährlichste Spiel, wenn es nicht die Absicht ist,

Digitized by Google

gleich nach dem Sieg dessen Gewaltsamkeit durch große reformatorische Akte zu verlöschen; daran aber darf man nach allen bisherigen Antecedentien gerechten Zweifel hegen.)

(Wir entnehmen einem Schreiben unseres △Korresp. v. 23. Okt. die folgende Stelle, die wir oeurtheilloser Prüfung und sorgfältiger Beachtung empfehlen. Wir glauben sie für die Herzensmeinung der besonnenen und freiheitsliebenden Männer, der wahren Freunde der deutschen Sache in Wien mit derselben Gewißheit ausgeben zu können, mit welcher wir diese Eigenschaften von unserm verehrten Korrespondenten behaupten können. Wir können leider nicht völlig damit übereinstimmen, wir glauben allerdings, daß die gerechte Sache mit dem „trüben Wasser" zu ihrem Unglück vermischt worden ist, aber wenn jetzt die reinen und unreinen Elemente sich scheiden, so soll man sie nicht mit eiserner Gewalt wieder zusammenzwingen, oder die ersten den letzten und ihrem äußersten von Hunger und Verzweiflung gestachelten Ausbruch preisgeben.) Man ist sehr gespannt auf irgend eine Antwort, die jedoch, wie die Sachen zu stehen scheinen, ziemlich gleichgültig ist, da Wien auf gesetzlichem Boden steht und sich bewegt. Ueberseben Sie diese Worte nicht, sie enthalten genau unsere Stellung, die Geschichte wird darüber urtheilen. Jetzt kämpft Wien für deutsche Sache gegen slawische Falschheit und ungarische Theater-Tiraden, denen in jedem Falle keine wahre Sympathie für Deutschland zum Grunde liegt. Haben die HH. Welcker und Mosle offene Augen und Ohren, so werden sie schnell dieß erkennen — Reichstruppen, die zu ihrer Verfügung gestellt sind, können nur zu unserer Hilfe aufgeboten werden, wenn noch irgend ein Recht und etwas Vaterlandsliebe unter der Sonne zu finden ist. Wir geben Ihnen mehr als gerne die demokratischen Vereine mit all ihrem trüben Wasser Preis. Wien wird und will die elenden Mörder Latour's verfolgt und bestraft sehen; aber diese beiden Dinge haben mit unserer Stellung gar nichts gemein. Sie haben sich nirgends berührt und können sich nie berühren, weil Gesetz und Rechtlichkeit auf unserer Seite stehen.

Berlin, 24. Okt. Es bestätigt sich, daß der General v. Pfuel dem Könige ein ausführliches Promemoria mit Vorschlägen in Beziehung auf die „Auflösung der Garden", als eines abgesonderten Korps, zur Genehmigung vorgelegt hat. Es wird dabei von dem doppelten Gesichtspunkt ausgegangen, daß einerseits durch das Fortbestehen eines besondern Gardekorps mit gewissen Bevorrechtigungen die Gleichmäßigkeit innerhalb der Armee selbst beeinträchtigt werde, und daß überdem die Zwecke, um derentwillen gegen den Schluß der Freiheits-Kriege die Stiftung eines besonderen Gardekorps stattfand, theils erreicht sind, theils dem Geiste der Zeit nicht mehr entsprächen, und daß daher die Auflösung dieses Korps durchaus erforderlich sei; andererseits aber hat die Kriegsgeschichte aller Zeiten die Nothwendigkeit gewisser Elitetruppen klar herausgestellt, und es wird hierauf der Vorschlag gegründet, die gegenwärtig bestehenden Garderegimenter unter die einzelnen Armeekorps zu vertheilen, etwa unter der Benennung „pommersches Grenadierregiment", „Leibhusarenregiment" ꝛc., und bei deren Zusammensetzung künftig nicht sowohl Rücksicht zu nehmen auf zufällige äußere Vorzüge, als vielmehr auf innere Tüchtigkeit und Gediegenheit. (D. Ref.)

Frankreich.

□ **Paris**, 24. Okt. In der heutigen Sitzung der N.-V. fiel der Vorschlag, den monatlichen Gehalt des Präsidenten von 4000 auf 10,000 Franken zu erhöhen, durch. Die von dem Berge verlangte Vorfrage wurde zwar nicht angenommen, aber man ging nicht zur Berathung der Artikel über. Die ganze Linke stimmte in diesem Sinne. Hr. Gouin erstattete Bericht über die Rechnungsablage der provisor. Regierung. Die von dem Finanzkomite viel zu hoch angegebene Gesammtausgabe desselben beläuft sich auf ungefähr 114 Millionen, worunter 80 für Vermehrung der Armee, 34 für Equipirung und Montirung, 3 für die Organisation der beweglichen Bürgerwehr, 6 für die Nationalwerkstätten u. s. w. Die geheimen Ausgaben beliefen sich, so wird gerühmt, nicht höher, als unter der vorigen Regierung. Garnier Pages hielt eine lange Schutzrede dieser Regierung, und ging in die Geschichte der Zeit und der Ursachen des 24. Febr. ein. Weitläufige, für das Ausland wenig interessante Debatten veranlaßten die getroffenen Einrichtungen zur Beförderung des Abdrucks der Debatten durch Verlegung der Druckerei des Moniteurs in den Palast der Nat.-Vers., wofür 30,000 Franken bewilligt wurden. Hierbei wird die Kloge laut, das Lokal sei übermäßig mit Truppen angefüllt. Der Abg. Grandin kündigt auf morgen Interpellationen an den Minister des Innern wegen der demokratischen Bankette und besonders der dabei geholtenen Reden, namentlich der des Abgeordneten Bac, an, was die Nat.-Vers. zugibt. Die Abstimmung über den §. 120 wird auf des Ministers Dufaure Antrag beseitigt, hingegen beliebt, daß sich die Nat.-Vers. nicht eher trennen werde, als bis auch die organischen Gesetze angenommen seien. So werden also keine Ferien stattfinden. Das minder Wichtige übergehen wir, und fügen nur noch hinzu, daß die Regierung morgen einen Dekretsentwurf, die Wahl des Präsidenten der Republik betreffend, vorlegen wird. Louis Napoleon läßt in einem Abendblatte erklären, er habe mit Bedauern gehört, daß Unsinnige sich seines Namens bedienten, um Unruhen anzuzetteln, und sogleich dem Minister Dufaure hierüber die nöthige Anzeige gemacht. Fünf und vierzig Kanonen sind gestern unter starker Bedeckung von dem Fort von Vincennes nach dem Fort des Mont Valerien gebracht worden. Dieses wichtige Fort, das die ganze Westseite von Paris beherrscht, ist jetzt mit 100 Feuerschlünden versehen. — Künftigen Sonntag findet hier abermals ein demokratisches Bankett von 3000 Personen unter Cabets Vorsitze statt. In allen Departementen werden ähnliche Bankette organisirt. Morgen wird hier eins gegeben, wo Flocon sprechen wird, Sonntag werden sich Proudhon, Cabet und Lerour hören lassen. Die Abgeordneten des Berges werden entschieden für Ledru Rollin als Präsidenten der Republik stimmen, Raspail soll zu dessen Gunsten zurücktreten. Der Klub der Straße Poitiers hat sich gestern mit großer Mehrzahl dahin entschieden, fest darauf zu halten, daß die Präsidentenwahl baldmöglichst vor sich gehe. — Uebermorgen wird der Abgeordnete Bouvet (von der äußersten Linken), das Ministerium über Italien und die auswärtigen Verhältnisse überhaupt interpelliren. (S. unseren Artikel Italien.) — Oeffentliche Blätter machen heute bekannt, daß alle die vermeintlichen Reden, welche Hr. Thiers im Klub der Straße Poitiers gehalten haben soll und die mehr oder weniger gegen die Regierung, wohl auch gegen die Republik, gerichtet sein sollten, reine Erdichtungen sind, die alles Grundes entbehren. (Wir haben dies gleich vorhergesehen, und dieser angeblichen Reden keine Erwähnung gethan.) — In der Nähe des Nordspitals (Clos St. Lazare) werden nächstens sechs neue Straßen eröffnet. — Der Gesundheitszustand unserer Hauptstadt ist vortrefflich. Vom 14. bis zum 20. Okt. kam in den Spitälern kein Todesfall vor. — Der Schiffskapitän erster Klasse Rigaudy ist an die Stelle des verstorbenen Turpin zum Contreadmiral ernannt worden. Rigaudy hat diese bedeutende Beförderung durch sein ausgezeichnetes Benehmen vor Venedig verdient, wo er eine Abtheilung des Geschwaders kommandirt. — In Fecamp ist die Ordnung wieder hergestellt. Die arbeitende Bevölkerung kehrt zu ihren gewohnten Beschäftigungen zurück. — Der Herausgeber des Journals Proudhon's: le Représentant du peuple ist gestern vor dem Gerichte per contumaciam zu einem Jahre Gefängniß und einer Geldstrafe von 2000 Franken verurtheilt worden.

Paris, 24. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 85; 3pCt. 44. 66; Neue —. —; Neapol. 79. —; Bankactien 1530; Span. 5pCt. (Ardoins) — —; 3pCt. —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer 98. 75; Paris-Orleans 610. —; Paris-Rouen 390. —; Orleans-Bordeaux 370. —; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Hoore 186. 25; Marseille-Aoignon 186. 25; Straßburg-Basel 83. 75; Nordbahn 358. 75; Paris-Lyon 362. 50; Paris-Straßburg 332. 50; Römisches Anlehen 64.

Auf bessere Berichte von Wien gingen alle Effekten höher.

Spanien.

Madrid, 18. Okt. 3pCt. Rente 18⅞ P. (N. d. B. 18¾ G.); 5pCt. 9½ P. (N. d. B. 9¼ G.); Passive 3½ P. (N. d. B. 3⅜ G.)

Der Prinz von Capno, dem gestern noch Don Francisco, der Gemahl der Königin, einen Besuch machte, hat plötzlich den Befehl erhalten, Madrid binnen 24 Stunden zu verlassen. Gonzalez Bravo wird morgen hier erwartet, „um in das Ministerium zu treten", sagt „Clamor publ." — Aus den Provinzen gehen von allen Seiten Nachrichten von Unterwerfung der Aufständischen ein.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 26. Okt Schluß.) Wien (Das Studentenkomite und die Reichstagskommission. Die Presse und das Verhältniß zu Deutschland.) Prag (Fürst Windischgrätz.) Trier (Die Gymnasiasten als Politiker.) München (Gerüchte über Ministerialveränderungen. Einberufung des Landtags). Stutegart (Zwei Bedürfnisse unserer politischen Entwickelung.) Dresden (Aufforderung zum Freischaarenzug nach Wien.) Hannover (Die Truppen legen die deutschen Farben an.) Kassel (Die Thätigkeit der Stände.) Hanau (Conflikt zwischen Militär und Bürgergarde.) Eisenach (Die Herzogin von Orleans). Schleswig (Antritt der neuen Regierung. Dänisch Eiendom.)

Frankreich. Paris (Socialistische Bankette. Aufreizungen zu Verbrechen. Die erste Abstimmung über die Verfassung vollendet. Sie wird dem Volke nicht zur Bestätigung vorgelegt. Ludwig Napoleon von den Parteien aufgesucht. Rußland knüpft offizielle Verhältnisse mit der Regierung an. Finanzplan. Lamartine. Tagesbegebenheiten.)

Italien. (Die Deputiertenkammer und das alte Ministerium zu Turin. Die Friedenspartei nimmt zu.)

Schweiz. Zürich (Schweizer Freiheitshelden und deutsche Amtskandidaten. Ein Artikel der N. Z. Ztg.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 26. Oktober. (Schluß.)

Vogt von Gießen macht darauf aufmerksam, daß doch ja der staatsmännische Standpunkt nicht versäumt werden möge, auf den er zwar selbst keinen Anspruch mache, auf welchen er aber doch hinweisen wolle in Bezug auf Posen u. s. w. In andern Versammlungen gebe das Ministerium bei großen politischen Fragen eine Meinung ab. Hier habe sich nur der Unterstaatssekretär Hr. v. Würth vernehmen lassen und er möchte wohl wissen, ob Würth damit die Ansicht des Ministeriums vertreten habe. Eine dynastische und Freiheitspartei stünden sich gegenüber und Vogt bemüht sich zu zeigen, daß nur nach der Ansicht der zweiten, der dynastischen Partei, die österr. Monarchie unter einer Personalunion nicht bestehen könne. Die „absolute" Herrschaft freilich werde unmöglich dadurch, aber nicht die konstitutionelle. Dann spricht der Redner den Verdacht aus, daß der Eintritt Oesterreichs in's Reich doch vielleicht verhindert werde, um einer gewissen verhaßten Hegemonie Erfolg zu sichern. Es würde gesagt, daß es Oesterreich schwer fallen werde, sich Deutschland unbedingt anzuschließen. Das sei freilich wahr, je nach der jetzigen Beschaffenheit und Haltung der Centralgewalt. Wir (Vogt und Partei) folgen nur unserm Prinzipe, in allen Stücken unserm Prinzipe. Wir gönnen jeder Nationalität ihre Freiheit, den Polen, den Ungarn, den Italienern. Die Kroaten sind weiter gegangen, als ihre Freiheit zu vertheidigen, sie suchen die Freiheit anderer Nationalitäten zu unterdrücken. Daher unsere Verdammung gegen sie. Die Tyroler wären konstitutionell geworden, als die Konstitution da war, ungefähr wie jene Republikaner in Frankreich, als die Republik einmal bestand. So würden sie sich auch dem Anschlusse an Deutschland fügen. Schweißen Sie eine österreichische Gesammtmonarchie mit dem Bande der Gewalt zusammen und jedes Bestreben in derselben wird gültig sein, welches auf die Trennung gerichtet ist. Der Redner kann mithin nichts dringender empfehlen, als zu Deutschland zu nehmen, was zu Deutschland gehört und die übrigen Völker ihrer freien Selbstbestimmung zu überlassen.

Obschon unter Vogt's Rede mehrmals nach dem Schlusse verlangt und am Ende derselben von zwanzig Mitgliedern der Antrag darauf gestellt wird, so entscheidet sich die Versammlung doch für Fortsetzung der Debatte, worauf Mareck aus Gratz und Gruß aus Prag die Reihe der Vorträge für den unbedingten Anschluß Oesterreichs und damit nur die ungeduldige Zerstreutheit des Hauses vermehren, bis sich bei dem Erscheinen

Heinrich von Gagern's auf der Rednerbühne die Abspannung in Aufmerksamkeit verwandelt und die unruhige Bewegung in tiefes Schweigen übergeht: Unser Volk war tief gesunken, wir suchen nach den Mitteln es zu erheben. Was waren die Haupthindernisse der Größe unseres Vaterlandes? Unter ihnen oben an stand das gemischte Verhältniß der Staaten, welches Deutsche und Slawen unter einer Regierung zu einem Staatsleben verband. Der Verfassungsausschuß mußte daher diese Schwierigkeit besonders in's Auge fassen. Es besteht aber ein großer Unterschied darin, ob von zwei verbundenen Ländern das deutsche das Hauptland ist, oder das fremde. Wo das deutsche das Nebenland ist wie Limburg, da muß das Verhältniß gelöst werden, denn es ist ein unwürdiges. Aber es fügten sich auch an deutsche Hauptländer nicht-deutsche Nebenländer. Preußen hat dies Verhältniß dermaßen im Interesse Deutschlands aufgelöst, daß wir schon jetzt sagen können, es ist in Deutschland aufgegangen. Anders in Oesterreich, dort kann ich keine Nöthigung erkennen, daß wir die deutschen Länder von den nichtdeutschen trennen. Denn so steht die Frage, die ich bereits für erledigt hielt, daß die Personalunion eine Trennung für Oesterreich ist. Bei einem selbstständigen Staatsleben der einzelnen Körper ist die Verbindung mit andern eine zufällige. Die Möglichkeit der Geltung der §§. 2 und 3 in Oesterreich vorausgesetzt, so ziehen wir die deutsch-österreichischen Provinzen ins deutsche Reich und trennen sie von den übrigen. Die rückbleibenden Länder, einmal von ihrem Centrum abgerissen, werden sich dann, unabhängig von einander und ungewiß wohin sie sich wenden, gestalten. Sollen wir nun zu dem lodernden Feuer des Bürgerkrieges in Oesterreich noch Nahrung hinzutragen? Oder sollten wir nicht einmal die gewöhnliche Pflicht eines guten Nachbars erfüllen? Wollten wir eine ganze Saat des Einflusses, wollten wir ein unermeßliches Reich, einen ungeheuern Boden der nationalen Entwickelung von uns stoßen? Wenn Nationen nichts weiter mehr mit einander gemein haben, als die Personalunion, so haben sie überhaupt nichts mehr mit einander gemein. Wir würden durch diese Personalunion viererlei österreichische Gesandte, viersache österreichische Heere in das europäische Chaos hineinschleudern. Unsere erste Verpflichtung aber ist, daß wir die Berechtigung der Völker auf den Frieden unter dem Schutze der Freiheit erfüllen. Dann dürfen wir nicht selbstständige Staaten aus Völkern bilden wollen, die zum Theil noch gar nicht fähig und reif sind zu einer selbstständigen Existenz. Betrachten wir uns im Verhältniß zu Europa, so würden wir eine das Völkerrecht wenigstens nicht schonende, ja es sogar verletzende Handlung begehen durch die Annahme der §§. 2 und 3 in Bezug auf Oesterreich. Ich habe mir Deutschland als eine weltherrliche Macht gedacht und hege eine größere Idee von unserer Zukunft, als daß ich jene Völker aufgeben möchte, welche als Trabanten unserer planetarischen Bewegung zu folgen bestimmt sind. Wir haben den Beruf, uns das adriatische Meer zu erhalten, mit aller Kraft unseres Volkes. Den Italienern gönnen wir ihre Freiheit, wenn sie sich dieselbe durch den Bund, den sie errichten, in Wahrheit zu begründen wissen, die selbstständige Organisation Galiziens hingegen würde ein Kriegsfall mit Rußland sein und eben so gefährlich wäre das Losreißen der Südslawen, die wir dann ohne Richtung dem fremden Einflusse hingäben und zu unserem Nachtheil. Wir dürfen auch Oesterreich nicht zumuthen, daß es das Recht der Provinzen verletze, die bis jetzt mit ihm verbunden waren, denn ich meine, diese Provinzen haben ein Recht auf den Fortbestand des zusammenhängenden Verhältnisses. Um was es sich handelt, ist, ob eine so lockere Verbindung für ganz Deutschland zweckmäßig sei, daß sie auch Oesterreich die volle Angehörigkeit erlaubte, oder ob wir nicht vielmehr das übrige Deutschland auf's Innigste zusammenschließen und für Oesterreich eine Nebenstellung suchen müssen. Die Beantwortung dieser Frage ist für den Redner keinem Zweifel unterworfen, worauf er fortfährt: wenn Deutschland sich festgestaltet, wenn sich Oesterreich neubildet mit Ausscheidung der Elemente seiner Verwaltung, die es bis jetzt von uns entfernten, so ist die Politik Deutschlands und Oesterreichs eine gemeinsame. Wollen wir es nicht aufgeben, die Wohlthaten deutscher Kultur und Gesittung in die Länder des Ostens zu tragen, so müssen wir Oesterreich erhalten. Mit ihm werden wir unsere Macht wie einen Keil gegen das schwarze Meer treiben. Die Völker an der Donau sind uns zugeneigt, die Länder daselbst geeignet, den Strom deutscher Einwanderer aufzunehmen, wenn er sich nach Osten wendet, anstatt gegen Westen, und wenn wir nicht an der Donau herrschten, so würde der Russe dort herrschen. Gagern will demnach das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sofort definitiv geregelt sehen. Dies hofft er zu erreichen durch folgenden Antrag:

„Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschlande in dem beständigen und unauflöslichen Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundes-Verhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besondern Bundes-Akte."

Er glaubt damit die strengen Konsequenzen der §§. der Verfassung für Deutschland, und zugleich für Oesterreich die Möglichkeit eines

Digitized by Google

Ausnahmeverhältnisses zu retten. Wenn wir Bestimmungen träfen, die Oesterreich von uns stießen, so hätten wir nicht die Einheit des Vaterlandes begründet, sondern dessen Zerrissenheit! So lange wir zwei Mächte von überwiegendem Umfange in Deutschland haben, müssen wir einen Organismus schaffen, der die Kräfte dieser beiden Mächte nach Einer Richtung zusammenfaßt und einheitlich konzentrirt. Der Bundesstaat bleibt unsere Aufgabe, das andere ist Uebergang. Keine Zwangsjacke soll uns einengen. Thun wir vielmehr ein breites Thor auf, durch das hineintreten könne in die deutsche Familie, was sich ihr zu vereinigen berufen ist.

Nach Gagern's Rede, die unter dem Beifalle der überwiegenden Mehrheit schließt, will die Versammlung für heute keinen Vortrag weiter hören und nachdem der Antrag auf den Schluß der Debatte verworfen worden, wird, drei Uhr Nachmittags, die Vertagung auf Morgen beliebt.

Wien. Das Studentenkomité hat beschlossen, den von der Centralgewalt hierher beorderten Abgeordneten Welcker durch eine Deputation zu begrüßen, jedoch den Abgeordneten Mosle nicht.

Wien. Die „Allg. Ztg." sagt in Nr. 298: „Wir unsererseits wünschen nichts, als daß der Wiener Reichstag, die Wiener Presse sich unumwunden über das Verhältniß zu Deutschland aussprächen, da jetzt ja beide durch keinerlei Rücksicht mehr gebunden sind. Wir harrten bis jetzt vergebens auf ein offenes Wort in dieser Lebensfrage; man blieb dort stumm, obgleich man in Frankfurt in diesem Augenblicke das entscheidende Votum geben will." Wir stimmen mit dem Wunsche wohl überein, aber wir empfinden, daß es von dem Wiener Reichstage und der Wiener Presse in der gegenwärtigen Lage sehr viel verlangt ist. Es zeigt sich aber, daß man dort mit sich und den eigentlichen Verhältnissen Oesterreichs zu viel zu thun hat, um sich in der Art und dem Maße am deutschen Leben zu betheiligen, wie man dieses in Frankfurt vielfach verlangt. Die Provinzen haben sich über den fraglichen Punkt wiederholt so ausgesprochen, daß nach unserer Meinung über ihren Standpunkt kein Zweifel mehr sein kann, und das Schweigen in Wien gesellt sich dazu als ein beredtes Schweigen.

Prag. Das Constit. Bl. a. B. enthält folgende bemerkenswerthe Betrachtungen, auf deren Schluß wir ganz besonders aufmerksam machen: „Wäre Fürst Windischgrätz vor 8 Wochen zu all den Würden gelangt, welche ihm jetzt offenbar zunächst wegen seiner Haltung in den Pfingsttagen des Kaisers Wille verliehen hat, welcher Slawe hätte dies nicht für eine Beleidigung seiner Nationalehre bitter gefühlt? und gegenwärtig muß der Feldmarschall als der kräftigste Bundesgenosse der Slawen gelten; im Juni priesen ihn die Deutschen und *fluchten ihm die Slawen*, im Oktober schon hat sich das Blatt gewendet; gegen die Deutschen zieht er zu Felde. Unsere Deputirten waren es, die in der ersten Zeit des Reichstages die meiste Ursache hatten, gegen den Armeegeist zu protestiren, deren Tendenzen am meisten das alte Oesterreich in den Strudel revolutionärer Bewegung zu reißen schienen und nun — muß das Heer sie stützen, müssen sie sich von den Anhängern des alten Oesterreich als Gleichgesinnte begrüßen lassen. Welche sonderbare Verwicklung! Man kann es ihnen in ihrer Stellung nicht verargen, daß sie mit Wien nicht sympathisiren; wenn auch mit Unrecht den Anhängern des Frankfurter Parlaments in die Schuhe geschoben — die Majorität in Frankfurt ist ja bekanntlich aller Revolution abhold — so ist doch der 6. Oktober wegen seiner magyarischen Grundlage antislawisch gefärbt."

Trier, 23. Okt. Wie weit die hiesige demokratische Partei sich ihre Grenzen gezogen hat, werden Sie daraus ersehen, daß dieselbe dieser Tage zwei ihrer Mitglieder an den hiesigen Gymnasial-Direktor abschickte, um denselben zur Rede zu setzen, weshalb er den Gymnasiasten die Betheiligung am demokratischen Klub untersagt habe. Ein anderes Kuriosum ist, daß eben diese jungen Leute gestern in einem benachbarten Orte eine Versammlung abhielten, um ihrem würdigen Direktor ein Mißtrauensvotum zu erkennen zu geben. (Fr. J.)

* An einem andern preußischen Gymnasium haben einige Herren Tertianer mitgestimmt für ein ihrem Direktor oder Abgeordneten zu ertheilendes Mißtrauensvotum.

Die Würzburger Ztg. berichtet aus **München**: Die Gerüchte über Minister-Veränderungen erhalten sich, man erfährt aber nichts Bestimmtes, gewiß ist nur, daß Freiherr von Thon-Dittmer ausscheidet. — Als der Tag der Einberufung des Landtags ist für jetzt der 1. December bestimmt.

†* **Stuttgart**, 21. Okt. Die Berathung der deutschen Grundrechte naht sich in der Paulskirche ihrem Ende. Die zweite Berathung dürfte nur kurze Zeit in Anspruch nehmen, und Deutschland wird den Tag freudig begrüßen, an welchem seine Vertreter ein großes Werk vollbrachten. Mit der Proklamirung der Grundrechte ist in dem politischen Boden Deutschlands für seine zukünftige Verfassung ein fester und wichtiger Grundstein gelegt. Mehr ist aber damit nicht geschehen. Der weitere Aufbau bis zur Vollendung (so weit das Wort von endlichen Verhältnissen gebraucht werden darf) kann nur allmälig, mit großer Vorsicht und von geschickten Händen und *vor Allem* unter dem wohlthätigen Einflusse des innern Friedens gefördert werden. Ohne den Letzteren kann Deutschland nichts schaffen, was dauerndes Wohl über die stürmische Gegenwart hinweg, zu begründen vermag. Die wichtigste Aufgabe der Reichsversammlung ist daher, vor Allem für die Herstellung dieses Friedens mit aller ihr zu Gebot stehenden Macht, thätig zu sein. Zwei Beschlüsse allein können uns diesen Segen bringen: „Die Schaffung einer definitiven Centralgewalt und die förmliche, bestimmte Anerkennung des monarchischen Prinzips als Staatsform für sämmtliche Glieder des Bundesstaates." Daß das Erstere bald geschehen, daß Preußen an die Spitze Deutschlands treten wird, betrachten wir als eine entschiedene Sache. Wir wollen daher nur das Letztere hier einer weiteren Erörterung unterwerfen. Die innere Zerrüttung unseres Vaterlandes, die immer mehr um sich greifende Wucherpflanze der Zwietracht, der ausgebrochene offene Kampf zwischen früher befreundeten Volksstämmen schaffen die gegenwärtige Unsicherheit aller Verhältnisse, welcher der unheilbringendste aller Zustände ist. Es fließt dieses vorzugsweise aus dem durch den theilweisen Ruf nach Republik erschütterten Vertrauen in die Monarchie. Soll das Vaterland nicht rettungslos unsäglichem Unglück anheim fallen, so muß die Volkssouveränetät, das heißt der Gesammtwille Deutschlands durch das legale Organ der Reichsversammlung, für das Eine oder Andere sich bestimmt erklären. Daß „Monarchie" der Ausspruch ist, wenn diese Frage zur Entscheidung kommt, leidet wohl keinen Zweifel. Ohne *diesen* Schlußstein unseres gegenwärtigen Baues wird aber jede Hoffnung auf Wiederherstellung der inneren Ruhe und des gestörten Vertrauens scheitern. Die Wühlereien der Republikaner werden fortdauern, so lange sie noch eine Aussicht auf einen möglichen Erfolg haben. Nur der Gesammtwille Deutschlands wird es aber vermögen, dagegen einen unerschütterlichen Damm aufzurichten. Will man uns entgegnen, daß die Entscheidung der Frage, ob Monarchie oder Republik, vermöge der Volkssouveränetät, der konstituirenden Versammlung eines jeden einzelnen Staates überlassen bleiben müsse? Wir erkennen dem Gesammtwillen Deutschlands gegenüber eine partikuläre Volkssouveränetät nicht an. Ist die Reichsversammlung zur Bestimmung der Grundrechte für das Gesammtvaterland, zur Regulirung so vieler andern Verhältnisse, welche auf die innern Zustände eines jeden Einzelstaates von dem wesentlichsten Einflusse sind, bevollmächtigt, so ist sie auch berechtigt und verpflichtet die für die Glieder des Bundesstaates geltende Staatsform, im Sinne des Gesammtinteresses, zu bestimmen. Wir haben einen Bundesstaat, keinen Staatenbund vor uns, also einen engen Begriff einer Einheit, dessen Mechanismus nicht verschiedene Regierungsprinzipien in sich aufnehmen kann, welche, wie Monarchie und Republik, sich als entgegengesetzte Pole abstoßen. Ein Bundesstaat, aus Monarchie und Republik gebildet, würde nie zur Einheit, wohl aber bald zum offenen Bürgerkriege, zu einer Zersplitterung Deutschlands, ja vielleicht zur Fremdherrschaft in einzelnen Theilen des Vaterlandes führen. Schwächung nach Innen und Außen würde die unausbleibliche Folge sein, wollte der Bundesstaat nicht die Nothwendigkeit *einer und derselben* Staatsform für alle Glieder als Nothwendigkeit seiner Verfassung anerkennen. — Einheit und Einigkeit Deutschlands, und Herstellung des Vertrauens in unsere öffentlichen Zustände, sind wie schon gesagt, gegenwärtig die Grundbedingungen unserer weiteren politischen Entwickelung. Das monarchische Prinzip, als Staatsform für den gesammten Bundesstaat, kann, wenn auch unter Schwierigkeiten, jene wichtige Aufgabe lösen. Die Republik in einzelnen Staaten des Bundesstaats, oder die Offenlassung dieser Frage würde da-

Digitized by Google

gegen alle drückende Lasten der Gegenwart nue vermehren. Wir haben Gründe genug, auf möglichst schnelle Begründung des innern Friedens zu dringen. Die immer drohender werdenden Verwickelnngen Oesterreichs, welche nicht ohne wesentlichen Einfluß auf das übrige Deutschland bleiben können, geben jenem Verlangeu einen neurn Impuls. Eile thut aber Noth; mit jeder Stunde wachsen die Schwierigkeiten.

Dresden, 23. Okt. Wiens Schicksal beschäftigt jetzt Alle; jede Partei fürchtet und hofft. Der Vaterlandsverein hat gestern einen Anfruf zur Bildung einer Freischaar, die den Wienern zu Hülfe zöge, an die Straßenecken angeschlagen. Ein Bataillonskommandant von der hiesigen Kommunalgarde ist schon seit mehreren Tagen nach Wien gereist, um dort mit zu kämpfen. Auch werden Beiträge für Freischäeler gesammelt. Allein man scheint vergessen zu haben, daß man erst durch Böhmen muß und der Durchzug bewaffneter Schaaren nicht ohne Weiteres geschehen darf. (Fr. J.)

Hannover, 18. Okt. Der Tag der Leipziger Völkerschlacht ist wenigstens dadurch gefeiert, daß heute endlich die hannoverschen Truppen die schwarz-roth-goldene Kokarde angelegt haben. (W.-Z.)

Kassel, 23. Okt. Das Gesetz über die Religionsfreiheit und die Einführung der bürgerlichen Ehe ist heute berathen und angenommen worden; fast sämmtliche im freisinnigen Geiste erfolgten Amendements des Rechtspflegeausschusses wurden angenommen. In dieser Woche wird die Ständeversammlung täglich eine, ja wenn es nöthig sein sollte, zwei Sitzungen halten, da ihr Mandat mit Ende dieses Monats abläuft und die vorliegenden wichtigen Gesetzentwürfe noch erledigt werden sollen. Es ist das sehr zu bezweifeln, ob letzteres auch der angestrengtesten Thätigkeit gelingen wird. Von einem Langtagsabschied scheint man ganz abstehen zu wollen. (Fr. J.)

In **Hanau** hat am Abend des 21. Okt. ein Konflikt zwischen Bürgergarde und Militär stattgefunden. Die Veranlassung gab nach der H. Ztg ein Angriff der Soldaten mit blankem Säbel auf vorübergehende Civilpersonen. Eine Militärpatrouille hinderte die Arretirung eines Soldaten durch die Bürgergarde, die herbeigeeilten Officiere verhüteten weitern Conflikt; doch wurde ein Unterofficier der Bürgergarde duech Säbelhiebe schwer verwundet. Strenge Untersuchung und Veröffentlichung des Ergebnisses ist zugesagt.

** **Eisenach**, 19. Okt. Die unglückliche Heezogin von Orleans wird nun auch den Wintee über hier verweilen, während sie noch vor einigen Wochen den Entschluß gefaßt hatte, Eisenach zu verlassen, wrgen der hiesigen Aufregung und öfteren Unordnungen. Uebrigens lebt die hohe Feau hier in größter Zurückgezogenheit und widmet ihre Zeit hauptsächlich dee Erziehung ihrer Kinder, an deren Unterricht sie sich sogar persönlich bethriligt. (Rh. Volksb.)

Schleswig, 22. Okt. Die Landesversammlung hat ihre Zustimmung zu dee neuen Regierung gegeben und sich vertagt. Die provisorische Regierung ist feierlich abgetreten und die neue von den Herren Stedmann und v. Reedtz auf Schloß Gotterp installirt. Sie wird Morgen eine gewiß sehr befriedigende Proklamation erlassen.

Ein Rundschreiben vom 18. Oktober an die Seezoll-Aemter in den Herzogthümern Schleswig-Holstein besagt: „Es ist zur Kunde der provisorischen Regierung gekommen, daß von dänischen Behörden den schleswig-holsteinischen Schiffern der hiesige Meßbeief abgenommen, und das den Fahrzeugen eingebrannte Landeswappen ausgehaurn worden ist. Mit Rücksicht hieranf werden die Zollämter beaustragt, in voekommrnden Fällen den Schiffern einen neuen Meßbrief kostenfrei zu ertheilen, so wie das Landeswappen den Fahrzeugen wieder einzubrennen und dagegen das dänische Markzeichen „Dankt Eiendom" auszuhauen." „Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage!" kann man von diesen berüchtigten Worten: Dankt Eiendom sagen. Sie wurden eingeführt wädrend der englischen Seekriege, und sollten dazu dienen, den Streit über die damals oft gefälschten Schiffspapiere zu vermeiden, und die Staatsangehörigkeit der Fahrzeuge außer Zweifel zu setzen.

Frankreich.

□ **Paris**, 24. Okt. Das Bankett in Passy, zu 2 Frankrn die Person, ging gestern unter dem Vorsitze des Ex-Pairs Alton-Shee von Statten. Statt der angekündigten 6000 waren elwa 1200 Gäste gegenwärtig. Man trank auf die demokratische und socialistische Republik, auf die Rückkehr der Verbannten, auf baldige Herrschaft des Socialismus, und auf die Organisation — eines unbekannten Etwas. Beim Eintritte in den Saal eehielt Jeder eine lithographirte Warnung, der Polizei den Gefallen nicht zu thun Unordnungrn zu veranlassen. Auch fiel keine Störung vor. Im zweiten Arrondissement wird der Ikarier Cabet bei einem Banket präsidiren. Auch Toulon, Rhodez werden mit ähnlichen Mahlzeiten beglückt, wo man zum Besten der Hungernden sich selbst mit Speise und sie mit Phrasen sättigt.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden unter andern folgende wichtige Bestimmungen angenommrn: Beibehaltung der Ehrenlegion, deren Statuten mit der Verfassung in Uebereinstimmung gesetzt werden sollen. Algerien und die Kolonien sind als französischer Boden erklärt, stehen aber untee besondeeen Gesetzen, bis sie später ausdrücklicher unter das allgemeine Gesetz gestellt werden können. Ferner: Eine vollständige oder theilweise Revision der Verfassung kann nur stattfinden, wenn die Nat.-Verf. im letzten Jahre der Legislatne, nach drei verschiedenen Berathungen, zwischen welchen jedes Mal ein Monat verstreichen muß, mit einer Mehrzahl von ¾ der Stimmen das Bedürfniß derselben ausspricht. Die Zahl der Stimmenden muß wenigstens 500 betragen. Die zu diesem Behufe zu erwählende Versammlung darf nur 3 Monate tagen und nur in dringenden Fällen, die Befugnisse gewöhnlicher gesetzgebenden Versammlungen üben. Mehrere Aetikel bestimmen das Foetbestehen der bisherigen Gesetze und Autoritäten insoweit die Verfassung und bis die organischen Gesetze nicht anders bestimmen. — Morgen stimmt der Klub der Abgeordneten der äußeesten Linken über ihren Candidaten zue Präsidentenwahl. Die Meinungen schwanken zwischrn Ledru-Rollin, Raspail und Ludwig Napoleon. Wenn dieser letzteee ihe Programm annimmt, so werden sie sich wohl für ihn entscheiden. Man sagt, Proudhon besuche den kaiserlichen Neffen oft, in dessen Hotel sich jetzt Besucher aus allen Parteien zahleeich zusammenfinden. — Unser neuer Minister Dufaure gibt Morgens um 3 Uhr Audienzen, die darum nicht minder zahlreich besucht sind. Der neue Präfekt von Paris hat in der That den „Hütern (gardiens) von Paris" verbotrn einen Bart zu tragen. Diese nehmen sich jetzt, mit ihrem tyrolischen Hute und glattrm Kinne sonderbar genug aus. — Abdel-Kader wird jetzt mit 80 Personen aus seinee Familie und seinem Gefolge nach dem Schlosse von Amboise gebracht werden.

Ein russischer General, dee dieser Tage hier ankam, ist bei unseeer Regierung accreditirt, und soll demnächst die offizielle Bestallung erhalten, wo dann auch General Lesko in Petersburg officiell anerkannt würde. Es heißt auch der Kaiser von Rußland habe dem General Caoaignac den Orden Pauls I. überreichen lassen, der General wolle aber dessen Insignien nicht tragen.

Der Moniteur berichtet, in Senegal sei am 23. August die Emancipation der Sklaven ohne alle Unruhe und unter lebhaften Freudenbezeigungen der weißen wie der schwarzen Bevölkerung vor sich grgangen. — Die Regierung hat, wie die Presse berichtet, den Befehl ertheilt, alle Schiffe, welche aus Grgenden kommen, wo die Cholera herrscht, selbst in dem Falle ohne Weiteres zuzulassen, wenn die Krankheit an Bord derselben ausgebrochen ist.

Italien.

□ In der Deputirtenkammer zu Turin (18. Okt.) sprach sich der Ministerpräsident, Baron Peerone, mit großer Entschiedenheit gegen einen Abgeordneten aus, der sich dahin geäußert hatte, wenn Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit verletzt würden, so werde denselben durch das Volk Achtung verschafft weeden. Eine solche Sprache, sagte der Minister, müsse im Interesse des Landes und um der Erhaltung seiner Unabhängigkeit willen, mit Ernst zurückgewiesen und mit strengem Tadel belegt werden. Obgleich Perrone feanzösisch sprach, wurden seine Worte doch allgemein verstanden und mit großem Beifall aufgenommen. Am Tage vorher ließ die Kammer zwei lombardische Deputirten zu. Sie betrachtet also die Vereinigung dee Lombardei mit Piemont als eine ausgemachte Sache. — Das frühere Ministerium soll darum seine Entlassung gegeben haben, weil dessen Präsident, Alfieri, dem Könige, der von Wiederaufnahme der Feindseligkeiten sprach, erwiedert hatte, dann müsse das Kommando der Armee einem verantwortlichen Krieger anvertraut werden, und der Monarch sich hierdurch sehr verletzt fühlte. — Der „National Savoisien",

Digitized by Google

(vom 20. Okt.), der dieses mittheilt, „glaubt", nach Mailänder Nachrichten, Radetzky habe sein Hauptquartier nach Lodi verlegt, das Observationskorps am Tessin vermindert, um mehr Truppen nach dem Innern der Lombardei zu ziehen, auch von der Podesta von Mailand binnen 3 Tagen 6 Mill. Lire (= fl. 1,400,000) verlangt, worauf dieser seine Entlassung gegeben habe, da er das Geld nicht zu beschaffen wußte. — „Opinione" will gehört haben, in Mailand wären nicht mehr als 10,000 österreich. Soldaten. Dasselbe Blatt (vom 19.) klagt, während der Abgeordnete Valerio sprach, habe man auf den Tribünen gerufen: Keinen Krieg! Es sei wohl bekannt, daß das Volk und die Armee in diesem Sinne bearbeitet würden. Aber die ganze Nation könne das nicht beschließen, der Feind habe dazu auch ein Wörtchen mitzusprechen. Waffenstillstand wäre nur aufgeschobener Krieg. Morgen wird sich nun das Ministerium, auf Veranlassung der angezeigten Interpellation, über diese große Frage zu erklären haben. „Opinione" erzählt ferner, am 18. sei die Creatur des Ministers Pozzio Vaglia nach Paris entsandt worden. —

Schweiz.

** **Zürich**, 22. Okt. Den Gang der Dinge in Deutschland mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen, haben wir in Zürich vor der übrigen Schweiz ein Motiv voraus, den Umstand nämlich, daß manche Männer, welche bei Ihnen politische Thätigkeit entwickeln oder es jüngst noch thaten, vordem längere oder kürzere Zeit bei uns verweilten, hier ihre Sporen verdient und die Gelegenheit, ihre Hörner abzustoßen, verpaßt haben. Außer Ihrem lieben W. Schulz, einem sonst braven Manne, der mehrere Jahre bei uns zugebracht hat, besaßen wir eine Zeitlang die Herren Heinzen und Freiligrath, und von hier aus bekanntlich hat Herwegh seinen Bretterkergang angetreten. Seine Gedichte kamen der'm Buchhändler Jul. Fröbel zu Zürich heraus, und auch der ist jetzt zu unserer großen Beruhigung bei Ihnen versorgt als Insaß der Paulskirche. Weiter hat ja der Metternich, der im Frankfurter Septemberdrama das Feuer schürte, früherhin im hier sigen Theater fortspielt; und schließlich übte sich Ruge hier eine Zeitlang im Weltanschauen, beiläufig gesagt, zu gegenseitiger Unzufriedenheit. Die Genannten alle haben ihre politische Rolle bereits aus- oder nahem Ende zugespielt, und werden es viel weiter schwerlich bringen. Dagegen hatten wir hier noch einen Politiker, dem die Obigen nicht das Wasser reichen, (womit ihm auch nicht gedient sein würde), einen Mann, dessen in Deutschland eine glänzende Zukunft harret, — wage ich es, den gebrandmarkten Namen auszusprechen? Friedrich Rohmer! Welch schöner Morgen ging auf über unserer damals sehr traurigen Republik, als im J. 1841 mit der Prätension eines Heilandes Friedrich Rohmer in Zürich ankam, Jünger mitbrachte, hier deren neue machte, und bald Jedermann lachte! Aber, wo anfangen und wo aufhören, wenn es gilt die Verdienste dieses Bonifacius um unsere Vergnügung und Erheiterung zu beschreiben: Verdienste, welche er täglich in Fülle sich erwarb, von dem Momente an, da Jul. Fröbel ihn die Treppe hinunterwarf bis zum Tage der gerichtlichen Abstrafung der Bande sowohl, als ihres Meisters. Welches Leben kam da unter die Stammgäste seines Audienzsaales, als er vom Biere nur den Rahm wegtrank, während der Champagner bis zur Neige, um nämlich das Gold oder den Phosphor seiner Staatsweisheit desto köstlicher auszukochen! Wie leckte sich ohnmächtiger Neid die Lippen, wenn der große Mann erzählte, er habe in Deutschland 30,000 fl. Schulden kontrahirt! Wie wurden die Zwerchfelle erschüttert, als es hieß, der Verleger schriebe das Buch nun selber, für welches er Hrn. Rohmer das Honorar bezahlt hatte! Und endlich das dramatische Interesse des Kampfes, den R. für sein System und seinen Brotkorb zugleich führte! Wie war man darauf gespannt, was R. auf die vorgebrachten Anklagen antworten würde! Und allemal wußte er zu exzipiren und die Sache zum Nachtheil seiner Gegner herumzudrehen, selbst noch, nachdem die württembergischen Kriminalakten über seine Vorbereitungen zur Messiasrolle gedruckt vorlagen.

All dieser und noch anderer Materialien zu Fr. Rohmer's Nekrolog, hätt' ich beinahe gesagt, mich zu erinnern, veranlaßt Ihr Münchener Z.-Korrespondent, welcher in Nr. 278 auf das gegenwärtige Treiben unseres Hrn. Bluntschli und Fr. Rohmer's zu reden kommt. Der Hr. Korrespondent meint, dasselbe laufe auf die plumpste Selbstempfehlung für den höheren Staatsdienst hinaus, und scheint sich wenig daraus zu machen. Auch hier nimmt man es gemeiniglich nur mit Lächeln oder Achselzucken auf, wenn ein ungrognetes Blatt, das sich gar zu gerne an der Deutschen Zeitung emporschimpfen möchte, mit dem „Staatsmanne Rohmer", mit einem Manne „von der unbestrittensten staatsmännischen Berechtigung, wie Fr. Rohmer" und solchem Wuste mehr, den Mund voll nimmt. Indeß die Belagerungsarbeiten dieser Wühler rücken vor; mit Artikeln vom Lech stößt der Maulwurf sogar schon in der Oberpostamts-Zeitung; und stehen kann man ohnehin für nichts mehr, seit der Weltlauf närrisch geworden ist, und sich darin gefällt, die wunderlichsten Fratzen zu schaffen. Credo, quia absurdum est: Rohmer wird in Baiern Minister, was immer noch eine sehr bescheidene Stellung für den gewesenen Messias des dritten Testaments. Dann kommt ohne Zweifel auch sein treuer Sancho Pansa noch zu seinem Rechte. Dannzumal wird man in Baiern ein Interesse haben, von dem früheren Bildungsgange und den Lebensschicksalen des Ritters und seines Knappen ein Näheres zu vernehmen. Ihre Geschichte, seit sie miteinander fahren, hat eine eigene weitschichtige Literatur hervorgebracht, aus welcher ich vorläufig nur das Drama „Gauner und Narren" mit der Verwahrung hervorhebe, daß in demselben Rohmer nicht als Narr aufgeführt werde, und ebenso Bluntschli nicht als Gauner. Weiteres aus den Quellen zu verrathen, behalte ich mir auf die Zeit vor, wann Rohmer am Ziele seiner Wünsche angelangt sein wird. Mittlerweile bewahren wir dem wackern Baiernvolke unsere bisherige Hochachtung, organisiren aber zugleich im Stillen vorsorglich einen Verein, dessen Mitglieder sich verpflichten, im Falle, daß die Bavaria das ehrenvolle Rüstzeug sich erwählt, vor keinem ihrer Söhne fürder den Hut abzuziehen.

* Um der N. Züricher Zeitung zu zeigen, daß wir für die Wahrheit stets zugänglich sind, selbst wenn sie sich in den Spalten jenes Blattes findet, theilen wir aus einem gegen uns gerichteten Schreiben desselben folgende Stelle mit, dessen theilweise zutreffende Richtigkeit nicht zu leugnen ist, ohne damit auch nur im Geringsten einzuräumen, daß der Schweizerbrief etwas enthalte von seinem eigenen Thun gekehrt habe. Der Passus lautet: „Der Deutsche ist halt wie zum Unglück geboren. Es waltet ein Mißgeschick über ihm seit den ältesten Tagen seiner Existenz und gerade aus seinen besten Einfällen und gescheidtesten Gedanken ist die Ruthe gebunden worden, die ihn züchtigt. Er hat, wie männiglich bekannt, das Pulver erfunden, auf daß Frankreich mit seinem Geschütz die schönsten Perlen aus Deutschlands Krone nehmen, auf daß England mit seinen Schiffskanonen den Welthandel erobern, auf daß Rußland mit seinen Feuerschlünden die Deutschen von den Donaumündungen verdrängen könne. Und was thut er selber, der Deutsche, mit dem Pulver? Er kanonirt bei hohen Namens- und Vermählungsfesten. Der Deutsche, hat auch die Uhren erfunden, aber er kann sie nicht aufziehen, und wenn ihm die Franzosen nicht von Zeit zu Zeit diesen Dienst leisteten, würde er nie wissen, was an der Zeit ist. Der Deutsche hat auch die Buchdruckerkunst erfunden. Es war in einem Augenblicke, wo ihn am ärgsten der Hochmuth plagte und es ließ sich voraussehen, daß diese Kühnheit Mucken übel bekommen werde. In der That, wozu war es? Um von allen Völkern am längsten sich der wohlthätigen Einrichtung der Censur erfreuen zu können. Kurz der Deutsche hat Miß- oder Ungeschick, mag er unternehmen was er will. So wird es ihm auch mit seiner politischen Erhebung im letzten Frühjahre ergehen. Es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, und das deutsche Parlament, welches sich nun zur Aufgabe gemacht hat, Freiheitsbestrebungen, wo und in welcher Richtung sie sich immer zeigen, zu unterdrücken, geleitet der Reaktion tüchtig in die Hände. So lange es in diesem Geiste fortbandelt, stellen ihm die deutschen Fürsten natürlich freudig ihre Heere zu Gebote. Würde das Parlament aber eine den Fürsten nicht gefällige Richtung annehmen, so hätte dasselbe auch nicht über einen einzigen Soldaten zu gebieten. Das deutsche Parlament, so wie es sich gestaltet hat, erscheint als der unterthänige Diener der deutschen Fürsten, welche dasselbe gewähren lassen, so lange es ihnen wohlgefällig handelt, aber auch nicht einen Augenblick länger. Die Zukunft wird die Wahrheit dieser Bemerkungen erhärten."

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 29 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 289. Frankfurt a. M., Samstag 28. October. 1848.

Uebersicht.

Die Debatte in der Nationalversammlung über Oesterreichs Stellung zu Deutschland. IV.

Deutschland. Frankfurt (Beschluß der preußischen Landesversammlung über Posen. Gagern's Rede. Der neueste Beschluß der Nationalversammlung.) Wien (Die Cernirung. Gerüchte über ein Ultimatum von Windischgrätz und die Ankunft der Ungarn.) Prag (Adressen nach Wien.) Berlin (Streit über die Zollerhöhung. Truppen um Berlin. Orpheus im Concertsaale.) Köln (Preßproceß. Schafgaufen.) Königsberg (Früchte der Reaction.) Polen (Libelt's Parlaments-Ansichauung. Wirkungen der Amnestie.) München (Oberst Lüver Stadtkommandant. Die baierischen Reichstruppen. Der baierische Materialismus. Die Cerese. Abreise des Fürsten Leiningen und Ankunft v. Stockmar's.) Nürnberg (Ministerialveränderung in Baiern.) Dresden (Freischaarenwerbung für Wien. Ständeverhandlungen über das Vereinsrecht des Militärs.) Mannheim (Resultate der Untersuchung in Weinheim. Truppendislocirungen. Einbruch bei Grade. Gerücht von einer Meuterei in Brachsal.) Baden (Die Schweiz und die Flüchtlinge.) Kassel (Annahme des Wehrgesetzes in erster Abstimmung. Aufruf des Bürgervereins.) Hanau (Bekanntmachung.) Darmstadt (Adresse an Bassermann.) Wiesbaden (Bedrohung von Abgeordneten.) Kiel (Die Mitglieder der neuen Regierung. Der Waffenstillstand ist ausgeführt.) Schleswig (Proclamationen des Reichskommissärs und der neuen Regierung.) Lübeck (Kosten des Krawalls.)

Schweiz. Zürich (Gebietsverletzung in Tessin. Der Seidenzoll. Geistliche Anmaßungen in Freiburg. Klosterguts-Secularisirung in Wallis. Der Landesverrathsprozeß. Royalistische Demonstration in Neuenburg. Wahlen.)

Belgien. Brüssel (Oeffentliche Ausstellung).

Dänemark. Kopenhagen (Kriegerische Stimmung.)

---

27. October.

Endlich ist die österreichische Frage zu ihrem Abschluß gelangt; die Abstimmung, mit Namensaufruf vorgenommen, hat eine starke Majorität für die einfache Annahme der §§. 2 und 3, wie der Verfassungsausschuß dieselbe vorgeschlagen, ergeben; die Anträge von Uhland und Gagern wurden vor der Abstimmung zurückgezogen, ein Antrag des Grafen Keller u. A., welcher Oesterreich die Wahl lassen wollte, in den Bundesstaat zu treten oder ein staatenbundliches Verhältniß mit uns einzugehen, desgleichen der Mühlfeld'sche Antrag, der auf ein völkerrechtliches Bündniß mit Oesterreich hinwies, und der Kaiser'sche, welcher die Stellung Oesterreichs zu Deutschland einer späteren definitiven Anordnung vorbehielt, wurden sämmtlich mit großer Mehrheit verworfen. Die Minderheit bestand aus einer Anzahl österreichischer Deputirten (vielleicht der Hälfte der Anwesenden), den Mitgliedern der äußersten Rechten, unter Vincke's Vortritt, und einigen Ultramontanen. Die Linke begrüßte das Resultat der Abstimmung mit lautem Jubel, offenbar erblickte sie darin den Triumph des deutschen Prinzips in Oesterreich über das Prinzip der Gesammtmonarchie, die Bürgschaft einer unauflöslichen und innigen Verbindung des deutschen Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland unter der Form des Bundesstaates, die scharfe Durchschneidung aller der Banden, welche bisher dasselbe von uns hinwegzogen und an den Gesammtstaat ketteten. Die rechtigeren Politiker der Rechten, welche gleichfalls für die §§. 2 und 3 stimmten, schienen mit weniger jugendlichen Hoffnungen, vielmehr mit nachdenklichem Ernste und gepreßtem Herzen das Ja! auszusprechen, von dem sie wohl einsehen mochten, daß es ein va banque! sei, welches die deutsche Nat.-Versammlung Oesterreich gegenüber spiele, daß dieses Votum sehr wahrscheinlicher Weise die deutschen Provinzen Oesterreichs uns nicht näher, sondern ferner rücken werde. In zwei Punkten aber, glauben wir, trafen beide Seiten der Mehrheit zusammen: in dem patriotischen Wunsche, Deutschland stark und in sich gefestet hinzustellen, darum den entscheidenden Schritt aus dem alten zweideutigen Staatenbunde in den Bundesstaat zu thun, — sodann in der aufrichtigen Liebe zu den deutschen Brüdern in Oesterreich, mochten auch die Einen die Bethätigung dieser Liebe in der engen und unauflöslichen Vereinigung mit Jenen um jeden Preis, die Andern in der entsagenden Verzichtleistung darauf, im Interesse der geliebten Brüder selbst finden. So viel wird Oesterreich jedenfalls aus dieser Abstimmung und der ihr vorangegangenen viertägigen Discussion entnehmen: daß zwar in den Herzen der deutschen Volksvertreter allgemein der Wunsch lebt, diesen so werthvollen, durch geschichtliche und nationale Bande seit Jahrhunderten mit uns so eng verbundenen Bestandtheil des alten deutschen Reichs auch dem neuen Bundesstaate fort und unauflöslich einzuverleiben, daß aber dieser Wunsch unbegreiflich genug ist, jene Vereinigung nicht auf Kosten der nächsten und natürlichsten Interessen Oesterreichs, nicht um den Preis der Vernichtung des befreundeten Nachbarstaats durchsetzen zu wollen — es müßte denn das Schicksal selbst diese Vernichtung unwiderruflich beschlossen haben und uns als gerechtes Erbtheil aus der herrenlos gewordenen Masse die schönen Länder und die wackeren Bevölkerungen zuweisen, welche vordem unser waren und ganz fremd uns niemals werden dürfen.

Aus der Debatte dieses letzten Tages heben wir zwei Reden hervor, die von Wurm und die des Berichterstatters Riesser.

Die Wurm'sche Rede richtete sich wesentlich gegen die Ansichten, die am Schlusse der gestrigen Sitzung H. v. Gagern entwickelt hatte. Es konnte dem Redner nicht schwer werden, nachzuweisen, wie es nicht in der Stellung einer deutschen Nationalversammlung liege, auszusprechen: ein Theil Deutschlands solle und dürfe nicht zu dem engen Verbande gehören, den alle Theile jetzt schließen wollen: wie mit dieser Erklärung die österreichischen Abgeordneten, die hierher gesandt sind, um mit uns die gemeinsame Verfassung Deutschlands zu gründen, aus der Paulskirche hinausgewiesen würden; wie es in jedem Falle vortheilhaft für uns sei, die Initiative zu einer Auseinandersetzung mit Oesterreich und zur Anbahnung eines andern Verhältnisses, als des gehofften bundesstaatlichen, nicht zu ergreifen, sondern vielmehr dieselbe der österreichischen Regierung zuzuschieben. Aber, sonderbar! wie es Gagern nicht gelang, den an sich richtigen und kühn entworfenen Gedanken einer Allianz Deutschlands mit dem Gesammtstaate Oesterreich in seiner bestimmten praktischen Anknüpfung an die vorliegende Frage klar durchzuführen, ebenso wenig glückte es seinem Gegner, in der Bekämpfung jener Ansicht sich von Unklarheiten und Widersprüchen frei zu erhalten. Denn einen Widerspruch müssen wir es nennen, wenn Wurm zuerst davor warnte: man möge nicht zu fest auf die Willfährigkeit des österreichischen Reichstags zur Anknüpfung völkerrechtlicher Verhandlungen bauen, und dann doch selbst ausführte, warum die Völkerschaften des österreichischen Staates ein natürliches Interesse hätten, mit uns sich zu verbinden, wenn er mit geschichtlichen Zutaten bewies, wie leicht der Zug der österreichischen Politik, sobald sie aufhöre, ihren Schwerpunkt in ihren deutschen Provinzen und in einer engen Befreundung mit Deutschland zu finden, dahin gelenkt werden könne, eine magyarische oder südslawische zu sein, und doch nicht zugeben wollte, daß diese Gefahr weit eher abgewendet werde, durch Belassung der deutschen Elemente in dem Gesammtkomplexe Oesterreichs und durch eine innige Allianz dieses ganzen Oesterreichs mit Deutschland als durch gewaltsame Trennung der deutschen von den übrigen Provinzen und durch Herstellung eines aus lauter nicht-deutschen Elementen zusammengesetzten und durch keine nationalen Bande von Deutschland geleiteten Oesterreichs; wenn er endlich die Vermuthung aussprach: der deutsche Theil Oesterreichs werde unauflöslich mit Deutschland verbunden, auch die übrigen Theile allmälig in diesen Verband nachziehen, während doch sicherlich dies weit leichter geschieht,

Digitized by Google

wenn das deutsche Oesterreich staatlich mit den andern Provinzen verbunden bleibt und so das Mittelglied zwischen jenem und Deutschland bildet.

Darin aber hatte Wurm gewiß Recht, wenn er das Bedenken zurückwies, als dürften wir die Forderung dieser Entscheidung an Oesterreich nicht stellen, um nicht eine neue Fackel in das schon brennende Gebäude zu werfen, wenn er behauptete, daß falls Oesterreich unter dem Gewicht dieser Entscheidung erliege, es überhaupt nicht mehr lebensfähig sei.

Schlagender noch führte diesen letzten Gedanken der Berichterstatter aus. Sei das deutsche Element, sagte er, in Oesterreich so schwach, wie Viele behaupteten, so werde auch dessen Erregung durch diese Frage dem Staate keine Gefahr bringen, sei es aber so stark, um wirklich durch sein Herausstreben aus dem Gesammtstaate diesen zu gefährden, nun so werde es auch stark genug sein, seine völlige Vereinigung mit uns durchzusetzen. Dem Gagern'schen Antrag hielt derselbe ebenso schlagend entgegen: Wenn wir nun den Ausspruch thäten, Oesterreich d ü r f e nicht in den Bundesstaat herein, und wenn nun doch sich fände, daß die Mehrheit der Oesterreicher deutscher gesinnt wäre, als wir selbst geglaubt, — wie würden wir dann mit unserem kategorischen Ausspruch da stehen? wie könnten wir dann davon zurückgehen?

In der That, wir glauben mit dem Berichterstatter, daß der Verfassungsausschuß weder mehr noch weniger thun konnte, als die strengen und nothwendigen Konsequenzen und die Idee des Bundesstaates scharf und klar hinstellen und dann abwarten, wie die einzelnen Theile sich zu diesen Konsequenzen stellen und ob die, welche dadurch in ihren eigenthümlichen Verhältnissen am härtesten betroffen sind, wie namentlich Oesterreich Unterhandlungen eröffnen werden, um entweder ihre Losgebung oder ihren Beitritt unter andern Bedingungen zu erwirken. Wir glauben ferner mit ihm, daß die Nationalversammlung, ohne ihrem souveränen Charakter etwas zu vergeben, auf solche Unterhandlungen eingehen und den Neigungen oder Abneigungen einer Bevölkerung von 7 Mill. wohl wird Rechnung tragen können. Sie würde zu wenig gethan haben, wenn sie diesen Grundstein ihres Verfassungswerks nicht mit sicherer Hand unerschütterlich fest gelegt, wenn sie um die Lebensbedingungen des künftigen Bundesstaates ein Frilschen und Dingen zugelassen hätte, aber sie würde auch zu viel thun, wenn sie die Entscheidung: welche Theile in diesen so geordneten Bundesstaat hereinpassen, welche nicht, selbst übernehmen wollte, statt sie denen zu überlassen, welche allein dazu so berechtigt wie verpflichtet sind.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 27. Okt. Als H. v. Gagern das Verhältniß Oesterreichs zunächst durch das Fortbestehen des ewigen unauflöslichen Bundes bestimmt wissen wollte und hinsichtlich Preußens die Worte sprach, daß es durch die Einverleibung seines ganzen Gebiets mit Ausnahme des abgegrenzten Polnisch-Posens in Deutschland wirklich aufgegangen sei — da war in Berlin das Auerswald'sche Amendement, welches nach dem Willen der Regierung das preußische Staatsgebiet nur auf den Umfang der zu Deutschland gehörenden Theile feststellen sollte, schon v e r w o r f e n worden. Ja noch mehr! Die Polen hatten im Verein mit der Linken, welche den partikularistischen Bestrebungen huldigt, ein Amendement durchgesetzt, das die Deutschen in Deutsch-Posen der durch die Frankfurter Beschlüsse vom 27. Juli erworbenen Rechte berauben und sie hindern soll, die Nationalversammlung ihres Volkes zu beschicken. Ein solcher Beschluß konnte auf Veranlassung der Polen in einer deutschen Versammlung durchgesetzt werden, welche zu beschicken sie im April und Mai sich feierlichst geweigert und in der sie nach eigener Aussage nun sitzen um die Rechte ihrer Nationalität wahrzunehmen! — Die 11 Deputirten Deutsch-Posens in der deutschen Nationalversammlung bereiten eben einen energischen Protest gegen einen Beschluß vor, der die deutsche Bevölkerung Posens ihrer heiligsten Rechte zu berauben droht, die Früchte von fünfmonatlichen Kämpfen vernichtet und die unseligsten Wirren in ihrem Lande auf's Neue frisch beleben muß. Es steht auch zu erwarten, daß Anträge in dieser Sache bei der Nationalversammlung eingebracht werden, da die Beschlüsse vom 27. Juli alterirt sind, und der Reichskommissarius, welcher binnen Kurzem zur Regulirung der Reichsgrenze in Posen nach Berlin abgehen sollte, seine Mission plötzlich frustrirt sieht. — Heinrich von Gagern's Rede in der österreichischen Frage hat neue Diskussionen in den Klubs hervorgerufen. Er hat seinen Antrag, der jeden engherzigen Standpunkt hinter sich läßt, kühn gestellt — obwohl er in dem kleinen Kreise, dem er ihn zuerst mittheilte, wenig oder gar keinen Anklang fand. Er wußte es voraus, daß ihm jetzt keine Majestät bevorstehe — aber er stellte ihn dennoch, mit dem Vorgefühle vielleicht, daß in der Folge eine großartigere Politik seine Verwirklichung bringen werde.

⊙ **Frankfurt**, 28. Okt. Was besagen die gestern mit überraschender Mehrheit gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung? Mehr, bei weitem mehr, als die Redner meinen, die uns die Verhältnisse Oesterreichs als so einfache und die Stimmung seiner deutschen Bevölkerung als eine so bereitwillige geschildert haben, als ob es nur des festen Willensdrucks von Seiten Deutschlands bedürfe und das Reich sei auch nach dieser Seite hin unwiderruflich konstituirt. Die Beschlüsse, wenn sie thatsächlich durchgeführt werden sollen, so enthalten sie den Beschluß zur Auflösung Oesterreichs, dann zerbröckeln sie den Kern einer europäischen Weltmacht, dann rufen sie an die Stelle einer der ältesten Monarchien unserer Geschichte ein Chaos junger Staaten, wenn nicht ein Chaos des Bürgerkriegs. Noch ist ein Drittes denkbar, nämlich daß Oesterreich die Geltung der Frankfurter Bestimmungen gänzlich verleugnet, daß es sich, da das unmöglich Scheinende von ihm gefordert wird, nun auch von dem Möglichen unwillig abwendet. Indessen wollen wir uns auf keine dieser Voraussetzungen ernstlich einlassen, denn unsere Ansicht ist eine andere. Wir glauben nämlich, die gestrigen Beschlüsse besagen in Betreff Oesterreichs in der Wirklichkeit nur wenig, weil sie vor der Hand nur von theoretischer Bedeutung sind. Eine zweite Lesung des Verfassungsentwurfs steht bevor. Sollten sich inzwischen auch nicht die österreichischen Geschicke zu voller Klarheit entwickeln, so werden wir doch nicht zweifelhaft bleiben über die Entwicklung der österreichischen Meinung und über den Eindruck der Frankfurter Maßregeln. Die zweite Lesung und die zweite Abstimmung wird erst entscheiden über den rechtlichen Bestand der Verfassungsgrundsätze und bis dahin hat sich Herr Heinrich v. Gagern die Erneuerung seines Antrags vorbehalten, des Antrags, für Oesterreich eine Ausnahmsstellung im und am deutschen Reiche zu schaffen. Zugleich ist damit für die Besonnenen und Wohldenkenden unter den Führern der österreichischen Bewegung ein Fingerzeig gegeben, daß sie sich nicht vergebens um die Modifikationen bemühen werden, die ihrer eigenthümlichen Lage nach unerläßlich scheinen. Die Versammlung hat mithin und mit überwiegender Mehrheit in den Beschlüssen über die §§. 2 und 3 erklärt, was sie für eine Lebensbedingung des deutschen Bundesstaates hält. Sie hat damit mancher Anforderung, die im Haag oder in Kopenhagen auftauchen könnte, den Muth und Oesterreich doch nicht die Gelegenheit genommen, sich mit dem neuen Reiche zu verständigen, ehe dessen Grundsätze unabänderliche Gesetze geworden sind. Je fester Deutschland nach allen Richtungen hin auf diesen Grundsätzen beharren wird, einen desto größeren Werth wird jede Nachgiebigkeit haben, mit der wie Oesterreich, seine eigenen Verwickelungen eben so wohl, als seine Bedeutung für Deutschland erkennend, gern auf halbem Wege entgegenkommen, sehen wir es selbst nur redlich den Weg der Vereinbarung mit uns betreten.

* **Wien**, Man sorgt in Wien trefflich für die Vertheidigung gegen jeden Angriff von außen und innen, so daß die Tüchtigkeit der militärischen Einrichtung einen geistvollen Korrespondenten der „Allgem. Ztg." zu der Aeußerung veranlaßt: „Alle Einzelheiten legen die Tüchtigkeit der Oesterreicher an den Tag und lassen errathen wie Großes sie einst leisten werden." Während dessen aber naht der furchtbarste innere Feind, der Hunger. Die Cernirung ist vollendet und wird mit der größten Strenge gehandhabt. Sogar der Einkauf für das Wiener Lazareth wurde aufgehalten, obwohl er als solcher amtlich ausgewiesen werden konnte. Die Milch fängt an auszugehen, was keine unwichtige Sache ist; das Kaffeegetränk ist gerade in den untersten Schichten ein Hauptbestandtheil der Nahrung und gerade hier wird die Entbehrung der Milch große Mißstimmung erregen. Mehl-Proviant ist noch auf 10 Tage und Fleisch auf 14 Tage darhanden; aber schon steigen die Preise des Brodes, und in gleichem Maße wird es kleiner. Düstere Muthlosigkeit herrscht in der Stadt. Darauf rechnen wohl die Kaiserl. Anführer, als auf den Hebel der baldigen Uebergabe ohne Blutvergießen; aber weit wahrscheinlicher ist

Digitized by Google

nach der Natur der Massen die furchtbare Eventualität, daß der hungernde Pöbel zuvar seinen Muth an den Gemäßigten, den Reichen, den Behörden auslässt, gegen die es dann an Anklagen nicht fehlt. Daß sie keine Lebensmittel geschafft, die Ungarn nicht herbeigerufen haben, ist ja schon genug.

Wird man die Stadt diesen Scenen aussetzen müssen, wird es nothwendig sein, auch auf diese Gefahr hin die Einschließung durchzuführen? Wir denken an ein vermittelndes Wort des Erzherzogs Johann zu rechter Zeit; in Wien wird man nun zu allem bereit sein, was zur Unterdrückung der Anarchie Noth thut. Aber das Manifest vom 16. zeigt auch den Gutgesinnten nur Sorge und Gefahr auf beiden Seiten.

Wien. Die Schles. Z. vom 24. Okt. theilt, ohne weiter dafür einstehen zu wollen, folgende von Reisenden nach Breslau gebrachte Nachrichten mit. Windischgrätz soll der Stadt ein Ultimatum gestellt haben, wonach bis heute (Dienstag) Mittag 2 Uhr die Waffen gestreckt sein müssen, widrigenfalls er mit dem Angriff beginnen werde. In Erwiderung dieses Ultimatums, erzählt unser Gewährsmann, habe man beschlossen, die Kaiserliche Bank der Plünderung Preis zu geben, sobald die erste Kugel in die Stadt falle, und ebenso die Kaiserliche Hofburg und andere Gebäude in die Luft zu sprengen. — Weitere Meldungen der Reisenden betreffen die Ankunft der Ungarn. Der ungarische Reichstag läßt seine Truppen nunmehr wirklich in Oesterreich einrücken. Kossuth steht an der Spitze der ungarischen Armee, welche auf acht Dampfschiffen, von denen jedes noch zwei Schleppschiffe hinter sich haben soll, von Preßburg nach Wien abgegangen sind. Einer der Reisenden will sie Sonntags unterwegs angetroffen haben, und schildert sie, im Gegensatz zu den Kroaten, als eine überaus schöne und kampflustige Mannschaft. — Bei Angern (zwischen Floridsdorf und Gänsernbarf) will man gestern Kanonendonner gehört haben: man vermuthet, daß einer der kaiserlichen Generäle die auf dem Wege befindlichen Ungarn angegriffen habe.

Prag, 20. Okt. Die „Deutsche Zeitung aus Böhmen" theilt in ihrer heutigen Nummer eine Adresse mit, die der hiesige „deutsche Verein" an den Wiener Reichstag abzusenden beschlossen hat. Der Verein dankt darin dem Reichstag für alle bisher getroffenen Maßregeln einen geordneten, gesetzlichen Zustand wieder herzustellen, und spricht seine Hoffnung aus, daß die konstituirende Versammlung fortfahren werde, „ihre welthistorische Aufgabe im Geiste der echten Humanität und der brüderlichen Vereinigung aller Nationalitäten zu lösen." — In den ersten Tagen des Novembers soll zu Eger eine Versammlung sämmtlicher deutschen Vereine Böhmens stattfinden. (Prager Bl.)

Berlin, 25. Okt. Die vereinigten Fachkommissionen der Nationalversammlung für Finanzen und Handel haben in ihrer gestrigen Sitzung das von der Regierung vorgelegte Gesetz wegen Erhebung eines Zuschlages zu den Eingangs-Abgaben von einigen ausländischen Waaren mit der alleinigen Aenderung im §. 2 angenommen: daß die Regierung nach dem 31. Dezember nur ermächtigt wird, auf drei Monate diesen Zoll zu erheben. Uebrigens fand das Gesetz, obwohl es in Hinsicht des zu erzielenden Ertrages für die Staatskasse nur als unbedeutend erscheinen kann, doch auch in der Kommission heftigen Widerspruch, so daß es bei der Verhandlung im Pleno den Kampf über Schutzzoll oder Freihandel hervorrufen wird.

Die Lage der Truppen um Berlin herum wird mit jedem Tage bedenklicher. In schlechten Quartieren liegend, eng zusammengedrängt, jeder Bequemlichkeit und aller Beschäftigung entbehrend, äußern sie ihren Mißmuth stets lauter. Es sind viele Erkrankungen vorgekommen. Unter diesen Umständen ist eine anderweitige Unterbringung für nöthig gehalten worden. Ein Theil derselben sollte in ihre früheren Kasernen in Berlin einrücken. Dagegen hat der General Pfuel sich erklärt und es soll diese Ansicht gewesen sein, welche seine letzte Demission veranlaßt hat. Zuletzt ist seine Meinung dennoch durchgedrungen und es steht demnächst zu erwarten, daß die Truppen weiter von der Hauptstadt entfernt und in angemessenere Quartiere werden verlegt werden. (N. Z.)

Berlin, 24. Okt. (11 Uhr). Das homerische Lachen, welches eben im Konzertsaal wiederhallt, gehört, wie der Abgeordnete Pieper, zur Linken, zu den Centren, zur Rechten. In diesem gesunden, herzlichen, fröhlichen Lachen herrscht Einstimmigkeit. — Der Abgeordnete Dierschke sprach zur Versöhnung. Er erinnerte an die neulichen Verdächtigungen und Ausbrüche des Hasses. Wir zitiren die unsterblichen Worte mit wahrer Genugthuung: „Vergessen Sie nicht; wir sagen im Konzertsaal. Lassen sie uns wirklich konzertiren. Lösen wir alle Dissonanzen! Groß ist die Macht der Harmonie! Sehen Sie dort das Bild des Orpheus; „sehen Sie dort den Mann mit den wilden Thieren," die seine Musik gebändigt. Lassen wir die Verdächtigungen und den Haß. Schaffen Sie Harmonie, so werden die wilden Thiere, die Löwen von Unten und die Drachen von Oben sich schmeichelnd zu Ihren Füßen niederlegen." — So sprach das Mitglied aus Oblau, das einst gerufen „Bin ich denn ein Wolf?" — Neulich beschworen wir die Vertreter unseres Volkes, die Feindschaft und gegenseitige Verachtung für immer zu verbannen. Die Neue preußische Zeitung stachelt die Parteien dagegen zum unversöhnlichen Hasse — „mit Gott für König und Vaterland!" — Die Sache der Versöhnung hat gesiegt — Dierschke war der Orpheus: Gleich darauf sahen wir Temme mit Reichensperger in traulichem Gespräche. — Die Rede des Abgeordneten Dierschke war — der Humor davon!

(D. Ref.)

Köln, 25. Okt. Der zweite Prozeß wegen Preßvergehens ist erst gestern Abends spät beendigt worden. Der Angeklagte war Buchdrucker Alexander Brocker-Caeraerts, Drucker der „Arbeiter-Zeitung". Derselbe hatte denselben Artikel in seiner Zeitung abgedruckt, wegen dessen Morgens Beruh. Dietz verurtheilt worden, und außerdem einen Original-Artikel gebracht, der die Verhaftung Gottschall's und Anneke's in ähnlicher Weise besprach. Die Anklage lautete auf Beleidigung des Ober-Prokurators Zweiffel und der Gensd'armen bei Gelegenheit der Ausübung ihres Dienstes. Der Vertheidiger Advokat-Anwalt Schumacher, machte zunächst geltend, daß die Anklage: „in einem Artikel beleidigt zu haben", gar nicht haltbar sei, da die einzelnen beleidigenden Aeußerungen im Anklage-Akte genannt sein müßten, damit der Angeklagte sich auf seine Vertheidigung vorbereiten könne. Der Assisenhof verwarf diese Einrede, und die Verhandlungen hatten ihren Fortgang. Der Angeklagte erklärte, er sei weder Verfasser des einen, noch des andern Artikels; den einen habe er aus den „Freien Volksblättern" abgedruckt, der andere sei ihm von einem auf flüchtigem Fuße befindlichen Mitgliede des Arbeiter-Vereins gebracht worden; er sei auch nicht Verleger des Blattes, welches von dem hiesigen Arbeiter-Vereine herausgegeben werde, er sei blos Drucker, ja, er habe die inkriminirten Artikel gedruckt, ohne sie gelesen zu haben. Die Vertheidigung führte diese Umstände näher aus. Da indessen das Gesetz, wenn es den Verfasser oder Verleger eines inkriminirten Artikels nicht erreichen kann, auf den Drucker zurückgeht, so erklärten die Geschworenen mit einfacher Stimmenmehrheit (7 gegen 5) den Angeklagten für schuldig, indem sie so die eigentliche Entscheidung in die Hände des Hofes legten, der in diesem Falle den Ausschlag gibt. Der Assisenhof erklärte darauf den Angeklagten für schuldig und verurtheilte ihn zu einem Monat Gefängniß und einer Cautionsstellung von 4000 Thlr. für den Fall des Forterscheinens der „Arbeiter-Zeitung." (K. Z.)

Köln, 26. Okt. Nachdem der in der Generalversammlung vom 21. d. M. gewählte Administrationsrath des Schaffhausen'schen Bankvereins sich noch an demselben Tage konstituirt und die Herren Friedrich Giesler zu seinem Präsidenten und Justizrath Esser II. zum Vicepräsidenten ernannt hatte, fand gestern die statutgemäße Wahl der beiden Direktoren des Vereines durch den Administrationsrath statt, welcher bis auf Ein Mitglied vollständig versammelt war. Die Herren Kommercienrath Wilhelm Ludwig Deichmann und Viktor Wendelstadt wurden einstimmig zu Direktoren ernannt, und sie werden ihre Thätigkeit mit dem vom Staate ernannten Direktor, Hrn. G. Mevissen, sofort antreten. Mit dem 1. Nov. c. wird der Bankverein seine Geschäfte beginnen und dadurch dem Bedürfnisse der Industriellen der Provinz und des Handels und der Gewerbe entgegenkommen. Wir müssen uns freuen, daß in dieser Weise durch die zuvorkommende Geneigtheit aller Gläubiger und die Fürsorge der Regierung die Nachtheile beseitigt sind, welche die in den Zeitereignissen begründete Stockung eines lange bewährten geachteten Hauses herbeigeführt hatte. (K. Z.)

Königsberg, 18. Okt. Des Königs Geburtstag wurde auch hier wie an anderen Orten der Provinz, von den Anhängern des spezifischen Preußenthums zu Demonstrationen ausgebeutet. Der hiesige Preußen-Verein hielt am genannten Tage in einem

Digitized by Google

öffentlichen Garten eine Generalversammlung ab, in welcher Beamte und Offiziere mit Arbeitern fraternisirten, denselben Spirituosa verabreichten und sie gegen die Demokroten fanatisirten. Rittmeister v. d. Goltz und Ober-Landesgerichtsrath Fürstenthal forderten direkt die Menge zur Vertilgung der Demokratendrut auf. Was war die Folge? Der „Arbeiter-Verein", der des Sonntags gemütbliche Zusammenkünfte mit Weib und Kind veranstaltet, ward plötzlich durch eine Rotte dieser fanatisirten Preußen-Vereiner, unter denen leider auch viele Unteroffiziere sich befanden, unter dem Gesange des Liedes: „Ich bin ein Preuße", mit Schlägen und Messerstichen gemißhandelt, bis requirirte Militärwachen dem Unwesen ein Ende machten. Gegen beide Beamte ist übrigens die Kriminal-Untersuchung beantragt. (K. Z.)

† **Posen**, den 22. Okt. Dr. Libelt hat einen Brief aus Frankfurt hierher geschrieben, aus welchem die „Gazeto polska" Bruchstücke gibt. „So weit ich mich unter den einzelnen Persönlichkeiten, wie in der Nationalversammlung, orientirt habe," schreibt er, „wird sich hier für uns (die Polen) nichts durchführen lassen. Die große Majorität der Versammlung besteht aus Reaktionären und Leuten, die der Freiheit ihres eigenen Volkes abgeneigt sind; wie kann man von denen verlangen, daß sie die Freiheit anderer Völker achten!" Er beschreibt hierauf die Auftritte vom 6. und 7. und sagt: „ich griff bereits nach dem Hute, um nicht zu den Hinauswerfern oder Hinausgeworfenen zu gehören. Da beruhigte man sich endlich; aber solche Scenen wiederholen sich täglich und Tags darauf, wenn man sich abgekühlt hat, erfolgt öffentliche Abbitte. Es herrscht keine Würde im Parlamente, und es scheint mir, daß früh oder spät die Auflösung eintreten muß. Das größte Unglück liegt darin, daß die Linke kaum 140 Glieder zählt und uneinig und in 3 Parteien getheilt ist, von denen Westendhall eine schwache halbe Stellung und Venedey's Farbe hat. Die Minister hier scheinen mit dem österreichischen Gouvernement im Einverständniß zu sein, der Erzherzog Reichsverweser hat nichts zu bedeuten, wie er das selbst hundertfach gesagt hat, da er als „Unverantwortlicher" nichts thun kann!" u. s. w. Wir wünschten sehr, daß die polnischen Abgeordneten in Berlin ähnliche statistische Nachrichten aan der Linken und aan der Lage ihrer Sache gäben, die sie nun geschickt zur Sache des Partikularismus gemacht haben. Allein Alf. v. Auerswald's Amendement zu §. 1 der preußischen Verfassung: „Alle Ländertheile der Monarchie, „soweit sie zu Deutschland gehören", bilden das preußische Staatsgebiet," hat die ganze Phalanx der Linken gegen sich, und wir fürchten, daß es nicht angenommen wird. Dann werden die Frankfurter Beschlüsse vom 27. Juli zunächst verletzt; ein Competenzkonflikt entsteht und unsere Zustände bleiben wieder auf viele Monate ungeregelt. — Aus der Polen-Amnestie ohne Grenzen ernten wir schon Früchte. In Sankompel sieht man 17 wegen Raub und Plünderung Verhaftete als politisch Amnestirte frei umherziehen, worüber große Aufregung in der Stadt ist. In Bronke (Deutschposen) hat man in nächtlicher Weile am 18. Okt., wo die deutschen und preußischen Fahnen aufgepflanzt waren, diese in den Koth getreten, einen der Thäter verfolgte und erwischte man, nachdem er sich mit einem Messer vertheidigte, es war ein an der Insurrection betheiligter Pole.

München, 24. Okt. Die baierischen Zeitungsblätter theilen jetzt die amtliche Bekanntmachung mit, wonach der König unterm 21. d. M. den bisherigen Kommandanten der Haupt- und Residenzstadt München, Generolmajor Friedrich v. Winther, dieser Stelle aarbehaltlich anderweitiger Verwendung enthoben und an dessen Stelle den Kommandanten des Genieregiments, Obersten Ludwig Lüder ernannt hat. Andere Quiescirungen und Versetzungen, wie die des Regierungspräsidenten v. Godin und des Polizeipräsidenten v. Pechmann werden demnächst erwartet. — Die N. M. Z. bringt aus Bamberg eine Mittheilung, wodurch die ausgestreuten Gerüchte über Insubordination unter den in die thüringischen Lande eingerückten baierischen Reichstruppen widerlegt werden. Allerdings, wird darin gesagt, seien sie anfangs mit der „allbekannten" (!) schlechten thüringisch-sächsischen Kost unzufrieden gewesen, und es möchten aus diesem Grunde wohl auch etliche „Branntweinrauscherzesse" vorgekommen sein, später aber hätten sich die Soldaten leicht beruhigt, als sie sahen, daß die Landleute nichts Anderes hatten und zu geben vermochten. Der Geist derselben, wird schließlich versichert, sei vortrefflich gewesen und sei es noch. Uebrigens ist nach jener Mittheilung ein Theil der baierischen Truppen bereits zurückgekehrt; der andere bleibt noch, um von den einrückenden hannoverschen Truppen abgelöst zu werden. An jenen Soldatenexzessen, wie an den in München begangenen Brutalitäten erkennt man übrigens, wie gering der Einfluß gewesen ist, den das auf den Münchner Materialismus gepfropfte Kunstleben im Lande geäußert hat. Das Interesse für den Inhalt der gefüllten Fleischtöpfe Altbaierns überwiegt bei der Masse leider noch alles Interesse für den ideulen Inhalt der in München aufgestapelten Kunstwerke, die man freilich da nicht würdigen kann, wo man die geistige freie Bildung, wo man Philosaphie und Kritik in jeder Weise unterdrückt und die Schulbiloung so lange Jahre in den engsten Grenzen des katholischen Begriffslebens gehalten hat.

München, 21. Okt. Die „A. Abdz." bringt folgende abweichende Auffassung der Scenen vom 18. Die „Neue Münchner Ztg." besteht hartnäckig darauf, daß unser Bierkrawall und Rauberceſſe einen politischen Charakter trugen, sie bringt diese Bierseenen mit der Ermordung Latour's in Verbindung! Die Soldoten, am Miltag während der Plünderungsexcesse wahl 40—50, am frühen Morgen während der Biervisitation bei den Brauern über 100 an der Zahl, sind nach der „Neuen Münchener Ztg." gar keine Soldaten gewesen, sondern andere Leute, die man in den Uniformrock steckte. Man sieht, zu welchen Albernheiten ein böser Wille die Neue Münchnerin führt.

München, 23. Okt. Fürst Leiningen, welcher einige Tage hier verweilte, ist bereits wieder nach Frankfurt abgereist, wird aber in acht oder zehn Tagen zurückkehren. Man aermuthet und zwar mit ziemlicher Gewißheit, daß derselbe in Aufträgen der Reichscentralregierung hier gewesen sei, denn vor seiner Abreise traf noch Baron v. Stockmar und zwar, wie es heißt, ebenfalls in dergleichen Aufträgen hier ein. (N. K.)

Nürnberg, 25. Okt. Auf außerordentlichem Wege erhielt der hiesige „Kurier" folgende wichtige Nachricht aus München vom 24. Okt. Abends: Minister Beisler wurde seiner Stelle enthaben, das bisherige Ministerium des Kultus und des Unterrichts wieder mit dem Ministerium des Innern vereinigt und zu dessen Chef Frhr. v. Lerchenfeld ernannt, dagegen ein Ministerium des Handels errichtet, welches dem Minister Thon-Dittmer übertragen wurde. Die Geschäfte des Finanzministeriums sind einstweilen dem Staatsrath Weigand übertragen. Zum Präsidenten der Regierung von Oberbayern soll Ministerialrath Zwehl bestimmt sein. Die Augsburger Abendzeitung nennt Hrn. v. Bever als künftigen Finanzminister, und meldet die Quieszirung des Generalsekretärs im Ministerium des Innern, geh. Raths v. Robell.

Dresden, 24. Okt. Unsere „Freischaarenwerbung" für Wien nimmt wider Erwarten Fortgang; gestern Nachmittag hatten sich bereits 115 junge Männer im Büreau des Vaterlandsvereins gemeldet, worunter 30 ausgediente Soldaten und mehrere bemittelte Leute waren. — Die heutige Sitzung der zweiten Kammer brachte die Berathung über den Tzschirner'schen Antrag: „Die Staatsregierung zu ersuchen, durch das Kriegsministerium unverweilt an sämmtliche Offiziere der Armee einen Befehl zu erlassen, daß sie sich aller und jeder Einwirkung auf die Soldaten hinsichtlich des Vereinsrechtes zu enthalten haben, dies auf ihr Ehrenwort zu verlangen und Diejenigen, welche dies verweigern, zu veranlassen, ihren Abschied nachzusuchen." Nach stattgefundener Diskussion hierüber ward sodann der erste Theil des Antrags mit 33 gegen 31 und der zweite Theil mit 53 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Sächs. Bl.

C **Mannheim**, 26. Oktbr. Bei der in Weinheim gepflogenen Untersuchung wegen der Eisenbahndemolirung soll man schon zu bedeutendrn Aufschlüssen gekommen sein. Einige der Verhörten hätten bereits Geständnisse gemacht, woher das Geld geflossen sei, das dabei verwendet worden. So viel ist jedenfalls gewiß, daß manche Leute dabei compromittirt werden möchten, welche bis jetzt sicher zu sein glaubten. Man will schon einige trübe Gesichter gesehen haben. — Es scheint nach den uns zugegangenen Berichten aus Heidelberg, daß die Aufstellung der großen Truppenkorps im Oberlande wieder abgeändert wurde, da schon mehrere Bataillone auf der Rückfahrt dort durch kamen und noch mehrere erwartet werden. Rathsam wäre es jedenfalls nicht, wenn man das Land dort so von Truppen entblößen wollte, wo es den verschiedenen Einwirkungen so leicht ist, Unruhen zu wecken. Schon früher hätte unsere Regierung gut gethan, ihre Truppen gleichmäßiger zu vertheilen, so daß die Garnisonen gleich einer Kette durch das Land gegangen wären. Es wäre dadurch

Digitized by Google

dem Lande ein besserer Schutz gegen den ersten Einfall gewährt worden und jetzt würden die einzelnen Gemeinden von der Einquartierungslast auch nicht so sehr gedrückt werden. Räume zur einstweiligen Kasernirung fänden sich überall. Die Orte selbst, welche man zu Garnisonen zu bestimmen hätte, müssen der Regierung nach dem Vorgefallenen leicht zu finden sein. Bei der zunehmenden Verarmung des Landes, namentlich bei dem allseitigen Stocken der Geschäfte, ist das wohl eine Frage, welche Berücksichtigung verdient. — Bei dem Verleger der „Mannheimer Abendzeitung," Johann Peter Grohe, wurde gestern eingebrochen. Sie sollen sich nicht sehr bereichert haben, man rechnet das Gestohlene auf den Schatz von 3 fl. 24 kr.; doch weiß ich nicht, ob mir das genau angegeben wurde. — Gestern Abend entwichte ein Arrestant aus dem Arreste der Infanterie-Kaserne. — Die Nachrichtrn von Wien haben sehr niederschlagend auf die hiesigen Demokraten gewirkt. Einstimmig wird nunmehr die Sache der Republik für verloren gegeben. — So eben theilt man uns mit, daß in Bruchsal unter den Züchtlingen eine Meuterei ausgebrochen und der Verwalter erschlagen worden sei. Doch bedürfte diese Nachricht noch der Bestätigung.

Baden. Nach einem Schreiben der N. Freiburger Z. von der westlichen Schweizergränze, 18. Okt., soll seitens der Schweiz die vom Vorort gegebene Erklärung, wonach diejenigen Flüchtlinge, welche das Asylrecht mißbrauchten, aus der Schweiz verwiesen, die übrigen aber nach dem Innern gewiesen würden, bisher nur in sehr geringem Umfange in Erfüllung gegangen sein. Zum Beweise wird erzählt, daß Flüchtlinge schon wieder ihre Zusammenkünfte in dem, dem Bezirksamtmann Engelberger angehörenden und von ihm betriebenen Gasthause zum Adler in Großlaufenburg abgehalten haben, von wo aus auch der letzte bewaffnete Ueberfall nach dem bloß durch die Rheinbrücke getrennten badischen Städtchen Kleinlaufenburg stattgefunden hat.

Kassel, 25. Okt. Soeben ist das Wahlgesetz in geheimer Abstimmung mit 34 gegen 9 Stimmen angenommen worden; es fehlt somit (da die Ständversammlung 46 Mitglieder zählt) 1 Stimme an der Majorität von drei Viertheilen.

12 Uhr Mittags. Auf Hrn. Nebelthau's Antrag hatte der Ausschuß über die Abstimmung zu berichten. Der Ausschuß (durch Hrn. Henkel) berichtet eben, der beurlaubte Hr. Hartrrt sei als rechtlich abwesend nicht mitzurechnen. Hiernach ist das Wahlgesetz zum ersten Mal mit drei Viertheilen Stimmen angenommen.

Der freie Volksverein zu Fulda hat eine Adresse an die akademische Legion zu Wien gerichtet. Er gedenkt ihr noch zu rechter Zeit beizustehen! (Kass. Z.)

Kassel, im Okt. Der hiesige Bürgerverein hat einen Aufruf zur Bildung eines allgemeinen deutschen Vaterlandsvereines erlassen, der sich die Erringung der Einheit, Freiheit, Macht und Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes zum Endziel gesetzt hat. Der Verein soll alle Stämme des deutschen Volkes umfassen, erkennt die Beschlüsse des Reichstages und der durch ihn geschaffenen Centralgewalt als den Ausdruck des Volkswillens an, und wird denselben nach Kräften Geltung verschaffen gegen jeden Widerstand — möge er von einem Staate in seiner Gesammtheit, möge er nur von der Regierung eines Staates, möge er endlich von Parteien in einzelnen Staaten, oder von einer durch ganz Deutschland verzweigten Partei ausgehen. Der Verein wird zu dem Ende zunächst (dem veröffentlichten Entwurfe seiner Grundbestimmungen gemäß) seiner Ueberzeugung: daß nur ein enges Schaaren des gesammten deutschen Volkes um den gemeinsamen Reichstag in Frankfurt und die von ihm eingesetzten Centralorgane zur Erreichung des hohen Endziels: der Einheit, Freiheit, Macht und Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes führen könne — durch Rede und Schrift in den weitesten Kreisen Eingang zu verschaffen suchen, und den gegen den Reichstag oder die Centralgewalt gerichteten, ungesetzlichen Angriffen in geeigneter Weise entgegentreten. Insbesondere werden die Mitglieder des Vereins in ihrer öffentlichen Wirksamkeit für die Tendenzen des Vereins thätig sein. Die bei etwaigem Widerstande gegen die genannten obersten Gewalten Deutschlands von ihnen gemeinsam angeordneten Maßregeln sind für die weitere Thätigkeit des Vereins maßgebend. Zur Konstituirung des Vaterlandsvereins und und zur Berathung seiner Statuten ist eine Generalversammlung zum 3. Nov. nach Kassel ausgeschrieben worden.

Hanau. Die „Han. Z." bringt folgende Bekanntmachung, die gestern gemeldeten Excesse betreffend: „Mitbürger! Auf die am gestrigen und vorgestrigen Abend hier Statt gehabten betrübenden Vorkommnisse hat der Stadtrath kurfürstliche Regierung ersucht, eine schleunige Verlegung der hiesigen Garnison zu veranlassen. Kurfürstliche Regierung hat, diesem Ersuchen entsprechend, bereits den Antrag auf sofortige Verlegung der Garnison gestellt, und es wird, da der Herr Stadtkommandant erklärt hat, ohne Befehl nicht den Ausmarsch der Garnison verfügen zu können, ein Regierungskommissar sich alsbald zum Reichsministerium begeben, um denselben zu erwirken. Es ist übrigens bereits Befehl gegeben zur Konsignation der Garnison von fünf Uhr an. Somit ist vorläufig Alles geschehen, was geschehen konnte; wir erwarten nun aber auch und fordern dringend auf, daß die Bürgerschaft Reibungen oder gar Excesse irgend einer Art nicht aufkommen lassen, sondern allen Veranlassungen dazu mit Ernst und Besonnenheit entgegen treten werde. Inzwischen aber werden Alle, welche wirkliche Thatsachen zur Klarstellung der stattgehabten traurigen Vorkommnisse oder deren Ursachen berichten können, aufgefordert, dieses bei der Untersuchungsbehörde oder vorläufig auf dem Stadthause zu thun, indem alles beigetragen werden soll, die eingeleitete Untersuchung zu einem baldigen und genügenden Resultat zu bringen, damit den Schuldigen seine Strafe treffe. Hanau, den 26. Okt. 1848. Der Stadtrath. A. Rühl."

) **Darmstadt,** 27. Okt. Heute ist eine Deputation des konstitutionell-monarchischen Vereins dahier nach Frankfurt abgegangen, um dem Abgeordneten zur Nationalversammlung, Hrn. Bassermann, sotgende gestern Abend mit allgemeiner Akklamation einstimmig in der gewöhnlichen wöchentlichen Versammlung des Vereins angenommene Dankadresse zu überreichen:

„Die von echtem Muthe zeugende Freisinnigkeit, mit welcher Sie, hochverehrtester Mann, jüngst wieder*), dem Wirken Ihres ganzen Lebens getreu, für das Wohl unseres geliebten Vaterlandes in die Schranken getreten sind, hat in den Herzen aller wahren Volks- und Vaterlandsfreunde einen tiefen und erhebenden Eindruck machen müssen. Sie haben die Erstarkung und Erhaltung der Freiheiten und Rechte des deutschen Volkes im Wege des Gesetzes und der Ordnung, in den Formen der verfassungsmäßigen Monarchie glänzend und siegreich verfochten. Ueberzeugend haben Sie es dargethan, daß die Einheit, die Erkräftigung, die Macht des deutschen Vaterlandes, dieses hohe Ziel der Sehnsucht aller wahren Patrioten nur durch die Vereinigung der verschiedenen deutschen Stämme unter einer kräftigen Reichsgewalt zu erlangen sei. Sie haben jene frechen anarchischen Bestrebungen, die Deutschland schon so viele Wunden geschlagen und sein Glück in dem Blute einer, dem Volke wider seinen Willen aufgezwungenen Republik zu untergraben beabsichtigen, ohne Scheu ans Licht gezogen, und das Alles haben Sie nach Ereignissen und unter Vorgängen gethan, in deren Nähe nur der wahre, aus der heissesten Liebe zum Vaterlande entspringende Muth solch' Bekenntniß abzulegen die Kraft verleiht. Deutscher Mann, nehmen Sie dafür den wärmsten Dank gleichgesinnter deutscher Männer hin. Wo deutsche Herzen schlagen, da schlagen sie auch Ihnen. Möchte nur die Noth des Vaterlandes überall gleiche Kämpfer für sein Wohl erwecken, die mit Ihrem Muthe und mit Ihrem Edelsinne für Deutschlands Freiheit, Ordnung, Kraft und Blüthe das Schwert des Wortes führen. Dann Heil dem Vaterlande!"

Wiesbaden, 21. Okt. Am letzten Donnerstage haben diejenigen unserer Landesabgeordneten, welche nicht bei den hier zurückgebliebenen Ausschüssen beschäftigt sind, die Rückreise in ihre Heimath angetreten. Diese vorher wohl ziemlich allgemein bekannt gewordene Umstand hat nun in Kirberg eine Anzahl mit Prügeln bewaffneter Buben (im schlimmsten Sinne des Wortes) veranlaßt, als an diesem Tage der Eilwagen auf seiner Durchfahrt von hier nach Limburg dort anhielt, dessen Thüre aufzureißen mit den Worten: „Wo ist der Zollmann, den schlagen wir todt; dem soll kein Zahn mehr wehe thun, der vertritt unsere Sache schlecht!" Erst als sie sich zu ihrem großen Verdruß überzeugt hatten, daß der Landtagsabgeordnete Zollmann (dessen Schicksal unter den angegebenen Verhältnissen nicht zweifelhaft gewesen wäre) sich nicht unter den Passagieren befinde, zogen sie sich zurück. Als jedoch gleich darauf der Wagen von Kirberg abfuhr, wurde derselbe vor dem Orte von einem dort aufgestellten zweiten Trupp Buben, welche offenbar noch keine Nachricht von der Nichtanwesenheit Zollmann's hatten, mit einem so furchtbaren Steinhagel bombardirt, daß die größte Lebensgefahr geriethen! (Nass. A. Z.)

*) Die Adresse ist zunächst veranlaßt durch die meisterhafte Rede, welche Bassermann in der 97. Sitzung des Parlamentes am 18. Okt. hielt und die bei uns mit wahrer Begeisterung und der größten Theilnahme aufgenommen worden ist.

ƒ **Kiel**, den 23. Okt. Die neue Regierung besteht aus Männern die mehr oder minder alle das Vertrauen des Landes haben. Ihr Präsident Graf Reventlaw von Jersbeck, gehört der Rechten an, ist ein echter Aristokrat, aber von streng sittlicher Denkweise, wahrheitsliebend und gewissenhaft. Als zweiter Vicepräsident der Landesversammlung hatte er nicht Gelegenheit zu zeigen, wiefern er das Talent habe, Verhandlungen zu leiten, aber seine oft etwas pathetischen und zu sehr im Tone wohlmeinender Warnung gehaltenen Reden machten doch Eindruck, wie das der Vereinigung von starker Ueberzeugung, aufrichtiger Vaterlandsliebe und gesunder Vernunft nicht leicht fehlen wird! Weniger Vertrauen hat Baron Heintze, Amtmann von Bordesholm und Kiel, von jungem Adel, aber verschwägert mit den ältesten Geschlechtern des Landes, beweglich und gewandt, wie ein Diplomat, aber von aufrichtig schleswig-holsteinischer Gesinnung, wie wir glauben; von zweien seiner Söhne, die mit für unsere Sache gekämpft haben, ist einer auf dem Felde der Ehre geblieben, gleichsam ein Unterpfand für des Vaters Gesinnung. — Als sehr zuverlässig und klar gilt der frühere Kanzleideputirte Adolph v. Moltke, der bekannten gräflichen Familie angehörig, wohl nicht, wofür man ihn oft erklärt hat, ein Absolutist, aber entschieden konservativ, wir wissen nicht, wie weit ein Freund der konstitutionellen Monarchie, aber fest entschlossen, den jetzt einmal durch das Staatsgrundgesetz festgestellten Rechtszustand unserer Herzogthümer aufrecht zu halten, was um so mehr gelten muß, als sein Wort lauter wie Gold sein soll. — Derjenige aber, auf welchem das Vertrauen des Landes am meisten ruht, ist der Oberappellationsgerichtsrath Preußer, noch mehr eine gewinnende Persönlichkeit, als der vorige, vielleicht der erste Jurist unseres Landes, freisinnig und streng gewissenhaft, von unerschütterlichem Muthe gegen alles Unrecht, aber nicht eben von zuversichtlichem Selbstvertrauen in Verfolgung eigener Pläne, geneigter nach den Umständen zu handeln, als sie durch eigene Combinationen zu machen. Doch hat sich während seiner kurzen politischen Thätigkeit seine juristische Weltanschauung zu viel freierem mehr staatsmännischen Blicke erweitert. — Das fünfte Mitglied der Regierung, Landvogt Boysen, ist als ein Mann von Ehre, Einsicht und Freisinnigkeit in Verwaltung eines bedeutenden Amtes bewährt. Gewiß bilden diese Männer eine interimistische Regierungskommission, auf welche das Land mit guter Zuversicht hinschauen darf, hätte es auch lieber seine bisherige erprobte provisorische Regierung behalten. Indessen hat jene doch zwei große Vortheile voraus: sie regiert im Namen und mit Genehmigung des Landesherrn, was namentlich für Nordschleswig von der größten Wichtigkeit ist, indem die dort allerdings mächtigen dänischen Sympathien diese Gegenden in Anarchie zu stürzen drohen; sodann wird sie aber, als von den Mächten anerkannte in diplomatischen Verhältnissen eine viel selbstständigere Stellung einnehmen können. Für das Innere des Landes werden die Proklamation und die ersten Akte der neuen Regierung sehr günstig wirken, indem sie sogleich alle Gesetze und Verordnungen, einige wenige irrelevante in der Form gegen Dänemark verletzende ausgenommen, mit Einschluß des Staatsgrundgesetzes als in Kraft bestehend anerkennen. So ist denn der modificirte Waffenstillstand als ein wirklich vortheilhafter ins Leben getreten. Der dänische Kommissär Nerdz hat nämlich sicherem Vernehmen nach zu dieser Wendung der Dinge seine Einwilligung nicht verweigert und konnte zustimmen, da die Waffenstillstandsbedingungen für den Frieden ja nicht präjudicirlich sein sollen. Wie weit der factische Bestand sich später als eine Macht ausweisen wird, muß noch erst erwartet werden. So wird denn wohl die Unruhe verschwinden, welche dieser Waffenstillstand hier allgemein verbreitete, weil er die theuere Errungenschaft eines gesicherten auf der Grundlage der Freiheit ruhenden Rechtszustandes, wenn nicht zu vernichten, so doch in Frage zu stellen schien. Die Beruhigung wird aber eine um so gründlichere sein, als diese den Landesherrn vertretende Regierung nie einem verantwortlichern Ministerium auftritt, welches zwar die provisorische Regierung noch eingesetzt hat, aber schon mit Zustimmung der neuen Regierung. In dieser gehören zwei entschieden der Linken in ihrer besonnenen Fraktion an: der vielversuchte und bewährte Landvogt Jansen auf Sylt, welchem das Finanzdepartement, und der energische und umsichtige Amtmann Jakobsen, welchem das des Kriegs und der Polizei übergeben ist. Obgleich keine Redner, wußten sie sich doch bereits in der Landesversammlung Geltung zu verschaffen, und ersterer hat die erkannten Beschlüsse vom 4. September d. J. formulirt. Harbou ist ein freisinniger, tüchtiger Beamter und ein kräftiger Charakter, für den Augenblick sind ihm der Kultus und der Unterricht, das Innere und die auswärtigen Angelegenheiten übergeben, er war bisher Mitglied der schleswig-holsteinischen Regierung und zuletzt Oberpräsident in Flensburg. Endlich ist einem jüngeren sehr kräftigen Juristen, Obergerichtsrath Rommsen in Schleswig, welcher in der Landesversammlung der rechten Seite angehörte, die Justiz anvertraut. — Diese Männer heißen nicht Minister, weil diese Benennung für die Kleinheit unseres Landes wenigee angemessen erschien, sondern Departementschefs, sie sind aber mit voller ministerieller Verantwortlichkeit angestellt und nur durch ihre Contrasignatur kann jeder Regierungsakt legalisirt werden. So scheint denn, so weit sich jetzt schon urtheilen läßt, auf dem Wege gesetzlichen Fortschrittes und Widerstandes, dem unserem Lande recht eigentlich natürlichen, ein besseres Resultat gewonnen zu sein, als durch Auflehnung gegen den Waffenstillstand und gegen die deutsche Centralmacht — ein Gedanke, der unser Land schon empört — irgend hätte erreicht werden können. — Unsere wenigen Republikaner werden freilich unzufrieden sein, die immer mehr in Mißkredit kommenden Wühler werden neue Drachensaat ausstreuen, wir hoffen, zur Ehre und zum Heile unserer Herzogthümer, ohne sonderlichen Erfolg!

Schleswig, 23. Okt. Die Proklamationen des Reichskommissarius Stedmann und der neuen Regierung sind an allen Straßenecken angeklebt und werden von zahlreichen Gruppen mit Begierde gelesen. Sie lauten also:

I. An die Einwohner der Herzogthümer Schleswig-Holstein. In Folge einer von Sr. kaiserl. Hoh. dem Erzherzog Reichsverweser ausgestellten Vollmacht hat die königl. preußische Regierung in Vertretung der deutschen Centralgewalt unter dem 26. August einen Waffenstillstandsvertrag auf sieben Monate mit der königl. dänischen Regierung geschlossen und die deutsche Nationalversammlung hat denselben genehmigt. Die deutsche Centralgewalt hat in Ausübung des ihr nach Art. 8. des Waffenstillstandsvertrags zustehenden Rechtes mich zum Reichskommissarius ernannt, um von deutscher Seite vermittelnd über die Ausführung der Waffenstillstands-Bedingungen und über die unparteiische Anwendung der Gesetze zu Gunsten der deutschen, so wie der dänischen Bevölkerung zu wachen. Nach erfolgter Anerkennung der deutschen Central-Gewalt durch die Krone Dänemark hat die königlich preußische Regierung mir diese Angelegenheit übergeben und die königlich dänische Regierung mich durch den Ihrerseits ernannten Kommissarius, Kammerherrn Holger Christian v. Reedtz anerkennen lassen. Ich habe dieses Amt schon seit dem 20. v. M. angetreten, um die für die Herzogthümer Schleswig-Holstein wünschenswerthen, von der Nat.-Vers. vorbehaltenen Veränderungen des Vertrags herbeiführen zu helfen und gedenke die bezeichneten Dienste getreu zu leisten, so lange die Regierung Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Reichsverwesers oder meine Pflicht als Mitglied der deutschen National-Versammlung mich nicht zurückruft. Ich habe heute in Gemeinschaft mit dem genannten königl. dänischen Kommissarius, in der Person des Hrn. Grafen Theodor Reventlow, als Vorsitzender, Johann Friedrich Boysen, Josias Friedrich Ernst Baron v. Heintze, Adolph Bernhard Wilhelm Erdmann von Moltke, Alex. Friedrich Wilhelm Preusser als Mitglieder die neue gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein vertragsmäßig eingesetzt. Wenn ich meinerseits meine Pflicht zu erfüllen vermeine, so erwarte ich auch mit Bestimmtheit, daß die biederen Bewohner der Herzogthümer, welche so viele Beweise ihres Rechtssinnes, ihrer Bürgertugend und Vaterlandsliebe gegeben haben, ihre Pflicht darin finden werden, der neuen gemeinsamen Regierung der Herzogthümer, welche im Namen Se. Maj. des Königs von Dänemark, in Seiner Eigenschaft als Herzog von Schleswig-Holstein, ihr Amt verwalten wird, mit Vertrauen entgegen zu kommen und willigen Gehorsam zu leisten. Die würdige, ruhige, gesetzliche Haltung der Bevölkerung wird einen dem Lande günstigen Friedensschluß wesentlich erleichtern. Den Erlassen der drei Männer Moltke, Johannsen, Hansen, welche in Sonderburg den 8. v. M. sich als Mitglieder einer Immediat-Kommission angekündigt haben, ist keine Folge zu leisten. Schleswig, 22. Okt. 1848. Stedmann, Reichs-Kommissarius.

II. Schleswig-Holsteiner! Dem an uns ergangenen Rufe, während der Dauer des mit Dänemark abgeschlossenen, von der deutschen Reichsgewalt bestätigten Waffenstillstandes, die gemeinsame Regierung der Herzogthümer im Namen Sr. Maj. des

Digitized by Google

Königs von Dänemark in Ihrer Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein zu übernehmen, wobei Dero Machtvollkommenheit, unter Ausschluß der einstweilen ruhenden, gesetzgebenden Gewalt uns übertragen ist, sind wie mit Zustimmung der Landesversammlung gefolgt. So wie wir hiebei allem von der innigsten Liebe zu unserem theueren Vaterlande geleitet werden sind, so werden wie auch unabläßig bestrebt sein, innerhalb der durch die Waffenstillstands-Konvention und deren Ratifikation gezogenen Grenzen das Wohl des Landes nach Kräften zu fördern. Bei der Schwierigkeit der Verhältnisse, unter welchen wir diese Regierung antreten, erblicken wie in dem Vertrauen der aus den Wahlen des Volkes hervorgegangenen Landesversammlung, in der durch vielfache Opfer bethätigten Vaterlandsliebe aller Bewohner des Landes und in der Anerkennung dieser Regierung von Seite der betheiligten Mächte, eine sichere Gewähr für die Lösung der uns gestellten Aufgabe. Anerkannt als die für die Zeit des Waffenstillstandes allein rechtmäßige Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, werden wie es als unsere heilige Pflicht ansehen, die unveräußerlichen Rechte des Landes, nicht minder als die der Krone zu wahren, und für die unparteiische Anwendung der Gesetze zu Gunsten der dänisch, wie der deutsch redenden Bevölkerung Sorge zu tragen. Wir hegen den lebhaften Wunsch, die Verhältnisse des Landes baldmöglichst durch einen ehrenvollen Frieden gesichert zu sehen. Bis dahin wird unser Augenmerk darauf gerichtet sein, die Sicherheit, welche der Waffenstillstand auf längere Zeit gegen äußere Störungen in Aussicht stellt, unter steter Berücksichtigung der noch immer ungewissen Zukunft des Landes, für die Entwickelung der Kraft und des Wohlstandes desselben, fruchtbringend zu machen, und die Stockungen zu beseitigen, welche die Macht der Verhältnisse in der Verwaltung, in der Freiheit der Verkehrs, sowie in der Benutzung der gewohnten Erwerbsquellen theilweise herbeigeführt hat. Dabei werden wir es uns zur unabweichlichen Aufgabe machen, den inneren Frieden des Landes und die begonnene, freiere Entwickelung des öffentlichen Lebens, wie sie im Staatsgrundgesetze vorgezeichnet ist, durch eine kräftige Handhabung der öffentlichen Ordnung gegen unheilvolle Störungen sicher zu stellen. Unsere Bekanntmachung vom heutigen Tage ergibt, in welchem Umfange wie die Aufrechthaltung der seit dem 17. März dieses Jahrs erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln, unbeschadet der Bedingungen eines künftigen Friedens, für unerläßlich erachtet haben. Schleswig-Holsteiner! An Euch ist es nun, durch besonnene Haltung und bereitwillige Unterstützung unserer Bestrebungen das begonnene Werk zu fördern, und der Regierung durch Euer Vertrauen auch im Inneren Stärke zur Ueberwindung der Schwierigkeiten zu verleihen, welche sich ihr in den Weg stellen möchten. Flehet mit uns zu dem Allmächtigen, daß er beschütze unser theures Vaterland, daß er Kraft gebe uns und allen seinen Bewohnern in unserm einigen Bestreben für das allgemeine Beste. Schleswig, 22. Oktober 1848. Die zur gemeinsamen Regierung Schleswig-Holsteins Verordneten. Th. v. Reventlow. Boysen. Heintze. A. Moltke. Preußer.

Lübeck, 23. Okt. Wenn auch die vom Senat herbeigerufenen Truppen zuerst mit Freuden begrüßt wurden, so ist doch bald die Stimmung eine andere geworden. Eine Einquartirung, die der Stadt täglich über 1000 Mark kostet, wird jetzt als eine schwere, nicht durch die Umstände gerechtfertigte Steuer angesehen und das ganze Verfahren des Senats wird — wenn auch wohl mit Unrecht — scharf bekrittelt: wie denn überhaupt leider das gute Einvernehmen der exekutiven Behörde mit den Bürgern seit ihrer Proposition des direkten Wahlrechts einen empfindlichen Stoß erlitten hat. Die oldenburgischen Truppen haben jetzt eine anderweitige Bestimmung erhalten und verlassen uns übermorgen, eben so ein Theil der mecklenburgischen Dragoner. Das übrige mecklenburgische Militär werden wir wohl längere Zeit beherbergen müssen, da die Kriminaluntersuchung in Folge der aufrührerischen Bewegung vom 9. Okt. noch nicht so weit gediehen ist, daß auch nur die Mehrzahl der Aufrührer verhaftet werden ist, was freilich auch deswegen noch verschoben sein mag, weil erst hinreichender Gefängnißraum hat geschafft werden müssen. (B. H.)

Schweiz.

+ **Zürich**, 24. Okt. Tessiner und Graubündtener Blätter berichten von einer am 17. geschehenen Gebietsverletzung durch österreichische Soldaten. Obgleich die Berichte zum Theil sich widersprechen, so scheint doch richtig zu sein, daß österreichische Soldaten in dem Tessiner Grenzdörfchen Sesaglio einige Personen verhafteten, die sie jedoch bald wieder in Freiheit setzten. Wahrscheinlich geht es hier wieder wie mit der Radetzkyschen Sperre: man scheut über Gewaltthätigkeit und verschweigt die Veranlassung dazu. Der eidg. Kommissär Eschee untersuchte sofort den Vorfall und ließ ein starkes Piquet eidg. Truppen in das Dorf legen. Jedenfalls wird, falls die Verletzung des Gebiets wissentlich geschah, angemessene Satisfaction verlangt werden. Andererseits handhaben unsere Truppen Ordnung und Polizei so vortrefflich, daß ihnen die Tessiner wie die Lombarden herzlich gram darob sind; mehrmals gab es deßhalb schon Kollisionen, die von schlimmen Folgen hätten werden können, wenn sich die Tapferkeit der Italiener in ihren Werken bewährte wie in ihren Worten. So wurden letzthin in Lugano ein Officier und seine Ordonnanz in offenbar feindseliger Absicht von ein paar hundert Tessinern und Lombarden umdrängt; um sich Luft zu verschaffen, sahen sie sich genöthigt, die Säbel zu ziehen, und die aus 12 Mann bestehende Wache zu ihrem Schutz herbeizurufen; da sei es dann lustig gewesen, wie flink die Helden übereinander gepurzelt, selbst mit Hinterlassung ihres kostbarsten Schmuckes, der Federhüte. Drohungen, in der Nacht bewaffnet wiederzukommen, wurden verlacht, und — nicht ausgeführt. Jetzt geht es aber wieder an ein eifriges Reparieren der Federhüte und ein Schleifen der Klingen: der „National" meint ja, Karl Albert sei eigentlich aus der Lombardei gezogen, man wüßte nicht recht warum, eine nochmalige Kraftentwicklung — und Radetzky sei vernichtet. Nun, Karl Albert wird freilich wohl wissen, warum er abzog; indessen ist es wohl möglich, daß er dem Kriegsdrang der Patrioten nicht widerstehen kann, und wider Willen genöthigt ist, noch einmal das eiserne Würfelspiel zu versuchen. Dieses Mal aber wird die Schweiz die Neutralität nicht bloß an der Tagsatzung, sondern auch an der Grenze handzuhaben wissen; — die Maßregeln Radetzky's so inhuman sie auch getroffen waren, haben insofern ihren Zweck nicht verfehlt. Der Vorort hat in einer Zuschrift an den österreichischen Gesandten die Rechte der ausgewiesenen Tessiner auf eine angemessene Entschädigung verwahrt; wird wohl bei der Verwahrung verbleiben. — Die Züricher Seidenfabrikanten klagen darüber, daß der eidg. Konsul in Leipzig, Hr. Hirzel, in seiner Vorstellung an das preuß. Ministerium, wegen Herabsetzung des Zolls auf schweiz. Seidenfabrikate, sich bedeutende Irrthümer aus Mangel an Sachkenntniß habe zu Schulden kommen lassen. Daß übrigens das preuß. Ministerium jene Vorstellung ziemlich unfreundlich aufgenommen und deantwortet habe, darüber wollen wir uns nicht wundern, wenn wir bedenken, daß an der Spitze desselben der ehemalige General-Gouverneur von Neuenburg steht. — Die Regierung von Freiburg hat ein Ultimatum an den hartnäckigen Bischof gestellt, er solle sich endlich darüber erklären, ob er die Verfassung und die Gesetze unumwunden anerkennen, und ob er seine Verordnungen ohne Ausnahme dem bürgerlichen Placet unterlegen wolle; — wahrscheinlich wird eine nicht ganz „unumwundene" Antwort erfolgen. In Deutschland wird man sich freilich wundern, daß die natürlichsten Rechte des Staates der Kirche gegenüber noch erkämpft werden müssen. Der verhaftete Hirzenschwand ist schon wieder in Freiheit gesetzt, ein Beweis, daß seine Arrestation gewiß keinen gesetzlichen Grund hatte. Eine Anzahl von Bürgern hat sich mit einer Beschwerde über den verlangten Eid auf die vom Volke nicht sanktionirte Verfassung und über das vom Gr. Rathe erlassene Kontributionsdekret an den Vorort gewandt; der Vorort wird dieselbe den neuen Bundesbehörden überweisen. — Zum Entsetzen der gläubigen Bevölkerung wurde letzthin Chorherr Doesaz vom St. Bernhard „wegen Veruntreuung von Klostergut" gefänglich in Sitten eingebracht; um nämlich die bevorstehende Aufhebung des Klosters möglichst unwirksam zu machen, pachteten die Mönche im Piemontesischen einen Bauernhof, wohin sie Silberzeug, die Bibliothek, Geräthe aller Art, kurz Alles, was nicht niet- und nagelfest war, nach und nach flüchteten; selbst eine Heerde von 50 — 60 Kühen hat unvermerkt ihren Weg dahin gefunden. Es war demnach die höchste Zeit, daß ein Einsehen geschah, wenn es nicht schon zu spät ist. — Die Abstimmung des Jurer Volkes über die Bundesverfassung, so wie die Wahl eines konservativen Mitgliedes des Nationalrathes mit mehr als zwei Dritteln Mehrheit, hat ihren Einfluß auf den Gr. Rath nicht verfehlt: er beschloß vor einigen Tagen mit 36 gegen 12 Stimmen, auf den Antrag des Regierungsrathes, die des Landes-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Nachricht aus Wien. Kaiserliche Proclamation.) Wien (Proclamation des Gemeinderathes. Standrecht.) Berlin (Landesversammlung. Demokraten-Congreß. Erwarteter Rücktritt von Pfuel und Fisker. Der Prinz von Preußen). Vom Rheine (Lehrervereine.) München (Der Landrath von Oberfranken und die Juden.) Würzburg (Versammlung der Bischöfe.) Vom Oberrhein (Ersatzwahl für Hecker. Die Eisenbahn.) Sigmaringen (Das badische Strafgesetzbuch angenommen.)

Großbritannien. London (Zeitungsstimmen über die Revolution in Deutschland und Oesterreich. Niederlage der Insurgenten im Kaplande. Politische Prozesse. Verhaftungen und Freigebungen in Irland. J. Mitchell.)

Frankreich. Paris (Der Finanzminister gibt seine Entlassung. Sitzung der N. V. Heftiger Streit mit den Napoleoniden. Democratischer Verein in Genf. Der Pariser deutsche Verein von dem Berliner Centralcomite auf den 26. Okt. eingeladen.)

Spanien. Madrid (Beförderung des Königs Don Francisco. Cabrera entmuthigt. Navarra bedroht.)

Italien. (Kammersitzung in Turin. Erklärung des piemontesischen Ministeriums über Krieg oder Frieden. Vermischte Nachrichten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 27. Oktober.)

Nachschrift.

Deutschland.

Frankfurt, 28. Okt. Die O.-P.-Z. bringt die folgende wichtige Nachricht aus Wien und die untenstehende Proklamation:

Einer aus Wien in Ollmütz eingetroffenen telegraphischen Nachricht vom 24. d. M. zufolge, haben die kaiserlichen Truppen nach einer kurzen Kanonade die Taborbrücke genommen und sind in die Leopoldstadt vorgerückt. Man erwartet ehestens weitere Nachricht.

Proklamation.

Wir Ferdinand der Erste, konstitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn ꝛc. ꝛc. Die unserm Herzen so schmerzlichen Ereignisse in der Hauptstadt der Monarchie, und die Fortdauer des anarchischen Zustandes daselbst, haben uns zur Wahrung des Thrones und des Glückes unserer Völker in die traurige Nothwendigkeit versetzt, die offene Empörung durch die Gewalt der Waffen zu unterdrücken, wie wir dieses in unseren Manifesten vom 16. und 19. Oktober l. J. unseren Völkern verkündiget haben. — Bei dem gestörten Zustande der gesetzlichen Ordnung in der Hauptstadt, und bei dem bevorstehenden Eintritte militärischer Maßregeln ist für den Reichstag unmöglich geworden, daselbst seine Berathungen fortzusetzen. Wir finden uns daher bewogen anzuordnen, daß der Reichstag seine Sitzungen in Wien alsobald unterbreche, und wir berufen denselben auf den 15. Nov. l. J. nach der Stadt Kremsier, wo er in der Lage sein wird, sich ungestört und ununterbrochen seiner großen Aufgabe, der Ausarbeitung einer den Interessen unserer Staaten entsprechenden Verfassung, ausschließlich widmen zu können. Es werden demnach alle zum konstituirenden Reichstage erwählten Volksvertreter aufgefordert, sich bis zum 15. Nov. in der Stadt Kremsier zuverlässig einzufinden, um daselbst die unterbrochenen Berathungen in Beziehung auf die Verfassung fortzusetzen, und solche mit Beseitigung aller Nebenrücksichten in Bälde einem gedeihlichen Ende zuzuführen. — Wir versehen uns, daß alle zum konstituirenden Reichstage gewählten Vertreter des Volkes, ihrer Pflichten gegen das Vaterland eingedenk, sich ungelegen sein lassen werden, pünktlich zur oben bestimmten Zeit an dem bezeichneten zeitweiligen Sitze des Reichstages zu erscheinen, um sich daselbst ungesäumt mit der baldigen Lösung der ihm gewordenen großen Aufgabe ernstlich zu beschäftigen.

Ollmütz, den 22. Oktober 1848.

Ferdinand.

(L. S.) Wessenberg.

Wien, 23. Okt. Vom Gemeinderathe ist folgende Proklamation erschienen: Mitbürger! Nachdem Se. k. k. Hoheit Herr Erzherzog Johann durch die Reichskommissäre Welcker und Mosle, Namens der deutschen Centralgewalt, so wie der hohe österreichische Reichstag, die friedliche Lösung der Wiener Angelegenheiten eingeleitet haben, so müssen wir Euch dringend ans Herz legen, jeden feindlichen Zusammenstoß mit dem k. k. Militär zu vermeiden, damit nicht durch voreiliges Einschreiten das große Friedenswerk, welches über das Wohl und Weh unser Aller entscheidet, in Warnhinein unmöglich gemacht werde. — Die Ostd. Post vom 21. Okt. enthält eine Verkündigung des Oberkommandanten Messenhauser, durch welche, „nachdem trotz aller Ermahnungen an einem Staatsgebäude Plünderung verübt worden", auf Plünderung kriegsrechtliche Behandlung und Todesstrafe durch Erschießen gesetzt wird. Nähere Details fehlen; Privatnachrichten sprechen bereits von einer furchtbaren Höhe der losgebrochenen Anarchie.

CC **Berlin**, 25. Okt. Aus der Nationalversammlung. Es ist eingegangen eine königl. Botschaft mit dem Gesetzentwurfe wegen Schutz der Fabrik-Arbeiter gegen das Truckfystem, welches der Fach-Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen wird. Es fällt hierbei unter den Abgeordneten die Bemerkung, daß es besser wäre, dergl. Gesetzentwürfe der künftigen legislat. Vers. aufzusparen, da jetzt neue Vorlagen die konstituirende Versammlung in fleißiger Förderung ihrer Hauptaufgabe hindern. Zu letzterm Zwecke sind heute mehrere Anträge auf der Tagesordnung. Zunächst der Antrag des Abg. Menfebach und Genossen auf Berathung der Verfassung in 4 wöchentlichen Sitzungen. Die Dringlichkeit wird, nachdem Meusebach eine in diesem Sinne abgefaßte Petition von 5000 Urwählern aus allen Theilen der Monarchie verlesen, für diesen und den Sperling-Wenger'schen Antrag, welcher 3 Tage beansprucht, mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Majorität bewilligt. v. Meusebach begründet seinen Antrag; die Feststellung der Verfassung sei die specielle Aufgabe der Versammlung; es werde nicht eher Ruhe und Ordnung zurückkehren in's Land, das mit Schmerzen auf die Vers. harre. — Waldeck bekämpft den Antrag: Zunächst stehe der Beschluß vom 22. Sept., wonach die Verfassung nur in 2 wöchentlichen Sitzungen berathen werden solle, entgegen; darnach sollten die Gesetze über Weinmoststeuer, Grundsteuer ꝛc. folgen; diese seien viel wichtiger. Nur eine sehr kleine Partei im Lande halte die Mission der Nat.-Vers. mit der Feststellung der Verfassung für vollendet. Aufgabe der Verfassung sei vollständige Organisation des Landes; wenn Jemand einen Neubau beginne, räume er zunächst den alten Schutt hinweg. Die Verfassung sei nur das Baugerüste und wir müssen nicht nur das Gerüste aufbauen, wir müssen auch die organischen Gesetze erlassen; die Quelle der v. Meusebach'schen Petition erscheint trübe. Viele wünschen uns sofort weg. Das sind die Preußenaerine und Sie wissen, was das heißt. Das bestätigt mir eine Adresse der Stadt Warendorf in Westphalen. Und endlich entstünde so die Gefahr, daß man mit der Verfassung zu schnell fertig würde, daß die organischen Gesetze gar nicht mehr beschlossen werden könnten, daß man es dann sogar wagte, uns nach Hause zu schicken! (Also da steckt's?) Ihm und seinen Freunden seien eine Menge von Petitionen und Beschwerden gegen Behörden und Beamten zugegangen. Die Beseitigung derselben interessire das Land vielmehr als die Vollendung der Verfassung, an diese denke das Land gar der Hand gar nicht. — Min. v. Bonin: Waldeck habe mitgetheilt, daß ihm eine große Menge von Beschwerden über die Behörden zugegangen sei; bei dem Ministerio sei dies nicht der Fall. Es sei der Regierung nur erwünscht, wenn Hr. Waldeck ihr diese Beschwerden mittheilen wolle, damit gegen diese Beamten eingeschritten werden könne. — Waldeck: Die Beschwerden seien mehr genereller Natur und es finde keine Veranlassung zur Mittheilung. — Wenger (für den Antrag): Er habe zwei Gründe. 1) Es ist gesagt, man dringe von einer Seite auf die Sache, welche sich auf das Eigenthumsrecht beziehen; mit Recht, und schieben wir die Berathungen nach länger hinaus, so können die §§. der Verfassung, welche sich auf die Heiligkeit des Eigenthums beziehen, leicht zu spät kommen. 2) Ist die Reaktion oft so schwarz geschildert worden, daß nur Schwanz und Pferdefuß fehlen, um zum leibhaftigen Satan zu werden. Wenn dem so ist, so bitte ich Sie, welche sie so geschildert haben, beeilen Sie die Verfassung, damit die Macht von Außen nicht in unsere Vers. dringt. Für Ostpreußen muß ich die Aeußerung W's. entschieden zurückweisen, daß die Verfassung nicht allgemein gewünscht wird. — Weichsel (gegen den Antrag), weil die Verfassung über die wichtigsten Punkte schweige, weil bei 4 Tagen wöchentlich ansehnliche Vorbereitungen nicht getroffen werden könnten, weil auch jetzt schon das Eigenthum heilig sei. — Arntz (für den Antrag) die privatrechtlichen Verhältnisse sind in den Rheinlanden bereits geordnet, daher die Rheinländer gerade bei der Verfassung überwiegendes Interesse haben. Die andern Provinzen haben dagegen gleiches Interesse auch für die übrigen wichtigen Gesetze; daher sei sein Vorschlag, der Verfassung 3 Tage zu widmen und damit die anderen Gesetze nichts verlören, mögen nach zwei besondere Abendsitzungen stattfinden. (Wo soll denn da Zeit für Fach-

Digitized by Google

kammissionen ꝛc. herkammen?) Bornemann: Es seien ihm zahlreiche Petitionen um Beschleunigung der Verfassung zugekommen; nöthigenfalls möge man den Sonntag zu Hülfe nehmen. Scholz (Bunzlau): Ihm gehen täglich Petitionen anderer Art zu, die Versammlung möge sich mit materiellen Fragen beschäftigen. (Faktische Berichtigungen und persönliche Bemerkungen sind auch heute wieder sehr zeitraubend gewesen.) — Es wird zuerst über den Meusebach'schen Antrag, dann über Arntz's Amendement, zuletzt über den Antrag von Sperling abgestimmt. Der Meusebach'sche Antrag wurde nur von der Rechten, einschließlich der Mauerstraße, unterstützt, also verworfen. ad 2. wurde auf Theilung angetragen, der Antrag aber zurückgezogen; ebenso der auf namentliche Abstimmung, und darauf das Amendement fast einstimmig angenommen. Namentlich erhob sich die ganze Linke. — Schütte interpellirt das Ministerium, wann die Publikation des Jagdgesetzes zu erwarten stehe? Minister Eichmann verspricht, die Interpellation innerhalb acht Tagen beantworten zu wollen, worüber in der ganzen Versammlung große Unzufriedenheit laut wird. — Otta (von Liegnitz), zur Linken gehörend, reicht den Entwurf einer Gewerbeordnung ein, welche uns unmittelbar in's Mittelalter mit allem Zunft- und Zwangwesen zurückversetzen würde. Er wurde der Fachkammission überwiesen. Darauf ging die Versammlung über zur Berathung des Gesetzes wegen Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben. Die Verhandlung wird unterbrochen durch dringende Anträge, deren Priorität von der betreffenden Fachkammission anerkannt worden. Es erhebt sich die Frage, ob jede Diskussion durch dringende Anträge unterbrochen werden könne? Der Präsident überläßt der hohen Versammlung die Entscheidung. Die Majorität bejaht die Frage. Der Antrag richtet sich auf die sofortige Bestätigung der Publikation des Jagdgesetzes. Der Finanzminister erklärt, daß die anscheinend weite Frist zur Beantwortung der Interpellation deshalb in Anspruch genommen worden, weil man hoffe, bis dahin den Gegenstand derselben durch Emanirung des Jagdgesetzes vollständig zu erledigen. Der Antrag wird von allen Parteien, mit Ausnahme der Rechten, angenommen. Darauf wurde in der Tagesordnung fortgefahren und §. 10 des Ablösungsgesetzes zum Schlusse gebracht.

△ **Berlin**, 25. Okt. Morgen also tritt der mit so großer Ostentation und schon seit längerer Zeit berufene demokratische Kongreß zusammen. Viele Mitglieder sind bereits eingetroffen, und auch Fröbel wird heute erwartet. Er wird vier Tage versammelt bleiben und im englischen Hause seine Sitzungen halten. So viel man bis jetzt erfährt, soll der ostensible Zweck dieses Kongresses darin bestehen, „alle demokratischen Klubs von Deutschland zu verbinden, zu bewaffnen und einzuexerciren," sowie „durch moralische und physische Gewalt die Demokratie zur Geltung und Herrschaft zu bringen." Außerdem wird beabsichtigt, „Männer auszuwählen, welche Muth und Kraft haben, wenn es zum Kampfe kommt, die rothe Fahne voranzutragen und aufzupflanzen." Auf solche Weise kündigt sich in einem konstitutionell-monarchischen Staate ein durchaus feindliches Prinzip offen an; es kündigt sich an gleichsam unter dem Schutz der Gesetze. Man ist allgemein gespannt auf die Maßnahmen, welche die Regierung ergreifen wird. Bekanntlich ist sie von der Reichsgewalt angewiesen, jenes Gegenparlament aufmerksam zu überwachen.

LC **Berlin**, 25. Okt. Nach der heute durch die Interpellation von Schulze (Delitzsch) wegen der Sanktionirung des Jagdgesetzes herbeigeführten Debatte verließ Ministerpräsident von Pfuel den Ministertisch, und nicht Wenige glaubten in seinen Mienen den Vorsatz zu lesen, an diesen Platz nicht wieder zurückkehren zu wollen. In der That hat sich seit heute Mittag das Gerücht von Neuem verbreitet, die Demission des Hrn. von Pfuel sei nicht blos eingegeben, sondern diesmal auch angenommen. Hr. Kisker soll sich dem Präsidenten des Kabinets angeschlossen haben, und beide Männer werden die Geschäfte nur noch bis zur Wiederbesetzung ihrer Stellen fortführen. Zu dieser letzten Entschließung des Hrn. von Pfuel sollen außer den schon gestern von uns erwähnten Umständen persönliche Aeußerungen des Prinzen von Preußen über das Verhalten des Ministeriums gegenüber der Kammer in den Verfassungsdebatten entscheidend mitgewirkt haben. — Die Räumung des Waffendepots des Studentenkorps macht viel Aufsehen und hat gestern besonders im Bürgerklub zu heftigen Debatten und Beschlüssen Anlaß gegeben. Ganz unerwartet nämlich war auf Veranlassung des Ministers des Innern ein Offizier an der Spitze einer Anzahl Soldaten in das Universitätsgebäude gekommen und hat die Auslieferung der dort befindlichen, von den Studirenden vor den Ferien zurückgegebenen Waffen verlangt. Die Universitätsdiener leisteten dieser Aufforderung willig Folge, obschon das dem bewaffneten Studentenkorps übergeordnete Bürgerkommando die Zurückgabe der Waffen an das Militär untersagt hatte. Man sieht entschiedenen Schritten des Kommando's entgegen. Der Bürgerwehrklub will der Nat.-Vers. von dem Geschehenen Anzeige machen und eine Anklage gegen den Minister Eichmann erheben. — General Wrangel wird sein Hauptquartier von Charlottenburg nach Potsdam verlegen.

Vom Rheine, 24. Okt. Am 22. d. fand in Deutz eine Versammlung von Direktoren und Lehrern der höheren Schul-Anstalten der Rheinprovinz statt (die Zahl der Anwesenden betrug dem Vernehmen nach über 70), worin zunächst ein Reskript des königl. Provinzial-Schulkollegiums zur Sprache kam, in welchem dasselbe den Lehrern das Recht abspricht, von der Central-Behörde in Betreff der beabsichtigten Reform des höheren Schulwesens gehört zu werden. Die Versammlung gab eine Erklärung zu Protokoll, daß nach den auch in diesem Blatte bekannt gemachten Erlassen des Kultus-Ministeriums vom 10. und 24. August dieses Jahres dieses Recht den Lehrern nicht bestritten werden könne, und beschloß, diese Erklärung den betreffenden Behörden mitzutheilen. Ferneren Gegenstand der Besprechung bildete der von demselben Ministerium bekannt gemachte Erlaß über die Wahlen zu der Kommission, die in Berlin zur Berathung über erwähnter Reform zusammentreten soll. Die Versammlung beschloß, in einer Petition das vorgesetzte Ministerium zu bitten, einen andern, die Freiheit und Sicherheit der Wahl mehr gewährleistenden Wahlmodus anzuordnen, resp. den angeordneten Wahlmodus nur mit den von ihr vorgeschlagenen Modifikationen eintreten zu lassen.

München. Der Landrath für Oberfranken hat in seiner Majorität das Prinzip aufgestellt, resp. praktisch in Anwendung gebracht, daß Juden keine Geschworne sein dürften und deßhalb alle Juden aus der Geschwornenliste gestrichen. Der Antrag hiezu soll von einigen protestantischen Dekanen ausgegangen sein, die sich auf den Talmud bezogen, in dem geschrieben stehe, daß die Juden den Christen immer zu schaden suchen müßten! (N. K.)

Würzburg, 25. Okt. Gestern kam nun auch aus Oesterreich ein Abgeordneter zur Versammlung der Bischöfe dahier an, nämlich ein Stellvertreter des Erzbischofs von Ollmütz, der Domkapitular Wahalla. (W. Z.)

Die „Aschaffenburger Zeitung" schreibt aus Würzburg, 23. Okt.: Das Nächste, was wohl hier in der Versammlung der deutschen Bischöfe zur Vorlage gebracht wird, dürfte die Beantwortung der großen Frage über die zukünftige Stellung der deutschen Kirche zum Staate, und ganz besonders die durch die Einheitsbestrebungen unseres Vaterlandes nothwendig gewordene Umgestaltung kirchlicher Verhältnisse sein, wodurch der von mancher Seite begünstigte engherzige Partikularismus endlich ganz verschwinden wird. Nach Innen wird das Augenmerk der Versammlung ganz besonders auf die Durchbildung und Erforschung des Klerus durch Exerzitien sich richten; denn ohne Begeisterung leistet der Klerus bei allen Mitteln Nichts, von ihr getragen aber mit Geringem Außerordentliches. Für die Belebung des religiös-sittlichen Sinnes unter dem Volke würde dann in regelmäßigen, von Diözesanpriestern abgehaltenen Missionen auf dem Lande, in den Städten, wie dies schon längst anderwärts, z. B. in Frankreich geschieht, durch Konferenzen das rechte Mittel gefunden sein.

Vom Oberrhein, 23. Okt. Am 26. d. wird in Thiengen zur Ersatzwahl für den in der Paulskirche nicht zulässig erklärten Dr. Hecker geschritten werden. — Die Eröffnung der Bahnstrecke von Schliengen nach Efringen (2 Stunden von Basel) ist dem Vernehmen nach auf den 8. November festgesetzt. (N. Freib. Z.)

Sigmaringen. Das Straf- und Strafprozeß-Gesetzbuch für das Großherzogthum Baden von 1845 wird als gültiges Gesetz für das Fürstenthum Sigmaringen angenommen und tritt mit dem 1. Nov. 1848 in Wirksamkeit.

Großbritannien.

London, 24. Okt. Die englischen Zeitungen fahren emsig fort die Wiener Katastrophe und die über die österreichische Monarchie schwebenden dunkeln Geschicke zur Füllung ihrer Spalten zu benutzen. Es kann der österreichischen Aristokratie und der Kamarilla nicht gleichgültig sein, die bisher Seitens des Hofes

Digitized by Google

befolgte Politik nun auch in einem oder dem anderen Organ der Tories hart und streng mitgenommen zu sehen. Unter andern beschuldigt die „Morn. Post" diese habsburgische Politik in den stärksten Ausdrücken der Unentschiedenheit und Zweideutigkeit, der Heuchelei und Falschheit, der Intriguensucht und des Betruges, der Schwäche und Hoffärtigkeit. Die einzige Rettung der Dynastie beruhe fortan darauf, daß sie am hellen Tage vorwärts schreite und alle Seitenwege und Hintertreppen vermeide, dann aber auch, wenn die Zeit gekommen, den Geist der Rebellion mit kräftiger Hand niederhalte; denn es sei jetzt Zeit, daß die in den Ministerien selbst festhafte furchtsame Moralität, welche in der Geltendmachung der Gesetze eine Grausamkeit erblicke, ein Ende nehme. Der „Spectator" zählt in einem Artikel alle die seltsamen Widersprüche und Anomalien auf, welche diese neueste und in der That etwas studentenhaft gefärbte Revolution bezeichnen. Wie närrisch z. B. nehme sich der Umstand aus, daß man in Wien an den Ungar Kossuth das Ansinnen stelle, er solle auf österreichisches Gebiet vorrücken, der Umstand, „daß Ihrer Maj. Minister Ihrer Maj. Rebellen einladen, die Stammprovinz des Reiches von Ihrer Maj. Truppen zu säubern. Die Lage des Kaisers ist nicht minder verwickelt. Er sieht, verspricht aber im Fliehen, mit militärischer Hilfe zurückzukommen und seine geliebten Unterthanen zu züchtigen" u. s. w. Ueber die bei der Frankfurter Emeute und der Wiener Revolution vorgefallenen Abschlachtungen hat der „Spectator" ganz eigenthümliche Gedanken. Er bemerkt zwar mit Recht und er stützt sich dabei namentlich auf die grausame Reaktion, wie sie der König von Neapel zu betreiben liebt, — daß die aufgeregte Demokratie nicht barbarischer sei, als das rächend einschreitende Königthum; man mag es dem Spectator ferner noch hingehen lassen, wenn er äußert: solche Gräuel, so beklagenswerth sie auch seien, enthielten wenigstens die Lehre, daß die Völker noch lebendes Fleisch und Blut seien und nicht wie Holzpuppen mit sich spielen ließen, daß die ministerielle Verantwortlichkeit noch eine reelle Basis habe und nicht ein bloßes Phantasiestück sei.

Diese Ansichten des Spectator sind schon ziemlich die des Mob und seiner Führer. Was aber soll man dazu sagen, wenn der Spectator in solchen Vorgängen sogar eine Art erhebender Poesie findet, wenn er sagt: Ihr begeistert euch an der verzweifelten Metzelei bei den Thermopylen, ihr seht solche Ereignisse im Spiegel der Dichtkunst mit Vergnügen, und nun, da sie euch als lebende Wirklichkeit gegenübertreten, schaudert ihr vor ihnen zurück! Wir wüßten doch nicht, was die Mörder des unglücklichen Latour mit den heroischen Vertheidigern der Thermopylen und die widerliche Hetzjagd auf Lichnowsky mit der Poesie zu thun haben sollten. Das Große und Erhebende an der französischen Revolution ist doch wahrlich nicht der Mord der Prinzessin Lamballe. Dagegen mag man, wenn auch nicht gerade in diesen einzelnen Scenen, doch in der ganzen Bewegung in Deutschland einen Fonds von Poesie erblicken, man mag dem Spectator zugeben, daß diese Ausbrüche der Leidenschaft etwas Kräftigeres, Naturfrischeres und Versprechenderes haben, als jene erkünstelte und überfeinigte, diplomatische Salonglätte der Gesellschaft von ehemals, hinter deren Prachtdecke die schlimmsten und gehässigsten Leidenschaften und gemeinsten Begehrnisse und neidischsten Ränke im Geheimen wühlten, während man sich durch ein heuchlerisches Ceremoniell gegenseitig zu betrügen und hinter's Licht zu führen meinte!

Und so wollen auch wir uns mit dem Spectator freuen über diesen aufsprudelnden neuen „Lebensvulkan", über dieses Emportauchen der „Urelemente der menschlichen Natur, die man längst erloschen glaubte, mit ihren gewaltigen Triebkräften, mit ihrem, wenn auch rohen Drängen und Treiben nach großen Handlungen und Zielen", aber auch nur unter letzterer Bedingung, unter der Voraussetzung, daß diese Leidenschaften, ihrem wilden Zuge folgend, nicht das ganze Gebäude unserer Kultur in Schutt und Asche verwandeln und für den künftigen Aufbau bloße Schlacke zurücklassen. „Inzwischen", bemerkt der „Spectator" an einer andern Stelle, „scheint Fürst Metternich in seinem ruhigen und gesunden Asyl zu Brighton, unter dem Schutz und Schirm der konstitutionellen Monarchie, den geographischen Ausdruck Oesterreich überleben zu sollen." (Bekanntlich erlaubte sich Fürst Metternich, in einer seiner frivolen Anwandlungen, in einer Note zu versichern, Italien sei nur ein „geographischer Ausdruck.")

London, 25. Okt. Die „Times" von diesem Datum bringt aus dem Kaplande die Nachricht, daß der Gouverneur Sir Harry Smith, der sich bereits in Indien durch seine Siege über di Sikhs einen glänzenden Namen erwarb, den 29. August auf die empörten Boeren stieß, in der Nähe von Borm Ploos, wo sie eine feste Stellung eingenommen hatten, und daß er sie nach einem scharfen dreistündigen Gefechte in die Flucht schlug und verfolgte, wobei sie große Verluste erlitten. Sir Harry Smith wurde selbst am Knie verwundet, sein Pferd unter ihm getödtet. Die Nachricht ist aus des Oberbefehlshabers Hauptquartier, 6 englische Meilen nordöstlich von Bethany, den 31. August datirt. Die „Erbweisheit" der Engländer ist groß, aber ihr Erbglück scheint noch größer zu sein.

Die politischen Prozesse und Verhaftungen in Irland nehmen noch immer kein Ende. Der „Cork Examiner" meldet, daß am 19. Okt. in Crookhaven eine unbekannte Person verhaftet und unter polizeilicher Bedeckung nach Dublin weiter geschafft wurde. Dies Individuum soll ein Emissär aus Nordamerika oder ein sogenannter amerikanischer Sympathizer und auf einem Schiffe unter preußischer Flagge angekommen sein. — In Shanagolden wurden vor Kurzem mehrere Bauern verhaftet; dagegen wurden durch ein Dekret des Lordlieutenants auf Anlaß seiner Reise nach England 11 Angeklagte gegen Bürgschaft aus ihren Gefängnissen entlassen. Nächster Tage beginnt in Dublin der Prozeß der HH. Doherty, Williams und Duffy, wegen mehrerer in der „Nation" und im „Tribun" veröffentlichter Artikel der Felonie angeklagt. Der „Limerick Examiner" erzählt gerüchtweise, daß der wegen Hochverraths nach Bermuda verbannte J. Mitchell gestorben sei.

Frankreich.

□ **Paris**, 25. Okt. In der heutigen Sitzung der N.-V. rieben sich die Parteien heftig und es wird schwer fallen, das Bild derselben in einen engen Rahmen zu fassen. Noch vor Eröffnung der Sitzung zog es allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, daß Gondchaux nicht auf der Ministerbank saß. Er war gestern mit dem Antrage durchgefallen, die Rechnungsablage der ehemaligen provisorischen Regierung nicht an eine Kommission zu verweisen, da die Mitglieder derselben im Verein mit mehreren Abgeordneten darauf drangen, und hatte nachher noch eine heftige Diskussion darüber mit Leon Faucher. Vergebens drangen seine Kollegen, viele Abgeordnete, heute auch der „National" in ihn, sein Amt doch behalten zu wollen. Bis jetzt ist es nicht gelungen, ihn dazu zu bewegen. Man nennt den jetzigen Präfekten des Seinedepartements, Trouvé Chauvet, als seinen und den ehemal. Minister Recurt als dessen Nachfolger. Nach der Eröffnung der Sitzung interpellirt Grandin das Ministerium, warum es die altdemokratischen Bankette und die aufregenden Reden dulde, die man sich dabei erlaube. Namentlich habe Theodor Bac die aufrührerischen Arbeiter zu Rouen, Elbeuf und Limoges hoch leben lassen. Die alten Blutmenschen würden wie zur Nachahmung gepriesen. Es zeige sich nun freilich, daß diese Ansichten nur eine kleine Minderheit im Volke für sich hätten, aber sie beunruhigten doch die guten Bürger und störten allen Gewerbfleiß. Bac macht dem Redner das Recht streitig, eine Interpellation vorzubringen, die eigentlich an ihn gerichtet wäre. In dem von ihm besuchten Bankette sei nichts Ungesetzliches vorgekommen. Für Unglückliche das Wort zu führen, könne Niemand verbieten; die freie Rede und Association dürfe nicht untersagt werden. Nur für Tyrannen bildeten sich Verschwörungen. (Widerspruch von Flocon. Bac: Ich verstehe euch! Man lacht.) Der Minister Dufaure stellt vor Allem fest, Grondin hätte volles Recht zu dieser Interpellation, wie die Regierung die Klubs und Bankette zu verbieten, welche Unruhen erzeugten und den Arbeitern nur Schaden brächten. Aber bis jetzt sei es nicht so schlimm und besonders die Theilnahme nicht so groß. Bac habe von 6000 Theilnehmern an seinem Bankette gesprochen. Er müsse ihm zu seinem Bedauern sagen, daß er hierbei etwas renommire, es wären höchstens 1100 gewesen (Allgemeines Gelächter) und da wären die Karten an der Thüre mit bedeutendem Rabatt verkauft worden! Freilich hätte Ludwig Bonaparte einen an ihn, den Minister, gerichteten Brief in öffentlichen Blättern drucken lassen, worin er selbst vor Verschwörungen warne, die sich in seinem Interesse und gegen seinen Willen bildeten. Es wäre nur Schade, daß er nicht auch seine, Dufaure's, Antwort veröffentlicht hätte, die so laute: „Sie irren sich. In Ihrem Namen bereitet Niemand einen Aufstand vor!" Für den abwesenden Abgeordneten Ludwig nimmt sein Vetter Napoleon Bonaparte das Wort: Jene Note rühre von ihm her. Ein General und mehrere Deputirte hätten von der Verschwörung

mit ihm gesprochen. Clement Thomas fragt: warum der Abgeordnete Napalean immer füe Ludwig Bonaparte spreche. Ein Abgeordneter müsse selbst den Sitzungen beiwohnen und für sich zu sprechen wissen. Es kammt zu heftigem Gezänke und großer Aufregung. Ein anderer Napoleonide, Petee Napalean, mischt sich ebenfalls in die Verhandlung. Clement Thomas habe nicht das Recht, einen Kandidaten zur Präsidentur mehr als einen andern herabzusetzen. Die Kammer möge ihre Mißbilligung darübee aussprechen. Dee sagt dagegen, wahl habe er das Recht einen Peätendenten zur Kaiserwürde, bee in einem Freistaate Präsident werden wolle, ernstlich anzugreifen. Nach heftigem Hin- und Hereeden wird die Tagesordnung beliebt und dee Gegenstand endlich verlassen. Doch kommt man später noch einmal darauf zurück, da Jeeame Banapaete zu verstehen gab, die Regierung möchte wohl gar manchen Aufstand veranlassen. Der Kriegsminister erklärt, man habe Gewehre aufkaufen lassen, um sie verdächtigen Personen auf diese Weise abzunehmen. Aufstände zu veranlassen, sei weder ein Geschäft für die Regierung, noch läge das in ihren Wünschen. (Heiterkeit.) — Auf Veranlassung eines von der Regierung eingebrachten Gesetzentwuefs, vermöge dessen die zu transportieenden Insurgenten nach Algier gebracht werden, und nach dreijährigem Wohlveehalten wieder zurückkehren dürfen, folgt eine zweite Interpellation von P. Lerour, welcher behauptet, von 11,000 Verhafteten seien 4400 transpoeturt, und nue einige hundert vor die Kriegsgerichte gestellt warden, von welchen keiner zum Tode, dir Mehezahl zu geringen oder keinen Strafen verurtheilt woeden wären. Wir werden auf diesen Gegenstand zueückkommen. Der vielbesprochene Dekretsentwurf nach welchem die Wahl des Präsidenten der Republik auf den 10. Dec. d. J. anberaumt wird, wurde gestern im Namen des Verfassungsausschusses von Armand Marraft vorgelegt. Zu den Kandidaten ist, nach einem Lyoner Blatte, noch Marschall Soult hinzugekammen, welchem im Departement dee unteeen Charente auch viele Stimmen zur Deputation zugesichert sein sollen. Fast alle hiesigen Blättee melden heute, in Mailand sei am 19. ein Aufstand ausgebrochen. (S. den Artikel Italien, woraus heraorgeht, daß diese Nachricht durchaus ungegründet ist.) — Das italienische Theater steht so schlecht, daß es heißt, dasselbe werde geschlossen werden. — Dee Manitenr zeigt an, Marquis von Brignole Sale, außerordentlichee Abgesandter des Königs van Sardinien, habe heute dem General Cavaignac das Abberufungsschreiben seines Königs überreicht. Karl Albert hat demselben zugleich den Annunciaden-Orden überfandt. — Der Corsaire sagt, es scheine, in Genf hätte sich ein, aus Franzosen, Schweizern, Deutschen und Savoyaeden bestehender demokratischer Verein gebildet, welcher darauf hinarbeite, Savoyen zu reoolutioneen. Der Minister Bastide soll darübee mehrere Noten aus dem Kabinette Karl Alberts erhalten haben. — Die Reforme theilt ein Schreiben des Centralkomite's der deutschen Demokraten zu Berlin an den Pariser deutschen Verein mit, in welchem letzterer ersucht wird, auf den 26. einen Delegirten nach Berlin zu schicken. Es wüede daselbst ein Kongreß der Delegirten aller deutschen demokratischen Gesellschaften, sowie ein anderee der Abgeordneten der linken Seite aller deutschen Nationalversammlungen stattfinden. **Diese beiden Kangresse könnten leicht von unberechenbarer Wichtigkeit sein.** Der Pariser deutsche Verein hat in Folge dieser Aufforderung einen Delegirten ernannt, der sich nach Beelin begeben wird. — Dee neue Erzbischof von Paris ordnete gestern einen feierlichen Gottesdienst füe die Seelenruhe seines, eines so erhabenen Todes gestarbenen Vorgängers an, dee mit allgemeiner und tiefer Rührung begangen ward.

Paeis, 25. Okt. — Stand der Renten: 5%Ct. 68. 70; 3pCt. 44. 45; Neue —. —; Neapal. 79. —; Bankactien 1515; Span. 5pCt. (Arbois) — —; 3pCt. —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 107. 50; linkes Ufee 97. 50; Paris-Orleans 608. 75; Paris-Rauen 382. 50; Orleans-Bordeaux 368. 75; Orleans-Vierzen —. —; Rouen-Havre 186. 25; Marseille-Aaignen 175. —; Straßbueg-Basel 82. 50; Nordbahn 356. 25; Paris-Lyon 361. 25; Paris-Straßbnrg 333. 25; Römisches Anlehen 64.

Die Nachricht von dee Demission des Finanzministers (S. Art. Paris) deückte die Caurse.

Spanien.

Madeid, 20. Okt. 3pCt. Rente 18¾ P. (N. d. B. 18⅝ G.); 5pCt. 9¼ P. (N. d. B. 9⅛ G.); Passive 3⅜ P. (N. d. B. 3¼ G.)

Die officielle Zeitung enthält eine Ordonnanz der Königin, nach welcher die Würde des Palastgouverneues abgeschafft und der König Don Franeisco mit der obersten Leitung des königl. Hauses und des Patrimoniums der Keone betraut wird. Mieaflores, dee jene Würde bekleidete, hat seine Entlassung eingereicht. Als Rath soll dem König der Heezog van Gar abee dee Herzog van Ahumada beigegeben werden. — Es heißt fortwährend, Cabrera suche nach Frankreich zurückzukehren. — „Clamar publ." will wissen, in Naoarra stehe ein neuer karlistischer Einfall zu befoegen.

Italien.

□ In dee Sitzung der Deputirtenkammer zu Turin vom 20. Okt. kam die Frage über Krieg odee Friede nach nicht zur Abstimmung. Präsidirt wurde dieselbe von dem neu eingetretenen, zue linken Seite der Kammer gehörenden, Abgeordneten Vincenz Giobertt, dessen Dankrede mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten empfahl den Rednern die befreunteten Mächte, Frankreich und England, so wie diejenigen, welche sich über die vorliegende Frage nach nicht ausgesprochen hätten, wie Deutschland, nicht zu beleidigen. Der Frankfurter Reichstag habe sich zwar gegen Italien nicht gut benammen, wäre abee jetzt anderer Ansicht, und mehrere Zeichen deuteten darauf hin, daß derselbe nicht ohne Sympathien für unser schönes Land wäre. Deutschland habe ein Interesse dabei, daß Italien stark und frei werde, England zeige sich wahlwallend und die ihm gemachten Vorwürfe seien ungerecht. Frankreich sei man zu Dank verpflichtet. Wenn es uns auch nicht mit einem Heere zu Hülfe gekommen sei, so habe es doch Radetzky verhindert, über den Tessin zu geben. Jetzt Kreg führen wäre ungeeignet, weil man dadurch das Ansehen gewinnen würde, „sich aan einer kleinen Zahl lombaedischee Republikaner, die sich in der Schweiz befänden, in's Schlepptau nehmen zu lassen." Wenn sich die rechte Gelegendeit fände, so würde das Kabinet schon von selbst den Krieg erklären und vom Parlamente „die nöthigen Truppen und Geldmittel verlangen." Nach dem Minister sprachen noch viele Redner, worunter Cassini, Cavaue, Sinea, Ricotti für, Valeria, Mellana u. A. gegen die Politik des Ministeriums. Brofferio's gestern von uns angeführter Antrag kam nicht zur Abstimmung, war auch, wie schon aus unserem gestrigen Berichte hervorgeht, ifalirt, und vielleicht nicht ganz ernstlich gemeint. In Piacenza wurden die Bürgee am 16. Okt. von Regierungswegen verwarnt, sich nicht, wie in den letzten Tagen geschehen, beim Ablösen der Wachen politische Demonstrationen uno Geschrei, oder Absingen verpönter Lieder zu erlauben. — In Aleffandrien sollen wieder Ungarn angekommen sein, welche Dienst im piemontesischen Heere nehmen wollen. — Die „Mailänder Zeitung" vom 19. Okt. enthält eine Ergebenheitsadeesse der ungarischen Offiziere in Mailand, welche gegen Kossuth's Benehmen protestiren.

Feankfurter Böesenbericht.

Vom 28. Okt.

5pCt. Metalliq. 67 G.; 2½pCt. ditta 35¼ G.; Bankaktien fl. 1108 G.; fl. 500. Loose 113½ G.; fl. 250. Loose 79¼ G.; Badische fl. 35. Loose 25⅜ G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 25¼ G.; Poln. fl. 500 Loose —— ; Friedr. Wilh.-Nordbahn 42 G.; Berbach 68 G.; Köln-Minden — —.; 3pCt. inländische Span. 17⅛ G.; 4½pCt. Würt. 92½ G.; 4½pCt. Belg. 73¼ G.; Holl. 2½pCt. Integrale 45 G.

Die neuesten Nachrichten aus Wien erzeugten zwar eine bessere Stimmung in Fonds, allein es machte sich keine besondere Kauflust bemerkbar. Auch war dee Umsatz unbedeutend und nur in badischen Loosen lebhaft. Spanier, in Folge der Madrider Notieung flauer.

Nachschrift.

Nachrichten aus Wien sind heute ausgeblieben.

* **Beelin**, 26. Okt. Heute früh 10 Uhr, hielt der so oft besprochene demokratische Kongreß seine erste Sitzung. Sie war sehr wild und ungeordnet und nur vorbereitend. Leider ging es auch in der Landesaersammlung sehr stürmisch zu. Dee Präsident Geabow rief Herrn v. Berg zue Ordnung. Die Kammer mißbilligte den Ordnungsruf mit dee Mehrdeit zweier Stimmen. Präsident Grabow legt sein Amt niedee. Die bestürzte Versammlung gibt ihm ihr Vertrauen zu erkennen. Herr Grabow ist um vierwöchentlichen Urlaub eingekommen.

Für die Redaction verantwortlich: W. **Kiesselbach.**

Beelag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Deuck von **H. L. Brönner** in Feankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Oberitalien wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle Rue du Roulevard.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 290. **Frankfurt a. M., Montag 30. October.** **1848.**

Uebersicht.

Eine Einleitung.

Deutschland. Frankfurt (Die Polen in Wien und Berlin. Herr Waldeck über die Umtriebe der Reaktion.) Wien (Die Reichskommissäre. Die Stimmung in der Stadt. Hr. Robert Blum. Neueste Nachrichten. Hr. Tunora. Ultimatum von Windischgrätz. Neuer Protest des Reichstags. Die Bank.) Olmütz (Die Zukunft des Kaisers.) Triest (Die österreich. Flottr.) Prag (Schreiben Jellačić's an die Slowauska Lipa. Volksversammlung.) Berlin (Gedden über Finanzzölle. Herr Grudow. Der Kriegsrath. Neues Vorparlament. Blum und Schlöffel. Das Militär. Landesversammlung. Auflauf. Aufregung. Der demokratische Kongreß. Nationalversammlung.) Burg (Unruhen.) München (Ministerkrisis. Die Adresse der Bürgerversammlung vom König nicht angenommen.) Leipzig (Blum vergebens erwartet.) Vom Neckar (Deutschland's Zukunft.) Karlsruhe (Die erste Kammer.) Freiburg (Die Amnestie.) Mannheim (Das gesellschaftliche Leben der Stadt. Militärisches.) Thiengen (Hecker wieder gewählt.) Kassel (Publicirung der Reichsgesetze.) Hamburg (Das neue politische Leben.)

Großbritannien. London (Kopenhagener Korrespondenz der Times.)

Schweiz. Bern (Der Sitz der Bundesbehörden. Unruhen in Freiburg. Wahlen.) Lugano (Die Ungarn in Italien.)

30. October.

Denken wir zurück an die Stimmungen, wie sie, immer weiter ihre Kreise ziehend, in den letztn Jahren vor Ausbruch der Februar-Revolution im Volke wogten, so läßt sich, aan welchem Parteistandpunkte man auch die Geschichte dieser Zeit auffaßt, nicht hinwegleugnen, daß neben dem Grimm über die seine freien, gesunden Bewegungen hindernden Fesseln, neben der Entrüstung über die Jämmerlichkeit der Beamtenwirthschaft, welche, aus Unfähigkeit und Hoffährtigkeit zugleich, die besten Kräfte aussaugen oder versaulen ließ, ein gewisses unbestimmtes Gefühl, eine jungfräuliche Sehnsucht nach einem kaum grahnten Ziele lag, das, ein unsichtbares Fluidum, den briden andern Empfindungen und ihren Aeußerungen stets neue Säfte zutrug. Nach erfolgtem Ausbruche — die Geschichtschreibung wird eine ebenso scharfe Lauge des Spottes über jene Staatsmänner ausgießen, die denselben durch Polizeimaßregeln zurückhalten zu können glaubten, als der Patriat wegen ihrer durch Begehungs- und Unterlassungssünden dem Vaterlande geschlagenen Wunden Haß und Verachtung für sie hat — war es nur zu natürlich, daß sich die entfesselte Thatkraft zuerst gegen die unmittelbarsten Gegenstände des Absolutismus wendete. Daß schon zugleich mit dem Zusammenstürzen derselben für die Forderungen der vernachlässigten materiellen Bedürfnisse überall positive Vorschläge auftauchten, ist wohl hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß ein großer Theil der Gebildeten bereits in sich die Reaolution vollzogen hatte, während noch der Druck einer imdeutlen inneren Politik auf der Menge ruhte, mithin jene beim Oeffnen der lang verschlossenen Pforte sogleich ihrer Glieder Herr waren; während die Andern wegen ihrer geringeren geistigen Ausbildung, abgesehen van den selbstbewußten Egoisten unter ihnen, sich nur erst in der wildesten Bewegung aan der Entfernung der alten Ketten zu überzeugen vermochten. Die bezeichnete Sehnsucht nahm zwar in jener Zeit gewaltig an Intensität zu, der Drang erreichte seine äußersten Grenzen — das Bewußtsein über das Objekt aber wurde kaum größer, das Wissen von der Art seiner Befriedigung nur vielleicht bei Einzelnen etwas heller. Wie verhielt sich nun gegenüber dirsen drei gegenwärtigen großen Grundzügen in der Wesenheit unseres Volkes das deutsche Parlament? Sprechen wir es kurz aus; es nahm auf dieselben nur zu wenig Rücksicht. Der negatiaen Seite, so weit sie sich auf Abschaffung der Cnsur u. s. w. erstreckte, Genüge zu leisten, ergab sich aon selbst; die Versammlung brauchte nur zu sanktioniren, was in den einzelnen Kammern, was in der Wissenschaft und Presse seit Jahren über allen Zweifel fest stand. Auf Schöpfungen, kräftige markige Formbildungen und scharf gezogene Organisationen ging sie nicht ein, weil ihr jenes Etwas im Volke ganz entging, oder weil sie es nicht zu befriedigen vermochte. Was blied ihr mithin übrig als Diskussian? die Wahlen waren ja doch vorgenommen. Fragen wir jedoch endlich nach dem Kern jenes Etwas, jener aben als jungfräulich dezeichneten Sehnsucht im Volke; so lautet die Antwort, es war und ist die echte Sehnsucht des Weibes, die Srhnsucht der Menge nach einem Manne, der gewaltig in die Verhältnisse eingreift und kurz entschlossen die neuen Grstaltungen hinpflanzt, nach einem Manne, an dem sie sich hinaufschmiegen kann mit allem ihren Wünschen und Haffen, mit allrn ihren Schwächen und Gebrechen, der alle in ihr ruhenden Keime weckt und entwickelt, nach einer Verkörperung der neurn Politik!

Deutschland.

† **Frankfurt**, 28. Okt. Eine seltsame Erscheinung ist es, daß in den drei Hauptversammlungen deutscher Männer auf deutschem Baden das Slawenthum seine Stimme in einer Weise erheben darf, welchr Beschlüsse durchkreuzt und alterirt. Palen halten im Augendlick in Wien die Zügel; Palen haben in Berlin im Vereine mit dem Partikularismus der Linken einen Beschluß durchgesetzt, der eine Versündigung am deutschen Volksthum und eine Auflehnung gegen die Frankfurter Beschlüsse ist; ein Pole durfte zurechtweisend selbst inmitten der Frankfurter Versammlung auftreten und Schmähdriefe auf sie in seine Heimath senden!

Der Abgeordnete van Meran wurde am 26. in der Paulskirche verlacht, als er von polnischen Studenten in Wien sprach! Und doch ist dem alsa, die Aula besteht aus einem guten Theil Palen. Aber weiter! Im Reichstag und im Lager sind im Augendlicke am eifrigsten und rührigsten die Polen. Als der Czeche Strahdach und sein Anhang fiah — ergriff der Pole Smolka im Reichstag das Ruder, Macisz-Kuiviez beruhigte das Volk in den Straßrn, Andere waren unermüdlich bei den Arbeitrn in den Ausschüssen und dei den Deputationen. Ein palnischer General und polnische Offiziere organisirten die Vertheidigung her Stadt und galizische Freischaaren waren faßt die erstrn, welche nach Ungarn und Wien eilten, wirwahl ihr Aufbruch gar manchrn Palen daheim betrübte, der eine andere Palitik befalgt wissen wollte. Denn allerdings war die Besargniß rege geworden, daß die Ungarn und die Wiener Demakratie den erwünschten Dank für die Palen nicht finden würden; daß Galizien, wenn der Sturm es unorganisirt ereile, eine Beute der Russen werden könnte. Die Wage der polnischen Politik begann also hin und her zu schwanken. Der Volksrath in Lemberg wollte einen galizischen Reichstag und rasche Bewaffnung der Nationalgarden und erließ in diesem Sinne einen Aufruf an seine Deputirten in Wien, deren Bleiben er übrigens belobte. Eine andere Partei, und wir glauben, der Statthalter Zalewski mit ihr, zauderten und waren nicht mit dieser Maßregel einverstanden; daher die Bewaffnung langsam vor sich geht und keine kräftige Einheit in dem Verfahren sich kund gibt. Dazu kammt ein anderer Hemmschuh, die Ruthenen. Verletzt durch die letzten Erlasse, welche sie ihrer Sprache zu berau-

ben drohten, haben sie sich bewaffnet unter österreichische Offiziere gestellt und bilden so im Sinne des Kaisers einen scharfen Wächter, der die polnischen Pläne stört. — So liegt die poln. Sache in Oesterreich, wie in Preußen? Im April, ja Anfangs Mai noch hatten die Polen in Posen sich feierlichst des Namens Preußen entäußert und gegen die Beschickung des Berliner Reichstags als eines fremdländischen protestirt. Ende Mai waren sie jedoch auf ihm erschienen, und da sie in Frankfurt es nicht hatten hintertreiben können, daß die Bewohner Deutschposens ihres guten Rechts an der deutschen Verfassung durch Einverleibung in das einige Deutschland theilhaftig würden, machten sie den Versuch in Berlin. Ihre Politik war eine stete Opposition gegen die Regierung. Deshalb standen sie immer mit der Linken. In einzelnen Fragen nur enthielten sie sich der Theilnahme, so bei Gelegenheit der Erklärung: daß der Reichstag vom Ministerium volle Hingebung an die Centralgewalt erwarte (in der schleswig'schen Sache.) Sonst nahmen sie nur jede Gelegenheit wahr, durch Proteste bezüglich ihrer Nationalität die Verhandlungen zu stören, wurden aber später von Woche zu Woche preußischer, je deutscher das Ministerium wurde, und sprachen endlich den Wunsch nach eigener Verfassung nicht mehr aus, nur das Verlangen der Theilnahme an der preußischen — um nämlich bei Verleihung derselben im vollständigen Besitz mit Deutsch-Posen zu verbleiben und die Ausführung einer Abgrenzung zu verhindern. Bei der Feststellung des §. 1 vom preußischen Staatsgebiete mußten sie noch Kräften dahin arbeiten, daß dasselbe nicht gleichbedeutend mit deutschem Staatsgebiete würde, sondern die Polen mit umschlösse. Sie setzten diesen Plan durch, trotz der Worte des Königs: daß Preußen in Deutschland aufgehe, trotz der Worte des Ministers, welcher den Frankfurter Beschlüssen gemäß, Preußen nur so weit sich erstrecken ließ, so weit Deutschlands Grenzen reichen. — Ja sie erreichten noch mehr. Ein Amendement, mit dem Uebergewicht einer zweifelhaften Stimme angenommen, sichert ihnen für das Gebiet von Deutsch- und Polnisch-Posen besondere Privilegien, welche die Deutschen ihrer heiligsten Rechte berauben. Es dehnt ihnen die Möglichkeit an, wie in Galizien über die Ruthenen, dereinst in Posen über Deutsche Heer zu werden. Wir sagen nur: „es dehnt ihnen die Möglichkeit an!" Aber ist dieses nicht schon eine Schmach, mit der der Partikularismus einer Fraktion den deutschen Namen befleckt? Ist es nicht ein Hohn, der uns Deutsche deshalb trifft, weil unser nationales Gefühl eine fremde Nationalität nicht in die ihr gebührenden Schranken zu weisen versteht? Warum dürfen Polen in Berlin mit der bestimmt ausgesprochenen Absicht tagen, die Bande eines deutschen Stammes von seinem Mutterlande zu lösen? Warum darf ein Pole in Frankfurt als Pole in der deutschen Nationalversammlung gleichsam zum Spotte einen Beschluß als unüberlegt in nochmalige Berathung zu bringen versuchen und die Absicht offen kund geben, daß er deutsche Männer aus der Versammlung ihres Volkes bringen wolle?

Wahrlich, unsere welthistorische Aufgabe, die unsere Blicke nach Osten wenden soll, bleibt eine unlösbare, wenn wir nicht im eigenen Hause unser weites Herz verengen und unser eigen Volksthum schirmend, das fremde in die gebührenden Schranken weisen!

! **Frankfurt**, 28. Okt. He. Waldeck spricht in einer Zuschrift an die Berliner Nationalzeitung die Hoffnung aus, daß die Schmähungen der Kreuzzeitung und der Deutschen Zeitung ihm vom Volke würden zur Ehre angerechnet werden. So viel wir uns erinnern, haben Sie in Ihrer Zeitung Hrn. Waldeck nie geschmäht, nie persönlich angegriffen; Hr. Waldeck ist bekanntlich ein fleckenloser Charakter. Wenn Sie in der Mißbilligung seiner öffentlichen Thätigkeit mit der „Neuen Preußischen" zusammengetroffen sind, so kann man Sie für diesen Zufall nicht verantwortlich machen. Tegnér äußert sich einmal: „Man muß die Wahrheit sagen, auch wenn es in schlechter Gesellschaft geschieht!" Ich mache auf die Zuschrift Waldeck's besonders deshalb aufmerksam, weil sie über reaktionäre Umtriebe in Westpolen bemerkenswerthe Mittheilungen enthält. Adel und Geistlichkeit (die rethodoxe evangelische) reichen sich dort brüderlich die Hände. Nach Herrn Waldeck's Nachrichten sagte ein Geistlicher auf der Kanzel: „Die Buben, die da sitzen in Berlin, in die Welt hineinschreien und Gesetze geben wollen, sind nicht werth, dem edlen, verfolgten, christlich-gläubigen, frommen Minister Eichhorn die Schuhriemen aufzulösen!" — die Throne von Gottes Gnaden, hat es geheißen, fangen an zu wanken, und die Altäre zu erbeben, Bibel, Gesangbuch und Katechismus sollen verbannt werden und dergleichen. — Der Landrath v. d. Horst ließ eine Adresse zur Unterschrift zirkuliren, in welcher von der Berliner Versammlung gesagt wird, sie habe verhandelt: „ob dem rebellischen Gesindel der Märztage, das an den Galgen und unter den Rabenstein gehört, der Dank des Landes darzubringen sei", — und sogar bei Ablehnung dieses besonderen Dankes die Verdienstlichkeit jenes von Polen und Franzosen geführten Gesindels als feststehend vorausgesetzt. — Das Volk, heißt es darin weiter, wolle „Einsicht und Besitz" vertreten haben, weder das Lügengebäude einer sogenannten konstitutionellen Monarchie auf den breitesten demokratischen Grundlagen, noch eine wirkliche Republik; zuletzt kommt: „Weg dann mit der jetzigen unreifen, thörichten und beschimpften ongeblichen Nationalversammlung, weg mit aller Franzosen-Nachäfferei. Preußischer Aar zeig' deine Fänge und los dir deinen Glauben, deine Treue, deine alte Ehre nicht rauben!" — So Adel und Geistlichkeit in mehr als einer preußischen Provinz. Was für Wahrnehmungen mag Waldeck erst in der Büreaukratie gemacht haben, zu welcher er selbst gehörte! Diese Büreaukratie, namentlich die älteren und höheren Beamten, welche von dem Umschwunge der Dinge am härtesten betroffen wurden, sind auch am verbissensten dagegen. Ihr Konstitutionalismus ist, wenn's hoch kommt, eine Selbsttäuschung, bei vielen eine dürftige Maske. Alle jene Wahrnehmungen, das Lügengespinnst, von dem er sich umgeben sah, mögen einen stillen, wahren, reizbaren Mann, wie Waldeck, allmälig so aufgeregt haben, daß er die Selbstbeherrschung verloren hat und von den Republikanern — geraucht wird.

* **Wien.** Die Allg. Ztg. berichtet aus Linz von dem freundlichen Empfang, den die Reichskommissäre Wicker und Mosle dort gefunden. Die Proklamation derselben, durch Anschlag und Vertheilung in vielen Tausend Exemplaren verbreitet, hatte dort sehr guten Eindruck gemacht. Die Nat.-Garde gab den Kommissären eine Ehrenwache und brachte ein Fackelständchen. Linienmilitär und National-Garde präsentirten das Gewehr, die Zuschauermenge ließ bei der Abreise wiederholte Lebehochs erschallen; man hoffte friedliche Lösung der Verwicklungen in Wien. Die Kommissäre eilten beim Eintreffen der kais. Proklamationen zu Windischgrätz und von da nach Olmütz, um blutige Ereignisse zu verhindern oder zu mildern. Die Maßlosigkeit der Hofpartei aber hat glücklich die friedliche Lösung verhindert. Windischgrätz soll die Kommissäre sehr kurz abgefertigt und ihnen erklärt haben, er habe seine Instruktionen und innerhalb derselben kenne er keine Centralgewalt. Mit ähnlicher Soldatenlogik erklärte er dem Reichstag, er erkenne ihn wohl als legislativen, aber nicht als exekutiven Körper an, und dem Min. Kraus, dem Theilnahme an der exekutiven Gewalt, gegenüber bedauerte er, daß dieser, von der herrschenden Fraktion in Wien dominirt, solche Zuschriften an ihn richte, wie er gethan. Ein Schreiben der Allg. Ztg., die man als unverdächtigen Zeugen wird gelten lassen, schildert die Stimmung in Wien nicht als Schwäche, nicht als Furcht vor den Dingen die kommen sollen, sondern als das Gefühl des Hasses, der namenlosen Erbitterung, welche die meisten Gemüther ergriffen habe. Deutsche Soldaten gingen noch immer über, am 21. Okt. kamen zwei Frachtschiffe mit Lebensmitteln die Donau herab, während die Bauern die Soldaten durch einen Angriff beschäftigten. Der Verfasser dieses Schreibens prophezeit eine traurige Zukunft, möge Wien siegen oder fallen; er sieht in Folge des Sieges des Militärs eine neue Revolution kommen, die blutiger und allgemeiner sein werde, als die erste. Mit der Belagerung Wiens, mit seinem etwaigen Bombardement und Fall, scheine ihm die Axt an die Wurzel der Dynastie gelegt; ihr Verfechten werde dann nur ein langsames Hinsiechen, ein periodisches Aufraffen vor dem letzten Todesseufzer sein. Der Verfasser kannte noch nicht einmal die Verlegung des Reichstags, diesen ungeheuren Fehlgriff, der den Riß unverfänglich macht, der die Bedeutung Wiens als europäische Stadt, als Vereinigungspunkt der Monarchie verkennt, der alle Sonderbestrebungen autorisirt, indem er dem Verlangen einer Sonderbestrebung nachgibt, die gerade jetzt dem Hof am nächsten liegt, während sie von einem großen Theil der eigenen Volks- und Landesgenossen desavouirt wird. Und gerade der Schritt, der ihnen die Desavouirung zuzog, der sie der Hofpartei unbedingt in die Arme trieb, gerade dieser wird vom Kaiser sanktionirt! „Es dürfte in Erfüllung gehen, sagt der Korrespondent der Allg. Ztg., was wahrhafte Patrioten vor Monaten schmerzlich prophezeit haben: daß das gewaltige Oesterreich gezwungen sein

wird, sich als Bettler in die Arme Deutschlands zu werfen, nachdem es verschmäht hat die deutsche Bruderhand aufrichtig und mit voller Hingebung zu fassen!" Dies könnte wohl am buchstäblichsten in Erfüllung gehen, wenn man es zuvor mit der russischen Allianz probirte. Die Bedingungen in Windischgrätz's Ultimatum (s. unten) nennt die Allg. Z. mit Recht drakonisch. — Der Ernst so entscheidungsvoller Tage konnte übrigens Herrn Robert Blum nicht abhalten, jene Phrasen vernehmen zu lassen, die wir so wohl an ihm kennen, die man aus seinem Munde selbst dann nicht für Ernst nimmt, wenn, wie dießmal, ein verhängnißvoller Hintergrund voll schwerer Ereignisse ihnen Blut und Farbe leiht. Er sprach am 23. Okt. in der Aula, mit einem Säbel umgürtet, den Kalabreeser mit wallender Feder auf dem Haupte. Die Fanatiker der Ruhe, das Gesetz der Kanonen, die Ordnung der Bajonette, die Ruhe des Friedhofs kamen vor wie gewöhnlich, und erregten ungeheuren Beifall. Die Abgeordneten der Linken seien gekommen, um mit den tapferen Wienern zu kämpfen und zu siegen oder zu fallen. Berliner Blätter wollen dagegen wissen, die HH. Fröbel und Robert Blum seien desselben Weges gegangen, wie die Wiener Demokraten Tausenau, Schütte, Füster u. s. w., nämlich aus Wien.

Der „Preuß. Staats-Anz." enthält anscheinend zuverlässige Berichte aus Wien über die Vorgänge bis zum Abend des 24., nach denen wir unsere Nachschrift in der zweiten Beilage dahin berichtigen, daß die Eisenbahn- und Donaubrücke vom Militär genommen und eilig hergestellt worden; die in Brand gesteckten Brücken sollen zwei kleinere, über einen Arm der Donau, das sogenannte Kaiserwasser, führende sein. Merkwürdig ist die Art, wie die „Oesterr. Allg. Ztg." die Ereignisse des 24. verkündigt: „Auch der heutige Tag ist im Innern der Stadt in Ordnung verflossen, nur hie und da an den Mauern fing der Wilde zu toben an, was einzelne Schaemützel ohne Bedeutung herbeiführte und das Niederbrennen der Tadorbrücke erforderte."

Die „Schles. Ztg." berichtet aus Ratibor vom 26. Okt. 3 Uhr Nachmittags, nach Aussagen von Reisenden: die Truppen hätten sich zwar in den Besitz der Leopoldstraße und Jägerzeil gebracht, aber nicht eher weiter schreiten wollen, als bis sie angegriffen würden; der Kampf könne noch lange anhalten. Sowohl die „Ostd. Post" als mehrere Briefe der „Allg. Ztg." erwähnen eines in Wien verbreiteten, freilich unwahrscheinlichen Gerüchts: Fürst Windisch-Grätz sei am 24., in Folge der Intervention der Kommissäre der Centralgewalt, nach Ollmütz gerufen worden. — Von der ungarischen Armee fehlen alle sicheren Angaben. Wir lassen jetzt einen Brief unseres △-Korrespondenten folgen, der von den Vorgängen außerhalb der Stadt noch nichts weiß.

△ **Wien**, 24. Okt. An den Mauern der Stadt angeheftet, liest man das folgende Ultimatum des Fürsten Windischgrätz: „In Verfolg des von mir in meiner ersten Proklamation vom 20. d. M. verkündeten Belagerungszustandes und Standrechtes für die Stadt Wien, Vorstädte und die nächste Umgebung, habe ich befunden, als fernere Bedingungen zu stellen: 1) die Stadt Wien, deren Vorstädte und die nächsten Umgebungen haben 48 Stunden nach Erhalt dieser Proklamation ihre Unterwerfung auszusprechen und legions- oder kompagnieweise die Waffen an einem zu bestimmenden Orte an eine Kommission abzuliefern, so wie alle nicht in der Nationalgarde eingereihten Individuen zu entwaffnen, mit Bezeichnung der Waffen, welche Privateigenthum sind. 2) Alle bewaffneten Korps und die Studentenlegion werden aufgelöst, die Aula gesperrt, die Vorsteher der akademischen Legion und 12 Studenten als Geißel gestellt. 3) Mehrere von mir noch zu bestimmende Individuen sind auszuliefern. 4) Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendiren, mit Ausnahme der Wiener Zeitung (bei Vorlesung dieser Stelle in der Abendsitzung des Reichstags folgte allgemeines Lachen), die sich blos auf offizielle Mittheilungen zu beschränken hat. 5) Alle Ausländer in der Residenz sind mit legalen Nachweisungen der Ursache ihres Aufenthaltes namhaft zu machen, die paßlosen zur alsogleichen Ausweisung anzuzeigen. 6) Alle Klubs werden während des Belagerungszustandes aufgehoben und geschlossen. 7) Ein Jeder, der sich obigen Maßregeln a) widersetzt, oder b) des Aufruhrs oder der Theilnahme an demselben überwiesen, oder c) mit Waffen in der Hand ergriffen wird, verfällt der standrechtlichen Behandlung. — Die Erfüllung dieser Bedingungen hat 48 Stunden nach Veröffentlichung dieser Proklamation einzutreten, widrigenfalls ich auch gezwungen sein werde, die allerenergischsten Maßregeln zu ergreifen, um die Stadt zur Unterwerfung zu zwingen. Am 23. Okt. Hauptquartier Hetzendorf. Fürst zu Windischgrätz, Feldmarschall."

Um 6 Uhr wird die Sitzung des Reichstags eröffnet. Schuselka berichtet für den permanenten Ausschuß, daß vom Finanzminister zwei Schreiben vorliegen: das eine enthält die Antwort Auersperg's, in welchem er das Anhalten der nach Wien bestimmten Lebensmittel dadurch entschuldigt, weil die Truppen sonst gezwungen wären, sich mit Gewalt Lebensmittel zu verschaffen; das andere ist die Antwort des Fürsten Windischgrätz auf die gestern an ihn gesandten Protestationen des Reichstags und Gemeinderathes gegen seine Proklamation vom 20. Der Fürst geruhte nur mündliche Antwort zu ertheilen, sie lautet ungefähr, wie folgt: Er erkenne zwar den Reichstag an, aber nur als legislativen Körper. Den Minister Kraus betrachte er als Gefangenen, der in seinem freien Willen gehemmt sei; die einzige gesetzliche Executivbehörde sei der Gemeindeausschuß, und der stehe, durch die Proklamation des Kaisers vom 16. und seine darin enthaltene Ernennung zum alter ego des Kaisers, unter ihm. Im Uebrigen werde er der Stadt 48 Stunden Bedenkzeit geben. Schuselka verliest dann die Proklamation des Fürsten Windischgrätz aus Hetzendorf vom 23. (s. o.) unter anhaltenden Zeichen des Mißfallens. Er hält es für überflüssig, ein Urtheil darüber auszusprechen — die Geschichte der civilisirten Welt werde darüber richten. Der Ausschuß habe ein Exemplar derselben dem Minister Wessenberg mit der Anfrage zugesendet — ob er glaube, diese Gewaltmaßregeln als konstitutioneller Minister verantworten zu können. — Die Majorität des Ausschusses stellte folgenden Antrag: Da Fürst Windischgrätz in offenem Widerspruche mit dem kaiserlichen Worte v. 19. Okt. und Nichtachtung des Reichstagsbeschlusses vom 22. in einer neuen Proklamation Maßregeln über Wien verhängt, welche nicht nur die vom Kaiser sanktionirten Freiheiten, sondern gegen alle Menschenrechte sind, erklärt der Reichstag: „daß das Verfahren des Fürsten Windischgrätz nicht nur ungesetzlich, sondern dem konstitutionellen Throne feindlich sei." Der Antrag der Minorität ist, daß durch den Beschluß des Reichstags vom 23., welcher das Verfahren des Fürsten als ungesetzlich erklärt, diese Angelegenheit als erledigt zu betrachten sei. Sadil spricht für das Minoritätsgutachten und der Abgeordnete Borrosch hält die ganze Proklamation nur für eine Schreckrakete — denn es könne unmöglich ernst gemeint sein mit einem Manifest, welches von dem Bürger verlange, seinen Mitbürger als Opfer zu binden und hinzuschleudern. Er ist für den Majoritätsantrag, man müsse die Ungesetzlichkeitserklärung zwei-, drei-, viermal wiederholen und immer wieder gegen den Militär-Despotismus vor der civilisirten Welt und vor Gott protestiren. — Goldmark bemerkt, daß auch der Reichstag nicht geschützt sei, wenn ein Feldherr das Begehren stellen könne, die Auslieferung nachträglich zu bestimmender Personen zu verlangen. Er stimmt für die Minorität, weil er entweder einen entschiedenen oder gar keinen neuen Beschluß will. Am Schlusse der Sitzung wird der Antrag der Majorität in Gegenwart von 198 Mitgliedern angenommen. — Eine Depesche aus Ollmütz vom 25. Okt. beruft den Reichstag nach Kremsier.

Wien. Die Fr. O.-P.-Z. enthält Folgendes: Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß im Falle eines plünderungssüchtigen Angriffs auf die k. k. Bank in Wien sämmtliche darin befindliche Banknoten durchschlagen, mithin ungültig gemacht werden sollen. Ferner sind die Vorkehrungen in der Art getroffen, daß sämmtliche Gebäude der Bank unter Wasser gesetzt werden können. Wir veröffentlichen diese Mittheilung zur Beruhigung des Handels und aller übrigen Betheiligten.

Wien. Nachdem Hr. Joseph Tudora, ehemaliger Mitredakteur eines ultraradikalen Wiener Blattes, seiner Zeit zur Anarchie in Wien nach Kräften mitgeholfen, überdäuft er jetzt in einer langen, aus unbekanntem Orte erlassenen Erklärung in der hiesigen „Presse" seine ehemaligen Freunde mit Vorwürfen und Schmähungen und nennt den 6. Okt. ein reines Machwerk, eine durch ungarisches und italienisches Geld angezettelte Intrigue, und wenn er sich auch früher in Diesem und Jenem geirrt (es waren wohl einige kleine Punkte), so hat er doch das reine Bewußtsein, zu den letzten furchtbaren Ereignissen nichts beigetragen zu haben! Dergleichen Bekehrungen wird man in den nächsten Wochen wohl noch öfter erleben.

Ollmütz. Die „Allg. Z." bringt aus einem Privatbrief folgende Einzelheiten über die Ankunft des Kaisers: Vorgestern

Digitized by Google

Nachmittags 4 Uhr kam der Kaiser an. Er war in einem düstern garstigen Wagen mit der Kaiserin, hinterdrein Franz Karl mit der Erzherzogin Sophie, die jungen Prinzen voran, alle zu Pferde. Der Zug ging Schritt vor Schritt. Daß er von so viel Militär (2 Bataillone Maznechelli und einer Division Mengen-Kuirassiere) eskortirt war, machte unwillkürlich einen traurigen Eindruck. Dafür wurde man aber getröstet durch den Anblick der herrlichen Bauern. Gleich bei'm Theresienthor spannten diese dem Kaiser die Pferde aus und zogen ihn herein. Eine Unzahl Hannaken begleitete ihn zu Pferde. Es war auch eine allgemeine Rührung, sogar Männer weinten. Im erzbischöflichen Palast angelangt, erschien der Kaiser mit der Kaiserin auf dem Balkon, und da wurde das Volkslied gespielt, von endlosen Vivats begleitet. Die ganze Reise des Kaisers, wie er einmal über Krems hinaus war, glich einem Triumphzuge. Immerwährend strömten ihm die Bauern zu, stets mit gelben Fahnen; sie wollen ihm Geld geben und Rekruten stellen, so viel er wolle, um für ihn zu fechten. Auf der Strecke von Selowitz bis hier ist der Kaiser siebenmal ausgestiegen: er sprach mit den Bauern böhmisch, bat sie, sich ja nicht iere führen zu lassen, an ihm nicht zu zweifeln, er werde sein gegebenes Wort halten.

Triest, 20. Okt. Der A. Allg. Ztg. wird geschrieben: Unsere ganze Flotte, mit Ausnahme von ein paar Dampfern die vor Venedig kreuzen, hat sich wegen der starken Siroccostöeme nach Pirano zurückziehen müssen, wohin die englischen und französischen Schiffe ihr folgten. — Daß Aldini bald zurückkehren werde, glaubt man hier allgemein, ja der Kapitän des Asmodé sprach gestern öffentlich davon. Wenn wir den Stand unserer Flotte jetzt mit dem beim ersten Erscheinen Albini's vergleichen, so müssen wir mit Bedauern bemerken, daß die Mannschaft zwar viel gewonnen, daß aber weder die Zahl der Schiffe, noch das Kaliber der Geschütze sich im mindesten verändert hat. Während das winzige Venedig mit ungeheueren Anstrengungen Fregatten und Briggs auf den Werften hat, und täglich 2000 bis 3000 Personen an deren Vollendung arbeiten, stehen unsere Werften leer und müssen die Schiffleute mit den Händen im Sack spazieren gehen. Geht es so fort, so können wir in fünf bis sechs Monaten das Vergnügen haben, von der venetianischen Flotte, die dann der unsrigen überlegen sein wird, uns blokirt zu sehen! Wenn es schon in dieser Hinsicht höchst unpolitisch ist, daß die Regierung, statt unsere Flotte zu verstärken, die Hände in den Schooß legt, so ist dieses in Bezug auf unsere Stadt um so mehr zu bedauern, da die Schiffdauer, die durch die Handelsstockung ohne Arbeit sind, bis jetzt die treuesten Anhänger Oesterreichs und die erpichtesten Gegner der italienischen Partei waren. Daß man hier Schiffe zu bauen weiß, beweist am besten, daß man in England oftmals den österreichischen Schiffen vor den einheimischen den Vorzug gibt; überhaupt können wir mit Stolz auf unsere Handelsmarine blicken, die, von wenigen erreicht, von keiner aber übertroffen wird. Warum gibt man nicht einige größere Schiffe in Arbeit, da das Bedürfniß doch so allgemein gefühlt wird? Oder soll es von den Launen des kleinsten Seestaates abhängen, dem österreichischen Seehandel die empfindlichsten Streiche zu spielen? Freilich ist die Lage der Finanzen in Oesterreich keineswegs gut zu nennen, ja es steht ein nicht unbedeutendes Deficit bevor, allein was eine Stadt wie Venedig zu thun vermag, kann dem großen Oesterreich nicht unmöglich sein. — Nachschrift. Heute verbreitete sich das Gerücht, daß der Friede zwischen Oesterreich und Sardinien bereits unterzeichnet sei. (Scheint voreilig.)

Prag, 23. Okt. Die Slowanska Lipa hat in der verflossenen Woche an Thätigkeit nicht nachgelassen und mehrere nicht unwichtige Beschlüsse gefaßt. Auf der Abhaltung einer Volksversammlung auf der Sophieninsel wurde bestanden, wiewohl Vicepräsident Mercsery es sich angelegen sein ließ, die Lipa von ihrem Vorhaben abzubringen. Gegenstände der Verhandlung sind: Aufklärung über die Wiener Ereignisse vom czechischen Standpunkte; Nationalgarde-Angelegenheiten; die Schulreform in Prag. (C. Bl. a. B.)

Prag, 25. Okt. Die D. Allg. Ztg. bringt das folgende merkwürdige Schreiben Jellacic's an die Slowanska Lipa: Theure Gefährten, liebe Brüder! Meine bisherigen Handlungen zeigen euch, was ich anstrebe und was ich wünsche. So wie ich von Liebe für das Slawenthum beseelt bin, so bin ich auch im Innersten meines Herzens überzeugt, daß das Slawenthum die größte Stütze Oesterreichs, daß aber auch Oesterreich für das Slawenthum eine unausweichliche Bedingung sei, und daß „wenn es kein Oesterreich gäbe, wir eins schaffen müßten." Es gibt sicherlich keinen vernünftigen Menschen, der es nicht wissen würde, daß das Bestehen Oesterreichs mit jenem des Slawenthums und dieses mit jenem auf's Engste verknüpft sei. Es war daher meine Pflicht, als treuer und inniger Slawe die anti-österreichische Partei, die sich feindlich gegen das Slawenthum erhob, in Pesth zu erniedrigen und zu vernichten. Als ich aber hinzog nach Pesth, dem Neste magyarischer Aristokratie, da erhoben sich unsere gemeinsamen Feinde, und hätten sie in Wien gesiegt, so wäre mein Sieg in Pesth nur halb gewesen und die Hauptstütze unserer Feinde wäre Wien geworden. Deshalb wendete ich mich mit meinem Heere nach Wien, damit ich die Feinde der Slawen in Oesterreichs Hauptstadt züchtige. Unermeßlich war meine Freude, als ich sah, wie meine Brüder in Böhmen, geführt von derselben Ueberzeugung, welche durch die Abreise der Abgeordneten noch gekräftiget wurde, die siegbeladenen Fahnen vor Wien trugen, um mir und dem verbrüderten Heere die Hand zu reichen und dort entweder heldenmüthig zu siegen oder rühmlich zu fallen. Mich führte nur die Ueberzeugung, daß ich gegen den Feind des Slawenthums ziehe vor Wien, und ich hege die Hoffnung, daß ihr mein Wirken nicht nur verstehet, sondern auch unterstützen werdet. Nehmt meinen Gruß. Im Hauptlager des kroatisch-slawischen Heeres bei Zwölfaringen, am 22. Oktober. Jellacic m. p., Banus.

Es wurde gestern Abend in einer Sitzung der Slowanska Lipa vorgelesen und dort mit stürmischem, nicht enden wollenden Beifall und Zivio-Ruf aufgenommen.

* **Berlin.** Cobden hat an Herrn Dr. Märker in Berlin folgenden Brief geschrieben: „Werther Herr! Sie wünschen von mir mit wenigen Worten zu hören, wie weit wir den Begriff des Freihandels in England ausdehnen. Wir verstehen darunter einfach und allein die Aufhebung aller Schutzzölle; wir sind nicht der Meinung, daß alle Finanzzölle beseitigt werden sollen. Wir behaupten aber, daß Zollstätten nur den Zweck haben, ein Einkommen für den Staat zusammenzubringen, und daß es ein Mißbrauch ist, sie in Anstalten zu verwandeln, um einzelne Klassen auf Kosten der Gesammtheit zu schützen. Fragen Sie mich nun, welches die Norm ist, nach der man zu unterscheiden habe, wann ein Zoll dem Staatseinkommen und wann er zum Schutze dient, so erwidere ich, daß ein Finanzzoll so niedrig angelegt sein muß, daß er das Schmuggeln verhindert und zu dem größtmöglichen Betrage der Einfuhr ermuntert. Dagegen sind Schutzzölle zugeständlich darauf gerichtet, die Einfuhr so viel als möglich zu verhindern, und unabweislich befördern sie den Contrebande-Handel. Nach meiner Meinung sind 10 pCt. ein guter Finanzzoll für die meisten Artikel, und dies scheint auch die Ansicht Ihrer erleuchteten Staatsmänner in Preußen im Jahre 1818 gewesen zu sein. — Aufrichtig Ihr ꝛc." (Berl. Nachr.)

△ **Berlin**, 28. Okt. Die Zurückziehung Grabow's wird dazu beitragen, die Unordnung in der preußischen Nationalversammlung anfässig zu machen. Umsonst zog der Abg. v. Berg, bestürzt über den Schritt Grabow's, seinen Protest zurück, und nach dem Ausfall der zweiten Abstimmung hätte der Präsident der Nationalversammlung auf seinem Posten verbleiben können. Präsident Grabow war zu rechtlich und zu fest, als daß er den täglich zudringlicher werdenden Zumuthungen der Linken das geringste Zugeständniß hätte machen mögen; vielmehr hatte eben dieser Umstand ihn in den letzten Wochen veranlaßt, im allgemeinen Interesse, im Interesse einer möglichst ruhigen und geregelten Debatte, sein Amt mit der gewissenhaftesten Entschiedenheit zu verwalten. Daß sich hiervon die Partei, welche sich die meisten Uebergriffe erlaubte, am meisten getroffen fühlen mußte, ist natürlich; aber damit fällt auch die Schuld an dem Rücktritte Grabow's auf sie zurück. Die Wahl des neuen Präsidenten findet heute statt. Wer gewählt werden wird, ist noch ungewiß. In der gestern Abend abgehaltenen Parteiversammlung sprach sich eine große Anzahl von Stimmen verschiedener Fraktionen für Unruh, eine vielleicht gleich große für Phillips aus. Bornemann würde vielleicht ein unbestrittener Kandidat geworden sein, wenn ihm seine schwächliche Gesundheit und sein schwaches Organ die Uebernahme eines so schweren und anstrengenden Amtes möglich machten. Grabow wird schwer zu ersetzen sein. Eine Wiederwahl desselben ist zwar auch nicht unmöglich, indeß bis jetzt nicht wahrscheinlich, da er den nachgesuchten vierwöchentlichen Urlaub auch wirklich benutzen will, um seine angegriffene Gesundheit zu stärken. Dagegen will

Digitized by Google

man bei der nächsten Präsidentenwahl die Wahl wieder auf ihn lenken, was in der That die einzige Genugthuung wäre, die den gekränkten, stets so aufopferungsbereiten Mann vollkommen befriedigen könnte. — Die neuen, gestern verbreiteten Gerüchte von einem Ministerwechsel sind bis jetzt grundlos. Hr. v. Pfuel bleibt vorläufig im Amt. So viel steht fest, daß für den Nothfall ein entschiedenes Auftreten der gesetzmäßigen Gewalt erwartet werden darf. Graf Brandenburg soll einem Kriegsrath beigewohnt haben, worin über die etwa zu ergreifenden militärischen Maßregeln Beschluß gefaßt wurde. — Generol v. Wrangel wird, auch nachdem der König seine Residenz nach Charlottenburg verlegt haben wird, in einem Flügel des Schlosses seinen Wohnsitz behalten. Daß der König, wie schon gemeldet, den Winter über in Charlottenburg zu residiren gedenkt, ist sichere Thatsache.

LC **Berlin**, 27. Okt. In der heutigen Kammersitzung waren die Minister gegenwärtig, Hr. v. Pfuel soll gewillt sein bei seinem Rücktritt vom Ministerium seinen Platz als Deputirter einzunehmen. Der „Demokraten-Kongreß" setzt seine Sitzungen fort. Heute Morgen erstattete Hr. Kriege Bericht über die bisherige Wirksamkeit des demokratischen Central-Ausschusses. Ein Theil der anwesenden Deputirten ist jedoch damit nicht einverstanden und man soll Willens sein, nicht allein die bisherigen Mitglieder des Ausschusses nicht wieder zu wählen, sondern vielmehr eine ganz neue Organisation vorzunehmen, zu welcher von schlesischen Kongreßmitgliedern vielfach Vorschläge gemacht sind. Heute Nachmittag (der Kongreß hat täglich zwei Sitzungen) sollen wiederholt Proteste gegen Held und Anträge auf seine Ausstoßung eingebracht werden. — Die Mitglieder des Frankfurter Parlaments, die Herren Robert Blum (Quo promissa cadunt?) und Schlöffel befinden sich hier und werden, wie wir erfahren, an der Konferenz der Linken, dem sogenannten neuen Vorparlament Theil nehmen. — Bis heute Mittag sind als an der Cholera erkrankt amtlich gemeldet 2317, daran gestorben 1479, genesen 657, in ärztlicher Behandlung befinden sich 181.

LC **Berlin**, 26. Okt. In der Umgebung des Zeughauses erlebten wir heute wieder einen Auflauf, der an die Junitage Berlins erinnerte. Es wurden von neuem Waffen und Munition auf Kähne verladen, um nach Potsdam geführt zu werden. Es sammelten sich Volkshaufen, die Miene machten, den Transport zu verhindern. Auch unter der Bürgerwehr sprach sich hie und da der Entschluß aus, die Abfahrt des Kahns zu hintertreiben. Der Kommandeur ließ indeß einige Bürgerwehrabtheilungen vorrücken, welche die Volkshaufen von dem Kahne trennten.

Die Ecken stareen wieder von Plakaten. Der Bürgerwehrklub hat deren nicht weniger als drei zugleich veröffentlicht: Eine „Warnung" an die fliegenden Korps vor einer heimlichen Entziehung ihrer Waffen, mit Beziehung auf die Wegnahme des Waffenmorrads des Studenkorps; eine Verwahrung gegen den Dank des Königs in Bezug auf die Emeute vom 16., und endlich eine Aufforderung an den Bürgerwehr-Kommandeur, dem Sicherheitsausschuß keinen Einfluß auf seine Entschließungen zuzugestehen. — Ein ferneres Plakat des Socialvereins hat die Ueberschrift: „Berlin muß sofort verproviontirt werden!" Der Socialverein (Held, Präs.), von dem dieser Aufruf ausgeht, weist darin auf Wien hin und fordert Berlin auf, sich auf einen Belagerungszustand gefaßt zu machen. Man möge Mehl, Pöckelfleisch, Kartoffeln und Hülsenfrüchte aufkaufen u. s. w. Zugleich werden Flugblätter mit „neuesten Nachrichten aus Wien" feilgeboten, welche die Einnahme Wiens nach fürchterlichem Bombardement berichten, — Nachrichten, die indeß erfunden sein können, da heute wieder um die Wiener Posten ausgeblieben sind.

Der Demokratenkongreß hat heute früh seine Sitzungen im englischen Hause begonnen. Georg Fein, der bekannte Flüchtling, ist zum Präsidenten gewählt. Die Verhandlungen werden öffentlich sein. Die Zahl der eingetroffenen Abgeordneten beläuft sich auf etwa 150. Namhafte Kongreßmitglieder sind, so viel uns bis jetzt bekannt geworden, Bayrhofer aus Marburg, Erbe aus Altenburg, Wisticenus aus Holle a. d. S., Hildebrand aus Gießen, Ruge und Benary von hier, Dr. Asch aus Breslau. Man hat sich heute fast nur mit Förmlichkeiten, namentlich mit Prüfung der Mandate beschäftigt.

Die Konferenz der Linken, das sogen. neue Vorparlament, beginnt morgen. Aus Frankfurt sind bereits eingetroffen Zitz, Simon (Trier), v. Trützschler.

Das Gouvernement scheint diese Zusammenkünfte nicht ohne Argwohn zu betrachten. Vielleicht steht damit die gestern stattgefundene Vertheilung von Zündnadelgewehre an die Artillerie in Verbindung.

CC **Berlin**, 27. Okt. Die hiesigen Volksversammlungen und Klubs werden immer mehr vom Militär jeden Ranges besucht. Ganz besonders gilt dies vom Militär-Reformklub. Es darf daraus aber kein Schluß auf die Demokratisirung des Militärs überhaupt gezogen werden. Wie wenig diese gediehen, hat der Dr. Löwisohn, einer unserer rothesten Reaktionäre in diesen Tagen in dienstl. Angelegenheiten auf die „schlagendste" Weise erfahren. Am meisten gefördert werden diese demokr. Gesinnungen unter dem Militär durch die übermäßige Strenge, mit der sie jetzt namentlich in Bezug auf das abendliche Ausgehen behandelt werden. — In Bezug auf den Minister-Präsidenten v. Pfuel theile ich Ihnen noch eine bezeichnende Anekdote mit. Als derselbe am 16. unter Bezugnahme auf die Reden des Königs am 15. seinen Abschied verlangte, sagte der König: So etwas muß ich von einem alten preuß. General hören? — Pfuel antwortete: Majestät, ich bin konstitutioneller Minister. In der Eröffnungs-Sitzung des demokr. Kongresses gestern wurde die Zulassung Held's beanstandet, nach einer Vertheidigungs-Rede des Berliner Volkstribuns indeß genehmigt. Die Sitzungen des Kongresses haben nur eine beschränkte Oeffentlichkeit, da nur für 100 — 150 Zuhörer Karten ausgegeben werden. In unserer National-Versammlung sind die Stürme jetzt an der Tagesordnung. Heute war es ein Amendement Waldeck's und Genossen, was die Sitzung zu einer der bewegtesten machte. Es lautet: „Alle Zehnten sind aufgehoben, nur die Entschädigung wegen der Kirchenzehnten wird ein besonderes Gesetz bestimmen." Das Amendement wurde heftig bekämpft, insbesondere von Waltee. Er sagte unter andern: der heilige Benedictus habe nur Leder gestohlen um Schuhe für die wirklich Armen zu machen, hier aber wolle man in das Eigenthum eingreifen, um andere Besitzende zu bereichern. Er schloß: „Die Moral in der ich erzogen bin, fußte noch auf den alten zehn Geboten, von denen das 7. vielfach in alten Zeiten kommentirt worden ist. Eine National-Versammlung existirte aber noch nicht, welche das 7. Gebot dahin auslegen konnte, daß es Recht und erlaubt sei, des Nächsten Eigenthum aus dessen Taschen hinaus und in die eigenen hinein zu dekretiren. Man trug darauf an die 2. Hälfte des Amendements zu streichen." W. zog hierauf das ganze Amendement zurück. Indeß sein Amendement sollte der Niederlage doch nicht entgehen. Die Herren v. Meusebach, Bornemann, Pelzer und Fleischer machten das Amendement zu dem ihrigen, weil die Versammlung das Recht hat, Anträge, welche einmal in die Welt geschleudert sind, abgestimmt zu sehen, damit ein entscheidendes Ja oder Nein darüber sich herausstelle. Das Amendement blieb bei der namentlichen Abstimmung in großer Minorität, indem 224 dagegen, 103 dafür stimmten. Unter denen, die dafür stimmten, waren auch Esser II. und Jacobi. Ublich entfernte sich. — Interessant dürfte noch die Mittheilung des Finanzministers, der ebenfalls gegen Waldeck sprach, sein, wonach der Staat durch Aufhebung der Zehnten nur etwa 30,000 Thlr. verliert.

LC **Berlin**, 26. Okt. Das Aenz'sche Amendement (s. gestern) wird angenommen und bestimmt, daß Montag, Dinstag und Mittwoch die Verfassung, Donnerstag und Freitag organische Gesetze und Kommissionsberichte, Sonnabend Petitionen berathen werden sollen. Zwei Abendsitzungen für dringende Anträge und Interpellationen werden vorläufig auf Mittwoch und Freitag festgesetzt. Diese Ordnung soll von künftiger Woche an bestehen. Man kommt zur Abstimmung über Art. I. des Verf.-Entwurfs: „Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet. Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großh. Posen mit dem preuß. Staat eingeräumten besonderen Rechte gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser Verf.-Urkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte noch näher festsetzen." — Es ist auf Namensaufruf ongetragen, derselbe geht vor sich, die Parteien bieten, während die Stimmen gezählt werden, Alles auf; es erscheinen kranke Abgeordnete in der Kammer, die mitstimmen. Ein Abg., Müller aus Solingen, welcher sich der Abstimmung enthalten hat, will nachträglich stimmen. Es erhebt sich hierüber eine Debatte und die zweite Abstimmung des Abg. Müller wird

Digitized by Google

nicht zugelassen. Das Sekretariat theilt mit, daß sich Jemand mit einer Einlaßkarte als Deputirter producirt habe und abstimmen wolle. (Tumult links). Es erfolgen mehrfache Einwendungen gegen dieses Hinziehen während der Abstimmung unter dem furchtbarsten Lärm auf der Rechten. v. Berg macht sich mit Mühe verständlich: das Land werde über die unwürdigen Mittel richten, die man anwende, um Stimmen zu erlangen; er bitte seine Freunde, darüber kein Wort mehr zu verlieren. (Furchtbarer Lärm rechts; v. Daniels stürzt auf die Tribüne, der jedoch nicht verstanden worden; die Glocke des Präsidenten tönt ohne Erfolg, der Lärm wird immer ärger.) Der Präsident ruft v. Berg zur Ordnung; dieser protestirt gegen den Ordnungsruf. Ueber die Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs wird nunmehr abgestimmt: 170 erkennen die Rechtmäßigkeit an, 172 sind dagegen. Grabow übergibt das Präsidium an Jonas. Es wird auf namentliche Abstimmung über die Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs angetragen. v. Berg: ich ziehe meinen Protest zurück. Grabow (auf der Tribüne, als persönliche Bemerkung): ich wünschte, daß auch die Kammer in allen Beziehungen sich vereinbarte. Für meine Stellung ist das Vertrauen durchaus nothwendig. Dieselbe beruht auf der Majorität der Versammlung. Ich erkläre, daß ich das Vertrauen nicht mehr besitze und deßhalb mein Amt niederlege. (Sensation. Ruf: wir verlangen namentliche Abstimmung! von der Rechten; v. Berg: Ich ziehe meinen Protest zurück! Furchtbarer Lärm. Ruf links: es ist über nichts abzustimmen!) Nach einem entsetzlichen Toben und Lärmen kommt man zur namentlichen Abstimmung über die Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufes. Von 347 Anwesenden stimmen 174 für, 171 enthalten sich der Abstimmung, da gar keine Frage vorliege. — Grabow hat inzwischen die Versammlung verlassen. Der Abg. Rottels wird zur Abstimmung über Art. 1, der Verf. zugelassen; er stimmt mit Nein. Das Resultat dieser Abstimmung wird endlich im Ganzen bekannt gemacht, es haben für Art. 1. (incl. Amendement Phillips) gestimmt 181, dagegen 179. Der Abstimmung haben sich enthalten 3, gefehlt 39. Art. 1. ist demnach angenommen.

v. Kirchmann erklärt im Namen seiner Freunde: sie hätten sich der Abstimmung über den Ordnungsruf enthalten, weil kein Antrag vorgelegen. (Die gesammte Linke, die Fraktionen. Waldeck d'Ester und Rodbertus-Berg erheben sich bei diesen Worten.)

Man geht endlich zur Berathung des Art. 2. der Verfassungsurkunde über. Derselbe lautet: „Die Grenzen dieses Staatsgebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden." Der Art. 2. wird einstimmig ohne Diskussion angenommen. Die Amendements, welche bei der Einleitung der Verfassungsurkunde zu dem Titel „König von Preußen" gestellt waren, werden zurückgezogen. Nach kurzer Debatte wird die Ueberschrift des Tit. 2. „von den Rechten der Preußen," sowie Art. 3. angenommen. Art. 3. lautet: „Die Eigenschaft eines Preußen begründet, erwirbt und verliert man nach der Bestimmung des Gesetzes. Die Bedingungen für die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte werden durch die Verfassung und besondere Gesetze bestimmt." Art. 4. lautet: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt im Staate weder Standesunterschiede, noch Standesvorrechte, noch einen besonderen Adelsstand." Es sind verschiedene Amendements eingegangen, welche sich meist auf die Abschaffung, resp. Aufhebung des Adels beziehen. Jung will, daß Orden und Titel, die nicht bloß das Amt bezeichnen, künftighin nicht ertheilt werden können. Die Amendements werden unterstützt und die Berathung des Art. 4. für heute ausgesetzt. Hr. v. Unruh hat inzwischen das Präsidium übernommen und theilt ein Schreiben des Präsidenten Grabow mit, in welchem derselbe wegen angegriffener Gesundheit um einen vier wöchentlichen Urlaub und Einberufung seines Stellvertreters bittet. Der Urlaub wird ertheilt. (Schluß 2 Uhr.)

Burg, 24. Okt. In Folge einer gestern gehaltenen Volksversammlung wurde die Schlacht- und Mahlsteuer, statt deren man vorläufig Klassensteuer wünscht, durch Vernichten der Kontrollbücher und feierliche Eindringung von fünf unversteuerten Hammeln in die Stadt, von dem „frauerähnen Volke" abgeschafft. Bei dieser Gelegenheit riß man auch den an den Thor-Steuer-Expeditionen als Amtsschild angeschlagenen preuß. Adler, unter dem Rufe: daß dieser Kuckuk nichts mehr gelte, ab. Nichts wurde diesem Beginnen entgegengestellt, doch soll die Untersuchung bereits begonnen haben.

München, 26. Okt. Die Allg. Z. meldet: Wie man heute vernimmt, hat auch Hr. v. Weigand die Uebernahme des Finanzministeriums abgelehnt, und viele glauben nun daß Graf Armansperg, der in den jüngsten Tagen öfter längere Zeit beim König war und auch gestern wieder durch Estafette nach Nymphenburg gerufen wurde, zum Finanzminister werde ernannt werden. (Ein uns vorliegender Brief aus München vom 27. Okt., von sehr wohlunterrichteter Hand, weiß hiervon nichts.)

München, 25. Okt. Der König hat die im Zweibrückensaale beschlossene und darauf mit 2790 Unterschriften bedeckte Adresse nicht angenommen. Nachdem einem Mitgliede der Deputation, wie die d. konst. Ztg. erzählt, von dem Flügeladjutanten, Oberst Hartmann, schriftlich mitgetheilt worden, daß der Gewährung einer Audienz die Vorlage eines Exemplars der zu überreichenden Adresse vorausgehen müsse, begab sich die Deputation heute um 11 Uhr wiederholt nach Nymphenburg, überreichte das gewünschte Exemplar und erhielt hierauf nach vierstündigem Harren, während welcher Zeit Graf Armannsperg sich beim Könige befand, schon um 3 Uhr — — nachstehenden Brief: „Meine Herren! Ich habe die Adresse nunmehr gelesen. Sie ist in einem solchen Tone gehalten, daß Se. Maj. der König dieselbe nicht persönlich entgegennehmen kann, und daher auch die Deputation nicht empfangen wird. Ich bitte diese Antwort als eine offizielle zu betrachten. Nymphenburg, 25. Okt. 1848. Achtungsvollst Hartmann, Oberst Flügeladjutant."

§ **Leipzig**, 27. Okt. Vorgestern Abend wurde R. Blum von seinen Freunden hier erwartet. Zwar hatten kurz vorher die Zeitungen gemeldet, er habe sich in Breslau ausgesprochen, daß er entweder gar nicht oder als Sieger von Wien zurückkehren werde; aber man ist schon gewohnt, es mit seinen Worten nicht so genau zu nehmen, und bei seinem Anhange schadet ihm das durchaus nicht; seine politischen Freunde sind ihm mit derselben Bewußtlosigkeit zugethan, wie der Säugling der Amme. Einige darunter haben die Haltung des Junius Brutus in seiner ersten Zeit; aber es ist nicht zu fürchten, daß sie je die Maske abwerfen werden. — Incessen Blum kam nicht, und gestern sollen Briefe gemeldet haben, daß es ihm nicht gestattet sei, Wien zu verlassen. Er wird also mit Calabreser Hut, Stutz und Hirschfänger ein Held wider Willen werden, und der Demokraten-Kongreß in Berlin wird seine „entsetzliche" Rede nicht hören. Er möchte in Berlin auch weniger Beifall gefunden haben, als Simon von Trier mit seinem theatralischen Pomp dort einerntet wird. Dieselben Leute, welche sich an dem Julchumer Buddelmeiers und ähnlicher Schriftsteller wie an einem Lustspiel ergötzen, werden sich von Simons blutigem Bombast wie von einem Trauerspiel erschüttern lassen. — In Sachsen ist jetzt die sehr große Mehrheit für gesetzmäßigen Fortschritt, aber man fühlt sich aufgehalten, fast gelähmt durch die Ereignisse in Wien und die drohenden Wolken in Berlin. An beiden Orten tritt noch keine Partei hervor, der man mit unbedingter Theilnahme den Sieg wünschen könnte. Wer möchte aus Haß gegen die Kamarilla sich der Staatsweisheit der Wiener Studenten in die Arme werfen? Wer möchte sich dem alten Reiche von Gottes Gnaden zuwenden, weil es nöthig ist in Berlin die berauschten Proletarier zu dämpfen, mit denen die Linke der Nationalversammlung ein unverantwortliches Spiel treibt? Noch treten die Extreme hart hervor; möge bald der gesunde Kern gesetzlicher Freiheit an's Licht kommen!

** **Vom Neckar**, 27. Okt. Können Sie noch hoffen? ich nicht mehr! Wir haben einen vergeblichen Kampf durchgemacht. Wir haben für ein Princip gekämpft, weil wir allein von ihm eine Zukunft für unser Vaterland erwarten konnten, und wir werden durch seine Träger hinter unserem Rücken betrogen. Glauben Sie mir, es hat mich viel gekostet, zu dieser Ueberzeugung durchzudringen; ich vermochte es nicht, mir begreiflich zu machen, wie man so selbstsüchtig oder so jedes gesunden Gedankens baar sein kann, um eine Bahn einzuschlagen, die den kaum überbrückten Abgrund unter den Füßen Deutschlands von Neuem aufreißt! Wer'en wir ruhig zusehen können, oder fordert es unsere Pflicht, im Kampfe gegen die treulose Reaction zu jedem ehrlichen Mittel zu greifen, und welches werden diese Mittel sein? —

Karlsruhe, 25. Okt. Vorgestern hat die erste Kammer nach mehrmonatlicher Unterbrechung ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Freiburg, 26. Okt. Wir vernehmen, daß die großh. Regierung den wegen Theilnahme an den hochverrätherischen Unter-

Digitized by Google

nehmungen vom April d. J. in Anklagestand Versetzten, in einem Umfange Verzeihung angedeihen lasse, welche die etwas enge gezogenen Schranken des Amnestiegesetzes selbst weitaus überschreitet, so daß von vielen Hundert Angeklagten nur noch wenige einzelne erübrigen; es sind dies solche, welche wegen Theilnahme an der gräßlichen Ermordung des Korporals Holl oder anderer gemeinen Verbrechen in Untersuchung stehen, aber solche, die keine Amnestie verlangen und daher vor Gericht gestellt werden müssen. Es genügt, um der Amnestie theilhaftig zu werden, daß der Betheiligte für die Zukunft gutes Verhalten verspricht. (N. Freid. Z.)

(**Mannheim**, 27. Okt. Schon in andern Blättern wurde der Spaltung in den sozialen Verhältnissen unserer Stadt Erwähnung gethan und oft vermittelnd und versöhnend die Trennung der „Harmonie" und „Reunion" berührt. Nach den Märzstürmen, nach denen sich in den politischen Verhältnissen die Parteien mehr gereinigt und namentlich hier jene Männer, welche damals für die Adels- und Militärpartei ein Stein des Anstoßes waren, vollständig auf Seiten der Regierung getreten sind, hätte sich eine völlige Einigung wohl erwarten lassen. Allerdings wurde dies von Seiten mehrerer Infanterie-Offiziere auch als ein passender Moment zum Wiedereintritt in die Harmonie angesehen und sie fanden dort die freundlichste und zuvorkommendste Aufnahme; allein die Offiziere der Kavallerie und ein Theil der höheren Aristokratie schlossen sich nicht allein ab, sondern die besagten Kavalleristen gingen auch, wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, so weit, den Eintritt als Korpssache zu betrachten und jedem Einzelnen denselben zu verbieten. Wir sind weit entfernt, uns ein Urtheil über Recht oder Unrecht dieses Betragens zu erlauben; wir glauben aber, daß im Geiste unserer Zeit eine Einigung des Bürgers und Militärs liegt, da der letztere durch seinen Schwur auf die Verfassung dem Bürger näher steht, denn früher — aber sollten unsere Zustände wieder in jenes alte Geleis zurückkehren? Wenigstens liegt in dem Benehmen besagter Offiziere der Schein eines solchen Gedankens. Wir wollen wünschen, daß die Sache nur auf Mißverständnissen beruht und daß der Gedanke der Einigkeit, welcher allen Männern unserer Zeit auf den Lippen schwebt, zur Wahrheit wird für unsere sozialen Zustände, deren stete Spannung das Leben hier so manchen Winter verbittert hatte.

(**Mannheim**, 27. Okt. Das Schützenkorps, welches sich schon seit längerer Zeit hier gebildet hat, hat sich eine sehr geschmackvolle Uniformirung gewählt; dunkelgrün mit Sammetaufschlag der Waffenrock, dunkelgrüne Hosen und einen, dem preußischen ähnlichen, Helm. Bereits sind gegen 40 gekleidet und das ganze Korps mit guten Büchsen bewaffnet. Sie wurden schon früher zum größten Theil nach den Vorschriften des Militärs exercirt und üben sich nunmehr mit neuem Eifer ein. — Mit der Bürgerwehr geht es langsamer, da man noch immer die Ankunft des vierten Regimentes erwartet, welches nach immer keinen Befehl zum Rückmarsch hat und das, laut Gerüchten, in das Oberland oder den Seekreis verlegt werden soll, da dort die Reichstruppen zum großen Theil abmarschiren. — Für die Unterbringung der bisher bestimmten Artillerie, welche für den ganzen Winter da zu bleiben hat, sollen Räumlichkeiten hergerichtet werden.

In **Thiengen** ist am 26. Okt. **Friedrich Hecker** abermals zum Abgeordneten in die Reichsversammlung gewählt worden. Von 135 erhielt er 82 Stimmen.

Kassel, 26. Okt. Das Gesammtstaatsministerium publicirt in Nr. 25 der Gesetzsammlung die seit dem 27. Sept. erlassenen Reichsgesetze und Verordnungen des Reichsverwesers.

Hamburg, 24. Okt. Obschon ich sehr wohl begreife, daß Sie ausführlichen Erörterungen über unsere mehr städtischen als staatlichen Angelegenheiten in Ihrem Blatte keinen Raum verstatten können, so hoffe ich doch, daß Ihnen eine übersichtliche Darstellung unserer öffentlichen Zustände von Zeit zu Zeit nicht unwillkommen sein wird, besonders seitdem auch wir angefangen haben, ein lebendiges Glied in der Kette der deutschen Staaten zu sein. Denn so bereitwillig ich einerseits zugebe, daß unsere Institutionen, eben weil sie auf einer mit dem Geiste unserer Zeit im schreiendsten Widerspruch stehenden Grundlage beruhen, einer vollständigen Reorganisation bedürfen, so glaube ich doch auch andererseits behaupten zu können, daß die Revolution von 1848 fast nirgends im Vaterlande eine so durchgreifende Umwandlung in dem gesammten öffentlichen Leben zu Wege gebracht hat, als eben hier. Wer den Charakter unserer Bevölkerung kennt, wird sich gewiß nicht darüber wundern, daß diese Umwandlung nicht plötzlich, sondern nur ganz allmälig vor sich gegangen ist; allein wer seit dem Februar oder März d. J. unsere Stadt nicht gesehen hat, wird demnach im höchsten Grade erstaunen müssen, wie es nur möglich war, dieser gänzlich indifferenten, im Materialismus versunkenen Masse in kurzer Zeit so viel Leben und Theilnahme für öffentliche Angelegenheiten einzuflößen. Daß der liberalen Partei und ihrer rastlosen Thätigkeit in dieser Beziehung das Hauptverdienst gebührt, brauche ich wohl kaum noch ausdrücklich zu bemerken, da diese Erscheinung in der That eine ziemlich allgemeine ist; denn selbst die seit einiger Zeit begonnene, freilich aber nach immer höchst mangelhafte Organisation unserer Konservativen ist wenigstens mittelbar ihnen zuzuschreiben, insofern dieselbe lediglich ein Resultat der Ueberzeugung war, daß darin das einzige Mittel liege, um nicht alles und jedes Terrain zu verlieren. Ein Beweis aber für die enormen Fortschritte, welche die liberale und die augenblicklich mit ihr verbündete radikale Partei während der letzten Monate gemacht haben, liefert der Umstand, daß sie, während sie bei der Frankfurter Wahl nur eine ganz unerhebliche Minorität für ihre Kandidaten aufstellen konnten, bei den jetzt stattfindenden Wahlen für die konstituirende Versammlung ihre Gegner in drei Distrikten unter vieren, in welchen die Wahl bisher vorgenommen wurde, fast völlig geschlagen haben, und daß für die übrigen sieben Distrikte ein gleiches Resultat mit großer Wahrscheinlichkeit vorher zu sagen ist, sobald nicht, wie es indeß fast den Anschein gewinnt, in ihrem eigenen Lager Uneinigkeit ausbrechen sollte, die dann natürlich von der Gegenpartei bestens ausgebeutet werden würde. Träfe dies jedoch nicht ein und gelänge es auch andererseits den Gemäßigteren nicht, schließlich noch vermittelst ihrer eigenen Partei einige der Karyphäen ihrer Gegner durchzusetzen, so fürchte ich nicht sowohl, daß die radikale Partei die Oberhand gewönne, sondern daß die Versammlung von Denjenigen, welche der Natur der Sache nach doch immer den Schwerpunkt in unseren Verhältnissen bilden, wenn sie sich augenblicklich in der Minorität befinden, von vornherein mit Mißtrauen aufgenommen und bis an's Ende verfolgt werden würde, wo sich dann jener Schwerpunkt wieder geltend gemacht haben und außerhalb der Versammlung ein größeres Gewicht ausüben könnte, als ihm bei gehöriger Vertretung in der Versammlung möglich gewesen wäre. Wie unerwartet übrigens dies Resultat **allen** Parteien gewesen ist, zeigen auf der einen Seite sämmtliche Maßnahmen unserer bisherigen gesetzgebenden Gewalten und der ganzen konservativen Partei, die eben nur darauf berechnet waren, die als bestimmt vorausgesetzte **Minorität** der Liberalen möglichst unschädlich zu machen und zu unterdrücken, auf der andern Seite ein Theil der Kandidatenlisten der liberalen Partei, deren Zusammensetzung sich nur dadurch erklären und — entschuldigen läßt, daß man von der Ansicht ausging, es werde doch bestenfalls nur ein Theil derselben durchkommen.

Großbritannien.

London. Die „Times" enthält eine Korrespondenz aus Kopenhagen vom 17. Okt., der wir zur Kenntnißnahme der in Dänemark herrschenden Stimmung Folgendes entnehmen: „Die Leiden der Dänen in Schleswig beginnen unerträglich zu werden, täglich kommen deren einige zu unsern Truppen, beklagen sich über die Art, wie man sie behandelt, und heischen Hülfe. Auf Alsen sind unsere Truppen genöthigt, Gewehr in Arm ruhig zuzusehen, wie die armen Bauern von den fremden Soldaten mit Eintreibung von Steuern geplagt werden. Man kann sich denken, was dabei die getreuen Unterthanen fühlen, welche so dem Belieben und der Willkür einer rücksichtslosen Soldateska anheimgegeben sind. Wie lange sollen wir dies dulden? ist der allgemeine Volksschrei, und in der That, ich sehe die Möglichkeit nicht ein, wie wir es vermeiden sollen, keine Truppen nach Schleswig zu senden und diesen ungesetzlichen Vorgängen ein Ende zu machen, insofern die preußische Regierung nicht gesonnen sein sollte, in dieser Hinsicht ihre Schuldigkeit zu thun. Die deutschen Zeitungen fahren fort, uns anzuschwärzen; in dieser Hinsicht allein sind die Deutschen seit dem März unverändert geblieben." Der Korrespondent führt nun einige dieser Anschwärzungen an, z. B. daß es in den deutschen Zeitungen hieße, der König von Dänemark befinde sich in der Gewalt des hauptstädtischen, von den Ministern gehetzten und geleiteten Janhagels. „Dies klingt so schlecht," setzt der Korrespondent hinzu, „fast so schlecht, als die

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 30. Okt. v. Bruck. Eisenstuck's Antrag.) Wien (Minister Kraus zu Windischgrätz berufen. Neueste Nachrichten.)

Frankreich. Paris (Ludwig Napoleon tritt in der N. V. als Candidat zu der neuen Präsidentur auf. Die Wahl wird wieder Erwartung auf den 10. Dec. festgesetzt. Presse und Assemblée nationale patronisiren den Napoleoniden. Der neue Finanzminister. Vermischte Nachrichten.)

Spanien. Madrid (Neueste Nachrichten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 22. bis 30. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 30. Oktober.

Tagesordnung der 105. öffentl. Sitzung.

1) Berathung über §. 4. und folgende des Verfassungsentwurfs.
2) Ersatzwahl zweier Mitglieder in den Ausschuß für Gesetzgebung.

Vorsitzender Heinrich v. Gagern. Unter den heute ausgegebenen gedruckten Vorlagen ist der Bericht des Ausschusses über den Antrag des Appellationsgerichtes zu Frankfurt, daß ihm die Erlaubniß zu einer Untersuchung gegen die Abg. Rod. Blum und G. Günther, als den Herausgebern der „Reichstagszeitung," ertheilt werden möge. Es wird aus der vorläufigen Anzeige des Berichterstatters Zachariä schon bekannt, daß der Versammlung angerathen wird, dem Antrage des Appellationsgerichtes Folge zu geben.

Auf den Antrag des Schriftführers Plathner, als des Berichterstatters des Legitimationsausschusses, beschließt die Versammlung, das Verlangen der dahiesigen Regierung den in Offenburg zur Nationalversammlung gewählten, aber noch nicht in das Haus einberufenen Abg. Werner in kriminalgerichtliche Untersuchung ziehen zu dürfen, dem bereits bestehenden Untersuchungsausschusse zur Begutachtung zu überweisen.

Aus einer Mittheilung des Abg. Zachariä, als Berichterstatters für den internationalen Ausschuß, vernehmen wir, daß ganz Bückeburg gegen etwa beabsichtigte Mediatisirungen der kleinen Staaten in den beweglichsten Ausdrücken protestirt. Wenigstens sind die Unterschriften der betreffenden Eingabe so zahlreich, daß es scheint, als habe sie das ganze Volk von Bückeburg Mann für Mann unterzeichnet. Wigard will, daß diese Petition nicht zu den Akten genommen, sondern daß sie bei der Berathung von § 5. des Verfassungsentwurfs in Berücksichtigung gezogen werde. Schierenberg dagegen verweist die Petition an den Verfassungsausschuß, und die Versammlung tritt dieser Meinung bei. Die Verhandlung über den Bericht des internationalen Ausschusses über einen Antrag Zimmermann's, die beim Juniaufstand gefangenen Deutschen betreffend, wird einer nächsten Tagesordnung zugewiesen.

Schaffrath interpellirt wegen der für „die Freiheit kämpfenden Wiener Studenten," die von den Soldaten gefangen und aufgehenkt worden sein sollen. Ferner fragt er an, ob dem Kriegsminister bekannt sei, daß die bei'm Frankfurter Aufstande auf die Hauptwache gebrachten Verhafteten von Offizieren und Soldaten mißhandelt worden seien.

Demel interpellirt wegen des volksfeindlichen Heeres, das Fürst Windisch-Grätz gegen Wien geführt; Rauwerck wegen des Verhaltens der Reichskommissäre in Oesterreich; Förster von Hünefeld vermißt das versprochene Programm des Ministeriums namentlich in Bezug auf seine auswärtige Politik.

Beseler: Wegen Verpflegung der Reichstruppen, daß sie nicht gegen Empfangsscheine von den Quartierträgern, sondern gegen sofortige Baarvergütung geleistet werden möge.

Joseph Rank: was die Reichskommissäre in Oesterreich über den Erfolg ihrer Sendung berichtet, ob der Banus Jellacic auf gesetzliche Veranlassung das deutsche Reichsgebiet betreten habe und welche Schritte zur gütlichen Ausgleichung der österreichischen Wirren geschehen?

Justizminister Mohl: Ich muß zuerst in Beziehung auf die Interpellation, die angebliche Mißhandlung von Gefangenen betreffend erklären, daß sie mir nicht zugekommen ist. Ich bin aber dennoch bereit, darauf zu antworten, daß ich nichts davon gehört habe und daß daher von meiner Seite in der Sache nichts geschehen konnte. Was die anderen Interpellationen betrifft, nämlich die Ermordung von Wiener Studenten durch Soldaten, so lautet die erste Frage dahin, ob das Reichsministerium Kenntniß davon bekommen habe. Aber obgleich schon am 23. d. M. auf die erste Kunde von dieser Grausamkeit, Verkündigung eingezogen wurde, so ist doch seither von der österreichischen Regierung noch keine Antwort erfolgt. Den nach Wien abgesendeten Reichskommissären ist von hier die Instruktion zugegangen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß in diesem unglücklichen Kampfe die Gesetze der Menschlichkeit und des Rechts von beiden Seiten beobachtet werden. Zweitens ist verfügt worden, daß wenn die Thatsache von den Gemordungen wahr sei und noch keine Untersuchung eingeleitet worden, sogleich die Untersuchung und Bestrafung der Thäter veranlaßt werden soll. „Zum Schlusse noch ein Wort. Wenn in dieser Interpellation die Verdächtigung ausgesprochen sein sollte, daß das Reichsministerium nach dem Stand der Parteien oder nach dem Rang der Personen ein begangenes Verbrechen behandeln werde, so gebe ich diese Insinuation dem Urtheil der Versammlung anheim. (Bravo und Applaus.) Sodann nimmt das Wort R.-M.

v. Schmerling: Die erste Interpellation, die ich mir die Ehre geben werde zu beantworten, ist die Frage des Abgeordneten Förster, ob überhaupt das Ministerium nicht geneigt sei, ein Programm über seinen ganzen Geschäftskreis vorzulegen, und ob es insbesondere das Verfprechen ein Programm über die auswärtige Politik zu geben, „die wahrlich nicht den Glanzpunkt der Centralgewalt bilde", erfüllen werde. Hinsichtlich der Vorlage eines Programms über den ganzen Geschäftskreis des Ministeriums, so bin ich kaum in der Lage, eine bestimmte Erklärung abzugeben, indem ich kaum weiß was mit diesem Programm gemeint sein will. Die Ueberschrift und der Name der einzelnen Ministerien bezeichnen wie mir's scheint insbesondere und genau die verschiedenen Geschäftskreise, während das Allgemeine durch das Gesetz vom 28. Juni d. J. so festgesetzt ist, daß darüber kaum ein Zweifel entstehen dürfte. Inwiefern es uns gelungen ist, das Gesetz vom 28. Juni in ganz Deutschland zur Anwendung zu bringen, darüber habe ich mir erlaubt Ihnen vor einer Woche Mittheilung zu machen und es handelt sich jetzt nur über das Programm hinsichtlich der auswärtigen Politik. Es ist richtig, daß ich mir erlaubt habe, gleich als ich von dem Herrn Reichsverweser in das Ministerium berufen wurde, die Zusicherung eines desfallsigen Programms zu ertheilen, sobald das Ministerium vervollständigt sein würde. Allerdings mußte auch das Reichsministerium in dem Augenblick, als es die Leitung der Geschäfte übernahm, sich vor allem klar machen, was seine künftige Aufgabe sei, was von ihm zu erstreben, zu erreichen sein werde, es mußte sich insbesondere klar machen, inwiefern die auswärtige Politik dem neugeschaffenen Bundesstaat gegenüber von ganz Europa sich zu gestalten habe. Seither aber sind Monate vergangen. Was wir damals als zukünftig betrachten mußten, ist zur Vergangenheit geworden. Nicht auf ein Programm mehr, auf unsere Maßregeln haben wir zu verweisen. Ich berufe mich deßhalb auf die Darstellung, die ich Ihnen heute vor 8 Tagen vortrug. Sie haben dabei von mir die Erklärung vernommen, daß der gegenwärtige provisorische Zustand Deutschlands und das Wirken der provisorischen Centralgewalt mit eigenthümlichen und nothwendigen Hindernissen in der auswärtigen Politik zu kämpfen habe, und daß sich diese Politik nach dem Maße kräftiger gestalten wird, je nachdem wir von dem provisorischen Zustande heraus zu einer definitiven Gestaltung übergehen. Indessen zeigt der Umblick, den der Minister auf die Verhältnisse Deutschlands zu den auswärtigen Staaten wirft, namentlich in Bezug auf Dänemark, bereits sehr befriedigende Resultate. Gleich nahe beschäftigt Deutschland der Krieg mit Italien. Der Minister versichert, daß die Centralgewalt mit Eifer bemüht sei, zu einer friedlichen Beseitigung dieser Frage beizutragen. Von den Reichskommissären ist die letzte Depesche, die das Reichsministerium erhielt, aus Ollmütz und vom 24. Okt. Schon von Krems aus hatten sie sich an den Minister Kraus und an den Fürsten Windischgrätz gewendet. In Ollmütz wurden sie von Wessenberg und dann vom kaiserlichen Hofe auf das Zuvorkommendste empfangen und ihre Vermittlungsgeschäft scheint schon deßhalb von Erfolg gewesen zu sein, weil Windischgrätz seitdem in seinen feindlichen

Schritten eingehalten hat. „Wir wollen die Anarchie in Wien beendet sehen, aber nicht die Freiheit beeinträchtigt.“ Daß die Reichskommissäre entschieden dahin insteuirt seien, erforderlichenfalls auch der Reaktion zu wehren, erweist v. Schmerling durch das Vorlesen von Aktenstücken. Was die Verpflegung der Truppen anlange, so werde die Erledigung von Beseler's Anfrage von den Budgetbewilligungen des Hauses abhängen. Auf die früher von uns mitgetheilte „lustige“ Interpellation Jahn's endlich erklärt der Minister, daß er in Bezug auf dieselbe von seinem Rechte der Nicht-Beantwortung Gebrauch mache.

Auf eine Interpellation des Abgeordneten Schneer erwiedert der Handelsministeer Duckwitz: daß für nächstes Jahr eine Summe im Budget zur Errichtung eines statistischen Centralbüreaus ausgeworfen werden solle. Fürs Erste habe man sich aber mit den bereitwilligen Mittheilungen sachkundiger Personen begnügt.

Förster von Hünefeld, Löwe von Spandow und Raumerck sind von den ministeriellen Erwiederungen keineswegs befriedigt und namentlich will Raumerck die Reichscommission zu weit energischern Maßregeln beauftragt, den Belagerungszustand in Wien will er sofort aufgehoben sehen ꝛc. Wird an den österreichischen Ausschuß verwiesen, deßgleichen Rank's Antrag auf Entfernung der slawischen Heere von Wien und daß dem Wiener Reichstage ein Heer deutscher Reichstruppen zu seiner Verfügung gestellt werde.

Vogt von Gießen spricht dem Reichsminister das Recht ab, eine Interpellation unbeantwortet zu lassen, und klagt den Präsidenten der Verletzung der Geschäftsordnung an. Trotz einer lärmenden Scene, welche die Linke an diese Anklage knüpft, verschreitet von Gagern zur Tagesordnung und nachdem er die eingezeichneten Redner über §. 4 verlesen, ertheilt er das Wort an

Rösler von Oels, der den Zusatz zu §. 4 beantragt hat, daß auch keine Ausländer als Beamten eines deutschen Staates angestellt werden dürfen und welcher das Minderheitsgutachten vertheidigt, nach welchem keine nichtdeutschen Truppen in deutsche Länder verlegt werden dürfen.

v. Linde kommt auf die Betrachtung der österreichischen Verhältnisse zurück und ist der Ansicht, daß Oesterreich nur dann zur Verwandlung der bisherigen Realunion seiner Länder in eine Personalunion verpflichtet sein werde, wenn sich ergäbe, daß auch die dortige Märzrevolution auf die Auflösung des bisherigen Staatenverbandes gerichtet gewesen. Die allgemeinen Bemerkungen über Revolutionen und die rechtlichen Wirkungen der Revolutionen, die der Redner daran reiht, veranlassen die ungeduldige und wenig zahlreiche Versammlung zu dem wiederholten und immer dringenderem Rufe: „zur Sache!“ v. Linde sagt, er gehe nur nach „Grundsätzen“ zu Werke, und die Erörterung dieser Grundsätze könne sich das Haus schon gefallen lassen, da er so selten spräche. (Oho!) Ueber das künftige staaatsrechtliche Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland scheine die Versammlung nicht im Klaren zu sein. Dennoch zeigen wiederholte Unterbrechungen, daß das Haus nicht sehr dankbar ist für das Bestreben von Linde's, ihm dies Verhältniß genauer zu beleuchten.

Vogt von Gießen vertheidigt das Minderheitsgutachten und den Antrag Rösler's von Oels. Es solle nicht mehr durch Vertegung der Truppen der einen Nationalität auf den Boden der andern die Freiheit unterdrückt, es solle keine deutsche Fahne mehr beschimpft werden, kein Ban von Kroatien mit seinen Horden ungestraft die deutsche Grenze überschreiten dürfen. Auch in Italien fechten, nach Vogt's Meinung, die deutschen Truppen nur für ein dynastisches Interesse. Die Soldatenspielerei und dieser Soldatenmißbrauch werde aufhören, wenn das Minderheitsgutachten angenommen würde.

v. Soiron verweist die Bestimmung wegen der Anstellung von Ausländern in die Einzelnverfassungen der deutschen Staaten. Eben so sind nach ihm die Bestimmungen hinsichtlich der der deutschen und nichtdeutschen Truppen unnöthig, indem es eine Verwaltungsmaßregel und der Oberbefehl der Kriegsmacht künftig bei dem Reichsoberhaupte sein werde.

Im Namen der Minderheit des Verfassungs-Ausschusses spricht Schüler von Jena, worauf der Schluß der Debatte beliebt, und nachdem Rieffer als Berichterstatter nach einmal die Meinung der Mehrheit des Ausschusses vertreten hat, erfolgt die Abstimmung. Da inzwischen auch die Wahlzettel zur Ergänzung des Gesetzgebungsausschusses vertheilt werden, so gibt dies Venedey Gelegenheit, darüber zu klagen, daß seine Parteigenossen bei allen vergleichen Wahlen durchaus unberücksichtigt blieben und Schaffrath erklärt, sein politisches Gewissen verbiete ihm geradezu, irgend einem der vorgeschlagenen Candidaten seine Stimme zu ertheilen.

Michelsen wendet dagegen ein, die HH. Zitz und Wesendonck von der linken Seite befänden sich bereits in dem Ausschusse, und bei den Vorschlägen habe namentlich die juristische Befähigung entschieden.

Die Annahme des §. 4 erfolgt sodann in der Fassung der Mehrheit des Verfassungsausschusses und nur mit einer kleinen von Rappard beantragten Abänderung:

„Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren oder es muß in demselben auf verfassungsmäßigem Wege eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.“

Alle andern Anträge und auch das Minoritätsvotum (dies mit nur 187 gegen 180 Stimmen) werden verworfen.

Bei §. 5 verzichtet die Versammlung auf die Diskussion. Seine Annahme erfolgt hierauf mit Einhelligkeit und ebenfalls nach dem Vorschlage des Verfassungs-Ausschusses:

„Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst ohne seine deutsche Regierung abzutreten eine fremde Krone annehmen.“

Die Beschlußnahme über das Minderheitserachten zu diesem §. bleibt ausgesetzt und geht nebst den vorliegenden Medianisirungsanträgen an den Verfassungsausschuß zurück. Die Diskussion von §. 6 wird auf morgen vertagt und nachdem noch die Dringlichkeit eines Antrags von Vogt und Genossen, auf eine förmliche Mißbilligung der Gagern'schen Geschäftshandhabung hinauslaufend, verworfen worden, wird die Sitzung nach 2 Uhr geschlossen.

* **Frankfurt**, 30. Okt. He. v. Bruck ist gestern mit einem Auftrage der Centralgewalt direkt nach Ollmütz zum Kaiser gereist.

§ **Frankfurt**, 30. Okt Wie man aus guter Quelle hört, ist im volkswirthschaftlichen Ausschusse der Eisenstuck'sche Antrag, die Zolldestimmung einiger Hauptartikel betreffend, mit großer Mehrheit angenommen, wird aber in der Paulskirche eine starke Opposition zu gewärtigen haben.

* **Wien**. Die Allg. Z. bringt vom 25. Okt., 1¾ Uhr Nachmittags, die Nachricht, daß Minister Kraus zum Fürsten Windischgrätz berufen sei. Man knüpfte daran Hoffnungen, daß Letzterer zur friedlichen Beilegung geneigt sei. Merkwürdig ist es übrigens, daß die Wiener Briefe vom 24. und 25. von den Vorfällen außerhalb durchaus nichts melden. Es läßt sich wohl denken, daß man jede schlimme Botschaft im Innern der Stadt sorgfältig verheimlichte, aber in keinem Fall konnte doch das Bombardement so bedeutend gewesen sein, als die Nachrichten der Reisenden vermuthen ließen. Die Allg. Oest. Z. könnte hiernach wohl Recht haben, daß das Anzünden der Brücken nur Vorsichtsmaßregel war. Die über die militärischen Operationen sehr wohl unterrichteten Briefe der Allg. Z. aus Baden b. Wien, deuten an, daß es bei einem Bombardement mehr auf den Schrecken abgesehen sei, wie im Juni in Prag. Sollte dasselbe von dem Ultimatum des Fürsten, als von einem moralischen Bombardement, gelten? Dieß wäre ganz die Politik der gewaltsamen Schwäche. Derselbe Brief macht aufmerksam auf die Wichtigkeit der nördlich von der Stadt, in der Niederung am Donauufer gelegenen Vorstädte Roßau, Leopoldstadt und Landstraße. „Gerade diese werden von keinem Punkte außerhalb so dominirt, wie es bei den südlich gelegenen Vorstädten der Fall ist, welche der lange Bogen des Wienerberges beherrscht. Die westliche Alservorstadt und Josephstadt wird durch die Türkenschanze und die Schmelz beherrscht, aber dort sind die meisten großen öffentlichen Gebäude, welche geschont werden müssen, Spitäler, Kasernen ꝛc. Die Leopoldstadt ist schon darum wichtig, weil ihr Besitz die zwei Taborbrücken sichert, die jetzt zwar zum Theil abgetragen, aber in zwei Stunden gewiß gangbar zu machen sind.“ Dieß stimmt ganz überein mit den spätern Maßnahmen Windischgrätz's; es scheint vor der Hand nur seine Absicht gewesen zu sein, sich in den Besitz der Leopoldstadt und der Brücke zu setzen. „Das Geschütz,“ heißt es weiter, „durften also nur die am Wienerberge gelegenen radi-

Digitized by Google

kalen Vorstädte Wieden, Gumpendorf (Hauptsitz der Fabriken), Schottenfeld ꝛc. zu fürchten haben, wenn sie sich nicht eines Bessern besinnen." Die innere Stadt, meint der Korresp., werde wohl die Thore schließen, wenn es zum Ernst komme, die Stadtgarde sei durchaus gemäßigt, und wenn auch kaum zur Hälfte anwesend, doch hinreichend den Pöbel der Vorstädte von den Thoren abzuhalten. Alle Nachrichten stimmen überein über die Menschenleere und die Auswanderung aus der Stadt. Im Schottenviertel sollen von einer ganzen Kompagnie Nationalgarden, worin 200 eingeschrieben waren, nur, 16 anwesend gewesen sein. Der Besitzer eines der größten Häuser am Graben versicherte, es seien nur 10 Personen darin geblieben. Wir fügen noch einen Brief der Allg. Z. vom 25. bei: Gestern Abend wohnte ich an der Linie von St. Marx einem Vorpostengefecht bei, wo von beiden Seiten wie gewöhnlich sehr viel unnützes Pulver verpufft wurde ohne Resultat. Drei mit Geld beladene Postwagen, die aus der Stadt abgingen, wurden von der akademischen Legion angehalten und zurückgebracht. In den Vorstädten ist die Stimmung noch immer kampflustig; unter den Nationalgardisten der Stadt haben viele den Muth verloren. Inzwischen ist die Erbitterung gegen Windischgrätz wegen seiner strengen Forderungen allgemein. Morgen glaubt man, wird gestürmt. Die Barrikaden sind vermehrt. An Fleisch ist bereits Mangel. Wir tranken heute den Kaffee ohne Milch.

Wien. Der Berliner „Deutschen Reform" entnehmen wir folgende Nachrichten aus Wien vom 25. Oktober, aus denen hervorzugehen scheint, daß die Nachrichten von dem Kampfe am 21. zum großen Theil ungegründet sind, mithin wahrscheinlich auch die telegraphische Depesche der O.-P.-Z. — Die gestern hier verbreiteten Gerüchte vom Ausbruch eines allgemeinen Kampfes sind unwahr. Der Kampf hat noch nicht begonnen. Die Frist ist bis zum 25. Abends verlängert. Die Armee von Windischgrätz besteht aus 62 Bataillonen, 60 Eskadronen und 140 Kanonen (etwa 100,000 Mann). Die Truppen sind sämmtlich gut disziplinirt und zum Kampf entschlossen. Die Gerüchte von häufigen Desertionen sind ungegründet. Ebenso die, welche vom Beginn des Kampfes sprechen. Deputationen, welche aus der Stadt an Windischgrätz geschickt werden, stellen offiziell Bedingungen, erklären aber insgeheim, daß sie die endliche Einnahme der Stadt dringend wünschen, um von der Herrschaft des Proletariats befreit zu werden. Das letzte Hauptquartier von Windischgrätz war Hetzendorff bei Schönbrunn, wo eine feierliche Zusammenkunft des Fürsten mit dem Banus stattgefunden hat. Zwischen den kaiserlichen Truppen und den ungarischen Vorposten hat ein Gefecht stattgehabt, in welchem die Ungarn zurückgeschlagen sind. Zwar läuft die zuletzt gestellte Frist am 25. Abends ab, jedoch ist man allgemein überzeugt, daß Windischgrätz nach eine fernere Frist stellen und sich zur Vermeidung von Blutvergießen mit einer engeren Einschließung der Stadt begnügen wird. Der Reichs-Justizminister Robert Mohl hat ein würdig gehaltenes Schreiben an die Reichsversammlung gerichtet, in welchem er sein Befremden darüber ausdrückt, daß die Mörder Latour's nicht nur straflos bleiben, sondern sich sogar unter dem Beifall eines Theils der akademischen Legion ihrer That öffentlich rühmen dürfen. Er weist mit Ernst auf die schweren Folgen hin, welche die Straflosigkeit von Verbrechen für ganz Deutschland haben müsse. Mehrfache Versuche, die Soldaten zum Uebergange zu verführen, sind fehlgeschlagen. Ein als Offizier verkleideter Student, welcher bei diesem Bemühen ergriffen wurde, ist sofort standrechtlich gerichtet worden.

Frankreich.

□ **Paris**, 27. Okt. Am Anfange der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung nahm Ludwig Bonaparte das Wort und fing damit an, sein Bedauern auszusprechen, daß er eine persönliche Frage vor die Versammlung bringen müsse, während doch alle Augenblicke den Interessen des Vaterlandes geweiht sein sollten. Er könne Niemanden das Recht zuerkennen, ihn zu interpelliren, begreife auch nicht, wie man es als eine Beschuldigung betrachten möge, daß er eine Kandidatur annehme, um welche er sich nicht beworben habe. Ja, sagte er, ich nehme diese Kandidatur an, weil drei aufeinander folgende Wahlen und das einstimmige Dekret der Nationalversammlung gegen die Proskription meiner Familie mir das Recht geben zu glauben, Frankreich betrachte den Namen, den ich trage, als einen solchen, welcher dazu dienen könne, die, bis in ihren Grundpfeilern erschütterte bürgerliche Gesellschaft wieder zu befestigen. (Murren.) Es ist möglich, daß Frankreich die Meinung hegt, dieser Name könne zur Befestigung und zum Nutzen der Republik dienen! — Er erklärt darauf sich von allem Ehrgeize frei zu wissen. Beredsamkeit habe nicht jedermann. Auch verlange das Volk hauptsächlich Thaten, und eine feste, einsichtsvolle und weise Regierung, welche die Uebel der Gesellschaft heilen, nicht rächen wolle, eine Regierung, die sich mit Offenheit an die Spitze der wahren Ideen stelle, um so besser als durch Bajonnette die Theorien abzuwenden, welche nicht auf Erfahrung und Vernunft gegründet sind. Er werde übrigens immer bemüht sein, die Achtung der Versammlung und des Volks zu verdienen, das man gestern so leichthin behandelt habe (Anspielung auf ein Element Thomas entschlüpftes Wort von wenig erleuchteten Volksklassen) und sartan nicht mehr antworten. Clement Thomas entgegnete nicht ohne Heftigkeit. Die Versammlung ging hierauf zur Tagesordnung über. Vor Allem war zu bestimmen, wann der neue Präsident der Republik gewählt werden solle. Pagnerre, Molé, Flocon, Besnard, Lanbière sprachen für Verschiebung bis nach Annahme der organischen Gesetze. Wie sei es möglich, eine Wahl anzuordnen, ehe die Verfassung, dem Beschlusse gemäß, zum zweiten Male berathen und angenommen worden? Wie, einen vom Volke gewählten Präsidenten neben eine konstituirende, mit aller Macht des Volkes ausgerüstete Versammlung zu stellen, ohne Konflikte zu verursachen, wie im Winter die Landbewohner zum Theil weit von ihren Wohnorten eilen und abstimmen zu lassen? Die Kommission, Odilon Barrot, Larochejacquelin (der gar schon im November wählen lassen will) sprechen im entgegengesetzten Sinne, ebenso Minister Dufaure. Entscheidend waren 2 Reden Cavaignac's, der darauf drang keinen weiteren Aufschub zu veranlassen. Es sei große Gefahr im Verzuge und obgleich die materiellen Zustände des Landes besser wären als viele glaubten, so ließe sich doch nun dem moralischen Zustande desselben, der durch Intrigen und Aufreizungen aller Art tief erschüttert werde, nicht dasselbe sagen, Aufschub könne dem Lande wie der Zukunft der Republik gefährlich werden. Diese so ernstliche als uneigennützige Erklärung bewirkte einen Umschwung in der Meinung der Nat.-Vers. In allen Bureaux der Abgeordneten (Straße Poitiers, Tartbout, Nationalpalast, Institut) war beschlossen worden, die Wahl erst nach Annahme der organischen Gesetze vornehmen zu lassen. Nunmehr aber entschied sich die Versammlung mit 587 gegen 232 Stimmen dahin, es solle dieselbe, dem Antrage gemäß, am 10. Dez. vor sich gehen. Der Würfel ist geworfen! Heute wurde nun der Modus der Wahl bestimmt. Dieselbe soll in den Hauptbezirksorten vorgenommen werden, wenn nicht etwa hie und da der Präfekt, nach Antrag des Departementalrathes, Unterabtheilungen zuläßt. Die vorgeschlagene Bestimmung, daß die Zählung der Stimmen (um jedem Unterschleife zu begegnen) immer im Hauptorte vorgenommen werden müsse, fand lebhaften Widerspruch. Bei der namentlichen Abstimmung waren 392 Stimmen für, und ebensoviel gegen den Antrag, so daß wir das Resultat, das mehr Bedeutung hat, als man glauben möchte, erst morgen mittheilen können. Die Kandidatur Ludwig Napoleons ist nun, wie aus dieser Darstellung hervorgeht, offen anerkannt, und hat große Aussicht auf Erfolg. Zwei Blätter, Presse und Assemblée nationale, erklären sich, erstere aus persönlicher Feindschaft ihres Hauptredakteurs Emile von Girardin gegen den General Cavaignac, entschieden für den Napoleoniden, gegen welchen fast alle anderen Blätter auftreten. Der Constitutionnel schweigt heute. In der Rede Ludwig Napoleons bemerkte man gestern, daß er der Republik keine Erwähnung gethan. In dem Abdruck derselben im Moniteur (nach welchem wir berichten) findet sich zwar ein Satz, wo dieses Wort vorkommt; es soll aber in der Revision von demselben statt „bürgerliche Gesellschaft" eingefügt worden sein, wie denn überhaupt die Reden in dem officiellen Blatte sehr oft nicht wortgetreu, sondern nach einer Umarbeitung der Abgeordneten erscheinen.

Der gestrige Moniteur enthält die officielle Ernennung Trouvé Chauvels zum Finanzminister und die Annahme des Entlassungsgesuches Gaudchaur's. Dieser blieb unerschütterlich bei seinem Entschlusse, welcher, wie einige Blätter behaupten, schon vor der letzten, ihn durchaus nicht persönlich berührenden Abstimmung der Nat.-Vers. über die Rechnungsablage der provisorischen Regierung gefaßt war.

Digitized by Google

Uebersicht.

Die Mediatisirung Frankfurts.

Die Vorschläge zur deutschen Verfassung.

Deutschland. Frankfurt (Herr v. Richthofen.) Wien (Zustände und Stimmung in der Stadt.) Innsbruck (Adresse an den Kaiser. Erklärung der Tyroler Deputirten.)

Nachschrift.

Die Mediatisirung Frankfurts.

Promemoria an alle Betheiligte.

Der Aufsatz „über Mediatisirung" in Nr. 283 der Frankf. O.-P.-A.-Z., verbunden mit der auf derselben Seite mitgetheilten Nachricht, daß die Frankfurter Bürgerschaft am Vorabende des 32. Jahrestages der Proklamation ihrer Verfassung diese endlich als obsolet erkannt und mit einer Majorität von nicht weniger als 2312 gegen 547 Stimmen zur Abschaffung und Ersetzung durch eine zeitgemäßere Staatseinrichtung reif erklärt hat, veranlaßte zunächst die nachfolgenden Betrachtungen.

Zuvörderst aber müssen wir erwähnen, daß wir uns hinsichtlich der Art und Weise des Mediatisirens dem P.-Korrespondenten der O.-P.-A.-Z. in der Entscheidung für Nr. 3 seiner Alternative nicht anzuschließen vermögen, wornach die Einverleibung in einen der beizubehaltenden größeren Staaten stattfinden solle, sondern uns, zumal hinsichtlich Frankfurts, einzig und allein für Nummer 2, nämlich für Erklärung des zu Mediatisirenden für unmittelbares Reichsland erklären können. Der alte Grund, dessen Erwägung ursprünglich den sogenannten freien Städten ihre politische Scheinselbstständigkeit verschaffte, die nachbarliche Eifersucht, besteht auch noch jetzt wie 1815 fort, und z. B. Frankfurt unter der Regierung irgend eines Bundesfürsten würde diesen zum Gegenstand des Neides machen und früher oder später zu einem Zankapfel werden, der leicht Erörterungen unter verschiedenen Bundesmächten, wo nicht eine Trübung des guten Einvernehmens zwischen denselben mittelbar oder unmittelbar veranlassen könnte — ein Ergebniß, das in bewegten Zeiten weit eher als in stabilen möglich ist. Dagegen steht die Reichsgewalt, als der über den Partikularstaaten erhabene gemeinsame Mittel- und Vereinigungspunkt deutschen Glanzes und deutscher Größe, fern von der angedeuteten Gefahr der Eifersucht und Beneidung von Seiten einer der Einzelnregierungen und wird vielmehr die freudigen Glückwünsche der gesammten Nation zu jedem Zuwachse an Glanz, Reichthum und Macht empfangen, indem bei ihrem Gedeihen, ihrer Kräftigung und Ausdehnung alle Deutsche nur gewinnen und keiner derselben etwas verliert, ein Verhältniß, das zwischen einem Partikularstaate und dem andern keineswegs stattfindet. Auch die Bevölkerung, auf die doch hier gewiß hauptsächlich Rücksicht zu nehmen ist, würde größtentheils das Aufgehen in das große deutsche Vaterland als eine Gradurung freudig begrüßen, während bei einer Einverleibung in einen Nachbarstaat nur die kleinste Minderzahl ein Gefühl der Beschämung und des Grolls zu unterdrücken vermöchte.

Die Idee der Umwandlung Frankfurt's in Reichsgebiet muß, zur gehörigen Orientirung und Würdigung, von drei verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden, nämlich 1) vom Gesichtspunkte der Centralgewalt, 2) von dem der dermaligen Regierenden, und endlich 3) und ganz vorzugsweise von demjenigen der Staatsangehörigen und ihres Interesse.

Betrachten wir uns die Frage von jedem der drei erwähnten Standpunkte aus:

1) Die deutsche Centralregierung hat, ganz abgesehen von dem hohen Werthe der Acquisition an sich, ohne Zweifel schon um ihrer Würde willen ein Interesse daran, daß sie, bis zu einem ohnehin ebenso nothwendigen als unausbleiblichen weitern Territorialerwerb, wenigstens vorerst an ihrem Sitze, auf eigenem Grund und Boden stehe. Es ist dieß keineswegs ein blos ethischer Lieblingsgedanke eines idealen Patriotismus, sondern es hat unstreitig seine sehr wesenhaften politischen Seiten. Wer hat schon der mancherlei Inconvenienzen vergessen, welche bei einem vor kurzer Zeit stattgehabten blutigen Ereignisse daraus entstanden, daß die Residenz des Reichsverwesers, der Sitz der allgemeinen Regierung für ganz Deutschland und der deutschen Nationalversammlung nicht die Hauptstadt Deutschlands, sondern nur das Gebiet einer kleinen, den anbringenden Gefahren gegenüber machtlosen Einzelregierung gewesen, die erst dann sich entschließen konnte und durfte, ihre Unmacht zu bekennen und vom Schauplatze abzutreten, als es schon offenbar und nachweislich zu Tage lag, daß ihre Mittel hier wirklich unzureichend waren, d. h., als die Gefahr bereits ihre sehr bedenkliche, drohende Gestalt angenommen hatte und ohne großes Unglück und Blutvergießen nicht mehr abzuwenden stand! Wie ganz anders wäre der Frankfurter Senat verfahren, hätte er selbst direkt über die nöthigen Streitkräfte verfügen können, oder, was dasselbe sagt, wie weit sicherer und unblutiger wäre der Gefahr noch in Zeiten genügend vorgebeugt worden, hätte die Centralregierung sich auf eigenem, unmittelbar deutschem Gebiete befunden! Ströme deutschen Blutes wären dann nicht durch deutsche Hände vergossen worden und manche andere schwere, unheilvolle Folge des unseligen 18. Sept. wäre nie entstanden. Und solche trauervolle Ereignisse können sich mehrfach wiederholen, so lange die Einrichtung nicht dem unwidersprechlichen Grundsatze gemäß ist, daß die materielle Macht eines Ortes in gleichem Verhältnisse zu der Wichtigkeit der Unternehmungen und Ereignisse stehen muß, welche von demselben ausgehen und sich darauf begeben können, und daß die welthistorischen Schicksale einer großen und mächtigen Nation nimmermehr unter dem blos gefälligen, gastfreundlichen Patronat eines Miniaturstaates vierten Ranges mit ersprießlicher Sicherheit entschieden werden können. Man hat vielfach bitteren Tadel und selbst Schmähungen über die Frankfurter Bürgerwehr deßhalb ausgesprochen, daß sie bei jenem Aufstande nicht mit ihrem letzten Blutstropfen die deutsche Reichsversammlung beschützt habe. So rühmlich auch eine solche Aufopferung einerseits gewesen wäre, so müssen wir doch andererseits jenen Tadel unbegründet finden, weil der Frankfurter Einzelstaat und folglich auch dessen Bürgergarde keineswegs verpflichtet sein konnte, der Reichsversammlung oder der Reichsregierung gegen alle ihre etwaigen Feinde militärischen Schutz zu gewähren (?) Aber wir fragen, ist dieß auch ein Zustand, welcher für die Vertretung und Regierung des großen Gesammtvaterlandes schicklich und würdig ist? Wir antworten: Nein! und wir behaupten, daß dem deutschen Volke ein gerechter Anspruch zusteht, zu fordern, daß seine Geschicke auf rein und unmittelbar deutschem Gebiete entschieden werden und daß die alte Krönungsstadt, welcher die hohe Ehre und der sehr große Vortheil zu Theil geworden, zum Brennpunkte deutscher Größe und Glorie erkoren zu werden, auch dafür das kleine Opfer ihrer ja ohnehin nur dem Namen und der Form nach bestehenden Selbstständigkeit für den Ruhm darbringe, Deutschlands erste Stadt zu werden, von welcher aus, wie von dem Herzen aus der Mensch geschaffen und gebildet wird, der große organische Bau eines großen Deutschlands lebendig weiter gedeihend und wachsend sich gestalte und entwickeln möge!

2) Was dann das gegenwärtig die Regierung in Frankfurt bildende Personal betrifft, so bedarf es kaum noch einer Erwähnung, daß hier kaum ein eigentliches Opfer und jedenfalls kein derartiges verlangt wird, wie solches doch von manchen dynastischen Familien, und ohne Zweifel mit Erfolg wird gefordert werden. Hier ist weder von dem Aufgeben eines sogenannten historischen Rechts, noch von der Entäußerung wichtiger Interessen oder hoher Würden die Rede, und auf die z. B. mit dem Amte eines Frankfurter Senators verbundene mäßige Besoldung dürfte der Patriotismus der überwiegenden Mehrzahl mit um so leichterem Herzen verzichten, als dieselben fast Alle ursprünglich aus sehr wohlhabenden Kaufleuten bestehen, in deren Kasse der Betrag eines Senatorgehalts (2400 fl. jährlich) keine erhebliche Summe ausmacht. In Betreff der ihrer Besoldung mehr benöthigten Beamten würde schwerlich eine Schwierigkeit bei der Centralregierung vorhanden sein, dieselben in ihren Funktionen zu belassen oder sie allenfalls anderweitig zu verwenden. Von dieser Seite her könnte also weder dem Rechte noch der Billigkeit, noch auch nur einem beachtungswürdigen vielseitigen Verlangen nach der Mediatisirung ein erheblicher Widerstand begegnen; im Gegentheile steht, wie schon erwähnt, hier von der patriotischen Pietät und dem Zartgefühle der Betheiligten ein willfähriges Entgegenkommen mit großer Zweesicht zu erwarten.

3) Wenden wir uns nun zu dem wichtigsten (?) und entscheidendsten (?) Punkte, dem wohlverstandenen materiellen

und moralischen Interesse der Bevölkerung Frankfurts. Vom eigentlich politischen Selbstständigkeits- und Souveränetäts-Interesse im völkerrechtlichen Sinne kann ja ohnehin gar keine Rede sein von deutschen Bürgern dem deutschen Vaterlande gegenüber und von Seiten einer Bürgerschaft, welche ohne Widerwillen, ja mit Vergnügen eine unter den Befehlen eines nicht frankfurtischen Kommandirenden stehende, so bedeutende Reichsmilitärmacht in ihren Mauern aufgenommen und gastlich beherbergt, daß eine völlig selbstständige Lokalgewalt unter solchen Verhältnissen gar nicht mehr denkbar ist. Von materiellen Vortheilen der freistädtischen Autonomie weiß der Frankfurter Altbürger nur seine prohibitiven Zunft- und sonstigen Nahrungsschutzgesetze zu nennen, auf die er, übrigens offenbar aus verkehrten Begriffen, stets viel hielt, und um derentwillen vorzüglich, wo nicht ausschließlich, ihm seine reichsstädtische „Unabhängigkeit", wie er sie nannte, werth geworden. Allein diese alterthumlichen Kostbarkeiten können ja bekanntlich so wie so in Folge des stattgehabten Umschwungs der Dinge für die Zukunft unmöglich erhalten, sondern müssen, schon in Folge der nahe bevorstehenden Verkündigung der allgemeinen Grundrechte der Deutschen, noch im Laufe dieses Jahres ihrem unerbittlichen Schicksale und ewiger Vergessenheit überlassen werden, möge nun Frankfurt frankfurtisch bleiben oder deutsch werden. Auch der Frankfurter Staat als solcher kann und wird wohl schwerlich auch nur einen Versuch wagen, von den Bestimmungen der allgemeinen Reichsgrundgesetze für sich allein eine Ausnahme bilden zu wollen. Was aber hat Frankfurt außer jenem seiner Aufhebung entgegengehenden, separatistischen Gewerbs- und Nahrungsschutze noch ferner aus den Tagen seiner freistädtischen Selbstständigkeit aufzuweisen? Hat etwa sein Handel seit 1816 einen bedeutenden Aufschwung genommen und der Wohlstand seiner Bürger sich gemehrt? Nein, der ehemals so bedeutende Waarenhandel Frankfurts ist seither auf Null herabgesunken, und hat sich von seinen Messen ab- und denen Leipzigs zugewendet, während der ehemals so bedeutenden Handelsstadt am Main nur noch das leidige Börsenwesen verblieb, das in der Einbildung Millionäre schuf, in Wahrheit aber die Baarschaften taschenspielerhaft in Papier umwandelte und den sonst so soliden, auf den festesten Grundlagen unerschütterlich ruhenden Wohlstand von jedem politischen Windstoße abhängig machte, ja im Fall eines Sturmes dem gänzlichen Verderben preisgab. Oder hat etwa der Handwerksstand in Frankfurt, bei allen den schützenden Beschränkungen der Konkurrenz und selbst bei dem theilweisen Ausschlusse gewisser minderberechtigten Klassen von Staatsangehörigen, unter dem Frankfurter Adler eine vortheilhaftere Stellung gewonnen als er sie unter dem Reichsadler zu erlangen aus zahlreichen Gründen mit Zuversicht hoffen darf? — Und schützte etwa der Charakter einer „freien" Stadt in der alten Zeit die Bürger gegen die Einflüsse des alten Systems? Verschaffte er ihnen die nöthigen Garantien für persönliche Freiheit ꝛc.? Oder wurden nicht diese heiligen Garantien bis auf die neueste Zeit schmerzlich vermißt, bis gerade die Reichsgewalt und das deutsche Parlament die alten Fesseln für immer sprengte? Wem sonst als dem Reich verdankt Frankfurt alle seine Fortschritte in der neuesten Zeit? wem sonst verdankt es seinen geistigen Aufschwung, sein Erwachen aus dem spießbürgerlichen Siebenschlaf? Wer sonst als das Reich bietet ihm die sichere Bürgschaft der Erhaltung jener kostbaren errungenen Güter, die erst jetzt unter der schützenden Aegide des Reichs erworben werden konnten und können? Unter welchem anderen Einflusse als unter dem der Reichsgewalt hat man in Frankfurt endlich begonnen, die alten Mißbräuche zu Grabe zu bringen?

Man hat auch noch hie und da behauptet, es käme dem einzelne Bürger in manchen Fällen besser zu, wenn er in seiner Obrigkeit überall lauter Bekannte habe; die er oder wenigstens einer seiner Freunde von Jugend auf kenne, und die daher für Bitten u. dgl. zugänglicher seien, als die gewöhnliche Büreaukratie in größeren Staaten. Diese Theorie, welche eigentlich, wenn begründet, eine Apologie der Kleinstaaten gegenüber den Großstaaten sein sollte, wäre eher ein Vorwurf als ein Lob, indem sie die Wohlfahrt des Einzelnen von einer gewissen Vetterschaft abhängig macht zum großen Nachtheil derjenigen, die zum Anknüpfen solcher nepotischen Konnexionen zu stolz oder auch zu unbeholfen oder überhaupt nicht im Stande sind, sich dergleichen außer dem gesetzlichen Gang der Dinge liegenden Begünstigungen zu erwirken. Der gerade Weg ist und bleibt immer und ewig der beste, und der Bürger kommt nirgends besser zu, als bei völlig unparteiischer Verwaltung, wofür übrigens die Frankfurter zu allen Zeiten rühmlich bekannt war.

Frankfurt, wir wiederholen es, Frankfurt hat die Bestimmung, das Herz Deutschlands zu sein, und es wird früher oder später unfehlbar diese Bestimmung erfüllen. Ihm werden alle Kräfte des großen Vaterlands unaufhörlich zuströmen, und da warm und lebendig ineinanderfließen; aus seiner Mitte wird die Lebenskraft hinausdringen nach allen Richtungen des herrlichen Deutschlands. Frankfurt wird aufhören ein auf eigenen Füßen stehender Zwerg zu sein, und es wird das hochschlagende Herz eines Riesen werden. Deutschlands Pracht, Größe, Reichthum und Herrlichkeit werden sichtbar und dargestellt erscheinen in seiner künftigen Centralstadt, und die armselige Philisterei der Vorzeit wird nur noch in Liedern und Märchen vorhanden sein. Wie einst jener große, freie Weltstaat in den Mauern einer bescheidenen Stadt zu werden begann und von da aus einen immer weitern Umkreis und immer größere Bedeutung gewann, bis er der ganzen bewohnten Welt den Namen der Metropole gab, so wird unser großes Vaterland von dieser Centralstadt aus, fort und fort wachsen und gedeihen, und die Enkel werden einst sagen: „Frankfurt ist das deutsche Rom und Deutschland wieder in Wahrheit ein römisches Reich geworden!"

(Der hier von Frankfurt geforderte Schritt ist eigentlich nur ein nominellee! Es versteht sich ja von selbst, daß in Betreff auswärtiger Beziehungen die Sonderregierung der Stadt fortan keine Stimme mehr neben dem Reichsministerium haben kann; in ihren inneren Angelegenheiten bleibt ihr aber, mediatisirt oder nicht, das Selfgovernment einer Kommunalbehörde.) D. R.

Die Vorschläge zur deutschen Verfassung.

*** Vom Bodensee*) 27. Okt. Was Sie so oft eine Nothwendigkeit genannt haben, wurde nun von der Nationalversammlung als solche erkannt. In der That glich die Berathung der Grundrechte nur zu sehr einer theoretischen Disputation, so lange die Organe, ihrer praktischen Durchführung Nachdruck zu geben, nicht geschaffen sind. Wer zur Berathung des Verfassungswerks seine volle Zustimmung noch nicht geben wollte, mag sich an den Herden des Aufruhrs, z. B. hier im badischen Seekreise, von dieser Nothwendigkeit überzeugen. — Hier, wo die Frage, ob Republik oder Monarchie, am ersten und fast allein von der anarchischen Partei aufgeworfen wurde, während überall sonst nicht eigentlich die Staatsform Sache des Kampfes war, — hier ist es von besonderem Interesse, die Stimmung der Bevölkerung darüber kennen zu lernen. Wie man hier zum zweiten Male mit der rothen Fahne kein Glück hatte, so zeigte sich auch im benachbarten Würtemberg auf der mit Struve's Zug fast gleichzeitigen Volksversammlung in Ravensburg für die Republik keine rechte Stimmung mehr, weßhalb diese Frage vorerst vertagt werden mußte, und dieses „Festes" in unsern, sonst so lautschreienden Lokalblättern keine weitere Erwähnung mehr geschah. Gar mancher weiland Republikaner ist nun wieder zur konstitutionellen Monarchie zurückgekehrt, aber auch bei Vielen folgte ein Umschlag in den Gemüthern, eine Sehnsucht nach Ruhe um Alles, das frühere Philisterthum, — die Keime eigentlicher Reaktion, die wir nach längerer Anarchie zu fürchten haben. Eine dritte Fraktion endlich, jeder Gesetzlichkeit feind, sucht im Trüben gelockerter Zustände zu fischen und führt Letzteren auf Kosten der Ersterwähnten immer mehr Anhänger zu, je mehr sie alles Bestehende unterwühlt. Die Wiener Ereignisse haben Zahl und Muth dieser Mineurs wieder erhöht, und so wird es stets sein, so lange wir über unser Provisorium nicht hinauskommen. Dazu aber wäre es hohe Zeit, wenn es noch möglich werden soll, Weiteres zu verhüten und die Makel auszutilgen, mit denen unsere junge Freiheit so ehelos befleckt wurde. Soll aber auch die Quelle dieser Uebel versiechen, die seit dreißig Jahren so reichlich floß, dann ist rasch zu rathen und zu thaten. Und was war es anders, das uns so geblendet und planlos sein läßt, wenn sich zum ersten Male eine politische

*) Obgleich anonym eingesandt, machen wir wegen der Trefflichkeit dieses Artikels dadurch eine Ausnahme von unserem sonst streng eingehaltenen Prinzipe, keinen Aufsatz ohne Kenntniß seines Verfassers aufzunehmen, daß wir ihn in der Hauptsache als den unsrigen adoptiren. Wir ersuchen aber den geehrten Einsender, einer zweiten uns sehr erwünscht kommenden Zuschrift seinen Namen beizufügen. Es versteht sich von selbst, daß wir in keiner Weise denselben vertrauen lassen. A. d. R.

Digitized by Google

Ferne aufthut, was anders, als jene Bevormundung in öffentlichen Dingen, der Mangel eines Einheitspunktes, an den sich ein System auswärtiger Politik hätte anknüpfen lassen und jene maßlose Kleinstaaterei, die keinem Streben einen würdigen Kampfplatz bot. Jener ist zwar ein Ende geworden, aber noch haben wir uns nicht über die Form unserer Einigung geeint und die Bausteine sind noch nicht gesondert.

Oder sollen wir dem Rathe derer folgen, die ein Interesse gegen unser politisches Emporblühen haben, sollen wir wirklich glauben, was man uns lehren will, unsere Einheit solle nur eine Verbindung sein, wir sollen uns zufrieden geben mit dem „sentiment" und der Sehnsucht unserer Lieder, — wir sollen dahin zurückgehen, wo wir vor 30 Jahren angefangen haben. Gut denn, so nehmen wir den Wahlspruch an, lassen wir dem Nachbar drüben das Land, dem Britten das Wasser und uns die Luft, damit wir wieder sociale Systeme drüten, aber ja das heiße Hirn nicht kühlen in den Wogen, wo englische Kiele schwimmen, um etwa praktischer zu werden. Gönnt man uns denn nicht genug, wenn wir an dem in unserer Theorie erkranken dürfen, wozu das Gift wohl eher in Britanniens socialen Zuständen liegt. Treten wir also „nüchtern und fleißig" wieder auf unsere frühere Stufe zurück, fangen wir wieder an zu singen und zu dichten! — Doch nein, man gibt sich nicht zufrieden mit dem alten demokratisirten Bund. Man will nicht Staaten verbünden, man will einen Bundesstaat.

Alle sollen theilen die Geschäfte des Regierens, sie sollen jeder nur Theil an den Gewalten haben und nur als Gesammtheit sind sie souverän. — So muß doch wohl Wangenheim verstanden werden. — In diesem durchdachten Vorschlag erscheint vor Allem als großer Gewinn, daß die vollziehende Gewalt in Eine Hand und in die gelegt werden soll, welche dazu die geeignetste ist, aber immerhin möchte das Ganze zu komplicirt sein, um den schwerfälligen Gang unsrer öffentlichen Dinge zu beseitigen, ein System auswärtiger Politik möchte kaum möglich werden, insonderheit da der Partikularismus Organe haben soll, zur Ueberwachung auswärtiger Agenten, gleichsam zum Fingerzeig, wo die fremde Diplomatie wunde Stellen zu suchen hat. Was am bedenklichsten sein dürfte, ist, daß die Theilung der Gewalten mit jener der Stammesverschiedenheit übereintrifft. Allerdings erkennt man von Montesquieu bis heute bei der konstitutionellen Monarchie darin eine wesentliche Garantie der Freiheit, daß die Organe der Ausübung gesetzgebender und exekutiver Gewalt getrennt sind zwischen Regierenden und Regierten, während Wangenheim's Vorschlag nochmals bei jenen theilt und die Stammesverschiedenheit in beide Wagschalen legt, also nicht sowohl in freiheitlicher, als nationaler Richtung die Gegensätze sucht. Aber dies ist ja gerade die Achillesferse in unsern öffentlichen Angelegenheiten. Statt jener Mannigfaltigkeit in unserm Volkscharakter die nun einmal nöthige und gebührende Rechnung zu tragen, wird jene auf Kosten des Einheitlichen noch verstärkt und ihr im Vereinigungspunkte selbst eine feste Verkörperung gegeben.

Bunsen's Sendschreiben hat im Grunde nur das gegenwärtige Provisorium im Auge und möchte für den Bau der Verfassung eine Vertretung der Einzelstaaten sehen, damit die sichere Ausführung aller Beschlüsse besser gewährleistet sei. Daß er einmal bei der Centralgewalt selbst durch den Reichsrath, sodann aber auch bei dem Parlament durch das Staatenhaus die Partikularinteressen vertreten wissen will, welche in der Volkskammer schon ihren moralischen Einfluß üben, scheint letztern zu viel eingeräumt. Wenn auf der andern Seite dadurch die Landeskammern erspart werden sollen, so hat dies seine besondern Mißhelligkeiten, so lange nicht alle Staatsangelegenheiten Sache der Centralgewalt sind, was ja auch unmöglich sein kann. Beide Entwürfe enthalten Vorschläge zur Befriedigung der Partikularinteressen, welche bei einer bundesstaatlichen Organisation durchaus nicht unbeachtet bleiben dürfen, bei deren Anwendung aber, wie mir scheint, feststehen müßte, daß die Centralregierung selbst ungehemmt bleibe, mithin hier die Einzelstaaten ihre Vertretung nicht haben können. Nach Außen wäre sonst eine einheitliche Politik und ein festes System unmöglich. Die Durchführung des bundesstaatlichen Charakters hätte somit, zwar auch bei der gesetzgebenden Gewalt, aber in dem Parlament und zwar dem Oberhause, zu geschehen, wo zugleich das Princip der Ruhe, wie bei Wangenheim zu verkörpern wäre. (Liegt so doch schon in dem Geltendmachen alles Partikularen etwas Stetiges, gegenüber der Raschheit und Energie eines geschlossenen Einheitspunktes.) Es könnte dies durch eine ähnliche Zusammensetzung wie in dem Entwurf der Siebenzehn geschehen, nur müßte die ungeeignete Selbstvertretung wegbleiben und die Abgeordneten desjenigen Staates, dessen Regent zugleich die Reichsgewalt inne hat, wären alle von den allein noch fortbestehenden Provinziallandtagen zu wählen. Durch letztern Umstand würden sich die arithmetischen Verhältnisse zugleich so stellen, daß — wie bei Wangenheim — auch in diesem Oberhaus das Volksinteresse ungeschmälert wäre. — Welcher Staat nun an die Spitze treten sollte, wird keinem Zweifel unterliegen, wenn gleich die gerade regierende Persönlichkeit die unpopulärste ist und auch neuerdings wieder Vieles verdorben hat. Auch hier in Süddeutschland sieht man mehr und mehr ein, daß nur einer wirklichen Macht die Leitung der deutschen Angelegenheit in die Hände gegeben werden kann. Die Lage Oesterreichs zeigt, daß hier das deutsche Element nicht überwiegt, und doch können wir im deutschem Interesse nicht wünschen, daß sein Einfluß von den Mündungen der Donau zurückgedrängt werde.

Was die übrigen deutschen Staaten betrifft, so sind nach Bunsen's Vorschlägen die kleinern effektiv mediatisirt, da er sich nicht an deren Grenzen bindet. Warum aber sollte man dann das Miniaturstaatenwesen bei seinen vielen Nachtheilen gleichwohl fortbestehen lassen? Daß man mit diesem Uebel sich nicht versöhnen kann, wenn man eine schönere politische Zukunft hoffen will, ist wohl gewiß. — Daß auch Sie es nicht können, haben Sie bei einer andern Gelegenheit deutlich zu verstehen gegeben, gelegentlich Ihrer Schlußworte über das deutsche Universitätswesen; — Sie haben es „mit einem Worte herausgesagt: in den Universitäten muß auch mediatisirt werden." Neuerdings ist einer Ihrer Korrespondenten näher auf diese Frage eingegangen, sie auffassend von dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit — hinsichtlich der Kraft zur Selbsterhaltung durch Heer und Beamtenstand — und von dem des Rechts. Nicht minder wird diesem Zustand ein Ende werden müssen aus höhern politischen und moralischen Rücksichten; wenn wir die Nothwendigkeit einer thätigen auswärtigen Politik in's Auge fassen und einen Kampfplatz wünschen für politische Bestrebungen und Kräfte im Innern, um für die Dauer von anarchischen Gelüsten und hohlen socialen Theoremen abzulenken. — Wir haben darob lange genug der Achtung im Auslande entbehrt: ja da, wo ein Feld unsrer politischen Thätigkeit längst gewesen wäre, wollte man nicht einmal an 40 Mill. Niemetz glauben, und erst, erzählt unser Fragmentist, als ich sagte, daß wir nicht Einem gehorchen, daß wir von 38 Köpfen bis zur kleinsten Dimension herab geleitet werden, war ihnen Alles klar, „da kann bei euch freilich nicht viel zusammengehen", meinten die guten Osmanli. — Es ist freilich wahr, eine starre Centralisation und gänzliche Nivellirung, wie sie der Absolutismus liebt, würde der Mannigfaltigkeit unserer Bildung und Entwicklung Eintrag thun; — eine Reduktion auf nur wenige, gleichmächtige Einzelstaaten würde der Einheit noch hinderlicher sein, als eine Menge, zum Theil fast ganz machtlose. Doch sind wir von diesen Endpunkten noch weit entfernt und die Vortheile, die wir auf unsrer religiösen und literarischen Entwickelungsstufe aus so großer Theilung ernteten, schwinden zum Theil oder schlagen in das Gegentheil um, sobald wir die politische Entwickelung entschieden begonnen haben.

Ein Minimum, wie es kürzlich von jenem Ihrem Korrespondenten angenommen wurde, möchte aber wohl zu klein gesetzt sein, — man hätte einen Schritt gethan, — den man so ungern that, ohne durch die erzielten Vortheile befriedigt zu sein. Man trug sich kürzlich mit dem Gerücht, eine Einwohnerzahl von 300,000 solle für die untere Grenze gut befunden werden.

Wollte man die Kosten der Centralbehörden, die Civillisten ꝛc. als Maßstab annehmen, wollte man auf die konstitutionellen Staatseinrichtungen achten, welche ja in ganz kleinen, sogenannten Staaten nicht wohl ausführbar — immer hätte man keine sichern Grenzen. Zwar wird man diese Rücksichten nicht außer Augen lassen dürfen, allein Zahlen sind immer relativ und mir scheint, ein Blick auf die Charte wird mehr entscheiden, wird lehren, warum man der Thüringer Lande gedacht hat, wird zeigen, was Staaten, was bloße Enklaven sind. — Eine der delikatesten Fragen scheint endlich das Wie. Sie riethen kürzlich noch, ein Mediatisiren im Sinne Napoleons zu umgehen, dem allmäligen Tod zu überlassen, was ja doch keinen festen Grund mehr hat. Wohl sollte man sich von dem Patriotismus und der

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Ollmütz (Deputation des Mährer Landtags. Ankunft von Gesandten.) Münster (Bürgermeisterwahl.) Düsseldorf (Wesendonck.) Vom Rhein (Das Heer und die Bürger.) München (Note der Centralgewalt.) Baireuth (Amtliche Berichtigung des bairischen Truppenkommandanten in Sachsen-Meiningen.) Leipzig (Die Verbindung der Ostsee mit der Nordsee.) Baden (Rothe und Struveyer.) Darmstadt (Abgeordnete aus Rheinhessen zum Demokraten-Congreß nach Berlin. Einberufung des Landtags.) Koburg (Wechsel der Reichstruppen.) Weimar (Wahlgesetz.) Berndurg (Reactiönchen in Ballenstädt. Der Landtag will mitregieren.) Oldenburg (Ablösung der bäuerlichen Lasten.) Schleswig (Stedmann in Kopenhagen. Protest gegen Verbindungsstriche.) Aus Schleswig-Holstein (Truppen nach Baiern.) Lübeck (Aenderung des Münzfußes.) Hamburg (Localrathsbeiarten. Wahlkampf.)

Großbritannien. London (Schluß der Assisen in Clonmel. Cholera. Der Banus Jellacic im Spiegel des Morning Chronicle.)

Frankreich Straßburg (Säcularfeier.)

Italien. (Friedlicher Beschluß der Deputirtenkammer zu Turin. Die italienischen Blätter. Nachrichten aus Florenz und Neapel.)

Schweiz. Bern (Die Ruhe in Freiburg hergestellt. Der Staatsrath und der Bischof. Naveaux nach Köln.)

Belgien Brüssel (Eine Maßregel zu Gunsten Flanderns. Statistische Angabe.)

Ungarn. Pesth (Peterwardein in den Händen der Ungarn.)

Deutschland.

Ollmütz, 23. Okt. Gestern ist die Deputation des Brünner Landtags hier angekommen. — Der preußische Generallieutenant Thiele, der bairische Generallieutenant Zolleen, der kaiserl. russische Botschafter Medem sind hier eingetroffen.

Münster, 25. Okt. Heute Morgen hat die Wahl des Abgeordneten bei der National-Versammlung in Berlin für Münster stattgefunden. An Stelle des Oberbürgermeisters Hüffer, welcher aus Gesundheitsrücksichten genöthigt war, sein Mandat niederzulegen, ist der Geh. Regierungsrath Brüggemann in Berlin gewählt worden. (M. W.)

Düsseldorf, 25. Okt. Der Abgeordnete von Düsseldorf, Advokat Wesendonck, einer der Führer der Linken in Frankfurt, traf heute Nachmittag mit dem Bahnzuge hier ein. Er wird einige Wochen auf Urlaub unter uns weilen. Die hiesigen demokratischen Vereine hatten den Volksvertreter durch Abordnungen festlich ein. Alles lief ruhig und ordentlich ab. Hr. Wesendonck scheint namentlich in den unteren Schichten der bürgerlichen Gesellschaft einer gewissen Volksthümlichkeit zu genießen. (Rh. B.)

** **Vom Rhein**, 27. Okt. Das Mißtrauen, welches sich im Anfang unserer Bewegung allee Orten gegen die Truppen aussprach, wie gestissentlich es auch seitdee genährt wurde, ist geschwunden. Der Bürger gewöhnt sich allmälig, in dem Heere und in dem Geiste des Heeres einen zuverlässigen Schutz zu erblicken gegen die Gelüste, die unter der Maske der Freiheit nur Zügellosigkeit erstreben, und das Heer ist noch keinen Schritt gewichen von dee Bahn, welche Pflicht und Ehre ihm vorzeichnen. Wird das aber so bleiben bei den Lockungen, mit denen man, nachdem die Drohungen sich als fruchtlos erwiesen, es jetzt zu ködern sucht. Wird es den Verheißungen, welche ihm ein ungebundenes Leben, erhöhten Sold und abgekürzte Dienstzeit in Aussicht stellen, auf die Länge widerstehen? Noch, wie gesagt, hat es im Ganzen und Großen festgehalten an Pflicht und Ehre, aber, man darf es sich nicht verhehlen, daß jene Bestrebungen im Einzelnen schon vielfach Erfolg gehabt, daß die Bande der Disciplin, ohne welche der Soldat aufhört Soldat zu sein, gelockert sind, daß sich hier und da ein Geist zu regen beginnt, der, wenn man ihn nicht zu rechter Zeit beachtet und bewältigt, zur Gesetzlosigkeit führet und zur Säbelherrschaft, zur Säbelherrschaft, nicht im Dienste der viel verschrieenen Reaktion, aber im Dienste der Waffen und des Pöbels. Dafür arbeitet unsere Demokratie mit nicht ermüdendem Eifer, darauf sind die Ansprachen in Plakaten und Versammlungen berechnet, dafür ist ein eigenes Blatt die „Neue Köln. Ztg.", unablässig thätig, und daß der Erfolg den Anstrengungen entspricht, das zeigen die in beunruhigendem Maße sich häufenden Disciplinarvergehen, das zeigt die immer mehr sich steigernde Betheiligung an den aufreizenden Versammlungen der demokratischen Vereine. Soldaten des stehenden Heeres waren es, die in Düsseldorf bereits zwei Mal die rothe Fahne der Republik getragen. Und dennoch sind auf der andern Seite die Reibungen und zwar theilweise ernste und blutige Reibungen zwischen Bürger und Soldat nie häufiger gewesen, als eben jetzt, dennoch stehen sich dieselben hier und dort mit einer Erbitterung gegenüber, welche bei dem kleinsten Anlaß zu einer traurigen Explosion führen kann, und nur durch die unausgesetzteste Wachsamkeit in ihren Schranken gehalten wird. Daß die Stellung der Offiziere, sowohl ihren Untergebenen als den Bürgern gegenüber, eine sehr schwierige und selbst peinliche ist, bedarf kaum der Bemerkung: den ersteren verhaßt, weil sie ihrer Pflicht gemäß die Zügel der Disciplin mit fester Hand ergreifen, den letztern, leider manchmal mit Recht, verdächtig als Anhänger des gestürzten Systems, auf der einen Seite mit Abneigung, auf der andern mit Mißtrauen kämpfend, haben sie nicht einmal jeder Zeit Unterstützung bei der Behörde gefunden, die vor allen Dingen berufen gewesen wäre, treuer Pflichterfüllung Anerkennung und starke Hand zu leisten. — Inzwischen haben die demokratischen Vereine sich nicht begnügt, direkt in ihrem Sinne auf die Truppen zu wirken, sie sind auch bereits thätig, die Nationalversammlung zu Scheritten zu veranlassen, welche das Heer als solches vernichten würden. Der demokratische Verein von Köln hat diesmal die Initiative ergriffen und eine Adresse an die Nationalversammlung gerichtet, welche im Wesentlichen folgende Forderungen aufstellt. „Das stehende Heer hört auf, exekutive Gewalt zu sein. Hat als alleinigen Zweck die Unterweisung der Bürger in Führung der Waffen. Auch in der Armee bleibt der Bürger freier Staatsbürger, seine Pflichten in der Armee sind nicht verschieden von den übrigen Pflichten des Staatsbürgers und darum werden alle Pflichtverletzungen nach dem gewöhnlichen Gesetze gestraft. Wenn die Wehrmannschaft aufgeboten werden soll, so muß ihr der Grund der Einberufung mitgetheilt werden." Das sind Forderungen, die eines weiteren Kommentars nicht bedürfen. Mit einem nach dem Inhalt dieser Forderungen organisirten Heer, wenn man dann überall noch von einem Heer sprechen kann, sind wir die Beute des ersten Feindes, den es gelüsten sollte, uns anzugreifen. Aber freilich, wir haben keine Feinde mehr, wenn die Demokratie, die Republik, den Sieg errungt; die Republik ist der Friede, hat Lamartine gesagt.

München, 27. Okt. Man schreibt dem Nürnb. Korr. Wie man sich in politischen Kreisen erzählt, soll unsere Regierung in Folge des unbegreiflich nachlässigen Benehmens der Behörden bei den Vorgängen am 18. d. eine ernste Note von Seiten der preußischen Centralgewalt erhalten haben. Ich muß die Richtigkeit dieser Angabe vorerst dahin gestellt sein lassen.

Baireuth, 24. Okt. Der k. baierische Truppenkommandant im Herzogthum Sachsen-Meiningen, Oberst B. Großschedel, hat aus Baireuth unterm 24. Okt. eine im Nürnb. Korresp. abgedruckte Erklärung erlassen, worin er die umlaufenden und in öffentlichen Blättern weiter verbreiteten und farbiger ausgemalten Gerüchte von Meutereien, denen sich die baierischen Truppen überlassen haben sollten, für Lügen und Verleumdungen erklärt; vielmehr hätten sich die in's Herzogthum Sachsen-Meiningen eingerückten baierischen Truppen in jeder Beziehung musterhaft betragen und, wie überhaupt die baierischen Krieger in dieser Zeit, sich durch Treue und Anhänglichkeit an König und Vaterland ausgezeichnet. Die Erklärung schließt: „Eine Verwendung vieler Soldaten um eine bessere Verpflegung in ihren Quartieren, namentlich um besseres Getränk, oder um die nöthigen Gelobezüge hiefür — welcher Uebelstand auch sogleich beseitigt wurde — kann gewiß keine Meuterei genannt werden, — und Dieses ist einzig das Ereigniß, das eine gewisse Partei bemüht ist, zu entstellen und dann „„Meuterei"" zu beliteln."

§ **Leipzig**, 28. Okt. In Berliner Zeitungen beschäftigt man sich mit der jungen deutschen Flotte. Man sucht nachzuweisen, daß sie der Ostsee gehöre, und daß sie, gleich der preußischen Armee, zunächst eine preußische und dann eine deutsche sein müsse. Der letztere Wunsch ist wohl am besten mit Stillschweigen zu übergehen. Aber die wichtige Frage, wie die deutschen Kriegsschiffe zugleich in der Ostsee und in der Nordsee verwandt werden sollen, verdient wohl eine weitere Anregung, die ich hiermit gegeben haben möchte. Dem Vernehmen nach ist in Holstein von einem Plane die Rede gewesen, durch Vertiefung und Verbreiterung des Eyderkanals und der Eyder, vielleicht besser in Verbindung mit einem Durchstich von Rendsburg nach Brunsbüttel, den größten Schiffen die Durchfahrt zu eröffnen, welche jetzt nur kleineren in einer achttägigen Reise möglich ist. Auf den ersten Anblick mag der Gedanke an einen Durchstich etwas abenteuerlich erscheinen, weil — uns das Unternehmen so nahe ist; wir begestehen uns lieber für den Durchstich der Landengen von Panama und von Suez. Aber wenn auch die Kosten einer bequemen

Digitized by Google

Verbindung der Nordsee und der Ostsee sehr groß sein sollten, so müßte der Nutzen unberechenbar sein. Nicht nur, daß die Kriegsschiffe beider Meere sich unterstützen und einem jeden bedrohten Hafen in einem oder in dem andern zu Hülfe kommen könnten; es würde dadurch eine Küstenschifffahrt von Memel bis Antwerpen möglich werden, welche in alle Häfen der Nordsee wie der Ostsee ein neues Leben bringen müßte.

Baden. Die beiden badischen Universitäten verlieren der H. Fr. Z. und dem Schw. M. zufolge jede eine ihrer Celebritäten; Freiburg den ausgezeichneten Lehrer und Operateur, Hofrath Stromeyer, der einen vortheilhaften Ruf nach Kiel erhalten hat und zugleich Generalstabsarzt der schleswig-holsteinischen Truppen wird, und Heidelberg den Kirchenrath Dr. Rotde, ordentlichen Professor der Theologie und Direktor des evangelischen Predigerseminars, der einen Ruf nach Bonn als Professor der Theologie und zugleich als Konsistorialrath in Koblenz mit einem Gehalte von etwa 1700 Thalern angenommen hat.

Darmstadt, 25. Okt. Aus Rheinhessen sind, wie man der „Darmst. Ztg." meldet, zu dem Demokratenkongreß in Berlin, der gern ein Winkelparlament zusammenbrächte, abgereist als Abgeordnete die HH. Bambeeger, v. Löhr, Hitzfeld und angeblich auch Zitz.

Darmstadt, 27. Okt. Laut einer in der heutigen Nummer 61 des Regierungsblattes enthaltenen amtlichen Verkündigung ist die Wiedereröffnung des hessen-darmstädtischen Landtags auf den 20. November 1848 festgesetzt.

Koburg, 24. Okt. Die in die hiesigen Gegenden bestimmten hannöverschen Reichstruppen sind gestern von Gotha aus nach Altenburg gesendet worden. Es ist für gut befunden worden, die seither in Altenburg stationirten, königlich sächsischen Reichstruppen von dort zu entfernen und in die westlichen thüringischen Staaten zu vertheilen.

Weimar, 23. Oktbr. Heute ist unser Landtag wieder zusammengetreten und wird sich vor Allem mit einem neuen Wahlgesetz befassen, welches von einer Landtagskommission nach dem jetzt in Kurhessen berathenen entworfen worden ist, und nach welchem statt der zeitherigen 31 Abgeordneten 42 von dem flachen Land, von den Städten und den Höchstbesteuerten durch direkte Wahlen erwählt werden sollen. (Leipz. Z.)

Bernburg, 21. Okt. Eine Extrabeilage zu der heutigen Nummer des Reg.-Blattes enthält zwei Anträge, in der Sitzung am Abend des 20. Okt. einstimmig angenommen. 1) Indem wir auf den Inhalt der, in der Vormittagssitzung vorgelesenen Briefe zurückkommen, beantragen wir zu beschließen: „Der Landtag fordere das hohe Staatsministerium auf, daß dasselbe sofort und energisch Alles verfüge, was erforderlich scheint, um der unheilbringenden Reaktion in Ballenstädt, sowie im Lande überhaupt, die Wurzeln abzuschneiden, und die Versammlung von dem Geschehenen benachrichtige. 2) Der Hr. Major v. Trützschler ist in Folge seiner Unterschrift vom 13. d. vom Dienste suspendirt worden. Die Bereitwilligkeit, zur Zeit solcher Gefahr, wie an jenem Tage vor der Thür war, für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe mitzuwirken, scheint uns bei einem Stabsoffiziere eine so rühmliche Eigenschaft, daß sie billig von Sr. Hoheit zuerst anerkannt zu werden verdient. Wir zweifeln auch nicht an der Uebereinstimmung unsers Herzogs hiermit, und halten uns überzeugt, daß S. H. nur falsch berichtet worden sei. Deshalb beantragen wir, zu beschließen: „das Staatsministerium möge sofort dafür sorgen, daß dem Herzog die Sachlage wahrheitsgemäß vorgestellt, jene Suspension des Herrn Major v. Trützschler ungesäumt zurückgenommen, und ihm die nöthige Ehrenerklärung öffentlich gegeben werde." (Magd. Z.)

*** **Oldenburg**, 24. Okt. Der oldenburgische Landtag, welcher neulich von dem Deputirten Waldeck in der preußischen Nat.-Vers. wegen des durchgreifenden Beschlusses einer unentgeltlichen Aufhebung der Zehnten (dies ist beiläufig ein Irrthum des Hrn. W., da die Zehnten nur gegen billige Entschädigung abzulösen beschlossen wurde) als Muster angeführt wurde, hat mit keinem seiner Beschlüsse so tief in's Fleisch des Privatrechts geschnitten, als mit demjenigen, durch welchen festgesetzt worden ist, daß auch die seit 1830 mit den Gutsherren von den Pflichtigen abgeschlossenen Ablösungsverträge, auf den Antrag der gewesenen Pflichtigen revidirt und nach dem neuen staatsgrundgesetzlichen Ablösungsfuße des sechszehnfachen Ertrags abgeändert werden sollen, soweit die Ablösung entweder gegen Kapital geschah, und dies noch nicht, oder noch nicht ganz abgetragen worden ist, oder insofern für die Leistung eine Rente eintrat. Diese Ablösungsverträge waren nämlich Privatverträge, zu welchen sich die Pflichtigen entschlossen, da sie keine Hoffnung anderer Befreiung absahen. Man muß nämlich wissen, daß unsere Regierung die Publikation eines wie versichert wird, schon vor zehn Jahren fertig ausgearbeiteten Ablösungsgesetzes, auf eine schwer zu entschuldigende Weise von Jahr zu Jahr verzögerte und hinausschob, während man überall in Deutschland mit der Ablösung der Feudallasten vorschritt. Wie es heißt, waren es besonders einige reiche Gutsbesitzer des Münsterlandes, welche die Sache zu hintertreiben wußten. So kam es denn, daß eine Anzahl von etwa 650 pflichtigen Bauern sich nach und nach zu Ablösungsverträgen vor einer, eigens dazu niedergesetzten Kommission, auf dem Wege des Privatvertrags verstanden, wobei die Gutsherren ihren Vortheil gehörig zu wahren wußten. Es sind in dieser Art arge Quälereien der Pflichtigen zur Sprache gekommen, durch welche man sie zum Eingehen eines Ablösungsvertrags zu zwingen suchte. Wenn man bedenkt, welche Mittel hier dem Gutsherrn zu Gebote standen, die unter andern bei Sterbefällen eines Bauernhofbesitzers die Hälfte des nicht zur Stelle gehörigen Kapitalvermögens (peculium allodium) in Anspruch nehmen, und von mehreren Söhnen des Verstorbenen, Demjenigen, welcher ihnen das Meiste bot und versprach, die Stelle zuertheilen konnten — so wird es begreiflich sein, daß diese Leute sich zu schweren Ablösungsbedingungen verstanden, um nur aus solcher Sklaverei loszukommen. Ein Theil von diesen 650 genießt jetzt nur noch insofern die Wohlthat der neuesten Landtagsbeschlüsse, als die ausbedungenen Kapitalsummen noch nicht vollständig ausgezahlt sind. Das Gezahlte ist natürlich verloren. Dagegen etwa 150 Pflichtige, welche keine solche Verträge abgeschlossen haben, weil ihre Gutsherren (namentlich der Hr. v. Elmendorff) ihre Forderungen gar zu hoch stellten, werden nun für ihr Ausharren belohnt, indem sie mit dem 16fachen Betrage der Leistungen ein für allemal frei werden von allen Lasten und Pflichten, die bisher so schwer auf ihren Schultern drückten.

Schleswig, 25. Okt. Der Reichskommissär Stedmann ist gestern in Begleitung des Hrn. v. Reedtz von hier über Alsen nach Kopenhagen abgereist. Dem Vernehmen nach ist Hr. Stedmann zu dieser Reise durch eine Einladung des Reichsgesandten in Kopenhagen, Hrn. Banks, und durch die Wünsche des Hrn. v. Reedtz veranlaßt worden. Das Publikum unterläßt natürlich nicht, diese Reise mit dem durch die Zeitungen bekannt gewordenen Umstand, daß das englische Ministerium dem dänischen Gesandten in London, Grafen Reventlow, ein Dampfschiff zur Verfügung gestellt hat, und mit den umlaufenden Friedensgerüchten in Verbindung zu bringen. — Der erste Protest, welchen, wie man sagt, Hr. v. Reedtz zu Protokoll gegeben hat, soll sich gegen die kleinen Verbindungsstriche (-) zwischen Schleswig-Holstein bezogen haben. Die „Schl.-Holst. Ztg." bemerkt zugleich, daß man von keiner „irgend bedeutenden" Differenz gehört habe.

** Aus Schleswig-Holstein, 25. Okt. Zweitausend Mann das 3. und 6. Bataillon unserer Landestruppen sind nach Nürnberg designirt, schon ist das 3. Bataillon in Altona und wahrscheinlich wird das 6. bald folgen, um gemeinsam mit dem 3. seine Reise ins große bairische Heerlager anzutreten. — Im ärgsten Kriege könnte kein leidlicheres militärischeres Leben sein, wie in dieser Zeit des Waffenstillstandes.

Lübeck, 24. Okt. Die bürgerschaftliche Münz-Kommission hat jetzt ihre Anträge an die Bürgerschaft eingegeben, wodurch der Uebergang zum 14 Thlr.-Fuß vorbereitet werden soll.

** **Hamburg**, 25. Okt. Das Judenthum hat durch ein Senats-Decret einen großen Fortschritt gemacht; denn der Senat hat in Folge mehrfacher Suppliken endlich die Levirathsehe aufgehoben, eine der Fragen, die bisher zu keiner Vereinigung führte, obgleich sie in allen Rabbiner-Versammlungen zur Sprache gebracht wurde. Die Rabbiner konnten sich bisher niemals einen, und selbst sehr freisinnige Rabbiner lehnten sich bisher gegen die Aufhebung dieses mosaischen Gesetzes auf und man hatte sich bisher noch keine Ehe in Hamburg erlaubt, wenn nicht des Bräutigams Brüder sich vorher zur Levirathsehe zu bequemen bereit erklärt hatten. Die Wahlen im 7. Bezirke, dem 3. welches in der Stadt und den Vorstädten gewählt hat, sind mehr konservativ als liberal ausgefallen, morgen, wo das 2. wählt, wird die entscheidende Wahlschlacht geschlagen werden. Siegen die Liberalen, so ist ihr Sieg vollständig, siegen aber die Conservativen, so wird die Entscheidung

Digitized by Google

aufs Neue in Frage gestellt; wie können aber fast für gewiß annehmen, daß die Wahl für die Liberalen günstig ausfallen wird, da die Garnisan, etwas mehe als 700 Stimmen, für die Libeealen stimmen will. Man wollte die Garnison dieserhalb aon hier wegverlegen, da man schon wußte, daß sie radikal stimmen würde, doch unteeließ man es, da man fürchtete, daß sich die Büeger dagegen apponiren würden.

Großbritannien.

London, 26. Okt. Den 23. Okt. wurden die außerordentlichen Assisen in Clonmel geschlassen. Zuvörderst wurde übee acht in Waffen ergeiffene Bauern erkannt und meheere derselben von dem Gerichtshof als nichtschuldig gefunden. Sodann erschienen die Rebellen M'Manus, O'Donohue und Meaghee, die befragt, ob sie nach etwas zu eewiedern hätten, jedee einen längeren Vortrag hielten. M'Manus (übrigens laut Angabe eines englischen Blattes ein Bankeratturer) sprach wie ein Mann, dee sich bewußt ist, ein hohes Spiel gespielt und es verloren zu haben und dee es daher untee seiner Würde hält, sich übee die ihm zuerkannte Strafe zu beklagen; übrigens suchte ee sich auf's angelegentlichste gegen den Verdacht zu veewaheen, als ab er bei seinem reaolutionären Beginnen van Haß gegen die Engländer geleitet gewesen, vielmehe habe er unter diesen seine glücklichsten Tage zugebeacht und fühle sich ihnen zum Dank verpflichtet. O'Donohue sprach wie ein Gerichtsschreiber, kasuistisch und kaufflig trocken, Meaghee in hochfahrender, unoerschämt anmaßendee Weise, die der Feierlichkeit der Handlung ganz unangemessen und höchstens mit dee graßen Jugend des Verurtheitten zu entschuldigen war. Hierauf sprach dee Lord Obeerichter über alle drei das Todesurtheil, das jedoch, wie aus einer Bemerkung des Globe heeorgeht, auf keinen Fall vollzogen werden wird. Das Chronicle eezählt, daß neulich O'Brien bei seinem Spaziergange im Korridoe sich so gewaltsamen Ausbrüchen der Heftigkeit überließ, daß man sich genöthigt sah, ihn in seine Zelle wiedee zurückzubeingen und größeren Beschränkungen zu unterwerfen als bisher.

Die Cholera äußert sich in London fortdauernd nue in aereinzelten Fällen. In Edinburgh und Nachbaeschaft dagegen eekrankten bis jetzt 197, starben 111.

Das „Chronicle" bringt eine intereessante Charakterschilderung des wenn auch nicht berühmt, doch namhaft gewoedenen Banus Jellacic, dee wir Folgendes entnehmen: „Dee Banus macht auf den Beobachtee den Eindruck eines sanften aber entschiedenen Chaeaktees, der auf seine geistigen Kräfte in vollem Maße vertraut. Ee trägt nicht den geringsten Stolz zur Schau, und kaum kann man sich denken, diese Eescheinung sei die eines Führeers wilder Volksstämme, oder eines Mannes von großem Ehrgeize. Seine Stimme ist sanft, seine Erziehung durchaus deutsch; ee spricht das Deutsche wie seine Mutteesprache und mit dem österreichischen Accent; ee ist ein großer Bewundeeee der deutschen Sprache und Litteratue, abee seine slawonische Nationalität empört sich gegen die deutsche Anmaßung, welche auf alles Slawische mit Geringschäzung herabsieht; ee spricht das Ungarische, Kroatische und Italienische gleich gut, ist unaeeheirathet, besitzt keine Reichthümee, noch sorgt ee sich um sie, aber seiner Nation ist er mit Leidenschaft eegeben. — Das Geheimniß seines Einflusses übee die Kroaten beruht darin, daß ee selbst Kroat ist und stolz ist, ein solcher zu sein; alle seine Kraftanstrengungen gehen daeauf hinaus, seinem Volksstamm in Ungarn diejenige Stellung zu erringen, auf die er Anspruch zu machen hat. Er spricht den Volksdialekt. Es ist die Sprache meiner geliebten Muttee, sagte er einst zu mie, und ich bin stolz daeauf, daß ich sie sprechen kann. Als ihr Ban und General unterhält er sich mit seinen Kroaten und spricht ihnen von Dingen, die ihnen nie auch nue im Traume eingefallen wären, malt ihnen Gesichte von Ruhm und Ehee vor. Kein Wunder, wenn sich bei seinem Erscheinen jedes Auge nach ihm wendet, wenn sie mit aufgesperetem Munde jedes seinee Woete verschlingen, wenn sie bereit sind ihm zu folgen, wohin ee sie führt, nach Pesth, Wien odee Mailand. Sobald sie seinee ansichtig werden, grüßen sie ihn mit ihrem Zivia (ee soll leben) aufs Enthusiastischste." Beschreiben wird er als mittelgraß, von gedrungenee fester Gestalt, mit kahlee abee noch dicht van einem Kranze schwaezer Haare umgebenen Scheitelspitze, buschigen Augenbrauen, hoher Stirn, mild und klae blickenden schwarzen Augen, Adlernase und fein geschnittenem Mund. Er steht in seinem 49sten Jahre, war in seiner Jugend von zarter Leibesbeschaffenheit, genießt aber seitdem einer vortrefflichen Gesundheit.

Frankreich.

** **Straßburg**, 25. Okt. Die Festtage sind geschlossen, und die großartigen Scenen, welche sie vorgeführet haben, leben nne noch in der Erinnerung und in den Eindrücken fort, die wohl lange sich nicht verwischen werden. Ich bin zu alt, um mich von dem Enthusiasmus hineeißen zu lassen, und gestehe willig ein, daß ich Alles aermieden wünschte, was als Saat der Zweetracht die Völker entzweien könnte. So erschien mir, wie Vielen noch, dieses Säkularfest: ich fürchtete unheimliche Worte bei den Banketten, bei den Aufzügen, aan den Kanzeln. Aber ich muß es bekennen, die sinnige Anordnung des Ganzen, der sich überall ankündigende Geist, die Sicherheit in dem Bewußtsein dee Sprechenden, führten mich allmälig auf einen Standpunkt hinüber, von dem aus das Fest sich in ein ganz neues, ich muß gestehen, erfreuendes Licht stellte. Es lag in Allem wenigee das Gepräge einer Feiee dee Lasseeißung eines Landes, als vielmehe dee Charaktee einee Aussöhnung unter der Aegide einee neuen Civilisation. Hiee hätten die Stürmer Manches leenen können: wie man, auf das Bewußtsein errungener Ereignisse gestützt, mit Festigkeit handeln müsse, damit das Gekommene nicht durch Ueberstürzung, durch Heerschen nach Utopien, wiedee verloren gehe. Wohl kann dee Sehnsucht dies und das unvollkommen scheinen, dem systematischen Schwärmee mögen vollkommnere Zustände vorschweben; aber der Erfahrene weiß, was ee von menschlichen Werken und Gebilden zu eewarten hat und begnügt sich, sie langsam zur Vervollkommnung zu führen, befriedigt, einmal auf dem guten Wege und im Besitze dee Leitung zu sein. Dieses Bewußtsein und das folgeeichtige, damit übereinstimmende Handeln eines Volkes wird abee jedem Gegenstreben, jeder Verstockung, wie mächtig sie auch sein möge, zuletzt immer den Sieg abeingen. Diese Haltung stellten aber auch die verlebten Feste heraus. Das Elsaß und Lothringen feierten nicht das Andenken an ihee Trennung van dem deutschen Reiche, diese ist längst vollends vergessen; die Feiee sprach vielmehe die Freude aus, einem Staate anzugehören, welcher in der Ausbildung freier Institutionen so weit voegeschritten ist. In diesem allein lag das Nationale, welches in Reden und andern Demonstrationen sich aussprach. Ein Fest der Freiheit war es, heraargerufen durch das Gefühl, an letzterer einen so reichen Antheil zu besitzen. Es wae beinahe die alte freie Reichsstadt, welche in ehemalige Rechte sich wiedee eingesetzt fühlte. Und was von dem Lande jenseits des Grenzsteames gesprochen wurde, drückte den redlichen Wunsch aus, daß auch die Grenzscheide zwischen zweien Völkern det ihree Wiedergeburt fallen und in gesetzliche Freiheit sich alle Stämme vereinigen werden, wie ja schon die Religion ein solches Band um ihee Bekenner van einem Pole zu dem andern geschlungen: dee feindselige Gegensatz der Nationalitäten werde aufhören und an seine Stelle der Alle veesöhnende Tempel teeten! Mag auch hierin noch Schwäemerei liegen, das Elsaß, wie es sich in diesen Tagen ausspeach, hat wenigstens theilweise die Möglichkeit und Verwirklichung erwiesen. Darum störte sich auch Niemand, wenn er die alten allemannischen Dialekte dee veeschiedenen Gauen mitten unter den Festreden an den langen Tischen, in den Kreisen dee Bürgergarden höete, wenn die gemüthlichen Lieder dee Thäler des Wasgau's neben der Marseillaise und den Girondins in den Straßen schallten. An dem Biertische unter den hohen Linden oder in der Brauerei verstanden dee Bruder aus den Goldhügeln und dee aus dem Münsterthale das Teinquons! mit welchem die schäumenden Becher klirrten. — Aber nach eine andere Seite haben diese Feste. Die Zeitungen mögen die Namen der Städte und Flecken nennen, welche von der Tauber bis übee den Juea und vom Rhein bis tief nach Lothringen hinein ihre Banner mit den kräftigen Männeen gesendet hatten, einen besondern Eindeuck machten auf jeden diese Schaaren, welche die Waffen zue Erhaltung dee öffentlichen Ordnung gegen systematische Plünderung tragen. Wee sollte an der Erhaltung der gesetzlichen Ordnung zweifeln, wenn ee sie auf solche Kräfte gestützt sieht? Der Jubel selbst verstummte und wich dem Ernst, den der lange Zug diesee Zehntausende hervorrief. Jedee fühlte sich stalz einem Ganzen anzugehören, das einer solchen Machtentwickelung fähig war. Und unter diesen gemischt die Bataillone des stehenden Heeres, noch weit ernster, in dem einfacheren Kriegerkleide, in dieses Band der waffentragenden Nation hineingeschlungen! Es war eine wahre Verbrüderung, dieser unabsehbare Zug durch die Stadt und die zur fröhlichen Vereinigung bei dem Becher bestimmte Aue. Hierin, in dee Vereinigung der Bürgerwehr und dee Truppen liegt die Zukunft des

Digitized by Google

Landes, die Bürgschaft des Sieges über die in der Gesellschaft liegenden gefährlichen Elemente, welche schwärmende Träumer zur ungesetzlichen That gerufen haben. Die neuere Geschichte Frankreichs zeigt, was ein nationales Heer vermag; jedesmal, wenn die Nationalgarde bei Revolutionen sich neutral verhielt, war es auch das Heer; so 1830, 1848; sobald aber die Bürgerwehr nicht mit der Bewegung sympathisirte, sahen wir auch die Truppen muthig und entschlossen die Barrikaden stürmen, wie 1834 und in den Junitagen. Wann wird eine solche Vereinbarung in Deutschland möglich werden; wann die Verdächtigung, welche Söhne, Väter und Brüder trennt, aufhören, und ein gemeinsames Bedürfniß beide zur Erhaltung der Ordnung vereinigen? Möchte auch in Frankreich nie der Ehrgeiz dieses Band zerreißen, denn nur auf ihm ruht die Erhaltung des Staatslebens. — In dieser allgemeinen Versöhnung war auch jedes feindselige Gefühl verwischt: da erwähnte keiner mehr der gefallenen Dynastien, der als völlig entschwunden gedachten Ordnung unter der Monarchie. Keine beleidigenden Worte wurden gehört, keine Vorwürfe! Man hätte es als unanständig angesehen, von dem unglücklichen Herrscher zu sprechen. Es ist nicht die Verachtung, nein, man hat sich mit den Fehlern gewissermaßen ausgesöhnt, seitdem man eingesehen, wie leicht die Regierenden sich täuschen und Land und Volk in Gefahren stürzen können.

Italien.

□ In Turin wurde in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 21. Okt., der Antrag des Abgeordneten Brofferio: Die Frage über Krieg und Frieden zu entscheiden ohne den Ausgang der Vermittelung Frankreichs und Englands abzuwarten, mit 122 gegen 13 Stimmen verworfen. Hingegen beschloß die Kammer, nach dem Vorschlage mehrerer ministeriellen Deputirten mit 77 gegen 55 Stimmen: „In Rücksicht auf die Erklärung des Ministeriums, woraus hervorgeht, daß dasselbe in keinen anderen Frieden willigen wird, als in einen solchen, welcher die Ehre des Staates und die Unabhängigkeit Italiens sichere, in Erwägung, daß dasselbe nicht zugeben wird, daß die Vermittelung zu lange, dem Staate und der Sache Italiens nachtheilige Termine festsetze, und daß dasselbe, wenn Oesterreich die ihm (von den vermittelnden Mächten?) gestellten Bedingungen ablehnen sollte, mit Offenheit und Kraft die nothwendigen Maßregeln ergreifen wird, um Krieg zu führen, geht die Kammer zur Tagesordnung über. Dieser friedliche Beschluß hat daselbst viel Aufsehen gemacht. Die Sitzung wurde um 2 Uhr in der Nacht geschlossen. Im Senate zeigten die Minister am 21. an, Toscana sei auf die von Sardinien gemachten Vorschläge die Basis eines italienischen Bundes zu entwerfen, eingegangen, Rom aber noch nicht. — Concordia vom 23. will aus einem Briefe von Mailand wissen, der österreichische Gesandte in Paris sei ermächtigt alles gut zu heißen was die vermittelnden Mächte über Italien beschließen würden. — Der „National Savoisien", der mit dem friedlichen Beschlusse der Turiner Deputirtenkammer sehr unzufrieden ist, läßt den Obergeneral der französ. Alpenarmee sich nach dem Mont Cenis begeben, um den Uebergang über denselben zu untersuchen. — Die provisorische Regierung von Venedig hat am 12. Okt. ein neues Anlehen von 2 Millionen Lire zu 5pCt ausgeschrieben. — Berichte aus Neapel vom 14. melden, daß die Differenz mit Sicilien auf dem Punkte einer friedlichen Beilegung ist. Aus Florenz vom 19. schreibt man, daß die Ministerkrisis noch nicht beendigt und die Aufregung sehr groß ist.

Schweiz.

☽ **Bern**, 26. Okt. Die Ruhe im Kanton Freiburg ist wieder hergestellt, d. h. die dortige Regierung ist wieder durch eidgenössische Bajonette auf ihrem Sitze befestigt worden und kann nun in ihren terroristischen Maßregeln zur Beglückung des Volkes und zu seiner Erziehung für die Freiheit fortfahren. Der Hergang bei der letzten Insurrektion ist kurz folgender. Als der Bischof auf das ihm gestellte Ultimatum keine befriedigende Antwort gab, wurde ihm von Seiten der Regierung ein Wagen vor das Haus gefahren mit dem strengen Befehl, denselben sogleich zu besteigen und den Kanton zu verlassen; was auch geschah. Darauf entstand Bewegung, Aufstand und Sturmleuten in der Nacht vom 23. auf den 24. in der Gegend von Rue. Ueber 1000 Bauern nahmen den Bezirkspräfekten und mehrere Großräthe gefangen und zogen, die Priester mit dem Kreuze voran, gegen die Stadt. Aber in Waadt war man vorbereitet, und schon am 24. rückten 4 Waadtländer Bataillone und eine Artilleriekompagnie in den Kanton Freiburg ein. Gestern morgen reiste Herr Oberst Ochsenbein als Abgeordneter des Vororts mit dem Standesweibel nach Freiburg, um die Ordnung herzustellen. Ein Berner Bataillon folgte ihm. Auf die Nachricht, es seien die Bauern im Anzug, baute man in Freiburg die ersten Barrikaden in der Schweiz. Die Insurgenten, als sie die ersten Truppen ansichtig wurden, warfen sie die Waffen weg und zerstreuten sich nach allen Seiten. Man glaubt, daß das Militär den Kanton sogleich wieder verlassen werde. Um Ihnen einen Begriff von dem Verhältniß des Staatsraths zu dem Bischof zu geben, theile ich Ihnen einige Stellen aus dem zwischen beiden geführten Briefwechsel mit. Der Staatsrath schrieb ihm unter Anderem: Wir wollen nicht an Alles erinnern, was Sie im Interesse des Sonderbundes gethan, nicht an die beständigen Sympathien, die Sie immer für die Partei des Auslandes und der Reaktion kund gegeben. Wären Sie den Gewissensbissen und der Scham nur einigermaßen zugänglich, so wären Sie in sich gekehrt rc." In einem andern Briefe heißt es: „Erschöpft, zu Grunde gerichtet durch das Ungemach des Sonderbundes, dessen Zähigkeit im Kanton Freiburg mit der traurigen Entfesselung der Leidenschaften und mit der Verblendung des Volks größtentheils Ihr Werk ist, sehnt sich der Kanton nach Ruhe. Sie aber verweigern sie ihm. Seine Regierung bemüht sich vergeblich seit elf Monaten, die klaffenden Wunden des Landes zu heilen. — Wahrlich, wir müssen es Ihnen erklären, seit dem Bestande des Kantons Freiburg hatte die Religion keine ärgere Feinde als zwei herrschsüchtige Bischöfe, den verstorbenen Strambino, Ihren Vorgänger unseligen Andenkens, und Sie..... In Ihrer Hand ist die Religion zu einem schnöden Werkzeug der Politik, gehässiger Leidenschaften, des Fanatismus und der Verfolgung herabgewürdigt worden." — Herr Raveaux, der deutsche Reichsgesandte, hat uns schon wieder verlassen und ist nach Köln verreist. —

Belgien.

** **Brüssel**, 24. Okt. Endlich ist Hr. Rogier mit einer Maßregel zu Gunsten Flanderns hervorgetreten, bei der man Mühe hat, sich des Lächelns zu enthalten. Am 15. Juni 1849 soll zu Gent eine öffentliche Ausstellung der Leinen-, und Baumwollenindustrie und sonstigen flämischer Manufakturzweige eröffnet und den Ausstellenden, deren Produkte sich auszeichnen, irgend welche Prämien bewilligt werden. Der Gedanke mag an sich ganz vortrefflich sein, aber wie er Flandern aufhelfen soll, das begreifen wir nicht. So lange Flandern unter der Herrschaft einer fremden Sprache, eines fremden Geisteszwangs, einer der Mehrheit der Bevölkerung unverständlichen und darum schon kostspieligen Verwaltung und Bureaukratie seufzt, kann es aus seiner traurigen Lage unmöglich gerettet werden. — Man rechnet in Belgien 1,717,354 Hektaren bebautes Land. Davon sind in runder Zahl 500,000 mit Waizen, 600,000 mit Korn, Gerste, Hafer bepflanzt und auf 617,351 Hektaren werden Erdäpfel, Leinen, Hanf, Oelkörner und Futterkreuter gewonnen. — Nach einem belgischen Blatt beträgt die Gesammtlänge der Eisenbahnen auf den brittischen Inseln 5,170 Kil., in Preußen 2,871, in Oesterreich 2000, im übrigen Deutschland 2,425, in Frankreich 1,688, in Belgien 675, in Niederland 171, in Dänemark 106, in beiden Sicilien 80, in Rußland 52, in Toscana 40 Kil. Das ist in einer Hinsicht sprechend genug.

Ungarn.

Pesth, 19. Okt. Der D. Allg. Z. wird geschrieben: Das gestrige untere Dampfboot brachte die offizielle Nachricht, daß der Kommandant der wichtigen Festung Peterwardein, Baron Blogovich, in Folge des Befehls der hiesigen Regierung die ungarische Tricolore aufgepflanzt und unserer Regierung unbedingten Gehorsam schriftlich gelobt hat. Die Besatzungstruppen sind meist Magyaren. Schon durch diese Festung ist der raizische Aufstand im Schach gehalten. Auch die Uebergabe von Leopoldstadt und Munkacs, sowie die Dämpfung des wallachischen Aufstandes in Siebenbürgen scheint sich zu bestätigen. Die Grenze gegen Galizien wird von der hohen Karpatenkette geschützt, welche jetzt durch zweckmäßig angelegte Schanzwerke zu einer Landesfeste gegen jede galizische Invasion gemacht wird.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexander in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame des Champs.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungsexpedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 291. **Frankfurt a. M., Dinstag 31. October.** **1848.**

Uebersicht.

Preußen.

Deutschland. Frankfurt (Die Stadtwehe. Hülfsbedürftigkeit der Armenkranken auf dem Lande.) Wien (Die Vorgänge des 24. und 25. Oktober.) Pesth (Reaction. Unruhen.) Berlin (Der Demokratencongreß. Die Ministerkrisis. Die Dunkelmänner. Truppenbewegungen. Die unbeschäftigten Arbeiter. Verbindung des Hofes.) Königsberg (Pläne der Kamarilla.) Stettin (Rahm Abgeordnetre nach Frankfurt.) Neunach (Instandsetzung der Festung.) Hannover (Ruhe.) Heidelberg (Gervinus Rückkehr.) Kassel (Ständeverhandlungen.) Luxemburg (Bischof Laurent.)

Großbritannien. London (Der Standard über die Gottlosigkeit Wiens und der deutschen Universitäten. Morning Chronicle und Times über die Verwerfung zu Wien. Französische Nationalgardisten zum Besuch in London und bei Ludwig Philipp. Erzherzog Stephan erwartet. Sir W. Temple nach Neapel. Abschied der pariser Nationalgardisten.)

Niederland. Haag (Adresse. Vorbereitung der neuen Wahlen. Das Desicit. Hollands Stellung zu Deutschland. Die Rheinschifffahrt. Das definitive Ministerium.)

Türkei. Konstantinopel (Ernennungen. Brand in Pera.)

31. October.

Während Aller Augen auf Oesterreich gerichtet sind, dessen Schicksal gleichzeitig in Frankfurt berathen und in Wien entschieden wird, geben in Preußen Dinge vor, welche die ernsteste Aufmerksamkeit verdienen. Außer Acht wird Preußen freilich auch nicht bei den Verhandlungen über Oesterreich gelassen; denn Preußen's Stellung zu Deutschland hängt ja wesentlich davon ab, ob Oesterreich mit seinen deutschen Provinzen in den Bund tritt oder nicht, und mancher Politiker scheint nur deshalb für die Dreiheit des Reichsoberhauptes so sehr eingenommen, weil, wenn nach seiner Rechnung Oesterreich nicht zutritt, doch nichts daraus wird. In beiden Fällen bleibt übrigens Preußen die stärkste deutsche Macht; es übt in Deutschland den größten Einfluß aus und die Verfassung des Reiches wird nicht umhin können, dies Verhältniß anzuerkennen. In den jüngsten Tagen hat die preußische Regierung auch endlich etwas gethan, um den für Preußen im Voraus bestimmten Platz zu verdienen. Sie hat erfüllt, wozu sie so oft aufgefordert ward; sie hat aufgehört, bloß abzuwarten, und hat selbst gehandelt für Deutschlands Einheit. Sie streckt dem Reiche eine bedeutende Summe vor, sie läßt die Reichsgesetze ohne Weiteres als Landesgesetze veröffentlichen, sie ist in Bezug auf die Gesandtschaften billigen Wünschen entgegen gekommen, und sonen vorausgeeilt im wichtigsten Punkte, im Heerwesen. Preußen hat seine ganze bewaffnete Macht, dreimalhundert und sechszig tausend Mann, wie der Reichsminister mit Nachdruck sagte, dem Reiche zur Verfügung gestellt.

Aber während so die Erwartungen übertroffen wurden, und Preußen in der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes stieg, hat der König von Preußen auch diesmal die ihm oft dargebotene Gunst des Geschickes, so viel an ihm liegt, von sich gestoßen. Er gebehrdet sich plötzlich wieder wie ein unumschränkter Herrscher und sagt den Vertretern des Landes ins Angesicht, er sei ein König von Gottes Gnaden. Denselben Vertretern, welche so eben mit großer Mehrheit und mit großem Rechte beschlossen hatten, die fraglichen Worte aus dem königlichen Titel zu streichen! Mag sein, daß Ludwig der Fromme, den manche Geschichtschreiber Ludwig den Schwachen nennen, jene Worte in seinem Titel aufnahm, um seine Demuth zu bezeichnen. Sie bedeuten aber jetzt das Gegentheil. Sie gelten nicht mehr in dem Sinne, wo wir Alle von Gottes Gnaden sind und Bischof Otto von Bamberg, der fromme Apostel der Pommern, mit Recht auf seinen Hirten- und Wanderstab die Worte setzte: Dei gratia id sum, quod sum! Von Gottes Gnaden bin ich, was ich bin! Mit jenen Worten ist vielmehr im Lauf der Jahrhunderte ein ganz anderer Sinn verbunden worden. Sie sind ausgebildet zu der Lehre von dem göttlichen Rechte der Könige, über welches Jakob I. Abhandlungen schrieb und bewies, daß sämmtliche alten Rechte und Freiheiten des englischen Volkes nur wieder ein Ausfluß seiner königlichen Gnade wären, und er sie nach Umständen zurücknehmen könnte. Jene Worte widersprechen so sehr dem Bewußtsein unserer Zeit, sind so veraltet, daß wir uns wahrlich verwundern, noch Gelegenheit erhalten zu haben, darüber zu sprechen. Sie reizen in unserm Jahrhundert nur noch den Spott und erinnern an das Wort Rousseau's, die Fürsten hätten Recht, sich von Gottes Gnaden zu nennen; denn es wäre wirklich sehr gnädig von Gott, daß er ihre Wirthschaft noch dulde. Wir würden jene Worte des Königs, für die kein Minister die Verantwortlichkeit übernehmen wollte, als bedeutungslos übergehen, wenn der König nicht in diesem Augenblicke die Macht besäße, ihnen Nachdruck zu geben. Er hat sich selbst auf seine Macht berufen, auf jene funfzig tausend Mann, welche rings um Berlin zusammengezogen sind, und trotz der rauhen Jahreszeit nicht davon entfernt werden. Der Oberbefehlshaber dieser Truppen hat sich über deren Zweck sehr zweideutige Worte erlaubt und die eigentliche Gesinnung des Königs und seiner Umgebung ist leider nicht mehr zweideutig. Er ist von Männern der alten Schule umgeben, welche ihm das Volk als Empörer gegen seine gesetzliche Macht darzustellen nicht müde werden. Die Revolution ist ihnen, wie weiland den Caoalters, nur eine große Rebellion. Und es soll nicht einmal das Volk sein, welches aufgestanden ist, sondern nur der Pöbel der Hauptstadt. Sie nähren die alte Vorstellung des Königs, daß die große Menge des Volkes dem alten Königthume von Gottes Gnaden noch immer anhänglich ergeben sei. Erklärte sich doch früher der König selbst dem nach seinen eigenen Grundsätzen gewählten Landtage ungefähr dahin: er wisse, daß sein Volk ganz anders denke. Er wird sich um so leichter überzeugen lassen, daß die jetzige Landesversammlung nicht die wahren Wünsche des Volkes kund gebe. Die neue Zeit und ihre Forderungen werden nur von Wenigen auf jenen Schlössern bei Potsdam vertreten, wo die königliche Familie mißmuthig und wie in der Verbannung lebt. Der Adel, welcher in der neuen Ordnung der Dinge kein anderes Privilegium behalten soll, als seine Hoffart, das Militär, welches nach blutiger Sühne verlangt, das gestürzte Beamtenthum, die um Eichhorn trauernde rechtgläubige Geistlichkeit, sie Alle eifern für das Königthum, während sie an ihren eigenen Vortheil denken. Sie machen sich als die eigentlich gutgesinnte Partei geltend; sie werden nicht müde, dem Könige Kundgebungen und Vorstellungen in ihrem Sinne, zum Theil unter ihrem Einflusse zu Stande gekommen, vor die Augen zu bringen und als den wahren Ausdruck des Volkes darzustellen. Was Wunder, wenn der Hof in den Preußenvereinen den Kern des Volkes sieht und die redlichsten Freunde des Königthums, welche Fehler auf beiden Seiten erkennen, zu seinen Widersachern zählt? Wo soll der König einen Halt finden gegen jene Menschen, welche ihn beständig zu Gewaltmaßregeln drängen? In seinem Ministerium? Es besteht aus erfahrenen Männern der alten Schule, welche sich von der Nothwendigkeit der neuen Ordnung der Dinge überzeugt haben. Ihr

Digitized by Google

Ansehen beruht darauf, daß der König in ihnen alte treue Diener sieht, welche von seinen bisherigen Rechten nicht mehr als erforderlich ist, ergeben waren. Was sollen sie thun, wenn sie sehen, daß sie jenes Vertrauen des Königs nicht mehr genießen? Wenn sie in Potsdam kaum durchdringen können? Wenn der Widerstand überall versucht, aber noch nicht durchzuführen gewagt wird? Wenn sie darüber das Vertrauen des Volkes und der Versammlung verlieren und nach beiden Seiten ohnmächtig werden? In der Landesversammlung kann der König unter diesen Umständen eben so wenig einen Halt finden. Die Parteien sind dort zersplittert und werden durch das wachsende Mißtrauen immer mehr auf die linke Seite gedrängt. Die Partei, welche die Berathung der Verfassung hinauszuschieben sucht, führt dabei an, jetzt thue es vor allen Dingen Noth, durch eingreifende Gesetze den ganzen Wust des Mittelalters zu beseitigen, künftig möchte es zu spät sein. Während die Versammlung durch Aufhebung des Jagdrechtes und anderer alten Bevorrechtungen den Zorn des Adels aufs Höchste reizt, fühlt sich der König verletzt auch die nun endlich beginnende Berathung der Verfassung. Jetzt, wo es sich darum handelt, mit klaren Worten die Rechte des Fürsten und des Volkes abzugränzen, empfindet er erst, wie viel ein unumschränkter König aufgeben muß, wenn er sich in einen konstitutionellen verwandelt. Es scheint, als ob ihm das Opfer zu groß dünke. Es scheint, als ob der König sich mehr und mehr jener Partei zuneige, welche behauptet, daß sich mit Volksbewaffnung, freiem Vereinigungsrecht und freier Presse nicht regieren lasse und deren ganze Staatsweisheit in einem Staatsstreiche besteht. An Vorwand dazu fehlt es nicht. Das Treiben der Demokraten in Berlin ist schlimm und zügellos genug; wenn die Truppen in Wien einrücken, so ist das Einschreiten der Truppen auch in Berlin zu besorgen. Wir können uns Umstände denken, unter welchen das Einschreiten der bewaffneten Macht nothwendig und gerechtfertigt sein wird. Aber unter allen gegenwärtig vorliegenden Umständen müssen wir befürchten, daß ein Sieg der Truppen mißbraucht werden wird. Was soll dann aus uns werden, aus der Partei, welche es ehrlich gemeint hat mit dem konstitutionellen Königthum und die darin das Heil für unser Volk sah? Wir sehen uns betrogen und gehen mit Schmerz einer neuen Revolution entgegen.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Okt. Nach einem gestern veröffentlichten Tagesbefehl wird die Stadtwehr und die Schutzwachen, in Beziehung auf deren Verwendung für die Sicherheit der Stadt und den Schutz der Nationalversammlung, sowie zur Herbeiführung eines innigen Zusammenwirkens derselben mit den Truppen der Reichsgarnison, unter den Befehl des bestehenden General-Kommandos aller Reichstruppen, mit welchem gegenwärtig der großh. hessische Generalmajor v. Bechtold beauftragt ist, gestellt. Was jedoch die spezielle Verwendung im Platzdienste betrifft, so haben diese Korps den Anordnungen des Platzkommandanten, Herrn Major Deetz, Folge zu leisten. (Fr. J.)

00 **Frankfurt**, 30. Okt. Wie wenig die „Kunstpatrioten von Gestern", welche die Volksversammlungen zur Zeit ihrer Blüthe geleitet haben, von den Leiden des Volkes wissen, und wie wenig das Volk selbst sich bei diesen Versammlungen thätig betheiligt hat, geht wohl am schlagendsten daraus hervor, daß von einer Hauptklage nie die Rede war: von dem Mangel an Fürsorge für die armen Kranken auf dem Lande, insbesondere von der gänzlichen Hülflosigkeit des ländlichen Proletariats, der Taglöhner. Besonders in der Umgebung von Frankfurt, wo der Schreiber dieses die Verhältnisse aus mehrjähriger praktischer Erfahrung genau kennt, haben die kleinen Staaten diesen wichtigen Gegenstand auf eine empörende Weise vernachlässigt und auf die Anstalten von Frankfurt hin gesündigt. Die Armenklinik in Frankfurt hat binnen 14 Jahren aus den benachbarten hessischen und nassauischen Ländern 13—14,000 Kranken behandelt, davon etwa 900 in ihrem Krankenhaus, welche größtentheils durchaus keine Zuflucht in der Heimath fanden, — ohne daß eine dieser Regierungen sich nur für verpflichtet geachtet hätte, etwas zu dem Fortbestehen dieser fast ausschließlich durch Frankfurter Geld bestrittenen Anstalt beizutragen. Es ist hier nicht der Ort, weiter in die Einzelnheiten der Verletzungen einzugehen, welche, wie Knochen- und Unterleibsbrüche, wie die in der Ernte so häufigen Augenverletzungen, bei Vernachlässigung das Leben des Kranken in Gefahr setzen oder ihn arbeitsunfähig machen, während, wenn ihm eine oft kurze und wohlfeile ärztliche Behandlung oder nur eine ordentliche Unterkunft, eine warme Stube statt des lustigen Dachbodens, gewährt würde, die Gemeinde nicht genöthigt würde, einen oft noch jungen erwerbsunfähigen Menschen zeitlebens zu unterhalten. Diese letzte Seite scheint besonders hervorzuheben zu sein, denn, da in den meisten deutschen Staaten das Armenkrankenwesen ohne alle humane Rücksicht gehandhabt wird, so dürfte eine Berufung auf das Mitleid mit armen hülflosen Kranken, welche unbeachtet dahinsiechen, wohl wenig fruchten. Vielleicht hilft es mehr, wenn man auf die Unzufriedenheit hinweist, welche es z. B. in Hessen-Darmstadt erregen muß, wenn die Staatsbürger lesen, wie sorgsam man für die Christen im Orient bemüht ist, wie hoch die Pensionen für ehemalige Hofdamen und Kammerherren sich belaufen, während außer der durch Privatmittel erweiterten Anstalt in Gießen (Stiftung der Gräfin Görlitz) und der Privatanstalt des Dr. Küchler in Darmstadt im Lande keine nennenswerthe Anstalt für arme Kranke vom Lande besteht, da doch so viele unbewohnte Schlösser den Raum dazu bieten. Nassau hat nichts als die gänzlich ungenügende Anstalt in Wiesbaden; Hessen-Homburg erhielt erst durch die Herrn von einem andern grünen Tisch die Aussicht, ein Krankenhaus aus den Ueberschüssen des Spielbankgewinns (non olet) gegründet zu sehen. Kurhessen hat die gänzlich unzureichenden Landkrankenhäuser (etwa 50 Betten für eine Provinz!) welche höchst dürftig ausgestattet sind, und wegen des übergroßen Zudrangs langwierige Kranke halbgeheilt entlassen müssen, leichtere aber gar nicht aufnehmen können. Kurhessen ist auch nebst der Türkei der einzige Staat in Europa, welcher mehr als eine halbe Million Einwohner zählt und einer Irrenheilanstalt entbehrt. Vor einigen Jahren wurde den Ständen eine Vorlage zur Errichtung einer solchen gemacht, welche auch bereitwillig noch mehr als die geforderte Summe bewilligten. Da aber der Kurfürst bei dieser Gelegenheit als Lokal derselben ein altes gänzlich ungeeignetes Jagdschloß dem Lande verkaufen wollte, so kam keine Einigung zu Stande und die Sache unterblieb, dagegen trat die deutsch-chinesische Mission in's Leben. Sehr unzweckmäßig sind auch die kurhessischen Irrenpflegeanstalten zu Hanau und Merrhausen, sowie die darmstädter Pfleg- und Heilanstalt zu Hofheim. Eberbach in Nassau dagegen ist eine ausgezeichnete Irrenanstalt. Wie Krankenhäuser, so fehlen auch genügende Versorgungshäuser, sowie Blinden- und Taubstummenanstalten, besonders aber Kleinkinderbewahranstalten, da immer noch sehr häufig, während der Abwesenheit der Eltern auf dem Felde, die eingeschlossenen Kinder durch Feuer oder Hausthiere zu Schaden kommen.

Daß in Preußen die Fürsorge nicht besser ist, entnehmen wir dem Berichte des OMR. Joseph Schmidt in Berlin. Er sagt: „Mit sophistischen Definitionen über Armuth und Nichtarmuth im Sinne des Gesetzes, — werden die bittere Noth leidenden Kranken gespeiset und erwärmt, weil sie noch ein verschuldetes Obdach haben, und hätten sie dieses nicht, so würde man andere Gründe finden, um so ausführlich als möglich zu deduciren, daß sie nicht arm seien. Alle Gründe faßt man in dem Worte: Princip zusammen, — Thatsache aber ist es, daß die Kranken hungern, dursten, ohne eine Spur von Hülfe ganz prinzipmäßig sterben, um beim göttlichen Richter Beschwerde zu führen über die papierne Kommunal-Nächstenliebe des neunzehnten Jahrhunderts nach Christo." In der Umgebung von Frankfurt treten, durch die Zerrissenheit der Gebiete, neue, in größeren Staaten weniger häufige Uebelstände hinzu. Ein Darmstädter von Geburt, welcher z. B. in dem kurhessischen Bockenheim als „Permissionist" wohnt, hat keinen Anspruch auf Aufnahme in das Landkrankenhaus zu Hanau, und wo er Anspruch hätte im Darmstädtischen, gibt es für ihn keine Hülfe oder sie ist zu entfernt!

* **Wien.** Die Widersprüche der Wiener Nachrichten sind bis jetzt unauflöslich. Während die Berichte der Reisenden wiederholt aufs Bestimmteste und Leidigste die Kanonade, die Einnahme und Herstellung der großen Brücke u. s. w. berichten, wissen die Briefe aus dem Innern der Stadt vom 24. und 25. hiervon nichts. Es läßt sich denken, daß man in der Stadt von einer Niederlage so wenig als möglich verlauten ließ, daß man im Innern einer großen Stadt wie Wien von dem was draußen vorging eine Zeit lang nicht unterrichtet war. Dagegen kommen die gestern von uns mitgetheilten Nachrichten der Ver-

Digitized by Google

liner Blätter, der Spener'schen Ztg. und der deutschen Reform, ihrer ganzen Haltung und unverkennbaren Parteifarbe nach, aus dem militärischen Lager, und auch sie stellen den Beginn des Kampfes in Abrede. Sollte man denn auch hier eine Schlappe zu verdecken haben? Oder wollte man von dem stattgehabten Kampfe so wenig als möglich verlauten lassen, um eine inzwischen eingetretene Aussicht auf friedliche Beilegung nicht zu stören? — Das Wahrscheinlichste ist wohl, daß am 24. allerdings ein Kampf stattfand, aber nur vereinzelt und durch Angriffe von der Stadt aus, nach einem der Berichte, wie am 23., durch den versuchten Uebergang von vier Kompagnien kais. Truppen, den Windischgrätz verhindern wollte, veranlaßt. In diesem Sinne spricht sich die folgende Mittheilung der Leipz. Z. aus Prag aus: „Aus den Berichten der vereinzelten Reisenden, die aus der Gegend von Wien hierher gekommen, scheint hervorzugehen, daß ein Bombardement der Stadt oder ein allgemeiner Kampf, wie man im Anfang hier aussprach, nicht stattgefunden, sondern daß sich nur ein Kampf des Militärs mit den Mobilgarden um die Taborbrücke, vor welcher sich die letzteren verschanzen wollten, entsponnen; das Militär demontirte zwei gegen dieselbe aufgestellte Kanonen, und die sich zurückziehenden Garden zündeten die Eisenbahnbrücke an, wodurch den Reisenden aus der Ferne glauben gemacht wurde, es brenne in Wien." Ob hieran die Einnahme oder Uebergabe der Leopoldstadt sich geknüpft habe, muß dahingestellt bleiben, ist aber nicht wahrscheinlich, obgleich eine Nachricht davon spricht, Leopoldstraße und Erberg hätten im Verein mit den Truppen Barrikaden gegen die Stadt errichtet. Daß übrigens der bloße Besitz der Leopoldstadt und Jägerzeil wenig entscheidet, lehrt ein Blick auf den Plan von Wien. — Wir lassen noch einen Bericht des C. Bl. a. B. aus Lundenburg vom 26. Okt. folgen, der den Kampf mit großer Lebhaftigkeit schildert. Am 24. Mittags 2 Uhr stellen bei der Eisenbahnbrücke Wiener Seits die ersten Kanonenschüsse gegen das am linken Donauufer postirte Militär abgefeuert worden sein, wodurch drei Kanoniere getödtet wurden. Das Kanonenfeuer wurde bald sehr lebhaft und dehnte sich gegen Nußdorf in den Prater aus. Die Wiener zogen sich gegen das Kaiserwasser zurück, und an den nächsten Häusern zwischen den Brücken waren weiße Fahnen ausgesteckt. Ungefähr gegen vier Uhr stellte das Militär die schon früher theilweise zerstörte große Brücke wieder her und marschirte auf das rechte Ufer. Da sich hier kein Feind mehr vorfand, rückten die Truppen dem Kaiserwasser zu, fanden aber die kleine ärarische und die kleine Eisenbahnbrücke in Brand, wodurch der Weitermarsch verhindert und die Feindseligkeiten an diesem Tage eingestellt wurden. Gegen Abend wurde von Florisdorf aus an drei Punkten Feuer gesehen, nämlich in der Richtung gegen die Wieden, die Landstraße und gegen Nußdorf hin.

Am 25. gegen 10 Uhr Vormittags begann die Kanonade auf's Neue, und zwar in einer sehr bedeutenden Ausdehnung, welche man dem Gehöre nach von der St. Marxer bis zur Nußdorfer Linie annahm. Einige glaubten auch Kanonendonner in der Gegend von Kaiser-Ebersdorf gehört zu haben. Des Nachmittags stieg das Feuern zu einer schaudervollen Heftigkeit; der Boden erzitterte und einzelne Schüsse waren kaum mehr zu unterscheiden. Gegen Abend stiegen in Florisdorf Leute auf die Dächer, und hörten in der Richtung gegen die Stadt ein furchtbares Geschrei, wie bei einer heftigen Bestürmung. Gegen den Bahnhof hin entstand ein großes Feuer, doch war es nicht möglich, den Ort des Unglücks näher zu bezeichnen. Um ungefähr halb sieben Uhr Abends verstummte der Kanonendonner. Aus Privatnachrichten wußte man in Prag am 26. Okt., daß es am 24. an fünf Stellen in der Stadt gebrannt habe; und auch am 25. wollte man ein großes Feuer gesehen haben. Der Kampf wäre hiernach mit großer Energie geführt worden; ein Bataillon vom Regiment Baumgarten soll fast aufgerieben, von einem Bataillon Jäger nur 130 Mann zurückgekommen sein. Der 26. sollte zum Angriff sämmtlicher Truppenkorps bestimmt sein (vermuthlich nach Ablauf der von Windischgrätz gesetzten Frist). Die kroatischen Truppen, bisher halb nackt, sind aus den verschiedenen Montursvorräthen equipirt worden, so daß sie den buntesten Anblick bieten. Jägeruniformen, Artillerieuniformen ꝛc. wimmeln in buntem Gemenge durcheinander, bewaffnet sind aber alle bis an die Zähne. Die feuchte Witterung soll übrigens sehr nachtheilig auf die Truppen gewirkt haben und die Ruhr unter denselben mit Macht grassiren. Die Armee erhält zwar täglich Verstärkung, aber die Stimmung soll theilweise unzufrieden und unzuverlässig sein; daß häufige Uebergänge zu den Wienern stattfinden; scheint trotz des Widerspruchs der über Berlin gekommenen Nachrichten gewiß. Daß die Armee 100,000 Mann stark sei, wie dieselben Nachrichten angeben, scheint ebenfalls übertrieben; nach anderen Angaben beläuft sie sich auf etwa 70,000 Mann. — Von der ungarischen Armee, ihrer Zahl und ihrer Stellung wird durchaus nichts Sicheres berichtet.

Soeben erhalten wir noch Berliner Blätter mit Nachrichten aus Wien bis zum Abend des 26. Hiernach würde bestätigt, was wir oben als Vermuthung aufstellten und was die stark aufgetragenen Uebertreibungen der aus der „Deutschen Reform" mitgetheilten Nachrichten anzudeuten schienen. Die Truppen hatten sich in den Besitz der Leopoldstadt und der Jägerzeil setzen wollen, was ihnen jedoch nicht gelungen, auch hatten sie die Tabor- und Eisenbahnbrücke wieder aufgeben müssen, welche beide hinter ihnen abgedeckt wurden. Der Fürst Windisch-Grätz soll eine 24stündige Waffenruhe verlangt haben und diese von der Stadt gewährt worden sein. Diese Frist war am 27. Okt. abgelaufen. Eine in Ollmütz angelangte Deputation der Wiener Nationalgarde und akademischen Legion, mit Begleitung von Nationalgarden aus Gratz, Linz und Brünn, bat gegen Amnestie, Errichtung eines volksthümlichen Ministeriums und Entfernung des Militärs aus der Umgegend von Wien die Unterwerfung der Stadt und Entwaffnung der akademischen Legion und des Proletariats an, indeß gab der Minister Wessenberg wenig Hoffnung, daß die Deputation den Kaiser sprechen werde. — Diese Nachrichten beruhen gleichfalls nur auf den Berichten von Reisenden; Briefe und Zeitungen aus Wien selbst fehlten. In Berlin war auch das Gerücht verbreitet, im Widerspruch mit dem Obigen, Wien habe die Bedingungen des Fürsten Windisch-Grätz angenommen und dieser werde am 27. Morgens die Stadt besetzen.

Aus **Prag** vom 26. Okt. wird der „D. Allg. Z." geschrieben: Die letzten Ereignisse stellen die Reaktion in einer Gestalt dar, wie wir es selbst bei der trübsten Anschauung nie geahnt hatten. Ollmütz ist ihr gegenwärtiger Centralpunkt. Schon hat man einen Schriftsteller dort, Namens Nitschner, ohne Untersuchung auf die Festung Königgrätz in Böhmen gebracht, und dem Redakteur der dort erscheinenden sehr unschuldigen Zeitung „Neue Zeit" gedroht, bei dem geringsten Anlasse mit ihm auf gleiche Weise zu verfahren. Die Entwaffnung der hiesigen Studentenlegion war bereits beschlossen und ist nur auf energisches Einschreiten eines volksthümlichen Mannes, der der Hofpartei vorstellte, daß sie bald gar keinen sichern Aufenthaltsort haben werde, suspendirt. Doch bedeutender als all Dieses ist das Manifest des Fürsten Windisch-Grätz an die Bewohner Wiens. Grauen überfällt den Besonnenen, wenn er an die Folgen dieses Manifestes denkt. Der Eindruck, den diese Ereignisse auf unsere Bevölkerung machen, ist nach den verschiedenen Parteien verschieden. Die Schreckenisse einer Militärherrschaft, von denen wir im Juni ein kleines Prödchen empfanden, stehen selbst denen als drohendes Schreckbild vor Augen, die in der Züchtigung Wiens einen Sieg der slawischen Sache sehen. — Gestern hatten wir auch hier einen sehr unruhigen Tag. Ein Konflikt zwischen einer Abtheilung der Studentenlegion und einem Militärposten, der die übliche Salutirung verweigerte und von einem Studenten thätlich insultirt wurde, hätte leicht schlimme Folgen haben können. Die Sache wurde aber, wie ich höre, in Ruhe beigelegt. Ernstlicher war eine Zusammenrottung von Kattundruckern Abends auf dem Hauptplatze, die auf Veröffentlichung einer ihnen Konzessionen gewährenden Ministerialentscheidung drangen; doch wurde auch hier durch Einschreiten des Bürgermeisters eine Ruhestörung verhindert. In der Nacht wurde das auf dem Altstädter Ringe befindliche Marienbild durch gewaltsamen Einbruch seiner aus Goldmünzen bestehenden Zierden beraubt. — Es sind einige czechische Parteiführer durch telegraphische Depesche an das Hoflager nach Ollmütz berufen, darunter auch Dr. Helfert, ein junger Mann, der sich nur durch seinen maßlosen Konservatismus am Reichstag ausgezeichnet hat. —

Das Schreiben des Banus Jellacic an die Slowanska Lipa wird natürlich sehr verschieden kommentirt. Der Korr. der D. A. Z., dessen Worte wir soeben angeführt haben, knüpft daran bemerkenswerthe Betrachtungen. Der Ban habe bisher nur als ein Parteiführer im Dienste der Kamarilla gegolten, der es mit seinem Herrn und Kaiser redlich meine. Jetzt erkenne man in ihm einen ehrgeizigen, für ein Slawenreich schwärmenden Intriganten, der nach der Rolle

Digitized by Google

eines Diktators strebe. Die Ernennung zum Gouverneur von Ungarn habe ihn seinem Ziele genähert, und als das Kriegsglück ihn verlassen, habe ihm die Oktoberrevolution einen Vorwand geboten, nach Wien zu ziehen, obgleich kein Befehl ihn dazu aufforderte. Der Hof aber möge erkannt haben, wie gefährlich es sei, einem solchen ehrgeizigen Manne so viel Macht in die Hand zu geben, und ernannte den Fürsten Windisch-Grätz zum obersten Befehlshaber aller Truppen in Oesterreich, mit einziger Ausnahme der italienischen. Wie ein Donnerschlag berührte ihn diese Demüthigung, die ihn dem Fürsten Windisch-Grätz unterordnete und mit seiner Ernennung zum Militärgouverneur in Ungarn in offenem Widerspruch stand. Er sah ein, daß auf diese Weise seine ehrgeizigen Plane vereitelt seien, und wandte sich nun wieder an die Sympathie der slawischen Völker, auf die er seine Zukunft stützt. Daher sein Schreiben an die Slowanska Lipa in Prag. Wir wollen dieser Auffassung die mögliche Richtigkeit nicht absprechen, namentlich was das Verhältniß zu Windisch-Grätz betrifft, indeß müssen wir bemerken, daß das Schreiben allein eine solche Ansicht nicht rechtfertigt. Es spricht sich darin allerdings ein glühender Eifer für die slawische Sache aus, der bei einem Manne von so bedeutender Stellung für die rivalisirenden Nationalitäten gefährlich ist, aber nicht über die Schranken des Rechts einer kämpfenden Nationalität hinausgeht, und nicht, wie der Magyarische, die Unterdrückung anderer Nationalitäten und die Auflösung des Staates, in dem sie alle sich bisher bewegten, von vornherein proklamirt. Jedenfalls läßt er den Ban edler und bedeutender erscheinen, als wenn er ein bloßer Diener der Camarilla und politischen Reaktion wäre. — Uebrigens soll die Slowanska Lipa eine Antwort an den Ban erlassen haben, worin sie erklärt, Gut und Blut für das von ihm so glorreich verfochtene Slawenthum zu opfern und seinem Rufe in jedem Augenblick zu folgen. — Am 25. sollte, wie das C. Bl. a. B. berichtet, von Brünn nach Floridsdorf ärarisches Pulver auf der Eisenbahn befördert werden. Dieses wollte die Nationalgarde nicht zulassen. Während der Debatten hierüber erfolgte jedoch die Abbestellung durch den Telegraphen. — Aus Ollmütz wird vom 24. die Ankunft der Reichskommissäre Welcker und Mosle gemeldet. Sie kamen von Wien und wurden zur kaiserl. Tafel gezogen. Ihre Wirksamkeit, meint das C. Bl. a. B., werde wohl nur eine Formalität sein, da der Hof neuerdings alle friedlichen Versuche abgewiesen habe. Wir wünschten sehr, die friedlichen Nachrichten aus Wien möchten sich bestätigen und auf Rechnung der intervenirenden Reichskommissäre kommen. Die Zeitrechnung würde sich damit wohl vereinigen, wenn Windisch-Grätz am 25. Kraus in friedlicher Absicht berufen ließ, oder (angeblich) selbst nach Ollmütz gerufen wurde. Die Erzherzogin Sophie war ebenfalls in Ollmütz anwesend. Es herrschte dort große Theilnahme für Wien. Aus Lemberg brach am 22. die ungarische Besatzung, aus zwei Bataillonen bestehend nach Ollmütz auf. Sie marschirten in früher Morgenstunde ab ohne Trommelschlag und Musik, die Einwohner aber hatten die ganze Nacht auf sie gewartet und riefen ihnen ein donnerndes Lebehoch zu, welches die Ungarn mit dem Rufe: Es leben unsere polnischen Brüder! es lebe Posen! erwiederten. In Krakau sollen auch Unruhen entstanden sein. Von Oderberg werden durch das preußische Postamt nur noch Briefe und Zeitungen nach Oesterreich befördert, Pakete aber zurückgelegt, da die Post für dieselben keine Bürgschaft mehr übernehmen kann.

*** **Berlin**, 28. Okt. Man traut seinen Augen nicht, man mißtraut seinen Ohren. Ist das der gefürchtete Demokratenkongreß? Furchtbar allerdings in seinem Willen, in seinen Tendenzen, die er jetzt offen auf der Schaubühne ausgesprochen hat! „Die Republik!" — „Die rothe Republik!" — „Erst wenn alle Fürsten Deutschlands von ihren Thronen gejagt sind, werden wir Ruhe haben." Ein endloser Beifallssturm folgte diesen Wünschen. Und als dringender Antrag ward angenommen: „eine Kommission, um Vorschläge zu machen zur vollständigen Organisation der demokratischen Propaganda durch ganz Deutschland." Aber die Mittel, aber die Personen! Der erste Präsident, durch seine Schicksale, sein Martyrium, seine Schriften bekannt, Georg Fein, resignirte auf die Präsidentschaft. Er sagte, weil er sich zu schwach fühle; ob das die Schwäche Grabow's war, der dem moralischen Unwillen nicht widerstehen konnte, einer so von kleinlicher Zwietracht, von engherzigem Parteieinhaß zerrissenen Kammer zu präsidiren! Vielleicht überschlich Georg Fein ein ähnliches Gefühl, ein ähnlicher, ethischer Zweifel: Mit diesen Republikanern eine Republik! Die höchsten Aehrenspitzen, die hervorragten, kannten sich freilich, aber das ganze Kornfeld ihm zu Füßen! Da traten Aedeiter vor und forderten von der Republik der Zukunft, daß sie die Maschinen verbiete, zerstören lasse, oder doch wenigstens nicht dulde, daß zu den vorhandenen noch neue gefertigt, die alten reparirt würden. Was sollte er mit solchen Republikanern anfangen? Wo man über die Principien im Reinen ist, wo man zum Handeln schreiten will, soll man für seine Bundesgenossen und Soldaten zuvor ABCschulen errichten, sie in den ersten Vorkenntnissen zu unterrichten? Doch mens agitat molem, das ließe sich vielleicht überwinden; aber unter der Heerde könnten Wölfe stecken! Man wollte die, welche man für falsche Freunde hält, daraus entfernen. Sie waren zäher Natur, und ließen sich nicht entfernen. Held, der Demagog mit der breiten Stirn und der gewaltigen Stimme, schlug auf seine Brust, der alte Karbe schüttelte sein weißes Haar. Wer durfte ihnen bestreiten, wer bewies es ihnen, daß sie nicht aufrichtige Demokraten seien! Die Republikaner aus Schlesien rollten die Stirn und murrten; ihr Anhang aus dem Lande hinter ihnen wollte für sie einstehen und sterben. Das war ein schlimmer Anfang für eine gute Sache, Zwietracht gesäet im Beginn. Dann der Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit, die Fortschritte des Vereins! Wie schöne Illusionen stürzten da zusammen! Auf das Proletariat hatten die Männer der kommenden Republik gerechnet. Ach, sie hatten sie sich idealisch gedacht, die Männer, die Mütter, die Töchter aus dem Volk! Wer hätte das gedacht, gedacht daß diese Argeneratoren unsers Volkes, der Welt und Sitte, ihre Studien des Lebens im Theater, in Büchern, in schönen Träumen gemacht! Kurz, sie hatten Rohheit gefunden und Egoismus bei den Arbeiteen, statt begeistertes Eingehen in die Ideen, welche sie und die Welt frei machen sollten. Daher waren sie gezwungen sich an den Bürgerstand zu wenden. Auch hier heerschten die Motive vor, die Liebe zum Besitz, zur Ruhe, zur Ordnung. Langsam, sparsam gingen die Eroberungen; in vielen großen deutschen Ländern, volkreichen Städten kam kaum ein wirklicher demokratischer Verein zu Stande; Schlesien allein durch deren Zahl, durch Muth und Wuth und Begeisterung excellirend. Aber wenn es schon mit der Sammlung der Geister schwach aussah, wie erst mit der der Beiträge! Vielleicht drucken Sie den Rechenschaftsbericht auch in Ihrer Zeitung ab, wie ihn die hiesige Zeitungshalle, das officielle Organ der Partei bringt; er verdient in allen seinen Details bekannt zu werden, und deßhalb halte ich mich bei den Einzelheiten nicht auf. Daß es den Demokraten an Geld fehlt, wird Niemand anders erwarten, wo Viele meinen, daß Viele grade um deßwillen Demokraten sind. Auch finanzielle Talente, die in diesem Punkte aus Nichts Etwas zu machen verstehen, wird man unter ihnen nicht suchen; wohl aber darf man sich wundern, daß keines der Mittel anschlug, auch nicht einmal die monatliche Silbergroschensteuer per Kopf — in einem Monat hatte sie gar nur etwa sechs Thaler eingebracht. Die naiven Klagen könnten ein Lächeln erregen, wenn der sehr ernste Ernst nicht darüber stände. Einen Silbergroschen monatlich kann auch der Bettler abgeben, wenn er überhaupt so viel zu leben hat, daß er nicht verhungert! Was ist nun die Zahl der Demokraten in den 50 Millionen Deutschen, die man uns als die unterdrückte Mehrzahl des Volkes schildert? wenn sie alles, was ihnen sonst lieb gewesen, Anhänglichkeit, Liebe, Dankbarkeit, Familienbande, Blut und Leben hinzuopfern bereit sind für die Idee der Zukunft, was hielt sie ab einen Silbergroschen zu spenden? Das also ist die Macht, die wir fürchteten! hört man erstaunt sich zurufen und sieht sich lächelnd an. Ihr Kassensaldo beträgt 4 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf.! damit wollten sie den Reichstag in Frankfurt sprengen, damit alle Fürsten verjagen! Und man konnte am 25. Oktober wirklich einen neuen Barrikadentag (was wir erst jetzt hören; Aengstliche haben schon einen Plan gesehen, auf welchen die Barrikaden für ganz Berlin mit rothen Linien verzeichnet waren) man kann diese zu Tage gelegten Missere noch jetzt fürchten! — Ein rascher Umschlag, der im Berliner Blut liegt, keine der bessern Eigenschaften unsrer Mitbürger. — Ueberraschen konnte diese naive Eröffnung der eignen Blöße vor dem Publikum, aber es entspringt die Frage: Lauert nicht dahinter eine Kriegslist? Will man nicht vielleicht durch das enthüllte Gemälde der Armseligkeit die Furcht und Wachsamkeit einschläfern? Und wenn nicht, wenn es wirklich, zur Ehre Deutschlands, mit den Werbungen dieser sogenannten Demokraten, so schlimm stünde, so gibt das uns freilich einen

Trost, daß unser Volk im Ganzen sittlicher, tüchtiger und verständiger geblieben ist, als wir nach ihrem übertäubenden Geschrei, nach vielen Anzeichen, zu hoffen berechtigt waren; aber eine Zusicherung gibt es darum noch nicht, daß nicht die Wenigen zu einem letzten Verzweiflungsstreich schreiten, wie Piroten, die ihr Schiff in die Luft sprengen, wenn sie sehen, daß Sieg und Entrinnen gleich unmöglich ist. War der Angriff auf Frankfurt, wor Struve's Einbruch kein solcher Coup Verzweifelnder, die Seele und Leib auf die letzte Karte setzen?

L. C. **Berlin**, 28. Okt. Die neueste Ministerkrisis hat eine eigenthümliche Gestalt. Die Minister nehmen noch immer ihren Sitz in der Kammer ein, und bis jetzt fehlt es noch an jeder amtlichen Mittheilung über die Erledigung der Portefeuilles. Im Publikum ist man jetzt ziemlich allgemein geneigt, zu glauben, Herr v. Pfuel habe sich zur Wiederannahme bestimmen lassen. Wir sind jedoch im Stande, auf's Bestimmteste zu versichern, daß dies nicht der Fall ist. Vielmehr sind verschiedene Unterhandlungen wegen Ersetzung des Herrn v. Pfuel und des Herrn Kisker eingeleitet. Unter Anderen ist der kommandirende General v. Weyrach in Frankfurt a. d. O. zur Uebernahme des Vorsitzes im Kabinet und gleichzeitigen Leitung der Geschäfte des Kriegsdepartements hierher berufen. — Die Berotdungen der hiesigen Linken mit Oppositionsmitgliedern anderer konstituirenden Versammlungen Deutschlands haben gestern Abend begonnen. Die Zahl der bis jetzt eingetroffenen Mitglieder ist nur gering. Bis gestern betrug dieselbe nicht mehr als acht. — Daß Robert Blum hier sei, wie kürzlich von einem hiesigen Blatte behauptet wurde, muß auf einer Personenverwechselung beruhen. — Die Sitzungen des demokratischen Kongresses sind überaus stürmisch. An diesem Gange der Verhandlungen trägt wiederum hauptsächlich die Gegenwort des von allen Theilen perhorreseirten Herrn Held die Schuld. Das bemerkenswertheste Resultat der bisherigen Verhandlungen ist die Niedersetzung einer Kommission zur anderweitigen Organisation der demokratischen Partei. Zu Mitgliedern derselben sind gewählt: Hoyoll (Breslau), Heromer (Berlin), Kriege (Berlin), Bayrhofer (Marburg), Kinkel (Bonn), Georg Frin, Bracklow (Kiel), Streckfuß (Berlin), v. Berlepsch (Döringen). — In Folge des in der ersten Sitzung des demokratischen Kongresses gefaßten Beschlusses, die Oppositionsmitglieder aller deutschen Kammern zur Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen zuzulassen, hatten sich auch mehrere Mitglieder der hiesigen Nationalversammlung im englischen Hause eingefunden. Ein Kongreßmitglied machte darauf aufmerksam, daß nicht alle anwesenden Deputirten derjenigen Kategorie angehörten, welcher die Gunst jenes Beschlusses ausschließlich zugedacht sei. Der Vorsitzende brachte deshalb jenen Beschluß wiederholt in Erinnerung, worauf die mitanwesenden Herren v. Kirchmann und Uhlich sich aus dem für die Mitglieder bestimmten Raume auf die Zuhörertribüne begaben. — Unter den zum Kongreß zusammengetretenen Demokroten sind bereits erhebliche Spaltungen hervorgetreten. Auch hier scheiden sich Gemäßigte und Ultras. Die Letztern, die „Dunkelrothen", wie sie der Volkswitz bereits bezeichnet hat, hielten gestern Abend Behufs der Konsolidirung ihrer Partei eine vorberathende Sitzung im Waßmann'schen Gartensalon. Ihre Zahl beträgt etwa 40. — Es wird erzählt — doch können wir diese Mittheilung nicht verbürgen — daß Befehl ertheilt sei, die um Berlin kantonnirenden Truppen bis nächsten Montag näher an die Stadt heranzuziehen. Man betrachtet diese Maßregel als eine Vorkehrung gegen Unruhen, welche auf Veranlassung des in der Nationalversammlung zur Berathung kommenden Tumultgesetzes entstehen möchten. — Die Kommission zur Untersuchung der Posener Angelegenheiten hat die derselben überwiesenen, den Belagerungszustand von Posen betreffenden Vorlagen des Staatsministeriums einer Prüfung unterzogen, deren Ergebnis die Erklärung ist: daß die Vorlagen keine Thatsachen enthalten, welche hinreichend wären, die Fortdauer des Belagerungsstandes zu rechtfertigen. Von den 15 Kommissionsmitgliedern sind 12 dieser Erklärung beigetreten. Sowohl der kommandirende General v. Brünneck als der Oberpräsident v. Beurmann hatten erklärt, sie seien der pflichtmäßigen Ansicht, daß ohne Gefahr für das Land der Belagerungszustand der Festung Posen gegenwärtig nicht aufgehoben werden dürfe. — Die zahlreichen Vereine, die sich hier zur Vermittlung mit den Provinzen gebildet haben, gewinnen immer mehr an Ausdehnung und Bedeutung. Die wichtigsten sind der Pommernverein, der Verein der Rheinländer und Westphalen und der Sachsenverein. Der Letztere will seine Wirksamkeit durch ein besonderes journalistisches Organ unterstützen. Unter Mitwirkung einer Redaktionskommission, welcher auch der Abgeordnete Krackrügge angehört, wird ein „Sachsen-Vereinsblatt" von C. Schneitler herausgegeben, dessen Nr. 1 einen beachtenswerthen Aufsatz des Abg. Uhlich („Kirche und Schule im freien Staat") enthält. — Die Verwerfung des Meusebach'schen Antrags, welcher einen erhöhten Schutz für die Mitglieder der Nationalversammlung bezweckte, hat zur Gründung eines „Schutzvereins für die persönliche Freiheit der Abgeordneten" geführt. Die heutigen Blätter bringen einen Aufruf zum Beitritt. — Die Cholera ist im Abnehmen, die Zahl der in Behandlung befindlichen Kranken beläuft sich heute nur noch auf 181.

CC. **Berlin**, 28. Okt. Zwischen den beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitern im Köpniker Felde ist folgende Uebereinkunft getroffen. Die beschäftigten Arbeiter geben jeder wöchentlich 1 Sgr. von ihrem Lohne. Von der hierdurch erzielten Summe, deren Verwaltung dem Demokraten Benary übertragen, erhält 1. Jeder ohne seine Schuld entlassene Arbeiter wöchentlich 1 Thlr. 2. Jeder am 16. verwundete bis zu seiner Herstellung eine angemessene wöchentliche Unterstützung, endlich 3. erhalten die Hinterbliebenen der am 16. Gefallenen eine wöchentliche Unterstützung. Die gestern statt gehabte erste Sitzung des demokratischen Kongresses hat die republikanische Demokratie in ihrer vollen Hülflosigkeit gezeigt. Deutsche Bärte, aller Formen, jeden Zuschnitts, aber kein Geld. Aber noch schlimmer. Hr. Kriege sprach öffentlich aus, daß die Berliner Märzbewegung mehr von Fremden als von Berlinern gemacht sei. Das ist doch offenbare Verläugnung der Revolution. Gerade so, wie unsere Linke längst das Produkt dieser Revolution, die Frankfurter „Gesellschaft" verläugnet hat. Auch der Zwiespalt ist in die Reihen des Kongresses gefahren. Eines der ehrenwerthesten Mitglieder, Hötner aus Bautzen, hat schriftlich sein Ausscheiden angezeigt und zwar im Namen seines Vereins, weil weder er, noch der von ihm vertretene Verein die republikanischen Tendenzen des Kongresses theilt. Hötner ist bereits abgereist, nachdem er darüber einen vortrefflichen Brief an einen seiner hiesigen Freunde gerichtet. Er sagt darin u. A.: die Aufgabe des echten Demokraten sei es, das Band zwischen Regierung und Volk zu befestigen, nicht es aufzulockern, wie die Mehrzahl der im Kongresse vereinten Demokraten thue. Uebrigens scheint der Kongreß sehr die Oeffentlichkeit zu fürchten, da er auch zu seinen Abendzusammenkünften nur Eingeweihte und Erprobte zuläßt.

Aus dem Konzertsaal. Noch einmal ist eine große Gefahr für das Land vorüber gegangen. Seit Wochen scheidet sich die Nationalversammlung in zwei große Hälften: die Linke und das linke Centrum auf der einen — das Centrum, rechte Centrum und Rechte auf der andern Seite. Der Kampf um die Majorität ist dabei ein Kampf des Zufalls, ein Wettstreit der besseren oder schlechteren Partei-Disciplin. Die Linke in letzterer Beziehung fast immer im Vortheil. Die wichtigsten Fragen sind in den letzten Tagen durch Majoritäten von 1 oder 2 Stimmen entschieden worden. Daher die leidenschaftliche Haltung der Versammlung in den letzten Sitzungen, als natürliche Folge der schwankenden Majorität; die Achtung vor der Majorität schwindet, wenn diese so wenig kompakt und vom Spiel des Zufalls abhängig ist. — Grabow, schon neulich bei der Debatte über den Schutz der Versammlung fest entschlossen, Präsidium und Mandat niederzulegen, wenn auf seine Schlußerklärung seitens der Linken Widerspruch erfolgt wäre, trat gestern von dem Präsidium zurück um eines Mannes willen, der den Unwillen der Versammlung schon oft erregt hat durch den Mißbrauch seines Talentes. Hr. v. Berg ist nun Stelloertreter für Jülich; Hrn. v. Mylius, den Vertreter jenes Kreises — augenblicklich in Frankfurt — wird es im Interesse des Landes zur dringenden Gewissenspflicht, seine Stellvertretung nicht ferner in solchen Händen zu lassen. — Der Kampf der Parteien hat sich heute wiederholt. Die linke Parteigruppe hat unterlegen. Hr. v. Unruh, Führer des Centrums, ist mit 177 Stimmen gegen 174 (Phillips) zum Präsidenten erwählt. Für die (4te) Vicepräsidentur erhielt Waldeck 177, Auerswald-Rosenberg 174 Stimmen. — Das Centrum hat bei dem Vorwahlen in der Fraktion gestern entschieden mit dem linken Centrum gebrochen, dessen unnatürliche Verbindung mit der äußersten Linken jede Transaktion mit ihm ebenso unmöglich macht, wie die Transaktion des Konstitutionalismus mit dem Republikanismus. — Ein Antrag von Kämpf und Buchter: „Das Ministerium möge über Stärke und Dislokation der Truppen in der Provinz Branden-

Digitized by Google

burg Auskunft geben", — ein Antrag, der in der gewählten Form an das immer wieder hervortretende Gelüste, diese Versammlung zum Konvent zu erheben, erinnert — wurde heute vom Minister-Präsident aufschiebend beantwortet. Waldeck benutzt die Gelegenheit zu einem Angriffe auf das Ministerium, indem er die Truppenzusammenziehungen als ein Glied in der Kette der verkehrten Maßregeln der Regierung bezeichnet. Er nimmt dabei Bezug auf einen gleichlautenden Protest des konstitutionellen Vereins zu Graudenz. — Eine Interpellation wegen der königlichen Sanktion des Jagdgesetzes wird von der Majorität nicht zugelassen, weil sie es nicht für schicklich erachtet, in solcher Weise die Krone abermals zu drängen und in das Recht ihrer freien Entschließung einzugreifen. — Den letzten Theil der Sitzung füllt der Bericht der Petitions-Kommission aus.

Berlin, 28. Okt. Alle Nachrichten, welche von Potsdam aus über die Stellung des Hofes zu den Beschlüssen der Not-Versammlung hierher gelangen, stimmen darin überein, daß eine unparteiische Auffassung der Verhältnisse immer mehr an Raum verliert, und statt dessen eine zunehmende Leidenschaftlichkeit Platz greift. So lange es sich noch um einzelne Zugeständnisse handelte, verhielt man sich in den obersten Sphären ziemlich indifferent, und die Auffassung des Sachverhältnisses wurde wesentlich durch die Darstellung der Minister bedingt; seitdem aber die Berathung der Verfassung begonnen hat und es sich um die zukünftige Stellung und Berechtigung der Krone handelt, seitdem scheint man am Hofe auf das Entschiedenste Partei ergriffen zu haben, und zwar nicht zu Gunsten der Kammerbeschlüsse. Seit einiger Zeit soll wieder dieselbe Hofpartei, die schon vor dem 18. März in so beklagenswerther Weise Einfluß übte, in erhöhtem Grade thätig sein und eine durchaus falsche Auschauung der Verhältnisse von ihr verbreitet werden. Es wird außerdem hervorgehoben, daß auch die Minister ihren Einfluß nicht immer im Sinne einer klugen Vermittelung geltend machen, und wie sehr auch der Ministerpräsident v. Pfuel mit großer Offenheit alle falschen Anschauungen zu verscheuchen bemüht ist und zu einem klugen Nachgeben räth, so sollen doch leider zwei seiner Kollegen*) fast durchweg von ihrer büreaukratischen Auffassung der Verhältnisse so völlig befangen sein, daß sie wohl eine blinde Erfüllung des Willens des Monarchen, nicht aber die genügende Berücksichtigung der durch die Volksvertreter ausgesprochenen Wünsche des Landes mit ihren Pflichten vereinbar halten. Diese Lage der Dinge, die auf die Dauer kein Geheimniß bleiben konnte, wirkt nothwendig störend auf das Verhältniß der verschiedenen Gewalten im Staate zurück.

* Die „Bremer Ztg." enthält folgende Mittheilung, auf welche indessen kein zu großes Gewicht zu legen sein dürfte:

Königsberg, 24. Okt. Wenn wir hier fest an eine tief angelegte und weit verzweigte Verschwörung der Reaktion glauben, so haben wir unsere guten Gründe dazu. Die Preußenvereine in unserer Provinz haben über enorme Geldmittel zu disponiren, die sie reichlich unter die Proletarier ausschütten; keine, selbst nicht die kleinste Stadt der Provinz, ist ohne Preußenvereen. Es scheint die Absicht der Kamarilla zu sein, diese Provinz wenigstens für Eventualitäten, die den Hof veranlassen könnten, seine Residenz hierher zu verlegen, völlig ungefährlich zu machen. Der Plan der Kamarilla — so viel wissen wir aus zuverlässiger Quelle — ist alt, die Residenz nach Königsberg zu verlegen. Bei stärkeren Fortschritten der Demokratie sollen die Provinzen Ost- und Westpreußen wiederum den Stamm des Königreichs Preußen bilden, und als solches abgetrennt werden, um einem preußischen Prinzen übergeben zu werden; ebenso soll das Großherzogthum Posen mit Galizien und dem Königreich Polen alsdann nach Uebereinkunft mit Rußland ebenfalls zu einem selbstständigen Reiche für einen preußischen Prinzen zusammengefaßt werden, während der König seine Bestrebungen auf Deutschland richten soll.

Stettin, 27. Okt. So eben erfahren wir, daß Herr Emil Rahm, Mitglied des Vorsteherkollegiums der hiesigen Kaufmannschaft, für Bromberg zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt ist. Herr Rahm war während seiner letzten Anwesenheit in Frankfurt eins der tüchtigsten und thätigsten Mitglieder des dortigen Freihandelsvereins.

*) Ohne Zweifel Eichmann und Bonin. Es ist zu beachten, daß obige Mittheilungen der „Deutschen Reform" entnommen sind, einem Blatte, das nichts weniger als radikal ist. Andere Zeitungen enthalten ähnliche Mittheilungen. D. R.

Kronach, 18. Okt. Heute kam die unerwartete Nacheicht vom königlichen Kriegsministerium, daß unsere Festung Rosenberg sich auf 4 Wochen zu verproviantiren habe, und daß sämmtliche Geschütze auf den Wällen aufzuführen seien. Die abgängigen Lafetten werden gefertigt, auch kommt eine Militärapotheke hierher; dem Anschein nach werden sämmtliche Festungen auf den Antrag des Reichsministeriums sich ähnlicher Vorkehrungen zu erfreuen haben. (Bamb. Z.)

* Das Königreich **Hannover** genießt einer größeren Ruhe, als die meisten anderen deutschen Staaten. Der alte König fügt sich in die neue Zeit besser, als ihm zugetraut ward. Die neuen Minister sind emsig mit den nöthigen Veränderungen in der Verwaltung beschäftigt. Den Titel Excellenz haben sie als unzeitgemäß sich verbeten. Viele begüterte Familien, auch von auswärts, werden den Winter in der Residenz zubringen.

** **Heidelberg**, 29. Okt. Gervinus ist gestern hierher zurückgekommen, dem Vernehmen nach in ziemlich gestärkter Gesundheit; jedoch soll er leider aus Ekel an dem gegenwärtigen Getreibe der Parteien wie der einzelnen Staatsmänner sich von der journalistischen Thätigkeit rein der historischen zuwenden wollen. Geh. Rath Schlosser beabsichtigt auch über das neunzehnte Jahrhundert bis in unsere Zeit herein sein unerbittliches Gericht zu halten. So ein Buch kann uns nützen. Glücklich Derjenige, dem es keinen „savor di forte agrame" bereitet!

Kassel, 26. Okt. In der gestrigen Sitzung der Stände wurde der Entwurf des Wahlgesetzes zum zweitenmal berathen, und abermals mit einer Mehrheit von Dreiviertel der Stimmen angenommen. Der Entwurf bezeichnet die zur Wahlberechtigung erforderliche Selbstständigkeit durch Heranziehung zu einer direkten Steuer; der Ausschuß stellte dazu den Verbesserungsantrag, Diejenigen für selbstständig zu erklären, welche als Ortsbürger oder Beisassen einen eignen Haushalt selbstständig führen und nicht in Kost und Lohn Anderer stehen, sowie Diejenigen, welche seit Anfang des Kalenderjahres eine direkte Steuer zahlen. Auch beantragte der Ausschuß, wieder auf die Bestimmung der Proposition zurückzugehen, welche das 30. Lebensjahr für die Ausübung der Wahlrechte feststellt. Beide Anträge wurden angenommen. In der Nachmittagssitzung fand die zweite Berathung statt über den Gesetzentwurf, die freie Wahl der Beamten zu Landtagsabgeordneten betr., wonach die vorgängige Genehmigung der angesetzten Behörde wegfällt, und der Gesetzentwurf über Abänderung des §. 107 der Verfassungs-Urkunde. Der letztere Entwurf lautet: „Der im §. 107 der Verfassungs-Urkunde für den Landesherrn als obersten Militärchef in den Worten: „so weit solches nicht für den Landesherrn als obersten Militärchef ausschließlich gehört," gemachte Vorbehalt wird aufgehoben." Beide Entwürfe wurden, wie in der ersten Abstimmung, einstimmig angenommen. (Kass. A. Z.)

Luxemburg, 23. Okt. Das Echo de Luxemburg gibt folgenden Bericht: Vor wenigen Monaten ließ der Bischof Laurent durch seine Anhänger seine demnächst bevorstehende Rückkehr nach Luxemburg ankündigen, während die Regierung durch ihre beglaubigten Organe widersprach. Man kannte selbst im Journal de Bruxelles ein Schreiben des Papstes lesen, welches officiell und in den wohlwollendsten Ausdrücken dem Prälaten anzeigt, daß er sofort in sein Bisthum zurückkehren werde. Diese Widersprüche sind jetzt aufgeklärt. Hr. Laurent wird nicht wieder nach Luxemburg zurückkehren. Hier die Aufschlüsse, die wir erhalten haben: Der Bischof war aus Luxemburg entfernt auf das Verlangen des Königs, welcher seine demnächstige Rückkehr erfuhr, ohne daß irgend eine Anzeige ihm gemacht worden war. Er ließ sofort durch Hrn. Liberke, niederländischen Gesandten in Rom, eine peremtorische Erklärung vom heil. Stuhle fordern. Herrn Liberke, wurde die Antwort, daß keinen Augenblick von der Rückkehr des Hrn. Laurent die Rede gewesen, daß man an diese in Rom nie gedacht, daß man von einem Schreiben des Papstes an denselben nichts wisse, ja daß man dieses Schreiben nicht anders erklären könne, als daß es vom Papst erschlichen worden, welcher auch nicht ein Wort von demselben wisse. (Köln. Z.)

Großbritannien.

London, 26. Okt. Die Times sagte neulich, es werde jetzt auf dem europäischen Festlande ein wunderbares Stück gespielt, in welchem Hauptstädte (nicht „Kapitalien," wie es durch einen wunderlichen Zufall in Nr. 287 unserer Ztg. hies), Dynastieen und Völkerstämme als Hauptpersonen aufträten. Diesem merk-

Digitized by Google

würdigen Stücke, bei dem wir alle bald mitredend und mithandelnd, bald als bloße Statisten und murrendes Volk, bald als Zuschauer und Kritiker betheiligt sind, fehlte bisher der komische Chor der Frösche. Diesen übernahm der „Standard" in einem Artikel, worin er versichert, Revolutionen könnten nur in Städten gemacht werden, die von bloßen Müßiggängern bewohnt seien, also etwa in Paris, Berlin, Wien, Mailand, nicht in fleißigen und gewerbthätigen Städten, wie in London, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm — als ob z. B. letztere Städte gewerbthätiger wären, als Wien oder Berlin, oder als ob sie nicht in früherer Zeit auch ihre Revolutionen gehabt hätten und später noch haben können. Nachdem der Standard eine prophetische Stelle im Sinne des Standard aus dem Hesekiel herausgeklaubt, wirft er die Frage auf: „Welches gelehrte und belesene Mann, wie sonderen ihn auf, uns zu antworten, hörte jemals von einer Universität zu Wien, ehe er von ihr als einem rebellischen Kind höete? Welchen Getedeten hat diese Universität je hervorgebracht? Welche Dienste hat sie je den Wissenschaften geleistet? Wenn diese Universität, wahrscheinlicherweise die nichtsthuerischste Institution in diesee Stadt der Nichtsthuee mit Stumpf und Stiel in die Donau geschwemmt würde, so dürfte sicherlich die Wissenschaft darüber keine Klage erheben." Zugleich gibt der Standard zu verstehen, daß es sehr wohlgethan sei, wenn überhaupt alle deutsche Universitäten, „diese Piratennester, welche die englische und holländische Gelehrsamkeit des 17. Jahrhunderts bestohlen haben und Schulen der Unwissenheit und des Eigendünkels sind," wie lästige Hühneraugen ausgerottet würden. Doch genug dieses Unsinns, obschon auch wir mit dem Standard wünschen, daß von Anekdoten und Flüssigkeiten aufgedünstete Weinreisende und Andere, welche in Cigarren oder Syrup „machen," fürderhin nicht mehr als Volksredner und Leiter der öffentlichen Meinung auftreten möchten, und daß die Studenten Wiens einsehen wollten, daß sie zu ihrer Selbstbefriedigung gerade genug Geschichte gemacht haben, daß es nun endlich an der Zeit sei, wieder zum Buche zu greifen, und aus dem Beispiele Anderer zu lernen, wie Geschichte zu machen und wie sie nicht zu machen ist.

Das „Morn. Chronicle" bemerkt unter Anderm: „In der Stadt Wien selbst ist Alles in Verwirrung. Der nicht aus, noch ein wissende Haufe deutscher Literaten und steirischer und galizischer Bauern, welche sich in der Halle des Reichstages versammeln und selbst eine Art Janhagel (populace) in Miniatur bilden, sind vollständig in der Gewalt des viel hartnäckigeren Straßenpöbels, und dürfen keinen Kompromiß treffen, selbst wenn sie wollten. In Ermangelung irgend eines volksthümlichen Führers von Geist und Einfluß — denn Franz Schuselka, der gegenwärtig in der Versammlung die hervorragendste Stelle einnimmt, ist zwar ein artiger und bei seinen deutschen Landsleuten wohlgelittener Schriftsteller, hat aber für seine Befähigung zum Befehlshaber noch keinen Beweis geliefert — thut Jeder, was ihm passend scheint, auf eigene Faust" u. s. w. Die „Times" nimmt fortwährend die Partei der Slawen und Kroaten, welche die Monarchie und die Ordnung zu erhalten kämen, während Deutsche und Ungarn in der Anarchie und Auflehnung gemeinsame Sache machten und ein ägeeee Feind, als der Türke gewesen, in Wien stände; der Kaiser thue wohl daran, für die Rechte seiner Krone das Schwert zu ziehen, statt sich, wie der König von Preußen, jede Erniedrigung gefallen zu lassen, sollte er aber unterliegen, so sei es Pflicht der Frankfurter Regierung, die Revolution in Wien so zu bändigen, wie sie die im südwestlichen Deutschland gebändigt habe. Fast könnte man hienach glauben, es spuke in diesem Artikel eine Vorliebe für Metternichs Politik, wenn nicht wenige Zeilen darauf seine „schlechte Regierungswirthschaft" beschuldigt würde, an dieser Krisis Schuld zu sein und seinen Herrn und sein Land an den Rand dieses tiefen Abgrunds geführt zu haben. Es sei eines der sichersten Urtheile der Vorsehung, daß sie den Fürsten Metternich dazu aufbewahrt habe, die Folgen seiner Fehler und Versündigungen noch mit ansehen zu müssen. Die Frage ist nur, ob die Politik Jellacic's wieder gut machen wird, was die Politik Metternich's verdorben hat.

Haufen französischer Nationalgarden, welche zum Besuch nach London herübergekommen und mit gespreizter französischer Eitelkeit in ihren Uniformen und in marschähnlicher Ordnung durch die Straßen paradiren, ziehen seit einiger Zeit die Aufmerksamkeit der Londoner, namentlich aber auch der Londoner Taschendiebe auf sich. Als sehr bemerkenswerth hebt die Post hervor, daß eine Deputation dieser Nationalgarden dem Grafen von Neuilly in Claremont einen Besuch abstattete, um ihm ihr Bedauern über sein Geschick und ihre Ergebenheit auszudrücken und daß sie in demselben Sinne eine Adresse verfaßt hätten, die sie ihm bei einem zweiten Besuche zu überreichen gedächten. Es wird erzählt, daß der Exregent die Nationalgardisten überaus herablassend empfangen und ihnen sein Bedauern ausgedrückt habe, daß er sie bei seiner Gemahlin, welche gerade unpäßlich sei, nicht einführen könne; er hoffe jedoch, daß sie noch einige Tage in London bleiben und ihn noch einmal besuchen würden, was die Deputation denn auch zusagte. *)

London, 27. Okt. Der „Morning Post" zufolge wird Erzherzog Stephan von Oesterreich, Palatinus von Ungarn, demnächst in England erwartet, wohin er eine sogenannte Besuchsreise anzutreten gedenkt. — Vorgestern reiste der britische Gesandte am neapolitanischen Hofe ab, um seinen Posten nach fast anderthalbjährigem Urlaub wieder einzunehmen. Wie es heißt wird Lord Napier, der inzwischen als Geschäftsträger fungirt, sofort nach Ankunft Sir W. Temples Neapel verlassen. — Die Gäste aus Paris, die französischen Nationalgardisten (siehe weiter oben) verabschiedeten sich heute und gestern der Mehrzahl nach von der Hauptstadt, indem sie theils durch Extrazüge, von denen der eine an 300, ein anderer über 600 Personen aufnahm, theils durch die gewöhnlichen Züge sich nach Dover beförderen ließen. Durch ihre nationale Art liebenswürdig zu sein, wo der Franzose liebenswürdig sein will, scheinen sie sich in England viele Freunde gemacht zu haben; wir in Deutschland lernen sie mehr als politische Emissäre, Anstifter von Barrikadenkämpfen und professionirte Glücksspieler kennen. Auf der Londoner Brücke hatte sich eine große Volksmenge versammelt, und unter dem wechselnden Ruf: Hoch die Engländer, hoch England! und Hurrah für Frankreich und die Nationalgarden! gaben und nahmen die fremden Gäste ihren Abschied von London.

Niederland.

** **Haag**, 25. Okt. Die von der neuen alten Kammer angenommene Adresse ist eine bloße Umschreibung der Thronrede. Sie ist wie das letzte Wort von Jemand, über den sich schon die Schatten des Todes hin lagern — der Seufz des sterbenden Kämpfers: morituri te salutant. Die neuen Wahlen werden bereits eingeleitet, in den neuen Wahlbezirken die Wählerlisten angefertigt, der Wahlkampf beginnt: „Wählt neue Männer!" — so geht der Ruf durch's Land, und fast die gesammte unabhängige Presse stimmt darin ein. „Wie wenige von den alten Kammermitgliedern," sagt selbst das Handelsblad, „haben aus inniger Ueberzeugung für die Anliegen des Volkes gestanden." Und wie kann man nun diejenigen, welche nur der Drang der Umstände zu Reformern machte, in eine Kammer wählen, welche berufen ist, die Bestimmungen des revidirten Grundgesetzes in allen Zweigen durchzuführen und die Reorganisation des niederländischen Staats zu vollenden? Sie haben gewartet, bis ihre Ueberzeugung, wie es hieß, auch die Ueberzeugung der Krone geworden, und erst als diese gedot, da haben sie Folge geleistet — aber das Land bedarf solcher Männer, welche nicht warten und nicht bloß folgen, sondern die vorangehen und selbst handeln. Das Patriciat und die Geldaristokratie werden in der neuen Landesvertretung dem Talent und der Vaterlandsliebe weichen müssen. Der Zustand der Finanzen hat auch den Sorglosesten darüber die Augen geöffnet, daß eine durchgreifende Sparsamkeit und Vereinfachung des Staats-Haushaltes eintreten muß. Trotz dem, daß die Einnahmen im Mutterlande keinen

*) Ueber das Thun und Treiben Ludwig Philipps und seiner Familie las man vor kurzem folgendes:

Briefe aus Claremont melden, daß der Gesundheitszustand des Grafen von Neuilly keineswegs so leidend sei, wie in mehreren Blättern jüngst geschildert. Im Gegentheile lebe die ganze Königsfamilie gesund und munter. Die Prinzessinnen besonders danken dem Himmel, daß sie nun nicht mehr eingeschlossen seien, sondern volle (bürgerliche) Freiheit genössen. Sie hüpften und tanzten den ganzen Tag im Park umher. Ludwig Philipp selbst liest vom Morgen bis Abend nichts als englische und französische, seltner deutsche Journale im Originale. Es spricht absolut Niemand (dies widerlegt sich am besten durch die oben beschriebene Unterhaltung Ludwig Philipps mit den Pariser Nationalgardisten) und gibt sich vor seiner Umgebung den Anschein, daß er fest an die Zukunft der Republik in Frankreich glaube. Warum es auch in Claremont am dringendsten fehlt, das ist — Geld. Der Moniteur der Entthronten, der „Spectateur von London" ist daher dem Absterben nahe.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 31. Okt. Das Budget des Reichsministeriums. v. Bruck designirter österreichischer Minister. Deputation des Wiener Gemeinderaths angekommen. Revue der Reichstruppen.) Wien (Keine neue Nachrichten.) Von der Ostsee (Stedtmann und die neueste Gestalt der Schleswig-Holsteinschen Händel.) München (Die Ministerialveränderungen.) Mannheim (Militärisches.) Aus dem hessischen Odenwald (Entgegnung.)

Frankreich. Paris (Mißbrauch mit Stimmzetteln. Vorsichtsmaßregeln. Ludwig Napoleons Aussichten und Gegner. Postabschlag. Handelsvertrag mit Rußland. Conferenzen der in Italien vermittelnden Mächte. Das Journal des Débats über den Frankfurter Reichstag.)

Spanien. Madrid (Die Carlisten im Nachtheile.)

Börsenberichte von Paris (Vom 28. Oktober.)

Frankfurter Börsenberichte (Vom 31. Oktober.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 31. Oktober.

Tagesordnung der 106. öffentl. Sitzung.

Berathung über Abschnitt I. §. 6 und Abschnitt II. §. 7 und folgende des Verfassungsentwurfs.

Vorsitzender v. Gagern. Die Herren Naumerck, Schaffrath, Fallmerayer und zahlreiche Genossen derselben Partei erklären feierlich und Angesichts der deutschen Nation, daß es nicht an ihnen liege, wenn für Wien nicht energische Maßregeln ergriffen und namentlich die Kroaten nicht vom deutschen Boden entfernt worden seien. Seit 14 Tagen hätten sie sich vergebens darum bemüht. Unter den Flottenbeiträgen ist einer in Rubeln und Kopeken von einigen in Petersburg lebenden Deutschen. (Bravo!) Ferner ohngefähr 300 Rthlr. von in Bombay wohnenden Deutschen, deren einzelne Brisleuern in Rupien ausgedrückt verlesen werden. (Noch lebhafteres Bravo!) Pagenstecher berichtet für den volkswirthschaftlichen Ausschuß über eine Reihe von Petitionen, die auf das Medicinalwesen Bezug haben. Fuchs: über John's Antrag, die ganze Linke in Untersuchung zu ziehen. Das Ausschußerachten räth in Betracht der „Ungehörigkeit dieses Antrags" zur motivirten Tagesordnung. v. Binke zeigt an, daß der Entwurf eines Disciplinargesetzes vollendet sei und verlangt, daß er auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werde.

Schriftführer Biedermann richtet in seinem Namen und im Namen Laube's, Riesser's, H. Naumer's, sowie mehrerer Anderen folgende Interpellation an das Reichsministerium der Rechtspflege und des Innern: „Sächsischen Blättern zufolge hat die k. sächsische Regierung ihren Ständen ein Dekret vorgelegt, worin sie den Grundsatz aufstellt, daß das deutsche Verfassungswerk vor seiner Einführung in Sachsen der Begutachtung und Genehmigung der dortigen verfassungsmäßigen Gewalten zu unterstellen sein werde. Die zweite sächsische Kammer hat diesem Dekrete ihre Zustimmung gegeben. Eben so ist im Laufe darüber gepflogener Verhandlung von den Organen der Regierung die Ansicht geäußert worden, daß, falls die Regierung gegen einen Beschluß der National-Versammlung Bedenken beigingen, sie die Erwägung der Stände zu Rathe ziehen werde.

Da nun diese von der sächsischen Regierung amtlich geäußerten und von der Kammer genehmigten Ansichten mit dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. Mai, desgleichen mit dem Gesetze vom 23. Sept., die Veröffentlichung der Reichsgesetze betreffend, im Widerspruch stehen,

da von der Centralgewalt zu erwarten ist, daß sie dagegen einzuschreiten unbedingt für ihre Pflicht erachten wird, in Betreff der Aufrechthaltung des Beschlusses vom 27. Mai aber, obgleich nicht direkt zu ihrem Ressort gehörig, dennoch ihre Mitwirkung als vollziehende Behörde der National-Versammlung darzubieten sich aufgefordert fühlen dürfte,

fragen die Unterzeichneten an, ob die obengenannten Ministerien von den erwähnten Vorgängen Kenntniß genommen haben und was sie in Folge davon zur Wahrung der Stellung der National-Versammlung und zur Durchführung der oben bezeichneten Beschlüsse derselben zu thun gesonnen seien? (Beifällige Bewegung im Hause.)

Der Reichsminister der Justiz, Robert v. Mohl, erklärt darauf, daß er sich bereits an die sächsische Regierung gewendet und das Protokoll der betreffenden Kammersitzung eingefordert habe, dasselbe sei noch nicht eingegangen. Nächstens Montag aber etwa hoffe er, nähere Auskunft zu ertheilen im Stande zu sein.

Höfken interpellirt in der Limburger Frage: welche Schritte bisher von der Central-Gewalt geschehen seien, um die Beschlüsse der National-Versammlung dort in Vollzug zu setzen? wie das Reichsministerium dem niederländischen Grundgesetze gegenüber, in welchem Limburg als ein niederländisches Herzogthum behandelt werde, zu verfahren gedenke?

Die Interpellation ist dem Reichsministerium des Auswärtigen bereits vom Präsidium des Hauses mitgetheilt.

Förster von Hünefeld kommt unverdrossen wieder auf das gestern verlangte Programm des Reichsministeriums zurück. Sein Antrag ist von der Linken zahlreich unterzeichnet, aber die Versammlung lehnt dessen Dringlichkeit ab.

Hiernach zur Tagesordnung kommend, theilt der Vorsitzende eine ansehnliche Reihe von Anträgen und von über §. 6 eingeschriebenen Rednern mit, von welchen Letzteren

Moritz Mohl das Wort erhält. Er spricht sich gegen die Fassung des Entwurfs aus:

„Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind."

Denn die den Einzelstaaten zugesicherte „Selbstständigkeit" stehe der Begründung eines Bundesstaates entgegen.

Makowiczka meint ebenfalls, die Fassung des §. 6 könne zu Mißverständnissen Veranlassung geben, und deßhalb habe er mit seinen politischen Freunden eine schärfere Ausdrucksweise vorgeschlagen, wodurch das Prinzip der Volkssouveränetät deutlicher hervorgehoben werde. Er empfiehlt mithin diese Verbesserungsvorschläge zur Annahme.

Auch Clauſſen fürchtet, daß die Annahme des §., wie ihn der Entwurf gibt, die Reichsgesetzgebung in bedenkliche Verwickelungen mit dem Partikularismus führen würde. Die Preßgesetzgebung z. B., oder die Criminalgesetzgebung sei keineswegs den Einzelstaaten zu überlassen. Die Gesetzgebungsgewalt des Reichs müsse daher unbeschränkt sein, damit in einem Einzelstaate niemals Zweifel über die Gültigkeit entstehen könnten. Er hat ebenfalls einen desfallsigen Verbesserungsvorschlag zu empfehlen.

Schierenberg ist der Erste, und da nach ihm der Schluß der Verhandlung beliebt wird, so bleibt er der Einzige, welcher für den Verfassungsentwurf und für die Erhaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, auch der kleinen, spricht. Man bemerke, daß die Redner, die für die Beschränkung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten und mit der Einstreuung von Mediatisirungswünschen auftretrn, den großen und größeren Staaten angehörrn: Mohl ist aus Würtemberg, Makowiczka ein Oesterreicher, Clauſſen ein schleswig-holstein'scher Abgeordneter. Schierenberg dagegen vertritt Lippe-Detmold. Nach ihm nimmt

Mittermaier als Berichterstatter des Verfassungsausschusses das Wort. Er widerlegt die Bedenken, ob auch die Reichsgewalt ihren Verfügungen und Gesetzen allenthalben hin den nöthigen Nachdruck werde verleihen können durch den Hinweis auf den großen politischen Areopag, den das zu errichtende Reichsgericht bilden werde. Ebenso protestirt er im Namen seines Ausschusses dagegen, daß durch das Wort „übertragen" die Vereinbarung mit den Einzelnstaaten, in die Verfassung eingeschmuggelt werden solle.

Die Fragstellung veranlaßt eine ziemlich ausgebreitete Erörterung unter den verschiedenen Antragstellern, indem die Mediatisirungslustigen den Verschlägen, die der Reichsgewalt den weitesten Umfang zuertheilen, bei der Abstimmung den Vorrang zu verschaffen suchen. Während die Versammlung durch Zettelabstimmung (mit 200 gegen 190 Stimmen) diese Frage bejahend entscheidet, verkündet der Präsident, daß in Folge der gestrigen Wahl die Herren Langerfeldt und Kierulff in den Gesetzgebungsausschuß getreten sind. Sodann wird zuvörderst, auf v. Reden's Antrag, durch Beschluß der Mehrheit des Hauses die Erklärung zu Protokoll gegeben, daß die Abstimmung über §. 6 der Entscheidung über die dem Verfassungsausschusse vorliegenden Mediatisirungsanträge nicht vorgreifen solle. Mit Ablehnung aller anderen Anträge und Verbesserungsvorschläge wird darauf der §. 6 in der unveränder-

Digitized by Google

ten Fassung des Ausschusses, wie wie ihn oben mitgetheilt haben, angenommen.

Der folgende Abschnitt II des Verfassungsentwurfs handelt von der Reichsgewalt.

Art. I. §. 7 lautet: „Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus.

Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln an. Sie führet den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an."

Die Diskussion darüber wird verbunden mit der Discussion über: §. 8. „Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten, mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupte." Es sind fünf Redner für, dagegen eben so viele eingezeichnet. Von den letzteren spricht zuerst

Wigard von Dresden. Die Abgeordneten üben die wenig schmeichelhafte Kritik über diesen Vortrag aus, daß sie ihre Plätze in solcher Zahl verlassen, daß der frostig leeren Kirche nur ein sehr kleines unaufmerksames Publikum übrig bleibt, welchem der Redner das folgende zu §. 8 von Ahrens, Blum, Schüler und Wigard selbst gestellte Minderheitsgutachten empfiehlt: „Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, Gesandte zu empfangen oder solche zu halten."

v. Linde, der, wie er gestern erklärte, so selten spricht, daß wir ihn erst heute wieder auf der Tribüne erblicken, vermag es nicht, die verlornen Zuhörer wieder zusammen zu bringen, es scheint sogar, als verminderten sie sich noch. Er stimmt aus geschichtlichen und politischen Gründen mit der Fassung der §§. nach dem Vorschlage der Mehrheit des Ausschusses überein, eine Uebereinstimmung freilich, die so allgemein in der Versammlung zu herrschen scheint, daß eben darum jede Beredsamkeit zu spät u. vergeblich kommt. Wurm empfiehlt das Minderheitsgutachten zu §. 8, da nach seiner Meinung nicht blos ständige, sondern alle Sondergesandtschaften überhaupt zu verbieten sind. Schubert aus Königsberg dagegen erinnert daran, daß wie einen Bundesstaat, kein Centralreich begründen. Daher genügt ihm die Abstellung dauernder Sondergesandtschaften. Wenn sich die deutschen Regierungen untereinander mit Gesandten beschickten, so werde ihnen dies unverwehrt sein, auch dürften die nachbarlichen Verhältnisse der Grenzstaaten häufig wenigstens eine vorübergehende Mission oder ein kommissarisches Verhandeln mit dem Ausland nöthig machen. Zahlreicher Ruf nach „Schluß" erfolgt nach dem Abtreten Schuberts, unter welchem Jordan v. Gollnow auf die Begründung seines Antrags verzichtet, nach welchem im §. 8 die Worte: „mit Ausnahme der Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupt" wegfallen sollen. Mittermeyer macht noch als Berichterstatter auf den Kostenpunkt aufmerksam, indem für die Beschränkung der Gesandtschaften auch die Sparsamkeit spreche und vertheidigt die Beibehaltung des Wortes „ständige", indem er das Verbot vorübergehender Gesandtschaften als eine Uebertreibung ins Lächerliche zieht. Unter dem unwilligen Murren der Versammlung, die sich unter dem Vortrage des Berichterstatters zur Abstimmung wieder in der früheren Zahl eingefunden hat, beantragt Wigard namentliche Abstimmung über das Minderheitsgutachten. Einstimmig erfolgt darauf die Annahme des §. 7 nach dem unveränderten Vorschlage des Verf.-Ausschusses. Dagegen wird §. 8 nur bis dahin zum Beschluß erhoben:

„Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder zu halten."

Das gegen den Zusatz „ständige" gerichtete Minderheitsgutachten wird mit nur 197 gegen 194 Stimmen verworfen. Mehrere Stimmen erheben zwar den Ruf: „Vertagung", allein die Mehrheit erklärt sich für die Fortsetzung der Verhandlung. Die Versammlung verzichtet auf die Diskussion sowohl von §. 9 als 10 und schreitet in ihren weiteren Abstimmungen so eifrig vorwärts, daß noch in der heutigen Sitzung beide §§. und somit der ganze Artikel I. erledigt werden. Sie lauten in der beschlossenen Fassung:

§. 9. „Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit andern deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei.

§. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer anderen deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen."

Die nächste Sitzung findet Donnerstag d. 2. November Statt. Präsidentenwahl und Fortsetzung der Verfassungsberathung.

⊙ **Frankfurt**, 31. Okt. Wenn der auf vier Monate vom Finanzministerium berechnete Voranschlag des Reichsaufwands in der Summe von 10,468,766 Gulden Rh. auf den ersten Anblick zu hoch erscheint, der bedenke, daß davon 5,323,000 G. auf die Kriegsflotte kommen, die zum Theil durch freiwillige Beiträge (73,000 G.), zum Theil durch die Umlage vom 10. Okt. von 5,250,000 G. bereits gedeckt sind und mehr als 3 Millionen auf die Unterhaltung und Ausrüstung der vier Reichsfestungen Mainz, Luxemburg, Ulm und Rastatt. Die Ausgleichung der Kosten für Truppensendungen in verschiedene Theile des Reichs beträgt 1,750,000 G. und bildet ebenfalls einen der Hauptposten. Ferner nimmt die Nationalversammlung für die Finanzperiode bis zum 31. Dez. einschließlich der 18,000 G. für den Fünfziger Ausschuß 118,000 G. in Anspruch. Aus dem gedruckt vorliegenden Budget erfahren wir bei dieser Gelegenheit, wie sich diese Ausgaben vertheilen. Der Präsidentengehalt von 2000 G. monatlich bildet den verhältnißmäßig geringsten Ansatz. Dagegen erfordert das stenographische Bureau (zwei Redaktionsgehilfen, 12 Stenographen, 11 Kanzlisten, 1 Pedell) 1788 G. monatlich, wovon 3202 auf die Stenographen selbst kommen, mithin für 4 Monate 19,151 G. Nicht viel niedriger ist der Anschlag für das Sekretariat (1 Sekretär, 5 Sekretariatsgehilfen, 10 Kanzlisten u. s. w.) der Nationalversammlung, nämlich 16,116 G. Auch die Miethzinsen für Abtheilungs- und Ausschußlokale, Expeditionszimmer der Bureaus u. s. w. nehmen die bedeutende Summe von 5761 G. hinweg, wozu Einrichtungskosten für die Heizung u. s. w. der Paulskirche mit 8000 G. kommen. Die allgemeinen Druckkosten erfordern 12,800 G. für vier Monate und zu dem Drucke der stenographischen Berichte werden 16,000 G. in eben dieser Zeit zugeschossen. Sämmtliche Kosten der Ministerien sind ohne Berücksichtigung der Gehalte ihrer Vorstände veranschlagt, da es der Nat.-Vers. überlassen bleiben soll, die Gehalte der Minister und Unterstaatssekretäre zu bestimmen. Das Präsidial- und Gesammtministerium ist mit 11,119 G. angesetzt; das Ministerium des Auswärtigen mit 117,000 G. (wovon 100,000 G. auf den Gesandtschaftsaufwand in Abrechnung zu bringen); das des Innern mit 21,293 G. (wovon für Reichskommissariatskosten 16,000 G. abgehen); das der Justiz mit 23,206 G. (hiervon nimmt allein die Untersuchung und Bestrafung der Theilnehmer am Aufstande des 18. Sept. zu Frankfurt 10,000 G., ferner das Reichsgesetzblatt 5000 G. hinweg); das Ministerium des Handels mit 21,606 G. (die Ministerialräthe, zu welchen nur sachkundige und bedeutende Persönlichkeiten einberufen werden können, sind mit 12,000 G. auf die vier Monate veranschlagt); das Ministerium des Kriegs ist, wenn wir den Festungsaufwand und die Flotte abziehen, mit 27,006 G. angeführt, das Reichsministerium der Finanzen selbst aber nur mit 6210 G. Der Aufwand für den Reichsvorweser beträgt wenig mehr als der Gehalt des Präsidenten der Nat.-Vers. nämlich 8680 G. auf vier Monate. Davon erfordert die Miethe, Heizung, Unterhaltung des Mildens'schen Hauses 5,866 G. und 1333 G. erhält für ein drittel Jahr der Kabinetssekretär, welcher mit einem Jahresgehalt von 4000 G. vom Bundestage übernommen worden ist.

Da die Bedürfnisse für die Marine, wie erwähnt, durch die Umlage vom 10. Okt. und ebenso die Festungskosten durch besondere Fonds gedeckt sind, so bleiben von der Hauptsumme der Ausgaben von 10,168,766 G. nur 1,917,600 G. aufzubringen übrig.

⁝ **Frankfurt**, 31. Okt. Herr v. Bruck ist, wie Sie bereits gemeldet, nach Ollmütz abgereist. Er ist nicht von der Reichsgewalt gesandt, sondern berufen vom österreichischen Ministerium, das heißt, Herrn v. Wessenberg. Herr v. Bruck, Direktor am Lloyd in Triest, ist ein sehr gewandter Mann, der sein Vermögen und Stellung lediglich seiner eigenen Geschicklichkeit verdankt. Er ist ohne Zweifel zum Minister bestimmt. — Man vernimmt, daß die Deputation angekommen ist, welche der Gemeinderath an den Erzherzog Johann abgeordnet hat. Sie schildern den Zustand in Wien als sehr ungeordnet.

Digitized by Google

Frankfurt, 31. Okt. Die O.P.A.Z. meldet: Auf morgen Vormittag ist eine große Revue sämmtlicher hier und in der Umgegend stehenden deutschen Reichstruppen vor dem Erzherzog-Reichsverweser anberaumt.

* **Wien.** Auch die Allg. Z. vom 29. hat keine neuere Nachrichten aus Wien. Sie trägt nur ihren frühern Berichten nach, daß am 25. in der Reichstagssitzung die Berufung des Ministers Kraus zu Windisch-Grätz berichtet wurde, und daß jener den permanenten Ausschuß um einen Begleiter aus dessen Mitte ersuchte, wozu der Abgeordnete Brestl bestimmt wurde. Der Ausschuß berieth über die Depesche, welche die Verlegung nach Kremsier anzeigte. Mit unserem Urtheil übereinstimmend sagt die Allg. Z.: Fordert man dieß in Ollmütz wirklich, so beweise man damit, daß man alle Begriffe von der Bedeutung des Reichstags, der nur in Wien tagen kann, verloren hätte. Die Verwickelung wäre damit unabsehbar. — Nach den Angaben verschiedener Blätter hat das Manifest von Windisch-Grätz vom 23. Okt. in den Provinzen große Erbitterung hervorgerufen. Die Teschener haben sofort den Landsturm aufgeboten, um den Wienern zu Hülfe zu eilen; gleiches wird von Osterau beabsichtigt.

× **Von der Ostsee**, 26. Oktober. Herr Stedtmann und Herr von Reedtz sind vorgestern gemeinschaftlich nach Kopenhagen abgereist; nachdem sie die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins vorher auf eine Weise geordnet haben, welche im Lande allgemeine Befriedigung verursacht, und unsere Erwartungen erfüllt, ja, offen gestanden, übertroffen hat. Die neue deutsche Regierung, gegen deren Personen nichts weiter einzuwenden ist, waltet nun, landesherrlich anerkannt auch im nördlichen Schleswig. Sie hat alle erheblichen Gesetze der provisorischen Regierung, sogar das neue Grundgesetz bestätigt, ja, selbst die Verfügungen der Reichsgewalt werden verkündigt, obgleich deren Verbindlichkeit für Schleswig doch jedenfalls in Frage steht. Man verdankt dies Ergebniß der Besonnenheit und der Geschicklichkeit des Herrn Stedtmann und der Mäßigung des Herrn von Reedtz. Er scheint friedlicher gestimmt als das dänische Ministerium, welches wiederum, nach allen Nachrichten, der Mehrheit der Dänen namentlich in der Hauptstadt nicht kriegslustig genug ist. Diese kriegerische Stimmung wird durch die genauere Kenntniß von der Weise, wie der Waffenstillstand jetzt ausgeführt ist, nicht vermindert werden. Vielmehr sollte es uns nicht wundern, wenn die nächste Post aus Kopenhagen uns wieder Kriegsgeschrei und Drohungen brächte. Ganz und gar sind diese Drohungen nicht zu verachten; denn Dänemark ist nicht so ganz erschöpft, seine Finanzen sind keineswegs so ganz verwirrt, wie man geglaubt hat. Die Kriegskosten sind zum Theil mit früheren Ersparungen bestritten, und über die Anleihen, welche Dänemark beim Auslande gemacht haben soll, ist es schwer etwas Bestimmtes zu ermitteln. Zu gleicher Zeit führen die auswärtigen Mächte neuerdings eine für Dänemark sehr geneigte Sprache. Die schleswigschen Händel sind ihnen zum Theil eben recht. Man darf sie nicht zu früh ausgleichen lassen! In zärtlicher Besorgniß für das Wohl Deutschlands halten die fremden Diplomaten eine fortwährende kleine Eiterung sehr zuträglich für unsere Konstitution. Wir können mit einer solchen Fontanelle nicht, wozu wir neuerdings Lust gezeigt haben, große Sprünge machen! Grundes genug für uns, um die endliche Beilegung jener Händel ernstlich zu wünschen, und es dabei nicht an jener Billigkeit und Mäßigung fehlen zu lassen, welche allein zu diesem Ziele führen kann.

A **München**, 27. Okt. Der seit Monaten sehnlich gewünschte Minister-Wechsel ist erfolgt. An die Spitze des wieder mit dem Ministerium des Kultus und Unterrichtes vereinigten Ministerium's des Inneren ward der seitherige Finanz-Minister Lerchenfeld gestellt, während Thon-Dittmer zum Vorstande eines neu gebildeten Ministerium's für Handel und Ackerbau, dem auch die Posten und Eisenbahnen zugewiesen werden, bestimmt wurde. Zum Finanz-Minister ward der bisherige Vorstand der Staats-Schulden-Tilgungsanstalt Staatsrath Weigand ernannt. Heintz behält das Portefeuille der Justiz, während der Abgeordnete zur constituirenden National-Versammlung Minister Beisler aus dem Ministerium austritt. Wenn diese Veränderungen nicht so freudig begrüßt werden, als man nach dem so allgemein und dringend ausgesprochenen Verlangen danach hätte erwarten sollen, so liegt der Grund hievon, unseres Erachtens, einzig darin, daß Thon-Dittmer im Ministerium geblieben ist, denn gegen ihn hatte sich eine so allgemeine, so tief gehende Mißstimmung kund gegeben, daß sein Rücktritt zu einer unabweislichen Nothwendigkeit geworden war. Als eifriger Protestant war Thon-Dittmar dem Minister Abel entschieden entgegengetreten, als dieser den Protestantismus systematisch zu unterdrücken begann, er hatte dafür Verfolgungen zu erdulden gehabt, sogar der Wieder-Eintritt in die Kammer ward ihm verschlossen: daher seine frühere große Popularität! — dabei war er als ein Mann von großer Redlichkeit und ausgezeichneten persönlichen Eigenschaften anerkannt. So wird es erklärlich, warum in den März-Tagen so allgemein der Wunsch sich aussprach, ihn an der Spitze eines Ministeriums zu sehen; man vertraute, daß er sich tüchtige Kollegen wählen, mit diesen an's Werk gehen und den Bedürfnissen des Volkes gründlich abhelfen werde. Allein gar bald sah man sich bitter getäuscht: anstatt ein Ministerium zu bilden, trat er mit Wallerstein, Heres, u. s. w. in's Amt, — anstatt rasch und entschieden Maßregeln zu treffen, ein unerklärliches Zaudern, und traurige Versuche, wenigstens theilweise das noch zu retten, was doch einmal unhaltbar geworden. Kurz, es zeigte sich, daß Thon in seiner früheren Stellung als Bürgermeister einer mittelgroßen Stadt sich nicht jenen großartigen Ueberblick zu erhalten vermocht hatte, der für einen Staatsmann nothwendig ist, — daß er da noch mit Flicken und Stücken zu helfen glaubte, wo es zum großen Theil von Grund auf neu zu bauen galt. Daher ist es zu erklären, warum er in kurzer Zeit, so sehr seine persönlichen Eigenschaften von Jedermann anerkannt wurden, so alles Vertrauens baar werden konnte, daß der Einfluß hievon sich auch auf die späteren, mit dem Regierungs-Antritte des neuen Königes eingetretenen volksthümlichen Minister verpflanzte. Bei der jetzigen Umgestaltung der Ministerien konnte darum auch keine halbe, sondern nur eine ganze Maßregel, das heißt der Austritt des bisherigen Ministers des Innern, genügen; der Mangel an Vertrauen in Thon-Dittmer wird schon von vornherein jede Maßregel des neuen Handels-Ministeriums ihres guten Erfolges berauben. — Dagegen ward Lerchenfeld an die Spitze des Ministeriums des Inneren berufen. Unbestritten ist derselbe schon seit Monaten die Seele unseres Ministeriums gewesen; er allein war es, der Thon-Dittmer einigen Maaßen vorwärts trieb, während es zugleich Thatsache ist, daß in dem ganzen Staatshaushalte, soweit und seitdem er zu Lerchenfeld's Ressort gehörte, bedeutende Umgestaltungen und wesentliche Verbesserungen eintraten. Hoffentlich wird Lerchenfeld auch fernerhin einigen Einfluß auf die Verwaltung des Finanz-Ministerium's behalten, dessen neuer Vorstand, der Staats-Rath Weigand, zwar schon ein alter Mann aber von anerkannter Rechtlichkeit, und ausgezeichneten praktischen Kenntnissen ist. — Beisler's Austritt aus dem Ministerium war zur absoluten Nothwendigkeit geworden: er, der wohl nie so recht zu dem Systeme der Männer, die jetzt an der Spitze der baierischen Verwaltung stehen, gepaßt haben mochte, hatte durch sein Auftreten in den kirchlichen Verhandlungen der National-Versammlung so gänzlich alle Sympathien der katholischen Bevölkerung des Landes verloren, daß er als Kultus-Minister geradezu unmöglich geworden war. — Der Minister der Justiz, Heintz, und Weishaupt, der des Krieges, blieben beide in ihren Stellen. Sie haben durch ihr bisheriges Wirken wohl hinlänglich beurkundet daß sie bei dem gegenwärtigen Mangel an kräftigen Persönlichkeiten schwer durch Bessere zu ersetzen wären. — Der binnen Kurzem bevorstehende Landtag wird die Stellung Thon-Dittmers wohl vollkommen unhaltbar machen, falls er nicht, wie schwerlich zu erwarten, so glücklich ist, in seinem neuen Wirkungs-Kreise mehr Vertrauen zu erwerben. Der Landtag wird dann wohl auch dasjenige seiner Mitglieder an's Licht stellen, welches das Geeignetste wäre, in's Ministerium einzutreten. — Wir müßten sehr irren, wenn dieß nicht einer unserer jetzigen Abgeordneten zur National-Versammlung wäre, ein Mann, den zwar seine Bescheidenheit verhindert hat, dort eine bedeutendere Stellung einzunehmen, der aber auf den zwei letzten baierischen Landtagen eine sehr hervorragende Rolle gespielt hat, und durch seine ausgezeichneten Kenntnisse und Talente ebensosehr, als durch seinen Charakter allgemeines Vertrauen genießt: — wir meinen den Grafen Heznenberg.

(**Mannheim**, 30. Okt. Endlich ist der langersehnte Wunsch der Mannheimer erfüllt und bis den 3. November wird das 4. Infanterie-Regiment in seine Garnison einrücken. Zwei Kompagnien bleiben in Bruchsal zur Bewachung des Zuchthauses und werden, nach dem Eintreffen des dort garnisonirenden Dragonerregimentes, gleichfalls hierher zurückkehren. Nach dem Eintreffen des Regimentes soll das Frankfurter Bataillon aus Mannheim entfernt und, wie man mit Bestimmtheit versichern will, nach Konstanz verlegt werden. So wäre nun abermals unser Land nahe daran, der ungeheuren Truppenlast, bis auf das Nöthigste,

Digitized by Google

entledigt zu werden und es ist wohl zu hoffen, daß der Winter ruhig vorübergehen wird. Wenn es auch für das Frühjahr andauern soll, so muß nothwendiger Weise diesen Winter tüchtig an der Feststellung der verliehenen Freiheiten gearbeitet und das Volk, d. h. der bessere Theil desselben, durch ein zeitgemäßes Wehrsystem befestigt werden. Wenn die Bürgerwehren nicht militärisch organisirt werden, so bleiben sie eben so zwecklos, als sie im Frühjahr und Ende Sommer waren.

*** Aus dem hessischen Odenwald, 28. Okt. Zufällig kommt mir die Deutsche Zeitung vom 23. mit der Reklamation des Hrn. Ministerpräsidenten Jaup gegen meine Mittheilung in Nr. 277 erst heute zu. Da nichts fataler ist, als auch nur der Schein einer Lohnhudelei, selbst wenn ihr, wie dies hier der Fall, durch Ungenannt- und Unbekanntheit des Autors die eigentliche Spitze genommen ist, so werden Sie mir wohl eine ganz kurze Erwiederung gestatten. Jener Reklamation liegt zuverlässig eine unbegreiflich unrichtige Auffassung zu Grunde. Wenn ich einer langen Reihe von Gesetzen, Verordnungen und Reglements gedachte, welche im kurzen Zeitraum von einigen Wochen aus dem Ministerium Jaup hervorgegangen sind, nachdem unmittelbar vorher die vielbesprochene Vertagung des Landtags erfolgt war, so bedurfte es wohl für Ihre Leser keiner Belehrung, daß 1) der Minister keine Gesetze macht, daß vielmehr Hr. Jaup die von mir erwähnten schon mit den Ständen vereinbart vorgefunden haben mußte, daß 2) ein Ministerium Jaup keineswegs identisch ist mit dem Herrn Jaup, daß 3) aus den Departements der Justiz und der Finanzen hervorgegangene Gesetze, Reglements und Verordnungen nicht auf Rechnung des Ministers des Innern gesetzt werden können, mithin ein anderes Verdienst des Letzteren, insofern er zugleich Präsident des Gesammtministeriums ist, als dasjenige konsultativer und förderlicher Einwirkung unmöglich erscheint, und es ergibt sich als unzweifelhafte Tendenz meines theilweise desavouirten Artikels: dem Hrn. Ministerpräs. Jaup einem ihm gemachten Vorwurf der Unthätigkeit gegenüber das Verdienst derjenigen Thätigkeit zu vindiziren, zu welchem er sich selbst bekennt und welches in der besprochenen Beziehung das allein mögliche ist!

Frankreich.

□ **Paris**, 28. Okt. Heute zeigt der Moniteur endlich die Ernennung Recurts zum Präfecten des Seinedepartements an, das offizielle Blatt meldet ferner, Ricci habe gestern dem General Cavaignac sein Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Sardinien überreicht. — In der heutigen Sitzung wurde über den Wahlmodus wieder mit großer Heftigkeit verhandelt, ohne daß die Debatte für das Ausland von besonderer Bedeutung wäre. In den Bureaus beschäftigte man sich mit dem Gesetzentwurfe, welcher die Besitzungen der todten Hand mit einer Abgabe belegt, derselbe fand viel Anklang, eben so der Gesetzesvorschlag über das Colonisirungssystem. — Raspail schreibt der „Reforme", vorgestern sei das Fort Vincennes in Vertheidigungszustand gesetzt worden. — Die Candidatur Ludwig Napoleon's füllt auch heute die Spalten unserer Blätter. Die „Presse" bricht fortwährend Lanzen für ihn und wird dafür von dem „National", der „Demokratie", die schon lange nicht mehr den Zusatz pacifique rechtfertigt, sowie von andern Blättern, heftig angegriffen. Manche Parteien sollen übrigens in Unterhandlung mit dem neuen Candidaten sein, den die Witzblätter auf alle Weise lächerlich machen, dessen Aussichten aber sehr zuzunehmen scheinen. Es heißt, auch Legitimisten wollten sich ihm anschließen, vermuthlich um ihn als Uebergang zu gebrauchen, zu ihren Zwecken zu gelangen. Die legitimistische „Union" spricht sich übrigens sehr stark gegen ihn aus. Auch die „Assemblee nationale" tritt heute wieder gegen ihn auf. Lamartine hat ein Schreiben an das „Journal des Debats" gerichtet, worin er erklärt, er trete zwar nicht als Candidat für die Präsidentschaft auf, und bitte Gott und seine Freunde diese schwere Bürde fern von ihm zu halten, wenn das Land sie ihm aber doch auflegen wolle, so fühle er sich verpflichtet, sie anzunehmen. — Die ultrademokratischen Bankette schlagen bedeutend ab. Am 1. November wird, nach der „Patrie", Ledru Rollin eines zu 75 Centimes (51 kr.) an der Barriere Mont Parnasse präsidiren.

Die Verwaltung der Post macht bekannt, vom 1. Januar künftigen Jahres an werde ein gleichmäßiges Porto von 20 Centimes für jeden Brief eintreten, der nicht über 7½ Grammes wiegt. Man kann sich auch, wie in England, im Voraus die Couverte für diesen Preis kaufen und es werden dieselben den Kopf der Figur tragen, welche die Freiheit verstellt. — Der „Moniteur," zeigt an, daß die Ursprungszeugnisse, welche nach dem Vertrage mit Rußland vom 16. Sept. 1846 von letzterer Macht erfordert wurden, um französische Waaren ohne Uebertare in ihren Hafen zuzulassen, nicht mehr erforderlich sind. Französische Schiffe, welche von unserem Hafen, dem Kanal oder dem atlantischen Meere kommen, werden fortan in Rußland dieselben Begünstigungen wie die inländischen Schiffe genießen, selbst wenn sie unterwegs anhielten, unter der Bedingung jedoch, daß sie in fremden Häfen nichts an Bord nahmen. Russischen Schiffen sind dieselben Rechte bei uns zugesichert, was sehr zur Beförderung des Handels dienen wird. — Der „Assemblée nationale" wird von ihrem Korrespondenten in Turin geschrieben, England und Oesterreich seien übereingekommen, die Konferenzen über die französisch-englische Vermittelung der italienischen Angelegenheiten nach Belgien zu verlegen, und man erwartet nur noch die Einwilligung Frankreichs. (Am 19. Okt. erklärte, wie die Leser aus unsern italienischen Berichten wissen, der piemontesische Minister in der Deputirtenkammer zu Turin: Oesterreich sei Innsbruck oder Brüssel für die betreffenden Konferenzen vorgeschlagen worden, er habe aber noch immer keine Antwort hierauf ertheilt.)

Das „Journal des Debats" nimmt in einem ausführlichen Artikel den Frankfurter Reichstag gegen den Vorwurf der Reaktion in Schutz. Was gewisse Parteien mit großem Unrecht so nennten, das habe am schönsten und wahrsten Bassermann in seiner Rede gegen Vogt gezeigt. Es sei Bassermann kein Eindringling in die Reihen der Freiheit, sondern ein alter Kämpfer für dieselbe, einer der Führer der alten badischen Opposition, welche lange im Vortreffen für die ausgedehnteste konstitutionelle Freiheit zu finden gewesen sei. Wenn man die Ansichten dieses Mannes reaktionär nenne, so wolle es sich gerne auch zu den Reaktionären zählen lassen.

Paris, 28. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 10; 3pCt. 44. 25; Neue —; Neapol. —. —; Bankactien 1302. 50; Span. 5pCt. (Arbeins) 13¾; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer — . —; linkes Ufer —. —; Paris-Orleans 610. —; Paris-Rouen 385. —; Orleans-Bordeaux 368. 75; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre 180. —; Marseille-Avignon 167. 50; Straßburg-Basel 87. 25; Nordbahn 353. 75; Paris-Lyon 361. 25; Paris-Straßburg 330. —; Römisches Anleben 63¾.

Etwas mehr Festigkeit in den Coursen, die sich, bei unbedeutendem Geschäfte, ein wenig hoben. In Eisenbahnen eine kleine eintägige Bewegung, nur Orleans 5 Frs. höher.

Spanien.

Madrid, 23. Okt. 3pCt. Rente 18¾ B. (N. d. B. 18⅝ à ¾ G.); 5pCt. 9¼ P. (N. d. B. 9⅛ à ¼ G.); Passive 3½ P. (N. d. B. 3⅜ G.)

Das ministerielle Blatt „Heraldo" berichtet, in Catalonien und Valencia wären die Insurgenten nahezu vernichtet. Aus der letzteren Provinz hätten sich einige zersprengte Aufrührer nach der Provinz Teruel geflüchtet, wurden aber von 5 Kolonnen verfolgt, die sie jetzt ohne Zweifel aufgerieben hätten. Auch sei Forcadell todt, ein Schwager Cabrera's, Arnau, habe sich unterworfen. — Die Infantin wird nicht nach Cadix gehen, sondern am 3. Nov. nach Granada oder Madrid reisen.

Frankfurter Börsenbericht vom 31. Oktober.

5pCt. Metallig. 66¾ G.; 2½pCt. ditto 34⅞ G.; Bankaktien fl. 1110 G.; fl. 500. Loose 114 G.; fl. 250. Loose 78 G.; Badische fl. 35. Loose 25⅝ G.; Hess. Rthr. 40 Loose 25⅛ G.; Poln. fl. 500 Loose 67¼ G.; Frcer. Wilh.-Norddahn 41⅓ G.; Berdach 66¾ G.; Köln-Minden 75¼ G.; 3pCt. inländ. Span. 17⅜ G.; 4½pCt. Würt. 92¼ G.; 4½pCt. Belg. 73¾ G.; Holl. 2½pCt. Integrale 44⅞ G.

Das Ausbleiben der Wiener Nachrichten erzeugt Spannung. Die Course der östere. Fonds waren darum heute weniger fest, mit Ausnahme der Bankaktien und fl. 500 Loose. Die Bad. fl. 35 Loose anhaltend begehrt. — Die Devisen auf Amsterdam und London bleiben gefragt; Wien flau und zu 107 angeboten. Coupons 104¾.

Nachschrift.

Die um 2 Uhr fällige Wiener Post ist nicht angekommen.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 73 Newgate Street in London für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werde man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 21 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Lauareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 292. Frankfurt a. M., Mittwoch 1. November. 1848.

Uebersicht.

Demagogie und Constitutionalismus. Eine Stimme aus Preußen.

Deutschland. Frankfurt (Amtliches. Adresse aus Posen.) Wien (Neueste Nachrichten.) Olmütz (Deputationen aus Wien und vom Lande. Die Stimmung gegen Wien und den Hof.) Prag (Die Verlegung des Reichstags. Die Slowanska Lipa an Jellacic. Volksversammlung.) Aus Südtyrol (Priesterherrschaft und Neuerungsgelüste. Der bevorstehende Landtag.) Berlin (Fiasco des Demokraten-Congresses. Graf Brettlee. Majestätsbeleidigung. Bekanntmachung des Gemeinderaths in Betreff des Sicherheitsausschusses.) Posen (Die Stimmung in Gallizien. Aufregung der deutschen Bevölkerung. Erbitterung der Deutschen.) München (Herr v. Zwehl. Dr. Sepp. v. Hormayr.) Stuttgart (Die Dreißigerkatechismuspublikation.) Altenburg (Ankunft der hannöverschen Truppen.)

Italien. Turin (Neueste Nachrichten.)

Dänemark. Kopenhagen (Eröffnung des Reichstags. Rede des Königs und des Grafen Moltke.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Empfang Fr. Heckers in New-York. Seine Reise nach Washington. Unruhigere Zustand von Kalifornien.) Jamaica (Allgemeine Verarmung.) Hayti (Wiederherstellung der Ruhe.) Venezuela (Der Seesieg der Konstitutionalisten in Zweifel gezogen.) Guatemala (Revolution.) Montevideo (Versuch einer Militärrevolution. Nichtempfang des britischen Agenten in Buenos-Ayres.)

1. November.

Unter den Bannern dreier Republiken sitzen zu Berlin im englischen Hause die Demokraten und tagen öffentlich über die Frage: wie sie das deutsche Reich, die Nationalversammlung in Frankfurt, den Reichstag in Berlin und die Macht der Fürsten, die ihnen noch geblieben, stürzen? So öffentlich, daß die Straßenjungen unten Billets zum Kauf ausrufen, um die große öffentliche Verschwörung mit anzuhören. — Und was geschieht dagegen von denen, die gestürzt werden sollen, denen man die letzte Macht nehmen will? — In Frankfurt denuncirte wenigstens der alte Jahn die neuen Verschwörer, denen er einen seiner neualten Kraftausdrücke anhängte, aber was ist in Berlin geschehen? Die zweihundert, oder vielleicht sind es schon dreihundert Deputirte, sind freilich nicht mit Ehrenpforten empfangen worden, auch stehen ihre Namen nicht vornen in den Zeitungen unter den ausgezeichneten Fremden, aber sie sind da, und haben kein Hehl, weßhalb sie da sind. Voraus verkündet ist's: sie wollen die Revolution soll nicht beendet, sie soll fortgesetzt werden, die Wunde, aus der das böse Blut und die bösen Säfte ausfließen, soll noch nicht geheilt werden und vernarben, und der Schluß, die mögliche Heilung soll nicht sein der Sieg der Verfassung über den Absolutismus, sondern der Sieg des Volkes über beide; das Volk aber ist nicht die Majorität seiner selbst gewählten, aus Urwahlen hervorgehenden Vertreter, sondern die Fraction, welche die gegenwärtigen Vertreter der Demokratie hinter sich haben, oder zu haben glauben, bis — neue Vertreter kommen, welche diese in den Hintergrund schieben, als antiquirt wie das Vorparlament, die Versammlung in Frankfurt, der Berliner Reichstag, wenn er anders stimmt als die Klubs wollen.

Doch das was sie wollen, werden sie selbst deutlicher aussprechen; greifen wir ihnen nicht vor. Nur das wie darf im Augenblick unsere Aufmerksamkeit beanspruchen. Sie wollen das Volk zum Widerstand organisiren! Das ist eine allgemeine Redensart. Sie wollen es in Sectionen militärisch exerciren lassen. Das wäre allerdings ein Schritt über das Associationsrecht hinaus. Warten wir ab bis es aus dem Gerede zur That wird. Aber ist der Congreß nur ein Luftgebilde, ein Seifenblasenfest des unzufriedenen Sinnes aus ganz Deutschland, oder kam er mit ernsten Vorsätzen, grade nach Berlin, weil es ihm in Altenburg nicht gefiel, weil er in Frankfurt durchfiel, und in Wien zu unangenehme Collissionen ihm das Spiel trübten? Scheint es doch wirklich, als wäre dort der Boden schon seit lange ihm zurechtgestampft und gefegt zu seiner Arena. Des Königs Berufung auf die Gottes Gnade und das göttliche Recht der Könige, so leise es geschah, hatte doch das Blut entzündet; es bedurfte selbst kaum einer Anstachelung. Schnöder konnte man dem Königthum von ehemals nicht begegnen, als es in den beinahe täglich zu lesenden Erklärungen einzelner Bürgerwehrkompagnien geschieht, die sich den Dank vom 16. verbitten, ihn von sich weisen, weil die Krone von einer Ehre spricht, welche sie den Bürgern erwiesen. Sie wollen die Ehre und die Waffen sich selbst errungen haben. Richtig oder unrichtig; gleichviel, es ist die Meinung. Am 18. siegte die Ordnung über 12 Leichen, aber der Leichenzug am 19. mit seinen Reden, Fahnen, Fackeln, galt dem Volke nicht als ein Versöhnungsfest, sondern als ein Sieg. Nicht wie Rebellen, sondern wie Märtyrer wurden ja ihre Todten begraben! Und die Bürgerwehr rühmt auch ihren Sieg, nicht so sehr den über die Proletarier, als den moralischen, daß sie allein genügt, die Ordnung herzustellen und durch ihre laute Protestation das Einschreiten des Militärs verhinderte. Fragte man die 26,000 Wehrmänner aufs Gewissen und ihre Antwort könnten sie im Stillen geben, so würden wahrscheinlich mehr als 20000 Mann eingestehen, daß sie wie die Kölner das Einrücken des Militärs gewünscht, und auch nicht zu große Furcht vor einem Belagerungszustande empfunden hätten. Aber vor 2000 gut Schreienden, verstummen auch 24000 gut Meinende. Jene haben geschrieen und gejubelt; in den Jubel müssen die Andern nun auch einstimmen, sie kommen dabei unverhofft zu Ehren. Das war ein moralischer Sieg der Demokratenpartei, dessen Wirkungen man erst zum Theil übersieht! Kaum widerstanden Ministerium und Magistrat der ungestümen Forderung, die aufständischen Arbeiter noch zu belohnen, indem sie ihnen den Tagelohn für den Schlachttag zahlen sollten. Als sie fest blieben, übernahm einer der Vereine in sentimentalee Großmuth die Beschäftigung der Abgelohnten, welche die Entlassung durch Zerstörung der Maschine um sich selbst verdient. Kein Wunder, wenn nach solchen Vorgängen der Uebermuth des Volkes auf's Höchste gesteigert worden wäre. Da mußten die Maschinendauer, ein bewaffnetes Korps des Handwerker-Vereins, erklären: käme es wiedee zu einem so traurigen Konflikt, würden sie nicht einschreiten (auch nicht auf Befehl des Kommandeurs der Bürgerwehr!) sondern sich unbewaffnet zwischen Bürgerwehr und Arbeiter stellen, nur über ihre Leichen sollte der Weg zum Bruderkampfe gehen, damit — die Reaktion nicht ihren Willen hätte! Dieser Trotz, für großartige Gesinnung geltend, konnte ungerügt hingehen. Ausgesprochen war es und ist es: die Reaktion hat mit ihrem Gelde den Arbeiteraufstand gemacht, um das Militär nach Berlin zu ziehen, um die Errungenschaften zu vernichten, die alte Herrschaft herzustellen! Das Volk glaubt es, oder zwingt sich es zu glauben, und kein Mund, keine Stimme, die ihm Wahrheit sagt, kein guter Demagog, auf den es hört. Im Gegentheil, der Deputirte Jung wiederholt im Reichstag die Fabel, und keiner dort, der ihm widerspricht — doch sind die Parteien zu verbittert. Ein Privatmann zeiht ihn der Lüge in den öffentlichen Blättern. Die Stimme verhallt! Wer antwortet noch auf so geringe Anschuldigungen; wir sind über die Freiheit, über das moralische und politische Ehrgefühl der Leuten weit hinaus! — Da knetet der

Digitized by Google

Agitator Held aus dem Lügenteige ein hausbackenes Brod: Bürger, wir sind wie die Wiener von einer Armee cernirt, wir werden bald, gleich ihnen, belagert sein, seht Euch vor, daß Ihr Euch proviantirt; den Waffen der Feinde wird Euer Muth widerstehen, aber nicht dem Hunger! — Und das Volk greift zu dem Brode. Am selben Tage soll man die von den Studenten abgelieferten Waffen (sie sind auf Ferien) abgenommen, in's Zeughaus gebracht haben, und von dort will man sie zu Wasser nach Spandau schaffen. Das Werk der Reaktion! Das Volk darf es nicht dulden. Aufruf, Tumult, die Bürgerwehr wird in Waffen gerufen! Dies geschah im Augenblick, wo im Konzertsaal eine der stürmischsten Sitzungen statt fand, Auftritte voll Aergerniß, in Folge deren der Präsident Gradow, ein trefflicher Mann, entmuthigt die Präsidentenstelle niederlegt, fortgeht und aus Berlin flieht! — In diesem Qualm der Aufregung kommt der Demokraten-Kongreß zusammen, eröffnet seine Sitzungen. Konnte er ein besseres Feld finden? — Im Reichstage, überall, war ihm geschickt vorgearbeitet. Galt es den Kampf gegen Frankfurt? Gegen das hatten sie ja schon in Schlesien, in der Destruktion am weitesten vorgeschritten, protestirt; sie verachten es, die Deutschen dort, nach Frankfurt Abgeordnete zu wählen. Das sei eine unnütz abgelebte Versammlung. So durfte die Linke hier freilich noch nicht sprechen; ihre Phrasen vom 6. August klingen noch in die Ohren; sie verwarfen mit Abscheu den preußischen Partikularismus. Aber Waldeck hat es doch schon gewagt, dem deutschen Reichstag das Recht abzusprechen, ein Gesetz zu machen, nur ein kleines Gesetz zu seinem eignen Schutze! Mit demokratischer Konsequenz, also gewiß mit Recht; denn die Partei, welche für Berlin dekretirt hatte, daß der Deputirte vor den Insulten des Pöbels nicht geschützt werden, daß er kein Recht haben solle gegenüber dem souveränen Volke der Straßenläufer, diese Partei konnte doch den Frankfurter Vertretern nicht ein Recht, einen Schutz zusprechen, den sie ihren nächsten Kollegen nicht gönnte! — Solche Bewegung im Volke, solche Freundschaft in der Kammer findet der Kongreß der Demokraten in der preußischen Hauptstadt. Ein gutes, gläubiges Volk, was nur auf Anlaß wartet, loszuschlagen; eine Kammer, die, aus Furcht oder Intrigue, ihre Mitglieder dem Pöbel gegenüber für vogelfrei erklärt, eine Nationalversammlung, so getheilt, daß die wichtigsten Lebensfragen von 1 oder 2 Stimmen entschieden werden, daß ein Ministerium, welches eine feste Majorität hinter sich haben muß, also unmöglich ist, so ungestüm, daß ihr eigener Präsident es nicht aushält und davonlauft. Sind das nicht Auspizien für den Demokraten-Kongreß? Wir suchen nach einer Autorität. Da kommt sie uns zufällig in den Weg gelaufen; weil sie Niemand anderswo haben will, verschmäht sie unser verrufenes Berlin nicht. Greifen wir zu mit beiden Händen, schicken wir uns in ihre Forderungen, wenn sie auch unbequem scheinen; wir unterhandeln für unsern Partikularismus, geben Frankfurt und jene deutsche Einheit auf, und Berlin wird, die rothe Fahne auf seinen Thürmen, die rothe Mütze auf seinem Bären, die Hauptstadt des demokratischen Deutschlands! — Und was ist geschehen, was geschieht von der Regierung? Die Gefahr scheint doch groß und sehr nahe! — Will man nur Schaumblasen sehen, theoretisches Spiel, und lächelt wieder vornehm, wie ehedem? Ueberwacht man in der Stille die Sache? — Es gibt keine Polizei mehr. Traut man auf die 50,000 Mann, die draußen in unwillkommenem Feldienste auf Thaten lauern? Wartet, verläßt man sich auf die Entscheidung in Wien, die auch auf Berlin ihre Rückwirkung üben muß? — Ein dunkles Gerücht sagt, daß man nicht lächelt und nicht überwacht, noch darauf rechnet, was anderwärts geschehe oder nicht geschehe; daß man vielmehr gläubig erwarte, was die Vorsehung über Preußen beschließt; gefaßt auf Alles, auf Kriegesspiel, Kanonendonner und Bombardement, aber auch auf Republik und Exil, wie Gott es fügt. — Aber worauf blicken die Hunderttausende, die vielen Millionen Preußen, denen dies Spiel der Hunderte und Tausende ebenso eine Thorheit als ein Gräuel ist, die sich gern wie ein Mann dagegen erhöben, wenn der rechte Mann an der Spitze stände! Er fehlt ihnen. Was soll die große konstitutionelle Partei sagen, wenn der, dem sie vertrauensvoll folgen würde, wo er mit ganzer Seele und vollem Herzen sich zu ihnen hielte, allen Konsequenzen des Systems in Selbstverleugnung sich offen hingebend, wenn dieser Führer plötzlich, wie aus einem Traum erwachend, vom göttlichen Recht der Könige zu ihnen redet. — Und doch theilen wir seinen Glauben, es waltet eine Vorsehung über Preußen, die es oft wunderbar straft und fallen läßt, wo es am höchsten und sichersten zu stehen wähnte, eben so oft aber auch aus seinem tiefsten Verfall und gerade dann erhob, wo Niemand einen Ausweg, eine Rettung sah.

Deutschland.

Frankfurt, 31. Okt. Die O. P. A. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes:

Se. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser sind seit der Uebernahme der Centralgewalt und insbesondere aus Anlaß verschiedener von dieser getroffenen Maßregeln, so zahlreiche Ergebenheits- und Zustimmungsadressen von ganzen Provinzen, Städten, Landgemeinden, Vereinen und einzelnen Personen zugegangen, daß die Beantwortung jeder einzelnen derselben nicht wohl stattfinden konnte, sondern nur für jene Zuschriften verfügt ward, wo besondere Gründe eine Erledigung nothwendig machten. Seine kaiserliche Hoheit fühlen Sich jedoch gedrungen, den Einsendern dieser Adressen Ihren wärmsten Dank für die darin ausgesprochenen Gesinnungen auszudrücken, und haben das unterzeichnete Reichsministerium des Innern beauftragt, dies in ihrem Namen öffentlich bekannt zu geben.

Frankfurt, den 31. Oktober 1848.

Das Reichsministerium des Innern.

† **Frankfurt**, 1. Nov. Es ist so eben eine Adresse des Posener Centralcomites an den Abgeordneten der Stadt Posen zur Ueberreichung an die Nationalversammlung gelangt, welche in demselben Sinne abgefaßt ist, wie der Monsterprotest der deutschen Bevölkerung gegen den Beschluß der Berliner Landesversammlung. Diese Adresse enthält den Antrag, die deutsche Nationalversammlung möge die Bewohner Deutschposens in ihren Rechten schützen und die Abgrenzungslinie als Reichsgrenze endlich definitiv durch die Centralgewalt feststellen lassen. —

* **Wien**. Wie hier, so sind auch in Breslau und Leipzig weder Briefe, noch Nachrichten aus Wien eingetroffen. Nach den Berichten des „C. Bl. a. B." ist die Cernirung so streng, daß nicht einmal Briefe und Geldsendungen in die Stadt gelassen werden. Alle Briefschaften, die aus dem Norden, aus Deutschland, Böhmen, Mähren, Polen ꝛc. nach Wien adressirt sind, werden in Lundenburg aufgehalten, und der dortige Postbeamte war schon gezwungen, die Ueberlassung noch einiger Zimmer zur Erweiterung seines Amtslokals zu fordern, da er bloß an zurückgehaltenen Geldbeträgen, die für Wien bestimmt sind, schon an die 2 Millionen Fl. aufzubewahren hat. Gegen den Süden zu scheint aber die Kommunikation nicht so gehemmt zu sein, und die Sendungen, die über Linz, Grätz ꝛc. gehen, sollen richtig an ihren Bestimmungsort gelangen. — Neue Nachrichten aus Wien vom 27. Okt. theilt nur ein Extrablatt der Berliner „deutschen Reform" mit, dessen Inhalt wir hier folgen lassen. „Bis zum 27. Mittags 1 Uhr war weder ein Angriff auf die Stadt, noch eine Uebergabe derselben erfolgt. Die noch immer aus der Stadt nach dem Lager strömenden Deputationen verriethen jedoch auf unzweideutige Weise, daß die Stimmung zur Uebergabe geneigt sei und das einzige Hinderniß in der Unmöglichkeit liege, die Bedingung des Fürsten Windisch-Grätz in Betreff der Entwaffnung des Proletariats und des Restes der akademischen Legion sogleich zur Ausführung zu bringen. — Windisch-Grätz hat den strengen Befehl gegeben, nirgend einen Angriff zu unternehmen. Allerdings haben an einzelnen Punkten kleine Scharmützel stattgefunden, jedoch stets nur auf den Angriff einzelner verzweifelter Städter, welche das Belagerungsheer zurückschlug. Ebenso ist der ungarische Vortrab, welcher zum Entsatz von Wien auf Kähnen die Donau hinauffuhr, von den Kroaten angegriffen und zerstreut worden." Man sieht, diese Nachrichten sind aus derselben Quelle und von gleicher Farbe, wie die neulich aus demselben Blatte mitgetheilten. Alles, was die Reisenden berichten, wird geradezu geleugnet; die Angriffe „verzweifelter Städter" wurden zurückgeschlagen, Deputationen strömen herbei, während von der Berufung des Ministers Kraus, einer zuverlässigen Thatsache, nichts gemeldet wird. Wie mag nur die fatale telegraphische Depesche von der Einnahme der beiden Vorstädte nach Ollmütz gekommen sein? Daß sie richtig ankam, wird nun durch direkte Nachrichten von dort bestätigt. „Es fehlt an jedem Anhalt, sagt die Berl. lith. Corr., um die Glaubwürdigkeit dieser Nachrichten zu prüfen. Die d. Reform liebt es, ihre Mittheilungen in Gestalt von Inspirationen zu ge-

Digitized by Google

ben. Nirmals nennt sie die Quelle, aus welcher sie geschöpft sind." Soviel wird wohl feststehen, daß die Dinge wieder ohngefähr auf dem Punkte stehen, wie vor den Ereignissen des 24. und 25., und daß man einen besondern Grund haben muß, von diesen Ereignissen nicht viel verlauten zu lassen. Warum Windischgrätz, nach Ablauf der von ihm gestellten Frist, am 26. nicht angriff, bleibt unaufgeklärt. — Aus den Berichten über den 24. und 25. tragen wir nach, daß das Geschrei und Hurrahrufen, „wie bei einer heftigen Bestürmung", das man am 25. in Floridsdorf hörte, von einem Sturm der Kroaten herrühren soll, den die Nationalgarde zurückgeschlagen hätte. Ein anderes in den meisten Berichten wiederkehrendes und nach den Angaben der Beobl. Bl. von wohlunterrichteten Reisenden bis in's Einzelnste bestätigtes Faktum ist ein Ausfall der akadem. Legion, bei dem sie, von Jellacic umzingelt, durch ein furchtbares Kartätschenfeuer außerordentlich gelitten haben soll. Sollte dieß ein Versuch gewesen sein, sich zu den Ungarn durchzuschlagen? Von diesen keine andere Nachricht als die oben mitgetheilte. Der Heldenmuth der Wiener wird in allen Berichten als außerordentlich geschildert. — Noch wollen wir erwähnen, daß man sich in Berlin erzählte, Hr. Arago habe die Nachricht von dem Einzuge des Fürsten Windischgrätz in Wien erhalten.

Aus **Ollmütz** wird die gestern schon gemeldete Ankunft einer neuen Deputation aus Wien bestätigt. Sie soll das Versprechen der akademischen Legion überbracht haben, die Waffen nieder zu legen und sich nicht mehr in Staatsgeschäfte mischen zu wollen; auch das Proletariat werde man entwaffnen. Man scheint ihr den Weg zum Kaiser zu versperren. Man soll am Hofe beabsichtigen, die Wiener Universität auf zwei Jahre zu schließen. Fortwährend kommen noch Deputationen des Landvolks, um dem Kaiser ihre Anhänglichkeit zu beweisen und sich die Versicherung zu holen, daß Robot und Zehnten wirklich abgeschafft sind und bleiben. Am 21. kamen vier Deputationen, jede von zwei- bis dreihundert Mann Hannaken zu Roß, mit schwarzgelben Fahnen an. Drei Wagen voll Hannakinnen brachten drei ungeheure Kuchen von wenigstens 2½ Fuß im Durchmesser, mit Figuren und Bändern artig verziert, und deren jeder über 100 fl. C.-M. kosten soll, für die kaiserliche Tafel. — Dem Vernehmen nach soll der Kaiser ein Handbillet an das Militär erlassen haben, worin er dasselbe zur Mäßigung und Achtung des Civil's ermahnt. — Der demokratische Verein, der hier im Entstehen war, ist aus Furcht vor den Schwarzgelben unterblieben. — Die kaiserlichen Manifeste erregten hier, wie allenthalben, Furcht für die Zukunft, und die Sympathie für Wien ist groß. Die Stadt hat das Ansehen eines Lagers, in dem die nichtmilitärische Bevölkerung verschwindet; ein Witzwort sagt: „Ollmütz sei eine Stadt, wo Kanonenkugeln von den Dächern tröpfeln." — Ueber die Stimmung in verschiedenen mährischen Orten haben wir gestern berichtet; in österreichisch Schlesien ist man minder warm für die Wiener Sache und trotz mehrerer Sendungen schwarzgelber Schlafmützen hat man aus Troppau wieder eine Loyalitätsadresse nach Ollmütz gesandt.

Ein Schreiben aus **Prag** vom 27. Okt. in der D. Allg. Z. enthält folgende Betrachtungen über die Verlegung des Reichstags: „Ein czechischer Deputirter äußerte am 20. Okt., also zwei Tage vor dem Erlaß des Manifestes, der Reichstag müsse nach Kremsier verlegt werden oder die Monarchie Oesterreich habe aufgehört zu existiren! Ich enthalte mich eines jeden Kommentars zu dieser Bemerkung. Allein es ist dies nur ein kleiner Beweis, daß die Czechen mit ihrer bekannten Energie Alles durchsetzen. Was die gegenwärtig in Wien versammelten Deputirten beschließen werden, ist ungewiß. Bis jetzt waren sie auf legalem Boden, vom Tage der Kundmachung dieses Manifestes wird das wenigstens in Frage zu stellen gesucht werden. In dem Manifeste heißt es auch: Dann „habe sich der Reichstag ausschließlich der Berathung der Verfassung zu widmen." So wünschenswerth dies auch ist, so darf man nicht vergessen, daß der Reichstag einzig und allein Vertrauen im Volke hat, und daß es so Vieles gibt, was dringend einer Erledigung entgegen sieht. Und welche großen Unzukömmlichkeiten sind mit einer Verlegung des Reichstages nach Kremsier verbunden, einem kleinen Städtchen in Mähren, dem Sitze des Erzbischofs von Ollmütz, mit einer Einwohnerschaft, die meist geblendet von dem Pompe des erzbischöflichen Hofstaates so pfäffisch gesinnt ist, wie man sie nur wünschen kann. Ferner welche Schwierigkeiten erhält die Stellung des Ministeriums und der Centralbehörden zum Reichstage, die Minister müssen jeden Augenblick im Reichstag anwesend sein. Oder sollen vielleicht die Regierungsgeschäfte in dieser wichtigen Zeit durch Ministerialbeamte geleitet oder gar endlich die österreichische Monarchie von Kremsier aus regiert werden? Sie sehen, daß es da noch viele Zweifel zu lösen gibt, die vielleicht friedlich nicht gelöst werden dürften." — Die Narodni Nowiny, das von Hawliczek geleitete Organ der Ultraczechen, veröffentlicht die Antwort der Slowanska Lipa auf die Zuschrift Jellacic's. Diese Antwort beweist einestheils für die Echtheit des Schreibens, andrerseits zeigt sie daß man selbst von dieser Seite den Banus als Diener der Reaktion mit Mißtrauen betrachtet hatte. Die Slowanska Lipa dankt dem hohen Banus dafür, „daß er deutlich erörtert hat die Absichten der Bewegungen seines heldenmüthigen Heeres, welche die Blicke der Slowanska Lipa nicht hell genug durchschaut haben würden." „Wir verstehen die Handlungsweise Ew. Exzellenz und werden selbe vertheidigen mit Wort und That." Am Schlusse spricht die Slowanska Lipa die Bitte aus, der Ban möge den Slowaken, dem gedrücktesten slawischen Volksstamme, seine Hülfe in dieser größten Zeit der Noth angedeihen lassen. — Die von der Slowanska Lipa veranstaltete Volksversammlung hat am Nachmittag des 27. Okt. stattgefunden.

** **Aus Südtyrol**, 23 Okt. Die allgemeine Bewegung, der wir so lange ausgewichen, beginnt nachgerade auch unser stilles Süßwasser zu trüben, nur darf man nicht glauben, daß hierin irgend eine Sympathie mit auswärtigen Elementen der Gährung liege; es ist ein Rückschlag der heranbrausenden Wogen, ein Kampf gegen alle und jede Umwandlung, ein Schwimmen gegen den Strom. Unsere Geistlichen malten dem Volke bekanntlich die Konstitution mit den ersten Tagen ihrer Erscheinung als einen Kobold vor, der es auf seinen reichsten Erbschatz, die Religion seiner Väter, abgesehen, man begnügte sich, von der Kanzel, im Beichtstuhl, in Zeitungen und Flugschriften dagegen zu predigen und zu warnen, so lange noch die äußern Verhältnisse im Alten blieben, allein schon mit der ersten konstitutionellen Maßregel griff der Gedanke ernster Widersetzlichkeit, einer hartnäckigen Appellation an die rohe Faust der Menge Platz. Graf Brandis, der sich bekanntlich mit dem Geiste der neuen Verwaltung nicht befreunden konnte, und die Ausführung des Ministerialerlasses wegen Aufhebung der Jesuiten und Liguorianer geflissentlich Monate lang verzögerte, ward Ende Juli seiner Stelle als Gouverneur von Tirol entsetzt, und kaum hatte der Kaiser das Land verlassen, sah man den Grafen geheimnißvolle Ausflüge in zwei Seitenäste des Wipptals nach Gschnitz und Marmit zu den dortigen Pfarrern unternehmen, mit denen dann später Sendboten gewechselt wurden. Als hierauf Anfangs September ein nachdrücklicher Befehl zur Auflösung des noch immer fortbestandenen Jesuitenkollegiums in Inspruck aus Wien erging, und fast gleichzeitig auch der dortige Reichstag die Abschaffung der Grundzinsen und Zehnten aussprach, bereiste Pater Albert Jäger, Benediktiner und Lehrer der Söhne des Grafen, das Oetzthal, Passeier und die obere Etsch, verweilte daselbst längere Zeit, während ein anderer Emissär das Pusterthal durchkreuzte, und hielt endlich am 8. d. unter seinem Vorsitz in Meran eine Bauernversammlung bei verschlossenen Thüren, wobei folgende Gegenstände zur Verhandlung kamen und beschlossen wurden: 1) Verwahrung gegen die Preßfreiheit in Tirol, 2) Beibehaltung aller jetzt bestehenden Klöster, 3) Unantastbarkeit der Kirchengüter, 4) desgleichen der priesterlichen Einkünfte, da über Ablösung der Zehnten nur der Papst entscheiden könne, 5) geistliche Beaufsichtigung der Schulen, 6) Beschränkung der freien Presse und Abschaffung der „Innsbrucker Zeitung", 7) freie Gemeindeverfassung zur vollen Festigung geistlicher Oberherrschaft, Hintanhaltung gemischter Ehen und Ankäufe von Protestanten u. s. w. Zur Durchsetzung dieser Beschlüsse wurde selbst Gewalt in Aussicht gestellt. Auf den 28. ist ein großer Bauernkongreß angesagt, dem es zur Aufgabe gestellt wird, den mittlerweile auf den 26. d. nach Innsbruck berufenen tyroler Landtag aufzuheben, falls er seine Beschlüsse nicht im Geist und Sinne dieser bäuerlichen fassen sollte. Bereits kam es so weit, daß P. Albert Jäger bei einer vorläufigen Sitzung der ständischen Aktivität zu Innsbruck mit einem provisorischen Bauernregiment drohte, wobei er naiv genug behauptete, die Geistlichkeit sei nicht im Stande, die Bauern im Burggrafenamte, angesichts der Wiener Ereignisse von diesem Gedanken abzubringen. Ein bäuerlicher Landtagsabgeordneter, Joseph Ladurner von Algund, erließ gleichzeitig einen in München gedruckten „Hülferuf an alle Landleute in

Tyrol", der die Gegenstände des meraner Kongresses mit geistlicher Inspiration zur Sprache bringt, und mit den Worten endigt: „Fort mit den Rabikalen! Fort mit den Protestanten! Nieder mit der Knechtschaft der Kirche, der Schulen und Priester! Nieder mit der Druckfrechheit in Tyrol! Es leben die Katholiken! Es leben die Priester und alle Klöster! Es lebe die Freiheit der Schulen und aller kirchlichen Anstalten und Güter! Es lebe die Freiheit der Presse! Es lebe die Freiheit der Gemeinden! Es lebe das gesammte Tyrol!" — nämlich das abgesonderte paraguaische. Den auf den 26. einberufenen Provinziallandtag wollen auch Vorarlberg und Wälschtyrol beschicken, dem Vernehmen nach werden sich aber die Vertrauensmänner des Landes jenseits des Arlberges nur unter der Bedingung einfinden, daß die früheren Beschlüsse des heurigen Landtags als ungültig erklärt, und nur Behufs einer Berathung getagt werde; die Wälschen wollen dem Vernehmen nach wegbleiben, und man befürchtet fast täglich die Ausrufung einer provisorischen Regierung in Trient, wo schon lange ein republikanischer Verein besteht, der über mehrere Filialen gebietet. Der bevorstehende Landtag soll nach der Kundmachung seines Präsidenten durch 82 Vertrauensmänner, denen gleiche Stimmberechtigung wie den Abgeordneten eingeräumt ist, verstärkt werden, wir hoffen aber davon wenig Erfprießliches. Ruhiges Abwarten der nächsten Zukunft wäre wohl das Klügste gewesen, das mundete aber den Ultramontanen nicht, deren Einfluß wir auch die jetzige Berufung des Landtags zuschreiben. Sie wahren sich eben nachgerade die günstigste Gelegenheit, ihren Widerwillen gegen den Wiener Reichstag, ihre Trennungsgelüste, ihre vermeintliche Selbstständigkeit zu offenbaren und festen Fuß zu gewinnen inmitten der allgemeinen Wiermiß. Mag es ihnen auch auf kurze Zeit, nie wird es ihnen auf längere Dauer gelingen, Tyrol muß dem gehorchen, was Deutschland will, und wir hoffen es zuversichtlich von der deutschen Nationalversammlung, daß sie die Grenzhut deutscher Erde nicht dem erbittertsten Feinde der Freiheit, der Herrschaft der Priester preisgeben wird.

LC **Berlin**, 29. Okt. Der Demokraten-Kongreß geht nach mehrtägiger Berathung seiner Auflösung entgegen. Die Spaltungen, deren wir schon gestern Erwähnung thaten, haben zu einem entschiedenen Bruche geführt. Ein großer Theil der Kongreßmitglieder, namentlich fast sämmtliche Schlesier, der hiesige Sachsenverein, die Mecklenburger, die Halberstädter (Wislicenus), einige pommer'sche Mitglieder haben ihren Austritt erklärt. Diese alle gehören zur gemäßigten Fraction, zur honetten Republik. Die äußerste Partei wird durch die Mehrzahl der hiesigen Klubs repräsentirt. Bis spät Abends dauerte die gestrige Sitzung. Ihr nächstes, vielleicht einziges, Ergebniß ist eine heute Nachmittag vor den Zelten stattfindende Volksversammlung, zu deren Leitung eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt ist. Gegenstand der Verhandlung mit dem Volke soll die Wiener Sache bilden. Muthmaßlich wird sich an die Volksversammlung irgend eine Demonstration zu Gunsten des bedrängten Wiens knüpfen. — In der heutigen Sitzung wurde die Robespierre'sche Deklaration der Menschenrechte vorgelegt. Ein Beschluß ist in Betreff derselben nicht zu Stande gekommen. — Die Zahl der zur Konferenz der demokratischen Partei in den deutschen konstituirenden Versammlungen eingetroffenen Mitglieder ist nicht viel größer geworden, als wie gestern angaben. Abends wurde der Beschluß gefaßt: 1) die Versammlung macht die Sache Wiens zu der ihrigen. 2) Es wird sofort ein Aufruf im Namen der Versammlung erlassen. — Simon (von Trier), Jacoby und d'Ester wurden beauftragt, den Aufruf zu entwerfen. Der Beschluß war in Abwesenheit mehrerer Mitglieder gefaßt worden. Als der vollzähligen Versammlung der von d'Ester verfaßte Entwurf vorgelegt wurde, erhoben sich Bedenken gegen dessen Annahme. Wie wir hören, wird jede weitere gemeinsame Kundgebung der versammelten Mitglieder unterbleiben. Von der hiesigen Linken hingegen wird ein Manifest erlassen werden. Die fremden Deputirten verlassen Berlin wahrscheinlich noch heute oder morgen. Die Stimmung in der demokratischen Partei entspricht den Resultaten der beiden Versammlungen, welchen die Partei mit so sanguinischen Hoffnungen entgegengesehen hatte. Befriedigt durch den Ausgang sind außer den Reaktionären nur Herr Held und sein Anhang. Herr Held verkündete einer Arbeiterversammlung gestern das Resultat des Kongresses mit der Bemerkung, das Volk habe nun auf die „reine Anarchie" seine Hoffnung zu richten. — Die Sicherheitsbehörden scheinen von jenen Versammlungen zu besonderen Vorkehrungsmaßregeln Veranlassung genommen zu haben. Wie versichert wird, seien sogar an den Eisenbahnen Einrichtungen getroffen worden, um äußersten Falls Zuzüge abschneiden zu können. — Im Schooße der hiesigen Bürgerwehr hatte sich eine Kommission gebildet zur Prüfung des Bürgerwehrgesetzes. Dieselbe hat jetzt ihr Gutachten dahin abgegeben: 1) daß das Gesetz weder dem königlichen Versprechen, noch den Rechtsforderungen des preußischen Volkes entspreche; 2) daß die Nationalversammlung ersucht wird baldigst zur Berathung und Festsetzung einer neuen Gemeindeordnung zu schreiten, beruhend auf Gleichberechtigung, Selbstverwaltung und direkter Wahl der Gemeindebeamten, und daß damit eine Revision und gänzliche Umgestaltung des Bürgerwehrgesetzes verbunden werde, da beide von einander durchweg unabhängig sind.

Der „Publicist" hat bezüglich des wegen Anregung zum Aufruhr in Haft befindlichen Grafen Breßler eine Mittheilung aus Frankfurt a. d. O., nach welcher Graf Breßler eines der thätigsten Mitglieder des Vereins für König und Vaterland sein und zu den Emissären gehören soll, welche diesen Verein behufs Consolidirung und Organisation der reaktionären Elemente bilden. Das Inslebenrufen von Preußen-, Krieger- und patriotischen Vereinen wird als die Hauptaufgabe „jenes sogenannten Vereins„ bezeichnet, der nur aus wandernden Mitgliedern bestehen soll. Graf Breßler, sagt der Publicist, gehört unstreitig zu den thätigsten und fähigsten Mitgliedern des Hauptvereins der Reaktion. — Der erst kürzlich von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochene Porzellanmaler Hopf sollte gestern, und zwar mit Verletzung der Habeas-Corpus-Akte, die von unserer Polizei noch immer nicht hinreichend beachtet wird, von neuem verhaftet werden. Ein Flugblatt, für dessen Verfasser ihn die Polizei hielt, veranlaßte jene Maßregel, die auf Grund der gegenwärtigen Gesetzgebung vorläufig rückgängig gemacht werden mußte. Verschiedene in dem Blatt enthaltene mehr oder minder gelungene Calembourgs auf höchste und allerhöchste Personen werden höchst wahrscheinlich eine neue Anklage wegen desselben Verbrechens gegen den Verfasser zur Folge haben.

* **Berlin**, 28. Okt. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben über den Sicherheits-Ausschuß eine Bekanntmachung erlassen, aus der wir Folgendes herausheben:

Mit dem städtischen Sicherheits-Ausschusse nicht zu verwechseln ist eine hier zusammengetretene Kommission der Königlichen und städtischen Behörden, zu welcher das Ministerium des Innern, das Polizei-Präsidium, der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung Deputirte schicken, welcher der Kommandant von Berlin, so wie der Bürgerwehr-Kommandeur und eine Anzahl von Bürgerwehrmännern aller Grade, beiwohnen. Zweck dieser Kommission ist, zur Vermeidung von Schreibereien auf dem kurzen Wege der Besprechung die Mittel zu berathen und für die Bestimmung der gesetzlichen Behörden-Instanz vorzubereiten, wodurch die öffentliche Ruhe nach allen Seiten hin zu schützen und zu erhalten sei, und die dabei mitwirkenden Behörden im Einklange des Verfahrens zu erhalten.

Durch die unruhigen Auftritte am 16. d. M. und die Wendung, welche die Angelegenheiten nach den anderweiten, durch stenographische Berichte über die Nationalversammlung bekannt gewordenen Ereignissen, später um 8 Uhr Abends genommen, ist der Sicherheitsausschuß, im Einvernehmen mit dem Kommandeur der Bürgerwehr, in die Lage gebracht worden, zwei Bataillone Militär, jedoch lediglich zur Aufstellung im Königlichen Schlosse, zu requiriren, welche dem Bürgerwehr-Kommando zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Maßregel wurde durch ungünstige Rapporte aus den verschiedenen Theilen der Stadt herbeigeführt, um das Kommando der Bürgerwehr in den Stand zu setzen, Hülfe nach den bedrohten Punkten der Stadt aus der Bürgerwehr-Besetzung des Schlosses zu entsenden. Das Militär hatte daher nur die Bestimmung, im Schloßhofe aufgestellt, durch obige Maßregel etwa nothwendig werdender Requisition des Bürgerwehr-Kommandeurs gewärtig zu sein. Der Sicherheits-Ausschuß durfte kein Bedenken tragen, einer solchen Maßregel zu genügen, wie er eben so wenig Bedenken trug, dieselbe auf Erfordern des Bürgerwehr-Kommandos, als unmittelbar darauf die Umstände sich günstiger gestaltet hatten, rückgängig zu machen. Um für ähnliche Fälle jede Besorgniß wegen der Stellung des Militärs zu der Bürgerwehr zu begegnen, hat der Sicherheits-Ausschuß von dem Königlichen Staatsministerium die Erklärung und respective Zusage erbeten, daß das vom Sicherheits-Ausschusse und

dem Bürgerwehr-Kommando requirirte Militär auf Verlangen derselben jeder Zeit wieder zurückgezogen werden müsse.

† **Posen**, 25. Okt. Nach Galizien sind in diesem Augenblick unsre Augen gerichtet. Man rüstet sich dort immer ernstlicher zum Widerstande und ist auf alle Fälle gefaßt. Offenbar neigt sich jetzt die Schale entschieden der ungarischen und wienerischen Demokratie zu, und die Aufregung gegen die Derdiedasse oder Schwarzgelben, womit man die österreichischen Beamten meint, ist im Steigen. Tausende von Menschen waren unlängst am Grabeshügel Kosciuszko's bei Krakau zu einer Feier vereinigt. Mit den Reorganisationsmaßregeln des Statthalters Zalewski ist man nicht zufrieden, er schreitet zu langsam vor. Er hat das Bürgerwehrgesetz noch nicht erlassen (obgleich es dringlich verlangt wird), dagegen durch ein Reskript auf der jagellonischen Universität die polnische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt (eine durchaus nicht dringliche Maßregel) und die nicht polnisch sprechenden Professoren zu lateinischem Vortrag gezwungen. In Lemberg reizt die Nationalzeitung durch Verdächtigung gegen die Beamten auf. „Die scheußliche Büreaukratie", sagt sie, „bereitet eine neue sizilische Vesper vor durch ihre Soldateska und die aufgehetzten Ruthenen und Bauern, die Tag und Nacht unsere Bewegungen belauern. Jetzt, da die habsburgische Kamarilla Alles auf's Spiel gesetzt hat, da an der edlen Brust unserer Brüder, der Wiener und der Ungarn, ihre Hinterlist zu Schanden geworden, lasset uns auf der Hut und gefaßt darauf sein, daß sie auch in unserem Lande wieder die alten Mittel gegen uns in Anwendung bringen wird. Schon ruft ihr Organ, die Zoria halicka, die bewaffneten Haufen gegen uns auf, der Lieutenant Baruschewicz führt sie! Schon regen die Beamten unsere Bauern gegen uns auf, deshalb verstärken und bewaffnen auch wir rasch unsere Nationalgarden!" — Das Centralkomite der „Akademiker" hat eine Deputation an den Vicepräsidenten der Landesregierung, Goluchowski, geschickt, um ihn aufzufordern, Sicherheitsmaßregeln durch die Kreisbeamten für den Adel in der Provinz zu treffen, „er und alle höheren Beamten in Lemberg hafteten mit ihrem Kopfe für denselben." Goluchowski antwortete: er sei selbst Pole und habe eine Familie, deren Sicherheit ihm am Herzen läge. Er würde in dieser Beziehung sein Möglichstes thun, schon von Amtes wegen; es lägen ihm indessen noch keine Fälle vor, wo Leben und Sicherheit der Bewohner in der Provinz gefährdet wären. — So eben verbreitet sich hier in Posen das Gerücht, daß Deutschposen wieder von Deutschland getrennt und mit Polnischposen vereint, als ein besonderes Großherzogthum nach der Wiener Akte einen Statthalter und auch eine besondere Konstitution erhalten solle. Die Aufregung ist groß, man ruft nach einer Volksversammlung. Unsere Zeitung enthält nur die kurze Notiz, daß das Auerswald'sche Amendement, welches die Trennung Deutschposens von Polnischposen ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen wissen wollte, verworfen, dagegen das Phillips'sche, im Einverständniß mit den Polen gestellte, angenommen worden. Nach dieser Thatsache ist die Aufregung eine begründete; denn das letzte Amendement ist nur eine Uebersetzung des Brodowskischen in allgemeine Ausdrücke, und verlangt ausdrücklich für das Großherzogthum die bei seiner Verbindung mit Preußen (1815) stipulirten Rechte (die Wiener Akte) und ein organisches Gesetz darüber. Somit sind die Frankfurter Beschlüsse vom 27. Juli annullirt, die Grenze Deutschlands bleibt wie vordem das Gebiet des „Großherzogthums", und der Herr Reichskommissarius, welcher zur Regulirung der Reichsgrenze herkommen sollte, kann sich die Reise ersparen und in Frankfurt bleiben! Diese neue Erschütterung unserer Verhältnisse haben wir der sauberen Linken in Berlin zu danken, und stehen nunmehr nach fast sechsmonatlichen Kämpfen wieder vor neuen Verwickelungen! Daß es noch zu solchen Wendungen kommen könnte, hätte Niemand geträumt, um so weniger, als bereits im Oberpräsidium die Vorarbeiten zur „Organisation der getrennten Verwaltungen in Deutsch- und Polnisch-Posen" vorlagen. Wir richten unsere Blicke nach Frankfurt und hoffen einen energischen Schritt von Seiten der Centralgewalt, welcher die Ausführung der Beschlüsse der Nationalversammlung vom 27. Juli obliegt, und die im vorliegenden Falle dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 28. Mai gemäß handeln und den Berliner Beschluß für ungiltig erklären muß. Mit diesem Akte käme sie auch unserem Gouvernement zu Hilfe, welches seine vollste Hingebung an die Centralgewalt wiederholt bewiesen hat.

‡ **Posen**, den 26. October. So eben schlägt man folgendes Plakat an die Ecken: „Der Beschluß der Berliner Landes-Versammlung vom 23. d. M. droht den heiligsten Rechten der posener deutschen Bevölkerung mit der größten Gefahr. — Indem es an der unerschütterlichen Ueberzeugung festhält, daß die durch den Beschluß der Frankfurter National-Versammlung vom 27. Juli geschehene Einverleibung des deutschen Theiles der Provinz durch keine Festsetzung irgend eines anderen gesetzgebenden Körpers beschränkt oder aufgehoben werden kann, legt das unterzeichnete Komite gegen jenen Beschluß der Berliner Landes-Versammlung hiermit aufs Feierlichste Verwahrung ein. Behufs weiterer Besprechung über die nothwendigen Schritte, fordern wir unsere deutschen Mitbürger zum Besuch der heute Nachmittag 3 Uhr anberaumten Volksversammlung hiermit auf. Posen, den 26. Oct. Das deutsche Central-Komite (Unterschriften). — Die Aufregung war fürchterlich, überall hörte man empörte Aeußerungen. Nachmittags versammelte man sich trotz des Belagerungszustandes zu mehreren Tausenden im Hofraum des Odeums, woselbst das deutsche Central-Comite den Entwurf zu einem äußerst energischen Protest gegen den Beschluß der Berliner Versammlung vorlegte. Dieser Protest wurde einstimmig genehmigt. Deputirte aus den Kreisen unterzeichneten im Namen ihrer Kommittenten. Auf dem Lande bewaffnet man sich deutscher Seits.

München, 26. Okt. Der d. Allg. Z. wird geschrieben: Ministerialrath v. Zwehl, seit anderthalb Jahren auch Ministerialkommissar bei der Universität und als solcher der Erste, welcher sich durch sein Polizeigeschäft bei den Universitätsangehörigen nicht unbeliebt gemacht hat, ist an des im Alter und in der Unhaltbarkeit allzu weit vorgerückten Baron v. Bodin Stelle Präsident unserer Regierung geworden. Hr. v. Zwehl ist noch ein junger Mann, gilt für eben so entschieden als geschäftsgewandt und wird daher wohl im Stande sein, in seiner der Bürgerschaft gegenüber sehr einflußreichen Stellung viel Gutes zu schaffen. — Unser Parlamentsabgeordneter Dr. Sepp aus dem benachbarten Tölz soll Frankfurt aus guten Gründen halbflüchtigen Fußes verlassen haben und hat darum wohl auch hier nur kurze Zeit verweilt. Selbst seine ultramontanen Wähler und Protectoren sollen seine Unmöglichkeit vor der Welt erkennen. Die hiesige Presse nimmt den Aermsten schonungslos aufs Korn. — v. Hormayr soll hoffnungslos daniederliegen.

δ **Stuttgart**, 28. Okt. Wenn die würtembergischen Landtagsabgeordneten, welche zugleich in der Nationalversammlung zu Frankfurt sitzen, oder die vielmehr dort, nicht aber hier sitzen, ihrem lieben Freunde, dem Stadtdirektor Seeger nicht bald zu Hülfe eilen, so begehen sie wirklich ein Unrecht an dem gesinnungstüchtigen republikanischen königl. würtembergischen Staatsdiener. Er kann unmöglich für 12 oder 16 total Linke allein fungiren, welche unterdessen Würtemberg dem reaktionären Ministerium Römer preisgeben; und bis sie zurückkommen, ist der Abgeordnete Seeger unter den geistigen Streichen des Kanzlers Wächter und des Dr. Strauß bleichen Todes dahin gefahren. Ungeachtet seines geringen parlamentarischen Talents spielt zwar Hr. Seeger eine ziemliche Rolle in der Kammer, weil er alle Volksvereine, alle Republikaner, alle Wühler hinter sich hat, die ihn zwar keineswegs lieben, wohl aber seiner stadtdirektorlichen Thätigkeit oder vielmehr Unthätigkeit halber sehr werth schätzen, und die eben jetzt, durch das Organ der bald ganz, bald nur dreiviertel republikanischen Opposition, den „Beobachter" eine Vertrauensadresse an ihn betreiben; dann aber, weil er Suade hat und fein ist. Allein seine Leidenschaftlichkeit, seine Ungeduld nach der Geliebten seiner Seele, der „konstituirenden Versammlung", die über Republik oder Monarchie für Würtemberg entscheiden soll, riefen Scenen hervor, wobei Römers milde Zurechtweisungen und Straußens lichthelle, sarkastische Geistesschärfe den lieben Mann so arg zurichteten, daß er nothwendig des Trostes an Freundesbrust, der Unterstützung durch das Schwert der Stuttgart-Frankfurter Linken bedarf. Können die Herren Tafel, Rödinger und Schoder unmöglich vom Reichstag abkommen, warum schicken sie ihm nicht wenigstens die HH. Frisch, Fetzer Pfähler u. s. w., welche hier ihre Eloquenz viel eher anbringen können, als in der Paulskirche? Ohnehin wird die Wählerschaft verdrießlich darüber, daß ihre Bezirke durchaus unvertreten in Stuttgart bleiben, während doch die Kandidaten, die Volksvereine und der „Beobachter" bei den Wahlen feierlich versichert haben,

Digitized by Google

die beiden Pflichten seien vortrefflich neben einander zu erfüllen. Gestern hat Heer Seeger wieder einen unerhörten Handel in der Kammer angefangen, nachdem doch alle seine Anträge (zum Jagdgesetz) durchgegangen, indem er, wunderbarer Weise, behauptete, mit dieser Kammer sei nichts anzufangen! Einer Kammer in's Gesicht zu schlagen, welche eben erst die eigenen Anträge angenommen, die dem Adel und sämmtlichen großen Grundbesitzern nicht einmal auf ihren eigenen Feldern mehr das alleinige Jagdrecht läßt, das war doch wirklich sehr ungeschickt, wenn nicht die Geschicklichkeit vielleicht eben darin lag, nicht einmal das, was man doch selbst als gut angerathen, für gut gelten zu lassen, wird es erst zum Beschluß erhoben. Mit was glauben Sie wohl, daß Herr Seeger sich entschuldigte, als ihm Strauß dieses vorhielt? „Weil seine Anträge doch so viel Widerspruch gefunden!" Also nicht einmal widersprechen, nicht einmal disputiren darf man mehr, wenn ein Republikaner einen Vorschlag macht. O Glanz der Redefreiheit, o Ideal einer Konstituirenden, wie bald, wie frühe schon enthüllst du deinen wahren Kern! — Daß mit den „Grundrechten" auch ein Einführungsgesetz von Seiten der Reichsversammlung erlassen werden soll, will unseren Republikanern gar nicht munden. Wozu das? Die Standesvorrechte sind aufgehoben, also fällt die Adelskammer, die Ständerepräsentation ipso facto. Damit aber, so argumentiren sie weiter, als folge das nothwendig daraus, fallen auch alle übrigen Bestimmungen der Verfassung. Da nun das Volk allein souverän ist, das allgemeine, direkte Wahlrecht, von der ersten Wahl zur Reichsversammlung her, eine „Errungenschaft" der Märzrevolution (n. b. in Wien und Berlin), so folgt daraus, daß mit der Verkündung der „Grundrechte" aller verfassungsmäßige Rechtsboden für Würtemberg aufhört, und das Volk durch allgemeine, direkte Wahlen in einer alles frisch konstituirenden Versammlung einzig und allein entscheidet, was künftig öffentlichen Rechts sein soll. Ein Einführungsgesetz von Reichs wegen könnte aber doch in diesem und jenem Punkte von obigem Räsonnement abweichen, und deßhalb will es die Würtembergische Linke nicht. Daß dagegen alle diejenigen, welche die Revolution auf geordnetem Wege weise zum Ziele führen, die geistigen Güter, die sie errungen, sichern und festigen, das materielle Unheil aber, das sie ohne Zweifel auch im Gefolge führte, und das jetzt so schwer auf dem Volke, auf dem fleißigen Gewerksmann besonders, lastet, durch Wiederherstellung der Ruhe und dadurch des Vertrauens und des Kredits, beseitigen wollen, daß diese lebhaft wünschen, nicht noch eine besondere würtembergische, badische, bairische Revolution auf die allgemeine deutsche Revolution gepfropft zu sehen, daß also die „Grundrechte" als eine Grundmauer des geordneten Neubaues, nicht als ein Hebel und Mauerbrecher für den Umsturz alles Bestehenden dienen möchten, das bedarf nicht erst der besonderen Erwähnung. — Die radikale Partei benutzt den stillschweigenden Waffenstillstand, welchen das ängstliche Hinblicken aller Parteien auf den Ausgang der Wiener Ereignisse herbeigeführt, um die Gewerbetreibenden und die Landleute zu belehren, wie die jetzige Geschäfts- und Kreditlosigkeit ganz und gar nicht von der Wühlerei, sondern eigentlich von der „Reaktion" herrühre. Gelingt ihr auch das, so hat sie in der That ein Meisterstück weiter geliefert, das wenigstens ihrem Handwerk für die nächste Zukunft Gedeihen und Blühde verspricht. Ich halte es für sehr wahrscheinlich: denn, ehrlich gesagt, so ist nächstens die größte Thorheit, die ein Mensch begehen kann, die, ein vernünftiges Wort laut zu äußern, der Geschmeidigste muß alle Andern im Unsinn überbieten, und der da glauben wird, eine vernünftige Vorstellung werde in solcher Zeit Gehör finden, den wird man in Bälde mit Recht als einen staatsgefährlichen Menschen überwachen.

Altenburg, 28. Okt. Gestern Nachmittag 2 Uhr rückten hier 3 Bataillone Hannoveraner nebst 1 Batterie ein, ein Bataillon langte dreiviertel 1 Uhr auf der Eisenbahn von Leipzig mit einem Extrazuge an und 2 Bataillone kamen von Zeitz marschirt, worauf nach erfolgter Vereinigung vor der Stadt der Einzug stattfand. Das Oberkommando führt der Generalmajor v. Wennyken. Die Besorgniß, die Hannoveraner würden die bis jetzt von der Bürgerwehr bezogene Hauptwache besetzen und dadurch einen Konflikt mit der Bürgerwehr herbeiführen, war unbegründet, da die Hannoveraner nur die von den sächsischen Truppen innegehabten Lokale bezogen haben. Heute und morgen treffen noch 2 Bataillone hannöversche Infanterie ein. Um halb 4 Uhr Nachmittags verließ das königl. sächs. Leibinfanterie-Regiment die Stadt und ist nach denselben Tag bis nach dem 2½ Stunden entfernten Schmölln marschirt.

Italien.

□ Turiner Nachrichten vom 24. Okt. sprechen, wie von einem noch unbestimmten, aber viel verbreiteten Gerüchte, von direkt angeknüpften Friedensunterhandlungen zwischen Karl Albert und dem Marschall Radetzky, „deren Resultat, nach der Concordia, die Unterdrückung der Freiheit Italiens sein würde." Briefe aus Turin von gleichen Daten sagen, der Gesandte der deutschen Centralgewalt, Herr Heckscher, habe die Vermittelung Deutschlands angeboten. Die offizielle Zeitung von Piemont enthält viele Beförderungen in der Armee. — In Genua wird ein Aufruf verbreitet, sich in Waffen für die Freiheit zu erheben. Selbst Wien, das alte Tyrannennest, habe sich aufgerafft und kämpfe für die seine. — Von Livorno, 19. Okt., wird gemeldet, Montanelli sei nicht sehr zufrieden von Florenz zurückgekehrt. Der Großherzog wolle es mit einem Ministerium versuchen, das bald aus Konservativen, bald aus Demokraten bestünde, aus solcher Haldheit könne aber nichts Gutes entstehen. — Aus Mailand vom 19. Okt. meldet die „Opinione," 1900 Ungarn hätten in Masse Radetzky's Heer verlassen, um theils über Piemont, theils über die Schweiz in ihre Heimath zurückzukehren. In der Stadt finde man überall Maueranschläge gegen die Oesterreicher. Die Sterblichkeit sei groß, die Arzneimittel theuer, das Gold ungemein hoch. — In Neapel soll der Pöbel dem General Nunziante am 13. Okt. zugerufen haben: „Tod der Konstitution, den Kalabresen und den Sicilianern! Es lebe der König und Nunziante!"

Dänemark.

Kopenhagen, den 25. Okt. Vorgestern Mittag eröffnete der König den Reichstag Dänemarks mit folgender Rede:

„Dänische Männer! Zu meiner Freude und zu meinem Troste sehe ich mich hier zum ersten Male von den Erwählten meines treuen dänischen Volkes umgeben. Die Liebe, Einträchtigkeit, mit welcher dasselbe meine und des Landes heilige Sache in den schweren Tagen, seit ich meines Vaters Thron bestiegen, unterstützt hat, bürgen mir, daß mit Gottes Beistand bald eine bessere Zeit für unser leidendes, von Gewalt und Zwist so hart heimgesuchtes Vaterland anbrechen wird. Mit einer tiefgefühlten Erkenntniß dieser Vergangenheit schreite ich jetzt dazu, mit den Erwählten des Volkes die Verfassung zu berathen, welche ich aus freiem königlichen Entschluß Ihnen zugesagt habe, durch welche des alten Dänemarks Ehre und Glück festzustellen mein Wunsch, meine Hoffnung und mein Stolz ist. Ich lasse Ihnen durch meine Minister, welchen ich den Zutritt zur Versammlung und das Recht, in derselben, wenn Sie es nöthig finden, das Wort zu nehmen, vorbehalten, den Entwurf eines solchen Verfassungsgesetzes vorlegen und traue fest auf Ihre treue und eifrige Mitwirkung, damit eine schließliche Ordnung dieser so wichtigen Angelegenheit von der gegenwärtigen, zu diesem Zweck versammelten Reichsversammlung aufgebracht werde. Sollte dies indessen nicht gelingen, so ist es doch nicht meine Absicht, die Verfassung in Kraft treten zu lassen, ohne sie nicht vorher einer neuen Reichsversammlung vorzulegen. — Ich wünsche Gottes Segen Ihnen und Ihrem Wirken, damit es unserm geliebten Vaterlande zur Ehre, zum Heil und zum Glück gereiche."

Nachdem der König — sagt die Berlingsche Zeitung — diese Rede mit Kraft und Würde und so deutlich, daß kein Wort verloren ging, gehalten, brach die ganze Versammlung sammt den Zuhörern in ein „Leve Kungen" und neunmaliges Hurrah aus. Der König dankte und verließ den Saal unter lautem Jubelruf, begleitet vom Oberhofmarschall und den andern Hofbeamten, dem Kommandanten von Kopenhagen und sämmtlichen Adjutanten.

Unmittelbar darauf hielt der Conferenzpräsident Graf Moltke einen langen Vortrag über die Stellung des Reichs. Alle kennten die Umstände, unter denen das gegenwärtige Ministerium ans Ruder getreten und wie die Antwort des Königs an die schleswig-holsteinische Deputation die Grundlage der ministeriellen Politik enthalten, wie dem Anfrudr für einen schleswig-holsteinischen Staat und Schleswigs Aufnahme in den deutschen Bund die Erklärung gegenüber gestellt sei, daß Holstein als deutschem Bundesstaat seine eigene Verfassung, eigene Verwaltung und enger

Digitized by Google

Anschluß an Deutschlands Streben nach starker politischer Einheit und Schleswig Verbindung mit dem übrigen Dänemark sowohl als seine provinzielle Selbstständigkeit gesichert werden solle. Wie unvorbereitet der durch schändlichen Mißbrauch des königlichen Namens die Menge und das Heer verführende Aufstand auch kam, so würde der in der Gesinnung des Volks keine Wurzel findende Aufruhr doch dem Gesetze unterlegen sein, wenn nicht Preußen und Deutschland sich eingemischt und Dänemark mit einem Ueberfall heimgesucht, den die Geschichte richten werde. Graf Moltke feierte dann in der bekannten Weise den Heldenmuth des Heeres, die Sympathien, die Dänemark in der ganzen Welt gefunden, den Schaden, den seine Flotte dem Feinde zugefügt. Allein doch sei bei der Unsicherheit der Hülfe, bei den gegenwärtigen Verhältnissen Europa's und der Uebermacht des Feindes ein Friedensverfuch nicht abzuweisen gewesen. Daß der erste Waffenstillstand nicht erfüllt, sei nicht Dänemarks Schuld. Der zweite sei theilweise von seiner Seite erfüllt. „In Uebereinstimmung damit hat Deutschland seine Heere aus Schleswig und Holstein gezogen. Die Ausführung der noch rückständigen Punkte der Uebereinkunft ist leider Gegenstand noch schwebender Unterhandlungen." Graf Moltke spricht dann seine Freude über Nordschleswigs bewährte Treue und die Hoffnung aus, daß auch die zur Revolution Hingerissenen in sich gehen werden, und zeigt an, daß die aufrichtig gemeinten Friedensunterhandlungen und die Rüstungen zugleich fortgesetzt würden. Deßhalb werde der Versammlung ein Vorschlag der Staatskasse, die nöthigen Geldmittel zu schaffen und ein allgemeines Wehrpflichtgesetz vorgelegt. Nur die dringenden Umstände hätten die Regierung bewegen können, hierher über die eigentliche Aufgabe der Reichsversammlung, die Berathung des Grundgesetzes, hinauszugehen.

Sämmtliche Minister saßen unter dem Throne.

Die Versammlung erwählte sodann den Etatsrath Scheuw mit 132 Stimmen zum Präsidenten, Professor Clausen zum Vicepräsidenten, Professor Westergaard und Assessor Ussing zu Sekretären. Am 24. wählte sie einen Ausschuß zur Entwerfung einer Geschäftsordnung und schritt zur Prüfung der bestrittenen Wohlvollmachten.

Am 25. beginnt die Debatte über eine Adresse.

Die Berlingsche Zeitung meldet die Einsetzung der neuen provisorischen Regierung durch Reedtz und Stedmann. Auch die gestrige Ankunft dieser beiden Kommissäre in Kopenhagen wird gemeldet.

Amerika.

Vereinigte Staaten. Man erhielt in England durch das letzte Postdampfschiff noordamerikanische Zeitungen, die bis zum 1t. Okt. reichen. Sie enthalten auch einige für uns Deutsche speciell interessante Nachrichten über die Aufnahme, welche Friedrich Hecker bei seiner Ankunft auf noordamerikanischem Gebiete gefunden hat. Man ist in New-York offenbar bemüht, alle Bedenken, die sich nun Hecker darüber machen könnte, ob es nicht außer der Republik noch eine für die gegenwärtige Menschheit vortheilhaftere Staatsform gebe oder ob der zu ihrer Einführung von ihm eingeschlagene Weg des Aufstandes mit bewaffneter Hand der richtige gewesen, durch die maßlosesten Huldigungen zu verscheuchen. Es ist sehr die Frage, ob es unsere königlich Gesinnten für anständig und gerechtfertigt halten würden, einem noordamerikanischen Rebellen, welcher den Vereinigten Staaten mit gewaffneter Hand die Monarchie aufdringen gewollt und sich nach schmählicher Niederlage in das Gebiet irgend eines europäischen Monarchen gerettet hat, gleiche Ehren zu erweisen, wie sich dies sogar die städtischen Behörden in New-York Hrn. Hecker gegenüber erlauben, indem er von dem Mayor der Stadt und dem Stadtrath in öffentlicher Audienz feierlichst empfangen wurde. Die Völkerschicksale sind oft seltsam, und es möchte die Zeit kommen — eine Zeit, die durch den etwas gewaltthätigen Krieg der Vereinigten Staaten gegen Mexiko vielleicht näher gerückt ist, als man glaubt — wo auch die Vereinigten Staaten jene inneren Bürgerkriege, wie sie so oft Deutschland zerrissen und wieder zu zerreißen drohen, in aller ihrer Süße schmecken werden, wo die Republik Noordamerika vielleicht vor der rothen Monarchie von eben solchem Schauder erfaßt sein wird, wie gegenwärtig das monarchische Europa vor der rothen Republik. Es wurde Hrn. Hecker auch ein Fest gegeben, wobei General Wallbridge eine republikanische Ansprache und Hecker in deutscher Sprache die Gegenrede hielt, die, wie die Times bemerkt, von Niemanden, außer seinen deutschen Landsleuten verstanden wurde. Ein New-Yorker Blatt, welches bei dieser Gelegenheit die gleichmäßige Vertheilung alles Eigenthums predigt, wozu freilich auch die gleichmäßige Vertheilung aller geistigen und leiblichen Fähigkeiten gehören würde, gibt von diesem Fest eine räsonnirende Beschreibung unter der Aufschrift: „Rothe Republikanismus. Erschütternder Enthusiasmus. Die rothe Mütze und die rothe Fahne in Old Tammany." Mit solchem Pathos pflegen bei uns zu Lande die Kunstreiter ihre Leistungen zu empfehlen. Um übrigens den Eindruck des Erhoben-Lächerlichen ganz zu genießen, muß man die Betrachtungen lesen, welche die Times vom 26. Okt. an dieses Ereigniß knüpft. Die Times hat von jeher ihr Vergnügen daran gehabt, den sonst gewiß sehr ehrenwerthen Vettern Jonathan, welchen in politischer Hinsicht hyperrepublikanischen Ansichten huldigt, während er im socialen Leben ein wenig Despotie und Tyrannei nicht scheut, zum Gegenstand ihrer oft sehr beißenden Satyre zu machen. Herr Hecker hat übrigens bereits auch Philadelphia besucht und war nach Washington unterwegs. In Mexiko, zu dessen Gesandten für die Vereinigten Staaten Lerissa ernannt wurde, war es für den Augenblick ziemlich ruhig, mit Ausnahme Kalifoeniens, welches übrigens jetzt als ein Theil der Vereinigten Staaten betrachtet werden muß. In letzterer Provinz waren Räubereien an der Tagesordnung, eine Abtheilung amerikanischer Truppen war gezwungen worden, das Fort La Paz zu räumen und eine Abtheilung New-Yorker Freiwilligen hatte aus Mißvergnügen beschlossen, nach Hause zu gehen. Aus New-York selbst segeln übrigens viele Schiffe mit Auswanderern nach Kalifornien, alle begierig, das vort angeblich entdeckte Goldland zu besuchen und an dessen Ausbeutung Theil zu nehmen. In Yukatan war der Aufstand der Rothhäute gegen die Weißen nun gänzlich unterdrückt worden.

Südamerika.

Venezuela. Einer Mittheilung der Times zufolge wäre die Nachricht von einem Seesiege der Konstitutionalisten in der Nähe der Insel Margarita sehr zu bezweifeln. Die gegen die Schiffe des Generals Paez gerichtete Flottille der Regierung sei zwar ausgelaufen gewesen, dann aber in den Hafen wieder zurückgekehrt, wo sie am 23. August, an welchem Tage jenes Seetreffen vorgefallen sein soll, noch gelegen hätte. Verbächtig ist jedoch, daß sie nach kurzer Kreuzfahrt zurückkehrte, um Ausbesserungen vorzunehmen.

Guatemala. Hier hat abermals eine jener kleinen Revolutionen stattgefunden, wie sie in gewissen Theilen Südamerika's gewöhnlich sind. Correra wurde durch diese Revolution gestürzt. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Montevideo. Am 28. Juli wurde hier der Versuch zu einer Militärrevolution gemacht, um die jetzigen Minister zu stürzen und andere, dem Frieden geneigtere, an deren Stelle zu setzen. Der Frieden mit Rosas sollte dann ohne weitere französisch-englische Vermittelung durch Kommissäre zu Stande gebracht werden. Es gelang jedoch der Regierung, die Verschwörung zu entdecken und die Anstifter, vicecuntee General Martinez, Oberstlieutenant Mora, Kapitän Gallago, zu verhaften. Wahrscheinlich werden sie verbannt werden. Der britische Agent, Hr. Hood, kehrte am 20. Juli von Buenos-Ayres nach Montevideo zurück, ohne von Rosas einer Audienz gewürdigt worden zu sein.

Westindien. Wenn die Berichte aus Jamaika seit Jahr und Tag nicht übertrieben sind, so müßte man glauben, diese Insel stünde am Rande des Abgrunds. Ein Korrespondent der „Times" schreibt unter anderen aus Kingston: „Die ganze Insel verarmt zusehends, und ich sehe nicht, wie es besser werden soll. Die Pflanzer werden von Tag zu Tag ärmer, und die Folge davon ist, daß unter den Arbeitern wenig oder kein Geld einläuft, zahlreiche Pflanzungen liegen jetzt unangebaut. Wenn man die Port Royal-street hinabwandert, so möchte man sie fast für ausgestorben halten, namentlich am Westende, wo unter drei Magazinen immer zwei geschlossen sind."

In Hayti ist die Ruhe wieder hergestellt, seitdem der Präsident Soulougue sein früheres gewaltthätiges Verfahren eingestellt und eine Politik eingeschlagen zu haben scheint, die durch ihre Mäßigung und ihren versöhnlichen Geist unter der Bevölkerung und den Fremden wieder Vertrauen erweckt.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Das Staatenhaus. Engerer Ausschuß für die Medialisirung. Die Eröffnungen des Abgeordneten des Wiener Gemeinderaths.) Wien (Neueste Nachrichten. Proklamation von Windisch-Grätz. Ein Blick ans Schönbrunn.) Prag (Telegraphische Mittheilung aus dem Lager.) Innsbruck (Congreß der deutschen Provinzen in Salzburg.) Karlsruhe (Ein Blick in die badische Kammer.)

Großbritannien. London (Der päpstliche Stuhl gegen die Errichtung gelehrter Schulen in Irland.)

Italien. (Neue Unruhen in Livorno. Blutige Händel in Genua. Weitere Verhandlungen in Turin über die Kriegsfrage.)

Schweiz. Bern (Die Politik der Centralgewalt gegen die Schweiz. Der Bischof von Freiburg.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 1. November.)

Nachschrift.

Deutschland.

Frankfurt, 1. Nov. Die Berathungen des Verfassungsausschusses über das Staatenhaus werden, wie es heißt, heute zu Ende geführt werden. Für die Mediatisirung ist, auf Anregung der Reichsversammlung, ein engerer Ausschuß, bestehend aus den Herren Beseler, Rießer und Hergenhahn, niedergesetzt, und kann diese bedeutungsvolle Frage noch als eine offene betrachtet werden. Es war, wie es heißt, die Absicht, die kleinsten deutschen Staaten, von den anhaltinischen Fürstenthümern abwärts, denen noch eine gemeinschaftliche Stimme eingeräumt wird, im Staatenhause ohne Vertretung zu lassen. Wenn in den größeren Staaten eine verhältnißmäßige Zahl von Mitgliedern (Preußen etwa 40, Oesterreich 36, Baiern 16 u. s. w.) zur Hälfte von den Regierungen, zur andern Hälfte von der Volksvertretung gewählt wird, und zwar aus den Einwohnern der betreffenden einzelnen Staaten, so geht daraus allerdings eine Versammlung hervor, welche ein wünschenswerthes Gegengewicht gegen das aus ganz Deutschland ohne Unterschied der besonderen Heimat frei vom Volke gewählte Volkshaus bilden kann. Es ließe sich darüber streiten, ob jenes Haus im eigentlichen Sinne, im Sinne wie der amerikanische Senat, ein Staatenhaus bilden werde. Jedenfalls wird es einen Senat bilden, welcher den schwebenden Fragen die so wünschenswerthe zweite reifliche Erwägung zu Theil werden läßt. Die Regierungen der einzelnen Staaten außerdem noch auf eine besondere Weise, etwa durch den vorgeschlagenen Reichsrath vertreten zu lassen, scheint das Staatsgetriebe des deutschen Reiches unnöthig zu complizieren. Jedenfalls würde durch einen solchen Reichsrath der Schrecken vor dem alten Bundestage erneuert werden. Wenn wir also kein besonderes Kollegium von Gesandten der einzelnen Staaten wünschen, so schließt das nicht aus, daß die einzelnen Staaten Gesandte, auch ständige Gesandte nach Frankfurt schicken. Man geht in der Eifersucht gegen die einzelnen Staaten freilich so weit, daß man ihnen das Recht ständiger Gesandtschaften auch in Frankfurt streitig machen will. Aber wie ließe sich ein solches Verbot durchführen? der Titel der Sache läßt sich allenfalls verbieten, aber doch nicht die Sache selbst. Wir unserer Seite halten es nicht einmal für wünschenswerth, daß die einzelnen Regierungen nicht solche näheren Beziehungen mit dem Reiche unterhalten.

⊙ **Frankfurt**, 1. Nov. Der außerordentliche Fünfzehnerausschuß der Nationalversammlung für die österreichischen Verhältnisse hat Gelegenheit gehabt, seinen Unterricht über den Charakter der Wiener Bewegung aus unmittelbarer und bester Quelle zu schöpfen. Es ist bekanntlich eine Abgeordnetenschaft des Wiener Gemeinderaths hierher an den Erzherzog Reichsverweser gelangt und diese Abgeordnetenschaft ward in eine Sitzung des genannten Ausschusses mit dem Ersuchen geladen, dort auf einige Fragen Auskunft zu ertheilen. Herr Bondi aus Wien, Mitglied und wenn wir nicht irren, sogar Vorstand des Gemeinderaths war es, welcher der ergangenen Aufforderung gemäß, die vorgelegten Fragen beantwortete. Die erste derselben richtete sich dahin, ob die Bewegung in Wien als eine demokratische zu betrachten sei? Vor Allem, erwiederte Herr Bondi, ein kaum dreißigjähriger Mann von dem offensten Wesen und auch in der straffen Gestalt und im bärtigen Aeußern ganz ein Kind unserer neuen Zeit, vor Allem müsse er erklären, daß er selbst Demokrat, als solcher in seiner Vaterstadt bekannt und darum an die Spitze des Gemeindewesens gestellt worden sei. Aber die Demokratie habe mit dem Wiener Aufstande nicht das Mindeste zu schaffen gehabt, sondern Alles das ungarische Geld. Die zweite Frage galt dem gegenwärtigen Zustande Wiens und ob dort Anarchie herrsche, wie die Gegner, oder gesetzmäßige Ordnung, wie die Freunde der Stadt versichertm? Herr Bondi lehnte eine bestimmte Antwort darauf ab, allein er gab anstatt einer solchen einige Thatsachen zu vernehmen. Den Arbeitern würde in den Bäckerläden Brod verabreicht. Sie verschmähten es aber häufig und forderten Geld dafür. Selbst in dem Bäckerladen, der gerade im Angesichte des Gemeinderathssitzes liege, hätten sie das Brod zurückgewiesrn und auf Geld bestanden. Von Beschwerden der Bevölkerung über Bedrückungen durch die sie beschützende Macht gingen in Einem Tage fünfzig beim Gemeinderathe ein. Die Studenten seien bei den Bürgern einquartirt, wo für ihre Bedürfnisse, wie für die von Familiengliedern gesorgt werde. Sie würden nach Befinden auch mit Geld unterstützt. Aber das halte sie nicht von außerordentlichen Forderungen ab, und die Beispiele, die Herr Bondi erzählt, gleichen Erpressungen auf ein Haar. Auch betragen sie sich in den Familien so, wie es, nach dem verblümten Ausdrucke des Berichterstatters, der Erhaltung „eines patriarchalischen Verhältnisses" durchaus nicht entspricht. Von groben Gewaltthätigkeiten höre man nicht, wohl aber von Vorfällen der Art, daß z. B. einem Stallknechte ein schönes Reitpferd abgenommen wird und er dafür mit einem Zettel nach Hause kehrt, auf welchem der Legionär So oder So dem Herrn N. N. ein eingelieferte Pferd quittirt. Herr Bondi ward auch befragt, ob denn von den Wiener Bürgern das Einrücken von Truppen gewünscht werde? Allerdings, entgegnete er, aber von deutschen Truppen, d. h. von deutsch-österreichischen Regimentern. Und eine starke Garnison werde Wien in Zukunft nöthig haben!

Endlich nahm, anstatt des bisherigen Fragestellers im Ausschusse, dessen Schriftführer Herr Venedey das Wort. Von ihm, von Poltai, von Reitter, von Ignaz Kaiser und Kirchgeßner rührte das Minderheitsgutachten her, welches die Wiener Bewegung unbedingt als eine deutsch-nationale betrachtet und unter den Schutz der Reichsgewalt gestellt sehen wollte. Man kann sich demnach denken, wie empfindlich diese Minorität des Ausschusses von den Eröffnungen des Wiener Gemeinderathsmitglieds betroffen worden war, besonders als Herr Bondi noch erklärte, er sei an den „Erzherzog Johann", den Freund der Wiener Stadt, an den sie sich in ihrer Noth wende, nicht aber an den Reichsverweser geschickt und das etwaige Erscheinen nichtösterreichischer Truppen — seien's Baiern, Sachsen oder Preußen — würde ein bedenkliches Aufsehen in seinem Heimathlande erregen. Herr Venedey also fragte darnach, was die Meinung des Herrn Bondi sei, welche Maßregeln die Reichskommissäre zur Herstellung des Friedens in Oesterreich zu ergreifen hätten? Das Mitglied des Wiener Gemeinderaths erwiederte nicht ohne diplomatische Feinheit: es müsse sich begnügen, einfache Thatsachen zu berichten. Die daraus hervorgehenden Konsequenzen abzuleiten, das habe er einem Jeden nach seinem Standpunkte zu überlassen. — Wie wir hören, will Herr Schubert aus Königsberg (zweiter Vorsitzender des Ausschusses für Oesterreich) die Aufschlüsse des Herrn Bondi der Nationalversammlung nicht vorenthalten. Wir haben aber geglaubt daß ihre Veröffentlichung so rasch als möglich und für die weitesten Kreise gegeben dazu dienen könne, die mannigfach differiren Urtheile über die Wiener Zustände und Stimmungen auf eine richtigere Bahn zu lenken.

Wien. Der „Preuß. Staatsanz." enthält die folgenden, anscheinend sehr zuverlässigen Nachrichten, die freilich über die Einnahme der Vorstädte das gleiche mysteriöse Schweigen beobachten: Nachrichten, welche aus der Umgegend Wiens über Breslau hierhergelangt sind, stellen fest, daß bis zum 27. Mittags noch kein Angriff auf die Stadt stattgefunden hatte. Dagegen waren von der Stadt aus mehrfache Angriffe auf die kaiserl. Soldaten gemacht worden; so war am Breitenfee und in der Vorstadt Lerchenfeld bedeutend gekämpft worden. Durch die wiederholten Angriffe hatte sich ein Theil des mährischen Armeekorps zum Vorrücken genöthigt gesehen und war bei dem Schmelzer Kirchhof auf ein starkes Kartätschenfeuer der Städtischen gestoßen, wogegen eine Batterie herbeigeholt und der Kirchhof von den Füsilierrn genommen, später aber, wegen zu sehr exponirter Lage, wieder verlassen wurde. Auf der Nußdorfer Seite waren die Städtischen vollständig in die Linie zurückgedrängt und alle Punkte der Umgegend besetzt, so auch Fünf- und Sechshausen. — Aus der Stadt kamen fortwährend Deputationen an den Fürsten Win-

Digitized by Google

bisch-Grätz; in Folge einer derselben, an deren Spitze der Abgeordnete Pillersdorf gestanden haben soll, hatte der Fürst Windisch-Grätz die unten folgende Proklamation „an die Bewohner Wiens" erlassen. — Vom Reichstage hatte sich eine Deputation von drei Mitgliedern, an deren Spitze der Minister Kraus (welcher schon früher vom Kaiser nach Ollmütz berufen war), an's Hoflager begeben, um gegen die Verlegung des Reichstags nach Kremsier zu demonstriren. — Es wurde behauptet, der Fürst habe dem Gemeinderath die Personen namhaft gemacht, auf deren Auslieferung er bestehen werde. In der Nacht vom 26. zum 27. hörte man von mehreren Seiten den Donner des groben Geschützes, auch am Morgen des 27. hier und da vereinzeltes Feuern; am Mittag aber heerschte vollkommene Stille und es hieß, daß sich wieder eine Deputation bei dem Fürsten befinde. Der Nordbahnhof und der Prater bis nahe an die Leopoldstadt waren bei Abgang der letzten Reisenden vom Banus besetzt; man wollte 50 bis 60 Gefangene aus der Stadt haben in's Hauptquartier abführen sehen. Nach allen Nachrichten schlugen die Städtischen sich mit Tapferkeit; man wollte an ihrem guten Schießen besonders die Polen erkennen. Dagegen soll die Erbitterung der Truppen durch die fortwährend auf sie gemachten Angriffe, welche sie noch nicht erwiedern dürften, auf's höchste gestiegen sein.

„An die Bewohner Wiens! Es ist mir der Antrag gestellt worden, eine friedliche Vermittlung mit der Stadt einzugehen und mit meinen Truppen in Wien einzurücken, um die von mir vorgeschriebenen Bedingungen selbst in Ausführung zu bringen. Ich appellire an den Rechtlichkeitssinn eines gewiß großen Theils der Bewohner Wiens und frage sie, ob es möglich ist, daß ich nach allem Vorgefallenen, nachdem auf meine Truppen ohne allen Anlaß gleich bei ihrem Erscheinen gefeuert wurde, mit denselben nach Wien einziehen könne, in die Stadt, die nach Aussage Aller von bewaffneten Uebelgesinnten wimmelt, ehe diese Menge entwaffnet ist, ohne einen mörderischen Straßenkampf herbeizuführen. Ich frage, ob diejenigen, welche mir Frieden anbieten, welche mich auffordern, ungescheut nach Wien einzuziehen, auch wenn sie es gut mit mir meinten, im Stande wären, denen Ruhe und Mäßigung zu gebieten, die nun schon seit Wochen mit Waffen in der Hand die Stadt terorisiren. Es ist meine Pflicht, den guten Theil der Bewohner Wiens von dem in Kenntniß zu setzen, was seit der kurzen Zeit meines Erscheinens und vor derselben geschehen ist, da diese Vorfälle gewiß auf das höchste entstellt werden. Seit mehreren Tagen finden stete Angriffe auf meine Truppen statt, die den Befehl haben, nur im dringendsten Falle dieselben zu erwiedern, was denn auch bereits an mehreren Orten geschehen ist. Die Partei, welche für die Urheber jener unerhörten Schandthat, die an dem Kriegsminister Grafen Latour und selbst noch an seiner Leiche begangen wurde, von Se. Maj. Amnestie begehrt, welche die Entfernung der Truppen, die so schändlich angegriffen wurden, verlangt, einen Antrag auf Verbannung mehrerer Glieder des kaiserl. Hauses stellte, noch vor kurzem gegen die mir von Sr. Maj. dem Kaiser verliehene Vollmacht protestirte und meine ganze Sendung als ungesetzlich erklärte, — diese Partei schickt Friedensboten zu mir, um mich mit meinen Truppen ohne alle Garantie in die Stadt zu ziehen! Fern ist von mir der Gedanke unnöthiger Gewaltmaßregeln; es erfüllt mich mit Schmerz, gegen die Hauptstadt der Monarchie feindlich auftreten zu müssen; doch ich frage nochmals die rechtlich gesinnten Bewohner derselben: ist Vermittelung in der mir angetragenen Form unter solchen Voraussetzungen möglich? Hauptquartier Hetzendorf, den 25. Okt. 1848. (gez.) Fürst zu Windisch-Grätz."

Diese Proklamation zeigt deutlich die eigenthümliche Lage, in der man sich intra et extra muros befindet. Die Gemäßigten und Friedliebenden im Innern haben nicht die Macht, die Entwaffnung des Proletariats zu vollziehen, und Windisch-Grätz will ihnen die seine nicht leihen, sei es aus politischen Gründen, um sie die Schwere ihrer eignen Fehler und seiner Hand empfinden zu lassen, sei es, weil er einen Straßenkampf fürchtet und noch den unaufgeklärten Vorgängen am 24. und 25. vielleicht besondere Ursache dazu hat. Näheres über jene Vorgänge gibt der folgende Brief von einem sehr günstig gestellten Augenzeugen.

q **Wien**, 27. Okt. Gestern ging es arg her; ich war den größten Theil des Tages im Parke von Schönbrunn auf einer Anhöhe, woselbst man die ganze Gegend überblicken kann. Von allen Seiten hörte man Kanonendonner; ein Gottesacker bei Lerchenfeld, worin sich die Wiener und übergegangene Soldaten verschanzt hatten, wurde erstürmt und Jedermann darin niedergemetzelt. Gestern Nachmittag sehen wir an verschiedenen Orten sechs Feuersäulen bei Wien aber in den äußersten Vorstädten aufsteigen; es war ein grausenhafter Anblick. Das Feuern dauerte den ganzen Tag fort ohne Unterbrechung bis tief in die Nacht. Heute früh ist Alles ruhig, — man hört keinen Schuß. Ich vermuthe, daß die Stadt mit Windischgrätz unterhandelt und zu capituliren geneigt ist. Wir sind ohne alle Nachrichten vom Auslande — alle Posten fehlen aber können nicht eintreffen. Nachträglich melde ich auch noch, daß Jellacic den Theil der Landstraße (eine der Vorstädte) welcher an die Donau grenzt, besetzt hat. — Die Dampfmühlen an der Donau sind abgebrannt. Die Feindseligkeiten sind in der Nacht eingestellt — man erwartet jedoch einen allgemeinen Angriff auf die Stadt noch im Laufe des Tages. In einen Straßenkampf wird sich jedoch die Armee nicht einlassen.

Prag. Das „Konstitut. Blatt aus Böhmen" gibt in seinem amtlichen Theil folgende Mittheilung: Ueber meine Anfrage kam mir heute um 7 Uhr vom Minister Wessenberg folgende telegraphische Depesche zu: „Gestern um 11 Uhr Morgens fand ein Angriff auf die Truppen in der Leopoldstadt statt, dessen Resultat unbedeutend. Fürst Windischgrätz hat einen neuen Termin von 24 Stunden gegeben." Morgen dasse ich Näheres zu liefern. Prag am 27. Okt. 1848. Vom k. k. böhm. Landespräsidium. Meciery, k. k. Gubernialpräsident.

Innsbruck, 23. Okt. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen melden, daß heute eine Zuschrift der österreichischen Stände von Linz an die hiesige ständische Aktivität gelangt ist, welche eine Einladung zu einem von sämmtlichen deutschen Provinzen zu beschickenden Kongreß in Salzburg enthält, um unabhängig von Wien, dessen Neigung zu revolutionären Erschütterungen in immer bedrohlicherer Weise hervortrete, die eigenen gemeinsamen Interessen zu berathen. Schon früher wurden ähnliche Schreiben von Seite des hiesigen permanenten ständischen Ausschusses nach Gratz, Laibach und Klagenfurt erlassen, worüber jedoch die Antwort erst gewärtigt wird. — Man befreundet sich hier immer mehr mit der Idee, sich gegenüber den neuesten Wiener Vorfällen unter den Schutz der deutschen Centralgewalt zu stellen, wozu die lebhaften Sympathien, die das gegenwärtige Reichsoberhaupt in unserm Lande genießt, nicht wenig beitragen. (K. Bl. a. B.)

+ **Karlsruhe**, 29. Okt. Unsere zweite Ständekammer hat vor drei Wochen ihre seit Ende Juli unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. Man besorgte anfänglich, daß die äußerste Linke in der Paulskirche, weil sie in derselben jedes Terrain verloren, sich den Ständesaal dahier ausersehen habe, um ihren Wühlereien Geltung zu verschaffen, und wurde hierin um so mehr bestärkt, als alle zu jener Fraktion der Nationalversammlung gehörigen Kammermitglieder sich eingefunden hatten, während die Hauptredner der gemäßigten Partei, wie Mathy, Bassermann, Welcker und v. Soiron abgehalten waren, zu erscheinen. Wenn wir nun auch durchaus nicht in Abrede stellen wollen, daß ein Plan der Anarchisten jetzt besteht, wornach durch die deutschen Ständeversammlungen partikuläre Bestrebungen in so weit befördert werden sollen, als sie darauf hinarbeiten, die Centralgewalt zu entkräften, so hat doch ebenso wohl die Unfähigkeit der Linken, als das Auftreten unserer Regierung und der liberalen Partei in der Kammer dergleichen Hoffnungen für Baden vereitelt. Wenn auch nicht numerisch, doch intensiv sind die Kräfte der äußersten Linken hier höchst unbedeutend, und es ist vielleicht das Schlimmste, was ihrer Sache begegnen konnte, daß ihre Redner von Herrn Lehlbach und Kapp bis zu Herrn Brentano fast jedesmal ausgelacht werden. Kann man wohl ärger dem gesunden Menschenverstand in's Gesicht schlagen, als wenn man, wie der Abgeordnete Lehlbach, die Zerstörung der Eisenbahnen als eine geringfügige Sache hinstellt, oder wenn man, wie der Abgeordnete Kapp, eine Gefahr für die Stärke Deutschlands darin erblickt, wenn einige Duodezstaaten verschmalzen werden, oder wenn man, wie der Abgeordnete Brentano, der Regierung vorwirft, daß lediglich die nicht erfolgte Kammerauflösung Schuld gewesen wäre an dem Aufstande von Hecker und Struve? Dabei ist denn die Haltung der Regierung eine vorzügliche, sie hat ihre im März ertheilten Zusagen redlich erfüllt und Gesetze vorgelegt, deren demokratischer Geist selbst von der äußersten Linken unumwunden anerkannt wurde. In diesem Bewußtsein übt aber auch Staatsrath Bekk eine Kraft aus, wie wir sie in ähnlicher Fülle früher nicht gesehen haben:

Digitized by Google

es ist bei ihm nicht ein leerer Wortkram, mit welchem sich andere Minister bloß zu vertheidigen suchen, sondern es ist ein glänzender Angriff, mit dem er die Klopffechter aus einem Winkel in den andern treibt und dem Gespötte des Publikums preisgibt. Nicht minder betheiligen sich die Mitglieder der liberalen Kammerfraktion an solchen Kämpfen, und hier ist es vor Allem der Abgeordnete Lamey, der trotz seiner Jugend und seines kurzen parlamentarischen Wirkens sich einen außerordentlichen Einfluß erworben hat. Ein durchdringender Verstand, herrliche Kenntnisse, seltene Gewandtheit in der Rede, wobei einige Neigung zu einer gutmüthigen Satyre, echte demokratische Gesinnungen, Muth und strenge Sittlichkeit müssen ihm die allgemeine Achtung sichern; dadurch, daß er von jeder Eitelkeit und Ehrgeiz weit entfernt ist, daß er nie nach Effekt hascht, reißt er gerade unwiderstehlich hin; er zeigt uns ein Bild, das die größte Unähnlichkeit mit Herrn Brentano darbietet. Fast ausschließlich haben die Verhandlungen der zweiten Kammer die Gesetzesentwürfe über Einführung von Schwurgerichten und über eine volksthümliche Verwaltung betroffen. Unter Mittermairr's Einfluß, der Berichterstatter war, wurde die Institution des Schwurgerichts so demokratisch beschlossen, daß sie nur in Nordamerika auf gleichen Prinzipien beruht; wir wollen hoffen, daß das badische Volk bei der Anwendung einen größern republikanischen Geist zeigt, als bei der Durchführung der neuesten Finanzgesetze über Selbstbesteuerung und bei dem Gesetze über die Bürgerwehr. Was das neue Verwaltungsgesetz anbelangt, so feierte Staatsrath Bekk diesmal einen hohen Triumph, indem es unter allseitiger Anerkennung fast gerade so von der Kammer angenommen ward, als es von der Regierung vorgelegt wurde. In der nächsten Woche wird sich die Kammer wahrscheinlich mit dem Pensionsgesetze beschäftigen, das von der Kommission wesentliche Abänderungen erlitten hat und darum nun von allen Staatsdienern und Pensionären mit einem Schrei des Entsetzens begrüßt wird; auch die Auswanderungsfrage soll in einigen Tagen zur Diskussion gelangen. Am gespanntesten ist man aber auf das Schicksal der von dem Abgeordneten Baum angekündigten Motion wegen Berufung einer konstituirenden Versammlung zum Zwecke der Revision der Verfassung. Hier werden sich drei Meinungen geltend machen; nach der einen bedarf es keiner Konstituante, da die beiden Kammern die Revision besorgen könnten; nach der andern, welche auch Baum vertritt, soll die konstituirende Versammlung erst dann berufen werden, wenn die Nationalversammlung mit der Bundesverfassung vollständig zu Ende gekommen ist, und soll alsdann mit der Regierung sich vereinbaren; und endlich nach der dritten soll jene sogleich in's Leben treten, und ohne Mitwirkung der Regierung die neue Schöpfung machen. — (Uns ist vor einigen Tagen der Abdruck einer sehr energischen Rede des Abgeordneten Bissing über das Verhältniß Badens zur Centralgewalt zugesandt. Leider erlaubt es uns der Raum nicht, sie unsern Lesern in extenso mitzutheilen.)

Großbritannien.

London, 29. Okt. Bekanntlich ist die englische Regierung laut früherem Parlamentsbeschluß dazu ermächtigt, vier gelehrte Schulen in Irland zu errichten, die blos für den weltlichen Unterricht bestimmt sein sollten und denen dieserhalb Seitens des katholischen Klerus sehr bald der Beiname: „gottlose Kollegien" zugelegt wurde. Namentlich legte der fanatische Erzbischof von Tuam, M'Hale, Himmel und Erde in Bewegung, um diesen Plan zu hindern, dagegen die Errichtung einer rein katholischen Universität durchzusetzen. Bereits früher hatte sich der heilige Stuhl gegen diese Kollegien ausgesprochen. Seitdem waren die Statuten entworfen und von dem irischen Lord-Statthalter in Begleitung eines Schreibens dem Erzbischof Murray mitgetheilt worden. Erzbischof M'Hale begab sich sofort in eigener Person nach Rom und bestimmte den Papst, ein neues Edikt zu erlassen, worin er sich abermals gegen jene gelehrten Schulen auch in ihrer veränderten Form erklärt, die Nothwendigkeit der Errichtung einer katholischen Hochschule, die mit jenen gelehrten Schulen in keiner Verbindung stünde, den römisch-katholischen Bischöfen zu Gemüthe führt, und schließlich die katholischen Prälaten ermahnt, fest und treulich zusammenzuhalten. Das Schreiben ist von der heiligen Kongregation ausgegangen, vom 11. Okt. datirt und vom Kardinal Fransoni unterzeichnet. Der Erzbischof von Tuam hat es mit einem fanatischen, gegen die englische Regierung aufhetzenden Begleitschreiben den Geistlichen seiner Diöcese übersandt. Diese Kirchenfürsten treiben es aus Haß gegen alles weltliche Regiment und gegen den Protestantismus zum Aeußersten, und arbeiten so gut wie die Reaktionäre der rechten Sorte den Anarchisten und Revolutionären in die Hände, selbst auf die Gefahr hin, mit dem bestehenden Staat die Kirche selbst in die Luft zu sprengen. Das Schreiben des Papstes, des ehemals in England so hoch verehrten, des „großen Reformers", wird bei den Briten einen um so unangenehmeren Eindruck hervorbringen, da es der Regierung bekanntlich erst vor kurzer Zeit nach langer Mühwaltung gelang, durch eine Parlamentsakte sich zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom ermächtigen zu lassen. Bereits enthält die Times einen in seiner Art vortrefflichen Artikel über diese Angelegenheit, auf den wir in Kürze zurückzukommen gedenken.

Italien.

□ Am 20. Okt. brachen die Unruhen in Livorno mit erneuerter Kraft aus. Das Volk bemächtigte sich der Thore, hielt die Beamten fest und versuchte (wie es scheint mit Glück) auch der Forts Meister zu werden und sich der Munition zu bemächtigen. Um 2¾ Uhr Nachmittags ließ Montanelli den Großherzog durch den Telegraphen wissen, er sei nicht mehr Gouverneur. Der Großherzog ließ ihn nach Florenz entbieten, aber das Volk ließ ihn nicht fort. Er sagt in einer andern telegraphischen Depesche, dasselbe verlange Geißeln, ob auch ihn, wisse er nicht. Abends erhielt er die verlangte Entlassung von Florenz in ziemlich bittern Worten. Die Stadt soll später wieder ruhig gewesen sein, da sich die umlaufenden Gerüchte über ein neues mißfälliges Ministerium nicht bestätigten. Am 21. war Montanelli in Florenz. In Livorno waren bewaffnete Schaaren aus Pisa und Lucca eingetroffen, und es war die Rede davon, gegen Florenz zu marschiren, weil man, wie Alba erklärt, fürchtete, dem Großherzog sei die Freiheit nicht gelassen, ein liberales Ministerium zu wählen. In Genua waren am 21. und 22. Okt. blutige Streitigkeiten zwischen Bürgern und Soldaten, die aus ursprünglich unbedeutenden Ursachen hervorgingen. Es handelte sich um einen Priester, Namens Grillo, der mit dem italienischen Verein in Händel gerathen und von den Mitgliedern dieses letzteren mißhandelt worden war. Die Soldaten, die diesem Verein ohnehin abhold sind, nahmen Partei für den Priester, der ihr Kaplan ist. Die Parteien wurden handgemein, es fielen viele Verwundungen vor und nur mit Mühe gelang es, weiteren Gewaltthätigkeiten für den Augenblick vorzubeugen. Ein Hauptmann (der Bürgerwehr?), Namens Vincenzini, mußte den wüthenden Soldaten, die ihn durchaus ermorden wollten, mit Gewalt von einer zahlreichen Abtheilung der Nationalgarde entrissen werden. Er hatte zwei Wunden davon getragen, wovon die eine Besorgniß erregt.

In Turin übergab der Ministerpräsident während der Sitzung der Deputirtenkammer vom 21. Okt., dem Minister des Innern zwei Depeschen aus Paris, welche dieser von der Rednerbühne herab verlas. In der einen (am Anfange des August abgefaßt) zeigt der Minister Bastide unserem Kabinette an, die französische Regierung habe mit Lord Normanby offiziöse Konferenzen eröffnet, um durch die Vermittlung beider Regierungen Italien zum Frieden und zur Unabhängigkeit zu verhelfen. In der zweiten vom 8. Aug. bedauert der französische Minister, daß ein an sich edles Nationalgefühl unser Kabinet verhindert habe, Frankreich früher zu rufen. Indeß werde Frankreich mit wahrhaft brüderlicher Besorgniß bemüht sein, für Italien aufzutreten. England denke ebenso. Beide Regierungen hätten dem Könige von Sardinien wie dem österreichischen Kaiser ihre Vermittlung angeboten. Das Schreiben schließt mit folgenden Worten: „Ich hege die feste Hoffnung, daß die Stimme Frankreichs im Vereine mit der Englands Gehör finden und wir durch friedliche Mittel den Zweck der Menschlichkeit und der Freiheit, den wir uns vorsetzen, erreichen werden. Wie dem aber auch sein möge, sein Sie überzeugt, daß sich die französische Republik der Ehrenschuld nicht entziehen wird, welche sie freiwillig einging, als sie sich selbst (durch den Beschluß der National-Versammlung) die Befreiung Italiens versprach. Es entwickelte sich hierauf eine weitläufige Debatte, in welcher von dem Abgeordneten Gioberti u. A. behauptet wird, unser Gesandter in Paris habe in einer seiner Depeschen mitgetheilt, General Cavaignac hätte bestimmt erklärt, wenn die piemontesische Regierung darauf bestünde, eine Hülfe von 40 — 50,000 Mann zu verlangen, „so verlange die Ehre Frankreichs darauf einzugehen. Von Seiten des Ministeriums wird jedoch diese Aeußerung in Zweifel gezogen, indeß liege

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die deutsche Flotte.) Aus der Pfalz (Die Generalsynode.) Stuttgart (Kammerverhandlungen über die Staatsgehalte.) Mannheim (Unruhige Bewegungen im Odenwalde. Heeresorganisation.) Darmstadt (Reform des Universitätswesens.) Hamburg (Wahlkampf. Handel.)

Frankreich. Paris (Die Bestimmungen über die Präsidentenwahl. Heerschau über die bewegliche Bürgerwehr. Die Parteien unterhandeln mit Ludwig Bonaparte. Handelsverhältnisse.)

Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten.)

Niederland. (Das Niederländische Grundgesetz.)

Deutschland.

00 **Frankfurt**, 31. Okt. Nichts liefert wohl einen traurigeren Beweis von der politischen Kurzsichtigkeit in Deutschland bei Regierungen und Völkern als unsere Flottenangelegenheit. Preußen schmeichelte sich mit dem Gedanken, eine Großmacht zu sein, während es in der That hülflos war gegen den schwächsten Feind, der nicht gerade an sein Gebiet grenzte und die Erbauung der Amazone, welche man freudig begrüßte als den Beginn eines Schutzes für die Handelsflotte von 245,580 Tonnen, erwies sich als eine Spielerei. Oesterreich versäumte aus den ungeheuern Vorräthen von Venedig, seine Flotte während der langen Friedenszeit im Verhältniß zu seiner Handelsmarine von 220,000 Tonnen zu vermehren und ließ sich nicht einmal durch die deutlichsten Beweise von der Unzuverlässigkeit seiner italienischen Seetruppen (Verschwörung der Bandiera) zu einer Umgestaltung derselben bewegen. Die öffentliche Meinung aber behandelte mit wenigen Ausnahmen die Vorschläge zur Bildung einer Kriegsflotte als leere Träume und trotz der großen Worte der Jahre 1840 und 1841 war das Nationalgefühl noch so schwach, daß man das große Deutschland für unfähig hielt, zu leisten, was das verschuldete Holland und Dänemark, was das schlecht verwaltete Neapel, was das kleine Belgien mit einer Handelsflotte geringer als die der einzigen Stadt Stettin, ja was das von Parteien zerrissene Griechenland möglich gemacht hatten. Der dänische Krieg und der Verlust von Venedig mit seinem Arsenal haben nebst Schimpf und Schande, auch von pecuniärer Seite, die Nothwendigkeit einer Flotte uns geboten und der siebenmonatliche Waffenstillstand mit Dänemark hat nebst dem Vortheil, uns Zeit zu gewähren, auch das Gute, daß das Damoklesschwert des Seekrieges noch dräuend über unsern Häuptern hängt, so daß der Eifer nicht erschlaffen kann. Bis Anfang September 1848 sind folgende deutsche Kriegsschiffe ausgerüstet worden: I. Segelschiffe: 1) Die Fregatte Deutschland mit 34 Kanonen. 2) Die Corvette Amazone mit 12 Kanonen. 3) Die Corvette Franklin mit 12 Kanonen. 4) Der Schoner Elbe mit 8 Kanonen und 4 großen Deckbassen, also zusammen 4 Segelschiffe mit 70 Geschützen. II. Dampfboote: 1) Hamburg von 160 Pferdekraft mit einem Sechsundfünfzigpfündner und 4 Zweiunddreißigpfündnern. 2) Lübeck und 3) Bremen, mit gleicher Bewaffnung und Pferdekraft. 4) Königin Elisabeth und 5) Kiel mit je 4 Geschützen. 6) Eider mit 8 Geschützen, jedes von 50—60 Pferdekraft. Dampfboote besitzen wir also 6 mit 31 Geschützen. III. An Kanonenbooten, Jollen und Schaluppen besaßen wir vor 2 Monaten 10, jedes mit 2 Geschützen, nämlich 1 in Hamburg, 1 in Bremen, 2 in Kiel, 2 in Stettin, 2 in Stralsund, 2 in Berlin, jetzt aber ist leicht das Doppelte ausgerüstet, da in Holstein und Preußen der Bau fortwährend eifrig betrieben wird. Es mögen also in diesem Augenblick (außer der österreichischen Flotte) auf der Nord- und Ostsee 30 bewaffnete deutsche Schiffe mit 140 Kanonen schwimmen.

†* **Aus der Pfalz**, 15. Okt. Nachdem in den Sitzungen am 19. und 20. Okt. der neue auf demokratische Grundsätze basirte Wahlmodus berathen war, ging die Synode in ihren zwei letzten Sitzungen am 21. und 23. Okt. an die wichtige Frage, ob die protestantische Kirche der Pfalz von dem Wirkungskreise des Oberkonsistoriums in München loszutrennen sei. Der Referent des Ausschusses stellte zwei Hauptgründe für diese, seit etwa einem halben Jahre von der sogenannten Fortschrittspartei immer lautere und energischer verlangte Trennung auf: 1) Jede Kirche müsse ihre Aufsichtsbehörde aus sich selber wählen; 2) das Oberkonsistorium habe sich viele Eingriffe in die Rechte und Freiheiten der vereinigten Kirche zu Schulden kommen lassen. Zu den letzten gehören, daß es bei den Geistlichen die Lehrwillkür, die früher in einem unbeschreiblichen Grad überhand genommen, in letzter Zeit mehr und mehr beschränkt, und um dem innern Zerfall der vereinigten Kirche vorzubeugen, auf Grund der Vereinigungsurkunde die öffentliche Anerkennung der gemeinsamen protestantischen Kirchenlehre von den Dienern der Kirche verlangt; und daß es wiederum auf Grund der Vereinigungsurkunde die unbedingte Berathungsfreiheit, welche die Synoden für sich beanspruchten, nicht gestattet hatte. Es wurde vom Referenten im Namen des Ausschusses an Se. Maj. die Bitte gestellt und von der Synode ohne Diskussion einstimmig angenommen, daß die Lostrennung der protestantischen Kirche der Pfalz vom Oberkonsistorium sofort ausgesprochen und im Staatsministerium ein der vereinigten Kirche offen und ehrlich zugethanes Glied derselben als Referent für dieselbe angestellt werden möge, ohne daß für jetzt schon eine Personalvermehrung oder Veränderung im Konsistorium zu Speier vorzugehen habe. Durch den die Lostrennung betreffenden bereits im Amtsblatt publicirten Gesetzesvorschlag war nämlich der protestantischen Kirche der Pfalz ein eigener selbstständiger Direktor des Konsistoriums und die Vermehrung desselben mit einem geistlichen Rathe in Aussicht gestellt, während gegenwärtig der Regierungsdirektor der als solcher 3000 fl. bezieht, für einen Gehalt von 500 fl. auch noch dem Konsistorium präsidirt. — Ungeachtet jenes Gesetzvorschlages bemühte sich jetzt die Staatsregierung die Lostrennung um jeden Preis zu verhüten. Zu dem Zweck theilte am 21. der Dirigent der Synode ein Ministerial-Reskript vom 18 Okt. mit, wonach Se. Majestät den Oberkonsistorialrath Dr. Rust, den bisherigen Referenten für die Pfalz im Oberkonsistorium, den Mann, gegen dessen Wirksamkeit sich der Sturm hauptsächlich erhoben, in zeitlichen Ruhestand versetzt und der Synode gestattet hat, drei Candidaten für diese Stelle aus der pfälzer Geistlichkeit vorzuschlagen. Ohne hierauf einzugehen, vereinigte sich die Synode nur in dem Vermittelungsvorschlag, daß künftig zur Aufrechthaltung der Verbindung mit der übrigen protestantischen Kirche die Generalsynode im jenseitigen Baiern von zwei berathenden Gliedern der pfälzer Kirche, und so umgekehrt, beschickt werden solle. Außerdem wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Sogleich nach Ostern nächsten Jahres möge eine abermalige Generalsynode nach dem neuen Wahlmodus berufen werden. 2) Die nächste Generalsynode möge ihren Vorsitzenden aus ihrer Mitte wählen dürfen. 3) Die Generalsynode möge nicht, wie bisher, an eine von der Kirchenbehörde ausgearbeitete Geschäftsordnung gebunden sein. 4) Es möge jetzt schon eine Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfes für die vereinigte Kirche ernannt werden. Was hat nun diese außerordentliche Generalsynode, sofern ihre Beschlüsse, wie nicht zu bezweifeln ist, die königliche Sanktion erhalten, Außerordentliches für die vereinigte Kirche der Pfalz geleistet? 1) Sie hat ihr die Garantien, welche ihr die allerdings mangelhafte Konsistorial-Verfassung gewährte, ganz und gar entzogen und sie auf den beweglichen Boden der unbeschränkten Demokratie gestellt. 2) Sie hat die bisherige Selbstständigkeit, welche die Kirche durch das Oberkonsistorium, dessen Präsident als solcher Mitglied des Reichsrathes ist, der Staatsregierung gegenüber genoß, mit übergroßer Freisinnigkeit aufgegeben und die Kirche der Staatsregierung in einer Weise in die Hände gespielt, daß es jedem Ministerium nicht schwer sein dürfte, ihre äußere Existenz auf die bedenklichste Weise zu gefährden. 3) Sie hat in einer Zeit, wo Alles nach innerer und äußerer Einigung des deutschen Vaterlandes ringt, eine Trennung ausgesprochen, welche nicht allein dem Geiste und der Aufgabe der vereinigten Kirche schnurstracks entgegen ist, sondern auch leicht noch in eine politische umschlagen, oder doch sie befördern kann. 4) Und für diese außerordentlichen Leistungen, welche sie zu Stande gebracht, hat sie zum Schluß am 24. Okt. ein Friedensedikt an die pfälzer Protestanten ergehen lassen, welches mit den Worten beginnt: „Der Herr hat Großes an uns gethan, deß sind wir fröhlich", und diesen Friedensschluß mit dem vor 200 Jahren ebenfalls am 24. Okt abgeschlossenen westphälischen Frieden in Parallele stellt.

†* **Stuttgart**, 30. Okt. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, kam es zum Vorpostengefechte gegen die Besoldungen und Pensionen der Staatsdiener. Die Hauptschlacht wird erst beginnen, wenn das von der Regierung erbetene Gesetz über

Digitized by Google

das gesammte Pensionswesen in der Kammer zur Berathung kommt. Das Ministerium wird aber bei dieser Frage, wie Staatsrath Römer heute äußerte, den Rechtsboden nicht verlassen. Um so geneigter scheint die Kammer in ihrer Majorität hierzu gestimmt zu sein, und auf eine weitere Verletzung des ohnehin schon durchlöcherten Rechtsbodens, kommt es verschiedenen Abgeordneten, wie sie heute selbst sagten, nicht an. Staatsrath Römer äußerte gelegentlich, daß die Möglichkeit vorliege, daß das Ministerium, außer den bereits bestehenden Pensionsansprüchen, in dem neuen Gesetze keine weiteren mehr beantragen werde. Was diese „Möglichkeit" in dem Munde eines Ministers, am Ministerlische in der Kammer zu bedeuten hat, ist wohl vollkommen klar. Daß die Kammer ein unerhörtes Gesetz in Betreff der Personen und Besoldungen beschließen wird, scheint außer allem Zweifel. Ob sie dadurch den wahren Bedürfnissen des Staatswohles entspricht, mag die Zukunft beantworten. Wir glauben es nicht! Auch wir wollen Sparsamkeit im Staatshaushalte, also auch in allen Zweigen der Verwaltung, wir wollen aber nicht, daß das Institut des Staatsdienstes an der Oekonomie zu Grunde gehe und daß sich ihm am Ende vielleicht nur noch solche Personen widmen, welche zu dem einträglicheren Erwerbe etwa eines Schusters oder Schneidees unfähig sind. Wir haben schon früher in Ihrem Blatte die Besorgniß ausgesprochen, daß die von unserer sehr extremen Kammer angenommene Haltung, leicht zu verderblichen Conflikten mit der Regierung führen könne. Jedee weitere Tag vermehrt diese Sorge. Wir sehen keine Möglichkeit ab, wie die Regieenng auf die Dauer mit einer Kammer wird verhandeln können, welche an den wichtigsten Fragen, die ihrer Berathung vorbehalten sind, von den Ansichten der Regieeung weit auseinander sein wird. So viel dürfen wir mit Bestimmtheit aussprechen, daß augenblicklich, selbst Wien und Berlin nicht ausgenommen, keine Ständeversammlung in Deutschland versammelt ist, der gegenüber die Regierung eine so schwierige Stellung, als unserer zweiten Kammee gegenüber einnimmt. Wir können Ihnen mit voller Wahrheitsliebe melden, daß selbst Mitglieder der Linken, mit dem Gange der Majorität, die duech diese Fraktion entschieden gebildet wird, durchaus nicht zufrieden sind, und nichts sehnlicher wünschen, als ihren Platz auf den Bänken der Abgeordneten auf ehrenvolle Weise verlassen zu können! — In allen Theilen des Landes herrscht dagegen augenblicklich Ruhe und Ordnung. Möchte es lange so bleiben!

(**Mannheim**, 31. Okt. In unserem „Oberlande" soll es durchaus nicht ruhig aussehen, es herrsche dort allgemeine Unzufriedenheit über das bisherige Verhalten der Regierung und, wenn man die Truppen da entferne, stehe ein neuer Freischaarenzug bevor. Auch im „Seekreise," welcher sich bei dem letzten Einfalle sehr ruhig verhielt, soll eine regere Theilnahme für einen weiteren Versuch herrschen. Ohne Zweifel haben diese Landestheile in Verbindung mit den Wiener Ereignissen dieses drohende Antlitz genommen; denn wir finden in jenen Gegenden eine weit wärmere Theilnahme für Politik und in ihe für Freiheit, als im „Unterrhein und „Mittelrhein" und die Begeisterung für irgend eine Sache tritt viel schneller an den Tag. Die Regierung kennt ohne Zweifel die Lage der Dinge dort sehr genau und wird deßhalb für diesen Winter — und hoffentlich auch für immer — dort Truppen laßen. Damit ist jedoch das Werk des Winters noch lange nicht erledigt; es müssen in den jetzigen Verhältnissen „populäee" Verbesserungen eintreten, so daß die Regierung ihre Stütze „mehr im Volk" als in „den Bajonetten geoßer" und dadurch so „kostspieliger stehender Heere" zu suchen hat. Dieß kann nicht durch „Bürgerwehren," sondern muß durch „Land- (Volks-) Wehren" geschehen, welche, wie in Preußen, veebunden und verschmolzen mit dem stehenden Heere, gut und militärisch erzogen sind und brauchbare Soldaten bieten. Wir werden selten eine gleich vorzügliche „Militäeorganisation finden, wie die preußische, welche im Veehältniß zu dem, was sie zu leisten im Stande ist, noch sehr wohlfeil eescheinen muß. Da ist adee auch das stehende Heer die Schule, welche jeder preußische Unterthan durchmachen muß; dann erst, nachdem er militärisch gebildet ist, tritt er in die Landwehr, wo demnach die besten Soldaten stehen. „Alles muß Soldat werden," wodurch das ganze Korps der Ungebildetern sich spiegelnd am Gebildeteren, einen Gead von gesellschaftlicher Bildung erlangt welcher bei den andern Truppen vergebens gesucht wird. Ohnlängbar hat diese Bildung auch Einfluß auf den Offizier und sein Benehmen.

△ **Darmstadt**, 31. Okt. Die neue Zeit muß sich besondees bei der Gestaltung unsrer Universität geltend machen. Die Rinden müssen springen, welche die Bundesbeschlüsse vom 20. Sept. 1819 und 13. Nov. 1834 ihnen anlegten. Von unsrem Großherzogthum besondees zu reden, war eine leidige Fortsetzung jener Beschlüsse der im Jahr 1843 erschienene neue Studienplan für die Universität Gießen, ein Kind Linde's, vor dem soviel ich weiß, fast die ganze Gießer Professorschaft sich beugte. Eine heute im Gr. Regierungsblatt erschienene Verordnung des Großherzogs, contrasignirt Jaup, zieht bereits sehr wesentliche praktische Folgerungen aus den veränderten Umständen. In der Einleitung wird die Absicht ausgesprochen, „der Universität Gießen und ihren Einrichtungen eine freie Gestaltung und zeitgemäße Entwicklung zu gewähren," dabei wird aber nicht verkannt, daß eine umfassende Reform des Universitätswesens umfassende Vorarbeiten und gleichmäßige Bestimmungen füe alle deutschen Hochschulen voraussetze. Indessen ist das einstweilen Gewährte schon bedeutend genug. So wird in Folge jener außrr Kraft getretenen Bundesbeschlüsse und des hiermit aufgehörten Amtes eines außerordentlichen landesherrlichen Bevollmächtigten, die Immatrikulationskommission in Gießen aufgehoben. Die Immatrikulation wird vom Rektor vorgenommen. Die Ausstellung des nach den bisherigen Disciplinarstatuten vorgeschriebenen Reverses wird künftig von keinem Studirenden verlangt. Die in Gießen bereits immatrikulirten Studirenden sind nicht verbunden, sich beim Anfange eines jeden Semesters über ihren Aufenthalt inzwischen auszuweisen und die Erneuerung der Matrikel zu erwirken. Die bestehende Vorschrift, wonach sämmtliche Studicende, welche sich dem inländischen Staats- oder Kirchendienste widmen wollen, gehalten sind, die beiden ersten Jahre ihres akademischen Studiums auf der Landesuniveesität zuzubringen, ist aufgehoben und sonach jedem Inländer gestattet, seine Studien auf einer auswärtigen Universität oder Bildungsanstalt zu beginnen oder fortzusetzen, ohne daß er dazu die ausdrückliche Erlaubniß des Ministeriums einzuholen hat. Aehnliche lideeale Bestimmungen enthält die Veroednung über die Bedingungen der Zulassung zu den akademischen Prüfungen, die Einrichtung dieser Prüfungen, die Erlangung der venia legendi u. s. w. Der erwähnte Studienplan ist theils aufgehoben, theils soll er nur noch als Rath, nicht mehr als bindende Noem bestehen, übrigens auch in dieser Hinsicht einer Revision unterliegen. Eine alsbaldige gründliche Revision und Umaebeitung der akademischen Disciplinarstatuten ist gleichfalls vorgesehen. Der Universitätsbehörde sollen künftig nur die eigentlichen akademischen Vergehen der Studirenden übertragen weeden. Die Verordnung tritt von heute an in Kraft.

** **Hamburg**, 28. Okt. Die entscheidende Wahlschlacht ist geschlagen, von beiden Seiten sind die geößtmöglichsten Anstrengungen gemacht worden und beide Parteien haben ihre Hauptführer durchgebracht. Die conservative Partei brachte nur wenige Kandidaten, unter denen die Senatoren Geffcken und Lutteroth durch, so daß der Sieg der liberalen Partei nun entschieden ist und duech die folgenden Wahlen nicht mehr wankend gemacht werden kann. Die Bewegnng an den Wahltagen war eben so groß wie in England, Tausende zogen durch die Straßen, lamentirend, singend und das patriotische Wahlbureau sah sich genöthigt Bürgermilitär zu requiriren, um sich vor Insulten zu schützen, da es den liberalen Führern nicht gelang die groeße Masse zu beruhigen. Der Abend und die Nacht endeten wie gewöhnlich nach solcher Anfregung mit Katzenmusiken vor dem Hause des Bürgermeisters Kellinghusen, Stockfleth und anderer dem Volke mißliebiger Männer. Freihandel und Schutzzoll, Freihafen und Zollverein sind außer den Wahlen die Schlagworte, welche Alles beleben, welche Parteien bewegen, spalten und vereinigen, welche Vereine hervorrufen, um die Interessen der einen oder andern Partei zu vertreten. Nachdem die Freihandelsmänner ihre Thätigkeit fast erschöpft haben, erhebt nun auch die Schutzzollpartei ihre Flügel, großentheils aus kleinen Fabrikanten bestehend, an die sich eine Anzahl Detaillisten angeschlossen haben, welche befürchten duech einen Freihafen von der Umgegend abgeschlossen zu werden. Jetzt endlich bricht sich die Ansicht Bahn, daß ein Anschluß an den Zollverein nur vortheilhaft sein kann, wenn wir großartige Entrepots erhalten, welche den Kaufleuten erlauben die unverzollt eingeführten Waaren zu fortiren, ohne daß sie verzollt zu weeden brauchen. Das System des Ministers Duckwitz, welches bisher nur Gegner fand, findet jetzt schon viele Anhänger, welche sich mit der Idee aussöhnen, Hamburg und Bremen können durch den Anschluß an den Zollverein sehr bedeutend werden und leicht Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen aus dem Felde schlagen,

Digitized by Google

welche den süddeutschen und rheinischen Handel allein in Händen haben. Werden die Flußzölle auf dem Rhein nicht aufgehoben und die Frachtsätze der hannover'schen Eisenbahn ermäßigt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß wir mit den holländischen Städten in Konkurrenz treten können, da unsere Spediteure billiger spediren als die holländischen. Die Ausfuhr der süddeutschen und rheinischen Fabrikation würde sich bald mehren, wenn sich der Handelsweg mehr Hamburg und Bremen zuwenden würde. Wenige Monate werden hoffentlich schon eine neue Zeit herbeiführen und Deutschlands Einigkeit fördern; denn wie kann eine politische Einigkeit bestehen, so lange noch keine merkantile Fuß gefaßt hat.

Frankreich.

□ **Paris**, 29. Okt. Das Dekret über die Präsidentenwahl ist endlich gestern Abend, nach dreitägigen Verhandlungen, von der Nationalversammlung angenommen worden. Es besteht aus 7 Artikeln, deren wesentlichste Bestimmungen folgende sind. Die Wahl geht vom Volke aus und Jeder, der zu den Abgeordnetenwahlen mitwirkt, ist stimmfähig. Das Scrutinium ist geheim und nur weiße Stimmzettel werden zugelassen. Man wählt im Hauptorte des Kantons, doch sind Unterabtheilungen zulässig. Der Erwählte muß ein geborner Franzose, 30 Jahre alt sein, und die Eigenschaft eines Franzosen nie verloren haben. Er muß mehr als die Hälfte sämmtlicher Wahlstimmen für sich haben und diese darf nicht weniger als 2 Millionen Stimmen betragen. Im entgegengesetzten Falle wählt die Nationalversammlung unter den 5 Kandidaten, welche die meisten Stimmen für sich haben. Hinzugefügt wurde auf Buchez Antrag, daß derselbe der Konstitution und der Republik den Eid der Treue, und zwar in der National-Versammlung, zu leisten hat. Dieser Zusatz ist dem von der provisorischen Regierung aufgestellten Grundsatze entgegen, nach welchem bekanntlich der politische Eid abgeschafft sein sollte, er wurde deßhalb auch von dem Abgeordneten Cremieux bekämpft, von der Versammlung aber mit 436 gegen 281 Stimmen angenommen. Unmittelbar nach seiner Installation übt der Präsident alle ihm von der Verfassung eingeräumte Macht. Indeß behält die gegenwärtige Versammlung bis zum Eintritte der nächsten nur legislativen Versammlung auch ihrerseits alle Gewalt, womit sie bekleidet ist, jedoch mit Ausnahme der ausübenden Gewalt, welche verfassungsmäßig dem Präsidenten zusteht. Der Abgeordnete Flocon machte den Antrag: jeder Präsident, welcher den Art. 50 der neuen Verfassung verletze, wäre hierdurch ohne Weiteres seines Amtes verlustig und als Verräther am Vaterlande erklärt. Dieser Artikel verfügt nämlich, der Präsident dürfe weder einen Theil des Territoriums odtreten, noch die gesetzgebende Versammlung auflösen, noch die Constitution oder Gesetze suspendiren. Dieser Zusatzantrag wurde zur Berichterstattung an die Kommission verwiesen, welche ihn wahrscheinlich als einen weiteren Artikel der Verfassung annehmen, oder bestimmen wird, daß nur die National-Versammlung das Recht hat, diese Erklärung, unter bestimmten feierlichen Formen zu erlassen. Daß dem Präsidenten, den Beschlüssen der Nationalversammlung gegenüber, kein Veto zusteht und er nur das Recht hat eine weitere Verlesung der Gesetzentwürfe zu veranstalten, gegen welche er Einwürfe vorzubringen hat, haben wir bereits mitgetheilt. Dieses letztere Recht wird ihm jetzt der gegenwärtigen konstituirenden Versammlung gegenüber nicht zustehen. Ein Antrag, vermöge dessen demselben ausdrücklich alle konstituirende und souveräne Machtvollkommenheit unverkümmert bliebe, wurde zurückgezogen und nur in der oben angegebenen milderen Fassung angenommen. Die Wahlen werden durch ganz Frankreich am 10. und 11. December vorgenommen, das Resultat derselben aber nicht vor dem 20. desselben Monats ermittelt sein können. Vor der öffentlichen Sitzung war der Verfassungsausschuß versammelt, um sich mit der definitiven Redaction der neuern Konstitution zu beschäftigen. Nächste Woche schon wird diese der Versammlung vorgelegt und unmittelbar nach der Annahme durch den Moniteur promulgirt werden. Bischof Favet, der sehr lebhaft für die Eidesleistung des neuen Präsidenten sprach, deutete an, dieser solle in der Kirche abgelegt werden, doch scheint nicht, daß man hierauf eingehen wird.

Heute Mittag hielt General Cavoignac in Begleitung der Generale Lamoriciere, Changarnier, Bedeau und Tactas auf dem Märzfelde eine Heerschau über sämmtliche 25 Bataillone der beweglichen Garde. Die nach London gezogenen Nationalgardisten von Paris widerlegen heute im National die von der Morning-Post gegebene Erzählung einer Nationalgarden-Deputation, welche Ludwig Philipp in Claremont ihre Aufwartung gemacht hätte. Sie können übrigens den ihnen in England gewordenen Empfang nicht genug loben.

Fortwährend begeben sich Vertreter aller Parteien zu Ludwig Napoleon, wohl zum Theil, um ihn auszuforschen. Er stützt sich aber immer darauf, er müsse Frankreich erst näher kennen lernen, um genau zu wissen, welchen Weg er einzuschlagen habe, falls die Wahl auf ihn fiele; doch soll er viel von den natürlichen Grenzen sprechen, welche Frankreich wieder erhalten, allenfalls erobern müsse. Sollte er wirklich die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten, so wird die National-Versammlung wohl den General Cavoignac, Andere sagen, Thiers zum Vicepräsidenten ernennen.

Der Moniteur veröffentlicht heute die amtlichen Tabellen über den Handelsverkehr zur See in den ersten 9 Monaten der Jahre 1846, 47 und 48. Die Einfuhrzölle betrugen 1846 114,394,806, 1847 99,847,299, in diesem Jahre gar nur 66,826,100 Franken. Die Ausfuhrzölle fielen von 112,522 (1846) und 122,342 auf 96,527 Franken. Besser steht jedoch das Verhältniß in Beziehung auf die Ausfuhrzölle der französischen Produkte ohne Prämie (109,716; 118,140 und 109,716 Franken in diesem Jahre.) Wird Ruhe und Ordnung in unserem schönen Lande erhalten, so werden auch jene Verhältnisse sich bald wieder besser stellen. — Das progressive Abnehmen der Portefeuilles der Bank, während der Baarvorrath zunimmt, wird von den Blättern aller Farben als ein trauriger Beweis der fortwährenden Geschäftslosigkeit angesehen. — Ledru Rollin soll gestern in Aubenas bei einem Bankette präsidirt haben.

Spanien.

Madrid, 24. Okt. 3pCt. Rente 18⅝ P. (N. d. B. 18 9/16 à ½ G.); 5pCt. 9½ P. (N. d. B. 9¼ à ⅜ G.); Passive 3¼ baar. (N. d. B. 3¼ G.)

Hr. v. Lesseps hat sein offizielles Beglaubigungsschreiben als bevollmächtigter Minister und außerordentlicher Botschafter an unserem Hofe erhalten. Morgen wird derselbe mit allem üblichen Ceremonial bei Hofe vorgestellt werden. — „Clamor publico" ist zwei Tage nach einander mit Beschlag belegt worden. — Auf Befehl der französischen Regierung sind mehrere spanische Flüchtlinge von Oleron nach dem Innern Frankreichs gebracht worden. — Es bestätigt sich, daß Cabrera Spanien verlassen hat. — Der Deputirte der äußersten Opposition, Mariano Montanès, der neulich in das Schloß drang und sich daselbst so sehr sonderbar betrug, ist, wie sich jetzt unzweifelhaft herausstellt, plötzlich von Wahnsinn befallen worden.

Niederland.

H. Dem neuen konstitutionellen Gesetze Niederlands, das in der Einführung begriffen ist, entheben wir in aller Kürze die wichtigsten Punkte, zu denen wir besonders die auf die Organisation der Gewalten bezügliche rechnen. Das erste Hauptstück handelt „von dem Reich und seinen Bewohnern." Art. 1. lautet: „Das Königreich der Niederlande besteht in Europa aus den gegenwärtigen Provinzen: Nordbrabant, Gelderland, Südholland, Nordholland, Seeland, Utrecht, Friesland, Overyssel, Gröningen, Drenthe und dem Herzogthum Limburg, vorbehaltlich der Beziehungen des Herzogthums Limburg, mit Ausschluß jedoch der Festungen Maestricht und Venlo, sowie ihrer Rayons zu dem deutschen Bunde." Wir enthalten uns jeder Bemerkung über diese kecke Bestimmung, welche mit mehreren Beschlüssen der deutschen Reichsversammlung im grellsten Widerspruche steht. Wie zurückhaltend und bescheiden im Vergleich mit dieser holländischen zugreifenden Dreistigkeit drückt sich der §. 1. der deutschen Verfassung hinsichtlich Schleswig's aus, auf welches wir doch wohrlich ein besseres Recht haben, als Niederland auf Limburg! Das zweite Hauptstück handelt „von dem König", die erste Abtheilung von der Thronfolge. Art. 26: „Der König kann keine fremde Krone tragen, mit Ausnahme der von Luxemburg. In keinem Fall kann der Sitz der Regierung außer Landes verlegt werden." — Die zweite Abtheilung hat das Einkommen der Krone zum Gegenstande. Art. 27: „Außer dem Einkommen aus den Domänen, durch das Gesetz vom 26. August 1822 abgetreten, und 1848 durch den König als Krondomäne an den Staat zurückgegeben, genießt König Wilhelm II. ein Jahreseinkommen von einer Million Gulden aus der Landeskasse. Bei jeder neuen Thronbesteigung wird das Einkommen der Krone durch das Gesetz geregelt." Für den Unterhalt der königlichen Sitze („Zomer- en Winter-verblyven) darf jährlich nicht über 50,000 fl. verausgabt werden. Der König und der Prinz von Oranien sind von

Digitized by Google

allen persönlichen Lasten frei, sonst aber besteht keine Ausnahme zu ihren Gunsten in den Belastungen. Der Prinz von Oranien erhält als solcher 100,000 fl., nach seiner Vermählung gemäß der grundgesetzlichen Vorschriften jedoch 200,000, die Königin-Wittwe 150,000 fl. aus der Landeskasse. Weitere Abtheilungen bestimmen über die Vormundschaft des Königs, die Regentschaft, die Huldigung und die Bedürfnisse des Königs, endlich über den Staatsrath und das Ministerium. Hier sind nun endlich die wahren Prinzipien der konstitutionellen Monarchie, die den Belgieen von 1815 bis 1830 vorenthalten wurden, in aller Form für Niederland anerkannt. Der König ist unverletzlich. Die Minister sind verantwortlich. Die Kontrasignatur ist erforderlich, um den königl. Beschlüssen Kraft und Geltung zu geben. Die ministerielle Verantwortlichkeit wird durch's Gesetz geregelt. Der König übt die vollziehende Gewalt aus, allein in den von der Verfassung gezogenen Grenzen. Unter der Herrschaft des Grundgesetzes von 1840 verfügte der König über die See- und Landmacht, ernannte die Offizierr und entließ sie mit Pension, wie er sie gut hielt; die oberste Leitung der Kolonieen und aller auswärtigen Besitzungen des Königreichs stand ausschließlich dem Könige zu. Die neue Verfassung will, daß die Land- und Seeoffiziere nach den duech das Gesetz näher zu bestimmenden Regeln durch den König befördeet, entlassen oder pensioniet werden sollen, sie will sodann, daß das Gesetz die Art der Verwaltung der Kolonien, das Münzwesen alldort ꝛc., sowie die Verwendung der von daher rührenden Fonds regle und festsetze. Der König hat den Generalstaaten jährelich einen umfassenden Bericht über den Zustand der auswärtigen Besitzungen und des Kolonialbudgets vorlrgen zu lassen. Der König verleiht den Adel; fremder Adel kann durch keinen Niederländer angenommen werden. Orden werden nue durch ein Gesetz, auf Vorschlag des Königs, eingerichtet. Der König übt das Begnadigungsrecht aus, wenn es Strafen bis zu drei Jahren Gefängniß mit oder ohne Geldbuße betrifft, nachdem er den Richter gehört, der das Urtheil gefällt, sonst abee erst nach der Begutachtung des hohen Raths. Amnestie und Niedeeschlagung werden nur durch ein Gesetz zugestanden. Ueber Verwaltungsstreitigkeiten zwischen den veeschiedenen Provinzen entscheidet der König, wenn er dieselben nicht in Güte beilegen kann. Der König macht und bekräftigt Friedens- und andere Veeträge; er theilt den Inhalt dieser Verträge den Generalstaaten mit, wenn das Jnteeesse und die Sicherheit des Reichs solches zulassen. Veeträge aber, welche irgend das Grundgebiet des Reichs in Europa oder in anderen Welttheilen betreffen, oder die sonstige, auf gesetzliche Rechte (Finanzen) bezügliche Bestimmungen enthalten, werden durch den König eest bekräftigt, nachdem die Generalstaaten diese Bestimmungen gutgebrißen haben. Die Initiative in der Gesetzgebung hat der König, selten die Generalstaaten; doch hat der König das Recht, die ihm durch die Generalstaaten gemachten Anträge gut zu heißen oder nicht. Auch kann der König die Kammern der Geueralstaaten, jede besonders oder beide zusammen, auflösen, jedoch muß der betreffende Beschluß zugleich die Wahl neuer Kammeen wenigstens binnen 40 Tagen und das Zusammentreten derselben binnen zwei Monaten vorschreiben. — Das deitte Hauptstück handelt von der Volksveetretung — den Staten-Geneeaal. Die Theilung der Generalstaaten in eine erste und zweite Kammer ist beibehalten, jedoch werden die Mitglieder der zweiten Kammer nicht mehr durch die Provinzialstaaten (-stände), noch die der ersten durch den König ernannt. Die zweite Kammer wird aus vorläufig 68 Abgeordneten bestehn, direkt auf vier Jahre gewählt duech großjährige Bürger, Holländer, im vollen Genusse ihrer bürgerlichen und politischen Rechte, und direkte Abgaben bezahlend nach einem Census, den das Wahlgesetz näher festsetzen wird, der aber nirgends 160 fl. übersteigen, noch unter 20 fl. bleiben darf. Die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Bevölkerung, einer auf 45,000 Einwohner. Die Wählbarkeit in die zweite Kammer wird an keine andere Bedingung geknüpft, als daß man Holländer, 30 Jahre alt und im vollen Genusse seiner bürgerlichen und politischen Rechte sei. Die Mitgliedee der zweiten Kammer erhalten außer den Reisekosten eine Entschädigung von 2000 fl. des Jahrs.

Nach dem früheren Gesetz ernannte der König die Mitglieder der ersten Kammer, die ein Jahresgehalt von 3000 fl. bezogen, auf Lebenszeit. Jetzt werden dieselben, 39 an der Zahl, *) durch die Provinzialstaaten ernannt werden, und zwar aus der Kategorie der Höchstbesteuerten. Sonst beauchen auch sie nur, wie die Mitglieder der zweiten Kammer, Holländer, 30 Jahr alt und im Genusse ihrer bürgerlichen Rechte zu sein. Die Mitglieder der ersten Kammer werden aber auf 9 Jahre gewählt; die Entschädigung für ihre Unkosten wird das Gesetz regeln. Die zweite Kammer wird alle zwei Jahre um die Hälfte, die erste Kammer alle drei Jahre um ein Drittel ihrer Mitglieder eeneuert; die Ausscheidenden sind natürlich wiedee wählbar. Alle Vertreter stimmen nach iheem Gewissen, unabhängig von den Maudanten. Art. 104: „Die gesetzgebende Gewalt wird zusammen, durch den König und die Generalstaaten ausgeübt." Gleich nach Eeöffnung des gewöhnlichen Landtags, werden die Gesetzentwürfe des allgemeineu Budgets jährlich, *) der zweiten Kammer vorgelegt, und zwar noch vor Beginn des Jahres, worauf sie sich bezieben. Die Verantwortung und der Schluß der Rechnung für jedes Dienstjahr wird, auf Grundlage der durch die Rechenkammer erfolgten Gutheißung, durch das Gesetz festgestellt.

Die Mitglieder der Generalstaaten können auch nicht zugleich Mitglieder oder Prokuratoren des hohen Raths (obeesten Gerichtshofs) sein, noch Mitgliedee der Rechenkammer, noch Kommissarien des Königs in den Prooiuzen (d. d. Gouveeneurs), noch Geistliche, noch sonst Kirchenbeamte. Militärpersonen, die das Mandat als Deputietr annehmen, treten, so lange solches daneet, von Rechtswegen außee Aktiotät. Kein Beamter ist von dem Bezirke wählbar wo er fungirt. Die Annahme eines Staatsamts oder Beförderung in demselben, bedingt den Austritt aus jeder der briden Kammeen. Die neue Verfassung legt der zweiten Kammer ausdeücklich auch das Recht der Enqueten bei, welches durch das Grfetz geregelt werden wird; ebeuso wie schon gesagt, das Recht der Initiatioe und der Amendirung, was sie früher nur sehr mittelbar besaß. Auch die Verhandlungen der eesten Kammer werden fortan vollständig veröffentlicht werden.

Das vierte Hauptstück handelt von den Prooinzialstaaten und der Gemeindeverwaltung, das fünfte von der Rechtspflege, das sechstr von dem Gottesdienste und der Freiheit seiner Uebung, das siebente von den Finanzen, das achte von der Landesvertheidigung, das neunte von dem Wasserstaat, über den der König gleichfalls die Oberaufsicht führet, das zehnte oom Unterricht und dem Armenwesen, das elfte nnd letzte handelt endlich von Veränderungen des Grundgesetzes. Den Schluß bilden aber 7 Zusatzartikel, deren letzterer das vorläufige Wahlreglement bildet, nach welchem die neuen Generalstaaten, welche die weiteren organischen Grfetze berathen sollen, jetzt gewählt werden.

Es würde uns zu weit führen, hier auf alle Zugeständnisse, die gemacht worden sind, um die Rechte der Bürger Niederlands zu gaeantieen, ius Nähere einzugehen.

Holland hat sich auch der Zeiten erinnert, wo es das Asyl der unabhängigen Philosophie, dee Zufluchtsort der Deecartes, Bayle, Voltaire, J. J. Rousseau, Mirabeau war. Die neue Verfassung sichert die vollständigste Preßfreiheit mit Ausschluß aller Präventivmaßregeln, indem sie Jeden für den Gebrauch von Schrift und Wort nach dem Gesetze verantwortlich macht; sie erkennt auch das Versammlungs- und das Genossenschaftsrecht in vollem Umfang an, einzig also innerhalb der Schranken, welche das Interesse der öffentlichen Ordnung zu ziehen verlangt. Kein Zweifel, Holland st aufgewacht und endlich mit festem vorsichtigem Schritt in die ernste Uebung der Repräsentantenregierung eingetreten. Trotz aller jener tiefgreifenden Verbesserungen hat inzwischen die belgische Verfassung noch heute nicht die Vergleichung mit dem neuen niederländischen Grundgesetz zu scheuen. Eine gewisse Verschiedenheit zwischen den Jnstitutionen beider Länder bleibt noch bestehen: noch steht Holland nicht ganz an dem Ziele, welches Belgien vor 18 Jahren wie mit einem Schritt zu erreichen wußte, und welchem auch der damalige Gegner heute entschieden zusteuert. Holland stößt zwar die liberalen und demokeatischen Prinzipien in keiner Weise mehr zurück, allein es gibt ihnen noch nicht die volle Ausdehnung, welche sie in der belgischen Verfassung und in jenen Gesetzen, die den belgischen Landtag von 1847—48 so denkwürdig gemacht, bereits erlangt haben.

*) Norddrabant wählt 5, Geldern 5, Südholl. 7, Nordholl. 6, Seeland 2, Utrecht 2, Friesland 3, Oberyssel 3, Gröningen 2, Drenthe 1, Limburg 3.

*) Nach dem bisherigen Grundgesetz ward das Budget für einen Theil auf zehn Jahre, für einen andern Theil auf zwei Jahre festgestellt.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 7 Newgate Street in London für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Alexander in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 1 fr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 293. Frankfurt a. M., Donnerstag 2. November. 1848.

Uebersicht.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung über die ersten §§. vom „Reich" und der „Reichsgewalt."

Deutschland. Frankfurt (Die deutsche Politik in Italien.) Wien (Vorgänge in und um Wien. Neueste Nachrichten. Erstürmung der Vorstädte. Capitulation der Stadt.) Prag (Munition nach Wien. Deputation aus Tyrol. Ministerliste. Wichtiger Beschluß der Slowanska Lipa. Uebergang ungarischer Truppen zu Jellacic. Bewaffnung in den deutschen Kreisen.) Ollmütz (Trauergottesdienst für Latour. Deputationen des mährischen Landtags und des Wiener Reichstags. Vorbereitungen in Kremsier.) Berlin (Verhaftung dreier Mitglieder des Demokraten-Congresses.) Paleu (Neue Bewegung.) München (Die bairischen Truppen im Reichsdienst. Die Verhaftungen am 18. Okt.) Stuttgart (Ein Regierungsblatt beabsichtigt. Stadtdirektor Seeger.) Karlsruhe (Publication der Reichsgesetze.) Kassel (Reform des Gerichtsverfahrens. Vertagung der Ständekammer. Unordnungen in Kniteln.) Darmstadt (Turnfest.) Coburg (Die Ruhe und die Reichstruppen. Herr von Stockmar.)

Großbritannien. London (Schreiben Lord Palmerstons über die erhöhten Zollvereinszölle. Der Sieg über die aufständischen Boeren. Englands Erbglück.)

Frankreich. Straßburg (Frankreich und die neuesten Frankfurter Beschlüsse.)

Italien. Mailand (Die Adresse der italienischen Armée an den Kaiser.)

Schweiz. Basel (G. Metternich.) Waadt (Der Bischof von Freiburg.) Tessin (Die österreichische Armee in Italien.) Lugano (Der Aufstand in der Lombardei.) Chur (Neuer Aufstand in Como und Valtellina.)

Ungarn. Pesth (Kossuth. Terrorismus und Kriegseifer. Berichte aus dem Süden.)

Ostindien. Niederländisch Indien (Mißvergnügen.) Britisch Ostindien (Belagerung von Multan. Aufstand in Hezereh.) Ceylon (Der letzte Aufstand. Das Kriegsgesetz. Verfall des Handels.)

2. November.

Der Strom der parlamentarischen Debatte, der in den letzten Sitzungen der Nationalversammlung so hohe Wellen schlug, fließt nun wieder ruhiger und in engerem Bette dahin. Die §§. 2 und 3 haben einen großen und wichtigen Grundsatz ausgesprochen. Im §. 4. spinnt sich die einfache Konsequenz dieses Grundsatzes ab. Ein Monarch, der neben seinem deutschen Lande auch nichtdeutsche besitzt, muß entweder in jenem residiren oder eine Regentschaft, und zwar nur aus Deutschen bestehend, an seiner Statt darin einsetzen. So lautete der Vorschlag des Verfassungsausschusses. Auf Rapparb's Antrag ward hinzugesetzt, daß diese Regentschaft „auf verfassungsmäßigem Wege" errichtet werden müsse. Aber, was ist der „verfassungsmäßige Weg", fragt man mit Recht, und gehört nicht eine solche Bestimmung vielmehr in die Einzelverfassungen. Vielleicht hatte man den Fall im Auge, wo ein auswärtiger Regent sich weigern möchte, eine Regentschaft einzusetzen, und wo dann ohne sein Zuthun eine solche „auf verfassungsmäßigem Wege" in's Leben träte. Aber auch diesen Fall werden die Einzelverfassungen vorzusehen haben. Immerhin ist der Zusatz, wenn auch ohne besondern Werth, doch unschädlich. — Tiefer noch griff in das Gebiet der Einzelverfassungen der Antrag Rößler's von Oels ein: an dieser Stelle zu bestimmen, daß überhaupt nur Deutsche als Beamte in deutschen Ländern angestellt werden dürften, die rein technischen Fächer ausgenommen. Die Versammlung hatte den gesunden Sinn, diesen Antrag zu verwerfen. — Eine Minorität des Verfassungsausschusses hatte die Bestimmung vorgeschlagen, daß ein Regent eines deutschen Landes, der zugleich nichtdeutsche Länder besitzt, seine nichtdeutsche Truppen nicht in sein deutsches Land verlegen dürfe, eine Bestimmung, die von Hrn. Rößler von Oels dahin erweitert wurde, daß auch umgekehrt eine Verlegung deutscher Truppen in außerdeutsche Länder nicht statthaft sein solle. Was zur Vertheidigung dieser Anträge über den Mißbrauch angeführt wurde, der mit der Verlegung deutscher Truppen nach auswärts und nichtdeutscher in deutsche Länder getrieben worden sei, hauptsächlich zur Unterdrückung der Volksfreiheit, war nicht ohne Gewicht und würde wohl die Aufnahme eines solchen Zusatzes gerechtfertigt haben, wenn nicht, wie der Berichterstatter des Ausschusses richtig bemerkte, dieses Verbot von selbst als nothwendige Folge aus dem Grundsatz der Personalunion flösse und es bedenklich wäre, eine vereinzelte Konsequenz dieses Grundsatzes ausdrücklich aufzuführen, womit denn leicht andere ausgeschlossen sein möchten.

Eine tiefeinschneidende Debatte schien §. 5 herbeiführen zu sollen. Die Minorität wollte die inhaltschwere Frage der Mediatisirung an dieser Stelle hereinwerfen, die offenbar hierher nicht gehörte. Mit richtigem Takte schob die Versammlung dieselbe zurück und verwies sie zur Berichterstattung an den Verfassungsausschuß, verweigerte auch die Niedersetzung eines besondern Ausschusses dafür, weil darin schon ein Präjudiz für die Frage: ob mediatisirt werden solle, zu liegen schien. — Im §. 6 hat der Verfassungsausschuß den Begriff des Bundesstaates mit Rücksicht auf die Stellung der Reichsgewalt zu den Einzelstaaten präcisirt. Die Einzelstaaten sollen ihre Selbstständigkeit behalten, so weit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind. — Wie man sieht, ist hier die Grenze zwischen dem alten Staatenbunde, aus welchem wir herausgetreten sind, und dem völlig einheitlichen Staate, den der Ausschuß nicht als Ziel des föderirten Deutschlands ansah, scharf und klar eingehalten. Hr. Clauffen hatte Unrecht, wenn er behauptete, diese Bestimmungen gingen noch hinter den alten Staatenbund zurück, weil die Beschlüsse des Bundestages unbedingt in den einzelnen Ländern gegolten hätten, hier aber ein Vortheil zu Gunsten der Selbstständigkeit der Einzelstaaten eintreten sollte. Die Beschlüsse des Bundestags galten nur da unbedingt, wo die Einzelregierungen selbst ein Interesse daran hatten, sie unbedingt gelten zu lassen, oder wo sie zu schwach waren, dem Einflusse der absoluten Großmächte zu widerstehen. Wo solche dagegen werthgehaltene Regierungs- und Hoheitsrechte berührten, da trafen sie überall auf Widerspruch, und bekannt ist, wie gern man den Begriff der jura singulorum ausdehnte, um die gesetzgebende Gewalt des Bundestags zu paralysiren. Denn jura singulorum durften nach der alten Bundesverfassung nur durch Stimmeneinhelligkeit beschränkt werden. Anders im Bundesstaat, der die einzelnen Bundesglieder nicht in der Form des Vertrags äußerlich geeinigt, sondern in organischer Wechselwirkung innerlich verbunden zusammenfaßt.

Nicht die unbeugsame Souveränetät der Einzelstaaten ist hier das Maßgebende, welche nur für bestimmte Zwecke und in genau vorgeschriebenen Grenzen sich einer gemeinsamen Beschließung unterordnet, sondern der Gesammtwille Aller, organisch sich erzeugend aus der gemeinsamen Vertretung, bestimmt, nach den Rücksichten des allgemeinen Interesses und der Nothwendigkeit, sich selbst und dem Einzelnen die Schranken, die beide von einander trennen sollen. Diese Grenzen enger oder weiter zu ziehen, bleibt der gesetzmäßigen Entwicklung der Reichsverfassung vorbehalten, und die verfassungsmäßigen Formen dieser Entwicklung sind ebenso viele schützende Bürgschaften für die Einzelstaaten gegen zu weit greifende Beschränkungen ihrer Selbstständigkeit. Es hieße diese Bürgschaft ihnen entziehen und den Bundesstaat in die straffere Form des Einheitsstaates umwandeln, wenn man nach den Anträgen von Clauffen u. A. die Reichsgesetzgebung für berechtigt erklären wollte, die Grenzen ihrer Kompetenz gegenüber den Einzelstaaten in jedem Momente selber zu bestimmen. Diese Grenze wird vielmehr auf der allgemeinen Grundlage der Reichsverfassung im einzelnen streitigen Falle das Reichsgericht zu bestimmen haben und mit Recht erinnerte der Berichterstatter des Ausschusses, der große Kenner fremder Verfassungen, Mitter-

Digitized by Google

maier an die erhabene Stellung und den wohlthätigen Einfluß des höchsten Gerichtshofes in den Vereinigten Staaten, der ebenfalls als politischer Schiedsrichter zwischen dem Gesammtstaat und den Einzelstaaten fungire. Die Versammlung stimmte diesen Ansichten bei und verwarf sowohl den Claussenschen Antrag, als die andern, welche noch entschiedener den Bundesstaat dem Einheitsstaate näherten.

Hiemit war das Kapitel vom Reiche erschöpft, welches nun die allgemeinen Grundzüge des künftigen Bundesstaats feststellen sollte. Das Kapitel von der Reichsgewalt begann die einzelnen Richtungen aufzählend, in denen diese sich zu äußern haben wird. Sogleich §. 7. spricht einen großen Grundsatz aus, der die ganze Physiognomie des deutschen Staaten-Complexes, dem Auslande gegenüber, vollständig verändert. Die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten, die Ernennung von Gesandten und Konsuln, die Abschließung von Bündnissen und Verträgen mit dem Auslande — alles dies gehört künftig ausschließlich der Reichsgewalt, während die einzelnen deutschen Staaten darauf verzichten, ständige Gesandtschaften vom Auslande bei sich zu empfangen, oder solche dahin abzuordnen. Welcher Unterschied gegen den bisherigen Zustand, wo Deutschland als Ganzes im Auslande entweder gar nicht oder nur durch eine einzelne deutsche Macht vertreten war! Der Minorität war auch dies noch nicht genug; sie wollte den Einzelstaaten selbst das Recht zu außerordentlichen Gesandtschaften entzogen wissen. Auch in der Debatte warnten mehrere Redner, namentlich Wurm vor dem möglichen Mißbrauch dieses Rechts, vor dem gefährlichen Einfluß, der sich auf diesem Wege abermals in Deutschland einschleichen und sein altes Spiel des: Divide et impera! von Neuem beginnen könnte. Die Versammlung schien diese Gefahr nicht hoch genug anzuschlagen; sie fürchtete wohl zu weit zu gehen, wenn sie den einzelnen Fürsten die Befriedigung versagte, durch eine außerordentliche Gesandtschaft um die Hand einer Prinzessin zu werben oder einen fremden Monarchen bei seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen. Mit einer Mehrheit von nur 3 Stimmen ward das Verbot für die Einzelstaaten, Gesandtschaften zu halten, auf die „ständigen" beschränkt; die gänzliche Aufhebung des Konsularwesens der Einzelstaaten ward gleichfalls abgelehnt — man hatte dabei wohl nur die nächste Zeit im Auge, wo freilich die Einzelkonsuln, beim Mangel von Reichskonsuln an manchen wichtigen Verkehrspunkten nicht sofort überall werden abberufen werden können. Aber unzweifelhaft ist doch, daß künftighin es nur Reichskonsuln geben und auch das Exequatur für die fremden Konsuln lediglich von der Reichsgewalt ausgehen darf.

Der durch das Gesetz vom 28. Juni geschaffenen Einrichtung der Bevollmächtigten bei der Centralgewalt hat die Versammlung in der künftigen definitiven Versammlung keinen Platz eingeräumt. Mit Recht, denn so weit diese Einrichtung eine praktische Bedeutung hat, wird sie unter den organischen Einrichtungen, mit denen die Reichsgewalt zu umgeben sein wird, ihre Stelle finden, sei es unter der Form eines Reichsrathes oder eines Staatenhauses oder wie sonst. Die gegenwärtige Form der Abordnung von Bevollmächtigten, also einer gewissermaßen völkerrechtlichen Vertretung, welche den Begriff der Unterhandlung in sich schließt, ist keinesfalls eine solche, wie sie in das staatsrechtliche Verhältniß der einzelnen Bundesländer zur Reichsgewalt paßt. — Die Beschränkungen des Rechts der Einzelstaaten zur Abschließung von Verträgen mit deutschen oder nichtdeutschen Staaten — wie solche in den §§. 9 und 10 normirt sind, wurden ohne Diskussion angenommen.

Die nächste Sitzung führt zu einer schwierigen Debatte: über die Befugnisse der Reichsgewalt in Bezug auf das Heerwesen. Hier wird der Partikularismus seine ganze Widerstandskraft entwickeln, hat er diesen Posten verloren oder aufgegeben, so ist der Sieg über ihn nicht mehr so schwer.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 1. Nov. Der Beiseler Independance wird aus Paris über die diplomatische Thätigkeit der deutschen Centralgewalt in Turin zur Bestätigung folgendes Nähere geschrieben: „Die Eröffnungen dieser neuen Negociation wurden in Turin durch den bevollmächtigten Minister der Centralgewalt, Herrn Heckscher, gemacht. Sie wissen, daß seit 2 Monaten zwischen Frankfurt, Turin und Florenz die besten Beziehungen bestehen. Herr Heckscher erhielt daher Auftrag, den Abschluß eines ehrenvollen Friedens in Turin, wie er sich ausdrückte, zu erleichtern, und bemerkte zuvörderst, daß, wenn Sardinien den Waffenstillstand aufkündige und die Feindseligkeiten wieder eröffne, die Centralgewalt sich gezwungen sehen würde, aus Rücksicht für die deutschen Interessen und kraft früherer Verpflichtungen gemeinschaftliche Sache mit Oesterreich zu machen. Die deutschen Reichstruppen seien zur Verfügung des Kaisers gestellt, damit derselbe zur Unterdrückung der Wiener Insurrektion nicht nöthig hätte, Radetzky zurückzuberufen und die östereichische Armee in der Lombardei zu schwächen. Noch mehr: das baierische Kontingent sei bereit, sobald Radetzky Verstärkungen verlange, in Tirol und Steiermark einzurücken!" Nach diesen offiziellen Mittheilungen soll Heckscher dann dem König von Sardinien für Italien die deutsche Reichsverfassung zum Muster angerathen und für Oesterreich dieselbe Stellung in der Lombardei beansprucht haben, welche Dänemark in Schleswig-Holstein habe. Wir theilen dies mit, ohne Präjudiz für die Richtigkeit der Angaben; wir wollen nur bemerken, daß diese den Stempel einer etwas gehässigen Umdeutung an sich tragen, z. B. wo von der Wiener Insurrection die Rede ist. Wenn Oesterreich die Radetzky'sche Armee bei völliger Zerrüttung im Innern nicht mehr in der Lombardei halten könnte, so könnte es allerdings für Deutschland Pflicht werden, Oesterreich beizustehen zur Erhaltung der auch für den deutschen Bundesstaat so wichtigen Mincioliniе. Jede Einmischung zur Behauptung der Lombardei dagegen müssen wir für eine durchaus verderbliche Maßregel halten, die uns in die Gefahr eines französischen Krieges verwickeln würde. Falls Herr Heckscher wirklich die Lombardei in einer Mittelstellung zum italienischen Bunde sehen wollte, (so verstehen wir die obigen Worte), so hätte er diesem ein ähnlich zweideutiges Geschenk gemacht, wie für uns Limburg, Luxemburg u. s. w. waren. Wir würden eine solche Stellung höchstens für Venedig für möglich halten, wenn nicht Oesterreich und dem italienischen Bunde zugleich eine stets drohende Gefahr bereitet sein soll.

* **Wien.** Wir haben bereits gestern gemeldet, daß Fürst Windischgrätz am Morgen des 28. Okt. den allgemeinen Angriff begonnen hat. Er hatte die Bedenkzeit zweimal verlängert, die letzte Frist war den 27. Abends abgelaufen. Dem Gemeinderath wurde vom Fürsten angezeigt, er werde ihn für allen Schaden, der der Stadt aus den nothwendig werdenden Gewaltmaßregeln erwachse, verantwortlich machen. Das Karlstheater, bis zu dem das Militär jetzt vorgedrungen sein soll, befindet sich in der Leopoldstadt. Von entscheidender Wichtigkeit ist erst der Besitz der Ferdinandsbrücke, am Ende der Jägerzeil, die nach der innern Stadt hinführt. Am 26. hatte das Feuer vom frühen Morgen bis 7½ Uhr Abends fortgedauert. Gegen Abend sah man zwei große Feuersbrünste. Nach dem Bericht des K. Bl. a. B. war die Zahl der Todten sehr bedeutend, und am größten der Verlust des Militärs. Am meisten litt das fünfte Jägerbataillon. Die Insurgenten, die ganz oder größtentheils nur aus Proletariern bestehen sollen, kennen in den Auen jeden Schlupfwinkel und jeden günstigen Punkt, daher sie ihrem Feinde aus ihren Verstecken und Verhauen großen Schaden zufügen. Jeder Fuß breit muß erkämpft werden. Eine Maschinenfabrik in der Gegend des Bahnhofes der Nordbahn war von den Wienern besetzt und hartnäckig vertheidigt; sie wurde durch Kanonenschüsse ganz zerstört und ging zuletzt in Flammen auf. Am 27. wurde fast gar nicht geschossen. Mehrere Berichte sagen, es habe der Armee an Munition gefehlt, und Windischgrätz deßhalb fortwährend Brandraketen werfen lassen, was billig zu bezweifeln ist. Feuer sah man an den verschiedenen Orten während des Tages unbedeutend, aber beim Einbrechen der Nacht überzog sich der Himmel mit einem blutrothen Schleier. Das Feuer der Wiener wird allgemein als mörderisch, ihr Widerstand als löwenkühn geschildert; selbst die Officiere der Armee sollen dies anerkannt haben. — Am 26. und 27. hatte das Militär, wie es scheint, die Taborlinie und die anstoßenden Dämme, sowie den Augarten besetzt. Dieß war wohl am folgenden Tag die Basis des Angriffs. Starke zahlreiche Barrikaden hemmten das Vordringen in die Leopoldstadt. Man vermißte eine genügende Unterstützung der Mobilgarde durch die Leopoldstädter Nationalgarde. Ueber die Vorgänge im Innern der Stadt liegen jetzt die Berichte der Wiener Zeitungen vom 25 — 27 Okt.

Digitized by Google

vor. Am 25. berieth der Reichstag über das Verlegungsreskript des Kaisers. Schuselka brantragte im Namen des permanenten Ausschusses eine Adresse an den Kaiser, in welcher derselbe eines besseren belehrt und zur Zurücknahme der getroffenen Maßregeln veranlaßt werden soll. Umlauft verlas den von ihm verfaßten Entwurf, der mit wenigen Aenderungen in Gegenwart von 192 Mitgliedern angenommen ward. Borrosch war unter denen, welche die Adresse unterstützten. Die Abg. Pillersdorf, Pateck, a. Prato und Fischer wurden mit der Ueberbringung der Adresse beauftragt. Auch dem Fürsten Windischgrätz wurde dieselbe mitgetheilt. Minister Kraus schloß sich der Deputation an den Kaiser an. Am 26. war keine Reichstagssitzung; der Präsident zeigte die am Morgen erfolgte Abreise der Deputation an, worauf die Sitzung bis zum Mittag des folgenden Tages ausgesetzt wurde. Der Gemeinderath faßte am 26. den Beschluß: eine Deputation an den Fürsten Windischgrätz abzusenden, um die Erläuterungen der erlassenen Proklamation entgegen zu nehmen. Zugleich war die Deputation beauftragt, den Fürsten über die Stellung des Gemeinderathes zur Bevölkerung aufzuklären und ihn zu bitten, den Waffenstillstand zu verlängern, ohne jedoch auf Bedingungen einzugehen, da der Gemeinderath im Einvernehmen mit dem Reichstagsausschusse nach der Kenntnißnahme der Erläuterungen, selbst Maßregeln zu einer friedlichen Ausgleichung treffen wolle. Ueber die inneren Zustände der Stadt fehlen natürlich genaue Berichte, indeß läßt sich aus den zahlreichen Kundmachungen mancherlei errathen. Eine Kundmachung Messenhauser's warnt vor dem Erwiedern auf einzelne Schüsse und dem unnützen Vergeuden der Munition, vor dem Verlangen nach Verstärkung auf allen Linien, überhaupt vor Verschwendung von Kanonen, Munition und Menschen. Er warnt, die Stärke der Mobilgarde nicht zu überschätzen und scheint anzudeuten, daß auf das Erscheinen der stabilen Garde nicht überall mit Sicherheit zu rechnen sei. Schon am 23. Okt. war ein Kriegsgericht niedergesetzt worden. Noch bedenklicher sind Kundmachungen gegen Säumigkeit im Erscheinen auf den Sammelplätzen, gegen zaghafte Reden, gegen „knechtische Auslegungen" der Beschlüsse des Reichstags u. s. w. Wer sich solches zu Schulden kommen läßt, soll sogleich verhaftet werden. „Ist Gefahr auf dem Verzuge, so können alle Kommandanten zur Statuirung eines abschreckenden Beispieles mit solchen Elenden summarisch verfahren." Eine Anzahl Kommandanten der Nationalgarde ersuchen in einer Adresse den Reichstag um den Beschluß, daß die Nationalgarden ihr konstitutionelles Recht mit den Waffen in der Hand gegen die belagernde Armee zu vertheidigen berechtiget sind, ohne damit ihre Loyalität gegen den konstitutionellen Kaiser zu verletzen. Eine Kundmachung sagt, daß dem Gerücht nach diese Adreßsteller, sowie die nach Ollmütz abgesandten Vertrauensmänner der Nationalgarde der Verrätherei beschuldigt und bedroht würden. Reisende, denen es mit großer Mühe gelungen war, die Stadt zu verlassen, erzählten, daß daselbst das bewaffnete Volk selbst in die Gasthäuser dringe und die Fremden zur Theilnahme am Kampfe zwinge. — Den Zustand der Stadt am 24. schildert das Journ. des österr. Lloyd in folgenden Worten: „Die Lage Wiens in Bezug auf die Verpflegung gestaltet sich immer schwieriger. Milch gehört bereits zu den gesuchtesten Artikeln. Es hält schwer, ein schlechtes Glas Milch gegen theure Bezahlung zu erhaschen, und nur Protektion vermag sie zu verschaffen. Wir glaubten, die Zeit der Protektion sei vorüber, nun herrscht sie bei den Milchständen. Nicht lange, und es dürfte mit dem Fleische nicht anders ergehen. Mit Mehl und Brod ist es noch leidlich. Die Schmalz- und Eierpreise haben schon bedeutend aufgeschlagen. Die ängstliche Sorge um Person und Eigenthum steigert sich von Tag zu Tag, und man sieht Bewohner mit Kindern und mit ihrer besten Habe angstvoll von Ort zu Ort irren, um solche in Sicherheit zu bringen. In den Vorstädten, welche mit ihrem Wasserbedarf auf die städtische Wasserleitung angewiesen sind, macht sich die Besorgniß einer Wassernoth geltend, da durch die gestrigen Konflikte zwischen der mobilen Garde und dem kaiserlichen Militär nächst der Nußdorfer Linie die Wasserleitungsmaschine in Nußdorf Beschädigungen erlitten haben soll." Auch die Zufuhr von ungelöschtem Kalk zur Gasbereitung war abgeschnitten, und es war zu befürchten, daß in wenig Tagen Wien im Finstern sitzen würde. Vom Ministerium des Innern kam an den Gemeinderath eine Note, daß die Arbeitsplätze aufgelöst, die waffenfähigen Arbeiter bewaffnet und die übrigen, Frauenzimmer mit 12 kr., Mannspersonen mit 18 kr., besoldet werden sollen. Trotz allem scheint den Kämpfenden der Muth keinen Augenblick ausgegangen zu sein. Die Unsrigen halten sich im Ganzen ausgezeichnet, sagt die Wiener Ztg., vor Allem stehen die Kompagnien des mobilen Universitätscorps unerschrocken trotz den ältesten Soldaten im Feuer. Von der Palenlegion soll gestern im nächtlichen Kampfe in der Brigittenau die Hälfte gefallen sein. Es kann übrigens nicht verbürgt werden. Auch die Sträflinge der Zwangsarbeitsanstalt petitionirten, für das Vaterland kämpfen zu dürfen, und in die Mobilgarde eingereiht zu werden! Der Gemeinderath ging über die Bitte zur Tagesordnung. — Die Ungarn standen am 27. mit angeblich 40—50,000 Mann jenseits der Leitha, und über ihre Absichten herrschte vollständige Ungewißheit. Seitdem das erste Dampfschiff mit 700 Ungarn in Grund geschossen warden, war kein weiterer Versuch von ihnen gemacht warden, der Stadt zu Hülfe zu kommen.

Neueste Nachricht. Ein Extrablatt zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 31. Okt. bringt Nachstehendes:

Berlin, 30. Okt., Abends 9 Uhr. Soeben geht folgende telegraphische Depesche vom preußischen Gesandten an den Minister des Auswärtigen hier ein:

Hietzing (bei Wien), 29. Okt., 1 Uhr Mittags: Diese Nacht wurden fast sämmtliche Vorstädte Wiens von den k. k. Truppen mit Sturm genommen. Der Kanonendonner sowie das Schießen hat aufgehört. Die Stadt kapitulirt.

Eine gleichlautende telegraphische Nachricht ist nach der Leipz. Ztg. nach Dresden gelangt.

In Ollmütz hatte man aus Florisdorf vom 29. Okt. folgende Nachricht: Mehrere Vorstädte Wiens liegen in Asche. Es wird unterhandelt.

Aus **Prag** gingen nach der D. Allgem. Ztg. am 27. Okt. 70 Wagen mit Munition nach Wien (was mit dem oben berichteten Mangel an Munition übereinzustimmen scheint), sie waren eskortirt von 2 Kompagnien Infanterie. Die Mannschaft sang patriotische Kriegslieder und Einzelne jubelten über die schöne Mission, nach Wien zur Bändigung des Aufruhrs zu ziehen. — Von Innsbrück war auf dem Wege nach Ollmütz eine Deputation des Tyroler Landtags in Prag angekommen. Man trug sich mit einer Ministerliste: Doblhoff Unterricht, Bach Justiz, Felix Schwarzenberg Aeußeres (!), Meyer öffentliche Arbeiten. — Sogar bei der Slawanska-Lipa hat das Gefühl der Freiheit über das rer Nationalität gesiegt. In ihrer Ausschuß-Sitzung vom 28. Okt. wurde beschlossen, gemeinschaftlich mit dem hiesigen „Deutschen Vereine" gehörigen Orts (nämlich in Ollmütz) einen energischen Protest einzulegen gegen die Bedingungen, welche Fürst Windisch-Grätz den Wienern in seiner Aufforderung zur Kapitulation gemacht und überhaupt gegen die inkonstitutionellen Schritte, die sich der Fürst in diesen Tagen zu Schulden kommen ließ. Wie wir eben hören, ist der „Deutsche Verein", wie natürlich, vollkommen einverstanden. Dieser Beschluß kann für ganz Oesterreich sehr wichtig werden; er zeigt im wesentlichsten Vereinigungspunkte die gewünschte Einheit der Nationalitäten, die man nicht erreicht, wenn man die Slawen als die geborenen Feinde der Freiheit nicht schwarz genug malen kann. — Man hatte in Prag die wichtige Nachricht, daß General Molke mit einer 6000 Mann starken Truppe aus dem ungarischen Lager aufgebrochen und zum Ban Jellacic übergegangen ist. — 400 Breslauer Studenten sollen in Prag angekommen sein, um Wien zu Hilfe zu ziehen. — Die deutschen Kreise Böhmens, Eger, Saaz, Leitmeritz, standen, wie es heißt, unter Waffen. Eine Legion von Jünglingen soll sich gebildet haben; sie kommen aus Budweis mit einer Schaar von deutschen Landleuten aus dem Egerlande herangezogen, und beabsichtigen einen Landsturm zu organisiren.

In **Ollmütz** fand am 26. Okt. ein feierlicher Trauergottesdienst für Latour statt. Der Kaiser und die Kaiserin mit dem ganzen Hofstaate, der Generalität, den Behörden von Ollmütz u. s. w. waren dabei anwesend, der Erzbischof fungirte unter Assistirung aller Domherren. — Der mährische Landtag schickte eine Deputation an den Kaiser, in welcher er zwar seine Ergebenheit bezeigte und dem Kaiser für die Auszeichnung dankte, daß er Mähren zu seinem dermaligen Aufenthalte gewählt habe, aber zugleich der Verbindungen Wiens mit allen Provinzen gedachte und die Bitte stellte, „der Kaiser möge geruhen, die einer friedlichen Lösung der außerordentlichen Zustände der Hauptstadt entsprechenden Verfügungen zu treffen." Dies geschah am 21. Okt., nach-

Digitized by Google

dem die Manifeste vom 16. und 19. erschienen waren. Der Kaiser sagte am Schlusse seiner Antwort: „Ich kann und will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es noch möglich sein wird, ohne zu den äußersten Mitteln zu schreiten, meine Hauptstadt zur Ruhe und zum Gehorsam gegen das Gesetz zurück zu führen." — Die Deputation des Wiener Reichstags hat eine Audienz bei dem Kaiser erlangt, der ihren Protest gegen die Vertagung des Reichstags abgewiesen, jedoch wegen der Verlegung nach Kremsier weiter zu entscheiden versprochen hat. Die Deputation reiste ab, der Minister Kraus blieb, um mit einem Extrazuge nachzukommen. Man wollte dort wissen, die Ungaen seien mit 9 Dampfbooten und 18 Schleppschiffen von Pesth nach Preßburg gekommen, es waren etwa 8000 Sensenmänner, welche zum dritten Male gegen Wien vorrücken wollen. — Eine neue Hof- oder Staatszeitung soll in Ollmütz erscheinen, genannt der „Oesterreichische Korrespondent" (warum nicht Beobachter?). — In Kremsier sollen alle Canonici ihre Residenzen verlassen, um sie zu Wohnungen für Deputirte herrichten zu lassen. Auch das Piaristenkloster wird dort geräumt und die Mehrzahl der erzbischöflichen Beamten bezieht Wohnungen auf einer nahegelegenen Herrschaft des Erzbischofs, damit auch ihre schönen und großen Wohnungen dem Reichstage zur Verfügung stehen. So wird in Ollmütz und Kremsier, den zwei allerpriesterlichsten Städten der Monarchie, gegen alles Erwarten zuerst das geistliche Eigenthum zu weltlichen Zwecken verwendet. — In Josephstadt, Königingrätz und Theresienstadt sollen Wohnungen, wie es heißt, für den Hof eingerichtet werden, der demnach in Ollmütz nicht zu bleiben gedächte. Der Kaiser soll wünschen, nach Prag ziehen zu können, allein dem steht entgegen, daß man den Czechen nicht zu viel einräumen und dadnech die übrigen Theile der Monarchie aufbringen will.

Berlin, 30. Okt. Der Staats-Anwalt hat gegen drei Mitglieder des demokratischen Kongresses, Senin (aus Dresden), Braklow (aus Schleswig-Holstein) und Silberstein (von der Wiener akademischen Legion) die gerichtliche Untersuchung eingeleitet, auf Grund der in der gestrigen Volksversammlung gehaltenen Reden. Die drei genannten Herren sollen verhaftet sein. — Niemand kann diesen Vorfall aufrichtiger bedauern, als wir. Bisher fehlte dem demokratischen Kongreß jede Folie. Das erschütternde Wiener Ereigniß ließ die Verhandlungen um so kleinlicher, matter, trübseliger erscheinen. Das Thema „der Liebe Müh umsonst" wurde nicht immer ohne Talent variirt. Stimmen aus dem Volk äußerten sich über getäuschte Erwartungen. Kinkel, Grün und andere Mitglieder hatten sich gegen eine Volks-Versammlung erklärt, „weil gar leicht ein Putsch daraus erfolgen könne." Nichtsdestoweniger war zu unserer Freude eben so wenig gegen die Volks-Versammmlung, welche von jenen Mitgliedern selbst für gemeingefährlich erklärt worden, als gegen den Kongreß irgend eine Präventivmaßregel beliebt. Die Volks-Versammlung hatte nicht den von jenen Demokraten befürchteten Erfolg. — Endlich war der Kongreß in sich selbst uneins. Eine Rechte und eine Linke standen sich schon Sonnabend scharf gesondert gegenübee. Die Stimmzettel zur Wahl eines Central-Ausschusses über Deutschland waren gesammelt. Da spaltete sich der Kongreß in zwei Theile. Die Rechte (darunter die Mitgliedee aus Schlesien) konstituirte sich bei Wasmaun. Die Partei schien in voller Auflösung begriffen. — Eine Bedeutung konnte dieser Kongreß von außerhalb, entweder durch ein unerwartetes Ereigniß oder durch einen auf seine Mitglieder geführten Schlag erhalten. Das Ereigniß blieb aus, der Schlag erfolgte. Die Verhaftung der drei Mitglieder brachte Leben in den entseelten Körper. „Angesichts dee drohenden Gefahr" forderte die Versammlung in der Mohren-Straße die Dissenters in der Leipzigee Straße zur Wiedervereinigung auf. Gelingt es jetzt, die zerstreuten Glieder zu sammeln, dann hat der Staatsanwalt und nur der Staatsanwalt diesen Bund gestiftet und die feindlichen Brüder versöhnt. Die drei Verhafteten haben der Sache des demokratischen Kongresses und der durch sie vertretenen Partei wesentliche Dienste geleistet. Ohne diese Verhaftung hätte sie sich im Sande verlaufen. Aber wir wollen nicht voegreifen, ob die Würde des Staats zuließ, jene Volksreden zu ignoriren, wie wie dringend wünschten. (D. Ref.)

† **Posen**, 28. Okt. Ich muß schon wiedee zur Feder greifen, da die um sich greifende deutsche Bewegung so lebendig ist, daß wir uns plötzlich in die aufgeregten Zustände der März- und Apriltage versetzt sehen. Die Proteste und Adressen nach Berlin und Frankfurt sind fort, den ersteen folgen die nachträglichen Unterschriften zu Tausenden. Damit begnügt man sich aber nicht. Das deutsche Centralcomite hat sofort die Verbindung mit den deutschen Comites in den Kreisen wiedee hergestellt, ein großartiger Kongreß der deutschen Bevölkerung wird vorbereitet, um gemeinsame Maßregeln zum Schutze des deutschen Elements in's Leben zu rufen. Wird der Belagerungszustand in Posen aufgehoben (man erwartet die betreffende Nachricht täglich), so tritt er hier in der Stadt zusammen, ist dem nicht so, dann geschieht es wahrscheinlich in einer der nächstliegenden Städte. Eine so eben verbreitete Broschüee „Aufruf an die Deutschen in Deutschposen" fordert zu einem deutschen Bunde auf, welcher die deutschen Interessen in Deutschposen mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln fördern und namentlich dem Getriede der polnischen Liga, welche ihee Thätigkeit auch auf das deutsche Gebiet zu verbreiten gesucht hat, energisch entgegentreten soll. Sie spricht es geradezu als Beruf des Deutschen an den Ostmarken aus, für das deutsche Volk Propaganda zu machen. Das Vertrauen zum deutschen Parlament steht bei der hiesigen Bevölkerung unerschütterlich fest, und man sieht allgemein einem entschiedenen Einschreiten von Frankfurt aus entgegen. Die Polen betrachten nunmehr die Wiederherstellung dee Verhältnisse voe 1815 im Großherzogthum als ausgemacht, und man bezeichnet bereits einen Polen aus altee Familie als Statthalter des Großherzogthums. An der Spitze der polnischen Liga bleibt als Ehrenpräses der Erzbischof Przyluski.

München, 28. Okt. Wie es heißt, dürften unsere an dee Iller ꝛc. stehenden 11—12,000 Mann Reichstruppen demnächst wieder in ihre Garnisonsorte zurückkehren, um doet großentheils beurlaubt zu werden. Die hiesige Garnison scheint indessen den Winter über eine außergewöhnliche Stärke behalten zu sollen, wenigstens werden verschiedene städtische Gebäude dermalen zur Aufnahme von Truppen in Stand gesetzt, da die vorhandenen Kasernen nicht ausreichen. (N. K.)

Die N. M. Ztg. gibt über die bei den letzten Unruhen am 17. und 18. Okt. verhafteten Individuen folgende genaue Nachrichten: Im Ganzen waren 127 Personen verhaftet worden, darunter 101 aus dem Civilstande, wobei 7 Weibspersonen, und 26 dem Militärverbande Angehörige. Erstere bestanden aus 2 in München ansässigen Individuen, 61 Gesellen, 18 Taglöhnern und Dienstknechten, 2 Gymnasialschülern, 1 Privatstudenten, 5 Lehrlingen und 5 Knaben.

†* **Stuttgart**, 31. Okt. Mit großer Freude können wie melden, daß die Regierung jetzt ernstlich daran denkt, ein Regierungsorgan zu gründen und hieeduech einem längst fühlbaren Mangel abzuhelfen. Ueber die Wahl eines Redakteurs ist man jedoch noch zu keinem Beschlusse gelangt. — Schon seit langer Zeit hat sich der Stadtdirektor Seeger, durch seine extreme politische Richtung, namentlich duech seine offene Erklärung in dee Kammee „daß er der Theorie nach Republikaner sei", das Vertrauen eines großen Theiles der Bewohner Stuttgarts verscherzt. Je lauter sich in dieser Beziehung die öffentliche Stimme ausspricht, desto eifrigee sind seine politischen Gesinnungsgenossen bemüht, ihm ihre Anerkennung zu zollen. Zu diesem Ende werden die Demokraten Stuttgarts dem Stadtdirektor der königlichen Residenz, dem offenen und geheimen Haupte iheer Partei, morgen Abend eine Nachtmusik bringen. Die demokratischen Organe werden es dann nicht unterlassen, der von der Stadt Stuttgaet ihrem Stadtdirektor daegebrachten Huldigung ehrenvoll zu erwähnen. Wir haben nichts gegen die theoretischen republikanischen Tendenzen des Herrn Seeger, aber wir vermögen nicht sie mit seiner Stellung, weder im Staatsdienst noch in der Kammer, zu vereinigen. —

(Unser geehrter Korrespondent ist sehr unwillig über die Beschränkung der privilegirten Räume auf der Gallerie des Ständesaales; wir können hier seine Ansicht nicht theilen. Mit Ausnahme für das diplomatische Korps und die Journalisten müssen unseeee Meinung nach im Ständehause hinsichtlich der Plätze durchaus keine weiteren Rücksichten genommen werden. Die Red.)

Karlsruhe, 28. Okt. Das Regierungsblatt Nro. 73 enthält die Verkündigung der Reichsgesetze über Einführuug der provisorischen Centralgewalt, über Verkündigung der Reichsgesetze, über den Schutz der Nat.-Vers. und über das gerichtliche Verfahren gegen ihre Mitglieder.

Kassel, 29. Okt. Die Gesetze wegen Umbildung des Gerichtsverfahrens und Organisation der Justizbehörden haben in

Digitized by Google

den letzten Tagen die definitive ständische Zustimmung erhalten, und werden an dem obengenannten Tage in Kraft treten, da die erforderlichen Anstalten, namentlich die Herstellung passender Gerichtslokale zu den öffentlichen Sitzungen nicht früher zu schaffen sind. Die Wahl der Geschworenen für das erste Quartal 1849 kann schon im Januar stattfinden. Die Ständeversammlung wird übermorgen verabschiedet werden, nachdem sie den Landtagsabschied, der nun doch vorgelegt werden soll, mit der Regierung vereinbart haben wird. Die letzte Woche ist überreich an gesetzgeberischer Thätigkeit gewesen. Es ist in derselben auf diesem Felde mehr zu Stande gekommen, als seit dem ganzen Bestehen der Verfassung. Verwaltung und Justiz haben eine radikale Umgestaltung erhalten; man kann mit Zuversicht behaupten, daß in keinem Lande Deutschlands die Verheißungen der Märztage eine so schnelle Erfüllung gefunden. Auf den Antrag der Stände an die Regierung, den Kurfürsten zu ersuchen, entweder auf die Einkünfte des Hausschatzes oder auf die Civilliste zu verzichten, ist vom Finanzminister eine ausweichende Antwort erfolgt; derselbe geht von dem Grundsatz aus, daß beide Arten des Einkommens auf Verträgen beruhen, die unter den Schutz der Verfassung gestellt sind, und daher ein Verzicht eine definitive Abänderung der Verfassungsurkunde mit sich führen würde; in dieser Beziehung sei jedoch der ständische Beschluß zu unklar und unbestimmt; wolle man jedoch den Kurfürsten lediglich zu einer bestimmten Verfügung über einen Theil seines Einkommens bewegen, so hätte eine festere Begrenzung der Summe und der Zeitdauer ihrer Gewährung und eine nähere Andeutung der Zweckbestimmung ausgedrückt sein müssen. Auch sei nicht unerwähnt zu lassen, daß der Kurfürst erst seit dem Tod seines Vaters im Genuß des vollkommenen Hofeinkommens sei, mithin seine Schulden, von denen die Ständeversammlung früher Kenntniß erhalten, mit dessen Hilfe nicht habe bezahlen können. Eine Entscheidung der Kammer über diese Mittheilung wird erst in der nächsten Session bei der Vorlage des Budgets zu erwarten sein.

(Fr. J.)

Kassel, 29. Okt. Zu Rinteln hatten am 24. und 25. einige Unordnungen in Folge von Unzufriedenheit der Militärpflichtigen statt, welche mehrere Meilen weit herbei gekommen waren, während früher die Rekrutirungs-Kommission in jedes Amt kam. Als der Lärm zu arg ward, schritt die Büegergarde ein, und warf mit gefälltem Bajonett die Tumultanten gegen das Rathhaus, mehrere wurden verwundet, im Rathhaus die meisten Fenster eingeschlagen, aber die Ruhe ist hergestellt. (A. K. Z.)

) **Darmstadt**, 29. Okt. Unser hiesiger Turnverein, unter der Leitung eines ausgezeichneten, vom Staate angestellten Lehrers, des Hrn. Spieß, hat sich abweichend von andern, wirklichen oder angeblichen, ähnlichen Vereinen stets auf der Bahn des Gesetzes gehalten. Darum erregte auch das schöne Fest, welches er heute feierte, und zu welchem sich Deputationen auswärtiger Turnvereine eingefunden hatten, viele Theilnahme. Es war das Fest der feierlichen Uebergabe einer großen, von Frauen der Stadt schön gestickten deutschen Fahne an die Turngemeinde. Sie erfolgte Vormittags um 11 Uhr unter angemessenen Reden in dem mit Trophäen, Waffen ꝛc. sinnig geschmückten Saale der Traube. Am Nachmittag folgte ein Schauturnen in der gleichfalls festlich geschmückten Reitbahn des großherzoglichen Marstalles. Man sah hier den Großherzog mit seiner Familie und den Prinzen Adalbert von Preußen inmitten der Turngemeinde mehrere Stunden lang ihren kräftigen und gewandten Leibesübungen beiwohnen.

0 **Coburg**, 30. Okt. Die Frage Briegleb's, ob unser Ländchen mit Reichstruppen besetzt wird oder nicht, bewegt noch immer die Bevölkerung. Man setzt einen Ehrenpunkt darein, von solcher Einquartirung verschont zu bleiben, weil man darin eine Anerkennung des bisher bewährten Sinnes für gesetzliche Ruhe und Ordnung erblicken würde. Der Coburger ist stolz darauf, bei dem so lebhaft bewegten Parteileben noch nicht einmal eine Katzenmusik in den Grenzen des Landes erlebt zu haben. Wenn man in den übrigen Gegenden des deutschen Vaterlandes der Meinung ist, die sächsischen Herzogthümer würden von den Republikanern terrorisiet, so muß man die Bewohnerschaft Coburgs frei von diesem Vorwurf halten. Man läßt sich hier nicht einschüchtern, man hat den Republikanern die Rührigkeit abgelernt und ist ihnen namentlich in der Stadt Coburg durch Aufnahme des Princips der demokratischen Monarchie in die Statuten des Bürgervereins sehr entschieden und erfolgreich entgegengetreten. Durch diesen Schritt ist man in die Lage versetzt worden, die Anhänger der republikanischen Wortführer sich etwas näher betrachten zu können: die größere Mehrheit besteht aus Handwerkergesellen, mit spärlichen Ausnahmen haben alle hiesigen Republikaner viel zu gewinnen, aber nichts zu verlieren, die Meisten haben keinen Begriff von dem, was Republik bedeutet. Auch der republikanischen Presse, die hier durch das „Tageblatt" vertreten ist, wird neuerdings viele Entschiedenheit entgegengesetzt, die „Land- und Stadtzeitung" bringt schonungslos jede Wühlerei an die „schwarze Tafel"; seitdem hat das Tageblatt für diese Zeitung nur „Ekel und Verachtung." Aus diesen Erscheinungen ergibt sich, daß wir der Executionstruppen nicht bedürfen. Ja, wir müssen befürchten, daß der Einmarsch von Reichstruppen Unzufriedenheit und Unruhen erst hervorrufen würde, und billigen deßhalb, daß unsere Staatsregierung thätig ist, durch geeignete Vorstellungen beim Reichskommissarius für Thüringen die militärische Besetzung vom Lande abzuwehren. — Herr v. Stockmar, der seit einigen Wochen wieder hier lebt, wird heute nach Frankfurt abreisen, um von dort aus in Reichsangelegenheiten London zu besuchen. Unser Reichstagsabgeordneter Briegleb soll in Frankfurt sehr leidend sein, man spricht hier von seinem baldigen Austritt aus der Nationalversammlung. Deßfalls würde sich bei einer neuen Wahl ein heftiger Parteikampf entspinnen; der demokratisch-monarchischen Partei fehlt es nicht an Kräften, die der Aufgabe eines Abgeordneten gewachsen sind; aber die fähigsten Männer können ihre bürgerlichen Stellungen nicht wohl verlassen und vermögen nicht die schweren Geldopfer zu bringen, die mit Bekleidung einer Deputirtenstelle in Frankfurt verknüpft sind. Der geeignetste wäre Herr v. Stockmar; ich bezweifle jedoch, daß dessen Wahl durchzusetzen ist und daß er sie annehmen würde.

Großbritannien.

London, 28. Okt. Im Westbezirk von Yorkshire ist abermals eine Denkschrift in Betreff der Erhöhung der Zollvereinszölle abgefaßt, von Bankiers, Kaufleuten, Webern und Fabrikanten unterzeichnet und vom Grafen Carlisle dem Minister des Auswärtigen eingesandt worden. Lord Palmerston hat ihnen durch seinen Sekretär, H. U. Addington, ein Erwiederungsschreiben zugehen lassen, datirt: Ministerium des Auswärtigen, 14. Oktober, worin es im wesentlichsten heißt: Das preußische Ministerium habe auf eine diesethalb an dasselbe gerichtete Anfrage des Grafen von Westmoreland erwiedert, es würde nicht Rechtens sein, wenn man diese erhöhten Zölle auch auf die Güter anderer Staaten, als diejenigen, welche gegen den Handel des Zollvereins feindliche Maßregeln getroffen hätten, anwenden wollte. Die preuß. Regierung habe schon vor Empfang der Note Westmorelands der Nationalversammlung ihre Bereitwilligkeit erklärt, zu Maßregeln mitzuwirken, wodurch die Güter solcher Staaten, die mit den Zollvereinsstaaten in freundschaftlichen Beziehungen stünden, von den höhern Zöllen ausgenommen werden sollten. Ferner habe das preußische Ministerium, seiner Aussage nach, Westmorelands Vorstellung auch den übrigen Zollvereinsstaaten zur Berücksichtigung mitgetheilt, aber es würde Preußen unmöglich sein, einen bestimmten Bescheid zu geben, ehe die Antworten dieser Staaten der preuß. Regierung zugegangen sein würden. Aus dem Schluß des Briefes endlich geht hervor, daß Graf Westmoreland unterm 6. Okt. angewiesen wurde, auf raschen Bescheid in dieser Angelegenheit zu dringen. Man ist diesen befehlshaberischen Ton von England leider schon gewohnt. —

In London erhielt man jetzt über den Sieg, welchen die Regierungstruppen über die aufständischen Boeren am 24. Aug. erfochten, offizielle Berichte, datirt Kapstadt 9. Sept. Der schon von früheren Aufständen bekannte Pretorius befehligte die Streitkräfte der Insurgenten, welche mehr als 1000 Mann betragen mochten, in eigener Person. Die Aufständischen hielten sich mit großer Ausdauer, wurden aber aus einer Stellung nach der andern vertrieben, bis sie nach allen Richtungen hin flüchtig wurden. Sie ließen 49 Todte auf dem Platze; an Verwundeten mögen sie gegen 150 eingebüßt haben. Die Britten hatten 7 Offiziere verwundet, 8 Mann getödtet, 39 verwundet. Der kommandirende General, Sir Harry Smith, erhielt einen leichten Streifschuß am Schenkel. Das Erdglück der Engländer forbert fast die neidischen Götter heraus. Mit welcher Schnelligkeit erdrückte die englische Regierung das Nest der chartistischen Verschwörer in England selbst, mit welchem geringen Kraftaufwande überwältigte sie den sorgsam und lange vorher bereiteten und mit Pomp angekündigten

Digitized by Google

Aufstand in Irland, wie rasch und fast gleichzeitig wurden die Aufstände in Ceylon und dem Kaplande unterdrückt und der rebellische Mulradsch von Multon in zwei Schlachten geschlagen und in seine Vestung zurückgetrieben. Dies liegt aber daran, daß jeder Engländer auf seinem Posten ist und im rechten Augenblick seine Pflicht thut. Der zweimalige Sieger über die Rebellen von Multan, Edwardes, war ein einfacher Lieutenant, der aber wußte, daß hier schnell und auf eigene Faust handeln großen Gefahren vorbeugen heiße. England ist für solche Dienste freilich auch dankbar. — An der heutigen Börse haben sich die Konsols auf $85^{7}/_{8}$.

Frankreich.

** **Straßburg**, 30. Okt. Die Entscheidung der deutschen Nationalversammlung über den österreichischen Kaiserstaat ist ein welthistorisches Ereigniß, eine Thatsache, welche, wenn sie in ihren Konsequenzen durchgeführt wird, auf die zukünftige Gestaltung Europas einen tief eingreifenden Einfluß haben muß. In Paris und London wird dieser Beschluß wohl mit der größten Aufmerksamkeit aufgenommen und gewürdigt werden. Wenigstens von Seiten der französischen Regierung wird Alles was Deutschland, die Grenzmacht stärken oder schwächen kann, sorgfältig erwogen und wer nur einigermaßen hinter den mysteriösen Schleier mit dem man sich umhüllt, blicken darf, und es ist dieses selbst nur wenigen Repräsentanten vergönnt, will es wissen, daß in dieser Hinsicht die Republik nicht anders als das Königthum und Vorbild auf Franz I. hinauf denkt. Es wäre auch wirklich unnatürlich, wenn ein Staat Ansichten, welche er über drei Jahrhunderte mit so unermeßlichen Opfern verfolgt hat, nun plötzlich ändern würde. Scheidet aber ein kräftiges Deutschland, in Einheit und freier Kraftwickelung Europa in zwei Hälften, was bleibt Frankreich noch auf dem Kontinente, sei es in dem Kampfe mit den übrigen Mächten jenseits des Kanals, sei es in dem Auftreten als einer der ersten europäischen Mächte? Kaum mehr als die pyrenäische Halbinsel, denn vor der großen und Einen Macht Deutschlands werden Italien und die beiden Niederlande wohl in unbeweglicher Neutralität sich halten müssen. — Daß der Beschluß in Frankfurt so gefaßt worden, scheint mehr eine Folge der systematischen Durchführung eines Prinzips, als ein Werk der umsichtigen Klugheit zu sein. Schon die Zusammenstellung Posens mit dem österreichischen Staatencomplex beweist diese theoretische Haltung der Frage: denn wahrlich zwischen den Folgen des Prinzips in Hinsicht auf Ersteres und zwischen der Anwendung desselben auf den Kaiserstaat ist ein großer, unüberfeldbarer und unendlicher Unterschied. Wenn dort aber 850,000 Seelen ausgestoßen werden, so scheidet sich hier der deutsche Bundesstaat von mehr als 20 Millionen, weit über den zwei Drittheilen der alten Monarchie, und was noch wichtiger ist, er trennt sich von dem Osten Europa's. Wohl wird es sich darum der Mühe lohnen, wenn Hr. v. Gagern bei der Revision der Verfassung noch einmal die Versammlung auf die Wichtigkeit der Entscheidung aufmerksam macht. Ob Deutschland an sich, in seiner Nationalität und weitern Entwicklung, in dem Gleichgewichte unter seinen Theilen gewinnt, wenn das fremdartige ausgeschieden wird, das durch die Art der Verbindung mit den deutschen Regierungen immer in dieser Hinsicht störend einwirken würde, ist eine unschwer zu beantwortende Frage. Aber ob man dann einen Ersatz finden wird, das jenseits der Alpen und der Karpathen Aufgegebene in Beziehung auf das Ausland im Westen und Osten, dies wäre wohl zu untersuchen. Die Stimmen des Auslandes, das Benehmen der Politiker an der Seine, der Themse und der Newa werden übrigens bald genug fühlbar machen, ob man recht oder unrecht gehandelt hat. Allerdings wird die Kühnheit des Beschlusses anfangs stutzig machen, denn man wird erkennen, daß es mit der Einheit Deutschlands Ernst ernst ist: aber wenn Frankreich, das geordnet ist, wenn Rußland dessen Projekte längst gereift sind, sich einerseits in die ungeordneten italienischen Verhältnisse, andererseits in die Anarchie an den Ufern der Donau eindrängen, werden sie nicht, bevor noch Deutschland durch die Wehen der Wiedergeburt hindurch gegangen, einen Vorsprung gewonnen haben, der ihnen so leicht nicht wieder abzuringen ist. Hätte die Pariser National-Versammlung in ähnlicher Lage gehandelt, wie die Frankfurter? In der ersten Revolution, unter weit weniger günstigen Verhältnissen, hat Frankreich wenigstens die Niederländer durch die Verfassungsformen mit sich assimilirt, und wir haben die Folgen dieser Politik gesehen. Bei dem Gährungsprozesse, welcher in Deutschland jetzt verlauft, darf man sich nicht täuschen lassen. Auch die Wahl eines Louis Napoleon, verderblich für die reine Republik, könnte dem Auslande vielleicht noch verderblicher werden, und die neuern Ereignisse haben bewiesen, wie Rußland sich fühlt, seit die Cholera den Kaiser nicht mehr an die Hauptstadt bindet, wo er nur mit Hilfe der Garde die Ruhe erhalten konnte. Die Sprache gegen Frankreich selbst, das Auftreten der moskowitischen Politik in Rom und Neapel sind anders geworden. — Es ist auch nicht Täuschung, wenn die französischen Blätter noch immer von Ungarn sprechen, wie früher, als sie uns die beginnende Opposition gegen das Kaiserhaus gepriesen haben. Man kennt Ungarn sehr genau und weiß gar wohl, daß hier die socialen Verhältnisse noch weit entfernt sind von Republikanismus; aber man sieht es immer noch gern, wenn dieser Staatenbund sich mehr und mehr auflöst, und will deßwegen nicht zugeben oder nicht einsehen, daß Jellacic sich eher auf dem Boden volksthümlicher Freiheit befindet als Kossuth. Aber das Streben der Slaven hat die Erhaltung der Monarchie zum Ziel und wird deßwegen so hart beurtheilt, während man sich eher auf die Seite des so drückenden Feudalismus der Magyaren stellt. — In einer frühern Vergleichung der Frankfurter Beschlüsse über die Kirche, mit den in Paris befolgten Grundsätzen, habe ich auf die Verirrungen aufmerksam gemacht, welche der von dem Staate losgebundene Ultramontanismus bringen könne. Wir sehen jetzt dessen eigenmächtiges Treiben in Würzburg! Ein neues Element der Verwirrung, denn wer wird jetzt dem untern Klerus zu einer gesetzlichen Befreiung von dem bischöflichen Despotismus verhelfen können? Wer das Volk vor den Maßregeln schützen, welche gegen die Befreiung der Intelligenz dort veradredet werden? Etwa die Auflösung aller kirchlichen Bande? Diese möchte wohl in dem alten Europa ein gefährliches Experiment werden. Man sollte doch nie vergessen, wie es in Frankreich nach der Auflösung der Kulte geworden, und wie damals ein anderes Extrem sich so leicht dem Volke aufdringen ließ. — Hier bewegt die Prösidentenwahl die Parteien und ruft sie in den Kampf. Unsere rothe Republik will von Cavaignac nichts wissen, und mit ihr werden wohl die Unaufgeklärten stimmen, welche der Name, die alten Volksmythen verleiten. Kann er dabei auf die Partei zählen, mit der er sich ausgesöhnt hat, und ist sie, als die intelligentere, nicht die Minderzahl?

Italien.

Mailand, 22. Okt. Außer einem Tagesbefehl, durch welchen das Heer vor solchen Nachrichten gewarnt wird, hat der Feldmarschall so eben Sr. Majestät dem Kaiser eine Ergebenheitsadresse im Namen der italienischen Armee übersendet, sie lautet: „Majestät! Mit Entrüstung hat die Armee in Italien die Ereignisse von Wien vernommen! Dieser Schmerz ergriff die wackeren Männer derselben; Soldaten der österreichischen Armee haben ihre Pflicht vergessen, ein tapferer General früherer Zeiten wurde vor den Augen der ihn beschützen sollenden Wache feige gemordet, sein Leichnam geschändet! Länder und Völker haben die unerschütterliche Anhänglichkeit und Treue Ew. Majestät kundgegeben — sie schaaren sich um ihren Kaiser, der wie sie Oesterreich und seine Freiheit liebt! Die Armee von Italien, begeistert im Hinblick auf jene Güter, hat siegreich die Angriffe eines frechen Feindes zurückgewiesen und steht zu fernerem Kampfe bereit — eine starke Schutzwehr — an der Grenze des Reiches. Nicht Zwietracht, nicht Haß und Zerstörung herrscht in ihren Reihen: der Gedanke an Kaiser und Vaterland beseelt die Glieder dieser großen Familie, einem Zeichen nur, dem alten Aare Oesterreichs, dem Zeugen so vieler herrlichen Thaten, folgen sie im Kampfe, folgen sie zum Siege. Im edlen Wetteifer in Treue und Aufopferung für den gütigsten Monarchen, werden unsere Brüder dem Beispiel der Armee von Italien folgen — und Oesterreich und seine Freiheit werden glänzend aus diesem Kampfe hervorgehen. Geruhen Ew. Majestät diese Gesinnungen der Armee von Italien, welche ich als deren Organ, alter Führer und ältester Genosse aussprechen mußte, huldvollst den täglichen Beweisen von Treue und Ergebenheit der Völker aller Länder des Reiches anzureihen. Radetzky, Feldmarschall."

Schweiz.

Basel, 30. Okt. Am 27. kam von Strasburg der bei den letzten Frankfurter Unruhen betheiligt gewesene Hr. Germain

Digitized by Google

Metternich durch unsere Stadt, um sich nach Genf zu begeben. Er mußte, auf die Weisung des Ministeriums in Paris, die französische Grenzstadt Strasburg verlassen.

Waadt. Der Bischoff von Freiburg ist am Donnerstag von Lausanne in die Gefängnisse von Chillon abgeführt worden. Herr Druey mußte sein ganzes Ansehen verwenden, um den gefangenen Bischoff vor der Pöbelwuth zu schützen. Ein Volkshaufe wollte in Lausanne dem Bischoff das Schicksal Latour's bereiten, als Hr. Drury vor das Volk trat und dasselbe beschwor, die Ehre der seelsinnigen Partei und der Eidgenossenschaft nicht zu besteckeu. Der Bischoff wird nun von Landjägern bewacht und beschützt. Man lernt daraus, daß die schweizerischen Radikalen immerhin noch besser sind als ihre Blätter, und es ist das erfreulich, wenn auch das „Volk" in Lausanne Müde haben wird, zu begeeifen, warum eine That, die an den Wienern gepriesen, wird, für die Lausanner entehrend sein sollte.

Tessin, Dreizehn ungarische Desrteurs sind in Tessin angelangt, welche arge Schilderungen von der Demoralisation der östreichischen Armee in Italien machen, und in Aussicht stellen, es dürften bald ganze Bataillone nachfolgen. — Gewisse radikale Blätter, sagt die Basler Z., wiederholen diese Nachricht täglich, ohne Zwrifel um den Eindruck davon zu vermeheen, es ist aber glaublich, daß immer die gleichen wieder auftauchen, gerade wie in einem Leierkasten.

Lugano, 28. Okt. Am 25. Abends trafen dahier amtliche Berichte ein, aus denen hervorging, daß die Bewohner des lombardischen Intelei-Thals am 22. die dort befindlichen österreichischen Zollgardisten nnd Gensdarmen entwaffnet hatten, daß 400 Oesterreicher wohl in Folge dessen am 25. in Argegno gelandet waren, um das Intelei-Thal zu besetzen, daß sie jedoch in demselben auf lebhaften Widerstand gestoßen waren. Nach mehreren heute ringetroffenen übereinstimmenden Berichten haben sich die Oesterreicher am 26. mit Verlust aus dem Thale zurückziehen müssrn, jedoch auf dem Rückzuge noch gesengt und geplündert. Mittlerweile ist auch die Bevölkerung des Veltlins aufgestanden und es hat sich zwischen ihr und den österreichischrn Truppen ein Kampf entsponnen, über dessen Ausgang noch keine zuverläßigen Berichte vorliegen. So viel ist nur gewiß, daß die österreichischen Truppen in den im Aufstande begriffenen Gegrndrn von Como aus verstärkt worden und daß hinwieder in Como zum Ersatze 2 Bataillone Infanterie, 1 Batterie und 4 Jägerekompagnien eingetroffen sind. In Folge dieser Verhältnisse sind die italienischen Flüchtlinge im Kanton Tessin wieder in eine sichtbare Bewegung grrathen. Die eidg. Rrpräsentanten ergreifen jedoch in Verbindung mit dem eidg. Truppenkommando alle ihnen zu Gebote stehenden Vorsichtsmaßregln, nm allfällige Invasionspläne der Flüchtlinge zu vereiteln. Es vrrlautet auch bis zu diesem Augendlicke durchaus nichts davon, daß bewaffnete Flüchtlinge die Grenze überschritten haben oder daß unbewaffnete Flüchtlinge in Schaaren dieses gethan. (N. Z. Z.)

Chur, 26. Okt. Es bestätigt sich, daß wenigstens in einem Theil der Provinzen von Como und Valtellina der Aufstand neuerdings ausgebrochen ist. 400 Mann Veltlins haben die Galerien von Vereen auf der Mailänder Route zwischen Riva und der Adda verbarricadirt. Brreits ist es in der Nähe von Collico zu einem Gefecht gekommen. Wo das Veltlinerthal in die Ebene gegen den Comersee ausmündet, wurde in Folge der Addacorrection eine neue sehr schöne Brücke gebaut. Diese hielten die Italiener besetzt, um das Voerücken der Orsterreicher von Collico aus zu verhindern. Man behauptet, die Brücke sei in die Luft gesprengt worden. Aus den Ortschaften Dongo und Graoedone, gegenüber Collico am rechten Seeufer, ziehen die Einwohner schaarenweise den Veltlinern zu Hülfe. Auch Lecco soll aufgestanden sein. Auf dem Splügnerpaß ist das österreichische Grenzamt beseitigt, ganz wie nach den fünf Märztagen. In Kleven beerschte eine gedrückte Stimmung, man hatte es versucht, die Ausgezogenen zurückzubringen. Die guten Kleoner Handelsleute fürchten sich aber eben so sehr der Bewegung entgegen zu sein, als sie zu fördern; beides könnte, eben je nach dem höchst unsichern Erfolg, für sie von schlimmen Folgen seyn.

Ungarn.

Pesth, 24. Okt. Mit Glockrngelänte und Illumination wird Kossuth — wie ein gekröntes Haupt — überall auf seiner Reise zum ungarischen Heere empfangen, und bis Raab sollen sich ihm bereits 10,000 kampfmuthige Männer angeschlossen haben. Auch sonst von allen Seiten wird über den Fortgang der Rüstungen gemeldet, die Jazyger und Kumanen stellen 1000 Reiter, genannt nach dem alten Jazygenführer die Letelschaar, die Szekler, die Hadjuken rüsten Korps, denen sie die gefrierten Namen Matyas und Bockay geben, in Preßburg weckt Prediger Razya die Kriegslust und verspricht selbst mitzugehen: — muß da dee Feind nicht zurückschaudern? Einstweilen hören wir, daß unsere Leytha-Armee bereits die Gränze überschritten hat; von ihren Kriegsthaten will jedoch bis jetzt noch nichts verlauten. Dee Reichstag behandelt die Frage, was man mit den gefangenen Generalen Roth und Philipovic beginnen solle, und da wir einmal im Terroeismus darin sind, so sprechen natürlich Viele für's Hängen; vorläufig jedoch wird die Sache dem Komite überlassen. —

Aus dem Südosten laufen fortwährend Schlacht- oder vielmehr Metzelberichte ein, ihr neuester Schauplatz ist die Gegend von Becskerek und Kikinda, welches letztere wieder von den Magyaren genommen ist. — Nagy-Kikinda wurde am 15. ein Raub der Flammen, von 3000 Häusern blieb nur ein Viertheil stehen, der Schaden wird auf Millionen angeschlagen. Viele wollen den Raizen den Braud in die Schuhe schieben. (C. B. a. B.)

Pesth, 24. Okt. Laut Rapport eines gestern Abends angelangten Kuriers hat sich unsere Armee bereits wieder an die ungarische Grenze zurückgezogen. Auch von der Abtheilung der Pesther Nationalgarde, welche Kossuth, diesen unermüdlichen Kapiträn, begleitete, sind viele Geschäftsmänner, die nicht leicht mehrere Wochen vom Hause fern sein können, nach der Hauptstadt zurückgekehrt. Viele von ihnen beklagten sich über schlechte Verpflegung und daß sie auf offenen Schleppschiffen stromaufwärts bugsirt, Mangel an jeder Bequemlichkeit hatten. (C. Bl. a. B.)

Ostindien.

** Niederländisch-Indien. Holländische Blätter berichten aus Batavia vom 26. Aug.: Der Handel fühlt hier nur zu sehr den Rückstoß der europäischen Ereignisse und liegt völlig darnieder. Auch herrscht hier allgemein Mißvergnügen darüber, daß unsere Kolonie nicht an den liberalen Institutionen Antheil erhalten soll, welche dem Mutterlande verliehen werden. Mehrere als freisinnig bekannte Beamte hat der Generalgouvernrur für gut befunden, zur „Herstellung ihrer Gesundheit" nach Niederland heimzusenden. Mit der Abreise des Dr. van Hoevell hört die einzige periodische Zeitschrift Java's zu erscheinen auf, welche bereits eine bedeutende Wirksamkeit entwickelte. — Das Heer wird zu einer großen Stärke gebracht, die Werbung javaischer Soldaten währt fort. Der ungünstige Ausgang des letzten Zuges nach Bali hat einen schlimmen Einfluß auf die Bevölkerung drs indischen Aechipels ausgeübt. Eine Untersuchung darüber dürfte kaum stattfinden. Inzwischen sitzen die Fürsten Bali's, odschon durch den Generalgouverneur für verfallen erklärt, noch auf ihren Thronen. — Auch wird wiederum von seeräuberischen Anfällen auf Post- und andere europäische Schiffee berichtet.

Brittisch Ostindien. Das letzte ostindische Briefselleisen hat Zeitungen aus Calcutta, Madras und Bombay mitgebracht, die aus letzterer Stadt bis zum 15. Sept. reichen. Die englischen Blätter theilen lange Auszüge daraus mit. Vor der Veste Multan hatten sich die beiden aus Lahore und Firospur ausgerückten Corps vereinigt und bildeten zusammen ein Heer von 28,000 Mann, worunter 6000 brittische Truppen, mit 30 schweren und fast eben so vielen leichten Geschützen. Während des Marsches hatten einige Abtheilungen durch die furchtbare Hitze, die im Hospital auf 127 Gr. Fahrenh. stand, empfindlich gelitten. Ein Angriff auf die aufständische Veste war noch nicht erfolgt, dagegen hatte der Mulradsch noch nichts von seinem Muthe verloren, die Vestung in einen sehr achtbaren Vertheidigungszustand gesetzt und am 16. August mit großer Kühnheit einen Ausfall verfucht, der jedoch nach einstündigem Gefechte zurückgewiesen wurde. Die Trnppen des Mulradsch verloren hierbei 18 Mann an Todten nnd mehrere Gefangene. Man weiß dem Lieutenant Edwardes, dem Sieger vom 18. Juni und 1. Juli, für sein kühnes und rasches Verfahren jetzt doppelt Dank, seitdem man weiß, daß der Aufstand des Mulradsch mit einem weit verzweigten Revolutionsplane in Verbindung stand, der jedoch durch jene Siege nnd die Entfernnng der ränkesüchtigen Königin Mutter seine größte Gefahe verlor. Inzwischen traut man den Sikhs so wenig, daß derjenige Theil des Heeres vor Multan, der aus Sikhs besteht nnd von Schir Singh befehligt wird, während des bald erwarteten Angriffs auf Multan in weiterer Entfernung aufgestellt werden

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 2. Nov. Amtliches. Deutschlands Interesse in Italien. Die Reichsgesandten in Ollmütz. Ankunft Stockmar's.) Wien (Nachrichten aus der Stadt und Ungarn.) Prag (Die böhmischen Deputirten gegen Windischgrätz.) Innsbruck (Eröffnung des Landtags.) Berlin (Volksversammlung. Benarstehender Ministerwechsel. Die ehemaligen Ehehindernisse. Unzugänglichkeit des Königs. Die Arbeiter. Beschluß über parlamentarische Würde. Badelschwingh. Verläumdung der Damen. Verhandlung über die Abschaffung des Adels.)

Börsenbericht von Paris (Vom 30. Oktober.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 2. November.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 2. November.

Tagesordnung der 107. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten.
2) Berathung über Abschnitt II., Art. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs.

Vorsitzender Heinr. von Gagern. Unter den ausgetretenen Mitgliedern ist der Frauenburger Bischof Heer Gertz und Herr Pagenstecher. Drei ausgetretene Mitglieder aus Tyrol sollen nach der Meinung des Wiener Ministeriums nicht ersetzt werden, weil dort 17 Abgeordnete für Frankfurt erwählt worden seien und nach der Bundesmatrikel nur 14 hierher gehörten. Der Fall wird dem Legitimations-Ausschusse zur Begutachtung zugewiesen. Das königl. preuß. Inquisitoriat zu Grünberg will Bescheid darüber haben, ob eine gegen Dr. Levysohn schwebende Untersuchung, der inzwischen als Abgeordneter der Nation.-Vers. eingetreten ist, fortgesetzt oder eingestellt werden soll. Geht an den Untersuchungs-Ausschuß. Eisenstuck aus Sachsen kündigt einen Bericht des volkswirthschaftl. Ausschusses an, den er mit einer Uebersicht des ganzen Geschäftsumkreises des Ausschusses und dessen bisher entwickelter Thätigkeit einleitet. Dieser Ausschuß hat nämlich zahlreiche Verbesserungsanträge und Zusätze zu den Artikeln über die Reichsgewalt in Vorschlag zu bringen, durch deren Annahme er neben der politischen Einheit auch die Einheit der materiellen Interessen des deutschen Volkes zu begründen hofft. Der Bericht wird dem Hause gedruckt vorgelegt werden.

Ein dringlicher Antrag wegen Wiens wird auch heute wieder eingebracht von Wigard aus Dresden. Er verlangt, daß dem Hause die Korrespondenz des Reichsministeriums mit den nach Oesterreich gesandten Kommissären vorgelegt werde. Die Dringlichkeit wird jedoch abgelehnt.

Desgleichen trägt Raumer darauf an, daß der Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten Auskunft über sein Wirken gebe. Namens des Ausschusses erklärt Schubert aus Königsberg die Berathung über die vorgelegten Anträge sei beendet und Erstattung des Berichts Herrn Venedey übertragen. Dieser ist bereit, seinem Auftrage, wenn es verlangt werde, schon morgen zu genügen.

Ein Antrag Pinckert's betrifft die Beschleunigung des Wahlmodus bei den Präsidentenwahlen. Auch ihm wird die Dringlichkeit verweigert und der Vorsitzende läßt hierauf die Zettel zur ersten Wahl einsammeln.

Eine lange Reihe von Zetteln, die zunächst aus der Urne hervorgehen, enthalten den Namen: „Heinrich Simon aus Breslau" und hie und da ein „von Trützschler" u. A. Vicepräsident Simson verliest sie. Nach und nach gewinnt jedoch der Ruf: Heinrich von Gagern das unbestrittene Uebergewicht. Die Heiterkeit der Versammlung erregt eine dazwischen vereinzelte, auf „Wedekind" lautende Stimme. Herr Wedekind, da wir eben Zeit haben, dies zu erwähnen, ist ein mehr durch die Kraft der Zweifel und Bedenken, die er bei verschiedenen Gelegenheiten der Geschäftsführung entgegengesetzt, als durch sonst etwas ausgezeichnetes Mitglied des Hauses. Die Verkündigung des Wahlergebnisses nach welchem sodann Heinrich von Gagern von 310 Stimmen auch für November auf den ersten Präsidentenplatz zurückberufen wird, wird mit allgemeinem und anhaltendem Bravo und Beifallklatschen begrüßt. An seinen kurzen Dank knüpft von Gagern die einfachen Worte: „Dem in mich gesetzten Vertrauen werde ich durch Pflichterfüllung zu entsprechen suchen und ich hoffe darin nicht zu ermüden." Abermaliges Bravo und Applaus.

Von 407 Stimmen vertheilten sich bei dieser Wahl 82 auf Heinr. Simon, 7 auf v. Trützschler, 3 auf Hermann aus München, die übrigen blieben vereinzelt.

Nach dem Umstürzen der zweiten Wahlurne, deren Inhalt Vicepräsident Rieffer verliest, bringt eine Stimme für Jahn den Eindruck der Wedekind'schen von vorhin und in einem noch höheren Grade hervor. Von 408 Stimmen entschieden sich 250 für Ed. Simson von Königsberg und auch diese Wahl wird mit Beifall begrüßt. Die übrigen Stimmen für den ersten Stellvertreter des Vorsitzenden sind auf Kirchgeßner aus Würzburg (143), auf H. Simon (9), auf Rieffer (3) und einzelne auf v. Vincke, Radowitz und Jahn gefallen.

Zum zweiten Vicepräsidenten wird Gabriel Rieffer mit 255 Stimmen gewählt. (Bravo.) Somit tritt in dem Präsidium keine Veränderung ein. Nächst Rieffer hat H. Simon die größte Stimmenzahl (149). Präsident Gagern zeigt an, daß Möring aus Wien seiner Schriftführerstelle entbunden sein wolle und deshalb eine Wahl zu seinem Ersatze nöthig werde. Sie soll morgen Statt finden.

Art. II der Reichsgewalt §. 11, auf den sich nun die Verhandlung weiter erstreckt, lautet: „Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Kriegs und des Friedens zu."

v. Soiron bevorwortet für den Verfassungs-Ausschuß den Antrag, daß nur der mit dem zu behandelnden Gegenstande ausdrücklich beauftragte Ausschuß zum Schlußworte berechtigt, die Gegen- und Nebenanträge anderer Ausschüsse aber, wie die Anträge gewöhnlicher Mitglieder zu betrachten seien. Die Ausschüsse, wisse welche diese Verwahrung gerichtet ist, sind namentlich der volkswirthschaftliche und der Ausschuß für die Wehrangelegenheiten. Moriz Mohl, v. Stavenhagen (dieser für den Wehrausschuß) und Eisenstuck aus Sachsen erhebrn lebhaften Widerspruch gegen die „pedantischen Prätensionen" des Verfassungsausschusses. Der obige Antrag des Verfassungsausschusses wird dann von der Versammlung abgelehnt, auf die Diskussion des Paragraphen verzichtet und derselbe ohne Veränderung einstimmig angenommen.

Einem Antroge von Eisenstuck u. A. gemäß, verfährt das Haus zu schnell in der Erledigung des Verfassungs-Entwurfs. Es wird daher von ihm verlangt, daß auch bei abgeschnittener Diskussion den Gegenantragstellern ein kurzes Wort zur Begründung erlaubt werden möge. An den Ausschuß für Geschäftsordnung.

§. 12. „Der Reichsgewalt steht die gesammte Macht Deutschlands zur Verfügung." Dazu ein Minderheitsrochten: „Den Umfang der Reichsgewalt über die gesammte Macht Deutschlands bestimmt der Abschnitt von der Reichswehr."

Die schwierige Vorfrage darüber, ob neben dem Entwurfe des Verfassungsausschusses bei diesem und den nächstfolgenden §§. zugleich der Bericht des Wehrausschusses mit in die Berathung gezogen werden solle, entscheidet sich nach einer weitläufigen Debatte zwischen Mittermaier (Berichterstatter für den Verfassungsausschuß), Vogt von Gießen, v. Stavenhagen, Wigard, Graf Schwerin, Hollondt und Rüder, nach dem Vorschlage Rüder's, welchem Mittermaier beitritt, dahin, daß sämmtliche auf die Geschäftsbehandlung von Art. III bezügliche heute gemachten Anträge an den Verfassungsausschuß übergeben werden. Dieser Ausschuß soll darnach bis morgen Bericht erstatten und eine entsprechende Geschäftsbehandlung vorschlagen.

Nach einigen Erörterungen über die Auswahl der übrigen Gegenstände der morgenden Tagesordnung wird daraus und ungewöhnlich früh (Nachmittags 1½ Uhr) die Sitzung geschlossen.

Frankfurt, 2. Nov. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes: Die in Paris erscheinende Zeitung „La Presse" enthält in ihrer Nummer vom 28. Oktober d. J. einen als Mittheilung bezeichneten Artikel über die Schritte der provisorischen Centralgewalt, hinsichtlich der Friedensvermittlung in Italien.

Dieser in mehrere andere Zeitungen, unter anderm auch in das „Journal de Francfort" übergegangene Artikel, ist in wesentlichen Punkten unrichtig.

! **Frankfurt**, 2. Nov. Die Ente von den fünfzigtausend Mann deutscher Reichstruppen, welche für Italien bereit gehalten werden sollen, ist bis nach Paris geschwommen und hat bei der dortigen Regierung arge Besorgniß erregt. Allein wir haben in Freiburg und Ulm keine zwanzigtausend Mann und denken nicht daran, sie

Digitized by Google

in Italien, für Oesterreichische Händel zu verwenden. Deutschland kann nur wünschen, daß Oesterreich sich dazu versteht, den Grundsatz der Nationalität bei der Feststellung seiner Gränze nach Italien möglichst zu berücksichtigen und sichere Gränzen bekomme. Es kann nur wünschen, daß Italien wie Deutschland sich näher vereinige, und wenn es auch nicht möglich ist, einen Bundesstaat zu bilden, doch zu einem Staatenbund zusammentrete. Dadurch würde für Italiens Wohlfahrt am besten gesorgt, und es hörte auf der Spielball fremder Intriguen zu sein. Von Ollmütz sind wir noch immer ohne die so sehnlich erwarteten Nachrichten von den Reichsgesandten. Wenigstens verlautet, daß seit der Nachricht von dem äußerst artigen Empfange, welchen die Herren Welcker und Mosle beim Hofe und namentlich auch bei der Erzherzogin Sophie gefunden kein Kourier, kein Brief von ihnen eingetroffen sei. Fast könnte man auf den Verdacht gerathen, die Ursache, weßhalb keine Briefe kommen, läge darin, daß die konstitutionelle Reichsverfassung noch nicht eingeführt ist, durch welche das Briefgeheimniß gewährleistet wird. Jedenfalls werden die Reichsgesandten Alles aufbieten, um nach dem Siege der Truppen den Hof vor jedem Mißbrauch der Macht zu warnen.

Herr v. Stockmor ist von Coburg hier eingetroffen. Er reist nach England.

* **Wien.** Unserem Berichte von diesem Morgen haben wir nur wenig nachzutragen. Am 26. kamen Pillersdorf, Krauß und Fischhof vom Kaiser — man sagt, unverrichteter Dinge — zurück. Das „Fr. J." bringt nähere, und wie es scheint, zuverlässige Nachrichten vom 26. Okt., von denen wir Einzelnes entlehnen. Schon on jenem Tage waren die Truppen Meister des ganzen Praters und der Brigittenau, woselbst es zu bedeutenden Gefechten gekammen und bei 200 Nationolgarden todt und verwundet geblieben sein sollen. Auch der von Legionisten besetzte Nordbahnhof wurde durch Kroaten gestürmt, wobei 130 Legionisten zu Gefangenen gemacht wurden. General Wyß hat glücklich die große Taborbrücke erzwungen und ist Herr derselben geblieben, während die Nationalgarden die Eisenbahnbrücke von Florisdorf zum Bahnhofe verbrannt haben sollen. In der Stadt selbst herrscht bereits Unentigkeit und valle Anarchie. Schon am 25. soll eine Schaar Bürgerfrauen in den Reichstag gestürzt sein, und mit Jammer und Wehklogen um ihre Männer und Söhne dringende Abhilfe verlangt haben. — Aus Ungarn melden die nämlichen Nachrichten, daß der von Tarnow mit einem Armeekorps in Ungarn eingerückte FML. Simunich durch das Waagthol bereits in Trentschin angekommen ist, und alle nahen slawakischen Komitote im Aufstande gegen Ungarn sich befinden. — Nach einem Briefe der „Allg. Ztg." vom 27. wor die innere Stadt ruhig. Aus der Leopoldstadt flüchtete alles dahin. Windischgrätz hat General Bem, Wulsky und Schülle als die Personen bezeichnet, die er ausgeliefert haben will.

Prag, 28. Okt. Das C. Bl. o. B. berichtet: Wie wir aus dem Munde eines Deputirten aernehmen, haben die in Prag onwesenden böhmischen Deputirten mittelst einer Zuschrift ihre in Ollmütz befindlichen Kollegen, Palaky und Pinkas, aufgefordert, bei Sr. Majestät und bei dem Ministerium gegen die bekannte Proklamation des Fürsten Windischgrätz Schritte zu thun; insbesondere waren es die Punkte 2, 3 und 4, welche die Deputirten als inkonstitutionell, unbestimmt und so gestellt bezeichneten, daß sie mehr geeignet sind, den Kampf erbitterter zu machen und auch anderweitig beunruhigende Bewegungen hervorzurufen, statt die angestrebte Pacifikation Wiens zu erzielen. Auch haben sie ihre Kollegen in Ollmütz aufgefordert, dahin mit oller Energie zu wirken, daß die Nationalgarde nach vorgenommener kriegsgebräuchlicher Entwoffnung sogleich wieder bewaffnet und überhoupt keine Maßregeln ergriffen werden, die nicht unousweichlich nothwendig, oder den konstitutionellen Prinzipien zuwider sind.

In **Innsbruck** ist om 27. der Landtag eröffnet worden, verstärkt durch Vertrauensmänner, wie früher berichtet. Aus Südtyrol sind keine Abgeordneten erschienen, aus Vorarlberg dagegen sonden sich zwei Vertrouensmänner ein, deren Mission jedoch nur dohin geht, eine beobochtende Stellung einzunehmen, ohne sich bei den Berothungen des Londtags selbstthätig zu betheiligen.

LC. **Berlin**, 30. Okt. Die gestrige vom demokratischen Kongreß angesetzte Volksversammlung untee den Zelten wor von 4—5000 Menschen besucht und beschäftigte sich lediglich mit den Wiener Verhältnissen. Prof. Bayerhaffer (aus Marburg) leitete dieselbe ein. Nach ihm sprach Berlepsch „im Namen der Thüringer" einige Worte zu dem „heldenmüthigen Volke von Berlin." Silberstein (aus Wien) gab eine Darstellung der Wirren in seiner Heimath. An ihn schlassen sich verschiedene Redner an, wie Senin, Broklow, die dos Volk an seine Kraft erinnerten und es aufforderten, den bedrängten Brüdern beizustehen. Ruge gob der ganzen bisherigen Debatte erst eine gewisse Form und einen bestimmten Anhaltspunkt. In einer sehr wirksamen Rede stellte er den Antrag: eine Petition an die Notional-Versammlung zu richten, in welcher man die Vertreter des Volks ouffordere, im Interesse der deutschen Nationalität, im Interesse der Freiheit, den Wienern Beistand zu leisten. Dieser Antrag wurde mit Jubel aufgenammen und zum Beschluß erhoben. Im Ganzen, muß mon gestehen, hatte die Volksversammlung etwas mattes und in den einzelnen Gruppen hörte man vielfach sich dagegen äußern, daß man sich in demselben Augenblicke mit Adressen befasse, in welchem vielleicht der Kampf schon entschieden sei. — Es scheint uns unzweifelhaft, daß der morgen Abend in der Nationol-Versammlung zur Berathung kommende Antrag in Betreff Wiens (s. den heut. Bericht über die Not.-Vers.) mit jenem von der Volks-Versammlung gefaßten Beschlusse im Zusammenhang steht. — Zwei Mitglieder des demokratischen Kongresses, die HH. Senin und Silberstein, sind heute, wie man vermuthet, wegen der gestern gehaltenen Reden verhaftet worden. Braklow, dessen Verhaftung gleichfalls beabsichtigt wurde, hat sich derselben zu entziehen gewußt. — Ueber den bevorstehenden Ministerwechsel scheint noch nichts entschieden zu sein. Es herrscht hier eine seltene Gleichgültigkeit darüber, wer künftighin das Staatsruder führen wird. In Potsdam hat man wohl ein sehr bedeutendes Interesse für diese Frage und die verschiedenen Parteien dort lassen alle Minen springen, um Männer ihrer politischen Farbe an's Ruder zu bringen, allein die Parteien arbeiten auch hier mit einer solchen Schroffheit gegen einander, daß Niemand im Stande ist, auch nur eine einigermaßen bestimmte Combination anzugeben. Hr. v. Pfuel scheint es mit den Parteien in Potsdom sehr verdorben zu haben und es soll diesem als ehrlich und aufrichtig konstitutionell neuerdings von vielen Seiten gerühmten Mann seine Stellung immer schwieriger gemocht werden, so daß derselbe, ouch wenn man vielleicht gegenwärtig wieder nachgiebt, sich schwerlich wird bereit finden lossen, auf seinem Posten zu verbleiben. — Wie wir hören, ist das Jagdgesetz von Sr. Majestät jetzt vollzogen. — Seit gestern soll sich Hr. von Radowitz in Potsdam befinden. — Das hiesige Bürgerwehr-Kommando hat bei der Nationalversammlung daraus angetragen, eine Bestimmung zu erwirken, daß bis zur beendigten Organisation der Bürgerwehr die gewählten Führer im Amte bleiben. Auf den Antrag der Abgeordneten Jacobn, Temme und d'Ester die Bestimmungen der §§. 30—33. 36. 939 und 940. Tit. 1. Th. II. Allg. Landr., welche die Gültigkeit der Eben von Standes- und Religionsverhältnissen abhängig mochen, aufzuheben, schlägt die Fachkommission für Justizreform (Referent: Reichensperger) folgende Fassung vor: „Die Ehehindernisse wegen Verschiedenheit der Religion und des Standes werden in allen Landestheilen, wo deren noch bestehen, hierdurch aufgehoben." — Eine Meinungsverschiedenheit gab sich hinsichtlich der Frage kund, ob dem Gesetz ouch rückwirkende Kraft beizulegen sei. Die Frage wurde mit 6 gegen 6 Stimmen verneint. — Von den adeligen Mitgliedern der Nationalversammlung stimmten für das Schneider'sche Amendement (Abschaffung der Adelstitel) folgende: v. Kirchmann, d'Ester, Graf Reichenbach, Graf Cieszkowski; Nees von Esenbeck, v. Lipski, v. Lisiecki, v. Potworowskis, die übrigen polu. Mitglieder adligen Standes, eben so die Herren v. Auerswald, v. Meusebach und v. Schaen waren nicht onwesend. Die Herren v. Unruh und v. Berg erklärten, sich der Abstimmung enthalten zu wollen.

CC **Berlin**, 30. Okt. Die Berliner wünschen nichts sehnlicher, als die Rückkehr des Königs nach Berlin, und zwar des Königs im Bürger-Rocke; und wir gestehen, die Berliner haben Recht, ein solcher Schritt des Königs, begleitet von nur einigem Entgegenkommen gegen die freien Richtungen der Zeit, deren Dosein doch nun einmal nicht weggeleugnet werden kann*), würde, auch wenn er die verderbliche Wühlerei der schwarzweißen und

*) Für den politischen Standpunkt der neu eingerichteten konstitutionellen Korrespondenz sind die obigen Worte bezeichnend.

Digitized by Google

rothen Reaktion nicht mit einem Schlage vernichtete, doch diesem Treiben einen Damm entgegensetzen, zu dessen Unterwühlung sie eine lange, lange Zeit gebrauchen würde. Und warum soll nicht die aufrichtig konstitutionelle Partei auch für sich das Sprichwort: Zeit gewonnen, Alles gewonnen, in Anwendung zu bringen suchen? Die Aussichten indeß, den König nach Berlin zu ziehen, sind sehr, sehr schwach; noch viel weniger aber wird es möglich sein, ihn zur Anlegung des bürgerlichen Rockes zu bewegen, so unendlich viel auch damit gewonnen wäre. Der König ist unzugänglicher als jemals. Diese Unzugänglichkeit fällt nicht dem Ministerio zur Last, den Räthen im Kabinette des Königs ist sie beizumessen und diese Herren werden dafür dem Volke, der Geschichte Rechnung legen müssen. In den Reihen des demokratischen Congresses ist großer Zwiespalt. Höttner's Austritt habe ich Ihnen bereits gemeldet. Der Dr. Grün folgt ihm, oder ist bereits gefolgt. Er hat es selbst in der Sonnabendsitzung des demokratischen Vereines der Königsstadt ausgesprochen, da der Congreß seiner Erwartung nicht entspreche und in seinen Sitzungen nur Langeweile errege. Der bessere Theil überhaupt, leider aber der kleinere, verläugnet die hiesigen Demokraten und deren Wühlereien öffentlich und zieht sich zurück. Wie sollen wir damit die Versicherung von Waldeck, Jung und Anderen reimen, daß Berlin der Schild der deutschen Demokratie sei? Die Deputirten Breslau's haben dem Terrorismus das Wort geredet, sind aber damit abgefahren. Kurz die Auflösung ist vollständig und das Vaterland mag denen Dank wissen, welche die Blüthe der demokratischen Ritterschaft hierher beriefen um sich wechselseitig aus dem Sattel zu heben. — Die mit Fortschaffung des Grundwassers im Köpnicker Felde beschäftigten Arbeiter verdienen wöchentlich 5 Thlr. Vor dem schlesischen Thore sind jetzt noch 600 Arbeiter beschäftigt, welche sämmtlich in vier Wochen entlassen werden. Dabei wird sichs zeigen, ob sie in der Zeit an die Noth gedacht und etwas zurückgelegt haben, oder ob sie der Kommunekasse zur Last zu fallen gedenken. — Der beklagenswerthe Umstand, daß namentlich in jüngster Zeit die Verhandlungen der Nationalversammlung häufig der parlamentarischen Würde entbehrt haben, ist in mehreren Fractionsversammlungen zur Sprache gekommen. Die Fr. Behrenstraßer hat gestern darüber einen förmlichen Beschluß gefaßt, nach welchem sämmtliche Mitglieder in Zukunft aller Beifalls- oder Mißfallens-Aeußerungen während der Rede eines Abgeordneten unbedingt sich enthalten wollen. (Also ganz wie früher für das königliche Schauspiel angeordnet war. Man sollte das Kino nicht mit dem Bade ausschütten.) — Hr. v. Bodelschwingh's Wahl im Teltower Kreise (oft bezweifelt) soll nun doch gesichert sein. Einige dort einflußreiche bäuerliche Gutsbesitzer erklärten auf die dringenden Abmahnungen vieler Deputirten der rechten Seite sehr naiv: der Hr. v. Bodelschwingh müsse doch eine sehr bedeutende Persönlichkeit sein, da man sich so viele Mühe gebe, seinen Eintritt in die Nationalversammlung zu verhüten, und dies sei gerade ein Grund, um somehr auf seiner Wahl zu bestehen. — Die heutige Verhandlung über Abschaffung des Adels hatte auch ihre heitern Seiten. Von Lisiecki vindicirte für den männlichen Adel Selbstverleugnung genug, um zue sofortigen Ablegung des Adelstitels bereit zu sein. The honourable member war aber der Ansicht, daß die Damen für dergleichen eine gar große Vorliebe haben, und es daher den Ehemännern sehr erwünscht sein würde, wenn die Nationalversammlung ihnen zu Hülfe käme.

Berlin. Nationalversammlung. Sitzung vom 30. Okt. Vorsitzender: v. Unruh. — Es erhebt sich zunächst eine Debatte darüber, ob andere Abendsitzungen, als die in dem früheren Beschlusse bezeichneten, festgesetzt werden dürfen. Nach vielem Hin- und Herreden wird der angenommene Beschluß, das Amendement Arnz, verlesen, und man ersieht daraus, daß je nach Bedürfniß Abendsitzungen außer den zwei bestimmten anberaumt werden können. Die Prioritätskommission hat einem dringenden Antrag: „das Staatsministerium aufzufordern, der Unterdrückung der Freiheit in Wien mit allen zu Gebot stehenden Mitteln entgegen zu wirken", — die Priorität eingeräumt. Für die Festsetzung einer Sitzung auf heute Abend für diesen Antrag erheben sich 168, dagegen stimmen 181. Die Majorität entscheidet sich demnächst für ein Sitzung auf morgen Abend. Man geht zur Berathung des Verfassungsentwurfs über. Die Ueberschrift des Tit. II. und der Art. 3 (betreffend die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft eines Preußen) werden angenommen. Ueber Art. 4 (s. Bericht vom 26. d. M.) wird die allgemeine Diskussion eröffnet. — Schultz (Wanzleben) spricht gegen den Entwurf der Centralabtheilung: auch alle Bezeichnungen von Standesunterschieden müßten aufhören, wenn man den Adel abschaffe, so greife man nicht in das Recht des Familiennamens ein. — Berends: Man habe eine Konstitution verheißen, diese bedinge gewissermaßen schon das gleiche Recht aller Staatsbürger. Man habe eine Verfassung auf breitester Grundlage, also eine demokratische, versprochen, die Demokratie aber könne sich mit derartigen Auszeichnungen nicht befreunden. Auch in den letzten Jahren habe der Adel keine politischen Vorrechte besessen, er sei weiter nichts gewesen, als ein vom Staate geschaffenes, geschütztes, gesellschaftliches Institut. — Sommer unterscheidet zwischen öffentlichen (Vor-) und Familien-Rechten. Mit der Erfindung des Pulvers (allgemeine Heiterkeit) habe der Adel als solcher aufgehört. Der Redner spricht von den Vorzügen einzelner Adeligen und erwähnt den Oberpräsidenten v. Vincke. Schließlich macht er noch auf das Unrecht aufmerksam, das man gegen die mediatisirten Fürsten begehen würde. — Jakoby: ich halte den Gegenstand, den wir gegenwärtig berathen, für eine Sache, die keine große praktische Wirksamkeit hat. Eine Erklärung der Rechte kann das Volk vor einer Verletzung der Rechte nicht sicher stellen. Es gibt zwei Fälle. Erstarkt der neue Geist, so sind die Rechte gesichert, gelingt es aber einer immer sehr mächtigen Partei, eine Apathie gegen den Fortschritt der Neuzeit zu erwecken, dann nützt die Erklärung der Rechte nichts. Diese hat aber auch einen ganz andern Zweck und zwar den, dem Volke das Prinzip der Gesetzgebung kund zu thun. Ueber den Inhalt ist man wohl im Ganzen einig, nur über die Fassung nicht. Welche Fassung wir auch unserm Gesetze geben, immer wird das Volk uns verstehen. Der Vernünftige legt gewiß keinen Werth auf ein „von", ein „Freiherr". Es scheint mir völlig gleichgültig, welche Grabschrift wir auf diesen Leichenstein setzen. (Lebhafter Beifall.) Ruf nach Schluß. — Reichensperger: Er erinnere an den 4. August 1789 in Frankreich, damals hätten die Berechtigten dabei gesessen und ein freiwilliges Opfer gebracht. Ehre, Ritterlichkeit sei in der neuern Zeit das Gut des dritten Standes geworden. Man berufe sich mit Unrecht auf Großbritannien, ein Grundadel sei nicht möglich und ein Papieradel habe keine Stellung. Zu Karl's des Großen Zeiten habe man unter den Franken nur zwei Stände gekannt, Freie und Nichtfreie. Durch Usurpation seien in dieser Zeit Grafen und Ritter entstanden. Nichtsdestoweniger erkläre er sich gegen die Amendements, man möge die Todten ruhen lassen. — Es ist auf Schluß der allgem. Diskussion angetragen. v. Daniels spricht gegen den Schluß und nimmt den Regierungsentwurf auf. Die Majorität entscheidet sich für den Schluß und man geht zur speziellen Diskussion über. Zu den früheren Amendements wird noch von Schneider und Temme folgendes gestellt: „der Adel mit seinen Titeln und Bezeichnungen ist abgeschafft." — Riel's Amendement geht dahin: „Adelstitel werden weder verliehen noch anerkannt." — Bei Berathung des ersten Satzes des Artikels 4 („alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich") bemerkt v. Daniels, daß auch der aus dem Zuchthaus Entlassene Preuße sei. Elsner beantragt den Schluß der Diskussion. Walter ist gegen den Schluß. Elsner: Wenn man über solche Dinge noch lange Reden halte, so sei dies eine Komödie und man stellt der Versammlung, dem Lande gegenüber, ein Armuthszeugniß aus. (Beifall links.) — Die Majorität beliebt den Schluß und nimmt den ersten Satz des Art. 4 an: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich."

Der zweite Satz des Art. 4 lautet im Entwurf der Centralabtheilung: „Es giebt im Staate weder Standesunterschiede, noch Standesvorrechte, noch einen besondern Adelsstand." Kunth will vor „Standesunterschiede" einschalten „gesetzliche"; die übrigen Unterschiede möge die Sitte aufheben. Wolle man aber das „von" abschaffen, so müsse auch die Endung „—ski" der polnischen Namen beseitigt werden. — Wechsel. Der Adel ist schon längst faktisch abgeschafft. Ja er ist eine historische Lüge (Heiterkeit). Die Ministerialen waren Unfreie, oft Uneheliche, die man dadurch, daß sie zu ehelichen erhoben wurden, in den Fürstendienst einzutreten, bestimmte. Der Redner sucht diese Ansicht geschichtlich und sprachlich abzuändern. Er schließt: Todt ist der Adel und bleibt er! Der Pathos des Redners erregt Lachen von allen Seiten. — Schneider. Obgleich schon die Gesetzgebung von 1807 den Adel vernichtet hat, so bedroht er dennoch jetzt aus 1000 Feuerschlünden die junge Volksfreiheit. Bis in die neuste Zeit habe ich selbst mich gescheut, dem Adel seinen Schmuck mit seinen Vorrechten zu nehmen; aber jetzt habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß ein Uebel nur durch Ausrottung aller seiner Wurzeln und Fasern voll-

Digitized by Google

ständig zu beseitigen ist. Fortan soll nur eine Aristokratie, die der Gesinnung und der Bildung bestehen, und ein Adel, der Seelenadel. Ich richte an Sie, adeligen Mitglieder der heutigen Versammlung, die Bitte, verzichten Sie selbst auf einen leeren Titel zu Gunsten der Volksfreiheit! (Beifall). Claasen: Der Adel ist vernichtet, aber der ererbte Namen ist ein Besitz, an dem Alle mit Liebe hängen. Man fürchtet, die Reaktion werde sich an die Namen klammern, sie werde das Todte mit Fleisch und Farbe bekleiden. Aber wer die Reaktion für schwärmerisch, für idealisch hält, der kennt sie nicht. Sie fürchtet nur eins, die demokratischen Tugenden. — v. Lisiecki für das Amendement Schneider's: Wie der Adel auch faktisch vernichtet sei, so müsse dies doch gesetzlich ausgesprochen werden, schon der Frauen wegen, welche den Mann verhindern, dem unwürdigen Flitter zu entsagen, (Heiterkeit). Das Ritterthum sei zwar gebrochen, aber es habe sich nach Unten als Junkerthum, nach Oben als Absolutismus gestaltet. der Adel habe sich als der Diener des Absolutismus erhalten. Nachdem aber der Herr vernichtet sei, müsse auch der Diener bei Seite geschafft werden. — Mätze: der Satz „der Adel ist aufgehoben" sei schon mit dem Volke verwachsen, es werde an die Aufhebung nicht glauben, wenn man diesen Satz nicht beschließe. — Plönnis für den Entwurf: Niemand hat das Recht, dem Adel den Namen zu verstümmeln. — Temme zählt die verschiedenen Vorrechte auf, die der Adel nach der noch bestehenden Gesetzgebung hat: Nur der Adel ist zur Erwerbung größerer Güter befähigt; er darf keine Gewerbe treiben, er ist zu den höheren Offizierstellen vorzugsweise geeignet, er darf sich mit „Weibspersonen," wie es im Gesetz heißt, vom gemeinen Bürger- und Bauernstande nicht verheirathen, er darf ehrbare Bürgerstöchter verführen und sie mit einigen lumpigen Thalern abfinden. Das Alles gilt zum Theil noch. Was ihm an Vorrechten genommen ist, hat er seit 1815 auf andern Wegen wieder zu erlangen gewußt, und noch jetzt sehen wir ihn überall wo es gilt den Freiheiten des Volkes entgegenzutreten. Welche Namen lesen wir jetzt, die in der Umgebung des unglücklichen Kaisers in Ollmütz genannt werden als Verschwörer gegen das arme Wien? Nur Fürsten, Grafen und Barone, und nicht bloß österreichische, auch preußische. Soll der jetzige Zustand noch länger dauern? Soll der Adel noch ferner das Recht haben, Bürgerstöchter zu verführen? (Stimme zur Rechten: Pfui! Linke: Bravo.) — Min. Eichmann: Dieselbe Angelegenheit, die hier verhandelt wird, war Gegenstand der Verhandlungen der Frankfurter Versammlung. Es ist dieser Gegenstand dort mit besonderer Mäßigung behandelt worden und dennoch dem Bedürfnisse der Zeit vollkommen Genüge geschehen. Den Satz, den die Central-Commission aufgenommen, hat man dort nicht adoptirt. Man hat sich offenbar gescheut Etwas auszusprechen, was mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Die Stände, wie man im Allgemeinen die durch die Lebensstellung geschaffene Unterscheidungen bezeichnet, können nicht aufgehoben werden. Keine Versammlung, glaube ich, wird mehr berufen, sich über die Aufhebung des Adels auszusprechen, als die Frankfurter. Der Adel ist ein Institut nicht eines einzelnen Bundesstaates, sondern des ganzen Deutschlands. Gerade hierin zeigt sich wieder die innige Vereinigung aller deutschen Länder. Es gibt keine Adelsfamilie, die nicht durch ganz Deutschland ihre Zweige hat. Aber in Frankfurt hat man offenbar der Sitte ihr Recht belassen wollen. Man hat sich zugleich enthalten, der mediatisirten Fürsten Erwähnung zu thun, deren Rechte und Verhältnisse durch die deutsche Bundesakte so wie durch besondere Verträge festgestellt sind. Ich bitte Sie dringend, diese Sache die von je als eine Angelegenheit von ganz Deutschland betrachtet wurde, der Frankfurter Versammlung zu überlassen. Dem Bedürfniß der Zeit wird, glaube ich, genügt sein, wenn Sie das Amendement Walter's annehmen. (Dasselbe schlägt an Stelle des Entwurfes den Satz vor: „Es gibt vor dem Gesetze keine Vorrechte der Geburt, des Ranges oder Standes.") — Parisius für Schluß der Debatte: Die Gründe, welche die Minister vorgebracht, seien so schwach, daß eine weitere Erörterung nicht nöthig scheint. — d'Ester erklärt sich hiervon zwar gleichfalls überzeugt, doch müsse das Jung'sche Amendement, welches Abschaffung aller Orden und nicht berufsmäßige Titel verlangt, noch zur Discussion gebracht werden. Es wird für den Schluß entschieden. Diescher will noch einige Bemerkungen machen, um den Adel, wie er sagt, mit Humor zu begraben. Er wird jedoch unterbrochen und verläßt mit den Worten: „Sie haben sich eines großen Vergnügens beraubt!" die Tribüne. — Pilet (Berichterstatter) wies auf den stenographischen Berichten der Frankfurter Versammlung nach, daß es die Absicht der letzteren war, auch die Standesprivilegien der Mediatisirten aufzuheben. — Die Abstimmung durch Namensaufruf erfolgt über das Amendement Schneider. Dasselbe wird mit 193 gegen 153 verworfen. Das linke Centrum (Robbertus, Schulze-Delitzsch, Parisius, Par, Arnz ꝛc.) hatte dagegen gestimmt; 2 (v. Unruh und v. Berg) haben sich der Abstimmung enthalten, 47 gefehlt. Die Abstimmung wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt. Schluß 2¼ Uhr.

Frankreich.

Paris, 30. Okt. — Stand der Renten: 5pCt. 68. 25; 3pCt. 44. 15; Neue —; Neapol. 79. —; Bankactien 1500. —; Span. 5pCt. (Arbois) 13⅛; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 105. —; linkes Ufer —. —; Paris-Orleans 602. 50; Paris-Rouen 380. —; Orleans-Bordeaux 367. 50; Orleans-Bierzon —. —; Rouen-Haore 180. —; Marseille-Avignon 156. 25; Straßburg-Basel 80. —; Nordbahn 352. 50; Paris-Lyon 361. 25; Paris-Straßburg 328. 75; Römisches Anlehen 63¾.

Abermaliger, wenn auch nicht bedeutender Rückgang in den Fonds (30 Cent. auf die 3pCt. und 15 Cent. auf die 5pCt. Rente) in Folge der Budgetsvorlage und des bedeutenden Deficits, welches daraus hervorgeht. Von Eisenbahnen fielen die Marseiller um 12 Frs. 75 Cent., Orleans um 7 Frs. 50 Cent., die anderen unbedeutend oder gar nicht.

Madrid, 25. Okt. 3pCt. 18⅝ à ⅝ P. (Nach der Börse 18½ G.); 5pCt. 9¼ P. (N. d. B. ⅛ à ⅛ G.); Passive 3⅜ P. (N. d. B. 3¼ G.); Treuscheine der neuen Anleihe von 100 Mill. Realen wurden zu 68 (Papier) notirt.

Frankfurter Börsenbericht vom 2. November.

5pCt. Metalliques 67¾ G.; 2½pCt. ditto 35⅝ G.; Bankaktien fl. —— —.; fl. 500. Loose 116 G.; fl. 250. Loose 79½ G.; Badische fl. 35. Loose 25¾ G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 25⅛ G.; Poln. fl. 500 Loose 67¾ G.; Friedr. Wilh.-Nordbahn 41¼ G.; Berbach 67¾ G.; Köln-Minden 74⅛ G.; 3pCt. inländ. Span. 17⅜ G.; 4½pCt. Wüet. 92½ G.; 4½pCt. Belg. 74⅛ G.; Holl. 2½pCt. Integrale 45 G.

Die Böse war in Folge der eingetroffenen telegraphischen Nachrichten aus Wien, deren Bestätigung indessen abgewartet werden muß, sehr animirt. Für 2½pCt. Metall. wurde vergebens 35⅝ à ¾ geboten, ohne daß sich Abgeber zeigten. Einkaufsaufträge mußten darum unausgeführt bleiben. — Nordbahn war sehr ausgeboten; man meint, daß ungünstige Nachrichten aus Kassel eingetroffen seien.

Nachschrift.

Die „Deutsche Reform" enthält folgende Nachrichten aus **Wien**: „Der Kampf war am 29. Mittags noch nicht beendet. Windisch-Grätz hat mehrere Vorstädte genommen. Unterhandlungen sind eingeleitet, deren Erfolg noch nicht bekannt ist.

Am Vormittage des 29sten ließ Windischgrätz den Kampf einhalten und gewährte eine Frist. Augenblicklich kamen zahlreiche Parlamentaire, denen gegenüber er auf die schon früher geforderten Entwaffnung der Arbeiter und Studenten bestand. Der ungarische Vortrab hatte sich zwar gezeigt, aber ohne allen Angriff wieder nach Bruck zurückgezogen. Am 29. Mittags kamen drei Wagen mit Parlamentären an, um Windischgrätz aufzusuchen. Sie fanden ihn nicht, da er mit seinem Stabe nach Bruck geritten war, um die Stellung des ungarischen Vortrabs zu rekognosziren. Die Parlamentäre fuhren ebenfalls dahin und man erwartete am 29sten Nachmittags mit Spannung ihre Rückkehr.

In der Nacht vom 28sten zum 29sten besetzte Windischgrätz das Belvedere, den Schwarzenbergschen Garten und auf der andern Seite die Jägerzeil und Leopoldstadt. Man hörte nur klein Gewehrfeuer, und auch das nur vereinzelt. Am Morgen des 29sten begann der Angriff auf die zum Widerstand entschlossensten Vorstädte Wieden, Mariahilf und Schottenfeld. In Wieden wurde der meiste Schaden angerichtet.

Die Voss. Ztg. enthält folgende auf außerordentlichem Wege eingegangene Nachricht:

Hitzing, 30. Okt. Der Gemeinderath von Wien hat dem Fürsten Windisch-Grätz die unbedingte Unterwerfung der Stadt angekündigt.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kieffelbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder beliebe man sich an C. A. Alexander in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 294. Frankfurt a. M., Freitag 3. November. 1848.

Uebersicht.

Die englische Politik und die österreichische Monarchie.

Deutschland. Frankfurt (Freihandel und Schutzzollvereins. Landwirthschaftlicher Congreß. Adresse des deutschen Centralcomités in Posen an den Präsidenten der Nationalversammlung. Interpellation der Westendhall. Rundschreiben Wessenbergs an die österreichischen Gesandtschaften.) Wien (Proclamation des Fürsten Windischgrätz an die Wiener. Unterwerfung der Stadt. Einzelnheiten des Kampfes.) Prag (Umschwung der öffentlichen Meinung. Deputation nach Ollmütz.) Teplitz (Desertion der ungarischen Truppen.) Berlin (Die Landesversammlung. Berlin und Frankfurt. Herr v. Auerswald. Die Verhaftungen. Reform der Polizei. Rundschreiben Eichmann's. Abschaffung des Adels, der Orden und Titel. Unruhen. Die Landesversammlung belagert.) Darmstadt (Gnadenakt.) Aus Schleswig-Holstein (Schleswig-Holstein'sche Flagge.) Lübeck (Abreise der Kronprinzessin von Würtemberg.)

Frankreich. Paris (Bedeutendes Defizit im Budget. Die Anhänger und Gegner Ludwig Napoleons. Der Geschäftsverkehr.)

Italien. (Der Großherzog von Toskana muß nachgeben. Aufstände. In Genua beruhigen sich die Truppen. Kommerverhandlungen zu Turin. Nachrichten aus Venedig. Der Pabst will sich über die Kriegsfrage nicht aussprechen.)

---

3. November.

In einem seiner leitenden Artikel über Oesterreich's wiere Lage bezieht sich das „Morning-Chronicle" unter andern auf einen Ausspruch Schuselka's, wonach es in Europa nur drei Hauptvölker gibt: Deutsche, Engländer und Franzosen, während alle übrigen Völker diesen dreien untergeordnet und von der Vorsehung bestimmt seien, als Satelliten Licht und Wärme von jenen zu borgen, sich um das eine oder das andere derselben in der Runde zu gruppiren und, in Folge einer unwiderstehlichen Anziehungskraft, sich von ihnen Gang und Bewegung vorschreiben zu lassen. Nun aber weiß man, daß die Engländer eigentlich nur zwei weltherrliche oder wie sie sich auszudrücken lieben, „leitende" Völker anerkennen, sich selbst und die Franzosen, die sie mit einer gewissen Herablassung als zweite herrschende Macht neben sich dulden, im Bewußtsein, daß England durch seine unverhältnißmäßige Uebermacht zur See, durch seine kluge, ausdauernde und auf einen Punkt gerichtete Politik, durch die auf die industrielle Entwickelung des Kontinents furchtbar drückende Wucht seiner Kapitalien, durch die im Innern geordneten und lange häusliche Ruhe versprechenden Verhältnisse bei weitem der Republik Frankreich, die sobald nicht aufhören wird, ein Zwitterding von Republik und Monarchie zu sein, überlegen ist. Frankreich, mit sich selbst nur zu sehr beschäftigt und im Gefühl, daß im Falle eines allgemeinen Kriegs seine Kolonien und namentlich das mit so vielen Opfern von Blut und Geld erkaufte Algerien, eine leichte und willkommene Beute des zur See gewaltigen Englands sein würden, hat die Leitung der europäischen Politik für den Augenblick fast so gut wie in die Hände Englands niedergelegt, das, seitdem Frankreich die konstitutionelle Monarchie von sich gestoßen, eher den Czar von Rußland als den künftigen Präsidenten Frankreichs zu seinem Busenfreund erwählen würde. England macht, wie Nordamerika republikanische, im ausgesprochensten Sinne konstitutionelle Propagonda, daher seine überall aufregende und anspornende, die Völker gegen ihre Herrscher in Schutz nehmende Politik zu der Zeit, als Europa noch in den Banden des Absolutismus lag, daher jetzt die fast ultra-konservative Politik Englands, wie sie sich wenigstens theoretisch in der mächtigen „Times" ausdrückt, welche als Universalmittel gegen die Rebellion überall ihm den Militärdespotismus und den Belagerungszustand empfiehlt und die zwischen den Regierten und Regierenden entstandenen Risse mit Kartätschen und Paßkugeln zu stopfen anräth.

Freilich ist diese Politik der Times vielleicht nicht so ganz die Politik der englischen Regierung oder vielmehr Lord Palmerston's, in welchem diese Politik zu Fleisch und Blut geworden. Es gibt Individuen, denen die Neigung, überall zu intriguiren, die Hände im Spiele zu haben, zu hetzen und Feindschaft und Verwirrung zu stiften, allmälig so zur zweiten Natur geworden ist, daß sie im höheren Alter von dieser Leidenschaft selbst zu ihrem eigenen Schaden nicht lossen können. Zugleich ist es Art und Laune dieser Naturen, gelegentlich wieder Versöhnungsscenen zu veranstalten, zu vermitteln und den Rathgeber zu spielen, ohne doch je ernstlich eine aufrichtige und haltbare Versöhnung zu beabsichtigen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an das ewige Vermittelungsgeschäft der englischen Regierung in den Angelegenheiten der La Plata-Staaten, an Englands Betheiligung bei den innern Händeln Portugals, wodurch es ihm freilich gelang, dieses unglückliche Land in einen Zustand vollkommener Handelsabhängigkeit zu bringen, an seine Intriguen in Spanien wegen der Angelegenheit der Doppelheirathen, Intriguen, die vielleicht zum Sturze Guizot's, den man wollte, aber auch zum Sturze Ludwig Philipp's, den man wohl nicht beabsichtigte, das Ihrige beitrugen; wir erinnern an die zweideutige Rolle, welche die englischen Gesandten zu verschiedenen Zeiten an den Höfen von Konstantinopel und Athen, und noch neulich gewisse Agenten bei dem jüngsten Aufstande in Patros gespielt haben; wir erinnern daran, wie gleich nachdem die neapolitanische Regierung, um die Waffensendungen von Malta nach Sicilien zu erschweren, die englischen Schiffe mit Quarantäne zu belegen drohte, der Aufstand in Palermo zum Losbruch kam; wir erinnern endlich daran, wie den Zerwürfnissen mit Spanien wegen der brüsken Wegsendung Hrn. Bulwer's sehr bald Aufstände in Katalonien und der Einbruch Cabrera's folgten.

Wenn auch die von den unabhängigeren und freisinnigeren Zeitungen Englands selbst schwer angefeindete Persönlichkeitspolitik Palmerston's, der ohne Zweifel mit großem Talent und staatsmännischer Umsicht ausgerüstet ist, zumeist an den schweren Anklagen Schuld hat, welche in dieser Hinsicht gewiß nicht ohne die deutlichsten Verdachtsgründe gegen England gerichtet werden, so lag es doch von jeher im Interesse Englands und war das Hauptstreben seiner Politik, die Völker nach außen zu schwächen, indem es jedes Trennungsgelüst in deren Innern unter seinen Schutz nahm und heimlich begünstigte. England duldet, wie bereits gesagt, Frankreich als zweite nebenbuhlerische Macht neben sich, und es geschieht gewiß nicht ohne Grund, wenn die englischen Zeitungen das ehrgeizige Frankreich mit liebkosenden Worten so oft davon unterrichten, wie Frankreich und England gewissermaßen Dioskuren, Frankreich nur die andere Hälfte Englands sei, wie sie eine gemeinsame Aufgabe zu erfüllen und der Civilisation der Menschheit Weg und Richtung vorzuzeichnen hätten. Diese ceremoniellen Freundschaftsversicherungen und Huldigungen stimmen denn freilich sehr wenig mit andern Artikeln, in denen Frankreich auf's erbärmlichste geschulmeistert und auf's verletzendste von oben herab behandelt wird. Eine dritte Weltmacht, die vielleicht bei Gelegenheit mit Frankreich in einen engen Bund und dadurch gegen Großbritannien in näherer oder fernerer Zeit in die Schranken treten oder in Gemeinschaft mit der zweiten Weltmacht nur ein System gemeinsamer Kontinental-Handelspolitik gegen dasselbe verfolgen könnte, wäre England in jedem Fall sehr unwillkommen. Zwei nicht ohne eigene Schuld (denn es wäre historisch falsch und einseitig, diese Schuld nur dem Egoismus der Fürsten und den Umtrieben des Auslandes beimessen zu wollen) in Frag-

Digitized by Google

mente zersplitterte Völker streben gegenwärtig nach innigerer Verschmelzung, Italiener und Deutsche. Es ist wohl unschwer einzusehen, welche anfangs aufstachelnde und hetzende, sodann hemmende, trennende und schwächende Politik England in den italienischen Angelegenheiten verfolgt hat. Wir Deutsche werden schwerlich von England uneigennütziger und großmüthiger behandelt werden; wir ahnen und wissen, wir sehen es aus den englischen Zeitungen, wie bestissen England ist, in den nordischen Seestaaten und namentlich in Preußen, das etwa vorhandene Sonderinteresse und die Abneigung gegen die Centralbestrebungen in Frankfurt zu nähren; endlich haben wir selbst in unserer Gutmüthigkeit England die Hand geboten, sich in unsere Angelegenheiten mischen zu können, wir haben ihm das Vermittelungsgeschäft bei der Krone Dänemarks, für welche England von vornherein offen Partei genommen, in die Hände gelegt, und wir sehen, wie diese Vermittlung nur dazu beizutragen droht, diese zwistige Frage zu einer ewigen zu machen.

Jetzt und seit Langem hat sich der englischen Politik ein neuer Tummelplatz im Innern der österreichischen Monarchie selbst eröffnet, sehr willkommen für England, welches nur zu gut einsieht, zu welcher Macht Deutschland gedeihen würde, wenn Oesterreich mit seinen deutschen Provinzen vollkommen in Deutschland aufginge und dabei seine außerdeutschen Länder beisammen behielte. Die deutsche Weltmacht würde so mit noch einer Weltmacht, der österreichischen, verstärkt werden und die Herrschaft an der Mündung des Po, wie an den Mündungen der Donau uns gesichert sein. Dem mußte vorgebeugt werden. Prokesch, hierin ein vollkommen gültiger Gewährsmann, beschuldigt Palmerston offen, Oesterreichs größter Feind zu sein und bei den Umtrieben Kossuth's seine Hand im Spiel zu haben. Schwerlich würde auch Kossuth so entschieden, so energisch aufgetreten sein und dem Wiener Hofe den Fehdehandschuh hingeworfen haben, wenn ihm nicht irgend ein diplomatischer Handlanger einer auswärtigen Weltmacht mit Rath und That zur Hand ginge. Wenn aber die Beschuldigung von Prokesch wahr sein sollte, so ist Kossuth doch nur das bewußtlose Spielzeug einer Politik, die etwas ganz anderes will, als die Freiheit und Unabhängigkeit Ungarns. Alle leitenden englischen Zeitungen ergreifen plötzlich und unversehens die Partei des Kroaten- und Tschechenthums. Die „Times" räth dem Kaiser, sich auf Gnade und Ungnade den Böhmen in die Arme zu werfen und Prag zu seiner Residenz zu erheben, sie erblickt in Jellacic und Windisch-Grätz die Retter der Dynastie und der Ordnung in Oesterreich, und das „Morning Chronicle" jubelt bereits, daß es mit einer dritten Weltmacht in Europa nichts sei, denn schon lösten sich slavische Königreiche von Oesterreich ab und brächen dadurch dem Einfluß Deutschlands auf den Orient die Spitze; diese Zeitung freut sich schon auf die roth-gelb-grünen Reiche, womit künftig die Karte Europas verziert sein werde, Reiche, „von denen das Gehirn Lord Castlereaghs oder der Kartenzeichner bei der Gesellschaft für Ausbreitung nützlicher Kenntnisse sich nichts träumen ließen."

Wir wissen die Kamarilla des Kaisers von Oesterreich, deren Politik noch ganz dieselbe ist wie zur Zeit des dreißigjährigen Krieges, ganz vollkommen zu schätzen, wie die Kamarillen anderer deutschen Fürsten, die noch immer nichts davon zu wissen schienen, daß die Stuarts allein an ihren Kamarillen zu Grunde gegangen sind; aber wir fragen mit demselben Recht, wofür haben die Wiener Studenten, die ihre politische Kenntniß fast nur aus Börne, Eugen Sue und den socialistischen Schriftstellern Frankreichs geschöpft haben, im Bunde mit den Proletariern und angefeuert von den Wiener Grisetten, so „todesmuthig" gestritten, für die Republik, die nur mit Hilfe eines Staatsbankerotts ins Leben treten könnte und für welche das österreichische Volk nach der langen Metternichschen Schule unmöglich reif sein kann? oder für den Zerfall und dadurch Zusammenfall Oesterreichs mit Deutschland? oder für die Reaction im altösterreichischen Sinne, der man die gewünschte Handhabe bot? oder für das allerdings hochmüthige und die Rechte und Freiheiten anderer Völkerstämme mit Füßen tretende Magyarenthum? oder für den aufgehenden Stern Jellacic's; für jene Kroaten, die bisher verachteten Heloten Oesterreichs und Ungarns, „die wo sie in ihren sandalenartigen Opanken fast lautlos und nur mit leisem Gemurmel vorüberziehen, an die Nebelkrieger der nordischen Mythen erinnern"? Oder für Böhmen, von wo aus vielleicht ein moderner Wallenstein dem Wiener Hofe oder dem künftigen österreichischen Konvent Gesetze vorschreiben oder ein neuer Ziska an der Spitze fanatischer Horden sich auf das benachbarte Land stürzen und seine Städte und Fluren, seine Sitte und Bildung verwüsten wird? Oder für die Unabhängigkeit des lombardo-venetianischen Königreichs und zugleich für ein großes Slawenreich, welches sich, möglicher Weise als russisches Vasallenreich, wie ein Keil zwischen Rußland und Deutschland einschieben, Ungarn als unterthänige Enklave ein- und Deutschland vom adriatischen Meere abschließen, dadurch aber den Traum von einem die Ostsee und das schwarze Meer berührenden Slawenreiche wahr machen soll? — Oder werden die von einem energischen Instinkt nach dem Westen getriebenen Ostvölker, ein ganzer Welttheil in Waffen, die schlauen und herrschlustigen Slawen als bahnbrechender und wegweisender Vortrab voran, unter einem neuen Attila mit ihren Familien und Heerden eine abermalige Wanderung antreten und sich über den Westen ergießen, weil es möglicherweise vom Schicksal beschlossen sein könnte, auch diese Stämme für Kultur und Civilisation zu gewinnen und zu neuen Völkermischungen mit der zerfallenden germano-romanischen Welt zu verwenden? Oder werden wir im Gegentheil in diesem Kampfe einer Welt gegen eine Welt Sieger bleiben und durch die mit dem Schwert geöffneten Pforten des Ostens jene weiten Gebiete uns unterwerfen und so für unsere drängende Thatkraft einen unbegrenzten Raum und für unsere gestopfte Bevölkerung Abflüsse nach allen Richtungen der Ostwelt finden? Es sind dies dunkle und wirre Fragen, auf die weder die Weisheit der Kamarilla noch die martialische Philosophie der Aula Antwort zu geben vermag. Seltsam aber wäre es, wenn die kriegerischen Studenten Wiens an Fäden gezogen würden, deren Enden, freilich zu entgegengesetzten Zwecken, auf der einen Seite bis in den kaiserlichen Palast zu St. Petersburg, auf der andern bis in die Downing-Street zu London reichten.

Deutschland.

⁝ **Frankfurt**, 2. Nov. Das jetzt rasche Fortschreiten der Nationalversammlung mit der Berathung und den Beschlüssen über die Reichsverfassung führt dieselbe wohl bald auf das Gebiet der materiellen Interessen, die in den §§. 21 u. f. w. des Entwurfes betroffen werden und durch die zu erwartenden Feststellungen in der Reichsverfassung eine für ganz Deutschlands Gemeinwohl höchstwichtige Grundlage erhalten sollen. Es ist bereits ziemlich allgemein anerkannt, daß die Nationalversammlung verhältnißmäßig nur wenige Sachkenner für Handel und Gewerbe in sich schließt, und in dieser Rücksicht auch der volkswirthschaftliche Ausschuß keineswegs die Ansprüche zu befriedigen vermag, welche der deutsche Handels- und Gewerbsstand (zu letzterem rechnen wir außer Fabrikanten und Handwerkern auch die Landwirthe) an eine kompetente rathgebende Behörde der Nationaloersammlung zu stellen sich befugt hält; ebensowenig kann einem solchen Anspruche die Stimme eines Handelsministers genügen, der überdem noch immer ohne eine Feststellung seiner Befugnisse ist. Daß die materiellen Interessen Deutschlands eine umfassendere Vertretung fordern, als in dem bisher Gegebenen vorhanden ist, ergibt sich wohl klar aus der Thatsache, daß, ohne Berufung, schon seit Monaten Abgeordnete des Handels aus allen Gegenden Deutschlands sich hier in verschiedenen Vereinen unabhängig berathen und Maßregeln zur Einwirkung auf die Beschlüsse der Nationalversammlung vorbereiten. Der deutsche Verein für Handelsfreiheit hat sich nach Programm und Statuten vom 24. Okt. neuerdings organisirt, gestern hielt dagegen ein Verein von etwa sechszig Freunden des Schutzzolles eine Vorberathung, und am 6. d. wird hierselbst ein landwirthschaftlicher Kongreß zusammentreten, zu dem viele Abgeordnete aus allen Gegenden Deutschlands erwartet werden. Bei solchen umfassenden freiwilligen Bestrebungen wird die Nationaloersammlung wohl Veranlassung haben, darauf Rücksicht zu nehmen, bevor sie organische Anordnungen gesetzlich feststellt, die den wohlverstandenen materiellen Interessen Deutschlands eine unwillkommene Richtung geben oder geradezu nachtheilig werden könnten.

† **Frankfurt**, 2. Nov. So eben ist eine Adresse des deutschen Centralcomites von den Posener Abgeordneten dem Präsidenten der Nationaloersammlung eingehändigt worden, welche mit dem bestimmten Antrag schließt: „Eine hohe Versammlung wolle die schleunigste Ausführung des Beschlusses vom 27. Juli, also die sofortige Ziehung der Demarkationslinie und damit die durchgreifende Trennung des deutschen vom polnischen Theile der

Provinz Posen mit Entschiedenheit herbeiführen." — Zugleich ist auch der Protest gegen die preußische Nationalversammlung mit übergeben worden, welcher mit mehr als 20,000 Unterschriften bedeckt, bereits am 28. in Berlin eingetroffen war. Dieser Protest enthält in seinem Eingange folgende Stelle: „Wir sind durch unumstößlichen Spruch des deutschen Parlaments als vollbürtige Söhne des gemeinsamen Vaterlandes anerkannt worden, und der begeht Verrath an dem deutschen Volk, Verrath an unserem schwererkämpften Recht, der zwischen der deutschen Nation und uns ein absonderndes Verhältniß herzurichten gedenkt." Nachdem auseinandergesetzt worden, wie die preußische Landesversammlung sich unbedingt in der posener als einer rein deutschen Frage dem Frankfurter Parlament hätte unterwerfen müssen, heißt es am Schluß: „Wir erheben also feierlichen Protest gegen den von Einer hohen Landesversammlung gefaßten Beschluß und verwahren uns ausdrücklich gegen jede Beeinträchtigung unserer gewährleisteten Rechte an das deutsche Vaterland. Wir verwahren uns namentlich im Voraus gegen das noch vorbehaltene organische Gesetz, welches uns auch gegen unser preußisches Vaterland in eine Sonderstellung hineinzuzwängen droht. Keine Mauer zwischen Deutschland und Deutschland! Die Reichsgrenze falle dahin, wo sie hingehört, dort wo im gegenwärtigen Moment Deutschland gegen Polen nach Sprache und Sitte mit lebendig ausdrucksvoller Unterscheidung sich selbst die Marksteine gesetzt hat." — Die Interpellationen und dringlichen Anträge, welche für heute in der posener Frage vorbereitet sind, gehen von dem linken Centrum aus.

† **Frankfurt**, 2. Nov. Die Westendhall (äußerste Gruppe des linken Centrums) hat mit Ausnahme von zwei ihrer Mitglieder (Venedey und Rey) eine Interpellation wegen des Beschlusses des preußischen Reichstages vom 23. Okt. eingereicht, eine gleiche ist vom Casino (rechtes Centrum), eine dritte von dem Abgeordneten Kerst aus Posen und die vierte von Jordan aus Berlin übergeben. Alle diese Interpellationen kommen morgen zur Verkündigung. — Nach der heutigen Wiederwahl Heinr. von Gagern's, erwartete die Mehrzahl in der Nationalversammlung mit bangee Spannung in seiner Rede eine Hindeutung auf den Entschluß, die Präsidentenwürde bei der nächsten Wahl niederzulegen. Dieser Entschluß stand bereits für die diesmalige Wahl fest und nur die Vorstellungen des Vicepräsidenten, welcher bei Ausführung desselben ebenfalls die Wahl ablehnen wollte und die Rücksicht darauf, daß Beseler (welchen eine große Mehrzahl der Versammlung mit dem jetzigen Vicepräsidenten stillschweigend als einen zeitweiligen Ersatz für Heinr. v. Gagern betrachtet,) noch nicht als Abgeordneter gewählt worden, konnte den Präsidenten zum Aufschube bestimmen. Die Gründe für Heinr. v. Gagern's Wunsch nach einstweiligem Rücktritt liegen theils in seiner angegriffenen Gesundheit, theils in dem Zartgefühl, daß er nicht zu lange ununterbrochen in dem Genusse des bedeutenden Präsidentengehalts bleiben will.

Frankfurt, 2. Nov. Der k. k. österreichische Ministerpräsident, Freiherr v. Wessenberg, hat an alle österreichischen Gesandten an den deutschen Höfen nachstehendes Rundschreiben erlassen:

„Die letzten Wiener Ereignisse haben in Deutschland eine zum Theil irrige Auslegung gefunden. Zur richtigen Beurtheilung der Frage dürften folgende thatsächliche Umstände zu beherzigen sein.

„Die in diesem Augenblicke unter den Mauern Wiens stattfindenden militärischen Operationen haben nur einen Zweck: die Bekämpfung der Anarchie und die Wiederherstellung eines gesetzlichen Zustandes. Die gewährleisteten Freiheiten zurückzunehmen, den unter dem Namen „Reaktion" von der Umsturzpartei als Schreckbild aufgestellten Popanz zu verwirklichen, oder gar für eine der österr. Nationalitäten oder die anderen die Hegemonie zu erobern, liegt außer Absicht des Kaisers und seiner Regierung. Es ist kein Kampf der Nationalitäten, keine Umbildung der Monarchie in ein staatliches Oesterreich, wie die deutsche Presse glaubt, oder zu glauben vorgibt, sondern der Kampf der Ordnung gegen die Anarchie, der gesetzlichen Gewalt, ohne die es keine Regierung gibt, gegen die Schreckensherrschaft, der Erhaltung gegen den Umsturz. Wir müssen es als eine Verwirrung der Begriffe, als eine Verkennung der Thatsachen bezeichnen, wenn man diesem Kampfe eine andere Deutung gibt.

„Die Revolution hat ein deutsches Gewand angelegt. Die deutschen Farben sind die Wahrzeichen der Partei des Umsturzes geworden. Nicht der Freiheit, der Größe und dem Wohle Deutschlands, welche zu wahren der Kaiser von Oesterreich sich vorzugsweise für berufen hält, gilt es, mit Waffengewalt entgegen zu treten, sondern nur gegen die jene Farben und jene Sachen zu ihren verderblichen Zwecken mißbrauchende Partei sind die Bestrebungen der Regierung und der Armee Sr. Majestät gerichtet.

„Ich ersuche Euer ꝛc., diesen Gesichtspunkt fest zu halten und in Ihrem Wirkungskreise nach Möglichkeit geltend zu machen.

„Se. Maj. der Kaiser und die Regierung sind entschlossen, diesen Kampf zu führen mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Diese Mittel sind in den denenselben durch die Circulardepesche vom 21. d. M. mitgetheilten kaiserlichen Manifesten vom 16. und 19. d. M. näher bezeichnet worden. Der militärische Theil hat bereits seine Anwendung gefunden. Eine Armee von nahe bei 60,000 Mann, in Person geführt von dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz, der sein Hauptquartier dermalen in Hetzendorf genommen hat, hält die Hauptstadt hermetisch umschlossen und ich habe Grund zu hoffen, daß der nächste Zweck dieser Operationen binnen Kurzem erreicht sein wird.

„Gleichzeitig hat sich Se. Majestät bewogen gefunden, den Reichstag aus Wien zu entfernen, und für den 15. November nach Kremsier einzuberufen.

„Ollmütz, den 26. Okt. 1848.

(gez.) Fehr. v. Wessenberg."

Wien. Neueste Nachricht. Telegraphische Depesche. Der Gouverneur von Mähren an den Vicepräsidenten Mecsery in Prag. Ollmütz, 30. Okt. 3 Uhr Nachmittags. Wien hat sich unbedingt ergeben; das Militär rückt eben ruhig ein.

* Wir haben schon auf die eigenthümliche Lage aufmerksam gemacht, in der sich die Behörden in Wien der Armee gegenüber befinden. Ihre Wünsche und die aller ordnungsliebenden und gemäßigten Einwohner stimmten sicher mit den Anordnungen Windischgrätz's überein, soweit diese auf Entwaffnung der Massen und Herstellung eines gesetzmäßigen Zustandes gerichtet waren; was zwischen beiden Theilen stand, waren auf der einen Seite die maßlosen und ungesetzlichen Forderungen des Fürsten, denen Reichstag und Gemeinderath, wenn sie sich anders gerade als legale Behörden beweisen wollten, mit Ehre nicht nachgeben konnten, auf der andern eine zum Aeußersten aus guten Gründen entschlossene Partei, die überdies die bewaffnete Macht in Händen hatte. Das Verfahren des Fürsten Windischgrätz war, wie es scheint, durchaus auf diesen Punkt gerichtet. Dies beweist sowohl die unten folgende, von Beginn des Kampfes erlassene Proklamation, als das Verfahren beim Angriffe selbst. Ein Bombardement scheint der Fürst vielleicht aus Schonung für die Stadt, vielleicht nach den Vorgängen an den vorhergehenden Tagen auch aus militärischen Gründen vermieden zu haben; er wählte den Weg der Erstürmung und rechnete dabei wahrscheinlich auf die geneigte Stimmung eines Theils der Einwohner. Der Angriff begann darum mit den Vorstädten, wo der geringste Widerstand zu erwarten war, wie es scheint in der Absicht, den Bürgern von Wien Gelegenheit zu geben, sich in den genommenen Vorstädten zu versammeln und von den Bewaffneten in der Stadt zu sondern. Die letzten Nachrichten über den Kampf aus der Umgegend der Stadt gehen bis zum 29, halb 3 Uhr Nachmittags und werden von den Berliner Blättern, dem preußischen Staatsanzeiger und der D. Reform, mitgetheilt. Beim ersten Angriff wurden Raketen und Granaten in die Stadt geworfen, auch einige Bomben, so daß mehrere Häuser in Brand geriethen. Der hauptsächliche Kampf war am 28. auf der südlichen und östlichen Seite, während auf der westlichen die Batterien nur mit Unterbrechung gehört wurden. Am Abend hatte der Banus die Vorstädte Landstraße und Erdberg vollständig genommen und stand bei der Franzensbrücke und Maiergasse, am Eingang der Leopoldsstadt, dergestalt, daß er diese beherrschte, und seine Batterien die ganze Jägerzeile bestrichen; auch hatte er das neue Mautgebäude besetzt, welches nach früheren Voraussetzungen General Bem zu einem hauptsächlichen Vertheidigungspunkte bestimmt hatte, so daß man für die zahlreichen darin aufgehäuften Güter sehr besorgt gewesen war. Um 8 Uhr Abends hielt der Banus seinen Einzug und brachte die Nacht, wie er Abends zuvor vorausgesagt haben soll, im Gasthaus zur goldenen Birne zu. Ein Blick auf den Plan von Wien wird lehren, wie der Angriff kombinirt war. Jellacic arbeitete von der Südseite her den von Norden, von der Taborlinie her angreifenden Truppen in die Hände; das gemeinsame Ziel war die Franzens- (nicht wie es gestern irrthümlich hieß, Ferdinands-) Brücke am Ende der Jägerzeil, die wir gestern als einen entscheidenden Punkt bezeichnet haben. In der Landstraße hatten die Jäger, wie man sagt, in 3 Stunden 30 Barrikaden genommen; besonders soll sich das Regiment Nassau (von dem am 6. Okt. einige Kompagnien Widerstand gezeigt hatten) ausgezeichnet haben. Auf die Einwohner in den Vorstädten hatte man richtig gerechnet; in der Landstraße und in Erdberg bestand der Kampf zum Theil nur aus Scheinangriffen; aus den Häusern

worf man den Soldaten Blumen zu. Jellacic hielt dort eine Anrede an die Bürger, die ihr Zutrauen erweckte. Ein Theil der Nationalgarde soll die Waffen weggeworfen haben; wenigstens fand man deren viele im Fluß. Die Arbeitrr dagegen (die Mobilgarde) kämpften mit außerordentlicher Tapferkeit. Studenten wollte man keine gesehen haben; wahrscheinlich hatten sie nur, um nicht erkannt zu werden, die äußeren Abzeichen der Legion abgelegt. Der Gloggnitzer Bahnhof war sehr lebhaft vertheidigt, aber noch im Laufe des 28. von den Truppen genommen, sowie die ganzen äußeren Linien der Süd- und Ostseite, auch der Vorstadt Wieden, welche einer der Hauptsitze der Widerstandspartei sein soll. Dort hatten auch einige Bomben und Granaten gezündet; die große kostbare Maschinenfabrik am Gloggnitzer Bahnhofe sah man in Flammen stehn. In der Nacht zum 29. hörte man nur vereinzeltes Feuern; während derselben wurde das Belvedere und der Schwarzenbergische Garten, sowie die ganze Jägerzeile und Leopold-Vorstadt von den kaiserl. Truppen, wie es scheint, ohne großen Widerstand, besetzt, so daß die Städtischen an der südlichen und östlichen Seite beinahe auf die innere Stadt beschränkt waren. In den Vorstädten erklärten die Offiziere ausdrücklich, der Fürst habe dieselben hauptsächlich darum besetzen lassen, um sie bei einem etwa nothwendig werdenden Bombardement schonen und bei einem Kampf um die innere Stadt den Bürgern, die am Kampf nicht Theil nehmen wollten, eine Zufluchtsstätte anweisen zu können. Daß am Morgen des 29. Parlamentäre aus der Stadt gekommen waren, die den Fürsten aufsuchten, ist gestern schon gemeldet; das Resultat war nicht bekannt. Es wurde erzählt, General Bem und die Studenten hätten sich in die innere Stadt zurückgezogen und seien zum weiteren Kampfe entschlossen. Die von Ollmütz zurückkehrenden Deputirten, Pillersdorf und Potozki, verlangten eine Unterredung mit Windischgrätz; es ließ sie jedoch nicht vor sich. An ungarische Hülfe war nicht mehr zu denken; während des Kampfes stieg zwar eine Rauchsäule aus dem Inneren der Stadt auf, die für ein Nothsignal, um die Ungarn herbeizurufen, gehalten wurde, aber wie schon gemeldet, hatte der ungarische Vortrab sich nur gezeigt, um sich wieder zurückzuziehen. Hiernach ist an der Richtigkeit der Nachrichten, welche die Kapitulation der Stadt am 30. melden, kaum zu zweifeln. Von der Benutzung dieses Siegs, von der Entscheidung: ob er ein Sieg des Gesetzes und der Ordnung, oder ein Sieg der Gewalt gewesen, kann das Schicksal Oesterreichs abhängen. Das Auftreten des Fürsten gegenüber dem Reichstage und den Gemeindebehörden wird die Frage zuerst entscheiden. Die Proklamation würde keine große Hoffnung wecken, wenn man nicht bedächte, daß Windischgrätz durchaus als starrer Soldat gehandelt hat, so daß immer noch ein Staatsmann gut machen könnte, was der Feldherr verfehlte. Dem letztern wird auf Rechnung seines rauhen Amtes Manches vergeben, für den ersteren gibt es keine gleiche Entschuldigung. In Pesth habe, wie das C. Bl. a. B. berichtet, die Ernennung Windisch-Grätz's zum Oberbefehlshaber aller Truppen der Monarchie das Gefühl erzeugt, daß die Würfel geworfen und die Dinge an der letzten Entscheidung angekommen seien. Der Vertheidigungsausschuß leitete die nöthigen Maßregeln mit aller Energie. Die Nachrichten aus den nicht magyarischen Gegenden lautetrn beunruhigend, zumal die aus Siebenbürgen: Detachements von Uhlanen, einen oder zwei Offiziere an der Spitze, durchreiten die Gegenden und predigen überall Schilderhebung gegen die Ungarn. Der Kommandirende in Siebenbürgen sitzt im Centrum dieser Militärbewegung. Es scheint der Plan vorzuliegen, die Ufer der Theiß und Marosch abzusperren, und aus Siebenbürgen, dem Banate, der Militärgrenze und dem bakser Comitat ein kleines Reich von Bayonnetten zu stiften. Die Ungarn bieten dagegen gleichfalls alle ihre Hülfsquellen auf; im ganzen Lande sollte außer der Rekrutirung auch der Landsturm nächstens gerüstet sein. Die Nation der Szeklee in Siebenbürgen hat sich in einer angeblich 60,000 Mann starken Versammlung auf der agyosalver Heide energisch für die Ungarn erklärt. Die ganze männliche Bevölkerung der Szeklerstühle will sich zu einer Nationallandwehr vereinigen. In den walachischen Bezirken ist bereits offener Kampf. Auch die Sachsen schlossen sich der walachischen Bewegung an, und gedenken ihren Unterthanseid nicht auf die ungarische, sondern auf die künftige österreichische Constitution zu leisten. — Aus dem Banat werden neue Fortschritte der Serben gemeldet. Der Distrikt von Kikinda, der bisher von ungarischen Truppen im Zaum gehalten war, ist jetzt ganz von diesen befreit. Dogegen haben in Peterwardein die magyarischen Soldaten sich gegen ihren Kommandanten Generolmajor Heintzl, welcher mit den Serben in Verbindung treten wollte, offen empört, alle Offiziere gebunden und die ungarische Fahne aufgepflanzt. Dem Kommandanten steht wahrscheinlich das Schicksal Latour's bevor. — Dem Vernehmen nach kommen ganze Schwärme Croaten aus Italien zurück, um ihren Brüdern zu Hülfe zu eilen. Uebrigens wird in der Allg. Z. die Ansicht ausgesprochen, daß eine militärische Unterwerfung Ungarns für dieses Jahr kaum mehr möglich sei. Duech eine geringe Truppenzahl könne sie nicht dewerkstelligt werden und gegen die Anwendung einer großen stämmen sich Mangel an Geld, die Mühseligkeit einer Verpflegung, die schlechten Straßen, kurz Alles, was einem raschen, kräftigen Handeln nur immer entgegenstehe.

Die im Obigen erwähnte Proklamation des Fürsten Windisch-Grätz lautet wie folgt:

An die Bewohner Wiens! Nachdem die Frist, welche ich den Bewohnern der Stadt Wien zu ihrer Unterwerfung gegeben habe, sowie der ihnen auf ihr Ansuchen gewährte Verlängerungstermin erfolglos verstrichen, ja noch gestern Abend auf meine Truppen gefeuert worden ist, so erübrigt mir nichts Anderes, als nunmehr die Gewalt der Waffen eintreten zu lassen. — Diese soll aber nur die Uebelgesinnten treffen, die den dermaligen unheilvollen Zustand in der Hauptstadt durch ihre Umtriebe herbeigeführt haben, während ich den ruhigen Bürgern den Schutz eines gesetzlichen Zustandes, nach dem sie sich selbst sehnen, wiederbringe, ich warne daher alle Gutgesinnten, daß sie sich von jenen nicht überreden lassen, an dem Widerstand gegen meine Truppen Theil zu nehmen, da Niemand Schonung zu erwarten hat, der mit den Waffen in der Hand betreten wird. — Ebenso warne ich alle Hausbesitzer, die Thore und Fenster während des Kampfes geschlossen zu halten und das Eindringen von Bewaffneten zu verhindern, da in jedem Hause, aus dem auf meine Truppen Schüsse fallen, Alles niedergemacht, das Haus selbst der Zerstörung Preis gegeben wird. Der besser gesinnte, dem Treiben jener Partei abholde Theil der Bewohner Wiens möge ruhig und furchtlos bleiben, da ihnen mein kräftiger Schutz nicht fehlen wird, sobald ich die Gegner der Ordnung und Gesetzlichkeit werde in Schranken gesetzt haben.

Feldmarschall Windisch-Grätz.

Hauptquartier Hetzendorf, 27. Oktober 1848.

Ueber verschiedene einzelne Momente des Kampfes geben noch die folgenden Kundmachungen Nachricht:

Prag, 29. Okt. Kundmachung. Nach einer schriftlichen Mittheilung des Herrn Ministers Baron Wessenberg, datirt Ollmütz, am 28. Okt., ist der ganze Prater, so wie der Bahnhof der Nordbahn, von den kaiserlichen Truppen besetzt. Zwischen der Schmelz und Rußdorf wurde am 26. durch mehrere Stunden geplänkelt. Der Feldmarschall hatte einen Termin von 24 Stunden gegeben, und somit bis gestern von Seiten der Truppen noch kein Angriff erfolgt. Ueber eine wiederholte Anfrage ist mir so eben (10 Uhr Morgens) folgende telegraphische Depesche des Herrn Ministers Wessenberg von Ollmütz zugekommen, aus welcher hervorzugehen scheint, daß nach fruchtloser Verstreichung der oben erwähnten Frist der Kampf in der Vorstadt Leopoldstadt begonnen habe.

„Die Jägerzeil ist bis zum Kärtnertheater, die Tabarstraße bis zur Einmündung der Augartengasse nach heftigem Kampfe der Truppen genommen." — Vom kais. königl. böhmischen Landespräsidium. Meesery, k. k. Gubernialvicepräsident.

Telegraphische Depesche, 29. Okt. 1848, 3 Uhr 46 Minuten, von Fürst Windischgrätz an Se. Exc. Feldmarschallieutenant Graf Khevenhüller. Gestern hat ein allgemeiner Angriff auf Wien stattgefunden. Meine tapferen Truppen sind nach einem neunstündigen Barrikadenkampfe der Disposition gemäß in die Vorstädte: Landstraße, Rennweg, Leopoldstadt und Jägerzeil eingedrungen und haben dieselben bis an die Wälle der Stadt besetzt. Es wurden bereits Unterhandlungen und Anträge gemacht. Nach einer zweiten heute Abend 6 Uhr angelangten telegraphischen Depesche sind die ganze Leopoldstadt, Landstraße, Erdberg und Rennweg im Besitze des Militärs. Mit der Stadt wurden Unterhandlungen gepflogen.

Prag, 29. Okt. Wie der D. Allg. Z. geschrieben wird, ist der völlige Umschwung der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Wiener Ereignisse eingetreten, die Sorge um die konstitutionelle Freiheit hat gesiegt, allen Anklagen der Wiener Radikalen zum Trotz. Die czechischen Deputirten reden nicht mehr von „Raub, Mord und Anarchie" in Wien, die sie bewogen, ihre Sitze zu verlassen, nicht mehr von einer „frankfurt-magyarischen" Bewegung, sondern erklären den Kampf in Wien für einen Kampf der Freiheit gegen Militairdespotie. Man findet, daß die versprochene Schonung Wiens in Werfen von Brandraketen, die Aufrechthaltung aller Eerungenschaften in die bekannten Windischgrätz'schen Bedingungen sich verwandelt hat. Die slavischen Centraldlätter, welche früher am nachdrücklichsten die Flucht der czechischen Deputirten vertraten, gestehen es offen, „Feigheit und Lüge" hätten die Hand dabei im Spiele gehabt. Die Slowanska Lipa erkläete gestern, per manora, daß sie mit dem Benehmen des Ausschusses in dieser Zeit unzufrieden wäre, und wollte ihn zur Abdankung zwingen, wenn er nicht vermittelnd zwischen den Kämpfern auftreten wolle. Der Deutsche Verein, der die Absendung einer Deputation im Namen aller Deutschen Vereine

schon früher beschlossen hatte, schloß sich auf Aufforderung der Slowanska Lipa einer Deputation aus ihrer Mitte an, und heute wirken die beiden Vereine dahin, daß auch die übrigen Körperschaften Prags durch Mitglieder aus ihrer Mitte die Deputation verstärken. Sie geht heute Abend nach Ollmütz ab und wird sich auch nach Wien verfügen. Sie verlangt im Namen Böhmens: 1) Schonung Wiens, 2) Bedingungen, welche eine friedliche Beilegung der Sache möglich machen, 3) Beschränkung der Vollmachten von Windisch-Grätz.

Ollmütz, 27. Okt. Reibungen zwischen Militair und Studirenden fallen von Zeit zu Zeit vor. So forderten gestern Cavallerieoffiziere von einem Studenten das Ablegen des Säbels, obschon scharfe Befehle an das Militair abgingen, im Frieden zu leben mit Garden und Studenten. Auf den Wällen unserer Festung sind überall Kanonen aufgepflanzt, und den Ankommenden werden nun förmlich Pässe abgefordert, was früher nicht stattfand. (C. Bl. a. B.)

Eine Berathung von 30 anwesenden Deputirten hat in Ollmütz stattgefunden über die Zukunft des Reichstags. Sie führte zu keinem Resultate. Die meisten der Deputirten sind für Wien gestimmt, Palacky aber äußerte, daß, wenn die Verlegung des Reichstags von Wien hintertrieben werde, der Fortbestand der Monarchie in Frage gestellt sei. Helfert, Pinkas und Palacky werfen sich im Namen von 47 Abgeordneten als Vertreter von Böhmen auf. —

Teplitz, 27. Okt. Unter den in den umliegenden Ortschaften Bilin, Dux, Kulm, Karbitz, Türmitz ꝛc. stationirten Palatinalhusaren sind in den jüngsten Tagen mehrfache Desertionen vorgekommen. Heute Morgen zwischen 3 — 4 Uhr ritt abermals eine Abtheilung, wohl 30—40 Mann stark, mit gezogenem Säbel und gespanntem Pistol mitten durch Teplitz, um ihren bedrängten Landsleuten zu Hülfe zu ziehen. Bei den Offizieren dieses Regiments, das übrigens fast nur aus Magyaren besteht, scheinen die ungarischen Sympathien wenigee stark zu sein, wenigstens sollen bis jetzt unter ihnen nur 2 bis 3 Desertionsfälle vorgekommen sein. — Nachschrift, 7½ Uhr Abends. In diesem Augenblicke ziehen durch Teplitz 120 Husaren, sie kommen von Brüx und ziehen in der Richtung von Tetschen weiter. Sie rufen Adieu and Eljen. — In Königseck (an der mährischen Gränze) wurden am 22. Nachts 55 flüchtige Husaren von Soldaten umzingelt und mußten sich ergeben. Ein Offizier (nach andern ein Wachtmeister) wurde erschossen. Auch in Tabor rückten Tags vorher Militär, Garden und Schützen aus, um eine von Mühlhausen herziehende Husarenabtheilung festzuhalten, man wartete aber vergebens, da die Deserteure wahrscheinlich eine andere Richtung genommnn hatten. (C. B. a. B.)

△ **Berlin**, 30. Okt. Die Verhaftung dreier Demokraten erregte großes Aufsehen. Man hatte schon der Regierung nicht mehr den Muth zugetraut, daß, nachdem sie nicht präventiv gegen den Congreß eingeschritten war und auch während der ersten drei Kongreßtage keinen Anlaß zu repressivem Einschreiten gefunden zu haben glaubte, wirklich das gesetzmäßige Einschreiten zur Ausführung bringen würde. Die öffentlichen Reden der Herren sollen nicht die einzige Ursache der Verhaftung gewesen sein, doch waren diese Reden wohl Grund genug dazu. Es wurde dem zahlreichen Volkshaufen die Nothwendigkeit einer Republik in einer Weise demonstrirt, die Alles, was gegenwärtig vom und im Staat besteht, vom Fürsten herab bis zur „Soldateska," in Frage stellt. Herr Bracklow gieng so weit zu behaupten: „so wenig die Erde zum Himmel werden könne, so wenig könnten es Fürsten mit dem Volke redlich meinen." Auch von „Wollüstlingen auf dem Throne" fielen arge Worte. Solch ein Aufreeten konnte nach der Meinung des Ministeriums nicht geduldet werden, auch wenn es die Politik vielleicht wünschenswerth gemacht hätte, daß man zusah. — Die Reformirung der Polizei, welche bereits Herr von Minutoli begonnen hatte, ist durch den gegenwärtigen Polizeipräsekten und das Ministerium des Innern so weit fortgesetzt, daß sie mit dem Tage, wo die konstitutionelle Verfassung ins Leben tritt, auch in Wirksamkeit treten kann. Bei dem Zustande, in welchem das preußische Polizeiwesen bis jetzt bestand, ist es von großer Bedeutung, daß gerade in dieser Beziehung der Uebergang zum Constitutionalismus so weit vorbereitet ist; es wird damit mancher Anlaß zu gerechtfertigten und ungerechtfertigten Klagen schwinden.

CC **Berlin**, 31. Okt. Sehr interessant ist die Thatsache, daß der Abgeordnete von (?) Lisiecki, welcher in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung so eminent für Abschaffung des Adels sich aussprach, von dem Land- und Stadtgerichte zu Pleschen in Untersuchung schwebt wegen — Anmaßung des Adels.

Heute ist wieder einmal ein Tag souverainer Volksbewegung. Der demokratische Kongreß, der durch den Selbstmord in seinen Sitzungen beinahe schon ganz in Vergessenheit gerathen war, bringt die Arbeiter um einen halben, vielleicht um mehrere ganze Tagelohne. Bereits gestern hatte er in einem, wie gewöhnlich schwedelnden und nedelnden Plakate an das deutsche Volk aufgefordert, den Wienern zu helfen, ohne aber irgend ein Mittel anzugeben. Bereits gestern hatte er in den verschiedenen Klubs, insbesondere im demokratischen Bürgerwehr-Klub, anzeigen lassen, daß er zu heut 1 Uhr einen großartigen Volkszug vom Alexanderplatz aus nach dem Schauspielhause beabsichtige, um den gestrigen Waldeck'schen Antrag: „Die Nationalversammlung wolle das Staatsministerium ersuchen, alle Mittel und Kräfte aufzubieten, die in Wien bedrohete Volksfreiheit zu schützen", dessen Berathung zu heute Abend 5 Uhr ansteht, möglichst kräftig zu unterstützen. Sie haben endlich einmal Wort gehalten, die Herren. So eben gegen 1 Uhr bewegt sich der Zug vom Alexanderplatze aus durch die Königsstraße, über die Schloßfreiheit und den Opernplatz nach dem Gensdarmen-Markt. Voran ziehen Arnold Ruge, Diogenes Müller und Karbe nebst einigen andern. Im Zuge selbst wehen die Fahnen des souveränen Lindenklubs und der politischen Ecke; eine dritte Fahne sollte die des demokratischen Kongresses vorstellen, war aber in der Wirklichkeit die des demokratischen Bürgerwehrvereins, sie war deshalb nicht entfaltet, sondern verhüllt. Der Abgeordnete Waldeck, der Bauern- vielleicht bald auch Arbeiter-König, nahm die Adresse des souverainen Volks entgegen. Es waren aber zwei Bitten oder Befehle. Denn die Arbeiter hatten nicht allein an Wien, sie hatten auch an sich selbst und ihren Magen gedacht. Sie gedachten die Gelegenheit zu benützen, um auf eine nachdrückliche Weise Erhöhung der Akkordlöhne zu erzielen. „In dieser Sache, meinte aber Herr Waldeck, würden sie mit einer solchen Demonstration nichts ausrichten." Minister Reichenbach und Schulz-Delitsch gingen ihrem Könige in Austheilung der Parole hilfreich zur Hand. Das souveraine Volk ließ sich indeß draußen von der Treppe des Schauspielhauses herab von seinen Adonissen und Ganymeden unterhalten. Zuerst theilte Ruge mit: die Adresse ist dem Präsidenten überreicht; der Abgeordnete d'Ester hat sie zu der seinigen gemacht und übergeben, damit sie heute Abend 5 Uhr berathen werde. Zu morgen Abend 4 Uhr möge man sich vor den Zelten versammeln, um den Bescheid entgegenzunehmen. Es erschallte der stürmische Ruf: Wir gehen nicht vom Fleck! Wir wollen gleich Bescheid haben. Nun gaben sich Diogenes Müller und Karbe Mühe, dem souverainen Volke begreiflich zu machen, daß zu allem Zeit gehöre, also auch hierzu; von einem Baum, der eben gepflanzt sei, könne man nicht gleich Früchte brechen. O Unglück! die Lieblinge werden ausgezischt und dem souverainen Volke Wiens und Berlins werden Vivats gebracht. Dennoch zieht es ein Theil des Volkes vor nach Hause zu gehen; ein anderer, meist Arbeiter, bleibt. Karbe, der vom demokratischen Kongreß Ausgeschlossene, zeigte sich in seinen Reden übrigens praktischer als die Kongreßmitglieder. Er gab wenigstens ein Mittel an, den Wienern zu helfen. Wir wollen Freischaaren bilden, rief er, wie zahlen dem Staate keine Steuern mehr und verwenden das Geld zur Besoldung dieser Kämpfer für Freiheit und Recht. Dann haben wir dem Staate die Möglichkeit zu existiren genommen und es geht Alles nach dem souverainen Willen des Volkes. Diogenes Müller's Stimme war etwas bier- oder schnappsbelegt; und dennoch der Arme mußte sie zum zweiten Male anstrengen. Denn eine halbe Stunde später trafen die Maschinenbauer, mehrere Tausende, ihre Fahnen vorantragend, vor dem Schauspielhause ein, um sich nach der Lage der Dinge zu erkundigen. Von der einen Seite aufgefordert zu bleiben, von der andern, nach Hause zu gehen, befolgt der größere Theil das letztere. Die Zurückbleibenden aber mußte Diogenes von Neuem mit seiner cynischen Weisheit haranguiren. In diesem Augenblicke, etwa 3 Uhr, werden nur Maulaffen auf dem Gensdarmenmarkt feilgeboten.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer Einkommen- und Klassensteuer ist bereits gedruckt, doch wird am 1. Nov. noch eine Vorberathung im Finanz-Ministerium stattfinden, zu welcher auch der Abgeordnete Harkort eingeladen ist. Nach dem Entwurf ist für die Einkommensteuer folgende Scala bestimmt:

Digitized by Google

300—1000 Thlr. zahlen 3 pCt., 1000—3500 Thlr. 3½ pCt., 3500—5000 Thlr. 4 pCt., 5000—10,000 Thlr. 4½ pCt., über 10,000 Thlr. 5 pCt. Für die Personen mit einem Einkommen unter 300 Thlr. bleibt die Klassensteuer bestehen. Die Mehl- und Schlachtsteuer wird abgeschafft. Für die Veranlagung ist das Princip der Selbstschätzung beibehalten.

Die Bergwerkskommission fängt on, reaktionäre Gesinnungen in der Majorität zu äußern; sie verkennt den Augenblick, wo es gilt, alten verrotteten Gewohnheiten Lebewohl zu sagen. Die Kammer wird tüchtig die Papierscheere gebrauchen müssen. Seit dem Abschiede Gradow's wird viel über schlechte Zucht im Konzertsaale geklagt. — An sämmtliche Soldaten der Garnisen ist der Befehl ergangen, keine Klubs, insbesondere nicht den Militärreformklub mehr zu besuchen. — Der Abend bringt uns vielleicht noch etwas. Möglich, daß man bei der Abendsitzung der Nat.-Vers. das Einschüchterungssystem fortsetzt. So werden freie Verfassungen frei gemacht!

LC **Berlin**, 31. Okt. Schon seit heute früh regt es sich überall in der Stadt und seit Mittag hat Berlin das Ansehen, als stünden große Ereignisse bevor. Ein Aufruf des demokratischen Bürgerwehrvereins fordert „alle diejenigen, denen die Freiheit des deutschen Volkes, das Wohl der deutschen Städte, das Wohl unserer Bruderstadt Wien am Herzen liegt", auf, sich in ernstem ruhigem Zuge heute um 12 Uhr „vor die Pforten der National-Versammlung zu begeben." Es soll der Versammlung eine Petition mit dem Antrage übergeben werden, zu erklären, daß die Versammlung die Sache Wiens zur Sache des preußischen Volkes gemacht haben wolle. Die Proklamation schließt: „Wien darf kein zweites Magdeburg werden, und Berlin darf nicht ruhig zusehen, wenn jetzt wie in alten Zeiten Krooten und Slawonen eine deutsche Hauptstadt zu verwüsten im Begriff sind." Nach 12 Uhr war der Gensd'armenmarkt von Neugierigen bereits gefüllt. Gegen 1 Uhr kam ein geordneter durch vorgetragene Banner in verschiedene Abtheilungen getheilter Zug von etwa 2000 Personen vor dem Schauspielhause an. Eine Deputation, zu deren Mitgliedern auch Ruge gehörte, begab sich in die inneren Räume des Hauses und kehrte nach kurzer Zeit mit der Erklärung zurück, der Abg. d'Ester habe die Petition zu seiner eigenen gemacht und werde die Erörterung derselben bei der in der heutigen Abendsitzung stattfindenden Debatte veranlassen. Der Zug entfernte sich ruhig, wie er gekommen war. Um 2 Uhr, als die Sitzung eben geschlossen war, rückten viel stärkere Kolonnen heran. Es waren die Maschinendauer. Auch sie wurden durch einen gleichen Bescheid bestimmt, den Platz wieder zu verlassen. Ihre Führer erklärten indeß, daß man mit dem Beginn der heutigen Abendsitzung sich wieder einfinden und den Beschluß der Versammlung erwarten wolle. — Die Ordnung und die Berathungen der National-Versammlung sind durch diese Vorgänge in keiner Art gestört worden. Der Gensd'armenmarkt ist noch immer von vielen Hunderten angefüllt, doch hat hier die Bewegung keineswegs einen besorgnißerregenden Charakter. Sie dient nur dazu, den Lebensmittel- und Flugblätter-Verkäufern, die sich sofort zahlreich eingefunden haben, reichlichen Absatz zu verschaffen. — Das Sitzungsgebäude war gegen jeden Angriff gesichert. Die Fluren und Treppen waren von Scharfschützen der Bürgerwehr besetzt. Hr. Rimpler, der Kommandeur der Bürgerwehr, befand sich auf dem Platze selbst. Er hatte schon gestern auf vorgängige Anfrage des Polizeipräsidenten erklärt, daß er keine Veranlassung habe, gegen die Demonstration als solche einzuschreiten. — Die Straßenecken starren wieder von Plakaten. Der Aufruf des Bürgerwehrvereins, die Proklamation des demokratischen Kongresses, die Aufforderung eines Herrn Huelscher, für Wien aufzustehen und nicht zu unterhandeln, und noch manche andere Anschläge, beschäftigen sich sämmtlich mit der Angelegenheit der Kaiserstadt. — Der Minister Eichmann hat in Verfolg seines Circulärs vom 14. d. M., die politischen Vereine betreffend, in einer weiteren Verfügung vom 26. Okt. den Regierungen Vorwürfe wegen der ungenügenden Berichterstattung gemacht. „Ich habe, heißt es in dem letztern Reskript, zu meinem Bedauern die Ansicht gewinnen müssen, daß die Landespolizeibehörden in mehreren Bezirken einem so wichtigen Gegenstande nicht die gebührende Aufmerksamkeit widmen, und daß es ihnen entweder an der Fähigkeit oder an dem Willen fehlt, in dieser ernsten Zeit ihre Schuldigkeit in vollem Umfange zu thun." In Betreff der politischen Vereine werden die Regierungspräsidenten aufgefordert, Separatberichte zu erstatten. — Ein zweites Rundschreiben des Ministers des Innern erscheint uns so wichtig, daß wir dasselbe in extenso mittheilen: „Die neuerdings an vielen Orten hervorgetretene, nicht minder durch heimliche Umtriebe, als durch öffentliche Aufforderungen genährte politisch-sociale Aufregung hat einen so bedenklichen Charakter angenommen, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung dadurch ernstlich gefährdet erscheint. Die mannigfach bekundete, große und überall verbreitete Thätigkeit einer auf den Umsturz aller bestehenden staatlichen Verhältnisse hinarbeitenden Partei, sowie die Absicht dieser Partei, in der nächsten Zeit entscheidende Schritte zu thun, welche in der am 16. d. Mts. stattgehabten Sitzung der deutschen Nationalversammlung zur Sprache gekommen ist, werden der königlichen Regierung nicht unbekannt geblieben sein. Ich finde mich veranlaßt, die besondere Aufmerksamkeit der Polizei-Behörden auf diese, selbst die gesetzliche Thätigkeit der deutschen National-Versammlung bedrohende Gefahr zu richten, und denselben namentlich eine gewissenhafte Anwendung der Bestimmung (§. 4 der Verordnung vom 6. April dieses Jahres), wonach nur solche Versammlungen unter freiem Himmel, welche für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden können, zur Pflicht zu machen. Die königl. Regierungen sind dafür verantwortlich, daß dieser Bestimmung überall vollständig nachgekommen werde. Handelt es sich um solche Versammlungen, deren Verhinderung oder Auflösung im öffentlichen Interesse nöthig erscheint, so müssen zuvörderst die Mittel der Güte zu diesem Zwecke versucht, wenn aber diese erfolglos bleiben, die Mittel der Gewalt in Anwendung gebracht werden. Es ist in diesem letzteren Fall zunächst die Bürgerwehr, wo sie vorhanden ist, zu requiriren, wenn dieselbe aber fehlt, oder nicht ausreicht, die Hülfe des Militärs nach den allgemeinen dieserhalb zwischen den Oberpräsidenten und Central-Kommando's getroffenen Verabredungen in Anspruch zu nehmen. Außerdem muß in Erwägung gezogen werden, inwiefern gegen unerlaubte Versammlungen auf Grund des §. 11. der Instruktion vom 23. Oktober 1817 eine allgemeine Strafandrohung zu erlassen sein wird. Zu einer solchen Androhung von Geld- und Gefängnißstrafen innerhalb der in dem angeführten §. gezogenen Grenzen will ich hierdurch die königl. Regierung ausdrücklich ermächtigen. — Zugleich mache ich bei dieser Gelegenheit auf den Inhalt des bereits durch die Gesetzsammlung publizirten Reichs-Gesetzes vom 10. d. Mts. aufmerksam und nehme im Uebrigen auf die Circular-Verfügung v. 4. Bezug. — Berlin, den 19. Oktober 1848. Der Minister des Innern. (gez.) Eichmann. — An sämmtliche königliche Regierungen. K. J. 1146." —

⊙ **Berlin**, 31. Okt. Sie werden schon Berichte über den hiesigen Demokratenkongreß erhalten haben. Unglaublich wie erbärmlich der Eindruck dieser Geschichte hier ist; die Namen von Zitz und Simon sind gerade bekannt genug, um als mythische Personen für die Pfingstweide und deren empörende Wirkungen zu dienen. Der erste Sitzungstag brachte außer andern Aergerlichkeiten die klägliche Rechnungslage der demokratischen Vereine, aus der hervorging, daß der Kassenbestand noch 4 Rthlr. 9 Sgr. 3 Pf. sei, daß man sich umsonst um Unterstützung nach Amerika gewendet, daß man von den Proletariern eine Kopfsteuer einfordern müsse. Wie Recht hat Jehann Krumm, Souverain! Mögen andere Ihnen diese großen Thaten rieß „Vorparlament" der wahren Freiheit Deutschlands näher beschreiben; ich habe Fratzenhafteres noch nicht gesehn, — wie denn Alles hier in Berlin zum Eckel und zur Gemeinheit übertrieben zu werden pflegt. Hier hatte die „Lausbubekratie" Aussicht, wenn nicht in der Bevölkerung selbst eine entschiedene Consolidirung der Ansicht erkennbar wäre. Vermöchte man die Furcht vor Reaction zu bannen, so würde die Regierung schnell vollkommen erstarken; es sind alle Elemente dazu vorhanden; ich könnte die interessantesten Einzelnheiten mittheilen. Jene Furcht ist nach meinen Beobachtungen nicht völlig unbegründet aber maßlos übertrieben und in völlig verkehrte Richtungen getrieben; es gehört die Lug- und Trugkunst der bekannten Maulhelden der Freiheit dazu, um solchen Unsinn, wie er hier geschieht, in Umlauf zu bringen. Von derartigen Schelmstücken, wie in der Wiener Camarilla ist hier auch im Entferntesten nicht die Rede; nicht als wenn es nicht gewisse Bemühungen und Flüsterungen gebe; und wenn sich derartiges an eine dem Thron nächststehende hohe Person gewendet hat, so ist jede Zumuthung mit der Entschiedenheit zurückgewiesen worden, welche

Digitized by Google

man von der schlichten aber festen Art des Bezeichneten erwarten durfte. In Betreff des Königs werden Ihnen mehrere nach Frankfurt zurückkehrende Deputirte ein Mehreres sagen können; ich glaube, daß kein Fürst in Deutschland der deutschen Sache aufrichtiger und hochherziger ergeben ist als er; auf gewisse Anfragen von München her, die künftige Organisation der Centralgewalt betreffend, hat der König auf eine Weise antworten lassen, die den Münchner Ehrgeiz hätte beschämen können. Mir sind sehr merkwürdige Aeußerungen des Königs über Frankfurt glaubhaft berichtet, es ist das Vorurtheil, das er früher gegen ihre Versammlung gehabt, verschwunden; er habe sich überzeugt, daß in der Majorität Einsicht, Maaßhaltung, wahre Vaterlandsliebe sei. Wie merkwürdig, daß eben jetzt die Linke der hiesigen Versammlung — ihre minder schreierische Haltung stammt daher, daß sie sich in den Abstimmungen stärker sieht als die Linke in Frankfurt — die früher die deutsche Einheit gegen das „Stockpreußenthum" zu vertreten vorgab, jetzt dem Partikularismus ihren zweideutigen Eifer zuwendet. Diese Versammlung ist eine wahre Kalamität; — ich habe sie mir doch nicht so kümmerlich, so haltlos, so unter ihrer Aufgabe stehend vorgestellt; ich begreife es vollkommen, daß der König eben keine Freude an derselben hat; unmöglich kann sie für den Ausdruck des preußischen Volkes gelten, und wie sollte er sich überwinden sie dafür zu halten; diese innere Unwahrheit ist das übelste von allem. Doch genug davon. Ich komme noch einmal auf die Reaktion zurück. Das Ministerium — das weiß jedermann — ist im Entferntesten nicht gewillt sie zu machen; aber es klagt mit Recht darüber, daß mit einer Kammer, wo die Majorität völlig unberechenbar, meist von einer Stimme abhängig ist, zu regieren unmöglich sei. Es arbeitet mit Aufrichtigkeit an der größtmöglichen Uebereinstimmung zwischen Berlin und Frankfurt, ich habe Gelegenheit gehabt mich zu überzeugen, daß hier die Verhältnisse klar und gesund aufgefaßt werden; von Rivalität ist keine Rede mehr. Man würde die Ernennung Auerswald's zum Reichsminister der auswärtigen gerne sehen, weil er die europäischen Verhältnisse kennt; man besorgt hier mehr als in Frankfurt, daß ihn die dänischen Waffenstillstandsverhandlungen depopularisirt haben, während man in Frankfurt, so viel ich dort beobachtet, das Verfehlte in denselben mit Recht Below zum Vorwurf machte, dagegen Auerswald namentlich auch wegen der trefflichen Note an den Reichsverweser nach Wien mit Recht pries. — Ich wüßte nicht leicht eine geeignetere Persönlichkeit für jene höchst schwierige Stelle. — Die Debatten über Paragraph 2 und 3 haben hier in den höheren Kreisen großen Eindruck gemacht; man preißt den von der National-Versammlung eingeschlagenen Weg, der so fein kombinirt er ist, doch nach allen Seiten hin Raum schafft und freie Bahn hält; man ist erstaunt über die Haltung der Versammlung, die sich so sicher und taktvoll zu benehmen verstanden. Die Linke der hiesigen Versammlung hat einen Antrag auf unmittelbare Hülfeleistung nach Wien gestellt!

CC **Berlin**, 31. Okt. — 1. Nov. (12 — 1 Uhr Nachts.) Wir haben unsere Nachmittags-Koresponденz geschlossen mit den Worten: Der Abend bringt uns vielleicht noch etwas. So ist es geworden. Um 5 Uhr versammelten sich im Konzertsaale die Abgeordneten. Zu gleicher Zeit und noch früher war das souveräne Volk erschienen, voran die politische Ecke und der souveräne Lindenklub mit ihren Fahnen. Karbe und Diogenes Müller hatten Reden von der Treppe des Schauspielhauses herab, von denen man aber, des vielen Geräusches und der Bierintonation wegen, wenig verstehen kann. Dieselbe Bierintonation verhindert den Abgeordn. Behrends, sich verständlich zu machen. Die Bürgerwehr rückt heran, das souveräne Volk läßt sich durch dieselbe nicht stören, es besetzt mit Fackeln bewaffnet die Ausgänge des Schauspielhauses, um Niemand hinein oder heraus zu lassen. Gegen 9 Uhr versucht es sogar, sämmtliche Thüren zu vernageln, was ihm auch gelingt, so daß selbst der Bürgerwehr-General Rimpler mit eingenagelt wird. Natürlich mußte die Bürgerwehr, die im Innern des Hauses sehr zahlreich versteckt war, diesem Treiben des souveränen Volkes ruhig zusehen; indeß rückten 3 Bataillone Bürgerwehr zur Verstärkung heran und säuberten die den Ausgängen des Schauspielhauses zunächstgelegenen Straßen, wobei einige bedeutende Verletzungen vorgekommen sind. Diese Verletzungen haben vorzüglich die Maschinenbauer betroffen, die sich, ihrem früheren Versprechen gemäß, zwischen Bürgerwehr und Volk unbewaffnet gestellt hatten. Es mußte Sturmmarsch geschlagen werden, um das Volk zum Auseinandergehen zu ermahnen. Das Volk blieb beharrlich. Endlich fällt einer der verhängnißvollen!? Schüsse; der Schuß kam aus dem Volke. Alles stob auseinander und es gelang nun der Bürgerwehr, die angrenzenden Straßen vollständig abzusperren. Die Maschinenbauer entfernten sich theilweise, um bewaffnet wiederzukehren. Während dieser Vorfälle hatten die Abgeordneten Gelegenheit, sich zu entfernen, und man vernahm die erste Kunde von dem, was im Innern vorgefallen war. Zuerst hatte Waldeck den Antrag gestellt: von Berlin direkt auf Wien zu influiren, was mit Majorität abgewiesen wurde. Sodann stellte Dunker den Antrag: direkt von Frankfurt aus eine Vermittelung eintreten zu lassen. Wurde ebenfalls abgewiesen. Endlich stellte Rodbertus den Antrag: von Berlin aus über Frankfurt nach Wien zu wirken, was mit großer Majorität angenommen wurde. Wer hat nun eigentlich die Nationalversammlung geschützt oder bedrängt? Die Bürgerwehr oder das Volk? Freie Berathung einer freien Verfassung?

* Auch die Nachrichten aus **Berlin** sind bedenklich. Die Landesversammlung hat am 31. Okt. den Adel mit 200 Stimmen gegen 153 für abgeschafft erklärt, und den Gebrauch adliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden mit 208 Stimmen gegen 115 untersagt. Desgleichen alle Orden und Titel. Diese Beschlüsse werden die üble Stimmung in Potsdam vermehren. Unmittelbar bedrohlich sind die beklagenswerthen Unruhen, zu welchen die Ereignisse in Wien den Vorwand geliehen haben. Die Bürgerwehr hat sich dabei unfähig bewiesen, die Ruhe und Sicherheit der Berathungen der Landesversammlung zu beschützen. Die neuesten Nachrichten enthält folgender Brief:

△ **Berlin**, 1. Nov. (Morgens 5 Uhr.) Wir haben gestern Abend wieder eine bedauernswerthe und ohne Zweifel höchst folgenreiche Störung der öffentlichen Ruhe gehabt. Schon gestern Mittag zogen, auf Veranlassung des demokratischen Kongresses, zahlreiche Haufen mit rothen Fahnen nach dem Gensd'armenmarkt, unmittelbar vor die Nationalversammlung; Konditor Karbe und Andere hielten von der Schauspielhaustreppe Reden, worin zur Befreiung der drei Verhafteten, Silberstein, Sennin und Bracklow, zur Verweigerung der Steuern, zu einer energischen Hülfebringung nach Wien und dergl. aufgefordert wurde. Gegen 3 Uhr verlief sich indeß die Menge ganz ruhig. Um 5 Uhr sammelte sie sich wieder um das Schauspielhaus herum, da um diese Zeit eine Abendsitzung der Nationalversammlung (die erste) gehalten ward. Es wurde darin von Mitgliedern der Linken der Antrag gestellt, den freiheitsbedrängten Wienern zu Hülfe zu kommen. Der Antrag war nicht klar, so daß Duncker einerseits und Rodbertus, Berg ꝛc. andererseits Amendements einreichten, wonach die Centralgewalt dringend und energisch aufgefordert werden sollte, die Sache der Freiheit in Oesterreich zu schützen. Bei der Diskussion stellte sich indeß heraus, daß die radikale Partei eine unmittelbare Unterstützung von Berlin aus verlangte, ohne jedoch wiederum anzugeben, auf welche Weise, ob durch diplomatische Vermittelung oder durch Sendung eines Heeres diese Hülfe gebracht werden solle. Zu der erstern hat die radikale Partei wenig Zutrauen, und am wenigsten in der vorliegenden Sache; den andern Wunsch, so unsinnig er ist, ließ man in den Reden mehr oder minder deutlich durchschimmern. Wir können das Resultat der Debatten nicht angeben, da ein Freund, welcher denselben gestern Abend beiwohnte, vor 1 Uhr Nachts das Schauspielhaus nicht verlassen konnte; wie wir aus verschiedenen Reden vernahmen, so wäre das Amendement Duncker's oder Rodbertus' angenommen worden. Damit war aber die unten fortwährend versammelte Menge nicht zufrieden, angeblich nicht zufrieden, denn es stellt sich immer mehr heraus, daß auch die Wiener Sache nur ein Vorwand war, um hier einen Streich zu führen. Sie rückte und rührte sich nicht vom Platze; durch Plünderung eines Wachsladens in der Brückenstraße hatte man sich große Wachskerzen zu verschaffen gewußt, die nun als Fackeln dienten, so daß die Charlottenstraße hell beleuchtet war. Die Plünderung eines zweiten Wachsladens in der Brüderstraße, die durch Buben ausgeführt werden sollte, war mißlungen. Die Bürgerwehr, welche frühzeitig gerufen wurde, war nicht im Stande, die Menge vom Platze zu bringen; um 9 Uhr etwa hatte sie zwar die zum Schauspielhause führenden Eingänge frei gemacht; aber eine Stunde später war sie wieder zurückgedrängt; die Menge ließ Niemand ein noch aus, so daß die Deputirten in ihrem Sitzungslokale versammelt bleiben mußten. Selbst der dreimaligen Aufforderung durch Trom-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 3. Nov. Antrag über das Heerwesen. Preußische Staatsschrift. Schriften der Hrn. v. Arnim u. P. Pfizer.) Berlin (Abschaffung des Adels, der Titel und der Orden.) Stettin (Schießübung der Maine.) Elbing (Unzufriedenheit mit der Nationalversammlung.) Köln (Zeitungsblüthe.) Posen (Die Wirkungen des Philipp'schen Amendements. Aufregung der Deutschen. Krakau. Galizien. Die Polen und die Deutschen.) München (Die Hermann'sche Adresse. Offizielle Anerkennung der deutsch-katholischen Gemeinde. Die Note der Centralgewalt.) Haag (Bus nach Frankfurt gewählt.) Würzburg (Der Congreß der Bischofe.) Tübingen (Kanzler Wächter).

Dänemark. (Zurückziehen von Gesandtschaften. Kriegsinst.)

Börsenbericht von Paris (Vom 31. Oktober.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 3. November.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 3. November.

Tagesordnung der 108. öffentl. Sitzung.

1) Wahl eines Schriftführers an die Stelle des ausgetretenen Herrn v. Möring.
2) Berathung des vom Abgeordneten Siehr, Namens des Finanzausschusses, erstatteten Berichts, baldige Verzeichnung und Aufnahme der Bevölkerung durch ganz Deutschland betreffend.
3) Berathung des vom Abgeordneten Naumann, Namens des Ausschusses für die Geschäftsordnung, erstatteten Berichts, über den Antrag von Wichmann und Genossen, auf zusätzliche Bestimmung zu §. 42. der Geschäftsordnung.
4) Berathung des vom Abgeordneten Röder, Namens des Marineausschusses, erstatteten Berichts, das Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge betreffend.
5) Fortsetzung der Berathung über Abschnitt II. des Verfassungsentwurfs, und beziehungsweise:
6) Berathung des vom Abgeordneten Wörter, Namens des Ausschusses für Gesetzgebung, erstatteten Berichts, über die Anträge von Wiesner, Brentano ꝛc., auf sofortige Aufhebung der Strafe der körperlichen Züchtigung bei den Reichstruppen.
7) Berathung des vom Abgeordneten Carl, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts, über verschiedene Anträge und Petitionen, das Eisenbahnwesen betreffend.
8) Berathung des vom Abgeordneten Lette, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts, über die demselben fernerhin zugegangenen Petitionen, wegen Aufhebung der Feudalverhältnisse.
9) Berathung des vom Abgeordneten Lune, Namens des Ausschusses für Gesetzgebung, erstatteten Berichts, über den Antrag der Abgeordneten Schoffrath und Genossen vom 20. September 1848, Aufhebung des Belagerungszustandes betreffend.
10) Berathung der vom Abgeordneten Compes, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses, erstatteten Berichts: a) über die Eingabe des Mechanikus Joh. Jos. Graß zu Düsseldorf, die Gefangenen zu Beuchsal betreffend; b) über die Eingabe des Obergerichtsanwalts Sternberg in Marburg, die Wahlen zur Reichsversammlung betreffend; c) die Anweisung des Literaten Diezel betreffend.

Vorsitzender von Gagern. Zunächst berichtet Mittermaier für den Verfassungsausschuß über die demselben gestern zugewiesenen, die Geschäftsbehandlung der §. 12 ff. des Artikels II. von der Reichsgewalt betreffenden Anträge. Es können nach der Meinung des Ausschusses in diesen §§. nur allgemeine Grundsätze aufgestellt werden, daher wird von ihm beantragt: sogleich in die Berathung der §§. 12—20 der Verfassung einzugehen, die Anträge des volkswirthschaftlichen und des Wehrausschusses wie die Anträge einzelner Abgeordneten bei den einschlagenden Paragraphen in Betracht zu ziehen.

Dann verliest Venedey den eben erst gedruckt vertheilten ziemlich umfänglichen Bericht des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten. Seine Darstellung geht mit dem leichten Satze über die Eröffnungen der österreichischen Deputation (vergl. deutsche Zeitung Nr. 292. Beilage 1) hinweg: „Ein Mitglied der Deputation erschien auch im Ausschusse und entwarf, nach seiner subjektiven Ansicht, ein dunkles Bild von den Wiener Zuständen." Die Linke betont eine Menge von Stellen dieses Berichts durch ihr: „Hört! hört!", Auch ein heftiges „Pfui!" kommt von eben dieser Seite zum Vorschein, als in einer Depesche der Reichskommissäre die Ansicht ausgesprochen wird, daß ihnen die fortgesetzte Einschließung Wiens das Vermittlungswerk erleichtern werde. Eisenmann's ungarische Sympathien brechen bei einer Erwähnung der Stimmung der slavischen Bevölkerung mit einem vereinzelten Zwischenruf hervor, der Heiterkeit erregt. Die Schroffheit des Fürsten Windischgrätz und seine Weigerung die Vollmacht der Reichskommissäre einzusehen, bleibt ebenfalls nicht unbemerkt und ungerügt. Die einstimmig beschlossenen Anträge des Ausschusses sind folgende: Das Reichsministerium soll aufgefordert werden, alle mögliche und nachdrückliche Sorge darauf zu wenden:

1) daß die Reichskommissäre das Ansehen und die Anerkennung der deutschen Centralgewalt überall kräftigst zur vollen Geltung zu bringen sich angelegen sein lassen;
2) daß sie die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu schützen suchen;
3) daß sie ihren vollen Einfluß aufbieten, die fernere Entwicklung der österreichischen Wirren auf friedlichem und unblutigem Wege herbeizuführen;
4) daß sie endlich, wie diese Entwickelung auch ausfallen möge, die in den Monaten März und Mai zugestandenen Rechte und Freiheiten der österreichisch-deutschen Völker gegen alle Angriffe in Schutz nehmen.

Nachdem noch einige Ausschußberichte von geringerer Bedeutung erstattet sind, eröffnet Eckert von Bamberg die Reihe der vier auf einander folgenden, sämmtlich auf Posen bezüglichen Interpellationen. Ihm folgt Jordan von Berlin, Dunker von Halle und Kerst von Posen. Wir geben davon wörtlich die Anfragen

Jordans von Berlin: 1) Welche Maßregeln hat das Ministerium ergriffen, die Demarkationslinie zwischen den deutschen und polnischen Theilen Posens in Gemäßheit des Reichstagsbeschlusses vom 26. Juli d. J. zur endgiltigen Entscheidung zu bringen?

2) Sind bereits Schritte gethan oder wenigstens vorbereitet, um die Deutschen im reichsangehörigen Theile Posens, welche durch den Beschluß der preußischen Nationalversammlung vom 21. Okt. in große Bestürzung versetzt sind und sich durch denselben in ihren wichtigsten Interessen, in ihrer Nationalität gefährdet glauben, zu beruhigen und dahin aufzuklären, daß jeder den Beschlüssen der Reichsversammlung entgegenstehende Beschluß der Versammlung eines Einzelstaates als an und für sich null und nichtig angesehen und erforderlichen Falles als ungesetzliche Auflehnung zurückgewiesen werden wird.

Ferner die Interpellation Kerst's von Posen:

Die behufs Vereinbarung einer Verfassung für Preußen in Berlin tagende Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 26. Okt. d. J. mit einer Mehrheit von drei Stimmen den Artikel 1 der preußischen Verfassung in folgender Fassung angenommen:

„Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet. Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Posen mit dem preußischen Staate eingeräumten besonderen Rechte gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser Verfassungs-Urkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte näher festsetzen."

In Erwägung, daß den Polen in dem Großherzogthum Posen zu keiner Zeit andere Rechte Seitens der Krone Preußen gewährleistet sind, als die durch den Beschluß der deutschen Reichsversammlung in der 10ten Sitzung für alle nichtdeutschen Volksstämme auf deutschem Bundesboden garantirten; in Erwägung, daß die deutschen Bewohner Deutsch-Posens die preußische Landesversammlung für inkompetent halten, ihnen andere Gesetze aufzudringen, als die für ganz Deutschland und die übrigen Provinzen Preußens giltigen; in Erwägung, daß der in Rede stehende Beschluß die Grenze des deutschen Reichs, wie sie in Posen durch die Bundesbeschlüsse vom 22. April und 2. Mai d. J. festgesetzt und durch den Beschluß der deutschen konstituirenden Reichsversammlung dem 27. Juli d. J. bestätigt worden, einseitig ändert; in Erwägung, daß jener Beschluß eine vollständige Nichtachtung des Beschlusses der deutschen Reichsversammlung vom 27. Mai d. J., die Kompetenz der letzteren betreffend, involvirt und mit den bei der ersten Lesung mit großer Majorität angenommenen §§. 1, 2 und 3 der Reichsverfassung in grellem Widerspruche steht; in Erwägung, daß zu jenem Beschlusse die Abgeordneten aus dem polnischen Theile Posens mitgewirkt haben, wodurch eben die Mehrheit der Stimmen für denselben erzielt worden ist: in Erwägung endlich, daß jener Beschluß, nach dem was die öffentlichen Blatter und Privatbriefe einstimmig berichten, die größte Aufregung im deutschen Posen erzeugt hat und den Wiederausbruch des Bürgerkriegs daselbst hervorzurufen geeignet ist; richte ich an das Reichsministerium die Fragen:

Digitized by Google

1) hat dasselbe die nöthigen Schritte gethan, dahin gerichtet, daß dem Beschlusse der Berliner Landesversammlung, den zu Deutschland gehörigen Theil Posens betreffend, die königliche Sanktion verweigert werde?
2) Hat es den Reichskommissäe zur Regulirung dee deutschen Grenze in Posen bereits abgesandt?
3) Hat es die Vorkehrungen getroffen, welche geeignet sind, den Wiederausbruch des Bürgerkriegs in Posen zu verhindern?
4) Ist es entschlossen, die Bewohner Deutsch-Posens gegen alle Ausnahmsgesetze, womit die Berliner Landesversammlung sie bedroht, sowie gegen jede Beeinträchtigung nachdrücklich zu schützen?

Der Reichsminister wird auf alle vier in der Absicht und in der Hauptsache ganz übereintreffenden posenschen Interpellationen Montag, den 6. Nov. antworten.

Ziegert und mehr als zwanzig Abgeordnete beantragen jetzt daß der Venedey'sche Bericht, in Betracht der Dringlichkeit seines Gegenstandes sofort auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde und die Versammlung erklärt sich für dies Verlangen. Das Präsidium ist im Nu, nachdem dieser Beschluß gefaßt worden, von zahlreichen Mitgliedern des Hauses umringt, die sich als Redner in der österreichischen Frage anmelden. In dee eintretenden Pause werden zugleich die Stimmzettel zur Wahl eines Schriftführers an Mörings Stelle eingefordert.

Zum Venedey'schen Berichte werden mehrere Anträge, und solche der einander entgegengesetztesten Art übergeben. Von der einen Seite wird nämlich die motivirte und sogar die einfache Tagesordnung über den Bericht gefordert, von der andeen (von Bauernschmidt) untee mehreen Aehnlichem, die schleunige Ersetzung der Reichskommissäre Welcker und Mosle durch besser geeignete Personen.

v. Pattai fragt, ehe die Verhandlung eröffnet wird, ob das Ministerium seit dem 24. Okt. keine weiteren Depeschen von den Reichscommissären erhalten.

v. Schmerling: Nein, ich würde sie sonst dem Ausschusse mit Vergnügen vorgelegt haben.

Eisenmann erhält sodann das Wort: Der Schergendienst, den man deutschen Teuppen gegen die Freiheit anderer Nationen zugemuthet, habe die Einäscherung einer der schönsten Städte in dee Welt herbeigeführt. Aber der Schutthaufen in den Wien gelegt worden, weede das Mausoleum der österreichischen Dynastie werden. Seine Beschuldigung, die Obeepostamtszeitung, das Organ des Ministeriums habe mit Wohlgefallen auf die an gefangenen Studenten verübten Schenßlichkeiten geblickt, nöthigt den Präsidenten zum Einschreeten, wozu auch noch mehrere andere Ueberschwenglichkeiten der Eisenmann'schen Politik, wie freundlich sie auch von der Linken beklatscht werden, dringende Veranlassung geben. Er verlangt schließlich unter dem rauschenden Beavo der Linken die Abberufung der Reichscommissäre und daß das Benehmen der österreichischen Regierung als eine Auflehnung gegen die Reichsgewalt behandelt werde.

Schneer. Wir sind ein verfassunggebendee, kein regieeender Köeper. Nur bei der beingendsten Veranlassung dürfen wir uns in die Verwaltung mischen. Dee Präsident ermahnt, als Schneee den „Convent" erwähnt, daß sich alle Parteien hüten möchten, in an sich leidenschaftlicher Frage, die Leidenschaften gestissentlich zu steigern. Eisenmann hat gefragt, warum wir für Wien nichts von Frankfurt aus gethan? Die Entfernung hat uns daran gehindert, mehr zu thun als Reichskommissäre abzufenden. Dann kommt der Rednee auf das „dunkle Bild", welches die Wiener Deputation dem Ausschusse von der Wiener Bewegung entworfen. Dem Vernehmen nach habe der Vorstand des Wiener Gemeinderaths, ein durchaus ehrenwerther und verlässiger Zeuge, geradezu erklärt, der Aufstand sei durch ungaeisches Geld angezettelt. Darüber wünschte er Aufklärung. Im Uebrigen stimmt er mit den Anträgen des Ausschusses in allen vier Punkten überein.

Löwe von Calbe mit breitem, sicherem Tone dagegen: So gewiß, wie sich der Protestantismus von den Trümmeen von Magdebueg erhoben hat, so gewiß wird auch die Freiheit aus den Ruinen von Wien wieder erstehen. Was uns seit dem März geschadet hat, das ist, daß die Phrase herrschte, anstatt dee That. Auch die Anträge des Berichts enthalten nur Phrasen. Was haben die Reichskommissäre in Oesterreich bis jetzt gethan? Nichts. Was wird ihnen an neuen Aufträgen zugewiesen? Unbestimmte, nichts besagende Instruktionen. Die Versammlung der Abgeordneten in Berlin läßt die Centralgewalt zum Schutze Wiens auffordern. Preußen will Oesterreich nicht aus dem deutschen Reiche getrennt, es will es erhalten sehen. Folgen wir der von Berlin gegebenen Anregung. Daß wir einen aufrührerischen Feldherrn zur Verantwortung gezogen, daß wir auch die österreichische Regierung der Centralgewalt unterworfen, die gesetzlichen Beschlüsse des Wieuee Reichstags in ihree Gültigkeit geschützt sehen wollen, kommt vielleicht Manchem komisch vor. Allein wenn dies unerreichbaee Ziele sind, so kommt mir die ganze Einheit komisch oor. (Bravo von der Linken.) Die Bauernschmid'schen Anträge sind es daher, die Löwe zue Annahme empfiehlt.

Reitter von Peag sucht der Bewegung in Wien ihren deutschen Charakter zu retten. Die Wiener Deputation war durch's Loos aus dem Gemeinderath gewählt, und außerdem erklärte Herr Bondi fortwährend, daß er nur seine individuelle Meinung darlege. Der Wiener Presse, die ganz anders spreche, dürfe man trauen, denn sie sei unabhängig geblieben, wie der Artikel eines dortigen Blattes über Blum beweise. Jellacic's Beief an die Tschechen sei nicht desavouirt worden und wo habe jemals ein österreichischer Generat eine solche Sprache geführt? Aber in Prag hätten sich dennoch die entgegengesetztesten deutschen und slavischen Parteien vereinigt, um in Ollmütz für Wien einzuschreiten. Reitter ist Mitglied des Ausschusses, aus welchem der Beeicht hervorgegangen. Ee rechtfertigt daher dessen Anträge und spricht gegen den Bauernschmidtschen Antrag.

Wiesner's Ankunft auf der Rednerbühne hat, wie gewöhnlich das Erscheinen dieses Redners, einen Aufbruch in Masse zur Folge. Dee ehrenwerthe Abgeordnete wartet ruhig, bis sich das Geräusch der Auswanderungen etwas gelegt hat, und beginnt dann seinen Vortrag mit einer selbstgenügsamen Unbefangenheit, um die er wohl zu beneiden ist. Sein Ausgreifen bis in's siebenzehnte oder sechszehnte Jahrhundert der Wienee Geschichte eelassen wie ihm. Die Ungarn, behauptet er dann, hätten den Wienern kein Geld geschickt aus demselben Grunde, aus dem ihr Heee ausgeblieben. Sie hätten kein Geld. Dann kritisirt Wiesner das Benehmen der Reichskommissäre Welckee und Mosle und es wird diese Männer nicht wenig bestürzen, wenn sie erfahren, daß ein Politiker von der hohen Begabung Wiesner's von ihrem Benehmen von ihrem Tackte und ihrer staatsmännischen Einsicht die allergeringste Meinung hegt. Ja, er möchte sie bei einem Haare des Landesoeraths beschuldigen. Die Linke ruft Bravo bei Wiesners Abgang und von der andern Seite überrascht uns der Ruf „Schluß". Denn wir glaubten gar nicht, daß Wiesners Vortrag irgend Jemanden doet übrig gelassen.

Rüder widerlegt die von Eisenmann, Reitter und selbst einige der von Wiesner aufgestellten Behauptungen. Namentlich den Landesverrath, dessen der letztee Welcker und Mosle bezüchtigt. Das Mitglied der Wiener Deputation an den „Erzherzog Johann" hält Rüder allerdings für glaubwürdig und er hofft mit dem Abg. von Kalde, die Freiheit weede zum Siege kommen. „Aber über der Niederlage der Anarchie!" (Die Linke zischt im Namen der beleidigten Anarchie.) (Schluß folgt.)

! **Frankfurt**, 3. Nov. Bei den bevorstehenden Verhandlungen über das Heerwesen des Reiches, machen wir aufmerksam auf folgenden Antrag, welcher zu §. 16 („Die Kosten des Reichsdienstes werden vom Reiche getragen") gestellt werden soll: „Die Kosten des Heeees und des Heerwesens werden vom Reiche getragen." Dieser bereits circulieende Antrag findet viele Beachtung. Es wäee interessant zu erfahren, wie geneigt oder abgeneigt die Regierungen dagegen sind. Jedenfalls würden sie durch die Annahme jenes Anteages des verdrießlichsten Postens im Budget überhoben weeden. Die Schrift „Frankfurt und Berlin", füe deren Verfasser bekanntlich Freiheer von Arnim gilt, erscheint in diesem Augenblicke in zweiter Auflage. Für das Heerwesen werden darin folgende Vorschläge gemacht:

„Wäheend des Reichsprovisoriums ergehen die Anordnungen des Reichskriegsministeriums nur durch Vermittlung der preußischen Regierung, nachdem sich die Centralgewalt darüber mit dem in Frankfurt anwesenden Kommissarius derselben thunlichst in Einvernehmen gesetzt hat. Ebenso kann es hinsichtlich der andern Staaten gehalten werden, welche die deutschen Armeekorps stellen oder in denselben den Oberbefehl haben. Wenn die

Digitized by Google

Centralgewalt es für nöthig hält, schon jetzt den deutschen Regimentern durchlaufende Nummern durch das ganze Reichsheer zu geben, so bleiben doch immer die alten Nummern und Namen derselben daneben bestehen. Die deutschen Truppen tragen das deutsche Feldzeichen, neben aber über den Feldzeichen und Farben des Volksstammes, dem sie angehören. Den deutschen Heerabtheilungen wird das Banner des deutschen Reichs vorausgetragen und hinter demselben die Banner der verschiedenen Staaten. Die alten gedienten Fahnen der Regimenter werden ihnen erhalten und mit einer Binde in den deutschen Farben versehen. Die Ernennung der Oberoffiziere durch die preußische Regierung (oder auch andere) wird für jetzt thunlichst beschränkt. Im Falle eines Krieges kann sie nur nach Einvernehmen mit der Centralgewalt erfolgen. Der Oberfeldherr wird von der Centralgewalt ernannt und ist dieser allein verantwortlich. Er hat für den Krieg und im Kriege die unbedingte Gewalt über die Truppen aller Bundesstaaten". Wir benutzen die Gelegenheit, um noch auf zwei andere Schriften aufmerksam zu machen. Die eine: „Kritische Bemerkungen über den Entwurf des Wehrausschusses der Reichsversammlung zu einem Gesetz über die deutsche Wehrverfassung" (Berlin, Verlag der Deckerschen Geheimen Oberhofbuchdruckerei) gilt für eine Preußische Staatsschrift und enthält manche bemerkenswerthe Aufschlüsse. Die andere, als Handschrift gedruckte: „Beiträge zur Feststellung der deutschen Reichsgewalt," ist von Paul Pfizer, welcher leider durch eine noch jetzt nicht ganz gehobene Krankheit schon wenige Wochen nach der Eröffnung der Reichsversammlung genöthigt war, sie zu verlassen. Sein Vorschlag geht dahin, daß die Oberleitung der deutschen Angelegenheiten mit allen Rechten und Verpflichtungen, welche die deutsche Konstitution der obersten Exekutivgewalt zutheilen wird, zuerst der preußischen Regierung übertragen werde, und daß sodann im Jahre 1851 die gegenwärtig in Frankfurt vereinigte konstituirende Nationalversammlung nochmals aus eigener Machtvollkommenheit zusammentrete, um in Betreff der künftigen Bundesleitung und der damit zusammenhängenden Frage weitere Bestimmung zu treffen und definitiven Beschluß zu fassen.

CC Berlin, 31. Okt. Aus dem Konzertsaal. Nachdem gestern das Amendement Schneider: „Der Adel mit seinen Titeln und Zeichen ist aufgehoben" mit 193 gegen 159 Stimmen verworfen, ist heute das Amendement Behrends „der Adel ist abgeschafft" mit 200 gegen 153 und das Zusatz-Amendement Mathäi-Morchard „der Gebrauch adeliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden ist untersagt" mit 208 gegen 150 Stimmen angenommen worden. Die Rechte, das Centrum und das rechte Centrum hatten für das Riehl'sche Amendement gestimmt: „es gibt im Staate weder einen besondern Adel-, Bürger- oder Bauernstand, noch sonstige Standesunterschiede", welches mit 144 gegen 208 Stimmen durchfiel. Die ganze Versammlung war darin einig, daß der Adel als besonderer bevorzugter Stand im Staate aufzuhören habe. In der angenommenen Fassung wird der Beschluß unter vielen Betheiligten unnöthig Erbitterung hervorrufen. Die Annahme des Beschlusses durch die Krone bleibt zweifelhaft. Die darauf folgende Debatte über Aufhebung der Titel und Orden überbot die gestrige an Mittelmäßigkeit. Jung vertheidigte sein Amendement „Aufhebung aller Titel und Orden" in gewohnter Weise, auf der Oberfläche der Tagesmeinungen umherschwimmend. Für Abschaffung des Titelunwesens war Einstimmigkeit in der Versammlung; gegen den 2. Theil des Jungschen Amendements sprachen Riedel und Baumstark (v. d. Rechten), hauptsächlich weil sie in der Abschaffung der Orden einen durch keine dringende Nothwendigkeit gebotenen Eingriff in die Prärogative der Krone erkannten (der überdies erst bei §. 49 zu diskutiren sei) und weil sie auch in dieser Frage den Frankfurter Beschlüssen sich akkomodiren wollten. Resultat der Abstimmung: Die Abschaffung der Titel einstimmig, die Abschaffung der Orden mit 196 gegen 140 Stimmen angenommen.

Stettin, 30. Okt. Im Anfange des nächsten Monats werden bei Putbus die Schießübungen des Marinebataillons nach einer Scheibe beginnen, welche die Seitenansicht einer Corvette über dem Wasserspiegel darstellt. Nach Vollendung der projektirten Kanonenboote wird die Flotte aus drei Dioskuren bestehen, von denen die eine in Stralsund, die zweite in Stettin und die dritte in Danzig stationirt werden wird. Für den Unterricht der Marinemannschaften, welche ihre erste Ausbildung auf Kauffartheischiffen größtentheils überall findet, ist vom Navigationsdirektor Schröder die Beschaffung einer Fregatte neben der Amazone als Uebungsschiff beantragt worden und man hat daran gedacht, eine solche durch Ankauf von der Marine der Nordamerikanischen Freistaaten zu gewinnen, jedoch verbietet nach unserer Kenntniß dort ein Gesetz den Verkauf eines Kriegsfahrzeuges, welches sich noch im seetüchtigen Zustande befindet. Auch die englische Admiralität hat im April d. J. dem preußischen Gesandten auf eine Anfrage hinsichtlich eines Verkaufes von Kriegsfahrzeugen die Erklärung zukommen lassen, daß man zu einer Ueberlassung von makellosen Schiffen sich nicht verstehen könne, und es möchte eine abschlägliche Erwiederung überall zu erwarten sein. Gelänge es jedoch nach dem Projekte des Herrn Schröder eine schmucke Fregatte zu gewinnen, so soll diese mit Kadetten wie die Amazone besetzt werden, um durch dieselbe, abgesehen von der Verstärkung unserer Marine einen größeren Boden für die Ausbildung von Marinemannschaften zu erzielen. Die bereits in Hamburg gewonnenen Kriegsfahrzeuge werden sich dem gleichen Zwecke unterziehen. (Ostsee-Ztg.)

Elbing, 29. Okt. Der Regierungs-Präsident von Blumenthal, der sich hier sehr mißliebig über die Preußische Nationalversammlung aussprach, hat, wie wir schon vor mehreren Tagen erfuhren, einen höchst seltsamen Bericht über die Ursachen des hiesigen Tumultes an das Ministerium erstattet. Er behauptet nämlich, daß derselbe hervorgerufen sei durch die hier herrschende Unzufriedenheit mit der Nationalversammlung. (N. Z.)

Köln, 31. Oktober. Die „Freien Volks-Blätter" und die „Zeitung des Arbeiter-Vereins" sind in Folge ihrer Verurtheilung und der ihnen auferlegten Caution — wenigstens dem Namen nach — eingegangen. An die Stelle der „Freien Volks-Blätter" sind sofort die „Freien Blätter", an die Stelle der „Zeitung des Arbeiter-Vereins" ein Blatt unter dem Titel: „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit", getreten. Somit haben wir denn in Köln bereits nicht weniger als zehn mehr oder weniger politische Blätter: die „Rheinische Volks-Halle", die „Neue Rheinische Ztg.", die „Kölnische Ztg.", das „Organ für Handel und Gewerbe", die „Freien Blätter", den „Kölnischen Anzeiger", die „Neue Kölnische Ztg.", Prof. Schottky's „Fortschritt und Gesetzlichkeit", das oben genannte Blatt „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit", endlich C. Cramer's „Wächter am Rhein", wobei wir das „Damblatt" noch außer Rechnung lassen. (K. Z.)

‡ **Posen**, 29. Okt. Die Polen denken bereits an die praktische Ausführung der ihnen durch das Phillip'sche Amendement gesicherten Rechte! Zunächst wollen sie ihre eigenen polnischen Nationalgarden in's Leben gerufen wissen, sodann einen fürstlichen Statthalter eingesetzt haben! Inzwischen durchfliegen Aufrufe die Kreise Deutschposens. Der Vaterlandsverein erhob seine Stimme: „Wachet auf, deutsche Brüder! erhebet Euch mit erneuter Kraft! Euere theuersten Interessen, deutsche Gesittung und deutsche Kultur sind auf's Neue in Frage gestellt! Hattet fest an Eurem Recht, das Euch Euer König, das Euch das große Vaterland zugesichert hat! Eher müßte die Berliner Landesversammlung zur Auflösung kommen, als daß Euer gutes Recht zu Grunde gehen könnte!" Alle Lokalblätter sind voll von Verwünschungen gegen diese Versammlung. „Wir sind von dem Berliner Konzertsaal im Stich gelassen, preisgegeben, ja daß wir es gerade aussprechen, wir 500,000 deutsche Hüter der östlichen Grenzmark sind an das Slawenthum, an den Erbfeind des deutschen Namens mit kaltem Blute verrathen worden. — Aber wir sind es noch nicht! Von der boshaften Absicht bis zur vollendeten That ist noch ein weiter Weg! .... Deutschland breitet seinen mächtigen Schirm über uns, und die Schildhalter in Frankfurt werden den Weckeruf ertönen lassen zum Schutze der bedrohten Rechte eines seiner Glieder!" So die posener Zeitung, andere Blätter anders; an den Straßenecken häufen sich die Plakate.

⊖ **Posen**, 30. Okt. Im Großherzogthume bereiten sich bedeutende Ereignisse vor. Immer mehr zeigt es sich, wie tief und wie allgemein in der ganzen Provinz die Entrüstung über das Phillips'sche Amendement ist. Von allen Seiten hören wir, daß Proteste dagegen abgegangen sind, und wir erwarten von der nächsten Zukunft eine großartige Vereinigung der Deutschen des Großherzogthums, um durch gemeinsame Anstrengung die bedroh-

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 3. Nov. Schluß.) Berlin (Abschaffung des Adels, der Titel und der Orden.) Aus Thüringen (Die Mediatisirung kleiner deutscher Staaten.)

Großbritannien. London (Widersetzlichkeiten in Irland. Neue demagogische Wühlereien. Verurtheilung eines Chartisten. Die Cholera).

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 3. November. (Schluß.)

Reichsminister v. Beckerath: Es müßte mit dem Ministerium übel stehen, wenn es nöthig hätte, sich gegen die Behauptung Eisenmann's zu vertheidigen, daß es mit Wohlgefallen auf die Mißhandlung der gefangenen Wiener Studenten geblickt. Es gibt aber eine Partei, welche, wenn die Thüren der Paulskirche gesprengt werden und wenn in Volksversammlungen zu Barrikaden aus Leichen gerathen wird und daß man den Deputirten in der Heimath vor die Wohnung, hier vor den Leib rücke, — die darin nur sehr harmlose Demonstrationen erblickt. Die Ansicht dieser Partei wird auch die Lage der Dinge in Wien in einem äußerst günstigen Lichte betrachten, sie wird keine Notiz nehmen von den Plünderungen und Mordthaten, welche vorgekommen sind, — von ihr also können wir keine unbefangene Darstellung und am allerwenigsten die Motive zum Handeln des Ministeriums erwarten. Hr. Löwe von Kalbe hat, indem er sich darüber beklagt, daß wir bisher uns nur in dem Gebiete der Phrasen bewegt hätten, diejenige Richtung angeben wollen, in der man zu Thaten gelangt. Es sei mir erlaubt, besonders zwei Momente hervorzuheben. Hr. Löwe meint, es seien die Reichskommissäre zu beauftragen, zu verlangen, daß die Befehle des Reichstags in Wien auch von der Exekutivgewalt befolgt würden. Er verlangt das im Interesse der Freiheit und darin bin ich vollkommen mit ihm einverstanden, daß die Freiheit und das Interesse der Freiheit überall in Deutschland und auch in Wien gewahrt werden müsse. Es fragt sich aber nur, ob es auf dem von Heern Löwe vorgeschlagenen Wege geschehen könne. Die Form der Freiheit, die jetzt in Oesterreich ausgebildet werden soll, ist die konstitutionelle, darüber sind Volk und Regierung einverstanden. Gegen diese Form streitet es aber durchaus, daß eine gesetzgebende Versammlung, wie der Reichstag in Wien, zugleich die vollziehende Gewalt sei. Die gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu vermischen, das geschieht nicht im Interesse der Freiheit. (Viele Stimmen auf der Rechten: „Sehr richtig.") Das Zweite, was Herr Löwe beantragt, ist: daß die Reichskommissäre angewiesen werden sollen, sofort zu verlangen, daß die nichtdeutschen Truppen von dem deutsch-österreichischen Boden entfernt werden. In der Konsequenz dieses Antrags würde es aber gelegen haben, zu beantragen, daß auch die nicht-deutschen Mitglieder des Wiener Reichstags sofort ausgeschlossen werden sollten (Zustimmung auf der Rechten). Das ist ja eben das eigenthümlich Schwierige in den österreichischen Verhältnissen, daß das deutsche Element nicht rein, nicht abgesondert dasteht, daß es vermöge einer langen historischen Entwicklung verschmolzen ist mit anderen Nationalitäten. Das ist ja ihre die Aufgabe, mit der wir jetzt bei Bildung unserer Verfassung uns beschäftigen, daß wir in ein reineres Verhältniß zu dem deutschen Elemente in Oesterreich gelangen. Dem menschlichen Willen stellt nicht nur die Natur, sondern auch die Geschichte Hindernisse entgegen, die wir anerkennen müssen, wenn wir nicht thörigt handeln wollen. Die Macht wird zu unmächtigem Trotze, sobald sie diese Hindernisse verkennt, anstatt ruhig und bewußt die Mittel und Wege in Erwägung zu ziehen, auf welchen dieselben vernunftgemäß und allmählig besiegt werden können. Es hat mich mehrer.s, was in den Vorträgen der früheren Redner vorkam, wenn sie von warmer Begeisterung für die Freiheit und der deutschen Nationalität erfüllt, sich dem Strome ihrer Gefühle hingaben, erhaben, aber betrübt, verletzt hat es mich, daß über das Verfahren unsrer Reichskommissäre, zweier ehrenwerther Männer, von denen erst zwei flüchtige, im Drange der Umstände ertheilte Berichte vorliegen, ein so rücksichtsloses Urtheil gefällt worden ist. Es ist in allen Parlamenten freier Völker unerhört, daß über das Verfahren von Gesandten, bevor sie ihre Mission geendigt haben, ein Urtheil ausgesprochen wird (Beifall auf der Rechten), und ich möchte sehr wünschen, nicht nur um der beiden Ehrenmänner willen, von denen der eine noch von späteren Geschlechtern mit Dank als einer der Vorkämpfer für die Freiheit genannt werden wird, ich möchte es auch wünschen im Interesse dieser Versammlung, daß die nachfolgenden Redner sich in ihrem Urtheil bescheiden wollten, bis uns das Verfahren der Reichskommissaire, ihr Erfolg und vor allen Dingen die Schwierigkeit der Lage, in der sie zu wirken hatten, vollständig bekannt sind. Wenn Sie die Anträge des Ausschusses annehmen, so liegt darin nach meiner Meinung nichts, wodurch sich die Lage der Verhältnisse noch mehr verwickeln wird; ich sehe darin nicht einen Tadel, sondern nur eine Bestätigung der Richtung in der das Ministerium die Sache behandelt hat, ich sehe darin den Wunsch der Versammlung mit dem Ministerium zusammen zu wirken in dieser Richtung als der einzig möglichen in der ein gedeihliches für das Vaterland wünschenswerthes Ziel errungen werden kann. Wenn Sie aber weitergehen, wenn Sie sich dem einen oder andern der bestimmte Anordnung ertheilenden Amendements zuwenden sollten, was ich nicht hoffe, so sage ich, daß dann die hohe Versammlung, den Standpunkt weiser Mäßigung, der zugleich von wahrer Festigkeit zeugt, den sie bisher inne gehalten hat, in diesem Fall nicht beobachten würde. (Beifall.)

Vogt von Gießen leert darauf sein ganzes Arsenal von ingrimmigen Anschuldigungsgeschossen wider das Ministerium. Sie sind längst stereotyp geworden diese Anklagen, so stereotyp, wie Vogts Ton, wie seine Hilfsmittel. Wenn das Ministerium seine Erlasse in eine Kloake werfe, sagt er, mit Bezug auf das vorhin erwähnte Organ des Ministeriums, so dürfe es sich nicht wundern, sie beschmutzt daraus hervorzuziehen. Er könne nicht umhin, er müsse das Betragen der Reichskommissaire kritisiren. Verbrecher am Vaterlande seien sie. In München hätten sie gesessen, während sich die Heere um Wien zusammenzogen. Ueber ihren dortigen unerklärlichen Aufenthalt gäbe vielleicht die Zeitungsnotiz Auskunft, die dass Truppen für Italien versprächen. Dem Fürsten Windisch-Grätz gegenüber hätten sie die Würde der Centralgewalt und der National-Versammlung verrathen. Und sei es etwa konstitutionell, daß dieser Fürst Windisch-Grätz den ministeriellen Verfügungen eines Krauß u. s. w. nicht gehorcht habe? In Ollmütz seien die Reichskommissäre mit einer kaiserlichen Tafel und einigen Höflichkeiten Wessenberg's abgespeist worden. So seien Sie (zu den Ministern) doch ehrlich, sagen Sie es grad heraus, daß nicht Sie, sondern daß die Einzelstaaten regieren, noch wie vor. (Donnerndes Bravo von der Linken.) Allenfallsigen reaktionären Bestrebungen, heiße es, sollten die Reichs-Kommissaire entgegentreten. Nun, wenn das was in Oesterreich gegen Wien geschähe, keine Reaktion sei, so könne das Ministerium vergebens mit einer Laterne in Rußland umhergehen und nach Reaktion suchen. Aber wen treffen diese Vorwürfe eigentlich? Das Ministerium ist der Sündenbock für die Gebrechen der Versammlung. Die Geschichte wird sich darüber aussprechen, daß wir mehr als 14 Tage warten konnten, ohne unsere Macht in Wien in die Wagschaale zu legen. Und dies wird sich rächen. Wir werden Macht und Vertrauen verlieren. Die Wiener Deputation verdient nach Vogt's Meinung durchaus keinen Credit. In Bezug auf Wien fürchtet Vogt demnach nicht, er hofft. Der klägliche Freischaarenzug in der Schweiz habe sich zwei Jahre später in den glorreichen Sonderbundskrieg verwandelt. „Der Weg zur Freiheit geht durch Blut!"

Giskra's Rede sprudelt so schnell, daß es schwer ist, ihr mit dem Ohre zu folgen, geschweige denn mit der Feder. Er appellirt an das deutsche Nationalgefühl und an die Menschlichkeit, an alle die edelsten Leidenschaften, deren ein Volk fähig. Denn noch seiner Darstellung werden in Wien die heiligsten Rechte Deutschlands und Oesterreichs mit Füßen getreten. Die Reichskommissäre haben auch nach seiner Meinung ihre Pflicht unverantwortlich verletzt. Zum Reichstage hätten sie gehen und dort die Souverainetät des Volkes anerkennen müssen. Anstatt dessen hätten sie es mit der fürstlichen Souveränetät gehalten. Aber die Thrane würden nicht mit Bürgerblut gekittet, aus dem Blute Wiens würden vielmehr zu Tausenden die streitbaren Kämpfer der Freiheit hervorgehen. Giskra will den Wiener Reichstag in seiner konstituirenden Thätigkeit und in Wien geschützt wissen.

Staatssekretär Bassermann: Daß man uns jetzt nach, nach 14 Tagen, die Wiener Erhebung als eine glorreiche schildern

Digitized by Google

will, das ist's, was ich nicht begreife. Sind die Wiener Deputirten, denen man hier den Glauben abspricht, nicht Mitglieder derselben Behörde, bei der in Einem Tage fünfzig Plünderungen angezeigt wurden? Herr Eisenmann mag in Wien bereits die Ruhe eines Kirchhofs erblicken, wie sie in Warschau herrschte nach der Einnahme der Russen. Wohin gehört dann der das verdammende Manifest von Wessenberg? „Ich möchte, wär's auch nur zur Probe', einmal Deutschland acht Tage lang von jener Seite regiert sehen (allgemeine Heiterkeit)," fährt Bassermann fort, sich gegen Löwe von Kalbe wendend. Sollen wir mit einem gebietenden Worte erbitterte Armeen bezwingen? Herr Welcker wird Ihnen seiner Zeit Rede stehen für Ihre gemüthlichen Zweifel an seinem Muthe Windischgrätz gegenüber. Auch hat uns die Berliner Versammlung nicht den Rang in der österr. Frage abgelaufen, wie von eben dorther behauptet worden. Wer könnte es dulden, daß sich eine rebellische Stadt der Staatsleitung bemächtigt, wie Wien es gethan? Welcher Regierung? Bei welcher Logik kann es Herr Vogt verantworten, daß er hier die Blutrache vertritt und doch verlangt, der Kaiser und Fürst Windischgrätz sollten Wien unblutig einnehmen? Dies könnte nur geschehen, wenn sich alle Betheuerungen des Wiener Heldenthums und Heeres, „die mit ihm siegen oder sterben" wollten, als Lügen erwiesen. (Heiterkeit.) Es ist jetzt offenbar, daß die Ungarn nicht die pragmatische Sanktion aufrecht halten, sondern sich losreißen wollen mit Hintansetzung aller ihrer Pflichten gegen Oesterreich. Wie würde sich ein politisch großes Volk, wie würden sich die Engländer an unserer Stelle benehmen? Keine Phrasen, aber Thaten würde es haben. (Brava!) Die Rede Bassermann's schreitet noch weiter und in einem so scharfen Gange, unbeirrt um die Widersprüche der Linken, vorwärts, daß sie den tiefsten Eindruck auf die Versammlung hervorbringt. Wir behalten uns ihre vollständige Mittheilung in diesem Blatte vor. Nachdem Bassermann geendet, wird der Schluß der Debatte verlangt, mit großer Mehrheit angenommen und

Venedey nimmt das Schlußwort. Er vergleicht sehr unzeitig Bassermann's einschneidende Rede mit der scharfen Rede Guizot's, die dessen letzte in der Kammer war, und wünscht unserm Ministerium ein besseres Schicksal.

Eine persönliche Erklärung Reitter's veranlaßt eine andere Erklärung Schubert's aus Königsberg, aus welcher hervorgeht, daß Hr. Bondi auch ausgesagt hat, der Kern der Wiener Demokratie sei in der Bürgerschaft enthalten. Aber aus einer einzigen Vorstadt Wiens seien 500 Familien gerade dieser Bürgerschaft, in Folge der neuesten Ereignisse, ausgewandert.

Eisenmann reklamirt vergebens gegen den wider ihn verhängten Ordnungsruf; seine Beschwerde wird an den Geschäftsordnungs-Ausschuß gewiesen.

Dann erfolgt die Abstimmung, oder sie soll vielmehr erfolgen, als sie immer wieder durch neue Zwischenfälle aufgehalten wird. Für Rank, der einen Antrag gestellt hat, gibt Vogt eine Erklärung ab, und Gagern fragt unwillig, ob etwa Herr Vogt der Vormund Rank's sei. (Lärmen auf der Linken.) Vogt findet die Vormundschaftsfrage „unschicklich" und beruft dagegen an die Versammlung.

Präsid. v. Gagern: „Wenn es auf Unschicklichkeit der Ausdrücke Hrn. Vogt gegenüber ankommt, so provocire ich an die ganze Nation!" (Stürmischer Beifall im Hause.)

Zuerst kommt zur Abstimmung, ob über den Bericht zur motivirten Tagesordnung vorgeschritten werden solle. Die namentliche Abstimmung (durch Zettel) entscheidet sich mit 354 gegen 69 dagegen. Dann wird durch Namensaufruf über den Bauernschmidt'schen Antrag:

auf unumwundene Anerkennung der Centralgewalt in allen deutsch-österreichischen Landen, auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Wien, Entfernung der Kroaten, Aufrechthaltung der gesetzlichen Freiheit und der erworbenen Volksrechte, Abberufung von Welcker und Mosle und Absendung anderer Reichskommissäre — eventuell auf Durchsetzung aller dieser Beschlüsse durch Reichstruppen

abgestimmt und derselbe mit 305 gegen 108 verworfen.

desgleichen werden die Anträge Eisenmann's und Makowiczka's, ferner Wigards (Zusatz auf Inanklageversetzung des Fürsten Windisch-Grätz) abgelehnt, dagegen aber der Antrag des Ausschusses unverändert in allen vier Punkten angenommen. Auch Giskra's Antrag, daß der Wiener Reichstag geschützt werde gegen jede willkürliche Verlegung und Vertagung wird schließlich noch und durch Zettelabstimmung verworfen.

Die heutige Tagesordnung enthielt zehn Nummern. Sie war eine der längsten der bis jetzt für einen Parlamentstag der Paulskirche angesetzten Tagesordnungen und wir theilten sie mehr dieser Merkwürdigkeit wegen vollständig an der Spitze des Berichts mit, als daß wir erwartet hätten, sie werde ganz erschöpft werden. Allein sie ist, obschon die heutige Sitzung von 9 und ein halb Uhr Vormittags bis ein halb 5 Uhr Nachmittags gewährt hat, auch nicht einmal zum Theil erledigt, ja kaum berührt worden, da die erste Nummer nur eine Wahlhandlung umfaßt. Nach dem Ergebniß der letzteren, ist zum Schriftführer gewählt Herr Neumeier von München. Die nächste Sitzung findet Montag d. 6. und zum ersten Mal in der deutsch-reformirten Kirche Statt.

LC. **Berlin**, 31. Okt. Vorsitzender: v. Unruh. — Rieh's Amendement kommt zur namentlichen Abstimmung. Dasselbe lautet: Statt des zweiten Absatzes zu setzen: „Es gibt im Staate weder einen besondern Adel-, Bürger- oder Bauernstand noch sonst Standesunterschiede oder Standesvorrechte." Demnächst hinzuzufügen: „Adelstitel dürfen weder verliehen noch anerkannt werden." Das Amendement wird mit 208 gegen 144 Stimmen verworfen. Das Amendement Walter's: „Es gibt vor dem Gesetz keine Vorrechte der Geburt, des Ranges oder Standes", — wird gleichfalls abgelehnt. Der zweite Satz des Art. 4 (des Entwurfs der Centralabtheilung): „Es gibt im Staate weder Standes-Unterschiede, noch Standes-Vorrechte", wird fast einstimmig angenommen. — Hierauf wird über das Amendement Berends: „Der Adel ist abgeschafft", namentlich abgestimmt und dasselbe mit 200 gegen 153 Stimmen angenommen. (Enthalten haben sich der Abstimmung 2, gefehlt 47. Unter den für das Amendement Stimmenden waren: Graf Reichenbach, Graf Czieskowski, v. Lipski, v. Lisiecki, v. Kalisti, v. Puttkammer, v. Berg, v. Kirchmann, dagegen stimmten v. Meusebach, v. Auerswald (Frankfurter), v. Daniels, v. Plönnis, v. Pfuel, Milde, Kühlwetter, Märkee, Bornemann, Duncker; Hr. von Unruh enthielt sich, wie er dies zu thun pflegt, als Präsident der Abstimmung bei sämmtlichen Amendements. Vicepräsident Bornemann übernimmt den Vorsitz. Man kommt zu dem Amendement Borchardt-Temme: „Der Gebrauch adliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden ist untersagt." Bei namentlicher Abstimmung wird dieses Amendement mit 208 gegen 150 Stimmen zum Beschluß erhoben. Ueber die Einleitung der Verfassungs-Urkunde wird wiederholt abgestimmt und dieselbe fast einstimmig angenommen. Ueber Jung's Amendement erhebt sich eine Debatte. Dasselbe lautet: „Orden, sowie Titel, die nicht blos das Amt bezeichnen, können fernerhin nicht ertheilt werden." Jung: Von den Orden ist zwar erst im Titel „vom König" die Rede, will man aber die Orden aufheben, so ist hier der passendste Platz. Die achte Abtheilung, der ich angehöre, hat dasselbe gefunden, das Institut der Orden ist mit dem freien Staate im Widerspruch. Der Staat kann nicht über jede Handlung anerkennend urtheilen. Unter dem Absolutismus ist das etwas Anderes. Hier ist der Thron der Inbegriff aller Gerechtigkeit, alles Guten, ein Strahl von diesem Indegriff des Guten ist aber die einzig mögliche Anerkennung. In China ist das Ordenswesen am ausgebildetsten. Der gemeine Mann bei uns denkt, wenn er einen mit Orden decorirten Mann sieht, weiter nichts, als daß dieser Mann viel Anzeigen von Heirathen u. dergl. an verschiedenen Höfen überbracht hat. (Heiterkeit. Bravo). Die Verdienstorden sind sehr eigenthümlicher Natur. In eleganten Kreisen prangt eine Dame mit dem Luisenorden, was hat sie weiter gethan, als, vielleicht aus Eitelkeit, von ihrem Ueberflusse einige Tausende geopfert! Dagegen hat vielleicht ein armes Weib buchstäblich mit ihrer armen Nachbarin ihr Letztes getheilt, — und sie trägt keinen Luisenorden! Der Johanniter-Orden, wird er in der Praxis anders als an Adelige vertheilt, setzt er in der Praxis nicht so und soviel Ahnen voraus! Man führe das eiserne Kreuz nicht an, wir würden bei seinem Fortbestehen nie den Adel abschaffen können, denn es würde sonst Ritter des eisernen Kreuzes geben. Aus demselben Grunde mußte Washington in Amerika davon abstehen, den Cincinnatusorden zu schaffen, weil man mit Recht fürchtete, dadurch einen Adel zu bilden. Für eine wahre Großthat aber, m. H., ist ein Orden zu klein. (Beif.). — Riedel (für Bernau): Das Ordenswesen ist so eben als ein Flitterwesen dargestellt worden, es möchte dies nicht bei allen unsern preußischen Orden gelten. Die Krone bedarf nothwendig eines äußeren Glanzes, sind schon die Zeiten

Digitized by Google

des Kaisers Siegmund vorüber, der nun mit der Krone auf dem Haupte und dem Puepue auf der Schultee auftrat. Was hat man aber gegen einen einfachen Stern auf der Brust! Wir wollen die umfassendsten Freiheiten für das Volk, aber wir müssen auch die Attribute des Königthums erhalten. Der Staat hat die Pflicht, Verdienste anzuerkennen. Sollte man an die Stelle der Orden Gut oder Geld setzen; dem setzen die Staatsfinanzen Grenzen und eine solche Anerkennung wäre nicht blos dem Verdienten, sondern auch seinen Nachkommen gewidmet, abgesehen davon, daß sie sehr oft nur für den Unbemittelten Werth hätte. Was die Abschaffung der Titel betrifft, so bin ich mit dem geehrten Kollegen Jung einverstanden. Alle Titel sind mehr oder weniger eine Unwahrheit und deshalb unsittlich. Mit den Ehrenzeichen ist es anders; schon die freien Völker des Alterthums haben sich für die Ehrenzeichen entschieden. In neuerer Zeit ist man sehr erfindereich darin gewesen. Meiner Ansicht nach hängt das Ordenswesen nicht mit dem Absolutismus zusammen. In allen konstitut. Staaten existiren Orden und in Belgien ist der Leopoldsorden fast mit der Constitution gleichzeitig eingeführt worden. d'Ester: Er wolle nicht auf den Mißbrauch, der mit den Orden getrieben worden, zurückkommen. Die Titel und Orden gehörten zu dem Bau eines romantischen Staates. Der vorige Redner habe für die Orden als Ersatzmittel auf Geld oder Gut hingedeutet, das spreche gerade gegen die Orden. Das Ehrgefühl sei etwas Inneres, sei es von Außen her erzeugt, so höre es auf, Ehrgefühl zu sein. Eine einfache Erklärung der gesetzgebenden Körperschaft, man habe sich um das Vaterland verdient gemacht, sei etwas ganz Anders, als ein Orden. Er empfiehlt sein Unter-Amendement zu dem Amendement Jung, welches lautet: „Nationalbelohnungen dürfen nur durch ein Gesetz ertheilt werden." Baumstark: Ständen wie auf einer höheren Stufe der Bildung, so würden alle Männer die Annahme von Orden verweigern. Man spreche gegen Orden und wolle Bürgerkränze einführen. Das Publikum habe über die Orden gerichtet, man würde sich wundern, wenn man eines Morgens hörte, die Orden seien abgeschafft. (Beifall). Den Orden der Ehrenlegion habe übrigens selbst die Republik Frankreich nicht abgeschafft. Minister Eichmann: Man werde anerkennen, daß es der Zweck der Orden gewesen, das Verdienst in allen Stellen anzuerkennen; man könne versichert sein, daß kein Mißbrauch damit getrieben würde, die Orden seien ein Attribut der Krone, das demokratische Königreich in Frankreich, wie die Republik habe sie bestehen lassen. Parrisius: Ich kann nur erklären, daß ein jede große Theil der Versammlung unter einem demokratischen Königthum etwas Anders versteht, als das Königthum in Frankreich vor der Februarrevolution. (Stürmischer Beifall). Scheamm (Langensalza): Er trete der Erklärung des Abgeordneten Parrisius bei, auch die jetzige Republik sei keine demokratische. Nach den Märztagen habe man wohl mit Recht erwartet, daß keine Orden mehr vertheilt würden. Ueber die Orden selbst habe er den Erklärungen seiner Freunde nichts beizufügen. Auch die Titel müßten fallen ohne Ausnahme, die Universitäts-Titel, wie alle übrigen. Es herrsche ein gewisses Titel-Unwesen, und er sei überzeugt, daß abgetretene Minister sich noch gerne die Exzellenzen gefallen ließen. (Heiterkeit). — Pieper spricht unter fortwährendem Gelächter für die Orden: Mancher gehe nur in die Schlacht, um dann mit Orden bedeckt zurückzukehren, und auch Mancher von dieser Seite (nach links deutend) möchte auch wohl einen Orden haben. (Stürmisches Bravo. Allgemeines Gelächter.) Es ist auf Schluß angetragen. Graf Reichenbach spricht für den Schluß: wenn der Minister Eichmann für die Orden spricht, das verstehe ich; wenn die Botokuden sich mit rothen Bändern schmücken und bunte Knochen durch ihre Nasen ziehen, das verstehe ich; wenn aber die h. V. sich noch mit der Frage beschäftigt, so verstehe ich das nicht. Gönnen Sie, m. H., dem Adel den Triumph nicht, daß er sagen kann, vor 15 Minuten hätten Sie den Adel abgeschafft, aber sich selbst könnten Sie von dem rothen Adlerorden IV. Klasse nicht befreien. (Rauschender Beifall und Heiterkeit). v. Berg: nicht als ob er glaube, die Sache verstehe sich nicht von selbst, spreche er gegen den Schluß, aber er fände noch manche Einzelnheiten in Reden zu berichtigen. Ein Redner (Baumstark) habe auf eine Karrikatur aus der Paulskirche („Die Menschen sind abgeschafft") angespielt, hier wären einige faktische Berichtigungen von Nutzen. — Baumstark: er kenne jene Karrikatur nicht, er finde aber im politischen Leben allenthalben Karrikaturen. (Allg. Gel., Beifall). v. Berg: er könne nur Herrn Baumstark in dieser Anschauung beipflichten. (Gel., Beif.) — Die Versamml. beliebt den Schluß, und nachdem noch der Referent Pilet gesprochen, kommt man zur Abstimmung. Diese erfolgt über den ersten Theil des Amendements Jung, die Abschaffung der Orden, durch Namensaufruf. Dasselbe wird mit 196 gegen 140 angenommen; 66 haben gefehlt. Der zweite Theil, Abschaffung der Titel, wird fast einstimmig zum Beschluß erhoben. Weitere Abstimmung morgen. Schluß 2 Uhr.

** Thüringen, 27. Okt. Das Projekt der Mediatisirung der kleinsten deutschen Fürsten und der Verschmelzung ihrer Staaten kann Niemanden lebhafter interessiren, als uns thüringer Kleinstaatler, die wir uns auch beim fleißigsten geographischen Studium kaum in unserer Staatchenmosaik zurecht finden lernen und die Mißstände der Kleinstaaterei mehr oder weniger klar alle fühlen. Im Volke ist es freilich nur ein unklarer Wunsch, eine nebelhafte Sehnsucht des Knaben aus der engen Stadtmauer in einen größeren Spielraum zu kommen, die Hoffnung, nicht mehr beim Visiren des Passes in die beschämende Verlegenheit zu gerathen, daß man gefragt werde: „Aus dem Staate N. N.? wo liegt der?" Der Jenaische Volkstribun und der Agitator Berlepsch aus Erfurt haben diese Stimmung zu benutzen gesucht und dann natürlich die Einigung aller thüringer Lande zu einer Republik Thüringen angeregt. Kein Wunder, daß sie Anklang fanden, einmal, weil die Konstitutionellen die Frage der Verschmelzung gewiß mit Unrecht seitwärts liegen ließen —, dann, weil die meisten Thüringer von dem Wesen einer wahren konstitutionellen Monarchie die unklarsten Begriffe haben. Ihre früheren Verfassungen, die in geographischen Handbüchern unter der Etikette: Konstitution, mit angeführet wurden, waren freilich auch nicht der Art, zu dieser Staatsform Lust zu machen, wenn man sie für identisch hält mit der frühern Patrimonialverwaltung. Die republikanischen Sympathien bei den Thüringern rühren fast ausschließlich von den utopischen Vorstellungen her, die man sich von Nordamerika macht, wo es, wie Vetter Michel schreibt, keine Steuern und Abgaben gibt und die „freie Putik" Jeden bald wohlhabend macht. Eine Aktie auf eine thüringer Gesammtrepublik aber, selbst zum civilsten Preise, möchten wir nicht nehmen. Die große Masse ist, abgesehen von den sonderstaatlichen Neigungen der Residenzen, welche doch auch im Leben kleiner Staaten von Gewicht sind, von gar keiner klaren und lebendigen Idee eines Gesammtstaates Thüringen durchdrungen. Kein thüringisches Gemeingefühl, keine geschichtliche Erinnerung an die einstige Gesammteinheit — die geschichtliche Erinnerung reicht bei den Meisten nur bis zu Napoleon, vom Landgrafenthum wissen Tausende Nichts mehr, als das Ruhlaische: Landgraf, werde hart! Wie Wenige vermögen ihren Begriff von Thüringen auch nur in Bausch und Bogen zu umgrenzen! Und das ist in der That auch so leicht nicht. Die Thüringer haben bei Weitem weniger gemeinsame Stammesmerkmale, als etwa die Schwaben, Niedersachsen u. dergl. Wenn ein Kreis Deutschlands der Schweiz in ihrer merkwürdigen Mannichfaltigkeit der Einwohner in den verschiedenen Thälern gleicht, so ist es Thüringen; eine Spezialkarte, welche die Aeste und Zweige des thüringer Volksstammes nach der oft grellen Verschiedenheit ihrer Dialekte, Trachten und Sitten räumlich abgrenzte, müßte so krause Figuren geben, wie sie die kühnste Phantasie nicht erfinden könnte. Nimmt man überhaupt an, daß es zur Republik komme, so ist viel wahrscheinlicher, daß nicht nur jeder bisherige Staat eine Republik werde, sondern daß auch jeder solche kleine Polyp wieder von den experimentirenden Trembley's in Stücken zerschnitten werde oder sich selbst theile, die Hoflet als Republikchen — denn zu deren Bezeichnung braucht man, wie im Italienischen, doppelte Diminutiva — sich gebaren und — fortleben? Nimmt also die Masse der thüringer Bevölkerung für einen Vereinstaat Interesse, so geschieht dies jetzt fast nur weil ihr dabei eine Republik in Aussicht gestellt wurde, welche man denn, weil da Wohlstand für Alle zu hoffen sein soll, wünscht. — Aus anderen Motiven geht die Sehnsucht nach einer Verschmelzung der thüringer Staatchen oder einer Einverleibung derselben in größere Nachbarstaaten bei den Gebildeteren hervor, welche in großer Mehrzahl der konstitutionellen Monarchie zugethan sind. Eine konstitutionelle Monarchie — so denkt man — von 30- bis 60,000 Einwohnern ist ein Tom Thumb, der Napoleon darstellt. Soll die Trennung der Gewalten eingeführt, soll die Justiz neu organisirt, sollen die Anstalten, welche der öffentliche Unterricht, das Heerwesen, die Gesundheitspflege u. s. w. erfordern, so hergestellt werden, wie sie der Neuzeit entsprechen: so reichen weder die geistigen,

Digitized by Google

noch besonders auch die materiellen Mittel aus, welche so kleine Staaten bieten, und die berühmte Wohlfeilheit des Staatshaushaltes der Patrimonialstaaten würde sich rasch als das Gegentheil herausstellen. Man scheint dies auch von Seiten der Regierungen einzusehen, denn es soll in Gotha ein Ministerkongreß stattgefunden haben, um eine Assoziation in Betreff des neu zu gestaltenden Gerichts- und Gefängnißwesens einzugehen. Ist dies nicht schon ein testimonium paupertatis? Daß es schwer sei, bei dem liberalsten Wahlgesetze in einem so kleinen Staate zwanzig und mehr Abgeordnete zu finden, welche mit der Volksgunst so viel staatswissenschaftliche Kenntnisse vereinigen, um im Landtage ihrer Aufgabe würdig zu entsprechen, werden Sie wohl ohne Beweis glauben. Wir erkennen dankbar an, was die vielen Residenzen für Kunst und Wissenschaft genützt, und bedauern lebhaft, daß manche dieser Vortheile uns bei einer Neugestaltung entgehen werden; aber dennoch müssen wir — und unser Hauptgrund ist nicht die Wohlfeilheit, sondern die Erzielung größerer geistiger Konkurrenz und ihrer Folgen — lebhaft wünschen, daß von der Nationalversammlung baldigst eine passende Reduction der Staatenzahl Thüringens ausgehen möge. Oder wollen sie erst die Staatsheftchen durch die Konstitutionenmacher in einzelnen Duodezbändchen isoliren lassen; sollte man nicht lieber das ganze Werk in eine Prachtausgabe in einem Bande vereinigen? Von Seite der Fürsten ist wenig Widerstand zu fürchten. Einer hat schon freiwillig abdicirt; der Minister von S. Rudolstadt hat bei Eröffnung des Landtags erklärt, der Fürst werde zu den Opfern, die er schon gebracht, auch das der Souveränetät bringen, wenn man es von Franfurt aus verlange; gewiß mancher andere souveräne Fürst wäre jetzt gern der Krone, die nie mehr dornig war, los, um als erster und reichster Edelmann sorgenfrei zu leben. Ihrem Vorschlage aber, nur die Staaten unter 100,000 aufzuheben und z. B. die beiden Schwarzburg in einen Staat zu verschmelzen, können wir nicht beipflichten. Es scheint uns eine halbe, und selbst als halbe nicht die beste Maßregel. Die Unterherrschaften von Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen liegen von den beiderseitigen Oberherrschaften räumlich getrennt, und Ihr Plan würde also, abgesehen von dem immer noch kleinen Umfange des Staates, die Vortheile nicht gewähren, welche eine Verschmelzung der anhaltischen, mecklenburgischen und anderer Länder bietet, nämlich die räumliche Continuität, welche zur einheitlichen und wohlfeilen Verwaltung so nothwendig ist. Der gemeinschaftliche Familienname, der vielleicht zu Ihrer Meinung mitbestimmend war, scheint uns von keinem Belange; die Liebe zur Angestammtheit, wenn und wo sie überhaupt noch da ist, würde sich sicherlich nicht auf den Regenten der andern Linie übertragen, und die beiden Völker — sit venia verbo — sind sich so wenig geistig nahe und befreundet, als Sigmaringen und Lichtenstein. Viel eher ließe sich noch, wenn einmal räumliche und geistige Nähe maßgebend ist für die Zusammenlegung von Staaten, die Bildung eines F. Sondershausen aus den beiderseitigen Unterherrschaften, ein S. Rudolstaot aus den beiden Oberherrschaften befürworten. Oder sollen — nur um den Familiennamen zu erhalten — zwei Staaten vermählt werden, die nie unter einem Dache wohnen und ihre Wirthschaft so wohlseil und segensreich führen könnten, wie es ihre Anlagen und die Schulden, die sie sich zur Mitgift brächten, erfordern? Ist denn keiner der benachbarten großen Herren erbötig, den Schwarzburger Jüngferlein, die mit ihren Salz- und Eisenjuwelen, ihren Waldgütern und ihrer köstlichen Gallerie hübscher Landschaften eine so artige Ausstattung bringen, die Hand zu reichen? —

Großbritannien.

London, 31. Okt. Der Widerstand gegen die Zahlung der Landzinse und Armensteuern fängt in Irland an mehreren Orten, namentlich in den von jeher aufsässigen Grafschaften Galway und Tipperary an, einen bedenklichen Charakter anzunehmen; die Truppen und Schutzmannschaften machen sich daher bereits auf einen ziemlich unruhigen Winter gefaßt. Unter andern wurde am 24. Okt. eine Abtheilung Fußvolk und Reiterei unter Anführung von drei Offizieren und durch eine Abtheilung Polizeimannschaft verstärkt, von Gort nach dem Kirchspiel Kinvarea ausgesandt, um hier die Armensteuer oder die sogenannte 5 Shil.-Abgabe einzutreiben. Auf ihrem Marsche sahen sie sich in der Nähe des Dorfes Kinvaera durch Barrikaden, deren einige 6—8 Fuß hoch waren, aufgehalten, und mit dem Geschrei empfangen, man wolle lieber sterben, als ihnen erlauben weiter zu marschieren. Die Aufruhrakte wurde verlesen, und da die aufsässigen Landleute nicht weichen wollten, mit dem Bajonett ein Angriff gemacht. Ein Steinhagel empfing sie, mehrere der Angreifenden wurden verwundet; die vereinigte Militär- und Polizeimacht zog sich endlich unverrichteter Sache zurück, um es zu keinem bedenklichern Konflikt kommen zu lassen. Der kleine Krieg des Meuchelmords gegen Exekutoren und Gerichtsdiener dauert in den ärmeren Landstrichen außerdem fort. Erst neulich wurde wieder ein Exekutor bei Mungret niedergeschossen, als er eben beschäftigt war, bei einem Manne für rückständige Pacht Getreide mit Beschlag zu belegen. Die Aussichten für den Winter sind überaus traurig, und an vielen Orten haben die Armenhäuser bereits jetzt eine vierfach größere Zahl von Hilfsbedürftigen aufgenommen, als wofür sie ursprünglich hergerichtet waren; und noch immer will der Zudrang kein Ende nehmen.

Irland bleibt daher für Demagogen, die auf diese allgemeine Noth ihre Hoffnungen bauen, ein ergiebiger Boden. So eben erst ist unter den Mitgliedern der frühern Klubs ein Rundschreiben in Umlauf gesetzt worden, worin sie an den am 26. Mai geleisteten Eid erinnert werden; der Feind habe zwar einen augenblicklichen Triumph errungen, aber er werde die Früchte desselben nicht lange genießen; noch sei das Kriegsmaterial in den Händen der Klubbisten, es möge für einen allgemeinen Ausbruch so früh als möglich Tag und Stunde angesetzt werden u. s. w. Zwei den politischen Verfolgungen entgangene Klubisten, Darcy M'Gee (der andern Nachrichten zufolge nach Amerika entronnen sein soll) und Devin Reilly, sollen sich in Dublin im sichern Versteck befinden, um im Augenblick des Ausbruchs die Leitung in die Hand zu nehmen.

Die Klagen des irländischen Volkes sind nur allzu gerecht, aber das englische Parlament, welches sich wenigstens in letzter Zeit mit der traurigen Lage Irlands viel beschäftigt hat, und der Egoismus der Gutsherren trägt daran vielleicht keine größere Schuld, als die Trägheit und Sorglosigkeit des Landvolkes, welches von seinen katholischen Gutsherren absichtlich in den Banden des Fanatismus und der Dummheit gehalten wird. Die Volksaufwiegler, deren Ziel ein unbesonnener Krieg gegen England und die Schrecken des Religions- und Bürgerkrieges im eigenen Lande sind, tragen nur dazu bei, die Zustände des Landes zu verschlimmern und erschweren dadurch, daß sie militärische und polizeiliche Gegenmaßregeln hervorrufen und die Verkündigung des Kriegsgesetzes nöthig machen, die legislativen Besserungen, denen die Whigregierung ohne Zweifel geneigt ist. Uebrigens sollte der Ausgang der letzten Rebellion, welche durch einen Haufen Konstadler auf der Trift von Ballingarry mit höchst unbedeutendem Blutvergießen unterdrückt wurde, und die geringe Theilnahme, welche das Volk bei Gelegenheit der politischen Hochverrathsprozesse in Clonmel für seine Vorkämpfer äußerte, die irischen Aufruhrprediger von einem neuen Versuche abschrecken, der vielleicht ein wenig blutiger, aber schwerlich erfolgreicher als der Versuch von 1848 ablaufen würde. Dies muß Jedem klar sein, der die große Uebermacht Englands, die Masse der in Irland aufgehäuften Polizei- und Truppenmacht, die zahlreiche für alle Fälle gerüstete protestantische Partei im Norden und das mit England genau verknüpfte Interesse der größern See- und Handelsstädte erwägt. Leichtfertige Putsche, in irgend einem kleinen Grafschaftswinkel oder einem Landstädtchen ausgeführt, können wohl eine Anzahl Individuen und Familien zu Grunde richten, aber unmöglich den Fokus eines ganz Irland umfassenden Aufstandes bilden. Die Volksaufwiegler sind aber darin den Fürstenaufwieglern ganz gleich daß sie nichts vergessen und nichts dazu lernen. — Die „Weekly Times will bestimmt wissen, es sei den zum Tod verurtheilten Hochverräthern Smith, O'Brien, Meagher, M'Manus und O'Donohue amtlich angezeigt worden, daß die Todesstrafe an ihnen nicht vollzogen, sondern in lebenslängliche Deportation verwandelt werden solle. In London wurde neuerdings ein gewisser Mullins, seines bürgerlichen Handwerks ein Wundarzt und seines politischen Handwerks ein Chartist, zu lebenslänglicher Transportation über See verurtheilt, wie vor ihm fünf andere Chartisten, deren Namen zu namenlos sind, als daß es passend erschiene, sie hier aufzuführen. Nachdem das Urtheil gefällt, machte Mullins einen unverschämten Gestus und wurde abgeführt. — Am 29. kamen in London acht neue Cholerafälle zur Anzeige; in Edinburg, Leith und Newhaven zusammen erkrankten bis jetzt 262, starben 152, genasen 45.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Quai Louis de Nonsarth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 295. Frankfurt a. M., Samstag 4. November. 1848.

Uebersicht.

Die Debatte in der Nationalversammlung über die §. §. vom Heerwesen.

Deutschland. Wien (Die Uebergabe der Stadt. Näheres über die Kämpfe am 28. u. 29. Berlin (Der Terrorismus. Die Berliner Sonderbündler. Constitutionelle Majorität. Pfuel. Verhandlungen der Landesversammlung. Mißhandlung von Abgeordneten. Rodbertus Antrag. Die Landesversammlung über Oesterreich.) Posen (Krakau. Galizien. Die Polen und die Deutschen.) Rüdesberg (Unruhige Auftritte.) Konstanz (Die Truppen im Seekreis.) Mannheim (Das Morgenblatt radical. Strave. Die Ordensverleihungen.) Heidelberg (Die neue Wahl Heckers. Die nassauischen Truppen.) Kassel (Electrischer Telegraph zwischen Berlin und Frankfurt. Die Kammer geschlossen.) Darmstadt (Die Abgeordneten von Hessen und Nassau.) Giessen (Die constitutionellen Vereine.) Hamburg (Zitz und Genossen. Marschall Mormont.)

Großbritannien. London (Parallele der Times zwischen Paris und London. Arbeiterentlassung.)

Frankreich. Paris (Die Clubs der Abgeordneten über die verschiedenen Candidaten. Bevorstehende Ernennung eines russischen und eines Christen zum türkischen Gesandten. Das Budget. Drohungen der Rothen. Der Constitutionnel und andere Blätter über Ludwig Napoleon. Dessen Finanzmittel.)

Italien. (Das piemontesische Ministerium. Verhältnisse zwischen Neapel und Sicilien. Die italienische Liga. Ueberschwemmung in Venedig. Vermischte Nachrichten.

4. November.

Die Nationalversammlung stand in der Sitzung des 2. Nov. vor einem der inhaltschwersten Abschnitte der Verfassung. Es galt, zu entscheiden, wie viel die Einzelstaaten von ihren Hoheitsrechten bezüglich des Militärwesens an die Reichsgewalt abgeben sollten. Drei Systeme lagen für diese Entscheidung vor: das eine, welches der Berichterstatter des Verfassungsausschusses, Herr Mittermaier, ganz richtig als das des Partikularismus und der möglichsten Schonung des Bestehenden bezeichnete, vertreten von einer Minorität des Ausschusses, den Herren Scheller, Detmold, Mühlfeld, v. Rotenhan, Laffaulx; das zweite dem vorigen gerade entgegengesetzt, auf völlige Verschmelzung aller militärischen Kräfte der deutschen Bundesstaaten in ein einziges, untheilbares Reichsheer gerichtet, von den Herren Blum, Schüler, Wigard aufgestellt; endlich die Mitte zwischen diesen beiden Systemen haltend, dasjenige des Verfassungsausschusses, welches die Einheit im Nothwendigen mit der Selbstständigkeit der Einzelstaaten und mit den bestehenden Verhältnissen auszugleichen und den Begriff des Bundesstaates auch hier consequent und mit strenger Einhaltung des rechten Maßes nach beiden Seiten hin durchzuführen versucht. Der Entwurf des Ausschusses für Wehrverfassung, der natürlich ebenfalls das Verhältniß der Militärgewalt der Einzelstaaten zu derjenigen der Reichsgewalt feststellt, schließt sich grundsätzlich zwar auch jenem Begriffe der Bundeseinheit an, verfährt aber weniger konsequent in seiner Durchführung, als der Entwurf des Verfassungsausschusses und neigt sich mehrfach dem partikularistischen Systeme zu. Doch hat, wenn wie die Eröffnungen des Hrn. Mittermaier recht verstanden, hinsichtlich der Hauptpunkte eine Verständigung zwischen beiden Berichterstattern stattgefunden, bei welchen die Ansichten des Wehrausschusses denen des Verfassungsausschusses, also dem Grundsatze vorwiegender Einheit in den Bundesmilitär-Angelegenheiten sich genähert zu haben scheinen. — Es ist bekannt, daß der ursprüngliche Entwurf dieser Verfassungs-Paragraphen über das Militärwesen, hauptsächlich aus Dahlmann's Feder hervorgegangen, das Einheitsprinzip weit entschiedener durchführte, daß er namentlich den selbstständigen Beistand und Unterschied der einzelnen Truppenkontingente aufhob, die Einrichtung und Leitung des gesammten Reichsheerwesens so wie die Ernennung der Oberoffiziere ausschließlich der Reichsgewalt übertrug, auch sämmtliche Festungen für Reichsfestungen erklärte. Diese Bestimmungen, welche in den Berathungen des Verfassungsausschusses sich mehrfach zu größerer Nachgiebigkeit gegen die Partikularstaaten erweitert haben, finden sich in den Minoritätsvorschlägen der HH. Wigard und Genossen in ihrer ganzen Strenge, ja theilweise noch verschärft wieder, jedoch vermischt mit einem Elemente, welches dem Dahlmann'schen Entwurfe fremd, dem politischen Standpunkte dieser Herren dagegen eigenthümlich ist. Dies ist die ängstliche Sorge um Beschränkung der Reichsgewalt in Benutzung der Truppen zu Zwecken der innern Sicherheit und Ordnung. Außerdem enthält dieses Minoritätsbedenken eine Menge von Spezialitäten, welche nicht in die Verfassung, sondern in das Wehrgesetz gehören.

Unter diesen drei Systemen sollte also die Versammlung wählen. Eine lebhafte prinzipielle Debatte ließ sich voraussehen. Aber vergebens erwartete man dieselbe schon heute. Es war, als scheute sich die Versammlung, an diese brennende Frage die Hand zu legen. Von verschiedenen Seiten gingen Anträge ein, welche die Entscheidung derselben hinausschieben wollten. Die äußerste Rechte begegnete sich mit der Linken in diesen Verschiebungsanträgen. Jener war es darum zu thun, die Spezialitäten des Minoritätsantrags der Linken zu beseitigen; die Linke dagegen wollte ihr Prinzip der Centralisation dadurch zur Geltung bringen, daß sie den §. 12, welcher heißt: „Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung," allein und ohne seine nähre bestimmenden und beschränkenden Nachsätze zur Annahme empfahl, diese näheren Bestimmungen der künftigen Berathung des Wehrgesetzes überweisend. Ob sie dabei noch einen Hintergedanken der Art hatte, wie Rüder in seiner Bekämpfung dieses Antrags durchblicken ließ, ob sie schadenfroh auf eine gewaltige Explosion des Partikularismus spekulirte, wenn jener Grundsatz des §. 12 in seiner ganzen nackten Schroffheit, ohne mildernde Modifikationen, hingestellt würde — wer möchte dies bejahen oder verneinen. Man thut der Linken ebenso oft Unrecht, wenn man ihr zuviel, als wenn man ihr zu wenig Verschlagenheit zutraut. Jedenfalls waren dergleichen Hintergedanken den Anträgen fremd, die aus der einen Fraktion des rechten Centrums, dem sogenannten Landsberg, hervorgingen und ebenfalls die Aufstellung eines Grundsatzes im Sinne des §. 12 bezweckten, dessen Spezialisirung einem Reichsgesetze vorbehaltend. — Es war ohne Zweifel sehr zweckmäßig, daß die Versammlung auf Rüder's Vorschlag alle diese Anträge dem Verfassungsausschusse zur Prüfung überwies und die Debatte über den Art. III. der „Reichsgewalt" für heute aussetzte. Somit hat die heutige Verfassungsberathung nur einen Punkt festgestellt, einen wichtigen, aber selbst nach dem alten Bundesrecht unbestrittenen, den nämlich: daß nur die Reichsgewalt das Recht des Kriegs und des Friedens haben soll. — Die morgende Debatte wird zunächst entscheiden, ob die Versammlung zur Berathung der §§. 13 — 20 übergehen solle oder nicht. Diese Entscheidung wird aber, darüber täusche man sich nicht, mehr als eine blos formelle sein. Denn ist in §. 12 der Grundsatz der ausschließlichen Souveränetät der Reichsgewalt in Bezug auf das Heerwesen ausgesprochen, ohne demselben sofort begrenzende Bestimmungen beizufügen, so ist er damit in seiner verfassungsmäßigen Uneingeschränktheit anerkannt, und alle Modifikationen, mit denen man etwa später ihn umgeben mag, fließen lediglich im Wege der Gesetzgebung, können daher auch jederzeit auf demselben Wege wieder aufge-

Digitized by Google

holen werden. Nimmt man dagegen die Beschränkungen der Militärhoheit der Reichsgewalt, sogleich in die Verfassung auf, so ist die Reichsgewalt an diese Schranken gebunden, und alle Reichsgesetze über diese Materie können sich nur innerhalb der hier gezogenen Grenzen bewegen. Die Annahme der Anträge des Landsbergs würde somit dem Systeme der ausschließlichen Souveränetät der Reichsgewalt über das Heerwesen, also dem ursprünglichen Dahlmann'schen Gedanken, mit einem Male den Sieg verschaffen. Wir hätten dagegen wenig einzuwenden, aber wir zweifeln, daß die Mehrheit der Versammlung dieser Ansicht sein werde.

Deutschland.

* **Wien.** Die am 30. Okt. erfolgte Kapitulation Wiens bestätigt sich von allen Seiten. Am 29. war folgende Publikation des Gemeinderathes erschienen:

„Mitbürger! Nachdem der Herr Ober-Kommandant so eben dem Gemeinderathe die Nachricht überbracht hat, daß die stabile und mobile Nationalgarde, so wie die akademische Legion sich entschlossen haben, die Waffen niederzulegen und in die vom Herrn Fürsten Windisch-Grätz gestellten Bedingungen sich zu fügen, ist sogleich eine aus Gemeinderäthen und Mitgliedern der gesammten Volkswehr bestehende Deputation zum Fürsten abgegangen, um ihm die betreffende Mittheilung zu machen.

Ueber den Hergang berichtet der Pr. Staats-Anz. folgendes Nähere: Am 29. Morgens hatte eine Deputation des Gemeinderathes den Feldmarschall bewegen wollen, von der Bedingung der Fortdauer des Belagerungszustandes nach der Unterwerfung der Stadt abzustehen; der Fürst hatte sich indessen hierauf nicht eingelassen, und auf der unbedingten Unterwerfung bestanden; gleichzeitig jedoch versprochen, an dem Tage nicht mehr auf die Stadt schießen zu lassen, damit sie bis zum 30. Zeit habe, zur Besinnung zu kommen. Um halb 3 Uhr Nachmittags hatten einzelne Theile der Stadt wieder ein Kanonenfeuer eröffnet; dasselbe war jedoch bald eingestellt worden. In Folge der Antwort des Fürsten versammelte sich am 29. Abends der Gemeinderath, und berief den Ober-Kommandanten, sowie alle Bezirks-Vorsteher der Nationalgarde, um zu berathen, ob eine längere Vertheidigung der Stadt möglich und gerathen sei. Herr Messenhauser soll erklärt haben, daß er zwar zur Fortsetzung des Kampfes bereit sei, wenn der Gemeinderath es befehle; daß aber bei der jetzigen Stellung der kaiserlichen Truppen an eine wirksame Vertheidigung der Stadt nicht zu denken sei; darauf soll die Unterwerfung mit ⅔ der Stimmen gegen ⅓ beschlossen worden sein. Noch in der Nacht ging die Deputation an den Fürsten (während gleichzeitig das obige Plakat veröffentlicht wurde), um die unbedingte Unterwerfung anzukündigen, und zu bitten, daß die kaiserlichen Truppen der städtischen Behörde bei der Entwaffnung hülfreiche Hand leisten möchten. In Folge dessen hat der Feldmarschall die Feindseligkeiten gegen die Stadt nicht wieder eröffnet, und die Truppen am 30. ohne Widerstand die Glacis besetzt. An demselben Tage hatten die Vorstädte schon größtentheils die Waffen niedergelegt; schon am 29. sollten 27 Kompagnien Nationalgarde in der Vorstadt Wieden die Waffen gestreckt haben. — Ueber den vorhergehenden Kampf gibt ein Brief der Schles. Z. aus Hietzing nähere, als zuverlässig bezeichnete Nachrichten. Der schrecklichste Tag war der 28.; die Kananade dauerte von 10 Uhr Morgens bis Mitternacht. Die Vorstädter hielten sich außerordentlich tapfer, aber der Muth des Militärs gab ihnen nichts nach. In Folge eines hitzigen Gefechtes erstürmten die Truppen die Linien auf verschiedenen Punkten. Besonders zeichneten sich die Truppen des Banus aus, welche in drei Stunden gegen 30 Barrikaden erstürmten. Abends 7 Uhr brannte es wieder an vier Stellen der Vorstädte, namentlich in der Wieden- und in der Landstraße, wo ungefähr 30—40 Häuser in Flammen aufgingen. Dabei dauerte unausgesetzt das Schießen mit Kanonen und Gewehren fort, deren Aufblitzen man bei der Dunkelheit des Abends deutlich wahenehmen und bei dieser schrecklichen Beleuchtung auch das siegende Vorrücken der Truppen in den Straßen genau beobachten konnte. Um 11 Uhr Nachts war noch nichts entschieden, nur so viel, daß die Truppen siegend vorrückten. — Wie vorauszusehen war, hatten die Einwohner der Stadt mit der bewaffneten Arbeitermasse selbst zu kämpfen. Schon am Abend des 28. sollen die Bewohner der innern Stadt die weißen Fahnen aufgesteckt, die Arbeiter aber sie wieder herabgerissen haben. Die Nationalgarde mußte die Angriffe der Arbeiter auf die kaiserliche Burg mit den Waffen zurückweisen. Von dem Kampfe mit den Arbeitern gibt auch die folgende Kundmachung des Gemeinderathes vom 29. Okt. Zeugniß: „Alle Arbeiter, welche bewaffneten Corps oder der Mobilgarde eingereiht wurden, und bestimmte Bezüge bisher von der Kommune empfangen haben, eben so die unbemittelten Nationalgarden, welche bisher von der Kommune unterstützt wurden, erhalten nach Ablieferung der Waffen an die hierzu näher zu bestimmende Kommission von dem Tage, als dies erfolgt ist, und so lange die bisher bezogene Unterstützung, bis die gegenwärtig gestörten Erwerbs-Verhältnisse werden geordnet und ihnen der selbstständige Erwerb wieder möglich geworden sein wird. In der Stadt hatte Messenhauser das Standrecht erklärt, und jedem mit dem Tode gedroht, der sein Haus nicht offen läßt. Auf der anderen Seite hatte Fürst Windischgrätz über jeden, der seine Thüre und Fenster nicht geschlossen hält, dasselbe Schicksal verhängt. Diese Proklamation des Fürsten mochten die ins Lager entsendeten Deputirten der Stadt nicht mittheilen. — Die Friedlichgesinnten der Stadt befanden sich also buchstäblich zwischen zwei Feuern. Bomben wurden am 27. Abends nur wenige als Schreckmittel in die Universität geworfen, am 28. aber fallen Granaten, Raketen und Shrapnells geschleudert warden sein. Der Fürst soll übrigens alles aufgeboten haben, die Stadt zu schonen, fand aber einen fanatischen und wohlgeleiteten Widerstand. General Bem der die Vertheidigung vorzugsweise leitete, soll in der „Stadt London" verwundet darniederliegen.

Längerer Widerstand am 29. hätte wohl das Bombardement, das man zu vermeiden suchte, unmittelbar herbeigeführt; die Truppen standen am Glacis in einer Entfernung von 300—400 Schritten von der inneren Stadtmauer. Der trefflich unterrichtete Correspondent der Allg. Z. aus Baden bei Wien sagt, die Ausfälle der Wiener in den Tagen vom 24—26, seien zwar sämmtlich zurückgeschlagen warden, aber sie hätten dabei eine Todesverachtung entwickelt, die der besten Sache würdig gewesen wäre. Am 26. ließ Windischgrätz keinen Schuß auf die Stadt abfeuern, das ganze fürchterliche Feuer beschränkte sich auf die Ausfälle und die Barrikaden. Die Wiener verschwendeten das Pulaer, indem die Kanonen auf den Linienwällen selbst auf einzelne Patrouillen abgefeuert wurden, natürlich ohne besondern Schaden anzurichten. Das Militär seinerseits benützte jede Gelegenheit die Wiener Kanonen zu demontiren. Bei den Ausfällen selbst wich das Militär jedesmal scheinbar zurück, um die Wiener ins Freie zu locken, wo sie dann ins Kreuzfeuer genommen wurden. Die Ausfälle bildeten einen Bogen um die ganze Stadt nördlich herum mit Ausnahmen der Linie des Wienerberges, wo Windischgrätz selbst stand. Durchgängig verriethen die Operationen der Wiener die Führung ausgezeichneter Offiziere, wahrscheinlich zum größten Theile Polen. Aber auch die Truppen waren stets kampfbegierig und schlugen diese Ausfälle nicht hoch an. Der Krankenstand war bei der günstigen Witterung fortwährend gering (was viele andere Berichte widerlegt); die Verpflegung aber fing an schwierig zu werden. Aus der Brigittenau oder dem Prater wurden Granaten und Raketen in bedeutender Anzahl geworfen, doch keine Brandraketen. Bomben wurden durchaus keine geworfen, wie überhaupt von keiner Seite ein Angriff durch das Heer erfolgte. — Wahrscheinlich im Einzelnen übertreibend, aber sehr lebendig schildernd ist der folgende Brief aus St. Pölten vom 27. Okt., den der Tir. Bote mittheilt: „Schrecken über Schrecken! Gestern den ganzen Tag Kanonendonner, heute die ganze Nacht der Himmel roth und in Flammen als wenn es ein Nordlicht wäre. Wien soll an fünf Orten brennen. Heute ist es ruhig. Abends 8 Uhr soll der Tanz wieder angehen, so die durcheilenden Nachrichten. Vom Mignel Infanterie und das zweite Jägerbataillon sollen viel gelitten haben durch die Raketen von Stuver. Es verlautet daß die Gränzer die Leopoldstadt genommen haben; das wäre ein Glück. Mit den Feuerspritzen wurde Vitriol auf die Soldaten gegossen. In 20 Minuten zählte man hier 65 Kanonen- oder Mörserschüsse. Laut einlaufenden Nachrichten hörte man über Mölk hinaus das Schießen. Nach demselben Blatte hätte das Proletariat in der Stadt furchtbar gewüthet. — Ueber die Ungarn wußte man in der nächsten Umgegend Wiens nichts Gewisses. Am 30. hatten Truppenbewegungen gegen dieselben in der Richtung von Kaiser-Ebersdorf und Schwechat stattgefunden, und man hatte dort schießen hören. In Breslau wollte man am 31. Oktober Nachmittags wissen, daß die Ungarn zurückt, aber geschlagen, und theils in die Donau geworfen, theils zu den kaiserlichen Truppen übergegangen seien.

Berlin. National-Versammlung. Abendsitzung v. 31. Okt. v. Unruh präsidirt. — Waldeck motivirt seinen Antrag: „Das Staatsministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten.“ In seiner von stürmischem Applaus begleiteten Rede entwickelt er, wie der Belagerungszustand in Wien ein ungesetzlicher sei, weil die Volksvertretung, der Reichstag, ihn nicht genehmigt habe. Wenn man Wien, also Oesterreich jetzt helfe, so mache man die alte Schuld in Betreff Schlesiens gut. Es gebe kein Deutschland ohne Oesterreich, oder nicht jenes Oesterreich, das durch fremde Nationalitäten andere knechtet. Die reaktionäre Partei in Oesterreich werde sich in Betreff Wiens täuschen; Wien sei kein Neapel und die Deutschen keine Lazzaroni. — Demnächst spricht v. Berg für das nachfolgende Amendement Radbertus: „Die h. V. wolle beschließen: Se. M. Reg. aufzufordern, bei der Centralgewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstags in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde.“ — In glänzender von Beifall unterbrochener Rede sucht Hr. v. Berg darzuthun, daß die von dem österreichischen Kaiser gen Wien gesendeten Truppen gar nicht von dem deutschen Kaiser, sondern von einem fremden Fürsten, der sich an die Spitze seiner Völkerschaften gestellt, darthin geschickt, sondern die Truppen des deutschen Reichsfeindes wären. Er will die Centralgewalt aber bei einer Hülfe, die man Wien beinge, nicht übergehen, — Elsner spricht für Waldecks Antrag: wenn Wien unterliege, werde in Berlin dasselbe Schauspiel aufgeführt werden. Radbertus: Es sei ein erhebender Moment gekommen, in welchem Preußen sich an die Spitze Deutschlands stelle; man wolle die Freiheit, aber nicht ohne Einheit. Er glaube, der Kaiser wisse noch nichts von dem Bombardement Wiens, er glaube nicht, daß ein deutscher Fürst ein zweiter Nero sei. Wien brenne, das sei genug. Man sei in Wien bemüht, nicht blos die Freiheit, sondern die Hoffnung der Freiheit zu vertilgen, aber man täusche sich. (Stürm. Beif.) Minister Dönhoff verliest verschiedene bekannte Peoklamotionen, worauf er auf die „begütigenden“ Worte des Kaisers aufmerksam macht. — Grün: Man verlange so oft Pietät, hier sei sie am Orte! Ohne den 13. März keinen 18., ohne den 26. Mai keinen heutigen Zustand, ohne die Wiener Ereignisse vielleicht kein so demokratisches Ministerium, wie das gegenwärtige am Ministertische. Ob der Antrag aber das Amendement Radbertus durchgehe, jedenfalls übernehme das Ministerium eine starke Verantwortlichkeit. Von Duncker ist folgendes Amendement gestellt: „Die Reg. Sr. Majestät aufzufordern, bei der deutschen Centralgewalt mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß nicht in Folge der neuesten Wiener Ereignisse die Freiheit und Nationalität eines Bruderstaates gefährdet werde.“ Dies Amendement wird von den Abgeordneten Müller und Ostermann unter lebhaftem Beifall der Rechten und des Centrums vertheidigt. Diese Heeren vertheidigen die Centralgewalt und die Frankfurter Nationalversammlung, die bereits Reichskommissäre nach Wien gesandt habe, welche von eventuell zur Requisition von Reichstruppen bevollmächtigt seien. Schromm (Langensalza) und Schultz (Wonzleben) sprechen für Waldeck's Antrag. Duncker hält die Wiener Verhältnisse und ihre Triebfedern noch nicht für aufgedeckt genug. Man habe Truppen, die nach Ungarn bestimmt waren, mit Bewilligung des Reichstags in Wien aufgehalten. Schulze (Delitzsch) tadelt die Reichskommissäre, die wie Hofschranzen in den Palästen der kaiserlichen Residenz verweilten, ihr Platz sei in Wien, mitten im Volke und schlimmsten Falls auf den Barrikaden; aber diese Männer seien Reichspolizeikommissäre, Reichskanonier. Trotzdem wolle er, wie sein Freund Radbertus, den letzten Hoffnungsanker noch nicht fortwerfen, bis man dazu gezwungen werde. (Stürmischer Beifall.) Minister v. Bonin: Man fasse die Sache sehr verschieden auf, es hätten in Wien anarchische Zustände geherrscht, und man dürfe glauben, daß in Frankfurt bessere Nachrichten seien als hier. Der Präsident und ein Theil der Mitglieder habe den Wiener Reichstag verlassen. Der Kaiser verheiße übrigens die Aufrechthaltung der gewährten Freiheiten. — Schulze (Delitzsch) protestirt gegen die „allergnädigst gewährten Freiheiten“ unter dem donnernden Beifall der Linken. — Baumstark spricht in sehr langer Rede gegen Waldeck und Radbertus: Der Reichstag allein sei nicht die souveräne Gewalt. Er spricht in heftigen Ausdrücken gegen Wien, dem er den Mord Latour's zur Last legt. Es ist auf Schluß eingetragen, Schmidt spricht für, Jung gegen denselben, indem er unter dem stürmischen Beifall seiner Freunde Baumstark tadelt, der ein stammverwandtes Volk in Todesnoth bekrittele. Nachdem die Versammlung sich für den Schluß entschieden, spricht noch d'Ester als Motionssteller für den Waldeckschen Antrag: Hier habe man ein verantwortliches Ministerium, in Frankfurt nicht. Man müsse dem Geiste Metternich's einen Damm entgegensetzen und der Reaktion allenthalben das Memento mori in Flammenschrift entgegenhalten. Bei namentlicher Abstimmung stimmen für den Antrag Waldeck 113, dagegen 230; für Duncker's Amendement 164, dagegen 181; für Radbertus' Amendement 261, dagegen 52. (Unter den Ersteren Hr. v. Pfuel, unter den Letztern Hr. v. Auerswald [Frankfurt]). v. Berg erklärt, daß er Freitag das Ministerium über die getroffenen Maßregeln zu interpelliren gedenke. (Schluß 10 Uhr.)

LC Berlin, 1. Nov. Zwei Mitglieder der Nationalversammlung sollen einem Volkshaufen in die Hände gefallen und ihm nur nach erlittenen Mißhandlungen entkommen sein. Dem Vernehmen nach wird nunmehr das Centrum, welchem die erwähnten Mitglieder angehören, den Antrag stellen, daß der Schutz der Versammlung dem Ministerium übertragen werde. Unter diesen Umständen läßt sich erwarten, daß der Antrag diesmal zum Beschluß erhoben werden wird. — Die königliche Botschaft, mit deren Verlesung die gestrige Abendsitzung begann, wurde mit schallendem Beifall von allen Seiten der Versammlung vernommen. Die durch jene Botschaft verkündete Sanktion des Jagdgesetzes kam so unerwartet, daß selbst die äußerste Fraktion der Linken ihrer freudigen Ueberraschung Ausdruck zu geben sich nicht zu versagen im Stande war. Auch von der Zuhörergallerie herab rauschte lebhafter Beifall. Die Gallerien, welche die Erregtheit, die in und außer dem Saale während der ganzen Verhandlung herrschte, theilten, mischten sich gestern zum öftern durch Beifalls- und Mißfallsäußerungen in die Diskussion. Namentlich geschah dies bei den Reden der HH. Waldeck, v. Berg und Schulze (Delitzsch). Auch während des Vortrages des Abg. Baumstark, der die Ansicht seiner Partei warm und beredt vertrat, wurden die Beifallsbezeugungen der Rechten von den Gallerien herab unterstützt. — Aus der Genehmigung des Jagdgesetzes wird allgemein eine Beseitigung der Ministerkrisis gefolgert. Nichts desto weniger glauben wir versichern zu können, daß Herr von Pfuel sowohl den Vorsitz im Kabinet als auch das Portefeuille des Krieges aufgegeben hat. Höchst wahrscheinlich wird dies schon morgen der Kammer eröffnet und der Gesundheitszustand des gegenwärtigen Ministerpräsidenten als Grund seines Rücktritts angegeben werden. Sehr wahrscheinlich, jedoch noch unverbürgt, ist, daß Hr. v. Bonin das Präsidium übernehmen wird.

Die Annahme des Radbertus'schen Antrags hat natürlich alle Die, welche eine sofortige und unmittelbare Unterstützung Wiens von Preußen erwarteten, nicht befriedigt. Man fürchtet im Zusammenhang mit der gestrigen Demonstration heute eine Erneuerung. Eine Proklamation des demokratischen Klubs bespricht das Resultat des gestrigen Abends. „Der Reichs-Grundsatz armerie von Schmerling und Mohl die Volksfreiheit in Wien empfehlen, heißt das etwas Anderes, als das Lamm unter die Obhut des Wolfs stellen?“ Der Klub fordert das Volk auf, „ruhig im Bewußtsein der Kraft“, aber mit Ernst und Festigkeit auf seiner Forderung zu beharren. — Die Unzulänglichkeit der bestehenden Steuerverfassung hat Herrn Radbertus zur Einbringung des folgenden Gesetzentwurfs, für welchen er eine schleunige Berathung erbittet, veranlaßt: §. 1. Um die Staatsabgaben nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und einer aufgeklärten Staatswirthschaft zu regeln und mit der Steuerkraft der Staatsangehörigen in Einklang zu bringen, soll eine neue Steuerverfassung im Umfange der ganzen Monarchie eingeführt werden. Dieselbe soll sich über das gesammte Staatsabgabenwesen mit Ausnahme der Grenzzölle erstrecken. §. 2. Zur Ausarbeitung des Entwurfs einer solchen Steuerverfassung soll unverzüglich eine aus 16 Mitgliedern, und zwar aus 8 Mitgliedern der gegenwärtigen Nat.-Versammlung und 8 anderen Sachverständigen, bestehende Kommission zusammengesetzt werden. Die Mitglieder aus der National-Versammlung werden von dieser nach dem bei der Wahl ihrer Vicepräsidenten angenommenen Modus gewählt; die übrigen 8 Mitglieder, unter denen mindestens 4 Nichtbeamte sein sollen, werden von Sr. Majestät Regierung ernannt. §. 3. Diese Kommission soll schleunigst unter einem aus

Digitized by Google

ihrer Mitte gewählten Vorsitzenden ihre Arbeiten beginnen. Ihre Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit abgefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Bei allen Fragen, die mit Majorität von einer Stimme entschieden werden, soll das Minoritätsvotum dem Entwurfe beigefügt werden. Der Kommission stehen alle bei den königlichen Behörden befindlichen Materialien zu Gebote.

** **Berlin**, 1. Nov. Gestatten Sie mir einige Worte über die gestrige Abendsitzung im Konzertsaal und den dort gefaßten Beschluß unserer Landesversammlung über Wien. Die Vertreter Preußens standen unter einem Terrorismus, der seines Gleichen sucht. Das Volk hielt die Abgeordneten und Zuhörer, ja sogar die Burschen, welche die Berichte nach den Druckereien tragen, im engsten Sinne des Worts gefangen. Niemand durfte heraus noch hinein. Der Kommandeur der Bürgerwehr, Rimpler, fand keinen Ausweg, um die Bürgerwehr zu allarmiren; ein weniger bekannter Mann, der durchschlüpfte, rief sie zusammen, womit auch wenig gewonnen war. Daß es auf ein Aeußerstes abgesehen worden, leidet keinen Zweifel, wenn man von den Reden, die auf dem Gens'darmenmarkt von der einen Kirchtreppe gehalten wurden und von andern Unterredungen Notiz genommen hat, die von Diesem und Jenem offenbarten, „„was er eben wolle"". Stricke waren in großer Zahl bei der Hand. Ueber ihre Bestimmung verlautete es ringsum. Einer behauptete draußen auf dem Platz, die Linke trage ein Abzeichen, das sie vor Verwechselung schütze. — Der Antrag Waldeck's und seiner 36 Genossen findet seine Erklärung in den Begebenheiten der letzten Tage, in dem Demokraten-Kongreß und dem fehlgeschlagenen Vorparlament. Beide Unternehmungen sind ohne äußeren Anlaß, ohne Beschränkung oder Behinderung an ihrer eigenen Haltlosigkeit und Zerfahrenheit zu Wasser geworden und namentlich der Kongreß hat, wie Mitglieder selbst laut aussprechen, die Partei der demokratischen Republik auf das Höchste kompromittirt. Der Strohhalm, woran beide Unternehmungen sich klammerten, war die Agitation für Wien. In den sterbenden Republikaner-Kongreß brachte diese Angelegenheit einiges Leben; sie wirkte auf ihn wie ein ätherisches Oel. Eine Volksversammlung unter den Zelten wurde von dem demokratischen deutschen Kongreß berufen; Reden, wie sie die Demokraten untereinander sich doch zu halten genirten, konnten da deklamirt werden; auch drei Märtyrerkronen konnten verdient werden, indem der Staatsanwalt herausgefordert wurde, unter Andern von einem Mitgliede der Wiener akademischen Legion, das so lange hin und her gereist war, bis der Weg nach Wien, um dort mit Robert Blum „zu sterben und zu fallen", versperrt worden. Auch Rugr glänzte unter den Zelten, der, wie wenigstens Demokraten mit Heftigkeit ausgesprochen, eine leichtsinnige Hand im Spiele hat. — Genug das ganze Republikanerthum, Oppositionsmanöver und Antideutschthum mündete in der großen Agitation für Wien.

Der Antrag der äußersten Linken in Betreff Wiens war weniger gegen Olmütz, als gegen Frankfurt gerichtet. Seine Schneide war die Opposition gegen Reichsgewalt und Reichsversammlung, eine Opposition, welche das Anti-Parlament, das gescheiterte, hatte führen sollen und welche der republikanische Kongreß in seiner schülerhaften und schlaffen Manier noch mehr herabgesetzt. Der Abgeordnete Waldeck verlangte eventuell, daß Preußen mit seiner Armee gegen Windischgrätz marschieren solle. Die ganze Wucht des Hasses und der Schmähungen wandten sich gegen die Reichsregierung, gegen den Beschluß des Parlaments, an dem doch soviele Oesterreicher sich betheiligt, gegen das Benehmen Welcker's und Mosle's, die sich unter die Höflinge von Olmütz gemischt hätten, statt auf den Barrikaden von Wien zu sterben. Diese Polemik der äußersten Linken nimmt nicht Wunder; wohl aber die Ausfälle, welche sich die Partei Robbertus erlaubte. Man weiß, was die Herren Berg und Robbertus von den Konstablern aus verschiedentlichen Ursachen denken; nun die Partei Robbertus in der Person des Abgeordneten Schulze aus Delitsch, der seit einiger Zeit cynisch zu werden sich anläßt, titulirte die Sendboten des Reichsverwesers — „Reichskonstabler", natürlich zum höchsten Ergötzen der Partei Jung, Waldeck, d'Ester und der auf der Galerie anwesenden Reste des Kongresses! Die Partei Robbertus hatte ein Amendement gestellt, worin die Centralgewalt nicht, wie durch Waldeck, übergangen, sondern nur angetrieben wird, eigentlich doch stimulirt, anders zu verfahren, als die große Mehrheit in der Paulskirche für gut befunden. Robbertus hat selten so fade gesprochen, als diesmal. Seine Rede schloß mit einer Anweisung Preußens auf die Suprematie. Sein Antrag wurde mit 261 gegen 52 Stimmen schließlich angenommen, nachdem der von Waldeck mit 113 gegen 250, und ein Amendement von Duncker, für welches die Rechte und zwei Fraktionen des Centrums stimmten, mit 181 gegen 164 Stimmen verworfen, also nur die Alternative übrig war, alle Anträge zu verwerfen oder für den Robbertus'schen zu stimmen. Dies Letztere that die Partei Unruh, mit Ausnahme Duncker's (der sich des Votums enthielt), die Partei Bornemann, der größte Theil der Rechten und der Ministerpräsident v. Pfuel. — R. von Auerswald, Kühlwetter, Tamnau dagegen zogen vor, nachdem sie für Duncker gestimmt, sich gegen Robbertus zu erklären. — Das Amendement Duncker wurde vielfach angefeindet und sogar eine hohle und erzwungene Konzession an den Terrorismus der Straße und des Ruge'schen Anhanges darin erblickt. Wir nehmen keinen Anstand, auszusprechen, daß sowohl Ehrlichkeit der Absicht, als staatsmännischer Takt in dem Amendement Duncker und nur in dem Amendement Duncker enthalten war. Mit dem Antrage Robbertus gemeinschaftlich verhorreszirte es den Partikularismus Waldeck's, das Ignoriren der Centralgewalt. Im Unterschiede von Robbertus lag es nicht einen versteckten Angriff gegen den Beschluß der Reichsversammlung. Im Unterschiede von Robbertus nahm es nicht als unumstößlich gewiß an, daß in Wien die Sache der Freiheit allein vertheidigt und bedroht werde, daß die Volksfreiheit und deutsche Nationalität wirklich in Gefahr stehen; Robbertus sprach es als nackte Thatsache aus; Duncker stellt es als Möglichkeit hin und verlangt für den Fall von der Reichsgewalt den Schutz der Freiheit und des Deutschthums. In Folge der Wiener Ereignisse, sagte der Antrag Duncker's, kann die Volksfreiheit und Nationalität in Gefahr kommen; dann möge die Reichsgewalt beide schirmen. Der Antrag von Robbertus fordert von der Reichsgewalt, daß sie von vorn herein gegen den Knifer Partei nehme. Vortrefflich sprach der Abgeordnete Duncker. Mit jenem schon einmal rühmlichst bewährten Freimuth ging er in der Analyse der Wiener Zustände auf deren Entstehung, auf die Emeutr der Soldateska, zurück und kritisirte das Verhalten der Ungarn. Wahrlich, nur ein Staatsmann, der wie lucus a non lucendo so genannt wird, konnte gegenwärtig mit Herrn Robbertus in apodiktischer Gewißheit auftreten. Es ist möglich, daß Herr Robbertus Recht erhält durch die nächsten Ereignisse; doch Here Duncker wird Recht behalten. — Abgesehen von dem Straßenterrorismus (Herr Parrisius wollte nicht, daß von der Rednerbühne die Wahrheit darüber verlaute!) gibt der gestrige Beschluß eine ernste Lehre. — Die preußische Landesversammlung könnte noch öfter die geistige Suprematie mit Herrn Robbertus erstreben und die Reichsversammlung reprimandiren. Da hört die deutsche Einheit auf. Denn die so terrorisirte Versammlung des Konzertsaales übte dann einen Terrorismus über die Pnulskirche!

⨯ **Berlin**, 1. Nov. Der Tumult von gestern war wieder ein trauriges Zeichen von der Zuchtlosigkeit Berlins. Das Haus, das von dem edlen Schinkel in einfach antikem Geiste als ein Tempel der Kunst gebaut ist, das jetzt als Versammlungshaus der Vertreter Preußens jedem Freunde der Freiheit heilig sein sollte, umlagert von der Hefe des Pöbels, die brennenden Fackeln unmittelbar an den Fenstern des Saales, in welchem die Abgeordneten tagten; auf den Treppen läppische Demagogen in ihrer Frakturberedsamkeit, Allarmblasen und Trommeln zur Attaque als Begleitung der Reden, die der große Sonderbündler Waldeck drinnen hielt. Dann die lächerliche Verblendung der Maschinenarbeiter, die die Vermittler spielen wollten zwischen dem drängenden Volk und der abwehrenden Bürgerwehr und natürlich zuerst angegriffen werden mußten. Wahrhaftig, wenn unsre um Popularität buhlende gemäßigte Linke noch nicht einsieht, daß man sich solcher Umgebung entledigen, daß man energischer Maßregeln ergreifen muß, um nicht das preußische Volk glauben zu machen, seine Vertreter ständen unter der Herrschaft roher Massen — dann weiß ich nicht, was sie noch weiter verlangt. Ich sah an den Thüren des Hauses Kerle mit ungeheuern Stangen, mit deren Hülfe die Massen in wenigen Augenblicken in das Innere des Saales hätten dringen können. Andre ermunterten zum Aufhängen. Die Herrn Berg und Robbertus freilich werden das wohl nicht eher glauben, als bis sie den Strick am Halse füh

Digitized by Google

len — und wahrhaftig, diese Menschen werden sie so wenig schonen, wie die von der Rechten. Die Bürgerwehr ist heute sehr mißmuthig; es hat sich gezeigt, daß sie schlecht organisirt ist und gegen so große Massen wenig vermag. Man wirft Herrn Rimpler vor, daß er nicht genug Leute geschickt habe; eine Zeit lang war er freilich im Schauspielhause eingesperrt, aber auch später war die Anzahl nicht groß genug. Es ist allerdings ein schlechtes Vergnügen, eng zusammengepreßt dazustehen und von dem gegendrängenden Pöbel mit Steinwürfen und brennenden Fackeln beehrt zu werden. Und hant man einmal ein, oder stößt zu mit dem Bajonett, dann will die halde Stadt gleich vor Mitleid vergehen über die unglücklichen Opfer des „Brudeekampfes." Die Arbeiter sind wieder sehr erbittert gegen die Bürgerwehr und es ist waheschainlich, daß diese Erbitterung nächstens zum Ausbruch kommt. — Die nicht eben sehr hervortretende Partei derer, die treu an der deutschen Sache dängen, ist sehr gespannt auf die Schritte, die man in Frankfurt gegen den Partikularismus der hiesigen Versammlung thun wird. Hoffentlich werden die hier so schmählich im Stich gelassenen Deutschen in Posen in Frankfurt ihe Recht finden; hoffentlich wird man dort jene gleißneeischen Freunde verleugnen, welche nur dann deutsch gesinnt sino, wenn sie damit Opposition machen können, bei jeder Gelegenheit aber, wo deutsche Gesinnung irgendwie ihnen den Schein gerzngeeen Freisinns geben könnte, in dem Sonderbündlerei ihren Schutz sucht. Gestern konnte gottlob diese Partei niche durchdringen, weil das sogenannte linke Centrum nicht, wie in dee Polensache, sich von Deutschland losiagte. Es ist recht gut, daß dadurch das Bestehen der Reichsgewalt den Volksmassen enmal wieder eingeschärft ist. Denn in den Klubs und Volksoersammlungen sind die Heern natürlich längst über den Standpunkt, welchen die Reichsgewalt und die Reichsversammlung einnimmt, hinweg. — Man speicht viel von einer beabsichtigten Vereinigung der Rechten mit dem Centrum und der Roddertus-Berg'schen Partei, welche den Zweck hat, eine feste Majorität zu bilden und der äusserstea Linken kräftigen Widerstand zu leisten. Dem Erminister Milde soll dieser Gedanke eigenthümlich sein. Wie halten ihn füe keineswegs unausführbar, da die princpielle Verschiedenheit der erwähnten Feaktionen gar nicht sehr geoß ist und da namentlich auch im linken Centrum oiele Leute sitzen, die an sich sehr ruhiger Natur, wenn sie dem ausschließlichen Einfluß iheee Parteiführee entzogen sind, leicht etwas mehr zue Rechten sich neigen möchten. Feeilich würde wohl immer noch ein kleiner Rest einer äusserstea Rechten übrig bleiben, welche aus Liebe zur Konsequenz ihre gesonderte Stellung behaupten würde. — Untee den höheeen Beamten und andern Herrn, die Windisch-Grätz und Jellacic gar zu zärtlich lieben, hat es großes Aufsehen erregt, daß Pfuel gestern dem Rodbertus'schen Antrage beigestimmt hat.

‡ **Posen**, 30. Okt. Die Aufmeekksamkeit der Polen ist zwischen Galizien, Berlin und hier getheilt. Aus Krakau ist eben die Nachricht eingetroffen, daß der Gubernatoe Zalewski plötzlich ohne Angabe des Grundes die Stadt verlassen hat, nachdem er die Oeganisation der Nationalgarden verdoten. Wohin er ist, weiß Niemand; Placate und Lokalblätter enthalten nun Verwünschungen gegen den Mann, den man oor 3 Wochen noch vergötterte, und im Triumphe als „Polen" einholte. Die Krakauer „Jutrzenka" (Morgenröthe) enthält unterm 24. Okt. einen Aufruf von 49 polnischen Deputirten des Wieneer Reichstags, unter ihnen Franz Smolka, welcher die Galizier bei ihren heiligsten Pflichten beschwöet, sich ruhig zu verhalten und keinen vorgeitigen Schritt zu thun, der die physische oder moralische Kraft des Landes schwächen könnte. — Dasselbe Blatt enthält auch das Signalement russischer Spione, die im Lande sind, unter andeeen des berüchtigten Tokarckt, der 1846 im Posen'schen war. Es mahnt zur Vorsicht bei allen Unteenehmungen. An die polnischen Deputirten in Berlin ist die Aufforderung gerichtet worden, sie möchten einen Beschluß in der Landesoersammlung durchsetzen, wonach die Verfassung §. um §. sanktionirt werde. Damit mit der Genehmigung des Phillips'schen Amendements gleich das „organische Gesetz" für das Großherzogthum in Angriff genommen werden könne. — Natürlich treffen die Deutschen die energischsten Gegenmaßregeln. Sie haben die Abstimmung nochmals geprüft und entdeckt, daß der abwesende Abgeordnete Mätze (von der Linken) bei dee namentlichen Abstimmung mit „Ja" aufgeführt worden und reklamiren. Sie hoffen den Beschluß vom 23. noch unter Formfehlern sinken zu sehen.

Nürnberg, 1. Nov. Unsere Stadt ist gestern Abend der Schauplatz unruhiger Auftritte gewesen. Den Anlaß dazu hatte ein, bis jetzt noch nicht aufgeklärter Vorfall bei dee auf dem Rathhaussaale stattgefundenen Ziehung des Lotto gegeben. Hier ereignete sich nämlich das Unerhörte, daß eine Nummer (17) zweimal aus dem Glücksrade hervorging. Wie das gekommen, darüber muß erst eine anzustellende Untersuchung Aufschlüsse geben. Der Verdacht eines stattgefundenen Betruges wurde bald innerhalb und außerhalb des Saales laut. Gegen Abend bildeten sich Gruppen oor dem (der Hauptwache gegenüber liegenden) Rathhause, welche nach und nach lebendiger wurden; es wurden einige Fenster am Rathhaus eingeworfen, von Zeit zu Zeit Hoch's auf die Lotterie, die Republick, Hecker und andere Rufe ausgebracht, in welche dann jedesmal einige Dutzend meist sehr jugendlicher Stimmen einfielen. Diese Demonstrationen dauerten einige Stunden lang fort, ohne jedoch einen ernstlicheren Charakter anzunehmen. Inzwischen rückte zahlreiches Militär aus, welches den Platz zwischen dem Rathhause und der Hauptwache, dann die angrenzenden Straßen besetzte. Vor dem Rathhause wurde es nun allmälig ruhig; dagegen ging es auf dem Platze bei der Frauenkirche noch eine Weile lebhaft her. Hier soll sogar ein Versuch gemacht worden sein, mittelst der in der Nähe befindlichen hölzernen Kramduden die Kommunikation zu unterdrechen, was aber von dem Militäe ohne Mühe vereitelt wurde. Auch gegen das Lottogedäude am Frauenthore strömten lärmende Massen. Kavallerieptkets zerstreuten allmälig die Ansammlungen, und es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Um 11 Uhr war die Ruhe vollkommen hergestllt. (N. K.)

Konstanz, 31. Okt. Man ist, wie es scheint, auf nachdrückliches Verwenden von der Absicht zurückgekommen, eine so namhafte Truppenmasse im Seekreis anzuhäufen; wenigstens ist mit dem Eintreffen des badischen Korps auch wieder der Befehl zum Rückmarsch desselden angelangt. Es sind deßhalb gestern die zwei badischen Compagnien, die hier standen, nach zweitägigem Rasttag von hier abmaeschirt, und auf dem Weg nach Freiburg begriffen. An ihrer Statt trafen Würtemberger ein, mit etwas Reiteeei, die in die Nachbarschaft vertegt sind. (S. M.)

(**Mannheim**, 1. Nov. Das hiesige „Morgenblatt" hat seit heute den Titel „Badische Zeitung" angenommen und auch in seinee politischen Richtung sich wesentlich verändert. Es ist zue äusseesten Linken übergegangen und versprach, nunmehr dem Fortschritte sich znzuwenden. Ob es dadurch besser geworden ist, wird wohl jedee dezweifeln, der seine Unparteilichkeit seit dee Zeit seines Bestehens beobachtet hat. Vor Monden noch der hartnäckigste Bekämpfee jedee Freiheit, huldigt es plötzlich Hecker und den republikanischen Bestrebungen! — Struve, welcher sich nunmehr, wie Sie wissen werdrn, in Rastatt befindet, wird, odgleich in Ketten, so menschlich, wie möglich, behandelt. Die Unteesuchungskommission teug daranf an, daß ihm Schreibmateeial znm Schreiben gegeben würde. Er bekömmt auch Bücher und Licht. Seine Briefe gehen jedoch durch die Hand des Kommandanten. Der Gefangene ist höchst niedergeschlagen, noch immer aber voll Hoffnung, daß seine Sache einstens siegen werde. Die Untersuchung, welche sich immer mehr in die Länge zieht, wird, das ist fast als gewiß anzunehmen, nicht zur Todesstrafe führen. — Die Gerüchte von unruhigen Stimmungen im Obeelande erscheinen nicht ungegründet, da man von Neuem ein Bataillon Infanterie (oom 3. Regiment), das in den Seekreis bestimmt war, nach Schtiengen beordeete. Doch wird die Gährung nicht zum Ausdruche kommen. — Es kommen uns von mehreren Oeten Briefe zu, worin man sich gleich mißbilligend über die letzten Ordens-Verleihungen ausspricht; es ist nur eine Stimme darüber: nicht allein wegen der willkührlichen Vertheilung derselden, als auch darüber, daß die Gefechte unbedeutend gewesen und im Bürgerkrieg bestanden worden wären. Es wäre allerdings zu wünschen, daß man mit Ehrenzeichen nicht so freigebig oerfahren würde, ihr Werth muß dadurch bedeutend verlieren. Man hatte in den Zeiten der Reaktion damit oft großen Unfug getrieben, will unsere Regierung in den alten Fehler zurückfallen?

‖ **Heidelberg**, 31. Okt. Sie kennen bereits die wiederholte Wahl Hecker's zum Reichstagsabgeordneten durch den Bezirk Tbiengen. Wie die Probe auf die Rechnung paßt, so bezeugt diese uns keineswegs unerwartete abermalige freche Verhöhnung aller Gesetzlichkeit, wohin die halben Maßregeln führen und welch' ein

Digitized by Google

großer Mißgriff es war, daß man, aus unzeitiger Besorgniß vor dem leeren Anschein weiland hannover'scher Minderheitswahlen, nicht mindestens und gelindestens die Stimmen jener frechen Mehrheit als weggeworfen und nichtig betrachtet hat, ganz ebenso als wenn sie dem Kaiser von Marokko gegeben wären, folgeweise Herrn Buhl als einstimmig gewählt von allen Wählern, die bei Sinnen waren. Dieß schien uns von Anfang an die einzig mögliche rechtliche Auskunft. Wie man Leuten, die offen ihre Billigung eines hochverrätherischen Unternehmens durch ihre Abstimmung kund gegeben haben, ihr Wahlrecht belassen konnte, geht über unsere Begriffe von Recht. Es hieß das förmlich sie auffordern, noch ein zweites Mal der bürgerlichen Ordnung und der Reichsversammlung zu spotten. Der Reichstagsausschuß würde sich vermuthlich einige Verlegenheit erspart haben, wenn er schon das erste Mal sich mit uns gefragt hätte: was dann werden solle wenn etwa der jetzt wirklich eingetretene Fall eintreten würde? — Auf unsere dermalige nassauische Einquartierung ist man gar nicht gut zu sprechen, um so weniger als alle früher bei uns einquartiert gewesenen Reichstruppen ungetheilt das beste Lob mitgenommen haben, vor Allen die so sehr mit Unrecht verschrieenen Preußen, für die es gewiß die größtmögliche Genugthuung ist, daß Jedermann jetzt schmerzlich das durchweg anständige bescheidene Betragen und die Feinheit vermißt, durch die Offiziere und Soldaten sich ausgezeichnet haben. Diese waren allerdings die rechten Leute, um uns von der Abneigung vor „fremden Truppen" zu heilen, aber wahrlich nicht die Nassauer, die nicht selten mit einer Anmaßung und wirklichen Brutalität auftreten, als ob sie sich in Feindesland befänden. Wir wünschen ihnen recht bald Gelegenheit, in Norddeutschland Sitte zu lernen, oder noch besser im Läuterungsfeuer vor dem Feinde die Schlacken des Uebermuthes auszubrennen.

Kassel, 31. Okt. Heute um 5½ Uhr ist die Ständeversammlung im allerhöchsten Auftrage von dem Vorstande des Ministeriums des Innern, Staatsrath Eberhard, im Beisein sämmtlicher Mitglieder des Gesammtstaatsministeriums entlassen worden, nachdem der Landtagsabschied von sämmtlichen Mitgliedern durch Unterzeichnung und Untersiegelung vollzogen worden war. In der Entlassungsrede gab der Minister eine Uebersicht der segensreichen Wirksamkeit dieses Landtags, und hob besonders hervor, wie es dessen hohe Aufgabe gewesen sei, die landesherrlichen Zusagen vom 6. und 11. März d. J. in Erfüllung zu bringen. — Die Versammlung votirte zuvor dem Präsidenten v. Baumbach den gewiß verdienten Dank für dessen bewiesene Unparteilichkeit und Umsicht in der Leitung der Verhandlungen. Der neue Landtag wird dem Vernehmen nach auf die letzten Tage des November einberufen werden. (Fr. J.)

△ **Kassel**, 31. Okt. In mehreren Berliner Zeitungen finde ich die Notiz, daß am 15. Nov. d. J. der elektro-magnetische Telegraph zwischen Berlin und Frankfurt vollendet sein würde. Die Wichtigkeit dieses Unternehmens für Deutschland fällt in die Augen und es ist ein Verdienst der preußischen Regierung, bei demselben nicht nur die Initiative ergriffen zu haben, sondern auch die Ausführung auf ihre Kosten zu bewerkstelligen. Es sind deßhalb mit den übrigen betheiligten Regierungen durch besondere technische Commissäre die erforderlichen Uebereinkünfte geschlossen worden. Leider höre ich, daß während alle übrigen Regierungen diese Conventionen bereits ratificirt haben, hiergegen großh. hessischer Seits ganz unerwartete Bedenken erhoben werden. Wenn ich gut unterrichtet bin, kommen diese Bedenken von einer Seite, die in allen auf Eisenbahnen bezüglichen Angelegenheiten sich einen schon notorischen Ruf von Eigensinn und Rechthaberei begründet hat. Es wäre zu hoffen und zu wünschen gewesen, daß diese engherzigen Geheimeraths-Rücksichten, durch welche selbst die vorgesetzten Minister sich tyranniſiren lassen, mit dem März dieses Jahres zu Grabe gegangen wären, und daß, während grade im Großherzogthum Hessen so rüstig im neuen Geiste volksthümlicher Entwicklung Seitens der Regierung fortgeschritten wird, sich daselbst nicht büreaukratische Privilegien erhalten würden, die den besseren Intentionen der Regierung Fesseln anlegen, und von der öffentlichen Meinung bei vielfachen andern Gelegenheiten längst verurtheilt worden sind. Wir wünschen daher, daß die obige Notiz über die baldige Vollendung des in Rede stehenden Telegraphen sich bestätigen möge. Es würde dieses den erfreulichen Beweis liefern, daß die großh. hessische Regierung zu ihrer ursprünglichen Bereitwilligkeit, auf die preußischen Vorschläge einzugehen, zurückgekehrt ist und Bedenken aufgibt, von deren Erheblichkeit sie keinen ihrer Mitkontrahenten hat überzeugen können.

Darmstadt, 1. Nov. Wir lesen wiederholt in Nachbarblättern, daß die Mehrzahl der ständischen Abgeordneten aus Nassau und den beiden Hessen, aus Anlaß der neu zusammentretenden Kammern, Vorberathungen hält, um gemeinsame Schritte zu besprechen. Die diesseitigen Mitglieder beabsichtigen Vorbereitungen zu einer konstituirenden Versammlung zu machen; ein zweiter Gedanke soll damit Hand in Hand gehen, nämlich der einer Annäherung der beiden Hessen und Nassau's zu einer einheitlichen legislatorischen Organisation. (Darmst. Z.)

** **Hamburg**, 31. Okt. So eben komme ich von den Herren Itz, Grube und Reichardt, welche gestern hier eingetroffen sind, um eine Rundreise durch Deutschland zu machen und die Stimmung kennen zu lernen. Heute Nachmittag noch wollen sie ihre Weiterreise antreten. Die drei Demokraten wohnten hier mit einem anderen politischen Gaste unter einem Dache, mit dem Marschall Marmont, dem Herzog von Ragusa, der sich hier im Hotel Streit eingemiethet hat, um sich mit der Kochkunst zu beschäftigen. Seine ganze Thätigkeit verwendet er mit seiner Reisegefährtin, der Fürstin von Esterhazy, auf die Gastronomie. Harro Harring, der bekannte Friese, und Karl von Holtei sind aus der Fremde hierher gekommen, um uns, der eine mit politischen, der andere mit dramatischen Vorlesungen zu erfreuen. Beidee Säle sind ziemlich leer.

Großbritannien.

London. Die „Times" wirft in einem ihrer leitenden Artikel die Frage auf, was wohl die französischen National-Gardisten, welche neulich London besuchten, in dieser Metropole des Handels und des Gewerbfleißes hätten lernen können? London böte ja nirgends einen so herrlichen Anblick, wie Paris vom Mittelpunkte des place de la concorde. Folgt eine anmuthige Schilderung dieses Panorama's, welcher die feine Ironie zu Grunde liegt, daß alle diese unvergleichlichen, in der ganzen Welt nicht wieder zu findenden Herrlichkeiten, diese Tuilerien, diese elysäischen Felder, diese Boulevards, diese Kaffeehäuser u. s. w. doch nur Luxusgegenstände seien. London müsse sich mit dem Gedanken trösten, daß auch andere Hauptstädte Europas nichts so Schönes aufzuweisen hätten, wie Paris. Was könnten die französischen Gäste nun in London gelernt haben? „Wir wollen," sagt die Times, „nicht viel Rühmens von unsern Institutionen machen; litten sie nicht an großen Mängeln, so würden wir an ihnen nicht gebessert haben; eben so wenig wollen wir uns auf unsere Gesetze etwas zu Gute thun, haben wir doch selbst erklärt, daß sie den verfeinerten und vermenschlichten Ideen des jetzigen Geschlechts nicht mehr entsprechen. Aber ein Punkt ist für das englische Volk charakteristisch und auf ihn wünschen wir die Aufmerksamkeit jedes Fremden geleitet zu sehen, wir meinen unsern Widerwillen gegen jede Aenderung mit offener Gewalt und bewaffneter Hand." Weiter heißt es: „Mag man sich die Erscheinung erklären, wie man will, so viel ist gewiß, daß sich der äußere Anblick der Stadt Paris von demjenigen Londons in einem sehr wesentlichen Punkte unterscheidet. Wir haben keine rivalisirenden Parteifahnen, keine Geschütze auf öffentlichen Plätzen, keine Feldlager, keine Bewachten, keine patternden Trommeln, keine blitzenden Bajonette. Paris wird durch bewaffnete Heerschaaren, London durch den Stock eines Polizeimanns in Ordnung gehalten." Die Times fragt: „Woher kommt es denn, daß London bei dem allgemeinen Aufruhe unerschüttert bleibt, während Berlin und Wien, die zwei Hauptstädte einer Bevölkerung von 40 Millionen, welche im Krieg, in den Wissenschaften und der Literatur eine keineswegs unbedeutende Stufe der Vortrefflichkeit einnimmt, mit Zittern einem abermaligen Kampfe entgegensehen, in welchem Vater und Sohn, Bruder und Brudee in den feindlichen Reihen einander gegenüber stehen, und auch Paris mit der Erneuerung von Scenen bedroht ist, welche wir mit Vergnügen in den Gedenkbüchern dee Geschichte auslöschen würden!"

Der „Morning Post" zufolge sind am 28. Oktod. 800 bei dem Neubau der Parlamentshäuser beschäftigte Arbeiter entlassen worden, mit dem Bedeuten, daß diese Arbeiten im Laufe des Winters nicht wieder aufgenommen werden würden. Die Morning Post meint: diese Entlassung scheine vielleicht im Vergleich mit den Entlassungen in Masse, wie sie von Zeit zu Zeit in Lancashire stattfänden, nicht sehr bedeutend, aber für die armen Leute sei das Unglück doch groß genug. Es sei schon gut zu sparen, aber nur am rechten Orte, man dürfe nicht in einer Weise

Digitized by Google

knickern, wodurch die unteren Klassen dem Hungertode und der Verzweiflung ausgesetzt würden, man dürfe den knausernden Nationalökonomisten nicht zu viel Zugeständnisse machen, es seien noch Kapitolien in Masse vorhanden, die müßig liegen, machte man sie nutzbar, so brauchte Niemand zu hungern.

Frankreich.

* **Paris**, 31. Okt. Der Abgeordnetenclub des Nationalpalastes hat sich gestern für die Candidatur des General Cavaignac, der Club in der Straße Tarbout hingegen (der Berg) für die Lebreu Rollins. In der Straße Poitiers, dem zahlreichsten Verein (rechte Seite), so wie in dem Vereine des Instituts (gemäßigte Linke) ist hierüber noch kein Beschluß gefaßt. Ledru Rollin wird sich in Bordeaux und dann in Marseille, in Banketten hören lassen, in denen er präsidirt. Daß er bei einem demokratisch-socialistischen Bankett den Vorsitz geführt habe, erklärt er heute in der Patrie für eine Unwahrheit. Lamartine hat verweigert sich auf diese Weise vorzustellen, er ist ruhig in seiner Vaterstadt Macon. — Emile v. Girardin wird unter dem Patronate Ludwig Napoleons in Corsika, Marschall Bugeaud in der Gironde, und wie sich von mehreren Seiten her bestätigt, Guizot im Departement des Calvados zum Abgeordneten gewählt werden. Ein gestern angekommener russischer Cabinetscourier soll dem Obristen Schnadowski seine Beförderung zum General zugleich mit der Ernennung zum russischen Gesandten bei der französischen Republik überbracht haben. Der Sultan wird zum ersten Male bei uns von einem Christen repräsentirt werden, dem Fürst Galimelli nämlich, der schon seit längerer Zeit hier wohnt, und sehr geachtet ist. Im Ministerium des Innern soll ein großer Wechsel der Präfekten vorbereitet werden, hingegen sind die höheren Beamten der Universität, wie aus dem heutigen Moniteur hervorgeht, alle bestätigt. Mit Freuden sieht man daß die ausgezeichneten Männer Sam-Marc Girardin, Cousin, Remusat, St. Hilaire der Universität verbleiben, deren Zierden sie sind. Die Presse läßt sich heute aus Frankfurt schreiben, der demokratische Congreß in Berlin, dessen Präsident, Zitz von Mainz wäre, hätte den König von Preußen zum deutschen Kaiser ausgerufen und um diesen Plänen entgegen zu arbeiten hätte Präsident Heinrich von Gagern seinen bekannten Antrag über Oesterreich zurückgenommen. In der gestrigen und heutigen Sitzung der N.-V. wurde hauptsächlich über das vorgelegte Budget verhandelt, das besonders der Abgeordnete Fould stark angriff, während Goudchaux und gewissermaßen auch der Referent Bineau es in Schutz nahm. Letzterer hob besonders hervor daß die schwebende Schuld die von 1848 538 Millionen betrug, jetzt um 354 Millionen (durch die Consolidirung der Schatzscheine, und Tontinen und Sparkasseneinlagen) vermindert sei, gestand aber zu daß im nächsten Jahre die Einnahmen schwerlich, wie der Finanzminister in Aussicht gestellt, den Ausgaben gleich kommen würden. Das vermuthliche Defizit berechnet derselbe auf 313 Millionen für das vorliegende Budget. Sehr wohlthätig wirkte auf die Lachmuskeln der sehr Ehrenwerthen der Abgeordnete Portalis. Dieser trug u. A. auf eine freiwillige Abgabe an, die auf Tabak, Silberzeug u. — Ehelosigkeit gelegt würde! — Der Präsident der N.-V. zeigte gestern an, das Comité hätte die Revision der Constitution beendet und die Schlußberathung würde nächsten Donnerstag statt finden. — Der Minister des öffentlichen Unterrichts hat am 27. Oktober ein Umlaufschreiben erlassen, worin er die Professoren, öffentlichen Lehrer und alle Beamte seines Departements warnt bei den politischen Bankets zu erscheinen, da diese leicht zu Demonstrationen führen könnten von welchen sie sich gewiß fern halten wollten. — Die Assemblé nationale veröffentlicht einen Brief, nach welchem ein Herr Colin, der einen Klub in der Straße Duphot errichtete, so entsetzliche Deobbriefe erhielt, daß er in Folge derselben wahnsinnig wurde. Einer dieser Briefe soll ein feines grünes Pulver mit folgenden Worten enthalten haben: Stirb Hund! So müssen alle Verräther untergehen! Unterzeichnet: Ein Rother. — Die Seidenfärber in Lyon sind in Streit mit den Fabrikherrn. Letztere wollen ihnen nämlich 30 Centimes an ihrem Tagelohn abziehen, weil sie jetzt, der neuen Ordnung gemäß, nur 12 statt wie frühee, 13 Stunden täglich arbeiten. — Die Bürgerwehe von Bar sur Aube ist durch ein Decret der Vollziehungsgewalt vorläufig aufgelöst. Sie soll sich gegen den Präfekten des Departements grobe Beleidigungen erlaubt haben. — In dem Klub des petits pères in Lyon steht die Frage auf der Tagesordnung: ob es einen Gott giebt? Noch ist die Abstimmung nicht erfolgt, und wir bedauern daher unsern Lesern nicht mittheilen zu können wie es sich damit verhält. Die Presse beschuldigt die Regierung, den Maueranschlag gegen sie, worüber wir gestern berichteten, selbst veranlaßt zu haben. Die beste Antwort hierauf gibt heute der Moniteur, welcher in Erinnerung bringt, daß Maueranschläge, die nicht von der Regierung ausgehen, durch das Gesetz verboten sind. In der That wurde dieses Plakat abgerissen und die Verbreiter vor Gericht gezogen. Die Konstitutionel erklärt heute sein Stillschweigen über die Kandidaturen überhaupt und die Ludwig Napoleons insbesondere, dahin, die gemäßigte Partei, an deren Spitze Thiers stehe, kämpfe nur für Grundsätze und mache keiner Verwaltung Opposition, wenn sie nur die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft und des vernünftigen Staatswesens anerkenne und schütze. Uebrigens kenne Herr Thiers den Prinzen nicht persönlich und stehe in keiner politischen Verbindung mit ihm. Das Blatt Victor Hugos, die Begebenheit patronisiet die Candidatur des Prinzen. — Man sagt die Fürstin Demidoff wäre die Schatzmeisterin der Familie Napoleon. Diese Fürstin, welche von ihrem Gatten getrennt ist, erhält von demselben auf Befehl des Kaisers Nikolaus 300,000 Franken jährlich.

Italien.

* Pensiero italiano will aus guter Quelle wissen, die sardinische Gesandtschaft in Paris hätte die französische Regierung dringend ersucht, die französische Flotte von Venedig zurückzuziehen, und den Minister Bastide endlich dazu bewogen. Das Blatt interpellirt das Ministerium ernstlich, sich um so mehr über die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Nachricht zu äußern, da auch die sardinische Flotte den Hafen von Ancona unter dem Vorwande verlassen solle, direkt gegen Oesterreich verwendet zu werden. — In der Deputirtenkammer zu Turin führte der Minister Pinelli, zum Beweise, daß das vorige Ministerium in der That die Vermittelung angerufen, ein Schreiben, in welchem der Minister Pareto dem sardinischen Gesandten in London auftrug, Lord Palmerston um „seine guten Dienste" für die Sache Italiens zu bitten. Es entstand hierauf ein heftiger Streit, ob das ein Ersuchen um Vermittlung sei, die Hauptsache ist indeß, daß der Antrag der Gegenpartei, die Kammer möge sich über das Verfahren des Ministeriums mißbilligend aussprechen, durch die Tagesordnung und zwar mit 79 gegen 62 Stimmen beseitigt ward. — Die „Genueser Zeitung" vom 21. sagt, Garibaldi begebe sich nach Palermo, wohin er berufen worden sei, um den Insurrektionskrieg als Generalissimus zu leiten. Hingegen wird von Sicilien berichtet, man verzweifle nicht an einem gütlichen Vergleiche. Es heißt, Filangieri sei unvermuthet nach Neapel abgereist, und nach einer vierstündigen Konferenz mit dem Könige von da wieder zurückgekehrt. Von Reggio 21. Okt. wird gemeldet, Ruggiero Settimo habe den beiden vereinigten Kammern ein düsteres Bild der Gefahren entworfen, welche die Insel bedrohen. Von Neapel schreibt man unter dem 18. Okt., der französ. und der engl. Admiral hätten beständig Unterredungen mit dem Könige und seinem Kabinette. Es heiße, die beiden Flotten würden die dortigen Gewässer verlassen. — In Venedig war am 16. Okt. eine solche Ueberfluthung, daß der St. Markusplatz einem großen See glich und die unglückliche Stadt von einer neuen Gefahr bedroht schien. In den Provinzen soll, nach der „Reforma", die Unzufriedenheit so gestiegen sein, daß eine furchtbare Revolution bevorzustehen scheine. — Aus Rom 20. Okt. meldet die „Patrie", der Papst sei geneigt, Sardinien ein Truppenkorps zur Ergreifung der Offensive anzuvertrauen (was mit der gestern berichteten Aeußerung Pius IX. im Widerspruche steht), mache aber zur Bedingung, zuvor müsse die italienische Liga gebildet sein. Dieser letzteren soll, anderen Berichten zu Folge, nun auch der König von Neapel beitreten wollen. — Durch eine telegraphische Depesche von Florenz wird die Bevölkerung Livorno's von ihrem Gouverneur ersucht, sich der gefährlichen Freudenbezeugungen mit Flintenschüssen zu enthalten. In der That wurde daselbst ein kleines Mädchen durch eine solche Explosion der Freude getödtet. — Die Herzogin von Modena ist in Bozen mit einer Prinzessin niedergekommen. — Briefe aus Ferrara vom 19., welche die Zeitung von Bologna mittheilt, zeigen an, die Oesterreicher hätten sich auf das linke Ufer des Po zurückgezogen.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die mecklenb. Verfassung. Das aufschiebende Veto. Die neue dän. Reichsverfassung. General Halkett.) Wien (Einzelnheiten über den Kampf.) Ollmütz (Verlegung des Reichstags. Adresse an Radetzky. Reichstag. Ministereombinatinn.) Linz (Kundmachung) Prag (Adresse an den Kaiser.) Leipzig (Die bevorstehende neue Wahl der Abgeordneten.) Gießen (Die constitutionellen Vereine.) Meiningen (Die Besetzung durch Reichstruppen.) Detmold (Protest gegen die Mediatisirung.) Aus Schleswig-Holstein (Canal zwischen Nordsee und Ostsee. Die Lage Dännmarks. Interpellationen wegen Schleswig in Kopenhagen. Kriegsgeschrei.)

Spanien. Madrid (Freundschaftliche Verhältnisse mit Frankreich. Tagesbegebenheiten.)

Italien. (Wechsel im Turiner Kabinet. Die lombardische Consulta treibt zum Kriege. Nachrichten aus Genua und Neapel. Aufstand im Veltlin.)

Schweiz. Genf (Wahlsieg der liberalen Parthei.)

Belgien. Brüssel (Beschleunigung des Postverkehrs. Eisenbahn eingeweiht. Erleichterung der Steuern.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 4. November.)

Nachschrift.

Deutschland.

: **Frankfurt**, 4. Nov. Vor uns liegt der Entwurf des Staatsgrundgesetzes für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin. Mecklenburg-Strelitz soll, wie sich aus den beigefügten Motiven ergibt, ganz von Mecklenburg-Schwerin getrennt werden. Beide kleine Staaten hatten bisher bekanntlich gemeinschaftliche mittelalterliche Stände; sollte die neue Volksvertretung ebenfalls gemeinsam sein, so würden beide Großherzogthümer auch in der Verwaltung mit einander vereinigt werden müssen; sie müßten, wie die Motive sagen, mit einander verschmolzen werden. Man fragt unwillkürlich: warum nicht? Bereits werden in Mecklenburg manche Stimmen für eine solche völlige Vereinigung laut. Beide Landschaften hängen durch Lage, Bevölkerung und Geschichte auf's engste zusammen. Im Entwurf zum Staatenhause sind dem Vernehmen nach beide Mecklenburg zusammen mit sechs Stimmen bedacht worden. Aufgefallen ist uns Art. 43, durch welchen dem Großherzoge nur ein aufschiebendes Veto eingeräumt wird, freilich so künstlich verklausult, daß man an die Verfassung von Venedig erinnert wird. Man sieht, das Veto erscheint den Leuten wieder einmal, wie zu Zeiten der französischen Revolution, als ein alles verschlingendes Ungeheuer. Praktisch ist die Frage von geringer Erheblichkeit. Der konstitutionelle Manarch hat das Recht Veto zu sagen; aber er wird wenig Lust haben es auszuüben, er müßte denn jenem Tollhäusler gleichen, welcher einen Walf scheeren wollte, blos weil der Mensch das Recht habe, einen Walf zu scheeren. Jene Recht beschränkt sich, wie alle Erfahrung lehrt, von selbst. Diese und andere Erwägungen haben sicherem Vernehmen nach den Verfassungsausschuß bewogen, für das Reich das Veto ohne Einschränkung anzunehmen. Da der Mecklenburger Verfassungsentwurf sonst so viel Rücksicht auf die Frankfurter Beschlüsse für das Reich nimmt, so möchten wir auch in diesem Punkte sie zur Rücksichtsnahme empfehlen.

„Kjöbenhavnsposten" dringt den Entwurf zum Grundgesetz für das „Königreich Dänemark und Schleswig". Wo das neue Königreich liegen mag? §. 21 bestimmt, daß der König die von ihm eingesetzten Beamtrn verabschieden kann. Die dänischen Händel verwickeln sich leider von Neuem. Graf F. Reventlow ist hier angekommen.

* **Frankfurt**, 4. Nov. Die Hann. Morgenzeitung vom 31. Okt. will wissen, daß General Halkett, bekannt als Anführer des 10ten Armeekorps im schleswigschen Kriege, von der Centralgewalt zum Reichsgesandten in Konstantinopel bestimmt sei.

* **Wien.** Die „Allg. Ztg." gibt aus Baden bei Wien vom 28. Okt. interessante Einzelheiten über den Kampf an diesem Tage. Die Nationalgarden waren hiernach bereit zur Uebergabe, wurden aber durch das bewaffnete Proletariat verhindert, dessen Stärke auf 26,000 Mann angegeben wird. Bei der ersten Bombe haben die Banden gedroht, die Burg zu stürmen und die Schatzkammer zu plündern. Ein Nationalgardist, der am 27. Abends aus der Stadt kam, erzählte, daß dort vollendete Anarchie herrsche, kein Befehl werde beachtet. — Die Nationalgarde rückt trotz aller Allarmirung nicht aus, außer sie wird einzeln mit Gewalt aus den Häusern geholt. Die mobile Garde und das unregelmäßig bewaffnete Proletariat beherrschen Alles. Die meisten Anführer sind Mitglieder des demokratischen Kluds oder der akademischen Legion. Diese wollen von Ergebung nichts wissen. Die Nationalgarde schickte eine Deputation an Windisch-Grätz (die aber weislich nicht zurückkehrte) mit dem Anerbieten, die Thore zu öffnen — die Entwaffnung müsse sie aber ihm überlassen, sie sei es nicht im Stande. Darauf erfolgte die (gestern von uns mitgetheilte) Proklamation vom 27. Okt. — Das Grenadierbataillon Richter, das am 6. Okt. zum Volke übergegangen war, nahm am 26. den Kirchhof der Schmelz mit dem Bajonett, ohne einen Schuß zu thun. Dabei wurde kein Pardon gegeben. Der Wunsch Radetzky's ging also in Erfüllung. Wo aus Gebäuden geschossen wurde, ließ man alle Männer über die Klinge springen. (!) Man zählte bis 15 Schüsse in der Minute, nach der mäßigsten Berechnung fielen an 3000 Schüsse aus den beiderseitigen Geschützen, aber unaerhältnißmäßig mehr aus der Stadt, wo sie das Pulver wahrhaft verschwendeten, und mit geringem Erfolge. Im Handgemenge bewiesen die Wiener aber um so mehr Tapferkeit.

Ollmütz, 29. Okt. Dem C. Bl. a. B. entnehmen wir Folgendes: Kraus kehrte am 28. Nachmittags nach Wien zurück, als Minister, aber als Minister, der nicht mehr den Reichstag besuchen wird, denn dieser ist prorogirt und seine Verhandlungen können nur mehr als Besprechungen eines Vereins, nicht aber als reichstägliche Verhandlungen fortbestehen. Auch das C. Bl. a. B. hält diese Verlegung für das Wichtigste, was noch in Ollmütz geschehen, für den Keim einer neuen Revolution, den ersten Anfang eines wahren Racenkrieges. „Hat die Rechte gesagt, sie sey in Wien von der deutschen Linken terrorisirt, kann dieses nun die Linke nicht eben so gut von der slawischen Rechte sagen?—" Die Deputation des Reichstags hatte auch nur den Zweck, eine Adresse gegen diese Verlegung zu überreichen. Die Antwort des Kaisers, welcher während Pillersdorff's ergreifender Anrede, wabei die anwesende Kaiserin immerwährend die Farben wechselte, sehr ungeduldig gewesen sein soll, lautete dahin, daß er die Verlegung in Erwägung ziehen werde. Die anwesenden Deputirten haben sich, wie es scheint, in zwei Fraktionen getheilt, in die tzechische und mährisch-deutsche. Erstere dringen auf die Verlegung nach Kremsier; letztere wollen wenigstens, daß man den Wienern nach die Aussicht lasse, der Reichstag werde wieder nach Wien zurückkehren. In einer Versammlung, die gestern Abends stattfand, wurde auch beschlossen, das Ministerium möge einen Zusatz zu jenem Manifest vom 22. bekannt geben, worin ausgesprochen wird, daß der Reichstag sogleich wieder nach Wien zurückkehren werde, wenn die gehörige Sicherheit da sein werde, daß der Reichstag dort frei tagen könne. Zugleich wurde auch vorläufig festgestellt, daß der Reichstag in Kremsier sich mehr mit Organisirungsgegenständen, als mit dem Konstitutionswerke selbst beschäftigen soll. Die Zahl der in Ollmütz anwesenden Deputirten ist schon groß; Repräsentanten aller Nationen sind bereits gegenwärtig, auch viele Mitglieder der Linken. In Wien soll der Reichstag seine Sitzungen aufgegeben haben, in Ollmütz hielten die Deputirten eifrig Privatconferenzen. Es schien die Ansicht Boden zu gewinnen, daß erst von Kremsier aus der volle Reichstag über die Zulässigkeit fernerer Berathungen in dieser Stadt affirmatio oder negativa entscheiden soll. Rieger zeigt sich als Verfechter aller energischen Maßregeln, die van der Regierung ergriffen werden. Folgende Ministercombinatian soll am Hoflager beantragt sein: nebst Kraus, der das Portefeuille behält, Wessenberg als Ministerpräsident ohne Portefeuille, Felix Schwarzenberg Aeußeres, Bach Inneres, Schönhammer (Hofrath) Justiz, Breda Krieg, Mayer öffentliche Arbeiten, Bruck Handel, Helfert Unterricht.

Die Wiener Ultraradikalen sollen meistens nach Pesth entflohen sein, man sagt, durch Jellacic's Lager, in dem überhaupt eine große Liberalität herrschen soll. Es mag dies zur möglichst großen Schonung Wiens geschehen, denn der Hauptschlag soll gegen Pesth gerichtet sein, gegen welches van Norden General Simonowic und von Süden die Siebenbürger heranrücken.

Aus **Ollmütz** berichtet die Prager Zeitung, daß man dort die Verlegung des Reichstags nach Kremsier als eine vorübergehende Maßregel auffaßte, und glaubte, daß das Bittere, was darin liegt, durch eine einfache Vertagung hätte erspart werden können. Die Stadt Ollmütz hat am 24. Okt. eine Adresse an Radetzky mit dem Ehrenbürger-Diplome und einem prachtvollen silbernen

Marschallstabe abgeschickt. In Brünn war, nach verschiedenen Berichten der Schles. Ztg., am 29. Okt. Mittags ein Aufstand ausgebrochen. Ein Theil des Militärs sei entwaffnet, der Landsturm zum Zuge nach Wien organisirt, die Wachen sämmtlich von der Nationalgarde bezogen worden. Zwei Wagen voll Brünner Nationalgardisten sollen am 30. nach Ollmütz zum Kaiser gegangen sein. — Auch in Teschen, heißt es, sei der Landsturm organisirt. Von Prag fallen deutsche Bürger Wien zu Hilfe geeilt sein.

Aus Linz vom 31. Okt. hatte der Militärkommandant von Oberösterreich, F. M. L. Wiedna, eine Ansprache an die Bewohner Oberösterreichs gerichtet, worin er, unter Hinweisung auf das Versprechen des Kaisers, alle konstitutionellen Freiheiten und die Aufhebung des Rabat, Zehnten u. s. w. aufrecht zu halten, vor den Aufforderungen der Wühler zur Bildung des Landsturms und zum Zuge nach Wien warnt. Dagegen hat der Gemeindevorstand in Klagenfurt einen Aufruf an die Bewohner Kärnthens veröffentlicht, worin er ausspricht, daß er die im März und Mai verliehenen Rechte und Freiheiten in vollem Umfang in Anspruch nehme, nicht minder aber auch den konstitutionellen Thron erhalten wissen wolle. Das Recht, auf der vollständigen Erfüllung der Kaiserl. Zugeständnisse zu beharren, werde, im Fall einer versuchten Schmälerung, von was immer für einer Seite, der Gemeindevorstand mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln wahren, und dabei auf die thatkräftige Unterstützung der ganzen Bevölkerung Kärnthens rechnen.

Prag, 30. Okt. Der D. Allg. Ztg. wird geschrieben: Die Deputation an den Kaiser zur Fürsprache wegen Wien, von der ich gestern schrieb, ging heute Abend 6 Uhr von hier ab. Sie besteht aus Mitgliedern der Nationalgarde, der Studentenlegion, des Stadtverordnetenkollegiums, des Deutschen Vereins und der Slawanska Lipa, den Bürgermeister an der Spitze. In der Adresse, die sie dem Kaiser überreichen soll, heißt es:

Allgemeine Bestürzung, ja Entrüstung bemächtigte sich aller Gemüther ohne Unterschied der Nationalität bei der Bekanntwerdung der Proklamation des k. k. Feldmarschalls Fürsten Windisch-Grätz, d. d. Hetzendorf, 23. Okt. 1848, weil darin Jedermann den auffallendsten Widerspruch mit den manifestirten Gesinnungen Ew. Maj. unseres konstitutionellen Kaisers und Königs erkennt. Mit voller Ueberzeugung sprechen wir es aus, daß auf diesem Wege der rücksichtslosen Strenge nur das Verderben der Haupt- und Residenzstadt Wien, nimmermehr aber die Pacifikation derselben erreicht werden kann. Soll eine Bevölkerung von 400,000 Menschen einem namenlosen Elende preisgegeben werden? Nein, das kann Ferdinand der Gütige nicht wollen. An ihn wenden wir uns mit der vollen Zuversicht, daß die äußersten, zur Verzweiflung führenden Maßregeln nicht in Anwendung gebracht werden, bevor nicht alle Mittel erschöpft sind, die zu einer friedlichen Lösung führen können. Wir bitten daher als Ausdruck der allgemeinen Stimmung um die allerhöchste Verfügung: Es möchten von Ew. Majestät bevollmächtigte Männer des allseitigen Vertrauens dieses hochwichtige Friedenswerk ungesäumt beginnen und auf konstitutionellem Wege zum Wohle des Gesammtstaats vollenden.

Um der Adresse einen größern Nachdruck zu verleihen, wurden alle Vereine und Gemeinden Böhmens zum Beitritt aufgefordert. Auch von Brünn aus wurden Vermittelungs-Deputationen abgeschickt.

§ **Leipzig**, 1. Nov. Unserm Lande steht in nächster Zeit eine Wahlbewegung bevor. Mehrere Städte hatten darauf angetragen, das mit Ende dieses Jahres ausscheidende Drittel der Stadtverordneten durch direkte Wahlen zu ergänzen. Die Regierung geht darauf ein, hat aber ein gerechtes Bedenken dagegen, daß ein Theil der Stadtverordneten in anderer Weise gewählt sei als die übrigen. Sie verlangt daher allgemeinen Rücktritt und ganz neue Zusammensetzung durch direkte Wahl. Da dieß für alle Städte und Landgemeinden gilt, wird es das ganze Land in ziemliche Aufregung versetzen. — Was aus Blum geworden ist, hört man immer noch nicht. Die letzten ganz zuverlässigen Nachrichten lauten dahin, daß er nach der Rede, in welcher er erklärte, mit den heldenmüthigen Wienern siegen oder sterben zu wollen, den sächsischen Gesandten um einen Paß bestürmt hat.

Gießen, 1. Nov. Wie der Centralausschuß für die vereinigten konstitutionellen Vereine des Großherzogthums Hessen zu dem Kongreß konstitutioneller Vereine, der am 15. und 16. Okt. zu Dresden gehalten worden ist, einen Deputirten für die vereinigten konstitutionellen Vereine Hessens in der Person des Professor Kölner aus Gießen gesendet hatte, so hat er beschlossen, auch auf dem Kongreß konstitutioneller Vereine, der am 3. Nov. in Kassel zusammentritt, die hessischen Vereine vertreten zu lassen, und hat dazu den Grafen Lehrbach von Darmstadt und den Hofgerichtsrath Kraft aus Gießen abgeordnet. (Fr. J.)

Meiningen, 31. Okt. Die am 23. d. M. hier erwarteten hannoverschen Truppen sind nicht eingetroffen, eben so wenig die später angesagten Sachsen, vielmehr verbreitete sich vor einigen Tagen die Nachricht, daß es der Verwendung des hiesigen Gouvernements gelungen sei, den Kordon von hier bis Salzungen mit meiningschem Militär zu besetzen. Bei dem Wechsel, welcher sich in den Anordnungen des thüringschen Reichskommissärs kund gibt, erhoben sich sehr bald Zweifel hiergegen und die Bestätigung derselben hat nicht lange auf sich warten lassen; denn nach einem gestern eingetroffenen Estaffettebefehl soll das gegenwärtig zum größeren Theil in Saalfeld stehende meiningsche Bundeskontingent am 4. Nov. in die fürstlich reußischen Lande verlegt, und das ganze Herzogthum Meiningen, sowie das Herzogthum Koburg, mit sächsischen Truppen besetzt werden. — In Koburg hat der so eben versammelte Landtag Vorstellung gegen Einquartierung erhoben, der landesherrliche Kommissär, Geh. Staatsrath Böhmer, berief sich jedoch darauf, daß diese Anordnung aus strategisch-ökonomischen Rücksichten von der Reichsgewalt geschehen sei. (O. P. Z.)

Detmold, 26. Okt. (Hann. Z.) Auf die hier verbreitete Kunde, daß man in Frankfurt jetzt ernstlich damit umgehe, das Fürstenthum Lippe zu mediatisiren, und es einem größern Nachbarstaate, namentlich Hannover zuzulegen, ist in diesen Tagen eine große Bewegung im Lande entstanden. Ueberall im Lande treten außerordentlich zahlreiche Volksversammlungen zusammen, in welchen in entschiedener kräftiger Sprache Protestationen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung berathen werden. In wenig Tagen werden aus allen Aemtern und Stadtbezirken diese Protestationen, welche von Haus zu Haus zur Unterschrift cirenliren, nach Frankfurt abgehen. (Lippe-Detmold ist ein glückliches Ländchen mit einfachen Verhältnissen, ein rechtes Bauernland. Die Verwaltung ist wohlgeordnet, und für Schulen, die gelehrten sowohl wie die Volksschulen, ist ungleich besser gesorgt, als z. B. in Preußen.)

** Aus Schleswig-Holstein, 30. Okt. Um den Sundzoll zu umgehen, beabsichtigte man früher einen Kanal von Landskrona nach Helsingborg zu bauen, der Plan scheiterte an der Unschlüssigkeit der verschiedenen betheiligten Mächte, obgleich Preußen sich erboten hatte, einen Theil der Kosten zuzuschießen, jetzt wird ein neuer Kanalbau in Anregung gebracht und zwar zur Verbindung der Ost- mit der Nordsee von Eckernförde aus nach dem Ausfluß der Eider. Das Nivellement ist bereits gemacht und die Kosten auf 11 Millionen veranschlagt, wofür aber auch der Kanal die gehörige Tiefe für die größten Kriegsschiffe haben würde. Der Kanal von Kiel nach Rendsburg hat den Fehler, daß ihm die gehörige Tiefe fehlt und daher nicht gehörig oder nur mit großen Schwierigkeiten zu gewissen Zeiten und von großen Schiffen benutzt werden kann. Wird der Sundzoll nicht von selbst aufgehoben und daran ist vorerst nicht zu denken, so ist ein ihn umgehender Kanal eine große Wohlthat für den Handel und die Schifffahrt des Nordens. Für den Handel Schleswig-Holsteins und Preußens würde der Kanal, käme er zu Stande, von großer Wichtigkeit sein. Die dänische Ständekammer ist eröffnet, die Eröffnungsrede wird Ihnen mit diesem zugleich durch die Zeitungen zugehen, unser Blick ist nun nach Kopenhagen gerichtet, da die Gestaltung der dortigen Verhältnisse auf die unsrigen von große Wichtigkeit ist. Es fragt sich, welche Partei absiegen wird, ob Orla Lehmann und die Eyderdänen oder seine Gegner Oersted, Usting und David, welche gleichfalls gewählt sind, und einen Kampf auf Leben und Tod mit den Gegnern zu beginnen beabsichtigen, worin sie von den Provinzen unterstützt werden, welche die unerschwinglichen Kriegslasten zu tragen nicht mehr im Stande sind. Eine neue Anleihe ist daher projektirt, und da auch die russischen Unterstützungssummen ausbleiben, so weiß man nicht, woher man die Zinsenzahlung nehmen soll, welche jetzt fällig ist. Das Ministerium wäre vielleicht schon längst abgetreten, wenn nicht Lehmann und Monrad auf jede Weise ihre Stellen zu erhalten suchten, ein Nachgeben von ihrer Seite ist aber auch nicht möglich, da sie die Zügel zu stramm angezogen haben. Die nächste Zukunft wird zeigen, was aus uns werden wird, unsere neue gemeinsame Regierung geht vorläufig auf dem alten Wege fort, die Ergebnisse in Kopenhagen werden auch auf sie einwirken und entweder ihre Schritte beschleunigen oder hemmen. Vorläufig erließ sie eine Proklamation an die Bewohner der Insel Alsen und Arroe, worin sie diese zur Rückkehr zur Ordnung und zum Gehorsam auf-

Digitized by Google

fordert; die Proklamation wird wohl Früchte tragen, da ein Theil der Einwohner dieser Inseln deutsch gesinnt ist, oder durch die dänische Besatzung antidänisch gesinnt worden ist. Die dänische Soldateska und dänische Beamte haben sich Uebergriffe während dieses Interregnums erlaubt, die an's 13. Jahrhundert erinnern. Barth, ein Beamter des Herzogs, sollte knieen vor dem Hute des Königs, und durch alle Widerreden konnte er es nur dahin bringen, daß man ihm erlaubte, diese Kniebeugung in einen Gruß zu verwandeln. Dabei war er der einzige Beamte, dem man in Alsen zu bleiben erlaubte, alle übrigen wurden nach Dänemark geschleppt; auch Barth würde dies Loos getheilt haben, wäre er nicht unentbehrlich gewesen. Alles was dem Herzoge gehörte, wurde mit großer Roheit behandelt. Das Schloß ward zuerst in ein Lazareth und jetzt in eine Kaserne umgewandelt, ja um die Mißliebigkeit noch weiter zu treiben, legte man alle ansteckende Kranke in die Zimmer der Prinzessinnen und der Herzogin. Der eine Flügel des Schlosses ist jetzt zur Wohnung für den Generalstab eingerichtet, die Mobilien des Herzogs wurden für dänisches Eigenthum erklärt und von dänischen Beamten benutzt. Der herzogl. Hofprediger Germar, ein Mann von 70 Jahren, weggeschleppt, Kapitän Wasmer aus Apenrade des Nachts um 12 Uhr aus dem Bett geholt und auf's Dampfboot geschleppt, obgleich er schwer verwundet war. Statt ihn nun auf dem Dampfboot zu pflegen, setzte man ihn auf eine Tonne und holte ihn nicht einmal unters Deck, wie ihm eine Wunde aufgesprungen war. Dr. Clauſſen, der Schiffsarzt, kam trotz mehrfachen Bittens nicht und der arme Kranke verschied in derselben Nacht auf dem Deck. Dr. Clauſſen erhielt später den Danebrogorden. Dies sind nur einzelne Details, da die Alsener noch nicht wagen sich frei und offen auszusprechen; denn es befinden sich noch 4000 Dänen auf der Insel, obgleich contraktlich nur 2000 auf Alsen sein sollen. Die Dänen kommen ihren Verpflichtungen nicht nach, einen Vorwurf, welchen man den Deutschen nicht machen kann; denn heut verlassen die letzten Preußen das Herzogthum, wo sie bisher als Exerciermeister verwendet wurden. Außer einer Abtheilung Würtemberger ist nun kein fremdes Militär mehr im Lande und auch diese werden uns bald verlassen, dagegen wird vorerst das 3. Bataillon noch nicht nach Nürnberg abgehen.

Anm. Die ganze Mittheilung ist offenbar sehr deutsch gefärbt. Wir wünschten, daß die darin enthaltenen Ansichten über den Stand der Dinge in Kopenhagen sich bestätigten. Allein unser Korrespondent von der Ostsee (Nr. 291) scheint richtigere voraus gesehen zu haben. Die Hamburger Börsenhalle berichtet aus Kopenhagen vom 27. Oktober.

In der gestrigen Versammlung des Reichstages meldete, nach der Wahl des Adreßkomite's, der Präsident eine Interpellation des Heern Nyholm an den Minister des Auswärtigen über die schleswigsche Angelegenheit an. Eine Geschäftsordnung fehle noch und der Präsident müsse vorläufig hier entscheiden; allerdings sollte solche Interpellation Tags vorher schriftlich eingereicht um dem Betreffenden bekannt zu sein. In diesem speziellen Fall habe nun der Minister des Auswärtigen gestattet, daß die Interpellation ohne vorhergehende Anmeldung gestellt werde. — Herr Nyholm erhielt also das Wort. — Herr Nyholm: Die letzten Nachrichten aus Schleswig und namentlich die unerwartete Ankunft der beiden Kommissarien Reedtz und Stedtmann haben allgemeine Unruhe und Bekümmerniß erweckt. Er wende sich darum an den Minister des Auswärtigen um Aufklärungen, so weit solche mitgetheilt werden könnten, im voraus dankend für die ausgesprochene Bereitwilligkeit. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Knuth, erwiderte: Die Regierung habe bereits duech öffentliche Blätter vorläufige Nachrichten gegeben, und werde das Ausführlichere folgen lassen. Alles, was er jetzt mittheilen könne, sei, daß, da die neue Regierungskommission bei Weitem ihre Kompetenz überschritten, Kammerherr Reedtz sich sogleich bestimmt habe, Schleswig zu verlassen, woran er vollkommen Recht gethan, und Einheit zwischen sie, zwischen seinem und seiner Regierung Auftreten herbeigeführt habe. Der Minister sah es dabei als günstig an, daß der deutsche Regierungskommissär sich an den dänischen angeschlossen. Nähere Aufklärungen sei er nicht im Stande, vor 2 bis 3 Tagen mitzutheilen.

Heute sitzt die Reichsversammlung nicht. Der Präsident meinte, daß morgen vielleicht die versprochenen Aufklärungen des Grafen Knuth schon gegeben werden können, und theilt die Proklamation des deutschen Reichskommissarius, der neuen und der abtretenden provisorischen Regierung von Schleswig mit.

Ein großer Theil der dänischen Presse verwirrt unterdessen fortwährend den Kopf ihrer Leser mit den unsinnigsten Kriegsprahlereien gegen Deutschland und den abgeschmacktesten Fabeln aus Schleswig-Holstein. So finden wir in dem Grüner'schen Korrespondenten für Handel, Schifffahrt und Politik z. B.: Dr. Meyer's Gartenhaus bei Hadersleben sei von badischen oder mindestens als Solche verkleideten Personen angezündet, und es bestätige sich immer mehr, daß dieser Brand das Signal zu einer allgemeinen Ermordung der Dänischgesinnten habe sein sollen.

Wie tragen aus der bereits ausgezogenen Rede des Premierministers Moltke hier nur die Schleswig betreffende Stelle nach: „Mit Sehnsucht hat die Regierung dem Tage entgegengesehen, an welchem die Verfassung in Kraft treten und damit der Uebergangszustand aufhören könnte, der ihr so große Verantwortlichkeit aufgebürdet hat, und worin sie den Beistand eines mächtigen Volksorgans hat entbehren müssen. Daß sie dessenungeachtet die Zusammenkunft der Reichsversammlung nicht eiliger betrieben hat, ist nur geschehen, weil es wenig wünschenswerth ist, eine Verfassung anzunehmen, welche, wie wir behaupten und hoffen, auch Schleswig umfassen soll, ohne daß Schleswigs Erwählte daran Theil nehmen. Wenn dieses nun nicht länger ausgesetzt werden kann, so kann es nur unter dem bereits im Wahlgesetz vom 7. Juli d. J. erwähnten Vorbehalt geschehen, daß es seiner Zeit von einer schleswigschen Volksversammlung abhangen muß, ob sie dieses Grundgesetz annehmee oder die erneuerte Berathung desselben auf einer gemeinschaftlichen Reichsversammlung verlangen will. Daß alle die besonderen Bestimmungen, welche der Selbstständigkeit Schleswigs eine grundgesetzliche Sanction verleihen sollen, nur nach dem Frieden, und nur im Vereine mit den Schleswigern angenommen werden können, ist eine Selbstfolge."

Schleswig, 30. Okt. Das Morgenblatt Flyveposten, das allerdings kein ministerielles Blatt, geschweige denn einen amtlichen oder halbamtlichen Charakter hat, bringt folgende Nachricht: „Kammerherr Reedtz und Reichskommissarius Stedtmann haben, der eeste im Namen der dänischen, der andere im Namen der (deutschen) Centralmacht, einen Kourier an die Interims-Regierung der Herzogthümer gesandt, mit dem Befehl, ihr Amt niederzulegen, in Folge der von Ihnen erlassenen Proklamation. In einem von den beiden genannten Herren ausgestellten Dekret werden zugleich fünf der bestätigten Gesetze für nichtig erklärt (nämlich das Staatsgrundgesetz und die Gesetze über die Wahlen zur Nationalversammlung, die schleswig-holstein'sche Flagge, das Reichsbankgeld und das Nationalzeichen). Inwiefern mit derselben Gelegenheit eine neue Regierung eingesetzt ist, wissen wir nicht anzugeben."

Trotz des positiven Tones, in welchem Flyveposten ihre Nachricht mittheilt, gibt die offizielle Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in der vierten Versammlung des Reichstags einigen Grund, jene Nachricht noch zu bezweifeln, insofern der Minister des Auswärtigen am Freitag noch Nichts von dem wußte, was die Depeschen des Sonnabend abgegangenen Kouriers nach Schleswig meldeten.

Man wollte gestern Abend wissen, daß der hier mit Reedtz angekommene Stedtmann sich von hier nach Lauenburg begibt, nachdem diese beiden Heeren noch Konferenz mit Banks pr. Kourier die neue Interims-Regierung aufgefordert, ihre Funktion wegen ihres so unerwarteten Auftretens niederzulegen. Mit darauf bezüglicher Mittheilung ist gestern das Dampfschiff „Lightning" vom hiesigen englischen Gesandten nach London abgefertigt worden, und dieser soll nach den letzten schleswig-holsteinischen Begebenheiten geäußert haben, „alle seine bisherige Mühe sei vergebens, und er wisse jetzt weder aus noch ein". So sehr es nun wohl auch manchem Anderen hier so gehen mag, so fordert die bisherige ministerielle Partei von der Regierung doch nun kräftiges Einschreiten, die erlittene Schmach abzuwenden, und will das jetzige Ministerium sich halten, so muß es wohl versuchen, das Casino-Programm (welches die Minister an's Ruder brachte und den Aufstand der Herzogthümer hervorrief) aufrecht zu erhalten.

Vorgestern Morgen ging Hr. Bargum, Präsident der Landesversammlung, als Kommissär der Regierung ins nördliche Schleswig, um die durch den Krieg gestörten Verwaltungszustände dieser Gegend zu ordnen. Er war beauftragt, auch Alsen zu besuchen, um die rechtmäßigen Behörden, welche von den Dänen gefangen

Digitized by Google

Uebersicht.

Die Rede Bassermann's.
Deutschland. Schleswig-Holstein (Ein merkwürdiges Aktenstück.)
Frankreich. Paris (Das Budget. Der Constitutionel neigt zur Passion Ludwig Napoleons hin.)
Kruestes.

Die Rede Bassermann's.

(S. Extrabeilage vom 3. Nov., Seite 2.)

Ob unser Ansehen, ob das Ansehen der Freiheit erstarken würde, wenn wie die Rathschläge befolgten, die uns von dieser (links deutend) Seite ertheilt werden, Das, meine Heeren, bezweifle ich. Durch nichts ist das Ansehen der Freiheit mehr gesunken, und ein halb Jahrhundert hindurch in Mißkredit gekommen, als durch Das, was im Namen der Freiheit in den 90er Jahren geschehen ist; hätte man damals einen mäßigen Gang eingehalten, wie ihn zu meiner Freude die Mehrheit der Nationalversammlung einhält, die Freiheit wäre nicht bis zum Jahre 1848 begraben geblieben, und ich glaube, Diejenigen, welche diesen blutigen Weg nicht abermals einschlagen, sie allein sorgen dafür, daß die Freiheit nicht abermals Jahrzehnte darniederliege. — Nichts ist mir unbegreiflicher, als daß jetzt, nach 14 Tagen, wo die Wahrheit denn doch durchgedrungen, die Bewegung in Wien immer noch als eine deutsche, als eine freie geschildert werden kann; vor 14 Tagen, ja da konnte ich begreifen, daß jene Herren in dem ersten Feuer, welches der Styl der Reden und der Wiener Presse einflößen konnte, in der geschehenen Weise von jener Erhebung sprachen; aber nun, nachdem doch durch alle Blätter und durch mündliche Nachrichten, durch Augenzeugen die Erhebung in ihrem wahren Lichte uns geschildert wird, nun soll das immer noch dieselbe glorreiche Erhebung sein! Abgeordnete des Gemeinderaths, also wahrhaftig einer kompetenten Behörde, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger genießt, kommen von Wien hierher, und berichten Ihnen einmüthig, alle Drei, daß die Erhebung in Wien weder eine demokratische, noch eine nationale sei, sondern daß sie eine gemachte ist, gemacht durch ungarisches Geld; sie berichten Ihnen, daß in 24 Stunden 50 Anmeldungen wegen Plünderung vorkamen. Ist das ein Zustand; den wir ein Interesse haben, als einen für die deutsche Sache oder für die Freiheit glorreichen zu vindiziren? Herr Eisenmann prophezeit Ihnen einen österreichischen Staatsbankerott. Ja, der wäre hereingebrochen, wenn wir diesen Zustand von Wien bestehen ließen; aber jetzt, nachdem die gesetzmäßige Gewalt in Wien wieder eingezogen, nun, meine Herren, heben sich die Papiere, nun haben Sie das Gegentheil von einem Staatsbankerott, und je mehr die gesetzliche Ordnung gestärkt wird in Deutschland, je weniger wird das Vaterland einen Staatsbankerott zu fürchten haben. Mit der Herstellung der Gesetzlichkeit retten wir den Staat nicht allein vor einem finanziellen, wir retten ihn auch vor einem moralischen und politischen Bankerott. Ich nehme es als einen Beweis großer Phantasie und gutmüthigen Glaubens, wenn Herr Eisenmann in Wien die Ruhe des Kirchhofes erblickt, wie dieß in Warschau im Jahr 1831 der Fall gewesen sei, wenn er alles Das für wahr hält, was in den Wiener oder schlesischen Zeitungen steht. Herr Eisenmann hat auch heute wieder von der Oberpostamts-Zeitung gesprochen. Meine Herren! Es wird der Redaktion zur hohen Ehre gereichen, daß Sie, meine Herren, ständig die Tribüne eines Paelaments benützen, um ein Organ der Presse zu bekämpfen; dieses Organ kann in der öffentlichen Meinung nur steigen, wenn Sie ihm eine solche Bedeutung beilegen. Wenn nun aber doch Warschau citirt wird, so frage ich, hat im Jahr 1831 ein russischer Minister ein Circularschreiben erlassen, wie Sie es von Wessenberg lesen? Hat der Kaiser von Rußland damals erklärt, er wolle nur die Anarchie bändigen, aber von irgend einer Freiheitsknechtung solle nie und nimmermehr die Rede sein? Ist überhaupt in Rußland von Freiheiten, wie sie jetzt Oesterreich besitzt, je die Rede gewesen? Dieser ganze Vergleich paßt nur für Diejenigen, welche sich an Phrasen halten. Herr Löwe hat gespottet über den Inhalt der Instruktion, daß sie des Inhalts sei, die Commissäre sollten über die Freiheit und das deutsche Interesse in Oesterreich wachen. Es wurde weiter von dieser Tribüne aus gesagt, das sei nur geschehen, um den Angriffen von dieser (links deutend) Seite zu begegnen. Meine Herren! Wenn wir in die Instruktion nicht hineingesetzt hätten, daß der Sieg nicht möge mißbraucht, daß die Freiheit auch nach dem Sieg möge geachtet werden, würden wir dann, meine Herren, von dieser Seite nicht die stärksten Angriffe, und mit Recht erfahren haben? Jetzt aber, nachdem wir dieß nicht unterlassen, soll dieses Verfahren ein Gegenstand des Angriffes sein? Eine solche Logik stößt mir den Wunsch ein, einmal zur Probe Deutschland auf 8 Tage von jener (linken) Seite regiert zu sehen! (Bravo auf der Rechten!) Ich erinnere mich der Diskussion, wo der Antrag gestellt war, das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung solle auch auf die übrigen deutschen Länder ausgedehnt werden. Damals sagte man von dieser Seite: „Thut Das nicht, die Nationalversammlung könnte sich damit blamieen, man würde das Gesetz in den andern Ländern nicht beachten." Meine Herren! Damals, wo dieser Vorschlag unangenehm war, da glaubte man nicht an die Macht dieser Versammlung. Da sollte das Ansehen der Centralgewalt im Vereine mit dem Ansehen der Nationalversammlung so gering sein, daß wir uns blamiren würden, und heute verlangen dieselben Heeren, unsere Reichskommissäre sollen unbedingten Gehorsam finden bei den Befehlshabern der österreichischen Armee; sie sollen mit einem Wort, mit einem feurigen Blicke, mit drohender Stimme Wien auf einmal in eine friedselige Stadt umwandeln, und eine ganze Armee, die erbittert ist durch die Ermordung ihres Generals, zu Lämmern umschaffen! Meine Herren! Mögen Sie noch so viel gegen die Reichskommissäre vorbringen, kommen diese Männer erst zurück, dann ist es Zeit, den Abgeordneten Welcker zur Rede zu stellen, dann werden Sie erfahren, daß er eine schwierigeee Aufgabe hatte, als die ist, auf diese Tribüne zu treten, und ganz gemüthlich in den Tag hinein zu raisonniren. (Heiterkeit in der Versammlung). Ich möchte wissen, ob alle Die, welche so bereitwillig sind, jenen Männeen Vorwürfe zu machen, ohne daß sie, wie Sie selbst gestehen, Nachrichten haben über die Thätigkeit jener Männer, ob sie glücklicher gewesen wären, ob der Abgeordnete von Würzburg und der Abgeordnete von Gießen dem Fürsten Windischgrätz mehr imponiet hätten. (Bravo!) Ich bezweifle das einigeemaßen. (Heiterkeit in der Versammlung.) Meine Heeren! Für mich ist die Wiener Bewegung immer noch Das, was ich schon vor 14 Tagen aussprach, als wir von den Ereignissen sprachen, und hier zum ersten Male bei dieser Gelegenheit will ich doch dem Herrn Löwe sagen, daß er im Irrthum ist, wenn ee glaubt, die Berliner Versammlung habe uns den Rang abgelaufen. Es ist heute nicht das erste Mal, daß wir von diesen Ereignissen sprechen. Die Wiener Bewegung ist mir noch immer Dasselbe, und wenn ich mir hier von dieser Seite (zur Linken gewendet) eine Regierung dächte, und dächte mir, es lehnte sich eine Stadt auf gegen ihre Befehle, es hörte das Ansehen des Gesetzes, es hörte alle richterliche Thätigkeit auf, es seien die Galerien des Reichstags besetzt mit Bewaffneten, welche ihre Geschosse herabrichten auf die Sitze der Versammlung (mehrere Stimmen: Nicht wahr! Unruhe) nach dem Zeugniß von 36 gewählten Volksvertretern, — wenn ich mir einen Zustand Ihrer Hauptstadt dächte, wie ihn die Mitglieder des Wiener Gemeinderaths schildern, freilich Männer, von denen Herr Vogt fragt: „Sind das Ihre Männer?" Nein, es sind nicht unsere Männer, es sind die gewählten Männee der Männer, und gerade darum müssen Sie ihnen glauben; ich sage, wenn das in dem Staat vor sich ginge, in welchem jene Heeren das Regiment hätten, so frage ich, ob Sie selbst es dulden würden, daß ein Staat sich Ihree obersten Staatsgewalt mit den Waffen widersetzt? Ich glaube, Sie würden es ebensowenig dulden, als der Convent geduldet hat, daß sich die rebellische Stadt Lyon dem Befehle des Convents widersetzte. Eine republikanische Regierung hat Lyon auch nicht ganz unblutig vom Boden vertilgt, um den Gehorsam zu erzwingen. (Stimmen auf der Rechten: Sehr gut!) Und nun, wenn Fürst Windischgrätz im Namen seines Kaisers, und mit einem von seinem verantwortlichen Minister unterzeichneten Befehle vor die rebellische Stadt hinzieht, und wenn er, mit der Gewalt des Gesetzes bekleidet, schonungslos die Stadt umzingelt, und sie täglich und wieder täglich zum Gehorsam auffordert, und wenn er die Frist zweimal verlängert, so frage ich Sie, wie er anders hätte handeln sollen? Aber Herr Vogt sagt ja selbst: „Wer Blut vergießt, über den soll Blut kommen." (Stimmen auf der Rechten: Bravo!) Wie kann Jemand, der hier also die Blutrache predigt, es den Reichskommissären, dem Kaiser, und dem Fürsten Windischgrätz zum Vorwurf machen, daß sie nicht sofort alle Truppen von der Stadt entfernen, in welcher Latour ermordet worden? Das ist wieder ein Zug der Logik, die ich schon manchmal an Heren

Digitized by Google

Vagt bewundern mußte. (Bravo auf der Rechten.) Aber, wenn die Sache nicht unblutig abgeht, wer trägt die Schuld? Unblutig könnte sie nur dann abgehen, wenn die Stadt sich nicht vertheidigt hätte. (Heiterkeit in der Versammlung.) Dann wäre aber auch kein wahres Wort an dem Heldenmuthe, mit dem man proklamirt, bis zum letzten Blutstropfen werden wir mit euch stehen und fallen. (Bravo auf der Rechten.) Wenn man aber über die Greuel des Krieges klagt, so muß man zuerst über die Greuel klagen, welche es nothwendig gemacht, daß ein ganzes Heer zur Wiederherstellung der gesetzlichen Gewalt aufgeboten werden mußte. Freilich meinen wohl Manche, ist es kein großes Verbrechen, einen Minister zu hängen. Freilich meint Herr Eisenmann, was haben denn die Wiener gethan? Meine Herren! Sie haben gethan, was ein Franzose aber ein Engländer sich schämen würde, zu thun. Es ist kein Zweifel, daß die Ungarn nicht blos die pragmatische Sanktion aufrecht erhalten wollten, sie wollten sich losreißen vom Kaiserstaat (Stimmen: Beweis! Andere: Ruhe!), keine Truppen stellen, keinen Schuldantheil tragen, am Ende was blieb denn übrig? In diesem Streben, meine Herren, ließen sie Geld nach Wien fließen, in diesem Bestreben mußte ein Bataillon den Gehorsam verweigern, und nun kommt die glorreiche Bewegung und unterstützt das Bestreben eines Theils des Monarchie, sich vom Ganzen loszureißen, und hier tritt man auf eine deutsche Rednerbühne und preist diese glorreiche That! Ich frage, was würden die Engländer thun, und das englische Parlament sagen, wenn ein englischer Abgeordneter dort auf die Tribüne steigen und den Schritt preisen würde, der dahin zielte, etwa Schottland oder Irland von Großbritannien abzutrennen! (Brava auf der Rechten.) Jene freien Völker haben freilich noch etwas Besseres zur Hand, als Phrasen, und wenn Sie uns von Thaten reden, so sage ich Ihnen, daß die Engländer in solchen Fällen dadurch daß sie ihre Phrasen unterlassen, die beste That begehen. (Heiterkeit und Bravo auf der Linken.) Lassen Sie mich, um ein Mißverständniß zu verhüten, ein Wort sagen auf die Bemerkung des Herrn Vogt, es sei schon in Blättern zu lesen, daß die Reichsgewalt ein baierisches Heer zum Schutz Radetzky's beordert habe, Herr Heckscher habe das in Berlin erklärt. Ich weiß nicht, wahee Herr Vogt diese Nachricht geschöpft hat, ob aus der „Gloake," welcher er doch jedes Wort glaubt (Heiterkeit), oder ob auf den Blättern, gegen welche er seinen Wahlspruch: „Mißtrauen sei jetzt an der Zeit," nicht anzuwenden für gut findet. Da hat er kein Mißtrauen, wo zwanzigmal berichtet wird, die ungarische Armee ist über die Grenze gekommen und hat die Kroaten besiegt, das wird zwanzigmal geglaubt; da aber, wo eine Wahrheit zu finden, da ist Mißtrauen ganz am Platz, und wenn der Abgeordnete nun Gießen in der „Gloake" nur ein paar Zeilen weiter gelesen hätte, so würde er im amtlichen Theil gefunden haben, daß gerade jener Artikel, von dem er gesprochen, amtlich desavouirt wurde; darauf kommt es aber nicht an. Hier ist er auf der Rednerbühne, wo man einen augenblicklichen Effekt hervorbringen kann, wo eine Phrase Beifall findet, und damit ist das Vaterland gerettet. (Bravo auf der Rechten.) — Ich möchte noch eine Warnung meinen Worten beifügen. Es ist heute wieder Slavenhaß auf dieser Stelle gepredigt worden. Im Interesse des Vaterlandes bitte ich, das zu unterlassen. (Beifall.) Die Slaven gehören theilweise zu Deutschland, wir haben ihre Nationalität garantirt, und wenn ein slavischer General und eine slavische Gesellschaft erbittert ist gegen die magyarische Herrschaft, welche das Slaventhum im Widerspruche mit unserm eigenen Grundsätzen unterdrückt hat, so wollen wir uns daraus die Lehre nehmen, daß wir eine fremde Nationalität, soweit sie auf unserem Gebiete wohnt, nicht wie die Ungarn anfeinden, damit nicht gegen uns ebenso Mißtrauen und Feindschaft entstehe, wie man glaubt, aus Jellacic's Schreiben Feindschaft gegen das Deutschthum entnehmen zu können. (Beifall.) Meine Herren! Gerade darin daß der deutsche Verein zu Prag im Verein mit der dortigen slavischen Gesellschaft einen gemeinschaftlichen Schritt gethan, sollten Sie ersehen, daß noch eine Einigung möglich ist, wenn sie nicht von dieser Seite (nach der Linken deutend) unmöglich gemacht wird, und auf diese Einigung sollten wir lieber hinarbeiten, als daß wie fort und fort die Slaven als Feinde des Deutschthums angreifen. — Es freut mich, daß Herr Vagt den Sonderbund als Beispiel citirte. Meine Herren! Der Freischaarenzug gegen Luzern hat auch meine Sympathieen gehabt; allein der Sieg der guten Sache in der Schweiz konnte nicht ein dauernder und wirklicher Sieg werden, wenn er nicht auf legalem Wege errungen wurde, und ich frage denselben Herrn, wer hat den Sonderbund besiegt, hat ihn die Revolution besiegt? (Stimmen auf der Linken: Ja!) Es hat ihn das Aufgebot der gesetzlichen Behörde in der Schweiz besiegt, das Heer, welches der Vorort aufgeboten hat (eine Stimme auf der Linken: Durch die Revolution! Stimmen auf der Rechten: Ruhe!), und somit bin ich ganz mit ihm auf der gleichen Seite (Stimmen auf der Linken: Gewesen!), auf der gleichen Seite bin ich nach, denn ich will noch den Sieg des Gesetzes und der gesetzlichen Gewalten, und wenn das österreichische Heer eine gesetzliche Gewalt ist, so will ich den Sieg des österreichischen Heeres, und verhehle es hier nicht, daß ich nie etwas Anderes gewünscht habe, als daß die gesetzliche Gewalt, das österreichische Heer, die Wiener Anarchie besiege. (Beifall.) Wenn Sie mir einmal zeigen werden, daß die Preßfreiheit zurückgenommen wird in Oesterreich, oder daß der Reichstag cassirt wurde, dann, meine Herren, werde ich mich durch das Wort Reaktion und Camarilla einigermaßen einschüchtern lassen. So lange Sie aber dieses Wort haben ohne Thaten, so werden Sie nicht verlangen können, daß ich nach den Worten greife, während Sie selbst doch nur nach Thaten handeln zu wollen erklären. Herr Giskra macht dem Minister Wessenberg den Vorwurf, daß er davon gelaufen sei, und fragt: warum kam er nicht nach Wien zurück? Er könnte eben so gut fragen, warum hat sich Bach nicht hängen lassen? (Heiterkeit.) Solche Fragen sind wahrlich mehr als naiv. Nun lassen Sie uns, meine Herren, zum Schlusse noch einen Begriff feststellen. Es ist heute viel von konstitutioneller und alleinberechtigter Behörde die Rede gewesen. Wenn es unkonstitutionell ist, daß ein Fürst ohne Contrasignatur eines verantwortlichen Ministers Befehlshaber ernennt und Truppen marschiren läßt, so ist es eben so wenig konstitutionell, daß ein Minister in Abwesenheit seines Fürsten, und gegen dessen Willen die Hauptstadt seines Reiches aufbietet, Befehlshaber ernennt, die Bevölkerung bewaffnet, um gegen das Herr seines Kaisers zu fechten. (Stimmen auf der Rechten: Sehr wahr!) Ein verantwortlicher Minister war dem Kaiser, und deshalb konnte der Kaiser Befehle geben, und seine Befehle waren konstitutionell. Es kann aber in einem konstitutionellen Staate, wo der Begriff der Executive nach bei dem Staatsoberhaupt ist, nicht zwei constitutionelle Gewalten geben, die sich einander widersprechen. So wie es nicht zweierlei Freiheit gibt, sondern nur auf der einen Seite die Gewaltherrschaft, welche sich den bloßen Namen anmaßt, und auf der andern Seite die wahre Freiheit unter dem Schutze der Gesetze, so gibt es auch nur eine wahre konstitutionelle Regierung, welche aber nicht darin besteht, daß ein Minister, der abhängt von der Gnade einer bewaffneten Bevölkerung, ohne seinen Fürsten, unumschränkt regiert, während das allemige gesetzliche Staatsoberhaupt, umgeben von seinen Räthen, gar nicht mit ihm in Verbindung steht. So verstehen wir die konstitutionelle Freiheit nicht, und wollen sie auch nicht so verstehen, und wer sie anders versteht, der wird die constitutionelle Freiheit zu Grunde richten. (Anhaltender lebhafter Beifall. Ruf nach Schluß.)

* Schleswig-Holstein, 1. Nov. Folgendes sehr merkwürdige Aktenstück ist uns zu Händen gekommen:

„Nachdem Se. Exc. der geh. Konferenzrath Graf v. Moltke als Präsident der Immediat-Kommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein abgetreten ist, haben der Herr Konferenzrath und Amtmann Jahannsen und der Bischof Hanlen es auf meinen an dieselben gerichteten ganz dienstlichen Wunsch übernommen, die Administration über die Insel Alsen und Arrroe Namens Sr. Majestät des Königs fortzusetzen, bis die königlich dänische Regierung für den Schutz ihrer Rechte so vollständige Garantie erlangt haben wird, daß die gedachten Inseln mit Zuversicht der neuen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein für die Dauer des Waffenstillstandes konstituirten Regierung übergeben werden können. Bis dahin müssen beide Inseln in ihrem bisherigen Verhältnisse verbleiben und werden der Herr Kons. Oberinspektor Hornemann hierdurch ganz dienstlich ersucht, das Ihrige dazu beitragen zu wollen, daß die Ruhe und Ordnung, die bisher auf der Insel Alsen so musterhaft bewahrt sind, daß der gute Geist, der die Bewohner der Insel bisher in so hohem Grade ausgezeichnet, auch fernerhin erhalten bleiben.

Es sind bis weiter alle Berichte, Eingaben und Gesuche, welche bisher an die königliche Immediat-Kommission zu richten waren, an den Konferenzrath und Amtmann Johannsen und an

den Bischof Hansen nach Sonderburg einzusenden und von diesen allein haben sämmtliche Behörden und Beamten auf der Insel Alsen in den bisher zum Wirkungskreise der Immediat-Kommission gehörigen Sachen, Befehle und Aufträge entgegen zu nehmen.

Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei, den 23. Okt. 1848.

F. Knuth."

Ein offenbarer Bruch des Waffenstillstandes von dänischer Seite liegt hier vor. Ganz um dieselbe Zeit, den 22. Oktober, wurde die neue Regierung der Herzogthümer, in Gegenwart und unter Mitwirkung der dänischen Kommissäre, eingesetzt; sie hatte nach dem Waffenstillstand den Beruf, die Regierung auch über die Inseln Alsen und Aerroe zu führen, und erließ am 23. eine Proklamation an die Bewohner dieser Inseln, um den Antritt ihrer Regierung anzuzeigen. Schon damals aber hatte man, wie nun erhellt, in Kopenhagen beschlossen, diese bisher von den Dänen besetzten Inseln der neuen Regierung nicht zu überweisen, sondern sie unter der Leitung jener Immediatkommission zu lassen, von welchee der Reichskommissar Stedtmann ausdrücklich sagt, daß ihren Befehlen keine Folge zu geben sei. Diesen Maßregeln entspricht es, daß der von der neuen Regierung ernannte Regierungskommissär für Nord-Schleswig, Bargum, von dem dänischen General auf Alsen zurückgewiesen worden ist. — Dabei wollen wir schließlich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in der den dänischen Ständen vorgelegten Verfassung Schleswig ausdrücklich aufgenommen ist; während man eine solche Aufnahme in die deutsche Verfassungs-Urkunde in Frankfurt als einen Bruch des Waffenstillstandes bezeichnen wollte. Man wird es bei den Gegnern doch nicht anders ansehen können. Es soll nach jenem Entwurf jedes Mitglied der dänischen Volksvertretung schwören: die Verfassung für Dänemark und Schleswig zu beobachten und zu halten! — Aufmerksame Beobachter der dänischen Verhältnisse wollen wissen, daß von dort wahrscheinlich noch weitere Feindseligkeiten zu erwarten sind; und man wird Grund haben, in Deutschland gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Frankreich.

* **Paris**, 1. Nov. Die Verhandlungen der National-Versammlung über das Budget, dessen erstes und zweites Kapitel bereits angenommen sind, führen zu keinen erheblichen Resultaten. Etwa 6 Millionen werden von der ungeheuren Summe von 1836 Millionen gestrichen und diese Abzüge müssen sich die, ohnehin nichts weniger als übermäßig honorirten Beamten, gefallen lassen. So sollen die Friedensrichter statt 1400 nur 1200 Franken jährlich erhalten. Es verdient angeführt zu werden, daß der eben abgetretene Finanzminister Goudchaux mit Entschiedenheit behauptet, nicht nur 1849 sondern auch 1850, werde voraussichtlich durchaus kein Ausfall in den Finanzen des Staats statt finden. Wie es sich hiermit auch verhalten mag, auf alle Fälle müßte, um diese Voraussetzung zu rechtfertigen, das Land nicht neuen Steuern ausgesetzt sein. Leider aber stellt schon die bevorstehende Präsidentenwahl deren in Aussicht. Die Kandidatur General Cavaignac's wird, was die hiesigen Blätter betrifft, nur von dem National ernstlich in Schutz genommen. Bien public (Lamartine's Blatt) meint, sie hätten wenig Aussicht; der Constitutionel, Thiers Organ, neigt offenbar zu der Louis Napoleons, für welche die Presse unermüdlich thätig ist. Die Reforme und die Blätter dieser Farbe werden für Ledru Rollin, für welchen jetzt auch die socialistische Partei gewonnen ist. Wer mag unter diesen Verhältnissen Bürgschaft für die Zukunft übernehmen. — Berryer wurde zum Mitgliede der Amortisationscommission ernannt. — (Schluß folgt.)

Neueste.

* **Frankfurt**, 4. Nov. Man erwartet heute oder morgen die Zurückkunft der Reichskommissäre, der Herren Welcker und Mosle. Die schlimmen Nachrichten über den am 30. Okt. erneuten Kampf in Wien bestätigen sich von allen Seiten.

Spätere Berichte aus Berlin behaupten, der König habe die Ernennung des Grafen Brandenburg zurückgenommen.

* **Wien**. Die D. Reform berichtet: Am 30. Okt. Mittags kapitulirte der Gemeinderath. Die Kanonen sollten an Windischgrätz ausgeliefert werden; Bem war verwundet. Am Nachmittag verbreitete sich die Nachricht vom Zuzug der Ungarn. 20,000 Man Ungarn rückten von Bruck an der Leitha bis Schwechat vor. Windischgrätz sandte ihnen 15,000 Mann entgegen. Unterdessen brach der Gemeinderath den geschlossenen Vertrag. Die Kanonen wurden sofort wieder gegen die Kaiserlichen gerichtet. Der Pole Bem stand wieder an der Spitze. — Die 15,000 Mann Kaiserliche schlugen die 20,000 Mann Ungarn auf's Haupt. — Windischgrätz wandte sich wieder gegen die Stadt. Der Kampf ist erneuert. Eine Aussicht auf Vermittelung ist nach jenem Treubruch entschwunden. Der Kampf dauert fort. So weit gehen unsere zuverlässigen Nachrichten. Wir theilen außerdem noch den Inhalt eines, Breslau vom 1. November Abends datirten Briefes mit, den wir jedoch in gleicher Weise nicht verbürgen: „Wir befinden uns ohne jede direkte Nachricht aus Wien. Doch ist von dem Fahrpersonal der Wilhelmsbahn dem dieseitigen die Mittheilung gemacht, daß von Wien aus eine telegraphische Depesche abgesandt worden, nach welcher Windischgrätz am 31. Okt. auf dem Stephansplatze gestanden habe. Es ist wohl möglich, daß diese Nachricht durch Kourier in Ratibor eingetroffen sein kann."

— Privat-Nachrichten, welche man heute hier aus Ratibor und Oderberg vom 1. November erhalten hat, melden, daß das Bombardement Wiens am 31. Oktober 8 Uhr Abends eingestellt worden ist, und Windischgrätz bis zur Stephanskirche vorgerückt war. Die Bibliothek und das Mineralien-Depot standen in Flammen, die Stephanskirche war eingeschossen, auch ein Theil der Burg brannte. Die Uebergabe der Stadt wurde erwartet; Die Mörder Latours waren in Haft.

* **Berlin**. Die Ereignisse in Wien haben auch in Preußen, jenen entscheidenden Augenblick herbeigeführt, den wir, und wer nicht? mit Besorgniß sich nähern sahen. Der Verlauf der Begebenheiten erhellt am Besten aus folgenden Aktenstücken.

I. Schreiben des Ministers des Innern, Herrn Eichmann, an den Commandeur der Bürgerwehr, Herrn Rimpler. — Die gestrigen Vorfälle setzen mich in die Lage, für und auf die nothwendigen Folgen der ungenügenden Wirksamkeit der Bürgerwehr aufmerksam machen zu müssen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Stuem-Petitionen mehrerer Tausend aufgeregter Menschen, welche das Versammlungs-Lokal der Volksvertretung umgeben und gewissermaßen in Belagerungszustand versetzen und theilweise mit Henkerstricken versehen, die heftigsten Drohungen ausstoßen, endlich in das Sitzungsgebäude selbst eindringen u. s. w., gegen die gesetzliche Ordnung sind, welche die Bürgerwehr zu schützen hat. Dennoch hat sich dies Alles gestern hier zugetragen, und es ist erst so spät dagegen eingeschritten worden, daß es leicht zu noch größeren Exzessen hätte kommen können. Dem Kommando der Bürgerwehr war es bekannt, daß sich bereits um Mittag ein großer Zug auf dem Alexander-Platze gesammelt hatte, und demnächst auf dem Gensdarmenmarkte eine Menge von mehreren Tausend Personen zusammengekommen war, welche sich nach einiger Zeit mit dem ausgesprochenen Vorsatze zurückzog, um 5 Uhr Nachmittags wieder einzutreffen und die Antwort der National-Versammlung auf eine Petition zu Gunsten des Wiener Volkes abzuwarten. Von dieser zweiten Versammlung waren die ernstlichsten Störungen der gesetzlichen Ordnung zu fürchten. Um die letztere zu schützen, war die Aufstellung ansehnlicher Abtheilungen der Bürgerwehr auf dem Gensd'armen-Markt erforderlich, mit welchen man entweder den Zudrang der Massen zu verhindern oder doch den Platz zu säubern vermochte. Es scheint nun zwar an bewaffneter Macht nicht gefehlt zu haben, denn das Schauspielhaus ist mit 2 Bataillonen besetzt gewesen und außerdem sind 3 oder 4 Bataillone zusammengezogen worden; aber man hat die Menge, welche anfänglich aus etwa tausend Personen bestand und sich an den Eingängen der Abgeordneten zusammendrängte, Fackeln anzündete und sich dann, allmählig zunehmend, auf dem Platze hin und her bewegte, die National-Versammlung durch Drohungen einzuschüchtern suchte, mehrere Stunden hindurch ungehindert gewähren lassen. Inzwischen war die Haltung der Volkshaufen, die von mehreren Rednern angefeuert wurden, nicht zu weichen, bis ihren Forderungen genügt sei, immer bedrohlicher geworden. Schaaren mit rothen Fahnen, Fackeln und Stricken versehen, hatten die sämmtlichen Thüren des Schauspielhauses besetzt und ließen Niemand hinaus. Endlich erschienen die schon lange zusammengezogenen drei oder vier Bataillone vor dem Hause und machten die Eingänge frei. Dies hielt jedoch, wiewohl außerdem noch drei andere Bataillone allarmirt, also im Ganzen acht oder neun Bataillone Bürgerwehr auf den Beinen waren, nicht lange an. Die Abgeordneten, welche um 10 Uhr Abends die Sitzung verließen, mußten sich durch die Menge hindurchdrängen; mehrere derselben sind dem Vernehmen nach dabei insultirt und sogar körperlich mißhandelt worden. Erst als sich hierauf schon ein großer Theil des Volkes verlaufen hatte, schritt die Bürgerwehr mit mehr Energie ein und stellte, nach einem Zu-

sammenstaß mit Maschinenarbeitern, welche dazwischentreten wollten, in später Nacht die Ruhe her. Die Verhinderung oder sofortige Unterdrückung solcher tumultuarischen Auftritte ist nirgend dringender und unerläßlicher, als in der Hauptstadt, zumal, wenn sie den Charakter des Terrarismus gegen die Volksvertretung annehmen. Leider sind hier schon mehrere Vorfälle ähnlicher Art vorgekommen, welche dazu führen müssen, das Ansehen der Regierung und die Achtung vor der bewaffneten Macht, welche die gesetzliche Freiheit und Ordnung schützen soll, zu untergraben. Unter diesen Umständen kann die Regierung ihre Verpflichtung, für die Sicherheit der Personen, für die Unabhängigkeit der Volksvertretung und für die öffentliche Ordnung zu sorgen, nicht anders erfüllen, als dadurch, daß bei Ruhestörungen in hiesiger Stadt, sobald die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung zunächst berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort militärische Hilfe requiriet und nach §. 87 des Bürgerwehr-Gesetzes in Thätigkeit gesetzt wird. Indem ich wünsche, daß der Fall einer solchen stets bedauerlichen Nothwendigkeit nicht eintreten möge, habe ich den Magistrat und das Polizei-Präsidium von diesem Erlasse zur Nachachtung in Kenntniß gesetzt. Berlin, den 1. November 1848.

In Uebereinstimmung mit diesem Schreiben erging folgende Bekanntmachung:

Die Vorgänge des gestrigen Tages während der beiden Sitzungen der National-Versammlung legen der Regierung die unabweisbare Pflicht auf, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Verhütung und Unterdrückung ähnlicher Excesse alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen. — Es sind demgemäß die betreffenden Behörden angewiesen worden, in allen derartigen Fällen, sobald die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren und nach §. 78 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 17ten v. M. in Thätigkeit treten zu lassen. — Es wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Berlin, den 1. November 1848. Der Minister des Innern. Eichmann.

War die Aufregung über jene Bekanntmachung schon bedeutend — die Requisition des Militär erfolgt sonst durch die Bürgerwehr selbst, jetzt werden die betreffenden Behörden dazu ermächtigt — so stieg sie in hohem Maße, als ein Schreiben des Generals v. Brandenburg in der Landesversammlung verlesen ward, wodurch er anzeigt, er sei mit der Bildung eines neues Ministeriums beauftragt. Der in Breslau befehlende Graf Brandenburg hat vor Kurzem durch seinen dem Wrangel'schen ähnlichen Armeebefehl allgemeines Aufsehen erregt, und wird von den Berlinern als das Haupt der bewaffneten Reaktion bezeichnet. Die Bewegung koncentrirte sich in der Landesversammlung. Der unmittelbare Einfluß auf die Abgeordneten war leider, daß die gemäßigte Linke sich mit der äußersten vereinigte. Aus dem Briefe eines Abgeordneten der gemäßigten ist es uns vergönnt Folgendes mitzutheilen:

Berlin, 2. Nov. So eben erhalten wir die officielle Nachricht, daß der Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, in Folge der von Pfuel erbetenen und angenommenen Entlassung. Daß Bonin, Eichmann und Kisker abgegangen seien, steht in dem Schreiben nicht. Privatim höre ich durch den Präsidenten der Nat.-Vers., daß durch ein Plakat an den Ecken bekannt gemacht werden wird, daß fortan bei Aufläufen, wenn die Bürgerwehr nicht rechtzeitig die Hülfe des Militärs in Anspruch nimmt, dessen Hülfeleistung ohne Requisition der Bürgerwehr eintreten wird. — Trübe Aussichten! Ein Konflikt scheint vor der Thür zu stehen. Ich glaube auch fast, daß man für Berlin den Belagerungszustand herbeizuführen sucht. Der vorgestrige Auflauf vor unserem Sitzungsgebäude ist, wie es scheint, die traurige Ursache, daß die Reaktion von Seiten des Hofes immer kecker auftritt. Unsre äußerste Linke ist übrigens aufs tiefste entrüstet, über die durch Leute des sogenannten demokratischen Kongresses verursachte Mißleitung des Volks, namentlich über Ruges empörendes Treiben.

— Von Seiten des Kommandos der Bürgerwehr sind heute noch folgende Bekanntmachungen erschienen: „Der Herr Minister des Innern, Eichmann, hat durch einen heute Vormittag angeheftenen Ecken-Anschlag bekannt machen lassen, daß er die betreffenden Behörden angewiesen habe, in allen Fällen, sobald die zunächst zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr, wie am 31. v. M., dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren. — Das unterzeichnete Kommando findet darin eine Verletzung der der Bürgerwehr und den städtischen Behörden in Betreff der Requisition des Militärs von den Ministerien gegebenen und anerkannten Zusicherungen, und hat demnach seinerseits beim Minister des Innern Verwahrung eingelegt. — Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Berlin, d. 2. Nov. 1848.

Das Kommando der Bürgerwehr. Rimpler.

An die Bürgerwehr und die gesammte Bevölkerung Berlins. „Mitbürger! Ein schwieriger Augenblick für die Entwickelung unserer staatlichen Freiheiten ist gekommen. Die Zeit drängt — und erlaubt nur wenige Worte zu Euch. Vor Allem ist uns Besonnenheit — Einigkeit noth. Möge die Bürgerwehr auf den ersten Ruf zahlreich erscheinen — möge die übrige Bevölkerung durch vollständige Ruhe und Vermeidung jedes Exzesses den Beweis liefern, daß sie reif ist für unsere freie staatliche Entwickelung. Der geringste Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und dem übrigen Theile der Bevölkerung in dieser Zeit, kann von den traurigsten Folgen sein. Bedenken wir das und erwarten wir von unseren Vertretern die ihrer und unser würdigen Beschlüsse mit der Achtung, die ihnen deßhalb gebührt, weil unsere freie Wahl dieselben berufen. Berlin, 2. Nov. 1848. Das Kommando der Bürgerwehr. Rimpler."

Folgende Adresse ist fast einstimmig von der Landesversammlung genehmigt: „Majestät! In Folge der Benachrichtigung, daß der Graf Brandenburg mit Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, hat die National-Versammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Ew. Majestät zu senden, um Sie in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Ew. Majestät die größte Besorgniß im Volke erregt hat, und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Ew. Majestät treues Volk erschreckt über die Absichten der Reaction, und die Ernennung des ehrn abgetretenen Ministeriums hatte diese Gerüchte nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspicirn des Grafen Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, die Majorität der Versammlung und das Vertrauen im Lande zu erwerben, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruch steigern und unendlich traurige, an das Geschick eines Nachbarstaates erinnernde Folgen nach sich ziehen. Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet warden, wenn Sie die Gefahren verschwiegen, welche aus solcher Ernennung erwachsen. Wir legen deßhalb die eben so ehrfurchtsvolle als dringende Bitte Ew. Maj. an's Herz, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Maj. Absichten und die Wünsche des Volks im Einklang stehe.

Die Deputation, welche sogleich nach Potsdam gereist ist, um die Adresse dem König zu überreichen, ward aus je fünf Mitgliedern der fünf Fraktionen der Kammer zugesetzt. Ein Antrag, die Kammer möge bis zur Rückkehr der Deputation versammelt bleiben, ward nur dadurch beseitigt, daß die Rechte und das rechte Centrum den Saal verließ und so die Zahl der Mitglieder nicht mehr zu einem gültigen Beschlusse hinreichte. Die Verhandlungen der Versammlung werden wir Morgen mittheilen.

In der Stadt herrscht große Bewegung. Die Bürgerwehr ist zusammenberufen, die Studenten haben eine akademische Legion gebildet. Unsere Nachrichtrn reichen bis 8 Uhr Abends; die letzte ist leider, daß die Gefangenen im Arbeithause auszubrechen suchen, und mit der Bürgerwehr aus den Fenstern kämpfen.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

[973] **Von Montag den 6. dieses Monates an sind die Sitzungen der verfassunggebenden Reichsversammlung statt in der Paulskirche — in der Kirche der deutsch-reformirten Gemeinde.**

Frankfurt den 5. Nov. 1848.

Canzlei der Reichsversammlung in Auftrag

Dr. Kehlt.

[952]* In unserem Verlage ist so eben erschienen:

Die Reform des deutschen Rechtslebens.

Von

Dr. Gustav Geib.

gr. 8. Carton. 1 Rthlr. —

Leipzig, Okt. 1848.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 12 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Kaiserl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Hofs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 296. Frankfurt a. M., Montag 6. November. 1848.

Uebersicht.

Die Posener Frage I.

Deutschland. Wien (Der Fall der Stadt.) Brünn (Unruhen.) Prag (Die Deputation nach Ollmütz. Bedenkliche Stimmung.) Triest (Die sardinische Flotte vor Venedig.) Berlin (Die Ursachen von Pfuels Entlassung. Das neue Ministerium. Wrangel und die Berliner. Die Antwort des Königs.) Karlsruhe (Eröffnung der Bahn von Schlingen nach Efringen. Kammerverhandlungen. Der Antrag auf Amnestie.)

Frankreich. Paris (Streit der Arbeiter und beweglichen Bürgerwehr. Das Deficit und dessen Deckung.)

Oesterreich. Monarchie. Agram (Verfügungen der Banaltafel.)

Schweiz. Zürich (Der Freiburger Aufstand. Die Regierung von Genf und die conservativen Wahlen. Die künftige Bundesstadt. Die elsässische Feier der Vereinigung mit Frankreich.) Bern (Die Neutralität der Schweiz. Ein politisches Räthsel. Bischof Marilley. Schulsynode. Die Schweizer Truppen in Tessin und die schweizerische Neutralität. Deutsche Note.)

Ungarn. Pesth (Die Judea und die Wiener Ereignisse. General Simonich. Die ungarischen Festungen.)

Ostindien. (Die Briten ziehen sich von Multan zurück. Uebergang Shir Singhs zu den Empörern. Bedenkliche Lage der Briten im Pendschab.)

---

6. November.

Gleich nach dem Erscheinen der ersten §§. des neuen preußischen Verfassungsentwurfs hatten wir darauf aufmerksam gemacht, daß der Ausschuß der preußischen Landesversammlung den deutschen Standpunkt des Ministeriums Camphausen verlassen und dem §. 1 vom Staatsgebiet eine Fassung gegeben hatte, welche zu einer Alterirung der Frankfurter Beschlüsse vom 27. Juli führen mußte.

Wir standen schon damals in dieser Auffassung der Sache nicht allein; mehrere Leitartikel der Kölnischen Zeitung entwickelten denselben Grundgedanken und machten auf die Gefahren aufmerksam, welche entstehen könnten, wenn dieser §. in unveränderter Gestalt aus der Centralabtheilung hervorginge. Der Gegenstand fand jedoch in der Presse nicht den gehörigen Wiederhall; denn man hielt die posen'sche Angelegenheit ein für alle Mal erledigt. Dem war aber nicht so; sie liegt vielmehr mit ihrer ganzen Schwere wieder vor uns, ein Stein des Sisyphus, der nochmals den Berg hinauf gewälzt sein will.

Es ist ein verhängnißvoller Umstand, daß die definitive Regulirung der Grenzlinie zwischen Deutsch- und Polnisch-Posen und die Feststellung der Reichsgrenze nicht vor Berathung jenes Verfassungsparagraphen in der Berliner Versammlung erledigt war, obwohl drei Monate seit dem Beschlusse der Nationalversammlung darüber verflossen waren. Voraussichtlich hätte die Erledigung einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. So wie die Sachen nun liegen, ist ein Konflikt der beiden Versammlungen dem Anschein nach unvermeidlich. Betrachten wir die Beschlüsse derselben. Die deutsche Nationalversammlung hatte am 27. Juli den Antrag Schuselka's: daß die preußische Regierung das Großherzogthum Posen wie bisher als eine ungetheilte Provinz verwalten solle, mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit verworfen. Dagegen hatte sie die Ausschuß-Anträge: daß „die Aufnahme der durch einstimmige Beschlüsse des Bundestages Deutschland einverleibten Theile Posens anzuerkennen und die 12 Abgeordneten dieses Gebietes endgültig zuzulassen seien und daß 2) die Abgrenzungslinie des General v. Pfuel anzuerkennen, die letzte Entscheidung aber nach dem Ergebnisse weiterer, von der Centralgewalt zu veranstaltender Erhebungen vorzubehalten sei", angenommen.

Die preußische Regierung nahm die definitive Abgrenzung in Angriff und setzte eine besondere Demarkationskommission nieder, deren Thätigkeit jedoch dadurch besonders gehemmt war, daß die Polenkommission der Berliner Landesversammlung erstlich die Akten in Anspruch nahm, und dann in der Sache selbst ein Machtwort mitsprechen wollte. Endlich, am Anfange des Oktober, waren die Vorarbeiten so weit gediehen, daß das preußische Ministerium von der Centralgewalt zur definitiven Regulirung der Reichsgrenze die Absendung eines Reichs-Kommissarius verlangte. Diesem Wunsche wurde sofort entsprochen, und der General von Schäfer schickte sich eben an seine Mission anzutreten, als die Abgrenzungsfrage in der preußischen Landesversammlung beim §. 1 vom Staatsgebiet zur Sprache kam.

Den Grundsätzen des Ministeriums, dem er angehört hatte, getreu, stellte Alfred von Auerswald sein Amendement: Alle Landestheile der Monarchie „soweit sie zu Deutschland gehören" bilden das preußische Staatsgebiet. Das Ministerium selbst vertheidigte es, und erklärte: es handle sich um theure Interessen des großen deutschen Vaterlandes und die preußische Landesversammlung würde ihrer Pflichten gegen dasselbe eingedenk sein. (Worte des Ministers Eichmann.) Vergebliches Bemühen! Die Polen hatten sich mit richtiger Politik auf die Linke und den Partikularismus gelehnt, und das Amendement fiel. Nach der jetzigen Fassung gibt es nunmehr ein nichtdeutsches Preußen, welches nicht in Deutschland aufgegangen.

Die polnische und partikularistische Partei ging aber weiter. Sie ignorirte die Frankfurter Beschlüsse vom 27. Juli, wodurch ein Theil von Posen deutsches Land geworden, vollständig, und setzte folgenden Antrag, wenn auch nur mit zwei Stimmen, durch: „Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Posen mit dem preußischen Staat eingeräumten besonderen Rechte (!) gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser (der preußischen) Verfassungsurkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte näher festsetzen." Diese Formel lautet etwas unbestimmt, wenn man sie ins Bestimmte übersetzt, so heißt sie: „Dem Großherzogthum Posen werden die ihm 1815 durch die Wiener Akte und das Besitzergreifungspatent eingeräumten besondern Rechte, d. h. ein polnischer Statthalter (u. s. f. Alles, was zur polnischen Reorganisation gehört) gewährleistet." Wohlgemerkt den Bewohnern des ganzen früheren Großherzogthums, nicht blos denen von polnisch Posen. Daß sich aber deutsch Posen, ein nunmehr deutsches Land, nicht mehr nach solchen polnischen „Rechten" sehnt, ist wohl begreiflich, wenn man den fünfmonatlichen Kampf, der nur ein steter Protest gegen diese Aufzwingung von „Rechten" war, genauer in Betracht zieht. — Was nun das zu erlassende organische Gesetz betrifft, so kann dies kaum etwas Anderes enthalten, als Verfassungsmodifikationen, welche eine volksthümliche polnische Konstitution anbahnen. Wir hätten gegen dieses Amendement in der That gar nichts einzuwenden, wenn es sich blos auf das abgegrenzte polnisch Posen bezöge, so aber erkennen wir in ihm nur einen Versuch, den Beschluß Schuselka's, welchen die Nationalversammlung ausdrücklich verworfen hatte, in Berlin durchzusetzen: daß nämlich die preußische Regierung die Provinz ungetheilt erhalte und verwalte. Dies ist der erste Punkt, in welchem der Berliner Beschluß mit dem Frankfurter im Widerspruch steht und hieraus folgen die anderen Widersprüche als Consequenzen. Denn bleibt das Großherzogthum ein Ganzes, so

Digitized by Google

kann nicht eine Hälfte zu Deutschland gehören und die deutschen Marken begrenzen. Bleiben ihm die „eingeräumten besonderen Rechte", so werden die Bewohner Deutschposens nicht nach Frankfuet ihre Vertreter zu senden haben, sondeen nach dem „neu zu erlassenden organischen Gesetze" wahrscheinlich neben dem Berlinee Reichstag ihren zweiten in Posen zusammenteeten sehen. Die vorläufige Abgrenzungslinie, wie die von der Centralgewalt definitiv zu teeffenden Erhebungen erledigen sich dann von selbst.

Es fragt sich nun, welches kann bei diesen Konflikten die Stellung dee preußischen Regierung, welches die der Centralgewalt sein? und hat die Letztere den Berliner Beschluß nicht lediglich zu ignoriren, da nach dem Beschlusse vom 28. Mai die Beschlüsse dee deutschen Nationalversammlung maßgebend füe die einzelnen Landesversammlungen sind? Vor diesee Frage könnte aber Jemand den einfachen Einwurf machen: Wie, wenn das ganze Großherzogthum Deutschland einverleibt wird und in ihm aufgeht — dann fällt ja der Widerspruch, und sollte dieses nicht die Absicht der Berlinee Landesversammlung sein? Darüber hören wie denn doch zuerst die Stimme eines Polen, der die Ansicht seiner Landsleute üdee den Berlinee Beschluß und was mit demselben beabsichtigt wird, deutlich ausspricht.

Deutschland.

× **Wien.** Mit dee Besetzung Wiens durch die kaiserlichen Teuppen ist wohl für den Augenblick in dem sich üdeestürzenden Gange dee Ereignisse Ruhe eingetreten, wenigstens sind keine Nachrichten von Begebenheiten nach dee Uebergabe bei uns angelangt. So lange es zweifelhaft ist, ob dee Tod erfolgen wird, sind die Erscheinungen jedee Minute wichtig und man lauscht ihrer mit verhaltenem Odem; nach dem letzten Athemzuge des Kranken ermattet plötzlich die fieberhaft gesteigerte Theilnahme oft bis zur resignieenden Gleichgültigkeit, bis dann, bei wiederkehrendem kälteren Blute der Verstand für reflekteende Betrachtung des Geschehenen sein Recht fordeet. Wie sich das Ende des nun ausgespielten Bürgerkrieges noch nicht absehen ließ, war jede Notiz woher sie auch kam, von Interesse, die nue etwas Licht in das Dunkel der verwoeenen Thatsachen einfallen ließ; eine Auswahl unter den Berichten konnte nicht groß getroffen werden; (unsere eegelmäßigen Koreespondenten schwiegen Alle, die deutsche Zeitung theilt übrigens bieß Loos mit fast sämmtlichen übeigen Blättern, ein Umstand, dee wohl keiner Eeläuterung bedarf) und nue nachträglich wird sich in den nächsten Tagen ein klarer Ueberblick der genauen Einzelnheiten gewinnen lassen. Das kann jedoch gewiß als feststehend hingenommen werden, daß, wenn auch nur die Hälfte von den Verlusten und Verwüstungen sich als wahr bestätigt, die „einzige Kaiserstadt" für lange, vielleicht für immer veeblüht ist. Armes Wien! Wee dich am 24. Februae von den Zinnen des Stephansthuemes, so stolz wie für eine Ewigkeit gebaut daliegen, wer dich am 1. Mai, deinem Frühlingsfeste, sah, wo Alles dee jungen Freiheit entgegenjubelte, und muß jetzt von eine eauchenden, blutigen, sogar in ihren Kirchen entweihten Brandstätte höeen, der wird die die Thräne der Theilnahme nicht veesagen, auch wenn du selbst, ein Gomorrha, den Stealh der rächenden Hand auf dich herabgerufen hättest! Wir wollen hier wenige Tage nach dem Schlusse der Katastrophe nicht ein Urtheil fällen, auf welchee Seite Recht und Unrecht wae, ein Urtheil, das nur allein dee Weltgeschichte überwiesen werden kann. Heldenmuth abee wird Niemand den Wienern absprechen können, eine Todesverachtung und Haetnäckigkeit, wie sie die Geschichte nue je in ihren Tafeln aufgezeichnet hat, und die um so bewunderungswürdiger hervortritt, je weichlicher, gutmüthiger und hofstädtischer der sprichwöetlich gewordene Wiener sonst ist. Bei einem etwaigen Kampfe gegen äußere Feinde dürfen sich unsere Städter bæan eine Lehre nehmen, daß auch ohne besondere Festungswerke ein Ort sich halten läßt, wenn seine Bewohner wollen! Mögen nur die Sieger in Wien, wenn sie wirklich das Recht auf ihrer Seite haben, es nicht buech die Benutzung des Sieges nachträglich in die Gräber dre Besiegten werfen. Denn sonst veewandeln sich dieselben füe die Masse aus Empörern in Märtyrer der Freiheit und welche Blutströme könnte dann ein Vorbild wie Wien auch an andern Oeten fließen machen, wo die Leidenschaft auf die gleichklingenden Namen hin nue zu leicht auch Verhältnisse und Zustände ebenfalls füe den ihrigen gleich nimmt. —

* **Wien.** Wie haben die Nachricht von dem erneuten Kampfe in Wien gestern in aller Küeze mitgetheilt und lassen nun zunächst die zuverlässigsten Einzelheiten folgen. Der preuß. Staatsanzeiger theilt die folgenden über Breslau gekommenen Nachrichten mit: Die Ungaen sind am 30. geschlagen worden. Sie hatten 24 Kanonen, 5 Bataillone eegulaee Truppen und im Ganzen 18—20,000 Mann. Die ihnen entgegengesandte Armee soll 16—18,000 Mann, mit 60 Stück Geschütz und 42 Schwadronen Kavallerie betragen haben. Den Oberbefehl übee die ganze Operationsarmee führte dee Banus. Das Hauptgefecht scheint nur ein Artilleriegefecht gewesen zu sein. Die kaiserliche Kavallerie, welche die Ungarn umgehen und ihnen den Rückzug abschneiden sollte, ist zu spät gekommen. Sie wurden am 31. Okt. durch den Fürsten Lichtenstein mit 4000 Mann verfolgt. Auch Infanterie soll gestern mit der Eisenbahn nach wienerisch Neustadt abgegangen sein, um einen neuen Einfall dee Ungarn abzuhalten, welche wahrscheinlich wiedee üdee die Leitha zurück sind. Während die Schlacht mit den Ungarn geschlagen wurde, geiffen die Wiener, welche größtentheils schon die Waffen niedergelegt hatten, wiedee zu denselben, schickten die Geißeln, die sie versprochen hatten, nicht, lieferten die Kanonen nicht ab, sondern feuerten aus allen Kräften auf die kaiserlichen Teuppen. In Folge dessen haben die Letztern die Nacht hindurch die Vorstädte Mariahilf und Lerchenfeld beschossen, mehr als 100, wie man glaubte, kleine und nicht zündende Bomben hineingewoefen, wäheend vom Stephansthurme Signale über Signale gegeben wurden, um die Ungarn wieder herbeizurufen. Bem soll inzwischen wiedee bei den Kämpfern eischienen sein und sie durch hrstige Reden angefeuert haben. Als man aber die Niederlage dee Ungarn in der Stadt eesuhe, kam wieder eine Deputation des Gemeinderaths in dee Nacht zum Feldmarschall, um ihm die Unterweefung dee Stadt auf Gnade und Ungnade anzuzeigen. Die bewaffneten Koeps haben sich indessen auch da nicht ergeben wollen, und um 12 Uhr Mittags hatte das Bombardement der Vorstädte wiedee begonnen. Gestern Abend hat dee Fürst die nachfolgende Kundmachung erlassen:

„Kundmachung. Ein Korps der angarischea Insuegenten hat es gewagt, österreichischen Bodea zu betreten und heute früh bis gegen Schwechat voezudringen. Ich habe solches mit einem Theile meiaer Truppen, verrint mit jenea des Banus, angegriffea und zurückgeworfea, wobei sie beträchtlichen Verlust erlitten. Einige Abtheilungen sind in Verfolgung dieselben begriffen. Dieses zur beruhigendea Kenntniß für alle Gutgesinnten, die vielleicht aus dem Erscheinen dieses Korps Besorgnisse schöpfen könnten; aber eben auch zur Warnung für jene Uebelgesinnten, die hieria ebenfalls neue Hoffnung für ihre Plane zu finden glaubten, und in der That sich nicht scheuten, die bereits eingegangene Unterwerfung auf das schmählichste hinterlistig zu brechen. Hauptquartier Hetzendorf, am 30. Oktober 1848. Fürst zu Windisch-Grätz, Feldmarschall."

Dieß scheint die wahrscheinlichste Veesion. Nach einigen Berichten wären die telegraphischen Nachrichten von der Kapitulation Wiens eine Kriegslist Windisch-Grätz's gewesen, um den Landsturm abzuhalten; nach andeen wae keine Kapitulation abgeschlossen, sondern Reichstag und Gemeinderath hatten Bedingungen gestellt, unter welchen die Stadt sich übeegeben würde, Windisch-Grätz aber die undedingte Uebergabe gefordert. — In der Masse der Gerüchte ist es unmöglich, klar zu sehen. Die geschlagenen Ungarn sollen blos die Vorhut gewesen sein; erst am 31. soll eine entscheidende Schlacht stattgefunden haben, die zu Gunsten Wiens und der Ungarn ausgefallen wäre u. dergl. m. Gewiß scheinen nur die Nachrichten von dee furchtbaren Zerstörung, die der Kampf verursacht hat. Die Schles. Z. berichtet aus Preran vom 1. Nov. 3 Uhe Morgens: „Eine telegraphische Drpesche, die eben hier durch nach Ollmütz geht, besagt, daß grstern Abend 6 Uhe 30 Minuten das Bombardement eingestellt worden ist. Die Universität ist zusammengeschossen und eingestürzt, die Burg steht in Flammen, das Naturalienkabinet und die Bibliothek sind bereits vernichtet. Die Augustinerkirche brennt und in vielen Theilen der inneren Stadt wüthen die Flammen, so daß Windisch-Grätz selbst in die noch im Brsitze des Volkes stehenden Stadttheile nach Löschapparaten gesendet hat." — Eine telegraphische Depesche vom 31. Okt. 6 Uhr Abends lautete: „Das Bombardrment wurde 6 Uhe Abends eingestellt. Es brennt in der Nähe des Universitätsplatzes und bee Augustiner-Kirche. Ein an mich gesandter Munizipalgaedist versichert, die Truppen seien duech das Burgthor gedeungen und bereits bis an den Stephansplatz gelangt. Der Brand hat die Augustiner-Kieche und einen Theil der Burg egriffen. Thurm und Dach der Augustiner-Kirche sind eingestürzt. Rennberg, Geneeal." — Aus dem Innern der Stadt wird gemeldet, daß dort ein furchtbaree Teeorismus herrsche und Plünderung an der Tagesordnung sei. Die Mobilgaede zwingt die Nationalgarden

mit Gewalt zum Kampfe. Es heißt in der Schlesischen Zeitung: „Die Arbeiter wollen sich bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen, da sie Windischgrätz mehr fürchten, als den Tod. Der Fürst hatte wiederholt die Entwaffnung der Arbeiter und des Restes der akademischen Legion gefordert, worauf die Deputationen des Gemeinderathes erklärten, daß sie nicht im Stande wären, diese Entwaffnung auszuführen, er möge in die Stadt, die sich ihm ergeben werde, einziehen und die Entwaffnung selbst vornehmen. Daraus erklärt sich das wiederholte Aufstecken der weißen Fahne in der inneren Stadt, wir auch andererseits die Wiederaufnahme des Kampfes von Seiten der kaiserl. Truppen am 29. d." — Von der andern Seite wird von furchtbaren Gräueln, Mord und Plünderung der Soldaten, besonders der Kroaten, erzählt. Der Verlust der Truppen soll sehr bedeutend gewesen sein. Ueber die Ausdehnung des Brandes und der Zerstörung läßt sich natürlich noch gar keine Uebersicht gewinnen, nur aus Einzelheiten läßt sich auf das allen Begriff übersteigende Maß derselben schließen. Die Sappeurkompagnieen haben die ganze Jägerzeile hinauf von Haus zu Haus die Brandmauern durchschlagen müssen, um die Infanteriemannschaften durchzulassen, welche dann die Nationalgarden aus den Häusern vertrieben und selbst aus den Fenstern herab auf die Kämpfer hinter den Barrikaden schossen. Die beiden Häuserreihen vom Ausgange der Jägerzeile bis zum Karlstheater sind mitunter so zugerichtet, daß mehrere derselben ganz niedergerissen werden müssen. Drei Häuser, Eckhäuser nach dem Prater zu, sind gänzlich niedergebrannt. Den Zugang in die Stadt von der Leopoldstadt aus bildete nur noch die Ferdinandsbrücke, da die übrigen Brücken von den Garden zerstört werden sind. Um den Sturm auf die Bastei zu erschwerrn, hat man auf der nördlich von derselben gelegenen Holzablage das dort vorräthige Brennholz angezündet. Die ungeheure, zwei Steckwerk hohe Barrikade am Eingange der Jägerzeil soll nur durch völlige Zerstörung der anstoßenden Eckhäuser genommen worden seien. Die Blutflecken auf den Straßen, die umherliegenden Leichen erschossener Soldaten und Proletarier mit den furchtbarsten Verstümmelungen vollenden das Bild des Straßenkampfes während der ersten Tage. Wie viel an Blut, Brand und entsetzlicher Zerstörung (man denkr an die große Bibliothek, einr der ersten und kostbarsten der Welt!) mag seitdem hinzugekommen sein! — Im Augenblick, wo wir dies schreiben, ist die neueste und wahrscheinlichste Nachricht die, daß am 1. Nov. Fürst Windischgrätz zwar ohne weiteren Widerstand die innere Stadt Wien besetzt und die Entwaffnung vollstreckt hatte, daß jedoch in der Aula die Reste der akademischen Legion und deren Anhänger sich noch hielten, wahrscheinlich in der Hoffnung, freien Abzug gewährt zu erhalten. Dies beruht sowohl auf Privatnachrichten, als auf einer von der Spener'schen Zeitung mitgetheilten telegraphischen Depesche des Preuß. Gesandten an den Minister des Auswärtigen, aus Hitzing vom 1. Nov., die einfach besagt: Die kaiserl. Truppen sind Herren der ganzen Stadt.

Neueste Nachrichten aus Wien vom 1. November.

Nach der Berliner „Deutschen Reform".

Wir theilen in kurzem Auszuge den Inhalt mehrerer Briefe mit, die wir aus Wien und Heiligenstadt erhalten haben: Am 31. October Abends sind die kaiserl. Truppen in die Stadt eingerückt. Am Morgen waren auf die Basteien weiße Fahnen aufgesteckt; als aber die Truppen nahten, wurden sie mit Kartätschen empfangen; in Folge dessen begann die scharfe Beschießung. Die kaiserl. Hofbibliothek und ein Theil der Burg standen in Flammen — man glaubte allgemein, in Folge angelegten Feuers. Das Burgthor und Kärnthnerthor wurde mit Gewalt gesprengt, und von den Soldaten gestürmt. Die übrigen Stadttheile ergaben sich; in der Umgebung der Aula hatten sich die Studenten und ein Theil des bewaffneten Volkes verschanzt, welche besonders die Salzgries-Kaserne mit Hartnäckigkeit vertheidigten; diese letztere wurde am 1. November Mittags erstürmt, nachdem schon früher die Aula besetzt war. Somit war am 1. Nov. Mittags die ganze Stadt in den Händen der Truppen. Noch am 1. Nov. löschte man in der Hofbibliothek, deren Kuppel in Flammen aufgegangan war; doch sollen die reichen Schätze derselben gerettet sein. Bem und Pulski sollen entwichen sein, Ersterer, wie behauptet wurde, mit 40,000 Fl. aus der Kriegskasse. Dr. Schütte dagegen soll erklärt haben, er werde sich stellen, um kein Hinderniß der Unterwerfung zu sein.

An die Nationalgarden der Hauptstadt Wien. — Im Nachhange zur Proclamation vom 30. October 8 Uhr Abends sehe ich mich verpflichtet, bekannt zu geben, welche Ursachen mich bestimmten, zu der Vermittelung mit Sr. Durchlaucht dem Feldmarschall Herrn Fürsten Windischgrätz einzurathen. Es fehlte seit drei Tagen schon an Munition, welche verrätherisch von mehreren Individuen theilweise unterschlagen wurde. Mangel an Lebensmitteln machte sich fühlbar und wäre in längstens zwei Tagen sehr drückend gewarden. Die Geschützbedienung wurde von Tag zu Tag weniger. Der Mangel an geschulten und geübten Truppen, welchrr die Entsendung von Sukkurs an die bedrohten Punkte unmöglich machte, indem die Garde bisher nur den Beruf hatte, sich bloß in ihrem Bezirke zu vertheidigen, wobei ich aber dankend jener Garden gedenke, welche mit muthiger Aufopferung überall hin sich verwendeten. Weitere Motive waren: Die wiederholte Versicherung, daß die von Sr. Majestät dem Kaiser gewährleisteten Volksrechte nicht beeinträchtigt werden sollen. — Die bestimmte Ueberzeugung, daß das nicht gerufene ungarische Heer, der Zahl nach im Mißverhältnisse zur jetzt cernirenden Truppenmacht stehend, keinen Entsatz der Stadt bringen konnte. Die durch fortgesetzten bewaffneten Widerstand unvermeidliche Zerstörung des Wohlstandes unserer herrlichen Stadt, das grenzenlose Elend der armen Klasse bei herannahendem Winter, der gestörte Verkehr und Handel, aller die Gräuel eines vorauszusetzenden Bürgerkrieges mit den entsetzlichen Folgen. Vom Standpunkte der Menschlichkeit und Vernunft, ehrlicher Ueberzeugung und verständiger Beurtheilung mußte ich für eine Capitulation stimmen, denn Wien mit einer halben Million Einwohnern und dir ganze Bevölkerung Oesterreichs lag auf der einen Wagschale — Fügung in ein zwar hartes aber vorübergehendes Loos auf der andern. Hier hatte Verstand und Gewissen zu entscheiden — sanguinische Wallungen sind in solchen Momentrn Verbrechen am Volke. Die heute von Sr. Durchlaucht dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz rückgekehrte Deputation brachte das Versprechen mit, daß die im März und Mai errungenen Freiheiten nicht geschmälert und die für's Volk eingetretenen Militaies möglichst mild behandelt werden, ferner, daß der Nationalgardeidre eigenthümlichen Waffen und Geschütze bei Reorganisation drr Garde gleich zurückgestellt werden fallen.

Garden von Wien! Ich harrte bei Euch aus, während der mit blutiger Flammenschrift in die Geschichte gezeichneten Oktober-Periode. Wenn zwanzig mühevolle Tage, wenn zwanzig schlaflose Nächte, wenn der redlichste Wille Euch zu dienen, wenn die durch viele Hemmnisse benachtheiligten Anstrengungen einigen Werth haben, so hoffe ich, daß Ihr auf mein Wort hören und mit dem Muthe das Unabwendbare ertragen werdet, welchen Ihr den feindlichen Kugeln gegenüber bewiesen habt. Ich trete von meinem harten Posten mit dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung zurück, und danke Euch Kameraden für das Verteanen und die heldenmüthige Hingebung im Dienste für Volk und Volksrechte.

Wien, am 31. Okt. 1848. Ernst Haug, Chef des Generalstabes der Wiener Nationalgarde.

Wien, 1. November. Wien ist vollkommen genommen, Proletarier und Studenten haben heute Morgen, bis wohin sie noch die Aula und das Studbenviertel besetzt hielten, die Waffen in Masse fortgeworfen und haben sich, Gott weiß wohin, geflüchtet. Stadt und Vorstädte sind streng geschlossen; Niemand wird heraus- oder hineingelassen, man durchsucht alle Häuser. Alle Wachen sind von dem Militär besetzt, dir in der Stadt den Dienst gehabten Nationalgarden ehrenvoll abgelöst worden. Die Flammen haben das Dach der k. k. Bibliothek, das Naturalien-Kabinet, das Augustiner-Kloster und dessen Kirchr zerstört; mehrere Gebäude sind angebrannt, aber schnell gelöscht. Geplündert ist nirgends worden, die Burg wenig beschädigt, obgleich sie von den Truppen mit dem Bajonett genommen worden. Man zählt schon über 2000 Gefangene, unter ihnen mehrere italienische Priester und Zöglinge der orientalischen Akademie.

* Wir erhalten so eben nach Briefe aus Wien vom 1. und 2. Nov. Sie bestätigen die Besetzung der Stadt an diesen Tagen. Der Reichstag war prorogirt und das Sitzungslokal geschlossen. Eine Praklamation Windischgrätz's vom 2. verkündete den Belagerungszustand. In der Beilage das Nähere.

Digitized by Google

Aus **Brünn**, wo es schon längere Zeit in Folge der Wiener Nachrichten gährte, wird von bedeutenden Unruhen gemeldet. Am 29. Okt. 1 Uhr Mittags wurde Sturm geläutet und die Allarmtrommeln gerührt, um den Landsturm aufzubieten. Eine stets anwachsende Masse durchzog die Straßen und suchte sich aller Waffen zu bemächtigen, die zu finden waren. Die Mannschaft der Polizeikaserne und die Zollwache an den Linien wurde entwaffnet, aber die erbeuteten Waffenvorräthe waren sehr gering. Nach einer sehr unruhigen Nacht wurde eine telegraphische Depesche aus Ollmütz publicirt: „Die Stadt Brünn möge sich ruhig verhalten, weil zwischen Windischgrätz und Wien bereits vermittelt wird." Eine Kundmachung, vom Hofrath Emiger gezeichnet, wird veröffentlicht, — sie erklärt das Gefühl der Theilnahme an dem Schicksale Wiens natürlich, bedauert die gestern vorgefallenen Exzesse, weist auf die vermittelnde Deputation hin, und erwähnt des Landsturms nicht, fordert nur zur Ruhe auf. Die Scenen vom vorigen Tage wiederholten sich, bis um 1 Uhr Nachmittags das Militär die Massen zerstreute und alle Straßen sperrte. Die am 30. eingetroffene (ierige) Nachricht von der Unterwerfung Wiens wurde publicirt und vom Militär mit Hurrah aufgenommen.

Prag, 1. Nov. Das Landespräsidium hat folgende telegraphische Depesche bekannt gemacht: Heute 7 Uhr Abends ist nur vom Hrn. Bürgermeister Wanka aus Ollmütz folgende telegraphische Depesche zugekommen: Die Prager Deputation wurde bei Sr. Maj. am 31. Okt. um 12 Uhr 30 Minuten Mittags zur Audienz vorgelassen und hat sich in Folge derselben bestimmt gefunden, zur Erzielung einer bestimmten Anwort weitere Schritte einzuleiten. Vom k. k. böhmischen Landespräsidium. Prag, am 31. Okt. 1848. Meesery, k. k. Gub. Vicepräsident. — Auch in Prag soll die Stimmung eine sehr bedenkliche sein. Nach einem Brief der Schles. Zeitung hätten die Prager dem Fürsten Windisch-Grätz erklärt, sie könnten nicht länger für die Ruhe der Stadt stehen.

Triest, 28. Okt. Der Allg. Z. wird geschrieben: Vorgestern Abend und gestern war hier das Gerücht verbreitet, daß unser Kriegsdampfer „Imperatore" vom venezianischen „Pio IX" genommen worden sei. Der Imperatore hat nur vier 12Pfünder, während der venezianische Dampfer viele schwere Geschütze führt. Das Gerücht hat sich zwar nicht erwahrt, da der Imperatore diese Nacht in unserm Hafen die Anker geworfen hat, doch bringt er keineswegs gute Nachrichten. Um die Stellung der sardinischen Flotte zu beobachten, war er gegen Ancona gesteuert, von wo sich jene Flotte entfernt hatte. Nach vielem Hin- und Herfahren entdeckte er sie endlich auf der Höhe vor Venedig, wo sie, 9 Segel und 9 Dampfschiffe stark, vor Anker lag. Kaum bemerkt, wurde er von zwei Dampfern verfolgt, denen er jedoch glücklich entschlüpfte. Heute früh langte ein sardinischer Dampfer mit Depeschen hier an; bereits ist er mit der Antwort wieder fort.

△ **Berlin**, 2. Nov. Herr v. Pfuel soll seine mehrmals eingereichte und namentlich die letzte Demission darauf gegründet haben, „daß er nicht mehr glaube, das Vertrauen Sr. Majestät zu besitzen." Man erzählt sich und zwar in Kreisen, die wohl unterrichtet sind, der König habe gestern morgen dem Herrn v. Pfuel seine Abstimmung von vorgestern Abend (die bekanntlich Aufsehen erregte) zum Vorwurf gemacht, Herr v. Pfuel habe sein Votum gerechtfertigt, aber hinzugesetzt: er sehe zu seinem Schmerze, daß er das Vertrauen des Königs nicht mehr besitze, und werde daher seine Demission einreichen. Der König habe erwiedert: er nehme die Demission an, da er ohnedin bereits den Grafen Brandenburg zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen habe. Dieser Sachverhalt scheint auch schon deshalb richtig zu sein, weil die gestrige Schlesische Ztg. unterm 31. Okt. die Berufung des Grafen Brandenburg meldet mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß derselbe als Ministerpräsident ein neues Kabinet bilden solle. Auch habe Graf Brandenburg sofort eine Depesche an den Ehrenpräsidenten des Oberlandesgerichts in Ratibor, Geh. Justizrath Wengel, gesandt, um denselben zur Uebernahme des Justizministeriums aufzufordern. Nach solchen Vorgängen ist kaum zu erwarten, daß einerseits der König, anderseits der General Pfuel dem Wunsche der Nationalversammlung, wieder in das Ministerium zu treten, nachgeben werde.

Die gesammte Rechte hat gestern den Beschluß gefaßt, die Nationalversammlung nicht mehr besuchen zu wollen, wenn nicht zuverlässige Maßregeln zum Schutze der Versammlung ergriffen würden. Wie man vernimmt, soll sie dabei auch mit dem heute gefaßten Beschluß der Nationalversammlung: „Dem Präsidenten zu gewähren, die Bürgerwehr zu requiriren" keineswegs zufriedengestellt sein. Gewiß mit Recht; denn die Bürgerwehr hat sich bisher immer noch als unzuverlässig bewiesen. Uebrigens spricht man sehr stark von der Verlegung der Nationalversammlung. Gesten und heute nannte man das neue Zellengefängniß bei Moabit; allein dies hat nicht die geeignete Lokalität und es würde im Ganzen wenig gebessert sein. Gegründeter ist die Mittheilung, daß das Schloß in Schwedt, woran man auch schon bei früherer Gelegenheit gedacht hat, in Vorschlag gebracht ist.

Die um Berlin lagernden Truppen sollen durch zwei reitende Batterien Artillerie verstärkt werden. — General Wrangel war heute Nachmittag (gegen 2 Uhr) in der Stadt. Wir sahen wie er beim Einsteigen in den Wagen von einer Menschenmenge, die den untersten Ständen angehörte, umringt und angeredet wurde: „Wrangel, du wirst doch nicht schießen lassen?" „„Das wird sich finden!"" entgegnete der General. Als er in den Wagen stieg, sagte Einer unter dem Haufen: „Sollen wir ihn nicht heute schon aufhängen?" — Vom demokratischen Congreß sind noch ziemlich viele Mitglieder zurückgeblieben, die fortwährend Sitzungen halten.

Berlin, 3. Nov. Der geschichtliche Verlauf der gestrigen Vorgänge zu Potsdam und Sanssouci stellt sich heute folgendermaßen heraus, wie wir denselben aus dem Berichte des Präsidenten von Unruh, aus den ergänzenden Bemerkungen einzelner Mitglieder der Deputation im Konzertsaal und außerhalb in Erfahrung gebracht haben und verbürgen können.

Mit einem Extrazuge begab sich die Deputation um 6 Uhr nach Potsdam. Im Schlosse zu Sanssouci berief sich der Flügeladjutant des Königs, Major von Manteuffel, auf eine unter dem Ministerium Camphausen in Betreff des Hofstaates erlassene Verfügung, wonach keine Deputation vorgelassen werden darf, die nicht von den verantwortlichen Ministern eingeführt oder befürwortet ist. Als die Deputation auf diese Schwierigkeit stieß, suchte Herr von Unruh eine Privataudienz nach. Mittlerweile war durch elektrischen Telegraph die Deputation von den Ministern angekündigt und dringend befürwortet. Der König ertheilte ihr sofort Audienz. Präsident von Unruh verlas die Adresse, die der König mit gespannter Aufmerksamkeit hörte. Kaum hatte der Präsident geendet, noch dasteten, wie Herr v. Unruh ausdrücklich bemerkte, seine Blicke auf dem Papier, *) als der König, wie wir verstanden, nach Einhändigung des Dokuments durch Herrn von Unruh sich wandte und zu entfernen anschickte, ohne den Anwesenden ein Zeichen der Entlassung zu geben. Da trat Herr Jakoby vor, und richtete einige Worte an den König. Er behauptet, das Wort ergriffen zu haben, weil der Präsident und die übrigen Mitglieder stillschwiegen. Dagegen versichert der Präsident v. Unruh, Jakoby habe ihm nicht die Zeit gelassen, zu sprechen, wie er beabsichtigte; Herr Jakoby habe ihm gleichsam das Wort abgeschnitten. Jakoby sagte (wie der Abgeordnete D'Ester im Konzertsaal von einem kleinen Zettel ablas): „Majestät, wir sind nicht bloß gekommen, eine Adresse zu überreichen, sondern über die Lage des Landes Vorstellung zu machen." Als der König schwieg, fuhr Jakoby fort: „Wollen Ew. Majestät uns Gehör geben?" Hierauf antwortete der König mit fester Stimme: „Nein." Jakoby brach nun in den Ruf aus: „Das ist das unglückselige Loos der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen." Von den letzten Worten, wie sie Herr D'Ester von dem Zettel verlesen, hören wir eine etwas abweichende Version: „Das ist das unglückselige Loos der Könige und die Ursache ihres Falls, daß ꝛc." Der König verließ den Saal. Die Deputation erachtete sich nicht als entlassen und verweilte noch. Gegen die Worte Jakoby's erhob sich sofort Protest aus der Deputation; diesem schloß sich ein Mitglied mit dem Ruf an: „Wir Alle!" worauf d'Ester allein entgegnete: „Nicht Alle." Der Flügeladjutant meldete der Deputation, daß in Bezugnahme auf die zuletzt gefallenen Worte die Audienz geschlossen sei. Der Abgeordnete Roddertus wünschte, wie er selbst dargelegt, von dem Könige empfangen zu werden oder auf einem anderen Wege dem Könige darzulegen, daß die Gesinnungen der Deputation mit den Worten des einzelnen Mitglieds nicht verwechselt, sie vielmehr auseinander gehalten werden möchten. — Die Deputation entfernte sich nach Potsdam. Von hier aus begaben sich drei Mitglieder, die Herren Küdlwetter, Gierke, Mäke noch einmal nach Sanssouci und wurden von dem König in einer Privataudienz demnächst empfangen. Was

hier gesprochen, trägt an sich zwar keinen amtlichen Charakter, ist aber auf Wunsch des Königs der Deputation und von deren Präsidenten im Konzertsaal mitgetheilt. Der König erklärte sich für berufen, an der konstitutionellen Ordnung der Dinge bis in ihre kleinsten Details festhalten zu müssen (wie wir von anderer Seite vernahmen: „er sei dießmal konstitutioneller als die Deputation seiner konstituirenden Versammlung)"; als konstitutioneller Fürst habe er der Deputation keine Antwort ertheilen dürfen, ohne Assistenz und vorheeige Anhörung verantwortlicher Minister. Auf den Vermerk, Se. Majestät habe doch diesen Bescheid ertheilen können, erwiederte der König, daß jedes Wort an die Deputation nicht angemessen gewesen wäee und verwies auf die allerdings nicht zu übersehende Eventualität, daß die verantwortlichen Minister anrietben, jeder Antwort sich zu enthalten, aber daß rathsam befunden würde, mit der That, und nicht mit Worten zu antworten. Folgenden Morgens werde der König mit den Ministern Beschluß fassen, eventuell in einer Botschaft an die Veeksammlung schriftlichen Bescheiv ertheilen. — Nachdem die Herren Kühlwetter, Gierke, Mätzke von Sanssouci zurückgekehrt waren, begab sich die Deputation nach Berlin, wo eine halbe Stunde vor ihrer Ankunft die Sitzung vertagt worden. Abgeordnete und Männer aller Klassen empfingen sie am Bahnhof und noch in der Leipzigerstraße wurden die Wagen angehalten, um Kunde von dem zu erhalten, was das Schicksal unseres Landes entscheiden wird.

*) Die constitutionelle Correspondenz widerspricht dieser Angabe des Präsidenten. Sie sagt berichtigend: „Der König nahm die Abresse aus der Hand des v. Uneuh und warf einen flüchtigen Blick nach der Unterschrift, die, beiläufig gesagt, nicht daeunter befindlich war, weil der Peäsident nur eine Copie vorgetragen hatte (das Original war dem Ministerio in Berlin übergeben worden) und entfeente sich dann, die Adresse in der Hand. Uneuh kannte daher feldstredend nicht den Blick auf den Inhalt der Abresse gerichtet haben, als der König sich entfernte, und da v. Unruh sonach selbst den richtigen Moment vorübegehen ließ, ohne das Wort zu eegreifen, so mußte sich der König wohl entfernen, und nur Jacoby hielt sich noch berufen, den Präsidenten in der oben angeführten Art zu rectificieen.

Die Antwort des Königs auf die ihm gestern von der Deputation der Nat.-Versammlung überreichte Adresse lautet wörtlich: „Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Peeußen ꝛc. haben die am gesteigen Tage Uns überreichte Adeesse der zur Vereinbarung der Verfassung beauftragten Versammlung in reiflicbe Erwägung gezogen uno eröffnen derselben darauf Folgendes: Fest entschlossen, den von Uns in Uebereinstimmung mit dem Wunsche Unsees geteeuen Volkes betretenen konstitutionellen Weg unveerückt zu verfolgen, haben wir den General-Lieutenant Graf von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Minsteriums beaufteagt, weil Wir, nach seinen Uns bekannten Gesinnungen, überzeugt sind, daß er einer festen Begeündung und gedeiblichen Entwickelung der konstitutionellen Freibeiten mit Freudigkeit seine Kräfte widmen und sich bemühen werde, die ihm von Uns gestellte Aufgabe in entsprechender Weise zu lösen. Wenn ihm dies gelingt, so wird das neue Ministerium, wie Wir hoffen, sich Anspeüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen. Einem andern Ministerium, als einem solchen, von welchem Wir dies erwarten können, werden Wir, — davon düefen die Veeteeter Unsers getreuen Volks sich überzeugt halten — niemals die Leitung der Regieeung anvertrauen. Wir können uns daher weder durch die in der Abeesse vom gestrigen Tage ohne nähere Begründung angedeuteten Geeüchte, die in keiner Handlung Unserer Regierung Bestätigung finden, noch duech die ausgesprochenen Besoegnisse bewogen finden, den in Folge Unserer wohlerwogenen Entschließung dem Grafen von Brandenburg ertheilten Auftrag zurückzuzieben. Mit Genugthuung haben Wir aus der Uns überreichten Adresse das Anerkenntniß entnommen, daß Unser Herz stets für das Wohl des Volkes warm geschlagen hat. Das Wohl des Volkes bleibt auch ferner das einzige Ziel Unsees Strebens. Wir hoffen bei dessen gewissenhafter Verfolgung Uns stets im Einklang mit den Wünschen des Volkes zu befinden, und rechnen dabei auf die kräftige Unterstützung der Vertreter desselben. Gegeben Sanssenci, 3. Nov. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. contrasign. Eichmann. Botschaft an die zur Vereinbarung der Veefassung berufene National-Veesammlung in Beelin."

Die Peioritäts-Kammission hat einem Antrag von Jacoby, Waldeck und Temme: „Es möge durch den für die Wahl der Präsidenten und Vice-Präsidenten vorgeschriebenen Modus eine Kommission von 21 Mitgliedern der National-Versammlung erwählt werden, welche die dringende Lage des Landes und dieser entspeechende Maßregeln in Berathung zu nehmen habe," die Priorität für die morgende Tagesoebnung bewilligt

CC **Berlin**, 3. Nov. Die Antwort des Königs auf die gestrige Adresse der Nationalversammlung wird sogleich in der Versammlung vorgelesen werden. Sie ist in den mildesten, versöhnlichsten Ausdrücken abgefaßt, enthält aber einen abschlägigen Bescheid. Der König will sich sein konstitutionelles Recht der freien Wahl seiner Räthe nicht nehmen lassen. Ob nun aber Geaf Brandenburg den Muth behält, seine Mission auszuführen, ist aus dem Geunde zu bezweifeln, da ihm Peäsident von Unruh in diesem Augenblicke erklärt hat, daß nach dem Beschlusse der Versammlung Geaf Brandenburg eine ungeheure Verantwortung übernehme, wenn er den königlichen Auftrag dennoch ausführe. Doch nennt man schon als Mitglieder unter der Präsidentschaft Brandenbueg's die Namen Lavenberg und Graf Bülaw, Letzterer für das Ministerium des Auswärtigen. Gegen Waldeck soll eine Untersuchung im Anzuge sein wegen Theilnahme an der Emeute vom 16. Okt.

Nachmittags 4 Uhr. Die Sitzung ist bis morgen früh 10 Uhr vertagt. Es wird gesagt, Graf Brandenburg werde noch heute erklären, daß er die Bildung eines Ministeriums nicht ausführen könne. Man spricht von Hrn. Grabow als Ministee.

+ **Karlsruhe**, 2. Nov. Beide Kammern unserer Ständeversammlung hielten wegen der Festtage heute und gestern keine öffentlichen Sitzungen; viele ihrer Mitglieder folgten der Einladung der Regierung, die nun vollendete Eisenbahnstrecke von Schliengen nach Efringen (2 Stunden von Basel entfernt) einer Besichtigung zu unterwerfen. Diese Strecke ist weitaus die interessanteste der badischen Bahn, bot aber auch die meisten Schwierigkeiten dar, indem sie dicht am Ufer des Rheines hin durch drei Tunnels und über viele Biaducte geführt werden mußte. Die reizende Fernsicht von da nach den Schweizer Beegen und dem Elsaß wird außer den andern Voetheiten der Bequemlichkeit und Wohlfeilheit, welche unsere Bahn gewährt, den Reisenden veranlassen, den Elsäßer Schienenweg nach Basel nicht mehr vorzuziehen. — Die letzten Sitzungen der ersten und zweiten Kammer gaben der Regieeung Gelegenheit, ihr Programm offen darzulegen. In der Adelskammer war es Freihr. v. Andlaw, welcher duech eine Interpellation hiezu die Hand bot, indem er in ähnlicher Weise,wie im Frühjahre, doch milder, die Zustände Badens einer Kritik unterwarf. Mangel an Eneegie und Vernachlässigung des religiösen Sinnes im Volke waren die beiden Hauptangriffspunkte, von welchen der edle Freiheer, der Chateaubeiand Badens, die Regierung bekämpfte. Glänzend widerlegte ihn Staatsrath Bekk, namentlich in der letztern Beziehung, wobei er unter Hinweisung auf einen geaßen deutschen Staat, der jetzt tief erschüttert ist, demerkte, daß das Erwecken des religiösen Elements von Staatswegen, d. h. von oben herab gerade das Gegentheil von dem bervorbeinge, was man beabsichtige. v. Andlaw scheint nach dem geringen Eindruck, welche seine in vieler Beziehung ausgezeichnete Rede machte, noch mehr vereinzelt bei seinen Standesgenossen zu stehen, als früher. In der zweiten Kammer führten die Angriffe des Abgeordneten Brentano bei der Verhandlung über eine Beschwerde von Ettlingen eine Widerlegung van der Regierungsdank beebei, die zu einer improvisirten, trefflichen Erklärung des Hrn. Bekk über sein Regieeungssystem führte. Hebei zeigte sich wiederum deutlich, wie schwach die geistigen Kräfte der äußersten Linken sind, uno welchen Verlust dieselbe durch Hecker erlitten hat. Fern von aller Originalität beschränkt sie sich darauf, ihre Anträge und Floskeln aus den Verhandlungen anderer Versammlungen zu entlehnen und ihre Meinungsgenossen in der Paulskirche nachzuäffen. Hr. Kapp bausirt mit Fabrikaten des Donnersbergs, Hr. Junghanns macht in Stuttgarter Artikeln von Gottes Gnaden, Hr. Brentano bringt wiederholt die schwarze Wäsche von Ettlingen, wobei er nur des historisch gewordenen Gänsehirten daselbst vergessen hat, und langweilt die Zuhörer damit, daß er sämmtliche von ihm plaidirten und in der Mannheimer Abendzeitung zum öftern aufgetischten politischen Prozesse als Ragout im Ständesaale vorsetzt, ohne es nur mit einer pikanten Sauce restaurirt zu haben. Wird wohl der greise Führer, der noch immer im Höllengarten weilt, etwas Neues mitbringen? — Der Antrag der Petitions-Kommission in

Bezug auf die Amnestie liegt nunmehr gedruckt vor; er geht dahin, daß sämmtliche politische Verbrecher des Hecker'schen Aufstandes, mit Ausnahme der vorzüglichsten Anstifter und Leiter desselben, sowie aller Derer, die sich zum zweiten Male an einem aufrührerischen Unternehmen betheiligt haben, zur Amnestie empfohlen werden. Es ist Grund vorhanden, anzunehmen, daß die Staatsregierung in diesem Sinne baldigst eine Amnestie ertheilen wird.

Frankreich.

*Paris, 1. Nov. (Schluß) Der Verfassungsausschuß hatte gestern seine letzte Sitzung, in welcher die Mehrzahl, wie die Patrie berichtet, alle weiteren Verbesserungsanträge von Bedeutung, auch den, welcher die Glieder früherer Dynastien von der Präsidentenwürde ausschließen will, verwarf. Die Minderzahl will dieses letztere indessen doch vorbringen. Im Ausschusse für die Gerechtigkeitspflege waren nur 2 Mitglieder für den Vorschlag, allgemeine Amnestie zu bewilligen; alle anderen, auch der Abgeordnete Cremieux, sprachen sich dagegen aus. Letzterer fand den Vorschlag für nicht an der Zeit (inopportun). — Der Antrag eines Abgeordneten über die Begebenheiten des Mai und Juni noch eine nachträgliche Instruction vorzunehmen, wurde von dem betreffenden Ausschusse nicht beliebt, doch sollen die hierauf bezüglichen Akten dem Justizminister übergeben werden. Proudhon ist es endlich gelungen, die nöthige Kaution aufzutreiben um wieder ein socialistisches Blatt erscheinen zu lassen. Das Geld dazu ist durch freiwillige Beiträge seiner Anhänger aufgebracht worden. Das Blatt führt den Namen „das Volk". Die erste Nummer desselben enthält ein Manifest an das Volk, welches ermahnt wird zu dulden und sich nicht zu Aufständen verleiten zu lassen. — Der „Moniteur" enthält heute zahlreiche Ernennungen und Versetzungen von Präfekten. Wie bemerken darunter Heren Cazalon, den Präfekten von Toulouse, der dem bekannten Bankette beiwohnte, und der dafür als Präfekt in das nicht sehr angenehme Departement der Vendée versetzt wird. Eine offizielle Note im Moniteur zeigt zugleich an, daß die Untersuchung wegen dieses Bankettes, in welcher 131 Zeugen von der administrativen Kommission und 57 von der gerichtlichen Kommission abgehört wurden, geschlossen ist. Die Untersuchung hat herausgestellt, daß die meisten der von Herrn Denjoy in der Nationalversammlung hervorgehobenen Uebelstände auf Entstellung oder Uebertreibung beruhen, die Regierung mißbilligt aber daeum nicht minder die Theilnahme der Behörden an dem Bankette.

Gestern und vorgestern war eine große Aufregung in dem obern Theile der Vorstadt Poissoniere, welche zu einigen Ruhestörungen führte. Am Abend zuvor hatten nämlich Arbeitsleute mit dem Bataillon der beweglichen Bürgerwehr Händel gehabt, welches dort in einer Baeracke liegt. Gestern Morgen blieben die Letzteren in ihrer Barracke consignirt, Nachmittags brachen aber 60 Mann mit Gewalt heraus nach der Barriere zu. Dort fing der Streit mit den Arbeitern von Neuem an, die mobilen Garden versetzten zwei Gegnern mehrere Wunden, diese schossen ein paae Mol. Soldaten mußten sie gewaltsam auseinander bringen. Abends aber bildeten sich in diesem Stadttheile wieder zahlreiche und sehr aufgeregte Gruppen. — Die Reforme hat „bestimmte" Nachrichten von Aufständen in der Lombaedei, im italienischen Tyrol, im Veltelin. Italienische Blätter wissen von allem dem, einen Aufstand im Veltelin abgerechnet, nichts (Vergl. Italien). — Die Hauptanschläge des Budgets für 1848 sind folgende. Das Deficit beträgt 344 Mill. Franken. Gedeckt wird dasselbe: durch das Anlehen im Juli von 177 Mill., die weiteren Einlogen auf die vom Staate übernommenen Paris-Lyoner Eisenbahnen 54, die noch restirende Rate vom Anlehen von 1841, 19, von der Nordbahngesellschaft noch zu erholten 3 Millionen, zusammen 243 Millionen. Die weiteren 90 Millionen, werden von den 200 Millionen genommen, welche die Bank auf Rechnung der schwebenden Schuld vorschießt. Nächstes Jahr fallen die 170 Millionen aus, welche die Zusatzsteuer von 45 Centimen einbrachte. Hingegen sind Auflagen auf Erbschaften und das Einkommen vorgeschlagen, welches nicht von unbeweglichen Gütern herührt, von denen vorausgesetzt wird, daß sie eben so viel ertragen werden. Noch ist die Rede davon, die der Amortisationskasse gehörigen Renten eventuell für die Bedürfnisse des Schatzes anzuwenden. Endlich hofft man 343 Millionen an den Ausgaben, im Verhältnisse zum vorigen Jahre zu ersparen, was die vorgeschlagenen neuen Abgaben überflüssig machen würde, aber schwer auszuführen sein dürfte.

Paris, 2. Nov. — Stand der Renten: 5pCt. 67. 75; 3pCt. 43. 55; Neue —; Neapol. 79. —; Bankactien 1460. —; Span. 5pCt. (Arbeins) — ; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnactien —. —; Versailles, rechtes Ufer 105. —; linkes Ufer —. —; Paris-Orleans 602. 50; Paris-Rouen 373. 75; Orleans-Bordeaux 367. 50; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 160. Straßburg-Basel 80. —; Nordbahn 350. —; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 327. 50; Römisches Anlehen 61¼.

Die Course fielen bedeutend (die 5pCt. um 55, die 3pCt. um 40 Centimes) in Folge der Tagesbegebenheiten (S. Paris.)

(Vom 3. Nov.) 5pCt. 67. 35; 3pCt. 43. 15; Neapol. —; Bankactien 1440; 5pCt. Span. (Aed.) —; 3pCt. — —; St. Germain Eisenbahnactien —; Versailles, rechtes Ufer 105; linkes Ufer 95. —; Paris-Orleans 587. 50; Paris-Rouen 370; Orleans-Bordeaux 366. 25; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 160. —; Straßburg-Basel 80. —; Nordbahn 350 —; Paris-Lyon —; Paris-Straßburg 327. 50; Röm. Anl. 64½.

Angebote, einiger Geldmanget und fortwährende Besorgnisse wegen der Präsidentenwahl drückten die Course abermals, so daß die 5pCt. Renten um 40, die 3pCt. um 25 Centimes schlechter blieben als gestern, nachdem beide noch niedriger gewesen waren. Eisenbahnen ziemlich unverändert, nur Orleans u. Rouen schlechter.

Die Malle von Bordeaux brachte heute, wie manchmal der Fall ist, die Madrider Post vom 29. Okt. nicht mit.

Madrid, 28. Okt. 3pCt. Rente 18¼ Geld. Sonst wurden wenig Geschäfte gemacht.

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 21. Okt. Von der Banaltafel ist eine strenge Verfügung erlassen worden gegen alle jene Croaten und Slawonier welche sich den Magyaren angeschlossen oder überhaupt das Vaterland verlassen und der geschehenen Aufforderung zur Heimkehe nicht Folge geleistet haben: ihnen ist jetzt die Rückkehe ins Vaterland strengstens untersagt, solange „das Zerwürfniß" mit den Magyaren währet. Eigene Gränzwächter werden in allen Marken aufgestellt um auf jeden Verdächtigen wachsames Auge zu haben, kein Fremder darf daher ohne Paß eingelassen werden. Jeder Verdächtige wird über die Gränze zurückgeschafft und wenn er ein zweitesmal zurückkehrt, auf so lange in Haft gesetzt bis der Banalrath ihn für unschädlich erkennt. Das Standrecht gegen Räuber und Aufwieglee wird neu veröffentlicht und für alle Gegenden Sicherheitscommissäre mit den ausgedehntesten Vollmachten ernannt. In Folge dieser Verordnungen hat das Agramer Comitat bereits die Revenuen aller derjenigen, welche auf Aufforderung nicht zurückgekehrt sind, mit Sequester belegt. — Die an der Drave dislocirten Truppen sind auf den Kriegsfuß gesetzt.

Schweiz.

† **Zürich**, 30. Okt. Mit Hülfe eidgenössischer Bayonette hat die Regierung von Freiburg, Gottlob ohne Blutvergießen! den Aufstand in den obern Kantonstheilen unterdrückt; Jedermann fühlt sich veranlaßt, den Stein der Verdammniß auf die armen verführten Bauern zu werfen, und vergißt dabei, daß der eigentliche Hauptschuldige nicht einmal der Bischof und die Geistlichkeit (obgleich auch wir deren Treiben aufs Entschiedenste verdammen,) sondern die heute triumphirende Regierung selbst ist. Vergessen wir nicht, wie dieselbe unter dem Einflusse der eidgenössischen Okkupation zu Stande kam, wie sie unter dem frischen Eindrucke der Niederlage des Sonderbundes einen verfassunggebenden Gr. Rath wählen ließ, nicht damit derselbe nach Beendigung des Verfassungswerkes wieder zurücktrete, nein noch neun Jahre long sollte es das Freiburgische Volk, das inzwischen längst seine Gesinnung geändert haben konnte, repräsentiren; — vergessen wir nicht, wie gegen allen schweizerischen Brauch weder die Kantonsverfassung noch der Bundesentwurf dem Volke zur Genehmigung vorgelegt, wie dasselbe durch ein über alle Maßen willkürliches und drückendes Kontributionsdekret aufs Aeußerste empört werden mußte, so daß sogar die liberale Partei wegen dieser Verkennung aller liberalen Prinzipien in offenen Konflikt mit der staatsräthlichen Fraktion ihrer eigenen Partei gerieth. Es bedurfte wahrlich nur eines Hauchs, um den Brand zur Flamme zu bringen, und die Geistlichkeit war geschäftig genug, das Feuer zu schüren. Mittelalterliche, anderwärts längst antiquirte Anmaßungen und Ansprüche von Seite des Bischofs führten endlich den Konflikt herbei, der mit Verjagung der impotenten Regierung geendet hätte, falls die Waadtländer nicht so schnell und energisch derselben zu Hülfe gekommen wären. Gefängniß, Verbannung und Kontributionen, das wird, wenn die Eidgenossenschaft nicht mildernd einschreitet, nun das Loos der verbleibenden Bauern sein, die durch die Unfähigkeit der Regierung mehr wie durch alles Andere zu offener Gewaltthat

Digitized by Google

angereizt wurden. Und wie verfährt man in einem freien, republikanischen Lande, das sich so viel mit seiner Legalität weiß, gegen den angeblichen Anstifter all' dieses Unheils, gegen den Bischof Marilley! Ist er ein Verbrecher, so stelle man ihn vor den zuständigen Richter, und strafe ihn nach der Strenge der Gesetze; statt dessen entführt man ihn ohne Untersuchung und Urtheil bei Nacht und Nebel à la Köln über die Grenze, und liefert ihn, den freiburgischen Kantonsbürger, einem andern Staate, dem Kanton Waadt, in dessen Gewahrsam aus. So wenigstens versicherte Druey dem Lausanner Volke, als dasselbe am 25. kurzen Prozeß mit dem Bischof machen, und ihn im vollen Ernste an die Laterne befördern wollte. Ganz übereinstimmend damit wurde auch Hr. Marilley am folgenden Tage nach dem von Byron besungenen Schloß Chillon gebracht, das ehemals zum Aufenthalt von Staatsverbrechern diente. Daß diese Maßregel nicht bloß zu seinem Schutze getroffen wurde, geht aus der ferneren Versicherung Druey's hervor, die Regierung müsse für den Bischof haften, und es gebe kein Wort, daß nach den genommenen Maßregeln eine Flucht desselben unmöglich sei. Welch' eine Fülle von unkonstitutionellen, ungesetzlichen Verfahrungsweisen in dem „freiesten Lande der Welt"! — Auch die radikale Regierung von Genf weiß dem Willen des souverainen Volkes auf eine eigene Weise Gewalt anzuthun; bekanntlich hatten die Konservativen mit ihren Kandidaten für den Nationalrath am 22. gesiegt, und es ist nur einem Formfehler zuzuschreiben, daß die Wahlen wieder kassirt wurden; um nun das Volk zu bestimmen, nicht zum zweiten Male dem General Dufour und seinen beiden Mitbewerbern die Stimmen zu geben, läßt J. Fazy in seiner „Rev. de Gen." andeuten, in einem solchen Falle könnte sich die Regierung veranlaßt fühlen, in corpore ihre Entlassung einzureichen. Was heißt das aber unter den gegenwärtigen Umständen in Genf? Das heißt auf's Deutlichste mit einem Aufstande der Arbeiter von St. Gervais gegen die konservativen Genfer Bürger drohen; diese Jene ja schon zu den Waffen, als es nur hieß, die Konservativen hätten in dem Wahlkampf gesiegt. Uebrigens ist die Ausführung jener Drohung nicht so ernstlich gemeint: J. Fazy wird sich zweimal besinnen, ehe er den so sauer erworbenen grünen Sessel leichtsinnig wieder Preis gibt. — Die in den letzten Tagen stattgehabten Wahlen für die Bundesversammlung fielen in den Urkantonen konservativ, in Tessin, Baselland, Thurgau entschieden freisinnig aus. Heute über acht Tage tritt jene Versammlung zusammen; schon entbrennt in den Blättern der heißeste Kampf über die Hauptfrage, welche dieselbe zu lösen haben wird, über die Bestimmung der Bundesstadt. Berner Blätter hatten es eine Vermessenheit genannt, an eine andere Stadt als Bern auch nur zu denken; die „N.Z.Z." weist diese ungebührlichen Ansprüche zurück, und erklärt, daß Zürich durchaus nicht Willens sei, seine Mitbewerbung aufzugeben. Wir wollen es übrigens nicht glauben, was man schon munkelt, Bern werde sich einem mißliebigen Beschlusse der Art nicht fügen; es könnte sich in einem solchen Falle denn doch sehr täuschen: die Eidgenossenschaft, die Jesuiten und Sonderbund zu bändigen wußte, läßt sich von dem, wenn auch „mächtigen" Kanton Bern noch keine Gesetze vorschreiben. — Unsere Presse meldet mit ironischem Bedauern, daß die Elsässer „drei Tage lang in trauriger Verblendung das Fest der Vereinigung mit Frankreich gefeiert." Sie hat Recht; ihr genügt vollkommen der offizielle Jubel der Maires und Präfekten, meinetwegen auch der Krämer und der „Mülhäuser" Industriellen; was weiß sie auch von der durch die unnatürliche Abtrennung vom Mutterkörper bedingten traurigen Stagnation des geistigen Volkslebens im Elsaß, besonders im Vergleich mit den gegenüber liegenden deutschen Ländern. Im Elsaß blühen die Fabriken, in Deutschland gährt alles chaotisch durcheinander; das sehen unsre Publizisten, und es ist ihre Schuld nicht, wenn ihre Tragweite sich nicht weiter erstreckt. —

) **Bern**, 2. Nov. Die Partei James Fazy, welche schon vergangenen Sommer die Tagsatzung zu einem Bündniß mit Sardinien drängen wollte, begrüßt in ihren Organen den Zusammentritt der Bundesbehörden als den der Schweiz wiederholt vom Schicksal gebotenen Augenblick, wo auch sie ihr gewiß nicht unwichtiges Wort in die Wagschale des bevorstehenden allgemeinen Prinzipienkampfes legen und den nach Freiheit ringenden Völkern mit dem Schwerte in der Hand die ersehnte Freiheit von monarchischer Willkür und dadurch ihre eigene wahre Unabhängigkeit erkämpfen helfen werde. Diese mit großer Emphase ausposaunten Hoffnungen werden aber allem Anscheine nach eben so erfolglos bei den neuen Bundesbehörden verklingen, als sie bei der nun zu Grabe getragenen Tagsatzung nicht den geringsten Anklang fanden. Den Wahlen nach zu urtheilen, wird die Nationalversammlung und der Ständerath die der Schweiz durch ihre Geschichte und die jetzigen Verhältnisse vorgeschriebene Politik der Neutralität beibehalten. Nur wenn im Falle eines europäischen Kriegrs das absolutistische Prinzip um Sein und Nichtsein kämpften und die Schweiz mit Gewalt dahin getrieben würde, Partei zu nehmen, nur dann würde sie, daran möchte nicht zu zweifeln sein, mit aller Kraft auf die demokratische Seite treten. — Erst jetzt, nach 15 Jahren, deckt uns der „Verfassungs-Freund" ein Geheimniß auf, das diese lange Zeit hindurch von der großen Mehrheit unenträthselt geblieben ist. Er erklärt uns nämlich, warum im Jahre 1833 450 Polen vom Depot von Besançon nach Freiberg gekommen und dann später, von allen Mitteln entblößt, das Mitgefühl des Berner Volkes angerufen hätten. In den Köpfen eines neuenburger Patrioten und eines bekannten jurassischen Sonderbündlers (Stockmar) wäre der Plan entsprungen, Neuenburg von allem preußischen Einfluß ganz zu befreien, mit dem bernischen Jura dasselbe zu vereinen und dann einen eigenen Kanton zu bilden. Mit Hülfe der herbeigerufenen Polen hätte alles dieß in's Werk gesetzt werden sollen. — Ein leitendes Komite saß in Lausanne. Waffen und Munition waren angekauft. Mit dem Polen-Komite in Besançon in Verbindung hatten die Polen zuerst in Neuenburg einrücken, die Regierung stürzen, hierauf auch die Abreißung des Jura vom alten Kantonstheil bewerkstelligen sollen. Es marschirten dieselben ab. Unterdessen glaubten sich die Neuenburger Patrioten verrathen, warfen ihre Waffenvorräthe in den See und schrieben den Polen, ihren Weg nicht nach Neuenburg zu nehmen. Sie kamen nun nach Saignelegier. — Die Regierung von Freiburg hat eine lange Proklamation an das Volk erlassen, in welcher sie demselben den Umfang, den Ursprung und den Verlauf der letzten Erhebung anzeigt, Amnestie für die Verführten, Strenge für die Verführer ausspricht. Viele Verhaftungen sind vorgenommen worden, besonders soll die Familie Maillardoz kompromittirt sein. Bischof Marilley, der in Lausanne nur durch Druey's Verwendung vielleicht von einem schrecklichen Schicksal befreit worden ist, da ein wüthender Volkshaufe ihn an einen Laternenpfahl aufhängen wollte, sitzt jetzt im Schloß Chillon im Genfersee und wird streng bewacht. Die Konferenz der Diöcesanstände soll einstimmig seine Absetzung beantragt haben. Auf die Drohungen der Genfer Regierung und aus Furcht eines Aufstandes der Proletarier in St. Gervais haben sich die Konservativen bei den letzten Wahlen der Abstimmung enthalten, und so sind nun drei Radikale in den Nationalrath gewählt worden; General Dufour erhielt etwas über 1000 Stimmen. Seit vorgestern ist hier der große Rath versammelt; er hat in den Ständerath die Herren Niggeler, Fürsprecher, und Oberrichter Megn, zwei Radikale, gewählt. Für den Empfang der National- und Ständeräthe werden große Vorbereitungen gemacht.

) **Bern**, 3. Nov. Endlich geht es in unserem Schulwesen vorwärts; der große Rath hat in seiner gestrigen Sitzung das Gesetz über die Schulsynode zum zweitenmale berathen, ohne Diskussion angenommen und beschlossen, daß dasselbe auf den 15. d. in Kraft treten soll. Nach diesem Gesetz besteht die Schulsynode aus Abgeordneten, welche von den Lehrern sämmtlicher öffentlichen Schulen des Kantons, die Hochschule ausgenommen, frei aus ihrer Mitte und aus allen nach der Verfassung stimmfähigen Staatsbürgern, gewählt werden. Die stimmberechtigten Lehrer eines Amtsbezirks bilden eine Kreisversammlung. Dieselben wählen je auf 10 Mitglieder einen Abgeordneten in die Schulsynode auf die Dauer eines Jahres mit Wiederwählbarkeit. Eine Bruchzahl für 5 zählt für 10. Die Schulsynode wählt aus ihrer Mitte eine Vorsteherschaft, bestehend aus einem Präsidenten und acht Mitgliedern, aus deren Zahl sie selbst einen deutschen und einen französischen Sekretär und den Uebersetzer bezeichnen. Die Synode versammelt sich ordentlicher Weise einmal jährlich an einem selbst zu bestimmenden Orte, außerordentlicher Weise auf den Ruf des Erziehungs-Direktors, auf ihren eigenen Beschluß, auf das Verlangen der Vorsteherschaft oder auf das motivirte Begehren von fünf Kreisversammlungen. Ihre Sitzungen sind öffentlich. Der Erziehungsdirektor oder ein von diesen zu ernennender Stellvertreter wohnt derselben mit berathender Stimme bei. Die Schulsynode behandelt diejenigen Gegenstände, welche ihr von der Erziehungsdirektion oder der Vorsteherschaft zugewiesen werden

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 6. Nov. Amtliches. Der Antrag Jordans.) Wien (Besetzung der Stadt. Prorogation des Reichstags. Kundmachung.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 6. November.)
Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 6. November.

Tagesordnung der 109. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des vom Abgeordneten Siehr, Namens des Finanzausschusses, erstatteten Berichts, dahin Verzeichnung und Aufnahme der Bevölkerung durch ganz Deutschland betreffend.
2) Berathung des vom Abgeordneten Naumann, Namens des Ausschusses für die Geschäftsordnung, erstatteten Berichts, über den Antrag von Wichmann und Genossen, auf zusätzliche Bestimmung zu §. 42 der Geschäftsordnung.
3) Berathung des vom Abgeordneten Röden, Namens des Marineausschusses, erstatteten Berichts, das Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge betreffend.
4) Berathung über den Bericht des Abgeordneten Mittermaier und Fortsetzung der Berathung über Abschnitt II. des Verfassungsentwurfs, nach Maßgabe dieses Berichts.

Die heutige ist die erste Sitzung, welche in der deutsch-reformirten Kirche Statt findet. Es ist ein freundlich anmuthiger Saal, in dessen unterem Theile die Abgeordneten ihre Plätze innehaben, die Emporkirchen sind den Berichterstattern und Zuhörern überwiesen. Wir bitten, es den Hindernissen der neuen und beschränkteren Oertlichkeit beizumessen, wenn wir für's Erste in unseren Mittheilungen nicht jede Lückenhaftigkeit vermeiden können.

Unter den Ausschußberichten ist hervorzuheben, die Anzeige Zachariä's von Göttingen, daß der Untersuchungsausschuß zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Redacteur der „Flugblätter" (Herrn Jürgens) die Bewilligung zu ertheilen anrathe.

Der Wehrausschuß hat Herrn v. Radowitz zu seinem Vorsitzenden erwählt. Mahr aus Rheinhessen klagt Namens seiner Provinz über Ueberlastung mit Reichstruppen und stellt mehrere beßfallsige Anfragen, deren Beantwortung durch den Kriegsminister zu erwarten stehe.

Ziegert interpellirt wegen der Reichscommissaire für Oesterreich und der in Bezug auf Wien ergriffenen Maßregeln.

Bauernschmidt in derselben Richtung, aber in verstärktem Style, indem er die Schritte der österreichischen Regierung gegen Wien den furchtbarsten Gewaltthaten an die Seite setzt, welche die Geschichte der österreichischen Staaten kennt. Simons aus Breslau Anfragen an das Reichsministerium haben dieselbe österreichische Angelegenheit zum Gegenstande.

Francke aus Schleswig interpellirt wegen des Reichscommissairs Stedtmann in Bezug auf dessen Protest gegen mehrere Maßregeln der interimistischen Regierung der Herzogthümer und wegen der dänischen Immediatcommission auf Alsen.

Reichsminister der Justiz von Mohl hat erst gestern Abend das von der königl. sächsischen Regierung eingeforderte Kammersitzungsprotokall erhalten. Seine Anführungen aus den vorliegenden Aktenstücken erregen wiederholt die unwillige Bewegung des Hauses, indem aus ihnen hervorgeht, von welch' einem partikularistischen und unberechtigten Standpunkte aus die sächsische 1te Kammer die deutschen Angelegenheiten betrachtet, eine Ansicht, in welcher ihr das sächsische Ministerium wenigstens zum Theil beipflichtet. Der Reichsminister wird in seiner Erwiederung auf die Widersprüche eines solchen Verhaltens mit den ausdrücklichen Beschlüssen der Nationalversammlung hinweisen. Vorläufig will er nur die Grundsätze bezeichnen, nach denen er zu Werke gehen wird. Sie sprechen sich kurz in Folgendem aus: Die Rechtskraft der Reichsgesetze ist für Jedermann bedingt durch das Gesetz vom 26. Sept., sie ist von jedem deutschen Staate anzuerkennen und ihr Inhalt zu vollziehen, gleich den ordnungsmäßig veröffentlichten Sondergesetzen des einzelnen Bundes-Landes.

Biedermann erhält das Wort um die Dringlichkeit eines an diese Antwort geknüpften Antrages zu begründen. Die Antwort des Ministers befriedigt ihn, aber der sächsischen Regierung gegenüber will er vorgeschritten wissen, ehe das betreffende Dekret derselben auch noch an die 1te sächsische Kammer komme. Die Versammlung räumt dem Biedermann'schen Antrage seinen Platz schon in der morgenden Tagesordnung ein.

v. Schmerling als Minister des Auswärtigen gibt zuerst in Bezug auf Höfken's Limburger Interpellation eine Darstellung der eigenthümlichen und verwickelten Verhältnisse dieses Herzogthums zu Deutschland. Limburg sei im Vertragswege zum Bunde gekommen, mithin auch eine Modifikation dieses Verhältnisses nur im Vertragswege geschehen könne. Zu diesem Ende haben wir, sobald der diplomatische Verkehr mit Holland angebahnt war, unserm Reichsgesandten unter Mittheilung der Beschlüsse der Nat.-Versammlung den Auftrag gegeben, dieselben der holländischen Regierung mitzutheilen und sie aufzufordern, über diesen Gegenstand mit uns in Verhandlung zu treten. Wir haben, ungeachtet dieser Beschluß ein zweites Mal angeregt wurde, von der holländischen Regierung noch keine Erwiederung empfangen, aber wir wollen nicht vermuthen, daß von Seiten der holländischen Regierung eine Ungefälligkeit oder daß eine Nichtwillfahrung eintrete, weil wir anerkennen, daß der Gegenstand schwierig und daß die Ausscheidung des limburger Theils aus dem holländischen Gebiete mit manchen Unzukömmlichkeiten verbunden ist. Es werden daher Unterhandlungen eingeleitet werden müssen, weil wir von Seiten Deutschlands doch zunächst an keine strengen Exekutivmaßregeln gegen einen Nachbar denken, mit dem wir, besonders was die Handelspolitik betrifft, in freundschaftlichem Verkehr sein wollen. Auch werden Sie nicht verkennen, daß durch die Theilnahme jener europäischen Großmächte, die bei dem Vertrag von 1839 mitwirkten, die Sache verwickelt werden dürfte, wenn wir sie rücksichtslos angriffen. An die erste Maßregel hat sich eine zweite gereiht. Das Ministerium hat nämlich Kenntniß genommen von dem Verfassungsentwurf, wie er für das Königreich der Niederlande vorbereitet ist. Im §. 1 dieses Verfassungsentwurfs wird ausdrücklich Erwähnung gemacht, daß wenn auch das Herzogthum Limburg als ein Bestandtheil des Königreich der Niederlande anerkannt wird, dies dennoch das Verhältniß zum deutschen Bund unberührt und unverändert lassen solle. Demungeachtet ist in dem folgenden § der gesetzgebenden Gewalt der Könige der Niederlande das Recht vorbehalten worden, in der Folge neue Begrenzungen der einzelnen Gebietstheile vorzunehmen. Diese Bestimmung des §. 2 hat die Aufmerksamkeit des Reichsministeriums auf sich gezogen, weil darin die Möglichkeit liegt, daß von Seite der legislativen Gewalt des Königs der Niederlande auch für die Herzogthümer Limburg eine neue Begrenzung und Gebietsverletzung zum Nachtheile Deutschlands begründet werden könnte. Wir haben daher nicht nur mit Hinweisung auf diese Verhältnisse eine umständliche Erörterung an den Hof in dem Haag gerichtet, sondern haben auch, da der Gegenstand offenbar als ein innerer zu betrachten ist uns unmittelbar an die Regierung des Herz. Limburgs gewendet und in dieser Beziehung weitere Aufklärung gefordert. Als Antwort darauf ist nun von Seite des Bevollmächtigten bei der Centralgewalt der zugleich auch Gesandter des holländischen Hofes bei derselben ist, die bestimmte Erklärung abgegeben worden, daß die niederländische Regierung mit diesem Wortlaute des Verfassungsentwurfes nicht im entferntesten beabsichtige irgend eine Verletzung des Verhältnisses von Limburg zu dem deutschen Bunde eintreten zu lassen und daß insbesondere von einer Veränderung in den Grenzen des Gebietes keine Rede sein könne. Dabei müssen wir noch den Umstand bedenken, daß namentlich von Seite der Abgeordneten Limburgs in der Versammlung zu Holland (?) die allerentschiedenste Erklärung dahin abgegeben werde ist, daß der Limburger Bezirk eine eigentliche Trennung von Niederland unter allen Verhältnissen nicht wünsche, so daß, wenn wir die Sache mit Gewalt durchführten, wir gegen die Neigung der Limburger selbst und gegen den Wunsch der Population anzukämpfen hätten. Der Minister fügt jedoch hinzu, daß er diese Stimmung der Bevölkerung nur als eine Thatsache hinstelle, nicht nur als einen Umstand, welcher das Recht des Reiches schmälern könne.

Was die posen'schen Interpellationen anlangt, so war der großh. hessische General Schäfer bekanntlich zum Reichskommissär nach Posen bestimmt. In Folge des Beschlusses der Berliner Landesversammlung vom 23. Okt. ist dem Berliner Ministerium von der Centralgewalt eröffnet worden, daß derselbe als gar nicht ergangen betrachtet warden, vielmehr habe die Demarkation der deutschen und polnischen Bezirke unverzüglich und ungestört vor sich zu gehen. Der Reichsminister erklärt übrigens, daß er fest entschlossen sei allen ähnlichen partikularistischen Versuchen, wie der der Berliner Versammlung, mit voller Entschiedenheit entgegen zu treten.

Die Wiener Interpellationen sind dem Ministerium erst gestern zugekommen, v. Schmerling will jedoch darauf sofort antworten, was er kann. Alles was seit der letzten Verhandlung (am 3. d. M.) über die österreichische Frage an Nach-

Digitized by Google

richten eingetroffen, beschränkt sich auf telegraphische Mittheilungen. Daß die Reichskommissäre ihren Platz in Ollmütz und nicht in Wien genommen, schiene durch die Thatsachen hinlänglich gerechtfertigt. Ihre neuesten Depeschen bestätigen die erste Kapitulation Wiens, deren Bruch und die Folge davon. Wessenberg läßt jedoch wiederholt erklären, daß keine andere Beschränkung der Freiheit von Seiten der Regierung beabsichtigt werde, als die zur Unterdrückung der Anarchie unerläßlich nothwendigen Maßregeln. Der Beschluß der Nationalversammlung vom 3. ist den Reichskommissären sofort zugesandt worden, außerdem aber wird noch ein Bevollmächtigter der Centralgewalt, ein Mann der sich des allgemeinsten Vertrauens erfreut, nächster Tage nach Oesterreich abgehen um dort bis zur Beilegung der Sachen zu bleiben.

Endlich Francke's Interpellation, den Protest betreffend, den Stedmann gegen mehrere Anordnungen der Schleswig-Holsteinischen Regierung erlassen habe, so ist der Gegenstand soeben in der Verhandlung mit der dänischen Regierung begriffen. Die Auskunft muß daher vertagt werden. Von den Maßregeln der dänischen Commission auf Alsen hat das Reichsministerium noch keinen näheren und amtlichen Bericht.

Handelsminister Duckwitz eröffnet, daß eine Marineabtheilung, die einstweilen einem der bestehenden Ministerien beizugeben, ferner daß eine technische Marinecommission, deren Organisation und Competenz der Minister speciell auseinandersetzt, beschlossen worden ist. Der Marineabtheilung wird Duckwitz selbst vorstehen. Den Vorsitz der technischen Commission hat Prinz Adalbert von Preußen übernommen. Der Minister empfiehlt die Angelegenheit der Flotte auch für fernerhin der lebhaftesten Theilnahme der Versammlung und der ganzen Nation. (Bravo!)

Jordan von Berlin beantragt, daß, Angesichts der sächsischen und preußischen Kammeroerhandlungen, eine Erklärung von Seiten der Nationaloersammlung abgegeben werden möge, des Inhalts: daß jeder einem Beschlusse der Nationalversammlung entgegenstehende Beschluß einer deutschen Einzeloersammlung als an und für sich null und nichtig zu betrachten und beziehentlich dagegen als wider eine ungesetzliche Auflehnung einzuschreiten sei.

Die Dringlichkeit auch dieses Antrags wird anerkannt und die Verhandlung darüber auf die morgende Tagesordnung neben dem Biedermann'schen Antrag angesetzt.

Bauernschmidt beantragt unverweilte und vollständige Mittheilung aller von jetzt an über die österreichischen Angelegenheiten an das Reichsministerium eintreffenden Aktenstücke. Die Dringlichkeit wird jedoch nicht zugestanden und der Antrag kommt auf den Ausschußweg, worauf Heinrich Simon beantragt: sofort ein Reichsheer aufzustellen, um in Oesterreich die Autorität der deutschen Centralgewalt und des Wiener Reichstags nöthigenfalls mit Waffengewalt wieder herzustellen. Die Ablehnung der Dringlichkeitsbegründung dieses Antrags ruft auf den Sitzen der Linken eine Scene hervor, welche nur zeigt, daß diese Partei nicht blos mit ihren Personen, sondern auch mit ihren Sitten und Maximen aus der Paulskirche hierher gewandert ist. Einem solchen Benehmen gegenüber ist freilich selbst der Ordnungsruf des Präsidenten unwirksam. Da Heinr. Simon die Dringlichkeit seines Antrags nicht begründen darf, so erheben er und seine Gesinnungsgenossen das Verlangen, daß nun dennoch (und sogar namentlich) darüber abgestimmt werden solle, ob dem Antragsteller über den Gegenstand selbst das Wort zu ertheilen sei. Eine halbstündige Debatte, die sich darüber entspinnt, kann trotz des wiederholten Rufs nach „Schluß" und trotz der Sehnsucht, welche die „tyrannische" Mehrheit nach dem Uebergange zur Tagesordnung äußert, nicht anders beendet werden, als durch eine zeitraubende Zettelabstimmung. Diese entscheidet sich mit 237 wider 189 Stimmen dagegen, daß mit der Dringlichkeitsvorfrage von vorhin nicht auch über die Dringlichkeit der Sache selbst mitentschieden sei und Heinrich Simon's Antrag ist demnach endlich beseitigt.

Simon von Trier wiederholt sofort in wenig veränderter Form den nämlichen Antrag auf Absendung von Reichstruppen „zum Schutze der Volksfreiheit" in Wien und seinem Verlangen auf namentliche (!) Abstimmung über die Vorfrage schließt sich Ziegert an. Das Haus kann sich einer so chikanösen Aufdringlichkeit desselben abgethanen Gegenstandes nicht anders erwehren, als durch den Antrag auf Tagesordnung, wie ein solcher der Geschäftsordnung gemäß nicht erst jetzt, fast ½1 Uhr, sondern schon eine Stunde nach Eröffnung der Sitzung zulässig war. Dagegen protestirt die Linke wie gegen etwas Ungesetzliches! Auch Graf Schwerin protestirt, aber gegen das zeitverschleifende Verfahren der Linken und unter dem Erinnern, welche Summen die Versammlung dem Vaterlande koste. Es muß durch Zettel abgestimmt werden, von denen sich 269 gegen 122 für die Tagesordnung aussprechen. Nach der Verkündigung dieses Ergebnisses wiederholt die Linke den vorigen Protest schriftlich und mit der Erklärung, daß sie nur „der Gewalt" gewichen sei.

Vicepräsident Simson übernimmt den Vorsitz und

Staatssekretär Fallati spricht gegen den Antrag des Finanzausschusses, daß in der zweiten Hälfte des Dezembers eine Volkszählung durch ganz Deutschland erfolge. Die Frist bis dahin sei zu kurz für die Veranstalten und die Kosten schlägt der Redner auf 500,000 fl. an. Auch sei eine Volkszählung stets eine unpopuläre, belästigende Maßregel, die überdies gern auf eine beabsichtigte Steuerhöhung gedeutet werde. Eine annähernd genaue Volkszählung sei auch auf anderem Wege zu bewirken.

Siehr will nicht zugeben, daß über den Ausschußantrag zur Tagesordnung übergegangen werde, wie Fallati es verlangt. Die Volkszählung solle eine Grundlage für das zu errichtende statistische Bureau bilden, sie könne der Vorbereitungen wegen auf Januar oder Februar verschoben werden, auch sei sie keineswegs so kostspielig, wie sie der Unterstaatssekretär angeschlagen, und was die Unpopularität anlange, so dürfte diese doch nicht über eine Regierungsmaßregel entscheiden. Nachdem hierauf der Antrag auf Tagesordnung mit der Majorität von nur Einer Stimme (177 gegen 176) verworfen worden, erhebt das Haus den Ausschußantrag:

„Eine hohe Nationalversammlung wolle das Reichsministerium beauftragen, in der zweiten Hälfte des Dezembermonats d. J. durch ganz Deutschland auf zweckentsprechende, überall gleichmäßige Weise, eine möglichst genaue Zählung und Verzeichnung der Bevölkerung nach Kopfzahl, Familien, Geschlecht, Altersstufen und Wohnorten vornehmen zu lassen und das Ergebniß demnächst zu veröffentlichen"

zum Beschluß.

Die zweite Nummer erledigt sich nach kurzer Erörterung durch die Annahme eines Zusatzes zu §. 42 der Geschäftsordnung, die namentliche Abstimmung und die Abstimmung durch Zettel betreffend.

Von mehr allgemeinem Interesse ist die Berathung über den Bericht des Marineausschusses über die deutsche Handelsflagge, in Bezug auf welche Michelsen nach Nauwerck das Wort ergreift. Der Redner hält zur praktischen Geltendmachung der deutschen Flagge nichts für nothwendiger als die Errichtung von Reichskonsulaten. Bevor aber die letzteren auf angemessnem Fuße bestünden, hält er die Führung der Flagge nur für gefährlich, weßhalb er dem Ausschußantrage

„Die provisorische Centralgewalt wieb ermächtigt, bei Publikation des Gesetzes über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge vom 31. Juli 1848 eine weitere Verordnung, wann die Bestimmungen über die Handelsflagge in Kraft treten sollen, sich vorzubehalten,"

beipflichtet, welchen die Versammlung darauf zu ihrem Beschlusse erhebt.

Mit der Annahme (ohne vorgängige Diskussion) des Antrags vom Verfassungsausschusse:

„sogleich in die Berathung der §§. 12—20 des Verfassungs-Entwurfs einzugehen, bei der Berathung jedes einzelnen Paragraphen sowohl dem Berichterstatter des Wehrausschusses, und den Mitgliedern des Verfassungsausschusses, welche Minoritätsanträge stellten, als jedem andern Abgeordneten es zu überlassen, in dem der Berathung unterliegenden Paragraphen die abweichenden Anträge oder nothwendig erachteten Zusatzparagraphen vorzubringen und zu begründen"

schließt die heutige Sitzung. Damit wir jedoch noch einmal an die widerwärtigen Begegnisse erinnert werden, von denen der erste Sitzungstag in dem reformirten Bethause begleitet war, so wird hier noch ein zweiter Protest gegen die heutige Geschäftsführung von Seiten zahlreicher Mitglieder der Linken übergeben.

† **Frankfurt**, 6. Nov. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes: Um bei der ferneren Entwicklung der Ereignisse in Oesterreich die mit dem Beschlusse des verfassunggebenden deutschen Reichstags vom 3 d. M. übereinstimmenden Absichten der provisorischen Centralgewalt durchzuführen, hat der Reichsverweser nach dem Vorschlage des Ministerraths den Fürsten Karl v. Leiningen zum Reichscommissär für das deutsch-österreichische Gebiet mit umfassenden Vollmachten ernannt. Derselbe wird sich ungesäumt dahin begeben und bis zur Herstellung eines bestiedigenden Zustandes dort verweilen.

Digitized by Google

† **Frankfurt** a. M., 6. Nov. Der Antrag Jordans, dessen Dringlichkeit von der Nationaloersammlung beschlossen worden, hotte zwei Absichten, einmal den zum Beschluß erhobenen Radeaur schen Antrag mit seinen Consequenzen in dos hellste Licht zu setzen, und zweitens die jetzige Taktik der hiesigen Linken aufzudecken. welche offen dahinzielt, die particularistischen Bestrebungen der Linken in den jetzt bestehenden Landesoersammlungen zu unterstützen. — Der morgige Tog wird uns ähnliche Anträge in milderer Form bringen, alle dahin zielend, das eingeschlagene Verfahren des Reichsministeriums in der posenschen Sache vollkommen zu genehmigen und mit mehrmaliger Hinweisung auf den Beschluß vom 28. Mai, dessen Bestätigung unnöthig sei, zur motivirten Tagesordnung überzugehen. Dabei soll zugleich das Vertrauen zur Kronr Preußen ausgesprochen werden, daß sie den Berliner Beschluß oom 26. Okt. nicht sanktionire.

△ **Wien**, 1. Nov. Der erste Akt unseres hiesigen Dramas ist zu Ende. Nach zweimal ausgesprochener Uebergobe, welche nicht zur Ausführung gebracht wurde oder werden konnte, da sich ein Theil der Nationalgarde und alle mobilen Corps weigerten, die Waffen niederzulegen, wuede die innere Stadt nach einem ununterbrochenen Kanonenfeuer oon vier Stunden, wobei ein Theil derselben, Kärnthner Thor, Josephsplotz, Burg, mit einem Kugel- und Granatenregen überdeckt wurden, durch das Burgthor von dem Militär genommen und noch in der Nacht großentheils besetzt. Nur auf dem Stephansplotze fiel noch eine gegenseitige Dechorge zwischen mobilen Schützen und Infonterie vor, wobei beide Theile 20 bis 24 Todte zählten. — Der Angriff auf dir Burg, in der die kostbarsten Schätze der Menarchie oereinigt sind, erfüllte die Freunde der Wissenschaft und Kunst mit der tiefsten Besorgniß, denn bald stand durch die zündende Granate das gemeinschaftliche oordere Dach des Naturolienkabinets und der Bibliothek — der Bibliothek Wiens, diesem Schatze der Welt — in lichten Flammen, die aber, Gott sei es gedankt, auf dieser Seite gelöscht, sich nur auf das Augustinerkloster und seine Kirche wälzen konnten, welche ouch niederdeannten — ob Canova's heerliches Grabmonument, für die Erzherzogin Christine, noch existirt — wer weiß es, da die rauchenden Dachtrümmer in die innere Kirche gestürzt scheinen, da die Dochung und das Geläute im Thurm unter donnerndem Gekrache bald nachfolgten. Auch das Palfy'sche Haus auf dem Josephsplatze wurde, sowie das Hofbauamt auf der Bastei, neben dem Palois des Erzherzogs Karl, in Brond geschossen, ersteres erhielt keinen oder wenig Schoden. Jedoch liegt das Haus Kolowrat's, wo die Gronate im Speicher gezündet, mit einer reichen und ausgewählten Kunstsammlung und einer Mosse anderer werthvoller Gegenstände in Asche, und nur die Mauern bewahren die Erinnerung, daß diese Thore einst den Litteraten und Künstlern gerne geöffnet wurden. — In meinem letzten Berichte vom 25.*) kündigte ich Ihnen on, daß wohl die Uebergabe der Stodt noch am selben Tage erfolgen dürfte, aber Tag für Tog verging, bis endlich om 30. eine Uedergobs-Erklärung oom Notional-Kommondo und Gemeinderoth abgesendet wurde. Wenige Minnten darauf wurden Bewegungen in der Stellung der Truppen bemerkt, und zwar noch Auswärts — die Ungaen sollten anrücken, der steyrische Landsturm — erstere hatten die Wiener so oft an der Nase herum geführt, von dem zweiten war im Kampf mit einer geregelten Armee auf feenem Felde kein Heil zu erwarten, und nichesdestoweniger flog diese Vermuthung wie ein elektrischer Funke durch alle Gemüther, die sich durch die Uebergabe der Stadt gedrückt fühlten. — Es wurde Abend ohne eine andere Nachricht — der Morgen ließ im Nebel ein Gefecht vermuthen, das sich oon Schwechat gegen Koiser-Ebersdorf und später gegen Hagersdorf, dem Hauptquartier Jellacic's zog. — Bnlletins flogen oom St. Stephansthurme mit dieser Botschaft, oon Stunde zu Stunde. Schon rüstete sich Oberst Haug mit einem mobilen Korps zu einem Ausfalle, als das Treffen sich wieder gegen Kaiser-Edersdorf und Manswörth wendete, also deutlich zum Nachtheile des ongreifenden Theiles gegen Abend entschieden wurde. — Nnn gingen neue Deputationen in's Lager, obgleich die Mobilen nichts oom Ablegen der Waffen hören wollten. Proklomationen und Kundmachungen folgten sich rasch. Jene jedoch, welche Bedingungen der Uebergabe enthielten oder dafür sprochen, wurden zerrissen und mit Füßen getreten. Die letzte Munition wurde auf die Basteien geführt. Rings um uns knallten die Büchsen, denen die Kononen der rothen Thurm-Thor- Bastey, des Kornthner-, Burg- und Schottenthores bold folgten und noch lange nicht verstummten, ols schon die Burg besetzt war. Die letzte Kugel flog durch die Barrikode der Jägerzeile, welche das Militär aufgeworfen hatte — uno nun sohen wir eruppenweise die Waffen zerschlogen oder auf Haufen werfen; wer sich noch widersetzte, ließ sich doch endlich dazu überreden. Die Nationol-Gardr hotte alle Wochen besetzt. — Es ist heute noch keine Zeit, schon die bunten, komischen oder tief tragischen Gruppen zu beschreiben, welche die mobilen Korps bildeten. Frouen selbst hatten sich bewaffnet, und dos lose Bond der Weiblichkeit war unter den meisten derselben nicht mehr zu finden. Obgleich Herren der Stodt durch die drei letzten Tage, kamen meines Wissens, keine Eingriffe in das Eigenthum — keinerlei schwerere Unoronungen oor — und dieß muß lout onerkannt weroen, denn oon keinem Proletariot der Welt würde man solches wie hier unter denselben Umständen sagen können! — Die Uebergabe dürfte wahrscheinlich einige Stunden früher ohne Kampf stattgefunden haben, wäre nicht ein Placat mit Forderungen des Fürsten Windisch-Grätz erschienen, wozu sich Niemand entschließen wollte, namentlich die Aufstecknng einer großen kaiserlich österreichischen Fahne auf dem Stephansthurme, was auch unterblieb, sowie die meisten drr andern Bedingungen. Ob dieß nun heute oom Militär beweekstelligt wird, steht noch dahin. — Der Gemeinderath hat dem Generol Bem, der von einer Geanate am Arme verwundet wurde, nachdem ihm am Tage vorher dos Pferd unter dem Leibe erschossen waro, die Mittel geboten, sich retten zu können, ebenso den übergetretenen Soldaten. — Auch dir Steyrer, Salzburgee und Kärnthner sind auf eben diese Art, jedes mit geheimer Unterstützung fortgezogen. (12 Uhr.) Ich komme soeben oon einer neuen Tour, die ich gemocht, um die im Kugelregen und theils bei Nacht gestern Abend oorgenommene zu verificiren. — Ich fand noch, doß das sogenannte russische Kirchenhaus om Kärthner Thore dem Einsturze nahe ist, da es unzählige schwere Kononenkugeln erhielt und zwar oon der Position, welche die Artillerie der Armee oor dem Schwarzenberg-Garten genommen hatte. Ueber hundert Geschütze sollen oon dort on gegen die Höhe der Loimgrube zur Caso piecola aufgestellt gewesen sein, und kein Punkt hat wohl mehr gelteten, ols die kaiserliche Burg selbst, wo die Mouer des großen Rittersaales und die Fensterseite der kaiserlichen Wohnung mit schweren Kugelspuren überdecke sind, oon denen noch einzelne in der Mauer stecken. Eine Kugel schlug im großen Rittersaale durch die Fensterdrüstung, mitten durch eine Säule, in einr zweite, wo sie eine neue Richtung nohm, mit den Stücken, welche davon flogen, ein kleines Monument des Erzherzogs Karl zu Pferde vertetzend, tief in die Hauptmauer der hintern Seitr, so daß man sie mit dem gonzen Arme nicht zu erreichen oermog. In die Kammer des Kaisers schlug ein 12Pfünder und in das Caoalierzimmer oor demselben, eine durch dos Fenster, nahm einen großen rothseidenen Vorhang mit, und fiel, da sie sich in demselben oerwickelt hotte, oor dem berühmten Bilde Friedrich II. zur Erde. — Granaten zersprongen in dem innern Gemoche und zerschlugen Spiegel ꝛc. Kartätschen und Flintenkugeln stecken zum Theil abgeplattet in den Wänden fest. Um 10 Uhr Morgens rückten die größeren Colonnen des Militäes ous den einzelnen Vorstädten in die Stodt. — Gewehre, Säbel, Kanonen und was der Dinge mehr sind, liegen überall auf den Basteien, welche nun auch, sowir die Thoee oom Militär besetzt sind. — Noch versieht die Nationolgarde, obgleich eine Abtheilung des Regiments Hrobowsky sich auch darin ongestellt hot, den Dienst in der Burg. — Man erwartet eine Kundmachung des Fürsten Windisch-Grätz. — Von der Bibliothek brannte das Kupferdach mit der großen Weltkugel und die rechte Seite der Dochung gegen das Naturalienkabinet niebee. In letzterem wurde ebenfolls diese, sowie die Wohnung des Hofrath Schreibers, mit vielen sehr werthoollen Sammlungen oom Feuer zerstört. — Die Bibliothek ist durch den glücklichsesten Bau — dem zu Liebe Napolron dir Festungswerke auf dieser Seitr nur in kleinen Abtheilungen zu sprengen befahl — gerettet worden. Die zündenden Raketen oder Granaten sind in der geraden Linie oon der oben bezeichneten Position auf den Saal des Reichstages geflogen, haben aber diesen nicht ereeicht, sondern schon früher, in die vorstehende Dachung der Sammlungen eingeschlagen, während die aufgestellten Garden oor dem Reichstage erzöhlen, es seie der Josephsplatz mit einem Hagel von Bomben, Gronaten und Kugeln überschüttet worden —. Das Monument Canova's für die Erzherzogin Christine ist zur Stunbr noch rrhaltrn. Ueber ihm

*) Ist uns erst zugleich mit dem gegenwärtigen Briefe zugekommen.

hülf noch die Wölbung der Kirche, doch fürchtet man ihren Sturz — der in jedem Falle weniger Schaden daran bringen wird, als Feuer. Man kann trotz unserem Bemühen noch nicht in seine Nähe gelangen. — Des Feuers ist man auf allen Punkten Herr. Der Kommandant der Nationalgarde Messenhausser nebst seinem ad latus Fenneberg, protestiren so eben in einem Plakate, indem sie erklären, an der vorgestern und gestern wieder aufgenommenen Feindseligkeit gegen das kaiserliche Militär durchaus keinen Antheil gehabt zu haben. — 2 Uhr. Soeben wird vom Fürst Felix Schwarzenberg auf Befehl des Fürsten Windisch-Grätz der Reichstag zum 15. Nov. prorogirt, die Sitzungssäle geschlossen und nebst Papieren und Kassen versiegelt! — Die inneren Stadtthore sind alle gesperrt, Niemand kann hinaus oder herein, die Plätze und Straßen mit Soldaten überfüllt, Batterien mit Kanonen und Mörsern stehen auf allen öffentlichen Plätzen, eben so auf den Bastrien, welche ebenfalls alle abgesperrt sind. Die Posten können nicht abgehen. Den 2. Nov. Der Belagerungszustand wird so eben in einem Plakate des Fürsten Windisch-Grätz erläutert, (siehe unten). Die Thore sind nur mit einem Passierschein des Stadtkommandos zu passiren. Diesen Morgen wurde weder Milch, noch irgend sonstige Comestibles hereingelassen — und Wien mußte sich mit schwarzem Kaffee begnügen, die kleinen Kinder schreien in der ganzen Stadt. — Man hat gestern eine Menge Leute in den Straßen eingefangen, welche den Anschein hatten, in den Freikorps die Waffen getragen zu haben und wie man hört (?) noch andere Verhaftungen vorgenommen. — Canova's Monument hat ein Nothschutzdach in der Nacht erhalten. In seiner nächsten Nähe stürzte das Gewölbe. — Die kostbaren Sammlungen des Erzherzogs Karl wurden durch die aufopfernde Anstrengung der Dienerschaft im Palais, während des Bombardements, in feuerfeste Gewölbe getragen, da der Brand der Kirche so wie die fallenden Brandraketen für dieselben von der größten Gefahr waren, — die oberen Mauern selbst sind an vielen Orten von Kanonenkugeln stark beschädigt. — Die Stadt hat, die militärischen Besatzungen von Alleen, Plätzen und Straßen abgerechnet, ein ganz friedliches Ansehen. Die Armee wird auf 70—80,000 Mann angegeben, wovon, wie man sich sagt, schnell 20,000 nach Italien aufbrechen müssen. — Man ist gespannt zu erfahren, ob das Gros derselben sogleich gegen Ungarn verwendet wird, oder ob es in Wien nöthig erachtet wird. Die Schlacht oder das Gefecht gegen die letzteren an der Schwechat ist, obgleich noch keine offiziellen Berichte bekannt sind, in jedem Falle sehr glänzend von den kaiserlichen Truppen gewonnen worden, die Ungarn theils über die Grenze, theils in die Donau bei Mannswörth geworfen worden. — Sie sollen mit 15,000 Mann angegriffen haben und vielem sehr schwerem Geschütz, denen der Fürst Windisch-Grätz die Jellacic'schen Corps und 8 Cavallerie-Regimenter entgegen stellte. — Ueber die Gefallenen gebe ich Ihnen der Unbestimmtheit wegen keine Zahlen, da Sie aus früheren Daten meine Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit werden erkannt haben. *) — Im großen Spital allein sollen gestern achtzig begraben worden sein und 300 noch daselbst liegen. Ich konnte beide Zahlen noch nicht verifiziren.

* Auf außerordentlichem Wege ist uns die folgende Kundmachung zugegangen, die weiteres Licht auf die einzelnen Momente des Wiener Kampfes zu werfen geeignet ist:

Vom kaiserlich königl. Gub. Vicepräsidentn Grafen Lazansky ist mir um fünf Uhr Nachmittags aus Olmütz folgende telegraphische Depesche zugekommen: „Eben langte vom General Ramberg an den Minister Wessenberg folgende Depesche an. Ich lasse so eben die Verrammelung des rothen Thurmthors wegräumen und werde binnen einer halben Stunde die rothe Thurm- und Dominikaner-Bastei mit Infanterie und Geschütz besetzt haben. Widerstand findet durchaus keiner Statt, das Proletariat und Studenten erscheinen niegends, die feindlichen Geschütze werden eben von den Wällen in das Zeughaus abgeführt, ein großer Haufen niedergelegter Waffen liege bei der rothen Thurmthor-Wache aufgeschichtet.

In der Burg, im Naturalien-Kabinet und Bibliothek hat der Brand keine Verheerungen von Bedeutung angerichtet. Die Salzgries-Kaserne, k. k. Zeughaus in der Renngasse und das Kriegsgebäude nebst den Wällen und den Thoren der Burg sind von uns besetzt. Sämmtliche Vorstädte sind besetzt, werden entwaffnet. Es herrscht volle Ruhe, die Entwaffnung der Stadt beginnt. Vom k. k. böhmischen Landes-Präsidium. Prag am, 1. November 1848. Meesery. k. k. Gub. Vicepräsident.

△ **Wien**, 2. Nov. Heute ist folgende Proklamation erschienen:

„Indem ich die unter meinem Befehl stehenden Truppen in die Hauptstadt Wien einrücken lasse, finde ich mich im Nachhange meiner Proklamation vom 23. Oktober d. J. bestimmt, jene Maßregeln allgemein bekannt zu machen, deren Ausführung ich zur Wiederherstellung des auf das Tiefste erschütterten öffentlichen Rechtszustandes für unerläßlich halte. — Die Stadt hat zwar am 30. v. M. ihre Unterwerfung angezeigt, die darüber geschlossenen Bedingungen wurden jedoch durch den schändlichsten Verrath wieder gebrochen, daher ich ohne Rücksicht auf diese Unterwerfungsakte hiermit folgende Anordnung treffe: 1) Die Stadt Wien, ihre Vorstädte und Umgebungen in einem Umkreise von zwei Meilen werden in Belagerungszustand erklärt, das ist: alle Localbehörden für die Dauer dieses Zustandes auch die im 4) enthaltenen Bestimmung der Militärbehörde unterstellt. 2) Die akademischen Legion und Nationalgarde, letztere jedoch mit Vorbehalt ihrer Reorganisirung, sind aufgelöst. 3) Die allgemeine Entwaffnung, falls sie noch nicht vollständig durchgeführt worden wäre, ist durch den Gemeinderath binnen 48 Stunden von der Kundmachung gegenwärtiger Proclamation an gerechnet, zu beendigen. Nach Verlauf dieser Frist wird die zweite und letzte Aufforderung zur Ablieferung der Waffen erlassen, und 12 Stunden nach Affichirung derselben eine Haussuchung vorgenommen, dann aber jeder Besitzer von was immer für Waffen eingezogen und der standrechtlichen Behandlung unterzogen werden. — Von dieser Entwaffnung sind ausgenommen: die Sicherheitswache, die Militär-Polizeiwache, die Finanzwache, welche in ihrer bisherigen Wirksamkeit verbleiben, dann jene Beamten, die nach ihrer persönlichen Eigenschaft zur Tragung von Seitengewehren zur Uniform berechtigt sind. — Die Waffen, welche Privateigenthum sind, werden mit den Namen der Eigenthümer bezeichnet abgesondert aufbewahrt werden. 4) Alle politischen Vereine werden geschlossen, alle Versammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen, von mehr als 10 Personen sind untersagt, alle Wirths- und Kaffeehäuser sind in der innern Stadt um 11 Uhr, in den Vorstädten und Umgebungen aber um 10 Uhr Abends zu schließen. — Die dawider Handelnden werden verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt. 5) Die Presse bleibt vorläufig nach der Bestimmung des Punktes 4 der Proclamation vom 23. Okt. d. J. beschränkt und der Druck, Verkauf und die Affichirung von Plakaten, bildlichen Darstellungen und Flugschriften nur in so ferne gestattet, als hierzu die vorherige Bewilligung der Militärbehörde eingeholt und ertheilt worden sein wird. Gegen die Uebertreter dieser Anordnung tritt die im vorigen Absatze angedrohte Behandlung ein. — 6) Die im Punkte 5 der Proclamation vom 23. Okt. d. J. enthaltene Verfügung, wonach die sich in der Residenz ohne legale Nachweisung der Ursache ihrer Anwesenheit aufhaltenden Ausländer, auszuweisen sind, wird auf alle in gleicher Lage befindlichen nach Wien nicht zuständigen Inländer ausgedehnt. — Die Ausführung dieser Maßregel wird der Stadthauptmannschaft übertragen, welche sich durch nominative Eingaben der Hauseigenthümer über ihre Inwohner die Ueberzeugung von der Zahl der in die oben bezeichnete Kategorie gehörigen Personen verschaffen wird. — Der Hauseigenthümer, welcher vorsätzlich einen seiner Inwohner verschweigt, oder den Zuwachs eines solchen nicht innerhalb der in den Polizeivorschriften festgesetzten Termins anzeigt, wird eingezogen und vor das Militärgericht gestellt. 7) wer überwiesen wird: a) unter den k. k. Truppen einen Versuch unternommen zu haben, dieselben zum Treubruch zu verleiten, b) wer durch Wort oder That zum Aufruhr reizt oder einer solchen Aufforderung werkthätige Folge leistet, c) wer bei einer etwaigen Zusammenrottung auf die erste Aufforderung der öffentlichen Behörde sich nicht zurückzieht, und d) wer bei einer aufrührerischen Zusammenrottung mit Waffen in der Hand ergriffen wird — unterliegt der standrechtlichen Behandlung. 8) Alle Barrikaden in der Stadt und den Vorstädten sind durch den Gemeinderath allsogleich spurlos wegzuräumen und das Pflaster herzustellen zu lassen, 9) Während der Dauer des Belagerungszustandes bleiben zwar alle öffentlichen Behörden in der Ausübung ihrer Funktionen ungestört, nachdem aber die Militärbehörde für diese Zeitperiode alle jene Geschäfte übernehmen wird, welche auf die Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Hauptstadt und ihrer Umgebung abzielen, so haben von nun an der mit diesen Geschäften bisher betraute Gemeinderath und die Stadthauptmannschaft dazu nur in jener Weise mitzuwirken, welche die Militärbehörde für zweckmäßig erachten wird. 10) Um den Zweck des Belagerungszustandes zu erreichen, der kein anderer sein kann, als den Uebergang von der Anarchie zu dem geregelten konstitutionellen Rechtszustande vorzubereiten, wird eine gemischte General-Commission unter dem Vorsitze des Herrn Gen.-Maj. Baron Gordon, welchen ich gleichzeitig zum Stadtkommandanten ernenne, die oberste Leitung der durch den Belagerungszustand bedingten Geschäfte führen und sowohl die niederösterreichische Landesregierung als auch die Stadthauptmannschaft an ihre Anordnungen gewiesen. Fürst zu Windisch-Grätz, Feldmarschall. Hetzendorf Hauptquartier den 1. Nov. 1848.

*) Können wir nur bestätigen mit der dunkelsten Anerkennung für unsere trefflichen und unermüdeten Correspondenten. D. R.

Frankfurter Börsenbericht vom 6. November.

5pCt. Metall. 69½ G.; 2½pCt. ditto 36½ G.; Bankaktien fl. 1140 G.; fl. 500. Loose 117½ G.; fl. 250. Loose 80 G.; Badische fl. 35. Loose 26 G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 25¼ G.; Poln. fl. 500 Loose 68¼ G.; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40⅛ G.; Berbach 67⅛ G.; Köln-Minden 75 G.; 3pCt. inländ. Span. 17⅜ G.; 4½pCt. Würt. 92¾ G.; 4½pCt. Belg. 73¾ G.; Holl. 2½pCt. Intregrale 45⅛ G.

Zu Anfang der Börse war die Stimmung, besonders für österr. Fonds günstig. 5pCt. Metall. wurden zu 70, 2½pCt. zu 37 umgesetzt. Am Schluß gingen die Course zurück, ohne daß sich dafür ein Grund angeben ließe. Auch die Wechselcourse waren heute im Allgemeinen etwas matter.

Nachschrift.

‡ **Frankfurt**, 6. Nov. Aus zuverlässiger Quelle bringen wir in Erfahrung, daß das österreichische Ministerium nun gebildet ist. Fürst Windischgrätz ist Kriegsminister und führt das Präsidium; Auswärtiges: der bekannte Fürst Felix Schwarzenberg; Finanzen: Baron Kudeck. — Ein Haufen von 1500 Arbeitern soll von den Husaren bis auf den letzten Mann niedergehauen sein. — Die Ungarn sind gänzlich geschlagen.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Bronner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England sind die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Grandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 297. Frankfurt a. M., Dinstag 7. November. 1848.

Uebersicht.

Die Posener Frage II.

Deutschland. **Frankfurt** (Die Mediatisirungen.) **Wien** (Ein topographischer Blick auf die Stadt. Die Wiener Zustände während des Kampfes. Einzelheiten. Proklamationen Jellačić's.) **Aus Böhmen** (Versammlung des deutschen Centralvereins.) **Brünn** (Erneuerung der Unruhen.) **Grätz** (Die militärischen Operationen gegen Ungarn. Unruhen.) **Prag** (Die Slawanska Lipa. Jellačić. Die Deputation in Ollmütz.) **Berlin** (Enthüllungen. Ministerrambiaglanen. Die Demagogen.) **Vom Rhein** (Das Volk von Düsseldorf an das Volk von Wien.) **Königsberg** (Ministerkandidaten.) **Posen** (Aufregung. Polnische Legion in Sardinien.) **München** (Besuch der Universität aus Tyrol. Die constitutionellen Vereine. Polizeimaßregeln gegen die Wiener Studenten.) **Leipzig** (Freischaaren nach Wien. Flathe's Zuschrift an das Reichsministerium.) **Vom Bodensee** (Volksbewegung in Lichtenstein.) **Heidelberg** (Neue republikanische Bewegungen.) **Schwerin** (Der Landtag.) **Von der Weser** (Neue Einfahrt.)

Oesterreich. Monarchie. **Lemberg** (Truppen nach Siebenbürgen. Ankunft des Gouverneurs.) **Von der galizischen Grenze** (Angebliche russische Note.)

Italien. **Lugano** (Die Oesterreicher im Intelvithal. Die italienischen Flüchtlinge. Gefecht zwischen den italienischen Flüchtlingen und den Oesterreichern.)

Schweiz. **Chur** (Der Aufstand in Bellinz.)

Dänemark. **Kopenhagen** (Protest von Stedmann und Reedtz.)

Nachschrift.

7. November.

„Was haben wir durch den Beschluß des preußischen Reichstages vom 23. und 26. Okt. gewonnen?" so fragt die „Gazeta polska" in einem ihrer Leitartikel, und beantwortet diese Frage sogleich; „Erstlich bleibt nach §. 1 vom Staatsgebiet das Großherzogthum Posen unmittelbar, unbedingt und ungetheilt im Kompler der unter preußischem Scepter stehenden Lande und muß in politischer und administrativer Hinsicht dieselben Verfahrungsgrundlagen erhalten. Dies muß unter den gegenwärtigen Konjunkturen zunächst durchaus unsre Wunsch sein, weil, wenn wir alle zusammen auf gleiche Weise zu Preußen gehören, wie uns gegenseitig unterstützen können und der uns so verderbliche Plan der Abgrenzung nicht verwirklicht wird. Denn, nach dem Frankfurter Beschluß vom 27. Juli hätte der nicht zu Deutschland gehörige Theil von Posen auch nicht unmittelbar zum preußischen Territorium gehören, sondern ein besonderes Ganze mit besonderer Verfassung bilden sollen. Wie verderblich das für unsere Nationalität gewesen wäre, sieht Jeder ein. Hiemit also umsegelu wir erstlich eine Klippe! Zweitens aber deingt uns das Phillips'sche Amendement zu unserem Glücke auch weiter, denn es führt uns auf den Standpunkt von 1815 zurück. Wir werden zum zweiten Male an Preußen förmlich angeschlossen *), mit Garantie der aus den Wiener Traktaten für uns hervorgehenden Rechte. — So haben wir denn einen großen, moralischen Sieg errungen, welcher dem Berliner Reichstag zu um so größerem Ruhme gereicht, je abscheulicher das Frankfurter Parlament in unserer Sache verfahren. Aendert der Berliner Reichstag seinen Beschluß nicht, so muß die Abgrenzungslinie nd netn gelegt und die national-polnische Reorganisation in der ganzen Prooinz durchgeführt n erden!" Und was ist unsere Pflicht nun? so ruft der polnische Politiker weiter. Unsere Pflicht ist, den moralischen Sieg zu einem praktischen zu machen! Wie kann das geschehen? Mit gewohnter Rührigkeit weiß hier die polnische Politik gleich Rath. Von der Beschließung des Phillips'-scheu Ameudements bis zur Verlesung der ganzen Verfassnng und Sanktion derselben ist ein weiter Weg! noch weiter der bis zur Sanktian des besonderen organischen Verfassungsgesetzes für das Großherzogthum! Aber er läßt sich dadurch adkürzen, daß die polnischen Deputirten die Sanktioniruug der einzelnen §§. der Verfassung daechzusetzen suchen nnd damit auch erreichen, daß der Entwurf des besonderen Gesetzes für Posen in Angriff genammen werde. — Alles dies genügt indessen nicht. Es ist die Pflicht eines jeden Polen, wie viel mehr noch der Liga, alle Vorbereitungen zu treffeu, um jenes organische Gesetz, das für das Großherzogthum eine nationale Verwaltung sichern wird, sofort in's Leben treten zu lassen. (Wer denkt dabei nicht gleich an die Schöpfung einer neuen polnischen Regierung durch das polnische Komite im März nnd April?) Zu diesen Vorbereitungen — dies sind die raschen Schlüsse der polnischen Politik — wird auch das Ministerium schreiten müssen, wenn es wahrhaft konstitutianell ist. Es wird Materialien zur Ausführuug des Beschlusses oom 26. Oktober sammeln müssen, wenn es nicht etwa der Majoriät des Reichstags die Spitze dieten will nnd einen Staatsstreich im Sinne führt. — Auch das Ministerium wird alsa anzutreiben und zu überwachen sein. — Es ist endlich noch Aufgabe des Polen, alles Das zu hintertreiben, was von deutscher Seite gegen den Beschluß des Berliner Reichstags in's Werk gesetzt werden möchte. Daß hierin nichts außer Acht gelossen wird, zeigt deutlich Dr. Libelt's Wirksamkeit in Frankfurt nnd die Beurtheilung seines Auftretens van seinen Landsleuten. „Dr. Libelt ist oerlacht worden", heißt es in den polnischen Blättern, „als er die Posener Frage nochmals in Berathung gezogen wissen wollte." Man hielt die Sache abgethan! Aber wenn der Abgeordnete Jordan aus Berlin unserem Libelt noch am 19. Oktober zurief: „Deutsch-Posen ist deutsch und bleibt bei Deutschland!" so hat vier Tage darauf der preußische Reichstag Einoerleibung nnd Abgeenzung verworfen. Die traktatenmäßigen Rechte des Großherzogthums sind gewahrt — eine besondere Organisation ist ihm zugesichert, Frankfurt wird den verständigen und gerechten Beschlüssen in Berlin unterliegen nnd die so leicht genommene posensche Sache könnte leicht das ganze moralische Ansehen der Männer in der Paulskirche untergraben!" So die Polen und ihre Politik. — Darf man sich nun wundeen, wenn die Deutschen wach sind und ihrer Seits eine Politik oerfolgeu, wie die Natur der Verhältnisse sie ihneu vorschreibt? Sie spieleu ein kühnes Spiel, indem sie Frankfurt für sich gegen Berlin in die Schranken rufen, — sie rufen es auch für ihre Regierung auf, die in dem letzten Monat treu zu ihnen stand und den deutschen Standpunkt oerfocht. — Ihr stärkster Feind in der Abgreuzungsfroge war von jeher der Partikularismus gewesen, erst bei der Regierung, dann bei der Linken der Landesoersammlung. Wären die Frankfurtee Beschlüsse nicht, ihre Sache schiene fraglich. — Sie haben seit dem 27. Juli eine definitive Abgrenzung nicht durchsetzen können, wiewohl die Vorarbeiten dazu seit Ende April im Gange waren. Mag sein, daß die Polenkommission, über deren Absichten längst kein Schleier mehr liegt, den Hemmschuh machte, im Hintergeunde lag doch auch beim Gouoernement noch die stille Hoffnung auf „Anschluß" des ganzen Großherzogthums, welche die Abgrenzung sich so gerne als eine Unmöglichkeit denkt. Diese Hoffnung scheint bei der jetzigen Stimmung der Landesversammlung begründeter denn je. — Wir sagten ausdrücklich „Anschluß," auf ihn gingen auch die Polen ein, natürlich mit der Aussicht auf ein besonderes organisches Gesetz. — Ein solches können die Deutschen von ihrem Standpunkt aus füe das ganze Großherzogthum nicht zugebeu, weil es als eine Scheidewand zwischen sie und Deutschland träte. Es würde ihnen die deutschen Institutionen verkümmern, da der Pole offenbar mehr verlangt als Sicherung dee Sprache und Gesittung,

*) Zu bemerken ist, daß in dem Zuruf an die Einwohner des Großherzogthums vom 15. Mai 1815, bei Erlaß dee Besitzergreifungs-Patents, es ausdrücklich heißt: „Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt."

Digitized by Google

welche ihm der zum Beschluß erhobene Maeek'sche Antrag zusichert. Der Pole hat einen Gedanken im Hintergrunde, den er nicht fallen lassen wird: die Erhaltung des ganzen Großherzogthums für ein dereinstiges Polen. — Wenn sich nun die deutsche Bevölkerung, welche mit ihrem Gouvernement in Berlin in der posener Frage in der Minorität geblieben, nach Frankfurt wendet, so entsteht die Frage; ob das Gouvernement gegen seine eigene Landesversammlung sich ebenfalls an jenen Rückhalt lehnen, und ob die Krone im Sinne des Beschlusses vom 27. Juli die Sanktion des §. 1., wie er beschlossen worden, versagen werde? Erst wenn die Sanktion nicht ertheilt würde, träte der Competenzkonflikt zwischen Berlin und Frankfurt ein. Dennoch scheint der Recurs der Deutschposener nach Frankfurt nicht übereilt, wenn man erwägt, daß ihnen daran gelegen sein muß, daß der zweiten Berathung der deutschen Verfassung den für Posener Grenzregulirung in §. 1. stehen gebliebenen Vorbehalt zu erledigen, und endlich durch Sonderung der Verwaltung und Einführung rein deutscher Institutionen in Deutschposen den Wirren und namentlich den Umtrieben der Liga ein Ende gemacht zu sehen. Offenbar wird es dann die Aufgabe der Deutschen sein, die Nationalität der viertehalbhunderttausend Polen in ihrer Mitte in Sprache und Gesittung zu achten und zu ehren und das materielle und intellektuelle Wohl namentlich des Bauernstandes so zu fördern, daß er in politischer Beziehung an den neuen Rechten der deutschen Verfassung theilzunehmen und ihren Werth kennen zu lernen im Stande ist. Dadurch wird er, der neuen politischen Rechte sich freuend, gegen die von Polnischposen aus vielleicht gemachte Propaganda gleichgültig werden. Uns scheint, daß, wenn die definitive Abgrenzung durch Theilnahme der Centralgewalt jetzt zur Ausführung kommt, die preußische Regierung der Landesversammlung gegenüber um so eher die Sanktion des Beschlusses vom 26. Oktober verweigern, und für diese Verweigerung leichtlich eine Majorität erhalten könnte, besonders wenn diese Regelung der Verhältnisse in Posen günstige Folgen hat, was nicht zu bezweifeln zu sein scheint. Dann könnte das Phillips'sche Amendement bei der Lesung des ganzen Verfassungswerkes die Fassung bekommen, in welcher es auch jetzt nicht zur Brandfackel gewerden und in Widerspruch mit den Frankfurter Beschlüssen gekommen wäre, nämlich: „Den Bewohnern von „Polnischposen" (nicht des Großherzogthums, wie es jetzt lautet) werden die ihnen ertheilten besonderen Rechte gesichert. Ein organisches Gesetz wird sie näher bezeichnen." Welches übrigens diese „besonderen Rechte" sind, die man zum Inhalte eines organischen Gesetzes machen will, wollen wir in der Folge in Erwägung ziehen.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 6. Nov. Die Mediatisirungen finden Anklang unter den zu Mediatisirenden. Fürst Heinrich 72. Reuß ist nicht der einzige, den die „Flachsenfingerei" der kleinen Staaten an Geduld und Vertrauen erschöpft hat: es bereiten sich ihm Nachfolger vor. In Schwarzburg-Sondershausen z. B. will man nicht erst den Augenblick erwarten, wo von Frankfurt aus die Zusammenlegung der kleineren Staatswesen und ihre Einordnung in größere verfügt wird, sondern die Regierung kommt einem Ereignisse, wenn nicht zuvor, doch entgegen, welches sie den Umständen nach selbst als ein unvermeidliches und nothwendiges erachtet, sie kommt ihm klüglich entgegen, jetzt, wo sie es noch gestalten und zu Gunsten ihrer Wünsche wenden kann. Die Reichsgewalt wird dergleichen Gebiete indessen in ihre Verwaltung nehmen. Aber nur in eine vorläufige Verwaltung und bis über die naturgemäße Eintheilung des offen gewordenen Landes in ein größeres Reichsland entschieden ist. Denn die Wiederherstellung jenes lauwarmen Verhältnisses der früheren Reichsunmittelbarkeit wäre ein Unding. Die Centralgewalt soll über und durch die Regierungen der Einzelstaaten herrschen. Sie bedarf keiner „Hausmacht", auch wenn es möglich wäre, ihr eine solche von ansehnlicherem Umfange zu bilden. Ja, das Vorhandensein einer solchen „reichsunmittelbaren" Macht würde den Charakter der Centralgewalt aus dem reinen und einfachen Standpunkte, den der Name hinreichend bezeichnet, in unklare und in „partikulare" Beziehungen versetzen.

⨯ **Wien.** Wenn wie gestern die Vertheidigung Wiens für andere Städte auf den Fall einer Belagerung zum Muster aufstellten, so dürfen wir freilich dabei nicht unerwähnt lassen, daß die Bewohner durch die eigenthümliche Bauart der Residenz auf die glücklichste Art unterstützt wurden. Wien ist trotz der Paläste und Gärten, der Alleen und freien Plätze, die es später in dem erweiterten Umkreise seiner „Linien" aufnahm, eigentlich doch die Festung geblieben, deren Grundzüge ein Plan von 1547 aufbewahrt hat. Das strenge Accisesystem der Stadt machte es, auch als schon die Türkenkriege längst aufgehört hatten, nöthig, dieselbe nach allen Seiten hin abschließen zu können, und der Absolutismus der neueren Zeit fügte, der leichteren polizeilichen Ueberwachung wegen, das etwa Fehlende hinzu. Bekanntlich bildet die Altstadt den Mittelpunkt der mit ungefähr 8000 Häusern besetzten Scheibe. Sie theilt sich in vier Viertel: das Schottenviertel im Norden, das Kärnthnerviertel im Süden, das Stubenviertel im Osten, das Wienerviertel im Westen. Von den Vorstädten ist sie nach allen Seiten hin durch die Glacis, einen mit Alleen bepflanzten Zwischenraum von beinahe Kanonenschußbreite, getrennt, die sich längs um die, aus der Erinnerung auf etwa 40 Fuß hoch geschätzte, von sieben tunnelartigen Thoren durchbrochene Bastei (die alte Festungsmauer) hinzieht. Daraus ergibt sich bereits, daß der Besitz auch aller 34 Vorstädte noch nicht den Besitz der Altstadt in sich begreift. Der mit Geschütz bepflanzten Bastei gegenüber sind nämlich die Angreifenden ohne alle Deckung, während ihre Kugeln bei den leicht zu verrammelnden Thoren den Angegriffenen nur wenig Schaden beizufügen im Stande sind. Der einzig schwache Punkt ist für einen Sturm auf die innere Stadt die Mündung der Taborstraße und der Jägerzeile an der Ferdinandsbrücke in der Leopoldsvorstadt, weil hier der Zwischenraum nur durch einen Donaukanal von der Breite des Neckars gebildet wird. Nach dem Uebergange der kaiserlichen Truppen über die Taborbrücke im Osten des Prater und des Augarten ließ sich für einen Ortskundigen der Plan von Windischgrätz, an dieser Stelle den Hauptschlag auszuführen, nicht mehr verkennen, daher auch von Seite der Wiener die starke Besatzung der sogenannten Biberbastei am rothen Thurm, welche jene Brücke und den freien Platz am Ende der Jägerzeile vor dem vielen Reisenden gewiß bekannten „goldenen Lamm" beherrscht. Daß aber selbst an den „Linien" ein harter Widerstand geleistet werden konnte, liegt darin, daß diese sogenannten Linien von einem 12 Fuß hohen Walle gebildet werden, an dessen Außenseite sich ein Graben hinzieht. — Wir haben oben von 34 Vorstädten gesprochen; bei einem Ueberblicke über die Stadt unterscheidet aber das Auge eigentlich nur 4 große Hauptmassen, die sich mit verschiedener Dehnung nach Außen um das Centrum der Hauptstadt an der Peripherie der Glacis ansetzen. Wichtig zur Orientirung hinsichtlich der Kampfplätze sind davon im Süden: das Schwarzenbergische Palais mit dem daranstoßenden Belvedere, beide Schlösser von graßartigen, mauerumfriedeten Gärten umgeben, und nahe bei in ihrem Rücken der Bahnhof des Gloggnitzer (Trieftiner) Schienenwegs; im Osten: die Leopoldstadt mit dem Prater, dem Augarten, der Jägerzeile und Taborstraße; im Norden: die Nußdorfer Linien.

* **Wien.** Aus den Briefen unseres △ Korrespondenten, die von Tag zu Tag die wichtigsten Ereignisse aufzeichnen, theilen wir mit, was theils frühere Mittheilungen zu ergänzen, theils die Auffassung der Begebenheiten von der Seite der Stadt anschaulich zu machen geeignet ist. Wir beginnen mit dem letzten Ereigniß, das durch Briefe aus der Stadt selbst bekannt geworden ist, mit der Berufung des Ministers Kraus in's Lager am 25. Okt. Das Resultat einer Unterredung von vielen Stunden war die Erklärung Windischgrätz's, mit einer Kommission des Reichstags zwar unterhandeln zu wollen, auf den Bedingungen der Kundmachung vom 23. aber bestehen zu müssen; das einzige, wozu er sich verstehen könne, sei die Namhaftmachung der nach dem dritten Punkt verlangten Geißeln. Der permanente Ausschuß erklärte sich hiernach gegen die Absendung einer Kommission des Reichstags. Ein Schreiben der Reichskommissäre Welcker und Mosle wurde in derselben Sitzung verlesen, worin sie erklären, daß sie in Ollmütz schon Scheritte zur Pacificirung gethan und sobald als möglich nach Wien kommen würden. Die Berathung und Beschlußnahme über das kaiserl. Verlegungsrescript haben wir schon früher gemeldet. Am 25. um ein Uhr entspann sich ein Kamof in der Weigittenau, an der Nußdorfer und St. Marxer Linie. Man hörte fortwährend Kanonendonner und Kleingewehrfeuer in der Stadt; besonders heftig war der Kampf in der Brigittenau, wahin Nachts kaiserl. Jäger waren übergeschifft worden. Eine ungeheure Flamme röthete den Horizant. Am 26. um 4 Uhr sollte die von Windischgrätz gesetzte Frist von 48 Stunden

verlaufen sein; aber schon um 5 Uhr Morgens ertönte der Kanonendonner, der Augarten wimmelte von Soldaten, die wieder über Nacht übergeschifft wurden, und die Kugeln flogen schon bis auf das Leopoldstädter Glacis. In der Ferne sah man durch die dichten Nebel zwei ungeheure Flammen. Die Stimmung in der Stadt war eine wilde Wuth, weil Windischgrätz sein Wort nicht gehalten, und den Kampf vor Ablauf der Frist begonnen habe. Der Oberkommandant machte bekannt, die von Ollmütz zurückkehrende Deputation des Gemeinderaths und der Nationalgarde sei vergebens im Lager gewesen; er forderte demnach alle Waffenfähigen auf, sich auf zwölf Uhr zum Kampfe zu rüsten — der Kanonendonner und das Sturmgeläute aus fünf Vorstädten bildeten den Kommentar zu diesen Worten. „Unter furchtbarem Hohngelächter, schreibt unser Korrespondent, hörte man die Leute durcheinander rufen: so hält ein österreichischer Feldherr sein Wort, wenn er die Residenz des Kaiserreichs belagert. Es gibt keine Verwünschung, die nicht gegen Windischgrätz an diesem Tage ausgestoßen wurde." Den Bedrängten mag die Sache wohl so erschienen sein; aber nach den Berichten aus der Umgebung der Stadt war nicht von den Truppen der Kampf begonnen worden; ja es hat nur zu sehr den Anschein, als wäre dieß frühzeitige Angreifen und die Anschuldigung der Treulosigkeit eins der Mittel in der furchtbaren Taktik der Partei gewesen, die den Bruch auf die äußerste hoffnungslose Spitze zu treiben suchte. —

„Zwei Uhr. Der ganze Horizont unsrer armen Stadt ist wie ein Flammenmeer — ich war eben auf der Bastei, von wo man acht Feuersäulen von furchtbarem Umfange emporsodern sieht — sie sollen zum Theil von den Sezessionern angelegt sein, zum Theil von den Granaten, welche Windischgrätz werfen läßt, herrühren." — Nach den Nachrichten aus dem Lager war jedes Feuer von den Belagerten als Vertheidigungsmittel angezündet, oder von den Proletariern angelegt. So beschuldigt eine Partei in diesem schrecklichen Drama die andere!

„Neun Uhr. Der Kampf tobt noch immer — alles flüchtet aus den Vorstädten in die innere Stadt — draußen tönt die Sturmglocke und die Alarmtrommel ruft unaufhörlich die Kämpfer, alle Fenster der Vorstädte und innern Stadt sind erleuchtet, aber die Lichter erblassen vor der Brandfackel, welche unsre Armee angezündet hat — die Flammen machen die Nacht zum Tage — der Name Windischgrätz ist zu einem feurigen Meteor geworden." Der Kanonendonner dauert die ganze Nacht bis zum Morgen des 27., wo nach 5 Uhr Stille eintritt. Der Gemeinderath macht bekannt, daß er (wie seiner Zeit berichtet worden ist) eine Deputation zu Windischgrätz geschickt habe, um Erläuterungen der Proklamation vom 25. entgegenzunehmen. Diese Erläuterungen bestanden in der bekannten Proklamation vom 25. und in der namentlichen Bezeichnung der Personen, deren Auslieferung verlangt werde. In der Reichstagssitzung vom 27. erklärte Schuselka, er fühle sich inmitten des gewaltigen Kampfes, dessen Schauplatz die Stadt sei, zu klein und unbedeutend, um Bericht zu erstatten. Er verliest ein Schreiben Wessenbergs an den Finanzminister Kraus als Antwort auf den Protest des Reichstags gegen Windischgrätz und die Anfrage, ob er (Wessenberg) die Gewaltmaßregeln des Fürsten als konstitutioneller Minister verantworten wolle. Wir theilen das Schreiben vollständig mit:

„Da mir mich um 23. Oct. erlassene Schreiben nebst beigelegener Anfrage von Seite des Reichstagsausschusses, habe ich heute Morgen um 6½ Uhr erhalten. Der Zustand der Stadt Wien ist leider ein so exceptioneller, zumal dadurch, daß daselbst vorzüglich fremde Elemente im Spiele sind, ferner daß die Insurrection auch durch den Uebertritt verführter Militärd einen ernsten Charakter angenommen, daß alle Aussicht verschwunden ist, mit gewöhnlichen friedlichen Mitteln auszureichen. Die Kundmachung vom 19. d. M. läßt nicht den mindesten Zweifel ebensowenig über die unwandelbaren vaterlichen Gesinnungen Sr. Maj., als über den Zweck der militärischen Maßregeln, zu welchen sich der gütigst Monarch unthgedrungen sieht. Die Umstände sind aber von der Art, daß es wohl unmöglich gewesen wäre, die Vollmacht des mit der Herstellung der gesetzlichen Ordnung beauftragten Ober-Befehlshabers anders als durch Bezeichnung des vorgesetzten Zweckes zu beschränken; da jeden Augenblick eine andere Maßregel hervorgerufen werden kann, lassen sich dieselben nicht im Voraus bestimmen. Der Reichstag darf überzeugt sein, daß die konstitutionellen Rathgeber Sr. Maj. in vollem Maße seine Theilnahme an dem Schicksale der Stadt Wien und ihrer pflichtgetreuen Bewohner theilen, allein derselbe wird nicht verkennen, daß vor Allem von diesem selbst geeignete Schritte hätten ausgehen müssen, um der zunehmenden Unordnung zu steuern und den Gesetzen Achtung zu verschaffen, und vielleicht noch jetzt statt haben sollten, um größerem Unheil vorzubeugen, indem dem Befehlshaber der k. k. Truppen nichts willkommener sein wird, als in den Stand gesetzt zu werden, Milde vor Strenge walten zu lassen.

Wessenberg. m. p.

Die Vorlesung dieses Schreibens war von wiederholtem anhaltendem Zischen begleitet. — Dann theilt Schuselka mit, daß von einem k. k. Offiziere dem Ausschusse die Mittheilung gemacht wurde, daß sehr viele Offiziere der k. k. Armee bereit seien, sich vor dem Volke mit ihrem Ehrenworte schriftlich zu verpflichten, die Errungenschaften des März und Mai nicht nur nicht anzutasten, sondern jeden zu vertheidigen gegen allenfallsige Angriffe. Der Gemeinderath hatte der Deputation welche mit dem Fürsten Windischgrätz über friedliche Ausgleichung unterhandeln sollte, den Auftrag ertheilt von dem Fürsten die Erlaubniß zu erwirken, daß seine Offiziere diesen Entschluß verwirklichen dürften.

Nach einem weiteren dem Reichstag mitgetheilten Schreiben des Fürsten Windischgrätz, bestimmte er als Modifikirung des Punktes 3 seiner zweiten Proklamation die folgenden Personen zur Auslieferung: 1) General Bem, der sich als polnischer Emissair völlig unbrauchen in die hiesigen Angelegenheiten gemischt habe. 2) Unterstaatssekretair Pulszki, 3) Dr. Schütte, 4) die Mörder des Grafen Latour. Den Gemeinderath macht der Fürst für die Unverletzlichkeit aller Staatsgebäude und des Privateigenthums verantwortlich.

Ueber die inneren Zustände in Wien geben die Wiener Briefe in der Schles. Ztg. bemerkenswerthe Einzelheiten. Das Pressen, heißt es hier, geschieht in grausartigem Maßstabe und liefert den Beweis, daß der Kampf nicht von dem eigentlichen Kerne der Bevölkerung ausgeht, sondern von jener terroristischen Faktion, welche ihre aufrührerischen Fäden schnell über ganz Europa hin ausgesponnen hat und ihre Kräfte aus dem Proletariat und der freiheitsberauschten Jugend schöpft. Die Patrouillen, die auf den Straßen umhergehen, gehören größtentheils der Mobilgarde an, und diese ist wieder gebildet aus obigen Elementen. Diese Patrouillen treiben in der Leopoldstadt die Nationalgarden förmlich mit Gewalt aus den Häusern zum Kampfe hin. Die Presser gehen bis in die vierten Stockwerke hinauf, und es kommen Fälle vor, wo man einzelne Garden, welche sich unter den Bettladen verkrochen haben, gewaltsam an den Beinen hervorzieht. Diese Aermsten werden dann beim Kampfe in das erste Treffen gestellt, wo sie durchaus kämpfen müssen, da sie hinter sich die Feuerrohre der Mobilgarde haben, und vor sich die der Truppen. Weiterhin heißt es: Plötzlich tauchen auch die polnischen Kämpfer auf. Man sieht bewaffnete Reiter und Fußgänger derselben, alle die polnische viereckige rothweiße Mütze tragend. In diesem Augenblicke sprengt ein polnischer Uhlan daher und ruft frohlockend: „Ein Bataillon Grenadiere geht zu uns über!" Die Fortsetzung des Kampfes am 30. Okt. wird ebendaselbst mit großer Wahrscheinlichkeit dem Terrorismus der bewaffneten, durch die Raketen vom Stephansthurm, welche die Ankunft der Ungarn verkündeten, neu aufgestachelten Massen in der innern Stadt und den vom Militär nach nicht besetzten Vorstädten, zugeschrieben. Fürst Windischgrätz, wird gesagt, sei bei seinen Operationen gegen die Stadt mit großer Mäßigung und Schonung zu Werke gegangen; er habe immer Bedenkzeit gelassen, um den mörderischen Kampf zu vermeiden. „Es ist jedoch nunmehr (am 30. Okt.) unzweifelhaft," heißt es weiter, „daß die Fortsetzung des einmal begonnenen Kampfes geschehen muß, denn sonst ist an eine Pacifikation der Stadt nicht zu denken. Der Gemeinderath mag beschließen und anordnen was er will: auf sein alleiniges Geheiß wird es doch nicht möglich sein, die Stadt aus den Händen jener aufrührerischen Faktion zu befreien. Dieselbe ist durch ihren Anhang viel stärker, als der Gemeinderath, und wird daher thun, was ihr beliebt. Sie wird es wahrscheinlich darauf ankommen lassen, das Eigenthum schuldloser Bürger von Bamben und andern Wurfgeschossen verwüsten zu lassen, in Folge ihrer öffentlich ausgesprochenen Ansicht, daß solch ein gewaltsames Angreifen ihrer Sache nur förderlich sein könne." — Nicht minder schwere Anklagen werden aber auch gegen das Militär erhoben. Es habe seinen Sieg in einer Weise benutzt, die jede menschliche Brust empören müsse. „Anstatt die Bewaffneten, welche nicht mehr im Widerstande betroffen wurden, den Regeln des Standrechts gemäß fest zu nehmen und dem Kriegsgerichte zu überliefern, hat man jeden Einzelnen erbarmungslos niedergemacht, und dies ist nicht etwa von den Gemeinen allein ohne besonderes Geheiß ihrer Oberen geschehen, nein, selbst Offiziere rühmen sich jetzt öffentlich der Befehle, die sie dazu gegeben haben. Des Abends auf der Straße hat man wehrlose Leute niedergeschossen, welche auf den Ruf: „Wer da!" der Schildwache nicht gleich stehen blieben, sondern vor Entsetzen die Flucht ergriffen. Einen Fall dieser Art habe ich selbst mit angesehen in der Leopoldstadt, wo zwei Menschen, von zwei Kugeln durchbohrt, todt niedersanken. Das kaiserliche Militär hat jedoch nicht allein gemetzelt, es hat auch geraubt und geplündert, und zwar, wie es scheint, in ganz legaler Form, ohne daß es von den Vorgesetzten daran gehindert worden wäre." Der Berichterstatter gibt an, er habe gesehen, wie Grenadiere im Hofe seiner Wohnung aus ihren Brodbeuteln Uhren, Lorgnetten, Damenschleier, feine Wäsche u. dergl. hervorlangten. Bei den Kroaten soll schon ihr bloßes Ansehen ihre Zähigkeit zu derartigen Exzessen beweisen.

Digitized by Google

Wien, 1. Nov. (Nachmittags.) Die Schles. Ztg. enthält folgende Einzelheiten. Bei dem Vordringen der Truppen in das Universitätsviertel fand man die Steaße leer und im Universitätsgebäude selbst nur 20—25 Arbeiter, welche sofort als Gefangene behandelt wurden; Studenten dagegen hat man nicht gesehen. Dr. Schütte hat sich freiwillig gestellt. Der ungarische Unterstaatssecretär Pulsky ist, wie allgemein versichert wird, in Wien nicht mehr anwesend.

Wien. Die Schles. Ztg. theilt aus Troppau ein sehr beredtes Plakat Jellacic's an die Wiener mit. Es scheint aus der Zeit, wo Jellachich noch in Ungarn stand. „Ihr meint," heißt es im Eingang, „daß ich ein Feind des Deutschthums und gesonnen sei, aus dem schönen deutschen Oesterreich ein großes Slavenreich zu machen. Liebe Bürger! glaubet ja nicht, daß ich je solche Gedanken in mir hatte oder haben werde. Ich vertheidige bloß die kroatischen Rechte, um sie von der anmaßenden magyarischen Zwingherrschaft zu befreien." „Als die Ungaen", heißt es weiter, „in den Märztagen von Wien zurückgekehrt waren, kamen sie mit einem ungeheuren Stolz und waren wohl in der Meinung, daß nur sie eine Freiheit errungen haben." Die Bedrückungen der Ungarn werden geschildert und dann fortgefahren: „Bürger Wiens! Ihr habt in eurem Freiheitsjubel die Sklavenketten der ganzen Monarchie gebrochen und zertrümmert, und die Ungarn wollten im Rausch der Freiheit die schmachvollen Fesseln den Kroaten wieder anlegen. Sie wollen aber keine Sklaven mehr, sie wollen so wie Ihr freie Bürger sein. Wie bedauere ich, daß Ihre sie und mich, daß Ihr unsere Absicht gänzlich verkennt! Ich bin ein freiheitsbegeisterter Mann, und Ihr haltet mich für einen feigen Söldling der Knechtschaft; ich kämpfe nur für die Freiheit, und Ihr haltet mich für einen Verräther und Unterdrücker derselben! Ist es nicht von jeher bekannt, daß ich wegen freier Worte von Metternich entfernt wurde, und jetzt soll plötzlich ein Vernichter der Freiheit aus mir geworden sein?" — „Ich würde nie als Feind vor den Mauern Wiens erscheinen," heißt es am Schluß, und wenn das unser Kaiser wollte, so würde ich lieber meine Stelle in seine Hände niederlegen. Es ist aber weder von Seite unseres guten Kaisers, noch von meiner Seite die mindeste Ahnung zu solch' einem Scheritte vorhanden, und Ihr ängstiget Euch umsonst mit dem fortwährenden Gedanken von der Belagerung Eurer schönen und ruhmvollen Stadt."

Der deutsche Centralverein für Böhmen hielt am 29. Oktober eine stark besuchte Versammlung in Reichenberg. Eine Adresse an den Kaiser, die um milderes Verfahren gegen Wien bittet und besonders auf die materiellen Nachtheile des Standes der Dinge in Wien für alle Provinzen des Kaiserreichs, auf die Lage der Fabriken und die Brodlosigkeit der Arbeiter hinweist, wurde beschlossen und erhielt in kurzer Zeit nahe an 4000 Unterschriften. Eine Deputation ist nach Ollmütz gereist, um sie zu überbringen.

— In **Brünn** erneuerten sich am 31. Okt. die Unruhen. Haufen Menschen hatten die Nacht durch die Steaßen der Vorstädte mit Fackeln durchzogen und ein Haus sömlich geplündert. Am Morgen gestaltete sich die Lage der Stadt noch bedenklicher, namentlich durch den Zudrang von Fremden; die Läden wurden gesperrt, die Garde trat unter die Waffen und besetzte die wichtigsten Punkte. Eine Schaar der Tumultuanten, die sich Spieße und Flinten verschafft hatten, zogen vor eine Fabrik, um sich der dort gefertigten Gewehre zu bemächtigen; doch trat ihnen dort die Garde entgegen, die, als sie mit Steinwürfen angegriffen wurde, feuerte. Es gab zwei Todte und 30 Verwundete, der Platz ward frei. Um 1 Uhr wurde das Aufruhrgesetz verlesen und der Tumult hatte für diesen Tag ein Ende. Auch die Nacht zum 1. Nov. verging in der Stadt ruhig; ein Haufen der versprengten Aufständischen zog nach dem Dorfe Sebrowitz, soll aber von den Bauern daselbst übel empfangen worden sein. Gegen 70 des Raubes beschuldigte Individuen sollen in Folge dieser Unruhen verhaftet worden sein.

Gratz, 29. Okt. Hauptmann Mayer (früher Auditor in Gratz) ist heute, als Courier von Siebenbürgen kommend, nach Wien hier durch und hat sich beim Feldmarschall-Lieutenant Spanocchi gemeldet; wahrscheinlich dürften nach der Occupirung Wiens die militärischen Operationen gegen Pesth von vier Seiten, nämlich von Norden durch Hammerstein, von Osten durch Puchner und die Serben, von Süden durch Feldmarschall-Lieutenant Dahlen und von Westen durch Windisch-Grätz und Jellacic mit Entschiedenheit geführt werden. — Feldmarschall-Lieutenant Dahlen hat bereits ein Korps von 16,000 Mann regulären Grenzern beisammen, mit denen er verläßlicher Nachricht zufolge heute die sogenannte Murinsel zwischen der Drau und Mur besetzen und dann vielleicht im Vereine mit dem Korps des Feldzeugmeister Nugent, das gleichfalls schon über 8000 Mann zählt, weiter gegen Pesth operiren wird. — Fürst Windischgrätz hat allen k. k. aktiven und pensionirten Offizieren, die gegenwärtig in der sogenannten ungarischen Armee unter Kossuth, sowie auch in den Reihen der Nationalgarde und Freiwilligen wo immer gegen k. k. Truppen dienen, eine Frist von 14 Tagen zur Rückkehr in den zukömmlichen Dienstverband gegeben, nach deren fruchtloser Verstreichung diese Offiziere ihres Charakters entsetzt und ihrer Genüsse verlustig erkläret werden. (Gr. Ztg.)

Auch in **Grätz** haben unruhige Auftritte stattgefunden. Am Abend des 27. Okt. versuchte eine Deputation von Garden und Studenten die Einwilligung des Gouverneurs zur Aufbietung des Landsturms zu erhalten, wurde aber von der Bürgerwache daran verhindert. Dagegen gelang es dieser Partei an demselben Abend 1200 nach Italien bestimmte Gewehre am Bahnhof wegzunehmen und unter ihre Anhänger zu vertheilen. Ein Versuch das italienische Regiment Wimpfen zum Niederlegen der Waffen zu bewegen, wurde von demselben zurückgewiesen.

Prag. Die Antwort der Slowanska Lipa auf das Schreiben des Banus Jellacic besteht in folgendem Dankschreiben: Hoher Banus! Ew. Excellenz! Nie hat unser Verein der Slowanska Lipa an der treuen und aufrichtigen Gesinnung Ew. Exc. als eines Slawen gezweifelt, stets waren ihre Blicke zu den südslawischen Brüdern gewendet, sie suchten und sahen blos in Ew. Excellenz das Heil der österreichischen Slawen, und vertrauensvoll erwarteten sie daher den Sonnenaufgang der slawischen Freiheit. Nichtsdestoweniger müssen wir eingestehen, daß wie keineswegs uns der Furcht bemeistern konnten, damit einerseits Ew. Exc. und slawischen Helden nicht ein Unglück zwischen den Hauptstädten der Feinde des Slawenthums treffe, andererseits wieder, damit durch ihre auf verborgenen Pfaden sich windenden hinterlistigen Absichten und Plane Ew. Exc. und unsere Hoffnungen vernichtet werden. Desto mehr wurde unser Herz freudig ergriffen, und zu desto größerem Danke fühlen wir uns Ew. Exc. dafür verpflichtet, daß Sie nicht säumten, uns über die Ursachen der Bewegungen Ihres heldenmüthigen Heeres aufzuklären, und daß Sie uns gütigst erörterten, was vielleicht unsere Blicke nicht hell genug durchschaut haben würden. Ja, wir verstehen nun völlig die Handlungsweise Ew. Exc., und so viel die Kräfte unsers Vereins hinreichen, werden wie selbe vertheidigen und unterstützen mit Wort und That. Ebenso sind wir vollkommen mit der Erklärung Ew. Exc., einverstanden, daß, sowie das Slawenthum die größte Stütze Oesterreichs sei, auch nur in dem Gesammtverbande der österreichischen Staaten die slawische Freiheit erblühen kann. Aus dieser Ursache auch können wir nicht umhin, unsern aufrichtigen Dank für jene Hülfe auszusprechen, mit welcher Ew. Exc. die unterdrückten Slowaken zu bedenken geruhte, und bitten dringend, daß Ew. Exc. diesem gedrücktesten slawischem Stamm Ihre mächtige Hülfe in dieser Zeit der größten Noth angedeihen lasse. Geruhen Ew. Exc. den Ausdruck unserer unbegränzten Ehrfurcht entgegenzunehmen. Prag, den 15. Oktober 1848. Die Slowanska Lipa.

Prag, 2. Nov. Die böhmische Deputation ist endlich beim Kaiser zur Audienz gelassen worden und hat folgende Antwort erhalten: „Der zur Leitung der militärischen Maßregeln gegen Wien beauftragte Commandirende hat nichts versäumt, um die Anwendung trauriger Zwangsmittel zu vermeiden. Erst nach wiederholtem Zögern wurde zu dem Aeußersten geschritten und ich hoffe, daß der ausnahmsweise Zustand, in welchen Wien getreten, vorübergehen und die Besorgnisse, welche von der Prager Bevölkerung ausgehen, bald völlig beseitigt werden. Ich fühle mich nicht in der Lage, jetzt schon darüber einen bestimmten Ausspruch zu thun." Die Deputation gab sich aber nicht zufrieden mit dieser nichtssagenden Antwort und verbleibt noch in Ollmütz, um weitere Schritte zu thun. (D. Allg. Ztg.)

♂ **Berlin**, 4. Nov. Wir erfahren noch seltsame Einzelnheiten über die Umstände, wovon die beiden Abendsitzungen der Nationalversammlung begleitet gewesen sind. In der Sitzung am 31. v. M. verbreitete sich während der Abstimmung über den Waldeck'schen Antrag und das Duncker'sche Amendement das Gerücht, daß der Oberpräsident von Meding von dem Volke mis-

Digitized by Google

handelt und von dem Tode am Laternenpfahl nur durch Dazwischenkunft einiger entschlossener Männer gerettet worden sei. Man sagte auch, daß der Versuch gemacht sei, das Schauspielhaus, dessen Ausgänge überall vernagelt waren, in Brand zu stecken. Ein Abgeordneter fand durch Hülfe der Bürgerwehr einen Ausgang durch die Kellerpforte, und als er nach einigen Minuten in das Haus zurückkehren wollte, wies man ihn überall unter Schmähungen und Drohungen zurück, so daß es ihm unmöglich war, an der dritten Abstimmung Antheil zu nehmen. Unter der großen Treppe des Schauspielhauses redete ein Mann die versammelte Menge mit folgenden Worten an: „Meine Herren, ich habe so eben dem Breslauer Deputirten Brill mitgetheilt, er möge, wenn heute auch der dritte, auf die Wiener Ereignisse sich beziehende Antrag fallen sollte, die Mitglieder der rechten Seite und des Centrums auffordern, im Interesse ihrer Lebenssicherheit sofort ihr Mandat niederzulegen, weil wir alsdann nicht mehr für ihr Leben einstehen könnten." Die versammelte Menge schrie dem Redner Beifall zu. — In der Donnerstags-Abendsitzung wurde bekanntlich ein Permanenzantrag eingebracht und für dringlich erklärt. Um nun die Versammlung beschlußunfähig zu machen und so der Annahme dieses Antrags zuvorzukommen, entfernten sich die meisten Mitglieder der rechten Seite und des Centrums aus dem Sitzungssaale. Gegen Mitternacht kehrten einige Deputirte von der Charlottenstraße aus in das Schauspielhaus zurück und wurden von der dort aufgestellten Bürgerwehr mit der Bemerkung empfangen, daß sie Befehl habe, keinen Abgeordneten der rechten Seite wieder aus dem Hause zu lassen. In der That versuchten auch die beiden, vor dem Restaurationssaale stehenden Wachtmannschaften, das Heraustreten mehrerer Deputirten mit gefälltem Bajonnet zu verhindern. Als die Abgeordneten mit der gewaltsamsten Nothwehr drohten, erschien der Major Rimpler, von dem offenbar dieser Befehl **nicht** ausgegangen war, erklärte die ganze Sache für ein Mißverständniß und verschaffte den Abgeordneten freien Zutritt und Ausgang. Von wem der Befehl ausgegangen war, hat sich nicht ermitteln lassen, und obschon es durch Zeugen bewiesen werden kann, daß ein als Hausdiener gekleideter, jetzt nicht mehr zu ermittelnder Mann die an der Thüre stehenden Wachtmannschaften zur Handhabung dieses Befehls aufgefordert hat, so ist es doch eben so gewiß, daß auch der Vicepräsident Phillips, der den Präsidentenstuhl eingenommen hatte, einen solchen Befehl **nicht** erlassen hatte. Es frägt sich deßhalb, wer die unbekannten Oberen sein mögen, die einen solchen Einfluß auf die zum Schutze der Abgeordneten in das Innere des Hauses gestellten Wachtmannschaften sich zu verschaffen gewußt haben?

CC **Berlin**, 4. Nov. Daß man noch immer nur an Beamten-Ministerien bei uns denkt, beweist folgende Combination, welche man für den Augenblick im Auge hat. Graf v. Brandenburg, Präsident und Kriegsminister; v. Ladenberg, Minister der geistlichen Angelegenheiten; Graf v. Bülow, Minister des Auswärtigen; Scheller (früher Ehefpräsident in Frankfurt a. d. O.) Justiz-Minister; v. Bonin, Finanz-Minister; Kühlwetter, Minister des Innern; v. Unruhe, Handel und Gewerbe. Es scheint also, daß in der gestern gemeldeten Konferenz von Unruh's mit dem Grafen v. Brandenburg nicht Unruh, wie er sich vorgenommen, den Grafen v. Brandenburg, sondern der Letztere den Ersteren bekehrt hat. — Am vergangenen Dinstage haben **Polen** vor dem Schauspielhause einen Deputirten angegriffen. Er konnte sich nur dadurch retten, daß er seine Angreifer polnisch ansprach. — Der rothe Bart des Abgeordneten Behrend's soll in der Nacht zum 1. Nov. **der Verabredung zuwider** mit den Fackeln der Bummler in so unangenehme Berührung gekommen sein, daß er denselben um einige Zoll verkürzen mußte.

* Der „Leuchtthurm", bekanntlich eines der radikalsten Blätter Sachsens, bringt eine Schilderung der politischen Klubs, Vereine und Volksredner in Berlin, aus der wir hier die Charakteristik einiger der bekanntesten Persönlichkeiten mittheilen wollen. **Held** schildert der „Leuchtthurm" folgendermaßen: Ein großes, fettes, fruerroth-dichtumbartetes Individuum mit einer heroischen Lunge und Beredsamkeit. Scharfsinnig, witzig, mit unverwüstlicher Geistesgegenwart gegen Einwürfe und Grobheiten, diplomatisch suchartig, ohne Liebe zum Volke, vom unmündigen Volke geliebt wie Keiner, von seiner Partei verachtet und von seinen Feinden gehaßt und verunglimpft wie Keiner. Selbstmörder seiner großen Zukunft durch Eitelkeit, Egoismus und Socialismus. — **Ottenfoser**, Lodendiener, Kommunist, ein kleiner Mirabeau, von Eitelkeit durchfressen, schwarzhaarig, unvermeidlich, wo es möglich ist, zu reden. — Dr. **Löwinson**, schlanker Arzt, Personifikation der ewig brennenden Leidenschaftlichkeit der Revolution, kreischend, giftige Stimme, Tag und Nacht auf den Beinen, jedem, den er festzuhalten vermag, eine Rede haltend, sich persönlich opfernd seinem unauslöschlichen Pathos für die Demokratie und gegen die Reaktion. — **Korbe**, weißhaarig in Haar und Bart, ehemaliger Mädchen-Lehrer, ehemaliger Konditor, goldenes Kalb der niedrigen Volksklassen, öfter auf den Schultern getragen und zum Reden maltraitirt, mächtig auf das Volk wirkend, weil er mit patriotischen und religiösen Floskeln dessen Vorurtheile und polizeilich anerzogene Ideen zu erwärmen weiß. — **Urban**, ein Held des 18. März, verdorbener Thierarzt, verdorbener Pietist, heroisch von Körperbau, lang-schwarzbärtig, bis zu seiner Feigheit dem Gerichte gegenüber (er war des Zeughaus-Sturmes mit angeklagt) Rottenführer einer ganzen Schaar, die sich zwischen Pietismus, Republik und Königsverehrung haltlos umhertrieb. — **Müller**, Präsident des souveränen Lindenklubs, ehemaliger Berliner Kaufmann, jovioles Gesicht mit tornisterblonder Umhoorung, unvergleichlich in seiner heiseren, heiteren, berlinisch volksthümlichen Manier, die Reaktionäre und deren Thun und Treiben für's Zwergfell zu bearbeiten und dem Volke doch Halt beizubringen. — Ludwig **Eichler**, ebenfalls heiser od zu vieler spiritualistischer Flüssigkeiten, mit fließendem Gifte und starrer Kaltblütigkeit, stoßend, stechend, Dolche und Keulen redend. Braunhaarig mit rothem Barte, von grau verschimmeltem Ansehen. Er ist einer der eifrigsten und dauerhaftesten Redner in Klubs und Volksversammlungen.

** **Vom Rhein**, 3. Nov. Das Schicksal Wiens, mit welchem Herr Robert Blum zu siegen oder zu sterben geschworen hat, aber, so weit bekannt, weder gesiegt hat, noch gestorben ist, ist in diesem Augenblicke bereits entschieden und so kommen jedenfalls die Rheinischen Freischaaren zu spät, welche aus Düsseldorf, 14 Mann stark, wirklich ausgerückt sein sollen und zu deren Bildung ein Individuum in Köln einen Aufruf erlassen, welches, nachdem es hinter einander und mit entschiedenem Unglück Inhaber eines Schuhladens, Deutschkatholik, Pferdschlächter und Schenkwirth gewesen, schließlich ein großer Demokrat geworden ist. In gleichem Maße antiquirt durch die Uebergabe Wiens ist eine Adresse an die Wiener, welche in der letzten von den Düsseldorfer Demokraten veranstalteten Volksversammlung in Derendorf beschlossen wurde: doch ist diese Adresse so charakteristisch für unsere Demokraten und namentlich für den „dunkelrothen" Theil derselben, der in Düsseldorf sein Wesen treibt und die Kölner einst so berühmten Versammlungen und Beschlüsse weit überflügelt hat, daß ich es mir nicht versagen kann, zumal da dieselbe wenig bekannt geworden scheint, einige Stellen daraus mitzutheilen. Nach einigen einleitenden Worten über den Februar dieses Jahres, wo „für sämmtliche Tyrannen die letzte Stunde gekommen zu sein schien" und der Erinnerung „daß der jetzige einen Welttheil erschütternde Kampf ein Kampf zwischen Tyrannei und Freiheit, zwischen Monarchie und Republik, zwischen allgemeiner Herrschaft russischer Knute und allgemeiner Verbrüderung freier Völker ist", läßt die Adresse sich in Folgendem weiter vernehmen: „Wiener! Vielleicht thun wir Euch Unrecht; allein nach den Nachrichten, die wir über Euch erhalten, müssen wir das Urtheil fällen, daß Ihr bei all Eurer Tapferkeit, Euer Energie, Eurer Begeisterung für die Freiheit noch immer nicht mit dem Absolutismus, mit Eurem Kaiserthume und dessen Anhängern entschieden für immer zu brechen versteht. Warum laßt ihr die Zügel der Regierung in den Händen von schlaffen und verrätherischen Reichstagsdeputirten? Soll Deutschlands Freiheit durch die schurkische Majorität seiner Nationalversammlungen verloren gehen? Warum erklärt Euer Reichstag den flüchtigen Kaiser nicht für abgesetzt? Oder besser, warum löset Ihr den Reichstag nicht auf und wählet eine provisorische Regierung, welche, aus tüchtigen Volksmännern bestehend, sofort die Republik zu proklamiren und energische Maßregeln gegen die Feinde der Republik zu ergreifen hätte? Wiener! Die Republikaner Düsseldorfs bitten Euch im Namen der großen Sache, für welche wir Alle kämpfen, holt das Versäumte nach . . . . ." In diesem Tone geht es fort, und es ist nicht meine Pflicht, Sie mit den übrigen Kraftstellen dieses Aktenstückes zu behelligen: wenn es aber einen überwiegend komischen

Eindruck mocht, daß das „Volk von Derendorf" das Volk von Oesterreich beschwört, im Namen der großen Sache, für welche sie Alle kämpfen, kämpfen nämlich cum grano salis verstanden, den Kaiser zu entsetzen, den Reichstag aufzulösen und die Republik Wien zu proklamiren, so ist es dagegen eine sehr ernste Sache, daß eine Partei fort und fort es wagt und wagen darf, die gesetzlichen Vertreter des Volkes als eine „schnrkische Majorität" zu brandmarken und daß diese Partei überall nur der Minorität ihrer Gesinnungsgenossen eine Berechtigung zugesteht. Der politische Klub von Elberfeld wird in der allermäßigsten Weise eine deutsche Seemacht zu Stande bringen und zwar noch bevor der Waffenstillstand mit Dänemark abgelaufen ist. Oesterreich und Holland werden aufgefordert, sofort, in dem Verhältniß ihrer deutschen Landestheile, einen Theil ihrer Kriegsflotte zur Verfügung der deutschen Centralgewalt zu stellen; außerdem wird eine Flottensteuer von 25 Millionen Thaler durch Deutschland ausgeschrieben. Für eine Summe von ferneren 25 Millionen werden Reichsstaatsschuldscheine geschaffen und dann wird auf allen Werften gebaut, in England, Holland und Amerika werden zu den höchsten Preisen Kriegsschiffe angekauft und für den höchsten Sold fremde See-Offiziere in deutsche Dienste gezogen. Das ist der einfache Plan des politischen Klubs von Elberfeld, während man in Frankfurt die Sache merkwürdigerweise für weit schwieriger zu halten scheint.

Königsberg, 31. Okt. Der König scheint gesonnen zu sein, das Ministerium, welches er an die Stelle des Pfuel'schen setzen will, mit den unerwartetsten und fernliegendsten Namen zu besetzen. So eben sind 2 Männer aus unserer Provinz durch Estafette nach Berlin berufen, der Divisionsgeneral v. Stockhausen und der Landrath Graf zu Dohna-Wesselshöfen. Der erstere, ein Offizier alten Styls, dürfte zum Kriegsminister bestimmt sein. Er charakterisirt sich unter andern dadurch, daß er den Offizieren unserer Garnison einmal das Tragen von Handschuhen einer bestimmten Farbe untersagte. Graf Dohna, der einzige liberale unter unsern Dohna's, einer der 138 des vereinigten Landtags, bieder und offen, soll zum Minister des Innern bestimmt sein. Dohna steht übrigens, wie alle Herren von 1847, noch völlig auf dem Standpunkte des Rechtsboden-Liberalismus; übrigens soll er vor seiner Abreise erklärt haben, er werde keinenfalls ein Portefeuille annehmen. (B. Z.)

† **Posen**, 2. Nov. Jede vermittelnde Stellung zwischen den Nationalitäten, welche einzelne Persönlichkeiten und ganze Vereine bisher noch ausübten, ist aufgegeben. Die Bevölkerungen treten sich schroff gegenüber, die Presse, besonders die polnische, durch ihr ungestümes Konsequenzenziehen, vergrößert die Aufregung. Vor etwa 10 Tagen gab es Reibungen in Krotoschin, vor 3 Tagen erneuerten sich die Scenen in Bronke (Deutschposen). Seit der Beschimpfung der deutschen Fahnen am 18. Okt. durch amnestirte Polen herrscht daselbst eine fürchterliche Erbitterung unter den Deutschen. — Eben treffen neue Aufrufe aus Deutschposen ein, welche den Beschluß des Frankfurter Parlaments für unumstößlich und jeden Gegenbeschluß einer anderen Versammlung für ungültig und ohne verbindliche Kraft erklären. — Ein Brief eines polnischen Legionärs, aus Vercelli in Piemont datirt, wurde vor einigen Tagen von der Gazeta mitgetheilt. Aus ihm ergibt sich, daß der König von Sardinien die Bildung einer polnischen Legion bis zur Höhe von 600 Mann Infanterie und 150 Reitern genehmigt hat. Sie führt eine ihr vom Papst im Vatican geweihte Fahne und hat ein höchst mystisches simbolu politicu pollacu, welches aus 15 Sätzen besteht und damit schließt: 15. „politische Hilfe gebührt von Polen dem Bruder Böhmen und den verwandten Stämmen, christliche Hilfe jedem Volke als dem Nächsten!" Der 4. Satz lautet: „Das Vaterland ist das Lebensfeld für Gottes Wort auf Erden." — Die Legionäre tragen ein weißes Kreuz auf der Brust, weil sie als „Kreuzritter" der neuen Zeit sich durch alle Slawengebiete durchkämpfen sollen. Der Stifter der Legion ist der bekannte in Mystizismus verfallene Dichter Mickiewicz.

München, 1. Nov. Von Innsbruck werden in diesen Tagen über hundert junge Leute eintreffen, um sich auf hiesiger Universität inskribiren zu lassen, da die Unruhen in Wien sie dahin zu gehen verhindern. (Bair. Landb.)

München, 2. Nov. Auf Anregung des Vororts der konstitutionellen Vereine hat der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung dahier beschlossen, die Bildung von konstitutionellen Vereinen in Oberbaiern, Niederbaiern und Schwaben und Neuburg zu veranlassen, um mit denselben dann zu einem Kreisverein sich verbinden zu können; die Bildung eines baierischen Landesvereins würde dann als weitere Folge erscheinen. — Nach einem Ministerial-Reskripte, welches, unterzeichnet von dem Minister des Innern, jüngst an alle Polizeibehörden zur Darnachachtung ergangen ist, sind alle in Baiern sich aufhaltenden Wiener Studenten, von welchen bekannt wird, daß sie sich bei den letzten politischen Bewegungen in Wien betheiligt, ungesäumt von der betreffenden baierischen Polizeibehörde auszuweisen. Neu Ankommende haben sich über ihr früheres Verhalten durch ein Zeugniß der Wiener Polizeidirektion zu legitimiren, sowie während der Dauer ihres Aufenthaltes in Baiern Personen ihrer Bekanntschaft als Bürgen für ihre Aufführung zu stellen. (Bair. Bl.)

Leipzig, 3. Okt. Thätiger, als Leipzig, in Werbung von Freiwilligen zur Unterstützung der Wiener zeigten sich die benachbarten kleineren Städte, von denen z. B. Pegau allein über 200 Mann ausgerüstet haben soll. Die Zahl der von hier abgehenden Mannschaften belief sich auf blos 32, obwohl 180 sich als Mitkämpfer gemeldet hatten. (K. Z.)

§ **Leipzig**, 3. Nov. Das Reichsministerium wird erschrecken, wenn es eine strenge Weisung des hiesigen deutschen Vaterlandsvereins im Odeon empfängt, aber nach dem Style und der oberflächlichen Auffassung der verwickelten österreichischen Verhältnisse kann errathen, daß der Verfasser der Zuschrift ein Professor der Geschichte, Herr Flathe, ist. Zu seiner Entschuldigung muß indessen gesagt werden, daß er in den Bewegungen der neuesten Zeit sich nothwendig noch etwas unbeholfen fühlen muß. Er war früher ein bekannter Reaktionär und Vertheidiger der Censur und that nach dem März den ersten Schritt vorwärts, indem er sich dem deutschen Vereine anschloß. Hier hielt er mehrere Vorträge, und schließlich einen über Auswanderung, welcher etwas ausführlich die Bewässerung der Insel Cypern behandelte. Der deutsche Verein stellte sich dabei an, als wenn er selbst unter Wasser gesetzt werden sollte, und dies, sowie die bald darauf erfolgte Ernennung des Dr. Wuttke zum ordentlichen Professor, mußte den Prof. Flathe bestimmen, zum Vaterlandsverein überzutreten, wo er nun, ein so ungeübter Kämpfer, in den vordersten Reihen steht. Er konnte daher nicht überlegen, daß ein Ministerium, welches dem Verlangen eines willkürlich zusammengetretenen politischen Vereins irgend ein Gewicht beilegen wollte, gar kein Ministerium wäre.

Vom Bodensee, 30. Okt. Zu Vaduz, im Fürstenthum Lichtenstein, sind Volksbewegungen ausgebrochen. Die Beamten und das Militär wurden verjagt, und es sollen sich 8- bis 900 Mann Freischaaren aus Montafun, Graubünden ꝛc. gesammelt haben, welche einen Einfall nach Vorarlberg beabsichtigen. Die österreichischen Truppen in Bregenz besetzten sogleich die Gränze, wodurch die Freischärler, die vorzugsweise aus einer Schmugglerbande bestehen sollen, von einem Einbruch in das österreichische Zollgebiet abgehalten wurden. Weitere Ereignisse haben bis jetzt nicht stattgefunden. Die deutsche Republik ist in Vaduz noch nicht proklamirt worden. (Freib. Z.)

♂ **Heidelberg**, 2. Nov. Die Republikaner in unserer Stadt scheinen ganz frei aufzuathmen, denn in allen Wirthshäusern werden Versammlungen gehalten, in denen Verhandlungen stattfinden und Hoch's auf Hecker und die Republik ausgebracht werden. Es ist das ein Treiben, wie wir noch lange kein's erlebt haben; wird endlich diesem ein Ende gemacht werden?! Die Wiener Ereignisse schrecken sie doch ein wenig ab; die Ruhe wird hier sonst in keiner Weise gefährdet; denn niemand denkt daran, sie zu stören, gerade dies Häuflein macht den Skandal; sie nehmen die hier liegenden nassauischen Truppen mit in die Wirthshäuser und lassen sie das Heckerlied singen. Es würde nichts schaden, wenn öfters Truppen hierein gelegt würden, damit die Mannschaft nicht so verdorben wird. Wir werden Ihnen noch manchen Hasen von dem Treiben unserer Republikaner ausstrecken; sie „wühlen" gerade wie die Maulwürfe, und kränken den Reichsgeweser auf alle mögliche Weise, was gewiß nicht zur Einheit und wahren und reinen Freiheit Deutschlands gehört. — — Gott besser's!

* In **Schwerin** ist am 31. Okt. die Landesversammlung durch eine Rede des Großherzogs eröffnet worden. Die Linke rechnet auf ein Uebergewicht von 8 Stimmen.

⨯ Von der Weser, 3. Nov. Unser Strom war sonst verrufen wegen seiner schlechten gewundenen Einfahrt. Man hat jetzt durch eine neue Sondirung eine bequeme tiefe Einfahrt ent-

Digitized by Google

deckt, worin die amerikanische Fregatte St. Lawrence bis Bremerhaven gelangt. Der Kommandant derselben, Kapitän Paulding, versichert, daß die Vereinigten Staaten nur zwei Ströme mit einer besseren Einfahrt besitzen, als die Weser. Wichtig und erfreulich für die deutsche Flotte!

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 26. Okt. Der neue Gouverneur Ritter von Zalewski kam nach einem zweimonatlichen Aufenthalte in Krakau gestern am Abend in Lemberg an; heute empfing er schon zahlreiche Besuche. Polen und Russinen erwarten, die Beamten fürchten sehr viel von ihm. Letzteres mag wohl durch die allgemeine Drohung provocirt worden sein, daß alle deutschen Beamten und die kaiserlichen Truppen das Land verlassen müssen. (C. Bl. a. B.)

Lemberg, 27. Okt. Durch die Bukowina sowie aus dieser selbst ziehen Truppen nach Siebenbürgen, um die dasigen Walachen, welche sich gegen die Magyaren empört haben, zu unterstützen. Der General Wardener aus Czernowitz soll sich dahin begeben und das Commando übernehmen.

Von der galizischen Grenze, Ende Oktober. Allgemein wird hier von einer Note des Kaisers von Rußland an das magyarische Ministerium in Pest gesprochen, in welcher der warnende Ton des für die Ruhe seiner Reiche wachenden, aber auch zur Züchtigung im eventuellen Falle fest entschlossenen Fürsten nicht zu verkennen sein soll. Das magyarische Ministerium wird darin aufgefordert, sein Aufgebot und seine regulären Truppen ohne Verzug von der niederösterreichischen Grenze zurückzuziehen, weil der Kaiser sonst — um sein Nachbarreich vor einem Brande zu schützen — demüssigt wäre, einen Theil seiner in der Moldau und Walachei befindlichen, 24,000 Mann starken Armee zur Dämpfung der Anarchie zu verwenden. (C. Bl. a. B.)

Italien.

Lugano, 31. Okt. Gestern hat sich auf einem der beiden Dampfschiffe des Langensees ein Vorfall zugetragen, der mehr als alles andere beweist, daß die italienischen Flüchtlinge, welche im Kanton Tessin ein Asyl genießen, alle Rücksichten hintansetzen, die sie dem Lande, welches ihnen die Wohlthat des Asyles gewährt, schuldig sind. Es hatten sich in Locarno, Magadino und Ascona Flüchtlinge auf das Dampfschiff begeben. Sie trugen keine Gewehre und die Taschen durchsuchte man ihnen nicht. Als das Dampfschiff sich in der Nähe der Pankratiusinseln bei Beissago befand, zogen die Flüchtlinge Pistolen und Dolche aus den Taschen und stürzten sich auf den Kapitän und den Steuermann, sie nöthigend, einem Steuermanne, den sie bei sich führten, die Leitung des Schiffes zu überlassen. Die auf dem Dampfschiffe befindlichen Personen, welche nicht zu den Verschworenen gehörten, wurden gezwungen, auszusteigen. Vom piemontesischen Ufer her wurden der Bande Waffen in kleinen Kähnen zugeführt und sie befindet sich nun im Besitze des Dampfschiffes. Es versteht sich, daß schweizerischer Seits das möglichste gethan werden wird, um wieder in die Gewalt des Schiffes zu gelangen. Aber diese krasse Verletzung des Asyles dürfte nun in Verbindung mit den übrigen bereits angeführten Thatsachen und manchen andern auch einen Wendepunkt in den Aufenthalt der italienischen Flüchtlinge im Kanton Tessin zu bringen geeignet sein. (N. Z. Z.)

Lugano, 31. Okt. Abends 7 Uhr. Die Oesterreicher sind im Laufe des heutigen Tages in das Intelvithal eingerückt. Ein großer Theil der Bewohner des Thales hat sich mit Weib und Kind, Habseligkeiten und Vieh auf tessinisches Gebiet geflüchtet. (N. Z. Z.)

Lugano, 1. Nov. Ueber ein zwischen den Flüchtlingen und den österreichischen Truppen am 30. Okt. stattgehabtes Gefecht vernimmt man Folgendes: Am Freitag und Samstag verließen die Flüchtlinge einzeln ihre bisherigen Aufenthaltsorte und begaben sich auf den verschiedenen Seitenwegen, die hier sich finden, nach der Grenze. Wie es scheint, hofften sie, es werde in der Lombardei eine allgemeine Erhebung, von der man immer sprach, stattfinden. Diese erfolgte nicht, was ihren Anführer bewog, die 3—400 Mann starke Schaar in eine Niederung am Fuße des Berges Pistino zu führen, um hier, an einem wie er glaubte geschützten Orte, zu bivouakiren. Allein die Oesterreicher umgingen den Ort, griffen, etwa 1000 Mann stark, die Flüchtlinge an, welche nach einer kurzen Gegenwehr die Flucht ergriffen. Die Flüchtlinge hatten einige Todte und Verwundete. Auch machten die Oesterreicher 50 Gefangene, unter welchen sich der Graf Crivelli befinden soll.

Schweiz.

Chur, 31. Okt. Der vereinzelte Aufstand im Veltlin und am Comersee hat, wie leicht vorauszusehen war, ein klägliches Ende genommen. 4000 Oesterreicher sind nach dieser Gegend desordert worden; einstweilen wissen wir nur, daß man in Cleven stündlich dem Einrücken eines Theils der Truppen entgegensah, und daß beinahe sämmtliche männliche Bewohner geflohen sind. Die „Mailänder Zeitung" hat bis zum 28. des ganzen Vorgangs noch mit keiner Silbe erwähnt. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 31. Okt. Die Ereignisse nehmen wieder eine ernste Wendung. Ein offizieller Artikel in der Berling'schen Zeitung lautet wie folgt: Unterm 21. d. haben die Herrn Stedtmann und Reedtz, resp. Kommissarien für die deutsche provisorische Centralgewalt und Sr. Majestät des Königs von Dänemark als Herzog zu Schleswig und Holstein, der gemeinsamen Regierung dieser Herzogthümer zwei Schreiben gleichlautenden Inhalts, wie folgt, zugesandt: „In Betracht, daß Art. 7 der Waffenstillstands-Convention vom 26. Aug. d. J. bestimmt, daß die gesetzgebende Macht in den Herzogthümern Schleswig und Holstein während der Dauer des Waffenstillstandes ruhen solle und daß aus deren Art. 11 hervorgeht, daß nichts geschehen dürfe, was den künftigen Frieden präjudiziren könnte; so wie ferner in Betracht der unterm 22. d. M. erlassenen Bekanntmachung der an demselben Tage eingesetzten gemeinsamen Regierung für beide Herzogthümer, betreffend die seit dem 17. März d. J. erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, kann der unterzeichnete Kommissarius nicht umhin, der gedachten Regierung zu erkennen zu geben, daß er in gewissenhafter Beobachtung der gedachten Waffenstillstands-Convention ausdrücklich und feierlich sich gegen die Rechtsgültigkeit aller präjudizirenden Bestimmungen erklären muß, welche durch gedachte Erklärungen wieder in Kraft gesetzt sind, und daß namentlich von den spätern Bestimmungen folgende als solche angesehen werden müssen: 1) Das Reglement der provisorischen Regierung vom 15. April d. J., betreffend die Wahl zur deutschen National-Versammlung, so weit dieses Reglement künftig Anwendung auf Schleswig finden dürfte; 2) die Bekanntmachung der provisorischen Regierung vom 23. September d. J., betreffend das Verbot der dänischen Kokarden und Farben; 3) die Bekanntmachung der provisorischen Regierung vom 30. September d. J., betreffend den Schutz der schleswig-holsteinischen Schiffe im Auslande während der Dauer des Waffenstillstandes; 4) die Verordnung vom 21. Oktober, betreffend die von den Handelsschiffen zu führende Flagge. — Gleiches gilt hinsichtlich der Rechtsgültigkeit des unterm 15. September verkündigten Staatsgrundgesetzes, mit spezieller Hinsicht auf dessen staatsrechtliche Dispositionen und namentlich auf die Bestimmungen in Art. 1, 3, 55 und 140. — Uebrigens beabsichtigt der unterzeichnete Kommissarius keineswegs sich den in genanntem Staatsgrundgesetz aufgestellten Grundsätzen der bürgerlichen Freiheit zu widersetzen, so weit selbige sich mit wohlerworbenen Rechten vereinigen lassen, so wenig als solchen faktischen Anordnungen der gemeinsamen Regierung der Herzogthümer, welche auf irgend eine Weise zum Wohle des Landes oder seiner einzelnen Einwohner beitragen könnten."

Nachschrift.

! **Frankfurt**, 7. Sept. Die Heeren Welcker und Mosle sind gestern von Wien zurückgekehrt. Herr Welcker wird heute in der Reichsversammlung Bericht erstatten über den Erfolg oder vielmehr die Erfolglosigkeit der Sendung. Man hört, daß die Reichskommissäre von dem Fürsten Windischgrätz keineswegs rücksichtslos behandelt wurden. Aber allerdings hätte dieser seine gemessenen Befehle vorgeschützt. Es sei zu spät zur Verhandlung und Vermittelung. Es ständen sich nur noch Obrigkeit und Rebellen gegenüber. Jedenfalls ist es tief beklagenswerth, daß die Reichsgewalt nicht im Stande gewesen ist, die Verheerung der reichsten deutschen Stadt und das Opfer von so vielen Menschenleben zu verhindern. — Die Verhandlungen mit Dänemark werden eifrig betrieben. Nach Schleswig und Kopenhagen sind von hier Couriere abgeschickt. Der dänische Baron Dircking-Holmfeld ist mit Aufträgen von Kopenhagen hier eingetroffen.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 7. Nov. Eröffnung der constit. Versammlung.) Berlin (Das abgetretene und das neue Ministerium. Die Linke. Rimpler. Dowiat. Minutoli. Verhandlungen der Landesversammlung.) Freiburg (Professor Madai.) Heidelberg (Die nassauischen Truppen.) Darmstadt (universitäts-Reformen.)

Börsenbericht von Paris (Vom 4. November.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 7. November.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 7. November.

Tagesordnung der 110. öffentl. Sitzung.

1) Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Ausschuß für die Geschäftsordnung.
2) Berathung über den Antrag des Abgeordneten Biedermann, das Verhältniß der königlich sächsischen Regierung und Ständekammer zur Centralgewalt betreffend.
3) Berathung über den Antrag des Abgeordneten Jordan aus Berlin, die Posen'schen Verhältnisse betreffend.
4) Berathung des vom Abgeordneten Fischer, Namens des Ausschusses für die Geschäftsordnung, erstatteten Berichts, über Anträge auf Abänderung der §§ 24 und 32 der Geschäftsordnung.
5) Fortsetzung der Berathung über Abschnitt III. des Verfassungsentwurfs.

Vorsitzender v. Gagern. Bemerkenswerth ist die Wiederanwesenheit Karl Welcker's im Hause. Der Präsident zeigt an, daß der in Frankfurt versammelte landwirthschaftliche Kongreß die Mitglieder der Nationalversammlung zu seinen Sitzungen einlade. Vom königl. preuß. Stadtgerichte Rosenberg (Regierungsbezirk Oppeln) ist ein Schreiben eingegangen, welches unter Mittheilung eines Briefauszugs des Abgeordneten Minkus die Genehmigung der Nationalversammlung zur Einleitung einer Untersuchung gegen Minkus wegen Hochverraths und Aufforderung zum Aufruhr beantragt. An den Untersuchungsausschuß.

Reichsminister v. Schmerling verkündet, daß er gestern eine sehr umfangreiche Depesche aus Ollmütz, v. 27. Okt. datirt, von den Reichskommissären erhalten habe. Die Absendung sei ohne Schuld der Reichskommissäre verzögert worden. Die Depesche sammt den urkundlichen weitläufigen Beilagen wird zunächst dem österreichischen Ausschusse vorgelegt.

Darauf verlangt und erhält Welcker das Wort. Bewegung im Hause bei seinem Erscheinen. Unter der gespannten Aufmerksamkeit der Versammlung erbittet sich der Redner in einer der nächsten Tagesordnungen den Raum, um das Benehmen der Reichskommissäre für Oesterreich zu rechtfertigen und sich auf die denselben hier gemachten Beschuldigungen zu verantworten.

Zur Tagesordnung übergehend, wird nach einer Bemerkung des Präsidenten über die abzugebenden Stimmzettel folgender Antrag des Abgeordneten Biedermann aus Leipzig der Berathung untergebreitet:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen: Durch die Centralgewalt die königlich sächsische Regierung aufzufordern, ihr Dekret vom 28. August d. J. *), das deutsche Verfassungswerk betreffend, zurückzunehmen, weil die demselben zu Grunde liegende Ansicht von einer Vereinbarung der deutschen Verfassung zwischen der Nationalversammlung und den gesetzgebenden Gewalten der Einzelstaaten mit dem vom Vorparlament ausgesprochenen und von der Nationalversammlung anerkannten Grundsatz:

daß die Nationalversammlung einzig und allein die deutsche Verfassung zu begründen hat,

im direkten Widerspruch steht."

Schaffrath setzt dem Biedermann'schen von mehr als zwanzig Mitgliedern unterzeichneten Antrage, einen anderen präjudiciellen entgegen, nach welchem es die sächsische Angelegenheit, zusammengefaßt mit mehreren andern ähnlichen Gegenständen, unter denen Schaffrath namentlich die österreichischen Renitenzen bezeichnet, an den sogenannten Raveaux'schen Ausschuß überwiesen sehen will. Der sächsischen Regierung lasse sich eigentlich nur ein allzu formelles Beharren auf der Grundverfassung des Königreichs zum Vorwurfe machen, nach welcher kein Recht der Krone ohne Zustimmung der sächsischen Stände veräußert werden dürfe. Von einer wirklichen Widerspenstigkeit zeige sich nirgends eine Spur in ihrem Verfahren. Die Minister hätten die Verfassung im März beschworen, keine Revolution habe das Rechtsverhältniß geändert, also könne der Zwiespalt nur durch ein Reichsgesetz ausgeglichen werden, nicht aber durch einen Beschluß der National-Versammlung auf die Zurücknahme eines Dekrets. Dazu gehöre der sächsische Landtag soeben mit dem 10. Nov. zu Ende. Die letzte Sitzung desselben finde schon am 9. statt. Es käme also überdies jede Beschleunigung zu spät.

Biedermann freut sich, daß er mit den Ansichten Schaffroth's im Allgemeinen übereinstimmen dürfe und namentlich in dem Punkte, daß durch ein allgemeines Reichsgesetz allen partikularistischen Regungen in Deutschland der Boden entzogen werden müsse. Allein wie die sächsische Regierung früher die Anordnungen des Bundestags als rechtsverbindlich anerkannt habe, so werde sie jetzt auch die Beschlüsse der Nat.-Vers. vollstrecken können, ohne ihre verfassungsmäßigen Pflichten zu verletzen. Außerdem stehe ihr ja der Weg einer Verfassungsveränderung durch Vereinbarung mit den Ständen offen. Auch er erkenne in dem Benehmen der sächsischen Regierung nichts Schlimmeres als eine falsche und in ihrer Richtung pedantische Gewissenhaftigkeit. Aber auf der Deutlichkeit seines Antrags müsse er bestehen, denn er wolle damit erreichen, daß die gesetzgebende Gewalt in Sachsen selbst ihre Maßregel zurücknehme und daß der Grundsatz, von welchem sein Antrag ausgehe, zu seiner thatsächlichen Geltung gelange.

Die Zettelabstimmung entscheidet sich mit 255 gegen 180 Stimmen für den präjudicellen Antrag Schaffrath's. Der von Biedermann angeregte Gegenstand ist mithin einem Ausschusse zu überweisen. Ueber die Frage jedoch: welchem Ausschusse? welchen die Vorschläge von einander ab und führen zu einer die Ungeduld der Versammlung lebhaft herausfordernden Debatte. Endlich wird ein besonderer heute noch aus den Abtheilungen zu wählender Ausschuß für die Sache beliebt.

Gevekoht aus Bremen zeigt Namens des Marineausschusses an, daß er in Folge der gestrigen Mittheilungen des Ministers Herrn Duckwitz über die Errichtung einer Marineabtheilung ꝛc., denen er seine ganze Beistimmung zolle, einen früheren desfallsigen Antrag zurück ziehe.

Auch dem Antrage Jordans von Berlin:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, obgleich es durch den Beschluß über den Raveaux-Werner'schen Antrag bereits feststeht, daß die Beschlüsse einzelner Landesversammlungen nur in so weit sie mit denen der Reichsversammlung übereinstimmen, Gültigkeit haben, so findet sich die Reichsversammlung, im Hinblick auf mehrere Vorgänge der jüngsten Zeit dennoch veranlaßt, nochmals ausdrücklich zu erklären:

daß jeder, ihren Beschlüssen entgegenstehende Beschluß einer Versammlung eines Einzelstaats als an und für sich null und nichtig angesehen, und erforderlichen Falles als ungesetzliche Auflehnung energisch zurückgewiesen werden wird."

wird ein ähnlich präjudicirlicher Antrag von Wesendonck entgegengesetzt, wie der vorhin, durch die seltsame Stimmenvereinigung der Rechten und der Linken wider das Centrum, zur Geltung gebrachte Schaffrath'sche Antrag, allein nicht mit demselben Glücke. Denn obschon wir auch diesmal von Vincke und Wesendonck, den Grafen Schwerin und Löwe von Kalbe darüber einverstanden sehen, daß der Jordan'sche Antrag an den vorhin beschlossenen Ausschuß zu verweisen sei, so entscheidet die Versammlung doch, daß in die Berathung des Gegenstandes eingetreten werde.

Mein Antrag hat ein engeres und ein weiteres Ziel, beginnt

*) Die einschlägige Stelle lautet wörtlich so: „Aber auch zwischen den gesetzgebenden Organen des Bundesstaats und der Einzelstaaten wird eine Einigung für die Feststellung der neuen Verfassung Deutschlands erforderlich sein, wenn diese auf eine Grundlage gebaut werden soll, welche die Bürgschaft der Dauer gibt. Die Regierung geht dabei von der Ansicht aus, daß der §. 2 der Verfassungsurkunde und die darin festgestellten Rechte der Stände (nach diesem §. dürfen Rechte der Krone, Hoheitsrechte, nicht ohne Zustimmung der Stände veräußert werden) für sie maßgebend sind, wird jedoch immer eingedenk sein, daß der ersehnten Gestaltung eines kräftigen Bundesstaates Opfer zu bringen sind, und daß ohne dringende Gründe den Beschlüssen der Nationalversammlung die Anerkennung nicht zu versagen, Regierung und Stände in gleicher Weise für ihre Aufgabe erachten müssen."

Wilhelm Jordan. Er soll die deutsche Bevölkerung in Posen beruhigen, aber er soll auch eine dieser Versammlung feindliche Partei aus der überraschenden Stellung herausschlagen, die sie plötzlich eingenommen hat. Er erinnert darauf an den frühern Antrag der linken Fraktionen in der Berliner Landesversammlung auf unbedingte Unterwerfung Preußens unter Frankfurt. Aber seitdem die preuß. Regierung der Centralgewalt mit der offensten Hingebung entgegengekommen, ändere die erwähnte Partei den Ton und bläse aus allen Kräften die gegentheilige Melodie. Der Beschluß der Berliner Versammlung vom 23. Okt. hat die deutsche Bevölkerung in Posen mit Schmerz und Entrüstung erfüllt. Als Beweis dessen trägt Jordan eine Adresse aus Posen vor, welche in der erschütterndsten Sprache abgefaßt und die tiefste Empörung gegen den „leichtsinnigen und landesverrätherischen Beschluß" der Berliner Versammlung, wie ihn Jordan bezeichnet, athmet. Zweimal haben wir unsere Pflicht gehorcht, die Souveränetät dieses Hauses aufrecht zu halten gegen eine Regierung, die wir zur unbedingten Unterordnung unter Deutschland nöthigten und gegen einen gewaltthätigen Volkshaufen, der an die Stelle der Mehrheitsherrschaft der Nat.-Vers. ihre Minderheit setzen wollte. Welche Partei des Hauses war es, welche die Souveränetät dieses Hauses am weitesten ausgedehnt, die Macht der Centralgewalt am unbeschränktesten gestaltet sehen wollte? Die selbst den Hurroh's der Huldigung am 6. August eine zeremonielle Ordnung vorschrieb? Man könnte an ein Wunder glauben, wenn wir noch in der Zeit der Wunder lebten — (Gelächter und Applaus) denn es ist dieselbe Partei, die heute den Partikularismus als ihr Banner erhebt — (Unterbrechung, dann zur Linken:) Meine Herren, ich rede ja nicht von Ihnen — die Partei ist's, die, nachdem es ihr fehlgeschlagen, sich durch eine Meuterei in den Besitz und an das Ruder des Fahrzeugs zu setzen, jetzt alles aufbietet dies Fahrzeug zu wenden, damit es scheitere. Seitdem die Frankfurter Pfingstweide vergebens versucht hat, ihre Souveränetät in blutiger Fraktur schrift zu dekretiren, seitdem ist Frankfurt ein Dorf und an uns Hopfen und Matz verloren. (Die Linke findet ihren Zustand so unbehaglich unter dem Eindrucke der Jordan'schen Rede, daß sie alle Arten von Unterbrechungen versucht.) Die Berliner Versammlung scheint nun dem Auge dieser Partei mehr befähigt, die blutige Frakturschrift der Pfingstweide in Vollzug zu setzen (Tumult. „Zur Ordnung" will Benedey den Redner gerufen wissen, was der Präsident verweigert.) Ich will damit sagen, daß sich unter den Berliner Linden der zweite Akt der Frankfurter Pfingstweide vorzubereiten scheint. (Gehört das zur Sache? von der Linken. Ja wohl, aus der Mitte des Hauses). Dann schildert Jordan die Beleidigungen, Drohungen und Mißhandlungen, denen die Berliner Landesversammlung täglich preisgegeben ist von Seiten des, grad' herausgesagt, „des Berliner Gesindels." Eine Versammlung so behandelt, eine Versammlung in ihren Beschlüssen so umherschwankend von einem Extreme zum andern, wie die Berliner, ist nicht frei und die Anarchie steht in Berlin nicht an der Schwelle, nein sie steht mitten in Deutschland und schüttelt ihr blutiges Medusenhaupt. „Wir sind das letzte Bollwerk der Freiheit" schließt er, „der Freiheit sowohl nach unten als nach oben hin. Sehen Sie zu, meine Herren, daß dem Vaterlande dieses Bollwerk erhalten bleibe." (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Rösler von Oels und mehrere Preußen (Ruf: Namen!) wollen nach Analogie des Falles mit Brentano Jordan zur Ordnung gerufen wissen wegen der Beleidigungen, die seine Rede gegen die gesetzlichen Vertreter des preußischen Landes enthalte.

Graf Reichenbach wünscht in schwerfällig stolpernder Sprache, daß seine Freunde von der Linken mehr Ruhe unter Jordan's Rede behauptet hätten, denn Ruhe sei Macht. Das Berliner Parlament vertrete weit mehr die Meinung des preußischen Volkes, als das Frankfurter, denn für das erstere hätten die Preußen mit größerer Sorgfalt gewählt. Eine Aeußerung Reichenbach's über die habsburgische Politik der Centralgewalt veranlaßt den Präsidenten zu einem Ordnungsruf. Preußen, das bisher eine europäische Großmacht gewesen, strebe natürlich darnach, „seine Freiheit für sich zu haben!" (Zischen von allen Seiten.) Die Berl. Vers. hat den Beschluß vom 23. Okt. ohne Zwang gefaßt. Und was soll von hier geschehen, um sie nach dem Willen der Centralgewalt zu beugen? Wenn das Haus Hohenzollern seine alte Politik der Reformation und der Freiheit vergäße, wenn es nicht den Absolutismus zerbricht, der noch in seinem Herzen sitzt, dann wird Berlin, dann werden die Massen, dann wird ganz Deutschland für die preußische Nationalversammlung, der Bürgerkrieg entzündet und Deutschland zum Schachbrette der streitenden Heere Europa's gemacht sein. Reichenbach mißbilligt den Berliner Beschluß nicht, er räth ihn aufrecht stehen zu lassen. Er sei ein Deutscher, habe aber slawisches Blut in den Adern — (Gelächter) von der Mutter her. Weil er wisse, daß die Slawen dankbar seien, solle man sie sich zur Dankbarkeit verbinden.

Schriftführer Plathner ist der Meinung, daß von dem heutigen Beschlusse das Schicksal Deutschlands abhänge. Auch er macht die Linke darauf aufmerksam, wie sie früher einen Jeden, sei es ein Fürst oder sei er aus dem Volke, für einen Rebellen erklärt habe, der „zermalmet werden müsse". Die Fahne des Partikularismus sei aber erhoben worden nach dem Prinzip, daß die Freiheit höher zu achten sei, als die Einheit. Diesen unpatriotischen Grundsatz unterzieht er seiner Kritik und weist der Linken ausführlich nach, in welche Widersprüche sie sich täglich durch ihren Mangel an aller Konsequenz verwickele, durch ihren Mangel an Inhalt und durch die Wahl unerlaubter Mittel. Der Reichsminister des Innern hat erklärt, daß er den Berliner Beschluß als gar nicht vorhanden betrachte. Seine Maßregeln müssen wir mit aller Kraft unterstützen und vertrauen wir dem Volke, es wird bald erkennen, daß die Feinde seiner Einheit, auch die Feinde der Freiheit sind.

Reh von Darmstadt hält keinen neuen Beschluß der Versammlung für nöthig; denn es seien die früheren, allgemeinen, bestimmt genug gefaßten Beschlüsse vorhanden. Die Zeit werde nur vergeudet durch dergleichen müßige Berathungen, in deren Inhalt er nichts zu erkennen vermöge, als Parteifeindseligkeiten. Er beantragt daher Uebergang zur einfachen Tagesordnung.

v. Breuning aus Aachen weist die Aeußerung des Grafen Reichenbach aus Schlesien wenigstens in Bezug auf seine Provinz zurück, daß in Preußen für Berlin mit mehr Sorgfalt als für Frankfurt gewählt worden sei. Daß die Berliner Versammlung auf ihrem Beschlusse beharren werde, glaubt Breuning nicht. Dazu habe der Berliner Beschluß noch keine Gültigkeit, wohl aber der Beschluß der deutschen Nat.-Vers. Um dem Reichsministerium die moralische Unterstützung zu gewähren, deren es bedürfe, empfiehlt er die „motivirte" Tagesordnung.

Vogt von Gießen gehört einer Partei an, die keine Häupter unter und über sich anerkennt und die durchaus keinen Widerspruch in ihrem Verfahren zu entdecken vermag. Der Redner versäumt aber auch heute nicht, zur Belustigung des Hauses beizutragen, indem er der Versammlung eine witzige Grobheit über die „Weisheit ihrer Majorität" sagt. In den partikularen Bestrebungen macht Vogt einen eigenthümlichen Unterschied, von welcher Seite sie sich zeigen. Wer daher in Deutschland mehr Freiheit anerstrebt, als was die National-Versammlung gewähren will, der doch nach Vogt's Partei-Logik partikulär sein. Uebrigens hat sich der Ton Vogt's, in seiner wiederkehrenden Leier, nach und nach sehr abgenutzt, wie sich aus dem aufmerksamen Verhalten von zwei Drittheilen des Hauses zeigt, trotz der „Hört, Hört! seiner Parteigenossen und ihrem gewaltsamem Applause. Einen gleich feinen Unterschied macht Vogt zwischen der Widersetzlichkeit gegen Maßregeln des Reichsministeriums und Beschlüsse der Nat.-Vers. Uebrigens sei die endgültige Bestimmung über die posenschen Grenzen offen gehalten worden. Mithin stehe der Berliner Beschluß dem Frankfurter Beschlusse gar nicht einmal entgegen.

Nachdem Vogt einfachen Uebergang zur Tagesordnung beantragt hat und unter einem Beifallsversuche seiner Freunde abgegangen ist, nimmt noch das Wort Reichsminister v. Beckerath: „Wenn wir dem Beschlusse der Berliner Versammlung entgegen treten, so liegt darin keine Mißachtung der preuß. Landesversammlung, sondern wir sorgen nur dafür, daß ein von dem Bundestage beschlossener von der Nat.-Vers. bestätigter Vertrag nicht einseitig aufgehoben werde." Gegen mehrere Behauptungen Reichenbach's protestirt Beckerath als Preuße und empfiehlt eine motivirte, die deutsche Bevölkerung Posens beruhigende Tagesordnung.

Nachdem Kerst aus Posen namentliche Abstimmung verlangt hat, erhält Jordan als Antragsteller das Schlußwort und erklärt sich mit der motivirten Tagesordnung über seinen Antrag einverstanden. Er fragt Herrn Vogt bei dieser Gelegenheit „welche Freiheit fehlt uns? und weist auf den demokratischen Congreß in Berlin, auf das Verhalten der Presse hin, und meint, zu dieser Freiheit bürfe etwas „Ordnung" sehr brauchbar sein.

Digitized by Google

Daß die preußische Landesversammlung mehr der Ausdruck des preußischen Volks sei als die Nationaloersammlung davon hat Jordan eine gonz ondere Ansicht und „wenn der Mord gegen uns auftritt", schließt er, einer Bemerkung Vogt's entgegnend, der von Einheitskonzerten mit Kartätschenbegleitung gesprochen, „so können wir freilich nicht anders antworten ols mit Kanonen."

Zur Annahme gelangt sodann unter Verwerfung aller anderen Anträge der Uebergong zur Togesordnung über den Antrag Jordan's nach der Motioirung Kerst's von Posen. Die namentliche Abstimmung (durch Zettel) ergibt nämlich für die Tagesordnung nach der Kerst'schen auf die früheren Beschlüsse der Nationaloersammlung und die Erklärung des Reichsministers in Bezug auf Posen hinweisenden Motwirung 313 gegen 121 Stimmen, worauf, nachdem noch der unter Nr. 4 aufgeführte Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung erledigt worden, die Sitzung gegen 2¾ Uhr geschlossen wird.

Ausnahmsweise hält die Nationaloersammlung ouch morgen (Mittwoch) eine Sitzung zur Fortsetzung der Berathung des Verfossungs-Entwurfs.

Frankfuet, 6. Novemker. Die constituirende Versammlung unseres Freistoates wurde heute im Lokale des nun entschlafenen gesetzgebenden Körpers eröffnet. Die Sitzung wor zwar öffentlich, aber nicht bekannt, so daß der sehr beschränkte Zuhörerraum nur spärlich desetzt war. Der Alterspräsident Fr. Schneider eröffnete die Sitzung mit einer kurzen, der Würde der Sache entsprechenden Anrede. Hierauf, oorbeholtlich der Bestimmungen der Geschäftsordnung, Wahl des Büreau. Es wurde gewählt zum Präsidenten Dr. Kugler mit 92, zum ersten Vicepräsidenten Binding I. mit 109, zum zweiten Vicepräsidenten R. Hadermann mit 93 Stimmen; zu Secretären Dr. Renner, Dr. Sigm. Müller, Dr. Supf und Rütten. (O. P. Z.)

= **Berlin**, 4. Nov. Der Rücktritt Pfuels hat uns auf's Neue in eine Krisis gestürzt, deren Ausgang man kaum ohne Entsetzen ahnen kann — Falls der König unter Leitung der Kamarilla wirklich auf der Wahl des General von Brandenburg beharrt. Unsere Lage — das können wir uns nicht verhehlen — ist seit dem 2. Novemker viel gefährlicher, als om 7. September. Daß Pfuels Mission nur eine provisorische sein konnte, oerstand sich von selbst und ouch er hat den Posten, den er einen Monat lang mit heldenmüthiger Aufopferung bekleidete, in derselben Ueberzeugung angenommen, zu wiederholten Maleu dringend um seine Entlassung gebeten. Die Radikalen und das linke Centrum hatten sich zu Auerswald's Sturze verbunden: wollte man damals ein Kabinet aus der Versommlung bilden, so mußte mon sehr weit links gehen, bis zu Waldeck, wooor uns Gott bewahren möge. Da war ein interimistisches Ministerium nothwendig, um die Ruhe wieder herzustellen, den Centren Zeit zu geben, sich einander zu nähern und von der äußersten Linken zu sondern: ein Torymini sterium, das bei Hofe in Ansehen stand und den festen Willen hatte, der Kamorilla zu wehren. Pfuel hat diese unbonkbare Aufgabe gelöst: nie war es in Berlin so ruhig gewesen, nie hatten die Radikalen so vereinsamt dagestanden, als unter seinem Gouvernement — aus allen möglichen Fraktionen der Kammer erhielt das linke Centrum fortwährend Verstärkung, selbst von der äußersten Linken fanden sich einige Ueberläufer ein. Jetzt war es Zeit abzudonken, do nun die Möglichkeit eines reinen Centrumministeriums geschaffen war — das fühlte Pfuel sehr wohl. Auf die Dauer konnte er sich nicht halten, einmal weil keine bedeutende Partei einer Nationaloersommlung ihren Ehrgeiz gonz bei Seite läßt, um nur die Stütze eines Gouoernements zu sein, on dem sie selbst nicht portizipirt, zum anderen, weil die Antezedentien einiger seiner Kollegen ihnen für jetzt das Zutrauen des Landes entzogen. Ueberdies ist es bekannt genug, daß durch Eichmann und Bonin dem Greise von Tage zu Tage die Hände mehr gebunden wurden, daß die Kamarilla ihn immer mißtrauischee ansoh, daß selbst Döndoff einen tiefgewurzelten Widerwillen, nicht gegen die Konstitution, wohl aber gegen diese Kammer in sich oerschloß, seit er fast täglich pöbelhafte Grobheiten von den Ultros zu hören bekom, die sich gegen dies Kabinet wie Schuljungen benahmen, wenn der Lehrer die Ruthe oerlegt hat. Aber statt eines ruhigen Ueberganges zu einem Ministerium ous den Centren sind wir nun mit der Herrschaft eines Brandenburg bedroht. Die Kamarilla hat gewagt, nach der Nochricht oom Siege des Kaisers in Wien, uns durch Berufung Brondenburg's mit dem Militärregimente zu drohen. Denn daß dies die Absicht ist, darüber herrscht in dee ganzen Kommer nue Eine Stimme — nur 2 Deputirte der äußersten Rechten blieben bei Verlesung der Adresse sitzen.

Es bleibt nur Ein Rettungsmittel: der Hof muß sich offen und ehrlich einem Ministerium anoertrouen, das aus den 3 Fraktionen der Centren zusammengesetzt wird. In den Parteien Rodbertus, Unruh und Harkott ruht, wenn sie oereint sind, die numerische und intellektuelle Kraft der Versammlung: nur ein solches Kabinet kann hoffen, den rein persönlichen Ehrgeiz zum Schweigen zu bringen, die Majorität der Kammrr wie das Vertrauen des Landes für sich zu haben und so einen Damm gegen Reaktion und Anarchie zu bilden. Aber auch nur oonn, wenn es von Anfang an frei ouftritt und ohne Hinterhalt — wenn es dem Volke gleich in der ersten Sitzung sagt, wie weit es gehen will, und sich durch bereitwilliges Entgegenkommen bis zu diesem Punkte eine Stutze oerschafft über die Kammer hinous. Gestehen wir es offen: ein Kabinet, das uns Ruhe und Ordnung wiedergeben will, darf nicht allein diese Versammlung zum Hinterhalte haben, die mit der größten Imbecillität die gehässigsten Parteileidenschaften oerbindet — man braucht kein Radikaler zu sein, um daran zu zweifeln, ob sie uns je zu einer Konstitution uud zur Herstellung eines gesetzlichen Zustandes verhilft. Darum muß dos Ministerium sich Kräftigung oerschaffen durch das Zutrauen des Landes und durch engen Anschluß an Frankfurt — es muß in seinem Programm die Kammer für konstituirend erklären und ihr gleichzeitig sagen, daß sie nach Hause geschickt wird, sobald sie sich noch einmal in die Exekutioe mischt. — Charakteristisch ist die Aeußerung eines Deputirten der Linken: „Seit lange ist der Reaktion kein so großer Dienst geleistet, wie durch den Demokraten-Kongreß. Fruher konnte man sie doch noch einschüchtern durch Hinweisung auf die Demokratie — jetzt wäre das lächerlich."

* **Berlin**, 4. Noo. Weder gestern Abend, wo Alles auf die Entscheidung über den Waldeck-Jacoby'schen Antrag gespannt wae, noch heut, wo die Verwerfung dieses Antrages erfolgt ist, hat eine Unterbrechung der Ruhe stattgefunden. Die Aeußerung Jacoby's dem Könige gegenüber macht ein sehr erklärliches Aufsehen. Der demokratische Klub hat die Worte: „Es ist immer das Unglück der Könige, daß sie die Wohrheit nicht hören wollen!" in ungeheuren Lettern über einen on die äußerste Linke gerichteten Aufruf drucken lossen. Heut Abend soll dem Abgeordneten Jacoby ein Fackelzug gebracht werden. — Daß Graf Brandenburg das ihm ertheilte Mandat in Folge seiner Unterredung mit dem Präsidenten der Nationaloersammlung, Hrn. o. Unruh, in die Hände des Königs bereits zurückgegeben habe, wird heut vielfach behauptet. Ein etwas abenteuerlich klingendes Gerücht findet Glauben. Es heißt: dem Könige habe ein seiner nächsten Umgebung angehöriger Gelehrter den Vorschlog gemacht, durch die Nationalversammlung selbst sich drei Männer bezeichnen zu lassen, um einen dieser drei mit der Zusammensetzung des Kabinets zu beauftragen. Nach einem anderen Gerücht hätte Graf Brandenburg folgende Personen zum Eintritt in das Kabinet eingeladen: General Trothia für das Kriegsministerium, v. Bonin für die Finanzen, Kühlwetter für das Innere, Wentzel (Oberlandesgerichts-Präsident in Ratibor) für die Justiz, Kühne für Handel und Gewerbe. Die auswärtigen Angelegenheiten würde Graf Brandenburg dann selbst leiten. Nach einer weiteren Version soll Hr. o. Unruh bereits wegen einer Kabinetsbildung Aufforderungen erhalten und in Folge derselben Unterhandlungen mit der Partei Rodbertus und der Fraktion Harkort eingeleitet haben. Ziemlich sicher ist, daß Hr. Wentzel in ein Kabinet unter dem Vorsitz des Grafen Brandenburg nicht treten wird. Hr. Wentzel ist entweder in diesem Augenblick schon abgereist oder reist morgen ab. Die Verwahrung, zu welchee Hr. Rodbertus sich durch die Jacoby'sche Ansprache an den König veranlaßt fand, hat fünf Mitglieder seiner Fraktion bestimmt, sich der äußersten Linken anzuschließen. Die letztere Fraktion hat eine Adresse mit einigen zwanzig Unterschriften on Jacoby gerichtet, in welcher sie sich gegen den Vorwurf, als wolle mon den Abgeordneten wegen jener Aeußerung desaouiren, entschieden oerwahren. — Es verlautet, daß der Bürgerwehr-Kommandeur Hr. Rimpler in Folge des Konflikts der Maschinenbauer das Kommando abgeben wolle. Die Bürgerwehr ist gegen ihn, wegen jener Vorfälle, allerdings sehr aufgebracht, obschon ihm in anderer Beziehung die verdiente Anerkennung nicht oersagt wird. Morgen früh wird die Bestattung des unglücklichen Opfers jener Konflikte, des Maschinenbauers Köppen, auf dem Jerusalemer Kirchhof er-

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die Verfassungen von Dessau und Köthen.) Wien (Die Nationalitäten in Oesterreich. Der Kampf am Bahnhofe.) Ollmütz (Petition um Gütertheilung.) Prag (Kundmachung. Protest der böhmischen Deputation.) Berlin (Ruhe der Stadt. Physiognomie der Landesversammlung. Sträflings-Emute.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 30. Okt. bis 5. Nov.)

Deutschland.

* **Frankfurt**, 5. Nov. So eben erhalten wir hier Exemplare der in Anhalt-Dessau publicirten Verfassung. Sie ist ungemein freisinnig, jedenfalls die freisinnigste in Deutschland. Sie steht (in Verbindung mit dem Wahlgesetze, welches direkte Wahlen ohne allen Census und mit der ausgedehntesten Wahlberechtigung vorschreibt und baldigst publicirt wird) vollkommen auf dem demokratischen Standpunkte und verbindet das Prinzip der Demokratie mit dem der Monarchie so glücklich, daß in der That durch diese Arbeit eine der größten und schwierigsten Aufgaben der Zeit gelöst ist. Eine gleiche Verfassung ist auch, wie wir vernehmen, in Köthen publicirt, und so sind diese beiden Staaten die ersten Deutschlands, welche Verfassungen erhalten haben, die dem Geiste und den Forderungen unserer Zeit vollkommen entsprechen. Möchten die übrigen Staaten Deutschlands hieran ein Beispiel nehmen und möchten das die übrigen deutschen Ministerien eben so, wie das Ministerium von Dessau und Köthen ihre Zeit und deren Forderungen begreifen*).

Wien. Zur Ergänzung unserer vorläufigen Berichte über die Ereignisse des 28. und 29. Oktobers diene noch Nachfolgendes über den Kampf am Gloggnitzer Bahnhofe. Alle Stimmen sind einig über die schlechten Maßregeln des Generals Auersperg, der diesen wichtigen Posten so lange besetzt hatte und ohne Grund verließ. (Wir machten schon damals, als General Auersperg Wien verlassen, und seine Stellung beim Palais Schwarzenberg vor diesem Endpunkte des Triestiner Schienenwegs genommen hatte, auf die ungemein großen strategischen Vortheile aufmerksam, die sich ihm hier durch Terrain und Baulichkeiten darboten. Ob er hier kein Wasser hatte? Wir werden etwaige Aufklärungen über die Gründe des Rückzugs unsern Lesern seiner Zeit nicht vorenthalten.) Die Wiener hatten den Damm mit Kanonen besetzt und starke Besatzung hineingelegt. Zweimal wichen die Truppen zurück, so tapfer hielten sich die Garden, die erst den Flammen wichen, als eine Rakete den Bahnhof in Brand gesteckt. Die Regimenter Latour und Nassau nahmen endlich diese feste Stellung, aber aus dem festen Wohngebäude waren die Aufständigen noch um 5 Uhr Abends nicht vertrieben, und von dort fielen noch fortwährend Schüsse heraus. Ebenso hartnäckig wurde die Mariensdorfer Barriere vertheidigt. Das Geschütz auf den Wällen verstummte, scheinbar vor dem Feuer der äußern Batterien; als aber die Bataillone zum Sturm anrückten, empfing sie ein so mörderisches Kartätschenfeuer, daß ganze Reihen niedergestreckt wurden und die Truppen zurück mußten. Die Positionsbatterien arbeiteten auf's Neue, einige Häuser wurden in Brand geschossen, die Wallgeschütze demontirt, und jetzt erst gelang es, die Linienwälle zu erstürmen. Allsogleich aber wurden die Truppen aus den Häusern mit einem heftigen Feuer empfangen, und Schritt vor Schritt mußte erkämpft werden. Nach dem Gange des Feuers schien es, als ob die Stürmenden es einzelnen Abtheilungen überlassen hätten, mit den Häusern fertig zu werden, die Hauptkolonne aber durch die breite Hauptstraße vor sich hertrieben, so weit als möglich, man wollte behaupten bis auf das Glacis. Gegen Abend zogen die Truppen sich wieder zurück und beschränkten sich auf eine geschlossene feste Stellung. In einem Hause fanden sie zwei Polizeisoldaten, die gezwungen gewesen waren, mit den Garden zu gehen; diese wurden buchstäblich in Stücke gehauen. Der Kampf auf jenen zwei Punkten war so hartnäckig, daß es gegen 1 Uhr den Anschein hatte, die Truppen würden weichen müssen. Indessen kamen die Reserven nicht in's Gefecht. Alle Stimmen sind fortwährend einig über die vortreffliche Führung der Wiener und über ihre Tapferkeit. Der Sturm auf den Bahnhof soll dem Militär an 300 Mann gekostet haben. Der ganze Bahnhof ist eine Ruine und die großen Vorräthe von Holz neben demselben ein einziges Flammenmeer. Von andern eingeäscherten öffentlichen Gebäuden hört man noch nennen: das Odeon (ein reich dekorirter Kirchensaal), früher die Hauptarene von Strauß und unter Metternich das Centrum aller Karnevalsfreuden; neuerdigs als deutschkatholische Kirche benutzt. Die Arbeiter zündeten charakteristischer Weise den ehemaligen Sammelplatz der galanten und eleganten Gesellschaft selbst an, das kaum vollendete Karlstheater in der Jägerzeile (über die Bretter von Nestroy und Scholz ist die wirkliche Welt mit schwereren Füßen geschritten); ferner: die Aula, ein Theil der Burg, die nächsten Tage werden die Liste noch vervollständigen. — Das Meisterwerk von Canova in der Augustinerkirche zu Ehren der Erzherzogin Christine, das sehr gefährdet war, ist glücklich erhalten.

Wien. Bei dem gegenwärtigen Kampfe in Oesterreich, der immer mehr den Charakter eines großen Nationalitäts-Kampfes anzunehmen droht, werden unseren Lesern die wichtigsten Daten über die numerische Stärke und die Vertheilung der verschiedenen Nationalitäten erwünscht sein. Deutsche rechnet man in Oesterreich nach der neuesten Zählung 7,285,000, mehr als ⅓ der gesammten Bevölkerung. Sie wohnen indeß ungemischt und in compacter Masse nur im Erzherzogthum, der größeren nördlichen Hälfte von Steyermark, in einem großen Theile von Kärnthen, einem kleineren von Krain und in der größeren nördlichen Hälfte von Tirol, zusammen fast 4½ Millionen Seelen. Andere 1½ bis 2 Millionen leben an dem nördlichen und westlichen Rande von Böhmen, und mehr mit Slaven gemischt in Mähren und österreichisch Schlesien. Dazu kommen 1,200,000 Deutsche in den ungarischen Ländern, die am geschlossensten in Siebenbürgen (3 bis 400,000) beisammen wohnen. Slawen rechnet man 17,033,000 Seelen, also über drei Siebentel der gesammten Bevölkerung. Davon Czechen, Moraver und Slowaken 7,224,000, Polen 2,375,000, Kleinrussen (Ruthenen) 2,822,000, Illyro-Serben (Kroaten, Slowenzen und Serben) 4,605,000. Davon bewohnen die erstgenannten Stämme den größeren Theil von Böhmen und Mähren, ganz Galizien und Nord-Ungarn, mithin in breiter, zusammenhängender Linie den ganzen Norden des Kaiserstaates; die Illyro-Serben den Süden vom adriatischen Meere bis fast zu den Grenzen Siebenbürgens. Italiener zählt man 5,183,000, in der Lombardei und Venedig, Süd-Tyrol und der Küstengegend von Illyrien und Dalmatien. Walachen 2,156,000, vorherrschende Bevölkerung in Siebenbürgen, und dem Ost-Rande des eigentlichen Ungarn. Magyaren 4,800,000, in den mittleren, ebenen Gegenden Ungarns, doch überall von Slawen und Deutschen durchbrochen; sodann in einem Theile von Siebenbürgen (Magyaren und Szekler). Dazu endlich Zigeuner 128,000, Juden 475,000.

Ollmütz, 30. Oktober. Heute erschien hier eine nicht unbedeutende Anzahl „Häusler und Hofer", wie man hier die Hinterfassen der Bauern nennt, vor dem Kaiser, die ihm dankten, zugleich aber auch um Güterabtretung und Gütervertheilung baten. Die Bauern sollen, meinen sie, nur eine bestimmte Zahl Metzen Grundes besitzen, was darüber ist, soll unter die Hofer vertheilt werden. Allerdings haben die Hofer durch die Aufhebung der Robot nichts gewonnen, denn Armuth ist und bleibt immer der Sklaverei gleich; allein diese kommunistische Petition ist doch nur eine Wirkung der Aufregung, die man unter dem Landvolk à tout prix verbreiten will. Diese Bittenden sind noch beschwichtigt worden durch das ernste Versprechen, man werde die Bauern zu einer mildern und humanern Behandlung ihrer Hofer zu bringen wissen, wodurch sich auch ihre materielle Lage heben solle. (Konst. Bl.)

Prag, 1. Nov. Die Prager Z. enthält im amtl. Theile folgende Kundmachung:

— Laut einer Mittheilung des Herrn Ministerpräsidenten Freiherrn

*) Wir haben obiger Zusendung die Aufnahme nicht versagen zu dürfen geglaubt; wir können jedoch unsererseits nicht unterlassen, dabei den Wunsch zu äußern, daß die Bewohner von Dessau und Köthen einer solchen Selbstregierung gewachsen sein mögen; wenn die deutsche Gesammtverfassung diese Länder als souveräne Sonderstaaten bestehen läßt.

A. d. Red.

Digitized by Google

v. Wessenberg, sind im Viertel ober dem Wiener Walde falsche allerhöchste Manifeste verbreitet worden, nach welchen Zehnten, Roboten u. dgl. wieder eingeführt sein sollen. Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß das Landespräsidium die Kreisämter aufgefordert hat, darüber zu wachen, daß die Verbreitung dieses falschen Patentes hierlands nicht um sich greife, und dafür zu sorgen, daß das bereits kundgemachte allerhöchste Manifest vom 19. Okt. d. J., gemäß welchem Seine Majestät erklärt haben, daß die von dem konstituirenden Reichstage bereits gefaßten und allerhöchst sanktionirten Beschlüsse, namentlich jene über die Aufhebung des Unterthausverbandes, dann über die Entlastung und Gleichstellung des Grundbesitzes gegen die im Prinzipe vom Reichstage anerkannte billige Entschädigung aufrecht zu erhalten und in Vollzug zu setzen seien, in jeder Gemeinde unter die Insassen in angemessener Anzahl vertheilt werde. Prag, den 31. Oktober 1848. Vom k. k. böhmischen Landespräsidium. Mecsery, k. k. Gubernialvicepräsident.

Prag, 1. Nov. Die böhmische Deputation hat über die Art und Weise ihres Empfanges am kaiserl. Hoflager bereits folgenden energischen Protest eingelegt: Herr Minister! Ein Gefühl der gerechtesten Entrüstung durchdringt alle Glieder der Prager Deputation. Sie war berufen gewesen, um 10 Uhr vor Sr. Maj. zu erscheinen, daß wußte insbesondere der Generaladjutant Fürst Joseph Lobkowitz. Angelangt in der Residenz, wurde die Deputation von einem Offizier angehalten, der angab, von der Audienz nichts zu wissen. Der Bürgermeister allein wurde vor den Fürsten gelassen, dieser wußte also, daß die Deputation der ihr zugesicherten Audienz harre. Gleichwohl nahm man nicht Anstand, die Deputation von Prag, die Deputation der böhmischen Nation, auf der Treppe, endlich in der Treppenhalle beinahe eine halbe Stunde stehen zu lassen, und der Fürst Lobkowitz erdreistete sich, der in dieser Treppenhalle harrenden Deputation vom Korridor hinaus die neue Stunde der Audienz auf 12½ Uhr anzusetzen. Wir Abgeordnete der böhmischen Nation erklären dieses Benehmen des Fürsten Lobkowitz für unwürdig, ihn selbst für verantwortlich, und protestiren hiermit feierlich gegen diese Art, die Deputation einer Nation zu empfangen — zu bescheiden. Wir verwahren es uns, diese Unwürdigkeit Sr. Maj. selbst zur Kenntniß zu bringen und auf Genugthuung zu dringen. Ollmütz, 31. Oktober.

Berlin, 2. Nov. (Nationalversammlung. Sitzung vom 2. Nov.) Vorsitzender: v. Unruh. — Es ist ein Schreiben des Ministerpräsidenten v. Pfuel eingetroffen, in welchem derselbe anzeigt, daß er Gesundheitsrücksichten halber seine Demission genommen habe. Ein zweites Schreiben vom Generallieutenant Grafen von Brandenburg zeigt an, daß er von Sr. Majestät mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei; er bittet, die Sitzungen einige Tage auszusetzen. — Phillips besteigt die Tribüne: Die Lage des Landes und der Hauptstadt, die Ernennung des Herrn v. Brandenburg, die Proklamation des Ministers Eichmann wegen Requisition von Militär können es nicht zulassen, daß wir uns vertagen. In diesem bedenklichen Augenblicke ist hier unser Platz. (Stürmischer Beifall.) Graf Reichenbach fragt, ob das Schreiben gegengezeichnet, oder ob ein bloßes privates sei. Der Präsident entgegnet: das Schreiben sei zwar nicht gegengezeichnet, aber er könne es auch nicht als ein blos privates ansehen. Phillips stellt den Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen: „In Betracht der Ernennung des Grafen Brandenburg zum Ministerpräsidenten und der Bekanntmachung des Ministers Eichmann wegen Requisition des Militärs auf heute Nachmittag 1 Uhr eine Sitzung anzusetzen, um über die Lage des Landes zu berathen und zu beschließen.“ — Jung: Während des Bestehens des Ministeriums Pfuel sei er und seine Freunde aus guten Gründen oft gegen dasselbe aufgetreten; er fühle sich aber veranlaßt, hier zu erklären, daß er den Mann hochschätze, der, schon in Jahren, die seiner Ansicht nach unmögliche Vermittelung zwischen Volk und Reaktion versucht habe. (Rauschender Beifall.) Reichensperger verlangt, daß man sich von Tag zu Tag vertage, eine parlamentarische Versammlung könne nicht ohne Ministerium berathen. Der Minister Eichmann habe in dem Plakate nur seine Pflicht erfüllt, man möge doch nur die Scenen von Vorgestern bedenken. — Präsident v. Unruh bemerkt, daß in dem Geschäfts-Reglement nirgend gesagt sei, daß man nicht ohne Ministerium berathen könne, es sei darin der Versammlung freigestellt, die Anwesenheit des Ministeriums zu fordern. v. Berg: Das Schreiben des Grafen v. Brandenburg gehöre in die Petition-Kommission. (Heiterkeit, Zischen und Beifall.) Er erklärt sich für den Phillips'schen Antrag. Waldeck: Die Frage tauche zum Drittenmal auf, ob man sich unmündig erklären wolle, es lasse sich nicht sagen, man müsse das fühlen, daß man sich Angesichts solcher Zustände nicht vertagen könne. Es sei weit mehr daran zu denken, daß man sich in Permanenz erkläre. (Stürmischer Beifall.). Dielitz beantragt Vertagung bis morgen. Parrisius spricht sich für Phillips aus; die Aufregung im Lande sei groß, alle Blicke richteten sich auf die Versammlung. Man möchte im Angesichte so wichtiger Dinge nicht an die vorgestrigen unangenehmen Vorfälle erinnern. (Lebhafter Beifall.) Uhlich spricht sehr versöhnlich über die gedachten Ereignisse. Parrisius stellt den Antrag: die Versammlung wolle den Vorsitzenden ermächtigen, durch Requisition des Kommando's der Bürgerwehr für die Sicherheit der Versammlung zu sorgen. Rehfeld protestirt gegen jeden Beschluß, da, wie man vorgestern gesehen, man unfrei berathe. Pieper erzählt, wie er vorgestern geflohen sei — es wird ihm aber das Wort entzogen. — Von dem Kommando der Bürgerwehr ist ein Schreiben eingegangen, in welchem um die Ehre gebeten wird, zu gestatten, daß man die Vers. durch eine Ehrenwache schütze. Dunker beantragt: dem Antrage des Bürgerwehr-Kommando's statt zu geben. — Von der Rechten wird eingewandt, daß der Parrisius'sche Antrag eine Exekutivmaßregel sei. Parrisius gibt dies zu. Man kommt zur Abstimmung, der Antrag von Parrisius wird mit bedeutender Majorität angenommen. — Phillips Antrag, sowie das Amendement von v. Berg-Elsner („die Gegenwart der Minister für die heutige Nachmittagssitzung zu verlangen“) werden mit großer Majorität zu Beschlüssen erhoben. — (Schluß dieser Verhandlungen 11½ Uhr.)

Nat.-Vers. Wiederbeginn der Sitzung 2 Uhr. v. Unruh Vorsitzender. Es werden Urlaubsgesuche mitgetheilt; u. A. hat der Abg. v. Pfuel auf 4 Wochen „zur Wiederherstellung seiner Gesundheit“ Urlaub erbeten. Hierauf wird ein ferneres Schreiben des Gen. Gr. Brandenburg nebst der denselben zur Bildung des Kabinets berufenden Kab.-Ordre verlesen. — Präsident theilt mit, daß das Ministerium von den heute Vormittag gefaßten Beschlüssen in Kenntniß gesetzt sei. Die Minister Eichmann, v. Bonin, Gr. Dönhoff und Kisker sitzen am Ministertisch. Zwei Anträge kommen hierauf zur Verlesung: I. von Jakoby, Temme und Waldeck: „Die h. Versammlung wolle beschließen: 1) sofort durch das Plenum eine Kommission von 21 Mitgliedern in der für die Wahl des Vicepräsidenten vorgeschriebenen Art zu ernennen und derselben den Auftrag zu ertheilen, der Vers. die für die bedrohliche Lage des Lands geeigneten Mittel vorzuschlagen; 2) die Sitzung nicht eher aufzuheben, bevor die ernannte Kommission ihren Bericht erstattet hat und darüber Beschluß gefaßt worden ist. — II. von Arnz, Phillips, v. Berg und Wachsmuth: Es soll eine aus 25 durch den Präsidenten zu ernennenden aus Mitgliedern der Nat.-Vers. und den Präsidien zusammenzusetzenden Kommission sofort den Entwurf einer Adresse an Se. Maj. den König vorzulegen, und nach Annahme derselben unter Vortritt des Präsidii Sr. Maj. zu überbringen beauftragt werden. — Minister Eichmann: Aus der an das Staatsministerium gerichteten Mittheilung haben wir ersehen, daß die Auskunft, die der h. Vers. ertheilt worden ist, nicht so vollständig war, als wir vorausgesetzt hatten. Zum Theil ist das fehlende ergänzt durch die Kabinetsordre, die Ihnen so eben vorgelesen ist. Nachdem der Gen. v. Pfuel aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung wiederholt nachgesucht hatte, und diese von Sr. Majestät erfolgt war, haben auch die übrigen Minister dafür erachtet, daß das Ministerium als aufgelöst zu betrachten sei. Darauf hat Se. Maj. eine Ordre an den Grafen Brandenburg erlassen, ein neues Kabinet zu bilden. Wir haben uns deßhalb nicht mehr im vollen Besitz der Befugniß erachten können, in dieser Versammlung zu erscheinen. Wir haben erwartet, daß die h. Vers. sich bewogen finden werde, auf einige Tage die Sitzungen auszusetzen. Dieß ist der Grund, warum wir heute früh in Ihrer Mitte nicht erschienen sind. — Jakoby: Die ernste und bedrohliche Lage, in welcher sich nach unser Aller Meinung das Land gegenwärtig befindet, ist das traurige Erbtheil dreier Ministerien, die entweder nicht die Fähigkeit hatten, oder denen es an dem Muthe fehlte, um den Bestrebungen der Kamarilla, die den vernichtet geglaubten Absolutismus wieder in's Leben zu rufen bezwecken, entgegenzuwirken. Die Krone hat jetzt durch die Ernennung des Hrn. Brandenburg, eines Mannes, von dem das Land weiß, daß er ein eifriger Anhänger des Absolutismus ist, (Einige Stimmen rechts: das weiß man nicht!) dem Lande den Fehdehandschuh hingeworfen. Es handelt sich jetzt einfach um die Frage: ob wir durch einen entschiedenen Schritt die Krone von einem Wege abbringen wollen, der sie selbst und das Land

Digitized by Google

in's Verderben zu stürzen geeignet ist, der die Bürger auffordern kann, sich selbst zu helfen durch eine zweite Revolution. Es ist eine Adresse vorgeschlagen worden. Meine Herren, lassen Sie sich Wien eine Warnung sein! Wien würde jetzt nicht bombardirt werden, wenn es nicht so viele Adressen an den Kaisee geschickt hätte. Das Vaterland ist in Gefahr. Es handelt sich nicht darum, schöne Reden zu halten; es handelt sich um schnelle, um entscheidende Schritte. (Beifall links.) Die Designirung des General Brandenburg ist ein duechaus gesetzlidee Schritt. Die Entsendung einer Deputation ist gleichfalls ein solcher. Wir hoffen, der Krone immer nur auf gesetzlichen Wegen zu begegnen und hegen die Ueberzeugung, daß wir so wenig das Volk verlassen, als wir unprovocirt die Krone verlassen wollen. Waldeck hat den Schluß beantragt; die Antragsteller verzichten sämmtlich auf das Wort. Man kömmt zur Abstimmung. Füe den Waldeck'schen Antrag erhebt sich nur die eigentliche Linke. Für den zweiten Antrag erheben sich fast die ganze Linke, die Centren und der größte Theil der Rechten (mit Ausnahme der Abgeordneten von Auerswald (Frankf.), Küdlwetter und des Hrn. Harnoft mit seinem Anhange). Der letzte Antrag ist somit angenommen. — Präsident v. Unruh theilt nach etwa halbstündiger Pause die Namen der Mitglieder mit, die er zur Kommission berufen hat. Es sind die Herren Arnz, Rodbertus, Bucher, von Kirchmann, von Berg, Baumstark, Reichensperger, Mätzke, Rintelen (Meschede), Riedel, Jakoby, D'Ester, Behnsch, Zenker, Graf Gieszkowski, Dunker, Wachsmuth, Gierke, Bredt, v. Puttkammer, Ostermann, Köhler, Müller (Siegreis), Peteesen. — Nach dieser Eröffnung erheben sich die Minister von ihren Plätzen. Präsioent v. Unruh: Es ist eine dringende Interpellation an den Herrn Minister des Innern angemeldet. Die Minister lassen sich nieder. D'Ester: Ich will den Heren Ministee fragen, 1) ob das an den Straßenecken befindliche Plakat von ihm wirklich ausgegangen und unterzeichnet ist; 2) wie ee dasselbe gesetzlich zu rechtfertigen denkt? die Versammlung beschließt, die sofortige Einführung der Interpellation zu gestatten, und Min. Eichmann erklärt: da meines Bleibens in diesem Ministerium nur noch sehr kurze Zeit daueru wird und ich die volle Verantwortlichkeit so lange übernehme, so bin ich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. — D'Ester: Das Plakat ist bekannt. Es werden darin Behörden aufgefordert, über die Zulänglichkeit der Bürgerwehr zu entscheiden und Militär zu requiriren, ohne daß man weiß, wer diese Behörden sind. Es scheint, als ob dee Heer Ministee jede Behörde dazu für derechtigt hielte. Das Plakat ist bei dee großen Aufregung, die in der Stadt heerscht, offenbar gefährlich. — Minister Eichmann: Da die Bekanntmachung, von der die Rede ist, nicht vorgelesen wordrn, so erlauben Sie mir, dieselbe vorzulesen. (Er verliest das Plakat.) Die Anläße zu dieser Bekanntmachung sind zunächst die Vorfälle von vorgestern. Diese Vorfälle sind Ihnen noch in frischer Erinnerung. Es ist Ihnen auch erinnerlich, daß früher dem Minister wegen vorgekommener Ruhestörungen Vorwürfe gemacht worden sind. Aehnliches, Aergeres hat sich vorgestern Abend zugetragen. Das Haus war in Belagerungszustand gesetzt. Einer der Abgeordneten hat mir angezeigt, daß er selbst und mehrere seiner Kollegen Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Was in Berlin voegeht, meine Herren, an dem Sitze dieser hohen Versammlung, an dem Sitze der höchsten Behörden, an einem Orte, wo fast alle Geldinstitute des Landes Baarschaften liegen haben, das hallt im ganzen Lande, das hallt in Frankfurt wieder, und wie haben schon sehr bittere und empfindliche Vorwürfe hören müssen. Es ist der Bürgerwehr nicht möglich, die Ordnung aufrecht zu halten. Sie Alle haben es empfunden. Das Kommando selbst hat dies erkannt. Es ist deßhalb nöthig, daß dee andere bewaffnete Theil des Volkes einschreite. Das soll geschehen, wie es das Bürgerwehrgesetz vorschreibt. Die Behörden, welche die Requisition ergehen lassen sollen, sind zunächst der Magistrat und der aus ihm gebildete Sicherheitsausschuß (Aha! links), sodann aber der Polizeipräsident, dessen Pflicht es ist, für die Ruhe der Stadt Vorkehrungen anzuordnen. Das sind die Aufklärungen, die ich zu geben habe. — D'Ester: Nach dem Bürgerwehrgesetz ist es das Bürgerwehrkommando, nicht das Polizeipräfidium, welches befugt ist, das Militär zu eequiriren. Sie haben durch Ihe Plakat Aufregung in der Bevölkerung hervorgerufen: Ihr Plakat ist ungesetzlich. Andere Minoritäten, viel größere als die Sie angeführt, haben Sie aufgefordert, gegen andere Ruhestörer einzuschreiten, die Sie ungestört fortwirken ließen. Ihre Erklärung hat mich nicht befriedigt. Behrens berichtigt faktisch: das Bürgerwehr-Kommando habe bei dem Herrn Minister gegen die Bekanntmachung bereits Protest eingelegt und werde in diesem Augenblick denselben veröffentlichen. — Präsident zeigt an, daß die Sitzung auf eine Stunde ausgesetzt werden solle, um der Kommission Zeit zu lassen. (3½ Uhr.)

National-Versammlung. Fortsetzung der Sitzung 5 Uhr. Die Commission verliest die von ihr entworfene Adresse: Die Adresse wird fast einstimmig angenommen. — d'Ester und Temme haben den dringenden Antrag gestellt: den Herrn Minister des Innern aufzufordern, die mehrfach erwähnte Proklamation wegen Requisition von Militär zurückzunehmen. Temme motivirt kurz die Dringlichkeit; Tamnan bestreitet dieselbe. Bei der Abstimmung erheben sich 154 für, 160 gegen die Dringlichkeit. — Schultze (Delitzsch) und Pilet haben den Antrag gestellt: „die heutige Sitzung wird nicht ehee geschlossen, als bis die mit der Ueberreichung der Adresse an Se. Maj. den König gesandete Deputation zurückgekehet ist." Beim Verlesen Lachen zur Rechten. Pilet zur Begründung: In so großen Reisen, wie die gegenwärtige, wo die Entwickelung der Geschichte der Völker größere Fortschritte macht, als sonst in Monaten und Jahren, müssen wir es an uns nicht fehlen lassen. Wenn müssen die Spannung beseitigen, die auf dem Lande lastet. — Rehfeld gegen die Dringlichkeit: Die Aufregung ist nur bei Denen vorhanden, die von ihr sprechen. Wenn die Deputation zurückkehrt, möchte sich die Aufregung wohl noch steigern. — Schramm: Diese Aeußerung möge in der Natur des Abg. Rehfeld begründet sein. Schimmel: Die Aufregung sei allerdings vorhanden und sehr erklärlich. Man müsse sie aber durch eine Permanenzerklärung nicht steigern, sondern ruhig nach Hause gehen (Heiterkeit.) Die Debatte über die Dringlichkeit wird geschlossen. Ueber die Frage: ob der Antrag sofort zu discutiren, wird von Schneider und Paerisius namentliche Abstimmung beantragt. Lärm zur Rechten. Die meisten Mitglieder dieser Seite wollen sich entfernen. Vicepräsident Phillips läßt dessen ungeachtet den Namensaufruf beginnen. — Resultat: 189 für, 122 gegen die sofortige Diskussion. — In diesem Augenblick (7 Uhr) wird die Beschlußfähigkeit der Versammlung durch Namensaufruf geprüft. — Aus der Abendsitzung vom Dienstag geleiteten die Abgeordneten Schramm, Jakoby und Jung den greisen Ministerpräsidenten sicher durch die Volkshaufen. Man begab sich zunächst in die unmittelbar hintee dem Schauspielhause belegene Wohnung des Herrn Jung. Herr v. Pfuel war so erschöpft, daß er dieselbe vor dem Morgen des nächsten Tages nicht zu verlassen im Stande war. Seltsame Fügung! Es war die letzte Sitzung untee dem „Ministerium der bewaffneten Reaktion", das in jener Nacht am Heerde eben des Mannes Zuflucht suchen mußte, dem es jenen Namen verdankt. — Hr. v. Pfuel hat als Abgeordneter zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf 4 Wochen Urlaub genommen.

Berlin, 3. Novbr. Nachm. 3¾ Uhr. Vorsitzendee v. Unruh. Von den Ministern sind gegenwärtig die HH. Eichmann, v. Bonin und Graf Dönhoff. Es ist eine königliche Botschaft eingegangen, welche verlesen wird. (Siehe unsere gestrige.) Der Präsident bemerkt: er habe mit dem Grafen Brandenburg eine Unterredung gehabt, in welcher derselbe sich nach den obwaltenden Verhältnissen erkundigt und gesagt habe, daß er sich seine Entschließung noch vorbehalten habe. Elsner fragt, ob das Gespräch privatee oder officieller Natur gewesen? v. Unruh meint, daß er es nicht als amtlich betrachte. — Einem dringenden Antrage von Waldeck, Temme, Schulz (Wänzleben), Jacoby hat die Prioritäts-Commission den Vorrang vor dee morgigen Tagesordnung eingeräumt *). — v. Berg stellt den Antrag, die heutige Sitzung auf morgen 10 Uhr zu vertagen und für die Sitzung morgen die Anwesenheit der Minister zu verlangen. Er bemerkt, daß ee und seine Freunde mit aller Festigkeit die Rechte des Volkes wahren würden, daß sie aber auch die größtmöglichste Mäßigung obwalten lassen wollten. Der Antrag wird zum Beschluß erhoben. Nur die äußerste Linke stimmt dagegen.) Schluß der Sitzung 4½ Uhr.

Berlin, 3. Nov. Nachm. Die Ruhe hat sich auch bis jetzt erhalten. Nur die fortwährenden Züge der Bürgerwehr von und nach dem Gend'armenmarkt bekunden, daß wie in einer großen

*) Der Antrag wurde nicht verlesen. Ee ist muthmaßlich kein anderee, als dee gestern verworfene auf Niedersetzung einer Kommission.

Digitized by Google

Krisis leben, so wichtig, wie wir seit den Märztagen keine gehabt haben. Die Straßen sind wenig belebt, von einer Theilnahme der Massen an dem, was vorgeht, ist kaum etwas zu erkennen. Ueber die Audienz der Deputation bei dem Könige wird noch erzählt, daß der König bei Verlesung der Adresse, als der an „das Geschick eines Nachbarstaates" erinnernde Passus verlesen wurde, der Deputation den Rücken zugekehrt, bei dem Schlußsatz hingegen, der des volksfreundlichen Herzens Sr. Maj. Erwähnung thut, den Abgeordneten wieder das Gesicht zugewendet habe.

4½ Uhr. So eben nach einstündiger Dauer wird die Sitzung geschlossen oder vielmehr, wie es nach dem Antrage des Herrn v. Berg beschlossen ist, „vertagt" bis morgen um 10 Uhr. Die Antwort, welche der Kammer auf ihre Adresse geworden ist, hat natürlich den Unmuth nur steigern können. Wir glauben dessenungeachtet nicht an eine gewaltsame Lösung der Wirren dieses Augenblicks. Unsere Meinung ist in dieser Beziehung unterstützt durch den Eindruck, welchen die Physiognomie der Kammer während dieser Nacht auf jeden Unbefangenen gemacht hat. Nüchternheit lag auf den Gesichtern aller Mitglieder in einem Maße, wie es die Leser der Berichte kaum für möglich halten werden. Die Linke echauffirte sich zu emphatischen Ausrufungen. Die „Gefahr des Vaterlandes," die Nothwendigkeit sofortiger „entscheidender Schritte" wurden, so oft sie diese Seite der Kammer von der Tribüne herab verkündete, von der anderen Seite stets mit Hohnlachen angehört. Das Manövre der Rechten endlich, die sich entfernte und die Versammlung beschlußunfähig machte, enthob alle Theile sichtlich einer drückenden Verlegenheit. Die Zuhörer nahmen die Ueberzeugung mit sich, daß, wenn das Vaterland in Gefahr ist, diese Versammlung es schwerlich retten wird.

Berlin, 3. Nov. Gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr machten die Gefangenen des hiesigen Arbeitshauses, unter Benutzung der in der Stadt herrschenden Aufregung, den Versuch auszubrechen; sie wurden jedoch durch schleunige Verstärkung der Militärwache, die sich stets im Arbeitshause befindet, und durch herbeigeeilte Bürgerwehr, welche die Zugänge zum Arbeitshause absperrte, an der Ausführung verhindert. Die Rädelsführer, darunter einige Frauenzimmer, im Ganzen etwa 18 Personen, wurden heute Morgen zur Einleitung der Untersuchung in die Gefängnisse der Stadtvogtei abgeführt. (D. Ref.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 30. Okt. bis 5. Nov.

Die Börse ist immer noch in krampfhafter Bewegung; sie wird durch die Wiener Ereignisse in steter Spannung erhalten. Da nun im Laufe der Woche die Nachrichten aus Wien die Beendigung der dortigen Zustände in nahe Aussicht stellten, so erfuhren die Course der österreichischen Staatspapiere eine bedeutende Erhöhung. Die Börse scheint hier nur den finanziellen Standpunkt zu berücksichtigen. Der politische Gesichtspunkt liegt ihr ferner. Und gerade der letztere ist es, der in besondere Erwägung zu ziehen ist. Die Kraft eines Staates und das Vertrauen in seine Mittel kann nicht gefestiget werden durch Erfolge, die man der Gewalt der Waffen in einem Bürgerkriege verdankt. Die Resultate eines solchen zweifelhaften Erfolges bleiben erst einer spätern Zeit vorbehalten, und es läßt sich bezweifeln, ob gerade das, was das Börsen-Interesse zu sanguinischen Hoffnungen bestimmt: die Besserung der materiellen und finanziellen Zustände durch den scheinbaren Sieg der Gewalten dauernd erstrebt werden kann. Diese Zustände werden nur in ruhigen, friedlichen Zeiten in naturgemäßer Entwickelung erreicht, und dazu zeigen sich, ganz besonders auf die österreichischen Verhältnisse angewendet, leider keine befriedigende Aussichten. — Der Ueberfluß des baaren Geldes ist immer noch andauernd; die Contremine, dieses belebende Prinzip des Papierhandels, ohne alle Thätigkeit, indem die Spekulation auf Zeitkäufe nachgelassen hat. Die Umsätze, die großentheils gegen baar stattfinden, sind darum äußerst beschränkt, und Einkaufsaufträge, namentlich an solchen Tagen, wo eine günstige Stimmung herrscht, sehr schwierig auszuführen. Zum Beweis dafür mag angeführt werden, daß am 2. Nov., an welchem Tage die Mittheilungen aus Wien ein baldiges Ende des Kampfes meldeten, einige belangreiche Aufträge zum Ankauf von 2½pCt. Metalliques nicht effektuirt werden konnten, da sich durchaus keine Abgeber dafür zeigten. — Im Verhältniß der frühern Monate waren die Coursveränderungen im Okt. sehr bedeutend, wie sich aus einer ohngefähren Uebersicht der gangbarsten Effekten folgendermaßen ergibt: Der höchste Stand der 5pCt. Metalliques war am 1. Okt. 73¾, der niedrigste am 21. Okt. 63½. Am 3. Nov. notirte man 70. Die 2½pCt. Metall. am 1. Okt. 38⅝, am 20. Okt. 33⅛ und am 3. Nov. wurde 37 bezahlt. Bankaktien waren am 1. Okt. fl. 1190, am 20. Okt. fl. 1075, haben sich bis zum 3. Nov. auf fl. 1140. fl. 250 Loose am 1. Okt. 81¼, am 20. Okt. 71, bleiben am 3. Nov. 80. fl. 500 Loose am 1. Okt. 119¼, am 16. Okt. 108, bleiben am 3. Nov. 117½. Die badischen fl. 35 Loose waren am 1. Oktober fl. 25¾, am 20. Okt. fl. 24½, und stiegen bis zum 3. November auf fl. 26. Die hessischen Thlr. 40 Loose am 1. Okt. Thlr. 25¼, am 20. Thlr. 24⅛, am 3. Nov. Thlr. 25⅛. Großherzoglich hessische fl. 50 Loose hielten sich während der Periode zwischen 59½ und 60, ohne sonderliche Bewegung, während die polnischen fl. 500 Loose, die am 1. Okt. Thlr. 67 waren, am 14. zu Thlr. 65 verkauft wurden und bis zum 3. Nov. auf Thlr. 68½ stiegen. Spanische 3pCt. inländische Schuld variirte zwischen 18⅛ und 17⅛ bei lebhaftem Handel. Preußische 3½pCt. Staatsschuldscheine, eine ziemlich selten gewordene Gattung an der hiesigen Börse, stiegen von 73½ à 74⅞ und bleiben begehrt. Die süddeutschen einstragenden Papiere, vorab die würtembergischen, sind immer Gegenstand des Verkehrs; die 4½pCt. zu 92¾ begehrt, auch die 3½pCt. beliebtee und auf 75¼ gestiegen. Die neuen 5pCt. bairischen und badischen Obligationen von 1848 sind nun auch in den Handel gekommen; die ersteren wurden mit 98⅜, die letztern mit 95¾ bezahlt. Belgische 4½pCt. und holländische 2½pCt. Integrale waren anhaltend gesucht und zu 74 und 45 à ¾ gut zu lassen. Die belgischen insbesondere erfreuen sich seit Kurzem einer besondern Gunst; die Consolidirung der französischen Zustände sind der Maßstab, die das Vertrauen in diese Effekten bestimmt und sie werden, wenn sich jene befestigt, einer bedeutenden Preiserhöhung entgegen gehen. — In Berbach und Friedrich-Wilhelm-Nordbahn war der Handel in dee letzten Woche ziemlich lebhaft. Bedeutende Kaufordres waren auf erstere eingelaufen; am 19. Okt. zu 65½ ausgeboten, stieg dieses Effekt in den letzten Tagen des Monats rasch auf 68, zu welchem Preis es sich erhielt. Das umgekehrte Verhältniß zeigte sich bei Nordbahn; durch anhaltende Verkäufe wurde sie in der letzten Woche von 42 auf 40¼ herabgedrückt. Die Veranlassung dieser Entwerthung findet ihren Grund in der Verweigerung der hessischen Stände, eine Proposition der Regierung anzunehmen, wonach das Baukapital der Staatsbahn um 2 Millionen Thlr. erhöht werden und daraus eine Summe von 900,000 Thlr. zu Gunsten der Friedrich-Wilhelm-Nordbahn, welche bekanntlich eine Privataktienbahn ist, zu verwenden. Die Regierung beabsichtigte, den Bahnhof zu Kassel und die daran sich knüpfende Bahn bis Guntershausen auf die Staatskasse zu übernehmen. Diese Plan würde der Rentabilität der Nordbahn vortheilhaft gewesen sein. Indessen ist das Baukapital für die Nordbahn gesichert und die Proposition soll der nächsten einzuberufenden Ständeversammlung nochmals vorgelegt werden. — Die Coursschwankungen im Wechselgeschäft waren auch in der letzten Woche sehr unbedeutend. Langsichtige Devisen, des Geldüberflusses wegen, immer gut zu lassen. Kurze Wechsel, mit Ausnahme von Hamburg, Mailand und Wien, nach folgender Natiz gut zu placiren: Amsterdam 101⅛; Augsburg 100⅝; Berlin und Leipzig 105¼; Bremen 99¼; London 121; Paris 95. Disconto 1½pCt. gefragt. — In den Geldsorten hat sich keine Veränderung ergeben.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

[973]² **Von Montag den 6. dieses Monates an sind die Sitzungen der verfassunggebenden Reichsversammlung statt in der Paulskirche — in der Kirche der deutsch-reformirten Gemeinde.**

Frankfurt den 5. Nov. 1848.

Canzlei der Reichsversammlung
in Auftrag
Dr. Kehl.

[974] Bei C. L. Hirschfeld in Leipzig ist erschienen:

Ueber
den in Beeathung begrifenen
Entwurf
der organischen Bestimmungen
für das
deutsche Reich und die Reichsgewalt.
gr. 8. Preis: 2½ Ngr.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 298. Frankfurt a. M., Mittwoch 8. November. 1848.

Uebersicht.

Die Gefahren Preußens.

Deutschland. Frankfurt (Der Congreß deutscher Landwirthe.) Wien (Der 26. Oktober. Verhaftungen. Die Ungarn. Militärercesse.) Innsbruck (Aufhebung der Verzehrungssteuer.) Prag (Die Deputation in Ollmütz.) Triest (Angriff der Venezianer auf Mestre.) Berlin (Die Antwort des Königs an die Landesversammlung.) Vom Main (Die preuß. Kabinetspolitik.) Duemstude (Einberufung der Ständr.) Birkenfeld (Neigung zum Anschluß an Preußen.) Aus Schleswig-Holstein (Geldnoth. Die Kieler Universität.) Von der Ostsee (Lage der Schleswigschen Händel.)

Frankreich. Paris (Die Verfassung vollendet. Circulare an die Präfekten. Die Bank. Die Nordbahn. Wüthende Clubs. Die Vertretung beim Militär angenommen.)

Italien. (Neuestes.)

Schweden. Stockholm (Rede des Königs beim Schlusse des Reichstags.)

Ungarn. Pesth (Die russ. Armee in der Wallachei.)

8. November.

Es ist seit lange ein offenbares Geheimniß, daß die preußische Regierung die in Berlin eingerissene Unordnung zuletzt nur durch ein Einschreiten der Truppen glaubt unterdrücken zu können. Alle Anordnungen sind im Voraus getroffen und nur darüber kann man verschiedener Meinung sein, ob durch ein solches Einschreiten die Ordnung mehr geschützt, oder die Freiheit mehr gefährdet sein würde. Als neue und unerhörte Unordnungen die Freiheit in den Berathungen der Volksvertretung, ja das Leben der Abgeordneten bedroht hatten, schien der Regierung der Augenblick gekommen, ihr Ansehen zu wahren. Sie bereitete durch öffentliche Bekanntmachung auf das Einschreiten der Truppen vor, und der König ernannte gleichzeitig einen strengen Soldaten, den General Grafen Brandenburg, zu seinem ersten Minister. Gegen diesen Schritt erheben sich in der Volksvertretung alle Parteien. Sie bitten den König durch eine feierliche Abordnung, seine Ernennung zurückzunehmen, ein volksthümliches Ministerium zu bilden, und dadurch das Land aus den Gefahren zu retten, von welchen es bedroht ist.

Versuchen wir diese Gefahren mit Unparteilichkeit zu betrachten.

Die nächste Gefahr, welche in Berlin droht oder viel mehr vorhanden, ist die Herrschaft des Pöbels. Ja, des Pöbels! Wir erkennen es zwar als die Aufgabe unserer Zeit, „den Pöbel aufzuheben.“ Aber wie weit wir zur Zeit noch von diesem Ziele entfernt sind, das sehen wir am Besten an jenen rohen Massen, welche in Berlin den Sitz der Volksvertretung zu umlagern pflegen. Sie suchen auf die Abstimmung einzuwirken, oft ohne den Gegenstand der Berathungen zu kennen. Sie wissen die Ursache ihrer Bewegung so wenig, wie die vom Sturme aufgeregten Wellen; sie folgen blind ihren Führern, welche desto besser wissen, was sie wollen, ja selbst diesen nicht. Sie kommen mit Fackeln, mit Stricken und Stangen, sie mißhandeln die Abgeordneten und bedrohen sie mit dem Tode; sie schließen die Versammlung im Schauspielhause ein, sie vernageln die Thüren, sie lassen die Flammen an den Fenstern lecken und drohen das Haus in Brand zu stecken. Das ist das Volk von Berlin, unter dessen Schutz sich die Versammlung gestellt hat!

Die Schuld, daß es so weit hat kommen können, trägt die Versammlung selbst. Schon in dem früheren, weniger zugänglichen Sitzungsgebäude wurden Einschüchterungen aller Art versucht, Abgeordnete, Minister mißhandelt. Wenn die Abgeordneten der Rechten klagten, so wurden sie von der mit dem Volke liebäugelnden Mehrheit verspottet. Die Versammlung beschloß, sich unter den Schutz des Volkes zu stellen! Man nennt das in England den Fuchs bitten, die Gänse zu bewachen. Darauf wurden, trotz alles Warnens, die Sitzungen in das Schauspielhaus verlegt, welches offen dasteht, auf dem geöffneten freien Platze Berlins. Das Haus ward während der Sitzungen nun fast regelmäßig umringt, ja belagert. Die Einschüchterungen nahmen zu; aber als Abgeordneten der Rechten Stricke vorgehalten wurden — es war um die Zeit, wo Latour gehängt war — nannte Hr. Uhlich das einen Volkswitz. Es hätte nichts zu bedeuten! Man wird unwillkürlich an die Eisler erinnert, welche noch, als ihr der Hals umgedreht wurde, ihr Wort anstrief: Es hat nichts zu bedeuten! Aus Furcht vor der Furcht, der schmählichsten von allen, versäumte die Versammlung, Maßregeln zu ihrer Sicherheit zu treffen, versäumte es selbst dann noch, als die Masse der Arbeiter in das Haus, in das Sitzungszimmer einzudringen versucht hatte. Die Bürgerwehr hat sich mehr als einmal unfähig gezeigt, die Massen zurückzutreiben. Durch jene Pöbelherrschaft ist die Sicherheit nicht blos, sondern die eben so nöthige Würde der Versammlung und der Regierung gleich sehr bedroht.

Die Regierung war völlig im Rechte, als sie darauf bekannt machte, wenn die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügte, daß dann sofort die bewaffnete Macht von den bürgerlichen Behörden herbeizurufen sei. Freilich ward durch jene Verfügung große Aufregung hervorgerufen; der Befehlshaber der Bürgerwehr, Hr. Rimpler, legte dagegen Verwahrung ein. Er behauptet, nur die Bürgerwehr selbst dürfe das Militär herbeirufen, und in der Landesversammlung ward vom Abgeordneten d'Ester die Bekanntmachung des Ministers eine Verletzung des Bürgerwehrgesetzes genannt. Wir wundern uns bei'm Hrn. d'Ester über nichts, sonst würden wir uns darüber wundern, daß ein Gesetzgeber sein eigenes Gesetz nicht kennt. In den 132 Paragraphen des Bürgerwehrgesetzes steht nichts darüber, daß die Soldaten nur von der Bürgerwehr selbst dürfen gerufen werden, und Hr. Rimpler beruft sich in seiner Verwahrung nur auf Versprechungen von Ministern. Nämlich schon Hr. v. Auerswald soll sich in diesem Sinne ausgesprochen haben; gewiß aber nicht sehr deutlich. Denn am 25. Okt. bat der Sicherheitsausschuß das Ministerium um eine bestimmte Erklärung, daß das Militär nur vom Sicherheitsausschusse der Stadtbehörden und vom Bürgerwehr-Kommando herbeigerufen werden dürfe. Die Erklärung des Ministeriums liegt vor. Sie ist am 31. Oktober, noch vor den letzten Unordnungen gegeben und besagt, daß das Militär nur, wenn die Bürgerwehr die Ordnung nicht wiederherstellen kann, und auch dann nicht anders, als auf Requisition der zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit berufenen bürgerlichen Behörden einschreiten dürfe. Auf diese Erklärung des Ministeriums kann man sich also nicht gegen die Bekanntmachung des Ministers Eichmann vom folgenden Tage berufen. Wir haben über das strenge Recht so weitläuftig gesprochen, weil wir es gerade unter den jetzigen Umständen für sehr wichtig halten, auf wessen Seite dieses Recht ist. Aber die Sache an sich betrachtet, ist die Regierung noch mehr in ihrem Rechte. Die Bürgerwehr hat mehr als einmal sich außer Stande gezeigt, die Ordnung zu bewahren und doch hat Herr Rimpler kein Militär herbeigerufen. Wie sollte er auch, wenn er, wie am 31. Oktober, gerade eingenagelt ist? Die Forderung der Bürgerwehr läuft darauf hinaus, die Ordnung solle, wenn sie dieselbe nicht beschützen kann, gar nicht beschützt werden.

Wir freuen uns daher, daß die Regierung sich entschlossen zeigt, der zügellosen Unordnung der Hauptstadt zu steuern. Napoleon sagte: Ich habe die Anarchie dadurch besiegt, daß ich mich nicht vor dem Ungeheuer gefürchtet, sondern es an der Kehle gepackt, und mit den Füßen zertreten habe. Auch die preußische

Digitized by Google

Regierung wird durch entschlossenes Einschreiten die Gesetzlosigkeit in Berlin leicht beendigen können. Hat doch auch diejenige Partei, welche ihre Hoffnung, um ihre eigenen Worte zu gebrauchen, auf die reine Anarchie setzt, noch in den jüngsten Tagen ihre Ohnmacht aller Welt zur Schau getragen.

Aber die Zügellosigkeit herrscht in Berlin nicht blos in den Straßen, sie herrscht einigermaßen auch in der Landesversammlung. Jeder weiß, wie es gekommen ist, daß die tüchtigsten Männer Preußens nicht in jener Versammlung sitzen; jeder weiß auch, warum viele sehr untüchtige Abgeordnete einen Platz in derselben gefunden. Die Versammlung ist das Lehrgeld, welches wir dem allgemeinen Stimmrecht zahlen und ein etwas theures. Es fehlt ihr nicht an manchen fachkundigen Männern und in den Abtheilungen wird nicht ohne Erfolg gearbeitet. Aber die öffentlichen Sitzungen sind haltlos, die Leidenschaft waltet; die Parteien sind zersplittert und mit der zweifelhaften Mehrheit einer einzigen Stimme werden mit unsäglicher Leichtfertigkeit die folgenreichsten Beschlüsse gefaßt, welche bei keiner zweiten Lesung, in keiner zweiten Kammer noch einmal geprüft werden können. Und doch gibt es keine Wahl, wir müssen mit diesem unvollkommenen Werkzeuge zu arbeiten suchen. Eine Auflösung dieser Versammlung, wie von den Doktrinärs gepredigt wird, ist bedenklich. Nicht etwa, weil sie sich selbst, als einer verfassunggebenden Versammlung, die Unauflöslichkeit, und sie weiß selbst nicht recht, welche Prärogative sonst noch beilegt; sondern weil Niemand ermessen kann, wie die doch jedenfalls sogleich auszuschreibenden neuen Wahlen ausfallen werden. Noch bedenklicher ist es, jetzt, wo die Republikaner in Berlin unterlegen sind, die Umtriebe aus der Hauptstadt in alle Provinzen, in jeden Wahlkreis zu verlegen.

Aber die eigentliche Gefahr, welche Preußens Ruhe fortwährend bedroht, ist das Mißtrauen, welches man in die Regierung, namentlich in den Hof setzt. Seit Wien mit Waffengewalt bezwungen ward, fürchtet man in Berlin ein ähnliches Schicksal. Aber als der König gerade in diesem Augenblicke den aufrichtig konstitutionellen Pfuel entläßt, und den Grafen Brandenburg zu seinem ersten Minister ernennt, da zweifelt Niemand mehr an den Absichten des Hofes. Graf Brandenburg ist höfisch gesinnt, der verkörperte Gardetik, aber kein Schreckensmann, zu wohlwollend, zu unbedeutend, um all die Furcht zu rechtfertigen. Aber er galt einmal im Voraus als das erwählte Rüstzeug der Reaction, sparen alle Bemerkungen über die Berufung dieses Mannes. Sie ist bereits allseitig als ein Fehler anerkannt. Die Weise, in welcher dieser Fehler wieder gut gemacht worden, ist freilich ein neuer Fehler. Die dafür verantwortlichen Minister haben dem Könige gerathen zu erklären, er könne die Ernennung nicht zurücknehmen, gleichzeitig aber die beruhigende Erklärung abzugeben, er werde nur mit einem Ministerium regieren, welches das Vertrauen des Landes sich zu erweeben wisse. Da Graf Brandenburg überzeugt worden ist, daß ihm jenes Vertrauen abgehe, so wird ihm nichts übrig bleiben, als zurückzutreten. Der König lehnte also nur zum Schein ab:

And whispering: „I'll ne'er consent!" — consented.

Weil wir das Königthum stark und geehrt wünschen, müssen wir die Minister tadeln, welche solche Versuche damit anstellen. Sie können nicht im Amte bleiben, wenigstens Herr Eichmann nicht. Wir hoffen, daß ein Ministerium zu Stande kommt, welches diejenigen Parteien mit einander aussöhnt, die es überhaupt ehrlich meinen mit dem verfassungsmäßigen Königthum, und das Vertrauen des Landes besitzt. Wir hoffen, daß sich die Landesversammlung, sobald eine feste Mehrheit sich gebildet hat, mehr als bisher das Vertrauen des Volkes gewinnen wird. Wir wünschen die Wiederkehr eines völligen Vertrauens vor allen der königlichen Familie. Das läßt sich nicht anders erwerben, als wenn sie selbst Vertrauen zeigt und aufrichtige Hingebung an die neue verfassungsmäßige Herrschaft, auf welche der größte Theil des Volkes seine einzige Hoffnung setzt. Wir hoffen, daß die königliche Familie, sobald die Ordnung in Berlin kräftig hergestellt ist, nicht säumen wird, in die Hauptstadt zurückzukehren. Denn in ihrer Einsamkeit entfremdet sie sich dem Volke und setzt sich allen Gerüchten aus. Wenn alle diese Wünsche in Erfüllung gehen, dann dürfen wir auch hoffen, daß die vereinbarte Verfassung bald wie ein Friedensschluß zwischen Fürst und Volk gefeiert wird und günstig einwirkt auf den erschütternden Wohlstand, so gering dan Manchen ihr unmittelbarer Einfluß in dieser Hinsicht angeschlagen wird; denn Meinung und Vertrauen sind der Pulsschlag des Verkehrs.

Wir wissen wohl, es gibt Viele, welche jede Hoffnung auf eine friedliche Entwickelung der Dinge im Vaterlande belächeln, die einen blutigen Kampf der Parteien für unvermeidlich halten, und keinen Heht haben, daß sie ihn herbeizuführen wünschen. Uns scheint das feig und freoelhaft. Die erste Pflicht des Patrioten ist, am Vaterlande nicht zu verzweifeln. In stürmischen Zeiten muß jeder, wie die Mannschaft auf dem Schiffe, unverzagt, was ihm obliegt, erfüllen, selbst wenn der Untergang unvermeidlich scheint. Er muß nicht das Schiff auf den Strand setzen wollen, bloß weil ihm seekrank wird bei der Fahrt. Deutschland erwartet, daß Jeder seine Pflicht thut!

Deutschland.

☽ **Frankfurt**, 6. Nov. Der Kongreß deutscher Landwirthe hat heute dahier begonnen. Es haben sich bereits an 100 Abgeordnete der landwirthschaftlichen Vereine des gesammten deutschen Vaterlandes vom baltischen bis zum adriatischen Meere, von der Weichsel bis zur Mosel eingefunden, darunter viele ausgezeichnete Männer und anerkannte Autoritäten in ihrem Fache. Der Direktor der land- und forstwirthschaftl. Akademie Hohenheim, Dr. Pabst, eröffnete den Vormittag um 10 Uhr im Saale des holländischen Hofes die Versammlung mit einer Rede über Veranlassung und Zweck derselben. Er rühmte dabei die Zuvorkommenheit, die sie überall gefunden, namentlich auch von Seiten des Reichsverwesers und der Behörden dieser Stadt. Nach einigen vorberathenden Bestimmungen über den Gang und die Form der Verhandlungen, die Ernennung der Commissionen, schritt man zur Wahl der Präsidenten. Der schon auf der letzten Versammlung der Land- und Forstwirthe designirte Graf zu Solms-Laubach ward zum ersten, Direktor Pabst zum zweiten Präsidenten, und die Hrn. Oekonomieräthe Reuning aus Dresden und Zeller aus Darmstadt zu Sekretären gewählt, auch beschlossen, dem Reichsverweser morgen durch eine Deputation den Dank der Versammlung abzustatten für die Sorgfalt und Theilnahme, welche er derselben bereits erwiesen. — In der um halb 5 Uhr Nachmittags begonnenen Abendsitzung kamen schon mehrere interessante Gegenstände zur Berathung und Beschlußnahme. Man hatte die wichtigeren der 12 zur Berathung des Congresses ausgesetzten Hauptpunkte: als über die Grundrechte des deutschen Volkes in Bezug auf den ländlichen Besitz und dessen Bebauung, über das künftige Handels- und Zollsystem Deutschlands, die Besteuerung des ländlichen Grundeigenthums, seiner Produkte und Fabrikate, über Auswanderungen und Ansiedelungen, über Organisation des landwirthschaftl. Vereinswesens, den Zustand der arbeitenden Klassen, über Förderung der Intelligenz auf der einen, Erleichterung in Beschaffung der erforderlichen Geldmittel auf der andern Seite, besonderen Comissionen zur Vorberathung übertragen. Zur Berathung kam dagegen gleich heute die Nothwendigkeit und Wichtigkeit der Errichtung eines statistischen Reichsbureau's, wobei die gleichfalls erst noch von einer Kommission zu berathende Frage eines einheitlichen deutschen Maß-, Münz- und Gewichtsystems mit berührt werde. In Bezug auf ersteren Gegenstand ersah man mit Vergnügen aus der Debatte, daß das Reichsministerium deßhalb bereits einleitende Schritte gethan und sich mit anerkannt tüchtigen Männern in Relation gesetzt. Es wurden interessante Bemerkungen gemacht über die Wichtigkeit der Sache für die Landwirthschaft und die Nothwendigkeit eines desfallsigen Zusammenwirkens der Regierungen und der landwirthschaftlichen Vereine, z. B. in Bezug auf richtige Ermittelung des Ertrags der Ernte ꝛc. In dieser Beziehung beschloß man denn auch, die Sache dringend empfehlend darzustellen. Was die Einheit des Maßes und Gewichtes betrifft, so kann über deren Nutzen und Nothwendigkeit so wenig ein Zweifel sein, als über das Schwierige deren Einführung. Prof. Geh.-Rath Rau aus Heidelberg schlug deßhalb auch nur die allmälige Einführung eines einen Reichs-Maß-, Münz- und Gewichtssystems vor, neben den einzelnen Landessystemen, die wie in Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen, erst aus den zahllosen Ortssystemen auch nicht ohne große Schwierigkeiten gebildet worden. — Die Patentgesetzgebung Deutschlands, über die Nothwendigkeit deren Einheit gleichfalls nur eine Stimme war, kam schließlich nach zur Sprache. Direktor Pabst schlug in dieser Beziehung vor, sich die englische zum Muster zu nehmen. Geh. Reg.-Rath Weinlig aus Dresden stimmte, unter Erörterung der Nachtheile der jetzigen Gesetzgebung und namentlich der Schwie-

Digitized by Google

rigkeiten für die Regierungen, die Neuheit und den Nutzen einer Erfindung vor Ertheilung eines deßfallsigen Privilegs zu prüfen, den Ansichten Pabst's bei, und empfahl namentlich nach die österreichische Gesetzgebung in dieser Beziehung, welche sich von den Fehlern der englischen, wie allzuhahe Taxen, freigehalten habe. Die Versammlung trat Dem bei und beschloß, demgemäß ihre Anträge zu stellen.

Wien, 27. Okt. Wien hat seit dem Jahre 1809, wo Napoleon von den Terassen des Belvedere die Stadt mit Bomben beschießen ließ, keinen so schrecklichen und stürmischbewegten Tag gehabt, wie den gestrigen. Wir haben zwar seit einer Woche tägliche Kampfscenen an den äußersten Linien mitangesehen. Aber alle diese Plänkleegefechte waren Spielerei gegen den furchtbaren Ernst des gestrigen Tages. Von 1 Uhr Nachmittags schwieg der Kanonendonner bis spät in die Nacht selten nur eine Minute. Der Hauptangriff kam von der Nord- und Ostseite, wo die Banden der Kroaten vom Prater und die Jäger aus dem Augarten gegen die Leopoldstadt und die Vorstadt Landstraße am rechten Ufer des Donaukanals mit Batterien und Kleingewehr feuerten. Von dieser Seite ist Wien am verletzbarsten, denn gegen den Prater stehen zwischen den Belagerten und Vertheidigern weder Wälle noch Gräben, sondern einzig nur die Straßenbarrikaden der Leopoldstadt, die aber an dieser Stelle ungemein fest und solid gebaut sind. Der Halbkreis der großen Vorstädte, welche sich am rechten Ufer des Donaukanals von der Nußdorfer- bis zur Erdberger-Linie hinziehen, war weniger gefährdet, weil hier ein gemauerter Erdwall mit Graben die ganze äußerste Umgebung bildet, hinter welchen zahllose Barrikaden, aus würfelförmigen Granitsteinen, sehr regelmäßig und kunstgerecht gebauet, alle Steaßenzugänge vertheidigen. Die Stadt selbst, durch die Glacis von den Vorstädten inselartig getrennt, bildet bekanntlich eine zweite Festung und kann sich mit ihren hohen und guterhaltenen Ringmauern noch lange vertheidigen, auch wenn die Vorstädte bereits genommen sind. Wie groß die Zahl der Vertheidiger, läßt sich schwer schätzen. Es sollen über 80000 Menschen mit Waffen versehen sein, aber schwerlich dürften sich auch nur zwei Drittheile zum Kampfe stellen. Ueber die Stärke der Belagerer lauten die Angaben verschieden. Am nächsten der Wahrheit dürften wohl jene Schätzungen seyn, welche die Gesammtstärke der Truppen unter dem Commando des Fürsten Windischgrätz auf 40 bis 50,000 Mann anschlagen. Von diesen halten die aus Böhmen und Mähren eingetroffenen Regimenter die ganze Linie von der Brigittenau bis gegen Neuterchenfeld besetzt. Die Truppen Auerspergs scheinen mehr südlich, den Linien von Matzleidorf und Belvedere gegenüber zu stehen, während die Kroaten des Jellacic den Prater und die ganze Ostseite occupiren. Gestern Vormittags war das Artilleriegefecht am hitzigsten zwischen Währing und den gegenüberstehenden Wällen der Vorstadt Thury. Provocirt aber wurde der Kampf lediglich durch die ungestüme Hitze der Vertheidiger, welche ihren Muth, wie es nie vorkam, durch das unaufhörliche Gekrach ihrer Batterien nach mehr beleben zu wollen schienen. Dieses Vergeuden der ohnehin nicht genug vorhandenen Munition war ebenso unbesonnen als unverantwortlich. Der Oberkommandant Messenhauser, welcher eine wahre Sündfluth von Tagsbefehlen und Proklamationen, in lächerlich-schwülstigem Pathos geschrieben, an die Straßeneckrn kleben läßt, steuerte diesem Unfug, der bereits seit einer Woche dauert, mit keiner Silbe. Man mußte nothwendig glauben, daß Pulver, Blei und Kanonenkugeln in Hülle und Fülle vorhanden seien. Heute legt Herr Messenhauser plötzlich das klägliche Geständniß ab, daß es mit Munition sehr knapp bestellt sei und verbietet nun das unnütze Plänkeln und Schießen bei Todesstrafe. Nachmittags 1 Uhr war das Feuer am lebhaftesten zwischen den beiden Ufern des Donaukanales. Die Kroaten hatten auf der Praterwiese eine Batterie von vier Kanonen aufgefahren, womit sie die gegenüberliegende Vorstadt Landstraße bestrichen. In der Kirchen- und Löwengasse, in der Erdbergee Hauptgasse und in allen Umgebungen des Razumofsky-Palastes fielen Granat- und Kanonenkugeln, und eine ziemliche Anzahl von National-Gardisten, welche zum Schutz der Batterien an der Saphienbrücke aufgestellt waren, wurden theils getödtet, theils verwundet. Die Saphienbrücke selbst fing Feuer und ging in Flammen auf. Eine Stunde später brannten die Mackischen und Zinnerischen Zucker-Raffinerieen, ein Nebenhaus der Dampfmühle und die Holz- und Steinkohlentager in der Nähe des Pratees und des Bahnhofes der Nordbahn. Der Brand verbreitete eine schauerliche Helle. Wir konnten von den äußersten Häusern der Vorstadt Landsteaße den Kampfplatz ziemlich gut überschauen. Jeder Blitz des Pulvers, jede Bewegung des einzelnen Kroaten war selbst mit dem gewöhnlichsten Fernrohr zu erkennen. Wie stark aber die Truppenzahl, welche den Augarten besetzt hält, ist selbst dem Observatorium auf dem Stephansthurme ein Geheimniß, da selbst die besten Frauenhaser das Dickicht der dortigen Bäume und Büsche nicht durchdringen können. Mit dem Augarten, welchen die Belagerer seit zwei Tagen besetzt haben, ist es der gleiche Fall. Alle übrigen Punkte der Umgebung weeden von dem bewaffneten Auge auf der Stephanswarte vollkommen beherrscht. Dr. Groß, welcher die dortigen Beobachtungen leitet, sieht auf das Genaueste, was in einem Umkreis von zwei Meilen vorgeht und schickt darüber von Viertelstunde zu Viertelstunde Bericht an den Kommandanten Messenhauser, der seine Vertheidigungsanstalten hauptsächlich nach diesen Beobachtungen leitet. Das ganze Artilleriegefecht, welches die bestürzte Bevölkreung der Stadt für einen ernstlichen Angriff hielt, scheint lediglich durch Zufall herbeigeführt worden zu sein, indem die Batterien unserer Vorposten sogleich Feuer gaben, sobald sich eine blaue Hase aus dem Dickicht des Peatergebüsches hervorwagte. Und es war ganz natürlich, daß die Feinde dann antworteten. Diese unselige Kampfhitze, welche von Seite der Vertheidiger um so verantwortlicher ist, da, wie gesagt, nur ein geringer Vorrath von Munition vorhanden, hatte die Einäscherung prächtiger Gebäude zur nächsten Folge. Dem Feinde selbst wurde damit schwerlich bedeutender Schaden zugefügt. Der Kampf dauerte bis in die späte Nacht. Zwischen der Batteeie der Belagerer am Nordbahnhof und den Kanonen, welche die halbkreisförmige Barrikade am Ausgang der Jägerzeile vertheidigten, wurden noch lange Schüsse gewechselt, obwohl die Dunkelheit das Zielen unmöglich machte. Die Eckhäuser der Jägerzeile wurden von vielen Kugeln durchlöchert, mehrere Artilleristen an der Barrikade durch Kartätschen getödtet und verwundet. Plötzlich kam dort unter die Vertheidiger ein panischer Schrecken. Man dachte an einen nächtlichen Angriff des Feindes, die Hanaken fuhren im Galappe davon, und der wirre Haufe der Vertheidiger, schmutzige und zerlumpte Proletarier, gemengt mit uniformirten Nationalgardisten, rannte in wildester Flucht davon und ließ sogar die sehr starke Barrikade, welche einige Hundert Schritte rückwärts den Zugang zur Jägerzeile sperrte, auf das Feigste im Stich. Es war nicht möglich den erschrockenen Haufen zum Stehen zu bringen, kein Zureden half, in unbeschreiblicher Unordnung flohen die Proletarier über die Franzensbrücke in die Stadt. Dort erst sammelten sie sich wieder. Man erkannte daß es ein blinder Schrecken gewesen und mit einigen muthigen jungen Männern von der akademischen Legion an der Spitze und von der Nationalgarde verstärkt, zog der Haufe nach der Jägerzeile zurück, und nahm die verlassenen Barrikaden wieder in Besitz. Dies war die schmählichste Episode des gestrigen Kampfes. Nie hatte ich die Vertheidiger so muthlos gesehen. Die Belagerer, welche nicht ahnen mochten, was vorgegangen war, waren keinen Schritt vorwärts gerückt. Sie hätten diese wichtigsten Barrikaden der Stadt inmitten der Verwirrung ohne Schuß genommen, und die Vertheidigung der Leopoldstadt wäre fernerhin unmöglich gewesen. Heute ist es sehr ruhig, da endlich dem Messenhauserchen Befehl zufolge die Munition gespart wird. Von der St. Stephanswarte haben wir bestimmten Bericht, daß über zwei Drittheile des Belagerungsheeres sich abwärts gewendet haben, um wahrscheinlich gegen die Ungarn zu kämpfen, die man von darthee erwartet. Vom Marchfeld her wurde eine schwache Kanonade gehört. Die Zahl der in diesem Augenblick um Wien in der nächsten Umgebung stehenden Truppen scheint auf circa 10000 Mann reducirt. Dennoch wagt man keinen Ausfall zu machen, denn unsere Proletarier und Nationalgardisten sind nur im Straßenkampfe zu gebrauchen. Heute ist Robert Blum als Hauptmann im neugebildeten freiwilligen Elite-Carps zum ersten Mal ausgerückt. Der wohlgemästete Deputirte des Frankfurter Parlaments sah unter den Waffen mehr komisch als kriegerisch aus. Die Heeren Fröbel und Hartmann, welche sich gleichfalls einreihen ließen, machen eine bessere Figur. Vernünftige Leute verdenken es diesen Herrn sehr, daß sie persönlichen Antheil an einem Aufstand nehmen, der trotz der deutschen Färbung, die man demselben später zu geben suchte, um die Wiener Sache in Deutschland populär zu machen, wahrlich kein deutscher ist. Wer daran zweifelt, den möchten wir einladen, den Sitzungen des

hiesigen Reichstags beizuwohnen, wo fast jede Erwähnung des Frankfurter Parlaments, der Central-Gewalt und der Reichskommission von Murren und Zischen begleitet wird.

△**Wien**, 2. Nov. Die Verhaftungen auf den Straßen, in den Gasthäusern und Privathäusern dauern fort, man begegnet Zügen von Hunderten Gefangener, die durch Grenzer (Kroaten) umringt, mit dem Bajonnet gegen die Gefangenen gekehrt, in die Kasernen escortirt werden. Auf dem Stephonsplatze war ich gestern zwischen 11 und 12 Vormittogs Zeuge, wie einem Manne, der sich der Gefangennehmung durch die Flucht entziehen wollte, durch einen Offizier zwei Finger der linken Hond durchhauen und ein Streich noch dem Kopfe geführt wurde, der die Hirnschaole blos legte. Die Grenzer fielen dann über ihn her, durchsuchten ihm die Taschen und entwendeten ihm, was sie fanden. Zugleich word auch ein Certifikot bei ihm gefunden, welches bestätigt, daß der Verwundete ein Schneider-Geselle ist, der seit Monaten bei demselben Meister in Arbeit stand und auch seit dem 6. Oktober keine Art Antheil an der allgemeinen Bewoffnung genommen hotte. Der Offizier, welcher ihn verwundete, ließ ihn in's Spital bringen, wo er mit andern derartigen Verwundeten noch liegt. Von den Vorstädten sind wir in der innern Stadt noch immer hermetisch abgesperrt. Was wir von dort wissen, erfahren wir durch Offiziere, so gab mir heute ein Szeredschaner Offizier folgende Details die interessant genug sind, um sie Ihnen mitzutheilen. In den Stürmen, die am 26. und 28. auf die Vorstädte Leopoldstadt und Landstraße von dem Militär gemacht wurden und deren Folge die Einnahme der genannten Vorstädte wor, wurde den Szeredschanern (Rothmäntel) und Kaiser-Jägern erlaubt, **auf eine Stunde zu plündern!!** Die Häuser in der Jägerzeil sollen am ärgsten durchsucht und zerstört worden sein. In einem Hofe jener Häuser stand eine eingespannte Kalesche, der Kutscher auf dem Bock, ein Kroate warf den Kutscher herunter, setzte sich darauf und fuhr im Galopp in's Lager, wo er den ganzen Wogen sommt den Pferden einem Offizier um 46 fl. verkonfte. Ein anderer Rothmantel stiehlt ein Kind von 9 bis 10 Monaten! Es soll ein wunderschöner Knabe sein, in die feinste Wäsche gekleidet. Ein Offizier bot ihm 10 fl. an — für das Kind und andre suchten ihn ouf alle Arten zu überreden, es ihnen zu überlassen, aber er war nicht dazu zu bewegen und erklärte, boß er das Kind lieber „broten" und „fressen" würde — als es hergeben!! Das Kind ist noch im Lager im Besitz des Rothmontels auf der Lobou. — Wir fragten den Szeredschoner Offizier, ob es denn wohr sei, boß die Rothmäntel so viele Mordthaten und Brondlegungen verübt. Der Offizier antwortete, indem eine tiefe Röthe seine Stirne überflog — lassen Sie mich schweigen — es ist vieles geschehen, was nicht zu verantworten ist! — Die Aussagen der Offiziere vereinigen sich dohin, daß die Armee 80,000 Mann stark ist. 6000 Monn Rothmäntel, die Banus Jellocic herbrachte, woren nach allgemeiner Aussage der Offiziere nur für die Universität bestimmt. In der inneren Stadt sieht man nur einzelne Exemplare der Rothmäntel herum wandern. Ich redete heute einen derselben ouf deutsch an — er sah mich mit ein paar durchbohrenden schwarzen Augen an und ontwortete mir:' nix deutsch — Aulo! bei dem Worte Aula beschrieb er mit dem Finger einen Kreis um den Hals. — Obwohl ich nicht das Unglück hobe, zur Aula zu gehören, machte ich mich boch ous dem Staube, ols der Kerl ouf ein langes Messer wies, das er im Gürtel trug. — Auf allen Basteien rings um die Stadt, ouf allen Plätzen ohne Ausnahme, sowie in ollen breiteren Straßen, wie der Graben ꝛc., bivouakiet das Militär bei Wachtfeuern, an denen sie kochen und waschen; die Stadt ist ein förmliches Loger geworden. Seit dem 26. v. M. fehlt Abends alle öffentliche Beleuchtung, da Windisch-Grätz keinen Kalk zur Gasbereitung mehr herein ließ. In monchen Theilen der Stodt stehen im ersten Stockwerke Abends Lichter an den Fenstern, in andern weigern sich die Bewohner zu beleuchten und dort herrscht denn eine vollkommene ägyptische Finsterniß in den Straßen. — Der Angriff auf das Burgthor am 31. Mittags wurde von Kaiser-Jägern gemocht — ihr Verlust on Mannschaft soll ungeheuer sein. Im Durchschnitt rechnen die Offiziere 40 Mann Todte auf jede Kompagnie, also 240 auf ein Batoillon. — Die 15,000 Ungarn, welche Jellacic und Windisch-Grätz am 30. v. M. zurückschlug, sollen aus Freiwilligen bestanden und sehr wenig Geschütz mit sich geführt haben. Viele wurden in die Donau gesprengt, aber die Mehrzahl entkam noch Ungarn: Liechtenstein-Kürassiere verfolgten sie — aber sie hatten ihre Munition verschossen und mußten bald von der Verfolgung abstehen, ohne Gefangene gemacht zu hoben. — 3. Nov. Die italienischen und andere Regimenter murren schon über die Anwesenheit der Kroaten in der inneren Stadt, weil diese letzteren bereits überall ouf den Straßen betteln — einzelne und sogor ganze Housen dringen in das Innere der Häuser und begehren Geld und Essen. Mein eigner Housmeister mußte gestern seinen Kindern auf diese Art das Mittagessen vom Munde wegnehmen und es ihnen geben. — Einem Kaufmonne neben meinem Hause fingen sie an das ganze Gewölbe auszuräumen und nur ein vorübergehender Offizier war im Stande, den Kaufmann von diesen ungebetenen Gästen zu befreien. — Die Kanzlei des ungarischen Ministeriums des Aeußern ward heute Vormittag militärisch besetzt. Man sucht darin nach dem Unterstaatssekretär Pulzki, ohne ihn bis jetzt gefunden zu haben. Viele Studenten, welche Passirscheine hatten, wurden in den letzten Tagen, als sie das Lager passiren wollten, festgenommen und nach Hetzendorf in's Hauptquartier gebracht. Mehrere Offiziere, welche om 7. das Loger im Schwarzenberg-Garten und Belvedere mit dezogen, bestätigen, daß fünf Personen vom Civil dort standrechtlich erhängt wurden.

Innsbruck, 28. Okt. Unser Gubernium hat einen verwegenen Greiff gethan. Es hat aus eigener Machtvollkommenheit die **Verzehrungssteuer aufgehoben**, oder wenigstens ihren Fortbestand on solche Modalitäten geknüpft, durch welche die bisherige Natur dieser Steuer wesentlich geändert wird.
(C. Bl. a. B.)

Prag, 2. Nov. Die in den letzten Tagen stets schwankenden, sich jeden Augenblick widersprechenden Nachrichten aus Wien sollen om Hofe eine unbeschreibliche Verwirrung erzeugt haben, und aus dieser allgemeinen Bestürzung soll auch der Mißgriff, der gegenüber unserer Deputation geschehen war, entschuldigt worden sein. Die verlangte Genugthuung wurde ihr bereitwillig gegeben und Minister Wessenberg hat Alles aufgeboten, die über ihren ersten Empfang oder eigentlich Nichtempfang empörten Deputirten zu beschwichtigen. Es ward ols ein „Mißverständniß" erklärt. Auch war man bei Hofe im Anfang in großer Besorgniß über den Zweck der Gesandtschaft; erst als man vernahm, daß derselbe nur ein vermittelnder sein solle, beruhigte man sich. Die Deputotion wurde bei der kaiserlichen Audienz ouf das Zuvorkommendste oufgenommen. Der Erzherzog Fronz Karl, bei welchem die Deputation ebenfolls eine Audienz hatte, versprach den Wünschen derselben, welche Wien vor einer Militärdespotie gesichert sehen möchten, so viel als möglich zu entsprechen; ähnlich lauteten alle anderen Bescheide und besonders die Versicherungen Wessenberg's. (C. Bl. o. B.)

Triest, 31. Okt. Ueber die ongebliche Einnahme von Mestre durch die Italiener berichtet die Allg. Ztg. Folgendes, ohne für die Richtigkeit einzustehen, do Offizielles noch nicht bekannt wor: Am 27. früh wurde die österr. Besatzung von Mestre (600 Mann) von einem Korps von 6 bis 8000 Mann Venezianer überfollen, die, durch den starken Nebel begünstigt, bereits in Mestre Fuß gefoßt hotten, ehe unsere Soldoten ihrer gewahr wurden. Noch einer kurzen Gegenwehr zogen sich unsere Truppen, freilich mit Zurücklassung vieler Todten und Gefangenen und dem Verlust von 3 Kanonen, zurück. Die Venezianer schoben ihre Vorposten bis Mogliono vor. Am Nachmittog desselben Tages begannen unsere Truppen, die in der Umgegend lagen, sich zu sammeln, und ein Korps von 1600 Monn Infonterie nnd 1500 Mann Kavallerie mit einer Batterie rückte den Venezianern entgegen. Kaum wurden die Vorposten ihrer onsichtig, als sie in wilder Flucht nach Mestre flohen, wo die Venezianer nichts Eiligeres zu thun hatten als sich einzuschiffen, ohne einen Angriff obzuwarten. Bei dieser Gelegenheit verloren sie viele Gefongene. Mestre war von ihnen geplündert und größtentheils zerstört worden.

Berlin, 3. Nov. Die Abstimmung des Minister-Präsidenten Pfuel am Dienstag Abend zu Gunsten des Rodbertus'schen Amendements wegen Schutzes der in Oesterreich gefährdeten Volksfreiheiten hat den Ausbruch herbeigeführt; der König erging sich in heftigen Vorwürfen bieserhalb gegen den alten ehrwürdigen Minister-Präsidenten, der nur das Heil der Krone in einer klugen Vermittelung mit den Wünschen des Volks erkannte. Pfuel, verkannt von oben und im Zwiespalt mit Eichmann und Bonin, deren Einwirkungen er ols gefährlich erkannt hatte, verlangte kategorisch seinen Abschied. (W. Z.)

**Berlin, 4. Nov. Das Dekorum der Krone ist ein Hauptgesichtspunkt der innern Politik konstitutioneller Staaten. Zu keiner Zeit gilt es mehr, die Würde des Königthums aufrecht zu halten, als während eine konstituirende Versammlung den Staats-Grundvertrag feststellt. Hier, wo der Monarch sich bereit zeigt, mit aller Hingebung an den großen Institutionen seines Landes mitzuarbeiten, wo die noch ungeregelte und doch unantastbare Volksfreiheit sich nach der Seite der Massenherrschaft zu einem neuen Absolutismus neigt, bedarf der im Wiederaufbau begriffene Staat als Garantie seiner friedlichen Entwickelung den auf dem Willen freier Männer unerschüttert ruhenden Königsthron. Das Dekorum der Krone zu wahren, erachten wir daher als nicht unwesentliche Pflicht der freien Presse. Aber ein mit dem Volke der Hauptstadt und der Provinzen, wenn auch nur für wenige Stunden angestelltes Experiment, eine Mystifikation des Landes erachten wir als ein gefährliches und verderbliches Mittel, das Dekorum der Krone zu wahren. Ein solches Experiment liegt in der gestern verkündeten Antwort auf die Adresse der Landesversammlung. Es waren, dünkt uns, wohl andere Mittel und Wege, die Würde der Krone zu wahren und die persönlichen Gefühle ihres Trägers zu schonen, als diese von dem verantwortlichen Minister angerathene und kontrasignirte Antwort, als dieses staatsmännische Schattenspiel an der Wand. — Die Antwort lautet abschlägig. Dennoch ist sie für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, das Jawort des Königs auf die Bitten der Nation. Die ruhige Haltung der Landesversammlung, als die Antwort verlesen wurde, die große Majorität für die Vertagung, die Aussetzung der bereits anberaumten Abendsitzung bewiesen zur Genüge, daß die Versammlung zwischen den Zeilen las. Aber sind Viele, die zwischen den Zeilen lesen? Soll dem Konstitutionalismus mit Recht der oft gehörte Vorwurf werden, daß er ein für das Volk unverständliches, überkünsteltes System, eine politische Lüge sei? Soll der Czaar mit seiner republikanischen Doktrin durchdringen? Nein, diese Windungen und Wendungen, dieser Schematismus und Dogmatismus des öffentlichen Ceremoniells sind nicht das Wesen der Sache. Die volksthümliche Monarchie ist nicht minder einfach und anschaulich, als andere Staatsformen. Wer steht dafür, daß das Volk von Berlin, daß die Bevölkerung der Provinzen in der Zeit, die zwischen dem Erfahren dieser Antwort des Königs und der Kenntnißnahme von der Resignation des Grafen Brandenburg verstreichen muß, die Rolle des leidenschaftlosen Zuschauers übernimmt? daß der aufrollende Vorhang nicht statt eines volksthümlichen Ministeriums die bewaffnete Revolte im Kampfe mit der bewaffneten Reaction vorweist? daß die nimmer müden Jäger der Emeute das arme Volk, das jene konstitutionell sein sollende Sprache durch die Blume nicht versteht, über Nacht wieder aufstacheln zu wahnsinnigem Thun?! Man soll Niemand in Versuchung führen, am wenigsten ein Volk, und noch weniger (wie die Adresse sagt:) „Seiner Majestät treues Volk" — am Nachmittag seiner Revolution. Nicht zu verkennen freilich ist, was außerhalb Preußen leidenschaftlosere, minder betheiligte Beurtheiler mehr anerkennen werden, daß der König, nachdem er den Grafen Brandenburg mit Bildung des neuen Kabinets beauftragt, gegen den erprobten Diener seines Staats, gegen einen der ersten Führer im Heer, dessen Prinzip die Ehre bleibt, eine Rücksicht der Pietät, welche dem Fürsten eines freien Volkes um so schöner ansteht, zu beobachten hatte, — daß er durch die Antwort auf die Adresse der Landesversammlung dem Grafen Brandenburg die Genugthuung ließ, aus freier Einsicht in die Lage des Landes den Auftrag in des Königs Hand zurückzugeben. Sie werden nächstens erfahren, daß es dem General Brandenburg nicht gelungen ist, ein neues Ministerium zu bilden, das voraussichtlich im Einklang mit der öffentlichen Meinung des Landes und der Mehrheit seiner Vertreter regieren könnte. Ich werde vielleicht Ihnen morgen schon mittheilen, daß Graf Brandenburg gleichzeitig dem Könige den Rath ertheilt hat, aus einer gewissen Fraktion der Kammer ein geeignetes Mitglied mit Bildung des Kabinets zu betrauen. Oder der Graf wird ein volksthümliches Ministerium konstituiren, in das er selbst nicht eintritt. Sie fragen, woher ich so zuversichtlich spreche? Weil gestern die Landesversammlung fast einstimmig gesprochen hat. Ferner, weil der König noch heut in der Antwort wiederholt hat, daß er die Leitung der Regierung nur Männern anvertrauen werde, welche das Vertrauen des Landes genießen. Graf Brandenburg, dessen Gesinnungen uns vielleicht alle Achtung abnöthigen könnten, besitzt das Vertrauen des Landes nicht. Preußen hat gestern durch den Mund seiner Vertreter vor dem Thron diese Thatsache dokumentirt. Ein Ministerium Brandenburg ist unmöglich. Niemand wird heute mehr davon durchdrungen sein, als General Brandenburg selbst. — Möge die öffentliche Meinung in Deutschland daran festhalten, daß in Preußen das konstitutionelle Königthum mit allen Konsequenzen den Stürmen des Jahrhunderts trotzen wird, kommen sie von Osten oder von Westen.

△ **Berlin**, 4. Nov. Unsere Ministerkrisis ist in ein neues Stadium eingetreten, insofern nämlich die Bildung eines Ministeriums Brandenburg aufgegeben zu sein scheint. Auch Grabow, der nach Potsdam berufen war, soll die Bildung eines Kabinets abgelehnt haben. Dagegen hat das Gerücht, daß nunmehr die Bildung eines Coalitionsministeriums beabsichtigt werde, große Wahrscheinlichkeit für sich; die Haltung der beiden Centren und der Rechten in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung scheint demselben eine Bestätigung zu geben. Denn eben diese drei Fractionen, sagt man, würden an der neuen Kombination betheiligt werden. Die Linke wird man, nach ihrem heutigen Auftreten, und überhaupt nach ihrer Haltung in der letzten Zeit, außer Betracht lassen müssen; namentlich gilt dieß auch von Waldeck, der kopfüber für seine Partei in's Feuer gegangen, und dessen Persönlichkeit für ein Coalitionsministerium durchaus ungeeignet ist. Alles hängt nun von der Frage ab, ob ein solches Ministerium wirklich zu Stande kommen kann. Verschiedene Anzeigen sind günstig: die Centren sind durch die Ereignisse der letzten Tage in die Nothwendigkeit versetzt zusammenzuhalten und in Hauptprincipiensfragen mit der Rechten zu stimmen, während sie früher bald hierhin, bald dorthin sich schlugen, oft unter sich gespalten waren und mehrmals für die Anträge der Linken den Ausschlag gaben. Innerhalb der Kammern selbst würden die strengkonstitutionell-monarchische und diejenige Partei, der das Königthum nur noch auf der äußersten Grenzlinie steht, sich dergestalt entschieden begegnen, daß bei der Entscheidung von wichtigen Prinzipienfragen die Majorität niemals zweifelhaft wäre. Aber eben der Umstand, daß sie ihre Erfolge auf einmal vernichtet sieht, sowie der fernere, daß sie sich principiell unterdrückt glaubt, würde die Linke außerhalb des Concertsaals zu Anstrengungen veranlassen, die nichtsweniger als geeignet sind, dem Lande Ruhe und dem Gesetz Eingang zu verschaffen. Wie dem auch sein mag, Hindernisse bieten sich der ruhigen, geordneten und gesetzmäßigen Entwickelung unserer Zustände noch überall dar; man darf nicht zurückschrecken vor ihnen. Die unbestrittene und bedeutende Majorität in der Kammer, über welche ein Coalitionsministerium verfügen könnte, würde auf das Land beruhigend wirken, indem dasselbe eine Garantie dafür zu erhalten glaubte, daß in der wichtigen Verfassungsdebatte keine übereilten und principiell gefährlichen Beschlüsse gefaßt werden. Sollte aber ein Ministerium, welches aus den Fractionen des Centrums und aus der Rechten genommen ist, nicht zu Stande kommen, so dürfte der Antrag, ein neues Kabinet zu bilden, an Unruh übergehen, der jedenfalls eins der befähigtsten Mitglieder der Nationalversammlung und mit der Verwaltung bekannt ist.

CC **Berlin**, 5 Nov. Ueber die Wendung unserer Ministerkrisis verlautet noch nichts Bestimmtes. Dagegen fehlt es natürlich nicht an Gerüchten des verschiedensten, zum Theil widersprechendsten Inhalts. Soviel scheint sicher, daß das gestern verbreitet gewesene Gerücht, wornach Graf Brandenburg den ihm gewordenen Auftrag in die Hände des Königs zurückgegeben habe, bis jetzt noch nicht zur Wahrheit gelangt ist. Am wahrscheinlichsten ist die Version, daß Graf Brandenburg die Bildung des Kabinets versuchen werde, ohne, wenn ihm die Lösung dieser Aufgabe gelingen sollte, in das Ministerium einzutreten. — Herr v. Unruh befindet sich heut in Potsdam. — An Hrn. Rodbertus soll in Sanssouci eine Zeit lang gedacht worden sein. Es sind indeß von einer Seite her die ihrer Zeit viel besprochenen Kollisionen des genannten Abgeordneten mit den Konstablers in die Erinnerung zurückgerufen worden, so daß man von Hrn. Rodbertus wieder abzusehen geneigt ist. — Die beabsichtigte Koalition, Unruh-Harkort, scheint wieder aufgegeben zu sein. Eine Kombination: Unruh, Arntz, Kirchmann und Bloem (letzterer als Unterstaatssekretär) wird vielfach besprochen und scheint nicht ohne alle thatsächliche Unterlage zu sein. — Die Rechte ist eifrig bemüht, die Rückkehr des Hrn. Hansemann und v. Auerswald (Rosenberg) nach Berlin zu bewirken. Wie wir erfahren, soll der erstere nicht mehr beabsichtigen, seinen Sitz in der konstituirenden

Versammlung einzunehmen. Hr. v. Auerswald, der schon seit längerer Zeit beurlaubt ist, wird besonders wegen seines persönlichen zur Beseitigung von Kollisionen mit der Majorität der Kammer vorzüglich geeigneten Verhältnisses zum König hierher zurückgewünscht. — Man beabsichtigt, eine mobile Freischaar zu dem Zwecke zu organisiren, um „in Fällen der bedrängten Volksfreiheit" die rechte Zeit zur Hilfeleistung nicht, wie dies rücksichtlich Wiens der Fall war, nutzlos und unthätig verstreichen zu lassen. Die Organisation soll vorläufig eine unbewaffnete sein. Der demokratische Landwehrverein und der Bürgerwehrverein stellen sich an die Spitze dieses neuen Unternehmens. — Bettina v. Arnim beabsichtigt nächstens ihre Ansichten von der gegenwärtigen Lage der politischen und socialen Verhältnisse in einer Broschüre zu veröffentlichen. Die genialr Frau lebt jetzt in völliger Zurückgezogenheit und durch die Wendung der öffentlichen Dinge selbst von einem großen Theil ihrer nächsten Angehörigen geschieden. Der franz. Gesandte, Hr. Arago, gehört zu den wenigen Besuchern des Gesellschaftskreises der Frau von Arnim. Auch der oft wohlthätige Einfluß, welcher dieser Dame frühee an höchster Stelle freundlich und bereitwilligst zugestanden wurde, ist seit dem März allmälig so weit paralysirt, daß selbst die sonst noch immer ängstlich beachteten Rücksichten der Courtoisie ihr gegenüber keine Beachtung mehr finden.

= **Berlin**, 5. Nov. Der Mittelstand hat hier furchtbar gelitten, der Proletariee ist besser gestellt gewesen, als jemals. Diese Herren, die jetzt so gerne von den Leuten reden, die Nichts gelernt haben und Nichts vergessen — sie sind wahrhaftig die letzten, sich Lehren aus der Vergangenheit zu abstrahiren. Ja, man kann geradezu sagen, daß unsere sogenannte Demokratie in eine neue Phase getreten: was sie früher höchstens bewußtlos erstrebten, das proklamiren sie jetzt offen als das einzige Rettungsmittel — die Anarchie. Republik ist nur noch ein Stichwort für das profanere vulgus: unter sich gestehen sie frei heraus, daß erst völlige tabula rasa gemacht werden müsse. Es war vorauszusehen, daß es dahin kommen werde: sind sie doch nicht aus Wahl Demokraten, sondern aus Nothwendigkeit, nicht aus überschüssiger Kraft, sondern aus Mangel an jeder Bildung — mit Einem Worte, weil es ihnen am Zeuge fehlt, etwas Anderes zu sein. Aus dieser Anarchie, deren Herbeiführung sie für ihre spezielle Aufgabe erklären, soll sich dann etwas Unbekanntes, ja Ungeahntes ergeben, von dem sie selbst noch Nichts wissen: die Gescheidtesten meinen, es werde so etwas Sociales sein. — Der Fall Wiens und die Wahl Brandenburg's zum Ministerpräsidenten hat hier Alles in die gewaltigste Aufregung versetzt: der Dienst der Bürgerwehr ist ungemein lästig, da sie eigentlich fast Tag und Nacht auf den Beinen ist. Die Gitterthore des Schlosses werden immer schon frühzeitig geschlossen: ein ganzes Bataillon bezieht dort die Wache und eben so viel Mannschaft deckt fortwährend die Sitzungen der Nationalversammlung, abgesehen von den Nationalgarden, die Rimpler in die unteren Gewölbe des Schauspielhauses postirt. Unterdeß gibt sich das Polizeipräsidium, durch Einforderung von Gewerbscheinen, nebenbei aber auch durch ganz willkürliche und eigenmächtigr Festsetzung von hohen Geld- und Gefängnißstrafen für Kontravententen, alle mögliche Mühe, dee Existenz dee sogrnannten fliegenden Buchhändler ein Ende zu machen — obwohl bis jetzt vergeblich. Daß dieß der geeignete Augenblick zu solchen Bestimmungen sei, möchte ich bezweifeln; frühee waren die Burschen durch ihre Zudringlichkeit allerdings lästig, jetzt ist ihr Geschäft dem Eingange nahe, da es etwas Altes geworden ist — da gibt die Polizei ihm durch ihre Dekrete neuen Aufschwung. „Es ist eine alte Geschichte, doch täglich wird sie neu!"

** **Vom Main**, 6. Nov. Kaum hat sich das ermüdetr Auge von den rauchenden Trümmern der Kaiserstadt abgewendet, so zwingen es die Ereignisse in der zweiten Hauptstadt Deutschlands zu neuer gespannter Aufmerksamkeit. Es häufen sich in Berlin Materien und Verwicketungen auf einander, die eine der Wiener nahekommende Schlußkatastrophe dringend befürchten lassen. Was an des Königs Geburtstage nur in Worten sich kund gab, ist jetzt als offene politische That hervorgetreten. Ihre Korrespondenten versichern Sie zwar, daß der Graf Brandenburg ein Ehrenmann sei, ich ziehe das keinen Augenblick in Zweifel, aber um mit Talleyrand zu reden, die Maßregel ist schlimmer, sie ist ein Fehler! Freiherr v. Arnim sagt ganz richtig in seiner Broschüre „Frankfurt und Berlin": „An die Stelle des bisherigen bewußtlosen gemüthlichen Fühlens ist das spekulirende und politische Denken getreten." Die Konsequenz dieses Satzes lautet: Die Stützen eines Thrones sind daher in unserer Gegenwart ganz andere, als sie vor hundert Jahren noch waren; sie sind heute rein negativer Natur! Die gerechtfertigte Furcht vor der Republik, das spekulative Bewußtsein, daß nur in einer erblichen Monarchie die zum Gedeihen des Einzelnen, wie des Ganzen erforderliche Ordnung und Ruhe möglich sei, ist die einzige Quelle, aus der in Zukunft die königlichen Prärogative abgeleitet werden können. Die Krone an sich ertheilt in unsern Tagen keinen Glanz mehr, sie muß ihn vielmehr erst durch die Tugend ihres Trägers, durch seine Sorge um das Wohl des Volkes erhalten. So lange man in Potsdam diese einfache Wahrheit, die durch alles Schreien über ecoolutionäre Grundsätze nicht umgestoßen werden kann, nicht versteht, so lange man diesen Geist der Zeit nicht zu begreifen vermag, so lange wird sich eine täglich weiter werdende Kluft zwischen Thron und Volk hinziehen, deren Abgrund noch Vieles verschlingen kann. Noch schlimmer und gefährlicher in seinen Wirkungen als ein Mißverstehen dieses Momentes ist aber ein halbes Verstehen desselben. Wir mögen hier nicht auf nahe liegende warnende Beispiele der Geschichte hinweisen, die deutschen Republiker haben in ihrer Belletristenpolitik nue zu oft und meistens sehr divergirende Vergleichungen mit Zuständen anderer Zeiten gezogen, als daß man von den Lehren der Geschichte noch vielen Eindruck erwarten dürfte; wir geben allein psychologisch zu bedenken, welchr Stimmungen ein solches Hin- und Herschwanken in den Gemüthern der wahren Freunde des Staatswohls hervorrufen muß. Nur wenn sie einen König im Rücken haben, der klar und fest erkannt hat, daß in Zukunft seine Stellung sich nur dem Namen nach von einer erblichen Präsidentschaft unterscheidet, vermögen sie mit Kraft und Muth der Anarchie entgegenzutreten; müssen sie jedoch fühlen, wie derselbe sich nicht von terrgewordenen Formeln früherer Jahrhunderte frei machen kann, müssen sie es täglich wahrnehmen, wie man am Hofe jeden Weg einschlägt, nur nicht den schmalen graden, der einzig zum Ziel führt, so werden die Einen von ihnen endlich erbittert und aus Freunden zu Feinden, die Andern der vergeblichen Anstrengungen überdrüssig, ziehen sich gänzlich zurück, und lassen Autokratie und Modokratie die Dinge miteinander ausmachen. Oder sollte der frühere Radowitz'sche Plan, das Bürgerthum, auf das sich allein die Krone stützen kann, zwischen Adel und Proletariat einzukeilen, noch nicht vergessen sein? Sollte man soweit den politischen Wahnsinn treiben wollen? Wir vermögen es nicht zu glauben; aber ebensowenig die Handlungen des Potsdamer Kabinets zu begreifen! —

△ **Darmstadt**, 4. Nov. Herr Ministerpräsident Jaup hatte am 24. Juli d. J. mit Bezug auf die Wiederzusammenberufung des Landtages nach erfolgter Vertagung in der zweiten Kammer gesagt: „Wenn kein Krieg entsteht, gebe ich Ihnen, in so weit ein sterblicher Mensch und ein in jedem Augenblick entlaßbarer Beamter ein Versprechen geben kann, das Versprechen, daß Sie alsdann zu keinem andern Zwecke zusammen berufen werden sollen, als zur Votirung des neuen Wahlgesetzes." Dessenungeachtet scheint die Absicht, noch Mehreres dem auf den 20. d. M. wieder berufenen Landtage zur Berathung vorzulegen. Denn das bezügige Edikt ruft den Landtag zusammen „zur Erledigung dessen, was dringend ist." Freilich wird durch den Drang der vorgerückten Zeit auch die Prorogation des Finanzgesetzes dazu gehören müssen. Mehr willkürlich kommt wohl noch dazu ein Gesetz über die Aufhebung des Lehnsverbandes in Folge des Beschlusses der gesetzgebenden Reichsversammlung. Nun, das wird man sehr gern noch schnell mit in den Kauf nehmen; selbst unsere rechte Seite, die am Meisten durch die zu treffende Maßregel gewinnt. In ihren adeligen, meist mit Lehen versehenen Mitgliedern nämlich. Daß auch vor diesem Landtage die Passiva hoher Personen noch zur Sprache kommen sollen, wird behauptet; indessen dünkt mich's unwahrscheinlich, weil mit jenem Vortrage zu wenig in Uebereinstimmung stehend und überhaupt unpolitisch. Eher ist es möglich, daß ein Ankauf beabsichtigt wird, dee mit der Reform unseres Justizwesens in Verbindung stände. Die Wiederberufung unserer Stände auf den 20. Nov. hat übrigens wenig Sensation im Lande gemacht, am wenigsten war sie geeignet, die über ihren langen Verzug unangenehm aufgeregten Gemüther zur Ruhe zu bringen. Ueber drei Wochen liegen zwischen dem Tage der Berufung und dem Tage des Zusammentritts! Das ist sehr lange. Auch wurde keine Konzession den Wünschen der Majorität mehr dadurch gemacht, sondern man übte blos einen Akt der Nothwen-

digkeit. Die Natur des vorzulegenden Wahlgesetzes entscheidet die Zukunft des Ministeriums Jaup und die nächste Zukunft unsres Hessenlandes. Einen ganz frischen Beitrag aber, welche schlimme Früchte die verzögerte Wiedereinberufung des Landtages trägt, enthält das heutige Regierungsblatt, worin der Großherzog unter Contrasignatur des Finanzministers die Entrichtung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle nach dem bisherigen Tarif vom 1. Januar 1849 an befiehlt: also für eine Periode, wofür noch kein Finanzgesetz existirt.

Aus dem oldenburgischen Fürstenthum Birkenfeld vom 24. Okt. Unserem Bürger wird allmälig klar, daß die großen Errungenschaften der Zeit für ihn ein leerer Hauch bleiben werden, wenn er sich nicht an den Großstaat anschließt, der ihn nach allen Seiten umgibt. Nach der äußeren Lage unseres Landes, welches ziemlich lang aber sehr schmal ist, stehen die einzelnen Landestheile mit Preußen viel mehr in Verkehr, als unter sich. Dennoch hat die Laune der verbündeten Mächte im Jahr 1817 eine Mauer zwischen so innig verbundenen Bevölkerungen aufgeführt, um dem Herzog von Oldenburg mit der armseligen Parzelle und ihren paar tausend Seelen ein Geschenk zu machen. In allen Gemeinden geht man jetzt damit um, in Berlin und Oldenburg dem Land sein Recht zu fordern. Nur in dem Hauptstädtchen Birkenfeld existirt noch eine kleine Gegenpartei, einige Beamte.

(Fr. J.)

**Aus Schleswig-Holstein, 2. Nov. Es fehlt in Dänemark am nothwendigsten baaren Gelde, in Kopenhagen sieht man nur Bankzettel, ja es mangelt selbst an Geld, um die nothwendigsten Lebensmittel zu besorgen, so daß selbst die Bewohner von Schwensen, welche bisher vom Schleswig'schen aus den Markt in Kopenhagen mit Gemüsen versorgten und in Folge des Waffenstillstandes den bisher geführten Handel auf's Neue begannen, nach Hause schreiben, daß man ihnen keine neue Waaren nachsenden solle, da sie wegen des herrschenden Geldmangels selbst nach Hause zurückkehren würden. Dänemark steht am Abgrunde und suchte sich nur durch den Krieg zu erhalten, jetzt ist die Aufregung des Krieges verschwunden, die Mittel sind erschöpft, die geheimen Zuschüsse von St. Petersburg haben aufgehört. Wer selbst noch etwas hat, gibt nichts heraus. Dazu die Kosten für die angestrengten neuen Rüstungen, welche in Kopenhagen mit großer Energie fortgesetzt werden, sie fressen das noch vorhandene baare Geld und es bleibt für den gewöhnlichen Bedarf nichts übrig; eine Anzahl Beamter soll schon mehrere Monate keinen Gehalt mehr erhalten haben; wie das enden soll und wird, ist leicht vorherzusehen. Dänemark's Ende wird ein Staatsbankrott sein, wie wir ihn lange nicht erlebt haben.

Die Furcht, daß in Kiel diesen Winter gar keine Kollegien gelesen würden, ist nun gehoben, es haben sich etwa 50 Studenten eingefunden und es sollen einige Vorlesungen beginnen.

✕ Von der Ostsee, 3. Nov. Haben wir richtig vorausgesagt? Die Weise, wie der Waffenstillstand in den Herzogthümern ausgeführt ist, hat in Kopenhagen große Aufregung verursacht. Wir waren in der That besorgt vor dem allzugünstigen Ergebnisse. Daß der Reichskommissär Stedmann selbst, dem wir jenes Ergebniß zu danken haben, sich veranlaßt gesehen hat, gemeinschaftlich mit dem dänischen Kommissär, Herrn von Reetz, gegen die Rechtsgiltigkeit einiger durch die neue Regierung wieder in Kraft gesetzten Verfügungen Verwahrung einzulegen, beweist unwidersprechlich, daß den Dänen wirklich zu nahe geschehen war, und die Bedingungen des Waffenstillstandes von der neuen Regierung überschritten waren. Von wie geringer praktischer Erheblichkeit jene einzelnen desavouirten Verfügungen sind, weist ein Schreiben im Altonaer Merkur nach. Denn 1) hat das Reglement für die Wahlen zur deutschen Reichsversammlung vor der Hand kein praktisches Interesse; dadurch aber, daß nur gegen dessen Anwendung für die Zukunft protestirt wird, sind die gegenwärtigen Abgeordneten Schleswigs stillschweigend anerkannt. 2) Dänische Fahnen und Kokarden sind allerdings mitunter im nördlichen Schleswig von der dänischen Propaganda bei unzulässigen Umtrieben benutzt worden und würden es, falls man denselben freie Hand ließe, wahrscheinlich wieder werden. Da indessen beide Commissäre in der Schlußbemerkung ausdrücklich sagen, daß sie nicht gesonnen sind, solchen Anordnungen, welche zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung beitragen können, irgendwie hindernlich entgegenzutreten, so werden derartige Umtriebe immerhin auf polizeilichem Wege unterdrückt werden können. 3) und 4) die Bekanntmachung über die Vertretung schleswig-holsteinischer Schiffer im Auslande und die Verfügung über die von denselben zu gebrauchende Flagge können ebenfalls für den Winter ohne zu großen Nachtheil suspendirt werden zu können, und zwar um so mehr, da erstere hamburgischer Seits desavouirt worden ist; und rücksichtlich der Handelsflagge von der Centralgewalt gegenwärtig Unterhandlungen mit England eingeleitet sind. Das Staatsgrundgesetz endlich war von der gemeinsamen Regierung überall nur, in so weit es dem definitiven Frieden nicht präjudicirlich ist, bestätigt worden, so daß die Genehmigung der übrigen Bestimmungen desselben Seitens des dänischen Commissärs eher als ein von unserer Seite errungener Vortheil zu betrachten ist. Wichtig erscheint es ferner, daß, ohne auf neue Schwierigkeiten zu stoßen, von der gemeinsamen Regierung in der Ausführung der organischen Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes vorgeschritten und namentlich auch die Landesversammlung behufs der Regulirung des finanziellen Verhältnisse der Herzogthümer zusammenberufen werden kann. Hauptsächlich aber scheint uns das gewonnen zu sein, daß jetzt dadurch, daß deutscher Seits der Waffenstillstand gewissenhaft zur Ausführung gebracht worden, die Centralgewalt in den Stand gesetzt ist, bei England, als der garantirenden Macht, energisch darauf zu dringen, daß die völlig widerrechtlichen Uebergriffe der Dänen, wie die Ernennung einer neuen Immediatkommission für Alsen und Arroe u. dgl. m. entschieden zurückgewiesen werden, während sonst durch dieselben vielleicht der Wiederausbruch des Krieges herbeigeführt werden würde." — Auch die Schlesw.-Holst. Ztg. äußert die Ansicht, daß das vorerwähnte Schreiben der Kommissäre von der gemeinsamen Regierung füglich ohne weiteres Aufheben ad acta gelegt werden könne. — Bedenkt man nun, daß Rußland und namentlich Frankreich ohne Unterlaß an der schleswig'schen Frage, jenem wunden Flecke Deutschlands, reiben, so wird man der Thätigkeit unsers Reichskommissärs Gerechtigkeit widerfahren lassen. Er ist bereits in Schleswig wieder eingetroffen. Es soll sich dahin geäußert haben, daß sich in den gebildeten und urtheilsfähigen Kreisen in Kopenhagen das Gefühl immer mehr kund gebe, daß die Fortsetzung des Krieges mit Deutschland nicht nur das Land in unerschwingliche Schulden stürze, sondern auch seinen natürlichsten Verbündeten entfremden werde. Eine solche Stimmung verdient es wohl, durch allzu hochgespannte Forderungen deutscher Seits nicht zurückgestoßen zu werden. Ueber die Stimmung des ganzen nördlichen Schleswigs wird man sich in Deutschland keinen Täuschungen mehr hingeben. Neuerdings pochen wieder alle Schiffer der Ostküste, sie wollen gern Dänisch Eigenthum wieder eingebracht haben, wenn sie nur nicht ferner in ihrem Erwerbe gestört werden. Dies sind Thatsachen, welche zu verschweigen nichts fruchtet. Der Patriotismus läßt sich nicht aufzwingen! Die Friedensverhandlungen haben noch nicht begonnen. Die Fortdauer des jetzigen günstigen Provisoriums kann deutscher Seits übrigens nur gewünscht werden. Nur die fortwährende Besetzung von Alsen und Arroe ist ein Punkt, über den wir uns beschweren können.

Frankreich.

* **Paris**, 4. Nov. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurde die Revision der Verfassung verneint, und dieselbe unter dem Rufe: es lebe die Republik! mit 739 gegen 30 Stimmen angenommen. Die äußerste Fraktion der äußersten Linken enthielt sich der Abstimmung. Der Minister Dufaure schlug hierauf vor ein Freudenfest zur Erinnerung an diese Annahme der neuen republikanischen Verfassung anzuordnen, was an die Abtheilungen zur Prüfung verwiesen wird. — Der Moniteur enthält ein Circular der Regierung an die Präfekten, in Bezug auf die Wahl des Präsidenten der Republik. Dieses von Dufaure unterzeichnete Circular schreibt den Präfekten vor, sich aller Einmischung in den politischen Theil der Wahl zu enthalten und nur streng über die Reinheit und Aufrichtigkeit der Wahlakten zu wachen. Die Präfekten werden aufgefordert, keine Wahlumtriebe, zu wessen Gunsten diese auch sein mögen, zu dulden und ihre Bemühungen nur auf Bekämpfung eines Gegners zu richten: der politischen Sorglosigkeit, die einer Menge Wähler veranlaßt an dem Wahlakte nicht Theil zu nehmen. — Der Moniteur enthält ferner eine Uebersicht der Verhältnisse des Handels und der Gewerbe, woraus hervorgeht, daß Beide in allen

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 8. Nov. Amtliches. Handelsrath. Flußzölle.) Wien (Näheres über die letzten Vorgänge. Vom gefangen. Flucht Pulsky's. Proklamation von Windischgrätz Moratorium für Wechselschulden.) Betzen (Verlängerung des Waffenstillstandes.) Olmütz (Die Reichenberger und Prager Deputation. Die öffentliche Stimmung. Kaiserliches Erlaß.) Erfurt (Die Festung durch sächsische Truppen besetzt.)

Spanien. Madrid (Cabrera erscheint wieder.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 8. November.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 8. November.

Tagesordnung der 111. öffentl. Sitzung.

1) Ersatzwahlen in die Ausschüsse für die Geschäftsordnung, für die Centralgewalt und den volkswirthschaftlichen Ausschuß.
2) Erledigung der von den Abgeordneten W. Jordan und Gevekoht, Namens des Marine-Ausschusses erstattetn Berichte, die Bildung einer Central-Marinebehörde betreffend.
3) Fortsetzung der Berathung über Abschnitt III. des Verfassungsentwurfs.

Den Vorsitz nimmt Heinrich v. Gagern ein. Vom Ausschusse für Volkswirthschaft ist der vier Bogen starke Bericht vertheilt worden, welcher die Motive der zahlreichen, von diesem Ausschusse zum Verfassungsentwurfe gestellten Verbesserungs-Anträge enthält.

Wesendonck knüpft an die Austrittsanzeige mehrerer Abgeordneten den Wunsch, daß bei dem endgiltigen Rücktritt von Abgeordneten zugleich der Stellvertreter mit als in Wegfall gekommen betrachtet und zu einer Neuwahl geschritten werden möge. An den Legitimations-Ausschuß.

Der in Folge des Biedermann'schen Antrags gestern gewählte Ausschuß hat Jordan von Marburg zum ersten, v. Saucken-Tarputschen zum zweiten Vorsitzenden und Giskra zum Schriftführer gewählt. Unter den Mitgliedern des Ausschusses befindet sich ferner Jordan von Berlin, der Unterstaatssekretär Widenmann, H. v. Raumer aus Dinkelsbühl, Werner aus Koblenz, Hergenhahn.

Rösler von Oels interpellirt das Reichs-Justizministerium wegen des Uebertritts ungarischer Soldaten in's preußische Gebiet (Schlesien) und daß sie nicht an die österreichischen Befehlshaber ausgeliefert, sondern nach Ungarn entlassen werden möchten. Antwort darauf soll nächstens Montag erfolgen.

Engel beantragt in Bezug auf Schleswig-Holstein, daß die Centralgewalt veranlaßt werde, die von der provisorischen Regierung der Herzogthümer erlassenen Verordnungen aufrecht zu erhalten und Hrn. Stedmann demgemäß zu instruiren. Der Antrag wird nicht als dringlich anerkannt.

Zur Tagesordnung übergehend, verfügt der Präsident die Einsammlung der Stimmzettel zur Ergänzung der drei oben bezeichneten Ausschüsse.

Die zweite Nummer der Tagesordnung erledigt sich dadurch, daß in Folge der von der Centralgewalt errichteten Marine-Abtheilung und der technischen Marine-Kommission die früheren desfallsigen Anträge des Marineausschusses zurückgezogen werden. Die Versammlung pflichtet dem bei, indem sie über jene Anträge zur Tagesordnung verschreitet.

Ueber Abschnitt III des Verfassungsentwurfs, die Befugnisse der Reichsgewalt in Bezug auf das Heerwesen betreffend, wird eine allgemeine Besprechung zugelassen. Für den Entwurf sind nur fünf Redner angemeldet, dagegen mehr als zehn, und unter letzteren General v. Radowitz.

Zuerst erhält Dham das Wort. Er geht von dem Standpunkte aus, daß der Centralgewalt so viel Macht wie möglich eingeräumt werden müsse und daß sie diese etwa zur Unterdrückung der Freiheit, daß sie die Heeresmacht als bloßes Polizei-Mittel mißbrauchen könne, glaubt er nicht besorgen zu müssen. Er erachtet deshalb den §. 12 des Entwurfs: „der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung" als unerläßlich nothwendig.

Tellkampf mustert flüchtig die einzelnen Bestimmungen des ganzen, neun Paragraphen umfassenden Artikels und warnt vor dem Fehler, der bisher alle Staatenbündnisse zu Grunde gerichtet, nämlich davar, daß die Centralgewalt mit einer theils zu geringen, theils zu schwer beweglichen Macht ausgestattet werde.

Die Ankündigung, welche den General v. Radowitz auf die Rednerbühne ruft, hat die aufmerksamste Stille im Hause zur Folge. Zum Verständniß seiner Rede ist erforderlich, sich die verschiedenen Vorschläge theils des Verfassungs-Entwurfs selbst, theils der Verbesserungsanträge vor Augen zu halten, die in nicht wenigen Bestimmungen auf ein vollständiges Verwischen der bestehenden Heeres-Eigenthümlichkeiten hinauslaufen und welche die deutsche Kriegsmacht selbst mit durchgehenden Regimentsnummern zu einem uniformen Ganzen gestalten möchten.

Radowitz: „Mit dem 2. Art. des Verfassungs-Entwurfs haben wir das Gebiet betreten, auf dem die eigentliche Schwierigkeit des ganzen Verfassungswerks liegt. Wie verhält sich die Centralgewalt des Reiches zu der Gewalt seiner einzelnen Glieder? Ich werde umsoweniger versuchen für diese umfassende Frage eine allgemeine Antwort zu finden, als diese mit manchen bereits gefaßten Beschlüssen in Widerspruch treten würde. Aber ich darf auch jetzt nach voraussetzen, daß die faktische und rechtliche Existenz der einzelnen Staaten nicht weiter beschränkt werde als es der höhere Zweck des Gesammtstaates erweislich und wirklich erheischt. Daß hiebei die Frage über das Heerwesen in erste Linie tritt, leuchtet ein. Jeder, der mit dem Zustande des bisherigen Bundeskriegswesens bekannt war, wird zugeben, daß es die beste Seite des Bundes war. Was auf den andern Gebieten, auf dem des Rechtsschutzes, der materiellen Interessen, über den engherzigen Partikularismus nicht hat errungen werden können, das war auf diesem Gebiet in weit höherer Weise errungen. Das Jahr 1810 mit seiner drohenden Kriegsgefahr kam hinzu und machte manche egoistische Rücksicht verstummen. Das Werk, das im Jahr 1820 hatte unvollkommen hinterlassen werden müssen, wurde neuerdings aufgenommen, wurde in ernste Erwägung gezogen und mit Eifer ergänzt. Ich kann es bestimmt sagen, das deutsche Bundeskriegswesen ist ein gutes; wenn die deutsche Armee zur That berufen worden wäre, so würde sie ihre Stelle unter den europäischen Armeen gewiß mit Ehren eingenommen haben. Dennoch aber kann ich vollständig und unumwunden zugeben, daß noch Vieles und Großes zu thun übrig bleibt. Die Aufgabe, die deutschen Truppenkörper zu größerer Uebereinstimmung in Organisation, Führung und Disziplin zu bringen, kann und muß gelöst werden; immer aber ist dabei große Sorgfalt nöthig. Die bereits vorhandenen, durch theure Erfahrungen in Krieg und Frieden geprüften Vorzüge der einzelnen deutschen Truppenkörper dürfen dabei nicht in Trümmern geworfen werden, um zu versuchen, wie sich etwa das auf diesem Schuttdaufen zu errichtende Gebäude ausnehme. Nirgend tritt die moralische Triebfeder stärker hervor, als bei dem Militär; die Erinnerungen an die ruhmvollen Thaten eines Heeres, an seine Siege, wie an seine ehrenvollen Leiden sind ein großer Schatz, der in die Wagschale eines zukünftigen Krieges geworfen wird. Nicht blos die großen Heere zehren von ihren Erinnerungen, auch die kleinen. Ein Heer ist eine nie sterbende Körperschaft. Jeder Einzelne genießt die Früchte der Ehre, die seine Vorgänger unter denselben Fahnen errungen haben. Die badische Artillerie würde ihre Erinnerungen an Talavera um keinen Preis aufgeben, die hessischen Truppen an ihre Siege, die sächsischen Dragoner an Collin, wo sie den Ausschlag gaben. Dies ist ein Schatz, der mehr als alles Andre die zukünftigen Siege eines deutschen Heeres versichert. Er darf nicht zerstört, nicht nutzlos vergeudet werden. Der bairische, der würtembergische, der badische, der hannöversche Soldat soll sich als solcher fühlen, und von der innigsten Ueberzeugung durchdrungen werden, daß er ein lebensvoller Theil einer großen Gemeinschaft sei. Das ist unsre Aufgabe, sie kann nicht gelöst werden durch eine dürre Systematik. (Bravo v. d. Rechten u. den Centren.) Meine Herren, bedenken Sie, daß wir nicht abstrakte Begriffe vertreten, wir wollen nicht die einzelnen Völkermassen zusammenfügen, wir wollen organische Glieder in eine Gemeinschaft bringen, wo jedes sich wiederfindet mit allem, was es besaß. (Bravo.) Was ich hier von den kleineren Truppenkörpern hervorhebe, gilt natürlich nach in weit höherem Maße von den größeren deutschen Heeren. Nicht blos ein preußisches Interesse, sondern ein wahrhaft deutsches Interesse erheischt diese Armee als solche zu bewahren und ihr den gebührenden Rang anzuweisen. Deutschlands neuer Aufbau wird nicht gewinnen, sondern einbüßen, wenn statt des glorreichen Heeres des großen Kurfürsten und Friedrichs II. nur 300,000

Digitized by Google

Soldaten in die neue Gemeinschaft eintreten. Wollten Sie mich deßhalb zeihen, daß ich diese Betrachtungen bloß von einem preußischen Standpunkte aus anstelle, so glaube ich, Sie thäten mir Unrecht; aber ich bin davon durchdrungen, daß derjenige die Interessen seines Vaterlandes am besten fördert, der in Berlin sehr deutsch, und in Frankfurt sehr preußisch spricht. (Lebhafter Beifall.) Vergleiche ich nun den Entwurf, wie er uns vorliegt, so erkenne ich vollkommen an, daß er diesen Grundsatz vollständig im Auge gehabt hat. Dennoch aber finde ich in den einzelnen §§. manche Mehrdeutigkeiten, die mich veranlassen müssen, mich für die Verbesserungsvorschläge des Wehrausschusses zu erklären. Ja, ich habe auch zu diesen noch einige Zusätze zu machen und bitte um die Erlaubniß, sie jetzt vorzubringen. Die im §. 13 vorgeschlagenen Bestimmungen, wonach die Truppen der Staaten, welche aus weniger als 5000 M. bestehen, der Centralgewalt unmittelbar überwiesen werden, kann ich nicht in der Nothwendigkeit gerechtfertigt finden. Die militärische Nothwendigkeit erheischt allerdings, daß zu kleine Truppenkörper sich zusammenfügen müssen, was aber hier geschehen kann, ohne in die rechtliche Existenz der einzelnen Regierungene einzugreifen. Es steht nichts entgegen, daß sich die kleineren Staaten unter sich in Kreise verbinden, die der Reichsgewalt gegenüber als eine vollkommene Einheit dastehen, nichts hindert z. B. daß die thüring. Truppen sich mit andern kleinern Truppenkörpern verbinden, mit durchlaufender Nummer, gleicher Uniform nebst allem andern was man in dieser Beziehung vom Militär fordern kann. Die Aufgabe muß aber vertragsmäßig gelöst werden, wie die einzelnen Regierungen ihr gutes Recht dabei gewahrt wissen wollen. Ebenso kann ich nicht zugeben, daß die in §. 18 gegebne Bestimmung gerechtfertigt erscheint. M. Hrn. wer die Befähigung eines Offiziers zu einem höheren Grade beurtheilen will, der muß ihn im Laufe seines ganzen Dienstlebens beobachtet haben, und eine solche Bestimmung würde entweder zu einer leeren Förmlichkeit herabsinken oder sie würde die Reichsgewalt zu einem Mißgriffe veranlassen. Es ist allerdings nicht möglich, daß jeder deutsche General stets bei der betreffenden Heeresabtheilung kommandire. Der Offizier wird schon im Frieden zu gemischten Kommando's verwendet, zu Inspicirungen ꝛc., aber dieses Verhältniß läßt sich darstellen, ohne daß der General zu einer Anomalie in seinem eignen Heere würde. Wenn es sich darum handelt, einen Obersten zum General zu befördern, so kann die Regierung des Einzelstaates dem Reichsministerium die Ernennung vorlegen und dann erfolgt die Ernennung als Reichsgeneral, wenn sie von hieraus keinen Anstand weiter findet. Erlauben Sie mir noch, daß ich einige Worte hinzufüge, in Bezug auf das Minoritätsgutachten, das die Herrn Blum, Wigard und Schüler dem Anteage des Ausschusses gegenüber gestellt haben. Es scheint mir dieses um so angemessener, da ich nicht verkenne, daß diese Herrn der im Volke weitverbreiteten Ansicht Stimmen geliehen haben. Meine Herrn, jeder, der die großen Kosten beklagt, die die stehenden Heere veranlassen, beginnt in der Regel damit, daß er ein Projekt entwirft, wonach diese verschwinden und wonach sich die Soldaten im Frieden dem Ackerbau und den Gewerben zuwenden können, oder daß statt ihrer eine Volksbewaffnung eingeführt werde. — Eine solche Einrichtung hat außerdem noch die zweite Seite, daß sie das Recht behauptet, bei Störungen des inneren Friedens der Regierung entgegenzutreten, was bei den stehenden Heeren allerdings nicht erwartet werden darf. Der Schöpfer eines solchen Projekts, wenn er es mit dem Vaterlande gut meint, pflege zur Betrachtung zu kommen, daß, weil die stehenden Heere andere Staaten beibehalten werden, man das eigene nicht entbehren könne. Wenn er näher in das Kriegswesen eindringt, so überzeugt er sich bald, daß eine Volksbewaffnung, welche das Zutrauen sich erwerben will, der Leitung eines stehenden Heeres unerläßlich bedarf, ja daß seine Wirksamkeit um so größer ist, wo der Charakter solcher Kraft hervortritt. Blickt er in die Kriegsgeschichte zurück, so sieht er, daß Volksbewaffnungen, die sich an diesen Kern nicht anlehnten, gewöhnlich zu Grunde gingen und ein schmähliches Ende nahmen. Einzelne Erscheinungen, wo ein kräftiger Widerstand möglich war, dürfen hierbei nicht irre leiten, eben so wenig die militärischen Institutionen in der Schweiz oder Nordamerika. Keine dieser Institutionen hat bisher Gelegenheit gehabt, geschlossenen Heeren gegenüber zu treten, keine. Diese Betrachtungen sind es, die selbst dem Nichtsoldaten die Ueberzeugung aufdringen, daß eine solche Organisation, die von Cäsar bis Napoleon keiner dieser Krieger für dienlich erachtete, nicht zweckmäßig sein könne. Wahrlich es wäre mehr als Vermessenheit unser Vaterland seinem östlichen und westlichen Feinde gegenüber solchen Experimenten Preis zu geben. Niemand würde die Verantwortung davon übernehmen. Ich werde nicht von der Ueberzeugung lassen, daß über die höchsten Fragen von Wohl und Wehe des Vaterlandes es einen Standpunkt gibt, der über den politischen Parteien steht. (Allgemeiner Beifall.)

Fuchs aus Breslau hält nach Radowitz's Rede den Gegenstand dermaßen für erschöpft, daß er auf das Wort verzichtet. Bravo! und Ruf nach dem Schlusse der Debatte überhaupt. Vicepräsident Simson, welcher den Vorsitz übernommen hat, hält dies Verlangen derzeit noch nicht für gerechtfertigt und gibt das Wort an

Scheller, der sich gegen die Mehrheit des Verfassungsausschusses erklärt, denn ihr Vorschlag sei erstens nicht ausführbar und zweitens nicht nothwendig. Bereits habe man den deutschen Großstaaten das Recht der Gesandtschaften genommen. Das Opfer werde zu groß, wenn man ihnen auch noch das Heer entziehen wollte. Die pathetische Schilderung Scheller's von der allgemeinen Wehrpflichtigkeit in Preußen, wo „jeder Bürger Soldat und jeder Soldat auch Bürger sei," erregt die Langweile und der gemeinschaftliche „Felokessel für den Fürsten- und Grafensohn neben dem Sohne des Tagelöhners" das Lachen des Hauses. Daß es nicht nothwendig sei, in der Centralisirung so weit zu gehen, wie der Verfassungs-Entwurf, beweise das Beispiel des nordamerikanischen Bundesstaates.

Zachariä aus Göttingen sucht die Vorschläge des Verfassungs-Ausschusses als sehr gemäßigt zu rechtfertigen. Das Wesen des Bundesstaates erfordere einmal gebieterisch, daß die Einzelnstaaten in der Central-Regierung hinsichtlich alles dessen verschwinden, was die Verhältnisse nach auswärts anlange.

Nizze aus Stralsund beantragt, daß nach ihm die Besprechung mit Vorbehalt des Worts für ein Mitglied der Minderheit des Verfassungs-Ausschusses geschlossen werde. Ein zweiter Antrag von ihm betrifft die gemeinsame Behandlung der §. 12, 13, 14, 17.

Falk aus Ottolangendorf verlangt von der Versammlung, daß mehr Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse genommen werde, daß man sich an das Historische und an die Majorität des Volks anlehnen solle. Nicht aus der Theorie heraus sollten wir konstruiren, sondern aus dem Praktischen. Wer werde denn ein übertreibendes Gesetz annehmen? Die kleinsten Staaten höchstens, die nur dem Namen nach Staaten seien und die an sich demnächst aufgelöst werden müßten. Die größeren zu Paaren zu treiben, möchte der Reichsgewalt schwer werden. Keinem Phantom solle man nachjagen, sondern eine Wirklichkeit erstreben.

Teichert (preußischer Major) spricht im Sinne des Herrn v. Radowitz, dessen Erörterungen er um Einzelnheiten erweitert.

Waitz: Daß man nicht vom technischen Standpunkte aus urtheilen möge, sondern vom Standpunkte der Verfassung Deutschlands. Der Wehr-Ausschuß räume der Centralgewalt weniger ein, als der Verfassungs-Ausschuß für nothwendig erachtet habe, dessen Ansichten und Grundsätze der Redner darauf in klarer Auseinandersetzung darlegt.

Bei Rauwerk's Auftreten wiederholter und erschreckter Ruf nach Schluß. Er ist so vergebens, als alle bisherigen Abkürzungs-Versuche. Rauwerk's keuchender Zorn wendet sich gegen Radowitz, gegen den deutschen Bund, gegen die stehenden Heere. Den letzteren soll „das Vaterland der Reformation" den Krieg erklären, Deutschland soll seine stehenden Heere auflösen und Frankreich werde so vernünftig sein, diesem Beispiele zu folgen. (Sehr gut von der Linken. Ironisches Bravo und Lachen von der Rechten.) Rauwerk spricht auch von den Fürsten, deren Purpur immer in neues Blut getaucht werden müsse, und daß er es nicht beklagen werde, wenn sie etwa das Regieren langweilig fänden, sobald ihnen die gewohnte Soldatenspielerei entzogen würde, und sie deshalb dem Throne entsagten. Die Linke ist entweder so geschmacklos oder so höflich gegen einen der Ihrigen, auch die trivialsten Gedanken des Redners zu bedenken. Die übrigen Theile des Hauses versagen den Anstrengungen Rauwerk's, das preußische Heersystem z. B. als eine verabscheuungswerthe Tyrannei zu schildern, wenigstens ein mitleidiges Interesse nicht. Hr. Rauwerk's Nachfolger auf der Tribüne ist

Digitized by Google

Wigard von Dresden, der die von ihm, Blum und Schüler zu §. 12 ff. gestellten Minderheitsvorschläge vertheidigt. Sein Vortrag bleibt unbemerkt, bis auf die Hoffnung, die Wigard ausspricht, daß sich das Volk der bewaffneten Gewalt erforderlichen Falls zu erwehren wissen werde. Aber was Einigen wie eine Aufforderung zum Aufruhr geklungen hat, ist bei näherem Betracht ein gewöhnlicher Gemeinplatz, dem der Vorsitzende daher im Flusse der übrigen Gemeinplätze ungestört Folge läßt.

Mittermaier erklärt als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses, daß die Widerlegung des Einzelnen bei der Besprechung der einzelnen §§. der Prüfung der Versammlung anheim gegeben werden solle.

v. Gravenhagen behauptet in Vertretung des Wehrausschusses, daß dieser im Prinzip mit dem Verfassungsausschusse viel mehr übereinstimme, als der Verfassungsausschuß selbst zu glauben scheine. Abweichungen fänden nur über Einzelnheiten statt, in denen überdies der Wehrausschuß das Prinzip der Einheit oft strenger wahrnehme als der Verfassungsausschuß selbst. Die Abstimmung über §. 12 wird, formeller Schwierigkeiten wegen, auf morgen vertagt. Von den heutigen Ausschuß-Ergänzungswahlen zeigen wir das Ergebniß der wichtigsten, für den Centralausschuß an. In ihn treten demnach die HH. Laube aus Leipzig und Schoder aus Stuttgart.

Frankfurt, 7. Nov. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes: Der Reichsverweser hat heute um 1 Uhr dem von Seiner Majestät dem Könige von Dänemark in der Eigenschaft eines Gesandten in besonderer Sendung hierher abgeordneten Herrn Freiherrn Ulysses von Dirckinck-Holmfeld eine Audienz ertheilt, und aus dessen Händen das königliche Schreiben entgegengenommen, welches in entsprechender Weise die, durch den Gesandten Herrn Banks nach Kopenhagen beförderte amtliche Benachrichtigung wegen Errichtung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland beantwortet.

‡ **Frankfurt**, 8. Nov. In der gestrigen Sitzung des deutschen Vereins für Handelsfreiheit war die Berathung über die für Handel-, Schifffahrt- und Zoll-Angelegenheiten wichtigen §§. des Entwurfs der Reichsverfassung an der Tagesordnung. In einem einleitenden Vortrage ward darauf hingewiesen, wie sehr die dazu vorliegenden Verbesserungs-Anträge des volkswirthschaftlichen Ausschusses von dem Entwurfe und einer gesunden Handelspolitik abwichen, wodurch denn abermals klar würde, daß dem Handelsministee eine besondere, aus Sachkundigen zusammengesetzte Berathungsbehörde zur Seite stehen sollte, deren Mitglieder aber nicht willkührlich herbeigeholt werden müßten, sondern aus einer freien Wahl der ansehnlichsten Korporationen des Handels, der Gewerbe und der Landwirthschaft hervorgehen. Dieser Handelsrath müßte zur Rathgebung nicht blos befugt, sondern auch berechtigt sein. — Bei Berathung der §§. 21 bis 28 des Entwurfs der Reichsverfassung entschied man sich fast ohne Ausnahme für den Vorschlag des Verfassungsausschusses; in Betreff der Aufhebung aller Flußzölle blieben aber mancherlei Bedenken unerledigt, und insbesondere ward die Frage der Entschädigung zu anderweitigen Berathungen verstellt. Besonders schwer würde Mecklenburg dadurch getroffen, welches jährlich 200,000 Thaler Eldzoll erhebt. Es hat diesen Eldzoll für die Abtretung von Wismar an die Krone Schweden im westphälischen Frieden erhalten.

* **Wien**. Ueber das Gefecht mit den Ungorn schreibt der Korresp. der Allg. Ztg. aus Baden bei Wien: „Es lag im Plan, die Ungarn soweit herauf zu locken als möglich, ihnen dann den Rückzug abzuschneiden und sie in die Donau zu sprengen. Der Plan gelang nur halb. Sie gingen wirklich bis Prellendorf vor, drei Stunden von Wien, merkten aber die Falle, und zogen sich zurück, worauf sie dann angegriffen wurden ehe die Kavallerie die Umgehung bewerkstelligt hatte. Kreß-Chevaulegers wurden beim ersten Anrennen geworfen und vier Kanonen gingen verloren, auch die Kroaten wichen im ersten Augenblick, aber dann eröffneten 2 Batterien grobes Geschütz ein furchtbares Kreuzfeuer, die Kroaten drangen vor, und das Regiment Auersperg-Kürassiere hieb unwiderstehlich ein. In wilde Flucht warfen sich die Schaaren, die doch an 30,000 Mann zählten (wie ich schon angegeben), aber nur 4 Regimenter Reguläre, sonst Landsturm, meist blutjunge Leute. Sechs Kavallerieregimenter verfolgten sie, ihre einzige Rückzugslinie ist die Preßburger Straße. Fünfzehnhundert Todte sollen auf der Wahlstatt liegen. Die Kroaten mochten reiche Beute an — Ungarischen Banknoten! Für die Ungarn ist diese Niederlage eine doppelte; die in politischer Hinsicht noch empfindlicher. Sie standen auf österreichischem Boden, also ohne Widerrede als Rebellen, außer der Tragweite ihrer „innern" Angelegenheit mit den Kroaten. Daß dieser Umstand gehörig ausgebeutet wird, ist natürlich. Eine furchtbare Macht rückt von allen Seiten gegen Ungarn: aus Siebenbürgen Buchner (nicht Hammerstein, wie ich letzthin schrieb), aus Galizien Hammerstein, vom Süden Simonich mit den Serben, aus Steyermark Nugent, aus Mähren Schlick, nächstens von hier Jellacic und Windischgrätz! Man schätzt die Truppen aller dieser Generale auf 180,000 Mann. (?) In Wien bleiben 40,000 Mann, der ganze Rest der Armee rückt nach Ungarn. Bei dieser Gelegenheit zeigen sich die ungeheuren Hülfsquellen Oesterreichs in ihrem ganzen Lichte. Radetzki steht mit 110,000 Mann in Italien, und noch war es möglich, eine so gewaltige Armee zu bilden ohne außerordentliche Maßregeln von Landsturm ꝛc., ungerechnet die, wenn auch schwachen, zurückbleibenden Besatzungen." — Ueber den Bruch der Kapitulation enthält die D. Allg. Ztg. folgendes Nähere: Auf die Anzeige Messenhauser's, daß man nur noch auf vier Stunden mit Munition versehen sei, machte der Gemeinderath bekannt, daß man der Uebermacht weichen müsse, und Abgesandte nach Windischgrätz gegangen wären, um alle von ihm gestellten Bedingungen einzugehen und die Stadt zu übergeben. Um 10 Uhr entstand der Lärm wegen der Ungarn, und bald darauf sah man Fiaker doch zu Rosse die Straßen mit dem Rufe durchziehen: „Auf Freunde! zu den Waffen! Unsere Brüder, die Ungarn, kommen uns zu Hülfe!" So ward die Uebergabe der Stadt hintertrieben. Nach der Allg. Z. war es besonders die neugebildete Polnische Legion, die das Proletariat zu neuem Widerstand aufhetzte. An 5000 bereits abgelieferte Gewehre hatten sie wieder genommen und sich in die höher gelegenen Vorstädte Wieden und Gumpendorf gezogen. An 200 übergegangene Soldaten waren gleichfalls entschlossen, mit den Waffen in der Hand zu sterben, da ihnen ohnedieß das Schlimmste wartete. Am Nachmittag des 30. gab es einen Augenblick, wo man an den Sieg der Ungorn glaubte; die Studenten jubelten, sangen in lautem Chor das Fuchslied und riefen die Nachricht vom Tode Windischgrätz's und dem Sieg der Ungarn laut aus. Der in Olmütz (unter der Redaktion des Reichstagsabgeordneten Dr. Beck) neu erscheinende „Oesterr. Korresp." enthält eine, freilich sehr stark aufgetragene, Schilderung der letzten Tage des Kampfes, worin es heißt: Wüthende Haufen durchzogen die Gassen und zwangen die Vorübergehenden mit Gewalt sich ihnen anzuschließen. Ich sah selbst einen Haufen Weiber von der niedrigsten Volksklasse mit der Muskete auf der Schulter in Reih und Glied sich den andern Korps anschließen, kurz die Köpfe der Massen waren so erhitzt, daß ein jeder, der in einem nicht zerlumpten Rocke auf der Straße sich sehen ließ, Gefahr lief, als „schwarzgelber Hund" insultirt und lebensgefährlich bedroht zu werden. Am 30. Abends wußte man bereits, daß die unzorischen Insurgenten zurückgeworfen worden waren. Nichtsdestoweniger ließen die Leiter der Widerstandspartei die ganze Nacht hindurch vom Stephansthurme Raketen steigen und bengalische Feuer leuchten, um dem betörten Volke glauben zu machen, daß man mit den Ungarn signalisire, und daß von dieser Seite der Succurs zu erwarten sei. Ein Student, der das Volk daranguirte, soll gesagt haben, um Windischgrätz zum Willkommen einen Fackelzug zu bringen, müsse man die Burg an allen vier Ecken anzünden. Der „Oesterr. Korr." schließt mit der Betrachtung, daß die militärischen Maßregeln durch unausweichliche Notdwendigkeit geboten und vom Geiste der möglichsten Schonung geleitet gewesen seien; denn es habe sich nicht blos darum gehandelt, eine fanatische Partei mit Gewalt der Waffen wieder zur Ordnung zurückzuführen, sondern sobald als möglich wieder den Weg der Versöhnung und des friedlichen Fortschritts zu betreten. Nach der Allg. Z. wurden die Truppen beim Einzug vielfach mit dem Ruf begrüßt: Gott segne euch! In einer andern Mittheilung desselben Blattes heißt es: „Wien hat viel gelitten, indessen sind die Erwerbsquellen so groß, daß bald bessere Verhältnisse wieder eintreten werden. Ich kann Sie auf's Bestimmteste versichern daß in Wien die fast allgemeine Stimme sich dahin ausspricht: man danke Gott, daß der Terrorismus vorüber, und Ordnung und Sicherheit wieder eingetreten ist." An dieser optimistischen Ansicht kann man freilich etwas irre werden, wenn man die vorausgehende Versicherung, daß man noch nicht das Mindeste von Uebergriffen des Militärs gehört habe, mit andern aus zuverlässiger Quelle kommenden Berichten vergleicht und mit Charakterzügen wie dieser,

Digitized by Google

daß die Kroaten in der Nacht sich sachte an die Stadtmauer heranschlichen und die Wachtposten mit ihren langen Messern umbrachten. Auf diese Weise sollen sie die Burg erstiegen haben. — Robert Blum ist in mitten der Verwirrung in Wien seinem Charakter treu geblieben, wenn anders der nachfolgende Bericht der Allg. Z. sich richtig verhält. „Robert Blum hatte bei den Arbeitern ausgehalten, scheint aber den Zwiespalt in ihre Reihen geworfen zu haben, indem er in der Aula ein Mißtrauensvotum gegen Messenhauser bewirkte, worauf — Fenner v. Fenneberg von den Studenten zum Oberkommandanten erhoben wurde! Nicht zufrieden damit, erklärte Blum den Studenten: der permanente Reichstagsausschuß (dessen Berichterstatter der ehrliche, wenn auch zum Fanatismus neigende Schuselka war) sei eine Rotte schwarzgelber Verschwörer, und sie selbst, die Studenten, müßten die Zügel in die Hand nehmen. So berichtet uns ein Ohrenzeuge." Jedermann wird in diesem Berichte die Eigenschaften erkennen, welche den Abgeordneten von Leipzig an jedem Orte seines Wirkens ausgezeichnet haben.

In **Wien** ist bei einer am 1. Nov. auf der Landstraße vorgenommenen Hausuntersuchung General **Bem**, der sich geflüchtet haben sollte, gefangen und bei ihm eine bedeutende Summe gefunden worden, dagegen ist Hr. Pulsky noch Ungarn entflohen. Nach dem Bericht eines Augenzeugen, der unmittelbar nach Einrücken der Truppen die Aula besuchte, fand man dieselbe von Studenten und Arbeitern verlassen, nur Kartätschenpatronen, Stürmer und andere Abzeichen lagen in wilder Unordnung umher. Ueber 2000 Proletarier, größtentheils Fremde, darunter viele Polen, sind gefangen und vorderhand in dem Gebäude der italienischen Garde bewacht. Das völlige Verschwinden der Studenten erklärt sich einfach durch Verwechselung der akademischen Uniform mit Civilkleidern. (Oest. Corr.)

Wien, Der Fürst **Windischgrätz** hat folgende Proclamation erlassen:

An die Bewohner von Nieder- und Oberösterreich. Der verlängerte Widerstand, den die in offener Empörung begriffene Stadt Wien meinen Truppen entgegengesetzt hat, bemüßigte mich, nachdem ich alle Mittel zur gütlichen Unterwerfung derselben erfolglos versucht, und selbst die schon angebotene Capitulation treulos und wortbrüchig von derselben umgangen wurde, die strengste Waffengewalt eintreten zu lassen, welche deren vollkommene Bezwingung zur Folge hatte. Die Stadt Wien und deren Umgebung, auf 2 Meilen im Umkreise, befindet sich von heute an im Belagerungszustande, wodurch sämmtliche innerhalb der gedachten Ausdehnung bestehenden Ortsbehörden unter die Autorität der Militärgewalt gestellt werden. Indem ich dieses hiermit allgemein bekannt gebe, spreche ich die zuversichtliche Erwartung aus, daß die Provinzen Oesterreichs ob und unter der Enns in ihrer bisherigen Treue an das Kaiserhaus und die constitutionelle Monarchie unerschüttert verharren, alle bösen Einflüsterungen von sich entfernt halten und mir die Nothwendigkeit ersparen werden, den Belagerungszustand noch weiter auf einzelne Orte oder Gemeinden ausdehnen zu müssen, in denen sich wider mein Erwarten ein gleich übler Geist zeigen sollte. Ich warne somit die Bewohner jener Provinzen auf das Eindringlichste vor jenen Aufwieglern, welche unter täuschenden Vorspiegelungen nur die Auflösung aller Bande der Ordnung und Gesetzlichkeit bezwecken, unabsehbares Verderben verbreiten, und der seelenscheuenden Entwickelung jeder wahren Freiheit nur entgegen wirken können. Hetzendorf, am 1. November 1848. Fürst zu **Windischgrätz**, kaiserl. Feldmarschall.

Wien, 2. Nov. Eine Kundmachung des Justizministeriums bestimmt für alle vom 6. Okt. bis 20. Nov. in Wien zahlbaren Wechselschulden eine Zahlungsfrist bis zu dem entsprechenden Tage des nächsten Monats.

Botzen, 2. Nov. Ein Courier aus Ollmütz, welcher heute Morgens hier durcheilte, bringt dem Feldmarschall Grafen Radetzky die kaiserliche Genehmigung des, wie es heißt, auf drei Monate verlängerten Waffenstillstandes. (Allg. Z.)

Ollmütz, 2. Nov. Man liest in der Schlesischen Zeitung: Die gewerbreiche Stadt Reichenberg fühlte sich durch die Gewaltmaßregeln des Fürsten Windisch-Grätz gegen Wien in dem innersten Leben ihrer Industrie und ihres Handels bedroht. Aus diesem Anlasse ward in der vom deutschen Centralverein ausgeschriebenen Versammlung beschlossen, eine Adresse an den Kaiser zu senden. Die Petition wurde auch bereits Sr. Majestät durch die Reichenberger Deputation überreicht und derselben folgende Antwort ertheilt: „Ich werde die von Ihnen Mir überreichte Vorstellung mit aller Sorgfalt und Theilnahme in Erwägung ziehen, — und hoffe bald in der Lage zu sein, auf geeignetem Wege die geäußerten Besorgnisse wirksam und vollständig zu beseitigen." Die Prager Deputation, nicht befriedigt durch die ihr gewordene unbestimmte Antwort, hat sich, nachdem der Fall Wiens bekannt geworden war, in einer neuen Adresse an den Kaiser gewendet, und die Bitte ausgesprochen, daß nur durch Civilautoritäten der gesetzliche Zustand der Dinge in Wien wieder in's Leben trete. Progs Einwohner hätten es gefühlt, was die Vereinigung der Civil- und Militärautorität in einer Person, die Folge eines Belagerungszustands und die Prozedur einer kriegsrechtlichen Kommission zu bedeuten habe. Gegen einen ähnlichen Zustand für Wien müßten sie schon aus menschlicher Rücksicht für die Schwesterstadt protestiren, und noch mehr darum, weil an Wien in so vielen Rücksichten die andern Völker Oesterreichs geknüpft seien und eine Verletzung der konstitutionellen Rechte von der schädlichsten Rückwirkung auf den Gesammtstaat wäre. — Ein Brief in der Schles. Ztg. schildert den Zustand in Ollmütz nicht mit den reizendsten Farben. Die Stimmung sei überaus trübe, aber sie wage nur selten laut zu werden, weil die alte Polizeifurcht anfange wiederzukehren und man überall „Spitzeln" wittere. Die Stadt sei mit Soldaten übersäet; wohin man blickt, sind militärische Posten zu finden und vor der Hauptwache sind Kanonen aufgepflanzt. Man werde, heißt es weiter, dem Kaiser das Bombardement Wiens nie verzeihen; die vorherrschende Meinung sei, daß eine friedliche Ausgleichung möglich gewesen und von der Camarilla absichtlich vermieden worden sei. Etwas anders sei die Meinung über die ersten schmachvollen Vorgänge in Wien und über die gegenwärtigen letzten Anstrengungen seiner Bewohner. In dem Falle Wiens sehe man den Verlust der errungenen Freiheiten. Schon jetzt sei ganz Oesterreich in einem Belagerungszustande, alle Straßen, alle Bahnhöfe mit Truppen besetzt. Allenthalben begegne man Patrouillen, und sobald Wien gefallen, sei der Kaiser oder vielmehr sein Hof, unumschränkter Gebieter des ganzen Landes. Wie es dann aussehen werde, möge Gott wissen, zu dem der Kaiser unaufhörlich beten und weinen soll.

Ollmütz. Ein kaiserl. Erlaß vom 20. Okt. sanktionirt die Reichstagsbeschlüsse über Aufhebung der Urbarial- und Zehentsteuer, gleiche Vertheilung der Gesammtgrundsteuer ohne ferneren Unterschied zwischen Dominikal- und Rustikalgründen, endlich Aufhebung der Judensteuer, so wie aller auf den Juden als solchen lastenden Paß- und sonstigen Ortspolizeisteuern, mit Inbegriff der nur für Wien bestehenden (berüchtigten) Judenaufenthaltssteuer, wogegen die Juden als Handelsleute bei der Besteuerung mit den Christen gleich zu behandeln und zur Einquartirungslast gleichmäßig heranzuziehen sind.

Erfurt, 3. Nov. Ich beeile mich, Ihnen die Nachricht mitzutheilen, daß die hiesige Festung von k. sächsischen Truppen besetzt worden ist, während die unsrigen nach Altenburg beordert worden sind. Fürwahr, unsre Regierung konnte ihren aufrichtigen Anschluß an das gemeinsame deutsche Vaterland nicht kräftiger bekunden, als durch jene Verfügung, die darum auch in allen Kreisen den freudigsten Eindruck hervorgebracht hat. (Fr. J.)

Spanien.

Madrid, 30. Okt. 3pCt. Rente 18 5/16 à 1/4 baar (N. d. B. 18 1/4, 3/8 G.); 5pCt. 9 1/8 P. (N. d. B. 9 à 5/8 G.); Passive Staatsschuld 3 1/2 P. (N. d. B. 3 3/8 G.)

Ueber Cabrera haben wir immer noch keine bestimmten Nachrichten. Heute früh sollen Depeschen aus Catalonien mit der Anzeige eingetroffen sein, daß Cabrera plötzlich eine Schwenkung nach Ober-Catalonien durchgeführt habe und Anstalten treffe, dort zu überwintern.

Frankfurter Börsenbericht vom 8. November.

5pCt. Metalliques 68 1/4 G.; 2 1/2pCt. ditto 35 3/4 G.; Bankaktien fl. 1115 G.; fl. 500. Loose 116 G.; fl. 250. Loose 78 1/2 G.; Bad. fl. 35. Loose 25 3/4 G.; Hess. Rthlr. 40 Loose 25 1/8 G.; Poln. fl. 500 Loose ———.; Friedr. Wilh.-Nordbahn 39 3/4 G.; Berbach 66 G.; Köln-Minden 74 3/4 G.; 3pCt. inländ. Span. 17 1/4 G.; 4 1/2pCt. Würt. 92 1/4 G.; 4 1/2pCt. Belg. 73 3/4 G.; Holl. 2 1/2pCt. Integrale 45 1/2 G.

Einige Verkäufe drückten den Cours der Nordbahn. Sonst war die Börse flau und der Umsatz sehr beschränkt.

Nachschrift.

* **Frankfurt**, 8. Nov. Gestern Abend ist Hr. Unterstaatssekretär Bassermann im Auftrage des Reichsministeriums des Innern nach Berlin abgereist. Der Reichskommissarius in der posenschen Angelegenheit, General v. Schäfer ist ebenfalls seit gestern Abend hier, und rüstet sich zur Abreise. — Dem Vernehmen nach werden die Jordan'sche Rede und die v. Beckerath's in Tausenden von Abdrücken durch die preußischen Abgeordneten in die Provinzen geschickt. —

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue Neuve Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die fürstl. Thurn- u. Taxis. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Ngr.) berechnet.

№. 299. **Frankfurt a. M., Donnerstag 9. November.** **1848.**

Uebersicht.

Frankreich und Deutschland.

Erwiderung.

Deutschland. Wien (Offizielle Darstellung der letzten Ereignisse.) Ollmütz (Adresse der Prager und Reichenbacher Deputation.) Berlin (Die jüngsten Ereignisse. Bedenkliche Verlängerung der Ministerkrisis. Aussicht auf ein Ministerium Brandenburg, Manteuffel-Ladenberg. Generalconsuln Schulz und Richthofen. Die Worte Jakoby's.) München (Beendigung der Arbeiten des Gesetzgebungsausschusses. Verlängerung des Vereinszolltarifs. Der Tod Hormayr's.) Würzburg (Das höhere Unterrichtswesen in Baiern.) Dresden (Die erste Kammer und das Wahlgesetz. Verhandlungen der Kammer.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Mannheim (Militärisches. Stenoe und Blind. Das Spielhaus in Baden. Verschwörung unter den Nassauern.) Darmstadt (Die Bürgerwehr.) Weimar (Die Telegraphenlinie zwischen Berlin und Frankfurt.)

Großbritannien. London (Willfährigkeit des Zollvereins gegen England.)

Frankreich. Paris (Festlichkeiten wegen Annahme der Verfassung. Parteiumtriebe. Nachvergütung an die Besitzer der Schatzscheine und Sparkassenbüchlein. Tagesbegebenheiten.) Straßburg (Die Aussichten des 10. Decembers.)

Oesterreich. Monarchie. Krakau (Bombardement von Lemberg.)

Italien. (Neueste Nachrichten.)

Schweiz. Zürich (Die Schweizer in Wien. Die Gr. Räthe von Schwyz und Zug. Siegwart-Müller).

Ungarn. Pesth (Einnahme von Essegg. Die Raizen und Wallachen.) Preßburg (Rückkehr der ungarischen Armee über die Grenze.)

---

9. November.

Die Verfassung der neuen französischen Republik ist votirt. Unsere Nachbaen bereiten sich für die große Wahlschlacht vor, deren Siegespreis das Präsidium bildet des aus den Februarbarrikaden hervorgegangenen Staates. Was hat Frankreich bei seiner Revolution von 1848 gewonnen? Diese Frage, wie oft auch schon von gewisser Seite nicht ohne Schadenfreude aufgeworfen, dünkt uns voreilig. Bei allen großen politischen Veränderungen ist es immer leichter zu sagen, was man verloren, als zu ermessen, was man gewonnen hat. Dem Anschein nach hat Frankreich nue den Namen gewechselt, statt Königreich läßt es sich Republik tituliren; statt ein unabsetzbares und erbliches Haupt zu haben, welches nicht unabsetzbae und erblich war, wird es einem wählbaeen Herrn geborchen, dessen Gewalt drei Jahre dauert. Dabei ist die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit nach oben ausgedehnt worden; ebenso ist das allgemeine Stimmrecht an die Stelle des Wahlcensus getreten und eine einzige Kammee folgt einem Parlament mit zwei Kammern. Alles Aenderungen, die vielleicht unumgänglich geworden, über deren wahee Bedeutung, deren Werth und Dauer sich jedoch streiten läßt, so lange nicht wenigstens die Erfahrungen eines Triennimms für die neue Staatsgestaltung voeliegen.

Der wahre Fehler der Regierungsform in Frankreich aber, jenes Princip, welches lange Zeit die Kraft dieses Landes als Militärmacht, als absolutee Staat gebildet hat nnd welches heutigen Tags seine Schwäche als freier und Industriestaat ausmacht, die übeetriebene Centralisation — dieser organische Fehlee besteht vor wie nach, man hat daran gae nicht gerührt.

Einige Volksvertreter haben sich freilich bemüht, untee diesem Gesichtspunkt Frankreich einen wirklichen Fortschritt machen zu lassen und auch in ihrem Lande die einzige bauernde und solide Grundlage des organischen Staates zu legen: die Gemeindefreiheit, die Decentralisatiun in der Verwaltung. Allein ihr Bemühen ist fruchtlos geblieben; es mußte mißlingen, weil allen Theilen dee konstituirenden Nationalversammlung, wie der geoßen Mehrheit dee französischen Nation, die rechte Einsicht in jenen organischen Fehler völlig abgeht. Das erhellte von Neuem schlagend aus allen den Debatten über die neue Verfassung. Die organischen Bedingungen der politischen Freiheit sind leider in Frankreich noch nicht erkannt, und das ist weit schlimmer, als wenn sie verkannt wären. Die Tragweite der beregten Frage ist so wenig von den Verfechtern einer größeren Ausdehnung der kommunalen Autonomie als von den Vertheidigern der Centralisation begriffen worden: jene wußten für ihre Sache keine schlagenden Argumente aus dem innern Leben alter und neuer Völker, selbst nicht der Engländer und Amerikaner zu schöpfen, während diese, untee denen Hr. Thiers noch immer oben an steht, ganz wie oordem die beiden so wesentlich verschiedenen Dinge mit einander verwechselten, die Einheit und Centralisation. Es ist zu befürchten, daß, falange die Aenderungen auf der Oberfläche die Grundfehlee im Organismus bestehen lassen, sie nur den Rückgang dieses Landes beschleunigen werden, welches, wie ein belgisches Blatt sich ausdrückt, so mächtig organisirt ist füe den Krieg, aber so schlecht konstituiet für die Freiheit. Und dabei die Mißverständnisse unter den Anhängern der socialen Republik, deren Scharfsinn und Phantasie Alles, auch das Ausschweifendste, ersindet, nur die einfache Wahrheit nicht erkennt. Möglich, daß Frankreich, um der Auflösung zu entfliehen, sich noch einmal zum Militärdespotismus flüchtet: aber auch dann wird nur eine Parodie des Napaleanischen Reichs der des Schreckens nachfolgen.

Doch über einen Punkt haben wir unsere Zweifel. Man sagt, die Stimme, welche sich auf allen Punkten Frankreichs erhebt, treibt nicht vorwärts, sondern rückwärts. Wir halten die baldige Rückkehr dee Monarchie in Frankreich zwar nicht für unwahrscheinlich, aber wir glauben nicht, die neue Monarchie werde zu jenem Regime zurückführen, welches vor acht Monaten gestürzt worden ist. Die Kandidatur Louis Bonaparte's, der kein anderes Verdienst hat als der „Neffe seines Onkle's zu sein", scheint nur die Bedeutung zu haben, daß sie das Bedüefniß der französischen Nation ankündet, in die monarchische Bahn zurückzukehren, welche man, ohne es zu wollen, in einem Augenblick der Trunkenheit und übeln Laune verlassen hatte. Sie hat die meiste Aussicht auf Erfolg, wenn vielleicht auch mehe als Kandidatue zum Throne, denn zur Präsiventschaft. Sollte die Entscheidung aber der Nationalversammlung anheimfallen, so würde selbst ihr Bonaparten ungünstiges Votum nur einen Zustand oeelängeen helfen, der so wenig in den Bedürfnissen der Epoche als in den Sitten der französischen Nation zu liegen scheint. Uebrigens glauben wir auch nicht an eine lange Dauee dee Präsidentschaft oder, wenn man lieber will, der Regierung des Prinzen Louis. Die gegenwärtige Lage Frankreichs fordert nur diese Art Uebergang zu einer definitiven Oronung der Dinge, welche freilich so wenig die Restauration als das Juliusköngthum sein wird.

Merkwürdig, bei aller Neuheit einer großen reoolutionären Bewegung in Deutschland hat die deutsche Nation, statt sich über alle Schranken hinwegreißen zu lassen, wozu es an Aufmunteruug nicht fehlte, alsbald mit allem Ernste auf diesem Wege Halt gemacht, sich in Positue nach vor- wie eückwärts gesetzt und das neue Verfassungswerk auf altdedächtige gründliche Weise angegriffen. Welch ein Unterschied zwischen Frankfurt und Paris, in den Mienen und Geberden selbst der beiden Volksgesichter! Hier scheint man sich nur zögernd selbst aus einem zerfallenen und unhaltbaren Zustande herausarbeiten zu wollen, und trotz alles Drängens der Ungeduldigen, wie selbst dee Geduldigen, bildet, ja meißelt man an dem deutschen Verfassungswerke, als wenn es für Jahrhunderte, nicht bloß zum Schutze, sondern auch zum Schmucke des Vaterlandes bestimmt wäre. Dort übersteigende Eile, ohne äußeren Drang, aber wie im Vorgefühle, daß man nne ein Uebergangswerk unter Händen habe, und daß, je eiligee die vorübergehenden Stadien durchlaufen würden, man um so

bälder bei dem ersehnten Definitivum anlangte. Immer vorwärts, vorwärts! ist die französische Losung, und jedes Hindeeniß, welches den Gang der Bewegung mäßigen könnte, wird mit Wohlbedacht beseitigt, verworfen. Eine zweite Kammer ist möglicher Weise ein Hinderniß — weg mit ihr! Ein in wahrer Einigung mit der Nat.-Versammlung wirkender Präsident könnte den gegenwärtigen Instand befestigen helfen, und dos wollen die Monarchisten so wenig, als die Dunkeleothen — olso besser, das ganze Volk wählt den Präsidenten! Und zwar wird die Wahl so schnell als möglich vorgenommen, das beschleunigt den raschen Umlouf, das bringt dem — ungewissen — Definitioum nähee!

Wenn aber Centralisation die Furie ist, welche die Franzosen fort und fort umtreibt, so leiden wir an dem Kreds des Partikularismus, der sich der deutschen Entwickelung überall entgegenstämmt, und der, hier scheinbor vom Todrsstoße erreicht, dort wieder ouflebt. Dieser Gegenfatz durchdringt ebenfalls das ganze Erben der Nation und prägt sich überall darin ous. Der organische Fehler, an dem unser Staatsleben leidet, ist kaum minder schlimm, als der französische, wenn auch nach entgegengesetzter Seite. Aber wir baben drn einen großen Vortheil, daß wir wenigstns den Mangel in unserm Stoatsorganismus klarer erkannt und bemgemäß endlich starke Hand ongelegt haben, um ihn zu beseitigen. Nur wo der vorhandene organische Fehler, obwohl von Jedermann gefühlt in seinen Wirkungen, doch in srinem Grunde nicht erkannt wird, da treibt die Bewegung plonlos die Bewegung, wie die Welle die Welle, und nirgends einen sichern Ankergrund erblickend, überläßt man sich den stürmischen Wogen und fährt mehr mit dem Winde, als mit dem Kompaß. Wo ober Zweck und Ziel klar erkannt werden, do übergibt man sich nicht den Diis ignotis, dem blinden Zufoll, do eegreift man mit fester Hand das Ruder, und dos Vertrauen wankt nicht in dem Gemüthe.

Aber ist das wirklich unsere Lage? Beseelt ein so viel höheres Vertrauen die deutsche Nationalversammlung olS die französische? Sind wir des Sieges der deutschen Einheit über den Partikularismus schon gewiß? Hat die deutsche Bewegung bereits festen Ankergrund nnd einen sichern Hafen gefunden? Wir wagen kaum diese Fragen zu bejahen, obwohl unserer Ueberzeugung noch der ruhige gründliche Gang unserer Nationalversammlung mehr ein Zeichen der Stärke und des Vertrauens ist, als der Schwäche und des Mißtrauens.

In den deutschen Einheitsfrogen gerode ist die Nationolversammlung stets am entschiedensten, da treten die stärksten, die imponirendsten Majoritäten hervor. Das hat sich von Neuem bewiesen in den Brstimmungen des Verfassungs-Entwuefs über das Reich gegenüber Oesterreich; es wird sich auch in der Berothung über die Abschnitte von der Reichsgewolt, zunächst über deren Verhältniß zum Heerwesen, erweisen.

Was Preußen betrifft, so hot sich der Gedanke des 21. März, so viel er anfänglich im übrigen Deutschlond angefeindet worden, mehr nnd mehr Bahn gebrochen. Preußen muß in Deutschland aufgehen, und dos ist nicht sein Untergang, sondern seine Erfüllung. Auf die seitdem gesteigerten Erwortungen Deutschlonds darf es nun seinerseits nicht mit empfindlichen und schmollenden Beschwerden über Verkennung, Zurückstoßung und rücksichtslose oder feindliche Behandlung antworten; über die vereinzelten Ausbrüche des Hasses seiner Neider muß es erhaben sein, und in der Thot, sie enthalten jo nur die verdeckte Anerkennung seiner Bedeutung und Unentbehrlichkeit für Deutschlond. Es ist menschlich, daß der verzwickte Geist der Kleinstaaterei, sowie der schroffe Partikulorismus der größern Staoten sich gegen die wochsende Ueberzeugung von der deutschen Einheit mit verzweiflungsvollem Widerstande sträubt. Aber Berlin darf nicht schmollen nnd handeln, als wenn es Deesden oder Hannover wäre — die vierte oder fünfte Macht, statt der ersten. Wahrlich, Preußen, sein ganzes Gewicht in uneigennütziger Absicht für die gemeinsome deutsche Soche in die Wagschale werfend, darf nicht fürchten, sich zu verlieren oder unterzugehen: indem es sich einsetzt, wird es sich ouch immer wieder gewinnen und nur mit verstärkter Kraft ous und in dem großen Vaterlonde hervorgehen. Gefährlich scheint in der That für Preußen nur, wenn es der Einheitsbewegung sich nur halb hingeben und halb abwarten wollte, wohin und wie weit sie führen werde — zurückkehrend zu jener zuwortenden Politik, welche man mit dem Manne in der Fodel verglichen hat, der am Ufer des Flusses obwarten will, um sich hineinzuwagen, bis sich dos Wasser verlaufen habe. „Der große Strom der Geschichte rollt ohne Aufhören seine reißenden Begebenheiten, und wer mittlerweile unthätig am Ufer steht, der verliert seine Zeit und versäumt seinen Beruf." Hierin gerade wäre die unheilvolle Richtung der deutschen Bewegung bedingt.

Aber nein, ein Bruch zwischen Preußen und Deutschland wäre nicht minder ein Unsinn, als ein Verbrechen am Vaterlanve. Wie sollte es kommen? Die Hauptopfer liegen in der einheitlichen Orgonisotion des Kriegswesens und der Diplomatie; oder diese Opfer sind nothwenvig, da die deutsche Einheit ohne verfügbores Reichsheer und ohne gemeinsame Reichsvertretung von vornherein eine Täuschung wäre. Kann nun aber das ganze deutsche Preußen im Frieden andere Interessen im Auslanoe zu vertreten haben, als die deutschen, in die seine Interessen aufgehen? kann es im Kriege anbere Grenzen zu vertheidigen haben, als die deutschen, die auch die seinigen sind? Die treffliche Organisation seines Heerwesens aber soll es nicht aufgeben, es sei denn, sie würde mit einzelnen Verbesserungen die allgemein deutsche. So beruht das Vertrouen in unsere Zukunft auf der Notur und Nothwendigkeit der Dinge. Nichts ist für das Staatsleben gefährlicher, für die Völker schlimmer, als eine resultat- und ziellose Agitation, wie wir sie in Frankreich und einzelnen kleinen deutschen Staaten erlebt haben. Die deutsche Bewegung hat ein großes Ziel, es ist die Beseitigung eines wesentlichen Mangels in unserer politischen, wie in unserer volkswirthschaftlichen Organisation, es ist die Herstellung der Einheit. Und eben weil sie mit klarem Bewußtsein fest ouf dieses Ziel losſteuert, darum steht ouch unser Vertrauen zu ihr noch fest.

Wir erhalten von Hrn. Fr. Rohmer folgende **Erwiderung:**

München, 6. Nov. Die Deutsche Zeitung vom 27. Okt. (II. Beil. Korresp. ous Zürich **) enthält unter moncheelei Verdächtigungen die bestimmte Angabe, doß Fr. Rohmer während seines Aufentholtes in Zürich (1841 nnd 42) „ongeklogt und abgestroft" ouch „von Jul. Frödel zur Trppe hinunter geworfen worden sei". Letztere Notiz ist eine aus der Luft gegriffene Lüge, welche das Verdienst hat, sich ein Kind des Jahres 1848 nennen zu dürfen. Was die erstere betrifft, so wurde bekanntlich von Friedrich Rohmer im Jahr 1842 Jul. Frödel wegen Verläumdung gerichtlich belangt und zu drei Wochen Gefängniß und entsprechender Geldbuße verurtheilt, während Fr. Rohmer, weil er ein dem Hrn. Jul. Fröbel von ihm (in Folge gedochter Verläumdung) beigelegtes Prädikat in offener Gerichtssitzung nicht zurücknehmen zu wollen erklärte, wegen Beschimpfung Hrn. Fröbel's in eine Geldbuße verfällt wurde — Die einzige Berührung, in welche Fe. Rohmer mit den Züricher Grrichten gekommen ist.

Wenn die Deutsche Zeitung darouf Anspruch mochen will, ein Blott von Ehre zu heißrn, so wird sie wohl in dieser Aufklärung Anlaß finden, die Aufnahme einer so unerhört verleumderischen Umdrehung gerichtlich konstotirter Thatsachen um so lebhafter zu bedauern, olS der abgebrouchte und pasquillatorische Ton der * * Korrespondenz ihr bei einiger Aufmerksamkeit die Verläßigkeit und Tendenz des (aus dem Eingang des Artikels leicht zu errathenden Verfassers) von vornherein verdächtig machen mußte.

Sollte es jedoch in der Absicht der Deutschen Zeitung gelegen haben, mit der * * Korrespondenz aus Zürich auf Fr. Rohmer's Meinungsäußerung über die politische Befähigung der deutschen Scholastokratie (in „Deutschlands alte und neue Büreoukrotie") zu ontworten, so wäre die Zumuthung, diese Erwiderung in ihre Spalten aufzunehmen, offenbar die unpassendste.*)

Deutschland.

Wien. Windischgrätz hat nachfolgende offizielle Darstellung über die Vorgänge bei der Einnahme Wiens erscheinen lassen: „Absichtliche Entstellungen und Verdrehungen oller Thotsochen sind gegenwärtig so sehr on der Tagesordnung, daß es den

*) Wir pflegen die Schriften des Hrn. Fr. Rohmer nicht zu lesen, haben also bei Aufnahme jenes Artikels keine Kenntniß gehabt von seiner Meinungsäußerung über die „deutsche Scholastokratie", ja wir wissen nicht einmal, welcher Begriff unter dieser ungeheuerlichen Wortschöpfung sich verbirge und wie weit derselbe auf uns Anwendung findet. Daß wir die obige Stelle, trotz ihrer durchaus unpassenden, eine unredliche Art zu kämpfen bei uns offen voraussetzenden Form, in unsere Spalten aufnehmen, mag zeigen, welchen Werth wie auf die darin enthaltene Insinuation legen. Die Zürcher Korrespondenz kommt von höchst achtbarer Hand, und der Verfasser hat sich ausdrücklich bereit erklärt, jedes darin enthaltene Wort zu vertreten. D. R.

Digitized by Google

Freunden der Wahrheit willkommen sein muß, nachstehend eine getreue Darstellung der Vorgänge bei der Einnahme der Stadt Wien durch die k. k. Truppen zu erhalten. Am 23. Okt. Abends war der mit außerordentlichen Vollmachten versehene k. k. Hr. Feldmarschall Fürst Windischgrätz zu Hetzendorf nächst Wien eingetroffen. Se. Durchl. erließen eine Aufforderung an die Bevölkerung der Stadt, die Waffen abzuliefern und sich unbedingt dem kaiserl. Befehle zu unterwerfen, widrigenfalls die Stadt mit Gewalt der Waffen dazu gezwungen werden würde. Zur Bekanntmachung der gestellten Forderungen wurden der Stadt 24 Stunden, und zur Ausführung derselben weitere 48 Stunden, nämlich bis zu 26. Okt. Abends eingeräumt. Obschon dieser Termin nicht nur erfolglos verstrichen, sondern auch am 26. Okt. während der vollendeten Einschließung der äußeren Umgebungen der Stadt aus derselben ohne Anlaß auf die k. k. Truppen gefeuert wurde, ließen Se. Durchl. der Feldmarschall auch noch den 27. Okt. ohne Anwendung von Gewaltmaßregeln verstreichen. Einigen Deputationen aus der Stadt, welche mit dem Fürsten über seine gestellten Forderungen unterhandeln und Concessionen erlangen wollten, konnten diese nicht gewährt werden. — Obwohl mittlerweile die Nachricht von dem Anmarsche eines ungarischen Heeres zur Unterstützung der Wiener Rebellen eingetroffen war, welche den Fürsten nöthigte, einen Theil seiner Truppen gegen selbes zu entsenden, so wurde dennoch mit den übrigen für die Verwendung gegen die Stadt schon im voraus bestimmten Truppen am 28. Okt. der Angriff gegen dieselbe unternommen. — Während nämlich alle Zugänge der Stadt mit Geschützfeuer beschäftigt wurden, lag es dies in der Absicht des Feldmarschalls, an diesem Tage die Vorstädte Landstraße und Leopoldstadt einzunehmen. Diese Aufgabe wurde auch bis zum Abende dieses Tages nach Erstürmung der äußern Linienthore, vieler Barrikaden und Eroberung von vier Kanonen von den von Muth und Zuversicht durchdrungenen Truppen ungeachtet der verzweifelten Gegenwehr der Insurgenten so vollständig gelöst, daß sie noch vor dem Eintritte der Nacht auf dem Glacis vor der innern Stadt und am Donauarme standen, der diese von der Leopoldstadt scheidet, und das Invalidenhaus, das Münzgebäude, die neue Hauptmauth, die Heumarktkaserne und den fürstlich Schwarzenberg'schen Sommerpalast besetzten und behaupteten. — Allenthalben wurden die Truppen von den friedlichen Bewohnern dieser Vorstädte als Erretter und Befreier von dem Terrorismus der Anarchisten und ihrer Werkzeuge, der bewaffneten Proletarier, mit Jubel empfangen. Se. Durchl. der Feldmarschall gab sich der Hoffnung hin, daß die Stadt nach solchen Erfahrungen von der Ueberlegenheit einer wohldisciplinirten Streitmacht über zahlreichere Insurgentenschaaren die Ueberzeugung erlangt haben mußte, rechnete daher auf ihre nunmehrige Unterwerfung, und ließ den 29. Okt., um ihr Zeit zu lassen, zur Besinnung zu kommen, ohne Anwendung weiterer Gewaltmaßregeln, ruhig vorübergehen. Es kam auch wirklich in der Nacht vom 29. auf den 30. Okt. eine Deputation des Gemeinderaths der Stadt mit der schriftlichen Erklärung zum Feldmarschall, daß sie sich unbedingt unterwerfen und den auferlegten Belagerungszustand annehmen wolle, wonach somit am 30. Okt. die Stadt und die Vorstädte von den Truppen besetzt werden sollten. — Es wurde demnach eine Kommission zusammengesetzt, welche die Modalitäten über die Ausführung dieser Maßregeln genauer bestimmen sollte. Mittlerweile bestätigte sich am 29. Okt. Morgens die Nachricht von dem Anmarsche der ungarischen Rebellen, gegen welche sich nunmehr der Feldmarschall zu wenden genöthigt war. Er fand den Feind in einer günstigen Aufstellung hinter der Schwechat, zwei Meilen von Wien, ließ denselben sogleich durch das Armeekorps des Banus von Croatien und die ihm beigegebene zahlreiche Kavallerie des dritten Corps angreifen, warf ihn noch an diesem Tage bis über die Fischa zurück und ließ ihn am 31. Okt. bis an die Grenze von Ungarn verfolgen. — Durch das von der Höhe des Stephansthurms beobachtete Anrücken der ungarischen Bundesgenossen ließen sich die Wiener Aufrührer zu neuen Hoffnungen und zum treulosen Bruche der eingegangenen Capitulation verleiten. Der Oberkommandant der Nationalgarden, Messenhauser, erließ von dem hohen Observatorium herab zwei Aufrufe, in welchen er die k. k. Truppen von den Ungarn geschlagen erklärte und zur wiederholten Ergreifung der Waffen aufforderte. — Es wurden demnach auch von Seite der Stadt in dem Augenblicke die Feindseligkeiten wieder begonnen, in welchem die eingegangene Capitulation in Erfüllung gehen sollte. — Dieser Treubruch mußte somit auch durch das Wiedereröffnen des Bombardements einiger, wegen ihrer feindseligen Gesinnung bekannten Vorstädte bestraft werden, mit welchem bis zum Abend des 30. Okt. fortgefahren wurde. — Die Stadt erklärte hierauf zum zweiten Male ihre Unterwerfung, die somit am 31. Okt. zur Wahrheit werden sollte. — Aber schon am Morgen dieses Tages erschienen Abgeordnete des Gemeinderaths mit der Erklärung, daß die Mehrzahl der Bürger zwar den besten Willen habe, alle Bedingungen des Feldmarschalls ohne Weigerung einzugehen, daß sie aber gegen die zur Schreckensherrschaft angewachsene Macht des demokratischen Clubs, des Studentencomite und ihrer Werkzeuge, der bewaffneten Proletarier, viel zu machtlos seien, um ihrem Willen nur einige Geltung zu verschaffen, daß sie demnach selbst den Schutz des Feldmarschalls für ihre Personen und ihr bedrohtes Eigenthum anflehen müßten, nachdem die Rotte gesonnen sei, sich unter den Trümmern der durch sie in Brand zu steckenden Stadt zu begraben. — Der Feldmarschall ließ nunmehr am 31. Okt. Nachmittags noch mehr Truppen durch die Vorstädte einrücken, welche bei ihrem Erscheinen auf dem Glacis von den Wällen der innern Stadt lebhaft beschossen wurden, und diese, in welche sich die Aufrührer alle zurückgezogen hatten, eng umschließen. Abends noch wurde das stark verbarrikadirte Burgthor eingeschossen, sodann von zwei Bataillons erstürmt, und acht Kanonen erobert. Die Proletarier hatten bereits Feuer in das kaiserliche Bibliothekgebäude gelegt, von dem das Dach abbrannte, der übrige Theil dieses Gebäudes aber, sowie die ganze Burg wurden durch das Einrücken unserer Truppen gerettet. — Das Militär hat nunmehr die ganze Stadt besetzt, deren vollständige Unterwerfung — nachdem sie jeden mildern Ausweg mit Hartnäckigkeit, und selbst mit Hintansetzung von Treu und Glauben von sich wies — mit Gewalt der Waffen vollendet worden ist. Aus dem Hauptquartier Hetzendorf, den 1. Nov. 1848."

Ollmütz, 3. Nov. Die Deputation aus Prag, welche mit der Antwort Seiner Majestät in der Audienz am 31. nicht vollkommen befriedigt schien, hat um eine neuerliche bestimmtere Antwort nachgesucht, wurde aber auf die frühere erhaltene verwiesen. Die Deputation ist bereits von hier abgereist. Dagegen verließen die Reichenberger Deputirten vollkommen befriedigt die Residenz. (Schles. Ztg.).

* **Berlin.** Die heutigen Nachrichten aus der preußischen Hauptstadt lauten wieder sehr bedenklich. Das Ministerium ist noch nicht gebildet und der König scheint auf einem Ministerium Brandenburg beharren zu wollen. Selbst die eifrigsten Anhänger des Königthums, oder vielmehr gerade diese, äußern bange Besorgnisse.

⊙ **Berlin**, 4. Nov. Wer den ganzen Verlauf der hiesigen Begebenheiten überschaut, dem wird dabei zu Muth, als ob Kinder die französische Revolution spielten. Wie großartig, als Herr Phillips als Präsident der Nationalversammlung den Entschluß faßt, auf seinem Sitz die Rückkehr der nach dem märkischen Versailles an den König abgesandten Deputation zu erwarten! Indeß geschehen in Potsdam Jacoby's Großthaten: der König empfängt die Deputation, da er ohne Minister ist, kann er mit ihr nicht in Unterhandlung eintreten. Dem Abgehenden schreit Jacoby nach: das sei immer das Unglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hätten hören wollen. Alle 21 Deputirte bis auf den Sprecher und Herrn d'Ester sind empört über diese Pöbelhaftigkeit. Reddertus äußert: jeder Privatmann würde in solchem Fall sein Hausrecht brauchen. v. Berg billet den Adjutanten dem König zu sagen: er werde hoffentlich die Versammlung und die Deputation nicht nach einem einzelnen Mitgliede derselben beurtheilen. Der König selbst spricht später einige Mitglieder der Deputation: ohne Minister habe er nicht weitre verhandeln zu dürfen geglaubt, er würde dies ohne den unangenehmen Vorfall mit Jacoby selbst, aus seinem Kabinet wieder herauskommend (wie hier die bekannte Sitte) geäußert haben, er bitte dieß der Deputation mitzutheilen, er wünsche, daß Jacoby's Benehmen auch von ihnen als nicht geschehen angesehen werde. Mit diesen Mittheilungen und der ferneren Anzeige, daß zum nächsten Morgen die Minister Bonin, Kisker u. s. w. nach Potsdam geladen seien, beruhigt man sich, herzlich froh, eine offenbare Blamage — auch Jacoby ist kleinlaut geworden — noch so verlaufen zu sehen. So kommt nach Mitternacht die Deputation

zurück. Phillips ist zu Bett gegangen, die Stadt ruhig; unbegreiflich, daß für den heutigen Abend und Nacht keine Geldvertheilungen an die „Garde der Freiheit" stattfanden. Man sah es an den Gesichtern, die sich den Abend über zeigten; das vorräthige Geld war für den Dinstag aufgeputscht worden. Die Thatsache der Geldvertheilung kann man von Betheiligten selbst hören, wenn man Selbstüberwindung genug hat, sich unter diese Sorte „Volk" zu begeben. Zurück zu den Sitzungen. In der nach jener Nacht dringt, nach dem schonenden Referat des Präsidenten, d'Ester die Heldenthaten Jakoby's auf die Tribüne, und kaum daß man einer Gegenbemerkung Berg's Raum gibt, so wird Schluß votirt! Schon sind die Straßenecken beklebt mit Jakoby's großen Worten, mit den Lügenberichten des demokratischen Klubs über jene Audienz. Worum keine wahrhafte Darstellung der Sache zugleich verbreitet wird? keine Druckerei will dergleichen Plakate drucken; und wäre ein solches gedruckt, so findet sich kein Zettelträger, es anzukleben, kein Straßenjunge es auszubieten, aus gerechter Furcht vor Prügel; und wird dergleichen angeklebt, so hat man Herrn Elsner und Genossen höchsteigenhändig dergleichen abreißen und in den Koth treten sehen. Dieß ist jetzt die Art, wie Censur geübt wird: glückliche Zeiten, als Grabow noch ein Obercensurkollegium über sich hatte! Inzwischen kommt die Antwort aus Potsdam, daß Brandenburg seinen Auftrag behalte; man weiß, daß bereits vor jener Deputation der Prinz von Preußen diese Ernennung widerrathen, der König selbst die Unangemessenheit der Wahl anerkannt, von Unruh, von Rodbertus gesprochen hat, man weiß, daß noch heute Brandenburg den Auftrag zurückgeben wird. So eben sind Bornemann und Unruh privatim nach Potsdam, dem Könige die Bildung eines Coalitionsministeriums anzuempfehlen. Es ist geschehen, nachdem ein neuer Antrag Waldeck's auf Ernennung eines Sicherheitsausschusses mit 250 gegen 111 Stimmen verworfen ist. Man hofft endlich diese Majorität dadurch zu firiren, daß man aus beiden Centren ein Ministerium bildet. Wird es gelingen? Der Augenblick ist günstig. Die äußerste Linke ist kompromittirt, die „Congresser" haben mit ihren Albernheiten das Vertrauen der Masse verscherzt, keiner, nicht einmal Ruge, hat sich an jenem wüsten Abend, wo es zum Hängen kommen sollte, gezeigt; „die Großmäuler" so hörte ich sagen, „wenns druf ankömmt laufen se weg." Armes Volk, das sich von den Fürsten und Ministern betrogen glaubt und nun diesen Feiglingen dient.

Berlin, 6. Nov. Die Bildung des neuen Ministeriums währt so lange, daß man aus dieser Zögerung auf die endliche Lösung der Krisis zu schließen fast berechtigt wird. Wenn die Krone geneigt wäre, ihre Rathgeber aus den mittleren Fraktionen der Nationalversammlung zu wählen, so würde darüber trotz aller Diskretion, die bei der Bildung eines neuen Kabinets obwalten muß, wohl irgend etwas verlauten. Wir ziehen daraus den Schluß, daß Graf Brandenburg seinen Auftrag erfüllen wird. Wollte Gott, daß wir im Irrthume wären! — Unter der Adresse an Jakoby den Namen Uhlich's zu finden, kann nicht befremden. Das einst so gefeierte Haupt der Lichtfreunde hat rasch aufgezehrt den Ruhm und den Ruf, den er mitbrachte; zurückgesunken in das vernichtende Bewußtsein adliger politischer Unbedeutendheit, kann er nur in solchen Extravagonzen noch vor sich selbst entfliehen. Schmerzlich aber hat es uns berührt, Namen wie Bucher und Pilet, ihm beigesellt zu lesen. Das linke Centrum wird durch diesen Schritt wahrscheinlich gesprengt werden. Rodbertus und Berg sind dadurch von der eigenen Partei desavouirt; man wird sie entweder herausdrängen oder die äußerste Linke wird Zuwachs erhalten. Ein Gesetz gegen die Attrouppements zum Schutz der Versammlung sollte von den Centren ausgehen; alle Fraktionen wollten ihm ohne Diskussion beitreten. Da trat das Ministerium Pfuel ab. Die Ministerkrisis ist auch heute noch nicht beendet; in den Fraktionen, in die Portefeuille's einschlagen sollen, herrscht fieberhafte Aufregung. — In diesem Augenblick befinden sich zwei preußische Konsuln hier, der Doktor Schulz, General-Konsul in Jerusalem, und Herr Richthofen, General-Konsul in der Wallachei. Ersterer hat einen längeren Urlaub, um seine durch das Klima geschwächte Gesundheit wieder herzustellen; Letzterer soll abberufen sein, weil er bei dem Einrücken der Russen in Jassy in Bukarest mit diesen in Konflikt gekommen war. (D. Ref.)

CC **Berlin**, 6, Nov. Die Abgeordneten Petersen und Bensch sind zu Referenten der Polenkommission ernannt worden. — Der General Brand verläßt das Kriegsministerium und geht zum großen Bedauern seiner vielen hiesigen Freunde zu seiner Brigade ab. Berichte eines preußischen Officiers aus Wien melden, daß der angerichtete Schaden 20 Millionen Gulden beträgt. — Es wird hier eine republikanische Freischaar in schwarzen Blousen organisirt; bereits sollen 100 eingeschrieben sein. — Aus allen Landestheilen gehen bereits Petitionen an den König ein, welche die Verlegung der Nationalversammlung durch die Ereignisse vom 31. v. Mts. für geboten erklären und als eine dringende Pflicht der Krone gegen das Land bezeichnen. — Außer dem oft genannten Bodelschwingh treten in Teltow am 9. als Wahlkandidaten noch auf: Eichmann, v. Manteuffel, Reg. R. Elwanger, Gr. Eulenburg, v. Bismark-Schönhausen. Vielleicht sehen wir morgen auf der Ministerbank im Konzertsaale ein Ministerium Brandenburg-Manteuffel-Ladenberg!!

△ **Berlin**, 6. Nov. Auch heute ist unsere Ministerkrisis noch nicht zu Ende gelangt. Wie es heißt, wäre v. Unruh zur Bildung eines Kabinets ausersehen, und er soll sich auch bereit erklärt haben, die Bildung desselben zu versuchen. Ihm scheinen sich jedoch aus dem Schooße seiner eigenen Parthei große Schwierigkeiten zu bereiten, indem viele, und darunter einige der angesehensten Mitglieder des linken Centrums, wie Pilet, Bucher ꝛc. von einem Koalitionsministerium, welches die Linke ausschlösse, nichts wissen wollen; dieselben haben vielmehr in einer Adresse dem Abgeordneten Jakoby Anerkennung ausgesprochen und, falls die Bildung des Kabinets ihren Ansichten zuwiderlaufe, ihren Uebertritt zur Linken in Aussicht gestellt. Dieser Umstand hat Herrn v. Unruh natürlich bedenklich gemacht. Wenn auch eine immer noch ansehnliche Majorität zu hoffen wäre, so würde jener Uebertritt als Präzedens doch höchst gefährlich sein. Auffallend ist dabei, daß in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung, welcher vom Ministertische der Justizminister Kisker beiwohnte, die Kabinetsfrage von keiner Partei auch nur mit einem Worte erwähnt wurde, daß man ganz ruhig einen von dem Minister des Innern, Hrn. Eichmann, kontrasignirte königliche Botschaft über die interimistische Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Angelegenheiten in Schlesien entgegennahm und um 1 Uhr ohne Störung aus einander ging, um in der morgenden Sitzung die heute begonnene Berathung des Petitionsberichtes der Kommission fortzusetzen. Es deutet dies auf Vorbereitungen der Parteien, die noch nicht zu Ende gediehen sind, oder einen bedeutsamen Beschluß anderetten. Der König, heißt es, wolle ein Manifest an das Volk erlassen, dies könnte allerdings einen großartigen und vortheilhaften Eindruck machen. — Mit unserer Sicherheit sieht es nicht besonders aus. Dies geht z. B. aus dem Versuche hervor, den am Freitag Abend ein Haufe von 80 bis 100 der niedern Klasse angehörigen Menschen machte, die Hamburger-Thorwache zu entwaffnen. Der Posten, ein alter geübter Soldat, drang, während er herausrief, mit dem Bajonnet auf die Menge ein, so daß diese erschreckt, sich zerstreute. Bezeichnend ist es, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder Stricke in dem Haufen sichtbar wurden, zum Beweis, daß die Aufknüpfungstheorie großen Beifall findet. — Eine eigenthümliche und wohl zu beachtende Erscheinung gibt sich darin kund, daß man bei der Bearbeitung der Bürgerwehr, die in großem Maßstabe betrieben wird, hauptsächlich wieder Sympathieen für Polen zu wecken sucht. „Habe man die Theilnahme für die Polen offenkundig dargelegt, so würden diese bereit sein, den Kampf für die deutsche Republik mitzukämpfen." Daß solche Vorschläge gerade jetzt gemacht werden, wird hinreichen, zu beweisen, daß in unserer Bürgerwehr allerdings zahlreich die Elemente vorhanden sind, welche es unmöglich machen, daß die Bürgerwehr Berlins fortan ein Hort für die konstitutionelle Monarchie sei. Freilich hat Hr. Rimpler an diesem Zustande der Dinge nicht unwesentliche Schuld; sowohl seine militärischen Anordnungen, als seine Plakate machten Viele irre; allein das Uebel ist doch tiefer gewurzelt, und es würde auch Hrn. v. Pfuel, wenn er zum Kommandeur der Bürgerwehr gewählt würde, nicht gelingen, den Geist wahrer Eintracht in die Bürgerwehr zu bringen. Zur Verwirklichung des letztern Gedankens, den man während der jüngsten Tage lebhaft aufgefaßt hat, ist indeß bis jetzt keine Aussicht. Hr. Pfuel würde nicht annehmen und Hr. Rimpler tritt nicht ab, da er immer noch die Majorität der Bürgerwehr für sich hat. Eine neue Stütze hat ihm ein Erlaß des Magistrats aus den letzten Tagen gegeben. Das achte Bataillon der Bürgerwehr hatte nämlich in Folge der Vorgänge vom 31. Okt. vor dem Schauspielhause, nicht mehr unter dem

Digitized by Google

Befehl des Hrn. Rimpler bleiben und nur in seinem eigenen Bezirk für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen wollen. Ganz richtig verweist der Magistrat darauf, daß, nach dem Erscheinen des neuen Bürgerwehrgesetzes der Dienst, welchen die Bürgerwehr leiste, nicht mehr von dem Willen der Einzelnen abhänge, sondern, daß vielmehr dem Kommando der Bürgerwehr in allen Fällen Gehorsam zu leisten sei.

München, 4. Nov. Der Allgemeinen Zeitung wird geschrieben: Heute haben die Gesetzgebungs-Ausschüsse in einer letzten gemeinschaftlichen Sitzung ihre Arbeiten vollständig beendigt. Der Zweck dieser letzten Sitzung war die Zusammenstellung aller bereits berathenen Gesetze über die Abänderungen des 2. Theils des Strafgesetzbuches. Die Schließung und der Abschied der Gesetzgebungsausschüsse wird am nächsten Mittwoch erfolgen, und die definitive Auflösung der zweiten Kammer sowie die Ausschreibung zu den Wahlen für die neu zu bildende Kammer können wir sonach in den nächsten Tagen erwarten. Zugleich kann ich Ihnen mittheilen, daß die ersten Schwurgerichtssitzungen in München wahrscheinlich schon Anfangs des nächsten Monats gehalten werden.

Baiern. Eine königliche allerhöchste Verordnung vom 30. Okt. im Regierungsblatt Nr. 58. enthält die Verlängerung des gegenwärtigen Vereinszolltarifes. Da nämlich über eine für ganz Deutschland gemeinschaftliche Zollgesetzgebung gegenwärtig Berathungen zu Frankfurt am Main stattfinden, so wird der Erlaß eines neuen berichtigten Vereinszolltarifs für die mit dem Jahr 1849 beginnende neue Tarifsperiode ausgesetzt und bleiben die bisherigen Bestimmungen auch vom Januar 1849 an bis auf Weiteres in Kraft.

München, 5. Nov. Heute Morgens verschied nach mehrwöchentlichem Krankenlager der k. Reichsarchivdirektor Staatsrath Hormayr von Hortenburg im 67sten Lebensjahre — der Letzte seines alten Stammes, das letzte Blatt aus dem immergrünen Kranze strahlender Namen aus Tyrol's 1809! (Lbd.)

† **Würzburg**, 1. Nov. Das bayersche Unterrichtsministerium hat seit zwei Jahren mannigfaltige und sonderbare Schicksale gehabt. In der letzten Zeit schien es, als ob endlich einmal in Bayern dem Unterricht die gebührende Rücksicht geschenkt werden wolle; wenigstens gab man diesem Ministerium eine selbstständige Existenz. Denn bis gegen das Ende der Abel'schen Herrschaft war derselbe ein bloßes Annexum des Ministeriums des Innern; hierauf wurde es vorübergehend zuerst an das Justiz-, alsdann an das Finanz-, endlich an das Ministerium des Aeußern angebunden, bis es seit dem Regierungsantritt des Königs Max ein selbstständiges Ministerium mit einem besondern Minister an der Spitze wurde. Die neueste Zeit scheint es um diese Selbstständigkeit zu bringen, indem es, vielleicht aus Sparsamkeit, namentlich um die Mittel für das Handels- und Gewerbeministerium zu finden, wieder mit dem Ministerium des Innern in Verbindung gesetzt werden soll. Würde es dem Kriegsministerium annectirt werden, so hätte es den Cyclus der sämmtlichen Ministerien durchgemacht. Für den Freund der Bildung und Wissenschaft ist es freilich traurig, den Unterricht so sehr als Stiefkind behandelt zu sehen, daß gegen ihn jede Rücksicht, die ihn so gut wie keine gilt. Was erwartet die Volksschule, das Gymnasium, die Universität nicht Alles, und was kann bei einer Besetzung des Ministeriums, wie die gegenwärtige ist, geleistet werden? Billiger Weise sollten denn doch seine Räthe Männer vom Fach sein; daß sie dies nicht, daß ihnen insbesondere die Universitäts-Verhältnisse fremd sind, beweisen die neuesten Anordnungen bezüglich der Verwaltungs-Ausschüsse, und der Universitäts-Statuten. Die allerneueste Zeit zeigt, nachdem es den Anschein hatte, als sollte eine frischere Bewegung in's höhere Unterrichtswesen kommen, bedauerliche Rückschritte. Oder ist es nicht ein Rückschritt, wenn man die Würde der Universität und ihr wahres Bedürfniß so versteht, daß man nicht gibt, was sie wohl mottviet will, ihr aber aufdrängt, was sie nicht will. Thatsachen sprechen: An der Universität München soll wider ihren Willen ein emigrirter Schweizer als Professor der Rechte angestellt werden. Die Universität Würzburg erringt endlich ein Oromariat für neutestamentliche Exegese; während sie ihre theologische Fakultät durch eine Celebrität gehoben wissen will, gibt man ihr gegen ihren Willen einen jungen Kaplan als Extraordinarius. Die Universität verlangt einstimmig Trennung der beiden Professuren der Technologie und Landwirthschaft. Beide Professuren aber werden mit einem Manne besetzt, indem man das Unvereinbare zu einer Professur verschmilzt. Das Eine wie das Andere könnte aus Sparsamkeit hervorgegangen sein! wie verträgt es sich aber mit dieser Sparsamkeit, wenn eben jetzt der Universität Würzburg angesonnen wird, den Dr. Phillips, der in den Sturz des Ministeriums Abel verwickelt, in München nun seine Professur kam, mit 1800—2000 Gulden Gehalt als überzähligen Lehrer in der Juristenfacultät zu placiren? Ist die eine Universität dazu da, gut zu machen, was an der andern gesündigt wurde, und ist es zu rechtfertigen, daß man dringende Bedürfnisse einer Anstalt unbefriedigt läßt, um eine willkürliche Anstellung durchführen zu können? Man zweifelt an der Geneigtheit der Universität Würzburg, gutwillig in diesen Rehabilitations-Plan einzugehen. Wird sie das Ministerium zwingen? Wir hoffen nein. Aber bedenken möge man, wohin die fortwährende Nichtberücksichtigung des Interesses, der wohlmotivirten Wünsche der Universität am Ende führt.

Dresden, 2. Nov. Die erste sächsische Kammer hatte bei den Berathungen über das, das freie Vereins- und Versammlungsrecht betreffende Gesetz, die Frankfurter Bestimmung, nach welcher Volksversammlungen unter freiem Himmel, bei dringender Gefahr verboten werden können, in das Gesetz mit aufgenommen. Die Deputation der zweiten Kammer rieth derselben aus „formellen" Gründen, weil die Frankfurter Beschlüsse maßgebend sein sollen, den Beitritt an. Doch in der heutigen Sitzung erhoben sich viele Redner der Kammer gegen den Zusatz, den man eine Hinterthür der Polizeiwillkür nannte, und selbst der Minister Oberländer, der da meinte, die Frankfurter Versammlung habe wohl nur das Minimum der Volksfreiheit festsetzen wollen, erklärte den Zusatz nicht für dringlich. Mehrere Mitglieder der Deputation, an ihrer Spitze der Referent Metzler, desavouirten ihren Vorschlag und die Kammer erklärte sich gegen den beschränkenden Zusatz; nur 14 Stimmen sprachen für ihn. — In derselben Sitzung kam Tzschirner's Antrag, „daß die Staatsregierung alle ihr zuständigen Mittel zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit ergreifen möge" zur Debatte. Metzler erweiterte ihn dahin, die Staatsregierung solle die Centralgewalt um energische Maßregeln in dieser Angelegenheit angehen. Die zweite Kammer war diesmal eines Sinnes. Sie genehmigte diese Anträge einstimmig. (D. P. Z.)

Dresden, 3. Nov. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer stand der Antrag von Tzschirner: „daß die Regierung alle ihr zuständigen Mittel zum Schutz der in Wien gefährdeten Volksfreiheit anwenden möge." Nachdem der Antragsteller seine Motion begründet hatte, erklärte Staatsminister v. d. Pforden, die Regierung sei bereit, die geistigen Mittel, die ihr zu Gebote stehen, schnell in Anwendung zu bringen. Anders könne sie vor der Hand nicht wirken, da sie erst am 22. Oktober dem Gesandten in Wien eröffnet, daß sie die Vertretung der politischen Interessen in die Hände der Reichsgewalt gelegt, und daß es daher den Reichskommissären zu überlassen sei, in dieser Angelegenheit zu vermitteln. Ihren Bevollmächtigten in Frankfurt aber habe sie dahin instruirt, daß er der Centralgewalt zu erkennen gebe, wie die sächsische Regierung die deutsche Nationalität und constitutionelle Freiheit verehrt wissen wolle. Es sei nicht zu läugnen, daß eine Gefahr für jene Interessen zu drohen scheine, aber es könne dies vor der Entscheidung jener Ereignisse nicht anerkannt werden. Abg. Metzler stellte den Antrag, daß die Staatsregierung bei der Centralgewalt auf energische Intercession zu Gunsten der deutschen Interessen in Oesterreich mit allen zu Gebot stehenden Mitteln dringen wolle. Einstimmig unterstützt. Abg. Schent schlug vor, an die Stelle der Worte „der deutschen Interessen" zu setzen: „deutscher Ehre, Freiheit und Nationalität." In dieser veränderten Fassung fand der Antrag die einhellige Genehmigung der Kammer. (D. P. Z.)

Dresden, 5. Nov. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer sollte das Wahlgesetz wieder zur Berathung kommen. Da die 2. Kammer auf sieben Differenzpunkte nicht eingegangen war, stellten 18 Mitglieder den Antrag: „In Anbetracht, daß das Fortbestehen der jetzigen ersten Kammer von der großen Majorität des Volkes nicht gewünscht werde, daß zur Abänderung der Verfassungsurkunde eine gesetzliche Majorität gehöre, daß der große Theil der zweiten Kammer zu den Vorschlägen der ersten ihre Zustimmung verweigert habe und daß sonach die Aufopferung der innersten Ueberzeugung im Angesichte der Lage des Landes nothwendig sei, möge die erste Kammer von einer Diskussion über die einzelnen Differenzpunkte absehen, und den Vorschlägen, wie sie von der Deputation, bezüglich der Majorität, gemacht

Digitized by Google

werden seien, beitreten." Man gab diesem Antrage seine Zustimmung und nun wurde das Wahlgesetz mit 32 gegen 10 Stimmen angenommen; desgleichen die Abänderungen der Verfassungsurkunde. (O. P. Z.)

+ **Kaelsruhe**, 4. Nov. Heute ist endlich die zweite Kammer mit der Berathung des volksthümlichrn Verwaltungsgesetzes zu Ende gekommen, nachdem sie über die an die Kommission zuerückgewiesenen Paragraphen eine neue Diskussion hatte eintreten lassen. Als eine wesentliche Verbesseeung muß man in dieser Beziehung die Errichtung eines besondern Verwaltungsgerichtshofs betrachten, welcher als selbstständige Rekursbehörde letzter Instanz an die Stelle des Ministeriums des Innern tritt, soferne in denjenigen Verwaltungsgegenständen, die der Entscheidung des durch Bürger gebildeten Bezirksausschusses unterliegen, Berufung eingelegt wird. Es verletzte bisher den Grundsatz der Gerechtigkeit, daß das Ministerium des Innern, als oberaufsehende und verwaltende Behörde, zugleich die Funktionen eines Gerichtshofes versah, und nicht ohne Grund warf man ihm in dieser Hinsicht vor, daß es gleichsam Richter in eigener Sache sei. Am Schlusse der Berathung des Gesetzes begründete der Abgeordnete Jungbanns seinen Antrag, daß in dem Gesetze die Worte des großherzoglichen Titels: „von Gottes Gnaden" gestrichen würden. Unter seinen Gründen führte er, wie ihm Lamey treffend nachwies, vieles Unrichtige in historischer Beziehung an; allein dies hat bei den Herren der äußersten Linken nun einmal nichts zu bedeuten. Die Abgeordneten Kapp, Richter, Sachs und Brentano erblickten hier ein reiches Feld, um gegen die heillosen Grundsätze des göttlichen Rechtes loszuziehen, nur Schade, es war kein Feind da, welcher den Handschuh aufgenommen hätte; denn sowohl von der Regierungsbank wurde ausdrücklich erklärt, daß man die in Frage stehenden Worte keineswegs im Sinne des göttlichen Rechts auffasse, als auch von Seiten der übrigen Sprecher wurde der materielle Theil des Antrags von Jungbanns nicht bekämpft, nur konnten sie ihm keine hohe Wichtigkeit beilegen. In diesem Sinne sprachen die Abgeordneten Lamey, Kuenzer und Busing, welcher noch den Wunsch anknüpfte, daß alle überflüssigen Titulaturen bei den Staatsbehörden baldigst wegfallen möchten. Letzteres sagte der Regierungs-Kommissär, Staatsrath Bekk, sogleich zu; doch bat er die Kammer, über den Antrag des Abg. Jungbanns keinen sofortigen Beschluß fassen zu wollen, indem die Staatsregierung hierüber nächster Tage selbst sich aussprechen werde. Die Kammer besaß zu vielen Takt, um bei der Zartheit und Delikatesse des Gegenstandes und bei der bonetten Fichtung der Minister, diesen Wink mißzuverstehen und beschloß daher mit überwiegender Majorität, in der Erwartung, daß die Sache von der Regierung geregelt werde, von jeder Beschlußfassung abzustehen.

(**Mannheim**, 6. Nov. Ueber Struve schreibt man uns von Karlsruhe aus, daß derselbe eine „Weltgeschichte" schreibe und ihm deshalb Bücher jeder Art, natürlich nach vorheriger Untersuchung, bewilligt würden. Auch erhält er Briefe von seiner Frau, welche nicht so viele Zugeständnisse hat. So sehr man das ruhige Verhalten Struves lobt, so sehr wird Blind wegen seiner Rohheit getadelt. Auch ihm sind dieselben Vergünstigungen, wie Struve, zugestanden worden; doch sucht er seinen Wärtern ihr Geschäft auf alle mögliche Art zu erschweren. Selbst Anhängee der Struve'schen Partei bekennen offen, „daß Struve sein Unglück mit Anstand trage, daß man aber für Blind kein Mitleid haben könne." — In Baden-Baden wurde der Vorschlag gemacht, das Spielhaus auch den Winter über offen zu halten; allein dieser Vorschlag ging mit Recht nicht durch. In den jetzigen Zeiten der Verarmung noch diese „Hödle des Lasters", das wäre wirklich viel!

(**Mannheim**, 7. Nov. Sicherlich ist Ihnen schon etwas über eine Verschwörung unter den nassauer Soldaten zugekommen. Mir wurde von verschiedenen Seiten und sogar aus gut unterrichteten Quellen versichert, daß sie wirklich bestanden habe und deren Ziel Ermordung des Obersten und noch einiger Offiziere gewesen sein soll. Die Untersuchung ist, diesen Nachrichten zufolge, in vollem Gange; fast täglich wird ein Transport Gefangener geschlossen hierhergeführt und in dem ehemaligen Zuchthause in Verwahr gebracht. Ich hoffe, Ihnen später vielleicht Verdächtiges mittheilen zu können, wenn von dem Verlaufe der Untersuchung, welche in Heidelberg geführt wird, mir etwas zukommt.

) **Darmstadt**, 5. Nov. Unsere Bürgerwehr ist immer mit regem Eifer ihren Pflichten nachgekommen und hat dadurch in den Zeiten der Unruhe und Unordnung wesentlich genützt. Wir sind der festen Hoffnung, daß sie auch ihre Schuldigkeit erfüllen würde, wenn sie, was Gott verhüten wolle, ernstliche auf die Probe gesetzt werden sollte. Wie vor 8 Tagen das Turnerfest, fand deshalb auch ihre heutige Fahnenweihe die lebhafteste Theilnahme. Tausende füllten den mit deutschen und hessischen Fahnen und Flaggen schön dekorirten Marktplatz an bei der feierlichen Ueberreichung der Fahne durch Deputationen der Frauen und Jungfrauen, welche sie der Bürgerwehr widmeten. Auch die gesammte großherzogliche Familie wohnte der Feier bei. — Die vor einigen Tagen erschienene provisorische Verordnung über die Bürgerwehr im Großherzogthum traf gerade mit diesem schönen Feste zusammen. Sie verfügt, da das Gesetz über die Bürgerwehr noch nicht zur verfassungsmäßigen Verabschiedung gelangte, in vielen Gemeinden jedoch reger Eifer für die Volksbewaffnung der Verkündigung derselben entgegengekommen ist, um den dafür entstandenen Vereinigungen feste Gestaltung und förmliche Anerkennung zu geben, einstweilen in 12 Artikeln das Nöthigste. In jeder Gemeinde kann auf Beschluß des Gemeindevorstandes zur allgemeinen Vertheidigung und zum Schutze der gesetzlichen Ordnung eine Bürgerwehr aus Freiwilligen errichtet werden von den Einwohnern der Gemeinde, welche das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und im Genusse der staatsbürgerlichen Rechte stehen. Die Bürgerwehr darf nur mit Feuergewehren, neben Seitengewehr, bewaffnet sein. Die Bürgerwehr wählt unter Leitung des Bürgermeisters ihre Anführer selbst, zunächst den Oberanführer, der für die gesetzlichen Einrichtungen der Bürgerwehr der Gemeinde verantwortlich ist. Sie kann in Fahnen und Cocarden und sonstigen Erkennungs- und Unterscheidungszeichen nur die deutschen und die Landesfarben tragen. Sie tritt auf Auffordern und nach Anleitung des Bürgermeisters oder der zuständigen Staatsbehörde in Dienstthätigkeit, in dringenden Fällen auch auf Berufung der Anführer. Bei Widersetzlichkeit der Bürgerwehr gegen die Ordnung und Gesetze wird sie aufgelöst. Im Dienste steht die Bürgerwehr im Sinne der Gesetze der bewaffneten Macht gleich.

Weimar, 6. Nov. Bekanntlich soll von Berlin nach Frankfurt a. M. eine elektro-magnetische Telegraphen-Verbindung hergestellt werden. Demzufolge ist zwischen der königlich preußischen und großherzoglich sächsischen Staatsregierung wegen Anlegung einer solchen Vorrichtung längs der das Gebiet des Großherzogthums berührenden Eisenbahnstrecke ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher bestimmt, daß der Staatsregierung des Großherzogthums gestattet sein solle, monatlich 6000 telegraphische Zeichen unentgeltlich zu befördern, so jedoch, daß den preußischen Depeschen immer der Vorrang eingeräumt werde, was über diese Zahl ist, dafür muß an die preußische Regierung eine tarifmäßige Geldentschädigung geleistet werden. Auch das Publikum kann diese Telegraphen-Verbindung zur Beförderung von Nachrichten benutzen. Der Draht wird nicht, wie bisher, auf Stangen durch durch die Luft geführt, sondern die Drahtleitung auf das Bahn-Planum, durchschnittlich 2 Fuß unterhalb der Oberfläche, gelegt. Jeder durch die Anlage für die Eisenbahngesellschaft entstehende Schaden und Nachtheil wird vollständig entschädigt. (Fr. J.)

Großbritannien.

London. Mit „Genugthuung" zeigt die Times an, daß die Zollvereinsstaaten jetzt darein gewilligt hätten, daß britische Güter, insofern sie mit Ursprungszeugnissen versehen seien, keine Additionalzölle bezahlen dürften; noch mehr, die preußische Regierung habe ihre Absicht zu erkennen gegeben, die bereits für deutsche mit Ursprungszeugnissen versehene Waaren bezahlten Additionalzölle zurückzuerstatten und die übrigen Zollvereinsstaaten einzuladen, das Gleiche zu thun.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Nov. Gestern Abend gegen 7 Uhr verkündeten 101 Kanonenschüsse von den Invaliden her unserer Hauptstadt die Annahme der neuen republikanischen Verfassung. Heute theilt der Telegraph dieses Ereigniß allen Theilen Frankreichs mit. Gestern noch ernannte die N. V. in ihren Abtheilungen eine Commission von 15 Mitgliedern, welche, in Gemeinschaft mit der Regierung, die zu dem bevorstehenden Constitutionsfeste gehörigen

Digitized by Google

Einleitungen treffen soll. Einstweilen ist die auf heute angekündigte Heerschau der Truppen und eines Theils der Bürgerwehr, angeblich wegen des schlechten Wetters, in Wahrheit aber darum abbestellt worden, damit dieselbe bei dem Feste um so glänzender abgehalten werde. Ueber die so unvorbereitet zur Abendzeit plötzlich erschallenden Kanonenschüsse werden von den meisten unserer Blätter allerlei Glossen gemacht. Die Leute, die bei Tische saßen, seien erschrocken auf die Straßen gelaufen, man habe anfangs geglaubt, es sei schon wieder ein Aufstand ausgebrochen, und habe erst nach einiger Zeit erfahren, daß die Kanonen nicht Schrecken, sondern Freude verbreiten sollten.

Die 30 Mitglieder, welche gegen die neue Verfassung stimmten, bestehen aus ehemaligen Legitimisten und jetzigen Ultrarepublikanern und Socialisten. Berryer und Pesquhou, Lacrochejaquelein und Lerour, Pavsézur, Eugène Raspail u. A. fanden sich friedlich zusammen. Sonderbar ist, daß auch Victor Hugo, ein durchaus gemäßigter Mann, sich hinzu gesellte. Die 3 Napoleoniden stimmten dafür. Lamennais, Leoeu Rollin und mehrere Mitglieder der Linken, aber auch Bastide, Caenot und Odilon Barrot waren abwesend oder enthielten sich der Abstimmung. Letzterem warf gestern der National vor, er wäre, im Gegensatze zu H. Thiers, für Ludwig Napoleon, während sein Blatt, das Siecle, gegen ihn spricht. Ueberhaupt hat sich in den Parteien diese Candidatur gegenüber eine merkwürdige Umwandlung zugetragen. Der Club der Straße Poitiers, aus dessen Mitte die beiden neuen Minister hervorgingen, hat unter dem Widerspruche von nur 30 Mitgliedern beschlossen, sich als Verein für keinen Kandidaten auszusprechen (das heißt zu deutsch, die Candidatur des Generals Cavaignac nicht zu unterstützen), hingegen gewinnt in der N. V. die gemäßigte Linke wieder an Einfluß, und bei der gestrigen Besetzung der Bureaux wurden Carnot, Martin du Nord, Senard, Arago u. A. mit bedeutender Stimmenzahl gewählt. In den Departementen sollen, wenn man den täglich wechselnden Gerüchten trauen darf, die Aussichten für den Napoleoniden weniger günstig geworden sein, und die Journale beschuldigen Laradit, er habe deswegen den Zeitpunkt der Wahl näher rücken wollen. Der Club des Instituts wird Montag darüber stimmen, welchem Kandidaten er seine Unterstützung angedeihen lassen wird. An eben diesem Tage wird auch der Verfassungsausschuß Bericht über den Antrag des Abgeordneten Marchal abstatten, die Versammlung möchte ihre Sitzungen vom 18. November auf den 14. December verlegen. Der Antrag findet vielen Widerspruch, zum Theil weil es vielen bedenklich erscheint, in so bewegter Zeit einem Ausschusse zu übertragen, was vielleicht nur durch das Ansehen der ganzen Versammlung zu erreichen sein könnte; gutentheils aber auch, weil die Gegner des Generals Cavaignac nicht wollen, daß seine Kandidatur, durch die Gegenwart so vieler ihm zugethanen Abgeordneten in den Provinzen, unterstützt werde. Der Constitutionel spricht sich in einem langen Artikel dagegen aus. — Der Finanzausschuß wird beantragen, den Besitzern der Schatzscheine und Sparkassenbüchlein die 3 pCt. Rente zu 46. 40, die 5 pCt. zu 71. 60 (statt wie früher — zu 55 und 80) zu berechnen.

In Versailles wird eine bedeutende Truppenzahl zusammengezogen. Die großen Ställe im Schlosse werden als Kasernen dienen. In der Bibliothek der N. V. hat man abermals 4 Päcke mit Pulver gefunden, die wahrscheinlich schon seit den Junitagen dort verborgen sind. In Lyon soll am 28. d. M. ein Monsterbanket statt finden, wobei Ledru Rollin, falls seine etwas leidende Gesundheit bis dahin wiederhergestellt ist, den Vorsitz führen wird. In Pontoise gaben die Arbeiter ein sehr gutes Beispiel in dieser Hinsicht. Sie duldeten nicht, daß bei einem Bankete daselbst aufrührerische Toaste gebracht wurden, und nöthigten einen Gast, der die socialistische Republik hoch leben ließ, das Gastmahl zu verlassen. — 6 Spalten des Moniteurs enthalten heute Namen von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten, welchen der Orden der Ehrenlegion verliehen worden ist.

Das Journal des Debats läßt sich aus Frankfurt schreiben, wenn die Reichsversammlung Oesterreich zwingen wolle, mit seinen nicht deutschen Staaten in das bloße Verhältniß der Personalunion zu treten, so würden daraus ernstliche Verwicklungen mit Frankreich und Rußland entstehen!

Zwei Bestimmungen der nun angenommenen Verfassung glauben wir noch nachholen zu müssen. Nach der einen ist der Präsident der Republik erst 4 Jahre nach seiner Amtsführung wieder wählbar, nach der andern trifft dieser Ausschluß für denselben Zeitraum alle mit ihm verwandten und verschwägerten Personen, bis auf den 6. Grad, wie nicht minder den Vicepräsidenten. In Nordamerika besteht bekanntlich nichts der Art und nur der Gebrauch hat festgestellt, daß nach zweimaliger Amtsführung nicht derselbe Präsident wieder gewählt wird. Man ist aber in Amerika der Republik gewiß!

Bei dem durch die Wiener Ereignisse sehr beschränkten Raum ist gestern der französische Artikel weggefallen. A. d. Red.

** **Straßburg**, 2. Nov. Mit allgemeinem Bangen sehen wir dem nächsten 10. Dezember entgegen. Vielleicht erstrecken sich die Folgen der Wahl des französischen Staatsoberhauptes weit über die Grenzen dieses Landes hinaus. Für den Napoleoniden arbeitet die radikale Republik, der Clerus, die legitimistische Partei, alles, was mit der gegenwärtigen Ordnung sich nicht befreundet hat; nur nicht der ruhige, auch in der Republik konservativ gesinnte Bürgerstand. Jene alle verfolgen Ein Ziel, aber verschiedene Zwecke, ob sie letztere erreichen werden, steht dahin. An der Majorität für diesen Kandidaten ist wohl nicht zu zweifeln, wenigstens lauten die Nachrichten aus den verschiedenen Gegenden sehr bedenklich, und vergleichen mit den Wahlstimmen für seinen Eintritt in die Nationalversammlung, möchten diese Berichte wohl nur zu gegründet sein. Auch täuscht man sich darüber in Paris nicht. Die Hoffnungen auf eine kurze Unterbrechung ihrer Sitzungen, der Wunsch, auf wenige Wochen wenigstens, in den Kreis der Ihrigen zurückzukehren, für Viele so nothwendig zur Ordnung der Geschäfte, — Hoffnungen und Wünsche müssen der Nothwendigkeit weichen, in jenen Tagen der Stürme vereint zusammenzustehen, und sie womöglich zu beschwichtigen. Daß dieses nun ein Ausschuß allein nicht kann, wie man wollte, sieht Jeder ein, und alle Beurlaubten werden strenge an den bewilligten Termin der Rückkehr sich halten müssen, denn nichts weniger wird erstrebt, als die bei der rothen Republik verrufene Nationalversammlung zu stürzen; dies soll das Volk thun, derselbe Souverän, von welchem sie ihre Gewalt zu Lehen trägt. Louis Napoleon ist eine zu unbedeutende Persönlichkeit, um das Ruder des Staates lenken zu können, und die ihn Umgebenden huldigen zu verschiedenen Ansichten, um ihn unterstützen zu können. Dieß weiß auch Jeder, und darauf wird gerechnet; aber er wird, einmal gewählt, Zeit genug finden, die exekutive so wie die konstituirende Gewalt zu sprengen, und damit den verschiedenen Parteien den Kampfplatz zu eröffnen. Der Kampf wird aber unvermeidlich, und für die Nationalversammlung beginnen abermals die Tage schwerer Prüfung, ja noch schwieriger vielleicht als in dem Mai und Juni, denn, welches auch die Stimmenzahl sein wird, welche sich für den Napoleoniden entscheidet, so leichten Kaufes wird die Nationalversammlung, wird Cavaignac sich nicht durch ein Machtwort vernichten lassen, und es möchte wohl abermals Blut in den Straßen der Hauptstadt fließen. Daß dieser Präsident mit der Nationalversammlung regieren werde, ist wohl eine eitle Hoffnung, welche die Wünsche seiner Wähler nicht in Anschlag bringt. Auch hat man ihn durch legale Mittel dazu zwingen wollen, und die Wahl angeordnet, bevor die weiteren organischen Gesetze berathen und beschlossen sind. Ob er und die Seinen sich dadurch werden binden lassen, ist eine andere Frage, und die bange Stimmung der Gemüther beweist, daß man im Ernste nicht daran glaubt. Zwar sind Emissäre Ledru Rollin's in die Departemente gesendet worden, sie werden aber, wie der berüchtigte Faujat, in hiesiger Stadt sich überzeugen, daß die Popularität ihres Beschützers völlig verschwunden ist, und wohl ohne weiteres sich zu dem kaiserlichen Sprößling hinwenden. Das Landvolk gewinnt man mit den Gerüchten von dessen Reichthümern, welche keine 45 Cent. mehr nothwendig machen; unter dem Heere werden sich Viele durch die mythischen Erinnerungen an Kriegsruhm und Glanz und Ehre hinreißen lassen. Unterdessen zerfällt die so mühsam geschaffene Ordnung, wenn anders eine neue Schlacht und ein abermaliger Sieg sie nicht erhält. Ist dieses nicht der Fall, so erhebt sich in dem südlichen Theil der Monarchie der Thron Heinrich's, während Mittelfrankreich und die nördlichen Departemente der Anarchie anheimfallen; die Einheit Frankreichs möchte wohl für lange zerrissen werden. Der Kampf würde vielleicht in den einzelnen Lokalitäten bei der Wahl selbst ausbrechen, wenn nicht der Hauptstadt die Stimmenzählung und die Entscheidung vorbehalten worden wären. Auch wird schon hier das Vorspiel eröffnet, aber ohne Erfolg, denn bei der Haltung der Nationalgarde ist mit solchen Dingen nicht Spaß zu treiben. Einer der

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 9. Nov. Die Sendung Hr. Bassermann's. Schreiben Hartmann's aus Wien an den Präsidenten v. Gagern. Angebliche Verlegung der preußischen Landesversammlung nach Brandenburg.) Wien (Der 28. und 29. Okt. Zustände der Stadt vor und nach der Uebergabe. Der Reichstag.) Berlin (Die Schwierigkeit.) Köln (Herr von Möller nach Berlin. Oberbürgermeister.) Leipzig (Hoffnung auf Vergrößerung des Königr. Sachsen.) Schleswig (Herr Stedmann und die neue Regierung.)
Spanien. Madrid (Ein österreichischer Gesandter. Tagesbegebenheiten.)
Börsenberichte von Paris (Vom 6. November.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 9. November.)
Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 9. November.

Tagesordnung der 112. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über Artikel III. §. 13 und folgende des Verfassungsentwurfs nach vorgängiger Abstimmung über §. 12.

Vorsitzender von Gagern zeigt an, daß er einen Brief des Abgeordneten Moritz Hartmann, Wien vom 4. Nov., empfangen, worin ihm die Verhaftung der Abgg. Robert Blum und Julius Frödel gemeldet wird. Wesendonck interpellirt in Folge dieses Falles das Reichsministerium, indem er für die Verhafteten den Schutz des Gesetzes vom 10. Okt. in Anspruch nimmt. Die Ministerbank ist noch nicht besetzt. Der Verfassungsausschuß zeigt also inzwischen unter dem beifälligen Zurufe des ganzen Hauses an, daß er der Reichsversammlung die unveränderte Annahme der in Leipzig von den Bevollmächtigten aller deutschen Staaten berathenen Wechselordnung vorzuschlagen habe. Der deßfallsige Bericht sammt dem Entwurfe des Einführungsgesetzes wird demnächst eingebracht werden. Dagegen soll dem Antrage Vogt's und Venedey's, wegen der an die Schweiz erlassenen und in der O.P.Z. voreilig veröffentlichten Note keine Folge gegeben werden. Eine Eingabe aus New-York, in Betreff der Besetzung des dort zu errichtenden Reichskonsulats für Nordamerika, wird dem Minister des Auswärtigen überwiesen. Auch über den Antrag Zimmermann's v. Spandow, das Benehmen Wrangel's bei der Niederlegung seines Kommando's als Reichsgeneral im schleswig-holstein. Kriege, einer Mißbilligung zu unterwerfen, wird von dem einschlägigen Ausschusse die einfache Tagesordnung angerathen.

Kriegsminister v. Peucker beantwortet heute Mohr's Anfrage wegen der Reichstruppen in Rheinhessen. Es seien von der Centralgewalt im vollen Einverständnisse mit der großherzogl. hessischen Regierung im Ganzen 4000 Mann (eine Brigade) auf das linke Rheinufer gelegt worden, aus deren Vertheilung über die Landschaft hervorgeht, daß Mohr mit großem Unrecht von einer Ueberschwemmung der Provinz durch Soldaten gesprochen, welcher die Anwesenheit der ihre Bedürfnisse baar zahlenden Truppen eher zum Vortheil als zu einer Last gereiche. Dennoch stellt Mohr darauf den dringlichen Antrag, daß die in die Provinz Rheindessen gelegten nicht landesangehörigen Truppen sofort zurückgezogen werden. Die Dringlichkeitsfrage wird jedoch verneint.

Reichsminister der Justiz, v. Mohl, ist jetzt gegenwärtig und erklärt, daß er sich bereits an das österreichische verantwortliche Ministerium der Justiz gewendet und unter Hinweis auf das Gesetz zum Schutze der Nat.-Vers. beschleunigte Auskunft über die Verhaftung der Abgeordneten Blum und Frödel verlangt habe.

Einem Antrage Wiesner's, der bekannten stereotypen Art: auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Wien, Niederschlagung aller politischen Untersuchungen ꝛc., wird die Dringlichkeits-Anerkenntniß ebenfalls verweigert und darauf zur Tagesordnung geschritten.

Der Anblick der Gallerien zeigt, daß die in Frankfurt stehenden Reichstruppen der so eben zu behandelnden Frage des Verf.-Entwurfs eine rege Theilnahme widmen. Die Zuhörerräume bieten eine reiche Musterkarte hessischer, preußischer, bairischer Uniformen aller Grade und Waffengattungen dar.

Die formellen Schwierigkeiten der Abstimmung über §. 12, welche die gestrige Vertagung herbeiführten, namentlich der Wunsch des Wehrausschusses, seine Vorschläge sogleich neben den Bestimmungen des Verfassungsentwurfs berücksichtigt und beziehentlich in dieselben hineingewirkt zu sehen, sind auch heute nicht so bald gehoben. Endlich geht die Fragestellung in der Ordnung vor sich, daß die Gruppe der Anträge, welche der Reichsgewalt den größten Machtumfang einräume, bei der Abstimmung den Vortritt erhält. In Folge davon wird mit fast einstimmiger Mehrheit der Antrag des Verfassungs-Ausschusses angenommen: Artikel III, §. 12, „der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung." Alle Zusätze und Abänderungen werden abgelehnt.

Ueber den folgenden §. 13 sind gegen zwanzig Redner, meist um gegen den Paragraphen nach dem Verfassungs-Entwurfe zu sprechen, eingezeichnet. Mittermaier berichtet, daß sich die Mehrheit des Ausschusses zu folgender veränderter, mitiere Bestimmungen der Minderheit adoptirender Fassung des §. entschlossen. Er kommt demgemäß in nachstehender Form zur Diskussion:

§. 13. „Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten.

Der Reichsgewalt steht es zu, die Größe und Beschaffenheit derselben zu bestimmen.

Diejenigen Staaten, welche als Kontingent weniger als 6000 Mann stellen, geben in Bezug auf das Heerwesen ihre Selbstständigkeit auf, und werden in dieser Beziehung entweder unter sich in größere Ganze verschmolzen, welche dann untee der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, oder insofern diese Verschmelzung nicht für angemessen befunden wird, einem angrenzenden größeren Staate angeschlossin. In beiden Fällen haben die Landesregierungen dieser kleineren Staaten kiine weitere Einwirkung auf das Heerwesen, als ihnen von der Reichsgewalt oder dem größeren Staate ausdrücklich übertragen wird."

Die Debatte bietet kiine bedeutenden Momente dar und wird bald abgebrochen. Nach Wedekind's Ansicht soll es den kleinen Staaten überlassen bleiben, welcher andern deutschen Kriegsmacht sie sich anschließen wollen. v. Soiron erklärt sich gegen den Vorschlag des Wehrausschusses und empfiehlt dafür das Hans Raumer'sche Amendement: „Ein Reichsgesetz wird bestimmen, in welcher Weise diejenigen Staaeen, aus deren erstem Heerbann keine Division gebildet werden kann, in Beziehung auf ihr Heerwesen unter sich in größere Ganze verschmolzen oder einem angrenzenden größeren Staate angeschlossen werden." Freese will den Absatz des Paragraphen, der über die kleinern Truppenkörper handelt, gestrichen wissen. Das spätee zu berathende Wehrgesetz werde dergleichen Einzelnheiten zu ordnen haben und dies thun, wenn zugleich über die Mediatisirungen näher entschieden sei. Ruf nach Schluß der Besprechung und Annahme desselben. Stavenhagen vertheidigt noch die Ansichten des Wehrausschusses, namentlich die Bestimmung, daß statt 6000 Mann schon das Minimum von 5000 Mann hinreichend sein solle zur Erhaltung der Heeresselbstständigkeit eines Staats. Ueber das nothwendige Maß „sei aus einem bloßen Centralisationsgelüste" nicht hinauszugehen. Der sogenannte Professorenentwurf für die deutsche Verfassung habe eben wegen seiner Bestimmungen über die Kriegsmacht so viel unruhiges Mißfallen erregt. Aber auch der vorliegende §. 13 und der damit zusammenhängende §. 14 enthalte wieder die Pandorabüchse der Zwietracht. Mittermaier's Schlußbericht klingt etwas gereizt, in Folge der Erwähnung des „Professorenentwurfs." Er setzt ihr eine Hindeutung auf die Griesheim'sche Schrift entgegen. Auch die Worte: „zum Zwecke des Kriegs", welche Stavenhagen für unnütz erachtet, rechtfertigt er durch den Hinweis auf Schützengilden, Leibgarden zum Schloßdienst ꝛc., mit deren Verfügung die Reichsmacht nichts zu schaffen haben werde. Durch einen ausdrücklichen Beschluß erklärt die Versammlung vor der Abstimmung über den §., daß sie auch damit der Mediatisirungsfrage nicht vorgreife.

Die Annahme des §. 13 erfolgt ebenfalls mit überwiegender Majorität, durchaus in der oben angegebenen, von der Mehrheit des Verfassungsausschusses gefaßten, heute modificirten Weise. Desgleichen wird, mit Verzicht auf die Discussion, ohne Abänderung und Zusatz, zum Beschluß erhoben §. 14:

„Die Reichsgewalt hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole.

Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihrer Kriegswesens auf Grund der Gesetze und Anordnungen des Reichs zu. Sie haben die Verfügung übee ihre bewaffnete Macht, so

weit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird."

Ebenso §. 15:

„In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen."

Dagegen wird §. 16 zwar ebenfalls ohne Diskussion, aber nach dem Verbesserungsvorschlage des Wehrausschusses beliebt:

„Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche die Ausgabe für den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem gesammten Reiche zur Last."

Ingleichen wird anstatt §. 17 des Verf.-Entwurfs der Verbesserungsantrag des Wehrausschusses angenommen:

„Ueber eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz."

Ueber §. 18 wird die Debatte zwar zugelassen, allein von den angemeldeten Rednern verzichten die Meisten auf das Wort. v. Radowitz spricht sich gegen die Annahme des Verfassungs-Paragraphen aus, indem er einen von ihm gestellten Vorschlag*) in Verbindung mit dem Amendement des Wehrausschusses empfiehlt. Auch Schüler aus Jena erklärt sich wider den Vorschlag des Verf.-Ausschusses, wenn schon aus ganz andern Gründen. Er will die Offiziere durch die Mannschaften ernennen lassen, damit sie es nicht mehr mit den souveränen Einzelregierungen halten möchten, als mit der Centralgewalt. Stavenhagen erwidert sehr richtig, dann würden die Offiziere der souveränen Mannschaft mehr als der Centralgewalt gehorchen und Möring fragt, ob demnach auch die Matrosen ihre Schiffsbefehlshaber selbst zu wählen haben würden. Zur Annahme gelangt §. 18 sodann in folgender Gestalt:

„Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelnregierungen durch die Reichsgewalt."

„Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die kommandierenden Generale der auf den verschiedenen Kriegstheatern operirenden selbstständigen Corps, so wie das Personale der Hauptquartiere dieser Armeen und Corps."

§. 19 wird ohne Diskussion angenommen und wiederum nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses:

„Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu Reichsfestungen anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären.

Die Reichsfestungen werden auf Reichskosten unterhalten."

Bei §. 20 ist zu bemerken, daß Herr Wigard wirklich mit dem Antrage hervortritt, daß die Flottenoffiziere bis zum Kapitän von der Mannschaft zu ernennen wären. Er zieht ihn jedoch auf die laute Unwillensäußerung des Hauses zurück.

Mit der Annahme des §. in nachstehender um mehrere Vorschläge des Marineausschusses erweiterter Fassung:

„Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reiches.

Es ist ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten, noch Kaper-Briefe auszugeben.

Die Bemannung der Flotte bildet einen Theil der gesetzlich festgestellten Wehrmacht, sie ist jedoch unabhängig von der Landmacht.

Diejenigen Staaten, welche Mannschaft für die Flotte stellen, erfüllen dadurch einen Theil der ihnen obliegenden Bundeswehrpflicht.

Die Ernennung der Officiere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reich aus.

Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte, für die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung der Kriegshäfen und See-Arsenale ob.

Ueber die, zur Errichtung von Kriegshäfen und Marineetablissements nöthigen Enteignungen, sowie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze" —

erledigt sich Artikel III von der Reichsgewalt und damit die Tagesordnung, worauf die heutige Sitzung bald nach 2 Uhr geschlossen wird.

*) Die von den Einzel-Regierungen zu ernennenden Generäle werden der Reichsgewalt zu gleichzeitiger Ernennung und Patentirung als Reichsgeneräle vorgeschlagen.

! **Frankfurt**, 9. Nov. Der Unterstaats-Sekretär, Herr Bassermann, dessen Abreise nach Berlin im Auftrage des Reichsministeriums des Innern Sie gestern meldeten, hat, wie man vernimmt, nur den Auftrag, selbst die Lage der Dinge in Augenschein zu nehmen, und sich mit der preuß. Regierung in Vernehmen zu setzen darüber, in welcher Weise das Reich dazu beitragen könne, den gesetzlichen Zustand in Berlin vor gewaltsamen Störungen zu sichern. Wie wichtig diese Aufgabe nicht bloß für Preußen, sondern für ganz Deutschland ist, liegt auf der Hand. Zunächst ist sie unbestrittene Sache der preuß. Regierung und das richtigste Vorbeugungsmittel gegen Unruhen besteht offenbar darin, daß sie selbst sich auf's strengste auf dem gesetzlichen Boden erhält. — He. Moritz Hartmann hat in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zum deutschen Reichstage an den Präsidenten von Gagern geschrieben und um Schutz gebeten. Der alte Jahn hatte gleich daran gedacht!

*__Frankfurt__, 9. Nov. Man will hier Nachrichten aus Berlin haben, wonach der König damit umginge, den Sitz der preuß. verfassunggebenden Versammlung nach der Stadt Brandenburg zu verlegen.

* **Wien**, 28. Okt. Wie entnehmen den Briefen unseres △ Korrespondenten noch einige Beiträge zur Geschichte der bis jetzt noch weniger bekannten und aufgeklärten Vorgänge am 28. und 29. Okt. Der entscheidende Tag für den allseitigen vollen Beginn des Kampfes war offenbar der 26.: „die Flammen dieses Tages, schreibt unser Korresp., haben Wien erweckt und einig gemacht. Tausende strömen zu den Waffen, die gestern nicht daran dachten. Eine stumme Wuth malt sich auf allen Gesichtern und wo sie Worte findet — kennt sie kein Maß." Unser Korrespondent berichtet, und den in der innern Stadt Befindlichen mag es wohl vielfach so erschienen sein, Windischgrätz habe sechs Stunden vor Ablauf des Waffenstillstandes die Stadt an fünf Orten zugleich angreifen lassen. Die überraschten Garden wichen anfangs zurück, hatten aber am Ende des Tages die früheren Positionen wieder inne. In der Brigittenau und am Prater zog sich die Nationalgarde bis an die Gebäude der Leopoldstadt zurück, um die allzu ausgedehnte Vertheidigungslinie zu verkleinern. Das Militär hatte die meisten Höhen mit Schanzen überdeckt, dagegen waren Linien und Straßen der Stadt mit mächtigen Barrikaden vertheidigt, auf denen sämmtlich schweres Geschütz gebraucht werden konnte. Uebermenschliches war in dieser Beziehung geschehen. Seit dem 27. wurden Granaten geworfen, von denen einige neben dem Depositenamte, wo das Vermögen von tausenden von Waisen und Unmündigen in Papier liegt, zersprangen! — Am 29. Okt. „Auf allen Punkten um die Stadt dauerte gestern bis zum späten Abend der Kampf. Elf Feuersäulen verkündeten in Erdberg, Sechshaus und an den Linien die Anwesenheit des Militärs. Die Leopoldstadt wurde stürmend genommen, wieder von der Nationalgarde zurückgenommen, doch am Ende aus Mangel an Munition, die auf allen Punkten zu fehlen beginnt, aufgegeben und durch das Militär, Kroaten und Grenadiere (Italiener) besetzt. Die Landstraße fiel durch Uebergabe ihrer eigenen Bürger und wurde bis zum Tandelmarkt und Schwarzenberg-Garten übergeben. Das Lager im Belvedere scheint sich in die Barrikaden der Wieden zurückgezogen zu haben. Der Bahnhof der Gloggnitzer Bahn wurde 12 Stunden lang durch 150 Techniker und Polen heldenmüthig vertheidigt — doch am Ende, von 16 Kanonen durch 8 Stunden angegriffen, wie keine Patrone mehr vorhanden war und keine Entsetzung mit schwerem Geschütze kam — verlassen. Vorher war noch eine bedeutende Abtheilung von Wrbna-Chevauxlegers ganz aufgerieben worden und es scheinen nur 4 oder 6 Mann die Nachricht davon ins Lager getragen zu haben. — Die tapfern Vertheidiger waren bis auf 60 Mann zusammengeschmolzen und zogen in geschlossenen Gliedern unter dem Kartätschenfeuer der Truppen zur Stadt. Wieden, Mariahilf, Gumpendorf, Lerchenfeld und die kleinern folgenden Linien hielten sich fest. — Auf der Donauseite rüstet sich seit gestern Abend die Stadt auf ihren Bastionen zur Vertheidigung. Aus Schornsteinen, Dachfenstern und von den Dächern werden auf Schußweite die Köpfe der Rothmäntler dicht am Wasser der Leopoldstadt sichtbar, welche auf die Basteien herüber sehen. — Der Gemeinderath hat vor einer Stunde neue Parlamentäre in's Hauptquartier der Militärmacht gesendet, wie es scheint, um zu unterhandeln, ehe es zu einem Verzweiflungskampfe kommt, wovon aber die Bewaffneten der Stadt noch nichts wissen wollen — obgleich die Hauptsache der Vertheidigung, Munition bald ganz

Digitized by Google

fehlen wird, und nun das Bajonnet noch eine Vertheidigung zuläßt. — Ruhe in der ganzen Stadt. Die Studenten wollen im Falle der Uebergabe freien Abzug nach Deutschland. In der innern Stadt kommt und kam kein Fall der Unordnung vor." — Unser Korrespondent schließt sein Schreiben vom 29.: „Wahrscheinlich erhalten Sie morgen die Anzeige einer bedingten Uebergabe — vielleicht, wie es jetzt zu stehen scheint — ganz unbedingt. Qui vivra — verra!"

□ **Wien.** Was Briefe der Allg. Z. von dem Zustande der Stadt vor der Uebergabe erzählen, bildet ein würdiges Seitenstück zu den Accidentien der Militärherrschaft, die jetzt von dort berichtet werden. Die bewaffneten Arbeiter machten schon längere Zeit vor Beginn der Feindseligkeiten gern „militärische Promenaden" und arretirten harmlose Spaziergänger. Häufig genug waren die so Verhafteten in Lebensgefahr, dazukommende Studenten entzogen sie in vielen Fällen der Lynchjustiz. In den Tagen des Kampfes liefen sehr verschiedenartige Nachrichten über den Stand der Dinge in der innern Stadt um. Das große Wort hatten diejenigen, die officielle Unwahrheit zur Ermuthigung des Volks verbreiteten; daneben aber wurden minder beruhigende Dinge, wie namentlich der Mangel an Munition umhergeflüstert und was mehr ist, mehr als die günstigen Nachrichten geglaubt. In dem Drang der Besorgnisse, die in solchem Fall, ohne Nachricht von Außen, ohne Hoffnung auf endlichen Sieg, mit schwacher Aussicht auf Vermittlung und desto näherer auf die schweren Folgen eines Belagerungszustandes, eine wohlhabende und gewerbreiche Stadt erfüllen mußten, war nach übereinstimmenden Berichten kein Gefühl durchgreifender, als das des Unwillens über diejenigen, die es so weit hatten kommen lassen, als die Verwünschungen auf die Häupter derer, die das Unheil herbeigeführt, und das Verlöschen der traditionellen Ehrfurcht und Pietät, bis hinauf zu dem höchsten Haupte, dem man es nicht zugetraut, daß es über seine schöne Stadt solches Unglück verhängen würde. „Heute inmitten des Pfeifens der Kartätschen", sagt ein Korrespondent der Allg. Z., „inmitten der Schauerscenen des Brandes und Todes, heute schien mir im Herzen des Wieners der letzte Funke der Kaiserliebe erloschen." „Warum", fährt er fort, „gelten dem Hof allein die Flüche, und nicht auch jenen schändlichen Predigern der Anarchie und des Meuchelmords, die alle gesunden Begriffe der Menschen verwirrt und die heutige Schaudercatastrophe ebensosehr auf ihrem Gewissen haben als die wilden Banden der Croaten und derer, die sie beschligen?" Dem Denkmal des Kaisers Franz den Kopf abzusägen, die Burg anzuzünden, war auf den Gassen im Munde des Volks. Das Pressen ging während der Tage des Kampfes immer fort, auch von Seiten der Studenten, Heerden von Menschen trieb man zum Dienste zusammen. Merkwürdig sind folgende Scenen: Zwei Nationalgardisten, welche in der Mitte der Straße gingen, hatten einen unbedeutenden Wortwechsel mit einander; plötzlich legt der Eine an, um den andern niederzuschießen. Er verfehlt ihn, und ein Knabe, der vor dem Hause seiner Eltern steht, liegt getroffen am Boden. Alle Umstehenden schienen zu fühlen wie hohe Zeit es sei die Waffen niederzulegen. Bald darauf wird wieder ein Mensch verfolgt wie gehetztes Wild, mit dem Ruf: „a Schwarzgelber! a Schwarzgelber!" Er hatte gesagt, es sei nicht wahr, daß die Ungarn nahe seien. Der Studentenausschuß hatte Weibern Waffen gegeben; sie bildeten zuletzt ein förmliches Korps und standen, meist Furien, vor der Universität, die Studenten zu bewachen. Noch am 31. wurde unter der Aegide der Universität von den Arbeitern gepreßt, nicht blos während des Waffenstillstandes, sondern während der Gemeinderath kapitulirte. In diesem fiel es einem Mitglied, freilich sehr spät, ein, zu sagen: der Gemeinderath lasse sich nicht von der Universität ins Schlepptau nehmen; die Studenten sollten studiren! — Wie der militärische Sieg benutzt wird, darüber gibt die Beesl. Z. einige Mittheilungen. Die schwarzgelbe Fahne, deren Aufstellung zu den Bedingungen Windischgrätz's gehörte, flaggte am 1. Nov. Abends 5 Uhr am Stephansthurm, begrüßt mit Hurrah's vom Militär und von den Musikcorps mit dem Kaiserliede. Keine Bedingung hatte die Wiener Bevölkerung so erbittert als diese. Das Verfahren gegen die Gefangenen ist leider ganz im Styl des alten Oesterreichs, es erinnert sogar an den nordischen Nachbarstaat. Die überaus große Masse der Gefangenen wird sogleich gesichtet. Einige Tausende werden in kurzer Frist als Soldaten den Feldzug gegen die Ungarn mitmachen und dieß Loos muthmaßlich allen Gravirten von der akademischen Legion beschieden werden. Der Oberkommandant Messenhauser hat sich bis jetzt allen Nachforschungen entzogen. Auf dem Hofe hat das eingerückte Militär sofort den Kandelaber, an dem die Leiche des greisen Kriegsministers geschändet worden ist, umgeworfen und die Stelle dem Erdboden gleich gemacht. Seit dem 1. Nov. hörte man wieder die Glocken, die 14 Tage lang nur zum Sturme heulten, im frommen Kirchengeläute. Die Kommunication auch zwischen den Vorstädten ist sehr erschwert, nur Lebensmittel läßt man leicht einbringen. Nach allen den genommenen Maßregeln scheint es, als sahnde man noch auf viele Individuen, deren Entkommen um jeden Preis verhindert werden soll. Die Besatzung von Wien soll aus 30,000 Mann vorläufig bestimmt sein; die Entscheidung wegen der dem Kriegsrechte Verfallenen soll Windischgrätz noch auf drei Tage hinausgeschoben haben. — Der Reichstag hatte noch am 31. Okt. eine Sitzung gehalten, war aber nicht mehr beschlußfähig. Trotzdem wurde eine neue Adresse an den Kaiser gegen die Vertagung und Verlegung angenommen. Der Minister Kraus hatte vom Kaiser aus Ollmütz die mündliche Antwort gebracht, er hoffe die Ruhe in der Residenzstadt bald so hergestellt zu sehen, um daselbst den Reichstag fernerhin tagen lassen zu können. (Auch in Ollmütz hatten sich einige Tage vorher einige 80 Reichstagsmitglieder zusammengefunden, 30 Stimmen eingerechnet, welche die Herren Palaczky, Pinkas und Hawliczeck vertraten. Man scheint mit den Herren Mosle und Welcker getagt zu haben. (?) Die Zurücknahme der Prorogation des Reichstages bis zum 15. hat der Kaiser, wie dies nicht anders sein konnte, abgelehnt, dagegen sich in Bezug auf die Verlegung nach Kremsier die Erwägung der in der Vorstellung des Reichstages dargelegten Gründe vorbehalten.) Man glaubte aus dieser Antwort hoffen zu dürfen, daß schwergeprüfte Wien werde den Reichstag auch ferner in seinen Mauern behalten. Adressen in gleichem Sinne laufen von allen Seiten am Hofe ein; die Eifersucht der Provinzen ist, wie es scheint, geweckt; man fürchtet die Tschechisirung, die Borrosch als Folge der Verlegung in Aussicht stellte. Trotzdem wird sie Wien in den nächsten Zeiten kaum ein Schatten des alten Glanzes zu hoffen sein. Stellt sich auch die Verwüstung, wie sie anfangs beschrieben wurde, als übertrieben heraus, so sind doch die Folgen der durchlebten Tage von der Art, daß das alte Wien kaum mehr zu erkennen ist.

Berlin, 5. Nov. Bis jetzt hat die Beauftragung irgend eines Mitgliedes der Nationalversammlung mit Bildung des Ministeriums nicht stattgefunden. Aber auch dem Grafen Brandenburg will es bis jetzt nicht gelingen, eine Kombination aus der Nationalversammlung zusammen zu bringen, und namentlich Hr. Kühlwetter hat sich in eine solche einzutreten bestimmt geweigert. Der König verlangt vor Allem ein Ministerium, das ihm die Armee nicht desorganisire. (K. Z.)

Köln, 7. Nov. Der unlängst zum Regierungs-Präsidenten ernannte Hr. von Möller ist gestern in Folge eiligster Berufung nach Berlin abgereist; wie man vermuthet, ist ihm ein Portefeuille im neuen Ministerium zugedacht. — Dem hiesigen Gemeinderathe ist gestern Abends von einem Schreiben der königlichen Regierung Kenntniß gegeben worden, wonach Hr. Appellations-Gerichtsrath Gräff nach dem Rücktritte des Hrn. Steinbeeger die Stelle eines Ober-Bürgermeisters von Köln kommissarisch verwalten wird. —

§ **Leipzig**, 4. Nov. Die jetzt vielfach besprochene Frage in Betreff der Mediatisirung der kleinen deutschen Staaten ist auch für uns nicht ohne Wichtigkeit. Wenn man an die praktische Ausführung denke, so ist wohl eher zu glauben, daß die einzelnen, nicht recht lebensfähigen Theile sich einem größeren Organismus, der für sein Bestehen schon eine gewisse Bürgschaft gegeben hat, anschließen werden, als daß man durch Sammlung derselben zu einem neuen Staate einen nicht ungefährlichen Versuch machen werde. Sollen aber die deutschen Staaten zweiten Ranges eine Vergrößerung erfahren, so darf das Königreich Sachsen wohl am ersten auf eine solche rechnen. Der alte Grund, daß es 1815 ungerechter Weise einen Verlust erlitten hat, der ihm nun zu ersetzen wäre, möchte jetzt weniger in Betracht kommen, wo das allgemeine deutsche Interesse jedem andern vorgeht und das Wohl der Bürger für wichtiger gilt, als die Macht der Dynastien. Aber es möchte sich viel dafür sagen lassen, daß eine Einverleibung der benachbarten kleinen Staaten sowohl diesen selbst, als dem Königreich Sachsen und dem ganzen Deutschland zum Besten gereichen müsse. Unsere Regierung ist unermüdlich bestrebt, die Forderungen der neuen Zeit zu erfüllen und die Versprechungen des März wirklich in's Leben zu führen. Das wurde auch gestern in einer zahlreichen Versammlung des deutschen Vereins einstimmig anerkannt. Aber ebenfalls einstimmig erklärte man sich in Einver-

Digitized by Google

Uebersicht.

Die Krone und die Volksvertretung.

Deutschland. Wien (Robert Blum und Fröbel. Die Zahl der Gefallenen.) Ollmütz (Erhebung des Landvolkes in Schlesien.) Berlin (Fackelzug zu Ehren Jakoby's. Seine Ansprache an das Volk.) Vom Neckar (Die würtembergische Kammer über das Jagdgesetz. Die Presse. Ein Kuriosum. Erklärung.)

Italien. (Nachrichten aus Mailand, Turin, Florenz und Modena. Kriegsgelüste der Turiner Deputirtenkammer.)

Schweiz. Bern (Eröffnungsfest des Bundestags)

Ungarn. Von der ungarischen Grenze (General Simonich.) Pressburg (Rückzug der ungarischen Armee.)

Griechenland. Athen (Verurtheilungen. Ein neuer Potemkin. Wuth auf die Kamarilla.)

Ostindien. (Näheres über die bedrohte Lage der Briten von Multan und im Pendschab, über den Abfall Shir Singhs, über die Verschwörungen in Lahor, Peschawar und Dorad.)

Die Krone und die Volksvertretung.

♀ Aus dem westlichen Preußen, 4. Nov. Wir haben jetzt drei Ministerien gehabt, ein enthusiastisches (Camphausen), welches den Rausch der jungen Freiheit redlich theilte, aber unsanft genug ernüchtert wurde; ein weltmännisch-kluges (Auerswald-Hansemann und im Hintergrunde Schön), welches mit Zahlen und vues geueales einen Staat nach Belgiens Muster rasch zu construiren gedachte; ein staatsmännisch-berechnendes (Pfuel-Eichmann), welches mit Concessionen zu irgend einer Verfassung zu kommen meinte. Alle drei haben den preußischen Staat dem Abgrund näher gebracht und zwar mit immer beschleunigter Fallgeschwindigkeit. Das erste hat uns durch das Wahlgesetz und die Einberufungsurkunde in eine Sackgasse ohne Ausweg geführt; — das andere in den Tag hineinlebend hat durch die Verwicklungen mit Frankfurt sein Dasein gefristet, und die Ordnung zu Grunde gehen lassen, die Uebergriffe der Versammlung in die Exekutive zugelassen, den Stein'schen Antrag lange ignorirt, als hörte er dadurch auf zu existiren, und endlich den König zu einer compromittirenden Erklärung darüber veranlaßt. Das dritte rettete bei seinem ersten Auftreten durch einen wahlberechneten Schritt (den Erlaß an das Heer) die Ehre und den vorläufigen Frieden, dann aber hat es, indem es eine Reihe von Gesetzen wider sein besseres Wissen theils sanktionirte (das Jagdgesetz, die exceptionellen Bestimmungen zu §. 7 des Bürgerwehrgesetzes), theils die Sanction unentschlossen und ohne Offenheit hinausschob (Gesetz über Abschaffung der Todesstrafe), den Wahn der Versammlung von ihrer Allgewalt zur Reife gebracht, und das Volk irre gemacht über die Geltung der königlichen Macht. Das Alles, um die Versammlung (wie man eine böse Frau durch beständiges Nachgeben zu bessern hofft, aber das Gegentheil bewirkt) zur Vollendung der Verfassung zu bewegen. Aber das Schritt für Schritt verlorene Terrain wird nicht wieder gewonnen werden, und mit der Verfassung, die so zu Stande kömmt, wird kein Staat bestehen.

Möge das neue Ministerium Enthusiasmus, Weltklugheit, staatsmännischen Blick von den früheren erben, und Klarheit und Tapferkeit dazu gesellen, sonst wird man sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, nur in dem luftigen Bau zu Frankfurt sei noch Rettung zu finden, der preußische Staat aber habe sein Dasein am 19. März beschlossen, eine schmerzliche Aussicht für den, der auf preußischem, wie für den, der auf deutschem Standpunkt steht. Denn auch Deutschlands Hoffnungen gehen zu Grunde, wenn nicht ein lebenskräftiges Preußen, sondern ein demokratisirtes Chaos in Deutschland aufgeht. — Das preußische Volk ist berechtigt, einerseits durch seine Abgeordneten, andererseits durch seinen König und dessen Regierung sich vertreten zu sehen. Wenn die Nationalversammlung ihre Pflicht theils schnöde verkennt, theils armselig erfüllt, so steigert sich dadurch die Pflicht der Regierung. Sie ist es dem Volke schuldig, jeden Rückschritt zu dem Absolutismus, dem wir das jetzige Elend verdanken, mit strenger Gewissenhaftigkeit abzuwehren, aber eben zu dem Ende die Freiheit auf Ordnung zu gründen, das Volk vor einer unpraktikablen Verfassung zu retten, und absurden Gesetzen die Sanktion zu versagen. — Hier ist der Rechtsgrund, auf dem die Regierung fußen kann und muß. Die Versammlung ist nicht zur Exekutive berufen! mit Entschiedenheit versage man ihr jede, auch die scheinbar harmloseste Betheiligung an derselben. Maßt sich die Versammlung sie dennoch an, dann ist sie es, die den Rechtsboden verläßt, und sie ist es, die die Verantwortung trägt, wenn die Krone mit jedem Mittel das Recht wehet. Die Versammlung ist zur Vereinbarung berufen. Zum Vereinbaren gehören zwei: muß die Krone um ihres Gewissens und ihres besseren Wissens willen einem von der Versammlung ausgehenden Gesetzvorschlag (und nur das sind vorerst die Beschlüsse der Versammlung) die Sanktion verweigern, so darf sie nicht pflichtvergessen sie ertheilen. Dann fügt sich entweder die Versammlung den Gründen der Krone: das ist der glücklichste, aber unwahrscheinlichste Fall. Oder sie fügt sich nicht, dann muß in Ermangelung einer Vereinbarung die Frage vertagt werden. Besser eine, wenn auch empfindliche, Lücke in der Gesetzgebung, als eine mit Vernichtung der königlichen Macht und mit Belastung des Gewissens zu Stande gekommene und gemeinschädliche Ausfüllung derselben. Oder die Versammlung vergißt, daß sie auf den Ruf zur Vereinbarung gesendet und gekommen ist, und will die Sanktion ertrotzen oder für unnöthig erklären. Dann ist sie es wieder, die den Rechtsboden verläßt, und die Krone übt eine heilige Pflicht, wenn sie ihr gegenüber ihr Recht, welches auch das Recht des Volkes ist, auf's schärfste wahrt. So zu handeln, hätte das Ministerium Anlaß genug gehabt. So bei dem Jagdgesetz, welches zwecklos am Eigenthum frevelt. So bei der Abschaffung der Todesstrafe, da die Frage jedenfalls noch nicht spruchreif ist, und der Gesetzgebung der kommenden Generationen überlassen bleiben muß. *) Es wird auch ferner an Anlaß zu solchem Handeln der Krone nicht fehlen: wie sie dabei sich verhält, wird entscheidend sein.

Das Veto ist das unbestreitbare Recht der Krone gegenüber einer zur Vereinbarung berufenen Versammlung. Dies Recht muß eine Regierung, die das Land retten will, mit Klarheit offen und tapfer ausüben, nicht romantischen Grillen zu Liebe, aber um das Volk vor unheilvollen Gesetzen zu schützen. Noch besitzt sie die Macht dazu; wie lange wird sie sie noch besitzen?

Unsere konstitutionellen Vereine haben oft genug erfolglos ihre Mahnungen an die National-Versammlung gerichtet; mögen sie fortan an den andern Faktor der Nationalvertretung und der Vereinbarung, an die Krone und ihr Ministerium sich wenden, und dieses an seine Pflicht, das Volk auch gegen die Versammlung zu vertreten, so lange mahnen, bis sie gehört werden.

Deutschland.

Wien, 4. Nov. Die Spener'sche Z. berichtet: Heute in aller Frühe wurden die Deputirten der Linken des Frankfurter Reichstags, Robert Blum und Fröbel, welche noch bis vorgestern Aufruhr predigten, aus dem Gasthof zur Stadt London abgeholt, und in das Hauptquartier nach Schönbrunn gebracht. Auch der Chef der Aula, Prof. Füster, welcher der Aula bei ihrer Auflösung zurief, daß die Dynastie nie wieder nach Wien zurückkehren dürfe, der General Bem, die Chefs der Nationalgarde, Messenhauser und Fenneberg, wurden verhaftet. Der Kommandant der akademischen Legion, Aigner, hat sich erschossen. Eine Anzahl Redacteure der in der letzten Zeit aufgetauchten kleinen Blätter ist ebenfalls verhaftet. Es herrscht Ruhe und Sicherheit in der Stadt und in den Vorstädten.

Nach Berichten aus Wien in einem Münchner Blatt hätten die Wiener bis zum 31. Okt. im Kampf an Todten und Schwerverwundeten 1300 Personen, an Gefangenen 100 verloren; die Soldaten ungefähr die Hälfte, darunter allein am Gloggnitzer Bahnhof 400.

Ollmütz, 3. Nov. Die Nachrichten über die Erhebung der Landleute in den deutschen Bezirken Schlesiens nehmen an Gewicht und Schreckbarkeit immer mehr zu. Es treten ganz dieselben Scenen ein, wie bei der galizischen Revolution vom Jahre 1846. Die Obrigkeiten und die obrigkeitlichen Aemter sind lebensgefährlich bedroht, und von den kais. Behörden verlangt das Landvolk nur immer Geld! Das Militär, von dem ich Ihnen schrieb, daß es aus Teschen dem Aufstande entgegenzog, hat bis jetzt die Ruhe nicht herstellen können, die Flamme wächst und brennt immer mehr. Republikanische Wiener von der einen und Polen von der andern Seite schüren fleißig am Brande. (B. Z.)

CC **Berlin**, 7. Nov. Von den etwa 10000 bei der Landesversammlung eingelaufenen Gesuchen sind bis diesen Augenblick 145 erledigt. — Herr v. Berg, der sich seit der Abschaffung des

*) Mit dieser und anderen Stellen der Korrespondenz sind wir nicht einverstanden, geben den Artikel aber ungekürzt als den entschiedenen Ausdruck einer in Preußen in den gebildetern Kreisen, namentlich unter den höheren Beamten, weit verbreiteten Stimmung. (D. R.)

Adels schlechtweg „Berg" unterzeichnet, hat eine wörtlich wie folgt lautende Interpellation mit dem Anspruche auf Dringlichkeit eingebracht: „Warum das Ministerium gestern Abend nicht bei Sr. Maj. dem Könige gewesen, um die Deputation der N. B. zu empfangen?" — Eine zweite Interpellation desselben Abg. lautet: „Was das Ministerium in Ausführung des Beschlusses vom 31. Okt. gethan habe in Betreff der Wiener Angelegenheiten?" — Innerhalb der verschiedenen Fraktionen der Kammer ist viel von einem Antrage die Rede, der von der Rechten vorbereitet ist und nächstens eingebracht werden soll. Die Kammer soll zu dem Beschlusse aufgefordert werden: daß es Ehrenpflicht aller derjenigen Mitglieder, welche absolutistische oder republikanische Tendenzen hegen, sei, aus der Vers. auszuscheiden. Dem Vernehmen nach ist ein Abg., Hr. Schmidt, von seiner Partei beauftragt, diesen Antrag als dringend zu stellen, und die äußerste Linke will die Dringlichkeit unterstützen. (?) — Der gestrige Tag hatte zwei Festzüge. Am Morgen wurde mit einem großen Gefolge von Arbeitern und Bürgerwehr der Maschinenbauer Koepper begraben, das Opfer des Krawalls am 31. Okt. Deputirte (20 von der Linken) hatten sich dem Zuge angeschlossen. Abends fand der Fackelzug zu Ehren des Abg. Johann Jakoby statt. Der Zug bewegte sich vom Alexanderplatz aus durch die Königsstraße am königlichen Schlosse vorüber bis zur Taubenstraße vor Mylius Hotel, wo der Gefeierte sich mit den übrigen Mitgliedern seiner Partei befand. Der Zug war von unabsehbarer Länge, die Zahl der Fackeln belief sich auf 200 — 300. Nach einer Ansprache, die der Schriftsteller May (Mitarbeiter der „Reform") vor dem Hotel hielt, sprach Jakoby aus dem Fenster. Die Rede, wortgetreu stenographirt und abgedruckt, wird heute auf der Straße verkauft. Sie lautet:

„Dank Euch, Freunde! Mitbürger! Dank Euch für Euren Zuruf, für dies Zeichen Eures Vertrauens und Eurer Anerkennung. Was ich gethan, es ist nichts weiter als die Pflicht jedes Bürgers, dem das Wohl des Vaterlandes, dem die Freiheit am Herzen liegt. — Worte verhallen machtlos an dem Ohre der Könige. Zum Schutz der Freiheit, der blutig errungenen Volkssouveränität bedarf es der kühnen, der tapfern That. — Wenn unter dem Schilde einer unverantwortlichen Centralgewalt die Willkür herrscht, der Absolutismus auf's Neue sein Haupt erhebt, dann — Mitbürger! — dann laßt uns eingedenk sein der Helden unserer Märztage, auf daß wir — dieser Helden würdig leben oder sterben. — Den Männern, die auf den Barrikaden Berlins, den Männern, die auf den Wällen unserer unglücklichen Schwesterstadt Wien todesmuthig für uns und unsere Freiheit ihr Blut vergossen, diesen Männern bringt aus vollem Herzen ein schallendes Lebehoch!" —

Aus der versammelten Menge sprach hierauf noch ein Redner, worauf sich der Zug zerstreute.

An einem der Eingänge des Schauspielhauses fand sich heute folgender geschriebener Zettel: „Warum sind bei der gestrigen Aufführung der Zauberflöte folgende Verse des ersten Aktes:

Die Wahrheit ist nicht immer gut,
Weil sie den Großen wehe thut.

weggelassen worden?" —

* Die konstitutionelle Korrespondenz bemerkt: Die 28 Mitglieder des linken Centrums, darunter: Schulz (Delitsch) Hildenhagen, Uhlich, Pilet, Bucher, v. Netzow, Dörk, Köhler (Marienwerder) und Kempf, bringen in einem heute veröffentlichten Schreiben dem Herrn Jacoby ihre Huldigung dar, „über sein männliches und würdiges Auftreten als Mitglied der Deputation". „Ihre Haltung", heißt es in dem Schreiben, „Ihre Worte waren es, welche die Würde der Deputation, die Würde der Versammlung wahren, welche im ganzen Lande dem Andenken eines großen geschichtlichen Momentes eine würdige Aufbewahrung sichern." Also so weit sind wir gekommen, daß es für Muth gilt unter dem Schutz der Unverletzlichkeit des Volksvertreters einen Insult zu schleudern gegen den Träger der Krone in dessen eigenem Hause! Wir schlagen solchen Muth nicht höher und nicht geringer an als den Muth Derer, welche in Düsseldorf den Reisewagen des Königs mit Schmutz bewarfen. Jacoby stand seither in der Achtung, die auch von den Gegnern den Männern der entgegengesetzten Farbe nie versagt wird, wenn man in ihrem politischen Bekenntniß nur den Ausdruck reiner innerer Ueberzeugungstreue wiederzufinden glaubt. Die äußere Mäßigung, welche in seiner bisherigen parlamentarischen Haltung als das Gepräge eines durchbildeten Geistes hervortrat, diente dazu, diese Anerkennung zu mehren, um so mehr, als hierin gerade seine ganze politische Umgebung, vor Allem aber ein d'Ester, ein Gladbach und ein Temme, ihm täglich als Folie dienten. Jetzt hat Jakoby nicht den Muth gehabt, die Uebereilung, die er unmittelbar nach der That zugestand, auch später wahrzuhalten; er hat sich dazu hergegeben, als eine große That ausbeuten zu lassen, was sein eigenes Gewissen im ersten Momente als eine Unbesonnenheit bereits gerichtet hatte.

† Vom Neckar. Der jüngste Beschluß der würtembergischen Abgeordnetenkammer zu dem Entwurfe des Jagdgesetzes, daß auf allen nicht auf's strengste umfriedeten Grundstücken der Gemeinde ein Mitjagdrecht neben dem Eigenthümer zustehen solle, weil das Niederschießen des Wildes auf eigenem Grund und Boden noch keinen hinreichenden Schutz gegen Wildschaden gewähre, macht großes Aufsehen. Dieses Mitjagdrecht soll natürlich keine Gerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden sein; denn nach den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung soll es keine Jagdgerechtigkeeten mehr geben, sondern nur eine polizeiliche Maßregel, um Wildschaden zu verhüten. Allein dadurch wird die Sache um nichts besser, und wir fragen namentlich, ob das alte Polize.regiment es wohl gewagt haben würde, unter dem Titel einer „polizeilichen Maßregel" fremdes Eigenthum unfrei zu machen und allen erdenkbaren Chikanen und Plackereien auszusetzen? Aber, denken nicht nur Manche, sondern haben es auch ausgesprochen, habt ihr früher auf unserm Grund und Boden gejagt, so wollen wir es jetzt zur Vergeltung auf dem eurigen thun. Das ist die Jurisprudenz der Freiheit, welche in Einem Athem das Grundeigenthum entlastet und wieder neu belastet, weil berechtigtes Subjekt dort der Bürger und Bauer, hier (mehrentheils) der Adel ist. Anfangs ließ man sich sogar zu dem Gedanken verleiten, dieses Mitjagdrecht — worunter man sich allgemein ein nutzbares Recht zu denken pflegt — verpachten oder Konzessionen an Einzelne zu Ausübung desselben (z. B. an früher bestrafte Wilderer) ertheilen zu wollen, als noch zu rechter Zeit ein Abgeordneter auf den Wahnsinn einer Jurisprudenz aufmerksam machte, welche eine polizeiliche Sicherungsmaßregel verpachten wolle! Doch dies ist mehr nicht als ein Vorspiel. Bereits hat der Beobachter, das Organ der radikalen Partei, es ausgesprochen, daß, wie der Adel sich Beeinträchtigungen habe gefallen lassen müssen, so auch der Büreaukratie zu Leibe gegangen werden müsse, und wenn nicht überhaupt das Ministerium in Beziehung auf Civilliste, Apanagen, hohe Besoldungen, Pensionen ꝛc. den Satz „Noth kennt kein Gebot" anerkennen, sich vielmehr, wie es den Anschein habe, noch auf den „Rechtsboden" stützen wolle, es damit nur sich selbst sein Grab grabe — wahrscheinlich um dann einem Seeger'schen Ministerium Platz zu machen. Denn das Volk (dem man allerdings solches in den Kopf gesetzt hat) wolle einmal um jeden Preis materielle Erleichterungen. Aber warum nicht auch Abschaffung des ganzen großen Militärbudgets, welche man seiner Zeit dem Volke am plausibelsten machte, da ja die inzwischen neuorganisirte Bürgerwehr völlig ausreiche? Während sich diese Stüeme vorbereiten, hat Kanzler Wächter, seit den letzten 9 Jahren Präsident der Abgeordnetenkammer, jetzt aber nur gesetzlicher Repräsentant der Universität, Urlaub genommen und sich nach Tübingen begeben, um dort wieder Pandektenvorlesungen vor einem, wie zu erwarten, zahlreichen Publikum zu halten. Es mag ihm freilich dort wohler und behaglicher sein, als in der jetzigen Kammer der Abgeordneten! Allein seine Abwesenheit wird dort mehr vermißt werden, als sie auf dem römischen Katheder vermißt worden wäre, und jedenfalls ist es, da voraussichtlich die Kammer der Abgeordneten den ganzen Winter versammelt sein wird, eine Anomalie, daß die Universität so lange Zeit unvertreten bleibt. Bei der Kollision zwischen dem Professor und dem Kanzler muß ersterer immer nachstehen, so lange es noch einen Kanzler gibt, den aber die Universität hoffentlich bald ganz abstreifen wird. Ein weiterer Uebelstand für uns in Würtemberg besteht darin, daß wir kein Blatt besitzen, welches ohne vorgefaßte Meinung für gesetzlichen und ordnungsmäßigen Ausbau der Märzerrungenschaften und deren Konsequenzen kämpfte, während es an wühlerischen Blättern natürlich nicht fehlt. Eine zeitlang begrüßte man in jener Richtung die südteutsche politische Zeitung. Allein mit ihrer tagtäglichen Rohmerei wird sie mehr und mehr den Lesern zum Eckel, und indem sie seinerzeit der deutschen Nationalversammlung das Vertrauen aufkündete und neue Wahlen verlangte, (damit nur ja der Nationalretter Rohmer eintrete) stieß sie mit dem Beobachter und ähnlichen Blättern in Ein Horn, so schwer sie dadurch auch einen großen, vielleicht den größten Theil ihrer Leser verletzte. Jetzt hören freilich die hämischen Angriffe auf die Nat.-Versamml. (denn hinter den früheren Korrespondenzartikeln aus Frankfurt möchte man fast einen verkappten Wühler suchen) auf; da aber

das Blatt einmal mit der Nationalversammlung gebrochen hat, so muß der Leser wenigstens hören, daß diese oder jene Verhandlungen „langweilig" gewesen seien. In diesem gemäßigteren Sinne gehen die Angeiffe immer noch fort. Hoffen wir, daß es der Uebergang zu einer vernünftigeren und unparteiischeren Auffassung der Sache sein werde, zumal dieses Blatt gerade jetzt durch mehrere tüchtige, von drm Stuttgarter vaterländischen Vereine eingesandte Artikel sich auszeichnet. Von der Rohmerei will Niemand etwas und einseitige Angriffe auf die deutschr Nationaloersammlung liest man lieber in radikalen Blättern, wo sie mehr Schneide haben. Schließlich noch ein Kuriosum. Schon bei zwei Wahlen in die Abgeordnetenkammer, das erstemal im Oberamt Heidenheim, und jetzt im Oberamt Münsingen (an Fallati's Stelle) regten und regen sich die Freunde des abgedankten Ministers v. Schlayer, um ihm zur Belohnung für seinen dämonischen Büreaukratismus und Illiberalismus eine Abgeordnetenstelle zu verschaffen. Das erstemal unterlag er, hatte aber doch 240 Stimmen, und hoffentlich wird er jetzt auch unterliegen; denn bloße Kenntnisse machen den Mann der Jetztzeit noch nicht, und Herr v. Schlayer müßte seinen ganzen Menschen erst umkehren, d. h. Antibureaukrat und wahrhaft liberal werden, wenn er als Kammermitglied Vertrauen einflößen soll.

** Vom Neckar, 7. Nov. Man hat Sie wegen der Aufnahme meines neulichen Artikels hier förmlich verketzert, Einer Ihrer Heidelberger Correspondenten schreibt Ihnen sogar, Sie sollten den Brief aon Redaktionswegen zurücknehmen, wenn die Deutsche Zeitung ein Blatt von Ehre wäre *), und doch bringt Ihr Blatt zwei Tage später Berliner Neuigkeiten, deren Voraussicht jenen „freventlichen Artikel" hervorrief. Vielleicht wünscht Niemand sehnlicher als ich, daß die Erhebung Deutschlands zu einem erfreulichen Resultate führe; wie jedoch jetzt die Sachen in Wahrheit stehen, ist wenig Aussicht dazu oorhanden — eine Hoffnungslosigkeit, die mir fürwahr nicht allein anklebt. Daß ich dabei die allgemein deutschen und nicht die badischen Verhältnisse im Auge hatte und habe, versteht sich oon selbst. Bei einem Blick auf das Ganze nehmen die Dinge ganz andere Formen an, zumal wenn man ihre Innenseite kennt, als bei einer Betrachtung einzelner Theile.

Italien.

*In Mailand machte der kaiserl. Kommissarius Montecuccoli unter dem 29. Okt. bekannt, daß eine außerordentliche Kommission für öffentliche Unterstützung eingesetzt worden sei, welche zum Zweck hat, der Noth der Armen für den bevorstehenden Winter nach Kräften abzuhelfen. Die Kommission besteht aus dem Podesta, aus allen Vorstehern der wohlthätigen Anstalten, aus zwei Mitgliedern des Generalausschusses für öffentliche Wohlthätigkeit, und steht unter der Leitung von Monsignore Franz Strada, Vorgesetzten der Hauptkirche des heiligen Ambrosius. — Opinione vom 1. Nov. theilt mit, in Turin habe sich das Gerücht von einem großen Siege verbreitet, den General Pepe über die Oesterreicher erfochten habe. Aus Padua schreibe man, am 26. Okt. hatten sich die Venetianer Mestre's und Pusinas bemächtigt, in dem ersteren Orte sich zweier Kanonen und vieler Munition bemächtigt haben, und dis in die Nähe von Dola vorgerückt sein. — In Turin hat die Deputirtenkammer das Finanzgesetz vom 18. Oktober angenommen, der neue Kriegsminister legte einen provisorischen Entwurf wegen der Beförderungen in der Armee vor, wonach Stabsoffiziere nur nach Verdienst, andere Offiziere aber zur Hälfte nach Verdienst, zur Hälfte nach der Anciennetät vorrücken sollen. Die Kammer nahm am 30. October mit 77 gegen 57 Stimmen einen Antrag des Grafen Sclopis an, in welchem es heißt: sie gehe zur Berathung des Finanzgesetzes über, weil sie von der Nothwendigkeit durchdrungen sei, den Krieg mit allen Eifer auf's Baldigste wieder anzufangen. — In Toscana haben die neuen Minister auf einen Theil ihres Gehaltes verzichtet. Alba berichtet, dieselben seien im Senate und in der Deputirtenkammer mit großem Beifall aufgenommen worden. — In Genua wurde mehreren Bürgern (worunter Frederico, wahrscheinlich der Major der Bürgerwehr) verbaten, einen Anschlagzettel anheften zu lassen, worin sie zur Ruhe ermahnen, weil man nur an die Lombardei denken solle, dir der Hülfe bedürfe. Die Genueser Zeitung vom 31. Okt. meldet aus Ancona, die sardinische Flotte sei von von dort nach Venedig gesegelt. Opinione vom 1. Nov. zeigt an, ein Bataillon sei nach Alessandria beordert worden. — National Savoisien vom 2. Nov. will wissen, in Modena sei am 28. Okt. die sardinische Fahne unter allgemeinem Beifallsrufe aufgesteckt worden.

*) Die Redaction hält an dem Prinzipe fest, das die Gründer der Zeitung in ihrem Programm aufgestellt haben, nämlich an die Nüancen der verschiedenen Correspondenzen nicht den strengen Maßstab zu legen, nach welchem sie die leitenden Artikel bemißt, zumal in der gegenwärtigen Zeit, wo die ältesten Freunde des Blattes bei dem ehrlichsten Streben für das Gesammtwohl doch im Betreff der einzelnen Erscheinungen verschiedene Auffassungen haben. Solche trübe Anschauung ist jetzt weit verbreitet und ein nicht zu übersehendes Zeichen der Zeit. A. d. Red.

Schweiz.

) **Bern**, 6. Nov. Bern feiert heute, am Tage der Eröffnung der obersten eidgenössischen Behörden, einen Festtag, an welchem die ganze Bevölkerung den wärmsten Antheil nimmt. Schon seit 14 Tagen beschäftigt sich ein Comite, welches aus Abgeordneten der Regierung und der Stadträthe, so wie aus hiesigen Einwohnern zusammengesetzt ist, mit den Vorbereitungen zu einem würdigen Empfang der Gesandten des Schweizervolkes, welche die hohe Bestimmung haben, die neue Bundesverfassung ins Leben einzuführen und nach dem von ihr vorgezeichneten Grundrisse den Bau der Nationalwohlfahrt zu vollenden. Schon gestern Mittag winkten aon allen Thürmen der Stadt eidgenössische Fahnen den ankommenden Gästen ein herzliches „Willkomm" zu. Von vielen Gemeinden an den Landstraßen waren Triumphbogen mit passenden Inschriften errichtet worden. Abends glänzten die Ehrenpforten an den Stadtthoren und der Münsterthurm in prachtvoller Illumination. Nach dem vom Vorort festgestellten Programm oerkündigten heute Morgen um 7 Uhr 155 Kanonenschüsse den Beginn des festlichen Tages, und die hiesige Militärmusik durchzog mit einem Festmarsche die Hauptstraßen der Stadt. Nach dem Dekrete der Tagsatzung vom 14. September vereinigten sich um 9 Uhr beide Konfessionen zu einem feierlichen Gottesdienste; es begaben sich die Evangelischen in den Münster, die Katholiken in die katholische Kirche. Nach beendigtem Gottesdienste versammelten sich beide Räthe in dem Saal des großen Rathes, um von da aus nach ihren Sitzungslokalen sich zu begeben. Mittlerweile war es in der Stadt lebendig geworden. Es wimmelte auf den Straßen von Menschen. Die Häuser waren mit eidgenössischen Fahnen geschmückt; an den Zunfthäusern prangten die geschichtlich denkwürdigen Zunftfahnen; die Brunnen, diese Zierde Berns, hatten ein grünes Gewand angezogen. Gegen 11 Uhr begannen alle Glocken zu läuten; dazwischen fortwährender Kanonendonner. Der Zug setzte sich in Bewegung: voran ein Piquet Infanterie, dann folgte die Stadtmusik, hierauf eine Abtheilung des Studentencorps, dann die Altespräsidenten, die Mitglieder des National- und Ständerathes, die Kanzleien der beidrn Räthe, die Weibel, wieder eine Abtheilung des Studentencorps, zum Schluß ein Piket Infanterie. Beim äußern Standesrathhaus angelangt, machte der Zug sa lange Halt, bis die Mitglieder des Ständeraths in ihr Lokal eingetreten waren, und hierauf begab sich der Zug bis zum Casino, als dem Sitzungslokal des Nationalraths. Heute Abend Festessen im Theater und Illumination der Stadt. Das Hauptgeschäft der heutigen Sitzung wird wahl die Prüfung dee Vollmachten sein. Daß die alte Zeit begraben und eine neue eingetreten ist, sah man auch am Zug; denn verschwunden sind Dreieckhut und Degen bei den Mitgliedern der Räthe und die buntscheckigen Mäntel der Weibel mit den Kantonsfarben suchte das Auge der neugierigen Menge vergebens. Mit großer Spannung sieht man den nächsten Verhandlungen entgegen. Gestern wüthete fortwährend ein starker Sturm und zerriß die Riesenfahne auf dem Münsterthurme. Aengstliche Gemüther sehen hierin ein schlimmes Zeichen für die Zukunft.

Ungarn.

Von der ungarischen Grenze, 29. Okt. Sicherm Vernehmen nach hat der k. k. General Simonich in der Gegend von Trentschin über die Ungarn ein siegreiches Gefecht bestanden. Der ungarische Landsturm ist theils vernichtet, theils zerstreut. Bedeutende Haufen von Freiwilligen sammeln sich an der Grenze, um unter den Slowaken den Landsturm gegen die Magyaren zu organisiren und diese mit den Waffen zu bekriegen, welche sie selbst anwenden.

Preßburg, 1. Nov. Der gestrige Tag war für Preßburg ein Tag voll Angst und Unruhe. Von 10 Uhr Vormittags an bis in die Nacht hinein kamen flüchtende ungarische Truppen an, so daß diese Nacht gewiß 15,000 Mann hier Quartier genommen haben. Kaffuth hielt gestern Nachmittag 4 Uhr im grünen Baum eine Konferenz mit mehreren Offizieren, unter denen sich besonders Offiziere unserer Nationalgarde befanden. Er erklärte, daß er sich mit dem größten Theile der Armee nach Comorn, Pesth und

Ofen zurückziehen werde; die Peeßburger möchten sich gegen den wahrscheinlich bald nachrückenden Feind möglichst vertheidigen. Dieses Verlangen ist uns nicht eben sehr angenehm. Wahrscheinlich werden die hiesigen Behörden im Verein mit der Nationalgarde keinen großen Widerstand leisten, sobald Windischgrätz vor die Stadt kommt.

Griechenland.

** **Athen**, 22. Okt. Der Proceß des Generalkassiers Photios, der einen Kassendefekt von einer halben Million hatte, schläft. Der Kassier von Santorin, eines ähnlichen Defekts überwiesen, hat als Katholik den Schutz eines einflußreichen Mitglieds der Kamarilla gefunden. Ein ernstes Oppositionsblatt, die Minerva, nennt dasselbe Hofkaplan Arnet. Intendant Benieris ist wegen eines Defekts von 80,000 Dr. in der Kommandantschaftskasse von Athen verhaftet. Der tragische Tod seines Vaters hatte ihm nur Frist gewährt. Als vor etwa 10 Monaten der alte Freiheitskämpfer gerade die Leiche einer geliebten Enkelin im Hause liegen hatte, erhielt er Befehl im Senat für das Ministerium zu stimmen, sonst werde sein Sohn verfolgt. Der Greis stimmte und legte sich auf's Sterbebett. — König und Königin sind am 15., nachdem sie die Insel Euboä bereist, über Theben hieher zurückgekehrt. Deutsche Leute des Gefolges begehrten in einem euböischen Dorfe Wasser. „Gift," hieß es, „geben wir euch. Grigiotis hat selbst das Brod bezahlt. Seht, was uns die Königlichen gethan." Sie sahen die Trümmer niedergebrannter Häuser. Die Etiquette ist streng; Kabinetssekretär Wendland ersetzt den weiland Kabinetsdirektor Graf; und gäbe es einen deutschen Moniteur, der diese Zeilen aufnähme, sie würden nicht vor unseres Königs Augen gelangen. — General Gardikiotis Grivas entwickelte auf diese Weise die Fähigkeiten Potemkin's. Auch hat er die unzweideutigsten Beweise der Zufriedenheit erhalten. Als der Kriegsminister Rhodius den Kreismuspektor von Akarnano-Aetolien, General Iskos, Gardikiotis Anhänger, fragen ließ, was er in Athen thue, antwortete Iskos, er sei auf höheren Befehl hier. Das große Avancement, welches Gardikiotis gewünscht, ist von Chalcis datirt, von wo aus es Rhodius zur Kontrasignatur und Publikation zugeschickt wurde. Mit den Beamten von Euböa, Gardikiotis Geschöpfen, deren Absetzung der Minister des Innern Ruphos beantragt hatte, erklärte sich der König bei der Rückkehr gegen diesen Minister zufrieden. Die letzten Kriegskosten, worunter jene 12,000 Dr. für Schanzung und 20,000 Dr. für ein Korps in Theben, das nur auf dem Papier bestand, sind gleichfalls genehmigt, und die Minister haben die Verantwortlichkeit übernommen. Gleichwohl ist ihnen ihr früherer Widerstand nicht verziehen; und Justizminister Kallis setzte auf die Liste begnadigter Verbrecher, wie der kluge Haushalter in Evangelium Lucae seine sämmtlichen alten Klienten, die er als Advokat nicht konnte freisprechen machen. — Heuer ist von der Auflösung der vertagten Kammer die Rede. Im Publikum versprecht man sich von dieser Maßregel nichts besseres, als vom bevorstehenden Ministerwechsel. Denn bei allgemeinem Wahlrecht ist die Wahlfähigkeit auf die Provinz beschränkt, und die Municipalbeamten sind noch dieselben, welche Kolettis und Palamides mit List und Gewalt schufen, um die Abgeordneten-Wahlen zu beherrschen. Es kann daher die Wahl nur die Primaten der Provinz treffen, d. i. die Nachfolger der einstigen Kutzobassiden (After Bassa's), welche heute wie damals kriechende Servilität für ihre Pflicht, Unterdrückung und Aussaugung des Volks für ihr Recht halten.

Mit der steigenden Macht der Kamarilla vermehrt sich der Neid und der Haß auf die fremden Mitglieder derselben. Schon früher hatte man gehört: Die Septemberrevolution trug keine Früchte, weil sie nicht mit Blut gedüngt war. Jetzt sprechen die Organe der Opposition ihre kannibalische Freude über das Schicksal Latour's aus. „Sa" — ruft unter andern die Elpis — möge es jeder Kamarilla, jedem Minister gehen, der die Verantwortlichkeit für die Handlungen einer Kamarilla auf sich nimmt." In unbewachten Augenblicken gesteht der Neugrieche seine Schwäche, Europa nachzuäffen. Um so bereitwilliger aber wird er grausame Beispiele nachahmen, als er erst neulich die Sklavenkette zerbrochen. Seit den letzten Nachrichten von Wien hört Prokesch-Osten gespenstisches Pferdegetrappel und Geschrei der Menge. Ihm hat Nemesis schon die Erinnyen gesandt.

Ostindien.

Britisch-Ostindien. Die „Times" enthält über die neuesten aufständischen Bewegungen in den Grenzgebieten, welche schon jetzt den Briten ziemlich arg zuzusetzen scheinen, folgende zusammenfassende Uebersicht: „Die Grenzangelegenheiten haben ein bei weitem ernsteres Ansehen genommen. Die neuesten Nachrichten sind nicht zufriedenstellend, sowohl was die Operationen von Multan, als den allgemeinen Zustand des Pendschab betrifft. Unsere Truppen haben dort durch den Abfall der Hilfstruppen der Sikhs einen Stoß erlitten. In dem Augenblick, wo die Brigade des Generals Whish ihre Operationen in der glänzendsten Weise begonnen hatte, ging Shir Singh mit fast 5000 der Seinigen zum Divan über, offenbar nach einem verabredeten Plan — ein Ereigniß, welches den General Whish nöthigte, unverzüglich seinen Operationsplan zu ändern, die Belagerung aufzuheben, und nach bewerkstelligter Rückwärtsbewegung seine Streitkräfte in einer günstigeren Stellung, etwa 15 Meilen von der Citadelle, zu vereinigen und hier die Verbindung mit den von Firospur und Scinde heranziehenden Verstärkungen abzuwarten. Wie es scheint, sind seitdem zwei Offiziere vom Geniekorps in die Hände des Feindes gefallen. Mulradsch hat durch Shir Singh's Abfall seine Anhänger bis auf 20,000 Mann vermehrt, mit der wahrscheinlichen Aussicht, sie noch um eben so viel vermehrt zu sehen. Chuttur Singh, das Oberhaupt der Rebellen in der Provinz Hazareh, war mit 10,000 Mann auf dem Marsche, um zum Divan zu stoßen, und obschon Gulab Singh sich noch nicht entschieden für die Verschwörer erklärt hatte, waren doch zwei seiner Regimenter mit Vorräthen und Gepäck zu den Insurgenten der Sikhs von Hazareh übergegangen. In Lahor selbst hat sich diese Grenzrevolution in nicht minder ausgesprochenen Zügen abgezeichnet, obschon unsere vortrefflichen Vertheidigungsmaßregeln der Art sind, daß wir für die Hauptstadt selbst wohl nichts befürchten dürfen. Indeß erfahren wir, daß mehrere Sirdare des Staatsraths (Dubar) der Theilnahme an der Verschwörung überwiesen wurden, weßhalb man die Person des Maharadschah Dhulip Singh, als Bürgen für Aufrechthaltung der Ruhe, mit einer Wache umgab." Die Times hält übrigens die jetzige Stellung des Generals Whish für stark genug, um bis zum Eintreffen der Verstärkungen von Firospur und Scinde allen Kriegsmöglichkeiten gewachsen zu sein. Selbst von Bombay und Madras sind Truppen aufgeboten, um nöthigenfalls dem General zu Hilfe zu ziehen; sie können jedoch erst zu einer Zeit in den bedrohten Gegenden eintreffen, wo allem Vermuthen nach die Sache bereits entschieden sein wird. Die englischen Blätter wenigstens sind guten Muths; aber man hat es mit einem tapfern fanatischen Volk, den Sikhs, zu thun, die schon einmal den Briten blutige Tage und Niederlagen bereitet haben, und es dürfte leicht geschehen, daß bei weiterem Wachsen des Aufstandes im Rücken und in den Flanken des Generals Whish, der es außerdem in der Fronte mit einer starken Armee und Festung zu thun hat, gar sehr in's Gedränge kommen könnte. Ob in diesem Falle Lahor, das schon jetzt mit ängstlichen Augen überwacht werden muß, den Briten einen sichern Stützpunkt bieten würde, ist zu bezweifeln. Das letzte Ziel und Ende dieses Krieges — denn ein Krieg scheint zu werden, was anfangs fast nur eine vereinzelte Meuterei zu sein schien — kann kaum zweifelhaft sein; die Briten werden sich dieser weiten Reiche bemächtigen und sie schließlich zu ihren ostindischen Unterthanenlanden schlagen. Die Briten nähern sich dann Mittelasien immer mehr, und es wird dann nur auf sie ankommen, ob sie z. B. Persien und Arabien in die Tasche stecken wollen oder nicht. Ein Zusammenstoß mit den Türken und Russen läge dann nicht außer den Grenzen der Möglichkeit, oder Rußland läßt sich mit einem Theile der asiatischen und europäischen Türkei zufrieden stellen. Jedenfalls ist der Orient, von den slawischen Völkern Oesterreichs an bis zum himmlischen Reiche der Mitte, noch eine große Rolle in der Weltgeschichte zu spielen bestimmt. Was den blutigen Kampf am 12. Sept. vor Multan betrifft, so können die Erfolge der Briten wohl nicht so groß gewesen sein, als sie angeben, da zwei Tage darauf Shir Singh mit 5000 Mann der Seinen und 12 Kanonen und Haubitzen zu den aufständischen Multanesen überging; solche Abfälle pflegen nicht nach einem bedeutenden Siege statt zu finden. Auch in Delhi, in ganz Peschawar, an der Berggrenze des Dacab, sah es unruhig aus; in letzterer Gegend schlug Major Fischer am 18. Sept. einen Rebellenhaufen, der 50 — 60 Todte und Verwundete und mehrere Gefangene verlor.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kieffelbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Bowgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 300. **Frankfurt a. M., Freitag 10. November.** **1848.**

Uebersicht.

Die Posener Frage III.

Deutschland. Frankfurt (Hansemann's Verfassungsentwurf.) Wien (Der 30. und 31. Oktober. Die Lage nach dem Siege. Kundmachung.) Brünn (Die Ruhe hergestellt. Rückkehr der Deputation aus Ollmütz. Ollmütz (Sieg Simonich's über die Ungarn. Slowaken und Ungarn.) Aus Tyrol (Politik des Tages.) Berlin (Gerüchte über das neue Ministerium. Stimmung.) Stettin (Seerüstungen bei Rügen.) Magdeburg (Der Baarvorrath der Bank in die Citadelle gebracht.) Posen (Aufruf an das deutsche Volk.) Stuttgart (Das Jagdgesetz und die Stimmung des Landes. Die 1. Kammer.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Heidelberg (Das Belagern der nassauischen Truppen. Eine Entgegnung). Vom badischen Oberlande (Die „unruhige Stimmung" des Landes.) Weimar (Gerüchte nicht von sächsischen Truppen besetzt.) Bernburg (Der Herzog erklärt sich bereit, die Regierung niederzulegen.)

Großbritannien. (Die französische Politik in Sicilien.)

Frankreich. (Die Präsidentenfrage. Föderalionsbanket. Vermischte Nachrichten.)

Italien. (Der Aufruhr in Chiavenna. Ruhe in Genua.) Mailand (Armeebefehl Radetzky's.)

Oesterreichische Monarchie. Gallizien. (Bauernunruhen.)

Schweiz. Aarau. (Der kleine Rath und die badische Regierung.)

Dänemark. Kopenhagen. (Geheime Sitzung über Schleswig. Freundschaftliche Begegnung mit Frankreich.)

Polen. Von der polnischen Grenze. (Die Bekehrung zur griechischen Kirche.)

Rußland. (Kasan.)

10. November.

Die vorgestrige Entscheidung der National-Versammlung hat unsere Betrachtung verteilt; schwerlich ist sie überraschend für Jemand gekommen, allein sie bleibt doch nur ein Vorspiel in dem neuen Drama, zu welchem die Posener Frage das Sujet gab. Ein Nachspiel wird folgen, ein Nachspiel, auf welches die Diskussion in der Paulskirche nur in sehr allgemeiner Weise hindeutete. Wir wollen indessen nicht darauf eingehen, von welcher Wirkung die scharfe Beleuchtung der Manövers jener Partei sein wird, welche, um zum Ziele zu gelangen, seit den Frühlingstagen bald das deutsche, bald das rothe, endlich das schwarzweiße Banner schwang. Wir wollen auch nicht erwägen, welche Folgen die drastische Schilderung des unglücklichen, unfreien Zustandes der Berliner Versammlung haben wird, die Jordan's Rede charakterisirte. — Jene Partei, welche in den Sommermonaten in- und außerhalb der Paulskirche eine verdächtigende und gehässige Propagonda gegen Preußen machte, hat durch eine Ironie des Schicksals in Preußens Hauptstadt „sich selbst besiegt", und was die unglückselige Lage der preußischen Landesversammlung betrifft, so wäre es müßig, Berechnungen darüber anzustellen, durch welche die Ereignisse in jedem Augenblick ihren Strich ziehen können. So viel sieht aber der unbefangene Beobachter, daß die Majorität dieser Versammlung in der Posener Frage unbestreitbar eine große Majorität des preußischen Volks hinter sich hat und daß die Majorität selbst in Berlin schwerlich auf eine große Stütze rechnen könnte, wenn auch einige demokratisch gesinnte Städte Schlesiens ihr Beifall zurufen. Die Kombinationen, welche zu einem Bürgerkriege wegen dieser Frage führen könnten, liegen gar weit in der Ferne und weder die polnische noch die demokratische Propagonda dürfte stark genug sein, um die Provinz Schlesien zu einem solchen zu organisiren, geschweige, daß es (nach eines Redners Aeußerung) schon geschehen wäre! Wir abstrahiren von alle dem und denken nur an die von der Centralgewalt nunmehr sofort zu lösende Aufgabe: Die Abgrenzung in Posen. — Der Reichskommissär Generol v. Schäfer trifft in Berlin auf die vielleicht noch nicht ganz vollständigen Vorlagen der ministeriellen Abgrenzungs-Kommission, und — auf jene mehrfach erwähnte Polenkommission, deren Mitglieder (d'Ester, Pokrzwicki, v. Berg und ähnliche dieser politischen Farbe) nicht nur zu drei Viertheil gegen die Frankfurter Beschlüsse in dieser Sache gestimmt, sondern seit dem Beginne ihrer Thätigkeit (im Monat Juni) stets darauf bedacht waren, dem Gouvernement in dieser Frage Schwierigkeiten zu bereiten und ihm entgegenzutreten. — Durch den neuen Beschluß der National-Versammlung vom 7. Nov. gereizt und in ihren souveränen Plänen gestört, dürfte diese Kommission es sein, welche in der Landes-Versammlung mit einem dringlichen Antrage die Initiative ergriffe.

Auf zwei Motive hin, dünkt uns, könnte diese Kommission eine Sistirung des Abgrenzungsverfahrens versuchen. Einmal gestützt auf die Beschlüsse vom 23. und 26. Okt., welche das unmittelbare, unbedingte und ungetheilte Verbleiben des ganzen Großherzogthums im preußischen Gebiet und die Verleibung eines besondern organischen Gesetzes für das Ganze gewährten sollen, und zweitens, durch einen von den polnischen Posener Deputirten unterstützten Antrag auf „Anschluß" oder „Einverleibung" auch des polnischen Theiles in Deutschland, welcher durch das Gouvernement sofort an die Centralgewalt und die National-Versammlung zu richten sein würde. Für diesen Antrag würden leichtlich durch den Organismus der Liga, mittelst der Geistlichkeit, ein Hunderttausend beistimmender polnischer Unterschriften in 8 bis 10 Tagen zu beschaffen sein.

Auf das erste Motiv hin würde vielleicht der dringliche Sistirungsantrag der Kommission in Folge des neuen Frankfurter Beschlusses nicht mehr auf eine Majorität in der preußischen Landesversammlung zu rechnen haben: auf das zweite Motiv hin wohl mit ziemlicher Sicherheit, weil es noch immer viele Abgeordnete gibt, welche mit der Abgrenzungslinie den polnischen Theil bereits aufgegeben meinen, und in ihrem Inneren nicht ein polnisches Dorf verloren geben möchten.

Im letzteren Falle käme das Gouvernement in die Lage, zu gleicher Zeit den Anschluß des Ganzen bei der Centralgewalt betreiben zu müssen und eine Maßregel auszuführen, die, wenn jener durchgeführt wird, eine unnütze wäre.

Natürlich wird der Reichskommissär als Vertreter der Centralgewalt auf alle diese Eventualitäten nicht zu rücksichtigen, sondern seine ganz bestimmte Aufgabe, den Frankfurter Beschlüssen vom 27. Juli und 7. Nov. gemäß zu lösen haben. Er wird demnach nach Einsicht der Vorlagen in Berlin, auf Grund eigener letzter Erhebungen in Posen selbst, die Reichsgrenze definitiv regulren und sie zur Sanktion der Centralgewalt und Nationalversammlung vorlegen.

Irren wir nicht, so wird dieses der ungefähre nächste Verlauf in der posener Sache sein. Würde der Antrag auf Anschluß auch von Polnischposen nicht gestellt, so wäre nach endlicher Ziehung der Grenzlinie die Trennung der Verwaltung von Deutsch- und Polnischposen die nächste Maßregel. — Nach derselben, als eigentlicher Abgrenzung, strebt die deutsche Bevölkerung natürlich mit stürmischer Sehnsucht. Um sie jedoch rasch durchzusetzen, hat sie lediglich zu ihrem Gouvernement und der preußischen Landesversammlung ihre Zuflucht zu nehmen. Hier aber werden die Polen und ihr Anhang, die dann die Reichsgrenze gern blos auf dem Papiere sähen, ihre unendlichen Schwierigkeiten in den Weg zu setzen wissen, welche erst spät, und zwar in der Vollendung der preußischen und deutschen Verfassung, ihre endliche Erledigung finden würden. Es sei denn, daß das Gouvernement, getragen von einer Majorität der Landesversammlung, durch rasche Trennung der Verwaltung den Wirren der jetzigen schwebenden Zustände in Posen ein Ende macht.

Offenbar steht den Deutschposenern noch eine Zeit der

Digitized by Google

Stürme bevor, gegen die sie sich mit Ausdauer zu rüsten hoben. Sie sehen dies selbst ein und scheinen sich gegen die Organisationspläne der demokratischen Liga auch theilseits durch einen deutschen Bund schützen zu wollen, bei dessen Gründung ein Aufruf an das gesammte deutsche Volk gegangen ist.

Wir wenden uns zunächst jedoch zu dem nicht unwahrscheinlich bevorstehenden Plane eines Anschlusses auch von Polnischposen, auf welchen bereits in den Julitagen die Deutschposener mit einem: „timeo Danaos et dona ferentes!" aufmerksam gemacht haben. Ein solcher Anschluß wird polnischer Seits immer mit einem offenen Verlangen nach Garantie, „besonderer Rechte" oder mit einem geheimen Hintergedanken auf die Möglichkeiten der Zukunft verbunden sein. Dies führt uns auf die Betrachtung der „eingeräumten besonderen Rechte" und des versprochenen „deutschen Gesetzes", zu der wir bereits früher übergehen wollten.

Deutschland.

⨯ **Frankfurt**, 9. Nov. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Ihren Lesern vielleicht interessante Nachricht mittheilen, daß sich in diesem Augenblicke ein Entwurf Hansemann's über die Form der künftigen Reichsgewalt unter der Presse befindet, welcher zwar an der neulich von Vincke angriffsweise berührten „Dreieinheit" festhält, aber eine Menge äußerst praktischer, echt staatsmännischer Winke enthält.

□ **Wien**. Nach den trefflichen Berichten der Allg. Ztg. über die letzten Tage des Wiener Kampfes war der 30. Oktober, wo die Kapitulation in der Hoffnung auf ungarische Hilfe gebrochen ward, der furchtbarste Tag unter allen. Das zerlumptste Proletariat, die fanatisirtesten Demagogen waren allmächtig, die unbeschränkten Gebieter der Kaiserstadt. Der Reichstag, der Gemeinderath werden verfluchtet; jeder Gemäßigte ist ein Schwarzgelber, ein Verräther; kein Kommando wird mehr gehört. Auf dem hohen Markte sah der Berichterstatter, wie ein Mensch blutig gepeitscht wurde, weil er eine mißfällige Aeußerung gegen die Studenten ausgesprochen. Der Kommandant Messenhauser schwebte in großer Gefahr vom Stephansthurm herabgestürzt zu werden, weil einige rasende Demagogen ihn dort zerfetzen wollten, das Oberkommando an Fenneberg abzugeben. „Der Gemeinderath zittert, ist rathlos, und fürchtet den bewaffneten Pöbel im Innern noch mehr als die Kroaten draußen. Bewaffnete Weiber ziehen durch die Straßen mit Musketen und Trommeln; die Basteien, die Plätze, die Gassen wimmeln von den schmutzigsten, verbrecherischsten Gestalten mit wilden Gesichtern und mit Lumpen decorirt." — Am 31. Okt. wurde die Stadt mit Sturm genommen. Windischgrätz hatte dem Gemeinderath angezeigt, er werde stürmen lassen, wenn ihm nicht bis 2 Uhr Nachmittags die Thore geöffnet würden. Aber das Proletariat war Meister der Stadt, der Pöbel herrschte im eigentlichen Sinn des Worts. Der Gemeinderath beschloß einige hunderttausend Gulden zu opfern, um durch reiche Geldspenden die Proletarier zur Niederlegung ihrer Waffen zu bewegen und die Stadt vor den Verheerungen eines Bombardements zu bewahren. Ein Parlamentär wurde zum Fürsten geschickt, der ihm sagen ließ, er wolle trotz des dreimaligen Treubruchs der Wiener noch einmal bis zum nächsten Tage Frist gönnen, unter der Bedingung, daß seine Truppen nicht angegriffen würden. Nur gegen die Vorstadt Wieden, welche Tags zuvor nach eingegangener Kapitulation verrätherisch seine Truppen überfallen, wolle er sogleich operiren und die italienischen und deutschen Regimenter vorrücken lassen, um die Wiener zu überzeugen, daß kein einziges Corps seiner Armee auf Treubruch gegen den Kaiser sinne. Der Parlamentär konnte sich überzeugen, daß die Armee, etwa 35,000 Mann stark – ein Theil war zur Verfolgung der Ungarn aufgebrochen — aus Kerntruppen von schönster Haltung, mit sehr zahlreicher Artillerie bestand. Noch einer halben Stunde war die Vorstadt Wieden fast ohne Widerstand besetzt. Die Beschießung der Stadt aber begann gegen alle Erwartung schon um 3 Uhr. Einige Schüsse sollen von der Bastei des Burgthors auf die Belagerer gefallen sein, und der Fürst mochte sich dadurch seines Versprechens entbunden halten. (Es scheint denn doch, nach diesen und den verwandten Vorgängen des 26. Okt., als hätte in diesem unheilvollen Drama, vom letzten Ziele abgesehen, kein Theil dem andern etwas vorzuwerfen.) Zwei volle Stunden dauerte das Bombardement. Gegen 5 Uhr rückten die Sturmkolonnen wider das Burgthor an, wurden von der Bastei mit Kanonen- und Musketensalven empfangen, und erzwangen, nach ziemlich bedeutendem Verlust, den Eingang in die Stadt. Die Stürmenden benahmen sich dießmal, ungleich ihrem Benehmen in den Vorstädten drei Tage zuvor, mit Mäßigung. Die Arbeiter warfen die Waffen, die Studenten ihre Kalabreser weg, um der Rache des Militärs zu entgehen. Mehrere Regimenter wurden mit Vivats begrüßt. Manche schrien aus Furcht, manche aus Sympathie, viele aus Charakterlosigkeit. — Aehnliches berichtet über den Einzug Jellacic's (am 2. Nov. Nachmittags 3 Uhr, er hatte die Ungarn bis an die Grenze verfolgt) ein anderer Korrespondent der Allg. Z.: „Vor ihm her marschirte eine Abtheilung Serezzaner in rothen Mänteln und Mützen, mit Gewehr, Dolchen, Pistolen und Säbeln, die vollkommensten Banditengestalten, die ich je gesehen habe. Er wurde gleich hinter dem Burgthor mit Vivat und Jubel begrüßt. Aus hundert Fenstern ließen Weiber und Männer ihre Tücher wehen. Mir stieg die Schamröthe in's Gesicht, obwohl ich die gesinnungslose Wandelbarkeit der Massen kenne und sie nicht erst seit heute verachte. Der Croatengeneral ist übrigens ein schöner, stattlicher Mann, voll ritterlichen Anstands, und grüßte sehr freundlich zu den Fenstern hinauf und auf das Volk herab. Er trug einen grauen Husarenrock." — An den Berichten, die von so vielen Seiten, von den achtungswerthesten Gewährsmännern, über die furchtbaren Excesse des Militärs (und nicht bloß der Croaten) zur Oeffentlichkeit gelangen, ist nicht zu zweifeln. Man irrt sich sehr, wenn man in diesem Sieg den bloßen Sieg der Ordnung über eine Emeute sieht. Es ist hier mehr als dieß, mehr als selbst der Paricse Junioufstand. Die unglückliche Stadt empfindet alle Schrecken des Krieges, in dem an die Wohlfahrt und das Recht des Einzelnen wenig gedacht wird, während die Hand des Gesetzes, auch wenn sie sich schwer auflegt, nur jenes Recht und jene Wohlfahrt im Auge hat." Dem Obern wird es freilich unmöglich, in solchen Stunden Wuth und Brutalität der Soldaten zu zügeln. Aber warum ließ man die Banden der Croaten auf die unglückliche Stadt los? Ist ihre Art den Sieg zu benutzen nicht bekannt? Hätte man ausschließlich deutsche und böhmische Soldaten zum Sturme verwendet, so hätte man damit die Absicht offen dargelegt, die man trotz vielem, was dagegen spricht, dem österreichischen Hofe gern einzig und allein beilegen möchte, häufig auch blind gegen das Gegentheil ohne Weiteres beilegt, die Absicht, einzig und allein der Ordnung und Gesetzlichkeit zum Sieg zu helfen. Dann hätte man einzelne unvermeidliche Excesse mit der unerbittlichen Nothwendigkeit entschuldigen können, die nach den letzten Vorgängen allerdings vorliegen mochte, aber die Art, wie der Sieg hie und da benutzt wurde, nimmermehr entschuldigen kann. Auch vom deutschen Standpunkte hätte man dann die berechtigtsten Beschwerden vermieden, und vom Standpunkt allgemeiner Menschlichkeit hätte man dem zuschauenden Europa das Gefühl erspart, rothe Hyänen über die hochkultivirte ruhmreiche Kaiserstadt siegen, sie von ihnen zum Sitz der Barbarei entweiht zu sehen, während von ihr das Licht der Menschlichkeit zu jenen hohen verbreitet werden sollen. Darum, weil dies alles nicht eingesehen, nicht vermieden wurde, wird auch die Erinnerung an diese Scenen nicht vergehen. Nicht vergebens hört man von der erbitterten Stimmung in ganz Oesterreich, nicht vergebens vernimmt man, wie die Pietät, die alte Liebe zum Kaiserhaus im Angesicht des brennenden Wien verlosch. Man wollte nicht blos die Burg niederreißen, man wollte auch die habsburgischen Leichen aus den Grüften reißen und in Kanonen laden. Nur Josephs Sarg sollte unentweiht bleiben. Das ist ein Fanatismus, der viel voraussetzt! — Wir wollen nach die Worte eines Korresp. der Allg. Ztg. versetzen, die für die politische Presse, solchen Zuständen gegenüber, wo die Gewalt und der rohe Zug der Massen den Gang der Dinge beherrschen, überhaupt maßgebend und charakteristisch sind: „Sollen wir unglücklich genug sein, den unleidlichen Terrorismus unserer Demagogen mit dem Wüthen einer zügellosen Soldateska zu vertauschen? Wir sehen noch eine trübe Zeit vor uns. Der eiserne Kommandostab eines Mannes, dessen Privatcharakter ehrenwerth, der aber ein starrer Anhänger des absolutistischen Prinzips sein soll, wird die permanente Anarchie, die von der Aula ausgegangen, ersetzen. Sollte uns das Unheil eines anderen Extrems treffen, sollten wir nicht mehr im Stande sein, unsere Meinung über die Lage der Dinge mit Freimuth zu sagen, dann ist es für uns Zeit, Wien zu verlassen. Dann wollen wir unseren Berichterstattern das traurige Geschäft überlassen, verblümt und stotternd halbe Wahrheiten zu sagen und einseitige Zeitgeschichte zu schreiben."

Digitized by Google

Wien, 4. Nov. Vom Gemeinderath ist folgende Kundmachung erschienen, die mit den aus der Spener'schen Ztg. gestern mitgetheilten Nachrichten mehrfach in Widerspruch steht:

Auf hohen Befehl beingt der Gemeinderath der Stadt Wien folgende von der Einkartirungskommission der k. k. Stadtkommandantur angeordnete Maßregel zur allgemeinen Kenntniß: Unter den Bedingungen, welche der Herr Armee-Oberkommandant, Se. Durchlaucht der Fürst zu Windischgrätz, in seiner Proclamation vom 23. Oktober d. J. für die Uebergabe der Hauptstadt Wien festgesetzt hat, erscheint in §. 3 die anbefohlene Auslieferung der durch nachträgliche Zuschriften bezeichneten Individuen, als: des gewesenen königl. ungarischen Unterstaatssekretairs Pulszky, des polnischen Emissärs Bem, des Nationalgarde-Obercommandanten Messenhauser, des bei diesem Commando verwendeten Fennederg, und endlich des als Aufwiegler bezeichneten Schütte. Wegen der besonderen Gefährlichkeit dieser fünf Individuen, und weil sie als die Hauptursachen der letzten Empörung, die auf den Umsturz der Monarchie hingearbeitet hat, angesehen werden, wird von Sr. Durchlaucht dem Herrn Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz mit unnachsichtlicher Strenge auf ihre Habhaftwerdung gedrungen, und hiervon die Möglichkeit abhängig gemacht, den freien Verkehr zwischen der Stadt und ihren Vorstädten herzustellen, und überhaupt die möglichsten Erleichterungen in dem Belagerungszustande eintreten zu lassen. Zu diesem Ende werden jene Wohnparteien, bei denen sich etwa ein oder das andere dieser Individuen aufhalten sollte, dringendst aufgefordert, binnen 6 Stunden davon die Anzeige zu machen, weil sonst gegen den Zuwiderhandelnden das standrechtliche Verfahren eintreten würde.

Brünn, 2. Nov. Die Nationalgarde bezieht seit dem letzten Krawall die Wache auf dem Rathhause, weil der Polizeimannschaft die entnommenen Waffen noch nicht zurückgestellt wurden. Seit dem 30. Oktober wurde hier die Ruhe nicht gestört. (C. Bl. a. B.)

Brünn, 3. Nov. Die am 29. von hier abgegangene vermittelnde Deputation ist heute zurückgekehrt, ohne das Ziel ihrer hohen Sendung erreicht zu haben. — Von den nach Wien zur Hülfe geeilten 500 Garden sind bei 180 daselbst während des Kampfes zurückgeblieben — von diesen wurden 8 verwundet, 4 werden vermißt. (C. Bl. a. B.)

Ollmütz, 2. Nov. Sichern Nachrichten zufolge hat General Simonich die Ungarn bei Neuhäusel geschlagen und diesen Platz besetzt. Die aufständischen Magyaren mißhandeln die slowakische Bevölkerung in der Art, daß ganze Schaaren von 5—600 die mährische Gränze überschreiten und in den Grenzorten Schutz suchen. Man sollte doch sehr bald auf die Beendigung dieser Zustände im Namen der Menschlichkeit hinwirken. In Brünn ist die Ruhe nicht wieder gestört worden, der Landtag wird am Montag wieder dort zusammenkommen, obwohl sich in der Kammer eine starke Stimme für die Verlegung nach Ollmütz erhoben hat aus Anlaß des letzten Versuchs, den Landtag zur Autorisirung des Landsturmes zu zwingen. Die Bauern-Demonstrationen und Ergebenheitsäußerungen nehmen kein Ende. — Dr. Dietrich aus Troppau soll dort verhaftet worden sein, weil er sich bei den letzten schlesischen Bewegungen betheiligt hat. — Graf Auersperg soll zum Festungskommandanten von Ollmütz ernannt sein. (Prager Ztg.)

† **Aus Tyrol**, 30. Okt. Die Vorgänge in Wien seit dem 6. und ihre unheilvollen, noch nicht zu ermessenden Folgen, haben die eigenthümlichen Bestrebungen hier zu Lande, deren Keime sich schon am Tage der Konstitutions-Verkündigung erkennen ließen, zu einem, so zu sagen, über Nacht sichtbar gewordenen vollen Triebe, so beinahe zu ihrer Reife gefördert. In allem was hier vorgeht, ist seitdem das abgeschlossenste Sonderinteresse der einzige Hebel und Zweck und die Erklärung wird in unsern Journalen bereits stereotyp, daß es Pflicht, Recht und Heil des Vaterlandes begehre, darauf fest zu bestehen. Der faktische Mangel einer geordneten, konstitutionellen Oberleitung des Staates gibt gewissermaßen, wenn nicht die Berechtigung, doch den besten Grund jenes Verhältniß zum Gesammtösterreich durchzusetzen, auf welches man allein noch einzugehen Lust zeigt, — nämlich das der Personal-Union. Man nennt es zwar nicht bei diesem Namen, aber unbewußt wird es begehrt, indem man mit Verwerfung des Ministeriums zu Wien und des Reichstages der Monarchie eine Autonomie der Provinz durch den Landtag und ein gleichsam verantwortliches Gubernium beansprucht, die vom Kaiser, dem eine ziemlich absolute Rolle zu spielen vergönnt bliebe, weil man hofft, er sei zu gut, sie zu mißbrauchen, die Sanktionirung zuversichtlich für alle Fälle voraussetzt. Mehr als diesen guten Kaiser, der alles thut, was Tyrol verlangt, will man mit Oesterreich nicht gemein haben. Im Uebrigen wird „feldst regiert." — Auch die Konstitution, die der Reichstag schaffen soll, hat wie erklärlich für uns keine bindende Kraft, der Landtag wird sie uns gerecht machen, jede Gemeinde setzt sich ebenfalls mit den Gesetzen nach Gutdünken ins Einvernehmen u. s. w. So beiläufig lautet das letzte Programm der staatlichen Umgestaltung, die man für uns als volksthümlich und segensvoll erkannt hat und nicht mehr mit Bitten und Vorstellungen, sondern mit „Forderungen" erringen will, — wobei nicht zu übersehen ist, daß man dabei des besten Glaubens lebt und sehr ehrlich meint, auf diesem Wege werde die Einheit, Kraft und der Zusammenhalt des großen Oesterreichs einzig und allein erreicht und je mehr jede Provinz alle ihre kleinlichsten Kleininteressen aufrecht erhalte und auch gar nichts an's Ganze abgebe, desto blühender werde letzteres einer ewigen Dauer entgegengehen. Die Erstlingsfrüchte dieser unverkennbar in ihrer Art einzigen Politik liegen bereits in unserm Lande in der Scheune unserer Erfahrung. In richtigster Folgerung bestreben sich die Wälschtiroler die Lostrennung von der Gesammtprovinz durchzusetzen, Verwaltung und Vertretung, Justiz — alles gehört für sie nach Trient, — in Innsbruck haben sie nichts mehr zu holen und zu schaffen. Ebenso sehen über den Arlberg herein die freisinnigen, helläugigen Männer Vorarlbergs und erklären rund und nett, ihr Interesse und ihre Ansicht der Dinge verbiete ihnen mit den Tirolern gemeinsame Sache zu machen, daher sie sich nach uns und unserer politischen Thätigkeit und Meinung von nun an nicht mehr richten werden. Wir haben somit die Dreitheilung der Provinz thatsächlich vor Augen, leben übrigens der festen Ueberzeugung, hierbei das Beste des Landes zu befördern und dem Kaiser wesentliche Beweise unserer Loyalität zu liefern, so sogar Oesterreichs Fortbestand verbürgt zu haben. Die Vorarlberger mögen sich immerhin lossagen, sie waren so niemals Tyroler; die Wälschen aber in Trient und Roveredo haben auch nicht die geringste Berechtigung besondere Rechte anzusprechen, so sie müssen gezwungen werden, — nicht deutsch, nicht österreichisch, sondern deutschtyrolisch zu bleiben, obwohl noch nicht entschieden ist, auf welche Weise diese Maßregel ohne Beihülfe Oesterreichs und Deutschlands in's Werk gesetzt werden soll. Trotzdem steht nach den Aussprüchen unserer politischen Presse die Möglichkeit eines für und durch sich selbst bestehenden Tyrols außer allem Zweifel und um so seltsamer klingt es, wenn man zu Wien, Ollmütz oder Frankfurt glaubt, wir möchten durch von dorther kommende Zumuthungen uns binden lassen. Wir sind soweit zum Durchbruch gekommen, um mit unsern italienischen Nachbarn zu sagen: Il Tirolo farà da se. —

Ein Kongreß bäuerischer Deputirter, der in Sterzing zusammentreten sollte und der zweifelsohne auf den bezeichneten Plätzen vorgegangen wäre, hat nun diese Aufgabe in die Hände des auf Anlaß der Wiener Ereignisse einberufenen Landtags niedergelegt. Der Wiener Reichstag hat letzteren als ungesetzlich zur Auflösung verurtheilt, wie Sie wissen, — er hält jedoch unbehindert seine Sitzungen. Wider das altherkömmliche Ständeprincip hat man den Congreß mit sogenannten Vertrauensmännern verstärkt und beabsichtigte dabei ein Zugeständniß an die auf Volksvertretung hinzielenden Wälschtiroler und Vorarlberger. Erstere kamen gar nicht nach Innsbruck, letztere schickten zwei stumme Beobachter, um im Fall der Noth rasch zu wissen, was sie für sich selbst zu thun hätten. Die Wälschtiroler beabreffirten überdem den Reichstag in Wien, wo ihre Deputirten zurückblieben, indessen die Nordtiroler ausgetreten sind. Ueber die Berathungen verlautet noch nichts besonderes; das Zehnt- und Zinsablösungsgesetz und die neuliche Verordnung des Guberniums, die Aufhebung des Accises betreffend, werden, wie wir hören, nächstens einer Redaktion durch den Landtag unterzogen. Auch wurde ein Aufruf an das Volk erlassen, welcher die ziemlich häufigen Widersetzlichkeiten bei der Losung der Militärpflichtigen beseitigen soll.

LC Berlin, 7. Nov. Seit gestern Abend wird vorzüglich die Nachricht verbreitet und findet vielen Glauben, daß der Graf Brandenburg an der Spitze eines Kabinets (v. Manteuffel, Inneres; Lodenberg, Kultus; v. Schleinitz, Aeußeres) morgen in der Kammer erscheinen werde. Man versichert uns, daß das Kabinet erklären werde: „Se. Majestät werde die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung (wie Abschaffung des Adels, der Titel, Orden ꝛc.) als unter dem Terrorismus des Berliner Volkes gefaßt, nicht sanktioniren. Se. Majestät Regierung finde sich durch die Unfreiheit der Nationalversammlung in Berlin veranlaßt, dieselbe nach Brandenburg zu verlegen, wo bereits Einrichtungen getroffen werden; in 14 Tagen sollten alsdann die Sitzungen eröffnet werden und bis dahin sei die Nationalversammlung zu ver-

Digitized by Google

tagen." — So seltsam dies Gerücht auch klingen mag, so wird dasselbe doch aus einer beachtenswerthen Quelle uns bestätigt. Von anderer Seite wird dagegen mit großer Bestimmtheit versichert, daß Hr. v. Brandenburg vielleicht nominell ein Kabinet bilden, keinesfalls aber einen Platz in demselben einnehmen werde. Andere Nachrichten gehen dahin, daß bereits Unterhandlung mit dem Centrum der Nationalversammlung angeknüpft sei.

Der Abgeordnete v. Lisiecki hat folgende dringende Interpellation gestellt: „Ich richte an das hohe Ministerium des Krieges die Anfrage, ob es gegründet ist, daß in den letzten Tagen des Monats Oktober d. J. in Folge reaktionärer Bestredungen der Kamerilla zu Ballenstädt und auf Grund des von derselben ausgegangenen Ansinnens, der Kommandeur einer preußischen in Quedlinbueg stationirten Kürassiereskadran seine Mannschaft in den Ställen konsignirt hatte, um nöthigenfalls zur Stillung eines im Lande Berndurg befürchteten Aufruhes herbeizueilen?"

Eine große Anzahl Flüchtlinge ist aus Wien hier bereits eingetroffen und noch größere Zuzüge weeden erwartet.

LC **Berlin**, 7. Nov. Die Stimmung, in der sich die Mehrzahl unsetee Abgeordneten in Folge der Gerüchte von einer Beelegung der Kammer befindet, ist die der völligen Rathlosigkeit. Nue die äußerste Linke scheint sich zu einem festen Entschluß vereinigt zu haben. So viel wir aus Aeußerungen einzelner Mitglieder der verschiedensten Fraktionen bis jetzt zu entnehmen Gelegenheit hatten, wüede nur eine sehr geringe Minarität sich in eine Verlegung fügen. In der Bürgerwehr hat das Gerücht eine bedeutende Bewegung hervoegerufen. Die Offiziere sind zu einer Berathung zusammengetreten; es ist jedoch der Beschluß gefaßt woeden, sich bis zu einer eventuellen Beschlußnahme der National-Versammlung jeder Kundgebung zu enthalten.

Stettin, 6. Nov. Heute Morgen ging das stettiner Marine-Bataillon, bestehend aus cieca 400 Mann, aon hier nach der Küste von Rügen ab. Die drei Dampfschiffe: „Tatar," „Delphin" und „Stealsund," welche 2 Kanonenschaluppen nnd 4 Jollen im Schlepptaue hatten, sind für die Uebungszeit zur Disposition des Flatillengeschwaders gestellt. Die Korvette: „Amazane," geführt vam zweiten Marine-Offizier Jachmann, ist bereits von Swinemünde nach dem Greifswalder Badden gesegelt. Der Capt.-Lieutenant Schröder wied das ganze Flotillen-Geschwader befehligen. Die Scheibe zu den Schießübungen ist auf der kleinen aar Putbus so anmuthig belegenen Insel Vilm aufgestellt. Die Mannschaft der Kananenschaluppen und Jollen wied auf Rügen übernachten. Die Uebungsdauer soll sich nach der Witteenug richten, jedoch nicht über 14 Tage währen.

Magdeburg, 5. Noa. Fast in jeder Nacht kommen jetzt mit dem van Berlin nach Köln durchgehenden Eisenbahnzuge hier bedeutende Summen in Gold und Silber an, die, in Fäßchen verpackt, nach der diesigen Citadelle geschafft und dort in besonders dazu veefertigten eisernen Kisten deponirt werden. Dem Vernehmen nach sind es die Baarvarräthe dee königl. Banken zu Berlin und Breslau, die alleedings, geschützt von den hohen, mit Kanonen wohl versehenen Maueen und einer zahlreichen Besatzung, var jedem ungebührlichen Begehren, sich ihrer zu bemächtigen hier besser verwahrt sind, als in den genannten Städten.

(K. Z.)

† **Posen**, 6. Nov. Außer den Adressen, die von der Bürgerwehr, den Stadtveeordneten, den Komite's an den Reichsverweser und die Nationalversammlung gerichtet werden, ergehen nun auch Aufrufe an das deutsche Volk, von denen ich den folgenden in Ihre Spalten aufzunehmen dringend bitte: „Brüder! Nicht die Stimme zaghafter, um ihre mateeielle Existenz besorgter aber den großen Eerungenschaften der Neuzeit veeschlassener Sonderbündler ist es, die aus den deutschen Grenzmarken zu Euch deingt; es ist der Ruf freiheitsglühender deutscher Männee, denen das Heiligthum des Vaterlandes die Weihe der Freiheit ist. — Nur Böswilligkeit aber Unkenntniß der Geschichte kannte den Beschluß der deutschen Nationaloersammlung, der uns dem deutschen Vaterlande einverleibte, unter die seitheren Theilungen Polens reihen; in der That brachte er nichts als das lebendige Recht der Gegenwaet zur Geltung, und erhielt nichts weiter, als die Feststellung, wie weit sich Deutschland thatsächlich nach Osten erstrecke, wie weit deutsche Gesittung und Sprache vargedrungen. — Wir durften erwarten, daß die Frankfurter Beschlüsse bei der preußischen Landesverfammlung die unbedingteste Achtung finden würden, aber wie scheinen uns getäuscht zu haben. Die Verhandlungen des preußischen Reichstags geben ein trauriges Bild schwankender Vaterlandsliebe und unklarer Sympathieen für eine fremde Nation. Der Beschluß desselben ist unbestimmt und hinhaltend und kann keine der beiden Natianalitäten befriedigen, die dieses Land in trauriger Spaltung bewahnen. Saseen nun der Beschluß der Beeliner Verfammlung in der posener Frage einen Widerspruch gegen das deutsche Parlament enthält, legt der unterzeichnete Verein gleichgesinnter freier deutscher Männer gegen die Annahme des §. 1 der preußischen Verfassung in seinee gegenwärtigen Form var ganz Deutschland feierlichst Verwahreung ein! Euch, deutsche Brüder aller Staaten, ruft er auf, ihn in dieser Verwahrung durch Eure Sympathieen, durch Eure Beistimmung zu unterstützen. Es gilt die Entscheidung, ob mehrere Hunderttausende Eurer Brüder an der großen Zukunft des deutschen Vaterlandes Theil nehmen oder in einer fremden Nation aufgehen sollen, da wo sie ihr an Zahl überlegen sind. Wir bestreiten hier nicht den Werth der Nation, wir unteefuchen hier nicht, ob sie uns Vertrauen einflößt! Aber wir wallen frei und selbstständig sein, denn wir haben die Kraft und das Recht dazu, und das Vateeland darf nns seine Arme nicht verschließen. Erhebt denn, Ihr Brüder, überall Eure Stimme für unsere Sache, sie ist die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens." — Posen. Der demokratisch-konstitutionelle Verein.

†* **Stuttgart**, 7. Nav. Gegen das von unserer zweiten Kammer in vergangener Wache angenommene Jagdgesetz, laufen fortwährend aus allen Theilen des Landes Proteste ein. Jeder, welcher unsere Zeit nur einigermaßen begreift, kann die Wiederkehr der früheren Jagdverhältnisse nicht billigen und wünschen. Mit Recht sträubt man sich aber, wenn ein neues Gesetz, welches gegen Wegeäumung früherer Uebelstände gerichtet sein sollte, statt Verdesserungen, theilweise Verschlechterungen in die Jagdverhältnisse beingt. Es leidet wohl keinen Zweifel, daß die erste Kammer, gestützt auf die in der Paulskirche beschlossenen Grundrechte und in richtiger Erwägung der Land- und Forstwirthschaft, dies Gesetz, wegen der darin enthaltenen Beschränkung und Gefährdung des Eigenthumsrechtes, verwerfen wird. Ob dieses wahrscheinliche Geschick des fraglichen Gesetzes vielleicht als eine feine Taktik einer gewissen Partei in der zweiten Kammer gelten muß, wollen wir hier nicht näher unterfuchen. Unsere erste Kammer hielt gestern ihre erste öffentliche Sitzung. Auf den dem Publikum eingeräumten Plätzen hatten sich nur fünf Personen eingefunden. Zufolge einer, von der verehrlichen Redaktion dieses Blattes zu unserem Berichte in Nr. 293 gemachten Bemerkung, bitten wir dieselbe, zur Vermeidung von Mißverständnissen, gefälligst nachträglich bemerken zu wollen, daß wir für die Galleee unserer zweiten Kammer keine peivilegirten Plätze für bestimmte Stände, vielmehr reeserviete Plätze für alle Stände, zur billigen Berücksichtigung gewisser Verhältnisse, wünschten.

+ **Karlsruhe**, 8. Nov. Die zweite Kammer beschäftigte sich gestern und vargestern mit dem Eisenbahnbau-Budget, die Verhandlungen hierüber waren so speziell, daß sie keinen Stoff zur Berichterstattung für ein deutsches Blatt liefeen. Dagegen bot die heute stattgehabte Discussian über die Amnestiefrage vieles Interessante dar, was auch in größeren Kreisen die Aufmeeksamkeit auf sich lenken wird. Alle über diesen Gegenstand eingelaufenen Petitionen bezogen sich blos auf Amneftie der durch den Hecker'schen Aufruhr angeschuldigten Personen; erst gestern wurde Gleiches durch zwei Bittschriften aus Mühlbueg und Altneudorf für die Struve'sche Schaar in Anspruch genommen. Der Berichterstatter, Abg. Zittel, gab in dieser Beziehung folgleich bei Beginn der heutigen Sitzung den nöthigen Aufschluß. Hierauf verbreitete sich Staatsrath v. Stengel über den Stand der Amnestiefrage; er wies nach, daß das Amnestiedekret vom 15. August noch nachträglich durch eine Veefügung des Staatsministeriums eine solche günstige Auslegung erhalten habe, daß 319 Angeschuldigte bereits amnestirt, und daß 69, welche um Amneftie nachgesucht hätten, zurückgewiesen woeden seien, daß aber auch von diesen noch einige eine Niederschlagung ihres Processes erwarten könnten; er könne übrigens versichern, daß Instruktionen zue Beschleunigung der Untersuchung erlassen worden seien, wornach auch nue schwerere Fälle besonders ins Auge gefaßt werden sollten. Die Untersuchung wegen des Hecker'schen Aufstandes nahe nun ihrem Ende, 21 Untersuchungsrichter seien hiermit beschäftigt; in 8 — 10 Tagen sei sie gegen die Hauptanstifter beendigt,

Digitized by Google

und noch in diesem Jahre könnte das Urtheil durch die Geschwornen gefällt werden. Gegen eine andere Kategorie werde erst im Dezember die Untersuchung geschlossen und mit dem neuen Jahre die Assisen gehalten, was den Vortheil böte, daß nicht die Richter und Geschwornen durch ein allzugroßes Detail in Unklarheit versetzt würden. Der Regierungskommissär wandte sich hierauf zum Antrage der Kommission, war im Ganzen damit einverstanden, glaubte aber voraussetzen zu müssen, daß die Amnestie nur dann eintrete, wenn der Angeschuldigte selbst darum nachsuche und ein gesetzliches Verhalten für die Zukunft verspreche: sodann könne sie sich nicht beziehen auf gemeine Verbrechen und eben so wenig auf diejenigen, welche den Fahneneid gebrochen oder ihr öffentliches Amt zur Beförderung des hochverrätherischen Unternehmens mißbraucht hätten. Der Abgeordnete Kuenzer vermißt eine bestimmte, deutliche Fassung im Kommissionsantrage, verlangt eine größere Ausdehnung in der Amnestie und beantragt: 1) daß alle Untersuchungen wegen politischer Vergehen und Verbrechen bis zum 21. September niedergeschlagen und 2) die Untersuchung wegen des letzten Aufstandes unter Struve auf die vorzüglichsten Leiter beschränkt werden möge. Im Gegensatze zu den Tiraden der radikalen Blätter mußte es auffallen, daß selbst Kuenzer in seiner Rede ausdrücklich anerkannte, daß das Volk in Baden an dem Aufruhre sich nicht betheiligt habe, und daß die ganze Bewegung nur von einigen Wenigen, zum Theil Verblendeten, ausgegangen sei. In schlagender Weise führte Staatsrath Bekk sodann aus, daß auch willfährige und eifrige Theilnehmer bei Struve's Raubzug vieles Unheil bewirkt hätten, daß ohne ihre Beihülfe die Kalamitäten nicht entstanden seien und daß diese nicht straflos ausgehen könnten; doch wolle er zum Voraus bemerken, daß alle mögliche Milde gegen diejenigen, welche den Struve'schen Zug gezwungen oder aus Verblendung mitmachten, geübt werden solle. Es sei übrigens ein Fehler, zu oft und zu viel zu amnestiren, denn dann liege gerade ein Reiz darin, einmal Sieger zu werden, und man habe ein ewiges Untergraben der Staatsordnung zu gewärtigen. Schließlich versicherte der Redner, daß der Regierung wieder neuerdings Belege zugekommen seien, wonach neue Pläne zu einem Einfall in Baden wieder geschmiedet worden, welche aber nunmehr durch die Wendung der Dinge in Wien aufgehoben wären; als Probe, wie die Presse des benachbarten Auslandes sich zeige, ließ er einige Stellen aus einem neuen Flugblatt, betitelt: „an die elenden Brudermördee und die bravon eepublikanisch gesinnten Soldaten in Baden" vor, worin Vergiftung und Meuchelmord gepredigt wird. Durch Zwischenruf erklärt der Abg. Brentano dies wieder als Machwerk der Reaktion. Lehlbach unterstützt, ohne von der Kammer und der dicht besetzten Gallerie beachtet zu werden, in langweiliger Rede die Anträge von Kuenzer, ebenso der Abg. Richter mit einem Hinblick auf die Vergangenheit, und unterläßt nicht, die Wohlfeilheit dee republikanischen Regierungsform anzupreisen (Frankreich!). Kapp versucht den Kommissions-Antrag zu kritisiren, es gelingt ihm schlecht, doch bringt er in einer langen Rede seine oerbrauchten Floskeln von Metternichianismus, Kamarilla, Russenthum, Laienthum und Lakaienthum vor, zieht auf die Nationalversammlung wieder los, verlangt, daß der König von Preußen so hochherzig sein möge, die früheren Minister oor Gericht zu stellen und liest endlich zur allgemeinen Belustigung einen anonymen Brief vor, worin man ihn als „Querkopf" bezeichnet. Er erntet hierüber allseitige Zustimmung. Eheist vertheidigt den politischen Verbrecher gegenüber dem gemeinen, spricht sich über die moralischen Veranlasser des Aufruhrs aus und meint, daß hiezu auch die Stände, die Presse und Literatur gehöre; wenn er davon spricht, daß vielen politischen Verbrechern die nöthige Einsicht gemangelt habe, so mußte er konsequent zum Antrage der Kommission gelangen, die ja solche amnestirt haben will, allein er schließt mit Unterstützung des Kuenzer'schen Antrags. Mez bezeichnet die Sünde als Urquelle alles Uebels, weissagt in Prophetenton vieles Unheil, verlangt den christlichen Kommunismus und stimmt mit Kuenzer. Nachdem noch Prestinari gegen eine allgemeine Amnestie, Schey dafür und Boehme für den derzeitigen Uebergang zur Tages-Ordnung gesprochen hatten, beschloß die Kammer, da die Zeit schon sehr vorgerückt war, die Fortsetzung der Diskussion auf morgen.

§§ **Heidelberg**, 6. Nov. In Nr. 295 Ihrer Blätter befindet sich eine Korrespondenz, dd. Heidelberg, 31. Okt. Im Eingange lesen wir ein Raisonnement über die famose Thiengener Wahl; einzelnen Theilen desselben stimmen wir bei. — Hierauf aber kömmt ein Ausfall gegen „unsere dermalige nassauische Einquartierung", über welche man hier nicht gut zu sprechen sei u. s. w., — daß die Verpflegung der Truppen für viele Bürger eine Last ist; — wer will und kann dies läugnen?! Wer wird aber damit sogleich den Heidelbergern ihren edlen Sinn für Gastfreundschaft absprechen? Haben nicht alle Truppen, welche wie bisher zu verpflegen hatten, dieß öffentlich dankbar anerkannt? — Und doch, wäre es möglich, daß „die dermalige nassauische Einquartirung" gegen uns „mit Anmaßung und Brutalität auftrete"?! — Möglich ist und bleibt es immer, daß einzelne Quartiergeber ihre Gäste nicht so gastfreundlich behandeln können, als sie es thun möchten, und ebenso wahr ist, daß einzelne Soldaten dieß nicht zu würdigen wissen. — Fälle der bezeichneten Art sind hier aber nicht bekannt, weßhalb wir bedauern müssen, daß etwa mögliche nicht vor die betreffenden Behörden gebracht worden, noch mehr müssen wir bedauern, daß Ihr Heidelbergee Korrespondent so unbedingt über ein ganzes Korps „die dermalige nassauische Einquartirung" den Stab bricht, während es sich vielleicht nur um eine kleine Differenz mit seiner Einquartierung handelt. — Weiß aber Ihr Korrespondent Thatsachen von „Anmaßung und Brutalität", so fehlt es gewiß, solche nicht vor den betreffenden Behörden oder auch öffentlich näher bezeichnen zu wollen. — Wir können das Benehmen unserer „dermatigen nassauischen Einquartirung" nur als brao und ehrbar bezeichnen und erwarten den Gegenbeweis. — Was derselbe über das Beehalten unserer preußischen Gäste sagte, ist die reinste Wahrheit, welcher wir unsere aufrichtigste Anerkennung nicht versagen können.

§ Vom badischen Oberlande, 7. November. Eine Aufgabe der guten Presse ist die Berichtigung ungenauer Mittheilungen. Wir üben heute diese Pflicht gegenüber Ihrem Mannheimer C Eoreespondenten der Ihnen wiederholt von „unruhigen Stimmungen" in dieser Landesgegend berichtet hat. Hätte dieselbe nicht eine so traurige Berühmtheit erlangt, wir würden darüber wegsehen; unter dewandten Umständen aber tragen solche Berichte zur Beunruhigung in weiteren Kreisen bei, und doch ist es schon mehr als hinreichend, wenn die Partei, welche die Aufregung des Volkes zu ihrem Handwerk gemacht hat, durch ihre unwahren Ausstreuungen die Rückkehr wenigstens eines Ruhepunktes in den Gemüthern, so viel an ihr liegt, erschwert. In fofern nun jene Nachricht über „unruhige Stimmungen" den Landestheit zwischen der Dreisam und Wutach betrifft, so müssen wir sie als eine ganz unrichtige bezeichnen. Daß einzelne Unverbesserliche, deren Hoffnungen auf das „Wonneleben in der Republik" zu Schanden geworden, unzufriedener als zuvor sind, und wo sie damit nichts zu wagen glauben, selbst wieder mit Drohungen eines dritten Aufstandes um sich werfen, darf einen eben so wenig wundern als die bedenklichen Gesichtee der in Untersuchung befindlichen und ihrer Angehörigen! Dies sind aber die Ausnahmen; denn die große Mehrzahl der Bewohner dieser Gegend ist der Wühlereien herzlich müde, und begnügt sich nicht mehr mit der bisherigen, passiven Haltung, sondern schaart sich zusammen in Vereine und Verbindungen, um jedem Versuch zur Erneuerung der Vorgänge, wie wir sie erlebt haben, nachdrucksamst entgegenzutreten. Diese Ermannung gibt uns die Gewähr, daß selbst die unverantwortliche Fahrlässigkeit, womit in der benachbarten Schweiz, womit namentlich im Kanton Aargau gegenüber den diesseitigen Flüchtlingen zu Werke gegangen wird, eine ernstliche Besorgniß über einen neuen Einfall uns nicht mehr einflößen kann. Das Benehmen der schweizerischen Behörden in der Flüchtlings-Angelegenheit verdient, von oben bis unten, den gerechten Unwillen der deutschen Regierungen. Was nutzt es, wenn die Kollegien Maßregeln beschließen und die Vollzugs-Behörden führen sie nicht aus, wohl wissend, daß im schlimmsten Fall ein Rüffel, eine papierene Mißbilligung die einzige Folge der Unterlassungs-Sünde ist?!

Weimar, 7. Nov. Erfurt ist nicht von sächsischen Truppen besetzt, sondern hat noch seine alte preußische Garnison. Das Mißverständniß mag daher entstanden sein, daß das königlich sächsische Leibregiment auf seinem Marsche nach Gotha eine Nacht in Erfurt blieb und in der Stadt (nicht in der Festung) einquartirt wurde. (Fr. J.)

Bernburg, 4. Nov. Ein Extrablatt zum Regierungsblatte enthält außer einem herzogl. Erlaß, demzufolge das bisherige Staatsministerium entlassen und der Geheime Regierungsrath von

Krosigk unterm 3. November d. J. mit der einstweiligen Führung der Ministerial-Geschäfte beauftragt worden ist, folgende Proclamation:

An meine geliebten Anhalt-Bernburger!

Meinen geliebten Anhalt-Bernburgern ist gewiß bekannt geworden, daß der Landtag die Berathung des Verfassungsgesetzes beendigt hat, und daß Mir dasselbe nunmehr zur Genehmigung und Vollziehung vorgelegt werden wird. Durch mehrere vom Landtage gefaßte Beschlüsse hat der demselben vorgelegte Verfassungs-Entwurf Bestimmungen erhalten, zu denen Ich, nach den Mir obliegenden Pflichten für das Land und für Mein Herzogliches Haus, die landesherrliche Sanktion nicht ertheilen kann. Ich habe daher, in Hinblick auf anderwärts vorgekommene Vorgänge und da Mir bekannt ist, daß auch in Meinem geliebten Anhalt-Bernburg sich schroff entgegenstehende Parteien gebildet, zur Vermeidung etwaiger bedauerlicher Konflikte, vorläufig Meinen Aufenthalt allhier genommen. Zugleich setze Ich Meine geliebten Anhalt-Bernburger davon in Kenntniß, daß Se. kaiserl. Hoheit, der Erzherzog Reichsverweser, wiederholt um schleunige Absendung eines Reichs-Kommissärs ersucht worden ist, und ein baldiges Eintreffen desselben mit Grund erwartet werden kann. Sollte ich indessen die Ueberzeugung erhalten, daß ich ferner zum wahren Wohle meines geliebten Anhalt-Bernburgs nicht mehr zu wirken im Stande sei, so würde ich es als meine Pflicht erachten, die Regierung niederzulegen, und auch durch dieses, wenngleich mit blutendem Herzen gebrachte Opfer Meine dem Lande stets gewidmete landesväterliche Fürsorge zu bethätigen. Ich vertraue, daß alle Bewohner des Landes die Entwickelung der jetzigen Zustände mit Ruhe und Besonnenheit abwarten und Mir die vielfach bewiesene Treue und Anhänglichkeit auch ferner stets bewahren werden. Quedlinburg, 2. Nov. 1848. Alexander Karl, Herzog zu Anhalt.

Großbritannien.

Die „Times" theilt eine geheime Depesche des französischen Admirals Baudin an Hrn. v. Rayneval mit, welche Letzterer an den Prinzen Cariati geschickt hat, und die wichtige Aufklärungen über die Haltung Frankreichs in der sicilischen Frage gibt. Der Admiral erklärt darin der neapolitanischen Regierung, daß es keineswegs seine Absicht sei, der Wiedervereinigung Siciliens mit Neapel ein Hinderniß in den Weg zu legen, sondern nur dahin zu sehen, daß diese Vereinigung nicht durch Verhältnisse und Maßregeln geschehe, welche die Menschlichkeit nicht billigen könne, und die am Ende König Ferdinand selbst zum Nachtheil gereichen müßten. Er rathe von gewaltsamen Maßregeln gegen die Sicilier ab, um der diesen nicht gegen den König von Neapel eine zu große Erbitterung zu erregen, die eine Aussöhnung unmöglich machen könne. Die Depesche ist vom 10. Sept.

Frankreich.

* **Paris**, 6. Nov. Unter beständigem reißendem Falle aller Staatspapiere fährt die Präsidentenfrage fort alle Gemüther zu beschäftigen, um sich von ihrer Lösung immer mehr zu entfernen. Ludwig Napoleon's Aussichten sind, in den Städten zumal, bedeutend geringer geworden, auch Herr Thiers sprach sich in dem Klub der Straße Poitiers entschieden gegen ihn, aber darum doch keineswegs für General Cavaignac aus, dessen „Umgebung" er tadelte. Das Journal des Debats sagt heute ganz offen, Jener sei nicht die Zukunft, sondern das Unbekannte, vielleicht eine kaiserliche Reaktion. Dieser wäre ihm auch noch nicht bekannt genug, so unzweifelhaft es sei, daß er dem Vaterlande große Dienste geleistet habe. Es würde gewissenhaft einen Republikaner vorschlagen müssen, während es doch oft genug erklärt habe, es halte es für unmöglich, in Frankreich eine Republik zu gründen. Darum sei zuzuwarten bis sich der Mann finde, den das Land wolle und den es unbedingt empfehlen könne. Der Abgeordneten-Klub des Instituts, worin die ehemaligen Mitglieder der Exekutiv-Commission den Ton angeben, hat sich auch noch für keinen Kandidaten entschieden. In der Nationalversammlung selbst, deren Vertagung vom 14. d. M. bis zum 8. Dezember vorgeschlagen werden wird, ist indeß die Mehrzahl für den General; von den 118 Abgeordneten der östlichen Departements haben sich 112 bestimmt für ihn erklärt, und am Ende werden, allem Anschein nach, die meisten Mitglieder des Vereins der Straße Poitier auch für ihn wirken und stimmen. Vermuthlich wird man nur „Bürgschaften" für die Zukunft von ihm verlangen, daß er stets mit der gemäßigten Partei Hand in Hand gehe. Eine weitere Candidatur diente offenbar nur dazu die Stimmen zu zersplittern, und vielleicht die Anarchie hervorzurufen. Ludwig Napoleon seinerseits erscheint fast nie in der Nationalversammlung, man erwartet eine Art Manifest von ihm, worin er seine eventuelle Politik auseinander setzen soll. Noch ist nichts der Art erschienen. — Entschlossen ist bis jetzt nur die äußerste Linke, welche sich (Straße Taitbout) im Einverständniß mit den ultrarevolutionären Klubs für Ledru-Rollin ausspricht und verwendet. Der Ausschuß für das bevorstehende Verfassungsfest wird vorschlagen, dasselbe künftigen Sonnabend in Paris zu begehen, wo dann jedes Departement ersucht würde, eine Deputation hieher zu entsenden. Acht Tage später soll die Feier in ganz Frankreich stattfinden. Es soll ein Te Deum angestimmt und die Verfassung, von einer auf dem Eintrachtsplatze errichteten Estrade, unter vielen Feierlichkeiten verlesen werden.

Gestern fand hier das Bankett „der Föderation aller europäischen Völker" statt. Europa war indeß nur von 800 Personen vertreten, welche ihr Mandat bei einem Gastwirthe an der Barriere Mont Parnasse für 1 Fr. 50 Cent. erhielten. Hr. Ledru-Rollin, der erwartet wurde, aber nicht zugesagt hatte, kam nicht. Bürger St. Just, der Enkel des Bruders des bekannten Kollegen Robespierre's, trank auf die Gesundheit aller großen Volksmänner, die es auf folgende Weise zusammenzustellen sich erfrechte: Jesus Christus, Catilina, Brutus, Attila (?!), Julianus Apostata, Rousseau, Robespierre, Louis Blanc, Raspail u. s. w. Er schloß mit den Worten: Allen Brutus des Königthums, allen Gracchus des Eigenthums (die Gracchen wollten aber nur bestimmtes Staatseigenthum vertheilt wissen, dachten nicht an Kommunismus), der allgemeinen Föderation der Völker! Inwiefern Catilina und Attila für diese letztere wirkten, das werden die Gäste, besonders wenn sie der Flasche gehörig zusprachen, besser wissen als wir. Die Aufregung blieb indeß im Saale, auf der Straße war Alles still. — In Nimes lief ein socialistisches, nur von 300 Personen besuchtes Bankett nicht so ruhig ab. Die Gäste begaben sich mit rothen Mützen und großen Fahnen auf die Straße, wo sie Barbès, Raspail und Ledru-Rollin hoch leben ließen und widerstanden der Gendarmerie, die sie aufforderte, ruhig nach Hause zu gehen. Es kam zum Handgemenge, wobei ein Bürger gefährlich verwundet wurde.

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung rückte General Lebreton mit seiner Beschuldigung gegen den Kriegsminister General Lamoriciere heraus. Ein Obrist wäre gesetzwidrig von demselben zum Brigadegeneral befördert worden, und man solle dessen Sold streichen. Man berieth über das Budget, in welchem die Finanzkommission besonders an der für das Justizministerium beantragten Summe große Abzüge in Vorschlag bringt, worauf wir vielleicht in einem anderen Berichte zurückkommen. Im Conferenzsaale sprach man von thätlichen Beleidigungen, welchen der Abgeordnete Felix Pyat (von Berge) wegen seiner letzten Rede von Seite mehrerer Mitglieder des bekannten Jokeiklubs gestern ausgesetzt gewesen sein soll. Ein Sängerchor, Montagnards genannt, brachte ihm hingegen einen Fackelzug mit Gesang. Von den heute gewählten 6 Vicepräsidenten gehören 4 der gemäßigten und 2 der ultrarepublikanischen Partei an. 390 Mitglieder waren nicht bei der Stimmung. Es heißt, die Regierung werde vorschlagen, die Salzsteuer vom 1. Juli 1849 an, um $^{2}/_{3}$ zu verringern und auf 10 Centimes das Kilogramm zu stellen. — General Cavaignac hat eine Commission ernannt, welche sich eifrig damit beschäftigt, das Schicksal der transportirten Juniinsurgenten zu mildern. 991 sollen sogleich begnadigt, und den minder Strafbaren jede mögliche Erleichterung zu Theil werden. — Der Minister des Innern hat einer anderen Kommission aufgetragen, sich mit den Mitteln zu beschäftigen, der Noth dürftiger Mitbürger abzuhelfen. Die ihrer Berathungen unterbreiteten Punkte sind folgende: 1) Unterstützung an Hausarme. 2) Errichtung öffentlicher Arbeitsanstalten oder andere Verwendung für arbeitslose Arbeiter. 3) Beiträge für die Kranken in den Hospitälern. 4) Bewahranstalten für Kinder, Greise und kränkliche Personen. 5) Versorgungsanstalten aller Art. In wenig Tagen sollen Vorschläge in diesem Sinne an die National-Versammlung gebracht werden. — Durch eine Verfügung des Präsidenten des Ministerraths (des Generals Cavaignac) sind die Zusatzabgaben, die auf den Octroi hiesiger Stadt für Orangen, Citronen, Mandeln, Feigen, Datteln, Eingemachtes, Kastanien ꝛc. (von der provis. Regierung) gelegt worden, wieder aufgehoben.

Digitized by Google

— Das 1. leichte Infanterieregiment, das neulich blutige Händel mit der beweglichen Büegerwehr hatte, ist nach Charenton verlegt worden.

Briefe aus London melden, daß die ganze Familie Ludwig Philipps plötzlich von heftigen Krankheitsanfällen betroffen worden ist, die alle Symptome einer Vergiftung darboten. Schleunige ärztliche Hülfe beseitigte bald alle Gefahr, und die genaueste Untersuchung stellte heraus, daß die Schuld an den stark verdirten Kupferröhren der Wasserleitung von Claremont lag. — Hr. Batont, Bibliothekar und Vertrauter Ludwig Philipps ist in Claremont an einer Kolik gestorben.

Oesterreichische Monarchie.

Galizien. Das Dorf Swiontniki, eine Meile von Krakau, wurde vergangene Nacht sehr bedroht. In diesem Dorfe hat sich eine Nationalgarde von 170 Mann gebildet. Die Bauern von 4 benachbarten Dörfern, bekannt durch ihre Mordthaten im Jahre 1846, hatten sich mit Dreschflegeln und Sensen bewaffnet, um unsere Garden zu entwaffnen, und zwar, wie sie sagten, auf Befehl des Bezirks. Wir haben daher die gestrige Nacht in großer Unruhe und unter Waffen zugebracht. (Schles. Z.)

Italien.

Die „Mailänder Ztg." vom 31. Okt. zeigt an, die kaiserlichen Truppen seien am 29. ohne Widerstand in Chiavenna eingerückt. Die Einwohner hätten kurz zuvor eine Deputation an den kommandirenden General geschickt und um Gnade gebeten. Man hatte nämlich erfahren, daß die Insurgenten daselbst die Republik ausgerufen hätten, und da die Militärmacht, welche zu Colico lag, nicht zahlreich genug war, habe man 10 Kompagnien hingeschickt, welche die Aufständischen zu einer schimpflichen Flucht genöthigt hätten. In Verceja war Haussuchung gehalten worden und man hatte daselbst zahlreiche Kriegsvorräthe gefunden. In Folge des aufständischen Benehmens der Rebellen sei diese Lokalität, so wie mehrere einzelne Häuser ein Raub der Flammen geworden. In Chiavenna erließ Baron Haynau einen Aufruf, worin er den Einwohnern vorwirft, sie hätten, trotz der den italienischen wie allen Provinzen der Monarchie bewilligten freisinnigen Verfassung und der gestatteten allgemeinen Amnestie es gewagt, zum zweiten Male einen Aufruhr anzuzetteln. Auch das Landvolk sei durch einen angesehenen Mann (Franz Dolzino) zu einem bewaffneten Aufstande gereizt worden. Die Insurgenten seien durch die Truppen besiegt und ihre Schlupfwinkel niedergebrannt worden. Für die Stadt wollte er, in Berücksichtigung ihrer Reue und der vollständigen Unterwerfung, die sie ihm zu Novate zugesichert, die Strafe dahin mildern, daß sie eine Kriegssteuer von 20,000 österr. Lire (8000 fl.) zu bezahlen, den Soldaten, so lange die Expedition dauere, einen außerordentlichen, den Offizieren aber, ihn selbst ausgenommen, den gewöhnlichen Sold bezahlen. Außerdem haben sie in kürzester Frist die Brücke über die Adda und die dahin führende Poststraße wieder herstellen zu lassen. Die Verminderung der Garnison werde von ihrem Betragen abhängen. — Franz Dolzino und die übrigen Häupter des Aufstandes sind nach der Schweiz entflohen. — Die Turiner „Concordia" will wissen, seit der Einnahme von Chiavenna sei der Aufstand in anderen Punkten ausgebrochen. — Das piemontesische Ministerium hat das der Kammer vorgelegte Gesetz gegen die lombardischen Flüchtlinge zurückgenommen.

Aus Genua schreibt man vom 31. Okt., der verflossene Tag und die Nacht seien ruhig vorübergegangen. Von Turin soll der Befehl gekommen sein, bei den geringsten weiteren Unruhen die Stadt in Belagerungszustand zu erklären, wozu der Marquis Pareto, der Oberbefehlshaber der Büegerwehr, gegen welchen der letzte Aufstand hauptsächlich gerichtet war, unbeschränkte Vollmacht erhielt. Ein Bataillon, das nach Arona abmarschiren sollte, soll nunmehr zur Erhaltung der Ordnung in Genua bleiben.

Mailand, 3. Nov. Armeebefehl. Soldaten! Ich gab euch bekannt, daß verabscheuungswürdige Gräuelscenen die Straßen Wiens befudelten, daß unser Kaiser genöthigt ward aus der Burg seiner Väter zu fliehen. Wien — das einst so treue, von seinem Monarchen so geliebte und begünstigte Wien, an dessen Wällen die Macht des Orients sich brach, das die Christenheit vom Untergange rettete, hatte — verleitet durch fremde Eindringlinge und Abenteurer aller Nationen, durch fremdes Geld verführt, die Fahne der Empörung aufgepflanzt. Der Kaiser sah sich genöthigt, ein mächtiges Heer zusammenzuziehen, denn es galt die Erhaltung des Throns und der Monarchie. Die Stimme des Friedens verhallte, die angebotene Versöhnung ward zurückgewiesen. Unsere tapferen Waffengefährten unter den Befehle des Feldmarschalls Fürsten Windisch-Grätz haben am 29. Okt. nach einem 9stündigen Barrikadengefecht alle Vorstädte erobert, die Empöree in die Stadt zurückgedrängt. In Folge dieses Sieges hat sich Wien unbedingt unterwerfen. Soldaten! Bürgerkrieg ist ein großes Unglück, aber das schrecklichste aller Uebel ist Anarchie. Wenn die Gesetze keine Geltung mehr haben, wenn Blut die Altäre Gottes befleckt, wenn die Bande der Familie zerrissen sind, Laster und Immoralität frei das Haupt erhebt, und mit frecher Stirn in den Straßen der Städte einhergeht, dann ist es Zeit mit Waffengewalt die Menschheit vom Rande des Verderbens zurückzuhalten. Das war der Fall in Wien. Die Empörung ist besiegt, und die freisinnigen Institutionen, die der Kaiser mit beispielloser Güte seinen Völkern verlieh, werden nun segenbringend emporblühen können. Gelüstet es unserer Jugend nach Thaten der Waffen, dann eile sie dorthin, wo auswärtige Feinde die Grenze des Vaterlands bedrohen; dort wird sie ihr Blut rühmlicher verspritzen können, wie in den Reihen der Empöeer. Radetzky, m. p. Feldmarschall. — Die Allg. Z., der wir dieß entnehmen, setzt hinzu: Eine weitere Mittheilung, die uns aus dem Hauptquartier Mailand vom 3. Nov. zugekommen, besagt: „Wir lesen in Nr. 304 der Allg. Ztg. vom 30. Okt. eine Ergebenheitsadresse an Se. Maj. den Kaiser und König, welche angeblich vom Feldmarschall Grafen Radetzky ausgegangen sein soll. Weder der Feldmarschall noch die unter seinen Befehlen stehenden Truppen verläugnen die Gefühle der Treue und Ergebenheit, welche diese Adresse ausdrückt; nichts desto weniger sind wir ermächtigt, zu erklären, daß diese Adresse eine Fiktion ist. Die Treue des alten Helden ist Sr. Majestät zu wohl bekannt, als daß es einer solchen Versicherung bedürfte." Die (auch von uns seiner Zeit mitgetheilte) Adresse war der Allg. Ztg. aus Mailand zugekommen.

Schweiz.

Aarau, 6 Nov. Das badische Ministerium verlangt die Auslieferung von Akten, welche Struve in einer grünen Mappe zu Rheinfelden zurückgelassen haben soll. Der kl. Rath erwidert, da politische Verbrechen nicht ausgeliefert werden, so sei man auch nicht zur Auslieferung von Schriften derselben verbunden. Nur wenn Struve eines gemeinen Verbrechens beschuldigt und der Beweis dessen vorhanden sei, müsse eine Auslieferung von Schriften erfolgen, in welchem Falle man nicht anstehen werde, dem Konkordatsgemäßen Ansuchen zu entsprechen. (S. N.-Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Nov. Heute Mittag findet die geheime Sitzung des Reichstages statt, in welcher das Ministerium der Reichsversammlung Rechenschaft über den Stand der schleswigschen Frage geben soll.

Die dänische Regierung schenkt der französischen für einige durch Harbou übersandte Feldzelte eine vollständige Congolenbatterie.

Polen.

Von der polnischen Gränze, 25. Oct. Die Proselytenmacherei zu Gunsten der russisch-griechischen Kirche wird in unserem Königreiche fortwährend mit besonderer Consequenz betrieben. Bei dem Adel und den gebildeten Klassen überhaupt hat dieselbe aber keineswegs einen für das Gouvernement ersprießlichen Erfolg. In der Confession, in welcher sie am meisten betrieben wurde und noch wird, in der römisch-katholischen, hat sie den heftigsten Widerstand gefunden und zwar zunächst bei den Frauen. Der Bauer jedoch, der weniger als der Edelmann in das Wesen des Unterschieds der russisch-griechischen von der römisch-katholischen Religion einzudringen vermag, zeigt weit mehr Nachgiebigkeit gegen die Ueberredungen der russischen Popen. Die Mittel, welche dieselben zur Bekehrung der Landleute anwenden, haben für die Letzteren eine bedeutende Ueberredungskraft. Sie versprechen ihnen z. B. Freiheit vom Militärdienst, Erleichterung der Frohnlasten ꝛc. (Danz. Z.)

Rußland.

St. Petersburg, 21. Okt. Der Kaiser hat auf den kais. Schatz 300,000 S. R. als Anleihe für 15 Jahre für den Wiederaufbau des abgebrannten Stadttheils in Kasan angewiesen.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 10. Nov. Die Besetzung des Reichsministerium des Auswärtigen.) Wien (Proclamation. Verhaftungen. Die Zustände der Stadt. Oesterreichs Zukunft.) Berlin (Robbertus. Jakoby als Deputirter. Landesversammlung. Einkommensteuer.) Hamburg (Stedmann. Der Herzog von Augustenburg. Wahl.)

Frankreich. Paris (Die inneren Verhältnisse verwickeln sich. Die N. B. lehnt jede Vertagung ab. Thiers und der Club Politicos. Interpellation wegen Italiens, Polens und Siciliens. Die Constitutionsfeier. Tagesbegebenheiten.)

Italien. (Die Vermittelung der Frankfurter Centralgewalt in Turin abgelehnt. Commission wegen der Kriegsfrage. Strenges Gesetz gegen die Fremden. Bedrohliche Zurüstungen in Neapel. Das neue Ministerium in Toskana. Nachrichten aus Venedig.)

Belgien. Brüssel (Preis auf eine nationale Schulschrift. Das neue Budget. Auflage auf Erbschaften.)

Börsenberichte von Paris (Vom 7. November.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 10. November.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 10. November.

Tagesordnung der 113. öffentl. Sitzung.

Berathung über Artikel IV. und V. des Verfassungsentwurfs.

Vorsitzender: Heinrich von Gagern. Abgeordneter Arnold Ruge hat seiner Behinderungs-Anzeige vom 1. Okt. die nähere Erklärung nicht folgen lassen, zu der ihn das Präsidium aufgefordert. Es fragt sich mithin, ob Hr. Ruge als ausgetreten zu betrachten. Der Central-Legitimationsausschuß wird dem Hause einen Bericht zur Berathung vorlegen, der prinzipiell über dergleichen Fälle, namentlich über das Verhältniß der Stellvertreter entscheiden soll. Falk gibt in Betreff Ruge's die Auskunft, daß dieser seinen Breslauer Wählern die Frankfurter Vollmacht bereits zurückgegeben habe und nicht darum etwa, weil ihm ein Urlaub bis 1. Januar verweigert worden, sondern, weil er alles Vertrauen zur Reichsversammlung verloren habe. Nach einer kurzen Debatte darüber wird die Frage: ob Arnold Ruge als ausgetreten zu betrachten sei, gestellt und von einer aus Seiten der Linken selbst mit verstärkten Mehrheit bejaht.

Berger aus Wien richtet eine Interpellation an das Reichsministerium des Inneren, zu der ihn ein Guberniolschreiben in Bezug auf die österreichischen Wahlen für Frankfurt veranlaßt. Aus diesem Aktenstücke, wenn es als echt anerkannt werden müßte, würde hervorgehen, daß die österreichische Regierung ihren Beamteten bei den Wahlen mit Vorsicht und Klugheit zu Werke zu gehen räth, damit wo möglich Männer aus erprobter Gesinnung und keine Ultrademokraten aus der Urne kämen. Das Gubernialschreiben bezieht sich dabei auf eine Aufforderung der Centralgewalt zur Wahrnehmung eines solchen Wahleinflusses. Hr. v. Schmerling ist aber im Hause noch nicht anwesend und so bleibt denn die Berger'sche Anfrage vor der Hand ohne eine andere Wirkung, als daß sie eine erstaunte Bewegung und von der Linken wiederholte und nachdrückliche Hört! Hört! hervorruft.

Wir stehen an Artikel IV des Verfassungs-Entwurfs. Die §§. 21—24 davon handeln von den Schifffahrts-Anstalten an den Küsten, Flußmündungen u. s. w. Die Besprechung eröffnet Hildebrand aus Marburg, der im Sinne des volkswirthschaftlichen Ausschusses über die Anstalten zur Meeres- und Fluß-Schifffahrt nicht blos die Oberaufsicht des Reichs fordert, wie der Verfassungs-Entwurf, sondern alle diese Anstalten geradezu zur Reichssache zu erheben beantragt. Graf Wartensleben dagegen entwickelt seine Meinung dahin, daß es im Gegentheile darauf ankomme, die Centralisation, die durch solche Vorschläge erstrebt werde, zu vernichten. Die Oberaufsicht selbst, die am Ende wegen eines Pfahles in Memel einen Kommissär von Frankfurt absende, ist ihm ein Greuel, er erwartet nichts von der Beamtenherrschaft nach französischer Einheitsmonier, wohl aber das Beste von den einzelnen Uferstaaten, von den Gemeinden und der freien Konkurrenz. Eisenstuck aus Sachsen stellt sich hinwiederum ganz auf den Standpunkt des volkswirthschaftlichen Ausschusses, wie derselbe aus den gedruckt vorliegenden Motiven zu den zum Verfassungs-Entwurfe gestellten Verbesserungsanträgen deutlich hervorgeht. Er leugnet nicht den Eifer der einzelnen Staaten und die Vortheile der freien Konkurrenz, allein er erblickt Gefahr in ihrer Eifersucht. Als ein Beispiel der letzteren schildert er das Verhältniß Hardurgs zu Homburg. Würden die §§. nach dem Vorschlage des Verfassungs-Entwurfs angenommen, so erhalte man keinen Bundesstaat, sondern nur einen resaemirten Staatenbund.

Merck verspottet die neidische Eifersucht, die Herr Eisenstuck der Stadt Hamburg in Bezug auf Harburg beigemessen, mit mehr Stolz als geschmackvollem Witze. Von Wichtigkeit sind hingegen die mit Thatsachen und Zahlen belegten Mittheilungen des Redners, aus denen hervorgeht, wie die deutsche Marine die zweite Handelsmarine in Europa in immer noch steigendem Fortschritte geworden, ohne irgend welche Centralisation der Verwaltung ihrer Seeanstalten und ohne Begünstigung der einheimischen Rhederei vor der fremden. Dagegen sei die französische Handelsflotte, trotz des Genusses aller Vortheile einer einheitlichen und bevorzugenden Gesetzgebung immer tiefer gesunken. Mit diesen und einer Reihe statistischer Angaben tritt er zugleich den schutzzöllnerischen Gelüsten entgegen, die sich in dem Verlangen nach einem Differentialzolle offenbaren, während alle deutschen Seehandelsplätze, mit Ausnahme Bremens, nichts weiter zu ihrem Gedeihen und nichts für nothwendiger dazu erachten, als die volle Freiheit.

Grumbrecht aus Hannover trifft in seiner Ansicht mit der Meinung Mercks überein, indem er mit Lebhaftigkeit und auch vom juristisch-staatsmännischen Standpunkte den Vorschlägen des Verfassungsausschusses beitritt, wie dies auch von der Minorität des volkswirthschaftlichen Ausschusses selbst geschehen sei. Grumbrecht weist mit Recht darauf hin, daß gerade diese Minderheit die sachkundigsten Autoritäten des behandelten Gegenstandes (Graekoht, Dröge, Veit, Francke, Czörnig, Merck, Sprengel, Stobl) enthalte. Nach sprechen Nizze aus Stralsund (für die Vorschläge des Verfassungsausschusses und gegen die überstreibende von Eisenstuck vertretene Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses), Schultze (Oberzoll-Inspektor aus Liebau in Schlesien), v. Vincke (für das Oberaufsichtsrecht der Reichsgewalt, neben den Einzelstaaten die besondere Verwaltung der Schifffahrtsanstalten unbeschränkt verbleibe, und somit auch Denen die Lust der Erholtung, welche davon den unmittelbaren Nutzen hinnehmen). Der letzte Redner schließt mit dem Hinweise auf die großartige Staatskarcuptian, die Frankreich aus seiner Centralisation geschöpft und will, daß nicht blos gehandelt werde für das Volk, sondern auch so viel als möglich „durch" das Volk. Nachdem die Debatte geschlossen worden, erhält Moritz Mohl (als Berichterstatter der Mehrheit des volkswirthschaftl. Ausschusses) das Wort. Er findet einen bedeutenden Unterschied zwischen den heutigen Ansichten des Hauses und jenen im Mai, wo Niemand z. B. von einem gemeinschaftlichen Zoll- und Paßsysteme für Deutschland einen Zweifel gehegt habe. Seine Polemik gilt dann zunächst dem Einflusse, den der Handelsminister Duckwitz geltend zu machen suche, worauf er die verschiedenen Einwendungen gegen die Mehrheitsvorschläge zu beseitigen sucht. So setzt er den Zahlenangaben Mercks andere Zahlenangaben entgegen und spricht Hamburg nicht allein den Sinn für deutsches Interesse ab, sondern gibt auch dem Hafen von Harburg durchaus den Vorzug vor dem Hamburger. Desto mehr imponiren M. Mohl die französischen Häfen, namentlich der Kriegshafen von Cherbourg. Er sucht auch darzuthun, daß die Verwaltung der See- und Flußanstalten durch das Reich die Beamtenkategorien nicht vermehren, sondern vereinfachen werde und nachdem er noch auf einige ungünstige Bestimmungen der auswärtigen Gesetzgebung in Bezug auf die deutsche Schifffahrt hingewiesen, schließt er mit einer feierlichen Berufung auf die deutsche Einheit und unter dem Applause der linken Hälfte des Hauses.

Wartz, als Berichterstatter des Verf.-Ausschusses: Die glücklichsten Momente unseres Vaterlandes liegen darin, daß wir niemals centralisirt haben. Nur den Nachtheilen dieses Mangels an Centralisation haben wir vorzubeugen. Aber gerade auf die Schifffahrtsanstalten würde eine strenge Centralisation am wenigsten anwendbar, ja schädlich sein.

Die erste Abstimmung (durch Zettel) hat den nachstehenden Mehrheitsvorschlag des volkswirthschaftl. Ausschusses zum Gegenstande. Der Satz, durch welchen alle §§. 21—24 des Verfassungsentwurfs in Wegfall gebracht werden sollen, lautet:

„Die Schifffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind Reichssache und werden durch Fürsorge der Reichsgewalt unterhalten. Die Reichsgewalt bestimmt die dafür zu erhebenden Abgaben, hinsichtlich welcher alle deutschen Schiffe gleich zu behandeln sind. Es ist der Reichsgewalt überlassen, fremde Schiffe höher zu be-

Digitized by Google

legen, als die deutschen. Ueber das Nähere der Ausführung ergeht ein Reichsgesetz."

Dieser Antrag wird mit 286 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

Dagegen werden die §§. 21 bis 24 nach dem Vorschlage des Verf.-Ausschusses und in folgender Gestalt angenommen:

§. 21. „Die Schifffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln."

§. 22. „Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen.

Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reichs zu vermehren und zu erweitern."

§. 23. „Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den die Schifffahrtsanstalten benutzenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt."

§. 24. „In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen.

Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen.

Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse."

Nach der Erledigung des Artikels IV. wird die Berathung über den Verfassungs-Entwurf vertagt. Vicepräsident Riesser trägt einige Urlaubsgesuche vor, worunter eins des Herrn v Prato in Wien, der auch dort zu dem Reichstage gehört. Es wird gleich den übrigen bewilligt. Endlich gibt noch der österreichische Ausschuß in Folge einer Interpellation Auskunft über seine Thätigkeit; dann wird 1¾ Uhr die Sitzung geschlossen.

⁝ **Frankfurt**, 10. Nov. Die Frage, wer das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen werde, beschäftigt jetzt die öffentliche Aufmerksamkeit. Sie bietet allerdings nicht geringe Schwierigkeiten dar. Gern will man in Frankfurt bei Besetzung dieses Postens gegen Preußen willfährig sein. Von Berlin aus war auch in Ihrem Blatte der frühere Minister-Präsident, Hr. v. Auerswald, in Vorschlag gebracht. Hr. v. Auerswald ist ein geachteter, angenehmer Charakter, eine vermittelnde Persönlichkeit. Aber er besitzt in der Schleswig'schen Angelegenheit zu viel Erfahrung. Gern dächte man an einen so tüchtigen Diplomaten, wie Freiherrn v. Arnim. Aber der Zweck, der Krone Preußen gefällig zu sein, würde durch diesen Mann, so ausgezeichnet er ist, nicht erreicht werden. Keinenfalls wünscht man das deutsche Reich durch einen Neuling in das europäische Staatensystem eingeführt; wir haben bereits Lehrgeld bezahlt! Herr Banks aus Hamburg hat eine gute Schule durchgemacht, es fehlt ihm weder an Erfahrung, noch an Feinheit und Geschicklichkeit; allein die Eigenschaften, welche dem Auslande gegenüber gegenwärtig noch mehr Noth thun, sind Festigkeit und Entschlossenheit. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist in dieser Verlegenheit bereits mehrfach auf einen Mann gerichtet, welcher, obgleich einem kleinen Staate angehörig, sich in Paris, am Hofe Ludwig Philipps allgemeines Ansehen zu erwerben gewußt, und wer die klägliche Rolle kennt, welche die Vertreter der kleineren Staaten unter den auswärtigen Staatsmännern zu spielen pflegen, wird dies Verdienst um so höher anschlagen. Wir meinen Herrn v. Könneritz, der nicht zu verwechseln ist mit seinem Bruder, dem sächsischen Minister. Charakter, Erfahrung, Fähigkeiten empfehlen diesen Mann gleich sehr. Er hat Paris verlassen, und wird auf seiner Durchreise nach Dresden heute Abend hier erwartet. Man unterläßt nicht, seine Ankunft in Verbindung zu bringen mit Anträgen, welche ihm zur Uebernahme des so schwer zu besetzenden Reichsministeriums gemacht sein sollen. Die schleunige Besetzung jenes wichtigen Postens ist gewiß dringend zu empfehlen.

Wien, 5. Nov. Die heutige „Wiener Ztg." bringt folgende Proklamation:

„Die von Sr. Durchlaucht dem k. k. Hrn. Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz für die Dauer des Belagerungszustandes unter meiner obersten Leitung hierbergesetzte Central-Commission hat am 2. d. M. ihre Functionen begonnen. Die Aufrechthaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit in dieser während einer längeren Zeit durch Anarchie erschütterten Hauptstadt hat die Nothwendigkeit geboten, für den freien Verkehr zwischen der Stadt und ihren Vorstädten einige strenge Maßregeln zu ergreifen, wobei ich nur bedaure, daß jene Maßregeln auch jene Gutgesinnten treffen, welche an dem so sehr erschütterten öffentlichen Rechtszustande keinen Antheil genommen haben. Diese von der Sicherheit angezeigten Verfügungen sind jedoch einzig und allein nur durch den hartnäckigen Widerstand hervorgerufen worden, welchen die Partei der Bewegung und Empörung der rechtmäßigen Gewalt entgegengesetzt, und mit ihrem Terrorismus selbst die aus der Mitte der Bewohner der Hauptstadt aufgestellte Repräsentation der Art einzuschüchtern gewußt hat, daß selbe die bereits angebotene und abgeschlossene Capitulation zu halten nicht im Stande war, daher die Stadt gegenüber des k. k. Armee-Obercommando's als treulos und wortbrüchig erscheinen ließ. Wenn der gut gesinnte Theil der Bevölkerung, zu dem ich nach meiner Ueberzeugung den größeren Theil der Bevölkerung rechnen kann, mich in der mir übertragenen schwierigen Aufgabe unterstützt, und mir dazu die Hand bietet, den Uebergang von der Anarchie zu dem geregelten, constitutionellen Rechtszustande zu beschleunigen, werde ich es mir zur gewissenhaften und angenehmsten Pflicht machen, der Bevölkerung Wiens alle jene Erleichterungen zukommen zu lassen, welche mit dem Belagerungszustande verträglich sind. Dieser kann ja ohnehin nur den Uebelgesinnten fühlbar treffen, der Gutdenkende kann und soll davon nicht betroffen werden. Ich fordere Gehorsam dem Gesetze, Achtung und Folgsamkeit den öffentlichen Behörden und den von ihnen ergehenden Verfügungen, Schutz dem öffentlichen und Privat-Eigenthume. Ich wünsche, daß Alle zu den gewohnten rechtlichen Beschäftigungen zurückkehren, und daß die Bewohner Wiens durch die That beweisen, daß es ihnen um die Erhaltung der Ruhe und Ordnung Ernst sey; dann werde auch ich mich in die Lage gesetzt sehen, den freien Verkehr zwischen der Stadt und den Vorstädten gleich zu eröffnen. Mit der gesicherten Ruhe und Ordnung werden sich alle Erwerbsquellen wieder eröffnen, es wird sich der Privatcredit herstellen und befestigen, und es wird Wien wieder jenes gemüthliche Ansehen erlangen, welches seinen Zustand zum beneidenswerthen in der Monarchie und im Ausland gemacht hat. Sehr glücklich werde ich mich schätzen, diesen Wunsch zur Wirklichkeit realisirt zu sehen, und mit dieser Aussicht auf eine segensreiche Zukunft begrüße ich die Bewohner der unter meine Obhut gestellten Hauptstadt. Wien, am 3. Nov. 1848. Von dem Vorstande der Central-Commission der k. k. Stadt-Commandantur. Freiherr von Cordon, k. k. Gen.-Major."

Wien, 5. Nov. Seit heute früh ist die Verbindung zwischen der Stadt und den Vorstädten gänzlich hergestellt: Abends 7 Uhr werden jedoch die Thore gesperrt. Die Verhaftungen währen fort: Hauck, Goitzner, Taufenau und andere Häupter der Radikalen sind noch nicht aufgefunden. Gestern wurden auch die beiden Emissäre Kossuth's, Berger und der Redakteur der „Gassen-Zeitung" Terezy, verhaftet. Die Reichstagsdeputirten haben sich fast alle von hier entfernt. Der Fürst Windischgrätz verwaltet bis jetzt sein Amt sehr milde. Morgen tritt bereits eine Abtheilung der Armee des Banus den Rückmarsch in ihre Heimath an. — Aus Ungarn fehlen alle direkten Nachrichten, da der Postenlauf unterbrochen. — Kossuth, Pazmandy und Pulzky leiten die dortigen Angelegenheiten. (W. Z.)

** **Berlin**, 7. Nov. Es liegt nahe, daß, wenn das neue Ministerium aus der Kammer hervorgeht, das linke Centrum (Partei Roddertus — Berg — Phillips) die Kandidaten stellt. Traurig genug, daß wir auf diese Fraktion reducirt sind, worin der staatsmännische Geist noch immer nicht Pfingsten feiern will. Erhalten Mitglieder dieser Partei Portefeuilles, so müssen sie nothgedrungen mit einer Inkonsequenz beginnen. Herr Roddertus als neuer Premier hat schlechtweg die Wahl, entweder Frankfurt Trotz zu bieten, oder seine Ueberzeugung unterzuordnen und so vielleicht die Unterstützung seiner Partei zu verlieren. Da sieht man, wohin die hohle Deutschthümelei führt. Herr Roddertus trat aus dem Ministerium Auerswald, weil er unbedingte Anerkennung aller Beschlüsse des Parlaments ausgesprochen wissen wollte, und Herr von Auerswald, der das Gesetz vom 28. Juni ohne Weiteres anerkannte, für die Folge der Zeiten das Recht der deutschen Regierungen gewahrt wünschte. Jetzt ist Herr Roddertus im Widerspruch mit einem Beschlusse des Parlaments, weil er gegen einen Antrag desselben Herrn von Auerswald gestimmt hat. — Heute fand im Concertsaale eine Scene zwischen Auerswald und Jacoby statt, die nicht spurlos vorübergehen kann. Jakoby hatte gesagt, die traurige und bedrohliche Lage des Landes sei ein Erbstück dreier Ministerien, welche „entweder nicht die Fähigkeit oder nicht den Muth hatten, den Machinationen der Kamarilla entgegen zu treten." Auerswald trat auf und vindizirte sich das Recht, diese Behauptung, die „ohne die Spur eines Beweises" auch gegen ihn vorgebracht sei, zurückzuweisen. Solle die vom Abgeordneten Jakoby vorgebrachte Phrase einen Sinn haben, so sei damit gesagt, daß das Ministerium einen Einfluß geduldet hat, der sich nicht auf das Fundament eines konstitutionellen Regiments gründet. Er „weise eine solche Beschuldigung mit Verachtung zurück." Der Präsident unterbrach ihn wegen des letzten Ausdrucks. Auerswald fuhr fort: „Ich denke

nicht, daß der Tag kommen wird, wo ich den Schmeicheleien und Drohungen, sei es einer Kamarilla, die auf Parquetböden geht, oder einer solchen, welche irgend welchen Klubs den Hof macht, meine Ueberzeugung opfern werde." Er sei mit Jakoby einverstanden über die ernste und bedrohliche Lage des Landes, aber Jakoby werde nicht Jeden überreden, daß die Gefahr allein von der Kamarilla komme, und daß in allen Schichten der Gesellschaft die Aufopferung und Selbstvergessenheit herrsche, welche in der Staatsform nothwendig ist, zu deren Errichtung die Versammlung berufen worden. Ein Bravo, welches das Zischen der Partei Jakoby weit übertönte, folgte dem Redner. Der Abgeordnete Jakoby versprach, Beweise beizubringen; er wird nicht lange zögern dürfen mit seinen Beweisen. Wir sind auf diese Beweise sehr begierig, da wir zu wiederholten Malen versichern gehört, Jakoby habe seine Kundschafter in der nahen Umgebung des Königs, wenigstens liebe er es, sich die Miene zu geben, als sei er von allen Plänen der „Kamarilla" zu Potsdam wohlunterrichtet. Die Beweise, die Herr Jakoby beibringen will, werden wahrscheinlich in Thatsachen bestehen, und nicht wieder in gewagten Argumenten, wie die Schrift „Preußen und Deutschland" zur Verdächtigung Camphausens vorgebracht hat. Sonst trifft die „souveräne" Verachtung der öffentlichen Meinung den modernen Marquis Posa, wie jeden gewöhnlichen Angeber.

CC **Berlin**, 7. Nov. Aus dem Conceretsaale. Zu einer persönlichen Bemerkung nahm heute Herr von Auerswald (Frankfurt) das Wort. Er war in der 92. Sitzung der National-Versammlung nicht zugegen gewesen, als der Dr. Jacoby seine Verdächtigungen gegen die drei obgenannten Ministerien (zu denen einem auch er gehörte) geschleudert hatte. Herr v. Auerswald entgegnete heute hierauf unter anderm: Die in jenen Worten des Dr. Jacoby gegen mich geschleuderten Verdächtigungen weise ich mit Verachtung zurück. Der Präsident v. Unruh ertheilte dem Redner einen Ordnungsruf. Herr Jacoby erwiderte dem Hrn. v. Auerswald, daß er Beweise für seine Beschuldigung vorbringen könne. Hr. v. Auerswald erklärte, daß er diese Beweise erwarten wolle. — Hr. v. Kirchmann beantragt die Fortsetzung der Berathung des Gesetzes über unentgeltliche Aufhebung von Lasten ꝛc. auch dann, wenn das Ministerium morgen noch nicht gebildet sein sollte. — Tamnau bekämpft die Dringlichkeit des Antrags, und vindicirt der Krone als unbestreitbares Recht, verlangen zu dürfen: „daß in Abwesenheit ihrer Vertreter die Berathung so wichtiger Gesetze ausgesetzt werde"; er protestirt daher gegen die Berathung dieses Gesetzes in Abwesenheit der Minister. — Wachsmuth beantragt zu dem Kirchmann'schen Antrage einen Zusatz: „Die mit Leitung der laufenden Geschäfte beauftragten Minister aufzufordern, in der Versammlung zu erscheinen." — Der Kirchmann'sche Antrag wird zur Abstimmung gebracht: „daß die Versammlung in der Berathung des betreffenden Gesetzes fortfahre, auch wenn die Minister nicht gegenwärtig seien." Die Mehrheit der Versammlung ist für diesen Antrag, eben so für den Zusatz. Die Versammlung wird also morgen in Berathung des Gesetzes über unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben fortfahren. — He. Temme hat den Antrag gestellt, die Versammlung wolle beschließen, daß der Minister Eichmann aufgefordert werde, den Erlaß vom 1. Nov. in Betreff des Einschreitens des Militärs, wenn sich die Bürgerwehr zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe unzureichend erweise, sofort zurückzunehmen. Dieser Erlaß war bekanntlich in Folge der Exzesse ergangen, die am 31. Oktober in der Abendsitzung vor der Nationalversammlung statt fanden, als dieselbe belagert wurde und der Hr. Commandeur der Bürgerwehr, Rimpler, sich wie ein Haase im Schauspielhause fangen ließ. Hr. Temme führt aus, die Ehre des Bürgerwehr-Kommandeurs erfordere es durchaus, daß er und der Magistrat hauptsächlich diejenigen Behörden seien, die den richtigen Moment zur Requisition des Militärs zu treffen wissen werden. — Wir fragen, wenn Hr. Rimpler sich bei ähnlichen Vorkommnissen wieder fangen ließe, wie wäre er dann noch fähig, Befehle oder Requisition zu ertheilen? Hr. Baumstark erklärt: Man befinde sich zwar in einer kolossalen Stadt, aber in dieser beerfche eine kolossale Schwäche; er und seine Freunde hätten dem Minister Eichmann ihr Vertrauen entzogen, weil der Minister nicht energisch genug dem Unfug entgegengetreten, der so häufig hier stattgefunden hätte. Das Land in seiner Majestät verlange Ruhe und Gesetz gerade in der Hauptstadt. D'Ester folgt auf der Rednerbühne und meint, He. Eichmann habe durch jenen Erlaß den gesetzlichen Boden verlassen. Eine Herbeiziehung von Militär werde bei der jetzigen Lage des Landes das größte Unglück herbeiführen. Oder ob man das bestreiten wolle? (von vielen Seiten: ja wohl!) Nun, meint Hr. D'Ester, das wäre Geschmackssache. Der Antrag ward bis morgen zurückgezogen. — Die Abgeordneten der westlichen Provinzen sind nicht der Ansicht, den ministeriellen Entwurf wegen Einführung einer Einkommensteuer zu unterstützen, bevor nicht die von den westlichen Provinzen seit länger denn 30 Jahren erstrebte Ausgleichung der Grundsteuer herbeigeführt ist. — In dem Frühstückssaale der Linken hörte man heute Morgen die Besorgniß aussprechen, das neue Ministerium werde morgen eine königl. Botschaft bringen, welche die Versammlung vertagt und nach 14 Tagen nach Brandenburg wieder einberuft. Man nannte es einen Staatsstreich.

Hamburg, 6. Nov. Der Reichskommissär Hr. Stedmann, von seinem Sekretär, Hrn. Mohl, begleitet, ist hier angekommen und gestern nach Lübeck wieder abgereist. Er wird in Lauenburg erwartet, um die gemeinschaftliche Regierung zu installiren. — Der Herzog von Augustenburg ist von 60 jungen Leuten deritten eingeholt, wieder in Geovenstein eingetroffen; seit vielen Monaten sieht er zum ersten Male einen Theil seiner geliebten Güter wieder. Die vorzunehmende neue Wahl nach Frankfurt regt nicht nur den zweiten Wahlkreis auf, sondern das ganze Land auf; es fragt sich, wer wird gewählt Beseler oder Olshausen, einer von beiden wird es gewiß, da das Land keinen dritten den beiden Coryphäen gegenüber zu stellen hat.

Frankreich.

* **Paris**, 7. Nov. Unsere inneren Verhältnisse verwirren sich immer mehr und machen die Börse, wie das nicht handelnde Publikum immer bedenklicher. Der Vorschlag des Abgeordneten Marchal, die Nationalversammlung möge sich vom 14. Nov. bis auf den 11. Dec. prorogiren und durch einen Ausschuß von 15 Mitgliedern vertreten lassen, der sie nöthigenfalls gleich wieder zusammenberufen könne, wurde mit 507 gegen 214 Stimmen verworfen, was offenbar gegen die Kandidatur des Generals Cavaignac gerichtet ist, wenn auch bei manchem einzelnen Abgeordneten Besorgnisse wegen der öffentlichen Ruhe in dieser Zwischenzeit mit unterlaufen. Die Kommission hatte sich zweideutig dahin ausgesprochen, sie sei zwar nicht gegen eine solche Vertagung, welche zulasse, daß die Abgeordneten in ihren Wohnungen (à domicile) wieder berufen werden können, wohl aber gegen förmliche Prorogation. Damit war dem Vorschlage die Spitze schon abgebrochen. General Cavaignac hatte zwar erklärt, die Regierung bleibe in der Frage streng neutral, doch fügte er hinzu, die öffentliche Ruhe würde durch eine solche Prorogation auf keine Weise bedroht sein. Als aber ein Abgeordneter, indem er gegen den vom Marschal angeführten Grund zur Prorogation sprach, die Generalbepartementsräthe, deren Versammlungszeit jetzt fällt, könnten dadurch von den Abgeordneten besucht werden, sich auch erlaubte, darauf anzuspielen, die Abgeordneten wären keine parlamentairische Kommissäre, da konnte Cavaignac diese Anspielung nicht so ruhig anhören. Nach unseren Notizen sagte er unter Anderm: er wolle auf diese Angelegenheit nicht näher eingehen, weil sie ihn persönlich betreffe, aber wenn man ihn dazu nöthige, werde er dieses Schweigen nicht immer beobachten. — Uebrigens haben wir in unserem gestrigen Berichte doch eine richtige Vermuthung ausgesprochen. Hr. Thiers sagte ausdrücklich, jetzt eine Kandidatur im Namen der Gemäßigten aufstellen, wäre die Wahl Cavaignac's ohne Bedingungen, während man, wolle man das, ein Programm von ihm verlangen könne. So wird endlich doch wohl eine Vereinbarung zwischen diesen einflußreichen Männern und dem General zu Stande kommen. — In der heutigen Sitzung interpellirte noch der Abgeordnete Bouvet wegen der auswärtigen Angelegenheiten. Die provisor. Regierung, sagte er, hätte sich zwar auch zu einer Friedenspolitik bekannt, aber den Frieden nicht, wie die abgesetzte Regierung, um jeden Preis gewollt. Sie habe die Unabhängigkeit Italiens proklamirt (Unterbrechung) und Fälle bezeichnet, welche zu diplomatischer und auch zu bewaffneter Dazwischenkunft berechtigten. Nun seien drei solcher Fälle vorgekommen: 1) bei Gelegenheit Polens (Posens), 2) der Lombardei, 3) Siziliens. Die Regierung habe aber nichts gethan. Wäre sie in Italien zur rechten Zeit dazwischen getreten, so würde sie die Freiheit dort gerettet, einen europäischen Kongreß veranlaßt haben, welcher die Nationalität der Völker fest gegründet hätte.

Digitized by Google

Statt dessen sehe sie der Knechtung der Nationen unthätig zu. Die Monarchie habe mindestens die Griechen frei gemacht, während die Republik ruhig zusehe, wie Italien unterjocht werde. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Bastide, entgegnete hierauf: Als im August die Oesterreicher in Italien vorrückten, hätte die Regierung ihre Vermittelung auf einer von der Versammlung gebilligten Grundlage angeboten. Seitdem seien diese Unterhandlungen, bis zum Oktober, durch Schwierigkeiten aufgehalten worden, die den Ort betrafen, wo diese Verhandlungen gepflogen werden sollten. Dann seien die Begebenheiten in Wien dazwischen gekommen. Aber sie würden jetzt, und zwar auf der, von der Nat.-Vers. angenommenen Basis fortgesetzt werden. Wir sind, fügte er hinzu, in einer Epoche europäischer Umwandlung. Die friedlichen Mittel sind vielleicht die besten, um zu dem Zwecke zu gelangen, den wir uns vorsetzen. Die Unterhandlungen mit Oesterreich werden die Befreiung Italiens zum Gegenstande haben. Nie waren unsere Verhältnisse mit den auswärtigen Mächten besser und günstiger als jetzt. Mehr als je haben wir die Gewißheit, durch gütliche Vereinbarung zur Pacifikation und Befreiung Italiens zu gelangen. Müßten wir aber unsere Zuflucht zu andern Mitteln nehmen, so würden wir keinen Anstand nehmen, sie Ihnen vorzuschlagen. Uebrigens ist die Zeit nicht fern, wo wir Ihnen alle Aktenstücke vorlegen werden. Hiermit schloß diese Verhandlung, wozu die Nationalversammlung augenscheinlich ungern das Wort ertheilt hatte. In der gestrigen Sitzung wurde noch das Dekret wegen der Constitutionsfeier angenommen, über dessen hauptsächlichste Bestimmungen wir bereits berichteten. Sie wird in Gegenwart aller gegenwärtigen und früheren Autoritäten des republikanischen Frankreich vorgenommen werden. Für die Kosten sind 100,000 und 600,000 Franken für die bei dieser Gelegenheit zu vertheilenden Unterstützungen an Hülfsbedürftige bewilligt. Sehr bemerkenswerth ist, daß der Platz, wo die Feier stattfindet, im Entwurfe mit seinem gegenwärtigen Namen „Platz der Revolution" bezeichnet wurde, die Versammlung aber dafür den vorsündflutlichen, freilich auch vom Convent gebrauchten Namen setzte: Eintrachtsplatz (Place de la Concorde). — Nach einem Beschlusse des hiesigen demokratischen Centralausschusses wird noch im Laufe dieser Woche eine große Trauerfeier zu Ehren der gefallenen Wiener stattfinden. — In der Rede Thiers in dem Vereine Poitiers bemerken wir nach folgende Stelle: ich bin weder ein Candidat für die Präsidentur, noch für ein Ministerium unter einem der beiden einzig jetzt möglichen Präsidenten. — Hier werden zwei Schriftchen von Ludwig Napolean umgegeben, betitelt wie der Armuth abzuhelfen ist, und Antwort Ludwig Napoleans an Hrn. v. Lamartine. Eine Art Programm soll wohl eine andere zahlreich verbreitete Schrift enthalten: Worte des Kaisers auf St. Helena aus dem Memorial von Las Cases ausgezogen von einem Gläubigen (par un croyant).

Paris, 7. Nov. — Stand der Renten: 5pCt. 63. 60; 3pCt. 40. —; Neue —; Neapal. 77. 50; Bankactien ——. —; Span. 5pCt. (Ardoins) — ; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Beefalles, rechtes Ufer 95. —; linkes Ufer 90. —; Paris-Orleans 563. 50; Paris-Rouen 355. —; Orleans-Bordeaux 360. —; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre 170. —; Marseille-Avignon 143. 75; Straßburg-Basel 75. —; Nordbahn 332. 50; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 323. 75; Römisches Anlehen 64.

Der Fall der Effekten nimmt reißend zu und war heute stärker als je. Große Posten, die, man weiß nicht woher, zum Verkauf angeboten werden, die Furcht, Ludwig Napolean möchte zum Präsidenten erwählt werden und dann gefährliche Unruhen entstehen, das vermuthlich ungegründete Gerücht, Dufaure und Vivien wollten ihre Entlassung geben, endlich die Verwerfung der vorgeschlagenen Vertagung der National-Versammlung, welche offenbar gegen General Cavaignac's Kandidatur gerichtet ist, wirkten mit auf dieses fortwährende Fallen.

Spanien.

Madrid, 31. Okt. 3pCt. Rente 18½ P. (N. d. B. 18 G.); 5pCt. 10¼ baar. (N. d. B. 9 à 9¼ G.); Passive Staatsschuld 3½ P. (N. d. B. 3⅜ G.)

Madrid, 1. Nov. Wegen des Allerheiligen-Festes ist die Börse heute geschlossen. — Man hört, daß die Cortes auf den 15. Dezbr. zusammenberufen werden. — Man schreibt aus Reus, am 27. Okt. seien die Generale Galiana und Bognez mit 1000 Mann Infanterie und 50 Mann Kavalleier gegen Cabrera gezogen; sie hätten die Richtung nach Falsel genommen, um ihn abzuhalten, von dieser Seite einzudringen. — Der Prinz von Capua und seine Familie sollen, wie es heißt, wegen des Einflusses seiner Gemahlin auf die Königin, von den Ministern aus Spanien verwiesen worden sein. — Bei Teruel ist eine Aufrührer-Bande geschlagen worden.

Italien.

* In **Turin** hat die Deputirtenkammer in der Sitzung vom 2. November beschlossen, eine Kommission von 14 Mitgliedern zu ernennen, zu welcher der Präsident zuzuziehen ist, um sich von dem Ministerium Aufschluß geben zu lassen, ob und in wiefern jetzt der Krieg nicht an der Zeit sei. Der Abgeordnete Montezemola interpellirte den Minister Pinelli, ob die Regierung geneigt sei, die von der Frankfurter Centralgewalt angebotene Vermittlung anzunehmen, worauf dieser erwiderte, die Regierung werde niemals (mai) einwilligen, daß außer den Mächten, welche diese Vermittlung bereits übernommen haben, irgend eine andere sich derselben unterziehe. — Genua war am 1. November zur Ruhe zurückgekehrt. — Das neapolitanische Blatt Liberta italiano vom 27. Oktober klagt, Neapel fülle sich mit Truppen, und man erhebe Festen, als solle es belagert werden, oder als stünde ihm eine starke Reaktion bevor. In mehreren Ortschaften des Königreichs wird die Bürgerwehr entwaffnet. — Die piemontesischen Blätter veröffentlichen einen abermaligen Aufruf an die Lombarden, „im Namen der Centraljunta für den Aufstand," der vom 29. Oktober datirt und von Joseph Mazzini als Präsidenten und von P. Benetti als Schriftführer unterzeichnet ist. Das Feldgeschrei sei Krieg gegen Oesterreich! Ein einiges freies Italien! — Aus Sicilien meldet der Telegraph unter dem 24. Oktober, von Seiten Neapels wären die Kriegsrüstungen gegen die Insel aufgeschoben worden. Die Sicilianer sollen nicht abgeneigt sein, auf einen Vergleich einzugehen, wenn man ihnen die Rechte „verbürgt", welche die Verfassung von 1812 ihnen zusicherte. Die sicilianische Regierung hat ein Anlehen von einer Million sicilianischer Unzen (über 5½ Million Gulden) nicht nur beschlossen, sondern, wie der Telegraph versichert, auch angebracht! — Toskana hat durch Einsetzung des neuen Ministeriums Montanelli den andern italienischen Mächten ein Aergerniß gegeben. Turin, Rom und Neapel wollen deßhalb das Großherzogthum nicht zu der vorgeschlagenen italienischen Liga zulassen.

Belgien.

***Brüssel**, 7. Novemb. Die Regierung hat einen Preis von 1500 Franken auf das beste Werk gesetzt, welches unter dem Titel: „belgische historische Lektüren" als ein Schulbuch für untere und mittlere Schulanstalten dienen kann. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer legte der Finanzminister das Budget für 1849 vor. Die Einnahmen sind auf 117,612,000 Franken, also auf 21,230 Franken weniger als in diesem Jahre angeschlagen, hingegen soll in den Ausgaben eine Verminderung von 6,653,000 Franken stattfinden. Er kündigte zugleich mehrere Gesetzesvorschläge an, worunter einer, welcher einer neue Auflage auf Erbschaften beantragt, deren Ertrag auf 1,800,000 Franken jährlich angeschlagen wird.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 10. November.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metalliques 67; 2½pCt. ditto 34⅞; Bankaktien fl. ——; fl. 500. Loose 114; fl. 250. Loose 76¾; Badische fl. 35. Loose 25½; Hess. Rthle. 40 Loose 24½; Palmsche fl. 500 Loose ——; Friedr. Wilh.-Nordbahn 36⅛; Berdach 64; Köln-Minden ——; 3pCt. inländ. Span. 17; 4½pCt. Würt. ——; 4½pCt. Belg. ———; Holl. 2½pCt. Integrale ——.

Die Course sind abermals im Rückgang, doch zeigte sich bei den Umsätzen etwas mehr Lebendigkeit. Eisenbahnen durch anhaltende Verkäufe niedriger. — Wechsel mit Ausnahme von Augsburg und London weniger gut zu lassen.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach**.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. R. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Kaiserl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 301. **Frankfurt a. M., Samstag 11. November.** **1848.**

Uebersicht.

Militärische Fragen I.

Erklärung der Redaktion.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen des landwirthschaftlichen Congresses. Die künftige Gestaltung des deutschen Heerwesens.) Wien (Die Helden des Volks. Der Zustand in der Stadt. Die nächste Zukunft Oesterreichs. Das Ministerium. Verhaftungen.) Prag (Rückkehr der Deputation von Ollmütz. Administrationsreform. Nachrichten und Gerüchte von Wien.) Innsbruck (Verhandlungen der Provinzialstände.) Berlin (Aus dem Concertsaal. Wortspiel des Königs. Die Truppen. Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Landesversammlung. Das neue Ministerium.) Köln (Noth des Dombaus.) München (Adresse. Polizeimaßregeln. Differenz mit Neapel. Ministerkrisis.) Leipzig (Verhaftung Robert Blum's.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Heidelberg (Die Wiener Ereignisse und die hiesigen Republikaner. Bedürfniß nach Ruhe und definitiver Reichsgestaltung. Befürchtungen für den Winter.) Kassel (Einberufung der Stände.) Koburg (Erklärung des Herzogs über Mediatisirungen.) Altenburg (Ministerialveränderung. Die militär. Besatzung.) Sigmaringen (Die Gesetzgebung des letzten Landtags.) Wiesbaden (Die deutschkatholische Gemeinde.)

Großbritannien. London (Stimmen über Wien. Assyrische Alterthümer.)

Oesterreich. Monarchie. Kratau (Vorgänge in Lemberg.)

Schweiz. Bern (Eröffnung des Nationalrathes. Note der deutschen Centralgewalt. Sitzung des Nationalrathes.)

Neuestes.

---

11. November.

I. Einleitung.

Reorganisation des Militärs ist das Schlagwort fast aller Kammeen; Jedermann fühlt, daß die bisherigen Militärzustände mit den Bedürfnissen der Neuzeit nicht mehr im Einklange stehen, und fast Niemand weiß, wie ihnen abzuhelfen. Es geht hiermit ähnlich, wie mit der socialen Frage, von der es heißt, es muß geholfen werden, aber Niemand sagt: Wie? Woher diese Erscheinung auf einem Gebiete, welches selbst in seiner gegenwärtigen Abgrenzung schon seit ein paar Jahrhunderten angebaut ist? Diese Frage beantwortet sich selbst, wenn man die schroffe Trennung, die seither zwischen dem Militär und den übrigen Ständen bestanden hat, in's Auge faßt; wenn man erwägt, wie selten die militärischen Fragen mit der Fackel der Wissenschaft beleuchtet worden sind, und wie geringe Aufforderung zu solcher Beschäftigung ein dreiundvierzigjähriger Friede vorbot. Die wenigen Militärpersonen, welche überhaupt an die Lösung militärischer Fragen dachten, wandten ihre Aufmerksamkeit meist nur der Technik und solchen Gegenständen zu, auf welche sie das unmittelbar vorliegende praktische Bedürfniß wies; selbst wenn einmal einzelne Schriftsteller die dem Militärwesen zu Grund liegende politische Seite in's Auge faßten, so scheiterten sie gewöhnlich an einer Doppelklippe: nämlich entweder daran, daß ihnen die nöthige Kenntniß der Militärzustände, oder die der bürgerlichen Verhältnisse abging. In dem einen Falle waren praktisch unausführbare Theorieen, die der erfahrene Kriegsmann belächelte, in dem andern meist nur solche Vorschläge das Resultat, die mit den Bedürfnissen des Absolutismus in Einklang standen. Wenn hierin schon im Allgemeinen der Grund gefunden werden kann, warum die Mehrzahl der deutschen Kriegsminister jedes Ansuchen um Reorganisation der Armeen gewöhnlich mit der Redensart: „Das ist militärisch unzweckmäßig!", kurz abfertigen, so kommen hierbei im Speziellen auch noch andere Ursachen in's Spiel. Des Sonderinteresses und des Kostengeistes nicht weiter zu gedenken, ist es vorzugsweise die Ansicht, daß Reorganisationen der Armeen in einem Augenblicke, wo ohnehin Alles im Umstueze ist, um so bedenklicher erschienen, als dadurch auch noch die letzte Kraft, auf welcher die Sicherheit des Vaterlandes beruht, verloren gehen könnte. Diese Ansicht ist aber eine Täuschung; denn wo ganze Gebäude zusammenstürzen, ist es weder möglich, einzelne Zimmer für die Dauer zu konserviren, noch ausführbar, ein neues Gebäude harmonisch zu errichten, wenn man Bruchstücke des alten Hauses in den Neubau mit hineinziehen will. Eine auf den Absolutismus begründete Heeresverfassung wird daher immer, wie vortrefflich sie auch sonst sein mag, die Symmetrie eines konstitutionellen Staatsgebäudes stören. — Diese Andeutungen mögen genügen, um eine ausführlichere Erörterung militärischer Fragen vor dem größeren Publikum zu rechtfertigen. Um indeß nicht doktrinär zu werden, werden wir an den „Entwurf zu einem Gesetze über die deutsche Wehrverfassung" anschließen und daneben die „Kritischen Bemerkungen" beleuchten, welche über jenen Entwurf im Oktober 1848 anonym im Verlage der Decker'schen Oberhofbuchdruckerei in Berlin erschienen sind und den bekannten preußischen Oberstlieutenant v. Griesheim zum Verfasser haben sollen. Unserem Zwecke gemäß und mit Berücksichtigung des in einem politischen Blatte gestatteten Raumes beabsichtigen wir keine systematische, Alles erschöpfende Arbeit zu liefern, sondern nur diejenigen militärischen Fragen in's Auge zu fassen, die vorzugsweise die Aufmerksamkeit der Gegenwart auf sich ziehen.

II. Wie weit soll sich der Militärgerichtsstand erstrecken?

Der Entwuef der deutschen Wehrverfassung sagt: „Die Militärgerichte haben im Frieden nur über Dienstvergehen und Dienstverbrechen zu erkennen; für gemeine Vergehen und Verbrechen sind im Frieden die gewöhnlichen Gerichte zuständig." — Die „kritischen Bemerkungen" sind hiermit nicht einverstanden, weil ein Kriterium für Dienstvergehen aufzufinden und Competenz-Konflikte zwischen den verschiedenen Gerichten zu vermeiden, schwierig, die Civilgerichtspflege zu langsam und mit Ausnahme von Baden und einigen kleineren Staaten eine derartige Einrichtung noch nicht getroffen sei. Die Bestimmung des Kriteriums der Dienstvergehen ist nicht schwierig, da selbst die preuß. Kriegsartikel zwischen gemeinen und Dienstverbrechen unterscheiden. Wenn die kritischen Bemerkungen behaupten, daß Diebstahl, Raub, Schlägerei, und körperliche Verletzungen unter Umständen den Charakter des gemeinen Verbrechens ablegen und den des Dienstverbrechens annehmen können, so ist dies kein Grund, um die in Rede stehende Frage zu verneinen, sondern nur eine Aufforderung dazu, die Grenzlinien zwischen derartigen Verbrechen schärfer zu ziehen, als dies im Entwurfe geschehen ist. Wie leicht dies ausführbar, zeigt der Oberst Friccius, der General-Auditeur der preußischen Armee, der in seinem Entwurfe eines deutschen Kriegsrechts (Berlin, 1848. Nicolai'sche Buchhandlung) den Diebstahl für ein Dienstverbrechen erklärt, wenn er an Gegenständen, deren Bewachung dem Thäter anvertraut war, an Montirungskammern, Zeughäusern oder Magazinen, überhaupt an Sachen des Heeres, des Quartierwirthes oder dessen Hausgenossen, an der Habe verhafteter oder kriegsgefangener Personen, oder an Sachen einer zum Heere gehörigen Person verübt worden ist. Durch diese oder eine ähnliche Fassung des Militär-Strafgesetzbuches lassen sich alle in dieser Beziehung vom Verfasser der kritischen Bemerkungen vorgebrachten Bedenken beseitigen; hiermit fallen aber auch gleichzeitig die Schwierigkeiten weg, welche der Verfasser in den Competenz-Conflikten zwischen den Militär- und Civil-Gerichten erblickt. Schnelle Handhabung der Justiz ist eine unerläßliche Bedingung für die Ordnung jeder Armee. Da in Deutschland auch bei den Civil-

Gerichten ein beschleunigteres Verfahren als bisher sicher zu erwarten steht, so läßt sich von der Ausführung der vorgeschlagenen Maßregel um so weniger eine die Disziplin untergrabende Verzögerung des Untersuchungs- und Spruchverfahrens befürchten, wenn gleichzeitig die Anordnung getroffen wird, daß die Civilrichter alle von Militär-Personen begangenen Verbrechen primo loco bearbeiten müssen. Beiläufig sei hier nur bemerkt, daß auch die jetzige Militär-Gerichtsbarkeit nicht an zu großer Uebereilung leidet, da es nur zu häufig auch in der preußischen Armee vorkommt, daß sich die Angeschuldigten, ehe das Urtheil gefällt und bestätigt wird, Wochen und Monate lang im Untersuchungsarreste befinden. Aus der Mittheilung, daß die in Rede stehende Einrichtung nur in Baden und einigen kleinen Staaten, nicht aber in dem „freien Belgien und Frankreich" eingeführt ist, ziehen wir gerade entgegengesetzte Folgerungen als der Verfasser der kritischen Bemerkungen. Uns beweist die Existenz dieser Einrichtung in Baden deren Ausführbarkeit, und deren Nicht-Existenz in Frankreich erklären wir uns nur aus dem Umstande, daß das dortige Militairsystem noch auf Napoleonischen Grundsätzen beruht, die bekanntlich nicht eben sehr bürgerfreundlich zugeschnitten waren. Da die Militair-Institutionen Belgiens aber wieder nach französischem Muster gebildet sind, so haben wir gleichzeitig den Schlüssel zur Auflösung jenes scheinbaren Widerspruches. Uebrigens sind in Belgien die hiermit verbundenen Uebelstände viel weniger fühlbar, als anderswo, da dort schon ohnehin alle übrigen Einrichtungen dem militairischen Kastengeiste entgegen wirken. Dadurch, daß der Verfasser die englische Gesetzgebung verschweigt, dagegen die oldenburgische, welche jedes „von einem Soldaten des Dienststands begangene Verbrechen für ein Dienstvergehen" erklärt, anführt, — dokumentirt er am besten seinen Standpunkt, nämlich den: wonach der Soldat nicht nur im Dienste, sondern auch außerhalb desselben lediglich als Maschine betrachtet werden soll. Dies die kleinlichen, leicht zu beseitigenden Bedenken des kritischen Bemerkers; welches sind die Vortheile des Gesetz-Entwurfes? Die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes wird eins der wirksamsten Mittel zur Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens sein, welches noch zwischen Militair- und Bürgerstand besteht. Statt weitläufiger Raisonnements mögen ein Paar Beispiele die Richtigkeit dieser Behauptung darthun. In der preußischen Rheinprovinz wird ein Betrug von Personen des Bürgerstandes und von Soldaten gemeinschaftlich verübt; die Ersteren werden durch ein Kriegsgericht, welches nach dem Allgemeinen Landrecht zu erkennen hat, zu sehr strengen, entehrenden Strafen verurtheilt; die Letzteren vom Civilgerichte frei gesprochen, weil die in der Rheinprovinz geltenden französischen Gesetzbücher den Betrug nur in ganz bestimmten Fällen bestrafen. Ist nun die Wahrnehmung solcher ungleichartigen Entscheidung geeignet, dem Rheinländer Liebe für den Militairdienst einzuflößen? — Oder Bürger kränken die s. g. Standesehre eines Offiziers; es kommt in Folge dessen zu gegenseitigen thätlichen Konflikten. Der Offizier wird von seinen Standesgenossen gerichtet, die natürlich dieses Vergehen um so nachsichtiger beurtheilen werden, als z. B. der preußische Militair-Strafcodex eine ausdrückliche Strafe für den Mißbrauch der Waffen von Seiten des Militärs nicht kennt, und das Militair-Gesetz dem erkennenden Richter den weitesten Spielraum einräumt. Anders ergeht es dem bürgerlichen Inculpaten; denn dem Civilrichter sind die Standesinteressen unbekannt und er urtheilt daher nach der Strenge des Gesetzes. Die Folgen solcher Wahrnehmungen sind aber nicht der Geist der Eintracht, sondern im Gegentheil der der Ueberhebung und des gegenseitigen Mißtrauens. Oder endlich: der politische Parteihaß beschuldigt eine Militärperson eines Verbrechens; die Militäruntersuchung ergibt die Nichtigkeit der gemachten Beschuldigung und der Inculpat wird deßhalb durch das Militärgericht von Rechtswegen freigesprochen. Die Verhandlungen der Militärgerichte finden nicht öffentlich statt; was ist natürlicher, als daß der politische Parteihaß dieses Faktum so auslegt, als wenn das Urtheil ein einseitiges, befangenes und ungerechtes gewesen sei, bei dem nicht die Gerechtigkeit, sondern das Standesinteresse zu Gericht gesessen habe. Das Ende davon ist also, daß der Angeschuldigte, der in der That völlig rein dasteht, nichts desto weniger in der öffentlichen Meinung doch nicht rehabilitirt erscheint. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie weise die Bestimmungen des Gesetzentwurfes sind und wie sie sowohl dem Militär, wie dem Civil von größtem Nutzen sein werden.

Erklärung der Redaktion.

Der vielfach an sie gestellten Anforderungen wegen sieht sich die Redaktion zu der Erklärung veranlaßt, daß sie sich auf Rücksendung eingeschickter Manuskripte im Falle des Nichtgebrauchs, nur ganz ausnahmsweise einlassen kann.

Deutschland.

) **Frankfurt**, 9. Nov. Ich fahre fort, wie über die beiden ersten Sitzungen des Kongresses der Abgeordneten deutscher landwirthschaftlichen Vereine, Ihnen auch über die folgenden zu berichten, welche an Interesse gewinnen, namentlich die vierte. In der 3. Sitzung am 7. d. zeigte der Präsident an, daß der Erzherzog Reichsverweser die Deputation der Versammlung auf's freundlichste empfangen, auch derselben fortwährend seine Theilnahme für ihre wichtigen und gemeinnützigen Zwecke zugesagt habe, sowie daß er sie besuchen werde. Es liefen eine Reihe von Anträgen von Mitgliedern ein, als auf Verbindung des Unterrichts im Ackerbau mit den Schullehrerseminarien und Landschulen, auf Errichtung eines permanenten Ausschusses zur Wahrung der Interessen des Ackerbaues, so lange der jetzige provisorische Zustand dauert, auf Bestimmung eines Minimums der Gütertheilung und Beschränkung der Hutberechtigung ꝛc. — Daß bei Behandlung der deutschen landwirthschaftlichen Statistik dem deutschen Waldbau gleiche Aufmerksamkeit wie dem Ackerbau zuzuwenden sei, ward als sich von selbst verstehend angenommen. — Die 4. Sitzung am 8. Nov. Abends war die interessanteste. Der Erzherzog Reichsverweser wohnte ihr mehrere Stunden lang bei. Derselbe ward bei seinem Eintritte von der ganzen Versammlung mit einem dreifachen herzlichen Lebehoch empfangen. Der Herr Präsident, Graf von Solms-Laubach, sagte, wie die Versammlung hoch erfreut sei, Se. kais. Hoheit in ihrer Mitte zu sehen, nicht bloß wegen des hohen Standes und der erhabenen Stellung des Erzherzogs Reichsverwesers, sondern vorzüglich auch wegen seiner Verdienste, die er sich in Beziehung auf die Gegenstände erworben habe, um derentwillen die Versammlung hier sei. Der Reichsverweser erwiderte in der ihm eignen schlichten Weise und herzlichen Gemüthlichkeit, wie er sich als ein Mitglied der Gesellschaft betrachte, mit der er schon vor 2 Jahren in Gratz zusammengetroffen sei. — Es waren auch heute wieder verschiedene Anträge eingegangen in Bezug auf land- und forstwirthschaftliche Gegenstände. Höchst anziehend aber war eine ausführliche Diskussion über §. 31 (30) der Grundrechte, der also lautet: „Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grunddesitz unter Lebenden und von Todeswegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelnstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums duech Uebergangsgesetze zu vermitteln (§. 25, Abs. 3). — Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege der Gesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig" (§. 26, Abs. 1). — Der Kommissionsantrag des Kongresses ging dahin: „Der deutschen Nationalversammlung gegenüber den Wunsch auszudrücken, daß dieselbe sich veranlaßt sehen möge, den §. 31 (30) der modificirten Fassung zu streichen, damit nicht so wesentliche Interessen der Landwirthschaft und der ländlichen Bevölkerung durch diese Bestimmung in ihren Grundpfeilern auf's heftigste und zum größten Nachtheile derselben in einzelnen Ländern des deutschen Reiches erschüttert werden möchten." — Auch die Aufhebung des Jagdrechtes und der Fideicommisse hält die Kommission in der Weise, wie sie in den Grundrechten abgefaßt sei, in mehrfacher Beziehung für bedenklich, glaubte aber bei dem beschränkten Kreise ihrer Aufgabe nicht in diese Materie eingehen zu müssen. — Ueber jene wichtige Frage aber, die undegrenzte Theilbarkeit der Güter, entspann sich eine höchst interessante Debatte, in welcher ausgezeichnete Repräsentanten der Landwirthschaft aus allen Gegenden Deutschlands von Memel bis Trier, von Schleswig bis in die Tyroler Alpen, für und wider diese wichtige Frage kämpften, über welche sich die verschiedensten Ansichten aussprachen, die aber endlich mit großer Mehrheit, mit allen gegen siebenzehn Stimmen zu Gunsten des Kommissionsantrages entschieden ward. Indessen waren viele dieser Mehrheit noch gegen die Gütertheilung, vielmehr durchaus für das liberale Prinzip derselben. Sie glaubten nun, daß man es nicht mit Zwang durchführen, daß man es nicht gebieten, daß man nur vermittelnd auftreten, daß man den einzelnen Ländern die beßfallsige Gesetzgebung je

nach den besonderen Verhältnissen überlassen müsse. Diese Verschiedenheit schade Deutschlands Macht, Größe und Einheit nicht im Mindesten. — Ein weiterer Gegenstand der Berathung, den Schutz des an Flußufern gelegenen Geländes auf Staatskosten betr., fand weniger Theilnahme und die desfallsigen Anträge wurden verworfen. — In der heutigen 5. Sitzung des Kongresses, welche der Prinz Adalbert von Preußen besuchte, wurden verschiedene Beschlüsse in Bezug auf Organisation der landwirthschaftlichen Vereine gefaßt. — Der Bürgermeister dieser freien Stadt gibt nächsten Samstag den Abgeordneten des Kongresses ein großes Diner auf der Mainlust und der Senat hat sie zu einer Fahrt nach Biebrich auf den Sonntag, zur Besichtigung der dasigen ausgezeichneten Treibhäuser eingeladen. Heute machten viele der Herrn eine Excursion nach dem Bethmann'schen Gute und zur Besichtigung des merkwürdigen Frankfurter Gemüsebaues, der dem Boden einen so hohen Ertrag abzugewinnen weiß.

00 **Frankfurt**, 10. Nov. Die Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung, „daß die Bundesauszüge solcher Staaten, welche unter 6000 Mann stellen, entweder zu selbstständigen Truppenkörpern unter unmittelbarer Leitung der Reichsgewalt vereinigt werden oder ihre Rechte in Bezug auf das Heerwesen einem größern Staate übertragen und sich diesem anschließen", wird wohl auf die letztere Weise stattfinden, da die Bildung eines Heertheiles aus den Auszügen, z. B. von Schaumburg-Lippe, Lichtenstein, Mecklenburg-Strelitz geographisch unthunlich, in der Verwaltung ebenso kostspielig als die bisherige Einrichtung sein, und bei der Unmöglichkeit ihrer Vereinigung auch kein zusammenstimmendes kriegstüchtiges Ganze liefern würde. Wird der zweite Weg eingeschlagen, so ergeben sich folgende Heerestheile: 1) Oesterreich mit Lichtenstein; 2) Preußen mit Dessau; 3) Baiern; 4) Niedersachsen: Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe, Bremen; 5) Obersachsen, 6) Würtemberg; 7) Baden mit den beiden Hohenzollern; 8) Hessen-Darmstadt mit Homburg, Nassau und Frankfurt; 9) Kurhessen mit Waldeck; 10) Thüringen: die großherzoglich und herzoglich sächsischen Länder, Reuß, Schwarzburg (Weimar Vorort); 11) Nordalbingien: Holstein, Lauenburg, Schleswig, Hamburg; 12) Mecklenburg und Lübeck. (Mecklenburg Schwerin Vorort).

□ **Wien.** Die Allg. Ztg. enthält charakteristische Mittheilungen über die radikalen „Führer des Volks" und ihr Benehmen in den Tagen des Kampfes. Nur wenige standen in der Nähe der Barrikaden, keiner hatte Lust zum Märtyrer für seine Sache zu werden, keiner hat auch nur ein Tröpfchen Blut für die Oktoberrevolution verspritzt. „Dr. Taussenau, der Hauptredner des demokratischen Klubs, ist nach Ungarn davongelaufen. Füster und Häfner haben sich ebenfalls entfernt. Hrn. Robert Blum, den Ehrenhauptmann des freiwilligen Elitenkorps, sahen wir heute frisch, wohl und unversehrt, ein lächelndes Silengesicht, im Bierhause. Dr. Schütte war gestern krank und nahm keinen Antheil am Gefecht. Der kleine Dr. Jellinek, der gar zu gern ein großer Mann wäre, wenn ihn nur jemand dafür halten möchte, war schamlos genug, das Amt eines Polizeimannes zu übernehmen „zur Ueberwachung der Schwarzgelben und der konservativen Presse." Mit diesem Amt ist das kostbare Privilegium verbunden, sich von den Kugeln fernhalten zu dürfen und wider die Gegenpartei eine kleinliche Rache zu üben. Jellinek drahte bereits vor einigen Tagen, den Redakteur der Presse, des besten, tüchtigsten Blattes in Wien, welches mit dem erhaltenden Prinzip echten Freimuth und Liebe zum konstitutionellen Fortschritt vereinigt, verhaften zu lassen." Am 29. Okt. wurde in einer Versammlung der Nat.-Garde mit großer Mehrheit für die Kapitulation entschieden. Messenhauser bewies die Unmöglichkeit einem zweiten Sturme zu widerstehen; die Okkupation der Leopoldstadt hatte das Loos von Wien entschieden. Kuranda unterstützte ihn. Andere Redner, besonders Polen, sprachen heftig dagegen. Die größte Schwierigkeit, an der auch der Beschluß scheiterte, war, die Massen der Proletarier zum Niederlegen der Waffen zu überreden. — Die Nachrichten der neuesten Blätter über den Zustand der Stadt lauten noch fortwährend sehr traurig. In allen Vorstädten ist großer Schaden an Häusern, beweglichem Eigenthum und Menschenleben. Große Wagen mit Leichen, alle unbekleidet, werden zur Beerdigung nach den Friedhöfen geführt, am Abend des 3. Novembers allein fünf. Wie unerträglich die fortgesetzte, am 4. Nov. sogar noch verschärfte Spannung für die Wiener ist, die durch so viele Rücksichten und namentlich durch Lebensberuf wieder nach der Stadt gezogen werden, läßt sich denken. Sogar Todtenwagen werden untersucht, die Kanäle unter dem Pflaster aufgedeckt, um nach Flüchtigen zu spähen. Das edle Handwerk der Angeberei, das so lange in Wien blühte, hat die beste Aussicht wieder aufzublühen. Der Verkehr stockt gänzlich; alle Kaufmannsgewölbe sind gesperrt, die Noth der ärmeren Volksklasse hat bereits eine immense Höhe erreicht, welche der nahende Winter gräßlich gestalten dürfte, da an eine Hülfe von Seiten der gänzlich erschöpften Staats- und Stadtkasse kaum zu gedenken ist. Auch der Mangel an Silbergeld ist groß. Die Soldaten, welche ihre Löhnungen in Banknoten erhalten, nennen es Bosheit, wenn ihnen dieselben bald Niemand mehr wechseln kann. Die Zahl der Verhafteten soll bereits 500 erreichen. Haussuchungen werden streng betrieben; ein Victualienhändler in der Leopoldstadt soll gehangen worden sein. Ein Kalabreser, ein demokratisches Gespräch genügt jetzt, um verhaftet zu werden. Von jenen Deserteuren, die ihre Truppen verließen, um sich der Sache des Volkes anzuschließen, sind bereits Viele vom Militär eingebracht, und sogleich erschossen worden. Die Stadthauptmannschaft ist beauftragt, alle Fremden, die nicht hinlängliche Subsistenzmittel besitzen, von Wien wegzuweisen. Die Aula ist abgesperrt, ihre Räume haben einige Grenadierbataillone bezogen. Das Militär hatte die Plakate, welche die öffentlichen Gebäude als Nationaleigenthum erklärten, abgenommen; auch ein anderes wurde abgerissen, in welchem man Galgen für verschiedene Mitglieder der Linken verlangte. Die unter den entwaffneten Proletariern tauglich sind, werden unter das Militär gesteckt und bis zur Eintheilung in die Regimenter im k. Zeughaus aufbewahrt. Der Feldzug gegen Ungarn mit dem größten Theile der um Wien concentrirten Armee soll ganz nahe bevorstehen. Um Wien im Zaume zu halten, wird man nur einer geringen Macht bedürfen. Die Entwaffnung wird wohl vollkommen durchgeführt werden, und die Demagogen, die allenfalls den Nachstellungen entrinnen könnten, werden nicht sehr zu fürchten sein. In Ungarn hat General Moga, der einzige fähige Anführer, das Kommando niedergelegt. Unter solchen Begünstigungen erwartet der Korresp. der „D. Allg. Ztg.," dem wir das Meiste des Vorstehenden entnommen haben, einen neuen Aufschwung der Executivgewalt. Das eintretende Provisorium, die Suspension der Habeascorpusakte, oder vielmehr ihrer Ertheilung, werde der Regierung die Mittel erleichtern, von Krieg zu Krieg, und wie nicht zu zweifeln, von Sieg zu Sieg fortzuschreiten, und wie in Ungarn, so in Italien die Sachen zu schnellem Ende zu bringen. Bei der Ernennung des Ministeriums, dem nächst bevorstehenden Schritte, werde man wohl mehr bedacht sein, es in Prag und überhaupt an den Orten slawischer Zunge volksthümlich zu machen, als in Wien. Auch ohne Machtgebot werde es der erstarkenden Regierung weder an Geld, noch an Leuten fehlen; es bedürfe nur des Hinblicks auf eine starke Executivmacht, nicht ihrer Anwendung, um sich über Erlangung neuer und alter Mittel zu beruhigen. Weiterhin werde man auch nicht sobald ein Rekrutirungsgesetz votiren lassen, wodurch sich ein Hinderniß ergebe, denen vollends den Soldatenrock anzuziehen, die, nachdem sie ihn einmal anprobirt, kaum noch zu etwas Anderm taugen. — Wir glauben allerdings auch, daß dieß im Plan der militärischen Herrscher des Tages und vielleicht auch in der Wirklichkeit die nächste Zukunft Oesterreichs sein wird. Das einzige Hinderniß wäre der Reichstag. Was wird aus ihm werden? Man läßt ihn wohl einstweilen in Kremsier ruhig tagen und kümmert sich nicht um Verwicklungen, die etwa zukünftig entstehen möchten. Mit dem Völkerkongreß war es wohl gar nicht ernstlich gemeint, und käme er zusammen, so würde man ihn wohl auch für's erste bei Seite lassen. Sieht man aber die Dinge aus einem andern Gesichtspunkt als dem des militärischen Hoflagers, so wird man einem österr. Correspondenten der Leipz. Ztg. wohl rechtgeben, daß in der bedauerlichen Zerklüftung aller Zustände Oesterreichs der Reichstag noch der einzige (freilich schwache) Anhaltspunkt für bessere Zeiten sei. Nachdem der in Wien zurückgebliebene Theil in kaum beschlußfähiger Zahl wie unter dem Eindruck einer großen, allgemeinen, unabwendbaren Revolution gehandelt, wovon die Haltung der Provinzen das Gegentheil bezeugte, sei es nun an der Zeit, daß die beiden großen getrennten Hälften sich so bald als möglich vereinigten. Sie mögen also die ihnen dargebotene Gelegenheit ergreifen und einstweilen auf neutralem Boden zusammentreten, wo sie sich orientiren können, was für die nächste Zukunft zu thun sei, um das schwer leidende Oesterreich zu retten.

Digitized by Google

Wien, 4. Nov. Die Breslauer Zeitung enthält folgende Nachrichten, deren Bestätigung abgewartet werden muß. (Die Allgem. Ztg. hatte am 4. Nov. noch keine Nachricht von der Bildung des Ministeriums.) Das Ministerium ist reconstruirt. Wessenberg als Premier ohne Portefeuille, Bach für das Innere, Kraus für die Finanzen sind geblieben, Buchner Krieg, Maier Ackerbau und Industrie, Helfert Unterricht, Fürst Schwarzenberg Auswärtiges, Breda Justiz, Bruck Handel, neu eingetreten. Die öffentlichen Arbeiten sind noch nicht besetzt. Kraus wird sich über die Beibehaltung, wie ihm sehr höflich anheim gestellt worden, noch zu bestimmen haben. Das neue Kabinet hat delikate Bedingungen gestellt. Das Hof-Spezial-Kabinet muß aufhören, eine Reihe von Personen die Umgebung des Kaisers verlassen, der Einfluß des Erzherzogs Franz Karl ist scharf formulirt worden. Wessenberg hat man jedenfalls nur behalten, um nicht der Schwäche beschuldigt zu werden. — Maier, Helfert sind tüchtige, parlamentarische Kapacitäten, Schwarzenberg wird muthmaßlich wenigstens die Hälfte des Talentes, das ihm zur Seite steht, bewähren. — Die Stadt ist noch verschlossen, stündlich erwarten wir die freie Eröffnung. — Von bekannteren Namen werden mir unter den Verhafteten genannt: Robert Blum, der unter dem Schutze der Unverletzlichkeit tapfer zu den Waffen im Eliten-Korps greifen zu dürfen meinte. Prof. Füster, die Schriftsteller Becher, Gritzner, Engländer, Mahler, Kolisch, Frankl, Chaisee, Sengschmidt, Falke, Buchheim, Deutsch, Fenneberg. — Der ehemalige Oberkommandant Messenhauser soll in Znaim verhaftet worden sein.

Prag, 4. Nov. Die heutige Prager Zeitung meldet: „Die Prager Deputation ist gestern von Ollmütz zurückgekehrt und hat die vollste Zufriedenheit über ihre Aufnahme von Seiten der kaiserlichen Familie, deren einzelnen Gliedern sie sich besonders vorgestellt hatte, ausgesprochen. Der Kaiser versprach ihr, daß Wien auf keinen Fall dem Martialgesetz unterstehen werde, daß, sobald die Ruhe hergestellt ist, die ordentlichen Civil-Behörden in Wirksamkeit treten.

Prag, 5. Nov. Vom k. Ministerialkommissär Hofrath Kulhonek wird die Administrationsreform mit allem Eifer betrieben. Nach dem Plane für die künftige Einrichtung unserer Behörden sind als politische Behörden für Böhmen bestimmt: ein Statthaltereirath in Prag, 4 Oberdirektionen (in Brür, Königgrätz, Pilsen und Budweis), 24 Amtshauptmannschaften und 190 Bezirksämter. Was die Gerichtsbehörden betrifft, so sollen auf je 5 Quadratmeilen ein Bezirksgericht, auf je 40 Meilen ein Collegialgericht kommen. Für 14 Kreise sind bereits die Orte, wo solche Gerichte ihren Sitz haben sollen, ermittelt, und in der nächsten Woche soll auch für Prag das Reorganisationswerk begonnen werden.

Der Postverkehr mit Wien ist wohl wieder eröffnet, die Personenpassage aber ist noch immer gehemmt, und zwar auf die strengste Weise. Uebrigens ist die ärarische Brücke über die Donau wieder fahrbar gemacht und an der Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke wird fleißig gearbeitet. Man erzählte gestern, Smolka und Borrosch seien festgenommen, um über die Mörder Latour's Auskunft zu geben und als Geisel für deren Auslieferung zu dienen. Der Schaden in der Stadt Wien selbst soll beiweitem nicht so groß sein, als man gefürchtet hat. (C. Bl. a. B.)

Innsbruck, 6. Nov. Die Verhandlungen der Provinzialstände am 4. Nov. über die Ablösung der Grundlasten gingen zunächst von der Frage aus, ob die Entschädigung selbst ohne Concurrenz anderer Provinzen von Tyrol geleistet werden soll. Dies wurde als Grundsatz einstimmig angenommen. Als nicht zu entschädigende Grundzinse wurden die sogenannten Theilzinse, sowie alle aus der Gerichtspflege herrührenden Giebigkeiten (Gerichtszinse, obrigkeitliche Schutzzinse, Personalgewerbszinse) festgesetzt. — In der Landtagssitzung vom 2. Nov. beantragte der Ausschuß für Landesangelegenheiten, daß, da durch die Annahme der §§. 2 und 3 des Verfassungs-Entwurfes im Frankfurter Reichstage die Anschlußfrage Oesterreichs an Deutschland sehr bedenklich werde, — zwei Abgeordnete gewählt werden möchten, welche sich in die übrigen deutsch-österreichischen Provinzen zu begeben, die Ansichten derselben über künftige Verhältnisse in dieser Stellung zu erfahren und zu berathen hätten. (Innsb. Z.)

CC **Berlin**, 8. Okt., 9. Uhr Abends. Der Staatsanzeiger verkündet so eben eine Kabinetsordre, welche ein Ministerium v. Brandenburg, Premier, v. Manteuffel, Inneres, v. Ladenberg, Cultus, Kisker, Justiz, v. Strotha, Krieg, ernennt. Die Hrn. Pommeresche für Handel, Kühne für Finanz sind provisorisch ernannt. Morgen wird eine allerhöchste Botschaft auf das Bureau der National-Versammlung gelegt, welche die Nat.-Vers. nach Brandenburg verlegt und behufs Vorbereitung auf 14 Tage vertagt. Präsident v. Unruh wird dagegen protestiren und die Sitzung nicht schließen. Der Minister-Präsident wird darauf erklären, daß er jede weitere Verhandlung für ungesetzlich erkläre, und sämmtliche Minister werden den Saal verlassen und mit ihnen die Majorität der Kammer.

Die Rechte hat bereits einen Protest gegen alle weiteren Verhandlungen, welche allenfalls von der Linken beliebt werden möchten, abgefaßt und wird ihn mit etwa 120 Unterschriften dem Präsidenten überreichen.

(Diese Nachricht wird unsern Frankfurter Lesern bereits gestern Abend in einer Extrabeilage zugekommen sein. A. d. R.)

CC **Berlin**, 8. Nov. Das Ministerium hat schriftlich anzeigen lassen, daß es außer Stande sei, da es die Krone in der Versammlung zu vertreten nicht mehr das Recht habe, der Berathung über ein Gesetz beizuwohnen. Abgeordneter Scheidt trägt deßhalb auf Vertagung der Sitzung an. Ebenso Daniels. Andere Anträge wollen die Morgensitzung in die Abendsitzung verwandeln und beabsichtigen die Berathung des Gesetzes zum Schutze der Mitglieder der Versammlung vor allen andern schleunigen Anträgen vorzunehmen. Abgeordneter Duncker macht darauf aufmerksam, daß in der Stadt ein Gerücht gehe, es solle heute Abend ein neuer Krawall herbeigeführt werden und daß es unpolitisch sein würde, durch eine Abendsitzung dazu Veranlassung zu geben. — Die Frage, ob man ohne Vertretung der Krone hier Gesetze berathen könne, wird mit den alten Gründen für und gegen weitläufig erörtert. Arntz will beweisen, daß es mit dem konstitutionellen Leben verträglich sei, auch ohne Anwesenheit der Minister zu berathen. v. Kirchmann stützt sich darauf, daß die Versammlung gestern den Beschluß, heute zu tagen, gefaßt habe, ohne daß die Anwesenheit der Minister zur Bedingung gemacht worden sei. Milde widerlegt einige geschichtliche Angaben, welche Arntz vorgebracht hat. Bei dem Antrage von Daniels, die Sitzung bis morgen zu vertagen, weil die heutige Berathung zwecklos sein würde, entsteht eine heftige Debatte darüber, ob das dem Antrage angehängte Motiv mit zur Abstimmung gebracht werden solle oder nicht. Die Linke erhebt, als v. Daniels gegen Parrisius Bemerkung, es sei nicht Sache der Versammlung, schlechte Anträge zu bessern, das Wort nehmen will, ein furchtbares Gebrüll, wie es in diesem Maaße noch niemals vorher gehöret worden. Parrisius soll sogar das Wort Unsinn gebraucht haben; er will aber Unding gesprochen haben. v. Daniels erwidert, „er habe allerdings von Parrisius nur Unsinn gehört, wenn es aber Unding gewesen sei, habe er auch nichts dagegen; in dem Meere von Wohllauten habe er den Consonnanten überhört." — Es ward auf Theilung des Antrages angetragen, dem widersprochen und durch Beschluß die Theilung angenommen. — Es erfolgt namentliche Abstimmung über den Antrag ohne das Motiv; es stimmen 172 mit Ja, 186 mit Nein, und ist sonach der Antrag gefallen; mit ihm das Duncker'sche Amendement. Es wird demnach zur Tagesordnung übergegangen. § 1. Nr. 11 (Fleisch- und Blutzehnt) wird angenommen und über die Frage: ob dies Gesetz bezüglich der Neubruchzehenten rückwirkende Kraft haben soll, mit namentlicher Abstimmung verneinend entschieden. Auf Antrag des Abgeordneten Schulz (Delitzsch) wird beschlossen: unter Aufhebung der heutigen Abendsitzung die Tagesordnung dieser Sitzung in der morgenden Vormittags-Sitzung vorzunehmen. — Der König soll in Betreff des Ministerium Brandenburg geäußert haben: Entweder Brandenburg in der Kammer, oder die Kammer in Brandenburg! (Das Schicksal kann auch mit dem Namen einen Witz machen.)

CC **Berlin**, 8. Nov. Das Tagesgespräch in allen Kreisen hatte gestern ausschließlich den Kampf zwischen den königl. Truppen und der hauptstädtischen Bevölkerung, den man sehr nahe glaubte, zum Gegenstande. Es war namentlich von Operationsplänen die Rede, die in Potsdam entworfen sein sollen. Wir sind im Stande, hierbei die zuverlässige Angabe zu machen, daß die in diesem Augenblick in der näheren Umgebung Berlins kantonnirenden Truppen wenig über 25000 Mann stark sind. Die Zahl der Geschütze beläuft sich auf 150 bis 160 Stück. Die Konsignation der in der Stadt selbst befindlichen Militärmannschaften ist

Digitized by Google

aufgehoben. Gestern sind indeß scharfe Patronen, auf den Mann gegen 60 Stück, vertheilt worden. Die Schlüssel zu allen königlichen Gebäuden befinden sich in den Händen des Militärs. Auch für die Gitterthore des Schlosses, obwohl das Gebäude ausschließlich durch die Bürgerwehr besetzt wird, haben Offiziere Schlüssel. — Auf der Tagesordnung für die heutige Abendsitzung befinden sich nicht weniger als 10 neue Anträge und 7 Interpellationen. Da indeß diese Sitzung ausfällt, so werden diese Vorlagen erst morgen zur Sprache kommen. Eine der wichtigsten unter diesen ist der von dem Abg. Wachsmuth und (19) Genossen eingebrachte Gesetzentwurf zum Schutz der N.-V. Er lautet: „§. 1. Ein gewaltsamer Angriff auf die Versammlung der Volksvertretung in der Absicht, dieselbe auseinanderzusprengen oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, wird mit Gefängniß- oder Festungsstrafe von 1 bis zu 10 Jahren bestraft. Wer zu solchen Handlungen auffordert, unterliegt gleicher Strafe. — §. 2. Ein gewaltsames Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungslokal der Vers., ein thätlicher Widerstand gegen die mit Ausweisung dort befindlicher Personen Beauftragten, eine im Sitzungslokale von Nichtmitgliedern ausgeübte Bedrohung oder Beleidigung eines Mitgliedes, Beamten oder Dieners der Vers., sowie der fungirenden Mitglieder der Staatsregierung, wird mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft. Thätlichkeiten im Sitzungssaale, an den vorerwähnten Personen verübt, werden außer der gesetzlichen Bestrafung der Handlung an sich, mit Gefängniß oder Festungsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft. — §. 3. Eine an einem Mitglied der Versammlung in Beziehung auf dessen Eigenschaft oder Verhalten als solches verübte Thätlichkeit wird außer der ohnehin durch die Gesetze bestimmten Strafe der Handlung mit Gefängniß bis zu 3 Jahren, gefährliche Bedrohung oder Beleidigung der erwähnten Personen mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft und von Amtswegen verfolgt. — §. 4. Zusammenläufe von mehr als 15 Personen im Umkreise von Eintausend Schritten vom Sitzungslokale während der zu einer Sitzung anberaumten Zeit oder während einer Stunde vor und nach derselben, sind verboten. Dieselben werden, wenn die Auflösung auf die Aufforderung der Beamten der öffentlichen Sicherheit nicht befolgt an den Anstiftern oder mit Waffen versehenen Theilnehmern mit Gefängniß bis zu 6 Monaten, die andern Theilnehmer bis zu 3 Monaten bestraft."

✕ **Köln**, 8. Nov. Die Beiträge zum Dombau sind in der letzten Zeit so spärlich geflossen, daß der hiesige Dombauverein einen Nothruf zur Unterstützung hat ergehen lassen. Der König, des Dombaues Protektor, hat inzwischen aus seiner Privatkasse 12,000 Thaler für den Dom angewiesen (für welchen der Staat bekanntlich jährlich 50,000 Thaler hergiebt.) Möchte die Theilnahme an jenem herrlichsten aller Nationalwerke auch in diesen bedrängten Zeiten nicht ermatten!

München, 4. Nov. Die Adresse aus dem Zweibrückersaale hat bei dem Könige auch auf postlichem Wege keine Annahme gefunden. Wohl aber sind ein paar sogenannte Gegenadressen gnädig aufgenommen worden. — Vorgestern scheint das österreichische Gesandtschaftshotel mit einer Katzenmusik bedacht gewesen zu sein. Polizeiliche und militärische Vorkehrungen sollen die Ausführung verhindert haben. Vielleicht hat die Polizei auch blos aus der öffentlichen Stimmung praktische Schlüsse gezogen. Dieselbe gedenkt übrigens ihren Schutz noch mehr, als seit dem 18. Oktober, über die ganze Stadt ausdehnen zu wollen. Wenigstens melden die heutigen Lokalblätter, daß 8 abgesonderte Polizei-Inspektoren in den verschiedenen Stadttheilen eingesetzt werden sollen. (Schw. M.)

München, 6. Nov. Die schweren Beleidigungen, welche der baierische Consul zu Messina, Kilian, am 7. September bei der Einnahme der Stadt durch die neapolitanischen Soldaten an Person und Eigenthum erlitt, und wobei auch die Consulatssohne fortgeschleppt wurde, haben unserer halbofficiellen Zeitung zufolge Anträge der Regierung bei dem Gouvernement zu Neapel hervorgerufen, welche auf volle Genugthuung für diesen Bruch des Völkerrechts dringen. Nun hat das Reichsministerium dieses kräftigst unterstützt und dafür die Vermittlung des neapolitanischen Gesandten in Frankfurt, Baron Antonini, in Anspruch genommen. (Fr. J.)

München, 7. Nov. Ueber die Ministerkrisis schreibt man der O.P.Z.: Die Nothwendigkeit einer theilweisen Modifikation des Ministeriums durch den Rücktritt Thon-Dittmer's aus dem Ministerium des Innern war seit dem 6. August unbezweifelt und wurde seit den Vorgängen des 21. August und 18. Oktober selbst von den eifrigsten Anhängern dieses Oppositionsmannes aus frühern Landtagen eingestanden. Seinem Austritte stand bisher noch allgemeinem Dafürhalten der unbegreifliche Entschluß der übrigen Minister entgegen, solidarisch mit Thon-Dittmer zu bleiben oder auszuscheiden; daher der in den jüngsten Wochen gehegte Plan, das Ministerium des Innern dem bisherigen Finanzminister Lerchenfeld zu übertragen und Thon-Dittmer das neu zu schaffende Portefeuille des Handels und Ackerbaues anzuvertrauen. Man ist indessen auch hiervon wieder abgegangen und ein fast durchaus neues Ministerium soll vor die nächste Kammer treten. Dem Grafen Aemansperg ist das Ministerium des Innern — Einige wollen wissen, mit der bisher in Baiern unbekannten Präsidentschaft des Ministerrathes — zugedacht; Thon-Dittmer, Lerchenfeld und Heinz treten aus dem Ministerium, und der frühere Ministre Zu-Rhein tritt in selbes ein.

Leipzig, 8. Nov. Ein heute aus Wien hier angekommener Reisender bringt die gewisse Nachricht von Robert Blum's Verhaftung und die nähern Details derselben. Am 4. Nov. früh zwischen 5 und 6 Uhr hat eine Schaar von 40—50 Soldaten die Stadt London, wo Blum gewohnt, umstellt und das ganze Haus durchsucht. Das Militair ist dabei auch in des Reisenden, dicht neben Blum's und Fröbel's Logis gelegenes Zimmer eingedrungen und hat nach Blum gefragt, der Reisende aber hat darauf selbst gesehen, daß Blum und Fröbel als Arrestanten und unter Militairbedeckung in einem Wagen fortransportirt worden sind. (D. A. Z.)

+ **Karlsruhe**, 9. Nov. Die Amnestiefrage wurde heute in der zweiten Kammer zu Ende gebracht, doch erst, nachdem noch eine Masse von Rednern aufgetreten waren. Augenscheinlich hatten aber die gestrigen Verhandlungen auf heute rückgewirkt, und es war einerseits nicht mehr die Frische vorhanden, andererseits hielt man sich mehr an die Sache, so daß die Diskussion dadurch schon trockener wurde. Die Abgeordneten, welche für eine allgemeine Amnestie im Sinne von Kuenzer auftraten, waren: Kieser, Junghanns, Sachs und Welte; dagegen vertheidigten Lamey, Stößer, Schmitt, Bissing, Buhl und Zentner, sowie der Berichterstatter den Kommissions-Antrag; endlich wurde zur Abstimmung geschritten und Kuenzer's Antrag mit 31 Stimmen gegen 16 verworfen, wogegen noch ein Zusatz zum Kommissions-Antrage auf Lamey's und Mez's Verlangen aufgenommen wurde, daß die Amnestie bis zum 1. Sept. reichen, daß dagegen Soldaten, die gegen ihre Fahne gekämpft, davon ausgeschlossen und eine größere Schnelligkeit in der Untersuchung, die sich mehr auf die stärker Graviirten erstrecken soll, eintreten möge. Die Staatsregierung wird ohne Zweifel auf diesen Kammerbeschluß eingehen, wiewohl diese Frage in der ersten Kammer nicht vollständig in gleichem Sinne entschieden worden sein dürfte. In der nächsten Woche soll die Diskussion über das Pensionsgesetz stattfinden; die noch in Frankfurt weilenden Mitglieder werden hierzu erwartet, da der Gegenstand ein Verfassungsgesetz betrifft, wozu die Anwesenheit von ¾ der Kammermitglieder nothwendig ist. — Im Wahlbezirk Durlach scheint die Erwählung des Staatsraths Hoffmann zum Abgeordneten nun keinem Zweifel mehr zu unterliegen; doch glaubt man kaum, daß er annimmt.

▽ **Heidelberg**, 8. Nov. Wie sich denken läßt, hatten der Muth und die Hoffnungen unserer Republikaner an dem Wiener Revolutionsbrande von neuem Feuer gefangen; sie wußten am besten, daß es sich dort nicht sowohl um das deutsche Interesse als solches, sondern um die deutsche, zum Theil socialistisch gefärbte Republik handle, um eine Republik der kleinen Handwerker und Arbeiter, die ohne Zweifel, wenn sie gesiegt hätten, auch auf die Früchte ihres Sieges Anspruch gemacht und dem sogenannten vierten Stande die weitesten Privilegien ausgewirkt haben würden. Allen Berichten nach haben außer den Fremden, den fahnenflüchtigen Soldaten und den enthusiastischen Wiener Studenten, welche die Hallen der Wissenschaft in eine Kaserne und tolle Marketenderbude verwandelten, fast nur die kleinen Leute unter den Handwerkern und die Arbeiter an den Kämpfen in und um Wien lebhaften und aufrichtigen Antheil genommen. Hatte doch die sociale Republik ihren Gesandten in der Person des Hrn. Robert Blum nach Wien abgeordnet, eines Mannes, bei dem es sich nur zum Schein um Grundsätze der höhern Politik, in Wahrheit aber nur um eine durch alle Verhältnisse greifende radikale Umwälzung

Digitized by Google

der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung handelt. Es ist klar, mit welchen gierigen Blicken die hiesigen Republikaner, die ohne Zweifel der Mehrzahl nach Socialreformer sind, obschon auch sie die beliebten Stichworte „deutsche Einheit", „deutsche Ehre" u. s. w. häufig genug im Munde führen, an der Entwickelung der Dinge in Wien hingen. Ueberall wieder jenes wohlbekannte trotzige, stiere, herausfordernde Aussehen der mit wildem Bartwuchs eingehegten Gesichter, das lärmhafte, zuversichtliche Schreien und Toben an den öffentlichen Orten, das Niederdonnern jeder entgegengesetzten Ansicht durch terroristische Phrasen! Als die erste Nachricht kam, daß man wegen Uebergabe der Stadt Wien unterhandle, half man sich einfach damit, daß man daran nicht glaubte oder nicht zu glauben sich stellte, und als man zuerst vom Wiederbeginn der Feindseligkeiten hörte, frohlockte man laut: die Revolution siegt! Es war Alles erlogen! Windisch-Grätz hat verfälschte telegraphische Depeschen in die Welt geschickt! Ganz dieselbe Erscheinung, wie zur Zeit des Hecker'schen Putsches, wo man noch in den Heidelberger Wirthshäusern ganze Bataillone der Badener zu den Aufständischen übergehen und ein darmstädtisches Regiment völlig aufreiben ließ, als die Anführer bereits ihre Sache verloren gegeben, ihre werthen Personen dagegen in Sicherheit gebracht hatten. Später trat dann freilich eine Zeit lang Todtenstille und Niedergeschlagenheit ein, wie es auch jetzt, wo es nicht mehr möglich ist, an verfälschte telegraphische Depeschen zu glauben, der Fall zu sein scheint. Diese Stille dauert dann freilich nur so lange, bis etwa im Oberlande ein neuer Putsch versucht wird oder die Brüder Berliner oder Wiener einen neuen erheblichen Krawall anstiften, oder die Rothen in Heilbronn oder Rottweil abermals einen Zug nach Stuttgart verunglücken lassen. Leider aber muß man gestehen, und es wäre ein Verbrechen, sich dies zu verhehlen, daß das Ansehen der Centralgewalt einen neuen Stoß erhielt, indem sie sich gänzlich unfähig gezeigt hat, in Wien vermittelnd einzuschreiten, und einerseits die Kroaten vom deutschen Boden fern zu halten, andererseits den Wühlereien und Hetzereien der Republikaner und der fremden Emissäre ein Ende und dadurch den Kampf unmöglich zu machen. Es ließ sich voraussehen, daß die Herren Reichskommissäre mit ihren harmlosen Proklamationen und ihrer begütigenden Zusprache in Wien und Ollmütz nichts ausrichten konnten, wenn sie nicht eine Armee hinter sich herzogen, welche als neutrale deutsche Truppenmacht das Weichbild der Stadt Wien zu besetzen hatte, zu dem Zwecke, die Tschechen und Kroaten heim zu weisen und die neuerrungenen Freiheiten zu sichern, aber auch die Ungarn fern zu halten und die Stadt Wien, sich auf deren zahlreiche konservative Elemente stützend, von den fremden revolutionären Bestandtheilen zu reinigen und statt der Studentenregierung eine wirkliche Regierung möglich zu machen. Konnte man in Betracht der eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs und aus Furcht, bei beiden Parteien zu verstoßen, diesen Schritt nicht wagen, so mußte man es auch unterlassen, Reichskommissäre zu senden, die, nachdem sie in dieser Angelegenheit so gänzlich gescheitert, für die Zukunft schwerlich von Frankfurt aus in Bewegung gesetzt werden könnten, ohne den Spott des Volkes mit auf den Weg zu nehmen. So wenigstens spricht sich die allgemeine Meinung hier und auch wohl anderwärts aus. — Ueberhaupt kann man nicht oft genug wiederholen, daß es die höchste Zeit ist, den gegenwärtigen provisorischen Zustand, der noch ganz Deutschland aufzureiben droht, in einen definitiven zu verwandeln. In jeder Stadt Deutschlands gibt es noch eine konservative Mehrheit, die sich mit dem, was aus jeder Revolution als Festes übrig bleibt, begnügen will, die vor allem Ruhe und Ordnung und ein sicheres Bett für den Gang der Geschäfte fordert. Auch die Bürgerschaft Heidelbergs will diese Ruhe, sie hat sich thatsächlich als Feindin der Gesetzlosigkeit und der anarchischen Willkür gezeigt, als sie mit bewaffneter Hand den bewaffneten Ueberfall der Sinsheimer abwies und die buntgewürfelte, zum Theil zerlumpte, Freischaar zum Niederlegen der Waffen zwang. Worauf beruht hauptsächlich der Einfluß der republikanischen Wühlerei, wodurch macht die Revolution unter selbst ursprünglich gesetzlich Gesinnten so manche Proselyten oder mindestens Schwankende, als durch die Vorstellung, daß das jetzige Provisorium außer Stande sei, die gewünschte Ruhe und Ordnung im Lande zu schaffen, daß die Fürsten und die Reaktion der Volkswohlfahrt im Wege stünden, daß man es mithin mit der Republik versuchen müsse? Unpraktischen Völkern, wie den Deutschen, kommt es nicht darauf an, einen bloßen Versuch zu machen, selbst ohne Aussicht auf den gewünschten Erfolg, obschon es auf der Hand liegt, daß das seit mehr als tausend Jahren monarchisch eingerichtete, von mehr als 30 Fürsten beherrschte und mit stehenden Heeren überfüllte Deutschland nicht so leicht in eine Republik, geschweige in eine einige, sich verwandeln läßt, wie etwa die Urkantone der Schweiz oder das freie Nordamerika, das nie von einem Fürsten, einer Residenz, einem mächtigen stehenden Heere etwas wußte. So groß ist übrigens hier in Heidelberg das Bedürfniß nach Ruhe, daß Viele, von denen man es am wenigsten erwarten sollte, sich bereits an Preußen, als den letzten Rettungsanker Deutschlands, klammern! — Unterdeß ist, wie man vernimmt, die Noth auf eine bisher kaum noch erreichte Höhe gestiegen, die Fremden bleiben aus, mehrere Notabilitäten und vermögende Leute, überdrüssig des ewigen Tumultes und der Plackereien durch republikanische Lärmer und Schreier, denken bereits darauf, die Stadt sobald als möglich zu verlassen, dazu steht der Winter vor der Thür und das Reichsprovisorium droht, noch eine geraume Weile anzudauern — Grund genug, warum so Mancher den ernstlichsten Befürchtungen Raum gibt.

Kassel, 1. Nov. Durch Ausschreiben des Ministeriums des Innern vom 30. Okt. sind die neuen Stände auf den 28. Nov. d. J. einberufen.

Koburg, 5. Nov. Der Herzog erklärt in einem Erlaß an die Abgeordnetenversammlung des Herzogthums Gotha, er weise die Zumuthung, welche den Fürsten der kleineren deutschen Staaten gemacht werde, aus Rücksichten auf ihren Privatvortheil ihre Mediatisirung zu verlangen, entschieden von sich ab; mit Freuden habe er die Richtung der Neuzeit begrüßt, welche sich die Erreichung der Einheit Deutschlands zur Aufgabe gestellt habe; aber er könne bei der Fügsamkeit der kleineren deutschen Staaten an der Möglichkeit und Nützlichkeit ihres Fortbestehens als selbstständiger Theil Deutschlands nicht zweifeln; gewohnt, jede persönliche Rücksicht dem öffentlichen Wohle unterzuordnen, werde er von seinem Rechte, auf seine Stellung als Regent nach freier Wahl zu verzichten, nur dann Gebrauch machen, wenn die fernere Behauptung dieser Stellung mit Ehre oder Pflicht nicht vereinbar sein sollte; er spreche hiermit zugleich die Ansichten seiner in ähnlichen Verhältnissen befindlichen Standesgenossen aus. (N. C.)

Altenburg, 6. Nov. Die verflossenen acht Tage sind in unserer Stadt ganz friedlich vergangen. Das Haupt der Republikaner, Erbe, hat sich bereits seit vierzehn Tagen von hier entfernt, und ist man über seinen jetzigen Aufenthaltsort sehr im Dunkeln. Minister v. d. Planitz wird seine Stelle niederlegen und an seine Stelle der jetzige Kreishauptmann Gr. v. Beust in's Ministerium treten. — Heute ist wieder hannöver'sche Artillerie eingetroffen. Die Zahl des bisher in der Stadt einquartirten Militärs soll noch um ein Drittel vermehrt werden. (Leipz. Ztg.)

Sigmaringen, 2. Nov. Die auf dem letzten Landtage verabschiedeten und verkündeten Gesetze haben uns materielle Erleichterungen gebracht, wie sie kaum in anderen Staaten gewährt wurden; wir rechnen darunter außer dem Nachlasse von verschiedenen Gefällen mit einem Kapitalwerthe von mehr als einer halben Million Gulden, die Verminderung der Sporteln, die Aufhebung des Blut- und Neubruchzehnten, des Jagdrechtes und der Jagdfrohnen, aller s. g. alten Abgaben, des Lehenverbandes und sonstige Grundlasten, des Fischereiregales, die Herabsetzung der Wirthschaftsabgaben, die Theilnahme der landes- und standesherrlichen Verwaltungen an allen Gemeindelasten u. s. w. Nur über die Domänen- und Zehntfrage kam auf dem Landtage eine Vereinbarung nicht zu Stande, obwohl die Majorität der Kammer sowohl als der öffentlichen Stimmung die Domänen als Staatseigenthum und die unentgeltliche Aufhebung des Zehntens reklamirte. (Schw. M.)

Wiesbaden, 7. Nov. Dem Vorstand der hiesigen deutschkatholischen Gemeinde ist in diesen Tagen eröffnet worden, daß nach der am 5. März gegebenen Zusicherung, die deutschkatholischen Gemeinden des Herzogthums den übrigen anerkannten christlichen Konfessionen im Allgemeinen nunmehr gleichzustellen seien, besonders in Bezug auf Korporationsrechte, auf öffentlichen Gottesdienst und Gestattung der Trauungen durch die deutschkatholischen Geistlichen.

Digitized by Google

Großbritannien.

Auch in **London** waren alle Blicke auf Wien gerichtet. Die „Times" beklagt das Schicksal der einst so heiteren Kaiserstadt — „mirthful, alas! no longer" — aus welcher wohl Tausende von Engländern freundliche Reiseerinnerungen mitgenommen. „Die Unterdrückung des Aufstandes," sagt der „Standard", „ist sicher; was dann folgen mag, ist problematisch, aber die Aussicht ist nicht sehr tröstlich, denn die sociale wie politische Zerrüttung in Deutschland ist allzuweit gediehen." Eben dieses Torroblatt enthält über den sittlichen und geistigen Charakter des deutschen „Pedantenvolkes" einen Artikel, der an plumpem Unglimpf alles übertrifft, was je aus der Feder eines altenglischen Pedanten geflossen.

Man lies't in der Litterary Gazette: Die unlängst mit der „Jumna" von Bombay in London angekommenen assyrischen Alterthümer, mit deren Aufstellung im britischen Museum man jetzt beschäftigt ist, haben auf der Ueberfahrt leider noch mehr gelitten, als bereits Ceyloner Blätter befürchten ließen. In Folge der schlechten Packung, indem man zerbrechliche Gegenstände von Glas und Alabaster neben Marmorstücke gelegt, sind erstere durch das Rollen und Schwanken des Schiffs größtentheils zerbrochen. Besser sind die Alterthümer von Elfenbein und die Steinreliefs und Inschriften erhalten, und, wenn sie erst vollends gereinigt sind, werden diese von Hrn. Layard aufgefundenen dreitausendjährigen Monumente wohl wesentlich dazu beitragen, über die dunkle Geschichte jenes alten Volkes, seine Bildung und Kunst, weiteres Licht zu verbreiten. — In den ersten Tagen des Nov. standen die Ufer der Themse bis nach Richmond hinauf weithin unter Wasser. Tausende von Morgen Saatfeld waren mehrere Fuß tief überschwemmt.

Oesterreichische Monarchie.

***Krakau**, 4. Nov. Es bestätigt sich, daß es in Lemberg zu einem blutigen Kampfe zwischen den Truppen und dem Volke gekommen ist. Die Barrikaden wurden durch Artillerie zerschmettert, das bewaffnete Volk konzentrirte sich in der Universität, und befestigte auf der davor befindlichen Barrikade eine rothe Fahne. — Ein Theil der Stadt um die Universität und besonders die Universität selbst ist durch Raketen in Brand gesteckt worden, so auch eine große Anzahl anderer Häuser, unter diesen das herrliche Rathhaus. Bei Abgang des Kuriers war die Ruhe wieder hergestellt.

Schweiz.

☽ **Bern**, 7. Nov. Der Nationalrath wurde gestern vom Alterspräsidenten, dem Hrn. Alt-Landammann Sidler von Zug, mit einer Begrüßungsrede eröffnet, in welcher er folgende Gedanken aussprach: „Gruß an die schweizerischen Nationalräthe, die durch Namen, durch Gesinnung, durch Kenntnisse, durch vaterländische Wirksamkeit, durch unmittelbare Wahl von Seiten des Volkes, durch die Bestimmungen der Bundesverfassung zunächst berufen sind, die schweizerische Bevölkerung in ihrer Gesammtheit, in ihree nationalen Einheit zu vertretrn." Freude über die Wiedergebuet, die Auferstehung, „den Ostertag des Vaterlandes." Eine neue Epoche der Schweizergeschichte beginnt: „Die Jahrhunderte durch gedauerte Epoche brinabe unumschränkter Kantonal-Souveränität liegt hinter uns, die frei aus drm Willen der großen Mehrheit dee schweizerischen Bevölkerung hevorgegangene Epoche größerer Centralität, festerer Verbindung der einzelnen Theile zu einem organischen Ganzen, näherer Verbrüderung allee Schwrizer zu einem Volke nimmt ihren Anfang." Dankbarer Rückblick auf die entschwundene Epoche. Würdigung der Gegenwart. „Die Schweiz war virlleicht nie, nach Innen und Außen zugleich in einer günstigeren Lage als jetzt. Den auswärtigen Staaten gegenüber befinden wir uns in vollkommener Unabhängigkeit. Gekrönte Häupter, durch Revoiutionen verschwunden, oder erschüttert und mit ihren Völkern im Kampfr, haben aufgehört, unsere Selbstkonstitnenng zu überwachen. Es gibt für sie in den eigenen Ländern genug zu thun." Vorzüge der neuen Bundesoerfassung. Die ganze Rede zeugte von der warmen Vaterlandsliebe, dem biebern Charakter des Redners, der schon vor 40 Jahren, als er zum erstrn Male als Gesandter Zugs auf die Tagsatzung kam, freimüthige Worte über Napoleon's Gewaltherrschaft sprach. Nach der Eröffnungsrede schritt man zur Prüfung der Wahlakten. Beanstandet wurden diejenigen von Freiburg, vom Jura, Obwalden und Uri, die beiden Letzteren, weil von den betreffeaden Landsgemeinden eine Verwahrung gegen bie neue Bundesverfassung eingelegt worden unb die Erklärung abgegeben worden war, daß sie nur dem Zwange der Umstände gefolgt und zue Wahl von Nationalräthen geschritten seien. Ueber diese angefochtenen Wahlen erhebt sich eine lange, unerquickliche Diskussion, bis man bie ganze in Frage stehende Angelrgenheit einer Kommission, bie bis zur nächsten Sitzung Bericht erstatten soll, übergab. — In bem Ständerath präsidirte als Alterspräsibent Hr. Page von Freiburg. Bei der Prüfung der Kreditive werden alle anerkannt, mit Ausnahme derjenigen von Uri und Obwalden wegen der angehängten Verwahrung der althergebrachten kirchlichen und religiösen Rechte. Nach einer sehr bewegten und aufgeregten Diskussion wird die Niedersetzung einer Kommission beschlossen, welche in dieser Hinsicht Anträge beingen soll. Das Kreditiv von Nidwalden wurde genehmigt, obschon der Gesandte erklärte, die Protestation sei auch beschlossen, allein nur in's Archiv niebergelegt worden. Zum Präsidenten wurde mit 33 von 37 Stimmen Heer Bürgermrister Furrer von Zürich, zum Vicepräsidenten Here Staatsrathspräsident Briatte von Waadt gewählt. — Die Wahlen vom letzten Sonntag im Kreise Mittelland, Kanton Bern, waren wirber ohne Ergebniß. Es bleiben in der Wahl bie HH. Fischer von Reichenbach und General Dufour. — Die Antwort des Vororts auf die letzte Note der deutschen Centralgewalt ist bereits abgegeben aber noch nicht oeröffentlicht worden.

☽ **Bern**, 8. Nov. In ber gestrigen Sitzung des Nationalraths wurde zuerst die Wahl des Herrn Oberst Ziegler in Zürich angezeigt, sodann eine Protestation des liberalen Bezirks Urseren im Kanton Uri gegen den Beschluß der Landesgemeinde, betreffend die Verwahrung dee althergebrachten Rechte, mitgetheilt, worin er seinen unbedingten Anschluß an die neue Bundesversammlung erklärt und sich vor allfällig übien Folgen oerwahrt. Hinsichtlich der beanstandeten Wahlen bringt bie Siebnerkommission noch keine bestimmten Anträge, wünscht jedoch, daß man den betreffenden Mitgliedern bis zum definitiven Entscheid Sitz und Stimme in der Versammlung gebe. Nun folgt die sich sehr in die Länge ziehende Wahl des Präsidenten. Birr Wahlgänge müssen vorgenommen werden; Ochsenbein und Neuhaus zählen fast jedesmal gleichoiel Stimmrn, bis enblich Ochsenbein mit 50 Stimmen grgen Neuhaus, ber 42 hat, den Sieg davon trägt. Auch bei der Wahl drs Vicepräsidenten schwankt das Ergebniß lange, bis Heer Dr. Escher von Zürich im 4. Skrutinium mit 45 Stimmen voa 89 aus der Wahlurne hervorgeht. Bis zur Einrichtung der Gasbeleuchtung im Sitzungssaal wird der Vorort gebeten, den Großrathssaal zur Benutzung einzuräumen. — Der Ständrrath hielt gestern keine Sitzung. — Wenn auch in ben am oergangenen Sonntag stattgefundenen 5 Nachwahlen nur Herr Schneider, alt Regrath von Langnau, ein absolutes Mehr auf sich vereinigte, so ist doch nicht zu zweifeln, daß der Kanton Bern nicht auf die Ehre verzichten will, den in Genf hintangesetzten Geneeal Dufour in den Nationairalh zu bringen; die Liberalen von 3 Wahlkreisen haben sich für ihn erklärt, und das Loos wird nächstrn Sonntag für ihn günstig sein. —

Neuestes.

Berlin, den 8. November. Die amtliche Bekanntmachung des preußischen Staatsanzeigers über die Bildung des neuen Ministeriums lautet folgendermaßen:

Nachdem der bisheeige Ministerpräsident und Kriegsministee, General der Infanterie von Pfuel, so wie die Staatsminister Eichmann und von Bonin und der Wiekliche Geheime Rath, Graf von Dönhoff, von Mir auf ihr Ansuchen von der Leitung der ihnen anoertrauten Ministerien entbunden worden sind, habe Ich 1) den Generallieutenant Grafen von Brandenburg zum Minister-Präsidenten, 2) den bisherigen Ministee-Verweser von Ladenberg zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, 3) den bisherigen Direktor im Ministerium des Innern, von Manteuffel, zum Minister des Innern und 4) den Kommandanten von Saarlouis, General-Major von Strotha, zum Kriegs-Minister ernannt. 5) Die Verwaltung des Justiz-Ministeriums wird einstweilen der bisherige Justiz-Minister Kisker beibehalten. Zugleich habe Ich dem General-Lieutenant Grafen von Brandenburg bie interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem neu ernannten Minister des Innern bie interimistische Leitung des Ministe-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Der volkswirthschaftliche Ausschuß.) Wien (Einzelnheiten über die Lage der Dinge.) Berlin (Johann Jacoby als Volksführer.) Koblenz (Rheinzollfrage.) Breslau (Bombardement von Lemberg.) Nürnberg (Die politischen Vereine.) Stuttgart (Kammerverhandlungen über die österreichischen Angelegenheiten.) Dresden (Würtembergische Vorschläge zur Reichsverfassung.)

Großbritannien. London (Die Volksvertretung. Neue Professuren in Cambridge. Selbstmord Lord Middleton's. Verhandlungen der vereinigten Staaten mit Spanien über den Erwerb von Cuba.)

Frankreich. Paris (Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten über Posen, Schleswig und die Verhältnisse zu Deutschland Entlassungen und Auszeichnungen in der Armee. Sitzung der N.-V. Bericht über Amnestie. Bauernaufstand in Mirombeau. Vermischte Nachrichten.)

Ungarn. Preßburg (Das Gefecht bei Wien.)

Börsenbericht von Paris (Vom 7. November.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 11. November.)

Deutschland.

⁝ **Frankfurt,** 10. Nov. In der heutigen Abstimmung über den Artikel IV. des Entwurfs der Reichsverfassung ist offenbar ein erhebliches Mißtrauensvotum der Nationalversammlung gegen den volkswirthschaftlichen Ausschuß ausgesprochen worden; es sind die Verbesserungsvorschläge des letzteren zu dem Artikel IV. (§§. 21—24) mit 286 gegen 145 Stimmen ganz zurückgewiesen worden. Eine solche Minorität in einer Hauptfrage der Volkswirthschaft, ja in einer prinzipiellen Frage, ist doch wohl ein entschiedeneres Mißtrauensvotum, als wenn etwa ein Handelsminister mit seinen Vorschlägen einer Majorität von etwa 20—30 Stimmen unterliegt. In einem solchen Falle pflegt der betreffende Minister eines konstitutionellen Staates ganz abzutreten; — wird unser volkswirthschaftlicher Ausschuß endlich auch zu der Erkenntniß kommen, daß er das Vertrauen der Nation nicht besitze? So viel scheint ausgemacht, daß eine solche Behörde nicht den Beruf haben oder in Anspruch nehmen kann, die rathgebende des Handelsministeriums eines einigen Deutschlands zu sein. — Dadurch, daß der Artikel IV., über Schifffahrts-Anstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse, nach dem Entwurfe des Verfassungs-Ausschusses — mit unerhebl. der Aenderung in §. 23 — fast einstimmig angenommen ist, ward grundsätzlich festgestellt, daß der Reichsgewalt zwar die Oberaufsicht über diese Anstalten, aber nicht die eigentliche Verwaltung überwiesen werden soll, indem letztere, wie auch die Erhebung von den zur Erhaltung nothwendigen Abgaben, den Einzelstaaten verbleibt, während der volkswirthschaftliche Ausschuß alle diese Angelegenheiten in die Hand der Reichsgewalt legen, von hier aus leiten und so den Grund zu einer Reichsbureaukratie legen wollte. — Es ist zu beklagen, daß die Einsetzung eines volkswirthschaftlichen Ausschusses der ersten deutschen National-Versammlung und auch dessen Thätigkeit so ganz, wie vorliegt, mißglückt ist, und wünschenswerth, daß bald ein anderer Weg eingeschlagen werde, um den materiellen Interessen des deutschen Volkes eine bessere Vertretung, und zwar eine solche zu verschaffen, der sich die Mehrheit des Handels und der Gewerbe, und auch die Mehrheit der National-Versammlung mit mehr Vertrauen anschließe, als der volkswirthschaftliche Ausschuß sich zu erwerben gewußt hat. — Es ist klar, daß der Artikel V. wegen Fluß-Zölle eine solche Menge von Bedenklichkeiten hervorrufen muß, daß überhaupt nicht möglich sein wird, darüber mit Sicherheit durch eine Nat.-Versammlung absprechen zu lassen, deren Mehrheit den größten Theil dieser Bedenklichkeiten gar nicht abwägen kann. Vermuthlich wird die Sache zur weiteren Prüfung verschoben werden müssen, welches auch wohl geschehen kann ohne gerade die Reichsverfassung zu verzögern, worin vorläufig nur die Hauptgrundzüge festgestellt zu werden brauchen. Uebereilte Gesetze sind die schlechtesten von Allen.

□ **Wien.** Die Berichte der Allg. Z. geben stets das eintönige Bild der Militärherrschaft. Alles wird angewendet, damit keiner der Schuldigen, die man sucht, entkomme; alle Anstalten sind darauf berechnet. „Keine Maus kann entkommen, schreibt ein Korr.; alle 50 Schritte steht rings um den ganzen Linienwall ein Militärposten, in deren Zwischenräumen aber steht außer dem Liniengraben ein Kavallerist mit gespannter Pistole." Von Haus zu Haus findet die strengste Untersuchung nach Waffen und Verdächtigen statt; mehrere hundert Gefangene wurden schon am 1. Nov. in's Hauptquartier gebracht und viele erschossen, auch drei Soldaten wegen Plünderung. (Nach einem andern Bericht aus dem Hauptquartier vom 4. Nov. ist bis dahin das Standrecht an niemand vollzogen worden als an sieben übergelaufenen und mit den Waffen in der Hand ergriffenen Soldaten.) Böhmischen Blättern zufolge hat sich Windischgrätz die gefangenen Chefs der National- und Mobilgarde und der akademischen Legion im landständischen Gebäude der Herrengasse vorführen lassen. Sie hatten sich in andere Kleider gesteckt, die Bärte rasiren lassen, das Haar gestutzt, mußten aber zu jener peinlichen Vorstellung ihre Uniformen wieder anziehen. Es wird nicht bestimmt gemeldet, ob Messenhauser und Fenner darunter gewesen, welche beide einst als Lieutenants aus dem Militär getreten oder entlassen worden waren, seitdem von der Feder gelebt hatten und jetzt glaubten — von Eitelkeit verführt, von den Massen gedrängt — an die Spitze treten zu können gegen die von einem bewährten Führer befehligte Armee. Ein Seitenstück zu dieser Vorstellung bildet die Mittheilung, daß die verhafteten Studenten mit entblößtem Haupte durch die Stadt geführt und von dem eskortirenden Militär „nicht gerade sanft" behandelt wurden. Der Haltung der Wiener Nationalgarde wird alle Anerkennung gezollt. „Die braven Bürgergrenadiere, heißt es in der Allg. Z., ließen sich in der Burg seit fünf Tagen nicht ablösen. Ein Beweis, wie treffliche Elemente die Bürgerschaft zählt, und daß es nur an tüchtigem Kommando fehlte. Wären am 6. d. die Bürger in einigen Bataillonen in das kaiserliche Zeughaus und die anliegenden Straßen gezogen, so wäre es nicht geplündert worden, und das ganze Unheil wäre nicht über uns gekommen." Es scheint sich zu bestätigen, daß die Bürgergrenadiere und viele Stadtgarden die Burg vertheidigten und das Proletariat durch mehrere Dechargen von derselben abhielten. Die Proletarier hatten vor dem städtischen Spritzenarsenal Kanonen aufgefahren, um das Ausrücken der Löschmannschaft zu verhindern! — Noch acht Tage soll die gesammte Truppenmasse in Wien bleiben, dann bleibt eine Garnison von 40,000 Mann und der Rest geht nach Ungarn. Der Grenadierhauptmann, welcher mit seiner Kompagnie im Kriegsgebäude war, als man Latour ermordete, suchte den Tod, um seine Schmach zu sühnen, war überall bei'm Sturme voran und fiel auch vor einer Barrikade. In der Schlacht gegen die Ungarn sollen die Hardegg-Kürassiere gewichen sein, der Banus selbst führte sie dann in's Feuer. Er soll sich überall dem Feuer ausgesetzt und behauptet, seine Stunde sei nicht gekommen, ehe er ein großes einiges Oesterreich zu Stande gebracht. Zum heitern Schluß (freilich auch nicht ohne herben Beigeschmack) fügt der Corr. der Allg. Z. hinzu: Barbiere und Friseure arbeiten sich bald todt, weil man alle langen Haare und alle langen Bärte verschwinden läßt, um nur ein recht unschuldig Antlitz zu zeigen. Nicht nur daß ein Calabreser (Stürmer) um keinen Preis zu sehen ist, sucht jedermann seinen weißen Sommerhut hervor, denn selbst die schwarzen Cylinderhüte (mit hohem Kopfe, von den Studenten Cylinder genannt) könnten kompromitiren. (!)

Der Reichstag, zuletzt nur noch aus 60 Mitgliedern bestehend, soll noch eine letzte Zusammenkunft, natürlich ohne Zuhörer und Journalisten gehalten haben, in welcher die Anwesenden sich versprochen hätten, am 15. Nov. in Wien wieder zusammenzutreffen. Im Allgemeinen aber glaubt man, es werde vorläufig bei der Uebersiedlung nach Kremsier sein Bewenden haben. — Merkwürdig ist die von der Allg. Z. angeführte Thatsache, daß noch am 5 Nov. keine Nummer ihres Blattes, das in Wien Tausende von Lesern zählt, in die Stadt gelassen wurde. Auch viele Provinzialblätter (z. B. in Linz, Salzburg u. s. w.) sind über Wien so schweigsam, daß aus ihnen nicht das mindeste zu lernen ist. Dagegen halten sich die böhmischen, selbst die tyrolischen Blätter in würdiger Selbstständigkeit. Die unabhängigen Oesterreich. Blätter fällen das strengste Urtheil über die Sendlinge der Linken, die das sogen. Elitenkorps befehligt und an den Barrikaden mitgefochten haben. Briefe von Offizieren versichern, man werde ihnen den Proceß machen. Die Befugniß zur Verhaftung wenigstens wird sich nach jenen Thatsachen nicht bestreiten lassen. Die Allg. Z. sagt sehr schlagend: „Hat irgend etwas die Mission der Reichskommissarien gebrochen und gelähmt, so war es jene Adresse und jene Deputation, von welcher die Nationalversammlung alsogleich offen sich hätte lossagen sollen, wenn sie nicht ihre wahren Abgesandten auf's unklugste bloßstellen wollte. Wenn daher jetzt die Linke in Frankfurt lärmend ihre Anklagen erhebt, so fallen diese Anklagen zerschmetternd auf sie selbst zurück. Man hat in Oesterreichs schmerzlichstem Todesringen das Loos über seine Zukunft werfen

wollen: man sehr zu, was man gethan." Man klagt Welcker und Mosir wohl mit Unrecht an, daß sie in Wien nicht verweilten und in Ollmütz sich vergruben; hier hatten sie zur Zeit ihrer Ankunft noch allein die Hoffnung etwas zu wirken, und hat man sie auch in Ollmütz mißachtet, so wurde doch ihre äußere Würde geschont, die in Wien wenig gesichert schien zur Seite einer parodirenden Nebenkommission unter der Herrschaft eines Tones wie in jenen Tagen, wo die radikale Presse Wiens in Prosa und Versen davon sprach, Schmerling und Gagern, der „Frechheitspräsident," und alle ihre Genossen verdienten kaum etwas Besseres als Latour. Der unglücklichen Stadt, die solcher Herrschaft sich nicht erwehren konnte, und sich ihrer zu rechter Zeit nicht erwehrt hatte, war von außen nicht zu helfen. Die Gewalt mußte helfen, warum beschränkte sie sich nicht darauf, eine rettende zu sein?

*** **Berlin**, 7. Nov. Dr. Johann Jacoby schwimmt auf den Wogen der neuen Bewegung oben auf, er ist ihr erkorner Held. So könnte es nach auswärts hin scheinen, wo man nach den ersten Zeitungsberichten über Fakta urtheilt. Held, der eigentliche Mann der großen Straßenbewegungen, der die Wildbäche staut und plötzlich losläßt, damit sie brausend und schäumend ihre Gossen füllen, dieser große Agitator Held, jetzt desavouirt von den Demokraten im Congresse, sogar von seinem Anhange unter den Maschinenbauern, er mit seiner Elephantenstirn und Stentorstimme, muß Platz machen einem kleinen, schwächlichen gelehrten Manne, dessen feine, feine Stimme kaum die kleinen Räume engerer Kreise füllt, der selbst bekennt, er sei kein Redner, nur ein Denker. Ein Denker also an der Spitze der zügellosen Bewegung, die alles Bestehende über den Haufen werfen will, das wäre eine Anomalie von allem Dagewesenen, oder ist es ein Uebergang, ein Rückschritt zum Bessern? Als Jacoby die dirre Fragen in die Welt schleuderte, damals war es die Macht des Gedankens, die da wirkte. Die Wirkung war langsam, sie hat sieben Jahre gebraucht, bis sie in aller Stärke sich entlud. Sie hat sich in einer Art entladen, daß man annehmen sollte, ihr ursprünglicher Autor, ihr Urheber, müsse selbst davor zurückgeschreckt sein. Davon bietet uns wenigstens die Geschichte tausend und abertausend Beispiele. Nicht also hier. Die Revolution in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hat Männer erzeugt, die — weil es überhaupt an Größen mangelt — ihre Größe darin suchen, ihren zügellosen Anhang, der sie mit jüngeren Kräften überstürzt, durch noch größere Anstrengung wieder zu überholen. Sie thürmen den Pelion über den Ossa, um immer auf der Bergspitze zu bleiben. Sie fürchten nichts mehr, als hinter irgend einem ihres Gefolges zurückzubleiben. Das zeugt freilich von einem genauen Studium der Revolutionsgeschichten, aber nebenher von einem beträchtlichen Egoismus, das eigene Ich oben auf zu erhalten, selbst auf Kosten der Grundsätze, des Charakters. In Jacoby ist es etwas anderes, die Schwärmerei des Verstandes, von allen Illusionen die gefährlichste, die den sonst milden Mann zu einer entsetzlichen Consequenz treibt, einer Consequenz, bei der man nicht weiß, ob man, wenn man ihn geachtet hat, ihn selbst oder die Wirkungen auf die Allgemeinheit mehr bedauern soll. Ueber seine Worte, in der Nacht in Potsdam an den König gerichtet, hat schon der folgende Tag, im ersten Erwachen des natürlichen Gefühls selbst seine eigene Partei gerichtet. Die Anhänger des starren Constitutionalismus sind außer sich über die Verletzung der Form. Die Form ist allerdings verletzt worden, wo das unbeauftragte Mitglied einer Kommission ungeziemender Weise das Wort ergriff, welches nur dem Präsidenten gebührte, und wo auch das zweifelhaft erscheinen könnte, da der der ganzen Kommission gegebene Auftrag nicht speziell darauf gerichtet war. Was indeß hat es mit der Verletzung dieser constitutionellen Form so großes auf sich, die täglich, stündlich verletzt wurde durch die Herausforderungen, die Anmaßungen, die Debattenart der Nationalversammlung selbst; mehr noch durch die Wühlereien der Partei außerhalb der Mauern, die Drohungen, Einschüchterungen, Belagerungen. In solchen Zuständen, wo das Vaterland in Gefahr ist, hat jeder das Recht zur Diktatur in sich, der den Beruf, die Kraft dazu fühlt; ein kleiner Riß mehr in den Formalismus schadet nichts. Im alten Preußenthum war es das Recht, die Pflicht jedes Bürgers den König anzutreten und ihm die Wahrheit zu sagen, eben weil keine gesetzlichen Organe dafür existirten; das Landrecht selbst spricht es aus. So hatte Jacoby im Jahre 1840 in Königsberg gehandelt, dafür war ihm die Theilnahme aller Guten geworden, es hatte seinen Ruf begründet, für seinen Charakter eingenommen. Auch daß er, seitdem durch die Verfolgungen bitter gekränkt, ein persönlicher Gegner des Monarchen, es über sich genommen, ihm persönlich entgegen zu treten und ihm die Wahrheit zu sagen — unschicklich freilich war es, im herkömmlichen Sinn des Wortes, aber auch diese herkömmliche Decenz hätte höheren Rücksichten weichen müssen, wenn — Ja, wenn Johann Jacoby dem Könige nur etwas anderes gesagt hätte als die Banalphrase, die in allen Compendien steht: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Eine ungeheure Wahrheit, dort ausgesprochen in nächtlicher Weile, wo Friedrichs Geist wandelt. Ja, hätte er sich im Augenblick versprochen und gesagt: „Sire! geben Sie Gedankenfreiheit!" es wäre im Grund dasselbe gewesen, ein guter Theaterstreich. Wer war der größere Geist, Helo, Aktur, in dem Momente, der Doktor, der sprach, oder der König, der schwieg? — Es muß ein eigenes Schweigen gewesen sein, und wie wird dieser Moment in der Geschichte einst dastehen!

Man versichert, daß Jacoby schon am andern Morgen zu sich selbst gekommen und zur Ueberzeugung, daß er in seiner Rolle durchgefallen. Dieses Selbstbewußtsein dauerte nicht lange. Die Partei braucht Waffen; in ihrem Zeughause nimmt sie auch verrostete Theaterschwerter, blecherne Hellebarden, abgetragene Faschingsuniformen auf. Johann Jacoby ließ sich leicht bestimmen, das abgeworfene Heldenkleid wieder anzulegen — in salutem rei publicae! Er ließ sich einen Fackelzug bringen — er ließ es sich gefallen, hoffen wir zu seiner Ehre. Auch ein Fackelzug kostet Geld, wie Emeuten, Zusammenstöße, Plakate. Die Taschen und die Kassen der Partei sind, wie wir wissen, leer; zwei Gönner schossen zusammen, einer 30, der andere 20 Thaler, damit wurden Fackeln und was noch sonst dazu gehört, gekauft. Johann Jacoby wohnt in der Nähe des Schauspielhauses, in der Taubenstraße, in Mylius Hotel. Um den Zug imposant zu machen, fing man von weitem an, von dem Alexanderplatz, man ging von einem Theater zum andern, vom königsstädtischen bis zum königlichen. Auf dem langen Wege schwoll der Zug zu vielen Tausenden an, das ist in der Ordnung. Hätte er einer Opernlänzerin gegolten, auf diesem langen Zuge würde er eben so groß geworden sein. Freunde des alten, ich meine des Vierfragen-Jacoby, sagen mir, sie hätten mit wahrer Wehmuth den Gefeierten auf diesen Ruf, vor diese Versammlung heraustreten gesehen. Kaum unter dem ungeheuren Troß von Lehrburschen, Weibern, Straßenläufern, Bummlern einige wenige erwachsene, anständig gekleidete Personen, nicht einmal von seiner eigenen Partei. Vor diese Versammlung trat der „Denker" heraus, und an sie richtete er seine Worte: „Worte verhallen machtlos am Ohr des Königs; zum Schutze der Volkssouveränetät bedarf es der aufopfernden kühnen That." Und „wenn unter dem Schutze der Frankfurter Centralgewalt der Absolutismus sein finsterbrabnes Haupt auf's Neue erhebt, dann seien wir eingedenk der Helden der Maitage, damit wir ihrer würdig leben oder sterben."

Also zur offenen, blutigen Empörung forderte der Denker auf, zum Kampfe mit Waffengewalt gegen Preußen und Frankfurt! Das wäre zu andern Zeiten Hochverrath, ein consummirtes Verbrechen gewesen, welches zum Schaffot führen können. Davon ist natürlich jetzt nicht die Rede. Auch lassen wir die Frage bei Seite, ob die Taufende von Weibern, Jungen, Bummlern, unten in der Taubenstraße und auf dem Gendarmenmarkt, wirklich zur aufopfernden, kühnen That so bereit sein würden, wenn der Augenblick kommt, als sie bereitwillig ihm ihr Ja zuschrieen. Aber gesetzt, es wäre so, und der Denker Jakoby fände sich zum Dictator, Präsidenten eines Wohlfahrtsausschusses, zum Feldherrn erhoben, wie würde er seinen Einfluß üben, und wie lange würde er dauern! Zittert, schaudert er nicht selbst vor der Vorstellung, oder wäre die fixe Idee, die Schwärmerei des Verstandes zu der unberechenbaren Höhe in ihm gewachsen, daß er sich auch dann noch Meister der Bewegung dächte! Auf dieser Höhe möchten Wenige mit ihm stehen! Wer bezweifelt's, wenn der Demos sich erhebt, auf dessen spritzender Schaumwoge der unglückliche Mann sich jetzt in seiner Freude schaukelt, daß er zerschmettert, zerschellt, vernichtet, sofort selbst in den Abgrund sinkt. Er ist ein human gebildeter Mann, wenn Blut und Koth um ihn sprützen, ich traue es ihm zu, er würde zurückschaudern, und jedes Zurück dann, auch ein unwillkürliches, ist Verrath. Aber auch abgesehen davon, wie wollte er mit seiner leisen Stimme, mit seiner Gelehrtennatur das Volk anführen, zügeln, nur zu

Digitized by Google

den Zwecken, die die seinen sind, nur in der Disciplin es halten, die auch zu einem solchen Ziele unerläßlich ist! Eine Krisis steht auch Berlin bevor, wenn sie gleich nicht so blutig wird, als viele wähnen, vielleicht ganz ohne Blut vorübergeht, das dürfen wir uns nicht verhehlen; wenn aber die Männer der That das große Heft aus den Händen lassen, und die Partei sich gedrungen sieht, Männer des Gedankens dem großen Haufen als ihre Führer zu präsentiren, so erscheint mir das als ein Umschlag, als eine Irrung in sich selbst, als ein Symbol der Schwäche; ein Feuer, das wohl noch ein Mal vorm Ersterben heftig aufflackern mag, aber nicht um neuen, gesunden Stoff mit seiner Flamme zu umfassen.

Koblenz, 7. Nov. Die Handelskammern von Köln, Koblenz, Mainz und Mannheim haben, der Dringlichkeit wegen, zwar die in Ihrer gestrigen Nummer enthaltene Eingabe in der Rheinzollfrage an die Reichsversammlung in Frankfurt erlassen; indessen bleibt es der, am 13. dieses hier zusammentretenden Versammlung Abgeordneter sämmtlicher rheinischer Handelskammern vorbehalten, in dieser Sache gemeinsame Schritte zu berathen und auszuführen. Namentlich aber wünscht der Reichshandelsminister darüber Gutachten, welches Aequivalent von Holland und Frankreich für die eventuelle Befreiung der Rheinzölle im Interesse des deutschen Handels zu verlangen sei.

Breslau, 6. Nov. Wir theilen (melden zu der gestrigen kurzen Nachricht bestätigend hiesige Blätter) aus der Krakauer Zeitung „Zutrzenka" die Nachricht mit, daß Lemberg 3 Stunden lang bombardirt worden und das Rathhaus, die Krakauerstraße, das Universitätsgebäude in Trümmer geschossen sei. — Die Stadt hat kapitulirt. — Die Veranlassung hierzu soll ein Streit eines Studenten mit einem Soldaten gegeben haben, in welchem der Letztere verwundet worden ist.

Nürnberg, 1. Nov. Wie wir vernehmen, haben sich fast sämmtliche politische Vereine in Bayern geweigert, den ihnen von den Behörden gestellten Zumuthungen, Angaben der Statuten, der Mitglieder, Beschlüsse ꝛc., zu entsprechen. (N. Bl.)

** **Stuttgart**, 30. Nov. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer verließ man die festgesetzte Tagesordnung der Ablösungsfrage und behandelte in heißer Debatte die österreichischen Angelegenheiten. Eine Reihe von Vorschlägen war gemacht, von dem ritterschaftlichen Abg. v. Hoenstein, von dem katholischen Professor Kuhn, von den Abgeordneten Schweickhard und Mack gemeinsam. Hoenstein vereinigte sich mit Kuhn zu dem Wunsch an die Regierung, sie möchte die Centralgewalt sofort bitten, alle ihr in ihrer Stellung zu Gebot stehenden Mittel zu ergreifen, um einer zu befürchtenden Verkümmerung der den deutsch-österreichischen Provinzen ertheilten Rechte vorzubeugen. Der Antrag war zu matt und konnte nur 18 Stimmen, meist der Ritter- und Prälatenbank auf sich vereinigen. Sofort wurde folgender Antrag der Abg Schweickhord und Mack zur Abstimmung gebracht: die Regierung zu bitten, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln bei der Centrolgewalt darauf hinzuwirken, daß sie 1) im Hinblick auf das ihr übertragene heilige Werk der Einigung Deutschlands den in Oesterreich sich kund gebenden undeutschen und freiheitsfeindlichen Bestrebungen mit allen Kräften entgegentrete, daß sie 2) insbesondere Allem aufbiete, daß sich die österreichische Regierung mit ihren deutschen Provinzen der Centrolgewalt und den Beschlüssen der Nationalversammlung ungesäumt unterwerfe; 3) daß die deutschösterreichischen Provinzen, welchen die wärmste Theilnahme des würtembergischen Volkes gehöre, in dem vollen Genusse der Rechte und Freiheiten der deutschen Nation gesichert seien und bleiben; 4) daß die deutsche Stadt Wien von den Drangsalen des Belagerungsstandes in möglichster Bälde befreit werde. Es war auf die Wichtigkeit einer möglichst einstimmigen Entscheidung hingewiesen worden; die meisten der 18 gaben diesem Antrag stante concluso ihre Zustimmung, und die Aufnahme erfolgte mit allen Stimmen gegen 3. — Möge man dem Ausspruch von Würtembergs Ständen ein beliebiges Gewicht beilegen, der Beschluß gibt die Gesinnung der entschieden überwiegenden Mehrzahl unserer Volksvertreter!

Dresden, 4. Nov. Dem Vernehmen nach sind von Würtemberg aus neue Vorschläge zu einer künftigen Reichsorganisation angedeutet, in welchen „Verminderung der fürstlichen Häuser, Triumvirat der Oberhäupter, alternirende Folge der Vorstandschaft" als Grundlagen hingestellt sind. (Hannov. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 7. Nov. Die Engländer rühmen sich, daß die Revolution des Jahres 1848 an ihren festen Staatseinrichtungen spurlos vorübergegangen sei; doch kann man deren stille Einwirkung an vielen Dingen merken, und bei den Zeitungen liegt sie offen zu Tage. Erst seit dem Februar dieses Jahres bekümmern sie sich regelmäßig um alle Länder Europa's, von denen die meisten bis dahin dem bei weitem größten Theile der Engländer mit cimmerischem Dunkel bedeckt waren. Jetzt, wo das Parlament feiert, muß das Ausland hauptsächlich den politischen Stoff liefern für die Riesenspalten. Je mehr z. B. die französischen Finanzen versiegen, eine desto unerschöpflichere Quelle sind sie für die englischen Blätter. Von innern Angelegenheiten wird von der „Times" heute nur die bevorstehende Wahl für das West-Riding von Yorkshire gesprochen, da das bisherige Parlamentsmitglied Lord Morpeth, der bekannte Philanthrop, in das Oberhaus getreten ist. Dieses West-Rioing schickt für eine Bevölkerung von 1,154,924 Seelen, mit 36,084 Wählern nur 2 Mitglieder in's Paelament, nicht mehr als manches Städtchen. Der Sitz dafür ist daher ein besonderes Ziel des Ehrgeizes. Die schreiende Ungleichheit der Volksvertretung, welche trotz der Reform von 1832 noch fortbesteht, ist jetzt bei dem sich über das Continent verbreitenden Grundsätzen, um so unhaltbarer geworden. Die Konservativen müssen die einzelnen Mißstände der englischen Verfassung zwar zugeben, aber sie nehmen eine Art Wunder an, wodurch sich alle einzelnen Fehler mit einander zu einem vollkommenen Ganzen verbinden. Credo, quia absurdum est! Diejenigen, welche auf mäßige Reformen dringen, sind auch in England die wahrhaft Konservativen. Auch die alten Universitäten Oxford und Cambridge, vielleicht die stabilsten Institute der Welt, werden allmälig vom Geist der Zeit berührt. In Oxford erhebt sich ein Kollegium für neuere Sprachen. In Cambridge sollen eben zwei neue Professuren für moralische und physische Wissenschaften eingerichtet werden. Aber die Männer der alten Schule, welche nur drei Wissenschaften anerkennen, nämlich Griechisch, Latein und Mathematik, erheben gegen diese Neuerung ein gewaltiges Geschrei.

Die Tagesereignisse sind ohne Bedeutung. Der berühmte Geschichtschreiber, welcher ein besonderes Register über die Sünden der englischen Aristokratie angelegt hat, kann einen neuen Fall eintragen. Lord Midleton (geb. 1806) hat durch sein Benehmen seine Gemahlin genöthigt, ihn zu verlassen, und dann in Verzweiflung seinem Leben durch Kohlendampf ein Ende gemacht.

Das Dampfschiff der Bremer Linie, Hermann, kam am Abend des 5. Nov. auf der Höhe von Cowes nach einer sechzehntägigen Fahrt von New-York. Die eine seiner Maschinen war in Unordnung gerathen, und das Schiff mußte 250 deutsche Meilen mit Einer Maschine und mit Hülfe der Segel zurücklegen. Die Passagiere und Güter werden in einem besonderen Dampfschiffe nach Bremen befördert werden. Die amerikanischen Nachrichten sind sonst ohne Bedeutung; von Wichtigkeit ist nur, daß in Madrid die Verhandlungen über eine käufliche Erwerbung der Insel Cuba durch die Vereinigten Staaten in vollem Gange sind. Cuba ist nämlich für Spanien ein unsicherer Besitz. Die Neger können kaum durch zahlreiche Truppen von offenem Aufstande zurückgehalten werden und Bruder Jonathan steht, was jene „Braut des Oceans" anlangt, schon lange auf Freiersfüßen.

Frankreich.

* **Paris**, 8. Nov. Aus der Rede des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in der gestrigen Sitzung der National-Versammlung tragen wir die Stelle nach, welche Deutschland betrifft. „Wir haben, sagte er in Beziehung auf dieses Land, nur unseren eigenen, mit dem von Ihnen ausgesprochenen Wunsche übereinstimmenden Eingebungen zu folgen, um Bande der Brüderlichkeit mit Völkern festzuhalten, welche neben uns den Weg der Demokratie gehen. Nach dieser Seite hin ist die Form unserer diplomatischen Verbindungen ungewiß geblieben, weil Deutschland seine definitive Verfassung noch nicht feststellen konnte. Nichts destoweniger sind diese Verbindungen so freundschaftlich als es zu wünschen erlaubt ist." Wichtig erscheint noch, was er über Posen, in Beziehung auf den bekannten Beschluß der Berliner National-Versammlung sagte, den die deutsche Reichsversammlung aber für ungültig erklärte „Preußen hat eben, nach den wohlwollenden Rathschlägen, welche wir ihm gegeben haben, durch einen legislativen Beschluß die abgesonderte und unabhängige Existenz des Großherzogthums Posen gesichert. In Bezug auf Schleswig

Digitized by Google

äußerte er: Dieser Streit, welcher Deutschland und Europa auf lange Zeit zu verwirren schien, ist, Dank den guten Dienstrn Frankreichs, zu Gunsten eines alten und treuen Verbündeten, im Begriffe ausgeglichen zu werden. In der heutigen Sitzung legte der Kriegsminister einen Dekretentwurf vor, wodurch die Regierung eine Aushebung von 80,000 Mann auf die Altersklasse von 1845 verlangt. Er erklärt zugleich, in Folge der feindlichen Verhältnisse würden von der im Jahre 1849 zu entlassenden Altersklasse 55,000 Mann nach ihrer Heimath zurückkehren können (Bravo! Sehr gut!) Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten legte ein Projekt zu einem Handels- und Schifffahrts-Vertrage mit den südamerikanischen Staaten und einen Vertrag mit der Regierung der Sandwich-Inseln vor. Noch wurden mehrere Kreditbewilligungen für Gegenstände und Arbeiten verschiedener Art (worunter 2 Mill. Franken für die Vollendung des Louvre) vorgelegt. Die Versammlung ging hierauf zur Berathung des Budgets der auswärtigen Angelegenheiten über, in welchem, wie am vorigen Tage in dem der Justiz, an einzelnen Gehalten Abzüge beliebt wurden. Bei Abgang der Post wurde über einen Antrag Isamberts verhandelt, den Posten eines Auditors der Rota in Rom eingehen zu lassen. — Der Ausschuß für Gerechtigkeitspflege berichtet über den Vorschlag der äußersten Linken eine allgemeine Amnestie für die Juni-Insurgenten zu gewähren, dahin, in dieser Allgemeinheit würde die vorgeschlagene Maßregel gefährlich und nicht an der Zeit sein. Die Rechte der bürgerlichen Gesellschaft stünden höher als die einzelner Menschen, welche Unruhe und Schrecken im Lande verbreiteten und es an den Rand des Abgrunds gebracht hätten. Schon seien 6000 Personen auf den Antrag des Ausschusses in Freiheit gesetzt, und eben jetzt 991 dem Wohlwollen der Regierung empfohlen worden. Weitre könne man für jetzt nicht geben. Der Kriegsausschuß billigte den Bericht des Generals Bréa, die Fremdenlegion zu naturalisiren, so wie einen anderen wegen der Armirung der afrikanischen Küsten. — Der Antrag der Kommission, die Sitzungen der Nationalversammlung zwar nicht zu prorogiren, aber doch allenfalls die und da zu vertagen, wurde gestern angenommen, was wir zur Berichtigung der uns gestern zugekommenen lithographischen Notizen bemerken. Herr Odilon Barrot war gestern, wo General Cavaignac empfing, lange in seinen Salons und unterhielt sich viel mit ihm. Man sagt, beide Männer würden auch heute eine Zusammenkunft haben, woraus hervorgeht, wie falsch das vielverbreitete Gerücht war, welches Odilon Barrot für einen Anhänger Ludwig Napoleon's erklärte. — Im Kanton Mirambeau, Departement der unteren Charente, waren ernstliche Unruhen, weil ein dortiger Einwohner, der die Zusatzsteuer von 45 Cent. nicht bezahlen wollte, verhaftet werden sollte. Die Bauern jagten die zu diesem Zwecke dahin gesandten drei Beigaden Gendarmen, und die Behörden mußten den Mann freilassen. Darauf schrien die Bauern: Nieder mit den 45 Centimes! Nieder mit der Republik! Lang leben die konstitutionellen Regierungen! Hurrah für Bonaparte! — Bei einem sozialistischen Bankett in Clermont-Ferrand kam es, im eigentlichen Sinne des Wortes, zu Raufereien zwischen den Anhängern Ledru Rollin's und denen Ludwig Napoleons. — Nicht nur in Versailles, auch in Fontainebleau werden die Ställe eingerichtet, um Kavallerie und Infanterie hineinlegen zu können. — Sonntag Morgen fuhr Abdel Kader von Bordeaux nach Nantes, um nach dem Schlosse Amboise zu gehen. Der Erzbischof von Bordeaux geleitete ihn an das Dampfboot, und am Quai war eine Ehrenwache aufgestellt, welche salutirte als er sich einschiffte. — Ein Journal von Caen erklärt, so viel ihm bekannt sei, wären die Wähler des Departements Calvados nie Willens gewesen, He. Guizot zum Abgeordneten zu wählen. — General Oudinot hat in Dijon Herrschau über das Reservecorps gehalten. Das Hauptquartier der 3. Division der Armee ist von Bourges nach Mâcon verlegt worden. — Sehr charakteristisch für den jetzt bei uns herrschenden Geist ist, daß die Rede des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten über die Verhältnisse mit Europa von sehr wenigen bekannten Blättern, der Antrag des Abgeordneten Marschal aber, die Nat.-Vers. zu prorogiren, beinahe von allen weitläufig besprochen ward. Das Journal des Debats bemerkt sehr richtig, der Antrag, welcher der Form nach verworfen worden, ginge der That nach doch durch, da schon mehr als hundert Deputirte Urlaub genommen und eben so viel Urlaub gefordert hätten. — Cabet wird am 20. d. M. nach Icarien, vulgo Texas genannt, abgehen. — Die Widerlegung des verbreiteten Gerüchtes, als hätte General Cavaignac früher Ledru-Rollin und Flocon eine Stelle im Kabinet angeboten, ist heute von dem Moniteur aufgenommen. Ersterem überreichte ein Ausschuß der „ultrarevolutionären Klubs ein, wie es heißt, von Proudhon, Leroux und Cabet verfaßtes „Manifest" mit der Frage, ob er den darin ausgesprochenen Grundsätzen beitreten wolle? Er scheint aber nicht, oder doch nur unter bedeutenden Modifikationen darauf eingehen zu wollen. Man hat eine schriftliche Antwort von ihm verlangt.

Paris, 7. Nov. — Stand der Renten: 5pCt. 64. 75; 3pCt. 42. —; Neue —; Neapol. 77. 50; Bankactien 1375. —; Span. 5pCt. (Ardoins) — ; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 100. —; linkes Ufer 93. —; Paris-Orleans 576. 25; Paris-Rouen 360. —; Orleans-Bordeaux 362. 50; Orleans-Bierzon —. —; Rouen-Haare 170. —; Marseille-Avignon 147. 50; Straßburg-Basel 76. 25; Nordbahn 342. 50; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 327. 50; Römisches Anleihen 63½.

Nachdem die Börse mit noch schlechteren Coursen als gestern (39, 25 u. 63) angefangen hatte, nahmen die Effekten später einen sehr bedeutenden Aufschwung, wozu die friedliche Rede des Ministers Bastide in der gestrigen National-Versammlung, sowie bedeutende Ankäufe zur Deckung und auf Spekulation beitrugen. Nord und Rouen stiegen um 10 Frs., auch die andern Eisenbahnen folgten der steigenden Bewegung.

Madrid, 2. Nov. 3pCt. Rente 18½ P. (N. d. B. 18½ G.); 5pCt. 9¾ P. (N. d. B. — —.); Passive Staatsschuld 3½ P. (N. d. B. 3⅜ G.)

Ungarn.

Preßburg, 31. Okt. Die „Schlesische Ztg." enthält folgenden Bericht von ungarischer Seite über das Gefecht in der Gegend von Wien: Das Glück war uns vor Wien nicht so günstig, wie es die Tapferkeit unserer Armee verdient hätte, oder vielmehr nicht das Glück war uns nicht günstig, sondern wir wurden in unseren gerechtesten Erwartungen getäuscht, denn die hartbedrängte Stadt Wien, zu deren Entsatz unsere tapfere Armee herbeigeeilt war, hat dem Kampfe, den wir fast unter Wiens Mauern um Wiens Freiheit mehr als acht Stunden lang gefochten, unthätig zugeschaut, und nicht nur mit keinem Ausfalle uns unterstützt, sondern nicht einmal einen Schuß von den Wällen gethan, um den Feind einigermaßen zu beschäftigen. Unsere schnell improvisirte, größtentheils ungeübte Armee kann stolz auf diesen Tag des Kampfes sein. Ueberall, wo sie mit dem Feinde zusammentraf, wurde derselbe von ihr geworfen; als man endlich um vier Uhr sah, daß Wien zu seiner Rettung selbst nichts that, der Feind aber, wenn wir weiter vorrücken, bei seiner Ueberlegenheit an Kavallerie unsere linke Flanke umgehen konnte, dabei aus dem Dorfe Schwechat, wie aus einer Festung, ein ungeheueres Kanonen- und Kartätschenfeuer sich erneuerte, war es Pflicht, unsere Streitkräfte, die das Vaterland so nothwendig braucht, nicht zu gefährden, und es wurde um 4 Uhr der Befehl ertheilt, daß unsere Armee ihre Stellungen herwärts der Fischa wieder besetzen sollte, wobei die Komorner Sensenmänner sich höchst unordentlich und unbesonnen benommen haben, und nicht zum Stehen zu bringen waren. Man ließ sie endlich in Gottes Namen ziehen. Die Armee selbst wird sich nun auf die Vertheidigung unseres eigenen Landes beschränken.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 11. November.

Was mit „ bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metalliques 68; 2½pCt. ditto 35¾; Bankaktien fl. 1110; fl. 500. Loose 115½; fl. 250. Loose 79; Badische fl. 35. Loose 25½; Hess. Ridlr. 40 Loose 24¾; Polnische fl. 500 Loose 67¾; Frieder. Wilh.-Nordbahn 38; Berbach 64¼; Köln-Minden —; 3pCt. inländ. Span. 17¼; 4½pCt. Württ. 92½; 4½pCt. Brig. 73½; Holl. 2½pCt. Integrale 45.

Die Course waren, in Folge der höheren Notirungen von Paris und Wien, im Allgemeinen höher, doch war der Umsatz sehr unbedeutend.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis. O. P. A. Zigler-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 302. **Frankfurt a. M., Montag 13. November.** **1848.**

Uebersicht.

Die Nationalversammlung und die Berliner Vorgänge.

Deutschland. Frankfurt (Ein Blick auf den landwirthschaftlichen Congreß. Eine Denkschrift über deutsche Zoll- und Handelseinigung. Die religiöse Stagnation bei politischer Bewegung in Oesterreich. Der Bildungsstand der Armee.) Wien (Das neue Ministerium. Belagerungsstand. Erfurt.) Prag (Unruhen in Reichenberg.) Innsbruck (Kaiserliche Antwort auf die Adresse des Landtags.) Pesth (Die Veränderung des Diöcesanverbandes.) Karlsbad (Nachrichten aus Ungarn.) Würzburg (Versammlung der Bischöfe.) Stuttgart (Eisenbahnverbindung.) Leipzig (Schritte der Demokraten wegen der Verhaftung Blum's.) Baden (Flugblattlitteratur.) Homburg (Die Spielbank.) Altenburg (Meuchelmörderischer Angriffe auf die Truppen. Zustände des Landes.)

Oesterreichische Monarchie. Agram (Strenge Maßregel des Banus.) Krakau (Näheres über die Lemberger Vorgänge. General Bem.)

Italien. (Venetianische Deputation in Turin. Verlängerung des Waffenstillstandes. Streit zwischen Neapolitanischen und Schweizertruppen. Kriegerische Stimmung des neuen Ministeriums in Toskana. Einige Erfolge der Venetianer. Projekt der italienischen Conföderation.)

Schweiz. Bern (Verhandlungen des Ständerath's. Die italienischen Flüchtlinge.)

Niederland. (Neuer Handelsvertrag mit England.)

Rußland. St. Petersburg (Ordensverleihungen an Oesterreichische Generale. Frieden mit Schamyl. Absichten Rußlands.)

Neueste.

---

13. November.

Kaum haben die Interpellationen und Dringlichkeitsanträge wegen der Wiener Ereignisse etwas nachgelassen, kaum hat die Versammlung wieder Athem geschöpft, und ist zu ihrer Hauptaufgabe, dem Verfassungswerke, zurückgekehrt, so sieht sie sich durch die Vorgänge zu Berlin mit einem ähnlichen Sturm von Anträgen und Interpellationen bedroht und den ruhigen Fortgang ihrer Verfassungsarbeiten auf's Neue gefährdet. Es ist kein Zweifel, daß die angekündigte Verlegung der preußischen Landesversammlung aus Berlin nach Brandenburg, vielleicht auch schon die Bildung eines Kabinets aus Namen von wenig volksthümlichem Klange, unsere zu solchen Zwischenanträgen allzeit fertige Linke veranlassen wird, die Einmischung der Nationalversammlung und der Centralgewalt zum Schutz der Berliner Versammlung und zur Abwehr vermeintlicher Reactionsmaßregeln zu praeticiren. Klubberathungen in dieser Richtung haben bereits stattgefunden. Die Linke rechnet dabei auf die Unterstützung der Parteien des linken Centrums. Westendhall und mindestens ein Theil des Württemberger Hofes werden wohl mit ihr gehen; der Augsburger Hof dagegen hat sich dahin erklärt, daß er in der Verlegung der Berliner Versammlung noch keinen ausreichenden Grund zum Einschreiten der Centralgewalt gegen die Maßnahmen der preußischen Regierung erblicke. Weiter nach rechts dürfte ein solcher Antrag noch weniger auf Sympathien zu rechnen haben, eher einer in der entgegengesetzten Richtung, nämlich auf ein Einschreiten zum Schutz der Berliner Versammlung nach unten, zur Aufhebung jenes Terrorismus, den die Klubs in Berlin und der von ihnen mißleitete Pöbel gegen die Versammlung üben und welcher dieser jegliche Freiheit der Berathung und Entschließung raubt. Schwerlich wird also — wenn nicht andere, unerwartete Verwicklungen inzwischen eintreten — der Antrag der Linken in der Versammlung einen Erfolg haben; schwerlich wird diese sich dadurch zu einem Beschlusse, der eine Einmischung in die Berliner Vorgänge zur Folge hätte, fortreißen lassen. Wohl aber ist es möglich, daß sie einem solchen Antrage so weit stattgibt und Beachtung schenkt, um im Wege der öffentlichen Debatte über ihre jetzige und künftige Stellung zu Dem, was in Berlin vorgeht oder sich vorbereitet, schon jetzt sich offen und entschieden auszusprechen.

Die Verhältnisse in Berlin sind zwar nicht ganz so verwickelt wie die in Wien, aber immerhin verwickelt genug. Eine Regierung, welche nicht den Muth und die Kraft besitzt, gegen die immer keckere auftretende Anarchie energisch einzuschreiten — theils weil sie den rechten Moment versäumt hat, um die schlaffen Zügel wieder fester anzuziehen, theils weil sie sich oder wenigstens die Personen, für deren Gebahren sie mitverantwortlich gemacht wird, nicht frei weiß von Volaitäten und Hintergedanken, die mit Recht den Argwohn des Volks wach erhalten und den Hetzereien der Wühler Nahrung geben. Eine Versammlung, deren Mehrzahl von einigen ehrgeizigen und ränkevollen Parteiführern fast blindlings geleitet wird und deren Minderheit sich von der Frechheit ihrer Gegner einschüchtern läßt — diese Versammlung überdies gestellt unter den Terrorismus eines Pöbels, der an Frivolität und Maßlosigkeit seines Gleichen sucht, und einer förmlich organisirten Regierung der Klubs und der Volksversammlungen. Die eigentliche Bürgerschaft, die allein durch festes Zusammenhalten diese Pöbelherrschaft brechen und der Versammlung ihre Freiheit und Würde wiedergeben könnte, feig, charakterlos, ebenfalls eingeschüchtert durch die Furcht vor der Rache des Pöbels, und durch allerhand, zum Theil abenteuerliche Vorstellungen von drohender Reaktion. Dazu endlich noch das Mißverhältniß, welches daraus entsteht, daß diese Landesversammlung alle Rechte einer konstituirenden in Anspruch nimmt und doch nicht innerhalb der Grenzen einer solchen sich hält, vielmehr die Befugnisse einer gesetzgebenden, ja mitregierenden Körperschaft ausübt, so daß der Krone auch diese letzte Möglichkeit entgeht, sich unerträglicher Uebergriffe der Versammlung zu erwehren durch eine Appellation an's Volk mittelst Auflösung derselben und Berufung einer neuen. Und diese Uebelstände müssen sich von Tag zu Tag steigern, weil man sich in einem Zirkel bewegt, aus welchem man nicht herauskommt. Jede Maßregel der Regierung, welche darauf abzielt, die Versammlung dem Einfluß äußerer Gewalt und Einschüchterung zu entziehen, wird vereitelt durch das Widerstreben der Versammlung selbst, (d. h. ihrer Mehrheit) dieses Widerstreben aber ist zum großen Theil nur die Folge eben jener Vergewaltigung von außen und wird daher so lange nicht aufhören, als diese letztere ungehindert fortdauert. Hat doch die Majorität der Versammlung, d. h. die Linke, jeden Schutz für dieselbe, trotz der unwürdigsten Gewaltthätigkeiten und Bedrohungen, die sie erfahren mußte, beharrlich zurückgewiesen!

Dieser Zirkel muß aber durchbrochen werden, wenn nicht aller gesetzliche Zustand, alle Staatsordnung, aller Wohlstand und Verkehr, ja alle bürgerliche und politische Freiheit zu Grunde gehen soll in der bodenlosesten Verwirrung aller Verhältnisse, in der rohesten Gewaltherrschaft sitten- und gewissenloser Parteien und Parteiführer. Aber wie's die Regierung könnte, in Anbetracht der äußersten Noth und ihrer Verpflichtung zur Rettung des Landes, mit starker Hand das ihr nothwendig Scheinende vorkehren und durchsetzen unbekümmert um den Widerspruch der Versammlung — also Berlin mit Truppen anfüllen, die Bürgerwehr auflösen, dringenden Falls selbst den Belagerungsstand erklären, damit wären aber allerdings die Formen des konstitutionellen Regiments verletzt und ein Noth- oder Ausnahmezustand eingetreten, aus welchem es schwer sein dürfte, den Rückweg in die gesetzlichen konstitutionellen Bahnen zu finden und der jedenfalls sehr leicht entweder in Militärdiktatur oder in Reaktion auslaufen möchte. Ein anderer Weg wäre die Verlegung der Versammlung von Berlin hinweg, d. h. der Versuch, durch Beseitigung der that sie unmittelbar beengenden äußern Gewalt, ihr die Freiheit des selbst-

ständigen Beschließens und damit vielleicht den Muth und die Kraft wiederzugeben zur Erhebung aus der Abhängigkeit, in die sie sich selbst gegenüber der Massen- und Klubherrschaft versetzt hat. Freilich kann auch dieser Versuch mißlingen, ist möglicherweise in diesem Augenblicke schon mißlungen, wenn nämlich die Versammlung in ihrer Majorität sich der Verlegung widersetzt. Was wird dann geschehen? Eine Auflösung der Versammlung und Berufung ans Volk durch Neuwahlen? Vielleicht — und wahrscheinlich von ihrer Seite eine Permanenzerklärung, eine Selbstkonstituirung als Konvent. Und dann ist der Bruch vollendet und die Krone in die traurige Alternative versetzt, entweder dieser Konventsherrschaft sich zu beugen oder mit Gewalt ihre Oberherrlichkeit zu behaupten.

Welches ist nun, solchen Zuständen und Eventualitäten gegenüber, die Verpflichtung der deutschen Centralgewalt, der deutschen Nationalversammlung? Zunächst jedenfalls die, den gesetzlichen Zustand, so weit er gestört ist, herzustellen. Gestört aber ist er, so lange Gewaltthätigkeiten, Bedrohungen, Beleidigungen oder Act gegen irgendwelche mißliebige Personen vom Pöbel ungestraft und ungehindert verübt, so lange ungestraft und ungehindert zu solchen Gewaltthaten öffentlich aufgefordert und angereizt werden darf. Die Vorkehrungen, welche zur Beseitigung dieser anarchischen Zustände nothwendig sind, wird die Centralgewalt, insoweit die preußische Regierung entweder zu deren Ergreifung zu schwach oder daran durch den Widerspruch ihrer Landesversammlung verhindert sein sollte, kraft ihres Rechts und ihrer Pflicht der Oberaufsicht auf die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands selbst durchführen oder veranlassen müssen. Die Nationalversammlung, wir zweifeln daran nicht, wird ihr dabei ihre Unterstützung nicht versagen. Auf der andern Seite muß sie ebenso sorgfältig und kräftig darüber wachen, daß nicht von der preußischen Regierung die Bahn der Gesetzlichkeit verlassen, daß nicht etwa ein absolutistischer Handstreich gegen die Freiheit des Volkes und deren verfassungsmäßige Entwickelung versucht werde. Ein solcher würde dann vorliegen, wenn der König von Preußen ohne die Landesversammlung oder gegen deren entschiedenen Willen, mit einem Kabinet, welches nicht die Mehrheit der Versammlung für sich hätte, regieren, wenn er gesetzlich anerkannte und gewährleistete Volksrechte, z. B. die Preßfreiheit, aufheben wollte. Daß solche Volwitäten, wenn nicht beim Könige selbst, doch bei manchen Personen seiner Umgebung, und namentlich unter einem Theile der höhern Offiziere nicht ohne Grund vorausgesetzt werden, ist leider nur zu wahr, und die Ernennung des Ministers Brandenburg ist wahrlich nicht geeignet, solche Befürchtungen zu entkräften. Freilich ist die Form des konstitutionellen Rechtes hier noch nicht verletzt, denn dem Könige steht die Ernennung seiner Minister zu; allein die Unklugheit und das Gefährliche dieses Schrittes wird von dem Beauftragten der Centralgewalt, der bekanntlich schon seit einigen Tagen in Berlin weilt, um den schlichtenden und ordnenden Einfluß derselben bei den dortigen Wirren geltend zu machen, mit Nachdruck dem Könige vorstellig gemacht werden müssen, um ihn von dem Beschreiten einer Bahn abzumahnen, welche weiter verfolgt, ihn selbst in's Verderben, das Land aber, ja ganz Deutschland, in namenlose Verwirrung und Auflösung stürzen möchten. Auf jeden Fall dürfen Central-Gewalt und National-Versammlung nicht eine blos abwartende Stellung zu den Berliner Ereignissen einnehmen. Den Wiener Vorgängen gegenüber war eine solche zum Theil durch die eigenthümliche Verwicklung der Sachlage und die unklare, zweideutige Stellung Oesterreichs im Allgemeinen, gegenüber Deutschland, zur traurigen Nothwendigkeit gemacht; man durfte nicht zu viel einsetzen, weil man nicht wußte, ob der Preis, für den man es einsetzen wollte, nicht überhaupt unerreichbar sei. Anders steht es mit Preußen — hier müssen und hier können wir Alles daran setzen, weil Preußen um jeden Preis unser sein muß und wird; hier sind auch die Verhältnisse einfacher, klarer, hier ist es möglich, die allgemeinen Grundsätze, die für ganz Deutschland gelten, durchzusetzen, wenn man nur den Muth und die Energie dazu bot. Freilich werden wir auch in Oesterreich zu retten suchen, was zu retten ist, gegenüber dem Absolutismus wie dem Naerenthum; aber wir müßten uns doch eingestehen, daß die Bewegung, in welche unsere dortigen Brüder verflochten sind, zum großen Theil nur excentrisch zu dem deutschen Mittelpunkt sich verhält, daß fremde Kräfte, über die wir nicht gebieten, dort die unsrigen kreuzen. Preußen aber ist ganz deutsch und darum darf hier kein Element sich der Richtung, die vom deutschen Centrum ausgeht, entziehen, darum darf weder ein absolutistisches, reaktionäres Regiment von oben, noch anarchische Gewaltthat und Gesetzlosigkeit von unten in diesem wichtigsten Theile Deutschlands die Gleichmäßigkeit der allgemeinen nationalen Entwicklung, die ebenso sehr eine gesetzlich organische, als eine freie und volksthümliche sein soll, willkürlich unterbrechen.

In diesem Sinne hoffen wir, wird die deutsche Nationaloversammlung ihre Aufgabe und die der Centrolgewalt auffassen.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 11. Nov. Seit dem 6. Nov. ist der Kongreß der Abgeordneten sämmlicher landwirthschaftlichen Vereine Deutschlands hier versammelt und hält seine Sitzungen im englischen Hofe. Ziemlich zahlreich, trotz gänzlich mangelnder oder doch sehr schwacher Vertretnng mancher Gegenden, nicht arm an interessanten, tüchtigen nnd talentvollen Leuten, scheint er das Loos der meisten solcher Kongresse theilen zu wollen. Die nicht sehr glückliche Wahl des Präsidiums, eine formell ziemlich mangelhafte Vorbereitnng der Gegenstände haben beigetragen, einen großen Theil der Zeit durch unerquickliche Formfragen und Debatten über Nebendinge ohne Resultat zersplittern zu lassen und dadurch den Eindruck bedeutend zu schwächen, welchen haltungsvolle Berothungen und entschiedene Beschlüsse einer so bedeutenden, wenn auch vielleicht etwas zu einseitig den größern Grundbesitz repräsentirenden Versammlung auf die Beschlüsse der Nationalversammlung und Maßnahmen der Centralgewalt hätten haben können und sollen. Dazu das höchst ehrenwerthe, aber nicht überall am Platze befindliche Bestreben nach Vermittlung, d. h. Abschwächung jedes entschiedenen Ausdrucks. Trotzdem ist die Bedeutung des Kongresses nicht gering nnd den mit Ordnung der materiellen Interessen betrouten Organen die Einsicht seiner Verhandlungen schon darum zu empfehlen, damit erkannt werde, was der Ackerbon durch ganz Deutschland wünscht und verlangt, andrerseits aber ouch die Punkte immer deutlicher werden, wo voreschnelles Uniformiren der erstrebten Einheit Deutschlands durch Erwartung unbesiegbarer Widerstände in der Sitte nnd der Grundansicht der ackerbautreibenden Bevölkernng, welche sich durch alle Beweise theoretischer Richtigkeit und Konsequenz über ihre praktischen Bedenklichkeiten nicht hinwegbringen läßt, nur nachtheilig sein würde. Charakteristisch dofür ist der einzige bisher gefaßte Beschluß von allgemeiner Bedeutung: daß man den §. über Theilbarkeit des Bodens ous den Grundrechten weglassen möge. Er wurzelt offenbar in einem völligen Uebersehen oder Nichtverstehen des Zusatzes wegen der Uebergongsgesetzgebung durch die Einzelstoaten; aber er zeigt die Scheu eines großen Theiles der Landwirthe vor allgemeinen theoretischen Bestimmungen. Es ist nicht zu erwarten, doß dieser Beschluß eine Folge haben werde und gerade darum zu beklogen, doß er gefaßt wurde, weil er den Vorwurf des Partikularismus gegen die Landwirthe ernenern muß. Im Uebrigen haben die Verhondlungen das Bestreben der Landwirthe nach organischer Vertretung ihrer Interessen und volksthümlicher Gestaltung der Rechtspflege und Verwaltung sehr energisch on dos Licht gestellt und werden, sowie die Debatten über innere Kolonisation gegenüber der Auswanderung, wenn auch bides zu keinen Beschlüssen für Gesetzgebung führt, ihre Wirkung in heilsomer Weise zu äußern nicht verfehlen. Jetzt ist man mit der Zollfroge beschäftigt, und hat gestern einen ziemlich lauwarmen, an unseliger Verwirrung der Begriffe von Finanz- und Schutzzoll krankenden Beschluß über das Prinzip dohin gefaßt — daß man im Allgemeinen nicht dafür sei, daß die Zölle bis zu demjenigen Betrage hinaufgeschroben werden, wo sie aufhören, Finonzzölle zu sein und Schutzzölle zu werden. Im Uebrigen wird man völlige Freiheit des Verkehrs mit Bodenprodukten und Rohstoffen (excl. Wein ic.) beschließen. Dos Ende des Kongresses ist vor dem 15. November kaum zu erwarten.

> **Frankfurt**, 11. Novbr. Seit einigen Tagen circulirt hier eine als Mannscript gedruckte Denkschrift unter dem Titel „der nächste Weg zur Zoll- nnd Handelseinigung Deutschlands." In derselben wird der vom Reichsminister des Hondels vorgeschlagene Weg zu einer Zolleinigung zu gelangen, nämlich zuerst die Verträge der einzelnen deutschen Staaten mit dem Ausland ouszukündigen oder in Reichsverträge umzuwandeln und dann erst die Zolleinigung zu bewerkstelligen, als zu lonze dauernd nnd als

politisch und commerciell bedenklich bezeichnet und dagegen der Vorschlag gemacht, die Vereinszollgesetzgebung und mit einigen wenigen Abänderungen auch den Zolltarif des Vereins auf ganz Deutschland, Oesterreich vorderhand ausgenommen, auszudehnen. Dieser Vorschlag wird empfohlen hauptsächlich durch Hinweisung auf die Gunst, deren sich der Zollverein von seiner Bildung an und auch jetzt noch erfreue zu einer Zeit, in welcher fast jede Staatseinrichtung der Ungunst des Volkes unterlegen sei. — Es scheint nothwendig in dieser Beziehung folgendes zu bemerken: 1) Die fortdauernde Gültigkeit der Verträge der einzelnen Staaten mit dem Ausland bis zu ihrer Auflösung oder Abänderung auf vertragsmäßigem Wege kann nicht bestritten werden. Aber gerade deßhalb ist der Vorschlag der Denkschrift eben so unausführbar als etwa ein Reichsgesetz wäre, welches einen neuen Tarif und neue Zollordnung im Widerspruch mit den Verträgen der Einzelstaaten mit dem Ausland alsbald für ganz Deutschland verkünden und ins Werk setzen wollte. Es handelt sich hier unseres Wissens nicht, wie die Denkschrift angibt, um zwei, sondern um drei Verträge, nämlich um den hannöverisch-nordamerikanischen vom 10. Juni 1846, welcher bestimmt, daß Hannover nur nach 12monatlicher Aufkündigung des Vertrags seine sehr niedrige Eingangsabgabe von Tabak erhöhen dürfe, sodann um den mecklenburgisch-französischen Vertrag vom 19. Juli 1836, in welchem bestimmt ist, daß Mecklenburg nur nach 12monatlicher Aufkündigung seine Abgabe von französischen Produkten steigern dürfe, und drittens um den mecklenburgisch-nordamerikanischen Vertrag vom 10. Juni 1846, durch welchen Mecklenburg verhindert ist, vor 12 Monaten nach dem Tag der Aufkündigung dieser Bestimmungen des Vertrags seine Eingangszölle von Reis, Tabak und Wallfischthran zu erhöhen oder den jetzt zollfreien unenthülsten Reis (Paddy) mit einem Zolle zu belegen. Vor der vertragsmäßigen Aufhebung dieser Bestimmungen lassen sich neue Zölle von den genannten Artikeln, mögen es nun die Zölle des Zollvereins oder die eines neuen deutschen Tarifs sein, an den Grenzen von Mecklenburg und dem Steuerverein nicht zur Anwendung bringen. Es ist demnach in dieser Beziehung irrig, daß der in der Denkschrift bezeichnete Weg zur Zolleinigung kürzer sei, als der vom Handelsminister vorgeschlagene, welcher zuerst die Verträge, welche der Zolleinigung im Wege stehen, beseitigen will, ehe die Verlegung der gemeinsamen Zölle an die Seegrenze erfolgt. 2) Würde der Vorschlag der Denkschrift angenommen, so müßte das Zollvereinsgesetz auf dem Wege der Gesetzgebung der Einzelstaaten von diesen eingeführt werden, das heißt, die gesetzgebenden Gewalten in Hannover, Oldenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg, Lübeck und Holstein mit Schleswig müßten auf dem gewöhnlichen Wege die Berathung darüber vornehmen und die Annahme des revidirten Zolltarifs beschließen. Wer die Stimmung jener Staaten über die Gesetzgebung des Zollvereins kennt, wird die Annahme seltsam finden, jene Staaten würden sich zu einem solchen Beschluß bringen lassen; aber gesetzt, es wäre denkbar, daß die gesetzgebenden Behörden jener Staaten sich dazu verständen, würde denn dieser Weg kürzer sein als derjenige, wonach die gesetzgebenden Gewalten des Reichs die zur Erzielung der Zolleinigung nöthigen Maßregeln beschließen? Wir glauben es nicht, im Gegentheil, es würde wahrscheinlich Jahre dauern, bis man zur Zolleinheit käme. 3) Daß der von der Denkschrift vorgeschlagene Weg nicht kürzer ist, als der vom Reichsminister des Handels vorgeschlagene, ist so unverkennbar, daß man sich des Gedankens nicht erwehren kann, auch der Verfasser der Denkschrift habe dies einsehen müssen und es sei die eigentliche Absicht, aus welcher der Vorschlag hervorgegangen sei, eine ganz andere. Was heißt es eigentlich, jetzt das Zollgesetz auf ganz Deutschland ausdehnen? Nicht mehr und nicht weniger, als für das wichtigste Institut des künftigen Deutschlands, für die Zoll- und Handelseinheit, die ganze Idee des Bundesstaats und der Reichsgesetzgebung vor der Hand einmal bei Seite schieben und den alten Staatenbund mit allen seine Konsequenzen von Neuem funktioniren. Anstatt eines einheitlichen Zollsystems, beschlossen von dem deutschen Parlament und ins Werk gesetzt von der Centralgewalt und unter der fortwährenden Leitung dieser einheitlichen Gewalten, will man wieder die Zollvereinsgesetzgebung mit ihren Zollkongressen, mit der von ihr geforderten Einstimmigkeit aller souveränen Vereinsstaaten bei allen neuen Gesetzen, mit der zweifelhaften Einheit gegen das Ausland, wie sie der Vertrag mit Portugal v. 20. Febr. 1844 zu Tag brachte, mit dem fortwährenden Argwohn der kleineren Staaten gegen die mächtigern, mit der Gefahr, daß von auswärtigen Staaten aus irgend welchen Ursachen einzelnen Regierungen Sonderbegünstigungen eingeräumt werden. Uns fällt es nicht ein, mit alle dem den Zollverein und seine Schöpfer herabzusetzen. Er war das Beste, was sich im früheren Staatenbund erreichen ließ. Aber das Bessere ist der Feind des Guten und jedenfalls läßt sich nicht verkennen, daß gerade die Form des Vertrags, unter welche er die Einheit brachte, mit allen daraus folgenden Consequenzen der schwächste Theil des Vereins und gerade das war, was seine Beliebtheit in Deutschland verminderte.

00 **Frankfurt**, 12. Nov. Während die letzten 10 Jahre unserer Geschichte fast ausschließlich von religiösem Streit erfüllt waren, welcher mit der Kölnischen Angelegenheit begann und auf kurze Zeit von dem patriotischen Geschrei und Gesang der Jahre 1840 und 1841 übertäubt, von der Trierer Rockfahrt bis zum Sturz des Ministeriums Abel herrschte, ist seit dem März das politische Leben übermächtig hervorgetreten. In kirchlicher Hinsicht sind von der einen Seite nur die Bildung deutsch-katholischer Gemeinden in München, Wien, Grätz und die noch wenig bekannten Bestrebungen der niedern Kölnischen Geistlichkeit zur Befreiung von der bischöflichen Willkürherrschaft, von der andern Seite der Versuch des bekannten Buß, eine massenhafte Opposition gegen die der Hierarchie feindlichen Beschlüsse der Reichsversammlung durch die katholischen Vereine zu bilden und die geheimen Berathungen der deutschen Bischöfe in Würzburg zu nennen. Es ist sehr zu beklagen, daß der Deutschkatholicismus seinen ersten Standpunkt, allgemein anerkannte Mißbräuche innerhalb der katholischen Kirche abzuschaffen, sobald verlassen und sich durch Ueberflügelung des protestantischen Rationalismus, mit Aufgebung des Volks, an Schichten der Bevölkerung gewandt, welche zur Sektenbildung nicht geneigt sind und zu deren Bekehrung auch die geistigen Kräfte der neuen Reformatoren nicht ausreichten. Noch bedauernswerther ist es aber, daß die Hauptleiter und Beförderer der Bewegung, Ronge und Bayhoffer, durch ihre Unterzeichnung des bekannten demokratischen Manifestes von Löhr in Worms, in dessen Blatt Heinrich von Gagern als durch Rußland erkauft bezeichnet wurde, Struve und Lommel durch ihre Theilnahme an den Freischaarenzügen in Baden, Rob. Blum und Graf Reichenbach durch ihre ganze politische Laufbahn die religiöse Seite der ganzen Bewegung als die secundäre hingestellt und so gewissermaßen jenen berufenen Abel'schen Erlaß, „daß die Deutschkatholiken verkappte Kommunisten seien", bestätigt haben. Hat doch Domiot, der einst gefeierte, offen erklärt, ihm sei der Deutschkatholicismus nur „Maske für politisch-sociale Agitation gewesen." Wir beklagen diese Wendung der Dinge, denn wir fürchten, die Ereignisse werden unsere Besorgniß bestätigen, daß besonders in Oesterreich (und gerade dort um so mehr, je gewaltiger und maßloser der Freiheitsdrang war) das Volk nicht durchgebildet genug ist, um die leicht errungenen Freiheiten auch gegen etwaige Anfechtungen zu behaupten. Schon hören wir die politisch-religiöse Opposition gegen jede Freiheit in Tyrol, schon lesen wir, daß die Blätter zu Linz und Salzburg, welche kein Belagerungszustand drückt, über Wien so stumm sind, wie unter Sedlnitzki. Der menschliche Geist ist nun einmal als Einheit konstruirt und so wenig beim Druck auf Philosophie, Theologie und Geschichtschreibung die von Metternich begünstigten Naturwissenschaften freundlich blühten, so wenig konn man von einem Volke, das auf der einen Seite „vertrauensvoll seinen Priestern alles glaubt," von der andern Seite politisches „Mißtrauen, die erste Tugend eines freien Volkes", erwarten. Wer auf der einen Seite gläubig und willenlos sich einer Autorität hingibt, der wird auch auf der andern Seite nicht forschen und prüfen, und bei den unzähligen engen Banden zwischen Kirche und Staat auch in Bezug auf politische Fragen, z. B. Trennung der Schule von der Kirche, sich der Führung seiner Priester überlassen. Ein neuer Staatsbankerott steht in Aussicht, nicht nur zur Schmach für den Staat und zur Vernichtung seines Kredits, sondern auch zum Verderben unzähliger Wittwen und Waisen, zahlloser alter, arbeitsunfähiger Personen, welche, wenig unterrichtet von den seit Jahren bedenklichen inneren Zuständen Oesterreichs, wegen der hohen Zinsen ihr Geld, dessen Ertrag gerade zu ihrem Unterhalt reicht, in österreichischen Papieren anlegte, und jetzt mit dem Verlust eines großen Theils ihrer Habe bedroht sind. Aber wer darf es wagen, zur Abwendung dieser Schande nur vorzuschlagen, die reichen österreichischen Klöster aufzuheben, die ungeheuren Silbermassen,

Digitized by Google

die kostbaren Monstranzen, welche z. B. in Prag als todte Schätze liegen, als verkehrbelebende Silber- und Goldmünzen in die Welt zu schicken?

× **Frankfurt**, 12. Nov. Wenn man gegenwärtig eine gewisse Partei ihre egoistischen Pläne mit Rechnung auf das Heer anlegen und verfolgen sieht, so kann man, von allem Andern abgesehen, schon aus dem Umstande einigen Trost hinsichtlich des Gelingens derselben entnehmen, daß der Geist der Armee bei weitem nicht in dem Maße dem absolutistischen System huldigt, wie man sich vielleicht an den entsprechenden Orten einredet. Gerade im Heer zählt heut zu Tage der Konstitutionalismus seine wärmsten Anhänger, davon kann man sich täglich im Gespräche mit Soldaten und Offizieren überzeugen, über deren Bildungsgrad höchst seltsamer Weise das vielleicht etwas freiere Leben Einzelner gewisse Vorurtheile manchmal im Bürgerstande noch nicht ganz hat verschwinden lassen.

* Wir können hier dem Herrn Correspondenten aus eigener Erfahrung nur beipflichten. Wir haben oft treffliche Aufsätze über militärische und allgemein greifende politische Gegenstände selbst von jüngeren Mitgliedern des Wehrstandes erhalten, wenn gleich die Enge eines Journals nur zu oft die Aufnahme derselben unmöglich macht. A. d. Red.

Wien, 6. Nov. Das neue Ministerium, dem man in Wien nie sehnsüchtiger entgegen sah als jetzt, ist vielleicht in dieser Stunde bereits gebildet. Graf Franz Stadion wird das Ministerium des Innern und wahrscheinlich auch die Präsidentschaft übernehmen, Colloredo die auswärtigen Angelegenheiten, Fürst Felix Schwarzenberg den Krieg, Kraus wird vermuthlich Finanzminister bleiben, wenn ihn nicht Baron Kübeck ersetzt, dessen Gesundheit sich gebessert hat und von dessen Talenten man in Oesterreich eine übertriebene Meinung hegt. Bruck und Meyer sollen gleichfalls in das neue Kabinet eintreten. Graf Stadion, welcher zwei Tage hier verweilte und Konferenzen mit dem Fürsten Windischgrätz hatte, ist vorgestern nach Ollmütz abgereist. Er hat, wie wir aus guter Quelle vernehmen, den Fürsten ernstlich ersucht, von seiner übertriebenen Strenge gegen die besiegten Wiener abzulassen. Bei den bekannten starren Grundsätzen des Fürsten ist leider zu erwarten, daß alle Ermahnungen fruchtlos sein werden. Die Verhaftungen und Hausuntersuchungen dauern ununterbrochen fort. Viele Studenten und andere junge Leute wurden gewaltsam unter das Militär gesteckt. Die Freiwilligen aus Steyermark, Mähren und Oberösterreich sind unter dem Geleit von Kroaten zu Fuß auf höchst brutale Weise noch ihrer Heimath abgeschickt worden. Der ehemalige Kommandant Messenhauser und der Abgeordnete des Reichstags, Füster, sind gestern verhaftet worden. Auf Bem, Fennrberg, Dr. Schütte, Pulsky wird gefahndet, und dem Gemeinderath wurde sogar das Ansinnen gestellt, einen Preis von 100 Dukaten auf die Entdeckung ihres Verstecks auszubieten. Nur von Pulsky weiß man mit Bestimmtheit, daß er nach Ungarn entkommen ist. Alle übrigen mit dem Tod bedrohten Führer der Oktoberrevolution sollen noch hier verborgen sein. Eine amtliche Bekanntmachung bedroht mit standrechtlichem Verfahren Diejenigen, welche den Verfolgten ein Asyl in ihren Häusern gewähren. Wer also nicht so ehrlos ist, jene Unglücklichen aus ihrer Zufluchtsstelle zu vertreiben, oder sie an die Polizei zu verrathen, wird mit peinlicher Strafe bedroht! Es ist auch ernstlich die Rede, die verhafteten Mitglieder des Frankfurter Parlaments Fröbel und Blum vor ein Kriegsgericht zu stellen. Keine auswärtige Zeitung durfte bis heute ausgegeben werden, selbst nicht an die Gesandtschaften. Seit mehreren Wochen schon wissen wir nichts von den politischen Vorgängen außerhalb Wien. Fürst Windischgrätz erklärte, daß er selbst den Censor machen werde. Aber inmitten der Vorbereitungen zum Feldzuge gegen die Ungarn findet auch er dazu keine Zeit und die fremden Zeitungspakete bleiben auf der Post unerröffnet liegen. Selbst die Augsburger Allgemeine Zeitung hat Se. Durchlaucht in dieser allgemeinen Verdammung mit inbegriffen. Metternich und Sedlnitzki hatten nie den Muth, den Wienern die Lektüre einer Zeitung zu entziehen, welche ihnen seit 40 Jahren zum täglichen Bedürfniß geworden. — Selbst der juridisch-politische Leseverein, der unter Metternich friedlich florirte und aus ganz konservativen Mitgliedern besteht, ist auf Befehl Seiner Durchlaucht geschlossen worden. Heute durfte zum ersten Male die **Presse**, ein liberal-conservatives Blatt von höchst gemäßigter und anständiger Haltung, welches Dr. Landsteiner, der geistvollste politische Schriftsteller in Wien, mit vielem Talent und Umsicht leitet, wieder erscheinen. Die Wiener Zeitung mußte sich bis jetzt ganz auf officielle Mittheilungen beschränken. — Ueber die Ursache des Brandes der Bibliothek und im Naturalien-Cabinet soll eine Untersuchungs-Commission entscheiden, ob derselbe durch die Proletarier angelegt, oder durch die zündende Wirkung der Geschosse entstanden sei. Die Bibliothekare, welche dort Wache hielten, versichern, daß sie selbst die Brandrakete gesehen und gehört, welche das Dach durchbohrte und zündete. Gewiß ist wenigstens, daß der Brand erst eine gute Weile nach dem Beginne des Bombardements entstanden ist.

Nachschrift. Diesen Abend hat Fürst Windischgrätz sich endlich bewegen lassen, einen Theil der auswärtigen Blätter dem heißhungerigen Lesepublikum endlich zu gestatten. Doch unterliegen dieselben zuvor seiner Durchsicht. General v. Welden ist nun officiell zum Gouverneur von Wien während des Belagerungszustandes ernannt. Fürst Windischgrätz übernimmt das Oberkommando der Kriegsoperationen gegen Ungarn.

Aus **Prag** meldet die Schles. Ztg., daß am 4. Nov. von dort ein Infanteriebataillon nach Reichenberg abging, da in dieser Stadt bedeutende Unruhen ausgebrochen sind. Nähere Berichte sind zu erwarten.

Innsbruck, 4. Nov. So eben wurde in der Ständeversammlung folgende, durch die nach Ollmütz gesandte Deputation überbrachte Antwort Se. Majestät auf die überreichte Ergebenheitsadresse verlesen: An den ständischen Ausschuß des tyrolischen Landtags, die Landesbehörden und Bürgerschaft von Innsbruck. Ollmütz, 30. Okt. Die Eingabe vom 15. d. M., in der Ihr Mir die Treue, Hingebung und Anhänglichkeit der Bewohner Eurer Provinz darbringt, konnte mich zwar nicht überraschen; denn stets und noch in neuester Zeit hat Tyrol diese Gesinnungen auf das glänzendste bewährt; aber zu besonderem Trost in diesen Tagen schwerer Prüfung gereicht sie Meinem tiefbetrübten Herzen. Es hat mir wohlgethan zu vernehmen, daß, während in andern Theilen Meines Reichs die von den Feinden der Ordnung ausgestreute Saat des Mißtrauens bereits zur blutigen Ernte gereift ist, unter jenem biedern Alpenvolk die ererbten Tugenden der Väter fortleben in ungeschwächter Kraft, und die Künste der Verführung bisher nichts vermocht haben über sein unerschütterliches Gottvertrauen, seine treue Liebe zu dem Kaiserhaus, sein muthiges Ausharren in der Stunde der Gefahr. Auf die Anfragen, welche weiterhin in Eurer Eingabe enthalten sind, werdet Ihr die Antwort mittlerweile in Meinen Manifesten vom 16., 19. und 22. d. M. gefunden haben. Vor allem muß die gestörte Ordnung hergestellt werden, um sodann auf den von Mir gewährten und mit Meinem kaiserlichen Worte verbürgten Grundlagen den Neubau des constitutionellen Oesterreichs zu beginnen. Eine besondere Aufmerksamkeit wird hiebei dem Gemeindewesen zu widmen sein. Ich gedenke ihm die möglichst freie Bewegung innerhalb der natürlichen Gränzen zu sichern. Um aber ein so großes und wichtiges Unternehmen — die Wiedergeburt des gemeinsamen freien Vaterlandes — zum Bestrn meiner Staaten baldigst zu vollenden, bedarf es des kräftigen Zusammenwirkens von Regierung und Reichstag. Mich mit Räthen meiner Wahl zu umgeben, die zugleich auf das Vertrauen der Wohlgesinnten gerechten Anspruch haben, wird Meine nächste Sorge sein, sowie ich bereits die konstituirende Versammlung nach einem Punkt verlegt habe, wo sie ihrem wichtigen Beruf unbeirrt und in voller Freiheit nachkommen könne. Und somit hoffe Ich, daß das große Werk Unsern vereinten Bestrebungen mit Gottes Hülfe gelingen werde und wir einer bessern Zukunft entgegensehen können. Ferdinand. Wessenberg.

† **Posen**, 7. Nov. Die Vorschläge zur Einleitung eines anderen Diöcesanverbandes in unserer Provinz liegen bereits seit Wochen in Berlin. Sie werden jedoch erst nach Regelung der Abgrenzung zur Sprache kommen. In der That ist die Lösung des jetzigen Diöcesanverbandes ein dringendes Bedürfniß. Wie kann derjenige noch ferner der Hort der Gemeinden in Deutschposen sein, der durch einen Hirtenbrief zu den politischen Wirren wesentlich beigetragen, dessen publicirte Berichte an den Kultusminister offenen Haß und Verachtung gegen Deutsche und Juden zur Schau tragen, der noch jetzt an der Spitze der polnischen Liga stehe und dessen Untergebene Schriften redigiren, welche bitteren nationalen Haß predigen, (wir erinnern nur an die mitgetheilten Bruchstücke des „Großpolen" und an die Rede des Probst Strybel (Abgeordneter für Berlin) bei der Gründung der Liga in Schildberg: „Christus war ein Volksfreund und echter Demokrat"

Digitized by Google

u. s. w., welche damit schließt daß die Polen die Deutschen und sogar Juden in ihrem Lande dulden sollen, wenn sie sich den Bestrebungen der Liga nicht widersetzen.) — Die Lemberger Ereignisse haben auf die Polen eben so kanfternirend gewirkt, als die Gerüchte über das bevorstehende energische Auftreten der Centralgewalt in unserer Sache freudig aufregend auf die Deutschen.

Ratibor, 7. Nov. Die schles. Z. berichtet: Ein Oberst aus dem Generalstabe des Fürsten Windisch-Grätz reiste hier durch, welcher an den Feldmarschallieutenant Schlick in Krakau Depeschen zu überbringen hat. Letztere sollen folgenden Inhalts sein: Oberst Simanich, der etwa 15 — 20,000 Mann kaiserl. Truppen commandirt und über Galizien einbrechend die Ungarn angegriffen, sei von Letzteren von Tyrnau bis nach Götting, etwa 20 Stunden zurückgedrängt worden. In Folge dessen habe sich derselbe nach Mähren zurückgezogen, und Windisch-Grätz ihm zwei Brigaden, meist Kavallerie, zu Hülfe geschickt. Dieses Militär wurde mit dem heutigen Wiener Zuge nach Lundenburg und Prerau ꝛc. befördert.

Würzburg, 9. Nov. Gestern ist der neue Bischof von Fulda dahier angekommen, somit sind nun alle deutschen Bischöfe, mit Ausnahme der meisten österreichischen, versammelt; indeß nehmen doch gerade drei österreichische Erzbischöfe daran Theil, und zwar der von Salzburg persönlich, der von Ollmütz durch einen Stellvertreter und der von Prag sandte ein sehr schönes Schreiben. Beiren ist gleichfalls durch einen Abgeordneten vertreten und Linz wollte einen solchen schicken. Wenn wir recht berichtet sind, hat der Erzbischof von Wien seinen Suffraganen die Zusammenkunft der deutschen Bischöfe gar nicht oder wenigstens nicht rechtzeitig bekannt gemacht. — Die Sitzungen werden seit gestern im Franziskanerkloster gehalten; zu Anfang der nächsten Woche werden die Verhandlungen ihr Ende erreichen. (N.W.Z.)

Stuttgart, 7. Nov. Wir hören, daß in den letzten Tagen die bairische Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, zu einer Verbindung der baierischen und würtembergischen Eisenbahnen bei Ulm die Hand zu bieten, unter der Bedingung, daß auch Baden zur Verbindung seiner Bahnen mit den würtembergischen sich herbeilasse, da Baiern auf die nächste Verbindung seines Hauptlandes mit Rheinbaiern das höchste Gewicht lege. (Schw. M.)

*** **Leipzig**, 9. Nov. Heut Nachmittag 2 Uhr hatten die Herren Bertling und Jäckel eine Volksversammlung in das Odeon berufen, wegen Blum's Verhaftung. Es waren ein paar Tausend Menschen beisammen, größtentheils Arbeiter, demokratische Turner und Studenten, weniger Bürger. Jäckel schlug ziemlich mäßig gefaßte Adressen an das Ministerium in Dresden und nach Frankfurt zur Annahme vor, in denen man Reklamation R. Blum's aus der Gefangenschaft verlangte. Zuerst wurde nun gefordert, daß die an unser Ministerium jedenfalls des größern Nachdruckes wegen von einer Deputation überreicht würde und zu Mitgliedern derselben bestimmte man Bertling und Jäckel, denen sich freiwillig Dr. Märtens zugesellte. Ein Arbeiter, Beddag, damit nicht zufrieden, verlangte eine großartigere Demonstration, da es sich hier um eine Sache handle, die ganz Leipzig, ja das ganze deutsche Volk interessire, bei welcher Gelegenheit man denn nicht versäumte, Blum als eine Art Halbgott zu schildern. Die Leiter der Versammlung und einige ihrer Freunde riethen sehr entschieden ab, fanden aber so wenig Gehör, daß sie abtreten und Herrn Albrecht das Präsidium überlassen mußten. Jetzt wurde beschlossen, in einem großen Zuge nach dem Rathhause sich zu bewegen und hier durch eine Deputation (Prof. Flathe, Bieweg, Albrecht, Semmig) den Rath und die Stadtverordneten aufzufordern, sofort ihrer Seits Deputationen nach Dresden und Frankfurt zu entsenden. Der Zug war schließlich nicht groß, vielleicht höchstens 5 — 600 Mann stark. Auf dem Rathhause antwortete dann der schnell herbeigeholte Bürgermeister Klieger, wie wohl ein solcher Schritt nicht nöthig sei, da, so wisse er bereits, das Ministerium Schritte in der Angelegenheit gethan hätte. Wenn der Rath hier seiner Seits noch etwas thäte, so könnte das wohl höchstens sein, um ein moralisches Gewicht mehr in die Wagschale zu legen. Uebrigens versprach er, die Sache dem Plenum zu weiterer Berathung zu überreichen. Mit einem Wort, Klieger zog sich mit allgemeinen Redensarten sehr geschickt aus der Sache heraus und Semmig theilte nun den vor dem Rathhause noch versammelten paar Hundert Leuten auf eine sehr beruhigende Weise die Antwort des Bürgermeisters mit, worauf diese sich still verliefen.

* **Baden.** In unserm gestrigen Hauptblatte wird in dem Berichte über die Verhandlungen der badischen Kammer ein Flugblatt: „An die elenden Brudermörder und die braven republikanisch-gesinnten Soldaten in Baden" erwähnt. Wir theilen die von Staatsrath Bekk verlesene Stelle mit: „Jeder Bissen Brodes, den ihr esset, sei ein Gift, das euch die Seele in dem Leibe zerstöre. Nicht eine bloße Redensart soll Dies sein. Weib, nimm Arsenik und Blausäure, und vergifte ihnen ihre Speise und ihre Getränke. Mann, greif zu Dolch und Schwert und kehre es in ihren Eingeweiden um. — Sobald einer von diesen schlechten Vater- und Brudermördern wieder zurück in seine Heimath kommt, so schießt ihn nieder, ihr braven Bürger, bei Tag aber bei Nacht und Nebel, wo ihr die beste Gelegenheit habt. Die Zeit wird kommen, wo an jedem Baum des Feldes einer von euch verfluchten Vater- und Brudermördern hängen wird. Das sagen wir euch, ihr Hundeseelen, ihr Hundesoldaten, ihr Vater- und Brudermörder. — Euer Fahneneid, worin ihr Treue dem Fürsten geschworen habt, zu welchem ihr aber gezwungen worden seid, ist null und nichtig, und nur ein Schaafskopf wird ihn halten. — Ihr Bürger aber, schließet Freundschaft mit diesen republikanisch-gesinnten Soldaten, pfleget sie besser mit Speise und Trank, und lasset ihnen euere ganze Liebe angedeihen. Die andern aber verachtet wie schädige Hunde. Mit diesen republikanischen Soldaten müßt ihr euere Pläne machen, wie von den andern die Kanonen und Gewehre können genommen werden, wie die Offiziere wegzuschaffen sind und wie die Brudermörder können gehängt werden. Nur ein Narr wird nach diesen feigen Buben, seinen Offizieren, Gehorsam leisten. — In Wien und Ungarn gingen ganze Regimenter republikanisch-gesinnter Soldaten zum Volke über. Den Latour und Lamberg haben sie aufgehängt und mehrere Generäle und viele Offiziere erschossen, und so müssen auch wir es machen mit unsern Ministern, Generälen und Offizieren." — Abgeordneter Lehlbach meinte darauf: Was Staatsrath Bekk soeben verlesen, habe ihn ganz kalt gelassen, indem er dieses Flugblatt, wie noch so viele andere, als ein solches betrachte, welches von der Rückschrittspartei verbreitet worden.

Homburg v. d. H. Nach einem an die Reichsversammlung vertheilten Schriftchen, welches die Spielhölle in Hamburg wenigstens noch auf einige Zeit erhalten soll, hat der Landgraf von Hamburg im Jahr 1841 die Bank in Homburg bis zum 1. April 1871 (!!) verpachtet, und nun diese geräumigen Zeit wünschen die Spielpächter doch wenigstens einige Jahre zu retten, versteht sich, nicht wegen ihres Vortheils, sondern wegen des Nutzens, welchen die Stadt daraus zieht. Dieser ist allerdings nicht ganz gering. Manche Familien sind nur der Bank wegen nach dem ganz unbedeutenden Bade gezogen, und für etwa eine Million neue Gebäude sind aufgeführt. An die Landgrafschaft zahlt der Pächter jährlich 26,900 fl., an die Stadt Homburg für Gemeindesteuern 1000 fl., an die beim Spiel Angestellten 76,000 fl., an das Orchester 18,000 fl., für Unterhaltung der Anlagen, Heizung und zur Erbauung eines Badehauses, Theaters ꝛc. die ersten vier Jahre jährlich 40,000 fl., später jährlich 10,000 fl., insgesammt 161,900 fl. Zu beachten ist noch die Anführung, „daß unter den Spielern nur etwa ein Sechstheil Deutsche seien und deren Verluste, weil sie weniger reich und weniger leidenschaftlich als die Fremden, nur ein Zwölftheil aller Verluste betragen." (Eine Thatsache, die, wenn sie auch wahr wäre, doch wohl nicht für das Institut reden soll?) — Daß die Hamburger Angelegenheiten auch im Großherzogthum Hessen vielfach besprochen werden, ist schon wegen des eventuellen Anheimfallens der Grafschaft erklärlich. Wahrhaft erfreulich war uns daher die hierauf bezügliche kategorische Aeußerung unseres Minister-Präsidenten Jaup: „Würde Hamburg morgen großherzoglich, so wäre übermorgen die Spielhölle aufgehoben." (Darmst. Z.)

Altenburg, 7. Nov. Schon zu der Zeit, als die königlich sächs. Truppen in Altenburg lagen, ist es leider mehrmals vorgekommen, daß auf die des Nachts ausgesandten Militär-Patrouillen von Böswilligen aus Verstecken geschossen worden ist, und haben sich in der jüngst verflossenen Zeit derartige Fälle wiederholt. — Der kommandirende Generalmajor v. Wyneken hat daher Folgendes veröffentlicht: „Da es sich ereignet hat, daß einzelne Mannschaften der Reichstruppen meuchlerisch angegriffen sind, so sind die unter meinem Befehle stehenden Truppen angewiesen, ihre Waffen stets in der nöthigen Bereitschaft zu halten, um davon nöthigenfalls zu jeder Zeit zu ihrer Vertheidigung den erforder-

Digitized by Google

lichen Gebrauch zu machen. Es wird dies hierdurch bekannt gemacht, damit jeder, der sich etwa an einem Militär körperlich vergreifen möchte, die daraus entstehenden nachtheiligen Folgen sich lediglich selbst beizumessen habe." (Leipz. Z.)

** **Altenburg**, 8. Nov. Unsere Zustände fangen an etwas erträglicher zu werden, insofern unter dem Schutze der Militärmacht das Gesetz wieder zur Herrschaft kommt und die Behörden mehr Thätigkeit entwickeln, der Terrorismus unsrer anarchischen Partei aufgehoben oder vielmehr, wie die Sachen jetzt noch stehen, suspendirt ist, bis „die Söldnerschaaren" uns verlassen haben, und endlich die wohlgesinnten Bürger vor Insulten und persönlichen Angriffen geschützt sind. Unsere Gerichte sind stark mit Arbeiten überhäuft, da Mehrere der Anarchisten verhaftet, Andere in Untersuchung gezogen sind. Das eigentliche Haupt derselben aber, unser Erbe, ist vor längerer Zeit zum demokratischen Kongreß nach Berlin gereis't und hat es bis jetzt noch nicht für gut befunden, nach Altenburg, das unter dem Druck der Bajonette seufzt, wieder zurückzukehren. — Aus unserm Ministerium wird Hr. von Planitz ausscheiden. Dieser Mann hat den aufrichtigen Dank der ganzen Bevölkerung sich erworben. Obgleich er schon seit längerer Zeit entschlossen gewesen war, dem Staatsdienst zu entsagen, übernahm er doch aus reiner Aufopferung in der schwierigsten Zeit die Ministerstelle und hat in diesem Amte stets als wahrer Volksfreund gehandelt, der es mit der Freiheit und dem Wohle des Volkes redlich meint und durch kein Geschrei und keine Verläumdungen, von welcher Seite sie auch kommen, von der betretenen Bahn des volksthümlichen Fortschritts sich ablenken läßt. Als sein Nachfolger wird der Kreishauptmann Graf v. Beust genannt, ein Mann von Muth und Entschlossenheit. Er gilt zwar von früher her als Aristokrat und Anhänger des alten Systems, doch kann man hoffen, daß er, wenn auch nicht aus Neigung, doch aus Einsicht, an dem konstitutionellen Prinzip festhalten und in die neue Zeit eingehen wird. — An der Umgestaltung unsrer Bürgerwehr wird auch stark gearbeitet. Diese Bürgerwehr war der leidhaftige Gegensatz von ihrer eigentlichen Bestimmung, denn anstatt auf Gesetz und Ordnung zu halten, waren die anarchischen Elemente in ihr gerade am stärksten vertreten, alle ihre Führer gehörten zur republikanischen Partei und die konstitutionellen Bürger, die vereinzelt unter den Anarchisten standen, waren bei jedem Tumult der größten persönlichen Gefahr ausgesetzt. — Das erfreulichste Zeichen für unsere Zustände liegt aber darin, daß sich ein neuer Verein unter dem Namen Bürgerverein gebildet hat, dessen Zweck es ist, für die gesetzliche Fortbildung unserer politischen und bürgerlichen Verhältnisse kräftig zu wirken. Er zählt bereits viele Mitglieder, unter denen sich die tüchtigsten Bürger befinden. Möge er dazu beitragen, daß unter unserm Bürgerstande tüchtige politische Bildung und selbstständige Ueberzeugung nebst dem Muthe, sie dieselbe einzustehen, Platz greife, möge er die Blicke unsrer Bürger von unsern kleinstaatlichen Verhältnissen hinüber werfen auf unser ganzes großes Vaterland, auf daß auch hier ein edles nationales Leben sich entfalte, ein Jeder mitempfinde, was unsre Brüder im äußersten Westen oder Osten betrifft, und Jeder sich fühle — als ein freier deutscher Mann.

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 28. Okt. Im Auftrag des Banus wird soeben von Seite des kroatisch-slavonischen Generalkommandos bei allen slavonischen und kroatischen Grenzregimentern gegen die Aufwiegler, welche das Volk zum Abfall von Oesterreich verleiten und auch in der Grenze für die magyarischen Rebellen Sympathien erwecken wollen, das Standrecht publicirt. (Agr. Z.)

Krakau, 4. Nov. Der kommandirende General-Feldmarschall Schlik macht heute Folgendes über die Vorgänge in Lemberg bekannt: „Der Kapitän Baron Knistel, der als Kurier von dem kommandirenden General Hammerstein sich nach Ollmütz begibt, hat mir folgende Nachrichten überbracht: Am 1. Nov. war Lemberg der Schauplatz trauriger Ereignisse. Ein Streit, der zwischen Soldaten und Nationalgarden entstanden war, gab Veranlassung zu einer großen Aufregung, worauf der kommandirende General die Truppen in den Kasernen konsigniren ließ. Die Nationalgarde ergriff die Waffen und zwei Kompagnien derselben stellten sich vor dem Artilleriepark auf, der auf diese Weise bedroht wurde. Es wurde hierauf das Allarmzeichen durch drei Kanonenschüsse gegeben, an vielen Stellen der Stadt erhoben sich Barrikaden. Der Platzkommandant Hemmerle wurde gefangen, entwaffnet und auf die Hauptwache der Nationalgarde geführt, auf eine ihm nachgeschickte Ordonnanz geschossen. Die Volksmasse versammelte sich auf dem Ringe und bedrohte die Wache in der Weise, daß sie durch eine Division Grenadiere geschützt werden mußte. Unterdessen aber wurden viele Soldaten angefallen und verwundet. Es erschienen mehrere Deputationen, welche das Zurückziehen des Militärs verlangten und für die Herstellung der Ruhe bürgen wollten. Der General dagegen verlangte das sofortige Abtragen der Barrikaden. So verblieb der Stand der Dinge bis zum 2. Morgens 7 Uhr. Es schien, als wollte man die Verwarnungen des kommandirenden Generals annehmen, als mit einem Male ein Widerstand hervorgerufen ward, worauf Alles zu den Barrikaden zurückkehrte und durch Sturmläuten die Bevölkerung der Stadt zum Kampfe gerufen ward. Zwei Schüsse aus einem Fenster, wodurch zwei Artilleristen auf dem Platze blieben, gaben das Signal zum feindlichen Einschreiten. Die Barrikaden wurden durch Artillerie zerschmettert, das bewaffnete Volk konzentrirte sich in der Universität und befestigte auf der davor befindlichen Barrikade eine rothe Fahne. Ein Theil der Stadt um die Universität und besonders die Universität selbst ist durch Raketen in Brand gesteckt worden, so auch eine große Anzahl anderer Häuser, unter diesen das herrliche Rathhaus. Gegen Mittag erschien eine Deputation des Sicherheits-Ausschusses bei dem kommandirenden General, welcher die Unterwerfung der Stadt unter folgenden Bedingungen zusagte: 1) Auflösung und Entwaffnung der akademischen Legion. 2) Reorganisation der Nationalgarde unter Leitung eines kaiserlichen Generals. 3) Verbot des Tragens vom polnischen Adler. 4) Ausweis aller Fremden. Wenn diese Punkte nicht in kürzester Frist vollzogen werden, erklärt der kommandirende General die Stadt Lemberg in Belagerungszustand. Bei Abgang des Kouriers war die Ruhe hergestellt." — Die „Jutrzenka" dagegen meldet, daß das Militär aus der Stadt gedrängt worden und hierauf dieselbe bombardirt habe. Das Rathhaus und die Akademie sind bis auf den Grund niedergebrannt, ebenso die ganze Krakauer Straße.

Krakau, 6. Nov. Nach der heutigen Gazeta Krokowska wäre General Bem mit einigen seiner Gefährten von Wien nach Ungarn entkommen.

Aus Lemberg wird demselben Blatte gemeldet, daß die dortige akademische Legion nebst einem Theile der Nationalgarde, zusammen 5000 Mann, mit Gewehren und 9 Geschützen nach der ungarischen Gränze gezogen sei.

Italien.

* In Turin war am 4. Nov. eine Deputation von Venedig angekommen, um eine bestimmte Entscheidung der Regierung zu veranlassen, ob sie dieselbe mit Waffengewalt unterstützen wolle. Es verlautet darüber, der Waffenstillstand sei auf 3 Monate verlängert und so erledigte sich die Sache von selbst. — Aus Mailand vom 2. Nov. meldet die „Concordia," die Thäler Seriana und Brembana seien in vollem Aufstande, dreißig Distrikte verweigerten die Auflagen zu bezahlen. — Der „Courier von Livorno" meldet aus Neapel, die dortigen schweizerischen und neapolitanischen Truppen seien handgemein geworden. Ein Korps Neapolitaner habe verweigert, einen Posten zu besetzen, und als darauf ein Kriegsgericht mehrere verurtheilt hätte, erschossen zu werden, hätten die inländischen Soldaten verweigert, die Execution zu übernehmen, die Schweizer aber sich bereitwillig dazu hergegeben. — Das neue Ministerium in Toscana hat die in Livorno liegenden Truppen nach Florenz zurückgerufen, damit sie, wie es sich im Tagesbefehl an dieselben ausdrückt, wenn der heilige Krieg für die Unabhängigkeit Italiens wieder ausbreche, bereit seien, in's Feld zu rücken. In der Depesche an die Livornesen heißt es, dieselben sollten die Grenzen besetzen, da die Piemontesen sich entfernten und die Appenninengrenze unbesetzt wäre. Es wird hinzugefügt, die Bevölkerung von Livorno werde dadurch, was wohl eine Hauptsache sein wird, die gewünschte Erleichterung erhalten. — Die Tessiner Zeitung vom 4. Nov. will wissen, der Erzbischof von Freiburg wäre von Volksmassen mit dem Tode bedroht, nur durch die Vermittelung des Hrn. Druey gerettet und nach dem Schlosse Chillon gebracht worden. Eben dieses Blatt meldet aus Genua, die Regierung habe ein Bataillon unter die Waffen gerufen, weil sie, in Folge der Revolution zu Freiburg, Unruhen in diesem Kanton befürchte. „Opinione" von Turin meldet, Cadore und Udine hätten sich erhoben, und General Romarino, Oberbefehls-

Digitized by Google

haber der lombardischen Truppen, einen Tagesbefehl veröffentlicht, worin er die Hoffnung ausdrückt, der Sieg werde ihnen nicht fehlen. — Die Zeitung von Venedig vom 27. Okt. fügt einem offiziellen Bülletin, welches die Einnahme von Fusina und Mestre anzeigt, die Nachricht hinzu, 14 sardinische Kriegsschiffe hätten sich im Hafen Malamocco vor Anker gelegt. Die „italienische Conföderation" hat ein Wahlgesetz für eine konstituirende Versammlung aller italienischen Staaten veröffentlicht. Dieselbe soll sich in Rom versammeln und zum Zwecke haben, die unbedingteste Freiheit, Einigung und Unabhängigkeit Italiens zu sichern, aber die Regierungsform jedes einzelnen Staates unverändert bestehen lassen. Unterzeichnet sind Mamiani, Gioberti, Terezo und Andrea. Der Plan ist, das Königreich Oberitalien, das Großherzogthum Toscana, die päpstlichen Staaten, das Königreich Neapel und das — also bereits als unabhängig anzuerkennende — Königreich Sicilien sollten sich vereinigen, um den italienischen Bund zu konstituiren, welcher durch eine Centralbehörde repräsentirt werde, die aus einem aus zwei Kammern bestehenden gesetzgebenden Kongreß und einer permanenten Centralbehörde bestünde, welche letztere die Exekutivmacht unter einem zeitweilig zu wählenden verantwortlichen Präsidenten ausübte. Unter diesem letzteren Projekte ist unter Anderm auch der Name Karl Bonaparte zu lesen. (Costituzionale Subalpino vom 4. Nov.) „Concordia" vom 31. Okt. bringt Berichte über die Insurrektion im Veltlin. Darf man denselben glauben, so sind die Adda-Uebergänge in den Händen der Insurgenten, alle Verbindungen mit Mailand abgebrochen und die Dampfschiffe von Como, die österreichische Truppen brachten, mußten umkehren, da das heftige Feuer von den Ufern sie in den Grund zu schießen drohte. Nach der Mailänder Zeitung vom 1. Nov. war im Veltlin der Aufstand unterdrückt. In einem Aufrufe des Prinzen Ferdinand von Savoyen, von Novara 29. Okt., an die vierte Division wird derselben die Aussicht auf Lorbeern eröffnet, die sie erringen werde, da die feindlichen Kräfte in Folge der inneren Spaltung, die in ihren Lagern herrsche, ihnen nicht widerstehen können würden.

Schweiz.

) **Bern**, 9. Nov. Im Ständerath ist an der Tagesordnung der Kommissionantrag bezüglich der beanstandeten Abgeordnetenwahlen. Bezüglich dieses Gegenstandes wird zuerst eine Erklärung der Thalgemeinden von Ueseren verlesen, dahin gehend, daß sich der Bezirk Urseeen offen und unbedingt der neuen Bundesverfassung anschließe, in guten und bösen Tagen der Eidgenossenschaft angehören wolle und wider die Folgen der Verwahrungen der Landsgemeinde von Uri, an welcher sie wegen des hohen Schnees nicht habe Theil nehmen können, protestire. In Betreff der angefochtenen Wahlen von Uri und Obwalden bringt die Kommission den Antrag: Es können die HH. Muheim und Christen nicht als Mitglieder des Ständerathes für den Stand Uri, ebensowenig der Abgeordnete von Obwalden anerkannt werden, weil alle Akten der Wahlen in enger Verbindung seien und die Wahl selbst unter Verwahrung geschah. Nach einer bewegten Diskussion wurde dieser Antrag mit 33 gegen 5 Stimmen angenommen, worauf die Gesandten von Uri und Obwalden den Saal verlassen. — Der Vorort hat auf die letzten Ereignisse hin den italienischen Flüchtlingen den Aufenthalt in den Kantonen Graubünden und Tessin untersagt, und sie sollen nun in das Innere der Schweiz verlegt werden. Der tessinische „Repubblikaner" beklagt sich bitter über diese strengen Maßregeln gegen die Flüchtlinge.

Niederland.

Die Bevollmächtigten Großbritanniens und Niederlands sind am 31. August d. J. über einige Zusatzartikel zu dem Vertrag vom 4. Mai 1818, betreffend die Abwehr des Sklavenhandels, übereingekommen, und die Bekräftigungen dieser Uebereinkunft sind am 24. Okt. ausgewechselt worden. Die Artikel enthalten Erweiterungen sowohl hinsichtlich der Zahl der Kreuzer, die gegen Sklavenschiffe verwendet werden, als hinsichtlich der Seegrenzen, innerhalb deren dieselben die Polizei zu üben berechtigt sind.

Rußland.

St. Petersbueg, 21. Okt. Der „russische Invalide" meldet, daß der Kaiser durch einen Ukas vom 30. Sept. den Ordenskapiteln die Ernennung der östeereichischen Feldmarschallieutenants Wratislaw, d'Aspre und Heß zu Georgsordenbrittern vierter Klasse mit dem Bemerken angezeigt habe, daß es zur Belohnung dienen sollte für ihre glänzende Tapferkeit in den Schlachten von Sommacampagna und Custozza.

Petersburg. Von St. Petersburg sind durchaus glaubwürdige Berichte in Paris eingelaufen; der Friede mit Schamyl sei so gut als abgeschlossen und überlasse weitere 150,000 Mann der russischen Regierung zur Verfügung. Ein Franzose, der Gelegenheit hatte, durch eigenen Anblick sich von der Stärke der in Polen stehenden Armee zu überzeugen, giebt dieselbe auf 100,000 Mann an, sehr gut ausgerüstete Truppen, die nichts sehnlicher wünschen, als in Preußen und Oesteereich einzumarschiren, „um die Ordnung daselbst herzustellen." In den politischen Bewegungen Deutschlands erblicken die Offiziere nichts als das Werk einer wühlerischen Minderzahl, der man mit den Bajonetten den status quo diktiren müsse.

Neuestes.

Wien, 7. Nov. Die „Schles. Ztg." will wissen, Preßburg sei ohne Schwertstreich von den kais. Truppen besetzt worden. Die Bestätigung muß abgewartet werden. — Auch Lemberg ist am 5. Nov. in Belagerungszustand versetzt worden.

Wien, 7. Nov. Die Hälfte der in und vor Wien liegenden Truppen — 40,000 Mann — hat Befehl zum Aufbruch erhalten und ist heute gegen Ungarn gerückt. Mit dem Druck des Belagerungszustandes bildet sich auch wieder das Spionsystem bei uns weiter aus; jeder fürchtet sich, seine Meinung vor dem andern zu äußern; man hört von fortwährenden Verhaftungen.

Wien, 8. Nov. Von heute an ist der Verkehr zwischen der Umgebung und der Stadt nebst den Vorstädten freigegeben. Von den Waffen aus dem Zeughause sind, laut obrigkeitlicher Proklamation, zwei Drittheile noch nicht abgeliefert. (Leipz. Z.)

* Eine telegraphische Depesche, datirt Berlin den 11. Nov., 9 Uhr Morgens, meldet: **„daß die Truppen am 10., Nachmittags 2 Uhr, in Berlin eingerückt sind." Bei Abgang der Depesche war die Stadt ruhig.**

(Diese Nachricht wird einem großen Theile unserer geehrten Leser bereits durch ein Extrablatt von gestern zugegangen sein.)

* **Berlin**, 9. Nov. Die Ereignisse drängen sich so rasch, daß wir von den Einzelnheiten der Ereignisse dieses denkwürdigen Tages nur das Wichtigste nachholen. Nachdem die königl. Botschaft verlesen war und in der Versammlung Schweigen herrschte, erhob sich der Graf von Brandenburg mit hofmännischer Sicherheit und begann zu sprechen. Aber stürmischer Lärm unterbrach ihn von allen Seiten. Der Präsident, Hr. v. Unruh, fiel ihm in's Wort: „In diesem Saale, sagte er, hat Niemand zu reden, dem ich nicht das Wort gegeben habe; der Ministerpräsident hat das Wort weder nachgesucht, noch erhalten — er hat daher nicht das Wort." Diese von einem schallenden Bravo begleiteten Worte nöthigten den Grafen von Brandenburg sich wieder zu setzen. Kurz darauf erbat er sich das Wort und las Folgendes von einem Zettel ab: Die so eben verlesene Botschaft Sr. Majestät befiehlt, jede weitere Berathung sofort abzubrechen. Ich muß daher gegen jede Fortsetzung dieser Sitzung als ungesetzlich im Namen der Krone feierlich protestiren. Präsident v. Unruh. Ich habe darauf dem Heern Ministerpräsidenten zu antworten: Ich habe mich nicht für berechtigt gehalten, die Sitzung zu schließen. (Die Minister und viele Mitglieder der rechten Seite, darunter die Herren Kühlwetter und v. Auerswald entfernen sich. Große Unruhe. Von vielen Seiten der Ruf: Hier bleiben!) Ich ersuche das Staatsministerium, meine Antwort zu hören. (Der Abgeordnete Reichensperger und viele Andere bitten um das Wort.) Ich habe selber das Wort und kann es keinem Andern ertheilen. (Die Abgeordneten werden mit ihren Bitten um's Wort dringender.) Dem Präsidenten kann kein Mitglied das Wort entziehen. Ich habe dem Staats-Ministerium, welches so eben diese Sitzung verlassen hat, erklären wollen, daß es sich lediglich darum handle, ob ich befugt sei, diese Sitzung zu schließen. Eine königl. Botschaft in einem konstitutionellen Staate, kontrasignirt von verantwortlichen Ministern, ist ein ministerieller Akt und Niemand kann daran zweifeln, daß die Vertreter von 16 Millionen berechtigt sind, zu prüfen, ob dieser Akt eines verantwortlichen Ministeriums ein gesetzlicher oder ein ungesetzlicher ist.

Hierauf wurden die berichteten Beschlüsse gefaßt. Die Versammlung vertagte sich wiederholt nur auf kurze Zeit, zuletzt bis 9 Uhr des

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 13. Nov. Reichsgesetz.) Wien (Der Reichstag. Der Banus über die Excesse der Kroaten. Abmarsch der Armee nach Ungarn. Die Untersuchungscommission.) Berlin (Lage der Dinge. Ein Wort an Frankfurt. Verhandlung der Landesversammlung.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 13. November.

Tagesordnung der 114. öffentl. Sitzung.

Berathung über Artikel V. und VI. des Verfassungsentwurfs.

Ehe wir uns zu dem Berichte über die heutige Sitzung wenden, haben wir einen Irrthum zu verbessern. Er ist uns bei der Anführung der Bergerschen Interpellation (Deutsche Ztg. Nr. 300) wegen der österreichischen Wahlen zugestoßen. Hr. Berger verlas ein Gubernialschreiben und dies Gubernialschreiben bezog sich, wie wir verstanden zu haben meinten, auf eine Aufforderung der Centralgewalt. Allein nur der Bevollmächtigte Oesterreichs bei der Frankfurter Centralgewalt hat die Anregung dazu gegeben, daß die kaiserliche Regierung ihren Einfluß aufbieten möge, um die Wahlen für Frankfurt auf Männer von weniger übertreibendem Wesen zu lenken.

Den Vorsitz übernimmt Heinrich v. Gagern. Das Haus ist auch noch, während das Protokoll mitgetheilt wird, in ungewöhnlicher Bewegung, verursacht durch die Berliner Ereignisse. Das hohenzollern-sigmaring. Hofgericht sucht um die Erlaubniß zu einer strafrechtlichen Untersuchung wider den Abgeordneten zum Reichstage, Hrn. Würth, nach. An den Untersuchungsausschuß. Der Eintritt von vier neuen Abgeordneten wird angezeigt.

Der Reichsminister des Innern v. Schmerling erhält sodann das Wort. Er lenkt sofort die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Begebenheiten in Preußen und meldet die Absendung des Staatssecretärs Bassermann nach Berlin, der dorthin geschickt sei, um das Verhältniß der preußischen Regierung zur Centralgewalt ins Klare zu setzen, nicht aber, um die so eben in Berlin vollzogenen Regierungsmaßnahmen zu unterstützen, wie in öffentlichen Blättern angedeutet worden sei. Schon das Eintreffen des Staatssecretärs erst am 10. Nov. in Berlin widerlege eine solche Voraussetzung. Es ist aber von Bassermann bereits eine Mittheilung von Berlin an das Ministerium in Frankfurt eingegangen, die, zwar nicht amtlichen Charakters, dennoch das Ministerium zu sofortiger Ertheilung neuer Instruktionen veranlaßt hat, um sowohl die Rechte der preußischen Regierung, als die der preußischen Volksvertreter von Seiten der Centralgewalt in strenge Obacht zu ziehen.

Dringliche Anträge in Bezug auf die preußischen Verwickelungen sind eingegangen

von Wydenbrugk und Genossen; ferner von Heinrich Simon und neunzehn Mitunterzeichneten; von Biedermann, Raumer und Genossen; von Waitz, Zachariä von Göttingen u. A.; von Maltzahn, Jordan aus Gollnow u. A.

Der am Ausführlichsten motivirte und in den stärksten Ausdrücken gefaßte darunter ist der Heinrich Simon'sche, nach welchem die Centralgewalt durch Versammlungsbeschluß zu der Erklärung bestimmt werden soll, daß die preußische Regierung außer ihrem Rechte stehe, wenn sie dem Volke ein Ministerium aufdränge, welches des öffentlichen Vertrauens entbehre, daß sie ebenso außer ihrem Rechte stehe, wenn sie die Berliner Landesversammlung vertage oder vertage und daß sie daher zur Zurücknahme dieser Maßregeln aufgefordert werde.

Die Dringlichkeitsfrage wird beinahe mit Einhelligkeit bejaht.

Ein präjudicieller Antrag Beseler's, die preußische Angelegenheit an den über die sächsische Frage in Folge der Biedermann'schen Anregung niedergesetzten Ausschuß zur Berichterstattung und auf die morgende Sitzung zu verweisen, kommt sodann zur Begründung. Beseler bezieht sich zunächst auf die vorhin abgegebene Erklärung des Reichsministers, nach welcher die Herrn Bassermann ertheilten Instruktionen zwar noch nicht dem ganzen Hause, wohl aber einem Ausschusse zur Einsicht vorgelegt zu werden geeignet seien. Sodann glaubt aber auch der Redner, daß in so wichtiger und schwieriger Frage ein Ausschußverfahren kaum entbehrt werden könne, denn sonst werde sich die Debatte zersplittern und keine hinreichende Mehrheit von Stimmen in einer Sache erreicht werden, wo eher mit Stimmeneinhelligkeit zu verfahren wünschenswerth sei. Gefahr im Verzuge sei nicht vorhanden, da der Staatssekretär Herr Bassermann angewiesen worden, Alles aufzubieten, damit ein gewaltsames Zusammentreffen in Berlin vermieden werde. Lassen Sie uns vor Preußen und Deutschland zeigen, daß wir mit der Ruhe und Besonnenheit zu Werke gehen, die unserem Beschlusse den Hauptnachdruck verleihen wird. Lassen Sie uns zeigen, daß wir auch hier über den Parteien stehen. (Bravo rechts, Zischen links.)

Heinrich Simon ist wider eine Vertagung auch nur um 24 Stunden. Jede Minute Säumniß könne die blutigste Gefahr bringen, wenn vielleicht nicht in der preußischen Hauptstadt selbst, so doch in den Provinzen. (Beifall.)

Wernher von Nierstein spricht für den Beseler'schen Vertagungsantrag, Wydenbrugk dagegen findet die Verzögerung unverantwortlich und so ungereimt, als ob man, wenn ein Haus brenne, erst einen Ausschuß niedersetze, um über die Löschanstalten Vorschläge zu ermitteln. (Applaus und Zurnf auch von den überfüllten Gallerien.) Reitter von Prag und Genossen wollen eine Vertagung, aber nur bis heute Nachmittag 2 Uhr. Die Sitzung solle inzwischen aufgehoben werden, um dem Ausschusse sogleich Raum zu seiner Arbeit zu verschaffen.

Schon die kurze Verhandlung über die Fragstellung in Bezug dieser Anträge gibt ein Bild der Aufregung, welche in Folge der Berliner Ereignisse unter den Abgeordneten herrscht. Die Vertagung nach Beselers Verlangen und die Verweisung an den sächsischen Ausschuß wird durch Zettelabstimmung und bejahend (256 gegen 187) entschieden. Auch daß der Bericht nicht schon heute Nachmittag, sondern erst morgen erstattet und unmittelbar darauf in die Berathung eingetreten werde, wird durch Zettelabgabe (236 gegen 196) genehmigt.

Osterrath und Graf Wartensleben beantragen darauf die Vertagung der Sitzung bis morgen. Sie wird angenommen, worauf Jordan von Marburg als Vorsitzender des Biedermann'schen Ausschusses dessen Mitglieder zum sofortigen Beginn ihrer Arbeiten zusammen beruft. Die heutige Sitzung wird mithin bald nach 11 Uhr geschlossen und die morgende wohl lediglich dem Ausschußberichte und der Berathung über die preußische Frage gewidmet sein.

* **Frankfurt**, 13. Nov. Das heute erschienene Reichsgesetzblatt enthält das Gesetz, die Einführung einer deutschen Kriegs- und Handelsflagge betr., in Ausführung des Beschlusses Nationalversammlung vom 31. Juli 1848.

Wien, 6. Nov. Das Heer des Feldmarschalls Fürsten v. Windisch-Grätz, welches in drei Armeecorps eingetheilt ist und zusammen 102,000 Mann zählt, begiebt sich jetzt nach Ungarn. Die Brigade des Generals Fronk, bestehend aus dem Regiment Nassau, ein paar Grenadierbataillonen und Jägern ist bereits gestern bataillonsweise auf einem Seitenflügel der Nordbahn gegen die ungarische Gränze abgegangen. Morgen marschirt das Jellacic'sche Armeekorps von hier ab. In Wien bleiben vor der Hand nur 30,000 Mann, und von diesen sollen bis Mitte dieses Monats noch 15,000 Mann weggesendet werden, da bis dahin die Nationalgarde, welche schon am 15. d. wieder die Wachen beziehen wird, „auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz reorganisirt sein wird." — Die Untersuchungskommission ist in vollster Thätigkeit, hat aber auch nicht weniger als 1500 Arrestanten. Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß bisher nur zwei Hinrichtungen vorgenommen worden sind, und zwar an Individuen, welche mit den Waffen ergriffen wurden. (A. Z.)

Wien, 7. Nov. Der Leipz. Ztg. wird geschrieben: Die Mehrzahl der Deputirten befindet sich noch in Wien; nur diejenigen, deren Heimath in keiner großen Entfernung von Wien liegt, sind abgereist, haben aber einander das Wort gegeben, vor ihrer Hinreise nach Kremsier noch einmal in Wien zu erscheinen. Sie

* Durch die Nachlässigkeit des Korrektors ist in dem heutigen leitenden Artikel das Wort „Velleität" durchgehend in „Volität" umgewandelt. D. R.

Digitized by Google

wollen abwarten, ob sich in Kremsier eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten (193) zusammenfinden wird, und erst dann nachkommen. Die erste Sitzung daselbst soll dann zur Erwirkung einer allgemeinen Amnestie benutzt werden. Keineswegs ist man gesonnen, lange in Kremsier zu verweilen, in einem Orte der nur 2000 Einwohner zählt und kaum Raum für die Deputirten und das sonst nothwendige Personale darbieten dürfte. Aus den Briefen, welche einzelne Deputirten von ihren Committenten erhalten, geht hervor, daß Deputationen nach Ollmütz kommen, um die Versicherung zu erhalten, daß die Errungenschaften der März- und Maitäge nicht geschmälert werden. Ueberhaupt ist, nach diesen Briefen, die Stimmung der Majorität in den Provinzen den Wienern günstig, trotz der die letzten Ereignisse sehr entstellenden Plakate, welche die und da verbreitet werden. — Der ehemalige Minister Schwarzer soll verhaftet sein.

Wien, 7. Nov. Auf die vom Stadtkommando an den Ban von Kroatien, Baron Jellacic, übergebenen Klagen mehrerer Einwohner, welche sich über Exceße und Beschädigungen durch kroatische Truppen beschweren, hat der Ban Folgendes erwidert: „Mein armes Vaterland hat zur Rettung der Gesammtmonarchie unermeßliche Opfer gebracht. Kroaten hat seine Söhne in der bedrängtesten Zeit auf eigene Kosten bewaffnet, und der unglückliche General Graf Latour mußte sein Leben schändlicherweise aufgeben, als er sich endlich herbeiließ, anzuerkennen, daß die Kroaten kaiserliche Truppen seien. Wien und die kaiserliche Burg ist durch meine Truppen erstürmt worden, eine Stunde später, und die Rebellen hätten die Burg, wie es offen im Reichstage durch Schuselka verkündet worden war, sowie die ganze Stadt in Flammen gesetzt. Die Truppen lagern noch heute im Freien und sind der strengsten Witterung ausgesetzt. Wenn einzelne Exceße vorgefallen sind, so sind sie Folge der schrecklichen Wuth der Soldaten über die verletzte Kapitulation, ein ewiger Schandfleck der Wiener Bevölkerung. Man möge die Entschädigung bei den Rebellen suchen." (A. Abdz.)

= **Berlin**, 9. Nov. So ist denn endlich der Augenblick da, den jeder Besonnene längst hat voraussehen müssen, wo beide Parteien aufs neue an die Revolution appelliren, wo Reaktion und Anarchie den Kampf mit einander beginnen, wo dem ruhigen Patrioten die Hände gebunden sind, weil er für keines von beiden Extremen Partei zu nehmen vermag. Nach dem einstimmigen Mißtrauensvotum der Kammer wird derselben heute ein Ministerium geboten, zusammengesetzt aus Brandenburg, dem Verfasser des bekannten Breslauer Armeebefehls, Manteuffel, dieser Inkarnation des alten Absolutismus, Ladenberg, Eichhorn's treuestem Diener, Strotha, Pommer-Esche und provisorisch Kisker und Kühne. Das neue Kabinet bringt als Programm: Vertagung der Versammlung bis zum 27. und Verlegung nach Brandenburg, da das Gouvernement die Freiheit derselben nicht von den Mitteln abhängig machen wolle, die es zur Herstellung der Ruhe in Berlin ergreifen werde. Der Ministerpräsident, für eigenmächtiges Ergreifen des Wortes von Unruh derb zur Ordnung gerufen, verläßt den Saal mit dem ganzen Conseil, sobald er mit trotziger Stimme, aber ängstlicher Eile ein Schreiben verlesen, in dem er die Fortdauer der Sitzung für illegal erklärt; ein sehr kleiner Theil der Rechten folgt ihm. Die Versammlung verwirft den Schluß mit 252 gegen 30 Stimmen; 8 enthalten sich der Abstimmung, nur 78 fehlen, 31 sind krank oder beurlaubt; sie verwirft den milden Vorschlag Bornemanns, das Ministerium zu ersuchen, augenblickliche Rücknahme des Vertagungs- und Verlegungsdekrets zu erwirken und erwidert auf die königl. Provokation fast einstimmig: wir sehen keinen Grund uns vertagen oder den Ort der Sitzung verlegen zu lassen, wir können der Regierung das Recht einer Verlegung wider unsern Willen nicht zugestehen — die verantwortlichen Beamten, die der Krone zu diesem Schritte gerathen, haben sich schwerer Pflichtverletzungen schuldig gemacht und sind unfähig, die Portefeuilles zu verwalten. Der nachmalige Namensaufruf ergibt 263 Anwesende: bis tief in die Rechte — Plönni's — stimmt Alles in ungetheilter Entrüstung den Beschlüssen bei. Den Büreauvorstehern und Stenographen wird befohlen, das Haus nicht zu verlassen, da ein Dekret Manteuffels bei Strafe ihnen verbietet, die Büreaus zu eröffnen oder ihre Funktionen zu erfüllen, die Kammer nimmt die Verantwortung des Schrittes auf sich; der Präsident verspricht durch die Bürgerwehr für die Sicherheit der Sitzung zu sorgen und im Nothfalle ein anderes Lokal zu schaffen, da der Intendant Küstner mit Schließung des Schauspielhauses beauftragt sein soll. Dann vertagt man sich bis 6 Uhr zur Berathung des Entlastungsgesetzes, das auf der Tagesordnung steht — nachdem Rechte und Linke sich Einigkeit versprachen und die kompakte Masse der letzteren verheißen hat, der decimirten ersteren nicht durch übereilte Beschlüsse das Bleiben in der Kammer unmöglich zu machen. Auf wessen Seite sollen wir treten? auf die einer Rechten, die im entscheidenden Augenblicke den Saal verläßt? wir vermögen es nicht — auf die einer Linken, die mit dem Pöbel harmonirt und der Majorität nach langem Terrorismus erst da gesetzlichen Schutz geboten, als es zu spät war? wir verabscheuen sie in diesem Augenblicke mehr als je — auf die eines Centrums, das mit dieser Linken kokettirt hat, um zum Portefeuille zu gelangen? wir haben seine Verblendung stets beklagt — auf die eines Gouvernements aus dem alten System, das mit Anwendung der gesetzlichen Mittel absichtlich gezögert, um Raum für einen Gewaltstreich zu gewinnen, dessen Absichten auch dem Wohlmeinendsten klar sein müssen? wir müßten uns selbst verachten, wenn wir es thäten. Auf welchem Boden sollen wir fußen? Auf dem juristisch-konstitutionellen? aber er liegt zertrümmert zu unseren Füßen: die Stellung einer Konstituante ist anders als die einer Legislative und vertagen kann der Fürst nach allgemeinen Grundsätzen selbst diese nicht. Man erinnere sich zum Ueberfluß der Worte aus Vergniaud's berühmter Rede: Was würdet Ihr sagen, wenn Ludwig zu Euch spräche: es ist wahr, ich habe meine Minister so gewählt, daß das Land zu Grunde gehen mußte — aber die Konstitution schreibt mir darüber Nichts vor! Auf dem des moralischen Rechtes? aber das heißt ja eben an die Revolution appelliren. — Wie ein rother Faden schlingt sich seit dem 14. Juni und dem Uhlich'schen Antrage das Liebäugeln der Radikalen mit dem Pöbel, das egoistische Kokettiren der Partei Robbertus — Berg mit den Ultras durch unsre ganze parlamentarische Geschichte hindurch: es führte von Putsch zu Putsch und ward endlich nach Wiens Fall zur mächtigen Handhabe für die Kamarilla. Den Extremen vermögen nur die Extreme zu begegnen und daher die heutigen Kammerbeschlüsse. Wir haben nicht den Muth, sie zu tadeln, wir vermögen es nicht, den Bornemann'schen Antrag zu loben, da er voraussichtlich nur zu neuen Demüthigungen für die Versammlung geführt hätte: aber noch weniger sind wir gesinnt, das Heil des Landes, unter welchen Umständen auch immer, von einer Partei zu erwarten, die wir bisher nur im Bunde mit der Anarchie gesehen, in der wir nur Böswillige erblicken oder Unbedeutende, die à tout prix Einfluß haben wollen. Jetzt, die vorhandene Aufregung — ein wenig Geld — noch ein kleiner Straßenkrawall, bloß aus Rücksicht für die Provinzen: und wir haben die Wiener Zustände; Brandenburg kann auch die dünne Maske abwerfen, die seine letzten Pläne bis jetzt verschleiert. —

Betrachten wir die Maßregel selbst: aber hier so wenig, wir bei den Kammerbeschlüssen, dürfen wir die Urheber von den Dekreten trennen. Seit lange sind wir der Ueberzeugung, daß wir, unserer Kammer gegenüber, ein Kabinet bedürfen, das dieselbe im Nothfalle auflösen kann. Aber zu diesem Schritte muß es auf dem Vertrauen des Volkes fußen, nicht auf der Soldateska: der Schritt wird empörend, weil ein Brandenburg ihn thut. Dua ni idem faciunt, non idem est. Wir glauben, offen gestanden, nicht, daß die legalen Maßregeln so weit erschöpft waren, um diese revolutionäre zu rechtfertigen: aber hätte ein Campshausen, ein Beckerath, ja selbst ein Unruh oder Robbertus sie getroffen — und diese hätten sich im Nothfall dazu entschlossen: wir wissen es bestimmt — Alles läge anders. Man könnte über die Nothwendigkeit dann noch streiten, die Ehrlichkeit wäre gerettet; jeder Patriot müßte dann zum Nachgeben rathen, um schwereres Unheil zu vermeiden — wo ein Manteuffel kommandirt, da kann kein Ehrenmann folgen. Jetzt weiß Niemand, was schlimmere Folgen haben wird, Gehorsam oder Widerstand; dann wäre man überzeugt, daß die angegebenen Gründe die einzigen wirklichen wären, daß die Kamarilla einen eben so entschiedenen Feind fände wie die Anarchie; jetzt glaubt Jedermann, die arrière pensée zu durchschauen. —

Und nun ein freies Wort an Euch, Ihr Frankfurter! Täuscht Euch nicht über unsere Zustände: die Einigkeit der Linken mit den Resten der Rechten kann nicht von Dauer sein — jene ist zu innigem Bunde mit den Demokraten, um nicht bald weiter zu gehen, als diese ihr folgen kann. Ja sie ist zu unbedeutend, um unsere Geschicke zu lenken: wie in Wien werden der schwachen Versammlung, den muthlosen Behörden die Zügel entgleiten — die Anarchie wird hereinbrechen wie in Wien und die zu Tode gehetzten Opfer der Rehberger werden das Säbelregiment als ein-

Digitized by Google

zige Rettung begrüßen. Noch ist es Zeit, ein ernstes Wort aus der Paulskirche ertönen zu lossen: die Soche liegt einfach, kein Nationalitätenkampf verwickelt die Frage. Aber beeilt Euch. Ueber ein Kleines, so könnt Ihr Potsdam und Berlin so wenig versöhnern wie Ollmütz und Wien. Und entscheiden auch hier die Kartätschen: dann wird der Boden auch unter Euren Füßen wanken — dann wird onch Euch Nichts übrig bleiben, als im Bunde mit der Reaktion oder mit der Anarchie zu siegen. Gelingt es Euch, nns aus der drohenden Krisis durch schleuniges Handeln zu retten: wahrlich, dann habt Ihr eine Stellung, wie noch kein Parlament der Eede! Der Widerstand der Einzeleegierungen und Einzelkammern ist dann für immee gebrochen: dann habt Ihr die Sache des Volkes geführt, wie Ihr in tetzter Zeit die Throne geschützt: dann steht Ihr da, ein fester Damm gegen Willkür von unten und oben. An Euch liegt es, ob der schöae Troum eines konstitutionellen Bundesstaotes sich verwirklichen oder ob wir auf Jahrzehnte ein Spielball werden sollen zwischen anarchischem und militärischem Terrorismus.

* Wir geben unverkürzt eine Mittheilung im Sinne der ausscheidenden Rechten:

Berlin, 9. Nov. Der neunte November des Jahres 1848 wird ein denkwürdiger Tag in der Geschichte Preußens werden. Mit dem heutigen Tage trat das Ministerium Brandenbueg zusammen und verkündete die Vertagung der konstituirenden Versammlung bis zum 27. d. Mts. und deren Vertegung nach Brandenburg und heute erklärten sich 252 Mitglieder der Nationalversammtung (gegen etwa 100) permanent. Krone und Notionalversammlung sind durch den tetzten Schritt schroff, feindlich einander gegenüber getreten; Ausgleichung, Versöhnung scheint, so weit menschliche Berechnung reicht, nicht mehr möglich. Die Krone so wenig als die Mojorität der Notionalversammlung, welche sich permanent erklärt hat, wied nachgeben. Der Gewalt wied die Entscheidung anvertraut frin. Wir wird diese Enefscheidung ausfollen? Durch welche Mittel wird sie herbeigeführt werden? welche Schrecknisse werden wir in den nächsten Tagen durchzugehen boden? Dos sind die Fragen, welche jetzt Jedermanns Sinn bewegen. An die weitere Zukunft denkt man nicht; — Der Moment verschlingt Alles; er verichlingt Alles so sehr, daß man kaum daran denkt, zu untersuchen, ob der König oder die Majoritat der Nationalveefammtung im Rechte ist; man denkt nur an die Mittel, welche die eine oder die andere Partei anwenden werde, ihre Zwecke durchzuführen. Mit dem Schritt, den die Nationalversammlung heute gethan hat, sich außer den Boden des Grsetzes und auf den Boden der Revolution zu stellen (der Boden drs Gesetzes ist dos Zusammenwirken, in Vereinbornng mit der Krone), scheint ouch wiedee die allgemeine, öffentliche Mrinung den Rechtsstandpunkt vertoren zu haben. Und dennoch ist es unumgänglich nöthig, zur Beurtheitung der Frage gerade diesen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen. Es kommt Alles darauf an, zu entscheiden: ob die Krone den konstitutionellen Weg verlassen hat, oder ob die Nationaloversammlung? Eine von Beiden kann nur im Rechte sein. Eine Nationoloversammlung wirst dem Könige voe, inkonstitutionell gehandelt zu haben, einestheils durch die Ernennung des Ministeriums Brandenburg, anderntheils durch die Verlegung der Nationaloversammlung. Was den ersteren Punkt drtrifft, so sagt man: Der König könne ohne ein populäres Ministerium, ohne ein Ministerium, welches das Vertrouen der Kammer habe, nicht regieren. Dies ist richtig für das Verhältniß der Krone den gewöhnlichen Kammern gegenüber, nicht aber einer konstituirenden Versommlung gegenüber, wo das Ministerium die Krone bei der Vereindarung der Verfossung vertritt. Verlangt die Nationalversammlung, daß dis Ministerium ihr Vertrauen habe, so hot gewiß seinerseits auch der König das Recht, oeelongen zu dürfen, daß das Ministerium auch sein Vertrauen habe. Dieß schließt ollerdings nicht aus, daß wir wünschen, Herr von Unruh oder Hr. Rodbertus möge das Vertrauen des Königs gehabt haben; aber wenn man sich im Reich der Wünsche bewegt, kann man eben so wohl wünschen, daß die Nationalversammlung zu dem Ministerium Brandenbueg, das ja auch noch nichts Unconstitionelles gethan hat, Vertrauen gehabt hoben möchte. Auf diesem Wege ist also zu keinem Resultate zu kommen. Wos die Verlegung der Notionalversammtung betrifft, so sagt diese, dieselbe dürfe ohne ihren Willen nicht stattfinden. Dem setzt man entgegen, daß der König duech das Wahlgesetz vom 6. April die Versammlung nach Berlin berufen habe, diese aber dem Rufe des Königs gefolgt sei, alfo das Recht des Königs zne Berufnng und zur Bestimmung des Ortes anerkenne. Anderseits ist in Anschlag zu bringen, daß die Nationalversammlung in ihren letzten Berathungen nicht frei war, wie dies die Nationaloersommlung selbst durch die Vordereitung eines Gesetzes zu ihrem Schutz zugibt. Freilich sagt die Nationolversammlung: „mit diesem Gesetze wären wir zufrieden gewesen, und es hätte uns hinlänglichen Schutz gewährt." Aber die Krone stellt dem entgegen: „wenn ihr damit zufrieden seid, so bin ich es nicht;" die Erfahrung lehrt, daß ein Theil der Maßregeln, welche ihr vorschlagt, nicht ausreichen. Ich aber vereinbare mit euch, und da muß ich strrng dorauf sehen, daß, wie ich, so auch ihr in euern Berathungen und Beschlüssen frei seid; mit einer Nationalversammlung, die ganz oder theilwrise unter fremdem Einfluß, unter der Herrschaft der Straße berath, kann ich keinen Vertrag schließen. Wer möchte etwas hiergegen einwenden? Halb und halb erkennt mau die Richtigkeit jener Grundsätze an, indem man sagt: einem Ministerium Unruh und Rodbertus oder Unruh-Rodbertus wären wir nach Brandenburg gefolgt, aber einem Ministerium Brandenburg folgen wir nicht dahin. Als wenn der Umstand, daß das Ministerium Brandenburg das Vertrauen der Nationoloversammlung nicht besitzt, die Gesetzmäßigkeit ungesetzmößig mächte! Dos wichtige Moment in der ganzen Angelegenheit ist das, daß die Krone die Moßregel vorgeschlagen hot: man spricht daher von einer Provocation; und Heern Weichsel, den bekannten berühmten Abgeordneten, hörten wir selbst heute Abend auf der Straße äußern: darum eben sei die Nationalversammlung so zurückhaltend in den letzten Tagen gewesen, um nicht zu provoziren. Kann es denn ohne Provocationen nicht obgeben? Die nächste entscheidende Wendung in dem beklagenswerthen Conflict wird die Stellung der Bürgerschaft in Berlin und zunächst der Büegerwehr geben. Es ist schwer, hierüber zu bestimmen; Der Zufall kann den gefährlichen Ausbruch derbeiführen, wenn ihn auch der Wille fernzuhalten suchte. Die Bürgerwehr ist nichts weniger als zu einem Kampfe geneigt; aber sie steht, das ist unbestritten, in ihrer großen Majoritär auf Seiten der Majorität der Nationalversammlung. Diese selbst ist vollkommen permanent, sie hat sich heute Abend auch bloß vertagt, und die Nacht über werden einige Mitglieder und abwechselnd das Präsidium zugegen sein. Wenn dos neue Ministeeium irgendwie Macht hat, so muß morgen die Sprengung erfolgen; es überraschte, daß noch heute kein Militär zu diesem Zwecke aufgeboten wuede. Wahrscheinlich zieht man eine noch größere Truppenmacht nöhee heron. Man erwartet morgen die Belogerung der Stodt, da mon der Ansicht ist, daß eine Erklärung der Stadt in Brlagerungszustand nicht ausreichen werde. Herr Rimpler soll jedes Einschreiten im Auftrage des Ministeriums gegen die Nationolversammlung obgelehnt boben. Schon in einer Berathung der Majore, welche diese Nocht von 12 bis 3 Uhr bei Herrn Rimplee stattfand, wurde dieser Beschluß gefaßt.

Am späten Abend wae Alles in der Stadt ruhig; so ruhig, als wenn wir mitten im sichersten Frieden lebten, während Jedermann für den morgenden Tag besorgt ist, und mancher Familienvoter Weib und Kino aus der Stadt bringt. Gewiß ist, daß die Garde wieder einrückt, wahrscheinlich morgen; das 24. Regiment verläßt uns; in ihm haben die Demokraten am meisten gewirkt. Die schon gemachte Mittheilung von dem Erlaß eines königlichen Manifestes an die Nation bestätigt sich. Der König will darin offen seine Gesinnungen niederlegen und darüber, daß er als konstitutioneller König gehandelt habe und handeln werde, an's Land appelliren. Die National-Versammlung wied dasselbe thun; eine Art Appellation wurde schon heute morgen auf den Tribünen in der Nationalversammlung vertheilt und heute Nachmittag an den Ecken angeschlagen. — Die Deputirten, welche der Rechten angehören und nach Brandenburg zu gehen entschlossen sind, werden dort nichts weniger als eine freundliche Stellung zum Ministerium einnehmen, vielmehr mehr oder minder zu demselben in Opposition treten; aber sie haben erklärt: ihre Ansicht vom Gesetz verlonge, daß sie dee Krone Gehorsam leisten. Dieselben sind zum Theil schon in ihre Heimoth abgereist.

Berlin, 10. Nov. (Morgens.) Nachdem die Nacht fast verstrichen wae und Niemand mehr daran dachte, daß selbst der noch dunkle Morgen zu wichtigen Ereignissen führen merde, hat die National-Versammlung um 4 Uhr eine wichtige Sitzung abgehalten, und wurde der zweite Akt der gestern bereits angekündigten Tragödie im Konzertsaale aufgeführt. Die heutigen Morgenblätter bringen bereits das Schreiben des Grafen Brandenburg an den Regierungsrath Hrn. v. Unruh, welches um 4 Uhr eingegangen war, sowie die Abschrift einer Requisition des Polizei-Präsidenten an das Bürgerwehr-Kommando, mit dessen hierauf erfolgter Antwort, und zugleich ein Schreiben des Bürgerwehr-Kommando's an den Präsidenten der National-Versammlung. Der Letztere berief

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die angenommenen Paragraphen der Reichsverfassung.) Wien (Aufleben des Verkehrs. Blum. Der Reichstag. Die Zustände der Stadt. Gr. Stadion. Der Feldzug nach Ungarn. Neue Niederlage der Ungarn durch Simonich.) Mödling (Verhaftung Füsters.) Köln (Herr v. Ammon.) Hirschberg (Ungarische Husaren auf preußischem Gebiete.) Neisse (Unsicherheit des Eigenthums.) Kassel (Kongreß der vaterländischen Vereine.) Darmstadt (Das Finanzministerium.) Schleswig (Beruhigung.) Hamburg (Stedmanns Wiedersehen. Zollhandelsverein.)

Neuestes.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 9. Nov. Mit der Berathung vom 9. Nov. ist die erste Lesung des Verfassungsentwurfs bis zur Vollendung des III. Artikels im zweiten Abschnitte „von der Reichsgewalt" gelungt. Wir stellen daher zur Uebersicht des bereits zurückgelegten Wegs, nach unseren Aufzeichnungen die Reihe der bisher angenommenen Paragraphen zusammen. Sie lauten darnach:

Abschnitt I. Das Reich.

Art. I. §. 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes.

Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten.

Art. II. §. 2. Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.

§. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

§. 4. Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältnisse der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder es muß in demselben auf verfassungsmäßigem Wege eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.

§. 5. Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen*).

*) Zu §. 5 war folgendes Minderheitserachten als Zusatz zu dem §. gestellt: „Kleinere deutsche Staaten können sich zu einem größeren deutschen Staate vereinigen, aber einem bereits bestehenden größeren deutschen Staate einverleiben.

Doch darf mit keinem deutschen Lande, welches bereits über 5 Millionen Einwohner hat, ein anderes deutsches Land verbunden werden.

Eine Ausnahme von letzterer Bestimmung machen nur solche kleine Staaten, deren Gebiet innerhalb des größeren über 5 Millionen Einwohner zählenden deutschen Staates liegen."

Die Entscheidung darüber ist ausgesetzt worden. Der Antrag der Minderheit des Verf. Ausch. wird zur Erledigung kommen, wenn über die Mediatisirungen überhaupt berathen wird.

Art. III. §. 6. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.

Abschnitt II. Die Reichsgewalt.

Art. I. §. 7. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus.

Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Consuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.

§. 8. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten.

§. 9. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit andern deutschen Regierungen abzuschließen.

Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei.

§. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

Art. II. §. 11. Der Reichsgewalt stehe ausschließlich das Recht des Kriegs und Friedens zu.

Art. III. §. 12. Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.

§. 13. Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Kriegs bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten.

Der Reichsgewalt steht es zu, die Größe und Beschaffenheit derselben zu bestimmen.

Diejenigen Staaten, welche als Contingent weniger als 6000 Mann stellen, geben in Bezug auf das Heerwesen ihre Selbstständigkeit auf, und werden in dieser Beziehung entweder unter sich in größere Ganze verschmolzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, oder, insofern diese Verschmelzung nicht für angemessen befunden wird, einem angrenzenden größeren Staate angeschlossen. In beiden Fällen haben die Landesregierungen dieser kleineren Staaten keine weitere Einwirkung auf das Heerwesen, als ihnen von der Reichsgewalt aber dem größeren Staate ausdrücklich übertragen wird.

§. 14. Die Reichsgewalt hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Controle.

Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Gesetze und Anordnungen des Reichs zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, soweit dieselbe nicht für den Dienst des Reichs in Anspruch genommen wird.

§. 15. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen.

§. 16. Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche die Ausgabe für den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem gesammten Reiche zur Last.

§. 17. Ueber eine allgemeine für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz.

§. 18. Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Reichsgewalt.

Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die commandirenden Generale der auf den verschiedenen Kriegstheatern operirenden selbstständigen Corps, sowie das Personale der Hauptquartiere dieser Armeen und Corps.

§. 19. Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reichs es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären.

Die Reichsfestungen werden auf Reichskosten unterhalten.

§. 20. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs.

Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten, noch Kaperbriefe auszugeben.

Die Bemannung der Flotte bildet einen Theil der gesetzlich festgestellten Wehrmacht; sie ist jedoch unabhängig von der Landmacht.

Diejenigen Staaten, welche Mannschaft für die Flotte stellen, erfüllen dadurch einen Theil der ihnen obliegenden Bundeswehrpflicht.

Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus.

Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte, für die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung der Kriegshäfen und Seearsenale ob.

Ueber die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marineetablissements nöthigen Enteignungen, sowie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze.

* **Wien**. Den Berichten der Deutschen allg. Z. vom 5. Nov. entnehmen wir Folgendes: Seit gestern werden längst rückständige Briefe, fremde Zeitungen aber noch nicht ausgegeben, für die das Visa der obersten Militärbehörde einzuholen ist. Doch enthält die heutige Wiener Zeitung außer den amtlichen auch ausländische Nachrichten, von Paris bis zum 28., von London bis zum 25. Okt. Uebermorgen sollen bereits mehrere Zeitungen, namentlich der Lloyd wieder erscheinen, und es steht zu erwarten, daß überhaupt diejenigen Publizisten nicht behindert werden, welche sich auch heute weder ihrer Meinung noch ihrer Voraussicht zu schämen haben. Die innere Stadt gleicht noch einem Feldlager; auf Plätzen und fast überall, wo sich einiger Raum darbietet, sieht man Soldaten bivouakiren und um das Feuer kauern; man begegnet mehr Militärpersonen als Bürgerlichen. Die Leopoldstadt ist von allen Theilen der Stadt am heftesten mitgenommen; 56 Häuser daselbst sind mehr oder minder zerstört, und wenn auch nur die Hälfte von dem wahr ist, was die Leute über Plünderung und Unthaten der Kroaten erzählen, so ist es empörend genug. Nur muß man auch nicht außer Acht lassen, wie sehr nicht nur hartnäckiger Widerstand, sondern auch mancher Treubruch, insbesondere aber das Schießen aus Häusern und Verstecken, die zu Mord und Rachgier Entbrannten zu reizen vermochten. Man ist jetzt von Seite der Militärbehörde bemüht, den Antritt der gewohnten Lebensbeschäftigungen für Jeden zu erleichtern, und soviel als möglich die frühere Wiener „Gemüthlichkeit" wieder eintreten zu lassen. Uebrigens erscheinen nur die Vorstädte auffallend öde und menschenleer; in der Stadt begegnet man vielen Spaziergehenden und sogar Fahrenden, und insbesondere wird es durch den schon gestern begonnenen Umzug der vielen auf das Land Geflüchteten lebhaft. Die meisten Läden und selbst die Börse sind geöffnet, letztere aber kaum besucht. Die Straßen nächst dem Glacis sind von Truppen besetzt und an den Hauptstraßen Kanonen gegen die innere Stadt aufgefahren. Viele Häuser tragen die Spuren der Kugeln; aus vielen Fenstern an öffentlichen und Privatgebäuden weht die weiße Fahne an der Stelle der schwarz-roth-goldenen, aus allen, in welchen Kranke und Verwundete untergebracht wurden, die gelbe. Möglichste Vorkehrungen scheinen getroffen, um die Truppen und die Stadt-

bewohner mit Lebensmitteln gehörig zu versehen, und es hat übrigens nie ernstlich daran gefehlt. Mehrere Regimenter sind bereits gegen Pesth aufgebrochen und die Truppensendungen dauern fort. Den Mobilgardisten, die sich nicht hatten ergeben wollen, hat man die Alternative gestellt, daß sie entweder vor ein Kriegsgericht gebracht werden, oder freiwillig gegen die Ungarn marschiren. Die Arbeiter, die zur gehörigen Frist die Waffen niedergelegt haben, erhalten, insofern sie bei der Mobilgarde betheiligt waren, ihre Löhnung, 25 kr. den Tag, weiter fort. Die ungarischen Schwesterstädte Budapesth soll zu dem drohenden Kriege auch die Cholera ernstlich heimsuchen. — In den Tagen der Sperre war die Wohnung des kommandirenden Generals stets von Personen umringt, welche Geleitsscheine nach den Vorstädten sollicitirten; manche derselben harrten wohl 5 — 6 Stunden deßhalb. Der Briefverkehr war eröffnet, freilich, wie von vielen Seiten verlautet, nach altem Stile mit Erbrechen und Durchlesen der Briefe, „trotzdem, wie es in der Leipz. Ztg. heißt, daß die Frankfurter Reichsversammlung die Sicherheit der Briefe unter die Grundrechte gestellt hat *). Was fragt man hier nach Frankfurt! Haben doch die böhmischen und polnischen Regimenter, die Kroaten, und nur zum allergeringsten Theile deutsche Truppen die Leopoldstadt und die Vorstadt Landstraße gestürmt und werden sich fernerhin tapfer schlagen, gegen wen und wogegen man sie auch führe. In Wien kämpften sie, wie ein Soldat zu mir sagte, „gegen die Lump, die Studenten und Arbeiter", und ein Galizianer rühmte sich stolz, sie, die Tschechen und Pollaken, habe man vorangestellt, nicht die Deutschen."

Ueber die Heldenthaten Blum's berichtet dieselbe Quelle: „Der Leipziger Abgeordnete zur konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt, Herr Blum, hielt in der Wiener Aula eine Rede, in der er das Frankfurter Parlament angriff, daß es in den österreichischen Händeln Nichts thun wolle, bevor nicht in Wien die Reaktion Platz gegriffen. Dann warnte er vor zwei innern Feinden, der eignen Lasterhaftigkeit, dem Mangel an Ausdauer, und den Leuten in der Stadt, die lieber den Sieg des Militärs als den Sieg der Freiheit wollten. Sollte es solche Leute geben, so müsse der Vernichtungskampf gegen sie unerbittlich mit eben so scharfer Waffe geführt werden, wie gegen die äußeren Feinde. Er predigte also, während ringsum Verdächtigungen waren und vor der Verdächtigungssucht in Straßenanschlägen gewarnt werden mußte, Terrorismus." — Der Eintritt der drei unverletzlichen Abgeordneten, Blum, Hartmann und Fröbel, in das von dem Präsidenten des Centralcomite's der vereinigten demokratischen Klubs von Wien, Chatlée, gestiftete Elitencorps, wurde dem Volke durch Maueranschläge kund gemacht. — Es scheint sich zu bestätigen, daß der Reichstag, oder vielmehr die wenigen bis zuletzt ausharrenden Deputirten noch am 2. Nov. eine Sitzung gehalten haben. Windischgrätz, der diese Deputirten nicht als die gesammte Reichsversammlung, sondern nur als eine Fraktion derselben betrachtet, befahl, den Saal, in welchem die Reichstagssitzungen stattfinden, zu schließen. Dies geschah erst, nachdem die Namen der versammelten Deputirten amtlich aufgeschrieben und ein feierlicher Protest Seitens der Versammlung niedergelegt worden war. — Der Schles. Ztg. wird die Zusammensetzung des Ministeriums in gleicher Weise wie der Breslauer berichtet, mit der Bemerkung: ein Ministerium mit Wessenberg an der Spitze könne nur für ein provisorisches angesehen werden, da Wessenberg vor jeder Stimmung des wieder zusammentretenden Reichstags unmöglich und durch keine Zahl von Bajonnetten zu halten sei.

□ **Wien.** Ein Schreiben in der Allg. Z. spricht sich sehr scharf aus über die militärischen Maßregeln in Wien. Die Befürchtungen, heißt es dort, daß die unglückliche Stadt von dem unerträglichen Terrorismus der Demagogen nur erlöst worden, um dem nicht minder unleidlichen Joch der Militärherrschaft zu verfallen, scheine sich leider zu bewahrheiten; nicht sowohl wegen der Excesse der Soldaten, als wegen der unerhörten Polizeimaßregeln Windischgrätz's und Cordon's, die so quälender und erbitternderer Art, und dabei so pedantisch und lächerlich seien, daß man nicht genug Worte der Entrüstung darüber zu finden vermöge. Viele Tausend Verhaftungen sind vorgenommen, Gefängnisse und Wachstuben überfüllt, viele achtbare Personen wegen bloßer Namensverwechslung festgesetzt. Der Berichterstatter sah selbst, wie Personen, die zur Erlangung von Passirscheinen die Büreaux umlagerten, von den Soldaten auf's gröblichste mit Kolbenstößen mißhandelt wurden. Schrecken und Erbitterung herrsche auf den meisten Gesichtern, selbst den eingefleischten Bürcaukraten sei seit einigen Tagen das Jubeln vergangen. „Die Allg. Z. weiß, heißt es weiter, wie Schreiber dieses das schändliche Treiben unserer Wühler und Demagogen haßte und brandmarkte. Aber gleichwie diese durch ihre Excesse sich zu Grunde gerichtet, so prophezeien wir dasselbe Schicksal den gegenwärtigen Machthabern, wenn sie die Wunden dieser unglücklichen Stadt noch mehr aufreißen, statt sie zu heilen. Handel und Wandel, Industrie und Gewerbe liegen gänzlich darnieder." Uebrigens scheint man jetzt ernstlich bemüht, einzulenken und das Leben wieder erträglicher zu machen. Die Kommunikation mit den Vorstädten ist hergestellt, und Lebensmittel strömen herbei, die zum Theil völlig mangelten und zu enormen Preisen bezahlt wurden. Der Gemeinderath hat bekannt gemacht, daß mittellose Individuen, beiderlei Geschlechts, Beschäftigung finden können, woran es in der That auch nicht fehlen wird, da die Herstellung der vielen beschädigten und zum Theil zu Grunde gerichteten Gebäude in den Vorstädten, besonders in der Jägerzeil, viele Hände in Anspruch nehmen, während außerdem auf der Eisenbahn und an den zerstörten Brücken genug Arbeit für viele tausend fleißige Menschen vorhanden sein wird. — Auch in den höhern Regionen scheint man das gleiche Bedürfniß, zu mildern und zu beruhigen, empfunden zu haben. Gr. Stadion war nach Wien gekommen und am 5. Nov. wieder nach Ollmütz zurückgekehrt. „Seine Reise nach Wien, wird der Allg. Ztg. geschrieben, scheint hauptsächlich den Zweck gehabt zu haben, sich mit dem Fürsten Windisch-Grätz über künftige Maßregeln zu verständigen. Es ist kein Zweifel, daß er dem Fürsten Mäßigung anempfohlen. Nie war dieselbe nothwendiger als heute, um die durch die Härte des Belagerungszustandes erbitterten Gemüther zu besänftigen." Vielleicht ist Stadion zum künftigen Ministerpräsidenten bestimmt, da Wessenberg wahrscheinlich auf die Dauer nicht zu halten sein wird. Die Gewaltmaßregeln, die unter seiner Verantwortung angeordnet wurden, werden immer auf ihm lasten, und wären sie noch so nothwendig gewesen. Wie die Bresl. Ztg. sagt, wäre er nur beibehalten worden, um keine Schwäche zu zeigen. Vielleicht soll Stadion die mangelnde Popularität durch Milde gewinnen, wie Wessenberg die genossene durch Strenge verlor. Auch in Betreff der Journale ist einige Milderung eingetreten; Presse und Lloyd dürfen vom 7. Nov. an ohne Censur erscheinen. Es ist nicht mehr als billig, daß ihnen, die so schwer die Censur der Freiheit erfahren, die Censur des Belagerungsstandes am ersten abgenommen wird. — Ein großer Theil des Heeres ist bereits gegen die Ungarn im Marsch. Schwerlich dürften die Ungarn dem anziehenden Sturme widerstehen. Die Stärke der bei Wien versammelten Armee betrug vor dem Angriff 98,000 Mann mit 285 Kanonen. — Die Nachrichten aus den Provinzen beweisen, wie sehr das Einlenken von Seiten des Hofes Noth thut. In Salzburg hatte die Nachricht von der Einnahme Wien's große Aufregung verursacht, die sich nicht blos in Katzenmusiken für den Redakteur einer verhaßten Zeitung kundgab. Gemeinderath und Vicebürgermeister dankten ab, nachdem eine große Anzahl Bürger ihnen erklärt hatte, daß sie das Vertrauen der Stadt nicht mehr besitzen. Der 2. Nov. endete mit Katzenmusiken bei dem Redacteur Löwe und beim Vorstand der Kreisstelle. Leidee schlug bei der erstern die Volksaufregung in's gewaltthätige über, und noch bedauernswerther ist es, daß die zweite durch eine schwere Verwundung mit einem Dolche, welche ein Fanatiker an einem Dirigenten der Symphonie verübte, ein blutiges Ende nahm. Die Stadt Salzburg, heißt es in der Allg. Z., sei in ihrer ächt deutschen Richtung so wenig durch die nun wirklich erfolgte Bestätigung der Einnahme Wiens und die darauf folgende Militärherrschaft beirrt worden, daß die Bürger vielmehr offen und überall erklären deutsch sein und bleiben zu wollen. Die Saat des Hofes beginnt aufzugehen; durch seine Gesammtstaatspolitik sind die Elemente der Erhaltung zerstört und der Zerfall kündigt sich an. Die Nachrichten aus Tyrol besagen das Gleiche.

Wien, 4. Nov. Es trifft die Nachricht ein, daß die Ungarn abermals eine Niederlage bei Töplitz (Trentschiner Komitat) in der Nähe von Postheny durch den kroatischen General Simonich erlitten haben. (D. A. Z.)

*) Wir müssen zur Steuer der Wahrheit bekennen, das die uns bis jetzt, freilich noch äußerst sparsam, zugekommenen Briefe keine Spur der Eröffnung an sich tragen.

Mödling bei Wien, 5. Nov. Heute Nacht wurde der bekannte Wiener Reichstagsabgeordnete, Patee Füstee, der Abends hier angekommen war, um sich wahrscheinlich weitee zu begeben, von Seite des Militärs veehaftet. Deeselbe war wohl mit einem Paßscheine oerseheu, allein es scheint, daß man zu seiner Festnehmung besondere Weisung hatte. Gleich bei seiner Ankunft en Mödling wurde ihm ein Korporal zu seiner Bewachung beigegeben und in der Nacht donn das Gasthaus, in welchem er abgestiegen war, von Militäe defeqt, worauf seine Veehaftung erfolgte. Sechs andere Reisende (Italienee) wurden, da sie zugleich mit Füstee hiee ankamen und in demselben Hause eingekehrt waren, anfangs ebenfalls ongehalten, jedoch alsbald wiedee freigelossen. (Füster war bekonntlich bee Revolutionspeedigee dee Aula.)
(Allg. Z.)

Köln, 9. Nov. Herr Appellations-Geeichtsrath v. Ammon dahier ist von dem Reichs-Ministerium des Innern zum Commissäe der deutschen Central-Gewalt Behufs Vermittelung der Streitigkeiten zwischen den Ständen und dem Herzog von Anholt-Beenburg berufen worden und bereits gesteen nach Bernburg abgereist.

Hirschberg, 2. Nov. Das von Erdmannsdorf aus on die böhmische Grenze kommandirte Kürassier-Detachement hot gesteen die aus Böhmen entwichenen Husaren, gegen 50 an dee Zahl, in der Gegend von Liebau ongetroffen. Als die Husaren der beronrückenden Truppen von der Ferne ansichtig wurden, hielten sie dieselben für österreichisches Militäe, und sie ordneten sich demzufolge sofort zum Kampfe, entschlossen, sich bis auf den letzten Monn zu vertheidigen. Als sie jedoch gewahe wurden, daß es preußische Kürassiere seien, steckten sie die Waffen ein, die ihnen hierauf abgenommen wurden. Die Pferde wurden den Gefangenen gelassen, während ihre Waffen onf Wagen gebracht wurden. Der Anführee der Entflohenen soll sich in dee Gegend von Teautenau selbst den Tod gegeben hoben. Einee höhern Ordre zufolge sind die bedauernswerthen Deserteure nach der Festung Schweidnitz eskortirt worden. Leider erwartet die Unglücklichen der Tod des Erschießens, wenn sie an das österreichische Gouvernement obgeliefert werden.

Aus **Neisse** schreibt man: Eine betrübende Erscheinung ist die immer größer werdende Unsicherheit des Eigenthums. Ganze Kartoffel- und Krautfeldee werden des Nachts oon Banden, die ihren Raub auf Wagen fortführen, beraubt. Auch Straßeneäubereien kommen nicht selten oor. Alle Bande lockern sich und mit Angst nnd Entsetzen sieht mon dem kommenden Winter entgegen.

Kassel, 4. Nov. Der Kongreß vaterländischer Vereine hielt gestern die erste öffentliche Sitzung. Es waren etwo 30 Abgeordnete eingetroffen aus Braunschweig, Beemen, Oldenburg, Deesden, Großherzogthum Hessen, ous mehreren kurhessischen Städten ꝛc. Alle Abgeordneten veetraten volks- uno oaterländische Vereine, einige sogar mehreee. Graf v. Lehrbach ous Darmstadt nahm als Alteespeäsident den Vorsitz ein und ließ zur Wahl eines Präsidenten scheeiten, welche einstimmig ouf H. v. Boumbach-Kiechdeim fiel. (Kssl. a. Z.)

Darmstadt, 9. Nov. Heer Finonzminister Zimmeemann hot um seine Entlossung nachgesucht. Sein Nachfolgee ist oller Wahrscheinlichkeit nach dee bisherige Ministerialrath von Schenk zu Schweinsberg, Mitglieb der eesten Kommer. (O.P.Z.)

Schleswig, 7. Nov. Nachdem die Mitglieder des Bureaus, wie wir aus znoerlässiger Quelle vernehmen, von der Regierung genügende Aufklärung über die gegenwäetige Lage der Dinge erhalten haben, sind diefelben der einstimmigen Ansicht gewesen, daß durch die Proteste dee Kommissäre der gesicheete Rechtsbestand, namentlich ouch des Staatsgeundgesetzes, für den Augenblick nicht gefährdet und das öffentliche Recht des Landes nicht bedroht sei. Es ist doher beschlossen worden, füe jetzt die Verfammlung nicht zu beeufen.

Hamburg, 7. Nov. Der Reichscommissär Stedmann ist Sonnobend Abend oon Schleswig hier angekommen und gestern nach Lübeck gereist, wo ee wohrscheinlich die Verhältnisse des Herzogthums Lauenburg in Veebindung mit einem dänischen Commissäe ordnen wieb. In letzterer Eigenschaft soll jetzt ein dänischer Kommeehere von Plessen fungiren, da der frühere dänische Commissarius Kammeeheer von Reedtz, das Ministerium des Auswärtigen zu übernehmen bestimmt sein soll, während Graf Knuth für die Friedensunteehandlungen nach London gebt. Ueber den Reichscommissäe Stedtmann, sind in meheeeen Blättern Artikel erschienen, welche sich nicht eben dankbae zeigen füe seine bekannten Bemühungen. Besondees wird ihm die Protestation gegen das schleswig-holsteinische Staatsoerfassungs-Gesetz übel gedeutet. Allein man sollte bedenken, daß dasselbe den 9. September oon dee Landesverfammlung angenommen uud den 15. desselben Monots von der provisorischen Regierung publeirt wurde, während nach dem Traktate die ganze gesetzgebende Gewalt während der ganzen Dauer des am 1. September ratificirten Waffenstillstandes ruben soll. Diese sogenannte Veefassung ist demnach staats- und völkeerechtlich nichts onderes als eine petition of rights. Durch die Protestation des Reichskommissärs ist dee Rechtszustand durchaus nicht verändeet, sondern nue deklaeiet worden. Die jetzige gemeinsame Regierung konnte diese mit iheem Amtsantritte außee Kraft gesetzte Veefassung den 22. Oktober um so wenigee wiedee in Kraft setzen, da der Artikel 7 des Waffenstillstandes besagt, daß die wieder in Kraft zu setzenden Gesetze nichts dem Frieden Vorgreifendes enthalten sollen, wogegen das ganze Gesetz auf der Idee des noch keineswegs auerkannten einigen und unabhängigen schleswig-holsteinischen Staates beruht. Daß die neue Publikation die Clausel enthielt, das Gesetz solle nicht den Frieden peäjudiceen, entschuldigt die gemeinsame Regierung nicht; denn sonst wäre der Artikel 11 des Traktats hineeichend gewesen, welchee aber jedes Präjudiz abschneidet, und wäre es nicht nöthig gewesen, die angegebene Bestimmung des Artikels 7 hinzuzufügen. Dagegen hat Heer Stedmann sich oder duech die am 28. oorigen Monats in Kopenhagen mit der dänischen Regierung geschlossene Uebeeeinkunft ein besondeees Verdienst dabuech um die Herzogthümer erworben, daß er die dänische Regierung vermochte, zuzusagen, das genannte Gesetz für die Dauee des Waffenstillstandes thatsächlich gelten zu lossen, was sie früher nie gethan hatte und womit die gemeinsame Regierung bei iheem Amtsantritt sich hätte begnügen müssen. Herr Stedmann, welcher seine Theilnahme für die patriotische Soche der Heezogthümer seit langer Zeit mit geößtem Eifer genugsam bewiesen hat, besonders dadurch, daß er die dänische Regierung durch die von ihm geführte Unterhandlung bewog, nicht gegen die Theilnahme der 4 schleswig'schen Deputirten Feanke, Gülich, Michelsen uno Esmarch, an dee deutschen National-Versammlung zu protestiren und Alles thatsächlich anzuerkennen, was die gemeinsame Regierung des Landes thun würde, woruntee sogar das polizeiliche Veebot dänischee Farben, die Beeufung der Landesoerfammlung u. s. w. oerstanden werden kann, hat, wie wir aus guter Quelle versicheen können, jetzt auch dee gemeinsamen Regierung angezeigt, daß die dänische Regierung in Folge der mit ihm getroffenen Uebereinkunft die Forderung des Brandzeichens dee Schiffe mit Dansk Eiendom zueückgenommen und das Brandzeichen mit schleswig holsteinischem Wappen in iheen Häfen zugelassen hat. Die gegen den Protest dee beiden Commissäre erhobenen Klagen scheinen in dee That nue daeauf berechnet zu sein, der füe den 12. d. M. nach Neumünstee ausgeschriebenen Volksverfammlung Stoff zur Agitation zu liefern. — Dem Aufrufe des in Frankfurt beschehenden deutschen Vereins füe Hondelsfreiheit entsprechend, bildet sich hiee ein Zweigverein.

Neuestes.

Wien, 5. Nov. Die in Wien aufgefundenen Soldaten, welche sich mit der Bitte um Pardon ergaben, wurden im Schwoezenberg'schen Garten fusilirt. (!) De. Schütte steht unter dem Schutze des nordamerikanischen Gesandten, dee ihm irgend einen fingirten Posten übertragen hat. Die beiden Hauptagitatoren des Studentenkomités haben den Schutz des französischen Gesandten in Anspruch genommen, dee ihnen Kurierstellen übeetragen haben soll. Messenhauser ist noch nicht oerhaftet. Generol Bem ist in's ungarische Lagre entkommen. Sonach hat Windisch-Grätz bis jetzt noch keine der von ihm verlangten Peefonen zur Haft gebracht. (Schles. Z.)

* Wir erhalten so eben noch Briefe ous **Wien** oom 6. Nov. Man sob dee Eenennung des neuen Ministeeiums entgegen, und zwar in anderer Wrise als die Bresl. Z. mittheilte. Grof Stodion soll das Ministerium des Innern und die Peäsidentschaft übernehmen, Colloredo die ouswärtigen Angelegenheiten, Schwarzenberg den Krieg, Kraus obee Kübeck die Finanzen. Beuck und Meyer sollen gleichfalls in's Kabinet treten. — Verhaftungen und Hausfuchungen daueen foet. Messenhauser und Füster sind verhaftet, Pulsky nach Ungarn entkommen. Es war ernstlich die Rede davon, Blum und Fröbel voe ein Kriegs-

gericht zu stellen. General v. Welden ist zum Gouverneur von Wien ernannt, Fürst Windisch-Grätz übernimmt das Oberkommando der Kriegsoperationen gegen Ungarn.

Ollmütz, 6. Nov. Minister Recley ist am Hoflager eingetroffen. Von der Garnison Ollmütz rückte Militär zur Dämpfung eines im troppauer Kreise ausgebrochenen Aufstandes ab.

* **Berlin**, 9. Nov. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung erschien der Graf von Brandenburg und das ganze neue Ministerium mit Ausnahme des abwesenden Kriegsministers und des Herrn Kisker, welcher wider sein Wissen und Willen auf die Ministerliste gekommen. Graf Brandenburg verlas eine Kabinetsordre, durch welche die Versammlung vertagt und nach der Stadt Brandenburg verlegt wird. Die Eröffnung der Versammlung wird auf den 27. November festgesetzt. Der Ministerpräsident erklärte, durch die so eben verlesene königliche Botschaft die Sitzung geschlossen, und alle fernern Verhandlungen für ungesetzlich. Unmittelbar darauf entfernten sich die Minister und der größere Theil der Rechten. Nach dieen Entfernung aus dem Concertsaale wurde die Versammlung vom Präsidenten befragt, ob die Sitzung sofort aufzulösen, was durch namentliche Abstimmung mit 252 gegen 30 Stimmen verneint wurde. Darauf stellte Barnemann den Antrag, das Ministerium um Zurücknahme der Maßregel anzugehen; wurde verworfen; dagegen wurde der Antrag von Waldeck, Gierke, Wachsmuth, Klinghamer ꝛc.: „die hohe Versammlung wolle beschließen, sie findet keine Veranlassung den Sitz ihrer Berathungen zu ändern, sondern werde diese in Berlin fortsetzen; 2) der Krone stehe das Recht nicht zu, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen, oder aufzulösen; 3) die Versammlung halte diejenigen Beamten, welche zu dieser Maßregel gerathen, nicht für fähig der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr haben sich durch einen Pflichtverletzung gegen Krone Land und Versammlung schuldig gemacht," fast mit Einstimmigkeit angenommen. Die Versammlung beschloß nach kurzer Vertagung, die Sitzung an jedem andern Orte fort zusetzen, wenn es im Schauspielhause nicht mehr geeignet sei. Der König beabsichtigt, sich in einem Manifeste an die Nation zu wenden, und darüber, daß er als konstitutioneller König gehandelt habe und handeln werde, an das Land zu appelliren. Die Landesversammlung will dasselbe thun, eine Art Appellation ward schon heute angeschlagen. — Berlin ist ruhig, aber Besorgniß herrscht unter den Bewohnern; fortwährend verlassen Familien die Stadt. Morgen wird das Einrücken der Garden erwartet.

(Diese Nachricht wird unsern Frankfurter Lesern bereits gestern Abend in einer Extrabeilage zugekommen sein. A. d. R.)

* Wir lassen der obigen gedrängten Darstellung der Ereignisse für heute nur die wichtigsten Aktenstücke folgen:

„Botschaft an die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. Nachdem schon früher zu wiederholten Malen einzelne Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung wegen ihrer Abstimmungen thätlich gemißhandelt worden waren, ist am 31. v. M. von aufgeregten Volkshaufen das Sitzungslokal der Versammlung förmlich belagert und, unter Entfaltung der Zeichen der Republik, der Versuch gemacht worden, die Abgeordneten durch aufrührerische Demonstrationen einzuschüchtern. Solche beklagenswerthe Ereignisse beweisen nur zu deutlich, daß die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung, aus deren Schooße die Grundlagen einer wahren, die allgemeine Wohlfahrt bedingenden Freiheit hervorgehen sollen, der eigenen Freiheit entbehrt, und daß die Mitglieder dieser Versammlung bei den zu Unserem tiefen Schmerze nicht selten wiederkehren den anarchischen Bewegungen in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren. Die Erfüllung Unseres lebendigen, von dem Lande getheilten Wunsches, daß demselben so bald als möglich die auf Grund unserer Verheißung zu erbauende konstitutionelle Verfassung gewährt werde, kann unter solchen Umständen nicht erfolgen, und darf von den Maßregeln nicht abhängig gemacht werden, welche geeignet sind, in gesetzlichem Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen.

Wir finden Uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen, und haben Unser Staats-Ministerium beauftragt, die dazu nöthigen Vorkehrungen so schleunig zu treffen, daß die Sitzungen vom 27sten d. M. ab in Brandenburg gehalten werden können. Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung hiermit vertagt. Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Berathungen nach geschehener Verlesung Unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27sten d. M. in Brandenburg wieder zusammenzutreten. Gegeben Sanssouci, den 8. Nov. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) Graf v. Brandenburg.

Mittags 2 Uhr standen auf den Straßen überall Menschenhaufen, welche die Berichte über die heutige Morgensitzung und ein Plakat lasen. Dasselbe lautet: „Bürger! das Vaterland ist in Gefahr! Das Ministerium der Conterrevolution ist gebildet und hat die Nationalversammlung aufgefordert, sich nach Brandenburg zu begeben. Nur wenige Verräther sind seinem Rathe gefolgt, über 250 Mitglieder bleiben in Eurer Mitte. Auf dem Kreuzberge und vor Euren Thoren lagern Truppen. Eure Freiheit ist in Gefahr. Verfahret nicht angreifend, aber schaaret Euch dicht um die National-Versammlung und seid gerüstet — zum letzten Kampf für Vaterland, Recht und Freiheit!"

Auch folgendes Schreiben der Linken an ihre Wähler circulirte heute in und außer der Versammlung: „Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr! Gegen den, am 2. d. M. fast einstimmig ausgesprochenen Willen der Versammlung ist heute das Ministerium Brandenburg ernannt worden und hat seine Wirksamkeit mit einem Staatsstreiche begonnen. Die Versammlung der Volksvertreter soll vertagt werden, um später an einem andern Orte zusammenzutreten. Mitbürger! Die Nat.-Vers., berufen, Euern Willen zu vertreten, kann weder vertagt, verlegt, noch aufgelöst werden. Wir sind fest entschlossen, solchen Gewaltstreichen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln energischen Widerstand entgegen zu setzen. Vertraut auf uns, seid einig in der Wahrung der errungenen Freiheit, und bedenkt, daß besonnener Muth jede Gefahr überwindet. Dagegen haben die Mitglieder der Rechten, welche mit dem Ministerium heute die Nat.-Vers. verließen, nachstehenden „Protest der konstitutionell-monarchisch gesinnten Abgeordneten, die von Sr. Majestät dem König ausgesprochene Verlegung der Nat.-Vers. betreffend" publizirt: „Die unterzeichneten Abgeordneten halten es dem Lande und der Versammlung gegenüber für ihre Pflicht, die Gründe anzugeben, die es ihnen unmöglich machen, der heutigen Sitzung länger beizuwohnen oder an einer späteren Sitzung in Berlin Theil zu nehmen. Das Gesetz vom 8. April d. J., auf Grund dessen die Versammlung zur Vereinbarung einer Verfassung zusammengetreten ist, enthält keine Bestimmung darüber, wo der Sitz der Versammlung sein sollte. Die Wahl des Versammlungsortes ist samt der Krone überlassen. Sie hat davon Gebrauch gemacht, indem sie die Abgeordneten nach Berlin einberief und sie übt dasselbe Recht, indem sie die Versammlung jetzt nach Brandenburg verlegt. Doch nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu einer solchen Verlegung ist unserer Ueberzeugung nach anerkannten, weil unter den obwaltenden Umständen diese Maßregel das einzige Mittel ist, die Versammlung dem Terrorismus, der hier gegen sie geübt wird, zu entziehen und mit der Freiheit der Berathung die Würde derselben wiederherzustellen. Daß mit dieser Verlegung bis zu dem Augenblick, in welchem die Ausführung derselben möglich ist, eine Vertagung verbunden werden mußte, folgt daraus, daß die Regierung mit sich selbst in Widerspruch treten würde, wenn sie die einmal anerkannte Unfreiheit auch nur auf eine kurze Zeit dulden würde. Ist hiernach das Recht der Krone zu der heute eröffneten Anordnung unserer Ueberzeugung nach außer Zweifel, so ist es die Pflicht der Versammlung, derselben durch sofortige Schließung der Sitzung Folge zu geben. Thut sie dies nicht, so halten wir sie von dem Augenblick an für eine ungesetzliche, an welcher Theil zu nehmen, die Pflicht uns verbietet. Sollte dessungeachtet die Versammlung ihre Berathungen fortsetzen, so protestiren wir gegen die etwa zu fassenden Beschlüsse und erklären, daß wir sie weder für das Land noch für uns als verbindlich anerkennen können. Berlin, 9. November 1848."

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Strasburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. C. L. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 303. Frankfurt a. M., Dinstag 14. November. 1848.

Uebersicht.

Die Restaurationspolitik in Oesterreich und in Preußen.

Deutschland. Frankfurt (Eine Staatsschrift Dänemarks.) Wien (Der Verlust der Truppen.) Prag (Die Kriegsoperationen gegen Ungarn.) Olmütz (Der Hof und der Reichstag.) Innsbruck (Landtagsverhandlungen über die österr. Verfassung.) Berlin (Die Landesversammlung setzt unter steigender Theilnahme der Bevölkerung ihre Sitzungen fort. Die Bürgerwehr soll entwaffnet werden.) München (Herr v. Abel. Ministerkrisis.) Stuttgart (Verhandlung über die Civilliste.) Krigzig (Rede u. der Pferdien's.) Heidelberg (Amtliche Erklärung.) Aus Schleswig-Holstein (Sondergelüste.)

Großbritannien. London (Bestrebungen der Vereinigten Staaten in Betreff Cuba's).

Frankreich. Paris (Die organischen Gesetze. Marschall Bugeaud verzichtet auf die Candidatur zur Präsidentschaft. Die Gerüchte über Cuba widerlegt. Sitzung der N. V. Tagesbegebenheiten.)

Spanien. Madrid (Ernennungen zu Gesandten.)

Dänemark. Kopenhagen (Reichstag.)

Neuestes.

Nachschrift.

14. November.

Ein Sieg ist nichts so Entscheidendes und Verhängnißvolles als der Moment nach dem Siege. Sichere haben sich die größten Meister des Krieges mehr der That gefreut, die zum Siege führte, als des Sieges selbst; denn mit diesem verschwindet die ganze Kette von Sorgen und Vorbereitungen, die so lange den Geist in Spannung und Anstrengung erhalten, und eine neue ungewisse Perspektive dehnt sich aus, eröffnet durch den errungenen Erfolg, hinter dem zurückzubleiben zwiefache Niederlage wäre. Solche Betrachtungen mögen den jetzigen Machthabern in Oesterreich wohl nahe liegen. Indeß, so bedenklich seiner Natur nach, und so theuer erkauft ihr Sieg auch sein mog, die Umstände liegen nicht ungünstig für seine Verfolgung und für den Plan, der ihn heraorief. Er beruhte auf militärischer Kraft und militärischem Rath, und gleich eröffnet sich für diese eine neue Bahn in der Unterwerfung Ungarns, in der Erhaltung Italiens. Die Gesammtmonarchie mag in ihren Lebenspunkten so bedeckt und unterwühlt sein als möglich, sie hält immer noch, auch ohne Reform, für eine Zeit lang aus. Gerade die rohe Masse der slawischen Völkerschaften ist der kriegerischen Stimmung günstig, und der gebildete Theil sucht seine Zukunft in der vorläufigen Erhaltung Oesterreichs; Ungarn hat keine Sympathien mehr, und von den deutschen Provinzen, die jetzt am meisten hintenanstehen, glaubt man nichts befürchten zu dürfen. Mit der Reform des Heerwesens wird man sich nicht beeilen, denn auf dem alten Heere beruht das herrschende System. Die Stimmung der europäischen Geldmächte richtet sich nach dem Sonnenschein der Macht; wenn eine Executivgewalt sich als stark bewährt, pflegt ihr das Geld nicht zu fehlen, und der Börsenbarometer ist in Wien schon jetzt im Steigen. Und dem Ausland gegenüber — eine Macht, die im Moment der tiefsten Zerrüttung eine mächtige kampfbereite Armee in ihrem Innern aufstellt, eine andere auf dem gefährlichsten Vorposten draußen erhält, eine Macht, die nur zerrüttet scheint, um ihre unerschöpflichen Hülfsquellen zu zeigen, die sogar in ihren eigenen sie bekriegenden Angehörigen eine Tüchtigkeit aufwirft, der nichts fehlt, als eine bessere Sache — eine solche felix Austria kann nicht anders, als eine imposante Stellung den günstigen und ungünstigen Rivalen gegenüber, einnehmen. Wir müßten uns sehr täuschen, wenn nicht auch ein erneuter Einfluß auf Deutschland die Folge dieses Aufschwungs wäre; denn je mehr Oesterreich, in seinem eigenen Innern und in seiner Nachbarschaft, dem Osten und Norden seinen Ausgangspunkt und seine Stütze sucht, desto mehr wird es in seiner nach Außen wirkenden Thätigkeit — freilich auf falschem Wege, und auf die Länge zum eigenen Verderben — nach Westen hingetrieben. Im Innern wird man unterdessen den Reichstag seiner theoretischen Berathung ruhig überlassen und sich so gut als möglich in den constitutionellen Formalismus schicken, die kleinen Mißgriffe, die wohl mitunterlaufen, werden dem soldatischen Ungeschick zur Last geschrieben.

Werfen wir den Blick auf Berlin. Man will dort die Politik von Olmütz nachahmen und gleichen Sieg erringen, nicht gerade durch die Gewalt der Waffen, aber doch auf die Treue des Heers gestützt. Denken wir uns das Ziel erreicht, die Versammlung verlegt, das Ministerium aufrecht erhalten — was ist dann die weitere Aussicht? Was will die Hofpartei nach so großem Schlage Großes beginnen? Ein gleiches glänzendes Feld der Thätigkeit wie in Oesterreich liegt nicht vor, Machtentwicklung nach außen, das beste Heilmittel bei innerer Zerrüttung, hat Preußen durch jahrelange falscher Politik sich abgeschnitten, wenn auch die Weltlage des Augenblicks ihm dazu die Gelegenheit bäte. Zwar ist nicht zu zweifeln, daß im Angesicht der großen Mäzebewegung ergabte preuß. Staatsmänner große Plane in jenem Sinne gefaßt hatten, aber sie wurden, nach der glimpflichsten Ansicht, erstickt von der rasch eintretenden Ebbe nach der mächtigen Sturmfluth des Frühlings. Auch im Volke hätten sie schwerlich ergiebigen Boden gefunden. Man wollte vor allem Freiheit, ein vollgerüttelt Maß, und gedachte den Absolutismus zu Hause zu bekämpfen, statt auf den russischen Feldern. Zur innern Entwicklung, zur vollen Darstellung der modernen Freiheit glaubte man Preußen berufen. Der Hof wird sicherlich, wenn er siegt, keine großen Plane noch außen verfolgen, und eben so wenig, wie es scheint, den Weg großer Reformen nach innen. Man denkt dort sicher nicht an Rückkehr zum Absolutismus; man will eine Versammlung, mit der sich regieren läßt, ein persönlich wohlgefälliges Ministerium, Ruhe in der Hauptstadt, Maß in den Reformen, Schonung gewichtiger Interessen und Vorurtheile, besonders des größeren Grundbesitzes, endlich Aufschub oder völligen Stillstand in der Reform des Heers, an das man sich als letzten Anker hält. Dabei erkennt man wohl den Konstitutionalismus als Nothwendigkeit der Zeit und schickt sich in seine Formen, mit denen ja auch die neuesten Schritte sorgsam umkleidet werden. Das ist alles ungefähr wie in Oesterreich; nur die Perspektive für die Zukunft ist anders.

Denn so wenig als wir, so wenig sieht die große Majorität der Einsichtigen in Preußen auf diesem Standpunkt des Hofes. Man verlangt die volle Verwirklichung der Freiheit im Sinne der errungenen Bildung dieser Zeit; man verlangt die völlige Austilgung des Absolutismus mit allen seinen Spuren und Prätendenten durch umfassende Reformen in Justiz und Verwaltung, in der Besteuerung, und vor allem im Heerwesen. Niemand ging darin entschiedner und praktischer vorwärts, niemand „schnitt tiefer der Reaction in's Fleisch" als der Finanzminister Hansemann, wofür es kein besseres Zeugniß gibt, als daß die Männer des neuen régime ihn anfeindeten und die zweideutigen Konstitutionellen ihn verließen. Daß überhaupt jene Reformen anders und besser hätten angefaßt werden können, ja angefaßt werden müssen, als durch die preußische Landesversammlung geschehen ist, werden Wenige in Abrede stellen, und wollte die Krone den Weg zur Reform nun in rechter Weise selbst betreten, so

könnte sie vielleicht auch jetzt nach Alles gut machen. Dabei kommt aber das Verhältniß zu Frankfurt, d. h. mit andern Worten, zur einheitlichen Gestaltung Deutschlands, in besondere Betrachtung, und in diesem Punkte werden sich die Ansichten auch Derer theilen, die in den obigen Sätzen übereinstimmten. Nach der einen Ansicht könnte sich die Krone in der Centralgewalt und Nationalversammlung zu Frankfurt eine Stütze schaffen. Ausgehend von dem mächtigen nationalen Streben der deutschen Nation, und von dem Vertrauen auf den gemäßigten Sinn der Frankfurter Versammlung, könnte sie deren Beschlüsse durch unbedingte Gutheißung der eigenen Landesversammlung als Norm gegenüberstellen, und zum Maßstab ihrer Sanktion für die Beschlüsse derselben machen. Sie würde dadurch auf der andern Seite in Frankfurt den zahlreichen Freunden Preußens ein günstiges Feld schaffen, ja sie würde selbst Gegner gewinnen, wenn sie den Vorbehalt der Vereinbarung zu gleicher Zeit aufgäbe. Auf Erfüllung jedes billigen Wunsches, zumal in Beziehung auf das Heerwesen, könnte sie bei dem Charakter der Frankfurter Versammlung rechnen, wenn nur durch offene und bestimmte Erklärung das Verhältniß Preußens zur provisorischen und definitiven Reichsverfassung festgestellt wäre*). Die faktische Hegemonie würde dann Preußen um so weniger entgehen, als Oesterreich unter gleichen Bedingungen der Reichsverfassung sich nicht unterwerfen würde und könnte.

Wir wissen nicht, inwiefern eine solche Ansicht auf Anhang in Preußen zu rechnen hätte, jedenfalls halten wir sie und die zunächst zu charakterisirende, ohne uns auf die Thunlichkeit weiter einzulassen, für die einzige nun eigentlich politischem Gehalte; das jetzige Schwanken in Bezug auf Freiheit und auf Einheit führt zu nichts. Es gibt, wenn wir nicht irren, eine Klasse von Politikern, welche für Kern und Ziel der heutigen Bewegung die konstitutionelle und gesetzmäßige Freiheit halten, wie sie sich in den drei letzten Jahrhunderten durch religiöse, literarische und politische Kämpfe geläutert und zum reinen Begriff ausgebildet hat. Mindre nothwendig verbindet sich damit die Neigung zu einer allgemeinen Politik des Friedens und der Freiheit in Handel und Verkehr, mit der Aussicht auf ein Gleichgewicht der internationalen Verhältnisse durch die gemeinsame Freiheit, in dem die Tradition der alten Politik und das System des rivalisirenden Einflusses sich verlieren würde. Nun kommt es für sie in Frage, ob nicht das Einheitsstreben der Nation dieses Ziel gefährdet. Sie sehen wohl auch auf eine Vereinigung aus, nachdem das konstitutionelle Prinzip in allen Einzelstaaten vollkommen durchgedrungen ist. Aber bis dahin scheint das strenge Nationalitätsprinzip zunächst mit Krieg und europäischen Verwickelungen, mit einem Riß in den völkerrechtlichen und Handels-Beziehungen, überhaupt mit einer Gegenbewegung gegen den allgemeinen Zug politischer Freiheit zu drohen. Zweitens erscheint das Freiheitsstreben als vollkommen gereift, ausgebildet und durch den bisherigen Gang der Geschichte vorbereitet; die Geschichte der Nationalitätsbestrebung ist weit kürzer und kann Zweifel übrig lassen, ob sie genugsam gereift sei, um schon jetzt zu einer dauernden und großen politischen Gestaltung durchzudringen; wäre aber dies nicht der Fall, so könnte sie auch die Freiheit in ihr Mißlingen mit hineinreißen. Drittens käme vom preußischen Standpunkte eine mehr egoistische Rücksicht hinzu, daß nämlich Preußen in der Entwickelung der Einzelstaaten zur inneren Freiheit unfehlbar das Uebergewicht gewinnen und so durch einen langsameren Fortschritt auch in der künftigen Einheit den Platz erhalten würde, der ihm jetzt vielleicht eben darum nicht zu Theil wurde, weil es in seiner konstitutionellen Entwickelung den andern Staaten nicht gleichstand.

Wir haben diese Meinung dargestellt, ohne daß es unsere Absicht wäre, daran ein Urtheil zu knüpfen; es scheint uns eben mehr die Zeit zu registriren und über die herrschenden Ansichten klar zu werden, als eine eigene Meinung, zumal wenn sie abweichend wäre vom breiten Strome des Tages, mit scharfer Konsequenz nach allen Seiten durchzuführen. Nur eines wollen wir den Anhängern der letztgenannten Meinung entgegenhalten. Ihr gereinigter Begriff der Freiheit würde ohne Zweifel mit der Zeit auch zu einer befriedigenden Einheit führen. Aber wie viele gibt es im gährenden Strudel dieser Zeiten, die einen reinen, die nur überhaupt einen Begriff von Freiheit festhalten? Ist die große Mehrheit, die im Allgemeinen an gesetzlicher, konstitutioneller Freiheit festhält, nicht zum großen Theil passiv, zum größern vielleicht unter dem Regiment der Phrasen, der unverstandenen Theorien und falschen Begriffe? Klebt nicht an dem Namen der Freiheit auch der Fluch des Hasses und der Furcht, das Erbtheil des langen Kampfes mit der Reaktion, der so oft mit vergifteten Waffen geführt ward? Das Gefühl für Nationalität erhob sich inmitten dieses Kampfes als ein reiner Boden, der allein noch erhaben stand über politische, religiöse und litterarische Parteiung. Je mehr sich jetzt das politische Interesse von der nationalen Idee wegwendet zur Fortschritts- und Rückschrittsfrage, desto mehr sehen wir die frohen Aussichten auf unsere Zukunft schwinden. Wie nun die Dinge sich gestalten, scheint kaum noch eine bessere Hoffnung, als daß durch innere Stürme oder äußeren Krieg das deutsche Bürgerthum endlich aus der Passivität gerissen, zu tapferem Selbstbewußtsein gekräftigt, und durch den Umweg bitterer Erfahrung Alles dem Begriffe wahrer Freiheit erfüllt werde.

*) Wir folgen in der Darstellung dieser Ansicht einem trefflichen Aufsatz über Preußens Stellung zur Reichsverfassung im neuesten Heft der „Grenzboten", und ergreifen mit Vergnügen diese Gelegenheit, unsern tapfern Mitkämpfern auf gleicher Bahn die Hand zu reichen.

Deutschland.

„ **Frankfurt**, 11. Nov. Mehreren Mitgliedern der Nationalversammlung ist in den letzten Tagen eine Schrift zugestellt worden, welche es sich zur Aufgabe macht, noch einmal die vermeintlichen Ansprüche Dänemarks auf den Besitz des Herzogthums Schleswig zu vertreten. C. F. Wegener, über die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark in staatsrechtlicher Beziehung. Copenhagen 1848. 8. Der Verfasser ist gar kurzen dänischer Historiograph geworden, und es scheint, daß er die ertheilte Würde mit dieser Schrift habe verdienen wollen. Zu bedauern ist, daß der Inhalt dem Style so wenig entspricht, daß eigentlich auch gar nichts gethan ist, um eine staatsrechtliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark zu erweisen. In der ersten Abtheilung will der Verfasser folgenden Satz durchführen: „Eine administrative Verbindung zwischen Schleswig und Holstein ist nie durch irgend einen staatsrechtlichen Vertrag festgesetzt worden." Merkwürdig, früher sollte immer die Verbindung zwischen Schleswig und Holstein nur eine administrative, keine staatsrechtliche sein; zu den Zeiten König Christian VIII. wurde dies in offiziellen und nicht offiziellen Schriften unzählige Mal wiederholt. Jetzt ist auch dies unbequem und soll beseitigt werden. Oder weil man verzweifelt die staatsrechtliche Verbindung zu bekämpfen, greift man zu dem sonderbaren Mittel, zu beweisen, daß jene administrative Vereinigung auf keinem bestimmten Vertrag beruhe. Als wenn in früheren Jahrhunderten jemals über die Verhältnisse der Verwaltung Verträge zwischen Ländern und Landestheilen geschlossen wären, da sich diese vielmehr jederzeit nach den staatsrechtlichen Zuständen und demnächst nach den Beziehungen des Landesherrn richteten. Schleswig-Holstein hatte nun wenigstens 200 Jahre lang gemeinschaftliche Stände; der Verfasser sagt (S. 19), dies „beruhte auf einer schlechten und gesetzwidrigen Praxis". Schleswig-Holstein hatte auch während der Theilungen unter mehrere Linien des oldenburgischen Hauses eine gemeinschaftliche Regierung, die alle allgemeine Verhältnisse des Landes besorgte; der Verfasser bemerkt (S. 20), es „hielt sich bald der Eine, bald der Andere der souveränen Landesherrn für berechtigt, sie gänzlich aufzuheben", vergißt aber zu bemerken, daß es nicht geschah, weil es wider das Recht war; und wenn König Christian II. selbst dieselbe verdedigte, so „that er dies nur aus politischem Egoismus". Aus demselben Grunde, wird man meinen, thut nun sein Nachfolger das Gegentheil. Während der Theilungen hatte jeder der beiden Landesherren Besitzungen in Schleswig und Holstein und regierte sie in Gemeinschaft, und dasselbe geschah, nachdem ganz Schleswig unter die Herrschaft der königlichen Linie gekommen war und ist geschehen bis auf den heutigen Tag. Der Verfasser erzählet (S. 31): „Daß dessen ungeachtet eine gewisse administrative Verbindung beibehalten wurde, hatte seinen Grund wohl in der historischen Entwickelung des Verwaltungswesens, wie nun in der allgemein anerkannten Milde und Gerechtigkeit der dänischen Könige." Also die Praxis, die historische Entwicklung, die Gerechtigkeit forderten die administrative Verbindung der Herzogthümer! Wir denken, den Vertrag, den der Verfasser vergebens sucht, könnten sie entbehren. Daß das aber in den Privilegien von 1460 enthalten ist, die unter anderen ausdrücklich für den Fall der Abwesenheit des Königs eine gemeinschaftliche Regierung

von zwölf Personen festletzen, hat der Verfasser wohl nicht sehen wollen, da ihm hier Privilegien begreiflich sehr zuwider sind. Seine ganze historische Anschauung der Dinge legt er S. 12 zu Tage, wo er sagt: „Wenn nun gleichwohl eine gewisse Gemeinschaft zwischen den Herzogthümern bestanden hat, so hat dies seinen historischen Grund in der Barberei des Mittelalters, welche im Laufe der Zeiten noch zunahm.

Man wird nach diesen Proben nicht sehr begierig sein auf die folgenden Abschnitte. Der zweite behandelt: „Die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark nach der Erbfolge des dänischen Königsgesetzes. Es werden hier die gewöhnlichen oft widerlegten Ansichten der Dänen über die Vorgänge des Jahrs 1721 auf's neue entwickelt. Merkwürdig ist nur, daß der Verfasser selbst einsieht und zugibt, eine wahre Incorporation Schleswigs in Dänemark habe nicht stattgefunden. Der König, sagt er (S. 39), hatte seinen ersten Plan, Schleswig in eine Provinz zu machen, aufgegeben oder modificirt; er hatte es in seiner bisherigen Stellung verbleiben lassen, als Land mit ruhender Lehnseigenschaft und insofern souverain, so lange sein Mannsstamm regierte..... Auf diese Weise ist ja Lauenburg jetzt an Dänemark, Luxemburg und Limburg an die Niederlande geknüpft, und gleichwohl sind sie als Mitglieder des deutschen Bundes souveraine Fürstenthümer." Also ein solches Verhältniß nennt der Verfasser eine unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark in staatsrechtlicher Beziehung; und darauf hin soll Schleswig jetzt mit Dänemark unter einer Verfassung verbunden werden! — Alles was im Jahr 1721 geschehen, reducirt sich nach dem Verfasser auf eine Aenderung der Erbfolge. Auch diese Behauptung ist oft genug widerlegt, und wir erinnern nur an die Schrift der neun Kieler Professoren: Staats- und Erbrecht des Herzogthums Schleswig, welche diesen Gegenstand wohl für immer erledigt haben dürfte. Es lohnt sich daher nicht, eine Reihe unrichtiger Behauptungen ausführlich zu widerlegen, wie z. B. (S. 34) das königliche Primogenitur-Statut, das die männliche Erbfolge für beide Herzogthümer festsetzte, sei durchaus nicht mit den Unterthanen verhandelt, sondern einseitig vom König gegeben; während es nur eine Ausführung der Vereinbarung war, welche beide Landesherren mit dem Landtage 1608 getroffen hatten. Die staatsrechtliche Ansicht des Verfassers erhellt aus dem Satze (S. 34): „Man kann deßhalb sagen, daß der offene Brief König Christian's VIII. ein erneuetes Erbstatut ist, da dem Landesherren, in dessen Person, wenn die Lehnseigenschaft des Landes nicht geruhet hätte, der Lehnsherr und Vasall vereinigt gewesen wäre, dasselbe Recht zustehen muß, welches er, falls er sich wieder zum Lehnsherrn erklärt hätte, gehabt haben würde. König Christian VIII. hätte sich aber dafür erklären können." — Man wird sich freuen über die historischen und staatsrechtlichen Anschauungen des dänischen Historiographen. —

Der dritte Abschnitt enthält „Zeugnisse von Publizisten, Historikern und andern Gelehrten seit 1721, über die Verbindung Schleswigs mit Dänemark", d. h. Auszüge aus historischen und geographischen Compendien, deutschen und dänischen, welche Schleswig zur dänischen Monarchie oder zu Dänemark gezählt haben. Damit wird der Herr Historiograph Niemanden überzeugen. Und vergebens ist seine Schrift auch den Männern übersandt, welche, wie es S. 40 heißt, „jetzt unberufen in Frankfurt das Schicksal der europäischen Völker und Fürsten entscheiden wollen." Nicht das werden sie thun, aber Deutschlands Rechte schützen!

Wien, 7. Nov. Hauptmann **Braun**, Bezirkskommandant der Wiedener Nationalgarde, ist in Hetzendorf standrechtlich erschossen worden. Dasselbe tragische Schicksal steht dem Oberkommandanten Messenhauser und Fenneberg, sowie dem General Bem unausweichlich bevor, wenn es einen oder den andern von ihnen nicht schon erreicht hat, während ich dies schreibe. Es trifft sie das Todesurtheil, weil sie, wenn auch quittirte Offiziere, doch Reverse von sich gegeben, nie gegen Oesterreich zu kämpfen, und Fürst Windischgrätz die Ansicht zur Maßnahme aufstellt, daß Jeder der im Oktober in Wien gefochten, gegen Oesterreich die Waffen geführt und auf den Umsturz der Monarchie es abgesehen hat. (C. Bl. a. B.)

Wien. Nach einer Mittheilung der C. Bl. a. B. soll der Verlust, welchen die Armee bei der Belagerung Wiens erlitt, folgender sein: **Todte**: 13 Offiziere (darunter Lieutenant Hartmann von Khevenhüller), 140 Mann; **Vermißte**: 47 Mann; **Verwundete**: 38 Offiziere, 570 Mann. Dabei sind aber die Verluste, welche die Kroaten erlitten, nicht mitgerechnet.

Aus **Prag** meldet das C. Bl. a. B.: Der Rückzug Simonic's bestätigt sich. Er war mit etwa 6000 Mann, darunter 3 Escadronen Reiterei und 12 Kanonen, aus Galizien bis Tyrnau vorgedrungen. Ungarische Kundschafter hatten die ganze Stellung und Schwäche des Simonic'schen Armeecorps verrathen, und die magyarische Armee, an 20,000 Mann stark, machte einen Angriff. Simonic, dessen Truppen durch den langen Marsch und die immerwährenden Plänkeleien, die sie auf ihrem Wege zu bestehen hatten, ganz und gar ermattet und desorganisirt waren, zog sich vom ungarischen Boden bis nach Göding zurück. Den ganzen 8 Meilen langen Rückweg hatte er mit den verfolgenden Ungarn zu kämpfen, und verlor dabei 2 Kanonen. Die Brücke über die March bei Göding ist abgeworfen, und der ungarische Befehlshaber hat erklärt, daß er, so lange Simonic auf österreichischem Gebiet verharre, durchaus nicht angreifen wolle, doch sobald ein Angriff auf ungarischem Boden gemacht werde, werde er rücksichtslos in Mähren einbrechen. Die Macht der Ungarn soll eine sehr bedeutende sein: bei Göding allein sollen gegen 40,000, bei Preßburg an 60,000 Mann stehen. Simonic's und Jellacic's Truppen aber sind kaum 10,000 Mann stark. Es sind darum auch schon bedeutende Verstärkungen ihnen zugeschickt worden, von Wien aus mehrere Batterien und eine Raketenbatterie. Auch von Prag gingen schon mehrere Truppenabtheilungen zur Operationsarmee gegen Ungarn ab, und erst heute Abend ist das 6. Jägerbataillon, welches noch um 11 Uhr Vormittags die Wache bezogen hatte, plötzlich abberufen und mit der Eisenbahn nach Mähren befördert worden.

Aus **Ollmütz** vom 8. Nov. wird der O. P. Z. geschrieben: Es wird Alles für den Winteraufenthalt des Hofes eingerichtet. Die fremden Botschafter werden in den Wohnungen der Sapeuroffiziere in der neuen Kaserne, nahe bei der bischöflichen Residenz, ihr Logis nehmen; die österreichischen Minister und die Beamten der Hofsuite sind in den Domherrnpalais untergebracht. Die Stadt Kremsier, mit großen Sälen und über 200 Zimmern allein im bischöflichen Schlosse versehen, wird für den Reichstag bereits eingerichtet, zu welchem Zweck Professor Sprenger beauftragt worden ist.

Innsbruck. In der Sitzung der Tyroler Landstände vom 2. Nov. wurde unter anderm folgendes vom Ausschusse beantragt: „Nach Ansicht des Ausschusses dürfte der gegenwärtig in der Agonie befindliche Reichstag nicht mehr im Stande sein, die ihm gestellte Aufgabe zu lösen, nämlich die Verfassung des österreichischen Gesammtstaates zu begründen, daher beantragt derselbe, es möge der gegenwärtige, ohnedieß in der Auflösung begriffene Reichstag nicht mehr berufen, sondern vorerst Deputirte aller Provinzialstände an das Hoflager Sr. Majestät berufen werden, um darüber zu berathen: ob es nicht im Interesse der österreichischen Monarchie und der in ihr umschlossenen Völker sei, die künftige Verfassung auf der Grundlage der Föderativform mit Beibehaltung des Provinzialverbandes, zu erbauen. Der Ausschuß machte daher folgende Anträge: die hohe Versammlung wolle beschließen: 1) die von dem ständischen Ausschusse getroffenen Maßregeln gutzuheißen; 2) in einer Veröffentlichung die Gründe der Einberufung dieses Landtags darzulegen, und 3) diese Veröffentlichung dem hohen Ministerium zugleich mit einer Denkschrift zu übermitteln, in welcher die eben vorgetragenen Ansichten näher entwickelt werden, und auf die Berufung von Abgeordneten der Provinzialstände zur Berathung der Vorfrage über eine Föderativform der österreichischen Monarchie angetragen wird. (Innsbr. Z.)

*** **Berlin**, 10. Nov. Der Schlag ist erfolgt, der bang erwartete, aber es ist ein kalter Schlag geblieben. Was er gewirkt, was er vernichtet hat, läßt sich noch nicht absehen, nur sind keine Flammen in die Höhen geschlagen. Das nur kann man mit Gewißheit annehmen, daß die Voraussberechnung beider Theile eine falsche war, es kam ganz anders, als jede Partei erwartet. Wer bestreitet, daß die Verzweiflung aller Ordnungsliebenden und Friedlichen, aller preußischen Patrioten, die im gegenwärtigen Treiben nur Zerstörung und Untergang erblicken, schon längst sehnsüchtig nach der Krone blickte, ob sie sich nicht ermannen, und zu einer kühnen That, im Interesse ihrer selbst, in dem des Vaterlandes, der Freiheit, anschließen würde. Jeder kühne Griff, auch ein Staatsstreich, würde von diesen großen Massen, die nur unglücklicherweise keine Kohäsionskraft haben, um zu einer Partei sich zu gestalten, gern gesehen worden sein, sobald er zur rechten Zeit, mit vollem klarem Bewußtsein, mit den rechten Mitteln

Digitized by Google

und mit dem Willen zur Ausdauer gewagt worden. Erkrgenheiten fanden sich genug, man hat sie verfäumt, man hat also nicht die rechte Zeit erwählt. Der Scandal vum Abend des 31. Oktober war zwar herausfordernd genug, aber jetzt war in der Versammlung selbst die Vernunft erwacht, man war zur Besinnung gekommen, daß die läppische Graßmuth und Sentimentalität Uhlich's nicht mehr angebracht sei, daß man sich selbst gegen den Pöbel schützen müsse; man that es, man wallte nach mehr thun. Es fiel also dieser vorgeschützte Grund zum Einschreiten fort. Daß man mit vollem Bewußtsein sich entschlossen, will ich nicht in Abrede stellen, aber war es ein klares? Der König läutete vor durch die Antwort an seinem Geburtstagsfeste, aber wie? Durch die Berufung auf sein angestammtes göttliches Recht. Konnte er damit erwarten, die graßr konstitutionelle Partei, auf die er sich vor Allem stützen mußte, wenn er auf die Dauer siegen will, für sich zu gewinnen? Wer endlich die Ernennung eines Ministeriums Brandenburg, dem ein Manteuffel (ein höchst unpopulärer Name aus den Debatten des Allgemeinen Landtags) beigegeben war, das rechte Mittel, die Gemüther der Zweifelhaften und der Hoffenden an sich zu knüpfen? War es nicht vielmehr eine Herausforderung der öffentlichen Meinung? An den Willen zur Ausdauer glauben wir, dafür spricht der Zusammenhang, der Einklang aller Schritte; gestern der Eintritt des Ministeriums in die Kammer, seine Erklärung, sein Austritt, die darauf folgenden Schritte, heute das Einrücken des Militärs, um den Trotz der Nat.-Verf. zu brechen. Man war auf Alles, d. h. auf das Schlimmste, einen Kampf mit der Anarchie, mit der Verzweiflung, mit dem Proletariat, den Bürgern, man war auf Barrikadenschlachten, auf Brand und Kananendonner gefaßt, und statt dessen trifft man nur einen passiven, einen moralischen Widerstand. Auf die Unordnung war der Plan, wahrscheinlich folgerichtig, gebaut, und statt dessen findet man Ordnung und Ruhe, und an dieser Ordnung und Ruhe könnte der ganze Staatsstreich scheitern. Nach gestern Mittag, nachdem die Nationalversammlung sich permanent, ihren Willen erklärt, nicht nach Brandenburg zu gehen, und eine Art Anklagestand gegen dir Minister diktirt hatte, konnte man für die Stadt das Schlimmste erwarten. Zwar sprach sich gleich anfänglich unter der Bürgerwehr die Stimmung aus, daß sie wahl die National-Verfammlung, so viel es an ihr, schützen, die Proletarier im Zaum halten und den Baerikadenbau verhindern walle, nicht aber in offenen Kampf gegen ein disziplinirtes Heer mit Artillerie das Feld halten. Indeß, wenn die Volkswuth ausbrach, konnte es einen Kampf und Barrikaden auch ohne Beistand der Bürgerwehr geben. Mit banger Zuversichtlichkeit sah man den Ereignissen des Abends entgegen. Wo die klnge Ansicht sich zuerst Bahn gebrochrn, nicht allein krinen thätlichen Widerstand zu leisten, sondern auch alles anzuwenden, um das Volk ruhig zu erhalten, ist noch nicht bekannt. Allein schon gegen Abend gestern sprach sich in den Physiagnamien, in der allgemeinen Ruhe die Fassung aus, daß das Aergste, ein Wiener Schicksal, für Berlin aermieden werden würde. Die Berathungen der Nationalversammlung während der Nacht haben, was vorhin Wink war, zu einem Systeme erhoben. Die Einigung mit den Parteiführern in den Klubs, mit den Offizieren der Bürgerwehr und der fliegenden Corps, machte sich schnell und die Ansprache des Präsidenten von Unruh heut früh in der Versammlung drückte dem Systeme das Siegel auf. Man setzt der Waffengewalt, dir zu bekämpfen eine Thorheit wäre, den passiven Widerstand der Proteste entgegen; man geht nicht auseinander auf die Befehle, sondern erkennt sie nicht an; man läßt sich pro primo von der Bürgerwehr beschützen, aber die Bürgerwehr setzt dem Militär bei dessen ernstlichem Anrücken keinen thätlichen Widerstand entgegen. Man läßt sich zwingen, wie der Deputirte Manuel zur Restaurationszeit in der französischen Kammer, gegen den man alle Exekutionsgrade anwandte, bis er beim Eintritt dee Gendarmen fortging, ehe es zu einer wirklichen Greif- und Prügelscene kam. Von diesen Beschlüssen waed die Stadt schon am heutigen schönen Morgen unterrichtet und damit beruhigt. Die Ausführung erfolgte mit einer merkwürdigen Genauigkeit. Den eigentlichen Bummlern es begreiflich zu machen, daß man durch Nichtlasschlagen sicherer und einen größeren Sieg erfechten könne, als durch die glücklichste Baerikadenschlacht, hielt schwer, aber es gelang den in's Volk gesandten Emissärrn. Statt der angekündigten 15000 rückte gegen 2 Uhr eine Armee von 24,000 Mann ein, ohne ein Zeichen des Widerstandes, des Unwillens, der Freude, ja nur der Aufregung. Es waren dieselben Bataillone darunter, welche in der Nacht vom 18. März die Barrikaden gestürmt, die Kämpfer von Schleswig! Erst als sie auf dem Gendarmenmarkt aufgereiht standen, näherte sich ihnen das Volk, diesmal nicht als Feinden, als einer aerthierten Soldateska, sondern man liebkoste sie, man schenkte ihnen Branntwein. Sie hatten seit dem Morgrn nichts genossen; der Branntwein übte hie und da einen bedenklichen Einfluß. Darauf erfolgte die bistarische Scene var dem Thorweg des Schauspielhauses zwischen Geueral Wrangel und dem Commandeur der Bürgerwehr, Rimplrr, über deren merkwürdige Details andere Koerespondenteu Ihnen berichten werden. Nirgends waed die äußere Farm aerletzt, die Gegner reichten sich als Freunde, Kriegskameeaden, Peeußen, die Hände. Nicht der kleinste Zusammenstoß erfolgte, und nachdem alle fymbalischen Schritte des Angriffs und der Vertheidigung durchgemacht waren, wichen die Mitglieder der Nationalaerfammlung den Bajanetten und Kanonen, die wenigstens in ihrem Protokoll eine Rolle fpielen. Sie wurden van den verfammeltrn Volkshaufen, die gut instruirt waren, und noch fortwährend instruirt wurden, mit Vivats empfangen, und nach Hause begleitet. Dasselbe widerfuhr der Büegerwehr. „Es lebe die braae Büegerwehe!" Mützen, Hüte, Tücher geschwenkt; fo wurden sie straßenlang begleitet. Welche schnelle Veränderung für beide! Noch letzthiu zeigte man jenen Stricke und stieß sie, diese warf man mit Steinen, und schalt sie „blutdüestige Bürgerbande", heute beide gefeiert wie Trinmphirende! Sa geboten es die Agitatoren, die von Haufen zu Haufrn sich drängten; „aber das Militäe, hieß es, laßt Ihr ruhig vorüber, Ihr ziscbt nicht und Ihr pfeift nicht."

Das hatten weder die Truppen, noch Grneral Wrangel, am wenigsten das Ministerium erwartet. Jene rückten mit schwerem Herzen ein, auf einen ernsteren Tag als den im März, als den bei Schleswig gewärtig. Das Auftreten der Natinnalversammlung, Niemand kann es in Abrede stellen, war ein würdiges, vielleicht zum ersten Male würdig. Jrder passive Widerstand, wenn auf ein Recht begründet, übt seinen moralischen Einfluß auf die Gemüther. Hier kam noch dinzu, daß nicht die gewöhnlichen, eitlen und verdtterten Schwätzer und Neuommisten, noch jene gallichten Redner diesmal das Wort führten, fondern daß es Männer waren, die in und außer der Versammlung Achtung genießrn. Auch ein Theil dee Rechten hatte sich zu ihnen geschlagen, und unter diesen ein ganz unbescholtenee Charakter, der zugleich ein angesehener Jurist und edemaliger Minister ist, Vornemann. Je seltener Charaktere von feiner sittlichen Reinheit in der Versammlung sind, um fa bedrutungsvuller ist ihr Wort in entscheidenden Augenblicken, wie dieser. Von Recht ist in diesem Konflikt nicht die Rede, nur von Ueberzrugung und Gewalt. Was diese Männer von der Rechten dazu oermacht, sich den parlamentarischen Pratestanten anzuschließen, kann nur die Besorgniß sein, daß jener Staatsstreich dee Regierung mehr drabsichtige als in den ausgesprochenen Worten liegt. Ich theile diese Ansicht nicht, aber die Furcht vor der Reaction zum abfoluten System kann durch die Bildung des Ministeriums gerechtfeertigt erscheinen. Die Wirkung auf die Massen, ich meine nicht allein das aan drn Wühlern bearbeitete Volk, ist unverkennbar; die Nat.-Verf. hat durch ihr entschlossenes Auftreten einen moralischen Sieg erfochten, der, je länger ihr Widerstand in deefelben Weise fortdauert, immer wirkungsreicher, der Krone gefährlicher werden muß. Morgen früh werden die Mitglieder abermals vor dem Sitzungssaal erscheinen, sie werden die Thüren geschlossrn finden, ein Protokoll darüber aufnehmen, und dann ein anderes Lokal suchen. Wie lange wird dieser Kampf dauern, und kann die Krone dabei gewinnen, falls sie sich nicht zum Aeußersten entschließt, und die Deputirten einzeln angreift? Das wird sie nicht. Aber zurück kann sie auch nicht. Ich sehe einem Kampf entgegen, dessen endliches Resultat, wenn nicht eine unerwartete Aushülfe und Rettung kommt, das Königthum in seiner Wurzel erschüttert. Ein Mittel gab es, wenn man fa etwas wagte, und das ist verfäumt. Wollte man mit der Gewalt den Knoten zerhauen, mußte man mit einer Praklamation auftreten, die alle und jede Zweifel über die Absicht dabei fortnahm. Selbst der Absolutismus, wenn er offen verkündet ward, hätte seine Anhänger gefunden. Vor einem Staatsstreich, von dem Niemand weiß, wahin er zielt, erschrickt Jeder. Dies Verfäumte nachzuholen ist schwer, jedoch nicht unmöglich. — Jetzt kammt Alles darauf an, wie die Prooinzen die Handlung aufnehmen. Hat die Regierung auch dafür nicht gefargt, daß sie durch offene Erklärungrn, die in

ihren reinen Willen keinen Zweifel lassen, den Verdächtigungen und Entstellungen der Wühler zuvorkomme, so hat sie verlorenes Spiel.

Und wenn es verloren wäre — die Folgen sind nicht abzusehen. Soll das ein Trost sein denen, die am Königthum festhalten, daß wenigstens in diesem Kampfe etwas sich festete, was bis da ein geflossenes Geschiebe und Geklimper von Egoismus, Eitelkeit und gemeiner Rechthaberei war, daß die Nationaloersammlung wenigstens einen würdigen Charakter annahm? — Doch nur dann, wenn sie diesen würdigen Charakter, diesen Muth fortan nicht nur gegen die schwach gewordene Krone, sondern eben so entschieden der starken Wühlerei gegenüber entfaltet, dann kann man noch hoffen.

München, 7. Nov. Wie man hört, hat Hr. v. Abel in dem Bezirke seines Gutes zu Stamsried Aussicht, zum Landtage gewählt zu werden. (Nach Nachrichten aus der Oberpfalz soll dort seine Wahl sogar an drei bis vier Orten gesichert sein.)

München, 10. Nov. „Aus der zuverlässigsten Quelle" meldet man der Augsb. Abdztg. von München, daß die Besorgnisse vor einem Ministerium Armansperg ungegründet sind. Der lang angekündigte Ministerwechsel wird demnächst in der Art zur Ausführung kommen, daß Lerchenfeld das Ministerium des Innern, Thon-Dittmer das Handelsministerium übernimmt.

†* **Stuttgart**, 11. Nov. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer war die Diskussion über den, von der staatsrechtlichen Commission über den Antrag des Abgeordneten Schnitzer: „auf Revision des Gesetzes vom 20. Juni 1820 wegen der Civilliste, und des Königl. Hausgesetzes vom 8. Juni 1828, wegen Apanagen ꝛc." erstatteten Bericht. Man erwartete eine sehr lebhafte Discussion, aber diese Erwartung wurde, was wir nicht beklagen, getäuscht. Der Antrag der Commission geht dahin: „Die Staatsregierung zu bitten, das Gesetz vom 20. Juni 1820, zum Zwecke einer bleibenden und wesentlichen Verminderung der Civillisten einer Revision zu unterwerfen und den Entwurf des neuen Gesetzes in thunlicher Bälde und so zeitig an die Stände zu bringen, daß dasselbe noch auf dem gegenwärtigen Landtage verabschiedet und bei Bestimmung des Staatsbedarfes zu Grunde gelegt werden kann." Ein fast gleichlautender Antrag wurde in Betreff der Apanagen von der fraglichen Commission gestellt. Nachdem der Berichterstatter Professor Reyscher, in einem Vortrage den Commissionsbericht zu vertheidigen gesucht, wurde der Antrag gestellt und mit großer Majorität genehmigt: „Die Kammer möge ohne Discussion über den Commissionsantrag abstimmen". Die Kammer hat durch diesen Beschluß die Absicht an den Tag gelegt, durch Unterlassung einer förmlichen Berathung über diesen delicaten und schwierigen Punkt, unangenehme Erörterungen zu vermeiden. Wir können dieser Kundgebung der Kammer nur die vollste Billigung ertheilen. Bei der motivirten Abstimmung ergriffen die Abgeordneten die Gelegenheit, mit wenigen, ruhigen Worten, ihre politische Stellung, so wie ihre persönliche Ueberzeugung dieser Frage gegenüber geltend zu machen. Die Abstimmung, deren Resultat die Annahme des Antrages der Commission war, ging in ruhiger, würdiger Haltung vorüber. Der Ministertisch blieb während der ganzen Sitzung leer. Indem wir uns heute auf das Vorstehende beschränken, behalten wir uns weitere Mittheilung über diesen Gegenstand vor.

*** **Leipzig**, 10. Nov. Gestern kam das Dekret vom 28. Nov. 1848 in der ersten sächsischen Kammer zur Verhandlung. Durch die Biedermann'sche Interpellation hatte diese an Bedeutsamkeit gewonnen, da die Regierung nicht füglich umhin konnte, auf letztere Rücksicht zu nehmen und sie gewissermaßen ihrer Seits zu beantworten. Hr. v. d. Pfordten that dies denn auch in längerer Rede, deren Kern folgender war: Die sächsische Regierung ist fest entschlossen, an dem königl. Dekret vom 28. Aug. festzuhalten und somit dem auf die Verfassung geleisteten Eide sein Recht zu geben. Alles Drängen nach einer konstituirenden Versammlung hat das jetzige Ministerium nicht vermocht, denselben zu brechen, es wird sich auch hier auf keinerlei Weise, selbst nicht durch einen Reichsminister zum Treubruch verleiten lassen. Die unveräußerlichen Rechte der Krone aufrecht zu erhalten, bei Gesetzesveränderungen nur im Einvernehmen mit den Ständen zu handeln, ist der Regierung heiligste Pflicht; ein Volk, das den Bau seiner Größe mit einem Treubruch beginnen muß, ist zu beklagen. Die weitere höchst scharfe Ausführung, mit Hindeutungen auf die Geneigtheit der sächsischen Regierung, den Forderungen der Centralgewalt willfährig zu sein, und auf das von den Ständen begehrte und erhaltene Vertrauensvotum, auch ohne sie den Frankfurter Beschlüssen beizutreten ward mehrmals durch lauten Beifall der Kammer unterbrochen und am Schluß derselben erhoben sich sämmtliche Deputirte zum Zeichen ihrer Zustimmung. Die Herren von Friesen, v. Zehmen, v. Welk, v. Scharz hatten hieran noch nicht genug, sondern hielten es für Ritterpflicht, durch ein zweites Aufstehen nochmals ihre Gesinnung an den Tag zu legen. Minister Braun erklärte sich sodann ganz in dem Sinne Pfordten's, und somit ist diese wichtige Frage von der ersten Kammer ganz im Geist der Majorität der zweiten erledigt.

Aus **Heidelberg** vom 12. Nov. geht der Redaktion folgendes Schreiben zu:

Zur Würdigung der in der Oberpostamtszeitung und Deutschen Zeitung veröffentlichten verleumderischen*) Artikel über die hier und in der Umgegend befindlichen Nassauischen Truppen ersuche ich wohllöbliche Redaktion, beifolgendes offizielles Schreiben des Großherzoglichen Oberamtes Heidelberg aufzunehmen.

Der Commandeur des im Großherzogthum Baden stehenden Herzogl. Nassauischen Regiments.

Reichenau, Obristlieutenant.

Das Großh. Oberamt Heidelberg an das Wohll. Commando des Herzoglich Nassauischen dahier garnisonirenden Feld-Regiments:

Das Benehmen der Herzoglich Nassauischen Truppen im Oberamtsbezirk betreffend:

Die beiden Artikel in der Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung und in der deutschen Zeitung, welche eine nachtheilige Schilderung des Benehmens der Herzoglich Nassauischen Truppen enthielten, haben Wohllöbliches Commando zu dem Wunsche veranlaßt, es möge hierüber bei den Vorständen all' derjenigen Orte, wo solche Truppen lagen und liegen, amtliche Nachfrage gehalten werden.

Wir haben diesem Wunsche entsprochen, und überall hier, neben dem vielfach ausgesprochenen Unwillen über das ungerecht Verletzende jener Zeitungs-Artikel, die Versicherung erhalten, daß man mit dem Benehmen der Truppen vollkommen zufrieden war, und durchaus kein Grund zu Klagen gegeben wurde.

Wir legen die Berichte zur gefälligen Einsicht bei, und bemerken, daß auch bei der hiesigen Polizeibehörde keinerlei Klagen und Beschwerden eingelaufen sind.

Heidelberg, den 11. November 1848.

(gez.) Neubronn.

vdt. Wohlmann.

** Aus Schleswig-Holstein, 9. Nov. Wir vernehmen daß man in Schleswig eine Adresse an Lord Palmerston vorbereitet, worin letzterer angegangen wird, seinen Einfluß bei den Friedens-Unterhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark dahin zu verwenden, daß jedenfalls selbst auf die Gefahr einer Trennung Holsteins von Deutschland, die beiden Herzogthümer ungetheilt zusammen bleiben. Will man durch eine derartige Erklärung nur zu erkennen geben, wie theuer den Herzogthümern ihre gemeinsame Verbindung ist, ohne daß man ernstlich daran denkt, beide Herzogthümer aus dem deutschen Staatsverbande herauszureißen, so halten wir eine solche Politik, welche auf diplomatische Kunststücke hinausläuft, für höchst verwerflich. Sollen wir, weil wir unser Ziel, von Dänemark getrennt und Deutschland einverleibt zu werden, vielleicht nicht ganz erreichen können, nun es gänzlich aufgeben oder damit ein Spiel treiben, das doch bald durchschaut wird? Denkt man in Schleswig ernstlich an die Ueberreichung einer solchen Adresse, so würde es Pflicht sein, solchem Spiele mit dem Schicksal der Herzogthümer auf jegliche Weise entgegenzutreten. Unsere Forderung ist; das ungetheilte Schleswig-Holstein, ein einiger deutscher Staat: wird uns die Alternative gestellt zwischen einer Trennung Nord-Schleswigs von Schleswig-Holstein und der Ausscheidung Holsteins aus dem deutschen Staatsverbande, so tragen wir kein Bedenken, uns für das Erstere zu entscheiden. Jene Adresse und ihre Politik können wir nicht anders, denn als Verrath an Holstein bezeichnen. — Der Handel Englands scheint sich jetzt direkt nach Kopenhagen und Jütland zu wenden; schon ist die Einleitung getroffen, daß die Dampfschiffe „Fee-Trade" und „Eider" von England nach Aarhuus direkt gehen sollen, um dort Vieh, Korn und Butter einzunehmen. Ein Kaufmann in Aarhuus hat schon, wahrscheinlich im Interesse eines englischen, Hauses ein Netto Proveniü geboten, wenn ihm die Ausfuhrprodukte eingeliefert würden und doch fürchte ich von allen diesen Manipulationen wenig, da ganz Jütland keinen Wechselplatz hat; so lange Hamburg der

*) Das Wort „verleumderisch" setzt selbst einer Unwahrheit gegenüber böswillige Absicht voraus, wogegen wir unsern Correspondenten entschieden verwahren müssen. D. R.

Wechselplatz bleibt, ist wenig für Hamburg zu fürchten und der Aarhuuser englischen Dampfschiffsahrt wird es nicht besser gehen, wie der Glückstädter, die bald nach ihrem Beginne zu einem Nichts herabsank. — Um aber die Verbindung mit dem Innern zu erleichtern, will die hannoversche Regierung das Fahrwasser zwischen Hamburg und Harburg erleichtern und zwar durch große helleuchtende Laternen auf den Stackwerken und schon haben sich die Kapitäne der Dampfschiffe bereit erklärt, bei dieser Beleuchtung zu fahren; es ist daher leicht, auch die Abendpost rascher in Ihre Hände zu bringen, die jetzt bedeutend länger ausbleibt, wie die Mittagspost, welche nur 58 Stunden braucht. Um dee im Winter drabenden Noth der Arbeiter entgegenzutreten, will man eine Unterstützungskasse für arme Arbeiter auf Aktien mit einem Fond von 200,000 Thlr. Kapital beschaffen und hofft damit 30,000 Personen unterstützen zu können. Der Staat will sich in so weit daran betheiligen, daß die Aktionäre höchstens 12½ pCt. oerlieren können. Kommt der Verein zu Stande, und er wird gewiß in's Leben treten, da die Reichen bedeutend viel zu fürchten haben, so ist der drückendsten Noth für den Winter abgeholfen, und das nächste Frühjahr wird Besseres hoffen lassen, wenn nicht ein allgemeiner Krieg ausbricht und die Elde aufs neue blokirt wird. Unruhen sind hier nicht zu fürchten. wenn sie nicht von Aus en kommen.

Großbritannien.

§§ **London**, 9. Nov. L'appétit vient en mangeant. Nachdem es der nordamerikanischen Union gelungen, Texas zu absorbiren und ihr reichgestirntes Banner in dem zerfallenden Meriko aufzupflanzen, hat das Gelüste der bis jetzt noch gewaltigen Partei der Sclavenstaaten auch Cuba, die schönste Perle der Antillen, ins Auge gefaßt. In Neu-Orleans ist ein eigenes Tageblatt, das Delta, begründet worden, um das Unionswerk zu betreiben. Die „Wilmington Commercial review" bringt uns folgende Mittheilungen aus demselben: „Der 24. Juni war festgesetzt von den Freunden dee Unabdängigkeit auf Cuba als der Tag, an welchem das Volk sich gegen die spanische Regieeung empören und für die Unabhängigkeit der Insel und deren Anschluß an die Vereinigten Staaten erklären sollte. Umstände hinderten den Ausbruch und das Vorhaben wurde vertagt. General Naoeito Lopez, der an der Spitze der Verschwörung stand, entflah auf einem nach den Ver. Staaten segelnden Schiffe. Aber viele Männer von Vermögen und Stand wurden oerdaftet, namentlich Don Jafè Maria Sanchez Insfraga und Don Jafè G. Diez Villegas und Jafè Joaqum Verdaques und sollen vor ein Kriegsgericht gestellt weeden. Die auf Cuba sich aufhaltenden amerikanischen Bürger sind alle Gegenstand des Verdachtes und steter Beaufsichtigung. Keiner darf aus Havanna nach irgend einem Theile der Insel gehen, ohne zuoor zu beschwören, daß er ein römischer Katholik und guten Leumundes ist, was dee amerik. Consul bezeugen muß. . . Aber der Tag der Abrechnung wird kommen und Cuba in nicht langer Zeit das Joch der Unterwerfung abschütteln." So das Delta. — Von anderer Seite wird berichtet, daß die Union den legalen Weg einschlagen wolle und das schöne Eiland käuflich an sich zu bringen strebe. Natürlich würden besonders die nordamerikanischen Sclaoenbesitzer gerne bereit sein, reichlich zu dem erforderlichen Kaufschilling beizutragen. Durch den Anschluß oan Cuba würden sie nämlich eine neue Stütze für das aon Norden her immer gewaltiger bedrohte „patriarchalische Institut" der Sclaoerei und einen neuen Markt für die Menschenwaare zu erwerben glauben, welche in den sclaaenzuchtenden Staaten produzirt wird. — Natürlich aber kann dagegen England eine falche Gebietserweiterrng der Union nicht gestatten. Bedeutsam in dieser Beziehung ist eine Denkschrift, welche am 26. v. Mts. dem Lord Palmersten von einer Deputation des Ausschusses der hiesigen Anti-Havery-Gesellschaft überreicht und günstig aufgenommen worden ist. In Bezug auf Cuba wird in derselben im Wesentlichen Folgendes bemerkt. Gemäß den zwischen England und Spanien geschlossenen Verträgen sollten keine Sclaven mehr in Cuba eingeführt und Alle, die vam 30. Okt. 1820 an dennoch eingebracht würden, sofort in Freiheit gesetzt werden. Wohl zwei Drittel aller jetzt dort befindlichen Sclaven hätten diesen Verträgen zu Folge Anspruch auf sofortige Freilassung. Es sei Pflicht der englischen Regierung, auf Erfüllung jener Verbindlichkeit zu dringen. Weigere sich aber Spanien, die vertragwidrig eingeführten Sclaoen freizugeben, so möge von ihm die alsbalbige Rückerstattung der 400,000 Pf. St. (nebst Interessen) gefordert werden, welche schon 1817 von England an Spanien gezahlt warden, um es für die durch Abschaffung des Sclaaenhandels ihm entstehenden Verluste zu entschädigen. Zugleich möge der spanischen Regierung natifizirt werden, daß dem nächsten Parlament eine Bill aorgelegt nerde, welche alle Erzeugnisse von Sclaaenarbeit der spanischen Colonien und Gebiete von den brittischen Märkten ausschlösse, bis die Sclaaerei selbst dort völlig abgeschafft sei. — Gewiß ist nun, daß Spanien auf keine jener Farderungen eingeben kann; möglich aber scheint es, daß den nordamerikanischen Unionsversuchen gegenüber England sich oeranlaßt finden wird, auf seinen oertragsmäßigen Forderungen zu beharren und Spanien zu nöthigen, ihm gegen weitere Entschädigung Cuba zu überlassen. —

Frankreich.

* **Paris**, 10 Nov. An der Börse versichert man jetzt, Louis Napoleon werde nicht gewählt werden und bietet Wetten in diesem Sinne an. Es ist nun freilich wahr, daß die Bank, die Börse, so wie die reicheren Handelsleute überhaupt, für den General sind, aber darum läßt sich doch nichts im Voraus bestimmen. — Marschall Bugeaud erklärt in öffentlichen Blättern, daß er nach reiferee Ueberlegung die Kandidatur für die Präsidentschaft nicht annehme. Er fordert die gemäßigte Partei auf, demjenigen ihre Stimmen zu geben, welchem die allgemeinste Zustimmung Kraft genug geben kann, um die Gegenwart zu bederrschen und die Zukunft zu befestigen. (Eine ziemlich undeutliche Bezeichnung, worunter Bugeaud aber wahrscheinlich Ludwig Napoleon oersteht.) — Die organischen Gesetze, mit welchen sich nach dem Berichte des Verfassungsausschusses die Nationalversammlung noch zu beschäftigen hat, sollen folgende Gegenstände betreffen: 1) die Verantwartlichkeit der Exekutogewalt und ihrer Beamten; 2) den Staatsrath; 3) das Wahlgesetz; 4) Die Einrichtung der Departements und Gemeinden; 5) der Gerichte; 6) ein Gesetz über den öffentlichen Unterricht; 7) über die bewaffnete Macht; 8) über die Presse; 9) den Belagerungszustand. Nach dem Budget wird dieser Bericht zur Beeathung kommen. — Das Siecle, welches von der Presse beschuldigt worden war, die Kandidatur des Generals Cavaignac nur darum zu unterstützen, weil seinem Director Herrn Perrée, von demselben das Handelsministerium angeboten worden sei, antwortet hierauf: die Sache sei wahr, aber nicht Cavignac, sondern Ludwig Napoleon hätte ihm einen falchen Antrag gemacht. — Man sagt, Caussidière wäre hier — Prinz Alexander von Rußland, ein Sohn des Kaisers Nicolas ist am 3. durch Besançon gekommen. Er begibt sich nach Neapel.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung sprach Victor Hugo gegen die im Budget des öffentlichen Unterrichts von dem Ausschusse vorgeschlagenen Reduktionen, die ihm durchaus unzweckmäßig erscheinen. Im Eingange seiner Rede finden sich in einer der lithographischen Notizen die Sätze über die Notdwendigkeit einer starken und Zutrauen einflößenden Regierung in einem ziemlich napoleonistischen Sinne. Wie dem auch sei, in Beziehung auf diese, allerdings der Wissenschaft gegenüber der wenigsten gut angebrachten Abzüge, erklärte sich der Minister des öffentlichen Unterrichts einaerstanden mit dem Redner. Auch wurden einige solche Reduktionen, wie die auf den Gehalt des Generalinspektors und des Kanzlers der Universität, van der Nationalversammlung verworfen. Ueber die anderen berieth die Versammlung noch bei Postabgang. — Es handelte sich aber nur noch von 18,600 auf ein Budget von 353,000 Franken. Der Vorschlag, auf Güter der todten Hand eine Steuer zu legen, welche diejenige ersetzen, die bei anderen Gütern bei Besitzwechsel erhoben wird, und deren Ertrag auf 3,200,000 Franken geschätzt wird, ist von dem hierüber berichterstattenden Ausschusse zur Annahme empfohlen worden. — In Dünkirchen hat die Cholera ganz aufgehört. Der Manteur zeigt an, daß Hr. Aranjo Ribeira dem General Cavaignac sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter Brasiliens bei der französischen Republik überreicht habe, — Die Legitimisten sind größtentheils für die Kandidatur Ludwig Napoleons. Es ist eine Brücke (zu Heinrich V.), sagte eine alte Dame zu der Frau eines Abgeordneten. Ja, Madame, antwortete diese, aber sie geht über das rothe Meer. Die „Presse" bleibt immer dabei, General Cavaignac habe seiner Zeit Leern Rollin und Flocon das Ministerium angetragen, obgleich diese selbst dem bestimmten Widerspruche des Moniteur kein Wort entgegensetzen konnten! —

Digitized by Google

Zu der Sonntag stattfindenden Constitutionsfeier wird für das diplomatische Corps eine eigene Tribüne errichtet. — Das Portefeuille der Bank ist vom 9. bis zum 12. Nov. von 172,352,528 auf 168,037,152 Frcs. gesunken, während der Baarvorrath wieder um 2 Millionen gestiegen ist.

Paris, 10. Nov. 5pCt. 64. 55; 3pCt. 42. 20; Neue —. —; Neapol. 77. —; Bankaktien 1325; 5pCt. Span. (Arb.) — —; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. — —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer 96. —; Paris-Orleans 577. 50; Paris-Rouen 360 Orleans-Bordeaux 365. —; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre 165. —; Marseille-Avignon 150. —; Straßburg-Basel 77. 50; Nordbahn 340. —; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 327. 50; Röm. Anl. 63¾.

Die Course, die schon auf 41. 90 und 64. 30 gegangen waren, hoben sich zwar später wieder etwas, blieben aber doch schlechter als gestern. Es ist immer die Präsidentenwahl, dann ein, wenn auch von Spekulanten auf das Fallen verbreitetes Gerücht, Sonntag würden bei dem Feste Unruhen entstehen, welche diesen Rückgang veranlassen.

(Berichtigung: Im Cursblatte Versailles linkes Ufer ist 90 statt 96 zu setzen.)

Spanien.

* **Madrid**, 5. Nov. Marquis von Valdemagas ist zu unserm Gesandten in Berlin bezeichnet, der Herzog von Goe wird demnächst in derselben Eigenschaft nach Wien abgehen.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 8. Nov. Der Reichstag setzt seine geheimen Sitzungen über Schleswig fort. In öffentlicher Sitzung beschloß man, sogleich den Verfassungsentwurf zu berathen. Dem Reichstag ist ein Gesetz über die Wehrpflicht übergeben. Das Budget des Kriegsministeriums wird für das nächste Jahr auf 15 Millionen angegeben.

Neuestes.

‡ **Frankfurt**, 14. Nov. Der gestern der preußischen Verhältnisse wegen niedergesetzte Ausschuß hat, wie man vernimmt, einen Antrag vorgeschlagen, dahin lautend, es möge der König von Preußen von der Centralgewalt ersucht werden, nach hergestellter Sicherheit in Berlin die Landesversammlung dort in der Hauptstadt belassen, nun sich mit einem Ministerium umgeben zu wollen, welches das Vertrauen des Landes besitze.

Prag, 9. Nov. Das C. Bl. a. B. meldet: General Auersperg hat eine telegraphische Depesche erhalten, nach welcher General Simonic, vereint mit den Truppen des General Reuß, die Ungarn bei Göding angegriffen und dieselben aufs Haupt geschlagen haben soll. Die ungarische Armee soll zerstreut und ein großer Theil davon gefangen sein, welcher nach Ollmütz abgeführt wird.

Berlin, 11. Nov. Der Preußische Staatsanzeiger enthält folgende

Proclamation. Der in meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat Mich genöthigt, auf den Rath Meiner verantwortlichen Minister, die zur Vereinbarung der Staatsverfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, bis zu 27. d. M. zu vertagen. Aus demselben Grunde habe Ich die Truppenmacht in dieser Meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3 des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Oktober d. J. ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin Mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln mannigfachee Mißdeutung ausgesetzt und von einer Umsturz-Partei dazu mißbraucht werden können, auch bei sonst gut gesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Bestand der Meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin Mir aber eben so klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von Mir und Meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende Mich deshalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch Meine treuen Preußen Alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Theil Eurer Vertreter, uneingedenk ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der National-Versammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, nicht Raum zu geben den Einflüsterungen, die Euch glauben machen, Ich wolle Euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern, Ich wolle wieder ablenken von dem betretenen constitutionellen Wege!

Preußen! Ihr, die Ihr noch feststeht in dem alten guten Vertrauen zu Mir, Ihr, die Ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte Meines Königlichen Hauses und Seiner Stellung zum Volke, Euch bitte Ich, daran ferner festzuhalten, in guten wie in bösen Tagen! — Ihr aber, die Ihr schon darin zu wanken beginnt, Euch beschwöre Ich, Halt zu machen auf dem betretenen jähen Pfade, und abzuwarten die Thaten, die da folgen werden! — Euch Allen aber gebe Ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß Euch nichts verkümmert werden soll an Euren constitutionellen Freiheiten, daß es Mein heiligstes Bestreben sein wird, Euch mit Gottes Hülfe ein guter constitutioneller König zu sein, auf daß wir gemeinsam ein stattliches und haltbares Gebäude errichten, unter dessen Dache, zum Frommen Unseres preußischen und ganzen deutschen Vaterlandes, Unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Segnungen einer echten, wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! Dazu wolle Gott seinen Segen verleihen! Sanssouci, den 11. November 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (kontr.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc.

Nachdem Wir die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg a. d. H. angeordnet, hat ein Theil dieser Versammlung dieser Anordnung zuwider in ungesetzlicher Weise hier die Berathung fortgesetzt. Die Bürgerwehr der Stadt Berlin hat aber nicht nur durch eine Erklärung ihres Commandeurs die Weigerung ausgesprochen, den Maßregeln der Staats-Regierung gegen dieses gesetzwidrige Beginnen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, sondern auch thatsächlich die ihre ungesetzlichen und wirkungslosen Berathungen fortsetzenden Mitglieder der National-Versammlung fortgesetzt unter ihren Schutz genommen. So sehr Wir es nun beklagen, gegen die Bürgerwehr Berlins, welche bei einzelnen Gelegenheiten in anerkennenswerther Weise für die Ruhe und Sicherheit der Stadt gewirkt hat, mit den Uns obliegenden gesetzlichen Maßregeln voranschreiten zu müssen, so sind wir dennoch verpflichtet, einem solchen, die Ordnung gefährdenden Widerstreben ein Ziel zu setzen. Wir verordnen daher auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und in Gemäßheit des §. 3 des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober d. J., welcher dahin lautet:

„Durch Königliche Verordnung kann aus wichtigen, in der Auflösungs-Ordre anzugebenden Gründen die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden.

„Die Dienst-Enthebung darf nicht länger als 6 Monate dauern. Im Fall einer Auflösung muß die Verordnung wegen der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen 3 Monaten erfolgen."

Was folgt:

Die Bürgerwehr der Stadt Berlin ist hiermit aufgelöst, und die betreffenden Behörden sind mit der sofortigen Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Gegeben Sanssouci, den 11. November 1848.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(kontr.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel.

* **Berlin** ist ruhig. Die Mehrheit der Abgeordneten, welche sich auch der frühere Präsident der Landesversammlung, Hr. Grabow, angeschlossen haben soll, beharrt auf ihrem Widerstande und setzt ihre Sitzungen fort. Von dem Volke, von den Körperschaften der Hauptstadt, von den umliegenden Städten in immer weiteren Umkreisen (vergl. Köln) wird ihr die Willigung und Theilnahme der Bevölkerung ausgedrückt. Auch die Berliner Bürgerwehr soll entwaffnet werden. Aber wenn es sich ergeben sollte, daß die Krone sich allein auf das Heer stützt, so wird sie dem unbewaffneten sittlichen Widerstande der Nation gegenüber einen schlimmen Stand bekommen.

CC **Berlin**, 11. Nov. Die Stadt ist ernst und entschlossen. Die Stimmung ist mit der im März zu vergleichen. Heute wieder, wie am 18. März, sind es die Bürger, der Kern der Bevölkerung. Doch fehlt noch der rechte Ausdruck für die Stimmung. Am ersten möchten wir es Trauer nennen, und zwar tiefe Trauer darüber, daß es durch schlechte Rathgeber zu einem so unheilvollen Bruch zwischen Volk und Krone hat gelangen können. Der Bruch ist da, und Bajonette und Kanonen sind wahrlich ein schlechter Kitt zur Heilung eines solchen Bruches! — Heute Morgen 9 Uhr war der Platz vor dem Schauspielhause dicht vom Volke besetzt. Die Abgeordneten hatten sich in Mylius-Hotel versammelt. Um 9½ Uhr zogen sie im feierlichen Zuge, den Präsidenten an der Spitze, nach dem Hause. Das Volk empfing sie mit lautem Jubel und bildete Spalier. Man fand die Thüre verschlossen und die bisherigen Schilder: „Eingang für die Abgeordneten", theils abgerissen, theils frisch überstrichen. Der Präsident schickte nach einem Schlosser, da erklärte eine Stimme von innen, er sei der Kommandant des Hauses und habe Auftrag, Niemanden hinein zu lassen. Der Präsident eröffnete nun der Versammlung, daß ihm vom Bürgerwehr-Kommando angezeigt sei, wie die Bürgerwehr-Besatzung des Hauses in der Nacht um 3 Uhr durch ein Bataillon Soldaten hinausgetrieben sei. Er fordere daher die Versammlung auf, ihm nach dem Lokale zu folgen, welches er ihr bereits bezeichnet habe (Hotel de Russie). Und nun bewegte sich ein wah-

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 14. Nov. Blum erschossen.) Wien (Die Truppen nach Ungarn. Windischgrätz und Messenhauser. Der Reichstag. Militärische Excesse. Verwüstung der Vorstädte. Militärische Operation gegen Ungarn. Verhaftung. Ministerkrisis.) Berlin (Unterredung Bassermann's mit einer Magdeburger Deputation. Die Landesversammlung. Widerspruch gegen die Auflösung der Bürgerwehr.)

Börsenbericht von Paris (Vom 11. November.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 14. November.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 14. November.

Tagesordnung der 115. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Ausschusse für den Biedermann'schen Antrag erstatteten Berichts über die preußische Angelegenheit.

Im Hause wird das Gerücht verbreitet, Robert Blum sei am 9. Nov. in Wien erschossen worden. So wenig Glauben es auf den meisten Seiten findet, so soll die Nachricht doch auf dem Briefe eines authentischen Zeugen beruhen.

Drn Vorsitz nimmt Heinrich v. Gagern ein.

Rödinger richtet folgende Interpellationen an das Ministerium des Auswärtigen: Welcher genauere Sinn mit der an die Schweiz ergangenen Note vom 23. Okt. zu verbinden und was namentlich unter den dort in Aussicht gestellten „Vorkehrungen" zu verstehen sei.

Nauwerck interpellirt in der italienisch-deutschen Kriegsfrage: Welche Schritte hat das Ministerium des Auswärtigen zum Vollzuge des Beschlusses vom 12. Aug. gethan, damit die fernere Vergeudung deutschen Geldes und Blutes zur Unterdrückung eines nicht-deutschen Volkes verhütet werde?

Simon von Trier: Hat das Reichsministerium des Innern Kenntniß von den Maßregeln der bairischen Polizei gegen die Wiener Studenten? Ist der Minister geneigt, dieser „polizeilichen Anarchie" zu steuern?

Giskra interpellirt wegen der gewaltsamen Einreihungen verdächtiger Personen in's österreichische Heer: Ob das Ministerium nähere Kunde über diese notorischen Vorgänge eingezogen und ob es Schritte dagegen gethan habe?

Die ministerielle Antwort wird für den 17. d. M. zugesagt.

Eine folgende Interpellation betrifft die angebliche Hinrichtung Rob. Blum's im Augarten bei Wien, wogegen der Reichsminister der Justiz v. Mohl erklärt, daß er in diesem Augenblicke erst von der erschütternden Thatsache Kenntniß erhalte, daß er hoffe, die Nachricht werde sich nicht bestätigen, und natürlich im Augenblicke nicht schon im Stande sei, sich über die eventuell zu ergreifenden Maßregeln auszusprechen.

Von dem Präsidenten wird darauf der ihm überreichte Brief verlesen, der die Nachricht vom Tode Blum's enthält und der eines authentischen Zeugen nur erwähnt, nicht aber selbst von einem solchen Augenzeugen geschrieben ist, was die Wahrscheinlichkeit noch mehr in Zweifel stellt.

Eine Interpellation Schoder's wendet sich an den Verfassungs-Ausschuß wegen der Redaktion des bereits berathenen Theils der Grundrechte.

Zur Tagesordnung übergehend verliest der Abgeordnete Zachariä aus Göttingen den von dem Biedermann-sächsischen Ausschusse erstatteten Bericht über den Konflikt der preußischen Regierung mit der Landesvertretung. Den Thatbestand bezeichnet der Bericht in folgenden Sätzen. Es sei notorisch:

1) Daß die Berliner National-Versammlung unter einem ihre Würde schwer beeinträchtigenden und die Freiheit der Berathung störenden Einfluß eines Theiles der Berliner Bevölkerung schon seit längerer Zeit gestanden;
2) daß sie nicht die nothwendigen Mittel ergriffen hat, sich den gegen sie gerichteten Drohungen und Gewaltthätigkeiten zu entziehen;
3) daß sie der von der Krone erklärten Absicht, durch den Grafen Brandenburg ein neues Ministerium zu bilden, mit einer protestirenden Adresse entgegengetreten und dem noch nicht gebildeten Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben hat;
4) daß nach erfolgter Bildung dieses Ministeriums die preußische Regierung die Verlegung der National-Versammlung von Berlin nach der Stadt Brandenburg und die Vertagung derselben bis zum 27. Nov. durchzuführen unternommen hat;
5) daß die National-Versammlung gegen diese Maßregeln Protest eingelegt und nur der Gewalt weichen zu wollen erklärt hat.

An diese Punkte knüpft der Ausschuß seine Erwägungen und auf Grund derselben die nachstehenden Mehrheitsanträge:

Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte

1) die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen;
2) daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist.

(Jordan aus Marburg, Zachariä, Hergenhahn, Jordan aus Berlin, Schwartz, Haym, v. Saucken, Paur aus Augsburg, Löntzel, Falk, Wiedenmann, v. Raumer aus Dinkelsbühl.)

Das Minderheitsgutachten dagegen lautet:

Die unterzeichneten Mitglieder des Ausschusses, abweichend von der Majorität in der Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse in Berlin, und festhaltend an den Grundsätzen des Vertrages, beantragen folgende Fassung:

„Die Nationalversammlung wolle erklären, daß sie es für nöthig erachte:"

1) die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Vertagung und Verlegung der preußischen Nationalversammlung, als mit dem Wesen und dem Rechte einer Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung unverträglich, aufhebe;
2) daß erforderlichen Falles Maßregeln getroffen werden, welche ausreichend erscheinen, die Würde und freie Berathung der Versammlung in Berlin sicher zu stellen;
3) daß die Krone Preußen sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist. (Werner aus Koblenz, Kraft aus Nürnberg, Giskra.)

Mehrere andere Anträge, die der Präsident nach dem Verlesen dieses Berichts mittheilt, fordern theils von der einen Seite des Hauses her die motivirte Tagesordnung über den vorliegenden Berathungsgegenstand, (Gombart, v. Vincke, Schott, v. Radowitz u. A.) theils wird von der anderen in Ueberbietung der Anträge des Ausschusses verlangt, daß die Reichsversammlung den Berliner Landesvertretern ihre Anerkenntniß auszudrücken beschließe für ihr muthiges und pflichttreues Verfahren (v. Watzdorf, Nauwerck, Titus ꝛc.) Die Liste der eingezeichneten Redner ist die längste, deren wir uns bis jetzt erinnern.

Rob. v. Mohl zeigt nachträglich an: Es werden sich noch im Laufe des Tages zwei Bevollmächtigte aus unserer Mitte nach Wien begeben zum Schutze der übrigen dort gefangenen Abgeordneten und zur Aufrechthaltung der Gesetze. (Bewegung und Bravo.)

Der Präsident verliest noch einen an den Abgeordneten Herrn Beeger gelangten Brief in der Blum'schen Angelegenheit. Er entnimmt aus derselben Quelle wie der vorige her und ist nicht bestimmter gefaßt.

Nach dieser Unterbrechung die Tagesordnung erhält zuvörderst Heinrich Simon das Wort: In Oesterreich ist es zu spät. Verspätigen wir uns nun nicht auch noch an Preußen. Er gibt dann eine Schilderung der preuß. Zustände und der jetzt zur Leitung der Angelegenheiten berufenen Männer, deren Personen man nicht fürchte, wohl aber das System, dem sie angehören. Die Seele des Ministeriums sei Herr v. Manteuffel, über dessen Vorgängr der Redner mittheilt, daß er auf dem vereinigten Landtage auf der äußersten Rechten gesessen. Die Maßregeln in Berlin seien nur hervorgerufen durch die vortreffliche Wirkung der Brandraketen des Fürsten Windisch-Grätz. (Unruhe — Widerspruch und Beifall.) Die Verlegung der Landesversammlung werde motivirt durch einen „Versuch" des Volks, die Freiheit der

Digitized by Google

Berathung zu stören. Dieser Versuch sei am 31. Okt. unter dem Eindrucke des Bombardements in Wien geschehen und was habe die Landesversammlung darauf beschlossen? Das Allermäßigste was denkbar — sich nach Frankfurt zu wenden. Die nöthigen Anstalten, um sich aoe Störungen zu schützen, seien übrigens von der Berliner Versammlung selbst ergriffen worden. In keinem Falle aber kann der Redner eine Logik darin bekennen, daß Gewaltmaßregeln mit Gewaltmaßregeln aertrieben würoen, also ein Stöeungsversuch mit einer Verlegung der Versammlung. Selbst wenn das formelle Recht für den König spräche — nimmermehe kann es Recht sein, das Loos Preußens, Deutschlands auf einen Würfelspielwurf zu setzen. Ein Staatsstreich aber sei die Verlegung, denn sie sei wideo das Gesetz, so daß Recht und Gesetz auf Seite der National-Versammlung stünden. Daher die würdige Haltung der Vertreter, daher aus allen Theilen Preußens die Adressen; wenn aber das Volk also spricht, was ist dann noch der Thron: worauf stützt er sich? (lebhafte Beifallsbezeugungen von der Linken) wir haben einer zweiten Reaolution vorzubeugen, aber einzugestehen, daß dee Schwerpunkt Deutschlands nicht in unseren Händen liege. Noch blickt Berlin mit Hoffnung auf uns. Der Brief eines preußischen Abgeordneten erklärt, wenn Deutschland diesmal getäuscht werde in seiner Erwartung, dann habe es sich oergriffen und nicht seine besten, sondern seine schlechtesten Söhne nach Frankfurt geschickt (stürmische Bewegung. Wiederholter Applaus aon der linken Seite des Hauses. Unwillen aan der Rechten.) Heinrich Simon hat nur nach wenige Worte hinzuzufügen, dann erscheint auf der Tribüne:

Welcker. Auch die Ordnung liebe er nur dee Freiheit wegen. Aber weil die Männer bis jetzt die Hände in den Taschen hatten, deshalb regieeen die Buben. So ist's denn gekommen, daß der ruhige Bürger nicht mehr weiß, ob er die Freiheit segnen, oder ab er sie aerwünschen soll. Das Recht in Preußen sei bei der Krone. Sie habe die Minister zu ernennen und sie habe auch unzweifelhaft die Befugniß, die Landesoersammlung zu oertagen und zu verlegen. Eine Parlaments-Einrichtung, welche das Parlament unauflösbar mache, würde nur den Absolutismus in anderer Form legitimiren. Sogar also die Auflösung würde Welcker füe statthaft erachten. Die preußischen Vertreter seien zur Vereindarung einer Verfassung mit dem Könige berufen. Was aber könne der König Anderes thun, wenn ihm die Mehrheit seines Parlaments mit Willkür begegne, als daß er es auflöse und an das Volk berufe! Er geht dann zu einer Betrachtung dee Ereignisse in Berlin über, die ihm das entgegengesetzte Resultat von dem liefert, welches Heinrich Siman dart eeblickt. Allein dennoch sei die Furcht aor der Reaktion einmal heraufoeschworen, die Personen des Ministeriums unpopulär und gefährlich, und aus diesem Geunde will Welcker, daß die Reichsoersammlung mit schiedsrichterlicher Vermittelung in Berlin einschreite. Er empfiehlt das Mehrheitsercachten des Ausschusses, welchem beizutreten er auch der äußersten Rechten räth. „Sie wüeden sanft ihrem Könige einen schlechten Dienst leisten, denn dann würden die Beschlüsse der Linken durchgehen." Welcker's zerfleeuter und übel zusamaengepaßter Vortrag schließt unter dem Zischen der Linken.

v. Vincke stützt seine Meinung auf das Einderufungsgesetz der preuß. Versammlung. Die Krone habe noch alle die Rechte, auf die sie nicht ausdrücklich aerzichtet, also stehe es ihr auch zu, die Versammlung zu verlegen. Dagegen habe die Lanoesaersammlung kein andeees Recht, als die ihr ausdrücklich übertragenen Befugnisse. Es seien aber nicht blos Vertraueasadressen an die Beelinee Versammlung abgegangen, sondern es sei auch die Krone aus allen Theilen des Landes dringend um eine Beelegung des Parlaments angegangen und bestürmt warden, daß sie der Anarchie steure. Gerade die Verteetee der unbedingten Volkssouoeeäaetät müßten nach Vincke's Ansicht dem Schritte des Königs beipflichten, wenn er oon 250 Mandatarien durch eine Auflösung dee Kammer appellire an die 16 Mill. Mandanten. Auch sei der Vargang durchaus nicht ohne Beispiele in der konstitutionellen Geschichte z. B. Englands, daß ein Parlament aufgelöst werde, weil es dem Ministerium seine Unterstützung verfage. Es komme nur Alles darauf an, daß sich die Krone in dee Meinung des Volkes nicht iere. Auch die große Achtung aor dem Benehmen der Berlinee Versammlung, die ihr hier aan dem Mitgliede für Magdeburg (Heinrich Simon) gezollt woeden, vermag der Redner nicht zu theilen. Sie habe z. B. gewisse Handlungen van Beamteten füe einen Verrath am Lande erklärt. Das sei ein richterliches ihr nicht zuständiges Urtheil. Die erfahrenen Mißhandlungen und Bedeohungen seien ebenfalls nicht geeignet, ihr eine hohe Achtung zu sichern. Den Ausschußvorschlägen kann Vincke nicht beitreeten, und daß sogar das Ministerium selbst eine Kritik seiner Handlungsweise praoacire, daß es zur Niedersetzung eines Ausschusses zur Beurtheilung zu ergreifender Maßregeln veranlasse, finoet er ganz unkanstitutionell. Die Regieeung falle handeln und dann das Urtheil über ihre Maßregeln erwarten. Wer habe denn übrigens an Frankfurt appellirt? Weder die preußische Krone, noch die preußische Landesaerteetung. Also solle man sich nicht einmischen; oielmehr sei dee Krone zuzutrauen, daß, wie sie bisher in ihrem Rechte versadren, sie ebenso auch ferner von dem Boden iheer gesetzlichen Befugniß nicht weichen werde. Herrn v. Manteuffel gibt Vincke das Zeugniß, daß er ihn, trotz feindlicher Begegnungen der allerpersönlichsten Art, für einen vollen Ehrenmann halte. Er glaubt daher auch an die ehrlich kanstitutionelle Wirksamkeit Manteuffels. Pflichte die Versammlung den Ausschußanträgen bei, so thue sie den gefährlichsten Schritt. Entweder sie demüthige damit die preußische Krone und rufe die Anarchie hervor, oder sie vernichte die Einheit Deutschlands. Keine Zweckmäßigkeits- und keine Popularitätsrücksichten sollten sein Votum bestimmen und auch aon dee Versammlung erwartet ee, indem er ihr die motivirte Tagesordnung empfiehlt, „daß Jedermann seine Schuldigkeit thun werde." (Lauter Beifall von der großen Mehrheit des Hauses.)

Nach dem bedeutenden Eindruck, den die schwungvollen Reden Heinrich Siman's und v. Vincke's, ihrer verschiedenen Richtung ahnerachtet, hervargebracht und nach der gespannten Aufmerksamkeit, welche sie in Anspruch genommen haben, gewährt das Auftreten Müllee's aon Würzburg eine Pause der Ruhe. Ihm folgt v. Wydenbrugk, dem das Haus teotz dee wiederholten „Hört!" der Linken keine aiel größeee Theilnahme schenkt als seinem Vargänger. Proklamationen gelten dem Redner nichts. Er erinnert an die Manifeste des Befreiungskriegs. Gestehe man der Krone das Recht der Vertagung zu, so sei dies ein ungemessenes Recht. Sie könne dann aertagen auf 14 Tage nicht nue, sondern auch auf 14 Jahre, oder die Versammlung aus einer preußischen Staot in die andere verlegen. Eine Demüthigung des größten deutschen Landes könne er nicht erblicken in dem Einschreiten der National-Versammlung und er beschwört das Haus, seinen Ordnungsruf in die preußischen Wirren ergehen zu lassen ohne „Wenn und Aber." Sein Antrag ist der, die Reichsaersammlung

1) erklärt die von der preußischen Staatsregierung einseitig angeordnete Vertagung der zur Vereinbarung der Verfassung nach Berlin berufenen Versammlung und deren Verlegung nach Brandenburg, so lange falches nicht im Einverständniß mit derselben geschieht, für unoerträglich mit dem Wesen und den Rechten einer solchen Versammlung;
2) sie soroert zugleich aber auch die provisorische Centralgewalt auf, für die Sicherheit der Versammlung und die volle Freiheit ihrer Berathung ungesäumt zu wirken.

Wndendrugk schließt unter einem Applause, den ihm die Wendung verschafft, daß der Genius Deutschlands erwartungsooll auf die heutige Entscheioung blicke. (Schluß folgt.)

: **Frankfurt**, 14. Nov. Nach einer telegraphischen Depesche, welche der Reichsverweser heute erhalten hat, ist **Robert Blum standrechtlich erschossen.** Die Herren Pauer (von Augsburg) uno Pögel sind sogleich als Reichskommissäre nach Wien abgegangen.

Wien, 8. Nov. Nach dem C. Bl. a. B. wüede ein Fremder, der Wien jetzt besuchen würde, kaum etwas von dem Damoklesschwert merken, das über dem Haupte jedes Einzelnen schwebt, und sich höchstens oon den Tausend und Tausend Pflasterern sehr genirt finden, die in allen Straßen auf oer Erde herumwimmeln, und klopfen and hämmeen, als gälte es ein Pflaster für ewige Zeiten zu construiren. Außerdem würde ihm vielleicht noch die sonderbare Garnison auffallen, diese Schaar fremder, brauner, wechselfiebergelber Gesichter, diese soldatenähnlichen Gestalten in abgetragenen grauen Kommismänteln, den verschiedenartigsten Beinkleidern, Holzkappen, Sanoalen und dem alten, morschen, schwarzen Riemzeug, die in allen Straßen in-

gern, die Thorwachen besetzt halten, in den Thoeburchfahrten bivouakiren. Man hofft, daß diese Bestandtheile der Garnison bald befreundeten regulären Truppen Platz machen werden, wie überhaupt die Truppenmasse um Wien bedeutend vermindert worden ist. Es ging das Gerücht von einem Siege der Ungarn, das nur auf einem Rückzuge der kaiserlichen Truppen beruhte, weil man erst das gesammte Heer, und namentlich den Artilleriepark zusammenziehen und dann in starker schlagfertiger Masse vorrücken will. Zahlreiche Raketenparks wurden mit der Nordbahn zur Armee geführt. — Windisch-Grätz soll mit dem Gen. Gordon nicht im besten Vernehmen stehn, weil dieser, dessen Humanität gerühmt wird, gegen die drakonischen Beschlüsse des Fürsten seine Stimme erhebt. So will Windischgrätz, daß Messenhauser standrechtlich erschossen werde, weil er quittirter Offizier ist, und seinem abgegebenen Reverse zuwider „gegen Oesterreich" gefochten habe. Messenhauser war Oberkommandant im Auftrage des Reichstags und Gemeinderaths; seine Erlasse zeigen, daß er gegen die Anarchie und für die Erhaltung des konstitutionellen Throns kämpfte. Ueberdieß hat er sich selbst gestellt. Der neue Gouverneur, General v. Welden wurde am 8. Nov. in Wien erwartet, es ist bekannt aus den Ereignissen des italienischen Krieges, durch seine Strenge in Treviso und Palmanova und durch den Angriff von Bologna. Uebrigens sieht man ihm mit Freude entgegen, vielleicht weniger darum, weil er einen populären Ruf hat, als weil man durch seine Ernennung die Herrschaft Windischgrätz's beseitigt glaubt. — Die Abgeordneten der Linken sollen es aufgegeben haben, gegen die Verlegung nach Kremsier noch weiter zu protestiren. Smolka mit dem Präsidialbureau führt noch immer in Wien alle laufenden Geschäfte des Reichstages. Es heißt im C. Bl. a. B: „Sehr wohlthuend wirkt es auf die Gemüther, endlich eine Krise überstanden zu haben, die einmal kommen mußte. Die Unthätigkeit der Reichskommissäre in Ollmütz hat die Augen vieler, die all ihr Heil vom deutschen Reichsverweser in den Tagen der Gefahr erwarteten, nach Innen gekehrt. Ich zweifle nicht, daß Oesterreich als Ganzes, und zwar als festes Ganzes aus der nun einmal in der Natur seiner Zusammensetzung begründeten Reibungsepoche hervorgehen wird."

△ **Wien**, 9. Nov. Es dürften Ihnen mehrere meiner letzten Berichte nicht zugekommen sein — zu welcher Vermuthung ich leider gegründete Ursachen zu kennen glaube *). Ich gehe daher einige Tage zurück und gebe Ihnen nur ein mildes Bild der Verwüstung, welche wir in den Vorstädten erblickten, als am 5. zum ersten Mal wieder die freie Kommunikation der innern Stadt mit denselben von der Militärbehörde gestattet wurde. — Alle Vorstädte haben mehr oder weniger stark gelitten. Ueberall, wo das k. k. disciplinirte Militär eindrang, war Brand die Losung! In den Vorstädten Landstraße und Leopoldstadt gesellte sich dazu an den Tagen des 26. und 28. Okt. noch Mord und Plünderung. Der eitterliche Bonus von Croatien hatte seinen Truppen, den Seredschanern und Grenzern, das Plündern an jedem der beiden Tage auf eine Stunde erlaubt. Von den Mordthaten jener Tage will ich nur eine anführen. Der Wirth des Schüttlhofes und seine Frau wurden am 27. früh gräßlich verstümmelt gefunden — der Frau waren die Augen ausgestochen, die Arme und Brüste abgeschnitten — beide Leichen waren zwischen zwei Matratzen gebunden und diese angezündet worden — eine That der Rothmäntel! In der Leopoldstadt reiht sich Brandstatt an Brandstatt, die Häuser der ganzen Franzensgasse sind bis zu den Kellern niedergebrannt — an Löschen war nicht zu denken, noch wurde es von den Rothmänteln geduldet. — Nachdem die Leopoldstadt am 28. Abends genommen war, röthete am 29. in der Nacht eine neue ungeheure Flamme den Horizont. Die polnischen Grenadiere hatten das Odeon angezündet, in welchem 400 Verwundete lagen! Auch dieser ungeheure Saal, der 30,000 Menschen aufnehmen konnte, ist ganz ausgebrannt — das kupferne Dach liegt zerschmolzen am Boden und bedeckt die Leichen. — Die angränzenden Häuser sind ebenfalls ein Raub der Flammen geworden. — Auch an dem Dache des Belvedere — unserer Gemäldesammlung — leckten schon die Flammen, doch konnte es noch zu rechter Zeit gerettet werden. — Die unter militärischer Censur seit dem 7. wieder erscheinenden Blätter erwähnen nichts von Obigem. — Ich kann Ihnen mit Bestimmtheit sagen, daß man sogar in Ollmütz die eben so unmenschlichen als kopflosen Bedingungen mißbilligte, welche Fürst Windischgrätz der Stadt Wien stellte und ohne welche unsere hiesige Katastrophe doch vielleicht vermittelt werden konnte. Eben so weiß ich aus bester Quelle, daß man nicht den Muth hat, den Provinzen gegenüber etwas von dem, was einmal gegeben ist, zurückzunehmen. Die nächsten Dispositionen sind folgende. Es bleiben 36,000 bis 40,000 Mann hier in Garnison, um den Belagerungszustand so lange als möglich aufrecht zu erhalten. Auf den Basteien der innern Stadt und im Prater, sowie auf einigen höher gelegenen Punkten (Schwarzenberg-Garten, Südbahn ꝛc.) werden einzelne Vertheidigungs-Punkte durch Barrikaden befestigt und mit Kanonen besetzt. Alle brauchbaren Waffen, besonders Schießwaffen, werden nach Ollmütz und anderen Festungen zur Aufbewahrung abgeführt. Die Reservekanonen kommen in das sogenannte Neugebäude, einen gut befestigten Punkt auf der Simmeringer Heide, so daß nichts mehr von einem Zeughause hier bleibt als Schauwaffen, Trophäen ꝛc.; das Arsenal selbst wird in eine befestigte Kaserne umgewandelt. General Gordon (Schüler unsers greisen Radetzki) hat eine in versöhnendem Tone gehaltene Ansprache an die Wiener erlassen, welche auf die Gemäßigten einen beruhigenden Eindruck machte. Jellachic, der jetzt sein Hauptquartier in der Vorstadt Lanostraße im Hause der Erzherzogin Beatrix genommen hat, wird in wenigen Tagen den Feldzug als Vortrab mit seinem Armeekorps eröffnen — ihm folgt ein zweites Armeekorps unter Serbelloni, ein drittes unter Auersperg und endlich Windischgrätz mit der Reserve. Latour's überlegter Plan wird somit ganz ausgeführt. Ungarn wird von sieben verschiedenen Seiten zugleich angegriffen. Von den Serben, von den Siebenbürgern, von dem kroatischen Landsturm, von einer Abtheilung von 10,000 Mann unter Simonic aus Gallizien, von einem Korps aus Steiermark und von drei Armeekorps, die von hier aufbrechen und wenigstens 50,000 Mann ausmachen, mit einer Anzahl von 300 Geschützen ohne die Mörser und Haubitzen. Das Kriegsministerium hat gestern eine Mobilmachung von 50 weiteren Batterien verfügt. — Die Verhaftungen dauern noch immer fort, jedoch soll der Abgeordnete am Reichstag, Professor Füster, wieder auf freien Fuß gesetzt sein. — Heute hat sich das Gerücht verbreitet, der gewesene Oberkommandant der Nationalgarde Messenhauser sei standrechtlich erschossen worden. — Die Regierung ist in der größten Verlegenheit wegen der Bildung eines Ministeriums. Niemand will sich entschließen, unter den jetzigen Verhältnissen ein Portefeuille anzunehmen. Auf die Adresse des Reichstags, wegen Tagung desselben in Wien ist noch keine Antwort erfolgt.

* Die freilich sehr nach Links vorgerückte National-Zeitung berichtet über eine Unterredung, welche Herr Bassermann prioo-tim mit einer Magdeburger Deputation hatte:

Berlin, den 11. November. „Bereits sind Deputationen von Magdeburg, von Stettin, von Breslau hier eingetroffen mit Protesten gegen das Verfahren der Regierung, mit Zustimmungsadressen für die Nationalversammlung. Die Deputation aus Magdeburg, bestehend aus den Herren Detroit, Aßmann und Kaiser, wurde von einem frühern Meinungsgenossen des gegenwärtig hier verweilenden Reichskommissarius Bassermann zu letzterem geführt, um Herrn Bassermann, der kurz vorher seinem alten Bekannten gegenüber behauptet hatte, daß man nur in Berlin die letzten Schritte der Regierung für reaktionär halte, eines Bessern zu belehren. Derselbe empfing die Deputation der Stadt Magdeburg um so lieber, als er, wahrscheinlich in vermittelnden Absichten hier anwesend, gerade im Begriff stand, nach Sanssouci zu reisen. Die Deputirten erklärten Hrn. Bassermann, daß sie gekommen wären, um der Nationalversammlung für ihr durchaus gesetzliches Verfahren die vollste und ungetrübteste Anerkennung der ruhigen Stadt Magdeburg auszusprechen und daß sie nicht zweifelten, daß nur Zufälligkeiten die Ursache wären, weshalb bis jetzt noch nicht die ruhige Provinz Sachsen ein Gleiches gethan. Sie sprächen diese Anerkennung aus nicht Namens eines Klubs, eines Vereins, oder einer Gesellschaft, sondern Namens der Stadt Magdeburg, ihres Magistrats, ihrer Stadtverordneten, ihrer Bürgerwehr. Sie seien stolz darauf, daß ein Bürger ihrer Stadt das Präsidium der Nationalversammlung so würdig zu führen wisse, sie seien stolz darauf, daß ihr Mitbürger Präsident der Nationalversammlung sei, welche garantirte Rechte des Volks nicht verkümmern, nicht anlosten lasse. Herr Basser-

*) Seit dem 2. Nov. haben wir keine Berichte von dem verehrten Korrespondenten erhalten, und auch der gegenwärtige scheint die Spuren des alten Systems an sich zu tragen. D. R.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die Instruction des Herrn Wassermann.) Prag (Berichtigung.) Köln (Volksversammlung wegen Berlin. Herr Raveaux.) Kassel (Congreß der Centralvereine.)
Frankreich. Paris (Manifest der Bergpartei. Programm des Generals Cavaignac und Ludwig Napoleons. Sitzung der N. V. Note an den Schweizer Vorort. Einladungen an den Lord Mayor und die Aldermen. Sonderbare Petitionen.)
Spanien Madrid (Einverständniß mit der franz. Regierung. Carlistische Banden geschlagen.)
Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Belagerungszustand.) Hermannstadt (Proclamation.)
Italien. (Gedämpfte Kriegslust. Tagesbegebenheiten.)
Ungarn. (Der emigrirte Wiener Demagog.)
Türkei. Konstantinopel (Brand des Galata-Serai.)
Donaufürstenthümer. Bucharest (Trostlose Lage.)
Handelsnachrichten.
Börsenbericht von Paris (Vom 9. November.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 6. bis 13. November.)

Deutschland.

† **Frankfurt**, 13. Nov. Dem sofort nach Vertagung der Nationalversammlung zusammengetretenen Ausschuß zur Berathung der preußischen Frage ist die Instruction für den Reichskommissarius nach Berlin, welche gestern Abend abgegangen, vorgelegt worden. Dieselbe enthält zum Vernehmen nach die Bestimmung: daß unter vollkommener Anerkennung des Rechts der Krone zur Wahl des jetzigen Ministeriums doch dahin zu wirken sei, daß schleunigst ein volksthümliches an seine Stelle trete; daß auf das kräftigste die Autorität der Gesetze aufrecht erhalten werden solle; und endlich, daß kein Wiederspruch gegen das Recht der Krone: die Landesversammlung an einen anderen Ort zu verlegen, erhoben werden könne. Heute Morgen haben Privatbriefe mehrere recht interessante Notizen über Berliner Zustände gebracht. — Die Truppen, welche den Gendarmenmarkt umgeben hatten, unterhielten durch ihre Musikchöre das Publikum an den Ecken so gut, daß die Bummler höchst vergnügt zu tanzen anfingen. — In vielen Privatkreisen ist die Stimmung eine ähnliche, da man endliche Wiederherstellung der gesetzlichen Autorität und das Aufhören der elendesten Klubwirthschaft erwartet. Schon beginnt man den Muth und die Selbstverleugnung der Männer zu achten, welche um des Wohles des Vaterlandes willen zu einem ephemeren Ministerium sich hergaben und ihre politische Zukunft, vielleicht ihr Leben dabei wagten. Besonders liegt dieses Motiv bei Herrn v. Ladenberg zu Grunde, welcher früher bereits mehrfach das Portefeuille des Ministeriums, obwohl er es so lange schon verwaltete, ausgeschlagen hat.

Prag, 5. Nov. Das Gerücht von einem Aufstande in Reichenberg ist unwahr und dahin berichtigt worden, daß daselbst eine Schaar von Arbeitern von den Behörden Waffen forderte, um ihren bedrängten Brüdern in Wien zu Hilfe zu eilen. Nachdem man ihnen aber gütlich zugeredet hatte, von ihrem Vorhaben abzustehen, gaben sie ihr Begehren alsbald wieder auf. (Prag. Z.)

** **Köln**, 11. Nov. Nachdem heute früh schon große grüne Plakate, überschrieben in fetter Schrift: Aufruf an das Volk von den Abgeordneten in Berlin, und darunter in noch fetteren Buchstaben: Das Vaterland ist in Gefahr! — die Abgeordneten d'Ester und Borchard haben diese Plakate hierher befördert — an allen Straßenecken die Vorübergehenden festgehalten hatten, erschien etwas später eine Einladung zu einer Volksversammlung im Esser'schen Saale „zur Berathung über die neuesten Ereignisse in Berlin", und heute Nachmittag wurde diese Volksversammlung unter dem Vorsitz des unvermeidlichen Präsidenten der demokratischen Gesellschaft eröffnet. Es tauchten nach einander eine Reihe von Vorschlägen auf; der „Bürger" Weiß wollte eine Deputation an den Stadtrath abgeschickt haben, um denselben aufzufordern, Namens der Stadt seine volle Zustimmung zu der Haltung der Majorität der Nationalversammlung zu erkennen zu geben; der jetzige Bürger und ehemalige Lieutenant Beust schlug vor, dieser Deputation durch eine morgen unter freiem Himmel abzuhaltende Riesen-Volksversammlung Nachdruck zu verleihen; ein Mitglied des Arbeitervereins war nur dann zu befriedigen, wenn sich noch heute eine Freischaar nach Berlin aufmachte, und ein großer Demokrat, der in der nächsten Woche nach Amerika auswandert, erklärte, er werde seine bereits eingepackte Büchse sogleich wieder auspacken; der Präsident endlich wollte den Stadtrath, der Köln verrathen habe, wie die Centralgewalt und die Reichsversammlung Deutschland, gänzlich übergangen wissen. Die Diskussion war ungewöhnlich gemäßigt, und gewann erst Leben, als sich der Reichsgesandte, Herr Raveaux, daran betheiligte. Herr Raveaux hielt es für seine Pflicht, historisch zu Werke zu gehen. Er erklärte, daß, wenn man früher ihm vielfach den Vorwurf gemacht, daß er den Rechtsboden verlassen und revolutionär sei, diesmal umgekehrt er auf dem Rechtsboden stehe und daß die Revolutionäre der König und Graf Brandenburg seien. „Wenn es wahr ist," sagte Herr von Raveaux, „wenn es wahr ist, daß jene Männer, welche die Versammlung in der Paulskirche zu sprengen versuchten, Volksverräther waren, dann ist Graf Brandenburg der größte Volksverräther in Deutschland." Besonderen Beifall erndtete der Herr Reichsgesandte aber, als er im Verlauf seiner Rede den Stadtrath dem er selbst als Mitglied angehört, in den Koth trat und die auf Anlaß des Belagerungszustandes von demselben beschlossene Adresse als ein dodenlos erbärmliches Machwerk dezeichnete, das Köln als das größte „Heuler-Nest" aller Länder und Zeiten brandmarke. Die verschiedenen Vorschläge wurden, nachdem der Vorschlag zum bewaffneten Zuzug nach Berlin gar keine Theilnahme gefunden, schließlich in der Art erledigt, daß die, übrigens nur aus ungefähr 200 Köpfen bestehende Versammlung beschloß, selbstständig und in eigenem Namen noch heute Abend die Nationalversammlung der vollen Zustimmung der Bürgerschaft von Köln zu versichern, zugleich aber eine Deputation an den stellvertretenden Oberbürgermeister abzusenden mit der Aufforderung, sofort den Stadtrath zusammenzurufen und demselben von dem oben gefaßten Beschlusse Mittheilung zu machen. -Eben, wie ich den Saal verlasse, geht diese Deputation ab und die Versammlung wird bis zu ihrer Rückkehr über den Wortlaut der Adresse berathen. Der Reichsgesandte, Herr Raveaux, hatte erklärt, er werde es sich zu Ehre anrechnen, den Gesinnungen, welche die Adresse ausdrücke, im Stadtrathe das Wort zu reden; die Ehre aber, in die Deputation erwählt zu werden, lehnte er ab.

Kassel, 8. Nov. Der allgemeine nationale Verein (Congreß der vaterländ. Vereine) hat durch einen Aufruf das nachstehende Programm veröffentlicht, in welchem die vertretenen Vereine übereingekommen sind. Auf den Grund dieser Einigung wollen die Vereine eine Verbindung aller deutschen Vereine zu einem nationalen Vereine hervorrufen, und haben zu diesem Zwecke den Bürgerverein in Kassel beauftragt, die Verbindung mit den nichtvertretenen Vereinen einzuleiten.

Endlich hat der Congreß folgende Adresse an die deutsche Nationalversamlung erlassen:

1) Das deutsche Volk und das Volk eines jeden einzelnen deutschen Landes hat das Recht der freien politischen Selbstbestimmung (Volkssouveränität). Die Ausübung derselben in den Einzelstaaten wird durch das Wesen des deutschen Reiches als Bundesstaat beschränkt. 2) Die deutsche Reichsversammlung zu Frankfurt ist das gesetzliche Organ der Souveränität des deutschen Volkes und ihre Beschlüsse sind maßgebend und bindend für ganz Deutschland. 3) Der allgemeine deutsche Verein wird durch Unterstützung und Kritik der Verhandlungen der deutschen Reichsversammlung dahin wirken, daß die Beschlüsse in Uebereinstimmung mit den im Volke zum überwiegenden Bewußtsein gelangten Ansichten ausfallen. 4) Die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung wird der Verein gegen alle ungesetzlichen anarchischen wie reactionären Angriffe aufrecht zu erhalten suchen.

„Hohe Nationalversammlung! Von Tag zu Tag stellt es sich deutlicher heraus, daß der Geist, der bis März d. J. hindernd jedes freien Entwicklung des deutschen Volkes entgegentrat, noch nicht besiegt ist, daß die Partei, die weder Freiheit, noch Einheit des deutschen Vaterlandes will, alle ihre Kräfte auffordert, um dem deutschen Volke das wieder zu entreißen, was es sich durch blutige Kämpfe errungen, und die Ereignisse von Wien und Berlin, die Gefahren, welche dem einigen freien Deutschland drohend deren entgegen treten, legen es dar, daß die Entscheidungsschlacht nahet, daß in wenigen Tagen es sich zeigen wird, ob die Freiheit bei uns herrschen soll, oder ob es ein leerer Wahn war, wenn wir hofften, Deutschland solle ein einiger mächtiger Bundesstaat werden. Hohe Nationalversammlung! Die Blicke von ganz Deutschland richten sich in diesem Augenblicke mit ängstlicher Spannung auf Ihre Verhandlungen, das ganze Volk hofft mit Zuversicht, daß Sie mit derselben Entschiedenheit, mit der die Anarchie unterdrückt ist, auch der Reaction entgegentreten, und nur den Wünschen der ganzen Nation glauben wir deßhalb einen Ausdruck zu geben, wenn wir hierdurch die Bitte stellen, daß Sie fortan bei allen Ihren Beschlüssen sich durch den Geist leiten lassen, die Bestrebungen der Reaction zu vereiteln, dieses namentlich bei der Regelung der Wiener Angelegenheiten verwirklichen und in der möglichsten Beschleunigung der Feststellung der Reichsverfassung und der Grundrechte die festeste Mauer gegen Reaction wie Anarchie aufführen. Die unterzeichneten Vereine sind zu einem „nationalen Vereine" zusammengetreten, um in einer allmälig ganz Deutschland umspannenden Vereinigung Recht, Gesetz und Ordnung, vor Allem die deutsche Reichsversammlung als das höchste gesetzliche Organ gegen alle Angriffe der Anarchie und Reaction zu vertreten und zu kräftigen. Sie werden aber auch im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt stets dahin streben, durch offene Aussprache gegen die hohe Versammlung deren Verband-

Digitized by Google

tungen und Beschlüsse mit der öffentlichen Meinung in Einklang zu erhalten. Die unterzeichneten Vereine hegen die Ueberzeugung, daß nur durch diesen Wechselverkehr der hohen Nationalversammlung und der öffentlichen Meinung die Reaktion und Anarchie zu Boden geworfen und durch Kräftigung der gesetzlichen Partei dieses herrliche Deutschland zu dem großen Zwecke der Märzbewegung, zur Freiheit, Einheit, zur Wohlfahrt geführt werden kann."

Auf Grund des Progeamms des nationalen Vereins werden die Vereine, welche eine Verbindung für Deutschland beebeiführen wollen, in nochstehender Weise in Verbindung treten: 1) Ihee Verbindung wied durch einen Ausschuß des Bürgeroereins in Kassel vermittelt. 2) Alle Vereine, welche sich anschließen wollen, haben sich bei dem Bürgeroeeein zu melden und ihre Erklärung, daß sie mit dem Programm übeeeinstimmen, schriftlich einzusenden. 3) Um eine gleichmäßige Vertretung allee Veeeine herbeizuführen und die Verbinbung zu erleichtern, wird empfohlen, daß sich die einzelnen Veeeine in Hauptvereine konstituieen und bann mit Kassel korrespondiren. 4) Die Vereine verpflichten sich, den Ausschuß des Bürgervereins in Kassel von allen Beschlüssen, welche wichtige allgemeine deutsche Angelegenheiten betreffen, in Kenntniß zu setzen, sowie alle in dieser Beziehung von ihnen ausgehenben Druckscheiften in geeigneter Anzahl zur Vertheilung an die Veeeine zu senden. 5) Der Ausschuß des Bürgerveeins in Kassel wied eegelmäßig monatlich eine Liste der beigetretenen Vereine bei Beschlüssen sämmtlicher Vereine durch gedruckte Korespondenz zur Kenntniß der Veeeine bringen, sowie die eingesinndten Druckscheiften, die Kosten ꝛc. repartieen und durch Postvorschuß entnehmen. In dringlichen Fällen kann der Ausschuß des Bürgeroereins wichtige Beschlüsse sofort erlassen. 6) Die auswärtigen Vereine haben ihre Sendungen an den Ausschuß zu Kassel zu frankiren, während dee Kasseler Büegeroerein die Frankatur unterläßt. 7) Verlangt die Majorität der Vereine einen Kongreß, so hat sich dee Ausschuß des Kasseler Bürgervereins übee Ort, Vertretungsmodus, Tages- und Geschäftsordnung zu verständigen, die Ansicht der Vereine einzuholen und zu berücksichtigen. 8) Der Ausschuß des Bürgeroeeeins wird vorläufig auf ein Jahr geschäftsführendee Vorort sein. Bestimmt ein Kongreß nicht selbee einen Voeort, so holt der abtretende Vorort die Stimmenmehebeit deßhalb ein. Zu dem nationalen Centraloerein oder Congreß am 3., 4. und 5. d. M. waren Abgeordnete von Beaunschweig, Wolfenbüttel, Hamburg, Olbenbueg, Bremen, Dsemstadt, Gießen, Kassel, Fulda, Wannfeied, Louisenborf, Hanau, Hofgaismar, Kaelshafen, Felsbeeg, Helsa, Feitzlae, Melsungen erschienen.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Nov. Die Bergpartei hat ihe Manifest veröffentlicht, welches als das Programm Ledru-Rollins zu beteachten ist. Es ist von Felix Pyat und Bac verfertigt, mit Lamennais, Ledeu-Rollin u. A. berathen, und was bes Beste ist, im Ganzen nue von 5 bis 6 Abgeordneten unteezeichnet, wozu Peoudhon, Lreour und die anbern Socialisten nicht gehören. Letzteres beweist, daß die Hereen schwre zu befriedigen sind, da es darin an den gewöhnlichen Phrasen gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, an einem Hoch füe bie fociale oder socialistische Republik, an Lobpreisung des Papiergeldes, wodurch Jedem ein Goldstejm in's Haus gebeacht werben kann, und an ähnlichen weltbeglückenbn Versprechungen duechaus nicht fehlt. Daß von 900 Volksvertretern sich kaum 60 für diesen Segen empfänglich zeigen, ist nicht ein erfreulicher Beweis von den Fortschritten, welche die öffentliche Meinung füe uns gemacht hat. Freilich toben die ultraeoolutionäeen Klubs beslo mehr dafür, und wie man da bie Brüderlichkeit verfteht, davon mag die Thatsache Zeugniß geben, daß man im Club Vauxhall (Douanenstraße) einem ehelichen Bürgee ein paar Rippen zerbrach, weil er sich dadurch als Aristokrat bewies, daß er — ziemlich ordentlich und reinlich gekleidet erschien! — Man versichert, künftigen Sonnabend werde Geneeal Cavaignac einen Aufeuf eriassen, welchee als sein Programm zu betrachten wäee. Louis Napoleon wird zu demselben Zwecke ein bisher unbekannt gebliebenes Testament Napoleons veeöffentlichen, worin der alte Kaiser dem neuen Präsidenten in spe eepublikanische Lehren und Vorschriften ertheilt, bie er sich zum Mustee zu nehmen verspeicht. Auch die Legitimisten sind nicht müßig, und eben ist bei Garnier ein „Schreiben an den Herzog von Borbeaur", das von einem Comite in ihrem Sinne bearbeitet ist. Nach dem „Monteur du Soir" könnte Cavaignac im Depaetement Saône und Loiee auf eine große Mehrzahl rechnen, wo auch Lamartine die Wähleo auffordere, füe den General zu stimmen. Die Generale Changarniee und Bugenud sollen, Jenee zu Gunsten Caoaignac's, dieser Ludwig Napoleon's auf ihre Candidatue verzichtet haben. Die Reform hat einen ganz eigenthümlichen Grund für Herrn Ledeu-Rollin zu sein. Weil sie nämlich gar keinen Präsidenten will, so — soll Ledru-Rollin Präsident werden, um als Präsident den Präsidenten wegzuschaffen. Diesen Moegen gesellte sich eine große Zahl Arbeitee zu benen, welche auf dem Einteachtsplatze an den Vorbeeeitungen zum Verfassungsfeste arbeiten. Es bilbeten sich Geuppen, wo bie Präsideutenfrage und andere mit großer Wärme nach oerschiebenen Standpunkten behandelt und berathen wurde. Es wuede abee hierbei kein Ereeß begangen und die Männer trennten sich nach einigee Zeit ruhig.

Die Sitzungen der Nationalveesammlung sind seit einigen Tagrn wehrr sehr besucht noch sehe interessant. Der beurlaubten und sich entfernenden Abgeordneten werden so viel, daß die Versammlung bald nicht mehe beschlußfähig sein wird, wenn sie nicht die hierauf bezügliche Bestimmung ändeet. Die Stelle eines Auditoes der Rota in Rom wurde abgeschafft, an den Gehalten oberrichterlichee Behöden alleelei Abzüge gemacht, woburch zum Theil obere und untere Instanzen an Honorae ziemlich gleich gestellt sind. Wegen Hrn. Bethmont's, der wegen Gesundheitsrücksichten aus der Versammlung getreten ist, um nun (was er als Abgeordnetee nicht hätte annehmen düefen) im Begriffe ist, von dem Justizminister zum ersten Präsidenten des Appellationsgeeichtes ernannt zu werden, wurden zwischen Cherbette und dem Minister bittere Reden gewechselt. Mehrere frühee abgeschaffte Konsulate wurden wieder hergestellt. Das Seinedepartement erhielt, nicht ohne Widerspeuch der Abgeoednten aus der Peoomz, die Erlaubniß, ein Anlehen von 6 Millionen Franken zu machen und sich außerordentlich zu besteuern, um die Zinsen desselben zu oergüten. Zur Unterstützung der Gemeinden, welche keine Mittel haben, den arbeitsunfähigen Armen auf dem Lande zu helfen, wuede ein Kredit von einee Million eröffnet, und die Bemeekung eines Mitgliedes, wo man denn, bei der in allen Ständen zunehmenden Armuth, die täglich bewilligten Millionen zue Abhülfe der Armuth hernehmen wolle, mit einem: Sehr gut, angehört. — Das wae so ziemlich Alles. Unsere Regierung hat dem Schweizee Voeoet ihre Vermittelung in den Händeln mit dem päbstlichen Stuhle wegen des Erzbischofs von Freiburg angetragen. Unsee Erzbischof gab am 6. d. Mts. ein groß es Dinee, wozu Gneral Cavaignac, alle Minister, der Präsident der National-Versammlung und andeee Abgeordnete, wie nicht minbee viele geistliche Heeren gebeten waren.

Zu dem nächstens zu feieenden Konstitutionsfeste weeden große Voebereitungen gemacht. Es werden an diesem Tage außer einem großen Balle im Stadthause noch zwölf andere in den verschiedenen Maeien gegeben und überall die verschiedenen Korporationen dee Arbeitsleute dazu gebeten weeden. Auch nach London sind Einladungen an den Lord-Mayoe und bie Aldermen ergangen, ebenso an die Bürgerwehren der Städte, wo unsere Nationalgarde freundlich empfangen wuede. Abends wird Feuerwerk und freies Theatee gegebrn, und, was das Beste ist, dee leidenden Armuth reichliche Unteestützung veeabreicht werben. — Nach dem „Constitutionell" hat der Minister des Innern die Präfekten aufgefordert, im Laufe dieses Monats Bälle und Feste zu geben. — Unter den der Nat.-Versammlung übergebenen Petitionen bemeeken wie folgende als besonders interessant: Bürgee Delarche überreichte den Plan zu einee Eisenbahn von Boedeaur nach Algiee über Gibraltae. Bürger Victime verlangt, die Erlaubniß, mit Leiern heeumzugehen, solle vorzugsweise Denen ertheilt werden, welche unter den vorigen Regierungen politische Verfolgungen erlitten! — Mehrere Blätter und Korrespondenzen wiederholen, das hiesige Haus Rothschild wolle von den Geschäften zurücktreten und sich nach New-York begeben. Von dee andern Seite höeen wie aus glaubwürdiger Quelle, daß (wie auch die „Independance brige" schon vor einigen Tagen mittheilte) ein Sohn des Hrn. James v. Rothschild sich dahin begeben, das Haus abee hiee unoerändert fortbestehen wied.

* **Paris**, 10. Nov. (N. B. Das Briefpaket ist mit der am 13. Nov. morgens angekommenen Post in Frankfurt nicht eingetroffen. Wie können also füe jetzt wedee das Conrsblatt, noch die nicht in den französischen Blättern enthaltenen Nacheichten geben). Die „Estafette" meldet, die Abgeordneten, welche Mitglieder der Klubs der Steaße Poitiers, des Nationalpalastes und des Instituts sind, würden zu einee gemeinschaftlichen Sitzung im

Lokale der alten Deputirtenkammer berufen werden, wozu General Cavaignac und Ludwig Napoleon eingeladen würden. Man würde dort diese Kandidaten hören, interpelliren, und sich je nach ihren Erklärungen entscheiden. Nach den Aeußerungen, welche dieser Tage in der Nationalversammlung fielen, hat Hr. Bethmont nun erklärt, er werde die Stelle als Präsident des Appellationsgerichts nicht annehmen. Das „Droit" gibt nun das Nähere über die Unruhen, woran die bewegliche Bürgerwehr neulich in Courbevoie so thätigen Antheil nahm. Sie wollten das Haus des Obristen Mandait stürmen, und waren schon im Zerstörungswerke vorgerückt, als Feuer in der Nähe ausbrach, was sie verscheuchte. Das „Debat" erklärt die angeblichen Unterhandlungen zwischen der englischen und spanischen Regierung wegen Abtretung Cuba's für eine leere Erdichtung.

Paris, 9. Nov. — Stand der Renten: 5pCt. 64. 85; 3pCt. 42. 50; Neue —; Neapol. 77. —; Bankactien 1360. —; Span. 5pCt. (Arbvins) — ; 3pCt. 23. —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 100. —; linkes Ufer —. —; Paris-Orleans 577. 50; Paris-Rouen 365. —; Orleans-Bordeaux 363. 75; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre 170. —; Marseille-Avignon 155. —; Straßburg-Basel 77. 50; Nordbahn 341. 25; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 327. 50; Römisches Anleben 63½.

Die gestern vom Kriegsminister angezeigte vorläufige Entlassung von 55,000 Mann wirkte sehr günstig auf die Course. Bei lebhaftem Geschäfte hatten sich dieselben schon auf 65. 50 u. 43 gehoben, als zahlreiche Gewinnrealisationen sie wieder etwas drückten. Doch blieben sie um 30 und 40 Cent. höher als gestern. Auch Eisenbahnen hielten sich gut.

Spanien.

+ **Madrid**, 3. Nov. Morgen gibt Here von Lesseps eine große Mahlzeit, wozu das ganze diplomatische Corps eingeladen ist. An eben diesem Tage verläßt der Prinz v. Capua Madrid mit seiner ganzen Familie. — Die carlistischen Banden in der Provinz Huesca und die republikanischen in einem andern Theile Arragoniens sind beinahe ganz zerstreut. Einige Aufständische, welche von der französischen Grenze aus mit Munition nach Spanien dringen wollten, sind von der französischen Gendarmerie verhaftet worden. In der Provinz Alicante ist das Fort Guardiest von den Truppen der Königin genommen worden.

+ **Madrid**, 10. Nov. General Coebova hat Barcelona verlassen, um sich an die Spitze der Operation gegen die Carlisten zu stellen. — Die Versammlung der Cortes ist nun, wie es allgemein heißt, auf den 16. Dezember bestimmt, Herr Isturiz wird allem Anscheine nach Präsident des Senats werden.

Madrid, 4. Nov. 3pCt. Rente 18⅛ P. (N. d. B. 18¾, 18⅛ G.); 5pCt. 9⅛ P. (N. d. B. 9¼ G.); Passive Staatsschuld 3¼ P. (N. d. B. ——.)

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 3. Nov. Der kommandirende General v. Hammerstein hat heute folgende Bekanntmachung erlassen: In der Kapitulation vom gestrigen Tage waren 5 Punkte aufgestellt mit der Bestimmung, daß, wenn sie nicht pünktlich ausgeführt werden, oder ein anarchischer Zustand wie in den jüngsten Tagen wieder eintreten sollte, die Stadt Lemberg in Belagerungszustand erklärt werden wird. Da aber in der letzten Nacht, als auch heute Vormittag, auf meine Truppen aus Fenstern und Kellern geschossen worden ist, so habe ich daraus die Ueberzeugung gewonnen, daß der anarchische Zustand nicht aufhören will, und ich erkläre sonach die Stadt Lemberg sammt den Vorstädten in Belagerungszustand. Es wird in Folge dessen angeordnet: 1) Allgemeine Entwaffnung; 2) Aufhebung sämmtlicher Klubs und des Associationsrechtes; 3) außer der deutschen und polnischen Gazeta Lwowska kann keine andere Zeitung während des Belagerungszustandes geduldet werden; 4) die Presse im Allgemeinen wird dahin beschränkt, daß ohne meine Erlaubniß kein Plakat gedruckt und veröffentlicht werden darf; 5) eine Kommission wird die Haussuchung wegen der Waffen vornehmen; 6) alle Ansammlungen auf öffentlichen Plätzen werden untersagt; 7) alle Diejenigen, welche mit den Waffen in der Hand Widerstand leisten, als auch Die, welche zum Aufruhr aufregen, werden standrechtlich verurtheilt. (Brsl. Z.)

Hermannstadt, im Okt. Der Feldmarschall-Lieut. und kommandirende General Anton Frh. v. Puchner hat eine Proklamation an sämmtliche Behörden und Bewohner Siebenbürgens erlassen, worin er ihnen mittheilt, daß er, da Ungarn dermalen faktisch eigentlich keine gesetzliche Regierung besitze, beschlossen habe, bis zu der Zeit, wo ein gesetzlicher Zustand in der Regierung Ungarns und der Nebenländer durch den Landesfürsten wieder sanctionirt sei, die Zügel der Regierung Siebenbürgens zu ergreifen und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften für die Aufrechthaltung der gefährdeten öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu handeln. Am Schlusse fordert er alle wahren Freunde des Rechts und des Vaterlandes auf, ihn bei diesen seinen Bestrebungen sowie bei dem, die konstitutionelle Freiheit und Gleichheit aller Nationen zu sichern, zu unterstützen.

Italien.

* Der National savoisien meldet aus Turin vom 4. Nov. Die Nachricht von der Kapitulation von Wien habe die Anhänger der italienischen Unabhängigkeit um so mehr in Schrecken gesetzt, da, wie das Gerücht verbreite, von Seiten der englischen und französischen Kabinette Depeschen angekommen wären, welche ganz geeignet sein möchten, den an sich unbedeutenden Aufschwung der Kriegspartei niederzudrücken. Der Aufstand in den Thälern hat sich nicht länger halten können, als der in Chiavenna. Als die bewaffneten Schaaren sich der Stadt Como näherten, wurden sie geschlagen und zerstreut. Garibaldi war Ende Oktober in Lioarno angekommen, von wo er einen Aufruf an die Lombarden erließ, welche er zu einem Rachekriege ohne Waffenstillstand und Pardon auffordert. Am 2. Nov. war er in Florenz, wo Maueranschläge einluden, ihm zu Ehren eine großartige Demonstration zu veranstalten. — In Porto-Ferraja (Insel Elba) war am 24. Okt. auch ein kleiner Krawall. Man schlug Scheiben ein und trieb allerlei Unfug.

Ungarn.

Aus Pesth wird dem Nürnb. Korresp. geschrieben: Ein Wiener jüdischer Volksredner, Namens Taufenau, der stets für die ungarische Sache Partei nahm, ist hier angekommen und hielt bei einer Volksversammlung eine fulminante Rede, wobei das Haus Habsburg, der Kaiser, die Erzherzogin Sophie, Erzherzog Stephan u. s. w. hart mitgenommen wurden. Alle seine Kraftausdrücke erhielten stürmischen Applaus, und ein Zuhörer, der die Tollkühnheit hatte, die Bemerkung zu machen, daß Derjenige, der so hochverrätherisch spricht, den Galgen verdiente, wäre vom Volke beinahe selbst gehängt worden, wenn er nicht von der Nationalgarde gerettet worden wäre. Indessen wurde er verhaftet und erwartet einen strengen Prozeß. — Da viele Einwohner Pesth's mit der Steuerleistung im Rückstande sind, so wird dieselbe jetzt mittelst Exekution auf das Strengste eingetrieben.

Türkei.

Konstantinopel, 18. Okt. Das schöne Galata-Serai, worin die Medizinschule mit etwa 4000 Zöglingen einstweilen war, ist in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag mit all seinen Sammlungen, Bibliothek, Museum und Hospital ein Raub der Flammen geworden.

Donaufürstenthümer.

Bucharest, 17. Okt. Bucharest bietet heute das verhängnißvolle Schauspiel eines doppelten militärischen Regiments, wo Türken und Russen friedlich neben einander stehen, Beide — doch vielleicht nicht immer Eines Sinnes — herrschen, und mitten zwischen ihnen ein Nationaler, ein Kaimakam ad hanares, als willenloser Vollstrecker der Befehle dieser beiden Gewalten schwankt. Natürlich sind alle Errungenschaften des 11. Juni, alle Abzeichen derselben vernichtet, und die strengsten Verordnungen folgen Tag für Tag auf einander. Schon werden die Bauern unnachsichtlich zur Leistung aller grundherrlichen Prästationen, ja zum Nachtrag der seit dem Juni „im Freiheitsschwindel" unterlassenen verhalten und für allen Schaden aus dieser Unterlassung verantwortlich gemacht; aber auf die jetzt erforderlichen, unzähligen, tagtäglichen Frohnfuhren und Prästationen für die beiden „nur das Glück und die Wohlfahrt des Landes beabsichtigenden Armeen" kann natürlich keine Rücksicht genommen werden. Schon ist auch die literarische Censur wieder eingeführt, und wehe dem Abonnenten einer Zeitung, in deren Spalten eine mißliebige Zeile steht; das ganze Blatt ist für ihn verloren. Mit Einem Wort, wir dürfen nichts mehr aus Zeitungen erfahren, denn welches wäre wohl heute das Journal, worin gar nichts hier verpöntes stände? Und selbst die humanste, die christlichste Errungenschaft, die Emanzipation nämlich der leibeigenen Zigeuner, ist annullirt, und jene Tausende

Digitized by Google

ihrer Freiheit froh geworbenen menschlichen Geschöpfe werden wieder in das Joch der Sklaverei zurückgetrieben. Um dann endlich jeden Keim etwaiger Freiheitsgelüste zu ersticken, sind im ganzen Lande Kommissionen ernannt worden, deren Aufgabe es ist, auf alle „verdächtige" und „für die öffentliche Ruhe gefährliche" Individuen zu fahnden und dieselben über die Grenzen des Landes zu exiliren, wohin sie „ohne ausdrückliche Erlaubniß Sr. Maj. des Sultans niemals wieder zurückkehren dürfen." Rechnen Sie nun zu allem Diesen hinzu, daß behufs der Militäreinquartierung fast alle Häns (Sie kennen diese türkische Benennung großer Gebäude, deren es welche gibt, worin 200 und mehre Parthien zur Miethe wohnen), dann die weitläufigen Localitäten unserer Schulkollegien, ja selbst Spitäler, mehrere andere palastähnliche Privathäuser nicht gerechnet, requirirt und deren Bewohner zur Räumung derselben binnen 8 Tagen angehalten worden sind; daß dann von Tag zu Tag alle Lebensbedürfnisse steigen, während aller Handel und Erwerb gänzlich darniederliegt, so haben Sie ein gedrängtes Bild unserer gewiß nicht freudigen Zustände, die vielleicht nächstens em noch gräßlicheres Tableau liefern dürften. Und was thut das freie Europa? Es sieht zu! und wird zusehen bis es — zu spät sein wird. (C. Bl. a. B.)

Handelsnachrichten.

London, 7. Nov. Baumwolle. Die Verkäufe in Liverpool betrugen in voriger Woche 34,180 B., von denen 26,730 B. an Spinner, 1950 B. zur Ausfuhr und 5500 B. auf Spekulation. Die Notirungen sind ⅛ d. erhöht, fair Georgia & Mobile 3⅞, Louisiana 4⅛ d. Der Vorrath daselbst bestand am 3. d. M. aus 511,810 B. gegen 406,900 B. Ablieferung. Liverpool seit 1. Jan. zum inländischen Verbrauch 25,680 B. pr. Woche gegen 20,000 B. vor. Jahr. — Am Sonnabend und gestern behauptete sich der Markt fest und gingen daselbst 10,000 B. um. — Hier fand keine Veränderung Statt. Seit vor. Post ca. 500 B. Surat genommen. — Zucker. Br. Pflanz. war heute flau. Verkäufe von W.-J. 480 Fässer. Von in Auktion vorgebrachten 8200 S. Mauritius fanden ca. 6000 S., wogegen von 6900 S. Madras nur ca. 1500 S. Nehmer zu eher niedrigen Preisen. In fremden in loco fand kein Umsatz Statt. Unter Segel bot man auf eine Ladung von 421 K. weißen, 302 K. braunen Bahia 20/3 und 17/3 für einen nahen Hafen vergebens. — Reis fester. Heutige 3000 S. Bengalartiger röthlicher Madras gingen um ca. 3 d. höher, durchschnittlich ca. 9/3. Die Kauflust ist indeß im Ganzen beschränkt. — Salpeter. Aus der Hand wurden seit vor. Post ca. 80 Ton. meistens 8 u. 8½ Refactie, 24/9d umgesetzt. Es wird wenig ausgeboten, und bleibt die Auswahl sehr beschränkt. Die Ablieferungen vor. Woche betrugen 190 T. Der Vorrath am 4. 2066 Tons gegen 1453 T. 2094 T. und 2907 F. zur näml. Periode der letzten drei Jahre. — Thee im Allgemeinen stille. Von mittel, gut mittel Pecco ist das letzte am Markt zu 2 d. höheren Preisen theils begeben, theils ganz aus dem Markte genommen. Die Umsätze seit den letzten 8 Tagen betragen ca. 2000 K. und bleiben noch ca 1000 K. in erster Hand. — Getraide: Zufuhr vor. Woche 4080 Q. engl., 22,267 Q. fremd; Waizen 13,055 Säcke engl.; 2500 fr. Mehl; 3840 Q. engl.; ½469 Q. fr. Gerste 4148 Q. engl.; 10,955 Q. fr. Hafer 1013 engl.; 5057 Q. fr. Erbsen. Gestern war Waizen fest, doch der Umsatz schwach, Gerste in Malz-Waaren flau, geringere Sorten behauptet. Hafer fest, doch die Käufer zurückhaltend; Erbsen 1/ billiger; Bohnen unverändert; Leinsaat gedrückt; Talg 44/6 45/ in loco; Zink flau (14, 5.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 6. bis 12. November.

Die Bedenken, welche wir in unserm letzten wöchentlichen Bericht äußerten, wie der rasche Aufschwung der österreich. Fonds durch die gewaltthätige Erledigung der erschütternden Vorgänge in Wien ihre Rechtfertigung nicht finde, scheinen nachgerade in Erfüllung zu gehen. Kaum war die Nachricht von der Einnahme und vollendeten Besetzung der Stadt eingetroffen, als die günstige Stimmung an der Börse umschlug. Später waren entmuthigende Nachrichten aus Paris und ein Sinken der Rente von beinahe 4 Frs. Veranlassung zum weiteren Rückgang. Am 10. Nov. (Freitag) wurden 5pCt. Metalliques 66⅛, 2½pCt. ditto 34⅛, fl. 250 Loose 76½ und fl. 500 Loose 111½ notirt. Es waren die niedrigsten Notirungen der Woche; die Börse vom Samstag verkehrte in günstigerer Stimmung, da Paris und Wien, ersteres um 2 Frs., letzteres um 5 pCt. höhere Notiz brachte. Indessen gehen wir abermals einer verhängnißvollen Woche entgegen. Die starre Ruhe in Berlin scheint bedrohlicher als der Sturm in Wien. Am fühlbarsten war der Rückgang in Berbach und Friedr.-Wilh.-Nordbahn. Erstere fiel von 67¾ auf 63¾, letztere von 40½ auf 36¾; beide erholten sich an der Samstagsbörse um 1 pCt. Sehr bedeutende Verkaufsaufträge wurden in Berbach ausgeführt und scheinen immer noch fortgesetzt zu werden. Für Nordbahn zeigen sich auch mehr Abgeber als Käufer und die Andeutungen in unserm letzten wöchentlichen Bericht dürften dafür maßgebend sein. In England sind übrigens die Eisenbahn-Aktien seit 14 Tagen um 15 bis 20 pCt. gestiegen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß durch den Geldüberfluß der erhöhte Werth sich eine Zeitlang behaupten werde, wenn gleich die Gründe, die wir in unserm Bericht vom 16. Okt. anführten und die gegen die Wahrscheinlichkeit eines sehr hohen Geldwerthes der Aktien sprechen — unverändert bleiben. Kapitalisten, die große Summen auf Aktien vorgeschossen hatten, haben sich nach und nach derselben entäußert, wenigstens in solchem Verhältnisse, daß keine großen Verluste stattfinden dürften. Im Norden von England hat man in den letzten Monaten große Spekulationen à la baisse eingeleitet und in neuerer Zeit bei den Lieferungsterminen kaufen müssen. Auch dieser Umstand hat auf die momentane Erhöhung gewirkt.

Seit einiger Zeit sind amerikanische Staatspapiere, namentlich die 6pCt. United States-Stocks Gegenstand der Aufmerksamkeit der Kapitalisten geworden und es haben an der hiesigen Börse nicht unbedeutende Umsätze darin stattgefunden. Diese Papiere sind Schulden der Central-Regierung in Washington und die ganzen Vereinigten Staaten dafür verantwortlich. Bis zum Jahre 1868 bleiben sie unaufkündbar. Sie lauten auf Namen, werden aber durch Endossements transferirt. Die halbjährigen Coupons, in Newyork zahlbar, können jederzeit hier oder in London nach dem Cours auf Amerika umgesetzt werden; indessen sollen Unterhandlungen im Gang sein, um die Erhebung der Coupons in London und hier zu bewerkstelligen. Erwägt man, daß die ganze wirkliche Schuld der Vereinigten Staaten, nach offiziellem Ausweise vom 1. Juli 1848 die mäßige Summe von circa 66 Millionen Dollars (185 Mill. Gulden) beträgt und ihre Revenüen auf die unzweifelhaftesten Ergebnisse von Steuern, Zöllen und verkauften Ländereien beruhen: so läßt sich von keinem Staatspapiere eine bessere Sicherheit und höhere Zinsen erwarten. In politischer und socialer Beziehung bieten außerdem die Vereinigten Staaten in der Gegenwart die höchsten Garantien für Ordnung, Sicherheit und Ruhe.

In den süddeutschen zinstragenden Papieren und Anlehensloosen waren im Laufe der Woche keine wesentlichen Veränderungen bemerkbar. Die bad. fl. 35 Loose variirten zwischen 25¼ à ⅜; die hess. Thlr. 40 Loose zwischen 24½ à 25¼. Die 4½pCt. Würtemb. und 3½pCt. ditto behaupteten sich auf 92½ und 74¾ à 75. Darmst. 4pCt. waren zu 82½ gefragt.

Der Begehr für Wechsel hat in den letzten Tagen der Woche etwas nachgelassen. In kurzer Sicht sind Amsterdam, Bremen, Hamburg, Mailand, Paris und Wien mehr oder weniger angeboten. Augsburg, Berlin und Leipzig, auch London nach den notirten Coursen gut zu lassen. Man notirt, wie folgt: Amsterdam 100⅛ P.; Augsburg 119½ G.; Berlin und Leipzig 105¼ G.; Bremen 99¼ P.; Hamburg 88½ P.; London 121 G. Mailand 100½ P.; Paris 95 P.; Wien 108 P. — Geld immer noch im Ueberfluß und Disconto zu 1½pCt. gefragt.

Vom 13. November.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metalliques 69⅛; 2½pCt. ditto 36; Bankaktien fl. 1112; fl. 500. Loose 118; fl. 250. Loose 79¼; Badische fl. 35. Loose 25⅝; Hess. Rthlr. 40 Loose 25; Polnische fl. 500 Loose 66¾; Friedr. Wilh.-Nordbahn 37¼; Berbach 64¼; Köln-Minden 74; 3pCt. inländ. Span. 17½; 4½pCt. Würt. 92⅝; 4½pCt. Belg. 73¼; Holl. 2½pCt. Integrale 45.

Trotz der günstigen Courémeldungen aus Wien und Berlin verkehrte die Börse in flauer Stimmung. Die Verhandlungen über die preußischen Zustände in der Reichsversammlung mögen dazu beigetragen haben. — In Wechseln waren die Umsätze etwas lebhafter. London und Mailand sind zu höhern Preisen umgesetzt worden.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Lierzandre in Straßburg Nro. 26 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 304. **Frankfurt a. M., Mittwoch 15. November.** **1848.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 14. Nov. Schluß.) Wien (Die Haussuchung brendet. Verlegung der Universität. Hinrichtung des Gen. Philippovich. Verhaftung Putsky's.) Olmütz (General Simonic. Der Reichstag in Kremsier. Wessenberg.) Triest (Die Pläne der Italiener.) Berlin (Parlamentarische Correspondenz. Berlin in Belagerungszustand erklärt. Maßregeln Wrangel's. Die Lage der Dinge. Der nahende Conflikt. Prinz von Preußen. Gradow. Ankunft von Schornschützen. Schilderung der Hauptstadt.) Köln (Volksversammlung. Der Stodtroth.) Polen (Anhäufung der russischen Truppen an der preußischen Grenze. Wahlen zum Congreß der Ligo.) München (Abschaffung der körperlichen Züchtigung.) Stuttgart (Publikation der Reichsgesetze.)

Frankreich. Paris (Constitutionsfest. Besorgnisse. Cavaignac's Programm. Beschuldigungen gegen Ludwig Napoleon. Conferenz in Brüssel. Zahlungen der Bank an den Staatsschatz. Portefeuillesichten. Tagesbegebenheiten.) Straßburg (Verlesung der Verfassung.)

Neuestes.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 14. November. (Schluß.)

Reichsminister v. Beckerath: Das Vertrauen, welches das Haus dem Ministerium schenke, werde nur von dem Ministerium erwidert, wenn es seine Maßregeln in Gemeinschaft und Uebereinstimmung mit der Ueberzeugung der Mehrheit zu fassen suche. Das vom Könige von Preußen ernannte Ministerium biete in der That keine Gewähr für die Erhaltung der März-Errungenschaften dar, fährt der Redner fort, worauf er sich auch über die übrigen Punkte ausführlich und mit dem Mehrheitsrechten des Ausschusses im Einverständen erklärt. „Ob aber die schlechtesten Söhne Deutschlands hier tagen, wird nicht der rauschende Beifall in diesem Hause, darüber wird die Nachwelt entscheiden."

Biedermann erkennt in den Maßregeln der Verlegung kein formelles, wohl aber ein Nothrecht, welches er in der wirklichen Unfreiheit der Berliner Landesversammlung begründet findet, die er mit zahlreichen Beispielen belegt. Aber dieß Nothrecht will er nicht weiter ausgedehnt sehen, als es die Zweckmäßigkeit dringend erheischt. Er schließt sich deßhalb im Allgemeinen dem Mehrheitsrechten an, während er darauf hinweist, daß ihm das Minderheitsrechten ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium zu enthalten scheine. (Widerspruch.) Jedenfalls walte er auf die Differenz aufmerksam machen.

Löwe aus Kolbe stellt in geläufiger Form breit angelegte Betrachtungen über die preußischen Zustände der Gegenwart und ihre geschichtlichen Ursachen an. Der heutige Konflikt sei kein Zwiespalt eines Theils des Volkes mit dem andern, sondern der Krone gegen das Volk. Dies stehe zur Versammlung. Der Redner bewundert das Benehmen der als anarchisch verschrieenen Berliner so sehr, daß er sie den Regierungen zum Muster und Beispiele hinstellt. Das zum Tumultuiren aufgeführte Volk sei endlich klug geworden. Es habe erkannt, woher ihm die Anregung zugeführt worden. Jetzt gäbe es in Berlin keinen Krawall mehr. Keinen — es möge gedacht werden, was immer, und selbst wenn es hieße: Krawall! Mein Königreich für einen Krawall! (Beifall.) In Preußen habe das Haus eine Revolution durch seine Entscheidung zu verhüten, und durch ein schiedsrichterliches Urtheil werde der Theil nicht erniedrigt, dem Unrecht gegeben werde. Die Frage sei einfach die, ob die Krone Preußen im Recht sei oder nicht. Die Mehrzahl des Hauses müsse dies verneinen. (Widerspruch von rechts.) Nachdem Löwe unter lebhaften Beifallsbezeigungen von der Rednerbühne gegangen, wird der Schluß der Debatte beliebt und nach der Reihe für nicht weniger als für alle Anträge und Fragen namentliche Abstimmung gefordert. Ein heftiger Streit darüber, ob Jordan aus Berlin anstatt des auf dem Berichte genannten Zachariä das Wort zur Schlußvertheidigung erhalten dürfe, erscheint um so unfruchtbarer, als Jordan auf das Wort verzichtet, nachdem endlich die Tribüne für ihn erobert ist.

Der Antrag v. Vincke's und Genossen, auf motivirte Tagesordnung wird mit 390 gegen 45 Stimmen verworfen. Dann kommen die Anträge Heinrich Simon's zur Abstimmung. Der erste davon:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern, an die preußische Regierung die sofortige Erklärung zu richten, daß dieselbe außer ihrem Rechte stehe, wenn sie dem Lande ein Ministerium gegen den wiederholt ausgesprochenen Willen der Volksvertretung aufdringen wolle,"

wird mit 287 gegen 150 Stimmen abgelehnt; desgleichen

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern, an gedachte Regierung die fernere Erklärung zu richten, daß dieselbe außer ihrem Rechte stehe, wenn sie ohne Uebereinstimmung mit der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen preußischen Nationalversammlung letztere vertagen und ihren Sitz verlegen wolle,"

mit 272 gegen 172 Stimmen verwarfen. Der dritte Antrag:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern, an gedachte Regierung die sofortige Weisung zu richten, vorstehend aufgeführte, die Volksfreiheit, das Recht und die Ruhe Deutschlands bedrohende Maßregel zurückzunehmen,"

aber wird von dem Antragsteller selbst zurückgezogen. Wydenbrugk, Wesendonck u. A. verzichten auf ihre Anträge zu Gunsten des Minderheitsrechtens des Ausschusses. Aber auch dieses wird mit 241 gegen 198 Stimmen verworfen und dafür das Erachten der Mehrheit, welches wir hier der Deutlichkeit wegen noch einmal wiederholen,

„Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln erklären daß sie es für nöthig erachte

1) die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen;
2) daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist,"

mit 239 gegen 189 Stimmen angenommen.

Ein dringlicher, in Bezug auf Blum's Leider kaum noch zweifelhaftes Schicksal gestellter Antrag ruft den Reichsminister der Justiz noch einmal auf die Tribüne. Er erklärt, daß die Herren Pötzl und Paur aus Augsburg um 2 Uhr Nachmittags bereits nach Oesterreich und mit dem Auftrage abgereist seien, alle auf den Blum'schen Prozeß bezügliche Papiere einzusenden.

Gegen 5 Uhr Abends wird sodann die Sitzung geschlossen.

Wien, 8. Nov. Die Nachricht von der Hinrichtung des Generals Philippovich, der in Pesth kriegsrechtlich erschossen wurde, hat die Wuth der österreichischen Armee neuerdings gegen den Magyarismus aufgestachelt, und die Truppen werden ohne Zweifel in Ungarn furchtbar hausen, während sie hier die strengste

Mannszucht halten müssen. General Philippovich starb mit trotziger Entschlossenheit und sowohl während des Verhörs als auf der Richtstätte entschlüpfte den Lippen dieses eisernen Kriegsmannes nicht die kleinste Spibe. — Gestern wurde der ehemalige k. ungarische Staatssecretair Pulßky van dem Militair zu Enzersdorf verhaftet, als er eben der ungarischen Grenze zueilen wollte; in einem wahlverschlassenen Wagen, zwei Offiziere an der Seite und van zwölf Draganern escortirt, kam Pulßky hier an und wurde sofort in das Hauptquartier des Fürsten Windisch-Grätz abgeführt. Pulßky war der Hauptagent Kossuth's in der österreichischen Hauptstadt und ihm namentlich wird der Ausbruch des Aufstandes am 6. Oct. wegen Verhinderung des Abmarsches des deutschen Grenadierbataillons zur Last gelegt, sowie er am Vorabend des Ereignisses in der Aula allein die Summe van 50,000 Fl. vertheilt haben soll. (Brsl. Z.)

Wien, 8. Nov. Die van dem Fürsten Windischgrätz angeordnete Hausdurchsuchung in der innern Stadt zum Zwecke der Aufsuchung verdächtiger Individuen, Waffen und sonstiger militärischer Gegenstände ist beendet; es sind viele Mitglieder der Mobilgarde, sowie Studenten gefangen genammen und in die verschiedenen Kasernen abgeführt warden, wo sie unter die Linien-Regimenter und das kroatische Korps eingetheilt werden. Zur Ablieferung der Waffen ist ein neuer Termin von 12 Stunden gesetzt warden, nach dessen Ablauf eine allgemeine Hausdurchsuchung in den Vorstädten stattfinden soll. Man glaubt, daß viele der Waffen aus dem Zeughaus nach Ungarn geschafft warden sind. — Man spricht stark van einer Verlegung der Universität nach Krems oder St. Pölten. (Schles. Z.)

Ollmütz, 6. Nov. Der „O.-P.-Z." wird geschrieben: Baron Wessenberg, dessen Gesundheit durch übermäßige Anstrengung und in Folge der letzten Ereignisse sehr gelitten hat, soll gesonnen sein, die Stellen als Minister des Aeußern und des kaiserlichen Hauses, sowie auch die Präsidentschaft des Ministerrathes niederzulegen. In wenigen Tagen, sagt man, wird ein neues Ministerium gebildet sein. Baron Wessenberg ist ein rein konstitutioneller Staatsmann, der sich zur Aufgabe gemacht hatte, auf konstitutionellem Boden die Monarchie zu befestigen. (Wir müssen bekennen, daß wir die besondere Bewährung Wessenberg's als constitutioneller Minister durchaus vermissen. Er hat sich bei den Verhandlungen des Reichstags in Wien nur wenig betheiligen können, und die neuesten Maßregeln, die unter seinem Namen geschahen, wird Niemand, so nothwendig sie auch gewesen sein mögen, als vorzugsweise konstitutionell ansehen. Sie haben auf Wessenberg eine solche Last der Unpopularität geworfen, daß einer Wendung zur Milde und Beschwichtigung der Gemüther sein Rücktritt mit Nothwendigkeit vorausgehen mußte. Wir verkennen dabei nicht, daß es vielleicht eine ehrenwerthe, ja großartige Handlungsweise war, zu dem für nothwendig Erkannten den Namen zu geben, und dann, ohne der verlorenen Popularität zu achten, einem glücklicheren Nachfolger Platz zu machen, der ähnlicher Mittel nicht länger bedarf; wir finden aber die obige Bemerkung nothwendig, weil man aus den Worten der O.-P.-Z. schließen könnte, der Rücktritt Wessenberg's sei ein Symptom des Abgehens von konstitutionellen Grundsätzen. Die schwerste Anklage gegen Wessenberg scheint uns in einer auswärtigen Politik zu liegen, welche England und Frankreich verletzte, die Donaufürstenthümer opferte, den letzten Rest österreichischen Einflusses im Orient preisgab, um sich in Italien und Ungarn russischer Hülfe zu versichern.)

Ollmütz, 7. Nov. Bereits sind in Wien 200 Pässe an Abgeordnete verabfolgt warden. Heute sind 11 Gefangene van der ungarischen Armee aus Göding hier eingebracht warden. Der General Simanic steht bei Göding und zieht Verstärkungen an sich. — Die Verhandlungen des Reichstags in Kremsier werden im Lehensaale stattfinden. Die Sitze für die Abgeordneten werden amphitheatralisch über einander gebaut und dem Präsidentenstuhle gegenüber Galerien für etwa 300 Personen eingerichtet werden. (Oestr. C.)

Aus **Ollmütz** vom 8. Nov. berichtet das C. Bl. a. B., daß nach keine Aussicht zur Beendigung der Ministerkrisis war. Bach war entschlossen das Ministerium des Innern anzunehmen, wenn man auf der anderen Seite auf seine Bedingungen eingehen wolle. Diese waren nicht durchgehend politischer, vielmehr so delikater Natur, daß sie in das innerste Leben der Hofpartei eingriffen. Bach sah ein, daß man in der jetzigen Krisis, bei der tödlich verletzten Stimmung Wiens, bei den Sympathien der Provinzen für die unglückliche Stadt, liberal, sehr liberal verfahren müsse. Aber man gab ihm zu bedenken: welchen Eindruck sein Wiedereintreten in das Ministerium auf die Bevölkerung Wiens machen müßte!! — Wien aber nimmt jedes Ministerium, weil es nur eine Regierung haben will. Graf Stadion ist der Protegé der erzbischöflichen Residenz, er war schon im Begriff ins Kabinet zu treten, aber es zerschlug sich und man spricht jetzt wieder van Mayer. Kraus ist da, die Häupter des Centrums sind da, aber Niemand weiß Rath. — Erzherzog Wilhelm, Graf Medem, und viele Deputirte waren in Ollmütz angekammen. —

Der Landtag in **Brünn** hat zur Unterstützung der Wiener 5000 fl. C. M. bewilligt.

** **Triest**, 6. Nov. Die Aufregung, die sich hier seit dem 6. Oktober immer drahender kundgab, hat sich durch die Nachricht der Einnahme Wiens von Seite der k. k. Truppen beinahe durchgehens gelegt. Hätte sich aber Wien behauptet, wären die Truppen geschlagen worden, so hätten wir auch hier gewichtige Ereignisse erlebt. Seit 20 Tagen füllte sich unsere Stadt immer mehr mit fremden verdächtigen Personen an; die radikale Presse (augenscheinlich van den Italienern befoldet) wurde täglich wüthender; Emissäre schlichen sich in allen Wirthshäusern und Kneipen ein, um auch den niedrigsten Pöbel, der bis jetzt allen politischen Wirrnissen fremd blieb, zu ihren Plänen zu exaltiren. Kurz aus diesen und vielen andern Umständen könnte es kaum zweifelhaft bleiben, daß es dahin abgesehen war, gleich nach eingelangter Nachricht van der Niedertage der k. k. Truppen den Waffenstillstand van Seite Sardiniens aufzukünden, sofort mit der in Venedig jetzt befindlichen sardinischen Flotte eine Expedition nach Lisa, und gleichzeitig nach Istrien zu unternehmen und den Versuch zur Aufpflanzung der italienischen Fahne selbst in Triest zu machen. Der Versuch wäre ganz gewiß in Triest gescheitert; denn wenn wir auch allhier manche hundert Personen haben, welche auf die Hoffnung, unsere Stadt im Anschlusse an Italien gänzlichem Verderben Preis zu geben, nicht verzichtet haben, so ist doch die große Majorität unserer Bevölkerung der guten Sache immer treu, und entschlossen, jeden Schritt, so keck er auch wäre, um Triest der Dogenstadt unterzuknechten, mit Entschiedenheit und aller Energie zurückzuweisen. In Istrien aber (im ervenetianischen) und in manchem Orte Dalmatiens wäre vielleicht der Plan gelungen. Dieß wußten unsere Behörden und man war schon daran, Istrien in Belagerungs-Zustand zu erklären. Die Einnahme Wiens hat aber, wenigstens für den Augenblick, alle Pläne vernichtet. Die Nachricht wurde nach Venedig von dem englischen Dampfboote Locust gebracht und erweckte alldort eine größere Sensation als die Einnahme Mailands im Monat August. Die Venetianer scheinen ihre letzten Hoffnungen verloren zu haben. Sie werden vielleicht schon erfahren haben, daß der engl. General-Konsul in Venedig gegen das abermalige Erscheinen der sardinischen Flotte in jenen Gewässern ernstlich protestirt, und die Stadt verlassen hat. Derselbe befindet sich hier. Heute spricht man, daß der Kommandant des französischen Linienschiffes Jupiter, der sich in unsern Gewässern befindet, das Nämliche gethan habe. — Der hiesige provis. Munizipalrath (meistens aus Italo-Fanatikern bestehend) hat die Wahl eines neuen Abgeordneten nach Frankfurt, an der Stelle des abgetreten Dr. Burger, abgelehnt. Ein großer Theil der Bevölkerung und der neue Rath, der noch nicht in Wirksamkeit getreten ist, sind darüber entrüstet und hoffen, daß die Regierung auch in dieser Beziehung mehr Energie als es bisher der Fall war, in Anwendung bringen wird.

* Es erscheint jetzt in Berlin auch eine „Parlaments-Correspondenz" deren erste Nummer für die ausgetretene Rechte folgendermaßen plaidirt:

Berlin, 11. Nov. Die Nationalversammlung ist durch einen Ausspruch der Krone nach Brandenburg verlegt und bis zum 27. d. M. vertagt. Schon am 7. Abends wurde darüber in den Fractionen berathen. Die Rechte und das rechte Centrum haben das Recht der Krone und die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel anerkannt, und nur beklagt, daß nicht das Ministerium Pfuel nach zur Ausführung derselben geschritten sei. Das Centrum erklärte am 8. Abends sich einstimmig gegen das einseitige Recht der Krone, den Standpunkt der Vereinbarung auch in dieser Hinsicht in Anspruch nehmend. Das linke Centrum trat mit den ausschweifendsten Anträgen hervor (unter Anderm: Hochverrathserklärung der öffentlichen Beamten, die dem Erlaß der Krone Folge

leisten würden); am andern Tage hat es sich gemäßigt. Die überwiegende Majorität der Rechten und das rechte Centrum, bis auf 5 Stimmen, verließen den Sitzungssaal, nachdem die königl. Botschaft, welche die Vertagung verkündet, verlesen war. Ein sofort veröffentlichter Protest gegen die Beschlüsse einer ungesetzlich forttagenden Versammlung enthält die Gründe. Die Krone hat Vertreter des Volkes berufen, die mit ihr die Verfassung vereinbaren sollten; in der Einberufungsordre bestimmt sie den Ort der Eröffnung der Versammlung; kein Erlaß der Krone aber hat die Hauptstadt als den Sitz der konstituirenden Versammlung für alle Zeit bezeichnet; die Bestimmung des Ortes der Berathung blieb ein vorbehaltenes Recht der Krone, da sie in dem Wahlgesetze sich dessen nicht begeben hatte. Dem Volke gegenüber wurde die Ausübung des Rechts der Krone zur Pflicht, als die fortdauernd anarchischen Zustände der Hauptstadt die Freiheit der Berathungen gefährdeten. Die Beschlüsse, welche nach dem Zeughausstuem gefaßt wurden, waren unfrei; das Land hat die Folgen getragen in einer sechsmonatlichen Verzögerung der Verfassungsberathung. Am 7. Sept. bewirkte die Belagerung roher Pöbelhaufen einen Beschluß, der das Land in eine neue Krisis warf. Die anarchistische Fraktion lernte von da ab ihre Macht kennen. In der Versammlung drohte sie mit der Emeute, welche sie vor den Thüren des Hauses organisirt hatte. Am 21. September durfte Waldeck es wagen, mit dem Blut zu schrecken, welches auf das Haupt der dissentirenden Parteien zurückfallen würde. Otta sprach deutlicher von dem Krater, auf dem wir ständen; er zeigte auf die Partei, gegen die die Volkswuth sich richten werde. Temme, die unheimliche Gestalt, schlich bei den einzelnen Mitgliedern der schwankenden Centren umher und bedrohte sie mit dem Schicksale Lichnowsky's und Auerswald's, wenn sie einem Mistrauensvotum gegen das eben aufgetretene Ministerium Pfuel nicht beitreten würden. Was die Häupter drinnen mit Worten andeuteten, dem gaben durch handgreifliche Demonstrationen die Glieder draußen den Nachdruck. Diese schmähliche Verbindung einer Partei des Hauses mit organisirten Pöbelrotten draußen — „eine Verbindung zwischen Haupt und Gliedern", wie sie von der Tribüne unter dumpfem Schweigen der Linken richtig bezeichnet wurde, — hat zur Schmach des Landes und der Hauptstadt Monate lang bestanden: — keine Macht war ihr gewachsen. Der 31. Oktober brachte uns den Culminationspunkt dieser Zustände. Es wäre Verrath am Volke gewesen, wenn die Krone von ihrem Rechte der Verlegung nicht Gebrauch gemacht hätte. Sie hatte verheißen zu vereinbaren mit freien Vertretern des Volkes; sie war aber nahe daran, wenn es so fortging, zu vereinbaren mit einer kleinen Fraktion, welche auf die rohen Massen außer dem Hause sich stützte: — in der That also mit diesen Massen selbst, welche zuletzt über die Stimmen im Hause geboten. Denn, mit welchen schönen Worten man sich auch selbst einreden mag, daß trotz alledem die Freiheit und Selbstständigkeit gewahrt worden sei, jeder Einsichtige übersieht, daß die Wirkung eines systematischen Terrorismus durch die Gewohnheit nicht überwältigt werden kann, und daß 400 Vertreter, welche Menschen sind, allmälig und unmerklich umgestimmt werden müssen, wenn ihnen täglich der Knittel oder der Strick droht. Man vergleiche die Majoritäten vor 3 Monaten mit der jetzigen Gruppirung der Parteien. Jede terrorisirte Abstimmung führte der Linken Parteigruppen und Ueberläufer zu, die lieber einen Gesinnungswechsel fingirten, als zu einer einzelnen Schwäche sich bekannten. — Man sagt, alle Mittel gegen den Unfug seien noch nicht erschöpft gewesen, um zu dem äußersten schreiten zu dürfen. Eine terrorisirte Versammlung konnte sich nicht selbst helfen; Vorlagen der Regierung (wie das Tumultgesetz des Ministerii Auerswald) wurden stillschweigend beseitigt, Anträge aus der Mitte der Versammlung (wie der Fashans'sche und Meusebach'sche) hartnäckig zurückgewiesen; es schien fast, daß eine selbst schon unfreie Majorität die gegen die Unfreiheit ankämpfende Minorität für vogelfrei erklären dürfe. Die gegebenen Executivmittel reichten nicht aus; einer Bürgerwehr, unter deren Augen der 31. Oktober möglich war, konnte die Sicherheit der Versammlung nicht mehr anvertraut werden: hatten sich doch die Bajonette dieser Schutzwehr selbst schon gegen die Freiheit der Abgeordneten in ihrem eigenen Hause gerichtet!! Der Eichmann'sche Erlaß, der das subsidiäre Einschreiten der Militärmacht ankündigte, fand von allen Seiten lebhaften Widerstand: es schien, daß niemand mehr den Muth hatte, sich nur aus der Anarchie heraushelfen zu lassen. Für einen solchen Zustand gab es nur noch ein Radikalmittel — die Verlegung der Versammlung. Die Krone hätte sich selbst und das Volk verrathen, wenn sie von ihrem Rechte nicht Gebrauch gemacht hätte. — Hat es etwa jenen Männern, welche voll Selbstvertrauen sich für die Vertrauensmänner des Landes hielten, und so zudringlich um die Leitung der Staatsgeschäfte sich bewarben, an Muth gefehlt, um die undankbare Aufgabe eines Ministerii Brandenburg zu übernehmen? Dann freilich blieb der Krone nichts übrig, als an dies Ministerium sich zu wenden, obwohl dasselbe zur Zeit noch das fast einstimmige Mißtrauen der Vertreter des Landes gegen sich hatte! — Im Angesichte der 16,000 Mann Truppen, welche Wrangel heute in die Stadt geführt, im Angesicht der Schritte, welche gegen eine ungesetzlich forttagende Versammlung gerichtet werden, glauben wir dennoch nicht an eine Contre-Revolution, wie sie von den Männern des unbefriedigten Ehrgeizes jetzt ausposaunt, und als Brandfackel in das Land geschleudert wird. Wir vertrauen, daß die Krone ihre Macht nicht mißbrauchen wird, und wir glauben an die Versicherung, daß das Ministerium Brandenburg nur berufen ist, durch energisches Handeln der Anarchie und Gesetzlosigkeit ein Ziel zu setzen, um dann einem volksthümlicheren Ministerium Platz zu machen, welches die leichtere Aufgabe haben wird, auf der wiederhergestellten Basis des Gesetzes und der Ordnung mit einer freien Versammlung fort zu regieren.

= **Berlin**, 11. Nov. Noch liegt Alles in dickem Nebel: kaum ein paar Schritte weit vermag man zu sehen! Das Land hat noch nicht gesprochen; die Versammlung kann die Hoheit und Würde, die sie in den letzten Tagen angenommen, unmöglich auf die Dauer behaupten, ohne zu Gewaltmaßregeln zu greifen, zu denen sie kaum die Macht haben wird. In Potsdam herrscht die entsetzlichste Rathlosigkeit, da man sieht, daß selbst Beamte der äußersten Rechten, wie Plönnis, die Verlegung und Vertagung für ungesetzlich halten, daß selbst Gierke, Bornemann, Märker von ihrem früheren Kollegen Auerswald nicht für die entgegengesetzte Ansicht gewonnen werden können. — Versuchen wir unsere Lage zu überblicken! Der Boden des Rechtes ist nach unserer Ansicht für den gegenwärtigen Zustand eben so unfruchtbar als unhaltbar. Der Hof hat sich auf den Boden der Revolution gestellt und mit Recht: er hat einen Staatsstreich unternommen, einzig aus Rücksicht — so zu glauben, ist bis jetzt unsre Pflicht — aus Rücksicht für die salus publica. Mit einer Bürgerwehr, die sich für Aufrechthaltung der Ruhe vollkommen unfähig bewies und die dennoch nie das Militär zu Hülfe rief, mit dieser zu regieren war unmöglich, obwohl man ihr versprochen, Truppen nur auf Requisition der Kommunal-, nicht der öffentlichen Behörden, wie Herr Eichmann sagt, herüberzusenden, und ihr den Wachdienst nur in Folge ihrer eigenen Bitte abzunehmen: noch weniger konnte man mit einer Kammer vereinbaren, deren Majorität es für einen schlechten Witz erklärte, wenn die Minorität gehängt würde. Bis hierhin ist der Hof gerechtfertigt: er mußte eine starke Garnison, trotz seiner Verheißungen, in die Stadt bringen und die Minorität auch gegen den Willen der Mehrzahl schützen. Was mehr geschehen ist, Verlegung und Vertagung, war ein Uebel und verdarb Alles: indem man endlich die Ausführung auch der nothwendigen Maßregeln so unreinen Händen übertrug, drückte man sich selbst den Stempel der Herabwürdigung auf, den bisher die Kammer getragen und der allein den Staatsstreich möglich gemacht. Denn darüber möge sich die Krone nicht täuschen: der gestrige Sieg ist ihr zu Theil geworden nicht durch ihre Kanonen, sondern durch die Entwürdigung unserer N.-V. in den Augen Berlins und des Landes — das Schweigen Berlins am 10. Nov. ist nicht aus Feigheit hervorgegangen, sondern aus dem Bewußtsein, bis auf einen gewissen Punkt mit dem Hofe in Einklang zu stehen. Es kommt Alles darauf an, diesen Punkt zu finden; sobald die Kamarilla ihn überschreitet, wird sie zum Schaden des Thrones und des Landes erfinden, wie wenig 50,000 Mann sind gegen 16 Millionen Menschen — sie wird dann zu spät lernen, daß seit dem 18. März die Bajonette keine selbstständige Macht mehr sind. Mit einem Worte: Wehe der Partei, die zuerst an die Mittel der rohen Gewalt appellirt; die Sachen stehen jetzt hier so, daß nur gesetzlicher Widerstand und eine moralische Revolution zum Siege helfen können. Wird diese Grenze aber nicht verletzt, so mag der gestrige Tag ein segensreicher in Preußens Geschichte sein; dann kann er der Anarchie und dem Mißtrauen ein Ende machen, und wir werden mit frischen Kräften den Weg der Reformen einschlagen. Wo aber liegt die Scheidewand? Es

Digitized by Google

ist unmöglich, ein bestimmtes Urtheil darüber abzugeben, ehe man die Provinzen gehört hat. Entscheiden die Stimmen von dort her für Verlegung, selbst für Reinigung der Kammer, so ist das ein fait accompli, dem Niemand das Recht hat, sich zu widersetzen. Die Krone ist dann in den Grenzen der sittlichen Revolution geblieben und hat die Anarchie nur gebändigt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, seine wahre Meinung nachmals auszusprechen. Auf Eins nur müssen wir hinweisen! Es ist im Interesse des Thrones, den Boden der Revolution möglichst schnell zu verlassen: es ist gefährlicher für ihn, über die Grenze hinauszugehen, als diesseits derselben zu bleiben. Die Sachen stehen für den Augenblick so, daß die Krone den Schein roher unmoralischer Gewalt auf sich geladen, während ihre Gegner auf dem gesetzlichen Boden fußen und mit jeder Stunde mehr Würde und Haltung gewinnen. —

△ **Berlin**, 12. Nov. 6½ Uhr Abends. Wie wir in unserm Schreiben von heute Mittag angedeutet hatten, ist die Erklärung der Staat in Belagerungszustand heute Abend um 5 Uhr wirklich erfolgt. Um diese Stunde wurden die Gitter der Schloßthore geöffnet; ein Offizier trat heraus, ließ einen Trommelwirbel schlagen und verlas den Erlaß des Staatsministeriums. Zu gleicher Zeit wurde dieser Erlaß an allen Straßenecken angeschlagen. Eine Ablieferung der Waffen hat bisher kaum stattgefunden; nur sehr wenige sind eingegangen; diejenigen, welche sie gern abliefern möchten, dürfen oder wollen sich den allgemeinen Beschlüssen nicht entgegensetzen. Die Nationalversammlung war heute Nachmittag unter dem Schutze der Schützengilde und der bewaffneten Maschinenbauer im Schützenhause versammelt. Bassermann, der Reichskommissär, hat sich durchaus für die Maßregeln der Regierung ausgesprochen. In der Stadt steigt die Erbitterung; morgen erwartet man die Haussuchung, viele Gewehre sollen versteckt sein. Das Entfernen der Familien aus Berlin dauert fort, Charlottenburg, Spandau und Potsdam sollen überfüllt sein. Die Erklärung des Belagerungszustandes lautet folgendermaßen:

„Die in hiesiger Stadt eingetretenen Ereignisse haben die ordentlichen Civilbehörden außer Stand gesetzt, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen. Das unterzeichnete Staatsministerium darf daher nicht Anstand nehmen, zu außerordentlichen Maßregeln zu greifen, und erkläret hiermit die Stadt Berlin und deren zweimeiligen Umkreis in Belagerungszustand. Die in dieser Beziehung zu treffenden nähern Anordnungen werden demnach sofort von dem General der Kavallerie von Wrangel, welcher die Truppen in den Marken kommandirt, ausgehen. Berlin, 12. Nov. 1848. Das Staatsministerium. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel.“

Die erwähnten Anordnungen des Generals v. Wrangel sind folgende:

„Im Verfolg des Erlasses des k. Staatsministeriums vom heutigen Tage, wodurch die Stadt Berlin und ihr zweimeiliger Umkreis in Belagerungszustand versetzt worden ist, verordne ich hiermit:

1) Alle Klubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen.

2) Bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20 Personen, bei Nacht keine von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden.

3) Alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr Abends zu schließen.

4) Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden, nachdem das hiesige Polizeipräsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat.

5) Alle Fremden, welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthaltes nicht gehörig legitimiren können, haben bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden die Stadt und deren Gebiet zu verlassen.

6) Fremden, welche bewaffnet ankommen, sind von den Wachen die Waffen abzunehmen.

7) Die Bürgerwehr ist nach der königl. Bestimmung vom 11. d. M., vorbehaltlich ihrer Reorganisation, aufgelöst; während des Belagerungszustandes kann diese Reorganisation nicht erfolgen.

8) Während des Belagerungszustandes dürfen Civilpersonen nur dann Waffen tragen, wenn es ihnen von mir oder dem Polizeipräsidium ausdrücklich gestattet ist. Wer sich mit Waffen betreten läßt, ohne eine solche Erlaubniß erhalten zu haben, wird sofort entwaffnet.

9) Die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen und werden bei Ausführung der von ihnen zu treffenden Maßregeln, insofern sie den vorstehenden Bestimmungen entsprechen, von mir auf's Kräftigste unterstützt werden.

10) Die Stadt Berlin haftet für allen Schaden, welcher bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht an öffentlichem oder Privateigenthum verübt wird.

11) Der Betrieb der bürgerlichen Geschäfte, der königlichen und Privatarbeiten, des Handels und der Gewerbe, wird durch Erklärung des Belagerungszustandes nicht weiter beschränkt.

Berlin, 12. Nov. 1848. Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, General der Kavallerie, v. Wrangel.“

L.C. **Berlin**, 12. Nov. Morgens 10 Uhr. Der Prinz von Preußen ist nach einem gestern Abend allgemein verbreitet gewesenen Gerüchte abgereist; die Einen sagen nach Belgien (?), Andere nach Weimar. *) Man erinnert sich jetzt früher viel besprochener dumpfer Gerüchte von einer Verschwörung der Camarilla, deren Ziel keineswegs die Freiheit des Volkes allein ist. Ueber ihr nächstes Ziel nach Oben hin wird Niemand im Zweifel sein, der die privaten Aeußerungen der Schildträger der Contrerevolution über den Träger der Krone zu vernehmen Gelegenheit gehabt hat. Herr Seadow, der bekanntlich zur Theilnahme an den Berathungen der Nationalversammlung hierher zurückgekehrt ist, hat in Sanssouci, wohin er sich gestern in vermittelnder Absicht begeben hatte, keinen Zutritt erlangen können. Eben so wenig Hr. Bornemann. — Vor wenigen Stunden sollen mehrere Schützengilden benachbarter durch die Eisenbahnen bald zu erreichender Städte eingetroffen sein. (Magdeburger und Stettiner, wie eine andere Nachricht meldet.)

△ **Berlin**, 12. Nov. Die Ereignisse schreiten schnell bei uns. Die Proklamation des Königs, auf die wir mehrmals hingedeutet, ist erschienen, mit ihr aber auch ein Ministerialreskript, welches die Auflösung der Bürgerwehr anordnet. Der gute Eindruck, den jene hervorzurufen geeignet ist und wirklich hervorgerufen hat, wird durch dieses Reskript wieder verlöscht. Allgemein bekannt wurde die bedeutungsvolle Maßregel erst heute morgen, nachdem Rimpler und die Majore der Bürgerwehr bereits gestern Abend abgedankt und die Nacht hindurch überall Versammlungen stattgefunden hatten. Bis jetzt haben die meisten Bezirke beschlossen, die Waffen nicht freiwillig abzuliefern, sondern sie nur bei Anwendung von Gewalt, d. h. bei Haussuchungen, abzugeben. Der Ablieferungstermin ist heute Nachmittag 5 Uhr. Nach dieser Frist sind also entscheidende Maßregeln zu erwarten, zu denen das Ministerium ohne Zweifel entschlossen ist, nachdem die Nationalversammlung alle Behörden, welche sich an der Entwaffnung betheiligen würden, zu Verräthern am Vaterlande erklärt hat. Dieser Beschluß der Nationalversammlung steht seit heute früh an allen Ecken angeschlagen und trägt nicht wenig dazu bei, den Beschluß der Bürgerwehr in Betreff der Nichtauslieferung der Waffen zu befestigen. Daneben ist heute Nachmittag wieder eine Zusammenkunft der Nationalversammlung im Schützenhause zu erwarten, die nach dem erwähnten Beschlusse der Nationalversammlung von der Regierung nicht mehr ignorirt werden kann. Dessen ungeachtet zweifeln wir, daß man zu einer Aufhebung derselben und zu einer Verhaftung ihrer Mitglieder schreiten werde; der Konflikt, den man so lange als möglich vermeiden will, würde dadurch herbeigeführt. Wir halten es für wahrscheinlicher, daß, wenn um 5 Uhr die Auslieferung der Waffen nicht erfolgt ist, die Stadt in Belagerungszustand erklärt werden wird. Durch diese Maßregel würde man nicht allein die Entwaffnung sicherer vornehmen können, sondern es würde auch die Nationalversammlung in die Reihe der Versammlungen und Clubs treten, die natürlich mit dem Belagerungszustande verboten werden. Erst, wenn die Nationalversammlung dann nach zusammen bliebe, würde man Gewalt anwenden. Die Bürgerwehr ist bis zu diesem Augenblick fest entschlossen, jeden Conflikt zu vermeiden; weniger gewiß ist dieß von dem bewaffneten Maschinenbauercorps, gegen 4000 Mann, welches die Waffen unter keinen Umständen ausliefern will. — Sie sollen sich in ihren Werkstätten

*) Wird uns auch von anderer Seite berichtet, mit dem Zusatze, der Thronfolger sei mit dem Könige entzweit.

Geschütze zu gießen gewußt haben. Merkwürdig gegen die innere Aufregung kontrastirt die äußere Ruhe der Stadt; nur an den Ecken stehen dichte Gruppen, welche die Plakate lesen. Es ist eine Ruhe der Resignation und der Erwartung. Man wartet, was die Provinzen sagen werden. Bis jetzt hat man aus denselben noch wenig gewisse Nachrichten; die zahlreich umgehenden Gerüchte müssen daher mit doppelter Vorsicht aufgenommen werden. In Breslau, sagt man, stehe das Palais des Grafen Brandenburg in Brand; das Militär sei ausgerückt und bombardire die Stadt. Die neuesten Breslauer Zeitungen melden aber nichts davon; auch können wir mit Bestimmtheit versichern, daß bis jetzt, 2 Uhr Mittags, keine telegraphische Depesche derart hier angelangt ist. —

Eben so ungegründet ist das Gerücht, daß die abgetretenen Majore der Bürgerwehr die Listen verbrannt hätten, worin die Inhaber der Waffen verzeichnet waren. Wozu sollte auch ein solcher Schritt nützen? Ist die Regierung entschlossen, die Entwaffnung durchzuführen, so wird sie darauf bestehen, diejenigen Waffen, welche sie ausgegeben hat, eingeliefert zu erhalten. Und die Regierung scheint mit aller Konsequenz handeln zu wollen. — Die Nationalversammlung geht andererseits in ihrer Konsequenz so weit, daß sie nicht allein den Maßregeln der Regierung offenen Widerstand entgegensetzt, sondern auch die Stellvertreter derjenigen Deputirten einberuft, welche der Vertagung der Nationalversammlung Folge geleistet haben. — Sehr bedeutsam ist der Umstand, daß der Abgeordnete Rintelen, Geh. Ober-Tribunalrath, als Justizminister in das Ministerium getreten ist. — Die städtischen Behörden stehen durchaus auf Seiten der Nationalversammlung. Der Magistrat hat sich geweigert, die Entwaffnung der Bürgerwehr durchzuführen. Die Börse hat der Nationalversammlung unbeschränkten Kredit angeboten. „Natürlich, äußerte der Abgeordnete für Jülich, daß die Bourgeoisie zu uns steht; sie fühlt sehr wohl, daß, wenn wir noch einen Schritt weiter gedrängt werden, wir uns dem Volke in die Arme werfen müssen."

✕ **Berlin**, 12. Nov. Die Krisis, in der wir uns befinden, ist eine ungeheure, von tiefgreifender, weit reichender Bedeutung für Preußen und für Deutschland. Alles scheint sich umgewandelt zu haben. Die Landesversammlung, sonst zerfahren in wilde Parteiung und Hader, zeigt sich einig, ruhig und klar; die Regierung, sonst schüchtern und jeden Konflikt vermeidend, die Regierung, die so oft den Bürgern sich anvertraut hat, tritt ihnen jetzt schroff entgegen und stützt sich auf die Macht ihrer Soldaten, auf die Macht, die man im März für alle Zeiten vernichtet glaubte; die tobenden Volksmassen, das Geschmeiß der Demagogen sind verschwunden. Die Haltung der Stadt ist ruhig, erwartend; es herrscht die unheimlichste Spannung und ein bedeutsames Durcheinanderwogen, aber jeder ist sich der Größe der Gefahr bewußt. Lärm machen nur die unschuldigen Kinder auf der Straße. — In dieser Lage suchen wir nach etwas Festem. Wo finden wir einen Punkt, an den wir uns halten? Wir müssen zuerst nach dem Recht fragen. Hat die Regierung das Recht die Landesversammlung zu verlegen und zu vertagen? Die Versammlung selbst verneint es; aber wo steht denn das Gesetz, auf das Hr. Berg immer pocht? wo steht etwas geschrieben von den absonderlichen Rechten konstituirender Versammlungen? Wenn auch Männer wie Bornemann, entgegengesetzt denken, viele gute und freiheitsliebende Bürger können das Ungesetzliche in dem Schritt der Krone nicht finden. Aber freilich nicht diese spitzen Fragen nach Recht und Unrecht entscheiden die Geschicke der Völker. Der Biteger, der den ungeheuern Unterschied zwischen heute und gestern fühlt, wird nicht lange zweifeln, er steht auf Seiten der Landesversammlung, der Vertreter, die er mit gewählt hat und die man nun aus ihrem Hause anweist wider ihren Willen. Und es geschieht noch Alles, um die Erbitterung zu steigern. Ein Ministerium aus verhaßten Namen trotzt dem Mißtrauen der Volksvertreter; ungeachtet der größten Mäßigung und Zurückhaltung wird die Bürgerwehr aufgelöst. Es ist wahr, dazu gibt das Gesetz der Regierung die Befugniß, es fordert aber „wichtige in der Ordre zu bezeichnende Gründe" der Auflösung, und wer könnte dafür Rumpler's Weigerung halten, die Versammlung zu sprengen? Auch durch die schroffe, in möglichst herber Form ausgeübte Uebernahme der Wachen durch die Truppen ist die Bürgerwehr in höchstem Grade verletzt. Unter solchen Umständen wird durch die, immerhin wohlgemeinte, Proklamation des Königs wenig oder gar nichts erreicht. Solche Erlasse haben, wenigstens hier, ihre wirksame Kraft völlig verloren. Die Schritte des Ministeriums Brandenburg, wenn auch gesetzlich zulässig, stehen in entschiedenem Gegensatz zu der öffentlichen Meinung, einer Macht, die Niemand ungestraft verletzt. In der Leidenschaft des Parteikampfes konnte es wohl bisweilen zweifelhaft sein, wohin diese Meinung sich neigte, und doch mußte auch damals schon der besonnene Beobachter sehen, daß die öffentliche Meinung weder in den demokratischen Klubs, noch in den Preußenvereinen ihren eigentlichen Ausdruck finde. Jetzt aber, da das Gezänk und die äffische Uebertreibung einer ernsteren Stimmung gewichen ist, spricht sich diese öffentliche Meinung hier und in den Provinzen klar und entschieden aus. Konstitutionelle und Demokraten vereinigen sich in dem Streben, daß die Regierung dem Gesammtwillen des Volkes entspreche, der durch seine gesetzlich gewählten Vertreter seinen Ausdruck findet. Ein dauernder Widerspruch mit diesem Willen ist fortan unmöglich. Die Regierung konnte den Exzessen des Berliner Pöbels unter der Zustimmung aller Vernünftigen selbst mit dem Belagerungszustande entgegentreten; aber sobald sie mit der Landesversammlung brach, war ihr Ansehen im höchsten Grade gefährdet. Und wahrlich, thörichte Räthe sitzen an den Stufen des Thrones. Glauben sie denn, daß eine Versammlung in Brandenburg viel anders als diese stimmen würde? Die Opposition drängt diese natürlich immer weiter links; die offene Mißachtung erweitert die Kluft zwischen der Krone und dem Volk, sie wird nicht dazu beitragen, der Krone mehr Rechte zu verschaffen. Schon jetzt sind die Schritte der flüchtigen Landesversammlung so feindselig, daß der Regierung nichts übrig bleibt, als sie aufzulösen. Und was dann? Wie zweifelhaft ist, zumal unter diesen Umständen, das Ergebniß neuer Wahlen! Und es würde sich noch fragen, ob das Land wählen wird. Das ist von jeher ein entsetzlicher Wahn gewesen, man könne dem Volk die Zügel schießen lassen, und es müsse dann doch nach dem Willen dessen gehen, der früher die Zügel in Händen hatte. — Graf Brandenburg hat die preußische Monarchie auf die Spitze des Degens gesteckt! Wie, wenn die Macht wankt, auf die er baut? Es schaudert einem bei diesem Gedanken, denn wenn auch dies Band, das Band der militärischen Zucht, sich lockern sollte, was hülfe da noch der Thron? Und mit den Thronen, das ist unser fester Glaube, würde in nächster Zukunft alle edle Sitte, alle Ordnung zusammenbrechen, Alles, was dem Deutschen hoch und heilig ist. — Gegen das Ministerium Brandenburg unternimmt die flüchtige Landesversammlung einen entschiedenen aber waffenlosen Widerstand. Folgt ihr das Land auf diesem Wege, so wird die Krone sich bald genöthigt sehen, nach andern Räthen zu greifen, es wird dann mit diesem militärischen Wesen bald zu Ende sein. Läßt sich aber die Erbitterung nicht zurückhalten, bricht sie irgendwo aus — und kaum kann man wilden Schaaren der Arbeiter und ihren Lenkern so viel Mäßigung zutrauen — dann steht Alles auf dem Spiele. Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen. Wird Frankfurt dann dabei nur das Ansehen haben? Wir vertrauen der Nationalversammlung und wünschen nur, daß die Ereignisse nicht schon vorher eine friedliche Lösung unmöglich machen.

< **Berlin**, 12. Nov. So ständen wir denn unter der Herrschaft des Degens! Die Aufregung ist sehr groß und richtet sich nicht blos gegen die Diener der Krone, sondern gegen die Krone selbst. Eben Nachmittags 12 Uhr war ich Zeuge eines Auftritts, wo dieser deutlich die Stimmung der Menge zeigt. Am Intelligenzcomptoir kamen Zettelanschläge heraus mit Proclamationen des Königs und der Minister, worin die beliebten Versicherungen von der Absicht die „verheißenen" Freiheiten keineswegs zu schmälern, abermals wiederholt werden, am Ende steht: „Dazu wolle Gott seinen Segen geben." Die Proklamationen wurden den Trägern förmlich aus den Händen gerissen, dann einzeln zerrissen und zertreten, namentlich mit den Hacken der Name des Königs gesucht. Ein paar kleine Jungen liefen zu ihren Müttern und zeigten die Schrift und sagten: „Sieh mal Mutter, wie hier der Name Gottes gemißbraucht ist." Dahin mußte es also kommen, daß es vier Junkern gelungen ist, in dem Volke auch den letzten Ueberrest von Liebe gegen das Herrscherhaus zu tilgen. Man versucht an mehreren Orten, die gemeinen Soldaten von ihren Pflichten abwendig zu machen. — Auf den Straßen ist es sehr belebt und Bestürzung auf allen Gesichtern. Eben, 1 Uhr, wird durch Patrouillen die Einquartirung aus den Häusern geholt. Bis jetzt, 5 Uhr, ist nichts Außerordentliches vorgefallen, ich machte einen Gang durch die Stadt. Die Thorwachen sind alle mit Militär besetzt; das Zeughaus hat eine sehr verstärkte Besatzung, die Artillerieschule, aus

Digitized by Google

der sonst nur Offiziere aus den Fenstern sahen, wimmelt von Infanterie, in den Schloßhöfen stehen übre tausend Mann. Der eeste Schloßhof (westlich) ist duech die bekannte Gitterthüee gesperrt, durch die hindurch die Menge sich mit den innestehenden Soldaten unterhält, der zweite Hof ist füe die Passage frei, ist abee ebenfalls staek besetzt. Alle Soldaten sind natürlich kriegsmäßig bewaffnet, mit vollständigem Gepäck und Brod. Die Proclamation Bardeleben's, die die Auslieferung der Waffen dee Bürgerwehr anordnet, ist niegend mehr an den Mauern zu eeblicken. Auch ist die Bürgerwehe entschlossen, diesen ungesetzlichen Zumuthungen keine Folge zu leisten, sondeen sich der Waffen erst zu entäußeen, wenn die Soldaten in die Häuser bringen werden und sie sich mit Gewalt holen. Das Ministerium muß, das ist klae, wenn es consequent seine Befehle durchführen will, nach der Reihe alle Volksfreiheiten vernichten. An die Volksvertretung und Volksbewaffnung hat es bereits die Hand gelegt, es muß nothwendig, da der „Club Unruh" seine Berathungen fortsetzt, nun das Recht der Versammlung, endlich das Recht der freien Presse suspendiren. Und was dann?

Preußischer Reichstag.

Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Nov. im Hause der Schützengilde.

Eine Menge Volk umsteht das Haus; Spaliere sind wieder gebildet; jubelnde Hoch's begrüßen die Abgeordneten. — Eine große Zahl von Deputationen, namentlich hiesiger, finden sich ein, um der Nationalversammlung ihre Anerkennung auszusprechen.

Präs. v. Unruh eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr. — Schriftführer Parrisius verliest das Protokoll; Schulz — Minden erkläre, nicht für den Waldeck'schen Antrag mitgestimmt zu haben; ebenso Zacharia. — Ein Abgeordneter vom Platz: „ich finde es nicht rechtlich zulässig, daß, nachdem gestern erklärt ist, der Antrag sei einstimmig angenommen, heute nachträglich einige Abgeordnete ihr abweichendes Votum bemerklich machen." — Präs. v. Unruh: „wenn ich mich gestern geirrt habe, so ist eine Berichtigung dieses Irrthums allerdings zulässig. — Das Protokoll wird für angenommen erklärt.

Präs. v. Unruh: es sind wieder viele Adressen eingegangen; ich habe sie der Petitions-Kommission zugewiesen. — Ich zeige ferner an, daß sich statt des Abgeordneten von Ankevorr dessen Stellvertreter, der Mühlenmeister Pape, freiwillig hier eingefunden hat (Beifall); ebenso ist Neuhaus als Stellvertreter des erkrankten Abgeordneten Abegg eingetreten. (Bravo!) Es ist ferner eine Adresse von der Abgeordnetenversammlung in Meklenburg eingegangen; ich finde mich veranlaßt, diese selbst vorzulesen; sie lautet:

„In der heutigen Sitzung der Abgeordneten beider Meklenburg ist beschlossen worden, im Namen des meklenburgischen Volkes unter Zusicherung jedes möglichen Beistandes der konstituirenden Nationalversammlung in Berlin zu erklären, daß sie, wie sie gethan, recht gehandelt und Deutschlands Ehre gewahrt habe. (Stürmischer Beifall unterbricht den Präsidenten.) Der unterzeichnete Gesammtvorstand der Abgeordneten beider Meklenburg ist beauftragt, diesen Beschluß zur Kenntniß der hohen Nationalversammlung zu bringen, und zögert nicht, diesem Auftrage zu entsprechen. Schwerin, den 11. November. Der Gesammtvorstand der meklenburgischen Abgeordneten-Versammlung. Moritz Wiggers, Präsident. Dr. Spangenberg, Schriftführer.

Langanhaltender Beifall folgt der Verlesung dieses Antrages; die ganze Versammlung erhebt sich unter dem Applaus der Tribünen von ihren Sitzen.

Präsident v. Unruh: Es ist dem Präsidium nicht zweifelhaft, daß die Versammlung vollzählig ist. — Ich gebe dem Berichterstatter der Petitionskommission das Wort.

Berichterstatter Elsner gibt Mittheilungen über die eingelaufenen Adressen: vom konstitutionellen Club in Magdeburg, von den verschiedenen Clubs in Stettin, aus Anklam u. a.; der Haupt-Rustikalverein in Schlesien erklärt, daß er beschlossen habe, von jetzt ab keine Steuern mehr zahlen zu wollen, bis die Nationalversammlung über deren Einziehung beschlossen habe. (Lauter Beifall.) — Der Berichterstatter fügt hinzu, daß noch 37 andere Adressen eingegangen seien. — Präsident v. Unruh: Zu morgen steht nach dem Geschäftsreglement die Neuwahl des Präsidenten bevor; es ist der Antrag gestellt, die Wahl schon heute vorzunehmen. — Die Versammlung tritt sofort diesem Antrage bei. — Es wird außerdem angezeigt, daß der Abgeordnete Strybel (Kreis Schildberg) von seinem Urlaub zurückgekehrt und wieder in die Versammlung getreten ist; der Abgeordnete Müller (Solingen) ist nur durch Krankheit verhindert, heute zu erscheinen.

Der Namensaufruf zur Wahl des Präsidenten beginnt. Während des Scrutiniums werden sodann die Stimmzettel für die Wahl des Vicepräsidenten abgegeben.

Während der dadurch entstehenden längeren Pause entsteht natürlich lebhafte Unruhe: man unterhält sich in den Vorsälen von dem Gelingen oder Mißlingen eines Vermittelungsversuches, den Grabow heute beim Könige unternimmt, von der Möglichkeit einer nahblutigen Entscheidung, von dem Gerüchte über die Zurücknahme der Auflösung der Bürgerwehr und dergl.

Präsident Phillips verkündet das Resultat der Präsidentenwahl: gestimmt haben 248; die absolute Majorität ist 125; Stimmen haben erhalten: die Abgeordneten v. Unruh 245, Grabow 1, Waldeck 1, einer war ungültig. — Ich proklamire also (mit erhobener Stimme) den Abgeordneten v. Unruh zum Präsidenten der preußischen Nationalversammlung." — Stürmischer, anhaltender Beifall der Abgeordneten und Zuhörer.

Präsident v. Unruh: „Meine Herren, in einem Augenblicke, wie der jetzige, können Sie von Mir nicht eine lange Rede erwarten. Nehmen Sie von mir die heilige Versicherung, daß ich nicht freiwillig von meinem Posten weichen werde" (Stürmischer, langanhaltender Beifall). — Abgeord. Temme: auch wir schwören, nicht von unseren Stellen zu weichen (Beifall). — Abg. von Berg beantragt: die Versammlung wolle ihren Präsidenten ermächtigen, der Versammlung der Abgeordneten Mecklenburgs den Dank der preußischen Nationalversammlung für ihre Adresse auszudrücken, welche die erste ist, die das Vertrauen der preußischen Nationalversammlung auf die Vertreter der deutschen Volksstämme rechtfertigt. Die ganze Versammlung erhebt sich zur Unterstützung. — Abg. v. Berg: daß wir diese Adresse erwidern, hat seine Begründung darin, daß sie von einer uns gleichstehenden Versammlung ausgegangen ist (Bravo). Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Präsident v. Unruh erklärt, daß täglich und stündlich Deputationen ankämen, die oft lange warten müßten; er schlage daher vor, das Präsidium zu ermächtigen, abwechselnd im Lokale der Nationalversammlung diese Deputationen zu empfangen und sich nöthigenfalls vertreten zu lassen — angenommen.

Nachdem Präsident v. Unruh dann die beiden gestern ernannten Commissionen aufgefordert hat, sich morgen früh zu versammeln, wird die Sitzung um 5 Uhr geschlossen; die nächste ist morgen 11 Uhr.

Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß auch jetzt beim Hinaustreten das Volk seine Vertreter mit freudigem Zuruf beehrte; bis in die neue Königsstraße hinein standen heute die Reihen, durch die wir unsern Weg nahmen, und noch fernhin hörten wir den Jubel des Volkes: „Die Nationalversammlung lebe hoch!"

Berliner Nachrichten.

* Berlin, 12. November. Der Kommandeur der Bürgerwehr, der Stab, die Majore, viele Hauptleute und Bezirksvorsteher haben gestern Abend ihre Stellen niedergelegt und ihre amtliche Thätigkeit eingestellt, um nicht genöthigt zu sein, bei der Entwaffnung der Bürgerwehr in irgend einer Weise die Hand zu bieten. Durch die Abdankung sämmtlicher Führer und der Bezirksvorsteher fällt nämlich die Möglichkeit fort, die Entwaffnung durchzuführen, da die im Besitz der Behörden befindlichen Listen niemals vollständig waren, die Listen der Hauptleute und Bezirksvorsteher aber gar nicht mehr vorhanden sind und jede Auskunft von Personen, welche als Beamte nicht mehr in Funktion sind, verweigert werden wird. Soweit ist auch dieser Schritt nur ein Glied jener Kette von Maßregeln, welche in den letzten 4 Tagen ein großartiges System passiven Widerstandes gegen die Willkür eines freiheitsfeindlichen Ministeriums constituirt haben.

Mitbürger! Krone und National-Versammlung sind im Konflikt, jede appellirt an das Volk, die Krone befiehlt die Auflösung der Bürgerwehr und Niederlegung der Waffen; die Nationalversammlung erklärt jeden für einen Landesverräther, der diese Maßregeln mit Gewalt durchführt. In diesem Augenblick erwartet Ihr die Stimme Euerer Vertreter, wir, mit der Nationalversammlung beschwören Euch, keinen offenen Widerstand der Gewalt entgegen zu setzen. Im Kampfe unterliegt die Freiheit, im ruhigen Widerstande wird sie siegen. Das ganze Land wird sich für uns und die gerechte Sache entscheiden. Wir haben uns von Neuem an des Königs Majestät gewendet, und jeder Augenblick kann uns eine Ausgleichung bringen, welche die Wohlfahrt des Landes rettet. Jeder thätliche Widerstand würde für den Einzelnen verderblich, für unsere gerechte Sache erfolglos und die Veranlassung sein, die Stadt in Belagerungszustand zu erklären, welcher die Freiheit der Presse aufhebt, und das Recht der freien Versammlung.

Die Stadtverordneten von Berlin.

Berlin, 12. Nov. Jedermann sieht, wie über Berlin nicht ausgesprochenermaßen, aber faktisch ein provisorischer Belagerungszustand verhängt wird. In dem Schloß sind, wie wissen nicht wir viele Bataillone Infanterie und dem Vernehmen nach 18 Kanonen mit der zugehörigen Bedienung postirt. Die Gitter sämmtlich geschlossen; innerhalb Soldaten, außerhalb das Volk, beide nur durch die Eisenstäbe getrennt, theils ruhig sich betrachtend, theils in freundlichem Zwiegespräche. Die Bauakademie, die Münze, die Bank, die Hausvogtei, die Seehandlung, andere strategisch-interessante Punkte, mit starken Besatzungen versehen; ebenso das sogenannte Ordonnanzhaus in der neuen Königsstraße zunächst der Linienstraße, wo die Nationalversammlung tagt.

Weder bei dem Einzuge des Königs, als er sich in Königsberg hatte huldigen lassen, noch in den Tagen des März sahen wir so viel Menschen in Anregung wie heute den Schloßplatz, die Königsstraße, den Alexanderplatz und die neue Königsstraße, auf und abwogen, um zu sehen, zu hören, daß die Vertreter des preußischen Volkes unter dem Schutz des Volks von Berlin sicher ihre Berathungen fortsetzen. Allgemein erzählte man sich von den Mitgliedern der Schützengilden, die sich von Magdeburg, Breslau, Frankfurt und Stettin eingefunden, um sich der Nationalversammlung zur Verfügung zu stellen; von 12 bis Mittag, und 37 im Laufe des Nachmittags eingegangenen Adressen verschiedener Städte an die Nationalversammlung, insbesondere von der Adresse des vereinigten Landtags der Großherzogthümer Meklenburg-Strelitz und Schwerin, die mit rauschendem Beifall verlesen wurden.

Wir haben mitgetheilt, daß die Führer der Bürgerwehr, um das System des passiven Widerstandes konsequent durchzuführen und nicht in die Lage zu kommen, zu der ungesetzlichen Maßregel der Entwaffnung irgendwie mitwirken zu sollen, gleich den meisten Bezirksvorstehern ihre Aemter niedergelegt haben. Die Bürgerwehrmänner traten indeß unter Mittag alle in ihren Bezirksversammlungen zusammen, um sich über die zur Vertheidigung gegen weitere ungesetzliche Angriffe einzunehmende Haltung zu verständigen.

Digitized by Google

Der Preußische Staatsanzeiger enthält folgende Bekanntmachungen:

Bekanntmachung.

Obgleich Se. Majestät der König, dem Rechte der Krone gemäß, mittelst Allerhöchster Botschaft vom 8ten d. M. die Verlegung der, zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg und deren Vertagung bis zum 27. d. M. angeordnet hat, so fährt doch ein Theil der Abgeordneten zu dieser Versammlung noch fort — statt sich der Anordnung zu fügen und zur festgesetzten Zeit in Brandenburg, fern von dem Einflusse gesetzwidriger Einwirkungen, die dem Volke und der Regierung gestellte Aufgabe in würdiger Weise lösen zu helfen — hier Sitzungen zu halten und Beschlüsse zu fassen, welche die beklagenswerthesten Folgen herbeiführen und den Frieden gewaltsam stören müssen, aus welchem allein nur die allseitige Wohlfahrt hervorgehen kann. Dieses gesetzwidrige Verfahren erscheint um so weniger gerechtfertigt, je maßloser und unbegründeter die Beschwürfe sind, mit welchem die Mitglieder des Staats-Ministeriums belastet werden. Beseelt von dem reinsten Streben, die, in der heutigen Proclamation Sr. Majestät des Königs wiederholt ausgesprochenen, Verheißungen auf das Gewissenhafteste zur Erfüllung zu bringen und die Wohlfahrt des Volkes auf dem Grunde einer wahren Freiheit herbeizuführen, muß das Staats-Ministerium jeden verläumderischen Angriff auf sein Pflichtgefühl und seine Absichten entschieden zurückweisen.

Das Staats-Ministerium sieht sich durch das Verfahren der erwähnten Abgeordneten veranlaßt, hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß Verhandlungen und Beschlüsse, welche von Seiten jenes Theils der Versammlung, seit ihrer Vertagung, ausgegangen sind, oder etwa noch ausgehen möchten, aller und jeder Gültigkeit entbehren, daher auch von der Regierung Sr. Majestät des Königs in keiner Weise anerkannt werden können. — Das Publikum wird deshalb in seinem eigenen Interesse wohlmeinend gewarnt, sich durch das ungesetzliche Verfahren der hier noch versammelten Abgeordneten nicht zu Handlungen verleiten zu lassen, wodurch die öffentliche Ordnung irgendwie gestört wird, und welche in keinem Falle ungeahndet bleiben würden.

Berlin den 11. November 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha.
von Manteuffel.

Bekanntmachung.

Da der Magistrat hiesiger Residenz seine Mitwirkung bei der Ausführung der Allerhöchsten Verordnung vom 11ten d. M. in Betreff der Auflösung der Bürgerwehr Berlins verfügt hat, weil den Gemeinde-Behörden eine solche Obliegenheit durch das Bürgerwehr-Gesetz vom 17ten Oktober d. J. nicht ausdrücklich auferlegt sei, so ist das Königliche Polizei-Präsidium von dem Ministerium des Innern beauftragt worden, die Niederlegung der der Bürgerwehr vom Staate gegebenen Waffen an geeigneten Orten zu bewirken.

Es werden demnach alle Bürgerwehrmänner, mit Einschluß der Mitglieder der fliegenden Corps, hiermit aufgefordert, die ihnen übergebenen Waffen in den nachstehend bezeichneten Orten im Laufe des heutigen Tages bis 5 Uhr Nachmittags einzuliefern. (Es werden 5 Zeughäuser und Kasernen bezeichnet.)

Die Ablieferung wird durch eine Quittung der mit der Empfangnahme beauftragten Polizeibeamten und des zur Assistenz abgeordneten Offiziers bescheinigt, damit der Abgeber sich später legitimiren kann.

Die Waffen werden in den angegebenen Lokalen bataillonsweise zusammengestellt und mit der betreffenden Nummer bezeichnet, so daß sie bei der Reorganisation der Bürgerwehr den einzelnen Theilen in derselben Ordnung zurückgegeben werden können. Die Waffen bleiben nach Vorschrift des §. 3. der Verordnung, betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober d. J., im Besitze der hiesigen Gemeinde und werden für dieselbe in Verwahrung genommen.

Es darf gehofft werden, daß die betheiligten Einwohner dieser Aufforderung ungesäumt nachkommen werden, indem es die ernstesten Folgen herbeiführen würde, wenn nicht eine vollständige Ablieferung der Waffen in der festgesetzten Frist stattfinden sollte.

Berlin, 12. Nov. 1848.

Das Königliche Polizei-Präsidium.

Frankfurt a. d. O. Hier ist folgendes Plakat erschienen: „Freitag, den 10. Nov. In einer Versammlung hiesiger Bürgerwehr ward beschlossen, in Anbetracht des dennrubigenden Gerüchtes, daß das hier garnisonirende Bataillon den Befehl habe, sich zum Abmarsch nach Berlin bereit zu halten, eine Deputation an den kommandirenden General v. Wrangel zu senden, um Aufschluß von demselben hierüber zu erhalten, und ihm die Mittheilung zu machen, daß die Bürgerwehr es für ihre Pflicht halte, einem solchen der Volksfreiheit gefährlichen Unternehmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Die Deputation begab sich sofort zum kommandirenden General und wurde von demselben, nach Entledigung ihres Auftrages, dahin beschieden: Es sei nicht seine Pflicht, derartige Befehle der Oeffentlichkeit anheim zu geben, indessen wolle er die Erklärung geben, daß bis jetzt ein solcher Befehl ihm nicht vorliege, es könne derselbe jedoch zu jeder Stunde eintreffen und würde er in diesem Falle so handeln, wie es seine Stellung erheische; es ständen ihm hier 1000 Mann zu Gebote, welche „mit den Kugeln im Laufe sich schon Luft machen würden." Auch mache er darauf aufmerksam, daß er nicht nur die höchste Militär-, sondern auch Civil-Behörde hierselbst sei und ihm als solcher ebenfalls das Recht zustehe, für seine Zwecke die Bürgerwehr zu requirriren. Die Deputation erklärte hierauf, daß die hiesige Bürgerwehr mit der Majorität der Nationalversammlung zu stehen oder zu fallen gesonnen sei. Das interim. Kommando der Bürgerwehr."

Halle, 10. Nov. Hier und in der ganzen Provinz bilden sich bewaffnete Freischaaren, die bereit sind, sobald der Volksvertretung Gefahr droht, zum Schutze derselben hinüberzueilen.

** **Köln**, 12. Nov. Seit gestern Nachmittag ist wieder viel Unsinn, nicht bloß in Vorschlag, sondern auch in Ausführung gebracht; ich brauche bloß den hervorzuheben, daß sich die gestrige sogenannte Volksversammlung permanent erklärt hat. Doch ich werde wohl einigermaßen chronologisch verfahren müssen. Die Permanenzerklärung der Versammlung datirt von gestern Abend, als die Deputation an den Stadtrath abging, um den Bescheid derselben sofort entgegen nehmen zu können. Unglücklicherweise kam diese Deputation ohne allen Bescheid zurück, als den, daß der Stadtrath zweimal, aber in nicht beschlußfähiger Zahl versammelt und deßhalb nicht im Stande gewesen sei, sich auszusprechen. Die permanente Volksversammlung woe noch diesem Resultat doch vernünftig genug, einstweilen auseinander zu gehen; heute morgen aber stand zuvörderst an allen Straßenecken der Wortlaut der Adresse zu lesen, welche gestern beschlossen worden, und heute Mittag um 1 Uhr wurde die Volksversammlung abermals eröffnet. Nochmals verfügte sich eine Deputation nach dem Rathhause, um die wiederholte Ansetzung einer Stadtrathsitzung noch auf den heutigen Tag, und neben der Beitrittserklärung zur Adresse auch die sofortige Erwägung der Wiederbewaffnung der Stadt zu verlangen. Es kam der Bescheid zurück, daß der Stadtrath auf halb 5 Uhr zu einer dritten Sitzung eingeladen sei und daß die Bewaffnungsfrage jedenfalls in nächster Woche zur Verhandlung komme. Herr Raveaux hat durch einen Freund die Erklärung abgegeben, er werde, wenn an den Stadtrath der Antrag gestellt werde, die Bewaffnungsfrage noch vor der Tagesordnung zu berathen, diesen Antrag zu seinem eigenen machen. Es wurde die Mittheilung gemacht, daß sich zwei aus Berlin „weggelaufene" Deputirte, die Herren Landgerichtsrath Haugh und Appellationsgerichtsrath Gräff in der Stadt befinden und es wurde sofort der Antrag gestellt, die ganze Versammlung solle sich in geordnetem Zuge, eine Kommission voran, nach der Wohnung dieser beiden Herren begeben, um von ihnen die Gründe zu erfahren, welche sie zur Abreise von Berlin bewogen. Eben, um 4 Uhr Nachmittags, bewegt sich der Zug, aus mehreren tausend Menschen bestehend, durch die Straßen. P. S. Kurz vor Postschluß noch einige Zeilen. Der Zug ist unverrichteter Sache, oder in größter Ordnung, wieder zurückgekehrt. Die beiden Herren, denen er galt, waren, wahrscheinlich schon von seinem Kommen unterrichtet, nicht zu Hause. Die Volksversammlung ging dann ihren Gang fort. Was sagen Sie zu dem folgenden Passus des Bürgers Weill? „Sonst haben die Könige gepfiffen und das Volk mußte tanzen; jetzt wird das Volk pfeifen und dann tanzen die Könige. Aber der Mann, der jetzt in Berlin das Haupt so hoch trägt, soll nicht in unserem Lande tanzen; wir wollen pfeifen, bis er jenseits der See mit den andern Despoten tanzt, welche dort ein Asyl gefunden." Endlich erschien die Deputation vom Rathhause mit dem Bescheid, daß der Stadtrath sich der Adresse der Versammlung mit 11 gegen 10 Stimmen angeschlossen und nur den Passus „mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln" in die Worte „mit allen gesetzlichen Mitteln" umgewandelt habe. Unter den Stimmen dagegen wurden die Namen Stupp (Abgeordneter in Berlin) und Dumont (Herausgeber der Kölnischen Zeitung) genannt. In diesem Augenblick berath der Stadtrath die Bewaffnungsfrage.

Posen, 6. Nov. Ein Privatbrief aus der Gegend von Slupce meldet uns, daß dort am 3. d. wieder neun russische Kavallerie- und Infanterie-Abtheilungen eingerückt waren, und daß die ganze preußische Grenze stärker mit Truppen besetzt worden ist. Man glaubt dort, daß der größte Theil des russischen Heeres, das bisher jenseits der Weichsel stand, auf das linke Weichselufer übergesetzt sei.

† **Posen**, 10. Nov. Eben ist die Nachricht aus Frankfurt angelangt, daß in unserer Sache die energische motivirte Tagesordnung, von der uns vorher berichtet worden, angenommen worden sei. — Jubel erfüllt die Stadt und Dankadressen an die Nationalversammlung werden bald die Spalten der Blätter bringen, in welchen bis jetzt immer noch Proteste auf Proteste kommen. — Auf der Bromberger Versammlung vor 5 Tagen waren 200 Deputirte allein aus den Kreisen gegenwärtig. Der deutsche Bund ist beschlossen und wird bald von sich hören lassen. In diesem Augenblick befinden sich fast sämmtliche polnische Deputirte aus Berlin hier, um auf den Ligaversammlungen thätig zu sein. Es handelt

Uebersicht.

Die Hannövr'schen Fluß- und Rheinzölle.

Deutschland. Kastatt (Strnve und Blind.) Kassel (Protest gegen die Mediatisirung.) Darmstadt (Der electromagnetische Telegraph.) Meiningen (Protest gegen die Mediatisirungen.) Lübeck (Freihandelsverein.)

Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Gallizischr Zustände.)

Italien. (Neueste Nachrichten.)

Schweiz. Bern (Wahlbewegung. Absetzung des Bischofs Marilley. Eine italienische Adresse.)

Belgien Brüssel (Constituirung der Kammern.)

Ungarn. Pesth (Sieg der Ungarn gegen die Walachen.)

Die Hannövr'schen Fluß- und Rheinzölle.

H **Frankfurt**, 10. Nov. Am Vorabend der Berathung der Nationalversammlung über das Verhältniß der Reichsgewalt zu den Schifffahrtsanstalten und über die Schifffahrts- und Flußzölle haben die hannöverischen Deputirten ihren Collegen eine kleine Schrift vorgelegt, welche über den letzteren Gegenstand manches Beachtenswerthe enthält und das Prinzip einer „gerechten Entschädigung für die aufzuhebenden Flußzölle" (der Verfassungs-Ausschuß spricht nur von einer „billigen Ausgleichung", die Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses will gar keine Entschädigung, die Minderheit nur eine bedingte, soweit ein Reichsgesetz solche festsetzt) dringend empfiehlt. Natürlich, denn Hannover ist bei dieser Angelegenheit sehr betheiligt. Bisher taub gegen alle Beschwerden über die widernatürlichen, für Schifffahrt und Handel so lästigen Elbzölle, welche es zu Brunshausen, zu Bleckede und zu Schnackenburg erhob, alle Versuche zur Ermäßigung oder Abschaffung derselben vereitelnd, wobei es auf ein unsinniges Recht pochte, soll es jetzt zur Strafe für die lange Versäumniß die Zölle mit einem Strich und ohne Entschädigung verlieren. Die Sache ist erheblich für einen Staat wie Hannover, aber sie ist nicht länger zu umgehen, Schifffahrt und Handel werden sich die ungerechteste und willkürlichste aller Belästigungen nicht länger gefallen lassen. Ja, man wird die Elbzölle jetzt abschaffen, ohne daß man Hannover dafür auch nur noch Dank weiß!

Im Durchschnittsertrage der fünf Jahre 1842—1847 ergaben die hannövre'schen Zölle auf der Elbe 506,320 Thlr. Ueberschuß (nach Abzug nämlich von 46,747 Thlr. Administrationskosten von der Brutto-einnahme), die Zölle auf der Weser 13,566 Thlr. Ueberschuß. Von diesen Ueberschüssen sind aber für Fluß-Coerection ꝛc. 84,289 Thlr. zu bestreiten, so daß sich der Gesammtüberschuß auf 435,597 Thlr. vermindert, der allein von der Elbe herrührt. Die Weser erfordert eigentlich noch einen Zuschuß, ebenso die Instandhaltung des Fahrwassers der Ems, und die durch die Wasserbauverwaltung des Königreichs Hannover veranlaßten Gesammtkosten haben nach einem dreijährigen Durchschnitt die Summe von 229,576 Thlr. in Anspruch genommen.

Die Schrift vindizirt Hannover das Recht der Zollerhebung auf jenen Strömen, und verräth nicht wenig Lust, dabei auf Kaiser und heiliges römisches Reich zurückzugehen. Doch bestimmt bleibt sie nur bei neuren Staatsverträgen stehen, namentlich der der Wiener Congreßakte. Insofern diese keineswegs, wie der volkswirthschaftliche Ausschuß angedeutet, ausdrücklich den Grundsatz ausspreche, daß die Flußzölle auf die zur Erhaltung der Schiffbarkeit der Flüsse nothwendigen Einnahmen zu beschränken seien, sei sie mithin auch dem hannöver'schen Grundsatze nicht im Wege gestanden, die Elbzölle, wie seit Jahrhunderten, als eine einseitige Finanzquelle zu gebrauchen oder vielmehr zu mißbrauchen, ohne Rücksicht auf den Handel und Verkehr Deutschlands. Die Wiener Congreßakte (Art. 111) gestatte vielmehr geradezu, bei der Feststellung der Abgaben das Jahr 1815 als Norm anzunehmen, über welche nur nicht hinausgeschritten werden dürfe, und daß dies geschehen, sei nirgend nachgewiesen.

Writer beruft sich die Schrift auf die Elbschifffahrtsverträge, zumal auf die Elbschifffahrtsakte vom 13. April 1844, abgeschlossen von sämmtlichen Elbuferstaaten, mit der Bestimmung im Art. 1, daß die Verhältnisse des Brunshäuser Zolls, wie solche festgesetzt worden, „nur unter allseitiger Zustimmung der contrahirenden Staaten abgeändert werden können." Aber an die Stelle dieser Staaten ist nun die Nationalversammlung getreten, und sie wird jetzt den Brunshäuser Zoll abändern, d. h. die Freibeuterei auf Kosten des deutschen Handels abschaffen. Ob gegen Entschädigung oder nicht, lassen wir noch dahin gestellt sein. So viel nur ist gewiß, daß diese Zölle, selbst wenn ihr Rechtstitel auf einem Vertrag beruhte, keinen rein privatrechtlichen Charakter haben, für sie also auch nicht das Prinzip der Enteignung aus Gründen des öffentlichen Nutzens allgemein in Anspruch genommen werden kann, sondern höchstens nur dort, wo das Recht auf die fraglichen Zölle titulo oneroso erworben worden ist.

Ein Argument der Schrift erkennen wir indeß gern an. Sollte die Reichsgewalt nach Wegfall der Flußzölle die Unterhaltung jener Wasserstraßen unmittelbar aus der Reichs-Kasse bestreiten (was wir noch bezweifeln, wie die Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses es aber will), so würden dadurch die größeren Staaten, deren Einnahme an Wasserzöllen bisher kaum ihrem Aufwande auf die Wasserstraßen gleich kam, offenbar einen finanziellen Vortheil erreichen, und da dürfte es doch billig erscheinen, den Staaten, welche an ihren herkömmlichen Einkünften momentan verlieren, dieses Opfer durch eine mäßige Entschädigung zu erleichtern. Nach dem Berichte des volkswirthschaftlichen Ausschusses werden jährlich einbüßen:

	Einwohner	Thlr.				
Hannover	1,740,000	649,000	und das machte beziehungsweise auf einen Staat v. 16 Mill. Einw. wie Preuß.			5,048,000 Thlr.
Lauenburg	47,000	67,500	—	—	—	22,978,000 „
Mecklenburg	515,000	218,000	—	—	—	6,772,000 „
Nassau	418,000	60,000	—	—	—	2,296,000 „
Großh. Hessen	863,000	155,000	—	—	—	2,873,000 „

Es scheint daher allerdings angemessen, wenn das Princip der Entschädigung auch nicht unbedingt ausgesprochen werden darf, doch der Reichsgesetzgebung anheim zu geben, in wie weit den einzelnen Staaten, Gemeinheiten oder Personen für den Wegfall der reinen Einnahmen aus den aufgehobenen Zöllen eine Entschädigung zu gewähren sein möchte.

Dagegen wundert uns, wie man noch zu dieser Stunde über Unguust und Mißgunst wider jene Flußzölle klagen, ja sogar von „national-ökonomischen Scheingründen" sprechen kann, welche man zur Unterstützung der Agitationen gegen die Flußzölle aufgestellt habe. Diese Scheingründe sollen in einer andern, vor Kurzem erschienenen Schrift „über Flußzölle, Wasserweggelder ꝛc." genügend widerlegt worden sein. Aber mit Erlaubniß, diese Schrift, bei der wir noch einige Augenblicke verweilen werden, widerlegt jene Gründe durchaus nicht und will auch gar nicht widerlegen, was jedem gesunden Menschenverstand einleuchtend ist.

Der Verfasser der letztern Schrift sagt: die Flußzölle werden zu keiner fühlbaren Belästigung des Verkehrs führen, wenn sie in mäßigen Beträgen bestehen, und wenn die Anordnungen für die Erhebung so getroffen sind, daß diese mit keinem erheblichen Aufenthalt für die Schiffer verbunden ist. Die in dieser Beziehung namentlich auf dem Rhein (wo bekanntlich noch die günstigsten Verhältnisse obwalten) bestehenden Einrichtungen bedürften nur einiger Verbesserungen, um einen befriedigenden Zustand herbeizuführen. Er sucht sodann die Behauptung, daß die Rheinzölle bisher keinen bemerkenswerthen nachtheiligen Einfluß auf die Schifffahrt geäußert hätten, dadurch zu rechtfertigen, daß er die Liste der beim Rhein-Zoll-Amt Mainz abgefertigten Gütermengen aufführt, wonach der Güterverkehr im Mainzer Hafen seit 1832 mit wenigen Ausnahmen in jedem Jahr an Ausdehnung gewonnen hat. Dieselben beliefen sich nämlich 1832 auf 2,620,672 Ctr., 1840 auf 5,186,951 Ctr., 1847 auf 9,417,438 Ctr. Aber abgesehen davon, daß die Zunahme des Verkehrs in einem Rheinhafen noch nicht auf den ganzen Rheinverkehr schließen läßt (notorisch haben fast alle kleineren Häfen bedeutend verloren), ist jene Zunahme auch lediglich auf der Ausdehnung der Kohlen-Verfuhr rheinaufwärts begründet, und in dieser Hinsicht kann doch Niemand mehr bezweifeln, daß die Verfuhr von Ruhrkohlen ganz andere Fortschritte gemacht haben würde, als bisher, wenn die Schifffahrt durch keine Abgaben belästigt wäre. Zudem hängt die Zunahme des Rheinverkehrs und der Kohlenverfuhr genau mit der Einführung der Dampfschleppschifffahrt zusammen, dieser übermächtigen und verhaßten Nebenbuhlerin der Segelschifffahrt, die doch allein den Rheinhandel noch gerettet hat.

„Die Flußzölle", sagt der Verfasser selbst, „dürfen keinenfalls so hoch gegriffen sein, daß sie die Konkurrenz der betreffenden Wasserstrecke mit parallel laufenden Straßen des Inlandes und des Auslandes, namentlich mit Eisenbahnen, erschweren oder gar unmöglich machen." Dies aber dürfte für den Rhein allmälig eintreten, zumal Frankreich gegenüber, das keine Durchgangszölle erhebt; ja, es wäre wahrscheinlich schon eingetreten, wenn die Dampfschlepper nicht der Segelschifffahrt zu Hülfe gekommen wären, oder vielmehr, wenn sie dieselbe nicht durch Wohlfeilheit und Schnelligkeit überflügelt hätten. Man muß das Geschick der Segelschiffer des Rheins beklagen, aber sie würden ohne den Dampf, dem sie ihr ganzes Unglück vorwerfen, ihr Leben nur etwas länger kümmerlich gefristet haben, endlich aber mit dem Rheinhandel doch verloren gewesen sein, während dieser jetzt nur seine Werkzeuge wechselt. Wir sind übrigens nicht gegen jede Flußabgabe, wir möchten vielmehr, im Interesse der Schifffahrt und des Verkehrs selbst, Wasserweggelder eingeführt sehen, jedoch mit der alleinigen Bestimmung, daß die Einnahmen dafür nur für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit der Flüsse verwendet werden, also nur dem Verkehre unmittelbar wieder zu gute kommen sollen. Aber wir sind mit der größten Entschiedenheit gegen alle Flußzölle als Steuern, zur Erzielung also einer reinen Staatseinnahme, denn es sind die unklugsten und ungerechtesten aller Struern. Unklug sind sie besonders für uns wegen der centralen Lage Deutschlands, die uns auffordert, auf unsern Handelsstraßen mit denen aller Nachbarvölker zu wetteifern. Ungerecht aber sind sie, weil die Flußzölle sich nicht immer, wie man gesagt hat, auf die Konsumenten überwälzen, sondern auch häufig den Schiffer und Frachtführer selbst treffen, wenn dieser nämlich seine Fracht wegen des Mitbewerbs andrer Straßen, um doch Etwas zu verdienen, bis auf's Aeußerste abknappen muß. Dieser Umstand ist auch der Behauptung gegenüber wohl zu beherzigen, daß in der Regel „nur ein kleiner Theil der Flußzölle in ihren endlichen Wirkungen von den Bewohnern der Länder, welche die Einnahmen an Flußzöllen beziehen, getragen werde."

Nach Aufhebung der Flußzölle können die Unterhaltungskosten für die Schifffahrt natürlich nicht den Einzelstaaten aufgebürdet werden, weil das eine einseitige Last ohne Ersatz wäre. Andererseits sind auch Bedenken damit verknüpft, daß das Reich die Bestreitung der Kosten der Instanddaltung des Fahrbettes, sowie der Unterhaltung der Ufer und Leinpfade unmittelbar zu übernehmen hätte. Am einfachsten erscheint daher, zur Bestreitung der Unkosten mäßige Wasserweggelder zu erheben, jedoch für alle, mehrere Staatsgebiete berührende Flüsse blos von Reichswegen, überhaupt aber unter der Gesetzgebung und Kontrole der Reichsgewalt und mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß die Erträgnisse durchaus nur für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit der Flüsse verwendet werden dürfen. Das Wasserweggeld, das an Stelle der Flußzölle einzuführen wäre, soll nur den Betrag der Kosten der Instandhaltung des Fahrbettes, sowie der Unterhaltung der Ufer und Leinpfade decken. Das dünkt uns die zweckmäßigste Lösung der vorliegenden, für alle Erwerbsklassen, für ganz Deutschland hochwichtigen Aufgabe.

† **Rastatt**, 12. Nov. Morgen wird ein anderer Untersuchungs-Kommissär hier eintreffen, um von Neuem ein Verhör mit Struve und Blind vorzunehmen, da sie noch immer keinen ihrer Mitschuldigen angegeben haben. Struve selbst sitzt, wie man uns mittheilte, unter einem Berge von Büchern, es wird ihm, soviel denn möglich, zugestanden. Soeben theilt man uns mit, daß es in der Absicht einiger Anhänger Struve's, welche sich in Straßburg befänden, liege, einen Befreiungsversuch zu machen.

Kassel, In der Volksversammlung im kurfürstlichen Reithause am 7. d. M. proponirte Herr Obergerichtsanwalt Henkel eine Vorstellung an die deutsche Nationalversammlung zum Einspruch gegen etwaige Mediatisirungsprojekte in Beziehung auf Kurhessen. Die Versammlung genehmigte sofort diese Vorstellung und beschloß, daß das Kasseler Volkscomite solche alsdalv nach Frankfurt befördern wollte. (Kurhess. Volksz.)

Kassel, 11. Nov. Bei der hier vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung wurde Hr. v. Baumbach-Kirchheim mit 2068 Stimmen gewählt. Hr. Dr. Kellner erhielt 1774, Prof. Winkelblech 21 und Herr Heise 3 Stimmen.

÷ **Darmstadt**, 9. Nov. In Nr. 295 Ihres geschätzten Blattes ist ein aus Kassel vom 31. Okt. datirter Artikel enthalten, welcher die Anlage eines elektrischen Telegraphen von Berlin nach Frankfurt bespricht und die großherzogl. hess. Regierung tadelt, daß sie ihre Zustimmung zur Ausführung desselben auf ihrem Gebiet noch nicht ertheilt habe. Ohne einer offiziellen Aufklärung hierüber vorgreifen zu wollen, machen wir jedoch darauf aufmerksam, daß die Main-Weserbahn eine mit Kurhessen und Frankfurt gemeinschaftliche Unternehmung ist, und daher keine der drei Regierungen, ohne Zustimmung der beiden andern, ein Zugeständniß machen kann, welches möglicher Weise störend auf die Vollendung des Baues oder des künftigen Betriebs der Bahn einwirken könnte, je nachdem die Ausführung auf die eine oder die andere Weise stattfinden sollte. So sehr auch die großherzogl. hess. Regierung von der Nützlichkeit dieses Unternehmens überzeugt sein mag, so hat sie es doch wohl aus obigen Gründen für nothwendig erachtet, zuvor mit den andern mitbetheiligten Regierungen die Modalitäten zu vereinbaren, unter welchen diese Zutassung stattfinden kann, und es war von der aufgeklärten großh. hess. Regierung vorauszusetzen, daß sie, so jetzt wie immer, gewiß nicht gegen andere Staaten zurückbleiben werde, wenn es sich um die Beförderung einer großartigen Unternehmung handelt, sobald sie von den Ansichten ihrer verbündeten Regierungen in Kenntniß ist. Sicherem Vernehmen nach soll auch wirklich diese Zustimmung unterdessen erfolgt sein.

Meiningen, im Nov. Das hiesige Volksblatt enthält eine Eingabe an die Reichsversammlung, worin dagegen protestirt wird, daß die kleinen Staaten und namentlich auch das Herzogthum Meiningen seine Selbstständigkeit und seinen edlen und freisinnigen Fürsten verlieren und entweder zu einem Gesammtstaat, oder mit einem größern Einzelstaat vereinigt oder zu einem unmittelbaren Reichsgebiet geschlagen werde.

Lübeck, 9. Nov. Dem von Hamburg gegebenen Beispiele entsprechend, ist es heute auch hier zur Frage gekommen, einen Zweigverein für Handelsfreiheit zu bilden, nach Maßgabe der von Frankfurt eingesandten Statuten, die freilich den hiesigen Ultra-Freihandelsmännern, die gar nichts von Zöllen hören wollen, nicht zusagen. Es soll jedoch versucht werden, damit durchzudringen, um wenigstens einen Theil der Kaufmannschaft zu vereinigen, welches bisher den Bemühungen Einzelner nicht hat gelingen wollen. — Nebenbei eine faktische Berichtigung zur Belehrung des volkswirthschaftlichen Ausschusses in Frankfurt, (die derselbe nicht nöthig gehabt hätte, wenn er die von Lübeck getreulich beantworteten „Fragen" eingesehen hätte!): Alles Transitgut ist hier auch einkommend keinem Zolle unterworfen. Lübeck besteuert nur seinen eigenen Handel einkommend mit einem gleichmäßigen Werthzolle von ½pCt., der dem Staate jetzt ca. 80,000 Mark Crt. eindringt. (B. H.)

Oestrreichischr Monarchie.

** **Lemberg**, 19. Okt. (Verspätet.) Kaum sind die jüngsten Ereignisse in Wien und die Abreise des Kaisers hier kund geworden, so hat die hiesige republikanische Polenpartei ihr Hydrahaupt erhoben. Man glaube nur ja nicht im fernen Auslande, daß zu dieser Partei ganz Polen gehöre. Bankerutte Gutsbesitzer, nahrungslose Kinderlehrer, Schauspieler, eine Menge jener polnischen Militärs, die seit der polnischen Revolution von 1831 ein vagabundes Leben im Auslande führen und sich auf fremde Unkosten ernähren lassen, anstatt die Amnestie zu benützen, zu ihrer ursprünglichen Beschäftigung, dem Ackerbau, nach der polnischen Heimath zurückzukehren, entlassene herrschaftliche Dienstboten, Gesellen und Lehrbuben, endlich die edlen Musensöhne — bilden die hiesige polnische Partei. Letztere finden es bequemer, mit flatterndem Haar und langen Bärten, in Zwilchröcken, mit alten verrosteten Säbeln an der Seite, Politik zu spielen, als Etwas zu lernen. Den Kern der Bevölkerung Lembergs bilden 30,000 Ruthenen, ferner sind eben so viel Juden, endlich 6000 Polen und Deutsche. Sehr im Irrthume ist, wer die Provinz Galizien für durchaus polnisch hält. Mit Ausnahme des Wadowiger, Bochnia'er, Krakauer, Tarnower, Sandezer und eines Theiles des Rzezowee Kreises ist der Ueberrest Galiziens durch Ruthenen bevölkert, die den Polen als ihren alten Unterdrücker hassen. Sämmtliche Gutsbesitzer Galiziens sind entweder Polen oder zu ihnen übergegangene polonisirte Ruthenen. Den Kern des Volkes bildet das kräftige ruthenische Volk, das eine von der polnischen stark verschiedene Sprache, verschiedene Sitten und Gewohnheiten hat. Selbst die in den vorbenannten Kreisen wohnhafte massurische (polnische) Bevölkerung, eben so sämmtliche Gutsbesitzer, die nicht verschuldet sind, wollen mit der polnischen revolutionären

Digitized by Google

Partei und den verschiedenen demokratischen Clubs nichts gemein haben, daher auch eine gegenseitige Polemik in den Zeitungen stets unterhalten wird. In diesem Verhältniß liegt es, daß hier nicht schon weit bedauerlichere Metzeleien als im Posenschen der Fall war, stattgefunden haben; die polnisch-republikanische Partei kann aber trotz aller Mühe, durchaus keine Sympathie im Volke finden. Die österreichische Regierung hat die russische Nationalität und Sprache in Schutz genommen und so beide Parteien im Schach gehalten. Weil nun die republikanisch-gesinnte Polen-Partei hier in Lemberg 12 Kompagnien Nationalgarde, ½ Schwadron berittene Nationalgarde-Lanzenreiter und 8 Kompagnien Studenten (die Kompagnie zu 100 Köpfe), ferner in den Kreisstädten zu 2 bis 3 Kompagnie Nationalgarde auf die Beine gebracht hat und damit dem feindlichen Landvolke imponiren, ja es terrorisiren will, so beginnt das ruthenische Landvolk seinerseits sich mit Picken, aufrecht gestellten Sensen, Jagdgewehren und Mistgabeln durchaus zu bewaffnen und nährt solche Bitterkeit gegen Erstere im Busen, daß ich keinem polnischen Nationalgardisten riethe, sich in einem ruthenischen Dorfe bewaffnet zu zeigen; er käme sicher nicht mit heiler Haut davon.

Die nahe Moldau, dann die Walachei, sind mit russischen Truppen ganz überschwemmt, auch stehen an unserer Gränze und ganz beim Städtchen Radziwilow 40,000, bei Chotim aber sogar 60,000 Mann Russen aller Waffengattungen mit zahlreicher Artillerie beisammen, und gedenken den Winter da zuzubringen, indem sie ungeheure Proviantvorräthe sich zuführen lassen. Alles dieses läßt schließen, daß Rußland seine Zusage halten und ein zahlreiches Auxiliarkorps Oesterreich zusenden will, falls die Ruhe in Italien und Ungarn nicht anders hergestellt wird.

Italien.

* National savoisien vom 7. November will wissen, die 8 Mitglieder der Fünfzehnerkommission, welche zur Opposition gehören, hätten sich auch überzeugt, daß in diesem Augenblick der Krieg, aus gewissen Gründen, die er nicht mittheilen wolle, besonders aber wegen der Unerfahrenheit der Generale unmöglich sei. Aber in einer bestimmten Zeit, bei völliger Reorganisation der Häupter, und mit einem neuen entschlossenen Ministerium werde der Krieg in einer gegebenen Zeit möglich sein, und die Mehrzahl der Kommission sei dazu entschlossen. Die Mailänder Zeitung vom 4. Nov. meldet, bei Lumo hätte die lombardische Insurrektion die letzten Kämpfe verloren. — Alba berichtet, Portoferrojo sei wieder ruhig. — Aus Rom 2. Nov. meldet ein italienisches Blatt, die Geistlichkeit habe dem Grafen Rossi 4 Millionen Scudi aus geistlichen Gütern bewilligt, von welchen 2 zur Einlösung der umlaufenden Carrabiners nach Florenz abmarschirten. Die Stadt Livorno hat das Anlehen von 1,150,000 Lire vollständig der Regierung geschossen. — Der römische Hof hat 2 Noten an die sardinische Regierung gerichtet. In der einen protestirt derselbe dagegen, daß die Güter der Jesuiten zu Nationalgütern erklärt wurden, in der anderen gibt er seine Zustimmung, der dringenden Verhältnisse wegen, die Geistlichkeit zu dem gezwungenen Anlehen zuzuziehen. Das sardinische Ministerium soll hierauf gehörig geantwortet haben (Patrio) — In Rom wirkt nach der Livornoser Zeitung, eine Partei dahin, daß die Kammern, wegen Mangels an der gesetzmäßigen Zahl Deputirter, nicht eröffnet werden können. — Das toskanische Ministerium hat auf die Nachricht, daß in Porto-Ferrajo Unruhen ausgebrochen seien, den ehemaligen Abgeordneten von Elbo, Georg Mangarono, nach der Insel abgesandt, um für die Ruhe durch versöhnende Maßregeln zu sorgen. Dasselbe Ministerium hat alle toskanischen Consuln und Viceconsuln, welche zugleich Oesterreich und Toskono repräsentiren, seinerseits entlassen.

Schweiz.

) **Bern**, 10. Nov. Auf die Adresse der Deutschen des Vereins „Hilf Dir" an die Italiener, ist folgende von Turin den 23. Okt. datirte Antwort erfolgt: „Die Unterzeichneten sind beauftragt, Ihnen die schöne patriotische Zuschrift zu verdanken. Gleich nach Ankunft der Adresse wurde sie in der Sitzung des Kongresses mit stürmischem Beifall unter dem Rufe: „es lebe das junge Deutschland! Tod dem Radetzky!" aufgenommen. Die beschlossene Veröffentlichung Ihrer schönen Adresse wird spätestens in einer Stunde statt finden, und in der Uebersetzung wurde versucht, wo möglich die ausdrucksvolle Kraft des Originals beizubehalten. Die ganze liberale Partei (d. h. fast alle) bemüht sich, den Krieg so schnell als möglich herbeizuführen und jetzt scheint's ohne Zweifel, daß die Feindseligkeiten nicht lange ausbleiben werden. Sie und wir können nichts als Brüder sein; denn unsere Hoffnung ist Euere Hoffnung, Euer Zweck ist unser Zweck. Wenn die Mittel nicht die gleichen, so hängt das nur von der Verschiedenheit der Umstände beider Länder ab. In Deutschland muß man Republikaner sein, da von den dort bestehenden Regierungen nichts zu hoffen bleibt; in Italien können wir uns auf eine einzige Regierung stützen, weil sie aufrichtig für die Freiheit kämpft. Unsere Mittel sind also verschieden, gleich aber unser Zweck und nach dem Siege werden wir Euch im Triumphe die Bruderhand reichen, wie jetzt im Unglück." — Die Regierung von Freiburg lernt man am besten aus ihrer Proklamation an das Volk kennen. Sie sagt darin unter anderem von dem letzten Aufstande: „Man war der Verschwörung schon seit geraumer Zeit auf der Spur, und die Polizei wachte. Der Zweck der Verschworenen war gräßlich. Es war auf nichts Geringeres abgesehen, als die Regierung zu stürzen, die ausgezeichneten Liberalen zu erbrosseln, die Staatsverfassung zu vernichten und über einen Haufen von Trümmern und Leichnamen wieder einen neuen Sonderbund im Kleinen heraufzustellen." „Die Verschwörung erhob die gleiche Fahne wie jener sogenannte katholische Verein; sie zählte die gleichen Helfershelfer, brachte die nämlichen Beschwerden vor, predigte wieder die gleichen Meinungen und trug die gleichen Kennzeichen: Medaillen und Mordkugeln, Kruzifixe und Dolche." Die „Unsinnigen, welche die Mißbräuche der Vorrechte in unserm Kanton verewigen möchten, während die ganze Schweiz ihre Zustände verbessert, während ganz Europa sich aufschwingt und vor der mächtigen Stimme der Staatsumwälzungen sich beugt" — diese will der Staatsrath der „Rache" der Gesetze überliefern. Ueber den angeblich großen „Verschwörungsplan" sagt der Courier suisse: Einerseits sehen wir ein Land, wo die Bürger aller ihrer Rechte beraubt sind, wo Konfiskationen im großartigsten Maßstabe vor sich gehen, wo in einem Bezirk von 21,000 Seelen der radicale Kandidat mit 88 Stimmen gewählt wird, wo die Regierung nur von fremden Bajonetten zu sprechen weiß, andererseits zwei Insurrektionskolonnen, deren stärkste keine 200 Mann stark ist, und die beim ersten Anstoß sich zerstreuen." Wie die Waadtländer im Freiburgischen sich betragen, davon gibt dasselbe Blatt Beispiel: Nachzügler einer Reservekompagnie legten auf einen 82jährigen Greis an, der ruhig vor seiner Hausthüre saß, 70 Schritte von der Straße. Mehrere Kugeln flogen vorbei, eine ging durch Hand und Schenkel; der Getroffene wird seiner Wunde erliegen. — Frau von Maillardoz, eine 80jährige Dame, flüchtete sich mit ihrem Sohne auf waadtländischen Boden, wurde aber ausgeliefert und in Freiburg gefangen gehalten. Als ihr Sohn, dem es eigentlich galt, das Schicksal seiner Mutter erfuhr, ging er hin und stellte sich. Erst dann wurde die Matrone freigegeben und der Sohn in Verwahrung gebracht. Was von der Behandlung des Bischofs erzählt wird, mag ich nicht nachsagen, bis es von anderer Seite bestätigt wird; denn alle diese Thatsachen fließen aus konservativer Quelle. — Die gestrigen Sitzungen der Bundesbehörden waren von keinem besondern Interesse. Im Nationalrath wurden die drei angefochtenen Wahlen im Jura für gültig erklärt; diejenigen von Uri und Obwalden aber werden mit den Verwahrungen in Verbindung gesetzt und ungültig erklärt, die Verwahrungen zurückgeschickt und beschlossen, diese Kantone sollen neu und unbedingt wählen. Der Ständerath beschloß die Unzulässigkeit der Ersatzmänner, bis hierüber ein Gesetz entschieden habe. — Die Antwort des Vororts auf die zweite Note des Reichsverwesers ist erschienen. Sie ist in ruhiger, aber fester und sehr bestimmter Sprache abgefaßt, nur, wie alle diese Aktenstücke, zu lang. Der Vorort glaubt, in allen Beziehungen seine Pflicht gethan zu

Uebersicht.

Deutschland. Wien (Hinrichtungen. Der Hannöverische Gesandte. Das Ministerium. Blutige Willkürherrschaft. Robert Blum. Drohende Theuerung. Amtliche Anzeige.) Schwadorf (Die nach Ungarn bestimmte Armee.) Prag (Besorgnisse vor Reaktion. Die Czech. Deputirten. Die Wiener Flüchtlinge. Graf Sedlnitzky.) Triest (Nachrichten aus dem Orient. Istrien in Belagerungszustand.) Berlin (Abweichender Bericht.) Köln (Permanente Volksversammlung.), Aachen (Das Volk bewaffnet sich. Aufregung in den Rheinlanden.) Bückeburg (Angedrohter Rücktritt des Fürsten.)

Frankreich. (Konstitutionsfest. Proudhon gegen Ledru-Rollin. Sitzung der National-Versammlung. Truppensendungen nach La Plata.)

Italien. (Neueste Nachrichten.)

Ungarn. (Rüstungen in Pesth.)

Griechenland. Athen (Das neue Ministerium.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 15. November.)

Deutschland.

△ **Wien,***) 9. Nov. Heute fanden auf der Beigittenau (hinter dem Augarten) vier standrechtliche Exekutionen statt. Die abenteuerlichsten Gerüchte sind hierüber in der Stadt verbreitet. Einige behaupten, Messenhauser, Braun, der Bezirkschef der Vorstadt Wieden, und Fennebreg seien erschossen — andere fügen hinzu, auch Robert Blum, der Frankfurter Deputirte, sei unter den Exekutirten — all' diese Namen gebe ich Ihnen jedoch nur als Gerücht — besonders kann ich an die standrechtliche Behandlung Blum's, als eines Deputirten des Frankfurter Parlament's unmöglich glauben! — Was übrigens die Brutalität der Militärherrschaft zu leisten im Stande ist, zeigt ein ganz neues Faktum dieser Nacht, welches als würdige Pendant an die Plünderung der Wohnung des türkischen Gesandten in der Jägerzeil durch die Kroaten (am 28. v. Mts.) sich anreiht. In der Nacht von gestern auf heute drang nemlich ein Offizier von Soldaten begleitet in die Appartements des hannöverischen Gesandten (innere Stadt, Herrengasse) ein, und suchte nach dem Dr. Schütte. Dabei sollen Thüren eingesprengt und Möbel zerstört worden sein, und der Offizier soll im ganzen Hause herum gedonnert und gewettert haben. — Baron Bodenhausen hat seinen Kollegen diese alles Völkerrecht verletzende Handlung angezeigt und sie zu einer Konferenz eingeladen, welche heute in den späteren Abendstunden statt finden wird — morgen theile ich Ihnen das Resultat derselben mit. Das neue Ministerium soll dem Vernehmen nach aus aristokratischen und czechischen Persönlichkeiten zusammengesetzt werden. Für das Innere nennt man den Grafen Stadion, Fürst Felix Schwarzenberg für das Aeußere, Herrn Bruck — Direktor der Gesellschaft des Lloyd — für den Handel, den Abgeordneten Helfert aus Böhmen für den Unterricht, Baron Schönhals (die rechte Hand Radetzkys genannt) für den Krieg. — Robert Blum ist standrechtlich diesen Morgen um halb 8 Uhr erschossen worden, dem, wie es scheint, noch mehrere oder viele folgen werden.

Wiere, 10. Nov. Auf die Hinrichtung von Robert Blum soll heute die von Messenhauser, Oberkommandant der Wiener Streitmacht, folgen, Hauptmann Braun und etwa zwanzig Theilnehmer der Oktober-Revolution, worunter ganz junge Leute und mehrere Studenten, wurden in den letzten Tagen erschossen. Der polnische General Bem, welchen ein mitleidiger Arzt in einem Zimmer des Krankenhauses verborgen hatte, ist verhaftet und sieht gleichfalls dem Tode mittelst der Kugel entgegen. Noch härter trifft es den unglücklichen Fenneberg, welcher zum Strange verurtheilt, in Wiener-Neustadt, seinem Geburtsort, hingerichtet werden soll. Auch Julius Fröbel soll zum Tode verurtheilt sein. Alles das geschieht in so stiller geheimnißvoller Weise, daß man gewöhnlich erst nach der Hinrichtung eines der unglücklichen Theilnehmer an der Oktober-Revolution dessen Verurtheilung erfährt. Das Kriegsgericht berathet und richtet bei verschlossenen Thüren, nur wenige Zeugen werden gerufen, und jedes vage und unvollständige Ben eis reicht den militärischen Richtern hin, das „Schuldig" auszusprechen. Die harte Sentenz ist bis jetzt noch immer bestätigt und vollzogen worden. Die Hinrichtungen finden außerhalb der Stadt in der sogenannten Beigitten-Au statt. Welchen Eindruck mögen diese fürchterlichen Ereignisse in Deutschland machen? — Wie wird die deutsche Centralgewalt, wie die deutsche Reichsversammlung diese brutale Tödtung eines ihrer beredtesten Mitglieder, welches zwar nicht der Majorität angehörte, aber als der Führer einer mächtigen Fraktion sich bemerklich gemacht hatte, aufnehmen? welche Genugthuung werden sie fordern? — Wir sehen die trübsten Folgen dieses Verfahrens der blutigsten Willkür voraus. Alle gemäßigten Freunde der Freiheit wenden sich mit dem doppelten Gefühl des Schreckens und der Trostlosigkeit von einer Regierung ab, welche die Zeit und ihre Aufgabe nicht begreift, und aus dem Zustande der rathlosesten Schwäche in den des grausamsten Despotismus überspringt. Aufstände in allen Provinzen, welche von Truppen entblößt sind, dürften die nächsten Folgen dieser wahnsinnigen Hinrichtungen sein. Noch steht Ungarn mit einer streitbaren Bevölkerung von fünf Millionen unbesiegt und ist heute der furchtbarste Feind des Hauses Habsburg. Fällt Windischgrätz mit einer starken Armee in Ungarn ein, so werden sich Wien und andere Städte von Oesterreich und Mähren wahrscheinlich in seinem Rücken erheben. Die Erbitterung ist furchtbar, wenn sie auch für den Augenblick niedergehalten wird. Auf Anhänglichkeit und Liebe kann die Dynastie, vielleicht mit Ausnahme von Tyrol, in keiner Provinz zählen, nicht einmal in Böhmen, wo das Prager Bombardement noch nicht vergessen ist. In Galizien kann man vielleicht kaum auf die Bauern rechnen, welche seit Aufhebung der Robot keine Ursache mehr haben, den Edelmann zu hassen. Der ganze Adel und die Städter wünschen nichts sehnlicher als Rache für die Thaten der Regierung vom Jahre 1846. Deutschland, welches bisher dem Hause Oestereich ein treuer Bundesgenosse war, und durch seine imposante bewaffnete Haltung die Franzosen von einem Einbruch in Italien abhielt, wird nach den grauenvollen Thaten eines Windischgrätz, wenn der Kaiser nicht eine eklatante und schleunige Genugthuung bewilligt, keine fernere Lust haben, eine undankbare Dynastie zu schützen, welche die Lehren der Zeit nicht beachtet, und mit offenen Augen dem Abgrund des Verderbens zueilt.

Nachschrift. Messenhauser's und Fenneberg's Hinrichtung ist aufgeschoben, wegen wichtiger Geständnisse, die sie gemacht. Dagegen wurde der Kommandant der Grätzer Freischaar heute standrechtlich erschossen.

* **Wien.** Mehrere Briefe der Allg. Ztg. aus Wien vom 9. Nov. melden mit Bestimmtheit, daß Robert Blum am Morgen jenes Tages standrechtlich erschossen worden ist. Die Hinrichtung soll im Augarten von einer Jägerabtheilung vollzogen worden sein. Wir haben für diese That nur die Bezeichnung, die unser △-Korrespondent von andern Windischgrätz'schen Maßregeln brauchte: unmenschlich und kopflos. Die Freunde der Ordnung und Gesetzlichkeit, die so gerne die Augen schließen, um in den Wiener Ereignissen nichts zu sehen, als den Sieg ihrer Sache — sie mögen nun sehen, was es heißt, einen Mann wie Windisch-Grätz, dessen beschränktes Starrsinn und soldatisches Vorurtheil weder das Gebot des Rechtes noch die Eingebung Stadion'scher Klugheit achtet, mit unumschränkter Vollmache nach Wien zu senden. Wenn die Berichte über Blum's letztes Auftreten wahr sind, wenn er „noch 200 zu latourisiren" rieth, so ist ihm nur widerfahren, was er Andern zudachte, und der beliebte Unterschied, daß Blum ein Volksmann war und die andern Volksverräther, wird vor parteilosem Urtheil nicht Platz greifen. Aber die blutige That fordert auf zu ihres Gleichen; die Männer der Blutfahne werden sich für quitt halten gegen die Sache der Gesetzlichkeit, und das nächste Opfer der Lynchjustiz wird den Manen Blum's zum Opfer fallen. — Nach der Schles. Ztg. sind auch die in Wien übergetretenen Soldaten, deren man bis jetzt habhaft geworden ist, wie man hört, 40 an der Zahl, füsilirt worden; außerdem hat keine weitere Exekution stattgefunden, wenn man 4 Bürger ausnimmt, welche, nachdem schon der Feind in der Stadt festen Fuß gefaßt hatte, noch in den Straßen die Menge zum Kampfe haranguirend und mit den Waffen in der Hand betroffen wurden. Der festgenommene Mörder Latour's (ein Schlosser), ist noch am Leben; wie man sagt, hofft man von ihm noch mehr Mitschuldige zu erfahren.

* **Wien.** Einem Briefe unsers ** Korrespondenten vom 10. Nov. entnehmen wir die Notiz, daß Kossuth in Wieselburg, dem großen Kornmarkte für Oesterreich, sämmtliche dort aufgespeicherte Körnerfrüchte aufgekauft hat, durch welche Maßregel man in Wien einer Theuerung, wenn nicht einer wahren Hungersnoth entgegen zu gehen fürchtet.

*) Sämmtliche Briefe aus Wien sind uns abermals eröffnet zugekommen.

Wien. Eine amtliche Anzeige der Wiener Zeitung sagt: „Mittelst standrechtlichen Urtheils vom 8. dieses Monats ist Robert Blum, Buchhändler aus Leipzig, überwiesen durch sein eigenes Geständniß, wegen aufrührerischen Reden und bewaffnetem Widerstande gegen die kaiserlichen Truppen, in Folge der von Sr. Durchlaucht dem k. k. Herrn F. M. Fürsten zu Windischgrätz unterm 20. und 23. Oktober erlassenen Proklamationen zum Tode verurtheilt, und das Urtheil am 9. November 1848 Morgens um halb 8 Uhr in der Brigittenau mit Pulver und Blei vollzogen worden."

Schwadorf bei Wien, 6. Nov. Von der nach Ungarn bestimmten Armee steht ein Corps von 15,000 Mann, darunter ein paar Bataillons irregulärer Kroaten, hier und in der Umgegend bis nach Bruck an der Leytha, welches letztere entwaffnet und stark besetzt worden ist. Das Hauptquartier dieses Corps, welches die Vorhut bilden soll, befindet sich in Schwadorf unter dem Kommando des Feldmarschallieutenants Fürsten Franz Liechtenstein. Der Tag des Aufbruchs nach Ungarn ist indessen noch nicht festgesetzt. Die ungarische Armee hat sich nach Preßburg zurückgezogen. Bei dem letzten Vorrücken derselben auf das österreichische Gebiet befanden sich nebst Kossuth auch Pulsky, Pázmándo und Csányi im ungarischen Hauptquartiere. (Allg. Z.)

Prag, 7. Nov. Was uns eben auf nicht freudige Weise überrascht hat, ist die Anzeige des östreichischen Korrespondenten, daß der berüchtigte Graf Sedlnitzky, (Polizeichef unter Metternich) nebst Gemahlin von seinem Landgute in Ollmütz eingetroffen ist. Wie hängt dieß mit dem kaiserl. Worte zusammen, zufolge dessen dieser Graf, weil er sich erlaubte, das Vertrauen des Kaisers in so arger Art zu täuschen, zur ewigen Verbannung aus der kaiserl. Nähe verurtheilt wurde? Ein hiesiges Blatt gibt die Erklärung, daß diese Anwesenheit des Grafen Sedlnitzky in Ollmütz gewissermaßen eine erzwungene sei, weil die Bauern auf seinem Landgute sich gegen ihn erhoben hatten und ihn zur Flucht zwangen. (Konst. Z. o. B.)

Prag, 10. November. Nach einem Briefe der D. Allg. Z. hat sich durch die letzten Ereignisse deutlich gezeigt, welche innige Verbindung zwischen Wien und der böhmischen Hauptstadt besteht. Als die Militärherrschaft in Prag herrschte, fürchtete man nicht für die Freiheit; man blickte nach Wien, nach dem Mittelpunkte der konstitutionellen Monarchie. Anders ist es jetzt; die ernstliche Besorgniß war dem Verluste der gemeinsamen Freiheit, nachdem die Militärgewalt in der Hauptstadt selbst ihren Sitz aufgeschlagen, nähert die nationalen Parteien und bekehrt auch die erbittertsten Gegner. Selbst der deutsche Centralverein in Reichenberg, dem Wahrung nationaler Interessen über alles geht, hat erklärt, er walle mit den czechischen Brüdern Hand in Hand gehen, wenn es gilt, den gemeinsamen Feind, die Reaktion zu bekämpfen. Man klagt über Verletzung des Briefgeheimnisses, über neue Blüthe des Spionirwesens, über die alte Beamtenwillkür auf dem flachen Lande. — Ein Theil der czechischen Deputirten soll fest entschlossen sein, das Mandat niederzulegen, weil sie sich der schweren Aufgabe nicht gewachsen fühlen. — Die ziemlich zahlreichen Wiener Flüchtlinge kehren allmälig dorthin zurück.

** **Triest,** 7. Nov. Die Nachrichten aus Konstantinopel und Smyrna lauten befriedigend; die Cholera ist gänzlich verschwunden; in Aegypten desgleichen. Mehemet Ali wird mit jedem Tage kränklicher. Ein ans Frankreich dahin abgesandter Arzt hat ausgesprochen, daß der Pascha kaum noch ein Paar Monate überleben dürfte.

Ich habe soeben die Proklamation unseres Militär-Commandanten Grafen Gyulay gelesen, welche Istrien in Belagerungs-Zustand erklärt. Er sagt, daß er auf die Spur revolutionärer Umtriebe, und geheimer Verbindungen mit den Venetianern gekommen sei. Er wolle aber die Ueberzahl der gut österreichisch Denkenden vor einem Ueberfalle und vor der Anarchie schützen, wonach es nothwendig erscheine einen ausnahmsweisen Zustand wenigstens auf die Dauer der Gefahr in der Provinz eintreten zu lassen.

* Fast allen Berichten aus Berlin gegenüber läßt sich eine von der O. P. A. Z. als zuverlässig bezeichnete Stimme aus der preußischen Hauptstadt folgendermaßen vernehmen: Berlin, 12. Nov. Abends 8 Uhr. Der Belagerungszustand ist seit zwei Stunden verkündigt; die Befugnisse der Behörden sind auf General Wrangel übertragen. Wo, wie hier, eine Anzahl Mitglieder der Nationalversammlung an allen Straßenecken jeden Beamten als Verräther erklärt, der eine Verfügung des Staatsministeriums (die Auflösung der Bürgerwehr) thatsächlich fördert; wo die Mauern von Plakaten strotzen, durch welche Wrangel vogelfrei erklärt wird, so daß jeder Schurke oder Fanatiker sich es zum Verdienst rechnen darf, ihn zu meuchelmorden; wo der Magistrat sein Local anbietet, während die gesetzliche Macht das ihrige geschlafen; wo die Gemüther durch zwei entgegengesetzte Gewalten bis zum vollsten Ausbruch getrieben werden können: da kann es nicht auffallen, daß die Regierung einer andern Kraft bedurfte, als die sich aus den gewöhnlichen Gesetzen schöpfen läßt. Aber die Macht ist populär und die Kraft heilt Manchen von Verblendung und eingebildetem Heldenmuth. Während die Bürgerwehr noch vor Kurzem mit ihren letzten Blutstropfen prahlte, haben ihre sämmtlichen Offiziere, der kühne Rimpler voran, seit gestern ihre Chargen niedergelegt; während die Bürgerwehrmänner sich das Wort gegeben hatten, sich ihre Waffen nur durch Gewalt nehmen lassen zu wollen, eilen sie seit Einbruch der Nacht die Gewehre abzuliefern, was sie bei Tag gescheut hatten. Auch dem Rumpfparlament fehlt der Muth, ohne welchen eine Revolution nie gemacht wird. In der heutigen Sitzung vermeiden sie jeden Beschluß, da doch die Krisis bereits auf ihren Gipfel gestiegen war. Der Antrag auf Steuerverweigerung, den man mit so heroischem Anlauf gemacht, fand in der Kommission keine Mehrheit. Eine Fraktion der Versammlung berieth schon heute Mittag über die Frage, ob sie nicht jetzt ausscheiden soll, nachdem sie bisher nur geblieben war, um, wie sie unbegreiflicher Weise sagte, die äußerste Linke von Ausschweifungen abzuhalten; als wenn dies nicht am sichersten zu erreichen gewesen wäre durch das wirkliche Wegbleiben! Ein anderer Theil der Versammlung wäre freilich zur Nachahmung des Konvents entschlossen: da ist die Rede von Bedingungen, die man dem Königthume stellen walle und könne; der jetzige König soll abdanken und sein Nachfolger unter dem schriftlichen Versprechen auf den Thron steigen, daß er unbedingt alle Beschlüsse der Versammlung annehme und ausführe. Sie sehen, wie man die demokratische Monarchie auf der breitesten Basis hier versteht. Doch die Provinzen werden auch ein Wort mitreden, sie lassen sich von Berlin nicht beherrschen, wie Frankreich von Paris. Zum großen Erstaunen der äußersten Fraktion erklärt sich heute das Organ der Rheinprovinz, die „Kölnische Zeitung" gegen das Rumpfparlament; nicht minder mißlich entblößt sich ein frammer demokratischer Betrug, der die Versammlung glauben machte, Stettin huldige ihr; im Gegentheil mehren sich die Zeichen, daß die Nationalversammlung durch ihre Uebertreibungen sich mehr geschadet hat, als das Königthum durch seine allzu große Nachgiebigkeit. Ost- und Westpreußen und Posen sind schon wegen des Phillips'schen Beschlusses erbittert gegen die Versammlung; die Mark und Pommern stehen fest beim Könige, Westphalen nicht minder, und es wird vielleicht nur ein Theil von Schlesien und Sachsen der Nationalversammlung zustimmen *). Daß der Unterstaatssekretär Bassermann sich gerade hier befindet, wird von Manchen als eine gute Fügung betrachtet; er soll sich, durch Anfragen bestürmt, offen ausgesprochen haben, daß es gewissenlos sei, wegen einer bloßen Veränderung des Ortes einen Bürgerkrieg herauf zu beschwören. Wie ich hörte, war er beim König und verkehrte mit den Ministern und brachte seine Ueberzeugung zurück, daß an eine Reaktion Niemand zu denken wagt. Diese seine Versicherung soll indeß bei den erhitzten Gemüthern keine Würdigung gefunden haben; ein ehrenvoller Vermittlungsvorschlag bei dem Präsidenten v. Unruh scheiterte, wie ich höre, gänzlich, was übrigens nicht zu verwundern ist, wenn man die eben berührten Pläne kennt, mit welchen sich die augenblicklich siegestrunkene Fraktion trägt. — So konnte es denn nicht fehlen, und das Geschick mußte sich erfüllen: Wrangel hält sein Schwert über die rebellische Stadt und strenge Zucht tritt an die Stelle verwegener Frivolität; aber dieselbe Zucht zaubert auch ein langentbehrtes Gefühl der Sicherheit und des gesellschaftlichen Behagens wieder aus seinem Schlummer wach; die Straßen beleben sich wieder und statt bloß finsterer Banditengesichter unter grauem Schlapphut wandeln wieder heitere Gestalten in freundlicheren Farben durch die Straßen der lange genug gebeugten Königsstadt.

*) Diese Ansicht wird durch die Nachrichten aus den Provinzen bis jetzt nicht bestätigt.

Digitized by Google

Der Kaufmann hat plötzlich wieder Nahrung, die Läden sind angefüllt, wie wenn man lange gefastet, und ich hörte bei meinen Wanderungen durch die Straßen selbst Arbeiter häufig genug zu einander sagen: es war doch hohe Zeit, daß die „Schweinerei" ein Ende nahm. — So erfüllt sich für die Völker wie für die Kinder der alte Spruch: nur eigener Schaden macht klug. Möchten wir Deutsche doch zur Klugheit des Schadens nun genug gehabt haben.

* **Berlin. Unsere Nachrichten reichen bis zum 13. d., Morgens 6 Uhr. Die Stadt war ruhig.**

** **Köln**, 13. Nov. Die „permanente" Volksversammlung ging gestern Abend, kurz nach dem Schlusse meines Berichtes auseinander und vertagte sich bis heute Abend 6 Uhr, nachdem noch auf den Antrag des Herrn Beust eine Commission zur einstweilen unbewaffneten militärischen Organisation der Stadt niedergesetzt war. Der gestrige Abend, abgerechnet einige kleine Charivari-Demonstrationen bei den Mitgliedern des Stadtrathes, welche gegen die Adresse gestimmt, verlief ruhig, und auch vom heutigen Tage ist nach nichts zu berichten, als daß an allen Straßenecken ein „Aufruf an die Soldaten" angeschlagen ist, welcher dieselben in einem Tone, der der besten Sache schaden würde, auffordert, sich nicht länger zu blinden Werkzeugen eines Despoten herzugeben, sondern zu dem Volke zu stehen, dem sie angehören, und ihre Waffen gegen dessen Unterdrücker zu kehren. Es sind diese Plakate übrigens von großen Menschenmassen umlagert. Was der heutige Abend und speciell die heutige Volksversammlung bringt, steht zu erwarten; ich werde höchstens, wenn etwas besonders Wichtiges vorkommen sollte, noch einige Zeilen zur Post geben können. Auf den späten Abend erwartet man sehr grossartige Katzenmusiken bei den mißliebigen Mitgliedern des Stadtrathes; es heißt wenigstens, daß sämmtliche Drehorgeln in der Stadt dazu gemiethet sind.

Aachen, 12. Nov. Heute Vormittag hat der hiesige „Volks-Verein" in außerordentlicher Sitzung, zu welcher alle Bürger Aachens eingeladen waren, und wo in Folge des starken Besuches das geräumige Local viel zu klein war, durch Acclamation erklärt: „daß der Volks-Verein und die anwesenden Bürger Aachens mit den Beschlüssen der National-Versammlung vollständig einverstanden seien und daß sie, im Falle der Noth, dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen würden." Darauf wurde auf den Antrag eines Bürgers beschlossen, eine Commission aus sechs Mitgliedern zu wählen, welche die waffenfähige und waffenlustige Bevölkerung Aachens, die noch nicht der Bürgerwehr eingereiht sei, aufzufordern hätte, derselben beizutreten und sich in den Waffen zu üben, um nöthigen Falls Gewalt gegen Gewalt stellen zu können. Um 3 Uhr Nachmittags hält die Bürgerwehr auch eine außerordentliche Versammlung.

Auch in Elberfeld und Crefeld ist die Stimmung sehr aufgeregt; von Düsseldorf fehlen uns noch Nachrichten; aber wir dürfen dort in dem Hauptsitz der Rhein-Republikaner noch eine größere Aufregung voraussetzen.

Bückeburg, 10. Nov. In der heutigen Sitzung des Landtags eröffnete der Präsident, es sei ihm durch den Regierungsvorstand angezeigt, daß falls der Landtag den Fürsten auf eine Civilliste beschränken würde, er sowohl wie der Erbprinz unabänderlich beschlossen habe, auf die Regierung des Landes zu verzichten. (Morgenztg.)

Frankreich.

* **Paris**, 12. Nov. Trotz der gestern verbreiteten beunruhigenden Gerüchte ging das heutige Konstitutionsfest in der schönsten und ungetrübtesten Ordnung vor sich. Ungeachtet des kalten Wetters und des fallenden Schneegestöbers war der Andrang ungemein groß. Abordnungen der Bürgerwehren aus allen Departementen, die zum Theil aus ganzen Bataillonen bestehen, waren zur Feier hier eingetroffen. Um 8½ begab sich die National-Versammlung, so wie die Exekutivgewalt unter dem Donner der Kanonen nach dem Eintrachtsplatze, die Abgeordneten trugen alle die rothen Rosen und Schärpen. Viele, worunter Hr. Thiers, fehlten. Ungefähr gleichzeitig, zog von der Madeleine der der Erzbischof von Paris mit der ganzen Geistlichkeit eben dahin. Der große und schöne Platz war mit Fahnen, Säulen, Trophäen u. s. w. verziert. In seiner Mitte erhob sich ein hoher Dom mit dem Altar. Auf den Estraden, rechts und links nahmen die National-Versammlung, die Behörden, das diplomatische Korps u. s. w. Platz. An diese schlossen sich Tribunen für welche Billets ausgegeben waren. Ringsum stand das Volk. Präsident Armand Marcast verlas die neue Verfassung, unter dem allgemeinen Rufe: es lebe die Republik! und abermaligem Losdrennen von 101 Kanonen, von den Invaliden und allen Forts unserer Hauptstadt. Hierauf stimmte der Erzbischof von Paris mit der Geistlichkeit das Te Deum an, unter Begleitung von Musik und Gesang. Um 10½ Uhr schloß die religiöse Feier, um 12½ Uhr kehrten die letzten Legionen in ihre Quartiere zurück. Morgen Nachmittag werden öffentliche Konzerte, Abends Freitheater gegeben. Sonntag ist das große Fest auf dem Stadthause, Feuerwerk und allgemeine Illumination. Ob der Lord Major und die Aldermen von London hier eintreffen werden, ist zweifelhaft. Indeß sind sehr viele Engländer zu der heutigen Feier eingetroffen. Proudhon hat ein donnerndes Manifest gegen Ledru Rollins Bewerbung um die Präsidentur veröffentlicht. Er, der Socialist, erklärt, diese Wahl würde Frankreich zu Grunde richten! Das „Siècle" zeigt an, gestern Abend hätte eine große Anzahl Abgeordneter von allen Meinungsschattirungen eine Zusammenkunft gehalten, und einstimmig beschlossen, die Bewerbung des Generals Cavaignac in ihren Departementen thatkräftig zu unterstützen. — Gestern sagen etwa 20 Studenten nach der Nat.-Vers., um derselben eine Bittschrift zu Gunsten einer allgemeinen Amnestie zu überreichen. Dieser Zug hatte einige Besorgniß erregt, da sich aber von den Studenten Niemand weiter anschließen mochte, so wurde die Schrift sehr feierlich und ruhig dem Abgeordneten Deville übergeben, der sie auf das Büreau der Nat.-Vers. niederlegte. — In der gestrigen Sitzung der Nat.-Vers. wurde der Antrag Lherbettes, die vorliegenden, während der Sitzung selbst von 26 auf 32 gestiegenen Urlaubsgesuche nicht zu bewilligen, mit 336 gegen 196 Stimmen verworfen. Lherbette wurde in der Motivirung seines Antrags so persönlich, daß er beinahe mit dem Minister des öffentlichen Unterrichts in ein Duell verwickelt worden wäre. Die allgemeine Mißbilligung, welche seine leidenschaftliche Rede fand, bewog ihn indeß die Ausdrücke zurückzunehmen, worüber der Minister sich beklagt hatte. Der Antrag des Abgeordneten Andreas Marius, den Deputirten, die sich entfernen, ihre Diäten, aber wie er sich unparlamentarisch ausdrückte ihren „Gehalt" nicht zu verbrechen, wurde von dem Präsidenten als unkonstitutionell nicht zur Abstimmung gebracht. Die Regierung soll aus den La Platastaaten Depeschen so ernster Natur erhalten haben, daß aus dem Marineministerium der Befehl abgegangen ist, 2 Kriegsschiffe auszurüsten, welche starke Truppenabtheilungen aufnehmen und vor Montevideo führen sollen.

Italien.

* Die Concordia von Turin meldet unter dem 8. Nov., vom folgenden Tage werde eine dritte geheime Sitzung stattfinden, aus welcher hervorgehn werde, was Italien (in Beziehung auf Krieg oder Frieden) zu hoffen oder zu fürchten habe. Der National Savoisien berichtet unter demselben Datum aus Annecy, der Tadel welchen Buffa im Namen der Fünfzehner-Commission gegen das Ministerium aussprach, weil es die militärischen Angelegenheiten wie die des Innern nicht gehörig verwaltet habe, werde wohl ein Coalitionsministerium zur Folge haben, in welches einige Abgeordnete der Linken eintreten würden. — Der Aufstand in Porto Ferrajo (Insel Elba) war bedeutender, als er anfangs dargestellt wurde. Das Volk hatte sich in den Besitz mehrerer Forts gesetzt, die Besatzungen vertrieben und sich der Schlüssel der Pulvermagazine bemächtigt. Ein gewisser Grandolfi soll sogar eine provisorische Regierung errichtet und sich an deren Spitze gestellt haben. Nach neueren Nachrichten hat indeß die Bürgerschaft die Aufständischen bewogen, die Forts und Pulvermagazine den Behörden wieder zuzustellen. Die Centralregierung hat die nöthigen Maßregeln ergriffen (Alba vom 4 Nov.). — Concordia vom 7. Nov. meldet, der Aufstand in der Lombardei verliere alle Tage mehr Boden. Radetzko habe ein starkes Truppenkorps nach der Richtung von Lodi geschickt um nöthigenfalls gegen Garibaldi verwandt zu werden, wenn er von dieser Seite kommen sollte. Der Marschall muß, sagt das Turiner Blatt, von unserer Seite der sehr beruhigt worden sein, da er die Gränze so entblößt. Haynau soll mit seiner Armee in Eilmärschen auf Venedig zurücken. — In Saaigneno, einer kleinen Stadt 11 Stunden von Turin fanden sehr blutige Händel zwischen dem Volke, der Bürgerwehr und den lombardischen Soldaten statt. — Alba vom 4.

Digitized by Google

Nov. schreibt die Auflösung der toskanischen Deputirtenkammer dem Widerspruche zu, welchen die Maßregeln des neuen Ministeriums in den Kammern gefunden haben würden. Die Wahlcollegien sind auf den 20. Nov. berufen, um die neuen Wahlen vorzunehmen. — Ein neapolitanisches Blatt klagt, die sicilianischen Insurgenten hätten aus dem Zeughause von Toulon Geschütz bekommen. In Neapel und den Provinzen ist noch immer eine dumpfe Stimmung, und man hegt mancherlei Besorgnisse.

Ungarn.

Die „Schles. Ztg." meldet: Nach den Mittheilungen von Reisenden ist als gewiß anzunehmen, daß sich Buda-Pesth auf's hartnäckigste vertheidigen wird. Diese Stadt trifft die großartigsten Rüstungen; obgleich sie bereits im Besitze von 5—600 der von den Oesterreichern zurückgelassenen Geschütze sich befindet und einen reichen Munitionsvorrath besitzt, so werden doch noch Tag und Nacht Kanonen gegossen und Patronen angefertigt. Ingenieurs, Techniker, Feuerwerker und selbst viele Eisenbahnbeamte haben sich nach vorgenommener Uebung in die Reihen der Artilleristen aufnehmen lassen. Das in Pesth zurückgebliebene fünfte Artillerieregiment, meist aus Böhmen bestehend, soll sich zwar dahin ausgesprochen haben, daß es weder für noch gegen die Magyaren kämpfend Partei ergreifen werde; dagegen suchen Letztere die Anwesenheit dieses Artilleriekorps möglichst zu benutzen. Dasselbe verweigert denn auch, wie erzählt wird, bei den Vertheidigungswerken bis jetzt nicht seine Dienste.

Griechenland.

** **Athen**, 29. Okt. Dem preußischen und dem baierischen Gesandten ist auf der Rückreise von Livadien nach Athen das Gepäcke geraubt worden. — Nach vierzigtägigen Geburtswehen ist das folgende Ministerium zur Welt gekommen. Präsidentschaft und Marine: Gegenadmiral Kanaris, Inneres: Senator Londos, Finanzen: Bulgaris, früher Marineminister; Krieg: General Mauromichalis, bisher Kultusminister; Kultus und Unterricht: Kaliphronas, letzter Präsident der Kammer; Aeußeres: Kolokotroni geblieben; Justiz: Rallis geblieben. — Die Veranlassung dieses Wechsels war, daß Konduriotis, Ruphos und Rhodius die Auflösung der Kammer oder ihre Entlassung begehrten. Der eigentliche Grund war der, daß einerseits die drei Genannten und Manginas, trotz aller Nachgiebigkeit, dem Hof und der Camorilla doch noch nicht servil genug waren, und daß andererseits ein bedenkliches Geschrei durch Ehrgeizige aller Parteien erhoben wurde, denen man durch ein Portefeuille den Mund stopfen wollte, um sie in Bälde abzunützen und unschädlich zu machen. Dies ist nemlich hier, wo nur für persönliches Interesse, nicht für Principien gekämpft wird, ein bewährtes Palliativmittel gegen Aufstände. — Die drei Minister erhielten also ihre angebotene Entlassung; Manginos, der es gewagt hatte, in einem von ihm gegründeten Blatte die Schädlichkeit der blos fingirten Ministerverantwortlichkeit zu beweisen, und somit indirekt die Allgewalt der Camarilla zu tadeln, wurde abgesetzt. — Das neue Ministerium andererseits vertritt die beiden feindlichen Fraktionen der Mioskomanga; durch Kanaris, einst Russophron, aber unter Coletti zur französischen Partei übergegangen, und durch Bulgaris, Schwiegersohn des Lazarus Konduriotis, den Christides-Club, welcher unter dem Namen eines Journal des débats ein Oppositionsblatt mit communistischer Tendenz vom Abgeordneten Kleomenis herausgeben ließ; durch Kaliphronas die Fraction des Palamides, der das Wohlwollen der Mehrheit der Kammer besitzt, und in einem Blatte mit dem Titel des Constitutionellen, aber republikanischer Tendenz das Ministerium wüthend angriff. Londos, englisch gesinnt, soll seine Freunde Maurocordatos und den Redacteur der „Hoffnung" versöhnen, welches Blatt sich den heftigsten Wuthausdrücken gegen die Camarilla, worunter der König gemeint ist, und sogar gegen die Königin überläßt. Mauromicholis gehört zum Hofe. Rallis und Kolokotroni gehören der russischen Partei an, und sollen den „Aeen" beschwichtigen, in dessen Spalten seit einem Monate wieder eine ausgezeichnete Feder gegen den ganzen Westen schreibt. — In Anbetracht dieser Homogenität seiner Glieder verspricht man dem neuen Ministerium ein Leben von drei bis fünf Monaten im gewöhnlichen Lauf der Dinge. Währt die Ruhe so lange, so hat es immer seine Dienste geleistet.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 15. November.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metalliques 67¾; 2½pCt. ditto 35½; Bankaktien fl. 1105; fl. 500. Loose 116; fl. 250. Loose 78; Badische fl. 35. Loose 25⅜; Hess. Rthlr. 40 Loose 24¼; Polnische fl. 500 Loose 66¾; Friedr. Wilh.-Nordbahn 36¾; Berbach 63; Köln-Minden 73½; 3pCt. inländ. Span. 17⅝; 4½pCt. Württ. 92⅜; 4½pCt. Belg. —; Holl. 2½pCt. Integrale 44¾.

Trotz der bedenklichen Nachrichten aus Berlin und der niedrigen Notirung aus Wien, zeigte die Börse mehr Festigkeit; nur Berbach war durch ondaltende Verkäufe gedrückt. — Einige Lebhaftigkeit herrschte in Wechseln. London, Hamburg und Mailand zu bessern Coursen zu plaziren.

Madrid, 6. Nov. 3pCt. Rente 19⅛ à ¼ P. (N. d. B. 19³/₁₆ à ¼ G.); 5pCt. 10¼ P. (N. d. B. 9¼ G.); Passive Staatsschuld 3⅛ P. (N. d. B. 3⅛ G.)

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

[962] In dem unterzeichneten Verlage sind erschienen:

Der deutsche Protestantismus, seine Vergangenheit und seine heutigen Lebensfragen, im Zusammenhang mit der gesammten Nationalentwicklung beleuchtet von einem deutschen Theologen. Gr. 8. Geh. 2. Aufl. Rthlr. 2. od. fl. 3. 36 kr.

Wahlkampf, A., über Heimathgesetze. Der Streit der Interessen und Ansichten in Beziehung auf das Heimathwesen. Gr. 8. Geh. 12 Sgr. od. 40 kr.

Kriegk, G. L., die Völkerstämme und ihre Zweige nach den neuesten Ergebnissen der Ethnographie. Gr. 8. Geh. 12 Sgr. od. 40 kr.

Germania. Archiv zur Kenntniß des deutschen Elements in allen Ländern der Erde. Im Vereine mit Mehreren herausgegeben von Dr. Strickre. 1r u. 2r. Band. Gr. 8. Geh. Rthlr. 3. 13 Sgr. od. fl. 6. 12 kr.

Element, K. J., der Franzos und seine Sprache. Gr. 8. Geh. 20 Sgr. od. fl. 1. 12 kr.

Simrock, K., die deutschen Sprichwörter. Gesammelt. 8. Geh. Rthlr. 1. 10 Sgr. od. fl. 2. 24 kr.

Wilhelmi, H. F., die Lyrik der Deutschen in ihren vollendetsten Schöpfungen von Gothe bis auf die Gegenwart. Imp. 8. Geh. Rthlr. 2. 4 Sgr. od. fl. 3. 40 kr.

Landfermann, D. W., der evangelische Religionsunterricht auf Gymnasien. Ein Gutachten. Gr. 8. Geh. 15 Sgr. od. 48 kr.

v. Moser, C. F., Doctor Leidenlt. Fragmente aus seiner Reise durch die Welt, seinen Gedanken, Wünschen und Erfahrungen. Neue Ausgabe. 8. Geh. 20 Sgr. od. fl. 1. 12 kr.

Frankfurt a. M. H. L. Brönner.

[983] In unserm Verlage ist so eben erschienen:

Allgemeine

Pathologie und Therapie

als

mechanische Naturwissenschaften

von

Dr. Rudolph Hermann Lotze,
Professor in Göttingen.

Zweite verbesserte Auflage. gr. 8. Geh. Preis 3 Rthlr. —

Leipzig im Oktober 1848. **Weidmann**'sche Buchhandlung.

[984] Bei **Georg Wigand** in **Leipzig** ist erschienen:

Deutschlands Flora.

Mit Abbildungen aller Gattungen und Untergattungen.

Von Dr. W. L. Petermann.

Erste Hälfte. Bogen 1 — 37 und Tafel 1 — 48, **colorirte Ausgabe.** (Die zweite Hälfte erscheint bis Ostern 1849.) Preis 6 Thle.

Es ist von vielen Seiten gewünscht worden, von diesem mit großem Fleiß und außerordentlicher Gewissenhaftigkeit gearbeiteten Werke auch eine **colorirte Ausgabe** zu veranstalten. Diesem Wunsche ist nun entsprochen worden, und wir empfehlen recht angelegentlich diese Ausgabe den Männern der Wissenschaft sowohl als den Freunden der Botanik.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lwer & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. A. Alexandre in Straßburg Nro. 30 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rouge p. me de Bussereth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 305. **Frankfurt a. M., Donnerstag 16. November.** **1848.**

Uebersicht.

Das verfassungsmäßige Königthum in Preußen.

An die Redaktion.

Deutschland. Wien (Gr. Stadien. Der Reichstag. Der Feldzug nach Ungern. Näheres über Blums Tod.) Berlin (Tagesereignisse. Stimmung) Potsdam (Berlin von Potsdam aus gesehen.) Von der preußischen Saale.] (Der König und die Landesversammlung.) München (Verabschiedung der ständischen Ausschüsse. Die Oesterreicher Studenten. Die Ministerkrisis.) Stuttgart (Ministerkrisis.) Leipzig (Eindruck von Blums Ermordung.) Hanauer (Amerikanische Kriegsschiffe.)

[ ] **Frankreich.** Paris (Die Ultrarepublikaner unzufrieden mit General Cavaignac. Thiers gegen, die gemäßigten Republikaner für ihn. Der Congreß zu Brüssel. Tagesbegebenheiten.)

Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten.)

Schweiz. Zürich (In Sachen Fr. Rohmers.)

16. November.

Wo eine Verfassung schon besteht, hat der König das unzweifelhafte Recht die Volksvertretung zu vertagen oder aufzulösen und den Ort ihrer Zusammenkunft zu bestimmen. Wer die Behauptung aufstellt, dem gegenwärtigen preußischen Landtage gegenüber stehe dem Könige jenes Recht nicht zu, weil der Landtag zur Vereinbarung der Verfassung berufen sei, den kann man fragen: Wo stehet das geschrieben? Gewiß steht nichts davon in der Urkunde vom 8. April, durch welche jene Versammlung einberufen ist. Eine unauflösliche Versammlung droht sogar der Freiheit Gefahren und die Berliner Versammlung schien nicht übel Lust zu haben zu einem langen Parlamente. Der Form, dem Buchstaben nach, hat der König ganz Recht, wenn er sagt, er handle ganz constitutionell. Ihm steht das Recht, das Parlament zu vertagen oder aufzulösen ebensowohl zu, als das Recht über Krieg und Frieden oder das Recht sich seine verantwortlichen Rathgeber zu erwählen. Aber man kann ein Recht besitzen und doch groß Unrecht daran thun, es auszuüben. Der König von Preußen hat alle herkömmlichen Formen des verfassungsmäßigen Königthums beobachtet, aber das Wesen derselben ganz und gar verkannt, und auf's schmerzlichste verletzt.

Denn worin besteht das Wesen jener Verfassung, welche seit dem Frühjahr in allen deutschen Staaten eingeführt ist? Erinnern wir uns einen Augenblick an die Stunde, wo die Nachricht von der neuen Umwälzung in Paris uns erreichte und das Wort Republik uns betäubte, wie ein heller, vor uns niederschlagender Blitz. Ein Jeder fühlte, daß auch unserem Vaterlande große Veränderungen bevorstanden, daß es aus sei mit der unumschränkten Fürstenmacht, daß das Volk alle die Freiheiten für sich fordern werde, welche ihm schon so lange versprochen waren. Wenn Deutschland das Beispiel Frankreichs nachahmen und eine Republik errichten wollte, so stand eine allgemeine Umwälzung bevor, welche auf einem weiten Umweg vielleicht dennoch nicht zum Ziele führet. Um diese Umwälzung zu vermeiden, beeiferten sich die Weisesten und Besten unseres Volkes, das verfassungsmäßige Königthum, wie es sich unter andern deutschen Stämmen ausgebildet und bewährt hatte, als die für Deutschland geeignetste Verfassung zu empfehlen. Sie versicherten, daß diese Verfassung dem Volke die nämliche Selbstständigkeit einräume, mit welcher der Name der Republik der Menge schmeichelt. Auch das Wesen dieser Verfassung bestehe darin, daß das Volk nicht nach dem Willen oder der Laune eines Einzelnen, sondern nach seinem eigenen Willen, wie er sich in der Mehrheit der Volksvertretung kund gebe, regiert werde. Der Einwand, welchen die Republikaner beständig gegen diese Form der Verfassung vorbrachten, war der, daß sie sich in Frankreich und in den kleineren Staaten Deutschlands nicht bewährt habe, daß sie ein Lügenspiel sei, daß ein Fürst alle Formen einer solchen Verfassung beobachten könne, und doch alle Freiheiten des Volkes unterdrücken. Ein preußischer Staatsmann beleuchtete damals mit scharfen Worten das ganze Getriebe einer solchen scheinbaren Verfassung, welches er in Paris in der Nähe angesehen und alles vereinigte sich in dem Rufe, man wolle in Deutschland das verfassungsmäßige Königthum in seiner Wahrheit, auf wahrhaft volksthümlicher Grundlage. Diese Verfassung ward überall vom Volke begehrt, von den Fürsten angenommen. Diese gelobten, das Volk nicht mehr nach ihrem eigenen, gewiß meist redlichen Willen regieren zu wollen. Sie überließen das Urtheil über das, was zum allgemeinen Besten gereiche, dem Volke selbst. Sie entließen ihre bisherigen verhaßten Rathgeber, sie umgaben sich mit Männern des Volkes und versprachen, sich stets nur Männer zu erwählen, welche das volle Vertrauen der Volksvertretung genössen. Das hat unter andern der König von Preußen am 28. März in seinem Bescheide an die rheinischen Städte ausdrücklich zugesagt.

Wenn trotzdem der König aus dem Grafen Brandenburg und andern Männern des allgemeinen Mißtrauens ein Ministerium bildet, und dadurch für das Wohl des Volkes zu sorgen behauptet, so verfällt er offenbar wieder in die Person des unumschränkten Herrschers. Er will wieder das Volk bevormunden und vergißt ganz, daß er es mündig gesprochen. Er behauptet auch ferner auf verfassungsmäßigem Wege wandeln zu wollen, und hat diesen Weg doch schon verlassen. Er will das Volk wieder dessen Willen regieren, durch Männer, von denen es nicht regiert sein will. Und man kann es dem preußischen Volke wahrlich nicht verargen, daß es entrüstet, einen Hrn. v. Bodelschwingh gestürzt zu haben, um in demselben Jahre Hrn. v. Manteuffel an dessen Stelle treten zu sehen. Ein Ehrenmann, Hr. v. Vincke, hat jenen Hrn. v. Manteuffel zwar für seinesgleichen erklärt. Er hat in einer ausgezeichneten Rede, bei welcher man sich des griechischen Spruches erinnern mußte: „Du wirst mich nicht überreden, auch wenn Du mich überredest!" das Verfahren des Königs von Preußen zu rechtfertigen gesucht und unter andern gesagt: da Hr. v. Manteuffel versprochen habe, konstitutionell zu sein, so erlaube er sich nicht daran zu zweifeln. Er wird es aber dem preußischen Volke nicht verargen können, wenn es dennoch Zweifel hegt. Hr. v. Manteuffel ist zuerst ein Edelmann alten Schlages, einer von denen, welche die „in's Land geschneiten Hohenzollern" nicht für seines Gleichen ansehen, und sagt, seine Vorfahren hätten „mit diesen Brandenburgern" manche Lanze gebrochen. Das ist eine sehr unschuldige Meinung, aber keine Bürgschaft für die Volksthümlichkeit des neuen Königthums. Er ist überdies ein gefügiger Beamter und war der unbedingte Anhänger des unumschränkten Königthums. Er hat sich zwar nach den Märztagen mit aller Unbefangenheit zur Wahl als Volksvertreter gemeldet und dabei versichert, da der König es befohlen, so habe er seine Meinung geändert. Aber eine solche Bekehrung hat schwerlich mehr Werth, als ehedem die Heidenbekehrung der Taufenoe, welche auf Befehl ihres Königs zur Taufe in den Fluß getrieben wurden. Welches Vertrauen soll das Volk zu einem Ministerium hegen, dessen Seele dieser Mann ist? Was versteht er unter der „ächten und wahren Freiheit",

welche es beschützen will? Etwa dieselbe, zu dessen Schutze das Ministerium Polignac die Juli-Ordonnanzen erließ? So meint das Volk und vot auch andere als persönliche Ursachen, Alles was in Berlin geschieht nur für eine Folge der guten Wirkung der Brandraketen in Wien anzusehrn. Wir übergehen alles Uebrige; aber die Thaten des Ministeriums, ouf welche doch verwiesen ist, scheinen das Mißtraurn zu rechtfertigen. Sie deganncn damit die Achtung vor dem Gesetze in Berlin wiederherstellen zu wallen, und niemand kann diesen Wunsch lebhafter oussprechen, ols es an dieser Stelle geschehen ist. Wir vertheibigten die Gesetzlichkeit der Anordnung über dos Einschreiten der Truppen, nachdem wir längst vergeblich gefardert hatten, daß die Versammlung selbst Maßregeln zu ihrem Schutze treffe. Wir hafften, daß die Regierung dirfe von ihr öffentlich verkündigte Maßregel mit aller Kraft durchführen werde. Sie hätte dabei im ganzen Lande alle diejenigrn für sich gehabt, welche die Freiheit nicht in der Unordnung sehen. Es ist eine Albernheit zu behaupten, daß sich in ganz Preußen keine anderen Minister als die jetzigen derhoßten gefunden haben würden, wrlche jene schon erlassene Maßregel durchzuführen den Muth gehabt haben würden. Die zwanzig Namen, welche einer noch dem andern es ablehnten, ein Porteseuille zu übernehmen, mußten wohl die Verantwartlichkeit für andere Dinge scheuen, die jetzt zu Tage kommen. Warte sind wohlfeil und doch ließ sich für die Verlegung und Vrrtagung der Versammlung kein folgerichtiger Grund auffinden. Eben hat die Regierung, des Wachsmuth'schen Antrags nicht zu gedenken, die strengsten Maßregeln getroffrn, um die Ordnung in Berlin und die Sicherheit der Landesversammlung kräftig zu schützen, und doch verlegt und vertagt sie darouf die Versammlung wegen mangelnder Sicherheit. Dorf man sich wundern, daß man einer Maßregel nicht traut, welche nicht besser begründet werden kann? daß man Hintergedonken argwöhnt? daß man sich erinnert on jene am Hofe viel bedeutende Partei, welche von der Landesversammlung in Berlin nach ungünstigrr denkt, als wir Alle, welche durch die letzten Beschlüsse der Versammlung ouf's tiefste verletzt ist? welche die Versammlung und ihre Beschlüsse gern auf einmal los wäre? die deßhalb zu Maßregeln drängt, denen die Versammlung sich nicht fügen wird, um so den längst gewünschten Bruch herbeizuführen? Gibt es etwa keinr Partei, wrlche ouf das Ungewitter hofft, das in Preußen wie in Oesterreich die Saot des Märzmondes in olle Winde oerstreuen wird? Und hat man die jetzigen Minister nicht stets zu dieser Partei gerechnet?

So denkt ein großer, und noch den Nachrichtrn, wie sie bis heute eingelaufen sind, ein überwiegender Thril des preußischen Volkes. Einige sehen dagegen in den jetzigen Ministern treue muthige Männer, welche ihre politische Laufdahn, ja ihr Leben in die Schanze schlagen, um die gestörte Ordnung im Königreiche wieder herzustellen, und dann obzutreten, und einem volksthümlichen Ministerium Platz zu machen. Wir müssen in diesem Falle, den wir grrn annehmen, nur bedauern, daß so viel Vaterlandsliebe mit so wenig Einsicht verbunden gewrsen ist. Den beklagenswerthen Irrthum, sich, die verhaßtesten Männer für diejenigrn zu halten, welche jener Aufgabe om meisten gewachsen wären, haben die Ereignisse bereits aufgedeckt. Es ist in Preußrn zu jenem Bruche zwischen Krone und Volksvertretung gekammen, welcher von mehr als einer Partei herbeigewünscht ward. Die Minister und die Mehrheit der Landesaersommlung klagen sich gegenseitig des Hochverrothrs an, und haben wenigstens beide Recht, wenn sie sich Ueberschreitungen des Gesetzes varwerfen. Die Minister, welche die Freiheiten des Volkes nicht antasten nollten, sind um das unternommrne Werk durchzuführen, Schritt vor Schritt dahin geführt worden, in der Houptstadt olle großen Volksfreiheiten eine noch der andrrn aufzuheben und haben dobei nicht umhingekonnt, einzelne gesetzliche Bestimmungen zu verletzen. Denn wenn es z. B. durch rinen Zusatz zum Bürgerwehrgesetz vom 17. Oktober angeordnet ist, daß die vom Staate den Gemeinden verabreichten Waffen jedenfolls bis zur Zeit, wo die Verfassung und die nrue Gemeinedordnung in Kraft treten, im Besitze der Gemeinde bleiben follen, so ist es doch nur Spott, wenn die Minister dem Gesetze damit zu genügen glauben, daß sie verkündigen lassen, die Waffen würden für die Gemeinden in Verwohrung genammrn. Die Landesversammlung hat ihrerseits alle gesetzlich bestehende Ordnung in Frage gestellt. Die Kluft droht durch das ganze Volk zu reißen, und die Times sagt mit Recht: „Wie die Sache jrzt steht, treibt die preußische Monorchie dem Verderben zu, ohne eine Hand, es zu retten!" Diese rettende Hand kann nur das Vaterland ihm hinstrecken! Beständе schon das Reichsgericht, so grhörte jene Streitigkeit var diesen Gerichtshof. Jetzt muß die Reichsgewalt dessen Stelle vertreten. Es war die höchste Zeit, daß sie, gestützt ouf die eben gefaßten Beschlüsse der Reichsversammlung, die Vermittelung versucht. Was uns für Preußen von dieser Vrruittelung ein besseres Ergebniß hoffrn läßt, ols in Oesteereich, das ist außer der geringern Verwickelung des Streites, var Allem die größere Bildung und Sitte, die humaneren Einrichtungen, unter welchen in Preußen Heer und Volk aufgewachsen sind. Sodann die ungeheuern Grfahren, welche drohen, wrnn die Vermittlung nicht zn Stonde kommt. Denn beide Parteien, die Freunde des möglichst unbeschränkten und des möglichst beschrönkten Königthums müssen einsehen, doß ihr Kampf schwerlich ihnen den Sieg verschaffrn würde, sondern ihren gemeinschaftlichen Feindrn, die sich jetzt schon im Stillen freuen. Jeder in Preußen muß zugestehen, daß das Reich nicht zusehen durfte; der Sinn aber, in welchem es die Vermittelung versucht, wird das Mißtrauen beschwichtigen, welches in Preußen nicht bloß gegen Potsdam, sondern neuerdings auch gegen Frankfurt um sich griff. Von den Maßregeln der Regierung müssen nur diejenigen in Kraft bleibrn, welche die Ordnung der Hauptstadt verbürgen; dann liegt der Wiedereröffnung der Landesaersammlung in Berlin nichts im Wege. Zwischen drm Könige und seinrm Volke steht bis jetzt nur ein Schatten: seine Minister. Sie müssen abtreten, und drr Versuch, das Volk gegen seinen Willen zu regieren, muß für immer aufgegeben werden; denn er verträgt sich vielleicht mit drr Farm der Verfassung, aber nicht mit deren Geiste.

An die verehrliche Redaktion der deutschen Zeitung!

In der Beilage Nro. 303 zur Deutschen Zeitung hat sich derselbe Druckfehler in pos. I des Mehrheits-Antrags des Ausschusses für die preußische Angelegenheit eingeschlichen, wrlcher sich im Ausschußbericht selbst findet, und als solcher von dem Berichterstatter in der Sitzung der Reichsversammlung vom 14. d. bezeichnet wurde. Es soll nämlich nicht heißen „zurücknehme" sondern „aufhebe". Da der Ausschuß Gewicht darouf legte, daß dieser letztere Auddruck gewählt werde, und der Beschluß der Reichsversammlung ouch so gefaßt worden ist, so bitte ich eine verehrliche Redaktion, in dem nächsten Blatte jenen Druckfehler anzuzeigen und zu berichtigen. Hachachtungsvoll zeichnet.

Frankfurt, 15. Nov. 1848. Hergenhohn.

Deutschland.

* **Wien.** Der öfter von uns erwähnte Korrespondent der D. Allg. Ztg. aus Wien nennt die etwaige Ernennung Stadion's zum Minister des Innern einen orgen Mißgriff, da seine Unpopularität zu entschieden ousgesprochen sei und besonders bei drn poln. Abgeordneten vorwalte. Auch hat sich Stadion durchaus unfähig gezeigt, irgend einen parlamentarischen Kampf zu bestehen, was immerhin ein Uebelstand bleibt, wrnngleich das Auditorium zu Kremsier minder zahlreich, ols in Wien, ausfallen, dürfte. Die Verlegung des Reichstags dahin unterliegt nun keinem Zweifel, wie es sich denn auch nur darum gehondelt hatte, ob die jetzigrn Mitglieder darauf eingehen, oder so zahlreich protestiren würden, daß hierdurch eine Auflösung erfolgt wäre. Offenbar hätten sie ober hierbei den Kürzern gezogen, indem die Wiedererwählung der Linken unter den jrtzigen Verhältnissen sehr zweifelhaft geworden wäre. — Nach demselben Berichterstatter soh man der blutigen Entscheidung in Ungorn entgegen. Am 12. November soll angegriffen werden, die Truppen concentriren sich in der Richtung von Göding, zahlreiche Artillerieparks gehen täglich ab; der Ausgong erscheint la wenig zweifelhoft, wie er es für Wien erscheinen konnte. Die gänzliche Unterbrechung des Verkehrs mit dem Nachbarstaote, mit welchem so viele Beziehungen odwolten, wirkt aber sehr lähmend. Viele der in Wien lebenden Ungarn befinden sich in orger Verlegenheit; ste würden sich aus der ungarischen Einberufung nicht viel machen; aber nun fallen ste auch aus Wien ausgewiesen werden, während es Vielen höchlich widerstrebt, in Ungarn zum Waffendienste gegen Oesterreich ongehalten zu werden. Wenn die eingetretene trackene Kälte anhält, so ist es wohl in vier Wochen mit dem ungorischen Feld-

Digitized by Google

zuge zu Ende. Gold ist in Menge an der Börse, worunter auch russisches und Napoleon'sches, auch zeigt sich viel Kauflust für Fonds, ungeachtet man den Abschluß einer neuen Anleihe als nothwendig bevorstehend annimmt. Man glaubt, daß die Regierung die ernstesten Schwierigkeiten besiegt habe und auf dem Punkte stehe, stärker als je in ihrem Innern zu erstehen. Ein dauernder Friede in Italien und die Bezwingung Ungarns sind freilich noch zu erwarten, allein sie werden erwartet. Die Aufstände in Lemberg und Brünn haben nur dazu geführt, die Uebermacht der Militärgewalt darzuthun, und so bedeutend die Bewegung in Lemberg war, so spricht man kaum von dem dreistündigen Bombardement nach Dem, was sich in Wien zugetragen hat. Auch vor Lemberg fallen die Bauern ihre Dienste den Truppen gegen die Stadt angeboten haben. — Es verlautet, daß Jellacic Inhaber des Regiments Latour werden soll; die Soldaten selbst sollen den Wunsch geäußert haben, das Regiment möge den Namen Jellacic tragen.

Wien. Der „Allg. Z." wird geschrieben: „Blum's Tod hat unter der deutschen Partei Entsetzen hervorgerufen. Er wurde von ungefähr 1000 Mann in die Brigitten-Au geleitet. Unterwegs entrangen sich öfters schwere Seufzer seiner Brust. Am Richtplatz angekommen, hatte er wieder seine ganze Ruhe gewonnen. Er gab es nicht zu, daß man ihm die Augen verbinde, und starb gefaßt. Sein Tod, ohne alles Benehmen mit dem Frankfurter Parlament, dürfte uns ein Zeichen sein für die Politik, welche Oesterreich künftighin Deutschland gegenüber verfolgen dürfte." Eine andere Mittheilung sagt: Blum habe vor seiner Hinrichtung noch eine Rede halten wollen, allein das zu seiner Fixirung bestellte Militär (Jäger), habe ihn selbst ersucht es zu unterlassen, da er ohnehin unter ihnen keine Zuhörer finden würde.

* **Berlin.** Die meisten Zeitungen haben in Folge des Belagerungszustandes zu erscheinen aufgehört. Auch die lithographische Correspondenz ist uns nicht unter Kreuzcouvert, sondern als Brief zugegangen.

** **Berlin**, 13. Nov. Der König scheint fest entschlossen, den einmal betretenen Weg weiter zu verfolgen. Grabow war gestern in Potsdam und soll diese Aussicht mit herübergebracht haben. Mittlerweile setzt die Nationalversammlung ihre Sitzungen im Saal des Schützenhauses ungehindert fort und Magistrat und Stadtverordneten von Berlin, Breslau, Stettin, Magdeburg und andern Städten, von denen schon Nachricht da ist, erklären sich für die Versammlung, also gegen die Krone. Dieser Zwiespalt der Gewalten im Staat kann nicht länger dauern; eine wird unterliegen. Die Nationalversammlung oder die Krone? Ehe der Graf Brandenburg mit Bildung eines Kabinets beauftragt wurde, war der Plan fertig, der heute zur Ausführung kommt; aber 21 Männer lehnten die angebotenen Portefeuilles ab und nur mit Widerstreben übernahmen Brandenburg, Manteuffel, Ladenberg, Strotha, letzthin Rintelen (Waldeck's Kollege am Ober-Tribunal und Abgeordneter) die Aufgabe, jenen Plan durchzuführen. Jenen Plan? Es ist schwer zu sagen, welchen. Aber die eine oder die andere Prämisse desselben liegt auf der Hand. Die erste ist die gänzliche Unfreiheit der Versammlung; ihre Abhängigkeit von dem Berliner Terrorismus. Die andre scheint zu sein, daß die bestimmte Richtung, die republikanische Staatsform in Preußen einzuführen, einer Partei der Versammlung einwohne und daß der größte Theil der Uebrigen nicht genug Sympathie für das Königthum und nicht genug Festigkeit habe, diesem Treiben, das unter den mannigfaltigsten Vorwänden, zuletzt in völligem Indifferentismus gegen die Verfassung, um sich greife, entgegenzuarbeiten. Diese letzte Prämisse begründet zwar mehr die Auflösung der Constituante, oder gar die Oktroyirung einer Charte; doch wessen Blick reicht weit genug, um zu sagen, dies sei nicht im Werk? Soviel steht fest, der König widersteht jeder Anmuthung gegen das allgemeine Wahlrecht und verwirft jeden Census, aus Ueberzeugung oder aus Gewissenhaftigkeit; charakteristisch genug, daß es gewagt wird, ihm davon eine Abweichung vorzuschlagen. Aber die erste Annahme von der Unfreiheit der Versammlung fand guten Glauben; der König schien in dieser Annahme den rettenden Ausweg zu finden. Die Abgeordneten handeln unfrei; daher dieser Mangel an Edelmuth und Sittlichkeitsgefühl, der Minderheit den genügenden Schutz vor Fäusten, Stricken, Fackeln ꝛc. einer rohen Menge zu gewähren. Daher das Umsichgreifen republikanischer Planmacherei! Armer Monarch, war das deine Politik? — Der demokratische Kongreß war in sich zerflossen und hatte die Partei der rothen Republik blamirt; die Gräuelscenen am Abend des 31. Oktober empörten alle Gemüther; das Jagdgesetz war sanktionirt. Es fehlte nur — nach Pfuels unausbleiblich gewordenem Rücktritt —, daß der König namhafte Männer aus der Versammlung in seinen Rath rief. Niemals war die Zeit günstiger. Entweder eine kompakte Majorität hätte dann unzweifelhaft die Krone unterstützt, oder die Popularität des neuen Kabinets wäre mit einer Versammlung, worin eine bis 3 Stimmen Verfassungsfragen entscheiden, fertig geworden. Stimmen aus dem Volke sprachen geradeswegs für den Fall, daß ein Ministerium Unruh-Kirchmann von der eignen Partei verlassen würde, von Auflösung der Konstituirenden. Da kommt die Ernennung Brandenburgs. — Alles, was diese Ernennung mit ihren Konsequenzen beseitigen sollte, war im Begriff, von selbst unterzugehen und empfing eben jetzt neue Kraft. Die Versammlung, fast einstimmig, protestirt gegen Brandenburg in jener Adresse. Der König achtet ihrer kaum — denn die Versammlung soll ja nicht frei sein! Er verspricht, nur Minister zu wählen, die das Vertrauen des Landes genießen — aber die Landesversammlung ist für den König nicht das Land, denn sie ist ja nicht frei! — Brandenburg behält seinen Auftrag. Und wen wählt er in sein Kabinet? Wen er aufzutreiben vermochte; wir wissen keine andere Antwort. Denn Graf Brandenburg hat keine anderen Kollegen gefunden, als Manteuffel, Ladenberg, Stratha, Rintelen. Selbst Pommer-Esche, der interimistisch Handel und Gewerbe, Kühne, der interim. die Finanzen verwaltet, erklären sich der politischen Verantwortung des Kabinets fremd. Also der Staatsstreich ist im Werk. Er ließ nicht auf sich warten. Das Ministerium tritt in die Kammer. Seine Ernennung wird verlesen. Kein Programm. Unmittelbar nach der Ernennung die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg und ihre Vertagung bis zum 27. In wilder Hast erhebt sich Graf Brandenburg, ehe noch der Schriftführer zu Ende gelesen, um jedes fernere Wort für ungesetzlich zu erklären. Doch der Präsident hat ihm noch nicht das Wort ertheilt, die Versammlung unterbricht ihn stürmisch und Herr von Unruh sagt dazwischen, die Versammlung habe zu der Verlegung noch ihre Einwilligung nicht ertheilt. Dann spricht der Premier. — Die Versammlung ist ja nicht frei! Sie würde ja das ministerielle Programm nicht frei beurtheilt, sie würde eine königliche Prapositionen über die Verlegung mit großer Mehrheit verworfen haben. Sie handelt ja nicht frei! Jedes Wort ist fernerhin ungesetzlich, jeder fernere Beschluß ist unwirksam. Die Diäten hören auf, gezahlt zu werden. Das Haus soll geschlossen werden. Das Personal der Beamten wird aufgefordert, die Versammlung zu verlassen. Die Bürgerwehr soll ihrem Eintritt sich widersetzen. Ihr Präsident wird in einem Briefe des Ministers als „königl. Regierungsrath a. Unruh" angeredet. War es ein Staatsstreich? Hat die Krone nicht das Recht, die Versammlung einseitig nach Brandenburg zu verlegen, wie der Kaiser von Oesterreich seinen Reichstag nach Kremsier verlegt hat? Der konstitutionelle Fürst keines Landes hat das verfassungsmäßige Recht der Verlegung; doch die Konstitution pflegt den Ort der Berufung ausdrücklich zu fixiren. Wie ist es aber da, wo noch keine Verfassung vorhanden ist? Eine konstituirende, vereinbarende Versammlung darf doch nicht weniger Rechte haben, als ein gesetzgebender Körper? Auch dies wird behauptet. Im Zweifel, und wo nicht ausdrücklich das Recht der Versammlung beigelegt sei, sei das Recht der Krone anzunehmen. Doch habe sie gleichviel Rechte, woher darf sie wider ihren Willen verlegt werden? Kein gesetzgebender Körper darf sich ein solches Nomadisiren gefallen lassen. Doch im Wahlgesetz ist kein Ort genannt, nur im Einberufungsschreiben. — Hierauf fußten die Abgeordneten der rechten Seite, welche die Versammlung verließen und nach Brandenburg zu kommen gesonnen sind. Ja, sie vindizirten der Krone die Pflicht der Verlegung wegen jenes herrschenden Terrorismus. — Wir stellen uns nicht auf diese Seite. Im Wahlgesetz ist der Ort nicht genannt. Das Recht der Verlegung ist ein bestrittenes, auch wenn wir der Krone das Recht zuerkennten, zu vertagen und aufzulösen. Die Streitfrage nach diesem Recht ist durch den Buchstaben keines geschriebenen Rechts, sondern lediglich aus der Natur und dem Zweck der Institution, um die es sich handelt, der zur Vereinbarung einer Staatsverfassung einberufenen Versammlung zu beantworten. Eine Staatsverfassung soll durch Vertrag der Krone mit den Vertretern des Vol-

Digitized by Google

kes zur Stonde kommen. Wo daher für den der Vollendung eines solchen Grundvertrages vorangehenden Zustand Zweifel über die Rechte des einen oder des andern Paziszenten entstehen, ist für die Gleichberechtigung beider zu entscheiden. Die Exekutive liegt ganz außerhalb der Kompetenz der Versammlung; sie kommt niemals in Frage. Aber Befugnisse, die auf der Grenze zwischen Gesetzgebung und Regierung liegen, und die bei fertiger Verfassung auf Grund von §§. der Konstitution geübt werden, können füglich nicht anders, als mit Zustimmung der Versammlung, in Uebereinstimmung von ihr mit der Krone geübt werden. Dies gilt insbesondere von Verfügungen, welche die Existenz des Einen Theils berühren. Dazu gehört die Maßregel der Verlegung. Wenn das Wahlgesetz diese Frage nicht positiv entscheidet, so muß sie für den bestimmten Fall, also durch Zustimmung der betheiligten Versammlung entschieden werden. Müßte die Versammlung jedem Wink der Krone unbedingt und unweigerlich Folge leisten, dann wäre der eine Faktor der Vereinbarung so überwiegend an Macht, daß der andere völlig untergeordnet würde, der konstitutionelle Boden wäre somit zerstört. Die Regierung des Königs war andrer Meinung. Sie hatte das Gutachten von Rechtsgelehrten eingeholt; diese hatten sich auf das Wahlgesetz gestützt, worin der Ort nicht genannt ist, und sich für das Recht der Krone entschieden. Doch wog eine andere Rücksicht vor, jene erste Prämisse, die wir genannt, der König war von Stimmen aus allen Enden der Monarchie bestürmt, dem „wüsten Treiben" zu Berlin ein Ende zu machen. Die Centralgewalt hatte dahin gewirkt und Bassermann wird jetzt verwünscht, weil er den König gegen die Versammlung hetze. Ja man spricht sogar von einem Briefe Cavaignac's an den König, der unter mannigfachen Enthüllungen ansspricht, daß, wenn bis zum Termin der französischen Präsidentenwahl, „dem 10. Dec.", die „Hauptstädte der europäischen Anarchie" nicht in die Bahn des Gesetzes gezwungen worden, die Sache der Civilisation in Europa für verloren zu erachten sei; Thatsachen und Argumente dieses Briefs sollen auf den König einen tiefen Eindruck gemacht haben. Der König glaubte durch die Versammlung auf das Aeußerste gebracht, glaubte, weil vielleicht Hunderttausende so zu ihm schriftlich und mündlich gesprochen, 15 Millionen seines Volks auf seiner Seite und machte nun Gebrauch von dem Rechte zur Revolution. Aber der zurückbleibende Theil der Versammlung war beschlußfähig (noch vier Tagen noch 237 Mitglieder: 36 über die nöthige Zahl). Sie erklärte die Verlegung wider ihren Willen als ungesetzlich, die verantwortlichen Räthe für unfähig und in einer heute beschlossenen Denkschrift, die dem Staats-Anwalt eingehändigt ist, „auf daß er seine Pflicht thue," für Hochverräther. Sie wich nur der Gewalt. Ein schlagfertiges Heer mußte in die Stadt rücken. Alle Wachen der Bürgerwehr wurden eingenommen. Die Haltung der Stadt war bewunderungswürdig. Man erkannte, wie groß wir wären ohne das Volk der Treiber und der Träber! ohne das Revoltiren und Putschiren! Ueberall passiver Widerstand, so, daß Gewalt gebraucht werden mußte. Die Versammlung schied aus dem Schauspielhause, als Kanonen aufgefahren wurden. Am folgenden Morgen fand sie es mit Soldaten besetzt. Ihre Archive sind unbewacht; die Papiere liegen umher, Soldaten kampiren in ihren Bureaux. Es scheinen keine Anstalten getroffen, den Apparat noch Brandenburg zu übersiedeln. — In einem Privatlokal konstituirt sich die preußische Landesversammlung. Der herrliche weiße Saal der Schützengilde wird ihr geboten; die Stadtverordneten beschließen mit 78 von 92 Stimmen, ihre Lokalien einzuräumen. Die Börse bewilligt Kredit; und die Abgeordneten beziehen nach wie vor ihre Diäten. Das Postamt befördert die für die „Nationalversammlung" bestimmten Zeitungen und die Briefe der Abgeordneten immer noch portofrei, und sendet noch dem Schützenhause die Zeitungen.

Im vollen Gefühle des Rechts setzt die Versammlung ihre Sitzungen fort. Die Männer der äußersten Linken geben ihre besondern Pläne, mit denen sie uns soweit gebracht haben, auf; die Republik scheint ihnen unausbleiblich. Derweilen strengt die Partei Unruh-Wachsmuth Alles an, um die Vermittlung nicht unmöglich zu machen, ihr schließen sich die zurückgebliebenen Mitglieder der Rechten (namentlich Schulz-Minden, Kühnemann) an. So wird der Antrag der Steuerverweigerung in der Kommission absichtlich hingehalten; so ward zu Waldeck's großem Unwillen ein Antrag wieder zurückgezogen, der den Eid des Heeres antastete, und Ziegler, der Bürgermeister und Abgeordnete Brandenburgs, der auch nicht nach Brandenburg will, hatte nicht umsonst gesprochen. — Das Volk begrüßt die Abgeordneten mit lautem Lebehoch beim Eingang und Hinaustreten. — Derweilen schreitet ein verhaßtes Ministerium mit seinem planmäßigen Handeln weiter fort. Doch Alles scheint erst das Mittel. Noch ist der Zweck unbekannt. Aber die Versammlung folgt jeder ministeriellen Handlung mit einem Dementi. Die Bürgerwehr wird aufgelöst — die Versammlung erklärt dies für ungesetzlich. Der Belagerungszustand ist erklärt und Wrangel regiert — die Versammlung erklärt in einer Sitzung in der Nacht vom 12. zum 13. dies für ungesetzlich. Heute erwartete man, da die Klubs geschlossen sind, ihre Aufhebung durch Militärgewalt. Es kam nicht dahin. Morgen um 11 Uhr ist wieder Sitzung. Man erwartet morgen dasselbe. Männer wie Rothomb (der belgische Gesandte) und Bassermann sollen darauf dringen! Die Habeaskorpus-Akte ist nicht suspendirt, absichtlich um nicht nach §. 8 sofort die Versammlung einberufen zu müssen. Mancher glaubte, die Krone würde solchergestalt einlenken, indem sie die Versammlung zur Genehmigung des Belagerungszustandes einberiefe, diese die Genehmigung versagte und Brandenburg sein Portefeuille niederlegte, sodann ein Ministerium Unruh die Verlegung kassirte. Doch daran ist nicht zu denken. — Stände nur nicht die Männer, von denen alles Unheil gekommen ist, in den Reihen unserer Vertreter! In diesem Augenblicke, wo sich die Nationalversammlung der Krone gegenüber stolz auf den Rechtsboden beruft, in diesem Momente schreiben zwei Abgeordnete, Graf Reichenbach und d'Ester, als Mitglieder des Centralausschusses der demokratischen Republikaner eine Steuer über die Republikaner aus. Für unsre konstitutioaelle Versammlung zum Schutz konstitutioneller Rechte mit Gut und Blut! Doch um den Empörern unter der Maske des Rechts zum Siege verhelfen, das ist demüthigend.

Ohne jene Verräther der konstitutionellen Sache in der Mitte, wäre zu so verzweifelten Mitteln Seitens der Krone nie gegriffen; ohne diese Republikaner stände jetzt die Versammlung wahrhaft groß da. Ja, sie steht auch groß da, denn jene Verräther unterwerfen sich dem Willen der Edeln und Reinen. Ein Wachsmuth, ein Unruh, ein Duncker haben das Uebergewicht. — Wir bekennen uns für die Versammlung. Stünden unsere Feinde nicht auf derselben Seite, wir würden mit Freudigkeit den Kampf theilen. Freudig vermögen wir nicht zu sein, denn erblicken wir nicht die Schadenfreude auf dem Antlitze derer, die wir verachten und verabscheuen? — Könnten wir das Vergangene vergessen und jenen Makel an unserer Sache übersehen, es ist doch ein Großes, wie die Freiheit vertheidigt wird gegen die Gewalt. Selbst wenn die Krone in ihrem Recht wäre, groß bleibt immer der Anblick, die Vertreter des Volks an ihrem Recht festhalten zu sehen. Wie bei dem vereinigten Landtag uns so zerknirschte, der Uebermacht der Gewalt unsere Besten weichen zu sehen, so hebt uns jetzt das Hochgefühl, „im Namen der Freiheit wird widerstanden." — Wären wir der König dieses Volks, wir würden wie Chatham über seine amerikanischen Gegner bewundernd anerkennen, daß dieses Volk nicht zu knechten ist. Wir würden Frieden schließen und wie die Magna Charta nach einem Kampf, wäre jetzt entschieden durch diesen Streit: die Landesversammlung von Preußen darf nicht verlegt, vertagt, aufgelöst werden einseitig von der Krone wider ihren Willen. (?)

Doch was kann jetzt der Erfolg sein? Preußen wird die Beute, sei es der republikanischen Partei wider Willen der Wachsmuth und Unruh, sei es des Absolutismus wider Willen des Königs. — Oder, wenn die Sache der Versammlung siegt, ist dann die Krone noch zu retten? In diesem äußersten Fall, daß sie unrettbar scheint, vielleicht kann der preußische Thronfolger dann noch die konstitutionelle Krone der Hohenzollern vom Verderben erlösen. Der Prinz von Preußen?! — Auf Kirchmann's Antrag sind von den ausgetretenen Abgeordneten der Rechten die Stellvertreter, und da, wo die Stellvertreter ausgetreten sind, die Abgeordneten einberufen. Zu diesen Ausgeschiedenen gehört der Stellvertreter des Abgeordneten von Wirsitz; also zu den jetzt neuerdings Einberufenen, der Prinz von Preußen. Wenn die Krone verloren scheint, kann der Abgeordnete von Wirsitz sie noch retten, — im schlimmsten Falle doch für sich, für seinen Erben, für sein Haus. — Doch, noch schwankt die Wage; die Nationalversammlung ist unbesiegt — unbesiegt ist auch die Krone. Man hat den 18. März einen Waffenstillstand genannt — schließe man jetzt den Frieden. Die Soldaten

bleiben in Berlin und zügeln die Anarchie. Doch auch die Nationalversammlung bleibe! Und Uneuh, der dem Volke thener ward, sei fortan der erste Rath unserer Krone.

LC **Berlin**, 13. Nov. Gestern gegen Abend endlich ist der langerwartete Belagerungszustand proklamirt worden. Berlin hat die Haltung der letzten Tage bewahet. Nur hat sich der imponirenden feierlichen Ruhe der Stadt auch ein gut Theil des sehr lebendig erwachten Berliner Witzes beigemischt. Der eigentlich sehr ernste Zustand wird rein komisch, wenn man sieht, wie wenig sich der Berliner durch ihn geniren läßt. Wrangel wird an allen Orten öffentlich verhöhnt, alle seine Renommagen, unter denen seine „Berliner Reden" und der „Graswuchs von Berlin" eine Hauptrolle spielen, werden von dem Volkswitze ausgebeutet. Die fliegenden Buchhändler bieten jetzt im Belagerungszustande, ganz als wäre nichts vorgefallen, als ständen den Herren Brandenburg und Wrangel nicht, wie es doch leider der Fall ist, um Berlin vorläufig gegen 50,000 Mann mit 200 Kanonen zu Gebot, ein Brandenburg verhöhnendes Plakat aus: „Juchhe, juchhe o ho doch nich, nach Brandenburg da gehen wir nich, reiß' du mit deiner Rechten aus, die Linke bleibt im Schauspielhaus." Fortwährend wechseln komische Scenen mit sehr ernsten ab. Bald sammelt sich ein Klub und die humoristischen Plakate der letzten Tage werden laut vorlesen, bald säubert ein Bataillon Soldaten die Straßen. Zweimal ist es schon in unsrer Nähe vorgekommen, daß der kommandirende Offizier einer Patrouille die Soldaten kleinen Volkshaufen gegenüber zum Laden kommandirte, daß diese aber ruhig, Gewehr bei Fuß, stehen blieben. — Die Presse ist inhibirt, „Onkel Voß" und „Tante Spener" werden jedoch erscheinen, wie sich von selbst versteht mit Bewilligung Wrangels und der hohen Polizei. Die „National-Zeitung," „Ewige Lampe" und die „Volksblätter" sollen jedoch morgen ebenfalls, ohne alle Nachfrage bei der Polizeibehörde, wie gewöhnlich ausgegeben werden. Die letzte Nummer unseres besten Witzblattes „Kladderadsch" ist sehr ernst gehalten und bringt am Schluß folgende Notiz der Redaktion: „Der Ernst des gegenwärtigen Augenblicks gestattet uns nicht Humor und Witz für diesmal walten zu lassen, wie glauben vollkommen durch die Gewalt der Umstände gerechtfertigt zu sein." — Man lasse sich jedoch durch den Berliner Witz keineswegs täuschen; — Berlin ist keineswegs blasirt, es wird trotz oder vielmehr gerade durch seinen Witz zur rechten Zeit ernst sein. — Die Nationalversammlung, die in ihrer gestrigen Sitzung Hrn. v. Unruh fast einstimmig zum Präsidenten und ebenso die Herren Phillips, Waldeck, Bornemann und Plönnis zu Vicepräsidenten erwählt hat, setzt heute ihre Sitzungen im Schützenhause fort. Für den Abgeordneten Oberstburggrafen v. Brünneck, welcher sich am Freitag ohne Urlaub aus der Nationalversammlung entfernte, ist (aus dem Lebuser Kreis) sein Stellvertreter Hr. Thienemann hier eingetroffen und hat bereits seinen Platz in der Kammer eingenommen. In der gestrigen Abendsitzung hat die Nationalversammlung folgenden Beschluß gefaßt: „Die durch das Staatsministerium Brandenburg erfolgte Erklärung des Belagerungszustandes der Stadt Berlin ist eine ungesetzliche und demnach nicht als rechtsgiltig zu betrachten." Diese Beschluß ist als Plakat an die Ecken geheftet und, obschon mehrmals von den Soldaten abgerissen, doch immer wiederholt an den Ecken sichtbar. Am Schluß klebt diese Proklamation neben denen des Ministers Brandenburg und des Generals von Wrangel, in welchem der Belagerungszustand ausgesprochen wird. — Die Bahnhöfe sind militärisch besetzt, doch ist man in der Prüfung der Ankommenden nicht sehr difficil. — In Potsdam hat es gestern und heut ziemlich ernstliche Conflicte gegeben, gestern sogar unter den Augen des Königs. — Eine Proclamation unserer Stadtverordneten warnt vor Gewaltmaßregeln. Man hat eine zweite Deputation nach Potsdam geschickt. — Die Wachen vor dem Oranienburger, Hamburger und Rosenthaler Thor sind noch von den Maschinenbauern besetzt. Die königlichen Gebäude liegen voll Militär; aus Potsdam sind heute Gardes du Corps eingerückt. — Daß in diesem Augenblicke die verschiedensten Gerüchte circuliren, deren Glaubwürdigkeit gar nicht zu prüfen ist, wird Niemanden auffallen. So erzählt man, daß in Halle sich eine provisorische Regierung constituirt habe, daß einige nach Berlin gezogene Regimenter sich ihren Führern gegenüber renitent zeigen, daß die hiesige Universität werde geschlossen werden, daß der König eine Verfassung wie die Belgische octroyiren werde u. A. mehr. — Für den frühern Minister-Präsident Abgeordneten v. Auerswald ist sein Stellvertreter Glück hier eingetroffen. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung, die von Zuhörern so stark besucht war, daß die Tribüne durch eine Säule gestützt werden mußte, sah man im Vorsaale den Abgeord. Rappard aus Frankfurt und den Abgeord. Sander aus Dessau. Man erzählt, daß der Andalusische Landtag (Dessau-Köthen) Dienstag zusammentreten und seine Hülfe der Nationalversammlung Preußens, in Art wie es von Mecklenburg aus geschehen ist, anbieten werde. — Die Thore der Stadt bleiben ungeschlossen, da der Belagerungszustand auch für einen Umkreis von 2 Meilen erklärt ist. Es erregt Heiterkeit, daß so auch die Festung Spandau in den Belagerungszustand hineingezogen ist.

Nachmittags 4½ Uhr. Im Augenblick sind unter den Linden einige Zusammenläufe durch Bajonettangriffe beseitigt worden. — Die Stadt ist im Ganzen, obwohl sehr erbittert und aufgeregt, im Augenblick ruhig. — Man erzählt uns, daß der Oberpräsident Pinder aus Breslau hier angelangt sei und sich nach Potsdam begeben habe. — Es scheint fast, als werde es in Berlin zu einem entscheidenden Kampfe nicht kommen. Mit Bestimmtheit kann man jedoch darüber nicht urtheilen, da aus dem geringfügigsten Mißverständnisse, wie wir gesehen, schon große Kämpfe entstanden sind. — Die Ablieferung der Waffen Seitens der Bürgerwehr ist bis morgen Nachmittag 5 Uhr verlängert worden. Nach der diesfälligen Bekanntmachung des Polizeipräsidiums, die eine baldige Reorganisation der Bürgerwehr verspricht, scheint es, als beginne man schon einzulenken.

* **Berlin.** Spätere Nachrichten aus Berlin melden, daß die Landesversammlung durch die Truppen förmlich aufgehoben sei, daß die Mitglieder ihren Platz so lange wie möglich behauptet und Präsident v. Unruh nicht selbst gegangen sei, sondern sich aus dem Saale habe herausführen lassen. Die Abgeordneten, wird hinzugefügt, wollten am folgenden Tage sich nichts desto weniger versammeln. Die von Magdeburg kommenden Bahnzüge werden nicht weiter als bis Potsdam gelassen.

* Wir geben eine uns aus Potsdam zukommende Mittheilung, in welcher man vielleicht einen Theil der in den höchsten Kreisen herrschenden Ansichten zu finden vermuthen darf.

Potsdam, 13. Nov. Die Ereignisse, die sich jetzt in Berlin gewitterschwer entladen, halten uns in ängstlicher Spannung. Die Unruhe wird durch den Mangel genauer Nachrichten gesteigert. Zwar sind die Eisenbahnschienen, welche gestern ein wilder Pöbelhaufen Potsdams aufriß, schnell wiederhergestellt, auch die Brücke unweit Nowawes vor dem Abbrennen gerettet, aber der elektrische Telegraph ist auf eine bedeutende Strecke völlig zerstört und der regelmäßige Verkehr ist in Folge des strengeren Belagerungszustandes völlig abgebrochen. Wir wissen nur, daß die Bürger, vom Proletariat bedroht, es nicht wagen, ihre Gewehre abzugeben und daß einzelne Corps, in denen bei geringerer Bildung ein desto höherer Grad von Fanatismus herrscht, die Maschinenbauer und der Handwerkerverein sogar zum entschiedenen Widerstande gerüstet sind. Gott gebe, daß sie noch zur rechten Zeit erkennen, wie wenig sie für die Freiheit ihr Leben daransetzen! Jetzt ist es nun soweit gekommen, daß der Sieger von Schleswig mit dem Kern der preußischen Truppen wie mit feindlicher Macht die Hauptstadt seines Königs belagert hält und den Entscheidungskampf mit der Revolution auf Tod und Leben führt, geht man unwillkürlich die ganze Reihe ungeheurer Ereignisse in Gedanken durch, welche uns seit den Märztagen betroffen haben bis zu der jetzigen zweiten Krisis. In solchen Momenten ist es der Presse heiligste Pflicht, das Rechtsbewußtsein des Volkes so rein und wach wie möglich zu erhalten. Der Schlange der Anarchie, deren Gift immer tiefer in das Leben des Volkes eindrang, mußte der Kopf zertreten werden, wenn nicht der ganze Staat in Fäulniß und Auflösung übergehen sollte; die fortdauernde Straflosigkeit der gräßlichsten Verbrechen, die zur Gewohnheit werdende Nichtachtung der Gesetze entsittlichte das Volk in furchtbarem Grade, der König hat Recht, wenn er sagt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft es von ihm fordern, dem Gesetze wieder Achtung in seinen Landen zu verschaffen. Ich gehe nicht so weit, wie die Leute, die Pfuel einen Verräther nennen, aber er hat mit unverzeihlicher Schwäche seine Mission vernachlässigt und mit der Versammlung kokettirt, der er den vollen Ernst des Gesetzes entgegenhalten sollte. Der König ward durch ihn zu der mißliebigen Maßregel gezwungen, ein zweites Ministerium zusammenzusetzen, das um jeden Preis dem Gesetze

Digitized by Google

Geltung verschoffen sollte. Die Nomen derselben sind gleichgültig, es kommt nur auf seine Thaten an. Die erste Thot ist eine energische Moßregel zue Befreiung der Versommlung von der Despotie des Berliner Pöbels. Gesetzt, die Krone hätte nicht dos Recht, die Versammlung zu verlegen, so wor es die Pflicht des Präsidenten, gegen die Rechtsverletzung feieeliche Verwohrung einzulegen. Aber mit welcher Staatsordnung veeträgt es sich, daß die vom Könige beeufene Versammlung in einem steeitigen Rechtspunkte dem Befehle des Königs unmittelbor mit offenem Ungehoesame entgegentritt. Nun ist ober die Theorie von den Präeogotiven einer sogenonnten konstituirenden Londesversammlung eine niegends zum Gesetze gewordene Nebeltheorie und dorouf fußend geheben sich die Hereen wie Märtyrer der Volksfreiheit und erklären die, welche dem Befehle des Königs gehoechen, für Verräther. Die Bürgerwehe schließt sich dieser Widersetzlichkeit durch ihre Oegone on, protestiet gegen die königlichen Truppen als eine unberechtigte Uebermocht — ihre Auflösung ist olso die unmittelbore Konsequenz, wenn man einmal entschlossen ist, den gesetzlichen Zustond herzustellen, und do die Woffenablieferung zue angesetzten Stunde nicht erfolgt, so sieht sich dos Ministerium gezwungen, den Belogerungszustand zu veekündigen. So provocirend und eilig ouch diese Moßregeln erscheinen, so muß doch jeder Unbefongene bekennen, doß sie nothwendig ous einondee hervoegehen, sobald man nicht auf holdem Wege stehn bleiben wollte, und doß in keinem Punkte die Krone ein Gesetz oerletzt oder eine Freiheit des Volkes bedeoht hot. Bassermonns Auftreten in Berlin, seine Erklärung, daß noch feinee Ueberzeugung die Schritte der Regierung duechaus gerechtfertigt wären, hat sehr günstig gewirkt. Die Freunde des Voterlands sehen noch Frankfuet, und suchen dort die Vermittelung füe den Streit zwischen der Souveränetät der Krone und der einer einzelnen Londesversommlung, ein Streit, der jetzt ousgefochten werden muß. Möge mon in und oußeehalb Peeußen die Ueberzeugung festhalten, daß der König und dee Prinz von Preußen (oon dessen Abreise gonz unwohre Gerüchte ousgespeengt weeden) nichts wollen, als Gesetz und Ordnung herstellen, denn Anarchie und Monorchie, Pöbelherrschaft und constitutionelles Königthum können nicht zusammen bestehen. Gebe der Himmel, daß dos Ministerium, wenn es durchdringt, sich nicht ouf die Bahn dee Reoktion forteeißen lasse, daß nuch die Teuppen, welchen in den Straßen Berlins die Erinnerung on die schmählichste Demüthigung, die je ein Heee erfohren hot, wiederkehrt, mit Milde und Mäßigung verfohren.

Nachschrift. Montog Abend. Eben kommen mit der Mogdeburger Eisenbahn Bewaffnete on, sie wurden gleich mit dem Zuge wieder zurückgeschickt. Seit heute Nochmittog ist das Stondeecht in Berlin proklomirt. Der Termin dee Woffenoblieferung ouf moegen verlöngeet. Ein Student ist oon der Patrouille durchstochen. Ein Kampf scheint nicht stottzufinden, die Bohnzüge sollen wieder eegelmäßig gehen.

§Von dee preuß. Soole, 13. Nov. Die Reichs- und Nationolveesammlungen herothen und die Weltgeschichte handelt. Die letztere wird den erstern die Beschlüsse voezeichnen, die sie zu fossen haben. Wöheend in Fronkfurt eine genügende Lösung der Froge über die künftige Konstituirung dee Reichsgewolt fast unmöglich schien, hat sich die Weltgeschichte in's Mittel gelegt und diese Lösung eeleichtert. Oestereeich hot im richtigen Gefühl seinee bisterischen Weltbestimmung den Gedanken verfolgt, den großen deutschslovisch-mogyo.ischen Stoot nicht ouseinander fallen zu lassen nnd von neuem seine einzelnen Bestandtheile auf's festeste zu oerkitten und auf's innigste zu veeeinigen, wodurch aber sein Aufgehen in Deutschlond unmöglich wied. Während Oesterreich bei den neuesten Ereignissen in Wien die Vermittelung dee deutschen Reichsgewalt zueückweis't, wied füe Preußen eine solche Vermittelung bei den neuesten Berliner Ereignissen beinahe ein unabweisliches Bedürfniß. Die Berliner Nationolversammlung, dir seit Monaten dir vielfältigsten Beweise ihree politischen Uneeife gegeben, stellt sich in diesen Tagen auf den Boden dee Republik, sie diktirt der Krone peremtoeisch, was diese zu thun hobe und indem diese die nöthigen Moßregeln zur Wiedeeherstellung der öffentlichen Ordnung ergreift, verweigert ihe die National-Versammlung den Gehorsam. Sie spricht bei den ungeregeltsten und unberechtigtsten Beschlüssen von der Aufrechthaltung ihrer Würde, während sie diese Würde seit Monaten verläugnet und sich den Beschlüssen des Straßenpöbels unterwoefen hat. Damals, als dieser Pöbel sich erfeechte, ihee Beschlüsse bestimmen zu wollen, war es on der Zeit, ihee Würde zu zeigen. Sie hat es nicht gethon. Jetzt dogegen tritt sie mit hoch erhobenem Houpte ouf, um durch wideeesetzliches Benehmen gegen die gesetzlich begründeten Anordnungen der Krone thee Würde geltend zu machen. Sie wird jetzt Alles aufbieten, um das Volk zu verführen, wie die Häuptee dee Linken es seit Monaten gethan haben. Sie wird eeklöeen, daß mon den Veesicherungen des Königs nicht glouben dürfe, dee nue beobsichtige, das olte Regime wieder einzuführeen, denn sie hat keinen Glouben on eine innere ehle hingebende Gesinnung, do eine solche ihr selbst fremd ist; sie hält es nicht für möglich, daß ein viel und hort geprüfter König mit oufrichtigee Gesinnung der wahren konstitutionellen Freiheit dienen könne. — Wir im Gegentheil glauben on diese Gesinnung, wir glnuben, doß der König, in dessen Innerm ein sittlich religiöses Gefühl wohnt, mit Aufrichtigkeit frühern Irrthümern entsagen könne und entsogt hobe, und daß ee zum Wohl seines Volks Opfee zu beingen oermögend sei, und wie hoffen, daß die Liebe zu einer Dynostie, die einzig in dee Geschichte dasteht nnd der das Volk hauptsächlich sein Nationolgefühl verdankt, in dem noch unverdorbenen Kern dee Bevölkerung noch nicht erloschen sein und doß die bereits iree Geleiteten wieder in dos richtige Gleis der Treue werden zurückgeführt werden. Und wie glaubt denn nun die Berliner Versommlung bei diesem ihrem Benehmen sich mit dee deutschen Reichsgewalt und mit den Repräsentanten des gesommten deutschen Voteelandes vertrogen zu können, die denn doch bei dem entstondenen Konflikt, wenn die Berliner Versammlung nicht in sich geht, die natürlichsten Vermittler geworden sind und welcher Vermittlung sich die Berliner Veesammlung um so mehe zu unterwerfen hot, ols sie ja seit Monoten die Einheit Deutschlands gepredigt hot. Dieses ist ihr abee nur so lange Ernst gewesen, ols sie diese Einheit zu Veefolgung iheee revolutionören Zwecke ausbeuten zu können glonbte, die sie aber verläugnet, seitdem in Frankfurt die Aufrechthaltung des monarchisch-konstitutionellen Peincips steeng verfolgt und ollem nnarchischen Treiben steeng entgegengetreten wird, seitdem ferner die Fronkfurter Versammlung eine entschiedene Ueberlegenheit an Einsicht nnd Mäßigung gezeigt hat. Wenn letztee nun in dee Berliner Vermittelungsangelegenheit mit gleicher Einsicht und Mäßigung oustreten sollte, so wied die Berliner Versammlung nicht unterlassen, die steckpreußische Fahne aufzustellen und dem preußischen Volke oorzuhalten, doß es sich hier um die Aufrechthaltung der preußischen Nationolität handle und daß man sich diese nicht eouben lossen dürfe. Möge obee die Reichsgewolt und die Fronkfurter Versommlung ihre Bestimmung nicht oerkennen, mögen sie ihr Mittleromt mit möglichster Schonung des specifischen Stommgefühls, mit Anerkennung des Tüchtigen und Eigenthümlichen, was dee preußische Stomm besitzt, oerrichten. Eine solche Vermittlung kann nur von dauerndem Erfolg sein, wenn Preußen, wie es Nainr und Billigkeit erheischen, boldigst on die Spitze von Deutschland gestellt wird, wozu die neuesten Vorgänge in Oesterreich und die ganze Tendenz der österreichischen Regierung nnd des dortigen Staatenveebandes vorgeordeitet hoben. Preußen wird in dem Gefühl, doß es nur in und mit Deutschland groß sein kann, seinen Sondeegelüsten entsagen, es wird es um so mehr thun, als es duech eine besondere Fügung dee Vorsehung greade jetzt einen König besitzt, der die kräftige wohee Bestimmung Preußens nur in dee innigsten Veeinigung mit Deutschland eekennt. Preußen wird in dem gegenwärtigen Moment, wo es duech dos verblendete Verfahren seiner National-Versammlung in die größte Gefahe gerathen ist, sich den Beschlüssen des großen gesammten deutschen Voteelandes willig unteewerfen und ein Zeugniß oblegen, daß es dee Stellung, zu welcher es durch die Vorsehung in dem deutschen Veebande berufen worden, würdig ist.

München, 11. Nov. Die Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern sind diesen Mitlog in feierlicher Weise in Gegenwart dee sömmtlichen Staatsminister durch den ältesten Ministee Frhrn. v. Thon-Dittmer als königlichen Beoollmächtigten veeabschiedet worden. Die Ausschußmitgliedee trennten sich unter deemoligem Hoch für den König. (N. C.)

München, 12. Nov. Die vielen Wiener und Tyrolee Studenten, welche unsere Universität beziehen wollen, machen unserer Presse viel zu reden. Mon las bereits, daß nicht nur die Immatriculation, sondern selbst der Eintritt in das Königreich Allen verweigert werden solle, welche nicht ihre Nichttheilnahme an der Legion beweisen und Bürgschoft leisten könnten. Die hiesigen

Studenten haben sich ihrer Commilitonen kräftig angenommen, und ihr Rektor hat sie bereits durch Desavouirung solcher Vorsichtsmaßregeln beruhigt. Was aber die Polizeibehörde betrifft, so ist noch keine Aufklärung oder Widerlegung erfolgt. — Die vielbesprochenen Ministerioloeränderungen werden nun in der Art vor sich gehen, daß Thon-Dittmer ganz ausscheidet, und sein Portefeuille des Innern an den Finanzminister Lerchenfeld übergeht. Zugleich wird das Institut der Unterstaatssecretäre eingeführt, und durch neue Competenzregulirung die gleichzeitige Führung zweier so wichtiger Ministerien ermöglicht. (Fr. J.)

♂ **Stuttgart**, 14. Nov. Die Schritte, welche unsere Abgeordnetenkammer gethan hat, um eine Herabsetzung der Civilliste zu erlangen, sind Ihnen bekannt. Dieselben haben uns eine leidige Ministerkrise gebracht. Römer, die Seele des Ministeriums, ist mit den Ansichten der Kommee nicht einverstanden, und will, getreu seiner ausgesprochenen Ansicht, nue mit der Majestät der Kammer zu regieren, seine Entlassung nehmen. Er soll dem König erklärt haben, daß er ihm zum Nachgeben gegen die Kammer nicht rathen könne, bei derselben aber durchzudringen nicht hoffe, und deßhalb ouf seinen Posten nach Frankfurt abgehen wolle. Nach neueren Nachrichten hat Römer sich bestimmen lassen, im Amte zu verbleiben.

§ **Leipzig**, 13. Nov. Die heute eingetroffene Nachricht von Robert Blum's Erschießung hat die ganze Stadt in Aufregung versetzt. Alle Parteien vereinigen sich in der Entrüstung über diese Gewaltthat an einem Nationalvertreter. Rath und Stadtverordnete haben deshalb eine Deputation nach Frankfurt zu senden beschlossen; die Stadtverordneten verlangen auch, daß die Regierung den sächsischen Gesandten in Wien zur Rechenschaft ziehe, weil es scheine, daß er für Blum nicht mit kräftiger Verwendung ouftgetreten sei. Heute Abend ist eine Volksversammlung berufen, wegen der Ermordung Blum's. Man ist nicht ohne Besorgniß vor leidenschaftlichen Ausbrüchen, denen es nur an einem bestimmten Ziele fehlt.

Hannover, 12. Nov. Die hier erscheinende „Volks-Ztg." erzählt: Reisende, welche ein in Bremerhaven vor Anker liegendes amerikonisches Kriegsfahrzeug besuchten, hoben von dem Befehlshober desselben, der sich mit ihnen freundlich unterhielt, erfohren, daß er wegen des bald bevorstehenden Eisganges in der Weser Bremerhavrn binnen Kurzem verlassen müsse, um in einem südlicheren Hafen zu überwintern. Im Frühjahr odee werde er mit vier anderen Kriegsschiffen zurückkehren, um den Handel Amerika's mit Deutschland zu schützen, sollS der Krieg zwischen Deutschlond und Dänemark wieder etwa beginnen sollte. (Wir dürfen uns natürlich auf diese Hülfe nicht verlassen. Help yourself! ist der Wahlspruch der Britten.)

Frankreich.

* **Paris**, 12. Nov. Die „Reforme" ist mit dem Rundschreiben des Generals Cavaignac sehr unzufrieden. Sie findet es den Gemäßigten gegenüber zu versöhnlich und gegen die Socialisten zu hart. Daß der General unter den gegenwärtigen Verhältnissen von Verschmelzung der Parteien, von Eintracht und dergleichen verpönten Dingen spricht, ist ihr auch nicht recht. Was ihr wohl am wenigsten in dem Circular gefällt, ist das einzige, wovon sie nichts erwähnt, die offene Anerkennung nämlich, daß der Wille der Mehrzahl in freien Londen entscheidend sei. — Wegen des vorgeschlagenen Kongresses zu Brüssel ist, wie es heißt, noch folgende Schwierigkeit zu besiegen. Oesterreich will, daß olle Mächte, welche die Wiener Kongreßakte unterzeichneten, Frankreich und England oder, daß nur diejenigen daron Theil nehmen, welche unmittelbar bei der Frage betheiligt sind. Die Anregung zu demselben ist übrigens von Sardinien selbst ausgegangen. Auf keinen Fall weeden die Feindseligkeiten, wenn sie wieder eröffnet werden sollen, vor künftigem Frühling wieder eintreten. Es bestätigt sich von mehreren Seiten, daß Hr. Thiers die Kandidatur Ludwig Napoleons unterstützt. Hingegen schließt sich die gemäßigte republikanische Partei immee mehr on denselben an nnd die Berichte aus den Provinzen sind keiner Kondidatur günstiger als früher. Andrerseits haben die 40 Mitglieder des Klubs Potters, welche sich wegen dessen Entscheidung in der Präsidentenfrage von demselben losiagen wollten, sich wieder daselbst eingefunden. — Es heißt, unsere Regierung habe den See- und Landoffizieren gestattet, Dienst in Sicilien zu nehmen. — Die Benennung „Revolutionsplatz" ist on den Ecken dieses Platzes wieder durch den olten Namen „Eintrachtsplatz" ersetzt worden.

Spanien.

Madrid, 6. Nov. Der Prinz von Capua geht nicht nach Frankreich, sondern über Sevilla nnd Cadir nach Gibraltar. Die Nachrichten ous den Provinzen sind sehr befriedigend. Der Aufruhr erlischt überall. Nur in Catalonien ist noch Widerstand, dem indeß General Cordova mit energischen Maßregeln entgegentritt. — Darf man dem „Memorial des Pyrenées" glouben, so befürchtet mon einen Aufstand in Saragossa. In gonz Aragonien wurden Auffoeberungen zur Insurrektion vertheilt, welche in Frankreich gedruckt weeden. Von Cabrero weiß man noch immer nichts Näheres. — Das Oppositionsblatt „Clamor publico" sagt, die Berufung der Cortes ouf den 15. Dezember werde dieser Tage erscheinen. Es heißt, die Regierung beabsichtige, sie nur 14 Tage oersammelt zu lassen, um die Steuern und ein Vertrouensootum zu bewilligen.

Schweiz.

** **Zürich**, 12. Nov. Also die Unklugheit begeht Herr Fr. Rohmee, ouf meine Correspondenz oom 27. Okt. zu erwidern und eine Rückantwort zu peoocicren. Er spricht von „moncherlei Verdächtigungen," deren Wahrheit er stillschweigend zugesteht; er bekennt, daß er gestroft worden, obee nur um Geld; zieht in Abrede, was ich nicht gesogt habe, daß er angeklagt worden sei, und erklärt endlich mit Pathos für eine Lüge die Notiz, daß Jul. Frödel ihn die Treppe hinunter geworfen habe. — Eine Lüge wae sie nun eben nicht, aber allerdings ungenau; und Herr Rohmer hat Grund sich zu beschweren. Er wurde zur Thüre hinausgeworfen, und ging dann ouf Frödel's Rufen noch dem Hausknecht so zu sagen freiwillig. Siehe die Druckschrift: Friedrich Rohmer und seine messianischen Geschäfte in Züeich SS. 69. 70., woselbst der Vorgong ousführlich erzählt ist. Wenn Hr. Rohmer ihn oergessen hot, so mögen wohl ähnliche Erlebnisse jüngern Datums den Eindruck dooot verwischt haben. — Herr Rohmer nimmt überall den Schein an, als hätte er von vorn herein und überhaupt zu Frödel in einem Gegensatze gestanden. Dieß war nicht der Fall. Rohmer kam als Glücksritter hierher und legte sich bei seinem Anhänger und Bewunderer Frödel on's Futter; Die Heeren entzweiten sich, als Frödel Rohmers Antecedentien erfuhr; auch dessen Geldforderungen kein Genüge mehr leisten wollte, und gingen zuletzt mit einander vor die Gerichte. Möglich, daß Rohmer mit den damoligen Züricher Gerichten in keine weiteren, daß er mit ihnen nicht in solche Berührungen kom, wie mit den Gerichten Würtemberge, welche ihn zu mehrwöchentlichem Gefängniß und Geldstrafe verfällt haben. Mit der öffentlichen Meinung hier und nicht nur hier geeieth er in desto schlimmeren Conflikt; und Seinesgleichen thäten in alle Wege wohl daron, sich nicht ollzusehr in den Vordergrund zu drängen. Wie in öffentlichen Blättern zu lesen stand, ist Rohmer kürzlich als Candidat für die deutsche Reichsoersammlung aufgetreten; und Präsident des „Frechheitsousschusses" ist er, auch ohne gewählt zu sein. Hier aber, wo mon den Patron kennt, brächte er es durch das öffentliche Vertrauen nicht einmal zur Würde eines Nachtwächters.

---

*) Zu gleicher Zeit mit obenstehender Correspondenz erhalten wie eine Zuschrift von Hrn. Fr. Rohmer an uns und von dritter Hand die Beilage zu Nr. 33 „des schweizerischen Republikaners" von 1842. Den Brief des Hrn. Rohmer, der im Gegensatze zu dem neulich von uns mitgetheilten sehr achtungsvoll ergedenst geschrieden ist, wüeden wie abermals abdrucken, wenn nicht der Schluß desselben sagte, daß er an uns privatim gerichtet sei. Einige Sätze sehen wir uns jedoch genöthigt daraus hervorzuheben. Es heißt unter Andern gleich auf der ersten Seite: „Erstens werden Sie dadurch (durch fortgesetzte Angriffe) der ultramontanen Partei in Baiern keinen geringen Dienst eeweisen, welche beeeits die Züricher Correspondenz in nicht geringem Maaße ausgebeutet hat." — Wie möchten nämlich Herrn Rohmer keinen Augenblick darüber im Ungewissen lassen, daß wir mit ihm zusammen niemals unter einem Paniere kämpfen — und dann ferner: zweitens würde ich genöthigt sein, mich sowohl an das Publikum als an das Reichsministerium der Justiz zu wenden." Dieser Fall würde allerdings sehr unangenehm für uns sein, weil wir dann gezwungen würden, unser reinliches Blatt mit der in den schweizerischen gerichtlichen Aktenstücken enthaltenen äußerst schmutzigen Wäsche des Herrn Fr. Rohmer anzufüllen. (D. Red.)

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 16. Nov.) Wien (Redeet Blum. Kundmachung der Gesandten. Preßzustände.) Berlin (Landesversammlung. Die Parlamentscorrespondenz. Landesversammlung aufgehoben. Entwaffnung.) Köln (Die Stadt erklärt sich für die Landesversammlung. Barrikaden in Düsseldorf.) München (Auflösung der Kammer.) Karlsruhe (Lamey.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 16. November.)
Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 16. November.

Tagesordnung der 116. öffentl. Sitzung.
Berathung über Artikel V. und VI. des Verfassungsentwurfs.

Vorsitzender Heinrich v. Gagern. Die Versammlung ist bei ihrer Eröffnung ungewöhnlich zahlreich. Nach der Austrittsanzeige zweier Abgeordneten wird Herr Kirchgeßner aufgefordert, über „ein anderes aus unserer Mitte geschiedenes Mitglied" Bericht zu erstatten. Er verliest hierauf unter dem tiefen Schweigen des Hauses den vom österr. Ausschusse in Folge des Antrags von Simon aus Trier bezüglich der Verhaftung und standrechtlichen Behandlung Robert Blums erstatteten Bericht. Der Ausschuß beantragt einstimmig *) folgende Erklärung und Beschlußfassung:

„Die Nationalversammlung, indem sie vor den Augen von ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. September l. J. vollzogene Verhaftung und Tödtung des Abgeordneten Robert Blum feierlich Verwahrung einlegt, fordert das Reichsministerium auf, mit allem Nachdrucke Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Verantwortung und Strafe zu ziehen."

Die Dringlichkeit des Antrags wird mit großer Mehrheit und sofort anerkannt. Es sind zwar mehrere Verbesserungsanträge eingebracht, allein sie werden beseitigt, indem sich das Haus entscheidet, ohne alle Diskussion über das Ausschußerachten abzustimmen. Auf die Aufforderung des Präsidenten an die Versammlung, daß sich diejenigen zu erheben hätten, welche dem obigen Antrage des österreichischen Ausschusses beipflichten wollen, stehen sämmtliche Abgeordnete auf.

Eine Erörterung über die bekanntlich wiederum auf Friedr. Hecker gefallene Thiengener Wahl zur Reichsversammlung führt dahin, daß das desfallsige Schreiben des Bevollmächtigten der badischen Regierung bei der Centralgewalt an den früheren Ausschuß für die Thiengener Wahl verwiesen wird.

Nauwerck stellt den dringlichen Antrag, in Anlaß der Auflösung der Berliner Bürgerwehr, des über Berlin verhängten Belagerungszustands u. s. w., daß das Reichsministerium die unverzügliche Zurücknahme dieser Maßregeln verfüge, daß es die Rechte der preuß. Landesversammlung unter den unmittelbaren Schutz des Reichs nehme und daß sogleich drei Mitglieder des Reichstags nach Berlin geschickt werden sollen um diesen Anordnungen, nöthigenfalls durch Waffengewalt, Nachdruck zu verleihen. Die Dringlichkeit des Antrags wird jedoch verweigert.

Auf eine Interpellation Wichmann's sagt der Reichsjustizminister die Antwort für morgen zu. In Beziehung auf die Schoder'sche Anfrage an den Verfassungs-Ausschuß wegen der Grundrechte erklärt v. Soiron, daß die Vorlage so weit gereift sei, um für künftige Woche versprochen werden zu können. Schoder drängt auf noch größere Eile und will die Grundrechte ohne Einführungsgesetz der zweiten Lesung unterbreitet sehen. v. Soiron hält aber das letztere für unerläßlich, worauf Künßberg unter der stürmischen Unruhe des Hauses auseinandersetzt, daß die Grundrechte einen Theil der Verfassung bilden, daß sie daher in ihrem Verhältnisse zu dem Ganzen zu betrachten seien und nicht stückweise behandelt werden dürften. Schließlich erhält das Schoder'sche Beschleunigungsverlangen nicht die hinreichende Mehrheit.

Zur Tagesordnung überführend nimmt Vicepräsident Simson den Vorsitz ein. Die Berathung steht am Artikel V. §. 25 der Verfassung, welcher von den Flußwasserwegen handelt. Mehrere umfängliche Eingaben, namentlich von rheinischen Handelskammern werden vor Eröffnung der Debatte, theils vollständig verlesen, theils in den Schlußfolgerungen und Anträgen. Auf Waitz's Vorschlag wird in eine gemeinsame Besprechung über den ganzen Artikel V. in seinen vier §§. (25 bis 28) eingetreten. Es haben sich wieder ein Vierlehundert Redner in die Präsidialliste eintragen lassen, von denen zuerst

Graf Wartensleben das Wort erhält: Wir sollen einen Bundesstaat bilden, aber keinen Einheitsstaat. Die deutsche Reichsgewalt möge mit der größten Gewalt derjenigen ausgestattet werden, was zum Bundesstaate gehört. Für den letzteren haben wir das glänzende Beispiel des blühenden Nordamerikas vor uns, für den Einheitsstaat das als solcher absterbende Frankreich. Schon wieder fordert der Verfassungsentwurf ein Oberaufsichtsrecht, welches ich schon bekämpft habe als eine Handhabe des Absolutismus bei Gelegenheit der Berathung der Schifffahrtsanstalten am Meere. Ich muß diese Oberaufsicht auch hier entgegentreten, als einer mit dem Charakter des Föderativstaates unvereinbaren Bestimmung. Der Redner geht dann auf die einzelnen §§. über und erklärt sich für eine Ermäßigung zwar, aber nicht für die Aufhebung der Stromzölle. Es würde aber namentlich eine Ungerechtigkeit sein, Hannover und Mecklenburg die einträglichen Elbabgaben zu entziehen, was in Hannover einen Steuerzuschlag von 10 Silbergroschen auf den Kopf verursachen würde. Graf Wartensleben empfiehlt deshalb dringend seine Verbesserungsanträge, nach denen die Aufhebung der Flußzölle nicht erfolgen soll ohne billige Entschädigung.

Ihm folgt Ziegert aus Minden mit einem Vortrage, reicher an Worten als an Gedanken. Er spricht, was den §. 25 anlangt, für den Vorschlag des Verfassungsausschusses mit den Zusätzen des volkswirthschaftlichen Ausschusses, und §. 26 für die Aufhebung der Flußzölle, unter Hinweis auf die Bestimmung des Minderheitserachtens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, wonach, ob für den Wegfall eine Entschädigung zu gewähren sein wird, der Entscheidung eines Reichs-Gesetzes anheimgestellt bleibt. Auch Jucho's Rede übt keinen belebenden Einfluß auf die unter Ziegert's Worten äußerst zusammengeschwundene Versammlung aus. Er verlangt für den Rhein dieselbe Freiheit, welche die übrigen deutschen Ströme erhalten sollen. Ahrens nimmt das Interesse Hannovers und sein Recht auf eine billige Entschädigung wahr.

Eisenstuck bekennt sich offen als einen „Reichskommunisten", wie Ahrens diejenigen bezeichnet hat, welche das Eigenthum der Einzelstaaten möglichst zum Reichseigenthum verallgemeinen wollen. Dann macht sich seine Verstimmung darüber Luft, daß der Verfassungsausschuß auf die Rathschläge des volkswirthschaftlichen Ausschusses ein zu geringes Gewicht lege. Die Flußzölle, mögen sie herrühren, woher sie wollen, betrachtet Eisenstuck als einen Unfug. Den Ausdruck „Flußabgaben" hält er nicht für hinreichend, um die Wasserabgaben aller Art in Wegfall zu bringen, und um jeden denkbaren Zweifel, wie hier so auch in andern Punkten im voraus hinwegzuräumen, empfiehlt er die Anträge des Verfassungsausschusses. Von einer Beeinträchtigung der Selbstregierung könne nicht die Rede sein in Bezug auf die Schifffahrtsgesetze eines Flusses wie die Elbe, an welcher zehn Uferstaaten betheiligt seien. Zu welchen Ergebnissen diese Selbstregierung führe, zeigt der Redner aus der Geschichte der Elbschifffahrtszölle seit der Wiener Congreßakte. Endlich widerlegt er den Einwand, daß die Binnenländer sich weigern würden, zu den Hafenkosten und Aehnlichem beizutragen, durch den Hinweis auf das Benehmen der Angehörigen dieser Binnenstaaten in der schleswig-holstein'schen Frage.

Heumbrecht aus Lauenburg faßt wieder die Rechtsverletzung in's Auge, die nach seiner Meinung Hannover erdulden würde, wenn man die Flußzölle ohne Entschädigung aufhöbe. Auch sei es nicht politisch, den Nordseestaaten, deren materielle Interessen der Einheitsidee mit Deutschland keineswegs günstig seien, allzu schwere Opfer für den Bundesstaat anzumuthen. (Schluß folgt.)

Wien, 10. Nov. Die „Bresl. Ztg." berichtet folgendes Nähere über Blum's letzte Stunden: Gestern Morgen 6 Uhr hörte Robert Blum im Gefängniß das standrechtliche Urtheil, welches den Tod über sein Haupt verhängte, man sagt durch den Strang, und nur die Schwierigkeit der Vollstreckung habe die Umwandlung zum Erschießen veranlaßt. Er erklärte mit hervo-

*) Herr Francke aus Schleswig-Holstein, Mitglied des Ausschusses, war aus Mangel gehöriger Ladung bei der Beschlußfassung des Ausschusses nicht anwesend, erklärte aber bei einer späteren Versammlung der Ausschußmitglieder — dem gestellten Antrage nicht beitreten zu können.

scher Fassung, die Sentenz käme ihm nicht unerwartet, und bat um die nöthige Zeit, den Scheidebrief an seine Frau schreiben zu können. „Fasse Dich muthig ob meines Schicksals — heißt es darin — und erziehe unsere Kinder, daß sie meinem Namen keine Schande machen. Ich sterbe für die Freiheit." Gegen 7 Uhr langte der Leichenzug in der Brigittenau an, Blum war in einem von Kürassieren begleiteten Wagen, ohne einen Augenblick Geistesgegenwart und Seelenstärke zu verlieren. Die Brust entblößend, wünschte er mit unverbundenen Augen dem Tode entgegen zu schauen, schlang aber selbst das Tuch um die Augen, als man ihm bedeutete, daß dies in der Sitte sei, und kniete nieder. Drei Schüsse streckten ihn todt nieder, die drei Jäger hatten wohl gezielt. Zwei Kugeln trafen die Brust, die dritte den Kopf. Am Abend lag der Leichnam im Militär-Spitale. Meinen Bericht gebe ich nach der Erzählung eines Offiziers, welcher der Exekution beigewohnt haben will.

* **Wien.** Die bisherige Gassenliteratur wird vernichtet durch das am 9. Nov. in's Leben tretende Verbot Zeitungsblätter und Flugschriften auf den Straßen und Plätzen auszurufen. Ein anderer Erlaß untersagt der aufgelösten Nationalgarde sogar das Tragen der Uniform. Wie die Allg. Z. berichtet, ist jetzt das meiste Militär in den Kasernen einquartirt oder abgezogen, nur wenige Pikets lagern noch auf den öffentlichen Plätzen. Die beschädigten Gebäude werden schleunigst ausgebessert. — In der Nacht an dem 9. Nov. hörte man Kanonenschüsse von der ungarischen Grenze her. Man erwartet die Nachricht von einem Zusammentreffen. — Die Gesandten sind vom Staatsministerium aus eingeladen, sich einstweilen an's Hoflager zu Ollmütz zu begeben. — Frödel soll vom Kriegsgericht freigesprochen, Prof. Füster in Folge telegraph. Depesche von Ollmütz freigelassen sein. Auch von den verhafteten Studenten wurden viele wieder entlassen. Die Hinrichtung Blums beschäftigte die Gemüther sehr lebhaft: „so weit ist noch nicht das Gefühl des Rechts und der Freiheit im Pulverdampf erstickt, schreibt man der D. Allg. Z., daß sich nicht laute Stimmen, wenn nicht der Entrüstung, doch der offenen Mißbilligung vernehmen ließe." Sein Schicksal erregt um so mehr Theilnahme, als er Familie hinterläßt. Die Einen betrachten seine Hinrichtung als Attentat, die Andern, die sich am entschiedensten gegen sein Treiben aussprachen, finden mindestens einen bedeutsamen politischen Fehler darin, die Stimmung von ganz Deutschland dadurch aufzustacheln. Die Rechtskundigen vermissen die hinreichende Begründung des standrechtlichen Verfahrens, weil dasselbe nur durch Ergreifung auf der That begründet wäre. Am 10. früh sollen abermals drei Wagen mit zum Tode Verurtheilten nach der Brigittenau abgeführt worden sein; auf jedem mochten 4—5 Menschen sitzen. Der Correspondent der Allg. D. Z. fügt hinzu: „Man hätte, so viel auch geschehen, noch sehr viele Sympathien wieder gewinnen können, wenn man sich streng an Repression des anarchischen Treibens gehalten hätte. Aber gerade Denen, die von Haß hiergegen erfüllt sind, und welche die Freiheit nur mit dem Rechte und der Ordnung wollen, thut es weh, die schwierige Aufgabe verkannt zu sehen."

Eines stellt sich klar heraus: „der lebendige Sinn für die konstitutionellen Freiheiten, der sich weder von den Absolutisten, noch von den Anarchisten für die Dauer beirren läßt." In diesem Sinne spricht sich namentlich die Provinzialpresse in würdiger Weise aus. Die Stimmung in den Provinzen wird vielfach als bedenklich geschildert. Alles hängt davon ab, ob man zu rechter Zeit einzulenken weiß. Bleiben die Dinge in Wien auf dem jetzigen Fuße, so wollen Viele auswandern. Das gedenken vorzüglich jüdische Handels- und Fabriks-Chefs zu thun, weil sie besorgt um Leben und Eigenthum sind, indem man in der Zeit beschränkter Presse Leuten wie Endlich und Ebersberg Freibriefe gibt, den Pöbel auf sie zu hetzen. Dagegen wird es den besseren Blättern sauer, ihr Tagewerk zu vollbringen. Kuranda hat man es freigestellt, seine Ostdeutsche Post wieder erscheinen zu lassen, er soll es aber von der Hand gewiesen haben: er wolle nur da gemäßigt sein, wo er auch radikal sein könne. Bodenstedt soll von der Redaktion des Lloyd zurückgetreten sein, als die amtliche Bestätigung von Blum's Hinrichtung bekannt wurde.

CC Berlin, Sntg. v. 13. Nov. — (Im Schützenhause). Eröffnet um 12 Uhr. v. Unruh hat den Vorsitz. Waldeck verliest die Denkschrift der Kommission über die gegen die Minister beantragte Anklage. Die Kommission stützt die Anklage wegen Hochverraths auf § 92. Tit. 20. Th. II. A. L. R. Da es an Organen fehle, um die Minister zu strafen und anzuklagen, so beantragt sie, die Veröffentlichung der Anklage zu beschließen. Kühnemann will, daß für heute noch nicht auf den Antrag eingegangen werden solle. Das Land habe noch keine Kenntniß von dem Belagerungszustande, der über Berlin verhängt sei. Man möge das Urtheil des Landes abwarten. (Lärm, Widerspruch, Ruf nach Schluß). Berg: Es sei eine Pflicht, die Wahrheit zu veröffentlichen. — Moritz: Es fehlt nicht an Organen zur Verfolgung eines hochverrätherischen Ministeriums. Noch ist die Wirksamkeit der Gerichte nicht gehemmt. Man möge sich nicht auf die Veröffentlichung der Anklage beschränken, vielmehr sie dem Staatsanwalt übergeben. (Stürmischer Beifall). Waldeck und Zachariä sprechen sich in gleicher Weise aus. Es wird hierauf einstimmig beschlossen: „Den Inhalt der Denkschrift zu genehmigen, dieselbe zu veröffentlichen und dem Staatsanwalte zuzustellen." (Beifallssturm aus der Versammlung und von den Gallerien). Nach Proklamirung dieser Beschlüsse verläßt der Abgeordnete Berends den Saal, um dem vor dem Hause in unabsehbarer Menge versammelten Volke Kenntniß zu geben. Die Mittheilung wird durch endloses Hurrahrufen aufgenommen. — Es erfolgt hierauf der Namensaufruf zur Konstatirung der anwesenden Mitgliederzahl. Resultat des Aufrufs: 239 Mitglieder sind anwesend. d'Ester theilt mit: der Minister des Innern habe durch telegraphische Depesche den Provinzen angezeigt, die zurückgebliebenen Mitglieder hätten auf wiederholte Aufforderung den Saal verlassen. Wir müssen dem Lande von dieser offenbaren Unrichtigkeit Kenntniß geben. (Furchtbarer Tumult. „Lüge, grobe Lüge, infame Lüge!"). Präsident macht darauf aufmerksam, daß er ausdrücklich vor dem Verlassen des Saales gegen die Anwendung der Gewalt, der die Versammlung nun gewichen sei, protestirt habe. — Müller (Brieg) überreicht eine Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten zu Brieg. Berends theilt mit, die Post sende alle an Abgeordnete anlangenden Briefe nach Brandenburg. (Tumult). Präsident: Er glaube versichern zu können, daß der Generalpostmeister v. Schaper seine Pflichten nicht verletze. — Elsner erstattet über eine enorme Anzahl neu eingegangener Adressen Bericht. Unter Anderem erklärt ein Major a. D. v. Nordeck, sich zur unentgeltlichen Verfügung der Nat.-Versamml. zu stellen. Mehrere hundert Bürger Brandenburgs erklären sich aufs Entschiedenste gegen die Verlegung der N.-Vers. nach Brandenburg. Magistrat und Stadtverordnete von Glogau theilen ein protestirendes Schreiben, das sie an den König gerichtet haben, mit. Adressen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung von Breslau, Liegnitz, Torgau werden nach dem Beschlusse der Petitions-Kommission vollständig vorgelesen. — Köhler überreicht eine Adresse der Stadt Görlitz, Ludwig der Stadt Mühlhausen; Gierke theilt mit, daß die Bürgerschaft von Stettin in der Böse den Beschluß gefaßt habe, mit der Nationalversammlung zu stehen und zu fallen. Etwa 800 Personen haben diese Adresse überbracht, sind jedoch durch die der Bernau aufgestellte Kavallerie angehalten worden. (Pfui! pfui!) — Dringender Antrag von Jacoby und Phillips: die Berichte über die eingegangenen Adressen täglich dem Staatsministerium mitzutheilen. Motive: Die Proklamation des Königs spreche aus, daß die gegen die National-Versammlung und die Berliner Bürgerwehr ergriffenen Maßregeln vielfachen Mißdeutungen ausgesetzt seien und von einer Umsturzpartei benutzt werden möchten, das Vertrauen des Landes wankend zu machen. Die Adressen seien die Antwort des Volkes. Das Ministerium Brandenburg werde sich gegen die Anklage nicht mit der Unkenntniß des Volkswillens entschuldigen können. — Bredt glaubt, daß dem Antrage bei der jetzigen Lage der Dinge nicht stattgegeben werden könne. Nach dem heute gegen das Ministerium gefaßten Beschlusse, so wie nach dem Beschlusse vom 9. Nov. darf die Nationalversammlung mit einem solchen Ministerium nicht mehr in offizielle Verbindung treten. (Vielseitige Zustimmung). — Temme: die Thatsachen sind richtig, aber das Ministerium ist noch in voller Wirksamkeit. Wir können Anklage erheben gegen das Ministerium, aber es nicht anerkennen, heißt Rechte der Krone antasten. — Beyme: Wo das ganze Land in einen Schrei der Entrüstung ausbricht, wird sich das Ministerium schwerlich mit Unkenntniß entschuldigen können. Mit Hochverräthern darf die Nationalversammlung nicht in Verbindung treten. — Die Antragsteller ziehen den Antrag zurück. — Dringender Antrag von Fischer (Münster): die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt an ihre Pflicht gegen die re-

Digitized by Google

volutionären Maßregeln des Ministeriums Brandenburg zu erinnern. — Plönnis: die Nationalversammlung müsse von selbst wissen, was ihre Pflicht sei. — Parrisius: Wir sind stark genug, uns selbst zu schützen. Der Antrag findet keine Unterstützung. — Pause. — Präsident von Unruh verläßt den Saal. Waldeck übernimmt den Vorsitz. Es verbreitet sich im Saale das Gerücht, verschiedene Militär-Abtheilungen seien zum Volke übergegangen. — Pilet theilt mit: er habe sich heute früh nach dem Schauspielhause begeben, um aus dem Archive einige Bücher und Papiere zu holen. Die sämmtlichen Bureaux, in welchen die Papiere, Acten und Schriften der Nationalversammlung aufbewahrt sind, sind von Soldaten angefüllt. Nicht der geringste Schutz zur Conservirung der Papiere der Nationalversammlung ist getroffen. Die Soldaten gestatteten, daß ich aus dem Bureau, was ich wollte, entnahm. Sie erklärten, daß ihnen nichts übergeben sei, sie haben auch nicht darauf zu achten. Meine Herren, „wenn es dem Ministerium Ernst gewesen wäre, uns nur zu vertagen, wäre es da nicht seine erste Sorge gewesen, unser Archiv zu schützen?" (Pfui! pfui!) v. Unruh (inzwischen zurückgekehrt) fügt hinzu, die Bureau-Beamten hätten den Minister v. Manteuffel ersucht, ihnen zu gestatten, daß sie einige Ordnung in dem Bureau herstellten. Auch dies hat der Herr von Manteuffel abgelehnt. (Infam, pfui!) — v. Unruh theilt ferner mit, daß er von der Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten Sr. Majestät dem König pflichtmäßige Anzeige gemacht habe. (Bravo.) Der Präsident schlägt Vertagung bis morgen früh vor; Schulz (Wanzleben) bis Nachmittag 4 Uhr. Berends bemerkt, Vertagung sei bedenklich, in diesem Augenblicke laufe das Gerücht durch die Stadt, daß das Militär beordert sei, die Versammlung auseinander zu sprengen. Man möge jetzt die Wahl des Schriftführers an Stelle des zum Vicepräsidenten erwählten Secretärs Plönnis vornehmen. — Beschlossen, sofort noch einen Schriftführer und zwei Stellvertreter zu wählen. — (1½ Uhr). — Nach beendeter Wahl der Schriftführer beschloß man, die Sitzung, bis die Wiedereröffnung dem Präsidenten angemessen erscheinen würde, zu vertagen. Die meisten Abgeordneten entfernten sich und nur der Vicepräsident Phillips mit einem Schriftführer verblieben im Saale. Gegen 3 Uhr rückten von allen Seiten starke Militärpikets heran, besetzten das Schützenhaus und hielten dasselbe, ebenso wie die Linienstraße und die angrenzenden Straßen gesperrt. (5 Uhr.)

* Die Parlaments-Correspondenz, eine Correspondenz im Sinne der ausgeschiedenen Rechten, welche eröffnet ist, seitdem die constitutionelle Correspondenz auf die Seite der Landesversammlung getreten, berichtet:

Berlin, 13. Nov. Der Belagerungszustand wurde gestern Nachmittag 5 Uhr unter Trommelschlag verkündigt. Nur wenige Gewehre waren bis 5 Uhr abgeliefert; man scheute sich, zumal am Sonntag — die Waffen nach den Sammelplätzen zu tragen; wo es dennoch geschah, bemächtigten sich Proletarier der Gewehre. Die Stadt blieb bis zum Abend bewegt, aber in ruhiger Haltung; große Aufregung war in der Borsigschen Fabrik, in deren Umgegend sich nahe an 8000 Arbeiter gesammelt hatten, entschlossen den Kampf zu beginnen und in jedem Falle das Schützenhaus zu vertheidigen. Den Bemühungen der Bürgerwehranführer, namentlich dem Stabe des aufgelösten Corps gelang es endlich, nach 12 Uhr die Massen zu beschwichtigen und zum Auseinandergehen zu bewegen. Die fliegenden Corps sollen noch heute zum Widerstand entschlossen sein. Zwischen Potsdam und Berlin wurden gegen 5 Uhr in Folge einer in Potsdam abgehaltenen Volksversammlung auf Anregung eines gewissen Dortu (Führer des dortigen politischen Clubs) die Eisenbahnschienen an 6 Stellen aufgerissen und der electrische Telegraph zerstört. Abends 7 Uhr war die Communication wieder hergestellt; Militär hielt die Eisenbahnhöfe besetzt, Cavallerie-Patrouillen sah man längs der Eisenbahnlinie. Ein Straßen-Crawall in Potsdam, Abends 8 Uhr, wurde durch die Bürgerwehr beseitigt. Der König hat Sanssouci verlassen und das Schloß in Potsdam bezogen. Das Gerücht, daß der Prinz von Preußen nach Weimar abgereist sei, ist falsch; der Prinz ist in Babelsberg und soll sein völliges Einverständniß zu den Maasregeln der Regierung zu erkennen gegeben haben. — In dieser Nacht sind noch viele Gewehre der Bürgerwehr eingeliefert. Man vermuthet, daß die Entwaffnung durch Entschließen einzelner Stadttheile erfolgen soll; noch heute Abend will man mit der Friederichsstadt beginnen und zu diesem Ende das Hallesche Thor abschließen. Zwei Bataillons sind consignirt, um die Schließung des Schützenhauses heute durchzusetzen, Unter dem Belagerungszustand wird die Versammlung der dort tagenden Abgeordneten als ein unerlaubter politischer Verein betrachtet werden. Der Geist unter den Truppen soll vortrefflich sein, und die demokratische Partei sich bereits überzeugt haben, daß sie der Verführung schwer zugänglich sein werden. — Es kann versichert werden, daß namentlich Lord Westmoreland sich dem hiesigen Gouvernement entschieden beistimmend geäußert hat. Grabow hat gestern eine Audienz beim Könige gehabt, wie es scheint, in der Absicht, eine Vermittelung herbeizuführen. Er soll daran erinnert haben, daß er vor dem Zusammentritt der Versammlung bei dem Ministerium Camphausen seine Bedenken gegen die Wahl der Hauptstadt zum Sitze der Versammlung geltend gemacht, daß man ihm aber damals den Schein der Muthlosigkeit entgegengesetzt habe, der auf die Regierung fallen müsse, wenn sie vor den Gefahren der Einberufung nach Berlin zurückschrecken wollte. Die Ansicht Grabow's in der vorliegenden Frage weicht bekanntlich von der seiner politischen Freunde ab, indem er das formelle Recht der Krone mindestens für sehr zweifelhaft hält. Der König soll auch an Grabow seinen festen Entschluß erklärt haben, mit allen gesetzlichen Mitteln in der Hauptstadt der Anarchie ein Ende zu machen, zugleich aber auch die Versicherung wiederholt haben, daß er als constitutioneller König die Freiheiten, welche er dem Volke verheißen, schützen und aufrecht erhalten werde. — Man sagt, daß die Regierung, sobald die Einrichtungen in Brandenburg beendet sind, noch vor dem 27. d. M. die National-Versammlung dorthin, unter dem Präjudiz einberufen wird, daß für die nicht erschienenen Abgeordneten sofort neue Wahlen eintreten sollten. — Es scheint jetzt außer Zweifel, daß der erste Anstoß zu dem energischen Auftreten der Regierungs-Gewalt von Frankfurt ausgegangen ist; das völlige Einverständniß welches zwischen dem Gesandten der Centralgewalt — Bassermann — und der hiesigen Regierung bestehen soll, scheint dies zu bestätigen. — Die Versammlung im Schützenhaus zählte gestern Nachmittag 248, am Abend 208 Mitglieder. Man wählte Unruh zum Präsidenten und Plönnis zum Vice-Präsidenten an Stelle des ausgeschiedenen Jonas. Heute ist wieder eine Anzahl Mitglieder ausgeschieden, so daß die Versammlung kaum mehr beschlußfähig sein wird. — Bei der Verhandlung zwischen den ausgeschiedenen und forttagenden Deputirten wurden gestern Seitens der ersteren der Vorschlag gemacht, daß man andererseits die Verbindung mit der äußersten Linken abbrechen und dadurch die Versammlung sich auflösen lassen solle: in diesem Falle würde man sich gern vereinigen, um bei der Krone die Zurücknahme der Verlegung nach Brandenburg zu erbitten. — Ebenso soll Bassermann in einer Conferenz mit Unruh den Vorschlag gemacht haben, daß man unter Verwahrung der Rechte der Versammlung jetzt eine Einwilligung in die Verlegung aus freiem Entschlusse aussprechen möge. Beide Vorschläge sind zurückgewiesen worden. — Professor Walther aus Bonn ist heute zurückgekehrt und schließt sich in einem ausführlichen Protest den Ansichten der ausgetretenen Deputirten an. Auf beiden Seiten stehen für die widerstreitendsten Meinungen gleich angesehene Autoritäten, gleich gewissenhafte Männer: Beweis genug, daß, bei der Zweifelhaftigkeit der Rechtsfrage, die friedliche Lösung für unser Vaterland nur in der Vereinigung zu einem festen Vertrauen in die reinen Absichten des Königs zu suchen ist. Auch die ausgeschiedene Minorität steht auf der Warte, und beobachtet sorgsam jeden Schritt der Regierung. Sie wird zusammenstehen, wie Ein Mann, wenn sie die Regierung in eine Bahn einlenken sieht, die die Freiheiten des Volks in Wahrheit beeinträchtigen würde. Dem Kampfe des Gesetzes gegen die Anarchie aber sieht sie unbesorgt zu, und wird ihn durch den moralischen Einfluß, der ihr im Lande geblieben ist, zu stützen wissen.

Berlin, 13. Nov. Die Nationalversammlung, welche eine Nacht- und um 11 Uhr eine Sitzung gehalten hatte, ließ folgende Bekanntmachung veröffentlichen: „Die Versammlung hat in ihrer Abendsitzung vom 12. November den Beschluß gefaßt: Daß die durch das Staatsministerium Brandenburg erfolgte Erklärung des Belagerungszustandes der Stadt Berlin eine ungesetzliche Handlung und demnach nicht als rechtsgültig zu betrachten sei." Gegen 2 Uhr schloß sie ihre denkwürdige Sitzung, die Zugänge zur Straße, wie diese und die neue Königsstraße waren abermals am Vormittage belebt und der Jubel für die Abgeordneten war ungeschwächt. In dem Schützenhause soll sie jedoch nicht mehr tagen, denn nachdem die Vormittagssitzung geschlossen, jedoch eine Deputation, den Präsidenten in ihrer Mitte, dem Beschlusse gemäß, in dem Sitzungslokale zurückgeblieben war, kamen plötzlich

Digitized by Google

mehrere Bataillone Militär marschirt und besetzten die Linienstraße von der Prenzlauer bis zur neuen Königsstraße, mit der Front gegen das Schützenhaus gekehrt; auch in der Schießgasse stellte sich eine starke Abtheilung auf. Bald darauf begab sich der kommandirende Offizier mit mehrern andern Offizieren und einer Anzahl bewaffneter Soldaten in das Schützenhaus hinein. Es verging jedoch eine volle Stunde, ehe jemand erschien oder sonst etwas sich ereignete. Als endlich der Präsident der Nationalversammlung, von einem Soldaten am Arm geführt, heraustrat, rief er auf der Freitreppe des Hauses, indem er das Haupt entblößte und den Hut hoch empor hielt, mit starker Stimme: „Ich protestire öffentlich gegen die Gewalt, die den unverletzlichen Vertretern des Volkes geschieht." Die übrigen Abgeordneten, ebenfalls von Soldaten geführt, folgten ihm mit dem Rufe: „Es lebe der Präsident!" Als sie beim Vorübergehen in die neue Königsstraße einlenkten, wurden sie von dem dort versammelten Volke mit lautem Jubelrufe empfangen, der ihnen noch weit nachhallte, als sie mehrere Wagen bestiegen und fortfuhren. Der Wagen des Präsidenten war ganz umdrängt und überall, wo er vorüberkam, scholl ihm Beifall entgegen. — Die Stadtverordneten hielten Nachmittag wieder Sitzung und äußerten sich dahin, daß sie hinsichtlich der Waffenablieferung die Bürgerwehr nur von offenem Widerstande ab- und dazu ermahnen könne, die Waffen nicht in die Hände Unbefugter kommen zu lassen. Die Wachen am Rosenthaler, Schönhauser und Hamburger Thor waren übrigens nach von Bürgerwehr besetzt. — Die Entwaffnung der Bürgerwehr durch das Militär hat in mehreren Straßen, z. B. am Weidendamme und selbst in der Linienstraße, begonnen, und ist ohne äußere Ruhestörung von Statten gegangen. Sollte aber der geringste Widerstand und Verletzung eines einzigen Soldaten eintreten, so wird, wie aus guter Quelle versichert werden kann, das Standrecht verkündigt werden. Abends 9½ Uhr tiefe Ruhe. Nirgends Gruppen; nirgends politische Klubs. Gebe Gott, daß wir diese Krise ohne vergossenes Blut überstehen mögen! Aus den Provinzen laufen die entgegengesetztesten Adressen ein; so weit dies bis jetzt erkennbar, steht das ganze Landvolk der Umgegend auf Seite des Königs. Jetzt werden nur die Früchte sichtbar, die die allzulange Zügellosigkeit, ein allzu langes Aufhören gesetzlichen Ernstes reifen mußten. Leider kann da nur die Strenge wieder helfen. Der Unruh'sche Club, wie die gemäßigte Partei das Rumpfparlament nennt, hat sich, wie man hört, nach Schwedt, 12 Meilen von hier, verlegt. Die Regierung kann auf dem einmal betretenen Weg sie unter keiner Bedingung mehr irgendwo berathen lassen, hat übrigens für alle Fälle die Landwehr der ganzen Umgegend aufgeboten. Der Reichskommissär Bassermann hat eine Privatunterredung mit dem Präsidenten v. Unruh gehabt. Ersterer äußerte, daß, nachdem die Nationalversammlung nun einen moralischen Sieg erfochten, sie sich auch fügen möge, worauf Herr v. Unruh erwidert, wie es sich wohl von selbst verstehe, daß er einen solchen Vorschlag der Versammlung nicht machen werde und könne, er dem Reichskommissär aber versichern müsse, daß, wenn er einen solchen Vorschlag nur seiner Partei, welche jetzt die äußerste Rechte der Versammlung sei, machen wollte, er dies schon nicht wagen dürfte. (O. P. Z.

** **Köln**, 14. Nov. Der überwiegend größere Theil der hiesigen Bevölkerung hat in dem gegenwärtigen Konflikt zwischen der Krone und Nationalversammlung für die letztere Partei genommen, und selbst der konstitutionelle Bürgerverein, den die Gegenpartei als einen Verein von Reaktionären zu bezeichnen pflegt, hat den Vorschlag seines Vorstandes, mit Anerkennung des Rechtes der Krone, die Verlegung der Nationalversammlung auszusprechen, zur Vermittlung des Konfliktes, sich an die Centralgewalt zu wenden, verworfen, ist fast einmüthig der in der Volksversammlung entworfenen und auch vom Gemeinderath adoptirten Zustimmungsadresse an die Nationalversammlung beigetreten und hat die Ueberbringung dieser Adresse durch eine eigene Deputation beschlossen. Leider machen sich aber in den jetzt täglich wiederkehrenden Volksversammlungen Elemente geltend, die Alles zu überstürzen und zu kompromittiren drohen. Es hat die gestrige Volksversammlung, auf den Antrag eines Lieutenants Adamski, eines Offiziers zur Disposition, der in Uniform die Tribüne bestieg und mit nicht enden wollendem Applaus begrüßt wurde — später sprach auch ein Soldat in Uniform — eine aus 25 Mitgliedern bestehende Kommission gewählt, welche sich zu sämmtlichen Civil- sowohl, als Militärbehörden begeben und dieselben auffordern soll, damit das Volk seine Freunde und Feinde kennen lerne, sich offen zu erklären, ob sie Partei nehmen für die Krone oder für die Nationalversammlung. Das ist ein unsinniger Beschluß, der namentlich bei dem sehr energischen Charakter unseres Kommandanten zu sehr ernsten Konflikten führen kann. Heute Morgen hat die Volksversammlung, die erst gestern Nacht um 1 Uhr, mehr und mehr aufgeregt durch die mit der Abendpost eingetroffene Nachricht von dem Belagerungszustande Berlins und der Erschießung Robert Blum's, ihr Ende nahm, schon wieder begonnen, ohne indeß bis jetzt nennenswerthe Beschlüsse gefaßt zu haben. Auch die Straßenliteratur ist nicht unthätig: mit großen Buchstaben steht an den Straßenecken die Nachricht angeschlagen: „Viele Offiziere und Soldaten in Berlin haben erklärt, nicht auf das Volk schießen zu wollen. Sie leben doch! Ich höre eben, daß ein großer Theil der hiesigen Landwehrmänner sich einen Führer gewählt hat und Waffen verlangt. Die Aufregung wird noch durch die Mittheilung gesteigert, daß in Düsseldorf Barrikaden gebaut sind.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 16. November.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles übrige Geld.

5pCt. Metalliques 67; 2½pCt. ditta 35¼; Bankaktien fl. 1105; fl. 500 Loose 116; fl. 250. Loose 77½; Badische fl. 35. Loose 25⅜; Hess. Rthlr. 40 Loose 24⅞; Polnische fl. 500 Loose 66¾; Friedr. Wilh.-Nordbahn 36¾; Berbach 63; Köln-Minden 73; 3pCt. inländ. Span. 17⅝; 4½pCt. Würt. 92⅛; 4½pCt. Belg. 73; Holl. 2½pCt. Integrale 44¾.

Die Börse war wegen der militärischen Parade schwach besucht und fanden keine Umsätze statt. Einige Stücke 2½pCt. Met. wurden zu 35 13/16 verhandelt.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 16. Nov. (Schluß.)

Osterrath aus Danzig hält folgende Fassung des §. 25 für erforderlich: Alle deutschen Flüsse, welche in ihrem schiffbaren Laufe verschiedene deutsche Staaten durchströmen oder begrenzen, und die an denselben zur Beförderung der Schifffahrt oder des Handels errichteten Anstalten unterliegen der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Reichsgewalt. Den §. 26 will er gestrichen und seine Gegenstände durch ein Reichsgesetz geordnet sehen. Auch die Entschädigungsfrage gehöre nicht in die Verfassung und eben so ist Osterrath dagegen, den Rhein, der Verhandlungen mit Holland wegen, in ein Ausnahmeverhältniß zu stellen. a. Vincke stimmt mit Osterrath überein, daß der Reichsgewalt das Oberaufsichts- und Gesetzgebungsrecht nur über solche Flüsse eingeräumt werde, die in ihrem schiffbaren Laufe verschiedene Staaten berühren. Für §. 26 hat er den folgenden Verbesserungs-Antrag eingebracht, für dessen Annahme er sich verwendet:

Alle deutschen Flüsse sind für deutsche Schifffahrt und Flößerei frei von Flußzöllen.

Für die Aufhebung dieser Flußzölle tritt eine billige Ausgleichung ein, bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen auf Kosten des Reichs; die Normen der Ausgleichung bestimmt ein Reichsgesetz.

Die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit derjenigen Flüsse, welche mehrere deutsche Staaten durchströmen oder begrenzen, kann die Reichsgewalt an sich ziehen, wenn sie es im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs für erforderlich erachtet.

Werner von Koblenz macht auf die Ungerechtigkeit aufmerksam, die in der ungleichen Behandlung der Eisenbahnlinien und der Wasserwege obwalte. Auf den Eisenbahnen liefen die Waaren zollfrei dahin, die auf den Strömen von schweren Abgaben belastet seien. Stahl aus Erlangen entwickelt die politischen Fragen, die bei der Freigebung der Rheinschifffahrt in Betracht kommen. Es gilt nach seiner Darstellung, von Frankreich und von den Niederlanden die entsprechenden Gegenzugeständnisse für diese Freigebung zu erlangen, durch welche der Rhein erst zur wirklichen Seestraße werde. Ueberhaupt ist auch nach seiner Meinung, der Gegenstand der Flußzölle aus der Verfassung und in ein Reichsgesetz zu verweisen. Eventuell empfiehlt er jedoch seinen Verbesserungsantrag. Nach Stahl's mit Beifall aufgenommenem Vortrage wird die Debatte Nachmittags 2½ Uhr vertagt. Morgen Fortsetzung derselben.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouveau Boulevard de Sebastopol.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 306. **Frankfurt a. M., Freitag 17. November.** **1848.**

Uebersicht.

Deutschland. Wien (Die Minister. Die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments. Die finanzielle Lage der Stadt.) Olmütz (Hurter. Der ungarische Krieg. General Simonich. Freischarenzug gegen Ungarn.) Berlin (Bewaffnung der Proletarier. Erbitterung gegen die Centralgewalt. Graf Hochberg = Fürstenstein zum Oberpräsidenten in Schlesien erwählt. Die äußerste Linke. Sprengung der Landesversammlung. Parlaments-Correspondenz. Tagesereignisse. Gesetzliche Zustände. Neunzig Städte haben sich für die Landesversammlung erklärt.) München (Die Kamarilla.) Leipzig (Volksversammlung. Exzesse.)

Großbritannien. London (Politische Windstille in England. Britisches Verfassungsleben. Die englische Presse und die wiener Ereignisse. Smith O'Brien und Robert Blum. Klägliche Nachrichten aus Irland.)

Frankreich. Paris (Die Verfassungsfeier. Der Constitutionel für Ludwig Napoleon. Dieses Letzteren Abwesenheit und Ministerliste. Sitzung der Nat.-Vers. Das Budget der Stadt Paris. Umtriebe der Ultrarevolutionären. Der Bey von Tunis. Die Herzogin von Orleans verzichtet auf ihre Mitgift. Ein sehr unangenehmer Fall.)

Spanien. (Die Expedition nach Aragon. Salamanca.)

Schweiz. Zürich (In Sachen Friedrich Naymers.)

Neuestes.

Deutschland.

* **Wien.** Von unsern Wiener Korrespondenten sind uns abermals keine Briefe zugekommen. Fürst Felix Schwarzenberg, Gr. Stadion, die HH. Bruck, Helfert und Bach waren am 10. November Abends angekommen. Der Finanzminister Kraus und Graf Breda waren schon früher eingetroffen. Man schloß daraus auf die baldige Kundgebung des neuen Ministeriums. Wie der D. allg. Ztg. geschieden wird, ist dasselbe definitiv gebildet, Stadion Minister des Innern; Bach hat abgelehnt. Fürst Schwarzenberg hat bestimmt erklärt, jeden Uebergriff noch oben wie nach unten abzuwehren und dem Treiben der Kamarilla ein Ziel setzen zu wollen. Der Reichstag ist auf 8—10 Tage länger hinausgesetzt. — Die Wiener Ztg. enthält abermals die lakonische Anzeige einer Hinrichtung; diesmal betrifft es einen Adjutanten des General Bem, Eduard Jelowicki aus Russisch-Polen. Viele Hinrichtungen (von einigen und zwanzig ist die Rede) sollen außerdem am 10. und 11. stattgefunden haben. Die Namen der Verurtheilten sind noch Geheimniß; am besten wäre, wenn die Bestätigung überhaupt ausbliebe. Der Leipz. Z. schreibt man vom 11. Nov.: „Von einem Mitgliede der Generaluntersuchungskommission habe ich erfahren, daß die Zahl der bis jetzt Verhafteten 2000 beträgt, von denen 4 bereits kriegsrechtlich erschossen sind. Es wird übrigens nur Denen der Prozeß gemacht, die nach der angenommenen Kapitulation in Folge des Anrückens des ungarischen Korps noch die Waffen ergriffen haben. Was Robert Blum am meisten geschadet hat, ist eine Rede, die er noch nach der Kapitulation auf der Universität gehalten. So ist mir von dem erwähnten Mitgliede gesagt worden." Blum's Ende ist das Tagsgespräch in allen Cirkeln. Er soll bis zuletzt auf Begnadigung gehofft haben, obwohl alle Berichte darin übereinstimmen, daß er viel Würde und Fassung bewies.— Die Kriegsoperationen sollten am 12. Nov. beginnen, obwohl es bei dem schlechten Wetter kaum als möglich erschien. — Die Theater wurden am 11. Nov. zum ersten Mal wieder geöffnet. Ueber die herrschende Stimmung entnehmen wir der D. Allg. Z. noch Folgendes: „Selbst die Polizeiagenten, welche von allen Seiten wieder auftauchen, schildern die Stimmung derartig, daß sie selbst bei dem Zustande der Entwaffnung und Erdrückung von Truppen bedenklich erscheint. Es ist hohe Zeit, daß man einlenkt. Dies dürfte in den ersten Tagen der nächsten Woche sich bewähren. Auch gedenkt man, die Verhörsprotokolle der zum Tode Verurtheilten zu veröffentlichen. Sehr üblen Eindruck macht es, daß Leuten wie Pipitz und Harter wieder das höchste Vertrauen zugewendet erscheint. Es würde zu der Meinung führen, daß man die Reaktion so weit treiben will, als es nur immer geht. Dennoch halte ich mich überzeugt, daß man nicht die Stimme des ganzes Landes weder vom Ministerium, noch weniger von dem Reichstage, der es vertritt, überhören wird. Vielleicht ist noch Vermittelung und Aussöhnung möglich; mit Deutschland für den Augenblick wohl kaum."

Wien. Der Bresl. Z. wird geschrieben: Die beiden Beschlüsse des Frankfurter Parlaments wegen der Personalunion bei dem nichtdeutschen Länderbesitz deutscher Fürsten haben natürlich im österreichischen Volk einen mächtigen Nachhall gefunden, und die schwarzgelbe Partei, die eben erst durch die Einnahme der Hauptstadt ans Ruder gekommen, versäumt nicht, dies Ereigniß in ihrem Sinn auszubeuten. Sie stellt es als die Sucht dar, Oesterreich von Frankfurt aus zu regieren, und ermahnt die deutschen Provinzen, diesen Terrorismus nicht zu dulden, sie spricht von einer Zerstücklung der Monarchie, ja man muß bereits auf das Aergste gefaßt sein und eine Abberufung der österreichischen Abgeordneten von Seite der Regierung erwarten. Ein Seitenstück dazu bildet die lakonische Mittheilung der Wiener Zeitung: „Nachrichten aus Frankfurt zufolge dürften die §§. 2 und 3, betreffend die Stellung Oesterreichs zu Deutschland, bei der zweiten Lesung eine bedeutende Modifikation im Sinne Gagern's erhalten, wodurch die Ausgleichung der schwebenden Fragen einer friedlichen Lösung zugeführt werden."

Wien. Ueber die finanziellen Nachwehen der letzten Ereignisse berichtet das C. Bl. a. B.: Die Residenz büßt, trotz der wiedergekehrten Geschäfte, bitter die vergangenen Tage. Wer soll den Schaden ersetzen? Die bewaffneten Haufen zerstörten allerhand, wie es gerade in ihrem Ermessen lag, und die Eigenthümer wollen nun Ersatz; das Militär seinerseits zerstörte, verbrannte und plünderte, und auch dieß wird zu Prozessen und Ansprüchen führen. Die Kommune Wiens hat aber enorme Lasten zu befriedigen, und der Winter klopft an bei den bedürftigen Gewerbsleuten. Die Arbeiter sind freilich zahm; allein die kleinen Gewerbsleute, denen der Reichstag die zwei Millionen votirte, sind durch die Garden, deren Oberkommandant täglich 100 fl. für den Generalstab erhielt, Bem ebensoviel für's Lager, verkürzt worden. Wird der Reichstag neue Summen bewilligen? — Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, Cavaignac habe auf die erste Nachricht der Uebergabe Wiens einen Brief an Windischgrätz geschrieben, worin er ihm für das energische Auftreten dankt, da hierdurch nicht blos Oesterreich, sondern ganz Europa vor den gräßlichsten Erschütterungen bewahrt werde." Dieß wäre ein Pendant zu der gleichzeitig aus Berlin angelangten Nachricht von einem ähnlichen Briefe Cavaignac's an den König von Preußen. — Auch das C. Bl. a. B. spricht sich über Blum's Hinrichtung mit entschiedenem Tadel aus. „So wie wir, heißt es darin, hart und streng Blum's Aeußerung tadelten, so müßten wir auch diese Hinrichtung tadeln, wenn nicht volle Aufklärung über den Thatbestand gegeben wird. Möge sie je früher desto besser auch über die andern Unglücksgenossen dem Publikum bekannt werden, damit nicht Erbitterung, Haß und Rachegefühl sich der Herzen bemeistere."

△ **Ollmütz,** 9. Nov. Noch nie vielleicht war Ollmütz so belebt, als in dem gegenwärtigen Augenblicke. Deputationen aus den entferntesten Theilen der Monarchie kommen und gehen ab; sie bringen in der Regel Versicherungen der Treue, verwenden

sich aber auch oft in kräftiger Fürsprache um Linderung des Schicksals der unglücklichen Metropole. Die Erstürmung Wiens hat, da man wohl die von der geängstigten Stadt zu einer friedlichen Unterwerfung angetragenen Bedingungen mit vollen Ehren immerhin annehmen konnte, unter der deutschen Bevölkerung einen höchst üblen Eindruck gemacht und manche Sympathie verlöscht; denn diese unerhörte Züchtigung geschah, wie man sagt, besonders auf Antrieb einer Partei, die schon längst gern einmal ihre Rache an der freiheitglühenden Stadt gekühlt hätte. — Mit dem Hofe ist hier ein strenges Polizeiregiment eingekehrt; man spricht sogar von der Anwesenheit einer Menge von „Spitzeln" (Polizeispionen). Wäre es wahr, so bedauerten wir die Regierung, die dieses verächtlichste Hilfsmittel des alten Regimes noch immer nicht entbehren könnte; das Vertrauen, welches ohnehin sehr schwach ist, würde dann vollends gänzlich erlöschen. Graf Stadion soll mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden sein. Minister Kraus, der vorgestern hier anlangte, soll in das neue Ministerium mit Beibehaltung seines Portefeuille's übertreten. Der Name Kraus genießt jetzt einer ziemlichen Popularität, seitdem man weiß, daß er die Gegenzeichnung eines inkonstitutionellen Manifestes behaerlich weigerte; weniger volksthümlich sind die andern Namen; an Wessenbergs Stelle tritt Fürst Schwarzenberg, eine ziemlich unbekannte diplomatische Größe. — Der Hof lebt sehr eingezogen und besucht nur täglich einigemal den Gottesdienst in der Domkirche. Von dem diplomatischen Korps ist vorige Woche der russische Gesandte hier eingetroffen; er konferirt sehr häufig mit Herrn von Wessenberg. Auch eine andere, aus der letztern Zeit Metternichs berühmte (?) Notabilität, dessen offizielle Wirksamkeit mit den Märztagen ein Ende nahm, dessen Einfluß bei einer sehr hohen Person noch fortdauert, traf ein; es ist der Hofrath und Reichshistoriograph Friedrich Hurter, der wahrscheinlich an dem hier erscheinenden „Oesterreichischen Korrespondenten", eine Art österreichischer Beobachter, nur in anderer Form und milderer Fassung, beschäftigt werden wird. Der Reichstag wird vor dem 20. d. in Kremsier kaum zusammen treten können, weil man mit der Einrichtung des dazu bestimmten Saales im erzbischöflichen Schlosse nicht fertig wird, doch dürfte daselbst seine Wirksamkeit nur von sehr kurzer Dauer sein. Der österreichisch-ungarische Kriegsschauplatz ist uns plötzlich ziemlich nahe auf den Hals gerückt; bei Göding im Hradischen Kreise, ungefähr 8 Meilen von da, erlitten unsere Truppen unter Generalmajor Simonic von den Ungarn eine kleine Schlappe, deren Details von der Regierung bisher nicht bekannt gegeben wurden, da es eine alte Maxime ist, nur über Siege zu berichten. In Galizien dauern die Husarendesertionen in großartigem Maßstabe fort; gegen 2 Schwadronen bahnten sich jüngst aus dem Tarnopoler Kreise mit dem Säbel in der Faust einen Weg in ihr Vaterland.

Ollmütz, 9. Nov. Ueber das Armeekorps des Generals Simonic bei Göding verlauten die widersprechendsten Gerüchte. Nach den Einen soll es sich ausdrücklich frei aus Ungarn nach Mähren gezogen haben, um sich dort mit Wiener und Ollmützer Truppen zu vereinen und dann gegen Ungarn loszuziehen, und in der That sind von Ollmütz nah von Wien aus Kanonen und Truppen bereits nach Göding abgegangen; die Andern lassen Simonic von den Ungarn furchtbar geschlagen sein, während die Dritten in dem Anmarsch nach Göding nur einen nothgedrungenen Rückzug erblicken. General Wyß ist gleichfalls schon in Göding, es ist derselbe General, der als Gesandter des F. M. Windischgrätz von Prag bei uns ankam, als die Garnison Prags gegen Wien zu sich bewegte. Der bekannte Hurban ist wieder in die Slowakei gezogen und Freiwillige haben sich ihm nicht bloß in Böhmen, sondern auch in Mähren, ja sogar in Ollmütz angeschlossen. Diesen Freiwilligen ist auch kaiserliches Militär, ja sogar auch Kanonen beigegeben worden. Sie werden vorläufig zum Schutze der Slowaken dienen, an denen die Magyaren nun ihre Rache ausüben. Jeder gefangene Slowak wird aufgehängt und das Heer des Generals Simonic zerstörte auf dem Wege viele Galgen. (C. Bl. a. B.)

△ **Berlin**, 13. Nov. Sehr bedenklich ist es, daß viele Waffen aus den Händen der Bürger in die Hände der Proletarier übergegangen sind. Theils haben Bürger, die sie nicht abliefern wollten, sie an dieselben gegeben, theils haben sich die Proletarier dieselben bei den Bezirksvorstehern, wo viele Waffen abgeliefert worden waren, mit größerer oder geringerer Gewaltanwendung abgeholt. Namentlich auch haben die bewaffneten Maschinenbauer auf solche Weise viele Gewehre an sich gebracht und erklärt, daß sie dieselben nicht herausgeben würden; erst müßte der Feind über ihre Leichen gehen. In zwei Bezirken hat man gestern und heute eifrigst Munition angefertigt. Sie blasen diese Nachricht als ganz gewiß annehmen. Dagegen sind alle Gerüchte, als ob einzelne Truppentheile sich geweigert hätten, einzuschreiten, grundlos; sie werden absichtlich verbreitet, wie eine Menge der unsinnigsten, aufregendsten Gerüchte im Umlauf ist. Mit großer Bestimmtheit erhält sich das Gerücht, daß auf Veranlassung der Centralgewalt 15,000 Hannoveraner an die preußische Gränze rücken würden. Der Haß auf die Centralgewalt ist in diesem Augenblick unbezähmbar. Morgen sollen 10,000 Mann neue Truppen entweder in Berlin einrücken oder, was wahrscheinlicher ist, in der nächsten Umgebung Quartiere beziehen. Die hier liegenden Truppen sind das 2. Garde-Regiment, das Kaiser Franz-Regiment, das Kaiser Alex.-Regiment, das 2., 9., 10., 12., 24., 31. Infanterie-Regiment (also 9 Infanterie-Regimenter); ferner die Garde-Artillerie-Brigade, sowie die 3. und 4. Artillerie-Brigade (also 3 Artillerie-Brigaden, etwa 120 Kanonen); sodann die Schützen-Abtheilung, die 3. Jäger-Abtheilung und die Gardejäger; endlich das 3. Uhlanen- und das Gardehusaren-Regiment nebst der Lehreskadron. — Hr. Pinder wird seine Stelle als Oberpräsident der Provinz Schlesien niederlegen und Graf Hochberg-Fürstenstein an seine Stelle treten.

** **Berlin**, 14. Nov. Unsere National-Versammlung — denn wer wollte ihr jetzt einen andern Namen beilegen, als den sie sich selbst gibt — würde den Halt im Volke nicht gefunden, würde nicht, wie es sich jetzt herauszustellen scheint, das Land auf ihrer Seite gehabt haben, wenn die äußerste Linke mit ihren sprapraten Plänen und Gelüsten hervorgetreten wäre und ihre gewöhnliche Taktik beobachtet hätte. Doch diese Partei verstummte vor dem vernehmbaren und deutlichen αὐτος ἐφα des Weltgeistes, dessen Sprache sie so oft nachzuäffen versucht. Die Partei Waldeck-Jacoby hielt sich völlig im Hintergrunde. Wäre dies immer so gewesen, es wäre nimmer dahin gekommen. Das Schweigen jener Partei, ihr Nachgeben und bescheidenes Zurücktreten gab der Versammlung die Würde und Erhabenheit, welche den Sieg auf ihre Seite neigte. Darum bin ich heut' um diesen endlichen Sieg besorgt geworden, denn heut erhob diese verhaßte Fraktion wieder ihr Haupt und der parteiische Petitionsbericht des Abgeordneten Elsner, die würdelosen Bemerkungen des Abgeordneten Schramm (Langensalza), die stürmische Forderung Waldeck's erfüllten uns mit tiefer Trauer, daß die gute Sache der konstitutionellen Freiheit auch von diesen Männern sich vertheidigen lassen muß. Aus dem Saale des Schützenhauses ist gestern die Nationalversammlung gewaltsam vertrieben. Der vorgestern erwählte Vicepräsident von Plönnis (ein Mitglied der Rechten) und die Schriftführer Schneider und Schornbaum waren im Saal. Der Aufforderung eines Oberstea, sich zu entfernen, leisteten sie nicht Folge. Plönnis rief, dieses sei der Saal der Nationalversammlung und er gebe zu bedenken, ob der Offizier darin verweilen wolle. Nach einer halben Stunde kehrte der Oberst mit mehrern Offizieren wieder und überbrachte den Befehl, „nöthigenfalls mit Gewalt, aber ohne Anwendung von Waffen" den Saal zu räumen. Plönnis blieb trotz der Bitten des Obersten auf seinem Sitze. Dieser rief jetzt zwei Sektionen in den Saal. Die Soldaten, mit Thränen in den Augen und Schamröthe im Gesicht, gingen an ihr trauriges Amt. Schneider erzählt, daß der Soldat ihn flehentlich gebeten habe, „Liebes Heer, stehen Sie auf"; als Schneider ihm bedeutete, daß er dies nur gezwungen thun werde, faßte der Soldat ihn am Aem, aber so zart und schonend wie möglich. Dem ersten Soldaten, der zu Schornbaum kam, rief dieser zu, ob er es wage, an die geheiligte Person eines Abgeordneten seines Volks die Hand zu legen, und der starke Mann fuhr sichtlich zusammen und trat zurück. Erst auf Kommando traten ein zweiter und dritter vor. Die beiden Schriftführer wurden hinausgeführt. Schneider sagt: der Soldat und ich gingen Arm in Arm, mehr wie Brüder, als wie Gegner. Der Vicepräsident von Plönnis blieb auf seinem Platze. Man trug ihn endlich hinaus. Doch er selbst hat den Soldaten das Ehrenzeugniß ausgestellt, daß sie wie gezwungen handelten. Als dieses Lob heute von den Betheiligten unsern braven Brüdern im Heer gespendet wurde, konnte Hr. Schramm aus Langensalza seine Galle nicht unterdrücken und durchschritt

Digitized by Google

den langen Saal, um, nachdem Andre vor ihm auf Begehren des Wortes sich begeben, zu bemerken, „diese Höflichkeiten wären unnütz, die preußische Tyrannei wäre stets auf Socken gegangen"; aber er erntete dafür den verdienten Unwillen. — Schneider protestirte noch unten vor dem Hause gegen die unrechtmäßige Gewalt. Er, Schornbaum und der Vicepräsident Plönnis wurde mit Lebehochruf empfangen, worin die Soldaten mit einstimmten. In Folge dieser Vertreibung versammelten sich die Abgeordneten heut' im Saal der Stadtverordneten, nachdem sie einige Augenblicke in einem Lokale der Königstadt verweilt hatten. Dieses Umherziehen bewog den Präsidenten zur Unruh zu der Erklärung, daß er es der Würde der hohen Versammlung unsrer Vertreter nicht für angemessen erachte, stets in Gewärtigkeit bewaffneter Gewalt zu berathen und sich von Haus zu Haus treiben zu lassen; daß, wenn aus diesem Saale der Stadtverordneten die National-Versammlung wiederum gewaltsam verjagt würde, er keine weitere Sitzung anzuberaumen Willens sei, bis daß er den Abgeordneten des Volks die Freiheit ihrer Berathungen sichern könne; und daß er erwarte, keiner derselben werde Berlin verlassen. Hiergegen riefen Waldeck; die Versammlung müsse von Ort zu Ort, das streite nicht gegen ihre Würde. Doch Unruh blieb bei seiner Erklärung und die Versammlung verharrte dabei, auch als die Nachricht kam, Militär sei im Anzuge. Auf Schultz's aus Minden Anlaß bestätigte gemäß dem Reglement die Versammlung alle bisher gefaßten Beschlüsse, deren Anträge nicht gedruckt vertheilt waren. — In dem Bericht über die eingegangenen Adressen theilte Abg. Elsner namentlich die seiner Partei (der republikanischen) genehmen Stellen mit, wie die Worte eines Vereins zu Wolfenbüttel, daß die Versammlung endlich den Schritt gethan habe, den man längst von ihr erwartete (!), aus einer andern Adresse, daß die Versammlung ohne Weiteres dazu vorschreiten möge, wozu es endlich doch kommen müsse. — Der Namensaufruf zur Konstatirung der beschlußfähigen Anzahl ergab 239 Abgeordnete, also 38 über die nöthige Zahl, er wurde in Erwartung des heranrückenden Militärs in leidenschaftlicher Hast vorgenommen und, gleichsam für den Fall, daß man damit nicht zu Ende käme, sprach Hr. v. Unruh in seinem und des Büreaus Namen zuvor die Ueberzeugung, daß die Versammlung beschlußfähig sei. Als die Kunde vom Nahen der Truppen sich als falsch erwies, wollte die Partei Waldeck durchaus die Steuerverweigerung verhandeln. Die Kommission hatte den Bericht nicht fertig. Nichtsdestoweniger bestand Waldeck darauf. Brüel (vom Centrum) wies auf die gewaltige Aufregung der Versammlung. Waldeck erwiederte, die Aufregung allein führe zu etwas und zu etwas Gutem. Freilich, wir wissen, Hr. Waldeck ist in ewiger Aufregung, aber daß seine Aufregung zu etwas Gutem geführt hätte, wissen wir nicht. Wenn Hr. Waldeck den jetzigen Konflikt für „etwas Gutes" ansieht, wohlan dies „Gute" verdanken wir der „Aufregung" seiner Partei. Denn seine Partei ganz allein mit ihrer Arglist hat eine so unwürdige Behandlung unserer Nationalversammlung erst möglich gemacht. — Reuter (von derselben Partei) verkündigte als Mitglied der Kommission auf eigene Faust, diese habe sich gegen die Steuerverweigerung erklärt. Nun verlangt die äußerste Linke noch heftiger sofortige Berathung. Waldeck bediente sich häßlicher Ausdrücke. „Wir", sagte er, „wir haben so lange nachgegeben. Jetzt ist es an Ihnen, nachzugeben." Wer sind die „Wir" und „Sie" in der Nationalversammlung? Also von solchen Abmachungen, von solchen gegenseitigen Konzessionen soll das Geschick unsres Landes abhängen? Unglückseliges Volk! auf der einen Seite der Absolutismus, dem diese Minister zusteuern, auf der andern die Herrschaft eines Waldeck und Genossen! Dazwischen stehen die theuren Männer des Rechts und der Freiheit, bedrängt und hattlos. Unruh mahnte mit sanften Worten an persönliche Abrede mit Waldeck, d. h. daß seine Partei den Saal verlasse, sobald vorerst die Steuerverweigerung beliebt werde. Waldeck antwortete, er verzichte für jetzt, hoffe jedoch, daß morgen die Majorität entscheide (daß Niemand austrete). — „Uns und dem Lande nachgeben", sagte Waldeck. Nach immer, und jetzt, wie es scheint, noch verblendeter, verwechselt die Partei der äußersten Linken sich und das Volk der Preußen. Wollte Gott, das Land spräche vernehmlich. Ich bin fest überzeugt, die große Mehrzahl entschiede sich mit Begeisterung für Unruh und seine politischen Freunde, denen jetzt im Namen der Krone das tyrannische Ministerium und im Namen des Volks die tyrannische Fraktion Waldeck gleich feindlich dräuen. — Wenn unsere Freiheit siegt, wer rettet uns vor der Partei der „Aufregung", vor der Tyrannei der Waldeck und Genossen? — Waldeck oder Wrangel! trostloses Dilemma!

PC **Berlin**, 14. Nov. Man erfährt jetzt, daß der Regierung schon seit einiger Zeit alle Fäden einer ausgedehnten Schilderhebung zu Gunsten der Republik, welche am heutigen Tage in Berlin ausbrechen sollte, offen gelegen haben und darf hierin hauptsächlich die raschen und energischen Schritte ihre Erklärung finden. Möchten doch auch den Provinzen die Augen darüber aufgehen, daß die ganze Bewegung, welche das Land jetzt in Aufruhr versetzt, nichts anderes ankündigt, als den Kampf der constitutionellen Monarchie mit der Republik. Die Centralgewalt scheint die Wichtigkeit des Momentes in gleicher Weise aufgefaßt zu haben, wie ein Auszug des Schreibens des Reichsministers v. Schmerling an Camphausen beweist.

Auszug aus dem Schreiben des Reichsministers v. Schmerling an den königl. Bevollmächtigten Camphausen:

„Daß der Aufstand in Berlin ein solcher ist, wie er die sorgliche Aufmerksamkeit der Centralgewalt nicht blos auf sich ziehen kann, sondern auf sich ziehen muß, wenn anders diese nicht den Einfluß Berlins auf das übrige Deutschland und seine Pflichten außer Acht lassen wollte, wird leider von Niemanden in Abrede gestellt. — Alle die, welche auf einen völligen Umsturz aller Verhältnisse in Deutschland hinarbeiten, richten, nachdem in Frankfurt a. M. ihre Pläne gescheitert und sie aus Wien bereits die Flucht ergriffen, ihre Hoffnungen und Bestrebungen nur lediglich auf Berlin. Hier glauben sie den besten Boden für ihre Arbeit zu finden, hier versammeln sich die Mitglieder der äußersten Linken aus den verschiedenen deutschen Landesversammlungen, hier stellt sich der Kongreß aller demokrat. Vereine unter den Schutz des Volks und glaubt öffentlich erzählen zu dürfen, an welchem Tage er bereit war, das Zeichen zum gewaltsamen Aufruf zu geben. „Wendet alle eure Hoffnungen nach Berlin," schreibt Arnold Ruge in einem offenen Briefe vom 14. Okt. an seine Wähler; „Ihr wißt," fährt er fort, „daß ihr hier eine Stimme habt, die in's Gewicht fällt!" In Berlin ist's, wo ganze Compagnien der Bürgerwehr in öffentlichen Anschlägen das Lob des Königs zurückweisen, wo man die bekränzten Särge der Aufrührer öffentlich als die „Opfer der Reaktion" gleich glorreichen Märtyrern zur Schau ausstellt, wo die gesetzlich bewaffnete Bevölkerung der Stadt dem Trauerzuge dieser Empörer in größerer Anzahl folgt, als den Särgen der in Vertheidigung des Gesetzes gefallenen Bürger; wo endlich, auch in den letzten Tagen wieder, die Abgeordneten beim Austritt aus ihrem Berathungssaale am hellen Tage und auf offener Straße mit Vorzeigung von Todeswerkzeugen bedroht und sogar zeitweise durch Vernagelung der Thüren gefangen gehalten worden. — Wo ein solcher Zustand, während dessen zugleich eine verführerische und gefährliche Einwirkung auf das Militär aus allen Kräften fortbetrieben wird, andauert, da wird wohl eine fürsorgliche Maßregel der Centralgewalt von Deutschland das Bereithalten eines Vollmachtsträgers für möglich rasch eintretenden dringenden Fall, nicht erst ausführliche Rechtfertigung verlangen, und bedürfte das Reichsministerium für seine Ansicht der Frage in Berlin einer Bestätigung, so fände sie dieselbe in den wiederholt ausgesprochenen bangen Befürchtungen patriotischer preußischer Bürger und Staatsmänner.

Frankfurt a. M. 8. Nov. 1848. (gez.) Schmerling.

Berlin, 14. Nov. Heut morgen haben die ausgeschiedenen Deputirten eine gemeinschaftliche Proclamation an das preußische Volk und die Absendung zweier Deputirten nach Frankfurt beschlossen. — Die Staatsministerial-Commission zur Begutachtung der Demarcationslinie im Großherzogthum Posen (bestehend aus Geh. Ober-Finanz-Rath Costenoble, Geh. Rath Macklean, Staatsanwalt Friedberg, Abgeordneter Geh. Rath Seidel, Abgeordneter Major von Vaigts-Rietz und Abgeordneter von Meusebach) hielt heute Morgen in Gegenwart des Reichscommissarius General Schäfer Sitzung und verständigte sich über eine Linie, welche nur in wenigen durch strategische Rücksichten gebotenen Punkten von der Pfuel'schen Demarcationslinie abweicht. General Schäfer reist morgen nach Posen zur definitiven Regulirung an Ort und Stelle. Major von Vaigts begleitet ihn als Commissarius des preußischen Staatsministeriums.

LC **Berlin**, 14. Nov. Mittags. Die endliche Lösung der sich immer eigenthümlicher gestaltenden Verwirrung unserer Zustände wird heute ziemlich allgemein erwartet. Man glaubt zu dieser

Digitized by Google

Erwartung hauptsächlich durch die Erklärung des Generals von Wrangel berechtigt: daß Jeder, der verrätherische Einwirkungen auf das Militär versuchen werde, vor ein Kriegsgericht gestellt werden solle; ferner durch die Erklärung des Commandanten von Thürmer, daß den Patrouillen der Gebrauch der Schußwaffe gegen die Attroupements zur Pflicht gemacht sei. Ein großer Theil unserer Bevölkerung glaubt indeß nicht mehr an die Energie der Militärgewalt. Wir wissen, daß die Militärdisciplin gelackert ist; wir haben es gestern mehrfach erlebt, daß Soldaten zum Einschreiten gegen eine Volksgruppe aufgefordert, Gewehr bei Fuß nahmen und nicht selten lachend stehen blieben*). Gestern Abend hatten sich Hunderte trotz der Wrangel'schen Belagerungsplakate vor dem Schlosse unter den Fenstern des Oberd.-fehlshabers der Marken gesammelt. Ein Offizier mit einem Schützenpiket rückte an. Das Volk stand. Er kommandirte zum Laden, und die Soldaten standen. Es blieb dem rathlosen Manne nichts übrig, als mit seinen Leuten in das Schloß zurückzukehren, wohin ihnen ein jubelnder Hurrahruf der Menge folgte. Nichts desto weniger halten wir eine blutige Lösung für möglich. Bis Nachmittags 5 Uhr sollen die Waffen abgeliefert werden. Niemand denkt daran diese Nachfrist zu benutzen. Ein Theil läßt es darauf ankommen, daß man die Gewehre einzeln aus den Häusern hole, ein anderer Theil wird sich auch der Abholung widersetzen. Dieß wird, wenn die Gewalt bis zum Aeußersten kommt, endlich den passiven Widerstand in einen aktiven verwandeln. Unter den zahllosen Deputationen, die hier angelangt sind, zieht eine Bauerndeputation aus der sogenanten Böhrde, einem reichen Bruchlande im Magdeburgischen, vorzüglich die Aufmerksamkeit auf sich. Die Leute sind hier, nicht nur, um den Ministern zu erklären, daß während der Dauer des gegenwärtigen Regiments ihre Bauernschaft keine Steuern mehr zahlen werde, sondern auch, um ihre unter den hiesigen Truppen stehenden Söhne zurück zu fordern. Viele Leute wissen von der rührend naiven Ansprache dieser Väter an ihre Söhne zu erzählen. — Eine aus 21 Mitgliedern bestehende Deputation der Stettiner Bürgerschaft hat sich heute nach Potsdam begeben. Sie haben bei ihrer Abreise erklärt, daß sie jedes Mittel versuchen werden, eine Audienz beim König zu erlangen. Der König, der gestern unter Garbecarps-Bedeckung von Sanssouci sich in das Schloß zu Potsdam begeben hat, ist heute wieder nach Sanssouci zurückgekehrt. Die Potsdamer Bürgerwehr hat Sanssouci schützend umstellt. Die Verhältnisse in Potsdam sind der Art, daß wenigstens an ein Herausziehen der dortigen Truppen gegen Berlin nicht gedacht werden darf. — Es ist viel die Rede von einem Protest des Prinzen von Preußen gegen die Maßnahmen der Regierung. Das Volk beschäftigt sich viel mit einer Unterredung zwischen dem König und dem Prinzen. Die Rathschläge des letztern fallen mit der Bemerkung zurückgewiesen worden sein: „Ich weiß, was ich thue, und was ich von Ihnen zu denken habe. Nach gibt es keine Prätendenten in Preußen." (?)

Man sagt, daß eine energische Durchführung des Belagerungszustandes gestern um deßwillen nicht erfolgt sei, weil man am Namenstage der Königin das Blutvergießen habe vermeiden wollen. Noch wird der Schein der Legalität gegen die National-Versammlung beizubehalten gesucht, wenn man von den Verletzungen des Hausrechts u. s. w. absieht. Man sucht Verhaftsbefehle bei den Gerichten nach, die natürlich die Ertheilung derselben entschieden ablehnen. Diese Maßregel ist gegen den Präsidenten v. Unruh und noch 16 andere Mitglieder der constituirenden Versammlung im Werke. Nicht einmal die executive Polizei will die Rechtmäßigkeit der Proceduren des Ministeriums Brandenburg anerkennen. Es ist ein vollständiger Bruch im ganzen Staats-Organismus vorhanden. Auf der einen Seite das Ministerium und der General v. Wrangel mit der Armee, auf der andern das Volk, die Nat.-Vers. und die gesetzlichen Autoritäten. Es steht Gewalt gegen Recht. Für die heutige Sitzung der National-Versammlung war das Stadtverordnetenlokal im Cölnischen Rathhause. Um 11 Uhr, wo die Sitzung beginnen soll, war das Rathhaus, das Privateigenthum der Stadtgemeinde, militärisch von Innen besetzt. Niemanden war der Zutritt gestattet. Welche Wirkung die Suspension von 8 Tageblättern hat, ist noch nicht abzusehen. Die Reform und die Zeitungshalle werden freilich der Gewalt weichen müssen, da sie zwar gedruckt werden könnten, aber eine [illegible] Beschlagnahme zu fürchten haben. Die kleineren Blätter wissen sich bis zur Ausgabe dem Hrn. v. Wrangel zu entziehen und werden nichts desto weniger erscheinen. Hr. v. Wrangel scheint dazu berufen, den Rest von Ansehen, welchen die mehrmonatlichen Konflikte zwischen dem Volk und der Staatsgewalt der letzteren übrig gelassen haben, vollends zu vernichten. Er verbietet, nicht mehr als zu 10, resp. 20 auf den Straßen zusammenzustehen, und zu Hunderten sammelt sich das Volk unter seinen eigenen Fenstern. Er verbietet die Klubs, und ein großes Plakat des Assessors Wache erläßt an ihn die Einladung, den Berathungen des Bürgerwehr-Klubs beizuwohnen. Er führt die Polizei-Censur ein, kein Mensch kehrt sich daran, und wer sich bei der Polizei über die neue Organisation der Censur unterrichten will, erhält den Bescheid: der Polizei-Präsident denke gar nicht daran, den Gesetzen entgegen Censur üben zu wollen. Hr. v. Wrangel hat den Belagerungszustand zu einer Farce gemacht, von deren Lächerlichkeit man außerhalb Berlins keine Ahnung haben kann. Wie tragisch sich auch der Ausgang dieser Passe nach gestalten möge, Hr. v. Wrangel hat durch sein bisheriges Gebahren sich selbst den Stempel der Lächerlichkeit aufgedrückt, den auch Ströme vergossenen Bluts nicht mehr abwaschen werden. — Es wird versichert, der Gesandte der Vereinigten Staaten Amerika's habe nach dem Einrücken der Truppen unter dem Befehl des Hrn. v. Wrangel seiner Regierung berichtet: er sei bisher stolz darauf gewesen, der Repräsentant des freisten und intelligentesten Volkes zu sein, allein die Haltung der berliner Bevölkerung gegenüber einer gesetzlosen Willkürmacht habe ihn zur Bewunderung hingerissen.

C.C. **Berlin.** Gestern Abend wurde der Abgeordnete Referendar Schwamm verhaftet, als er eben eine von ihm im Namen des demokratischen Clubs verfaßte Proklamation an das Militär vertheilen wollte. Ebenso sollte der Kammergerichts Assessor Wache wegen einer Bekanntmachung, welche die einzelnen §§. der Verordnung über den Belagerungszustand persiflirte, verhaftet werden, er ist aber bis diesen Augenblick nicht zu erreichen gewesen. Von den gestern in Bernau angehaltenen Stettinern sind 12 nach Berlin gelassen und haben sich nach einer Unterredung mit Wrangel sofort nach Potsdam begeben, um eine Audienz beim Könige zu erhalten. Hier haben sie dem Hofmarschalle erklärt, nicht eher vom Platze weichen zu wollen, bis sie eine Audienz erhalten hätten. Aus allen bedeutenden Städten langen Adressen an an die N.-V., welche ihrem Verhalten Beistimmung geben; bis jetzt sind es einige 90 Städte, welche durch ihre Behörden diese Zustimmung ausgesprochen, unter ihnen Potsdam, Brandenburg, Halberstadt, Magdeburg, Köln, Frankfurt, Stettin, Breslau ꝛc. Mehrere der einberufenen Stellvertreter sind bereits eingetroffen und haben ihre Plätze eingenommen. Auch Haraszawitz hat heute seinen Sitz für den Teltower Kreis eingenommen. Dagegen wird Grabow vorläufig aus der Versammlung wegbleiben; er hatte aersprochen Theil zu nehmen an den Sitzungen, wenn die Versammlung nicht aggressiv würde; da sie nun aber gegen das Ministerium gestern wirklich vorgeschritten ist, so darf auf seine Rückkehr nicht gerechnet werden. Der Reichskommissär Bassermann wird morgen über Magdeburg nach dem Sitze der Centralgewalt zurückkehren. Am meisten wird hier das durch denselben in Aussicht gestellte Einrücken hannaver'scher Truppen besprochen. Die Nationaloersammlung hat heute Sitzung im Cölnischen Rathhause gehalten. Zuerst war das Gebäude militärisch umstellt. Als aber die Stadtverordneten ihre Sitzung daselbst halten wollten, zog das Militär ab. Nach Beendigung der Stadt-Verordneten-Sitzung rückte die Nationalaersammlung ein; machte aber sogleich dem Stadt-Commandant von Thümen Anzeige davon. In der Sitzung, die ungestört vor sich ging, wurde nur beschlossen, sobald die Versammlung auch hier wieder vertrieben werden sollte, sich zu vertagen, bis die gesetzliche Ordnung in Berlin wieder eingekehrt sei; aber am Platze zu bleiben und die Ereignisse abzuwarten. Kurz nach Schluß der Sitzung aber, als der Präsident von Unruh mit noch einigen 30 Mitgliedern nach im Locale anwesend waren, erschien wieder Militair, und Herr von Unruh mit seinen Freunden mußte den Sitzungssaal verlassen. Am Ausgange wurden die Abgeordneten von einer jubelnden Volksmasse mit Hochrufen empfangen. Das Militär forderte das Volk vergeblich zum Auseinandergehen auf, und zog sich, ohne weiter gegen das Volk einzuschreiten, nach dem Schlosse zurück. Gleich darauf gegen 4 Uhr wurde das Martial-Gesetz proclamirt.

A **München**, 12. Nov. Von Tag zu Tag wartet man auf die officielle Kundgebung jener Minister-Veränderungen, über welche ich ihnen schon unterm 27. v. M. berichtete, und täglich

*) Dieser Nachricht ist es [illegible] widersprochen.

Digitized by Google

sieht man sich in den Erwartungen getäuscht. Kein Wunder also, wenn man anfängt zu fürchten, es handle sich am Ende um die Beseitigung der bisherigen Minister, welche, allenfalls mit Ausnahme Thon-Dittmer's und Beisler's, immerhin bei der großen Mehrzahl des Volks einer sehr bedeutenden Popularität genießen. Kein Wunder ferner, wenn man sich nach den Einflüssen umsieht, welche sich geltend gemacht, und auch hier wieder, wie so oft schon, hemmend eingewirkt haben mögen. Nennen wir dieselben immerhin bei ihrem wahren Namen, denn die Zeit für diplomatische Ausdrücke und fein-zierliche Sprach-Wendungen ist vorbei: es ist die Camarilla, der es auch bei uns gelungen ist, sich zwischen den König und die Minister zu stellen, — zwar bis jetzt noch keine Camarilla von jenem unheilschwangeren Einflusse, wie die an den Höfen von Wien und Berlin, aber immerhin mächtig genug, um eine Scheide-Wand zwischen dem Fürsten und seinem Volke zu bilden.

Als die beiden Haupt-Personen dieser Camarilla möchten wir den Grafen Armansperg und den Bibliothekar des Königs, Hofrath Doenniges bezeichnen. Die Antezedentien des Letzteren sind nicht sehr genau bekannt: vor etwa vier Jahren kam er aus Preußen, wo er gerade nicht in allzugroßer Achtung gestanden haben mag, hierher, und scheint seit dieser Zeit einen innern bedeutenderen Einfluß gewonnen zu haben, den er durchaus nicht immer auf die vortheilhafteste Weise benutzt haben mag. So soll zum Beispiele die im verflossenen Sommer erschienene Denkschrift über die Bildung einer Central-Gewalt und die Verhältnisse Baierns zu derselben, eben diesen Hofrath Doenniges zum Verfasser haben, während sie fälschlich dem baierischen Ministerium zugeschrieben wurde, und zu so zahlreichen Vorwürfen über dessen Particularismus Anlaß gab. — Um so genauer sind im Vergleiche zu den Antecedentien des Herrn Doenniges die des Grafen Armansperg bekannt, und seine Thätigkeit als baierischer Minister, sowie als Präsident der griechischen Regentschaft allgemein im übelsten Andenken. Wurden doch gegen ihn in Bezug auf seine Amtsführung in Griechenland die schwersten Anschuldigungen laut, ohne daß je auch nur die geringste Widerlegung derselben versucht worden wäre. Diese beiden Männer nun scheinen ihren Einfluß dahin zu benützen, den König zu überreden, er möge sich nicht zu nachgiebig zeigen, da mit der gehörigen Festigkeit von dem früheren Systeme noch Manches gerettet werden könne; und diese mögen es ganz bequem finden, in ihrer unverantwortlichen Stellung zwischen dem Fürsten und dessen verantwortlichen Rathgebern, manche von den Letzteren beabsichtigte gute Maßregel zu hintertreiben, oder doch wenigstens zu verzögern. Die gegenwärtige Minister-Crisis mog aber auch Beiden als passende Gelegenheit erschienen sein, in das Ministerium einzutreten, und man erzählt sich, daß Armansperg die Finanzen und Dönniges den Handel übernehmen wolle. Hoffentlich wird dieser Plan durch den entschiedenen Widerstand Lerchenfeld's und Heintz's zu Nichte werden, die man wegen ihrer unleugbar großen Popularität und ihrer ausgezeichneten Fähigkeiten nicht aus dem Ministerium treten lassen möchte, die sich aber wahrscheinlich energisch dagegen verwahren werden, solche Collegen zu erhalten, und mit diesen vor den nächsten Kammern zu erscheinen. Anderseits aber wird man sich doch wohl bedenken, einem Armansperg oder Dönniges die Bildung eines neuen Ministeriums zu übertragen, da eine solche Combination wohl kaum mehr Vertrauen genießen könnte, als jetzt das Ministerium Brandenburg in Preußen. — Hoffentlich wird also an diesen Klippen für dieß Mal der Plan der Camarilla scheitern, und es werden wohl doch noch die Minister-Veränderungen in jener Weise zu Stande kommen, wie ich Ihnen kürzlich berichtete. Allein man wird es wohl begreiflich finden, wenn Jederman wünscht, daß der Einfluß einer Portei aufhören möge, der wohl Alles eher am Herzen liegt, als das Beste des Landes, und welche eine wahrhaft constitutionelle Regierung zur Unmöglichkeit macht. —

In **Leipzig** wurde am 14. Nov. in Folge der Nachricht von Blums Tode eine sehr feierliche Volksversammlung in der Thomaskirche gehalten. Sie wurde mit dem Liede: „Eine feste Burg ist unser Gott" eröffnet. Blums Bild war an der Kanzel angebracht. Die Anträge zeugten mehr von Entrüstung als von Besonnenheit. Was schon in der Versammlung aufgetaucht war, wurde nach Schluß derselben trotz der Ermahnungen der Redner zur Ruhe ausgeführt: das österreichische Konsulatwappen abgerissen und zertrümmert, einige Kozenmusiken gebracht und Fenster zertrümmert. Nach 9 Uhr sammelte sich auf Generalmarsch die Kommunalgarde in großer Anzahl, worauf kein weiterer Exzeß vorfiel. (Wir entnehmen Vorstehendes der D. Allgem. Z., da wir von unsern ordentlichen Berichterstattern in Leipzig noch keinen Bericht erhalten haben).

Großbritannien.

London, 11. Nov. Man ist alljährlich gewohnt, daß das politische Leben Englands während der Monate, wo das Parlament nicht beisammen ist, Ferien macht und sich in sich selbst sammelnd für eine Weile stillsteht. Dieser alle Jahre wiederkehrende regelmäßige Pulsschlag beweist, bis zu welcher Vollkommenheit sich der politische Organismus Englands entwickelt hat. Krone, Räthe der Krone, Volksvertreter und Volk kennen genau die Grenzen, innerhalb der sie sich zu halten haben, und so wird, da keine der bestehenden Gewalten auf Kosten der andern ihre Befugnisse überschreitet, oder mißbraucht, jeder gefährliche Konflikt, jede den Organismus selbst bedrohende Störung vermieden. Es ist auch in England ein Heraustreten aus dem Gleise der Verfassung, ein Konflikt der Gewalten, eine neue Revolution möglich und denkbar, insofern je eine der Gewalten ihre Befugnisse überschreiten und die unteren Schichten, ihres bisherigen Sinnes für Gesetz und Ordnung vergessend, gegen die allerdings bereits vielfach angefeindete Aristokratie, welche das Ruder in Händen hält, Front machen sollte, aber auch in diesem Fall ist von dem praktischen, auf Instandhaltung und Belebung des Handelsverkehrs und des Gewerbfleißes vorzugsweise gerichteten Sinne der Britten zu erwarten, daß die ausgetretenen Fluthen bald in das bereits vorhandene, mit wohlkonstruirten Wehren und Schleußen versehene breite Bett der Verfassung wieder einbiegen würden, wenn schon das Bett selbst hier und da verändert, und um es dem vermehrten Volksbedürfnisse anzupassen, in neuen Ausbiegungen und Erweiterungen fortgeleitet werden sollte. Diese Zeit scheint jedoch bei der rühmlichen Mäßigung der Whigs, und insofern nicht außergewöhnliche, aus den allgemeinen Weltverhältnissen herrührende und die Kräfte und Talente der Whigs übersteigende Katastrophen und Krisen eintreten sollten, für den Augenblick noch nicht gekommen; im Gegentheil scheinen sich alle Klassen der Bevölkrung des vereinigten Königreichs Wort und Hand darauf gegeben zu haben, in der Heimath um so mehr auf Ruhe zu halten, je mehr es auf dem Kontinente gährt und stürmt.

Inzwischen hat die englische Presse Gelegenheit genug, die Festlandswirren dem englischen Volke als warnendes Beispiel vorzuhalten und für Krone und Volk Moralpredigten und Abschreckungstheorien daran zu knüpfen. Die letzten Sermone der englischen Presse gelten namentlich den Wiener Ereignissen. „Daily News", eine in ihrer Art treffliche Zeitung, welche in der Politik das Nationalitätsprinzip mit großer Schärfe und Entschiedenheit vertritt, stellt sich dierbei in einem bemerkenswerthen Artikel, auf den wir noch zurückkommen, ganz auf Seite des Wiener Volkes und auf rein deutschen Boden, gegenüber den Ansprüchen des Hofes und des Czechen- und Slowakenthums, während das „Morning Chronicle" und die Zeitungen von rein torystischer Färbung, wie die „Post", über den Sieg der (Martias-) Ordnung über die Unordnung in Wien lauten Jubel aufschlogen. Doch dies versteht sich von selbst. Eigentlich persid ist nur die „Times", welche sich als Verfechterin konstitutioneller Freiheiten gebahrt, dabei aber jeder noch so brutalen Gewaltthat türkischer Rechtspflege, welche darauf zweckt, allen konstitutionellen Freiheiten den Garous zu machen, ihre Zustimmung ertheilt. Ob diese Zeitung keck genug sein wird, auch die Erschießung Blum's zu den nützlichen und unumgänglich nothwendigen Maßregeln altösterreichischrr Gerechtigkeitspflege zu zählen, werden wir in Kürze erfahren. Man braucht sich keinen sentimentalen Rührungsphrasen, die man ohnehin in der höheren Politik nicht gelten lassen will, hinzugeben, da Blum, der selbstgeständige Verehrer der terroristischen Aufräumungstheorie, wohl nicht der Mann dazu war, im Falle des Sieges seiner Partei aus bloßer Weichlichkeit und Gemüthlichkeit vor außerordentlichen Maßregeln zuenückzuschrecken, abrr diese Erschießung war, politisch genommen, höchst unklug, und die englische Presse wird begreifen, daß Blum als todter Mann ein bei weitem gefährlicherer Gegner der Monarchie sein wird, wie er als Redner in der Aula oder als Anführer eines Elitenkorps gewesen. Zwar dürfte die englische Presse den Vorwurf, daß man österreichischer Seits in dieser Angelegenheit sich nicht an die Frankfurter Ver-

Digitized by Google

sammlung um Erlaubniß gewendet habe, weniger geltend machen, als dies in der deutschen Presse geschehen, da ja auch der Gerichtshof zu Clonmel sich nicht erst an das Parlament um Erlaubniß wendete, das Parlamentsglied Smith O'Brien zum Tode verurtheilen zu dürfen; aber O'Brien, der wie Rob. Blum die Waffen gegen die bestehende Ordnung erhob, wurde nicht vor ein Kriegsgericht, sondern vor die bürgerlichen Assisen gestellt, und die kluge englische Regierung wird sich hüten, das von diesem bürgerlichen Gerichtshofe gefällte Todesurtheil an Smith O'Brien vollziehen zu lassen und ihn zum Märtyrer der irischen Freiheit zu machen. Solche Füsilladen und Strangulirungen haben nie und nimmer gut gethan.

Die Nachrichten aus Irland lauten so kläglich, daß sie sogar an der heutigen Börse dem begonnenen Steigen der Staatspapiere hinderlich waren; die Noth ist hier immer noch im Wachsen, Mordversuche gegen Exekutoren, Fälle gewaltthätigen Widerstands gegen Steuereintreibungen finden häufig Statt, auch mitunter nächtliche Zusammenrottungen, zu dem Zwecke, die Befreiung Smith O'Brien's zu bewerkstelligen.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Nov. Unsere Zeit ist zu ernst und die Zukunft zu unsicher, als daß Feste, sie mögen nun einer neuen Verfassung oder einer sonstigen Veranlassung wegen begangen werden, großen Enthusiasmus hervorrufen könnten. So verhielt es sich allerdings auch mit dem gestrigen, ohne daß jedoch daraus die Parteischilderungen der Blätter gerechtfertigt wären, welche unseren gegenwärtigen Zuständen obhold sind. Es fehlte durchaus nicht an Theilnahme, obgleich die künftige Präsidentenwahl alle Gemüther weit mehr als das Fest beschäftigte. Von der Bürgerwehr hatten sich etwa 50,000 Mann eingefunden, das Militär betrug 60,000 Mann. Man hörte häufig den Ruf: „es lebe die Republik, die Konstitution und Cavaignac!" Aus der ersten Legion riefen mehrere Stimmen: „es lebe Napoleon!" wieder Andere schrieen: „nieder mit den Prätendenten!" Die Abgeordneten der äußersten Linken fehlten so ziemlich alle bei dem Zuge, eben so sämmtliche Napoleoniden. Um 3 Uhr Nachmittags war die Feier vollendet, ohne daß irgend eine Störung vorgefallen wäre. Die sozialistische Republik wurde nur von wenigen Stimmen aus der 5. Legion mit Vivats beehrt. In der gestrigen Nacht ließ sich das Geschrei hören: „nieder mit der Republik!" Eine Masse rannte nach dem Eintrachtsplatze und den Tuilerien, wahrscheinlich in der Absicht, die Insignien des Festes zu zerstören, oder sobald sie des in der Nähe kasernirten 24. Infanterie-Reg. ansichtig ward, nahm sie Reißaus. — Im Augenblick der Verkündigung der Verfassung begaben sich die Mitglieder der Amnestie-Kommission in die verschiedenen Gefängnisse und kündigten 149 der minder kompromittirten Juni-Insurgenten ihre Befreiung an. 20,000 Franken wurden unter hiesige Arme vertheilt; 20,000 Fronken wurden zu demselben Zwecke den Departementen zugewiesen. Abends waren alle öffentlichen Gebäude erleuchtet. Das diplomatische Korps wohnte der Feierlichkeit in corpore bei. Der „Constitutionel" tritt heute offen für die Kandidatur Ludwig Napoleons auf. Da Hr. Thiers nun einmal nicht gewählt sein wolle, sagt er, so empfehle er den Prinzen. Letzterer war während der gestrigen Feier auf dem Lande, um, wie sich das Blatt „La Liberté" ausdrückt, keiner Ruhestörung, die in seinem Namen veranlaßt werden möchte, einen Vorwand zu geben. Schon werden seine künftigen Minister genannt. Man bemerkt darunter die Namen Odilon Barrot, Marschall Bugeaud, Molé, Bixio, Emilie v. Girardin. Aus der wenig besuchten heutigen Sitzung der National-Versammlung ist nur erwähnenswerth, daß der Vorschlag des Finanzausschusses von der für den höheren Unterricht vorgeschlagenen Summe von 2,855,000 Franken 65,000 Franken zum Nachtheil der medicinischen Fakultäten abzuziehen, mit 343 gegen 237 Stimmen verworfen ward. Es hieß, 1500 Arbeiter, die zu dem Personal der sozialistischen Bankette gehören, würden eine Bittschrift auf allgemeine Amnestie einreichen. Man hatte deßhalb militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen, um allenfallsigen Unordnungen vorzubeugen. Im Konferenzsaale unterhielt sich Ludwig Napoleon lange und angelegentlich mit Herrn O. Barrot. Ein Abgeordneter schlug vor, vom Januar 1849 an die Auflage auf das Salz um ½ herabzusetzen, hingegen — den Postabschlag erst 1850 eintreten zu lassen. — Sämmtliche Abordnungen der Bürgerwehr aus den Departementen machten heute dem General Cavaignac ihre Aufwartung. In der Nationalversammlung konnte nur der kleinste Theil dieser braven Männer Platz finden, um — leere Bänke zu sehen und wenig interessante Verhandlungen zu hören. Herr Napoleon Bonaparte erklärt heute in der Presse, die Note, welche vor Unruhen bei dem gestrigen Feste warnte, und diesem Blatte in seinem Namen übergeben wurde, rühre nicht von ihm her. Der Moniteur enthält diesen Morgen ein Umlaufschreiben des Ministers des Innern an die Präfekten, worin wir folgende Stelle bemerken: „Die Verfassung ist unter den Schutz Gottes gestellt. Ihre Promulgation muß ein politisches und religiöses Fest sein. Sie werden sich also mit dem Herrn Bischof und den Geistlichen der anderen Glaubensbekenntnisse darüber verständigen, daß öffentliche Gebete der Verlesung der Verfassung, durch den Civilbeamten unmittelbar vorangehen oder folgen."

Die „Assemblée Nationale" will wissen, der Präfekt Herr Recurt habe Sonnabend die Maires unserer Stadt zu einer Abendsitzung berufen, da er aber bis 11½ Nachts selbst nicht gekommen sei, so wären dieselben unverrichteter Sache wieder fortgegangen und Mehrere hätten ihren Abschied gegeben. Das Budget unserer Stadt bietet übrigens für das laufende Jahr ein Deficit von 17,701,000 Franken, worunter 10 Millionen für verminderte Einnahme! — Die Abrufung des Präfekten der Aude, Herrn Lamarque, gab in Carcassonne zu einer Demonstration der Ultrademokraten Veranlassung, welche schrieen: Es leben Lamarque und Ledru-Rollin! nieder mit Dufaure! Lamarque dankte von dem Präfekturgebäude herab und versicherte: er und die wahre demokratische Republik würden bald wiederkommen.

Ein Toulouser Blatt meldet, in Tunis seien, wie man höre, zwischen dem Repräsentanten Frankreichs und dem Bey Streitigkeiten so ernstlicher Natur ausgebrochen, daß dadurch das gute Einverständniß zwischen beiden Staaten sehr in Frage gestellt sei. — In Vigan waren Unruhen, wobei, nach dem vorläufigen Berichte des Notional, die Legitimisten thätig waren. Haussuchungen bei einigen Socialisten haben, wie es heißt, die Entdeckung wichtiger Papiere zur Folge gehabt. — Die Wahlen in der 12. Legion der hiesigen Bürgerwehr sind, wie die „Staffette" versichert, zum zweitenmal ausgesetzt worden. — Die „Révolution democratique" erzählt, Sonnabend habe sich eine Deputation zu Baebes begeben um ihm die Candidatur zur Präsidentschaft anzutragen, welche derselbe aber großmüthig abgelehnt habe. — Die Herzogin von Orleans hat, so erzählt die Presse, die 300,000 Francs, die ihr als Wittthum, von der Republik zurückerstattet werden sollen, abgelehnt und erklärt, man möge diese Summe, falls die Regierung sie nicht behalten wolle, an Arme und unbeschäftigte Arbeiter vertheilen. Sie will nichts annehmen als die 50,000 Franken Renten, die sie sich erspart hatte, und welche das einzige Vermögen ihres zweiten Sohnes, des Herzogs von Chartres sind.

> **Paris**, 11. Nov. Unsere Zustände consolidiren sich zwar immer mehr, aber die Neuheit derselben tritt doch noch mannigfach hervor, namentlich in den verschiedenen Zweigen der Administration. Am empfindlichsten hat sich das neuerdings gezeigt, indem nämlich das hiesige schwarze Kabinet der Post noch so sehr dilettantisch verwaltet wird, daß kürzlich im Gedränge der Zeit in die Depesche des Gesandten einer Großmacht der'm Wiederzuschließen ein Brief gerieth, der, so interessant er auch sein mochte, doch weniger an den Minister des Auswärtigen als vielmehr an Hrn. Bastide persönlich gerichtet war, ganz abgesehen davon, daß die Siegel selbst für ein ungeübtes Auge gar zu deutliche Spuren schülerhafter Behandlung trugen. Man kann sich denken, mit welchem Empressement der im Fall stehende Ambassadeur bei der Rücksendung des so verschlagenen Schreibens die Gelegenheit ergriff, dem Herrn Minister die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern!

Spanien.

Der Bayonner Korrespondent des „Morning Chronicle" berichtet: „Die progressistische Insurrection in Arragon ist vollständig gescheitert. General Iriarte, Befehlshaber der Expedition, weigerte sich, daran Theil zu nehmen, als er von der von Abad zu Sietano (in der Nähe von Huesca) erlittenen Schlappe vernahm. Die Offiziere, welche bereits nach der Grenze gegangen waren, um sich der Expedition anzuschließen, kehren allmählig bereits hierher zurück. Salamanca wird morgen hier erwartet. Er muß von diesem schlechten Erfolge empfindlich genug betroffen sein,

denn abgesehen von dem Lächerlichen eines so vollständigen Fiasco hat er auch für diese Unternehmung viel Geld ausgegeben, und wenn Alles, was man sagt, wahr sein sollte, hat er nicht mehr viel zu verlieren."

Schweiz.

✕ **Zürich.** Fr. Rohmees Reklamation ist nicht ganz ungegründet. Nicht er ist von Frödel die Treppe hinunter gewiesen worden, sondern Namens seiner nur ein gewisser Widmann, dessen sich Rohmer zum Austrinken seiner Bierneigen und zu seinen Banquiersgeschäften bediente, wenn sie, in Folge häufigeeer Wiederholungen an demselben Individuum, schwieriger und gefahrvoller zu werden begannen. Diese vielgeprüfte Freundschaft löste sich auf, als der Schüler, seinen Meister überholend, durch das Vertrauen des Eichhorn'schen Ministeriums an die preußische Staatszeitungskrippe gezogen wuede. Jetzt, da diese Quelle wahrscheinlich versiegt ist, würde es uns nicht wundern, hier zu veenehmen, daß auch jenee Widmann in einem gutmüthigen Winkel Deutschlands, als Schaf im Wolfskleide, die jungen politischen Sprossen abweidet und darum sollte die von ihm im Dienste des Messias erworbene Märtvreekrone dem Publikum nicht verborgen bleiben.

Neueſtes.

Wirn, 12. Nov. Die Wiener Ztg. meldet im amtlichen Theile eine neue Hinrichtung (Eduard Preßlern von Sternau), dagegen ist der zum Tode duech den Strang verurtheilte Julius Frödel, aus Grießheim im Fürstenthum Schwarzbuerg-Rudolstadt gebürtig, von dem Generalfeldmaeschall Fürsten zu Windischgrätz in Berücksichtigung der füe ihn vorgekommenen Mildeeungsumstände mit Nachsicht der Todesstrafe unbedingt begnadigt worden. — Einee gestern hier eingegangenen telegravdischen Drpesche aus Ollmütz zufolge, hat Se. Majestät dee Kaiser den Reichstag in Kremsier bis zum 22. Nov. vertagt.

* **Berlin.** Die Nachrichten, welche uns heute aus der preußischen Hauptstadt zukommen, bringen uns wenig Teöstliches. Zwar haben wir noch von keinem Ausbruche zu berichten; abee dee Zustand wied immer verwirrter und gesetzlose; die Maßregeln der Regierung werden immer strenger; sie werden aber größrentheils nicht ausgeführt; das Volk verhöhnt sie und rüstet sich füe den möglichen Kampf. In der bis jetzt forttagenden Landesversammlung ist die äußerste Linke kaum noch von Maßeegeln zueückzuhalten, welche den Bruch vollends unheilbar machen würden. Inzwischen stellen sich die bürgeelichen Behörden zum Theil auf Seite der Landesversammlung und das Land scheint sich weit überwiegend gegen die Regierung auszusprechen. Bereits haben 90 Städte zustimmende Adressen an die Landesoersammlung erlassen. Unter diesen Umständen würde selbst ein Kampf und Sieg dee Truppen in der Hauptstadt nichts entscheiden. Das ganze Land kann ja nicht in Belageeungszustand erklärt werden. Die ausgetretene Rechte räth für diejenigen Abgeordneten, welche in Brandenburg nicht erscheinen werden, Neuwahlen anzuordnen, und im äußersten Nothfalle — die Octroyirung einer Charte! Nirgends bietet sich ein Ausweg dae. Die Veemittelung des Reiches scheint die einzige Hoffnung zu gewähren. Leidee aber wird vielfältig berichtet, daß gegen die Centralgewalt die größte Eebitterung herrsche. Man beschuldigt sie, mit allen Maßregeln dee preußischen Regierung im Einoerständniß zu sein, sogae Unterstützung durch Reichstruppen versprochen zu haben und wirft insbesondere dem Reichskommissair vor, zu jenen Maßregeln aufgefordert zu haben. Es ist die höchste Zeit, die öffentliche Meinung aufzuklären, um nicht dort als Feind angesehen zu werden, wo man vermitteln will. Die Berichte sind fast alle parteiisch und widersprechend. Nach einigen sind bis jetzt 31 Gewehre von dee Bürgerwehr eingeliefert, nach andern 6000 ꝛc. Wir lassen zunächst die amtlichen Bekanntmachungen folgen.

In der auf Grund des staatsministeriellen Erlasses vom 12. d. M., wodurch dee Belagerungszustand für Berlin ausgesprochen wird, ergangenen Bekanntmachung des Oberbefehlshaders in den Maeken von demselben Datum, werden die Versammlungen auf der Straße von mehe als 20 Personen bei Tage, von mehr als 10 Personen bei Nacht, deutlich untersagt. — Demungeachtet dauern die Straßen-Attroupements fort; den anrückenden Truppen wird für den Augenblick Platz gemacht, um unmittelbar nachher dieselben neckend und höhnend zu umschwärmen. Dies unwürdige Benehmen, an welchem sich eine Masse vergeblich gewarnter Neugieriger betheiligt und welches die hiesigen mehr oder minder anarchischen Zustände seit 8 Monaten erhält, insbesondere aber die zur Herstellung dee Ordnung auftretenden Kräfte recht absichtlich ermüden will, muß endlich zum Wohl der Stadt Berlin sein Ziel finden. Gleichzeitig mit dem Erscheinen dieser letzten Verwarnung ist den Truppen daher der Befehl ertheilt woeden, gegen die sie in dee angegebenen Weise veehöhnenden Volksmassen die Schußwaffe in ihrem ganzen Umfange zu gebrauchen, sobald nach erfolgtem Signal zum Auseinandergehen nicht augenblicklich genügende Folge geleistet wird. Berlin, den 13. Nov. 1848. von Thümen, Generalmajor und Kommandant.

Die durch Bekanntmachung vom gestrigen Tage angeordnete Ablieferung der Waffen seitens der Bürgerwehe ist an vielen Orten eeschwert und theilweis verhindert worden, indem man Vielen, welche dee Aufforderung Folge leisten wollten, die Waffen auf dem Wege gewaltsam und unter Insulten abnahm, oder dieselben doch an der Ausfühaung ihres Vorhabens hinderte. Es soll deßhalb der Termin zue Ablieferung der Waffen bis auf morgen den 14. November Nachmittags 5 Uhr verlängert und zugleich von heute ab durch fortdauernde Militärpatrouillen in den Steaßen dafür gesorgt weeden, daß ähnliche Hindernisse nicht mehr eintreten können u. s. w. Das Polizeipräsidium.

Bekanntmachung. Dee Anschlag, so wie jede andere Art der Veröffentlichung und Verbreitung von Plakaten und Flugschriften wird während des Belagerungszustandes hiermit bei Vermeidung gerichtlichee Bestrafung untersagt. Ausgenommen sind allein obrigkeitliche Bekanntmachungen, Anzeigen von öffentlichen Vergnügungen, Auktionen, Verkäufen, gefundenen oder verlorenen Sachen. Berlin, 13. Nov. 1848. Der Oberbefehlshaber der Truppen in der Maeken. General der Kavallerie von Wrangel.

Ferner fuspendirt Wrangel während der Dauer des Belagerungszustandes nachbenannte Blätter: 1) die Reform, 2) die Zeitungshalle, 3) die Lokomotive, 4) die Repudlik, 5) die Volksblätter, 6) die ewige Lampe, 7) dee Krakehler, 8) Kladeradatsch.

Die Nationalzeitung, welche eine Subskription für die Landesoersammlung eröffnet dat, gibt folgende Erklärung ab: „Das von dem General Weangel am 13. November erlassene Verbot von 8 Berliner Zeitschriften, das sich auf die Nationalzeitung nicht mit erstreckt, schien es uns zu einer Ehrensache zu machen, von dee uns dadurch gleichsam stillschweigend ertheilten Erlaubniß keinen Gebrauch zu machen, um der von uns am Schluß der vorgestrigen Zeitung gegebenen Erklärung treu zu bleiben. Es wird ineeß von so vielen Seiten auf das Forterscheinen der Nationalzeitung gerechnet, daß wie uns Mißdeutungen anderer Art aussetzen würden, wenn wir in unseree Thätigkeit nicht unverändert fortführen. Unsere Lesee erhalten daher heut auch hierbei die Nummer des gestrigen Tages, und können, sofeen nicht die Gewalt uns Einhalt thut, den fernern Nummern nach wie oor entgegensehen.

Die „Deutsche Reform" erklärt: **Berlin**, 14. Nov. Das Polizei-Präsidium hat es abgelehnt, die hiee erscheinenden Blätter zu censiren: damit fällt für den Augenblick der Grund fort, der das Erscheinen der „Deutschen Reform" gestern und heute verhinderte. Unsere Abonnenten haben nunmehr ein Recht darauf, unsee Blatt zu erhalten, und wir die Pflicht, es erscheinen zu lassen; doch müssen wir uns während des Belagerungszustandes füe die hiesigen Ereignisse auf die einfache Mittheilung der Thatsachen beschränken.

Die „Neue Preußische Zeitung" druckt mit großer Schrift folgende Mittheilung (deren Verbürgung ihe überlassen bleiben muß): „Wie klae das Recht und die Pflicht des Gouvernements zu diesen Schritten ist, geht daraus hervoe, daß, wie wie eefaheen haben, dee Frankfurter Abgeordnete, Herr Bassermann, heute hier ist, um die königl. Regierung aufzufordeen, Ordnung zu machen, und zwae durch Vertagung und Verlegung der Versammlung, sowie zugleich durch Auflösung der Bürgerwehr."

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kieſſelbach.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 17. Nov. Deputation aus Leipzig. Amtliches.) Wien (Putsky. Die Bestechungen. Die akademische Legion. Die Deputation der Siebend. Sachsen an Jellačic.) Berlin (Bekanntmachung der Polizeikommission.) Durlach (Prof. Häusser in die Kammer gewählt.)

Schweiz. (Note des sardinischen Gesandten.)

Dänemark. Kopenhagen (Ministerwechsel. Erklärung der Minister.)

Börsenberichte von Paris (Vom 16. November.)

Frankfurter Börsenberichte (Vom 17. November.)

Nachschrift

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 17. November.

Tagesordnung der 117. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl zweier Mitglieder in den Verfassungs-Ausschuß.
2) Fortsetzung der Berathung über Artikel V. und VI. des Verfassungsentwurfs.

In Bezug auf die gestrige Sitzung haben wir den Druckfehler zu verbessern, der dem Abgeordneten Grumbrecht die Stadt Lauenburg zum Herkunftsorte gibt. Es soll heißen: Lüneburg. Desgleichen ist Herrn Eisenstuck nicht zuzumuthen, daß er die Vorschläge des Verfassungs-Ausschusses vertheidigt habe. Er hat sich vielmehr, wie schon aus dem Inhalte seiner Rede hervorgeht, mit aller Dringlichkeit für die Anträge des volkswirthschaftlichen Ausschusses erklärt.

Vorsitzender v. Gagern zeigt an, daß durch eine Deputation der Stadt Leipzig ein Schreiben eingegangen, welches im Wesentlichen das beantrage, was schon gestern in Folge der Hinrichtung des Abgeordneten Rob. Blum von der Versammlung beschlossen warden. Das Schreibrn wird verlesen.

Vogel aus Guben interpellirt das Reichsministerium wegen der Zustände in Berlin. Wesendonck desgleichen wegen versäumter Kundmachung mehrerer Reichsgesetze Seitens der preußischen Regierung.

v. Schmerling besteigt sodann die Tribüne, um eine Reihe älterer und jüngerer Anfragen zu beantworten. Zuerst Nauwerck's Interpellation wegen der deutsch-italienischen Kriegsfrage. Die Verlängerung des Waffenstillstandes in Italien auf fernere 3 Monate sei bekannt, die Friedensfrage eine europäische geworden und noch in der Verhandlung begriffen. Das Reichsministerium kann daher für jetzt nur erklärrn, daß es sich bei dieser Angelegenheit bethriligt habe und eine spätere Vorlage der Aktenstücke werde beweisen, wie eifrig die Centralgewalt das Interesse Deutschlands wahrzunehmen bemüht gewesen.

Die diplomatischen Verwickelungen mit der Schweiz anlangend, so werden die in dieser Richtung getroffenen Maßregeln in den nächsten Tagen schon in's Leben treten. Vorhinein aber dergleichen Schritte gegen einen Gegner — (Widerspruch) gegen einen, wenn auch nur vorübergehenden Gegner — kund zu geben, werde man von dem Ministerium nicht fordern.

Die gewaltsamen und strafweisen Einreihungen in das österr. Heer mißbilligt der Reichsminister wie jede Willkürmaßregel. Allein es sei die Aufgabe zunächst des wieder zusammentretenden österr. Reichstags, dieser Gewalt zu steuern.

Auch mit den Polizeimaßregeln Baierns gegen die politisch kompromittirten österreich. Studenten ist der Reichsminister nicht einverstanden. Allein in Baiern bestehe Preßfreiheit und das Vereinsrecht. Dieser Anstalten möchten sich die Betroffenen bedienen, um die öffentliche Meinung und dadurch die Regierung für die Abänderung jener Anordnungen zu bestimmen.

Wahlumtriebe kann ferner a. Schmerling in dem von Berger mitgetheilten österreichischen Gubernialschreiben nicht erkennen. Oder man müßte denn wünschen, daß nicht Gesinnungstüchtige nach Frankfurt ernannt würden. Verbiete man der Regierung einen Einfluß auf die Wahlen zu äußern, so würden dergleichen Einwirkungen auch einzelnen Vereinen zu verbieten sein.

Wigard behält sich einen Antrag für die Zeit vor, wo die wider die Schweiz beabsichtigten Maßregeln in's Leben getreten sind. Zugleich satt aber auch der Ausschuß für die internationalen Angelegenheiten in dieser Angelegenheit Bericht erstatten.

Berger nimmt einen Anlauf die Antwort des Herrn v. Schmerling zu kritisiren. Nachdem ihm der Versuch dazu abgeschnitten worden, will er seine Interpellation und deren Beantwortung an den österreichischen Ausschuß zue Begutachtung überwiesen seben.

Nauwerck ist ebenfalls durchaus nicht befriedigt durch Schmerling's Antwort. Er verlangt, daß die italienischen Schriftstücke dem Ausschusse für die internationalen Angelegenheiten ausgehändigt werden.

Giskra: die Centralgewalt falle von der Reichsversammlung zum unmittelbaren Einschreiten in Oesterreich, wo thatsächlich kein Reichstag und kein Gesetz mehr gälte, veranlaßt werden. v. Vincke spricht sich gegen die Geschäftsordnung aus, die neuerdings in Folge von Interpellationen und deren Beantwortung gehandhabt werde. Giskra wiederholt darauf seinen Antrag und nachdem die Dringlichkeit desselben anerkannt worden, fordert er, daß die Versammlung ohne Discussion beschließe: daß das Reichsministerium beauftragt werde, dem anarchischen Zustande, der in Oesterreich von oben herab ausgehe, energisch zu begegnen, damit der Schutz der Gesetze und die persönliche Sicherheit gegen die willkürliche Haussuchung, Verhaftung, Einstellung in's Militär ꝛc. zur Wahrheit werde. Biedermann will die Oesterreich schuldgegebene Anarchie nicht ohne weiteres als notorisch angenommen sehen und verlangt daher Verweisung des Antrags an einen Ausschuß. v. Schmerling: Leider ist ein Gesetz in Oesterreich noch nicht aufgehaben, wornach politisch Angeschuldigte ohne weiteres in's Heer eingereiht werden können. Illegal sind also dergleichen Vorgänge allerdings nicht und das Gesetz kann einseitig von der Regierung nicht aufgehoben werden. Wir können mithin nur einen Wunsch dagegen aussprechen, aber kein Verbot. Es sei im höchsten Grade wünschenswerth, daß der gegenwärtige Zustand in Wien aufhöre, allein auf alle einzelnen Fälle einzugehen und sie zum Gegenstande einer Debatte zu machen, sei wohl der Würde der hohen Versammlung nicht angemessen.

Venedey in leidenschaftlicher Aufregung: Meine Herren, man verhöhnt Ihre Maßregeln! Der Fürst Leiningen geht hier umher spazieren, indeß uns gesagt wird, er sei als Reichscommissär nach Oesterreich gesandt. Wären ferner die früheren Reichscommissäre auf ihrem Platze geblieben, so wäre jenes Blut nicht vergassen warden, welches jetzt um Rache schreit. Wenn unsern Beschlüssen vom Ministerium nicht der nöthige Nachdruck gegeben wird, so werden sie zur Phrase (Beifallssturm — Widerspruch und Mahnung zur Mäßigung von Seiten des Präsidenten.) Die Minister sind entweder nicht im Stande ihre Schuldigkeit zu thun, dann sollten sie nicht Minister sein, oder sie sind's im Stande und wollen nicht — dann sind sie schuldig. (Lärmendrs Bravo von der Linken und anhaltender Applaus von den Gallerien, die der Verhandlung mit der gespanntesten Aufmerksamkeit folgen.)

v. Schmerling sucht das Ministerium gegen diese Vorwürfe in Schutz zu nehmen. „Ich beklage und bedaure gewiß in hohem Grade, was einen Abgeordneten aus unserer Mitte in Wien betroffen hat. Dafür aber das Ministerium verantwortlich zu machen, das ist in der That mit den frühern Vorgängen wohl schwerlich zu vereinigen. Das Ministerium hat von der Reise jener Abgeordneten nach Wien keine officielle Kenntniß bekommen und man würde es gewiß lebhaft getadelt haben, wenn es sich erlaubt hätte, irgend eine polizeiliche Aufsicht über einzelne Mitglieder dieses Hauses auszuüben. Sobald aber davon, daß Abgeordnete in Wien verhaftet worden Nachricht nach Frankfurt kam, und das war am 8. dieses Monats, ist denselben Tag von Seiten des Justiz-Ministeriums der Versammlung angekündigt warden, daß es sich mit einem Schreiben nach Oesterreich gewendet und auf das Gesetz vom 10. Okt. hingewiesen habe. Daß dieser Erlaß zu spät anlangte, weil Herr Robert Blum bereits am 9. erschossen worden, ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld der Entfernung. Darüber, daß die frühern Reichskommissäre Welcker und Mosle am 1. Nov. bereits von Ollmütz abgereist und am 5. hier angelangt sind, darüber steht ein Rechtfertigungsbericht van Herrn Welcker bevor und er hat bereits um das Wort dazu gebeten. Setzen wir selbst den Fall voraus, wir hätten an dem Tage, wo die beiden Reichs-Kommissäre hier anlangten, das heißt am 6. neue Reichskommissäre nach Oesterreich gesandt, so möchte ich fragen, ob es nach menschlichen Begriffen möglich gewesen wäre und wenn sie auch mit der äußersten Anstrengung gereist wären, am 9. Nov.

Digitized by Google

in Wien zu sein! Was die Absendung des Reichskommissärs Fürsten Leiningen betrifft, so hat das Reichsministerium gemeint, ihm umfassendere und weitere Instruktionen zu geben, um ihn in die Lage zu setzen, in Oesterreich mit ganzem Gewichte aufzutreten. Ich bedauere nur, daß die Instruktionen der Art waren, daß der Fürst Leiningen nicht in ihnen vorangehen zu können erachtet hat und daher ablehnte und um Rückaahme der Mission bat. Wir werden Ihnen mit Vergnügen diese Instruktioaen vorlegen. Sie werden daraus ersehen, ob von unserer Seite eine Zumuthung geschehen ist, der man nicht hätte Folge leisten können. Aber indem wir den größtrn Werth darauf legen, daß der Reichskommissär für Oesterreich ein Mann sei, welcher vollkommen der Sache gewachsen und mit bestem Willen uno Entschluß ausgerüstet sei, so suchten wir demgemäß eine neue Wahl zu treffen. Sie wird Ihnen in den nächsten Tagen bekannt werden, sobalo wir der Annahme unseres Auftrags versichert sind, da der Gewählte nicht in Frankfurt anwesend ist. Uebrigens blieben wir auch ohne Reichscommissär in foetgesetztem Verkehr mit Oesteereich und wiederholt haben wir oarauf hingewiesen, daß der wahre konstitutionelle Boden nicht oerlassen werde. — Als wir uns vor drei Tagen aufgefordert sandrn, wenige Stunden nach dem Eintreffen der traurigen Nachricht aus Wien zwei Beauftragte nach Oesterreich abzufrnden, gaben wir ihnen oie wichtigsten Instruktionen auf den Weg, die wir gestern erneuert haben, um sie in den Stand zu setzen, zu thun, was noch irgend oorgekehrt werden kann. Schon oben habe ich es ausgesprochen, daß ich das Unglück, welches Herrn Robert Blum betroffen, in hohem Grade beklage. Aber auch auf der andern Seite bedauere ich, daß, was immer in Deutschland sich Trauriges ereignet, dem Reichsministerium die Schulo daoon gegeben wird. Diejenigen, die Herrn Robert Blum aufgefordert haben, nach Wien zu ziehen, die möchten doch vielleicht die nähere Ursache zu dem beklagenswerthen Ausgange seiner Reise sein, als das Reichsministerium, welches ihm diese Mission in der That nicht anoertraut hat."

Vogt von Gießrn: Wean der Minister sagt, daß die Einstecknngen in's Heer in Oesterreich althergebracht seien, so hat er Recht. Allein er begeht ein schweres Unrecht ein so unmenschliches Verfahren auch noch dazu ein legales zu nennen. Ich fordere den Herrn Minister auf, mie zu sagen, warum er sich auf den frühern Gebrauch und nicht auf das neue österreichische Rekrutirungspateat bezieht, in welchem von solchen gewaltsamen Einkleidungen in die Uniform kein Wort zu lesen ist. Die Stimmung Vogt's ist heute eine so oergällte, daß er dem Präsidenten nicht einmal gestatten will, ein thatsächliches Mißoerständniß zu berichtigen und er gießt wider das Ministerium, „das mit der Phrase Deutschland regieren wolle", die volle Schale seines Zorns aus.

Nach dem Schlusse der Debatte erhält der Antragsteller Giskra noch einmal das Wort. Wenigstens sei das Gesetz über die gewaltsamen Einreihungen in's Heer kein öffentlich bekaant gemachtes und schon darum kein gültiges. Nicht blos gegen die Theilnehmer am Wiener Aufstande würden Hausfuchungen und Verhaftungen oerhängt, sondern gegen jeden Mißliebigen und Verdächtigen. Auch Giskra's Philippika widee den modernen Alba, den Fürsten Windischgrätz, schließt unter geräuschvollem Beifall. Darüber, ob der Antrag zur schleunigen Berichterstattung an den österreichischen Ausschuß verwiesen werden soll, entscheidet darnach die Abstimmung ourch Zettel verneinend mit 238 gegen 198 Stimmen. Dagegen wird Giskra's Antrag selbst und sofort zum Versammlungsbeschlusse erhoben.

Wesendonck wiederholt den Antrag wider die „baierische Polizeianarchie." Die Dringlichkeit wiro jedoch verweigert und ein anderer Antrag Zimmermanns von Spandow, auf Kassation derjenigen österr. Beamtrten, die sich eine Wahleinwirkung im Sinne des Gubernialschreibens erlauben, wird dem Ausschußwege zugewiesen.

Kurz oee 12 Uhr erst gelingt es, das Schneer'sche Verlangen auf Tagesordnung durchzusetzen. Der Präsioent oerkündet, daß ein dringlicher Antrag oon Rappard vorhanden sei, welcher Abgeordnete soeben von Berlin komme. Aber auch diesem Antrage wird die Tagesordnung entgegengehalten und Vicepräsident Simson eröffnet oarauf die Berathung über Artikel V. des Verfassungentwuefs.

Merck von Hamburg: Schon vor 600 Jahren ist die Beseitigung dee Flußzölle verfügt worden, wie ein kaiserlicher Erlaß von 1235 darthut, nnd das Verlangen nach der Freiheit der Ströme hat sich seitdem nur immer wiederholt. Vergebens, denn mit Ausnahme der Oder sind alle deutschen Flüsse mit Abgaben noch fortwährend überlastet, am meistrn die Elbe. Gelegentlich berichtigt dee Reoner die unbegründeten Anschuldigungen M. Mohls in Bezug auf die Feindseligkeiten, die er Hamburg gegen Harburg beigemessen. Für die Bevölkerung von Hannover und Mecklenburg bittet er um Gerechtigkeit. Das englische Parlament habe bei der Korrektion und Schiffbarmachung des Shannon selbst Privatansprüche entschädigt. Ebenso strllt er das Maaß der englischen Flußabgaben zum Muster auf, in Frankreich dagegen ist die Klage über die allzuhohen Stromzölle eben so allgemein als in Deutschland. Die Aufhebung der Flußzölle betrachtet ee als eine Nothwendigkeit, die Sorge für die kleineren Ströme aber will er den Einzelnstaaten überlassen. Was Holland anlangt, so hofft dee Redner ouech Concessionen weiter zu kommen, als durch Repressalien und will daher auch die Freigebung des Rheins nicht verzögert sehen. Nachdem Merck noch auf die übereinstimmenden Vorstellungen von 40 Handelskammern hingezeigt, wird dee Schluß der allgemeinen Debatte über Artikel V. angenommen uno Moritz Mohl erhält das Wort für den volkswirthschaftl. Ausschuß. Ihm folgt Waitz als Berichteestatter des Vers.-Ausschusses.

Das Ergebniß der heutigen Abstimmungen theilen wir in dee Nachschrift dieses Blattes mit. Daß er auch für morgen (Sonnabend) eine Sitzung anzusetzen gedenke, hat Hr. v. Gagern schon auf Anlaß des dringenden Antrags drs Hrn. v. Rapparo, in Bezug auf bie preußischen Verwickelungen, eröffnet.

Frankfurt, 16. Nov., Nachmitt. Soeben ist die von der Stadt Leipzig an die deutsche Nationaloeesammlung und die Centralgewalt abgeordnete Deputation hier eingetroffen, um eine Vorstellung wegen der standrechtlichen Hinrichtung des Mitgliedes der Nationalversammlung, Robert Blum, zu übergeben und zu unterstützen. (Fr. O. P. Z.)

Frankfurt, 17. Nov. Die O.-P.-Z. enthält im amtlichrn Theile Folgendes: „Der Reichsoerweser hat am 15. Nov. d. J. die Ereichtung einer proovisorischen Centraldehörde, welcher bis zue definitioen Organisation die Leitung des deutschen Marineweesens zusteben wird, in dee von dem Reichsministerrathe beantragten Weise genehmigt. Die provisorische Centraldehörde füe die deutsche Marine wird aus einer Abtheilung für die Maeineverwaltung im Reichsministerium des Handels und aus einer technischen Marinecommission bestehen.

Jener Abtheilung ist die Gründung der Marine, die eigentliche Verwaltung, das ganze Rechnungsweesen zugewiesen; sie entscheidet nach Anhörung der technischen Commission über den Ankauf von Schiffen, von Schiffbau- und Ausrüstungsmaterialien, über die Abschließung von Verträgen, welche den Bau von Kriegsschiffen betreffen, und über die Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenälen; sie hat die Anstellung von Beamten und Commissarien zu billigen oder abzulehnen, Sendungen und Besichtigungen anzuordnen und die Gehalte, Belohnungen und Kosten, welche hierdurch oerursacht werden, zu bestimmen.

Der technischen Marinecommission kommt es zu, Gutachten über alle technischen Fragen zu erstatten; Anträge an die Abtheilung für die Marineverwaltung in Beziehung auf die Anschaffung von Schiffen und Gegenständen zu deren Bau und Ausrüstung, sowie hinsichtlich vorzunehmender Besichtigungen und Sendungen zu stellen; die zu Geschäften, welche technische Befähigung erfordern, tauglichen Personen vorzuschlagen; die deutschen Häfen zu untersuchen, in wie fern sie zu Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenälen sich eignen; insbesondere endlich einen Plan für die definitive Einrichtung der deutschen Marine und die künftige Gestaltung der Marinebehörden auszuarbeiten.

Der Reichsminister des Handels ist mit der Einrichtung der provisorischen Centralbehörde für bie deutsche Marine beauftragt worden, welche unter seiner Verantwortlichkeit thätig sein wird. Der Vorsitz in der technischen Marinekommission ist dem Prinzen Adalbert von Preußen übertragen. Der Erzheezog-Reichsoeeweser hat in Folge der am 16. d. M. abgehaltenen Revue über die hier befindlichen Reichstruppen folgenden Tagesbefehl erlassen: Soldaten! Mit freudiger Genugthuung habe ich heute in euren Reihen jene kriegerische Haltung, welche Zeugniß gibt von Eurer gediegenen Ausbildung, und einen sehr befriedigenden Zustand Eueer Waffen und Ausrüstung gefunden. Höher aber schlug mein Herz, als ich in Eurem geschlossenen Heerhau-

Digitized by Google

fen die Vertreter so vieler edler deutscher Volksstämme in der innigsten brüderlichen Eintracht zu Einem Ganzen verbunden und so zugleich das Bild deutscher Einheit und deutscher Kraft dem Vaterlande vor Augen geführt sah. Mit Stolz drücke ich Euch meine volle Zufriedenheit aus, fest darauf vertrauend, daß die Bande der Einigkeit, der Disciplin und des Gehorsams sich niemals unter Euch lockern, sondern Euch und hierdurch das deutsche Vaterland, in welchem Ihr zu Stützen der gesetzlichen Ordnung und der gesetzlichen Freiheit nach Innen und der ehrenvollen Unabhängigkeit nach Außen berufen seid, immer inniger zusammenknüpfen werden. Frankfurt a. M. den 16. Nov. 1848. (gez.) Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Kriegs (gez.) v. Peucker.

Wien. Die Angaben über das Schicksal Pulsky's lauten widersprechend; der Karlsruher Ztg. zufolge soll er gefangen, der Augsb. Abdz. zufolge dagegen entkommen sein, und sich bei seinem Freunde Kossuth befinden. Das Schreiben in der „Augsb. Abdz." erzählt ferner, daß Pulsky am 6. Okt. dem Grenadierbataillon Richter für seinen Verrath 4000 fl. K. M. bezahlte, und den Grenadieren, welche die Wache beim ermordeten Gen. Latour hielten, extra 1200 fl. auszahlen ließ. Aus Allem gehe hervor, daß Pulsky außerdem 50,000 fl. an die Wiener Demokraten auszahlte, um den grauenvollen 6. Oktober und den Mord des unglücklichen Latour einzuleiten. Hiermit ziemlich übereinstimmend heißt es in einem von der „Karlsr. Ztg." mitgetheilten Schreiben aus Wien, es habe sich aus Pulsky's Briefen ergeben, daß vom 1. bis 5. Oktober allein 72,000 fl. in Wien von ihm an Arbeiter, akademische Legion, polnische Emissäre, und Literaten vertheilt sind.

Wien. Ueber die Deputation der sächsischen Nation an Jellacic, deren Ankunft wir bereits gemeldet haben, berichtet die „Wiener Zeitung" weiter: „Während der Mahlzeit, welcher die Deputirten beigezogen waren, brachte der Banus einen Toast auf das Wohl der sächsischen Nation aus, worauf der eine Vertreter derselben, Prof. Heinrich Schmidt, sich erhob, und unter anderm sprach: „Bis zu dem gegenwärtigen Jahre hat kein Volk unter Oesterreichs Scepter und haben nur sehr wenige Nationen Europa's eine so freisinnige Verfassung und so viele politische Rechte gehabt als wir, und wir besitzen seit siebenhundert Jahren! Aber wir geizen nach mehr. Wir achten und ehren, wir beneiden die Nation, welche mit den Waffen aufgewachsen und mit ihnen in der Hand jeglichem Verhängnisse zu begegnen bereit ist: denn es gibt Perioden in der Weltgeschichte — und die unsrige ist eine — wo selbst Kaiser und Könige nicht immer helfen können, wo ein muthiges Volk, sich selbst bestimmend, sich und andere retten kann. Auch uns fehlt es nicht an Muth, es fehlt uns aber an Waffen. Einst, noch vor dreihundert Jahren hatten wir sie in der Hand. Bis wir sie wieder erhalten, müssen wir uns begnügen, diejenige Nation zu ehren und zu achten, welche Muth und Macht hat mit Selbstbestimmung ihr und das Schicksal eines großen Ganzen entschieden zu helfen. Es ist nicht nöthig, daß ich weitläuftig auseinandersetze, welche Nation ich meine. Ich nehme mir die Ehre auf das Wohl der kroatischen Nation diesen Becher zu leeren." Hierauf begleitete der zweite Vertreter der sächsischen Nation, Friedrich von Sachsenheim, den auf den Banus ausgebrachten Toast mit den Worten: „Als in der jüngsten Zeit die Völker Ungarns, die Jahrhunderte lang unter dem Druck eines Volksstammes standen, diesem schutzlos hingeopfert und zur Verfügung gestellt wurden, da blickten sie nach einem Manne, der ihrem Bestreben nach Freiheit den Sieg erringe. Sie fanden ihn nicht, bis in Kroatien ein Mann mit Geist und Muth an die Spitze einer edlen Nation gestellt wurde. Und ich wage als Vertreter der sächsischen Nation zu erklären, daß, als vor wenig Monden dieser Mann in Wien, begrüßt von einer glückwünschenden Volksmenge, die Worte sprach: „Wir wollen ein einiges mächtiges Oesterreich" er aus der Seele und dem Herzen der Sachsen gesprochen hatte. Während die Sachsen mit Feuer und Wort für ihre Nationalität, Verfassung und den Verband mit der konstitutionellen Gesammtmonarchie kämpften, sahen sie mit Begeisterung auf den Mann, der ein gleiches Streben durch die That kräftigst beförderte. Wir hoffen und wünschen, daß uns der Ban durch den Sieg seiner Waffen den Segen des Friedens, vereint mit der Freiheit und Gleichberechtigung unserer und jeder anderen Nation bringe. Darum sei dem edeln Ban ein dreimaliges Lebehoch dargebracht!" Die auf diese beiden Ansprachen von dem Banus geäußerte Erwiderung lautete: „Mit Vergnügen sehe ich hier die Repräsentanten einer Nation, welche sich seit Jahrhunderten durch Intelligenz, durch Tapferkeit, durch Vaterlandsliebe und die treueste Anhänglichkeit an unser allerhöchstes Kaiserhaus ausgezeichnet. Ich begrüße Sie als unsere Verbündeten im Streben nach Erhaltung unserer Gesammtmonarchie, im Streben nach Gleichberechtigung aller in ihr vereinten Nationalitäten, im Streben nach einem großen, glücklichen, freien und gemeinsamen österreichischen Vaterlande. Gott erhalte die edle sächsische Nation!"

Berlin. Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern wird nachfolgende Bekanntmachung desselben hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

„„Die auf den Grund des Gesetzes vom 17. Oktober d. J. angeordnete Auflösung der Bürgerwehr in kürzester Zeit, ist außer den in der Allerhöchsten Verordnung vom 11. d. M. enthaltenen, dieselbe veranlassenden Gründen, unter den neuesten Umständen auch deshalb nothwendig, weil bei etwa eintretender bewaffneter und massenhafter Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung, die zum Schutze der Rechte der Krone in der treuesten Absicht herbeieilenden Bürgerwehrmänner in ihrer bürgerlichen Kleidung von den Militär-Kommandos auch beim besten Willen nicht immer von einer aufrührerischen Menge unterschieden und daher im Falle des Waffengebrauchs leicht von einem beklagenswerthen unverschuldeten Unglück mitbetroffen werden könnten.""

Nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, und unter Beobachtung der gesetzlichen Frist-Bestimmungen, wird die Reorganisation der Bürgerwehr mit möglichster Beeilung erfolgen, und Niemand wünscht aufrichtiger als des Königs Majestät und die Staatsbehörden, daß die Maßregeln, welche in Folge der Erklärungen des Commandeurs der Bürgerwehr Namens derselben gegen das Corps im Allgemeinen zur Aufrechthaltung der Rechte der Regierung erlassen werden mußten, auf demjenigen Theile der Bürgerwehr nicht lange lasten mögen, dessen Treue und Eifer die, bereits in der Allerhöchsten Verordnung vom 11. d. M. ausgesprochene, Anerkennung verdient, und von dem mit Sicherheit erwartet werden kann, daß er in seinem bewährten Bürgersinne auch ferner verharren werde.

Berlin, den 13. November 1848.

△ **Durlach,** 16. Nov. Mit großer Freude theile ich Ihnen die Nachricht mit, daß Professor Häufer in Heidelberg, gewesener Mitredakteur der „Deutschen Zeitung," so eben als Abgeordneter des hiesigen Landbezirks an Bleidorn's Stelle gewählt wurde, nachdem Finanzministerialpräsident Hoffmann die Wahl entschieden abgelehnt hatte. Er erhielt von 52 erschienenen Wahlmännern 35 Stimmen; die übrigen fielen meist auf den arretirten Sonnenwirth Thiebauth von Ettlingen.

Schweiz.

Die „Berner Ztg." meldet vom 13. Nov.: Heute Morgen hat der sardinische Gesandte dem Präsidenten des Vorortes eine Note übergeben, worin gegen Einfälle der italienischen Flüchtlinge aus dem Kanton Tessin reklamirt wird. Jenes Blatt knüpft allerlei Reaktionsbesorgnisse an diese Thatsache.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Novbr., Morgens. Wir befinden uns plötzlich, ohne alle bekannte, bestimmte äußere Veranlassung, in einer Ministerkrisis. Sämmtliche Minister haben, so melden ministerielle Blätter, ihre Entlassung eingegeben. Da der Grund dieses Schrittes nicht in der Ständeversammlung zu finden, so muß er natürlich bei Hofe in dem Willen des Königs liegen. Höchst unwahrscheinlich ist aber hierbei die Voraussetzung der blinden Ultra's oder Kriegspartei, welche sich schmeicheln, der König habe seine Minister zu nachgiebig gefunden. Viel wahrscheinlicher ist, daß, wenn, wie behauptet wird, England als Basis der Friedensunterhandlungen das richtige Ultimatum einer Theilung von Schleswig zwischen Holstein und Dänemark gestellt, das Kasino-Ministerium mit seinem Programm fallen mußte. General Oxholm und Graf Reventlow werden als diejenigen genannt, welche das neue Ministerium bilden sollen, womit es stimmt, daß Faedrelandet über eine Kamarilla klagt, die sich zwischen Minister und Volk gedrängt, doch bemerkt Flyveposten, Oxholm sei gestern den ganzen Tag in Kopenhagen gewesen, und Rventlow's Anwesenheit in Frederiksborg erkläre sich dadurch, daß er seine

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Wien (Sächsische Deputation an Jellacic. Auersperg.) Prag (Kundmachung.) Ollmütz (Die Localitäten in Kremsier.) Posen (Aufregung.) München (Auflösung der Kammer.) Dresden (Kammerverhandlungen über Blum.) Karlsruhe (Kamey.) Heidelberg (Der Constitutionalismus und die Wiener Vorgänge.) Vom Oberrhein (Putschgerüchte. Die anarchische Partei.)

Oesterreich. Monarchie. Agram (Erhebung des slavonischen Landsturms.)

Italien. (Neueste Nachrichten.) Lugano (Die italienische Flüchtlinge.)

Schweiz. (Vermehrung der Truppen in Tessin.)

Griechenland. Athen (Die Radik'sche Differenz.)

Nordamerika. New-York (Hecker. Die Seemacht.)

Börsenberichte von Paris (Vom 13. November.)

Deutschland.

Wien. Vertreter der sächsischen Nation in Siebenbürgen sind dieser Tage in Wien angelangt, um dem Banus von Kroatien den Ausdruck der die dortigen Deutschen beseelenden treuen und anhänglichen Gesinnung für das Kaiserhaus und die Erhaltung der Integrität der österreichischen Monarchie zu hinterbringen. — Graf Auersperg will sich aus dem aktiven Dienst zurückziehen, weil man ihm den Vorwurf macht, am 6. Oktober nicht energisch genug eingeschritten zu sein.

Prag, 11. Nov. Die „Konstitutionelle Allgemeine Zeitung von Böhmen" enthält nachstehende officielle Kundmachung: „Nachdem sich heute Gerüchte über das Eindringen der Ungarn nach Mähren und Oesterreich verbreitet hatten, fand ich mich veranlaßt, den Herrn Minister Wessenberg um Auskünfte hierüber zu ersuchen. Ich erhielt von dem Herrn Minister um 9 Uhr Abends folgende telegraphische Depesche: Die Ungarn haben sich jenseits Tyrnau zurückgezogen. General Simonic ist dermaßen verstärkt, daß nichts zu befürchten ist. Vom k. k. böhmischen Landespräsidium. Prag, am 10. Nov. 1848. Mecsery m. p., k. k. Gubernial-Vicepräsident.

Ollmütz. Ueber die Lokalitäten in Kremsier wird von verschiedenen Blättern berichtet: Die Räume für die Reichstags-Sitzungen, die Abtheilungen und Ausschüsse, sowie die Appartements für die Minister werden im erzbischöflichen Palaste eingerichtet. Das Gebäude, das über 200 Zimmer zählt und vom Erzbischof dem Reichstagsordner Jelen bereitwillig zur Disposition gestellt wurde, soll hinlänglich ausgedehnt und vortheilhaft gebaut sein, um dem Reichstag alle nöthige Bequemlichkeit zu bieten. Der große Lehensaal wird zum Reichstagssaal eingerichtet. Die Sitze werden nach denselben Abtheilungen wie im Wiener Reichstagssaal geordnet und amphitheatralisch übereinander gebaut. Die Gallerie wird auf der dem Präsidentenstuhl gegenüberliegenden Seite des Saales errichtet und geeignet sein gegen 300 Personen zu fassen. Aus der Staatsdruckerei sollen 3 Pressen nach Kremsier übertragen werden. Zum Ueberfluß versichert der Oesterr. Corresp., die Stadt Kremsier habe ein gefälliges Aeußere und eine politisch gebildetere Einwohnerschaft, als man sonst in Landstädten findet. Die Geschäfte der Ministerien in Wien sollen während der Anwesenheit der Minister beim Reichstag durch Unterstaatssekretäre verwaltet werden.

† **Posen**, 12. Nov. In Trzemeszno ist ein feierliches Tedeum am Allerheiligentage abgehalten worden, weil es Gott gefallen hat, daß die Linke siege, welche für die Untheilbarkeit und die polnisch-nationale Reorganisation des Großherzogthums gestimmt hat. Zugleich ist eine Adresse in polnischer und deutscher Sprache an diejenigen abgegangen, welche für das Phillips'sche Amendement gewesen waren. — Uebrigens betrachten die Polen die ganze Abgrenzung während des Berliner Conflikts als schwebend. „Wenn der Landtag unterliegt," sagt die Gazeta, „dann wird wahrscheinlich der Reichskommissär aus Frankfurt seine Meßlatten ausspannen. Unsere Sache ist ganz genau die Sache des Berliner Landtages, möchte sie mit jenem aus der drohenden Gefahr glücklich hervorgehen!"

< **Halle**, 12. Nov. Jetzt ist die Revolution auch in unsere, bisher so ruhige Stadt eingekehrt. Adressen auf Adressen gehen nach Berlin, Volksverein, Volksversammlungen, Magistrat, Club, Bürgerverein, Bürgerwehr, die Vereine auf den Dörfern schicken Zustimmungsadressen an die Nationalversammlung und versprechen den Berlinern, „mit Gut und Blut" beizustehen. Ein Sicherheitsausschuß hat sich gebildet, die Bürgerwehr hat sich dem Abmarsch der hiesigen Garnison nach Berlin mit Gewalt widersetzt und sie genöthigt, bis heute Abend zu bleiben, um weitere Befehle von Magdeburg abzuwarten. Das Militär, obschon Polen, geht ungern. Der Deputirte nach Berlin hat sein Mandat niederlegen müssen, weil er wirklich Berlin verlassen hat. Die Stimmung ist eine heitere, gefaßte, man erwartet den Sieg, weil man das Recht auf seiner Seite hat. Es wird sich ein Centralcomite bilden, um die Provinz zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen und in Masse aufzureten. Die Dörfer, meist republikanisch gesinnt, entwickeln große Thätigkeit, reitende Boten sprengen hin und her und organisiren die Masse. Der constitutionelle Club, auf dessen Ansicht man am meisten gibt, hat in Plakaten erklärt: 1) daß das Ministerium Brandenburg das Vertrauen des Volkes nicht habe, 2) daß die Krone das Recht auf Verlegung und Vertagung der Nationalversammlung ohne deren Einwilligung nicht habe, 3) daß das Umzingeln des Schauspielhauses eine Gewaltmaßregel, und die Nationalversammlung wegen ihrer würdevollen, entschiedenen Haltung zu loben und aufzufordern sei, rücksichtslos auf dem Wege des Gesetzes fortzuschreiten. Wird Berlin angegriffen, so breicht der Sturm in der ganzen Provinz los und kann leicht ganz Deutschland in die Revolution hineinreißen. Thüringen steht unter Waffen und erwartet nur das Zeichen zum Losschlagen.

München, Das Regierungsblatt vom 13. Nov. enthält das königl. Dekret, welches die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten auflöst.

Dresden. In der Sitzung der 2. sächsischen Kammer am 13. November brachte der Abgeordnete Tzschirner die Hinrichtung Blums zur Sprache, zumal gerade die von diesem gestellte Interpellation, was die Staatsregierung wegen der in Wien erfolgten Verhaftung Robert Blums gethan habe, auf der Tagsordnung war. Die Tribünen waren von Zuhörern überfüllt. Tzschirner beantragte, daß die Kammer zur Sühnung der geschehenen That die Sache Blums zu der ihrigen mache. Staatsminister v. d. Pforden nahm in sichtlicher Bewegung etwa folgendermaßen das Wort: „Wenn der geehrte Interpellant das Amt, dem er sich unterzogen, ein trauriges genannt, so müsse er dasselbe auch jetzt von sich sagen. Es gäbe im Völkerleben tragische Momente, vor welchen jede Stimme der Partei verstumme und nur die menschliche spreche; das sei bei diesem Ereignisse der Fall. Er theile zuerst der Kammer mit, daß die ihm eben zugekommene Wiener Zeitung in ihrem amtlichen Theile die Verurtheilung und Tödtung des „Buchhändlers Blum aus Leipzig" bestätige. Was die sächsische Regierung und der in Wien (bei Wien) befindliche sächsische königliche Gesandte gethan haben, sei Folgendes: Er, der Minister, habe sogleich nach Herstellung des unterbrochenen Postenlaufs den sächsischen Gesandten am 4. Nov. beauftragt, alle sächsischen Staatsangehörigen, ohne Unterschied, welche sich zur Zeit in Wien aufhalten kannten, unter seinen Schutz zu stellen. Nachdem ihm gerüchtsweise die Verhaftung Robert Blums zugekommen, habe er am 8. Nov. denselben Gesandten veranlaßt, sich völkerrechtlich Blums anzunehmen, und zwar nicht blaß als sächsischen Staatsangehörigen, sondern auch weil zur Zeit die Centralgewalt einen Kommissär in Oesterreich nicht habe, als Reichstagsabgeordneten. Freilich sei die letztere Anweisung zu spät an den Gesandten gelangt. Der Letztere sei jedoch schon für R. Blum thätig gewesen. Er zeige an, daß er sich die Mittheilung der Ursachen der Verhaftung Blum's bei der österreichischen Regierung erbeten habe; diese Note sei jedoch noch unbeantwortet geblieben. Diesen Mittag erlasse der Minister ein Schreiben, in welchem er den Gesandten dahin instruire, sich die vollständigen Acten des Prozesses aushändigen zu lassen, die Effecten Blum's in Verwahrung zu nehmen und die Grabstätte desselben bezeichnen zu lassen, damit die Familie Blum's diese wisse. „Denn," so schloß der bewegte Minister, „daran zweifle er nicht, daß man den Getödteten anständig beerdigt habe." Tzschirner dankte für diese Mittheilung und bat die Kammer, seine beiden Anträge zum Beschluß zu erheben. Er beantrage: 1) daß die Staatsregierung

von dem königl. sächsischen Gesandten in Wien einen genauen Rechenschaftsbericht über sein Verfahren in der Angelegenheit R. Blum's fordere; 2) daß dieselbe die Centralgewalt in Frankfurt auffordere, zur Rettung der durch die Tödtung Blum's verletzten Ehre Deutschlands die energischsten Maßregeln zu ergreifen. — Niemand ergriff das Wort weiter. Die Kammer nahm beide Anträge einstimmig an. Der Präsident nahm das Wort: Er glaube im Gefühle der Kammer zu handeln, wenn er nach diesem ernsten Acte die Sitzung schließe. Fast lautlos verließ die Menge das Ständehaus.

Karlsruhe, 12. Nov. Sicherm Vernehmen nach ist der Abgeordnete der zweiten Kammer, Hofgerichtsassessor Lamey, zum Ministerialrath im Ministerium des Innern ernannt. Die Regierung gewinnt durch ihn eine tüchtige Kraft, die sich wiederholt in den Kammerdebatten kund gegeben hat. (N. Fr. Z.)

> **Heidelberg**, im Nov.*) Wer seit den Märztagen dem Gange der deutschen Geschicke stetig gefolgt ist, muß sich überzeugen, daß auch in diesem Augenblicke die Wellen des mächtig aufgeregten öffentlichen Lebens in heftigem Wogen und Wachsen sind. Wird das kaum getakelte Schiff unserer patriotischen Hoffnungen dem Anpralle widerstehen; dürfen wir hoffen, sei es auch in Stürmen und Strapatzen zerschlagen und ergraut, doch zuletzt in einen freien Boden die Eine, die deutsche Flagge zu pflanzen? Wir gestehen, die Manöver unserer Frankfurter Steuerleute erwecken uns häufig den dunkeln, bitteren Zweifel! — Beleuchten wir den Standpunkt der Nationalversammlung in der Wiener Angelegenheit. Wir sehen in dieser Frage die Majorität der Rede des Abgeordneten Bassermann den entschiedensten Beifall zollen; wenn wir daher die versteckten unlauteren Absichten, die in allen Repräsentativ-Versammlungen unvermeidlich manchen ehrenhaften und wohlgemeinten Vorschlägen den parlamentarischen Sieg entreißen, das öffentliche Vertrauen entziehen helfen, ausdrücklich ignoriren, so motivirten die Bassermann'schen Worte die Gesinnung der großen Mehrheit der Abgeordneten. — Hr. Bassermann will noch wie ehedem den Sieg des Gesetzes und der gesetzlichen Gewalt; wenn daher das österreichische Heer eine gesetzliche Gewalt sei, den Sieg des österreichischen Heeres. Weil es nun in einem konstitutionellen Staate, wo der Begriff der Exekutive noch bei dem Staatsoberhaupte ist, nicht zwei konstitutionelle Gewalten geben kann, die sich einander widersprechen, und die Stimme des Wiener Reichstags unter Kontrasignatur des Kaisers durch die Kanonen der Kroaten übertäubt wurde, verhehlt der Abgeordnete Bassermann nicht, daß er nie etwas Anderes gewünscht habe, als daß das österreichische Heer, die gesetzliche Gewalt, die Wiener Anarchie, d. h. die Forderungen des Reichstags und einiger Minister ohne die Unterschrift Ferdinand's von Oesterreich, besiege. — So logisch richtig diese Begriffe und Deduktionen über konstitutionell und gesetzlich auch sein mögen, ist damit einem patriotischen Staatsmanne des Jahres 1848 ihr wahres Wesen erschöpft? Genügt das Festhalten an diesen Bestimmungen, um die Rechte eines Volkes, die Beschlüsse seiner Vertreter gleichmäßig gegen alle Beeinträchtigungen der Willkür, sei es von Oben oder von Unten, zu schützen? Die Antwort möge sich ein Jeder aus dem früheren konstitutionellen Scheinwesen der kleineren deutschen Staaten, aus seinen faulen Früchten: einem durch gesetzliche Mittel zerrütteten Volkswohlstand, einer in konstitutionellen Formen verfaulten Volkssitte und Volkskraft entnehmen. Nein, wo nicht die besonnene Erkenntniß der Exekutivgewalt, daß sie einzig und allein für das Volkswohl und die Volksfreiheit eingesetzt, berechtigt und geehrt, aber auch verpflichtet ist, den aufrichtig konstitutionellen Willen erzeugt, da mögen auch alle vertragsmäßigen Formen und Klauseln streng eingehalten werden, es wird doch fort und fort die Gesetzlichkeit schnöde verletzt, weil trotz aller fürstlichen Kontrasignatur ein Widerspruch mit dem obersten Staatsgesetz, den Forderungen der Zeit, vorhanden ist, ein Widerspruch, der unvermeidlich zuletzt die Revolution als Schiedsrichter in die Schranken ruft. Doch wozu weiter ausführen, was Hr. Bassermann und seine ehrenwerthen Freunde ehedem in der kl. badischen Kammer oft und viel besser, als wir es vermöchten, erwiesen haben. Unsere jüngste Vergangenheit hat diese Voraussetzungen nicht Lügen gestraft. Wird uns wohl die Zukunft Recht geben, wenn wir den Staatsmännern, die mit der gutmüthigen Zuversicht des alten Wessenberg zu einem konstitutionellen Wesen ihren Segen geben, wo hinter dem Rücken der Minister eine versteckte Kamarilla, möge sie nun die schwarzgelben oder andere deutsche Landesfarben tragen, dem Staatsoberhaupt die Feder führt, oder auch ein verstockter Minister mit den Wünschen eines lang gedrückten, schwergereizten Volks Komödie spielt, wenn wie diesen Politikern der Ordnung à tout prix — nicht das blutige Ende Latour's, wohl aber den jähen Sturz eines bekannten französischen Exministers prophezeihen? — Aber ein Zustand, „wo die Gallerien des Reichstags besetzt sind mit Bewaffneten, welche ihre Geschosse berabrichten auf die Sitze der Versammlung!" Dem ein Ende zu machen, mag man doch wohl den Wohlstand der Hauptstadt, das Leben von ein paar Tausend Wühlern in die Schanze schlagen? Nein, auch die schnöde Mißachtung des Allerheiligsten eines Volks, seiner Repräsentation, sie rechtfertigt uns so wenig das régime des Standrechts und der Brand-Raketen, als die schändliche Ermordung zweier Abgeordneten die Rückkehr zur Präventiv-Politik, dem Verbot der Vereine und Versammlungen gutheißt. Schützt Euch, Ihr Vertreter, vor den selbstschändenden Angriffen des Pöbels durch einen Bayonettenwald, bändigt, ihr Minister, mit Kartätschen die entfesselte Anarchie, der Beifall aller Patrioten ist Euch sicher! Aber vergeßt nicht, daß für politische Nothwehr eine feine Linie besteht, jenseits welcher das Uebermaß der Gewalt, statt die Freiheit zu retten, ihren gefährlichsten Feind, die im Geheimen wuchernde, alle Volkssitte vergiftende Anarchie der Gemüther groß zieht — vergeßt es nicht, ihr Vertreter und Minister, wenn auch die blinde Volkswuth Eure edelsten Freunde geschlachtet, einen Minister zerstückelt, vielleicht auch mit bewaffneter Faust an Euer eigenes Thor geklopft hat! — Aber die Ungarn wollten sich ja lossagen vom Kaiserstaat, und die Bewegung in der Hauptstadt unterstützte dies Bestreben eines Theils der Monarchie, sich vom Ganzen abzutrennen! Und „was würden die Engländer und das englische Parlament sagen, wenn ein englischer Abgeordneter dort auf die Tribüne stiege und den Schritt preisen würde, der dahin zielt, Schottland oder Irland von Großbrittanien loszutrennen?" Nun, in England, so weit wir es kennen, würde man, wenigstens schottischen Trennungsgelüsten gegenüber, einmüthig sagen: Nun und nimmermehr geben wir ein Land auf, das nach Geschichte, Lage, Sprache, Sitten, nach der gemeinschaftlichen Weltstellung u. s. w., kurz, das nach natürlicher und politischer Interessengemeinschaft unzertrennlich mit uns verbunden bleiben muß. Und gewiß, mit beinahe gleichem Recht, als in diesem Fall die drittischen Patrioten, setzen auch die Latour, die Windischgrätz, die Jellacic und wie die treuen Knappen des österreichischen Gesammtstaats alle heißen mögen, ihr Alles ein für den ungestörten Fortbestand ihres ehrwürdigen Vaterlandes. — Wie aber wir alle wissen, ist Herr Bassermann nicht unter dem österreichischen Scepter zur Welt gekommen; in einem deutschen Lande geboren und erwachsen, ist er zur Vertretung der deutschen Interessen in das deutsche Parlament gesandt. Und die Interessen des österreichischen Kaiserreichs und des zukünftigen deutschen Reichs, dessen Aufbau Herrn Bassermann mitanvertraut ist, gehen sie denn so ganz Hand in Hand? Nimmermehr! Ja die Wiederherstellung der Ordnung, der leidigen Ordnung, die Befestigung des Kredits, die mag wohl gebieterisch verlangen, daß vor Allem dem deutschen Proletariat, wenn auch von kroatischem Raudgesindel, die Waffen aus den Händen gewunden werden — Deutschlands Einheit aber und den Kredit seiner Vertreter, die hätte der Sieg der Wiener Bevölkerung nie gestört und getrübt, wie der nunmehrige Sieg der Kamarilla*). Wenn ihr die Ungarn schützt, so rufen uns wohl die Diplomaten zu, die sich früher was zu Gut darauf thaten, im Wasser gelegen zu haben, und sich nun selbstgefällig in der „Kloake" spiegeln — dieselben, die uns in der Waffenstillstandsfrage mit der in sieben Monaten für und fertigen deutschen Flotte getröstet haben — wenn

*) Der Gehalt des obigen Aufsatzes wird zeigen, warum die Redaktion ihm die unverkürzte Aufnahme nicht versagen wollte, obgleich sie in vielen Punkten nicht übereinstimmt, und namentlich — nach der Seite der Anarchie hin — das rechte Gleichmaß des Urtheils nicht findet.

*) Wir stimmen diesem Satz durchaus nicht bei, ja wir halten ihn für gründlich falsch und verderblich. Von keiner der kämpfenden Parteien in Wien war und ist für die deutsche Sache besonderes Heil zu erwarten. Auch mit dem Folgenden über Oesterreich können wir nicht einverstanden sein; wenn auch die Grundansicht sich vertheidigen läßt, so müßten wir doch mindestens in der Ausführung eine weit größere Beachtung des Sachbestandes und der reellen österreichischen Macht verlangen. D. R.

Digitized by Google

ihr die Ungarn schützt, so überliefert ihr 700,000 eingewanderte Deutsche der magyarischen Unterdrückung! Ja, und wo ihr den Jellacics die Hand reicht, so gebt ihr 7 Millionen Deutsche, so gebt ihr die deutsche Sache auf! Glaubt man denn wirklich das Bedürfniß nach materieller Verbesserung, das ein durch keinerlei Verkehrsschranken und partikulare Launen zerrissenes, das ein einiges deutsches Gebiet, von der Ostsee bis zum Mittelmeere und vom Rhein bis zur Leitha gebieterisch verlangt, durch so ein Flickwerk von Bundesstaat und Staatenbund abzuspeisen, glaubt man vor Allem die Entwicklung, ja die Existenz des Herzens von Europa durch eine Centralisation zu garantiren, die an den österreichischen Grenzpfählen ihr Ende nimmt? Oder erwartet man von dem deutschen Patriotismus der Kamarilla, was man in Frankfurt nicht die Kühnheit zu foedeen hat? Nein, das alte Oesterreich und alle die andern Schlingpflanzen, sie haben lange genug auf Kosten des Reichsmarks gewuchert und gezehrt, so lange, daß, als die giftigen Blüten vollends aufgegangen waren, der veedorbene und ausgesogene Stamm zusammendrach — nun ist die Zeit, wo sie wieder entwurzelt werden, den Boden befruchten sollen, damit der neue Schößling Luft und Nahrung finde! — Um aber doch dem verfehlten Vergleich des Herrn Bassermann auf den geliebten gesetzlichen englischen Boden zu folgen: selbst der Wiener Reichstag, wenn er dem nationalen Streben der Ungaen zustimmt, er hat in England einen Vorgänger an dem großen Chatham, der im Parlament die Unabhängigkeitserklärung der Kolonien mit unverholener Freude begeißte. Schließlich erlauben wir uns noch einige Worte der Spener'schen, sage der Spener'schen Zeitung vorzuführen: „Ist dieser Weg der des Landes, ist er der Weg Deutschland's, ist es der Weg, welchen wir wandeln müssen, um in dem Sturme und Strudel der jetzigen Weltentwicklung zu bestehen? — — Wir mögen an ihrem Willen nicht zweifeln, wie sich die Herren gewöhnlich ausdrücken: „Recht und Ordnung in das zerrüttete Land zurückzuführen und die Ruhe wieder herzustellen." Als ob mit diesem Ausdruck irgend Etwas gesagt wäre! Wer heut zu Tag Ordnung schaffen, das neue Recht der neuen Zeit begründen will, muß es mit andern Mitteln als bloß polizeilichen, auf die äußere Ruhe berechneten Maßnahmen eestreben. Dazu gehören die schwellenden, die hochstrebenden Gedanken unserer Epoche, der politischen und sozialen Revolution, dazu bedarf es nicht bloßer Polizeimänner!" —

*** Vom Oberrhein, 12. Nov. Abermals hört man Gerüchte über bevorstehende tugendhafte Raubzüge in unserer Gegend. Die Noth des nahenden Winters, geschärft durch die Einquartirungslast und das Schwankende der Zustände unterhält sie, wohl auch die alte Finte der verzweifelnden Parteien: Es geht los, zu rufen, wenn eben ihr Pulver verschossen ist. Ich denke jedoch, es ist hier herum ausgeputscht. Eine Menge Petitionen gehen in diesem Augenblick an unsere 2. Kammer, gegen Auflösung derselben gerichtet. Die Aemter Säckingen, Schopfheim, Lörrach, Müllheim (deren Deputirter Fehrenbach in Frankfurt nur noch gesetzlich, nicht mehr in Wahrheit ist) sprechen in demselben ihre Mißbilligung gegen die Politik der Linken und ihre Anhänglichkeit an die Regierung aus. Ob man sie dann noch „souveränes Volk" sein läßt, steht sehr dahin. Es könnte freilich nur sträfliche Häresie sein, anzunehmen, daß wirklich in Baden das Volk regiere, nämlich dessen gebildeter, fähiger, edler Ausdeuck, nicht jene Sippschaft, die überall in Paris wie bei uns die Minderheit ist und wüthend darüber, zum Regieren zu kurz zu sein, nach dem Genusse lechzt, zu tyrannisiren. Oder wer bildet in Baden die Opposition? Etliche unoedefferliche Reaktionäre, windschiefe Advokaten, Eisendahnpfarrer, junge und alte Ruinen, gut genug zu einer Opposition, die nie in den Fall kam es höher und bis zum Schaffen und Regieren zu bringen. Und diese Leute, unfähig es selbst zu thun, ärgern sich, daß ihre Gegner ihnen keine Republik machen wollen, daß Deutschland sich Bedenkzeit nahm, sofort in die Angel zu beißen wie Frankreich, dessen Republikanisirung das verhängnißvollste „Glas Wasser" war, das je umgewoefen wurde. Selbst in diesem Jahre des Umsturzes, selbst in der Krawallseuche will Deutschland nicht völlig toll sein? Und man hat ihm nie so schöne Theorie dazu gemacht! Da war Ruge, der den alten Hegel im Grabe nicht ruhig lassen wird, da war C. Heinzen, der Elias des Kommunismus, da war Struve, bald Russe, bald Rousseau, und eest die Praktiker? Haben sich nicht polnische Glücksritter angetragen und Herren Franzosen, Kassendiebe, Bankrottirer, die Gebrüder Zundelfrieder und Heiner, haben sie nicht zur Probe die armen Arbeiter und Studenten in Wien dem Tod in den Rachen gejagt? Nein, mit diesen Republikanern ist keine Gemeinschaft, nicht einmal des Namens; es ist der alte Wust der Willkührherrschaft in junge Schläuche gefaßt; wie früher das Evangelium der Ruhe, so predigen die neuen Pfuscher das der Anarchie — die Politik nach außen heißt ihnen: Verschenkung Deutschlands an Frankreich, Krieg gegen Rußland mittelst freiwilliger Bürgerwehren .... Ja, kämen diese Zeisige auf einen grünen Zweig — sie kommen aber schwerlich auf einen — Deutschland, wenn es nicht zur belle France geschlagen worden, würde die Freiheit hassen lernen. Wir haben es mitgemacht, wir kennen die Sorte. Das Gift hat Deutschland letztes Frühjahr von sich gespieen, wozu sollte es Gegengift schlucken wollen.

Reussische Fürstenthümer. Nach Berichten aus Gera scheinen die Einwohner des Fürstenthums Reuß jüngere Linie, nach Abdankung ihres seitherigen Fürsten Heinrich 72., keineswegs geneigt, die Herrschaft des Fürsten von Reuß-Schleiz älterer L i anzuerkennen. Man trägt sich nämlich mit dem Plane, das Land für reichsunmittelbar zu erklären. Der konstituirende Landetag zu Gera hat in diesem Sinne folgende Beschlüsse gefaßt: „Das Fürstenthum Reuß j. L. bildet einen unmittelbaren, selbstständigen Theil des deutschen Reichsgebiets. Die für die Verwaltung des Staates nöthig werdende Organisation wird durch das Gesetz bestimmt." (Bamb. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 2. Nov. In diesem Augenblicke langt die zuverlässige Nachricht ein: Der Landsturm erhebt sich in Slawonien in Masse, und die Magyaren ziehen sich aus der Festung Esseg zurück. (?) Vukovar ist vom 28. auf den 29. Okt. d. J. Nachts von den Serben eingenommen und zum größeren Theil in Brand gelegt worden. — Die von den Ungarn entwaffneten und in ihre Heimath entlassenen Truppentheile des Gen. Roth werden mit neuen Waffen versehen und den Ungarn neuerdings entgegengesetzt. Einige Divisionen davon stehen bereits von Neuem an der Donau. (Schles. Z. u. C. Bl. a. B.)

Italien.

* In Ferrara machte ein Theil der Bevölkerung am 3. Nov. eine sogenannte „Demonstration" gegen den dasigen österreichischen Consul. Sie rissen den Doppeladlee an seiner Wohnung ab, kehrten, einen Augenblick von einigen Carabiniers vertrieben, mit Degen, Dolchen und Pistolen bewaffnet zurück und drangen in das Haus ein, wo sie Alles mit Feuer und Schwert zerstörten. Mit Mühe gelang es dem Consul selbst, sich ihrer Wuth zu entziehen. Auch das Wappen von Modena wurde unter Zischen und Geschrei abgerissen. — Aus Neapel meldet der „Contemporaneo" unter dem 31. Okt., die Stadt Aversa habe sich nicht entwaffnen lassen, und in Neapel selbst seien die von den Bürgern eingelieferten Flinten auf Befehl der Regierung mit Hämmern zerschlagen worden (??). Am 2. Nov. wurde daselbst Lord Temple als bevollmächtigter Minister der englischen Regierung erwartet. Er wird den Lord Napier ersetzen, welcher mit diesem Posten vorläufig betraut war, und bringt, wie es heißt, das Ultimatum der vermittelnden Mächte in der sicilianischen Angelegenheit.

Aus **Lugano** schreibt die N. Z. Z.: Heute den 11. Nov. ziehen wieder viele Flüchtlinge nach Piemont und Toskana. Der Aufruf Garibaldi's, sich unter seine Fahne zu einem neuen Zuge gegen Parma und Piacenza zu sammeln, beschleunigte ihre Abreise von hier. Man weiß nicht, wo Mazzini sich aufhält. Ist er irgendwo im Kanton verborgen, so wird man ihn finden. General d'Apiee und Ceroni, eine Notabilität der republikanischen Partei, sind nach Frankreich.

Schweiz.

In Folge Begehrens der eidgenössischen Repräsentanten hat der Vorort am 12. d. M. beschlossen, die im Kanton Tessin stehende Brigade um 2000 Mann zu vermehren. Der Marschbefehl wurde auch sofort ertheilt an 1 Berner Infanterie-Bataillon (Seiler), 1 Aargauer Infanterie-Bataillon, 1 Batterie Artillerie von Zürich, 1 Kompagnie Scharfschützen von Thurgau, eine halbe Kompagnie Kavallerie von Luzern. Deßgleichen wird auch Hr. Nationalrath A. Escher, zweiter Repräsentant in Tessin, sofort wieder von Bern aus auf seinen Posten abgehen. (Bas. Z.)

Digitized by Google

Griechenland.

** **Athen**, 15. Okt. Wie die Mufurus'sche ist auch die Radiesche Differenz zu unserem Nachtheile ausgeglichen. Hier die Geschichte der Unterhandlungen. Am Tage des Mordversuchs (5. Mai) verlangte Mufurus die Auslieferung Nadir's, weil dieser Diener der türkischen Gesandtschaft gewesen. Mansolas, damals Minister des Aeußern, verweigerte sie, als Grammatikee das Wörtchen gewesen vorschützend. Mufurus ersetzte es durch ist. Nun entgegnete Mansolas, er habe die Sache einer Kommission von Rechtsgelehrten vorgelegt. Die Kommission entschieb, Vattel und Klüber in der Hand, Nadir könne nach den Landesgesetzen nicht ausgeliefert werdrn und die griechische Presse, leichtfertig, marktschreieisch, klatschte Beifall. Mansolas zog mit Hülfe dieser Sentenz die Unterhandlungen in die Länge. Ein Staatsmann würde sich gefragt haben: willst du Friede oder Krieg? Im ersten Falle hätte er Nadie ausgeliefert trotz Presse, Grotius und Grammatik: Im zweiten mußte er das Gegentheil thun von dem, was ihm die Diplomatie rieth. Das Ministerium fiel im Juni. Bald darauf wurde die Angelegenheit aus einer türkischen zur europäischen. Das Dampfboot vom 8. Juli brachte diese Verwandlung. Das konstitutionelle England, das demokratische Frankreich, das absolute Rußland riethen einstimmig zur Auslieferung Nadir's. Der neue Minister des Aeußeren hat jetzt, man möge Nadir durch die griechischen Gerichte richten lassen oder mindestens des Ausgelieferten Leben schonrn, und als Ersatz der Auslieferung die Entfernung des Grenzpascha's und des Lalioten Abas, welche die Rebellen unterstützt hattrn, erwirken: Die Pforte ging auf Nichts mehr ein, denn die Frage war entschirden. Ihr Gesandter forderte nur noch ein bestimmtes Ja oder Nein. Für drn Fall des Nein würden auch die griechischen Verbrecher in der Türkei nicht mehr ausgeliefert. Die Pforte wünschte damals den Bruch zu erweitern, auch ignorirte sie den neuen Gesandten Riso. Dieß war es aber nicht, was die Diplomate wollte, welche in ihrer Unruhe um das Gleichgewicht Europa's unablässig Riso fragte, wann Nadir ausgeliefert werde. Die Ereignisse in Dacien, und die Besorgniß eines eventuellen Kriegs auch im Norden machten sie (die Diplomatie) beingender, die Pforte geschmeibiger. Riso wurde feierlich vom Sultan empfangen. Jetzt aerging kein Postag, ohne daß die Gesandten in Konstantinopel ihre Collegen in Athen anspornten, die Regierung zur schleunigen Auslieferung Nadir's zu bewegen. Die Herrn Lyons, Thouvenel, Persiani, Prakesch, Werthee, Perglas thaten dies treulich. Kalokatroni verlangte nur noch ein Blättchen Schwarz auf Weiß für alle Fälle. — Den 22. September erfolgten die entscheibenden Noten. Sir Stratfort Canning (bez. Titow, Aupick) — lautrn sie — habe, so viel an ihm, den feierlichrn Empfang des griech. Gesandten erwirkt. Er habe die Pforte bewogen, die Rebellen in's Innere zu versetzen und die Grenze dauernd zu sichern. Er gebe die Versicherung, daß Nadie nicht am Leben gestraft, nicht der Folter unterwoefen, noch ungesetzlicher Mißhandlung ausgesetzt werde. Widrige Verwickelungrn zu aeemeiden, sei Nadir somit auszuliefern. — Den 28. Srpt. antwortete Kalokotroni: er sei zwar nicht überzeugt, daß die Pforte das Rrcht habe, die Auslieferung Nadir's zu verlangen, weil unsere Gesetzgebung diese verbiete, noch im Nichtauslieferungsfalle Repressalien zu brauchen, weil es altherkömmlicher Gebrauch in der Türkei sei, alle fremden Verbrecher auszuliefern; allein da die Mächte wollten, so sei er bereit, das widrige Vermächtniß seines Vorgängers fahren zu lassen, er gebe nach, in der Haffnung, daß die Gesandten den Divan aermöchten, Harmonie zwischen beiden Nachbaestaatrn herzustellen. Dies weede dadurch geschehen, daß die Pfaete unsere Norbgrenze sichere, und die türkischen Grenzprovinzen nicht länger die Freistätte unserer Rebellen blieben. — Hieeauf wurde Nadir ausgeliefert. Was ist also das Ergebniß dee Nadir'schen Differenz? Die dankbare Anerkennung oder die Achtung bee Pforte und in Folge davon etwa ein Handelsveetrag oder ein Kaetel, ein Vertrag über unsere Schifffahrt und Industrie in der Türkei ober nur ein Postoertrag? Nein — ein desinitiver Vergleich, die Grenzen wechselseitig für immee zu sichern. Mit andern Worten, wir fallen jede Hoffnung aufgeben auf die Zukunft, eine Scheidewand für die Ewigkeit, eine chinesische Mauer soll gezogen sein zwischen den freien und den geknechteten Griechen! — Doch die Ereignisse sind mächtigee als die Diplomatie. — An hohem Orte abrr ließe sich die Nutzanwendung ziehen, daß die Leitung der Angelegenheiten nach Gunst andertrauen, so viel heißt, als: die Bevarmundung der Mächte verlängern und täglich fühlen wollen.

Nordamerika.

Newyork, 20. Oct. Wenn Sie die hiesigen deutschen Blätter lesen, so werden sie glauben, die ganze Union sei in Aufruhr über die Ankunft Hecker's und die neue Welt habe einen Triumphzug noch nicht erlebt, wie den des deutschen Republikaners von hier nach Philadelphia und Washington. Allein sie wissen, daß die Amerikaner so gut wie die Mericanee es verstehen, ihre politischen Kundgebungen durch pomphafte Zeitungsberichte zu „Ereignissrn" aufzublähen, und daß man von ihren Schilderungen meistens 90 Procent als baare Uebertreibung wegstreichen kann, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten. Die englisch geschriebenen Blätter haben sich wenig um Hecker bekümmert; die Locofocozeitungen widmeten ihm einige Spalten, weil sie die Stimmen der Deutschen für ihre Partei nicht entbehren können, und eben diese Wahlrücksichten haben auch den Mayor und die Altermen von Newyark bewogen dem Gaste öffentlich ihre Aufmerksamkeit zu bezeigen. Es geht den hiesigen Deutschen eben so wie den eingewanderten Irländern, denen man unter Complimenten über O'Brien und Mitchell die Wahlurne hinhält. Respectable Organe, wie das vielgelesene „Journal of Commeece," haben ihre volle Entrüstung über die rohe blutrieserne Rede ausgesprochen, mit welcher Heckee als Vertheidiger der Mörder Lichnowsky's und Auerwald's vor dem ameekanischen Publikum auftrat, und welche ihm viele seiner hiesigen Verehrer abwendig gemacht hat, die von dem „blutrothen Bannee der sozialen Republik" nichts wissen wollen. In Philadelphia haben die Deutschen (d. h. ein Theil derselben) unter Leitung der Herren Remak und Seidensticker Hecker mit einer großartigen Procession, mit Musik und Fahnen eingehalt und ihm nachher verschiedene Festmahle bereitet, wobei unter dem Knallen der Champagnerkörke auf die Befreiung des armen geknechteten Vaterlants getrunken wurde. Daß Deutschland in diesem Augenblicke alle jenigen Freiheiten und Grundrechte besitzt, wie die Vereinigten Staaten, ja sogar noch einige darüber, scheint keinem der begeisterten Festredner eingefallen zu sein.

Es wird Ihnen interessant sein zu erfahren, was die Vereinigten Staaten für ihre Seemacht bezahlen. Im letzten Finanzjahre wurden für die Flotte 10 Millionen Dollars bewilligt, — eine ziemlich mäßige Summe, wenn man den achtbaren Zustand unserer Marine in Erwägung zieht. Die Verwaltung ist weit wohlfeiler eingerichtet als die englische; wir haben weder Admirale noch die kostbaren Dreidecker, die nur selten nützlich sind und ungeheure Summen kosten.

Börsenbericht.

Paris, 13. Nov. — Stand der Renten: 5pCt. 64. 25; 3pCt. 42. 10; Neue 64. 50; Neapol. 77; Bankactien 1335. —; Span. 5pCt. (Arbeins) — ; 3pCt. 23. —; 3pCt. inländ. —. —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer —. —; Paris-Orleans 575. —; Paris-Rouen 365. —; Orleans-Bordeaux 363. 75; Orleans-Vierzon 215. —; Rouen-Haore 166. 25; Marseille-Avignon 150. —; Straßburg-Basel 75. —; Narbbahn 341. 25; Paris-Lyon 356. 25; Paris-Straßburg 327. 50; Römisches Anleben 63½.

Die Börse fing mit höheren Coursen an (42. 45 u. 61. 70) die später durch Verkäufe wieder gedrückt wurden.

Madrid, 7. Nov. 3pCt. Rente 19½ baar. (Nach der Börse 19 1/16 G.); 5pCt. 9½ P. (N. d. B. 9¼ u ⅜ G.); Passive Staatsschuld 3⅝ P. (N. d. B. 3½ G.)

Das große Bankhaus Don Francisco Javier Albert hat seine Zahlungen eingestellt. — Der Legationsrath Ritter v. Reymond hat dem Ministee des Auswärtigen die Vollmachten übergeben, die ihn bis zur Ankunft des Grafen v. Esterhazy als österreichischen Vertretee beglaubigen. Esterhazy selbst wird nächstens erwartet. Morgen hat Graf Thomar (Casta Cabral), Portugals neuer Gesandter, seine Empfangsaudienz bei der Königin. Cabrera soll mit dem General Cordova in Unterhandlung getreten sein, um die Bedingungen festzustellen, unter welchen er in die Armeedienste der Königin trete. Diese Nachricht verdient Bestätigung. — Der Herzog und die Herzogin von Montpensier weeden nach im Laufe des Naaembrr aus Sevilla bei Hof hier ankommen.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle Rue de Navarin.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 307. **Frankfurt a. M., Samstag 18. November.** **1848.**

Uebersicht.

Der Entwurf der Reichsverfassung II.

Deutschland. Wien (Reclamation gegen eine Aeußerung des Unterstaatssekretärs Bassermann. Executionen. Wrbna. Die Ungarn. Die Gesandten. Blum. Fröbel.) Berlin (Bodenstedt. Milde. Bassermann und Unruh. Träume des Herrn Kirchmann. Tagesereignisse. Bekanntmachung. Stimmung in den preußischen Provinzen.) Bonn (Das Recht der Krone.) Köln (Bewaffnung ohne Waffen. Der Gemeinderath. Aufruf an die Soldaten.) München (Truppenanhäufungen. Untersuchungen gegen Studenten.) Dresden (Fröbel angekommen.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Baden (Feindseligkeiten zwischen den österreichischen und badischen Truppen in Rastatt.) Mannheim (Enthüllung des Veteranen-Denkmals.) Freiburg (General v. Miller.) Hamburg (Eindruck der Berliner Ereignisse. Der Eid auf die künftige Verfassung.)

Frankreich. Paris (Das Journal des Debats für General Cavaignac. Larochejaquelin zweideutig. Marrast sitzt über den Club Poitiers. Michel Chevaliers Lehrstuhl wieder hergestellt. Verlegenheiten wegen der schlechten Course. Tagesnachrichten. Marschall Bugeaud als Candidat zur Nationalversammlung. Die Präsidentin spe der Socialisten. Die franz. Blätter gegen den Constitutionel. Schneiderrechnung und Präsidentenwahl.)

Italien. (Die Deputirtenkammer in Turin. Aufruf des Kaisers Ferdinand an die italienische Armee. Nachrichten aus Venedig und Ferrara.)

---

18. November.

„Die deutsche Verfassungsfrage, von David Hansemann" ist erschienen und mahnt uns zur Wiederaufnahme unserer lange unterbrochenen Betrachtungen über die künftige Reichsverfassung, wenn auch mit jener Kürze, die der gegenwärtige Augenblick zu gebieten scheint. Wenn die extremen Parteien gewaltsam auseinanderstoßen, wird eine sorgsam erwogene mittlere Ansicht immer weniger Raum gewinnen, und die Presse sollte sich begnügen, das Geschehende zu berichten, wenn das Thun dem rohen gewaltsamen Zug und Instinkt der Massen und Parteien überlassen ist. Die Ausgangspunkte des Herrn Hansemann erleichtern uns das Anknüpfen an unsere früheren Betrachtungen. Wir hatten zwei Punkte hervorgehoben, die bei aller Berührung doch wohl zu scheiden sind: das Verhältniß der Nationalversammlung und ihrer vornehmsten Bestimmung zu den Umständen, den schwebenden Verhandlungen und Ereignissen, und die Gegensätze zwischen der mehr und der minder strengen, vom Entwurf der Siebzehner bis zu dem Vorschlag des Herrn Bunsen in verschiedenen Graden herabsteigenden Einheitsform. Hr. Hansemann verbindet in einer scharfen Kette von Schlüssen diese beiden Punkte, nur daß er die Wirklichkeit nicht wie wir als die stets wechselnde Farbe des Tages, als die fortlaufende, weder von dem einzelnen Staatsmann, noch von einer großen Versammlung zu übersehende Gestaltung der Zeitgeschichte auffaßt, sondern als das Bestehende, das vor dem März schon Dagewesene und wenn auch für eine Zeit lang Vergessene, doch darum nicht Aufgehobene. Gewählt unter dem Eindrucke des Hasses und der Verachtung gegen den Bundestag, die auch den Bund in die gleiche Verdammung hineinriß, hervorgegangen aus allgemeinen Volkswahlen ohne gehörige Vertretung des Sonderinteresses der Einzelstaaten, zusammengetreten zu einer Zeit allgemeiner Schwäche und Verwirrung in den Einzelstaaten — so mußte die Versammlung dahin kommen, sich für völlig souverain zu halten, und daraus wieder ergab sich die Tendenz, anstatt die bestehende Bundesverfassung zu verbessern, einen einheitlichen Staat zu errichten.

Dies ist die Schlußkette, durch welche Herr Hansemann die obigen Punkte aneinanderreiht. Die Volksstimmung in den Märztagen ist der entscheidende Ausgangspunkt. Wer möchte läugnen, daß sie negativer Natur war, der bloße Gegensatz aller Uebel der früheren Verfassung, an allgemeine Ausdrücke, wie „Volksvertretung beim Bundestag", oder „Bundesstaat statt Staatenbund" sich anklammernd? Wer wird in Abrede stellen, daß sie unterschiedslos und ungeschwellt das Alte wegwarf ohne klares Bewußtsein über das Neue? Aber so ganz unklar war sie denn doch nicht, wie Hr. Hansemann sie zu verschiedenen Malen darstellt. Die großen Gedanken einer einheitlichen Leitung in gemeinsamen Sachen, und einer mächtigen nationalen Gesammtpolitik nach Außen, traten deutlich genug hervor. Zweierlei war dieser Stimmung gegenüber in jenen Tagen zu thun. Das Eine geschah, das Andere nicht. Auf der einen Seite mußten die Gebildeten und Einsichtigen, die bisher der Regierung fern gestanden hatten, die ihnen wohl bekannte Stimmung des Volks und seine Wünsche aufnehmen, prüfen, abklären, ihre bessere politische Einsicht hinzuthun, die unerläßlichen Mittel zur Ausführung angeben und dieß alles in entschiedener Formulirung, gleichsam als Programm der Volkswünsche in Sachen deutscher Einheit, den Herrschenden und Regierenden vorlegen. Aus diesem Streben ist der Verfassungs-Entwurf der Siebenzehner hervorgegangen. Auf der andern Seite mußten die Regierenden aus ihrer Erfahrung, vom Standpunkte ihres Interesses, ihre Antwort auf die Forderungen der Volksstimme entwerfen und damit der Nationalversammlung bei ihrer Eröffnung in gleich bestimmter Formulirung gegenübertreten, damit diese zwischen den Forderungen beider Seiten die Vermittelung getroffen hätte. Es geschah nicht, ja noch mehr, es ist wahrscheinlich, daß die Nation selbst, wie sie den Siebzehner-Entwurf ignorirt hatte, auch eine solche Vorlage der Regierungen mit Mißtrauen würde aufgenommen, vielleicht sogar zurückgewiesen haben. Dieß war allerdings eine politische Sünde der Nation, ein Mangel an reinem Einheitssinn, der sich sehr schwer gerächt hat. Regierungen und Völker zeigten, wie sehr sie auf dem Standpunkt der Einzelstaaten standen; die Frage der Freiheit, die hier zumeist in's Spiel kam, wurde mit der Sache der Einheit vermischt; man mißtraute den Regierungen zu unrechter Zeit in beiden Punkten, man war zu Hause allein mit der Freiheit beschäftigt und überließ die Einheit der dazu erwählten Versammlung, unbekümmert, ob man dadurch diese in die freie Luft stellte und mit der Zeit in eine falsche Stellung brachte. — Die obige Argumentation des Hrn. Hansemann scheint auf die Nationalversammlung eine Schuld zu laden, die sie nur dann treffen würde, wenn sie beim Beginne ihrer Thätigkeit den Rath und die Mitwirkung zurückgewiesen hätte, die ihr von Staatsmännern der Einzelstaaten seit einiger Zeit so eifrig gewidmet wird. Diese Stimmen schwiegen zum großen Theile, als es Zeit war. Was ist daraus zu schließen? Daß sie mit sich selbst beschäftigt waren, oder daß sie sich absichtlich aus Mangel an Vertrauen zurückhielten, oder endlich daß Regierende und Regierte damals in einer Begeisterung zusammentrafen, welche die Schwierigkeiten verschwinden machte, die man uns nun bei wachsender Ernüchterung so geflissentlich aufzählt, welche das Vertrauen aufrecht hielt, die gewählte Versammlung werde von allgemeiner opferfroher Begeisterung getragen, das große Werk der Einigung auch allein vollbringen? Alle drei Ursachen mochten zusammenwirken, die zweite sicher am wenigsten! wenn es aber mit der dritten je seine Richtigkeit hatte, sollte man nicht die bedenklichen Erscheinungen des jetzigen Augenblicks mehr in dem Erlöschen jener Begeisterung suchen, als in einer Schuld der Versammlung, oder in dem Umstand, daß nicht Deputirte der Einzelstaaten, wie in der Schweiz, das Einigungswerk in die Hand nahmen oder mindestens daran Theil hatten? Bei dem Charakter

Digitized by Google

dieser Versammlung kann niemand daran zweifeln, daß sie die Mitwirkung der Regierungen in passender Weise nicht zurückgewiesen hätte, zumal in dem glücklichen Zeitpunkt, wo ihre Wirksamkeit begann. Ihre Geschichte zeigt, daß sie in der Behauptung ihrer Machtvollkommenheit strenger und empfindlicher ward, je länger sie beisammen saß; natürlich, weil es ihr nahe lag, sich in dieser Weise zu behaupten, wenn sie verborgene Neben- und Gegenwirkungen um sich her wahrnahm, oder wahrzunehmen glaubte, was beides auf eins herauskommt, da die feine Unterscheidung immer nur Sache des Einzelnen, niemals die einer größern versammelten Masse sein kann, und wäre sie auch eine so gebildete, wie die Versammlung in der Paulskirche.

Wir kommen zu dem andern Punkte, der strengern oder gelindern Einheitsform. Hr. Hansemann faßt seine oben dargestellten Betrachtungen in dem Schlußresultat zusammen: „Der Nachtheil, vielleicht das Unglück der Stellung der Nationalversammlung besteht darin, daß ein unerreichbares Ziel oder ein solches, das, wenn ja momentan erreicht, in's Gegentheil umschlagen würde, verfolgt wird; daß man mit Einem Wort, Eine konstitutionelle Monarchie, nicht eigentlich die Herstellung einer, die nothwendig einheitlichen Zwecke gehörig sichernden Bundesverfassung für mehrere deutsche konstitutionelle Monarchien erstrebt." Hr. Hansemann sieht überall nur den Gegensatz einer einheitlichen Monarchie und einer verbesserten Herstellung der frühern Bundes-Verfassung. Nach unserer Ansicht liegt die Sache bis jetzt nicht so: wie wir früher ausgesprochen haben, scheint uns im Augenblick der strenge Gedanke des Bundesstaats, wie der Siebzehnerentwurf ihn auffaßte, der losern Einheitsform gegenüberzustehen, die wir im engern Sinne Föderativstaat nannten und ihr Wesen in abwechselndem Ueberwiegen der Einheit und der Partikularinteressen fanden, wozu ein loseeer Spielraum der beiderseitigen Befugnisse Aufforderung und freie Bahn gewährt. Jene erste strenge Form war die nächste Forderung der öffentlichen Stimme in den Märztagen. Sie ging aus von der Forderung der Volksvertretung beim Bundestage; was war natürlicher, als daß sie bei solchem Ausgangspunkte, unter einem Volke, das von föderativem Staatsleben kaum einen Begriff hatte, das dagegen die konstitutionelle Form als sein politisches Heil zu verwirklichen strebte, was war natürlicher, als daß die geforderte Bundesform die Gestalt der konstitutionellen Monarchie annahm? Und war hierin nicht das Bedürfniß einer solchen strengen Form ausgesprochen, wenn auch nur als Uebergang zum ächten Föderalismus? — Wie dem auch sein mag (wir sprechen später mehr davon) nachdem das erste Stadium der Einheitsbestrebung verlassen war, führte die Forderung einer ausgedehnteren Vertretung der Einzelinteressen in das zweite über. Hier liegen uns nun zwei Vorschläge preußischer Staatsmänner vor, der eine das zweite Stadium am reinsten repräsentirend, der andere eigentlich schon die Eröffnung eines dritten: die Schriften der HH. Bunsen und Hansemann. Wir haben vor Kurzem eine Ansicht charakterisirt, die, von der konstitutionellen Entwicklung der Einzelstaaten ausgehend, der Einheit nur in so weit günstig scheint, als sie jene in keiner Weise beeinträchtigt oder auch nur berührt. Wenn wir nicht irren, müssen wir auch Hrn. Hansemann hierherziehen; er repräsentirt jene Richtung nicht von der idealistischen Seite, die wir dort in's Auge faßten, sondern von der entschieden praktischen; er ist der Verehrer der belgischen, gesetzlich geregelten, freien Handel und Wandel nirgends einengenden Freiheit; er fürchtet kriegerische Politik und auswärtige Verwicklungen; ja er besorgt von der erblichen Monarchie an der Spitze des Bundesstaats den Untergang derselben in den Einzelstaaten, eine Ansicht auf die wir zurückkommen werden. Herr Bunsen war wohl in früherer Zeit dem constitutionellen System nicht günstig, hat sich aber jetzt, wenn nicht aus Neigung, doch aus redlicher Einsicht dazu gewendet. Niemand wird ihm verargen, wenn er sich lieber an die Einheitsidee hält, und darin den neutralen Boden findet, auf dem alle Freunde des Vaterlandes, welcher politischen oder sonstigen Partei sie angehören mögen, ihren Beitrag zum Gemeinwohl darbringen können. Aus der sorgfältigen gleichmäßigen Berücksichtigung und Combination beider Punkte, der gemeinsamen constitutionellen Verfassung und des Föderativverbandes, ist sein Verfassungsvorschlag hervorgegangen. Auch nehmen wir keinen Anstand auszusprechen, daß wenn wir uns auf diesen Boden stellen sollen, wir uns gern den Ansichten des Herrn Bunsen vorzugsweise anschließen. Dies Urtheil gedenken wir nächstens weiter zu begründen.

Deutschland.

Wien. Unser **Korrespondent schreibt uns: Im Interesse der Wahrheit erlaube ich mir eine ierige Angabe in der von Bassermann am 2. November in der Nationaloersammlung gehaltenen Rede über Oesterreich zu berichtigen. Er führt dafelbst an, es seien am 6. Oktober die Gallerien des Reichstages in Wien mit Bewaffneten besetzt gewesen, die ihre Geschosse auf die Sitze der Versammlung herabgerichtet hätten, und beruft sich auf das Zeugniß von 36 gewählten Volksvertretern. Ich kann bei meiner Ehre behaupten und die Richtigkeit meiner Behauptung durch ein paar hundert gewählte Volksvertreter bestätigen lassen, daß diese Angabe unwahr sei. Ich war an jenem verhängnißvollen Tage ohne Unterbrechung im Reichssaale, ich hatte meinen Sitz auf der rechten Seite, gerade da, wohin die Geschosse gerichtet gewesen sein sollen, habe aber sonst nichts wahrgenommen, als daß einige bewaffnete Nationalgardisten sich auf der Gallerie gezeigt haben, die auf die Aeußerung des Vice-Präsidenten Smolka, daß es nicht erlaubt sei, den Saal oder die Galleeie mit Waffen zu betreten, sich alsobald entfernten, ohne im Geringsten eine Bewegung mit ihren Gewehren gemacht, noch weit weniger sie auf die Versammlung gerichtet zu haben.

△ **Wien**, 12. Nov. Die Exekutionen, über welche mein gestriges Schreiben *) Ihnen schon so traurige Einzelnheiten gegeben, dauern fort. Gestern Abend in der Dämmerung wurde F. v. Sternau, welcher die erste Kompagnie der mobilen Garde kommandirte, erschossen. Er starb äußerst ruhig und benahm sich bis zum letzten Augenblicke unbefangen und kräftig. Amtlich sind bis jetzt nur drei Exekutionen bekannt gemacht, jene Rob. Blum's, Ed. Jelosicki's und Sternau's, so wie die Verurtheilung zum Strange von Julius Fröbel und seine unbedingte Begnadigung. Trotz dieser letzten riecht Wien, unser armes Wien, nach Blut. Ueber Exekutionen in größern Partien gebe ich Ihnen keine Notizen, da sie erst erwiesen werden müssen und bis hierher nur gerüchtweise ins Publikum kommen. Keins der großen Verbrechen gegen den Thron oder die gesetzliche Regierung, deren z. B. Mailand sich schuldig machte durch meuchelmörderischen Ueberfall der Garnison, Gefangennehmung der kais. Autoritäten — Ausrufung der Republik und Schwur für einen fremden König ꝛc. wurde hier begangen. Ziehen Sie nun eine Parallele, wie Wien behandelt wird und welche Bedingungen ohne alle Strafen der alte, wackere, redliche Radetzky vorschrieb und gedenken Sie vieler meiner frühern Worte. — Gestern wurde in hiesigen Blättern verbreitet, in der Burg und Bibliothek sei Feuer mit Pechkränzen gelegt worden, während in derselben Linie von der Batterie auf die Stadt sieben andere Brände liegen und bei jedem die Raketen gefunden wurden, zufällig auch gerade diejenige, welche zuerst in die Kuppel, und jene, welche oben in's Dach des Naturalienkabinets das Feuer warf. Sie trägt das Datum der Fabrikation vom Oktober 1830 und 26. Sept. 1834. — Aus dem Kolowrat'schen Palais hat man sie korbweise weggetragen. Ich denke für Ihre Leser genügt diese Angabe vollkommen. — Feldmaeschallieuteuant von Welden ist gestern Abend hier aus Italien angekommen, hat die Gemächer der Erzherzogin Maria Anna in der kaiserl. Burg bezogen und wird unverweilt seine Funktionen als Gouverneur antreten; er fuhr diesen Morgen znm Fürsten Windischgrätz nach Schönbrunn, da dieser letztere in dieser Woche nach Ungarn aufbricht, wohin schon ein bedeutender Theil der Armee sich in Bewegung gesetzt hat. — Größere Lügen als Kossuth in den letzten ungarischen Blättern dort aufzählt, hat er wohl nie selbst gemacht, was viel sagen will, ja selbst das Unerhörte. So hat er z. B. die kaiserl. Truppen am 30. total geschlagen, das Centrum duechbrochen, sich mit den Wienern vereinigt und schreitet nun, da er auf die Bitten des Fürsten Windischgrätz um einen Waffenstillstand nicht eingegangen sei, von Siege zu Siege. Auch behauptet er, Letzterem ein Ultimatum gestellt zu haben. — Mehr über dies Kapitel verlohnt nicht der Mühe. — Den neuesten Nachrichten zu Folge haben die Ungarn die Stadt Friedau in Steyermark überfallen und geplündert, Graf Nugent jedoch, in Eilmärschen angerückt, scheint sie mit bedeutendem Verluste über die Grenze zurückgeschlagen zu haben. General Benko soll in ihrer weiteren Verfolgung begriffen sein. Von den eingezogenen Individuen sind nach amtlicher Anzeige bereits 622, von

*) Das letzte uns zugekommeae Schreiben des geehrten Korrespondenten war vom 9. Nov.

Digitized by Google

der Militär-Central-Untersuchungskommission entlassen worden. Der Reichstag wird am 22. in Kremsier zusammen berufen, da one diesem Tage die dort nöthigen Arbeiten nicht beendigt sein können. Die Gesandten haben, in Folge des Attentates der Soldaten in der hannöverschen Gesandtschaft, beschlossen, ehe sie in pleno einschreiten, zuerst den Erfolg der Beschwerde, welche von dieser der k. Regierung übergeben wurde, abzuwarten. — Der Portier wurde von dem Offizier verwundet, Kisten, Thürrn erbrochen, Betten und alle Winkel durchwühlt. — Julius Fröbel mußte die ganze Todesangst überstehrn und benahm sich dabei, sowie auch in seinen Unterredungen mit dem protest. Geistlichrn, ebenso in allen Verhören äußerst besonnen. Robert Blum hingegen in letzteren besonders heftig und aufgeregt, da er die Möglichkeit nicht glaubte, daß der böhmische Diktator sich so wenig um einen deutschen Deputirten kümmern würde, um sein Recht zu schützrn. — Der Charakter Blum's blieb sich bis zur Todesstunde gleich, und obgleich er etwas später, nachdem er schon sein Todesurtheil kannte, weniger anmaßend und schneidend erschien, so blieb sich doch in Allem der Kern seines Wesens gleich.

** **Berlin**, 15. Nov. Friedrich Bodenstedt, der ausgezeichnete Reisende, seit Kurzem österreichischer Journalist, hat die Redaktion des Journals des österreichischen Lloyd sofort niedergelegt, als Robert Blum füsilirt war. Der Zusammenhang ist einleuchtend. Tadeln durfte er die nichtswürdige und wahnwitzige Handlung nicht, und ein Journal zu redigiren, das übee sie schweigen mußte, schien wohl unter seiner Würde. Diese Mutdmaßung stimmt mit dem, was mir aus Wien geschrieben ist. — Der ehemalige Minister, Abgeordneter Milde, gehörte zu den Abgeordneten der Rechten, welche der Krone das Recht zur Verlegung und Vertagung zugestanden und am 9. den Saal verließen. Milde reiste schleunig nach Breslau, wo seine Schwiegermutter und sein jüngstes Kind im Sterben lagen. Doch er mußte hören, daß, wenn er in Breslau bliebe, Blut fließen würde; der Oberpräsident Pinder gab es ihm anheim — und von dem Sterbebette der Seinigen riß Milde sich los und verließ die Stadt, deren geachtetster Bürger er so lange gewesen. Der Volkshaß, die Volkswuth verfolgte ihn noch weiter; er mußte zweimal die Eisenbahn verlassen und Extrapost nehmen. Er ist im Begriff, sein Mandat niederzulegrn.

** **Berlin**, 15. Nov. Zu einer Sitzung der Nationalversammlung ist es heute nicht gekommen, indem der Saal der Stadtverordneten von Soldaten besetzt wurde. Nach Unruh's gestriger Erklärung wird er keine weitere Sitzung berufen, bis die Freiheit der Berathung gesichert sein wird. Ein Abgeordneter sagte mir, die Linke habe dazu gedrängt, sich im Saale von Mielentz zu konstituiren. Doch sollen nur Privatversammlungen, Zusammenkünfte der Fraktionen stattfinden. So kam es denn zu der verhängnißvollen Maßnahme drr Steuerverweigerung nicht, die Kirchmann in jener Nachtsitzung vom Sonntag auf den Montag als so unheilbringend für die künftige Regierung schilderte. Die Linke wird nicht ruhen. Jetzt wird der gesetzliche Widerstand, wenigstens hier am Ort wohl ein Ende nehmrn, es müßte denn von Frankfurt aus ein entscheidender Schritt geschehen, der den blutigen Konflikt hinausschöbe, wo nicht gar den Kampf mit den Waffrn vereitelte. — Bassermann ist gestern abgereist; Lästerungen übrr Lästerungen folgrn ihm, weil er nicht unbedingt für die Versammlung und gegen die Krone Partei genommen. Die hirsige Nationalzeitung druckt die Invektive des guten Eisenmann gegen Bassermann ab. Wohin man hört, wird der Sendbote des Reichsverwesers gescholten und doch soll er keineswegs mit der Regierung einverstanden gewesen sein, am wenigsten mit drm Zeitpunkt (Wien!) und drn Personen. — Bassermann hat mit Unruh Rücksprache genommen; wir wissen über diese Unterhandlung nichts Näheres, aber es ist unser Herzenswunsch, daß Bassermann in Unruh den Mann hätte erkennen können, der uns in der nächsten Zukunft noththut. Wir waren Gegner des Hrn. v. Unruh am 7. Sept., als er die Worte sprach, „das Centrum werde seine Schuldigkeit thun" und sodann mit der äußersten Linken gemeinsam in die Exekutive griff. Aber wenn die Zeit so zählings uns herunterreißt dem Abgrunde zu, werden wir noch oft uns anklammern müssrn an Personen, auf die wir früher herabgeschaut. Wenn die Republik im Flor sein wird, ist es möglich, daß wir in Rodbertus und Arndt, daß wir sogar in Waldeck und Jakobi das Heil erblicken müssen. Wir wünschen, daß Bassermann, dessen staatsmännischen Blick wir trotz Eisenmann und der Nationalzeitung immee noch anerkennen, nicht auch von Unruh mit drm trostlosen Bewußtsein geschieden sei, das Land Preußen habe von den Männern, welche der Kampf um die Freiheit ihm theuer und werth gemacht, nichts zu erwarten. Hoffentlich hat Unruh sich als Patriot und Staatsmann gegen B. geäußrrt und nicht in einer Weise, wie Kirchmann gethan haben soll, die wir dem Urtheil der Mit- und Nachwelt anheimgeben in folgender uns überlieferter Form:

Bei einer Besprechung Bassermanns mit Letzterem, in welcher Weise eine Versöhnung zwischen Krone und Nationalversammlung herbeigeführt werden könne, meinte Kirchmann, dies scheine ihm unmöglich, da eine überwiegende Majorität der Abgeordneten von der Ansicht ausgehe, „ein Hohenzollern dürfe auf dem preuß. Thron nicht mehr sitzen." Die Bedingungen ferner einer geringrn Minorität seien folgende: „1) das gegenwärtige Ministerium müsse sofort entlassen, eingekerkert und zur Untersuchung dem Kriminalgericht übergeben werden. 2) Ein Ministerium aus der äußersten Linken und der Linken gebildet wrrden, in dem Jakoby und Waldeck unerläßlich wären. 3) Die Gardrn müssen aufgelöst, eine allgemeine Volksbewaffnung sofort eingeführt wrrden; zu keiner Zeit dürfe in Berlin und im Kreise von vier Meilen Militär erscheinen. 4) Der König müsse einrn Revers ausstellen, in dem er sich verpflichtet, sich nie in Regierungsgeschäfte zu mischen. 5) Der König müsse die Hofchargen, sowie alle Umgebungen aus seiner Nähe entfernen, die Prinzen in's Ausland schicken (?), selbst aber in Berlin wohnen und es nie verlassen." — Drr Wahnsinn redet aus diesen Bedingungen. Aber wir können kaum glauben, daß Kirchmann auch nur im Fiebertraume so phantasiren könnte! Wir fügen nur hinzu: das ganze Land scheint auf Seite der Versammlung zu sein. Noch vor Kurzem war das moralische Gewicht nicht auf dieser Seite und die Krone war im entschiedenen Uebergewicht, sobald sie volksfreundliche Räthe sich erkor. Ihr gutes Recht hat sie sich aber vergeben und ihre treuestrn Freunde stehen wider sie. — Die Nationalversammlung, welche jetzt von Millionen als die Vertreterin der konstitutionellrn Freiheit jubelnd begrüßt wird, erkläre, daß auf dem preußischen Throne ein Hohenzollern nicht mehr sitzen darf, — und sie strbt derlassrn und verleugnet da, wie jetzt die Krone! Fände sie je dennoch Anklang im Volke, dann würde sie den Fluch ernten, den Bürgerkrieg ohne Noth und Gefahr entzündet zu haben. Nein wahrlich, unsere konstitutionelle Freiheit soll man uns nicht antasten und deßhalb stehen wir mit der Nationalversammlung, — aber das Königthum und das Haus Hohenzollern wird sich das Preußenvolk nicht übrr Nacht stehlrn lassen!

CC **Berlin**, 15. Nov. Die Entwicklung unserer Verhältnisse ist seit gestern auch nicht um einen Schritt vorgerückt. Die Frist zur Ablirferung der Waffen ist gestern ziemlich erfolglos verstrichrn. Es wurden deßhalb seit gestern Abend einzelne Straßen abgesperrt, die Soldaten begeben sich in die Häuser und fordern die Waffen. Einzelne Personrn, welche sich auf die Habeas-Corpus-Akte beriefen, die ein Eindringen in die Häuser nur auf richterlichen Befehl gestattet, und welche sich der Haussuchung widersetzten, sind zur Haft grbracht, u. A. die Kammergerichts-Assessoren Wolff und Meyer. Thätlicher Widerstand hat bis jetzt noch nirgends statt gefunden. Die Theorie des passiven Widerstandes hat sich aus der National-Versammlung Eingang bei dem Volke verschafft. Bis jetzt (Nachm. 4 Uhr) sind die Haussuchungen nur in drn Quartieren der Banquiers und der Aristokratie, unter den Linden und in der Dorotheenstadt vorgenommen worden. Später soll die Königsstadt an die Reihe kommen. — Die Abgeordneten wollten heute um 11 Uhr im Sitzungssaale der Stadtverordneten-Versammlung ihre Berathungen fortsetzen. Es hatten sich etwa 40 Abgeordnete bereits eingefunden, als ein Major Heerbach mit seinen Mannschaften erschien, das Haus besetzrn ließ, in Begleitung einiger Offiziere in den Saal trat und nach einigen Unterhandlungen zufolge schriftlichen Befehls des Generals Wrangel: „nöthigenfalls mit Gewalt, jedoch ohne Anwendung von Waffen drn Saal zu räumen" die Herrn veranlaßte, auseinander zu grhen. Da kein Präsident anwesend war, so protestirte einer der Schriftführer, Hr. Heldenhagen, von neuem, und man verließ den Saal. Gegen Abend soll in irgend einem noch zu beschaffendrn anderen Lokale die Sitzung zu haltrn versucht werden. Folgende Aeußerungrn mögen die Gewalthaber Preußens, des „Staates der Intelligenz," charakterisirrn; Graf Brandenburg erwiderte einer Deputation, welche die Zurücknahme des Bela-

gerungszustandes forderte: man könne versichert sein, daß er selbst entschlossen sei, als ein konstitutioneller Minister zu handeln; allein in diesem Falle könne es nicht anders, Se. Majestät habe einmal befohlen. General Wrangel, wegen der Censur interpellirt, erklärte, indem er auf ein hier erschienenes Flugblatt hinwies: er selbst oder der Polizeipräsident müsse die Censur der Blätter in die Hand nehmen, denn offenbar vernachlässigten ordentliche Censoren ihre Pflicht. Von einer seit beinahe acht Monaten gesetzlich bestehenden Preßfreiheit wußte der Oberbefehlshaber in den Marken noch kein Wort.*) Die Nationalzeitung, die von der Suspension unbetroffen geblieben, ist der Willkür würdig und muthig entgegengetreten. Die Reform ist gestern Abend, obgleich suspendirt, dennoch erschienen und hat reißenden Abgang gefunden. Dafür aber hat das Militär von den Pressen der Reform Beschlag genommen und Herrn Ruge, ohne ihn jedoch zu treffen, während der Nacht aus dem Bett zu holen versucht. Der Assessor Wache ist gestern an der Börse verhaftet worden, eben so der Buchdruckereibesitzer Fähndrich, in dessen Offizin das Wache'sche Plakat gedruckt ist. — Der Abgeordnete Schramm befindet sich gleichfalls noch in Haft. Die Versammlung, die gestern Abend im Kludhause statt hatte, wurde vom Militär auseinandergetrieben, und der Kriminal-Aktuar Stein, der den Vorsitz führte, in die Militärgefängnisse abgeführt. Neben allen diesen Vorgängen besteht die Habeas-Corpus-Akte, welche Verhaftnahmen und Haussuchungen an richterliche Befehle knüpft, und außerordentliche Gerichte, also auch das Kriegsgericht des Hrn. v. Wrangel, ausdrücklich aufhebt. Der Staatsanwalt Hr. Sethe hat, wie man sagt, unter solchen Umständen sein Amt niederlegen müssen, und auch der Polizeipräsident soll abgedankt haben. Der Adjutant des Obersten Sommerfeld, welcher das Attentat auf die Versammlung im Schützenhause leitete, ein Herr v. Wydenbrugk, hat erklärt: er fühle sich nach seiner Theilnahme an einer hochverrätherischen Handlung nicht mehr würdig, dem Offizierstande anzugehören. Es ist ihm deßhalb der Degen abgenommen und er selbst nach Spandau abgeführt worden. Die Seele aller dieser Procedturen ist der Minister des Innern v. Manteuffel. Es wird versichert, derselbe habe den General Postmeister v. Schaper aufgefordert, Briefe öffnen zu lassen und die an Abgeordnete gerichteten Schreiben anzuhalten. Hr. v. Schaper hat dies Ansinnen zurückgewiesen und mit seiner Entlassung gedroht. Wie der General Wrangel das militärische Degan des Hrn. v. Manteuffel ist, so ist der bekannte v. Florencourt aus Naumburg, der sich seit einigen Tagen in Folge der Empfehlungen der Herren Leo und v. Gerlach hier befindet, der literarische Spießträger der Contrerevolution. Aus seiner Feder sind die halbamtlichen Artikel in der gestrigen Nummer der Spener'schen Zeitung geflossen. Sie wurden der Redaktion aus der Kanzlei des Ministeriums des Innern zugehändigt und werden in besonderen Abzügen unentgeltlich vertheilt. — Nachmittags 5 Uhr. Wir erfahren so eben, daß auch der Kammergerichts-Assessor Lipke und der Referendar v. Hochstetter, angeblich wegen beabsichtigter Verleitung des Militärs verhaftet seien. — Wie viel an einer viel verbreiteten Mittheilung Wahres sein mag, wonach der König der Krone unter der Bedingung zu entsagen entschlossen sei, daß nicht der Prinz von Preußen, sondern dessen ältester Sohn unter der Regentschaft der Prinzessin von Preußen den Thron besteigt, müssen wir dahin gestellt sein lassen. Wir bemerken indeß, daß man dieser Mittheilung auch in solchen Kreisen Glauben schenkt, in denen es an Gelegenheit, sich von der Wahrheit derselben Kenntniß zu verschaffen, nicht fehlt. —

5½ Uhr. — Unter den Abgeordneten wird so eben mit Bestimmtheit behauptet: daß die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt mit überwiegender Majorität ihre Mißbilligung über das Verfahren der preußischen Krone gegen die preuß. Nationalversammlung ausgesprochen habe. Hiernach scheint es, als habe Herr v. Radowitz einen in Betreff der Frankfurter Versammlung sehr zu entschuldigenden Rechnungsfehler begangen. Die Nachricht verbreitet allgemeine Freude. Man wird die Lage dieser Stadt zu begreifen im Stande sein, wenn man sie in der Nothwendigkeit erblickt, auf Frankfurt ihre Hoffnung zu setzen. Man hat ein Netz der Spionage um Berlin gewunden, von welchem die Systeme von Warschau und Petersburg verschwinden müssen. Aller Orten ist man von Mouchards belauscht. Einige sind bereits der Volksjustiz verfallen. Das Gerücht, daß der König

*) Credne Judneun Apolla !

zum 27. eine der belgischen Verfassung nahe kommende Konstitution zu oktroiren beabsichtige, taucht immer von neuem auf. Auch Hr. v. Wrangel soll den Stadtverordneten durch die Mittheilung desselben Trost einzustößen gesucht haben*). Heute wird der Belagerungszustand auch auf Schillersche Stücke ausgedehnt. Im königl. Theater sollte heute Abend „Don Carlos", aufgeführt werden. Wahrscheinlich auf Befehl des Hrn. v. Wrangel ist dies jedoch abgeändert und es werden zwei unschuldige Lustspiele gegeben. Es scheint man fürchtet auch die „Gedankenfreiheit" Posas. —

Bekanntmachung. Da die zur freiwilligen Ablieferung der Waffen festgesetzte Frist abermals verändergegangen ist, ohne daß der Aufforderung genügt worden, die des Bürgerwehr vom Staate verordneten Königlichen Dienstwaffen zurückzuliefern, so wird es nunmehr Pflicht der Behörde, mit der Abnahme der Waffen alles Ernstes vorzuschreiten.

Es soll hierdurch zugleich vorzugsweise verhindert werden, daß den Bürgern noch ferner die Waffen von Unbefugten auf die gewaltsamste Weise abgenommen werden, wie dies bisher vielfaltig geschehen ist.

Auf Anordnung der Kommandantur werden demnach morgen früh von 9 Uhr ab in den Straßen Militär-Patrouillen erscheinen, welche Transportwagen mit sich führen. Sobald von den Patrouillen ein Zeichen mit der Trommel gegeben worden, müssen in allen Häusern sämmtliche gelieferte Waffen nebst Munition auf den Haustluren zusammengebracht werden, von wo sie durch Kommandirte in Empfang genommen werden sollen.

Sollte auch dieser Aufforderung nicht nachgekommen werden, so haben die Haus-Eigenthümer und die Besitzer von Waffen sich die unvermeidlichen Folgen selbst beizumessen, welche mit einer Hausdurchsuchung und gewaltsamen Waffen-Fortnahme verbunden sind.

Die Militar-Behörde erwartet indeß von dem ehrenwerthen Sinn der Bürgerschaft und namentlich von einer geeigneten Mitwirkung der Bezirksvorsteher, daß dieselbe den Truppen in ihrer schwierigsten Aufgabe entgegenkommen und nicht durch unerwarteten Widerstand die größten Gefahren über die Stadt und das Vaterland herbeiführen werde.

Für jede abgelieferte Waffe wird eine Marke ausgetheilt.

Berlin, den 14. November 1848.

von Thümen,
General-Major und Kommandant.

Die nachstehende, bei Trommelschlag seitens der hiesigen Garnison, und durch öffentlichen Anschlag um Abend des 13. d. M. hier publizirte Bekanntmachung wird von neuem hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 12. d. M. bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß:

daß Alle, welche in Berlin oder in dessen unter Belagerungszustand gesetzten Umgebungen durch eine verrätherische Handlung den von mir kommandirten Truppen Gefahr oder Nachtheil bereiten, auf Grund der Vorschrift §. 18 Thl. 2 des Militär-Straf-Gesetzbuches vom 3. April 1845 sofort vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen.

Berlin, den 15. November 1848.

(gez.) von Wrangel.

Circulare an sämmtliche Königl. Regierungen. Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß in verschiedenen Landestheilen auf dem platten Lande dadurch eine nicht unbedeutende Aufregung hervorgerufen wird, daß man das Gerücht verbreitet, als gehe die Staats-Regierung damit um, die Wohlthaten, welche durch die bereits vorgelegten und vorbereiteten Gesetze der ländlichen Bevölkerung zu Theil werden sollen, nicht in Erfüllung gehen zu lassen. Die Regierung ist jedoch auch in dieser Beziehung fest entschlossen, den betretenen Weg zu verfolgen und den dauerlichen Eingesessenen jede irgend zulässige Erleichterung zu gewähren.

Die Königliche Regierung verpflichte ich, von dieser Absicht der Staats-Regierung der ländlichen Bevölkerung Ihres Bezirkes schleunigst auf geeignete Weise Kenntniß zu geben und die Landräthe zu veranlassen, daß in den einzelnen Ortschaften der Kreise das erwähnte Gerücht widerlegt und den Eingesessenen die Ueberzeugung verschafft werde, wie das Staats-Ministerium entschlossen sei, wie alle die von Sr. Majestät dem Könige ertheilten Zusagen getreu zu erfüllen, so namentlich auch das Wohl der ländlichen Bevölkerung nach Kräften zu fördern.

Berlin, den 15. November 1848.

Der Minister des Innern.

* Soweit die Stimmung der preußischen Provinzen sich übersehen läßt, ist die Mehrheit der Bevölkerung, namentlich in den größeren Städten, auf Seite der Landesversammlung. Magistrat und Stadtverordnete stellen sich wenigstens an die Spitze dieser geistigen Bewegung. In Breslau haben die Stadtverordneten in ihrer Adresse an die Landesversammlung sogar erklärt, sie erkennten in dieser für die Dauer des Konfliktes mit der Krone den einzig beschließenden und gesetzgebenden Körper! In Stettin erklärten Magistrat und Stadtverordnete sich mit 51 Stimmen gegen eine für die Versammlung. Ebenso herrschte Einstimmigkeit in Magdeburg. In Schlesien und Sachsen scheint die städtische Bevölkerung ganz überwiegend diese Partei ergriffen zu haben. In Westphalen ist dieß sehr zweifelhaft. Zwar fehlt

*) Diese und andere Mittheilungen der heutigen lithographischen Korrespondenz sind wohl mehr interessant, als verbürgt. Daß nach die parlamentrische Korrespondenz die Möglichkeit (besser gesagt Unmöglichkeit) einer octroierten Verfassung bespricht, haben wir bereits gestern erwähnt.

es nicht an Volksversammlungen, in mehreren Städten auch in Münster, oder z. B. in Hamm, hat sich die Mehrheit des Magistrates und der Stadtverordneten für die Krone ausgesprochen. In Köln ist der Gemeinderath gleich getheilt, die Masse der Bevölkerung für die Landesversammlung. Ebenso erklären sich Aachen, Trier, Düsseldorf, Koblenz für die Landesversammlung letztere Stadt sendet sogar eine Deputation nach Berlin, um die einstimmig beschlossene Adresse des Gemeinderathes zu überbringen. Dagegen erheben sich in den kleineren Städten und auf dem Lande viele Stimmen für das Recht der Krone. Namentlich haben bereits mehrere konstitutionelle Vereine in diesem Sinne sich ausgesprochen. Die Erklärung des Bonner konstitutionellen Bürgervereins schließt mit folgenden Worten: „Sollte diese Hoffnung uns täuschen, so gibt es noch einen Ausweg, diesen Streit auf rechtlichem Wege beizulegen. Erinnern wir uns, daß es in Deutschland noch eine höhere gesetzgebende und Regierungs-Gewalt gibt, die der deutschen National-Versammlung und des Reichsgewerbes zu Frankfurt. Dorthin werden, wenn es noth thut, unsere Blicke sich richten, und Jeder, welcher Ansicht er sei, wird, daran zweifeln wir nicht, sich willig dem, was diese höchste Gewalt für Recht erkennt, unterwerfen.

** **Bonn**, 15. Nov. In einem Augenblicke, wo die Aufregenden und die Aufgeregten sich von Frankfurt abwenden, müssen die Besonnenen aller Parteien um so mehr an dem Grundsatz festhalten, daß Frankfurt den Ausschlag zu geben hat, wenn Regierung und Stände eines deutschen Staates, und wäre es auch der mächtigste, sich nicht zu einigen vermögen. Es kann nicht bestimmt genug wiederholt werden, daß das Gesetz vom 8. April, die Grundlage der jetzigen Verfassungsverhandlungen in Preußen, kein Wort von dem Orte der Versammlung enthält; daß im Mai von Niemanden der Regierung das Recht bestritten wurde, den Ort zu wählen, und das Sitzungslokal zu bezeichnen. Und jetzt im November, soll durch eine Ortsveränderung ein Hochverrath begangen sein? Im Mai sollte die Regierung die Vollziehung der Gesetze vom 8. April ganz aussetzen, bis in Frankfurt eine Reichsverfassung zu Stande gebracht sei, und im November soll eine bloße Unterbrechung von vierzehn Tagen als Hochverrath bestraft werden? (Verschieden von der Frage nach dem abstrakten Recht ist die andere, ob es recht und weise war, dieses Recht jetzt und auf diese Weise auszuüben.)

** **Köln**, 15. Nov. Durch große Anschlagzettel war auch heute Mittag zu einer Versammlung der kölner Landwehrmänner und Reservisten aller Waffengattungen im Eiser'schen Saale eingeladen, und der Saal war zu der anberaumten Zeit gedrängt voll. Unter den wüthendsten Ausfällen nicht blos gegen das Ministerium, sondern auch, und in fast noch höherem Maße, gegen die Krone wurde von der Versammlung zuvörderst eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen, des Inhalts, daß die kölner Landwehr den Beschlüssen der Volksvertreter vom 9. d. M. ihre volle Zustimmung gebe, daß sie, solange der Conflict der Krone mit der Nationalversammlung daure, nur die Beschlüsse der letzteren für rechtsverbindlich halte, und daß die Nationalversammlung eine Proclamation erlassen möge, in welcher sie die gesammte Landwehr auffordere, sich zu erheben und wie einst den äußeren, so jetzt den inneren Feind zu vernichten. Alsdann wurde auf den Antrag der Fünfundzwanziger-Commission eine Commission von drei Mitgliedern ernannt, welche sofort über die Realisirung der Organisation der Landwehr unter selbst zu wählenden Führern zu berathen, der Versammlung deßhalb Vorschläge zu machen und mit der Fünfundzwanziger-Commission sich in's Einvernehmen zu setzen habe. Und als eben die Commission sich entfernt hatte, beschloß die Versammlung, deren Vorsitz der ehemalige Lieutenant Beust übernommen, vorbehaltlich der etwa geeignet scheinenden Vorschläge, welche die Commission machen würde, auf der Stelle nach den verschiedenen Waffengattungen in Compagnien zusammenzutreten und deren Führer zu wählen. Um halb 3 Uhr verlasse ich den Saal, die Infanteristen treten dort zusammen, die übrigen Waffengattungen versammeln sich auf dem großen Hofe des Lokals. Von den Offizieren der Landwehr waren übrigens nur drei Lieutenants anwesend. Diese drei gaben auf der Tribüne die Erklärung ab, daß sie sich zur Verfügung der Nationalversammlung stellten und wurden in die Commission gewählt. Und jetzt, bis ich in die Versammlung zurückkehre, viele andere Mittheilungen. Es haben 21 Advokaten, Mitglieder des hiesigen Barreau's, von welchen indeß die Mehrzahl den jüngeren Advokaten angehört, die Erklärung abgegeben und veröffentlicht: „daß vom Gesichtspunkte des Staats- und Privatrechtes eine Vereinbarung zwei Contrahenten voraussetzt, deren Beschlüsse an das wechselseitige Zugeständniß geknüpft sind, daß demzufolge die Krone auf der einen, die Nation in der Person ihrer Vertreter auf der andern Seite in Berlin zusammengetreten sind, um mit gleichen Rechten und Befugnissen das Verfassungswerk zu berathen und festzustellen; daß unter diesen Umständen keiner der beiden Vertragsparteien das Recht zugestanden werden kann, einseitig und wider Willen der andern die Zeit und den Ort der Berathungen, angeblich aus Gründen des inneren Staatswohls, immerhin aber willkürlich, zu ändern; daß deßhalb der Krone einseitig das Recht nicht zusteht, die nach Berlin berufene Nationalversammlung nach Brandenburg zu verlegen, und deren Vertagung bis zum 27. Nov. d. J. zu verfügen." Während aber in solcher Weise die Ansicht derer Unterstützung findet, welche sich an den in demselben Sinn nach Berlin bereits abgegangenen Adressen betheiligt haben, macht sich auch die entgegengesetzte Ansicht in mehrfachen Protesten gegen diese Adressen geltend. Mitglieder des Bürgervereins behaupten, daß das der Adresse günstige Resultat der Abstimmung nur durch den Terrorismus eingedrungener Massen erzielt worden. Der Gemeinderath ferner ist in Folge seiner desfallsigen Beschlüsse in voller Auflösung begriffen. Die Minorität hat gegen Form und Inhalt derselben protestirt. Der stellvertretende Oberbürgermeister, der persönlich jene Beschlüsse gebilligt und durch sein Votum den Ausschlag gegeben hatte, erklärte seinerseits, den Vorsitz im Gemeinderath nicht mehr übernehmen zu wollen, und ein Theil des Gemeinderaths endlich weigerte sich, einer Sitzung unter einem andern Vorsitzenden beizuwohnen. Es haben zwei Second-Lieutenants vom 25. Regiment ein Abschiedsgesuch veröffentlicht, welches sie sehr geräuschvoll damit motiviren, daß bei dem zwischen Krone und Nation entstandenen Conflict Pflicht und Gewissen sie nöthige, sich für das Volk zu erklären. Es mag passend sein, zu bemerken, daß beide Offiziere schon seit Monaten vom Dienste suspendirt sind. Für den, wie die betreffende Anzeige sagt, „für die Freiheit gestorbenen Reichsabgeordneten" Robert Blum wird morgen früh in der Minoritenkirche ein Requiem aufgeführt. Es ist auch schon der Antrag aufgetaucht, im Dom ein feierliches Hochamt für ihn zu halten, das indeß vielleicht schon einfach daran scheitern dürfte, daß Blum bekanntlich Deutschkatholik war. Die „Kölnische Zeitung" brachte vor Kurzem die Nachricht, daß der Fortgang des Dombaues durch einen vom Könige gewährten Zuschuß von 12,000 Thlrn. einstweilen gesichert sei. Diese Nachricht ist voreilig und ungenau: es ist freilich die Aussicht auf einen solchen Zuschuß gewährt, aber wirklich bewilligt und zur Verfügung gestellt ist derselbe noch nicht. — Wie übrigens die „Organisation" auch schließlich beschlossen wird, so sind doch keine Feldwaffen für die so organisirte Landwehr da; der beantragte Zug in Masse zum commandirenden General, um Waffen zu erlangen, hätte schwerlich zum Ziele geführt, und was die anderweitigen Mittel, Waffen zu erhalten, angeht, so bemerkte ein Redner aus der Fünfundzwanziger-Commission sehr richtig, daß sich über diese Mittel so öffentlich nicht gut verhandeln ließe. Einstweilen steht aber an den Straßenecken wieder ein großes Placat zu lesen, „die Bürger Düsseldorfs" unterschrieben, in welchem die Soldaten beschworen werden, vor allen Dingen nicht zu schießen. „Wenn ihr diesmal schießt," so lautet die bezeichnendste Stelle, „so seid ihr nicht mehr pflichtgetreue Soldaten, sondern feile Meuchelmörder, gedungene Banditen, die für ihr schlechtes Commißbrod Vater- und Brudermord begehen." Die Soldaten sind übrigens heute Abend, wie auch bereits gestern, von 6 Uhr ab in ihren Kasernen consignirt.

* **München**, 13. Nov. Wie es scheint, werden die militärischen Gewaltmaßregeln gegen die deutschen Hauptstädte laut Verabredung und nach einem zusammenhängenden und umfassenden Plane in's Werk gerichtet. Sie mehren sich, wie der Nürnb. Korresp. berichtet, die Gerüchte von bevorstehenden immer größeren Truppenanhäufungen um München, dessen Garnison schon jetzt eine Stärke hat, wie man sie in dieser Jahreszeit noch nie gehabt. Man glaubt allgemein, der bevorstehende Landtag, der voraussichtlich dem Wesen nach ein constituirender werden wird, solle durch die Macht der Bajonnette gegen den „Terrorismus" von unten „geschützt" werden. — Derselben Zeitung wird geschrieben: Gegen den Ausschuß der Studentenschaft, welcher laut Anschlags am schwarzen Brett die Sache der Wiener Studenten

als eigene erklärt und die entschiedenste Mißbilligung gegen die von dem Staatsministerium in der Aufnahmssache getroffenen Verfügungen an den Tag gelegt hatte, ist eine Untersuchung eingeleitet.

Dresden, 15. Nov. Der Leipz. Z. wird geschrieben: Gestern Morgen ist Julius Fröbel, Abgeordneter der deutschen Nationalversammlung, mit der Prager Post hier angekommen und von seinen Freunden, die ihn nach dem Vorgange Blum's bereits der unerbittlichen Strenge des Windischgrätz'schen Kriegsgerichts anheimgefallen glaubten, mit Jubel begrüßt worden. Der Todesspruch war ihm bereits verlesen worden; doch folgte darauf die Begnadigung. Eine Broschüre, die Fröbel über Oesterreichs nothwendige Centralisation geschrieben, soll günstig für ihn gewirkt haben.

+ **Karlsruhe**, 16. Nov. Unsere zweite Kammer hat sich während der letzten Tage nur mit untergeordneten Fragen beschäftigt; heute sollte sie einen Gegenstand erledigen, der in einem constitutionellen Staate von der größten Wichtigkeit ist, und von vielen Seiten durch die Presse bisher beleuchtet wurde, ja unter einem nicht geringen Theile der Einwohner Badens eine große Aufregung hervorgerufen hatte. Es galt der Berathung eines neuen Pensionsgesetzes, wobei die Commission wesentliche Modifikationen des Entwurfs der Regierung vorgeschlagen hatte, die sogar auf Verminderung der bisher bestandenen Pensionen hinausliefen, und alle Pensionen über 2000 fl., so wie alle Besoldungen über 2500 fl. abgeschafft haben wollte. Doch bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, rief der Wunsch des Abgeordneten Bauer, der sich auf die Einquartirungslast der Bewohner des Seekreises bezog, eine lange Debatte hervor, die Jeder, welcher ein reges Nationalgefühl für Deutschland besitzt, in einer Kammer nicht gehört haben möchte, wo bisher weitaus die größte Intelligenz sich offenbart hatte. Man kann wohl entschuldigen, wenn Abgeordnete solcher Bezirke welche an die Schweiz grenzen, die Regierung öffentlich darauf aufmerksam machen, daß das Hervorrufen von Zwangsmaßregeln gegen die Schweiz einem Theile des badischen Volkes ungleich lästiger werden müsse, als den Schweizern; man kann sogar damit einverstanden sein, wenn solche Abgeordnete ein besonnenes Verfahren und versöhnliche Schritte gegen ein Nachbarland der Regierung an's Herz legen; aber man muß, wie der Abgeordnete Buhl, entrüstet sein, wenn man Stimmen in einem deutschen Ständesaal vernimmt, welche die an Rohheit grenzende Sprache der Schweiz gegenüber Deutschland vertheidigen, man muß, wie der Abgeordnete Helmreich vortrefflich bemerkt hat, gegenüber den durch den dänischen Krieg ausgesogenen Bewohnern der Ostseeküste es als eine Schmach erklären, wenn in einer deutschen Kammer das Ausland belobt wird, welches Wegelagerer geduldet hat, um den Frieden seines Nachbars zu stören, und vorübergehende Unbequemlichkeiten im Verkehr als das entsetzlichste Unheil dargestellt werden. Was soll man aber dazu sagen, wenn der Abgeordnete Junghanns geradezu erklären konnte, daß, wenn die deutsche Centralgewalt kein Geld habe, sie auch keine Truppen schicken dürfe, um das badische Land auszusaugen, und wenn derselbe Abgeordnete die Sprache der Schweiz als eine stolze gegen sein Vaterland lobpreist? Mit Schmerz muß man bekennen, daß wir noch weit entfernt von der deutschen Einheit und Einigkeit stehen, wenn solche Aeußerungen von deutschen Volksvertretern offen ausgesprochen werden dürfen. Wer vermag hier dieselben Männer wieder zu erkennen, die beim Waffenstillstand von Malmö die Ehre Deutschlands im Munde führten! — Durch diese höchst unerquickliche Debatte wurde die auf der Tagesordnung stehende Frage über die Pensionen nicht weit gefördert, und nun die allgemeine Discussion begann. Hierbei erklärte denn Präsident Hoffmann Namens der Regierung, daß dieselbe auf den Vorschlag der Commission nicht eingehen werde, wonach das Maximum der Besoldungen auf 2500 fl. bestimmt sei und wornach ferner das Gesetz eine rückwirkende Kraft äußern werde; im Uebrigen sei die Regierung bereit, die Anträge der Commission anzunehmen. An der hierauf stattgehabten allgemeinen Discussion betheiligten sich vorzugsweise die Abgeordneten Rettig, Zell, Schmitt für den Entwurf der Regierung, dagegen Weller, Dennig, Blankenhorn u. a. für die Commissions-Anträge. Mez und Brentano sprechen ebenfalls mehr für die Vorschläge der Regierung und beantragen eine durchgreifende Reform der Steuergesetzgebung und des Staatsdiener-Edikts. Morgen folgt die Fortsetzung der Berathung, welche mit dem Durchgehen der Ansichten der Regierung endigen wird.

> **Baden**, 16. Nov. Um etwa übertreibenden Gerüchten vorzubeugen, theile ich Ihnen mit, daß eine schon längst zwischen den nach Rastatt commandirten österreichischen und unsern badischen Soldaten obwaltende Spannung gestern während meiner kurzen Anwesenheit daselbst in offene Feindseligkeiten ausgebrochen ist, und es in deren Folge Schlägereien in einem Wirthshaus gegeben hat, die zunächst durch einige Oesterreicher veranlaßt worden sein sollen. Mag hierin wohl ein Wort das andere gegeben haben, und keine Partei ganz unschuldig sein, so hört man doch sehr häufig, daß das anmaßende und oft herausfordernde Benehmen der österreichischen Soldaten dem schlichten, geraden Sinn der Unsrigen verletzend entgegentritt, und die Duldsamkeit der Letztern um so mehr auf eine zu harte Probe gestellt wird, als die österreichischen Truppen, als „Fremde" aber doch als „Gäste" bisher manche Vorrechte oder Freiheiten vor den unsrigen voraus beansprucht und wirklich hatten. Das Erscheinen des Gouverneurs, Generals v. Glaßmann, der persönlich sehr beliebt ist, und zugleich bei solchen Fällen energisch einzuschreiten weiß, brachte zwar die gestrigen Streitigkeiten schnell zu Ende, doch wird Niemand läugnen, daß noch manche Reibereien bei einem so eingewurzelten Haß der Unsrigen gegen die Oesterreicher, und bei deren arroganter Haltung stattfinden könnten. Es wird daher der Wunsch nicht unterdrückt werden können, daß die österreichischen Truppen wieder in ihre Heimath zurückkehren möchten, da ohnehin in unseren Gegenden, wo man gut deutsch ist, und wo überhaupt seit einem halben Jahr die Stimmung so sehr zu Gunsten Preußens sich geändert hat, der beharrliche österreichische Sondergeist, den wir fast tagtäglich in allen Kreisen gegen die deutsche Centralgewalt, wie im allgemeinen gegen die deutsche Sache sich äußern hören, vielfachen Anstoß erregt. Wir werden zwar niemals im Stande sein, mit unsern eigenen Militärkräften die Militärpflichten in unserm Lande zu erfüllen. Eine Festung wie Rastatt, die so nah der französischen Grenze liegt, und den Hauptplatz Straßburg sich gegenüber hat, bedarf wohl immerhin einer starken Friedensbesatzung. Auch hat es wohl keinen Zweifel, daß längs unserer langen Grenze, die zugleich Reichsgrenze ist, von der Centralgewalt eine bessere Grenzbesatzung angeordnet werden muß, als solche bisher war. Es werden Garnisonen nach Constanz, dann etwa nach Stühlingen, ferner Lörrach, Villingen oder Donaueschingen, dann Freiburg mit Altbreisach, Offenburg, Rastatt, Karlsruhe, Mannheim, und eine im Odenwald oder Main- und Tauberkreis, etwa Wertheim bestehen müssen, und dazu reicht unser badisches Contingent nicht zur Hälfte aus. Deshalb werden wir stets nach andere Reichstruppen bei uns sehen, und wünschen sehr, daß dies Preußen oder Kurhessen sein mögen, die allenthalben bei uns in sehr gutem Andenken stehen. Dieser Wunsch wird wohl realisirt werden, wenn bei der Constituirung des Reichs und der Wahl der definitiven Centralgewalt Oesterreich ausscheidet, und Preußen den Vorsitz einnimmt, eine Nothwendigkeit, die wir als erste Bedingung zur Begründung von Ordnung und Vertrauen in ganz Deutschland ansehen, und die bereits in allen Kreisen und von den verschiedensten politischen Farben einstimmig anerkannt wird.

C. **Mannheim**, 16. Nov. Gestern fand die Feier der „Enthüllung des Veteranen-Denkmals" statt. Eine große Menschenmenge hatte sich eingefunden. Mehr aus Neugierde, denn aus Interesse an der Sache selbst, da die jetzigen Verhältnisse unseres Vaterlandes viel zu ernst sind, als daß man große Begeisterung für — Denkmäler haben könnte. Veteranen hatten sich gegen 160 — 170 eingefunden, um den Zug mitzumachen. Das Denkmal ist aus grauem Sandstein, viereckiger Grundlage, auf den unteren Wänden sieht man auf der vorderen Wand einen schlafenden Löwen, auf die 3 anderen sollen die Namen der Veteranen geschrieben werden. Die Pyramidensäulen enden nach oben mit einem Kreuze, auf 2 derselben sind Trophäen eingehauen, auf den 2 anderen Umschriften. Das ganze Denkmal soll nur 1500 Gulden gekostet haben. — Von hohen Herrschaften war bloß Herzog Bernhard von Weimar zugegen, ein alter Veteran.

Freiburg, 15. Nov. Der königl. würtembergische Generallieutenant v. Miller ist mit seinem Generalstab von Donaueschingen wieder hier eingetroffen. Das Hauptquartier der würtembergischen und badischen Truppen im obern Theil des Großherzogthums bleibt nun auf unbestimmte Zeit in Freiburg.

(N. Fr. Z.)

Digitized by Google

[1/2] **Hamburg**, 13. Nov. Die seit meinem letzten Schreiben vorgenommenen Wahlen zu unserer constituirenden Versammlung sind ganz in demselben Sinne ausgefallen wie die früheren, d. h. die liberale Partei hat fast überall vollständig gesiegt, und es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß das Resultat in den noch übrigen 4 Distrikten ebenso ausfallen wird, sobald nicht doch noch eine schon mehrfach versuchte Spaltung in ihrem eignen Schooße ausbrechen sollte. Wie sehr ich indeß auch darin Recht hatte, wenn ich bemerkte, daß die radikale Partei in der Versammlung keineswegs die Oberhand gewinnen werde, das hat sich schon neulich in einer vorläufigen Zusammenkunft der bisher Gewählten zum Behuf gemeinschaftlicher Besprechung einiger Vorfragen auf's deutlichste herausgestellt. Die Herren von der äußersten Linken thaten freilich sehr ungebärdig und gaben sich alle Mühe, es ihren Frankfurter, Wiener und Berliner Kollegen, wo möglich, noch zuvorzuthun, was in unserm Liliput sich äußerst komisch ausnimmt, allein sie blieben überall in der entschiedensten Minorität, und selbst in der Frage über das für die Berathungen vorläufig zu wählende Lokal, worüber ihrer Ansicht nach nur die Versammlung selbst entscheiden dürfe, wenn sie den bestehenden Behörden gegenüber, von denen bereits die Einleitungen dazu getroffen waren, ihrer Würde nichts vergeben wolle, konnte sie den Uebergang zur Tagesordnung nicht verhindern, obschon die Linke und ein Theil des linken Centrums, freilich aber aus anderen Gründen, gleichfalls dagegen stimmten. Die ebenso unziemliche als ungeschickte Art ihres Auftretens brachte indeß bei der Mehrzahl der Anwesenden einen entschieden ungünstigen Eindruck hervor.

Die erste Hauptschlacht nach dem Zusammentritt der Versammlung wird zweifelsohne die Frage über den von ihren Mitgliedern zu leistenden Eid hervorrufen. Ich glaube diese Frage um so weniger unberührt lassen zu dürfen, als sie, wie es hier allgemein heißt, bereits zu Verhandlungen in und mit Frankfurt Veranlassung gegeben hat. Der in dem betreffenden Rath und Bürgerschluß vorgeschriebene Eid lautet wörtlich: „Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen, daß ich als erwähltes Mitglied der constituirenden Versammlung den Zweck, wozu dieselbe berufen worden, die Feststellung der künftigen Hamburger Verfassung, zum Wohle des Staates nach bestem Gewissen fördern, und bis das von der constituirenden Versammlung abzufassende neue Staatsgrundgesetz vollständig und definitiv festgestellt und in's Leben getreten sein wird, die bestehenden gesetzgebenden Gewalten und alle sonstigen Behörden und Einrichtungen in ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit anerkennen will. So wahr ꝛc." Es würde hier zu weit führen, wollte ich die Gründe vollständig entwickeln, aus denen zum Mindesten dieser Eid, in seiner jetzigen Fassung, meiner Ansicht nach nicht wird geleistet werden können, wenn nicht das ganze zukünftige Werk der Versammlung und somit die Versammlung selbst von vorn herein in Frage gestellt erscheinen soll. Während nach dem Wahlgesetz die constituirende Versammlung unabhängig von Rath und Bürgerschaft die Verfassung festzustellen hat, enthält dasselbe durchaus keine positive Bestimmung darüber, wer die auf solche Weise festgestellte Verfassung publiciren und in's Leben rufen soll. Da jedoch die Mitglieder der constituirenden Versammlung zu beschwören haben, daß sie, bis die neue Verfassung ins Leben getreten sein wird, die bestehenden Behörden u. s. w. in ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit anerkennen wollen, so läßt sich nach aller vernünftigen Logik daraus nur rückwärts der Schluß ziehen, daß die Publikation und Einführung der Verfassung vom Rathe, vielleicht selbst unter Zuziehung und nach erfolgtem Beschlusse Erbgesessener Bürgerschaft zu geschehen haben wird. Nun aber ist es, zumal bei den jetzigen, in der That zu gerechten Besorgnissen hinreichende Veranlassung gebenden Zeitläuften — heute ist hier die Nachricht eingetroffen, daß Berlin in Belagerungszustand erklärt ist — nichts weniger als undenkbar, daß Rath und Bürgerschaft seiner Zeit denn doch Bedenken tragen möchten, eine Verfassung zu publiciren und für ihre Einführung Sorge zu tragen, die ohne allen Zweifel von der bisherigen mittelalterlichen sehr wesentlich abweichen dürfte, und andererseits würde die konstituirende Versammlung in Folge des von ihren Mitgliedern geleisteten Eides sich nie und nimmer beikommen lassen dürfen, ihrerseits das Versäumte nachzuholen. So würde denn am Ende das Resultat herauskommen können, daß Alles beim Alten bliebe. Es gibt bei uns Manche, die sich über den Zustand der Dinge, in Wien und Berlin nicht wenig freuen und denen die Mobilität der Reichstruppen als die größte Errungenschaft der Jetztzeit erscheint — meiner Meinung nach genügt aber schon die Möglichkeit jenes Falles, um den Eid für die Mitglieder der konstituirenden Versammlung als moralisch unmöglich erscheinen zu lassen. Allerdings theilt nun ein nicht unerheblicher Theil des Senats diese Ansicht; man hat mindestens so viel eingesehen, daß sich in dem Wahlgesetz die bezeichnete Lücke findet; allein man scheint keine Neigung zu haben, das pater peccavi auszusprechen, sondern es lieber auf's Aeußerste ankommen lassen zu wollen. Ich würde dies um so mehr mißbilligen müssen, als dadurch ein großer Theil der Besonnenen und Wohlgesinnten von vorne herein gezwungen würde, gegen das Gesetz selbst Opposition zu machen und in der Frage über Sein und Nichtsein mit der äußersten Linken Hand in Hand zu gehen, die in der Wahl der Mittel weniger bedenklich ist. Je fester ich nach meiner Kenntniß der Persönlichkeiten überzeugt bin, daß die Mehrzahl der Versammlung die Ableistung des Eides verweigern wird, um so sehnlicher wünsche ich, daß man noch rechtzeitig einlenken und wenigstens die angedeutete Lücke ausfüllen oder die Fassung des Eides abändern möge, wenn man, was mir freilich viel räthlicher scheint, die Mitglieder nicht ganz von Ableistung desselben entbinden will. So viel wenigstens glaube ich behaupten zu können, daß selbst, wenn die äußerste Linke dabei andere Gedanken im Hinterhalte haben sollte, die Versammlung auf keinen Fall ihre Befugnisse überschreiten wird.

** **Hamburg**, 13. Nov., Abends. Wenige Stunden sind genügend gewesen, um ganz Hamburg in Allarm zu bringen, alle Vereine in Thätigkeit zu setzen und zwar in Folge der verschiedenen Nachrichten, die aus den verschiedenen Weltgegenden hier eintrafen. Den einzig freudigen Eindruck machte die von Kopenhagen eingegangene Nachricht, daß das Kasinoministerium abgetreten sei und ein friedliches an seiner Statt an's Ruder kommen werde. Selbst in Kopenhagen soll bei Bekanntwerdung dieser Ministeränderung vielfacher Jubel laut geworden sein, da der vernünftige Theil der Bevölkerung wohl einsieht, daß das alte System des Krieges mit den Staatsmitteln nicht durchzuführen ist. Minder erfreulich waren die andern Nachrichten. Die Erschießung Blum's rief eine allgemeine Entrüstung hervor. Im deutschen Klub ward gleich für die Wittwe desselben gesammelt. Die Nachricht von dem Belagerungszustande Berlin's und vom Benehmen der Nationalversammlung hat, was letztere betrifft, mehrere Adressen hervorgerufen, welche die Versammlung auffordern, treu auf dem betretenen Wege auszuharren. Von anderer Seite ward der Vorschlag gemacht, Freischaaren zu bilden, und es meldeten sich mehrere Hunderte, welche bereit waren, Berlin bewaffnet zu Hilfe zu ziehen. Man will abwarten, was die preußischen Provinzen thun. Selbst an der Börse mißbilligt man die Schritte der preußischen Regierung; die Geschäfte stocken.

Frankreich.

* **Paris**, 14. Nov. Das „Journal des Debats" spricht sich heute, im Gegensatze zum „Constitutionel", offen gegen die Candidatur Ludwig Napoleons und die Erklärung dieses letzteren Blattes aus, als habe Marschall Bugeaud den Prinzen in seinem Schreiben empfehlen wollen. Mit anerkennenswerther Offenheit fügt das einflußreiche und weitverbreitete Journal hinzu, obgleich es seinerseits seine Ansicht in keinem der beiden Candidaten vertreten finde, so stehe es doch nicht an, zu erklären, daß General Cavaignac nach seiner wie nach Bugeaud's Meinung weit gegründetere Ansprüche auf die Stimmen der gemäßigten Männer habe, als der Prinz. Bei weitem nicht so offen und gerade, wie dieses Organ der ehemaligen Gouvernementalen, spricht sich Larochejaquelin, das Organ der ehemaligen legitimistischen Partei, in einem an die öffentlichen Blätter gerichteten Schreiben aus. Eins, sagt er bestimmt: der Name des Herzogs von Bordeaux müsse fern von dieser Wahl bleiben. Seine Gesinnungsgenossen möchten sich aber der Abstimmung nicht enthalten und für den stimmen, der am meisten Aussicht hätte, das heißt wahl nach seiner Meinung für den Napoleaniden. Daß Carmenin sich für letzteren ausgesprochen habe, erklärt der „Moniteur du soir" für eine Unwahrheit. Herr Armand Marrast ist heute mit 378 Stimmen abermals zum Präsidenten der Nationalversammlung ernannt worden. Der Candidat der Straße Poitiers, Herr Leon Malleville, erhielt deren nur 144, und Herr Lacrosse 21. Dieses Resultat ist um so bedeutungsvoller, als es nach der Scene am Ende der gestri-

Digitized by Google

Uebersicht.

Verhandlungen der Nationalversammlung vom 18. Nov.
Die Steuerverweigerung in Preußen.
Deutschland. Frankfurt (Rücktritt Bassermann's.) Wien (Weiteres über Binm. Die österreichische Fintte.) Berlin Spaltung in der Kamarilla.) Liechtenstein (Berichtigung.)
Frankreich. Paris (Maßregeln der Regierung gegen beabsichtigte neue deutsche Freischaaren. Brodinse Aedeitee. Beschlüsse der N. V.)
Italien. Turin (Sieg der Friedenspartei.)
Börsenbericht von Paris (Vom 15. November.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 18. November.)
Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 17. November. (Schluß.)

§. 25. „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über die für Schiffe oder Flöße fahrbaren Flüsse und die Mündungen der in dieselben fallenden Nebengewässer, über die dem allgemeinen Verkehr dienenden Kanäle und Seen, den Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf diesen Wasserstraßen, so wie über alle Verhältnisse und Abgaben, welche darauf von directem Einflusse sind."

§. 26. „Alle deutschen Flüsse sind für deutsche Schifffahrt und Flößerei frei von Flußzöllen. Bei den, mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein. Wie und mit welchen Mitteln für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit dieser Flüsse gesorgt werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz."

§. 27. „Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren in den, an diesen Flüssen und den Mündungen der Nebenflüsse gelegenen Oeten unterliegen der Gesetzgebung und Oberaufsicht des Reiches. Es darf in Betreff dieser Gebühren eine Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten nicht Statt finden."

§. 28. „Flußzölle und Schifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladung nur durch die Reichsgewalt gelegt weeden, jedoch bleiben für dieselben bis zum Erlaß neuer Bestimmungen oder bis zu weiterer Anordnung — die gegenwärtigen fortbestehen."

Obenstehende ist die Fassung, in welcher Artikel V. des Verfassungs-Entwurfs — die letzten Sätze davon in ziemlich später Nachmittagsstunde — zum Beschlusse der Reichsversammlung erhoben ward. Unter den folgenden Verhandlungen aber brach die Dunkelheit des Abends vollends herein. v. Vincke nämlich und zahlreiche Genossen von der äußersten Rechten legten folgende Erklärung zu Protokoll nieder: „In Erwägung, daß in der Berathung von Giskra's Antrag nur Redner für denselben zum Worte gekommen, in Erwägung, daß die Ungesetzlichkeit, die Oesterreich Schuld gegeben werde, nicht erwiesen sei, in Erwägung endlich, daß die Versammlung der österreichischen Volksvertreter in den nächsten Tagen wieder zusammentritt, verwahren sich die Unterzeichner der erwähnten Erklärung gegen die aus der Annahme des Giskra'schen Antrags etwa hervorgehenden nachtheiligen Folgen."

Der Verlesung dieses Aktenstücks folgten Interpellationen von der entgegengesetzten Seite des Hauses an den österreichischen Ausschuß und an die Reichskommissäre Welcker und Mosle. Der wichtigste Vorgang aber war die sofortige Wiederaufnahme des v. Rappard'schen Antrags, nachdem die Versammlung die Dringlichkeitsbegründung desselben bereits abgelehnt hatte, durch Giskra. v. Rappard beantragt nämlich, in Rückbeziehung auf den Beschluß der Versammlung vom 14. Okt., in Erwägung, daß sich Hr. Bassermann auf die Seite der preußischen Krone gestellt und in Erwägung, daß neue Maßregeln in Berlin genommen worden seien, wie die Entwaffnung der Bürgerwehr, die gewaltsame Sprengung der Landesversammlung: die Abberufung Herrn Bassermann's und die Sendung von drei Reichskommissären nach Berlin, die sowohl einen blutigen Zusammenstoß verhüten, als auch die Regierung zur Zurücknahme ihrer Verfügungen gegen die Landesversammlung und Bürgerwehr nöthigen sollen.

Es ward entschieden, daß morgen (den 18. November) eine Sitzung der Nationalversammlung stattfinden und der Rappard'sche Antrag der Tagesordnung dieser Sitzung vorangestellt werden solle.

Vom 18. November.

Tagesordnung der 118. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl zweier Mitglieder in den Verfassungs-Ausschuß.
2) Berathung über den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Rappard.
3) Berathung über Artikel VI. des Verfassungsentwurfs.

Wir dürfen einem stürmischen Parlamentstage entgegensehen. Der Rappard'sche Antrag auf der Tagesordnung, — Staatssekretär Herr Bassermann aus Berlin zurückgekehrt — die Gallerien im Vorgefühle des aufziehenden Unwetters mit gedrängten Gruppen besetzt. Auf der linken Seite des Hauses umstehen beglückwünschende und aufmerksam zuhoechende Freunde dea Abgeordneten Herrn Julius Fröbel, der aus Wien wieder eingetroffen ist.

Vorsitzender von Gagern zeigt an, daß der Reichsminister des Handels, Herr Duckwitz, auf mehrere Anfragen an einem Tage nächster Woche Antwort zu grben verspricht. Noch größere Stille tritt ein, als der Reichsminister des Innern, v. Schmerling das Wort erhält. Er theilt die gestern Abend spät aus Berlin erfolgte Rückkehr Bassermann's mit nnd die auf heute festgesetzte Absendung der Herren Vicepräsident Simson und des Abgeordneten Hergenhahn aus Wiesbaden, um als Reichskommissarien nach dem Versammlungsbeschlusse vom 14. Oktober zu wirken. Vereinzelte Beistimmungsrufe pflichten dieser Maßregel bei. Dann erfolgt das gestern versäumte Einfordern der Stimmzettel zur Ergänzung des Verfassungsausschusses. Wie am Schlusse der Sitzung bekannt gemacht wird ist die Wahl auf Gülich aus Schleswig und Sommaruga aus Wien gefallen.

Der Antrag von Rappard's, den zahlreiche Unterschriften unterstützen, ist folgender:

Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern:

1) den Reichskommissär Bassermann sofort abzuberufen,
2) gleichzeitig eine Reichskommission mit dem Auftrage nach Berlin abzusenden:
   alle Mittel anzuwenden, um einen gewaltsamen Zusammenstoß der Militärgewalt mit dem Volke zu verhüten,
3) die preußische Regierung zu nöthigen, die von der preußischen Landesversammlung für gesetzwidrig erklärten Verfügungen zurückzunehmen, namentlich die Vertagung und Verlegung der preußischen Landesversammlung, die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, den Belagerungszustand der Stadt Berlin, die Beschränkung der freien Presse und des Associationsrechts.

Es werden zugleich einige Anträge mitgetheilt, die noch weiter gehen in ihren Forderungen und dann die angemeldeten Redner verlesen. Der Erste von ihnen ist

v. Rappard aus Glambek. Er drückt, über die von ihm angeregte Frage werde keine Partei entscheiden, sondern durch die Versammlung die einmüthige Stimme der deutschen Nation. Nur durch ein solches und das entschiedenste Verfahren könne der konstitutionelle Thron in Preußen erhalten werden. Sein Verlangen auf Bassermann's Abberufung habe sich durch die Mittheilung des Herrn v. Schmeeling erledigt. Aber als Zusatz habe er seinem Antrage hinzuzufügen, daß den preußischen Volksvertretern der Dank des Vaterlandes ausgesprochen werde.

Staatssecretär Bassermann betritt die Rednerbühne. Er spricht mit krankhaft angegriffener langsamer Stimme nnd gibt die Geschichte seiner Reise und seines Aufenthalts in Berlin. Der Zustand Berlins, wie er äußerlich erschrine, sei kein erfreulicher. Mit den Hervordringungen einer schrankenlosen Presse, die an den Straßenecken klebten, stimmten die Begebenheiten überein: das Aufpflanzen rother Fahnen, die Aufforderung an die Menge, kurze Beile und Messer mitzubringen zu den Belagerungen des Sitzungslokals der Abgeordneten. Die Minister fand Bassermann in einer Ruhe, vor der er erstaunte, allein außer Stande, Verhandlungen über die Centralgewalt mit ihm aufzunehmen, denn jeder Augenblick verlangte Thaten von ihnen. An Reaktion denke keiner jener Staatsbeamteten, die Reaktion würde überhaupt unmöglich sein in Preußen. Auch die Mitglieder der Berl. Vers. wären nicht im Stande, den Ministern Thatsächliches nachzusagen, was ihnen zur Last falle und ihr Privatcharakter sei über alle Zweifel erhaben. Von seiner Unterredung mit dem Könige theilt Bassermann mit, er habe den Monarchen deutscher gesinnt gefunden, als er gehofft. Der König war aber entschlossen, den Scenen, die

Digitized by Google

in Berlin vorgekommen, ein Ende zu machen, Deutschland und seine Gesittung zu retten, gefaßt auch auf das Aeußerste. B. habe dem Könige nicht verhehlt, welche Befürchtungen man hinsichtlich der Reaktion hege, allein die Antwort habe ihm bewiesen, daß diese Befürchtungen grundlos seien. Nach Wrangel's Einzug nahm die Stadt ein verändertes Antlitz an. Die Bevölkerung auf den Straßen war eine andere, der Verkehr darin belebter und die Bürger seien im Gefühle der Sicherheit nur sehr zufrieden mit der Umwandlung gewesen (Gelächter). Der Redner fährt fort, daß er vergebliche Vermittlungsvorschläge an Herrn v. Unruh gerichtet, daß er Zeuge einer fehlgeschlagenen Unterhandlung mit Herrn Grabow gewesen. Die Friedensbedingungen, welche die preuß. Versammlung stelle, seien diese: Verbannung aller Prinzen aus den Grenzen der Monarchie; Verhaftung und Hochverrathsprozeß gegen Wrangel und die Minister: unbedingte Unterwerfung der Krone unter die Versammlung, bis die Verfassung fertig sei. Endlich Entfernung aller Truppen aus Berlin. Was dann für ein Regiment beginnen würde, darüber ist der Redner nicht im Unklaren, obschon er nicht anzugeben vermag, wie lange dann die Republik in Preußen dauern würde. Eine wohlthätige Fortsetzung der Berathungen der Nationalversammlung in Berlin aber und eine Vermittelung sei unmöglich geworden. Die Ueberzeugung vielmehr habe sich ihm aufgedrungen, daß ein Zustand eingetreten sei, der entweder zur Annahme der obengenannten Bedingungen führen müsse oder wo ein jedes Nachgeben und Vertragen ohne Entzweck sei. Von der Berliner Nationalversammlung hoffe er nichts für die wahre Freiheit, nichts für deutsche Einheit, wie ihm der Beschluß in Bezug auf Posen und alle dort gehörten Aeußerungen beweisen. Er könne daher auch nicht in das Verlangen einstimmen, jener Versammlung ein Anerkenntniß auszusprechen. Den Beschluß vom 14. Oktober in Berlin auszuführen habe er sich für unfähig gehalten, und deshalb dem Reichsverweser seine Entlassung aus dem Amte angeboten. Nur die Ueberzeugung wolle er noch als ein Resultat seiner Reise darlegen, daß die rascheste Vollendung des Verfassungswerks von Nöthen oder es werde zu spät sein. (Beifall, auch von der Galerie, Widerspruch und Zischen von andern Seiten, endlich überwiegender Applaus.)

Venedey. Alles kommt darauf an, zu wissen, wer Herrn Bassermann die Bedingungen der Entfernung aller Prinzen aus der Monarchie u. s. w. gestellt hat. Auf den Namen müssen wir zunächst bestehen, oder es läßt sich kein Urtheil fassen.

Bassermann. Dem Ausschusse bin ich alle Namen zu nennen erbötig. Ob auch hier von der Rednerbühne, darüber kann ich mich im Augenblicke nicht entschreiben. Zunächst kann ich nur die Versicherung ertheilen, daß ich dem Ausschusse keine Auskunft verweigern werde.

Wernher von Nierstein stellt darauf und vertheidigt den präjudiciellen Antrag, die Angelegenheit zur schleunigsten Berichterstattung an den Biedermann-sächsischen Ausschuß zu überweisen. Dagegen besteigt unter dem anhaltenden Applaus des Hauses, besonders der Galerie

Raveaux von Köln die Tribüne. Er drängt zur Entscheidung. Nichts sei so nöthig, als ganze Maßregeln anstatt halber. Berlin steht auf einem Vulkane und wir zögern hier und warten, bis die Städte bombardirt sind. (Unterbrechung durch den nämlichen rauschenden Beifall wie vorhin.) Deutschland hat Oesterreich verloren (Widerspruch) — verlorn, das ist meine Meinung. Verweisen wir die vorliegende Frage wiederum an einen Ausschuß, so wird unserer Säumniß auch Preußen verlorn gehen. Durch Ihr Zögern verlieren Sie die Achtung der ganzen Nation. Also heute noch, sogleich einen Beschluß.

Die Abstimmung über den präjudiciellen Antrag Wernhers geschieht auf Plathners Verlangen durch Namensaufruf. Die Entscheidung fällt mit 261 gegen 172 Stimmen bejahend aus, und mit der Verweisung der Sache an den Ausschuß scheint die brennende Frage für heute beseitigt. Allein Zimmermann von Spandow will die Sitzung bis Nachmittag 4 Uhr ausgesetzt wissen, damit der Ausschuß sofort an seine Arbeit gehe. Venedey unterstützt dies Verlangen, desgleichen Nauwerck und da die Versammlung weder auf diesen Beschleunigungsantrag eingeht, noch in eine Sitzung für heute Abend oder eine morgende Sonntagssitzung willigen will, so ziehen die Mitglieder der linken Seite des Hauses nach und nach alle ihre in Bezug auf Preußen gestellten Anträge zurück. Zuerst thut dies von Rappard, und Wesendonck gibt einen förmlichen Protest gegen die Bassermann'sche Darstellung der Berliner Zustände zu Protokoll. Indessen bleibt das Haus bei seinem Beschlusse und läßt auch den Antrag an den Ausschuß in Bezug auf die Berichterstattung in der preußischen Angelegenheit unverändert bestehen.

Hiernach erhält Julius Fröbel das Wort zu einem Berichte über seine und Robert Blums standrechtliche Verfolgung. Die Linke begrüßt sein Erscheinen auf der Tribüne mit Beifallsklatschen. Er erzählt, er sei mit Robert Blum am 13. Oktober nach Wien abgereist, am 17. dort angekommen, um eine Adresse der Linken an die Bevölkerung Wiens zu überbringen. Nach einigen Tagen sei ihr Auftrag vollzogen gewesen und Robert Blum und er hätten abreisen wollen. Allein dieser Abreise stellten sich unüberwindliche Hindernisse entgegen und sie entschlossen sich daher zum Bleiben. Fröbel ward Hauptmann der 3ten, Blum der 11ten Elitencompagnie, die ursprünglich zur Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt bestimmt waren. Allein das Corps wurde ganz anders verwendet und an die gefährlichsten Punkte der Vertheidigung gestellt. Dazu seien beide Abgeordnete bald zu der Ueberzeugung gelangt, die Stadt werde an die Belagerer verrathen! Sie hätten daher am 29. Okt. früh ihre Entlassung von den Befehlshaberstellen gegeben, die auch angenommen worden sei, worauf sie sich ruhig zu Hause verhielten. Nach dem Einrücken des Militärs wendetrn sie sich selbst an das Stadtkommando, um zur Rückreise nach Frankfurt die Erlaubniß zu fordern, am 3. November eben deshalb an den General Cordon, — am 4. wurden sie verhaftet. Nachmittags 4 Uhr am 8. Nov. richteten die Gefangenen ein Schreiben an die Untersuchungsbehörde, in dem sie gegen die Fortdauer ihrer Haft, unter Anführung ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete protestirten. Die Antwort auf diesen Protest sei das Verhör am 8. und die Erschießung Blum's am 9. gewesen. Fröbel schilderte dann, mit welchem Raffinement er (Fröbel selbst) vier Tage lang in einsamer Gefangenschaft und in der Meinung erhalten worden sei, daß er seiner Hinrichtung jeden Augenblick entgegen sehen müsse. Sein Verhör habe sich hauptsächlich darauf erstreckt, ob er nach der Erklärung des Belagerungs-Zustandes für Wien durch den Fürsten Windisch-Grätz noch die Waffen geführt habe. Als ein wichtiges Vertheidigungs-Moment habe dagegen eine Broschüre Fröbel's gegolten, „Wien, Deutschland und Europa", die ihrer Zeit von der konservativen Presse Oesterreichs einige Anerkenntniß erfahren habe. Erst am 11. Nov. erfolgte wirklich Fröbel's Verurtheilung zum Strange, zugleich aber auch die Begnadigung durch den Fürsten Windisch-Grätz und die Freigebung des Gefangenen.

Nachdem der Redner seinen einfachen und ruhig gehaltenen Vortrag, von mancherlei Zeichen theilnehmender Bewegung begleitet, vollendet hat, wird zur Berathung des Artikels VI des Verfassungsentwurfs geschritten. Da auf die Diskussion verzichtet wird, so werden wir nur Abstimmungen zu berichten haben, hinsichtlich welcher wir auf die Nachschrift dieses Blattes verweisen.

Die Steuerverweigerung in Preußen.

Der preußische Landtag, oder, wenn man will, die Mehrheit der preußischen Abgeordneten haben einstimmig das Wort ausgesprochen, durch welches offen zum Widerstande gegen die bestehende Regierung aufgefordert wird: Steuerverweigerung! Von der äußersten Partei nicht blos innerhalb der Versammlung, sondern auch in mehreren Theilen des Landes war zu dieser Maßregel bereits aufgefordert. Die gemäßigte Partei hatte sie bis jetzt zu hintertreiben gewußt; das Haupt derselben, der Vorsitzende der Versammlung, Herr von Unruh, hatte noch vor Kurzem gewarnt, zu diesem letzten gefährlichen Mittel zu greifen. Die Stadtverordneten von Berlin, welche sich unbedingt auf die Seite der Versammlung gestellt, hatten dennoch am nämlichen Tage an sie die Bitte gerichtet, die Steuerverweigerung noch nicht auszusprechen, weil sie großes Unglück über das Land bringen könne. Aber während in Berlin die Waffen der Bürgerwehr entwunden wurden, hat die von Ort zu Ort vertriebene Versammlung, nachdem sie mit den blanken Waffen bedroht war, im Augenblick der höchsten Aufregung dennoch jenes verhängnißvolle Wort ausgesprochen, wodurch dem preußischen Volke eine gefährliche Waffe in die Hand gegeben wird. Wir lassen zunächst die einzige bis jetzt vorliegende kurze Schilderung

Digitized by Google

folgen, welche uns von jener merkwürdigen Sitzung zugekommen ist. Die Nationalzeitung berichtet:

„Preußischer Landtag. (Sitzungslokal im Mielenz'schen Saale.) 103. Sitzung, den 15. Nov. Präsident Hr. v. Unruh. — Nachdem durch Waffengewalt die Sitzung der Nationaloersammlung im kölnischen Rathhause unmöglich gemacht war, versammelte der Präsident die Abgeordneten um 7½ Uhr Abends im Mielenz'schen Saale. — Gegenstand der Debatte war die Steuerverweigerung. Der Antrag der Commission lautete: „Kein Ministerium ist berechtigt, Steuern zu erheben, bis dieser Beschluß wieder aufgehoben ist." — Dagegen ist von den Abgeordneten Schulz (Delitzsch), Plönnis und Schornbaum der Antrag gestellt: „Hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, Steuern zu erheben und Staatsgelder zu verwenden, bis die hohe Versammlung wieder in Berlin in Sicherheit ihre Pflichten erfüllen kann, und tritt dieser Beschluß am 17. November in Kraft." Der Namensaufruf hatte die Anwesenheit von 226 Mitgliedern ergeben. Um 8¾ Uhr, als so eben mit der Abstimmung begonnen werden sollte, traten einige Offiziere in den Saal, während ein halbes Dutzend Garde-Grenadiere die Thür besetzten. Ein allgemeines Ruf des Unwillens erhob sich. — Der Major näherte sich dem Präsidenten, mit dem er eine kurze Unterredung hatte. Worauf der Präsident Unruh der Versammlung mittheilte, daß der Major Eberhart (oder Hermann?) Befehl vom General Wrangel erhalten habe, die hohe Versammlung aus dem Saale zu entfernen. (Ruf: Wir gehen nicht!) Präsident: Ich muß Sie bitten, mir Ihre Ordre vorzuzeigen. — Major: Ich besitze keine schriftliche Ordre. Sie werden meinem Worte glauben. — Präsident: Ich messe Ihren Worten keinen Unglauben bei, allein ich muß darauf bestehen, daß Sie die schriftliche Ordre einfordern. — Major: Dies kann ich um so weniger, da General Wrangel mir jede schriftliche Ordre verweigert hat. (Heftige Bewegung der Abgeordneten.) Präsident: Haben Sie den Auftrag Waffengewalt anzuwenden? Major: Ich rechne mit großer Zuversicht darauf, daß Sie es nicht dahin kommen lassen werden. Präsident: Ich muß um bestimmte Antwort bitten: ob Sie einen solchen Auftrag, Waffengewalt anzuwenden, erhalten haben. Major: Ja, ich habe ihn erhalten. (Tiefe Bewegung.) Präsident: Und sind Sie entschlossen, diesen Auftrag zu erfüllen? Major: Ja, das bin ich! (allgemeines Schweigen.) Präsident: Unter diesen Umständen erkläre ich, daß man abermals Gewalt gegen die hohe Nationaloersammlung anwendet und daß ich gezwungen bin — in diesem Augenblicke erhebt sich die ganze Versammlung und mit emporgestreckten Händen rufen die 226, wie mit einer Stimme: Nein! niemals, nimmermehr! Wir gehen nicht von der Stelle, mögen die Bajonette uns durchbohren! Ein ungeheures Gewühl der Abgeordneten umringt den Major und seine Begleiter. Viele Abgeordnete mit erhitzten Gesichtern und erhobenen Händen drängen sich gegen den Präsidententisch. Es ist eine Zeit lang unmöglich, die Ruhe herzustellen. Endlich erhebt sich der Ruf, die Sitzung fortzusetzen, und keine weitere Unterbrechung mehr zu beachten. — Der Major nähert sich dem Präsidenten und spricht einige Worte mit ihm, worauf er mit seinen Begleitern und den Grenadieren an der Thür, den Saal verläßt. Abgeordneter Schneider liest hierauf den Antrag der Abgeordneten Schulz (Delitzsch), Plönnis und Schornbaum. Sämmtliche Abgeordnete erheben sich, die Steuerverweigerung ist einstimmig angenommen. Jubel ergreift die ganze Versammlung. Ein dreifaches donnerndes Hoch wird ausgebracht. Der Präsident schließt die denkwürdige Sitzung, über welche wir uns ausführlichere Mittheilung vorbehalten, um 9 Uhr."

Man unterschätze nicht die Bedeutung des ausgesprochenen Wortes der Steuerverweigerung. Worte haben in unserer Zeit mehr als einmal ihre Zündkraft bewiesen, und die Absicht, die Steuern, sogar auf eigne Hand, dem Ministerium Brandenburg zu verweigern, ist so vielfach ausgesprochen, daß es an Versuchen sie auszuführen, nicht fehlen wird. Ist doch die Versammlung an verschiedenen Orten, sogar von Behörden, bereits für den augenblicklich allein gesetzgebenden Körper anerkannt! Die Regierung hat im Voraus jeden Beschluß der Versammlung für ungültig, und die Versammlung selbst für ungesetzlich erklärt. Ja noch mehr; die preuß. Versammlung hat gar keine Befugniß aufzuweisen, Steuern zu bewilligen oder zu verweigern. Nach der Urkunde, wonach sie berufen, stehen ihr hinsichtlich der Steuern keine andern Rechte zu, als die des Vereinigten Landtages von 1847, nämlich die Zustimmung zur Erhöhung der bestehenden Steuern. Aber was ändert dies an den Folgen jenes Beschlusses? Die Revolution hat begonnen. Die Versammlung hat offenbar den Boden des Gesetzes längst verlassen, und die Regierung hat sich ebenfalls nicht auf demselben zu behaupten vermocht. Das allgemeine, buchstäbliche Recht, die Landesversammlung zu vertagen und selbst zu vertagen, kann der Krone nicht füglich bestritten werden. Aber da sie es zu unrechter Zeit von ungeeigneten Männern wollte ausüben lassen, ist sie in einen Kampf gerathen, wo sie mehr als eine gesetzliche Bestimmung, z. B. die über die Freiheit der Presse über die persönliche Sicherheit der preußischen Staatsbürger, nicht hat beobachten können. Auch sie ist wider Willen auf den Boden der Revolution gedrängt worden. Der Freund des Vaterlandes ist mit Schmerz erfüllt, und nur die Partei jubelt, welche ihre Hoffnung auf die „reine Verwirrung" setzt. Sie sieht im Geist die Krone schon vom Haupt der Hohenzollern fallen; sie wittert Blut und die Republik.

Aber sie triumphire nicht zu frühe. Allerdings liegen die Dinge so, daß eine ungewöhnliche Hartnäckigkeit, um nicht zu sagen Einfalt dazu gehört, um nicht zu sehen, daß die Krone ihr hohes Spiel nicht mehr gewinnen kann. Die Krone muß allerdings unterliegen. Doch nein, nicht die Krone! Glücklicherweise erscheint in einem constitutionellen Staate der König nicht auf dem Kampfplatz der Parteien. Nicht die Krone ist besiegt, sondern nur das Ministerium. Graf Brandenburg, jener Minister, welcher versprochen hat constitutionell zu sein, und sich bei seinen Handlungen auf allerhöchste Befehle beruft, muß abtreten mit seinem verhaßten und schon unter sich nicht mehr einigen Ministerium. Für ihre Maßregeln sind nur sie verantwortlich, nicht der König. Jene Maßregeln können, ohne das Königthum zu beschädigen, zurückgezogen werden. Ein neues volksthümliches Ministerium kann durch deren Zurücknahme das erste Vertrauen des Landes erwerben. Ihm wird man die zur öffentlichen Sicherheit nöthigen Maßregeln nicht verweigern. Die theoretischen Fragen über die Befugnisse einer verfassunggebenden Versammlung werden ihre Spitze verlieren, wenn sie praktisch nicht in Frage kommen. Die Landesversammlung muß einlenken, wenn sie einsieht, für wen sie sonst arbeiten würde.

Wir wiederholen es: noch gibt es in Preußen keinen Kampf gegen die Krone. Jeder, welcher die inneren Verhältnisse Preußens, wer Rheinland rechts vom Strome, wer die Grafschaft Mark und Westphalen, Brandenburg, Pommern und Preußen kennt, wird wissen, daß in diesem Falle nicht, wie doch geschehen, die Mehrheit der Bevölkerung für die Versammlung sich ausgesprochen haben würde. Es gilt bloß ein Ministerium zu stürzen. Sollten die Republikaner versuchen, dem Kampfe eine Wendung gegen das Königthum zu geben, so würden sie, es müßten denn allzugroße Fehler begangen werden, zu einem Häuflein zusammenschrumpfen.

Je schroffer die Parteien in Preußen sich gegenüber stehen, desto nöthiger ist die Vermittlung. Diese ist in Frankfurt beschlossen und wir zweifeln auch noch nicht an ihrer Ausführbarkeit. Mit Schmerz hörten wir so eben Heern Bassermann das Wort aussprechen: Eine Vermittelung ist nicht mehr möglich! So sagte ja Fürst Windisch-Grätz, ehe er Wien bombardirte. Im Gegentheil, der gemäßigtere Theil der Landesversammlung muß selbst wünschen, aus seiner Lage befreit zu werden. Er ist weiter gegangen, als er sollte, ja, als er wollte. Er wollte es noch nicht zur Steuerverweigerung kommen lassen, und er hat sich hinreißen lassen, sie auszusprechen. Er muß einsehen, daß, wenn der Linken das Steuer noch ferner überläßt, das Staatsschiff dem Abhange zutreibt. Abgeordnete dieser gemäßigtern Partei machen kein Hehl daraus; sie nähmen nur deshalb noch Theil an den Sitzungen, um es nicht zu gar zu ungemäßigten Beschlüssen kommen zu lassen. Mit der ausgeschiedenen Rechten zusammen bilden sie eine Mehrheit, welche zur Vermittlung geneigt ist. Und wollten sie dennoch schnöde alle Vorschläge zurückweisen, so würde das wieder nüchtern werdende Land und der von hier erschallende Ruf des ganzen Vaterlandes sie an ihre Pflicht erinnern. Aber die Vermittelung darf keinen Augenblick verzögert werden. Dum loquimur, fugit hora! Wir freuen uns, zu vernehmen, daß die beiden Reichsgesandten bereits nach Preußen unterwegs sind. Wenn es ihnen zuerst gelingt, das erschütterte Vertrauen zu Frankfurt wieder herzustellen, so verzweifeln wir nicht an dem Erfolg ihrer Sendung. Gott schütze Preußen!

Digitized by Google

× **Frankfurt**, 18. Nov. Der heute erfolgte Rücktritt des Hrn. Bassermann war nach seiner verunglückten Berliner Kommissionsreise wohl voraus zu sehen; auf der er nicht einmal Zeit gehabt hat, zu bedenken, ob er Hrn. Kirchmann der Nationalversammlung nennen wolle oder nicht. Wer heute in der reformirten Kirche war, und Bassermann früher in der badischen Kammer gesehen hat, der konnte sich gewiß eines innigen Mitleids nicht erwehren; seine Verwirrung war so groß, daß er „den König von Preußen deutscher fand, als er g e h o f f t hatte!"

Wien. Die Allg. Ztg. bringt die folgenden interessanten Einzelheiten über Blum's Tod. „Bis zum Tage vorher saß er mit Fröbel in demselben Zimmer gefangen. Gegen Abend wurden sie getrennt, und am folgenden Tage früh 5 Uhr Blum sein Todesurtheil verkündet. Er hörte es mit Fassung. Ein Geistlicher der Schottenkirche, zu deren Bezirk das Gefängniß gehört, kam zu Robert Blum, um ihm die Beichte abzunehmen. Er sagte, daß er nicht beichte. Der Geistliche sagte, er wisse das und wolle ihm nur menschliche Hülfe sein. Robert Blum verlangte noch einen Brief an seine Frau und seine Kinder zu schreiben. Er that das und besprach sich sodann mit dem Geistlichen ruhig über Unsterblichkeit. Er wurde sodann in einem Wagen mit drei Jägern und einem Offizier hinausgeführt in die Brigittenau. Auf dem Gang nach dem Richtplatze stand er mehrmals still und holte tief Athem, aber keine Spur von Kleinmuth war an ihm. Er bat, daß man ihm die Augen nicht verbinde, und soll noch gesagt haben: „Aus jedem meiner Blutstropfen wird ein Freiheitsmärtyrer erstehen." Eine Kugel traf ihn in die Stirne, die andern in die Brust. Nach der O. Allg. Ztg. hat Blum in seinem Verhöre sein politisches Glaubensbekenntniß ohne alles Hehl dargelegt. Gegen die Kompetenz des über ihn eingesetzten Tribunals legte er Verwahrung ein, und theilte, auf diesen Grund gestützt, noch auf dem letzten Wege dem ihn begleitenden Offizier seine Hoffnungen mit. Wozu das Possenspiel, fragte er, als man ihn über die Brücke führte, die diesmal auch, wie jene berühmte zu Venedig, zur Seufzerbrücke ward. Sie irren, Herr Blum, erwiderte der Offizier, Sie werden erschossen. Hier soll Blum einen Augenblick die Fassung verloren haben, ermannte sich aber sogleich wieder.

Der Effektivstand der österreichischen Flotte besteht dermalen aus 3 Fregatten, 2 Corvetten, 4 Briggs, 1 Schoner, 2 Kanonenschaluppen, 8 Penichen und 4 Dampfbooten, von denen aber nur Eins bewaffnet ist.

Berlin, 15. Nov. Wir h ö r e n, daß im Schooße des K a m a r i l l a m i n i s t e r i u m s bereits Zwietracht ausgebrochen ist; P e r s o n e n, die g u t u n t e r r i c h t e t zu sein p f l e g e n, theilen mit, daß v. Manteuffel a l l e s b e f e h l e und a n o r d n e, und Graf Brandenburg sich dem nicht f ü g e n will. Selbst der Geschäftsgang der Ministerien ist in Gefahr, stehen zu bleiben — binnen sehr kurzer Zeit. — Durch den ehemaligen Polizei-Präsidenten und Ministerial-Direktor v. Puttkammer soll dem Präsidenten der Nationalversammlung eröffnet sein, v. Manteuffel sei zu einer Verständigung sehr geneigt. Wie wir h ö r e n, hat der Präsident der Nationalversammlung erklärt, daß nur der Geiminaleichter noch mit dem „Minister v. Manteuffel" zu thun haben könne. (N. Z.)

Die Allg. Ztg. enthält aus Vaduz, 9. Nov. folgende Berichtigung eines auch von uns aufgenommenen Artikels: Der in der Allg. Ztg. enthaltene und der N. Freih. Ztg. entnommene Artikel, die Unruhen im Fürstenthum Liechtenstein betreffend, ist lediglich dahin zu berichtigen, daß am ganzen Bericht kein wahres Wort ist.

F r a n k r e i c h.

* **Paris**, 15. Nov. Auf das Gerücht, daß sich in Metz, Straßburg und andern Städten deutsche Freischaaren bilden, hat der Minister des Innern ein Rundschreiben an alle Präfekten mit der Aufforderung erlassen, ohne wichtige Beweggründe keine Pässe nach Deutschland oder den an Deutschland grenzenden Departementen zu erlassen. — Der Klub Poitiers hat sich jetzt in eine rechte Seite, welche Louis Napoleon, und eine linke getheilt, welche Cavaignac unterstützt. Bei der Minorität, welche der Kandidat dieses Klubs, Léon v. Malleville, bei der Präsidentenwahl der Nationalversammlung erhielt, zeigte sich dieß zuerst. Heute hat der Konstitutionel einen ungemein lobpreisenden Artikel für Ludwig Napoleon. Die Nationalversammlung hat gestern die sämmtlichen (4) von der prov. Regierung unterdrückten Lehrstühle wieder hergestellt, indem sie die dafür vorgeschlagene Reduktion der Ausgaben verwarf. In der heutigen Sitzung wurde ein Gesetzesentwurf wegen der Verträge der Arbeitervereine berathen, für welche letztere früher 3 Millionen bewilligt worden waren. Wir werden auf diesen Gegenstand zurückkommen. Gegen 3000 Arbeiter hatten sich gestern auf dem Marsfelde versammelt und von dort eine Deputation an den Minister der Staatsbauten, Herrn Vivien, abgeschickt, mit dem Verlangen bei den Arbeiten des Marsfeldes beschäftigt zu werden. Da jedoch diese Arbeiten unter der Leitung des Kriegsministers stehen, so wies Herr Vivien sie an diesen, und die Versammlung, die die größte Ruhe und Ordnung beobachtet hatte, löste sich indeß auf.

Paris, 15. Nov. — Stand der Renten: 5pCt. 63. 85; 3pCt. 41. 05; Neue —. —; Neapol. —; Bankactien ——. —; Span. 5pCt. (Aidoins) — ; 3pCt. 23¼; 3pCt. inländ. 18¼; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 102. 50; linkes Ufer —. —; Paris-Orleans 567. 50; Paris-Rouen 355. —; Orleans-Bordeaux 363. 75; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre 165. —; Marseille-Avignon 150. —; Straßburg-Basel 75. —; Nordbahn 336. 25; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 325. —; Römisches Anleben 62¾.

Etwas mehr Festigkeit in den Coursen, bei wenig Geschäften. Das Parquet auch heute fester als die sogenannte Coulisse. Eisenbahnaktien flau.

Madrid, 10. Nov. 3pCt. Rente 18⅞ baar. (Nach der Börse 18¾ à ⅛ P.); 5pCt. 9⅜ P. (N. d. B. 9¼ G.); Passive Staatsschuld 3½ P. (N. d. B. — —.)

An. Im gestrigen Madrider Courszettel lies 19⅛ statt 19¹⁵⁄₁₆.

I t a l i e n.

* **Turin**, 11. Nov. Die Kammer hat, wie man versichert, ihre langen geheimen Berathungen mit der Verwerfung der (antiministeriellen) Anträge der Fünfzehner-Kommission beschlossen. (Consituz. Subalpino) es ist dies ein Sieg der Friedenspartei.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 18. November.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metalliques 67⅜; 2½pCt. ditto 35¼; Bankaktien fl. 1120; fl. 500. Loose 116½; fl. 250. Loose 77¼; Badische fl. 35. Loose 25¼; Hess.-Rhle. 40 Loose 24¼; Polnische fl. 500 Loose 67; Friede. Wilh.-Nordbahn 37½; Berbach 61; Köln-Minden 74; 3pCt. inländ. Span. 17¼; 4½pCt. Würt. 92⅜; 4½pCt. Belg. 73; Holl. 2½pCt. Integrale 44⅛.

An der heutigen Börse fanden fast gar keine Umsätze statt. Berbach war zu 61¼ ausgeboten.

N a c h s c h r i f t.

N a t i o n a l v e r s a m m l u n g vom 18. Nov. (Schluß.)

Artikel VI. ist in folgender Fassung zum Beschluß erhoben:

§. 29. „Die Reichsgewalt hat über das gesammte deutsche Eisenbahnwesen das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht, soweit sie es zum Schutze des Reichs und im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs für nothwendig und zweckmäßig erachtet.

§. 30. Unter denselben Voraussetzungen hat die Reichsgewalt das Recht, Eisenbahnen anzulegen oder deren Anlage zu bewilligen, sowie vorhandene Eisenbahnen auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. Die Benutzung der Eisenbahnen steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei.

§. 31. Bei Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs wahrzunehmen.

Der Reichsgewalt steht die Gesetzgebung und Oberaufsicht über die den allgemeinen deutschen Verkehr vermittelnden aber zum Schutze des Reichs nothwendigen Heer- und Landstraßen, ingleichen über die Erhebung von Chaussee- und Wegegeldern und ähnlichen Abgaben auf solchen Straßen zu.

§. 32. Der Reichsgewalt steht das Recht zu, zum Schutz des Reichs oder im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs, Landstraßen zu bauen, Kanäle anzulegen, Flüsse schiffbar zu machen oder deren Schiffbarkeit zu erweitern. Sie hat für die Unterhaltung der so gewonnenen Verkehrswege zu sorgen.

Die bei derartigen Fluß- und Kanalbauten gewonnenen Vorlandungen gehören dem Reich.

Die nächste Sitzung findet Montag den 20. Nov. Statt.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kieffelbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue d. mo de Rosarath.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 308. **Frankfurt a. M., Montag 20. November.** **1848.**

Uebersicht.

Das Gesetz und die Parteien in Preußen.

Deutschland. Frankfurt (Die Nationalversammlung und die Berliner Vorgänge.) Wien (Die Ungarn. Das Ministerium. Finanzlage. Die Nationalgarde.) Prag (Der Reichstag. Versammlung der deutschen Vereine.) Berlin (Die Presse. Die Frankfurter Beschlüsse. Tagesereignisse. Vermittlungsversuche. Stimmung des Landes. Herr Pinder. 500 Deputirte in den Provinzen.) Elberfeld (Die Stimmung der Rheinprovinz.) München (Veränderungen im Ministerium. Fürst Leiningen.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen über die Hinrichtung Blum's.) Heidelberg (Die Sammlung für die deutsche Flotte. Professor Häusser. Eindruck der Nachrichten aus Berlin und Wien.) Rastatt (Militärstreitigkeiten.) Lübeck (Schreiben Stedmann's.)

Großbritannien. London (Denkschrift über die jüngste irische Insurrektion. Die englische Presse über die Lage in Berlin.)

Spanien. Madrid (Neueste Nachrichten.)

Italien. Turin (Der Krieg mit Oesterreich.)

Schweiz. Bern (Verhandlungen des National- und Ständeraths. Die Wahlen in Bern. Cassation der Freiburger Wahlen. Die neuen Mitglieder des Bundesrathes.)

20. November.

Berlin ist ruhig und die Entwaffnung wird zu Ende geführt. Zwar werden einige tausend Gewehre verheimlicht werden, und seit dem 18. März sind eine Menge Waffen von Einzelnen angeschafft, aber wenn es zu einem offenen Kampfe kommen sollte, so würde General Wrangel, dessen Kanonen selbst vom Dache des Schlosses herunter drohen, ohne Zweifel Sieger bleiben. — Doch es ist ein anderer Kampf, welcher jetzt in Preußen begonnen hat. Es ist ein Kampf um Recht und Gesetz, und man sollte meinen, daß in einem solchen Kampfe beide Theile gleich eifrig bemüht sein würden, Recht und Gesetz auf ihrer Seite zu erhalten. Allein beide streitende Theile, die Regierung, wie die Volksvertretung, haben diesen gesetzlichen Weg nicht einzuhalten vermocht. Die Landesversammlung hat ihre Befugnisse weit überschritten, zuletzt die Steuerverweigerung ausgesprochen und damit, wie der Berichterstatter, Herr von Kuchmann, selbst zugeben mußte, die Gesetzlosigkeit in das Land geschleudert. Einer jener Aufsätze, welche der preußische Staats-Anzeiger jetzt aufnimmt, „weil andere Zeitungen dergleichen Artikel nicht aufnehmen wollten", schmeicheln sich zwar, daß jene Aufforderung zur Ungesetzlichkeit ganz wirkungslos sein werde. Allein wir haben mit Recht das Gegentheil vorausgesagt. Allerdings lehnt sich der gesunde Sinn des Volkes dagegen auf. Berlin hat im Voraus davor gewarnt, Magdeburg sich schon dagegen verwahrt, obgleich beide Städte die Sache der Landesversammlung zu der ihrigen gemacht. Aber in andern Theilen des Landes hat das Uebel bereits begonnen. In Düsseldarf führt das Volk mit Musik und Jubel das unversteuerte Schlachtvieh in die Stadt — armes Volk, du selbst erscheinst uns wie ein Schlachtopfer, das bewußtlos seinem Verderben entgegenzieht! Aus Koblenz läuft eine ähnliche Nachricht ein. In Köln haben schon früher zwei der großen Zeitungen, die „Rheinische Volkshalle" und, wie sich von selbst versteht, die „Neue Rheinische Zeitung", zur Steuerverweigerung aufgefordert, und die „Kölnische Zeitung läßt sich beim Empfang jener Nachricht vernehmen: „Seit wir diese Zeilen schrieben, sind neue unheilvolle Ereignisse geschehen, die militärische Gewaltherrschaft ist noch despotischer geworden, die Nationalversammlung hat mit dem entscheidenden Akte der Steuerverweigerung ihre letzte Befugniß ausgebeutet. Mit diesem — gestehen wir es nur, unberechenbaren, die Anarchie vielleicht auf lange in den Staat schleudernden — Akte geht der passive Widerstand Berlins durch das ganze Land bis in die niedrigsten Hütten hinab; will auch jetzt noch die Krone auf ihrem verhängnißvollen Wege, selbst der Vermittlung der deutschen Centralgewalt gegenüber, weiter gehen, so muß sie nur zu bald den Belagerungszustand auf ganz Preußen ausdehnen und das Martialgesetz an die Spitze ihres Gesetzbuches stellen. Sie glaubt jetzt Berlin und die Opposition besiegt zu haben: aber noch ein solches Sieg, und sie ist verloren. Die Krone der Hohenzollern rollt am Abgrunde. Noch steht die Entscheidung der Centralgewalt wie ein schwacher Damm zwischen den empörten und immer höher steigenden Fluthen; ist auch er zerrissen, dann ist der Augenblick gekommen, wo wir unsere Entschließungen nur noch aus der Gefahr des Vaterlandes schöpfen können." Wenn wir unsern Blick auf die andere der beiden streitenden Parteien, auf die Regierung wendrn, so finden wir auch ihre Schritte nicht mehr innerhalb der Grenzen des Gesetzes. Die freie Presse ist in der Hauptstadt vernichtet. Der Polizeipräsident von Berlin, Hr. v. Bardeleben, hat die deßhalb ergriffenen Maaßregeln für ungesetzlich erklärt und sein Amt niedergelegt. Das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit ist in mehr als einem Punkte verletzt. Der fünfte Paragraph desselben, welcher in keinem Falle, selbst während eines Belagerungszustandes nicht aufgehoben werden darf, lautet folgendermaßen:

„Niemand darf vor einen anderen als den im Gesetz bezeichneten Richter gestellt werden. Ausnahmsgerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft."

Und Angesichts dessen bedroht der Oberbefehlshaber alle, welche seinen Truppen durch eine verrätherische Handlung Gefahr oder Nachtheil bereiten würden, mit dem Kriegsgerichte. Ja, in seinem neuesten Erlasse werden die Einwohner der Stadt und des in Belagerungszustand versetzten Bezirks „gemessenst und bei Vermeidung kriegsrechtlicher Bestrafung" angewiesen, die bei ihnen sich aufhaltenden Fremden polizeilich anzumelden. Das Hausrecht wird weder bei Tag noch bei Nacht geachtet und die Verhaftungen nicht in der gesetzlichen Form vorgenommen. Zwar ist in dem wichtigen, am 24. September vom König vollzogenen Gesetze die zeitweilige Aufhebung der Bestimmungen über das Hausrecht und über Verhaftungen im Falle eines Kriegs oder eines Aufruhrs erlaubt worden; aber für diesen Fall bestimmt:

„Die Volksvertretung ist in diesem Falle sofort zusammenberufen."

Die Mitglieder der ausgeschiednen Rechten haben bereits am 15. November eine dringende Vorstellung an das Ministerium gerichtet, und ihre Ansicht ausgesprochen: daß die Zusammenberufung sofort stattfinden müsse, wenn nicht eine Verletzung heiliger und verbriefter Rechte des Volks eintreten sollte. Allein dessen ungeachtet ist diese Berufung nicht erfolgt. Vielmehr spricht sich eine uns eben zugehende Mittheilung im Sinne des Ministeriums folgender Maaßen aus: „Das Ministerium scheint nicht zugeben zu wollen, daß auf Grund des §. 8 der Habeas Corpus Akte die Nationalversammlung sofort nach Berlin berufen werde. Unserer Ansicht nach ist in jenem Paragraphen ein rechtmäßiger Grund, eine gesetzmäßige Verpflichtung zur sofortigen Einberufung der Nationalversammlung nicht vorhanden, da dieselbe durch die obwaltenden Umstände, die bei der Erlassung jenes Gesetzes nicht vorgesehen waren oder nicht vorgesehen werden konnten, nicht möglich ist."

Wenn Gesetze auf diese Art ausgelegt werden dürfen, so scheint es unnöthig, Gesetze zu geben. Aber schlimmer als Alles:

Wir hoben bereits (in der letzten außerordentlichen Beilage) eine Stelle aus dem preußischen Staatsanzeiger hervor, wo es heißt: „So dringend das Vaterland der ihm verheißenen und durch das königliche Wort verbürgten Verfassung bedarf, so wenig wird man sich doch jetzt bergen können, daß diese Versammlung faktisch wie rechtlich zu dieser Aufgabe für uns verloren ist.“ Wir wagten zu diesen Worten keinen Kommentar. Aber er wird jetzt von allen Seiten gegeben durch das Gerücht, der König von Preußen wolle seinem Volke einseitig eine Verfassung verleihen. Selbst die Rechte erhebt darüber ihre mahnende Warnung. „Möge die Regierung“, ruft sie in ihrer heutigen Zuschrift aus, „möge die Regierung an ihrem gegebenen Worte unerschütterlich festhalten, dann vertritt die Minorität, welche heute noch der fortjagenden Majorität gegenübersteht, in Wahrheit eine Mehrheit des Volkes. Diese Mehrheit, welche sie heute noch besitzt, kehrt sich aber zur Einstimmigkeit gegen die Regierung mit ihrem ersten Schritte, der von ihrem Versprechen abweicht. Eine solche Besorgniß knüpft sich an den letztenden Artikel, welchen der gestrige Staatsanzeiger brachte, und der eine Octroyirung der Verfassung in Aussicht stellt. Möchten die Rathgeber der Krone beherzigen, daß es sich hierbei nicht bloß um einen Akt der politischen Weisheit handelt, sondern daß es das Wort des Königs antasten, und das Vertrauen zu diesem Worte im Lande erschüttern heißt, wenn eine octroyirte Verfassung den 27. November in Brandenburg nicht zur Wahrheit werden lassen sollte.“

Aller Augen wenden sich in diesem Augenblicke noch Frankfurt, nach der Reichsgewalt, die jetzt in Preußens Noth ihr Ansehen befestigen oder vielleicht für immer einbüßen kann. Ihre Abgesandten werden es vielleicht schwer finden, in andern Punkten das Richtige zu ermitteln. Aber eins ist gewiß; sie müssen im Namen des Reichs beide Theile ermahnen, wieder einzulenken auf die Bahn des Gesetzes. Das Gesetz schreibt die sofortige Einberufung der preußischen Volksvertretung vor. Und damit scheint ein Ausweg gegeben, um die Vermittelung anzubahnen, ohne die Rechtsansprüche eines der beiden Theile zu verwerfen.

Deutschland.

-÷- **Frankfurt**, 19. Nov. Es ist gewiß im hohen Grade erfreulich und der erhabenen Stellung der deutschen Nationalversammlung vollkommen angemessen, daß dieselbe das Schiedsrichter- und Vermittleramt in dem unglückseligen Konflikt, der zwischen der Krone und der Volksvertretung in Preußen ausgebrochen ist, übernommen hat. Sie hat dabei, wie uns scheint, ganz den Standpunkt eingehalten, der ihr zukam und der den Umständen entsprach. Sie hat sich nicht auf die Seite der Krone gestellt, sie hat die von dieser gegen die Landesversammlung ergriffenen Maßregeln nicht durch eine unbedingte Zustimmung bekräftigt; sie hat aber ebensowenig für diese Letztere Partei genommen, sondern hat lediglich Dasjenige angerathen und gefordert, was, in unparteiischer Erwägung aller Verhältnisse, das Geeignetste schien, um dem Lande den Frieden wiederzugeben und die Möglichkeit eines fernerweiten gedeihlichen Zusammenwirkens der beiden großen gesetzgebenden Faktoren zu verbürgen. Daß diese Forderungen ausschließlich an den einen der beiden streitenden Theile, an die Krone, gerichtet waren, das sollte dem Beschlusse der National-Versammlung wenigstens vor den Augen Derer Gerechtigkeit verschaffen, die alles Recht bei diesem Streite auf Seiten der Landes-Versammlung zu Berlin erblicken. Aber, sonderbar! gerade von dieser Seite her wird der Beschluß vom 14. d. als unzureichend, als parteiisch, als nicht energisch genug angegriffen, ein Beweis, was diese Partei eigentlich wünscht und in der National-Versammlung durchsetzen möchte. Sie will nichts Geringeres, als daß die National-Versammlung unbedingt und in alle Wege der Berliner Versammlung Recht gebe, daß sie einseitig für sie Partei ergreife, daß sie die Maßregeln, welche zur Herstellung und Sicherung der Ordnung von der Regierung getroffen sind, sofort lähme und aufhebe, ohne die mindeste Garantie zu haben, ob die Versammlung, wenn man von ihr die Ergreifung solcher Maßregeln abhängig mochte, dazu mehr Kraft und mehr guten Willen haben möchte, als vor der Katastrophe. Die National-Versammlung würde ihre Aufgabe und die Aufgabe der von ihr geschaffenen Centralgewalt gänzlich verkennen, wenn sie diese Stellung zu den Berliner Ereignissen einnehmen wollte. Sie soll die Freiheit verbürgen, aber auch die Ordnung; sie soll der Reaktion wehren, aber auch der Anarchie; sie kann das Erstere nicht, ohne das Zweite; sie konnte nicht von der preußischen Regierung verlangen, was sie verlangt hat; ohne zugleich ihr gegenüber die Bürgschaft dafür zu übernehmen, daß nicht die Erfüllung dieser Forderungen das Land in noch größere Verwirrung stürze. Die National-Versammlung hat die Pflicht, mit Hilfe der Centralgewalt darüber zu wachen, daß die Entwickelung der Verfassung und der Volks-Freiheiten überall in den einzelnen deutschen Staaten, auf dem ungebahnten gesetzlichen Wege sich vollende. Sie hat in richtiger Erkennung dieser Pflicht die strenge Einhaltung jenes Weges auch in Preußen zum Gegenstande ihrer ernstesten Fürsorge gemacht; sie hat darauf gedrungen, daß selbst dem Scheine einer beabsichtigten Abweichung von demselben Seitens der Regierung sofort begegnet werde, daß die von der Regierung ergriffenen Nothmaßregeln genau auf das Maß des wirklich Nothwendigen beschränkt bleiben, sie hat sogar — ohne sich durch den Gedanken abschrecken zu lassen, daß man ihr von der andern Seite einen Mißbrauch ihrer Machtbefugniß vorwerfen wird — gewissermaßen selbst in die Prärogativen der preußischen Krone eingegriffen, indem sie derselben ein gewichtiges Anverlangen in Bezug auf die Wahl ihrer Rathgeber gestellt hat. Wird diesen Forderungen der Nationalversammlung von der preußischen Regierung nachgegeben — und es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß es geschehe, — so ist von dieser Seite gewiß Alles gethan, um jenen gesetzlichen Weg der Verfassungsbegründung und der politischen Entwickelung für Preußen vollkommen sicher zu stellen. Dann muß aber auch von der andern Seite eben dieser Weg eingehalten werden; dann darf die Landesversammlung sich nicht auf einen Standpunkt stellen, welcher nichts anderes ist, als der Anfang einer neuen Revolution; dann darf sie nicht, statt ihr und des Landes Recht, wie solches aus der Revolution des März hervorgegangen, zu schützen, neue Rechte für sich in Anspruch nehmen, Rechte von einem Charakter und Umfang, daß mit ihrer Durchführung die ganze bestehende Regierungsform über den Haufen geworfen wäre. Das wäre aber in der That der Fall, wenn die Landesversammlung, d. h. der zurückgebliebene Theil derselben, Bedingungen der Art stellen wollte, wie sie nach Herrn Bassermann's Bericht Diesem bei der von ihm versuchten Vermittlung von Mitgliedern der gemäßigten(?) Fraktion jener Versammlung vorgelegt worden sind. Wenn die Versammlung wirklich verlangen wollte, daß der König sich allen ihren Beschlüssen bis zur Vollendung des Verfassungswerkes im Voraus unbedingt unterwerfe, so hieße das nichts mehr und nichts weniger, als die Republik und den Konvent proklamiren, und wenn ferner verlangt wird, daß alles Militär aus Berlin und seiner Umgebung hinweggezogen werde, so wäre das, nach den vorhergegangenen Erfahrungen von der Ohnmacht der Bürgerwehr, der direkte Weg zur Alleinherrschaft der souveränen Kluds, zur Sanktionirung der permanenten Emeute, mit einem Worte: zur rothen Republik. Schon durch den Beschluß wegen Steuerverweigerung hat die Versammlung sich auf einen Boden gestellt, wo nicht mehr von Abwägung von Rechten, sondern von der Anwendung einer revolutionären Gewalt die Rede ist. Denn das Recht der Bewilligung und Verweigerung der gewöhnlichen Steuern ist der Versammlung durch das Gesetz vom 8. April nicht beigelegt, noch hat sie es bisher in Anspruch genommen. Will die Versammlung diesen Boden betreten, will sie den Schlund der Revolution wieder öffnen, und einen Verfassungszustand für Preußen von sich aus oktroyiren, wohlan! so sei sie wenigstens so ehrlich, Dies offen heraus zu sagen; so spreche sie aus, daß sie nicht Rechte, die sie verletzt glaubte, vertheidigen, sondern neue ungemessene erobern wolle. Täuscht uns nicht Alles, so hat die Versammlung mit diesem Beschlusse der Steuerverweigerung — durch welche sie die besonnene Haltung, die sie seit dem 8. Nov. angenommen, wieder gänzlich verleugnet hat — einen Punkt erreicht, wo die ganze Bewegung in eine neue Bahn umschlagen dürfte. Bis dahin hatte die Versammlung nichts beschlossen, was nicht durch die gegen sie ergriffenen Maßregeln erklärt, ja wenn man einmal annehme, daß die Krone bei diesen Maßregeln im formellen Unrecht sei, gerechtfertigt war. Durch die Steuerverweigerung hat sie diese Grenzlinie des passiven Widerstandes überschritten, hat die Offensive ergriffen und sich ein Recht beigelegt, welches sie von ihrem bisherigen Rechtsboden aus nicht zu begründen vermag. Sie hat dadurch den Schein auf sich geladen, als sei es ihr auch mit jenem angeblichen gesetzlichen Widerstande nicht Ernst gewesen; sie hat dadurch der Krone einen mächtigen

Digitized by Google

Vorwand gegeben, auch ihrerseits um jenen Rechtsboden sich weniger ängstlich zu kümmern und den Kampf da aufzunehmen, wohin jener Beschluß ihn versetzt hat, auf dem Gebiete der Gewalt. Fühlt sich die Versammlung stark genug, Rechte zu usurpiren durch einen neuen Akt der Revolution, so könnte die Regierung leicht dasselbe versuchen wollen im Geiste und zu Gunsten der Reaktion. Daß bei dieser Lage der Dinge die Vermittelung zwischen der Krone und der Versammlung unendlich schwerer geworden, liegt auf der Hand. Herr Bassermann hat eine solche auf den Grund des Beschlusses v. 14. d. als geradezu für unmöglich erklärt und deßhalb seine Mission in die Hände der Centralgewalt zurückgelegt. Das Ministerium ist dieser Ansicht nicht beigetreten; es hat sofort zwei neue Kommissäre nach Berlin abgesandt, um jenen Beschluß dennoch nach Möglichkeit auszuführen. Unterdessen steht eine neue Berathung und Beschlußfassung in dieser Sache im Schooße der Nationalversammlung bevor. Wir wollen dieser nicht vorgreifen, aber soviel glauben wir aussprechen zu dürfen, die Nationalversammlung wird unter allen Umständen an dem Grundsatze festhalten müssen, aus welchem der Beschluß vom 14. d. hervorgegangen ist, an dem Grundsatze, daß nur auf der Basis eines Entgegenkommens, eines Nachgebens von beiden Seiten eine Ausgleichung des Conflictes möglich sei, daß zwar die Freiheit und die konstitutionelle Entwickelung in Preußen auf keine Weise gefährdet werden dürfe, daß aber auch der Ordnung und dem Gesetz ihr volles Recht werden müsse. Welcher Theil diese Grenze überschreitet, gegen den wird die Centralgewalt kraft ihres im §. 2 des Gesetzes vom 28. Juni begründeten Rechtes der Oberaufsicht entschieden auftreten müssen, sei es die Regierung, sei es die Volksvertretung. Und wir hoffen, daß bei dieser executiven Erfüllung ihrer Pflicht, nach beiden Seiten hin die öffentliche Meinung in Preußen und in ganz Deutschland sie kräftigst unterstützen werde!

* **Wien**, Am 12. Nov. langten wieder 6 Batterien aus Böhmen an, die nach Ungarn zur Armee geschickt wurden. Die Ungarn haben Preßburg stark befestigt. Von Kossuth soll am 11. Nov. eine Botschaft an Windischgrätz des Inhalts eingelaufen sein, daß er die Uebel, welche die Hauptstadt befallen hätten, nicht noch durch Vertheurung der Lebensmittel, die aus dem gesperrten Verkehr erwachse, vermehren wolle, und seinerseits die Zufuhren freigeben würde, wenn man österreichischerseits für deren Empfangnahme sorgen wolle. Fürst Windischgrätz habe ihm darauf bedeuten lassen, daß er nicht mit Rebellen unterhandle. So berichtet die D. Allg. Z. Man besorgt übrigens durch die Kossuth'schen Maßregeln nur eine momentane Theurung, da bei den gesegneten Aernten in allen andern Nachbarländern und den gehäuften Vorräthen dieselbe von keiner Dauer sein kann. Vorzüglich erwartet man bei der noch offenen Schiffahrt baldige Zufuhren auf der Donau. Die Bastrien um Wien werden nun wirklich an zwei Punkten, gegen das Kärnthner- und Rothenthurmthor, durch Benützung der schon früher daselbst angedeuteten Redouten so stark als möglich gegen jeden äußern und innern Feind befestigt. Messenhause soll zu 20, Fünfundzwanzig zu 15 Jahren Festungsstrafe verurtheilt sein. Die Hinrichtung des ersteren scheint auf ausdrücklichen Befehl von Ollmütz unterblieben. — Das Ministerium ist noch nicht definitiv zusammengesetzt. Breda hat nach der D. Allg. Z. das Justizministerium ausgeschlagen, weil er die Gesinnungen seiner Kollegen nicht theile. Ebenso soll Mayrr den Eintritt verweigert haben. — Die am 12. Nov. kundgegebene finanzielle Uebersicht weist ein Defizit von 60 Millionen in einer 11monatlichen Periode aus. Es entstand aus den Einnahmsausfällen vorzüglich in Ungarn und Italien, sowie aus dem vermehrten Militäretat, und mußte größtentheils durch Credit gedeckt werden. In Wien ist die Noth eben so groß, daß der Gemeinderorstand die Mildthätigkeit des ganzen Landes in Anspruch nimmt. — Nach der Schles. Z. soll die Reorganisation der Nat.-Garde nahe bevorstehen, jedoch so, daß jede Compagnie unter einen Offizier der Armee gestellt werde. Hierauf werde die Bürgerschaft sich nicht einlassen wollen, und die Regierung wohl am Ende nachzugeben genöthigt sein, da sie unter den gegenwärtigen Umständen die Bürgerwehe nicht entbehren könne. Ihre guten Dienste im August und ihre Haltung am 10 Okt. sind nicht vergessen, und überhaupt war es wohl nur die Absicht, die Proletarier und die akademische Legion für immer zu entwaffnen, während die Entwaffnung der Nat.-Garde nur provisorisch war, um die darin aufgenommenen Arbeiter auszumerzen. — Nach dem Oest. Corr. soll Graf Auersperg zum Festungscommandanten in Ollmütz ernannt sein.

In **Prag** wurde nach der D. Allgem. Ztg. die abermalige Vertagung des Reichstags mit großem Unwillen aufgenommen; es ging sogar das Gerücht, dies sei nur das Vorspiel einer längern, zweimonatlichen Vertagung, während der alle Freiheiten zu Grabe getragen werden sollen. Die Abgeordneten, die schon im Begriff waren nach Kremsier abzureisen, bleiben nun in Prag. Auch die Berliner Ereignisse wurden dort mit Aufmerksamkeit verfolgt; die gegenwärtige Stimmung in Oesterreich hat natürlich nur Sympathie für die Nationalversammlung, deren würdige Haltung auch in czechischen Kreisen und von czechischen Organen mit Bewunderung anerkannt wurde. — Am 20. Nov. soll in Eger eine Versammlung sämmtlicher deutschen Vereine Böhmens stattfinden, von der man sich für Belebung des deutschen Sinnes viel verspricht.

△ **Berlin**, 17. Nov. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß das Ministerium sofort die Hand zur Vermittlung und zur Aussöhnung bieten wird, wenn es die Gewißheit erlangt, daß man von der andern Seite eben so geneigt dazu ist und es redlich meint. Die ausgeschiedene Rechte sucht daher unablässig in diesem Sinne zu wirken, und auch verschiedene Mitglieder der in der Nationalversammlung gedrängten Centren sind gleicherweise thätig. — So viel sich die Stimmung des Landes übersehen läßt, beruhigt sie sich etwas; genau und vollständig läßt sich dieselbe noch nicht angeben. Für die Regierung sowohl als für die Nationalversammlung laufen zahlreiche Adressen ein: der Staatsanzeiger und die Neue Preußische Ztg. einerseits und die übrigen Blätter andererseits registriren sie. An Zahl sind sie wohl nicht sehr ungleich, auch in Bezug auf den Werth, indem hier sowohl als da Veteran, Urwähler, Bürger und nun selten Magistrate oder Stadtverordnete sich aussprechen *). So viel ist gewiß, daß das besonnene Urtheil mehr hervortritt. — Die Abliefrung der Gewehre erfolgt unausgesetzt; doch ist die Einsammlung noch nicht durch sämmtliche Stadttheile gegangen; ein Hinderniß wird der Auslieferung der Waffen n i e g e n d s entgegengesetzt. Es ist daher zu hoffen, daß vor dem 27. keine neue Störungen eintreten. — Der neuernannte Polizeipräsident, Hr. v. Hinkeldey, bisher Oberregierungsrath in Merseburg, ist bereits hier angekommen. — Herr Pinder hat seine Entlassung noch nicht eingereicht, obgleich er sich einer Deputation gegenüber geäußert hat, daß er die Maßregeln des Ministeriums nicht billigen könne. Es scheint den Sturz des letztern für so nahe zu halten, daß die Einreichung seiner Dimission unnöthig sei.

CC **Berlin**, 17. Nov. Die Nachricht der Frankfurter Beschlüsse vom 14. d. M. hat hier nicht geringe Freude erregt, und man hofft allgemein, daß die in Folge derselben in Aussicht stehende Vermittlung der Centralgewalt begierig von beiden Theilen werde angenommen werden, um endlich einen Ausweg aus diesem unseligen, die ganze Existenz des Landes gefährdenden Konflikte zu finden. — Leider können wir diese Hoffnung in so fern nicht theilen, als — sind wir recht berichtet — die äußerste und die sogenannte gemäßigte Linke, jetzt leider die einzigen Bestandtheile der zurückgebliebenen Versammlung, fest entschlossen sein sollen, die ihnen so unerwartet gebotene Möglichkeit einer Versöhnung zu verschmähen, und zu Maßregeln zu schreiten, gegen welche die vorgestrige der Steuerverweigerung als eine gemäßigte erscheinen dürfte. — Möge daher das Land nicht zu weit nach einer Seite sich hinreißen lassen, möge es nicht blindlings folgen denjenigen seiner Vertrauensmänner, die jetzt in einem politischen Rausche befangen sind, der sie buchstäblich unzurechnungsfähig macht! Möge es ein kräftiges Veto einlegen, wenn Persönlichkeiten, die seit einigen Tagen in jedem ihrer Schritte und Tritte ein Stück Weltgeschichte zu erblicken glauben, und dieß in naivster Selbstüberhebung offen aussprechen, den Staat in Brand stecken möchten, um an der Gluth — ihre eigene Suppe zu kochen! — Möge man aber auch von der andern Seite die Augen öffnen; möge man dem Ausspruch der Frankfurter Nationalversammlung die Beachtung angedeihen lassen, welche er verdient und nicht fortfahren dem Lande ein Ministerium aufzudrängen, gegen welches die öffentliche Stimme so energisch sich erhebt, ein Ministerium,

*) Wir müssen berichtigend hinzusetzen, daß fast in allen größeren Städten Magistrat und Stadtverordnete sich für die Landesversammlung ausgesprochen. Zur Steuerverweigerung werden sie sich hoffentlich nicht hinreißen lassen.

welches in 8 Tagen der Sache der konstitutionellen Monarchie tiefere Wunden geschlagen hat, als alle Wühlereien der Demokraten in acht Jahren vermocht hätten! Die Nationalversammlung ist an dem fernern Druck ihrer Verhandlungen verhindert worden; mehrere Setzer und Drucker sollen deshalb verhaftet sein. Der Bericht über die letzte Steuerverweigerungs-Sitzung wird deshalb in Frankfurt a. O. gedruckt. — Die verbürgte Nachricht, daß Magdeburg, die Stadt, welche mit am ersten und energischsten die Rechte der Nat.-Versammlung der Krone gegenüber zu wahren sich beeilte, die erste Stadt des Landes ist, welche durch ihre Stadtverordneten Protest gegen die Steuerverweigerung einlegt, hat hier in allen Kreisen die angenehmste Sensation erregt. — Mit heute beginnt die polizeiliche Aufsuchung und Ausweisung der Fremden, welche über den Zweck ihres Hierseins sich nicht auszuweisen vermögen. — Vorgestern versuchte der demokratische Klub in einem Lokale der Frankfurter Straße eine Sitzung abzuhalten. Bei der militärischen Auseinandertreibung veranlaßte die Widersetzlichkeit einzelner Mitglieder nicht unbedeutende Verletzungen. So erhielt einer einen lebensgefährlichen Stich in's Auge, einem andern wurden drei Finger abgehauen ꝛc.

Berlin, 17. November. Die Berliner Bürgerwehr hat 500 Deputirte der einzelnen Bataillons nach allen Richtungen in die Provinzen gesendet, um mit den verschiedenen politischen und Bürgerwehr-Vereinen der Provinzial-Städte sich zu verständigen. Man ist dabei hier davon ausgegangen, daß von den Provinzen der Hauptstadt bisher Anmaßung der alleinigen Entscheidung in den großen politischen Fragen vorgeworfen worden sei; man wolle daher diesmal, ehe man selbstständig handle, auch die Meinung der Provinzen hören und noch ihr sich richten.

÷ **Elberfeld**, 17. Nov. In einem Artikel, datirt Aachen, 12. Nov., theilt Ihre Zeitung mit, daß auch in Elberfeld die Stimmung sehr aufgeregt sei. Eine Aufregung ist allerdings vorhanden, aber nicht in dem Sinne, wie jener Artikel es vermuthen läßt. Der hiesige Gemeinderath hat mit 22 gegen 7 Stimmen die Rechte der Krone bei Verlegung der National-Versammlung anerkannt, die Maßregeln selbst durch die anarchischen Zustände in Berlin für gerechtfertigt erklärt und jede Widersetzlichkeit gegen die Prärogative der Krone mißbilligt. Der Gemeinderath zu **Barmen** hat sich einstimmig in gleichem Sinne ausgesprochen. In einer Versammlung der Wahlmänner des ganzen Elberfelder Kreises haben all' Wahlmänner mit Ausschluß von nur 6 Wahlmännern noch entschiedener **gegen** das Verfahren der Berliner Nationalversammlung und **für** die Rechte der Krone, sowie für die Nothwendigkeit der getroffenen Maßregeln ihre Stimmen erhoben. Die lügenhaften Berichte, welche man sich in Beziehung auf die hier herrschende Stimmung zu verbreiten erfrechte, widerlegen sich am besten durch solche Thatsachen. Damit man nicht ausstreuen könne, die Gesinnung der Urwähler sei in der Majorität eine andere, so wird die Majorität jetzt ermittelt; sie kann aber Keinem zweifelhaft sein, der nur etwas unsere Zustände kennt. In dem ganzen bergischen Fabrikdistrikt, so wie in der Grafschaft Mark (Westphalen), steht die weit überwiegende Majorität für die Rechte des Königs.

A **München**, 15. Nov. Wie ich vor ein paar Tagen voraussagte, sind die Veränderungen in den Ministerien nun doch endlich in jener Weise zu Stande gekommen, wie dieselben schon vor etwa drei Wochen beschlossen wurden, nur mit dem Unterschiede, daß Thon-Dittmer aus dem Ministerium austritt und Staatsrath wird. Wegen Uebernahme des Ministeriums für Handel und öffentliche Arbeiten sind mit Regierungsdirektor Beyer in Würzburg Unterhandlungen angeknüpft, die jedoch bis jetzt noch zu keinem Resultate geführt haben. Die Freude darüber, daß Thon aus dem Ministerium austritt, ist natürlich allgemein: denn bei aller Anerkennung seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit und seines redlichen Willens läßt sich nicht leugnen, daß er so vollkommen alle Popularität verloren hatte, daß ihm ein ersprießliches Wirken zur Unmöglichkeit geworden. — Mit diesen Veränderungen soll, sicherem Vernehmen nach, auch die Abschaffung des Kabinets des Königs beschlossen worden sein; hoffentlich wird dieselbe diesmal zur Wahrheit, denn einer frühern Uebereinkunft zuwider hatte der König bisher noch immer ein besonderes Kabinet mit eigenen Beamten, welche über die Vorschläge der Minister zu berichten haben, und diese natürlich häufig zu hintertreiben, oder wenigstens wesentlich abzuändern wissen. Diesem Kabinet und der augenscheinlich mit demselben verbündeten Camarilla sind auch sicher jene steten Verzögerungen zuzuschreiben, welche mit dem bekannten energischen Charakter der Minister durchaus nicht im Einklange stehen: daher der Umstand, daß häufig Verordnungen mit dem Geiste der Jetztzeit nicht zu vereinbaren sind, daß halbe Maßregeln ergriffen werden, und daß namentlich manche von den Gesetzen, welche beim letzten Landtage erlassen wurden, den Erwartungen nicht entsprochen, welche man von unsern Ministern hegte. Daß aber diese aus Angelegenheiten von untergeordneterer Bedeutung nicht immer eine Kabinetsfrage machen können, erklärt sich daraus, daß sie nicht durch ihr Abtreten einem reaktionären Ministerium den Platz räumen wollen. Darum wird man es begreiflich finden, wenn in Bayern Jedermann den Wunsch hegt, es möchten die Einflüsse einer unverantwortlichen Camarilla, welche zwischen den König und seine verantwortlichen Minister sich einzudrängen gewußt hat, endlich einmal gänzlich beseitigt werden. — Die Ereignisse in Wien nehmen natürlich hier fortgesetzt die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch, und Männer von anerkanntem Talente sind zweifelhaft, auf welche Weise das Alles wieder ins Geleise gebracht werden soll. Man kann deshalb hier nicht recht begreifen, wie der Fürst von Leiningen zu jener schwierigen Mission auserschen werden konnte. Ueberhaupt muß ich offen gestehen, daß man hier allgemein sehr geneigt ist, dem edlen Fürsten zu glauben, daß er nichts als „sein gutes deutsches Herz", d. h. einen guten Willen besitze; daher war auch Niemand über die eben nicht sehr glänzende Rolle verwundert, die er als Präsident des Reichsministeriums spielte oder ausgespielt.

ϑ **Stuttgart**, 16. Nov. Auch wir haben heute die großen deutschen und europäischen Angelegenheiten in unserer würtembergischen Abgeordnetenkammer berathen, die preußischen und österreichischen Angelegenheiten erledigt. In dem preußischen Conflicte war der Antrag von dem republikanischen Abgeordneten Scherr ausgegangen, und sein Antrag wurde mit allen Stimmen gegen zwei angenommen. Zwar ist in der Nationalversammlung zu Frankfurt vorgestern erst der Antrag der Minorität des Ausschusses, nach welchem prinzipiell das Verfahren der k. preußischen Regierung als im Recht nicht begründet erklärt werden sollte, abgelehnt, und der Mehrheitsantrag, welcher nur nach völlig wiederhergestellter Sicherheit die Berathungen in Berlin, die Aufhebung der beschlossenen Verlegung und Vertagung anrieth, so wie die Berufung eines volksthümlichen Ministeriums in Preußen zum Beschluß erhoben worden; allein das hinderte unsere Kammer nicht, die Centralgewalt durch das Organ der hiesigen Regierung aufzufordern, „die Sache der preußischen Nationalversammlung zu der ihrigen zu machen, und prinzipiell in allen Punkten gegen die Krone Preußen zu entscheiden." Als von Einem Mitgliede aufmerksam gemacht wurde, es scheine doch ein Widerspruch zu sein, auf der einen Seite beständig die vollständigste Unterwerfung unter die Beschlüsse der Reichsversammlung und unter die Centralgewalt zu verlangen, dasselbe im gleichen Athem auch jetzt von der preußischen Regierung zu heischen (was in der Scherr'schen Motion stark betont ist, ohne daß irgend Jemand in Erinnerung brachte, wie gerade die Berliner Nationalversammlung sich direkt und schneidend in der Posenschen Frage mit den Frankfurter Beschlüssen in Widerspruch setzte, so daß Herr Bastide vor wenigen Tagen erst es rühmend in der französischen Nationalversammlung erwähnte, wie durch ein vote législatif auf Anrathen Frankreichs die Posener Sache sich so gut gestaltet!!) es sei im Widerspruch, zugleich ein Anderes zu beschließen, als vorgestern zu Frankfurt beschlossen worden war, da war man gleich fertig. Herr Scherr setzte seinem Antrage voran: „Zur Vollziehung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 14. d." und dann stand eine Auffassung, welche der der Majorität der Reichsversammlung entschieden entgegen tritt, selbst die der Minorität des dortigen Ausschusses weit übersteigt und sich etwa dem Simon'schen Antrage nähert. Daß die Einleitung mit dem übrigen Theile des Beschlusses in Widerspruch steht, thut nichts. Denn kam ein Antrag des Herrn Seeger auf Erlassung einer Adresse an die deutsche Nat.-Vers. wegen der Hinrichtung Robert Blums. Sie werden sie zu lesen bekommen und dann erstaunen, wie eine Adresse in solchem Ton von der würtembergischen Abgeordnetenkammer in der gleichen Sitzung angenommen werden konnte, wo sie — schon fertig entworfen und redigirt — vorgedacht worden war. Wir sind so überglücklich, hier kein Centrum zu haben: die Mitglieder, welche diese Ansicht angehören, werden von der Linken ohne Widerstand mit

fortgerissen. Wagt es doch diese Fraktion der Kammer nicht einmal in der Frage der Civilliste, wo Römer und seine Kollegen ehrenhaft erklärt haben, auf dem Boden der Verfassung stehen bleiben zu wollen, wie in allen Dingen, wo der König sich bereit erklärt haben soll, 200,000 fl. jährlich für seine ganze Regierungsperiode, und überdies 100,000 fl. für die nächste Zeit freiwillig nachlassen zu wollen (so daß die Civilliste auf 500,000 fl. herabfiele): wagt sie es bis jetzt doch auch da nicht, sich kräftig der von dem Stadtdirektor, Herrn Seeger, geleiteten Linken, welche durchaus eine Aenderung des Gesetzes über die Civilliste auf dem Weg der Verabschiedung verlangt, sich entgegen zu setzen. Die Verfassung sagt zwar ausdrücklich, die Civilliste werde für die Dauer der ganzen Regierung eines Monarchen bestimmt; die Resignation des Königs auf ⅔ seiner bisherigen Civilliste ist ohne Zweifel ein großes Opfer, das er dem Lande bringt — aber das genügt nicht, man will die Krone demüthigen, will den Linken sagen können: Wir haben es erzwungen, uns verdankt Ihr es. Man droht sogar mit Verwerfung des Budgets, mit Steuerverweigerung ꝛc., wie die Regierung bei dieser Frage nicht den von der Linken beliebten Weg einschlägt, und hat schon ein Ministerium Seeger, Schoder, Zoller fertig, ein Ministerium junger Beamten, welche sich seit dem März durch maßlose Opposition auszeichnen, während sie bis dahin fleißig und emsig dem Ministerium Schlayer dienten, das sie jetzt als Ausdruck eines hellafen Systems darstellen. Man rechnet jetzt hier darauf, weil die Bewegung ursprünglich von Süddeutschland ausging, so werde auch jetzt Baden und Würtemberg nochmals Deutschland aus den Angeln heben. Wenn man aber das Ministerium Römer umwirft, so könnte man sich selbst über die Stimmung im eigenen Lande stark verrechnet haben, und einen solchen moralischen Widerstand hervorrufen, dem die ohnedin wenig bedeutende Summe von Intelligenz dieser Herren schwerlich mit Erfolg entgegen treten dürfte.

+ **Karlsruhe**, 17. Nov. Auch die badische zweite Kammer hat heute über die Hinrichtung des Reichstags-Abgeordneten Blum sich ausgesprochen. Die äußerste Linke hatte dem Abgeordneten Kapp überlassen, den Gegenstand in die hierüber unaufgeregte Kammer zu bringen, und ihm nach während seiner langen Rede den Antrag zu übergeben, wornach die tiefste Entrüstung über diesen Mord zu Protokoll erklärt werden möge. Waren auch die Farben, welche Hr. Kapp seinem Gemälde auftrug, etwas stark, so stimmten doch alle Parteien darin überein, daß durch die Art, wie die Verhaftung und Hinrichtung jenes Mitgliedes der Nationalversammlung erfolgt ist, das kürzlich erlassene Reichsgesetz verletzt wurde; es entspann sich darum nur deßhalb eine längere Discussion, in welcher Form der Gegenstand behandelt werden sollte. Nur ein Mitglied (Zell), sprach sich für motivirte Tagesordnung aus, das Weitere der Nationalversammlung selbst überlassend; andere Mitglieder verlangten die Prüfung des Gegenstandes in den Abtheilungen, wobei näherer Aufschluß erwartet werden könne; die Majorität entschied sich aber, nachdem statt des Wortes „Mord" der Ausdruck „Tödtung" gewählt wurde, dafür, die Sache kurzer Hand abzumachen und nahm den Kapp'schen Antrag an. Daß heute die äußerste Linke wieder viel von Nationalität und Einheit wissen wollte, bedarf wohl keiner weitern Bestätigung. Erst spät gelangte man zum Gegenstand der Tagesordnung, dem Pensionsgesetz. Die allgemeine Discussion wurde endlich geschlossen und zur Berathung des ersten Artikels übergegangen. Die eigentlichen Lebensfragen des Gesetzes, welches in vielfach gemilderter Form, als es die Kommission beantragte, durchgehen wird, folgen noch. Da die Debatten schwerlich von solchem Gewicht sein werden, um bei gegenwärtigen kritischen Zeiten die Spalten eines allgemein deutschen Blattes damit auszufüllen, so werde ich Ihnen nur das Resultat der Beschlüsse einfach melden.

▽ **Heidelberg**, 17. Nov. Ein für manche andere Städte Deutschlands beherzigenswerthes Beispiel hat unsere mit Reichthümern gewiß nicht allzugesegnete Stadt wohl dadurch gegeben, daß ihre bis jetzt noch nicht einmal in allen Bezirken vollständig durchgeführten Beisteuern für die deutsche Flotte bereits über 2000 fl. betragen sollen. Der Erlös eines von vaterländisch gesinnten Frauen und Jungfrauen zu diesem Zweck veranstalteten, mit niedlichen Arbeiten reich ausgestatteten Bazars belief sich allein auf 450 fl. Im Verhältniß zu einer Landstadt von Mittelgröße und mittlerer Wohlhabenheit wie Heidelberg müßte eine reiche Seestadt wie Hamburg, die von einer deutschen Flotte unmittelbaren Gewinn haben würde, ohne Zweifel Millionen beisteuern. — Große Freude hat hier unter allen aufrichtigen Konstitutionellen die in Durlach auf Professor Häusser gefallene Wahl als Landstand erregt. Wenn rücksichtsloser Muth, Eifer für die constitutionelle Sache, Klarheit des Blicks, historische Kenntnisse, Gabe der Rede und gelegentlichen schlagenden Witzes Ansprüche auf landständische Wirksamkeit geben, so wird man sie namentlich dem Professor Häusser zuerkennen müssen. Den parlamentarischen Takt oder um so zu sagen die parlamentarische Technik wird sich ein praktisches Talent, wie Häusser, sehr bald angeeignet haben. Wenn seine von jedem aufrichtigen Konstitutionellen in Ehren gehaltenen leitenden Artikel für die deutsche Zeitung (so lange diese noch hier am Orte erschien), in mancher Hinsicht Parlamentsvorträgen zu vergleichen waren, so wollen wir hoffen, daß seine künftigen Parlamentsreden für die badische Kammer gewissermaßen „leitende" Artikel sein werden. Es ist von Wichtigkeit, daß durchgebildete Intelligenzen in die landständischen Kammern eintreten, da es nicht zu läugnen ist, daß diese so lange an Bedeutung zunehmen werden, so lange das Reichsparlament sich nicht bemüht, seinen Kredit wieder festzustellen. Hier am Orte, man darf es sich nicht verhehlen, kümmern sich um die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments nur noch einzelne Liebhaber. Dazu erfüllen die Nachrichten aus Berlin und Wien die Gemüther mit Betrübniß und bösen Ahnungen, um so mehr, da man geneigt ist, zu glauben, daß so manches Ungehörige in Berlin und Wien unter Mitwissen und Mitwirken der Reichsgewalt geschieht. Man sollte in den Kreisen der Reichsgewalt bedenken, daß diese manche sehr unpopuläre Elemente enthält und daß es noch nicht an der Zeit ist, der Volksstimmung zu trotzen, auf die man ja früher so viel gegeben, die man ja vordem gegen die Regierungen so gern ins Feld geführt hat. Kostet es doch den Freunden der konstitutionellen Ordnung und Freiheit Arbeit genug, ihre Sache gegen den Andrang der Massenherrschaft zu schützen, müssen sie nun noch gar gezwungen sein, auch nach der andern Seite der Reaktion, die unter dem Namen der Gesetzlichkeit sich das Ungesetzlichste zu Schulden kommen läßt, Front zu machen und gleichsam zwischen zwei Feuern gefaßt zu werden! Die Erschießung Blum's hat hier einen häßlichen Eindruck gemacht. Viele waren schon geneigt, ihn als eine Art Charlatan seiner Sache zu betrachten, man glaubte, er habe in Wien seinen letzten Trumpf ausgespielt, da zwingt man ihn, als Held zu enden und umgibt sein bleiches Haupt mit dem blutigen Streifen der Märtyrerschaft. Blum hatte versprochen, mit den Wienern zu siegen oder zu fallen; er hat nicht gesiegt, er ist freiwillig nicht gefallen, aber eine unbegreifliche brutale Verblendung hat dafür gesorgt, daß wider Blum's Willen der letzte Theil seiner Prophezeihung in Erfüllung gegangen ist. In Bezug auf die bedenklichen Berliner Wirren spricht sich hier bei Einzelnen ein eigenthümlicher Wunsch aus, der in nichts Geringerem besteht, als daß die preußische Regierung unter diesen Umständen rund und nett erklären wolle: Preußen verzichte auf einen eigenen verfassunggebenden Landtag überhaupt, und wolle sich mit den Grundzügen einer Verfassung, wie sie die Frankfurter Reichsversammlung beschließe, bis auf Weiteres begnügen, um dann vielleicht später auf diesen Grundlagen, sie den speciellen Verhältnissen Preußens anpassend, weiter zu bauen. Hierdurch werde die preußische Regierung die Sympathien von ganz Deutschland auf's leichteste für sich gewinnen, den demokratischen wie ultrapreußischen Partikularisten einen Strich durch die Rechnung machen und mit Deutschland im Bunde, sich aus allen Verlegenheiten ziehen, die ihr etwa der Trotz beider extremen Parteien bereiten könnte. In unserer Zeit der verwirrten Ansichten und Rathschläge mag auch diese Ansicht gehört werden, umsomehr, da wohl nicht zu verkennen ist, daß man sich die dem gesammten deutschen Vaterlande Gefahr drohenden Wirren in Berlin und Wien ersparen konnte, wenn man in Preußen und Oesterreich gleich anfangs seinen unbedingten Anschluß an Frankfurt in jeder Hinsicht ausgesprochen hätte. Dieser politische Fehler kann möglicherweise aus der Zerrüttung beider Monarchien auch ihre Auflösung zur Folge haben.

+ **Rastatt**, 17. Nov. Wir haben seit 2 Abenden hier Militärstreitigkeiten erlebt zwischen einem Theil der hierher kommandirten österreichischen und einem Theil unsrer Truppen, wodurch, wenn auch sonst keine gefährliche Folgen statt fanden, doch die Stadt auf eine unangenehme Weise in Allarm kam. Eine

gegenseitige Feindschaft besteht schon lange zwischen unsern und den österreichischen Soldaten, doch war es bisher der obersten Behörde durch vermittelnden Einfluß gelungen, deren Ausbruch zurückzuhalten. Es wird behauptet, daß die beständige Abtrennung, in der sich die Oestreicher von den unsrigen hielten und ein gewisses „sich besser fühlen," das in ihrem Benehmen zu erkennen war, die Empfindlichkeit der unsrigen erregt haben, daß bei kleinerem Zusammentreffen der kaiserliche Soldat sich über den großherzoglichen gestellt habe und endlich die Unsrigen manigfache Anspielungen auf die geringe Löhnung, die ihnen bleibt, hören mußten. Sei dem, wie ihm wolle, kein Theil ist ganz unschuldig und keineswegs kann der eingewurzelte Haß der Unsrigen gegen die Oesterreicher die maßlosen Verfolgungen gegen letztere entschuldigen, die gestern in mehreren Wirthshäusern zu bemerken waren. Es ist dies um so mehr zu beklagen, als, so viel uns bekannt, zwischen unsern und allen übrigen Reichstruppen, die wir dieses Jahr bei uns sahen, stets das beste Einvernehmen und gute Kameradschaft bestand. — Wir möchten sehr wünschen, daß wir in der nächsten Zeit von derlei Excessen verschont bleiben möchten und daß jeder der streitigen Theile allen Anlaß kräftig vermeiden möchte. Die Feindschaft der Unsrigen gegen die Kaiserlichen scheint zwar so tief eingegriffen zu haben, daß eine Versöhnung sobald nicht zu hoffen ist. In dieser Beziehung sehen wir sehnsüchtig der Gestaltung der Verhältnisse in Frankfurt entgegen. Geht dort, was man bei uns als ausgemachte Sache betrachtet, die Centralgewalt definitiv an Preußen über, und scheidet Oesterreich als Universalreich aus Deutschlands engstem Verband aus, so werden wir statt der hiesigen Oesterreicher andere deutsche Reichstruppen bei uns sehen, da die Festungsbesatzung, so wie die lange Grenze des Landes und die Nothwendigkeit mehrerer Garnisonen in unserm Oberlande selbige unerläßlich macht. Noch stehen die Preußen, trotz ihres kurzen Aufenthaltes, in sehr gutem Andenken bei uns, und werden zu jeder Zeit wieder freundlich aufgenommen werden. Auch die Kurhessen haben einen vortheilhaften Eindruck hinterlassen; wie überhaupt das Benehmen und die Disciplin der norddeutschen Truppen den unsrigen als gutes Vorbild dienen könnte. Ein besonderer Umstand übrigens verdient jedenfalls einige Berücksichtigung, nämlich die allzugeringe Löhnung unsrer Soldaten. Dieselben hatten Gelegenheit, bei vielen ihrer deutschen Kameraden Vergleiche anzustellen, wobei sie sich im Nachtheile fanden. Wenn dem Mann nach Abzug von Mittagskost und einer Morgensuppe nur 2 kr. übrig bleiben, so ist dies offenbar zu wenig, und kein Wunder, wenn er, wie im Frühjahr, offene Tafel und Gratis-Getränke von allen denen annimmt, die ihn zu ihren Zwecken dann bearbeiten wollen. Man sollte, wenn auch unsere Soldaten im rechten Augenblick ihre Pflicht erkannten, sie doch solchen Gefahren nicht aussetzen, und bedenken, daß, wenn ihnen der Staat das Nöthige bietet, sie es von Niemand anderm zu nehmen brauchen. In dieser Weise dürfte man eine Verbesserung unserer Militär-Zustände wünschen; sie würde sich hinreichend selbst bezahlen.

Lübeck, 13. Nov. Der Reichskommissär, Herr A. Stedtmann, hat an die gemeinsame Regierung folgendes Schreiben erlassen, in welchem es heißt: „Einer hohen gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein wird es jetzt aus den Mittheilungen ihres Bevollmächtigten bei der deutschen Centralgewalt ersichtlich sein, daß das Reichsministerium noch meinem Berichte vom 3. d. M. es wiederholt anerkennt, wie ich meine Stellung zu der gemeinsamen Regierung vollkommen richtig aufgefaßt und auch die Gesetzgebungsfragen richtig gelöst habe. Hinsichtlich des einzig erhobenen Bedenkens über immerhin mögliche, wenn auch gar nicht wahrscheinliche Ersatzwahlen im Herzogthum Schleswig für die deutsche Nationalversammlung, so habe ich gegen diese faktische Vertretung des genannten Herzogthums und die Aufrechthaltung des Status quo etwas einwenden zu wollen nicht bezweckt.

Großbritannien.

London, 13. Nov. Einer der irischen Hauptverschwörer, Thomas d'Arcy M'Gee, hat in Nordamerika, wohin er sich glücklich flüchtete, eine Denkschrift erscheinen lassen, in welcher er die Ursachen auseinandersetzt, warum der letzte irische Revolutionsversuch scheiterte. Der politische Flüchtling bezweckt mit seiner Denkschrift namentlich, das Mitgefühl der sogenannten amerikanischen Sympathisers für Irland warm zu halten. Wir glauben jedoch, daß er diesen Zweck in nur sehr geringem Maße erreichen wird. Ein Revolutionsversuch kann scheitern, aber unmöglich so kläglich scheitern, als der jüngste irische, wenn im Volke wirklich ein ernstlicher Wille vorhanden ist, oder wenn nicht nur das dumpfe Gefühl der Masse zur Revolution treibt, sondern auch die Intelligentesten und Besten des Volkes gemeinsame Sache mit dieser machen. Einige unruhige Köpfe, einige ehrgeizige Advokaten, einige bankerutte Kaufleute, einige talentvolle Journalisten, einige zwar wohlmeinende aber unklare Volksfreunde und vielleicht nur ein halbes Dutzend Männer, welche es uneigennützig und aufrichtig meinen und zugleich wissen, was sie wollen, ohne jedoch wieder die erforderliche Energie des Charakters und Talentes zu besitzen, reichen zur glücklichen Durchführung einer großen Landesrevolution nicht hin, selbst wenn sie auf einige künstlich arrangirte politische Klubs und auf einige unruhige Dorfbevölkerungen glauben zählen zu dürfen. Die genannte Denkschrift gewinnt jedoch dadurch etwas Interesse, daß sie eine an die Agitation Daniel O'Connels anknüpfende kurze Uebersicht der jüngsten irischen Insurrektion enthält. Es heißt darin unter Andern: „Der alte O'Connell war ein eben so absoluter Herrscher in Irland, als Nikolaus Romanoff es in Rußland ist. Zweitausend Pfaffen standen in seinen Diensten als seine Hauptleute und Polizeidiener. Sein Wort war das einzige Gesetz in Irland, und Kinder wurden auf seinen Namen wie auf den eines Heiligen getauft. Aber das Verlangen der jungen Generation ging auf Selbstregierung; sie war des Glaubens, daß für sie zu fechten, kein schlechtes Fechten sei. Man bildete zu diesem Zwecke die irische Konföderation." Der Verfasser versichert weiter, es sei gelungen in den Städten 500 Klubs zu bilden, welche gegen 30,000 streitbare Männer umfaßt hätten; von letzteren wäre im Juli 1848 bereits die Hälfte bewaffnet gewesen. Leider aber habe der Bund auf dem Lande nicht die gewünschten und gehofften Fortschritte gemacht, die Hungerjahre 1846 und 1847 hätten die Dorfbevölkerung ausgemergelt gehabt und zu einem höheren Aufschwunge unfähig gemacht. Dazu habe O'Connell der Sohn sich der kleinlichsten Ränke bedient, um die Wirksamkeit der konföderirten Klubs zu unterwühlen, und sie namentlich bei der katholischen Geistlichkeit als unkatholisch angeschwärzt. Der katholische Klerus, mit Ausnahme des muthigen und beredten Bischofs von Derry und der Geistlichen seines Sprengels, habe der in der Bildung begriffenen Liga den Rücken gewandt und so habe sich diese, Auge gegen Auge, Fuß an Fuß, der Regierung allein gegenüber gesehen. Der Plan sei gewesen, die großen Streitkräfte der Regierung durch bald da bald dort angefachte Aufstände zu zertheilen und namentlich nach Gegenden zu verlocken, wo nur Infanterie mit Leichtigkeit agiren könne. Im äußersten Falle habe man im Sinne gehabt, die Städte und Flecken niederzubrennen. (Diese wildverworrenen Köpfe suchen also das Glück ihres Vaterlandes auf den Schutt seiner Nationalwohlfahrt, auf die Asche seiner friedlichen Städte und auf das Unglück und die Trauer unzähliger Familien zu gründen!) Da jedoch, wie gesagt, die Geistlichkeit dem Plane abhold gewesen sei und dessen Scheitern vorausgesagt habe, so sei gerade derjenige Theil der Bevölkerung, auf den man sich namentlich Rechnung gemacht, das Landvolk, neutral geblieben. Einen scheinbar gültigen Grund für ihr Verfahren, meint der Verfasser, habe die Geistlichkeit allerdings gehabt, sie habe das Blutbad, das in Aussicht stand, vorschützen und das furchtbare Beispiel des Pariser Junialstandes für sich geltend machen können, indeß, tröstet der Verfasser, Fieber und Hunger räumten unter der irischen Bevölkerung ja mehr und mit gräßlicheren Waffen auf, als eine Revolution. Schließlich versichert der Verfasser, daß zwar Klubs als solche in Irland nicht mehr zusammenkämen, daß aber dieselben Sektionen als unzerstörbarer Heerd künftiger Empörung noch beständen.

Wie sich denken läßt, erklärt sich die „Times" mit den Brandenburgischen Maßregeln gegen Berlin vollkommen einverstanden. Die Krone, sagt sie, sei in ihrem Rechte gewesen, als sie die Verlegung der durch den Pöbel belagerten Nationalversammlung nach einem neutralen Orte, nach Brandenburg, ausgesprochen, aber die Nationalversammlung im Unrecht, als sie in Folge dieses Dekrets einen ungesetzlichen Weg betreten habe; freilich gibt die Times zu, daß der Konflikt sehr heftige Stöße nach sich ziehen könne, daß die Monarchie auf der einen Seite der Gefahr eines Bürgerkrieges, auf der andern den übeln Folgen einer gewaltsam zerquetschten Revolution ausgesetzt sei. Die Times benutzt diese Gelegenheit zugleich, um ihren alten Groll gegen

Digitized by Google

das Institut der Bürgerwehr auszulassen, das theils nutzlos, theils gefährlich, in einem Kriege mit dem Ausland machtlos, im Falle eines innern Konflikts eine unzuverlässige Stütze des Throns und der Ordnung sei, indem sich die Nationalgarden, oft nur in Folge einer Anwandlung von übler Laune oder Gereiztheit, sehr geneigt zu zeigen pflegten, gegen die Krone Front zu machen und die Sache der Ordnung preis zu geben.

Bedeutungsvoller als der Tadel der „Times" ist freilich der Umstand, daß auch der „Spectator", der sonst immer auf Seiten des Volks und der Volksvertreter gegen königliche Anmaßung zu stehen liebt, diesmal auch die Linke der Berliner Landesversammlung nicht ungerügt läßt. Der Spectator sagt unter Anderm: „Beide Theile scheinen sich in dieser Angelegenheit mit gleichem Mangel an Urtheil und richtigem Takt benommen zu haben; das Verfahren des Königs zeigt einen Trotz, ein Ignoriren der ganzen Vergangenheit seit dem März; andererseits würden die plumpen Zudringlichkeiten Jacoby's selbst dann beleidigend gewesen sein, wenn er sie an den demokratischsten aller Präsidenten gerichtet hätte; man sieht eben, daß man noch auf keiner Seite die konstitutionelle Kunst in ihrer Anwendung auf die gegenwärtige Lage gelernt hat." Wir könnten allerdings von England noch Manches lernen, aber wir, die wir noch vor einem Jahre der Himmel weiß was darum gegeben hätten, wenn uns die englische Verfassung auf einem Präsentirteller angeboten worden wäre, wir erlauben uns bereits zu spotten (selbst die guten, so lange metternichsirten Wiener thaten dies), wenn uns irgendeiner an die englische Verfassung als nachahmungswürdiges Muster weist. Wir in unserm Bettelstolze klappern mit unsern paar sauer erworbenen Kupferkreuzern in der Tasche, um einem Millionär Respekt für uns einzuflößen! Wir, noch ziemlich Schulbuben in der Politik, dünken uns gemachte Leute, weil wir unserm Lehrer heimlich einen Zopf onstecken!

Spanien.

Madrid, 8. Nov. Morgen wird die königliche Familie eine große Jagdpartie halten, zu welcher alle Großwürdenträger des Staates, sowie die Minister der Krone eingeladen sind, und welche mit einem großen Bankette im Pardo schließen wird. Der Hof wird erst Nachts hierher zurückkehren. — Der Finanzminister soll einen Gesetzentwurf in Beziehung auf die Fernandobank ausgearbeitet haben, nach welchem die in Cirkulation befindlichen Scheine derselben von 100 auf 60 Millionen (Reale) herabgesetzt und mehrere Verbesserungen in der Verwaltung derselben eingeführt werden sollen.

Italien.

* Der Corriere mercantile vom 10. Nov. behauptet, trotz des (von uns bereits mitgetheilten) dem Ministerium wahrscheinlich günstigen Beschlusses der Turiner Kammer in ihrer 4. geheimen Sitzung würde dasselbe doch zum Theil im Sinne der Opposition verändert werden. Es hieße, die Herrn Revel, Perrone und Melo würden eintreten. Opinione erzählt, vor jener Abstimmung hätten zwei Drittheile der Opposition das Haus verlassen. — Aus Rom schreibt man unter dem 6. Nov., am Tage vorher sei ein Courier aus Ferrara mit Depeschen für den Minister Rossi eingetroffen. Hierauf habe sich dieser sogleich zu dem Papste begeben, der Ministerrath sei berufen worden und bis 4 Uhr Nachmittags versammelt geblieben. Um 6 Uhr Abends reiste General Zucchi mit dem Sohne Rossi's in einer Postchaise nach Bologna oder Ferrara ab (etwa wegen der „Demonstrationen" in letzterer Stadt gegen den österreichischen Konsul und dessen Hotel?) — Das ministerielle Journal von Neapel (Tempo) behauptet, der dortige Gesandte in London, Prinz von Castelcicolo, habe in einer Konferenz mit Lord Palmerston von Letzterem die Versicherung erhalten, wenn Neapel eine Expedition gegen Sicilien versuche, so würde die englische Flotte nicht interveniren. — Die Genueser Zeitung vom 9. und der Constit. Subalpino vom 11. Nov. wollen wie gewöhnlich wissen, die Feindseligkeiten würden bald wieder beginnen. Letzterem wird aus Alessandria geschrieben, die Reserve sei aus Savona nach Arena verlegt worden, man habe Munition, Zelte und Decken an die Grenze befördert u. s. w.

§§ **Turin**, 8. Nov. Dem ersten Akte des norditalischen Befreiungsdramas scheint vorläufig kein zweiter folgen zu sollen; wir müßten denn als solchen eine thatenlose, träge vorbereitende Zwischenzeit betrachten, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Deputirtenmehrzahl erklärte gestern, im Einverständnisse mit dem Ministerium, den gegenwärtigen Augenblick für unpassend zur Erneuerung des Kampfes gegen Oesterreich. Von der Kriegspartei hart gedrängt, entschloß sich die königl. Regierung vor mehreren Tagen, einen Deputirtenausschuß, unter dem Siegel der Verschwiegenheit, in die Schwierigkeiten ihrer Lage einzuweihen, und denselben zur offenen Erklärung zu veranlassen, daß die innern Verhältnisse des Staates und dessen Beziehungen nach außen keinen unmittelbaren Krieg zulassen. Dieser Ausschuß, vom Kammerpräsidenten Gioberti zur Hälfte aus der Linken, zur Hälfte aus dem Centrum gewählt, tadelte, sein Mandat verkennend, das seitherige Verhalten des Ministeriums in scharfen Worten, ohne es zu wagen über die „opportunità" oder „inopportunità momentanea della guerra" ein Urtheil zu fällen. Von diesem Ausspruche appellirte das Ministerium an eine geheime Sitzung der ganzen Kammer. Letztere vernahm in drei Sitzungen die „chiarimenti" der Minister, jedoch mit Ausnahme der genauen Angabe der französisch-englischen Vermittlungsbedingungen, erklärte mit bedeutender Stimmenmehrheit die „inopportunità momentanea della guerra" und bezeichnete den Tadel des früheren Ausschusses als ungegründet. Ministerium und Kammern wollen sich demnach nicht zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verstehen. Aber nicht allein genannte „potenti", sondern jedes beliebige Ministerium, und wäre es aus der äußersten Linken, aus deren leidenschaftlichsten Advokaten und Journalisten zusammengesetzt, würde die Verantwortlichkeit ablehnen, sofort eine Kriegserklärung an Oesterreich ergehen zu lassen. Alle sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Augenblick nicht „günstig genug", vielmehr hoffnungslos ist: den Einsichtsvollen aber leuchtet ein, daß die Sachlage einem erfolgreichen Feldzuge nicht allein jetzt ungünstig ist, sondern es auch ohne neue, vernichtende Erschütterungen jenseits der Alpen, vorerst noch bleiben muß. Der Augenblick ist nicht zur Erneuerung des Kampfes mit Oesterreich geeignet, weil die Armee nicht zuverlässig genug, die Lombardei zu erschöpft ist, auf die Hülfe der anderen italienischen Staaten wenig, auf französische Unterstützung gar nicht mehr gerechnet werden kann und Radetzky, gehörig vorbereitet, im Besitze eines zahlreichen Heeres und der mächtigen Festungen, als ein sehr überlegener Gegner betrachtet werden muß. Aber diese Uebelstände, die sich so schnelle gestalteten, sind durchaus keiner vorübergehenden, leicht wandelbaren Natur. — Das piemontesische Heer wird sobald nicht zuverlässiger werden. Die gemeinen Soldaten, selbst die braven Savojarden nicht ausgenommen, haben weder großes Vertrauen in ihre meisten Oberoffiziere, noch in sich selbst; sie fühlen, daß es an gar Manchem fehlt. Die Zahl der Ordonnanzsoldaten ist gering; die Mehrzahl der Truppen besteht aus den Reserven, die in früheren Jahren, nach anderthalbjährigem Dienste entlassen wurden, und sich jetzt die nöthigen Eigenschaften des Soldatenlebens nur mühsam wieder zu eigen machen: Pünktlichkeit, Gehorsam, Geduld, Ausdauer, Abhärtung. Die Lombardei, durch Kriegskontributionen von Tag zu Tag mehr erschöpft, wird immer weniger geeignet, weniger geneigt sein, eine piemontesische Armee, deren Hilfe so zweifelhaft wäre, mit dem Nöthigen zu versehen, während die sardinische Regierung, in Betracht der bedenklichen Zerrüttung ihrer Finanzen, das eigene Heer vorzugsweise auf die Hilfsquellen der Lombardei anweisen müßte. Von dem Beistand Süditaliens läßt sich für die Zukunft nicht mehr hoffen, als während des vergangenen Feldzuges, zumal der erste Enthusiasmus für die italienische Sache dahin ist, nun so manche Hoffnung der Patrioten zu Grabe getragen wurde, und die österreichischen Soldaten gezeigt haben, daß sie allerdings einer vorübergehenden Demoralisation fähig sind, sich aber, im Besitze des sicheren Festungsvierecks schnell wieder ermannen. An eine Hülfe Frankreichs ist bei dessen Stellung zu Deutschland und nach Enthüllung des zweideutigen, ja verletzenden Benehmens des piemontesischen Kabinettes gegen das französische, während der bedrängten Juli- und Augusttage, vorläufig gar nicht zu denken. Was endlich Radetzky's Streitkräfte betrifft, so scheint der Ausgang des Wiener Kampfes und die bedeutende Truppenconcentrirung ihnen eher einen schnellen Zuwachs zu sichern, als eine Verminderung derselben nöthig zu machen. Es unterliegt demnach keinem Zweifel, daß einem angreifenden Oberitalien nicht allein der jetzige Augenblick ungünstig ist, sondern ein ganzer Zeitraum sich als „inopportuno" zu einem neuen Kampfe mit Oesterreich erweisen wird. Die Lombardei bleibt also vorerst der Willkür Radetzky's anheimgestellt. Armes Land! umsonst waren die ungeheuren Opfer seines ersten Freiheitstaumels! Zu frühe wurden die ungeübten Kräfte des neuen Lebens auf die härtesten

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 20. Nov. Adresse an den Reichsverweser.) Wien (Vermischte Nachrichten. General Bem. Untersuchung beendet. Amnestie erwartet. Das Ministerium. Die Hofpolitik. Neueste Nachrichten.) Berlin (Die deutsche Reform. Wünsche an Frankfurt.)
Frankreich. Paris (Unruhige Gruppen auf den Straßen. Eindruck des Todes Robert Blums.)
Italien. Turin (Neapel in Belagerungszustand.)
Börsenbericht von Paris (Vom 17. November.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 12. — 20. November.)
Nachschrift

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 20. November.

Tagesordnung der 119. öffentl. Sitzung.

1) Berichterstattung über den Rappard'schen Antrag nebst Zusatzanträgen, die gegenwärtigen preußischen Verhältnisse betreffend.
2) Berathung über Artikel VII. und VIII. des Verfassungsentwurfs.

Die Berichterstattung über den v. Rappard'schen Antrag auf der Tagesordnung hat die Galerien auch heute überfüllt. Die Abgeordneten sind ebenfalls zeitig und zahlreich im Hause. Vice-Präsident Nieffer eröffnet nach halb 10 Uhr die Sitzung. Es kommt zunächst eine Interpellation von Max Simon zur Anzeige, welche die Schritte des Ministeriums den österreichischen Verhältnissen gegenüber betrifft. Sodann mehrere Anfragen Ludwig Simon's von Trier, welche das Benehmen Bassermann's und die in und um Berlin liegenden Truppen zum Gegenstande haben. v. Pattai: was zur Ausführung der in Folge des Giskra'schen Antrags gefaßten Beschlüsse geschehen? Auf die Anfragen Förster's aus Hünfeld: ob die preußischen Truppen für den Fall eines Kampfes zu Reichstruppen erklärt worden seien; ob der General von Wrangel für diesen Fall ein Patent zum Reichsgeneral in der Tasche habe, und ob ferner 15,000 Mann Reichstruppen aus Hannover gegen Preußen marschirten, antwortet der Kriegsminister v. Peucker sofort mit einem bestimmten und einfachen „Nein!"

Von den übrigen Interpellationen und ministeriellen Erwiderungen ist nur von Wichtigkeit die Auskunft, welche der Reichsjustizminister Robert Mohl auf die frühere Anfrage wegen der Veröffentlichung der Reichsgesetze, namentlich in Oesterreich und in Preußen ertheilt. Er erklärt, daß das Ministerium auf vollständiger und unbedingter Publikation der Reichsgesetze bestehe. Auch seien bisher alle von hier aus erlassenen Gesetze in Preußen amtlich mitgetheilt und ihnen nur der Rahmen eines preußischen Gesetzes hinzugefügt worden. Bassermanns Sendung nach Berlin habe auch diesem Verhältnisse gegolten. Von Oesterreich sei zwar versichert worden, die Reichsgesetze würden dort im amtlichen Theile der „Wiener Ztg." und in den Provinzialblättern mitgetheilt. Allein bei näherem Nachsehen habe sich der Minister überzeugt, daß diese Veröffentlichung nur einen referirenden Charakter trage. Die inzwischen erfolgte Abberufung des österr. Bevollmächtigten und die bekannten Verhältnisse Wiens hätten indessen eine weitere Erörterung dieser Angelegenheiten bis jetzt verhindert.

Die Mitglieder des Biedermann-sächsischen Ausschusses sind noch nicht anwesend, als ungefähr drei viertel Stunde nach Eröffnung der Sitzung zur Tagesordnung geschritten werden soll. Es wird daher inzwischen an die fortgesetzte Berathung des Verfassungsentwurfs gegangen und Heinrich von Gagern übernimmt den Vorsitz. Artikel VII. beschäftigt sich mit dem Zollwesen des Reichs. Er umfaßt die sieben §§ 33 bis 39. Für Eröffnung einer allgemeinen Besprechung weder, noch für eine Diskussion des § 33 erhebt sich die hinreichende Anzahl von Mitgliedern.

Da aber jetzt die Mitglieder des Biedermann-sächsischen Ausschusses eingetreten und zur Berichterstattung über den v. Rappard'schen Antrag bereit sind, so wird die Verhandlung über den Verfassungsentwurf wieder ausgesetzt. Wilh. Jordan aus Berlin besteigt als das Organ des genannten Ausschusses die Rednerbühne. Der Bericht, den er erstattet, hat der Kürze der Zeit wegen nicht gedruckt werden können. Derselbe entwirft zunächst ein Bild der anarchischen Zustände in Berlin, die den neuesten Ereignissen vorangingen. Das Bild gründet sich theils auf notorisch bekannte Thatsachen, theils auf die genauere Kenntnißnahme der Verhältnisse, die sich der Ausschuß durch Vorladung mehrerer authentischer Zeugen verschafft hat. Vornehmlich sucht der Bericht aus den lebensgefährlichen Bedrohungen, Mißhandlungen und dem der preußischen Nationalversammlung zugefügten Zwange die Unfreiheit von deren Berathungen außer allem Zweifel zu stellen. Daß diesem unerträglichen Zustande ein Ende gemacht werden mußte, darüber könne eine Meinungsverschiedenheit nicht obwalten. Geschriebene Gesetze und sonstige Antecedenzien fehlten, um den Maßregeln der Regierung zum Anhalte zu dienen. Die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg sei daher in der That von allen denkbaren Auskunftsmitteln das mildeste und das zweckmäßigste gewesen. Wie aber benehme sich diese Versammlung einer so wenig erheblichen Maßregel, einer bloßen Veränderung ihres Berathungssitzes gegenüber? Sie provocire an eine zweite Revolution.

Die größte Spannung aber greift Platz im Hause, als die Anträge des Ausschusses zur Mittheilung gelangen. Sie werden unter der tiefsten Stille und langsam genug vorgetragen, um überall hin genau aufgefaßt und niedergeschrieben werden zu können:

„Die Reichsversammlung, in Verfolg ihrer Beschlüsse vom 14. d. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, fordert die Centralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissarien hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt;

sie erklärt den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig;

sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde."

(Tiefe Bewegung. Das Verlesen der Anträge muß wiederholt werden.)

Von den Mitgliedern des Ausschusses stimmen nur Giskra und Werner von Koblenz nicht überein mit dem Mehrheitsgutachten. Hagen und Schwarz aus Halle dagegen haben folgenden Minderheitsantrag gestellt:

Die Nationalversammlung in Verfolgung ihres Beschlusses vom 14. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, sowie nach genauerer Kenntnißnahme der Zustände in Berlin und der seitdem gefaßten, das Wesen der konstitutionellen Monarchie aufhebenden Beschlüsse desjenigen Theils der preußischen Nationalversammlung, der sich in offenem Widerspruche gegen die Regierung zu fernerweiten Sitzungen in Berlin vereinigt hat, erklärt:

1) daß der Zeitpunkt zur Aufhebung der Verlegung nach Brandenburg gegenwärtig noch nicht eingetreten;
2) daß alle von jenem Theile der preußischen Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse, welche die Suspension der Steuererhebung aussprechen, und Mitglieder und Organe der Regierung als Hochverräthe bezeichnen, null und nichtig sind;
3) endlich, daß die dem preußischen Volke gewährten und in Aussicht gestellten Rechte und Freiheiten hiermit auch Seitens der Nationalversammlung und der Centralgewalt feierlich verbürgt sind und gegen jeden Versuch einer Verkümmerung in Schutz genommen werden sollen.

Herr von Rappard vermißt seine thatsächlichen Zeugenangaben im Berichte. Er verweist deshalb auf das Protokoll des Ausschusses. Jordan von Berlin bemerkt dagegen, die von Rappard'schen Eröffnungen seien eben keine Thatsachen, sondern meist Ansichten gewesen.

Unter mehreren Verbesserungsanträgen, die hierauf zur Mittheilung kommen, ist einer von Kirchgeßner, Mittermaier und Genossen, der im Wesentlichen mit dem Ausschußerachten übereinstimmt und eigentlich nur eine abgeschwächte Umschreibung desselben enthält. Entschieden entgegengesetzt ist dem Ausschußverlangen nur ein Antrag von Schober und Anderen von der linken Seite des Hauses.

von Rappard, da ihm die Verlesung des Ausschußprotokolls von der Versammlung verweigert wird, sucht die Berliner Landesvertretung von der Rednerbühne herab gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, als sei sie von der Menge terrorisirt gewesen und als habe sie die zu ihrem Schutze nöthigen Maßregeln verschmäht und zurückgewiesen. Ihr allen Parteibruchtheilen gerecht werdendes rasches Verfahren stellt er sogar der Frankfurter Versammlung zum Muster hin. Seine sonstigen An-

Digitized by Google

gaben schildern den Enthusiasmus, der sich in Berlin und im Lande für die preußische Nationaloersammlung offenbare. Dagegen hat der Redner von seiner Reise das Resultat mitgebracht, daß, wenn die Frankfurter Versammlung auf dem bisher eingeschlagenen Wege fortfahre, sie ein und dasselbe Leichentuch mit dem Bundestage bedecken werde.

Als Vertheidiger des Berichts sind vierzehn Redner eingezeichnet. Die Liste dagegen zählt auf: die Herren Rauwerck, Simon von Trier, Mölling, Vogt, Wesendonck, Venedey, Mareck, Heubner, Schober, M. Simon, Scheller, Giskra, Reh, Leoysohn, Havm, Hartmann von Leitmeritz, Zimmermann von Spandow, Zimmermann von Stuttgart, Freudentheil, Ostendorf, Schulz von Darmstadt, Hofbauer, Raveaux.

v. Vincke wendet sich gegen die Behauptungen Wydenbrugks bei der Berathung am 14. Oktober, als ob der preußischen Krone das Recht der Vertagung und Verlegung nicht zustände. Im Jahre 1816 sei auch die Verfassung vereinbarende Versammlung von Würtemberg vertagt worden, mithin selbst im deutschen konstitutionellen Staatsleben schon das Beispiel zu einem Verfahren gegeben, wie es hie preußische Regierung jetzt befolge; wolle man der Krone vollends das Recht der Ministerernennungen abstreiten, so würde von einer „Vereinbarung" der Verfassung mit dem Könige nicht mehr die Rede sein; vielmehr hätte dann die Versammlung die Verfassung einfach zu diktiren, wenn auch die Organe der Krone eigentlich nur die Organe der Versammlung selbst seien. Die Unfreiheit der Berliner Versammlung sei nicht etwa blos der preußischen Krone bemerkbar geworden, vor ganz Deutschland, vor Europa habe sich diese Thatsache offenbart. Er verweist deshalb auf die „Times", das Blatt der Mehrheit des englischen Volkes, welches in der Beurtheilung politischer Zustände einen sehr gesunden Blick habe. Unerhört sei, in den Erfahrungen konstitutioneller Länder, daß sich die Versammlung, anstatt die Verlegung nach Brandenburg anzunehmen, in einer Proklamation an das Volk gewendet, daß sie endlich sogar die Verweigerung der Steuern verfügt habe. Ich höre, daß diese Maßregel hier eine revolutionäre genannt wird. Allein wir sind hierher gesendet, die Revolution zu beenden, nicht sie fortzusetzen. Diejenigen, welche die Fackel des Bürgerkriegs nach Deutschland schleudern wollen, mögen bedenken, daß der Brand nicht blos die Paläste ergreifen kann, sondern auch die Hütte.

v. Vincke's Rede schließt unter dem lauten Beifall des Hauses und Simon v. Trier folgt ihm auf der Rednerbühne, um diesen Beifall für sich noch lebhafter hervorzurufen und besonders von der Galerie. Während das Mitglied aus der Grafschaft Mark für das Recht und vom Standpunkte des Rechts gesprochen hat, erkennt Simon von Trier kein anderes Gesetz an, als das der Revolution. Denn wir sitzen hier „nicht von Rechts-, sondern von Aufruhrswegen." Daher ist ihm auch die gegenwärtige Ruhe in Deutschland kein Frieden, sondern nur ein Waffenstillstand mit der Regierung. Das Volk sei souverän und souverän werde es entscheiden, was den Fürsten von ihrer frühern Existenz übrig bleiben solle. Dies ist auch der Sinn, in welchem Simon die preußischen Zustände beleuchtet, nur mit dem Unterschiede, daß er die Regierung streng an das Recht und an die geschriebenen Gesetze bindet, dagegen in jedem Vertragsbruche des Volks nur eine Ausübung von dessen Souveränetätsrechten erkennen würde. Uebrigens sind bis jetzt in Berlin nur so wenige und kleine Excesse vorgekommen, daß ein schwacher Versuch zum Mißbrauche der Freiheit, deren Aufhebung nimmermehr rechtfertigt. Herr Simon behandelt übrigens die ernste Frage wenn auch vielleicht nicht mit großer Würde, so doch ganz amüsant, wodurch er wiederholt das Lachen des Hauses erregt.

Es thut doppelt wohl nach einem Redner wie H. Simon von Trier, einen Vortrag zu vernehmen wie den des Vicepräsidenten Riesser, in welchem keine Absicht die Thatsachen geflissentlich entstellt und verschiebt, um sie für die Parteiperspektive zurecht zu rücken, eine Rede, aus welcher die wärmste Liebe für das Vaterland, die klarste Erkenntniß der Lage und der redlichste Eifer für das Billige und Rechte athmet. Denn die Kraft der Versammlung ist ihm eine moralische, keine materielle und um diese moralische Kraft zu erhalten, habe die Versammlung ihr Gewicht in die Wagschale der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Mäßigung zu legen. Und wenn wir im Kampfe für die Freiheit und die Ordnung untergingen — auf unsern Gräbern würden unsere Nachfolger dereinst dieselbe Fahne wieder aufpflanzen.

(Schluß folgt.)

Frankfurt, 18. Nov. So eben haben die Herren Ostermann und Reichensperger, Mitglieder der preußischen Nationalversammlung, als Vertrauensmänner derjenigen Fraktionen derselben, die der Verlegungs- und Vertagungsordre Folge geleistet haben, Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser die nachfolgende Adresse überreicht: „Kaiserliche Hoheit! Nachdem die diesseitige Staatsregierung, um sowohl die Würde der preußischen Nationaloersammlung, als auch die Person einzelner Abgeordneten gegen rohe Angriffe und Beleidigungen zu schützen, durch wiederholte Auftritte gedrängt und selbst von der Stimme des Landes vielfach dazu aufgefordert, die Verlegung der Versammlung von Berlin nach Brandenburg beschlossen: so hat die Weigerung der Mehrzahl der Abgeordneten, diesen Beschluß anzuerkennen, in rascher Folge Verwickelungen herbeigeführt, welche das Land mit unabsehbarer Verwirrung, Zwietracht und selbst dem Unheil eines Bürgerkrieges bedrohen. — Die Abgeordneten, in deren Auftrag der unterzeichnete Ausschuß handelt, haben nach reiflicher Erwägung sich überzeugt, daß bei jenem Beschlusse das überwiegende Recht sich auf Seite der Krone befindet, demgemäß die Verlegung und die davon unzertrennliche Vertagung als zu Recht bestehend anerkannt und sich der Theilnahme an den von der Mehrzahl der Abgeordneten fortgesetzten Versammlungen enthalten. Sie fühlen sich aber daher um so mehr aufgefordert, jede andere Thätigkeit zu entwickeln, die zur Versöhnung der Gemüther, zur Aufklärung der öffentlichen Meinung und zur Herstellung des Friedens unseres hartbedrängten Vaterlandes förderlich erscheint. — Von diesem Wunsche geleitet, entsenden wir an Ew. kaiserliche Hoheit zwei Männer unseres Vertrauens, die Abgeordneten Reichensperger aus Koblenz und Ostermann aus Dortmund, und ersuchen Ew. kaiserl. Hoheit, denselben ein williges Gehör zu verleihen. Der Zweck ihrer Sendung ist, die hohe Centralgewalt, deren großer Beruf die Wahrung des öffentlichen Friedens in unserem deutschen Vaterlande umfaßt, auf die Frage der Vermittelung zwischen der Krone und der Nationaloersammlung hinzulenken, und ihr zu diesem Zwecke über die Lage der Verhältnisse und die mögliche Andahnung einer Vermittelung aus eigener Anschauung die nöthige Auskunft zu ertheilen. — Zugleich legen wir aber, tief ergriffen von der Bedeutung dieses verhängnißvollen Augenblicks und von den Gefahren, wovon unser Vaterland bedroht ist, durch unsere Abgeordneten im Angesicht Preußens und des ganzen Deutschlands, vor Gott und unserm Gewissen die feierliche Betheuerung nieder, daß wir bei allen unseren Schritten von der reinsten Liebe zur Eintracht, Gesetzlichkeit und wahren Freiheit geleitet werden, und daß in dem Kampfe für diese hohen Güter der Menschheit, gleichviel von welcher Seite sie bedroht werden, wir die Hingebung zu bethätigen bereit sind, welche Männern von wahrhaft freier und unabhängiger Gesinnung geziemt. Berlin, den 14. Nov. 1848. (gez.) Heße (Solingen), Walter, Baumstark, Harkort, Ostermann Müller (Siegen). An des Reichsverwesers, Erzherzog Johann kaiserl. Hoheit." (O. P. Z.)

*__Wien__. Die lith. Nachr. vom 13. Nov. sagen: Briefe von der ungarischen Grenze schildern den vom General Simonic erlittenen Verlust bei dem Rückzuge auf Göding ungleich bedeutender, als es der hierüber seltsam abgefaßte Bericht der Wiener Zeitung besagt. — Man hat sich hier sehr gewundert, zu vernehmen, daß ein nach Frankfurt gesandter Repräsentant des Gemeinderaths Uebergriffe des Proletariats namhaft gemacht hat (bekanntlich Hr. Bonn), von welchen hier nichts bekannt geworden; andrerseits aber hat der Gemeinderath selbst dagegen keine Einsprache erhoben. — Das Gerücht, daß Dr. Schütte sich im Gewahrsam befinde, hat sich nicht bestätigt; vielmehr werden noch Nachsuchungen nach demselben angestellt. — Dagegen ist General Bem wirklich entkommen und befindet sich im ungarischen Lager. — Die Truppensendungen nach Ungarn dauern fort; am 14. sollte das erste Armeecorps unter Jellacic von Wien abziehen. Die ungarische Post war seit 4 Tagen ausgeblieben. Die Schles. Z. will wissen, der Belagerungszustand werde innerhalb einer Woche aufgehoben werden. Nach derselben Quelle ist die Untersuchung über die Oktoberereignisse beendet, und die Amnestie in den nächsten Tagen zu erwarten. Die in das Militair eingereihten Individuen werden wahrscheinlich nicht den Vortheil derselben genießen. — Das neue Ministerium war noch nicht gebildet, auch Helfert und Meyee haben sich neuerdings geweigert an demselben Theil zu nehmen.

Der D. Allg. Z. wird wiederholt von verschiedenen Seiten her geschrieben, Blum sei hingerichtet worden, nicht obschon er Parla-

Digitized by Google

mentsglied, sondern weil er Parlamentsglied gewesen. Ein anderer Berichterstatter desselben Blattes bemerkt: „Ueber die Politik des Fürsten Windisch-Grätz kann jetzt kein Zweifel mehr obwalten. Sie ist die Integrität der österreichischen Monarchie ohne Anschluß an Deutschland. Vergleicht man die Aeußerungen des Fürsten in Prag und das Rundschreiben Wessenberg's über Wien, so geht daraus ganz unzweideutig hervor, daß man weder eine slawische noch eine deutsche Nationalerhebung walle, sondern nationale Gegensätze, die sich gegenseitig paralysiren, und Einheit der Dynastie und Monarchie in ihrer frühern Form. In Prag hatte Windischgrätz in Adrede gestellt, daß der Kampf ein nationaler, eine Erhebung der Czechen gegen das deutsche Element gewesen; in Wien wollte man blaß die Anarchie bekämpfen und desavouirte das Deutschthum gegenüber dem Slawenthum. Wer die officiellen Aeußerungen in Betreff Prags und Wiens mit einander vergleicht, wird leicht einsehen, daß die österreichische Politik dahin geht, Slawen durch Deutsche und Deutsche durch Slawen im Schach zu halten. Was man mit Ungarn vorhabe, ist leicht zu berechnen. Man wird wahrscheinlich von einer Selbstständigkeit Ungarns ganz absehen. Die Prorogation des Reichstags und der Krieg mit Ungarn stehen demnach im innigsten Zusammenhange, und man wird wahrscheinlich den Reichstag so lange hinausschieben, bis man über das Loos Ungarns nähere Gewißheit erlangt haben wird. Der Krieg mit Ungarn sollte am 12. Nov. beginnen, und der Reichstag wurde um acht Tage verschoben."

* **Wien.** Die Wiener Ztg. vom 14. Nov. meldet amtlich, daß die Zahl der in Folge der Octobereignisse Verhafteten 1600 betrag, wovon 996 bereits wieder entlassen sind. Ferner enthält dieselbe folgende amtliche Anzeige: „Um alle ausgestreuten Gerüchte über vielfach stattgehabte militärische Hinrichtungen zu widerlegen, welche nur in der böswilligen Absicht verbreitet werden, um Aufregung und Unruhe unter der Bevölkerung neuerdings anzufachen, so findet man sich veranlaßt, in Erinnerung zu bringen, daß jede militärische Exekution den Tag nach ihrer Vollziehung in dem amtlichen Theile der Wiener Zeitung veröffentlicht wird. Es diene übrigens zur allgemeinen Wissenschaft, daß bisher nur 3 des Hochverraths-Verbrechens überwiesene Individuen mit dem Tode durch Pulver und Blei bestraft worden sind. Am 13. November 1848." — Diese drei Individuen sind R. Blum, Jelawicki und Sternau. — Fürst Windischgrätz war zur ungarischen Armee, General Gordon nach Ollmütz abgereist, wamit man seine Ernennung zum Kriegsminister in Verbindung bringt. Die neueste Ministercombination war nach dem Oesterreich. Land: Fürst Felix Schwarzenberg, Präsidentschaft und Aeußeres, Graf Franz Stadion Inneres, Kraus Finanzen, Bruck Handel und öffentliche Arbeiten, Thienfeld, Deputirter aus Steyermark, Ackerbau. Cultus und Justiz wären noch nicht besetzt. Dr. Helfert wird als Unterstaatssecretär für ersteren bezeichnet. — Die Ungarn sollen zu hartnäckigem Widerstand entschlossen sein, und sich überall zur Vertheidigung rüsten. Sie sollen die Straßen dergestalt unfahrbar gemacht haben, daß militärische Operationen in dieser Jahreszeit dadurch unmöglich würden, und man sich von kais. Seite auf eine Cernirung des ganzen Landes und auf Abschneiden der Communication beschränken müßte. — Eine Kundmachung setzte den letzten Termin zur Waffenablieferung auf 24 Stunden fest, nach deren Verlauf Hausdurchsuchungen stattfinden sollen. Es werden noch 40,000 Gewehre als rückständig angegeben. Nach einem Schreiben in der Allg. Z. dürfte indessen die Zahl der Waffen, und so viele historisch-denkwürdige Rüstungsstücke aus dem am 7. Okt. dem Proletariat preisgegebenen k. k. Zeughause in Wien nicht mehr aufzutreiben sein, da eine Masse derselben von ungarischen Agenten nach Ungarn geschafft wurde. — Der juridisch-politische Verein, unter Metternich vom Staatsrath Somaruga gegründet, ist definitiv geschlossen. Eine reiche Auswahl von Zeitschriften, und eine werthvolle, die öffentlichen Sammlungen in diesem Punkte übertreffende, staatswissenschaftliche Bibliothek gehen dadurch der öffentlichen Benutzung verloren. — Nach dem Nürnb. Corr. ist Messenhauser nicht zum Tode verurtheilt, sondern zu sechs Jahren Festungsarrest, nachdem sich zu seinen Gunsten ergeben, daß die Erlasse über den Gang der Schlacht mit den Magyaren vom Stephansthurme aus, nach geschlossener Kapitulation, nicht von ihm herrührten.

♂ **Berlin**, 16. Nov. Der heute hier bekannt gewordene Beschluß der Frankfurter Versammlung hat beruhigend und wohlthätig gewirkt; ob er aber dazu geeignet ist, die höheren Regionen zu einem Ministerwechsel zu bewegen, möchte fraglich sein, wenn man das Verfahren des Staatsanzeigers ins Auge faßt. Derselbe theilt nämlich den Frankfurter Beschluß nur zur Hälfte mit und verschweigt denjenigen Theil, der den Wechsel des Ministeriums ausspricht. Will die Frankfurter Versammlung den Einfluß behalten, den man im Interesse Deutschlands wünschen muß, so ist es dringend nöthig, daß sie den hiesigen Ereignissen gegenüber stets eine bestimmte und entschiedene Farbe annimmt. Namentlich wird die Centralgewalt gut thun, sich von dem Mißtrauen zu reinigen, als habe sie bei den hiesigen Vorgängen indirekt mitgewirkt. Wassermann, so trefflich er sonst auch sein mag, ist hier bereits in eine schiefe Stellung gerathen; seine Ablösung oder die Nachsendung eines andern angesehenen Mitgliedes der Frankfurter Versammlung, womöglich eines Preußen, wäre dringend wünschenswerth.

Berlin, 17. Nov. Die deutsche Reform (wie es heißt, Organ des Herrn Milde) sagt in ihrem heutigen leitenden Artikel: „Man fragt: was ist die wahre Absicht des Königs? Von welchen Gesichtspunkten ist er ausgegangen? Zu dieser Kunde liefern wir einen Beitrag. Der Stein-Schulze'sche Antrag setzte die Regierung des Königs zu einem Vollziehungsausschusse der Nationalversammlung herab. Die große Majorität, welche am 7. Sept. für den Antrag der „demokratischen" Partei stimmte, gab ein Zeugniß für die Fähigkeit des Centrums, den antikonstitutionellen Plänen einer Partei Widerstand zu leisten, welche später zwei Mitglieder an der Spitze der demokratisch-republikanischen Propaganda duldete, — für die Fähigkeit des Centrums, die Konstitution des Königreichs festzustellen. Nach dem 7. September soll der König sich in einer Staatsschrift über seine Stellung zum Volke, zur Verfassung und zu der dieselbe vereinbarenden Versammlung ausgesprochen haben. Diese Staatsschrift ist zunächst an die Centralgewalt, ferner an die Regierungen von Oesterreich, England und Rußland gerichtet. Die Tradition will Folgendes daraus wiedergeben:

„Bei der Revolution im März habe der König der Stimme seines Volkes nachgegeben und dem Lande die freisinnigsten Institutionen verheißen, auch darauf bei der revolutionären Schilderhebung am 18. März seine treuen und siegreichen Truppen aus dem Kampfe mit den Bürgern zurückgezogen. Es sei ihm dies Nachgeben von vielen Seiten als eine Schwäche und Verzagtheit ausgelegt. Aber seit geraumer Zeit an Mißdeutungen gewöhnt, werde er sich durch jenen Anschein nicht behindern lassen, der Stimme seines Herzens Gehör zu geben. Das Heil seines Volkes müsse er danach über den Namen und den Ruhm seines Regiments setzen. — In Folge seiner Verheißung sei die aus Urwahlen und allgemeinem Stimmrecht hervorgegangene National-Vertretung einberufen und er sei der Zuversicht gewesen, in Gemeinschaft mit ihr eine konstitutionelle Verfassung feststellen zu können. Die National-Versammlung habe aber von vorn herein gezeigt, daß sie königliche Hingebung und Aufopferung an die Sache des Vaterlandes und der Freiheit für Schwäche nahm. Endlich sei sie so weit gegangen, offenbar in die Rechte der Exekutivgewalt einzugreifen und die königlichen Rechte völlig zu vernichten. Diesen Uebergriffen könne er in sorgsamer Abwägung seiner Regentenpflichten nicht länger nachsehen; er beabsichtige daher zur Vereitelung anticonstitutioneller Machinationen und zur Wahrnehmung seiner königlichen Rechte: 1) Die National-Versammlung auf das Ernstlichste anzuhalten, in den weilen Schranken einer vereinbarenden Versammlung zu verbleiben. 2) Die Versammlung von Berlin zu verlegen, damit sie von äußerem Einflusse frei und die wahrhaft unabhängige Partei der Mäßigung unbehindert zum Wohl des Vaterlandes berathen könne. 3) In und um Berlin Militairmacht zusammenzuziehen, um nöthigenfalls diesen Beschlüssen durch Waffengewalt Nachdruck zu geben. — Nach der damaligen Meinung des Königs könnten diesen Entschließungen gegenüber nur zwei Eventualitäten eintreten: entweder die Versammlung gebe darauf ein und dann lebe er der freudigen Hoffnung auf eine förderliche und gedeihliche Berathung des Verfassungswerks; oder sie weigere sich seinem Ansinnen — für diesen Fall nehme der König ausdrücklich und feierlich nur insoweit und nicht weiter eine Mitwirkung der Centralgewalt und der andern Mächte in Anspruch, daß sie fremde Einmischung von Preußen fern halte. Er werde dann sofort eine Verfassung proklamiren, welche im Wesentlichen (nicht unbedingt, was einen Census anbetrifft; der König soll zu wiederholten Malen sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt haben) der belgischen Konstitution nachgebildet, seinem Lande die

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Rücktritt Raveaux's.) Wien (Offizielle Erklärung über die Execution. Die Reichscommissäre. Kundmachung. Berlin (Lage Berlin's. Deputation der Berliner Stadtverordneten vor dem Prinz von Preußen. Der Minister. Hr. v. Schapper. Tagesereignisse. Die Unterredung Wassermanns und Hrn. Kirchmanns. Die Zustände. Die Provinzen. Die Presse.) Würzburg (Schluß der Versammlung deutscher Bischöfe.)

Deutschland.

Frankfurt, 17. Nov. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Reichsgesandte Franz Raveaux seinen Gesandtschaftsposten in der Schweiz niedergelegt, indem er es bei der Haltung, welche das Reichsministerium in der österreichischen und preußischen Angelegenheit angenommen habe, mit seiner Ehre, seiner Pflicht und seinem Gewissen nicht länger vereinbar halte, unter demselben zu dienen. (Fr. J.)

△ **Wien**, 13. Nov. Fürst Windischgrätz wird diese Tage eine amtliche Erklärung erlassen, worin er die Versicherung gibt, daß keine andere standrechtliche Exekution stattgefunden, als jene drei in der Wiener Zeitung veröffentlichten des Abgeordneten Robert Blum, des Eduard Jelowicki, und des Eduard Preßlern von Sternau. Ueber die Verhandlungen der Herren Welcker und Mosle mit Windischgrätz gebe ich Ihnen folgende Mittheilung aus bester Quelle, wörtlich, wie ich sie gehört habe: „Die Herren Mosle und Welcker baten um eine Audienz bei dem Fürsten Windischgrätz, welche ihnen auch in Stammersdorf (im Marchfelde) gewährt wurde. Der Fürst empfing sie mit allen Formen der Höflichkeit und des guten Tones und ließ sie, selbst sich beinahe stumm verhaltend, ganz aussprechen. Seine Antwort war ganz kurz folgende: Oesterreich sei noch nicht so weit herabgekommen, daß es badischer oder oldenburger Truppen bedürfe, um in eigenen Hause Ordnung zu machen; übrigens danke er den Herren für den geäußerten guten Willen." — Der Hauptmann der Grenadierkompagnie nebst 90 Mann, welche die Wache im Kriegsgebäude an dem unseligen 6. Oktober hatten und ruhig zusahen, als eine kleine Anzahl von Mördern jene Schandthat an dem Kriegsminister verübten, ist am 28. Okt. bei dem Sturme auf die Barrikaden der Leopoldstadt geblieben und so dem Kriegsgerichte entgangen, welches in Folge des Manifestes von Radetzky an die Armee über jene Kompagnie und die Wachmannschaft (zusammen 240 Mann) verhängt wurde, welche Untersuchung jedoch zu allgemeinem Erstaunen gestern auf höhern Befehl niedergeschlagen wurde — zugleich hat diese Kompagnie den Befehl erhalten, gegen Ungarn zu marschiren. In den Kämpfen in und um Wien hat die Armee 1200 Mann theils an Todten, theils an Kampfunfähigen, nebst 60 Offizieren, worunter 40 unheilbar blessirte und 20 Todte sind. Diese Angabe ist gleichstehend mit offiziell, obschon sie erst nach einiger Zeit zur Oeffentlichkeit gelangen dürfte. — Ich höre so eben, daß Gen.-Major Gordon (seit dem 1. d. M. Stadtkommandant) zum Kriegsminister ernannt sein soll. — Heute erschienen folgende drei Kundmachungen *) wovon die zweite durch ihren Inhalt merkwürdig, die dritte ein ebenso merkwürdiges Beispiel militärischer Stylistik liefert.

Kundmachung. Da man wahrgenommen hat, daß an öffentlichen Orten, besonders in Wirths- und Kaffeehäusern von Fremden und Einheimischen Reden geführt werden, welche zum Aufstande und zum Aufruhre aufzureizen geeignet sind, sehe ich mich veranlaßt, an die hiebei betheiligten Bewohner der k. k. Hauptstadt Wien die ernste Warnung zu erlassen, sich derlei aufreizender Reden zu enthalten, weil ich mich sonst in die unangenehme Lage versetzt sehen würde, gegen die Schuldtragenden nach dem 7. Punctgraphe der Proklamation des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz, datirt den 1. November 1848, die standrechtliche Behandlung eintreten zu lassen.

Wien, am 12. November 1848.

Von dem Vorstande der k. k. Central-Commission der Send-Commandirter.

Freiherr von Gordon.
k. k. General-Major.

An die ehrständigen und rechtlichen Bewohner Wiens Alle Folgen einer fürchterlichen Anarchie sind in der scheerlichsten Gestalt an Euch vorüber gegangen, und haben Zerstörung bis in das Familienglück eines Jeden verbreitet. — Ein sicherer Zustand muß schnell enden, — das gute Prinzip, das Rechte, wieder seine Stelle behaupten, sonst sind wir alle verloren. Denn der Haushalt jedes Einzelnen, wie jener des Staates kann nur bestehen, wenn er auf Ordnung und Gesetz gegründet ist. Auch nur auf dieser Bahn bewegt sich die Erde, die Gott so schön geschaffen.

Glücklich! waren die schmerzlichen Erfahrungen, die wir bisher gemacht, hinlänglich, dieses Euch fest in die Seele zu prägen, — dann könnte ich mit Zuversicht auf Eure Unterstützung rechnen. — Sie ist Bedingniß, soll mein Wirken gedeihen. — Nur ein Bund der Guten vermag den Staat und jeden rechtlichen Familienvater zu retten. — Ohne Staat hat auch er kein schützendes Dach.

Was die Bösen wollen, ist klar — es ist Zerstörung und unser aller Untergang.

Darum biete ich Euch die Hand zum großen Werke. — Beginnen wir es schnell, ehe eine gährende Zeit die Zerstörung mehrt. — Stoßt sie nicht zurück diese Hand. — Mit meiner letzten Kraft weihe ich mich dem erhaltenen Berufe.

Vertrauen weckt Vertrauen! So komme ich Euch entgegen. — Ihr müßt mich verstehen. — Ihr werdet die Stimme der Vernunft und des Gemüthes erkennen, und mich nicht zwingen, im Donner der Geschütze die Ordnung zu verkünden.

Wien am 12. November 1848.

Der k. k. Gouverneur der Hauptstadt Wien.
Welden,
Feldmarschall-Lieutenant.

*** **Berlin**, 15. Nov. Wenigstens dreißigtausend Bajonette und mehr als zweihundert Feuerschlünde beherrschen unsere Stadt; das Schloß, die prinzlichen Palläste, die großen Steinhäuser der Seehandlung, Bank, des Kriegsministeriums, das Zeughaus, Museum, sind zu ebensoviel Kastellen umgewandelt, das Kriegsgesetz ist proklamirt, und dennoch herrscht in der Stadt ein Geist des Widerstandes, der Fanatismus der Erbitterung, ein hitziges Fieber des Argwohns, die über Acht und Bann und die angelegten Fesseln spotten. Hätte man an Köln gedacht, dessen ruhige Bürger sich unter dem Belagerungszustande so wohl gefühlt, als man diese Maßregeln auch gegen Berlin verfügte? Es ist eine entsetzliche Enttäuschung, aber auf wen fällt die Schuld der Täuschung zurück? Sehen wir von allen weitern, tiefern Intentionen ab, so hatte man in Potsdam der Vorstellung zu viel Raum gegönnt, daß es nur ein kleiner Theil der Berliner Bevölkerung sei, der sich von den Wühlern hinreißen lassen, und daß der überwiegend größere Theil der guten Bürger die Rückkehr der Ordnung um jeden Preis wünsche. Man hatte gedacht, es bedürfe nur des Erscheinens, des ersten Auftretens einer wirklichen Macht und Kraft, und augenblicklich werde sich diese gute große Bürgerschaft, der es nur an einem Führer, einem Halt gefehlt, die sich bis da für verloren und verlassen gehalten, darum schaaren und gemeinschaftliche Sache machen. Das wäre auch unter andern Umständen der Fall gewesen, aber man vergaß, daß man mit dieser Führung und Hülfe sehr spät kam, und wieder hatte man es nicht der Mühe werth gehalten, dieselbe Mühe, die man sich gab, dieselben Kosten, die man aufwandte, um die materielle Macht zu beschaffen, auch um ein Rückzug seiner moralischen Kraft aufzuwenden. Brandenburgs Ministerium trat auf ohne das Wort, was zum Herzen und zu den Nieren dringt, Wrangel rückte ein ohne Proklamation! Diese, ein feierlichster Akt, Protest, was der König nur wolle, welche Grenzen er nicht überschreiten werde, artikulirt, hätte vorauf gehen müssen, der ersten Bajonettspitze. Vom ersten bis zum letzten Bürger mußte jeder wissen, was man wollte, um den Argwohn, daß man mehr, daß man Geheimes wolle, zu verscheuchen. Eine solche Proklamation, in Worten, Ausdrücken, die kein Dunkel zulassen, die dem Kinde und dem Blödsinnigen verständlich gewesen wäre, war unerläßlich, wenn man das wagte, und man hat sie vergessen! Und hätte jedes Wort mit Gold aufgewogen werden müssen, wäre die Verbindung so theuer zu stehen gekommen, als die Ausrüstung der 45000 Mann, sie war nothwendig. Mit einer matten Nacherklärung: übrigens sei der König fest entschlossen, auf konstitutionellem Wege fortzuschreiten, war es nicht gethan. Was ist der konstitutionelle Weg? Die Autoritäten sind heute noch drüber in Streit, was das Recht der Krone ist, was nicht! Klar hätten die durch die Revolution errungenen Rechte aufgezählt, ausgesprochen werden müssen, an denen der König festhalten will, dann wußte jeder Bürger sich zu entscheiden, wofür er Partei ergreifen wolle; die des Königs wäre die größere gewesen, der Widerstand der Nationalversammlung ein anderer geworden. Viele in Berlin, die den Staatsstreich ahnten, sprachen im voraus: Er ist verloren, wenn das nicht vorangeht. Durch das Wort haben ihre Gegner das Volk für sich erobert; die Hohenzollern sind nach des seeligen Vertrauens, daß ihr guter Wille Allen bekannt sein müsse, daß

*) Die erste dieser Kundmachungen theilen wir nicht mit; sie enthält die bereits bekannte weitere Vertagung des Reichstages.

sie durch ihre Autorität allein den Feind überwinden können! Man vergaß ferner, daß die königlichen Worte am 15. Oktober gerade unter der gut gesinnten Bürgerschaft einen sehr schlimmen Eindruck hervorgebracht hatten; daß diese von jenem Tage an stutzig geworden, daß sie, von dem Augenblicke an, wo zu ihr von angestammtem göttlichem Rechte der Könige von Preußen gesprochen ward, den Zuflüsterungen der Radikalen ein Ohr lieh und in ihrer Angst nur von Reactionsgelüsten träumte. Nachdem man so lange auf das Vertrauen gepocht, nachdem man es durch allerhand Fiktionen zur Grundbedingung unserer socialpolitischen Zustände erhoben, wundert man sich da, daß nach dem Umschlag das Mißtrauen, der Argwohn wucherte und ebenso unnatürliche Progressen machte! Und ist nicht vieles geschehen, ihm immer neue Nahrung zu geben! Wenn der Muth der Regierungen durch den Ausgang in Wien erwacht ist, dürfte nicht dasselbe Beispiel in seinen ersten Consequenzen auch das Mißtrauen der Völker nähren? — Welche Motive dem Entschluß zum Grunde liegen, wer der eigentliche Rathgeber war, wenn der Entschluß zur Reife gedieh, über alle diese Fragen ruht noch ein undurchdringliches Dunkel. Wir sind nun darüber im Klaren, daß nie ein unheilvollerer Entschluß gefaßt werden konnte, einer, der nicht allein Preußens Ruhe, Frieden, seine Existenz, sondern auch die kaum angebahnte des deutschen Gesammtvaterlandes wieder in Frage stellt. Der Argwohn des Volkes, angestachelt von den Wühlern, stiftet eine große, durch ganz Europa gehende Verschwörung der Reaktion. Wien zeigt es ja deutlich, Rußland muß dabei die Hand im Spiele haben, Frankfurt ist Mitschuldiger. Es ist nicht räthlich in diesem Augenblicke des Wahnes in Berlin daran zu zweifeln, eine andere Ansicht laut auszusprechen. Es ist nicht allein die rohe, kaum zum politischen Bewußtsein erwachte Menge, es sind hoch gebildete Männer, die die Furcht durchschüttert, daß man es hier mit einem tief durchdachten, schlauen Intriguenspiel zu thun habe. Sein Ziel kann nur der alte Absolutismus sein, und dann wehe den Kämpfern für Freiheit, Licht und Recht, die, einer nach dem andern, dem alten Moloch geopfert werden! Wer heute noch dem Könige das Wort führen kann, den begreife ich nicht, sagte ein Mann, der in ernsten Studien der Politik die Lehrjahre längst hinter sich hat. Ich hätte ihm erwidern mögen: Den begreife ich nicht, der Friedrich Wilhelm IV kennet, seinen religiösen, seinen phantasievollen, warmblütig beweglichen Umschwungssinn und ihn solcher Intriguen für fähig hält! — Ich hätte tauben Ohren gepredigt. Man sieht was man sehen will, mehr nicht, und verdammen kann man Niemand, nach dem bösen Scheine, den man drüber in Selbstgefälligkeit und Illusionen, um sich aufführte. — Es ist nicht allein beachtenswerth, daß hier Niemand anzugeben weiß, wer in Potsdam den Rath ertheilt hat, sondern auch daß schon seit mehreren Tagen vor der Ernennung des neuen Ministeriums die gewöhnlichen Umgebungen des Königs geflissentlich gegen Fremde sich dahin aussprachen, wie Niemand von ihnen mit demselben in politische Berührung käme; Niemand wage dann anzufragen und zu Niemand wende er sich deshalb. Mit einer Art Aengstlichkeit suchten sie den Vorwurf, die Verantwortlichkeit für das Kommende von sich im voraus abzuwenden. Und in der That erscheinen die Einflüsterungen in einem wahrhaft gespensterhaften Charakter, wenn man bald den Hallenser Leo, bald Radowitz, bald einen von Niemand gesehenen russischen Emissär, bald einen Geistlichen aus der Nähe von Potsdam, als die Pythie nennen hört. Die einfachste Geistererscheinung will Niemand gelten lassen, daß der König seinen eigenen Visionen, seinen Eingebungen gefolgt ist. Ganz ohne Zusammenhang mit der Außenwelt standen diese freilich nicht, hörte er nicht von allen Seiten klagen, hämmern und pochen, wie jener Thüringerfürst: Herzog werde eisern! greife durch, keine halben Maßregeln mehr; nicht deine Krone allein, dein Land, dein Volk gehen in Anarchie unter, wenn Du nicht endlich einschreitest. Sie hatten ihm die Gottes Gnade genommen, die Stände, die Titel, Orden, alles Scheidungen, die ihm von Gott gemacht erscheinen, diesen Moment nahm er für das innere Zeichen als König aufzutreten, als äußeres die Vertagungsscene der Nationalversammlung, in beiden fehlgreifend. Jene Aufhebungen aller Rechte kümmerten die große Masse der Ruheliebenden sehr wenig, gegen diesen Scandal war die Nationalversammlung endlich selbst sich zu schützen im Begriff, spät freilich, aber sie war es.

Das neue Ministerium ward förmlich gepreßt, dies steht fest. Kisker und Kühne, die man nur bewogen hatte, einstweilen die Geschäfte zu übernehmen, protestirten feierlichst, als man ihre Namen als die von wirklichen Ministern nannte. Hr. v. Ladenberg, der es schon oft abgelehnt, hätte nur nach einem furchtbaren Verzweiflungskampfe mit sich selbst sein Ja gesagt, im vollen Gefühle dessen, was er als Opfer brachte. Hr. v. Bonin, der bei seinem Abgehen ein Ministerium Unruh vorgeschlagen, als eines aus dem linken Centrum, als das allein mögliche, ward umsonst zur Annahme eines Portefeuilles zu bewegen versucht. Von Hrn. von Strotha wissen wir nichts, als daß er ein feingebildeter, geistvoller Militär sei. Als solcher parirte er der Ordre. Mit der entschiedensten Ueberwindung nahm Graf Brandenburg die Bildung des Ministeriums über sich. Mehrere Male hatte er es abgelehnt; er übernahm sie erst, nachdem der König keinen Andern gefunden, nachdem Brandenburg dies, und daß sein König auf ihn, als seine letzte Stütze, zähle, erfahren; er übernahm sie im klarsten Selbstbewußtsein, daß er ein hochgefährliches Wagestück spiele und daß ihm die Eigenschaften, die man sonst von einem Premierminister fordert, fremd seien. Er hat dies, in seiner offenen Weise, gegen Niemand verhehlt. In Breslau und hier hat er gegen Mehrere gesagt: er wisse, daß er dem Tode Latour's entgegengehen könne; so nahm er Abschied von seiner Gattin, so trat er in sein Amt, nur der Loyalitätspflicht gegen seinen Fürsten, gegen den Stammhalter des Hauses gehorchend, dem er entsprossen zu sein sich zur Ehre rechnet. Vielleicht begreift die Folgezeit diese Züge von Treue und Hingebung nicht mehr; sollte Graf Brandenburg in seinem Werke verunglücken, so wird ihm die Geschichte, die alle Thaten nach den Motiven würdigt, die zu ihrer Zeit gelten, eine ehrenvolle Erinnerung nicht versagen. — Dies hindert uns aber nicht, seine Ernennung für eine unglückselige zu erklären, auch ohne die folgenden Maßregeln, die sich jäh überstürzten. In einer Zeit des allgemeinen Mißtrauens darf die Macht, zumal wenn sie sich berufen fühlt, die gesetzlichen Grenzen zu überschreiten, nicht Männer zu Vollstreckern ihres diktatorischen Willens ernennen, gegen deren Namen ein Mißtrauen speziell obwaltet; mit Recht oder Unrecht, das ist hier gleichviel. Je zweifelhafter ihr Recht, um so unzweifelhafter mußte der Charakter des Exekutors sein. Das in gespensterhafter Furcht vae Anarchie eingeschüchterte Volk sollte durch einen Namen erschreckt werden, der die aristokratische Reaktion an der Stirn trug, dessen Abstammung ihn zum Ritter der Dynastie erhob. Die Maßregeln entsprachen dem Charakter, den der Name heraorgerufen. Ohne den Namen, meint man, würde die erste derselben, die Verlegung des Reichstags nach einer andern Stadt, sich wohl haben vermitteln lassen, denn seit dem 31. Okt. waren alle Vernünftige darüber einig, daß unter diesem terroristischem Drucke eine freie Berathung nicht mehr stattfinden könne. Hatte man doch schon die Bürgerwehr zum Schutz herbeigerufen, ein Gesetz zum Schutz der Deputirten vorbereitet. Auch würde man sich das Einrücken des Militärs haben gefallen lassen, wenn die Versammlung in Berlin geblieben wäre, denn sie hat bewiesen, daß sie wohl von Arbeiterdrohungen, aber nicht von Bajonetten sich einschüchtern läßt. Aber mit dem gefürchteten Namen kamen die furchtbaren Maßregeln selbst, eine dicht folgend auf die andere. Der Heraismus ward der Nationalversammlung aufgedrängt, sie hatte nicht Zeit sich zu besinnen; sie glaubte einen Kampf um ihre eigene Erhaltung druchkämpfen zu müssen, so von einem Schritte konsequenterweise zum andern fortgerissen, wie ihr gegenüber das neue Ministerium. Daß es auch damals noch Auswege gegeben, um den entsetzlichen Bruch zu verhindern, wird bei späterer Besinnung Niemand in Abrede stellen. Vielleicht hätte schon ein Protest genügt, gegen die Berechtigung die Versammlung zu verlegen, und so geschützt hätte sie sich nach Brandenburg begeben. Kannte sie dort Gewaltthätigkeiten im Ernste fürchten! Im Gegentheil würde aber ihre Opposition gegen die Regierungsvorschläge und Maßregeln daselbst, wo Niemand von einer Einschüchterung durch Wühler reden könne, eine ganz andere Wirkung hervorgebracht haben. Diese ruhige Erwägung fehlte, und Viele, die vom heroischen Impulse sich fortreißen ließen, werden es spät desto bitterer bereuen. Aber unleugbar war das Resultat, statt die Schlechten niederzuscheuchen, hatte die Regierung die Guten gegen sich in Harnisch gebracht.

So steht es noch jetzt. Es sind nicht mehr die wilden Demokraten, die Anarchisten, es ist die Bürgerschaft, vielleicht was man sonst die Bürgerschaft nannte, was der Regierung feindlich entgegentritt. Es hält sich angegriffen, zu einem Kampf um Tod

Digitized by Google

und Leben aufgerufen. Die Auflösung der Bürgerwehr, durch nichts gerechtfertigt, der Befehl, die Waffen abzuliefern, der erklärte Belagerungsstand haben Ruhige und Solide in Harnisch versetzt. Daß Graf Brandenburg die gesetzlich konstitutionellen Formen möglichst inne hält, regt, statt für ihn zu gewinnen, die Furcht um so mehr auf, daß alle konstitutionellen Satzungen vor einer Willkürherrschaft nicht schützen; denn wer die Macht hat, kann sie nach Belieben deuten! — Wäre dieß das geringste Uebel, was die Maßregel zur Folge hat! Wir sehen noch nicht die nächsten, geschweige die entfernteren ab; der Fluch, der die Dynastie trifft, ist, so groß es sei, noch vielleicht das geringere Uebel gegen den Riß, der über ganz Deutschland sich ausbreitet. Man wollte Preußen, von Frankfurt aus, fest machen, damit es mit seinen starken und freien Armen Deutschland umfasse; wenn es nun so schwach wird, daß Deutschland, das kaum genesende, es umfassen muß, und darüber umsinkt! Die grassen Seiten des passiven Widerstandes verkennen wir nicht. Aber hätte die Nationalversammlung dieselbe Energie nach unten entwickelt, die sie nach oben zeigt, so wäre dieser Riß nie eingetreten. Möge es dann wenigstens kein Impuls des Augenblicks gewesen sein, und wenn das Herbste uns nicht gespart werden soll, möge sie denn gegen die einbrechende Anarchie neben dem eigenen und starken Willen auch Kraft und Größe zeigen, die sehr bald nöthiger sein werden, als im Kampfe mit einer schwach gewordenen Krone.

Berlin, 16. Nov. Die parlamentarische Correspondenz berichtet noch folgendes Nähere über die gestern von uns mitgetheilte Unterredung zwischen Herrn Bassermann und Herrn von Kirchmann. In einer Conferenz auf dem Zimmer des erkrankten Abgeordneten Grabow erklärte Hr. v. Kirchmann, daß seine Parthei zum Aeußersten entschlossen sei, sie wolle sich mit der äußersten Linken verbinden, und ohne Rücksicht auf die dann eintretende Unbeschlußfähigkeit der Versammlung, sich der gemäßigten Mitglieder des Centrums sofort entledigen, damit sie in der Ausführung energischer Maßregeln nicht mehr durch deren Widerstand behindert werde. Der alsdann zu constituirende Convent werde sofort den Thron für erledigt, und das Haus Hohenzollern für unwürdig und unfähig zu regieren erklären. Sie wüßten wohl, daß eine solche Maßregel einen blutigen Bürgerkrieg hervorrufen, ihrer Partei das Szepter wieder entwinden und in blutrothe Hände bringen werde. — Allein sie sähen dieß als einen Uebergangszustand an, der durchtobt werden müsse. Hiernach könne von einer Transaktion gar nicht mehr die Rede sein. Hr. v. Kirchmann wollte indeß (aus besonderer individueller Loyalität!) auf eigene Verantwortung, jedoch ohne sichere Aussicht auf Zustimmung „der Majorität seiner Partei dort folgende Bedingungen proponiren": Folgen die bekannten Phantasien, die aber nicht allzuviel mehr zu bedeuten haben, als daß die Stimmung augenblicklich in Berlin, namentlich unter den für hochverrätherisch erklärten Abgeordneten außerordentlich erhitzt ist. Reisende und Privatbriefe legen gleichmäßig Zeugniß ab. Wenn keine unheilvollen Thaten dazwischen treten, so darf man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die hochgehenden Wellen sich sich wieder legen werden.

LC **Berlin**, 16. Nov. Eine mächtige Hofpartei, die früher „energischen Maßregeln" nicht eben abgeneigt war, räth jetzt zum Nachgeben und Einlenken. Im Ministerrathe stehen sich Graf Brandenburg und Herr v. Manteuffel schroff gegenüber. Die Herren Professor Leo, General Rauch, Präsident v. Gerlach, wie man allgemein behauptet, im Augenblicke die eigentlichen Lenker des Staates, sollen jedoch noch mit Festigkeit auf dem begonnenen Wege fortfahren und von Vermittlungen nichts hören wollen. In ihrem Gehirn spuckt wahrscheinlich die Idee von dem „rühmlichen Fallen des Königthums durch einen ehrenvollen Kampf." Man hat diese Phrase dem Könige selbst in den Mund gelegt. Von anderer Seite und von einer Seite, die, obschon sie den Bestrebungen der neuesten Zeit nicht eben hold ist, es doch ehrlich meint, räth man dem Könige zu einem Ministerium Grabow oder Beckerath. — Dem Beschluß der Frankfurter Versammlung, den ein Theil der Volkspartei für höchst unbedeutend hält, scheint die Hofpartei Bedeutung beizulegen. Die bis jetzt Verhafteten sind meist wieder freigelassen, da sie vor Civilgerichte gestellt, von diesen natürlich als nicht strafbar angesehen wurden. Die Entwaffnung der Bürgerwehr dauert fort und scheint doch ein größeres Resultat zu gewähren, als man erwartete. Es sollen heute wiederum 1500 Gewehre eingeliefert worden sein. Unsere hiesige Presse ist nicht allein vollkommen beschränkt, sondern auch gezwungen, die wohlgesinnten Artikel des durch seine „breite" Feder bekannten Herrn a. Florencourt aufzunehmen. Nur die National-Zeitung, die auch in diesen Tagen ihre rühmliche Haltung bewahrt, scheint bis jetzt den Späherangen des Generals Wrangel entgangen zu sein. Es ist dieser Zeitung bis jetzt trotz ihrer offenen, unumwundenen Sprache in der schwebenden Frage noch kein Reskript des Hrn. Wrangel zugegangen, während derselbe Herrn Lessing, dem Redakteur der Vossischen, eine ruhigere Haltung seines Blattes und die Nichtaufnahme der Verhandlungen der Nationalversammlung befahl. — Die Nationalversammlung tagt heute nicht. Die Abgeordneten sind in den Partei-Sitzungen thätig und warten der Dinge, die da kommen sollen, sie halten mit dem gestrigen Beschlusse in Betreff der Steuerverweigerung die ihnen zu Gebote stehenden Mittel erschöpft und überlassen das Weitere dem Lande.

Die Nachricht von der Abdankung des Polizei-Präsidenten von Bardeleben scheint begründet. Der Ober-Regierungsrath von Hinkeldey in Merseburg, ein dem Grafen Brandenburg persönlich befreundeter und, wie sich denken läßt, durchaus unpopulärer Beamter, ist zum Nachfolger bestimmt. Nach Berichten, die aus Sachsen so eben eingehen, ist an Herrn von Hinkeldey auf sehr empfindliche Weise Volksjustiz geübt worden. Die Bewegung scheint dort sehr stürmisch zu sein. Sowohl in Halle, als in Merseburg hat man so ziemlich im Einverständniß mit dem Militär den Abmarsch desselben durch Verbarrikadirung und Zerstörung der Eisenbahnen zu hindern gewußt. Auch ist ein Landsturm von 40,000 Mann in jener Gegend organisirt.

Berlin, 16. Nov. In der gestern um 11 Uhr wieder eröffneten Sitzung der permanenten Stadtverordneten-Versammlung statteten die Stadtverordneten Duncker, Lewald und Schäfer Bericht über den Erfolg der zum Prinzen von Preußen abgesandten Deputation ab. Die Deputation wurde im königl. Schloß in Potsdam durch den Flügeladjutanten des Prinzen, Major Laue, empfangen und nach den Namen gefragt. Darauf ließ der Prinz sagen, daß er die Erlaubniß des Königs eben nachsuche, die Deputation zu empfangen, welches auch kurz darauf geschah. Nachdem auf Verlangen des Prinzen die Vorstellung der einzelnen Mitglieder der Deputation durch den Stadtverordneten Duncker geschehen war, und derselbe den Zweck der Deputation ausgesprochen, bat er die einzelnen Mitglieder, zu reden. Hierauf schilderte der Stadtverordnete Lewald die Gefahr, in die das Land durch den gegenwärtigen Konflikt gerathen, und bat um die Vermittlung des Prinzen, welcher unmittelbar als der Nächste am Thron und unabhängig zwischen Krone und Nationalversammlung dastehe und daher selbst diejenigen Personen sprechen und hören könne, welche der König vom konstitutionellen Standpunkte aus nicht habe sprechen wollen. Der Prinz äußerte sich dahin, daß er mit vielen Rechtsgelehrten sich über die Rechtsfrage des Konflikts in Verbindung gehalten, daß er aber die Krone in vollem Rechte halte und daß an eine Vermittelung mit dieser Nationalversammlung nicht zu denken sei. — Darauf hörte der Prinz die Vorlesung der von den Stadtverordneten an die Nationalversammlung gestern gerichteten Petition gegen die Steuerverweigerung und sagte: daß der erste Theil, welcher von dem Mißtrauen gegen das jetzige Ministerium spreche, ihn tief schmerze, dagegen der andere Theil, welcher sich gegen die Steuerverweigerung ausspreche, ihn angenehm berühre. Der Stadtverordnete Gneist nahm dann das Wort über die Rechtsfrage selber und der Prinz ging auf jeden einzelnen Punkt der Adresse mit großer Genauigkeit ein, die der Stadtverordnete Gneist auch Punkt für Punkt mit wahrhaft glänzendem und anerkennenswerthen freimüthigen Vortrage beantwortete. Er erklärte, daß die Angelegenheit nicht mehr privatrechtlich abzumachen sei, daß sie jetzt auf dem Boden des Staatsrechts getreten sei. Als Mitglied des geheimen Obertribunals spreche er hierdurch es unumwunden aus, daß die Nationalversammlung in ihrem vollen Rechte sei, da sie als konstituirende, vereinbarende Versammlung eine gleichberechtigte Partei mit der Krone sei. — Der Prinz dankte für diese freimüthige Erklärung, hielt sich aber dadurch noch nicht für überzeugt. Stadtverordneter Schäffer bat nun wiederholt um die Vermittelung des Prinzen, da es sich hier nicht allein um die Gefahr für das Land, sondern auch für die Krone und Dynastie handle. — Der Prinz sagte: Durch die Nachgiebigkeit und die Inkonsequenz der Krone am 18. März sei die Dynastie allerdings in eine schiefe Lage gebracht worden, wer nach dem Hause Hohen-

Digitized by Google

zollern regieren werde, wisse er nicht, aber wenigstens wolle das Haus Hohenzollern mit Ehren fallen. Der König habe alles mögliche versucht, er hätte jetzt zu diesen Maßregeln schreiten müssen, um die Anarchie niederzudrücken. Selbst Grabow, der heute erst eine Audienz beim Könige gehabt habe, gebe der Krone Recht. Der König werde nichts von den verheißenen Freiheiten kürzen, dafür bürge sein religiöses Gefühl; er selbst habe erklärt den konstitutionellen Weg aufrecht zu erhalten, und er habe noch nie sein Wort gebrochen. Es trage Berlin keinen Groll für den 19. März nach, aber tief habe es ihn geschmerzt, daß sich keine Partei für ihn erhoben, die es offen ausgesprochen: der Charakter des Prinzen bürge dafür, daß er sein Wort halten werde, und er versichere jetzt nochmals auf sein Ehrenwort, daß er von dem constitutionellen Boden nicht weichen werde. — Nach dieser Erklärung gab der Prinz den Deputirten die Hand und entließ dieselben. Auch die Prinzessin hat sich angelegentlichst mit denselben unterhalten. Beiden hohen Herrschaften ist aber die Lage der Stadt und des Landes mit offenem Freimuth geschildert worden.

Wie verlautet, soll der Krone als letzter Ausweg aus dem gegenwärtigen Konflikte die Oktroyirung der von der Central-Abtheilung beantragten Verfassung vorgeschlagen und einige Aussicht vorhanden sein, daß dieses Auskunftsmittel angenommen werde. Die jetzigen Minister haben einer Deputation der Stadtverordneten vorgestern erklärt, sie würden gleich nach Vollziehung der eingeleiteten Maßregeln zurücktreten; der Belagerungszustand solle mit größter Milde gehandhabt und mit jedem Soldaten, der sich die geringsten Uebergriffe zu Schulden kommen lasse, standrechtlich verfahren werden. Die Minister hoben der Deputation wiederholt versichert, sie hätten nur die Absicht, die Ordnung herzustellen und alsdann ihre Entlassung einzureichen. Alle waren bewegt, Strotha selbst bis zu Thränen. Wahrscheinlich wird nun der Stadtrath selbst eine Proklamation erlassen, in welcher er selbst die Bürgerwehr zur Ablieferung der Waffen auffordert.

Von sehr großer Bedeutung erscheint uns, daß der General-Postmeister v. Schaper der Nat.-Vers., die seit der Austreibung aus dem Concertsaale entzogenen Postbeamten wieder zur Disposition gestellt, mit der Versicherung, daß die Briefe der Abgeordneten nach wie vor ungefährdet befördert werden sollen. Von der Regierung zu Frankfurt a. d. O. erzählt man mit großer Bestimmtheit, daß sie ihr Einverständniß mit den Schritten der Nat.-Vers. (im Schützenhause) ausgesprochen.

* **Berlin**, 16. Nov. Berlin ist ruhig; die Entwaffnung geht fort; auf Herrn Borsig's kräftige Vorstellungen haben seine Maschinenarbeiter sich zur Ablieferung der Gewehre bequemt; bereits sollen Dreiviertel sämmtlicher ausgetheilten Waffen eingeliefert sein. Die Landesversammlung ist nach der durch Soldaten aufgehobenen gestrigen Sitzung, in welcher die Steuerverweigerung beschlossen ward, nicht wieder zusammengekommen. Herr von Unruh will nur auf das Verlangen von 203 Mitgliedern eine neue Sitzung anberaumen. Inzwischen erwartet die Versammlung, wie das Land sich über jenen Beschluß aussprechen wird. In Berlin herrscht der seltsamste Ausnahmezustand, während dessen alle Begriffe von Recht und Unrecht verwirrt werden. Den Ministern selbst ist nicht wohl bei ihren Maßregeln; in allen Zeitungen, so viel deren auch erscheinen, wird nachgewiesen, daß einige derselben mit den bestehenden Gesetzen nicht übereinstimmen. Die hiesigen Literaten von Bedeutung haben ihr Ehrenwort verpfändet, keine Zeile mehr unter Censur zu schreiben. Als sich heute Abgeordnete der Zeitungen auf dem Polizei-Präsidio einfanden, um dort Auskunft über die neue Reorganisation der Censur einzuholen, wurde ihnen vom Polizeipräsidium erklärt:

„Dasselbe halte die betreffende Verordnung des Gen. Wrangel für ganz ungesetzlich, das Polizeipräsidium werde sich nur auf dem gesetzlichen Boden bewegen und keine Censur einführen. Es könne gedruckt werden was da wolle, das Polizeipräsidium werde keinen Censor bestellen."

Der Polizei-Präsident, Herr v. Bordelehen, hat bereits seinen Abschied verlangt. An seine Stelle ist der Ober-Regierungs-Rath v. Hinkeldey aus Merseburg zum Polizei-Präsidenten von Berlin ernannt worden. Diese Wahl wird von vielen Seiten als eine höchst unglückliche bezeichnet. Der alte Wrangel hantiert inzwischen wunderlich mit der Presse. — Dem Redakteur der „deutschen Reform", der sich Hrn. v. Wrangel gegenüber auf die gesetzliche Preßfreiheit berief, sagte der naive Oberbefehlshaber: die Preßfreiheit sei ja für alle die unnöthe kümmert, die nichts gegen die Regierung schrieben. — Die „Ewige Lampe," das witzige von Arthur Müller herausgegebene Blatt, ist mit einigen Modifikationen im Titel („die Gasflamme, ein Kind der ewigen Lampe") erschienen und ist keineswegs für die Regierung geschrieben. — Auf das Schloßdach sogar hat Hr. v. Wrangel seine Kanonen stellen lassen. Bis jetzt sind deren 14 hinaufgewunden. — Der preußische Staatsanzeiger bringt inzwischen „wohlgesinnte" Artikel, aus denen folgende Probe genügen mag:

Wenn man sie gestern als wandernde Gesellschaft erst aus dem Stadtverordneten Lokal in ein Tanzlokal der Königsstadt und dann wieder aus dem Tanzlokal in das Stadtverordnetenlokal ziehen sah, wo sie endlich als Resultat der großen Kämpfe dieses Tages den Entschluß faßt, ihren Sitz in Berlin behaupten zu wollen: so kann man sich eines Eindrucks nicht erwehren, der vielleicht bald dem Berliner Volkswitz verfallen wird. Dem Vernehmen nach, rücken inzwischen die Anstalten vor, welche in Brandenburg zur Aufnahme der ganzen Versammlung getroffen werden, aber so dringend das Vaterland der ihm verheißenen und durch das königliche Wort verbürgten Verfassung bedarf, so wenig wird man sich doch jetzt bergen können, daß diese Versammlung faktisch wie rechtlich zu dieser Aufgabe für uns verloren ist. — Großen Werth legt der Staats-Anzeiger darauf, daß die Frankfurter Reichsversammlung durch ihre Beschlüsse das formelle Recht (die parlamentarische Korrespondenz fügt sogar hinzu die Pflicht) der Krone anerkannt habe, die Versammlung zu vertagen und zu verlegen. Auf die entgegenstehende Partei haben die Beschlüsse ebenfalls einen günstigen Eindruck hervorgebracht.

Ueber die Stimmung des Landes kann nachgerade kein Zweifel mehr obwalten. Selbst in Pommern sind die meisten Städte Stettins Beispiel gefolgt und haben sich auf die Seite der Landesversammlung geschlagen. Von Greifswald zogen sogar schon Freischärler aus. Selbst auf die Loyalität von Königsberg hat die ministerielle Partei vergebens gerechnet. Folgende vom Magistrat entworfene Adresse ist mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung heute Abend an die Nationalversammlung abgesendet worden:

„Hohe Versammlung! Eine Hohe Versammlung hat nach dem Eingange der königl. Ordre vom 8. d. M. ein Verhalten beobachtet, welches unbegrenzte Achtung vor Deren männlichen Entschlossenheit erzeugen muß und unsere heiligen Entschlüsse zur kräftigen Wahrung der errungenen Freiheiten nur stärken und befestigen kann. — Glücklich unser Vaterland, wenn dieses Beispiel hochherziger That in seinen Söhnen nie den Funken der Begeisterung für Freiheit und Recht erlöschen läßt, den es in diesem Augenblick entzündet hat, und mit dem auch die unterzeichneten Vertreter der hiesigen Stadt Einer Hohen Versammlung hiermit ihre wärmste Anerkennung und den tiefgefühltesten Dank aussprechen.

Königsberg, den 13. November 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung."

Während die Adressen in diesem Sinne von preußischen und nicht preußischen Städten ohne Zahl einlaufen, weiß der Staatsanzeiger von entgegengesetzten Kundgebungen nur 40 aufzuzählen, meistens von kleinen Städten; nur eine einzige große Stadt, Elberfeld, hat sich für das Recht der Krone entschieden. Der Oberbürgermeister der Gemeinde Elberfeld hat dem Staatsministerium Abschrift des Protokolls über die Verhandlungen in der Sitzung des dortigen Gemeinderaths am 14. d. M. mitgetheilt, nach welchem derselbe unter öffentlicher Abstimmung mit 22 gegen 7 Stimmen folgende Erklärung ausgesprochen hat: „Der Gemeinderath erachtet die Krone bei dem Erlasse wegen Verlegung des Sitzes der Nationalversammlung in ihrem Rechte, hält die Verlegung durch die in der Hauptstadt Berlin bestehenden anarchischen Zustände für gerechtfertigt, und mißbilligt daher jede Widersetzlichkeit gegen die königliche Prärogative." Fast die ganze deutsche Presse spricht sich gegen das Ministerium Brandenburg und dessen Maßregeln aus. Selbst das formelle Recht der Krone wird überwiegend bestritten.

Würzburg, 15. Nov. Eben so würdig, wie am 23. Oct. der deutsche Episkopat seine Berathungen mit einer kirchlichen Feier begonnen, wurden dieselben heute geschlossen. Wir werden nun bald die Ergebnisse der Berathungen erfahren, indem dieselben nebst einer Ansprache an das Volk und einer andern an die Geistlichkeit gedruckt werden. Im nächsten Jahre werden Diöcesansynoden gehalten und im Jahre darauf steht eine eigentliche Nationalsynode in Aussicht.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kieffelbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Kiesandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rotre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Staats-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 309. **Frankfurt a. M., Dinstag 21. November.** **1848.**

Uebersicht.

Der Entwurf der Reichsverfassung III.

Erklärung des Herrn Gradow.

Erklärung des Herrn Raveaux.

Erklärung der Redaction.

Deutschland. Frankfurt (Die materiellen Interessen und die Reichsverfassung. Die preußischen Ereignisse und die Nationalversammlung.) Wien (Neueste Nachrichten) Olmütz (Das Ministerium. Die Soldatenherrschaft und die constitutionelle Majorität. Russisch-preußisch-österreichische Allianz. Der Reichstag. Eindruck der Frankfurter Beschlüsse.) Berlin (Die Lage der Stadt. Commission nach Posen. Erwartung einer octroyirten Verfassung. Duell. Entwaffnung. Rückkehr zur Besonnenheit. Das Gericht erklärt die Publikation des Kriegsgesetzes für ungesetzlich. Tagesereignisse.) Stettin (Einberufung der Landwehr.) Magdeburg (Stadtverordnete und Bürgerwehr für die Landesversammlung.) Münster (Erklärung für die Landesversammlung.) Breslau (Die Parteien. Der Sicherheitsausschuß.) Köln (Konflikte. Steuerverweigerung. Flüchtige Offiziere.) Dresden (Ständeversammlung geschlossen.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.)

21. November.

Einen erblichen Träger der obersten Bundesgewalt hält Herr Hansemann für unvereinbar mit dem monarchischen Prinzip in den Einzelstaaten. Die Argumentation, die dieser Ansicht zu Grunde liegt, ist folgende: Das monarchische Prinzip in den Einzelstaaten wird untergraben, wenn über deren Monarchen ein erblicher Oberherr mit ausgedehnten Befugnissen steht; und ein solcher ist vorhanden, wenn die Centralgewalt erblich in einem Regentenhause ist. Wer einen solchen Oberherrn hat, ist nicht mehr Monarch, sondern ein erblicher untergeordneter Beamter. Das eigenste Wesen des konstitutionellen Prinzips, daß der Monarch die oberste Gewalt im Staate hat, ist vernichtet, wenn der Monarch einen beträchtlichen Theil davon einem erblichen Oberhaupt abgetreten hat; gerade wegen der Erblichkeit dieses Oberherrn geht die Delegation verloren. Nur diese aber kann das monarchische Prinzip der Einzelstaaten bei Uebertragung eines Theils ihrer Souveränität aber Selbstständigkeit an die Centralgewalt retten, sei es, daß der Monarch Jemand ernennt oder in Verbindung mit den Monarchen anderer Einzelstaaten Jemanden erwählt, um in seinem Auftrage die monarchischen Rechte in der Centralgewalt des Bundesstaates auszuüben.

Wir sind wahrlich nicht gewohnt, theoretischen Betrachtungen nachzuhängen und die Abstraktionen von Staatenbund und Bundesstaat zu abstrakten Folgesätzen auszuspinnen: aber hier liegt eine theoretische Ausführung zu nahe, um sie unbeantwortet zu lassen, wenn sie auch nicht zur Widerlegung des Vorstehenden nothwendig wäre. Hr. Hansemann hat dabei übersehen, oder wenigstens nicht berücksichtigt, daß nicht blos der Monarch, sondern ebensowohl die gesetzgebende Gewalt der Einzelstaaten wesentliche Rechte an die Bundesgewalt überträgt, daß überhaupt die Einzelstaaten nur als Ganzes in die bundesstaatliche Einheit treten. Mit ihrem Eintritt wird eine Linie gezogen; auf der einen Seite liegen die eigenen, inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten, auf der andern alles Gemeinsame, was der einheitlichen Leitung unterworfen werden soll. Diesseits also stehen die Einzelstaaten für sich, gesondert und abgeschlossen, mit voller Integrität ihrer Gewalten; für alles, was jenseits der Linie liegt, wird eine Centralregierung, zugleich außer und über den Einzelstaaten, bestellt. Bei der Delegation dagegen sind die Einzelstaaten das einzige eigentlich Existirende, auch ihre Delegirten sind im Grunde nur sie selbst, indem sie gewisse gemeinsame Angelegenheiten in Auftrag besorgen. Hier sind wir offenbar schon auf dem Gebiet des Staatenbundes; der alte Bund war ja nichts anderes, als eine Versammlung solcher Delegirten. Hr. Hansemann steht also entweder auf dem Standpunkt des Einheitsstaates, oder auf dem des Staatenbundes; auf dem des Einheitsstaates, indem er von einem Oberherrn und erblichen Beamten spricht, die beide nur im einheitlichen Staatswesen gedacht werden können; auf dem des Staatenbundes, indem er die oberste Bundesgewalt aus Delegirten der Monarchen zusammensetzt, wobei die Hinzufügung eines Volks- und Staatenhauses zwar so ziemlich die primitive Forderung: „Volksvertretung beim Bundestag" realisirt, aber zur Herstellung eines Bundesstaats im vollen Begriffe kaum genügend sein wird.

Die Verfassungen und verfassungsmäßigen Gewalten der Einzelstaaten erhalten in der Bundesverfassung dadurch ihre Gewähr, daß sie in derselben nachgebildet werden. Auf diesem Punkt sind durchaus die durchdachten Pläne des Hrn. Bunsen gerichtet. Die gesetzgebende Gewalt der Einzelstaaten findet ihre Parallele in der Bundesgesetzgebung, die gemeinsam geübt wird durch ein Volkshaus, als Vertretung der gesammten Nation, und ein Staatenhaus, ernannt durch Regierung und Stände, d. h. durch die vereinigte Gesetzgebungsgewalt der Einzelstaaten. Hier, bei der Vertretung der Einzelstaaten, ist die feine Grenzlinie zwischen Einheitsstaat und Bundesstaat, die der Entwurf der Siebenzehn allerdings verfehlte, indem er durch die Seldstaatertretung der Fürsten einerseits wirklich in den Einheitsstaat herüberkam, andrerseits über das reine Bundesstaatsprinzip nach der Seite des älteren Staatenbundes hinausging durch Vertretung der fürstlichen Gewalt als solchen. Dagegen steht He. Bunsen konsequent auf dem Standpunkte des Föderativstaates; die Bundesregierung steht bei ihm durchaus selbstständig und unabhängig, von ihren Ministern umgeben, da, und sein Reichsrath vertritt nicht das monarchische Prinzip, sondern die Exekutivgewalt der Einzelstaaten. — Weniger einleuchtend ist die Trennung dieses Reichsraths von dem Staatenhause, die als eine allzu große Berücksichtigung der Partikularinteressen und theoretisch nicht hinreichend begründet erscheint. Aus dem allgemeinen Standpunkt der Zweckmäßigkeit würden wir darum unserm Korrespondenten vom Bodensee (Nr. 290, Beilage II.) beipflichten, der die beiden Elemente im Staatenhause der Siebzehner nicht wie bei Bunsen getrennt, sondern, mit Wegfall der ungeeigneten Selbstvertretung, in einem Hause vereinigt wünscht. Hiernach wäre etwa der Bunsen'sche Reichsrath in das Staatenhaus als Bestandtheil desselben aufzunehmen und diesem, gleich dem amerikanischen Senat, zugleich ein Antheil an der Exekutivgewalt und die Unterscheidung zwischen legislativen und exekutiven Sitzungen einzuräumen. Auch Herr Hansemann will durch seinen, aus drei unverantwortlichen Fürsten gebildeten, obersten Reichsrath „die oberste Gewalt der Einzelstaaten in Verbindung mit dem in ihnen herrschenden monarchischen Prinzip" dargestellt wissen. Aber die oberste Gewalt und das monarchische Prinzip wird in der Bundesverfassung nicht vertreten, sondern nachgebildet, und Hr. Hansemann verfällt in den gleichen Fehler, wie der Entwurf der Siebzehner, der ihm sonst doch gar nicht homogen ist.

Alles dieß hat nur theoretischen Werth; ein begründetes Urtheil über die Erbmonarchie im Vorschlag der Siebzehner läßt sich nur gewinnen, wenn man den praktischen Gedanken berücksichtigt, der offen eingestanden und unverkennbar hinter jenem Entwurfe stand. Dieser Gedanke war kein anderer, als die größte, rein deutsche Macht als Schutz und Schirm für das beginnende Einheits-

Digitized by Google

werk aufzustellen, gleichsam mit einem starken Reife den gährenden zerfallenen Volkskörper zu umgeben, bis Gefühl und Gedanke der Einheit im ganzen Volke durchgedrungen und stark genug wären, sich streuge oder lose Formen nach freiem Belieben und mit reifer Einsicht zu schaffen. Die Lage war einfach diese. Ein großes ruhmreiches Volk, in kümmerlichen und unwürdigen Verhältnissen lange eingeengt, genährt von den faulenden Resten einer abgestorbenen Entwicklungsperiode, in monarchischen Formen eingewohnt und erzogen, Schüler selbst noch im konstitutionellen, ganz unerfahren im föderativen Staatsleben, rings umgeben und mißgünstig betrachtet von mächtigen, seiner Größe feindlichen Nachbarn — ein falsches Volk stand nach langer Unterdrückung auf, wandte sich mit Abscheu weg von den alten Bundesformen, verlangte mit Ungestüm und Ungeduld eine feste Einheit und seinen gebührenden Platz unter den Völkern. Wurden diese Forderungen nicht befriedigt, so drohte der lang schon unterhöhlte, zerwühlte, vergiftete Volkskörper mit völligem Zerfall und staatlicher Vernichtung. Durfte man wagen dem Fordernden Steine für Brod zu bieten? Konnte man es zufrieden stellen mit einer kleinen Ausbesserung in den alten Bundesformen? Wir wiederholen, es gab und gibt noch bis auf den heutigen Tag dieser Lage gegenüber nur zwei Wege. Der erste ist der strenge Bundesstaat, der schärfste Gegensatz zum bisherigen, angepaßt den monarchischen Gewohnheiten des Volkes, gestützt und vertreten nach innen und außen durch eine zugleich europäische und deutsche Macht. Der zweite besteht darin, die einheitliche Gewalt und die Particularinteressen, Centralismus und Föderalismus, mit Macht und weisen Befugnissen ausgerüstet, einander gegenüberzustellen, damit sie sich jedes Vortheils gegen einander bedienen und in beständigem, jedoch wesentlich gleichem Kampfe das Gleichgewicht des Staates erhalten. Beide Wege sind geeignet, das öffentliche Leben zu nähren, und an große Ziele zu gewöhnen; aber der eine entspricht der Lage, den Hülfsmitteln, den Gefahren des Volkes, der andere fordert alles, was der Deutsche noch nicht hat, gereifte politische Bildung, ausgebildetes Parteileben, gesicherte, aus keinem nahen Feind bedrohte Lage — die Vereinigung aller Vortheile, deren die Schweiz und Nordamerika sich erfreuen. Zwischen beiden gibt es nun allerdings noch einen Mittelweg, eine Verfahrungsweise, die in ruhigen Zeiten wohl am meisten, ja vielleicht mehr als heilsam, dem deutschen Wesen entsprechend wäre. Sie gibt es auf, das Gewicht der größten Macht als Moderator des Ganzen zu benutzen und sucht dafür durch künstvolle, organische Einrichtungen, durch ein berechnetes Gleichgewicht der Kräfte die Maschine im Gang zu halten. Sie verzichtet auf die Macht, und wendet sich an das Recht; statt der großen politischen Gefühle nimmt sie die Ehre und Redlichkeit in Anspruch; wo ein störender Einfluß, wo ein partikulares Interesse auf heimlichen Wegen sich einschleichen könnte, da setzt sie eine organische Einrichtung als starke Abwehr entgegen und bindet gleichsam durch Pflicht und Eid die Regung selbstsüchtiger Leidenschaft. Auf diesem Punkte finden wir Herrn Bunsen wieder. Er kennt sehr wohl die bestehenden Machtverhältnisse mit ihren Gefahren für die Einheit, aber er macht sie dennoch zur Grundlage, im Vertrauen, daß seine Institutionen gerade je länger sie bestehen, desto sicherer sie auflösen und unschädlich machen werden. So erscheint auch sein Reichsrath im rechten Lichte, als praktisches, nicht als theoretisches Bedürfniß; weil das dynastische Interesse der Einzelstaaten immer ein wichtiger Hebel bleibt und gerade in seiner verborgenen Einwirkung am meisten gefürchtet wird, so erhält es, ohne höheren Forderungen etwas zu arrgeben, einen organischen pflichtmäßigen Spielraum. Das ist ein Zugeständniß an das praktische Bedürfniß, dem man sich wohl fügen kann; wenigstens wird sich zeigen, daß Herr Hansemann uns weit mehr zumuthet.

Wir beharren bei der Ansicht (ganz entgegen der des Hrn. Hansemann), daß es sich für uns darum gehandelt hat, von der strengen, zur gefahrvollen Lage des Vaterlandes passenden Einheitsform zur laseren, zur eigentlichen Föderativform fortzuschreiten, während umgekehrt die lockere Form, die fortgesetzte Halbheit des alten Bundes, ein Volk in unserer Lage und von unserem Charakter unfehlbar zum gewaltsamen Einheitsstaate führt. Diesen Grundgedanken des Siebzehnerentwurfes hat Niemand klarer und schlagender erläutert, als der vortreffliche Paul Pfizer, den die Krankheit, die ihn der öffentlichen Berathung entzog, nicht verhindert hat aus der Stille des Kabinets dem Vaterland zu dienen, wie er ihm stets gedient hat, mit Kopf und Herz, mit Begeisterung und Einsicht. Sein Vorschlag geht bekanntlich dahin, daß die Oberleitung der deutschen Angelegenheiten zuerst der preußischen Regierung übertragen werde und sodann im Jahre 1851 die konstituirende Nationalversammlung nochmals aus eigener Machtvollkommenheit zusammenteete, um in Betreff der kräftigen Bundesleitung definitiven Beschluß zu fassen. Hier wäre also eine Art von Einheitsdiktatur vorgebildet, die immer noch eine künftige Milderung offen ließe. Dieser Vorschlag schmiegt sich so sehr der Lage des Augenblicks an, er trifft so schlagend die herrschenden Uebel, die Gefahr auf der einen, die Ermattung auf der andern Seite, er entspricht so dem Doppelbedürfniß nach Schutz und nach Erhaltung, er ist so ganz auf die Sachen, so wenig auf die Menschen berechnet, er ist (man gestatte uns den Ausdruck, wir brauchen ihn in seinem besten Sinne) von so naiver, so überraschender Einfachheit — daß eben darin, wie die Zeiten sind, die Unmöglichkeit seiner Verwirklichung liegt.

Herr Grabow, der frühere Präsident der preußischen Landesversammlung, hat uns folgende Erklärung zur Veröffentlichung zugesandt:

Erklärung.

„Die hiesige Vossische und Spenersche Zeitung vom gestrigen Tage enthalten Referate über den Bericht der an Seine Königliche Hoheit den Prinzen von Preußen unterm 15. November er. entsendeten Deputation der hiesigen Stadtverordnetenversammlung, welchen zufolge Seine Königliche Hoheit der Prinz von Preußen zu derselben unter Anderem geäußert haben soll:

1) „Selbst Grabow, der heute (15. November) erst eine Audienz beim Könige gehabt habe, gab der Krone Recht," (cf. Vossische Zeitung) und
2) daß ꝛc. ꝛc. Herr Grabow selbst, der bei Seiner Majestät dem Könige gewesen, es anerkannt habe, wie nur auf die begonnene Weise der Anarchie in Berlin ein Ende gemacht werden könne" (cf. Spenersche Zeitung).

Beide nur von den Zeitungsberichten in den Mund gelegten Aeußerungen sind nicht richtig. Dies hat die Eingangs gedachte Deputation nach den heutigen Zeitungen bereits selbst anerkannt, indem sie berichtigend den Redaktionen erklärt hat:

„daß Seine Königliche Hoheit der Prinz von Preußen nur ausgesprochen habe, daß auch ich die Beseitigung der anarchischen Zustände als eine Regierungs-Pflicht erachte."

Um jedes Mißverständniß zu beseitigen, fühle ich mich zu der Erklärung verpflichtet, daß ich ungeachtet meines noch nicht beendigten vierwöchentlichen Urlaubs und meines noch fortdauernden Unwohlseins am 11. November er. von Prenzlau hier eingetroffen bin, um nach meinen sehr geringen Kräften die zwischen den verantwortlichen Räthen der Krone und der National-Versammlung entstandenen Konflikte, wenn irgend möglich, ausmitteln zu helfen. — In der am folgenden Tage erbetenen, bis jetzt einzigen Audienz habe ich Seiner Majestät dem Könige unter näherer Entwickelung meiner Gründe unumwunden erklärt, daß ich sie die Krone und die Nationalversammlung, als zwei gleichberechtigte Faciscenten, überall und namentlich auch in der Frage der Verlegung, Vertagung und Auflösung der Letzteren, nur allein das Vereinbarungs-Prinzip als richtig und maßgebend anerkennen könnte, und daß dieses Prinzip, welches die Nationalversammlung durch Beschluß angenommen habe, die verantwortlichen Räthe der Krone in dem jetzigen Konflikt nicht festgehalten, ja sogar Maßnahmen getroffen hätten, welche die Nationalversammlung nicht als bloß vertagt, sondern als aufgelöst erscheinen ließen. Erwägte ich außerdem, daß die Motive für die von den verantwortlichen Räthen der Krone einseitig ausgesprochene Vertagung und Verlegung der National-Versammlung inzwischen durch die Regierung beseitiget seien und bleiben würden, daß man also Einschüchterungen der National-Versammlung und anarchische Bestrebungen nicht ferner zu befürchten haben dürfte, so schiene mir der folgende Vermittelungsvorschlag zur Lösung des Konfliktes geeignet:

1) Die National-Versammlung in Berlin zu belassen, und
2) ein Kammerministerium zu bilden, für welches zunächerst nach vorgängiger Feststellung eines Programmes eine kompakte Majorität in der Nationalversammlung zu verständigen wäre.

Diese letztere Ansicht hatte ich schon seit der vorletzten Ministerkrisis ohne alles eigene Interesse verfolgt. Mein Standpunkt, welchen ich zur Zeit noch einnehme und überall vorweg hingestellt habe, ist ein rein vermittelnder, und von ihm aus können auch nur etwanige Aeußerungen meinerseits aufgefaßt sein.

Berlin, 18. Nov. 1848. Grabow,
Abgeordneter für den Prenzlauer Kreis.

Digitized by Google

Herr Redakteur!

Die deutsche Zeitung enthält in Nr. 307 einen Korrespondenzartikel aus Köln vom 15. Nov., in welcher die Angabe: „Der Gemeinderath von Köln sei in Folge des Beschlusses über die Adresse für die Nationalversammlung unter sich uneinig und in voller Auflösung begriffen. Die Minorität habe gegen Form und Inhalt protestirt u. s. w." Ich bitte, diese Angabe dahin zu berichtigen, daß bei Fassung dieses Beschlusses 21 Gemeinderäthe anwesend waren, und von diesen 21 Räthen bis heute kein Protest erfolgt ist; der bekannte Protest in der kölnischen Zeitung rührt von nur 2 Gemeinderäthen her. Es sind die Herren Heuser und Hölterhof. Die Bürgerschaft Kölns hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß sie der großen Gefahr gegenüber allen Parteihaß vergessen hat.

Frankfurt, den 19. November 1848.

Achtungsvoll Franz Raveaux.

Da unsere neuliche Erklärung, daß die Rücksendung von nicht gebrauchten Manuscripten nur ganz ausnahmsweise stattfinden könne, zur Folge gehabt hat, daß nun eine jede außergewöhnlich eingeschickte Korrespondenz für sich im Falle des Nichtabdrucks die Ausnahme in Anspruch nimmt, so sehen wir uns gezwungen, in Zukunft gar keine Ausnahme mehr eintreten zu lassen. Wer die regelmäßigen Geschäfte einer Redaktion kennt, und außerdem bedenkt, mit welchen nachhaltigen Schwierigkeiten die Uebersiedelung einer Zeitung verbunden ist, wird es uns gewiß nicht verargen, wenn wir eine Last von uns weisen, von der sich nicht allein die englischen und französischen, sondern auch namhafte deutsche Blätter gänzlich frei halten. Die Redaktion

---

** **Frankfurt**, 19. Nov. Der deutsche Verein für Handelsfreiheit hielt gestern eine außerordentliche Sitzung, um mit seinen freilich etwas verspäteten Berathungen nicht ganz hinter den Beschlüssen der National-Versammlung zurückzubleiben, die ihrerseits das frühere Verläumte in der Reichsverfassungsfrage einzuholen bemüht ist und die wichtigsten Fragen über materielle Interessen jetzt so leicht beseitigt, daß eben hierdurch recht deutlich wird, wie sehr die Rath drängt, mit dem Verfassungs-Entwurf fertig zu werden. Jedermann fühlt, daß die Grundgesetze für Schifffahrt, Flußzölle und Eisenbahnwesen, womit die Nationalversammlung für die erste Lesung schon fertig geworden, und diejenigen für allgemeines Zoll- und Steuer-, Post-, Münz- und Bankwesen, welche jetzt auf der Tagesordnung stehen, eine weit sorgfältigere Erwägung nöthig haben, als bis jetzt in den Motivirungen des verfassungs- und des volkswirthschaftlichen Ausschusses vorliegt, denen sogar eine genügende Begründung auf Berathung mit Sachverständigen zu fehlen scheint. Wir finden nämlich, eben in den Verhandlungen des Vereins für Handelsfreiheit, daß selbst die Regierungskommissarien aller einzelnen deutschen Staaten hier noch erst Abänderungen der Ausschußentwürfe in Antrag bringen und für das Urtheil der Nationalversammlung vorzubereiten suchen, die wahrlich längst bei den Ausschüssen hätten festgestellt werden können und sollen. — So wurden hier zu §. 33 — 39 Verbesserungsanträge der Regierungskommissarien berathen, die für den Wegfall der Binnengrenzzölle wenigstens die Möglichkeit einer Uebergangsperiode zulassen; die Aussonderung einiger Gebietstheile, z. B. Inseln an den Küsten, in seewärtigem Gebiet eingeschlossene Landestheile, die Anlegung von Freihäfen, die Regulirung von Produktions- und Verbrauchssteuern — der Reichsgewalt und künftigen Reichsgesetzen noch vorbehalten; ja auch über Erhebung, Verwaltung und Vertheilung der Zölle und Steuern, kamen so erhebliche Bedenklichkeiten gegen die vorliegenden Entwürfe zum Vorschein, daß eine klare Entwickelung derselben von der Nationalversammlung dieser wohl die Ueberzeugung verschaffen würde, daß sie sich wohl zu hüten habe, in der Reichsverfassung Grundsätze festzustellen, die noch außerhalb des Kreises ihrer Beurtheilung liegen und besser entweder der Reichsgewalt oder der künftigen Gesetzgebung vorbehalten bleiben; auch wird die zweite Lesung dieser Artikel der Reichsverfassung füglich länger verschoben werden können, als manche andere, damit dabei noch mehr praktische Urtheile Einfluß gewinnen mögen. Von den Sitzungen und Beschlüssen des für Schutzzölle zusammengetretenen Vereins verlautet wenig, da derselbe, wie es scheint grundsätzlich, die Oeffentlichkeit vermeidet.

÷ **Frankfurt**, 20. Nov. Die Nationalversammlung hat ihren zweiten Beschluß in Bezug auf die preußischen Ereignisse gefaßt. Unsere Voraussicht ist nicht getäuscht worden, die Versammlung hat den freien Standpunkt über den Parteien, auf den sie durch ihren ersten Beschluß vom 14. d. sich gestellt, auch bei diesem zweiten festgehalten. Sie hat ihr Verlangen, daß die Geschicke Preußens in die Hände eines andern volksthümlichen Ministers gelegt werden möchten, wiederholt, und damit dringender der Centralgewalt ans Herz gelegt; sie hat die konstitutionellen Freiheiten und Rechte des preußischen Volks, die bereits ertheilten, wie die verheißenen, von sich aus garantirt; sie hat aber auch gleichzeitig den gesetzlichen Boden organischer Staatsentwicklung gegen die Uebergriffe des in Berlin zurückgebliebenen Theils der Landesversammlung in Schutz genommen, indem sie deren Beschluß auf Suspension der Steuererhebung (denn dahin, auf Hemmung der Erhebung schon ausgeschriebener, nicht auf Verweigerung neuer Steuern geht der Beschluß der Versammlung) für null und nichtig erklärte. Daß sie nur diesen einen Beschluß, nicht die sämmtlichen seit dem 9. Nov. von der Landesversammlung in Berlin gefaßten Beschlüsse annullirte, darin zeigte sie die Mäßigung, welche nicht über das durchaus Nothwendige hinausgeht und die Grenze der Kompetenz mit gewissenhafter Genauigkeit innehält. Denn bei den übrigen Beschlüssen der gerügten Kategorie handelte es sich mehr oder weniger nur um die formelle Berechtigung der Versammlung zur Fassung von Beschlüssen überhaupt nach ausgesprochener Vertagung; jener extremste Beschluß dagegen warf das ganze Princip der bestehenden Staatsordnung über den Haufen und griff zugleich so tief in den gesammten Lebensorganismus des preußischen Staates und in seine dadurch bedingte Theilnahme an der allgemeinen Lebensthätigkeit des deutschen Reichs ein, daß dazu die deutsche Nationalversammlung unmöglich stillschweigen konnte.

Die Linke war natürlich mit Ausschußanträgen, wie die Versammlung sie zum Beschluß erhob, nicht einverstanden. Gegenanträge hatte sie nicht gestellt, wenn wir den einen ausnehmen, der unter der unbefangenen Form eines Zusatzantrages sich einschleichen wollte — den Antrag: das Kriegsministerium soll dem General Wrangel befehlen, sofort von allen Maßregeln gegen die Landesversammlung und die Stadt Berlin abzustehen. Das war nun freilich in dieser Allgemeinheit mehr als die Versammlung bei dem Standpunkte, den sie einmal angenommen, bewilligen konnte. Daß auch jene Maßregeln auf das nothwendige und wirklich gerechtfertigte Maß beschränkt werden, dafür zu sorgen, werden die Reichskommissäre in Berlin sich um so mehr veranlaßt finden, als offenbar in der allgemeinen Erklärung der Versammlung: die Rechte des preußischen Volkes verbürgen zu wollen, eine nicht zu verkennende, dringende Aufforderung hierzu für die Centralgewalt liegt.

Die Partei des Württemberger Hofes hatte ihren Antrag vom 14. d. M. in etwas weiterer Ausführung wiederholt, jedoch mit Hinweglassung des Punktes, der damals die Ergreifung von Maßregeln zum Schutz der Versammlung in Berlin zu billigen schien. Vielmehr wurde in dem neuen Antrag die sofortige Zurücknahme aller Ausnahmsmaßregeln verlangt.

Die Rechte sträubte sich auch diesmal gegen den Antrag wegen Bildung eines neuen Ministeriums in Berlin; doch beschränkte sie sich darauf, sich der Abstimmung bei dem betreffenden Punkte zu enthalten, um nicht das Gewicht einer starken Majorität für die Beschlüsse der National-Versammlung zu schwächen.

Hoffen wir, daß diese so gemäßigten und nach beiden Seiten hin Gerechtigkeit übenden Beschlüsse den Umschlag der öffentlichen Meinung von der anfänglichen übertriebenen Aufregung zu einer ruhigeren Betrachtung der Sachlage vollenden werden, welche bereits, nach dem natürlichen Verlauf aller solcher gewaltigen Bewegungen, in einem großen Theile Preußens begonnen hat.

Wien. Nach den lithographirten Nachrichten vom 16. Nov. sollen die drei Mörder Latours nebst Messenhauser am 17. auf dem Glacis gehangen werden. Ob dem Letzteren noch Begnadigung bevorsteht, ist ungewiß. General Bem soll in Pesth, kaum angelangt, meuchlings vergiftet worden sein, oder wenigstens an den Folgen des Stiches hoffnungslos darniederliegen. In Ungarn soll übrigens, nach der D. Allg. Z., ein muthige Stimmung herrschen. Man glaubt mit überwiegender Gegenmacht auftreten und bereits jetzt auf 300,000 (?) kampfgerüstete Streiter zählen zu können. Mehr als an Mannschaft, soll es an Generalen, Kriegsbedarf und selbst an Monturen fehlen, weßhalb auch die Ausführung von Monturlüchern eben so sehr als die von Waffen

verpönt ist. Uebergänge von ungarischen Husaren finden noch fortwährend statt; aus Klattau waren 260 Husaren in Oedenburg angelangt; sie hatten sich durchgeschlagen und dabei 40 Mann, mehr durch Anstrengung des Marsches als durch Ueberfall, verloren. Dagegen wurde ein Trupp von 150 Reitern, die sich zum Uebergange anschickten, unweit Oedenburg festgenommen, Preßburg ist wohl befestigt und mit der nöthigen Artillerie versehen; doch glaubt man nicht, daß die Stadt im Stande sei sich zu halten. Temeswar und Arad sind in österreichischen, Ofen, Preßburg, Peterwardein in ungarischen Händen. Kossuth hat alle Getreide- und sonstigen Victualienvorräthe aus Wieselburg und Raab — angeblich zwei Millionen an Werth — in die Festung Comorn, und seine eigene Familie über Hamburg nach England in Sicherheit bringen lassen. Die Grenze bei Oedenburg ist auch für Passagiere geschlossen worden. Die Kriegsoperationen, durch die eingetretene trockene Kälte begünstigt, sollten am 17. definitiv beginnen. Die österreichische Armee scheint mit allem Nöthigen aufs Beste versehen; Jellacic soll kürzlich an die Militärmonturkommission um schleunige Lieferung von 20,000 Monturen geschrieben und dieselben noch am nämlichen Nachmittag erhalten haben. Am 14. fanden wieder drei Hinrichtungen statt, worunter ein Cyclist. Was von der amtlichen Anzeige der Hinrichtungen in der Wiener Zeitung zu halten ist, ob dabei nur Inländer, oder die Militärs, oder die unbedeutenden Leute, das iguobile vulgus, übergangen werden, muß dahin gestellt bleiben. Noch einer Bekanntmachung in der Wiener Zeitung vom 15. ist ein Doktor der Rechte und Privatdocent, Ign. Porch, wegen Verleitung von Soldaten zum Treubruch zu sechsjährigem Festungsarrest verurtheilt. — Man ist jetzt mit Reorganisation der Nationalgarde beschäftigt. Als eine Grundlage soll ein Steuercensus von 10 fl. dienen, aber noch nicht die Berechtigung zur Einexercirung verleihen, vielmehr soll unter den Steuerpflichtigen noch eine Auswahl getroffen werden. Die Offiziersstellen vom Hauptmann aufwärts sollen durch Offiziere aus der Linie bekleidet werden. Die Nat.-Garde, die in ihrer Blüthezeit 20,000 Mann zählte, wird dadurch auf die Zahl von 3000 vermindert. — Was sich in Kremsier verbreitet, sagt ein Wiener Brief der D. Allg. Ztg., läßt erwarten, daß entweder der daselbst versammelte Reichstag oder das Ministerium Stadion von kurzer Dauer sein werde. Ersterer soll sich nur entschlossen haben, in die momentane Verlegung einzuwilligen, um dagegen Protest zu erheben, und wird sich in das vorzulegende Programm, das die stärksten Beschränkungen der Presse, des Associations- und Bürgerwehrrechts in sich begreifen soll, kaum fügen. „Es ist nun wirklich dahin gekommen, sagt dieselbe Quelle, daß die Männer von Gesinnung und Talent fast ohne Ausnahme in die Reihen der Opposition übergetreten sind, indem man sich die gemäßigten, ja als schwarzgelb verschrienen Personen völlig entfremdet hat." Im Weigerungsfalle aber soll die Auflösung bevorstehen.

Wien, 15. Nov. Die Beschränkung der Wiener Presse dauert fort, und von all der Unzahl der wiener Journale dürfen bis jetzt nur folgende erscheinen: Die Presse, der österreichische Courier und Theater-Zeitung von Bäuerle, der Lloyd, der Zuschauer, die Geißel, die Industrie- und Handelszeitung, die Blätter des „Hanns Jörgel," die goldene Mittelstraße und die Kirchenzeitung. — Gestern besuchte der Banus Jellacic das Operntheater und wurde mit lautem Zivio! begrüßt. Das Publicum begehrte hierauf die Absingung der österreichischen Volkshymne, welche stürmisch applaudirt wurde. (A. Z).

△ **Ollmütz**, 11. Nov. So eben erschien ein kaiserliches Manifest, welches den Reichstag auf den 22. o. M. in Kremsier zusammenberuft und die Deputirten einladet, recht zahlreich daselbst zu erscheinen, auf daß das Verfassungswerk um so schneller beendigt werde. Auf diese Art scheint der Hof nicht den Gedanken zu haben, ihn sobald in das kirchhofstille Wien zurück zu verlegen, obwohl der Reichstag seine Rückkehr in die Hauptstadt zu allererst selbst verlangen dürfte. Die Deutschen sind ohnehin über diese Verlegung in den Centralpunkt der slawisch gesinnten Bevölkerung Mährens mit Recht erbittert: in Wien waren seine Berathungen wenigstens eben so frei, als in der Nähe einer Festung. Die letzten für Oesterreich so überaus wichtigen Beschlüsse der Frankfurter Nat.-Versammlung werden hier mit einer auffallenden Gleichgültigkeit aufgenommen; der Schlag, der Wien traf, hat alle deutsch gesinnten Gemüther betäubt. Aus dem Todeskampfe der unglücklichen Stadt erfahren wir immer haarsträubende Details, die uns die gerühmte Nachsicht und Milde des Militärs in einem sehr zweifelhaften Lichte erscheinen lassen. Die Kroaten und Rothmäntler stehen ja wohl auch bei Ihnen im Reiche draußen noch in mancher Gegend in einem Andenken, an dem ihre Milde, Friedfertigkeit und Uneigennützigkeit sicher den geringsten Antheil hat.

* Aus **Ollmütz** schreibt man dem Konst. Bl. a. B. über die Bildung des neuen Ministeriums. Bekanntlich waren die designirten Minister nach Wien gereist, und man erwartete das Ministerium bei ihrer Rückkehr definitiv gestaltet zu sehen. Aber sie sind zurück und das Ministerium ist noch nicht gebildet! Es wird immer klarer, daß unter den herrschenden Umständen Niemand ein Ministerium annehmen kann. Nur mit den entschiedensten Maßregeln des Friedens und der Versöhnung könnte das Ministerium vor den Reichstag treten, das wird allgemein eingesehen, aber die Ausführung scheint zu scheitern — an der Furcht vor dem siegreichen Feldherrn! Das K. Bl. a. B. fährt fort: „Windischgrätz ist der neue Wallenstein geworden, und ich fürchte sehr, der Mann, so ehrlich er in seiner Art ist, ist das Unglück der Dynastie. Man hat sich durch die unbedingte Vollmacht, die man ihm gegeben, die Hände gebunden, und den siegreichen Feldherrn, der jetzt gerade seinen Hauptstreich gegen Ungarn auszuführen geht, darf man nicht erzürnen. Der Hof steht zu ihm in dem Verhältnisse eines Armen zu einem Wucherer, den man noch braucht. Man weiß, seine Hilfe ist keine segensreiche, aber man muß die Hilfe haben. Wir besitzen auf diese Art zwei unverantwortliche Gewalten im Staate, die Kammer und Windischgrätz, und welches Ministerium wird diese doppelte, diese unverantwortliche Verantwortlichkeit übernehmen?" Die czechische Majorität, die Beruhigung des Hofes entgeht ihm unter den Händen. Die Czechen sind keine Absolutisten, und wenn sie dies sind, müssen sie jetzt die Maßregeln des Hofes desavouiren. Es lag in ihrer Politik, Windischgrätz zu stützen, bis die Anarchie in Wien gebändigt wäre; jetzt werden ihn alle fallen lassen, oder nur so lange halten, bis er auch Ungarn gebändigt hat. Ist aber dies geschehen, so wird seine Stellung nur um so gefährlicher, und die Opposition der ganzen Kammer ist um so sicherer vorauszusehen. So weit das K. Bl. a. B. Es ist in Oesterreich gegangen wie in Preußen. Hier wie dort mußte man sich auf die konstitutionelle Majorität, auf die Freunde der Ordnung und Gesetzlichkeit stützen; hier wie dort aber versehlte man die rechte Grenze, ließ sich zu gewaltsamen, ungesetzlichen, unkonstitutionellen Maßregeln fortreißen, wie dies auf dem Wege der Gewalt kaum zu vermeiden ist, und sieht jetzt plötzlich auch die Freunde des Gesetzes gegen sich über. Der Scheinkonstitutionalismus hat nicht ausgereicht, man wird zu der Alternative gedrängt, zu der man sicher nicht hatte kommen wollen: entweder zurückzugehen, oder auch noch mit dem Konstitutionalismus zu brechen, ganz zum Alten zurückzugehen. Noch ist es Zeit zu einem Mittelwege. Das K. Bl. o. B. sagt mit specieller Beziehung auf Wien: „Man müßte nicht mit Worten blos, man müßte durch Thaten liberal sein, man müßte es zur Wahrheit machen, daß man in Wien nur eine „kleine Fraktion" bekämpft, und daher die vielen Unschuldigen trösten. Hat man Millionen auf die Kosten des Feldzuges nach Wien wenden können, die, wie ich aus guter Quelle weiß, aus dem Privatvermögen des Hofes bestritten wurden, so wäre es viel segensreicher, würde goldene Zinsen tragen, wenn jetzt der Hof ein paar Millionen nähme, und damit die unverschuldet Verunglückten in Wien unterstützte, dem armen Gewerbestande, der einem furchtbaren Winter entgegen sieht, unter die Arme griffe. Ich weiß es wohl, man kann damit keinen Todten lebendig machen, oder die abscheulichen Grausamkeiten der Kroaten beschönigen, aber es würde zeigen, daß der Kaiser seine Vaterstadt, ich will nicht sagen seine Hauptstadt, liebe. — Ein anderer Korresp. desselben Blattes will aus gutunterrichtetem Munde wissen, es sei eine österreichisch-preußisch-russische Allianz geschlossen. Ist es auch unwahr, so taucht doch überall der gleiche Argwohn auf!

* **Berlin**, 18. Nov. Die Hoffnung, welche wir aussprachen, der gesunde Sinn des preußischen Volkes werde sich gegen die Aufforderung zur Steuerverweigerung, d. i. zur Gesetzlosigkeit auflehnen, scheint sich zu erfüllen. Bereits haben mehrere Städte sich entschieden dagegen ausgesprochen. Besorgnisse muß man hauptsächlich nur in Schlesien und am Rhein hegen. Dagegen übt jene Ueberstürzung bereits einen Rückschlag aus; die Besonnenheit kehrt zurück. Die Verkündigung des Kriegsgerichtes ist vom Kriminal-Senat für ungesetzlich erklärt. Bedenklich ist

Digitized by Google

hauptsächlich, daß das Gerücht von Oktroyirung einer Verfassung, wogegen selbst die ausgeschiedene Rechte sich nachdrücklich erklärt hat, fortwährend sich erhält.

Berlin, 18. Nov. Diejenigen Abgeordneten, welche bisher ihre Versammlungen fortgesetzt haben, sind im Begeiffe, eine öffentliche Erklärung zu erlassen, daß sie der Militärgewalt wichen, und keine Sitzung mehr halten, aber in Berlin versammelt bleiben wollten, um die Ereignisse zu überwachen. — Das Kammergericht hat, in einer Sitzung des Oberappellations-Senats, mit 17 gegen 12 Stimmen die Ansicht ausgesprochen, daß unter dem Belagerungszustande ein Justitium eintreten müsse, d. h. die Thätigkeit der richterlichen Behörden unterbrochen sei. (D. Ref.)

Berlin, 18. Nov. Der Reichskommissar von Schäfer-Bernstein, welchem die Ausführung des bekannten Beschlusses der Frankfurter Reichs-Versammlung über die Polenfrage übertragen ist, hatte sich nach Berlin begeben, um hierselbst eine Kommission zu bilden, die ihn bei Regulirung der posener Frage an Ort und Stelle unterstützen solle. Da der Frankfurter Beschluß mit der Ansicht der diesseitigen Regierung vollkommen im Einklange steht, so fand die Ernennung dieser Kommission keine Hindernisse, und Herr v. Schäfer-Beenstein ist mit ihr (zu welcher Herr Major von Voigts-Rietz und Herr v. Meusebach gehören) bereits gestern nach dem Großherzogthum abgegangen, um, ohne Rücksicht auf das ungeeignete Phillips'sche Amendement, die Ausführung der vier Reichsversammlungsbeschlüsse sofort praktisch vorzubereiten. (D. Ref.)

△ **Berlin,** 18. Nov. Berlin ist so ruhig, wie es seit dem 18. März nicht mehr gewesen ist. Es ist nicht unmöglich, daß die Regierung wirklich mit dem Gedanken einer Octroyirung umgeht, aber man geht zu weit, wenn man sagt, dieser Gedanke sei schon gefaßt. Wir haben gestern angedeutet, daß die Regierung fortwährend zur Versöhnung geneigt ist, aber wir wissen auch aus guter Quelle, daß diese Versuche, durch Schuld der Gegenpaetei, sich zu zerschlagen scheinen.

Das Einlaufen der Adressen für und gegen die Nationalversammlung dauert fort; indeß mehren sich die Adressen letzterer Art. Die von der Nationalversammlung beschlossene Steuerverweigerung hat den ganz entgegengesetzten Erfolg gehabt, den sie erwartete: Mißtrauen in die Redlichkeit der Nationalversammlung. In einem großen Theile der Provinz Brandenburg haben sich die Gutsbesitzer bereit erklärt, einen, in Folge dieses Beschlusses etwa eintretenden, Steuerausfall sofort zu decken.

Das Duell, welches in Folge des Wortwechsels und der daraus entstehenden Thätlichkeiten zwischen den Abgeordneten Rodbertus und Zachariä entstand, ist gestern vor sich gegangen. Zwei Kugeln wurden gewechselt; jedoch fiel keine Verwundung vor. Es ist ihnen vielleicht schon anderweitig bekannt geworden, daß eine ziemlich ansehnliche Zahl von Bürgerwehrmännern (man sagt 500) in die Provinzen abgegangen ist, um dort das Benehmen der hiesigen Bürgerwehr zu rechtfertigen und nebenbei Stimmen für die Nationalversammlung zu werden. Daß sie keinen Erfolg haben werden, ist gewiß, weil es natürlich ist. Dies geht uns indeß nichts an; wir wollen hingegen darauf aufmerksam machen, daß man in einer solchen Art der Wirksamkeit nichts Auffallendes findet. Und doch macht man es dem Ministerium zum Vorwurf, daß es durch die Landräthe für sich wirken lasse. Nichtsdestoweniger ist, wie wir aus bester Quelle wissen, die letztere Thatsache durchaus ungegründet.

So eben geht uns die ganz zuverlässige Mittheilung zu, daß bis heute Abend 17,000 Gewehre abgegeben sind.

Man hofft auf die baldige Aufhebung des Belagerungszustandes, wenigstens gleich nach der vollständigen Auslieferung der Gewehre. Die Entwaffnung des Vogtlandes ging zwar unter Aufbietung großer militärischer Kräfte, aber ruhig vor sich.

CC **Berlin,** 18. Nov. Auch wir haben anfangs sympathisirt mit demjenigen Theile der Kammer, der sich eine Parität mit der Krone gewahrt wissen, der seinem Pactscenten nicht das Recht zugestehen wollte, die bevorstehende Vereinbarung einseitig hinauszuschieben; wir haben mit ihm sympathisirt, als er vertrieben von Bajonetten von Lokal zu Lokal zog und überall auf rohe Gewalt stieß. Aber von dem Tage an, wo Leute, die ausdrücklich vom Lande hergesandt waren, beim Neubau des Staates zu wirken, nicht vor der entsetzlichen Verantwortlichkeit zurückbebten, dem ohnehin wankenden Gebäude seine letzten Stützen zu entziehen, wo, um mit dem Berichterstatter Hrn. v. Kirchmann zu sprechen, wissentlich die Brandfackel der Anarchie ins Land geschleudert wurde, sahen wir in den zurückgebliebenen nur ein paar hundert Personen, die es mit ihrem Gewissen zu vereinigen wußten, statt ihrem Mandate gemäß das Wohl des Landes zu befördern, wissentlich und mit Ueberlegung 16 Millionen Menschen in die grenzenloseste Verwirrung, vielleicht in den Bürgerkrieg zu stürzen, um so besser den persönlichen Streit auszufechten, in welchen sie mit der Krone gerathen waren.

Gott gebe, daß die denkwürdige (wenn auch nicht ruhmreiche) aus dem Wahlgesetz vom 18. April hervorgegangene Kammer ihre Thätigkeit mit der „stürmischen" Sitzung im Mielenz'schen Saale geschlossen habe. Lange genug hat sie auf dem Lande wie ein Alp gelastet; eine Auflösung scheint im Interesse des Rechts und der Vernunft geboten. Das Land muß durch neue Wahlen sich darüber aussprechen, ob es einverstanden ist mit der Art und Weise, wie seit 5 Monaten seine Interessen nicht versondern zertreten wurden. Damit aber zugleich den Urwählern der Beweis geliefert werde, daß diesmal wirklich ohne „Dreden und Deuteln" das Königswort ein Königswort bleiben soll, wünschen wir, daß die Krone pure den Verfassungsentwurf, so wie er vorliegt, provisorisch annehme, was eine spätere — besonnenere und unter dem Einflusse geregelter Zustände gewählte Versammlung nicht verhindern würde, diejenigen Abänderungen nachträglich zu dekretiren, welche Zeit und Praxis als nothwendig herausstellen möchte.

LC. **Berlin,** 18. Nov. Das bedeutendste Ereigniß des Tages ist die Entscheidung des Kammergerichts über die Publikation des Martialgesetzes. Auf den Antrag der Assessoren Wilhelmy und Oppenheim traten schon vor mehreren Tagen der Instruktions- und der Kriminalsenat zusammen und entschieden sich heute in einer Plenarsitzung dahin, die Publikation des Kriegsgesetzes nach reiflicher Erwägung der thatsächlichen und Rechtsverhältnisse für ungesetzmäßig zu erklären. Der diesen Ausspruch näher begründende Protest wurde sofort dem Justizminister Rintelen zugefertigt. Bemerkenswerth ist, daß die Stimmen gleich waren und deshalb die des Präsidenten v. Strampff, des bekannten Mitgliedes der Untersuchungs-Kommission für die demagogischen Umtriebe, den Ausschlag gab. — Auch der Oberappellationssenat des Kammergerichts wird die Sache in Erwägung ziehen. In einer bereits stattgefundenen Vorberathung haben sich 18 Stimmen gegen 8 für die Ungesetzmäßigkeit der Wrangel'schen Publikation entschieden. Dieser Senat genießt noch aus der Zeit, in welcher ihm Hr. v. Gerlmann präsidirte, den Ruf unerschütterlicher Unabhängigkeit. Sein gegenwärtiger Chef ist Hr. Breseri. — Das Auditoriat hat sich gleichfalls geweigert, nach dem Kriegsrecht Urtheile abzufassen. — Ein Gerücht, wonach das Kammergericht ein Justitium angeordnet habe, scheint uns nicht hinreichend verbürgt. Dagegen haben verschiedene Mitglieder, besonders jüngere, der hiesigen Gerichte ihre Entlassung nachgesucht. — Die Verhaftungen werden in großer Zahl fortgesetzt. Dieselben erfolgen fast ausschließlich in der Nacht. — Die Redaktion der Nationalzeitung hat wegen des gegen sie verfügten Verbots den Rechtsweg beschritten. Sie klagt wegen Störung im Besitz und verlangt Schadenersatz. — Der Maueranschlag ist, außer zu gewerblichen Zwecken verboten. Nichts desto weniger ist der Neuen Preuß. Ztg. gestattet, die Rede des Hrn. Wilhelm Jordan in Frankfurt in besonderem Abdruck durch Anschlag und Vertheilung zu verbreiten. (Folgen verschiedene Invektiven gegen Hrn. Jordan.)

Stettin, 15. Nov. Es ist gestern der Befehl hier eingegangen, 10 Bataillone Landwehr einzuziehen; die Waffen sollen nach Garz geschafft und die Landwehr dort eingekleidet werden. (Ostsee-Ztg.)

Magdeburg, 17. Nov. Die „Magdeburger Ztg." enthält folgende Bekanntmachung: „Nach dem Beschlusse des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung ist nach §. 107 der revidirten Städte-Ordnung für jetzt eine außerordentliche Kommission gebildet, mit der Aufgabe, einen stets lebendigen Mittelpunkt zu bieten, in welchem die Angelegenheiten, welche die Ruhe und Ordnung in der Stadt angehen, rasch aufgenommen und entweder erledigt oder zu weiterer Verhandlung vorbereitet werden. Sie besteht aus Abgeordneten der beiden Stadtbehörden, dem Bürgerwehr-Kommando und anderen Einwohnern der Stadt und ist in dem Sessionszimmer des Magistrats auf dem Rathhause

anwesend. Magdeburg, den 16. Nov. 1848. Der Magistrat. Behrens. Grubitz.

Münster, 14. Nov. Auch hier haben die Stadtverordneten sich für die Nationol-Versammlung erklärt: Die Bürgerwehr Münsters protestirt gegen die Auflösung der Berliner Bürgerwehr und fordert sämmtliche Bürgerwehren Westphalens auf, sich ihrer Erklärung anzuschließen.

△ **Breslau**, 16. Nov. Berlin und gonz Preußen sehen auf Breslou, auf Schlesien, in der Ueberzeugung, daß hier die Sache der Nationoloersammlung ausgefochten werden wird, wenn sie selbst in Berlin schon unterlegen, daß zugleich die demokrotische Partei hier, wo ihr Wirken bisher aon dem meisten Erfolg gekrönt gewesen, die augenblickliche allgemeine Aufregung benutzen werde, um ihre letzte Karte auszuspielen und zu versuchrn, ob sie jetzt vollführen könne, was sie sich vorwirft im März nuvallendet gelossen zu haben. In der That ist die Aufregung in ganz Schlesien sehr bedeutend, aber wir halten diefelbe nicht für überous gefährlich. Fast alle Parteien stimmten in der Mißbilligung des Schrittes der Regierung, welcher den Konflikt zuletzt herbeigeführt, überein, obwohl diese Mißbilligung oerschiedene Grade durchläuft. Die radikalen Demokraten, welche leider den größten Theil der Prooinz durch geschickte Operotionen für sich gewonnen hoben, erblicken in dem Unternehmen der Regierung ein Attentat auf die im März zur Geltung gebrachte Valksfouveränetät und lassen darin nur die erste Maßregel einer ganzen Reihe ähnlicher Gewaltstreiche zur Vernichtung der Freiheit erblicken. Sa wurde die Sache hier in tousendfältigen Plokaten und Aufrufen von der demokrotischen Partei dargestellt, und das Volk ist diesen Einflüsterungen leicht verfallen. Weniger leidenschoftlich sind die Constitutionellen erregt, aber auch sie sind von dem Schritte betroffen und mißbilligen denselben fast einmüthig. Sie erkonnten die dringende Nothwendigkeit energischer Maßregeln zum Schutze der terrarisirten Nationalversammlung und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung in Preußens Hauptstodt schon lange an, sie hotten in dieser Beziehung wiedrrholt Wünsche und Adressen an die Krone und an die Versommlung selbst veröffentlicht, und mehr ols je waren sie noch drn Vorgängen vom 31. Okt. überzeugt gewesen, daß es so nicht fortgehen könne, daß die Achtung, welche man für die Versammlung und für ihr Werk, die Verfassung, zu fordern berechtigt ist, auch mit dem bloßen Scheine unfreiwilliger Beschlüsse unoerträglich sei. Mit Freuden hätten sie mithin alle Beschlüsse willkommen geheißen, welche in regelmäßiger Weise von einem moralisch kräftigen Ministerium in dieser Beziehung gefaßt worden wären; dennoch aber konnten sie bei der Nachricht von der Verlegungsbotschaft ihre ernsteste Mißbilligung nicht zurückhalten. Sie bestreiten nicht, daß nach dem Buchstaben des Gesetzes dem Rechte des Königs nichts gerabezu entgegensteht, sie halten aber dafür, daß es dem konstitutionellen Geiste zuwider ist, da wo eben keine ausdrückliche Bestimmung vorliegt, in einer Angelegenheit, welche die Kammer selbst und das Gewissen der Abgeordneten unmittelbar angeht, über sie zu oerfügen, ohne ihren eigenen Willen irgendwie zu befragen. Und wäre diese Verlegung constitutioneller Konvenienz auch nothwendig gewesen, so würde sie doch doppelt gefährlich, da sie von einem Ministerium ousging, welches mit den Volksvertretern schon in dem unparlomentarischen Verhältnisse offener Feindseligkeit stand. So hat die hiesige konstitutionelle Partei die Sache aufgefaßt und davan aus hat sie sich oeranlaßt gefunden. auch ihrerseits gegen eine derortige Verlegung zu protestiren, mithin den Protest der Notionaloerfammlung zu billigen. Bis dahin ist sie mit den Demokraten einig, die Differenzen kammen erst, wenn die Letztern es auch billigen und verlangen, daß die Versammlung über jenen Protest und über den passiven Widerstand hinaus, sich zum Conoent mache. Das ist die Konsequenz, welche unsere Volksführer vom ersten Augenblick aus dem Konflikt gezogen haben, daß die Nationol-Verfammlung während der Dauer deffelben die einzige rechtmäßige Behörde sei und olle Regierungsgewalt in sich vereinige. Dir Kammer hot es in ihrer Besonnenheit, einzelne übereilte Beschlüsse abgerechnet, bis jetzt systemotisch vermieden, sich ouf einen derartigen Boden hindrängen zu lassen, und die hiesige konstitutionelle Partei hat es ausdrücklich ausgesprochen, daß sie ihr bei einer Ueberschreitung der durch das Vereinbarungspotent vorgezeichneten Kompetenz ihre Sympathie entziehen müßte — aber die hiesigen demokratischen Vereine hatten gleich den ersten Tog den Sprung gethan. Einen Konvent wollten und mußten sie haben: die Berliner Versammlung wollte es nicht sein, aber sie mochten sie dazu. Wor nun in Berlin die Staatsregierung nicht mehr rechtsgültig, so mußte auch in den Prooinzen darnach verfahren werden. Der Regierung gegenüber mußte ein Sicherheitsousschuß begründet werden: es traten zu dem Zwecke alle in Bürgerwehrclubs längst demokratisirten Bezirke der Bürgerwehr durch gewählte Deputirten mit den 11 hier bestehenden demokrotischen Vereinen, vom deutschen Volksverein bis zum republikanischen Verein zusammen, und es bildete sich so ein Wohlfahrtsausschuß aus den entschiedensten Elementen der Partei, denen sich noch als Ehrengost der Abgeordnete Schlöffel zugesellte, welcher hier wahl die Lorbeeren zu erndten hofft, die ihm beim Frankfurter Putsch schmachoollen Angedenkens entgongen sind. Die so gebildete Vereinigung deonspruchte bei den städtischen Behörden, in ihrer usurpirten Berechtigung als Sicherheitsbehörde anerkannt zu werden. Die Stodtverordneten lehnten dies zwar ab, oder indem sie mit dem Mogistrat zu gemeinschaftlicher Berothung zusammentraten, waren sie doch schwach genug, den Forderungen in so weit nachzugeben, daß sie selbst einen städtischen Sicherheitsausschuß einzusetzen beschlossen, welcher aus zwölf eigenen Mitgliedern aber unter Zuziehung von acht von Seiten jenes demokratischen Komite's zu präsentirenden Deputirten bestehen sollte. So geschah es, und der Wahlfahrts-Ausschuß trot vor drei Togen seine Thätigkeit an. Wie er entstanden, so lebt er auch, nämlich unter fortwährender Anregung durch den demokratischen Halbbruder, welcher seine Thätigkeit keineswegs eingestellt hat, vielmehr in Permanenz ast und durch immer erneute Anträge der abenteuerlichsten Art die städtischen Schwächlinge im Athem erhält. Das Einzige, was bis jetzt geschehen, sind freilich allerlei Anfrogen und Examinatorien bei den regelmäßigen Behörden, welche sich denselben mehr oder weniger gutwillig unterwerfen — wegegen gefährlichere Anfinnen auf Verproviantirung, allgemeiner Volksbewaffnung, Beschlagnahme der öffentlichen Kassen u. s. w. bisher zurückgewiesen worden sind. Wie lange dies geschehen wird, kann man schwer oarausshen, da die städtischen Mitglieder des Ausschusses, vom Magistrat wie oon den Stadtaerordneten, zwar persönlich gemäßigter, konstitutioneller Gesinnung sind, jedoch schwoch aon Charakter und Redekraft, ihnen gegenüber aber acht jederzeit rüstige, oonnernde Demakraten sitzen, die sie mit hohlen Phrasen und grossen Drohungen einschüchtern. Die konstitutionelle Portei war bis gestern unter drn zugezogenen Vertrauensmännern nicht vertreten. Dem konstitutionellen Centralaerein war aon Seiten der vereinigten Klubs rine Aufforderung zugegangen, sich bei ihrer Sicherheitsbehörde zu betheiligen, er ging jedoch auf diese Zumuthung erst nicht ein. Er konnte zwar ouch den städtischen Ausschuß in der Stellung, die er sich gegeben, nicht für berechtigt anerkennen, do dieser aber faktisch da war und selbst die Behörden ihm Rede und Antwort standen, so aermeinte der Verein aam praktischen Stondpunkte aus gut zu thun, wenn er Behufs der Kräftigung der eingeschüchterten städtischen Mitglieder versuchte, einige seiner konstitutionellen Redner hineinzubringen als Gegengewicht gegen die demokratische Suada. Es ist ihm dies gelungen, indem der Ausschuß zweien der aorgeschlagenen Mitglieder den Zutritt gestatter hat. Zwar wird in Momenten großer Aufregung dennoch dos demokratische Element das Uebergewicht erhalten, aber im Augenblicke hoffen wir noch, daß der Drang der Massen, welchen dis jetzt ein sehr reoktionäres Wetter niederzuhalten geholfen hat, auch fernerhin über der innern Spoltung der demokrotischen Partei für dies Mal nicht zum Ausbruch kommen werde.

** **Köln**, 17. Nov. Auch hier sind die Sachen so weit gediehen, daß ein Zusammenstoß kaum noch ausbleiben kann; es ist sehr gegen uns zu wetten, daß wir uns spätestens übermargen in Belagerungszustand befinoen. Fürs Erste droht die Landwehr-Agitation mit einem Conflikt. Die Erklörungen, wrlche die Landwehr erlassen, kennen Sie bereits; sie sind heute an allen Straßenecken angeheftet und heute Abend finden on sechs verschiedenen Orten in der Stadt vorbereitende Versammlungen statt auf Anlaß ors auf Sanntag Morgen ausgeschriebenen Appells. Es ist im Werke, daß sich sämmtliche Landwehrmänner auf einem und demselben Platze einfinden, von hart in Masse zum Appell ziehen und dem Commandeur die bereits veröffentlichten Erklärungen abgeben. Zugleich spricht man daoon, den rbenfalls auf Sonntag angesetzten Abzug der Rekruten nach Berlin nöthigenfalls mit Gewalt zu hindern. Am gefährlichsten aber droht die Steuerverweigerung zu werden. Auf das Gerücht hin, daß die

Digitized by Google

Nationalversammlung dieselbe bereits decretirt habe, hat der Kreisausschuß der demokratischen Vereine sämlich dazu aufgefordert. In dem schlacht- und mehlsteuerpflichtigen Düsseldorf hat man heute Morgen zehn Ochsen, Musik voran und von der Bürgerwehr escortirt, unversteuert in die Stadt getrieben. Das Beispiel hat auch hier, wenn auch erst in kleinerem Maßstabe, schon Nachahmung gefunden, und von morgen ab, werden die Wachen bedeutend verstärkt werden, um, wenn sich dergleichen wiederholen sollte, den Steuerbeamten starke Hand zu leisten. Hat übrigens die Nationalversammlung sich wirklich für die Steuerverweigerung ausgesprochen, so hat sie eine schwere Unverantwortlichkeit auf sich geladen, denn die Steuerverweigerung trifft nicht dies oder jenes Ministerium, sondern das Land selbst, und jede nachfolgende Regierung, wer sie auch sei, würde es schwer finden, die Steuerpflichtigen, wenn sie einmal die Steuerfreiheit gekostet, wieder zur Steuerzahlung zu gewöhnen. — Ich fahre hier noch fort, Ihnen über den Verlauf unserer täglichen Volksversammlungen zu berichten: Köln ist immerhin eine wichtige Stadt in der Monarchie. Nachdem gestern Abend im Beginn der Versammlung einige sehr plump angelegte Versuche vorgekommen waren, das versammelte Volk von der überaus großen Sympathie des Militärs zu überzeugen — es wurde ein Schreiben, angeblich von einem Artilleristen, verlesen, worin derselbe erklärte, daß die ganze Artillerie zum Volke stehe, dann angeblich Namens eines Soldaten des 16. Regiments berichtet, daß die sämmtlichen Officiere dieses Regiments sich zur Verfügung der Nationalversammlung stellen — nachdem dann noch der ehemalige Lieutenant Adamsky mitgetheilt, daß wegen seiner in einer frühern Versammlung gehaltenen Rede eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet sei, kam man zu den eigentlichen Verhandlungen. Ein Demokrat aus Mülheim stellte den Antrag, es solle der „feile Bluthund" Wmdischgrätz verfehmt und geächtet werden und vogelfrei sein, und jeder Deutsche nicht blos berechtigt, sondern verpflichtet sein, ihn in jeder Weise, mit Gewalt oder mit List, vom Leben zum Tode zu schaffen; dann, daß die deutsche Demokratie die Kinder Robert Blum's — den ein anderer Redner mit Christus verglich — als die ihrigen adoptire. Beide Anträge wurden den Fünfundzwanziger-Ausschuß überwiesen und bei dieser Gelegenheit verlangte man zu wissen, was denn der Fünfundzwanzigee-Ausschuß bis jetzt eigentlich gethan habe. Es ergab sich, daß er im Grunde noch Nichts gethan hat, als daß er Emissäre auf die umliegenden Dörfer schickte, um auch dort so viel Aufregung zu verbreiten als nur irgend möglich; dagegen hat er seine vornehmste Mission, bei den Militär- und Civilbehörden anzufragen, ob sie der Krone oder der Nationalversammlung gehorchen würden, noch gar nicht begonnen, in Erwägung, wie ein Mitglied sehr naiv anführte, daß die Kommission nicht sicher sei, welche Behandlung gewisse Behörden auf eine solche Anfrage ihr angedeihen lassen würden. Aus dem übrigen Abend habe ich nur noch die als bekannt gegebene Mittheilung hervor, daß der Reichsgesandte, Herr Raoeaur, „da er es weder mit seiner Gesinnung, noch mit seiner Ehre verträglich halte, das gegenwärtige Reichsministerium ferner zu vertreten," seine Entlassung von seinem Posten eingegeben habe.

** **Köln**, 18. Nov. Es hat sich bis heute in unsern Zuständen im Wesentlichen nichts verändert. Die Steuerverweigerung, zu welcher, nachdem es sich bestätigt, daß die Nationalversammlung dieselbe beschlossen, in Plakaten an den Straßenecken offenaufgefordert wird, ist noch immer nur vereinzelt in's Leben getreten; es steht aber kaum zu bezweifeln, daß sie mehr und mehr um sich greift, da dem Egoismus eine bequeme Gelegenheit geboten ist, sich unter die Decke politischer Ueberzeugung zu flüchten. — Die beiden Offiziere vom 25ten Regiment, welche, nachdem sie seit längerer Zeit vom Dienste suspendirt waren, jetzt ihre Entlassung nachgesucht, sind, um einer gegen sie angeordneten Verhaftung zu entgehen, flüchtig geworden. Sie gingen gestern mit der Eisenbahn nach Belgien ab; unterwegs benachrichtigt, daß in Aachen bereits Befehl ertheilt sei, auf sie zu fahnden, verließen sie die Bahn in Eschweiler und erreichten glücklich die Grenze.

Dresden, 17. Nov. Der König hat heute den Landtag in Person geschlossen. Wir entnehmen seiner Rede zunächst die auf das deutsche Verfassungswerk bezügliche Stelle: „Das deutsche Verfassungswerk, zu dessen Aufbau die Nationalversammlung bei Anfang des Landtags eben zusammengetreten war, schreitet vorwärts. Den Beschlüssen derselben vom 28. Juni dieses Jahres wegen Aufstellung der Centralgewalt habe ich meine vollste Zustimmung ertheilt, und nachdem Sie, meine Herren Stände, auch hierzu den verfassungsmäßigen Beitritt erklärt haben, ist den Verfügungen der Centralgewalt durchgängig entsprochen worden. Und wie es mein ernstlicher Wille ist, daß dies ferner in gleicher Weise geschehe, so glaube ich auch erwarten zu können, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung in Sachsen niemals eine Einsprache veranlassen werden, um so weniger, als ich, vereint mit dem Volke das hohe Ziel fest im Auge behalte, durch Förderung des deutschen Verfassungswerks die Einheit, die Freiheit und Stärke des großen Vaterlands im Innern und nach außen auf dauernde Weise zu begründen. Diese Politik meiner Regierung wird Sonderbestrebungen, wie und wo sie auch innerhalb Deutschlands sich geltend machen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten." Der König schloß mit folgenden Worten: „Das sächsische Volk hat — mit wenigen beklagenswerthen Ausnahmen — inmitten der großen Erschütterungen Europas im Ganzen den in ihm wohnenden Sinn für Gesetz und Ordnung bekundet und darin einen Beweis politischer Reife gegeben, die sich bei den Völkern in dem Grade ausspricht, in welchem bei ihnen die Achtung vor dem Gesetze begründet ist. Möge dieser Geist der Gesetzlichkeit immer stärkere Wurzeln in unserm Vaterlande schlagen, denn er bildet das sicherste Schutzdach gegen die Stürme von außen, die stärkste Wache für die Freiheit und das Glück im Innern. Es ist das letzte Mal, wo ich Sie, die Stände des Wahlgesetzes vom Jahre 1831, um mich versammelt sehe! Haben Sie Dank für die Unterstützung, die Sie mir in meinem, auf das Wohl des Vaterlandes gerichteten Bestreben, während der Dauer Ihrer Wirksamkeit vielfach gewährt haben. Durch Annahme des neuen Wahlgesetzes haben Sie die Erkenntniß Ihrer Zeit bethätigt. Auch dafür, sowie für die Opfer, die Sie hierbei bereitwillig dem Wohle des Landes gebracht haben, sage ich Ihnen meinen Dank. Mit Vertrauen sehe ich den künftigen Vertretern des Volks entgegen, mit denen ich die weitern nöthigen Reformen in der Gesetzgebung und Verwaltung zu vereinbaren gedenke. Gott segne unser Vaterland!" (Sächs. Bl.)

+ **Karlsruhe**, 19. Nov. Nach dreitägiger Berathung, welche gestern sogar bis 5 Uhr Abends dauerte, erfuhr das Pensionsgesetz das eigenthümliche Schicksal, daß, obgleich als zeitgemäß von allen Seiten anerkannt, es verworfen wurde. Die Veranlassung ist kurz folgende. Unstreitig bildeten die §. 2 und 8. den Schwerpunkt des Gesetzes. Nach ersterem sollte, wie die Commission beantragt hatte, keine Besoldung mehr, als fl. 2500 betragen, alles darüber Bewilligte als widerruflich gelten und von der Berechnung des Ruhegehaltes ausgeschlossen sein. Diese Bestimmung ging in der Kammer mit der Modification durch, daß auf Lamey's Antrag die höchste Summe der Besoldung auf fl. 3000 festgesetzt und ein genauer Normaletat über alle Besoldungen bestehen soll. Dagegen konnte über den §. 8., welcher sich über die Berechnung der Personen ausspricht und verlangte, daß das Maximum derselben fl. 2000 sowohl für die Zukunft, als die Vergangenheit betragen solle, keine Vereinigung erzielt werden; alle Amendements fielen ebenso durch, wie der Commissionsantrag und zuletzt erklärte der Präsident bei großer Aufregung der Versammlung, daß nunmehr der §. 8. gänzlich gestrichen sei. Als man hierauf zur Endabstimmung über das ganze Gesetz schritt, nahmen 31 Stimmen dasselbe an, 18 verwarfen es; hiermit war es verworfen, denn die erforderliche Zahl von ⅔ der Stimmen fehlte. Mit Ausnahme dreier Mitglieder hatte das linke Centrum gegen das Gesetz gestimmt, hierzu gesellte sich noch ein Theil der äußersten Linken. Augenscheinlich hatte das Schicksal des §. 8 die einzige Veranlassung zu dem Resultat gegeben. Wenn wir nun auch durchaus nicht die Ansicht billigen, daß ein Gesetz mit offenbar rückwirkender Kraft von einer Gesetzgebung ausgehen solle, so muß uns die Endabstimmung um so mehr überraschen, als die übrigen erheblichen Wohlthaten des Gesetzes, wodurch der drückende Pensionsetat bedeutend heruntergeschmolzen wäre, jetzt nicht eintreten können und der Regierung, wenn sie sich nicht durch ein inconstitutionelles Provisorium helfen will, nichts anderes übrig bleibt, als den alten Zustand fortbestehen zu lassen. — Die von einigen Blättern angegebene Beförderung des Abgeordneten Lamey zum Ministerialrath entbehrt bis jetzt der Wahrheit, obgleich es nicht unwahrscheinlich ist, daß dieser talentvolle Mann bald in einen höhern Wirkungskreis gerufen wird.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 20. (Schluß) und 21. Nov.) Wien (Eine Wanderung durch die Stadt. Messindaufee. Das neue Ministerium. Verhaftungen.) Olmütz (Die bäuerlichen Verhältnisse. Das Ministerium und die Gesandte.) Kremsier (Die Localblöken für den Reichstag.) Breslau (Schlöffel und die rothen Republikaner.) Dresden (Ministerielle Bekanntmachung über Blums Tod.)

Frankreich. Paris (Die Stadt ruhig. Clubs geschlossen. Verfassungsfest. Die Präsidentenwahl. Die Nationalversammlung. Biographie Robert Blums von Georg Herwegh.)

Börsenbericht von Paris (Vom 18. November.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 21. November.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 20. November. (Schluß.)

Mit Rauwerck besteigt wieder die blutrothe Phrase die Tribüne. Die Geduld der Versammlung reicht nicht aus gegen die äußerst harten Zumuthungen einer Rede dieses Schlags und endlich hilft selbst die Klingel des Präsidenten vergebens nach. Desto dringender wird darauf nach dem Schlusse der Debatte verlangt und dieser angenommen. Vogt von Gießen, Zachariä von Göttingen und v. Linde fordern nacheinander namentliche Abstimmung über alle drei Punkte des Ausschußantrags, dann erhält Falk für den Ausschuß das Schlußwort. Als er bemerkt, es müsse doch an den Ausschußvorschlägen so Erhebliches nicht auszusetzen sein, da allerdings viel gegen dieselben gesprochen, aber wenig vorgebracht worden sei, entsteht ein Tumult auf der Linken: „das Wort ist uns abgeschnitten worden! Man verhöhnt uns!" Der Berichterstatter erklärt: Wir wissen, daß wir mit unsern Vorschlägen im Augenblicke nicht populär sein werden. Aber stimmen Sie für die Anträge des Ausschusses, damit diejenigen in Deutschland, welche noch an eine Freiheit auf den Grundlagen der Ordnung und des Rechtes glauben, sehen, daß sie nicht ohne Unterstützung sind.

Ehe zur Abstimmung verschritten wird, theilt der Präsident den Eingang mehrerer Adressen an die Nationalversammlung mit, welche die preußische Angelegenheit betreffen. Haym u. Schwarz um den zu fassenden Beschlüssen eine desto vollständigere Majorität zuzuwenden, verzichten auf ihren Minderheitsantrag. Der Zell'sche Antrag (es ist dies zugleich der oben erwähnte Antrag Mittermaiers und unsere dortige Angabe über seinen Inhalt aus Nachstehendem zu berichtigen): die Nationalversammlung wolle in dem obschwebenden Konflikt der preußischen Krone ꝛc. entscheiden

„daß es das Recht und die Pflicht der preuß. Staatsregierung als Executivbehörde war, die nöthigen Maßregeln zum Schutze der Versammlung zu ergreifen, daß aber die Vertagung und Verlegung der Versammlung dem Begriffe einer Vereinbarung widerspreche, daher die Centralgewalt aufzufordern, dahin zu wirken, daß den weitern Berathungen der Versammlung in Berlin keine Hindernisse entgegengestellt und daß sich die Krone mit einem volksthümlichen Ministerium umgebe" —

Dieser Antrag Zells wird mit 273 gegen 184 Stimmen verworfen. Dagegen wird Antrag 1 des Ausschusses über die preußischen Verhältnisse:

„Die Reichsversammlung, in Verfolgung ihrer Beschlüsse vom 14. d. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse fordert die Centralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissäre hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt" —

mit 393 gegen 6 Stimmen angenommen. 24 Mitglieder haben sich ihres Votums enthalten.

2) „Sie erklärt den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß *) der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig" —

mit 276 gegen 150 Stimmen angenommen. (Ergrimmtes „Pfui!" von der Linken, was von dem Präsidenten mit einem Ordnungsruf gerügt wird.)

3) „Sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde" —

mit 277 Stimmen angenommen.

Die Sitzung wird nach 6 Uhr Abends geschlossen.

*) Low von Magdeburg erklärt nebst 140 andern Unterzeichnern, daß durch die obige Abstimmung keine Anerkennung der übrigen Beschlüsse der preußischen Versammlung ausgesprochen sein solle.

Vom 21. November.

Tagesordnung der 120. öffentl. Sitzung.

Berathung über Artikel VII. und VIII. des Verfassungs-Entwurfs.

Vorsitzender v. Gagern. Die Plätze auf der äußersten linken Seite des Hauses sind heute größtentheils leer bei Eröffnung der Sitzung. Doch geben die angemeldeten Austrittsanzeigen von Mitgliedern der Versammlung, worunter u. A. die des Herrn Behr aus Würzburg, keine Auskunft über jene Lücken. Es kommt zunächst der Ausschußbericht über die drei Tyroler Ersatzwahlen zur Besprechung, die nach der Meinung des Wiener Ministeriums in Wegfall zu bringen sind, weil Tyrol und Vorarlberg nach der Bundesmatrikel nur 14 Wahlkreise haben sollte, während sich siebzehn Abgeordnete von dort im Hause befanden. Der Ausschußantrag, an die Stelle der drei ausgetretenen tyroler Abgeordneten die Ersatzmänner einzuberufen, wird nach einer unbedeutenden Debatte angenommen.

Mayer aus Ottobeuern interpellirt sodann das Kriegsministerium wegen der Truppenaufstellung an der obern Donau. Die Antwort wird für Freitag den 24 d. M. zugesagt.

Wie gestern bereits auf die allgemeine Debatte über Artikel VII. und dann im Besondern auf die Besprechung des §. 33. des Verfassungsentwurfs verzichtet ward, so spricht das Haus heute auch seinen Verzicht auf die Debatte des mit dem §. 33. innig zusammenhängenden §. 34. aus. Das Ergebniß der Abstimmung — bei welcher zugleich die Abänderungen zur Berücksichtigung kommen, die der Verfassungsausschuß selbst in Folge der durch die Regierungskommissarien für die Zollsachen gemachten Vorschläge nachträglich vorgenommen hat — das Ergebniß der Abstimmung also ist Folgendes:

§. 33. „Das deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnenzölle. Die Aussonderung einzelner Orts- und Gebietstheile aus der Zollinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten. Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch außerdeutsche Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen."

§. 34. „Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, sowie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern. Welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftliche sein sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung."

Auch über §. 35 wird keine Besprechung zugelassen. Die Annahme erfolgt nach der (modificirten) Fassung des Verfassungsausschusses:

„Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, sowie der gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchssteuern geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt. Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maßgabe des Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweg genommen. Das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen.

§. 36. „Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen."

Ebenso wird zum Beschluß erhoben §. 37.

„Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staats oder einzelner Gemeinden legen dürfen und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt."

Desgleichen §. 38.

„Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Gesetze."

Eine Einschaltung zu §. 38, die der volkswirthschaftliche Ausschuß vorschlägt, erregt die Heiterkeit der Versammlung und unterbricht für einen Augenblick das trockene Einerlei der Abstimmungsformen. Als nämlich der Präsident den Zusatz verkündet: „Die Reichsgewalt hat ein allgemeines Bankerottgesetz für ganz Deutschland zu erlassen", erfolgt ein Lachen im Hause, welches zum Mindesten zeigt, daß die Abgeordneten bei diesem Bankerottgesetze für Deutschland an kein böses Omen denken. Der Zusatz wird abgelehnt.

Digitized by Google

Der letzte Paragraph des Artikels VII. endlich lautet:

„§. 39. Erfindungspatente werden ausschließlich von Reichswegen und auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt. Auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, gegen unbefugte Nachahmung von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu."

Bei Artikel VIII., zu dem sofort vorgeschritten wird, entscheidet sich die Versammlung ebenfalls gegen jede Diskussion. Der Abschnitt umfaßt die §§. 40 bis 43 und handelt über Postanstalten und Telegraphenlinien. Bei dem §. 40 geht die Versammlung von dem Vorschlage des Verfassungsausschusses ab und nimmt dafür den Antrag Emrichs (des Rechtsanwaltes der fürstlich Thurn- und Taxischen Postverwaltung) an:

„Der Reichsgewalt steht die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Postwesen im deutschen Reiche zu, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen.

Dieselbe sorgt für eine gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Controle."

Dazu wird jedoch der Zusatz aus dem Minderheitsvorschlag des Volkswirthschafts-Ausschusses beliebt:

„Die Post soll nur im Sinne der Beförderung und Erleichterung des Verkehrs eingerichtet und verwaltet werden."

§. 41. „Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur Seitens der Reichsgewalt geschlossen werden. Wo Reichspostverträge geschlossen werden, erlöschen die Verträge mit einzelnen deutschen Postverwaltungen."

§. 42. „Die Reichsgewalt hat die Befugniß, so weit es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines zu erlassenden Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung wohlerworbener Privatrechte."

§. 43. „Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen zu benutzen. Weitere Bestimmungen hierüber, sowie über die Benutzung der Telegraphen im Privatverkehr, sind einem Reichsgesetze vorbehalten."

Es erfolgen nach Interpellationen von Schneer wegen des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit und von Berger aus Wien wegen rückständigen Berichts des österreichischen Ausschusses, dann wird die Sitzung gegen 2 Uhr aufgehoben.

Nächste Sitzung: Donnerstag den 23., Tagesordnung derselben, fortgesetzte Berathung des Verfassungsentwurfs.

△ **Wien**, 15. Nov. Unsere unglückliche Stadt trägt noch immer das Gepräge „einer unglücklichen Stadt." Trotzdem, daß seit zwei Tagen auch Abends der Verkehr zwischen der innern Stadt und den Vorstädten hergestellt ist, sind Abends die Straßen, zumal in den Vorstädten, beinahe menschenleer und es bedarf besonderer Veranlassungen, um die Leute in Masse aus den Häusern zu locken und so den Beweis zu liefern, daß Wien auch noch Bewohner hat, welche nicht zur Armee gehören. Ich lade Sie ein einen Gang mit mir durch die Stadt zu machen, und Sie werden ja den klarsten Begriff unseres öffentlichen Lebens erhalten. Ich ging gestern Abend in der Dämmerung aus; als ich in die Nähe der Basteien gegen die Leopoldstadt kam, fand ich um das Kriminalgebäude gedrängte Haufen von Menschen, welche auf etwas zu warten schienen, ich vermuthete sogleich eine jener oben bezeichneten „besonderen Veranlassungen", welche am 9. mit Blum's Hinrichtung ihren Anfang nahmen. Sa war es, die durch das Kriegsgericht Verurtheilten sollten im Stadtgraben erschossen werden. Eine peinliche Stille herrschte unter der Menge. Endlich kamen die Delinquenten in einem Omnibus in Begleitung eines Geistlichen und der vorschriftsgemäßen Zeugen (um die Vollziehung des Urtheils zu verificiren). An dem Stadtgraben angelangt, stiegen die Verurtheilten aus und gingen mit festem Schritt die noch zurückzulegende kleine Strecke zu Fuß. Der eine derselben war in Civil gekleidet, man sagt, es sei ein Schustermeister aus Hernals (Ortschaft in der nächsten Nähe Wiens), die andern beiden waren übergegangene Grenadiere. Der eine der Grenadiere blieb aufrecht stehen und ließ sich die Augen nicht verbinden, der andere, sowie der Schustermeister ließ dieß geschehen und beide knieten nieder in dem von den Soldaten gebildeten Quarré. Die beiden Knieenden fielen auf den ersten Schuß, der aufrechtstehende Grenadier stürzte erst nach dem dritten. Dann verließ alles die Richtstätte wieder mit so wenig Geräusch als möglich — nur ganz gute Bekannte flüsterten sich leise zu: Wie lange wird dies noch währen? Als ich an dem Kärnthnerthor-Theater anlangte, sah ich viele Offiziere hineinströmen, es war zum ersten Male mit der Oper Norma eröffnet. Treu dem alten System bietet man dem Volke Zerstreuung; mich überlief es kalt, ich dachte an das andere Schauspiel, dessen Zeuge ich so eben gewesen. Ich wollte mich überzeugen, ob das gemüthliche Wien wirklich wieder auflebt, wie es die Theaterzeitung des Herrn Bäuerle versichert. Ich trat ein; in dem Parterre standen die Offiziere so gedrängt, daß sie kaum athmen konnten, auf den Sperrsitzen waren einige Personen vom Civil zu bemerken; alle Lagen der Aristokratie und des Finanzadels standen leer, nur einige waren von Offizieren besetzt: die Kammerherrenloge enthielt einen großen Theil der hohen Generalität, unter ihnen der Banus Jellacic. Die Galerien waren spärlich besetzt und meistens, wie das Parterre, durch Uniformen. Nach dem ersten Akte trat die gewöhnliche Pause ein, welche plötzlich durch den seemännischen Ruf eines Offiziers aus dem Parterre unterbrochen wurde: Zivio Baron Jellacic! Ein hundertstimmiges Zivio aller anwesenden Offiziere und Soldaten folgte dieser Aufforderung, und Aller Augen richteten sich auf die Kammerherrenloge, in welcher der Banus vortritt und sich den Augen der beglückten Officiere zeigte; er kreuzte die Arme auf der Brust und machte einige andere ähnliche Bewegungen der Demuth. Und wieder erdröhnten die Mauern des deutschen Theaters vom Zivioruf, ein Fremder hätte darauf schwören müssen, sich in Agram oder Warasdin zu befinden. — Nach dem Zivio begehrten einige Offiziere in gebrochenem Deutsch die Volkshymne. Der Kapellmeister mochte diese Worte nicht gleich (aus obiger Ursache) verstehen, da erfolgte eine stürmischere Aufforderung, welcher der erschrockene Kapellmeister sogleich entsprach. Die Volkshymne wurde angestimmt, der Vorhang ging in die Höhe und das Opernpersonal stimmte ein. Alle Anwesenden hörten stehend zu, und am Schlusse zollte das Officierkorps stürmischen Beifall. Das Civile beobachtete eine anständige ruhige Haltung.

△ **Wien**, 16. Nov. Heute Vormittag um 9 Uhr wurde der Nationalgarde-Oberkommandant Messenhauser nach dreitägiger Verkündigung des kriegsgerichtlichen Urtheils im Stadtgraben nächst dem Schottenthore erschossen. Eine ungeheure Militärbedeckung begleitete ihn vom Stadtstockhause bis zum Richtplatze; er hatte abgelehnt, zu fahren, und ging bloßen Hauptes, mit Ketten gefesselt, zu Fuße neben dem Geistlichen. Sein Aussehen war muthig, sein Gang fest, und seine Haltung die eines Soldaten. Auf dem Richtplatze angelangt, suchte er sich drei Scharfschützen unter der ihn umgebenden Mannschaft aus, und bat den einen, auf seinen Kopf, die andern beiden, auf sein Herz zu zielen. Dann stellte er sich in die Mitte des von Soldaten gebildeten Quarré's, ließ den rechten Arm hängen, den linken stemmte er rückwärts in die Seite, um die Gegend des Herzens desto freier zu machen, und kommandirte selbst „fertig", und als das geschehen „Feuer"! Sein letztes Kommando war mit so sicherer und lauter Stimme gegeben, daß man es weithin schallen hörte. Die drei Schützen zielten gut — er fiel unmittelbar nach seinem Kommandowort todt nieder. — Man hatte bis auf den letzten Augenblick gehofft, daß er begnadigt würde — noch gestern war eine Deputation von Einheimischen und hier anwesenden Fremden bei dem Fürsten Windischgrätz, um für ihn um Nachsicht der Todesstrafe zu bitten, in Erwägung, daß er sich selbst dem Militärgericht überliefert habe. Der Fürst entgegnete, er könne nichts thun — er sei es der Armee schuldig, das kriegsrechtliche Urtheil an Messenhauser zu vollziehen. — Gestern wurde Hofrath Stelzhammer zum Minister der Justiz ernannt. Minister Wessenberg soll seine Entlassung genommen haben. Das neue Ministerium ist ernannt in der Art, wie ich es Ihnen kürzlich anzeigte. Fürst Schwarzenberg, Minister des Aeußern; Graf Stadion, Minister des Innern; Bruck, Minister der Arbeiten und des Handels; Helfert wurde Unterstaatssekretär in dem Unterrichtsministerium, da man ihn für zu jung hielt, um ihn sogleich zum Minister zu machen. Er ist 27 Jahre alt. Der Bezirkschef Baum (zugleich Hauptmann in der Armee) und Hauptmann Nievadovsky, der gewesene Adjutant des todten Kriegsministers Latour, befinden sich in Haft. Letzterer soll bei den Ereignissen, welche dem Tode Latour's am 6. Okt. im Kriegsgebäude vorhergingen, kompromittirt sein. — Ein höherer Beamter der ehemaligen ungarischen Hofkanzlei, Hr. Hanselmann,

Digitized by Google

wurde soeben eingezogen, in dem Hause selbst fanden sich viele Waffendepots. Diesen Abend folgen wieder zwei Exekutionen von Soldaten. — Der ungarische Kriegsminister Messaros soll nach Ollmütz gegangen sein — Moga auf Kossuths Befehl gehenkt — General Bem in Pesth schwer verwundet oder getödtet sein. — Es scheint, als ob die Ungarn an Unterhandeln zu denken anfangen. Schon hat Kossuth seine Familie in Sicherheit gebracht, und scheint seine eigene Flucht in Triest oder Fiume vorzubereiten. — Alles jedoch, was Ungarn betrifft, ist dermaßen ungewiß, daß ich Anstand nehme, dessen zu erwähnen.

△ **Ollmütz**, 14. Nov. Heute war eine aus Häuslern und Innleuten mehrerer Dorfgemeinden bestehende Deputation bei'm Kaiser, die ihn ersuchte, den Eigenmächtigkeiten der Bauern, die alle Nutznießungen der Gemeinden für sich allein in Anspruch nehmen wollen, Schranken zu setzen. Die bäuerlichen Verhältnisse sind noch in einer bedeutenden Unordnung und vor allen einer bestimmten Regelung höchst bedürftig. Es war das schon die zweite Deputation dieser Art, und der Monarch soll ihr freundlich die Abstellung ihrer Beschwerden versprochen haben. Wir hoffen, daß er die Grenzen, die er als konstitutioneller Monarch zu beobachten hat, nicht überschreiten und sich Eigenmächtigkeiten, noch denen an unserem Hofe starke Gelüste vorhanden sind, erlauben wird. Das Ministerium Stadion liegt noch immer in seinen Geburtswehen; die Begierde nach Ministerportefeuille's ist bei uns, wo jetzt der Säbel allein in Ansehen steht, höchst gering; überdieß dürfte ein Ministerium Stadion nur von kurzer Dauer sein, da der Träger desselben im Lande selbst kein Vertrauen genießt. Von fremden Diplomaten ist bis heute noch immer Graf Medem allein hier; es sind noch nirgends Quartiere für sie in Bereitschaft gesetzt. Die Erschießung Robert Blum's hat hier, wie überall, Sensation und Entrüstung, selbst bei denjenigen, die nichts weniger als zu seiner Parthei gehören, erregt. Diese Maßregel des Fürsten Windischgrätz ist nicht nur eine sehr grausame, sondern auch höchst unpolitische; man hat dadurch der eigenen Sache geschadet und der fremden in die Hände gearbeitet. Wir fürchten nicht mit Unrecht, daß das Blutgericht von Wien und die neuen Verwickelungen in Preußen für Deutschland und Oesterreich einen neuen Sturm heraufbeschwören können, der aller Wahrscheinlichkeit nach in seinen Wirkungen viel verheerender und furchtbarer, als alle früheren werden dürfte. Als Curiosum bemerke ich Ihnen noch, daß der „österr. Korresp." die scharfsinnige Entdeckung gemacht hat, die letzte Wiener Bewegung sei eine communistische gewesen!

-X- **Kremsier**, 13. Nov. Der Reichstag wird vermuthlich am 22. in stimmfähiger Anzahl hier versammelt und die doulichen Vorbereitungen vollendet sein. Letztere werden in jeder Weise sparsam und knapp ausgeführt, in der Absicht dem Lande nicht unnöthige Kosten zu machen und weil man auf keinen allzulangen Aufenthalt der Abgesandten an hiesigem Orte rechnet. Von den Deputirten sind noch nicht viele eingetroffen, unter ihnen bemerkt man namentlich Czechen. Ihre Wohnungen sind ihnen zu ziemlich theuren Preisen bei den Einwohnern der Stadt angewiesen, die in keiner Weise einen angenehmen Winteraufenthalt gewährt Kremsiers nächste Umgebungen sind nicht ohne Reiz, wegen des Schmutzes aber gegenwärtig nicht zugänglich. Ministerium und Präsident werden im großen erzbischöflichen Palais wohnen, woselbst sich auch der Versammlungssaal befindet. Die Gesandten erwartet man nicht hier, eben so wenig scheint man sich auf Zuhörer gefaßt zu machen; schon jetzt, obgleich der Bau im Versammlungssaal noch nicht beendet ist, ist soviel ersichtlich, daß, falls Zuhörertribünen gebaut werden, diese sehr klein ausfallen müssen. Wie gesagt man ist noch keineswegs sicher, ob am 22. die Sitzungen wirklich beginnen werden. Smolka ist noch in Wien. Keineswegs sollen alle Deputirte entschlossen sein hierher zu kommen.

△ **Breslau**, 17. Nov. Schon seit 8 Tagen trägt man sich mit der bestimmten Versicherung herum, es solle unter der Gunst der jetzigen Aufregung ein Versuch zur Proklamation der Republik gemacht werden. Den heftigsten Anstoß dazu gibt Hr. Schlöffel, welcher in dem gestern erwähnten Centralausschusse der Bürgerwehr u. s. w. vom ersten Tage seines Erscheinens an, auf äußerste Gewaltmaßregeln drang. Wäre er vor einem Monate hergekommen und hätte unter ähnlichen äußern Verwirrungen Aufruhr gepredigt, so würde der Same seiner fanatischen Rede wahrscheinlich nicht feuchtlos auf den Boden gefallen sein, aber jetzt fiel er hier in eine schon in sich gespaltene demokratische Partei, in welcher das gegenseitige Mißtrauen vielleicht nicht geringer ist, als der gemeinschaftliche Haß gegen Konstitutionalismus und Monarchie. Die Spaltung ist gleich nach dem Berliner Demokratenkongresse zum Ausbruch gekommen und scheint jetzt ihre Früchte zu tragen. Wir wollen nicht untersuchen, welches die eigentlichen innern Veranlassungen waren: es wird versichert, daß persönliche Verletztheit und Gereiztheit bei dem Bruche nicht ohne Einfluß waren, so viel aber steht fest, daß den offiziellen Grund des Austrittes der Breslauer Demokraten das rabiate Wesen der Berliner Wortführer, ihr Drängen zur Einführung der rothen Republik hergeben mußte. Die fanatischen unserer hiesigen Demagogen, kamen mit entschiedenster, lautester Verdammung der dunkelrothen Doktrinen zurück, welche ihre zarten Ohren dort hatten vernehmen müssen, und verkündeten hier ganz offen, daß sie mit einer solchen Demokratie als Ehrenmänner nicht gehen könnten. Freilich war ihre eigene Partei über ein solches Geständniß nicht wenig überrascht; es mochte ihr naiv erscheinen, daß den Herren erst so plötzlich ein Licht über die rothe Demokratie aufgegangen, da sie dieselbe ja im Schoße des eigenen Vereins und so mancher Brudervereine zur Genüge hatten kennen lernen. Es war daher nicht zu verwundern, daß in Folge ihres Verhaltens beim Kongresse heftige Zerwürfnisse zwischen ihnen und ihren hiesigen Parteigenossen entstanden. Der demokratische Verein, welcher schon zweimal gemäßigte Minoritäten hatte ausscheiden sehen, befand sich von Neuem im Angesichte einer großen Spaltung, die um so bedeutender werden konnte, als der eigentliche Begründer und Chef des Vereins, der bis jetzt ungemein populäre Dr. Engelmann, welcher soeben als Obrist der Bürgerwehr vom Magistrat bestätigt worden, sich mit unter den desavouirten Mitgliedern befand und in Folge dessen seinen Austritt entschieden in Aussicht gestellt hatte. Die drohende Zersallniß war nun freilich durch die Macht der Berliner Ereignisse verhütet worden. Angesichts solcher Thatsachen und der Hoffnungen, welche der demokratischen Sache dadurch eröffnet wurden, war die ganze Partei im ersten Augenblicke wieder eins. Aber die Einigkeit war nur äußerlich, der Keim der Zwietracht trieb im Innern weiter. Wir haben gesehen, wie der rein demokratische Sicherheitsausschuß neben dem städtischen seine Thätigkeit fortsetzt. In ihm that sich Schlöffel mit einigen seiner hiesigen Adjutanten durch extreme Vorschläge hervor, welche die gemäßigten Mitglieder von Neuem an die Gefahren erinnerten, welche ihnen der Berliner Kongreß vor die Seele geführt hatte. Schlöffel wollte unverzügliche Proklomation der Republik vermittelst des Proletariats und eines Barrikadenkampfes. Ihm widersetzten sich Männer, von denen man sonst sich des Aergsten versehen zu dürfen geglaubt hatte, indem sie ihm vorwarfen, er sei Nichts als ein Putschmacher, und habe sich durch seine Theilnahme an der Frankfurter Barrikadenglorie hinlänglich blamirt. Man kann sich denken, daß solche Aeußerungen zur schroffen Gegenüberstellung der Parteien nicht wenig beitrugen und in der That soll es mehrere Sitzungen hindurch sehr arg zugegangen sein. Bei den plötzlich gemäßigt gewordenen Republikanern war die Wuth gegen Schlöffel so groß, daß Dr. Engelmann ihm mehrfach gedroht haben soll, selbst seine Verhaftung zu veranlassen, wenn er weiter überall mit Proklamation der Republik um sich würfe. Die Rothen jedoch schienen auf eigene Faust handeln zu wollen, sie bildeten ein Bataillon Pioniere unter der Leitung eines im Barrikadenbau geübten Architekten, und da bei einem Spediteur einige Tausend für Ungarn bestimmte Gewehre hier angekommen waren, so wollte man sich derselben bemächtigen, um das Proletariat damit zu bewaffnen. Der städtische Sicherheitsausschuß erhielt davon Kunde, die Bürgerwehr war darüber sehr in Besorgniß, da sie in einem von Schlöffels Theorien genährten Proletariat nicht eben eine willkommene Reserve erblicken konnte, und ihr neuer demokratischer Obrist, der wohl an die Juniage von Paris denken mochte, sorgte im Einverständniß mit dem Magistrat dafür, daß die Waffen im Rathhause in guten Verwahrsam gebracht wurden. Aus diesen Thatsachen erklärt es sich denn, wie, trotz der großen Erregung gegen die Regierung, trotz der lebhaften Sympathie für Berlin und die noch tagende Nationalversammlung, wie sie in der Bürgerschaft hier unleugbar sind, dieselbe dennoch für entscheidende, gewaltsame Schritte in diesem Augenblicke wenig Neigung empfindet, weil sie fühlt, daß solche leicht einen Zustand herbeiführen könnten, aus welchem der Rückweg zu irgend einem behaglichen Dasein schwerer wäre, als aus der jetzigen bedrückten

Digitized by Google

Uebersicht.

Die Hansemann'sche Verfassung.

Deutschland. Frankfurt (Keine Oktroyirung der preußischen Verfassung.) Innsbruck (Pfäffische Wühlereien.) Seetrin (Ablehnung der Steuerverweigerung.) Köln (Vorstellung der Stadtverordneten an den König.) Posen (Neueste Nachrichten.) Heidelberg (Todtenfeier für Robert Blum.) Mannheim (Blums Todtenfeier. Geschäftsstockung.) Darmstadt (Vorbereitungen für die Assisen. Schrift von Jaup.) Bremen (Der Oldenburger Landtag für die preußische Landesversammlung.) Hamburg (Eindruck der Berliner Vorgänge.)

Oesterreich. Monarchie. Von der Save (Nähe der Russen.)

Die Hansemann'sche Verfassung.

* Vom Rhein. Die Schrift von D. Hansemann über die deutsche Verfassungsfrage ist eben in meine Hände gekommen. Wenn man mit einem „politischen Manne" von der Kälte und Ueberlegung, von der Abneigung gegen alle „Schwärmerei und Gemüthlichkeit", die man an Hansemann gewöhnt ist, sich zu unterhalten hat, geziemt es mit derselben Nüchternheit zu verfahren, die ihm in diesen Materien eigen ist. Ich bin versucht, sie noch weiter zu treiben als der politische Mann selber thut. Ohne mir viel Zwang anzulegen, kann ich mit meiner Nüchternheit mit dem preußischen Staatsmann Scheitt halten durch sein ganzes Raisonnement: es ist erwogen, in unserer Verfassungsfrage das Mögliche in's Auge zu fassen; es wird das, was Hansemann angibt, ungefähr, wie die Sachen jetzt stehen, das jetzt Mögliche und Erreichbare wirklich sein, und es werden also auch die Mittel und Wege, die er angibt, mit etwas Ab- und Zuthun, die geeigneten sein, zu dem Möglichen zu gelangen. Das Motto der Schrift wäre auf diese Art gerettet und gerechtfertigt: das Bessere ist der Feind des Guten. Aber wenn wir denn freilich an dem Ziele angekommen sind, zu dem uns der politische Mann hinführet, so treibt mich dann die Nüchternheit noch einen Schritt weiter. Ich möchte dann eine Gegenschrift schreiben mit dem Motto: der Fluch des Halben ist der Ruin des Ganzen. Ich möchte darin prophezeihen, daß wir mit Annahme der Vorschläge von Hansemann ein Flickwerk von Verfassung gemacht und die Revolution nur vertagt haben werden. Und wie aufregend diese trübe Voraussicht, oder wie sehr sie die Ansicht eines Aufgeregten scheinen möchte, der schon in diesem Satze verriethe, wie sehr er das Unmögliche in's Auge fassen möchte, um diese Zukunft zu vermeiden, so muß ich doch leider mit noch trostloserer Nüchternheit hinzusetzen: daß ich in der That glaube, es sei nach der Lage der Verhältnisse schwer, weiter, oder auch nur so weit zu kommen, wie Hansemann will, und es müsse, was sich in der Zukunft daraus entwickele, mit Ergebenheit abgewartet werden. Dahin haben uns eine Reihe der unsäglichsten Calamitäten gebracht, die leider nur zu natürlich aus unserer Unfähigkeit zu politischen Werken, von Seiten der Regierungen sowohl, wie von Seiten unserer Nationalversammlungen, stufenmäßig entsprungen sind. Ich will an den Hauptpunkten so kurz als möglich zu zeigen suchen, warum ich mit unserm politischem Manne einverstanden sein muß und warum ich es in sehr wesentlichen Punkten nicht sein möchte. Unbestreitbar sind gewiß nach allen Erfahrungen, die leider nur zu haufenweise kommen, die Sätze, die Hansemann über die Nothwendigkeit sagt, auf's schleunigste aus dem schwachen Provisorium herauszukommen. Die definitive Bildung einer Centralgewalt, die Berufung eines Staatenhauses sind Dinge, die in Ihrem Blatte schon vor vielen Monaten dringend angerathen worden sind, die letztere namentlich, und wesentlich aus dem Gesichtspunkte, um die Zolleinheit und was sonst den äußern Kitt der Einigung für die Masse am sichtbarsten macht, schneller zu erlangen, um den Uebergriffen des Einheitssystems Zaum anzulegen, und um die Nationalversammlung aus ihrem revolutionären Standpunkt auf einen rechtlichen und gesetzlichen herüberzuführen. Damals, vor Monaten, würde eine solche Maßregel von Seiten der National-Versammlung ein Akt der Selbstverleugnung in der That gewesen sein, der die moralische Macht derselben ungeheuer verstärkt hätte: es wäre ein Beweis der Mäßigung mitten im Genusse der Machtvollkommenheit gewesen, und einen solchen legt man nicht ab, ohne das Selbstgefühl wahrer und selber Kraft zu besitzen. Allein die Nationalversammlung war damals nur im Gefühl des Machtschwindels, und darin hat sie nicht allein der Rückhalt des Volkes und die Bewegung der Zeit, sondern auch die sträfliche Unthätigkeit der Regierungen zu lange erhalten; das mögen alle Minister in und außer Amt nicht vergessen. Der Verfasser unserer Schrift schmeichelt der Nationalversammlung auch jetzt noch eine Macht an, von der sie weise nachlassen solle. Aber dieß klingt heute in der That wie Spott; es klingt wie Spott der Satz, „daß die Konflikte der Nationalversammlung mit den Einzelregierungen zur Schwächung ihres Ansehens beitragen könnte." Die Nationalversammlung hat mitsammt der Centralgewalt seit der dänischen Waffenstillstandsgeschichte ihr Ansehen in der Nation zum besten Theile eingebüßt, und man muß sich in aller Nüchternheit gestehen, daß auch dieß nur allzunatürlich ist. Ihre Berührungen mit Preußen in diesem Falle, und so weiter fort mit Holland, mit Oesterreich, mit der Schweiz, sind jedesmal eben so viele Beweise gewesen, daß unsere innere und äußere Politik auf dasselbe Geleise zurücklenkt, aus dem die Nation sie heraustreten sehen wollte, aus dem sie sie hinausgeworfen hatte. Alles was jetzt die Nationalversammlung in der Bahn thun wird, die ihr Hansemann vorzeichnet, wird ihr nicht als freiwillige Ermäßigung ihrer Rechte, sondern als Schwäche, nicht als Berichtigung ihrer revolutionären Stellung, sondern als Reaktion ausgelegt werden. Dies ist leider eben so wahr, als es trotz dem wahr bleibt, daß sie die von Hansemann angerathenen Schritte wird thun müssen, wenn sie zum Ziele kommen will, und daß jede Verzögerung zunächst nur größere Demüthigungen in der Stellung der Nationalversammlung und größere Halbheiten in der Verfassung nach sich ziehen wird. Unter allen Umständen wird man in der Abwägung des Verhältnisses der Einheit zu dem Partikularismus die Linie einhalten müssen, die Hansemann detaillirt vorzeichnet, und die sich, nach dem Vorbilde der amerikanischen Verfassung, im allgemeinen so charakterisiren läßt: das Auswärtige (den Handel folglich eingeschlossen) ganz und von dem Innern nur das, was zur Ersprießlichkeit des Handels im Verkehrswesen gemeinsam geordnet werden muß, falle an die Reichsgewalt, Alles andere bleibe den Einzelstaaten überlassen. Dort mag in der Fortbildung der ständischen Thätigkeit sich entscheiden, geschichtlich und ungekünstelt, ob die Natur der Zeit und des Volkes nach Einheit des Rechtes, der Verwaltung, der Religion und Bildung freiwillig hinstrebt, oder ob nicht; nur dann hat die Einheit in diesen Dingen einen Werth, wenn sie freiwillig gesucht wird. Die Einmischung aber in alles Einzelne der Verwaltung zeugt allerdings von der Schwäche des politischen Urtheils in Deutschland, die einen Mann wie Hansemann fast so fremdartig berührt, wie die fremden Staatsmänner, deren er S. 44 erwähnt. Abschaffung der Todesstrafe, Ernennung der Volksschullehrer durch die Gemeinden und dergleichen, dieß sind Abgeschmacktheiten des deutschen Kosmopolitismus, mit denen man uns die kostborsten Eigenthümlichkeiten unserer Nationalität in ein paar Jahrzehnten ausgerottet haben wird, es sind Beschlüsse, die in der That die ganze denkende Welt in Erstaunen setzen müssen. Fährt man auf diesem Wege fort, so ist es ganz unausbleiblich, daß der Keim zu endlosen politischen Zerwürfnissen nicht allein, sondern auch zu einer völligen moralischen Verkehrung gelegt wird. In allen innereu Angelegenheiten möglichst freien Spielraum lassen, desto unerschütterlicher aber auf der Einheit des Handels-, Militär- und Gesandtschaftswesens bestehen, dies ist der einzige richtige Weg, der zu einer haltbaren Einheit führt. Unter der Bedingung freilich, daß eine haltbare ausübende Gewalt an der Spitze des deutschen Bundesstaates hinzu käme. Die Hoffnung auf eine solche scheint von allen unsern politischen Männern aufgegeben zu sein, und so muß man sie denn freilich, wenn man nüchtern sein will, fallen lassen, mit der Hoffnung auf eine stetige Entwickelung unserer Zukunft zugleich. Nur sollte man dann aber auch in der Nüchternheit so weit gehen, daß man es trocken heraussage: wir lassen diese Lösung fallen und begnügen uns mit dem möglichen Nothbehelf ohne ihn gutzuheißen; wenn das Bessere der Feind des Guten ist, und man entschließt sich, das Bessere dran zu geben, so folgt daraus noch nicht, daß das, was übrig bleibt, gut ist. Das, was Hansemann in dieser Hinsicht vorschlägt, ist aus gar zu viel Berücksichtigung des Möglichen fast abenteuerlich geworden. Die ausübende Gewalt soll nicht einem einzigen erblichen Fürsten übertragen werden, weil dies zum Einheitsstaate führen müßte. Dies ist nun nicht besser, als wenn man sagt, die vorgeschlagene Dreiheit müsse zu dem alten Partikularismus zurückführen. Wie die Verfassung von Deutschland auch ausfallen möge: ein Kampf dieser beiden Elemente, der Einheit und des Partikularismus, wird

in den Stände-Kammern und Höfern sich ausbilden und im Bette der Gesetzlichkeit gehalten, kann er sehr heilsam sein, unter einem erblichen Reichsfürsten wie unter einer Dreiheit. Tritt er über dies Bett hinaus, so kann eine überlegene Persönlichkeit an der Spitze des Reichs den deutschen Bund in ein einziges Reich zusammenschmelzen, aber nicht leichter, ja viel schwerer, als eine solche überlegene Persönlichkeit an der Spitze eines mittleren oder größeren deutschen Staates den Bund auseinanderreißen kann. Und die Wahrscheinlichkeit einer solchen überlegenen Persönlichkeit ist allemal auf der letzteren Srite um so viel größer, als die Zahl der mittleren und wachsthumsfähigen Staaten mehr ist als Eins. Der Genius der Nation muß in dieser Beziehung seinen Weg finden, und wird ihn finden, ob die oberste Gewalt aus Dreien oder aus Einem besteht; geht sein Zug nach einem Einheitsstaate, so wird ihm die Dreiheit desto mehr Vorwand zu neuen Umstürzen bieten, geht er auf die Erhaltung und Festigung des Bundescharakters aus, so wird er dieses Ziel erreichen, trotz der Erblichkeit des Einen Reichsfürsten. Nach muthmaßlichen Wirkungen und Eventualitäten also eines Verhältnisses, das nie bestanden hat, in einem Volke, das noch keine bestimmte Richtung der Politik eingeschlagen hat, würde man vielleicht am unsichrrstrn über die Zwrckmäßigkeit diesrr oder jener Form der odrestrn Gewalt absprechen. Wesentlicher scheint mir schon die Conformität der Reichsgewalt mit der monarchischen Verfassung der einzelnen Staaten, obgleich Hansemann hiecauf gar kein Gewicht lrgen will. Ein halbrepublikanisches Direktorium on der Spitze einer Zahl von Monarchien scheint kaum weniger gewagt, als eine halbmonarchische Präsidentschaft an der Spitze der vereinigten Staaten von Amerika wäre. Wird in der Umgrenzung der Reichsbefugnisse das richtige Maas gehalten, so ist die Unabhängkeit der einzelnen Fürsten um nicht viel mehr beschränkt, als sie es vorher schon war, oder gerade nur um so viel als die Nothwendigkeit erheischt. Es frage sich Baiern nur, was ihm sein Recht der Gesandtschaft eingetragen hat und was dagegrn seine Unterordnung im Zollverein; es frage sich nur was es in einer äußeren Collision auch unter der Regierung des Bundestages für eine Selbstständigkeit gehabt hätte! Es würde faktisch seine Selbstherrscherschaft haben aufgeben müssen, wie es sie in gesetzlicher Normirung aufgeben würde, wenn Preußen an die Spitze von Deutschland träte. Man hat es in der letzten Zeit aus tausend Erfahrungrn eingesehen, daß nur eine einheitliche Gewalt, die ihre Macht nach ererbter Gewohnheit zur Hand hat, wirklich regieren kann; und gerade nach diesen schon theuer genug erkauften Erfahrungen ist es traurig, daß sie jetzt den Vertretern der Nation wieder ausgeredet werden soll, werden muß, denn ich muß nicht einen Augenblick meiner Nüchternheit vergessrn, die mir allerdings einflüstert, daß die preußische Hegemonie bei drr Schwäche der Nationalversammlung, bei dem Gehänge mit Oesterreich, bei der Eigenthümlichkeit der preußischen Verhältnisse, bei der unberathrnen unseligen Eifersucht der kleineren Fürstrn in diesem Augenblicke nicht zu haben ist. Ob darum die vorgeschlogene Dreiheit, statt dieses Bessern wenigstens ein Gutes ist, das ist wiedrr eine andere Frage. Nüchtern erwogen muß man sich sagrn, daß unsere deutsche Revolution keinen andern Grund hat; als die Schwäche unserer äußern Stellung. Eine äußere Politik hätte sich aber nur honbhaben lassen, wenn Eine erbliche Dynastie traditionell ein bestimmtes System fortgepflanzt hätte; dies ist der Eine und vorzügliche Grund, der für die erbliche Einheit und gegen alle Mehrheiten spricht, und den Hansemonn, der sich auf alle Einwendungen besonnen hat, nicht anführt. Aber diese Einwendung ist ihm auch gewiß nicht oft in Frankfurt gemacht worden. Und er selbst in seiner nüchternen Staatsansicht fiel nicht darauf. Denn er will den deutschen Bundesstaat von aller woghalsigen Politik fern wissen, er will ihn defensiv, hübsch passiv erhalten, er soll alle Rücksichtrn gegen das große Oesterreich wie gegen das kleine Holland beobachten, so wie das Ministerium Hansemann bei dem dänischen Waffenstillstand den Weg gewiesen hat; und da die deutsche Reichsversammlung in diesen Weg eingetreten ist, und das schleswigsche und deutsche Volk dazu, so möchte mon auch wissen, was ein besonnener, nüchterner, politischer Mann anders rathen könnte! Und der ein Kaufmann dazu ist! Ganz in diesem Sinne ist nun auch das Projekt der Dreiheit entworfen, das Hansemann vorschlägt: ganz so, daß es die deutsche Politik nach Außen in bieser Passivität und freundnachbarlichen Rücksicht nicht allein erhalte, sondern daß es sie dazu zwinge. Es soll ein Reichsroth an die Spitze Deutschlands treten, bestehend aus dem König von Preußen und dem Kaiser von Oesterreich, oder deren Stellvertretern aus der Zahl der zur Erbfolge berechtigten Prinzen, und aus einem dritten Fürsten, der aus drei von Baiern vorgeschlagenen von den übrigen Fürsten gewöhlt wird, je ons Ein Jahr. Wo dieser Reichsrath residiren soll, hat H. nicht gesogt; doß er aber permanent zusommen sei, wird er natürlich für nothwendig finden. Dann werdrn Stellvertreter in Frankfurt sitzen; sie werden in Berlin und Wien Instruktionen holen und dies schon wird eine unersprießliche Uebereilung in Entschlüssen verhindern. Die Einigung selber indeß soll in dem Reichsroth nie verhindert werden, dafür schlägt Hansemann die Auskunft vor, daß der vorsitzende Fürst, wo keine Stimmenmehrheit sich findet, selbstständig entscheide. Dieser Vorsitzende ist Preußen; denn Oesterreich kann diesen Vorzug nicht ansprechen, weil es nur in ein staatenbündliches Verhältniß zu Deutschland treten wird. Man könnte nun glouben, der Verfasser ols Prruße begünstige dier auf eine feine und verschleierte Weise doch die preußische Hegemonie. Es gibt nur vier Fälle der Abstimmung in einem Drrierkollrgium, wobei Preußen dreimal gegen einmal im Vortheil wäre. Entweder alle Stimmen sind einig; oder alle drei sind uneinig, oder Einer ist mit dem Vorsitzenren: jedesmal hot Preußen seinen Willen. Nur wenn Oesterreich die dritte Stimme zu sich zieht, kann etwos gegen Preußens Absicht gescheben. Sollte dies aber Oesteereich irgend schwer fallen, zu erwirken? Die Eifersucht der kleinen Staaten wird immer mehr gegen das Präsidium gerichtet sein, als gegen Oesterreich. Denn Oesterreich steht oußer dem Bundesstaat; der Bundesstaat ist aber für die kleinen Höfe der Gegenstand des Hasses; der permanente Vorsitz dieses engren Reichsverbondes also wird die Widersetzlichkeit der kleinen Fürsten reizen, um so leichter, ols sie an Oesterreich eine mächtige Stütze hätten, an Oesterreich, von dem seinerseits, da es nicht im engeren Reichsverbande ist — nie eine ähnliche bundesstaatliche Vorstandschaft zu fürchten wäre; an Oesterreich endlich, das das natürlichste Interesse daran hätte, den Buudesstaat zu untergraben, da er, wie es immer fri, Preußen eine Mocht hinzugäbe, die seine alte Eifersucht gegen diesen Staat ganz neu wecken müßte. Wirklich, der Preuße Hansemann hat so geschrieben, als ob ihm Reichsverweser und Reichsminister, oder vielmehr ols ob ihm ein österreichischer Minister diktirt hätte. Oesterreich soll, weil es ihm nicht bequem ist, nicht in den Bundesstaat treten müssen; Oesterreich soll, weil es ihm doch förderlicher ist, in einem staatenbündlichen Verhältniß zu Deutschland bleiben dürfen; Oesterrrich soll ein permanentes Mitglieb in dem dreiemigen Reichsrath haben, das in allen Angelegenheiten des engeren Reichsverbandes mitstimmt! Dagegen in dem Volkshause soll Oestrreich keine Vertreter habrn, so lange es nicht dem Bundesstaate ganz beiteitt. Dagegen in dem Staatenhaus wieder soll Oesterreich Vertreter hoben. Sie sollen aber nicht darin sitzen, wenn Angelegenheiten des engeren Reichsverbandes zur Berathung stehen! Und in der Nationalversammlung wieder sollen einstweilen die österreichischen Vertreter Sitz behalten, um gleich die bundesstaatliche Verfassnng möglichst nach ihrem „wesrntlichen Interesse" mitgestolten zu helfen! Gewiß, bies ist für Oesterreich geforgt, wie nur ein Oesterreicher könnte! Gewiß, diese Verfassung darf man nur noch etwas nüchterner, als der Verfasser gethan hat, in diesen ihren Zügen wesentlich abschreiben, und man wird nicht ein Gran „Geist oder Witz" hinzuzuthun brauchen, um sie, wie ich sagte, als abenteuerlich erscheinen zu lassen. Gott gebe den Vertretern in Frankfurt besseren Rath ein, damit man bei vorsichtiger Vermeidung des „Besseren" wenigstens nicht in das Schlechteste verfalle! Die Geschicke sind dem Schreiber nicht günstig gewesen. Das, was in Oesterreich unter der Hand geschehrn ist, wird dieser Begünstigung Oesterreichs keine Gunst vrrschaffrn. Wenn die Reichsversammlung in Frankfurt noch Energie zu Einem Akte übrig hat, so trenne sie vielmehr Oesterreich von Deutschland ob und gleich jetzt, wo man biesen Act wrgen eines einzelnrn Factums vielleicht begreifen wird. Denn die höheren Gründe der Politik und der Cultur sind ja bereits schon lange vergeblich gepredigt worden. Sie werden nicht eher brgriffen werden, als bis die Erfahrung sie mit unserm schweren Schaden uns fühlbar gemocht hat. Unsinnig, unsere Geschicke an einen Staat knüpfrn zu wollen, der mit frmer eigenen Barborei noch Generationen hindurch zu ringen hat! Wenn Hansemann so viel Rücksicht gegen das Ausland nimmt, alle Verträge zu ehren mahnt da sie das Ausland aufkündigt, die erbliche Einheit widerräth, weil sie Anstoß erregen könnte, den drutschen Bundesvertrag scrupulös aufrecht halten will, während

Digitized by Google

Frankreich die Republik einführt, da die dortige Dynastie doch auch durch „europäische Verträge" garantirt war, so wolle doch der politische Mann bedenken, daß nichts für Europa gefährdender und daher mißliebiger sein kann, als ein deutscher Bundesstaat, der mit Oesterreich wieder zu einem Staatenbund vereinigt ist. Die 32 Millionen, die übrig bleiben, wenn Oesterreich ausgeschieden ist, wird man sich gefallen lassen. Sind wir so unter uns Gleichartigen vereint, dann kommt auf eine mangelhafte Verfassung weniger an. Man wird sich finden. Bei Oesterreichs Einfluß gibt es keine geregelte Staatsentwicklung für uns. Das Metternich'sche Oesterreich hat aufgehört. Aber das jetzige Oesterreich wird für Jahrzehnte noch von dem jetzigen Deutschland fast gerade so weit getrennt sein in politischer und allgemeiner Kultur als das Metternich'sche Oesterreich von dem Metternich'schen Deutschland war. — Doch ich merke, daß meine Nüchternheit nachläßt, ja sogar in einen Rausch umzuschlagen droht. Ein andermal mehr bei erneuerter Fassung.

: **Frankfurt**, 21. Nov. Daß in Potsdam an Oktroyirung einer Verfassung gedacht worden, kann möglich sein; doch ist uns versichert worden, daß dem vorgebeugt sei. — Hr. Beseler, dessen Wahl gesichert ist, traf gestern aus Schleswig-Holstein hier ein. Man hofft in ihm einen geeigneten Präsidenten der Reichsversammlung zu finden, da Heinrich v. Gagern als Reichsminister nicht füglich entbehrt werden kann.

** **Innsbruck**, 8. Nov. Wie mittelalterlich noch unsere Zustände, zeigt die Allgewalt des Klerus in den tyrolischen Gauen. Die Freiheit des Kultus schien ihm den Glauben an die Unfehlbarkeit seines Wortes zu gefährden, alsbald beschuldigte er die Regierung, sie wolle uns die katholische Religion nehmen; sie hol die Jesuiten und Liguorianer auf, da drohte er mit bewaffneten Bauernschaaren; vor zwei Monaten sprach sie die Entlastung des Grundbesitzes aus, er sah darin eine Schmälerung seiner Zehnten und Grundzinsen und hetzte die Bauern zu heimlichen Zusammenkünften; eine aufwieglerische Flugschrift ward in vielen tausend Exemplaren in Umlauf gesetzt, und schon prahlten die wildesten Tollköpfe öffentlich, sie wollten nun selbst das Regiment zur Hand nehmen. Der bekannte „Hilferuf" des Joseph Ladurner, eines Bauern aus der Umgegend von Meran, der kaum seinen Namen schreiben kann, gehört der Feder eines Pfaffen an; von allen Kanzeln erscholl schon seit Monden schwere Anklage gegen die Konstitution wegen des durch die Glaubensfreiheit hereinbrechenden Lutherthums und Aufhebung der Zehnten, die Regierung wird des „Diebstahls" am Kirchengute bezüchtigt, nur der Papst, und vielleicht auch der nicht einmal, könne Satzungen des kirchlichen, ja göttlichen Rechtes aufheben. Die hiesige Landesstelle sah durch diese bedrohliche Stimmung des Landvolkes Ruhe und Ordnung in Frage gestellt. Als nächstes Ergebniß der Zusammenrottungen fanatisirter Bauern schienen Emeuten und gewaltsame Uebergriffe roher Horden um so mehr angezeigt, als die Wiener Wieren, deren Ausgang damals noch nicht abzusehen war, den pfäffischen Wühlern zusehends in die Hände arbeiteten. Man ergriff daher zwei Mittel, um den Dämon bäuerlichen Zelotenthums zu beschwören, die Einberufung eines Provinziallandtages, und die Aufhebung der im Volke verhaßten Verzehrungssteuer, an deren Stelle das bei uns stets beliebte „Alte," die Behebung des Weinumgeldes durch Weinschreiber und Aufschlagämter an der Scheide von Süd- und Nordtirol trat. Nebstbei dachte man durch Verstärkung des Landtages mit 82 stimmberechtigten Vertrauensmännern auch hier zu Lande eine wahre „Volksvertretung" anzubahnen. Die Beruhigung des Landvolkes wurde erreicht, man lächelt nachgerade über Joseph Ladurner, der still und stumm mit seinen Adjutanten im Ständischen sitzt und nur noch unter seinem Klübchen im „Stern" von „Dreinschlagen" poltert; seine Rolle als Andrä Hofer II. scheint bereits ausgespielt. Nicht so glücklich gewählt erweist sich die Stellung, die unser Landtag dem Wiener und deutschen Reichstage gegenüber ergriffen hat. Die Gesinnung der von den Pfaffen mißleiteten Mehrzahl ist den Errungenschaften der Wiener März- und Maitage im innersten Herzen abhold. Der Klerus will die alte Knechtschaft für das Volk, und den süßen Wein der Freiheit nur zum Nachtisch für sich, damit meint er als Sieger im Kampfe ihr lautes Lebehoch auszubringen. Pfaffen und Altösterreicher eifern gegen jeden aufrichtigen Anschluß an Deutschland, das „luttrische," in brüderlicher Eintracht, nur der materielle Vortheil des Zollvereins findet bescheidenen Anklang. Auf diesem Boden frommer Sympathien stehend erklärte sonach „der Ausschuß für allgemeine Landesangelegenheiten" an unserem Landtage: „Die Lage der deutsch-österreichischen Provinzen sei durch die Annahme der §§. 2 und 3. des deutschen Verfassungsentwurfes eine kritische geworden und auf die Spitze einer jedenfalls bedenklichen Entscheidung getrieben." Dem Wiener Reichstag sprach er aber seit der Katastrophe vom 6. Oktober geradezu alle Legalität und Rechtsgiltigkeit seiner Wirksamkeit ab, da die bisherige Minorität sich nur durch die Revolution zur Majorität erhoben. Die fortwährende und selbst in der Antwort des Kaisers auf die letzte Ergebenheitsadresse der Tyroler deutlich durchblickende höhere Anerkennung kam also hierbei in keinerlei Betracht, und der Vicepräsident, Dr. Schuler, nahm keinen Anstand, es lediglich als einen „bosbaft vorbereiteten, im Interesse der Umsturzpartei nur allzusehr ausgebeuteten Wahn" zu bezeichnen, „daß es sich bei der Revolution in Wien um Deutschthum gegenübee den Czechen und Slawen handle." Als Berichterstatter des gedachten Ausschusses meinte er schlechtweg, „der gegenwärtig in der Agonie befindliche Reichstag sei nicht mehr im Stande, die ihm ursprünglich gestellte Aufgabe, eine Verfassung des österreichischen Gesammtstaates zu begründen, zu lösen," die Wähler hätten nur „die Aufhebung des Unterthänigkeitsverhältnisses und der Grundlasten" bei ihren Wahlen im Auge gehabt, „für seine eigentliche Aufgabe, das Verfassungswerk, sei die Vereinigung einer größeren Zahl tüchtiger geistiger Kräfte nothwendig," er trug sonach darauf an, das Ministerium anzugehen, den in der Auflösung begriffenen Reichstag nicht mehr zu versammeln, „sondern vorerst Deputirte aller Provinzialstände an das Hoflager Sr. Majestät zu berufen um darüber zu berathen, ob es nicht im Interesse der österreichischen Monarchie und der in ihr umschlossenen Völker sei, die künftige Verfassung auf der Grundlage der Föderativform, mit Beibehaltung des Provinzialverbandes zu erbauen." Das hauptsächlichste Gewicht dieser metternich'schen Diplomatie fällt also auf Aufrechthaltung unserer provinziellen Sonderstellung, sorgliche Verwahrung gegen jeden fremden Einfluß, auf Entwicklung tyrolischer Eigenthümlichkeit mit strenger Pietät für den Sinn unserer Väter vor 50, 100 und noch mehr Jahren, vor allem abee auf den Schutz der Herrschaft der Schwarzröcke und Kapuzen. Gönnt man uns Tyrolern diese Freiheit, so bleibt bei uns alles stille, ruhig und zufrieden, und wir begnügen uns, das Jahrhundert des Fortschrittes mitleidig zu belächeln, verlangt man aber von unserem deutschen Blute, daß es sich anschließe an den großen Ring deutscher Freiheit, so bedarf es ernster Maßregeln Seitens der Centralgewalt. Man kennt uns ja schon aus unseren Vertretern zu Frankfurt, und das Vorliegende dient nur zu einem neuen Beleg für die zu unseren Gunsten gefaßte Meinung.

Stettin, 17. Nov. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben gestern in einer außerordentlichen Sitzung auf Antrag des Oberbürgermeisters Wartenberg eine neue Adresse nach harten Kämpfen (im Magistrat mit 8 gegen 4, bei den Stadtverordneten mit 27 gegen 23 Stimmen) beschlossen.

Hohe Versammlung! Der Magistrat und die Stadtverordneten halten an ihrem früheren Beschlusse fest, daß die Regierung durch die Vertagung und Verlegung der National-Versammlung ihre Befugnisse überschritten hat und daß das ruhige, würdige und entschiedene Benehmen der Versammlung, der Regierung gegenüber, nur gebilligt werden kann; — nachdem nun aber der Magistrat und die Stadtverordneten in Erfahrung gebracht haben, daß die National-Versammlung in ihren Beschlüssen gegen die Regierung aggressiv fortschreitet, indem sie sogar der Regierung die Erhebung der bereits bis Ende dieses Jahres gesetzlich bewilligten Steuern vereiteln will, erklären der Magistrat und die Stadtverordneten der Stadt Stettin, daß sie eben so wenig, wie sie Uebergriffe der Regierung gut geheißen haben, Uebergriffe der National-Versammlung gut heißen werden, daß sie Beschlüsse, wie den ebengenannten, entschieden zu den Uebeegriffen zählen, weil bereits gesetzlich bewilligte Steuern nicht einseitig aufgehoben werden können. — Wir wollen unter allen Umständen an der constitutionellen Monarchie festhalten und fordern die hohe National-Versammlung hiermit auf, wie sie allen absolutistischen Bestrebungen würdig entgegen getreten ist, so auch allen republikanischen Tendenzen mit Kraft zu begegnen. Stettin, den 16. November 1848. Der Magistrat und die Stadtverordneten Versammlung.

Köln, 18. Nov. Ober-Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinde-Verordnete unserer Stadt haben folgenden Aufruf erlassen:

Mitbürger! Die kritische Lage, in welcher die Krone

und die National-Versammlung sich gegen einander befinden, kam heute auch in dem Gemeinderathe zur Sprache. Der Gemeinderath war einstimmig der Meinung, zur Hebung des Zwiespaltes vermittelnde Schritte zu versuchen, und hat folgende Immediat-Adresse beschlossen:

„Königliche Majestät! Das unselige Zerwürfniß zwischen der Krone und der National-Versammlung hat mit jedem Augenblicke steigend das ganze Land in Trauer und Schrecken versetzt. Unsere Stadt ist im aufgeregtesten Zustande, und der Gemeinderath erfüllt nur eine dringend gebotene Pflicht, Euerer Königlichen Majestät ein flehentliches Wort mit Vertrauen zu äußern. — Das Ministerium des Grafen Brandenburg hat keinen Halt in der Stimmung des Landes. — Wir bitten ehrerbietigst, dasselbe entlassen und durch ein volksthümliches Ministerium ersetzen zu wollen. — Die Nachricht, daß Ew. Königliche Majestät in diesem Sinne Sich entschlossen, wird allgemeine Freude, allgemeinen Dank erregen. — Wir hoffen, daß die Ruhe in Berlin wieder hergestellt und die Freiheit der National-Versammlung gegen jede Störung dauernd gesichert werde. In dieser Voraussetzung kann nach Ew. Majestät eigener Erklärung die Versammlung in Berlin bleiben. Nur auf die thatsächlichen Verhältnisse blickend, bitten wir ehrfurchtsvoll, der Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg keine Folge geben zu wollen. Ew. königliche Majestät beschwören wir schließlich aufs Innigste, das Mögliche und Nöthige zur Herstellung des Friedens zu thun und zu veranlassen. Mit tiefster Ehrerbietung Der Gemeinderath der Stadt Köln.

Die Herren Domkapitular Braun, Kaufmann Guilleaume und Advokatanwalt Boecker wurden als Deputirte gewählt, um diese Adresse persönlich Sr. Majestät dem Könige zu überreichen und mit mündlichen Darstellungen über die Lage des Landes zu begleiten. Die Deputirten sind heute schon mit dem Nachtzuge nach Berlin abgereist und werden mit vielen Deputirten aus andern Gemeinden der Rheinprovinz in Potsdam zusammentreffen. Wir hoffen nicht ohne Zuversicht, daß die von uns verfügten Maßnahmen einen günstigen Erfolg haben werden, und ermahnen dringend, daß die ernste und ruhige Haltung bewahrt werden möge, die in schweren Zeiten die Bürgerschaft schon so oft bewiesen hat. Köln, 18. Nov. 1848. Oberbürgermeister, Beigeordnete und Gemeindeverordnete.

†**Posen**, 16. Nov. Die vor Kurzem nach hier verweilenden polnischen Deputirten aus Berlin sind in den Schooß der dortigen Versammlung zurückgekehrt. Der Congreß der Liga wird auf 6 — 8 Wochen durch Erlaß der Centraldirection vertagt, und das Organ derselben, die Gaceta, erläßt in ihrer gestrigen und heutigen Nummer einen Aufruf, welcher der polnischen Bevölkerung ein passives Verhalten anempfiehlt, sie jedoch zugleich auffordert: das gewissenhafte Ausharren ihrer Deputirten beim Reichstage in Berlin lobend anzuerkennen. — „Die Wähler, so schließt der Aufruf, sind im Augenblicke verpflichtet, durch Adressen ihre Abgeordneten moralisch zu stützen und darzuthun, daß ihr Verhalten mit der Ueberzeugung der ganzen Provinz übereinstimmt. Da wir die Gesinnungen unserer Mitbürger kennen, so sind wir überzeugt, daß binnen Kurzem zahlreiche Zuschriften an unsere Repräsentanten abgehen werden!" Von den Deutschen ist außer der Ihnen mitgetheilten Adresse des Posener Demokratenvereins (der übrigens nicht zahlreich ist) noch keine weitere Billigungsäußerung an die Nationalversammlung ergangen. — Die Spannung zwischen beiden Bevölkerungen dürfte übrigens sowohl aus den letzten Berliner Ereignissen neue Nahrung erhalten, als auch aus dem Umstande, daß die Landgeistlichkeit in den Kreisen, namentlich im Schildberger, die Gemeinden veranlaßt zu haben scheint, um die Abschaffung ihrer Lehrer zahlreich zu petitioniren. Dadurch sind die Verwaltungsbehörden zu Nachfragen und Untersuchungen gegen dieselben veranlaßt.

△ **Heidelberg**, 20. Nov. Soeben, halb 6 Uhr Abends bewegt sich ein Fackelzug durch unsere Hauptstraße. Es mögen einige Hundert Fackelträger sein, nicht viele Bürger, etwas mehr Studenten, doch bei weitem der größere Theil Turner und Handwerksgesellen. Musik und Fahnen eröffnen den von Trauermärschen geführten Zug, welcher aufs Schloß geht, um an der Stelle, wo R. Blum bei unserer letzten verunglückten Volksversammlung sprach, ihm eine Trauerfeier zu halten. Ueber einem schwarzbedeckten Sarge erhebt sich in dem alten Schloßhofe die dunkle Rednerbühne, um eine Anzahl jugendlicher Redner, namentlich den Studiosus Hirsch, der im letzten Sommer den Auszug der hiesigen Studenten veranlaßte, zu empfangen. Trauer sahen wir wenig im Zuge, dagegen viel gleichgültige und manche rohe Gesichter die Pfeife im breiten Munde, was wohl zu solcher Veranlassung am wenigsten paßt. Man sagte gestern, die Sache sollte verboten werden, aber die Behörden thaten wohl, sie ihren Gang gehen zu lassen. Sind die Fackeln verbrannt und die Reden verhallt, so ist Alles vorüber und die Demonstration, welche damit beabsichtigt war, eine sehr unschuldige. In dem Aufrufe zur Theilnahme, welcher heute in schrecklichen Worten an den Straßenecken angeheftet war, wurden auch die Brüder des nassauischen Militärs, das hier liegt und „für die Blum auch gestorben sei", zum Mitziehen aufgefordert. Wir sahen jedoch unter allen Fackelträgern keinen einzigen Soldaten, welche, wie es scheint, besser wissen, wo ihre Stelle ist. Auch in Mannheim soll heute Nachmittag eine Trauerfeierlichkeit zu demselben Zwecke gewesen sein und zwar zuerst in der evangelischen Kirche und dann im Aulasaale.

(**Mannheim**, 20. November. Gestern fand hier die Todtenfeier für Robert Blum statt. Die Trinitatis-Kirche wurde zu diesem Zwecke hergegeben und der Stadtpfarrer hielt die Leichenrede, die rein von religiösem Standpunkte aus gehalten blieb. So sprach er mit vieler Rührung von der trübseligen Lage der Hinterlassenen und manches Auge konnte sich der Thränen nicht enthalten. Es mag sein, daß diese Rede einen sehr guten Einfluß übte, denn trotz dem Zuge von 1000 oder mehr Menschen, welcher sich gegen die Aula bewegte, welche nicht geöffnet wurde, trotz der allgemeinen Betheiligung blieb es vollkommen ruhig. — Die Frankfurter sind jetzt im Zeughause kasernirt und somit die Bürger Mannheims jeder Einquartirung entledigt. Die Stockung der Geschäfte ist jedoch hier sehr fühlbar und es wird wohl lange dauern, bis sich unsere Stadt von dem Schlage erholt, den ihr der lange Kriegszustand, die ewige Einquartierung und die verschiedenen Putsche geschlagen.

Darmstadt, 18. Nov. Das Justizministerium hat bereits für die Sitzungen des Assisenhofs, der hier seine Sitzungen halten soll, einen Theil des Gasthofes zum „Darmstädter Hof", namentlich den großen Saal, auf zwei Jahre gemiethet, gegen eine jährliche Miethe von tausend Gulden. Vor einigen Tagen ist bei dem hiesigen Buchhändler Jungbaus ein Schriftchen erschienen: „Ueber den Werth des Schwurgerichts. Vortrag aus den Verhandlungen der Germanisten zu Lübeck im Herbst 1847 von Jaup in Darmstadt." Diese Rede unseres jetzigen Ministers des Innern gewährt ein um so größeres Interesse, da sie zugleich ein Kapitel aus seinem politischen Glaubensbekenntnisse ist. (O.P.A.)

Bremen, 16 Nov. Die Versammlung der Volks-Vertreter in dem benachbarten Oldenburg hat auf Antrag des Advokaten Wiedel II., Abgeordneten für Eutin, einstimmig eine Adresse an die konstituirende Versammlung in Berlin angenommen, in welcher der Landtag derselben im Namen des oldenburgischen Volkes den Dank des Vaterlandes für ihr energisches Auftreten gegen die Attentate des Absolutismus ausspricht. Dagegen hat die hiesige constituirende Versammlung gestern einen Antrag auf eine gleiche Aussprache abgelehnt. Doch hat man nicht verfehlt, seine „Sympathien" für die preußische Versammlung auszudrücken, so wie auch Adressen zur Privat-Unterschrift ausgelegt werden sollen.

** **Hamburg**, 15. Nov. Hamburg zeigt bei den Vorgängen in Berlin ein ungewöhnliches Interesse, man scheint einzusehen, daß, wenn es mit Berlin zu Ende ist, auch alle Märzerrungenschaften zu Ende sind. Hamburg, die dritte Stadt Deutschlands, würde dann wahrscheinlich nie eine Konstitutante erhalten, der alte Senat fortbestehen bleiben, ja Reichsmilitär einrücken, etwas, was der Hamburger, gleichviel ob konservativ oder liberal, am meisten fürchtet, schon der Kosten wegen. Denn bei uns herrscht, wie bekannt, nicht Macbeth, sondern Banquo. An die Wittwe Robert Blum's sind bereits 200 Thaler abgegangen, auch in Altona wird eine ähnliche Sammlung angestellt.

Oesterreichische Monarchie.

Von der Save, 9. Nov. Reisende, die über Slawonien aus Syrmien heute hier angekommen sind, berichten, daß wir die Russen sehr nahe haben. Ein Corps des Pravoslawny Cae — wie es heißt, 20,000 Mann mit 100 Kanonen — stehen zwei Stunden von Orsowa. (C. Bl. a. B.)

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Lowe & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 26 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle rue de Rasarath.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 310. Frankfurt a. M., Mittwoch 22. November. 1848.

Uebersicht.

Deutschland. Wien (Regierungsmaßregeln. Das Todesurtheil von Blum. Das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland und die Hinrichtung Blum's. Gouvernementale Trennung Galiziens.) Olmütz (Die Unruhen in Schlesien beigelegt.) Prag (Der deutsche Verein über den Anschluß an Deutschland. Graf Leo Thun. Protest gegen die Sammlung für die deutsche Flotte. Die Deputirten nach Kremsier.) Salzburg (Adresse nach Frankfurt. Congreß der österr.-deutschen Vereine.) Triest (Die sardinische Flotte.) Berlin (Die Octroyirung. Der Oberpräsident von Schlesien abberufen. Die Provinz Sachsen unruhig.) Breslau (Erklärung für die Steuerverweigerung.) Mainz (Preuß. Truppen nach Koblenz und Kreuznach.) Carlsruhe (Der Einmarsch der Reichstruppen und die Wirkung derselben.) Sigmaringen (Der Fürst.)

Großbritannien. London (Eindruck der Berliner Nachrichten. Daily News über die europäische Aristokratie. O'Brien und Genossen nach Dublin gebracht. Der patriotische Subscriptionsball. Die Times und Lord D. Stuart. Die vertriebene französische Königsfamilie. Graf Nesselrode. Zwei Schiffe mit deutschen Auswanderern gescheitert.)

Frankreich. Paris (Der Club des Instituts. Scandalöse Händel in der N. V. Der Staatsschatz.)

Spanien. Madrid (Neueste Nachrichten.)

Italien. (Bologna unruhig. Venedig von einer Seite frei. Vorsichtsmaßregeln in Turin. Gezwungenes Anlehen. General Radetzky legt eine außerordentliche Abgabe auf. Knet Bonaparte.) Mailand (Confiskation.)

Schweiz. Bern (Wahlen in den Nationalrath. Sitzung der vereinigten Räthe.) Basel (Der preußische Gesandte.) Tessin (Die italienischen Flüchtlinge.)

Türkei. Moldauische Grenze (Die Lage der Donaufürstenthümer.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Die Präsidentschaftskandidaten. Politisches Glaubensbekenntniß Taylors.) Mexico (Aufstände an verschiedenen Punkten. Campion für den Anschluß an Nordamerika. Neue Kämpfe mit den Indianern. St. Anna zurückerwartet.) Hayti (Erkrankung des Präsidenten.) Guatemala (Anarchie. Aufstand.) Brasilien (Geldforderung des nordamerikanischen Botschafters. Unruhen in Pernambuco.) La Guayra (Niederlage der Parteisten.)

Deutschland.

* **Wien.** Nach dem C. Bl. a. B. gehört zu den Bedingungen, unter welchen der Belagerungszustand aufgehoben werden soll, auch die, daß die Stadtpolizei, seit dem März in den Händen der Commune, an den Staat zurückfallen soll. Welch eine wichtige „Märzerrungenschaft" dadurch verloren geht, ist offenbar. Dasselbe Blatt theilt mit, daß auf Befehl des Fürsten Windisch-Grätz der Druck der stenographischen Berichte des Reichstags, der noch für viele Sitzungen rückständig ist, mußte eingestellt werden. Die bezüglichen Schriften sind bis auf Weiteres unter Siegel gelegt worden. Das herrschende Mißtrauen sieht darin schon die Andeutung, daß man auch die Unverantwortlichkeit der Abgeordneten für das, was sie in der Kammer sagen, nur in so weit aufrecht halten werde, als es eben zweckmäßig scheint. Dem gleichen Mißtrauen wird man es zuschreiben, wenn der Corresp. des C. Bl. sich folgendermaßen auslässt: „Es scheint nicht, als ob man vor der Hand ganz offen mit den freisinnigen Principien brechen wolle! Ich glaube sogar, daß man geneigt ist, so viel als eben unausweichlich, von denselben zeitweilig gelten zu lassen. Ich zweifle aber auch keinen Augenblick, daß man fest entschlossen ist, die Praxis dieser Principien in so enge Schranken zurückzudrängen, als nur immer möglich. Man möge mich darum nicht einen Schwarzseher nennen — man frage nur, wie angefangen die Wirklichkeit, die Vorgänge in Oesterreich und Preußen, man nehme Rücksicht auf die neu geschlossene Freundschaft der drei östlichen Großmächte, und gebe sich dann selber die Antwort. Die große Kunst des Rückschrittes ist die, scheinbar festzuhalten an dem Betheuerten und thatsächlich es fallen lassen!"

Wien. Der Oesterr. Corr. theilt R. Blum's Todesurtheil mit, das durch die authentische Mittheilung der Anklagepunkte und der Bestimmungen, nach denen er verurtheilt wurde, von Wichtigkeit ist. Es wird dadurch zugleich aktenmäßig die Angabe widerlegt, als seien nur solche bisher zum Tode verurtheilt worden, die nach dem Capitulationsbruch vom 30. nochmals die Waffen ergriffen hätten.

Urtheil,

welches in dem auf Befehl des hohen k. k. Militär-Stadtcommando in Wien zusammengesetzten permanenten Standrechte mit Einheit der Stimmen geschöpft wurde.

Hr. Robert Blum, zu Cöln in Rheinpreußen gebürtig, 40 Jahr alt, katholisch, verheirathet, Vater von 4 Kindern, Buchhändler zu Leipzig, welcher bei erhobenem Thatbestand durch sein Geständniß und Zeugen überwiesen ist, am 23. October l. J. in der Aula zu Wien durch Reden in einer Versammlung zum Aufruhr aufgereizt, und am 26. October l. J. an dem bewaffneten Aufruhr in Wien als Commandant einer Compagnie des Studentencorps thätigen Antheil genommen zu haben: Soll nach Bestimmung der Proclamation S. D. des F. M. Fürsten zu Windischgrätz, vom 20. und 23. October, dann nach §. 4 im 62. Artikel der Theres. Gerichts-Ordnung mit dem Tode durch den Strang bestraft werden. — Se gesprochen in dem Standrechte, angefangen um ½6 Uhr Abends, am 8. November 1848. Gordier m. p. Major als Präses. Walferam m. p. Hptm. Auditar.

Ist kund zu machen und in augenblicklicher Ermangelung eines Freimannes mit Pulver und Blei durch Erschießen zu vollziehen. Wien, den 8. November 1848. Im Namen S. D. des Hrn. Feldmarschalles Hipfeck m. p. Wen. Major. Kundgemacht und mit Pulver und Blei durch Erschießen vollzogen werden. Wien, den 9. Nov. 1848. ½8 Uhr Morgens. Walferam m. p. Hptm. Auditar.

* **Wien.** Der österreich. Lloyd vom 11. Nov. enthält einen merkwürdigen Artikel über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland, der vielleicht die gouvernementale Ansicht ausspricht, wenigstens ihren negativen Theil, wie sie die Verbindung mit Deutschland nicht will. Daß man jetzt in Oesterreich wieder Einfluß auf Deutschland sucht, davon halten wir uns überzeugt. Jener Artikel stellt alle Nachtheile einer engen Verbindung des deutschen Oesterreichs mit Deutschland zusammen. Wir theilen einiges davon mit, was uns theils charakteristisch, theils der Beachtung werth erscheint. „Um der gemachten Anforderung zur Vereinigung mit Deutschland zu genügen, wird Deutsch-Oesterreich zugemuthet, aus dem Staatsverbande zu desertiren, in dem es seit Jahrhunderten gestanden. Es soll in dem Augenblick der Gefahr diejenigen verlassen, welche in Zeiten der Bedrängniß ihm stets treu zur Seite gestanden sind. Es soll Treue mit Untreue lohnen. Es soll selbst den Völkervertrag, die pragmatische Sanktion, verletzen und brechen, auf dessen genaue Erfüllung es stets bei Anderen gedrungen hatte. Es soll demselben Partikularismus huldigen, welchen es in anderen Theilen Oesterreichs verdammte und bekämpfte." Weiter heißt es: „Deutschland beabsichtigt die sogenannten deutschen Provinzen Oesterreichs gänzlich, vollkommen und unvereinbar von dem übrigen Oesterreich loszureißen. Die Einheit, welche noch fortbestehen soll, betrifft nur die Dynastie, und hat gar keinen Einfluß auf das Volk." Der österreichische Reichstag müsse aufgelöst, seine Vorarbeiten für die Verfassung als nutzlos bei Seite gewesen werden. Interessant sind die folgenden Bemerkungen über die materiellen Interessen: „Die Industrie Deutsch-Oesterreichs muß sogleich in Konkurrenz treten mit der überlegenen Industrie Deutschlands, und sie muß sich den Markt entziehen, welchen sie bisher fast ausschließlich stützte und erhielt. Der Theil Oesterreichs, welcher nicht deutsch wird, muß, weil er selbst keine Industrie hat, eine Zollinie gegen den Theil ziehen, welcher deutsch werden soll. Eine gemeinsame Zollinie kann niemals zwei Staaten umschließen, von welchen nur der eine industriellen Betrieb innerhalb seiner Grenzen hegt. Kein Vernünftiger darf den Abschluß eines Vertrags zwischen Parteien voraussetzen, wenn nach dessen Bedingungen die eine allen Schaden und die andere allen Vortheil zu tragen hat. Der größte Theil der österreichischen Staatspapiere hat seine Besitze in Deutsch-Oesterreich, ebenso der größte Theil der Besitzer der Noten der österreichischen Nationalbank, deren Werth von dem Kredit des Staates bedingt wird. Die Staatsgläubiger mögen darüber entscheiden, ob sie den Werth ihrer Forderungen von den Zwistigkeiten abhängig machen wollen, welche bei einer Theilung der Schuld des österreichischen Staates unter zwei neuen Staaten unabwendbar entstehen müßten." „Der Kaiser von Oester-

reich — heißt es weiter — würde genöthigt sein, sein Hoflager aus den deutschen Landen zu verlegen. Er muß seine Residenz dort aufschlagen, wo er Souverän, nicht wo er Vasall wäre. Er müßte den Schwerpunkt seiner Macht aufsuchen, wo sie dann ruhte, in seinen außerdeutschen Ländern. Wien würde statt im Mittelpunkt an dem Endpunkt eines großen Reichs liegen. Es würde aufhören, eine Hauptstadt zu sein, um eine Grenzstadt zu werden." Für bemerkenswerth halten wir besonders folgende Stelle: „Wenn aber die Trennung und Zertheilung Oesterreichs vor sich gehen sollte, darf Deutschland erwarten, daß solche Theile des Kaiserstaates, welche, ohne deutsch zu sein, von Deutschland als Besitz angesprochen werden, sich friedlich von einem verwandten Volke trennen dürften, um sich einem nicht verwandten anzuschließen? Oder sollen dieselben mit Waffengewalt zu einem solchen Anschluß gezwungen werden? Ist es wahrscheinlich, daß das nichtdeutsche Oesterreich bei einem solchen Kampfe neutral bliebe? Und bliebe es nicht neutral, wessen Bundesgenosse dürfte es nach aller Wahrscheinlichkeit werden?" — Auf die Absicht des Ganzen deutet, unsere obige Ansicht bestätigend, besonders der Schluß: „Nur Eine vernünftige Erklärung der Beschlüsse können wir finden: Deutschland will mit Oesterreich brechen und, indem es diesem Bedingungen zur Einigung bietet, welche nicht nur gegen seinen Vortheil, sondern auch gegen seine Ehre sind, es auf immer von sich abwendig machen. Zu wichtig, zu nothwendig ist eine möglichst enge Verbindung Deutschlands mit Oesterreich, als daß nicht der Patriot beider Länder wünschen müßte, daß die Weisheit des österreichischen Reichstages Wege und Mittel zur Herbeiführung jener Einigung entdecken wird, welche die Thorheit der Männer der Paulskirche nicht suchte und nicht fand." — Mit dem vorigen verwandt sind die Betrachtungen, die ein Wiener Brief der D. Allg. Ztg. an die Hinrichtung Blum's knüpft, und welche, wenn sie richtig sind, ein ganz neues Licht auf diese werfen würden. „Wenige", heißt es dort, „werden die rechte Einsicht in die Sache haben; man wird der Leidenschaftlichkeit bemessen, was das Resultat berechneter Politik gewesen. Blum's Hinrichtung war ein Staatsstreich, um das Frankfurter Parlament zu desavouiren. Es ist kein Schwanken mehr, sondern ein entschiedenes Losreißen von Deutschland, und ein eben so entschiedenes Aussprechen für eine slawisch-österreichische Monarchie, mit Berücksichtigung der darin aufzunehmenden Nationalitäten." — Dieselbe Quelle sagt weiter: „Ungeachtet es die Absicht zu sein scheint, den Reichstag auf Entwerfung der Grundeinrichtungen zu beschränken, wird doch kaum ein Antrag zu verhindern sein, wodurch Wessenberg in Anklagestand versetzt werden soll. Das Vertrauen, welches unmittelbar nach Niederkämpfung der anarchischen Zustände einigermaßen sich zu erwecken versprach, ist durch die geschehenen Uebergriffe wieder sehr erschüttert worden. Dazu kommt, daß man in Ungarn einen sehr hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen scheint. Auch wurden die Sympathien für jenes Land, welche bereits im Erlöschen begriffen waren, durch die letzten Vorgänge wieder angefacht, wie denn der Krieg mit diesem Lande als eine große Kalamität zu betrachten ist, wenn auch gewiß für Ungarn noch mehr als für Oesterreich."

Wien. Man spricht in Krakau viel davon, daß Krakau zur Hauptstadt des polnischen Theiles Galiziens bestimmt sei, so daß hier ein polnisches Gubernium und ein polnischer Landtag, in Lemberg aber ein ruthenisches Gubernium und ein ruthenischer Landtag ihren Sitz haben sollen. (Brsl. Z.)

Ollmütz, 14. Nov. Die Unruhen in Schlesien sind größtentheils schon beigelegt, die pauperistischen durch Kreisbeamte und Militär — die republikanischen (?) durch den Fall Wiens, der namentlich in Bielitz eine große Muthlosigkeit hervorgebracht haben soll. (C. Bl. a. B.)

Prag, 15. Nov. In einer gestern gehaltenen Plenarversammlung des deutschen Vereins wurden für den bevorstehenden deutschen Congreß in Eger zwei Abgeordnete ernannt und über die Gegenstände der dortigen Verhandlungen berathen. Darunter war auch das Verhältniß zu Deutschland, und insbesondere die Personalunion; es wurde darüber kein eigentlicher Beschluß gefaßt, da die beiden nach Eger sich begebenden Vertrauensmänner unbedingte Vollmacht haben; nur darauf wurde hingewiesen, daß die betreffenden Paragraphen 2 und 3 ohnehin auch in der Nationalversammlung noch einmal zum Vortrag kommen, und dann sicher anzunehmen sei, daß ein Antrag Gagerns derart durchgehen werde, daß die deutschen Länder Oesterreichs solchem um so hinneigender beistimmen können, wenn er, wie voraus zu sehen, weniger Hindernisse als eine unbedingte Personalunion mit sich bringe. (Pr. Bl.)

Prag, 16. Nov. Graf Leo Thun tritt als Reichstagscandidat für den budweiser Wahlbezirk auf: eine Candidatur, die vor einem Vierteljahr in's Reich der Fabel gehört hätte. — Der Ausschuß der Slowanska Lipa hat beschlossen, Protest einzulegen gegen die „amtliche" Aufforderung, Sammlungen für die „deutsche Flagge" zu veranstalten, da es doch, wie es in der Vereinszeitschrift heißt, „scheint, als ob die Regierung durch das unmenschliche und widerrechtliche Erschießen Robert Blum's den Willen der Nation in der Frankfurter Frage schonen wollte." (K. Bl. a. B.)

Ein Schreiben aus **Prag** vom 16. Nov. meldet: „Gestern sind unsre Reichstagsdeputirten nach Kremsier abgegangen. Sie wurden von Nationalgarden bis in den Bahnhof begleitet. Es wurden patriotische Lieder gesungen und laufend gute Wünsche mit auf den Weg gegeben." (A. Z.)

Salzburg, 16 Nov. In unsern Gauen und in allen österreichisch-deutschen Provinzen sind seit einigen Tagen Adressen an die Nationalversammlung in Frankfurt im Werke, in welchen die Zustimmung zu den §§. 2 und 3 der Reichsverfassung und die Bitte ausgesprochen ist, diese Beschlüsse energisch aufrechthalten zu wollen. Ebenso werden viele Mißtrauensvoten an österreichische Deputirte, die am 27. Okt. gegen die beiden Paragraphen stimmten, nach Frankfurt abgehen. Auch ein Congreß der österreichisch-deutschen Provinzen in Salzburg, von jeder derselben durch zwei Deputirte beschickt, steht in Aussicht, um über ihre Stellung zum Gesammtstaat Oesterreich und zu Deutschland zu berathen und der Regierung darüber ihre Collektiv-Wünsche vorzulegen. (Allg. Z.)

C **Triest**, 14. Nov. Gestern Abend lief in unsern Hafen das englische Kriegsschiff Mutine ein, und brachte, von Venedig, welche Stadt es vorgestern Nachmittags verlassen hat, die Nachricht, daß die sardinische Flotte am 12. l. M. die Gewässer Venedigs verlassen, und den Rückzug nach Ancona (einige behaupten nach Spezia) angetreten habe. Obwohl sich die hiesigen Alten mit der Hoffnung trösten, daß demnächst eine französische Flotte die Stelle der sardinischen einnehmen werde, um eine engere Blockade der Stadt Venedig von der Nordseite zu verhindern, so ist doch dieses abermalige Verschwinden des Aldini von Venedig von großer Bedeutung. Zu dem gesellt sich jetzt der Umstand, daß unser Gouverneur heute früh mit der englischen Kriegsfregatte Spartan nach Venedig abgereist ist. Diese Reise gibt zu verschiedenen Vermuthungen Anlaß. Uebrigens dürfte sich das Ganze in wenigen Tagen aufklären.

△ **Berlin**, 19. Nov. Gestern haben wir angedeutet, daß man mit dem Gedanken an die Octroyirung einer Verfassung vertraut zu werden anfange; heute sind wir im Stande, einige weitere Andeutungen zu geben. Wir sagen Andeutungen, weil noch immer nicht das mindeste Bestimmte vorliegt; alle gegenlautenden Nachrichten verdienen nicht den geringsten Glauben. So viel scheint gewiß, daß das Ministerium erst das Resultat der Berufung nach Brandenburg abwartet, ehe es mit dem entscheidenden Schritte vorgeht. Freilich läßt sich nicht läugnen, daß auch dieses Abwarten seine Bedenklichkeiten eben so wohl hat, als ein sofortiges Vorgehen. Es wird in jenem Falle Alles davon abhängen, ob die 250 ausgeschiedenen Abgeordneten dem Rufe nach Brandenburg folgen werden oder nicht. Die Privatberathungen derselben drehen sich allerdings um diesen Punkt, so unwahrscheinlich es, nach dem ganzen Verlauf der Dinge, auch erscheint. Ein jegend zuverlässiges Resultat ist zwar noch nicht vorauszusehen, aber wichtig ist es, daß die Unzufriedenheit vieler Abgeordneten mit den gethanen Schritten, eine Art Reue, nicht mehr bezweifelt werden kann. Diejenigen, welche den Führern nun gefolgt sind, zum Theil in der Hoffnung, weiteres Unglück durch ihr Bleiben verhüten zu können, erklären sich bereits, der königlichen Botschaft Folge zu leisten. In diesem Falle würden freilich zwei Punkte zur Sprache kommen müssen. Es würde sich einmal fragen: ob, so lange das gegenwärtige Ministerium bestehe, diejenigen Mitglieder der National-Versammlung wieder eintreten können, welche dasselbe Ministerium des Hochverraths angeklagt und ihm die Steuern verweigert haben? Und zum Andern würde sich fragen: ob, wenn das Ministerium ab-

Digitized by Google

träte, um den Antritt der bezeichneten Abgeordneten möglich zu machen, sich auch eine beschlußfähige Anzahl in Brandenburg herausstellen werde? Wäre auf Letzteres zu zählen, so würden wir es immer noch für das Zweckmäßigste halten, wenn der Weg der Vereinbarung festgehalten würde. Träte dies jedoch nicht ein, so möchte in der That kaum etwas anderes, als die Oktroyirung der Verfassung übrig bleiben; denn der Beschluß, die Stellvertreter der nicht erscheinenden Abgeordneten einzuberufen, würde voraussichtlich zu keinem zufriedenstellenden Resultate führen, und neue Wahlen ausschreiben, hieße, in der Krisis des Augenblicks Alles auf's Spiel setzen. Uebrigens läßt sich keineswegs leugnen, daß auch bei der Oktroyirung einer Verfassung noch so viele Bedenken vorwalten, daß ein definitiver Beschluß unmöglich schon jetzt zu fassen wäre, vielweniger gefaßt wäre. Es fragt sich hauptsächlich: wird das jetzige Ministerium die Verfassung octroyiren, oder ein anderes Ministerium, etwa ein Ministerium Camphausen-Beckerath? Daß Grabow an einem neuen Ministerium, welches die Verfassung octroyirt, theilnehmen werde, ist nach seiner heutigen Erklärung zum mindesten zweifelhaft. Es ist bekannt, daß das Ministerium Brandenburg-Monteuffel sich bereit erklärt hat, nur so lange seinen Posten zu behalten, bis die Gefahr des Augenblicks überwunden, bis diejenigen Maßregeln ausgeführt seien, welche die Erhaltung des Gesetzes und der Ordnung garantiren. Wann aber wird dieser Augenblick eingetreten sein? Wird er vor oder nach der Octroyirung einer Verfassung da sein? Hierüber, wie gesagt, ist noch nichts bestimmt, kann nach den obigen Andeutungen noch nichts bestimmt sein. Soviel ist gewiß, daß die octroyirte Verfassung auf durchaus freisinnigen Prinzipien basiren würde, auf weit freisinnigeren, als der von dem Ministerium Camphausen vorgelegte Entwurf. In dieser Beziehung ließe sich demnach wohl annehmen, daß das Land in seiner Majorität sich darüber hinwegsetzen könnte, daß die künftige Verfassung nicht vereinbart ist: aber als gewiß oder als nur irgend zuverlässig kann dies nicht hingestellt werden, und es wird stets ein wesentlicher Punkt sein, in welcher Weise man sich mit der einberufenen Landesvertretung auseinandersetzen will. Die Verfassung ohne Weiteres octroyiren und bloß octroyiren, könnte dahin führen, daß die Wahlen in mehr oder minder großem Umfange verweigert würden. Die Verfassung mit der Bedingung vorlegen, dieselbe in Bausch und Bogen anzunehmen oder abzulehnen, würde keine Octroyirung mehr sein: könnte auch möglicherweise zu den schlimmsten Konflikten führen. Ein ziemlich erfolgreicher Ausweg wird vielleicht darin bestehen, wenn die octroyirte Verfassung einen Artikel enthielte, dem zufolge eine Revision der Verfassung zugestanden wird. Auf diese Bedingung hin zweifeln wir nicht, daß die Wahlen zu den neuen Kammern erfolgen würden. Man muß freilich auf große Hindernisse gefaßt sein, und namentlich auch darauf, daß von der demokratischen Partei und den Mitgliedern des ehemaligen linken Centrums Alles aufgeboten werden wird, in der einen oder der andern Weise entgegenzuwirken; aber, wenn diese Wirksamkeit so groß ist, daß sie überwiegt, dann ist auch nicht im mindesten zweifelhaft, daß diese Wirksamkeit sich unter allen andern Verhältnissen eben so wohl geltend gemacht hätte. Einen sehr guten Eindruck machte die Erklärung des Oberpräsidenten Bonin, der zufolge er der Bildung sogenannter Sicherheitsausschüsse, „welche den Aufstand vollständig organisiren," mit allen gesetzlichen, selbst außergewöhnlichen Maßregeln entgegenwirken will; namentlich erklärt er auch, daß er in Betreff einer etwaigen Steuerverweigerung das Einschreiten der bewaffneten Macht zu veranlassen entschlossen sei. Nach dieser Erklärung ist an den politischen Ansichten des Herrn v. Bonin, die in Folge seiner neulichen Erklärung allerdings angefochten wurden, nicht mehr zu zweifeln. — Dagegen hat der Oberpräsident Pinder sich entschieden auf die Seite der Nationalversammlung gestellt und die Maßregeln des Ministeriums für unkonstitutionell erklärt. Er that dies nach dem Beschlusse der Steuerverweigerung. Wie es heißt, ist Herr Pinder in Folge dessen abberufen, und der Regierungspräsident v. Schleinitz in Bromberg provisorisch zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt. Herr v. Schleinitz hat sich als Vicepräsident in Koblenz viele Anerkennung erworben.

△ **Breslau**, 18. Nov. Die Dinge gehen hier, wie es den Anschein nimmt, einer Katastrophe entgegen. Die Anarchisten gewinnen in demselben Maße Muth, in welchem die Behörden sich schwach und haltlos zeigen. Wie ich Ihnen als wahrscheinlich gemeldet, ist gestern auf ärgerliche Weise in Erfüllung gegangen. Der Oberpräsident Pinder hat sich für die Steuerverweigerung ausgesprochen und die Deputation der Volksversammlung, welche sich vor das Regierungsgebäude begab, um mit Heulen und Drohen eine öffentliche Erklärung von ihm zu verlangen, hat ihn vom Balcon herab versichern hören, daß er mit der Nationalversammlung gehe und sich nur wundern könne, wie die Breslauer bei seiner erprobten constitutionellen Gesinnung daran haben zweifeln können. Ich meinerseits muß gestehen, daß ich mir bei aller persönlichen Achtung für H. Pinder keinen Vers daraus machen kann, wie er seine constitutionelle Gesinnung mit seinem gestrigen Schritt vereinigen kann. Es gab für ihn nur zwei Wege, entweder mit dem Ministerium zu stehen, oder seine Entlassung einzureichen. Zum Letztern lag für ihn erst kein Grund vor, da er den Verlegungsbeschluß auf Seiten der Regierung berechtigt fand. Wie er aber davon aus jetzt zur Billigung der Steuerverweigerung gekommen, das wissen wir nicht; so viel steht fest, daß es sinnlos ist, nach der Bestättigung eines so revolutionären Schritts noch mit energischem Auftreten gegen Anarchie zu drohen, wie der Oberpräsident es heut in einem Aufruf an Schlesien thut." Es ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß sein Benehmen sich nur unter dem Eindrucke der Furcht plötzlich geändert habe: es wären ihm Drohungen überbracht worden, welche ihn gegen den jedes Zeit unheilvollen Einfluß seiner republikanischgesinnten Gattin nachgiebiger gestimmt hätten. Wenn er aber auch durch seine noch dazu sehr auf Scheinen gestellte Erklärung die Volksbewegung einen Augenblick abgewendet haben mag, so war es doch gewiß nur eine Galgenfrist; denn durch seine Schwäche und durch die des Sicherheitsausschusses werden, wie gesagt, die rothen Republikaner nur ermuthigt, und sie sind in ihren Hoffnungen und Ansprüchen in den beiden letzten Tagen so weit vorgerückt, daß auch die vorher müßig scheinenden, wie Engelmann, sich im Bewußtsein, daß sie von ihnen sonst überflügelt werden, schon wieder ihren Plänen geneigter zeigen. Im Laufe der gestrigen Sitzung des Sicherheitsausschusses wurde unter Anderm von einem Abgeordneten der Demokraten Rotibor's der Antrag gestellt, einen Congreß schlesischer Abgeordneten hierher zu berufen, offenbar mit der Absicht, daraus eine provisorische Regierung entstehen zu lassen. Der Ausschuß ist zwar zunächst nur indirect darauf eingegangen, indem er eine Proclamation an ganz Schlesien erlassen will, um seine bisherigen Maßnahmen zu rechtfertigen und die wahrscheinlichen ferneren Schritte anzukündigen, — aber es wird recht schwer halten, ihn auch zur förmlichen Ausführung des Antrags zu bestimmen. Von bedenklicher Natur wird ferner die Waffenangelegenheit. Zu wiederholten Malen ist schon von Seiten des demokratischen Landwehrvereins auf Vertheilung derselben angetragen worden, und gestern Abends erschien noch ein großer Haufen meist betrunkener Leute, um von Neuem jenes Verlangen zu stellen. Es wurde zunächst beschlossen, jene Landwehrmänner der Bürgerwehr einzureihen und zu bewaffnen, — aber auf heute Abend steht die Wiederholung jener Forderung bevor, und es ist zu fürchten, daß ihr unter dem Einflusse des Terrorismus nachgegeben werde; denn die Bürgerwehr, welche den Ausschuß schützen sollte, zeigt sich im Dienst so lässig, daß oft nach zweistündigem Allarm kaum der vierte Theil der aufgebotenen Bataillone zusammenkommt. Man wundert sich allgemein, daß die Militärbehörden dem Dinge so lange ruhig zusehen, denn in der Beschlagnahme der Kassen, in dem ganzen Gebahren des Ausschusses und in dem letzten Schritt des Oberpräsidenten wären schon Gründe genug zum Einschreiten dagewesen. Gestern Morgen hat auch der Commandirende per interim von Lindheim schon dem Ausschuß die unvermeidlichen schweren Folgen weiterer Ausschreitungen zu bedenken gegeben und gestern Abend der bei der Berathung anwesende Platzmajor die Mahnung in drohenderer Weise wiederholt. Fast möchte man glauben, der General habe nicht volles Vertrauen zu seinen Truppen, vielleicht auch will er Verstärkung von außen abwarten, aber es ist fast unvermeidlich, daß er einschreite, wenn einteifft, was man für heute fürchtet, daß sich nämlich die rothkreuzigen Landwehrmänner mit Gewalt der deponirten Waffen bemächtigen.

Mainz, 19. Oct. Das zweite Bataillon des 27. preußischen Infanterieregiments, welches bisher in Worms gestanden, ist heute Morgen auf einem holländischen Dampfschiffe hier vorbeipassirt, um nach Koblenz verlegt zu werden. Vom k. preuß.

40. Infanterieregimente sind 2 Compagnien von hier nach Kreuznach, dort ausgebrochener Unruhen wegen, marschirt. (O.-P.-Z.)

O. Coburg, 18. Nov. Wie ich Ihnen vor einigen Wochen geschrieben habe, so ist es geworden: der Einmarsch der Reichstruppen hat Unruhe und Unzufriedenheit in dem einst so ruhigen und zufriedenen Ländchen erzeugt. Jedermann fragt unwillig: wozu eine militärische Besetzung des friedliebenden Herzogthums Coburg? Jedermann lächelt bitter, wenn er den Reichscommissär von Mühlenfels von „ökonomischen und strategischen Rücksichten" sprechen hört, selbst die Gemäßigtsten können sich der Klage nicht enthalten, daß mit den wahren Gründen oktdiplomatisch hinter dem Berg gehalten wird. Es ist ein schlimmes Zeichen für eine politische Maßregel, wenn sie nur den Beifall der früheren Aristokratie und Bureaukratie hat, und leider muß man dies ganz besonders von der Besetzung unseres Ländchens mit Reichstruppen bekennen. Diese Maßregel wird hier von Niemanden gut geheißen, außer von der haute volée adeliger Junker, Kammerherrn und dergleichen. Der coburgische Minister, geheimer Staatsrath Brödmer, ein Mann, der seit einer Reihe von Jahren zur allgemeinsten Zufriedenheit an der Spitze der hiesigen Staatsverwaltung steht, den in dieser Stellung selbst die Stürme des März und April 1848 nicht umgeweht haben, dieser Mann hat jetzt seinen Abschied verlangt, weil er in der militärischen Besetzung, die er vergebens rückgängig zu machen bemüht war, den Ruin des Landes erblickt. Ja! den Ruin des ganzen Landes. Denn in dieser Zeit, wo es an aller Arbeit und allem Verdienst fehlt, ist die Einquartirung eine doppelt schwere Last: Stadt und Land werden vollends verarmen und die Staatskasse, die ohnehin schon über und über verschuldet ist, wird die allernothwendigsten Bedürfnisse nicht mehr bestreiten können, wenn die Truppen bei uns am Ende auch noch überwintern sollen. An eine vorschußweise Berichtigung des Quartiergeldes aus der Landeskasse ist ohnedieß hier nicht zu denken: die Quartierträger, arme und reiche, müssen die Ausgaben einstweilen aus ihren Taschen bestreiten und haben sich zu gedulden, bis einmal die Reichskasse den zugesicherten spärlichen Ersatz übersendet. Ist es da ein Wunder, wenn überall im Lande Unzufriedenheit an den Tag tritt? Soll uns denn nirgends Hülfe werden? Der Reichskommissär beruft sich für seine Maßregel auf das Reichsministerium und das Reichsministerium erklärt wieder, es habe dem Reichskommissär hinsichtlich der Dislokation der Truppen unbeschränkte Vollmacht gegeben. So geht man mit den kleinen Staaten um, die großen behandelt man freilich glimpflicher!

Sigmaringen 13. Nov. Der hier erscheinende „Erzähler" will aus „guter Quelle" wissen, daß Fürst Carl Anton die Regierung in die Hände des Reichsverwesers niedergelegt habe.

Großbritannien.

London, 17. Nov. Die Nachrichten aus Berlin machen in England ein ganz ungewöhnliches Aufsehen; man weiß, daß es sich hierbei um Sein oder Nichtsein einer Dynastie, um die Existenz Preußens als Monarchie, ja als besondern Staats überhaupt, um das Erbe der Kriegs- und Friedensthaten preußischer Helden und Staatsmänner seit dem großen Kurfürsten handelt, daß man in Berlin um Republik und Monarchie, Frieden oder Bürgerkrieg würfelt, daß von Preußens Zukunft wieder die Zukunft Deutschlands und von dieser wieder die Zukunft Europas abhängt. Es war vorauszusehen, daß die fast frivol zu nennende Energie, womit man in Berlin von beiden Seiten handelte, es schließlich zu dieser Krisis treiben mußte. Der ministerielle „Globe" bemerkt; „Die Nachrichten aus Berlin beschäftigen die Theilnahme des Publikums in höherem Grade, als die auswärtigen Nachrichten aus andern Ländern, obschon die bevorstehende Wahl eines Präsidenten für Frankreich von größerer Bedeutung ist und die Interessen unserer Kapitalisten und Kaufleute unmittelbarer berührt." Der „Globe" enthält ferner eine scharfe und meist auch treffende Kritik der Uebergriffe, welche sich die preußische Kammer gestattete, indem sie sich Funktionen aneignete, die außer ihrer Befugniß und ursprünglichen Bestimmung lagen. Auf diesen Artikel des Globe, wie auf die Betrachtungen der andern leitenden Zeitungen über die Berliner Krisis behalten wir uns vor, ausführlicher zurückzukommen, indem wir hier nur bemerken, daß die überwiegende Mehrzahl der englischen Zeitungen theils unbedingt, theils unter gewissen Vorbehalten die Partei der Krone und der jetzigen Regierung nimmt, daß namentlich die Times, ohne von den torystischen Blättern zu sprechen, sich mit den bis jetzt gegen das preußische Rumpfparlament getroffenen Maßregeln vollkommen einverstanden erklärt, obschon ein oder das andere Blatt allerdings geneigt ist, auch in der eigenthümlichen Charakterbildung des Königs einen Mitgrund des Uebels zu sehen, daß andere unabhängige Zeitungen, wie der „Spectator", die Maßregeln des gegenwärtigen Ministeriums zwar höchlichst mißbilligen, aber doch auch mit den zu weit ausgreifenden Maßregeln der Nationalversammlung und den impertinenten Krokusprüchen mancher ihrer Mitglieder ihre Unzufriedenheit aussprechen, daß endlich „Daily News" fast die einzige Zeitung ist, die sich unbedingt und rücksichtslos gegen die Absichten und Schritte der Krone erklärt und das ganze Unheil allein in den Machinationen der Aristokratie, welche durch ganz Europa ein und dasselbe wolle, wie darin begründet findet, daß die niedern Klassen durch ihre thörigten Streiche in Paris, Wien, Berlin, Neapel einen Bruch zwischen ihnen und der eigentlichen Bürgerklasse verschuldet und dadurch der Aristokratie ihren Sieg erleichtert hätten. Die englischen Aristokraten, Tories und Whigs, verfolgten im Grunde dieselbe Politik, thäten Alles, um ihr Besitz ihrer Monopole und Privilegien zu bleiben, und glaubten dies namentlich dadurch zu erreichen, daß sie die untern Klassen von der Volksvertretung ausschlössen. Ueber nichts hätten die eingefleischten Whigs und die alten Tories so viel Spaß gehabt als über das Bombardement von Wien, und nichts habe ihnen diesen Spaß wieder so sehr verdorben, als daß es den steifen Reaktionären in Preußen nicht gelungen sei, dasselbe kannibalische Fest auch in Berlin zum Besten zu geben u. s. w. Indeß sind die englischen Aristokraten auch wohl nur in der Theorie so blutdürstig; es müßte die ganze Welt aus den Fugen gegangen sein, wenn sich je eine aristokratische Kamarilla in England, insofern diese dort überhaupt möglich wäre, entschlösse, die Hauptstadt des Landes zu bombardiren und das Standrecht zu erklären, obschon allerdings auch Aufruhrscenen, wie sie dem Wiener Bombardement vorhergingen, in England wohl nicht denkbar sind, so lange noch ein Fetzen seiner Verfassung zusammenhält und so lange der dem Briten angeborne und anerzogene Sinn für Gesetz und Ordnung, die Pfeiler der Landeswohlfahrt und der Volksgröße, nicht gänzlich erloschen ist. Freilich hat es die englische Regierung in nächster Nähe auch mit civilisirteren Geschöpfen als mit Krooten und Seretzanern zu thun. — Die vier in Clonmel schuldig gesprochenen politischen Verbrecher, O'Brien, Meagher, M'Manus und O'Donohue sind nun nach Dublin gebracht worden, um dort wegen Revision ihres Prozesses vor der Queen's Bench zu erscheinen. Man hat nämlich glücklich gewisse Formfehler herausgeklaubt, welche der Regierung gestatten werden, das Todesurtheil in ein geringeres Strafmaß zu verwandeln. Die englische Regierung klug und human genug — und Klugheit und Humanität gehen inniger Hand in Hand als man in der Regel glaubt — hütet sich, auf irischem Boden Blutstropfen zu säen, um Blutströme zu ernten. — Am 16. Nov. fand in der Guildhall der polnische Subskriptionsball statt, wie ihn die aristokratische Kaste der englischen Hauptstadt unter der Patronschaft Lord Dudley Stuart's jährlich zu halten pflegt. Es wird erwähnt, daß man sehr früh anfing zu tanzen und sehr spät damit aufhörte. Der berühmte Clavierwirtuose Chopin trug eine selbstverfertigte Mazurka vor. Die Times wiederholt gegen diesen alljährlichen Ball ihre alljährlich wiederkehrenden Einwendungen; es sei genug Elend in England selbst, an das der wahrhafte Patriot zuerst denken solle u. s. w. Dieß läßt sich hören, weniger aber der Roth der Times, daß die polnischen Flüchtlinge ja nach preußisch Polen zurückgehen könnten, dahin sei ihnen der Weg offen, da würden sie von ihren Landsleuten gut aufgenommen sein. Wenn sie dorthin nicht gehen wollten, so möchten sie doch nach Frankreich gehen, hatte die Times gesagt. Lord Dudley Stuart bemerkte in einer Versammlung, welche der Abhaltung des Balles voranging: der Eintritt in preußisch und österreichisch Polen sei keinem im Königreiche geborenen polnischen Flüchtling gestattet, und was den zweiten Rath betreffe, so stehe das einfache Faktum entgegen, daß jeder Pole, welcher von England nach Frankreich komme, sofort nach der Landung verhaftet und wieder nach Großbritannien zurückgebracht werde. Der Lord leugnet ferner, daß, wie die Times versichert, Polen die Hauptkämpfer auf den Barrikaden von Paris, Berlin und Frankfurt gewesen seien; in Betreff Wiens müsse man erst nähere offizielle Mittheilungen abwarten. Die Times aber bleibt die Gegenantwort nicht schuldig und bringt neuerdings

Digitized by Google

einen Artikel, der mit den Worten beginnt: „In Frankreich war das Mitgefühl für Polen ein Vorwand für Aufwiegelei, in England eine Entschuldigung für krankhafte Sentimentalität.“ Wenn Sentimentalität eine Krankheit ist, so muß man freilich die Times für sehr gesund halten.

Zur Widerlegung anders lautender Gerüchte bringt die Times die Nachricht, daß Ludwig Philipp, der Graf von Neuilly, einer vortrefflichen Gesundheit genieße; seine Gemahlin mußte allerdings ein paar Tage das Bett hüten, befindet sich aber wieder auf dem Wege der Besserung. Die vertriebene königliche Familie hält sich gegenwärtig in Richmond auf, wohin sie sich für einen Monat begeben hat, während in Claremont die Wasserröhren, deren schlechtem Material die übeln Gesundheitszustände in der königl. Familie und deren Umgebung zugeschrieben wurden, anders hergerichtet werden. Daß die Gerüchte von der dürftigen Lage der Königsfamilie übertrieben oder gänzlich falsch sind, scheint daraus hervorzugehen, daß sie mit ihrem Gefolge und ihrer Dienerschaft — im Ganzen 38 Personen — in Richmond nicht weniger als 40 bis 50 Zimmer bewohnt.

Die „Post“ berichtet, daß Graf Reventlow demnächst wieder in London zurückerwartet werde, um hier die Verhandlungen wegen der schleswig-holstein'schen Frage zum Schluß zu bringen, wozu er mit den genügendsten Anweisungen ausgerüstet sei.

In der Nacht vom 13. auf den 14. scheiterten zwei von Bremen nach Nordamerika bestimmte Schiffe „Burgundy“ und „Atlantic“, welche beide eine große Anzahl deutscher Auswanderer, ersteres allein 300, an Bord hatten, auf den Long- und Godwin-Sandbänken. Mannschaft und Passagiere wurden zwar bis auf vier gerettet, alle Habe aber ging verloren; die Armen sind selbst vom Nöthigsten entblößt.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Nov. Der Klub des Instituts, an dessen Spitze die ehemaligen Mitglieder der Exekutivkommission stehen, hat eine Note veröffentlicht, worin er erklärt, drei Arten von Gefahren wären es, wogegen der Freistaat sich zu schützen hätte, nämlich Staatsstreiche, Usurpationen und Exzesse. Diesem seien seine Mitglieder entschlossen kräftig entgegen zu treten, hielten aber jede Einwirkung auf die Präsidentenwahl, zumal wenn diese von Abgeordneten ausginge (ein Stich auf ihre Kollegen) für ein Unrecht, und würden sich dem Willen des Volkes fügen, wie dieser auch ausfallen möge. Leon Faucher hat eine ähnliche Erklärung an den Constitutionel gerichtet, der heute behauptet, der Klub Poitiers, als Verein, habe keinen Kandidaten, und es wäre für keine Körperschaft ziemlich, sich für einen bestimmten Namen zu erklären. — Ein scharfer Tadel, den der Abgeordnete Luneau über den ehemaligen Präfekten der Haute Garonne, oder vielmehr über die Regierung aussprach, welche denselben trotz seines Antheils an dem vielberufenen Bankett zu Toulouse zum Präfekten der Vendee (einem weit unangenehmeren Posten) ernannte, brachte einen wahrhaft widrigen Parteikampf in der gestrigen Sitzung hervor. Nachdem der Abgeordnete Astair dem Hrn. Luneau das Schimpfwort Geheim-Polizeidiener (mouchard) zugerufen, und wie wir bereits berichteten, darüber vom Präsidenten zur Ordnung gerufen worden war, ging der eigentliche Lärm erst an. Unter dem Vorwande sich zu entschuldigen, was er freilich theilweise auch that, schimpfte er auf die Männer, welche im Februar gezittert hätten und es jetzt wagten, der Revolution den Prozeß zu machen, worauf ihm zugerufen wurde, er sei ein Feigling, und der Präsident ihn abermals zur Ordnung rief. Aber auch damit endete diese widrige Scene nicht. Er fuhr fort zu verdächtigen und zu beleidigen, während man ihm zu verstehen gab, er habe hier beim Maiaufstande keine ehrenvolle Rolle gespielt. Als er endlich so weit ging, einem Theil seiner Kollegen ziemlich unverblümt vorzuwerfen, sie hätten böse Absichten und die Republik müsse weit gehen, weil sie die weiße Fahne herstellen wollten, rief ihn der Präsident namentlich zur Ordnung und ließ seinen Namen im Protokoll erwähnen (eine Verschärfung des Ordnungsrufes); Der Minister Dufaure trat mit einer besonnenen Rede dazwischen, worin er den Eiferern rechts und links entgegentrat, mußte aber darüber einen neuen Steauß mit dem Abgeordneten Luneau bestehen, worein sich endlich noch ein Deputirter der Vendée mischte, der dagegen protestirte, daß jener Präsident in sein Departement versetzt worden sei. Das Bemerkenswertheste hierbei ist, daß das Ministerium Dufaure nun auch von der rechten Seite angegriffen wird. Heute verwarf die Versammlung nach lebhaften Debatten die von der Commission beantragte Herabsetzung des Gehaltes der Unterpräfecten. Bei Postabgang strikt man noch über den der Generalsecretäre der Präfecturen. — Gestern stand der Gründer und Haupteigenthümer der Reforme, Dr. Grandmenil vor dem Kriegsgerichte. Er ist beschuldigt einer der Urheber des Juniaufstandes gewesen zu sein. Heute wird sein Urtheil gesprochen werden. In ihrem leitenden Artikel sagt die Reforme, die Gerüchte, als seien wegen der Präsidentenwahl Unruhen zu befürchten, wären albern. „Wer wird an Unruhen denken, wo das allgemeine Stimmrecht gegeben ist?“ — Aus der neuesten Uebersicht der Bank ersehen wir, daß der Staatsschatz in der letzten Woche wieder 3,274,000 Franken von den, zu seiner Verfügung gestellten, Geldern entnommen hat.

Spanien.

\# **Madrid**, 12. Nov. Die Kortes traten am 15. December zusammen. Die Königin wird sie in Person eröffnen. Goe und Valdegamas (Donoso Cortes) sind, Ersterer nach Wien, Letzterer nach Berlin zu Gesandten ernannt. Das Amtsblatt bringt heute die diesfälligen Ordonnanzen. Cabrera stand am 5. zu Cubells, von wo er einen Brief an die Union in Paris über seine Lage richtete. Der Finanzminister hat sich mit Erfolg bemüht, die 40 Millionen für die nächste Zinszahlung zusammen zu bekommen. Es ist gewiß, daß dieselben zur bestimmten Zeit vorräthig sein werden.

\# **Madrid**, 12. Nov. Das „Ayuntamiento“ unserer Stadt will der Regierung vorschlagen, Luxus-Equipagen mit einer kleinen Steuer zu belegen. — Der Brigadier Sanz, welcher die aufrührerischen Banden in der Provinz La Mancha zerstreute, ist zum Feldmarschall ernannt worden. — Die Post von Catalonien wird oft von den Carlisten aufgefangen. — Am 4. wurde die Malle von Tortosa nach Barcelona in Perello von 300 Aufrührern angehalten, welche in letzterer Stadt 1400 Realen erpreßten. — In Lerida wird Jeder zur Deportation verurtheilt, den man irgend für verdächtig hält (Clamor publico vom 12.). — Es sollen, wie es heißt, Unterhandlungen gepflogen werden, um mit England wieder auf den alten Fuß zu kommen.

Italien.

* Wir haben bereits gemeldet, daß der von der päbstlichen Regierung dem General Latour gegebene Befehl, sich nöthigenfalls mit Zuziehung von Schweizer-Compagnien dem Einfall Garibaldi's und seiner Schaaren zu widersetzen, in Bologna große Aufregung hervorbrachte. In einer Volksversammlung am 9. November wurde beschlossen, eine Abordnung an Latour zu schicken, und nöthigenfalls zu einer bewaffneten Demonstration zu schreiten. Latour erklärte, die Erfüllung jenes Verlangens hinge nicht von ihm ab, und ließ hierauf den großen Platz, so wie das Gemeindehaus mit Truppen besetzen. Am 12. durchzogen zahlreiche Patrouillen die Stadt, welche — wie der Korrespondent der Konkordia berichtet, gewissermaßen im Belagerungszustande war. Am 11. kam der Kriegsminister, General Zucchi dort an, und hielt Heerschau über die Truppen, am 12. soll dies mit der Bürgerwehr geschehen. Hoffentlich, heißt es in diesem Berichte wieder, wird er letztere mit Flinten versehen lassen, da sie sonst ihrer Bestimmung nicht entsprechen kann. Aus Ferrara 9. Nov. meldet die Konkordia vom 15. Adria und Kavarzese habe keine deutsche Besatzung mehr, so daß man von der Seite von Chioggia frei nach Venedig hin und her kommen könne. — In Turin kam in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 16. Nov. eine Petition vor, worin geklagt wird, in einem Palaste auf dem Platze Castello ständen zwei Haubitzen, welche eintretenden Falls gegen die Bürger gerichtet werden sollten. Es wurde bemerkt, dergleichen geschehe auch in Deutschland, und da man dieß Beispiel nicht gelten lassen wollte, auch in Paris. Auf die Bemerkung des Kriegsministers, es sei weder Pulver noch Kugeln darin, und sie wären vielleicht noch nie geladen gewesen, wurde die Petition an den Minister des Innern überwiesen. — Das neue gezwungene Anlehen ist von der Kammer am 13. Nov. angenommen; der Termin zur Einzahlung aber auf einen Monat hinausgesetzt worden. Die Mailänder Zeitung vom 12. Nov. enthält eine Proklamation des Generals Radetzky, vermöge deren Folgenden eine außerordentliche Abgabe auferlegt wird 1) den abgesetzten Mitgliedern der verschiedenen provisorischen Regierungen; 2) denen, welche an den verschiedenen Ausschüssen einen bedeutenden An-

Digitized by Google

theil nahmen nnd endlich 3) denen, welche sich an die Spitze der Revolution gestellt, oder moterirll und geistig thätig dazu beigetragen haben. Dee Betrag der Abgabe soll später ongegeben und ein Theil derselben zu Unterstützungen an Nothleidende verwandt werden. — Karl Bonoparte, Prinz von Canino, ist, wie es heißt, im Begriffe, eine brdeutende Summe zur Verfügung Garibaldi's zu stellen, damit die Legion (Freischaar) erhalten werde, welche beeselbe zum Kampfe für Itoliens Unabhängigkeit rüstet. (Genueser Zeitung oom 13. Nov.)

Mailand. Laut dem Tessiner Republikano hat Robetzky mit der Eintreibung der angekündigten Steuer begonnen. Auf 20 Familien allein sind 7 Mill. und 560,000 österr. Lire verlegt, Herzog Litto voran mit 800,000 Liren. Wir drnken, diese Angaben bedürfen noch der Bestätigung. (N. Z. Z.)

Schweiz.

) **Bern**, 17. Nov. Gestern vereinigten sich beide Räthe. Präsident Ochsenbein erklärt, die Wahlen in den Bundesrath und dos Bundesgericht sollten vorgenommen werden. Fazy erhebt Einsprache; die Tagesordnung sei nicht vorher festgestellt worden, im Ständera'h sei man der Meinung gewesen, es handle sich heute bloß um eine Besprechung. Tillier wünscht mit Rücksicht auf die zurückgesetzten eidgenössischen Brüder Verschiebung der Wahlen. Pfyffer dagegen warnt vor dem langrn Provisorium und will sogleich zue Wahl schreiten. Carteret protestirt gegen die Vornahme der Wahl, 3 Kantone seirn gar nicht in der Versammlung vertreten, man wolle die Sache überstürzen; er wenigstens verwahre sich oor solchen improvisirten Wahlen. Siegfrid erklärt, daß Vorberathungen stattgefunden hätten und die Kandidatenliste längst bekannt sei. Bei dee Abstimmung zeigt sich nur eine kleine Minderrheit für Verschiebung der Wahl. Die Versammlung beginnt somit die Wahloperation. 1. Mitglied des Bundesraths. 132 Stimmzettel werden ausgetheilt, absolutes Mehr 67. Gewählt wird Dr. Furrer mit 85 St. Ochsenbein erhält 36, Dr. Kern 2, Neuhaus 2 rc. Hr. Furrer findet sich sehr geehrt durch die Wahl. Familien- und Kantonalrücksichten bestimmen ihn aber, um Bebenkzeit zu bitten, bis die Bundesstadt bestimmt sei. Die Versammlung entspricht drm Wunsche. — 2. Mitglied. Ausgetheilte Stimmzettel 132. Absolutes Mehr 67. Es erhalten Ochsenbein 93, Neuhaus 12, Druey 12 rc. Herr Ochsenbein dankt; aber die Verpflichtungen gegen seinen Kanton verbieten idm jetzt schon die Wahl anzunehmen. Er bittet um Bedenkzeit bis nach Bestimmung des Bundessitzes. Man entspricht. — 3. Mitglied. Von 132 Stimmrn erhalten Herr Druey 76 St; die übrigen zersplittern sich auf 13 Kandidoten. — 4. Mitglied. Von 132 St. erhält Hr. Munzingee im 2. Skrutinium 71 St., Franscini 24, Dr. Steiger 17. — 5. Mitglied. Von 130 St. fallen im 1. Skrutinium auf Hrn. Frei-Herose 30, Franscini 30, Dr. Kern 24, De. Näff 21, Steiger 16. Dr. Kern bittet, ihn bei der weiteren Wahl nicht zu berücksichtigen, do er, um sich seinem Hrimathkonton nicht zu entziehrn, keine Beamtung annehmen werde. Erst im drittrn Skrutinium wird Hr. Franscini mit 68 St. erwählt. Hr. Frei-Herose hatte 53 St., Näff 10 St. — 6. Mitglied. Erst im 2. Wahlgang wird Hr. Frei-Herose mit 70 St. erwählt. Hr. Näff erhielt 52 St. — 7. Mitglied. Von 127 Sr. erhält im 1. Skrutinium Hr. Näff 74 St., Herr Steiger 28 St. rc. Unter sieben Mitgliedern die gewählt wurden, erklärte sich nur Herr Näff bereit, unbedingt dem Rufe des Vaterlandes zu folgen. — Nun wird zur Wahl des Bundespräsidenten geschritten und gleich im ersten Wahlgang Herr Dr. Furrer von Zürich mit 88 Stimmen von 131 gewählt, Ochsenbein erhielt 17, Druey 15, Näff 11. Die Stelle eines Vicepräsidenten wird mit 75 St. Heern Druey übertragen; Ochsenbein hatte 49. Die Wahl des Kanzlers fiel mit 121 St. von 124 ouf den bisherigen Hrn. Schieß. — Herr General Dufour hat seine Wahl im Wahldezirk Seeland angrnommen; somit hat Bern nun noch zwei Wahlen in den Nationalrath oozunehmen. —

) **Bern**, 17. Nov. In der heutigen Sitzung der vereinigten Räthe wird nach der Annahmserklärung des Bundeskanzlers Schieß ein Schreiben der Regierung oon Freiburg verlesen, worin sie gegrn die Kassation der Wahlen protestirt und einen Kompetenzstreit erhebt. Pittet entwickelt nun die Gründe, welche es notwendig machen, daß sich die gewählten Bundesmitglieder beförderlichst über die Annahme ihrer Wahl erklären möchten und zwae vor der Vertogung der beiden Räthe. Er stellt desholb die Ordnungsmotion, daß die Gewählten aufgefordert werden möchten, binnen 24 Stunden sich über die Annahme ihrer Wahl zu erklären und daß ferner die abwesenden Mitglieder durch eine ous beiden Räthen gewählte Kommission beeidigt werden möchten. Bemerkt wird hierbei von onderer Seite, daß einige der Gewählten die Annohme ihrer Wohl oon der Wahl des Bundessitzes abhängig gemacht hätten, daher oor Allem der Bundessitz gewählt werden solle. Siegfried hingegen will den Bundesräthen keinen solchen Zwang anthun, sondern diejenigen, welche hier anwesend sind, einloden lassen, provisorisch die Zügel der Bundesregierung zu ergreifen, ihnen freistellend, sich noch später übrr die Annahme der Wahl erklären und zurücktreten zu können. Tillier protestirt Angesichts der beiden Räthe gegrn eine provisorische Regieenng; er will die Gewählten dringend zu beförderlichee Erklärung einladen lassen. Funk theilt diese Ansicht und schildeet den üblen Eindeuck, den es im In- und Auslande machen müsse, daß nun deide Räthe bereits 14 Tage beisammen seien, und noch keine Regierung konstituirt sei, — nun wolle man gar auch noch eine provisorische Regierung. Er gibt zu bedenken, wie dringend eine beförderliche Uebernahme und Leitung der vorörtlichen Geschäfte in jeder Beziehung, besonders Angesichts der politischen Verwicklungen sei, und daß er daher den Vorort aller daherigrn Verantwortlichkeit der Folgen, welche aus einer Verzögerung entstehen könnten, hiermit feierlichst entlade. Fazo will den Gewählten einen Termin bis Montag zur Abgabe ihrer Erklärung festsetzen. Rüttimann unterstützt die Ansicht zu baldmöglichster Erledigung der Bundessitzfrage. Mit großer Mehrheit wird beschlossen, den Bundesroth zu seiner beförderlichen Konstituirung einzuladen. Ochsenbein verwahrt sich hierauf, als hätte er gestern nach seiner Wahl eine Drohung ousgesprochen, wenn Bern nicht Bundesstadt werde. Er habe nur die persönliche Ansicht geäußert, daß die Entscheidung dieser Frage von der höchsten Bedeutung für die Ruhe der Schweiz sei. Jetzt könne er sich noch nicht entscheiden; er müsse vorher noch Rücksprache mit seinen Kollegen nehmen; morgen solle es jedoch geschehen. — Nun folgen die Wahlen in das Bundesgericht. Gewählt werden: 1. Dr. Kern, welchee sich für Annahme erklärt und die Pflichten des Richteramtes treu zu erfüllen verspricht. 2. Dr. Pfyffer; 3. Dr. Rüttimann; 4. Migy; 5. Broß; 6. Zen-Ruffinen; 7. Favre; 8. Blumer; 9. Follo; 10. Dr. Karl Brenner; 11. Jauch. Zum Präsidenten des Bundesgerichts wird Dr. Kern, zum Vice-Präsidenten Dr. Pfyffee erwählt. Frei-Herose erklärt sich für die Annahme seiner Wahl in den Bundesrath. Die Protestation von Freiburg grgen die Kassation der Wahlen wird on eine ous beiden Räthen zu bezeichnende Fünfercommission überwiesen.

Basel. Der preußische Gesandte, Hr. v. Sydow, welcher seit den Errignissrn des letzten Winters srinen Aufenthalt hier genommen hatte, ist heute nach Been odgereist, wa er wahrscheinlich zufolge höherer Weisung bleiben wird. Die Konzlei bleibt vor der Hand noch hier. (Basl. Ztg.)

Tessin. Der Republikano betheuert, daß mit Ausnahme einigee wenigrn Flüchtlinge, die unfähig seien, die Waffrn zu trogen, alle italienischen Flüchtlinge den Kantan oerlassen haben.

Donaufürstenthümer.

Moldauische Gränze, 14. Oct. Der Handel in Galatz verspricht sich wieder etwas zu heben, da bereits an 200 Ladungsschiffe angelangt sind. Aber auch ohne die Ausfuhr würden die 60,000 Mann Russen und 25,000 Mann Türken, die sich zu Gästrn aufgedrungen, dir Speichrr so schnell leeren, daß oan Würmern nicht so leicht Schaden zu befürchten ist. Die russischen Trupprn mehrrn sich; seit einigrn Wochen kommrn allnächtliche Truppenzüge durch Jassy. So sind bereits sieben Batoillone durch Jassy nach Brrlat gezogen. Auch bei Leowa sind einige Regimenter Kavallrrie über den Pruth gegangen. Unsere schon lange ousgesprocheme Ansicht eines Einverständnisses dee Russen mit den Slawen und Seeben in Ungaen, selbst mit der österreichischen Donaste liegt zu Tage. Ein Heer russischee Agenten bearbeitet schon seit Jahren mit klingender Sprache diese Völker und unteewühlt ihre Eintracht. — Aus Buchorest vernimmt man, daß Omer Pascha das Militärobereommando, Fuad Effendi die politischen Geschöfte in der Walachei leiten. Es sollen wieder Conflicte zwischen türkischen und russischen Behörden eingetreten sein, da Fuad Effrnti gegen den Einmarsch russischer Trupprn Einsprache that. Die nortische Diplomatie scheint hier in ihrem

Digitized by Google

Elemente zu arbeiten, und sowohl Türken als Deutschland werden in der Folge erst einsehen, daß sie ihrem eigenen Vortheil durch ein so schmachvoll stillschweigendes Geschehenlassen in diesen Ländern verlorengehen ließen. — Iliadi, Colesco und Tell sollen sich nach der Türkei geflüchtet haben, d. h. sie wurden in der Türkei auf freien Fuß gesetzt. Dir jetzige Regierung in Bucharest soll sie auf Lebenszeit aus dem Lande verbannt haben. — Obwohl man von der Absetzung des Fürsten Michael genug spricht und schreibt, so möchte man doch sagen: le Prince s'amuse avec les Russes. Der Fürst macht die verschiedenartigsten Manöver, um die Moldauer zu überzeugen, daß er mächtige Stützen in St. Petersburg habe. — Aus Folschani kömmt uns die Nachricht zu, daß der Exfürst der Walachei, Bibesko, mit seinem Gefolge dort sich aufhalte. Er hegt die Hoffnung, wieder Fürst zu werden, doch das beleidigte russische Princip wird ihm nie verzeihen, daß er sich vom russischen Einfluß loszumachen gesucht hat, und dieß leuchtet dem moldauischen Satrapen Michael Stourdza sehr gut ein, so daß er Aussicht haben soll Fürst beider Provinzen zu werden. — Die Moldau und Walachei sind von russischer Seite militärisch besetzt, denn die Wachen der Polizei stehen unter russischem Commando. In der Walachei stehen die ausländischen Zeitungen unter Censur, welche Maßregel auch schon in Jassy eingeleitet ist. Seit einigen Tagen werden viele Polen, selbst kaiserlich österreichische Unterthanen, in Jassy verhaftet. Der größere Theil eneging den russischen Ketten durch die Flucht. Man schleppt sie nach Rußland! (A. Z.)

Amerika.

Die englischen Zeitungen enthalten eine gute Zahl neuere Nachrichten aus verschiedenen Gegenden Amerikas, von denen man hier die interessanteren zusammengestellt findet. In den Vereinigten Staaten nahm der Kampf um die Präsidentenwahl an Lebhaftigkeit immer noch zu, je näher der Tag der Wahl rückte. Gegenwärtig stehen nur noch zwei Kandidaten im Feld, General Caß, der Kandidat der Demokraten, der eifersüchtige Gegner Englands, dem er namentlich in der Oregonfrage hart zusetzte, und General Taylor, Kandidat der Whigs, aus dem mexikanischen Kriege her rühmlichst bekannt, dabei aber ein entschiedener Anhänger der Friedenspolitik. So sprach er sich eben erst gegen die Freiwilligen Ost-Felicianas in einer Rede aus, worin er die Befürchtung blicken ließ, daß der in Nordamerika anwachsende militärische Sinn und die zunehmende Sucht nach kriegerischen Abenteuern die Bevölkerung leicht dazu verleiten möchte, nachbarliches Gebiet mit Krieg zu überziehen, während es Nordamerikas Hauptaufgabe sei, alle seine Aufmerksamkeit auf Nutzbarmachung des eigenen Bodens, dessen es in reichem Maße besitze, wie auf Befestigung des Friedens und der Landeswohlfahrt zu verwenden und sich zugleich aller unnützen Einmischungen in die Angelegenheiten fremder Nationen zu enthalten. Nur dadurch könne der wahrhaft republikanische Geist in der Bevölkerung aufrecht erhalten werden. Ohio und Pennsylvanien werden bei der Präsidentenwahl den Ausschlag geben; entscheidet sich einer von beiden Staaten für Taylor, so möchte dessen Wahl als gesichert angesehen werden dürfen. Bis vor kurzem betrachtete man beide Staaten als dem General Caß günstig, in letzterer Zeit scheint aber das Whigthum Fortschritte gemacht zu haben, da sowohl Ohio als Pennsylvanien ihre Gouverneure aus den Reihen der Whigs gewählt haben.

Die Times nennt bereits den General Taylor den Cavaignac oder Wellington Nord-Amerikas. So stehen zwei für die Welt hochwichtige Präsidentenwahlen demnächst bevor, in Frankreich und in Nord-Amerika, und vielleicht wird das „Volk der Denker", das deutsche, mit nächstem auch wieder einmal daran denken, an die definitive Ernennung eines Oberhauptes für Deutschland denken zu wollen. Vielleicht auch eines militärischen? Cavaignac in Frankreich, Wellington in England, Narvaez in Spanien, Saldanha in Portugal, Czar Nicolaus in Rußland, Windisch-Grätz in Oesterreich, Wrangel in Preußen, nun noch Taylor oder Caß in Nordamerika, ungerechnet die Condottieri in den südamerikanischen sogenannten Republiken — überall Handegen, überall die Herrschaft des Säbels, in Republiken, so gut wie in konstitutionellen und absoluten Monarchien!

Ein Schreiben aus New-York im M. Chronicle sagt zum Schluß: „Wenn das Volk und der Teufel gemeinsame Sache machen und General Caß zum Präsidenten erheben, so glaube ich innere Verwirrung und europäischen Krieg, — was Gott verhüten möge — als gewiß betrachten zu dürfen." Derselbe Korrespondent räth, zum Vicepräsidenten den demokratischen General Butler zu wählen, einen vortrefflichen, aus dem mexikanischen Kriege wohlbekannten, volksthümlichen Mann. Von den Whigs ist Millard Fillmore zum Kandidaten der Vicepräsidentschaft aufgestellt.

In Mexiko die alte traurige Wirthschaft. Der Kongreß ist von der Regierung offiziell benachrichtigt worden, daß die 3 Millionen nordamerikanische Entschädigungsgelder bereits verausgabt sind; dazu die Intriguen Santa Anna's, der auf eine neue Schilderhebung sinnt, um sich abermals zum Präsidenten von Mexiko zu machen, Abtrünnigkeit unter dem Militär zu Gunsten St. Anna's, wie denn Zurbide und andere Offizier bereits ins Gefängniß wandern mußten, ferner eine bedenkliche Bewegung in der Sierra Madre, eine andere in Tampico, welches sich gegen die Regierung offen erklärt, die mexikanische Besatzung hinausgeschlagen und sich für die Annexation an die nordamerikanischen Freistaaten ausgesprochen hat, eine dritte in Vera Cruz, wo man sich gegen das Tabakmonopol der Regierung erhebt, endlich verwüstende Raub- und Mordzüge der Indianer, die mehrfach in San Luis, Zacatecas, Durango und Saltillo eingebrochen sind und den Weißen in der Nähe von Tampico eine Schlappe beibrachten. Auch in Yukatan (Campeche) war der Krieg mit den Rothhäuten noch keineswegs zu Ende; sie hatten im Gegentheile die Garnison von Parcaba, wahrscheinlich durch Ueberfall, zum Rückzug nach Soluta gezwungen und bei dieser Gelegenheit 200 mexikanische Soldaten niedergemetzelt. Die Regierung hatte von Merida aus Verstärkungen in die bedrohten Gegenden entsendet. Dem „Charlestown Courier" zufolge wäre St. Anna bereits in Vera Cruz angekommen. Dieser allerdings etwas abenteuerliche und unruhige Mann scheint doch der Einzige zu sein, der Mexiko zu regieren vermöchte. Die meisten übrigen Notabilitäten, hierunter der gegenwärtige Präsident Aranda, sind bloße Mittelmäßigkeiten.

Auf Hayti war für den Augenblick Alles ruhig. Präsident Soulouque lag aber gefährlich krank darnieder. Man hält ihn für vergiftet.

In Guatemala hatte die Anarchie eine furchtbare Höhe erreicht. Innerhalb der Hauptstadt hat alle Obrigkeit und Ordnung aufgehört, während sie rings von Insurgentenhaufen unter Anführung eines gewissen Serapio Cruz umschwärmt wird. Die Insurgenten verlangten dreitägige Plünderung der Stadt oder 100,000 Dollars, und obschon sich die Stadt zur Zahlung von 50,000 Dollars willig zeigte, bestanden die Insurgenten, welche sich selbst „Liberale" zu nennen belieben, auf ihrer ersten Forderung. (Guatemala scheint sich hiernach bereits in jenem Zustand idealer Unordnung zu befinden, dem, wenn es gewissen Köpfen nachginge, auch das durch Polizei und Censur zur politischen Unreife erzogene Deutschland entgegengeführt werden würde.)

In Brasilien hatte der amerikanische Geschäftsträger, Hr. Tod, gewisse Geldforderungen mehrerer amerikanischer Bürger geltend gemacht, ohne daß sich bis jetzt die Regierung zum Zahlen der schuldigen Summe verstanden hätte. — Die Provinz Pernambuko schien am Vorabende einer Revolution zu stehen. Das Feldgeschrei heißt: Tod den Fremden! und richtet sich gegen die Portugiesen.

* La Guayra im September. Zufolge uns gütigst mitgetheilten Handelsbriefen befindet sich Venezuela noch immer in einem gänzlich anarchischen Zustande. Paez's Anhänger haben von den Regierungstruppen in Coro wieder einmal eine starke Schlappe erhalten, von der sie sich so leicht nicht werden erholen können. Er selbst liegt in Coro krank darnieder und vor der Hand ist's mit den Oligarchen vorbei; ja sie thäten am besten, sich der jetzigen Regierung zu unterwerfen, um durch Geltendmachung ihres moralischen Gewichts, ihrer Intelligenz und Reichthümer allmälig die Macht wieder zu erlangen, welche sie im Felde verloren haben. Guzmann wird ohne Zweifel zum Vicepräsidenten erwählt werden, da er nicht nur auf dem Lande die meisten Stimmen für sich hat, sondern auch die Kammern reichlich mit Leuten seines Gelichters gefüllt sind. Zwischen den beiden Flotten ist es zu keinem Zusammentreffen gekommen, nachdem sie eine Zeitlang mit einander geliebäugelt, ging die Regierungsflotte nach Cumana und die Paezisten nach Coro. In letzter Provinz versuchten dieselben wieder eine Landung, scheinen aber neuerdings eine Nieder-

Uebersicht.

Der Preußische Staats-Anzeiger.

Deutschland Frankfurt (Erlaß des Reichsverwesers an das deutsche Volk. Angelegenheiten.) Wien (Becker und Jansenna verhaftet. Nachrichten aus Ungarn. Neueste Nachrichten.) Berlin (Tagesereignisse. Truppen nach Schlesien. Angeblicher Conflikt mit Rußland. Die preuß. Richter für und gegen die Krone.) Köln (Der Stadtrath. Widerspenstigkeit der Landwehr. Steuerverweigerung in Aachen, Coblenz und Bonn.) Mannheim (Niederschmettert.)

Frankreich. Paris (Cavaignac hat Windischgrätz nicht gratulirt. Die Finanzen. Das Verfassungsfest. Die Geistlichkeit für Cavaignac. Ludwig Napoleon. Der Herzog von Bordeaux. Die Eisenbahnen. Sitzung der N. V. Die Socialisten und Ultrarevolutionäre in schwerem Kampfe. Die Anhänger Napoleons nun ihre Sicherheit besorgt.)

Italien. (Sicilien droht sich als Republik zu erklären. Nachträgliche Berichte über den Aufstand in Bologna. Das toskanische Ministerium. Garibaldi und Carl Bonaparte.

Frankfurter Börsenbericht (Vom 22. November.)

---

22. November.

Während in Berlin die öffentlichen Blätter entweder verboten sind, oder ihre Meinung nur halb sagen dürfen, enthält der Staatsanzeiger Aufsätze, in welchen die Schritte der Regierung gerechtfertigt werden. Der erste Artikel der heutigen Nummer beginnt folgendermaßen: „Berlin, 19. Nov. Es haben sich manche nicht unbeachtet zu lassende Stimmen erhoben und behauptet, die Staatsregierung habe, weil durch den in Berlin eingeführten Belagerungszustand das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 24. Septembee 1848 theilweis suspendirt worden sei, die Verpflichtung, die National-Versammlung auf einen früheren Termin als den für sie ihren Wiederzusammentritt festgesetzten 27sten d. M. einzuberufen. Es mag unerörtert bleiben, inwiefern der §. 8 des angezogenen Gesetzes auf den Fall eines Belagerungszustandes überhaupt Anwendung findet, da desselben in diese Gesetzesstelle keine ausdrückliche Erwähnung geschehen ist. Was den vorliegenden Fall anbetrifft, so scheint eine Suspendirung der Bestimmung der sogenannten Habeas-Corpus-Akte überhaupt nicht und auch rücksichtlich der §§. 1 und 6 derselben nicht beabsichtigt gewesen zu sein; denn die von dem General von Wrangel veröffentlichten Bedingungen des Belagerungszustandes enthalten hierüber nichts."— Also die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes sind nicht suspendirt, weil der General von Wrangel über eine Suspension nichts bekannt gemacht hat. Jene Bestimmungen werden aber, nach allen täglich einlaufenden Nachrichten, häufig nicht beobachtet, also jedenfalls thatsächlich suspendirt. Im Verfolg heißt es sodann, die angeordneten Haussuchungen wären keine Haussuchungen sondern — Executionen! Doch genug, um zu beweisen, was man schon weiß, welch eitles Spiel die Macht mit Worten treiben kann. Weit schmeichelnder noch wird jeder Freund des Vaterlandes durch den folgenden Artikel bewegt werden:

„Berlin, 19. Nov. Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat durch ihren Beschluß vom 14. d. das Recht der preußischen Krone anerkannt, die Verlegung der vereinbarenden Versammlung nach Brandenburg unter den obwaltenden Umständen zu beschließen und nach Ermessen derselben andauern zu lassen. Sie hat diesen Ausspruch mit einer kategorischen Hindeutung auf das gegenwärtige Staatsministerium verbunden, das alsbald durch ein anderes ersetzt werden solle, „welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigungen der Volksfreiheit zu beseitigen geeignet ist." Wir glauben aber hier, daß auch die Mitglieder des Staatsministeriums das vielgebrauchte Nelson'sche Wort auf sich anwenden und sich zurufen lassen können: „Das Vaterland erwartet, daß Jeder von Euch seine Schuldigkeit thue!" Diese Schuldigkeit besteht aber in der bewußten und unerschütterlichen Durchführung einer Aufgabe, bei der es sich um Existenz und Ehre eines ganzen Staats und um Aufrechterhaltung seiner alten historischen Größe und Würde handelt, und in deren Vollbringung Wohlgefallen oder Schmähungen einzelner politischer Fraktionen nicht maßgebend werden dürfen." ꝛc.

Ist es möglich? Die Schuldigkeit der preußischen Minister sollte es sein, den Beschluß der deutschen Reichsversammlung für nichts zu achten? Mit andern Worten, die einzige rettende Hand wegzustoßen, welche sich Preußen darbietet? Denn wer es nicht die deutsche Reichsversammlung, nach welcher bei dem unseligen in Preußen zwischen Krone und Volksvertretung ausgebrochenem Streite Aller Augen wie nach dem letzten Retter aussahen? Wurde diese Versammlung nicht von Tausenden und aber Tausenden in Preußen und rings im Vaterlande angerufen, die Vermittelung zwischen den Parteien herbeizuführen? Erfüllte sie nicht eine dringend gebotene Pflicht, indem sie diese Vermittelung übernahm, um einem Bürgerkriege vorzubeugen, welcher das Werk, weßhalb sie selbst zusammengekommen, Deutschlands Einheit, vernichten würde? Alle Stimmen vereinigten sich, daß, wer von beiden Theilen die schiedsrichterliche Entscheidung der Reichsgewalt verwerfe, am Vaterland frevele. „Beide, so eilt noch in seinem letzten Blatte das angesehenste und verbreitetste Organ der öffentlichen Meinung in Preußen aus, beide, die Beel. Verf. und die Krone müssen sich dem schiedsrichterlichen Urtheile der Centralgewalt unterwerfen." Der pr. Staatsanzeiger selbst legte großes Gewicht auf die Entscheidung in Frankfurt und zergliederte die vorliegenden Anträge im Voraus. Und wahrlich, die Versammlung durfte bei ihrem Beschlusse vom 14. November auf Anerkennung von beiden Parteien rechnen. Sie mischte sich nicht in den Streit, sie nahm beide Theile bei der Hand und führte sie vor den Altar des Vaterlandes, um dort sich zu versöhnen. Und dennoch sollte die Versöhnung von derjenigen Partei zurückgewiesen sein, bei welcher die größere Mäßigung vorausgesetzt werden durfte? „Es kann nicht sein! Kann nicht sein! Kann nicht sein!" Jener Aufsatz steht nicht im amtlichen Theile des preußischen Staatsanzeigers. Er kann nicht von der Regierung herrühren. Er ist gewiß nur eine Stylübung des Herrn von Florencourt. Schon der Ton verräth, daß die Regierung sich nicht darum gekümmert hat. Sie würde nicht zugegeben haben, daß von den Worten der Reichsversammlung so geringfügig gesprochen wird als von „Tagesstichwörtern und weltbauschigen Kategorien."

Wir vertrauen, daß der Beschluß der Reichsversammlung vom 20. Nov. die preuß. Regierung noch mehr überzeugen wird, auf eine wie wohlthätige Weise die Reichsgewalt von dem ihr nach §. 2 des Gesetzes vom 28. Juni zustehenden Rechte der Oberaufsicht in diesem Falle Gebrauch macht. Nicht blos der größte Theil von Preußen, sondern fast ganz Deutschland hat für die preußische Volksvertretung gegen die Krone Partei ergriffen. Die Volksvertretungen haben der Krone Unrecht gegeben. In der ganzen deutschen Presse ist kaum noch ein anderes Blatt zu finden, welches, wie wir, wenigstens das formelle Recht der Krone nicht in Frage gestellt. Die Volksstimme hat gegen die preußische Regierung entschieden. Aber die deutsche Reichsversammlung, obgleich sie keine andere Macht besitzt, als die Sympathien des Volkes, hat in hoher Unparteilichkeit den Muth gehabt, das Recht der Krone unangetastet zu lassen, und den Uebergriffen der preußischen Volksvertretung entgegenzutreten. Und jetzt sollte die preußische Regierung es sein, welche die gebotene Gelegenheit, mit Ehren nachgeben zu können, verschmähen wollte?

Wenn nicht die Stimme der Reichsversammlung, so müßte doch der immer lauter erschallende Ruf des eigenen Landes jene Minister bewegen, zurückzukehren. Die aufgähnende Kluft kann sich nur noch schließen, wenn sie, dem Römer gleich, sich hineinstürzen. Sie versichern, sie wollten sogleich zurücktreten, sobald sie die Ordnung wieder hergestellt hätten. Aber mit jeder Stunde, welche sie im Amte bleiben, mehrt sich in Preußen, in Deutschland nicht die Ordnung, sondern die Unordnung.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Nov. Der Reichsverweser hat folgenden Aufruf an das deutsche Volk erlassen:

Deutsche! In ernster Stunde für unser Vaterland spreche ich zu Euch; höret meine Worte mit Vertrauen!

Eine beklagenswerthe Spaltung ist eingetreten zwischen der Krone und den Volksvertretern Preußens. In weiten Kreisen hat das deutsche Volk Partei genommen in diesem Streite; es hat es gethan in ruhiger und gesetzmäßiger Haltung. Aber auch die Stimme der Leidenschaft ertönt, und sie entzündet arge Leidenschaft. Ein Theil der Preußischen Volksvertreter hat beschlossen, daß die Erhebung der Steuern einzustellen sei. Die Bande des Staatslebens sind dadurch gelockert, die bürgerliche Gesellschaft ist tief erschüttert, Preußen und mit ihm ganz Deutschland stehen auf der Schwelle des Bürgerkrieges.

Preußen! Die zu Frankfurt versammelten Vertreter des deutschen Volks haben in so verhängnißvollem Augenblicke das ausgleichende Wort des Friedens gesprochen. Die Reichsversammlung hat verlangt, daß Preußens König sich mit Männern umgebe, welche das Vertrauen des Landes ge-

Digitized by Google

nießen. Sie hat die Euch gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten feierlich verbürgt; sie hat Euch gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung derselben ihren Schutz zugesagt. Sie hat aber zugleich den auf die Einstellung der Steuererhebung gerichteten Beschluß der Preußischen Volksvertretung für nichtig erklärt.

Preußen! Die Reichsversammlung zu Frankfurt vertritt die Gesammtheit der deutschen Nation, ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz für Alle!

Deutsche! In vollster Uebereinstimmung mit der Reichsversammlung werde ich handeln. Ich werde die Vollziehung jenes Beschlusses nicht dulden, welcher durch Einstellung der Steuererhebung in Preußen die Wohlfahrt von ganz Deutschland gefährdet. Ich werde aber auch die Bürgschaft der Rechte und Freiheiten des Preußischen Volkes zur Geltung bringen; sie sollen ihm unverkümmert bleiben wie allen unseren deutschen Brüdern.

Ich rechne auf Euch, Preußen; Ihr werdet mir beistehen; Ihr werdet jede Ungesetzlichkeit, jede Gewaltthat meiden und Euch der Freiheit werth zeigen. Haltet den Frieden, ich werde ihn wahren.

Deutsche! Auf Euch Alle rechne ich. Steht Ihr zu mir, wie ich zu Euch stehe! Das längst ersehnte Ziel, nach dem wir streben, ist näher gerückt, bald wird das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und unser schönes Vaterland wird in Einheit und Freiheit groß und mächtig sein!

Frankfurt a. M., den 21. November 1848.

Der Reichsverweser:

Erzherzog Johann.

Die Reichsminister:

Schmerling. Peucker. Duckwitz. Beckerath. A. Mohl.

× **Frankfurt**, 22. Nov. Dem Vernehmen nach wird sich in diesen Tagen der Fürst v. Hohenlohe im Auftrage des Reichsministeriums nach Rom begeben, um Seiner Heiligkeit den rechtlichen Bestand der Centralgewalt zu hinterbringen. — Ob der neulich angebotene Rücktritt des Herrn Bassermann vom Reichsverweser angenommen ist, darüber verlautet noch nichts. — Gestern Abend waren einmal wieder an den Thoren die Wachen verdoppelt, im Publikum fürchtet man, aus welchem Grunde ist nicht klar, eine Erneuerung der Unruhen. Dr. Rauschenplatt, der jetzt im Ministerium des Innern angestellt ist, weiß in dieser Beziehung dasselbe sehr genau auf dem Laufenden zu erhalten.

Wien, 16. Nov. Der Allg. Ztg. wird geschrieben: Der Dr. Becher, Redakteur des berüchtigten „Radikalen", befindet sich erst seit ein paar Tagen — und nicht, wie es bereits früher hieß, — in Haft. Seine Aussagen sollen über viele nichtige Umstände Licht verbreiten. Er befand sich die ganze Zeit über sehr gut verborgen, wurde aber durch ein Frauenzimmer entdeckt. — An der heutigen Börse erzählte man, daß man nun auch des Dr. Taufenau habhaft sei. Man soll ihn in Göding (an der ungarischen Grenze) festgenommen haben. Der Aufbruch des hiesigen Armeekorps nach Ungarn ist noch immer nicht bestimmt; man erwartet aber den Befehl hierzu nun täglich. Die Vorposten des bei Bruck an der Leytha stehenden Korps sind bereits bis Wolfsthal, nahe von Preßburg, vorgeschoben. Gestern hieß es gerüchtweise, Preßburg sei eingenommen oder habe sich freiwillig ergeben, was hat sich das Gerücht nicht bestätigt. — In Agram ist man einer Kossuth'schen Konspiration auf die Spur gekommen, hat sie aber im Keime erstickt, nachdem die Haupträdelsführer der Magyaren gefangen genommen wurden.

Wien, 17. Nov. Den neuesten Nachrichten aus Ollmütz zufolge hat Bach das Justizministerium nun doch angenommen. — Man spricht von Unterhandlungen, welche in Ollmütz anzuknüpfen von ungarischer Seite versucht worden, und nennt den Minister Messaros als bestimmt, dieselben einzuleiten. — Ein Tagesbefehl des Fürsten Windischgrätz warnt vor den Emissären, welche noch immer versuchen, die Truppen von ihrer Treue abwendig zu machen. Die Ergreifung Taufenau's als ungarischen Emissärs wird noch bezweifelt. Dagegen ist die Bechers gewiß. Längs der ungarischen Grenze sind auf zwei Meilen die Kommunikationsmittel für Wagen und selbst Viehtrieb durch Zerstörung der Straßen und Brücken so unpraktikabel gemacht worden, daß selbst Fußreisende sich der Umwege bedienen müssen. — Es wird jetzt weder in allen 5 Theatern Wiens gespielt; das Repertoir des Burgtheaters erscheint jedoch sehr eingeschränkt. Isellacic befindet sich noch hier. (Stenogr. Corresp.)

LC **Berlin**, 19. Nov. Wir haben schon berichtet, daß das Kammergericht die Wrangel'sche Proclamirung des Kriegszustandes für ungesetzmäßig erklärt, und daß auch das Auditoriat sich geweigert hat, gegen Civilpersonen kriegsrechtlich zu verfahren. Vorzugsweise hat sich in dieser Beziehung der Vorsitzende des Kriegsgerichts, Geheimer Rath Salbach, energisch ausgesprochen. Zur Beseitigung dieser Bedenken hat General Wrangel eine von sämmtlichen Ministern kontrasignirte Kabinetsordre extrahirt, in welcher General Wrangel ermächtigt wird, „kriegsgerichtliche Erkenntnisse, selbst wenn sie auf den Tod lauten, statt des Königs zu bestätigen und vollstrecken zu lassen." Die Auditeure haben sich indeß hierdurch nicht bewegen lassen, von ihrer ausgesprochenen Erklärung abzugehen. (Der Bericht, welchen die Neue Preußische Zeitung über die Unterredung des Hrn. Bassermann mit Hrn. v. Kirchmann veröffentlicht hat, wird von der lithographischen Correspondenz mit den heftigsten Worten für verfälscht erklärt. Sie gibt aber nicht an, auf welche Weise. Sie theilt mit, er sei in lithographirten Abdrücken unter die Soldaten der hiesigen Garnison vertheilt worden.) Diese Lithographie, die unmittelbar aus der Kanzlei des Ministeriums des Innern hervorgegangen ist, hat folgenden Zusatz: „Dies zur Kenntniß aller Treuen, damit sie wissen, was sie von den Beschlüssen der sogen. National-Versammlung (Klub-Unruh) zu halten haben. Es lebe der König!"

Herr Milde hat bereits am 16. d. M. dem Staatsministerium die Erklärung zugehen lassen, daß er, sobald der Präsident der Nationalversammlung ihn berufen werde, in diese einzutreten entschlossen sei. — Auch von den ausgeschiedenen Abgeordneten ist eine energische Verwahrung gegen das Projekt einer Verfassungs-Octroyirung eingelegt worden. — (Diese Angabe wird durch die parlamentarische Korrespondenz bestätigt). — Hr. Rintelen, früher Abgeordneter für den Kreis Meschede im Westphalen, ein Mann, der sich dazu hat mißbrauchen lassen, als juristische Figur in ein Kabinet einzutreten, gegen welches er als Mitglied der Deputation der Nationalversammlung den Protest dem Könige selbst hat überreichen helfen, hat nachträglich ein Mißtrauensvotum der sämmtlichen Wahlmänner von Meschede (mit Ausnahme eines einzigen, der die Unterschrift verweigerte) erhalten. Diese Kundgebung aus einer Provinz, welche mehr als irgend eine in Treue gegen das Königshaus stets ihren Ruhm gesucht hat, spricht deutlich für die Stimmung des Landes. Ruge befindet sich gegenwärtig in Leipzig. Der frankfurter Abgeordnete Simon von Trier befindet sich hier, um in die hiesige Nationalversammlung, für die er gleichfalls gewählt ist, einzutreten. Rösler von Oels ist hier durchgereist. Während der verflossenen Nacht sind 25 Kompagnien der hiesigen Truppen ausgerückt, wie es heißt, um nach Schlesien zu marschiren. Wir haben gestern eines Traktats erwähnt, welcher in Verfolg des Memorees vom 7. Sept. von der diesseitigen Regierung abgeschlossen ist. Trotz der Versicherung des Staatsanzeigers wiederholen wir, daß jene von der „deutschen Reform" ihrem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilte Denkschrift allerdings ebenso wie der Traktat existirt. Wir fügen noch aus zuverlässiger Quelle hinzu, daß die Abberufung des preußischen Generalkonsuls für die Donaufürstenthümer, Freiherrn von Richthofen, welche gerade zu einer Zeit erfolgte, wo die Okkupation jener Länder durch russische Truppen die Wahrnehmung der diesseitigen Handelsinteressen durch einen energischen Vertreter dringender als je erforderte, mit jenem Vertrage im engsten Zusammenhange steht.

In den Parteiversammlungen ist von der Linken der Nat. Vers. folgende Proclamation beschlossen worden, die die einzelnen Abgeordneten nach ihren Wahlkreisen senden:

„Preußen! Die Nat.-Vers. hat gegen die ungesetzlichen Gewaltmaßregeln des Ministers Brandenburg an das preußische Volk appellirt und Millionen haben geantwortet. Mit einstimmigem Jubel hat man unsere Beschlüsse für die Ehre und Freiheit des Vaterlandes anerkannt. Auch die Krone hat die Volksstimme aufgefordert, sich zu erheben. Es ist geschehen und man sperrt den König ab vom Volke! „Man könne nicht zugeben," hat der Minister Brandenburg die Stirne öffentlich zu sagen, „daß das Gefühl des Königs weich gemacht werde!" Eure Adressen werden nicht überreicht, Eure Deputationen nicht vorgelassen. **Der König ist nicht mehr frei**, von einer verbrecherischen Schaar bewacht, die ihm die Erhebung des ganzen Landes geflissentlich verbirgt, um Thron und Vaterland ihren hochverrätherischen Plänen zum Opfer zu bringen. Der Sitzungssaal, die Bureaux der Nationalversammlung sind zu Wachtstuben geworden, unser Archiv, die wichtigsten Dokumente, darunter über 12000 Petitionen aus allen Theilen des Landes werden von den Soldaten, den verblendeten Söhnen des Vaterlandes, zerrissen, umhergeworfen; man hat die Herausgabe dieser Papiere unserem Präsidenten wiederholt verweigert. Was sind diesen Menschen die Wünsche, die Rechte und Freiheiten von sechzehn Millionen Preußen! Und wie man Eure Petitionen mit

Digitized by Google

Füßen tritt, so bringt man mit Bajonetten in die Berathungen Eurer Vertreter, bricht ohne Scheu die vom Könige selbst publicirten Gesetze über den Schutz der persönlichen Freiheit, das Hausrecht, und verhängt Belagerungszustand und Standrecht, wo die geheiligten Personen der Abgeordneten tagen. Ein Treubruch, so scheußlich und offenbar, wie ihn die deutsche Geschichte nicht kennt! Lügen, Verdrehungen aller Art, gehen in amtlichen Erlassen in das Land, die Zeitungen werden gezwungen, ihnen ihre Spalten zu öffnen, während man die Stimme der Wahrheit in der Presse mit drohender Gewalt erstickt. Aber es hat ihnen nicht geholfen! Die Nationalversammlung harrt muthig aus, und die Plätze der Deputirten, welche pflichtwidrig und feig ihren Posten verlassen haben, füllen sich von Tag zu Tag, indem die Stellvertreter von selbst herbeieilen, um an der Ehre und an der Gefahr dieser Tage Theil zu nehmen. Wenn die über uns verhängte rohe Gewalt auch eine kostbare Zeit von Tagen und Wochen raubt, welche bei unseren dringenden Arbeiten zum Wohle des Volkes hätten verwendet werden können; so hat man uns doch nicht abzuhalten vermocht, den Kampf gegen die brutale Gewalt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Die Anklage des Ministeriums wegen Hochverraths ist eingeleitet und demselben die Verwendung der Staatsgelder und die Erhebung der Steuern durch einstimmigen Beschluß vom 15. Nov. untersagt. So haben wir das letzte parlamentarische Mittel erschöpft. An dem Volke ist es, unsere Beschlüsse auszuführen.

Berlin, den 18. November 1848."

PC **Berlin**, 19. Nov. — Von den vielfach eingehenden Adressen, welche das Recht der Krone in dem jetzigen Konflikt anerkennen, werden wir immer nur die bedeutendsten hervorheben. In Danzig lehnte die Stadtverordnetenversammlung am 15. d. M. den Antrag auf Zustimmungserklärung zu den Beschlüssen des forttagenden Theils der Nationalversammlung mit 45 gegen 5 Stimmen ab. Gleiche Gesinnung spricht sich in einer Adresse der dortigen Kaufmannschaft an den König aus, die bereits über 1000 Unterschriften erhalten hat. — Von der Arnsberger Bürgerschaft und zugleich von allen dortigen Richtern und Rechtsanwälten ist eine sehr entschiedene Zustimmungsadresse an den König eingegangen. Wenn nun ein Richterkollegium in Posen sich wie bekannt, im entgegengesetzten Sinne ausgesprochen hat, drängt sich da nicht die Frage auf, wo ist das Recht, wo ist die Wahrheit?! Nur Vertrauen und Mäßigung auf beiden Seiten kann den Konflikt lösen. —

** **Köln**, 20. Nov. Die Sachen drängen auch hier zu einer Entscheidung. Wenn auch der Stadtrath die von einer Deputation des Eiser'schen Saals ausdrücklich beantragte Steuerverweigerung von der Hand gewiesen und sogar mit einer freilich sehr schüchternen Hinweisung auf die bestehenden Gesetze beantwortet hat, so nimmt die Steuer-Verweigerung doch namentlich auf dem Lande, wo zahlreiche Emissäre der demokratischen Vereine umherziehen, und die Bauern nichts mehr und nichts weniger als völlige Steuerfreiheit für alle Zukunft träumen, in beunruhigendem Maße überhand, und vielleicht ist der betreffende Entschluß unseres Stadtraths, der in der letzten Zeit augenscheinlich von äußeren Einflüssen nicht frei ist, nur der bestimmten Erklärung des Festungs-Commandanten zu danken, daß er in anderm Fall die Stadt sofort in Belagerungszustand versetzen werde. Man kann ferner lächeln, wenn die Neue Rheinische Zeitung den Oberpräsidenten der Provinz, weil derselbe die Beamten ermahnt ihre Pflicht zu thun, für einen Hochverräther erklärt, und seine Absetzung decretirt; man kann lächeln, wenn der Kreisausschuß der demokratischen Vereine in formeller Weise die Steuerverweigerung zur Pflicht macht und an Stelle aller Behörden, die sich nicht unbedingt für die Nationalversammlung erklären, die Einsetzung von Sicherheitsausschüssen anordnet, aber es ist eine ernste Sache, wenn die Landwehr, wie sie es gestern hier gethan, nachdem ihr Commandeur auf die Anfrage einer Deputation, ob er zu der Krone oder der Nationalversammlung stehe, die Antwort gegeben, daß er dem Könige Treue geschworen habe und sie halten werde, wenn die Landwehr diesem Commandeur darauf den Gehorsam aufkündigt und sich auf eigene Faust eigene Führer wählt. Eben so ernst haben sich die Vorgänge beim Abmarsch der Garde-Rekruten nach Berlin gestaltet. Von hier zogen sie gestern Morgen, vielleicht nur, weil ein starker Regen das Publikum zu Hause hielt, ungehindert ab. Sie blieben indeß gestern in Mülheim, der nächsten Station von hier, um heute mit der Eisenbahn weiter befördert zu werden, und gestern Abend begab sich eine Anzahl der hiesigen Demokraten dahin, um sie von ihrer Pflicht abwendig zu machen. Theilweise soll das wirklich gelungen und ein, wenn auch nur kleiner Theil veranlaßt worden sein, wieder umzukehren. Es wurde indeß sofort Meldung hierher gemacht und heute Morgen um 5 Uhr saßen unsere Uhlanen auf: Mülheim wurde von ihnen cernirt und sämmtliche noch anwesende Rekruten unter Bedeckung in die Waggons gebracht.

* Auch in andern Städten der Rheinprovinz herrscht eine bedeutende Aufregung. In Aachen macht der Oberbürgermeister und die Gemeindeverordneten bekannt, daß sie für ihre Pflicht erachtet, eine, die ungestörte Fortdauer der Ruhe sichernde Vermittelung dadurch zu Stande zu bringen, daß vorläufig Jeder, welcher beim Einbringen mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände Anstand nimmt, die gewöhnlichen Steuern sofort zu bezahlen, befugt sein soll, deren Entrichtung einstweilen zu verschieben, wogegen aber durch die Steuerbeamten nach vorheriger Revision von den eingebrachten Gegenständen und den Namen der Eigenthümer Notiz genommen wird. Da jedoch hierbei jedenfalls die spätere Nachzahlung vorbehalten bleibt, so werden selbstredend diejenigen Gewerbtreibenden, welche mit derartigen Gegenständen handeln, zu Preisverminderungen, die nur bei einem gänzlichen Steuer-Erlasse möglich wären, außer Stande sein.

In Koblenz (wo doch eine bedeutende Besatzung) ist das Nämliche geschehen. In Bonn kam es nach einem Tumulte zu der nämlichen Maßregel. In Wesel hat der Gemeinderath eine Zustimmungsadresse an die Nationalversammlung zu Berlin und an den von hier gebürtigen Vicepräsidenten Plönnis beschlossen, außerdem eine Aufforderung an den Gemeinderath zu Köln, eine Versammlung von Abgeordneten sämmtlicher Stadt- und Landgemeinden der Provinz nach Köln zu berufen, um sich über gemeinschaftliches Handeln zu verständigen. In Düsseldorf verlangen die Demokraten gar eine provisorische Regierung.

C. **Mannheim**, 21. Nov. Ich muß Ihnen berichtigend mittheilen, daß die Versammlung im Aulasaale nicht verboten war bei R. Blum's Todtenfeier. Sie war so wenig besucht, daß es mir unmöglich war, etwas Näheres von den dortigen Verhandlungen zu hören. Jedenfalls wird auch hier eine Kollekte für R. Blum's Familie veranstaltet werden. — Vom 1. Dezember d. J. wird bei unserem Militär eine Altersklasse (die bis 1. April 1849 ausgedient hat) beurlaubt. Auch Schulmeisterskandidaten und Leute, welche zu Hause dringend nöthig sind, sollen berücksichtigt werden. — An der Spitze der jenseits des Rheins sich sammelnden Freischaaren soll der frühere Abgeordnete Rindeschwender stehen, welcher aus politischen Gründen vor nicht gar langer Zeit sich flüchten mußte. Keinenfalls geschieht ein Einfall, so lange noch Militär im Oberlande ist, weßhalb die Regierung beschlossen haben soll, die Grenzen beständig besetzt zu halten.

Frankreich.

* **Paris**, 19. Nov. Die von mehreren deutschen Blättern gegebene Nachricht, General Cavaignac habe ein Glückwunschschreiben an den Fürsten Windisch-Grätz erlassen, wird von dem heutigen Moniteur für eine Verläumdung erklärt, welche einer Widerlegung kaum bedürfe. Dasselbe Blatt enthält einen Artikel, welcher, im Gegensatze zu einer vom Journal des Débats angestellten Berechnung, behauptet, am 31. Dez. d. J. werde der Staatsschatz einen Ueberschuß von 30 Millionen haben und die Ausgaben des künftigen Jahres wären durch die 180 Millionen an außerordentlichen Hülfsquellen, welche dem Staate zugewiesen worden, hinlänglich gedeckt. — Unsere Stadt feiert heute das Verfassungsfest. Der ungeheure Saal des Stadthauses ist auf's schönste dekorirt. Es wird daselbst eine große Mahlzeit gegeben, der General Cavaignac, der Erzbischof von Paris, die Minister und alle Behörden beiwohnen und zu welcher auch 30 Arbeiter gebeten sind. Zwölf Musikchöre geben auf verschiedenen Plätzen Konzerte. Abends werden vier Feuerwerke abgebrannt. 300,000 Franken werden als außerordentliche Unterstützung an Arme vertheilt. Von den Unruhen, welche die Allarmisten prophezeiten, zeigt sich bis jetzt keine Spur.

Der Erzbischof von Paris hat einen Hirtenbrief erlassen, worin er zwar Niemanden für den Präsidenten namentlich empfiehlt,

Digitized by Google

aber ſich doch augenſcheinlich der Kandidatur General Cavaignac's günſtig zeigt. Man möchte, heißt es darin, ſich für denjenigen entſcheiden, welcher am meiſten für religiöſe und politiſche Freiheit und am geeigneteſten ſei, die ſociale Ordnung zu ſchützen und Frankreich vor neuen Erſchütterungen zu bewahren. Der Biſchof von Arras, Kardinal Latour d'Auvergne, ſpricht ſich in einem Umlaufſchreiben an die Geiſtlichkeit ſeiner Diöceſe deutlicher aus: Ich werde nie, ſagte er darin, unſere Rettung aan dem Juniaufſtande vergeſſen und bin in den Grundſätzen erzogen worden, nach welchen die Dankbarkeit eine der ſchönſten Tugenden iſt. Ich bin der Sohn eines Kriegsmannes, ich habe ſelbſt einen Augenblick die Waffen getragen, ich werde für einen Degen ſtimmen. Der demokratiſche Verein unter dem Vorſitze des ehemaligen Präſidenten der Nat.-Verſammlung, Hrn. Buchez, hat ſich ebenfalls für den General ausgeſprochen. Von der andern Seite ließ Prinz Ludwig Napoleon geſtern im Moniteur anzeigen, er befinde ſich unwohl und habe deswegen die Sitzungen der Nationaal-Verſammlung nicht beſuchen können. Heute macht ſein Vertrauter Vieillard in demſelben Blatt dieſelbe Anzeige. Im Château Rouge iſt heute ein großes demokratiſches und ſocialiſtiſches Bankett von, wie es heißt, 3000 Gedecken, wobei Ledru-Rollin den Vorſitz führt. Louis Blanc hat an ſeine alten „Luxemburger" ein Schreiben gerichtet, worin er die ihm von dieſen zugedachte Präſidentſchaft der Republik zwar ablehnt, aber doch annimmt, wenn ſie bloß als eine Proteſtation gegen dieſe Würde überhaupt gelten ſoll. Frankreich wird ihn der Verſuchung nicht ausſetzen! — Der Haupteigenthümer der Reforme, Dr. Grandmeſnil, welcher der Theilnahme an der Insurrektion beſchuldigt war, iſt von dem Kriegsgericht freigeſprochen. Odriſt Rey, Commandant des Stadthouſes am 15. Mai, iſt von der Anklagekammer in Freiheit geſetzt worden. Die Patrie will wiſſen, der engliche Botſchafter, Lord Normanby, habe einen Beſuch bei Ludwig Napoleon abgeſtattet. Wir erfahren aon glaubwürdiger Seite, daß dem nicht ſo iſt. Die Preſſe, das officielle Blatt Ludwig Napoleon's, klagt über die Klubs, welche ſich hier zu ſeinen Gunſten gebildet haben, und ſeine Sache mehr kompromittirten als förderten. (Man erinnere ſich der Schlägerein, welche daſelbſt vorfielen). Daſſelbe Blatt widerlegt die von vielen Journalen gegebene Nachricht, als wolle der Prinz ein Anlehen machen. — Die „Morning Poſt" gibt heute eine Art Manifeſt des Herzogs von Bordeaux in franzöſiſcher Sprache. — Das „Journal der Eiſenbahnen" gibt eine Ueberſicht, woraus hervorgeht, daß die Nordbahn dieſes Jahr kein geringeres Erträgniß lieferte als im vorigen Jahre. Mittlerweile iſt freilich die Bahn noch Calais und Dünkirchen fertig worden, aber die Verhältniſſe werden auch günſtiger, und große Erſparniſſe demnächſt in's Werk geſetzt. Die Einnahmen der Rauener und Haare-Eiſenbahnen haben in den letzten Wochen faſt ſo viel als aoriges Jahr um dieſelbe Zeit ertragen. — Der „Moniteur der Armee" erklärt, es ſei nicht wahr, daß die Garniſon aan Paris aerſtärkt werden ſolle. — Die Nationalaerſammlung hat geſtern einen aam Kriegsminiſter eingebrachten Geſetzentwurf, die Zahl der unter beſtimmten Begünſtigungen nach Algerien auswandernden Kolaniſten aon 12,000 auf 13,500 Seelen zu vergrößern, als dringlich anerkannt und ſogleich angenommen. Miniſter Duſaure verſprach einen Geſetzentwurf über Organiſirung der Wohlthätigkeit (bienfaisance organisée) vorzulegen, in welchem auch für Findelkinder, wie für Gefangene Fürſorge getroffen werden ſall. Die Nationalverſammlung iſt bis zum 30. Kapitel des Budgets gekommen und hat, wie berichtet, mehrere kleinliche Erſparniſſe an dem Gehalte vieler Beamten verworfen, die Präfekten ſind jedoch in den übrigen ziemlich reducirt worden.

* **Paris**, 19. Nao. Die Reforme aan heute klagt ſehr über den Zwiſt, welcher in der „großen Familie des Februar" ausgebrochen wäre, und Socialiſten und Ultrorevolutionäre, die ein Herz und eine Seele ſein ſollten, zum Zwieſpalte gebracht hätte. Die Thatſache iſt richtig, wenn aber das ultrarevolutionäre Blatt ſagt, in den Klubs wäre es zum Wortſtreite gekommen, ſo iſt es zu beſcheiden. Die Wahrheit iſt, daß in der großen ſocialiſtiſchen Verſammlung im Saale Mantesquieu, wo 4000 Perſonen ſich hinein gewagt hatten, die Vertheidiger Ledru Rollin's, und vor dem Saale ſelbſt die, welche für Proudhon ſprachen, viele Mühe hatten, mit heiler Haut davon zu kommen. Die Freunde Blanqui's und Raſpail's warfen ihnen die Schmeichelwarte, „Lump, Böſewicht, Polichinell, Gaſſenbube" ja Ariſtokrat, an den Kopf, und ſie können ſich nur damit tröſten, einige Tage ſpäter im Akacienklub einen Triumph gefeiert zu haben. — Von der anderen Seite will ein hieſiges Blatt wiſſen, Herr Thiers ſchlafe ſeit mehreren Nächten nicht mehr in ſeinem Hotel, was in Verbindung mit der angeblichen Unpäßlichkeit Louis Napolean's und Vieillard's dem Gerüchte Nahrung gibt, daß dieſe Partei einen Gewaltſtreich befürchte, deſſen Niemand die Regierung, Manche oder die ultrarevolutionäre Partei fähig glauben.

Spanien.

Madrid, 13. Nov. 3pCt. Rente 19⅜ Pap. (Nach der Börſe 19⅛, ⅜ à ¼ G.); 5pCt. 9½ P. (N. d. B. 9¼ à ⅜ G.); Paſſive Staatsſchuld 3½ P. (N. d. B. 3⅜ G.)

Die Nachrichten aus den Provinzen ſind fortwährend beſchwichtigend. Unſere Hauptſtadt erfreut ſich fortwährend der ungeſtörteſten Ruhe.

Italien.

†In Rom ging am 9. Nav. das Gerücht, die Sicilianer hätten ein Ultimatum nach Piemant geſchickt, worin ſie erklärten: wenn binnen 14 Tagen der Herzog von Genua ſich nicht nach Palermo aerfüge und förmlich Beſitz aon Sicilien nehme, ſo würden ſie ſich unter den gegenwärtigen drohenden Verhältniſſen genöthigt ſehen, ſich als Republik zu erklären (Corriere Mercantile v. 15. Nao.) Der durch General Lotour gedämpfte Aufſtand in Bologna am 9. Nov. war bedeutend. Mehrere Häuſer, worunter das eines armen Prieſters, wurden zerſtört und geplündert. Auch an Meſſerſtichen fehlte es nicht. Es iſt von dort ein Geſuch an die Regierung ergangen, eine Freiſchaar zu bilden, um den Venetianern zu Hülfe zu eilen. Der Vorſchlag des neuen toskaniſchen Miniſteriums, eine konſtituirende und kriegführende Verſammlung für ganz Italien zu bilden, iſt nicht ſo gut aufgenommen worden, wie dieſes ſich geſchmeichelt hatte. Der toskaniſche Moniteur vom 11. gibt ſich viele Mühe den Vorſchlag ſelbſt, wie Toskana's Berechtigung zu demſelben, zu begründen. — Aus Genua vom 11. Nov. wird gemeldet, der Vicepräſident des italieniſchen Vereins, Hr. Hazatti habe die Flucht ergriffen, Beni ſeine Päſſe verweigert und mehrere Verhaftungen vorgenommen worden, welche Bezug auf die letzten Unruhen in dieſer Stadt haben. — In Florenz hat am 7. der „Verein des florentiniſchen Volkes" einen von Garibaldi und Karl Bonaparte unterzeichneten Aufruf erlaſſen, worin dringend verlangt wird, die 12,000 Mann toskaniſcher Truppen und eine ungefähr gleiche Zahl, die das Volk nach ſtellen wolle, abmarſchiren zu laſſen, ein Anlehen zu machen, „um den Triumph der Freiheit zu bewirken" und alle politiſchen Gefangenen los zu laſſen. Die 400 Schweizer, welche dem Eindringen Garibaldi's in die päbſtlichen Staaten abwehren ſollen, ſind bereits von Bologna abmarſchirt.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 22. November.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metalliques 68⅝; 2½pCt. ditto 36¼; Bankaktien fl. 1140; fl. 500. Loose 117; fl. 250. Loose 79¼; Badiſche fl. 35. Loose 25⅜; Heſſiſche Rthlr. 40 Loose 25; Polniſche fl. 500 Loose 68; Friedr. Wilh.-Nordbahn 39⅛; Berbach 61½; Köln-Minden 71¾; 3pCt. inländ. Span. 18; 4½pCt. Würt. 92½; 4½pCt. Belg. 72⅞; Holl. 2½pCt. Integrale 46.

Die günſtige Stimmung für Fonds hält an; es wurden heute namentlich für 3pCt. Spanier, Poln. Loose und Nordbahn höhere Courſe bezahlt.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kieſſelbach.**

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 71 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Grandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle Rue de Rasarath.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 311. **Frankfurt a. M., Donnerstag 23. November.** **1848.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die materiellen Interessen und die Reichsversammlung.) Wien (Die Ablieferung der Waffen. Zerstörung in den Vorstädten. Die ausländischen Zeitungen. Die Mörder Latour's. Messenhauser.) Olmütz (Ministerielle Combination. Willkührmaßregeln.) Prag (Die czechischen Deputirten.) Berlin (Die Lage des Landes. A. v. Auerswald. Physiognomie der Ereignisse. Die Landesversammlung. Das Ministerium oder Steuerverweigerung. Aussichten zu einem Vergleiche. Vorbereitungen in Brandenburg. Die Steuerverweigerung. Die Ministerial-Tagesbericht. Verfassungsgerüchte.) Bonn (Steuerverweigerung.) München (Aufhebung des kenigtichen Kabinets. Die Regierung und die Vorgänge in Berlin.) Stuttgart (Differenz zwischen Krone und Kammer.) Dresden (Rückkehr der sächsischen Truppen aus Thüringen. Todtenfeier für Blum.)

Schweiz. Bern (Verhandlungen des Nationalraths. Römische Note. Republikanische Adresse an die deutsche Nat.-Verf.)

Niederland. Haag (Wahlbewegung. Zollverhältnisse zu Deutschland. Münzumschmelzung.)

Deutschland.

** **Frankfurt**, 22. Nov. Nach der Anspannung, womit die Nationalversammlung seit einigen Tagen den Ausbruch eines heillosen Kampfes zwischen Reaktion und Anarchie in Deutschland, zweier Mächte, die sich selbst für Phantome zu erklären pflegen, zu verhindern sich abgemüht hat, während die eigene Zwiespaltigkeit in einer Proklamation hervorklafft, die jedenfalls als einseitige Vereinigkeit erscheinen muß, bot die gestrige Sitzung den Mitgliedern der Volksvertretung und dem beobachtenden Publikum eine willkommene Erholung, ja Anlaß zur Erheiterung. — Wir beklagen wohl mit Recht, daß die Berathung der Artikel VII. u. ff. des Entwurfs der Reichsverfassung, worin der Grund für die künftige Einheit der materiellen Interessen Deutschlands gelegt werden soll, von der Nationalversammlung — unter dem Drucke der zufälligen Ereignisse — mit einer Hast behandelt wird, die nur unter solchen Umständen erklärlich und verzeihlich ist. — Als gestern die am Montag schon begonnene Berathung über Artikel VII., die Zoll- und Handels-Einheit Deutschlands betreffend, wieder aufgenommen ward, verzichtete das Haus auf alle Diskussion und begnügte sich mit der einfachen Abstimmung über die von dem Verfassungs- und dem volkswirthschaftlichen Ausschusse, auch von einigen Mitgliedern gemachten Anträge. Beide genannten Ausschüsse traten, nicht allein in den längst im Druck erschienenen Vorlagen, sondern auch in den von beiden noch eingebrachten, etwas überraschenden Zusatzanträgen, abermals vor den Richterstuhl der Versammlung als streitende Gegner, welche in diesem Falle wohl als die Vertreter der Ideen und Bestrebungen des Nordens und des Südens von Deutschland bezeichnet werden konnten. Daß sich die beiden Ausschüsse selbst über die einfachsten Hauptgrundsätze der Zoll- und Handelseinigkeit Deutschlands, nicht hatten vereinbaren können, oder wollen, ist als ein Uebel für das Gemeinwohl des Vaterlandes ernstlich zu beklagen und besonders, daß gerade der volkswirthschaftliche Ausschuß hier wieder als der Vertheidiger von Sonder-Interessen erschien und mit entschiedener Mehrheit verurtheilt ward unbeachtet zu bleiben. — Ganz besonders klar trat dieses hervor, als der volkswirthschaftliche Ausschuß zu dem Artikel VII. §. 34 den überraschenden Zusatz beantragte, daß „Schutz der Arbeit" als ein bleibender Grundsatz der Zoll-Gesetzgebung aufzunehmen sei. Ueberraschend war der Antrag, weil derselbe augenscheinlich sich auf eine Petition stützen möchte, welche, von der Centralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart ausgehend und von dem würtemberg. Ministerium des Innern befürwortet, am 6. Nov. in das Haus eingebracht worden ist und mit einer feinen Umwickelung die Bitte vorträgt, es möge dem Art. VII. der Grundrechte die Bestimmung: „der deutschen Arbeit wird ein wirksamer Schutz gegen fremde Mitbewerbung gewährleistet" beigefügt werden. Es war hiernach zu vermuthen, daß diese würtembergische Petition bei der bevorstehenden zweiten Lesung der Grundrechte Artikel VII. ihre Beachtung und rechte Würdigung finden würde, und wenn auch der volkswirthschaftliche Ausschuß mit Recht glauben konnte, daß eine solche Bestimmung sich mehr zum Artikel VII. der Reichsverfassung als der Grundrechte eigne, so hätte demselben doch nicht entgehen sollen, daß ein solches einseitiges Begehren sofort als ein Bestreben von Sonder-Interessen, also für Grundgesetze nicht paßlich, erkannt und eben deßhalb zurückgewiesen werden würde. Und in der That ward dieser Antrag — ebenfalls ohne Diskussion — mit einer viel größeren Mehrheit verworfen, als Gegner des Schutz-Zoll-Systems im Hause vermuthet werden können.

Eine ebenso entschiedene Zurückweisung erfuhr der von dem volkswirthschaftlichen Ausschusse zu §. 35 aufgestellte Centralisirungs-Satz: die Zölle fließen in die Reichskasse, und alle weiteren Anträge desselben Ausschusses zu den §§. 36, 37, 38 wurden verworfen. Zu §. 39 hatte der volkswirthschaftliche Ausschuß den Vorschlag gemacht: der Reichsgewalt die Ertheilung von Gewerbs-Patenten (im Preußischen „Gewerbescheine") vorzubehalten, ein Vorschlag, der sich, wie Herr Eisenstuck selbst erläuterte, zu dem §. 39 des Verfassungsentwurfs, worin nur von Erfindungspatenten die Rede ist, verhielt, wie Nacht und Tag, weshalb er denn auch — verworfen ward. Ebenso fanden zwei von dem volkswirthschaftlichen Ausschusse noch besonders aufgestellte §§. zu diesem Artikel gar keine Beachtung, ja über den einen (allgemeines Bankrottgesetz für ganz Deutschland) brach die ganze Versammlung in lautes Lachen aus. Wahrscheinlich ist dieser Vorschlag nur aus Versehen (Druckfehler?) hierher gerathen; er wird zu der allgemeinen Wechselordnung gehören. Auch für den Artikel VIII. des Verfassungsentwurfs, das Postwesen betreffend, fanden die Vorschläge des volkswirthschaftlichen Ausschusses keine weitere Beachtung, außer das Minorats-Votum desselben zu §. 49, daß die Post nur zu Gunsten des Verkehrs eingerichtet und verwaltet werden soll — und dann ein Zusatz zu §. 43, nach welchem die Benutzung der Telegraphen für Privatverkehr einem Reichsgesetze vorbehalten bleibt.

Nach solchem Ergebniß liegt abermals klar vor, daß der jetzige volkswirthschaftliche Ausschuß das Vertrauen der National-Versammlung in den wichtigsten Angelegenheiten der deutschen Volkswirthschaft nicht besitzt. Dies ist ein großes Uebel für die materiellen Interessen Deutschlands, die hiernach nicht richtig vertreten zu sein erscheinen müssen; unter solchen Umständen ist es sehr rathsam, auf eine anderweitige Vertretung ernstlich zu denken, da, wenn auch die Beschlüsse über die Artikel IX — XIII, Münz-Maaß- und Bankwesen betreffend, weniger Widerspruch gegen die Vorschläge des volkswirthschaftlichen Ausschusses bekunden sollten, jedenfalls eine andere Rathgebung für die Nationalversammlung bei der zweiten Lesung dieser für das innere Wohl der deutschen Nation höchst wichtigen Verfassungs-Artikel als unerläßlich erkannt werden muß. — Der deutsche Verein für Handelsfreiheit besprach in seiner gestrigen Sitzung hauptsächlich den Artikel IX des Verfassungs-Entwurfs, mit besonderer Rücksicht auf §. 46, das Bankwesen betreffend, wobei die verschiedenen Banksysteme Englands und Schottlands, die Unterschiede zwischen Staats- und National- oder Privatbanken beleuchtet und mit Beispielen aus der Erfahrung erläutert wurden, woraus denn als Resultat die Ueberzeugung hervorzugehen schien, daß der Gedanke einer Zettel- oder Nationalbank als ein Institut der Reichsgewalt ganz verwerflich sei. Höchst achtbare Männer erklärten aber auch, daß sie sich selbst, so wie die Nationalversammlung keineswegs befähigt halten könnten, über eine so wichtige Angelegenheit des Staatswohls irgend eine Stimme abzugeben, wenn dadurch irgend etwas Neues geschaffen oder genehmigt werden solle.

Digitized by Google

Wien, 16. Nov. Es sind zwar auf die letztere Aufforderung noch ziemlich viele Waffen abgeliefert worden, dennoch wird die abgängige Anzahl noch weit über die jüngst angegebene angeschlagen, ein Umstand, der in Ollmütz viel Entrüstung erregt. Uebrigens, so viel Zündstoff auch unter der Asche glimmt, so erscheint Wien doch zu sehr überwacht, um den Gedanken an eine neue Schilderhebung aufkommen zu lassen. Aber die Stimmung bleibt eine sehr traurige und gedrückte, wenn sie auch ungleich mehr in den Vorstädten, als in der innern Stadt zur Erbitterung ausschlägt. Freilich haben jene auch an Zerstörung des unbeweglichen Eigenthums und an Plünderung des beweglichen, endlich auch an getödteten und verstümmelten Einwohnern bei Weitem mehr gelitten. Herzzerbrechend ist namentlich ein Gang durch die Leopoldstadt längs des Praters, insbesondere in der Franzensstraße. Große pallastartige Gebäude sind in Schutthaufen verwandelt, und aus den durchschossenen, halbverbrannten Häusern treten die zu Grunde gerichteten Bewohner mit bleichen, abgezehrten Mienen und sammeln auf zinnernen Tellern Almosen von den Vorübergehenden. Der Schaden, welcher allein durch die Verbrennung der großen Mack'schen Zuckerraffinerie sich ergab, wird auf eine Million Silbergulden angeschlagen. Es befanden sich nämlich 12—13000 Centner an bereits verzollter Waare, mit 400,000 fl. anzunehmen, darin, während Gebäude und Maschinen leicht das Fehlende ergänzen. Die ausländischen Zeitungen, mit Ausnahme des National, finden sich wieder an öffentlichen Orten, an welchen seit der letzten Bekanntmachung eine lautlose Stille herrscht.

(D. A. Z.)

Wien, 16. Nov. Dem N. C. wird geschrieben: Professor Füster, dessen Untersuchung einstweilen auf freiem Fuße geführt worden war, ist neuerdings zur Haft gebracht. Von Kudlich's Schicksal weiß man noch immer nichts Bestimmtes. Häfner ist auf dem Wege aus Mähren in das hiesige Kriminalgericht, wo die Gesammtuntersuchung über die jüngsten revolutionären Ereignisse wird gepflogen werden. — Die Mörder des Grafen Lataur sind ermittelt und, wie man vernimmt, auch schon zum Geständnisse gebracht. Es waren drei Haupttheilnehmer dieses scheußlichen Verbrechens, wovon der eine Maschinenschlosser bei der Nordbahn, ein anderer ein Webergeselle ist. Dem Gemeinderath ist die Errichtung dreier Galgen aufgetragen worden, an welchen diese Missethäter im Angesichte der Stadt aufgehängt werden sollen.

Wien. Die Wiener Ztg. enthält folgende amtliche Mittheilung: Wenzel Messenhauser, zu Proßnitz in Mähren geboren, 35 Jahre alt, katholisch, ledig, Schriftsteller, ist in der mit ihm abgeführten kriegsrechtlichen Untersuchung durch sein Geständniß bei erhobenem Thatbestande überwiesen, daß er in der Eigenschaft als provisorischer Oberkommandant der Wiener Nationalgarde den bewaffneten Aufruhr in Wien, dessen Umgebung, und in mehreren Provinzen durch Plakate und Aufgebote zum Landsturm eingeleitet habe; daß er selbst nach Kundmachung des Belagerungszustandes über die Stadt Wien nebst Vorstädten und Umgebung mittelst der Proklamation Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 20. und 23. Oktober d. J. — durch einen weiteren Aufruf vom 25. Okt. und dessen Nachtragsbefehl vom nämlichen Tage zum Aufruhr gegen die zur Herstellung der Ruhe und Ordnung von Sr. Maj. dem konstitutionellen Kaiser gegen Wien entsendeten Truppen angereizt, und diese zum Treubruch zu verleiten versucht; daß er ferner durch einen terroristischen Befehl die äußerste Vertheidigung Wiens gegen die anrückenden Truppen angeordnet, und sonach den bewaffneten Widerstand auch thätigst fortgesetzt; daß er sogar nach abgeschlossener Kapitulation wegen Uebergabe der Stadt an den Herrn General Feldmarschall am 30. Okt. Mittags zwei Bulletins über das angebliche siegreiche Vorschreiten der schon am 28. Okt. angekündigten Heeresmacht der Ungarn in zahlreichen Abdrücken verbreitet, und dadurch den Bruch der abgeschlossenen Kapitulation herbeigeführt habe. Es ist demnach Wenzel Messenhauser durch kriegsrechtliches Urtheil vom 11., kundgemacht am 14. Nov. d. J., in Folge der angeführten Proklamation in Verbindung mit dem Art. 62 §. 4 des Militärstrafgesetzbuches zum Tode durch den Strang kondemnirt, das Urtheil aber am 16. d. M. um 8½ Uhr Morgens in dem hiesigen Stadtgraben durch Erschießen mit Pulver und Blei vollzogen worden. Wien, am 16. November 1848.

△ **Ollmütz**, 16. Nov. Nächster Tage dürfte endlich unser Ministerium zu Stande kommen. Mit ziemlicher Gewißheit kann ich Ihnen folgende Namen angeben: Präsident ohne Portefeuille: Baron Wessenberg. Inneres: Graf Stadion, Krieg: Generalmajor von Cordon, Finanzen: Kraus, Handel: Bruck, Hrlfert Unterricht und Kultus. Es dürfte dieses Ministerium wohl jedenfalls der slavischen Bevölkerung mehr genügen, als uns Deutschen; da darunter Männer sind, die entschieden der slawischen Partei angehören. Graf Stadion, mit seinen aristokratischen Neigungen, wäre unter den Verhältnissen vor der unseligen Oktoberrevolution unmöglich als österr. Minister gewesen; jetzt kann er sich am Ende noch um Oesterreich eine Bürgerkrone verdienen, wenn er uns nur recht bald von dem mit jedem Tag unleidlicher werdenden Säbelregiment erlöst. Gestern fiel hier ein Ereigniß vor, das an die schönsten Tage altösterreichischer Willkürherrschaft erinnert. Der Religionsprofessor am hiesigen Lyceum Hr. Zeibig, ein sehr freisinniger, aufgeklärter Priester, an denen hier zu Lande ohnedem so großer Mangel ist, erhielt ganz unvermuthet vom Gouverneur von Mähren und Schlesien, Grafen Lazansky, seine Entlassung und zugleich die Weisung, unsere Stadt unmittelbar zu verlassen. Als Grund zu dieser auffallenden, despotischen Maßregel wird angegeben: „wegen aufrührerischen Reden und schlechter Gesinnung." Sein Abgang wird von der studirenden Jugend, deren Liebe er in hohem Grade genoß, tief betrauert werden.

Aus **Prag** vom 17. Nov. schreibt man der D. Allg. Z.: Wie ich aus ziemlich glaubwürdiger Quelle erfahre, werden die czechischen Deputirten, die bisher die äußerste Rechte gebildet haben, bei den Berathungen der Verfassung zwar nicht ihren Platz ändern, allein bei allen Abstimmungen mit dem linken Centrum stimmen. Ursache dieser Sinnesänderung ist die öffentliche Meinung, die sich täglich entschiedener gegen die bisherige Haltung der czechischen Deputirten ausspricht. Einige derselben erwartet man sogar auf der Linken ihren Platz nehmen zu sehen, die ihren Entschluß, nicht nach Kremsier zu gehen, aufgegeben hat und vollzählig am Reichstag erscheinen wird. Smalka hat bereits zum Erscheinen am Reichstag aufgefordert, und Löhner soll schon in Kremsier eingetroffen sein. Das Beispiel der preußischen Bauern, welche die Steuerzahlung und Rekrutenstellung verweigern, wirkt mächtig auf unsere deutsch-böhmischen Bauern. Schon spricht man auch dort von Steuerverweigerungen und Widersetzlichkeit gegen die Rekrutenstellung für den Fall, daß ein volksfeindliches Ministerium ernannt werden sollte.

* **Berlin.** Die Nachrichten vom 20. November lauten beruhigender. Die Hoffnung auf die Sitte und Bildung des preußischen Volkes hat sich auf erfreuliche Weise bewährt. Das Land verschmäht größtentheils die Steuerverweigerung und gleicht einem Trunkenen, dem der plötzliche Anblick einer großen Gefahr die Besinnung wieder gibt. Selbst manche Abgeordnete bereuen den Schritt, dessen Giltigkeit überdieß, eines Fehlers gegen die Geschäftsordnung wegen, zweifelhaft ist. Die Landesversammlung (258 Abgeordnete), sowie die Regierung scheinen zu einer Versöhnung geneigt. Unter diesen Umständen darf man an die Ankunft der Herren Simson und Hergenhahn frohe Hoffnungen knüpfen.

** **Berlin**, 18. Nov. Der Abgeordnete und frühere Minister des Innern in Camphausens Kabinet, Alfred von Auerswald war während der letzten Wochen beurlaubt. Er wurde täglich, stündlich hier erwartet; sein Ausbleiben erregte Befremden. Jetzt hören wir, daß er seit dem 10. Nov. (am 9. begann in Berlin der Streit) auf seinem Gute Plauthen, bei Marienwerder, an das Krankenbett gefesselt ist. Bei seiner Rückreise von Königsberg kam ein seit den übermenschlichen Anstrengungen in den Märztagen schon auf ihm lastendes Nervenleiden zum heftigen Ausbruch. Bereits am 11. November meldete er sich krank; am 12. traf ihn die erschütternde Kunde von den Vorgängen in Berlin und der Schmerz, ihnen fremd geblieben zu sein, streckte seine Leiden, so daß ein Nervenfieber befürchtet wurde. Von seinem Krankenlager stammt das warme Fürwort zur Vermittelung, das ein hiesiges Blatt aufgenommen; und, soweit man aus der Ferne beurtheilen kann, scheint A. von Auerswald weniger mit seinem Bruder, der sogleich austrat, als mit seinem Freunde Grabow übereinzustimmen.

** **Berlin**, 19. Nov. Der heutige Tag der Städteordnung, bisher ein Festtag in Preußen, und der Königin Namenstag findet ein freudeloses, unzufriedenes Land. Wir sind mit allem unzufrieden, mit dem Könige, daß er solche Räthe sich gewählt, mit der Nationalversammlung, daß sie unsere junge Frei-

Digitized by Google

heit kompromittirt, indem sie bis jetzt nicht auf einen Bund mit der Krone, sondern auf eine Unterwerfung der Krone hingearbeitet hatte, und daß sie neuerdings nach dem denkwürdigen 9. Nov. die große Aufgabe, die sie unter lautem Beifall von Millionen übernahm, die große Aufgabe des gesetzlichen Widerstandes völlig verfehlt hat. Leider, sie hat ihre erhabene Sendung nicht begriffen. Die republikanische Partei, deren elende Machinationen von Anfang an unser Staatsleben vergifteten, demüthigte und ordnete sich nur solange unter, als nöthig war, um die Centren in die Bahn, welcher jene zustrebte, einzulenken; kaum war dies gelungen, da geberdete sich diese Partei als die Nationalversammlung, und zwang die treuen Männer Unruh, Wachsmuth, Duncker, Gierke zur Botmäßigkeit. Der Beschluß über die Steuerverweigerung war der Triumph der äußersten Linken. — Welches war die Aufgabe der Nationalversammlung? Sie mußte der von der geraden Bahn abgewichenen Krone gegenüber den Standpunkt der Vereinbarung unerschütterlich festhalten, wie Gierke in seiner trefflichen Ansprache vom 9. November auch ausführte. Sie mußte zu diesem Ende versammelt bleiben, ihre einseitigen Resolutionen fassen, die, weil einseitig gefaßt, nur ihre Existenz betreffen konnten. Sie mußte den Konzertsaal nicht anders verlassen, als durch Gewalt der Waffen. — Sie mußte sodann der Nation durch einen Aufruf kundthun, daß sie die Rechte und Freiheiten des Volkes wahrzunehmen durch Bajonette gehindert werde und ihr zurufen, jetzt selbst durch den Mund der Gemeindebehörden, der Wahlmänner, der Urwähler, der politischen Vereine die Krone anzureden und gegen diese Gewalt und gegen diese schlechten Rathgeber ihre Stimme zu erheben. Statt dessen wanderte sie von Haus zu Haus, und wenn man auch damit einverstanden wäre, machte durch die fernern Beschlüsse der Krone den Rückweg zum Recht unzugänglich, indem sie selbst von der Bahn des Rechts abwich. Leicht erklärt sich der ganze Hergang. Woher sollte der Mehrzahl der Weitertagenden plötzlich die Begeisterung für die konstitutionelle Freiheit gekommen sein? Wie wenige dieser Männer hatten gegen den Absolutismus für das Erringen dieser Freiheit gekämpft! Die Wenigen hatten längst andere Irrwege eingeschlagen, wie Jakoby. Im Gegentheil, die Meisten waren continuirt im Kampfe gegen die konstitutionelle Freiheit. Sie hatten sich geübt in der Opposition gegen den treuesten Verfechter derselben, gegen unsern edelsten Patrioten — Camphausen. Von dem Antrage Berends, der die heuchlerischen Worte trug: „Anerkennung der Revolution", aber bedeutete: „Oktroyirung der Verfassung durch die Versammlung", bis zum 7. Sept. hin, wo Buchter die Berufung auf das Wahlgesetz als „naiv" verhöhnte, waren die Meisten derer, welche jetzt unsere Rechte wahrnahmen, die Gegner und Verspotter unserer Rechte. Leider Gottes hatten die tüchtigen Männer der Rechten, wie R. Auerswald, Haekort, Kühlwetter, Reichensperger, Milde den Boden der Vereinbarung und den Kampfplatz verlassen, einer Ueberzeugung treu, die wir ehren, ohne sie zu theilen! Jetzt hatte die Krone, wie durch so viele Monate die Versammlung, welche ihr dazu das Beispiel, doch nicht ein Recht gab, den Standpunkt der Vereinbarung, der konstitutionellen Freiheit verleugnet; jetzt galt es, ihr gegenüber treu daran festhalten. Konnten das aber die Waldeck, Temme, Jung, Reichenbach, d'Ester? Mit welchem Recht durften sogar die beiden Letzten als Mitglieder des republikanischen Centralausschusses, als Führer der Propaganda den Räthen der Krone vorwerfen, unkonstitutionell zu handeln? Ehrr ist Manteuffel treu konstitutionell, als es d'Ester sein kann; eher ist Brandenburg ein Demokrat, als der schlesische Graf ein aufrichtiger Anwalt der konstitutionellen Freiheit.

Die National-Vers. hat unsere Sache zu Grunde gerichtet, weil die überwiegende Zahl der äußersten Linken in ihrer Mitte darauf ausging, den Bruch mit der Krone unheilbar zu machen. — Zu Grunde gerichtet? das ist beinahe zu viel gesagt. Aber sähen Sie nur die strahlende Freude auf den Gesichtern Derer, welche der Nationalversammlung die feindseligsten sind; wie glücklich und triumphirend sie sich zeigen, daß die Sache der Mäßigung und Würde nicht, wie sie so sehr fürchteten, den Sieg davongetragen. Glückselig sind die Ultra's über die Steuerverweigerung. Jetzt liegen sie dem König in den Ohren, nun sei doch offenbar, daß mit dieser Versammlung ein Transakt undenkbar; jetzt habe sie die Larve weggeworfen; Auflösung und neue Wahlen würden auch wenig fruchten; also fort mit dem Vertrage zwischen Volk und Krone; schnell eine oktroyirte Charte! — und „leider" ist nun der König so hartnäckig bei seinen Verheißungen, namentlich unbeugsam für das allgemeine Wahlrecht! — Ach, wenn die Versammlung unsern boshaften Gegnern nicht so schneidende Waffen selbst geschmiedet, wenn zum Aergrr der Aristokraten und Absolutisten sie groß und würdig den Rechtsboden konstitutioneller Freiheit behauptet hätte, dann wären wir durch den Beschluß der Reichsversammlung gerettet, der für den entscheidenden Mann nun unter diesen Umständen nicht eine Autorität ist. Aber jetzt scheint es unmöglich, einzulenken. Unmöglich? Nein, im Gegentheil. Die Presse muß jetzt die Vermittelung beider Gewalten stürmisch fordern. Denn dauert der Kampf und siegt Eine — gleichviel welche — dann ist die konstitutionelle Freiheit so gut wie verloren; denn der siegende Faktor wird stets vorwiegen und bei nächster Gelegenheit den andern völlig erdrücken oder von ihm überwältigt werden. Eine Vermittlung muß statt finden. Die einfachste Weisheit des Politikers fordert sie, denn unsere Feinde setzen Alles daran, sie zu hintertreiben, die Ultra's von beiden Seiten. Noch ist es nicht zu spät. Die Presse kann darin Großes leisten; sie hat den um so größern Beruf dazu, weil die Nationalversammlung und dieses Ministerium dazu nichts gethan haben, noch thun wollen und werden. Der König ist nicht völlig abgeneigt einer Vermittlung, doch fast seine ganze Umgebung. Freilich, es müßte eine wahre Vermittlung sein, keine Unterwerfung, weder der Krone, noch der Versammlung. Beide müssen gethane Schritte wieder zurücknehmen. Dazu gehört Vaterlandsliebe, und ein solches Weichen macht nur Ehre. Bei jedem Transakt gibt jeder Theil etwas nach. — Ein kleines Zeichen erblicken wir zu solchem Nachgeben bei der Nationalversammlung. Der Beschluß über die Steuersistirung (es ist ja keine Steuer-Verweigerung! es ist ja durchaus etwas ganz Anderes, als jenes konstitutionelle Mittel!) ist noch gar nicht rechtskräftig. Denn der Antrag darauf hat nicht gedruckt vorgelegen; in solchem Fall macht erst die zweite Abstimmung den Beschluß; dies ist noch bei der Sitzung im Saal der Stadtverordneten anerkannt; eine zweite Abstimmung — wie es scheint, absichtlich — hat nicht stattgefunden. Die erste Abstimmung ist also nichts als eine — Drohung. — Möchte doch nur das Ministerium schnell entlassen werden! Ich weiß bestimmt, daß über das „Ob" gar kein Zweifel ist; doch über das „Wann". Man fürchtet, daß noch Maßregeln nothwendig werden, wofür Sündenböcke nicht entbehrlich sein möchten. Käme man doch von diesem trostlosen Wahn zurück, daß unpopuläre Maßregeln durch unpopuläre Männer ausgeführt werden müßten oder auch nur könnten! Die 21 Männer, welche die Portefeuilles ausschlugen, haben sich nun nicht für populär genug gehalten, und mit Fug und Recht. Erklärte Lieblinge des Volks gehören dazu, um so Zweideutiges auszuführen; und ausgeführt werden soll Zweideutiges überhaupt nur, wenn es nicht zweideutig ist, sondern so scheint. Dieser Schein schwindet aber, wenn die Männer das Vertrauen besitzen. Also der nächste Schritt ist immer Entlassung der Minister. Ohne diesen kein zweiter! Denn soll dieser zweite Schritt ein liberaler sein, dann wird er verdorben, wenn ihn diese Männer thun, und gilt als verderbliche Schwäche. Soll er aber ein starker, energischer sein, dann müssen um so mehr neue und bessere Bürgen für die Ehrlichkeit der Regierung eingesetzt werden, als das jetzige Kabinet. Ceterum censeo: — Neue Minister.

***Berlin, 19. Nov. Ich dachte an das alte Mährchen vom Blaubart, wenn die Wiener auf den Sankt Stephan stiegen, und in ihrer Noth hinausschauten nach dem Marchfelde, ob kein aufwirbelnder Staub die Ankunft der rettenden Brüder anzeige. Auch wir jetzt in Berlin möchten auf die Thürme wie Blaubarts Frauen und weit hinausschauen ins Land, um zu sehen, von woher die Rettung kommt? Wir bedürfen sie, dringender als die Wiener und als Blaubarts Frauen, obwohl unsere nächste Lage besser als die beider ist, denn weder terrorisirt uns jetzt ein bewaffneter, anarchischer Pöbel, noch ist General Wrangel so blutdürstig als weiland König Blaubart. Aber es ist die Rettung vor dem innern Zerfall, nach der wir ausschauen, es ist der Abgrund uns zur Rechten und zur Linken, vor dem unsere Augen scheu werden, unser Geist schaudert. Was thun die Provinzen, was wird man in Frankfurt thun? Dahin sind unsere Blicke gerichtet. Unser Belagerungsstand schließt uns nicht hermetisch ab von der Außenwelt, noch ist das Wort im entferntesten bei uns gebunden. Nein, es wird so frei gesprochen, geschrieben, gedruckt und selbst verhandelt, als dies unter einem solchen Zustande nur

irgend möglich ist. Die Nationalversammlung debattirt, beschließt, dekretirt Steuerverweigerungen und Hochverrathsanklagen gegen die Minister, sie erläßt Plakate, wenn sie auch abgerissen werden, unter dem Despotismus, den 40,000 Bajonette doch notdwendigerweise üben müßten; sie läßt sich von diesen Bajonetten täglich aufjagen und fortscheuchen und kommt wieder zusammen. Zwischen den Verhaftungen lebt jugendlicher Uebermuth auf. Hier versteckt man die Gewehre, die abgefordert werden, dort klatscht man ein Spottgedicht, ein Pamphlet, auf die Machthaber an, dort protestirt man gegen die Maßregeln und hängt Gegenklagen an. Mit juridischer Spitzfindigkeit beeifern sich die Blätter, welche noch erscheinen dürfen, zu beweisen, daß die getroffenen Maßregeln nicht konstitutionell seien. Als ob es dieses Beweises bedürfe, als ob es in dieser äußersten Krisis, wo wir auf der Messerschneide stehen, auf die Innehaltung des Formolismus ankomme, wo ein Fehltritt, eine Aufwallung die ganze Vergangenheit zertrümmern kann, um eine Zukunft aufzuschließen, die kein Ziel, keine Aussicht, keinen Trost bietet. Nein, die Schrecken der Gegenwart sind nur gering, es ist kein Terrorismus oder Despotismus, der uns drückt, physisch nur ein Mißbehagen beim Anblick der entvölkerten, todten Straßen, wo kaum ein gut gekleideter Mann, selten oder nie eine geputzte Frau uns begegnet, ein Veränderungsgefühl, wenn wir täglich die rollenden Wagen sehen, die hochbepackt nach den Eisenbahnhöfen rollen. Der eigentliche Schmerz liegt tiefer. Die erste Wuth, der Ingrimm, der sich auf den Gesichtern zeigt, hat jetzt allmälig nachgelassen, Einige mögen auch ruhiger über die Verhältnisse denken; aber die tiefe innere Erbitterung gegen die, von denen dieses Unheil ausging, hat nicht nachgelassen, sondern ist eher im Wachsen. Und wenn es noch einmal zu einer Ausgleichung käme, der Wurm bleibt im Herzen. Wir standen einen Augenblick am Rande des Abgrundes, als welchen ich eine Republik für Preußen wie es ist, ansehen muß, es mögen auch in diesem Augenblicke noch Viele allen Ernstes an ihre Realisirung denken; und wenn der Gedanke jetzt wieder in den Hintergrund zurücktritt, so ist es nur aus Vernunft- und Nützlichkeitsgründen. Die Liebe für das Königthum, die in Preußen mit der Liebe für das Königshaus bis zuletzt eins war, ist unter den denkenden Ständen fast erloschen. Auch in den Kreisen, wo von den albernen und gehässigen Beschuldigungen gegen den Charakter und die Intentionen des Königs nicht die Rede sein kann, wo man seinen Werth und seine Vorzüge als Mensch willig anerkennt, fragt man: kann denn noch das Wort geführt werden für einen Fürsten, der durch solche immer wiederkehrende Mißkennung des Unerläßlichen sein Land und Volk wiederholt in so unermeßliches Elend gestürzt hat! Was bürgt uns denn vor neuen Irrungen seines Verstandes, seiner Phantasie, wenn selbst der konstitutionelle Weg, den er zu gehen betheuert, uns nicht vor Staatsstreichen sichert, die Thron und Land, wie wir eben sehen, erschüttern! — Wodurch ist es dahin gekommen, daß selbst der Prinz von Preußen zur Berliner Deputation neulich die merkwürdigen Worte sprechen konnte: „Wer nach uns regieren wird, weiß ich nicht; das aber weiß ich, wenn das Haus Hohenzollern fallen soll, so wird es mit Ehren fallen!" — Durch welchen raschen Verzehrungsprozeß ward es möglich, daß ein stolzer Thronfolger eines stolzen Königshauses, inmitten eines noch treuen Heeres, diese resignirende Sprache führen konnte! Wie ward es möglich, daß die Opposition aus der destruktio radikalen Partei, deren Wühlereien und Chimären dem großen, gesunden Mittelstande ein Aergerniß waren, in diesen letztern überging, so daß dieser jetzt die eigentliche, große, compakte Opposition bildet? Die Furcht vor reaktionären Gelüsten, war nur der erste Hebel; daß man weder am Hofe zu Sanssouci noch auf dem Babelsberge daran ernstlich denkt, das alte Regime wieder herzustellen, darüber ist der Verständige beruhigt. Aber daß alle schweren bitteren Lehren der Zeit, diese und ihre unerläßlichen Forderungen noch immer nicht vollständig kennen lehrten, daß man in Gedanken, Wünschen, Worten, immer wieder nach den alten Zuständen zurückflattert, daß man nicht mit einem kühnen Entschluß sich in den Strom stürzt, dem zu widerstehen man nicht der Kraft ist, um sich wenigstens von ihm tragen zu lassen, das hat auch unter den vertrauungsmuthigsten einen Umschlag bewirkt. Man glaubt dort noch immer geben, schenken zu können, wo nur noch davon die Rede ist, was die neue Zeit dem Idolen der alten an Verehrung und Schmuck lassen will. Es ist möglich, daß die Kraft des alten militärischen Organismus die Dynastie erhält, möglich und zu wünschen, daß Einsicht und Furcht vor dem, was hinter dem Schema einer Republik lauert, auch die Massen nach dem ersten Schwindel zurückschrecken läßt, nämlich daß Apathie und Feigheit der Ordnung und dem Königthum zu Hilfe gekommen, wir und die Dynastie also vor einem jähen Umsturze bewahrt werden, aber von dem Königthum der Hohenzollern wird dann nicht viel gerettet! Wodurch hat's dieser Heldenstamm verschuldet, der so viele große, ausgezeichnete, humane, tugendreiche Männer aufzuweisen hat? Der fast anderthalb Jahrhunderte nicht mit seinem Volke, sondern ihm voranging auf dem Wege zum Licht, zur Erkenntniß der Dinge, zum Fortschritt? Nur weil er sich seit einem Menschenalter von einer solchen, mythischen, mystischen Sonne blenden ließ, Schulmeister noch immer bleiben wollte, als seine Schüler erwachsen, Andere wieder lehrten. Sie konnten ihn selbst belehren; das ist freilich das Bitterste, wozu sich ein alter Schulmeister bequemt. — Ja, die große Masse der Nation will noch ein Königthum, die zurückgescheuchte Liebe sogar könnte, wie Blut nach der Erstorrung, wieder die Adern durchpulsen, die Haut röthen, wenn — man es dann oben begriffe, warum das Volk das Königthum will. Wenn man nach dem Siege noch einmal vornehm gnädig den Kopf schüttelte und dem angestammten Königthum redete, und von der Huld in der Gottesgnade, dann hätte man es abermals verfehlt. Die Fraktion „mit Gott für König und Vaterland", so ehrenwerth sie ist, ist eine kleine, sie bewegt die Massen nicht; das hat sich jetzt schlagend herausgestellt.

Wir blicken nach den Provinzen und nach Frankfurt. In den Provinzen erheben sich die Städte für die Nationalversammlung, das flache Land für den König. Ganz paßt es freilich nicht, aber übersichtlich wird es so sein. Wenn hier und da die Bauern auch für ein Etwas aufstehen, dessen Sein sie nicht begreifen, so sind manche Adressen aus den kleinen Städten auch nichts weniger als der Ausdruck der wirklichen Gesinnung. Die Bauern sind unverständig, wenn sie noch mehr Rechte und Freiheiten wollen, als man ihnen im Kitzel der Großmuth letzter Zeit mit beiden Händen zuwarf und schenkte, denn einen Griff weiter, und ihr ländliches Proletariat ergreift die Dreschflegel und fordert von den Bauern, was der Edelmann diesen geben mußte. In den kleinen Städten ist es zum großen Theil die Philisterfurcht, in Einsicht den großen Städten nachzueifern. Hätten diese sich für den König entschieden, so würden Magistrate und Stadtverordnete sich in Legalitätsadressen überstürzt haben. Man denke an die Huldigung. Als Berlins Bürgermeister Friedrich Wilhelm IV. persönlich am Tage nach der Thronbesteigung seine Glückwünsche darbrachte, kamen die Bürgermeister aus allen kleinen Städten hergelaufen, um auch persönlich dem Könige zu gratuliren! — Die Bauern aus dem Eiwellande sind in Masse nach Potsdam und Brandenburg aufgebrochen, dem Könige ihre Dienste anzubieten, in der Meinung, daß Militär und Landwehr noch nicht ausreichen könnten, um Berlin zu halten. Wie dürften sie sich erst in Westphalen, in der Mark erheben! Der Bürgerkrieg würde entsetzlich sein, und — sollten die Provinzen die Steuerverweigerung der Nationalversammlung als zu Recht begründet anerkennen — welche Demoralisation, auch ohne Blutvergießen, stände in Aussicht. Wir blicken auch nach Frankfurt. Es hat gesprochen, aber noch hat es den Anschein vertrauter Ohren von beiden Seiten. In der Nationalversammlung gährt das Gelüste, bei dieser Gelegenheit sich von Frankfurt los zu machen, von der äußersten Linken dringt es schon tief in's Centrum ein, nur die Motive sind verschieden. Die Krone — jetzt heißt es, sie denke nicht allein, sie habe eine oktroyirte Verfassung schon fertig, eine möglichst liberale, die sie in den Riß hinein werfen will. Warum hatte sie dieselbe nicht fertig, ehe sie ihn riß? Da war es möglich, ihn auf der Stelle zu verstopfen. Aber wie wird, wie soll die Krone mit dieser Verfassung Frankfurt sich gegenüberstellen, das nur auf den Grund der Vereinbarung hin vermitteln kann? Möglich, sogar wahrscheinlich, daß die Masse des Volks diese zugeschleuderte Gabe jetzt freudig aufgreift, um der Zersplitterung, der Anarchie zu entgehen, aber unsere Nationalversammlung kann sie nicht begrüßen, denn das neue Gesetz vernichtete ihre Existenz. Wenn dann die Vereinbarende an das Volk appellirt gegenüber der octroyirten Fertigen! Anhang wird sie noch immer finden, freilich einen sehr zusammengeschmolzenen. Wird die Militärmacht, der Rest der Autorität, das Volk zu neuen freisinnigen Wahlen zwingen müssen? Was wird Frankfurt dazwischen thun? Werden seine Herolde rufen: Keiner von beiden Theilen hat Recht, Ihr

Digitized by Google

müßt nun auf meinen Rechtspunkt zurückkommen, einen, den Keiner mehr will. Irren und Wirren, ein Quodlibet von Rechten, und das Alles, weil die Krone wieder zu spät kam, mit ihrer Kraft, wie mit ihren Freiheitsgewährungen, weil sie den Augenblick zu ihrem Einschreiten gewählt, wo die Ultrademokratie sich selbst vernichtet hatte und die wahre Demokratie sich ermannte in ihr Recht einzutreten. Oder hatte sich jene Partei, die sich fälschlich die demokratische nennt, nicht selbst durch ihren Berliner Kongreß vor der Nation unmöglich gemacht! daß sie in einer erregten Aufwallung das Schauspielhaus vernagelte, hatte wahrhaftig ihre moralische Kraft so wenig als ihre physische gestärkt.

✕ **Berlin**, 19. Nov. Von der Bewunderung, welche viele Zeitungen über die Haltung der preußischen Abgeordneten in ihren Verbannungsausdrücken, vermag ich nichts zu empfinden. Bei so sicherer Aussicht auf Beifall und der Gewißheit, durch das Gesetz gegen jede Gewaltthat geschützt zu sein, gehört nicht viel Muth dazu, sich immer wieder zu versammeln und von Kriegsknechten auf die Straße tragen zu lassen. Viel mehr Muth und Ausdauer hätte sich darin gezeigt, wenn man mit Rücksicht auf die zerrissene Lage des Landes und die ungeheure Gefahr eines allgemeinen Schiffbruches die verführerische Gelegenheit von sich gewiesen hätte, zu dem letzten friedlichen Mittel, zur Steuerverweigerung zu schreiten. Schon jetzt wird dieser Schritt von sehr Vielen, welche eine Zeitlang der Versammlung ganz ergeben waren, entschieden gemißbilligt, da er augenscheinlich jeder folgenden Regierung nachtheiliger ist als der jetzigen. Und dieser Beschluß, gefaßt in stürmischer Sitzung, plötzlich, ohne Debatte: Wahrhaftig, wenn Besonnenheit und Ueberlegung die erste Forderung ist, die man an einen Volksvertreter stellen darf, so hat nie eine Versammlung so wenig auf den Dank der Nation Anspruch gehabt, als dieses Rumpfparlament. — Soll nun aber die Regierung mit diesem Parlament wieder verhandeln? Dann würde diese übermüthige Majorität ja unstreitig nicht eher ruhen, als bis sie das Königthum auf das Tiefste gedemüthigt, und ihre Unruhe, Berge Rodertus, Waldeck an's Ruder gebracht hätte. Kann man das in Frankfurt wollen? In dem Augenblick, wo wir ein solches Ministerium erlebten, würde Preußen seine treuesten Freunde zu den ärgsten Feinden haben. Es heißt noch immer, daß man an eine Session in Brandenburg denkt, und es ist wohl möglich daß zum Schabernack die Abgeordneten nun doch hingehen. Andererseits ist viel von einer zu octroyirenden Verfassung die Rede. Die Lage des Landes fordert schnelle Hülfe. Man hat von Frankfurt aus der Regierung einen Rath gegeben; es wäre doch wohl am Orte, nun auch der Versammlung zu rathen und ihre das Land zerrüttenden Beschlüsse entschieden zu mißbilligen. — Man hört von den verschiedensten Ministercombinationen. Kühlwetter ist in den letzten Tagen öfters in Potsdam gewesen; außerdem wird Camphausen genannt, auch Beckerath.

Berlin. Das preußische Ministerium hat wegen der Steuerverweigerung einen Erlaß an sämmtliche Regierungen veröffentlicht, worin es heißt:

Wenn auch vorauszusetzen ist, daß dem gesunden Sinne des Landes die formelle und materielle Ungültigkeit eines Schrittes wohl einleuchten wird, der in seinen weiteren Folgen das ganze Land in einen Zustand völliger Gesetzlosigkeit und in unabsehbare Verwirrung stürzen würde, so halten wir uns dennoch verpflichtet, die Königliche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn und wo sich wider Verhoffen irgend eine Verwirklichung des vorgedachten Antrags kundgeben sollte, hiergegen ohne Verzug und nöthigenfalls, wenn eine vorgängige Belehrung über die schweren strafrechtlichen Folgen einer solchen Widersetzlichkeit fruchtlos bleibt, mit Anwendung der strengsten Zwangsmittel einzuschreiten ist. Die sämmtlichen Truppen-Befehlshaber sind angewiesen, den desfallsigen Requisitionen der Königlichen Regierung und der von ihr für diesen Zweck zu bezeichnenden Kommissarien zu genügen. — Dabei aber bleibt der Königlichen Regierung ganz besonders empfohlen, dafür zu sorgen, daß die wegen eingetretener Widersetzlichkeit anzuordnenden Zwangsmaßregeln nicht auf die Beitreibung solcher Steuerbeiträge ausgedehnt werden, welche nur wegen des Unvermögens der Steuerpflichtigen in Rückstand geblieben sind, indem es, wenngleich die dermaligen dedutenden Ausgaben der Staatskasse den pünktlichen und unverkürzten Eingang der Steuern sehr wünschenswerth erscheinen lassen, dennoch ganz außer der Absicht liegt, die Rücksichten der Schonung und Milde gegen bedrängte oder durch Unglücksfälle betroffene Steuerpflichtige außer Augen gesetzt zu sehen. Diesem entsprechend, werden daher auch die durch anzuordnende außergewöhnliche Zwangsmaßregeln verursachten Kosten nur auf diejenigen Steuerpflichtigen zu vertheilen sein, welche die schuldigen Steuerzahlungen aus Widersetzlichkeit nicht geleistet haben.

Berlin, den 18. November 1848. Das Staats-Ministerium. Graf von Brandenburg. Ladenberg. Manteuffel. von Strotha. von Rintelen.

△ **Berlin**, 20. Nov. Man gibt sich heute, vielleicht mit zu großen Hoffnungen, doch nicht ohne Hoffnung, der Erwartung hin, daß zwischen der Krone und der Nationalversammlung doch noch eine Transaction zu Stande kommen werde. Und zwar ist es jetzt mehr die Nationalversammlung als die Krone, welche dieselbe herbeizuführen sucht, nachdem die früheren Bemühungen der Krone, welche eine Ausgleichung herbeizuführen beabsichtigten, zurückgewiesen worden waren. So auffallend, wie wir auch schon angedeutet haben, dieser Schritt auf den ersten Augenblick erscheint, so findet er gewißermaßen doch auch wieder eine natürliche Erklärung, eine Erklärung, welche durch die Natur der Verhältnisse geboten wird. Es ist den 250 Abgeordneten nicht mehr verborgen, daß ihre extremen Schritte die große Majorität des Landes gegen sie aufgeregt haben oder aufregen. Sie sehen, daß es sich jetzt viel mehr um ihre eigene Existenz handelt, als um die Existenz der Krone. Diese Ueberzeugung haben sie aus verschiedenen Umständen gewonnen, die mehr oder weniger schon allgemein bekannt sind. Zuerst weiß man, daß nicht allein bei dem Staatsministerium, sondern auch bei den Abgeordneten der Rechten, die an den Berathungen nach dem 9. November nicht Theil genommen, stoßweise Adressen einlaufen, worin die Unterzeichneten sich durchaus für das Ministerium erklären; die Mißtrauensvota gegen einzelne der Abgeordneten, welche nach dem 9. November geblieben sind, kommen hierzu. Ferner gibt sich auch in den Provinzen und in den Städten, welche noch vor wenig Tagen mit der Nationalversammlung gegangen waren, in Folge der Steuerverweigerung eine totale Umkehr und Sinnesänderung kund. Die Schlesische Ztg. bringt jetzt Adressen für das Ministerium — und die, wir man glaubte, in Schlesien unerhörte Thatsache soll große Nachahmung finden. Noch erklatanter ist der Umschlag der Stimmung in Breslau selbst: die Bürgerschaft hat sich von der Demokratie gänzlich emancipirt; ebenso speciell die Bürgerwehr; der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung athmen wieder auf, da sie den Terrorismus abgeschüttelt sehen, und auch Hr. Pinder würde seine letzte Erklärung nicht abgegeben haben, wenn er einen Tag früher gewußt hätte, was er einen Tag später wußte. Er hat übrigens durch diesen seinen Schritt die geringe Popularität, die er besaß, vollends verloren. Er ist gefallen und man läßt ihn fallen; seine Anhänger selbst desavouiren ihn, weil sie die auf ihn gesetzten Pläne vereitelt sehen. — Von den städtischen Behörden Breslaus stehen Beschlüsse zu erwarten, welche ihre jüngsten Beschlüsse wieder aufheben. Die Mittheilung ist ganz genau; sie rührt von einem Breslauer her, welcher heute hier angekommen und seiner politischen Gesinnung wie seiner Lebensstellung nach nicht anders als der freisinnigst-konstitutionelle Mann genannt werden kann. Aus Magdeburg erfährt man, daß sich die Kaufmannschaft bereit erklärt hat, nicht nur die am 1. Januar 1849 fälligen Steuern zu zahlen, sondern auch, wenn es nöthig sei, einen Vorschuß von 1 Million Thaler zu leisten. Kurz es stellt sich als unbestreitbar heraus, daß, nachdem sich die erste Aufregung gelegt hat, sowohl aus dem Lande überhaupt, als von den städtischen Behörden Adressen und Erklärungen zu erwarten sind, die, wenn auch nicht unbedingt dem Ministerium beitreten, doch nicht unbedingt die extremen Beschlüsse der Nationalversammlung schützen. Diesen Zustand der Dinge, wie gesagt, verbergen sich die 250 Abgeordneten nicht; darum streben sie so sehr die Transaktion an. Eine Hauptbedingung soll jedoch sein, daß der Sitz der Versammlung in Berlin belassen werde: nach Brandenburg zu gehen, muß man, nach den vorgefallenen Schritten, allerdings sich schämen. Ob aber die Regierung darauf eingehen wird, ist bis jetzt noch sehr zweifelhaft; ist wohl eher zu verneinen, als bejahend zu beantworten. Wir wollen untersuchen, ob die Regierung dabei im Recht ist. Man sagt zwar: die National-Versammlung könne jetzt in Berlin unter dem Schutze von 25,000 Mann Militär und dem Schutze des Belagerungszustandes frei tagen. Dies ist ohne Zweifel richtig; auch ist nicht zu bezweifeln, daß die Regierung

auf der Verlegung nach Brandenburg nicht als auf einer Prinzipienfrage besteht, man hat dies fälschlich ausgebreitet. Aber eine andere Frage ist: wer dafür bürgt, daß die Nationalversammlung, wenn sie zusammentritt, nicht sofort die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Entfernung des Militärs aus der Stadt beschließen würde? Entweder gäbe dann die Regierung nach. In diesem Falle wäre nicht das Mindeste gebessert, und das Ministerium Brandenburg-Manteuffel wäre umsonst dagewesen; oder sie gäbe nicht nach, und dann wäre sofort der alte Konflikt wieder da. Gesetzt aber auch, die Nationalversammlung denke an solche Beschlüsse nicht, wie erhielte das Ministerium davon Gewißheit? Wie es scheint, wird die Regierung daher, so sehr sie auch guten Bedingungen zur Transaction geneigt ist, die Verlegung nach Brandenburg als conditio sine qua non festhalten. So viel ist gewiß, daß die Einrichtungen der Localitäten in Brandenburg ununterbrochen fortgesetzt und dergestalt beschleunigt werden, daß am 27. Nov. die Wiederaufnahme der Sitzungen erfolgen kann. Auch sollen bereits für die Minister und sonstigen Beamten Wohnungen in Brandenburg gemiethet sein. — Ueber den in Aussicht stehenden Ministerwechsel hört man noch nichts; er wird eben von dem Erfolg des 27. November abhängen, sowie auch die Octroyirung der Verfassung davon abhängt. Der Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung findet bei beiden Theilen, bei der Regierung, wie bei den 250 Abgeordneten, aus offenliegenden Gründen nur eine untergeordnete Beachtung.

CC **Berlin**, 20. Nov. In einem Berichte, den die demokratischen Mitglieder der Nat.-Vers. in ihre Wahlkreise versenden, finden sich folgende Thatsachen: Die Fraktionen der Nat.-Vers. setzen ihre Berathungen über die Maßregeln gegen die rebellische Regierung des Landes fort. 258 Mitglieder der Versammlung haben schriftlich erklärt, daß die Nat.-Vers. in Veranlassung der wiederholt gegen sie angewendeten Militärgewalt gegenwärtig keine regelmäßigen Sitzungen halte, daß jedoch die obigen Abgeordneten in vollkommen beschlußfähiger Anzahl in Berlin anwesend sind und ihren Platz nicht verlassen werden, um in jedem Augenblicke, wenn das Heil des Volkes es erfordert, außerordentliche Sitzungen abzuhalten. — Die vielfach jetzt stattfindenden Verhaftungen in Berlin finden in folgender gesetzwidrigen Weise statt: Die Regierung hat Verhaftungszettel drucken lassen. In diese wird blos der Name des zu Verhaftenden eingetragen und der Hauptmann des die Verhaftung vornehmenden Kommandos unterschreibt dieselben. Die Angabe des Verbrechens fehlt völlig darin. Diese Zettel gehen bei Einlieferung der Gefangenen dem Staatsanwalt zu, und anstatt daß dieser bei so völlig mangelnder Unterlage sofort wieder entlassen sollte, gibt er diese Zettel an den Untersuchungsrichter zur Voruntersuchung, ohne daß er selbst weiß, wegen welches Verbrechens. — In **Waldenburg** (Schlesien) sind am 17. Nov. die Staatskassen mit Beschlag belegt und das Steueramt mit Bürgerwehr besetzt worden. Kein Pfennig Steuer wandert ehe nach Berlin, als bis die Nationalversammlung es beschließen wird. Es werden von den Gemeinden Vertrauensmänner gewählt und dem Landraths-Amtsverweser zur Seite gestellt. — Mit der Ueberschrift: „An das Volk!“ erscheint in der Deckee'schen geheimen Hofbuchdruckerei eine Reihe von Flugblättern, welche durch Stadt und Land verbreitet und hauptsächlich an die Soldaten vertheilt werden.

In Potsdam scheint man sich jetzt ernstlicher mit der Bildung eines neuen Cabinets zu befassen. Außer den HH. Gradow und v. Beckerath sind auch, wie wir erfahren, die HH. Simson und Hergenhahn aus Frankfurt dort anwesend. Es ist zu erwarten, daß Hr. Simson, ein ehelicher und verständiger Mann, sich nie dann zur Mitgliedschaft eines Cabinets verstehen wird, wenn die vorhandenen Konflikte zwischen Krone und Volk auf andere Weise, als durch die Octroyirung einer Verfassung beseitigt werden. Man ist sich selbst in konservativen Kreisen bewußt, daß die Octroyirung auch der besten Verfassung nie eine andere, als die gewaltsam erzwungene Zustimmung des Landes wird erlangen können und begreift auch hier, daß eine solche Vers. nicht die gewünschte Ordnung wird herbeiführen können. Deshalb ist wohl auch einem heute hier vielfach verbreiteten Gerücht, daß die Krone eine Vers. (auf 2 Jahre gültig (?)) publiciren werde, nach welcher die 1. Kammer, bestehend aus den mediatisirten Fürsten (als erblichen Pairs), den höchsten Steuerzahlenden, den Mitgliedern der höchsten Gerichtshöfe, den Oberbürgermeistern der größeren Städte, den Professoren der Landesuniversitäten u. s. w., die 2. Kammer durch indirekte Urwahlen zu bilden sei, wenig Glauben beizumessen. — Man würde durch eine solche Verfassung Seitens der Hafpartei nicht das erreichen, was man vielleicht zu erreichen wünscht und das Volk, nicht befriedigt durch eine solche Verfassung, die die „breitesten Grundlagen“ vermissen läßt, würde begierig den Augenblick erwarten, sich einer solchen aufgedrungenen Verfassung zu entledigen. Die Möbel des Sitzungssaales der Nat.-Vers. (Schauspielhaus) werden heute nach Beandenburg transportirt. Vergebliche Mühe! Die Stellvertreter der Haupt-Abgeordneten werden ebenso gut wie diese wissen, was sie der Volksehre schuldig sind und wie Hr. Milde, so werden auch noch andere Abgeordnete der Rechten bald aus dem Traume erwachen, der ihnen lautee konstitutionell gesinnte Menschen zeigte. — In den Parteiversammlungen der Nat.-Vers. war heute das Gerücht verbreitet, daß man damit umgehe, die preuß. Nat.-Vers. aufzulösen oder auf unbestimmte Zeit zu vertagen, bis die deutsche Reichsverfassung zu Stande gekommen sei. Trotz dem aber kein Schritt zur Befolgung des Beschlusses des deutschen Parlaments betreff des gegenwärtigen Konflikts der Krone mit der Kammer.

** **Berlin**, 20. Nov. Einen Umstand hab' ich in meinem letzten Briefe wohl nicht stark genug hervorgehoben. Der Beschluß über die Steuerverweigerung, der so sehr zu beklagen ist, wird von den Abgeordneten selbst als nicht rechtskräftig angesehen. Denn die zur Geltung nothwendige zweite Lesung wird absichtlich nicht vorgenommen. Sobald auf Seite der Krone Schritte zur Vermittelung gethan werden, soll wohl bei dieser zweiten Lesung die Steuerverweigerung verworfen, der erste Beschluß also kassirt weeden. So gilt dieser Beschluß als eine Drohung; man soll ihn sogar als Zeichen der Versöhnlichkeit ansehen. Es ist unzweifelhaft, daß ein großee Theil der Abgeordneten den Bruch nicht will. Es stünde zu erwarten, daß der größte Theil mit aufrichtiger Freude die dargebotene Hand zur Versöhnung ergriffe. Dennoch hat dieser unselige Beschluß die ganz entgegengesetzte Wirkung. Er verbreitet sich mit ungemeiner Schnelligkeit durch das Land, gleichviel, ob ee befolgt oder nicht befolgt wird, er gilt als rechtskräftig ausgesprochener Wille der Volksvertreter und unsre Vertreter lassen ihn als solchen gelten. Der Oberpräsident von Schlesien, Pinder, macht Miene, die Steuer zurückzuhalten, nicht aus eigner freier Ueberzeugung, sondern gestützt auf diesen Beschluß, der als Beschluß nicht einmal feststeht vor einer zweiten Lesung. Daß Pinder sogleich vom Amt entfernt ist, leidet keinen Zweifel; man hält ihn allgemein für genöthigt zu dieser Widersetzlichkeit; aber er hätte besser gethan, sein Amt niederzulegen, wenn er entwedee unfähig war, sich gegen die andrängenden Massen zu halten, oder wenn ee einem solchen Ministerium nicht untergeben sein wollte. Schlesien ist in der höchsten Verwirrung. Die Nationalversammlung sieht einem solchen Treiben zu, ohne eine Erklärung abzugeben, odee ohne den durch sie hervorgerufenen Widerstand durch eine zweite Lesung, wenigstens was an ihr ist, zu legalisiren. So hat dee von ihr geduldete Widerstand, der sich an ihren Beschluß anlehnt, nicht einmal das Recht, sich auf ihren Beschluß zu berufen. Die Feinde der Versammlung triumphiren über diesen Beschluß. Des Königs Ohr ist umlagert von Vorstellungen, daß nach einem solchen Beschluß die Resolution des deutschen Paelaments unmöglich berücksichtigt werden kann. Mit dieser Veesammlung, heißt es, kann dee Kóuig sich nicht versöhnen und nimmermehr über eine Staatsverfassung vereinbaren, die sich so selbst gerichtet hat. In Brandenbueg werden Vorbereitungen getroffen und diejenigen, welche für die Beibehaltung der Verlegung sprechen, sind noch die Gemäßigten. Am liebsten möchte man den König überreden, daß an eine Vereinbarung überhaupt nicht mehr gedacht werden könne und daß es seine heiligste Pflicht sei, durch Oktroyirung einer Konstitution dem unglückseligen Zustand seines Landes schleunig abzuhelfen. Daß der König dadurch einen Theil seiner Verheißungen verleugnet, sucht man schlau zu bemänteln, und indem der Monarch mit eisernee Festigkeit darauf beharrt, den seelsinnigsten konstitutionellen Grundsätzen treu zu bleiben, wird vergessen, daß Preußen das Recht auf eine paktirte Verfassung hat und daß ebenso, wie dieses Recht verletzt wurde, auch das Recht auf eine Verfassung überhaupt, das der König so hoch hält, umgestoßen werden könnte. Fände sich in diesem Augenblicke dee populäre Mann dazu bereit, dessen man bedarf, so würde der verhängnißvolle Plan dee Oktroyirung in nicht ferner Zeit ausgeführt. Aber er fand sich noch nicht, und Manteuffel soll dabei nicht mitwirken. Die Hoffnung auf Entlassung der Minister

Digitized by Google

wird auch schwächer seit dem Steuerbeschluß der Nationalversammlung. Unruh wird seitdem für unmöglich angesehen und seine Gegner in der Versammlung haben ihre Freude daran, daß sie ihn soweit gebracht haben. Es kommt dazu die unzeitige verwünschenswerthe Zartheit, die jetzigen Minister nicht eher zu entlassen, als bis sie sich von manchem ungerechten Verdacht gereinigt. Sie sollen wo möglich noch die Gelegenheit erhalten, vor eine Versammlung zu treten und zu sagen: „das haben wir gewollt, das haben wir gethan und daran sind wir gehindert". — Verkehrtes unheilbringendes Zartgefühl! Wer wäre so barbarisch, nicht seinem Feinde Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber das Vaterland geht vor, und des Vaterlandes Rettung fordert den sofortigen Rücktritt dieser Männer. Seit den ersten Tagen des März, wo mit seltener Einstimmigkeit ganz Preußen die sofortige Berufung des Landtags erflehte, ist solche Einstimmigkeit in der Forderung nicht gewesen, als hier — Rücktritt, sofortiger Rücktritt der Minister! Denn, stehen die populären Schritte bevor, so setze man sie nicht herab durch diese Ausführung; sind harte Entschließungen nothwendig, so wähle man um so schneller Männer des Zutrauens. Wenn die jetzigen Minister wirklich, von reiner Vaterlandsliebe bewogen ihre Aemter übernommen, nun wenn sie solcher Aufopferung fähig waren, dann mögen sie, dann können sie auch ihrem Wirken die Krone dadurch aufsetzen, daß sie sich ungehört verdammen und Andern die Ernte dessen lassen, was sie vielleicht vorbereiteten. Mögen sie schleunig, schleunig ihre Portefeuilles niederlegen! Ist es denn auch eine so große Aufopferung, sich von der Mitwelt verkennen zu lassen? Weiß nicht Jeder, daß das gerechtere Gericht der Geschichte die höhere Instanz bildet? Wenn diese Männer nicht, ohne Genugthuung erhalten zu haben, zurücktreten, ja was nothwendig ist bei diesem König, ihre Entlassung abdringen können, dann ist es auch nur halb wahr, daß sie aus reinem Patriotismus die Portefeuilles übernahmen. Und das kann man ihnen prophezeien, ohne Prophet zu sein: Wenn sie jetzt im Amt bleiben zu unserem Unglück, um sich vor der Welt zu rechtfertigen, so werden die Dinge sich unter der Hand wenden und gestalten, daß diese Rechtfertigung ihnen dennoch entgeht, daß sie zu Handlungen nothgedrungen schreiten müssen, die man ihnen heute vielleicht mit Unrecht zutraut. Ceterum censeo: Neue Minister.

Bonn, 20. Nov. Hier, in einer schlacht- und mahlsteuerpflichtigen Stadt, ist natürlich ausgelassener Jubel über die Steuerverweigerung, die hier, trotz kleiner Krawalle, sofort mit Consequenz ins Leben gesetzt wird. Die Bürgerwehr hielt eine Versammlung „zur Aufrechthaltung des Gesetzes" (nämlich der Verweigerung), in einer Studentenversammlung ward ein Memoria genehmigt, das als Meinungs-Manifest der Bonner Studenten dem Senate übereicht und in öffentliche Blätter eingerückt wird; ingleichen ist eine Zustimmungs-Adresse an die National-Versammlung genehmigt. — Man sprach viel von dem bisherigen Indifferentismus der Bonner Studenten, wies auf die andern Universitäten hin, bob hervor, wie Bonn, jetzt Vorort des deutschen Studenten-Parlaments, doch mindestens nicht zurückbleiben dürfe ꝛc. Es bildete sich ein Studentencorps, zunächst zu dem Zweck, die Thore zu besetzen und dafür zu sorgen, daß keine Steuer bezahlt würde; indessen an demselben Abend erließ der Bürgermeister den Befehl, keine Steuern mehr zu erheben, und so ward dieser nächste Zweck überflüssig. Ob man später nach Berlin gehen wird, ist, praktischer Bedenken wegen, sehr zweifelhaft. — In der N. Rhein. Zeitung ist mit fetter Schrift zu lesen, daß von Greifswald, Demmin und Umgegend ein Landsturm von 30,000 Mann unterwegs ist, um nach Berlin zu ziehen.

München. Unterm 15. d. hat der König folgende Verordnung erlassen. „Maximilian II ꝛc. Nachdem Wir das Cabinetssecretariat an Unserem Hofe für alle Angelegenheiten, welche nicht unmittelbar zu Unserer Privatdisposition belangen, aufgehoben haben, so wollen wir dieses hiermit zur allgemeinen Kenntnißnahme und Beachtung gebracht wissen, indem Wir zugleich die ganz oder theilweise in solcher Beziehung noch entgegenstehenden allerhöchsten Entschließungen außer Kraft setzen. Die an Unsere Person zuständigen Vorstellungen, Bitt- und Gnadengesuche werden Unsere Staatsministerien ungesäumt in jedem gegebenen Falle an Uns vorschriftsmäßig gelangen lassen, sowie es seinerhin unverwehrt bleibt, solche Gesuche unmittelbar an Uns einzureichen. Nymphenburg, 15. Nov. 1848. (Gez.) Max. (Gegengez.) Graf v. Bray.

München, 17. Nov. Man schreibt dem Nürnb. Corr. Das Verfahren der preußischen Regierung in den letzten Tagen soll hier höhern Orts entschieden mißbilligt werden, wie mir aus einer sonst immer glaubhaften Quelle mit Bestimmtheit versichert wird. Vergleicht man die Haltung des ministeriellen Organs, der „N. M. Ztg.", in der österreichischen Angelegenheit und seine entschiedene Parteinahme für den Hof in Ollmütz mit der Haltung dieses Blattes gegenüber den Berliner Ereignissen, so dürfte ein solcher Vergleich die Bestätigung obiger Angaben liefern. —

†† **Stuttgart**, 20. Nov. Es ist leider nicht wahr, was dieser Tage in der Presse und auf der Gasse verlautete, daß die Differenz zwischen Krone und Kammer, bezüglich der Civilliste und Apanagen ausgeglichen worden sei. Dieselbe schwebt noch. Das Ministerium hat an ihr unmittelbar sich nicht betheiligt, indem es in der Sache nicht einmal das Wort nahm, die Kammer also, die bisher mit ihm gehen zu wollen schien, ohne Kenntniß, wenigstens ohne officielle, seiner Ansichten und Absichten ließ. Als der berühmte Kammerbeschluß auf Revision der betreffenden Gesetze in der Verfassung ohne Debatte durchging, soll Hr. Römer, und zwar er allein, seine Entlassung gegeben haben, nicht weil er mit der Krone, sondern weil die Kammer nicht mit ihm stehen wollte. Der König sah hierauf ihren Präsidenten und berieth mit dem Ministerium. Er erklärte, keinen Fuß breit von dem Boden seines verfassungs- und vertragsmäßigen Rechtes zu weichen. Daß er seerwillig weitere Zugeständnisse und Anerbietungen, als die schon gemachten und angenommenen zu machen bereit sei, erklärte er nicht, versicherte vielmehr, wie er zwar seinerseits die Staatskasse in keinerlei Verlegenheit kommen lassen wolle, jedoch in der Streitsache zwischen ihm und den Ständen die schiedsrichterliche Betheiligung der Reichsgewalt in Anspruch nehmen werde. Die beiden altkonstitutionellen Mittel, um aus der Krise zu kommen, Auflösung der Kammer oder Bildung eines neuen Ministeriums, schienen ihm, und wohl mit Recht, für den Augenblick unthunlich. Ein solches zu suchen, sei es außerhalb der Kammer oder in derselben, würde eigenthümliche Schwierigkeiten haben, und jedes gefundene auf unlösbare Konflikte stoßen. Außer der Kammer? Dafür liegen abschreckende Beispiele vor. In der Kammer? Wie sind, während anderwärts zum Theil noch mit den alten, vorsündfluthlichen Räthen der Krone und Vertretern des Volkes regiert wird, mit unserem ersten Schritte gleich so weit gegangen, daß wir an unserem Nec plus ultra stehen. Jenseits des Ministeriums Römer gibt es nur ein Ministerium Seeger, und ist der Krone im Ernste zuzumuthen, sich mit einem Rathe zu umgeben, der ihre Existenz für eine Anomalie, höchstens für ein zur Zeit noch nothwendiges Uebel und einen zu überwindenden Durchgangspunkt zur idealen Staatsform der Republik hält und öffentlich erklärt? So stehen beide, Krone und Kammer, an einem charakteristischen Scheidewege einander gegenüber. Die Kammer wird, oder glaubt, oder sagt sich getrieben von der dämonischen Kraft des Volkswillens; die Wähler stacheln in natürlicher Rückwirkung ihre Gewählten auf, sie verlangen gebieterisch die Erfüllung der leichtsinnig oder böswillig versprochenen materiellen Erleichterungen, namentlich einem drohenden Budget gegenüber, wie es Würtemberg seit den harten Kriegsjahren König Friedrich's nicht gekannt hat, das, statt mit dem gewohnten Ueberschuß seiner Musterstaatswirthschaft, mit einem gewöhnlichen Deficit endiget. Die Krone sieht sich, wiewohl die kitzliche Frage persönliche Interessen berühret, in einen falschen Schein gestellt und weiß recht gut, wie dasselbe gegen sie benützt werden kann und benützt wird. Hinter das Argument, daß dem Zeitgeiste Rechnung zu tragen, der Popularität Opfer zu bringen seien, und wie die schönen Reden heißen mögen, verschmähe der König zu flüchten. Wer verargte das einem Fürsten, dessen ganzes Leben nicht blos der gewissenhaftesten und pflichttreuesten Wahrung konstitutioneller Formen, sondern sogar ihrer freiwilligen und selbstthätigen Aufrichtung gewidmet war? Soll er, nach mehr als dreißig Jahren einer allgemein gepriesenen Regierung, in dem Lande, das ihm gestern zahlreiche Denkmäler der Liebe und Dankbarkeit baute, heute für baares Geld um Anhänglichkeit und Treue feilschen?! Diese Waare steigt obendrein so ungeheuer im Preise und wird so selten auf dem Markte, daß er sie zuletzt mit täglichen Nachzahlungen würde einkaufen müssen, und des Forderns auf einer Seite, des Gewährens von der andern kein Ende abzusehen wäre. Das ist, sehen Sie, der Knoten, in den sich unsere gegenwärtige Lage verwickelt

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 23. Nov.) Wien (Befestigungsarbeiten. Der Feldzug gegen Ungarn. Neueste Nachrichten. Erklärung Fenneberg's. Oeffentliche Zustände. Die Abgeordneten der Nationalversammlung. Gerücht von der Einnahme Preßburg's.) Berlin (Die Provinzen. Die Truppen. Republikanisches Complott.) Bonn (Die Studenten. Das Militär.) Köln (Die Demokratie. Maßregeln der Regierung.) Glogau (Antwort des Königs an schlesische Bauern.)

Frankreich. Paris (Der franz. Gesandte in Berlin. Die offizielle Audienz des Bevollmächtigten der Centralgewalt. Damenbanket. Ledru Rollin. Ludwig Napoleon und seine Anhänger. Sitzung der N. V.)

Spanien. Madrid (Zinseszahlung. Anerkennung Rußlands. Neueste Nachrichten.)

Dänemark. Kopenhagen (Das neue Ministerium. Englische und russische Noten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 23. November.)

Nachschrift

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 23. November.

Tagesordnung der 121. öffentl. Sitzung.

Berathung über Artikel IX. [mit gleichzeitiger Erledigung des vom Abgeordneten Wichmann, Namens des Finanz-Ausschusses erstatteten Berichts über den Antrag des Abgeordneten Federer und Genossen, die der Centralgewalt zu übertragende oberste Leitung und Beaufsichtigung des Creditwesens u. s. w. betreffend, X., XI. und XII. des Verfassungsentwurfs.

Vorsitzender von Gagern. Vicepräsident Riesser berichtigt einen Irrthum, der durch einen Druckfehler in die Abstimmungen über den §. 33 des Verfassungs-Entwurfs gekommen. Schott aus Stuttgart verlangt vergebens die Erlaubniß für sich und im Namen seiner politischen Freunde, um nachträglich noch eine Erklärung zu dem Protokolle der vorletzten Sitzung der Reichsversammlung zu geben. Der Präsident verliest die Ansprache, welche der Reichsverweser an das deutsche Volk in Folge der preußischen Verwicklungen erlassen und die er dem Präsidenten mittelst ausdrücklichen Schreibens mitgetheilt hat. Bravo von der Rechten und aus der Mitte. Zischen und Hohn von links. Der oberbaierische Verein hat die Summe von mehr als 15,000 Gulden als Beitrag zur deutschen Flotte eingesendet. Allgemeiner Beifall. Der Verfassungsausschuß schlägt zur Besetzung von Rod. Blum's Stelle in seiner Mitte die Herrn Löwe aus Calbe, Reh aus Darmstadt und Rödinger aus Stuttgart zur Auswahl vor.

Von Seiten des Legitimationsausschusses ist in dem Streite zwischen dem Professor Löw aus Posen und dem General v. Brandt zu Gunsten des letzteren erachtet worden, daß H. Löw aus der Versammlung auszuscheiden und entweder dem General v. Brandt seinen Platz zu räumen habe, oder daß eine neue Wahl anzuordnen sein würde. Außerdem trägt derselbe Ausschuß auf die Ausschließung von vier anderen Abgeordneten, wegen nicht hinreichender Legitimation an. Der Bericht wird gedruckt und ein Beschluß heute noch nicht gefaßt.

Zachariä von Göttingen berichtet, daß der internationale Ausschuß bei der Centralgewalt Maßregeln gegen die Anwendung der niederländischen Verfassung auf das Herzogthum Limburg beantragt und daß der Ausschuß diese Angelegenheit auf die morgende Tagesordnung angesetzt zu sehen wünscht.

Höfken berichtet über eine Bittschrift zur Steuer der Seelenverkäuferei, die in einigen Gegenden des Großherzogthums Hessen, Nassaus u. s. w. Statt finde. Auch dieser Bericht soll mit seinen Vorlagen erst gedruckt werden, bevor die Versammlung über den Gegenstand entscheidet.

Franz Raveaux beantragt eine Todtenfeier für Blum und fünf Mitglieder als Commission zur Anordnung derselben. Ueber die Dringlichkeit wird bejahend entschieden, worauf Herr Raveaux das Wort erhält. Robert Blum, sagt er, ist aus Köln gebürtig und war mein Landsmann. Das ist der Grund, aus welchem gerade ich die Todtenfeier für ihn beantrage. Venedey unterstützt den Antrag Raveaux's und protestirt zugleich im Namen der Demokratie gegen eine freche Stimme der Demokratie, welche einen „Anderen als Windisch-Grätz als den Mörder Blum's bezeichne." Der Antrag auf die Todtenfeier wird sodann genehmigt und das Bureau des Hauses soll die fünf Mitglieder zur Anordnung der Feier ernennen.

Zimmermann's aus Spandau Antrag, eine Commission nach Wien zu senden, um den Thatbestand der dort gemeldeten Greuelthaten zu erheben und Bericht über die Handhabung des Gesetzes und die Bestrafung der Schuldigen zu erstatten, wird für dringlich nicht erkannt und an den österreichischen Ausschuß verwiesen. Berger aus Wien interpellirt das Reichsministerium wegen einer angeblichen Allianz zwischen den Kabinetten von Berlin, Wien und Petersburg. Er fragt ferner, wie es den konstitutionellen Kaiser gegen die Uebergriffe des Fürsten Windisch-Grätz zu unterstützen gedenke, und endlich, welche Schritte der Justizminister zu thun beabsichtige, um die über Wien verhängten Willkürmaßregeln zu mildern.

Wiesner von Wien interpellirt wegen des österreichischen Oberkommandobefehls nach welchem 25 fl. C.-M. Belohnung auf die Anzeige von Verführungen zum Treubruch der kaiserlichen Truppen gesetzt werden.

Die Beantwortung dieser Interpellationen wird für morgen zugesagt. Mammen aus Plauen glaubt „den Terrorismus der Majorität" rügen zu müssen, vermöge dessen dem Herrn Schott vorhin die Erlaubniß zur Abgabe einer verspäteten Erklärung verweigert worden sei. Der Präsident weist aber den Vorwurf, daß die Minderheit des Hauses in ihren Rechten beeinträchtigt werde, als unbegründet zurück, worauf Mammen den Druck der Schott'schen Erklärung beantragt. Der Druck wird genehmigt.

Wie sich schon aus den obigen Anträgen und Anfragen schließen läßt, so ist die linke Seite des Hauses heute wieder vollständig besetzt. Gegen 11 Uhr erfolgt der Uebergang zur Tagesordnung. Auf die Besprechung des Art. XI. des Verfassungs-Entwurfs wird verzichtet. Die Annahme der §§. erfolgt in folgender Fassung:

§. 44. „Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. — Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen."

Ebenso §. 45:

„Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maaß und Gewicht, so wie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen."

Obschon hierauf Hr. Federer aus Stuttgart seinen Antrag, daß die oberste Leitung und Beaufsichtigung des Kreditwesens der Centralgewalt schon jetzt überwiesen werde, — worüber die Berichterstattung Wichmann's für den Finanzausschuß vorliegt, — ausdrücklich zurückzieht, um sich dafür dem Minderheitserachten des volkswirthschaftlichen Ausschusses anzuschließen, so wird über §. 46 doch eine Debatte eröffnet, an der sich M. Mohl, Mevck, v. Beckerath, Tellkampf, Schulz von Darmstadt betheiligen. Der Unterschied der Ansichten beruht nur in dem Maße des Gesetzgebungs- und Oberaufsichtsrechts, welches der Reichsgewalt eingeräumt werden und ob dies ein ausschließliches sein, sowie ob es über die Ausgabe von Papiergeld jeder Art erstreckt werden soll. Merck entwickelt die Nachtheile von National- und Centralbanken, die unter dem Einflusse politischer Ereignisse weit mehr zu leiden hätten, als Lokalbanken. Reichsminister v. Beckerath ist der Meinung, daß es der Charakter des Föderativstaats erfordere, den einzelnen Regierungen auch in diesem Bereiche der Gesetzgebung den gebührenden Antheil zu sichern. Der Vorschlag zu der Fassung des §., den Hr. v. Beckerath macht, will daher zwar die „Ausschließlichkeit" des Gesetzgebungsrechts gestrichen, dagegen aber den Zusatz angenommen sehen: „Andere Zahlungsmittel als Gold und Silber können nur mit der Genehmigung der Reichsgewalt als gesetzlich erklärt werden." Tellkampf verwendet sich dafür, daß die Zettelbanken, und nicht wie es nach dem Vorschlage des Finanzministers heißen würde, die Banken schlechthin, unter die Reichs-Gewalt gestellt werden. Schulz von Darmstadt mißbraucht die Tribüne, die er zur Erörterung einer Finanzfrage bestiegen hat, dazu, dem Hause seine eigenthümlichen Ansichten über alles Mögliche, was er auf dem Herzen hat und mit besonderer Breite über die Politik der Nationalversammlung aufzudrängen. Anstatt von Zettelbanken spricht er vom Volksheere, von den Civilisten und von der Reaktion. Dergleichen abschweifende oder unfähige Redner haben jedoch das Gute, daß unter ihrem Vortrage das Verlangen nach dem Schlusse der Debatte mit reißender Schnelle reift. So bricht auch, nachdem Herr Schulz überwunden ist, das Haus sofort die weitere Besprechung ab und die Berichterstatter des volkswirthschaftl. Ausschusses (Herr Eisenstuck) und des Verfassungs-Ausschusses (Herr Mittermaier) erhalten nach einander das Wort. §. 46 wird sodann nach dem Verbesserungsantrage von Beckerath's in folgender Weise zum Beschluß erhoben:

Digitized by Google

§. 46. „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Bank-Wesen, sowie über die Ausgaben von Papiergeld in Deutschland. Sie ist befugt, Banken anzulegen und ihre Anlage zu bewilligen. Andere Zahlungsmittel als Gold und Silber können nur mit der Genehmigung der Reichsgewalt als gesetzlich erklärt werden."

Artikel X. folgt. §. 47 gibt zu keiner Diskussion Veranlassung und wird sofort nach dem Vorschlage des Verfassungs-Ausschusses genehmigt:

„Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt unmittelbar zu bestreiten."

§. 48 wird als überflüssig, weil seinem Inhalte nach selbst verständlich, gestrichen.

§. 49. „Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, sowie Matrikular-Beiträge aufzunehmen."

§. 50. „Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu contrahiren."

Artikel XI. §. 51. „Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reichs bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht."

Die übrigen Abstimmungen der heutigen Sitzung melden wir in der Nachschrift dieses Blattes.

Wien, 15. Nov. Die Basteien der innern Stadt werden von Militair- und Civilarbeitern fleißig verpallisadirt und befestigt, so daß sich oberhalb jedes Thorwegs ein kleines Fort bildet, welches für sich behauptet werden kann. Um die den Kreis der Vorstädte umfassenden Linienwälle werden außerhalb ringsher sehr starke Verschanzungen gezogen, die den Zweck haben, die Vorstädte im Zaum zu halten, indeß die Basteiforts den Zugang in die innere Stadt absperren, von deren Gesinnungen man nichts zu fürchten hat, sobald nur die Volksmassen aus der Vorstadt sich nicht dahin ergießen können. Gleichzeitig will man das k. k. Lustschloß Belvedere, das, seiner Lage gemäß, alle Vorstädte beherrscht, in eine Citadelle verwandeln, weßhalb die dort aufgespeicherten Bilderschätze sofort, bis zur Herstellung eines besondern Museums für diese Gemäldegallerie, in den verschiedenen Palästen der hohen Aristokratie aufbewahrt werden sollen, zu welchem Zweck bereits die Fürsten Schwarzenberg, Liechtenstein, Auersperg ꝛc. ihre Räume angeboten haben. Die beiden Pulverthurm auf der sogenannten Türkenschanze nächst Währing und das Artilleriedepot im Neugebäude auf der Simmeringer Haide, werden gleichfalls stark verschanzt; während die Türkenschanze in eine kleine Citadelle verwandelt wird, erheben sich um das ohnedem sehr solide und bombenfest gebaute Neugebäude die furchtbarsten Erdwälle, die dergestalt mit Kanonen von schwerstem Kaliber besetzt sind, daß nach der Aussage erfahrner Officiere selbst der Angriff einer Macht von 30,000 Mann nicht zu fürchten wäre. — Jellacic geht dieser Tage auf der Südbahn nach Croatien, um dort den Oberbefehl über die Truppen unter Dahlen und Nugent zu übernehmen, welche von Süden her in Ungarn vordringen werden, indeß Windischgrätz von Westen über Preßburg operirt, Simonic den Norden bedroht und die Serben und Siebenbürgen die Ostseite beunruhigen. Man hofft Preßburg trotz seinen furchtbaren Verschanzungen leicht zu nehmen; es herrscht große Erbitterung in der Armee gegen die Ungarn, welche viele Kranke und Marodeurs der croatischen Armee in Stuhlweißenburg und Großkanischa ermordet haben. (Bresl. Z.)

Wien, 18. Nov. Gestern hatte sich das Gerücht der Hinrichtung des ehemaligen Nationalgarde-Oberkommandanten Braun verbreitet; es erwies sich aber später, daß ein gewisser Borgmi aus Brünn erschossen worden. Es hatte sich durch Zeugenaussagen ergeben, daß er an einem öffentlichen Orte aufrührerische Reden geführt und Drohungen gegen das Leben hoher Personen ausgestoßen habe. — Der Gemeinderath hat für die Waffenablieferung, die noch sehr im Rückstande ist, eine neue Frist bis zum 19. erwirkt. — Finanzminister Kraus reisete am 17. Abends auf höhern Befehl nach Ollmütz ab, woraus man auf die endliche Ernennung des neuen Ministeriums schließt. — Saphir hat die Concession zum Wiedererscheinen seines „Humoristen" noch nicht erlangen können; ebensowenig Schwarzer für die Allg. Oest. Z. — General Simonic soll nach unverbürgten Nachrichten die Ungarn geschlagen haben. Die Communication auf den südlichen Bahnen ist wieder hergestellt; die Gloggnitzer und Brucker Bahn werden wieder von Wien aus benutzt. — Die Nachricht von Sedlnitzky's Anwesenheit in Ollmütz soll auf einer Namensverwechslung beruhen. (Lith. N.)

Der Allg. Ztg. wird geschrieben: Einer Bekanntmachung des Gemeinderaths zufolge hören die Geldvertheilungen mit dem heutigen Tage auf. Er fordert die Arbeitsleute auf, sich jetzt wieder an ihre gewöhnliche Beschäftigung zu begeben, spricht jedoch mittellosen Arbeitsunfähigen eine Unterstützung für die Zukunft nicht ab.

Wien. Hr. Fenner v. Fenneberg erklärt in der Allg. Ztg.: In einem der Wiener Berichte an die Allg. Ztg.*), wird eine Aeußerung, die Rob. Blum am 30. oder 31. Okt. am Stephansplatze gemacht haben soll, des Inhalts: „Ihr müßt nach 200 latourisiren", erwähnt. Robert Blum hat sich nach Beendigung des Kampfes in den Vorstädten, als Alles verloren und jede weitere Vertheidigung Wahnwitz war, stets unmittelbar in meiner Nähe oder im Gasthofe „zum Igel" befunden, und in keiner Weise das Volk haranguirt. Jene Anschuldigung ist eine gemeine Verleumdung, die zu entkräften ich der Wahrheit wie dem Andenken eines der edelsten und tapfersten Männer Deutschlands schuldig bin. Ich habe mich dem illegalen Verfahren des Fürsten Windisch-Grätz durch die Flucht entzogen, an denselben jedoch die Erklärung gelangen lassen: wie ich mich nicht verpflichtet halte, mich einem Gerichte zu stellen, das Ankläger, Zeugen und Richter in denselben Personen vereine, und dessen einzige Richtschnur die vom österreichischen konstituirenden Reichstag als ungesetzlich erklärte Proklamation vom 23. Okt. bilde; wie ich aber, sobald die legalen Gewalten wieder in Wirksamkeit träten, nicht ermangeln werde, auf ergehende Aufforderung vor einer verfassungsmäßigen Jury über meine Handlungen als Chef der Sicherheitsbehörde und als Mitoberkommandant der Wiener Volkswehr (vom 29. bis 31. Okt.) Rechenschaft zu geben. Von der rauhen Alb, den 15. Nov. 1848. F. Fenner v. Fenneberg."

Wien. Man schreibt der Allg. Ztg.: Seit dem Gordon'schen Erlasse, wonach man für Aeußerungen an öffentlichen Orten, die nicht aufzuregen bestimmt zu sein brauchen, sondern nur möglicherweise aufzuregen geeignet sind, standrechtlich behandelt wird, kann man offenbar annehmen, daß es in Kaffee's und Gasthäusern von Spionen wimmelt; man empfindet wieder — Dank sei es den freundlichen Warnern — den hier aus der Metternich'schen Zeit noch wohlbekannten Druck am Fuß, und hört sich das alte herzliche „Räderer da!" schon wiehee in's Ohr zischeln. — Der Zustand des Buchhandels erinnert an das alte Heine'sche Trostgedicht für Campe, worin es heißt: „Und wenn sie den ganzen Verlag verbieten, verschwindet am Ende von selbst die Censur", nur daß hier eine ähnliche Maßregel gegen den Sortimentsbuchhandel gerichtet ist. Man verspricht den Buchhändlern von einem Tage zum andern ihre Ballen, aber sie kommen nicht. —

Wien. Doblhoff erklärt öffentlich in seiner Eigenschaft als Deputirter für Frankfurt aus dem Wahlbezirk Baden bei Wien, daß er sich unbedingt zu der Ansicht jener österreichischen Deputirten bekenne, welche sich für die unbedingte Aufrechthaltung der österreichischen Gesammtmonarchie in dem Sendschreiben an ihre Wähler aussprachen. (Allg. Z.)

Wien, 18. Nov. Dem „Nürnb. Kor." wird geschrieben: Zwei Mitglieder des Frankfurter Reichstags sind hier angekommen, um vom Fürsten Windisch-Grätz Erläuterungen über die Hinrichtung Robert Blum's zu verlangen, vielleicht auch Protestation dagegen einzulegen. — Nachschrift. So eben verbreitet sich die Kunde, daß Preßburg sich den kaiserlichen Truppen unterworfen hat.

♀ **Berlin**, 20. Nov. Berlin scheint plötzlich mit seiner äußeren Physiognomie auch seinen ganzen Charakter verändert zu haben. Den langen lieben Sommer geberdete es sich mit seinen wüthenden Demokratenvereinen, seinen fliegenden Kunsthändlern, seinen blutdürstigen Rehbergern, seinen heroischen Bürgerwehrmännern, seinen Held, Jungs und Reichenbachs als die gesteierte Vorkämpferin der Freiheit und als die stets schlagfertige Beschützerin der theuren Märzerrungenschaften, und jetzt, seitdem Weangel

*) Der Bericht gehörte nicht der Allg. Ztg. an, sondern der konstitutionellen Zeitung aus Böhmen. Dagegen lagen der Redaction der Allg. Z. Erklärungen von aus Wien nach Böhmen geflüchteten Wiener Studenten vor, welche dieselbe Anschuldigung brachten.

Digitized by Google

mit seinen Garden eingerückt ist, gilt hier plötzlich als Losungswort Aller: Passiver Widerstand! und der heiseren Brust des Rebbergers entsteigt von Zeit zu Zeit der Ausruf: Wir müssen abwarten, was die Provinzen thun! Es läßt sich nun freilich keineswegs läugnen, daß für den Augenblick in den Provinzen die heftigste Aufregung herrscht, die an manchen Orten sogar in offene Erhebung ausgeartet ist. Jedoch ist es dem energischen Einschreiten der Regierung fast überall gelungen, diese Bewegungen schleunigst zu unterdrücken, weil sie sich keines bestimmten Zieles bewußt sind, und weil ihnen daher jede nachhaltige Kraft fehlt. Hierzu kommt noch, daß sich ein Umschwung der Stimmungen immer mehr bemerkbar macht und daß diejenige Partei, welche sich für das Recht der Krone erklärt, und welche anfangs noch durch den Terrorismus der öffentlichen Meinung niedergehalten wurde, jetzt ebenso kräftig ihre Stimme erhebt, wie ihre Gegner. Der hiesige Magistrat ist nach einer langen Sitzung zu dem Erkenntnisse gekommen, daß man in Krisen, wie die gegenwärtige, wo es sich um eine Wahl zwischen Anhänglichkeit an das angestammte Haus oder Republik handle, die Regierung in jeder Art unterstützen müsse. Andere Behörden, wie die Stettiner Stadtverordneten, die gleich in den ersten Tagen eine starke Adresse zu Gunsten der Nationalversammlung abgaben, haben jetzt erklärt, daß sie wider Willen zu dieser Adresse gezwungen seien und haben bei ihrer Rückkehr die Meinung nach einer anderen Seite hingelenkt. Aus dem Havellande sind große Deputationen beim Könige eingetroffen, um ihm ihre Arme anzubieten, da sie vernommen hätten, daß die Truppen nicht stark genug seien. In andern märkischen Kreisen sind Bauern und Ritter zusammengetreten, um dem Könige zu erklären, daß sie einen jeden Steuerausfall, der in Folge der Beschlüsse der Nationalversammlung eintreten könnte, bis zu einer gewissen Frist aus eigenen Mitteln decken würden. Ueberhaupt sind die letzten Schritte der Nationalversammlung wenig geeignet gewesen, die Sympathieen der Gemäßigten zu fesseln. Die Steuer-Verweigerung ist in einer so tumultuarischen Form ausgesprochen, daß schon jetzt von den verschiedensten Deputirten die heftigsten Protestationen dagegen einlaufen. Währenddessen geht die Regierung festen Schritts vorwärts. Der König handelt in Allem in vollkommenem Einverständnisse mit dem Prinzen von Preußen. Die letzten Zweifel die darüber noch gehegt werden konnten, hat der Prinz neulich in seiner Rede an die Stadtverordneten widerlegt, die durch ihre Offenheit und Würde hier einen fast durchweg guten Eindruck gemacht hat. Dabei wird eine jede Veranlassung zu einem Conflict sorgfältig vermieden, nicht etwa als ob man nicht der Truppen ganz sicher wäre, — die Officiere haben alle Mühe ihre Leute von einem voreiligen Einschreiten zurückzuhalten, und die Soldaten aller Regimenter haben zu wiederholten Malen in ihrer Gutmüthigkeit den Bürgern erklärt, daß sie nur dann schießen wollten, wenn Feuer kommandirt würde, — sondern weil man bei Hofe sehr wohl erkennt, daß eine Beruhigung Berlins ohne Blutvergießen unter allen Umständen das größte Glück sei. Haben Sie z. B. von dem großen Complott gehört, welches der demokratische Verein am Dienstage gemacht hat? Nachdem die Nationalversammlung aus verschiedenen Lokalen vertrieben war, hatte er derselben das Lokal in der Friedrichsstädtischen Halle zur Disposition gestellt. Wenn dort die Deputirten vereinigt wären, war der Beschluß, so sollten sie plötzlich durch eindringende Haufen gezwungen werden, sich als Convent zu erklären und eine dahinzielende Proklamation zu erlassen, die dann schleunigst in alle Provinzen befördert werden sollte. Hiervon war die Regierung bei Zeiten unterrichtet worden und gerade sie ist es gewesen, die die Deputirten abgehalten hat, sich dort zu versammeln und die dieselben mit jenem Plane zuerst bekannt gemacht hat. —

Bonn, 21. Nov. Mehrere Volksversammlungen unter dem Vorsitze des Bürgers (Professors) Kinkel, der gern ein Mirabeau wäre oder dafür gälte, einigten sich zur Wahl eines Sicherheitsausschusses, „zur Aufrechthaltung des Beschlusses der Nationalversammlung über die Steuerverweigerung"; die Bürger stimmten mit Jubel ein und die Sache wurde durchgeführt. Jeder schien bereit, „Gut und Blut für die gute Sache" einzusetzen. — Gestern rückten 900 Mann Infanterie und einige Kanonen ein. Das Militär wurde, wie üblich, auf dem Markte stark verhöhnt, und konnte sich nur mit dem Bajonnet Ruhe schaffen, wobei 2 Verwundungen vorkamen. — Die Studenten hatten Tags zuvor eine akademische Legion zu bilden beschlossen, und bewaffneten sich allmälig; doch hatte der Oberbürgermeister alles Pulver und Blei aufkaufen lassen, so daß dergleichen nur spärlich vorhanden war. Alles war geschäftig, aber Keiner wußte recht, was man wollte. Endlich kam man in einer Studentenversammlung dahin, trotz schöner und tapferer Worte, die einer neuen, und ich möchte sagen unbesonnenen, Begeisterung entsprangen, gestern Abend nicht loszuschlagen. Es waren nämlich kaum 200 Studenten unvollkommen bewaffnet; sachverständige Leute versicherten, daß man von der Bürgerwehr, die sonst so tapfer Beifall geklatscht und gestimmt hatte, auf kaum einen Mann rechnen konnte, und die Thore waren stark besetzt, so daß Zuzug vom Lande mit ländlicher Bewaffnung nicht weiter in die Stadt kommen konnte. — Inzwischen wählte man ein permanentes Studenten-Comite, das die Nacht über Erkundigungen einzog, die Studenten zu organisiren und mit Munition zu versehen suchte. Heute Morgen betrachtet man die Sache etwas ruhiger; die Militärbehörde ließ anschlagen, sie würde ihre Pflicht thun; die Steuern werden sehr regelmäßig bezahlt, und die Studenten werden sich auch wohl beruhigen. Ihr Plan, die Thore zu entsetzen und dem Landvolk Führer zu geben, um mit seiner Hülfe Herren der Stadt zu werden, war doch zu romanhaft. Uebrigens waren sie naiv genug, sich zu wundern, daß „in der Rheinprovinz noch 900 Mann disponibel wären." Kinkel hält sich verborgen. — Die Schließung der Universität, von der gestern gesprochen ward, steht gar nicht zu befürchten.

** **Köln**, 21. Nov. Wir haben den Belagerungszustand noch immer nicht, aber die Sachen stehen so, daß wir mit jeder Stunde darauf gefaßt sein müssen. Die demokratische Partei hat alle Segel aufgespannt. Volksversammlung folgt auf Volksversammlung, es regnet Plakate und Maueranschläge. Die „Neue Rheinische Zeitung," die jeden Tag die Worte an der Spitze trägt: „Keine Steuern mehr!" thut ihr Aeußerstes, und das „Volkscomite" fordert heute nochmals öffentlich auf, vor allen Dingen keine Steuer irgend einer Art zu entrichten und nicht die „Schande" über Köln zu bringen, in dieser Hinsicht hinter andern Städten zurückzustehen. Die Landwehr innerhalb der Stadt hat ihre Organisation und die Wahl ihrer Führer so ziemlich beendet und hat jetzt einen Aufruf an die ganze Provinz erlassen, ihrem Beispiel zu folgen; einzelne Korps der aufgelösten Bürgerwehr haben wenigstens schon einleitende Schritte gethan, sich in gleicher Weise auf eigene Hand zu reorganisiren, und laut Beschluß einer gestern gehaltenen Generalversammlung des Turnvereins wird sich aus dem Schooße desselben, „zur Disposition der Nationalversammlung", ein Turner-Freikorps bilden, für dessen Bewaffnung bereits nicht unerhebliche Geldbeiträge eingegangen sind. Dagegen scheinen wenigstens die hiesigen Behörden, wenn sie auch anderswo vielfach zu laviren suchen, geneigt, im Sinne des neuesten Ministerial-Rundschreibens dem ganzen Treiben und namentlich der Steuerverweigerung ein Ziel zu setzen: der Provinzial-Steuerdirektor hat bestimmt erklärt, daß er eintreffenden Falls sofort das Militär requiriren werde, die Mitglieder des demokratischen Kreisausschusses sind wegen Verleitung zur Rebellion vor den Untersuchungsrichter geladen, und es ist nicht unerheblich, daß das bekanntlich nicht mit Juristen besetzte Handelsgericht, bei Gelegenheit eines Kontumacial-Urtheils, den Antrag des Anwalts, unter den gegenwärtigen Umständen den Urtheilsstempel einstweilen zu sistiren, abgelehnt hat. Welche Besorgnisse man aber im Allgemeinen hegt, mag schon der Umstand zeigen, daß gestern Mittag ein ganzes Bataillon von hier abgesandt wurde, um das Landwehrzeughaus in Brühl auszuräumen und die sämmtlichen Waffen hierher zu escortiren. Aehnliche Maßregeln sind ohne Zweifel überall getroffen, da die Landwehrzeughäuser meist in Landstädten liegen und wenig oder gar keinen militärischen Schutz haben. Nach Bonn ist gestern, um die dort ausgebrochenen Unruhen zu dämpfen, eine Schwadron Uhlanen und ein Zug Geschütze von hier abgegangen. Ein Bataillon vom 16. Regiment hat Befehl, sich stündlich zum Abmarsch nach Düsseldorf, wo die Anarchie nachgerade ihren Gipfel erreicht hat, bereit zu halten.

Glogau, 16. Nov. (Bresl. Z.) Mittwoch den 15. kamen die bäuerlichen Deputirten zurück. Sie haben sich ihres Auftrags entledigt und sind nicht eher abgegangen, bis sie den König gesehen und ihn gesprochen haben. Die Leutseligkeit der Minister und anderer hoher Staatsbeamten, so wie deren Bemühung, unsere Deputirten eines Bessern zu belehren, hat die Bauern in nicht geringes Staunen versetzt. Die Antwort des Königs soll gelautet haben: „Man will mir die Krone nehmen, wie bei der

Digitized by Google

Uebersicht.

Haym's Bericht aus dem rechten Centrum.

Deutschland. Frankfurt (Mecklenburgs Verfassung.) Wien (Albini vor Triest. Requiem für Latour.) Berlin (Ankunft der Reichscommissäre. Die Provinzen gegen die Steuerverweigerung. Selbe.) Breslau (Umschwung. Pinder und die Regierung.) Magdeburg (Die Steuer nicht verweigert.) Ulm (Todtenfeier für Blum.) Mannheim (Militärisches.) Darmstadt (Der Entwurf des Wahlgesetzes.) Ratzeburg (Einsetzung der neuen Regierung.)

Schweiz. Bern (Bundesrath und Bundesgericht. Die Frage des Bundessitzes. Bundesversammlung.) Zürich (Gebietsverletzung.)

Ostindien. (Scharmützel vor Multan. Weitere Meutereien.)

* Vom Rhein. Der Bericht von R. Haym aus der Partei des rechten Centrums, der so eben bei Jügel erschienen ist, ist eine vortreffliche Arbeit. Er ist mit der großen Klarheit und intellectuellen Schärfe geschrieben, die man aus des Verfassers Schrift über die „Krisis unserer religiösen Bewegung" schon kennt, und die dem Vaterlande in dem jungen Manne vielleicht einen Staatsmann, gewisser einen Schriftsteller ankündigt, dessen frohe geistige Reife für die Zukunft das Außerordentliche verspricht. Der Bericht könnte eine Apologie des rechten Centrums heißen, wenn er nicht in der Haltung geschrieben wäre, als ob diese Fraktion der Nationalversammlung, der Träger der Majorität, keiner Rechtfertigung bedürfe; er ist indessen, indem er zugleich die übrigen Parteien der Versammlung genau und eindringlich charakterisirt, mehr geworden: er enthält das zweckmäßigst concentrirte Material zu der Geschichte des bisherigen Verlaufs unseres Reichstages. Da in dieser Zeit des Sturmes und Dranges die größten Momente der Zeitgeschichte so leicht vergessen werden, so ist es zu wünschen, daß dies Büchelchen eine recht große Verbreitung gewinne, um die Gedächtnisse aufzufrischen. Wir waren begierig, vor Allem des einsichtsvollen Verfassers Urtheil und Darstellung der Verhandlungen der Nat.-Vers. in der Waffenstillstandsfrage zu lesen, den großen Wendepunkt, von wo an ihre Stellung und Wirksamkeit so sehr viel schwieriger geworden ist, den Zeitpunkt, von wo an die Diplomaten ihre Lobredner und die Volksstimmen ihre Tadler geworden sind. An dieser Stelle allein fühlte der Verfasser die Nothwendigkeit, wirklich der Apologet seiner Partei zu werden; und er hat die Sache im Sinne derselben so in günstiges Licht gestellt, daß seine Auseinandersetzung noch nachträglich manchen bekehren möchte, der damals im Sept. anderer Meinung war. Es wäre sehr lästig, noch einmal auf das Detail dieser pendeln Geschichte zurückzukommen. Sie ist aber im Ganzen und Großen so wichtig, und in ihren Folgen so nachwirkend, die damalige Spaltung der Nat.-Vers. ist so bedeutsam und in ähnlichen Fragen der äußeren Politik so sehr wieder zu erwarten, daß nicht allzu jeder Rückblick, im Angesichte eines so klar Urtheilenden, überflüssig sein dürfte. Wer des Verfassers Bedenken zu Gunsten der Annahme des Waffenstillstandes auf S. 115 ff. liest, der wird vielleicht kaum umhin können, ihm in Allem Recht zu geben. Fragt man sich gleichwohl, ob alle diese Bedenken, mit noch größerem Geschicke verfochten, in dieser Frage Stich gehalten haben würden, auch in dem rechten Centrum selbst, wenn das Ereigniß, um das es sich handelt, etwa damals Statt gefunden hätte, als nicht lange der Raveaux'sche Antrag angenommen war oder als die Centralgewalt geschaffen wurde, so wird Jeder, der den herrschenden Geist der Versammlung richtig erfaßt hatte, wir zweifeln nicht, der Vers. selbst wird eingestehen, daß damals der entgegengesetzte Ausschlag gefallen wäre: der Waffenstillstand würde mit beinahe Einstimmigkeit verworfen worden sein. In welchen Formen und Ausdrücken, das kann dahin gestellt bleiben. Man muß bekennen, der Waffenstillstand war nicht so schlimm, als man ihn machen wollte, er trug nur ein schlimmes Kleid. Hätte der auswärtige Minister damals gleich in selbstständiger Ermessung des ganzen Inhaltes Vortheil und Nachtheil, Schein und Wesen des Waffenstillstands klar auseinandergelegt, und hätte das Ministerium statt dessen Genehmigung zu einer Existenzfrage zu machen und doch Modifikationen selbst als nothwendig anzuerkennen, nur den Accent in dieser zweiseitigen Beurtheilung der Sache geändert, und die Nothwendigkeit der Verwerfung ausgesprochen, wenn nicht jene nothwendigen Modifikationen erfolgten, so wäre vielleicht die ganze unselige Spaltung verhütet worden; und eben so, wenn in Ermanglung des Ministeriums die Rechte einen Antrag in diesem Sinne gestellt hätte, statt des verwaschenen Franke'schen auf der einen und des kriegerischen auf der andern Seite des Ausschusses. — Ein solcher energischer und zugleich gemäßigter Antrag, in dem, wie gesagt, der Accent auf der Verwerfung gelegen hätte, statt dem Drang zum Krieg aber die Bereitwilligkeit zur Verständigung ausgesprochen worden wäre, hätte, scheint es, selbst im September die Geister einigen können. Gewiß wäre im Juni ein selbst viel energischerer Beschluß auch von der Rechten gutgeheißen worden. Warum geschah es nicht im September? Der nächste pragmatische Grund ist gewiß kein anderer, als daß die preußischen Abgeordneten, bis dahin still und geduldig, lange herausgefordert und gereizt, jetzt endlich bei dem unglücklichsten, aber freilich günstigsten Anlasse (da sie Hof, Heer, einen Theil der Bevölkerung und die Nat.-Versamml. in Preußen in ihrem Rücken hatten) entschlossen zusammenstanden gegen die Anfechtung des von Preußen abgeschlossenen Waffenstillstandes; sie holten sich Satisfaction für lang ausgehaltene Schmähungen. Der allgemeine Grund war die Erschlaffung der Nat.-Vers. Damals, als man die Centralgewalt schuf, stand auch nach des Verfassers Ansicht „das Gewicht staatsmännischer Gründe denjenigen zur Seite, welche die Dreiherrschaft der Einherrschaft vorzogen." Aber der „Instinkt der Einheit" lenkte die Entscheidung auch jener Staatsmännischen auf der Rechten! Damals stand in der Ueberzeugung der Rechten fest, daß die Regierungen zustimmen mußten zu der Wahl des Reichsverwesers, aber der kühne Griff störte auch diese Ueberzeugung. „Eine höhere Hand schien hinter allem Streit der Meinungen den Ausgang desselben zu leiten!" Man konnte auch nur sagen: die Versammlung in ihrer ersten Frische war damals auch in ihren rechten Fractionen geneigt zu allen energischen Schritten, wenn nur nicht ganz das Extremste beantragt, nicht jede Brücke zu einer friedlichen Verständigung mit den Regierungen abgebrochen war. Hatte sie Beschlüsse, wie den Raveaux'schen, wie eben diesen über die Wahl des zeitweiligen Oberhauptes zu fassen, durch die ein Conflict möglicherweise entstehen konnte, so lag der Accent der Beschlüsse immer auf dem energischen Theile, und der versöhnende hatte schwächer nach, obgleich er nirgends ganz fehlte. Viele Mitglieder der Rechten billigten damals diese Taktik nicht, weil damals von den Regierungen nichts geschehen war, was ein Mißtrauen und einen Gegensatz der Nationalversammlung herausgefordert hätte. Und dies ist der Kern der Ansicht, die diese Zeilen post festum noch geltend machen möchten: Eben diese Mitglieder hatten im September die veränderte Taktik nicht billigen müssen, wo man bei einer offenbaren Renitenz des preußischen Ministeriums gegen die Reichsgewalt den Accent auf die nachgiebige und furchtsame Schwäche legte, wo jetzt die ganze Energie der Versammlung geboten war. Kann sich der Verfasser nicht erwehren, damals dem „Instinkt der Einheit" Recht einzuräumen gegen Alles, was der Verstand der Verständigen gegen die Einherrschaft vorbrachte, so hätte er jetzt dem Instinkt der Ehre allen weislichen Bedenken gegenüber das Gleiche einräumen sollen, nicht allein der Ehre Deutschlands gegen Dänemark über, sondern was in dieser ganzen Sache weit das Wichtigere war, der Ehre der Centralgewalt gegen einen Einzelstaat über. Daß die Rechte damals die Frische nicht mehr hatte, dem lebhaften und allerdings gereizten Ehrgefühle Dahlmann's nachzufühlen, und daß sie ihn im Stiche ließ, das macht in der That diesen Mann als Staatsmann in unsern Augen nicht schlechter, was man auch damals Erbittertes, und jetzt noch Geringschätzendes über ihn sagen möchte. Der staatsmännische Fehler lag auf Seiten der Partei, die den Nachdruck der Volksmeinung in einer gerechten Sache der linken Seite zuschob, deren schlechte Motive es gerade galt durch die Einstimmigkeit der Nationalversammlung zu paralysiren. Den Takt eines Staatsmannes nach dem augenblicklichen Erfolge bemessen, den seine Ansichten haben, den sie in einem kleineren Kreise haben, der den verschiedensten Einwirkungen ausgesetzt ist, dies wäre beschränkt. Die weiteren Erfolge haben der Ansicht der Rechten nicht Recht gegeben. Hätte sie damals mit aller Kraft auf dem bestanden, was ihre Ehre erheischte, so würde von Seiten Dänemarks ja ganz natürlich das erfolgt sein, was so auch erfolgte; was schwerlich auf die Haltung der Nationalversammlung hin erfolgt wäre, was vielmehr auf die Haltung der schleswig-holstein'schen Stände hin, in dem Moment der Verkündigung des Waffenstillstands, erfolgte. Mit der Haltung dieser Stände würde die Nationalversammlung Schritt gehalten haben; mit ihnen würde sie in der Waffenstillstandssache, so weit für

Digitized by Google

Dänemark betrof, die Nachgiebigkeit am rechten Orte haben eintreten lassen, mit ihnen würde sie sich den besten Ruf erhalten haben. Und sie würde sich ein höchstes Ansehen mit erwarben haben, wenn sie zugleich gegen Preußens Winkelzüge durchgegriffen hätte, gegen die Winkelzüge, die nur dem Ministerium zur Last fielen. Dies Ministerium war bereits gefallen; es war kein Zweifel, daß der energische Beschluß in Frankfurt in Berlin nichts zur Folge gehabt hätte, als eben ein neues Ministerium. In diese konstitutionellen Konsequenzen können wir uns leider noch nicht gewöhnen. Wir entsetzten uns vor dem Schreckbild des Zerfalls mit Preußen. Dieser Zerfall war ein Wahn, wenn die preußischen Abgeordneten in Frankfurt keine Sonderbündelei trieben. Damals stand in einem großen und allerdings gefährlichen Falle die Sache der deutschen Einheit und des deutschen Ansehens nach Außen in Frage; ein Bruch im Innern und dadurch eine Schmach nach Außen lag in der Möglichkeit: konnte diese Gefahr in dieser Sache, für die Deutschland seit Jahren seine Ehre eingesetzt hätte, nicht überstanden werden, so gestehe man sich ja, daß all unser Mühen ganz umsonst ist! Eine herzhaftere Ansicht der Dinge hatte, und am besten von dem Reichsministerium aus, diesen Anlaß gerade ergriffen, um diese große Frage zur Entscheidung zu bringen. Drum man glaube ja nicht, daß wir dieser Entscheidung, dieser Nothwendigkeit, die Einheit dem Partikularismus über einmal aufs Spiel zu setzen, mit der Umschleichung jenes Falles entgangen wäre! Jetzt aber steht das Spiel des Partikularismus eben so gut, als damals das Spiel der Einheit stand. Auf diese geänderte Lage der Dinge hinzuweisen, fühlte ich mich bei der Durchlesung der Haym'schen Schrift gedrungen. Denn man irre sich in dem Loger des rechten Centrums, bei dem im Uebrigen auch meine Sympathieen sind, nicht: die Meinung von der Nationalversammlung ist seit jenen ominösen Beschlüssen in dem Vaterlande gewaltig gesunken: das sprach sich fein und scharf gleich damals aus, als die Stuttgorter Frankfurt belobten wegen der Energie im Entgegentreten gegen die Anarchie, indem sie zugleich ihre Nichtübereinstimmung in Bezug auf die Waffenstillstandssache aussprachen. Man irre sich in dem rechten Centrum auch nicht über die Meinungen im Auslande. Der Verfasser preist den Moment groß, wo Vincke die Worte sprach: „auf der einen Seite (der Genehmigung) liegt die Achtung Europas und die Einigung Deutschlands" u. s. Ich bedaure nur, daß die Folgen den Geundirrthum dieser Worte ausgewiesen haben. Ich kann nur sagen, daß man in England damals unerträglichen Spott auf die Nationalversammlung und ihre Schwäche häufte, und könnte es belegen, daß man wieder in ganz anderen Theilen Europas im Momente, uno noch ehe die traurigen Ereignisse in Frankfurt gefolgt waren, mit dem richtigsten Takte herausfühlte, daß die Nationalversammlung in jenem Votum sich die empfindlichste Scharte in das Schwert ihrer Autorität geschlagen hatte. Was aber die Einigung Deutschlonds anbetrifft, so liegt zu Tage, wos seitdem geschehen ist. Setzte damals die Reichsgewalt mit ihrem Parlamente aber durch, was sich gebührte, so begreift man wohl, daß ihr Ansehen und damit die Einheit in Deutschland eben so faktisch ongefangen hätte sich festzusetzen, wie sie sich seit dem Raveaux'schen Antrage und der Reichsverweserwahl in den Hoffnungen festgesetzt hatte. Die Nationalversammlung wäre in Einer geraden Linie mit jenen ersten Beschlüssen geblieben, die den größten Jubel hervorgerufen und die allgemeinste Zustimmung erfahren hatten, statt daß nun kaum abzusehen ist, welche Autorität den Widerspruch nirderhalten soll, der sich nach vollendeter Verfassung von allen Seiten her dawider erheben wird. Von allen bisherigen und künftig möglichen Zwischenfällen ganz zu schweigen.

Deutschland.

00 **Frankfurt a. M.** 20. Nov. Unter den zahlreichen jetzt versammelten verfassungsgebenden Landesversammlungen hat die mecklenburgische eine der schwierigsten Aufgaben, wie aus einer kurzen Betrachtung der dortigen Verhältnisse hervorgeht. Allein in Mecklenburg besteht nämlich noch in ungeschwächter Kraft und Reinheit die altlandständische Verfassung. Die widersprechendsten Elemente sind in derselben gemischt und man ist in Verlegenheit, in welche Classe der Staatsverfassungen man sie unterbringen soll, denn die absolute und constitutionelle Monarchie, sowie die oristokratische Republik haben ihr Theil zu derselben hergegeben. Im Damanium (den landesherrlichen Besitzungen) ist der Großherzog unumschränkter Herrscher und nur durch die von ihm selbst gegebenen Gesetze gebunden. In Bezug auf Ritter- und Landschaft ist er aber nur constitutioneller Monarch, da er dieselben ohne ihre Bewilligung nicht besteuern, noch auch in ihren „wahlerwordenen Rechten", deren sehr viele sind, beeinträchtigen dorf. Ritter- und Landschaft aber üben diese Rechte unbeschränkt über ihre Hintersassen aus. Die städtische Regierungsform endlich erinnert an die der aristokratischen Republiken. Das mecklenburgische Staatsgrundgesetz: der Erbvergleich von 1755 hat die Rechte der drei Grundbesitzer des Landes: des Herzogs, der Ritterschaft und Landschaft festgesetzt. Als dieser Erbvergleich geschlossen wurde, bestand in Mecklenburg noch die Leibeigenschaft; die Hintersassen der Grundherren und Städte waren an die Scholle gefesselt, durften aber von ihren Herrn weder verkauft, noch zu gewissen Diensten anderweitig weggeben werden. Erst seit dem 18. Januar 1820 ist die Leibeigenschaft in den mecklenburgischen Ländern gesetzlich aufgehaben. Aus diesem Verhältniß erklärt es sich, daß, da die Vertretung an den Grundbesitz geknüpft wurde, nur Landschaft und Ritterschaft das Recht der Vertretung erhielten, die rechtlosen Bauern und Tagelöhner des Domoniums (etwa ⅔ der Einwohnerzahl) oder gar nicht, die Hintersassen der Ritterschoft (¼ der Bevölk.) aber durch Aufhebung der Leibeigenschaft durch ihre Grundherrn, welche häufig das entgegrngesetzte Interesse haben, und die Städte nicht viel besser durch ihre Stadträthe vertreten sind.

Der Landtag, welcher bisher jährlich abwechselnd in den Städten Malchin und Sternberg zusammenkam, hat das Recht der Steuerbewilligung, jedoch ohne Controle des Staatshaushalts, und Theilnahme an der Verwaltung der Landeskassen. Ein stehender Landtagsausschuß besorgt die laufenden Geschäfte. Durch die Spaltung der Ritterschaft in die adelige und bürgerliche Partei sind die Städte dem Adel gegenüber verstärkt worden. Zur Zeit des Erbvergleichs waren alle Güter in den Händen des Adels, daher damals zwischen den dem Adel und denen dem Grundbesitzer zukommenden Rechten nicht gehörig unterschieden wurde. Jetzt aber ist über die Hälfte der Rittergüter in den Händen von Bürgerlichen, welche die Vorrechte des Adels zu erringen suchen, die dieser ihnen streitig macht. Auch die Steuern bedürfen einer ganz andern, gerechteren Vertheilung.

Wien, 17. Nov. Laut Nachrichten aus Triest vom 15. Nov. war der sardinische Admiral Albini mit seiner Flotte ganz unerwartet auf der dortigen Rhede eingetroffen. Er hatte die weiße Flagge aufgezogen und sendete gleich einen Parlamentär an den österreichischen Marine-Oberkommandanten v. Kudriafsky, welcher sich mit ihm in Verbindung setzte und unmittelbar darauf, wie man versicherte, mit Anträgen des Admirals Albini nach Wien abreiste. Es hieß allgemein, Albini habe Unterhandlungsvorschläge wegen Venedig gebracht. — Morgen wird auf Anordnung des F.-M. Fürsten Windischgrätz ein feierliches Requiem für den F.-Z.-M. Grafen Latour abgehalten. Der Fürst hat befohlen, diese Trauerandacht, zu welcher die ganze Garnison ausrücken wird, außerhalb des Weichbildes der Stadt und Vorstädte, auf dem sogenannten Logerberge abzuhalten. (Bresl. Z.)

* **Berlin**, 20. Nov. Die Gesandten des Reichsverwesers, Vicepräsident der Reichsversammlung Simson und Abgeordneter zur Reichsversammlung Hergenhahn (Minister aus Nassau), sind hier angekommen. — Die Nachrichten aus den Provinzen sind für die Sache des Friedens und der Ordnung günstig. Durch den Beschluß der Steuerverweigerung hat sich das Parlament selbst den Stab gebrochen. Die Augen in den Provinzen öffnen sich und man sieht, an welchen Abgrund das Land geführt werden sollte. — Von mehreren Abgeordneten des Centrums (Fraktion Unruh) ist heute ein Protest gegen den Steuerverweigerungsbeschluß in die Provinzen versendet worden. — Der eben gedruckte Petitions-Bericht der Landesversammlung enthält 583 Zustimmungs-Adressen an die National-Versammlung, darunter von auswärtigen Stände-Versammlungen folgende: Oldenburg, Dessau, Köthen, den beiden Mecklenburg und Hamburg. — Die Deputirten der Gemeinderäthe zu Köln, Aachen, Koblenz und Trier, welche zu dem hierher ausgeschriebenen Städtetage nach Berlin gekommen sind, haben sich heute im Staatsministerium gemeldet. Welche Stellung sie dem Tageskonflikte gegenüber einnehmen wollen, weiß man nicht; wir hoffen eine versöhnende

Digitized by Google

und vermittelnde. — Der 82jährige Sethe, Ehespräsident des Revisions- und Cassationshofes für die Rheinprovinz, welcher sich gegen Napoleon so muthig benahm, hat ein öffentliches Gutachten für das Recht der Krone abgegeben.

△ **Breslau**, 19. Nov. Die Spannung war gestern im Laufe des Nachmittags aufs Höchste gestiegen. Die demokratische Sicherheitskommission hatte auf Grund der ihr nicht befriedigend erscheinenden Erklärung Pindees beantragt, eine eigene Behörde zu ernennen, welche die Steuern einziehen und verwenden sollte, womit eben die lang ersehnte provisorische Regierung geschaffen gewesen wäre. Dieser Forderung trat jedoch der permanente Ausschuß als einer überaus gefährlichen einstimmig entgegen, d. h. einstimmig in den aus den städtischen Behörden entnommenen Mitgliedern, wogegen die aus den demokratischen Clubs hinzugegangenen Vertrauensmänner fast eben so einstimmig den Antrag unterstützten. Die alsobald durch Plakate bekannt gemachte Weigerung des Ausschusses war für die „Rothen" ein unverhoffter Schlag, sie fühlten, daß es nun gälte zu handeln, deßhalb waren die Reden in der um 4 Uhr abgehaltenen Volksversammlung heftiger als je; einer der Redner verlangte, indem er selbst den Säbel zog, das feierliche Versprechen, daß man nun mit Leib und Blut Widerstand leisten wollte. Man versprach es, aber als er nun weiter aufforderte, die Thore der Stadt gleich zu verbarrikadiren, da folgten nur Wenige dem Rufe, die Meisten hatten zur Herausforderung der „rohen Soldateska" nicht recht Lust. Unterdeß aber hatten Schlöffels Prätorianer, die rothkreuzigen Landwehrmänner, sich ihrerseits vor dem Rathhause gesammelt, nachdem sie durch öffentliche Plakate als Zweck ihres Zusammentritts die Vertheilung, d. h. die Wegnahme der Gewehre angekündigt hatten. Aber die Spaltung war im Schooße der demokratischen Sicherheitsbehörde selbst ausgebrochen. Die Bürgerwehr war aber, wie die ganze Bürgerschaft, durch die Pläne der Rothkreuzer und durch die Drohung des Militärs, daß es sich aus der Stadt zurückziehen würde, sehr stutzig geworden. Darum schieden die Delegirten der Bürgerwehr aus der Kommission aus, und es war dies ein unverkennbares Symptom, daß der Magistrat jetzt bei etwaigem Widerstand gegen erneute Forderungen auf die Wehrmannschaften rechnen könnte. Auch hatten sich diese in hinreichender Anzahl vor dem Rathhause eingefunden, und leisteten den tobenden Landwehrmännern, welche Schlöffel und Konsorten jetzt nur noch mit Mühe besänftigen konnten, kräftigen Widerstand. Erst gegen Mitternacht verliefen sich die lärmenden Gäste. Unterdeß war auch in der Regierung ein einflußreicher Wechsel eingetreten. Das Regierungskollegium, welches von des Oberpräsidenten letztem Schritte ebenso überrascht gewesen war, wie das Publikum, hatte von ihm eine Erklärung darüber verlangt, und da dieselbe wahrscheinlich wenig befriedigend gewesen, den zweiten Präsidenten, von Kottwitz, beauftragt, sich vorläufig als Chef der Regierung anzusehen. Zugleich ist von derselben eine Bekanntmachung erlassen worden, worin die Verweigerung der Steuern unter Androhung der gesetzlichen Strafen, als ungesetzlich und als Auflehnung gegen die rechtmäßigen Behörden bezeichnet wird; ferner ein kräftiger Aufruf gegen alle sogenannten Sicherheitsbehörden, wie auch von Seite des Magistrats ein Erlaß gegen den demokratischen Sicherheitsausschuß in Breslau. Sie sehen, wenn das so fort geht, dürfte die Hoffnung der Berliner Linken auf Breslau vereitelt werden. Es soll noch dazu heute eine Erklärung des Generals von Lindheim erfolgt sein, wonach die unterdeß durch mehrfachen Zuzug verstärkten Truppen in die Stadt einrücken würden, wenn sie auch nur von der Regierungsbehörde requirirt würden. Freilich kann sie Kottwitz schwerlich requiriren, so lange Pinder noch officiell fungirt, aber auch Letzterer scheint, durch die neue Wendung der Dinge ermuthigt, wieder einlenken zu wollen. Freilich ist seine Stellung unmöglich geworden, und ich glaube versichern zu dürfen, daß sein Nachfolger schon ernannt ist, nämlich Hr. von Schleinitz, bisher Präsident im Liegnitz.

Magdeburg, 18. Nov. Der Vorsteher der hiesigen Stadtverordneten hat heute plötzlich eine außerordentliche Versammlung berufen und selbst den Antrag gestellt: „die Stadtverordneten möchten im Namen der hiesigen Bürgerschaft sofort aussprechen, daß die Stadt Magdeburg fortan an die Regierung keine Steuern mehr zahlen werde, weil die Nationalversammlung einen dahin lautenden Beschluß gefaßt." Aber nur 5 Stimmen waren für diesen Antrag; die Uebrigen verwarfen diesen Vorschlag, wie er es verdiente, was in der Stadt die größte Zufriedenheit erregte.

|| **Ulm**, 21. Nov. Der hiesige Volksverein veranstaltete gestern zu Ehren Blums und zum Besten seiner Hinterlassenen eine Todtenfeier, die in dem geräumigen Saale eines hiesigen Gasthofes stattfand und sich der größten Theilnahme des Publikums erfreute. Der geschmackvoll decorirte Saal — Blums Bildniß umschlang ein Lorbeerkranz — war mit Menschen überfüllt. Die von den Herren Bieda, Albrecht und Beyschlag gehaltenen Vorträge hatten das Leben und Wirken Blums, besonders in seinen letzten Tagen, zum Inhalte, woran die Redner allgemeine Betrachtungen über die gegenwärtige Lage Deutschlands knüpften. Der Liederkranz trug dazwischen mehrere der Todtenfeier angemessene Gesänge vor. Bedauernswerth war es, daß die Versammlung durch einen unbedeutenden, zufälligen Umstand in solchen Schrecken gerieth, daß die anwesenden Frauen besonders in wilder Verwirrung nach den Thüren eilten. Es hieß nämlich eines Theils, Feuer sei gelegt, andern Theils, bewaffnete Soldaten dringen in den Saal. Die Befürchtungen erwiesen sich als unwahr und die Ruhe ward alsbald wieder hergestellt. Es ist übrigens daraus zu entnehmen, daß man hier jenen ruchlosen Ueberfall im Schiff noch nicht vergessen hat, und daß besonders im gegenwärtigen Augenblicke, wo die Gewalt vorzüglich in Wien so kühn und vernichtend einherschreitet, das Volk Alles, sogar die schändlichsten Gewaltstreiche, zu fürchten geneigt ist. Die Theilnahme an des widerrechtlich erschossenen oder vielmehr meuchelmordeten Blums Schicksal ist auch hier, besonders in den mittlern Schichten der Gesellschaft, eine ungetheilte. Freilich hört man auch in den sogenannten höhern Gesellschaften die verletzendsten Urtheile über Blum, und ein hiesiger Graf M. (Bürgerwehrhauptmann) erhielt deshalb gestern eine Katzenmusik.

C **Mannheim**, 22. Nov. So eben wird uns mitgetheilt, daß, da die Preußen wegen den in Trier ausgebrochenen Unruhen zumeist in dem Rheinpreußischen zusammengezogen werden sollen, die hier liegenden Frankfurter Truppen bis morgen ihre Kantonnements über dem Rhein beziehen. Heute passirten 2 Schwadronen preußischer Dragoner, welche ebenfalls zu dem preußischen Corps beigezogen werden. Auch General v. Dunker wird von hier sich wegbegeben.

△ **Darmstadt**, 21. Nov. Jetzt hat die mehr als dreimonatliche Vertagung unserer Landstände auf glänzende Weise gerechtfertigt. Mag man auch mit einzelnen wenigen Bestimmungen seines heute von ihm vorgelegten Wahlgesetzes nicht ganz übereinstimmen, doch beruht das Ganze dieses Gesetzes auf so freisinnigen Grundlagen, daß man nicht anders, als die vollste Anerkennung ihm widmen kann. Es sollen nämlich zwar auch ferner zwei Kammern bestehen, aber als zwei Wahlkammern; kein Census für die Stimmfähigkeit; directe Wahlen. Auch die Mitglieder der zweiten Kammer bedürfen keines Census, sondern nur Staatsbürgereigenschaft und 30 Jahre, die Stimmfähigen 25 Jahre. Wer dagegen Mitglied der ersten Kammer werden soll, bedarf außer 40 Jahren einen Census von fl. 100 directer Steuern im Jahre oder, wenn fl. 50 Steuern genügen sollen, zugleich nach vollendeten Studien die Bekleidung eines Staats- oder Kirchenamts, das Versehen der Advocatur oder der ärztlichen Praxis, fünf Jahre lang. Die Städte haben als Wahlkörper keine besondern Vorrechte mehr. Blos Mainz und Darmstadt in Folge ihrer zahlreicheren Bevölkerung wählen jedes 2 Abgeordnete in die zweite Kammer, jedes je einen in die erste. Die übrigen 46 Wahldistrikte wählen gleich viele in die zweite, und, jedesmal zwei zusammen, 23 in die erste Kammer, so daß also die zweite Kammer 50 und die erste Kammer 25 Mitglieder zählt. Dies die wesentlichsten Bestimmungen des Wahlgesetzes. Eine angenehme Sensation in der Kammer und auf den Galerien machte die Weglassung des „von Gottes Gnaden" im Eingang des Gesetzes. Eine andere wärmere Abtheilung der heutigen Sitzung betraf den Wiedereintritt der im Sommer zurückgetretenen, aber nicht entlassenen Abgeordneten Zitz, Mohr und Behlen. Zitz sprach bei dieser Gelegenheit gemäßigt und zweckmäßig; nur gegen Wernher sprühte er phosphorisch, der halb verachtend erwiederte. Die Linke und äußerste Linke bereitet Interpellationen.

Ratzeburg, 15. Nov. Heute fand die feierliche Installirung der höchsten Landesbehörde durch den Reichskommissarius Stedmann und den dänischen Bevollmächtigten, Hrn. C. a. Plessen, statt. Sie besteht aus dem Grafen a. Kielmansegge, als Präsidenten, und den Justizräthen Walther und Hochstädt.

Schweiz.

** **Bern**, 19. Nov. Die Wahlen in den Bundesrath und das Bundesgericht sind beendigt, und im Ganzen so ausgefallen, wie man erwartete — nämlich in entschieden liberalem Sinne. Die Mitglieder des Bundesrathes huldigen in ihrer Mehrzahl dem Systeme des gesetzlichen Fortschritts und werden die Schweiz vor den täglich deutlicher vor Augen tretenden Gefahren beider Extreme — der Reaktion wie der Anarchie — zu bewahren verstehen. Die gewissenhafte Beobachtung der Neutralität und die Unterhaltung und Herstellung freundschaftlicher Verhältnisse mit den Nachbarstaaten wird dem neuen Bundesrathe eben so sehr am Herzen liegen, als die Verwirklichung aller derjenigen Verbesserungen, welche durch die Bundesverfassung dem Schweizervolke verheißen worden sind, und diese hat dafür gesorgt, daß der Bundesrath auch mit der erforderlichen Gewalt und mit den nöthigen Mitteln ausgerüstet sei, um seinen Beschlüssen Vollziehung zu verschaffen, was bei dem auf der Kantonalsouverämität beruhenden Fünfzehnerbunde nicht der Fall war. Zwar haben bis jetzt nur nach Näf, Frei-Herose und Ochsenbein die Annahme ihrer Wahlen in den Bundesrath erkläret. Allein es steht zu erwarten, daß auch die übrigen Gewählten dem ehrenvollen Rufe folgen werden. Sehr zu bedauern wäre es, wenn Bürgermeister Furrer in Zürich, dessen Rechtlichkeit und staatsmännische Befähigung von allen Parteien anerkannt wird, auf seinem Entschlusse beharren würde, seine Wahl zum Bundespräsidenten nur in dem Falle anzunehmen, wenn Zürich zum Bundessitze erhoben werden sollte. Auch die Wahlen ins Bundesgericht sind im allgemeinen gut ausgefallen. An der Spitze desselben steht der durch seine Rechtlichkeit, wie durch seine Kenntnisse gleich ausgezeichnete Dr. Keen, welchen Viele lieber im Bundesrathe gesehen hätten. — Im Laufe dieser Woche wird nun endlich über den Bundessitz entschieden werden. Die Kommission, welche zu dem Ende niedergesetzt worden ist, soll ihrer Mehrheit nach günstig für Bern gestimmt sein; doch läßt sich im Voraus schwer ein Prognostikon stellen. Die Entscheidung wird jedenfalls von wenigen Stimmen abhängen. Daß sowohl Zürich als Bern alles aufbieten, was nur irgendwie die Wagschale auf ihre Seite zu ziehen vermag, und daß zu dem Ende selbst Intriguen nicht gespart werden, läßt sich begreifen, obschon die Frage für Zürich der weitem nicht die Bedeutung hat wie für Bern, für welch letzteres sie ganz eigentlich eine Lebensfrage ist und auch allgemein als solche angesehen wird.

☽ **Bern**, 20. Nov. Bundesversammlung. Nach der Genehmigung des Protokolls theilt das Präsidium eine Zuschrift des Vororts mit, worin dieser die Anzeige macht, daß Tessin jetzt mehr Bereitwilligkeit gegen die eidgenössischen Repräsentanten und den Vorort zeige. Es dürfte daher eine Verminderung der Okkupationstruppen statt haben, und die neulich aufgebotenen zwei Bataillone nebst Specialwaffen zur Ablösung der früher dorthin verlegten Truppen dienen. Beide Räthe werden darüber besonders entscheiden. Nachdem Dr. A. Escher seine Entlassung als eidgenössischer Repräsentant in Tessin verlangt hatte, wird auf besonderen, dringenden Wunsch des Vororts, um beförderliche Konstituirung des Bundesraths, die Beeidigung dieser Behörde selbst vorgenommen; denn auch Dr. Fueter erkläret die Annahme seiner Wahl, obschon nur bis zur nächsten Zusammenkunft der Bundesversammlung. Der feierlichen Beeidigung unterziehen sich die vier anwesenden Mitglieder: Dr. Furrer, Oberst Ochsenbein, Oberst Frei-Herose, Landammann Näff; Franscini, Druey und Munzinger fehlen noch immer. Das Amt Ochsenbein's als Präsident des Nationalraths ist nun beendigt, und Vicepräsident Dr. A. Escher nimmt seinen Platz ein. Tagesordnung: Kommissionalantrag bezüglich der Kassation der Freiburger Wahlen. Die Kommission theilt sich in eine Mehrheit und eine Minderheit. Jene spricht zu Gunsten der Freiburger Regierung, und beantragt Aufhebung der Kassation, da es den einzelnen Kantonen zustehe, solche Gesetze, wie die Wahlverordnung von Freiburg, zu erlassen. Sollte der Entscheid gegen diese Ansicht ausfallen, so beantragt die Mehrheit nach eventuell, daß diese Angelegenheit dem Ständerath zu besonderer Entscheidung vorgelegt werde. Rüttimann aus Zürich erstattet im Namen der Minderheit Bericht und schließt mit dem Antrag auf Tagesordnung über das Gesuch von Freiburg. Noch wird die bescheidene Bitte von 36 Bürgern aus Murten verlesen, welche die Beschwerde des Volksvereins nicht als Ausdruck der allgemeinen Stimmung gelten lassen, sondern um Gültigkeitserklärung der Wahlen ansuchen. Bei Eröffnung der Diskussion kommt Labhardt mit einem Antrag auf Tagesordnung und will dieses eine Ordnungsmotion nennen. Er greift die Wurzel des Gegenstandes an durch die Behauptung, es walte durchaus kein Kompetenzstreit ob, da nicht eine einzelne Regierung gegen das Entscheidungsrecht des Nationalraths protestire, sondern nur gegen einen Beschluß. Schnyder aus Luzern spricht mit beredten Worten für die Freiburger Regierung. Ebenso Tanner, Eistoldi, Eytel, Pottier, Ochsenbein, Dr. Weder. Den Minoritätsantrag vertheidigen mit Wärme Trog, Escher. Sieben Stunden wird gekämpft, und endlich mit 68 Stimmen gegen 53 Stimmen die Kassation der Freiburger Wahlen aufgehoben. Schon morgen erwartet man den Wiedereintritt der Freiburger Deputirten. — Im Wahlbezirk Mittelland ist Heer Fischer aus Reichenbach in den Nationalrath gewählt worden. Gestern herrschte große Aufregung in der Stadt; eine Nachricht lief von Mund zu Mund, die deutsche Centralgewalt habe der Schweiz den Krieg erklärt und schon seien 50,000 Mann auf dem Zuge nach der Grenze. Es besteht hier eine Partei, welche solche Gerüchte absichtlich ausstreut und für gewisse Zwecke ausbeutet. Die Nachricht, daß Hr. Raveaux nicht mehr auf seinen Gesandtschaftsposten zurückkehren wird, bedauern wir im Interesse Deutschlands aufrichtig, finden es aber unter den obwaltenden Umständen sehr begreiflich.

Zürich. Die N. Z. Z. schreibt: Wie wir vernehmen, hat von Seite deutscher Soldaten eine Verletzung unseres Gebietes stattgefunden. Am 18. Abends 4 Uhr sind 30 — 35 deutsche Soldaten, angeführt von einem Unterofficier, bewaffnet nach Sulgen (einem Weiler mit 9 Wohnhäusern der Rafz, Kanton Zürich) gezogen und verlangten, ein Haus zu durchsuchen, in welchem Flüchtlinge (Weißbaar) verborgen sein sollten. Gegen ein solches Verfahren erhoben sich die Bewohner des kleinen Ortes, und als die Soldaten Miene machten, Gewalt anzuwenden, wurden sie von den Einwohnern mit Steinen und Stöcken weggejagt. Soeben vernehmen wir, daß der Stationscommandant von Lottstetten dem Bezirksstatthalter in Bülach bereits Erläuterungen über diesen Vorfall gegeben hat. Eine Patrouille Soldaten habe sich verirrt; sie haben nicht gewußt, daß sie auf schweizerischem Gebiete sich befinden, den nicht zu betreten alle an der Grenze aufgestellten deutschen Soldaten den strengsten Befehl haben.

Ostindien.

Die neueste Ueberlandpost bringt Berichte aus Ostindien, die bis zum 16. Okt. (aus Madras) reichen. Der Stand der Dinge vor Multan scheint noch ziemlich derselbe, das britische Belagerungskorps jedoch in Folge einiger muthmaßlich für dasselbe nicht günstiger Gefechte noch weiter zurückgegangen zu sein. Der betreffende Passus in diesen Berichten lautet nämlich: „Mehrere Scharmützel fanden zwischen dem 16. und 24. Sept. statt. An letzterem Tage wurde der schwere Artilleriepark und die Vorräthe in eine Stellung zwei Meilen weiter zurück gebracht.“ Obschon mehrere Häuptlinge zu dem Diwan Mulradsch übergegangen waren und täglich neue Verstärkungen in Multan eintrafen, glaubte man mit Zuversicht, daß sich General Whish vor der aufständischen Stadt halten werde, bis die Verstärkungen aus Bengalen zu ihm stoßen, was jedoch erst in der zweiten Woche des Dezembers der Fall sein kann. Indeß dürfte seine Lage mitten in einem Lande, in welchem der Aufstand täglich mehr um sich greift, nicht ohne Gefahr sein. In dem Bezirk von Bunu hatten sich auf die Nachricht vom Abfall Schir Singhs vier Regimenter empört und den Gouverneur im Fort Dhulipghur belagert; das Gerücht ging jedoch zu Lahor, daß diese Meuterei bereits wieder unterdrückt wäre. Der rebellische Sirdar Chuttur Singh hatte sich ebenfalls durch Zuzug aufrührerischer Haufen verstärkt; sollte es demselben gelingen, nordwestlich den Indus zu überschreiten, so ist ein Aufstand der Sikhs in Peschawer zu fürchten. Die Streitkräfte des Kapitäns Abbott, des Lieutenants Nicolson u. s. w. sind zu schwach, um das Feld gegen ihn zu halten; es ist daher ein Korps von Dschullundur aus gegen ihn aufgebrochen.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Strasburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 312. **Frankfurt a. M., Freitag 24. November.** **1848.**

Uebersicht.

Die Posener Frage IV.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Frankfurter Konstituante.) Prag (Rede Palacky's. Die Begnadigung Fröbel's. Sammlung für Wien. Czechische Blätter über Blum. Der Kaiser erwartet. Die Deutsch-böhmische Deputation. Berlin (Die Hauptstadt und die Provinzen. Die bevorstehenden Maßregeln. Die Abgeordneten. Stand der politischen Frage. Hr. Wassermann. Minister-Conferenz. Das Ministerium und die Justiz. Tagesereignisse. Die Majestät. Das Kammergericht. Verhaftungen. Thätigkeit der Reichskommissäre. Die rheinische Deputation. Jakobi. Erklärung des Hrn. Kirchmann. Gerüchte. Verlegung von Regierungen.) Posen (Ankunft des Reichskommissärs. Demarkation. Besorgnisse vor den Russen.) Breslau (Beruhigung.) Halle (Unruhen unausgebrochen.) Heidelberg (Oesterreich und Deutschland.)

Großbritannien. London (Angebliches Programm Louis Napoleons. Der Standard über Robert Blum und die Frankfurter Versammlung. Erlöschen des Chartismus. Die Times und M'Gee. Bauernaustreibungen in Irland.)

Frankreich. Paris (Handelsvertrag mit Nordamerika. Das sozialistische Damenbankett.)

Oesterreichische Monarchie. (Krakau. Die Theilung Galiziens. Lemberg. Ablieferung der Waffen. Die polnischen Emigranten.)

Italien. Turin. (Heftige Protestation der Deputirtenkammer gegen die außerordentliche Besteuerung Mailands. Die Sitzung der Deputirten in Turin. Die neue Mailand auferlegte Kontribution.) Modena (Mordversuch auf den Herzog.)

Schweiz. Uri (Wahlen zu der Bundesbehörde.)

---

24. November.

Die Grundlage der Rechte, welche die Polen des Großherzogthums Posen innerhalb des preußischen Staates in Anspruch nehmen, finden wir im Besitzergreifungspatent vom 15. Mai 1815 und im Zuruf an die Einwohner des Großherzogthums vom selbigen Tage. — Nach dem Besitzergreifungspatent ist von dem an Preußen gefallenen Theil des Herzogthums Warschau der Culm'sche und Michelau'sche Kreis mit Westpreußen verbunden, der Rest dagegen mit Hinzufügung des Camin'schen und Cron'schen Kreises zu einer besondern Provinz vereinigt worden, die der König von Preußen unter dem Namen des Großherzogthums Posen in Besitz nahm. Die Form der Besitznahme ist ganz conform mit derjenigen des Herzogthums Sachsen, des Großherzogthums Niederrhein u. s. w.; es erhielt das Großherzogthum Posen dadurch keine exceptionelle Stellung im Staate, sondern wurde mit allen anderen Provinzen gleichgestellt. — Der Zuruf an die Einwohner des Großherzogthums Posen lautet in den bezüglichen Stellen: „Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Constitution Theil nehmen, welche ich meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige; Ihr werdet, wie die übrigen Provinzen meines Reiches, eine provinzielle Verfassung erhalten." Es heißt ferner darin: „Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden".... Jedem unter Euch soll, nach Maßgabe seiner Fähigkeit, der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums, so wie zu allen Aemtern, Ehren und Würden meines Reiches offen stehen!..." und endlich ist noch die transitorische Bestimmung darin enthalten: „Mein unter Euch geborner Statthalter Fürst Radziwil wird unter Euch residiren, Euer Mitbürger, mein Oberpräsident, wird das Großherzogthum nach den von mir erhaltenen Anweisungen organisiren" u. s. w. — Fügen wir zu diesen Notizen noch eine Stelle aus dem traité entre la Russie et la Prusse du 21. Avril 1815, hinzu: „Den Polen sollen Einrichtungen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern, nach den Formen bürgerlichen Daseins zu Theil werden", so hätten wir die ganze Blumenlese der vor 33 Jahren eingeräumten besonderen Rechte, auf welche die Berliner Versammlung ein besonderes organisches Gesetz für das ganze Posen bauen will, ohne Rücksicht auf das lebendige Recht der Gegenwart, welches vor Allem die Feststellung verlangt, wie weit sich Deutschland thatsächlich nach Osten erstrecke, und nicht durch einseitige, „polnische Rechtsverwahrungen" gekränkt sein darf. — Auf die angegebene Citate hin beanspruchten die Polen im März ihre nationale Reorganisation, erlangten eine zusagende Kabinetsordre und Ministerialdeklaration, versuchten auf Insurrektionswege die Reorganisation, wollten auf einem eigenen Landtage, indem sie sich des Namens Preußen entkleideten, sich eine besondere Verfassung geben und suchten die Deutschen an der Beschickung ihrer Reichstage in Frankfurt und Berlin zu hindern. Die Deutschen erlangten indessen Schutz gegen die an ihnen versuchte polnische Reorganisation durch Kabinetsordren, welche sie davon ausnahmen, und durch Einverleibung in Deutschland. Nun aber zeigte sich ein eigenthümlicher Jesuitismus in der Politik der Polen. Statt daß sie die ihnen in polnisch Posen gewährten besonderen Rechte wahrgenommen und den Deutschen in Deutschposen die ihrigen gegönnt hätten, protestirten sie feierlichst gegen die Einverleibung der Deutschen in Deutschland und die ihnen verliehenen Rechte an eine deutsche Verfassung. Sie wollten plötzlich nichts von einer eigenen polnischen Konstitution, nichts von einem nationalen Unterrichtswesen, nichts von nationaler Gerichtsverfassung und Administration, nichts von einem besonderen Truppenkontingent in Polnischposen wissen, welches ihnen Alles die Kabinetsordre vom 26. April zusagte. Nur eine Politik kannten sie fortan, die, welche auf alle Weise das Großherzogthum als Ganzes zu erhalten strebte. Daher beschickten sie nun, trotz der früheren feierlichen Proteste, die Reichstage in Berlin und in Frankfurt, den letzten mit der ganz bestimmten Absicht, die Ausschließung der Deutschen noch zu erwirken. Auch in Berlin war ihre Thätigkeit fast allein darauf gerichtet, die „besonderen ihnen eingeräumten Rechte" für das ganze Großherzogthum zu erlangen. Die Erfolge haben wir besprochen. Da es ihnen nun aber trotz der Berliner Beschlüsse nicht gelingen dürfte, die Summe jener polnischen Rechte, die sich auf einen polnischen Landtag, polnisches Unterrichts-, Gerichts- und Administrationswesen und ein besonderes provinzielles Truppenkorps erstrecken würde, mittelst eines besonderen Gesetzes auch auf Deutschposen auszudehnen, welches durch die Kabinetsordre ausdrücklich von einem solchen Aufdringen polnischer Institutionen ausgenommen ist und sich als deutsches Land reindeutscher Institutionen erfreuen würde, so bleibt den Polen, im Falle sie bei ihrer jetzigen Politik der Verhinderung einer Abgrenzung verharren, nur noch das Verlangen auf Miteinverleibung in Deutschland übrig. Offenbar wird sie im gegenwärtigen Augenblick zu diesem Schritte noch das Vertrauen auffordern, welches ihnen der Organismus ihrer Liga und die erst im Werden begriffene deutsche Verfassung gibt. — Durch die Liga hoffen sie in beiden Theilen Posens ihre Nationalität von Innen heraus so zu kräftigen, daß sie in einer kompakten Konzentration das deutsche Element dominirt und faktisch das erringt, was sie de jure nicht haben sollte, nämlich eigenthümlich polnische Institutionen auf deutschem Boden, denen die Deutschen sich anfügen müßten, während sie abgegrenzt, in wenigen Jahrzehnten dem polnischen Elemente in ihrer Mitte die deutschen Institutionen lieb und werth gemacht hätten. — Was nun den Gang betrifft, der die Polen beim Anschluß von Polnischposen an Deutschland jetzt zu nehmen hätten, so stößt derselbe im Augenblicke auf Schwierigkeiten, die bis zur Vollendung der deutschen Verfassung eigentlich staatsrechtlich nicht zu erledigen sind. Bekanntlich bedurfte es zur Aufnahme eines neuen Gebietes in den Bund nach der Bundesakte der einstimmigen Einwilligung sämmtlicher Bundes-

Digitized by Google

glieder. In dieser Form ist Deutschposen aufgenommen, und gehörte dasselbe vor Auflösung des Bundestages de jure zum deutschen Bundesgebiet. Nun hat zwar die provisorische Centralgewalt auch die Funktionen des Bundestags überteagen erhalten, zue Ausübung derselben ist sie aber in diesem Augenblicke bei vorliegender Frage nicht befähigt. — Sie kann die Bundesakte ihrem Verfaheen nicht mehe zu Grunde legen und hat für dasselbe noch nicht die Richtschnur eines neuen Gesetzes. Will sie demnach den Aufnahme-Akt nicht ohne Weiteres, und gestützt auf den souveeären Willen der Nationalversammlung vollziehen, so bleibt ihe nichts übrig, als auf die Einsetzung des Staatenhauses zu harren.

Während diesee Zeit würden die unseligsten Wirren das Pasenee Land in steter Aufregung erhalten, und diese Weeen würden durch die Aufnahme polnisch Pasens dann endlich perennirend. Denn eine deutsche und polnische Propaganda würden auf unabgegränztem Gebiet sich in's Unendliche fort gegenseitig bekämpfen, während eine annähernd gerechteste Abgeenzung und Sanderung der nationalen Elemente durch Trennung der Veewaltungen, die Aussicht auf baldige Beschwichtigung beider Nationalitäten und Coueentration derselben auf den ihnen eigenthümlichen Gebieten gäbe. Welcher Zustand aber füe Deutschland an den Ostmarken dee erwünschtere und heilvollere wäre, darüber bedarf es keiner Auseinandersetzungen.

Deutschland.

△ **Frankfurt**, 23. Nov. Die oerfassunggebende Versammlung der freien Stadt hielt gestern ihre zweite öffentliche Sitzung, unter dem Voesitze des Dr. jur. Kugler. Dee füe dieselbe erwartete Kommissionsbericht übee die Geschäftsordnung kam noch nicht zum Vortrage, unstreitig, weil derselbe noch nicht angefeetigt ist. Dagegen füllten den größten Theil dee 5stündigen Sitzung die Veehandlungen übee Gegenstände aus, welche sowohl dem für Frankfurt zu errichtenden Verfassungswerke, wie auch der partieulären Gesetzgebung dee seeten Stadt vollkommen fremd sind, welche abee nichtsdestoweniger mit großer Lebhaftigkeit bis zur Beschlußnahme durchgeführt wurden. Diese Gegenstände waren: ein an die preußische National-Versammlung gerichtetes Anerkennungsschreiben wegen des mutdigen Widerstandes, welchen sie den Uebergriffen eines Ministeriums bisheee entgegensetzt, das ihree Behauptung nach alles volkischen Vertrauens bae ist; sadann ein beim hohen Senat einzureichendes Gesuch, sich bei der provisorischen deutschen Reichsgewalt dahin zu verwenden, daß sie sich des mit dem Verluste odee doch der Verkümmeeung seiner Freiheiten durch jene Uebergriffe bedeohten preußischen Volks mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln annehme, um demselben die Errungenschaften des März zu bewahren. Das erwähnte Scheeiben wurde mit einer Stimmenmehrheit von etwa zwei Drittel der anwesenden Mitglieder angenommen und, da es schon fertig, der Veesammlung vargelegt wurde, dessen safortige Absendung an seine Bestimmung beschlassen. Anderntheils begegnete der Antrag wegen des an den Senat zu eichtenden Gesuchs gae keinee erheblichen Widerrede. Dagegen wurde die Senatsvorlage eines mit der Krone Preußen, der kurhessischen und der großherzoglich hessischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrags, wegen Errichlung eines elektramagnetischen Telegraphen zwischen Frankfurt und Berlin, welcher der Versammlung mit Hinsicht auf ihre legislativen Besugnisse zur Genehmigung mitgetheilt worden wae, einee Kommissian zue gutachtlichen Berichterstattung mit dem Bemerken zugestellt, sich damit nicht zu übereilen. Eben dasselbe wurde auch noch endlich mit Hinsicht auf eine Beschwerdeschrift des Orientalisten Löwenstein beschlossen, welchee die ihm widerfahrene palizeiamtliche Behandlung betraf, welche, da er dem Frankfurter Büegerverbande nicht angehörte, mit Ausweisung schloß. — Mit Hinsicht auf den äußern Eindruck, den die hier befragte Sitzung auf die Zuhörerschaft machte, mag nue noch flüchtig bemerkt weeden, daß sawahl die beiden zuerst erwähnten Gegenstände der Verhandlung, wie auch die Lebendigkeit, welche besanders die Leiter dee Debatte dabei zu Tage legten, die Zuhöree in einee gewissen Aufeegung erhelten, die je nach ihren subjektiven Strebungen buechgehends freilich nicht mit gleich angenehmen Gefühlen sich paarte.

Aus Prag berichtet die „Allg. Z." von einer Rede, die Palacky bei dee Abreise nach Kremsier vom Wagen aus hielt. „Da Palacky, heißt es dort, nicht blos ein seßter, sandeen sagar ein staerer Charakter ist, dee viel zu viel Stolz hat je etwas zu sagen, was ee nicht selbst glaubt, so kann man mit Freuden das Waet begrüßen, welches ee uns zurief: „wir müssen und werden fest an Oesterreich halten, weil wir als einzelne Provinz bald einem äußern Feind zue Beute verfallen würden, und nicht im Stande wären, die Freiheit weder für uns, nach für unsere slawischen-Brüder zu erhalten. Wir können dieses graße Ziel nue erlangen, wenn wir Oesterreichee fest zusammenhalten, denn es gibt keine slawische, keine deutsche, keine ungarische, keine italienische Freiheit, es gibt nue eine einzige Freiheit, gleich füe alle Nationalitäten, gleich füe alle Völker der Erde." Nach ihm sprach Riegee in demselben Sinne, mit dem Bemerken, daß sie nicht im oppositionellen Sinne verfahren, sondern das Gute und Rechte unteestützen würden, von welcher Partei im Reichstag es ihnen auch gebolen werden würde." Nach denselben Berichterstatter ist Fröbel's Begnadigung zunächst deswegen erfalgt, weil die neuen Minister, Füest F. Schwaezenberg (Schwager des Marschalls) an der Spize, alles thaten, um die Begnadigung zu erhalten. — Dr. Frankl aus Wien hat in Prag eine Aufforderung ergehen lassen zu einee Geldsammlung für die duech das Bombardement von Wien Verarmten oder zu Wittwen und Waisen Gewaedeneń. — Die Pragee Deputirten waeen gezwungen, ihre Betten mit nach Kremsier zu nehmen!

Prag. Die D. Allg. Z. berichtet über die Aeußerungen czechischer Blättee in Bezug auf R. Blum's Tod. Die Prager „Deutsche Zeitung", das Organ des deutschen Vereins, geht schweigend über das Ereigniß weg, wäheend mehrere czechische Blätter und namentlich die „Slowanska Lipa", das Oegan des gleichnamigen Vereins, es ausführlicher besprechen. Aus dem zuletzt erwähnten Blatte theilt die D. Allg. Ztg. eine charakteristische Stelle mit, deren Absichten sich leicht errathen lassen, namentlich wenn man bemerkt, wie Jellacic gegen Windischgrätz ins Liche gestellt wird. „Zwei Opfee sind beeeits gefallen, das eine deutschen (Blum), das andere slawischen Stammes (Jelowicki); was uns als ein neuee Beweis dienen mag, daß Windischgrätz dee einen wie dee andern Nation aufsagt. Dee Banus Jellaeic kränkelt seit gestern aus Aerger über die verübten Fußilladen, die kein Ehrenmann loben wird. Die Ermordung Blum's eescheint uns als ungerecht, und man wird vergebens nach Beschönigungsgründen suchen. Es ist hier (in Wien) sehr wahl bekannt und es gibt Zeugen dafüe, daß Blum im Studentenkamite darauf drang, daß man van der Waffengewalt abstehe, weil seiner Ueberzeugung nach die Bürgerschaft Wiens von dem Gefühle füe Freiheit nicht begeistert sei und weil sich vom bewaffneten Praletariat keine Heldenthaten erwarten ließen. (Diese Aeußerung Blum's ist eine faktische Wahrheit, sowie es auch gewiß ist, daß seine Werte von den Studenten mit Unwillen vernammen wurden. Man beschuldigt Blum auch, daß man ihn mit Waffen in der Hand gefangen habe, doch das ist Lüge und Beteug; denn Jedermann, ohne Unterschied, trug zu seinee Sicherheit Waffen, bis das Militär in die Stadt einrückte." Daß R. Blum zum Frieden ermahnt habe, wideespeicht allen andern Nachrichten; und was die andere Behauptung betrifft, daß er nue zue Sicherheit Waffen getragen habe, so ist bekannt, daß er Hauptmann im Elitenkarps war.) — Das Gerücht van einem nahe bevorstehenden Besuch des Kaisers in Prag erhält sich fortwährend. — Der deutsche Veeein in Prag fordeet die noch in Böhmen anwesenden deutsch-böhmischen Deputirten auf, ungesäumt ihre Sitze am Reichstag einzunehmen.

⊙ **Berlin**, 19. Nov. Wo sind alle Drahungen der hiesigen Klubs und demokeatischen Veeeine? Wo ist eine der Pulverminen gesprungen, die sie gelegt haben wollten? — Das Militäe zieht in mäßigen Abtheilungen mit Wagen in dee Stadt umher und die früher mit Drohworten vorenthaltenen Waffen werden oam passiven Widerstande der Bürger ruhig ausgeliefert. Dee bei weitem größte Theil ist schan an seiner alten Stelle im königl. Zeughause. Die wenigen Widersetzlichkeiten sind von der unbedeutendsten, mehrentheils komischen Art. Einen kleinen Schuster, dee ein demakratisches Waffendepot nicht ausliefern wollte, banden die Soldaten an einen Stuhl, während die Fean selbst half, die „unnütze Waare", wie sie die Gewehre nannte, vom Boden heruntee zu holen. Die treue Ehehälfte war herzlich froh, als das letzte Stück zum Hause hinaus war. Welche von den Demokra-

Digitized by Google

ten als unüberwindliche Götter ausgeschrieen waren, haben ihre Waffen und sogar vollständiger abgeliefert, als andere Abtheilungen. Die Bürger Berlins machen sich nun in heftigen Reden Luft, verschwören es zum Theil, jemals wieder ein Gewehr in die Hand zu nehmen und sind innerlich froh des beschwerlichen Wachestehens in der schlimmen Jahreszeit überhoben zu sein. — Es mag scheinen, als legte ich auf die Wirksamkeit der Militärmacht zu viel Gewicht; die Folge wird indeß zeigen, daß auf ihrem Sieg über die Maulmacher, nächst dem wirklichen guten Recht und dem ächten Freisinn der Krone das Meiste beruht. Aber die Provinzen, die Provinzen, was werden die thun? höre ich ängstlich fragen. Was werden sie thun? — Sie werden sich nach der Hauptstadt richten. Ist doch Berlin der Vorwort der demokratischen Bewegungen! — Werden sie sich auf die Länge für ein blos lokales Interesse der Versammlung so heftig interessiren können? Werden sie nicht am Ende lieber gesetzliche Freiheiten wollen, als ewige Interpellationen der Herren Jung, Reichenbach, Waldeck und anderer Gesetzverhinderer? Zuletzt wird das Reelle siegen und das Hohle gebührend fallen.

⊙ **Berlin**, 20. Nov. Die National-Versammlung bleibt nach Brandenburg vertagt; wird indeß, allen Indicien nach, dort am 27. d. M. nur unvollständig erscheinen, mit etwa 120 Mitgliedern, somit faktisch aufgelöst sein. Unterdeß erwartet man schon vorher (am 23. oder 24.) eine von der Krone oktroyirte Verfassung proklamirt zu sehen, die, im Ganzen der belgischen nachgebildet, mehr Freiheit gewähren wird, als die Meisten erwarten. Natürlich wird auch über diese Maßregel ein ungeheures Geschrei erhoben werden; es wird aber an der Festigkeit der Regierung machtlos verhallen, um so mehr, als die Masse des Volkes der jetzigen National-Versammlung herzlich müde ist. Zu größeren Aufständen in den Provinzen ist außerdem die Jahreszeit nicht lustig genug. Schneegestöber und kalte Luft halten die Massen aus einander: in den größeren Städten werden Erklärungen in den Belagerungszustand das Uebrige thun. Der Schreck, den letzteres Wort erregt, beginnt hierorts schon zu verschwinden. Der rechtliche Theil der Bevölkerung befindet sich ganz behaglich dabei und gestern waren sämmtliche Theater zum erstenmal seit den Märztagen so vollständig erfüllt, daß kein Billet mehr vorhanden. Alte Berlinee finden den Belagerungszustand so angenehm, wie die dreißiger Jahre unter Friedrich Wilhelm dem dritten. Mancherlei Verhaftungen betreten uns auch von den fremden Agitateen. Die Demoralisirung des Militärs wird nur noch von Unterhändlern gemeinster Art betrieben: und nimmt sich aus, wie ein Marktgeschäft, das nicht zu Stande kommt. — Manche exaltirt gewesene Abgeordnete sieht man jetzt mit tiefhangenden Köpfen gehen und die Aeußerung „wir sind zu weit gegangen!" entschlüpft mit schweren Seufzern den Lippen dieser eingebildeten Mitkönige. Manche sind seit der Katastrophe um zwanzig Jahr gealtert.

△ **Berlin**, 21. Nov. Die mit dem Tage wechselnden Phasen in der Octroyirungs- oder Transactionsfrage sind von uns durchaus sachgetreu wiedergegeben worden. Was den Standpunkt dieser Frage am heutigen Tage anlangt, so sind die Hoffnungen auf eine Transaction insofern wieder verringert worden, als die Regierung von der Verlegung nach Brandenburg nicht abgehen will. Nichtsdestoweniger dauern die Berathungen in den Privatversammlungen der Deputirten fort und zwar in dem Sinne, daß man den Wiedereintritt noch für möglich hält. Andererseits vernimmt man, daß für den Fall, wo eine Transaction nicht zu Stande kommen sollte, von einem Theil der 250, d. h. von der entschiedenen Linken (etwa 80) und einigen Mitgliedern der Centren Schritte versucht werden sollen, die eine Beruhigung des Landes noch weiter hinausschieben würden. Es ist keine Frage, daß solche Schritte mehr als wirkungslos sein, daß sie geradezu als lächerlich erscheinen würden. Aber es kann doch auch nicht bezweifelt werden, daß alsdann die Regierung zum strengen Einschreiten verpflichtet würde. Kommt die Transaction nicht zu Stande, wird sonach die Nationalversammlung aufgelöst, so erlischt auch das Abgeordnetenmandat und einige Deputirte werden, wenn sie nicht vorsichtiger operiren, als jetzt, wo sie jenes Mandat schützt, gar leicht dem Gesetze verfallen, das alsdann auch mit aller Strenge ausgeführt werden wird. Unterstaatssecretär Bassermann soll, wie man vernimmt, wegen seines Berichtes persönlich angegangen werden. Nicht nur Heer v. Kirchmann, erzählt man, sondern auch andere Abgeordnete der eigentlichen Fraction Unruh hätten diese Angelegenheit zu einer persönlichen gemacht. Es ist nicht zu läugnen, daß der Bassermann'sche Bericht der unter Unruh zurückgebliebenen Nationalversammlung einen großen Schlag versetzt hat, von dem sie sich nicht so leicht wieder erholen wird. In fast noch höherem Grade ist dies von einem Schreiben der „Kölnischen Ztg." der Fall, worin ein Mitglied des Centrums, welches den Versammlungen der Nationalversammlung fortwährend beigewohnt hat, sich über die Intriguen und die Ungesetzmäßigkeiten, mit Hilfe derer die Steuerverweigerung durchgesetzt wurde, ausspricht. In den Lese-Kabinetten und den Conditoreien geht das Blatt von Hand zu Hand, es macht den entschiedensten Eindruck; es hilft die Augen derjenigen öffnen, welche bisher noch sich den Täuschungen hingegeben hatten. — Der König war heute Nachmittag in Bellevue, wo er eine Ministerkonferenz abgehalten hat; bei derselben waren auch die Abgeordneten der Frankfurter Centralgewalt anwesend. — Man geht damit um, auch hier eine Adresse für die Maßregel des Ministeriums auszulegen; zahlreiche Unterschriften stehen in Aussicht. In Stettin und der Umgegend circulirt eine ähnliche Adresse, welche bereits 88,000 Unterschriften zählt. Aus den Provinzen gehen fortwährend günstige Nachrichten ein. Die einberufene Landwehr begibt sich überall zu den Fahnen, auch in Schlesien. Die Bürgerwehr in Breslau steht ganz auf Seiten des Gesetzes und der Ordnung; die Demokraten haselbst haben sich verkrochen. In Stettin haben die Bäcker, Fleischer ꝛc. in einem Plakat Jeden, welcher die Steuern nicht zahlen werde, für einen Schuft erklärt.

LC **Berlin**, 12. Nov. Man vermißt in unserer Stadt in auffallender Weise das frühere rege Leben. Die Straßen sind wenig belebt und die Gewerbtreibenden klagen mehr als je. Wie und auf welche Weise die vielfachen Klagen auf Schadenersatz, die bei unseren Gerichten anhängig gemacht worden sind und noch anhängig gemacht werden, beseitigt werden sollen, ist nicht abzusehen. Die Verhaftungen dauern in derselben gesetzlosen Weise fort und bereits war unser Justizminister so glücklich, in dem Kammer-Ger.-Rath Hrn. v. Bülow einen Mann zu finden, der sich zu etwas brauchen läßt, dem unsere übrigen ehrenwerthen Richter ihre Mitwirkung versagten. Hr. v. B. ist nämlich zum Besitzer des von dem General Wrangel nach dem Ausspruch des Kammer-Gerichtes ungesetzlich niedergesetzten Kriegsgerichtes ernannt worden. Man glaubt so den Verordnungen vom 17. Aug. 1819 und vom 15. Januar 1814, nach welchen bei einem Kriegsgerichte über Civilpersonen ein Staatsdiener der nächsten höchsten Civilbehörde zugezogen werden muß, genug gethan zu haben. Auf welche Weise aber man den §. 5. der Habeas-Corpus-Acte, wonach alle Ausnahmsgerichte unstatthaft sind, wegläugnen will, darüber wird wohl auch noch unser Justizminister Rintelen im Unklaren sein. Anerkennenswerth ist es, daß der Geheime Justizrath Saldach, aller Bestrebungen des Ministeriums ungeachtet, sich entschieden gegen die Gesetzmäßigkeit des Kriegsgerichts erklärt hat. Versuche der Minister Brandenburg und Manteuffel, dem Auditeur Hrn. Voß eine andere Meinung, als die des Mitgliedes des Kriegsgerichts Hrn. Salbach, beizubringen, sind, wie wir hören, an der Ehrenhaftigkeit dieses Mannes gescheitert, der dem Hohnlachen jener Heeren über seine Aeßerung: daß eins der wichtigsten Gesetze der momentanen Verfassung, die Habeas-Corpus-Acte, verletzt sei, — den Stolz eines unabhängigen Richters entgegensetzte. — Das Kammergericht soll in Verfolg seiner Beschlüsse über die Ungesetzlichkeit des durch Hrn. v. Wrangels proklamirten Kriegsgerichts in einem heute dem Justizminister übersandten Berichte die Errichtung jenes Kriegsgerichts für einen Eingriff in die Rechte der bürgerlichen Gerichte erklärt, dagegen protestirt und auf sofortige Aufhebung angetragen haben. — Viel Aufsehen erregt hier der Bericht des Hrn. Bassermann im deutschen Parlamente. Es ist gewiß, daß Seitens der Nationalversammlung eine Widerlegung desselben erfolgen wird. (Die lithographische Korrespondenz sucht die Unzuverlässigkeit der Quellen, aus welchen Hr. Bassermann geschöpft habe, nachzuweisen, und fährt fort:) Sind alle Nachrichten aus gleichen Quellen geschöpft, so erklärt sich sehr wohl daraus die verkehrte Anschauung der hiesigen Zustände Seitens des Hrn. Bassermann, wenn schon es räthselhaft bleibt, in welcher Art Hr. Bassermann über den Zustand der hiesigen Nationalversammlung, sowie über Privatunterhaltungen mit einzelnen Mitgliedern derselben referirt. — Der akademische Senat hat heute einige Studenten relegirt, welche die Zustimmungs-Adresse der

Studentenschaft der Nationalversammlung überbrachten. — Held hat Berlin verlassen und wohnt in Potsdam. — Hr. Bornemann, durch Krankheit in der letzten Zeit an das Bett gefesselt, befindet sich in der Besserung. Das von gewissen Leuten mit großer Emsigkeit verbreitete Gerücht, er sei wahnsinnig, ist eine schale Lüge. — Die Deputation der Gemeinderäthe von Köln, Düsseldorf und Trier wurde in Potsdam nicht vorgelassen und erhielt den Bescheid, ihre Mittheilungen schriftlich zu machen. Sie reist heute Abend wieder ab.

Berlin, 21. Nov. Der hiesige Magistrat, welcher mit den Stadtverordneten in den politischen Ansichten nicht ganz übereinstimmt, hat einen längeren Aufruf erlassen, an dessen Schluß es heißt: In dem festen Glauben an die Macht der großen Ideen, welche unsere Zeit bewegen, halten wir jede Reaktion für unmöglich, wenn nicht schon die erneuten feierlichsten Zusicherungen jede derartige Befürchtung abwiesen. — Aber wir wollen nicht die Gräuel der Verwüstung, nicht die Herrschaft der rohen Gewalt, nicht den Untergang unseres edlen Volkes durch Selbstmord. Darum Mitbürger, schaaren wir uns um den Einheitspunkt unseres Vaterlandes, den konstitutionellen Thron. Kräftigen wir unser Volk, indem wir die Krone kräftigen. Laßt den Frieden und die Einigkeit wieder einkehren in unser Land, den Frieden mit dem Königshause! — und die Liebe und das Vertrauen, welche wir zeigen, wird mächtiger sein, als alle Gewalten, und uns und mit uns Deutschland groß, frei und glücklich machen, wie wir es in dem Maße früher nie gewesen sind und in anderer Weise niemals werden können. Berlin den 21. November 1848. Der Magistrat.

Der Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts hat aber das von ihm am 18ten d. M. ausgesprochene Justitium (Einstellung der Rechtspflege) in einer Plenarsitzung vom 20ten d. M. wieder aufgehoben, weil nach den von der Post, von der Kaufmannschaft, von den Eisenbahn-Directionen u. s. w. eingezogenen Nachrichten der öffentliche Verkehr von Seiten des Militärs nicht weiter gestört worden ist, und weil das Ministerium dringend auf Wiederaufnahme der Geschäfte bestanden hat. — In der Nacht vom 20sten zum 21sten wurde wiederum eine Gesellschaft von etwa 30 Personen, welche sich, den gegenwärtigen polizeilichen Anordnungen entgegen, in einem öffentlichen Lokal verspätet hatte, vom Militär verhaftet. Unter den Verhafteten befand sich auch der im Polizeipräsidium als vortragender Rath fungirende Kammergerichts-Assessor v. Zitzewitz.

PC **Berlin**, 21. Nov. Die Reichsgesandten Simson und Hergenhahn, von der Centralgewalt mit ausgedehnten Vollmachten versehen, haben den Auftrag, Berlin nicht eher zu verlassen, als bis sie den Konflikt zwischen der Krone und der Versammlung beigelegt haben. Heute Abend hatten sie eine offizielle Zusammenkunft mit Deputirten aus den verschiedenen Fraktionen der fortberathenden Mehrheit; man einigte sich in einer an des Königs Majestät zu richtenden Adresse, in der die Majorität versichert, daß sie die Verfassungsarbeit sofort in Angriff nehmen, sie in möglichst kurzer Zeit vollenden, alle unnützen Anträge und Interpellationen ausschließen, und auf die Entfernung des Militärs und (wenn wir nicht irren) auf Aufhebung des Belagerungszustandes nicht antragen wolle. Zugleich wird der Wunsch ausgesprochen, daß in Betracht der hergestellten Sicherheit in Berlin die Versammlung nicht nach Brandenburg verlegt werden möge. Die äußerste Linke dagegen, die um jeden Preis ihr Mandat erfüllen will, ist bereit, nach Brandenburg zu gehn. — Herr Gradow wohnte dieser Zusammenkunft bei.

Eine Deputation der vier rheinischen Städte hat unsere Hoffnung auf ihr vermittelndes Auftreten leider nicht gerechtfertigt; sie hat sich entschieden auf die Seite des Rumpf-Parlaments gestellt. Die Aeußerungen, welche von diesen Deputirten im Ministerium in Gegenwart eines Abgeordneten geschehen sind, könnten ernstliche Besorgnisse über die Stimmung der Rheinprovinz erwecken, wenn wir nicht annehmen müßten, daß die entschiedene Parteistellung, welche jene Herren eingenommen haben, sie schwärzer hat sehen lassen, als die bisherige Haltung und der Charakter der Rheinländer es rechtfertigen. Namentlich gilt dieß wohl von der Befürchtung, welche sie ausgesprochen haben sollen, daß, bei einem etwaigen Kriege zwischen Frankreich und Deutschland, in möglicher Folge der bevorstehenden Wahl Louis Napoleons, die Rheinprovinz leicht schwankend werden könne, ob sie der deutschen Sache sich anschließen solle.

Von allen Seiten, namentlich von den größeren Grundbesitzern, werden der Regierung bedeutende Summen Geld und Naturalien für die Truppenverpflegung zur Disposition gestellt. Viele Väter führen ihre Söhne, die noch nicht das militärpflichtige Alter haben, jetzt schon den Fahnen zu. Einer der bedeutendsten Gutsbesitzer der Mark ließ gestern drei seiner Söhne, von denen der jüngste erst 16 Jahre alt, freiwillig eintreten.

CC **Berlin**, 21. Nov. Was wir schon vorgestern und gestern berichteten, daß die Fraktion des Hotel de Russie der Rechten sich nähere, können wir heute aus sicherster Quelle nur bestätigen, so daß kaum ein Zweifel übrig bleibt, daß am 27. eine reichlich beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammenkommen wird, auch ohne die beiden Linken, die übrigens ebenfalls schon ausgesprochen haben sollen, daß sie in Brandenburg zur Wahrung ihrer Zwecke nicht fehlen würden. — Der Abgeordnete Jacoby sammelt in diesem Augenblicke für eine demnächst von ihm erscheinende Schrift „über die Potsdamer Camarilla."

* **Berlin**, 21. Nov. Hr. v. Kirchmann hat folgende Erklärung veröffentlicht: Die Neue preuß. Ztg. hat vor einigen Tagen ein Gespräch mitgetheilt, was zwischen dem Unterstaatssekretär Bassermann aus Frankfurt und mir stattgehabt haben soll. Bei dem bekannten Charakter dieser Zeitung hielt ich trotz der vielen Unrichtigkeiten dieser Mittheilung eine Berichtigung nicht für nöthig. Diese Mittheilung ist indeß nicht bloß in andere Zeitungen übergegangen, sondern auch in einer etwas veränderten Fassung als besonderer Abdruck in vielen tausend Exemplaren im Publikum verbreitet worden, und hat mehr Aufmerksamkeit erregt, als ich voraussetzen konnte; auch im Frankfurter Parlament ist der Gegenstand zur Sprache gekommen. Im Interesse der Sache halte ich mich daher jetzt zu der nachstehenden Berichtigung verpflichtet: Am 14. d. M. besuchte ich den mir befreundeten und durch Unwohlsein an sein Zimmer gefesselten Abgeordneten Grabow. Ich kam völlig unerwartet und traf bei demselben den Unter-Staatssekretär Bassermann aus Frankfurt und den Abgeordneten Gesler. Die Unterhaltung führte auf den jetzigen Konflikt, und Grabow in seinem regen Eifer für Vermittelung verlangte von mir eine Aeußerung über die möglichen Bedingungen einer solchen Vermittelung. Ich erwiderte darauf, daß ich für meine Person die bloße Bildung eines sogenannten Kammer-Ministeriums für völlig unzureichend hielte. Es käme jetzt wesentlich darauf an, den Scein-Konstitutionalismus, der seit sechs Monaten in Preußen geherrscht habe, zu vernichten und die Hindernisse, welche alle Ministerien seit dieser Zeit gelähmt hätten, von Grund aus zu beseitigen. Es müßten deßhalb besondere Garantieen dafür gegeben werden, daß es mit der konstitutionellen Staatsform voller Ernst sei. Als solche Garantieen nannte ich insbesondere die Verhaftung der jetzigen Minister und des Gen. v. Wrangel und die Ueberweisung derselben an die Gerichte zur Kriminaluntersuchung; die Auflösung des Garde-Corps, die sofortige Entfernung aller seit dem 9. d. M. in Berlin eingerückten Truppen; eine unmittelbare und tägliche Verbindung zwischen den Ministern und der Krone, damit jene die wirklichen und alleinigen Räthe dieser bilden könnten; zu dem Ende die Entfernung der ganzen jetzigen reaktionären Umgebung der Krone, so wie die Verlegung des Wohnsitzes Seiner Majestät des Königs nach Charlottenburg oder Berlin, damit der König täglich den Berathungen des Staatsministeriums beiwohnen könne. In Bezug auf die Bildung des Ministeriums äußerte ich, daß vor dem 9. Nov. die Bildung eines Ministeriums aus den Centren wahrscheinlich eine kompakte Majorität erlangt haben würde; jetzt, nach den unglückseligen Maßregeln der Regierung, seit dem 9ten, sei die linke Seite der Versammlung so erstarkt, daß ich glaubte, diese Fraktion könne nun bei der Bildung eines Ministeriums nicht mehr ganz übergangen werden. Ich fügte hinzu, daß diese meine persönlichen Ansichten wahrscheinlich von vielen meiner politischen Freunde in der Versammlung getheilt würden.

Dies war der wesentliche Inhalt der Unterhaltung. Die Angaben in dem oben erwähnten Plakate, soweit sie hiervon abweichen, insbesondere die von mir angeblich verlangte Entfernung aller Prinzen, Entfernung aller Truppen aus Berlin, und der schriftliche Revers oder die feierliche Erklärung des Königs, sind Unwahrheiten. Die Unterhaltung war durchaus diskursiver Natur und frei von aller Absicht, damit den Anfang einer wirklichen Vermittelung zu bilden. Es waren zwar, wie erwähnt, der Unter-Staatssekretär Bassermann und Abgeordnete Gesler zufällig dabei gegenwärtig; da indessen Grabow das Gespräch in deren

Gegenwart eröffnete, so mußte ich voraussetzen, daß er sich deren Diskretion versichert habe, und daß diese Herren diesen Charakter der Unterhaltung festzuhalten nicht unterlassen würden. Berlin, 21. Nov. 1848. v. Kirchmann, Abgeordneter.

Berlin, 21. Nov. Hr. v. Kirchmann soll gesonnen sein, sein Mandat niederzulegen und auf seinen Posten nach Rastadt abzugehen. — Der Abgeordnete Mylius für Jülich wird hier erwartet, um seinen Sitz in der Nat.-Vers. einzunehmen, den bisher sein Stellvertreter, Hr. v. Berg, eingenommen hatte. — Die Fractionen sind unausgesetzt thätig; die Reichs-Kommissäre Simson und Hergenhahn sind heute aus Potsdam hierher gekommen und sollen eifrig mit der Vermittelung zwischen Krone und Versammlung beschäftigt sein. — Ueber die Bildung des neuen Ministeriums ist noch nichts bekannt. Aus der Kammer nennt man den einzigen Namen Grabow's, außerdem den Reichskommissär Simson (Professor der Rechte in Königsberg), den Regierungs-Präsidenten von Witgenstein in Köln, von Moeller, Harkort, und aus dem gegenwärtigen Ministerium den Kriegsminister v. Strotha, der allgemein beliebt ist. — Grabow schlug jedes Portefeuille schon damals aus, als Beckerath mit der Bildung eines Kabinets beauftragt wurde, weil er als Präsident der Kammer mehr zu nützen glaubte. Wahrscheinlich werden wir ihn in dieser Stellung bald wiederfinden. — Die Regierungs-Kollegien von Liegnitz und Düsseldorf sind nach Glogau und Cleve verlegt, und werden vorläufig dort bleiben, bis die Ruhe in jenen Städten wieder hergestellt ist. — Die Transaction, von der wir in den letzten Tagen vielfach sprachen, soll einen guten Fortgang nehmen, und namentlich auf Seite der Versammlung sich ein bereitwilliges Entgegenkommen zeigen.

† **Posen**, 19. Nov. Vorgestern gegen Abend ist der Reichskommissarius hier festlich empfangen worden. Die deutsche Trikolore weht während seiner Anwesenheit von allen öffentlichen Gebäuden. — Seit dem Steuerverweigerungsbeschlusse kursirt hier bei den Urwählern eine Erklärung, die das Recht der Krone bestätigt, das Verbotten der Nationalversammlung als ungesetzlich erklärt und die Haltung der Abgeordneten der Stadt mißbilligt. Die Stadtverordneten haben mit 17 gegen 7 Stimmen einen zu stellenden Antrag auf Zurücknahme des Vertagungsdekrets verworfen und gegen die von 28 Juristen (unsere richterlichen Kollegien zählen gegen 80) erfolgte Erklärung: die Nationalversammlung sei in ihrem Recht, sind bereits ein halb Dutzend Proteste erfolgt. Aus den Kreisen wird gegen die Organisation der Bürgerwehr petitionirt, weil man Konflikte zwischen den Bevölkerungen fürchtet, wenn sie jetzt die Waffen in die Hand bekommen. Man verlangt erst Abtrennung der deutschen von den polnischen Theilen, um dann die verschiedenen Bürgerwehren in's Leben treten zu lassen.

Posen, 20. Nov. (Privatm.) Der von der Reichsgewalt hierher gesandte Reichskommissär, großherz. hess. Generalmajor v. Schäffer-Bernstein, hat bereits seine Wirksamkeit als Reorganisator begonnen. Im Allgemeinen ward die vom General v. Pfuel entworfene Demarkationslinie, mit den in Berlin hinzugesetzten Abänderungen, als leitendes Princip des Geschäftes angesehen. General v. Schäffer soll bestimmt erklärt haben, daß er unter allen Umständen die Reorganisation ausführen und sich durch keine gegentheilige Vorstellungen der Polen davon abhalten lassen werde, auch daß, wenn Schicksalsumstände ihn verhindern sollten, die Reorganisation auszuführen, die Reichsgewalt Andere senden würde, um die Mission zu vollenden. Wie es heißt, wird sich Hr. v. Schäffer, zunächst in Begleitung des preußischen Majors v. Voigts-Rheetz, auf eine Rundreise um die zu demarkirenden Strecken begeben, um sich durch Augenschein von der Zweckmäßigkeit der entworfenen Demarkationslinie zu überzeugen. Zunächst wird, wie es heißt, der Reichskommissär nach Krotoszyn gehen. Die Sorge vor einem Einmarsche der Russen fängt immer mehr an sich auch der bis jetzt ruhigen Gemüther zu bemächtigen, die zwar weit entfernt sind, zu glauben, daß man dieselben (gleichviel ob als Freunde oder Feinde) in die Festung Posen einlassen werde, es aber doch nicht für so unmöglich halten, daß die fremden Truppen durch das platte Land marschiren, namentlich sich nach Schlesien wenden könnten. Gewiß ist es, daß zwischen Kalisch und Slupce starke russische Korps in fortwährender Bewegung sind und daß in der Pleschner und Jarocziner Gegend die bestimmte Ansicht verbreitet ist, daß die Russen mit Nächsten einrücken werden. Dort vor Kurzem anwesend gewesene russische Offiziere sollen diese Nachricht selbst und mit großem Eifer verbreitet haben, so wie, daß die Russen sehnsüchtig des Augenblicks harren, wo sie die „feindlichen Grenzen" überschreiten würden. —

Breslau, 20. Nov. Es ist unverkennbar, daß die gesetzliche Ordnung sich hier zu befestigen anfängt; durch die Bürgerwehr allein sind am gestrigen Abend alle Versuche vereitelt, die auf den Umsturz der städtischen Behörden von der demokratischen Partei gerichtet waren, und die besonders von Schlöffel non. und angeblich von Dr. Schütte aus Wien geführt wird. In und bei Breslau stehen gegenwärtig zusammen etwa 9000 Mann. Im Regierungsbezirk Liegnitz bessert sich die Stimmung. Nur in den Gebirgskreisen hat die Bewegung eine socialistische Färbung angenommen und droht in bewaffneten Plünderungszügen ihren Ausgang zu finden.

In **Halle** ist es zu Unruhen gekommen; eilf Schüsse fielen auf die Bürgerwehr aus den Reihen der aufgewiegelten Lanciers, welche sofort entwaffnet wurden. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen.

< **Heidelberg**, 20. Nov. Blum's Todeskugel hat die schwachen Bande zwischen Oesterreich und Deutschland vollends gelockert, vielleicht gerade um dieser Auflösung willen jenes mannhafte Herz durchbohrt. Wie aber die von Frankfurt aus so schonend geknüpften Fäden gewaltsam in der Brigittenau zerrissen wurden, so wird auch Budapest und sein bräuender Beschützer dem österreichischen Städteverwüster letztlich unterliegen. Sollte es dann dem kriegerischen Dreiblatt Radetzky, Windischgrätz, Jellacic, wird es dem homöopathisch verdünnten Konstitutionalismus der Stadion und Kons. gelingen, dem altersschwachen Kaiserstaat frisches Blut in die Adern zu gießen? — Durch eine ausgebildete Militärmacht, zum großen Theil mit barbarischen Kontingenten hat einst der kraftvolle Stilicho das weström. Reich, trotz aller Verschiedenheit der nationalen Elemente, trotz der schwachsinnigsten Kabinetspolitik aufrecht erhalten. Als er durch hinterlistige Hofkabale gefällt war, steht das künstlich befestigte Reich so lange nur, bis die buntgemischten notionalen Elemente ihre Krystallisationspunkte gefunden, bis die nationalen Grundlagen neuer Reiche, einer neuen Zeit gebildet sind. Den österreichischen Gesammtstaat wird aber ein ähnliches Schicksal in demselben Verhältnisse schneller ereilen, als das nationale Gesetz der Staatenbildung von unserer Zeit klarer verstanden, heiliger gehalten wird, als selbst die ruhmvollste und fruchtbarste Kraftentwickelung nach Außen und Innen ohne die Weihe des freien Volkskonsenses wenig befriedigt. Ist es auch vom ausschließend ökonomischen Standpunkte aus ein anziehendes Bild, dieses weite wohlgegründete und mit seinen unerschöpften Güterquellen, der langgedehnten Seeküste, wo sich bislang in ausgebildetem industriellen und Verkehrsleben die mancherlei Nationalitäten weniger zu stören als zu ergänzen schienen; der politische Oekonom wird diesem hochgethürmten reichbeflaggten Bau wenig vertrauen, weil ihm die wesentlichsten Stützbalken fehlen; ein gemeinschaftliches höheres Kulturleben und eine darin wurzelnde, durch freie Institutionen geschützte und belebte Verfassung — Stützen, die die ausgebildetste militärische Organisation, die humanste Büreaukratie nur scheinbar und vorübergehend, als Staaten im mangelnden Staate, ersetzen, in Wahrheit nur weiter lockern und zerstören können. Vertraue man jedoch auch, daß unter den gegenwärtigen Werkmeistern die alte österreichische Arche wieder flott werde, so bestreiten wir doch, daß darauf deutsche Interessen irgendwie, etwa durch völkerrechtlichen Vertrag zu verladen seien. Ein solches völkerrechtliches Bündniß muß zwischen mündigen Kontrahenten, um zu dauern, auf einer Interessengemeinschaft ruhen. Wenn nun gleich zwischen Deutschland und dem Gesammtstaate eine noch so ausgedehnte und augenfällige Gemeinschaft der materiellen Interessen bestehen mag; glaubt man denn, daß in dem Rathe zu Ollmütz die völkerrechtlichen Verhältnisse nach solchen ökonomischen Rücksichten zugeschnitten werden? Gewiß nicht. Die Wagschaale aller und jedes Vereinbarungen und Zugeständnisse wird sich fernerhin wie bisher nach der Seite neigen, wo die gleiche politische Anschauungs- und Regierungsweise, die gleiche Staatsidee zu finden ist. Gibt man uns nun zu, daß ein von der Militärmacht und Büreaukratie restaurirtes Kaiserreich zu Petersburg in einer innigeren politischen Wahlverwandtschaft steht, als zu Frankfurt, so erscheint uns nun das Glückauf! zu dem Siege der „gesetzlichen Gewalt" in Wien,

Digitized by Google

in dem Munde eines deutschen Unterstaatssekretärs nach wie vor ein böses Omen. Verlangen Sie aber — nach der Note zu meiner letzten Korrespondenz — einen genaueren Nachweis, welche deutsche Interessen durch eine österreichisch-russische Politik durchkreuzt werden? Kaum! denn sie werden alle leiden: an der Pulsader unseres östlichen Verkehrs, wie in den Donaufürstenthümern, in den Handelsbeziehungen zur Levante, wie zu dem österreichischen Binnenlande, überall wird uns eine von anderem Geist erfüllte Politik, wenn nicht mit aktiver Feindseligkeit, doch durch passiven Widerstand lähmend entgegentreten. Wohl hätte ich auf diese und viele andere Punkte tiefer einzugehen, wenn es sich nach darum handelte, Frankfurt und Wien als zwei zu freundschaftlicher Interessenausgleichung verhandelnden Mächten, die Vereinbarung durch Nachweis ihrer Interessengemeinschaft zu erleichtern. Ist aber das Verhältniß Oesterreichs zu dem deutschen Vaterlande nach den jüngsten Ereignissen: more than kin and less than kind — und das ist freilich meine petitio principii, so ist wohl wenige nachzuweisen, daß dieser Zwiespalt ein für uns unerträglicher, seine öffentliche Sanktion ein politische Schnitzer, als wie er auf dem einen oder anderen Wege zu beseitigen ist. — Daß aber dieses Dilemma durch einen Sieg der Wiener Bevölkerung ehee vermieden worden wäre, dies halten sie nun für eine grundfalsche und verderbliche Ansicht. Sie glauben, daß der deutschen Sache, so wenig wie aus dem Siege Windischgrätz's, so wenig auch aus dem Triumphe der Aula ein Segen erwachsen wäre. Nun, Sie wissen, ich sympathisire nicht mehr mit einer wüsten Studenten- und Pöbelwirthschaft, als mit der Ideologie Schuselka's oder dem krankhaften Ehrgeize eines Waldeck. In politischen Dingen halte ich mich jedoch an den Ausspruch Dahlmanns: die Politik sei Gesundheitslehre, nicht weil sie Gesundheit geben, sondern weil sie die Ursachen der Krankheit entdecken und oft vermindern könne. Und nun scheint es mir, als ob Deutschland durch den Sieg der Wiener unmittelbar zwar nichts gewinnen, doch die jetzige sichere Niederlage vermeiden, ja vielleicht unter geschickten Händen einen fruchtbaren Einfluß sichern konnte. Ein entschiedener Protest gegen die militärische Diktatur; dann eine kraftvolle Unterstützung der gesetzlichen Gewalt gegen die nothwendigen Folgen des Volkssiegs, den gesteigerten Despotismus von Unten, wie er in Wien und Berlin so lange an der Tagesordnung war — hätte dies nicht den Beifall aller Patrioten, das Auge der Provinzen auf Frankfurt gelenkt, auf das deutsche Parlament, das die Kralle, die der eigene Landesfürst unverantwortlich versäumt, übernommen, die gesetzliche Freiheit, gleichwie seither in den kleinen Staaten, nun auch in Oesterreich geschirmt hätte? Müssen wir es aber nicht beklagen, daß, statt einer derartigen Entwicklung, die Freiheit der österreichischen Völker zugleich mit der Autorität der Centralgewalt einem lahmen Reichskommissariat und einem eisernen Soldaten erlegen ist. *)

Großbritannien.

London, 18. Nov. Der „Standard" spricht sich in einem leitenden Artikel entschieden für die Wahl Louis Napoleon's zum Präsidenten von Frankreich aus, was insofern nicht ganz bedeutungslos erscheint, da der Standard das Organ einer hochtorystischen Fraktion, natürlich auch der entschiedenste Gegner und Verächter der republikanischen Staatsform und — wie derselbe Artikel von neuem beweist — der innigste Anhänger und Verehrer Ludwig Philipp's ist, vielleicht sogar unter Ludwig Philipp's persönlichem Einfluß steht. Cavaignac, meint der Standard, sei der Kandidat der Bischöfe, mithin auch des Papstes, wer aber der Günstling Ferretti's sei, sei auch zugleich ein dem Frieden Europa's nicht ungefährlicher Mann. Dem Standard zufolge ist das Programm Louis Napoleon's, welches die Redaktion dieser Zeitung durch Vermittelung eines sehr wohlunterrichteten Mannes erhalten zu haben erklärt, folgendes: 1) Thiers, erster Minister, mit unbeschränkter Vollmacht zur Bildung einer Verwaltung; Bugeaud, Krieg; Fould, Finanzen; Leon Faucher, Handel; 2) Keine Intervention in Italien und Deutschland; 3) Wiederaufnahme der Eisenbahnbauten und Ausdehnung der öffentlichen Arbeiten, zu dem Zwecke, den arbeitenden Klassen Beschäftigung zu verschaffen; 4) Handelsvertrag mit England, nicht auf den Grundsätzen des Freihandels, sondern auf den Grundsätzen der Gegenseitigkeit. Der Standard meint, dieses Programm sei so vernünftig, daß es schon darum die Franzosen nicht zufrieden stellen dürfte. Es gehörte zu den seltsamsten Anomalien unserer an Anomalien reichen Zeit, wenn Ludwig Philipp selbst für Ludwig Napoleon intriguirte, um ihn als Krücke für seine Dynastie zu brauchen. — Außerdem enthält der Standard einige sehr liebenswürdige Artigkeiten für die verfassunggebende Versammlung des deutschen Reichs. Der Standard nennt die neue deutsche Konstitution rundweg „ein chef d'oeuvre dummer Pedanterie," und meint, die Frankfurter Versammlung habe sich eine „ausgesuchte Impertinenz" gegen den König von Preußen erlaubt, als sie diesem vorschrieb, die Minister seiner Wahl zu entlassen; dies sei ein despotischer Akt, wie er niemals in den vereinigten Staaten vorgekommen, und selbst, wenn das Frankfurter Parlament eine centrale und oberste Regierung wäre, was es doch nicht sei, würde ein solches Verfahren ohne Beispiel sein. Der Standard erblickt den Fürsten Windischgrätz bereits mit Vergnügen am Main, um hier aufzuräumen, wie er an der Donau aufgeräumt hat. Daß Robert Blum mit martialischer Kürze erschossen worden, findet dieselbe Zeitung ganz in der Ordnung und im Völkerrecht begründet; der Kaiser von Oesterreich sei Herr in seinen Landen, und habe keine Rücksicht auf einen Rebellen zu nehmen, wenn er schon Mitglied des deutschen Parlaments sei, einer Versammlung, deren Beschlüsse für den Kaiser von Oesterreich keine Kraft hätten. Wenn das deutsche Parlament die Vollziehung des über Blum verhängten kriegsrechtlichen Urtheils einen Mord zu nennen beliebe, so mache es sich gewissermaßen mitschuldig u. s. w. Die Times enthält eine kurze biographische Notiz über Blum, deren Hauptspitze darauf hinausläuft, daß Robert Blum mit aller Gewalt dahin gearbeitet, ein wenig Danton zu spielen. Ueberhaupt lieben die englischen Zeitungen, uns den Vorwurf zu machen, daß wir unsere Revolutionsthaten bis zum Lächerlichen genau den Franzosen nachkopirten. Es ist leider wahr, daß unsern Arbeitern auf diesem uns nach ziemlich ungewohnten Gebiete die Originalität fehlt; aber nachdem man in unsern höhern und allerhöchsten Kreisen fast zwei Jahrhunderte lang so wenig originell, so wenig deutsch gewesen ist und mit pedantisch lächerlicher Genauigkeit französische Muster kopirt und französisches Wesen, französische Sprache und französische Sitte fast allein in Ehren gehalten hat, wer kann es da dem Volke verdenken, daß es sich seinerseits in Revolutionsangelegenheiten ebenfalls an französische Vorbilder und Vorschriften hält? Daß diese Nachahmung weiter unten in gröbern und ungefälligern Zügen erscheint, liegt in der Natur der Sache.

Der hohe Gerichtshof in Edinburg ließ am 16. Nov. die Anklage gegen den Chartisten James Cumming, einen Schuhmacher, auf den Antrag des Lord Advokaten fallen, worauf der Mann sofort freigegeben wurde. Sonst hört und liest man von Chartismus fast gar nichts mehr. O'Connor hat im letzten Parlament Alles dazu beigetragen, ihn lächerlich zu machen, und der Ausspruch der Gerichtshöfe, wonach einige der wüthendsten Chartistenhäuptter, im Allgemeinen sehr unbedeutende Menschen, schuldig gefunden und zur Einsperrung oder Deportation verurtheilt wurden, war genügend, diese Bewegung für lange Zeit Einhalt zu thun, bis sie vielleicht in anderer Gestalt, unter andern verständigern und fähigern Führern und vielleicht auch unter anderm Namen nach längerer Zeit wieder einmal hervorbricht. Die Kraft des Gesetzes und die Achtung vor dem Gesetze haben sich in England in dieser Angelegenheit wieder auf's glänzendste bewährt.

Die bereits in Nr. 308 erwähnte Denkschrift des politischen Flüchtlings M'Gee über die jüngste irische Insurrektion gibt der „Times" Anlaß zu einem leitenden Artikel, worin diese Zeitung namentlich darüber ihren Aerger ausspricht, daß der Verfasser für die von England dem darbenden Irland gewährten 8 Millionen nicht das kleinste Wort des Dankes habe. Dieses Almosen, welches der reiche in Purpur gekleidete Mann dem hungernden, in

*) Die obige Ausführung, so viel Treffendes sie auch enthält, kann uns noch nicht überzeugen. Möge der geehrte Correspondent bedenken, daß ein Sieg der Wiener Bevölkerung, mit den oben angedeuteten Folgen, die gesammte slawische Bevölkerung des Kaiserstaates und mit ihr die Dynastie noch weit entschiedener als jetzt von Deutschland weggetrieben hätte. Das Resultat eines so begonnenen Kampfes wäre im günstigen Falle die völlige Lostrennung der deutsch-österreichischen Provinzen und ihre Vereinigung mit Deutschland gewesen; worin wir — nach unserer petitio principii — keinen Gewinn für letzteres zu erkennen vermögen. Jetzt werden wieder die gebildeten Klassen beider Nationalitäten für die Sache der Humanität und gesetzlicher Freiheit zusammenstehen; diese Sache ist eben zugleich die Sache Deutschlands und deutscher Kultur, in deren Verbreitung jetzt wohl die einzig mögliche und gedeihliche Einwirkung Deutschlands auf Oesterreich bestehen wird. Eine fruchtbare politische Wechselwirkung ist erst bei größerer Gleichheit der geistigen Entwickelung und bürgerlichen Gestaltung thatsächlich.
d. R.

Digitized by Google

Lumpen gehüllten Lazarus ein für allemal hinwarf, kann die Times nie und nimmer vergessen. M'Gee hatte auch zum Schlusse seiner Denkschrift auseinandergesetzt, welcher Art diejenigen Leute sein müßten, die Irland zur Durchführung seiner nächsten Revolution nöthig haben würde. Die Times sagt nun mit Recht: „Wir versichern dem Verfasser, daß, wenn Irland das nächste Mal aufsteht, es nicht die Dienste von Männern in Anspruch nehmen wird, die mehr zum Prahlen als zum Verschwören, und mehr zum Verschwören als zum Kämpfen geeignet sind, welche aufgeschwellt sind von bombastischen Redensarten und leer an großen oder männlichen Thaten, welche bei dem ersten Anzeichen von Gefahr Reißaus nehmen und, sobald sie an einer fremden oder feindlichen Küste in Sicherheit sind, angestachelt von unersättlicher Selbstsucht, der Welt die Nasen und Rathschläge ihrer schuldigen Genossen anrathen, während diese sich noch in der Wogschaale der verhöhnten Gerechtigkeit und in den Händen einer beleidigten und siegreichen Gewalt befinden."

In Irland fanden vor Kurzem wieder mehrere sogenannte „Säuberungen" statt, indem unter andern allein in der Gegend von Limerick 140 Personen aus ihren Pachtgütern getrieben wurden. Ferner warf man am 13. d. fünfzehn Familien aus ihren Hütten auf den Gütern des Sir William Somerville, zu Brownstown, Grafschaft Meath, und machte ihre Hütten sofort dem Erdboden gleich. Sir W. Somerville ist Obersekretär für Irland! Der ministerielle „Globe" fragt, ob so Etwas mit Wissen und Willen Somerville's geschehen sein könne? — Die Regierung würde diesen schändlichen Mißbrauch schon längst mit Vergnügen abgeschafft haben, wenn sie nicht fürchten müßte, mit den reichen und wie man sieht etwas barbarischen Gutsbesitzern in Irland in einen Konflikt zu kommen, den sie aus höheren politischen Rücksichten gern vermeiden möchte. Der Globe bemerkt: „Man schildert es als einen herzzerreißenden Anblick, diese armen Geschöpfe zu sehen, wie sie im Lande um ein nächtliches Obdach gegen das unbarmherzig kalte Wetter herumbetteln." Es ist wenigstens im Laufe der letzten Parlamentssession eine Bill durchgegangen, wodurch festgesetzt ist, daß der Austreibende Sorge zu tragen habe, damit der Ausgetriebene wenigstens ein interimistisches Obdach erhalte; wie aus der letzten Bemerkung hervorgeht, scheint man sich an diese Bill leider nicht zu kehren — selbst ein Obersekretär für Irland nicht! Man darf sich nicht wundern, wenn die in England selbst so hoch respektirte Gesetzlichkeit in Irland auch in den untern Schichten nicht zu finden ist.

Frankreich.

+ **Paris**, 20 Nov. Man spricht von einem neuen Handelsvertrage, welcher zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und unserer Republik abgeschlossen werden soll. Das Bankett der schönen Demokratinnen und Socialistinnen, welches gestern begangen wurde, kostete nur einen Franken 25 Centimes für das Gedeck. Die Neuheit des Schauspieles hatte, wie natürlich, viele Herren angezogen. Auch bestand das Bureau aus 3 Männern und 3 Frauen. Der Abgeordnete Leraux erklärte, man habe weder einen Präsidenten noch eine Präsidentin gewählt, weil man die Präsidentschaft abschaffen wollte. Madame Delphine Gay trank auf die politische Vereinigung der Männer und Frauen und der demokratischen und sozialistischen Partei. Die Rednerin wies besonders auf die Nothwendigkeit hin, den Frauen politische Rechte zu ertheilen. Ihr müßt uns frei geben, sagte sie, denn die Rechte, die man uns verweigert, verschaffen wir uns durch List. (Stürmisches Bravo!) Zu Ehren des Herr Legouve, welcher alle politischen Rechte für die Frauen in Anspruch nahm, wurden die Gläser ebenfalls geleert. Man trank auf das Wohl Cabet's, Leraux's, Louis Blanc's und aller Socialisten, nur von Raspail wollte man nichts wissen. Auch dem Mißtrauen wurde ein Toast gebracht, versteht sich nur dem Mißtrauen in politischen Dingen, nicht in der Liebe. Ein kleines Mädchen von 8 bis 9 Jahren brachte einen Trinkspruch auf „die Brüderlichkeit" und ein kleiner Knabe gleichen Alters auf Rouget de Lisle (den Dichter der Marseillaise). Es waren viel schöne und elegant gekleidete Damen anwesend. Am Schlusse kündigte einer der Commissäre, Herr Mallet, an, zur Feier seiner Hochzeit werde er in 14 Tagen ein ähnliches Fest dieser Art veranstalten, das nur 75 Centimes kosten solle.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 9. Nov. Bis zum gestrigen Tage mußten alle was immer für Namen habenden Waffen abgeliefert sein, und eine Kundmachung des kommandirenden Generals, Baron Hammerstein, unterwirft, diejenigen einer strengen Strafe, die, ohne hiezu besonders befähigt zu sein, im Besitz einer Waffe nach dem gedachten Zeitraume betreten werden sollten. Eine weitere Bekanntgebung Hammersteins bezeichnet den Generalmajor Boedolo als Stadtkommandanten mit der Auftragerung, demselben in allen seinen Verfügungen Folge zu leisten. Alle polnischen Auswanderer müssen die Provinz verlassen. Sie haben sich meistens in das Preußische gewendet. (Schles. Bl.)

Krakau, 15. Nov. Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß Gallizien in zwei Gouvernements eingetheilt wird. Und zwar wird Krakau mit den sechs westlichen Kreisen (Wadowic, Sandec, Tarnow, Bochnia, Sanok und Rzeszow) das polnische, die anderen Kreise mit Bukowina das ruthenische Gouvernement bilden. (C. Bl. a. B.)

Italien.

* **Turin**, 15. Nov. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer klagte der Abgeordnete Mauri auf's Bitterste über das (von uns bereits mitgetheilte) Dekret des Marschalls Radetzky, welches den Einwohnern Mailands eine außerordentliche Steuer auferlegt, deren Grenze und Vertheilung gar nicht angegeben sei. Der Redner nennt dieselbe eine organisirte Plünderung. Der Minister des Innern erklärte hierauf, die Regierung werde gegen diese heftigen und verfassungswidrigen Maßregeln protestiren, und die vermittelnden Mächte auffordern, Oesterreich zu veranlassen, daß dieselben nicht zur Ausführung gebracht werden. Der Abgeordnete Bufferia meinte, falsche Protestationen von Seite einer Regierung, welche über 120,000 Bajonette verfügen könne, wäre abgeschmackt und feig. Man müsse evakuationär zu Werke gehen; Alles Andere führe zu nichts. Was die Minister von einem Königreich Oberitalien sagten, wäre eitel Trug und Hirngespinnst. Der Minister des Innern entgegnete hierauf, es werde sich bald zeigen, daß dieses Königreich zur Wahrheit werden würde. Die Kammer beschloß einmüthig 1) die Rede des Abgeordneten Mauri solle gedruckt werden, 2) dieselbe spreche ihren Unwillen wegen der Gräuel, welche zu Mailand begangen wurden, und wegen des verhaßten Benehmens des Marschalls aus, welcher sie anordnete, 3) sie bitte das Ministerium und fordere es auf, künftig kräftigere Mittel zu ergreifen, damit solche Beraubungen und Schrecknisse nicht wieder eintreten.

* In **Turin** wurde in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 16. ein Antrag des Abgeordneten Brunies in Betrachtung gezogen, nach welchem jede noch zu Recht bestehende Bestimmung, vermöge deren bei gewissen Fällen die Töchter von Erbschaften ausgeschlossen sind, aufgehoben sein soll. Ueber den Gesetzesvorschlag, die öffentliche Sicherheit betreffend, der so strenge Maßregeln gegen Ausländer enthält, fanden heftige Debatten statt. Brofferio suchte den letzten Aufstand in Genua zu beschönigen, welchen der Minister nicht auf blutige Weise hätten bekämpfen sollen. — Darf man der Konkordia glauben, so beträgt die neue Konteribution, welche Marschall Radetzky den Mailändern auferlegte, nicht weniger als 100 Mill. österreichischer Lire (40 Mill. fl.) Graf Boramea, Herzog Visconti und Herzog Litta sollen jeder 800,000 Lire (320,000 fl.) bezahlen müssen. — Mehrere piemontesische Blätter wollen aus guter Quelle wissen, das Ministerium Rossi unterhandle mit der neapolitanischen Regierung den Abschluß eines Bündnisses, dessen eigentlichen Zweck man nicht kennt.

Modena. Die Mailänder Ztg. vom 18. berichtet, daß ein Mordversuch gegen den Herzog von Modena stattfand. Als er spazierte, wurde eine Doppelflinte auf ihn abgefeuert. Ein ihn begleitender Offizier wurde verwundet, der Herzog aber blieb unversehrt. Der Thäter ist gefangen.

Schweiz.

Uri. Die Landsgemeinde hat vorgestern die alten Abgeordneten Lusser, Muheim (den Künstler) und Christen ohne Verwahrung wieder gewählt. Für die radikalen Kandidaten stimmten 320. Ebenso hat die Landgemeinde von Obwalden beschlossen, die Verwahrung in ihrem ganzen Umfang zu beseitigen, neue Wahlen ohne Vorbehalt zu treffen und die Bundesverfassung treu eidgenössisch zu halten. Die frühern Gesandten Wirz und Imfeld wurden wieder gewählt.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Kiesselbach.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 23. Nov. (Schluß) und 24. Nov. Herr Bassermann. Der Protest Venedey's.) Wien (Neueste Nachrichten. Beurtheilung. Leichenfeier für Latour. Messenhauser. Der sächsische Gesandte.) Berlin (Verbot des Verkaufs politischer Druckschriften.) Köln (Unruhen in Düsseldorf. Aufregung. Der Gemeinderath. Gottschalk und Anneke. Treppen nach Aachen. Düsseldorf in Belagerungszustand. Unordnungen in Trier.) Stralsund (Unruhen. Volksmänner. Der Pommer'sche Fortschritt.) Aachen (Der Frankfurter Beschluß.)

Frankreich. Paris. (Bessere städtische Einnahmen. Bedeutende Zwistigkeiten zwischen dem General Cavaignac und den Mitgliedern der ehemaligen Exekutivkommission. Demonstration für Ludwig Napoleon. Graf Rossi in Rom ermordet. Wichtige Depeschen aus Wien. Ibrahim Pascha tödtlich krank. Parteibestrebungen. Subskription für Robert Blum's Hinterlassene. Wirren. Strenge papierne Schranken gegen Uebergriffe des künftigen Präsidenten; Cavaignac gegen Intervention in Italien. Die Journale.)

Spanien. Madrid (Cabrera unterhandelt mit dem Hofe. Tagesneuigkeiten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 24. November.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 23. November. (Schluß.)

Artikel XII. des Verfassungs Entwurfs lautet nach der gestrigen Abstimmung:

§. 52. „Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren, sowie die gesetzlichen Normen für den Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzustellen."

§. 53. „Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen:

1) wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staat in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird;

2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint;

3) wenn die Regierung eines deutschen Staates die Verfassung desselben eigenmächtig aufhebt oder verändert und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverzügliche Hülfe nicht zu erwirken ist."

§. 54. „Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1) Erlasse, 2) Absendung von Kommissarien, 3) Absendung bewaffneter Macht."

§. 55. „Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte garantirten freien Vereins- und Versammlungsrechts, allgemeine Gesetze über das Associationswesen zu erlassen."

§. 56. „Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen."

Vom 24. November.

Tagesordnung der 122. öffentl. Sitzung.

1) Fortsetzung der Berathung über den Verfassungsentwurf, und zwar Artikel XIII. und XIV.
2) Berathung über den Entwurf — das Reichsgericht betreffend.
3) Berathung über den Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses (von Zachariä), die Limburger Frage betr.
4) Berathung über den Bericht des Abgeordneten Beseler — das Wechselrecht für Deutschland betr.

Heinrich v. Gagern fehlt in heutiger Sitzung. Es wird vom Vice-Präsidenten Riesser ein Schreiben von ihm verlesen, worin er um einen achttägigen Urlaub bittet. Die kritischen Verhältnisse in Berlin, von deren Stande er sich durch eigene Anschauung überzeugen wolle (Bravo!), allein könnten sein Gesuch rechtfertigen — besagt das Schreiben. Es wird darneben im Hause erzählt, Vicepräsident Simson selbst habe Gagern nach Berlin abgeholt, von wo der deutschen Einheit die härteste Probe drohe. — Die vom Büreau ernannten Mitglieder des Ausschusses zur Anordnung der Todtenfeier für Blum sind: Müller von Würzburg, Sellmer, Raveaux, Wigard und Riesser.

Unter den heute ertheilten Antworten des R.-Misteriums des Innern auf eine Reihe von Interpellationen ist kaum etwas hervorzuheben. v. Schmerling sagt über die von Berger in Anregung gebrachte russisch-österreichisch-preußische Allianz: dem Ministerium sei nichts von solch einem Bündnisse bekannt, als was darüber in den Zeitungen erzählt worden und eine nähere Kenntnißnahme möchte dem diplomatischen Geheimnisse gegenüber sehr schwierig sein. Indessen glaubt der Reichsminister weder an den Abschluß einer solchen Allianz, noch an die Möglichkeit, daß sich eine solche dem Interesse und Willen Deutschlands zuwider halten könne.

Grubert stellt in Folge der Schmerling'schen Antworten einen Antrag in Bezug auf die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes von Berlin und auf Bestrafung Brandenburg's und Wrangel's, wie er denn auch für die preußischen Angelegenheiten einen neuen Ausschuß ernannt sehen will. Die Dringlichkeit und daher die Behandlung des Gegenstands überhaupt wird jedoch abgelehnt. Desgleichen die Dringlichkeit eines Wiesner'schen Antrags im gewöhnlichen Style, Oesterreich betreffend.

Der Reichsminister der Justiz, Robert v. Mohl, dagegen verliest das erste bis jetzt in Frankfurt eingetroffene Schreiben der Reichskommissäre Paur und Pözl, Ollmütz vom 18. Nov. Die beiden Abgeordneten haben eine Zusammenkunft mit Wessenberg gehabt, in Folge deren sofort die Weisung nach Wien erging, ein weiteres Verfahren gegen den deutschen Reichstagsabgeordneten Geitzner einzustellen. Es ergab sich aber, daß nicht Geitzner selbst, sondern dessen Sohn in eine Untersuchung verwickelt sei. Die Akten über das standrechtliche Verfahren gegen Blum und Frödel befanden sich bereits in Ollmütz. Nach ihrer Einsicht werden die Reichskommissäre ihre Maßregeln ergreifen.

Dietzsch von Annaberg verlangt die unmittelbare Niederlegung aller auf Blum bezüglichen Aktenstücke, sowie der österreichischen Korrespondenz überhaupt, auf die Tafel des Hauses.

Wesendonck beantragt die Aufhebung des über Düsseldorf verhängten Belagerungszustands. Als die Dringlichkeit abgelehnt wird, fordert er die Verweisung seines Antrags an den Ausschuß für Gesetzgebung, worüber sich eine kurze Debatte entspinnt.

Kriegsminister v. Peucker beantwortet heute ebenfalls eine früher gestellte Anfrage: die Einfälle bewaffneter Freischaaren in Baden und die Bewegungen an der schweizer und französischen Grenze haben die Aufstellung eines Truppencorps an den bedrohten Punkten nöthig gemacht. Zur eventuellen Unterstützung dieses Corps stehen baierische Truppen auf baierischem Boden an der Iller concentrirt.

Nachdem Eckart von Lohr, Stahl v. Würzburg u. Eisenstuck im Namen verschiedener Ausschüsse Bericht erstattet haben, wird zur Tagesordnung vorgeschritten: Artikel XIII des Verfassungsentwurfs. Der Gang der Abstimmungen ist auch heute so rasch, wie in den früheren Sitzungen. Um dem Vicepräsidenten Herrn Riesser das schwierige Geschäft des Vorsitzes zu erleichtern, welches nach Gagerns und Simsons Entfernung ganz allein auf seinen Schultern ruht, tritt Vogt von Gießen mit dem sehr angemessenen Vorschlage hervor, daß die beiden früheren Vicepräsidenten inzwischen das Bureau des Hauses verstärken möchten. Der Antrag wird zwar als dringlich erkannt, aber zur einfachen Annahme des Vogt'schen Vorschlags kann sich das bedenkliche Haus doch nicht sofort entschließen. Indessen wird mit ausreichender Mehrheit zum Beschlusse erhoben: daß sich der Vorsitzende erforderlichen Falls durch einen der früheren Vicepräsidenten (v. Soiron und v. Hermann) vertreten lassen dürfe.

Die Artikel XIII. und XIV. und somit der ganze bis jetzt vorliegende Theil des Verfassungsentwurfs werden in folgender Form zum Beschluß erhoben:

§. 57. „Die Reichsgesetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland sichern."

§. 58. „Der Reichsgewalt steht das Recht der Gesetzgebung zu, so weit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutze der ihr überwiesenen Anstalten erforderlich ist, so wie in allen Fällen, wo sie für das Gesammtinteresse Deutschlands die Begründung gemeinsamer Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet.

§. 59. „Der Reichsgewalt liegt ob, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volk zu gründen."

Digitized by Google

§. 60. „Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung von Reichswegen verbindliche Kraft."

§. 61. „Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reich aus.

Die Dienstpragmatik des Reichs wird ein Reichsgesetz feststellen."

Das Haus entscheidet sich auf Höfken's Antrag für die Bevorzugung des Berichts des internationalen Ausschusses über die Limburger Frage, so daß dieser Gegenstand sogleich hier zur Berathung kommt. Der Abg. v. Scherpenzeel v. Barloo erhält die Erlaubniß, daß eine schriftliche Auseinandersetzung der Verhältnisse verlesen werde. Sie ist von ihm im entschieden deutschen Sinne abgefaßt und räth zu den bestimmtesten Schritten. Dagegen erhebt sich Bernhardi aus Kassel, der die von uns in ( ) gesetzten Worte aus Punkt I. des Ausschußantrags gestrichen sehen will. Dieser Antrag ist ein einstimmiger und er lautet:

„Die deutsche Reichsversammlung, im Hinblick auf die am 19. Juli d. J. in Betreff des Herzogthums Limburg gefaßten Beschlüsse, und in Erwägung, daß die Einführung der neuen niederländischen Verfassung in diesem, unzertrennlich mit Deutschland verbundenen Lande mit jenen Beschlüssen in offenbarem Widerspruch stehen würde, beschließt:

I. Die Centralgewalt wird aufgefordert, gegen die Vollziehung des neuen niederländischen Grundgesetzes im Herzogthum Limburg Verwahrung einzulegen (und derselben in jeder andern geeignet erscheinenden Weise entgegenzutreten).

II. Insoweit bei Ausführung der Beschlüsse vom 19. Juli eine Verständigung oder Vereinbarung mit der herzoglich limburgischen oder königlich niederländischen Regierung erforderlich ist, dieselbe ohne Aufschub einzuleiten, und dem erwähnten Beschlusse gemäß möglichst schleunig zu einem Abschluß zu bringen."

v. Wydenbrugk. Arndt. Cucumus. Gombart. Höfken. Pretis. Schubert. Stenzel. Wurm. Zachariae.

Reichsminister v. Schmerling verwahrt sich nur gegen die etwaige Auslegung seiner Interpellationsbeantwortung vom 6. Nov., daß die Limburger Angelegenheit jemals von der Centralgewalt als etwas anderes betrachtet worden sei, denn als eine innere deutsche Angelegenheit. Im Uebrigen ist er mit den Ausschußanträgen einverstanden und zugleich erklärt er im Namen des Reichsministeriums dessen volle Entschlossenheit zur Ausführung der Beschlüsse vom 19. Juli.

Nach einem kurzen Schlußworte Zachariä's, als des Berichterstatters, und nachdem auch Bernhardi sein Verlangen auf die Auslassung der bezeichneten Worte zurückgezogen hat, erfolgt die Annahme der Ausschußanträge mit Stimmeneinhelligkeit.

Die Berathung geht auf Breunig's Bericht über die Einführung der zu Leipzig berathenen Wechselordnung über. Eine „abgedrungene" Erklärung und Verwahrung Grävell's, die zur Verlesung kommt, sollte aber vielmehr eine „aufgedrungene" heißen. Grävell ist nämlich nach Erschöpfung aller Mittel, sich die Aufmerksamkeit des Hauses als Redner oder Antragsteller zu verschaffen, auf diesen neuen Weg verfallen, seinen wunderlichen Ansichten Eingang und widerwilliges Gehör zu erringen. Der Antrag des Gesetzgebungs-Ausschusses (Mittermaier, Michelsen, Blömer, Bücler, v. Breuning, Grävell, Jordan von Gollnow, Kierulf, Langerfeldt, Leue, Paur von Augsburg, Wesendonck, Wiedemann, v. Wüeth, Zitz) lautet auf unveränderte Annahme der Wechselordnungen wie sie aus der Leipziger Konferenz hervorgegangen und von ganz Deutschland als trefflich anerkannt sei. Dem Entwurfe fügt sie folgendes Publikationsrecht hinzu:

Art. 1. „Die nachstehende allgemeine deutsche Wechselordnung tritt mit dem 1. Mai 1849 in dem deutschen Reiche in Gesetzeskraft.

Art. 2. Die zur Ausführung dieser Wechselordnung in den Einzelnstaaten etwa erforderlichen, von diesen zu erlassenden Bestimmungen dürfen keine Abänderungen derselben enthalten."

Das Haus verzichtet auf die Diskussion über den Inhalt und die Einzelheiten des vorgeschlagenen Gesetzes. Nur gegen seine Einführung ergreift Grävelt ungehört das Wort, indem er der Versammlung im Allgemeinen die Competenz abspricht, Gesetze für Deutschland zu geben. Berger aus Wien dagegen will, daß dem Einführungsgesetze beigefügt werde, die Erläuterung, Fortbildung und Weiterentwicklung der Wechselgesetzgebung überhaupt bleibe der Centralgewalt vorbehalten. Auf die Frage des Vorsitzenden: nimmt die Versammlung den Entwurf ohne Abänderung an und verordnet sie dessen Verkündigung als Reichsgesetz? erhebt sich das Haus fast ohne Ausnahme. Auch die beiden Artikel des Publikationsgesetzes werden mit großer Mehrheit genehmigt.

Berger's Antrag hingegen auf einen dritten Artikel, um der Reichsgewalt die Erläuterung und weitere Ausbildung der Wechselgesetzgebung ausdrücklich vorzubehalten, wird mit 212 gegen 183 Stimmen abgelehnt.

Nachdem somit, da die Berathung über das Reichsgericht verschoben wird, die heutige Tagesordnung erschöpft ist, wird noch ein dringlicher Antrag des Grafen Warlensleben mitgetheilt, des Inhalts:

„Da dem Vernehmen nach der Abgeordnete **Schlöffel** an der Spitze der Bewegung in Breslau steht, dort „provisorische Regierung und Anderes" zu bilden sucht, so beschließt die Nationalversammlung, zur Vermeidung ähnlicher Fälle, wie der an Robert Blum erlebte, den Abgeordneten Schlöffel aus Breslau zurück zu berufen, unter dem Präjudiz, daß er sonst als ausgeschieden betrachtet werde."

Die Versammlung verwirft jedoch die Dringlichkeit.

Unter den Geschäftsanzeigen, womit die Sitzung gegen 2 Uhr schließt, wird der Eintritt Hartwig Beseler's, des gewesenen Oberhaupts der schleswig-holstein'schen Regierung, in die Nationalversammlung mit Beifallsäußerungen begrüßt.

Die nächste Sitzung findet Montag den 27. Statt.

Frankfurt, 21. Nov. Die O.-P.-Z. schreibt: Dem Vernehmen nach hat der Erzherzog-Reichsverweser die Entlassung des Unterstaatssecretärs, Herrn Bassermann, nicht angenommen. (Von anderer Seite vernehmen wir jedoch, daß Herr Bassermann dessenungeachtet auf seinem Rücktritt besteht, da ihm die Unmöglichkeit, zwar nicht in dem gegenwärtigen Ministerium, aber doch an der Spitze der deutschen Angelegenheiten zu bleiben, seit seiner Berliner Reise nur zu klar herausgetreten ist, selbst wenn auch der Protest der gesammten konstitutionellen Presse, Weserzeitung, Leipziger Allg. Zeitung, Kölnische Zeitung, Augsburger Allgemeine Zeitung, Karlsruher Zeitung u. s. w. für Nichts zu achten ist. —)

× **Frankfurt**, 24. Nov. In der gestrigen Nationalversammlung protestirte Herr Venedey im Namen der Demokratie gegen eine „freche Stimme der Demokratie, welche den Tod Blum's einem andern Manne als dem Fürsten Windischgrätz zuschreibt". Zur Kenntniß Ihrer Leser diene die Notiz, daß sich dies auf einen hirnverbrannten Artikel der „Neuen Zeit", redigirt von De. v. Löhr in Worms, bezieht, der in einem Callot-Hoffmann'schen Style Hrn. v. Gagern als intellectuellen Urheber der Hinrichtung bezeichnet. Es ist gewiß erfreulich, daß die Partei der Linken in ihren edleren Mitgliedern endlich anfängt, den „Schwanz" abzuschütteln. Hätte sie das früher gethan, so würden die zum Scheinkonstitutionalismus hinführenden Versuche der aristokratischen Bourgeoisie gewiß nicht ihren gegenwärtigen Boden gefunden haben.

Wien, 18. Nov. Amtlicher Anzeige in der „Wiener Ztg." zufolge ist Wenzel Wertha aus Böhmen, weil er in den letzten Oktobertagen einen bewaffneten Proletarierhaufen im Kampfe gegen die kaiserlichen Truppen angeführt, zum Tode durch den Strang verurtheilt, die Strafe aber vom Fürsten Windisch-Grätz in zweijährige Schanzarbeit in leichten Eisen umgewandelt worden.

Wien, 18. Nov. Der Allg. Ztg. wird geschrieben: Heute war die Leichenfeierlichkeit zu Ehren Latour's auf dem Lager Berge. Während der Feierlichkeit waren die Hauptplätze der Stadt mit Kanonen besetzt. Die Deputation des Reichstags, Prato an der Spitze, welche sich nach Ollmütz begeben hatte, um vom Kaiser Messenhauser's Begnadigung zu erwirken, kam mit derselben sechs Stunden nach der Vollstreckung des Urtheils an. Die Deputation hatte Windischgrätz früher von ihrem Schritte in Kenntniß gesetzt. Messenhauser sollte drei Tage ausgesetzt werden, aber ein Tag wurde ihm von Windischgrätz geschenkt, und so geschah es, daß seine Begnadigung zu spät kam. — Wie verlautet, hat der sächsische Gesandte seine Päße verlangt.

Wien, 19. Nov. Nicht ein bloßes Programm, sondern — wie man versichern will — ein bereits ausgearbeiteter Konstitutionsentwurf soll der Reichskammer zur Annahme vorgelegt werden. Nach andern würde die Kammer sich vor allem für die Wieder-

Digitized by Google

verlegung ihrer Berathungen nach Wien aussprechen. Das Ministerium soll morgen verkündigt werden. Cultus und Unterricht bleiben vorerst unbesetzt, da Helfert den Eintritt entschieden abgelehnt hat; sonst ist keine Aenderung bekannt geworden. — Eine Zuschrift Wessenberg's an den Vice-Präsident Smolka fordert denselben auf, sich mit den Reichstagsakten nach Kremsier zu begeben. — Morgen verläßt Ban Jellacic Wien, um sich zur Armee zu begeben. Die Anträge von Mészaros sollen eine vollständige Amnestie mit Einschluß Kossuth's enthalten und dabei wenig Aussicht auf Genehmigung haben. Man versichert, der Belagerungszustand Wiens werde sich bis zum Januar ausdehnen. (Lith. Nachr.)

Berlin, 21. Nov. Der neue Polizeipräsident, Herr von Hinckeldey, hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Auf Grund des §. 4. des von dem königl. Staatsministerium unter dem 12. d. M. genehmigten Erlasses Sr. Excellenz des kommandirenden Generals in den Marken, Herrn v. Wrangel, von demselben Tage — betreffend die Maßnahmen, unter welchen der Belagerungszustand Berlins zur Ausführung gebracht werden soll — untersage ich hiermit in Folge einer mir dieserhalb zugegangenen Requisition des Generals v. Wrangel vom 17. d. M. und gestützt auf eine mir heute dieserhalb zugekommene Staats-Ministerial-Verfügung vom gestrigen Tage — unbedingt den Verkauf aller politischen Druckschriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Diesem Verbote sind auch die auf Grund der Verordnung des Polizeipräsidiums vom 28. v. M. (Intelligenzblatt Nr. 259 und 260) zum Handel mit Druckschriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen legitimirten Personen unterworfen, indem die ihnen ertheilte desfällige Erlaubniß in Gemäßheit des Vorbehalts im §. 2 jener Verordnung bis auf Weiteres suspendirt bleibt. Uebertretungen dieses Verbots werden nach §§. 176 und 177 der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 bestraft. Außerdem haben die Kontravenienten ihre sofortige Verhaftung zu gewärtigen."

** **Köln**, 22. Nov. Nach heute Nachmittag hier umlaufenden Gerüchten soll es — ich sage ausdrücklich, es soll — in Düsseldorf endlich zum Kampfe zwischen Militär und Bürgern gekommen und bereits ein Major von den Truppen gefallen sein. Thatsache ist, daß heute Morgen das bereits seit mehreren Tagen für diesen Zweck fertig gehaltene Bataillon des 16. Regiments, nachdem statt seiner gestern Abend ein Bataillon (das 1ste) des 29. Regiments hier eingerückt war, nach Düsseldorf abmarschirt ist. — Hier in Köln dauert die Bewegung gleichmäßig an: die täglichen Volksversammlungen gehen ihren Gang fort; außer dem Turner-Freicorps ist auch ein solches Freicorps aus der Mitte des Arbeitervereins in der Bildung begriffen und gestern ist der ehemalige Lieutenant Beust zum ersten Commandanten der gesammten bis jetzt nach unbewaffneten bewaffneten Mannschaft in Köln gewählt. In der heutigen Volksversammlung wird der Antrag gestellt werden, den Abgeordneten Raveaux sofort aus Frankfurt abzuberufen, damit derselbe die obere Leitung der ganzen hiesigen Bewegung übernehme. —

Das Tagesgespräch bildet aber hauptsächlich die Haltung unseres Gemeinderaths. Die letzte Volksversammlung hatte gegen den Gemeinderath und namentlich gegen den commissarisch ernannten Oberbürgermeister, welcher der Rechten der Berliner Nationalversammlung und zwar dem ausgetretenen Theile derselben angehört, ein Mißtrauensvotum abgegeben und durch eine Deputation die Niederlegung ihrer Aemter verlangt. Der Gemeinderath hat sich fest und würdig benommen. In einem öffentlichen Anschlag erklären, nach gehaltener Berathung, Oberbürgermeister, Beigeordnete und sämmtliche Gemeinderäthe einstimmig, daß sie es für eine Pflichtverletzung halten würden, wenn sie die Funktionen, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger und die obere Behörde ihnen übertragen, auf anderem als dem gesetzlichen Wege niederlegten. Sie werden im Amte bleiben. Es steht zu erwarten, was das souveräne Volk jetzt beginnt.

Köln, 22. Nov. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, werden die Angeklagten Dr. Gottschalk und Lieutenant a. D. Anneke, am 15. Dezember d. J. vor den hiesigen Assisenhof gestellt werden. Im Interesse nicht nur der Angeschuldigten, sondern auch um der Humanität willen war ihre endliche Verweisung vor ein bestimmtes Geschwornengericht um so dringender zu wünschen, als dieselben bereits seit sechs Monaten in strengster Untersuchungshaft sich befinden. Gestern Morgen ging ein Bataillon des 16. Regiments von hier auf der Minden-er Bahn nach Düsseldorf. Gegen Abend kam von Koblenz ein Bataillon des 29. Regiments an, welches, wie verlautet, nach Aachen bestimmt, wohin auch schon eine Batterie und eine Abtheilung Ulanen von hier gegangen ist. — Die Landwehr-Bataillone von Malmedy, Neuwied und Simmern sind aufgeboten.

Sicherem Vernehmen nach ist die Stadt **Düsseldorf** heute Morgen in **Belagerungs-Zustand** erklärt worden.

In **Trier** ist es bei Veranlassung der Steuerverweigerung zu Unordnungen gekommen, bei denen der Oberbürgermeister a. D. Hr. v. Haw verwundet ward.

✕ **Stralsund**, 20 Nov. Die zur Einstellung von 800 Mann einberufene Landwehr ließ einige Widersetzlichkeit besorgen, und wenn einerseits Rath und Bürgerschaft durch eine Bekanntmachung am 18. den Angehörigen eine Beihülfe zusicherten, so bemüheten sich andererseits einige „Volksmänner" eifrigst, die Widersetzlichkeit anzuschüren, und im Alexander-Saal hat man geschworen und schwören lassen, keine Steuern zu bezahlen u. s. w. Als nun gestern, Sonntags, die Landwehrmänner eingekleidet werden sollten, versammelte sich mit ihnen die Elite der Volksmänner, mit Knüppeln, Branntewein und anderen ähnlichen Mitteln der Befreiung Deutschlands. Kaum traten die ersten eingekleideten Landwehrmänner aus dem Oekonomiegebäude, so fiel der Pöbel über sie her, riß ihnen die Militär-Kleidung vom Leibe und drohete zu stürmen; der Major v. Döring ward mit Tadtschlagen bedroht und konnte sich kaum retten. Die Bürgerwehr eilte herbei, konnte aber die brüllenden Menschen nicht hindern, die Schilderhäuser und sämmtliche Fenster des Oekonomiegebäudes zu zertrümmern. Bald rückte nun Infanterie mit gefälltem Bajonett und reitende Artillerie heran und der Platz ward ohne Blutvergießen geräumt. Heute früh besetzte die Bürgerwehr wieder das Oekonomiegebäude, die Landwehrmänner stellten sich in guter Ordnung zur Einkleidung und diese ward dann auch ruhig vollzogen; selbst die gehörig demokratisirten Greifswalder Landwehrmänner, welche gestern mit großem Geschrei davon fuhren, sind heute wieder gekommen. Uebrigens lassen es die hiesigen Volksführer nicht an Aufregung oder, wie sie es nennen, an Aufklärung des Volkes fehlen. Sie lassen ein Blatt erscheinen: „Der Fortschritt", in welchem es an Ausfällen, auf die „Paulskirchler" und die „kroatenfreundliche Rechte" nicht fehlt. Auch auf dem platten Lande nehmen wir es in Pommern an Volksversammlungen und mit den meisten Gegenden Deutschlands auf. Selbst ganz hinten in Neustettin ist man mit zwei neuen Dingen bekannt geworden, mit Plakaten und mit Barrikaden, und die Kultur, die alle Welt beleckt, hat auch auf Pommern sich erstreckt.

* In **Aachen** fordert die Regierung zur Zahlung der Steuern auf, und beruft sich in ihrer Bekanntmachung auch auf den Beschluß der Reichsversammlung. Die Aachener Zeitung bemerkt darüber: „Man mag die Beschlüsse der Reichsversammlung beurtheilen, wie man will, Pflicht ist es, sich ihnen zu unterwerfen, denn nur darin kann das Heil Deutschlands liegen. Fürsten aber Völker, wer von ihnen den Widerstand versucht, versündigt sich an Deutschland, an der Freiheit. Die Frankfurter Beschlüsse legen der Krone die Verpflichtung auf, ein volksthümliches Ministerium zu ernennen, der Nation, die Steuern nicht zu verfagen, da auch ahnedies ihre Freiheiten gewährleistet werden würden. Die Nation wird ihre Pflicht thun, sie erwartet aber, daß auch von anderer Seite der Pflicht genügt werde. — Herr von Berg ist nach der Aachner Zeitung in Lupen für Berlin gewählt.

Frankreich.

* **Paris**, 21. Nov. Die Einnahmen des hiesigen Oktroi im Monat Oktober kamen denen im vorigen Jahre gleich, was seit dem Februar noch niemals der Fall war. — Wir waren gut berichtet, als wir gestern nach einer Privatmittheilung den angeblichen, von mehreren Blättern behaupteten, Besuch des englischen Gesandten bei Ludwig Napoleon für eine Erdichtung erklärten. Heute wird diese Nachricht von dem halboffiziellen „Moniteur du soir" widersprochen. — Die „Patrie" erzählt, in St. Quentin und einigen Städten des nördlichen Frankreich wäre die Verkündigung der Verfassung durch Zusammenrottungen von Arbeitern unterbrochen worden, welche schrieen: es lebe Napoleon, es lebe der Kaiser! Von der anderen Seite haben die Abgeordneten Garnier Pagès, Duclerc, Barthélémy St. Hilaire, Pagnerre, und andere Mitglieder der früheren republikanischen Verwaltungen ungünstige, von der Presse ausgebeutete Gerüchte gegen den General Cavaignac in Umlauf gesetzt, welche denselben bewegten, in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung das Gesuch zu stellen, dieselben nächsten Donnerstag interpelliren und fragen zu dürfen, ob sie

durch Schrift oder Wort Drilte (Emile v. Girardin?) berechtigt haben, Beschuldigungen zu veröffentlichen, welche seine Aufrichtigkeit oder Redlichkeit in Zweifel setzten? Er fügte hinzu; wenn dieselben diese Frage verneintrn, so würde er sich befriedigt erklären. Dos thaten sie aber keineswegs. Im Gegentheil, Garnier Pagès erklärte, gerade die ehemalige Executiogewalt sei verläumdet worden, und da sie zu einer Verhandlung aufgefordert werde, so nehmen sie dieselbe on. Der Abgeordnete Rousseau meinte, Deputicte könnten wohl die Regierung, nicht aber diese sie inlerpelliren. Leden Rollin erklärte dagegen, Frankreich müsse Klarheit über die Begebenheiten des Juni erhalten, oder Marie und Lamarline seien entfernt, und er müsse darauf deslehen, doß nur in deren Gegenwart verhandelt werde. Eesteren wollten alle Parteien abworten, Lamortine's Anwesenheit aber sei, erklörte Duclerc, nicht unumgänglich nothwendig, da er am 23. Juni nicht von seiner Seite gewichen wäre. Da nun auch General Covaignoc auf schleunige Eeledigung drang, so wurden diese Interpellationen auf künftigen Sonnobenb festgesetzt. Ueber den Geletzesoorschlog wegen des Ersatzes an die Besitzer der Schotzscheine und Sparkassendüchlein (s. unsern gesteigen Bericht) konnte, da die Versammlung nicht mehr in beschlussfähiZahl war, die Abstimmurg nicht vorgenommen werden. Ludwig Napoleon besuchte heulr die Sitzung und unterbielt sich oiel mit Herrn Léon Faucher. — Lamartine wird am 24. hier eintreffen, um wie es heißt, für seine Kandidatur thätig zu sein. Man sagt, Louis Blanc und Caussidière wären heimlich hier anwesend, nach Letzlerem ist in drm Hause des Herrn Vielle gesahndet worden. — Aus Rom hat die Regiecung durch den Telegraphen die Nochricht erhalten, daß der Minister, Graf Rossi, durch einen Dolchstich gefährlich verwundet worden ist, als er gerade nach der Deputirtenkammer ging. Die öffentliche Ruhe ist indeß dort nicht gestört worden. Herr Bernoys, Altaché unserer Gesandtschaft in Wien, ist gestern mit demgenden Drpeschen hier angekommen. Ee übergab dieselben sogleich dem General Cavoignoc, welcher ihn darauf mit zu dem Minister Bastide nahm. Der Courrier de Marseille sagt, eine telegrophische Depesche zeige der Regierung an, das Schiff Osiris habe oon Alexandrien die Nachricht mitgebracht, Ibrohim Poscha läge am Tode, und unser Generaleon'ul daselbst verlange, daß eine Seemacht nach Egypten gesendet werde. Ein Artikel im Moniteur du soir gibt wenigstens den ersten Theil dieser Nochricht. In der National-Vers. hieß es aber, Mehemed Ali sei gestorben, und Ibeahim habe die Regierung angetreten. — Zahlreiche Gruppen standen diesen Morgen vor dem Hotel Ludwig Napoleon's, um ihn, wenn er ausginge, einen Augenblick zu sehen. Auch die Herren Jules Favre und Cormenin werden jetzt zu seinen Anhängern gerechnet. Hr. Berryer erklärt hingegen öffentlich in der Gazette du midi, er sei weder für ihn noch für General Cavoignoc. Man glaubt, die ehemalige legitimistische Partei werde im letzten Augendlick mit einem eigenen Kandidalen auftreten. — In Haore wurde die Verfassung unter dem Rufe verkündigt: es lebe die Republik, die Verfossung und Covaignac! Die Democratie pacifique hat in ihren Buceaur eine Subscription für die Hinterlassenen Robert Blum's eröffnet, und selbst 20 Fronken unterzeichnet.

* **Paris**, 21. Nov. Seit drei Togen hal Herr Marcast das Präsidium in der Nationaloersammlung nicht geführt. Die Herren Thiers, Abatucci und Hieronymus Bonoparle verließen heule den Sitzungssaal auf einige Zeit, um sich im Konfecenzzimmer zu besprechen. — Herr Ravez, welcher unter der Restauralion Präsident der Deputirtenkammer war, soll alle Aussicht haben, in dem Depärtement der Gironde, statt des ausgetretenen Herrn Lubbert, zum Abgeordnrten erwählt zu werden! — Der Gesetzentwurf üder die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und seines Ministeriums ist gestern oerlheilt worden. Nach demselben ist der Präsident des Vercoths schuldig, wenn er 1) Umtriebe mocht, um die Verfossung umzustoßen; 2) ein Attentat gegen die innere oder äußere Sicherheit des Staatrs begeht; 3) persönlich das Kommando der Armee oder bewaffneten Macht übernimmt (in Ameeika ist der Präsident, als solcher, Oberbefehlshabrr der Milizen); 4) im Widerspruche mit Artikel 54 ohne Zustimmung der Nationolversammlung den Krieg erklärt. Als auf frischer That der Verrälherei ergriffen, ist er zu betrochten, wenn er 1) die Versammlung auflöst oder prorogirt; 2) bewaffnete Mocht gegen sie obsendet (der 18. Brumaire!); 3) verweigert, dem oon derselben ausgegongenen Abfrzungsdekrete Folge zu leisten. Die Verantwortlichkeit der Minister ist unter Anbern auch dann in Anspruch genommen, wenn sie auf das Fallen (nicht auf das Steigen?) der Staatspapiere einzuwirken suchen! An papiernen Schranken wird es olso, wenn dieses Gesetz durchgeht, nicht fehlen. Man erzählt, was wir jedoch nicht verbürgen können, Herr Proud'hon besuche jetzt die Minister häufig, und habe dieser Tage bei Herrn Dufaure gespeist! Wir erwähnen, unter derselben Verwohrung der Antwort, welche General Cavaignac dem beoollmächtigten Minister von Sorbinien, Hrn. Ricci gegeben haben soll, als bieser in ihn drang, Frankreich möchte seine Regierung endlich mit bewoffneter Hand unterstützen: Glaubt man im Ernste in Turin, die französische wöre wie die schweizerische Armee zur Verfügung jeder fremden Macht, die sie brauchen kann? Der Konstitutionel enthält einen strengen Artikel gegen die politischen Bankete, die unter der Heerschaft des allgemeinen Stimmrechts keinen Sinn hätten. (Früher war der Patriarch nämlich sehr dafür, daher die Wendung!) Die Union macht sich über die trinkenben, toastenden und kannegiessernden Frouen in den Damenbanketten in einem sehr witzigen Artikel lustig. — Der Moniteur enthält folgenden Artikel: „Das Jouenol des Debats erkennt on, doß seine Besorgnisse über die Verhältnisse des Schatzes durch die (bereits von uns mitgetheilten) Nachweisungen im Moniteur gehoben sind." Nur über das Porteseuille ist es noch nicht recht befriedigt, aber wir erinnern, daß die Canolactien, sowie die 5- und 3prozentigen Renten nur nach dem Tagescourse auf 46 Millionen berechnet, daß oon den 57 Millionen, welche die Nordbahngesellschaft schuldet, 12 im Jahre 1849 zahlbar, und daß der Rest der 143 Millionen, nur 5 Millionen ausgenommen, in guten Effekten auf kurze Sicht besteht, die jeden Tag discontirt werden können.

Paris, 21. Nov. — Stand der Renten: 5pCt. 64. 85; 3pCt. 42. 40; Neue —; Neapol. 78. —; Bankactien 1340. —; Span. 5pCt. (Arbonis) — ; 3pCt. 23½; 3pCt. inländ. ——; St. Germoin Eisenbahnoktien 300.—; Versailles, rechtes Ufer 102. 50; linkes Ufer 96. 25; Paris-Orleans 587. 50; Paris-Rouen 350. —; Orleans-Bordeaur 365. —; Orleans-Vierzon 215. —; Rouen-Haore —. —; Morseille-Avignon —. —; Strosburg-Basel 77. 50; Nordbahn 342. 50; Paris-Lyon —. —; Paris-Strasburg 326. 25; Römisches Anleben 64¼.

Ein weiteres Boargeschäft in 70,000 Fes. 5pCt. Renten gab den Coursen heute einen neuen Aufschwung. Die Spekulonten auf das Fallen sind genöthigt sich mit Verlust zu decken und wenn irgend eine günstige Begebenheit eintritt, so werden die Papiere bedeutend steigen. Die meisten Eisenbahnoktien gingen ebenfalls in die Höhe.

Spanien.

Madrid, 16. Nov. 3pCt. Renle 19¼ Pap. (Nach der Börse 19⅛ à 3/16 G.); 5pCt. 9¼ P. (N. d. B. 9⅜ à 7/16 G.); Passive Staatsschuld 3½ P. (N. d. B. 3½ G.)

In der Goceta soll am Namensfest der Königin (19. Nov.) die Einberufung der Cortes für den 15. Dez. erscheinen. — Die Gemoblin des Generals Narvaez ist mit ihrer Mutter, der Gräfin Tascher, nach Paris obgereist. — Die Gaceta enthält ein Dekret, welches verschiedene Vorsichtsmaßregeln gegen das Einbringen der Cholera oerfügt. — Ein progressistisches Blott will wissen, Cabrera unterhandle, um unter gewissen Bedingungen zu der Partei der Königin überzugehen.

Frankfurter Börsenbericht vom 24. November.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metolliques 69⅜; 2½pCt. ditto 36⅜; Bankaktien fl. 1158; fl. 500. Loose 118; fl. 250. Loose 79½; Badische fl. 35. Loose 25⅝; Hessische Rthlr. 40 Loose 25; Polnische fl. 500 Loose 68⅜; Friedr. Wilh.-Nordbahn 39½; Berbach 64½; Köln-Minden 75; 3pCt. inländ. Span. 18; 4½pCt. Würt. 92⅜; 4½pCt. Belg. 73; Holl. 2½pCt. Integrale 46⅝.

Die zu Anfang der Börse herrschende günstige Stimmung hielt nicht an; die Course schlossen matt und ausgeboten, ohne daß sich dafür ein Grund angeben ließe.

Nachschrift.

: **Frankfurt**, 24. Nov. Wie wir neulich schon andeuteten, hat Heinrich von Gagern endlich eingewilligt, nach Berlin zu reisen. Er ist heute mit Herrn Simson, der gestern von Berlin zurückgekehrt, dorthin wieder abgereist. Die Wünsche jedes Vaterlandsfreundes begleiten ihn.

* Die Bürgerwehr in **Bonn** ist aufgelöst.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiefselbach.**

Verlog der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Lagrange en Strasbourg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle Rue de Vaugirard.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn u. Tax. O. P. A. Hofs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 313. **Frankfurt a. M., Samstag 25. November.** **1848.**

Uebersicht.

Militärische Fragen III.

Deutschland. Frankfurt (Ein Rechtsbedenken von der Partei Bincke Die Kanonen auf dem königlichen Schlosse in Berlin.) Wien (Die Universität. Truppen nach Siebenbürgen. Unterhandlungen mit Albini.) Kremsier (Die Deputirten. Das neue Ministerium. Die Zustände in Wien.) Olmütz (Das Ministerium der Gerechtigkeit. Slawische Propaganda. Die österreichische Regierung über die Excesse in Leipzig.) Aus Tirol (Stellung des Landtags.) Berlin (Antwort des Staatsanwalts Seibt über die Anklage des Ministeriums. Die Gefahren des Sieges. Hansemann oder die neue Bewegung. Stand der Dinge. Die Reichskommissäre. Die Maßregeln des Ministeriums. Tagesneuigkeiten.) Breslau (Ermahnung des Fürstbischofs. Hier Pinder. Verwirrte Zustände.) Glogau (Steuerverweigerung.) Magdeburg (Erklärungen von Ostlich. Bauernunruhen.) Erfurt (Landwehr.) Stuttgart (Die erste Kammer und die Civilliste.) Hadersleben (Unglaubliches.)

Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Die Ereignisse und ihre Ursachen. Die Trennung Galiziens.)

Italien. (Stand der österreichischen Truppen. Die Municipalität in Mailand protestirt gegen die Zwangssteuer. Das toskanische Ministerium erkennt Sicilien an. Neueste Nachrichten.) Rom (Rossi ermordet)

Dänemark. Kopenhagen (Russische Note. Das neue Ministerium.)

Schweden. Stockholm (Die Franzosen in Stockholm)

Griechenland. Athen (Eine Enthüllung der Metternich'schen und russischen Politik im Orient. Die große Verbrüderschaft.)

Nachschrift.

---

25. November.

III. Die Ehrengerichte sind abgeschafft,

so lautet der §. 70 des Gesetz-Entwurfes über die deutsche Wehr-Verfassung. Ueber diese vier Worte ergießt der Verfasser der Kritischen Bemerkungen ein ganzes Füllhorn von Sarkasmen und Trugschlüssen. Zunächst wird dieser §. als eine Konzession betrachtet, dargebracht der sogenannten „entlassenen Lieutenants-Litteratur", die vorzüglich deswegen gegen die Ehrengerichte sei, weil sie unter deren Aussprüchen gelitten hat. Um im Interesse der Sache Verdächtigungen zu entgehen, erklären wir dabei ausdrücklich, daß wir nicht zur sogenannten „entlassenen Lieutenants-Litteratur" gehören und auch nie vor einem Ehrengerichte gestanden, noch viel weniger durch deren Aussprüche gelitten haben. Wohl aber haben wir als langjähriges Mitglied des Ehrenrathes die Verwerflichkeit dieses Institutes vom objectivsten Standpunkte aus zu erkennen Gelegenheit gefunden. Uebrigens möchte schwerlich der heftigste Gegner der Ehrengerichte Schlimmeres gegen sie vorbringen können, als der Verfasser der K. B., wenn er sagt: „daß es nicht die Ehrengerichte an sich sind, sondern der damit getriebene Mißbrauch, welcher die allgemeine Mißbilligung hervorgebracht hat. Die Tendenz-Processe, die ehrengerichtlichen Untersuchungen nicht wegen Handlungen, sondern wegen politischer Ansichten und Meinungen, die ehrengerichtlichen Urtheile über Klatschereien und Wirthshaus-Gespräche, sind es gewesen, durch welche die Ehrengerichte in Verruf gekommen sind". Hieraus folgt, daß der Verfasser die Ehrengerichte zwar umgestaltet, aber nicht abgeschafft wissen will. — Welches ist der Grund, den er für die Beibehaltung vorbringt? Kein anderer als der, daß die konstitutionelle Monarchie der Ehrengerichte nicht entbehren könne, weil sonst der Monarch in den Fall käme, Offiziere, die ein Ehrenwort brechen oder nicht halten, öffentliche Unsittlichkeiten begehen, sich dem Trunke ergeben, betrügerische Schulden machen ꝛc., aus dem Dienste ohne Urtheil und Recht zu entlassen, da kein Strafcodex solche Dinge bestrafe, kein Offizierkorps aber dergleichen Handlungen in seiner Mitte dulden dürfe. Auch wir sind damit einverstanden, daß derartige Handlungen mit den militärischen Verhältnissen nicht zu vereinbaren sind. Was ist also einfacher, als im Militär-Strafkodex die Strafen für diese recht eigentlich militärischen Vergehen festzusetzen und dieselben kriegsrechtlich zu bestrafen. Hierdurch wären nicht nur die militärischen Bedürfnisse, sondern auch, um mit dem Verfasser zu reden, die Forderungen der konstitutionellen Monarchie befriedigt. Da es hiernach den Schein erhalten könnte, als wäre die Differenz zwischen unserer Ansicht und der des Verfassers der K. B. nur eine formelle, so wird man uns die nähere Motivirung gestatten, warum wir durchaus die Ehrengerichte abgeschafft und nicht bloß umgestaltet wissen wollen.

Wir verlangen die Abschaffung der Ehrengerichte schon deßhalb, weil deren Benennung dem Gedanken Raum gibt, als bestände ein Unterschied zwischen der bürgerlichen und der militärischen Ehre. Diesen Unterschied bestreiten wir aber; die wahre Ehre ist für alle Bürger dieselbe; nur darin unterscheiden sich die verschiedenen Stände, daß der verschiedene Beruf auch verschiedene Pflichten auferlegt, und daß daher dem einen Stande als Verletzung der Berufspflicht verboten sein muß, was dem andern gestattet ist. Ein Beispiel wird dies Verhältniß am anschaulichsten machen. Beim Soldaten ist die Trunkenheit ein Vergehen, weil sie ihn, der jeden Augenblick dienstfähig sein soll, dienstunfähig macht. Dagegen ist es für den Militär, sofern nicht eine bestimmte betrügerische Absicht zu Grunde liegt, keine Schande, wenn er eine Rechnung oder eine Schuld nicht zur verabredeten Zeit zu berichtigen vermag. Umgekehrt ist dies beim Kaufmann der Fall, der ihm ist die Trunkenheit keine Verletzung der Berufspflichten, wohl aber wird sein kaufmännischer Ruf durch eine nicht rechtzeitig eingelöste Tratte beeinträchtigt. Da nun die allgemeine Strafgesetzgebung für diese Verletzungen der besonderen Berufspflichten keine Bestimmungen enthält, so hat sich das Bedürfniß von Spezialgesetzgebungen für die einzelnen Stände herausgestellt. Wir haben deshalb Militärgerichte, Handelsgerichte, Disciplinar-Räthe der Advokaten u. d. gl. Wenn wir mithin die Existenz der Militär-Gerichte billigen und die der Ehrengerichte angreifen, so geschieht dies deshalb, weil der Benennung „Ehrengerichte" der Gedanke unterliegt, als sei die Ehre eine ausschließliche Domäne des Offizierstandes.

Wir wollen aber auch deshalb die Ehrengerichte aufgehoben haben, weil sowohl das Untersuchungs-, wie das Spruchverfahren vor denselben den Angeschuldigten keine Rechtsgarantie darbietet und weil die Bestimmungen über deren Kompetenz so elastischer Natur sind, daß sie zu Handhaben der Willkür und zu Instrumenten der Intrigue benutzt werden können.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt,** 24. Nov. Von einer Anzahl von Abgeordneten der rechten Seite des Hauses ward heute nachfolgende Erklärung zu Protokoll gegeben, die wir mittheilen, um auf ein rechtliches Bedenken aufmerksam zu machen — nicht gegen die Giltigkeit eines Reichsgesetzes, an der die Unterzeichner selbst keinen Zweifel erheben, sondern nur auf die Schwierigkeiten der Anwendung eines solchen hinzuweisen, so lange das alte Prozeßverfahren und der alte Rechtsrest in Deutschland neben so vielen neuen Anstalten fortbesteht.

„Die Unterzeichneten, obzwar sie die Einführung eines einzigen, überall gleichmäßigen, für ganz Deutschland verbindlichen Wechselgesetzes für ein Bedürfniß ebenso, als den vorliegenden Entwurf einer „allgemeinen deutschen Wechsel-Ordnung" für geeignet halten, diesem Bedürfnisse zu entsprechen, haben dennoch in Erwägung

1) daß die neuerlich in Folge der Verhandlungen der sächsischen Ständekammer in Anregung gebrachte Frage, ob die Regierungen und Stände-

kammern der Einzelstaaten die von der deutschen Centralgewalt publicirten Gesetze ohne Weiteres als für die Einzelstaaten verbindlich anzuerkennen haben, zwischen der deutschen Reichsversammlung, resp. der Centralgewalt, und den Regierungen und Ständekammern der Einzelstaaten noch nicht zum Austrage gekommen ist, und in Erwägung

2) daß; bevor diese Frage erledigt und sämtl. die Publikation der Reichsgesetze in den einzelnen deutschen Staaten auf die dort gesetzlich festgestellte Weise zur gleichmäßigen Nachachtung sowohl für das Publikum als für die richterlichen Behörden angeordnet worden ist, es den größten Bedenken unterliegen muß, den unliegenden Entwurf einer allgemeinen deutschen Wechselordnung zu einem Reichsgesetze zu erheben und damit die Gefahr herbeizuführen, daß in einzelnen Staaten Deutschlands die Gerichtshöfe sich nicht in Stand gesetzt sehen werden, nach den Bestimmungen dieses Reichsgesetzes zu erkennen und hierdurch statt der ersehnten Gleichheit im Wechselrechte durch ganz Deutschland, zum empfindlichsten Nachtheile für den Handel, Ungleichheit im Wechselrechte herbeigeführt werden würde,

übrigens nur aus den vorstehenden Gründen gegen die von der Majorität der Nationalversammlung beschlossene Annahme des Entwurfs einer allgemeinen deutschen Wechselordnung und dessen Erhebung als Reichsgesetz stimmen müssen und wollen sich durch diese zu Protokoll gegebene Erklärung nur den von ihnen befürchteten Nachtheilen hierdurch verwahren.

Frankfurt am Main, 21. Nov. 1848.

Raumann. Detmold. Floetwell ꝛc.

§ **Frankfurt**, 24. Nov. Von zuverlässigen Reisenden, die Berlin kürzlich verlassen haben, hört man, daß die vielverbreitete Nachricht von dem Soldaten, der erschossen sein soll, weil er seinen Posten verlassen und einen Club besucht habe, eine reine Erdichtung ist. Auch die vielberühmten 14 Kanonen sollen auf dem Schloßhofe, nicht aber auf dem Schloßdache stehen. Allerdings möchte man die letztere Nachricht, wenn man bedenkt, wie schwierig und wie zwecklos es sein würde, Kanonen 100 Fuß hoch hinauf zu winden, gern für eine Fabel, und zwar für eine etwas alberne halten.

Wien. Wie der Allg. Ztg. geschrieben wird, ist vom Wiederbeginn der Universitätsstudien noch keine Rede, ja es scheint, daß man unter der angeordneten Sperrung der Aula auch die gänzliche Schließung der Universität (mit Ausnahme der Gymnasial-Schulen) verstehen will. Die Gratzer Ztg. widersprichtdem und meldet, die Vorlesungen sollten in Bälde wieder beginnen. (Daß von einer Verlegung der Universität nach Krems oder St. Pölten die Rede war, haben wir frühre gemeldet.) Bis jetzt sind sämmtliche Lehrgebäude, die Aula, das Konvikt, sowie das polytechnische Institut von Truppen besetzt. In der Universität allein sind 1200 Mann kasernirt. Die Gymnasialschulen sollen am 1. Dec. wieder beginnen.

Wien. Die Grätzer Zeitung meldet: Durch die Bukowina, sowie aus dieser selbst, ziehen Truppen nach Siebenbürgen, um die dasigen Wallachen, welche sich gegen die Magyaren empört haben, zu unterstützen. General Wardener aus Czernawitz soll sich dahin begeben und das Kommando übernehmen.

Wien. Ueber den Parlamentär, welchen Admiral Albini nach Triest geschickt hatte, erfährt man aus Triest vom 16., daß seine Anträge eine Auswechslung weggenommener sardinischer gegen österreichische Schiffe betrafen, und daß der Marine-Oberst Kudriafsky, welcher hierauf nach Wien abreiste, deshalb in Unterhandlung getreten war. (Wiener Ztg.)

** **Kremsier**, 19. Nov. Die Oede und Leere des Städtchens nimmt durch die allmälige Ankunft der Deputirten eine lebendigere Gestaltung an; bereits sind 120 Mitglieder des Reichstages, darunter das Bureau, hier angekommen. Mitglieder der Rechten, der Linken und des Centrums, alle finden sich unbehaglich, von den Czechen sind die meisten hier und haben mit ihren Gesinnungsgenossen fleißig Zusammenkünfte. Jedenfalls scheint es, daß die Czechen die Majorität im Reichstage haben werden. Die Linke wird sich allem Anscheine nach negativ verhalten. Die Sitzungen des Reichstages werden im Empfangsaale im fürsterzbischöflichen Palaste abgehalten werden; derselbe ist äußerst prachtvoll, aber viel kleiner als die Wiener Reitschule, an seiner Instandsetzung zum Sitzungssaale wird rüstig gearbeitet, es ist aber sehr zu bezweifeln, daß er bis zum anberaumten Termine, den 22. d., vollkommen hergestellt sein wird. Das neue Ministerium ist endlich gebildet, Wessenberg ist zurückgetreten, Bach hat doch, ungeachtet er zweimal ablehnte, ein Portefeuille angenommen. Das Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Fürst Felix Schwarzenberg, Conseilpräsident und Minister des Aeußeren; Graf Stadion, des Innern: Generalmajor Baron Cordon, Kriegsminister; Bach, Justiz: Krauß, Finanzen; v. Bruck, Handel; Thinnfeld, Reichstagsabgeordneter, Ackerbau; Helfert, Unterstaatssecretär im Cultusministerium. Ob diese Combination das Vertrauen der Majorität im Reichstage erhalten werde, steht sehr zu bezweifeln. Der Präsident Smolka und Fürst sind heute von Wien hier angekommen, sie hatten vor ihrer Abreise noch einen Anstand, da man ihnen von der Stadthauptmannschaft Passirscheine verweigerte und sie an das Generalcommando verwies. Smolka begab sich dahin, ein anwesender General ließ ungebührliche Aeußerungen gegen den Reichstag fallen, Smolka erwiderte, er sei nicht gekommen, um zu polemisiren, er wünsche einen Passirschein. Die Generäle berietben sich in einem Nebenzimmer und erklärten nach einer ziemlichen Weile, sie müßten erst beim Feldmarschall darüber anfragen. Smolka ersuchte hierauf, man möge ihm nach geschehener Anfrage für ihn und Fürst die Passirscheine in seine Wohnung schicken, welches am Nachmittage darauf auch geschah. Von den Zuständen in Wien berichten die Ankommenden, daß die Militärdespotie dort noch immer ihren schweren Druck ausübe, die Bevölkerung sei in der ängstlichsten und gedrücktesten Stimmung, man wage sich kaum auf öffentliche Plätze, vielweniger irgendwo ein freies Wort zu sprechen. Vorgestern ist ein gewisser Borgini aus Brünn wegen einer freien Aeußerung in einem Gasthause, die einer der Denunzianten verrieth, deren es jetzt in Wien in erschreckender Anzahl gibt, standrechtlich füsilirt worden. Das Denunziantenwesen hat seinen Culminationspunkt erreicht, der schuldloseste Mensch kann durch dieses Unwesen ein Opfer des Pöbelhasses werden. Wer flüchten kann, flieht, um aus dem Bereiche dieser Herrschaft zu kommen. Von hier aus habe ich noch zu erwähnen, daß sich gegenwärtig 2 Compagnien vom Kaiser-Regiment in Garnison hier befinden, 2 Compagnien stehen in der Umgegend, und ein Bataillon Grenadiere soll nach zum Schutze des Reichstages hierher verlegt werden. Ein Kreiskommissär organisirt in der Umgebung den Landsturm, der, im Falle die Ungarn hier einfallen sollten, aufgeboten werden soll.

△ **Ollmütz**, 17. Nov. Obwohl von vielen Seiten die Nachricht bestätigt wird, daß der frühere Justizminister Bach auch in das Ministerium Stadion mit Beibehaltung dieses Portefeuilles eintreten werde, so hören wir heute dagegen auf das Bestimmteste versichern, daß man noch immer nicht den Mann gefunden hat, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen entschlossen sei, das Amt der Gerechtigkeit zu übernehmen. Die Gerechtigkeit, die Windisch-Grätz in Wien ausübt, wird nachgerade bei uns allen Parteien zuwider, und wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist sie nach lange nicht befriedigt, täglich fallen ihr neue Opfer unter dem tödtenden Blei. Unterdessen besucht der Hof fortwährend fleißig die Kirche und betet im Stillen wahrscheinlich für die Ruhe der armen Seelen; ganz so wie weiland Ferdinand II. nach dem Prager Blutgericht. — Die böhmische Linde (Slowanska Lipa) breitet immer weiter ihre Wurzeln in den Boden des deutschen Oesterreichs aus. Vorgestern wurde hier das Sitzungslokal eines Zweiges derselben eröffnet. Früher hätte man dieß in unserer entschieden deutsch gesinnten Stadt kaum gewagt, aber die Zeiten ändern sich und die deutsche Kokarde weicht allmälig der weißrothen slawischen. Unter den Vorkämpfern des Slawenthums machen sich besonders die Professoren Hannusch und Hölzel bemerkbar, obwohl wir ihre Hoffnung, daß in den deutschgesinnten Städten Mährens bald nur noch die slawische Sprache klingen werde, nicht theilen; auch wenn sie ein Methusalemsalter erreichten, würden sie es noch nicht erleben, denn die Liebe zu deutschem Wesen und deutscher Sitte läßt sich nicht mehr aus der Brust der deutschen Stadtbewohner Mährens herausreißen.

Ollmütz, 17. Nov. Aus guter Quelle kann ich mittheilen, daß die österreichische Regierung aus Anlaß der gegen das k. k. Generalkonsulat in Leipzig am 13. Nov. verübten Excesse, welche als die schwersten Verletzungen des Völkerrechts erkannt worden sind, in den Handelsbeziehungen mit Leipzig eine feindselige Stellung einzunehmen beschlossen, den Generalconsul für das Königreich Sachsen abberufen und die Archive dieser österreichischen Behörde an das englische Generalconsulat zu Leipzig zu übergeben verordnet habe. (D. A. Z.)

† **Aus Tyrol**, 16. Nov. Die Herren im Landhause zu Innsbruck wurden nach allgemeiner Meinung nicht auf Rosen gebettet, und die Schwierigkeit, eine Rolle in diesen Räumen zu übernehmen, soll bei den zunehmenden Launen des Publikums immer augenfälliger werden. Man will vom Landtage Resultate erleben, — ein bis zum März l. J. unerhörtes, geradezu unbilli-

Digitized by Google

ges Verlangen. Sie wissen, die Wiedereinberufung der Versammlung gründete man zunächst auf die Wiersale der Monarchie, auf die Wiener Anarchie, auf die Illegalität und Agonie des Reichstages, auf die Ministerlosigkeit, kurz auf das annäherungsweise vorhandene Nichtvorhandensein einer Regierung. Man hat in diesem Sinne das Volk beansprucht und an den Kaiser deputirt. Neben diesen Umständen kam in Anbetracht, daß der Landtag zu Innsbruck die Politik, zu deren Anbahnung der Bauernkongreß von Störzing berufen war, in sein Programm mit aufnehmen mußte, sollte er nicht von vornherein das bescheiden gemessene Theil von Volksthümlichkeit und Zutrauen gegen die Meinung eintauschen, als erlahme er vor irgend einem Einfluß radikaler Elemente im eigenen Schooße und wage nicht die rechte Farbe auszuspielen. Letztere konnte keine andere sein als die des exklusiven Tyrolerthums und es durfte nicht übersehen werden, daß nicht sobald wieder ein so günstiger Zeitpunkt eintreten möchte, wo es selbst mit einiger Berechtigung die ganze Breite und Länge des Bodens einnehmen und alles Störende, Fremde sachte bei Seite schieben konnte. Ob durch Zufall oder aus Uebereinkommen wurden zum Anfange der Berathungen materielle Gegenstände verhandelt — das Ablösungsgesetz für Zehnten und Zinsen. Erst vor wenigen Tagen, nachdem unterdessen die §§. 2. und 3. in Frankfurt und die Dinge in Wien entschieden worden, ging man daran, politische Fragen auf die Tagesordnung zu bringen. Man kam zum Beschlusse: „dem Wiener Ministerium den Wunsch auszusprechen, Oesterreich möchte sofort als Föderativ-Staat geordnet werden, in welchem den Provinzen die bestmöglichste Selbstthätigkeit in eigener Leitung zugedacht werde. Das Verhältniß betreffs der Personalunion blieb unerwähnt. Man meint durch obigen Schritt für die „bedenklich gewordene" Annäherung an Deutschland gesorgt zu haben. An einer Berathung der deutsch-österreichischen Erbländer hierüber will man seiner Zeit mit zwei Verordneten theilnehmen. Die versuchte Einigung mit Vorarlberg erstreckt sich auf eine Vorlage der allgemeinsten Anneigungspunkte bei den Ständen im alemanischen Nachbarlande. Einer der Vertrauensmänner von dort, Dr. Schmid verließ Innsbruck mit der Erklärung, die tyrolische Landespolitik und seine Pflichten und Ueberzeugungen widersprechen sich zu sehr, als daß er auch nur als Gast dem Landtage beiwohnen könne. Die Wälschen, die den Landtag abermals feierlich verwarfen und bei ihren Trennungsansprüchen beharren, will man in einer Zuschrift dem Wiener Ministerium und dem Reichsverweser zu Frankfurt zur ernstlichen Varnahme empfehlen, übrigens gerne mit den Gemäßigten Trients und Roveredo's nebenher kollegialisch sich verständigen. Der Landtag hat in allen diesen Beschlüssen nicht übersehen, für Ausgleichungs- und Anknüpfungspunkte nach mehreren Seiten hin Vorsorge zu treffen, und fast möchte über dieser Klugheit und Billigkeit bei Vielen ein Zweifel auftauchen, ob er nicht das Eigentliche, worauf es abgesehen sein soll, zu viel umgangen, ob er mit dem anvertrauten Pfunde getreulich gewirthschaftet habe. Eine derbere Konturirung des provinziellen Planes — ein runder und netter Ausspruch zu Gunsten erbeigenster Willensmeinung, ein selbstgenügliches Ultimatum innerhalb der vier Bergwände gültig und mit außen im Nothfall brechend, — vermißt man freilich an den maßhaltenden, einlenkenden Erklärungen der Stände. Dennoch wollen Manche nur eine mildere Lesart der sonderbündelnden Begehren darin erkennen, wie solche die hierlandige Tagespresse veröffentlicht. Daß übrigens im Kreise der Volksvertreter selbst ein gewisses Ungenügen über dies Vergehen der Versammlung nicht ganz fehle, beweist die Aeußerung eines bäuerlichen Redners, der dem Lande die Kosten erspart wissen will, wenn doch das in den Berathungen mit Mühe zu Stand Gekommene hinterher nichts gelte, und die schlichte Andeutung eines andern, daß, wenn nie dem Lande gründlich sein Wille geschehe, man die „Herren derschlagen" müsse. Letztere Meinungsabgabe erregte, wie wohl denkbar, einen parlamentarischen Sturm, zugleich fand aber ein wackerer Mann, Prof. Ellno, Veranlassung, gewichtige Worte daran zu knüpfen, die des ehrlichen Bauers Ausspruch als einen leider nicht selten gehörten, ja selbst in Blättern empfohlenen anführten und den Appell an die Arme und Waffen der Massen als das verwerflichste aller Parteimittel bezeichneten. Auch der Beschluß, in der Denkschrift an das Ministerium jedes Mißtrauensvotum gegen den Wiener Reichstag wegzulassen, gewinnt sicher anderwärts mehr Anerkennung als ihm hier geschenkt wird, — da man gesonnen war, diesem Theil der gesetzlichen Obergewalt, — den man unter dem Schutte Wiens begraben wünschte, für weiteres allen Gehorsam zu künden. — Bei der Antipathie gegen Wien, die schon vor dem 13. März hier im Vollwerthe stund und seitdem im Kurse ebenso stieg, als die Metalliques sanken, begreift es sich leicht, daß man mit dem Wunsche, der permanenten Revolution und dem politischen Veitstanz zu Wien möge ein gründliches Ende werden, dann aber Gesetz und freie Bewegung zu Stand kommen, sich durchschnittlich nicht benügte, sondern eine derbe Lektion, eine Art Korrektions-Zustand für Wien nicht unpassend fand. Dennoch vernimmt man einiges Befremden über die Anwendung der Pacifikationsmittel, die Fürst Windischgrätz zu benutzen für gut findet, und gesteht, daß man über eine militärische Wiederherstellung eines konstitutionellen Zustandes andere Begriffe gehegt hat.

Berlin. Schreiben des Staatsanwalts an den Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn v. Unruh:

„Das Schreiben vom 13. dieses Monats, welches Sie als in der Sitzung der National-Versammlung vom 28. Oktober d. J. erwählter Präsident derselben an mich gerichtet, habe ich erhalten, auch von der beigefügten Denkschrift Kenntniß genommen. Ich kann indessen keine Veranlassung finden, gegen die Minister Graf von Brandenburg, von Ladenberg, von Strotha und von Manteuffel wegen Hochverraths eine Verfolgung einzuleiten."

Das Verbrechen des Hochverraths setzt nach §. 92 Allgemeinen Landrechts II. 20, abgesehen von dem hier nicht in Frage kommenden Falle eines Angriffs auf das Leben oder die Freiheit des Staats-Oberhauptes, ein Unternehmen voraus, welches auf die gewaltsame Umwälzung der Verfassung des Staats abzielt.

Aus keiner der in der Denkschrift vorgebrachten Thatsachen kann ein solches Unternehmen, wie es zum Verbrechen des Hochverraths rechtlich erfordert wird, gefolgert werden. Es hat vielmehr das Staats-Ministerium, sowohl bei der erfolgten Vertagung der National-Versammlung, als auch bei einer anderen Gelegenheit ausdrücklich erklärt, daß es an den Grundsätzen der constitutionellen Verfassung unverbrüchlich festhalten und die von des Königs Majestät verheißenen constitutionellen Freiheiten auf das Gewissenhafteste zur Erfüllung bringen werde.

Soll der Ausführung in der Denkschrift eine rechtliche Bedeutung beigelegt werden, so muß ein Verfassungsgesetz als vorhanden vorausgesetzt werden, welches die Fälle, in denen die verantwortlichen Minister wegen Verletzung der Verfassung unter Anklage zu setzen sind, normirt, ein Verfassungsgesetz, welches die National-Versammlung mit der Krone zu vereinbaren berufen, der lauten Forderungen der Nation ungeachtet aber bis jetzt zu verwirklichen nicht zu vermögen gewesen ist. Nach diesem Gesetze allein würde die Zulässigkeit einer Anklage gegen die verantwortlichen Minister, wegen vermeintlicher Verletzung der Verfassung, zu beurtheilen und alsdann die National-Versammlung so berechtigt, als verpflichtet sein, die Versetzung der Minister in den Anklagestand zu beantragen oder zu beschließen. Als die durch Königliche Verordnung berufene National-Versammlung vermag ich aber Angesichts der Königlichen Botschaft vom 8. November d. J. die Versammlung, welche inzwischen aus einzelnen Mitgliedern der bis zum 27. d. M. vertagten National-Versammlung zusammengetreten ist, nicht anzuerkennen.

Eben so wenig fällt den Ministern ein im Wege des Criminal-Verfahrens zu verfolgendes Amtsverbrechen zur Last, da keine Umstände vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, es hätten die Minister die in der Denkschrift berührten Amts-Handlungen in einer solchen Absicht unternommen, welche nach §. 4 des Gesetzes vom 29. März 1844 erfordert wird, um die Straf-Vorschrift des §. 333 Allgemeinen Landrechts II. 20 anwenden zu können. Läge endlich aber auch wirklich ein solches Amtsverbrechen vor, so würde alsdann doch nur nach den bestehenden Gesetzen zu verfahren und ich nach §. 9 des Gesetzes vom 17. Juli 1846 nur auf Antrag der vorgesetzten Dienstbehörde der Anzuklagenden einzuschreiten ermächtigt sein. An einer solchen ermangelt es, wenn man nicht des Königs Majestät Allerhöchste Person dafür ansehen will. Ohne den Boden der bestehenden Gesetze zu verlassen, denen Folge zu leisten meine Amtspflicht erheischt, kann ich bei der zur Zeit noch nicht vereinbarten Verfassung weder die National-Versammlung, noch viel weniger die zur Zeit tagende Fraktion derselben für berechtigt erachten, gegen die Minister wegen vermeintlich begangener Amtsverbrechen einen Straf-Antrag zu formiren.

Schließlich mögen Sie, mein Herr Präsident, Sich versichert halten, daß ich nach wie vor mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften bemüht sein werde, das Ansehen der Gesetze aufrecht zu erhalten und die hie und da gesunkene Achtung vor dem Gesetze von Neuem zu beleben. Ich vertraue dabei auf die Integrität und die bewährte Pflichttreue unserer vaterländischen Gerichte.

Berlin am 17. November 1848.

Der erste Staats-Anwalt beim Kammergericht und Criminalgericht.

Sethe.

*** **Berlin**, 22. Nov. Der Umschlag in der öffentlichen Meinung scheint eingetreten, ein überraschend schneller Umschlag. In kaum mehr als drei Tagen! Die Sache ist entschieden, nicht durch die Militärgewalt, sondern durch die Ueberzeugung, daß die Nationalversammlung ihre Befugnisse überschritten, daß, wenn sie noch einige Schritte fort that, wir rettungslos im Strudel der Anarchie lagen. Mit einem Fuße schwebten wir schon über dem Abgrunde. Was rettete uns? — Ich glaube, die Mittel von außen thaten es nur zur Hälfte, die eigentliche Hülfe, der

Digitized by Google

zündende, wirkende Strahl, der den Betäubten und Rasenden Licht und Besinnung brachte, war ein negativer, er kam aus der Nationaloersammlung selbst, als sie die Steuerverweigerung beschloß. Welche Umschläge sind in dieser Zwischenzeit nicht in Berlin allein, in ganz Deutschland, in der Frankfurter Versammlung selbst, eingetreten; von den zwei Augenblicken an, wo man hier mit der Ernennung des Ministeriums Brandenburg, dem Einmarsche Wrangel's, der Vertreibung der Nationaloersammlung, der Auflösung, Entwaffnung der Nationalgarde, die krasse Reaktion, den Absolutismus an's Thor pochen hörte, und dem zweiten Augenblicke, wo man, in Berlin wie in Potsdam, das Wagestück im passiven Widerstande schon für gescheitert hielt! Die Waffengewalt hat es wirklich nicht gethan. Es war ein Zustand des Taumels, der Erbitterung, die an Raserei gränzte, die aller Klassen der Bevölkerung sich bemächtigt hatte, die noch viele Tage während der militärischen Besetzung fortgährte; auch bei sonst klarer Blickenden war das Gefühl des oerletzten Rechtes auf eine Höhe geschraubt, gespannt, von wo herab man spottend, lächelnd, auf die 30,000 Bajonette blickte, im stolzen Volldewußtsein, daß die moralische Kraft einer Nation stärker sei. Wie, ohne diese edlere Begeisterung, ohne getragen zu sein von der Meinung in der Nation, hätte die National-Versammlung ihren Widerstand solange, bis zu dem Aeußersten fortsetzen können! — Nicht die Schlechten, sondern die Guten waren die treibenden, die handelnden Kräfte geworden. Die Sehne sprang, als sie zu stramm angespannt ward. Erst gestern Abend kam der (Kommissions-) Beschluß von Frankfurt an, wonach die Schritte der preußischen Regierung für konstitutionell, die letzten Schlüsse der Berliner Versammlung für illegal, für null und nichtig erkläet werden. Dies wird auf die Provinzen seine Wirkung üben; hier war der Rückschlag schon vorher eingetreten, ja schon ehe der Wassermann'sche Bericht bekannt war. Ich möchte sagen, über Nacht war der Schleier von den Augen gefallen: Die Versammlung oertrat nicht mehr die Nation, welche aus Rache, aus Erbitterung gegen die von der Krone erfahrenen Kränkungen zum äußersten Mittel griff und die Brandfackel in's Land schleuderte; dies waren nur die Mittel der Partei, welche zu ihren Zwecken nichts scheut, und die Sympathie der Nation nicht für sich gehabt hätte. Diese Ueberzeugung durchdrang unsere Stadt mit Blitzesschnelle, sie kommt uns schon aus den Städten zurück, welche im ersten Augenblicke der Nationaloersammlung zustimmten, sie wird sich bald in Tausenden von Adressen von Stadt und Land kund geben. Es bedarf deren kaum mehr, denn der moralische Sieg ist schon entschieden. Wenn sie in Schlesien hie und da auf dem Lande sich verbunden, keine Abgaben zu zahlen, wenn in Breslau die Aufregung zum hellen Aufstande aufloderte, wenn ihr im Oberpräsident Pinder, einem sonst trefflichen Manne, ein Opfer fiel, wenn in Halle Blut floß, in Düsseldorf und Köln die Socialisten und Republikaner Strohfeuer anzündeten, so hat dieß nichts mehr zu bedeuten. Gegen Waffengewalt mag eine fanatische Provinz sich eine Zeit lang halten, nicht gegen die moralische. Diese Aufstände und Widersetzlichkeiten gegen die Steuereinziehung und die Landwehraushebung werden sehr bald überwunden sein, ohne daß es die Absendung mobiler Kolonnen bedürfen wird. Sollte Schlesien darin eine Ausnahme machen, wo der Fanatismus allerdings in einzelnen Orten bis zur Bestialität (die Verfolgung gegen Milde, einst den freisinnigsten Bürger des Landes) gediehen ist, so hat dies seine traurigen Lokalgründe, die auf das Ganze ohne Einfluß sind. In Sachsen und am Rhein wird der gesetzliche Sinn sich von selbst herstellen.

Die moralische Schlacht ist so entschieden gewonnen, daß selbst in der Nationaloersammlung an Uebergabe gedacht wird. Noch parlamentirt man wegen der Uebersiedelung nach Brandenburg; wenn die Krone auf diesem Punkte besteht, kann man auf das Eintreffen einer beschlußfähigen Versammlung daselbst rechnen. Die Mehrzahl der Mitglieder erkennt, daß sie sich zu weit fortreißen lassen, sie erkennt, daß sie nicht mehr von der Nation getragen wird. Bis diese Erkenntniß auch das übrige Deutschland durchdringt, werden freilich Adressen, Beschlüsse im entgegengesetzten Sinne noch einige Zeit wie Rückschläge spuken, aber sie werden sich in sich selbst auflösen, wie die Freischaaren, die Berlin zu Hülfe eilen wollten. — Was aber hat die aufgebotene Waffengewalt gethan? Sie ist mit einer Schonung, einer Zartheit, geübt worden, wie es in der Geschichte von militärischen Okkupationen bis da nicht vorkam. Hatte die Krone ein Recht dazu? An diese Frage denkt man nicht mehr. Der Philister freut sich, daß er endlich in Ruhe lebt, daß ein Zustand eingetreten ist, wie er ihn seit acht Monaten nicht mehr kannte; die bureaukratischen Altpreußen jubeln (und das könnte uns bange machen!) daß der Geist der Unruhe überwunden ist; die Nation aber, ihr denkender Theil, freut sich, daß in dem anscheinend zerfallenen Ganzen doch noch eine Kraft sich gezeigt hat, welche die Anarchie bewältigen konnte. Es wäre ihr lieber gewesen, wenn sie nicht der Bajonette und Kanonen bedurft hätte. Sie übersieht es aber gern, im Vertrauen, daß den errungenen Freiheiten, dem legalen Fortschritt in demselben, keine Hemmung in den Weg gelegt werde. Wird ihr Vertrauen sich rechtfertigen? Wird die Krone diesen großen Sieg weise nutzen? Wird sie eingedenk bleiben, daß sie durch ihre Bajonette wohl eine erste Schlacht gewann, den Sieg aber nur durch den Ungestüm ihrer Gegner; daß sie ihn auf die Dauer nur dann ausbeuten kann, wenn sie fort und fort getragen wird von der Meinung der Besseren? Wir werden keinen Wiener Belagerungszustand haben, an den Mauern unserer Stadt werden keine Füsiladen statt finden, es wird kein Blut fließen, Wrangel ist kein Windischgrätz und Cordon; möglicherweise wird auch noch eine Vereinbarung zu Brandenburg oder hier mit der Nationaloersammlung gefunden werden; wenn eine Verfassung oktroyirt wird, so wird sie liberal, sehr liberal sein: es mag auch sein, daß man sie der Versammlung vorlegt, und durch die Form der Annahme das Mißliebige einer Schenkung vermeidet. Damit aber ist es nicht gethan, wenn das kaum aus der Todesgefahr gerettete Königthum nicht seine neue Stellung zur Nation richtig würdigt. Alle Liberalität, alle herzliche Gesinnung, alle Gewährungen helfen nichts, wenn der alte Autoritätsglaube bleibt, wenn die Krone nicht zu der Ueberzeugung kommt, daß die Majestas ursprünglich im Volke ruhte, und, auf historischem Wege, den jeder kennt, nur überging auf das Diadem. Wenn der König sich fort und fort auf das angestammte, von Gottes Gnaden herrührende Königsrecht stützt, wenn er in seinen Gedanken immer und immer wieder auf den allgemeinen Landtag zurückkehrt, und durch Gewährungen das Maas der Forderungen zu füllen wähnt, nicht durch Anerkennung des Unabwendbaren, dann hilft ihm alle Großmuth, Liebenswürdigkeit nichts, dann sind wir nach einigen Jahren auf denselben Standpunkt zurückgekehrt, und der Demos pocht von Neuem an das Königsthor, und furchtbarer! Dies allein fürchte ich, nicht den Uebermuth und Einfluß der Camarilla von Aristokraten, Bureaukraten, Lieblingen. Alle diese Camarillen existiren nicht, sie haben eigentlich nie am Hofe dieses Königs existirt; sie waren Spuckbilder, Vogelscheuchen, von den Wühlern dem Volke in gräßlicher Perspektive hingemalt. Die Camarillen, die wir zu fürchten haben, sind Vorstellungen, Phantasiebilder, die hie und da vielleicht sich als ein Radowitz, Leo, oder in theologischer Kutte incarnisirten, und vor ihnen mußten die weichen, welche unter andern Verhältnissen die Anwartschaft gehabt hätten, Camarilleführer zu werden, die Rochow, Voß, Kleist; selbst ein Geist wie Humboldt's hatte keine Kraft dagegen. — Lieblinge haben dort keine Gewalt. Wird aber die Aristokratie, die Bureaukratie, das Militär es wagen, zum Könige zu sprechen: es ist ein schwaches, aber gutes Volk, es hat gefehlt, ist aber nun in sich gegangen und kehrt zum alten Gehorsam zurück, kehre du nun auch zur alten Herrschaft zurück? Beglücke sie? — Selbst die Loyalitätsadressen protestiren dagegen, auf diese Weise beglückt zu werden. Und wenn Einzelne kurzsichtig jubeln und meinen, nun sei Alles darüber und die gute alte Zeit beinahe zurückgekehrt, können sie dort Gehör finden? Ist's nur denkbar, daß auch jetzt noch die Wahrheit keine Stimme fände, die zu seinem Ohr dringt: daß der Wolf nur auf kurze Zeit sich schlafen legt, daß sein Geheul bald wieder die Welt erschrecken muß und daß das leiseste Versehen und Geräusch ihn erweckt!

△ **Berlin**, 22. Nov. In den jetzigen Zeitverhältnissen, wo Mancher noch schwankt und zweifelt, ist die Stimme eines kompetenten Beurtheilers gewiß von Bedeutung. Herr Hansemann ist gestern Abend von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt; er hat einen großen Theil Preußens gesehen und die Stimmung in den Provinzen genau kennen gelernt. Das Urtheil, welches er fällt, lautet dahin: „es seien faule Winde, es sei keine Märzbewegung." Wir stimmen nicht immer und in Allem mit Herrn Hansemann überein; aber in diesem Falle müssen wir ihm vollständig Recht geben. Denn gegen offene Thatsachen läßt sich nicht mehr streiten, wenn man nicht, was freilich einige

Organe der Tagespresse noch thun (namentlich in Breslau, in Stettin, in Magdeburg), eine Sünde gegen den Geist der Zeit begehen will. Der Geist der Zeit will zwar die Freiheit, die volle Freiheit, wie sie durch die Ereignisse des März theils geworden, theils verheißen ist; aber er will sie nicht ohne Ordnung, nicht ohne Gesetz. Nicht der Geist der Zeit war es, welcher von diesem Ziele abirrte, welcher sich auf Nebenwege verlor. Er konnte sich durch den Terrorismus zurückdrängen und einschüchtern, aber nicht erdrücken lassen: er bricht darum jetzt um so freier und ungestümer hervor. Wir verweisen, um es zu beweisen, auf unbestrittene Thatsachen. Man sehe die Erklärungen der Magistrate zu Breslau und zu Berlin, von denen letztere ein wichtiges politisches Aktenstück ist. Sie gibt Aufklärungen, sie gibt Wahrheit, sie athmet Freiheit. Man sehe ferner die „bischöfliche Ermahnung" des Fürstbischofs Diepenbrock, ebenfalls ein Aktenstück in der neuen Entwicklung der Dinge, dessen Werth nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Man sehe ferner auf die neuesten Abstimmungen in Frankfurt, die zwischen Krone und Nationalversammlung in einer Weise richten, daß man nicht mehr zweifeln kann, wo Recht und wo Unrecht liegt. Man sehe die Masse von Adressen und Mißtrauensvotrn, die seit einigen Tagen einlaufen, man sehe auf das Verhalten der Bürgerwehr, auf das Verhalten der Landwehren. Geringe Ausnahmen kommen dabei nicht in Betracht: über die wahre und allgemeine Stimmung des Landes kann kein Zweifel sein. „Es ist keine Märzbewegung". Wo wäre aber auch der Anlaß zu einer solchen Bewegung vorhanden gewesen oder vorhanden? Die Verheißungen des März gingen ihrer Erfüllung entgegen, insofern sie nicht schon erfüllt waren. So lange die Nationalversammlung tagte, war von der Krone nicht das Mindeste geschehen, was eine Besorgniß vor der Reaction, vor einem Zurückführen in die früheren Zustände rechtfertigen konnte. Alle die innerhalb der constitutionellen Monarchie stehen, sei es mehr rechts, sei es mehr links, müssen dies zugeben, nur die, welche außerhalb derselben stehen, die Anhänger der Republik, waren, wie es die Natur der Sache mit sich brachte, nicht zufrieden. Will man strenge, oder vielmehr, will man wahr sein, so muß man vielmehr anerkennen, daß die Besorgnisse ächt Konstitutionellgesinnter nicht die Besorgnisse vor einem Zurückgehen, sondern die Besorgnisse vor einem Zuweitgehen nach der äußersten Gränze zwischen Konstitutionalismus und Republik waren. That doch kein Ministerium kaum etwas Anderes, als was die Nationalversammlung beschlossen; war doch das Ministerium Pfuel, das „Ministerium der bewaffneten Reaktion", allen seinen Vorgängern in der schnellen Erfüllung der Beschlüsse der Nationalversammlung weit überlegen. Man hätte irre werden können an den Tendenzen und den Absichten dieses letzten Ministeriums, wenn man nicht gewußt hätte, daß es auch unter dem Terrorismus stand (?) Die Konventsgelüste, die sich innen und außen der Nationalversammlung kund gaben, mußten, wollte man nicht mit der Krone auch die Gesellschaft aufs Spiel setzen (sogar Hr. v. Kirchmann erkennt dieß an), endlich gebrochen werden. Das ist geschehen; der Strom der Freiheit ist wieder in sein natürliches Bette geleitet. Wenn das Ministerium Brandenburg auch kein Vertrauen einflößte, so durfte man doch nicht vergessen, daß vor demselben der König stand, welcher durch die That bewiesen hat, daß es ihm mit der Erfüllung seines Wortes Ernst ist. — Der Vicepräsident Simson ist heute Morgen nach Frankfurt abgereist, Minister Hergenhahn dagegen noch hier zurückgeblieben. Ersterer soll Bericht über das Resultat der Sendung, welches bis jetzt nicht befriedigend gewesen zu sein scheint, abstatten, Letzterer das Vermittlungsgeschäft fortzuführen suchen. Wie man vernimmt, werden so viele Abgeordnete nach Brandenburg gehen, daß eine beschlußfähige Versammlung zu Stande kommt. Nicht unmöglich wäre es, daß dort sofort der Antrag gestellt würde, die Versammlung nach Berlin zurückzuverlegen; eben so leicht möglich wäre es auch, daß dieser Antrag, wenn er durchginge, zu neuen Verwickelungen Anlaß gäbe. Uebrigens sind die Angaben der „Deutschen Reform" (in dem heutigen Morgenblatt) über die Versprechungen der Nationalversammlung vollkommen richtig. Dennoch darf man nicht aus dem Gesicht lassen, daß die Kirchmann'schen Enthüllungen die Oktroyirung der Verfassung leicht beschleunigen könnten. Die Bauarbeiten und Einrichtungen in der Domkirche zu Brandenburg sind jedoch schon so weit gediehen, daß die Versammlung am 27. ihre Berathungen wieder aufnehmen kann. — Die Mittheilungen verschiedener Blätter über die beabsichtigte Verlegung der Regierungskollegien in Liegnitz und Düsseldorf nach Glogau und Cleve sind bis jetzt ungegründet. — Die Entwaffnung der Bürgerwehr ist, nachdem bis heute Abend an 23,000 Gewehre eingesammelt sind, als beendigt anzusehen.

LC Berlin, 22. Nov. Die Reichskommissäre Simson und Hergenhahn hatten gestern Abend offizielle Konferenzen mit dem Staats-Ministerium. Amtliche Besprechungen mit Mitgliedern der Nat.-Vers. haben noch nicht stattgefunden. Nur in der Form privater vertraulicher Mittheilung hat Hr. Simson eine Vermittlung zwischen der Regierung und der Nat.-Vers. versucht. Derselbe hat den Vorschlag gemacht, die Versammlung möge sich nach Brandenburg begeben, dort einer Sitzung beiwohnen und, falls in dieser eine Vereinigung nicht zu Stande kommen sollte, nach gehöriger Wahrung ihrer Rechte, sich nach Berlin zurückbegeben. Von Seiten des Ministeriums ist bisher noch kein direkter Schritt geschehen, um eine Einigung mit den Volksvertretern herbeizuführen. Vielmehr scheint man einer solchen aus dem Wege zu gehen. Dem von hier aus verbreiteten Gerücht, daß ein großer Theil der Abgeordneten sich auf Montag in Brandenburg einfinden und somit eine beschlußfähige Anzahl (202) dort anwesend sein werden, können wir nach den sorgsamsten Erkundigungen auf das Bestimmteste widersprechen*). Eine bindende Erklärung, den gefaßten Beschlüssen gemäß nicht nach Brandenburg zu gehen, ist bis jetzt von 268 Mitgliedern unterzeichnet. Das so eben ausgegebene amtliche Verzeichniß derjenigen Mitglieder, welche sich an den Berathungen in Berlin betheiligen, enthält 277 Nummern. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Ministerium, an Stelle derjenigen Mitglieder, welche Montag in Brandenburg nicht sein werden, die Stellvertreter einzuberufen. Der Umstand, daß das Geschäfts-Reglement die Befugniß hierzu nur dem Präsidenten der Versammlung einräumt, wird einen Minister, wie Hrn. v. Manteuffel, nicht hindern, sich eine Vers. zu schaffen, die auf seinen Wink Gehorsam leistet. In Betreff der famosen Artikel des Staats-Anzeigers erfahren wir, daß ein Theil derselben durch einen Neffen des Heren von Manteuffel, den Assessor v. Larisch, verfaßt ist. Aus der Feder desselben stammen auch die der Vossischen und Spener'schen Zeitung amtlich zugefertigten Reklamen. — Dr. Heilberg, nach seiner neulichen Verhaftung frei gelassen, ist unter Androhung einer nochmaligen Verhaftung, polizeilich ausgewiesen, obschon er in Preußen Heimathsrecht besitzt und den Nachweis geführt hat, daß er als Mitredakteur der Zeitungshalle und als Hauslehrer einen legitimen Zweck und die erforderlichen Subsistenzmittel für seinen Aufenthalt in Berlin hat. Der Redakteur des Publicisten, Hr. Thirle, ist mit 3 seiner Haftsgenossen nach zweitägiger Wanderung durch sämmtliche in Berlin bestehende Gefängnisse, auf freien Fuß gesetzt worden. Nach der in seinem Blatte enthaltenen Darstellung ist es ihm bis jetzt nicht gelungen, einen Grund für die gegen ihn verhängten Maßregeln zu ermitteln. — In der Decker'schen Geh. Oberhofbuchdruckerei soll bereits an einer von den Professoren Stahl und Keller bearbeiteten Verfassung mit einem Wahlgesetze gedruckt werden. Es ist dieses Gerücht die Konsequenz eines andern, welches erzählt, daß, wenn in Brandenburg sich eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern nicht einfindet, die Nationalversammlung aufgelöst und eine Verfassung werde octroyirt werden. —

Berlin, 22. Nov. Die Verhandlungen der Reichs-Gesandten mit der Regierung sind noch nicht zum Abschluß gediehen: Simson ist heute nach Frankfurt abgereist, um neue Instruktionen zu holen, Hergenhahn ist hier geblieben. Man versichert, daß Seitens der Regierung von der Verlegung nach Brandenburg noch nicht abgestanden werde, und daß sie nöthigenfalls die Stellvertreter einberufen wolle. Uebrigens würde die Verlegung nach Brandenburg, falls sie zu Stande käme, alle Bureaux der Verwaltung verlangen, und auf die Dauer kaum

*) Ebenso bestimmte Angaben versichern das Gegentheil. Die konstitutionelle Korrespondenz (welche in ihrer heutigen Nummer der Bürgerwehr eine Leichenrede hält, welche man keine Laudatio nennen kann) sagt darüber: Gegentheils können wir auf's bestimmteste versichern, daß bis gestern Abend bereits 237 Abgeordnete bereit und entschlossen waren, dem Rufe nach Brandenburg zu folgen. Die parlamentarische Korrespondenz bemerkt: Wir wissen, daß der größte Theil der unter dem Präsidium des Hrn. von Unruh fortlagenden Deputirten bereits zur Mäßigung zurückgekehrt und entschlossen ist, den Irrthum der letzten Tage zu sühnen durch strenge Erfüllung seines Berufs und durch besonnene Selbstbeschränkung auf die Vereinbarung der Verfassung.

zu ertrogen sein. — Wir haben Ursache anzunehmen, daß, bevor die Krone das Ministerium Brandenburg mit den bekannten Maßregeln beaustrogte, sie anderen Staatsmännern die Uebernahme einer energischen Politik gegen die Uebergriffe der Not-Verf. und zu deren Schutze angetragen hat, daß diese Staatsmännee aber aus begreiflichen Gründen sich zu den Maßregeln, welche das Ministerium Brandenburg onsführte, nicht verstehen wollten. Sie machten andere Vorschläge, die aber als nicht ausreichend zurückgewiesen wurden*). Der zuerst gefaßte Plan ward immer wieder zurückgriegt, bis die Annahme der drei ersten §§. der Verfassnngsurkunde zu seiner Ausführung drängte. Ich glaube, daß die Regirrung am 9., so selbst noch am 10. d. M. erwortete, daß sich die Mehrheit nach Brondenburg zu gehen bereit erklären würde, und daß sie ein wenig überrascht war, als dies nicht geschah. Ein Staatsstreich und ein Kampf wurden im Grunde nicht beabsichtigt, obwohl man wahrscheinlich auch auf die Eventualität einer Auflösnng der Kammer und eines etwa ausbrechenden Kampfes oordereitet gewesen sein wird; ja man versichert, daß für diese Fälle eine fertige Verfossung zum Oktroyiren ausgearbeitet dalag, von der natürlich im Augenblick kein Gebrauch zu machen war, und fügt hinzu, doß der König weder ein Freund des Census noch der indirekten Wohl sei. Aber die Sochen gingen onders, als oermuthet wurde. Hätte Grabow om 9. d. M. präsidirt, er hätte ohne Zwrifel nach Verlesung der Botschaft protestirt und dann sofort die Sitzung geschlossen; statt dessen berieth die Mehrheit unter Hrn. v. Unruh fert, anfangs würdevoll und von den Sympathien der Beoölkerung begleitet, wozu das oorsichtige Schweigen der Linkrn wesentlich beitrug; dann aber brach die lange zurückgehaltene Politik des Konventes offen durch, on der sich Viele gegen die Stimme ihres eigenen Gewissens betheiligten und das Mielenz'sche Lokal wie im Taumel oerließen, geängstigt von ihrem eigenen unseligen Beschluß, zu dem sie wie im Rausche die Hand geboten hatten. Die Steuer-Verweigerung hat der Regierung mehr genützt, als der ganze Erfolg ihrer energischen Maßregeln an Ort und Stelle.

PC **Berlin**, 22. Nov. Die Konferenz zwischen den Reichskommissarien und den Fraktionen drr soetlagenden Abgeordneten ist dem Vernehmen nach oorläufig ohne erhebliche Resultate gewesen. Die Reichskommissarien sollen die Nothwendigkeit, die Versammlung in Brandenburg zu eröffnen, festhalten, und unter den Abgeordneten soll gegen diese Maßnahme noch eine unüberwindliche Abneigung herrschen. Man scheint jedoch nicht abgeneigt, mit einer Bitte um Zurücknahme dieser Maßregel an den König sich zu wenden, nnd dagegen die Freiheit der Versammlung und gedeihliche Wirksamkeit derselben vollkommen sichernde Versprechungen zu ertheilen. Zu hoffen ist, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden nnd ein ersprießliches Ende unserer unseligen Zustände herbeiführen. (D. Ref.)

⁝ **Berlin**, 21. Noo. Aus sicherer Quelle geht Ihnen die Nachricht zu, daß Herrn Bassermann in Potsdam der rothe Adlerorden erster Klasse mit Brillanten ongeboten, von demselben aber abgelehnt ist. Im Publikum erzählt man sich allgemein, die schleunige Rückkehr des Herrn Unterstaotssekretärs sei so wenig dem Reichsministerium bekannt gewesen, daß dasselbe gerade im Conseil über neue Instruktionen für den Reichskommissär sich berathen habe, als derselbe plötzlich hereingetreten. Der Glaube, daß zum 29. Noo., dem Tage der silbernen Hochzeit des Königs, der Kaiser von Rußland rintreffen werde, findet hier viele Anhänger. —

Breslau, 20. Nov. Der Fürstbischof Freiherr v. Diepenbrock hat eine bischöfliche Ermahnung an die katholischen Bewohner Schlesiens erlassen, um sie in ihrem Gewissenszweifel, ob sie Steuern zahlen sollen oder nicht, zur Treue gegen den König und die Regierung des Landes anzuhalten. „Die Pflicht der Steuerzahlung," heißt es darin, „kann ohne sündhaften Ungehorsam gegen die Aussprüche Christi, unseres göttlichen Gesetzgebers und seines Apostels, nicht außer Acht gelassen werden, und ich ermahne daher alle meine Diözesanen im Namen des dreieinigen Gottes, sich in Erfüllung dieser Pflicht nicht beirren zu lassen; ich ermahne Sie, dem Könige zu vertrauen, daß er die seinem Volke gemachten Anlagen gewissenhaft erfüllen werde, und in der Treue gegen ihn unwandelbar zu beharren; denn seine königliche Gewalt ist von Gott angeordnet, und wer sich ihr widersetzt, her widersetzt sich der Anordnung Gottes, und die sich ihr widersetzen, ziehen sich selbst die Verdammniß zu." Er erinnert on den Spruch: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist!"

Die Breslouer Zeitungen enthalten von Herrn Pinder eine Erklärung, worin derselbe anzeigt, daß ee der Aufforderung des Staatsministerinms, seine Amtsthätigkeit als Oberpräsident der Provinz einzustellen, Folge geleistet habe, und mit dem Bewußtsein ausscheide, „in ollen Beziehungen seines Amtes stets noch Pflicht und Gewissen gehandelt und mit allen Kräften das Woht der Prooinz erstrebt zu haben." Die Amtsentsetzung des Ober-Präsidenten Pinder, welcher den Beschlüssen der Nationaloersammlung genügen zu wollen erklärt hatte, die Einsetzung eines neuen in Aussicht gestellten Sicherheitsausschusses für Breslau, der Zwiespalt in der Bürgerwehr, die Bekanntmachung der hiesigen königl. Regierung wegen der Steueroerweigerung, gegenüber der entgegenstehendrn Erklärung der städtischen Behörden und der Bürgerwehr, die Ungeduld der übermäßig in Anspruch genommenen Truppen — dies Alles dürfte schwierig zu lösende Verwickelungrn zur Folge haben. Trotzdem glauben wir eichtig zu prophezeihen, wenn wir annehmen, daß keine blutige Lösung jenrr Widersprüche einterten werde.

Glogau, 19. Noo. Unsere Stadtverordneten haben in einer außerordentlichen Versammlung fast einstimmig beschlossen, der von der Nationoloersammlung beschlossenen Steuerverweigerung Folge zu geben und den Magistrat aufzufordern, die dazu nöthigen Maßregeln zu treffen. In der deute abgehaltenen Sitzung des Rustikal-Vereins, in welcher 150 Gemeinden des Kreises oertreten waren, wurde gleichfalls einstimmig beschlossen: die Steueroerweigerung auszuführen. Auch an andern Orten der Prooinz herrscht eine bedeutende Aufregung; doch scheint die Bewegung im Sinken.

Magdeburg, 22. Noo. Der Abgeordnete Uhlich gibt in der heutigen Magdeburger Zeitung eine Erklärung, worin er den Vorwurf republikanischer Bestreebungen Seitens dee preuß. Nat.-Versammlung ablehnt. Eine zweite Erklärung desselben ist gegen die Bassermann'schen Behauptungen gerichtet, dieselben enthielten abscheuliche Unwahrheitrn und die unwürdigsten Verdrehungen. —

In der Gegend von Naumburg hat ein Trupp Bauern in einem Hohlwege ein Militärcommando, bestehend aus einem Offizier und zwölf Mann, aus dem Hinterhalte überfallen und dieselben zu Gefangenen gemacht.

* **Erfurt**, 21. Noo. Dem stürmischen Andrängen von Landwehrmänneen hat der Divisions-General nachgegeben und die beiden eingezogenen Kompognieen der Landwehr wieder entlossen.

Stuttgart, 21. Noo. Die Kammer der Standesherren ist dem Beschlusse der zweiten Kammer wegen gesetzlicher Verminderung der Civilliste nicht beigetreten, indem bei bereits angewiesenen Einkünften anders als durch freiwillige Entschließung der hohen Betheiligten eine Abänderung, ohne Verletzung erworbener Rechte, nicht zu bewerkstelligen sei. (O.P.A.Z.)

Aus dem Amtsbezirk Staufen, 20. Noo. Auch in unserer Gegend hat die Agitation in Betreff der Kammerauflösung und Berufung einer konstituirenden Versammlung Platz gegriffen, nnd wird das Volk in der einen wie dee andern Richtung zu bearbeiten gesucht. Der Erfolg war bisher ein für den Bestand des jetzigen Zustandes unserer konstitutionellen Verhältnisse günstiger, indem bereits eine Menge von Adressen mit vielen Tausenden von Unterschriften gegen die Kammerauflösung zu Stande gekommen und zum Theil schon noch Karlsruhe abgegangen ist. (N. Fr. Z.)

Hadersleben, 17. Noo. Gestern Vormittag 10½ Uhr woed der Hardesvogt Ahlmann aus Tostlund, während er zu einer Leichenbesichtigung nach Süderfardrup fuhr, in der Nähe dieses Dorfes auf der Landstraße von Riepen, ½ Meile von letzterer Stadt auf schleswigschem Teeritorimm durch einen bewaffneten dänischen Officier in Uniform angehalten, genöthigt abzusteigen und ihm zu folgen, darauf aber in einiger Entfernnng von dem Wagen meuchlings von dem Offeier überfallen, welcher ein Pistol auf ihn abfeuerte und ihm — durch ein glückliches Ungefähr — nur den rechten Arm durchschoß, und sich alsdann mit den Worten: „nun kann er gehen", quasi re bene gesta mit seinem Begleiter, einem unbewaffneten dänischen Soldaten in blauer Uniform, entfernte. (A. M.)

*) Durch diese Aufklärung bestätigt sich unsere Auffassung der betreffenden Verhältnisse.

Oesterreichische Monarchie.

**Lemberg, 14. Nov. 1848. Wie sehr der Name „Demokratischer Verein" zu jetziger Zeit mißbraucht wird, hat man hier in Galizien am Deutlichsten wahrnehmen können. Eine äußerst prekäre Vorbildung in Humanitätswissenschaften und Philosophie gestattete dem sonst nicht talentlosen Jüngling nicht, seine Naturgaben gehörig zu entwickeln; selbst Professoren wurden nach solchem Systeme herangebildet, und der Lehramts-Kandidat, dessen Verstandeskräfte, ungeachtet der um ihn herrschenden Finsterniß, bisweilen ein mildthätiger Sonnenstrahl erwärmt hatte, gelangte nie zur gewünschten Anstellung, es wäre denn, daß er sein Wissen schlauer Weise einst zu verschlieren wußte. Da wurde in Folge der Wiener März-Ereignisse Censur und Presse mit einem Male freigegeben, der Bücherhandel bekam einen großen Aufschwung, es wurden gute und schlechte Bücher feil geboten, hungrig fiel Alt und Jung über die emst verbotene Frucht her, es wurde einiges Gute und vieles Schlechte durcheinander gelesen, an taktvollen Leitern bei der Befriedigung wissenschaftlichen Durstes gebrach es. — Zu gleicher Zeit kam eine Menge polnischer Emigranten aus dem Revolutionsjahre von 1831 in's Land; Menschen, die bei karger Unterstützung, jeder nützlichen Beschäftigung entwöhnt, 17 Jahre in der Fremde zugebracht hatten. Sehr geschickt wußten diese Abenteurer einen Nimbus um sich her zu verbreitrn, der sie in den Augen der leichtgläubigen Jugend und vorzüglich des schönen Geschlechtes als Märtyrer für die polnische Sache erscheinen ließ. Freundschaft und Brüderschaft wurde mit diesen Emigeanten geschlossen, Trinkgelage wechselten mit Karten- und Minnespiel, die armen Eltern konnten nicht genug Geld herbeischaffen. So lange zahlreiche Sammlungen ausreichten, wurde in Saus und Braus gelebt; als die Unterstützungen sparsamer wurden, mußten Weiber und Studenten in den Häusern der Stadt und auf dem Lande zu Gunsten der polnischen Freiheitsmärtyrer Sammlungen veranstalten und Dilettanten-Theater-Vorstellungen geben. Dafür übten diese Helden mitunter die Jugend und Nationalgarde ohne sonderlichen Erfolg in den Waffen ein; als schon die Verlegenheit über weitere Erhaltungsmittel auf das Aeußerste gespannt war, erschienen mit einem Male Kossuth'sche Emissäre, meistens vertraute ungarische Juden — mit zahlreichen Geldmitteln und eiferten zum Aufstande heimlich an. Nun begann erst volle Thätigkeit in Lemberg und auf den Kreisstädten sich zu entwickeln. Unter dem Titel Nationalgarde suchte man eine polnische Armee zusammenzubringen; ganz gegen die gesetzlichen Bestimmungen wurde allerlei Gesindel in dieselbe eingereihet, die Offiziersstellen durch Emigranten besetzt; die keine eigenen Mittel hatten, bekamen Sold aus Kossuth'schen Geldern. Es fanden sich auch in Lemberg zahlreiche faiseurs de barricades ein, und auch sie wurden regelmäßig bezahlt. Es bildeten sich verschiedene Vereine: demokratische, republikanische, sozialistische und communistische. Zahlreiche Wiener Studenten kamen in Lemberg an, fraternisirten da mit ihren polnischen Kollegen und faßten bei Trinkgelagen Beschlüsse über die künftige Weltbeglückung. Am Feste Allerheiligen bemerkte man schon Vormittags eine große Geschäftigkeit unter den polnischen Agitatoren und dem feiernden Arbeitervolke. Eine nichtige Wirthshausschlägerei zwischen betrunkenen k. k. Kanonieren und Nationalgarden gab den Anlaß zur Allarmirung der Nationalgarde und Studenten. Abends um 10 Uhr erscholl der Ruf in der Stadt und den Vorstädten: „zu den Waffen"! Bald darauf wurde die innere Stadt und die Gassen zahlreich verbarrikadirt, die Straßen mußten beleuchtet werden, und auf das um die innere Stadt auf den Wällen postirte k. k. Militär fielen einzelne Schüsse. Mit Geschütz wohl versehen, verhielt sich das Militär ganz ruhig bis zum nächsten Morgen. Als nun den 2. November Morgens dreimalige Aufforderungen des Kommandirenden, Baron Hammerstein, zum Abtragen der Barrikaden und Auseinandergehen nichts fruchteten, wurde die Stadt in mehreren Zwischenräumen bombardirt. Da verkrochen sich die Helden und mit ihnen zahlreiche mit Sensen, Spießen und Brechstangen bewaffnete Arbeiter in alle möglichen Schlupfwinkel. Die Entschlossenern feuerten aus den Fenstern der Häuser mit Pulver und Schießbaumwolle auf das auf dem Glacis stehende Militär. Um 3 Uhr Nachmittags ergab sich endlich die akademische Legion, die am hartnäckigsten sich gehalten hatte. In Folge des Werfens einiger Congreve'schen Raketen ist das schöne Rathhaus sammt Thurm und Kanzleien, das alte Theater, das Universitätsgebäude, die technische Schule und sechs Privathäuser abgebrannt; die Bibliothek sammt physikalischen Apparaten ist bis auf Weniges glücklich gerettet worden. Alle Waffen sind abgeliefert, alle polnischen Emigranten und ihre französischen Freunde mußten das Land verlassen und sind, mit Pässen versehen, bis zur Gränze Preußens durch Militär begleitet worden. Aus der in Druck erschienenen Erklärung des polnischen demokratischen Vereins §. 1. ist deutlich zu ersehen, wie diese polnischen Demokraten gegen die Deutschen gestimmt sind. Es heißt dort: „nur jene Deutschen wollen wir als unsere Brüder anerkennen, die die polnische Sprache gut sprechen und anstatt der deutschen zum gewöhnlichrn Gebrauch genommen haben." Da nun die zahlreichen Polnisten in Gallizien seit ihrer Einwanderung zu Maria Theresia und Kaiser Joseph's Zeiten ihre deutsche Nationalität und Sitten bisher getreulich bewahrt, auf das Polnische gar nicht, weit mehr auf das Ruthenische sich verlegt haben, so wünschten die Polen, nach dem ferneren Ausdruck eines andern §.: „die diese Bedingungen nicht erfüllen, haben das Land zu verlassen" wohl gar, daß die Deutschen ihre blühenden Sitze des Fleißes verlassen und polnischen Faullenzern abtreten sollen? — Jetzt wird der dreige Zustand nimmermehr zurückkehren, der polnische Gutsbesitzer ist bis über den Hals in Schulden durch seinen unverzeihlichen Leichtsinn gerathen, daher er um jeden Preis seine Landgüter zu verkaufen strebt. Kluge und sachkundige Kapitalisten können jetzt um sehr billigen Preis, auch gegen Auszahlungen in Raten, zu den einträglichsten Gütern gelangen.

So eben verlautet das Gerücht, daß Gallizien in den ruthenischen (Lemberg) und in den massurischen (Krakau) Regierungsbezirk getheilt werden, Erzherzog Albrecht aber als Vice-König nach Gallizien kommen soll. Derselbe wird in dem Städtchen Halitsch, welches einst die Residenz der ruthenischen Fürsten war, an der Stelle des alten ein neues Residenzschloß aus eigenen Mitteln aufbauen lassen und dort seinen Sitz aufschlagen. Da Halitsch am Dniester liegt, wird durch hohen Einfluß bald die Dampfschifffahrt in Gallizien in's Leben treten und so die Verbindung mit Odessa und dem schwarzen Meere hergestellt werden.

Italien.

* Aus **Turin** vom 17. d. schreibt man, die Oesterreicher hätten wieder die ganze Linie des Po besetzt, hingegen die Blokade von Venedig auch von der Landseite aufgehoben. Aus Mailand vom 16. d. wird gemeldet, die Municipalität hätte mit Bezug auf das kaiserliche Amnestiedekret und die erste Proklamation Radetzky's gegen die von demselben auferlegte Zwangssteuer protestirt. — Das toskanische Ministerium hat der sicilianischen Legation daselbst gestattet, das sicilianische Wappen aufzuziehen. Sie habe die neue Regierung schon lange de facto anerkannt, und gebe sich alle Mühe, daß das hervische Sicilien auch allgemein de jure anerkannt werde. In einem Umlaufschreiben an die Präfekten setzt der Minister Guerazzi auseinander, wie das monarchische und das demokratische Prinzip sich sehr wohl mit einander vertragen, wenn nur das erste loyal, und das zweite mit Mäßigung geübt wird. Der toskanische Moniteur versichert, der König von Sardinien sei geneigt, außer der, der Regierung bereits zugesagten Artillerie derselben noch 12 Feuerschlünde gegen Ueberlassung des Bronzes alter Kanonen zukommen zu lassen. — Aus Rom 11. Nov. meldet der Corriere mercantile vom 17. d., man sage, General Zucchi habe seine Entlassung als Kriegsminister eingegeben und wolle nun das Commando über seine Truppen behalten. Dem General Garibaldi soll der Papst den Durchmarsch durch seine Staaten unter der Erlaubniß gestattet haben, daß die Seinen beim Eintritte die Waffen niederlegen, welche sie erst beim Austritte aus denselben wieder erhalten sollen. — Nach dem Corriere mercantile hätte die ganze Municipalität in Mailand abgedankt, und die Bevölkerung beschlossen, die ausgeschriebene Kriegssteuer nicht zu bezahlen. Concordia vom 17. meldet, in Venedig wäre ein Staatssecretär festgenommen worden, weil er beschuldigt sei den Oesterreichern in Mestre die Plane der Venetianer verrathen zu haben. Der National savoyien hat erzählen hören, in Piemont sei ein Corporal festgenommen worden, der den König ermorden wollte!

Rom, 15. Nov. So eben wurde Rossi mit zwei Stichen ermordet, als er mit dem Fürsten Massime aus dem Wagen trat, auf der Rückkehr von der Kammereröffnung. (Basl. Z.)

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Eine Adresse an die Reichsversammlung.) Wien (Neueste Nachrichten.) Köln (Anordnungen. Lassalle verhaftet.) Elberfeld (Die Entscheidungsgründe von Elberfeld und Barmen.) München (Minister Weishaupt zurückgetreten. Neue Formation des Heeres.)

Frankreich. Paris (Entschreidung wegen der Schatzscheine u. Sparkasseneinleger. Der neue Kampf zwischen Cavaignac und den Mitgliedern der Exekutivkommission. Wichtigkeit der Entscheidung. Der Congreß zu Brüssel. Die als die Mörder Lichnowsky's und Auerswald's bezeichneten Flüchtlinge gehen nach England ab. Tagesbegebenheiten.)

Oesterreich. Monarchie. Agram (Kaiserliche Proclamationen. Kossuth's Ultimatum.)

Italien. (Der Corriere Livornese. In Rom befürchtet man Unruhen. Zeichen am Himmel. Kammersitzung in Turin. Rossi's Ermordung. Mordversuch auf den Herzog von Modena. Trübe Aussichten in Modena.) Rom (Rossi's Ermordung.)

Schweiz. Zürich (Gebietsverletzung.) Bern (Verhandlungen des National- und Ständerathes.) Tessin (Die italienische Emigration.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Taylor's Präsidentschaft gesichert. Erwerbung eines neuen Gebiets von den Indianern. General Kearney †.) Buenos Ayres (Der sardinische Botschafter ausgewiesen.) Montevideo (Französischer Beistand.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 25. November.)

Deutschland.

* **Frankfurt,** 24. Nov. In Folge der am 23. November in der ungewöhnlich zahlreichen Abendversammlung des Bürgervereins, über die Tagesereignisse stattgefundenen Verhandlungen und entsprechend dem laut gewordenen Wunsche fast aller Anwesenden, liegt folgende Adresse im Lokale des Bürgervereins und an andern Orten zur Unterschrift offen.

Hohe Reichsversammlung!

Nachdem die Majorität der constituirenden Versammlung der freien Stadt Frankfurt in ihrer Sitzung vom 22. November d. J. beschlossen hat, „eine Zustimmungsadresse an die preußische National-Versammlung zu Berlin" zu erlassen (siehe diese Adresse dritte Beilage Frankfurter Journal vom 22. November), durch welche Adresse sie sich in entschiedene Opposition mit dem Beschlusse der deutschen Nationalversammlung vom 21. Nov. stellt, so erklären die unterzeichneten Bürger und Einwohner dieser Stadt, daß wir:

1) das Verfahren der Majorität unserer constituirenden Versammlung durchaus mißbilligen, und

2) daß uns die, aus dem Willen und der Wahl des deutschen Volkes hervorgegangene Reichs-Versammlung stets als die höchste Behörde des deutschen Vaterlandes erscheint, daß wir uns den Beschlüssen derselben unbedingt fügen und eine hohe Reichs-Versammlung unser volles Vertrauen ungetheilt wie bisher besitzt, endlich, daß wir jeden directen oder indirekten Angriff auf die Würde und das Ansehen hoher Reichs-Versammlung für einen Angriff auf die Einheit und die Freiheit unseres Vaterlandes betrachten.

Frankfurt a. M. den 24. November 1848.

* **Wien.** Seit mehreren Tagen fehlen uns briefliche Mittheilungen aus Wien und die Zeitungen kommen uns regelmäßig um einige Tage zu spät zu. Die folgenden Nachrichten entnehmen wir der Allg. Z. — Dem neuen Ministerium und namentlich den Bemühungen und der festen Erklärung der Herren Stadion, Bruck und Bach soll es gelungen sein, den Kaiser zu manchen Koncessionen in Betreff seiner nächsten Umgebung zu vermögen. Meszoros und eine ungarische Deputation waren in Ollmütz, und wie es heißt, in Friedensunterhandlungen getreten. Als Grundbedingungen nennt man die frühere von Jellacic gemachten Vorschläge und außerdem eine allgemeine Amnestie für die ungarische Armee. — Fürst Windischgrätz soll endlich seine Gedanken in Betreff der Todesurtheile geändert haben und die Hinrichtungen sollen aufhören. Als erstes Zeichen der Sinnesänderung betrachtet man die zwar noch nicht bekannt gemachte, aber doch begründetem Vernehmen nach geschehene Begnadigung des Kommandanten der akademischen Legion, Aigner, und eines Mitgliedes des Nationalgarde-Generalstabes, Parovani. Ob ein Befehl von Ollmütz, oder die allgemeine Mißbilligung seines Verfahrens, den Fürsten bewogen habe, eine andere Bahn einzuschlagen, steht dahin; hoffentlich wird sie nicht von Neuem verlassen. — Nach den lithogr. Nachr. sollen die Vorlesungen an der Wiener Universität im Laufe des Decembers wieder beginnen, aber für die 5 Fakultäten in 5 verschiedenen Gebäuden. — Die Summe der abgelieferten Gewehre beläuft sich auf 68000 Stück, während aus dem kaiserlichen und bürgerlichen Zeughause über 100,000 Gewehre vertheilt worden waren. Eine wiederholte Mahnung zur Ablieferung war am 18. vom Gemeinderath ergangen. — Den bisherigen Ermittelungen nach sind vom 6. Okt. bis 15. Nov. aus dem Civilstande 214 Verwundete und 513 Todte unmittelbar vom Kampfplatze in's allgemeine Krankenhaus gebracht worden.

** **Köln,** 23. Nov. Kurz nach 6 Uhr, nachdem die auf einige Stunden vertagte Volksversammlung wieder aufgenommen war, zog die ehrenwerthe Versammlung mit wüstem Geschrei zunächst dem Rathhause zu, wo der Gemeinderath noch beisammen saß. Schon aber war die Rathhauswache in's Gewehr getreten, hielt den Platz besetzt und hatte die sämmtlichen dort einmündenden engen Gassen abgesperrt. Nach einigem Toben wälzte sich der lärmende Haufen rückwärts und vor in einem entgegengesetzten Viertel gelegenen Wohnung des kommissarischen Oberbürgermeisters zu. Hier hatte die Hausfrau eine Damengesellschaft zum Thee versammelt; im ganzen Hause war kein männliches Wesen. Die muthige Dame that, als plötzlich einzelne Steine gegen die Thüren donnerten, on's Fenster und erwiderte auf die Drohungen, die gegen ihren Gemahl gerichtet wurden und von nichts Geringerem als Aufknüpfen sprachen, daß der Gesuchte nicht im Hause sei. Kaum hatte sie Zeit, sich einige Schritte zurückzuziehen, als ein wahrer Steinhagel Thüren und Fenster zertrümmerte. Steine, an welchen vier Mann schleppten und welche von einer gegenüber liegenden Steinfreppe im Nu losgebrochen waren, wurden gegen das Haus geschleudert und verwüsteten selbst die hinteren Zimmer. Die erschreckte Gesellschaft flüchtete zunächst in den Garten und dann durch ein schnell niedergerissenes Staket in ein Nachbarhaus; die Rotte aber tobte fort, bis nach etwa einer halben Stunde eine Abtheilung Militär anrückte. Sobald der erste Helm sichtbar wurde, stob Alles auseinander; die Haufen sammelten sich indeß theilweise noch einmal und zerstümmerten auf dem Rückwege mit schweren Steinen die Fenster und selbst die eichenen Schlagläden des Lokals der „Kölnischen Zeitung". Seitdem wurde die Ruhe nicht weiter gestört. Das Militär war konsignirt, alle öffentlichen Gebäude stark besetzt und große Abtheilungen patrouillirten durch die Straßen. Heute morgen waren unsere Demokraten bereits wieder thätig, an den Straßenecken erschien ein Plakat, in welchem das „Oberkommando" — gezeichnet F. Beust — die „neu organisirte Landwehr, das Turner- und Arbeiter-Freikorps" auf 12 Uhr zu einer Versammlung auf einem öffentlichen Platze, auf dem Gereonsdreieck, zusammenrief. Schon um 11 Uhr aber stand eine Compagnie des 34. Regiments und eine Schwadron Ulanen auf dem Platze aufgestellt, und so erschien weder die neu organisirte Landwehr mit dem Turner- und Arbeiter-Freikorps, noch das Obercommando. Um halb 2 Uhr zogen die Truppen wieder ab. Aus Düsseldorf höre ich aus zuverlässiger Quelle, daß der bekannte Lassalle zur Haft gebracht ist. Das Gerücht, daß ein blutiger Conflikt zwischen Militär und Bürgern stattgefunden, war für gestern wenigstens falsch.

* Wir erhalten von **Elberfeld** nachfolgende Zuschrift: „Da Elberfeld mit Barmen die einzige größere Stadt im preuß. Staate ist, deren Bevölkerung sich in überwiegender Mehrzahl gegen die Nationalversammlung ausgesprochen hat, so ist es nicht ohne Interesse, den moralischen Werth dieses Faktums zu untersuchen. Elberfeld mit Barmen ist die einzige größere preußische Stadt, die fast ausschließlich Fabrikstadt ist. Die große Masse der Einwohner besteht deshalb aus Arbeitern und Arbeitgebern. Natürlich, daß die Letzteren, welche seit dem Frühjahre durch die Zerrüttung der Geschäfte schon so viel eingebüßt haben, und nur mit Mühe im Laufe des Jahres ihre Arbeiter beschäftigen konnten, nur ihr Heil in einer starken Regierung sehen, unter der sie bis heute ihre Reichthümer sammeln konnten. Jeder höhere Gesichtspunkt ist ihnen fremd. Sie erblicken in dem Konflikt zwischen Krone und Nationalversammlung nur eine Streitfrage über ihre eigene Existenz, über ihr Sein oder Nichtsein. Die große Menge der Urwähler stimmt natürlich ganz im Sinne derjenigen, von welchen ihre eigene Existenz abhängt. Einer der thätigsten Unterschriftensammler zu Gunsten des Ministeriums ist ein gewisser Waarenmäkler, der sich durch seine Bemühungen bei seinen Gönnern recht fest zu setzen sucht. Ich kann Ihnen also mit Bestimmtheit versichern, daß der überwiegend größere Theil sich in seinem Abstimmen nur von materiellen Interessen hat bestimmen lassen, eine andere sehr große Zahl aber, hier wie in diesem ganzen Landestheile, dem Könige „von Gottes Gnaden" in pietistischer Knechtung ihr Beifallsvotum hat geben wollen. Sie mögen daraus den moralischen Werth der Stimme des Wupperthals in dieser Angelegenheit ermessen."

A **München,** 22. Nov. Soeben erfahre ich, daß der Kriegsminister, Generalmajor Weishoupt, wegen eines Konfliktes mit dem Könige seine Entlassung eingereicht und erhalten habe. Ge-

Digitized by Google

nerallieutaant von Lefuiee ist zu seinem Nachfolgee ernannt woeden. Ich füechte, daß dieser Eatlassung auch noch jene dee übrigen Miniſter folgen wird, um dann einem vollſtändig reactionäeen Kabinete Platz zu machen.

München. Durch königl. Erlaß vom 18. Nov. wird die Formatioa des daierischen Heeres geändert. In Berücksichtigung dee eingeteetenen Verstärkungen und der Nothwendigkeit, das Heee im nötdigen Falle nach Umständea in zwei gesonoerten Theilen ohne Verzug aufstellen und verwenden zu können, wird vom 1. Dez. an dasselde in zwei Armeecoeps getheilt. Das eeste Armeecoeps commandirt Generallieutenant Geaf Pfenburg (Sitz in München); das zweite Geneeallieutenant Fürst Thurn und Taxis (Sitz in Würzburg).

Frankreich.

Paris, 22. Noo. Dee Gesetz-Entwurf wegen der den Besitzern der Schatzscheine nnd Sparkassendüchleia zu ertheilenden Entschädigung ging geſtern mit dem Zusatzantrage des Abgeoednetea Charamaule durch, daß dieſelde nue denen zu Gute kommen solle, welche am 7. Juni jene Schatzscheme besaßeu, mit Ausschluß aller derer, welche sie seitdem käuflich an sich drachten. Von der heutigen Sitzung ist das Bemerkenswertheſte, daß anfänglich kaum 100 Abgeordnete anwesend waeen und die Fehlenden oon den Dienern aus dem Conseeenzsaale zusammengetrieben werden mußten. Eiaige Gesetze von lokalem Interesse, das Dekret üdee die Industeieausſtellung und das Budget dis zum 47. Kapitel wueden angenommen. Der Abgeoednete Gerdy erlaubte sich einige beleidigende Anzüglichkeiten gegen den ehemaligen Mimſter Senard, woeauf diese nicht ohne Empfindlichkeit antwoetete. — Das Gespräch des Tages ist dee nun ausgebrochene Kampf zwischen General Cavaignac nad den Mitgliedeen dee ehemaligen Eeekutivkommiſſion. Man sieht ein, dee General konnte nicht anders, nachdem Letztere die Jaſinuation der Presse, sie wären im Besitze von Papieren, welche sein Benehmen dei der Junirnfureektioa (wo er Frankreich rettete) stark kompeomittieten, die sie jedoch aus Schoaung erſt nach dee Präſidentenwahl oeröffentlichen würden, mehrere Tage ohne Widerlegung ließen! Es ist klae, wenn die Natioaalversammlung sich nicht entschieden für den General ausspricht, so wied ee zueücktreten und die Aussichtea füe Lamartine werdea steigen. Um so begieriger ist man, wie diese Letzteee, der durch den Telegeaphen herbeigerufen worden ist, sich Sonnabend aussprechen wird. Von Ledru-Rollin kana wenig mehr die Rede sein, nachdem die Socialisten sich auch gestern wiedee im Klub Montesquieu mit der geößten Erditteraag gegen ihn und für Raspail aussprachen, den auch Proudhon ia seinem Blatte heute empfiehlt. Letzteree stützt sich dabei auf Autoeitäten: Barbès, Sobrier, Albeet und Blanqui sind füe diesen großen Bürgee! Jetzt wied eine neue Verläumdung gegea den Geneeal in Umlauf gesetzt. Die Patrie beschuldigt ihn heute offen, was sd on lange oerdeckt angedeutet ward, er habe im Sinne, die Familie Napoleon und mehrere andeee Abgeordnete, woraunter Herr Thiers und die Generale Bedeau und Changarnier, aufsheben und deportiren zu lassen. Freilich sind Männer daruntee, die zu den Freunden und Anhängeen des Generals gehören, freilich wäre heut zu Tage ein 18ter Fructidor die absoluteste Uamöglichkeit und der easendste Unsinn — abee es gibt Leute genug, die lieder nachplaudeen, als nachdenken! Die Hereen Thiers uad Molé erklären heute in öffentlichen Blättern, daß die Unterredungen, welche ihnen mit dem Geneeale Cavaigaac angedichtet wurden, alles Gruades entbeheen, deklagen sich aber daeüber, daß dee Moniteur sie zu dieser Widerlegung auf etwas dringende Weise auffordeete! Heute enthält der Moniteur du soir schon wiedee die authentische Widerlegung eines halben Dutzend ähnlicher Unwaheheiten. In der Natioaalversammlung hieß es heute, dee Congreß der in dee italienischen Angelegenheit oermittelnden Mächte werde demnächst zu Brüssel eeöffnet, England daselbst durch Lord Minto und Frankreich durch Herrn oon Tocqueville (den Abgeoebneten uad berühmten Schriftsteller) erpräsentirt werden. — In Toulon ist die Anzeige eingetroffen, daß 300 Feuerschlünde zur Armirung dee Küstendatterien dahin abgegangen seien. — Der Corsaire zeigt an, Vineenzo Gioberti wäee von Turin hier eingetroffen uad denke ein ultraradikales Blatt herauszugeben (?) — Zwischen dem gestern in Freiheit gesetzten Odeisten Rey und dem Generalseeretäe dee Seine-Präfectue, Heren E. Adam, faad gesteen ein Pistolenduell statt, wobei Letzteeer veewundet ward. Auch Here Goudchaux und Geneeal Baragnay d'Hilliers baben sich, wie es heißt, auf Pistolen duellirt, aber glücklicherweise Beide gefehlt. — Die Flüchtlinge, welche als die Mörder Auerswald's und Lichnowsky's dezeichnet werdea, sind von Verdun nach Belgien abgegangen, wo sie sich ia Ostende nach England einzuschiffen gedenken. Vielleicht wollten sie dadurch ihrer Auslieferung zuvorkommen, welche oon Frankfuet aus eraſtlich veelangt, und oon dee Presse unter lautem Widerspruch der Reforme als zu Recht bestehead erklärt wurde. — Proudhon kündigt in seinem neuen Blatte (Le Peuple) auf künftigen Frühling eiaen demokratisch-socialistischen Congreß an, der sich diee versammeln und alle Socialisten der Erde (du globe) vereiaigen wird. Jede industrielle und gelehete Kategorie wüede einen Deputirten ernennen, der sie zu vertreten hätte.

Paris, 22. Nov. — Stand dee Renten: 5pCt. 63. 95; 3pCt. 41. 40; Neue —; Neapol. 78. —; Bankactien 1315. —; Span. 5pCt. (Arbois) — ; 3pCt. 24 —; 3pCt. inländ. ——; St. Geemain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, eechtes Ufer —. — ; linkes Ufee 95. —; Paris-Orleans 572. 50; Paris-Rouen 347. 50; Orleans-Bordeaux 362. 50; Orleans-Vierzon 211. 25; Rouen-Haore 157. 50; Marseille-Avignon 150. —; Straßburg-Basel 77. 5; Nordbahn 337. 50; Paris-Lyon 355. —; Paris-Straßburg 325. —; Römisches Anlehen 61½.

Obgleich auch heute wieder ein Baaegeschäft in 50,000 Frs. 5oCt. Rente gemacht wurde, wirkten doch die heftigen, in der National-Veesammlung bereits eingetretenen und auf Sonnabend noch in höheeem Grade bevorstehenden Stüeme nachtheilig auf alle Courſe. Gewinnſt-Realisationen drückten dieſelben ebenfalls.

Die Poſt von Madrid ist heute in Paris nicht eingelroffen.

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 18. Nov. Die deutige Agramee Zeitung enthält drei neue Proklamatioaen des Kaisers aa Ungarn, Croatien, Slawonien und Siebenbürgen, alle aus Ollmütz datirt, oom 20. Okt., 6. und 7. Nov., woduech das jetzige Regiment in Ungarn, nedſt allen vom „gesetzlich aufgelösten" Reichstage getroffenen Maßregeln für null und nichtig, Kossuth und Genossen füe Landesoereäthee erklärt, und alle Obrigkeiten und Bewohner aufgefoedert weeden den „Anordaungen nud Maßregeln des zur Wiederherstellang dee Ordnung und Bewältigung des Aufruhrs mit allen unseen Vollmachten versehenen und entsendeten Feldmarschalls Fürsten zu Windisch-Grätz unbedingten Gehorsam zu leiſten." Jeder Nationalität wird gleicher Schutz und gleiches Recht oerheißen, auf der Grundlage dee konſtitutionellen Gesetze und Freiheiten, die so wenig angetaſtet obee beeinträchtigt weeden sollen, als die Zugeſtändnisse in Betreff der bäueelichen Verhältnisse. In Bezug auf letztere ist eine besondeee Aafsprache und kaiserliche Zusicheeung an die Landbewohner eelassen. Angefügt ist eine Proclamation des Fürsten Windisch-Geätz, der ankündigt, daß er an der Spitze einee tapfern und treuen Armee das Land betrete, um ihm den Frieden wiedeezugeben. Er wende sich an den ritterlichen, stets bewährten großherzigen Sinn seinee Bewohner. „Schutz den Getreuen, Verzeihung den Bereuenden, Veederben den Aufrüheern — ist mein Wahlspruch." — Auf dee andern Seite hat Kossuth in der Pesther Ztg. sich gegen jeden Gedanken eines Zugeſtändnisses erklärt, feldſt den von Borrosch vorgeschlagenen und vom Wienee Reichstag angenommenen Congreß der Völker Ungarns entschieden verwoesen, und dem Kaiseehause nichts in Aussicht gestellt als höchstens und vielleicht die Personalunion.

(Allg. Ztg.)

Italien.

* Der Corriere Livoraese dom 14. Nov. klagt bitter über die Oppoſition, welche das neue Miniſteeium im Lande finde und nennt sie eine Schmach, eine unceehörte Feigheit, eine Anomalie in einem seeien Lande. Hingegea lodt ee die Beoölkerung von Poeto Ferrajo. Dort seien die Castelle dem Volke unangeaehm geworden, da hade sie es genommen. Die Pulvermagazine hätten ihm Verdacht eingeflößt und es hade zu sich selbſt gesagt, die müssen mein sein. Gesagt, gethan, (detto, fattn). Da es aber hernach nicht gewußt habe, was es damit aafangeu solle, sa habe ee füe desser gehalten, (lın pensato miglin) sie dee öffentlichen Gewalt zurückzugeden. So sei das Volk. „Es mache: Ba ba!" (Fa bnh bnh). Im Anfange zeige es sich em wenig bart, abee wenn die Autoeität es eecht anzugreifen wisse, mache sie mit ihm, was sie wolle (ne fn quelln che ne vuole.) Ob dieses zwei-

deutige Lob ein recht volksthümliches sei, überlassen wir der Entscheidung des Lesers. — Aus Rom vom 10. und 11. enthält die Patria folgende Nachrichten, welche geeignet sind, auf die spätere, durch telegraphische Depeschen mitgetheilte Ermordung Rossi's einiges Licht zu werfen. Es sei nämlich in der Nacht des 10. Nov. eine starke Schwadron Dragoner und eine bedeutende Anzahl Carabiniers eingetroffen, welche das Ministerium, wie noch andere Truppen mehr, dahin berufen habe, weil man bei Eröffnung der Kammern Unruhen befürchtet habe. Dasselbe wiederholt das Blatt unter dem angegebenen späteren Datum, und fügt hinzu: Unter dem Ministerium Mamiani hätten mehr als 2000 Personen den Sitzungen des gesetzgebenden Körpers beiwohnen können. Das Ministerium Rossi habe, aus Furcht vor Demonstrationen, den Raum so verengen lassen, daß kaum 100 Personen auf den Gallerien Platz finden könnten. Das Publikum würde vielleicht mit Gewalt eindringen wollen, wogegen man sich durch Militär sichern wolle. — Aus Mailand schreibt man unter dem 16. Nov., Radetzky habe einer Deputation, welche gegen die ungeheure Kriegssteuer protestirte, die Antwort ertheilt: Ich brauche Geld für meine Truppen, wie die Herren wohl wissen. Geben Sie mir die Subsidien für einen Monat, und ich will die Steuer zurücknehmen. Abends hätten ihm etwa 60 Personen aus den unteren Ständen unter seinen Fenstern ein Hoch gebracht und ihren Vater genannt, weil er die Kriegslasten nur von den Reichen tragen lasse. Er habe indeß nur mit der Hand gedankt, ohne zu antworten. (Concordia vom 18., Nov.)

Am 17. Nov. Abends war in Turin der Himmel, wie sich die „Concordia" ausdrückt, „von der rothen Blutfarbe entzündet." Das Volk eannte durch die Straßen und rief, wie zu den Zeiten der Kreuzzüge: „Krieg! Gott will es!" An demselben Tage wurden in der Deputirtenkammer die Verhandlungen über den Gesetzesentwurf, „die öffentliche Sicherheit betreffend", fortgesetzt, ohne weder an diesem, noch am folgenden Tage zu Ende zu kommen. Jacquemond, Deputirter von Montiers, hielt eine lange Rede dagegen, welche die „Concordia," wie sie vorgetragen wurde, in französischer Sprache wiedergibt. Minister Peneth bat die Kammer, die Lage des Landes und die Gefahren zu beachten, welchen das große Eigenthum ausgesetzt sei. Er beschwor sie, der Regierung die Mittel nicht zu verweigern, diesen Gefahren zuvorkommen zu können. — Aus Rom, 15. Nov., erfahren wir nun das Nähere über Rossi's Ermordung. Als er nämlich um 2 Uhr Nachmittags im Hofe der Deputirtenkammer aus dem Wagen stieg, wurde er mit einem allgemeinen Gebrülle (urlo) des Mißfallens empfangen. Er lächelte wie gewöhnlich dazu. Da erhebt sich eine Hand, eine Dolchklinge wird gesehen. Rossi, dem die Gurgel zerschnitten ward, fiel sogleich nieder, einen Blutstrom vergießend. Nicht ein Wort, nicht ein Schrei wurde in der Masse gehört, die ihn umgab. Er wurde in die Gemächer des Cardinals Gazzoli gebracht — aber er war eine Leiche! Rom schweigt, die Deputirten haben ruhig ihre Sitzung fortgesetzt, doch war gegen das Ende derselben die beschlußfähige Anzahl nicht vorhanden, (Concordia vom 20. Nov.) Auch gegen den Herzog von Modena wurde ein Mordversuch gemacht. Aus Neapel meldet das Turiner Blatt unter dem 11., die Forts würden vollständig mit Mundvorrath versehen, nachdem sie es schon lange mit Kriegsvorrath wären. Es hieße, der Minister der französischen Republik werde sein Wappen einziehen und die Stadt verlassen. (Vom wirklichen Belagerungszustande hören wir noch immer nichts.)

** **Rom**, 16. Nov. Wenn wir uns bis zu diesem Augenblick aller directen Mittheilungen enthalten haben, so lag der Grund darin, daß wir uns nicht entschließen konnten, eine Menge nichts besagender Details zu melden, die man nicht wegleugnen konnte, denen aber auch Niemand Glauben schenken mochte. Alles, was man vernahm, glich immer nur dem Dröhnen des Erdbodens, welches man an manchen Stellen vernimmt, wenn irgendwo eine ferne Kanonade statt findet. Bekanntlich vernimmt man dieses nur an einzelnen isolirten Punkten, während wenige Schritte weiter kein Laut ertönt. Man kann dabei zum Narren und an seinen eigenen Beobachtungen irre werden. Dennoch sollte man den Sinnen nie ein allzu geringes Gewicht beilegen. Weltgeschichtliche Ereignisse finden uns sonst allzu unvorbereitet und wir sind nach ihrem Eintreten kaum im Stande, alle die feinen Motive aus der Erinnerung wieder aufzunehmen, welche uns zum Verständniß ihrer wahren Bedeutung allein befähigen. So ist es uns schier mit Rossi's Ermordung gegangen, welche für das Schicksal des Pabstthums und Italiens von der höchsten Wichtigkeit ist. Wir hätten sie noch gestern Morgen so wenig für möglich gehalten wie er selbst, trotz dem, daß er deutlich genug gewarnt worden war und trotz dem, daß sie sich uns in einer Weise angezeigt hatte, welche wie jetzt, wo wir die Zeichensprache des Geschicks für diesen einzelnen Fall haben verstehen lernen, als untrüglich anstaunen müssen. Rossi ist an dem alten Diplomatenspruch zu Grunde gegangen, demzufolge man zu schlechtem Spiel gute Miene machen soll. Er hat ihn mit bewundernswürdiger Consequenz durchgeführt — aber zu seinem Verderben. Er ist mit einem diplomatischen Lächeln auf den Lippen unter dem Mordstahl, der aus dem Centrum einer wohlorganisirten Verschwörung auf ihn gezückt wurde, zusammengesunken. Noch vorgestern hatte er sich der Gewalt der Polizeisoldaten versichern wollen, gegen 600 derselben geheime Musterung passiren lassen, ihnen die Treue gegen Souverän und Minister zur Pflicht gemacht, gestern alle Plätze durch aufgestellte Piquete mit scharfen Patronen besetzt — allein sein Mordstahl war geschliffen. Er sollte die Eröffnung der Kammern, die den Wendepunkt seiner neuen politischen Laufbahn abgeben sollte, nicht erleben. Als er gestern Morgen im Palast der Cancelleria vorchia, wo die Deputirten versammelt waren, vorfuhr, wurde er mit Hohn und Gelächter von einer großen Anzahl Bürgergardisten empfangen. Einer der Tirailleurs, welcher mit dem zur Erinnerung an die Kapitulation von Vicenza vertheilten Ehren-Zeichen geschmückt war, durchstach ihm die große Schlagader am Hals. Er lächelte und deckte die Wunde mit dem Taschentuch, er erklärte es für nichts, wie er von dem Standpunkt seines Terrorismussystems aus alles für nichts erklärt hatte. Den Beweis, daß Louis Philipp und Guizot Unrecht gehabt hätten zu fliehen und daß es Mittel gebe, das Volk wie eine Bestie zu bändigen, sollte er nicht führen. Er hat das verwegene Beginnen mit dem Leben bezahlt. — Sein Verlust ist unersetzlich. Was der Pabst machen werde, ist unbekannt. Das Volk hat sein Theil erwählt und wird noch heute das Ministerium Mamiani wieder einzusetzen suchen.

Schweiz.

Zürich. Die „N. Z. Z." schreibt: Wie wir gestern noch berichteten, hat der Stationskommandant von Lottstetten seine Leute wegen der Gebietsverletzung bei Sulgen durch Unwissenheit zu entschuldigen gesucht. Es bleibe jedoch, wenn man sich auch diese Entschuldigung ohne weiteres gefallen lassen will, noch immer zu konstatiren, was an der Angabe sei, daß die deutschen Soldaten auf schweizerischem Gebiete eine Hausdurchsuchung vornehmen wollten, und soviel uns bekannt, wird zürcherischerseits hierüber Untersuchung gepflogen.

Bern, 22. Nov. Verhandlungen des Nationalraths über die Flüchtlingsangelegenheit in Tessin in der gestrigen und heutigen Sitzung. Dr. K. Pfyffer erstattet den Kommissionsbericht. Er beginnt mit der Speere Radetzky's gegen Tessin und zeigt im Verlaufe seines Vortrags, daß viele Umtriebe der Flüchtlinge unter Mazzini's Leitung stattgefunden haben; daß die Regierung denselben nicht mit Kraft entgegen getreten sei und die Maßregeln und Anordnungen der Repräsentanten in der Weise gehemmt habe, daß es zwischen beiden Theilen, wie die vorliegende Korrespondenz beweise, zu einem ärgerlichen Zwist gekommen sei. Die Mehrheit der Kommission pflichtet den Anordnungen des Vororts und der Repräsentanten bei und stellt folgende Anträge: 1) Die vom Vorort getroffenen Anordnungen, betreffend die Entfernung der Flüchtlinge aus dem Kanton Tessin, werden gut geheißen, mit der Weisung, dabei mit allen durch die Humanität gebotenen Rücksichten zu Werke zu gehen. 2) Die Regierung von Tessin sei für Ausführung dieser Beschlüsse verantwortlich zu erklären. 3) Bei eigener Verantwortlichkeit sei der gleichen Regierung ferner zu untersagen, lombardischen Flüchtlingen den Aufenthalt im Kanton in andern als durch die Humanität dringend gebotenen Fällen zu gestatten. 4) Die eidgenössischen Repräsentanten und Truppen seien vorerst im Kanton Tessin zu lassen, unbeschadet der Befugniß des Bundesraths, dieselben zu entlassen oder nach Umständen zu vermehren. Letzteres Recht soll auch den Repräsentanten zustehen. 5) Der Bundesrath soll dahin wirken, daß Radetzky die gegen den Kanton Tessin verhängten Maßregeln aufhebe. 6) Der Bundesrath sei mit Vollziehung gegenwärtigen Beschlusses zu beauftragen. — Staatsschreiber Pioda

aus Tessin, als Minderheit, beantragt einfache Internirung der schuldigen Flüchtlinge und Vollziehung dieser Maßregel durch die Kantonsregierung. Mit großer Gewandtheit sucht ee seine Regierung zu rechtfertigen. Nicht minder ernst und gewandt erhebt sich Dr. Escher im Namen und zum Schutz der eidgenössischen Repräsentanten. Er zählt nicht nur die bedeutenderen Fälle auf, welche zu besondern Maßeegeln veranlaßten, und rechtfertigt das Benehmen der Repräsentanten, sondern er hob auch den hingeworfenen Handschuh gegen Pioda auf. Aus den Vorträgen Beider geht hervor, daß leider ein ernster Zwist herrscht zwischen der Regierung von Tessin und den Repräsentanten, sowie dem eidg. Kommando. Oberst Luvini wirft dem vorhergehenden Redner mit Entrüstung die Zumuthung zurück, als sei das Tessiner Volk kein ruhiges, friedliebendes; man solle dessen Gutmüthigkeit nur nicht auf die Spitze treiben. Es fehlt dem Sprechenden nicht an Thatsachen, welche theils auf einzelne Handlungen dee Repräsentanten, theils auf das undisciplinarische Benehmen der Truppen ein schlechtes Licht werfen sollen. Außer sich vor Feuer und Indignation gerieth Luvini, als er auf das Loos der Flüchtlinge zu sprechen kam. Obschon von dem Präsidenten zur Ordnung gerufen, läßt er sich nicht abhalten, die Behandlung, welche das Tessiner Volk erleidet, dem schärfsten, ausgelassensten Tadel zu unterwerfen. Ihm antwortete am folgenden Tage Oberst Benz von Zürich, uno ergoß als Vertheidiger seines bartangeklagten Bataillons die volle Schale des Zorns und der Satyre auf Luvini. Der Unfall von Arolo im Sonderbundskrieg, die Flucht Luvini's, der Verlust seiner Epauletten ꝛc. wird hervorgezogen. Er, der Redner, hätte seine Demission eingegeben, wenn ihm solche Schmach widerfahren wäre. Er theilt die schlechte Verpflegung, die Verhöhnung mit, welche die Truppen in Tessin erfahren und klagt die Tessiner Regierung gleichsam des Einverständnisses mit den Flüchtlingen an. Der Präsident muß zu einem würdigeren Gang der Diskussion auffordern. Wider alles Erwarten steht der greise General Dufour zu den Ansichten Pioda's. Er will Neutralität, aber auch Selbstständigkeit der Schweiz; selbst dee Schein, als lasse sich die Schweiz vom Auslande einschüchtern, müsse vermieden werden. Die schuldigen Flüchtlinge weise man aus, gehe aber jetzt nicht weiter, bis eine allgemeine Maßregel für alle Grenzkantone der Schweiz getroffen sei. Seine Rede machte großen Eindruck und vielstimmiges Braoo erschallte am Schluß. — Dr. Fueree, der Bundespräsident, spricht klar und warm für strenge Befolgung der Neutralitätspolitik, welche sich der neue Bundesrath, dee mit großer Spannung dem heutigen Entscheide entgegensehe, zur Richtschnur nehmen werde. Nachdem noch einige Redner gesprochen, wird abgestimmt. Das Resultat ist: Der Minoritätsantrag erhält nur 31 Stimmen. Die Majoritätsanträge geben durch; mit 50 gegen 23 Stimmen wird den Repräsentanten ihr Benehmen veedankt. — Faore stellt nun den Antrag: die politischen Flüchtlinge sollen auch in den nördlichen Grenzkantonen ausgewiesen werden. — Der Ständerath hat gestern die Beeidigung seinee Mitglieder vorgenommen und den Gesandten von Obwalden, der nun ohne Vorbehalt kommt, zugelassen. Zu seinem Präsidenten wählte er an Furrers Stelle: Briatte von Lausanne, zum Vicepräsidenten Steiger aus St. Gallen. Der Nationalrath wählte zu seinem Präsidenten an Ochsendein's Stelle: Dr. Steiger von Luzern. Die Gesandten von Obwalden werden anerkannt. Franscini und Druey zeigen die Annahme ihrer Wahl in den Bundesrath an. — Die Berner Truppen haben den Kanton Freiburg verlassen. — 2000 Genfee Katholiken sprechen dem Nationalrath den Wunsch um Freilassung des Bischofs Marilley aus. — Der Vorort hat den sämmtlichen Ständen die Signalements der Mörder Lichnowsky's und Auerswald's mitgetheilt. Außerdem hat er sie aufgefordert, eine Steuersammlung für die vielen Schweizer zu veranstalten, welche bei den letzten Ereignissen in Wien Hab und Gut veeloren haben. Mit Spannung sieht man den Nachrichten von dee nördlichen Grenze entgegen, ob nicht bald die angedrohten „Entschließungen" der deutschen Reichsgewalt in's Leben treten. Man weiß noch nichts Sicheres; es verlautet, gestern sei eine Getreide- und Feuchtsperre angeordnet worden.

Tessin. Die N. Z. Z. bringt folgende Angaben über den Stand der italienischen Emigration in diesem Kanton: Am 4. Oktober wurden noch dem Wunsche der geehrten Herren eidg. Repräsentanten die im Kanton noch befindlichen Flüchtlinge mit Namen und Geschlecht aufgezeichnet und da ergab es sich, daß aus dee Lombardei noch 1451 Männer; 470 Frauen und 399 Kindee im Kanton Tessin sich befanden. Seithee und in Folge der unglücklichen Vorgänge im Intelvithale sind die Schaaren, welche sich bei den dortigen Aufständen betheiligten, weggewiesen worden; andere Flüchtlinge haben sich freiwillig entfernt. Bis zum 14. November verließen 532 Personen den Kanton. Gegenwärtig, obgleich das Eindringen der Oesterreicher in das Intelvithal und neue Verfolgungen in der Lombardei neue Flüchtlinge in den Kanton getrieben haben, beläuft sich die ganze italienische Emigration auf 1799 Individuen, worunter 443 Frauen und 417 Kindee.

Nordamerika.

Aus den Vereinigten Staaten brachte das Dampfboot Europa, welches am 20. Nov. zu Liverpool eintraf, die namentlich für die Verhältnisse zwischen Großbritannien und Nordamerika bedeutsame Nachricht, daß, nachdem am 7. die Präsidentenwahl begonnen, die bisher bekannt gewordenen Wahlergebnisse so überwiegend zu Gunsten Taylor's ausgefallen sind, daß seine Ernennung zum Präsidenten als vollkommen gesichee angesehen werden kann. Von dieser Seite her und soweit sich die Zukunft in menschlicher Weise überhaupt vorausberechnen läßt, hat man somit für den Weltfrieden wohl nichts zu fürchten, da Taylor ein Programm des Friedens aufgestellt hat. Ueberraschend ist jedoch, daß General Caß bis jetzt so unverhältnißmäßig wenige Stimmen im Lande erhalten hat, während man glauben durfte, es würde dem General Taylor der Sieg wenigstens nicht leicht gemacht werden. Die Gesammtzahl der Wahlstimmen aller Staaten beträgt 290, die unbedingte Majorität mithin 146. Nun hat aber, so weit die Wahlen am 8. Nov. in New-York bekannt waren, General Taylor bereits 131 Stimmen, General Caß erst 20 erhalten. Hier und da gab es, wie zur Zeit der Präsidentenwahl immer, lärmvolle Scenen; unter andern fielen in Baltimore, New-Orleans u. s. w. Rauschereien vor, bei denen Pistolenschüsse abgefeuert und mehrere verwundet wurden. In New-Orleans trieben es die Demokraten so weit, daß sie zum Schluß ihrer stürmischen Berathung ein Haus anzündeten und niederbrannten. — Die amerikanische Regierung hat durch einen Vertrag mit den Indianern in Wisconsin einen Anspruch auf ein Gebiet von 4 Millionen Acres erworben. — In St. Louis starb der bekannte General Kearney, welcher an der Spitze eines amerikanischen Heerhaufens im letzten Kriege die Operationen gegen die nordwestlichen Grenzen von Mexiko zu leiten hatte.

Aus Buenos Anees erfährt man, daß dee immer kurz angebundene Diktator Rosas dem sardinischen Geschäftsträger, der ihn irgendwodurch reizte, den Befehl ertheilte, das Land binnen 30 Tagen zu verlassen. In Montevideo fürchtete man, daß Oribe einen Sturm auf die Stadt versuchen möchte. Man hat die Franzosen um Beistand und Admiral Lepredour, dieser Bitte Gehör schenkend, ließ einige Schiffe näher der Küste eine Stellung nehmen, von wo aus sie den etwa angreifenden Feind beschießen können.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 25. November.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles übrige Geld.

5pCt. Metalliques 69⅛; 2½pCt. ditto 36½; Bankaktien fl. 1160; fl. 500. Loose 118½; fl. 250. Loose 79; Badische fl. 35. Loose 25¾; Hessische Rthlr. 40 Loose 25; Polnische fl. 500 Loose 68⅜; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40⅛; Berbach 64½; Köln-Minden 75; 3pCt. inländ. Span. 18⅛; 4½pCt. Württ. 92½; 4½pCt. Belg. 73; Holl. 2½pCt. Integrale 47¼.

Bei ziemlich beschränktem Geschäft erhielten sich die Course zumeist auf ihrem gestrigen Standpunkt. Nordbahn und Integrale waren in Rücksicht der höhern Notirungen in Berlin und Amsterdam zu bessern Preisen anzubringen.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kieffelbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und übereseische Länder wende man sich an C. L. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre D me de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 2. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird bei Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 314. **Frankfurt a. M., Montag 27. November.** **1848.**

Uebersicht.

Zwei Berichtigungen.

Deutschland. Olmütz (Militärische Feier. Die Eröffnung des Reichstags. Die ungarische Gesandtschaft.) Leipzig (Bevorstehende Todtenfeier für Blum.) Mannheim (Militärisches.) Oldenburg (Civilliste.) Schleswig (Schleswig und der dänische Reichstag. Ehrenerklärung. Abschließung der schleswig'schen Grenze.) Von der Insel Alsen (Dänische Absichten.)

Großbritannien. London (Melbourne's Tod erwartet. Sammlungen für die gestrandeten deutschen Auswanderer. Erklärung des Herzogs von Bordeaux. Das Kassationsgesuch O'Brien's und Genossen.)

Frankreich. Paris (Der bevorstehende parlamentarische Kampf. Rospoil's Candidatur. Die Salzsteuer noch beibehalten.) Frankfurt (Elsaß und Deutschland.)

Spanien. Madrid (Gerüchte von einer Ministerialveränderung.)

Portugal. (Legitimistische Verschwörung. Meuterei im Heer. Saldonho fordert seine Entlassung. Reaktion.)

Oesterreich. Monarchie. Brody (Die russische Grenzsperre.)

Italien. (Entwaffnung in Bologna. Rähres über den Mordversuch gegen den Herzog von Modena.)

Schweiz. Bern (Verhandlungen des Nationalrathes.) Tessin (Die sardinische Note an den Vorort.)

Neuestes.

An die Redaktion der Deutschen Zeitung!

Berichtigung. Wenn Ihr Reichstags-Berichterstatter*) in seinem Berichte übee die Sitzung vom 22. d. M. (Nro. 311 der Zeitung) die Behauptung ausspricht:

> Der volkswirthschaftliche Ausschuß habe in seinen Anträgen zum Artikel VII. wieder als Vertheidiger von Sonderinteressen sich dargestellt,

so kann man dieser Ansicht eben so viel oder eben so wenig Werth beilegen, als der sonst gewöhnlich gehörten Meinung: der Volkswirthschaftsausschuß wolle eine übertriebene Centralisation.

Wenn ferner Ihr Berichterstatter diesen Ausschuß als den Vertreter der Ideen und Bestrebungen des Südens von Deutschland betrachtet, so würde diese unerwiesene Behauptung mindestens keine Folge seiner Zusammensetzung sein, weil die Zahl der norddeutschen Abgeordneten im Ausschusse überwiegend ist.

Allein abgesehen von diesen allgemeinen Bemerkungen enthält jener Bericht einige thatsächliche Irrthümer, und falls Ihnen deren Berichtigung wünschenswerth scheint, bitte ich, diese Mittheilung in Ihr Blatt aufzunehmen.

1) Nicht der Volkswirthschaftsausschuß hat zum §. 34 den „überraschenden" Zusatz im Sinne des „Schutzes der Arbeit" gestellt, sondern ein Abgeordneter, der überdem nicht Ausschußmitglied ist.

2) Den Ausschußvorschlag zum §. 39

> „daß gewerbliche Patente nur von Reichswegen zu ertheilen seien"

hat keins der 30 sachkundigen Ausschußmitglieder in dem Sinne, wie Ihr Berichterstatter interpretirt, welcher darunter die preußischen Gewerbsscheine versteht.

Dazu kommt, daß von der Tribüne Herr Eisenstuck gerade das Gegentheil von Ihres Berichterstatters Mittheilung gesagt hat, indem Herr Eisenstuck darauf hinwies, daß der Ausdruck „gewerbliche Patente" deßhalb gerade gewählt sei, weil dadurch nicht nur die Erfindungs-Patente des Verfassungs-Ausschusses, sondern auch die gleich wichtigen Einführungs- und Verbesserungs-Patente, mit umfaßt würden.

3) Der Antrag des Volkswirthschafts-Ausschusses

> „die Reichsgewalt hat ein Bankerottgesetz für ganz Deutsch-
> „land zu erlassen"

ist eben so wenig aus Versehen hierher gerathen (wie Ihr Berichterstatter voraussetzt) als dieselbe Bestimmung „aus Versehen" in die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gerathen ist, in welchee sie bekanntlich sich befindet. — Wenn endlich Ihe Berichterstatter das Bankerottgesetz in die allgemeine Wechselordnung versetzen will, so ist allerdings dieser Vorschlag eben so neu als eigenthümlich.

Frankfurt a. M., 23. Nov. 1848.

Ein Mitglied des Volkswirthschafts-Ausschusses.

Frankfurt, 25. Nov. In Ihrer Nr. 311 findet sich ein Artikel aus Frankfurt, welchee dazu bestimmt ist, die Wirksamkeit des volkswirthschaftlichen Ausschusses bei der Nationalversammlung durch Unwahrheiten uno Entstellungen herabzusetzen und mich deßhalb veranlaßt, als Mitglied dieses Ausschusses, dessen Bildung auf meinen Antrag erfolgte, Sie um Aufnahme nachstehender, übrigens rein persönlicher Erwiderung zu bitten. Es ist zuvörderst eine grenzenlose, verletzende Anmaßung gegen die Nationalversammlung selbst, wenn Ihr Berichterstatter annimmt, daß der Ausschuß das Vertrauen der National-Versammlung nicht besitze, weil einige seiner Anträge verworfen wurden und deßhalb zu einer neuen Wahl auffordert. Die Versammlung wird schon selbst wissen, welchen Männern aus ihrer Mitte sie ihre Zustimmung zu schenken hat, und wird sich wohl hüten, auch für die materiellen Fragen des Volkes, welche nur von dem Boden dee Pearls und des Volkslebens selbst richtig zu beurtheilen sind, an die Kathederweisheit der Theorie das Wohl des Vaterlandes zu verkaufen und wenn sie das thut, so wird der Erfolg es zeigen, ob ihr das Vaterland Dank dafür weiß. Zudem hat es sich gerade bei der Entscheidung der materiellen Fragen auf entschiedene Weise gezeigt, daß sich die Majorität der Versammlung mit den Wünschen der Majorität außerhalb dee Paulskirche, welche zu vertreten sie doch berufen und verpflichtet ist, auffallend da in Widerspruch gesetzt hat, wo sie blindlings dem Kommandoworte einiger Professoren bei der Abstimmung gefolgt ist, ohne die Frage auch vom unbefangenen Standpunkte der bestehenden Verhältnisse zu prüfen. So hatten sich, neben einer Masse vorhergegangener Petitionen noch am Tage der Abstimmung über Art. V., die Flußschifffahrt betreffend, fast sämmtliche Handelskammern am Rheine und mit ihnen die Betheiligten an der Elbe entschieden für die Anträge des volkswirthschaftlichen Ausschusses zu §. 26 ausgesprochen, die eine unbedingte Befreiung der Ströme ohne Verclanfuirung und Hinterthüren und die einheitliche Verwaltung der Stromdauten durch's Reich ohne die seitherige Wirthschaft, wo ein Uferstaat dem andern zum Possen und Schaden baut, zur Geltung bringen wollten. — Der Verfassungsausschuß mußte aber seine hohle Phrase durchsetzen im direkten Widerspruche mit denen, die die Sache, welche sie unmittelbar berührte, jedenfalls besser verstanden, als wie Alle. Es ist ferner, was den volkswirthschaftlichen Ausschuß betrifft, eine gröbliche Verletzung der Wahrheit, wenn Ihr Berichterstattee sagt, die beiden Ausschüsse hätten „selbst übre die einfachsten Grundsätze der Zoll- und Handelseinheit Drutschlands" sich nicht einigen können oder wollen. Die Anträge unserrs Ausschusses, gestützt auf zahllose uns vorliegende Petitionen, waeen bereits unterm 20. Aug. dem Verfassungsausschusse vorgelegt, mit dem Ersuchen, sich darüber mit uns

*) Die Redaktion muß sich hier die Bemerkung erlauben, daß der fragliche Artikel keineswegs von ihrem Portamentskorrespondenten herrührt, sondern ein ihr eingesandtes, von ihr nicht weiter zu vertretendes Referat enthält, dessen Berichtigungen sie um so eher entgegen nimmt, als sie ihre Ansichten über die einschlagendrn Verhältnisse als bekannt voraussetzen darf.

zu vernehmen und wo möglich die abweichenden Ansichten zu ergänzen und auszugleichen. Der Verfassungsausschuß hat hierauf vornehm geschwiegen bis auf den heutigen Tag, und den volkswirthschaftlichen Ausschuß dadurch gezwungen, seine Ansichten nachträglich getrennt der Versammlung vorzulegen. Wem ein solches Verfahren unvereinbar mit den Pflichten der Nationalversammlung gegen das deutsche Volk, unstatthaft und anmaßend erscheint, der weiß wenigstens nach diesen Thatsachen, wen die Schuld des Zerwürfnisses trifft und bei wem sich derjenige Theil der Nation, welcher etwa später unter den gefaßten Beschlüssen zu leiden hat, dafür zu bedanken hat. Die Versammlung hat übrigens, was diese hochwichtige Frage betrifft, wohl begriffen, worum es sich handelt und deßhalb den §. 33, welcher in seinem ersten Satze klar den Grundsatz ausspricht, der hier entscheidet, genau nach dem Vorschlage des volkswirthschaftlichen Ausschusses angenommen. Weiter ist es eine Unwahrheit, wenn Ihr Berichterstatter sagt, der Ausschuß habe zu §. 34 nachträglich einen Antrag, daß „Schutz der Arbeit" Grundlage der Zollgesetzgebung sein solle, hereingeschleudert — hier herein, wohin er gar nicht gehört haben würde — es ist ein solcher Antrag nur in dem Hirne Ihres Berichterstatters vorhanden gewesen, wird aber, wie ich hoffe, von einer oder der andern Seite bei der zweiten Lesung der Grundrechte da gestellt werden, wohin er gehört, und wo ihn eine ungeheure Majorität des Volkes jetzt mit Ungestüm verlangt, aufgeregt durch das wilde und intriguante Treiben einer gewissen Partei, welche in neuester Zeit unter der Leitung englischer und französischer Emissäre gar zu gern dem guten Deutschen begreiflich machen möchte, daß der deutsche Arbeiter ein Narr ist, wenn er auch täglich Rostbeef verlangt, wie sein englischer Berufsgenosse.

Ob sich Deutschland dafür bedanken wird, daß in Zukunft nach den vorläufig zum Beschlusse erhobenen Anträgen des Verfassungsausschusses statt der ersehnten, gleichmäßigen und vernünftigen Postverwaltung durch Deutschland neben Thurn und Taxis und allen Einzelverwaltungen auch noch eine Reichspost auf den deutschen Straßen sich bewegen wird, ob der Gewerb- und Handeltreibende jubeln wird, wenn er gewahr wird, daß das einfachste Bedürfniß des Bundesstaates — die Einheit der Münze — nach wie vor eine Phantasie bleibt, mit dem einzigen Unterschiede nur, daß neben den 34 Gepräges großer und kleiner Silberstücke zum Ueberfluß hinführo auch noch eine Reichsmünze im Lande herumklimpert, — ob man, meine ich, sich freuen wird über diese Vervielfältigung an allen Orten, da, wo die Einheit von 45 Millionen erwartet und tausendmal von der Tribüne herunter gepredigt worden ist, das möge die Zukunft entscheiden. Soviel steht fest, daß der schlichteste Gewerbsmann außerhalb der Paulskirche den Unterschied zwischen einem „gewerblichen Patente" — für eine einheitliche deutsche Patentgesetzgebung, welche nicht den Erfinder allein, sondern auch die Einführung und Verbesserung schützt, hat man seit Jahrzehnten schon von allen Seiten gekämpft — und einem „preußischen Gewerbescheine" besser versteht, als Ihr gelahrter Berichterstatter, und daß die Heiterkeit, welche einen Theil der Versammlung ergriff, als der hochwichtige Antrag zur Abstimmung kam, übereinstimmend mit der nordamerikanischen Verfassung, es der Reichsgewalt zur Pflicht zu machen, ein allgemeines Bankrottgesetz für Deutschland zu erlassen, auf welches der deutsche Gewerbe- und Handelsstand mit Schmerzen harrt, durch das bittere Witzspiel eines Mitgliedes hervorgerufen wurde, welcher sagte, die gelehrten Staatskünstler haben das neue Deutschland schon bankrott gemacht, es bedarf keines Gesetzes mehr!

Bernhard Eilenstuck.

Deutschland.

△ **Ollmütz**, 20. Nov. Wir haben heute hier ein Schauspiel genossen, das ziemlich stark an das berüchtigte Fest erinnerte, welches einst die Gardes du corps Ludwig's XVI. dem Regiment Flandern im Ballspielhausfaale des königl. Schlosses in Versailles bereiteten. Es trof nämlich ein Batoillon des Infanterie-Regiments Großfürst Michael auf seinem Maesche von Lemberg nach Prag hier ein und wurde im Bahnhofe von der Generalität und dem hiesigen Offiziercorps festlich empfangen. Bei'm seöhlichen Klange dreier Militärmusikbanden zog es dann in die Stadt, um sich hier vor dem erzbischöflichen Palaste in Schlachtordnung aufzustellen. Se. Majestät, von einer glänzenden Suite umgeben, musterte es hier und ging durch die geöffneten Reihen desselben unter zahlreichen Eljenrufen der Mannschaft. Der Monarch äußerte sich sehr beifällig über die Haltung des Regiments, welches dann in mehrere Kasernen abmarschirte, um an einigen Monstretafeln mit Speise und Trank erquickt zu werden; nebstdem erhält noch jeder Soldat eine dreitägige Gratislöhnung. Dieser überaus festliche Empfang hat einen tiefern politischen Zweck; das Regiment Michael ist nämlich eins von den wenigen ungarischen Regimentern, deren Treue zum Könige noch unerschütterlich steht, obwohl der Grund hiefür sehr leicht zu finden ist, indem es größtentheils aus Bewohnern des nördlichen Ungarns, die bekanntlich in der Mehrzahl Slowaken sind, zusammengesetzt ist. Trotzdem hielt man es für nöthig, ihm einen festlichen Empfang zu bereiten. Die Eröffnung des Reichstags in Kremsier findet übermorgen am 22. bestimmt statt; wer von Seiten der Krone dazu auserkoren ist, darüber schweben wie noch im Dunkeln. Einige wollen wissen, daß es sehr wahrscheinlich vom Monarchen selbst geschehen dürfte. Von der, von mehreren Blättern schon erwähnten Friedensgesandschaft der Ungarn an den Hof hier, ist bis jetzt noch Niemand eingetroffen und ich halte die ganze Sache für eine bloße Erfindung eines müßigen Kopfes. So eben werden durch Maueranschläge zu einem feierlichen Pontificalamte in der Domkirche, wobei Se. Erzbischöfliche Gnaden selbst fungiren wird, auf Wunsch Ihrer Majestäten alle „Christgläubigen" der Stadt eingeladen, um mit ihnen vereint die Gnade des heiligen Geistes für die hohe Reichsversammlung in Kremsier zu erflehen, im Bewußtsein, „daß alle Erleuchtung von Gott und alle Weisheit von oben kommt." Mangel an Frömmigkeit ist wohl das Wenigste, über was man bei unserem Hofe klagen kann und der Einfluß der frommen Beichtväter und Geistlichen nichts weniger als geschwunden, ja in steigendem Zunehmen begriffen. Daß wir bei solchen Verhältnissen für unsere österreichische Freiheit kein sehr erfreuliches Prognostikon stellen können, ist sehr leicht erklärlich.

§ **Leipzig**, 23. Nov. Die Todtenfeier für Blum wird, während schon mehrere andere Städte sie begangen haben, hier in seiner Heimath erst Sonntag den 26. in der Kirche Statt finden. Der Grund der Verzögerung liegt darin, daß die Behörde die Erlaubniß nur für den Vormittag geben wollte, während sich die Vaterlandsvereine die fünfte Abendstunde erlesen hatten, wo sich dann die Feier leicht durch einen nächtlichen Krawall verlängert haben würde. Wenn man auch mit seiner politischen Richtung größtentheils nicht einverstanden gewesen ist, wird man doch bedauern, wie seine nächsten Anhänger sein Andenken verunehren, indem sie ihn zum Schutzheiligen nächtlicher Ruhestörer und zum Vorbilde aller Kämpfer für das Faustrecht machen. Dieser Ruhm muß ja zerschmelzen, je mehr in Deutschland die politische Bildung Wurzel faßt, und es wird nichts davon übrig bleiben, wenn man nicht Blum's bessere Seiten im Gedächtniß zu erhalten bemüht ist.

☾ **Mannheim**, 24. Nov. Wie sehr ich recht hatte, als ich Ihnen vom Oberlande scheib, daß es noch nicht ruhig war, werden Sie nun selbst noch den offiziellen Artikeln der „Karlsr. Ztg." zugestehen müssen. Vom Kriegsministerium aus wurde daher auch der Erlaß gegeben, daß nur zuverlässige Leute und nur in dringenden Fällen in Urlaub gelassen werden sollen. Es läßt sich nicht läugnen, daß wir über einem Krater stehen, welcher jeden Augenblick loszubrechen droht. Die Zeit hat seit den Monaten der Bewegung ihre einwirkenden Männer gewechselt, so wenigstens hier sehr auffallend; die Männer, welche damals in den Augen der Menge alles galten, sind hier jetzt wenig mehr von Einfluß. Es sind andere an ihre Stelle getreten, zwar entschiedener in Vollführung des Volkswillens, ob aber auch im entscheidenden Augenblicke besonnen genug, das ist eine andere Frage. — Unsere Regierung soll doch daran sein, eine allgemeine Wehrpflicht einzuführen und die Stellvertretung aufzuheben.

* **Oldenburg**, 22. Nov. Das Ministerium hat unerwarteter Weise gestern dem Landtage den Antrag gestellt: „Wenn über den Betrag der Civilliste eine Vereinbarung nicht zu Stande komme, solle die Entscheidung einem zu vereinbarenden Schiedsgerichte oder dem Staatsgerichtshofe überlassen werden." Dieser Antrag ist in der heutigen Sitzung einstimmig verworfen worden.

Schleswig, 19. Nov. Nachrichten, denen wir Glauben schenken dürfen, zufolge hat es nun endlich dem General Hansen gefallen, die dänischen Posten, die noch diesseits des Alsener Sundes standen, zurückzuziehen. (A. M.)

Digitized by Google

** **Schleswig**, 20. Nov. Der kürzlich zusammengetretene dänische Reichstag steht zu der Aufgabe, die er sich gestellt hat, in einem höchst eigenthümlichen Verhältniß. Er behauptet die staatsrechtliche Einheit des Herzogthums Schleswig mit dem Königreich Dänemark. Die Verfassung, welche er mit der Krone vereinboren soll, soll gemeinschaftlich sein für Dänemark und Schleswig. In diesem Sinne ist auch der ihm vom Ministerium vorgelegte Verfassungsentwurf gehalten. Aber es stellt sich der Lösung dieser Aufgabe eine unübersteigliche Schwierigkeit entgegen. In der dänischen Reichsversammlung sitzt kein schleswiger Abgeordneter. Wie soll nun dort eine auch für das Herzogthum Schleswig gültige Verfassung ohne Mitwirkung der Schleswiger zu Stande kommen? Es ist natürlich, daß diese Frage sich gleich beim Eingang in die Berathungen und vor der Verhandlung über die Verfassung selbst dem Reichstag entgegenstellen mußte. Es hat diese Schwierigkeit Veranlassung gegeben zu einer nicht uninteressanten Verhandlung, die in den letzten Sitzungen des Reichstags geführt ist, über den Vorschlag Krieger's, die Verhandlung über den Verfassungsentwurf vorläufig auszusetzen, bis auch schleswig'sche Abgeordnete an dem Reichstage würden Theil nehmen können. Der Antrag ist mit großer Majorität, mit 100 gegen 47 Stimmen abgelehnt, und die Versammlung hat dagegen beschlossen, sofort die Berathung der Verfassung zu beginnen. Es stellt sich nunmehr die Sache für Schleswig so: In der deutschen Reichsversammlung, an der die schleswig'schen Abgeordneten Theil nehmen, hat man die Mäßigung bewiesen, die Entscheidung über die definitive Stellung Schleswigs zum deutschen Reiche vorläufig auszusetzen, weil man während des Waffenstillstandes keinen dem Frieden präjudicirlichen Beschluß fassen will. Auf dem dänischen Reichstage dagegen, an welchem kein schleswig'scher Abgeordneter Theil nimmt, beschließt man, eine Verfassung zu berathen, die den Anspruch macht, auch für Schleswig Gültigkeit zu haben. In praktischer Anwendung ist inzwischen in Schleswig, wenn auch nur provisorisch, und „ohne Präjudiz für den Frieden" das von der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung angenommene Staatsgrundgesetz für die Herzogthümer Schleswig-Holstein. Diese Gegenüberstellung gibt ein klares Bild der sich seit lange entgegenstehenden Ansprüche, von denen es noch ungewiß ist, ob sie in einem baldigen Frieden eine zufriedenstellende Lösung finden werden, oder ob ihre Entscheidung von Neuem der Schärfe der Waffen anheimgegeben werden muß. Die Verhandlung über den Krieger'schen Vorschlag, wegen Aussetzung der Verfassungsberathung, läßt einen deutlichen Blick thun in die gegenwärtigen Ansichten der Dänen über die vorliegende Frage. Die Redner für die sofortige Behandlung der Verfassungssache und für ihre baldmöglichste Beschließung erklären: man müsse, auch ohne Schleswig, für das Königreich sobald als möglich eine Verfassung begründen, man müßte den günstigen Augenblick ergreifen, indem man fürchten müsse, daß die nächste Zeit der Freiheit minder günstig sein könne; auch um die Schleswiger nach Dänemark hinüber zu ziehen, sei die Annahme einer Verfassung das richtige Mittel; seit langer Zeit sei das dänische Königsgesetz ein stärkeres Trennungsmittel zwischen Jütland und Schleswig gewesen, als die Königsau je sein könne (man erkennt also doch an, daß das Königsgesetz nie in Schleswig gegolten habe); es sei politisch klug, diesen Stein des Anstoßes zu entfernen, und durch eine freie Verfassung, die man den Schleswigern anbiete, diese zu Dänemark hinüber zu ziehen. Ein Redner meinte, das dänische Volk müsse den stolzen Muth der Römer haben, die, als Hannibal sie geschlagen hatte und vor Roms Thoren stand, die Grundstücke, auf denen das feindliche Heer lagerte, in öffentlicher Auktion feilboten und gut bezahlt erhielten; so müßten auch die Dänen, wenn auch jetzt Schleswig in feindlichen Händen sei, keinen Schritt von ihren Ansprüchen auf die Eidergrenze zurückweichen und im festen Vertrauen auf den Sieg ihrer gerechten Sache die Verfassung für Dänemark und Schleswig in Berathung nehmen. Dagegen wird von der anderen Seite geltend gemacht, man dürfe die Schleswiger nicht von der Theilnahme an der Berathung ausschließen. „Schleswig," sagt ein Redner, „treibt umher wie eine schwimmende Insel, und ob es mit Dänemark oder mit Deutschland zusammenhängen soll, das ist gerade die Frage. Ob wir jetzt in diesem Augenblicke, da die Nordschleswiger nahe daran sind, den Muth zu verlieren, vor ganz Deutschlands Augen eine Verfassung für Dänemark annehmen, ohne Schleswigs Theilnahme, oder ob wir im Vertrauen auf unser gutes Recht den Muth haben, ein großes Opfer zu bringen und die Verfassungsangelegenheiten um der Schleswiger willen für aufgeschoben erklären, das wird vielleicht entscheidend für Schleswigs Schicksal sein." Die Differenz ist offenbar diese: die Einen wollen Schleswig durch eine freie dänische Verfassung erobern; die Anderen wollten keine Verfassung ohne Schleswig, und wollen deshalb erst Schleswig erobern, ehe sie eine Verfassung begründen. An ein Nachgeben in der schleswigschen Sache denkt noch Niemand; aber in dem Siege der ersteren Ansicht glauben wir doch eine Niederlage der fanatischen Eiderdänen zu erblicken. Auch kommen schon manche Aeußerungen in den Verhandlungen vor, die einen Anfang einer richtigen Erkenntniß der Lage der Dinge bei einzelnen Dänen durchschimmern lassen. So äußert der Abgeordnete Hammerich: „es sei auch die Ansicht aufgestellt, daß Schleswig als ein besonderer Unionsstaat, getrennt von Dänemark und von Deutschland in der Mitte zwischen Beiden bestehen könne; aber dann würde Schleswig, wenn auch nicht in Einem Jahre, doch in wenigen Jahren ein deutscher Staat sein; das sei ganz gewiß, da die ganze höhere Bildung und der Beamtenstand in Schleswig deutsch sei." Wir sollten denken, daß, wenn die unläugbare Wahrheit dieser Ansicht sich in Dänemark Bahn bricht, man zugleich einsehen müßte, daß diese ganze höhere deutsche Bildung Schleswigs erdrückt sein müßte, ehe Schleswig nach Dänemark hinüber gezogen werden kann; wir sollten denken, daß diese Einsicht die Dänen geneigter machen müßte, den Deutschen, mit denen sie doch so manche höhere politische Interessen gemein haben, mit nachgiebigeren Vorschlägen entgegenzukommen oder auf die von unserer Seite gemachten einzugehen. Wir glauben, daß die Zeit des Waffenstillstandes von beiden Seiten benutzt werden sollte, um auch außer dem Gebiete der Diplomatie in der öffentlichen Diskussion eine Vermittelung zu versuchen. Das Richtigste scheint uns immer, in einer so sehr von allen Seiten verwickelten Sache es auf die freie Entscheidung der Schleswiger selbst ankommen zu lassen; wir werden auf einen derartigen Vorschlag demnächst näher einzugehen versuchen.

** **Schleswig**, 20. Nov. In Nro. 303 der Deutschen Zeitung vom 14. d. M. wird aus Schleswig-Holstein von einer Adresse an Lord Palmerston berichtet, die in Schleswig vorbereitet werden soll und die dahin gerichtet wäre, daß beim Friedensschluß, selbst auf die Gefahr einer Trennung Holsteins von Deutschland, die beiden Herzogthümer ungetheilt zusammen bleiben mögen. Zur Ehrenrettung der Schleswiger müssen wir erklären, daß diese bereits in Hamburger Blättern mehrfach erwähnte und mehrfach widerlegte Geschichte eine gänzlich grundlose Erfindung müßiger Köpfe ist. Es ist hier nie daran gedacht worden, eine Adresse an Lord Palmerston zu richten; noch viel weniger wird man hier jemals darauf antragen, daß Holstein in irgend einer Weise vom deutschen Reichsverbande getrennt werde. Man will hier einen einigen untheilbaren Staat Schleswig-Holstein als Theil des deutschen Staatsverbandes; läßt sich dies nicht ganz erreichen, so würde man hier am leichtesten darin willigen, daß ein Stück des nördlichen Schleswig an Dänemark abgetreten wird; aber um den Preis des ungetheilten Zusammenbleibens beider Herzogthümer auf eine Lockerung des Verhältnisses Holsteins zu Deutschland hinzuwirken, das fällt Niemanden ein und wer das thun wollte, würde von jedem Schleswiger als ein Verräther an Holstein und an Deutschland betrachtet werden.

Schleswig, 21. Nov. Der mörderische Ueberfall des dänischen Officiers aus Ripen auf den Hordesvogt Ahlmann wird dem Vernehmen nach zu einer militärischen Abschließung der schleswig'schen Gränze führen. (S. H. Z.)

Von der Insel Alsen, 20 Nov. Nachfolgendes ministerielle Schreiben, das uns zufällig zu Gesichte gekommen, zeigt zu deutlich die Ansichten des dänischen Ministeriums über die allein berechtigte Regierung in den Herzogthümern, als daß wir ein Bekanntwerden desselben nicht auch für ein größeres Publikum von Interesse halten sollten. „Die in Folge der Malmöer Konvention und späterer Uebereinkunft durch den Kommissär Sr. Maj. des Königs und den Kommissär der provisorischen deutschen Centralgewalt am 22. Oktober d. J. eingesetzte gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein hat durch ihre Bekanntmachung vom 22. Oktober, betreffend die seit dem 17. März d. J. erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungs-Maßregeln, gleich Anfangs einen gleichlautenden Protest gegen diese Bekanntmachung Seitens beider Commissäre hervorgerufen. Die Regierung Sr. Majestät des Königs hat

Digitized by Google

sich außerdem durch das konventionswidrige Verfahren gedachter Regierung veranlaßt gesehen, gegen das ganze Verfahren derselben zu demonstriren, und hat endlich die bestimmte und unumwundene Erklärung von derselben verlangt, daß sie alle diejenigen Schritte, welche gegen den Wortlaut und Sinn der Waffenstillstands-Konvention verstoßen, zurücknehmen, in Zukunft aber vollkommen in Uebereinstimmung mit den Bedingungen des Waffenstillstandes administriren wolle. Sollte diese gemeinsame Regierung auf dieses Verlangen der k. Regierung nicht eintreten, so wird Se. Majestät der König sich genöthigt sehen, da die Malmöer Waffenstillstands-Convention und die später zwischen Deutschland und Dänemark wegen der Personen gedachter Regierung getroffenen Vereinbarungen die einzige rechtliche Basis ihrer Existenz und ihrer Macht bilden, die gemeinsame Regierung, weil sie selbst der Waffenstillstands-Convention zuwiderhandelt, und dadurch die Basis ihrer rechtlichen Existenz selbst vernichtet, für eine insurrectionelle zu erklären und somit jeden Verkehr mit derselben abzubrechen. Aus dieser Darstellung der Sachlage wird es klar, daß die schleswig'schen Unterthanen weder zur Zahlung der von der provisorischen Regierung ausgeschriebenen, auch jetzt noch durch die gemeinsame Regierung eingeforderten Kriegssteuer verpflichtet sein können, noch überhaupt der gemeinsamen Regierung Gehorsam zu leisten schuldig sind, bis gedachte Regierung die von der k. dän. Regierung an sie gestellten billigen und gerechten Forderungen vollständig wird erfüllt haben." Wenn auch dieses Schreiben noch aus dem jetzt abgetretenen Ministerium herrührt, so ist doch, nach den Aeußerungen des Präsidenten des neu eingetretenen Ministeriums, zu erwarten, daß dasselbe mit den darin ausgesprochenen Ansichten vollkommen übereinstimme.

Großbritannien.

London, 22. Nov. „Globe" und „Daily News" melden übereinstimmend, daß Lord Meldourne hoffnungslos darniederliegt. Obschon sich sein Zustand am 16. Nov. ein wenig besserte, hatte man doch keine Hoffnung, sein Leben länger als eine Woche hinzufristen.

Von den deutschen Auswanderern, die am 14. mit dem Schiff Burgundy strandeten, wurden neunundneunzig in Harwich an's Land gesetzt. Man veranstaltete für die Unglücklichen, die nichts retteten, als was sie am Leibe trugen, sofort Sammlungen; dasselbe geschah, auf ein Schreiben des Mayors der Stadt, F. Hales, in Colchester, wo unter andern auch in vier Kirchen gesammelt und in kurzer Zeit 50 Pf. zusammengebracht wurden, ferner in Ipswich u. s. w., so daß man hofft, sie für die Ueberfahrt nach New-Orleans mit dem Nothwendigsten ausrüsten zu können. Je mehr man die Engländer im Allgemeinen der Gleichgültigkeit gegen fremde Noth beschuldigt, um so mehr verdient diese Freundlichkeit gegen unsere unglücklichen Landsleute als dankenswerthes Beispiel drittischer Mitthätigkeit rühmend hervorgehoben zu werden.

Die „M. Post" veröffentlicht eine vom Herzoge von Bordeaux oder in seinem Sinn und Geist an die Franzosen erlassene Ansprache, die viele schöne legitimistische Redensarten, sonst aber wenig politisch Bedeutsames enthält, aber doch für die Partei, die nichts vergißt und nichts dazu lernt, immerhin charakteristisch ist. Unbekümmert um Alles, was inzwischen vorgefallen ist, spricht Heinrich V. (oder Namens desselben der Anfertiger des Programms) von dem ihm „von Gott schon bei der Geburt aufgedrückten und unauslöschlichen Stempel des legitimen Königthums", er „seufzt" über das Unglück seiner „Unterthanen", aber er verschwört sich nicht, er macht keine gemeinsame Sache mit Abenteurern; wenn er nach Frankreich zurückkehre, so werde dies nicht in Folge einer Eroberung, eines Sieges geschehen, „es werde nur ein Familienvater sein, welcher nach langem Exil zu seinen verstoßenen Kindern zurückkehrt, um sie in ihrem Unglück zu trösten und ihre Wunden zu verbinden; bereits lasse sich ja an gewissen Anzeichen eine heilsame Ermüdung in Folge der Anarchie spüren." Die Royalisten, heißt es weiter, müßten alle ihre Anstrengungen vereinigen, wenn Europa nicht von Grund aus aufgewühlt und in die alte Barbarei wieder zurücksinken solle, das Heil für Frankreich liege nur „in der Zurückführung der konservativen Grundsätze der Vergangenheit, die der Ruhm und das Glück der Ahnen gewesen; seit drei Generationen seien nun so viele Institutionen zu Grunde gegangen und es blieben nur Moral und Gerechtigkeit übrig, die wiederherzustellen der Prinz um so mehr berufen sei, da die Erziehung des Unglücks ihn mit den geeignetsten Mitteln und Eigenschaften dazu ausgestattet habe." Mit dieser Empfehlung nimmt Heinrich V. von seinen „Kindern" und „Unterthanen" Abschied.

Am 27. Nov. erschienen die in Clonmel verurtheilten irischen Verschwörer Smith O'Brien und Genossen vor der Queen's Bench in Dublin, um sich über die von ihnen angebrachte Nullitätsklage (writ of error) vernehmen zu lassen. Die weitere Prozedur wurde bis zum folgenden Dienstag ausgesetzt. Ihr Kassationsgesuch gründet sich bekanntlich darauf, daß man unterlassen hat, ihnen zehn Tage vor dem Prozeß eine Liste der Belastungszeugen und der Geschwornen, wie vorgeschrieben ist, vorzulegen. Es ist möglich, daß, bei der staeren Förmlichkeit der Engländer in Rechtssachen, die Schuldigen durch diese Hinterthüre entschlüpfen und gänzlich freigesprochen werden. Bei dem überaus verwickelten englischen Gerichtsverfahren in solchen Prozessen kann es dem erfahrensten Rechtsgelehrten geschehen, gegen irgend eine der unzähligen Vorschriften zu verstoßen. Das Publikum der Hauptstadt zeigte übrigens für die Schuldigen nur geringe Theilnahme.

Frankreich.

* **Paris**, 23. Nov. Die Spannung und Aufregung, womit der Ausgang des Sonnabend bevorstehenden parlamentarischen Kampfes erwartet wird, wirkt nachtheilig auf alle Geschäfte. Cavaignac's Gegner verbreiten bei der leichtgläubigen Menge immer mehr das Gerücht von einem auf den 26. bevorstehenden Staatsstreich, obgleich der General sowohl als Hr. Dufaure dasselbe im Conferenzsaale der Nationalversammlung für ein abgeschmacktes Mährchen erklärten. Man ist nicht unbesorgt vor Ruhestörungen. Herr Marie, der heute schon hier eintraf, nahm seinen Platz neben dem General wieder ein, was unter den vorliegenden Umständen von Bedeutung ist. 26 Mitglieder des Abgeordnetenklubs des Instituts, worunter Buchez, Armand Marrast, Dupont de l'Eure und Lichtenbergee, sind aus Unzufriedenheit mit dem Betragen der ehemaligen Mitglieder der Executivkommission ausgetreten. —

Der Finanzminister theilte heute der Nationalversammlung mit, daß die Salzsteuer erst mit dem 1. April 1850 um $\frac{2}{3}$ herabgesetzt werden könne. Der Herzog von Sotomayor zeigte, wie der Moniteur meldet, dem General Cavaignac im Namen der Königin von Spanien die Geburt einer Tochter der Herzogin von Montpensier an.

Der sozialistische Klub des Saals Montesquieu hielt gestern Abend eine Sitzung, der wenigstens 10,000 Personen beiwohnten, die Straße Montesquieu und alle angrenzenden Straßen waren voll Menschen und die Circulation war ganz unterbrochen. Mit überwiegender Mehrzahl wurden die Kandidaten Raspails proklamirt und Ledru-Rollin für einen Bourgeois und Feind der Socialisten erklärt. —

00 **Frankfurt**, 19. Nov. Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß die zweihundertjährige Feier der Vereinigung des Elsasses und die Umgestaltung Deutschlands in dasselbe Jahr fallen. Von diesem Ruhe- und Wendepunkt aus mögen wir wohl mit Recht einen Blick auf die Vergangenheit des Elsasses seit 1648 und auf seine Gegenwart werfen, ohne die dunkle Zukunft weiter anzudeuten, als aus Thatsachen hervorgeht. Wir betrachten zuerst den gegenwärtigen Stand der deutschen und französischen Nationalität im Elsaß und dann die Beschwerden, welche in materieller, politischer und religiöser Beziehung die Elsässer gegen Frankreich zu erheben haben. Um alle Täuschungen des Patriotismus zu vermeiden, werden wir in erster Rücksicht nur authentische Zahlen anführen und im Allgemeinen einen Franzosen und Hauptbeförderer der Französirung des Elsasses reden lassen. — Was zuerst den Volksunterricht betrifft, so stehen die beiden Schullehrerseminare ganz unter der Leitung französisch denkender Direktoren, die dem Deutschen abhold sind und nebst den Inspektoren der Volksschulen darauf hinwirken, daß immer mehr französisch und weniger deutsch getrieben werden soll. Dennoch behauptet auf dem Lande in den Schulen, obgleich man sogar in manchen Kleinkinderbewahranstalten mit der französischen Sprache anfängt, das Deutsche sein Uebergewicht und der leichte Firniß französischer Sprachkenntniß geht in dem späteren deutschen Volksleben wieder verloren.

In den Stadtschulen ist auch bereits die französische Sprache vorherrschend und das Deutsche auf einen magern Spezialkursus beschränkt, aber wie lange sprach man nicht auch in Deutschland deutsch, ehe man die Sprache in den Schulen grammatisch lehrte

und ohne das Bildungsmittel klassischer Schriftsteller zu haben? In den Gymnasien, seit einigen Jahren auch in dem Straßburger, wird das Deutsche, wie in den Stadtschulen, als Nebensache behandelt. An der Hochschule werden alle Vorlesungen in französischer Sprache gehalten, nur an der lutherisch-theologischen Fakultät finden die Vorlesungen über praktische, systematische und exegetische Theologie in deutscher Sprache statt. Unter der Leitung der Professoren Reuß und Cunitz besteht seit 20 Jahren ein Verein von Studirenden der Theologie, mit Lesezirkel und gegenseitiger Mittheilung seiner Arbeiten, welcher mit dem Fortgang der deutschen Theologie vollkommen Schritt hält, und dessen Mitglieder auch nach dem Abgang von der Hochschule noch in Verbindung bleiben. (Vergl. Jen. Lit. Ztg. 1848. Zahl 248.)

Die Zeitungen, welche zu Straßburg, Kolmar, Mülhausen und einigen andern Orten erscheinen (z. B. Elsässer Republikaner, Niederrheinischer Kurier) sind sämmtlich in beiden Sprachen verfaßt, nur der in Mülhausen erscheinende Industriel ist blos französisch. Volkskalender erscheinen sechs deutsche und zwei französische. Die beiden Kirchen- und Schulblätter, das protestantische und katholische, welche in Straßburg erscheinen, sind bloß deutsch. In Straßburg sind an sieben Kirchen des Augsburger Bekenntnisses 25 Prediger angestellt, von denen nur Einer französisch predigt. An der reformirten Kirche daselbst sind zwei Prediger, von denen einer zuweilen auch französisch predigt. In Kolmar sind vier Prediger, von denen einer in beiden Sprachen, die andern drei nur deutsch predigen. In Mülhausen sind vier Pfarrer, drei an der deutschen Kirche, einer an der französischen. Auf dem Lande wird in allen evangelischen Gemeinden ausschließlich deutsch gepredigt. Vor Gericht wird Alles in französischer Sprache verhandelt, doch sind Dolmetscher angestellt, um die Aussagen solcher Zeugen, die des französischen unkundig sind, zu übersetzen. Vor dem Friedensgerichte ist die deutsche Sprache meist vorherrschend. Die öffentlichen Ausrufer tragen ihre Bekanntmachungen in den Städten in beiden Sprachen, auf dem Lande bloß deutsch vor. Aushängeschilder an Privat-Gebäuden sind meist in beiden Sprachen, an öffentlichen Gebäuden nur französisch beschrieben. Im Rathe der Gewerbsständigen (prudhommes) wird durchgängig in deutscher Sprache verhandelt. — Die oben erwähnte Klage von Hallez-Claparide lautet: „Das Deutsche ist auf dem platten Lande fast die einzige Sprache; die Anzeigen, Zeitungen und die Verhandlungen der öffentlichen Behörden haben stets die deutsche Uebersetzung zur Seite, sonst würde man sie nicht verstehen. In deutscher Sprache berathschlagen die Stadträthe; die gerichtlichen Verhandlungen müssen fast immer in's Deutsche übersetzt werden, und selbst den Katholiken wird deutscher Religionsunterricht ertheilt, den Protestanten aber, welche mehr als ein Drittheil der Bevölkerung ausmachen, ist die deutsche Sprache, als die Luthers, besonders theuer. Die Bibel ist ihre Grammatik. Bis jetzt (1845) haben die Bemühungen, der französischen Sprache im Elsaß Eingang zu verschaffen, nur sehr wenig bemerkbare Erfolge gehabt. Ein Drittel der Schuldirigen (Maires) des Elsasses kann nicht französisch schreiben, und ein Sechstel versteht die Sprache nicht einmal. Welchen Einfluß die Sprache aber auf die Nationalität ausübt, davon nur ein Beispiel. Als der Pariser Friede 1815 von dem Weißenburger Bezirke sechs Kantone abtrat, um sie mit Baiern zu vereinigen, bewirkte die Gemeinschaft der Sprache eine so schnelle Verschmelzung, daß nach einigen Jahren die Löthung nicht mehr zu bemerken war, und daß Bevölkerungen, welche seit 168 Jahren zu Frankreich gehört hatten, die Erinnerung daran völlig verloren haben. Ursachen der behaarlichen Dauer der deutschen Sprache im Elsaß sind, daß das Elsaß wenigre durch den Rhein von Deutschland, als durch die Vogesen von Frankreich geschieden ist, daß es an's deutsche Sprachgebiet von drei Seiten: Rheinbaiern, Baden, Schweiz angrenzt. Vergebens hat man im Elsaß Elementar- und Bürgerschulen errichtet und Mittel bewilligt, um französische Bücher zu verbreiten. Die Lehrer sind größtentheils Elsässer, die das Französische mit Mühe gelernt haben und es mühsam lehren. Es ist für sie eine todte Sprache, wie das Lateinische. Andererseits werden die Schulen zu wenig von Mädchen besucht und diese müßten, wegen des großen Einflusses der Frau auf die Familie, das Französische ganz besonders lernen. Der Knabe wird Mann, erlernt ein Gewerbe, tritt in den Staatsdienst oder in's Heer; — so lernt er Französisch, aber, an seinen heimathlichen Heerd zurückgekehrt, findet er die deutsche Sprache als die alleinherrschende und vergißt, was er gewußt." Als das Elsaß 1648 mit Frankreich vereinigt wurde, blieb seine Nationalität unangetastet; es genoß den Vortheil, statt eines zerstückelten, einem verfallenen, zum Spott der Welt gewordenen Reiche angehörenden Gebietes der Theil eines mächtigen Staates zu werden. Der Provinzialverband blieb, die Franzosen selbst nannten die Elsässer „Allemands." Die Bewohner, besonders das weibliche Geschlecht der mittleren und niederen Klassen, behielten ihren Nationaltracht, Straßburg hatte seine deutsche Universität und lebhafte Verbindungen mit der deutschen Literatur und Wissenschaft, zu der es selbst zahlreiche Beiträge lieferte. Noch 1788 wurden Straßburger Verordnungen unter dem Stadtwappen und in deutscher Sprache erlassen, und bloß „Meister und Rath der Stadt Straßburg" unterzeichnet. Selbst in den höheren Klassen waren die Altbürger und die französischen Beamten gesellig geschieden und der Bauer blieb vom französischen Wesen ganz unberührt. Es kam, gerade als, wie wir aus Göthe's Leben wissen, der geistige Verkehr Straßburgs mit Deutschland in schönster Blüthe stand, der 4. August 1789, der für das Elsaß wichtiger war, als für die übrigen Provinzen Frankreichs, denn es handelte sich für das Elsaß darum, mit den verderblichen Resten des Lehnswesens zugleich die herrliche germanische Selbstregierung der alten Reichsstädte aufzugeben, diese Barmauer der Nationalität der neu erstehenden französischen Centralisation zum Opfer zu bringen. Aber eben dadurch, daß das conservative Streben im deutschen Sinne mit der Reaktion in politischen Dingen zusammenfiel, wurde der Widerstand schwierig und Elsaß opferte der Freiheit die Nationalität. Die Restauration opferte 1824 den materiellen Vortheil des Elsasses dem Interesse der normännischen Viehzüchter, indem sie die Vieheinfuhr aus Deutschland erschwerte und so eine künstliche Fleischtheuerung im Elsaß hervorrief. Auch der Vortheil für die Fabrikanten von Mülhausen, einen großen Markt für ihre Erzeugnisse zu haben, minderte sich mit der Ausdehnung des deutschen Zollvereins seit 1834. Immer aber noch blieb, und ist es geblieben bis zum März dieses Jahres, Deutschland das Land der Kleinstaaterei, der Censur, des geheimen Gerichtsverfahrens, des Glaubenszwangs, der schlechten Vertretung nach außen, des Absolutismus, und so mochten die Elsässer die hochmüthigen Schimpfnamen, welche nicht dem Einzelnen, sondern dem ganzen Stamme galten, wie têtes carrées, têtes de choucroute, bêtes avec chevaux allemands von den Franzosen ertragen, sie mochten es hinnehmen, daß französische Blätter, z. B. der Messager, den caractère allemand des Gesichts eines Elsässers als gleichbedeutend mit idiotisme complet bezeichnete. Sie duldeten sogar das Aergste, was sie einem unterjochten Stamme gleich stellt, was ihre Mehrzahl faktisch rechtlos macht: Recht zu empfangen in einer Sprache, die sie nicht verstehen, ihre Zeugnisse und Aussagen durch den Mund von Dolmetschern zum Richter gelangen zu lassen, — aber wird dies immer so bleiben? — Noch schreiender waren die religiösen Uebergriffe. Von Anfang an hatte das klericale Element im Elsaß die Sache des allerchristlichsten Königs lebhaft ergriffen und der Politik Ludwigs XIV. war es nicht entgangen, welchen mächtigen Hebel für die französische Einwirkung er sich in der katholischen Bevölkerung erschaffen könne. Seine Glaubensverwandten waren auch politisch seine Anhänger (Fürstenberg, Obrecht); sie mehrten sich durch schlau und gewaltsam betriebene Conversationen, und während im übrigen Frankreich das Bekehrungssystem sich als argen politischen Fehler erwies, schuf es im Elsaß der königlichen Politik einen mächtigen Zuwachs von Freunden. Die Bekehrungen wurden so betrieben, daß ohne den Verfall von Ludwig's Herrlichkeit eine völlige Katholisirung des Elsasses zu erwarten stand. Unter dem Regenten und Ludwig XV. erschlafft, wie alles, auch diese Thätigkeit, und die Revolution, wie das Kaiserreich, huldigten freieren Grundsätzen in dieser Hinsicht. Die Restauration nahm wenigre gewaltsam die früheren Bestrebungen wieder auf und selbst der Protestant Guizot erkläre, er sei auch in Religionsangelegenheiten bloß Franzose und müsse die Religion der Mehrzahl begünstigen. Wie überall, sind auch im Elsaß die Protestanten, wie wir oben sahen, als die Bekenner der aus dem innersten Kern des deutschen Volkes hervorgegangenen Form des Christenthums die Hauptstützen des Deutschthums: die katholische Geistlichkeit hat im Ganzen mehr Sympathieen für Frankreich und es ist schon mehrfach ihr Antheil an dem in diesem Jahre zu Straßburg gefeierten Erinnerungs-Fest hervorgehoben worden; auf ihren Kanzeln wird in den Städten häufig französisch

Digitized by Google

gepredigt, auf dem Lande freilich muß deutsch geprebigt werden, aber dann geschieht es häufig incorect, denn deutsche Bildung besitzen die katholischen Theologen im Elsaß äußerst selten. Aber selbst der Coadjutor des Bischofs von Straßburg hat 1841 zu seinem Erstaunen bemerkt, daß ihm die überwiegende Mehrzahl seiner jungen Communicanten nicht französisch antworten konnte.

Spanien.

Madrid, 18. Nov. Man spricht von einer Ministerialveränderung. Der General Narvaez sei, so heißt es, auf einer Jagdpartie nicht in die königl. Residenz Casa del Campo eingelassen warden, weil die Königin nur mit Personen ihrer Hauses zusammen sein wolle, und habe hierauf seine Entlassung angeboten. — Die Zeitläufe sollen an der Börse wieder erlaubt werden.

Portugal.

Seit länger als einem Jahre war Portugal von seinrm gewöhnlichen revolutionären Fieber verschont geblieben; wie jedoch aus den jüngsten Nachrichten heraorgeht, soll dieses kleine Mitglied der europäischen Staatenfamilie van den zwischen Revolution und terroristischer Reaktion wechselndrn Zuckungen, die den größeren Theil dieser Familie befallen hat, nicht verschont bleiben. — Nachrichten aus Lissadon vom 12. Nov., die in London soeben eingetroffen sind, besagen, daß man eine weit verzweigte legitimistische Verschwörung entdeckt habe, daß bie Königin und ihr Gemahl, seit Langem die beiden Hauptverschwörer von Portngal, auf Aufhebung aller persönlichrn Bürgschaften und auf Anwendung scharfer Maßregeln beständen, daß die kabralistische Partei und namentlich der Marquis Frontrera sie in diesem Vorhaben unterstützten, daß aber der Marschall Saldanha hiermit nicht einverstanden sei und seine Entlassung eingeeeicht habe. Das 12te Infanterieregiment, welches in Guarbia liegr, hat sich empört und zum Theil einer mantemalinistischen Bande in Spanirn angeschlossen. Mehrere Sergeanten des in Lissabon liegenden 10ten Infanterieregiments hatten einen Plan zur Meuterei verabredet, der jedoch entdeckt wurde. Die ganze Armee ist van diesem Geiste der Meuterei angesteckt, die Saldaten klagen über das Ausbleiben der Löhnung, über harte Behandlung, über die streng angewandte Prügelstrafe ohne vorhergegangenes gerichtliches Urtheil. Es heißt auch, daß der legitimistische spanische General Garcia zu Oporta verhaftet nnd im Kastell Foz frstgesetzt wurde. Der Gouverneur von Lissabon, Marquis Frontrera, hat seine Stelle niedergelegt, nachdem er mit dem Kriegsminister zerfallen ist; da Frontrera ein Liebling des Hofes ist, wird der Kriegsminister ihm weichen müssen.

Oesterreichische Monarchie.

Aus **Brody** bringt das „C. Bl. a. B." interessante Mittheilungen übee die russische Grenzsperre. Das hermetische Absperrungssystem ist seit mehreren Monaten in stetem Fortschreiten begriffen. Es galt anfangs nur für einzelne Gouvernements, später wurde es über das ganze Reich ausgedehnt. Nach Wolhynien unb Podolien wurben früher noch Pässe ertheilt; auch machte man Ausnahmen für ungefährliche Personen, für angesehene Kaufleute u. dergl., jetzt hat auch dies aufgehört. Es ist von dem Ministerium die strengste Weisung herabgelangt, keinen Oesterreicher, sei es unter welchem Vorwand immer, über die Grenze zu lassen. Dasselbe Verbat gilt für die Russen, welche etwa Lust haben sollten, den österreichischen Boden zu betreten. Trotzdem sollen die radikalsten Zeitungen nnd Zeitschriften nach Rußland eingeschmuggelt werden. Die Stadt Brody wird buech bie völlige Stagnation des Verkehrs in bie traurigste Lage versetzt. Die Theuerung nimmt immer mehr überhand, da ein großer Theil der unentbehrlichsten Lebensmittel bisher von Rußland zugeführt wurde. Privat- und öffentlichen Nachrichten zufolge besteht gegen Preußen eine völlig gleiche Sperre. Die beiden Regierungen verhalten sich durchaus passiv, obgleich sanft zwischen Oesterreich und Rußland die entente cardiala in voller Blüthe steht.

Italien.

* Aus Bologna meldet man unter dem 14. November, um Mitternacht habe der Minister General Zucchi die Garnison, ohne Vorwissen der Generals Latour, zusammenberufen lassrn, und den Kommandanten aufgetragen, sogleich mehrere Straßen (Borgo, St. Pietro, St. Pratello u. s. w.) zu verbarrikadieen, keinen der dortigen Einwohner aus den Häusern zu lassen, und gleichzeitig überall Hausfuchung zu halten. In der That fand man auch auf diese Weise mehr als 1000 Flinten. Der General wird eine Proklamation veröffentlichrn, worin Jeder, der sich an Personen aber Eigenthum vergreifen sollte, mit dem Tode bedroht wird. In der Stadt wünschte man Zucchi Glück, auf diese Weise eine graße Gefahr abgewandt zu haben. (Patria vom 16. Nav.) Es ist diese Nachricht um so wichtiger, da sie zu brweisen scheint, daß Rassi's Ermordung mit einee weit verzweigten Verschwörung zusammenhängt. In Rom war den Leibgarden des Pabstes verboten worden, das dreifarbige Band weiter zu tragen, was nach der dortigen Epoca vom 13. zur Aufregung beitrug. — Dee Mordversuch gegen den Herzog von Modena wurde während seinee Rückkunft van einem nahegelegenen Schlosse gemacht. Ein Mann mit einer Doppelflinte, der sich anstellte, als ab er im Felde arbeite, schoß ab, fehlte den Herzag, teaf aber den Major Guerra am Arm. Diesem braven Offizier gelang es indeß, des Möeders habhaft zu werden, dee etwa 23 Jahr alt zu sein scheint und sogleich in ein Gefängniß gebracht wurde.

Schweiz.

) **Bern**, 23. Nov. Verhandlungrn des Nationalraths in seiner heutigen Sitzung. Vom Präsidium werden mehrere Zuschriften angezeigt: die Regierung von Uri legt den Beschluß ihrer letzten Landsgmeinde vor; der Wahlakt Lussers wird genehmigt, da der Vorbehalt weggefallen ist. Dr. Brenner van Basel nimmt seine Wahl in das Bundesgericht an. An der Tagesordnung ist die Beeidigung des Nationalraths. Dieselbe wird nach erfolgtem Namensaufruf dadurch oorgenammen, daß die Eidesformel deutsch und französisch verlesen wird, worauf sich die Versammlung erhebt mit dem Rufe: „Ich schwöre!" Hierauf wird drr Bundesrath beauftragt, den Entwurf einer Proklamatian an das Valk über die Konstituirung der Bunbesbehörden varzulegen. Faare zieht seinen gestern gestellten Antrag, bezüglich Entfernung der deutschen Flüchtlinge aus den Grenzkantonen, zurück. Der Abgeordnete Jäger berichtet über das Gutachten der Kammission, welche die Leistungen des Bundessitzes vorzuberathen hatte. Ihr Antrag ist im Wesentlichen folgender: 1) Der Ort, an dem der Bundesrath und die Bundesoersammlung ihren Sitz haben, liefert die erforderlichen Räumlichkeiten, worunter freie Wohnung für den Kanzler und dessen Stellvertreter, ohne Entschädigung. 2) Ebenso der Ort, wo das Bundesgericht seinen Sitz hat. 3) Der Bundesrath hat übee die Leistungen zu entscheiden. 4) Die Bezeichnung bes Bundssitzes geschieht durch geheime Wahl der vereinigten Stände. Noch wird beantragt: die betreffenden Orte haben sich binnen Monatsfrist zu erklären, ob sie das Erforderliche leisten wollen oder nicht. Die Minderheit der Kommission bringt dagegen drn Antrag: die Bezeichnung der Bundesstadt solle durch Beschluß der beiden Räthe in getrennten Sitzungen geschehen, denn so schreibe es die Bundesverfassung vor. Es folgt nun die artikelweise Berathung. Artikel 1 wird angenommen mit Näff's Zusatz: die Bundesstadt hat auch ein Münzgebäude zu liefern. Artikel 2 und 3 erleiden keinen bemerkenswerthen Widerspruch und erhalten eine große Mehrheit. Artikel 4 dagrgen veranlaßt eine heftige Diskussian. Hier begrgnen sich nämlich die zwei sehr verschiedenen Ansichten einerseits Derjenigen, welche Artikel 108 der Bundesverfassung für sich zitieen und bie Bestimmnng des Bundessitzes als Gesetz, d. h. durch beide Räthe abgesondert, behandeln wollen; andererseits Deejenigen, welche, Inkonaenienzen auszuweichen, den Gegenstand als Wahl ansehen und von beiden Räthen gemeinschaftlich durch geheime Abstimmung entscheiden wollen. Endlich wird der Beschluß gefaßt: Die Bestimmung des Bundessitzes und des Versammlungsartes des Bnndesgerichts wird durch beide Kammern abgesandert in offener Abstimmung geschehen. Schließlich wird dem Begehren des Bunbesraths für einen unbedingten Kredit zur Bestreitnng der laufenden Ausgaben entsprochen. Der Ständerath, welcher auch versammelt war, verhandelte nur kurze Zeit. Der Unterwaldtner Deputirte wurde beeidigt, dem Bundesrath dee gewünschte Kredit bewilligt und zwei Kammissionen ernannt: die eine zur Begutachtung der Bundessitzfrage, die andere zur Berichterstattung über die Tessiner Angelegenheit. —

Tessin. Laut dem Repnblikana geht die sardinische Nate an den eidgenössischen Vorort, deren die Berner Ztg. erwähnte, von der Befürchtung aus, Mazzini arbeite wiederum an einer italienischen Republik und d'Apree arganisire Freischaaren in Tessin zu einem neuen Einfall in die Lombardei und lenkt deshalb die Aufmerksamkeit des Vorartes auf diese vereinzelten Versuche, die der italienischen Sache nur schaden können. (N. Z. Z.)

Digitized by Google

Neuestes.

⊙ **Frankfurt**, 26. Nov. Aus Briefen von Prag, die sich an ein hiesiges Reichstagsmitglied wenden, ersehen wir, daß unter den Tschechen die äußerste Erbitterung wider die §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs für Deutschland herrscht. Eine so blinde Entrüstung, daß selbst Männer, wie der Graf Deym, der bekanntlich in der Richtung des v. Gagern'schen Antrags, sprach, als ultra-deutsch ausgeschrieen werden. So lassen wir nicht von Frankfart über uns verfügen!" lautet der Parteiruf und anstatt auf neue Wahlen hierhee einzugehen, möchten die Tschechen lieber auch noch die vorhandenen böhmischen Abgeordneten zurückfordern, doch das wae von jeher ihr Streben. Den Fürsten Alfred Windisch-Grätz scheinen sie ganz als den Ihrigen zu betrachten, so sehr erfreuen sie sich seinee Siege und so unbedingt billigen sie seine Maßregeln. Dee Kaiser Nikolaus hat dem Brzwinger Wiens soeben den St. Georgenorden in Brillanten zugesandt. Die Dekoration wird auf den fabelhaften Werth von 50,000 Rubeln angegeben. Von dem auf 22. in Kremsier wieder zu eröffnenden Reichstage dofft man, daß ee sich mit Ruhe und Besonnenheit dem Verfassungswerke widmen werde.

△ **Frankfurt**, 26. Nov. In der gestern abgehaltenen dritten öffentlichen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung der freien Stadt wurde endlich der Bau des Verfassungswerkes, zu dessen Ausführung die Versammlung berufen ist, durch die Wahl einer Kommission angebahnt, welcher die Abfassung eines desfallsigen Entwurfs obliegt. Es erhob sich bei dem Anlaß eine ziemlich lebhafte Debatte übee die Zahl der Kommissionsmitglieder, deren Belauf die Einen auf 18, die Andern auf 20 bestimmt wissen wollten. Da uns nicht klar geworden, welches das Motio und der Zweck der erhobenen Streitfrage gewesen, so vermuthen wir, daß irgend eine hinterhaltige Absicht dabei im Spiele war. Nachdem diese Wahl bewirkt, schritt man zu der eines Ausschusses, beauftragt, gutachtlichen Bericht übee die bereits in der vorhergehenden Sitzung an die Versammlung herabgelangte Senatsvorlage, betr. den mit Preußen und den beiden Hessen abgeschlossenen Vertrag, wegen Herstellung einee Telegraphenlinie zwischen Frankfurt und Berlin. Da mit Hinsicht auf diese Vorlage schon früher bemerkt worden war, es brauche sich der Ausschuß mit seiner Arbeit eben nicht zu übereilen, so steht zu verhoffen, daß solche um so erschöpfender ausfallen werde. Außer diesen beiden Gegenständen wurden auch die 4 nachfolgenden Anträge gestellt, nämlich: Antrag wegen des Hazardspiels in Wilhelmsbad; — wegen der Vergütung für die Einquartierung; — wegen Einführung des öffentlichen Verfahrens und des Geschwornen-Gerichts in Strafsachen und endlich wegen Veröffentlichung dee Protokolle. Für alle diese Anträge wueden Commissionen, deren Staathaftigkeit zu prüfen und darüber gutachtlichen Bericht zu erstatten, erwählt. Einen erwähnungswerthen Zwischenfall bildete auch in der gestrigen Sitzung der von 33 Mitgliedern der Versammlung erhobene Protest gegen die von der Majorität derselben beschlossene Adresse an die preuß. Nat.-Vers. Die Füglichkeit dieses Protestes gab zu einem sehr lebhaften Ideenaustausch unter den einander überstehenden Meinungsgenossen Anlaß, zumal derselbe gleichzeitig durch unsere Lokalblätter zur Kenntniß des großen Publikums gebracht worden war.

△ **Berlin**, 24. Nov.*) Es kann Sie nicht wundern, wenn ich Ihnen mittheile, daß die heute Morgen hier bekannt gewordene Ansprache des Reichsverwesers, gelinde gesagt, entschieden ungünstig aufgenommen worden. Dee Reichsverweser hat offenbar seine Stellung verkannt, indem er diese Ansprache erließ. Will er seine Stellung auch nicht anders auffassen, als daß er nur die Beschlüsse der Reichsoeesammlung auszuführen habe, so bekundet doch eben die Art und Weise der Ausführung, ob die Aufgabe richtig oerstanden ist. Die Centralgewalt, an deren Spitze der Erzherzog-Reichsoerweser steht, hat ja bereits die HH. Bassermann, Simson und Hergenhahn hierher gesandt, und morgen wird außerdem H. v. Gagern erwaelet, um im Namen der Centralgewalt die Vermittelung zwischen der Krone und der Nat.-Vers. zu oersuchen. Das war genug und übergenug; man mußte sich daher auch damit genügen lassen, um so mehr, als jenes Vermittelungsgeschäft noch nicht beendigt ist. Die Betretung eines zweiten Weges wird um so auffallendre, als die Ansichten, welche die Kommissäre der Reichsgewalt hier gewonnen haben, den Ansichten, die der Reichsverweser in seiner Ansprache kundgibt, zum Theil entgegenlaufen. Jene Männer haben vollständig Gelegenheit gehabt, sich an Ort und Stelle zu überzeugen, auf welcher Seite in dem allerdings traurigen Konflikt das Recht, auf welcher Seite das Unrecht liegt, sie werden nach den Anschauungen, welche sie hier gewonnen haben, ebrn so wenig, wie der große Theil des preußischen Volks, damit übereinstimmen, „daß die zu Frankfurt oersammelten Vertreter des deutschen Volks ein Wort des Friedens gesprochen haben." Noch weniger kann man begreifen, was die Central-Gewalt veranlaßt, den Peeußen zuzurufen: „Die Reichsversammlung hat die Euch gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten feierlich verbürgt; sie hat Euch gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung deeselben ihren Schutz zugesagt." Und am allerwenigsten begreift man, auf welche materielle oder auch nur moralische Macht sich der Reichsoerweser stützt, wenn ee den Preußen verspricht, daß er „auch die Bürgschaft der Rechte und Freiheiten des preußischen Volks zur Geltung bringen werde." Wir sprechen ein Wort aus, das uns Jedermann gerne glaubt: daß die „feierliche Verbürgung", welche der König seinem Volke gegeben, diesem tausendmal liebee als eine „feierliche Verdürgung dee deutschen Reichs-Versammlung nnd der deutschen Centralgewalt ist, es ist aber auch eben so gewiß, daß eine „Beeinträchtigung" der dem Volke gewährten Freiheiten und Rechte durch die letzten Ereignisse nicht stattgefunden hat. Wir sprechen uns offen aus, das muß Jedrm, der ein Interesse füe oie Zeit und ein Auge für die Zeichen der Zeit hat, nue wünschenswerth sein; die Zeit der Rücksichten ist oorbei. Wir müssen um so rücksichtslosee sprechen, als die Stelle der Ansprache, wo dee Reichsverweser versichert, daß ee oie Vollziehung des Steueeverweigerungsbeschlusses nicht dulden werde, leicht zu dem Irrthum Anlaß geben könnte, als ob sie die Hauptstelle des Erlasses sei, der hauptsächliche Inhalt und Zweck desselben. Diese Erklärung des Reichsverwesers aber tritt durchaus in den Hintergrund. Einmal ist, wie allemal, dee Steuerverweigerungsproceß des „Rumpfparlaments" (dies ist jetzt der gäng und gäbe Namen) in jroer Beziehung ungültig — er wurde oon einer ungesetzmäßigen Beesammlung gefaßt; er erhielt eine zweifelhafte Anzahl oon Stimmen; er ist noch nicht durch die zweite Lesung gegangen — anderntheils hat derselbe nirgends im Lande nachhaltigen Effekt gehabt; in keinem Falle war also ein Anlaß zum Einschreiten der Crntralgewalt vorhanden. Dagegen tritt immer wieder jener Passus heroor, worin der Reichsoerweser erklärt, daß er „die Bürgschaft füe die Rechte und Freiheiten des preußischen Volkes zue Geltung bringen werde." Eine offene Parteinahme für das Volk (freilich ohne Grund) gegen die Krone! Heißt dies etwas anders, als einen Bruch mit dee Krone Preußen herbeiführen wollen? um so mehr, da diese Krone ihre Ansicht bestimmt erklärt und sich dahin ausgesprochen hat, daß sie nicht im entferntesten die gewährten oder verheißenen Freiheiten zu beeinträchtigen beabsichtige, aber ebenso fest an ihrrn Rrchten halten werde? Wir können daher nur wiederholen: die Centralgewalt verkennt ihre Stellung zu Preußen. Die preußische Nat.-Versamml. hat ihr schon einmal gezeigt, daß sie dieselde und die Reichsoersammlung nicht unbedingt anerkennt; es wäre ihre eigene Schrld, wenn auch die preußische Krone und ein preußisches Ministerium, die bisher beständig mit der Centralgewalt gegangen sind, im Inteeesse Preußens und im Interesse Deutschlands zu einem gleichen Schritte gezwungen würden. Der Erlaß des Reichsverwesers (dies ist nicht allein unsere individuelle Ansicht, sondern, wie überhanpt die ganze vorstehende Betrachtung, die Ansicht eines ansehnlichen Kreises von gutkonstitutionell- und gutdeutsch-gesinnten Männern) erinnert lebhaft an den 6. August; es ist eine starke Fortsetzung zu dem Huldigungserlaß. Und doch muß die Centralgewalt selbst nichts mehr wünschen, als daß jeder Schein einer Habsburgischen Politik ferne gehalten werde. Ein Partikularismus weckt den andern; treibt man die Besonderhriten aus einander, statt sie zu einen, so wird am Ende die siegen, welche die stärkste ist. In der Ansprache des Reichsverwesers vom 21. Nov. sehen wir keine Handhabe zur Versöhnung und zur Vermittelung; fürchten läßt sie uns viel, hoffen nichts.

Die Adresse an den König ist gestern Nachmittag doch nicht abgegangen, da sie keine 202 Unterschriften (die Majorität in der Nationaloersammlung) erhielt. Die Anzahl der Unterschriften beträgt erst hundert und einige achtzig. Man hofft indeß noch immer, daß bis zum Montag die nöthige Zahl zusammenkömmt. In Brandenburg sind die Einrichtungen bald fertig. In der

*) Wir brauchen nicht zu bemerken, daß in der folgenden Correspondenz wahrlich nicht unsere Meinung ausgesprochen ist, wir geben sie als eine Warnung.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 27. Nov. Amtliches. Die französische Regierung und der Zollverein. Erklärung Bassermann's. Die Berliner Abgeordneten.) Berlin (Zollgesetze. Die Reichscommissäre. Erklärung des Herrn v. Unruh.)

Spanien. Madrid (Berufung der Cortes. Theilweise Amnestie.)

Börsenbericht von Paris (Vom 24. November.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 27. November.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 27. November.

Tagesordnung der 123. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl je eines Mitgliedes in den Verfassungs- und den Central-Legitimations-Ausschuß.
2) Berathung über den vom Abgeordneten Eckert aus Lohe, Namens des Finanz-Ausschusses erstatteten Bericht, über den Antrag von Beseler und Genossen, bezüglich der baaren Vergütung für die den Truppen im Reichsdienste geleistete Naturalverpflegung.
3) Berathung über den Bericht des Verfassungs-Ausschusses — das Reichsgericht betreffend.
4) Berathung über den vom Abgeordneten Löw aus Posen, Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht über verschiedene Anträge und eingebrachte Petitionen.
5) Berathungen über den vom Abgeordneten Francke, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Flußzölle betreffend.

Vorsitzender: Vicepräsident Rieffer. Wenn das Protokoll auch ferner unter einem so erstickenden Geräusche verlesen wird wie heute, so wird gar keine Reklamationen dagegen nie die Rede sein. Ein Schreiben aus Kassel, als des Vororts der nationalen Vereine für Deutschland, wird verlesen. Desgleichen eine Mittheilung des Frankfurter peinlichen Verhöramts, die durch das Reichsjustizministerium vorgelegt wird. Sie betrifft einen dem peinlichen Verhöramte dem Namen nach unbekannten Abgeordneten der Reichsversammlung, der durch diese allgemeine Anzeige ersucht wird, Zeugniß über einen Vorfall des 18. September abzulegen.

Leayfohn interpellirt wegen der preußischen Verhältnisse, worauf Seitens des Reichsministeriums den 1. Dezember geantwortet werden soll.

Francke erstattet im Namen des österreichischen Ausschusses Bericht über das von Berger zur Vorlage gebrachte Wahlausschreiben des Landesguberniums in Möhren. Der Ausschuß beantragt einstimmig:

„In Erwägung, daß bei Wahlhandlungen, als nothwendige Bedingung des Vertrauens in die Wahl, die Wahlbehörde eines jeden Einflusses sich zu enthalten hat, der Erlaß des Mährisch-Schlesischen Landesgubernium zu Brünn vom 20. v. M. aber die Wahlbehörde zu einem Einflusse auffordert, erklärt die Nationalversammlung: daß der genannte Erlaß zu mißbilligen ist und fordert das Reichsministerium auf, in diesem Sinne das Erforderliche wahrzunehmen."

Das Haus geht jedoch auf die ebenfalls beantragte sofortige Behandlung des Gegenstandes nicht ein.

Michelsen berichtet für den Gesetzgebungsausschuß über den ihm zugewiesenen Antrag Wesendonck's: daß der Belagerungszustand von Düsseldorf sofort aufgehoben werde. Der Ausschuß ist der Meinung, daß die Angelegenheit vielmehr, gleich dem Grubert'schen Antrage wegen der Aufhebung des Belagerungszustands von Berlin, vor den Biedermann-Sächsischen Ausschuß gehöre. Das Haus entscheidet sich in eben diesem Sinne.

Dohlmann zeigt für den Verfassungsausschuß an, daß der Abschnitt über das Staaten- und Volkshaus im Drucke befindlich und demnächst zur Vertheilung bereit sein werde. (Brava!)

Beseler: Der Verfassungsausschuß in seiner Mehrheit betrachtet die Mediatisirung nicht als eine Sache der Gesetzgebung, sondern der Vereinbarung. Dazu kommen zwei Minderheitsanträge, worunter einer auf Zusammenlegung der kleineren Staaten zu Staatenverbänden. Der Bericht wird morgen gedruckt sein. Ebenso ist die zweite Lesung der Grundrechte somit dem Einführungsgesetze so weit vorbereitet, daß die Arbeit des Verfassungsausschusses morgen in den Händen der Mitglieder sein kann. Schaber verlangt, daß die Grundrechte für nächsten Montag schon auf die Tagesordnung gesetzt werden.

v. Loffault beantragt, daß das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung ausdrücklich aufgehoben werde für Fälle, wo Abgeordnete ihren Posten verlassen, um durch Wort und That an Meutereien gegen deutsche Regierungen Theil zu nehmen. Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Beda Weber beantragt, daß der seit drei Monaten abwesende Abgeordnete a Prata aus Roveredo genöthigt werde, sich entweder für den Wiener Reichstag oder für die Frankfurter Versammlung zu erklären, daß eine über vier Wochen dauernde gleichzeitige Theilnahme an anderen Versammlungen überhaupt nicht geduldet und daß in Bezug auf Herrn a Prato untersucht werde, ob er auch doppelte Tagesgelder beziehe. Die Dringlichkeit auch dieses Antrags bleibt ununterstützt.

Der Vorsitzende ordnet hierauf die Einsammlung der Wohlzettel zur Ergänzung des Verfassungsausschusses an. Die Mehrheit der Stimmen ist, wie später verkündigt wird, auf Reh aon Darmstadt gefallen. Von den Zuhörern, die zahlreich und in Erwartung lebhafter Verhandlungen gekommen zu sein scheinen, verläßt der diesem Uebergange zur Tagesordnung schon jetzt ein Theil seine Plätze. Der Antrag des Finanzausschusses über Beseler's Antrag bezüglich der Vergütung für die Reichstruppen lautet:

„Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium gegen seinerzeitigen, vollständigen Nachweis über den wirklichen Bedarf und die Verwendung einen Kredit bis zu der in dem Budget postulirten Summe von 1,750,000 fl. zu dem Ende bewilligen, damit die unmittelbar zu zahlende baare Vergütung für die tarifmäßigen Naturallieferungen, welche die im Reichsdienste befindlichen Truppen von ihren Wirthen zu fordern haben, sofort geleistet werde."

Vogt von Gießen erhält zuerst das Wort. Er ist nicht gegen die Bewilligung. Allein er kann unmöglich dem gegenwärtigen Ministerium auch nur einen Groschen bewilligen. Dies Ministerium zerstöre die Einheit Deutschlands, die es fördern solle. Aendern Sie dies Ministerium und Sie sollen Geld haben. (Gelächter.)

a. Salzwedell beklagt es als ein unheilvolles Mißverständniß, daß die Demokratie mit der Anarchie verwechselt werde. Die Anarchie führe uns unvermeidlich der Reaktion entgegen und wider diese Anarchie seien die militärischen Anordnungen des Ministeriums gerichtet.

Rühl aus Hanau will die Reichsversammlung, von der er voraussetzt, sie werde dem Ministerium die geforderte Summe bewilligen, vor einer Ungerechtigkeit bewahren. Die landesübliche Entschädigung, die den Quartierträgern in Kurhessen z. B. gewährt werde, sei 13 kr. den Tag für einen Mann. Aber die Verpflegung eines Soldaten sei vielmehr auf — einen Gulden anzuschlagen. Wenn nun bei solchen Belästigungen das Volk es lieber mit den Einzelstaaten halte, als mit dem Reiche, so sei dies natürlich. Rühl wünscht daher, daß zwar die Bewilligung der Summe ausgesprochen, zugleich aber auch das bestimmte Verlangen auf das Zurückziehen der Reichstruppen gestellt werde.

v. Schmerling. Das Ministerium hat erwartet, seine Maßregeln in viel umfassenderer Weise angegriffen zu sehen. Es verzichtet daher auf eine Schilderung des Zustandes derjenigen Landestheile, in die es Reichstruppen nicht zur Unterdrückung der Freiheit, sondern zum Schutze der gesetzlichen Ordnung und bedrohter deutscher Staatsbürger gelegt. Zahlreiche Dankadressen beweisen die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den getroffenen Maßregeln. Der Abgeordnete Rühl habe über Ungerechtigkeiten geklagt, die bei der Vertheilung der Einquartirung Statt fänden. Diese Ungerechtigkeiten fielen aber nicht dem Reichsministerium zur Last, sondern wenn sie wirklich vorkämen, den Lokalbehörden, „die vielleicht ihre wohlhabenden Freunde begünstigten." (Sturm aon der Linken. Der Reichsminister soll, wenn es nach Zimmermann von Stuttgart geht, zur Ordnung gerufen werden.) Um Ungleichheiten zu vermeiden, hat übrigens das Reichsministerium die Verpflegungsvergütung für einen Mann durchweg auf 18 kr. den Tag angesetzt. Nachdem hierauf die Debatte geschlossen ist, erfolgt die Annahme des Ausschußantrags mit großer Mehrheit. Verworfen wird dagegen der ironische Antrag Vogts, daß das Reichsministerium die empfangenen Dankadressen auf die Tafel des Hauses niederlege.

Digitized by Google

Eine Zwischenverhandlung betrifft die Anwendung des Schneerschen Abkürzungsverfahrens, welches demnach auf das ganze übrige Verfassungswerk ausgedehnt werden soll. Vor der Berathung über das Reichsgericht entscheidet sich das Haus dafür, daß eine zweite Lesung dieses Gesetzabschnitts stattfinden soll. Die meisten der eingezeichneten Redner — fast zwanzig — sind gegen den Entwurf angemeldet. Auch mehrere zahlreiche Verbesserungsanträge mitgetheilt. Nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses (v. Soiron Berichterstatter) lautet der Entwurf:

Das Reichsgericht.

§. 1. „Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.

§. 2. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören:

a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse.

b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewillkürte Austräge sind nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird.

c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten.

d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung.

e) Beschwerden der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung.

f) Klagen gegen den Reichsfiscus.

g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen, wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft.

h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gesetz über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen.

i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, wegen Verletzung der Landesverfassung, insofern nicht ein Gerichtshof des Landes angegangen werden kann.

k) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne über die Dienstvergehen und Vergehen sämmtlicher Reichsbeamten.

l) Strafgerichtsbarkeit und Urtheilsfällung durch Geschworne in den Fällen des Landes- und Hochverraths gegen das Reich.

m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhilfe erschöpft sind.

n) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhaus, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen.

§. 3. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen."

Moritz Mohl, wenn wie den Inhalt seines Vortrags recht errathen — denn es herrscht die allgemeinste Zerstreuung und Unruhe während der ganzen Debatte, — spricht sich gegen solche Bestimmungen aus, wie die, daß das Reichsgericht über Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelnstaaten entscheiden solle. Dafür sei das Parlament vorhanden und dies allein kompetent.

Tellkampf hat mit Ahrens, Schreiner und Wigard ein Minderheitsgutachten zu §. 2 abgegeben, worin als Zusatz beantragt wird, daß das Reichsgericht auch über die Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen entscheiden solle. Diesen Zusatz sucht Tellkampf zu rechtfertigen.

v. Breuning hat mehrere Abänderungen zu bevorwortra, desgleichen Zachariä und Plathner gegen einzelne Punkte Bedenken zu äußern. Nach ihnen ergreift Mittermaier das Wort, um den Zusatz zu der Bestimmung h des §. 2 zu begründen, daß die dort erwähnte Strafgerichtsbarkeit mit Uetheilsfällung durch Geschworne ausgeübt werde.

Nach Mittermaier wird zwar die allgemeine Diskussion geschlossen, allein auch das Eingehen auf die einzelnen §§. ist nur eine wiederholte allgemeine Debattr des Gegenstands, wie er sich in §. 2 zusammenfaßt. Die Redner sind: Arndts, von dem eine förmliche und sehr beachtungswerthe Umarbeitung des Entwurfs vorliegt und von Linde, welcher dem unwilligen Geräusche das sein Erscheinen auf der Tribüne begeißt, mit den Worten begegnet, daß er über den zu behandelnden Gegenstand wohl ein ebrn so zuständiges Urtheil abzugeben habe, als irgend Jemand in der Versammlung. Nach ihnen wird die Vertagung der Debatte auf die morgende Sitzung beliebt und somit die heutige ½ nach 2 Uhr Nachmittags geschlossen.

Frankfurt 25. Nov. Die O. P. A. Z. enthält im amtlichen Theile folgendes:

Das Reichsministerium hat beschlossen, zum Zweck der Ausarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs für Deutschland eine Commission von Rechtsgelehrten, zu welcher demnächst auch sachverständige Kaufleute zugezogen werden sollen, mit dem Unterstaatssekretär Widenmann hier in Frankfurt zusammentreten zu lassen. Das Seerecht bleibt vor der Hand ausgeschlossen; das Wechselrecht fällt aus, weil die deutsche Reichsversammlung bereits ein allgemeines deutsches Wechselrecht angenommen hat. Zu Mitgliedern der Commission sind bis jetzt ernannt und einberufen die Appelationsgerichtsräthe Bevier und Grimm zu Köln und der Professor Thöl zu Rostock. Die Arbeiten werden schon in den ersten Tagen beginnen.

Frankfurt, den 24. Novembee 1848.

Das Reichsministerium der Justiz.

Frankfurt, 26. Nov. Der O. P. A. Z. wird geschrieben: Ich freue mich, Ihnen aus bester Quelle mittheilen zu können, daß in Folge der vom Zollverein ergriffenen Repressalien die französische Regierung mit dem 31. Dezember dieses Jahres die Auszahlung der vor einigen Monaten eingeführten Ausfuhrprämien einstellen wird.

Frankfurt. Erklärung. Obschon Hr. v. Kirchmann in seiner Erklärung vom 21. d. die von mir angeführten Thatsachen im Wesentlichen selbst bestätigt, so nöthigt mich doch seine Behauptung: es sei eine Unwahrheit, daß er „einen schriftlichen Revers oder eine feierliche Erklärung des Königs" verlangt habe, zu der Erwiderung, daß Herr v. Kirchmann eine solche Erklärung allerdings verlangt hat, und zwar unter der Bezeichnung „Carte blanche," welche dem Ministerium, in welchem Waldeck oder Jakoby Platz finden müßte, von dem Könige im Voraus zu ertheilen sei. Ebenso hat Herr v. Kirchmann die Entfernung der Prinzen außerhalb den Grenzen der Monarchie verlangt; einer Unterscheidung, daß er nicht alle Prinzen verbannt haben wollte, ist keine Erwähnung geschehen. In Bezug auf Herrn v. Kirchmann's Klage, daß ich den Inhalt des Gespräches nicht geheim gehalten, erinnere ich, daß ich in öffentlicher Sitzung seinen Namen trotz mehrfachem Begehren nicht genannt habe; ich nannte ihn auf besonderes Verlangen dem Ausschusse, der ihn seinerseits veröffentlichte. Uebrigens hatte Herr v. Kirchmann mit keinem Wort zu verstehen gegeben, daß er die Geheimhaltung wünsche; auch war es offenbar, daß er nicht im Vertrauen hierauf die „Bedingungen" aussprach, sondern er sprach im Vertrauen auf die siegreiche Allgewalt der Nationalversammlung; äußerte er doch in diesem Vertrauen sogar den Plan seiner Partei, den von der preußischen Armee geschworenen Fahneneid durch einen bloßen Beschluß der Nationalversammlung abändern lassen zu wollen! So wie ich es für Pflicht gehalten hätte, reactionäre Absichten, wenn ich solche im Ministerhotel oder in Potsdam wahrgenommen, zu enthüllen, ebenso mußte ich zur Steuer der Wahrheit dem preußischen, wie dem deutschen Volke, von den revolutionären Absichten, die mir offenbar geworden, Kunde geben. Uebrigens verweise ich noch auf die Stelle des Ausschußberichtes der deutschen Reichsversammlung, wo, von den bekannten Bedingungen handelnd, es wörtlich heißt: „Andere Zeugen, die wir vernommen, haben aus anderen Quellen seine (meine) Mittheilungen nicht nur bestätigt, sondern sogar erheblich vermehrt." — Die Darstellung unseres Gespräches in der „Neuen preußischen Zeitung," gegen welche sich Herr v. Kirchmann verwahrt, habe ich nicht zu vertreten, ich kenne sie nicht. Frankfurt, den 25. Nov. 1848. Bassermann.

Die verehrlichen Redactionen aller der Blätter, in welche Herrn v. Kirchmann's Erklärung übergegangen, sind gebeten, auch vorstehender Erwiderung Raum zu geben.

Digitized by Google

Frankfurt, 26. Nov. Wir haben heute abermals das Vergnügen gehabt, zwei Mitglieder der Berliner Versammlung in unserer Mitte zu sehen. Vorgestern beehrte uns eine Deputation von dort, geführt von Herrn Gierke, die sich die gemäßigte nannte und nur leise den Wunsch äußerte, nicht nach Brandenburg sich hinzubegeben; übrigens dem wandernden Poelamente wenig Lorbeeren ließ und willig zugab, daß die Entscheidung gegen Forterhebung der Steuern dem Aufrufe zur Anarchie gleich stehe! Die Rechte der Krone wurden unerörtert gelassen, ongeblich, weil ein Principirnstreit zu nichts führe. Der Eindruck, den Herr Gierke zurückließ, wor ein gutmüthiger, doch keineswegs überzeugendee; wir mußten ohnehin daran erinnern, doß die Notionaloersammlung ihre Beschlüsse gefaßt, deren Ausführung der Reichsgewalt übertragen sei, und zu neuen Beschlüssen zur Stunde kein Anlos norliege. — Die heutige Unterhaltung hatte ollerdings mehr Kolorit, eine so dunkle Färbung, doß die Sache keineswegs heller wurde. Dee Führer war Herr Robbertus, noch seinem Willen, der preußische Mirabeau, dee Zweck feinee Sendung, Hrn. Bassermann „vor ganz Deutschland als Lügner bloß zu stellen", sein Absteigequartier die Linke. Von doet wurden Ausflüge gemacht zum Reichsverweser und sporodisch zum rechten Centeum; oell Betheurungen über erlittenes Unrecht. Endlich um 4 Uhr, in sehr zohlreicher Versammlung im Weidenbusch, trot Herr Robbertus ons, um Bassermann's Auffassung und Daestellung der Berliner Verhältnisse zu beleuchten, ihn der Paeteilichkeit und des Einverständnisses mit dem Berliner Ministerium onzuklagen, eine Erklärung des Heern v. Unruh über die Bassermann'sche Rede vorzulesen und den Ausschuß der deutschen Nationoloersammlung über die preußische Frage der Pflichtwidrigkrit zu beschuldigen, weil er nicht nach Bertin hingesendet und Zeugen von der andern Partei habe rufen losseu. Von den Thoten des zueückgebliebenen Parloments ward weislich geschwiegen, dagegen aber nachdrücklich hervoegehoben: die Krone habe die vorgesollrnen Pöbelercesse obsichtlich begünstigt, ja herbeigeführt, um zum erwünschten Belogerungsstande zu gelangen, und der Reaktion Thür und Thor zu öffnen. Bassermonn widerlegte ruhig und kalt die schweren Anschuldigungen und scheute sich nicht, seiner guten Sache mit gewohnter Klarheit sich bewußt, der Erklärung des Hrn. von Unruh den Stempel der Unwahrheit onfzudrücken. Er schloß mit stärkerer Betonung: über die Angriffe sei er erhoben, ihn ermuthige der Erfolg, den seine Darstellung ringsum in deutschen Landen schon on den Tog gebracht. Unwillkürlich beoch die Versamalung in ein vielstimmiges Broov aus. Dies und einige Worte von Schweein, der sich eine nähere Beschreibung und Verkörperung des Gespenstes: Reoktion ausbat, so wie von Saucken, der gegen den Vorwurf der Paeteilichkeit des Ausschusses in gelungener Weise sich rechtfertigte, stachelten den zweiten Deputirtrn, Herrn Schultze aus Delitzsch, er legte Verwahrungrn ein und ging so weit, zu behoupten: wenn der Pöbel in Berlin angeblich die dortige Versammlung terrorisire, so set dies nichts andeers, ols welches die Majorität der Frankfurter Versammlung mit ihrer Minorität vornehme! Ein Mitglied der Linken, Herr Max Simon von Breslau, ließ sich hinreißrn, zu sogen: die Veesammlung behondle ihre Gäste mit Hohn und Spott! Genug, die Sache nahm ein unerfreuliches Ende, so daß mon den Anfang verwünschte. Hrn. Beseler gelang es mit einer edlen Ansprache das Ende in Vergessenheit zu bringen und die Berliner zogen in die Behausungen der Linken sich zurück. — Wir sind erfeeut über die Geneigtheit der Berlinee, Aufklärungen zu grben und mit uns sich zu verständigen, wir wollen nicht Gebrauch machen von dem bekanntrn: qui u'excuse s'neeuse; wir wünschen baldige glückliche Lösung des ernsten Konfliktes mit der Krone; aber aussprechen müssen wir es:

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem!

Zu Drutsch: Ein jedee prüse, was er treibe, ein jeder sehe, wo er bliebe!

Berlin, 24. Nov. Die Nr. 52. der Gesetzsammlung enthält den allerhöchsten Erloß vom 8. Nov. 1848, betreffend die Verlängerung des am Schlusse dieses Jahrs oblousenden Zolltaeifs:

„Da über eine für ganz Deutschland gemeinschaftliche Zollgesetzgebung gegenwärtig Beratbungen zu Frankfurt a. M. stattfinden und deshalb die Regierungen der zum Zollvorrein gehörigen Läder übereingekommen sind, die Heraugabe rines berichtigten Vereins-Zolltarifs für die mit dem Jahre 1849 beginnende neue Tarifperiode einstweilen auszusetzen, so bestimme Ich auf Ihren Bericht vom 4. d. M., daß der für die Jahre 1846, 1847 und 1848 erlassene Zolltarif, so wie die denselben ergänzenden Erlasse

1) vom 10. Oktober 1845, betreffend die provisorische Erhöhung des Eingangszolles von verschiedenen Waaren;
2) vom 28. Oktober 1846, betreffend die Abänderung mehrerer Tarifsätze, und zwar
   a) in der zweiten Abtheilung: der Sätze für rohe Baumwolle und Baumwollengarn (pos. 2), Farbehölzer (pos. 5), geknopertes Eisen (pos. 6), Leinengarn, Leinwand und andere Leinenwaaren (pos. 22), Vieh (pos. 39);
   b) in der dritten Abtheilung: des Transitzollsatzes für Talg;
3) vom 3. Mai 1847, betreffend den Eingangszoll für Oel in Fässern (pos. 26.);

auch vom 1. Januar 1849 an bis auf Weiteres in Krafe bleiben. Sie haben diese Verordnung durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und wegen deren Ausführung das Erforderliche zu veranlassen.

Sanssouci, den 8. November 1848.

Friedrich Wilhelm.
van Boeia.

An
den Staats- and Finanzminister von Bonin."

Von mehrerrn Abgeordneten geht uns die Erklärung zu, daß die von uns mitgetheilte Nachricht, die Herren Robbertus und v. Berg seien im Auftrage dee Notionaloersammlung nach Frankfurt abgereist, auf einem Jerthum beruhen müsse, indem jenrn beiden Herren durchaus kein offizielles Mandat ertheilt worden sei und, bei der schon seit neun Tagen erfolgten Sistirung der Sitzungen, auch nicht hotte ertheilt werden können.

Berlin, 21. Nov. Die Thätigkeit der Reichskommissäre ist bis jetzt von keinem besonderen Erfolg gewesen. Eine Erklärung, die sie von Seiten der Linken erhielten, sprach die Heerstellung des früheren Verhältnisses zwischen Krone und Versammlung aus, wie es vor dem 9. d. M. bestand, wenn ein neues Ministerium gebildet und die Verlegung zurückgenommen werde. Diese Erklärung fand eben so wenig Anklang bei der Gesammtheit, als eine von Bornemann vorgelegte Adresse, welche an die Botschaft anknüpfend daran erinnert, daß die Mehrheit in dem Glouben an ihr gutes Recht fortgetagt habe, und daß von ihren weiteren Beschlüssen wohl abgesehen werden könne. Diese Adresse spricht außerdem den Wunsch aus, daß nach den getroffenen Sicherheitsmaßregeln die Verlrgung nach Brandenburg aufgehoben werden möge und verheißt für die Zukunft größere Mäßigung Seitens dee Versammlung. Sie erregte hauptsächlich wegen des letztern Possus Anstoß. Ein dritter Vermittlungs-Vorschlag ging von Grabow aus. Er wünscht, daß durch die Reichskommissäre ein Wechsel des Ministeriums herbeigeführt werde, doß die Krone einen Mann des allgemeinen Vertrouens mit der Bildung eines neuen beauftrage und bis es zu Stande komme, die Versammlung auf etwa eine Woche vertage, worauf diese donn eine Dankodresse an Se. Majestät richte und die Vereinbarung in der früheren Act fortsetze. Ueber diesen Vorschlag wird gegenwärtig noch verhandelt. — Dazwischen naht der 27. November heran, und mit banger Spannung schaut das Land und die Versammlung selbst auf diesen verhängnißvollen Tag. (D. Ref.)

Es geht uns folgende Erklärung des Peäsidenten der Preußischen National-Versammlung zu, welche derselbe mehreren Abgeordneten, die zur Widerlegung des Bossermann'schen Berichts nach Frankfurt gereist sind, mitgegeben hat.

Erklärung.

Bisher habe ich Anstand genommen, mich über den Vortrag des Hrn. Bassermann in der 148. Sitzung der deutschen Nationalversammlung persönlich zu äußern, weil mir nur Zeitungsreferate vorlagen. Jetzt befindet sich der stenographische Bericht in meinen Händen; jene Zeitungsartikel werden dadurch nicht nur bestätigt, sondern leider noch verstärkt.

Auf die durchaus einseitige, captivirende Darstellung des Hrn. Bassermann, auf den Mangel einer klaren Zusammenstellung wahrer Thatsachen und einer unparteiischen Beurtheilung derselben will ich hier nicht näher eingehen, sondern nur das Verhalten des Hrn. Bassermann mir und der National-Versammlung gegenüber beleuchten und einige der stärksten Unrichtigkeiten aufklären.

Am 9. oder 10. wurde mir von mehreren Seiten gesagt, daß Hr. Bassermann sich in Berlin befinde, daß er der Sitzung auf der Tribune beiwohne. Vergebens hoffte ich, daß ich Gelegenheit haben würde, ihn zu sprechen and daß er dazu beitragen würde, den gefährlichen Konflikt zu beseitigen. Erst nach mehreren Tagen, nachdem der Konflikt durch die Maßregeln des Ministeriums Brandenburg nad des General Wrangel immer höher gestiegen und die Gefahr einer blutigen Katastrophe immer näher gekommen war, wurde Hr. Bassermann mir in meiner Wohaung gemeldet. Mehrere Abgeordnete befanden sich im ersten Zimmer; ich stellte dieselben vor, He. Bassermann wollte mich aber allein sprechen. Im zweiten Zimmer erklärte derselbe, er komme nicht in amtlicher Faction, sondern als Privatmann mit mir einige Worte zu reden. Als ich einige einleitende Andeutungen über den Stand der Dinge machte, verlangte Hr. Bassermann sofort, ich solle ihn zunächst anhören. Er sprach längere Zeit von seinem Standpunkte aus über den Konflikt. Auf einen Einwand, den ich einschalten wollte, bemerkte Hr. Bassermann, er sei noch nicht zu Ende. Er schloß

Uebersicht.

Oesterreich und Deutschland.
Deutschland. Wien (Die Triestiner und die Wahl nach Frankfurt. Die Nationalgarde) Prag (Die Slowanska Lipa und die Reichstagswahlen. Die deutschen und die czechischen Studenten. Furcht vor den deutschen Nachbarn. Exzesse.) Olmütz (Die Deputation der Serben und Russinen. Die Frankfurter Abgeordneten.) Grätz (Auflösung der akademischen Legion.) Berlin (Das Volk und die Abgeordneten. Die Gesundheit des preußischen Volks. Protest gegen den Bassermann'schen Bericht. Consequente Bemühungen der Reichskommissäre. Das Ministerium.) Magdeburg (Stimmung.) Posen (Die Reichskommission.) Donaueschingen (Die Truppenaufstellung an der Schweizergrenze.) Dresden (Anordnung der Wahlen.)
Börsenbericht von Paris (Vom 23. November.)

* Vom Rhein, 24. Nov. In einer neulichen Besprechung des Hansemann'schen Verfassungsplans ließ ich, wie nur bald bedacht, die Worte fallen, der Reichstag möge die Trennung Oesterreichs von Deutschland betreiben. Durchdachter aber und erwegener, als dies hingefallene Wort, könnte der Nationalversammlung nicht leicht etwas Anderes empfohlen werden. Mittlerweile verbreitet sich die Ansicht in den Blättern immer mehr, daß man in Oesterreich selbst die Trennung von Deutschland anstrebe, daß die Hinrichtung Blum's sogar nur eine Demonstration in diesem Sinne sei. Hüte man sich ja vor österreichischer Arglist! komme man lieber mit einer selbstständigen Politik entgegen und wo möglich zuvor! Ich glaube zu wissen, daß vor einiger Zeit, noch vor dem Falle Wiens, unter den einflußreichen Faktoren der österreichischen Politik drei Pläne umgingen über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Der Eine ging auf eine Einverleibung der gesammten österreichischen Monarchie in Deutschland. Dieß würde Deutschland leicht von Seiten der Macht und Größe her schmeicheln können; es würde eine lockere Verfassung bedingen; es würde Oesterreich, wie auch die Verfassung und die Gestalt der exekutiven Gewalt beschaffen wäre, einen allmächtigen Einfluß verschaffen. Niemand hätte heutzutage den Muth einen solchen Gedanken auszuführen; Europa würde in Waffen gegen uns treten, und wo wären gerade in Oesterreich die Leute, die solch' einem Conflikte begegnen wollten? — Der zweite Plan ging auf ein Eintreten der deutschen Provinzen in den Bundesstaat. Daß dieser Gedanke unter den gegenwärtigen Machthabern nicht gebilligt wird, leuchtet aus ihrem Verfahren wohl Jedem ein. Für Deutschland wünschenswerth wäre seine Ausführung nur dann, wenn in der österreichischen Dynastie selbst Männer wären, denen eine überlegene Einsicht inne wohnte, die über die Intriguen und die engherzige Politik von Camarillen, Vezieren, Soldaten und Adel Herr wäre, statt von ihr beherrscht zu sein. Der dritte Plan war eine staatenbündliche Verbindung Oesterreichs mit dem übrigen in einen Bundesstaat vereinigten Deutschland. Dieser Verbindung wird von Hansemann das Wort geredet und Heinrich von Gagern denkt vielleicht seinen dahin zielenden Antrag noch einmal vorzubringen. In Oesterreich wird unstreitig diese Verbindung gesucht werden. Denn wir trauen den österreichischen Staatsleuten aus der alten Schule, deren Einfluß dieser Staat noch lange ausgesetzt bleiben wird, vollkommen zu, daß sie den österreichischen Partikularismus und die Abneigung gegen Deutschland nicht bis zu der Kurzsichtigkeit treiben werden, daß sie die vierte Möglichkeit, eine eigentliche Abtrennung, ersprießlicher für die österreichischen Interessen halten sollten. Dies allein wäre mir hinreichend, von deutscher Seite eben auf dieser vierten Möglichkeit zu bestehen. Wenn eine Verbindung mit Oesterreich aufrecht erhalten werden soll, so sei es keine andere, als die auf Staatsverträgen und freien Bündnissen beruht. Jeder Einfluß Oesterreichs auf Deutschland ist vom Verderben. Lasse man sich durch die anfangenden und ersten Erfahrungen gewarnt sein, es möchte weiterhin zu spät sein! Oesterreich kann durch ein staatenbündliches Band mit einem Bundesstaate, es möge so locker sein wie es wolle, nur gewinnen, der Bundesstaat nur verlieren. So wie ihm ein gesetzlicher Einfluß gegeben ist, er möge noch so vorsichtig beschränkt sein, sowie nur der Gegensatz von Bundesstaat und Staatenbund in dem Einen Staatskörper existirt, ist der Bundesstaat bedroht. Wir haben dann zu dem Streite der Einheit und des Partikularismus, der Republik und der Monarchie noch einen neuen Streit ganz muthwillig in die Verfassung hineingepflanzt. Der Bundesstaat, der mit strengeren Banden schärfere Pflichten auferlegt, wird um so lästiger sollen, je ungewohnter die neuen Verpflichtungen sind; der Staatenbund, wenn einmal als Ausnahme statuirt, wird auch andere Staaten anlocken, es wird Bestrebungen geben, die ihn zur Regel zurückführen wollen. Diese Machinationen werden Oesterreich, wie gering sie sein möchten, gerade genug Handhabe darbieten, um den gedeihlichern Aufschwung Deutschlands ganz so zu fördern oder zu hindern, wie ihm nützlich ist, wie es bisher immer zu thun gesucht hat. Was in dieser Hinsicht eine Weile der nachgelassen hatte, das war der Altersschwäche des Systems zuzuschreiben, es war für uns ein glücklicher Zufall. Aus diesem System ist Oesterreich so weit herausgeschreckt, daß es seine bisherige Passivität wenigstens nach innen für die Zukunft nothwendig aufgeben muß. Gerade das macht es uns um so gefährlicher. Denn man versteht sich in Oesterreich auf das Handeln besser als in Deutschland. Man hat in Oesterreich eine Politik gehabt; man wird sie nach innen, so weit die Noth zwingt, modifiziren, nach außen um so mehr im alten Gleise erhalten. Wir werden gegen die österreichische Politik auf der Defensive sein, wie wir es immer waren, wir werden in der schiefen Stellung zwischen Osten und Westen, mit entschiedener Hinneigung gegen Osten verharren, wir werden den Haß ganzer Nationen theilen, den wir nicht verschuldet haben, den zu versöhnen wir nichts thun können! Was die innern Verhältnisse angeht, so nenne man uns Einen Vortheil, der nicht mit Bündnissen und Verträgen ebenso zu erlangen wäre, wie mit der staatenbündlichen Verbindung? Ich fordere jeden auf, der uns politischen Combinationen Schlüsse zu ziehen und Eventualitäten zu errathen weiß, mir einen Einzigen zu nennen! Auf der Seite von Oesterreich aber sind die Vortheile handgreiflich und bei geschickter Benutzung unermeßlich. Was hat sich nicht die Politik thätiger Reiche für Mühe gegeben, um in fremden Staatswesen einen Fuß zu fassen, auch nur in ganz äußerlicher Weise! Und wer würde nun so thöricht sein, einem übermächtigen Reiche in einem mindermächtigen einen solchen Boden zu bereiten! Wer in unserem Lande und Staate die Hand im Spiele haben will, der gebe den ganzen Körper dran. Wo ist der Koto, der dem Reichstage in Frankfurt jeden Tag als unser ceterum censemus vorsagt: Sprechen wir die Abtrennung von Oesterreich aus!?

Deutschland.

Wien, 19. Nov. Dem „C. Bl. a. B." wird geschrieben: Die Triestiner haben nun definitiv in ihrem Gemeinderathe beschlossen, die Neuwahl für Frankfurt einstweilen zu sistiren, bis sie sehen werden, wie es Frankfurt verstehe, seiner Deputirten Unverletzlichkeit zu schützen.

Man schreibt dem Oesterreichischen Correspondenten aus **Wien**, daß die beabsichtigte Aufstellung von circa 6000 M. Bürgergarden, welche während des Belagerungszustandes mit den Truppen gemeinschaftlich für die Sicherheit, Ordnung und Ruhe wirken sollten, wenn anders etwas an der Sache war, auf Hindernisse gestoßen zu sein scheine.

Prag, 20. Nov. Gestern war hier eine Plenarversammlung der Slowanska Lipo, die sehr zahlreich besucht war. Der Grund war die Entwerfung einer Candidatenliste für Reichstagsdeputirte, da 20—30 czechische Deputirte in den nächsten Tagen ihr Mandat niederlegen werden. Die Slowansko Lipo will nun ihren ganzen Einfluß dahin verwenden, daß Candidaten in ihrem Sinne, nämlich begeisterte Czechen, die zugleich Demokraten sind, gewählt werden. Es wurde nun der Beschluß gefaßt, daß jedes Mitglied 30 Candidaten vorschlage, und daß Jene, welche die meisten Stimmen haben, von der Slowanska Lipo als Candidaten vorgeschlagen und von ihr kräftigst unterstützt werden sollen. — Die Spaltung zwischen den deutschen und czechischen Studenten wird täglich größer. Die Ersteren haben sich weder an der Wahl des Studentenausschusses, noch an der akademischen Legion betheiligt, vielmehr beschlossen, sich innig an einander anzuschließen und ihre Zwecke zu verfolgen. (D. A. Z.)

Prag, 21. Nov. Die letzten Ereignisse in Wien, namentlich die Tödtung Blum's, haben hier im czechischen Theile der Bevölkerung auch die eigenthümliche Wirkung geübt, Besorgnisse vor den deutschen Nachbarn rege zu machen. Täglich werden die abenteuerlichsten Gerüchte in Umlauf gebracht. Gestern erzählte man, es werde in Sachsen der Landsturm organisirt, der R. Blum's Tod rächen und nach Wien aufbrechen werde, um an Windisch-Grätz Rache zu nehmen. Da gestern nun eine Botterie und eine

Digitized by Google

Abtheilung Infanterie nach den deutschen Kreisen abgieng, weil dasselbst, namentlich in Reichenberg, die Verweigerung der Rekrutenstellung einen hohen Grad erreicht hat, so brachte man das mit der bedrohten Grenze in Verbindung und sprach schon von einem Einfalle der Sachsen. — Heute Nacht kam es hier zu einer Rauferei zwischen Militär und Civil, bei welcher ein Soldat von der Schußwaffe Gebrauch machte und einen Civilisten lebensgefährlich verwundete. Eine Wiederholung solcher Conflicte dürfte zu ernstern Scenen führen. (D. A. Z.)

Ollmütz, 19. Nov. Die Deputation der Serben weilt noch immer hier. Sie fordert die Bestätigung einer eigenen serbischen Wojewodschaft, etwa wie Kroatien und Slawonien, Aufhebung des magyarischen Ministeriums, eine freie Föderation aller österreichischen Völker mit Einem Gesammtministerium in Wien und mit einem allgemeinen österreichischen Reichstage, und Bestätigung ihres gewählten Patriarchen Rajacić und des Wojewoden Suplikar. Die Deputation der Russinen ist schon in Kremsier. (C. Bl. a. B.)

Ollmütz, 19. Nov. Gestern sind zwei Mitglieder des Frankfurter Parlaments als diplomatische Abgeordnete hier eingetroffen. Wir hoffen vielleicht im nächsten Blatte Näheres über ihre Sendung veröffentlichen zu können. (Oest. Corr.)

Gratz, 18. Nov. Heute um 1 Uhr erfolgte die Waffenabgabe von Seiten der akademischen Legion, welche sich freiwillig, das heißt durch Umstände, nicht durch Personen genöthigt, auflöste. (D. A. Z.)

*****Berlin**, 23. Nov. In den östlichen Provinzen scheint der Prozeß zwischen Royalismus und verkapptem Republikanismus schon zu Ende. Die Umschläge in Tagen, in Stunden, sind erstaunenswürdig. Die Steuerverweigerung erweckte die Verständigen, das Gespräch zwischen v. Kirchmann und Bassermann das ganze Volk, wo noch warmes Blut ist. Die unermeßliche Thorheit, eine Dynastie von sich stoßen zu wollen, die allein das kleine Brandenburg, das verlassene Pommern, das den Sarmaten wie ein verlorener Posten preisgegebene Preußen zu einem weltbistorischen Staate erhob, eine Dynastie, der wir es verdanken, daß wir noch Deutsche sind, und jetzt berufen zu einer höhern Ehrenstellung für das Gesammtvaterland, nachdem Oesterreich faktisch sich auf sich selbst zurückgezogen, dieser wahnsinnige Gedanke erweckte denn doch die Beschränktesten und löschte das Feuer auch bei den Entschiedensten. Viele glauben es kaum, wenn sie jetzt dürr gedruckt die Kirchmann'schen Worte lesen, und es sind dieselben Worte, welche sie noch vor acht Tagen nachgesprochen hätten. Uebrigens war der Inhalt des Gesprächs schon damals, also lange vor der Bassermann'schen Mittheilung, in Berlin bekannt, und damals erschrack man nicht, es war ein allgemeiner Fieberzustand. So muß man auch Hrn. von Kirchmann betrachten; es war ein gelegentliches Gespräch, in welchem derselbe nur das aussprach, was in jener Fiebererregung die herrschende Ansicht war. Er protestirt jetzt, daß er dies, wenigstens in der Stärke, nicht gesagt haben könne. Dieser Protest wird ihm wenig helfen; seine Rechtfertigung ist, daß er das Schicksal anderer Tausende theilte, daß er von einer allgemeinen Infektion sich nicht frei erhielt. Daß er sich jetzt gedrungen fühlt zu protestiren, ist aber auch ein beachtenswerthes Zeichen des Umschwungs in der Meinung! Damals wagte man nicht laut an dem zu zweifeln, was jetzt Herr v. Kirchmann als seine Meinung von sich ablehnt! — In Stettin und Pommern hat die Reue, daß man den ersten Beschlüssen der Nationalversammlung beigestimmt, schon einen fanatischen Charakter angenommen; die schlesischen Städte sind schneller zur Besinnung gekommen, als man erwarten durfte. Die Bewegungen in Sachsen werden bald gedämpft sein. Die am Rhein sind nach den letzten Nachrichten ernsthafter; aber sie kümmern uns jetzt weniger. Einmal trauen wir dem praktischen Sinne der Rheinländer zu, daß sie selbst mit der grassirenden Krankheit fertig werden, wir glauben, daß sie ihren Vortheil in der Verbindung mit dem konstitutionellen Königthum Preußen selbst am besten abzuschätzen wissen. Zöge oder diese Einsicht dort den Kürzeren, wirkte auch der Beschluß in Frankfurt nichts, und wäre es denkbar, daß sie der Regierung der Hohenzollern eine republikanische unter den Auspizien der jüdischen und reichsgräflichen Helden aus dem Kölner Kassettendiebstahl und einiger Bankerutirer vorzögen, nun dann ist man in den altpreußischen Provinzen nicht mehr so wie in den Märztagen bezüglich der Rheinlande gestimmt. Wenn sie durchaus nicht preußisch bleiben wollten, so würde man sie nicht mit Gewalt festhalten. So denkt das Volk hier; die Krone könnte dann kaum anders denken. Doch ich rede von Unmöglichem. Der Rückschlag der hiesigen Stimmung hat den Rhein noch nicht erreicht, und das rheinische Volk kann noch weniger die Herrschaft der Lasalle, Carlebon und der Gräfin Hatzfeld auf sich nehmen, als wir ein Monteuffel-Brandenburgisches Ministerium willig aufnehmen. Wie ein Ehrenmann wie Dr. Kinkel zum Kleon von Bonn werden konnte, ist uns zur Zeit noch ein psychologisches Räthsel. Die Landwehr hier, ringsumher, stellt sich freiwillig, überzöhlig, der patriotische Eifer von 1813 ist auf dem Lande erwacht, Eltern bringen ihre Söhne, Prästationen, Geldanerbietungen; die volle Kraft ist der Krone gegeben, ihren Willen durchzusetzen. So unzweifelhaft ist dies, daß wir, mitten in der Freude über die Bezwingung der Anarchie, schon hinsichts der Ueberkraft besorgt sind. Der letzte Paragraph des Frankfurter Beschlusses, der Sinn des Königs, sind uns allerdings Bürgschaften — ob ausreichende? Die Macht ist verführerisch und die der Auslegungen groß. Vor Wiener Umschlägen, vor der rohen Ausübung militärischer Herrschaft sind wir gesichert, aber das alte Deklarationswesen, das unsere besten organischen Gesetze durchlöcherte, kann jeden Augenblick wieder aufleben, bis die Verfassung gefestet ist. Wie wird sie es werden? — Man spricht wieder stark von einer möglichen Ausgleichung, nachdem die Krone (durch den Prinzen v. Preußen) eine solche mit der Mehrheit der Versammlung für unmöglich erklärt. Dies wäre ein großer Schritt rückwärts. Die Versammlung hat schwer geirrt, großer Ueberschreitungen sich schuldig gemacht, aber auch die Krone irrte. Da ist eine Einigung möglich, der Mittler ist da. Ein Anfang, von ganz vorn herein, welche neue Zweifel, Risse würde er zur Folge haben! Freilich erlöste uns eine oktroyirte Verfassung, eine neue Wahl, von einer Anzahl Abgeordneter, die durch ihren Fanatismus, ihr verschlungenes Sünderspiel mit der Wühlerpartei, das Vaterland und vielleicht mit Wissen und Wollen an den Abgrund führten; aber sind diese nicht schon jetzt moralisch vernichtet! Um die Gladbach, Reichenbach, Schramm, Jung, Waldeck, Temme, d'Ester, Jacoby hätte sich nimmermehr die Nation, auch nicht in der ersten Fieberaufwallung, gereiht. Diese sind und bleiben vor der öffentlichen Meinung gerichtet, auch wenn sie es wagen sollten, vor der frei gewordenen Versammlung wieder ihre Stimme zu erheben. Wir glauben, noch die unter ihnen scheiden zu können, die in stillem Wahnsinn einer fixen Idee folgten, von den leberkranken Gallichten, die erlittene persönliche Kränkungen der Krone vergelten und denen, die nur im Trüben fischen wollten. Aber sie Alle sind nicht mehr gefährlich in der gereinigten Luft; nachdem ihr Spiel entdüllt, man ihre Fährten, Schliche kennen gelernt. In einer künftigen, wirklich freien, vollständigen Repräsentantenkammer möchte ich alle Richtungen der Nation und Zeit-vertreten sehen, auch die Extreme; einen Thaddee-Triglaff, worum nicht auch einen Gladbach und d'Ester! Aber mit welcher Stirn will eine zweite Partei vor die Augen der Nation treten, die, welche jenen in die Karten geschaut, ihr Spiel auf Tod und Leben gekannt und doch mit ihnen gespielt hat, nur aus kindischer Eitelkeit, aus Ehrgeiz, um die Gegner zu wecken? Mit welcher Stirn kann namentlich Uhlich auftreten, er, der eigentliche Urheber der ganzen Zerwürfniß; vielleicht im Ganzen unschuldig, nur eitel, mattherzig, aber es ist eine jämmerliche Unschuld, die mit dem Verbrechen liebäugelt, in der Politik ein ärgstes Verbrechen. Wird er in einer nächsten Predigt auf der Kanzel Humanitätsthränen vergießen, daß die Versammlung dem herrlichen Volke mit den Stricken, Messern, Beilen, seiner natürlichen Schutzgarde, entzogen ist? — Ich sehe lieber in einem künftigen preußischen Reichstage die Gladbach, Schramm, Dierschke und Reichenbach wieder, als das Zwittergeschlecht, das durch sein unheilvoll eitles Zwischenspiel das Vaterland dem Ruin nahe brachte. — Wie endlich wird in Brandenburg, oder wo es sei, eine dritte Partei das Auge aufschlagen, die, welche es wirklich redlich meinten, und, in der Meinung redlich zu handeln, sich zu Ueberschreitungen hinreißen ließen, die sie im Augenblicke selbst verdammen und bereuen! Es sind sehr achtbare Männer darunter, und es war ein Zustand der Exaltation, des Fanatismus, wo die Zurechnungsfähigkeit aufhört, und die klare Willensfreiheit zu der heroischen Tugend wird, welche die Gesetze von Menschen nicht zu fordern wagen.

** **Berlin**, 23. Nov. Wir haben mit Wärme für die Nationalversammlung gesprochen, mit Entschiedenheit gegen die Regierung uns erklärt. Erst als die Nationalversammlung sich

Digitized by Google

unglücklicherweise mit der äußersten Linken identifizirte, erst bei dem Beschluß über die Steuerverweigerung erkalteten wir, ja rund herausgesagt, wurden wir Gegner der Versammlung, ohne dadurch den jetzigen Ministern uns zu befreunden. — Es hat sich ereignet, daß die große Mehrheit unseres Volks ebenso fühlte. Der überwiegende Theil des Landes erklärte sich anfangs für seine Vertreter. Die Gesellschaft Mark und wenige Orgenden standen gleich auf Seite der Regierung. Sogar Stettin, die royalistische Stadt, Gemeindevorstand und Bürgerschaft wetteiferten in begeistertem Zuspruch für die Versammlung. Da setzte die Partei Waldeck die Steuerverweigerung durch; nun machten die demokratischen Vereine aller Orte, die bei der Geldenthaltsamkeit noch Neben-Absichten verfolgten, und der ganze Anhang der äußersten Linken die Sache zu der ihrigen; von diesem Augenblick an war sie verloren. Magdeburg, deren Abgeordneter der Herr v. Unruh, war vorangegangen, als es galt, dem Parlament beizustimmen; Magdeburg war unter den Ersten, die sich mit Entschiedenheit gegen die Steuersistierung aussprachen und von der Versammlung abwandten. Die republikanisirten Theile Preußens waren fortan für, das ganze übrige Preußen gegen das „Rumpfparlament." Es ist so oft ausgesprochen, daß der Kern Preußens sich das Königthum und das Haus Hohenzollern nicht nehmen lasse. Das hat sich allen Spöttern und Skeptikern gegenüber in gewisser Weise jetzt bewahrheitet. In gewisser Weise, denn als die konstitutionelle Freiheit bedroht schien, erhob sich der bei weitem größere Theil des Volkes gegen den vermutheten Restaurationsversuch, von wem er auch ausgehen mochte, daher eventuell gegen Hohenzollern. Aber von da ab, wo die Vertreter nicht mehr die konstitutionelle Freiheit gegen Uebergriffe wahrnahmen, sondern thatsächlich einen unheilbaren Bruch herbeiführten, da ward von Seiten des Volks auf die übeln Minister nicht weiter geachtet und es erhoben sich rings die Millionen für den bedrohten Thron. Mir däucht, für meinen neulichen Ausspruch, das konstitutionelle Königthum stände mauerfest in Preußen, wäre dieß ein guter Beleg, ein Beleg entnommen aus der Geschichte eines Konflikts zwischen Volksvertretern und Krone. — Manches läßt sich entnehmen aus der Chronik der letzten Tage und Wochen. Es war die Aussicht, zur rothen Republik zu gelangen, indem man das Geld im Kasten ließ; andererseits, um die Monarchie zu erhalten, galt es, zu zahlen. Die Monarchie war vielleicht noch selten in so bedrängter Lage. Doch — o Wunder! — man zahlte dennoch. Das heißt doch, die Monarchie wollen!! — —

Abgesehen von der Monarchie, von der Republik, der Beschluß des Rumpfparlaments war sehr geeignet, den Staat, gleichviel welche Form er habe, furchtbar zu zerrütten. Jener Redner für die Steuerverweigerung rief: „Wir schleudern die Brandfackel der Anarchie in ein glückliches Land" und, was an ihm lag, er schleuderte! doch sie hat nicht gezündet. Ich wollte jetzt, ich wäre kein Preuße, lassen Sie mich als einen Schwaben oder Pfälzer gelten. Mir ist, als müßte der Pfälzer oder Schwab das Ding just ansehen, wie ich in diesem Fall. Das muß doch einen jeden Menschen, wenn er nicht süßer Demokratie trunken ist, innig freuen, zu sehen wie ein ganzer Volksstamm, an dessen menschlich schwächste Seite appellirt ist, appellirt von seinen hartbedrängten Abgeordneten, und gegenüber verhaßten Repräsentanten der Staatsgewalt, einmüthig und männlich aller Versuchung widersteht und dem Könige gibt, was des Königs ist. Es konnten doch edle Beweggründe vorgebracht oder vorgeschoben werden, um die Zahlungen an den Staat einzustellen. Dennoch bleiben sie fast nirgend aus. Ganze Gemeinden, Ortschaften, Kreise stellen sich hin und wollen zum Voraus für das ganze Jahr zahlen. Und die jetzigen Minister müßten ärge Thoren und engebildete Tröpfe sein, wenn sie sich dies zu Gute schrieben und daraus für sich günstige Schlüsse zögen. Denn das steht fest, das Land zahlt die Steuern, nicht weil, sondern obgleich diese Minister das Heft in Händen halten! Das Ministerium ist nicht im Mindesten in der Gunst gestiegen; wenn sich etwas verändert zeigt, so ist es das für Momente alterirte und neu befestigte Vertrauen in die Treue des Königs. Aber das kerngesunde Volksthum fühlte sicher heraus, hier stehe soviel auf dem Spiel, daß die Kabinetsfrage dagegen völlig in den Hintergrund trete. Der Staat war in Frage gestellt. Und der Staat ist gerettet. Nicht durch die Minister; sie thaten das Ihrige durch Ungeschick und Fehlgriffe, den Staat zu Grunde zu richten. Nicht durch die Nationalversammlung; sie rivalisirte mit den Ministern in Ungeschick und übertraf sie bei dem Steuerbeschluß durch abscheuliche Verlängnung aller Vaterlandsliebe. Nein, das Volk hat den Staat gerettet; das Volk durch seine Tüchtigkeit, durch seinen staatlichen Sinn, durch sein Rechtsbewußtsein. Wird der Kern von Deutschland dem preußischen Volke, das sich seinen Staat doch auch für Deutschland erhalten hat, auch recht Freund sein?

Berlin, 23. Nov. Herr Rodbertus reist heute Abend im Auftrage der National-Versammlung nach Frankfurt, um folgende von mehr als 200 Mitgliedern der Versammlung unterschriebene Adresse an die deutsche Reichsversammlung zu überbringen:

„Hohe Versammlung!

Der Herr Unterstaatssekretär Bassermann hat in der 118ten Sitzung der deutschen Reichs-Versammlung über seine Sendung nach Berlin Bericht erstattet.

Wir verschmähen es, mit Herrn Bassermann darüber zu rechten, wie und wo er seine Anschauungen von der Physiognomie der Stadt, von der Haltung der Bevölkerung, gegenüber den Gewaltstreichen der Regierung gewonnen hat.

Der 9. November ist schon der Geschichte anheimgefallen. Der Presse mag es überlassen sein, nachzuweisen, daß Herrn Bassermann's Schilderung bis in die kleinsten Züge falsch ist. Wenn aber ein Mitglied des Reichs über seine amtliche Thätigkeit die hohe Versammlung mit so folgenschweren Unwahrheiten zu hintergehen sucht, so wäre Schweigen ein Verrath an der heiligen Sache, für die wir im ehrlichen Kampfe stehen und fallen, die wie aber nicht meuchlings wollen morden lassen. Wir unterschriebenen erklären daher:

„daß Herr Bassermann, als Abgesandter der deutschen Centralgewalt, mit der preuß. National-Versammlung oder mit den zurückgebliebenen Deputirten, wie er sich auszudrücken beliebe, gar nicht unterhandelte, zu unterhandeln nicht einmal versucht hat."

Seine ganze Thätigkeit in dieser Richtung hat sich, so viel wir durch die sorgfältigste Nachforschung haben ermitteln können, darauf beschränkt, daß er unter der ausdrücklichen Erklärung, er komme als Privatmann, dem Präsidenten v. Unruh einen Besuch gemacht, einen nach der Ansicht des Herrn v. Unruh unausführbaren Vorschlag geäußert, und daß er bei Gelegenheit eines Krankenbesuchs ein Mitglied des linken Centrums seine persönliche Meinung über die Bedingungen einer Transaktion hat aussprechen hören, ohne dieselben richtig erfaßt zu haben. Daß die preußische National-Versammlung nur auf die von Herrn Bassermann angegebenen Bedingungen mit der Krone unterhandeln wolle, ist eine Unwahrheit.

Berlin, den 22. November 1848."

* Ueber den Erfolg der Wirksamkeit der Reichskommissäre laufen leider wenig erfreuliche Nachrichten ein. Die Vossische Zeitung berichtet: „Ueber die Thätigkeit der Herren Simson und Hergenhahn erfährt man, daß dieselben in einer Conferenz mit Mitgliedern aller Fractionen der Nationalversammlung zu dem Zwecke, die Theilnahme an einer Sitzung in Brandenburg anempfohlen haben, um dort das von dem Abgeordneten Wachsmuth und Genossen schon vor dem 9. Nov. eingebrachte Gesetz zum Schutz der Versammlung und der einzelnen Mitglieder zu berathen und anzunehmen. Die Abgeordneten lehnten dies Zumuthen einstimmig ab, indem sie wiederholt darauf hinwiesen, daß jetzt die Freiheit der Berathungen in Berlin nach Unten hin mehr als nöthig geschützt sei. Ueberdies fehle es schon jetzt nicht an Gesetzen, welche jeden Angriff auf die Versammlung mit Strafen bedrohen. Es sei deshalb gegenwärtig jedes Motiv zur Verlegung der Versammlung beseitigt. Dieser Theil der Frankfurter Beschlüsse vom 14. d. M. (mit denen die konferirenden Mitglieder sich überall einverstanden erklärten) sei mithin vollkommen erledigt, und es liege nunmehr lediglich in ihre Hand der Regierung, den übrigen Theil — die Ernennung eines volksthümlichen Ministeriums — zu verwirklichen. — Die Commissarien der Centralgewalt, die übrigens erklärten, daß sie ermächtigt seien, für den Fall jene Vermittlung nicht zu Stande komme, selbst eine Entscheidung zu treffen, stellten nunmehr die Frage: ob die Versammlung sich einer Entscheidung der Centralgewalt und der Frankfurter Versammlung fügen werde? Ein Mitglied der Linken verneinte diese Frage; die andern Fraktionen behielten sich ihren Beschluß vor." Ebenso wenig scheint das Ministerium geneigt, auf eine Vermittlung einzugehn. — Die deutsche Reform meldet: Die Reichs-Kommissarien Simson und Hergenhahn sind mit dem offen ausgesprochenen Auftrage der Vermittelung hier aufgetreten. Wenn unsere Regierung auch, wie man vernimmt, die gute Absicht der Centralgewalt gern anerkennt, und dem Bestreben der Deputirten eine dankbare Bereitwilligkeit entgegengetragen hat, so ist doch nicht wohl zu begreifen, wie es ihr möglich gemacht werden soll, auf die Vorschläge der Kommissarien einzugehen. Ihre Verhandlungen auf beiden Seiten, einmal mit dem Ministerium, dann

Digitized by Google

mit der Fraktion Unruh, haben daher bis jetzt noch zu keinem Resultat geführt. Allerdings wird von ihnen das Recht der Krone, die Versammlung zu vertagen und zu verlegen, nicht bestritten, wohl aber als eine übereilte Maßregel bezeichnet, von diesem Rechte jetzt Gebrauch machen zu wollen. Mit noch größerer Entschiedenheit dringen sie auf sofortigen Rücktritt des Ministeriums. Da dieses jedoch entschlossen scheint, in seiner festen Haltung jedenfalls so lange zu beharren, bis es unmöglich geworden ist, seinen Rücktritt als eine der Fraktion Unruh gemachte Konzession Seitens der Krone anzusehen, und da, wie behauptet wird, auch der König seine konstitutionellen Rechte strenge gewahrt wissen will, so scheint ein Eingehen auf diese Forderung nirgend in Aussicht zu stehen. Dagegen ist ihnen wiederholt die Versicherung geworden, daß von den gewährten und verheißenen Freiheiten dem Lande durchaus nichts verkümmert werden solle. Die Kommissarien scheinen versucht zu haben, jede der Parteien nach dem Standpunkte der andern hinüberzuführen und aus dieser doppelten Bewegung von selbst einen Vereinigungsmodus entstehen zu lassen. So ist ihrer Seits, wie vertautet, in einer Konferenz mit der sehr zahlreich vertretenen Fraktion Unruh eifrig darauf gedrungen worden, jedenfalls am 27. nach Brandenburg zu gehen und einstweilen ruhig den wahrscheinlich bald erfolgenden Rücktritt des Ministerii abzuwarten. Aber auch hier scheinen die Vorstellungen kein unbedingt bereitwilliges Ohr gefunden zu haben. Während das Centrum sich schwankend zeigte, hat die äußerste Linke aufs Heftigste die förmliche Anerkennung und Billigung aller bisherigen Schritte der Fraktion Unruh Seitens der Centralgewalt gefordert, und damit gedroht, daß, falls diese nicht erfolge, sie auch ihrerseits die Versammlung in der Paulskirche und die Centralgewalt nicht mehr anerkennen werde. Da die Reichskommissarien hier also auf beiden Seiten einen viel weniger gelockerten, empfänglichen Boden für ihre Wirksamkeit vorfanden, als man in Frankfurt erwartet haben mochte, so hat Herr Professor Simson für nöthig erachtet, schleunig nach Frankfurt zurückzukehren, um über das eigentliche, bisher, wie es scheint, dort verkannte Wesen der Parteistellung zu berichten und demgemäß neue Instruktionen einzuholen. Heute schon wird er wieder zurückerwartet und dann leider wahrnehmen müssen, daß die während seiner Abwesenheit eifrig fortgesetzten Vermittelungs-Bemühungen seines Kollegen Hergenhahn das Versöhnungswerk um keinen Schritt gefördert haben, wenn man nicht die zum Nachgeben schon sehr geneigte Disposition des Centrums als einen solchen bezeichnen will. Man rechnet, daß gegenwärtig 140 Mitglieder der Rechten, viele Bauern, die sonst auf der äußersten Linken saßen, und einzelne Abgeordnete aus den Centren bereit sind, nach Brandenburg zu gehen. An der beschlußfähigen Anzahl (202) fehlen nur Wenige, welche die Regierung durch Einberufung der Stellvertreter zu ergänzen gesonnen sein soll. Allgemein wird vermuthet, daß das Ministerium Brandenburg nicht eher abtreten wird, als bis es die von ihm begonnenen Maßregeln durchgeführt und sich über seine Politik vor der Versammlung gerechtfertigt hat. — Die konstitutionelle Korrespondenz berichtet: Es wird behauptet, unsere Minister befreundeten sich mehr und mehr mit dem Gedanken, längere Zeit am Ruder zu bleiben. — Auch der alte aberwitzige Demagoge Karbe ist zur Haft gebracht. — Die Nachrichten aus den Provinzen lauten im Allgemeinen günstig. Es ist bisher in keinem Theile der Monarchie, auch in Breslau nicht, zu einem Konflikte mit der bewaffneten Macht gekommen.

Magdeburg, 23. Nov. Aus den Adressen der verschiedenen Städte der Provinz, welche die Magdeburger Zeitung mittheilt, geht hervor, daß nach dem letzten Beschluß der Nationalversammlung in Betreff der Steuerverweigerung ein Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten ist. Die Städte und Vereine, welche den ersten Schritt und die anfängliche Haltung der Abgeordneten billigten, sprechen jetzt ihr Mißtrauen gegen sie aus, beharren aber dabei, daß das Ministerium Brandenburg einem anderen volksthümlichen Platz mache.

† **Posen**, 20. Nov. Die ganze Stadt ist voll Liebe und Verehrung zu General Schäfer, der durch seine biedere deutsche Gesinnung, sein freundliches offenes Wesen aller Herzen gewonnen. Er empfing gestern unter anderen den Stab unserer Bürgerwehr, eine Deputation der Stadtverordneten mit ihrem Vorsteher und Abgeordnete des Vaterlandsvereines. — Die Worte, welche er beim Scheiden an die Stadtverordneten richtete, werden diesen unvergeßlich bleiben. Nachdem er ihnen nämlich im Namen des deutschen Vaterlandes für die Ausdauer gedankt, mit der sie in den Zeiten der Gefahr für die deutsche Sache gewacht, schloß er mit den Worten: „Ich hoffe, daß jetzt für immer die Gefahr vorüber ist, welche das Deutschthum hier bedrohte. Sollte sie aber je wiederkehren, dann will ich nicht mit der Feder, wie jetzt, Ihre gute Sache führen, sondern mit dem Schwerte zu Ihnen stehen!" Es ist hier allgemein die Meinung verbreitet, unsere Stadt sei zur Reichsfeste ausersehen; dieser Glaube ist dadurch im großen Publikum wieder angeregt, weil, wie natürlich, der Hr. Reichscommissär die ungeheuren Forts in genauen Augenschein genommen hat, dieselben fassen bekanntlich eine Besatzung von 40,000 Mann. — Mit welchen Augen die Polen auf den Reichscommissär blicken, bezeichnet am besten ein kleiner Artikel der Gazeta: „es soll hier", schreibt sie, auch irgend ein General aus Schwaben oder Hessen angekommen sein, der am Rhein seine Siegeslorbeeren nicht erwarten konnte und deßhalb im edlen Eifer an die Ufer der Wartha geeilt ist, des berühmten heiligen deutschen Reiches Grenzen festzustellen. Dafür wird ihm sicherlich sein Marschallstab nicht entgehen" u. s. w. In der großen Tagesfrage gehen noch täglich Vertrauensadressen für die Krone nach Berlin ab; ihre Zahl belauft sich gegenwärtig auf 17, meist aus den größeren Städten und von Landgemeinden. Dem Beispiel des hiesigen demokratischen Clubs, welcher allein an die Nationalversammlung eine Adresse erließ, sind mit einem juristischen Votum nur 28 Assessoren, Advocaten und Auskultatoren gefolgt, die zum Drittheil diesem Club angehören, in den Tagesblättern aber als: „Gerichtshof" von Posen figuriren. Sie sind beiläufig an 4 verschiedenen Gerichten beschäftigt.

Donaueschingen, 16. Nov. Zum Behufe der Beobachtung der schweizer Grenze, insbesondere der Rheinübergänge und der Hauptstraßen, sind folgende Anordnungen getroffen worden: ein Bataillon Infanterie mit zwei Schwadronen Reiterei hält die deutsche Grenze von Konstanz bis Stühlingen besetzt und sendet Patrouillen in alle längs derselben gelegenen Orte, während von dort an abwärts auf der Strecke von Jestetten bis Kleinlaufenburg wieder ein Bataillon Infanterie mit zwei Schwadronen und zwei Geschützen aufgestellt ist, welches die stehenden Rheinübergänge durch Posten bewacht, die Fähren durch Patrouillen beobachtet und Verbindung mit den Posten der Badener in Säckingen und weiter abwärts unterhält. Die zweite Aufstellung, ungefähr sieben Bataillone Infanterie, vier Schwadronen Reiterei und zwei Batterien Artillerie stark, zieht sich auf der Straße von Stockach über Engen, Donaueschingen, Neustadt, Bonndorf, St. Blasien nach Lörrach. (A. Z.)

Dresden, 23. Nov. Die erwartete königl. Verordnung wegen unverweilter Veranstaltung der in sämmtlichen Wahlbezirken nach den Vorschriften des Wahlgesetzes vom 15. Nov. d. J. zu bewirkenden Wahlen der Abgeordneten in beide Kammern zu dem demnächst zu berufenden ordentlichen Landtage ist nun d. d. 21. Nov. erlassen worden. (D. Allg. Z.)

Frankreich.

Paris, 23. Nov. 5pCt. 64. 60; 3pCt. 42. —; Neue —. —; Neapol. —. —; Bankaktien 1325; 5pCt. Span. (Ard.) — —; 3pCt. 25 —; 3pCt. inländ. — —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer 95. —; Paris-Orleans 580. —; Paris-Rouen 350. Orleans-Bordeaux 362. 50; Orleans-Vierzon 213. 75; Rouen-Havre 160. —; Marseille-Avignon 152. 50; Straßburg-Basel 77. 50; Nordbahn 340. —; Paris-Lyon 355.—; Paris-Straßburg 326. 25; Röm. Anl. 64¾.

Unsere Fonds erholten sich heute wieder, durch ein Baargeschäft von 65,000 Franken in 5pCt. Renten und das Vertrauen der Börse auf einen guten Ausgang der wichtigen Sonnabend in der Nationalversammlung stattfindenden Verhandlungen.

Madrid, 17. Nov. 3pCt. Rente 19¼ Pap. (Nach der Börse 19⅜ G.); 5pCt. 10½ P. (N. d. B. 8⅞ à ½ G.); Passive Staatsschuld 3½ P. (N. d. B. ——.)

Madrid, 18. Nov. 3pCt. 19⅞ P. (Nach der Börse 19⅜ G.); 5pCt. 9¼ P. (Nach der Börse 9¼ à ⅜ G.) Passive Staatsschuld 3½ P. (Nach der Börse 3½ G.)

Für die Redaction verantwortlich: **W. Klefselbach.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvo D.me de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. u. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 315. **Frankfurt a. M., Dinstag 28. November.** **1848.**

Uebersicht.

Die Limburger Frage.

Deutschland. **Frankfurt** (Reichsgesetz. Die Verhandlung über Verpflegung der Reichstruppen.) **Wien** (Neueste Nachrichten. Das Ministerium. Russische Gnade und Ungnade. Wessenberg. Die Mörder Latour's. Das Ministerium. Milderung des militärischen Verfahrens. Der ungarische Feldzug.) **Kremsier** (Die Eröffnung des Reichstags.) **Olmütz** (Bach und Schwarzenberg nach Wien. Die Frankfurter Deputation.) **Eger** (Der Congreß deutscher Vereine. Gr. Leo Thun.) **Berlin** (Ungewißheit. Die Octroyirung. Vorschlag des Hrn. Grabow. Bekanntmachungen. Die Parteien. Aussichten. Stimmung. Die nahende Entscheidung. Der König von Preußen und die Reichsgewalt.) **Stettin** (Erklärung.) **Herzberg** (Landwehr-Regiment.) **Köln** (Der Reichsminister Duckwitz über die Rheinzölle. Deputation an den König. Das Volkskomite. Angeklagte. Darlehenskasse.) **Düsseldorf** (Belagerungszustand. Die Suspension v. Beamten. Flüchtige.) **Bonn** (Stimmung.) **Erfurt** (Barrikaden.) **Sigmaringen** (Der Fürst.) **Altenburg** (Der Landtag. Dr. Duval.) **Hamburg** (Jubelfest des Bürgermeisters Bartels.)

Frankreich. **Paris** (Vortreffen zu der parlamentarischen Schlacht.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 19. bis 25. November.)

28. November.

Nachdem der internationale Ausschuß Höfken's Antrag, betreffend die Limburger Frage, im Wesentlichen adoptirt und als dringlich anerkannt hatte, hat auf seinen einstimmigen Vorschlag die Nationalversammlung, im Hinblick auf die am 19. Juli d. J. in Betreff Limburgs gefaßten Beschlüsse in der Sitzung vom 23. Nov. auch so gut wie einstimmig (nur zwei oder drei Stimmen dissentirten) beschlossen: 1) die Centralgewalt habe gegen die Vollziehung des neuen niederländischen Grundgesetzes im Herzogthum Limburg Verwahrung einzulegen und derselben in jeder andern geeignet erscheinenden Weise entgegenzutreten; 2) sei, insoweit bei Ausführung der Beschlüsse vom 19. Juli eine Verständigung oder Vereinbarung mit der herz. limburgischen oder kön. niederländischen Regierung (in Betreff nämlich der niederländischen Staatsschuld, der militärischen und Zollverhältnisse des Herzogthums) erforderlich sei, dieselbe ohne Aufschub einzuleiten und möglichst schleunig zu einem Abschlusse zu bringen.

Dieser Beschluß, gegen den nur eine schwache Stimme sich vernehmen ließ, und der ohne eine (schriftliche) Darlegung des Abgeordneten für Limburg ohne alle Discussion sofort angenommen worden wäre, wird hoffentlich der niederländischen Regierung endlich die Augen öffnen. Die Motive zu dem Antrage, wie zu dem Beschlusse sind durchaus nicht in kriegerischer Lust, am wenigsten gegen den kleinen niederländischen Staat oder in einem feindseligen Gefühle gegen denselben zu suchen. Alle Achtung vor dem Charakter des niederländischen Volkes! Wir ehren das Land, das Volk, seine guten Eigenschaften, seine Geschichte, auf die es mit Recht stolz ist. Wir wünschten die freundschaftlichsten, die innigsten Beziehungen zu Holland, wie zu Belgien, und wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, daß das alte Band, welches die Niederlande einst mit Deutschland verknüpfte, sich auf freiem Wege wieder allmälig erneuen werde. Was wir aber nicht ehren und wogegen wir ankämpfen, das ist die unselige Politik, welche Holland seit 1815 unausgesetzt gegen Deutschland befolgt und die beiden Theilen zum bittersten Schaden gereicht. Diese Politik gerade hat das vereinigte Königreich der Niederlande auseinandergespalten und den nördlichen Theil bereits an den Rand des Staatsbankerutts geführt; sie kann, wenn sie nicht bald willig aufgegeben wird, das Land noch gänzlich zu Grunde richten. Aber diese Politik ist leider eine zweihundertjährige, Holland ist in ihr dem zerrissenen Deutschland gegenüber groß geworden, und daher ist es schwer, sie, wie ein altes Vorurtheil, fahren zu lassen, wenn auch alle Verhältnisse sich geändert haben und Deutschland selbst eine neue verjüngte Gestalt angenommen hat.

Unsere Rechtstitel auf Limburg, als ein Aequivalent für die abgetretene Hälfte des Großherzogthums Luxemburg, sind klar und unzweifelhaft. Es gibt keinen rechtlichen Grund, Limburg anders zu behandeln als Luxemburg. Es handelt sich hier um ganz unzweifelhaftes Bundesgebiet, um Erhaltung eines unbestreitbaren Bestandtheils des deutschen Bundes, was z. B. in Betreff Schleswigs nicht galt. Die deutsche Reichsversammlung kann und darf den Rechten Deutschlands auf das zur Entschädigung dem deutschen Bunde einverleibte Herzogthum Limburg nichts vergeben. Auch kann diese Einverleibung nie Gegenstand eines neuen Vertrags werden. Es handelt sich hier nur um eine innere, das Verfassungsverhältniß Limburgs als eines deutschen Bundeslandes betreffende Frage, und der Beschluß vom 19. Juli, insoweit er die bisherige Vereinigung Limburgs unter einer Verfassung und Verwaltung mit einem auswärtigen Staate für unzulässig erklärt, kann nicht mehr Gegenstand diplomatischer Unterhandlung werden, sondern nur der bundesmäßigen Vollziehung anheimfallen. Die Reichsgewalt hat es nicht mit dem Könige oder der Regierung Niederlands, sondern lediglich mit dem Großherzog von Luxemburg und Herzog von Limburg zu thun, der sich dem neuen politischen Gesetze Deutschlands, wie jeder andere Bundesfürst, unterzuordnen hat; auch liegt in den Wahlen Limburgs zur deutschen Nationalversammlung, sowie in dem Bevollmächtigten für Limburg und Luxemburg bei der Centralgewalt eine thatsächliche Anerkennung dieses Rechts. An dieser rechtlichen Basis muß aber um so mehr festgehalten werden, als auf dem Wege der diplomatischen Unterhandlung mit Holland voraussichtlich kein günstiges Ergebniß zu erwarten steht. Die Vorstellungen, die man in Holland von dem Wesen und dem Rechte des deutschen Bundes hat, sind noch immer so irrig und mangelhaft, daß man dort gar nicht begreifen will, wie Limburg nicht etwa durch einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen Holland und dem deutschen Bunde dem letztern einverleibt, sondern kraft der Verpflichtung des Königs der Niederlande, als Großherzogs von Luxemburg, dem Bunde als Gebietsentschädigung und Surrogat für den abgelösten Theil Luxemburgs überwiesen worden ist. Aber wäre Limburg selbst auch nicht durch Bundesbeschluß, sondern durch Vertrag zu uns gekommen, also ganz abgesehen von dem Grunde seines Bundesverhältnisses, immer hätte der Herzog von Limburg sich ebenso, wie jeder andere Bundesfürst, dem neuen politischen Gesetze Deutschlands zu fügen.

Andererseits bedarf es auch keines besondern Scharfsinns, um zu erkennen, worauf die niederländische Regierung lossteuert. Ihrem Verhalten liegt eine falsche, eine schlechte Hoffnung zu Grund. Sie meint, das deutsche Einigungswerk werde doch nicht zu Stande kommen. Auf etwas Aehnlichem basirt auch der hartnäckige Widerstand Hollands gegen die gerechten Forderungen des Zollvereins. Also zunächst Zeit gewinnen, die Entscheidung der Frage hinausschieben. Die Einführung des neuen niederländischen Grundgesetzes in Limburg wird bald eine vollendete Thatsache sein; schon am 1. Dezember finden die Wahlen in die Generalstaaten statt. Das Geschehene ist nicht so leicht rückgängig zu machen. Inzwischen geht die Einheit Deutschlands, schon in Oesterreich, schon in Preußen erschüttert, vollends zu Wasser, und Holland triumphirt!

Digitized by Google

Aber eben aus diesem Grunde, dünkt uns, sei die schwache reichsministerielle Politik in der limburger Frage um so bitterer zu tadeln. Es ist eine alte Vorschrift, daß man das nicht thun soll, was der Gegner wünscht. Indem sie auf den Standpunkt, den Holland festhält, einging, hat sie die Lösung unnöthig verwickelt und hinausgeschoben, und je länger dies geschieht, desto schwieriger wird dieselbe. Sie hätte überzeugt sein können (und sie wäre davon überzeugt gewesen, wenn sie besser unterrichtet worden), daß auf dem Wege der Unterhandlung die Entscheidung nicht herbeizuführen war. Und doch kann Limburg nicht zwei Staaten zugleich angehören; fügen wir es nicht in Deutschland ein, wird es ganz an Holland fallen!

Hier kommt nun freilich die Stimmung Limburgs in Betracht, denn wäre diese entschieden holländisch oder auch nur deutschfeindlich, so läge darin wenigstens ein Entschuldigungsgrund für unser Zögern und Zaudern. Allein das Eine ist so wenig der Fall, als das Andere. Es sind in der Nationalversammlung zwar drei, bei der Revision des niederländischen Grundgesetzes gehaltene Reden limburgischer Abgeordneten zur zweiten Kammer der Generalstaaten ausgetheilt worden, welche den Rechtspunkt natürlich ganz zum Vortheil Hollands verdrehen und beweisen sollen, daß die Limburger selbst einer Lostrennung von Holland ganz entgegen seien. Doch können diese Abgeordneten nicht als Ausdruck der öffentlichen Meinung in Limburg gelten, da sie nicht von dem Volke, sondern noch von den theils aristokratisch theils nach Sonderinteressen zusammengesetzten limburgischen Provinzialständen gewählt worden sind. Bei den ersten freien Volkswahlen dagegen haben die Limburger entschieden Deutschgesinnte nach Frankfurt gewählt.

Aber die bekannten Adressen der Handels- und Fabrikkammern zu Maestricht, Venlo und Roermonde sprechen sich gegen die Lostrennung von Niederland aus! Nun ja, Roermonde namentlich hat einige Fabriken in Papier, Kattun und Seide, und diese fürchten die deutsche Konkurrenz, sowie das Aufhören ihrer Privilegien in den niederländischen Kolonieen. Indessen alle Fabriken Limburgs beschäftigen noch lange nicht tausend Arbeiter und repräsentiren kaum ein Kapital von 2 Millionen Gulden; allerdings dürfte ein Theil derselben mit dem Zollanschluß Limburgs an Deutschland nach Nordbrabant übersiedeln, um die Vorzüge des holländischen Marktes sich zu erhalten. Das ist aber auch Alles. Weit vorwiegend ist Limburg ein ackerbauendes und viehreiches Land, das seinen hauptsächlichsten und vortheilhaftesten Absatz schon jetzt nach Belgien und nach Deutschland findet, da die gewerbthätigen Gegenden um Maas und Rhein nicht so viele Feldfrüchte produziren, als sie verbrauchen. Der Vieh- und Kornabsatz wird für Limburg künftig viel weniger stocken als jetzt. Nach dem am 29. Juli 1848 zwischen Holland und Belgien abgeschlossenen Vertrage dürfen jährlich 10 Millionen Kilogr. Korn gegen Entrichtung von nur ein Viertel des Zolls aus Limburg nach Belgien eingeführt werden. Diese Begünstigung ist on Limburg gemacht worden auf den lauten Wunsch der benachbarten belgischen Industriebezirke, denen sonst die Konkurrenz erschwert wird; Belgien wird sie mithin nicht aufheben, sollte es auch eine Gegenleistung von deutscher Seite zu erreichen streben. Holland aber muß zum freien Kornhandel übergehen, will es sich nicht von andern Häfen überflügeln lassen und seine ganze alte Bedeutung als Kornmarkt einbüßen; darüber ist in der holländischen Handelswelt nur noch eine Stimme. Uebrigens hat Holland bisher gewöhnlich nur bei ungewöhnlich niedrigen Preisen Korn aus Limburg bezogen, und ein altes Limburger Sprichwort besagt sogar, daß nur die Ausfuhr auf der Achse, nicht die zu Schiffe auf der Maas dem Bauer Gold eintrage.

Mehr Grund hat es, wenn die Handelskammer zu Venlo klagt, daß der Handel in Koloniewaaren aus den niederländischen Besitzungen, über Holland auf der Maas kommend, bedroht sei. Jawohl, der lange schmale Limburger Streifen, eingekeilt zwischen Belgien und Preußen, in seiner ganzen Länge von der Maas durchzogen, bildet jetzt ein großes Schmuggeldepot für niederländische Kolonialgüter; der Strom, der auf eine lange Strecke nur eine Stunde weit von der Zollvereinsgrenze hinläuft, hat überall die bequeme Gelegenheit, Waarenmassen nach dem preußischen und belgischen Gebiete einzuschwärzen. Von diesem Schmuggel, der großentheils aufhören wird, nährte sich zum Theil der Handel Maestrichts und Venlo's. Der rechtmäßige Handel dagegen wird sich später bedeutend erweitern, wenn erst auf der einen Seite Limburgs die Schlagbäume gefallen sein und sich ihm ein weites Handelsgebiet erschlossen haben wird, wenn die gegenwärtig durch zwei nahe Zollketten so gut wie abgesperrte Maas wieder in ihren natürlichen Einfluß auf den Verkehr eingetreten, durch Eisenbahnen und Kanäle mit dem Rhein verbunden sein wird.

Endlich darf man nicht vergessen, daß Maestricht und Venlo, weil diese festen Schlüssel des Landes vom Bunde leider Niederland überlassen worden, durch die Trennung Limburgs von Holland mit vollständiger Isolirung bedroht sind, d. h. mit ihrem Untergange. Maestricht ist durch eine neunjährige traurige Erfahrung, damals als Limburg belgisch war (1830—39) belehrt worden, daß weder Handel noch Industrie in einer Stadt bestehen können, welche durch eine Zolllinie eingeschlossen wird. Die Maas genügt zwar vielleicht als Heerstraße für die Verbindung Hollands mit Maestricht, nicht aber auch für Umschlag und Verkehr, und die Stadt würde durch ihren Abschluß nun auch vom rechten Maasufer ihren vollen Untergang vor Augen sehen. Daher heißt es in der Maestrichter Stadtraths-Adresse an den König Herzog: wenn die deutsche Zolllinie an die Maas rückte, „dann würde der Handel im Kleinen, der hauptsächlichste Zweig des ohnehin durch Abtrennung des Maasufers schon gebeugten Wohlstandes Maestrichts ganz verloren gehen, und außer dem Schmuggelhandel, dieser Quelle aller Unsittlichkeit, den Maestrichtern nichts übrig bleiben, als die Erinnerung an ihren früheren Wohlstand." Der Stadtrath bittet aber nur, daß der Stadt unter allen Umständen eine freie und ungestörte Gemeinschaft mit dem rechten Maasufer erhalten werde, „als der Bedingung ihrer gesellschaftlichen Existenz." Die dortige Handelskammer tritt gleichfalls in der Hauptsache nur einer „unglücklichen Trennung oder Zerstückelung Limburgs" entgegen. Ebenso erwartet die Stadtbehörde von Venlo, der König werde jedenfalls solche Stipulationen treffen, daß die „Handelsbeziehungen der Stadt erhalten bleiben." Natürlich, die Trennung ist eine Lebensfrage für jene, Deutschland nicht einverleibten Städte. Aber ihre gerechten Bedenken werden größtentheils aufhören, wenn sie mit dem übrigen Limburg dem deutschen Zollverbande angehören dürfen.

Der Maestrichter Deputirte Thissen hat am 2. Okt. in den Generalstaaten gesagt: zwar habe die Sache der Trennung Limburgs von Niederland schnelle Fortschritte gemacht, aber wohl nur in der Hoffnung, daß die Aufhebung der meisten Steuern die Folge davon sein werde, und er findet diese Hoffnung selbst natürlich „bei den sehr großen Lasten, welche die Nation drücken." Bei uns hört man gleichfalls nicht selten sagen: Die Limburger wollten sich nur der niederländischen Staatsschuld entziehen. Aber wahrlich, das ist auch nichts Geringes. In Holland ist außer der Luft, die man athmet, Alles besteuert, und namentlich ist die Mahl- und Schlachtsteuer durch die Erhebungsweise die quälendste Steuer für Limburg. Ein Abgabesystem, dessen Last reiche Handelsstädte schon niederdrückt, muß für ein wesentlich ackerbautreibendes Land vollends unerträglich sein. Urtheilen wie billig! Limburg ist schwer heimgesucht worden, es hat an den belgischen Anleihen noch 1830 getragen und 1844 auch von der sogenannten freiwilligen Anleihe in Holland seinen Antheil übernommen. So gelangt es überall in Lasten wegen seiner zweifelhaften Stellung — natürlich, daß es sich daraus befreien, daß es zu einer sichern, festen Stellung kommen will.

Wenn daher Herr von Schmerling ironisch verlangte (was im Munde eines Ministeriums der Ordnung noch seine eigenthümlich ironische Seite hatte), die Limburger möchten ihre deutsche Gesinnung dadurch an den Tag legen, daß sie sich den ausgeschriebenen Wahlen in die Generalstaaten widersetzten; so beweist das nur eine gänzliche Verkennung der Zustände im Herzogthum. Die Verbindung mit Holland erscheint den Limburgern ein Uebel, aber sie würden selbst dieses Uebel der Fortdauer ihrer ungewissen schwankenden Lage vorziehen. Entweder ganz Deutsche, oder ganz Holländer — das ist ihr Wahlspruch. Sie haben entschieden zu uns gewählt, und diese Gesinnung wird sich noch energischer bethätigen, wenn Limburg sich nur von der deutschen Centralgewalt und der Nationalversammlung kräftig unterstützt sieht.

Warum aber, fragt man, beharrt Niederland so hartnäckig auf dem unrechtmäßigen Besitze Limburgs? Er, die Hartnäckigkeit besteht nur scheinbar, weil von deutscher Seite noch kein ernstes Mittel versucht ist, um sie zu brechen. Oder hat man die Beschlüsse vom 19. Juli dem Haager Kabinet nachdrucksom notifi-

Digitized by Google

zirt? Hat man sofort einen Protest gegen den Vollzug des niederländischen Grundgesetzes in Limburg ergehen lassen? Was ist geschehen?*) Das Ministerium ist hier ganz in die Fußtapfen des Bundestags und unserer altrn Diplomatie getreten: es hat sich auf den Standpunkt des ausländischen Gegners gestellt. Nachgerade beabsichtigte es die Einleitung von Unterhandlungen, ja wohl gar einen Protest, wenn seitens der niederländischen Regirung keine Erklärung erfolgen sollte, daß das niederländische Grundgesetz den Verbindlichkeiten Limburgs nicht präjudizirlich sein solle! Und doch müßte es hier, wo in der Hauptfrage von völkerrechtlichen Verhältnissen gar keine Rede sein konnte, wissen, daß, je rascher und kräftiger es Deutschlands Rechte wahrte, desto gewisser allen Verwicklungen vorgebeugt wurde. Von einem neuen dänischen Kriege kann Holland gegenüber gar nicht die Rede sein. Die Lage zur See ist eine andere und alle Verhältnisse sind verschieden; namentlich hat Holland viel umfassendere Handelsverbindungen mit Deutschland zu wahren und zu schonen, als das mit Dänemark der Fall ist, und diese Handelsinteressen wiegen in den Grneralstaaten schwerer, als die eitle Sucht des Haager Kabinets, noch immer die Rolle einer europäischen Macht zu spielen. Es fehlt übrigens nicht an holländischen Publizisten, welche mit Würdigung der wahren Lage ihres Vaterlandes auf innigen Anschluß an Deutschland dringen und verlangen, daß das unnatürlich angehängte Limburg aufgegeben werde. Auch könnte dieses, immer mehr ausgesogrn, nicht lange mehr eine Hilfsquelle für die niederländische Staatskasse bilden, in die rs jetzt 2½ Millionen jährlich einträgt. Das einzige wirkliche Interesse gegen die Trennung ist der Schmuggel in Kolonialwaaren van der Maas nach Belgien und Preußen. Finanziell würde sich jetzt schan Niederland ohne Limburg besser befinden, besonders wenn es anch nicht länger die Festungen Maestricht und Venlo, sowie die Uferbauten der Limburger Maas zu unterhalten hätte.

Das Interesse Deutschlands in Limburg ist eminent. Wir erhalten einen neuen Strom, eine neue Verkehrsader, eine unendlich günstigere und einfachere Zollgrenze in Nordwesten, eine weit längere Grenzberührung mit Belgien, überhaupt eine weit glücklichere Stellung zu diesem aufstrebenden Staate und dadurch auch zu Niederland selbst; auch reichen wir alsdann unsern vlämischen Brüdern, zu deren Stamme die Limburger gehören, und ihren Bestrebungen unmittelbarer die Hand. Die handelspolitische Ablösung Limburgs von Holland und seine Anschließung an Deutschland ist also, nach Verhinderung der neuen Wahlen in die niederländischen Generalstaaten, die nächste Aufgabe. Hierdurch vereinfacht und verbessert sich zugleich unsere ganze Stellung im Nordwesten und zur See, und die Limburger Frage darf daher nicht bloß aus dem Gesichtspunkte des Rechtes, der freilich entscheidend ist, sondern muß auch aus dem der nationalen Politik und der deutschen Machtentwickelung aufgefaßt werden.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Nov. Das heute ausgegegebene 6. Stück des Reichsgesetzblattes enthält das Gesetz, die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland betreffend. Das Einführungsgesetz lautet: Art. I. Die nachstehende allgemeine deutsche Wechselordnung tritt mit dem 1. Mai 1849 in dem deutschen Reiche in Gesetzeskraft. Art. II. Die zur Ausführung dieser Wechselordnung in den Einzelstaaten etwa erforderlichen, von diesen zu erlassenden Bestimmungen dürfen keine Abänderungen derselben enthalten.

÷ **Frankfurt a. M.**, 27. Nov. Wir finden es sehr natürlich, daß die Linke jede Gelegenheit benutzt, um dem Ministerium ihr Mißfallen und Mißtrauen zu erkennen zu geben. Aber wir finden es nicht eben klug gehandelt (und auf Klugheit macht die Linke doch Anspruch), daß sie dies auch bei solchen Veranlassungen thut, wo es sich um Unterstützung von Maßregeln handelt, welche dem Volke und namentlich den unbemittelten Klassen zu gute kommen, wie dies heut der Fall war bei der Verhandlung über die dem Ministerium zu bewilligenden Gelder zur sofortigen Rückerstattung der für die Beherbergung und Verpflegung der Reichstruppen verwendeten Kosten. Ob eine solche Opposition patriotisch und jener Liebe zum Volke, mit welcher die Linke sich so sehr zu brüsten pflegt, entsprechend sei, dürfen wir wohl fragen, und wir freuen uns, daß dieser Gesichtspunkt von einem Redner der im Uebrigen der Linken ziemlich nahestehenden Fraktion der Westendhall, Herrn Jucho, ernst und kräftig hervorgehaben ward. — Ebensowenig konnten wir begreifen, warum die Linke so sehr in Zorn und Aufruhr gerieth, als der Minister v. Schmerling die Aeußerung that: die Ortschaften, welche unter der Einquartierung litten, möchten sich dafür bei ihren guten Freunden bedanken, welche ihnen dieselbe durch Beförderung der Anarchie zugezogen hätten. Hier fand doch wahrhaftig der Spruch seine volle Anwendung: Qui s'excuse s'accuse! Daß die ruhigen Bewohner aller Orten sich über den ihnen geworbenen militärischen Schutz gegen den Terrorismus der Wühler freuen und diese Freude in Dankadressen an das Ministerium aussprechen, glauben wir gern, und können nicht zugeben, daß dies blos die „Geldsäcke" seien, wie Stimmen aan der Linken anzudeuten schienen. Wir meinen vielmehr mit dem Abgeordneten Salzwedell, daß alle wahren Freunde der Freiheit und Civilisation die Unterdrückung der Anarchie und des Massenterrorismus aufrichtig wünschen müssen, weil dies Umsichgreifen dieser Zustände uns nicht blos wieder um die gewonnene Freiheit bringen, sondern uns in jene Zeiten der Barbarei zurückwerfen würde, wo jeder Einzelne sein Haus mit Wall und Graben umgeben mußte, um sich vor dem rohen Faustrecht zu schützen und wo die, welche dies nicht konnten, sich unter den Schutz Stärkerer und damit in eine Hörigkeit und Abhängigkeit von diesen zu begeben genöthigt waren. Aus diesem Grunde konnte der Antrag des Herrn Rühl — auf Wiederaufhebung aller jener Schutzmaßregeln gegen die Anarchie, unmöglich in der Versammlung Anklang finden. So lange es eine Partei giebt, welche, die Bahn der gesetzlichen und friedlichen Entwicklung unsrer öffentlichen Zustände verlassend — auf dem Wege der Massenaufregung, der Aufreizung aller schlechten Leidenschaften, durch Vergiftung der öffentlichen Meinung, der Presse, durch Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes, durch offenen und geheimen Aufruf zu Gesetzesbruch, Eigenthumsverletzung, Mißhandlung und Mord ihre verbrecherischen Pläne durchzusetzen sucht, so lange ist die öffentliche Gewalt, welche zum Schutz der Gesetze, des Eigenthums und Lebens der Staatsbürger bestellt ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, also auch mit Waffengewalt, dagegen einzuschreiten nicht bloß befugt, sondern verpflichtet. So sehr wir es daher beklagen, wenn einzelne Gemeinden unter diesen Maßregeln leiden, so sehr wir es beklagen, daß die unter den Fahnen stehenden Söhne des Vaterlandes, deren Bestimmung eigentlich eine höhere sein sollte, der Schutz des Vaterlandes gegen äußere Gefahren, in Konflikt gebracht werden mit denen, die das gleiche Vaterland mit ihnen haben, — so müssen wir doch die ganze Verantwortlichkeit dafür auf das Haupt Derer werfen, welche, die gebotenen Mittel gesetzlicher Freiheitsentwicklung verschmähend, die Bestrebung der Nationalvertretung für Begründung der Einheit Deutschlands verhöhnend, ihre einseitigen Ideen von Freiheit und Volkswohl der Nation mit Gewalt und terroristischem Zwange aufdringen wollen. Daneben aber müssen wir freilich auch denen einen großen Theil der Schuld beimessen, welche, obschon sie die Mehrheit bilden, doch von einer kecken Minderheit sich terrorisiren, einschüchtern, wohl gar mit fortreißen lassen zu Störungen der Ordnung, welche, da sie doch sich selbst schützen, selbst die ihnen anvertraute öffentliche Ordnung aufrecht erhalten könnten, aus Feigheit oder aus Trägheit diese ihre Bürgerpflicht vernachlässigen und dadurch die Anwendung der für das Land beschwerlichen und kostspieligen bewaffneten Macht nothwendig machen.

* **Wien.** Durch Placat vom 20. Nov. bringt die Stadtkommandantur die Proklamation des Fürsten Windischgrätz in Erinnerung, da Fälle vorgekommen waren, daß aufregende Placate an den Straßenecken angeheftet wurden. Jeder diesfällige Leichtsinn, sowie jede böswliche Absicht wird mit unnachsichtlicher Bestrafung nach der Strenge des Militärgesetzes bedroht. Eine Verkündigung des Gemeinderaths widerspricht dem Gerücht, daß die Einfuhr von Victualien sechs Wochen lang gehemmt sein werde: wahrscheinlich eine Spekulation, um die Marktpreise in die Höhe zu treiben. Eine Kundmachung des Militärkammando vom 19. Nov. kündigt eine Werbung von Rekruten für die in Italien liegenden Truppenkörper an; was wohl nicht auf eine Fortsetzung

*) Die Erklärungen des Reichsministers v. Schmerling auf die Höfken'sche Interpellation sind in Niederland und Limburg sogar schon zum Nachtheil Deutschlands ausgebeutet worden.

des Kriegs deutet, sondern vielmehr eine Maßregel ist, um so viel erwerblose Menschen als möglich von Wien zu entfernen. — Wie der Allgem. Ztg. geschrieben wird, sind sämmtliche Akten der mit R. Blum und Fröbel gepflogenen Untersuchung nach Frankfurt geschickt worden. Derselbe Berichterstatter erklärt es für unwahr, daß 20 bis 30 Hinrichtungen stattgefunden hätten; es seien bis jetzt nicht mehr als acht gewesen. Freilassungen und Begnadigungen treten jetzt fortwährend und häufiger ein; so die eines Med. Dr. Paluzzi, der zum Tode verurtheilt war. Dem Gerüchte, daß heimliche Hinrichtungen stattfinden, wird auf's ernstlichste widersprochen. — Dem Feldmarschallieutnant Moga, der das ungarische Heer befehlige, ist noch die Frist bis zum 26. Nov. vom Fürsten Windischgrätz eingeräumt worden, um zu den österreichischen Fahnen mit den ihm unterstehenden Truppen zurückzukehren, nach deren fruchtlosem Ablauf wird den mit den Waffen gegen die k. k. Truppen Betretenen die kriegsrechtliche Behandlung angekündigt. — Windischgrätz erhielt vom Kaiser Nikolaus das Großkreuz des St. Georg-Ordens in Begleitung eines sehr schmeichelhaften Handschreibens, das der k. General-adjutant, Fürst Lieven, überbrachte. Auch Jellacic hat einen russischen Orden, und zwar das Großkreuz des St. Wladimir-Ordens nebst einem Handschreiben des Kaisers erhalten. — Die Augsburger Abdz. bringt aus Wien vom 20. November folgende Nachrichten: Schon Samstags stellten die Arbeiter an den Gemeinderath die Bitte, man möge ihnen die Löhnungen jener Tage vergüten, welche sie der Revolution wegen arbeitslos zubringen mußten. Aus den natürlichsten Ursachen der Unmöglichkeit konnte der Gemeinderath diesem Ansuchen nicht willfahren und es erlaubten sich hierüber einige Arbeiter Drohungen, wobei es aber sein Bewenden hatte. Gestern sammelten sich Arbeiter-Rotten in verschiedenen Vorstadtkneipen, hielten Rath und beschlossen, zur Mehrzahl vom Genusse geistiger Getränke erhitzt, ihre, angeblich ganz billigen, Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen. Mehrfache Arretirungen und stark bemannte Militärpatrouillen, welche die vom Proletariat bewohnten Vorstädte durchzogen, genügten, um jede ernste Ruhestörung ferne zu halten. Heute fanden sich die Arbeiter auf den öffentlichen Arbeitsplätzen nur in geringer Zahl ein; es fiel aber bis jetzt (3 Uhr) noch keine Ruhestörung vor. — In Grätz sind Unruhen ausgebrochen (?) welche sich auch auf einige Landgegenden erstreckten, wo die Bauern im vollen Aufstande begriffen sein sollen, um mit den Grätzern gemeinschaftliche Sache zu machen. Die Ursachen dieser Bewegungen sind hier noch nicht bekannt. — Bei Abgang der Post waren Stadt und Vorstädte Wiens vollkommen ruhig.

* **Wien.** Man schreibt der D. Allg. Ztg.: Man glaubt nicht, daß Bach das Portefeuille der Justiz behalten werde, zumal wenn, wie es immer mehr gewärtigt wird, der Reichstag aufgelöst werden sollte. In diesem nur zu wahrscheinlichen Falle würde Hofrath Stelzhammer, ein im Justizfache als routinirt bekannter Mann, das Portefeuille der Justiz übernehmen; Ernst, ehemaliger Professor in Prag, soll Unterrichtsminister werden. Man scheint nachgerade die öffentliche Stimmung etwas mehr berücksichtigen zu wollen, und Fürst Windisch-Grätz soll sich gegen Personen, die fürbittend bei ihm einschritten, selbst geäußert haben, daß er nicht der Wüthe ich sei, für den man ihn ausgeben wolle, wie er auch glaube, dies bei Ermordung seiner Gattin dargethan zu haben. — Die Dekorationen für Windisch-Grätz und Jellacic wurden von dem Fürsten Lieven, General-adjutant des Kaisers, selbst überbracht, von „eigenhändigen Handschreiben" begleitet, in denen der Kaiser in Anerkennung der Tapferkeit und der Mäßigung, welche diese Feldherren bei der Einnahme Wiens bethätigt, sein Wohlwollen ausdrückt. Kaiser Nikolaus verlangt jetzt, daß die ungarischen Regimenter, welche seinen und seines Bruders Konstantin Namen führten, denselben sofort abzulegen hätten; auch wurden den ungarischen Offizieren, die gegen Oesterreich dienten, die russischen Orden abgefordert. — Man sagte in Wien, Wessenberg werde Oesterreich verlassen und nicht im Reichstag erscheinen. Hornbostl ist in Wien zurück und bewirbt sich um einen Sitz im Reichstage. Schwarzer ist noch immer unsichtbar; seine Wähler sollen damit umgehen, ihn aus dem Reichstage zu entfernen.

Wien. Der österr. Lloyd, der wohl jetzt, nach dem Eintritt des Hrn. v. Bruck in's Ministerium, als ministerielles Organ betrachtet werden darf, widerspricht sehr lebhaft dem Gerüchte, der Expolizeiminister Seolnitzky habe sich bei Hofe oder bei den Männern gezeigt, welche das neue Ministerium bilden. „Den Verständigen" brauche nicht bemerkt zu werden, daß das Gerücht von irgend einem politischen Einfluß, den dieser Herr ausüben könnte, unbegründet sei. — Mit nicht minderer Energie spricht sich selbst der österr. Korrespondent über das Denunciantenunwesen in folgenden Worten aus: „Mit schwerem Herzen beklagen sich die Wiener über das Unwesen, welches die Radetzky und Spitzel ziemlich offen allerwärts treiben, und von dessen Bestehen die erwähnte Warnung des Generalmajors Coudon ein deutliches Zeugniß gibt. Man stimmt überein, daß diese Individuen, aus ihren Schlupfwinkeln nah und fern kriechend, sich den Behörden aufdrängen und sie mit Dienstanerbietungen belästigen, die man weder verlangt, noch — werden sie zuvorkommlich geleistet — ablehnen kann, So unangenehm und verletzend fühlt Wien dies verächtliche Treiben der Leibdienerei, seilen Geldgier und des Verraths, daß es mit einer Stimme bereits die Anwesenheit Sedlnitzky's in der Hauptstadt als des zurückgekehrten Chefs der Radetzky betheuert."

Wien, 21. Nov. Der Allg. Ztg. wird geschrieben: Von den an dem Morde Latour's Beschuldigten und Betheiligten befinden sich bereits fünfzehn Personen in Haft und Untersuchung. Darunter sind wohl ein paar der Hauptschuldigen, unter andern ein Schlosser Namens Katz, welcher dem unglücklichen Latour einen tödtlichen Hieb mit einem schweren Hammer versetzt hat, dann ein Handlungsdiener, der welchem man einen der Ringe, die man dem Gemordeten sogleich von den Fingern gerissen, gefunden hat; indessen war man des andern Mörders, welcher den ersten Streich geführt hat, bis jetzt noch nicht habhaft geworden. Von andern Verhafteten werden täglich viele wieder in Freiheit gesetzt, andere mit Kerkerstrafe abgeurtheilt. —

Wien, 22. Nov. Die Wiener Ztg. meldet jetzt amtlich die Ernennung des neuen Ministeriums in der bereits bekannten Weise. Die Minister Schwarzenberg, Coudon und Bruck, die seit dem 20. in Wien anwesend waren, haben sich nach Kremsier zur Eröffnung des Reichstages begeben. Wie der allg. Ztg. geschrieben wird, kehren sie unmittelbar nachher nach Wien zurück, um die Geschäfte zu leiten; nur F. Schwarzenberg bleibt bei'm Kaiser in Ollmütz zurück. Ferner wird der Allg. Ztg. geschrieben: „Unter Stadion's Bedingungen war auch die, daß man die Coterie Weiß, Erb, Pipitz und, wie es heißt, auch Hurter aus der Nähe des Thrones entferne. Diese Herren sind zu bekannt, als daß ich Ihnen etwas Näheres über sie zu sagen brauchte. Das Programm des Ministeriums, welches dieser Tage erscheinen wird, garantirt die Errungenschaften und spricht sich auf eine energische Weise für die Aufrechthaltung des österreichischen Gesammtstaates aus, und also wäre denn auch eine Protestation gegen jene §§. 2 und 3. auf das bestimmteste zu erwarten. Sehr neugierig ist man, wie das Programm von der Kammer wird aufgenommen werden. Der Erfolg möge sein wie immer, Oesterreich stehen neue Schwierigkeiten und Verwickelungen davon zu erwarten. Die ersten Gegenstände, welche den Reichstag beschäftigen werden, sind ein Fremden- und ein Preßgesetz. Bei ersterem wird es sich entscheiden, ob nicht-österreichische Deutsche als Fremde zu betrachten sind oder nicht, und ob man mit dem deutschen Parlament in Collisionen kommen wird." Bach's Eintritt hatte Stadion zur Bedingung des seinigen gemacht, und auch die czechischen Deputirten bestanden auf demselben, damit es nicht heißen könne, es habe die Octoberrevolution das frühere Ministerium gestürzt. — Hinsichtlich der im Zug befindlichen Untersuchungen glaubt man eine mildere Ansicht zu bemerken. Bei den gefällten Todesurtheilen ist Begnadigung eingetreten, in andern Fällen tritt die kriegsrechtliche Behandlung statt der standrechtlichen ein. Man schreibt diesen Wechsel der beredten Einsprache des Justizministers Bach zu. — Windischgrätz hat am 21. Schönbrunn verlassen und die ehemaligen Gemächer Latour's im Hofkriegsgebäude bezogen. Die Gerüchte eines Ausgleichs in Ungarn scheinen in nichts zu zerfließen; vielmehr wird auf officielle Weise verkündigt, daß mit nächster Woche die Operationen gegen Ungarn von allen Seiten beginnen sollen. Die k. k. Truppen haben schon angefangen eine Brücke über die March bei Theben zu schlagen, die Magyaren vermochten es nicht, sie daran zu hindern. (An der Börse war das Gerücht verbreitet, daß Oedenburg von den kaiserl. Truppen besetzt worden sei.)

-X- **Kremsier**, 22. Nov. Nach einem feierlichen Hochamte, welchem der größere Theil der Deputirten beiwohnte, wird heute um 11 Uhr Vormittags der Reichstag durch den Präsidenten Smolka eröffnet. Nachdem die Stimmfähigkeit der Versammlung ermittelt war, schritt man zur Wahl eines neuen Präsidenten

Digitized by Google

und zweier Vicepräsidenten; am 9. waren schon die 4 Wochen der letzten Wahl verstrichen. Schmitt (Linke) stellte den Antrag, diese Wahlen erst in einigen Tagen vorzunehmen. Dieser Antrag ward verworfen. Die erste Wahl führte zu keiner absoluten Majorität. Von 248 Stimmenden erhielt Strobach 122, Smolka 120 Stimmen. Einzelne Stimmen waren auf Schmitt, Schuselka, Pillersdorf, Lasser gefallen. Bei der zweiten Wahl (255 Stimmen, 128 also absolute Majorität) erhielt Smolka 131, Strobach 124. Smolka ist also wieder zum Präsidenten des Reichstags gewählt. Er dankte in wenigen Worten für diese Wahl. Erster Vicepräsident ist Cajetan Mayer mit 124 Stimmen von 246, zweiter Vicepräsident Lasser mit 130 von 242 Stimmenden. Der Präsident trägt auf den Schluß der Sitzung an. — Vor dem Schlusse gibt noch Schuselka in seinem und vieler Anderen Namen die Erklärung ab, daß, obgleich man gegen die Verlegung nach Kremsier protestirt und in diesem Sinne eine Adresse an Se. Majestät habe abgehen lassen und an einer zweiten nur durch die Zersprengung des Reichstags in Wien gehindert worden sei, obgleich man sich auf den 15. in Wien vertagt habe, man dennoch hier eingetroffen sei aus Pflichtgefühl mit Hinblick auf die traurige Lage des Landes und um der Majorität der Versammlung zu gehorchen und nicht einen neuen Bruch herbeizuführen. Keineswegs habe man aber aus dem Erscheinen in Kremsier den Schluß zu ziehen, als erkenne man der Krone oder irgend einem Ministerium das einseitige Recht zu, die Reichsversammlung gegen ihren Willen zu verlegen. Schluß der Sitzung um 1½ Uhr. Nächste Sitzung Samstags den 25. — Das Ministerium wohnte der Sitzung nicht in pleno bei. Man bemerkte nur Kraus, Bach und Stadion auf der Ministerbank. Vor der Hand haben wir Journalisten keine guten Plätze, doch sind bessere uns in Aussicht gestellt. Auch die Tribüne für die Zuhörer ist nicht groß, sie scheint aber dennoch vollständig auszureichen, denn sie war heute nicht ganz besetzt. Aus den Abstimmungen ist ersichtlich, daß über 130 Deputirte noch nicht eingetroffen sind.

Ollmütz, 20. Nov. Der „Oest. Korr." enthält Folgendes: Gestern sind Fürst Schwarzenberg und Dr. Bach nach Wien abgereist; wir glauben Maßregeln der Milde, welche demnächst in Wien eintreten sollen, mit dieser Mission in Verbindung bringen zu dürfen. Zugleich mit ihnen sind die Mitglieder der Frankfurter Reichsversammlung Pözl und Paur aus Augsburg nach Wien gegangen. Ueber ihre Sendung verlautet zwar nichts Gewisses, allein sie dürfte wohl auf die Hinrichtung Blum's und die Anerkennung des Beschlusses über die Unverletzlichkeit der deutschen Parlamentsglieder Beziehung haben.

In **Eger** ist am 20. Nov. die Versammlung deutscher Vertrauensmänner aus Böhmen eröffnet worden. In Budweis ist Gr. Leo Thun bei der Wahl des Reichstagsabgeordneten durchgefallen.

* **Berlin.** „Bis jetzt weiß durchaus Niemand, was in Brandenburg übermorgen geschehen wird!" schreibt uns am 25. Nov. ein sonst wohl unterrichteter Korrespondent, welcher selbst im Begriffe steht, nach Brandenburg zu gehen. Man spricht fortwährend viel von einer zu oktroyirenden Verfassung und gibt deren Einzelheiten auf eine sehr widersprechende Weise an. Die deutsche Reform eifert fortwährend gegen eine Oktroyirung. Das Land, sagt sie, will eine gute Verfassung auf gesetzlichem Wege; es will weder eine schlechte durch Vereinbarung, noch eine gute durch Oktroyirung. Die konstitutionelle Korrespondenz berichtet wiederholt, daß das Ministerium Brandenburg noch so bald nicht abzutreten gedenke. Sie mahnt dasselbe von diesem Vorhaben ab und hält ihm folgende eigenthümliche Parabel vor: „Ein Vater hat eine Tochter, der er eine sittsame Erziehung geben will. Was werdet ihr von ihm sagen, wenn er zu deren Erzieherin eine frühere Coquette macht, von der ihm der Inspektor in Bethanien sagt: sie habe in neuester Zeit immer fleißig den Betstunden und der Andacht beigewohnt. — Und wir, das Volk, sind jener Vater, die Freiheit ist unsere Tochter und das Ministerium deren Gouvernante."

Die parlamentarische Korrespondenz, das Organ der ausgeschiedenen Rechten, berichtet über folgenden Vorschlag des Herrn Grabow: Die Parteien sollten sich vereinigen, durch den Reichskommissär der Krone die Bitte vortragen zu lassen, daß das Ministerium Brandenburg sofort entlassen und durch ein volksthümlicheres ersetzt, bis zur Bildung desselben aber eine fernerweite Aussetzung der Sitzungen durch königliche Botschaft angeordnet werden, wogegen man sich verpflichte, im Gewährungsfalle eine Dankadresse an den König zu erlassen. Die Frage der Verlegung sollte gänzlich übergangen und in die Hand des neuen Ministeriums gelegt werden. Die parlamentarische Korrespondenz weist in längerer Auseinandersetzung diesen Vorschlag als unfolgerichtig und unannehmbar zurück. Dennoch kommt Hrn. Grabow's Vorschlag ernstlich in Frage. Die Vossische Zeitung berichtet darüber: Die Unterhandlungen zu einer Ausgleichung des Konflikts zwischen Krone und Nationalversammlung sind in den letzten beiden Tagen unter lebhafter Mitwirkung des Abgeordneten Grabow und des Reichskommissars, Ministers Hergenhahn, fortgeführt worden. Auf Grund der Frankfurter Beschlüsse ist folgender neue Vorschlag — wenn wir nicht irren von Hrn. Grabow — gemacht. Die Krone solle in einer königlichen Botschaft die Entlassung des Ministeriums und die bevorstehende Bildung eines neuen Kabinets anzeigen, zugleich aber mit Rücksicht darauf — wie in früheren Fällen stets üblich gewesen — die Nationalversammlung von neuem vertagen. Letztere solle alsdann durch namentliche Unterschrift ihrer einzelnen Mitglieder der Krone ihren Dank für die Entlassung des Ministeriums in einer Adresse aussprechen und zugleich die neue Vertagung stillschweigends wie in den früheren Ministerkrisen acceptiren. Von dem neuen Ministerium werde dann nach Regulirung der weiteren Verhältnisse die Erklärung zu gewärtigen sein, daß die Versammlung in Berlin forttagen könne. Diese Vorschläge wurden zuerst im Centrum (Hotel de Russie) gemacht, und deren Vortheile mußten in die Augen springen. Das Centrum beschloß einstimmig auf die obigen Vorschläge einzugehen und zugleich die übrigen Fraktionen zum Beitritt aufzufordern. Wie wir hören, sind die Erklärungen derselben alsbald in folgender Weise eingegangen. Die äußerste Linke hat sich bis auf die Dankadresse einverstanden erklärt; sie hat geglaubt, der Krone keinen Dank votiren, sondern nur ihre Freude aussprechen zu dürfen, wenn sie das Ministerium Brandenburg entlasse. Das linke Centrum ist gleichfalls beigetreten, jedoch mit den Modificationen, es möge der Krone gefallen, die Bildung eines neuen „volksthümlichen" Ministeriums zuzusichern und sie möge die Nationalversammlung nicht vertagen, sondern bloß die Sitzungen „aussetzen." Ohne Weiteres beigetreten war ein Theil vom rechten Centrum, während der übrige Theil und die äußerste Rechte ihren Beitritt entweder abgelehnt hatten, mit dem Bemerken, daß die Krone doch nicht darauf eingehen, und daß sie ihrer Seits nach Brandenburg gehen würden. Das Centrum hat sich den Wünschen des linken Centrums akkommodirt und auch mit der äußersten Linken scheint ein Arrangement eingetreten zu sein, da im Wesen der Sache ja ohnehin Alle, mit Ausschluß der rechten Seite, übereinstimmten. Es ist daher der Minister Hergenhahn am Sonnabend Morgen sofort durch Hrn. Grabow von diesen Vorschlägen benachrichtigt und derselbe aufgefordert worden, Se. Maj. den König davon in Kenntniß zu setzen. Der Minister soll den Wunsch gehabt haben, auch die eventuelle Dankadresse dem Könige sogleich mit vorlegen zu können, da dies jedoch aus mancherlei Gründen im Augenblicke nicht zu bewirken war, hat er es übernommen, die Angelegenheit auch ohne solche in Sans-Souci zum Vortrag zu bringen. Der Bescheid bleibt abzuwarten. — Ob eine beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammenkommen wird, erscheint noch immer zweifelhaft. Die äußerste Linke soll einstimmig beschlossen haben, nicht hinzugehen, eben so das linke Centrum. Vom Centrum werden vielleicht Einzelne hingehen; das rechte Centrum wird größtentheils und die äußerste Rechte ganz erscheinen.

Die Lith. Corr. berichtet: Die von uns gestern erwähnte, von den Mitgliedern der gegenwärtigen National-Versammlung unterschriebene Erklärung lautet wie folgt: „In Erwägung, daß fälschlicher Weise Berichte über Bedingungen verbreitet worden sind, welche die preuß. National-Versammlung zur Hebung des zwischen ihr und der Krone entstandenen Konflikts gestellt haben soll, erklären die Unterzeichneten dem Lande gegenüber: 1) daß von der National-Versammlung die in jenen Berichten erwähnten Bedingungen nicht gestellt worden sind, 2) daß die Unterzeichneten den zwischen der Krone und National-Versammlung entstandenen Konflikt für beseitigt erachten, wenn das Ministerium Brandenburg zurücktritt und das zu ernennende neue volksthümliche Ministerium der Versammlung kein Hinderniß in den Weg legt, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. Berlin, 23. Nov. 1848."

Digitized by Google

* Der Preußische Staatsanzeiger enthält folgende Bekanntmachung:

Bekanntmachung.

Da die Einrichtungen und Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Sitzungen der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung in Brandenburg beendigt sind, so werden mit Bezug auf die Allerhöchste Botschaft vom 8. November d. J. die Herren Abgeordneten hiervon in Kenntniß gesetzt und zugleich eingeladen, sich in dem dort für die Sitzungen der Versammlung eingerichteten Lokale am 27. November d. J., um 10 Uhr Vormittags, zur Fortsetzung der Verhandlungen einzufinden.

Berlin, 25. November 1848.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. Rintelen.

Bekanntmachung.

Von den der Bürgerwehr verabfolgten Königlichen Dienstwaffen, nämlich:

23,360 Gewehren, 1400 Büchsen, 1375 Hirschfängern und 4024 Säbeln,

sind in Folge der durch Militär-Kommandos bewirkten Einholung bis jetzt wiederum zurückempfangen:

19,681 Gewehre, 635 Büchsen, 608 Hirschfänger und 2009 Säbel.

Es fehlen mithin:

3679 Gewehre, 765 Büchsen, 767 Hirschfänger und 2015 Säbel.

(Folgt die Aufforderung, diese Waffen bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen einzuliefern.)

Berlin, 24 Nov.

v. Thümen,
General-Major und Kommandant.

= **Berlin**, 24. Nov. Die Kammer hat den Zuruf des Landes verstanden und beherzigt — das kann ich mit voller Gewißheit behaupten, da ich seit den Tagen der Krisis fortwährend im Umgange mit Deputirten aller Fraktionen gelebt. Mit Ausnahme einiger Exaltados der äußersten Linken räumen die Uebrigen sämmtlich ein, daß sie großen faux pas gemacht, als sie den Antrag Meusebach's auf Schutz der Minorität zurückwiesen und durch allerlei desorganisirende Reformvorschläge das Werk der Konstitution verzögerten, statt durch schleunige Vollendung der Verfassung einen festen Grund zu einer wahrhaften Reorganisation zu legen. So gesteht namentlich Kosch aus Königsberg, obwohl er seinen Platz nicht verlassen, offen und ehrlich zu, die Kammer habe nicht ohne eigene Schuld das Vertrauen des Landes verloren: er so gut wie jeder Andrer trage sein Päckchen — Waldeck freilich und Genossen suchen die Quelle alles Unheils noch immer darin, daß die Alliance mit dem Pöbel nicht noch inniger gewesen, daß man mit Auflösung des Heeres und der Bürgerwehr nicht schneller und energischer vorangegangen. Doch ihre Zahl ist klein; es ist, zum mindesten, grundfalsch, wenn man behauptet, die Ultras hätten in diesen Tagen an Bedeutung gewonnen und die Centren nur die passive Rolle gespielt, von ersteren durch ihre Anwesenheit zurückzuhalten — gerade die letzteren werden aus dem Kampfe mit verstärkter Kraft hervorgehen, gerade ihre Tendenzen haben bei vielen ihrer bisherigen Gegner Eingang gefunden. Wie wir hier überhaupt von Gerüchten lebten, so heißt es vielfach, der König wolle die Verfassungsurkunde des Centralausschusses verkünden: Jeder, der dieselbe gelesen, weiß, daß das Unsinn ist. Es müßten denn zugleich Kreis-, Gemeinde- und Bezirksordnung und eine Menge anderer organischen Gesetze, auf die jener Entwurf überall hinweist, mit octroyirt werden. Ist das Gouvernement aber wirklich in der heutigen Zeit noch im Stande, alle diese Gesetze ohne Beirath des Volkes zu dessen Zufriedenheit zu erlassen: dann weiß ich wahrlich nicht, wozu wir überhaupt eine Repräsentation desselben brauchen. Der beste Ausweg scheint uns noch immer eine Transaktion: möglich wird diese durch Aufhebung der Verfügung und ein anderes Ministerium. Kann auch dieses keine Verfassung mit der Kammer zu Stande bringen, so hat es Energie und Vertrauen genug, um ohne Gefahr die Auflösung derselben vorzunehmen.

= **Berlin**, 25. Nov. Schon ist die Vertagungsfrist beinahe verflossen und noch immer leben wir in der peinlichsten Ungewißheit über die Pläne, die man in Potsdam zu verfolgen denkt. Das Schweigen der Regierung, die Hindeutungen des Staatsanzeigers, die er in andern Nummern wieder desavouirt, die Dauer des Belagerungszustandes, die haufenweise Ausweisung von Literaten, selbst der gemäßigtsten Art, die Unterdrückung oder Fesselung der Presse, während man ein so incendiäres Journal, wie die Neue Preußische Ztg., ruhig fortschimpfen läßt — das Alles gibt Grund zu trüben Vermuthungen. Der Argwohn hat auf beiden Seiten seine Spitze erreicht. Die ausgetretenen Deputirten sehen in den zurückgebliebenen Nichts als rothe Republikaner: diese in jenen nur dienstfertige Handlanger der Kamarilla. Aus dem Munde des Dr. Kosch, eines der ältesten Männer in der Versammlung und durch und durch ein Ehrenmann, ersuhr ich noch gestern, wir sich unsere Zukunft selbst in ruhigen Köpfen malt. „Die Frankfurter helfen jetzt uns aus einander treiben — 14 Tage später wird man die Paulskirche schließen und kein Finger wird sich in Deutschland für sie erheben: sind dann die Regierungen nur klug genug, die materiellen Interessen zu fördern, den Bauer und Gewerbetreibenden zu unterstützen — so kann das alte Regime mit Censur und allen Appertinentien recht gut noch ein paar Jahrzehnte dauern. Die Revolution, die dann aber hereinbricht, wird keine erfreuliche sein." — Wir sehen die Zukunft nicht ganz so trübe an. Das aber fürchten wir allerdings: wir werden uns mit einer oktroyirten Verfassung begnügen müssen. — Der Plan, im äußersten Falle nach Brandenburg zu gehen, ist gestern von allen Parteien gegen 3 Stimmen verworfen worden: wir danken dies betrübende Resultat wieder den Ultras der Linken.

△ **Berlin**, 25. Nov. Je näher der 27. Nov. kommt, je größer werden Hoffnungen und Befürchtungen. Gut unterrichtete und mit den speciellen Plänen der Fraktionen, wie der einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten, bekannte Männer wollen wissen, daß der Augenblick der Entscheidung die Unentschiedenen sämmtlich nach Brandenburg führen werde, höchstens die entschiedene Linke und einige Wenige ausgenommen, die einen Eid geleistet, nicht nach Brandenburg zu gehen, und sich für „Hundsfötter" erklärt haben sollen, wenn sie gehen würden. Die Ueberzeugung, daß die beschlußfähige Anzahl zusammenkommt, muß wohl sehr fest sein, sonst wäre es unnöthig, den gegen das Ministerium zu eröffnenden Feldzugsplan im voraus weitläufig zu diskutiren, wie es wirklich der Fall gewesen ist. In jedem Falle stehen unerquickliche Debatten bevor. Die Regierung wird ohne Zweifel die Wahl eines neuen Präsidenten, die Null- und Nichtigerklärung der durch die nach der Vertagung zurückgebliebenen Glieder der Nationalversammlung erfolgten Beschlüsse und die Erklärung verlangen, daß der Diskussion der Verfassung alle Kräfte gewidmet werden. Möglich wäre es, wie wir gestern schon angedeutet haben, daß auch noch ein Verfassungsentwurf vorgelegt wird. Von dem Umstande, daß diese Bedingungen angenommen werden, wird es abhängen, ob die Versammlung zusammenbleibt und ob die Vereinbarung zu Stande kommt. Für den Fall, daß am Montage die beschlußfähige Majorität noch nicht zusammen sein sollte, dürfte man noch einige Tage warten, da mehrere Abgeordnete nicht früher erscheinen können. Ob man noch zu einer Einberufung der Stellvertreter schreiten wird, ist dagegen zweifelhaft. Herr v. Gagern wird heute Abend hier erwartet. Sein Antrag soll ein doppelter sein. Einmal soll er den letztern Vermittelungsversuch zwischen der Krone und der Nationalversammlung unternehmen, und man hofft selbst hier noch von diesem Versuche; der andere Zweck seiner Sendung, so will man in unterrichteten Kreisen wissen, soll die Uebertragung der Centralgewalt an den König von Preußen zum Gegenstande haben. Der letztere Plan ist bekanntlich in Frankfurt nicht erst in den jüngsten Tagen entstanden; die Proklamation des Reichsverwesers wird ihn bald als eine unabweisliche Nothwendigkeit erscheinen lassen. Erzherzog Johann selbst soll dem Plane nicht fremd sein. Die Ausführung des Planes wird indeß ihre sehr großen Schwierigkeiten haben. Die größte wird darin bestehen, daß der König nicht nach Frankfurt gehen wird, nicht dorthin gehen kann. Dieser Umstand zieht andere Schwierigkeiten mit sich, deren Natur auf der Hand liegt. Die Zeit der Verwickelungen scheint erst recht anfangen zu wollen. Auch der Regierungspräsident v. Waldach in Königsberg wird von seinem Posten zurücktreten. Für den in der Nationalversammlung anwesenden Oberpräsidenten v. Auerswald wird, dem Vernehmen nach, der Graf Dönhoff-Friedrichstein interimistisch das Vicepräsidium der Provinz Preußen verwalten.

Stettin, 22. Nov. Hier ist nachstehende Erklärung erschienen:

„In der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 12. d. M. ist eine Petition an den König und eine Adresse an die National-Versammlung beschlossen; beide Beschlüsse sind nicht einstimmig gefaßt.

Ehre und Aufrichtigkeit legen uns die heilige Pflicht auf, öffentlich hierdurch zu erklären:

daß es nur der Vorspiegelung „einzig und allein auf diesem Wege sei die Erhaltung der Krone und Verhinderung von Barrikadenkämpfen möglich", gelungen ist, uns im Augenblicke der künstlich gesteigerten Aufregung zu einer Zustimmung zu veranlassen, welche wir aufrichtig bedauern.

Freimüthig legen wir dies offene Bekenntniß zur Warnung Aller ab,

welche durch ähnliche Mittel verleitet, ein Opfer der Leidenschaft und Verführung werden können.

Stettin, den 21. November 1848.

Die Stadtverordneten:

C. F. Waldow. W. Pauly. Albert de la Barre. A. Weichert. J. Pahl. Nridt. Block. Gründe. Ph. Jacob. A. F. Schulz Korth. Ernst Reiche. Crepin. A. Mewes. Siewen. M. H. Wreglen. J. Meister. Felsner. Jadow. Pust. A. Patzow. Carten.

Herzberg a. d. Elstee, 21. Novbr. Das hiesige (dritte) Bataillon des 32. Landwehr-Regiments ist heute nach sehr tumultuarischen Auftritten aus einander gegangen, ohne daß sich auch nur ein einziger Mann hat einkleiden lassen.

Köln, 23. Nov. Auf die von Seiten des hiesigen Oberbür. germeisteramtes nach Beschluß des Gemeinderathes unterm 10. dieses Monats an das Reichsministerium des Handels gerichtete Eingabe in Betreff der Rheinzölle ist folgende Antwort eingegangen:

„Auf die an mich gerichtete Eingabe vom 10. d. M. beehre ich mich zu erwidern, daß mein Streben dahin gerichtet ist, in gleicher Weise wie für die übrigen deutschen Flüsse auch für den Rhein Befreiung von beengenden Lasten und Hindernissen zu erlangen, und zwar für den Rhein nicht allein auf dem deutschen Gebiete, sondern auch auf den übrigen Stromstrecken. In Beziehung auf den Antrag am Schlusse der Eingabe habe ich zu bemerken, daß das Reichsministerium nicht in der Lage ist, an die National-Versammlung gerichtete Vorstellungen bei derselben zu befürworten.

Frankfurt, 16. Nov. 1848.

Der Reichs-Minister des Handels, Duckwitz"

* **Köln**, 23. Nov. Die gemeinderäthlichen Deputationen von Köln, Koblenz und Trier sind von Berlin zurückgekehrt und haben Bericht über ihre Sendung abgestattet. In einer Unterredung, welche sie mit dem Ministerpräsidenten, Grafen Brandenburg, hatten, äußerte dieser: er begreife nicht, wie man aus bloßen Namen Veranlassung nehmen könne, sich gegen die Minister zu erklären, da sie bis jetzt noch durch keine Maßregel gezeigt hätten, daß sie von den Verheißungen des Königs und den gewährten konstitutionellen Einrichtungen abgehen wollten. Auch wenn man eine solche Absicht bei den Ministern unterstelle, so sei es für diese ebenso unmöglich, sie zu verwirklichen, als es unmöglich sei, den Rhein hinauffließen zu lassen und die Sonne vom Himmel zu holen. Eine Audienz beim König konnten sie nicht erlangen. Sie begaben sich auch zum Präsidenten der Landesversammlung, Hrn. v. Unruh, welcher sich in seiner Antwort über das Verfahren der früheren Ministerien verbreitete, um nachzuweisen, daß gerade durch deren Unthätigkeit und durch die unterlassene Vorlegung der nothwendigsten, mit der Verfassung in engster Verbindung stehenden, namentlich für die alten Provinzen unerläßlichen Gesetze, wie z. B. für die Geschwornen-Gerichte, die Kreis- und Bezirks-Ordnung, die Thätigkeit der National-Versammlung aufgehalten worden sei, und daß deßhalb der ihr häufig gemachte Vorwurf, das Verfassungswerk zu wenig gefördert zu haben, nicht sie treffen könne. Aus denselben Gründen wäre es aber auch bei einer schnelleren Berathung und selbst bei Vollendung der Verfassung unmöglich gewesen, dieselbe für sich allein in's Leben treten zu lassen.

** **Köln**, 24. Nov. Die Stadt genießt der größten Ruhe, welche höchstens durch Gerüchte gestört wird. Inzwischen hat der Fünfundzwanziger-Ausschuß des Eisen'schen Saales, aber, wie es sich neuerdings zu taufen beliebt hat, das „Volkscomite", ein neues Lebenszeichen von sich gegeben. Es bot nämlich bei dem Gemeinderath den doppelten Antrag gestellt, einmal, daß dieser eine Deputation bestelle, welche mit ihm gemeinsam über die Aufrechthaltung der Ruhe in der Stadt berathe, dann, daß er über die Gesetzlichkeit des Belagerungszustandes in Düsseldorf eine Aeußerung abgebe. Der Gemeinderath hat den ersten Antrag höflich aber fest abgewiesen, und auf den zweiten entgegnet, daß der Gegenstand ganz außerhalb seiner Competenz liege. Die unmittelbare Veranlassung der Kölner Barrikaden-Geschichte war bekanntlich die theilweise wirklich in's Werk gesetzte, theilweise gescheiterte Verhaftung einzelner Individuen, welche sich bei den vorhergegangenen Volksversammlungen kompromittirt. Die Untersuchung ist jetzt abgewartet. Von den beiden in Haft genommenen Personen ist der Korrektor der „Neuen Rheinischen Zeitung", Schapper, in Freiheit gesetzt, dagegen der Referendär, Dr. jur. Becker, von der Rathskammer vor die Assisen verwiesen; die Flüchtlinge betreffend, namentlich den Bürgerhauptmann Wachter und die Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung", Bürgers und Engels, so hat das Gericht deren Akten bis zu ihrer Erstellung einstweilen exponirt, und ist Engels, der sich in der Nähe verborgen hielt und auf diese Entscheidung hin sistirte, noch keinem Verhör entlassen worden. Der konstitutionelle Bürgerverein, der als politischer Verein mit seinen eigenen Mitteln und Kräften nur sehr spärliche Resultate erzielt hat, hat mit mehr Glück auf dem sozialen Felde und in einer Weise zu wirken begonnen, die allseitig zur Nachahmung auffordert. Der durch die schweren Ereignisse der letzten Jahre auf dem Gewerbe- und Handwerkerstande lastende Druck droht in dem hereinbrechenden Winter eine solche Höhe zu erreichen, daß eine außerordentliche Hilfe Noth thut. Viele Handwerker- und Gewerbtreibende haben längst ihre äußersten Anstrengungen erschöpft und können bei dem besten Willen ihre arbeitgewohnten Hände nicht regen, weil ihnen Niemand Arbeit gibt, oder weil ihnen die Mittel fehlen, sich das nöthige Material zu schaffen. Schon sind viele Handwerker, die sonst mit mehreren Gesellen arbeiteten, gezwungen, sich durch Taglohn zu ernähren, schon wohnt der Hunger in vielen Familien, die nur ein äußerer Anschein ihren Mitbürgern nicht kund macht, und schleunige Hilfe thut dringend Noth. Der Bürgerverein hat deshalb beschlossen, durch Gründung einer Darlehnskasse dem Gewerbe- und Handwerkerstande in diesem Winter Gelegenheit zu verschaffen, durch Arbeit den nöthigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die erforderlichen Mittel sollen durch unverzinsliche Darlehen und durch freiwillige Geschenke zusammengebracht, und das Unterstützungsgeschäft selbst wird durch eine aus 36 angesehenen Bürgern bestehende Kommission geübet werden.

In Düsseldorf ist am 22. d. M. der Belagerungszustand vom Regierungspräsidenten und Divisionsgeneral proklamirt worden, nachdem die Bürgerwehr und eine sogenannte Volksversammlung sich für permanent erklärt, ferner die Behörden aufgefordert, Steuern nicht mehr zu erheben, und die Zuwiderhandelnden als Hochverräther der Volksjustiz überantwortet, auch gewaltsam in die Post eingedrungen sind. — Im Regierungscollegium hatten sechs Mitglieder, Arntz, Matthieu, Engelmann, Otto Quentin und Gerhardi sich für einen Erlaß der Regierung erklärt, der den Steuerverweigerungsbeschluß ausführe. Diese Regierungsbeamte sind sofort suspendirt. Die Düsseldorfer Bürgerwehr wird entwaffnet. Die Kölnische ist schon seit den Unruhen aufgelöst. In Aachen, Bonn und Koblenz ist die Bürgerwehr gleichfalls suspendirt, weil sie sich in eine feindliche Stellung zur Regierung gesetzt hatte.

Düsseldorf, 24. Nov. Mittags 1 Uhr. So eben sind sechs der thätigsten und tüchtigsten Mitglieder des hiesigen Regierungs-Collegiums auf Grund höherer Verfügung suspendirt worden; nämlich: die Herren Geh. Regierungs-Rath Aendts, Regierungs-Räthe Quentin, Otto, Mathieu, Engelmann und Regierungs-Assessor Seehoehn. Sie bitten das Urtheil über ihre Handlungsweise bis nach erfolgter Untersuchung aufzuschieben.

(K. Z.)

Düsseldorf, 25. Nov. Die Stadt ist ruhig, nachdem die Verfechter der rothen Republik: Rockmann, Wulff, Gräfin Hatzfeldt und Sohn, es für gut befunden, einstweilen abzureisen. — Man spricht von vielen Verhaftungen, welche jedoch erst nach vollständiger Entwaffnung der Bürgerwehr Statt finden sollen.

(K. Z.)

\+ **Bonn**, 25. Nov. Es ist hier so schlimm nicht, als man Ihnen glauben machen will, wenn man schreibt, wir lebten hier in einer Art Belagerungszustand. Seit Ihre Nationalversammlung die Steuerverweigerung für ungesetzlich erklärt hat, wird die Mahl- und Schlachtsteuer in aller Ruhe erhoben. Wir überzeugen uns immer mehr, daß der Beschluß des Rumpfparlaments, welcher die Steuerverweigerung aussprach, durch den Umschwung der öffentlichen Meinung heilsam gewirkt hat, eben ihre Freiwilligkeit hat uns gerettet. — Die Universität ist ungewöhnlich zahlreich besucht.

* **Erfurt**, 24. Nov. Wir haben heute einen blutigen Tag gehabt. Die Landwehr weigerte sich eingekleidet zu werden und ward von Zuzügen bewaffneter Bauern unterstützt. Es ward das Militär gegen die Widerspänstigen aufgeboten. Die von der Menge erbauten Barrikaden durch schweres Geschütz eingeschossen. Gegenwärtige Zeit höre ich von nah und fern Kanonendonner und Gewehrfeuer. Vor meinem Hause ward ein Pionier durch einen Schuß aus dem Fenster tödtlich verwundet. Der Aufstand ward unterdrückt und die Landwehr ist eingekleidet.

Sigmaringen, 23. Nov. Das Gerücht, daß unser Fürst sich zur Niederlegung der Regierung entschlossen hat, bestätigt sich;

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 28. Nov. Bericht des Verfassungs-Ausschusses über den Abschnitt der Reichsverfassung: Der Reichstag.) Wien (Der Reichstag. Der Angriff gegen Ungarn. Kaiserliche Unterstützung für Wien. Neue Einrichtungen.) Prag (Kundmachung.) Essen (Der Kongreß der deutschen Vereine.) Köln (Feindseligkeiten gegen das Militär.)

Frankreich. Paris (Odilon Barrot gegen Dufaure. Der Kampf der Parteien. Vorsichtsmaßregeln. Uebertreibungen. Das Budget der öffentlichen Arbeiten. Die Journale gegen Jules Favre.)

Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten.)

Italien. (Unruhen in Alessandria. In Lucca kann die Ziehung der Militärpflichtigen nicht stattfinden.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 28. November.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 28. November.

Tagesordnung der 124. öffentl. Sitzung.

1) Fortsetzung der Berathung über den Bericht des Verfassungs-Ausschusses — das Reichsgericht betreffend.
2) Berathung über den vom Abgeordneten Löw aus Posen, Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht über verschiedene Anträge und eingebrachte Petitionen.
3) Berathung über den vom Abgeordneten Francke, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Flußzölle betreffend.

Vicepräsident Riesser überträgt den Vorsitz an Herrn v. Soiron, um im Namen des Ausschusses über die für Robert Blum anzuordnende Todtenfeier zu berichten. Es seien, sagt er, verschiedene Meinungen darüber im Ausschusse vorhanden, allein nicht aus politischem Anlaß. Daher habe er vor allem eine nähere Entscheidung der Versammlung einzuholen, wie weit sie ihren Auftrag an den betreffenden Ausschuß ausgedehnt wissen wolle.

Leverkus interpellirt wegen der von dem Schriftführer, Herrn Jucho, nach mehreren Richtungen hin bereits erlassenen Einladungen zu dieser Todtenfeier. Weder der Form noch dem Inhalte nach könne er (Leverkus) dergleichen Einladungen an andere Korporationen als die hohe Nationalversammlung selbst für berechtigt erachten. Er frage also, ob Herr Jucho im Auftrage des Ausschusses gehandelt habe oder nicht.

Jucho erklärt, er sei zu den Sitzungen des Ausschusses nur gezogen worden, um örtliche Auskunft zu ertheilen. Seine Mittheilung an die Frankfurter Behörden sei daher keine offizielle gewesen, sondern er habe nur im Allgemeinen auf das zu erwartende Begängniß hingewiesen.

Die Erörterung, die ihren gereizten Charakter vergebens zu verbergen sucht, rust von Mitgliedern des Ausschusses zuerst Wigard, dann Müller aus Würzburg auf die Rednerbühne. Auf das wiederholte Verlangen nach Schluß der Debatte fragt der Vorsitzende sodann; soll der Ausschuß die Todtenfeier ohne weitere Mitwirkung der Versammlung anordnen? Die Abstimmung erfolgt durch Zettel, da der Ausschlag durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft erscheint. Es sind 397 Mitglieder anwesend, von denen 241 die obige Frage verneinen, so daß also das Gegentheil zur Bestätigung vorzulegen ist. Die Mehrheit des Ausschusses (drei Personen), berichtet nun Riesser, schlägt eine kirchliche Feier in der Katharinenkirche vor, zu welcher sich die Nationalversammlung aus ihrem Sitzungslokal in einem Zuge begeben soll, an welchem den städtischen Behörden der Anschluß freizustellen. Lauten Unwillen erregt auf der linken Seite des Hauses ein Antrag auf die Ablehnung jeder Todtenfeier und auf Uebergang zur Tagesordnung sowie ein zweiter Antrag auf Verschiebung der Feier bis zur näheren Aufklärung des Thatbestandes durch die nach Oesterreich gesandten Reichskommissäre. Beide Anträge werden verworfen. Dagegen wird genehmigt: eine kirchliche Todtenfeier. Abgelehnt wird jedoch der Zug der Nationalversammlung in die Katharinenkirche. (Bewegung des Widerwillens auf der Linken.)

Raveaux bedauert, mit seiner Meinung weder hier noch in dem Ausschusse durchgedrungen zu sein, die keineswegs auf eine blos kirchliche Feier zum Gedächtnisse Blum's gegangen sei, denn dazu würde eine Zeitungsankündigung genügt haben. Da nun der feierliche Aufzug von der Nationalversammlung abgelehnt sei, so scheide er aus dem Ausschusse aus. Dasselbe erklärt hierauf auch Wigard. Beide Mitglieder des Ausschusses werden daher durch neue Ernennungen von Seiten des Bureaus ersetzt werden.

Blumröder aus Wunsiedel trägt mit gänzlich unverständlicher Stimme eine Interpellation vor, deren Inhalt wir erst aus der späteren Erwiderung des Ministeriums erfahren werden. Ferner erfolgt eine Interpellation an das Handelsministerium wegen Hamburgischer Feindseligkeiten gegen den Harburger Handelsstand. Endlich wird von Esterle aus Cavalese folgender dringlicher Antrag gestellt:

„Das Ministerium werde aufgefordert, aus Gründen der Gerechtigkeit und Humanität, im Interesse der Ehre Deutschlands und im Interesse einer unglücklichen Nation — mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, sich zu verwenden, damit in den lombardisch-venezianischen Provinzen:

1) Die Militärherrschaft durch eine Civilregierung ersetzt werde.
2) Daß die Zusicherungen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, sowie die übrigen Verträge geachtet und vollzogen werden, und daher die nach denselben unzulässliche, auf Privatpersonen verhängte Strafe der gezwungenen Kontributionen oder der Güterkonfiskation sofort zurückgenommen werde.
3) Daß sobald als möglich ein billiger und ehrenvoller Friede geschlossen werde."

(Unterstützt von: J. A. Marsilli aus Roveredo. Rauwerck. Schüler. Wiesner.)

Da die Dringlichkeit dieses Antrags nicht anerkannt wird, so geht er auf den Ausschußweg.

Die heutige Debatte über das Reichsgericht eröffnet Siemens aus Hannover, von dem eine erweiterte Fassung des ganzen Gesetzentwurfs beantragt und vorgeschlagen ist. Ihm folgt Gnyrim auf der Rednerbühne. Schenkt schon das Haus selbst den streng-juristischen Auseinandersetzungen dieser Herren nur eine geringe Aufmerksamkeit, so dürfen wir wohl auch in diesem Blatte darauf verzichten, den Inhalt ihrer Reden näher zu bezeichnen. Nachdem hierauf die Diskussion über §. 2 geschlossen, und auf die Besprechung des §. 3. verzichtet worden ist, vertheidigt von Soiron den Entwurf des Ausschusses.

Wir heben aus diesem Schlußvortrage nur hervor, was v. Soiron über die Geschwornen sagt, die Mittermaier auch für Ministeranklagen fordert. Die Reichsrichter, ist die Meinung des Berichterstatters, vom Volks- und Staatenhause ernannt, unabhängig von politischen Einflüssen und Parteien, und in der Entscheidung der höchsten Fragen geübt, würden das Recht sicherer zu treffen im Stande sein, als ein Hof von Geschwornen, dessen Zusammensetzung bei einer so tiefen staatlichen Bewegung, als die Anklageversetzung eines Ministeriums bedingt, immer auf dem Glücke des Zufalls beruhen und dessen Blick daher leicht von der Leidenschaft getrübt sein werde.

Die Abstimmung ist aller der zahlreichen Verbesserungs- und Unterantrage ungeachtet, die zu dem Entwurfe gestellt worden sind, der Vorlage des Ausschusses so günstig, daß nur wenige und im Ganzen nur untergeordnete Abänderungen die erforderliche Mehrheit für sich erhalten. Nur der Zusatz einer Bestimmung zu Absatz 6 im 2. §. ist bemerkenswerth, indem dadurch auch Klagen wegen Verletzung der Grundrechte des deutschen Volks als zulässig und vor das Reichsgericht gehörig erklärt werden. Die desfallsige Klage kann sich sowohl gegen eine Einzel- als gegen die Reichsregierung richten. Ferner der gänzliche Wegfall der Abstimmung K desselben §, die Strafgerichtsbarkeit über Dienstverbrechen der Reichsbeamteten betreffend. Da die Abstimmung einen so großen Zeitraum in Anspruch nimmt, daß sie die ganze heutige Sitzung vollends ausfüllen wird, so theilen wir den Gesetzentwurf in der Form, wie er zum Beschluß erhoben worden, im morgenden Blatte mit.

Bericht

des Verfassungs-Ausschusses über den Abschnitt der Reichsverfassung:

Der Reichstag.

Berichterstatter: Abgeordneter Dahlmann.

Der Verfassungsausschuß kann in seiner Berichterstattung über den vorliegenden Abschnitt vom Reichstage sich bei weitem kürzer fassen, als die früheren Abschnitte das gestatteten, nicht zwar wegen der geringeren Erheblichkeit des Verfassungstheils, sondern weil er auf einfacheren und mehr durchsprochenen Prinzipien beruht, als die früheren.

Wenn in einem Reiche von der Bildung seines Reichstags die Rede ist, wird zuerst die Frage gelöst sein wollen, ob der Reichstag in der Art, wie diese hohe Versammlung thut, in einem ungetheilten Versammlungskörper als ein einfaches Abbild der Volkseinheit tagen solle, oder ob nicht da, wo es auf dauernde Ordnungen ankommt, es rathsamer sei, ihn in Kammern oder Häuser zu zerfallen. Nun hat geeinte politische Erfahrung längst und nicht bloß in unserm Welttheile gelehrt, daß, wo die Volksfreiheit einmal fest begründet dasteht, es vor Allem darauf ankommt, sie unter die Schutzwehr der Dauung zu stellen. Als ein bewährtes

Digitized by Google

Mittel zu diesem Ziele wird die Berathung aller Gesetze in zwei abgesonderten Versammlungen, und darum die Bildung von zwei gleichberechtigten Kammern empfohlen, und es hat sich diese politische Maßregel in sehr verschieden beschaffenen Staaten wunderbar bewährt. Wie die große Mehrzahl des englischen Volkes in seinem althergebrachten aristokratischen, erblichen Oberhause nicht Zwang der feudalen Bevorrechtung haßt, sondern den Schutz allgepflegter Freiheit anerkennt, so vertraut der Belgier seine junge Freiheit willig einem demokratisch wechselnden Senat; ist es dagegen in den deutschen Einzelstaaten mit der Schöpfung ihrer ersten Kammern schlecht gelungen, so bildet dieses Mißlingen zwar ein wichtiges Kapitel in der Geschichte unserer politischen Irrfahrten und Mißgriffe, aber sicherlich geht keine Schwächung des Grundsatzes aus ihm hervor.

Was jedoch in Bezug auf einen Einheitsstaat, trotz der Lehren der Geschichte, immer noch diesem und jenem zweifelhaft scheinen möchte, das ist für die deutsche Reichsverfassung durch die Natur der Dinge ohne Weiteres entschieden. Denn es gilt hier ja unverkennbar zwei mit einander kämpfende Grundrichtungen unseres Volkslebens durch einen Akt der Versöhnung zu entsprechen, zuerst zwar dem tiefgefühlten Bedürfniß der Reichseinheit, daß diesem endlich einmal genügt werde, damit mit der allerlehnten Volksfreiheit auch die nöthige Macht sich vermähle, eben so gewiß aber zweitens, daß der Mannigfaltigkeit unseres Staatenlebens ihre Ehre bleibe und genügender Schirm vor rasch umwälzenden Neuerungen. Mit anderen Worten: Deutschland will einen Bundesstaat, das will sagen, eine politische Lebensform von allerdings sehr verschiedenartiger Dehnbarkeit, die aber doch immer, wie sie auch im Einzelnen erfaßt werde, die Reichseinheit dergestalt bedingt, daß nach jener charakteristischen Bezeichnung, welche am Schlusse des Abschnittes vom Reiche steht, die einzelnen deutschen Staaten in so weit ihre Selbstständigkeit behalten, als diese nicht durch die Reichsverfassung ausdrücklich beschränkt ist.

Hier ergibt sich also von selber, was anderwärts der politischen Erwägung und Beschlußnahme bedarf, die Zwiefachheit der Häuser unseres deutschen Reichstags. Wir müssen, wie es Art. I. §. 1. geschieht, dem deutschen Volkshause, welches die vorherrschende Einheit unseres künftigen Daseins abbildet, ein Staatenhaus gegenüberstellen, welches eine Darstellung unseres Sonderlebens gibt, wie es im deutschen Vaterlande hier und dort, wohin wir nur blicken mögen, tiefe Wurzel geschlagen hat.

Fragt es sich nun aber Artikel II. §. 2 ff. nach der zweckmäßigen Einrichtung dieses Staatenhauses, so steht so viel fest, erstens, daß seine Mitglieder aus der Summe der einzelnen Staaten hergestellt hervorgehen müssen, daß nicht das Reich als solches, sondern jeder Staat sein Contingent dazu stellt. Fragt es sich dann zweitens nach dem Zahlenverhältnisse zwischen Vertretern, die aus Staaten von so verschiedenartiger Größe und Bedeutung entsendet werden sollen, so erwächst freilich keine geringe Schwierigkeit. Würde hier der Maßstab der Bevölkerung und des Flächenmaßes zum Grunde gelegt, so wäre die Folge, daß drei Viertheile unseres Staatenhauses ganz allein von den Vertretern der drei größesten Staaten Deutschlands, Preußens, Deutsch-Oesterreichs und Bayerns besetzt würden. Eine billige Erwägung entschied nach längerem Bedenken die Majorität Ihres Ausschusses dahin, ein so niederdrückend oligarchisches Verhältniß im deutschen Staatenhause nicht aufkommen zu lassen, nur freilich eben so wenig nach Weise der Ordnungen der deutschen Bundesversammlung den kleinsten Staat dem mächtigsten in der Stimmenzahl so gut wie gleichzustellen, was eine unhaltbare Fiction wäre. Ihr Ausschuß ist einen mittleren Weg gegangen. Preußen, welches vermöge seiner Bevölkerung berechtigt wäre, ein Drittel des Staatenhauses auszufüllen, ist noch nicht zu einem Viertel des Gesammbetrages angesetzt, anndhernd Deutsch-Oesterreich, dagegen schon Bayern in ein weit günstigeres Verhältniß gestellt ist, als ihm seine mit jenen beiden Großstaaten vergleichene Volkszahl gestatten würde. In demselben Sinne ist nun fortschreitend fortgefahren, so daß, je kleiner der Staat, um so mehr mit Hintansetzung der Volkszahl und politischen Bedeutung das Staatsindividuum in ihm geehrt ward. Dieselbe Erwägung führte dahin, die Staaten dritter und vierter Größe als Gruppen von gleichberechtigten Individuen zu behandeln, ohne allzu ängstlich nach der vergleichenden Statistik zu fragen. Allerdings hätten auf anderm Wege noch leicht schärfer normirte Unterschiede zwischen den einzelnen deutschen Staaten erreicht werden mögen; allein es schien wichtig, an den in den §§. 4, 5 und 6 aufgestellten Grundsätzen festzuhalten, denen zufolge in Staaten, welche mehrere Mitglieder zum Staatenhause stellen, Regierung und Volksvertretung je die Hälfte ernennen, in denjenigen Staaten aber, welche nur ein Mitglied schicken, die Regierung vorschlägt und die Volksvertretung wählt. Diese Anordnung aber, indem sie die Feststellung der größeren Staaten an gerade Zahlen knüpft, schloß die Vermittelung durch die feineren Uebergänge von 7, 5, 3 Mitgliedern aus.

Drittens. Bei aller Rücksicht, welche jeder vaterländischen Staatenbildung als solcher gezollt ward, konnte und mußte gleichwohl am Ende die Frage auftauchen, ob denn doch nicht einzelne von diesen Staaten allzu unbedeutend, oder richtiger, von zu geringer Lebensfähigkeit wären, um den gesteigerten Staatsaufwand der Gegenwart bestreiten, und ihren Angehörigen das wünschenswerthe Maaß von Wohlfahrt und Bildung gewährleisten zu können. Der Verfolg unserer Besprechungen in dieser Richtung führte unvermeidlich auf das Gebiet der Mediatisirungsfrage, welche durch einen Beschluß dieser hohen Versammlung unserem Ausschusse zugewiesen und von diesem wieder an einen Vorausschuß, aus drei Mitgliedern bestehend, verwiesen ist. Ohne den Erhebungen dieser Männer vorzugreifen, ließ sich doch so viel aus der Natur der Sache und aus einzelnen Mittheilungen einer vorläufigen Berichterstattung entnehmen, daß es sich bei Lösung dieser schwierigen Aufgabe nicht allein davon handelt, diesen und jenen Staat aufzulösen, sondern zugleich davon, sein Gebiet einem andern Staate zuzuweisen, daß seiner der Wunsch der Bevölkerung der kleineren und kleinsten Staaten sich keineswegs ungetheilt oder auch nur überwiegend zu Gunsten einer solchen Verschmelzung ausspreche, daß vielmehr, wo man dieser gehe, in den Bevölkerungen dieser Art neben mancher unbestimmten Unzufriedenheit und allenfalls dem Trachten nach einem, ganz Deutschland umfassenden, sei es monarchischen oder republikanischen Einheitsstaate, leicht ebenso oft der Wunsch erlaute, sich durch den Hinzugewinn eines andern kleinen Staates zu vergrößern, als mit dem eigenen Dasein in einem der mittleren oder großen Staaten aufzugehen. Dazu kommt die Erwägung, daß, wenn ja zum Besten des Bundesstaates an dem historischen Bestande der einzelnen Staaten gerüttelt werden soll, dem Beurtheiler der Gegenwart kaum Unrecht gegeben werden könnte, welcher die Behauptung aufzustellen wagte, es werde die gesellschaftliche Gleichberechtigung unserer Bundesglieder bei weitem gefährlicher durch die überwiegende Größe und Bedeutung von drei deutschen Staaten beeinträchtigt, als durch die Kleinheit und Bedeutungslosigkeit so vieler anderer, woraus dann die Folgerung hervorginge, daß im Interesse des Gemeinrechts gegen das zu groß nicht minder als gegen das zu klein einzuschreiten sei, das zu Große aber noch größer machen wollen, die irrigste aller Heilmethoden wäre. So geschah es, daß nach mancher lebhaften Erörterung der Ausschuß jeden Mediatisirungsplan, als seiner Aufgabe fremd, zurücklegte. Dagegen schien seiner Mehrheit eine andere Maaßnahme empfehlungswerth, diese nämlich: ohne irgend der sonstigen Selbstständigkeit der kleinsten Staaten zu nahe zu treten, sie lediglich von der Beschickung des Staatenhauses auszuschließen, eine Maaßnahme, bei deren versuchter Anwendung man sich freilich alsbald entschließen müßte, mit den vier freien Städten eine Ausnahme zu machen; da man einstimmig der Meinung war, die in diesen Städten vorherrschende spezifische Geschäfts- und Verkehrskunde am allermenigsten im Staatenhause missen zu wollen. Unter Benutzung der freien Städte stellte man denn wirklich ein Verzeichniß der im Staatenhause unvertretenen Staaten auf, trat aber schließlich auch davon wieder zurück, eines Theils in Erwägung, daß, was einmal als deutschter Staat gelte, auch im deutschen Staatenhause seine Stelle finden müsse, eben so schwer aber wog der Umstand, daß durch die ganze Maßregel eine Rechtsungleichheit unter den Deutschen entstehe, welche mit dem Sinne der Gesammtrechte in scharfem Widerspruch stande, indem auf diesem Wege mehr als eine halbe Million Deutsche von der Beschickung des Staatenhauses ausgeschlossen würde. Was nur irgend von eingreifender Art zu thun sein möchte in einer Angelegenheit, bei deren schließlicher Erledigung man keineswegs allein die kleinen Staaten in's Auge fassen wird, bleibe wahrscheinlich am besten den Erfahrungen der nächsten Jahre überlassen, welche hoffentlich, den großen Erschütterungen entnommen, die wahren Bedürfnisse der Bevölkerungen unzweideutig an's Licht bringen werden. Ihr Ausschuß hat sich auf die Zusammenlegung verschiedener Staatengebiete zum Zwecke gemeinsamer Wahl beschränkt, da nämlich, wo die Nachbarschaft der Gebiete, vornämlich aber, wo Verwandtschaft im Stamm und Fürstenhaus dafür sprechen und vielleicht schon zeitgemäße Vorsätze innerlich mehr zusammenzuwachsen sich angekündigt hatten.

Viertens. Was die Zahl der Mitglieder des Staatenhauses betrifft, so steht diese mit der mehr oder minder zahlreichen Ausstattung des Volkshauses in nothwendiger Verbindung. Im Allgemeinen überwog die Erwägung, daß in unserem Deutschland von mehr als dreißig Staaten nicht allein wie bisher für jeden von diesem eine Volksvertretung zu wählen ist, sondern fortan die besten und reichsten Kräfte für die Reichsvertretung in Anspruch genommen werden, dann aber auch die fernere Erwägung, daß durch eine zu große Anzahl der Mitglieder eine Versammlung edler Kräfte verschwendet und die Geschäfte eher verspätet, als gefördert werden. Ihr Ausschuß wird Ihnen in einem besonders vorzulegenden Gesetzentwurfe ein Volkshaus von etwa 450 Mitgliedern vorschlagen; diesem gegenüber gedachte er ein Staatenhaus von mindestens 150, höchstens 200 Mitgliedern aufzustellen.

Fünftens. Wo freilich hundertundfünfzig sich mit Vierhundertundfünfzigen messen sollen, gleiche Rechte in der Gesetzgebung mit ihnen zu üben, da werden die Wenigeren so beschaffen sein müssen, daß sie in der öffentlichen Meinung nicht der Mehrzahl nachstehen. Ihr Ausschuß hat geglaubt, indem er die Ernennung der Mitglieder des Staatenhauses zur einen Hälfte jeder Staatsregierung, zur andern Hälfte oder der Volksvertretung der einzelnen Staaten zuwiese, das Seine gethan zu haben, um zwischen diesen beiden Gewalten den Wetteifer zu entzünden, für die Ausstattung des Staatenhauses mit Männern von erprobter Geschäftskunde und Gesinnung. Ein höheres Alter oder vollends ein gewisses Steuermaß als Bedingung aufzustellen, wie in Belgien, schien unstatthaft. Denn man wollte eben keinen Senat, wie gerade ein Staatenhaus nach deutschem Maße. Gewährte man freilich den Mitgliedern des Staatenhauses den Vorzug, auf sechs Jahre gewählt zu werden, während die Wahl zum Volkshause nur auf vier Jahre geschieht (§. 5), so schmälerte man doch theils aus einer gewissen Scheu vor einem zu zähen Widerstande der Ansichten, der sich im Staatenhause durch das längere Beisammensein entwickeln möchte, theils in der Absicht, im Staatenhause eine gewisse Tradition der Geschäftsführung fortzupflanzen, dieses Vorrecht wieder durch die Einführung einer alle drei Jahre eintretenden Erneuerung der Hälfte seiner Mitglieder. (§. 8). Nur ein Einziges ist ihm gebieten: das Staatenhaus darf nicht von der Reichsregierung aufgelöst werden, wie das Volkshaus es darf (§. 21).

Sollte nun an diese Darlegung sich bei Manchem die Besorgniß knüpfen, daß das Staatenhaus kaum im Stande sein werde, bei der Durchkämpfung von Fragen erster Größe ein hinlängliches Gegengewicht dem Volkshause gegenüber zu behaupten, so bleibt die Beruhigung, daß die Entscheidung politischer Fragen vermöge des Sinkens der Standesunterschiede bei fortschreitender politischer Bildung immer entschiedener auf das geistige Gebiet des Kampfes der stärkeren und schwächeren Gründe übertragen wird, und daß am Ende ohnehin der Sieg der Volksstimme, deren Organe die Häufer sind, überall in den Sternen, die die Zukunft deuten, zu lesen ist.

Artikel III. §. 10 und 11. Was das Volkshaus betrifft, so sind die Bestimmungen über die Zahl seiner Mitglieder (auf je hunderttausend Seelen der wirklichen Bevölkerung ein Abgeordneter), über das Wahlrecht und so weiter in einem besonderen, bereits von einer Vorkommission ausgearbeiteten, wenn auch noch nicht vom Verfassungsausschusse vollständig geprüften Gesetzentwurfe niedergelegt, welcher nach der Ansicht Ihres Ausschusses neben anderen Gesetzentwürfen dieser hohen Versammlung zur Beschlußnahme vorgelegt werden wird, sobald über das Ganze der Reichsverfassung wird entschieden sein, damit dem in allen Hauptverhältnissen vol-

Digitized by Google

tendelen Gebäude nach der gehörige Ausbau nicht abgehe. Bis dahin wird auch, nach unserm Ermessen, die Entscheidung über die Frage ausstehen können, ob das gesammte Reichswahlgesetz, oder vielleicht nur einzelne Theile desselben der Reichsverfassung einverleibt und mit ihren Gewährleistungen versehen werden sollen.

Artikel IV. §. 12. Die Bestimmung gleichmäßiger Diäten und Entschädigungen für die Reisekosten ist so zu verstehen, daß dieselben Vorschriften über diesen Punkt sowohl in allen Staaten als für die Mitglieder beider Häuser gelten sollen.

Artikel V. §. 15. Die Bestimmung: „Im Falle der Stimmengleichheit ist ein Antrag als abgelehnt zu betrachten," findet sich auch in der belgischen Verfassungsurkunde, Artikel 38. Sie hat das Bedenken, dem Spiele des Zufalls entgegenzutreten, und den Vorsitzenden, welchem mancher Voraussetzungen in solchem Falle die Entscheidung zusprechen, von einem lästigen Vorrechte, welches seine Stellung über den Parteien gefährdet, zu befreien.

§. 17. Das Recht der Untersuchung (droit d'exquête) verleiht jedem Haus für sich das Recht, Zeugen und Sachverständige vorzufordern, zu vernehmen, und vernehmen zu lassen, so wie mit Behörden in Verbindung zu treten.

§. 19. Dieser wichtige Paragraph greift theils vor in den Abschnitt von der Reichsregierung oder dem Reichsoberhaupte, welches noch nicht zur Vorlage bei dieser hohen Versammlung gekommen ist, andern Theils aber greift er zurück in den Abschnitt von der Reichsgewalt, der bereits in erster Lesung von Ihnen erledigt ist.

Nachdem nämlich aufgewiesen worden, welche Rechte jedes Haus für sich habe und wie die Uebereinstimmung beider Häuser zu einem Reichstagsbeschlusse erforderlich sei, stellt der Paragraph die Fälle fest, in welchen die Uebereinstimmung die Reichsregierung mit dem Reichstage erforderlich ist. Sie beruhen auf den im Abschnitte von der Reichsgewalt niedergelegten Bestimmungen und es sind folgende:

1) Wenn es sich um die Setzung, Aufhebung oder Abänderung von Reichsgesetzen handelt, worunter im Abschnitte von der Reichsgewalt, die §§. 14, 17, 25—29, 34, 35, 37—40, 42—46, 52, 55, 57—59, 61, anzuführen sind.
2) Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen contrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt, oder nicht vorgesehene Steuer- oder Matrikularbeiträge erhebt, s. a. a. O. §§. 21, 28, 35, 47—50.
3) Wenn von Reichswegen Banken angelegt oder bewilligt werden, s. a. a. O. §. 46.
4) Wenn die Steuererhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist, s. a. a. O. §. 37, vgl. §. 35.
5) Wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden, s. a. a. O. §. 19.
6) Wenn Handels-, Schiffahrts- oder Auslieferungsverträge geschlossen werden, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten, s. u. a. O. §. 7.
7) Wenn nichtdeutsche Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiete angeschlossen, oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zolllinie ausgeschlossen werden, s. a. a. O. §. 33,
   und endlich, was aus dem Wesen der das Reichsganze umspannenden Reichsgewalt hervorgeht,
8) Wenn deutsche Landestheile abgetreten, oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen.

So viel, was den einen Punkt, die Fälle nämlich betrifft, welche aus der Reichsgewalt hervorgehen.

Was nun aber den andern Punkt angeht, der den über den Umfang der Macht der künftigen Reichsregierung, in einem andern Abschnitte zu fassenden Beschlüssen unvermeidlich vorgreift, so legt die in §. 19 enthaltene Bestimmung der künftigen Reichsregierung ein vollständiges, nicht blos ein aufschiebendes Veto bei. Der Verfassungsausschuß entschied sich nämlich, nach langer Discussion mit großer Stimmenmehrheit dahin, dieses Recht müsse der Reichsregierung beiwohnen, damit sie in sich kräftig sei und auch so dem Volke nach Innen und Außen erscheine, keineswegs in der Art eines bloßen Verwaltungsbeamten, der Befehle, auch solche, die seiner Einsicht widerstreben, von Amtswegen zu vollziehen hat; Gefahr für die Freiheit sei davon nicht zu befürchten, wo die Verantwortlichkeit der Minister, die Freiheit der Presse und das Vereinsrecht fest begründet stehen, wie denn das königliche Veto in England in fast anderthalb Jahrhunderten nicht zur Anwendung gekommen. Aus diesem Umstande dürfe aber nicht gefolgert werden, das, was wenig oder gar nicht zur Anwendung komme, darum auch entbehrlich sei. Immerhin möge man dieses Recht als etwas Ideales, als einen Schmuck der Regierung auffassen, allein es sei ein der Regierung nothwendiger Schmuck, für ihr Erscheinen vor dem eigenen Volk und vor der Staatenwelt unentbehrlich. Wer dem freien Deutschland auch die Zugabe der Macht im Staatenkreise wünsche, könne vollends über die Gewährung keinen Augenblick zweifelhaft sein.

Artikel VI. §. 21. In der Festsetzung der Austrittsbarkeit des Volkhauses durch das Reichsoberhaupt, ist zugleich die Nichtauflösbarkeit des Staatenhauses enthalten.

Artikel VII. §. 27. Nach der Ansicht des Verfassungsausschusses ist in der hier aufgenommenen Eidesformel kein mit den deutschen Grundrechten streitender Zwang gegen solche Religionsparteien enthalten, welche dem Glauben und Uebergang der Eid streitet. Ein einfaches Handgelöbniß würde in solchem Falle genügen.

Art. VIII. §. 31. Absichtlich ist hier, wo es sich von dem Schutze der Reichstagsmitglieder vor Verhaftung handelt, der Ausdruck: „wegen strafrechtlicher Anschuldigungen" gewählt; denn vor der Schuldhaft soll diese Bestimmung nicht schützen.

Art. IX. §. 35—38. Der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Reichsminister gehört ebenfalls zu den Vorlagen, welche nach der Ansicht des Verfassungsausschusses erst nach der möglichst zu beschleunigenden Vollendung des Verfassungsganzen dieser hohen Versammlung zur Beschlußnahme vorzulegen wären.

Wien. Wie der D. Allg. Z. geschrieben wird, sind Neuwahlen für einen Theil des Reichstags unfehlbar zu erwarten. Mehrere Deputirte sind zurückgetreten, andere, wie Borrosch und Schwarzer, haben Mißtrauensvoten erhalten, bei andern tritt die Incompatibilität ein, und endlich läßt es sich fast mit Gewißheit annehmen, daß ein Theil der Linken in Anklagestand versetzt werden soll. Die „Presse" die ganz als das Organ Stadions zu betrachten ist, weiset darauf unzweideutig hin. Man muß diesem Blatte im Ganzen eine lobenswerthe Haltung und nebst großer journalistischer Gewandtheit eine seltene Consequenz nachrühmen. Der Lloyd vertheidigt das über Blum gesprochene Urtheil, vom rechtlichen wie vom politischen Standpunkte. — Mit dem Angriff gegen Ungarn wird es Ernst, die eingetretene trockene Kälte scheint das Unternehmen zu begünstigen, aber nur mächtiger Abfall oder vielmehr Rückkehr zu den rechtmäßigen Fahnen läßt der Hoffnung Raum geben, daß man mit dem Winterfeldzuge zu Ende kommen werde. Denn Land und Stadt stehen bis zu den Zähnen gerüstet, und in den magyarischen Gegenden ist man zum äußersten Widerstand entschlossen.

Wien. Wie die Bresl. Z. meldet, hat der Kaiser für die bei der Erstürmung Wiens an ihrem Eigenthum verunglückten Bewohner der Stadt und Vorstädte eine Aushilfe von 4 Mill. Gulden aus dem Privatvermögen der kais. Familie angewiesen. — Die Arbeiteraufregung hat sich gelegt. Ruhe und Ordnung sind ungestört, und Mangel an Lebensmittel wird schon fühlbar und drückend. Die Preise sind bereits sehr hoch und steigen mit jedem Tage. — In Gräz ist die Ruhe hergestellt und Gouverneur Hr. Wickeburg ist abberufen.

* **Wien**, 23. Nov. Was von der „mildern Ansicht" von der Umkehr des Fürsten Windischgrätz zu halten ist, zeigt heute wieder die lakonische Anzeige: „Heute Morgens wurde an Dr. Becher und an Dr. Jellinak das kriegsrechtliche Urtheil durch Pulver und Blei vollzogen." Neben der Verletzung der öffentlichen Meinung, die um so schwerer sein muß, da man eine Wendung zur Milde gehofft hatte, sind diese blutigen Maßregeln auch sehr nutzlos. Wer die Geisteserzeugnisse Dr. Jellinak's gekannt hat, der wird wissen, daß für diesen verschobenen Kopf Pulver und Blei wahrlich eine schlechte, ganz unverhältnißmäßige Medicin war. — Die Nachricht von der Einnahme Ofeneburg's hat sich nicht bestätigt.

Eger, 23. Nov. In der heutigen Sitzung des Congresses sämmtlicher deutscher Vereine in Böhmen wurde ein Anerkennungsvotum für jene böhmischen Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung, welche für die unbedingte Annahme der §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfes stimmten, so wie eine Dankadresse an die deutsche Nationalversammlung für den dießfälligen Beschluß vom 27. v. M. mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen.

Prag. (Kundmachung.) Es hat sich heute das Gerücht verbreitet, daß Se. Majestät der Kaiser gestorben seien. Ueber eine von mir im telegraphischen Wege gestellte Anfrage erhielt ich so eben, 1 Uhr Mittags, von dem Hrn. Minister Fürsten Schwarzenberg die Antwort, daß sich Se. Majestät der Kaiser vollkommen wohl befinden. Vom k. k. böhm. Landespräsidium. Prag, am 23. Nov. 1848. Mecsery, k. k. Gub. Vice-Präsident.

** **Köln**, 25. Nov. Die Stadt ist vollständig ruhig, aber die gesammte Garnison ist fortwährend consignirt. Ich muß es dahin gestellt sein lassen, ob diese Vorsichtsmaßregel durch allgemeine, aus der Lage der Stadt und der Provinz entnommene Besorgnisse veranlaßt ist, oder ob ihr bestimmte einzelne Anzeigen zum Grunde liegen: gewiß ist nur, daß gestern Abend zu wiederholten Malen auf einzelne an den Außenwerken und Forts aufgestellte Posten geschossen ist und daß auf einen Unteroffizier vom 34. Regiment ein Angriff unternommen wurde, der freilich auf die Angreifenden selbst zurückfiel. Der genannte Unteroffizier, auf einer dienstlichen Sendung begriffen, wurde in dem neben der Bonner Eisenbahn gelegenen Durchgange von drei Individuen angefallen: den einen hier stach er mit dem Bajonett nieder, den zweiten schlug er mit dem Kolben zu Boden, der dritte ergriff die Flucht und konnte von ihm nicht eingeholt werden. Es wurde dem Kommandeur die Meldung gemacht; als aber die ausgesandte Mannschaft an Ort und Stelle erschien, waren auch die beiden Verwundeten verschwunden. Das beklagenswerthe Trauerspiel, die Erschießung des Abgeordneten Blum, wird hier jetzt in folgender Weise ausgebeutet. „Für Feier des Andenkens Robert Blums," wie die Ankündigung lautet, werden heute Abend „mimisch-pla-

Digitized by Google

Uebersicht.

Die Thätigkeit der rechten Seite in der Nationalt-Versammlung.

Deutschland. Frankfurt (Dänische Adressen. Die Berliner Deputationen.) Wien (Briefgeheimniß. Die Politik des Staatrechts. Oesterreich und Deutschland. Die Commissien des Parlaments. Die sächsischen Abgesandten.)

Großbritannien. London (Die englische Presse über den Konflikt zwischen Krone und Volksvertretern in Preußen.)

Frankreich. Paris (Der Club Poitiers will sich neutral halten. Hoffnungen der Anarchisten. Cavaignac's friedliche Politik. Die Verhältnisse der Bank. Die Zuckerfabriken. Vorsichtsmaßregeln. Das Journal des Debats über die preußischen Wirren. Empfang für Cavaignac. Ein neuer Candidat. Der Constitutionel und General Cavaignac.)

Rußland. Warschau (Russische Pläne.)

Böse Berichte von Paris (Vom 25. November.)

Nachschrift

* Vom Rhein, 25. Nov. Nach dem Berichte von Hoym, von dem ich in meinem neulichen Briefe sprach, ist Hr. v. Wincke der Ansicht, die Zeit sei gekommen, „wo eine aggressive Polemik gegen die Linke eröffnet werden müsse, wenn nicht die ganze Versammlung durch die Wucht des Radikalismus immer tiefer in den Abgrund der Revolution hineingerissen werden sollte." Nichts vielleicht bezeichnet den Charakter der rechten Fraktionen der Nat.-Vers. besser, als dieser Satz. Zu dieser Offensive war am allerersten Tage des Zusammentritts der Nat.-Vers. die Zeit ebensosehr, ja ungleich günstiger als heute, wo in der That den nicht mehr zu leugnenden Reaktionsgelüsten gegenüber etwas Besseres auf dem revolutionären Boden, so weit ihn die Rechte überhaupt betreten hat, vielleicht rathsamer wäre. Aber zu einer Offensive gehört ein Plan, in einer so großen und zahlreichen Partei gehört dazu auch ein Führer, und an beiden hat es dem rechten Centrum vom Anfang an gefehlt. Der deutsche Partikularismus, oder vielleicht besser Individualismus, machte sich hier, wenn irgendwo, gerade am Heerde der einheitlichen Bestrebungen geltend. Man wollte lieber einen Klub Wartensleben, einen Klub Jürgens, einen Klub Radowitz haben, als daß man sich zu einem gemeinsamen Ziele und Operationsentwurfe vereinigt hätte; man ließ sich umstellen, angreifen, nicht selten schlagen, und dann erst besann man sich im tumultuarischen Eifer auf eine Abrede, wie man den Schaden gut machen sollte: so noch, auch nach Haym's Darstellung, sogar noch der Septemberemeute, wo sich die Linke so maaßlos bloßgestellt hatte, und wo sie gleich darauf wieder als Sieger erschien! Aber in dem rechten Centrum galt es ja noch Haym's Berichte kurz vorher für eine schon traditionell gewordene Ansicht, daß die Planlosigkeit der Partei sich bereits bewährt — *bewährt* habe! Sie sei ohne Programm die Trägerin der wichtigsten Abstimmungen, sie, die das Resultat so mancher Abstimmung zu ihrem Schrecken erfuhr oder nach reiferem Besinnen zu bereuen hatte! Sie sei ohne Programm die Stütze der mit und durch sie geschaffenen Centralgewalt gewesen, sie, die nun selbst anfängt der Stützen zu bedürfen! Aber — die Partei hat so jetzt sich anders besonnen, sie hat ja eine Trias von Grundsätzen jetzt aufgestellt, die bei Haym S. 156 zu lesen sind. Allein ein Programm ist in der That, so weit würde ich die früher herrschende Ansicht im rechten Centrum billigen, ein Programm ist eine Fessel in praktischen Dingen, wenn es sich in's Spezielle wagt, es ist ein leeres Wort, wenn es sich wie jene Sätze im Allgemeinen hält. Das einzig mögliche Programm einer activen Partei ist ein Operationsplan. In ihm kommt gerade soviel Programm zu Tage als nöthig ist, um die Einzelnen die Fahne kennen zu lehren, zu der man schwört, und er fordert gerade soviel Charakter als nöthig ist, um verlässige Glieder zusammen zu reihen. Solch ein Operationsplan ist ein Programm für die vorliegenden und — wohl zu merken — für die *vorzulegenden* Fälle, d. h. ein rein praktisches Programm. Mit solchen Programmen ist die Linke, aus sehr heteregenen Elementen bestehend, immer und allein vorangegangen: ihre eigentlich principiellen Programme hätten sie unversöhnlich spalten müssen. Mit solchen Operationsplanen hat sie die Rechte immer parterirt, oft geschlagen, immer auf der Defensive gehalten, nie zu Athem kommen lassen; mit diesem Verfahren würde sie die Rechte längst besiegt haben, wenn sich nur nicht ihre Operationsplane immer um eine kleinliche Guerillo gedreht hätten, wenn ihre Truppen nur nicht die bloßen Kosacken der Freiheit wären, wenn sie nur einen grossen ehrlichen Krieg um eine wirklich große Sache kämpfte. Solch ein Operationsplan ist auf der rechten Seite nie gewesen. Sie wollte immer der Linken die Hand reichen, die ihr täglich darauf schlug, sie wollte immer möglichst große Majoritäten, da doch jede Prinzipfrage die unausfüllbare Kluft zwischen beiden Seiten zeigte, sie schonte die Schonungslosen und Verzweifelten, sie gab dadurch jenen geschickten Rufern im Streite trotz aller ihrer Niederlagen ein Ansehen im Volke, sie ließ sich selbst von ihnen imponiren, schob alle Popularitätssüchtigen in das linke Centrum, ja in die Linke selbst hinüber und schwächte sich unmerklich, und dies um so unverzeihlicher, als ein sehr merklich guter Stand der öffentlichen Meinung gerade im Anfange sie begünstigte. Um einen solchen Operationsplan handelt es sich noch immer auf der rechten Seite. Und zwar, wenn nicht um einen aggressiven, so doch um einen aktiven. Daß die Rechte siegreich über die Linke hinwegtritt, wenn sie nur weiß, was sie will und wenn sie etwas will, das kann keinem Zweifel unterliegen; insofern braucht der Operationsplan nicht gerade auf Angriffe auf die Linke basirt zu sein. Einen solchen Operationsplan entwürfe am besten ein einziger tüchtiger Parteiführer, der etwas von politischen Konzeptionen in sich hätte; der ist nicht da. In Ermangelung desselben hätte man denken sollen, die verschiedenen Klubs würden einen Ausschuß von Wenigen ernennen, die eine Leitung in diesem Sinne versuchten. Gern hätte man auch glauben mögen, es hätte der Präsident selbst, ohne sich persönlich zu betheiligen, den Einfluß eines solchen Parteihaupts gewinnen können; allein er hat zu lange, von einer stillen Influenza, vielleicht ihm selbst unbewußt, geleitet, eine keineswegs ersprießliche Hinneigung zu dem linken Centrum gehabt, eine Partei, die R. Haym nach 6 Monaten noch gerade so würdigt, wie sie in Ihrem Blatte schon ganz im Anfange betrachtet worden ist. Da alle diese Möglichkeiten einer Häuptlingschaft fehlschlugen, so hatten auch Manche bei der Bildung des Reichsministeriums gehofft, es werde dieses die Stelle einer solchen fortan vertreten, und es werde sich das rechte Centrum, wesentlich eine Regierungspartei, um einen direkten und aktiven Einfluß aus demselben sammeln. Man hat aber leider nur einzelne Mitglieder in die Geschäfte gezogen und hat durch den allerunzeitigsten Nepotismus eine Reihe von Kräften abgenutzt, in Gesandtschaften, zu denen [illegible] Diplomate besser zu brauchen waren, und zu gehässigen Missionen, die lieber ganz unterblieben wären. Von dieser Seite seiner Wirksamkeit konnte das Ministerium des Reichs sich kaum unfähiger zeigen, als es gethan hat. Es ließ sich mit der Nationalversammlung zugleich von den Wellen der Ereignisse tragen und schaukeln, wie sich die Nationalversammlung in ihrer Majorität vorher allein hatte schaukeln lassen. Von einem planmäßigen Eingreifen und Gestalten der Dinge war keine Spur. Man konnte am Tage der Geburt der Reichsgewalt sich alle Einzelregierungen auf's Tiefste verpflichten, wenn man von Reichswegen die Volksversammlungen gesetzlich beschränkte, die demokratischen Vereine auflöste, die Gesetzlichkeit der Presse überwachte, aber man that diese Schritte erst, als sie für eine egoistische Selbstsorge ausgelegt werden konnten. Wie leicht war die Bildung eines Staatenhauses gleich Anfangs durchzusetzen, falls das Ministerium seinen Einfluß bei der Rechten dahin hätte geltend machen wollen; auch damit hätte man die Willigkeit der Regierungen der Einzelstaaten gewonnen, man hätte diese mehr und mehr in das Werk der gemeinsamen Verfassung hereingezogen, statt daß sie jetzt noch immer auf dem guten archimedischen Standpunkt *außerhalb* stehen, wo sie jetzt die ganze Anstrengung zu vereiteln vollkommen mächtig genug sind. Noch ein ähnlicher Punkt liegt jetzt nahe, und auf diesen mit kurzen Worten zu kommen, war der langen Einleitung Sinn und Zweck. Die Nat.-Versammlung hat die Steuerverweigerung in Berlin für null und nichtig erklärt. Ich wünschte, man hätte das unterlassen; ein praktischer Operationsplan würde diesen Schritt ausgeschlossen haben. Manchen guten Preußen wird dies Uebergreifen in die inneren Dinge seines Landes verdrießen, die Extreme wird es wüthend machen; es reizt und nützt wenig; wenn die Bevölkerung in Preußen nicht aus eigenem Sinne willig ist, die Steuern zu zahlen, so wird sie sich durch dieses Votum nicht bestimmen lassen. Wie kommt die rechte Seite, die so oft gegen die Uebergriffe in die Exekutive gestanden hat, dazu, nun ihrerseits einen schlagenden Uebergriff in die richterliche Gewalt zu machen? Mit dem allgemeinen Interesse, Anarchie und Bürgerkriege in Preußen zu verhüten, kann sie es nicht entschuldigen wollen; denn dieses oder ein ähnliches allgemeines Interesse kann die Linke für die übergreifenden Maßregeln, die sie für räthlich hält, immer anführen. Man wird auf der Rechten sich gestehen, daß bei ge

Digitized by Google

ordneten Verhältnissen unserer Verfassung ein solcher Eingriff nie die Sache der National-Versammlung sein kann. Es wird ein Reichs-Gericht für ähnliche Zerwürfnisse bestehen. Warum aber sieht nun das Reichs-Ministerium und der Reichstag diesen Verhältnissen zu, die in Oesterreich schon lange genug dagewesen sind um sie in Preußen voraussehen zu lassen, ohne sich zu beeilen, dies Reichsgericht in's Leben zu rufen? Wenn die Partei der Majorität nur halb einsichtig ist, so muß sie begreifen, daß nichts dringender wäre, als dieser Schritt. Der Entwurf liegt vor. Er könnte vielleicht ohne Diskussion in Einer Sitzung angenommen werden. In vierzehn Tagen könnte das Gericht sitzen. Man hätte eine erste, man könnte darin schon eine zweite Institution haben, in deren Schöpfung die Regierungen inaugurirt wären! Man würde allmälig die Verfassung sich gestalten und wirken sehen, die Hoffnungen der Menschen ständen nicht immer auf der luftigen Erwartung Die Fälle, wie eben der vorliegende, würden genug aarkommen, wo das Reichsgericht thätig sein könnte, ohne daß darum erst die Verfassung fertig zu sein brauchte. Die Reichsgewalt hätte an ihm eine erste feste Stütze.

Deutschland.

>< **Frankfurt**, 27. Nov. Ueber die Art, wie Adressen zu Stande kommen, liegt uns ein neues Beispiel vor, das um so interessanter ist, da es zugleich ein Bild der dänischen Agitation gibt. Das Schreiben lautet: „Heern Kjabmand Reimers in Eckernförde. Undekannterweise nehme ich mir die Freiheit, Sie damit zu behelligen, einliegende für 10 Exemplare eines Protestes gegen die Einaeeleibung Schleswig's in Deutschland unter sichere Leute zur Unterschrift zu bringen. Sie werden gebeten, dieses bald möglichst zu bewerkstelligen, und dann dieselben auf einmal so bald als möglich an die Adresse H. C. C. Drescher, Adjutant bei'm Civilgouverneur auf Alsen, einzusenden. Wovon der Protest ausgeht, wird aerschwiegen gebeten, da er später als vom Volk ausgehend nach Frankfurt gesandt werden soll. (sic!) Schmidt, Secretär bei'm Civilgouverneur." Der beigelegte gedruckte Pro[illegible] (Name, Kirchspiel) eingerichtet, lautet: „Wir protestiren auf's Feierlichste gegen die Verbindung Schleswig's mit Deutschland, und daß es, gleichviel unter welchem Vorwande, von Dänemark losgerissen werde!" Uebrigens scheint die sofortige Einsendung derartiger Papiere die beste Antwort auf die dänischen Zumutungen.

÷ **Frankfurt**, 27. Nov. Es sind in diesen letzten Tagen zwei Deputationen aus der Mitte der Berliner Landesversammlung, d. h. des zurückgebliebenen Theils derselben, hierher gekommen, theils um über die dortigen Verhältnisse Mittheilungen zu machen, resp. die darüber hier vorherrschenden Ansichten, so weit sie nach ihrer Meinung irrig sind, zu berichtigen, theils um die Vermittelung der hiesigen Versammlung zur Ausgleichung des abschwebenden Konfliktes anzurufen. Letzteres gilt jedoch nur von der einen der beiden Deputationen, bestehend aus den Heeren Gierke und Bredt, welche zur gemäßigteren Fraktion der Berliner Versammlung, dem sogenannten Centrum gehören. Die andere Deputation, die Herren Roddertus und Schulze von Delitzsch, scheint von einer solchen Vermittelung nichts wissen zu wollen, überhaupt von der Ansicht auszugehen, daß die Versammlung zu Berlin im Recht, und alles das, was im entgegengesetzten Sinne gesagt und behauptet worden, irrig sei und auf unrichtigen oder gar böswilligen Auffassungen beruhe. Die beiden letztgenannten Heeren hielten gestern einen Vortrag in diesem Sinne vor einer Versammlung, zu welcher sich Abgeordnete aus den meisten Fraktionen der Nationalversammlung eingefunden hatten. Der Vortrag war vorzugsweise gegen den vom Unterstaatssekretär Bassermann der Nationalversammlung erstatteten Bericht über die Berliner Verhältnisse gerichtet, und stellte namentlich in Abrede, daß die Bedingungen, welche angeblich dem Herrn Bassermann von Seiten einflußreicher Mitglieder der Berliner Versammlung für den Zweck einer Ausgleichung des Konfliktes mit der Krone vorgelegt worden seien, wirklich so gelautet hätten, wie Herr Bassermann angegeben. Herr Bassermann war gegenwärtig und beantwortete diesen Theil des Vortrages des Herrn Roddertus, indem er bei seinen früheren Behauptungen stehen blieb. Der wichtigere Zweck, der durch die Anwesenheit dieser Deputirten erreicht werden konnte, nämlich: von ihnen zu erfahren, ob und in welcher Weise eine friedliche Ausgleichung möglich sei? ward dadurch vereitelt, daß die Herren aus Berlin, obschon sie vorher sich erboten hatten, auf Fragen, die an sie gestellt würden, zu antworten, gleichwohl, trotzdem daß mehrere solcher Fragen, theils schon gestellt, theils angekündigt waren, auf den Schluß der Besprechung drangen und ihre Aufgabe für erledigt erklärten. Als Grund hierzu konnte unmöglich mit Recht geltend gemacht werden, was einige Mitglieder von der Linken der hiesigen Versammlung allerdings behaupten wollten: es sei den Berliner Deputirten von der Versammlung mit Hohn begegnet worden. Das war sicherlich nicht der Fall; so weit verkannte wohl keine der anwesenden Fraktionen die Rücksichten des Gastrechts. Freilich wäre zu wünschen gewesen, daß auch die einzelnen Aeußerungen des Mißfallens unterblieben wären, welche bei manchen Stellen der Rodbertus'schen Rede, die Angriffe auf die hiesige Nationalversammlung enthielten, sich vernehmen ließen; aber auch die andere Seite der Versammlung hätte besser gethan, solche Stellen nicht zu applaudiren und dadurch jene Gegenäußerungen hervorzurufen.

So viel wird uns aus den Vorträgen der zwei Berliner Deputirten klar: daß in diesem Theile der Berliner Landesversammlung eine unbefangne, Recht und Unrecht nach beiden Seiten hin gleichmäßig abwägende Anschauung des dortigen Zerwürfnisses weder vom Anfange an vorhanden gewesen noch auch jetzt eingetreten sei. Eine Verständigung zwischen diesen Herren und der Majorität der hiesigen Nationalversammlung war daher freilich nicht wohl möglich, und insofern dürfte das hastige Abbrechen der Besprechung von Seiten der beiden Heeren vielleicht weniger beklagt werden. — Ungleich fruchtbarer und erfolgverheißender erscheint uns die Art und Weise, wie die beiden andern Deputirten von Berlin, die Heeren Gierke und Bredt, ihre Aufgabe erfaßten. Hier ist wirklich guter Wille und Fähigkeit einer Vermittlung vorhanden, weil hier eine unbefangne, billige Ansicht von den Verhältnissen sich findet, eine Ansicht, welche zwar den Parteistandpunkt nicht verleugnet, welche den Rechtsboden der Versammlung, von dem aus diese sich der Verlegung widersetzt hat, fortwährend entschieden festhält, aber keineswegs, wie ein Artikel der Ober-Postamtszeitung in unverkennbar böswilliger Auffassung behauptet, in „sophistisch-juristischer" Weise nur diese Staatsansicht durchzufechten sucht, vielmehr von vornherein ausdrücklich erklärt, davon gern absehen und alles Gewicht nur auf eine ehrenvolle Vermittlung und Ausgleichung des entstandenen Konflikts legen zu wollen.

Die sehr interessanten und mit anerkennungswerther Offenheit von diesen beiden Herren, insbesondere von Herrn Gierke gemachten Mittheilungen über die Vorgänge in der berliner Versammlung vor und nach dem 9. Nov., über die seit jenem verhängnißvollen Tage gefaßten Beschlüsse, besonders den Beschluß der Steuersuspendirung, und über die Betheiligung der verschiedenen Parteien an diesen Beschlüssen, endlich über die allgemeine Parteistellung in jener Versammlung, die gegenwärtige, so wie die für die nächste Zukunft zu erwartende. — Diese Mittheilungen geben allerdings weit mehr, als die Vorträge der Herren Roddertus und Schulze die Möglichkeit und die Hoffnung an die Hand, daß zwischen diesem Theile der Berliner Versammlung und der Krone, unter Vermittlung der Centralgewalt und der deutschen Nationalversammlung — eine Vermittlung, welche die genannten Herrn im Namen ihrer politischen Freunde ausdrücklich anzusprechen — wohl zu Stande kommen könne. Ein neuer Beschluß im Schooße der hiesigen Versammlung kann natürlich, wie sich die Heeren Gierke und Bredt selbst beschieden, nicht eher erfolgen, bis von den nach Berlin gesandten Reichskommissarien Simson und Hergenhahn und dem Präsidenten von Gagern, der in gleicher Absicht der Vermittlung ihnen dahin gefolgt ist, amtliche Mittheilungen über den Erfolg ihrer Bestrebungen in dieser Richtung eingegangen sein werden.

△ **Wien**, 21. Nov. Aus der Lückenhaftigkeit meiner Berichte in Ihrem geehrten Blatt sehe ich, daß man hier die Briefe nicht nur eröffnet, sondern nach Belieben auch ganz confiscirt. Die Zeit war leider so ereignißreich, daß ich Ihnen seit dem 6. v. M. täglich schrieb.*) Dies mag Ihnen den Maßstab geben, wie viele Berichte unterschlagen wurden. — Gestern gingen die letzten Reichstags-Deputirten nach Kremsier ab, denen sich die

*) Wir haben wiederholt unsern Lesern angezeigt, daß uns die Briefe des geehrten Correspondenten nicht blos Tage sondern Wochen lang fehlten. D. R.

Digitized by Google

Stenographen und die meisten hiesigen Journalisten anschlossen. Unbeschreiblich ist die Spannung, mit der man der Eröffnung des Reichstags entgegensieht — nur von ihm erwartet die mißhandelte Stadt die Befreiung von dem nunmehr dreiwöchentlichen Militär-Terrorismus, von einer „Politik des Standrechtes," die mit unerhörter Strenge auf die unverzeihlichste Schwäche folgte. Der unglückliche Brogni hat den drei Schützen, die zum Vollzug des Urtheils kommandirt waren, noch vor seinem Tode die Hand gereicht und sie zum Zeichen, daß er sie für unschuldige **Werkzeuge** desselben halte, umarmt — **dies mochte ihnen das Herz etwas weich gemacht haben**, denn die ersten drei fehlten und erst die nächsten trafen ihn tödtlich. — Seit seiner Hinrichtung am 16. hat niemand mehr den Muth, an öffentlichen Orten ein Wort über die Gegenwart zu äußern. Trotzdem sind die Gast- und Kaffeehäuser gedrängt voll, und man hat sich allerlei Palliativmittel ausgedacht, um dem Unmuth Luft zu machen, ohne deshalb seinen Kopf zu risquiren. Mit Begierde wirft man sich auf die Zeitungen und verschlingt die Nachrichten aus Berlin. — Jene Stellen, welche Aehnlichkeit mit unsern Verhältnissen haben, werden laut vorgelesen und so oft wiederholt als es gewünscht wird. Oft unterbricht ein donnerndes Bravo die Lektüre, dem wieder eine tiefe Stille folgt. — Ein anderes Umgehungsmittel ist, daß man ältere Leute, die sich noch der Belagerung Wiens durch die Franzosen im Jahre neun erinnern, erzählen läßt und sie ausfragt, ob denn die Fremden auch so gemordet, geplündert, gefengt und gebrannt hätten. Die alten Herren können dann gewöhnlich die Loyalität des fremden Feindes nicht genug rühmen; man zieht hieraus den Vergleich mit der eignen Armee, indem man Fakta erzählt und sich aller Raisonnements enthält — die zufällig anwesenden Offiziere müssen das mit anhören und können nicht widersprechen. — Die kroatischen Regimenter des Banus sind die einzigen in der Armee, welche auf den Straßen betteln — auch jetzt noch setzen sie ihre Gelderpressungen fort und ich war erst gestern Zeuge, wie drei solcher Kerls einer Dame das Kupfergeld, welches sie ihnen gegeben, vor die Füße warfen und 3 Zwanziger begehrten. Ich erkundigte mich bei einem Offizier, warum diesem Unfug nicht gesteuert wird und er erklärte nur, daß es in diesen Regimentern an Ueberwachung fehlt, da jede Kompagnie 200 Mann stark ist und nur 2 bis 3 Offiziere hat, welche nicht im Stande sind, einem gewissen Grad von Anarchie unter diesen Horden Einhalt zu thun. Uebrigens müssen sich die Wiener an diese „Beschützer" gewöhnen, denn es blieben 8000 Mann Ogguliner, Ottochaner ꝛc. Grenzregimenter hier in Garnison — dies möge Deutschland beweisen, wie Oesterreich auf die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments vom 17. Oktober einzugehen gedenkt. — In diplomatischen Kreisen gilt der Schlag auf Wien für einen Bruch mit Deutschland — und die Hinrichtung Blum's für ein Mittel, welches man anwandte, um die Kluft, welche beide Länder trennen soll zu vergrößern. Beides ist — fait accompli. — Die deutsche Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit hat den rechten Moment zum Anschluß versäumt. Auch die Armee sieht es so an — wenigstens die Leiter derselben. — Je weniger man in Frankfurt dem deutschen Element der Oktober-Bewegung Rechnung trug, desto genauer wußte sie die Armee und die Hofpartei zu unterscheiden von dem, was durch ungarische Umtriebe am 6. Oktober geschah. Von dem Augenblicke an, als Jellacic vor den Thoren Wiens stand, war die Bewegung eine deutsche — nie hätte ungarisches Geld oder ungarische Sympathieen der Bewegung jene Einigkeit und Schwungkraft geben können — welche nöthig war, um den Kampf mit einem gegen 100,000 Mann starken und mit 300 Geschützen versehenen Heere anzunehmen, wenn nicht die Begeisterung für Deutschlands Einheit den Anschluß gegeben hätte.

△ **Wien**, 22. Nov. Die beiden Kommissäre der Centralgewalt, Pötzl und Paur, waren gestern in Schönbrunn bei dem Fürst Windischgrätz, bei welchem sich gerade der Fürst Lieven befand. — Man ließ die Herren so lange antichambriren — wie es selbst bei dem Kaiser ohne Beispiel ist. — Dem Vernehmen nach sind die Akten über die Verhaftung und Hinrichtung Blum's, auf Verlangen der sächsischen Regierung ausgeliefert worden. Das Benehmen des sächsischen Gesandten, Baron Könneritz, in dieser Angelegenheit findet viele und strenge Tadler, namentlich unter seinen Kollegen. Wenigstens ist es sehr abweichend von jenem des päbstlichen Nuntius, welcher sogleich, als er hörte, daß zwei italienische Priester stark kompromittirt und verhaftet seien, zu dem Fürst Windischgrätz fuhr und Protest gegen jedes Strafverfahren einlegte, bis er sich mit dem Ministerium würde verständigt haben. Kurze Zeit nachher wurden sie auf freien Fuß gesetzt. Hofrath Stelzhammer ist nicht Justizminister, wie ich Ihnen unlängst schrieb, sondern Staatssekretär im Ministerium der Justiz. —

Großbritannien.

London, 23. Nov. Unter den fast überzahlreichen Betrachtungen englischer Zeitungen über die revolutionären Zuckungen des Festlandes und vor allem Deutschlands macht sich namentlich ein Artikel des „Examiner" durch einige zutreffende oder neue Ansichten bemerkbar. Der Artikel gilt den Berlinern oder vielmehr dem preußischen Volke, dessen passiver Widerstand gegen die Gewaltmaßregeln der Regierung bei den brittischen Lieblingen fast mehr Anerkennung findet, als das tapfere Aufbrodeln der Wiener, wenn schon die auf Republik oder Anarchie hinarbeitenden letzten Beschlüsse der preußischen Nationalversammlung bei den besonneneren Britten im Allgemeinen keinen Beifall finden. Die Engländer wissen aus eigener Erfahrung, daß ein solcher zäher Widerstand, insofern alle Klassen des Volkes darin übereinstimmen und nicht ermatten, seines Erfolges sicherer ist, als ein Widerstand hinter dem Schutze der Barrikaden und mit dem Trutze der Waffen; dabei gebärden sich aber die Brittrn im Allgemeinen gegen uns, als ob ihnen ihre vielgerühmte politische Freiheit auch nicht einen Tropfen Blut gekostet hätte, und ausdrücklich mußte „Daily-News" vor Kurzem die aristokratischen Zeitungen daran mahnen, „daß ja auch in England das Mordeisen durch manchen Nacken gefahren sei." Ferner ist die Lage Berlins und Wiens, Preußens und Oesterreichs wesentlich verschieden und außerdem noch abzuwarten, ob auch alle Klassen der Bevölkerung Preußens über den begonnenen moralischen Widerstand einig sind, was bereits sehr zweifelhaft erscheint, oder hartnäckig genug, ihn bis zum Aeußersten fortzusetzen, ohne es doch zum Aeußersten kommen zu lassen, das heißt zu Widerständen mit bewaffneter Faust, die ohne Zweifel der ganzen Lage der Dinge nach nur vereinzelt bleiben und der reagirenden Partei nur die gewünschte Handhabe zu um so gewaltsameren Maßregeln geben würden. Die letzten Nachrichten aus den Ostprovinzen lauten dem Ministerium Brandenburg bereits fast günstiger, als zu hoffen stand; für das Altpreußenthum fast zu verlockend, für die Reaktion fast zu zuvorkommend. Man hatte die Sehne von beiden Seiten zu straff gespannt; so schrumpft und schnurrt sie um so rascher zusammen. Solche plötzliche Um- und Uebersprünge sind freilich eben die Symptome eines revolutionären Zustandes, und wenn die preußische Krone ihren augenblicklichen, ihr gewiß nur unter gewissen Bedingungen und Voraussetzungen zugestandenen Sieg mit unverständiger Verblendung zu entschieden reaktionären Zwecken benutzen sollte, dann freilich, aber auch nur dann dürfte die Prophezeihung des Examiner in der Stelle, wo er zwischen den Stuarts und den Hohenzollern eine Parallele zieht, vielleicht nicht zu gewagt sein.

In der Einleitung seines Artikels sagt der Examiner: „Wenigstens darin zeigen die Deutschen ihre Stammverwandtschaft mit uns, daß sie ihre Nationalversammlungen in Ehren halten. Das preußische Parlament war keineswegs der Art, um einem gebildeten Volke Bewunderung oder Ehrfurcht einzuflößen. Aber die Heiligkeit des Prinzips und die Ueberzeugung, daß eine Versammlung von Volksvertretern, möge sie tüchtig oder untüchtig sein, gegen die Willkürherrschaft der Krone die einzige mögliche Stütze ist, schaarte die Preußen, wie Einen Mann um die Versammlung von selbem Augenblick an, wo sie von der Krone bedroht wurde." Weiter spricht der Examiner seine Befürchtung aus, daß eine allgemeine Militärherrschaft Platz greifen werde, daß Deutschland, Frankreich und Italien, gleich Rußland und Spanien von Männern wie Narvaez und Windisch-Grätz gejocht werden und die Bevölkerungen von Frankreich und Oesterreich, wie die von Spanien, sich dieses militärische Joch schließlich gefallen lassen dürften. Dagegen meint der Examiner, daß Nord- und Centraldeutschland sich diesem Joche nicht fügen würden und daß hier ein Bürgerkrieg in Aussicht stehe, der blutiger zu werden drohe, als der dreißigjährige unseligen Andenkens. In Frankfurt wie in Wien sei der Kannibalismus in eben so wilden Zügen hervorgetreten, wie in den Kämpfen der Karaiben untereinander.

Nachdem der „Examiner" in dieser letzten Stelle Manches durch einander gemischt, bemerkt er weiter: „Die Berliner dagegen haben einen Verstand und eine Mäßigung bewiesen, die bei einem Volke, das noch in der Kindheit des konstitutionellen Le-

dens steht, überraschen müssen. Der passive Widerstand, den sie der Soldateska entgegensetzt, ist eins der wirksamsten und entblüffendsten Gegenmanöver, dem sich jemals ein Truppenanführer ausgesetzt sah. Diese Bueschen haben sämmtlich, wie man sieht, englische Geschichte studirt. Jeder Schritt und jeder Beschluß der Nationalversammlung erinnert an diejenigen des Parlaments Karls I. Eben so wie dies volksthümlicher Beschluß, keine Steuern zu bezahlen, eben so die Stellung der mittlern Klassen, die gegen Pöbel und Kammer Front machen, wenn beide sich Zügellosigkeiten und Gesetzlosigkeiten zu Schulden kommen lassen, aber sich sofort mit beiden wieder verbinden, sobald sie durch eine militärische und unkonstitutionelle Regierung in ungerechter und unverantwortlicher Weise angegriffen werden. Diese englische Geist, diese englische Taktik, Hartnäckigkeit und Mäßigung wirken für die Preußen eine gute Meinung und prophezeirn dem Hause Hohenzollern das Schicksal der Stuarts." Wie man auch von den Schlußworten dieser Stelle denken mag, die Bemerkung ist richtig, daß man im Norden mehr englischer Geschichte studirt und sich überhaupt mehr dem englischen Geiste und Wesen zuneigt, während man im Süden im Allgemeinen mehr den Antrieben des Temperaments und der augenblicklichen Lage und Stimmung, wie den Einwirkungen von Frankreich und der Schweiz her gehorcht. Daher dürfte allerdings im Norden, wenn es nur erst seine innren Kämpfe durchgemacht und durch hinlängliche, wenn schon bittere, Erfahrungen seine politische Reife erlangt hat, das konstitutionelle Leben eher zur Ruhe und zur festen Gestaltung durchdringen, als im Südwesten, wo die mehr sinnlich gereizte Masse, der durch einzelne ehrgeizige Demagogen geleitete und in seinen Naturtrieben befangene „Mob", ruckweise immer wieder auf die Republik zurückkommen wird, so lange die kleinstaatlichen Verhältnisse des südwestlichen Deutschlands nicht in einem Brenn- und Mittelpunkte deutscher Einheit und Machtfülle erlöschen. (Schluß f.)

Frankreich.

Paris, 24. Der Klub der Straße Poitiers hat, auf den Antrag des Grafen Molé, beschlossen, seinen Mitgliedern die Abstimmung in dem morgen bevorstehenden parlamentarischen Kampfe zwischen General Cavaignac und der ehemaligen Exekutivkommission, freizustellen, weil man nicht voraus wissen könne, welche Wendung die Verhandlungen nehmen würden. Ein Mitglied, Herr v. Ranée, erklärte, er werde gegen jede, muthmaßlich von General Cavaignac zu beantragende Tagesordnung stimmen. Im Klub der Redoute suchte der Abgeordnete Mathieu (de la Drome), der dem Berge angehört, die Socialisten zu bewegen, für Ledru-Rollin zu stimmen. Der Präsident des Klubs, Herr Bonnard, sagte, er habe am 30. als Angeklagter vor den Assisen zu erscheinen, hoffe aber, in Folge der Sonnabend statt findenden Diskussion, dessen überhoben zu werden. „Es sind, fuhr er fort, Kains in unserer Mitte. Sonnabend wird ihnen das Volk das Verrätherzeichen auf die Stirne brennen. Dem Schreiben Dufaure's an Odier entlehnen wir folgende Stelle. Er (Cavaignac) ist entschieden der Meinung, daß die Republik nur im Frieden in Frankreich Wurzel fassen kann. Ein Krieg würde uns, so fürchtet er, innern Zerrüttungen oder der Herrschaft eines siegreichen Generals aussetzen. Darum bemüht er sich so sehr, den Frieden zu erhalten und dieses edle Sterben wird durch das Vertrauen erleichert, welches re allen Regierungen Europas einzuflößen wußte. Aus der wöchentlichen Uebersicht der Bank geht hervor, daß sich der Baarvorrath in der Pariser Bank um 2 und in den Succursalen um etwa 1½ Millionen vermehrt hat. Der Betrag der Wechsel hat auch, jedoch nur unbedeutend zugenommen, protestirt wurde für 300,000 Franken weniger als in der vorhergehenden Woche. Der cirkulirenden Bankscheine sind in Paris 2 Millionen mehr, in den Departementen eben so viel weniger geworden. Der Staatsschatz hat noch 20,313,900 Fr. zu erhalten. Der Baarvorrath beträgt im Ganzen 239, die circulirenden Bankscheine 402 Millionen. — Die Minister des Handels und Ackerbaues, der Finanzen und der Marine haben die Handels- und Manufakturn-Kammern aufgefordert, jede möchte einen Bevollmächtigten ernennen, welcher in Gemeinschaft mit einer Kommission von sachverständigen Abgeordneten und Oberbeamten Vorschläge machen sollen, wie das Interesse der inländischen Zuckerfabrikate mit dem des Handels und des Kolonieenzuckers am besten in Verbindung gebracht und die betreffende Gesetzgebung in diesem Sinne zu verbessern wäre. Der Polizeipräfekt hat die hiesigen Polizeikommissarien dringend aufgefordert, dafür zu sorgen, daß alle Waffen, welche seit den Februar- und Junitereignissen in den Händen verdächtiger Leute sind, die sie **gekauft** oder genommen haben, dem Staate wieder zugestellt werden. Das Duell zwischen dem General Baraguay d'Hilliers und Hrn. Goudchaux war durch eine beleidigende Aeußerung des Ersteren über die Meinung des ehrmaligen Finanzministers in Beziehung auf die Schatzscheine veranlaßt. Nachdem der Ehre genug gethan war, nahm der General jene Aeußerung zurück und erklärte, daß er den achtungswerthen Charakter Goudchaux's nie verkannt habe. Das Journal des Debats vom 22. Nov. thut in einem größern Artikel dar, wie die preußischen Wirren nothwendig die traurigsten Folgen haben müssen, wenn sich das Kabinet und die Berliner National-Versammlung nicht der Entscheidung der Frankfurter Reichsversammlung und der Centralgewalt unterwerfen. Daß die Reforme gegen diese letzteren Feuer und Flammen sprüht, versteht sich von selbst, dieselbe Nummer dieses letzteren Blattes enthält eine Apologie Marats! — Bei dem letzten Empfange des General Cavaignac, der sehr glänzend war, bemerkte man die Anwesenheit des englischen, österreichischen und preußischen, sowie die Abwesenheit des russischen Gesandten. Peter Bonaparte soll nach einem hiesigen Blatt zu Ledru Rollin gesagt haben, wenn das Leben seines Vetters bedroht würde, so würde eine Legion entschlossener Corsen, die sich jetzt hier befände, blutige Rache nehmen. Proudhon behauptet in seinem Blatte „Le Peuple," die Socialisten und der Berg hätten sich dahin vereinigt, auf die Candidatur Raspail's und Ledru Rollin's zu verzichten und dafür gemeinschaftlich für den Abbe Lamennais zu stimmen (?) — Der „Constitutionel" theilt eine lange Unterredung mit, welche der Eigenthümer dieses Blattes, Hr. Veron, mit Cavaignac gehabt haben soll, und woraus hervorgeht, daß derselbe die Candidatur des Generals nicht unbedingt unterstützen wollte. Man muß gestehen, daß er mehr als Wort gehalten hat.

Paris, 25. Nov. 5pCt. 65. 15; 3pCt. 42. 70; Neur —. —; Neapol. 78. —; Bankaktien 1345; 5pCt. Span. (Ard.) — —; 3pCt. 25 —; 3pCt. inländ. 19¼; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Veesailles, rechtes Ufer 102. 50; linkes Ufer —. —; Paris-Orleans 590. —; Paris-Rouen 350; Orleans-Bordeaux 365. —; Orleans-Virzon 216. 25; Rouen-Haore —. —; Maesrille-Avignon 155. —; Steaßburg-Basel 77. 50; Nordbahn 342. 50; Paris-Lyon —. —; Paris-Steaßbueg 326. 25; Röm. Anl. 65.

Alle Fonds fest und bedeutend höher. Die Börse war duech den Gang der Verhandlungen in der Nationalversammlung, über den Ausgang derselben, beruhigt und es fanden sich viele solide Käufer. Eisenbahnen weniger fest.

Madrid, 20. Nov. 3pCt. Rente 19¾ à ⅞ Papier. (Nach der Börse 19¾ à ⅝ G.); 5pCt. 9⅝ P. (N. d. B. 9⅜ à ½ G.); Passive Staatsschuld 3¾ P. (N. d. B. ——.)

Rußland.

Warschau, 15. Nov. In der Armee, in den diplomatischen Kreisen spricht man es offen aus, daß der Kaiser Nikolaus die schwere Mission zu vollbringen habe, zu bewirken, daß die durch Revolution dem allen Standpunkt enthobenen Dynastieen Hohenzollern und Habsburg wieder in die gewöhnliche absolutistische Lage kommen müssen. Wie dies auszuführen sein wird bei dem erwachten constitutionellen Geiste in Deutschland, das ist eine andere Frage; jedenfalls ist man am Petersburger Hofe nicht wählerisch in den Mitteln, welche man den ermannten Höfen, um sich so zu sagen wieder festzusetzen, an die Hand gibt.

Nachschrift.

* **Frankfurt**, 28. Nov. Wegen trüben Wetters ist die erwartete telegraphische Depesche aus Brandenburg nicht eingetroffen.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kieffelbach.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse. Paris Nr. 23 Rue D. me de Recourcelle.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№. 316. **Frankfurt a. M., Mittwoch 29. November.** **1848.**

Uebersicht.

Die Entscheidung in Preußen.

An die Redaktion.

Erwiderung von Herrn Bassermann.

Deutschland. Frankfurt (Aus der Nationalversammlung.) Wien (Becher und Jellinek. Wahl nach Frankfurt. Windischgrätz.) Brünn (Adresse an den Kaiser um Amnestie.) Laibach (Der ständ. Ausschuß über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland.) Berlin (H. v. Gagern. Geldzahlungen durch die Post. Silberne Hochzeit des Königs. Herr Gradow.) Erfurt (Näheres über den Aufstand.) München (Der Geschichtsunterricht.) Leipzig (Eisenbahneröffnung.) Mannheim (Militärisches.) Aus Baden (Reflexionen der Heidelberger Universität.)

Großbritannien. London (Die englische Presse über den Konflikt zwischen Krone und Volksvertretern in Preußen. Lord Torrington, der Windisch-Grätz von Ceylon. Die Cholera. Die gescheiterten deutschen Auswanderer. Der Aufstand im Kaplande gänzlich gedämpft. Viscount Melbourne.)

Frankreich. Paris (Odilon Barrot gegen Dufaure. Der Kampf der Parteien. Vorsichtsmaßregeln. Uebertreibungen. Das Budget der öffentlichen Arbeiten. Glänzender Sieg Covaignac's.)

Italien. Rom (Aufstand. Concessionen des Papstes.)

Belgien. Antwerpen (Von Deutschland nach Holland. Das neue Ministerium.)

29. November.

Am 27. November sollte der am 9. November vertagte preußische Landtag in Brandenburg wieder eröffnet werden. Der Tag ist vorüber; die hoffentlich erfreulichen Nachrichten von dessen Vorgängen haben nur durch das trübe Wetter ihren Weg noch nicht hierher finden können. Unter diesen Umständen lohnt es sich nicht, über die Zukunft zu muthmaßen; werfen wir lieber einen Blick auf die Vergangenheit.

Die preußische Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung trat in Berlin am 22. Mai zusammen, gleichzeitig mit der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt, und entbehrte schon deshalb manche der ausgezeichnetsten preußischen Männer. Bekannt sind auch die Ursachen, weshalb in diese erste aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Versammlung vom Volke viele Vertreter geschickt waren, welche mehr im Stande sein mochten, über den Vortheil ihres Dorfes, als über das allgemeine Beste und eine Verfassung des Landes zu rathschlagen. Die Versammlung war dadurch mit Bauern gefüllt, welche von ehrgeizigen Schachspielern geschickt gebraucht wurden. Der große Grundbesitz und das Heer, jene beiden in Preußen bisher am meisten bevorzugten Stände, waren in der Versammlung so gut wie gar nicht vertreten, die höhere Bildung, Preußens wirklicher Vorzug, mindestens nicht verhältnißmäßig.

Man erwartete wenig von der Versammlung, und hatte doch noch zu viel erwartet. Vor allen Dingen und mit dem größten Rechte ward ihr bald vorgeworfen, daß sie ihre eigentliche Aufgabe, die Vereinbarung einer Verfassung, zu wenig im Auge behalte. In ihren Abtheilungen sind zwar zum Theil schätzbare Vorarbeiten geliefert; denn man darf nicht übersehen, daß in der Versammlung viele sachkundige Männer, allein gegen achtzig Rechtsgelehrte Platz gefunden. Allein öffentlich kam trotz aller Mahnungen des ungeduldigen Landes so gut wie nichts zu Stande, und im sechsten Monate war man nur bis zum dritten Paragraphen der Verfassung vorgedrungen. Die Mitglieder der Versammlung suchen die Schuld auf die Minister zu wälzen, welche es an den nöthigen Vorlagen hätten fehlen lassen. Allein diese Entschuldigung reicht nicht aus, und wenn die Minister etwas versäumt haben, so ist es das, daß sie den Uebergriffen der Versammlung nicht von Anfang entschieden entgegentraten. Statt mit der Verfassung beschäftigte sich die Versammlung bald mit allen möglichen Dingen, und die Minister selbst verleiteten durch einzelne Vorlagen die Versammlung, ihre Aufgabe zu überspringen und in die Verwaltung einzugreifen. Es setzte sich bei der Versammlung allmälig eine völlige Verwirrung der Begriffe über ihre Befugnisse fest. Die wahlthätige Abgrenzung der Gewalten im Staate, worauf das Wesen des verfassungsmäßigen Königthums beruht, ward als die „veralteten Staatslehren Montesquieu's" verspottet. Die Versammlung, hieß es, sei unter außerordentlichen Umständen zusammengekommen, und habe also außerordentliche Rechte. Sie sei eben eine verfassunggebende. Welcher Art die Rechte einer solchen verfassunggebenden Versammlung (denn von der Vereinbarung wollte man immer weniger wissen) denn eigentlich wären, darüber war natürlich nichts gewisses in Erfahrung zu bringen. Die Unauflöslichkeit war noch das Wenigste; so gut der König, meinten einige, nicht blos die Gesetze vollziehe, sondern auch Theil habe an der Gesetzgebung, ebensowohl müsse die Versammlung nicht blos Gesetze machen, sondern auch Einfluß üben auf die Verwaltung. Sonst klar sehende Abgeordnete hatten noch verwirrtere Ansichten über ihre Machtvollkommenheit, und wenn auch nur einige geradezu eine unumschränkte Herrschaft für die Versammlung in Anspruch nahmen, so galt es doch für ausgemacht, daß die Versammlung den ganzen Staat von Grund auf neu aufzubauen habe. Die sogenannten organischen Gesetze wurden für weit nothwendiger erklärt, als die Verfassung, die Waldeck zuletzt ein Stück Papier nannte, und die Uebergriffe in die Verwaltung mehrten sich. Noch unter dem Ministerium Camphausen ward der Posen'sche Ausschuß niedergesetzt, dann kam die Schweidnitzer Angelegenheit und in deren Gefolge am 9. Aug. der Stein'sche Antrag. Am 7. Sept. war es streng genommen aus mit der gesetzlichen Königsmacht. Das Schlimmste von Allem war, daß unter den Mitgliedern einer Versammlung, welche eine constitutionelle Verfassung begründen sollte, nicht wenige saßen, welche eine solche Verfassung gar nicht wollten, sondern die Republik. Sie verschmähten nicht die Beihilfe der Pöbelhaufen, unter deren Schutz sich die Versammlung am 15. Juni, am Tage nach dem Zeughaussturm! gestellt hatte und jedes Mittel dünkte ihnen erlaubt. Nach dem 9. Nov. hielten sie sich einige Tage zurück, weil die Andern ihr Werk thaten; aber sie drängten auf die Steuerverweigerung, weil sie wußten, daß es zur Republik in Preußen keinen andern Durchgang gibt, als die „reine Verwirrung."

Am 15. Nov. setzten sie ihren Willen durch. Unter den für sie günstigsten Umständen erreichten sie nicht ihren Zweck, sondern — das Gegentheil. Als das Volk das Königthum ernstlich bedroht sah, schaarte es sich um dasselbe, und es war gerettet — durch den gesunden Sinn des Volkes, nicht durch seine eigene Weisheit.

Denn Fehler auf Fehler haben wir mit bangem Herzen in diesen jüngsten Tagen das Königthum begehen sehen. Es hatte Recht, sich zu ermannen und mit starker Hand die Ordnung der Hauptstadt, die Freiheit der Berathungen der Volksvertretung wieder herzustellen; aber es traf Maßregeln, welche über das Ziel weit hinauszugehen schienen und ein Ministerium Brandenburg nöthig machten. Hinter den angeblichen Zwecken der Krone argwohnt man ganz andere, vermuthet man zunächst die Absicht, die Versammlung zu sprengen und sie und ihre verhaßte Verfassung zugleich los zu werden.

In diesem Augenblicke wissen wir noch nicht, wie der Streit zwischen der Krone und der Mehrheit der Volksvertretung gelöst

Digitized by Google

oder weiter verwickelt ist. Der Sieg ist bisher durch die Fehler des Gegentheils entschieden worden, und wenn die Krone neue begeht, so kann sie den ihrigen von Neuem aus den Händen verlieren. Wenn die Minister blieben — Ein vor uns liegendes Schreiben aus Berlin sagt von ihnen stark, doch nicht unwahr: „Wenn Manteuffel und Genossen die Erbitterung, welche sich aller Orten jetzt gegen das Rumpfparlament äußert, etwa zu ihren Gunsten auslegen wollten, so gäbe es zwischen beiden Polen keine leerere Hirnschaale, als worein solche Einbildung sich verirrt" — wenn die Minister blieben, die Versammlung aufgelöst, eine Verfassung einseitig verliehen würde, so wäre das ein solcher Fehler, ein dreifacher Fehler. Allein wir haben Ursache, nichts dergleichen zu besorgen, sondern zu hoffen, daß es Heinrich von Gagern gelingen wird, die Vermittelung, wie sie von der Reichsversammlung durch die Beschlüsse vom 14. und 20. Nov. eingeleitet ist, zu Stande zu bringen. Nicht blos deshalb, weil jene Vorschläge die mäßigsten, verständigsten sind — denn die Krone thut dadurch nur gerade jene Schritte zurück, welche sie zu weit gegangen ist und ihr Recht wird durch nichts gekränkt — sondern weil sie von der Reichsversammlung kommen, von der Reichsgewalt verbürgt sind. Es ist das Vaterland, welches durch den Mund seines besten Mannes zum Könige von Preußen redet. Wenn der König sein Herz dagegen verhärten will — wer kann es ihm jetzt wehren? Er ist von seinen bewaffneten Schaaren umgeben, Roß und Reisige stehen um ihn. Er kann, wie Oesterreich, die deutschen Reichsgesandten unverrichteter Sache wieder gen Frankfurt ziehen lassen. Aber sie würden und könnten nicht wiederkehren, um ihm Deutschlands Scepter und Reichsapfel zu überbringen; denn das Urtheil der Geschichte über Friedrich Wilhelm IV. würde sein, daß Deutschlands Einheit durch den zerstört sei, der am schönsten von ihr gesprochen.

Aber wir haben Ursache Besseres zu erwarten.

Here Redakteur!

Die Nachricht in Nr. 308 Ihres geschätzten Blattes, es habe die königl. Regierung zu Frankfurt a. d. O. ihr Einverständniß mit den Schritten der aufgelösten Nat.-Vers. ausgesprochen, ist durchaus unbegründet. Ihrer klaren Pflicht gemäß hat die Regierung den Anordnungen des von Sr. Majestät dem König berufenen Ministeriums Folge geleistet. In mehrfachen Bekanntmachungen hat das Kollegium diese Ueberzeugung bekundet und in den geeigneten Fällen sie mit Entschiedenheit durchgeführt.

Ich ersuche Sie, Here Redakteur, diese Berichtigung baldigst in die deutsche Zeitung aufzunehmen.

Frankfurt a. d. O., 22. Nov. 1848.

Mit vorzüglicher Hochachtung

v. Raumer,
Regierungs-Präsident.

Erwiderung.*)

Nach demjenigen, was durch die Erklärung des Herrn von Kirchmann bereits öffentlich geworden, bleibt auf diejenige des Heren von Unruh vom 23. November nur weniges zu erwidern. Allerdings nicht im Auftrage der Centralgewalt versuchte ich eine Vermittlung, weil der zu vermittelnde Conflikt bei meiner Abreise von Frankfurt noch nicht bekannt sein konnte. Auch war ich allerdings zuerst in Potsdam und dann bei Herrn von Unruh, weil, hätte ich in Potsdam reaktionäre Absichten entdeckt, ich ihm nie zur Nachgiebigkeit gerathen haben würde. Es ist aber unwahr, daß ich Herrn von Unruh den Vorschlag der „unbedingten Unterwerfung unter den Befehl der Krone" gemacht; mein Vorschlag war vielmehr der: „der Streit, so sagte ich, hat seinen Grund in der Behauptung der Versammlung, daß sie nicht einseitig, sondern nur durch eigenen freiwilligen Entschluß verlegt werden könne. Diese Ihre Behauptung haben Sie durch passiven Widerstand hinreichend geltend gemacht, und die Zustimmung aus vielen Theilen des Landes verleiht Ihnen eine solche Macht, daß Sie, ohne den Vorwurf der Schwäche auf sich zu laden, aber um großherzig dem Vaterlande die Gräuel eines Bürgerkriegs zu ersparen, nunmehr aus eigenem freien Entschluß Ihre Beilegung beschließen können." Herr von Unruh versicherte mich, es sei auch nicht die geringste Hoffnung vorhanden, diesen Vorschlag durchzusetzen, und erklärte mir seinerseits, daß nur die Abdankung des Königs übrig bleibe. Auf meine Gegenbemerkung, daß die Versammlung dann schwerlich mit dem Prinzen von Preußen zufrieden sein würde, erwiderte Herr von Unruh, man würde dann vom Prinzen von Preußen verlangen, daß er sich den Beschlüssen der Versammlung unbedingt unterwerfe, bis die Verfassung fertig sei. Auf meine Entgegnung, daß dies Preußen für eine unbestimmte Zeit in eine Republik verwandeln hieße, folgte dann allerdings die von Herrn von Unruh angeführte Aeußerung, nur die konstitutionell-monarchische Regierungsform entspreche dem Willen der übergroßen Mehrzahl des Volks, ohne daß mit solchen Worten der Widerspruch in der Sache gelöst gewesen wäre. — Daß ich nach Entdeckung solcher Absichten, welche sich ja auch seitdem durch den Steuerverweigerungsbeschluß mehr als bestätigt, selbst alle Hoffnung aufgeben mußte, meinem Vorschlage Eingang zu verschaffen, und mich also auch mit den im Nebenzimmer befindlichen Abgeordneten nicht näher einließ, wird natürlich gefunden werden. — Ebenso natürlich finde ich, daß, nachdem der größte Theil des Landes sich an den gefährlichen Schritten der Versammlung nicht weiter betheiligt, man auch die mit so großer Zuversicht ausgesprochenen Absichten nicht mehr Wort haben will. Auf eine gereizte Sprache, wie sie Herr von Unruh gegen mich führt, auf die Ergüsse von Zorn und Aerger, wie sie in Adressen und Zeitungs-Artikeln zu finden, war ich im Voraus gefaßt, als ich mich entschloß, das nicht zu verschweigen, an dessen Wissenschaft in so kritischen Tagen dem preußischen, wie dem deutschen Volke Alles gelegen sein müßte.

Frankfurt, den 28. November 1848. Bassermann.

*) Diejenigen verehrl. Zeitungsredaktionen, welche des Hrn. v. Unruh Erklärung aufgenommen, sind gebeten, auch diese Erwiderung Raum zu geben.

Deutschland.

— **Frankfurt**, 28. Nov. Die verfassunggebende Reichsversammlung hat mit großer Majorität — 241 gegen 172 Stimmen — beschlossen, die Todtenfeier für R. Blum auf das Maß einer kirchlichen Feier zu beschränken, einen Zug der Versammlung dagegen aus ihrem Sitzungslokale in die Kirche, mit Anschluß der Behörden, Vereine und sonstigen Corporationen an denselben nicht zu veranstalten. Wir glauben, sie hat daran wohlgethan. Die Kommission selbst, welche zur Vorbereitung der Feier niedergesetzt war, und an welcher zwei Mitglieder der Linken Theil hatten, sprach einstimmig als den alleinigen Zweck und Sinn dieser Feier aus, die Nationalversammlung wolle dadurch das Andenken eines ausgezeichneten und talentvollen Mitgliedes ehren, welches durch gesetzwidrige Tödtung ihr entrissen worden sei. Die politische Gesinnung und Wirksamkeit des Dahingeschiedenen sollte der Feier gänzlich fremd bleiben. Ganz im Einklang mit dieser einstimmigen Erklärung der Kommission steht die Beschränkung der Feier auf einen kirchlichen Akt und die Ablehnung jeder öffentlichen Demonstration. Es ist zwar gesagt worden, eine solche kirchliche Feier könne jeder Einzelne veranstalten, dazu hätte es keines Beschlusses der National-Versamml. bedurft. Das ist nun schon darum nicht wahr, weil notorisch die Ueberlassung einer Kirche zu dem gedachten Zwecke von Seite des Kirchenvorstandes einem hiesigen Vereine verweigert und erst der Nat.-Vers. auf ihren neulichen Beschluß zur Verfügung gestellt worden ist, sodann ist es wesentlich etwas Anderes, ob eine solche Feier von Einzelnen oder Vereinen, oder ob sie von der National-Versammlung veranstaltet wird. In dem Mehrheitsbeschlusse selbst, durch welchen der Antrag auf eine solche Feier genehmigt und somit zum Eigenthum der ganzen Versammlung gemacht ward, liegt schon das Auszeichnende dieser Erinnerungsfeier, wobei wir noch darauf verweisen, daß bei keiner Leichenfeier für Mitglieder der National-Versammlung, weder bei Lichnowsky und Auerswald, noch bei Wirth oder Brunck, eine Betheiligung der Versammlung als solcher, in Folge eines Majoritätsbeschlusses, sondern jedesmal nur eine freiwillige Theilnahme der einzelnen Abgeordneten, auf einfache Anzeige seitens des Vorsitzenden stattgefunden hat. Es war daher auch nicht begründet, wenn der Abgeordnete Naveaux, indem er seinen Austritt aus der Kommission erklärte, dies durch die Behauptung zu motiviren suchte: daß er bei Stellung seines Antrags mehr als eine bloß kirchliche Feier im Auge gehabt habe. Wir können versichern, daß, wenn diese Absicht gleich damals der Versammlung kund gegeben oder deutlich geworden wäre, der Antrag keine Majorität erlangt haben

Digitized by Google

würde. Noch wenigee war der zweite Grund des Herrn Raveaux geeignet, die Abneigung der Mehrheit gegen eine öffentliche Demonstration zu beseitigen. Die Nationalversammlung, sagte er, werde, wenn sie sich auf eine bloße kirchliche Feier beschränke, hinter dem zurückbleiben, was an anderen Orten bereits einzelne Vereine zur Ehrenfeier Blum's gethan hätten. Gerade dies ist es, was eine öffentliche Feier im Geiste der anderwärts veranstalteten unmöglich der Nationalversammlung anempfehlen kann. Alle jene öffentlichen Trauerzüge mit Fahnen, Reden u. s. w. sind mit der ausdrücklich dargelegten oder doch unzweifelhaft kundgegebenen Absicht veranstaltet worden, dadurch Blum nicht blos als talentvolle und bedeutende Persönlichkeit, nicht blos als einen mit Bruch des Reichsgesetzes widerrechtlich Getödteten zu ehren, sondern ihn nach seiner politischen Parteistellung und insbesondere wegen seiner neuesten Wirksamkeit in Wien zu verherrlichen. Diese Bedeutung der Feier konnte die Nat.-Vers., nach der eigenen einstimmigen Erklärung der Kommission nicht adoptiren; sie mußte daher auch jede Art der Feier vermeiden, welche nach jenen Vorgängen eine solche Deutung hervorzurufen geeignet war. Von den Befürchtungen, welche sich an eine öffentliche Demonstration in Bezug auf Störungen der Ruhe und Ordnung knüpften, wollen wir schweigen, so gerechtfertigt auch diese waren durch das, was man von beabsichtigten Zuzügen demokratischer und anderer Vereine aus der weitesten Umgegend Frankfurts vernahm.

Wir glauben nicht, wie manche zu glauben scheinen, daß durch den erklärten Austritt der beiden Mitglieder der Linken aus der Kommission die ganze Ausführung des Beschlusses beseitigt sei. Die Nationalversammlung hat den Antrag einiger Mitglieder der Rechten, über den neulichen Beschluß zur Tagesordnung überzugehen, ausdrücklich und mit großer Mehrheit abgelehnt; sie will von dem einmal gefaßten Beschlusse nicht zurückgehen, wie wenig auch Viele von denen selbst, die neulich dafür gestimmt haben, damit zufrieden sein mögen. Sollte die Linke durch verweigerte Betheiligung an der Kommission oder an der Feier selbst diese zu verhindern suchen, weil sie nicht in ihrem Sinne ausgefallen, so kann dies die übrigen Theile der Versammlung nicht abhalten, die Feier so zu begehen, wie sie dieselbe vom Anfang an gewollt und verstanden hat.

△ **Wien**, 24. Nov. Gestern wurde Becher, ehemaliger Redakteur des Radikalen, standrechtlich erschossen. Mit ihm zugleich nennt man noch Dr. Jellinek, durch seine Artikel (und zwar schlechte Artikel) aus der österreichischen Zeitung bekannt: doch ließ diese zweite Execution noch einen Zweifel in der Person. Ersterer hat hier seit vielen Jahren gelebt, war aus Hamburg, aber in England erzogen, und beschäftigte sich blos mit Musik, bis ihn die Märztage in das politische Leben warfen, wo er bald einigen Einfluß gewann, besonders durch einen offenen Brief, mit welchem er durchsetzte, daß die Arbeiter (wir können es hier nicht Proletariat nennen) wahlfähig und berechtigt wurden. Der ehemalige Commandant der akademischen Legion, Major Aignez, zum Strange verurtheilt, ist begnadigt und frei. Andere Männer, welche mit den Waffen in der Hand gefangen genommen, sind begnadigt, wieder ein anderer, weil er in einem Wirthshause räsonnirt, erschossen. Heute und gestern läßt der Magistrat von Wien ein großes Plakat anschlagen, in dem er die Kandidaten auffordert, sich zu bewerben für die Wahl „Wölks" nach Frankfurt. — Ob er dazu die Genehmigung der unumschränkten Behörde hierselbst erhalten, wollen viele bezweifeln. Ein Blatt der „Presse," da sie jetzt erscheint, kennen Sie wohl ihre Farbe, meint, es verlohne sich nicht der Mühe und Kosten, nach Frankfurt zu gehen, um sogleich wieder zurückzukehren. Daß der Kaiser von Rußland schnell zu geben weiß, haben Sie aus dem schmeichelhaften Handschreiben an Windischgrätz und Jellacic (mit dem Andreas- und für letztern dem Wladimir-Großkreuz) wieder auf's Neue gesehen. Die Armee findet in dieser Auszeichnung ihrer Chefs einen wohlverdienten Ruhm. Mit andern Augen sehen dies Wiens Bürger an. Noch ist Fürst Windischgrätz hier, seine Abreise verzögert sich immer wieder; doch meint man, er dürfte im Anfange der nächsten Woche sein Hauptquartier nach Kittsee verlegen, wo er gleich nahe der Armee und den Wienern wäre. Mit ihm geht Hofrath Lomers, ein alter Günstling Metternich's, als kaiserlicher Kommissär in's Lager — wie ja der Fürst Windischgrätz selbst eigentlich das letzte Vermächtniß des großen Staatsmannes vor seiner Abreise für Wien war.

Brünn. Der Mähr. Landtag hat eine Adresse an den Kaiser votirt, worin er seine Milde für die politisch Verirrten in Anspruch nimmt. Es heißt darin: „Verbrechen, welche die menschliche Natur verabscheut, sollen nicht einer gerechten Sühne entgehen; — aber Menschen, welche, vom politischen Irrthum befangen, in leidenschaftlicher Aufregung an der Bewegung Theil nahmen, jene, welche, zum größten Theil dem jugendlichen Alter angehörig, in Begeisterung für Freiheit, übel geleitet und gemißbraucht, zugestanden strafwürdige Handlungen begingen, — diese werden, besiegt durch die Großmuth ihres Kaisers, seine treugehorsamen Angehörigen und gute Staatsbürger sein."

Laibach, 18. Nov. Bekanntlich hat das ständische Verordneten-Collegium von Linz mittelst Zuschrift v. 15. Oct. einen Zusammentritt der Provinzen Tyrol, Steyermark, Kärnthen, Krain und Oesterreich in der Stadt Salzburg proponirt, um daselbst über die Fragen der Gegenwart zu berathen. Unter den Punkten, die es zur Grundlage dieser Vereinigung aufgestellt, ist auch der: „der Zusammenhang der österreichischen Länder soll den Anschluß der deutschen Provinzen an Deutschland nicht hindern." Der verstärkte ständische Ausschuß in Krain hat aber nunmehr in seiner Sitzung vom 13. Nov. beschlossen, darauf nicht einzugehen und in zwei Adressen an den Kaiser seine Gesinnung ausgesprochen. Ohne die Vortheile eines deutschen Staatenbundes zu verkennen, erklärt er den Fortbestand eines vereinten mächtigen Oesterreichs, unter Gleichberechtigung aller verbrüderten Stämme, als eine unabweisbare Nothwendigkeit, und nennt die Beschlüsse des deutschen Reichstags zu Frankfurt (§§. 2 und 3 der Reichsverfassung) Willkür, weil demselben nicht das Recht zustehe, über österreichische Provinzen zu verfügen. „Nicht das Frankfurter Parlament," sagt die fragliche Adresse, „soll uns Gesetze geben, die wir nur von unserem Kaiser und unserem Reichstage empfangen." Die zweite Adresse spricht sich über die Wiener Ereignisse aus und empfiehlt Gnade und Milde gegen die Verführten. (Fr. J.)

Berlin, 26. Nov. Mittelst allerhöchster Verordnung vom 24. Mai d. J. ist vorgeschrieben worden, daß die preußischen Postanstalten bei Aufgabe von Briefen oder Briefadressen auf Verlangen baare Zahlungen in Beträgen bis zu fünfundzwanzig Thalern aufwärts einschließlich zur Wiederauszahlung an einen bestimmten Empfänger im Bereiche des preußischen Postverwaltungsbezirkes anzunehmen verpflichtet sein sollen. Durch diese allerhöchste Bestimmung wird dem Geldverkehr in kleinen Beträgen eine wesentliche Erleichterung gewähret, indem danach die Uebermittelung mäßiger Summen mit weniger Mühe, größerer Sicherheit und größtentheils für geringere Kosten wird erfolgen können, als bei der baaren Versendung. — Die neue Einrichtung soll, nachdem die desfalls erforderlichen Vorbereitungen beendigt worden sind, mit dem 1. Dezemb. dieses Jahres zur Ausführung kommen.

CC **Berlin**, 26. Nov. Gestern Abend spät ist der Reichskommissär Simson in Begleitung Heinrichs v. Gagern von Frankfurt hierher zurückgekehrt. Gagern ist indeß ohne irgend amtliche Beziehungen und Aufträge, lediglich als Privatmann hier. Er ist nur in der Hoffnung hergekommen, durch seine Persönlichkeit zur Beilegung unseres unseligen Konfliktes beizutragen. Da morgen die Nat.-Vers. in Brandenburg eröffnet wird, und man eine beschlußfähige Zahl von Abgeordneten dort erwarten zu dürfen überzeugt ist, so ist natürlich nun an eine Ausgleichung in Berlin nicht mehr zu denken. Diese wird nur noch in Brandenburg stattfinden können, und wird auch dort von den besonneneren Mitgliedern der Kammer wenigstens in nächster Zeit umsomehr erwartet, als sie voraussetzen, daß den Herren des parlamentarischen Interregnums durch die Steuerverweigerung und ihre Folgen im Lande die Augen aufgegangen sind. — He. v. Gagern ist heute Morgen nach Potsdam zum König gefahren und wird zu morgen nebst den Reichskommissären Heegendahn und Simson in Brandenburg erwartet, wohin bereits ein großer Theil der Abgeordneten sich begeben hat. Nur von der Fraktion des Hotel de Russie ist man noch zweifelhaft, ob sie in Brandenburg erscheinen wird.

Berlin, 26. Nov. Morgen wird in Potsdam die silberne Hochzeit Ihrer MM. des Königs und der Königin gefeiert (sie fällt eigentlich auf den 29.) Es werden Deputationen von verschiedenen Orten dem königl. Paare Glückwünsche darbringen. Am 29. wird das silberne Hochzeitfest im Kreise der königl. Familie begangen werden. — Es ist bis jetzt von den hier gebliebenen Abgeordneten (circa 270) keiner nach Brandenburg abge-

Digitized by Google

reift; auch Hr. Grabow hat die bestimmte Erklärung abgegeben, daß, wenn es ihm nicht gelinge, eine Vermittelung zu Stande zu bringen, er Dinstag nach Hause reisen und sein Mandat niederlegen, keinesfalls aber nach Brandenburg gehen werde. Jedoch läßt sich bei der gegenwärtigen Sachlage nicht mit Bestimmtheit behaupten, ob nicht der eine oder andere Abgeordnete doch morgen nach Brandenburg geht. Alle Welt ist auf morgen gespannt.

Erfurt, 25. Nov. Am 24. d. M. sollte die 3. und 4. Compagnie des Erfurter Landwehr-Bataillons eingekleidet werden. Schon am Abend vorher hatte die demokratische Partei daselbst alle Mittel in Bewegung gesetzt, um dies zu hintertreiben. Als am 24. d. M. Vormittags 123 Mann der Erfurter Compagnie sich gestellt hatten und die Einkleidung beginnen sollte, drängte sich der Pöbel in großen Massen hinzu. Es wurde die Bürgerwehr aufgefordert, den Platz vor dem Zeughause frei zu machen. Nachdem hierüber anderthalb Stunden vergangen waren, während welcher Zeit die zusammenberufene Garnison auf's vielfachste insultirt worden war, erklärten die Bürgerwehr-Commandeure, sie könnten nicht allein den Platz nicht säubern, sondern sie müßten auf das bestimmteste erklären, daß selbst die Bürgerwehr gesonnen sei, sich der Einkleidung und dem Militär, wenn letzteres dieselbe mit Gewalt durchsetzen wollte, mit den Waffen in der Hand zu widersetzen. Nachdem den Bürgerwehr-Commandeuren nochmals eine Frist gegeben worden war, um die Bürger anderen Sinnes zu machen, erklärten dieselben abermals, für nichts einstehen zu können. Inzwischen war bereits ein Zug Kürassiere, der nach dem Wilhelmsplatz rücken sollte, von dem Volke mit Steinen und Schüssen angegriffen worden, und da gleichzeitig sich die Wuth des Pöbels, der mit Sensen, Aexten u. s. w. bewaffnet war, immer mehr steigerte, so wurde von dem Kommandanten und Regierungs-Präsidenten die Stadt in den Belagerungszustand erklärt. Es rückte hierauf eine halbe Schwadron Kürassiere gegen die Zusammenrottung vor, welche das Zeughaus bedrohte und auf die gesetzliche Aufforderung nicht wich, vielmehr die Kürassiere mit Schüssen, Steinwürfen und Stichen von allen Arten Waffen empfing. Der sie führende Lieutenant von Krug erhielt hierbei 4 Schüsse, ohne jedoch dadurch verletzt zu werden. Die hierauf nachrückende Infanterie erhielt Feuer aus dem Haufen und aus den Häusern, sie erwiderte dies Feuer und es fand nun ein Straßengefecht statt, in welchem die Truppen bald Sieger waren. Eine Barrikade in der Auguststraße wurde von der Artillerie beschossen, dann von der Infanterie genommen. Viele Häuser, aus denen auf die Truppen geschossen worden war, wurden gestürmt. Die Truppen sind hiebei ohne Unterschied mit der größten Bravour aufgetreten. Der Verlust der Truppen beträgt: 6 Soldaten todt, 1 Offizier, 1 Unteroffizier, 7 Soldaten verwundet, darunter 1 Unteroffizier und 3 Soldaten gefährlich. 2 Pferde todt und mehrere verwundet. Die Zahl der todten und verwundeten Rebellen ist noch nicht ermittelt; 102 derselben, darunter die gefährlichsten Führer, befinden sich gefangen auf dem Petersberg. Die Truppen bivouakiren auf den Plätzen und werden von den Bürgern auf das zuvorkommendste und freundlichste verpflegt. (Pr. St. A.)

München, 23. Nov. Sicherem Vernehmen nach hat Se. Maj. der König auf Antrag des Kadettenkorps-Kommandos die Verfügung zu treffen gerudt, daß die seit Jahren bestehende Trennung der Zöglinge katholischer Religion von jenen protestantischer Konfession beim Vortrag der Geschichte in diesem Institute von nun an nicht mehr stattfinden soll. (N. M. Z.)

Leipzig, 22. Nov. Am Sonntag, den 19. dieses Monats, ist die sächsisch-baierische Staatseisenbahn von Plauen bis Hof eröffnet und diese Strecke Tags darauf dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

(**Mannheim**, 26. Nov. Der bisher hier verweilende kön. preuß. General Dunker ist nach Koblenz beordert worden, um das Kommando über die dortigen preußischen Truppen zu übernehmen. Bis morgen werden nun ein nassauischer Obrist und 2 Kompagnien des in Heidelberg gelegenen nassauischen Bataillons hierher kommen und in dem Zeughaus kasernirt werden. Die 2 übrigen Kompagnien dieses Bataillons kommen nach Weinheim. — Als Stabsoffiziere für die hiesige Bürgerwehr sollen, soviel uns wenigstens versichert wird, 3 Linienofficiere vorgeschlagen sein. Um eine Organisation ernstlich zu betreiben, ist das auch dringend nöthig, es handelt sich nun nur noch darum, ob die künftige Wehrverfassung, welche bis 1. December noch zur Berathung kommen soll, nicht eine vollständige Aenderung in der jetzigen Bürgerwehr hervorbringt; bis jetzt verlautete zwar nur von der Aufhebung der Stellvertretung, allein es ist zu hoffen, daß die allgemeine Wehrpflicht, als unserer jetzigen Zeit so anpassend, auch durchgehen werde.

(**Mannheim**, 27. Nov. Vermöge der Bestimmung des Reichskriegsministeriums soll bei unserer Armee die Vermehrung stattfinden, es ist deshalb bereits der Befehl ertheilt worden, daß 6 Jahrgänge zurückgegriffen werden sollen, somit also statt nur bis zum Jahre 1823 nun bis 1818. Daß ein so weites Rückgreifen, gewiß etwas sehr Empfindliches für dadurch Getroffene, nöthig ist, haben wir dem bisherigen mangelhaften Wehrsystem (der Ziehung) zu verdanken. Bei gleicher Vermehrung würden wir, wenn, wie in Preußen, allgemeine Wehrpflicht eingeführt wäre, höchstens bis 1822 zurückgreifen müssen und hätten noch dazu lauter junge Leute, welche nicht dieses Herausreißen aus ihren Privatverhältnissen so tief empfinden.

† Aus Baden, im Nov. Ihr Blatt hat sich bisher vorzugsweise in den Regionen der höheren und allgemeineren Politik umgetrieben. Vielleicht verschmähen Sie es nicht, auch einmal einer einzelnen Angelegenheit eines einzelnen Staates einigen Raum zu gönnen, der übrigens ein allgemeines Interesse abzugewinnen nicht schwer sein wird. Den kleinen deutschen Staaten, die mit einer konstitutionellen Organisation bereits begabt sind, deren Einführung die größeren Reiche noch langehin beschäftigen und verwirren wird, wird es zukommen, in ihren inneren Verwaltungszweigen bahnbrechend in dem Sinne der neuen Ordnungen zu reformiren; der Staat, der hier am ersten und umfassendsten Hand anlegt, wird Dank und Vortheil voraus haben; und der es mit sicherer Hand durchführt, und den neuen Freiheiten am ersten Ordnung und ruhige Entwicklung verleiht, wird sich ein beneidenswerthes Verdienst dadurch erwerben, daß er nach so vielem Einreißen den ersten Vorgang im Aufbauen macht. Und so werden sich auch die Zeitungen einen guten Lohn verdienen, die nun allmälig anfangen werden, den Blick der Leser auf das Positive herüberzulenken, was zu thun bleibt. Den mittlern Staaten in Deutschland wird nun für die Zukunft nach zwei Richtungen hin ihre Selbstständigkeit vollkommen gesichert sein und ihre Thätigkeit wird sich nach diesen hin vorzugsweise zu entfalten haben: in materieller Beziehung werden sie für eine möglichste Vereinfachung des Haushalts, für wohlfeile Verwaltung, für sorgsame Pflege der Lokalinteressen, für gerechte und erleichternde Besteuerung Sorge zu tragen haben; in ideeller Hinsicht werden sie die möglichst freigebige Pflege aller geistigen Bestrebungen eintreten lassen. Mit solch einer Kultur von Wissenschaft und Kunst haben sich zeitweilig selbst kleinste deutsche Staaten einen unvergänglichen Ruhm in der vaterländischen Geschichte erworben; in Erhaltung der inneren geistigen Macht Deutschlands mag jeder Einzelstaat mit einer Reichsgewalt wetteifern, welche die äußere politische Macht des neuen Bundesstaates auch noch so glänzend begründete. Ueber das nun, was in dieser letzteren Richtung in Baden geschehen könnte und geschehen sollte, wäre es wohl am Orte, in systematischer Besprechung eine Reihe von Ansichten zu entwickeln, die die Prinzipien feststellten, welche, wenn doch der neuen Ordnung der Dinge Rechnung getragen werden soll, die Leitung der geistigen Interessen mehr und mehr durchdringen sollten. Baden hat in dieser Beziehung, ehe es als Muster andern Staaten vorgehen kann, sehr vieles nachzuholen. Eine Kunstpflege ist hier nie gewesen; von den Universitäten vegetirte die Eine mühselig genug, und die Andere gedieh mehr durch die Gunst der Verhältnisse, als durch verständige Fürsorge; die Volksschulen überboten wenigstens nicht die gleichen Anstalten der Nachbarländer; die Gymnasien waren in einem bedenklichen Rückstande; die oberste Leitung des Schulwesens hat mitunter Blößen gegeben, die den Einsichtigen erschrecken mußten. Unter diesen Gegenständen wollen wir uns diesmal die Universität Heidelberg zum Thema einiger Andeutungen machen; und wir wollen dies mit dem Freimuth thun, der dem neugewonnenen politischen Standpunkte der Nation gemäß ist, aber auch mit all dem Maße, wodurch jede Freiheit erst ihren Werth enthält. — Die Universitäten sind überall die vorragende Stätte, an der der Höhepunkt der Cultur eines Staates am Billigsten gemessen werden kann; man wird hier leicht das günstigste Bild der geistigen Zustände davon tragen. Bei Heidelberg ist dies doppelt der Fall, weil diese Universität durch die Anziehungskraft der Lage außer-

Digitized by Google

ordentlich gehoben, von außen her mühelos gefördert wird; es würde dreifach der Fall sein, wenn die badische Regierung ihrer zweiten Universität Freiburg erledigt wäre und ihre ganze Sorge und Pflege nur der Einen, Heidelberg, zuwenden könnte. Nur im Vorbeigehen wollen wir diesem Uebelstande zwei Worte gönnen. Es ist wohl klar, daß Baden auf die Länge hin keine zwei Universitäten erhalten kann; so sollte man in der möglichsten Kürze die Eine eingehen lassen. Die Ersparniß wird an viel feineren Posten nothwendig werden, man sollte also an einem so groben nicht längere vorbei gehen. Es gibt wohl keinen Einzelnen, der einiges Urtheil hat, der nicht die Aufhebung von Freiburg aus realen und idealen Gründen für wünschenswerth, ja für geboten erklären würde. Nur die Berücksichtigung der lokalen Interessen kann ein anderes Votum eingeben; und von dieser Seite würde die Regierung in den Ständen bei dieser Maßregel immer eine starke Opposition finden. Indessen hat man sich längst über den Erfolg geeinigt, der Freiburg geboten werden kann. Und sollte es auch kein voller Ersatz sein, so kann der kleinere Uebelstand in den Augen eines kräftigen Regiments, das weiß, was es zu wollen hat, den größeren niemals aufwiegen. Wo sich solcherweise die Interessen streiten ist es die natürliche Pflicht der Regierung, sie in aller Besonnenheit abzuwägen und das Ergebniß ihrer Erwägungen den Ständen vorzulegen und so lange, ohne jeden Eigensinn, zu wiederholen, bis der Gedanke Eingang und Gewährung gefunden hat, und die egoistischen Einwände überwunden sind. Die hiesige Regierung hat in dieser Hinsicht den reinsten Boden. Nicht viele Regierungen wären so ehrlich gewesen, eine Konjunktur, wie die letzte, unbenutzt zu lassen; Freiburg bot so vielen Anlaß, die Universität zu sistiren, und die Sistirung wäre so leicht zu einer Aufhebung überzuleiten gewesen. Man hat diese Handlungsweise verschmäht; man trete mit ganz reinem Gewissen vor das Land wenn man aus inneren Gründen den Vorschlag der Aufhebung entwickelte; wir sind überzeugt, daß ihnen die Kammern nicht lange widerstehen würden. Den Fall aber gesetzt, daß sich unüberwindliche Schwierigkeiten dieser Maßregel entgegenstemmten, so müßten wir das bisherige Verfahren unserer Regierung, der Freiburger Universität gegenüber, eben so wenig zu rechtfertigen, als ihre Passivität in Bezug auf jene Maßregel im andern Falle. Soll in einem so kleinen Lande einmal eine zweite Universität bestehen, so sollte sie wenigstens in ein gewisses Verhältniß zu der anderen gestellt werden, das beider Existenz neben einander doch erklärlich und erträglich machte. Als eine Pflanzschule junger Docenten könnten wir uns immer noch denken, daß Freiburg ohne allzudrückende Lasten für den Staat hätte erhalten werden können. Zürich hat das glänzende Beispiel seit fast zwei Jahrzehnten gegeben, was mit den mäßigsten Mitteln zu erreichen ist, wenn man unbefangen und frei noch tüchtigen Kräften aussieht und wenn man Einsicht und guten Willen mit Ruhrigkeit und Wachsamkeit verbindet. Es hat die aufkeimenden Talente unter den jungen deutschen Dorenten mit dem seltensten Geschicke aufgegriffen, und hat dem deutschen Banne zum Trotz eine Reihe der geachtetsten und gereiftesten Lehrer Deutschlands zurückgegeben; es hat sich dadurch ein Verdienst um Deutschland erworben, was Freiburg allerdings viel näher läge, sich zunächst nur um Baden zu erwerben. Die Weise aber, wie man bisher dieser Universität das Leben fristete, ohne ihr doch nur eine gesunde Lage anzuweisen, ist weder weise noch auch nur würdig. Auf die näheren Verhältnisse von Freiburg einzugehen, ist nicht diese Absicht, es wäre ohnehin unbillig, dort im Einzelnen zu mäkeln, wo das Ganze nach unsrer Ansicht unmöglich in einem leidlichen Zustande zu erhalten ist. Desto mehr läßt sich in Heidelberg eine eingehende Kritik anlegen, da diese Universität so sehr von Verhältnissen begünstigt ist, und bis zuletzt in so fröhlichem Flore schien, daß sie keinen Maßstab müßte fürchten dürfen. Wir wollen einzeln den Zustand der Fakultäten und Institute, Amt, Bibliothek, Kuratorium, betrachten. Wie vieles ist hier noch in einer Beschaffenheit unangetastet gehen geblieben, die die Mäeztage, wenn zufällig ihr Strom in dieser Richtung gegangen wäre, als ein Residuum der alten Zeit und des alten Schlendrians mit spielender Leichtigkeit weggeschwemmt hätten. Wenn wir diese Schäden anzugreifen wagen, so soll dies, wie wir andeuteten, in möglichster Schonung geschehen, obgleich wir dem Staate gegenüber auch die Rücksichtslosigkeit hier und da für eine Pflicht halten müssen, die das frei werdende Geschlecht muß ertragen lernen. Unwillkürlich fällt uns ein, daß Heidelberg schon zweimal vor einigen Jahren einem unerbittlichen Gerichte der Presse ausgesetzt war. Wir verwahren uns im Voraus, daß wir mit dem animosen Geiste persönlicher Gereiztheit nichts zu thun haben, der damals mitgeschrieben haben mag. Wir haben nur Ein Ziel im Auge, dem Interesse des Landes das Wort zu reden. Das Interesse des Einzelnen kann dabei leiden. Man muß dann aber selbst den Schein der Bosheit oder des Eigennutzes auf sich zu nehmen nicht scheuen, wenn die Rücksichten des öffentlichen Wohles gebieten. Der Angreifer in der freien Presse stellt sich selbst auf diese Weise eben so blos, wie der Angegriffene.

Großbritannien.

London, 24. Nov. Der „Examiner" bemerkt in seinem gestern auszugsweise mitgetheilten Artikel schließlich: „Leider hat die deutsche so gut wie die letzte französische Bewegung keine großen Führer von überlegener Geisteskraft hervorgebracht, keinen Pym, keinen Hampden, keinen Mirabeau; die espoirs forts einer Universität sind schlechte Volksführer, und ein Arnold Ruge hat bei einer Revolution nichts zu thun. Indeß enthält das Frankfurter Parlament einen oder den andern, der nicht unfähig ist, eine bedeutende Rolle zu spielen, Männer, die, wie Heinrich Gagern, das Banner des modernen Konstitutionalismus aufzupflanzen und gegen die Höfe von Wien und Berlin, wie gegen die demagogischen Klubs beider Städte, gegen Militär und Socialisten Front zu machen wissen. Solcher Männer bedarf Deutschland mehrere, damit sie dasselbe Banner in einigen der unabhängigen Staaten von Centraldeutschland oder in einigen seiner größeren Städte aufpflanzen." „Daily-News" zieht auf Anlaß der Berliner und Wiener Ereignisse gegen die „wahnsinnigen Organe Peel's und Metternich's" (das „Morning Chronicle" und die „Times", wie ein Paar Zeilen weiter zu lesen ist) wacker los, weil sie fast täglich den König von Preußen dazu aufforderten, die preußische Nationalversammlung aufzulösen und die Stadt zu bombardiren — wozu freilich die artigen Berliner jeden Anlaß vermieden haben. „Daily-News" sucht ferner in einer Parallele zwischen Preußen und Oesterreich, nachzuweisen, daß dort allerdings bei weitem nicht so viel Stoff zur Unzufriedenheit vorhanden sei als hier. Unter anderen heißt es: „Preußen wurde seit 1815 nicht von einem unfähigen Monarchen regiert, dessen Zeitvertreib es war, Gefangene in den Staatsgefängnissen schmachten zu lassen, noch von einem einfältigen Minister, der mit den ersten Bedürfnissen des Volks oder mit den ersten Elementen der Regierungskunst unbekannt war. Der Geist war wenigstens in Preußen frei, es war der Bevölkerung gestattet, sich mit der Vorbildung zu versehen, die ein konstitutionelles Regiment erfordert. Municipale Rechte, Provinzial-Landtage, ein Volksheer, kein Heer von Söldnern, ein, wenn auch noch so beschränktes System von Volksvertretung wurden vom Könige von Preußen seinen Unterthanen gewährt, während derselbe Monarch über die Grenzen seines Reiches hinaus mit Umsicht und Erfolg bemüht war, die deutschen Interessen zu einigen und ein kräftiges Gesammtvaterland anzubahnen," u. s. w. Uebrigens erkennt diese im Ganzen demokratische Zeitung zugleich an, daß sich auch der gegenwärtige König im Allgemeinen mit Mäßigung benommen und das Vertrauen zu seinem Volke, die Hoffnung auf eine friedliche Ausgleichung nicht verloren habe.

Das ministerielle Blatt, der „Globe", vergleicht die Lage des Königs von Preußen mit derjenigen Ludwig's XVI., nur mit dem Unterschiede, daß Ludwig XVI. sich allein auf fremde Hilfe verlassen konnte, während Friedrich Wilhelm neben sich ein Heer habe, welches, da es aus dem Volke hervorgegangen, in gewisser Hinsicht den Willen der Nation eben so gut ausdrücke, als dies die Nationalversammlung thue. Die preußische Regierung sei wie die österreichische durch die Nationalversammlung in eine Ecke getrieben worden; das preußische Parlament sei wesentlich angreifend verfahren, es sei von extremen Beschlüssen zu noch extremeren geschritten, die schließlich der Dynastie alle Lebensluft entzogen haben würden, es habe dem Königthum selbst zu Leibe gewollt, und nur um dies zu retten, habe der König von Preußen einen offenen und ehrlichen Krieg angefangen mit Hilfe seiner Armee, gegen das Parlament und dessen Armee, den demokratischen Theil der Berliner Bürgerwehr. — Die „Times" erkennt jetzt der frühere von ihr so spöttisch behandelten Frankfurter Nationalversammlung das Recht und die Pflicht zu, den Konflikt zwischen Krone und Volksvertretern in Preußen auszugleichen, erblickt (in

Digitized by Google

einem zweiten Artikel) in den 113 preußischen Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung die eigentliche Volkskammer für Preußen und gedenkt des Bassermann'schen Berichtes über die Berliner Zustände mit großem Lobe. Die Abstimmung des Frankfurter Parlaments, wodurch der Beschluß der preußischen Nationalversammlung in Betreff der Steuerverweigerung für null und nichtig erklärt wird, findet natürlich die ungetheilte Zustimmung dieser Zeitung. — Damit endlich die Komik nicht fehle, citiren wir die übertorystische „Britannia", welche allen Ernstes, wie es scheint, dem Könige von Preußen räth, die Führer eines etwa ausbrechenden Aufstandes sammt und sonders zu hängen und ihre Genossen an Rußland auszuliefern, es sei noch Raum genug für sie in Sibirien. Mit dieser süßen Betrachtung verband die Britannia zugleich die Mittheilung: die letzte Nachricht aus Preußen sei die, daß der Pöbel die Wohnung des ersten Ministers niedergebrannt habe!

Bekanntlich fand vor einiger Zeit ein Aufstand auf Ceylon statt, der jedoch mit leichter Mühr unterdrückt wurde. Jetzt enthalten die auf Ceylon erscheinenden Zeitungen folgende Todesurtheile, die gerade jetzt, wo in dem civilisirten Wien so eben ein ähnliches blutiges Werk betrieben wird, wie durch Form und Inhalt einiges Interesse haben mögen; sie lauten: 1) „Appoohamy Ambegaswewe Conalle; 2) Wannihamy Kadanehawe Gang Aratchy; 3) Appoohamy Dahamaikgame Aratchy; 4) Muddulihamy Ratmullo Aratchy: Schuldig gefunden für Verrath, indem sie zu Sunu Kadewalle Wihaera, im Distrikte Kvenegalle auf der Insel Ceylon am oder gegen den 3. August 1848 in Begleitung eines bewaffneten Haufens erschienen, welcher von einem gewissen Dingiealle, der sich selbst König titulirte, angeführt wurde, somit also ihrer Souveränin der Frau Königin Victoria den Gehorsam brachen und zugleich einen Versuch unterstützten, Verfassung und Regierung dieser Kolonie wie sie durch das Gesetz festgestellt sind, umzustürzen und zu zerstören. Urtheilsspruch, daß sämmtliche Gefangene todgeschossen werden sollen. Der Urtheilsspruch sofort vollzogen." Ein fünfter, Namens Kaddahpolle Unnanse, wurde am 26. Aug. todtgeschossen, weil er den ihm bekannten Aufenthalt eines Rebellen nicht genau angegeben und überhaupt mit den Rebellen im Briefwechsel gestanden hatte. Der Windischgrätz von Ceylon, der diese Todesurtheile fällen und vollstrecken ließ, heißt Lord Torrington. Das Morning Chronicle, welches sich überhaupt zur Aufgabe gemacht hat, die Kolonialpolitik der jetzigen Regierung auf's schärfste anzugreifen und, wie noch neulich in einem Artikel über den bedenklichen Zustand von britisch Guyana, auf Grey's Entfernung aus dem Kabinete zu dringen, tadelt diese blutigen Maßregeln auf's entschiedenste und sagt weiterhin: „Es schmerzt uns, so hart verfahren zu müssen mit Lord Torrington, von dem wir weiter nichts Böses wissen, den wir für einen ziemlich unschädlichen Landedelmann halten, von dem wir aber wissen, daß ihm Erfahrung und Geschicklichkeit für einen so hochbezahlten Posten im Dienste der Königin gänzlich ermangeln." Der Gouverneur von Ceylon erhält nämlich, wie das Morning Chronicle weiter bemerkt, „für seine Mißregierung der Insel Ceylon jährlich 7000 Pfd."

An der Cholera erkrankten in London bis zum 23. Novbr. 399, in den Provinzen 100, in Schottland 794, insgesammt also nur 1293, wovon 661 starben und 242 genasen.

In Ipswich sind bis jetzt für die gescheiterten deutschen Auswanderer durch Subskriptionen 151 Pf. zusammengekommen. Unter den Gescheiterten befinden sich, dem „Ipswich Express" zufolge, mehrere Personen von Rang, unter andern ein preußischer Offizier und mehrere Geistliche. Von Harwich werden sie nach Ipswich und von hier nach London befördert werden, und zwar, nach Beschluß der Eisenbahnkompagniern, unentgeltlich. In London wird man dann dafür sorgen, daß sie ein interimistisches Obdach erhalten und später ihre Reise nach Amerika bewerkstelligen können. Die „Brighton Gazette" erwähnt, daß Fürst Metternich sofort seinen Sohn und den Baron Hügel mit einem Geldgeschenk an die Unglücklichen abgeschickt und ihnen versprochen habe, auch weiterhin alles ihm Mögliche für sie zu thun.

Die neuesten Nachrichten aus dem Kaplande vom 28. Sept. besagen, daß der Aufstand der Boeren beendigt und der Verkehr zwischen ihnen und der britischen Regierung wieder hergestellt ist. Sir Harry Smith, der Gouverneur, hat auf den Fang und die Einlieferung des Rebellenführers Pretorius und der andern Chefs Preise bis zum Betrage von 1000 Pfund ausgesetzt und das Gebiet von Bloem Fontein, wo eine Garnison zurückbleibt, im Namen der Königin zu den brittischen Niederlassungen geschlagen.

London, 24. Nov. Die „Times" enthält in ihrer Nr. vom 25. Nov. folgende Mittheilung: „Wie empfingen vergangene Nacht zu später Stunde die Nachricht von Lord Melbourne's Tod," und knüpft an diese Nachricht ohne Weiteres eine lange Charakteristik des Verstorbenen, die offenbar schon früher ausgearbeitet war, um so bald als möglich nach dem Moment, wo der Verstorbene vom Licht Abschied nahm, in den Spalten der Times das Licht der Welt zu erblicken. Melbourne (William Lamb) war am 15. März 1799 geboren. 1805 trat er in's Unterhaus, ohne sich jedoch besonders als Redner hervorzuthun. Ueberhaupt ist der Nekrolog der Times gerade keine Lobrede. Seine Verwaltung der innern Angelegenheiten unter Lord Grey erfährt strengen Tadel, und es wird ihm manche innere Verwirrung zur Last gelegt, für die er wohl schwerlich haftbar zu machen ist. Als Premier des von ihm im J. 1835 gebildeten Whigkabinets, von dem er 1841 zurücktrat, wird ihm sein Bündniß mit O'Connell zum Hauptvorwurf gemacht. Hierdurch sei das Ministerium in eine Lage gerathen, daß es in vielen bedenklichen Fragen nur durch jene Sektion des Hauses, die man gemeinhin O'Connell's Schweif genannt, gerettet worden sei. Der Artikel schließt mit dem sehr zweideutigen Lobe, es habe schon viele schlechtere Männer und viele schlechtere Minister gegeben, als Viscount Melbourne.

Die „Post" hatte das Gerücht verbreitet, daß Lord J. Russell aus dem Ministerium auszuscheiden gedenke. Der „Globe" erklärt hierauf, daß dieses Gerücht ohne Grund und von einem Ministerwechsel nicht die Rede sei.

Frankreich.

† **Paris**, 25. Nov. Die hiesigen Blätter enthalten ein Schreiben von Herrn Ovilon Bareot an „einen Wähler, der ihn wegen der Präsidentenwahl zu Rathe zog," das gleichsam das Gegenstück zu Dufaure's Brief an Odier bildet. Bareot sagt darin, er würde andere Kandidaten den beiden vorgezogen haben, welche die meiste Aussicht hätten; wie aber die Sache einmal stünde, habe er sich nach einigem Schwanken für Ludwig Napoleon entschieden und rathe seinen Freunden, dasselbe zu thun, da hierdurch dem gefährlichen Antagonismus zwischen den Arbeitern und der Bürgerklasse ein Ende gemacht und vermittelst der Armee (?) das Budget beschränkt, so aber der Staatsbankerott vermieden werden könne. Aus den gestrigen Verhandlungen in der Nat.-Versammlung bei Gelegenheit des Antrags von Jules Favre ist noch nachzutragen, daß Herr Dufaure der Gegenpartei vorwarf, sie verbreite bei dem Landvolke, ein Candidat, der ohne Zweifel von der Rednerbühne herab diese Umtriebe selbst verdammen werde, habe ein so riesenhaftes Vermögen, daß er dem Volke 3 Jahre alle Abgaben erlassen und diese selbst bezahlen würde. Ja er werde jene Schuld von 5 Milliarden, welche Proudhon aufheben will, aus eigenen Mitteln entrichten. Noch erläuterte Lamoricière eine ihm zur Last gelegte Aeußerung über allenfallsige Anwendung von Gewaltmitteln dahin: er habe in einer Gruppe von Abgeordneten, wo man Senatusconsulte und erbliche Ansprüche zu Gunsten eines Kandidaten geltend machte, gesagt: Das wäre keine Präsidentschaft der Republik, sondern das Kaiserreich, der Umsturz der Verfassung, eine Revolution. Diese Revolution würde einen Aufstand zur Folge haben, und wenn ein Aufstand gegen das Kaiserreich entstünde, so zählet nicht auf uns, denselben zu unterdrücken." Die Presse sagt, in Folge der großen Anzahl von Besuchern und Anhängern, die sich bei Ludwig Bonaparte und um dessen Hotel (an Rhin) auf dem Platz Vendome versammelten, habe derselbe sich entschlossen, ein Landhaus in der Umgegend zu beziehen. Schon vorige Nacht habe er deswegen nicht in Paris geschlafen. — Remusat, Cousin, Duvergier de Hauranne und andere politische Freunde des Hrn. Thiers stehen in der Präsidentenfrage auf der Seite des Generals Cavaignac. — In den letzten Tagen waren hier wieder viele Maueranschläge politischen Inhalts zu lesen, welche Zusammenrottungen veranlaßten und die Circulation in den Straßen störten. Der Polizeipräfekt hat in Beziehung auf die bestehenden Gesetze befohlen, alle Maueranschläge dieser Art, ohne Rücksicht auf die politische Partei, welche sie vertreten mögen, abzureißen, und der Prokurator der Republik wird deren Urheber gerichtlich anklagen, der Moniteur erklärt, in Antwort auf eine Bemerkung der Assemblee nationale, die Regierung bedürfe der Aufforderung dieses

Digitized by Google

Blattes nicht, um die Clubs zu überwachen, und nicht zu dulden, daß sie die Gesetze verletzten oder umgingen. Ein Artikel dieses letzteren Blattes, in welchem behauptet wird, die geheimen Gesellschaften hätten Pulver und Kananenkugeln in Bereitschaft zu einem verzweifelten Streiche, hat eine Untersuchung der Behörde veranlaßt, woraus sich ergab, daß zwar Blei gekauft, aber keine Kugeln gegossen wurden, überhaupt die ganze Darstellung sehr übertrieben war.

In der gestrigen Sitzung der Nat.-Versammlung wurden die Kapitel 5 bis 8 des Budgets des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten mit unbedeutenden Abzügen angenommen. Der Antrag des Finanzausschusses, starke Reduktionen an dem Aufsichtsdienste über die Eisenbahnen zu machen, wurde nach längeren Verhandlungen verworfen.

* **Paris**, 26. Nov. Indem wir auf unseren umständlicheren Bericht verweisen, zeigen wir nur in Kurzem an, daß die Nationalversammlung mit der ungeheuern Mehrzahl von 503 gegen 34 Stimmen folgende, dan dem ehemaligen Präsidenten der provisorischen Regierung, dem greisen Dupont de l'Eure, vorgeschlagene motivirte Tagesordnung angenommen hat: „Indem die Nationalversammlung auf ihrem Beschlusse vom 29. Juni beharrt, der folgendermaßen lautet: General Cavaignac hat sich um das Vaterland verdient gemacht, geht sie zur Tagesordnung über." Nach dem Journal des Débats sollen sich etwa 200 Abgeordnete der Abstimmung enthalten haben. Das Resultat der Abstimmung wurde von den dicht gedrängten Tribünen und der Versammlung mit dem lauten anhaltenden Rufe begrüßt: Es lebe die Republik! In unserer Stadt wurde dasselbe von der großen Mehrheit mit lebhafter Freude aufgenommen. Die Sitzung dauerte von 1 bis 6 und dann wieder von 6 bis 8 Uhr. Lamartine, Marie, Araga, Flocon, wohnten den Verhandlungen bei, sprachen aber nicht.

Italien.

** **Rom**, 17. Nov. So hat denn nun auch Pius IX. seine letzten Concessionen vor den Mündungen der Kanonen und im Angesicht von Barrikaden geben müssen. Da er sich damit beeilt hat, so haben beide nur symbolische Bedeutung behalten, und eine Aufstandsbewegung, die anfangs einen sehr bedenklichen Charakter zeigte, hat sich in eine Komödie aufgelöst. Die Sache ist nicht zum Lachen und doch erscheint das Ganze so unendlich lächerlich. Der Hergang war ungefähr folgender: Das niedere Volk hatte man bald überzeugt, daß die Ernennung Rossis ein für den gemeinen Mann glückliches und segensreiches Ereigniß sei. Gegen Mittag erschien eine Ministerliste, der die Hauptforderungen der radikalen Politik vorangestellt waren. Gegen drei Uhr zog das Volk, Civica und Militär auf großen Umwegen nach Monte Cavalla. Die Deputation, welche mit der Ueberreichung der Sturmpetition beauftragt war, scheint zuerst nicht bis zum Papst vorgedrungen zu sein. Als Galletti erschien und erklärte daß er von Kard. Soglia Vollmacht erhalten habe, ein neues Ministerium zu bilden, begann der Tumult. Man verlangte, daß der Papst sich auf dem Fleck entscheiden solle. Da man in den Palast eindringen wollte und den Schweizern wehrte die Thore des Palastes zu schließen, kam es zu einem blutigen Konflikt. Es wurde Generalmarsch geschlagen, viele Civilisten kamen mit Gewehren nach Monte Cavalla. Es entwickelte sich ein Tirailleurfeuer. Alle Läden wurden geschlossen. Man hatte von dem Campo Vaccina große Barrazzen und stürzte sie zum Barrikadenbau um, zuletzt wurde sogar eine Kanone des St. Pietro gegen den päbstlichen Palast aufgefahren. Da erschien Galletti abermals und verkündete die frohe Botschaft, daß der Papst, welcher wenige Stunden früher erklärt hatte, er wollte lieber sterben als solche Bedingungen annehmen, alles gewährt habe. Als nun eine Freudensalve ertönte, flohen sämtliche in der Nähe aufgestellte Campagnieen sowohl der Civica als der Linie mit panischem Schrecken davon, so daß sie sogar alle Schildwachen mit sich fortrissen. Galletti aber wurde im Triumph nach Hause gebracht und seine letzten Worte, die er an das Volk richtete, lauteten dahin, man müsse sich nur an den Papst anschließen und, da er so viel gethan habe, ihm heute wohl noch eine Demonstration bereiten. Es wäre daher möglich, daß die republikanischen Bewegungen, an deren Spitze der Fürst von Canina steht, für den Augenblick noch zurückgedrängt werden könnten.

Auch dieses Volksministerium hat eine elliptische Gestalt und daher statt eines Mittelpunkts zwei Brennpunkte. Den einen bildet Galletti, welcher zum Minister des Innern ernannt ist, den andern Rosmini, welcher das Präsidium des Ministerconseils übernimmt. Die auswärtigen Angelegenheiten aber gehen in Mamiani's Hände über, welchem Eilboten nach Genua entgegengeschickt worden sind, wo er sich seiner Gesundheit wegen aufhält. — Der Ausweg, welchen der Papst gewonnen hat, besteht darin, daß er die Forderungen des Volks an die Deliberation und die Beschlüsse der Kammern verwiesen hat. Der Circolo popolare hat sich förmlich als provisorische Regierung konstituirt, sich der bewaffneten Macht versichert, Couriere nach den Provinzen gesandt und die Revolution vorläufig zum Abschluß gebracht. Uebrigens dauern die Unruhen insofern fort, als die Civica und namentlich die Legionaries mit ihren Tirailleurs stets auf's Neue durch Maueranschläge unter die Waffen gerufen werden. — Die vier Forderungen, welche man durchgesetzt hat, sind: 1. Promulgation des italienischen Nationalitätsprincips, 2. Berufung der Constituente und Bestätigung des Förderationakts, 3. Erfüllung der Kammerbeschlüsse in Betreff des Independenzkriegs, 4. völlige Annahme des Mammianischen Programms vom 5. Juni.

** **Rom**, 18. Nov. Die Dinge sind hier keineswegs schon so weit gediehen, als man dem die ganze Nacht hindurch andauernden Volksjubel nach meinen sollte. Die Deputirtenkammer hat aus Mangel an Vollzähligkeit noch nicht Sitzung halten können; es waren nur 28 Mitglieder erschienen. Der Präsident droht, die Namen der hier anwesenden Deputirten, welche sich weigern seiner Einladung zu folgen, in der offiziellen Zeitung bekannt zu machen. Und nicht viel besser ist es mit der Zusammensetzung des Ministeriums bestellt. Rosmini hat definitiv abgelehnt und an seiner Statt ist daher Mans. Mazzarelli, der Präsident der Pairskammer ernannt worden. Auch Lunati hat noch nicht angenommen und ebenso wenig glaubt man, daß Sereni dem Ruf in's Ministerium folgen werde. An des Herzogs Massimo-Rignana Stelle ist der Oberst Galliena, der sich in Venedig mit Ruhm bedeckt hat, in Vorschlag gebracht worden. Die Schweizer der Palastwache sind desarmirt worden und sowohl im Vatican wie auf dem Quirinal haben Bürgergardisten und Carabinieri die Wache bezogen. — Allen diesen Angaben zufolge hat auch hier wiederum einer jener Handstreiche statt gehabt, den die radicale Partei gegen den guten Ruf des Papstes geführt hat, er hat protestirt und man macht dem Volke glauben, er habe alles gewährt, er hat erklärt, daß er Sterbini nicht zum Minister will und man macht seine Ernennung mit dem Anscheine offizieller Gültigkeit bekannt. Die Katastrophe ist daher erst eingeleitet und keineswegs beendet. Unterdessen ist die Stadt ruhig und ernste Ordnungsstörungen sind wohl auch nicht zu befürchten, schon wegen Mangel an allem Widerstand. Denn die Soldaten sind sämmtlich auf Seiten des Volks und die Trasteverine, die sich früher mit ihrer Anhänglichkeit an Pio IX. so sehr brüsteten, verhalten sich ganz stille. Man behauptet, sie seien gekauft.

Belgien.

** **Antwerpen**, 22. Nov. Ein merkwürdig schroffer Uebergang ist es, in diesem Augenblicke von Deutschland nach Holland zu reisen. Dort fieberhafte Aufregung, Revalten, Katzenmusiken und Lärm, hier materielle Interessen, der Ruf nach Ersparnissen im Budget und sonst die größte Ruhe, trotz des vielseitigen Anlasses zur Aufregung bei den herannahenden Wahlen für die erste und zweite Kammer. Man vereinigt sich ruhig in den verschiedenen Wahldistrikten, befragt die Kandidaten, ob sie liberale Gesinnungen haben und ob sie versprechen wollen, in der Kammer auf eine sparsame Haushaltung zu dringen. Die Bejahung der letzteren Frage ist entscheidend. Das bisherige interimistische Ministerium ist in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangegangen: einer vor Kurzem an den König gemachten Vorlage zufolge wird auf das nächste Budget bereits eine Verringerung von 2 Millionen Gulden zugesagt, was für den Anfang schon recht befriedigend ist, obgleich es bei einem Budget von 72 Millionen mit der Zeit noch besser kommen muß. Darauf hin, und auf die nunmehr kompletirte Grundgesetzes-Revision ist gestern die definitive Konstituirung des Ministeriums erfolgt, welches aus den bedeutendsten Persönlichkeiten der liberalen Partei besteht: Donker Curtius, Justiz; de Kempenaer, Inneres; Leghtenfelt, Aeußeres; von Bosse, Finanzen; Rok, Marine. Für das Ministerium der Kolonieen ist Herr G. L. Baud designirt. — Man hegt hier allgemein sehr gute Erwartungen vom Ministerium sowohl, als von den demnächst zusammentretenden neuen Kammern, weshalb auch unsere Fonds in den letzten Tagen rasch von 45 auf 47½ gestiegen sind.

Für die Redaction verantwortlich: W. Kiesselbach.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 28. (Schluß) und 29. Nov.) Wien (Die deutsch-österreichische Sache. Die kaiserlichen Truppen in Ofenburg. Stadion's legislative Thätigkeit. Die Reichscommissare. Nachrichten aus Steiermark. Der Kaiser von Rußland an Windisch-Grätz. Das neue Ministerium.) Olmütz (Wessenberg) Köln (Verhaftungen. Assisen. Truppen nach Aachen.) Altenburg (Steckbrief auf Erbe.) Kiel (Graf C. Rantzau.)

Frankreich. Paris (Sitzung der Nationalversammlung. Cavaignacs Rechtfertigung.)

Italien. (Lage Pius IX.)

Schweiz. Thurgau (Die Grenzsperre.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 29. November.)

Nachschrift

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 28. November. (Schluß.)

Der Abschnitt der Verfassung über das Reichsgericht lautet nach den gestrigen Beschlüssen:

§. 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.

§. 2. Zur Zuständigkeit des Reichs gehören:

a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse.

b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewillkürte Austräge sind nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird.

c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten.

d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung oder wegen Nichtausführung ihrer Bestimmungen.

e) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung, Verletzung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung; Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, sowie gegen die Reichsregierung wegen erlittener Verletzung eines der dem deutschen Volke gewährleisteten Grundrechte.

f) Klagen gegen den Reichsfiskus.

g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft.

h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gesetze über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen.

i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, wegen Verletzung des Reichs- oder Landesverfassung.

k) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne in den Fällen des Landes- und Hochverraths gegen das Reich.

l) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind.

m) Streitigkeiten zwischen der Reichsversammlung oder den gesetzgebenden Körpern, des Reichs unter sich und der Reichsregierung, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen.

§. 3. Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst.

§. 4. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Zu erwähnen ist dabei, daß die Worte „mit Urtheilsfällung durch Geschworene" in diesem ganzen Theile der Verfassung fortgelassen und daß die nähere Bestimmung darüber der Reichsgerichtsordnung zugewiesen wurde, jedoch so, daß die Urtheilsfällung durch Geschworene nicht bloß im Protokoll vorbehalten, sondern daß sie in der Verfassung selbst ausdrücklich vorgeschrieben werde.

Müller von Damm erklärt zu Protokoll, daß er gegen den ganzen Gesetzentwurf gestimmt habe, weil er denselben für ungenügend halte. Durch eine ähnliche Erklärung erregt auch Grävell von der äußersten Rechten die Heiterkeit des Hauses, wiewohl ihm der Gesetzentwurf aus anderen Gründen zu mißfallen scheint. Die Sitzung schließt gegen 4 Uhr Nachmittags mit der Annahme der heutigen Tagesordnung, nachdem auf Giskra's Antrag auch für diesen 29. (einen Mittwoch) eine Parlamentsversammlung beliebt worden.

Vom 29. November.

Tagesordnung der 125. öffentl. Sitzung.

1) Berathung über den vom Abgeordneten Löw aus Posen, Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht über verschiedene Anträge und eingebrachte Petitionen.
2) Berathung über den vom Abgeordneten Francke erstatteten Bericht: ein Wahlanfechten des Landguberniums in Mähren betreffend.
3) Berathung über den vom Abgeordneten Francke, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Einfuhrzölle betreffend.
4) Berathung über den Bericht des Abgeordneten Francke, die Beschwerde der Segelschiffer betreffend.

Die Sitzung wird ¼ nach 9 Uhr vom Vicepräsidenten Riesser eröffnet. Die Abgeordneten des Handelsstandes, die sich in Frankfurt versammelt hatten, legen durch ihren Ausschuß den Zolltarif für Deutschland vor, über den sie sich vereinigt haben und empfehlen denselben zu geneigter Berücksichtigung der Nationalversammlung.

Baur von Hechingen interpellirt den Reichs-Kriegsminister wegen der in Sigmaringen stehenden Truppen und fragt, ob deren baldige Zurückziehung zu erwarten sei.

Friedrich erstattet im Namen des Finanzausschusses Bericht über die Kosten (etwa 2300 Gulden, wenn wir recht gehört haben) der nach Wien zur Einholung des Reichsverwesers abgesandten Botschaft des Hauses. Der Ausschuß räth den Ansatz ohne Weiteres zu bewilligen. Der Gegenstand kommt auf eine der nächsten Tagesordnungen.

Nach dem Uebergange zur Tagesordnung wird die Liste der Redner über die österreichischen Angelegenheiten mitgetheilt. Sie gibt zu einer Debatte Veranlassung, da der Verdacht entsteht, als ob die Einschreibungen für und gegen den Ausschußantrag zum Theil nur scheinbar seien. Darauf erhält

Giskra das Wort. Die Verhandlung des namenlosen Elends, wegen dessen er seine Wiener Vaterstadt beklagt, habe, so behauptet er, in der Hand des Hauses und der Centralgewalt gelegen. Vor Allem ist es die Wirksamkeit der Reichskommissäre, die der Redner seiner Beachtung unterwirft. Den einen davon achte er persönlich hoch, den Andern kenne er nicht. Sein Urtheil werde mithin kein gehässiges sein, sondern sich rein an die Sache halten. Eine volle Woche brauchten sie, die Reise zurückzulegen. Am 21. Okt. erst gelangten sie im Hauptquartiere des Fürsten Windischgrätz an. Alle Nachrichten, die sie unterwegs empfingen, hätten sie dazu bestimmen sollen, sich mit dringendster Beschleunigung auf den Schauplatz der Gefahr zu begeben — statt dessen hätten sie in München mit dem Ministerium konferirt und in Passau gezögert. Die Folgen ihrer Verspätung sei die vollendete Cernirung Wiens gewesen. Warum säumten sie! Weshalb vermieden sie Wien? Sie wollten nicht in den Verdacht gerathen, als kämen sie, um für die Volkssouveränität Partei zu nehmen. In Linz schöpften sie ihre Nachrichten aus den unlautersten Quellen — ich bin davon unterrichtet und kann die Namen anführen — und dem Wunsche des „unverantwortlichen" Reichsverwesers gemäß, nicht nach dem Auftrage des Ministeriums (Hört!), sagen sie es vor, erst an das kaiserl. Hoflager nach Ollmütz zu gehen, bevor sie Wien besuchten. Einen Hauptanklagegrund seiner schöpft Giskra gegen die Reichskommissaire aus ihrem Benehmen gegen Windischgrätz und gegen die Personen des Hofs. Sodann bei Wessenberg hätten sie „milde Bedingungen" devarwortet, nicht im Namen Deutschlands, sondern Oesterreichs, und inständigst gebeten, nach Wien gehen und dort eine Vermittelung versuchen zu dürfen. Dennoch würde es nur eines kräftigen Auftretens erfordert haben, um nicht blos Wien zu retten, sondern auch Oesterreich zu einem festen Anschlusse an Deutschland zu bewegen. Der Schluß, den Giskra aus seiner Darstellung zieht, ist der, daß die Reichskommissäre entweder nach andere als die vorgelegten Instruktionen gehabt, oder daß sie doch nach ganz an-

Digitized by Google

deren Tendenzen gehandelt hätten. Allein das Reichsministerium habe ihr Verfahren gebilligt und es entspreche überdaupt das Benehmen der HH. Welcker und Mosle der Politik, welche die Centralgewalt Oesterreich gegenüber eingehalten und diese Politik sei den Beschlüssen der National-Versammlung und den ministeriellen Erklärungen geradezu entgegengesetzt gewesen. Aus dem österreichischen Strafgesetzbuche von 1804, dessen desfallsige Bestimmungen Giskra anführt, gehe hervor, daß das Verfahren gegen Rob. Blum ein durchaus rechtloses gewesen sei. Der Kaiser selbst würde die Befugniß nicht haben, dergleichen ausdrückliche Gesetzesvorschriften durch Willkürmaßregeln aufzuheben. Oder könne der Vollmachtinhaber mehr Gewalt ausüben, als der Vollmachtgeber selbst besitze? Der Sieg sei erfochten, Wien gedemüthigt gewesen — womit wolle man die Blutthaten entschuldigen, die Niemand mehr eine Nothwehr, die jeder nur „Rache" nennen müsse. Der Kaiser von Rußland freilich habe die Mäßigung der Bezwinger Wiens mit Orden belohnt! Zeugen dieser Mäßigung seien die Erschießungen Becher's und Jellinek's, 21 Tage nach der Einnahme der Stadt, Zeugen derselben die Verfolgungen jedes freien Worts. Sogar die Verhandlungen in Frankfurt dürfen nicht mehr in öffentlichen Blättern erwähnt werden, denn die militärischen Machthaber litten es nicht. Was habe nun das Reichsministerium gethan gegenüber dem Geldausfuhrverbote? Was zur Geltendmachung der Reichsgesetze in Oesterreich? Das Schmerzlichste ist für Giskra, daß die Reichskommissäre nicht an die konstitutionellen Minister, sondern daß sie unter Anderm auch an einflußreiche Personen des Hofes gewiesen worden. Das Reichsministerium hat den Sieg der Kroaten über Wien gewünscht, es hat die Folgen dieses Siegs auf seinem Gewissen! (Lauter Beifall von der Linken.) Man hat Mittel ergriffen, die nichts bewirken konnten — die nichts bewirken sollten — (Bravo und Widerspruch. Der Redner mit überhastiger Sprache und erhobener Stimme:) ich werde diesen Vorwurf begründen. Das thut er denn auf eigenthümliche Weise. Er zählt nämlich alle Hindernisse auf, die der Einheit Deutschlands und der Wirksamkeit der Centralgewalt irgend entgegenstehen oder ihr noch entgegentreten können — und für Alles das ist nicht etwa die Schwierigkeit der Thatsachen oder die Macht der Ereignisse verantwortlich, sondern ganz allein — das Ministerium. Die Centralgewalt ist daher mit Recht ein Spott der Völker, denn sie ist der Todtengräber der deutschen Freiheit geworden. (Donnerndes Bravo. Der Präsident läßt einen Mann von der Gallerie entfernen, die dichtgedrängt sich an dem Beifalle betheiligt.) Giskra fährt fort, die maßlosesten Vorwürfe, die er dem Ministerium in's Gesicht geschleudert, jetzt auch der National-Versammlung nicht zu ersparen, die ihren Ursprung vergessen und die Souveränität, kraft deren sie hier ist, an die Kronen verrathen hat. (Einspruch des Präsidenten, worauf Giskra seinen Ausdruck verändert.) Also überall Rath- und Thatlosigkeit, nirgends Erfolge, nirgends eine Spur von höherer staatsmännischer Auffassung der Dinge. Und was wird das Ende sein? Das Ende des deutschen Stroms, der im Sande des fremden Bodens verrinnt, wird das unsrige sein, wenn wir den eingeschlagenen Pfad nicht verlassen.

Giskra geht unter dem stürmischen Beifall seiner Partei von der Tribüne, auf die nach ihm Beda Weber aus Tyrol gerufen wird. Er sucht die Quellen des Blutvergießens in Wien und die Ursachen, aus denen die Sendung der Reichskommissäre in Oesterreich fehlgeschlagen, etwas gewissenhafter auf, als der Vorredner. Daß auch der Reichsverweser den Kommissären Aufträge ertheilt, dazu wünscht Weber dem deutschen Volke nur Glück, denn es gäbe keinen deutschern Mann als ihn. Sei die Centralgewalt schwach, wer habe es zu verantworten, als die, welche mit Regierungsgelüsten das Verfassungswerk aufhalten, so daß sich das gebrechliche Provisorium in kein festes Definitivum verwandle! Wer habe in Wien das Feuer angeblasen und geschürt? Ungarische Agenten, deutsche Reichstagsabgeordnete mit dem Zuzuge ihrer meuterischen Beredsamkeit und — Deutschkatholiken. (Unterbrechung und Gelächter.) Deutschkatholiken! wiederholt Weber, der bekanntlich Benediktinermönch ist. Wien hat sein Schicksal verwirkt, weil es schlechten Gesellen und schlechten Leidenschaften Aufenthalt gewährt hat. Hinter der jetzigen Regierung Oesterreichs aber steht das Volk, steht die dem Volke entnommene tapfere Armee. Das Standrecht, welches gegen R. Blum angewendet worden, ist ein Ausfluß des Kriegsrechtes und das nimmt keine Rücksicht auf die Civil-Gesetze. Die Fortsetzung der Rede des Herrn Beda Weber nimmt leider seit der Erwähnung der Deutschkatholiken einen so ungeschickten Fortgang, daß sie, und gewiß gegen die Absicht des Sprechers, einen allgemein heiteren Eindruck hervorbringt. Für das Gesetz zum Schutze der National-Versammlung habe ich gestimmt, weil es die Minister vorlegten („nicht die Minister" bemerkt der Präsident), also weil ich es für nöthig hielt im Interesse Deutschlands. Allein daß dies Gesetz zum Schutze von Aufrührern dienen solle, ist nie meine Meinung gewesen. Er trägt endlich auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung über den Berathungsgegenstand an. (Beifall am Schlusse, sowohl ironischer als ehrlicher Beifall).

Fröbel. Die Stellung der Parteien in Wien nur wolle er schildern. Das Uebrige habe Giskra schon erledigt. Er sei ein Gegner der Bewegungsmänner in Wien gewesen, denn er wäre der Meinung, daß Oesterreich fest zusammenzuhalten sei und nicht zersplittert werden dürfe. Um so mehr werde man ihm zu glauben geneigt sein. Nach Wien sei er gekommen mit Briefen an die Häupter der slawischen, czechischen, polnischen Partei ausgestattet, um mit ihnen demokratische Verbindungen anzuknüpfen. Das Ergebniß seiner genauen und durch die Vortheile seiner Stellung begünstigten Beobachtung ist, daß die Slawen die Dynastie in Oesterreich zwar jetzt um jeden Preis uno selbst in den reaktionärsten Maßregeln zu unterstützen entschlossen sino, aber nur auf so lange, bis die slawischen Vorbereitungen so weit gediehen sind, um das nationale Ziel zu erreichen. Dazu sei denn auch noch die ungarische Revolution gekommen uno mit dem natürlichen Instinkte des Volks habe sich die Masse der Absenoung der Regimenter nach Ungarn widersetzt. Die Mitwirkung ungarischen Geldes dabei wolle er nicht läugnen. Die Hauptsache sei aber dennoch das Bewußtsein gewesen: Ist die Regierung mit den Ungarn fertig, so kommt die Reihe an uns uno unsere Freiheit. Der Kampf hatte dann in Wien begonnen, eine Menge von Personen war dabei blosgestellt, wollte man sie nicht opfern, so mußte der Streit ausgefochten werden, denn die von Windischgrätz gestellten Bedingungen waren nicht zu erfüllen. Sie verlangten die Auslieferung eben dieser Kompromittirten. Die Stellung der Parteien in Wien richtig zu erkennen, das sei die Aufgabe der Reichskommissäre gewesen, die von ihnen versäumt worden, und deshalb die deutsche Sache ohne Unterstützung geblieben sei. (Ueber die Fortsetzung der Sitzung melden wir in der Nachschrift dieses Blattes.)

Wien, 23. Nov. Mehrere Wahlbezirke der Stadt und der Umgebung Wiens werden, wenn der österreichische Reichstag gegen die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse bezüglich der Art des Anschlusses an Deutschland von Seite Oesterreichs keinen Protest einlegen, oder wenn dieser Protest die gehoffte Wirkung nicht haben sollte, ihre Abgeordneten des Frankfurter Parlaments zurückberufen. Die Stände von Kärnthen uno Krain haben Se. Majestät in einer Adresse gebeten, sämmtliche österreichische Abgeordnete von der Nationalversammlung zu entfernen. Mehrere Abgeordnete kehren selbst zurück; neue Wahlen werden vorläufig keine vorgenommen; denn bei den allenfalls ausgeschriebenen erscheinen keine Candidaten. Die deutsch-österreichische Sache scheint einer sehr nahen Entscheidung entgegen zu sehen.

Wien, 24. Nov. Die Nachricht von dem Einrücken der k. k. Truppen in Oedenburg wird nun auch durch das Abendblatt der Wiener Ztg. gebracht. Uebrigens ist Oedenburg eine ganz offene Stadt, an deren Vertheidigung nicht gedacht worden ist. Die Nachricht von der Uebergabe Preßburgs bestätigt sich nicht. — Wie die Prager Ztg. meldet, wird Gr. Stadion seine ministerielle Wirksamkeit mit der Vorlage dreier Gesetzentwürfe eröffnen, welche die drei dringendsten Bedürfnisse der innern Organisation befriedigen; es sind dies die Entwürfe eines Preßgesetzes, eines Nationalgardestatuts und einer Regelung des Associationsrechtes. — Der Allgem. Ztg. wird geschrieben: „Den Reichskommissären aus Frankfurt warden die Akten über Blum's Verurtheilung vorgelegt. Man behauptet, daß auf den Bericht, welchen sie der Nat.-Vers. bringen würden, dieselbe sich bewogen fühlen dürfte, von ihren Beschlüssen in etwas abzugehen." — Nach demf. Blatte hat die Wahl Smolka's zum Präsidenten in Wien eine gute Wirkung hervorgebracht; die deutsche Partei nimmt sie für ein Zeichen, daß die Oktobermajorität noch zusammenhält. — Die Grazer Ztg. vom 22. Nov. widerspricht den irrigen Gerüchten, als ob Gratz in Belagerungszustand erklärt oder gar beschossen worden wäre. Sie hoffe, daß Ausnahmsmaßregeln nicht nothwendig werden. Die akademische Legion habe ihre Waffen freiwillig

Digitized by Google

abgegrben, der demokratische nnd dee Arbeiterverein haben sich aufgelöst, und es werde eiae energische Fremdenpolizei den Wühlereien entgegentreten. Derzeitigrr Verstand der Provinz ist Kreishauptmann Marquet, nachdem Graf Wickenburg nach Ollmütz berufen worden. Feldzeugmeister Graf Nugent hatte „zum Behuf der Landesvertheidigung" das Plateau des Schloßberges, sowie die Schlösser von Petiau und Riegersburg besetzen lassen. Es wird beigefügt, bei dem Mangel an festen Plätzen drohe auch dem Inneen der Prooinz Gefahr durch die an den Grenzen sich mehr und mehr sammelnden bewaffneten magyarischen Schaaren.

Wien. Handbillet des Kaisers von Rußland an den Fürsten Windischgrätz. Herr Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz! Ich erfahre eben die Befreyung Wiens durch die treuen und tapferen Truppen, welche der Kaiser, Ihr Herr, Ihrem Oberbefehl vertraut hat. Würdig ihres alten Rufes und ihres edlen Feldherrn haben diese Truppen dea verbrecherischen Widerstand einer anarchischen Faktion besiegt, welche es gewagt hat sogar in der Hauptstadt der Monarchie die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen. Indem Sie diese Umsturzpartei auch auf den andern Punkten der Monarchie bezwingen werden, wo dieselbe sich imater noch thätig zeigt, werden Sie mit Ihren tapfern Waffengefährten den der europäischen Sache in Herstellung dee Ordnung und Gesetzlichkeit geleisteten Dienst auf das glänzendste vollenden. Der Ruhm der österreichischen Armee und ihrer ausgezeichneten Führer wird mich stets mit der lebhaftesten Theilnahme erfüllrn, und ich kann mir das Vergnügen nicht versagen den Ausdruck davon gegenwärtig zu erneuern, indem ich Ihnen hiermit die Insignien meines St. Andreas-Ordens in Brillanten übersende. Ich wünsche Hrrr Fildmarschall! daß die Verleihung des ersten meiner Orden Ihnen einen Beweis meiner persönlichen hohen Achtung für die glänzenden und ritterlichen Eigenschaften sei, durch welche Sie sich auszeichnen. Ihr aufrichtig geneigter Nikolaus m. p. Zarskoje-Selo, den 29. Oktober (10 November) 1848.

Wien. Der D. Allg. Z. wird geschrieben: Man sieht mit Spannung den Schritten des neuen Ministeriums entgegen. Fürst Felix Schwarzenberg, der Präsident des Conseils und Minister des Auswärtigen, hat seine diplomatischen Feldzüge in England, Rußland und Neapel gemacht. Es steht zu erwarten, daß unter seinem Auspicien die nothwendigen Abänderungen in der Besetzung der wichtigern diplomatischen Posten eintreten werden. Ich spreche diesen Wunsch nicht aus Antrieb irgend einer politischen Ansicht, sondern nur aus jenem der materiellen Landesinteressen aus, welche durch die Incapacität der zu ihrer Vertretung in der Fremde Berufenen arg vernachlässigt geblieben sind. Mindestens wäre die Beigabe von Botschaftsräthen, die sich um Landescultur und Industrie, Handel und Schifffahrt etwas mehr bekümmerten als bisher geschehen, sehr wünschenswerth. Es wird vielfach geklagt, daß die österreichische Diplomatie sich in dieser Art der Auskundschaftung von allen andern überflügeln lasse. Fürst Felix Schwarzenberg ist ein Sohn der Fürstin Pauline, die im Jahr 1810 ein so tragisches Ende in Paris nahm; seine Schwester aber, und zwar dieselbe, um derentwillen die heroische Mutter den Tod fand, war die Fürstin Windisch-Grätz, die bei den letzten Prager Scenen von der Kugel eines Mörders ereilt ward.

Ollmütz, 23. Nov. Der bisherige k. k. Ministerpräsident, Freiherr von Wessenberg, hat hinsichtlich seines Austrittes aus dem k. k. Ministerium nachstehendes Circularrescript an sämmtliche k. k. Gesandtschaften erlassen:

„Ollmütz, den 21. Nov. 1848. Gesundheitsrücksichten, und nur diese haben mich bewogen, Se. Maj. den Kaiser zu bitten, mich von den mir anvertrauten Staatsämtern zu entheben. Ich fühlte mich zu diesem Entschlusse verpflichtet in der Ueberzeugung, daß meine geschwächten Kräftr der mir gewordenen Aufgabe unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr genügen dürften, und war daher solchen dem mir allerhöchst geschenkten Vertrauen selbst schuldig. Mein Programm enthte, wie bekannt, auf dem Gedanken, die Monarchie auf constitutionelle Grundlage zu befestigen. Dieses Programm war, ich darf es behaupten, der Ausdruck dee Gesinnungen des Monarchen, welchem die Völker Oesterreichs ihre Freiheiten verdanken. Ich scheide mit dem Bewußtsein, diesem Programm treu geblieben zu seinz ich scheide mit dee Ueberzeugung und der Beruhigung, daß dasselbe auch jenes des neuen Ministeriums ist. Ich ersuche Euer rc. in diesem Sinne die allenfallsigen falschen Gerüchte über die Ursachen meines dermaligen Rucktrittes aus den Staatsgeschäften derichtigen zu wollen. Empfangen rc. (gez.) Frhr. von Wessendeeg."

** **Köln,** 27. Nov. Wenn sich eine Nachricht bestätigt, die mir heute Morgen aus sehr guter Quelle zugeht, die mir aber dennoch der Bestätigung zu bedürfen scheint, so würden von heute ab sowohl hier als in den übrigen Theilen dee Provinz umfassende Verhaftungen der als Häupter und Leiter dee demokratischen Klubs, Vereine rc. bekannten Personen vorgenommen werden. Ich liebe keine Verhaftungen, die nicht auf rechtlichem, sondern bloß auf politischem Grunde beruhen, und so spreche ich die Hoffnung aus, daß jene Nachricht sich als falsch ausweisen möge. Welch' augenblicklichen Erfolg eine Maßregel, wie die in Frage stehende, auch vielleicht haben könnte, nachhaltig würde sie nicht von Wirkung sein, sondern im Gegentheil den bereits angehäuften Gährungsstoff nur intensiver machen. Da ich hier übrigens einmal von Verhaftungen spreche, so mag hier gleich hinzugefügt werden, daß dem hiesigen Divisions-Kommando heute auf dienstlichem Wege die Anzeige geworden ist, daß die belgische Regierung die beiden flüchtigen Officiere vom 25. Regiment mit dem Schube an die preußische Grenze gebracht hat. Heute ist die für dieses Quartal noch anberaumte außerordentliche Assise eröffnet worden. Neben einee Anzahl der gewöhnlichen Verbrechen kommt die Meuterei, welche vor einigen Monaten im hiesigen Arresthause stattfand und durch Waffengewalt unterdrückt werden mußte, dann, am 20. December, ein Preßproceß gegen die neue Rheinische Zeitung und an den folgenden Tagen die ohne Zweifel interessante Proredur gegen Gottschalk, Annecke und Esser oar. Die beiden erstgenannten Angeklagten werden von den Advokaten Walleaf von hier und Wesendonck (dem Abgeordneten von Düsseldorf) vertheidigt; die Veetheidigung des letzteren hat der Advokat und Abgeordnete Simon von Trier übernommen. Nachdem, aus dem Oberlande kommend, ein Bataillon oom 26. Regiment hier eingerückt war, ist gestern morgen ein Bataillon vom 29. Regiment von hier nach Aachen abgegangen. Man erwartet dort noch ein Bataillon des 28. Regiments; auch die dortigen Zustände scheinen also die Heranziehung einer größeren Truppenzahl zu bedingen.

— Die Leipziger Zeitung enthält einen aus **Altenburg** am 23. Novemder hintee dem Advokaten Hanns Alfred Erde erlassenen Steckbrief, gegen welchen Anschuldigungen dee Aufwiegelung, versuchter Verführung des Militairs zum Bruch seines Dienstelides, Aufforderung zum Morde, insbesondere dee Fürsten und Könige, der vorbereitenden Handlungen zum Hochverrath und des Hochverraths selbst vorliegen.

Kiel, 20. Nov. Der bei Bau gefallene Graf C. Rantzau war bekanntlich ein ausgezeichneter Entomolog. Heute wurde die von demselben hinterlassene schöne Insektensammlung und die darauf bezüglichen Bücher und Papiere dem zoologischen Museum hiesiger Universität übergeben, wo sie zum bleibenden Andenken an den früh Verstorbenen werden aufbewahrt werden.

Die Centralgewalt hat beschlossen, Untersuchungen darübee anstellrn zu lassen, ob sich vom Kieler Hafen nach der Elbe oder Nordsee ein für die Marine zweckmäßiger Kanal erbauen lasse. Mit dee Leitung der Untersuchungen ist der Hauptmann Möring beauftragt. (Die „Schlesw.-Holst. Ztg." enthält eine amtliche Bekanntmachung dee gemeinsamen Regierung darüber, in welcher verfügt wird, daß dem Hauptmann Möring behufs Untersuchung des Terrains freier Zutritt zu allen öffentlichen und Privatgrundstücken zu gestatten ist.)

Frankreich.

* **Paris,** 26. Nov. Wir setzen unsern thatsächlichen Bericht über die wichtige Sitzung der National-Versammlung da fort, wo wir ihn gestern wegen des Postabgangs hatten schließen müssen. General Cavaignac legte die von ihm schon im Mai gegebenen Befehle vor, woraus hervorgeht, daß er mehr Regimenter (17) in Paris zurückhielt und zum Theil kommen ließ, als die Exekutivkommission gewollt hatte, er bewies, daß es geradezu nicht wahr sei, daß er einen Augenblick nicht gewußt oder nicht gesagt hätte, wie stark die in Paris befindliche Truppenzahl wäre, daß er eine Order St. Hilaire's welche dieser als Privatmann gab, nur darum nicht ausführte, weil Marie im Namen der Exekutivkommission eine andere an ihn hatte gelangen lassen. Er that aus dem eigenen Berichte Trouvé-Chauvel's, des ehrmaligen Polizeipräfekten, dar, daß die Baerikaden nicht, wie Barthélémy Saint-Hilaire behauptet hatte, vereinzelt, sondern fast alle auf einmal aufgerichtet wurden und die Truppen also, wenn er sie zu feühr in die Insurrektionslinie hätte einrücken lassen, wenigstens an einigen Stellen leicht umzingelt und dadurch entmuthigt hätten werden können, wie dies bei einem Corps wirklich der Fall war. Allgemeine Heiterkeit erregte, als er diesem Professor der Philosophie, der sich viel auf das Argument zu

Digitized by Google

gut gethan hatte, die Barrikade an der Porte St. Denis, welche der General endlich eingewilligt hätte, am 23. demoliren zu lassen, sei nicht wieder aufgerichtet worden, folgende Antwort gab: Die Porte Saint Denis war das Hauptquartier des Generals Lamoricière, und Sie werden alle gesehen haben, daß dort gar niemals eine Barrikade war. Der General that noch durch Thatsachen dar, daß er nie gegen die Exekutivkommission gewirkt, gesprochen, oder gar intriguirt hätte und schloß mit den Worten: So lassen Sie uns denn endlich hören, welche Bedeutung Sie Ihrer Auffassung der Thatsachen geben, warum Sie diesen Minister beschuldigen, seine Pflicht verletzt, warum dieser Ehrgeizige gethan haben soll, was er gethan hat; dann wird nicht der Sachwalter, dann wird der Krieger Ihnen antworten, und Sie werden auf ihn hören. Der Rede des Generals folgte ein Beifallssturm, der nicht enden wollte. Die Sitzung wurde auf das dringende Gesuch von Garnier Pagès, um 6 Uhr aufgeschoben, und nach 8 Uhr wieder eröffnet. Barthélémy Saint Hilaire sprach zuerst, um wie er sagte, die Exekutivkommission zu rechtfertigen, fügte aber hinzu, er habe den General nie beschuldigen wollen, aus Ehrgeiz oder gar in böser Absicht gehandelt zu haben. Dieser holde Rückzug regte nun die Versammlung mit Einschluß des Berges, der sich getäuscht sah, heftig auf. Garnier Pagès klagte den General des Undanks gegen die Executivkommission an, welche zu stürzen er den Klub Poitiers förmlich angegangen habe. Der Abgeordnete Lanbrin erklärte hierauf, dies sei nicht wahr, was General Cavaignac seiner Seits energisch bekräftigt. Ledru-Rollin beschuldigt den Generol, nicht so viel Truppen, wie er gesagt hätte, 20,000 Mann, koncentrirt zu haben, was von General Bedeau, auf welchen sich Ledru-Rollin bezogen hatte, sogleich widersprochen wird. Endlich kommt Ledru-Rollin darauf heraus, man solle eine allgemeine Amnestie bewilligen. Es wurde Covaignac leicht, dessen neue Anklage zu widerlegen. Es stellte sich heraus, daß Ledru Rollin die militärische Bedeutung des Wortes koncentriren nicht kannte, welches nicht bedeutet, Truppen auf einem Punkte, sondern so zusammenhalten, daß sie gleich zur Hand sind. Der Bürger Ledru-Rollin, fuhr der General fort, hat gesagt, in Folge einer Meinungsverschiedenheit hätte er sich von mir getrennt. Das ist wahr und ich glaube nicht, daß sich das so bald ändern wird. (Stürmischer Beifall.) Das über Erwarten günstige Resultat der Sitzung haben wir bereits mitgetheilt. Der greise Dupont sprach sich dahin aus, die Erklärungen des Generols seien so einleuchtend, daß sie Jeden überzeugen müßten. Wir bemerken noch, daß Lucian, Murat, Victor Hugo, General Baraguay d'Hilliers, Proudhon, Lerour, 2 ehemalige Legitimisten und 27 Abgeordnete von dem Berge zu den 34 gehörten, welche gegen die motivirte Tagesordnung stimmten. Die 3 Bonaparte, Thiers, Molé, Ledru Rollin, Odilon Barrot, Leon Foucher, Berrier, Gremieux, Mentalembert waren im Augenblicke der Abstimmung abwesend; Larochejaquelin, Fallour und mehrere andere Abgeordnete der ehemoligen legitimistischen Partei gehören aber mit zu der Mojorität. Auf der diplomatischen Tribüne bemerkte man Lord Normanby, die Geschäftsträger Oesterreichs, Preußens und Rußlands, den Nuntius, die Gesandten der Schweiz und der Königin von Spanien, so wie viele ehemalige Pairs und Deputirte. Vor der Sitzung hatten die ehemaligen Mitglieder und Oberbeamte der Executivcommission von der einen, General Cavaignac mit sämmtlichen Ministern und den Herren Marie, Armand Marrast und Recurt von der andern Seite lange Conferenzen. Lamartine, der gestern auf der Eisenbahn gekommen war, schien zu allgemeinem Bedauern sehr unwohl zu sein. General Oudinot, der Oberbefehlshaber der Alpenarmee, wohnte der Sitzung als Abgeordneter bei. Mehr als 160 Deputirte sollen zu derselben hierher gekommen sein. Von den Journalen lassen nicht nur der National, sondern auch das Journal des Debats und in gewisser Beziehung selbst Proudhon's Blatt dem Charakter, wie dem Talente, welche Generol Covaignac bewiesen, volle Gerechtigkeit widerfahren. Presse und Constitutionel schweigen heute! In den Druckereien schlug man sich, im eigentlichen Sinne des Wortes, um die Blättee. Die heutige Sitzung hat übrigens den besten Erfolg hervorgebracht, man fühlt sich beruhigter, und die ultrarevolutionären Clubs, welche sorgfältig überwacht werden, werden schwerlich versuchen, die Ruhe zu stören. Der Moniteur erklärt heute bestimmt, die Angabe der Assemblée nationole, daß neue Unordnungen bevorstünden, Pulver angehäuft, Kugeln gegossen würden u. s. w., habe sich als völlig grundlos herausgestellt. — Marschall Bugeaud wird diesen Abend hier erwartet.

Italien.

* In **Rom** trug das Volk am 17. Morgens die Barrikaden von dem Montecavallo weg. Mit Mühe gelang es dem Papste, den Schweizern das Leben zu retten, doch willigte die Bürgerwehr endlich darein, und dieselben wurden nur entwaffnet. Dem Kardinal Lambruschini gelang es, sich als Dragoner verkleidet, zu retten. Die Militärbehörden haben sich dem Volke unterworfen. Romini und Sereni haben entschieden abgelehnt, in das neue Ministerium einzutreten. Pius IX. ist verlassen in dem öden Quirinal. Weder Prälaten, noch Edelleute, noch höhere Militärpersonen haben es für gut befunden, ihm einigen Trost zu bringen. Nur das diplomatische Corps hat sich zu ihm begeben, und Niemand als die Kardinäle Antonelli und Soglia bei ihm gefunden. Der Pabst soll gesagt haben, da er genöthigt worden sei, seine Gorde gegen seinen Willen fortzujagen und durch eine andere ersetzen zu lossen, so gehe er in seiner hülflosen Lage von dem Gedanken aus, alles Blutvergießen zu vermeiden, habe aber ausdrücklich verboten, sich bei Regierungshandlungen seines Namens zu bedienen. Er erkläre vor Europa und der Welt, daß er keinen Antheil an den letzteren nehme. In der That unterzeichnet der Kardinal Staatssekretär die Akten, welche der Pabst nicht anerkennen will, was den Argwohn des Volkes erregt. Es heißt, man habe eine Depesche des Königs von Neopel an Rossi aufgefangen, woraus hervorgehe, daß Letzterer in das Bündniß mit diesem Despoten gewilligt, wogegen jener sich bereit erklärt habe, das Ministerium Rossi mit seinen Truppen zu unterstützen. Eben wird eine Demonstration vorbereitet, die zum Zwecke hat, die italienische Konstitution sogleich verkünden zu lassen. (Piemontesische Zeitung vom 22. Nov.)

Schweiz.

Thurgau. D. N. Z. Z. schreibt: Laut einer hiesigen Korrespondenz vom 25. d. erwartete man hier fast überall, daß die Sperre gegen die Schweiz heute den 27. November beginnen und daß sie sich nicht allein auf den Verkehr mit Waaren beschränken, sondern selbst eine Kontrolle über die Personen umfassen würde. Aus andern Grenzkantonen verlautet nichts hierüber.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 29. November.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 68¾; 2½pCt. ditto 36 9/16; Bankaktien fl. 1168; fl. 500. Loose 117½; fl. 250. Loose 78¾; Badische fl. 35. Loose 25¾; Hessische Rthlr. 40 Loose 25¼; Polnische fl. 500 Loose 68⅝; Friedr. Wilh.-Nordbahn 39½; Berbach 64¼; Köln-Minden 76½; 3pCt. inländ. Span. 18½; 4½pCt. Würt. 92⅝; 4½pCt. Belg. 72⅞; Holl. 2½pCt. Integrale 47¾.

Die Börse war geschäfts- und lustlos. Für würtemb. und badische Obligationen war mehr Frage; dagegen wurde Norddahn billiger abgegeben.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 29. Nov. (Schluß.)

Karl **Welcker** hat das Verfahren der Reichskommissäre in Oesterreich in einer Rede vertheidigt, die gegen zwei Stunden gewährt, und welche die verschiedenartigste und tiefste Bewegung im Hause hervorgerufen hat. Soeben erst verläßt er die Tribüne unter dem Beifallszucufe der bei weitem größten Mehrheit des Hauses. Wir werden seine Rede, so reich an unumwundener Wahrheit und an wichtigen Aufschlüssen sobald und so vollständig als möglich in diesem Blatte zu geben suchen. Auf Welcker folgt der Reichsminister v. Schmerling.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 76 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue de la Monnaie.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die fürstl. Thurn u. Tax. O. P. u. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 317. **Frankfurt a. M., Donnerstag 30. November.** **1848.**

Uebersicht.

Der Ausschußentwurf über Volks- und Staatenhaus.

Deutschland. Frankfurt (Neue Parteigestaltungen. Der „Märzverein.") Wien (Die Armee gegen Ungarn. Der Kaiser von Rußland an Jellacic.) Olmütz (Mißtrauensvotum. Hurter. Die Minister. Die Partrisstellung in Kremsier.) Berlin (Die Versammlung in Brandenburg ist nicht beschlußfähig. Bevorstehende Vertagung. Die Versammlung in Berlin auseinandergetrieben. Das Ministerium bleibt.) Maelenmerder (Die Regierung gegen das Ministerium.) Brandenburg (Die Domkirche.) Elberfeld (v. d. Heydt.) München (Das neue Gerichtsverfahren. Ausschreiben des Justizministeriums.) Leipzig (Die Todtenfeier für Blum.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Darmstadt (Kammerverhandlungen. Edikt über die Vermehrung der Streitkräfte.) Mainz (Exzesse.) Aus Thüringen (Unruhen.) Aus Schleswig-Holstein (Nord- und Ostsee-Kanal.) Hamburg (Verein zur Beförderung der Auswanderung. Trauerfest für Blum.) Lübeck (Preßgesetz angenommen.)

Italien. Turin (Demonstration. Besorgniß für die öffentliche Ruhe.) Toskana (Widersetzlichkeit gegen die Militäraushebung.)

Schweiz. Bern (Verhandlung der Bundesversammlung. Die Angelegenheit mit Deutschland.)

Griechenland. Athen (Mussurus abgereist. Eröffnung des Landtags. Bedenkliche Zustände.)

Neuestes.

Börsenbericht aus Paris (Vom 27. November.)

30. November.

Wiederum ist ein wichtiger Theil der deutschen Reichsverfassung im Entwurf aus den Händen des Ausschusses hervorgegangen und den Mitgliedern der Versammlung vorgelegt. Es ist das Kapitel vom Reichstage, umfassend das Staatenhaus und das Volkshaus. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der einzelnen deutschen Staaten; doch sollen nicht alle Staaten selbstständig Vertreter in's Staatenhaus senden, vielmehr sind die kleineren und kleinsten theils unter sich zur gemeinsamen Abordnung eines solchen verbunden, theils größeren angeschlossen. So ergibt sich folgendes Stimmenverhältniß im Staatenhause: Preußen sendet 40 Mitglieder, Oesterreich mit Lichtenstein 36, Baiern 16, Sachsen 10, Hannover 10, Würtemberg mit den beiden Hohenzollern 10, Baden 8, Kurhessen 6, Hessen-Darmstadt mit Hessen-Homburg 6, Holstein, Schleswig und Lauenburg 6, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz 6, Luxemburg mit Limburg 2, Braunschweig 2, Nassau 4, die großherzoglich und herzoglich sächsischen Lande nebst den beiden Schwarzburg und Reuß 6, Oldenburg 2, Waldeck und die beiden Lippe 1, die drei Anhalt 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Hamburg 1, Bremen 1. Zusammen 176 Mitglieder.

Eine Minorität will, daß jeder einzelne selbstständige deutsche Staat, so wie jeder aus mehreren kleinen Staaten gebildete Gesammtstaat, ohne Rücksicht auf seine Größe, 4 Abgeordnete in's Staatenhaus entsende.

Die Wahl der Mitglieder des Staatenhauses geschieht zur Hälfte durch die Regierung, zur Hälfte durch die Volksvertretung des oder der betreffenden Staaten. Wo zwei Kammern bestehen, wählen diese in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit.

Eine Minorität will diese Wahlen ausschließlich den Volksvertretungen einräumen, der Regierung höchstens ein Vorschlagsrecht für ihre Hälfte.

In den Staaten, welche nur 1 Mitglied senden, schlägt die Regierung 3 Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung wählt (oder umgekehrt nach dem Vorschlage der Minorität.)

Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung verbunden sind, haben diese über die gemeinschaftlich vorzunehmende Wahl ein Abkommen, unter Zustimmung der Reichsregierung, zu treffen.

Die nothwendigen Bedingungen zur Mitgliedschaft im Staatenhause sind: Das 30. Lebensjahr, der Besitz des Staatsbürgerthums in dem zu vertretenden Staate und der volle Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte.

Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf 6 Jahre gewählt, und alle 3 Jahre zur Hälfte erneuert (nach dem Minoritätserachten soll es heißen 4 und 2)

Das Volkshaus besteht aus Abgeordneten des deutschen Volkes, nach der Volkszahl. Das Wahlgesetz bleibt vorbehalten, doch erhellt aus dem Berichte des Ausschusses, daß dieser sich eine Vertretung von 1 auf 100,000 gedacht hat, woraus eine Mitgliederzahl von 450 für das Volkshaus hervorgehen würde. Die Mitglieder des Volkshauses werden auf 4 Jahre gewählt (eine Minorität will auf 3, eine andere auf 2 Jahre.)

Die Mitglieder beider Häuser beziehen Tagegelder.

Instruktionen sind nicht statthaft.

Zu einem gewöhnlichen Beschluß ist in jedem Hause die Anwesenheit von wenigstens ½ der Mitglieder nothwendig; dagegen da, wo es sich um Genehmigung von Einrichtungen und Maßregeln handelt, welche der Reichsgewalt nicht ausdrücklich durch die Reichsverfassung zugewiesen sind, die Anwesenheit von ⅔ und unter diesen ein Stimmenmehr von ⅔. Reichstagsbeschlüsse können nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen. (Ein Vorzug des einen vor dem andern Hause ist nicht vorgesehen, selbst nicht bei der Beschlußfassung über Finanzgegenstände, wo doch in der Regel dem Volkshause größere Rechte zustehen).

Das Recht des Gesetzesvorschlags (?), der Beschwerde, der Adresse und der Untersuchung (enquête), sowie der Anklage der Minister, steht jedem Hause für sich zu.

Die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags ist erforderlich:

1) bei Erlassung, Aufhebung oder Abänderung [„und Auslegung" (Minorität)] von Reichsgesetzen;

2) bei Feststellung des Reichshaushalts, Kontrahirung von Anleihen, Uebernahme von im Budget nicht vorgesehenen Ausgaben auf das Reich und Erhebung nicht vorgesehener Steuern oder Matrikularbeiträge;

3) bei Anlegung oder Bewilligung von Banken [„sowie wenn Papiergeld eingeführt oder das vorhandene vermehrt werden soll" (Minorität.)];

4) in den Fällen, wo die Steuerhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist;

5) wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden sollen;

6) wenn Handels-, Schifffahrt- oder Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten;

7) wenn nichtdeutsche Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiet angeschlossen, oder einzelne Oerte und Gebietstheile von der Zollinie ausgeschlossen werden sollen;

8) wenn deutsche Landestheile abgetreten, oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen.

[9) „Wenn Verträge eines Einzelstaates mit andern Staaten der Bestätigung der Reichsgewalt bedürfen". (Minorität.)]

Eine Minorität will dem Reichstag auch die Besetzung gewisser Reichsämter zuweisen.

Hinsichtlich der gegenseitigen Befugnisse der Reichsregierung

Digitized by Google

und des Reichstags räumt die Mehrheit des Ausschusses der Ersteren ein obsolutes Veto ein. Eine Minorität will dieselbe auf ein blos suspensives Veto beschränkt wissen.

Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bestimmt, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt [„aus eigener Machtvollkommenheit" (Minorität.)]. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit vom Reichsoberhaupt [„vom Vorsitzenden des letzten Reichstags" (Minorität)] einberufen werden.

Das Volkshaus kann vom Reichsoberhaupt aufgelöst, gleichzeitig muß das Staatenhaus vertagt werden. In solchem Fall ist aber der Reichstag binnen 3 Monaten wieder einzuberufen.

[„Nur mit Zustimmung des Reichstags können die Sitzungen desselben an einem andern Ort, als wo der Sitz der Reichsregierung ist, verlegt oder eine Vertagung ausgesprochen werden." (Minorität).]

Das Ende der Sitzungsperiode des Reichstags wird vom Reichsoberhaupt [„durch Uebereinkunft beider Häuser" (Minorität)] bestimmt. Art VII spricht von der Geschäftsordnung der beiden Häuser. Wir heben daraus nur hervor, daß die Sitzungen beider Häuser in der Regel öffentlich sind und nur unter gewissen Bedingungen geheime werden dürfen, ferner, daß jedes Haus das Recht haben soll, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen (selbst die Mitglieder der Linken sind dem beigetreten, nur „unter erschwerenden Bedingungen für die Ausschließung").

Art. VIII enthält das Gesetz zum Schutze der Abgeordneten gegen gerichtliche Verfolgung, welches von der gegenwärtigen Nat.-Vers. angenommen worden ist.

Art. IX bestimmt, daß die Reichsminister in beiden Häusern Zutritt haben und Gehör verlangen können, daß sie auf Verlangen eines Hauses in demselben erscheinen müssen und daß sie nicht Mitglieder des Staatenhauses sein dürfen, — endlich, daß jedes Mitglied des Volkshauses, welches im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, sich einer Neuwahl zu unterwerfen haben soll.

Dies der Inhalt des Abschnitts vom Reichstage. Eine Beleuchtung desselben bleibe vorbehalten.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 27. Nov. Nie konnte man den genauen Zusammenhang und die innige Wechselwirkung zwischen Frankfurt und Berlin schärfer beobachten, als in den letzten Tagen. In Oesterreich findet der gewaltsamste folgenreichste Umschwung statt — ein Umschwung, der die Hoffnungen auf den Anschluß Deutsch-Oesterreichs auf lange trübt — und dennoch zeigen sich die Wirkungen davon im übrigen Deutschland nur vereinzelt oder oberflächlich. In Preußen droht aus der Ferne kaum eine ähnliche Gefahr, und gleich gährt es aus allen Tiefen. Der Instinkt des Volkes ist in seinen Lebensfragen wunderbar scharf, und die Gewalt der wirklichen Verhältnisse macht sich auf die Dauer immer geltend über die Macht der bloßen Wünsche und Sympathieen. Die jüngsten Ereignisse in Berlin, nachzitternd durch alle Herzen, haben eine neue Wendung der Dinge für unser Vaterland vorbereitet; schon ist selbst im Schooße der Reichsversammlung eine neue Parteienstellung im Werden. Niemand, der sich den Blick noch unbefangen erhalten hat, kann verkennen, daß Deutschland an der Schwelle einer folgenschweren Entscheidung angelangt ist. In Oesterreich ist der Rubikon überschritten, wir können es uns nicht länger verhehlen, die Lostrennung von Deutschland ist dort für geraume Zeit entschieden. Mit erhöhter Spannung richten sich die Blicke auf Preußen, das heute vielleicht seinen verhängnißvollsten Tag erlebt. Wie dieser Tag sich in Berlin und Brandenburg entscheidet, wird von unermeßlichem Einfluß auf ganz Deutschland sein.

Worum handelt es sich eigentlich in Preußen. Nicht um Monarchie oder Republik, nicht um Ordnung oder Anarchie — es ist nicht wahr! Der kennt den preußischen Staat schlecht, der glaubt, er sei in der Auflösung begriffen. Krisen, wie die gegenwärtige, wird er noch manche bestehen und immer, wie früher, mit verjüngter Kraft daraus hervorgehen können. Es handelt sich vielmehr um die alte Ordnung und um die neue Ordnung in der Form; es ist Streit um Prinzipien, welche die Meisten längst durch die Gewalt der Ereignisse entschieden glaubten. Wesentlich zwei Meinungen, zwei Parteien, aus mannigfachen Bestandtheilen und vielfach abgeschattet, stehen sich in Preußen einander gegenüber. Die eine will vom Königthum göttlichen Rechtes, das über oder doch wenigstens selbstständig neben dem Volksrechte steht, so viel wie möglich retten. Ihr muß gegenüber der Märzbewegung eine reaktionäre Neigung ankleben, wenn auch der Theil der royalistisch fühlenden Bevölkerung, der zu ihr steht, nicht eigentlich reaktionär ist. Ihr Halt liegt in der Beamtenwelt und im Heere, einer geistigen und einer materiellen Stütze. Die andere Partei will das moderne Königthum, ohne der „Liebe zum Fürsten" (wie z. B. in Belgien) Eintrag zu thun, nur noch als eine politische Institution zum Vortheil des öffentlichen Wohles und vom Volkswillen getragen, also den National- und Staatszwecken untergeordnet, betrachtet wissen. — Sie wäre die weit stärkere, wenn sie vollkommen klar in sich und fest organisirt wäre, wenn sie nicht gefährliche Bundesgenossen in den Republikanisirten gefunden, nicht einen wühlerischen Troß hätte. Dieses scheinbaren Bundes wegen mit der Anarchie ist sie schwächer, als sie sein könnte, und erscheint die erste Partei viel stärker, als sie wirklich ist. Aber schon der Schein kann als Hebel benutzt werden, er kann das Auge Hochstehender blenden, zu ihrem eigenen Verderben. Dazu kommt, daß die Büreaukratie, welche in Preußen noch immer von bedeutendem Einfluß auf das Volk ist und über die meiste Intelligenz gebietet, in ihrer großen Mehrheit sich entschieden dem alten Zustande zuneigt. Dieser Beamteneinfluß ist in Preußen organisirt wie sonst nichts, und macht sich in allen Sphären geltend. Denn es ist ein großer Irrthum, zu glauben, die administrative Centralisation wurzele nur in Frankreich, nicht auch bei uns. Uns fehlte zwar der Einheitsstaat, nicht aber Centralisation und Büreaukratie; wir hatten sie vollblühend, nur in den Einzelstaaten, ja sie waren gerade die natürlichen Stützen unseres Partikularismus mit seinem legitimen Ministeriol-Despotismus. Wir haben leider noch heute beide Uebel zugleich, übertriebenen Partikularismus und übertriebene Centralisation, und das Unglück ist, daß diese Uebel sich nicht gegenseitig aufheben — wie entgegengesetzte Fehler oft zum Guten ausschlagen — sich vielmehr gegenseitig stützen und stärken. Darin gerade liegt die Hauptschwierigkeit und die große Gefahr für das Zustandekommen der deutschen Einheit. Der ernste Konflikt in Preußen treibt nun alle jene Gegensätze unseres politischen Lebens aus der Tiefe auf die Oberfläche heraus. Die künstlichen Gegensätze, die von fremder Bildung auf uns übertragenen oder die rein doktrinären verschwinden davor, und den Parteien gehen über die wirklichen Zustände allmälig die Augen auf. So treten die neueren Vorgänge in Berlin in ein anderes Licht, auch für den Sichersten, den Gläubigen, den Vertrauensvollen hört die Reaktion auf Gespenst zu sein, sie erscheint ihm mit Fleisch und Blut, ja in Wahrheit als die allein organisirte Macht. Wir wollen den letzten Schritt der Mehrheit des preußischen Parlaments nicht rechtfertigen, aber wahrlich, durch die Nichtentlassung des Ministeriums Brandenburg, trotz des fast einmüthigen Mißtrauensvotums (welches selbst Hr. v. Vincke für zulässig erklärt), sodann durch die einseitige Vertagung und Verlegung der Berliner Versammlung mit Hülfe dieses Ministeriums ist das Wesen des konstitutionellen Gesetzes gröblich verletzt. Bunsen, den Niemand der Parteilichkeit gegen die Krone zeihen wird, sagt in seinem zweiten Sendschreiben: „Das Vertrauen des Parlaments allein macht die Minister stark und erhält sie! Der Mangel desselben bewirkt ihre Schwäche und am Ende nothwendig ihre Entfernung." Das Ministerium bilde den Rath der Regierung und sei dieser, wie dem Parlamente verantwortlich.

So viel ist klar, der Kampf wird jetzt ein intensiverer werden, er wird sich aus den Abstraktionen, aus den vagen Begriffen loswinden und in die wirklichen Gegensätze eintreten. Wie die Entscheidung in Preußen fällt, beginnt ein neuer Abschnitt der deutschen Bewegung, der Revolution. Die Ungeduld der drei Fraktionen auf der Linken der Reichsversammlung hat die Stunde nicht erwarten können. Ihre Hoffnungen auf die Nationalversammlung völlig aufgebend, wollen sie den Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit außerhalb derselben verlegen und im Volke selbst einen festen Punkt suchen, von dem aus sie die Versammlung aus ihren bisherigen Angeln heben können. Diesen festen Punkt soll ihnen die Organisation eines ganz Deutschland umfassenden „Märzvereins" gewähren, d. h. eines Vereins für die Erhaltung der Errungenschaften des Märzen, an dessen Spitze die Mitglieder der

Linken als Centralverein stehen. Ostensibler Zweck, Ausgangspunkt ist vereintes Entgegenwirken und Handeln gegen die Reaktion, welche sich in Oesterreich, in Preußen, allwärts organisirt — also wiederum gegen einen vagen Begriff, unter den sich seiner Zeit Alles fassen läßt. Der Märzverein steckt zwar die Republik noch nicht als seine Fahne aus, er will auch Konstitutionelle in sich aufnehmen, er ist nur negativ über das einverstanden, was er nicht will, nicht aber auch über das, was es positiv zu erreichen gilt. Aber man vergesse nicht, auch die Jakobinerklubs in Frankreich sind von Männern gegründet worden, welche der konstitutionellen Monarchie aufrichtig anhingen. Wie bald wurden sie desungeachtet das Werkzeug des Bergs und seines Terrorismus! In Erwägung dessen vielleicht und der Zeitumstände hat die Fraktion des Würtemberger Hofes den Lockungen männlich widerstanden: sie hat ihren Zutritt zu dem Märzverein für jetzt mit aller Entschiedenheit und fast einmüthig zurückgewiesen. In der vollen Unabhängigkeit ihrer bisherigen Stellung beharend, will sie die Ereignisse noch abwarten und sich so wenig von der Linken als der Rechten in's Schlepptau nehmen lassen; sie will sich in den dürren Formalismus eines einseitigen Prinzips so wenig verbeißen, als sie ihre Kraft in einer jakobinischen Klubregierung auf den Trümmern der bestehenden Ordnung suchen will. Dieser Entschluß setzt noch Vertrauen auf die Reichsversammlung voraus, und darin unterscheidet sie sich wesentlich selbst von den edleren Bestandtheilen der Linken. Und wahrlich, müssen besonnene patriotische Männer, eh sie einen so entscheidenden Schritt thun, sich nicht fragen: für wen sie in ihrem Unwillen die Räderwerke zerschlagen helfen würden, welche in den einzelnen Staaten noch im Takte gehen? Eben so fest muß andererseits die Ueberzeugung stehen, daß man fortan mit der organischen Thätigkeit der Reichsgewalt so rasch als möglich vorgehen muß, weil namentlich im Süden die Regierungsmacht gebrochen, das Räderwerk allwärts in Deutschland nicht mehr im regelmäßigen Gange ist, und dadurch das Wiederaufleben des Wohlstandes, die Herstellung des Vertrauens unmöglich gemacht ist, bis die Centralgewalt leitend und ordnend wohlthätig eingreift.

Peogramm des März-Vereins.

Wir wollen die Einheit Deutschlands;

Wir wollen, daß die Freiheit als das natürliche Eigenthum der Nation anerkannt werde, nicht als ein Geschenk oder eine Gabe, die ihm nach Belieben von irgend einer Seite zugemessen wird;

Wir wollen, daß die Nation die Einschränkungen dieser Freiheit selbst bestimmt und sich nicht aufdringen läßt, daß oder ein Jedee sich diesen Einschränkungen zu unterwerfen hat;

Wir wollen die Berechtigung für das Gesammtvolk, wie für das Volk eines jeden einzelnen Landes, sich seine Regierungsform selbst festzusetzen und einzurichten, zu verbessern und umzugestalten, wie es ihm zweckdienlich erscheint, weil jede Regierung nur um des Volkes willen und durch seinen Willen da ist;

Wir wollen, daß die Verfassungen, welche der Gesammtstaat und die einzelnen deutschen Staaten sich geben, Bestimmungen enthalten, nach denen sie auf friedlichem, gesetzlichem Wege geändert und verbessert werden können;

Wir wollen, daß die auf solcher Grundlage errichteten Verfassungen von dem Gesammtstaate garantirt werden;

Damit auf diese Art die Revolution zu Ende gebracht und ein dauernder Zustand der Gesetzlichkeit, des Friedens und der Wohlfahrt der deutschen Nation und der einzelnen deutschen Volksstämme gesichert werde.

Organisation des Gesammt-Vereins.

1) Der aus Deputirten zur deutschen Nationalversammlung bestehende Verein bildet den Centralverein.

2) Er hat die Verpflichtung, die übrigen Vereine von denjenigen Schritten, deren Vornahme er für zweckmäßig hält, in Kenntniß zu setzen.

3) Um dies zu ermöglichen, wählt jeder einzelne Zweigverein einen Ausschuß, welcher die Geschäfte des Zweigvereins verwaltet und ihn nach Außen vertritt.

4) In den größeren Staaten Deutschlands — Oesterreich, Preußen und Bayern — vereinigen sich die Zweigvereine jedee Provinz, in den übrigen deutschen Einzelstaaten die des ganzen Landes unter einem Centralausschuß, welchee regelmäßig die Vermittelung der Correspondenz mit dem Centralverein übernimmt.

5) Die Art und Weise der Errichtung des Centralausschusses bleibt dem jedesmaligen Ermessen dee einzelnen unter ihm zu vereinigenden Zweigvereine überlassen. So lange ein Centralausschuß noch nicht konstituirt ist, übernimmt der Ausschuß des Zweigvereins der Hauptstadt des Landes, deziehentlich der Provinz, die Besorgung der Geschäfte desselben.

6) In den Ländern, in denen neben einander verschiedenartige Vereine bestehen, welche ihren Beitritt erklären wollen, bleibt es denselben unbenommen, neben einander fortzubestehen, in dem Maße, daß jede Klasse von Vereinen sich unter einem eigenen Centralausschuß vereinigt.

7) Jedee Centralausschuß zeigt sobald als möglich dem Centralvereine an, wie groß die Zahl der unter ihm vereinigten Zweigvereine ist, und welche von den in seinem Kreise erscheinenden Zeitschriften sich zur Aufnahme der von dem Centralvereine ausgehenden Artikel eignen.

8) Der Centralverein läßt von den lediglich for die Vereine bestimmten Mittheilungen jedem Centralausschusse so viel lithographirte Exemplare als unter ihm Zweigvereine bestehen, zum Behufe dee Mittheilung an letztere zugehen.

9) Es wird dafür von dem Centralausschusse lediglich der auf ihn fallende Antheil dee Kosten für die Lithographien selbst entrichtet, wogegen dee Centralverein alle Büreaukosten übernimmt.

10) Artikel, deren Verbreitung in den Zeitschriften der Centralverein beschließt, werden den einzelnen, von den Centralausschüssen namhaft gemachten Zeitschriften, ebenfalls in lithographirten Exemplaren und gegen Erlegung der Kosten für die Lithographieen gesendet.

Wien. Der wirkliche Bestand dee nach Ungarn bestimmten Expeditionsarmee ist folgender: 1) Aus Wien: 45 Bataillone Infanterie per 1300 Mann; 21 separirte Compagnieen zu 200 Mann. 58 Schwadronen meist schwerer Cavallerie, zu 150 Mann; 14 Brückenkompagnieen, endlich 238 Geschütze von verschiedenen Calibern. 2) Aus Croatien: 30,000 Mann reguläre Infanterie. 3) Aus Krakau: Das Corps des Generals Schlick per 8000 und jenes des Generals Simonic, 6000 Mann stark. 4) Aus Steiermark: Die Truppen des Feldzeugmeisters Nugent 7000 Mann. 5) Aus Siebenbürgen: Feldmarschalllieutenant Puchnee mit 8000 Mann. 6) Aus Serbien: Der Woywode Suplicaz mit 15000 Mann.

Wien. Das Handbillet des Kaisers von Rußland an Jellacic lautet wie folgt: „Ihre edle Bestrebungen, General, um die Grundsätze der gesellschaftlichen Ordnung und der Gleichberechtigung, welche durch eine zügellose, an den empörendsten Excessen schuldig gewordene Partei zu Füßen getreten wurden, vor einem Schiffbruche zu retten, haben Ihnen gerechte Ansprüche auf meine Achtung erworben. Ich folgte mit lebhafter Sympathie Ihren geschickten Operationen seit dem Tage, wo Ihe Patriotismus Ihnen die Waffe ergreifen ließ, um in Ungarn den umwälzenden Tendenzen zu widerstehen. Ihre talentvollen Bewegungen führten Sie unter die Mauern Wiens, gerade im Augenblick eines entscheidenden Kampfes. Dee Sieg, an welchem Sie einen so glänzenden Antheil nahmen, wendete sich auf Seiten des guten Recht". Indem ich die Wichtigkeit der Dienste, welche Sie und die Ihnen anvertrauten braven Truppen so eben erwiesen haben, vollkommen würdige, und indem es mir am Herzen liegt, Ihnen einen Beweis meiner völligen Anerkennung darüber zu liefern, habe ich Sie zum Ritter des heiligen Wladimirordens 1. Klasse ernannt, dessen Insignien nebst Patent ich Ihnen anbei übersende. Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung der Theilnahme und der besonderen Achtung auszudrücken, die ich Ihnen unabänderlich gewidmet habe. Nikolaus. Zarskoje-Selo, 29. Oktober (10 November) 1848.

Ollmütz, 22. Nov. Die hiesigen Bürger haben in einer Versammlung beschlossen, dem Abgeordneten Jetteles in Frankfurt ein Mißtrauensvotum zu senden, weil er in Frankfurt an dee Zerstörung Oesterreichs mit arbeitet und unter der Zahl der Deputirten nicht erscheint, die sich gegen die Personalunion erklärt hatten. — Hofrath Hurter ist wieder oeeschwunden. — Die Minister sind von Kremsier zurück und arbeiten fleißig an dem Programm, das sie Samstag (25.) dem Reichstage vorlegen werden.

(Const. Bl. a. B.)

△ **Ollmütz**, 23. Nov. Die Eröffnung unseres Reichstags fand richtig gestern in Kremsier statt. Die Parteien werden sich hier noch viel schroffer als in Wien gegenüber stehen und an eine Aussöhnung oder Vereinbarung ist nicht zu denken. Selbst außer dem Sitzungssaale findet nicht die geringste Annäherung zwischen ihren Mitgliedern statt, und die „goldene Sonne," der Versammlungsort der Linken, wird von der Rechten so sehr gemieden, als von jener der „Primas von Ungarn," allwo die Rechte ihre Zusammenkünfte hält. Die Rechte, oder besser gesagt, die slawische Partei freut sich im Vorhinein ihres Sieges, da ihr die Majorität bei zu fassenden Beschlüssen sicher ist. Denn wurde auch Smolka gestern zum ersten Präsidenten erwählt, so wird so etwas künftig nicht mehr geschehen, indem von den 100 noch nicht anwesenden Mitgliedern 70 der Rechten und nur 30 dee Linken angehören. Der Plan der Slawen geht auf die Gründung eines mit Deutschland nicht in dem mindesten Zusammendange stehenden Oesterreichs mit slawischer Suprematie. Daß ihrem Vorhaben vom Ministerium Stadion und dem Hofe alle mögliche Begünstigung zu Theil werden dürfte, weiß Jeder nur halbwegs in unsere Verhältnisse Eingeweihte. Unser schöner Traum von einer innigen Verbindung mit dem großen deutschen Vaterlande wird wohl für lange Zeit eben nur ein schöner Traum bleiben, dessen Verwirklichung in gar blauer Ferne liegt. — Der Mangel an Silbergeld ist bei uns zu einer fabelhaften Höhe gestiegen; es wird in Oester-

Digitized by Google

reich bald kein größeres Handelsgeschäft geben, das nicht, um diesem Mangel abzuhelfen, gezwungen wäre, eigenes Papiergeld im Betrage von 10 kr. und 20 kr. C. M. herauszugeben. — Vorgestern wurden hier fünf gefangene ungarische Soldaten eingebracht; es scheint dies bis jetzt das einzige Resultat des gegen Tirnau vorrückenden Simonic'schen Corps zu sein. Windischgrätz zeigt sich jetzt von der milden Seite; er begnadigt nur auf Schanzarbeit in Eisen.

* **Berlin**, 27. November. Am heutigen Tage sind in Brandenburg nur 154 Mitglieder zusammengekommen; der Präsidentenstuhl ist vom Alterspräsidenten eingenommen. Das Ministerium hat erklärt, daß es über den Stand der Dinge dem Könige Bericht erstatten und morgen eine königliche Botschaft vor die Versammlung bringen werde. Diese wird, wie wir aus glaubhafter Quelle erfahren, in einer neuen Vertagung auf 14 Tage bestehen, während welcher Zeit die Stellvertreter der fehlenden Abgeordneten einberufen werden sollen.

Heinrich v. Gagern hat es abgelehnt, preußischer Premier zu werden. Hr. v. Vincke ist bis jetzt nicht aufgefordert, ein neues Ministerium zu bilden. Das Ministerium Brandenburg bleibt vorläufig im Amte, und will seine militärischen Maßregeln durchführen. Eine Versammlung der in Berlin zurückgebliebenen Mehrheit der Landesversammlung ist durch Militär auseinandergetrieben. General Wrangel hat einen strengen Befehl gegen deren fernere Zusammenkünfte ergehen lassen.

(Dieser Bericht wird unseren hiesigen Lesern bereits gestern durch ein Extrablatt zugekommen sein)

⨯ **Berlin**, 27. Nov. Abends. Aus Brandenburg wird Ihnen schon gemeldet sein, daß dort heute nur 154 Abgeordnete der Rechten unter Brünneck's Präsidium zusammengekommen sind. Das Ministerium hat erklärt, daß es den Stand der Dinge dem König berichten und morgen eine königliche Botschaft vor die Versammlung bringen werde. Diese wird, wie man glaubhaft erfährt, in einer neuen Vertagung auf vierzehn Tage bestehen, während welcher Zeit die Stellvertretee der fehlenden Abgeordneten einberufen werden sollen. Die Frage also, auf deren Entscheidung das Land harrt, bleibt noch länger eine Frage. Ob inzwischen ein Ministerwechsel eintreten wird, läßt sich noch kaum sagen. Allerdings bringt man die Anwesenheit Gagern's und namentlich Vincke's mit einem solchen in Verbindung; aber der erstere soll, wie es heißt, für jetzt sich ablehnend ausgesprochen und auch seine geringe Kenntniß der Zustände Preußens als Grund der Ablehnung angeführt haben. Der Freiherr v. Vincke könnte vielleicht eher das Ministerium Brandenburg ablösen. Indeß soll für die allernächste Zeit der jetzt bestehende Zustand, wie es heißt, noch fortdauern und scheint es namentlich, als wenn die jetzigen Minister ihre entschiedenen militärischen und administrativen Maßregeln erst vollständig durchführen wollen, ehe sie sich zurückziehen. — Die zurückgebliebene Mehrheit machte heute einen neuen Versuch sich zu versammeln, wurde aber aus Mielentz Hotel mit Militärmacht vertrieben. Die Stadt ist fortwährend vollkommen ruhig. Eine Bittschrift um Oktroyirung einer Verfassung ist in Umlauf gesetzt und findet unter Gelehrten und Beamten nicht wenige Unterschriften.

△ **Berlin**, 27. Nov. Zwar haben sich bloß 154 Mitglieder in Brandenburg eingefunden und wird auch schwerlich eine beschlußfähige Anzahl zusammenkommen, wenn selbst die durch Krankheit, wie Hanfemann und die Brüder Auerswald, oder durch sonstige Ursachen Verhinderten hinzugetreten sind; aber die Rechte ist erfreut, daß die Linke und die engere Fraktion Unruh in Brandenburg nicht erschienen ist. Noch gestern wollten sehr gut unterrichtete Abgeordnete wissen, daß Herr v. Unruh in Beandenburg erscheinen und den Präsioentenstuhl einnehmen werde, und man war gerade aus diesem Grunde auf sehr ärgeeliche Debatten gefaßt, um so mehr, als eine Betheiligung der Linken, die ohne Frage sehr befähigte und sehr entschiedene Mitglieder besitzt, an dem Kampfe zu erwarten stand. Die Linke, wie gesagt, ist nicht nach Brandenburg gegangen; sie ist mit Hrn. v. Unruh hier geblieben und hat am Vor- und am Nachmittage im Mylius-Hotel in der Taubenstraße (nahe dem Schauspielhause) getagt. Am Vormittag indeß wurde sie durch eine starke Abtheilung Soldaten, die der Major v. Blumenthal führte, auseinandee getrieben, auch mehrere ihrer Papiere in Beschlag genommen; am Nachmittage wurde sie durch eine Bekanntmachung des Generals v. Wrangel zum Auseinandergehen veranlaßt. Diese Bekanntmachung ist zu bezeichnend, als daß sie nicht vollständige Mittheilung verdiente. Sie lautet wie folgt:

„Nachdem die Wiedereröffnung der Nationaloersammlung am heutigen Tage in Brandenburg stattgefunden hat, kann der Zusammentritt einzelner Abgeordneten, welche sich jener Versammlung nicht angeschlossen haben, zu Berathungen am hiesigen Orte während des Belagerungszustandes fernee nicht geduldet werden. Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe, weise ich zugleich sämmtliche Inhaber öffentlicher Gastlokale innerhalb des dem Belagerungszustande unterworfenen Bezirks hiermit gemessenst an, solche Zusammenkünfte bei sich auf keine Weise zu dulden, und werde jedes Lokal, wo dergleichen dennoch vorkommen, sofort und für die Dauee des Belagerungs-Zustandes schließen lassen. Angebliche Nichtkenntniß der Eigenschaft als Abgeordneter wird hierbei als Entschuldigung nicht zugelassen werden. Ebenso sollen Privatlokale, welche oon Abgeordneten etwa zu ihren Zusammenkünften desonders gemiethet werden möchten, derselben Maßregel unterworfen sein."

LC **Berlin**, 27. Nov. Heute Mittag rückte gegen das Hotel Mylius, dem bekannten Versammlungslokale der Linken, ein Abtheilung von etwa 300 Mann des Kaiser Franz Regiment unter Anführung des Majors v. Blumenthal vor. Dee Hr. Majoe begab sich an der Spitze der Offiziere und einer kleinen Abtheilung Soldaten in das Versammlungslokal selbst und forderte die dort anwesenden Deputirten (etwa 70) „im Namen des Gesetzes und dee höheren Gewalt" auf, den Saal zu verlassen. Die Abg. wurden buchstäblich heeausgedrängt. Man suchte nach Papieren, und nahm verschiedene auf dem Tisch liegende Drucksachen in Beschlag.

≍ **Brandenburg**, 27. Nov. Unsere alte Chur- und Hauptstadt erlebt jetzt eine Zeit, wo ihe Name wiederum in engster Verbindung mit einem das Ganze des Staatslebens tief berührenden Ereignisse genannt wird. Als rings umher fast überall schon die Stürme des März die alte, friedliche Gestaltung des Lebens erschüttert hatten, wae es bei uns ruhig geblieben; zahlreiche Flüchtlinge, die sich hierher retteten, wissen davon zu sagen. An wenigen Orten wurd dee Prinz von Preußen, als er aus England heimkehrte, so herzlich begrüßt, wie hier. Doch bildeten sich auch hier Klubs aller politischer Parteien, auch ein demokratischer. In einer zweimal an demselben Tage berufenen Volksversammlung ward nach stürmischer Debatte eine zustimmende Adresse an die Berliner Versammlung beschlossen; auch die Stadtverordneten verstanden sich zu dem nämlichen Schritte, während der Magistrat den Antrag ablehnte. — Unterdessen hatte man bereits begonnen, den ehrwürdigen Dom, an den sich eine tausendjährige Geschichte knüpft, zum Sitzungslokal umzugestalten. Die Arbeit, welche der Baurath Bürde leitete, wurde mit bewundernswürdiger Schnelligkeit gefördeet. An der Stelle des Hochaltars stand bald dee Präsidentensitz nebst der Rednerbühne; der Boden ward beoeutend erhöht; Handwerker aller Art drängten sich in den schönen, durch die Munificenz des vorigen Königs würdig hergestellten Räumen. Als gestern Mittag dem Publikum auf eine Stunde der Zutritt verstattet ward, sah man auf allen Gesichtern den Ausdruck der Ueberraschung. Der Anblick des gewölbten Saales hat etwas ungemein Imponirendes. Wer zu der mächtigen Orgel hinaufsah, die unter dem Gewölbe ihren alten Platz behauptet hat, konnte sich im Andenken an Berliner Erlebnisse des ironischen Gedankens kaum erwehren, daß dieses Instrument nicht übel geeignet sein möchte, in gewissen Fällen die Klingel des Präsidenten zu unterstützen. Die Seitenschiffe der Kirche, wie die durch Erhöhung des Fußbodens gewonnenen Souterrains sind zu kleineren Sälen und Zimmern, namentlich auch für die Registratur, umgestaltet. Auch ein Theil der angrenzenden Ritter-Akademie mußte zu ähnlichen Zwecken in Anspruch genommen werden. In wenig mehr als acht Tagen war das Werk vollendet. Die Theilnahme an den Fortschritten des Baues, das sorgliche Streben, ja nur an einen Abgeordneten sei es der Rechten oder — was seltener vorkam — der Linken die bereit gehaltene Wohnung zu vermie-

eben, drängte bei Vielen die politische Frage in den Hintergrund. Das Einrücken einiger Bataillone, sogar die Ankunft einer Abth. der vielbesprochenen Berliner Constabler ging ziemlich unbemerkt vorüber. Heute morgen gewährte der Platz am Dom einen sehr belebten Anblick. Die Billets zu den Tribünen waren sparsam ausgetheilt; wer keines erhalten hatte, suchte doch dort wenigstens aus erster Hand Nachrichten aus dem Inneren zu erhalten. Viele harrten treulich bis zum Schlusse der Sitzung aus, so wenig angenehm das trübe Novemberwetter den Aufenthalt im Freien machte. Um 10 Uhr sollte die Sitzung beginnen. Eine halbe Stunde später, als etwa 100 Deputirte sich eingefunden hatten, erklärte der Minister-Präsident die Versammlung für wieder eröffnet. Er forderte dieselbe auf, sich zu konstituiren und ihm, wenn dieß geschehen sei, davon Anzeige zu machen, um sodann eine königliche Botschaft mittheilen zu können. Darauf verließ er nebst den übrigen Ministern den Saal. Den Präsidentenstuhl nahm der Oberburggraf v. Brünneck als Alterspräsident ein. Die vierwöchentliche Amtszeit des früheren Präsidiums war abgelaufen und überdies keines seiner Mitglieder anwesend; die von der fortlagenden Majorität getroffenen Neuwahlen wurden natürlich nicht anerkannt. Zuerst erhielt der Abgeordnete Dane das Wort. Er erklärte für sich und im Namen von zwölf Freunden, weshalb sie ohne das Recht der Krone anzuerkennen und obwohl sie an den Sitzungen der Majorität in Berlin Theil genommen, doch hier erschienen seien; es sei geschehen in der Ueberzeugung, die Lösung des traurigen Konfliktes müsse der Centralgewalt und der deutschen Nationalversammlung überlassen bleiben. Aehnliche Gedanken wurden von mehreren Rednern ausgesprochen, nachdem Reichensperger gegen den von Dane erhobenen Protest gegen das Recht der Krone Verwahrung eingelegt hatte. Baumstark wies darauf hin, daß für Erklärungen, wie die Dane'sche, jetzt noch nicht die Zeit gekommen sei. Riedel, der in ausführlicher Rede als Anwalt für das Recht der Krone auftrat, mußte vor Beendigung seines Vortrages die Tribüne verlassen. Endlich machte der Alterspräsident das Ergebniß des Namensaufrufs bekannt; es waren 154 Abgeordnete zugegen, 48 weniger als zur Beschlußfähigkeit der Versammlung erforderlich sind. Auf den Antrag des Abgeordneten Bauer wollte der Präsident die Vertagung bis morgen zur Abstimmung bringen. Reichensperger machte dagegen geltend, es briße dieß eine nicht beschlußfähige Versammlung zu einem Beschlusse veranlassen; doch könne dem Ministerium von der Sachlage Anzeige gemacht werden, da zur Anhörung einer königlichen Botschaft eine beschlußfähige Zahl nicht erforderlich sei. — Die Sitzung ward zu diesem Zwecke auf eine halbe Stunde ausgesetzt. Nach der Wiedereröffnung verlas der Alterspräsident ein Schreiben des Ministeriums, worin dasselbe erklärte, seine Pflicht erfordere, zuvörderst dem Könige mitzutheilen, daß die Versammlung nicht beschlußfähig sei; es werde das Resultat der Besprechung morgen bekannt machen. Um 1 Uhr ward die Sitzung geschlossen und die nächste auf morgen Vormittag 11 Uhr anberaumt.

* **Marienwerder**, 18. Nov. Das hiesige Regierungs-Kollegium hat einstimmig an den König eine Vorstellung gegen das Ministerium Brandenburg und dessen Maßregeln eingereicht.

Elberfeld, 25. Nov. Bei der heute statt gehabten Wahl des neuen Stellvertreters eines der Abgeordneten für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung berufene Versammlung wurde Hr. Kommercienrath August v. d. Heydt mit überwiegender Stimmenmehrheit (159 von 184) gewählt. Hr. v. d. Heydt dankte den Wahlmännern für ihr Vertrauen und erklärte, daß er noch diesen Abend nach Brandenburg abreisen werde, für den Fall, daß der Abgeordnete Bredt sich weigere, der Berufung nach Brandenburg zu folgen. (Elberf. Z.)

München. Das Regierungsblatt vom 25. Nov. enthält eine Reihe von Verordnungen, die Einführung des neuen Gerichtsverfahrens betreffend.

München, 24. Nov. Unterm 21. d. ist vom Staatsministerium der Justiz eine Entschließung an sämmtliche Appellationsgerichte diesseits des Rheins und an die Regierungspräsidien ergangen, welche detaillirte Aufschlüsse und Erklärungen enthält über die Anordnung eines Standrechts für den Fall, daß hierzu irgendwo geschritten werden müßte. Das bezügliche Reskript ist abgefaßt im Einvernehmen des Justizministeriums mit dem Ministerium des Innern. (A. Z.)

♀ **Leipzig**, 27. Nov. Die sühnende Feier, welche die Stadt gestern den Manen ihres hingerichteten Abgeordneten darbrachte, wird, wie wir hoffen, auch die bösen Leidenschaften allmälig beschwichtigen helfen, welche auf die Kunde von seinem Tode hier zum Ausbruch kamen. Die politischen Gegner Robert Blum's haben seit seinem Tode keinerlei Anlaß mehr gegeben, die Flammen des Parteihasses anzufachen. Der deutsche Verein sprach unter allen politischen Parteien zuerst seine Entrüstung über die an dem Vertreter der Stadt verübte Gewaltthat öffentlich aus. Auch die gestrige Feier war zwar von den politischen Freunden Blum's veranstaltet, aber Männer aller Parteien nahmen daran Theil. Einerseits trug diese allgemeine Theilnahme dazu bei, dem Trauerzuge ein imponirendes Ansehen zu geben, schwächte aber andererseits wiederum den Eindruck der Feier, welche dadurch einen kalten ceremoniellen Charakter annahm. Um 11 Uhr Vormittags setzte sich die Prozession unter dem Geläute der Glocken in Bewegung, und theilte sich, nachdem sie die östliche Seite der Stadt umwandelt, auf dem Marktplatze in zwei Züge, welche sich in die beiden Hauptkirchen der Stadt, die Nikolai- und die Thomaskirche, begaben. An äußerem Gepränge fehlte es nicht. Die zahlreichen umflorten Banner und Fahnen der Universität, der Innungen und der politischen Vereine wurden um die Altäre aufgestellt; vor denselben standen im Halbkreis die Gärtner, die nach einer örtlichen Sitte zu jeder feierlichen Bestattung unerläßlichen schönen Cycadeenwedel (sogen. „Palmenzweige") in den Händen tragend; ein sehr eigenthümlicher Anblick! In der Nikolaikirche sprach der deutschkatholische Pfarrer Rauch und der in der Deutschen Zeitung vor einiger Zeit näher charakterisirte Professor Flathe, Beide im versöhnenden Sinne, den etwas paraboren Gedanken ausführend, daß Blum's Tod ein für die Partei erfreuliches Ereigniß sei. In der Thomaskirche waren der Pfarrer Zille und der Reichstagsabgeordnete Joseph die Redner. Hier wurde die Versammlung durch das mit tüchtigen musikalischen Kräften trefflich ausgeführte Requiem von Cherubini erbaut. Die beiden Knaben Blum's gingen an der Hand ihres Vormunds im Zuge. Auch die Wittwe wohnte sehr gefaßt der Feierlichkeit bei. Sie bezweifelt seit einigen Tagen, wie man sagt, den Tod ihres Gatten, und seltsamer Weise gewinnt der Glaube, Robert Blum sei nicht todt, unter den unteren Klassen der Bevölkerung eine schnell wachsende Verbreitung. Wir sind geneigt, diese befremdende Erscheinung aus der Anhänglichkeit zu erklären, mit welcher in der That viele Tausende dem Volksmanne bei Lebzeiten zugethan waren. So hofften noch viele Jahre nach des großen Königs Tode die Bauern in Schlesien, er werde noch einmal zur Heerschau kommen; so will auch heute noch mancher Veteran der Kaiserzeit durchaus nicht an den Tod Napoleon's glauben. Andere vermuthen, das Gerücht werde mit Absicht von denen verbreitet und genährt, welche in der Fortdauer der Aufregung ihre Rechnung finden; auf diese Weise solle das Ministerium genöthigt werden, die Herausgabe der Leiche Blum's zu verlangen, deren Ankunft in Leipzig natürlich eine neue Bewegung hervorrufen würde. — Eine Fluth von Biographien Blum's und Gedichten auf seinen Tod ist hier erschienen. In der Stelle:

> Die Strine werden thurmhoch sich erheben
> Zu Barrikaden deutscher Einigkeit,
> Und drüber wird der Geist von Blumen schweben.
> Auf, Sklaven! seid zum letzten Kampf bereit!

ist im Allgemeinen ihr Charakter bezeichnend gegeben. — Es scheint mir nothwendig, hierbei noch einmal der „sehr feierlichen" Versammlung in der Thomaskirche am 14. Nov. zu gedenken, deren in Nr. 306 Ihrer Zeitung nach einem Berichte der Leipz. Allg. Zeitung gedacht ist. Unsere Presse war in jenen Tagen durchaus unfrei, und es schien den Aengstlichen nicht weislich gehandelt zu sein, die Dinge bei ihrem rechten Namen zu nennen. Die Oeffnung der Thomaskirche wurde der Behörde geradezu abgezwungen, und welche Tollheiten und Rohheiten dort zum Vorschein kamen, wird daraus am besten einleuchten, daß das Ministerium des Kultus sich genöthigt sah, durch eine Verordnung vom 15. Novbr. die Benutzung „der Wohnstätten des Friedens" zu politischen Versammlungen für die Zukunft durchaus zu untersagen. Das allgemein verbreitete Gerücht, daß der hochgeachtete Dr. Großmann, der erste Geistliche dieser Kirche, die entweihte Kanzel nicht mehr besteigen werde, entbehrt allen Grundes.

+ **Karlsruhe.** 27. Nov. Die Verhandlungen unserer zweiten Ständekammer während der letzten Tage enthielten meist

Berichterstattungen lokaler Natur; auch die erste Kammer beschäftigte sich in ihren Commissionen mit den von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwürfen über Schwurgericht und volksthümliche Verwaltung; erst heute begannen wieder ihre öffentlichen Sitzungen, worin die Beschlüsse der zweiten Kammee hinsichtlich des Geschwornengerichts wohl mit unwesentlichen Modifikationen durchgehen werden. In der Volkskammer stand heute die Berathung des neuen Gesetzes über die Gerichtsoerfassung auf dee Tagesordnung; doch bevor man hierzu übergehen konnte, ereignete sich ein Zwischenoorfall, welcher für die Haltung der äußersten Linken kein günstiges Zeugniß ablegte. Der Abgeordnete Brentano übergab nämlich eine Petition des Advokaten v. Rotteck, welcher, der Theilnahme am Hecker'schen Unternehmen beschuldigt, seit beinahe 7 Monaten im Gefängniß zu Bruchsal sitzt. Brentano ergriff diese Gelegenheit, um in starken Worten sich über das Untersuchungsgericht zu äußern und wagte zuletzt sogar die Behauptung aufzustellen, daß die Gerechtigkeit in Baden „bankerott" geworden sei. Als sich hierauf Ministerialpräsident Bekk erhob, um ihn zu widerlegen und dabei das Wort fallen ließ, daß der von dem Abgeordneten erwähnte Ausdruck „unpassend" sei, suchte der sonst sehr kalte Abgeordnete Brentano über das Wort „unpassend" sich künstlich so zu exaltiren, und schrie so arg auf, daß er oergebens vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde und zuletzt nichts anderes übrig blieb, als die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen. Es war komisch anzuhören, als bei der Wiedereröffnung der Sitzung Herr Brentano das Wort oerlangte und mit der Uhr in der Hand und mit Berufung auf eine oage Stelle dee Geschäftsordnung die Stunde noch nicht oersloffen fand, welche die Unterbrechung dauern müsse, während doch derselbe Abgeordnete bei den bedeutendsten Fragen die Vorschriften der Verfassung nicht mehr gelten lassen wollte, wenn sie ihm gerade nicht in seinen Kram paßten. Nachdem Staatsrath Bekk seine frühere Aeußerung nochmals wiederholt und den Abgeordneten Brentano an seine grassen Ausdrücke erinnert hatte, wurde endlich diese leidige Sache, wobei sich dee Führer dee äußersten Linken mit keinem Ruhme bedeckt hatte und nicht einmal von einem Mitgliede seiner Partei unterstützt worden, oerlassen und zum Gegenstand der Tagesordnung übergegangen. Der Berichterstatter Lamey brachte hier sehr erhebliche Aenderungen der Commissionsanträge vor, die wohl auch einer Besprechung in größern Kreisen wiedig sein dürften, und eine durchgreifende Reform unserer Gerichtsverfassung enthalten. Hatte der Gesetzesentwurf besonders im Auge, das Verfahren in erster Instanz durch Collegialgerichte abhalten zu lassen und alle befreiten Gerichtsstände aufzuheben, so bassirte Heer Lamey seine Vorschläge auf die Wohlfeilheit und Schnelligkeit der Justizverwaltung, und führte in glänzender Rede durch, daß dies Ziel auf dreierlei Art zu ereichen sei, nämlich 1) dadurch, daß die Hofgerichte aufgehoben werden, und das Oberhofgericht in zweiter und letzter Instanz in Civilsachen erkennen, daß dagegen die Recurse in eoreklionellen Sachen an besondere Ober-Bezirksgerichte geben sollen. 2) oder dadurch, daß zwar 3 Instanzen gebildet würden, daß aber in diesen Instanzen nicht mehr wie drei Richter erkennen sollten, sowie daß eine Appellation zur dritten Instanz nur dann zulässig sei, wenn die Entscheidungen dee beiden unteren Gerichte nicht gleichförmig wären, 3) oder endlich dadurch, daß die untere Instanz ohne Rücksicht auf die Geldsummen durch einen Amtsrichter oder Friedensrichter, wie in Frankreich, gebildet werde und von dort nur eine Appellation an ein mit fünf Richtern bestelltes Gericht zulässig sei. Aus der Aufnahme, welche diese Vorschläge in der Kammer erhielten, läßt sich erwarten, daß der unter Nr. 2 mitgetheilte Vorschlag am ersten durchgehen wird, denn es läßt sich ihm wohl nicht einreden, daß nur in solchen Gerichten eine große Intelligenz vorhanden ist, die mit vielen Richtern besetzt sind; im Gegentheil lehrt die Erfahrung, daß, je zahlreicher ein Collegium besetzt ist, desto mehe wird auf Kosten der Allgemeinheit gesündigt. Die Kammer beschloß endlich, Lamey's Vorschläge an die Commission zurückzuweisen und oon dee weiteren Diskussion des Gesetzes Umgang zu nehmen, bis sich die Commission hierüber ausgesprochen habe.

△ **Darmstadt**, 26. Nov. Die Sitzungen unserer zweiten Kammer folgen sich sehr langsam. Sie hielt nämlich erst zwei, und die dritte, bereits auf morgen anberaumt, wurde nachträglich auf übermorgen oerlegt. Indessen arbeiten allerdings die Ausschüsse. Namentlich soll der Abg. Langen, als Mitglied des zweiten Ausschusses, bereits eifrig mit dem Wahlgesetz beschäftigt sein. Langen, Mitglied des Vorparlaments und dann hessischer Beetrauensmann, gehört zu unseren gemäßigteren Mitgliedern. Anfangs war das Referat in der Sache oom Präsidenten des Ausschusses Köster dem Abg. Schenck angetragen worden, doch hatte es dieser abgelehnt. Ausser Köster, Schenck und Langen sind noch Mitglieder des Ausschusses: Krug, Hillebeand, Mohr und Zitz. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß Hillebrand mit Mohr und Zitz in Gemeinschaft bisweilen in der Ansicht oon den andern Vier abweichen werden, von denen Köster, Schenck und Langen im linken Centrum sitzen und Krug die Rechte vertritt.

Darmstadt, 26. Nov. Die gestern erschienene Nr. 67 des „Gr. Regierungsblattes" enthält: Edikt, die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland angeordnete Vermehrung der deutschen Streitmacht betreffend.

Mainz, 25. Novv. Das 10. preußische Regimentneigt sehe zum Demokratenwesen, und findet darin hier natürlich starke Unterstützung. Es befucht demokratische Versammlungen, worin das Verhalten des Militärs dem Gouvernement gegenüber discutirt wird, und Insubordinationsfälle sind die nächste Folge. Vor mehreren Tagen wurden aus einee solchen Versammlung im „Silberberg" acht Soldaten durch Patrouille abgeführt und auf die Citadelle gebracht. Am 24. fand sich ein geschriebener Maueranschlag: die Mainzer sollen losschlagen, die Vierziger würden ihnen beistehen, auch oerbreitete sich das Gerücht, die Gefangenen sollten aus der Citadelle befreit werden, was Vorsichtsmaßregeln veranlaßte. Freitag Abend durchzogen große Haufen der Vierzige, mit Pöbel untermischt, die Straßen, trieben republikanischen Spektakel und sollen sogar Offiziere mißhandelt haben, worauf das Festungsgouvernement ernstlich einschritt. Nichtsdestoweniger wiederholten sich Samstags ähnliche Seenen und zwar im „Silberberg," welcher von Truppen umstellt wurde; neue Verhaftungen wurden vorgenommen, worunter auch ein Bürger, der die Meuterer zum gewaltsamen Widerstand aufgefordert. Um seinetwillen bildeten sich nun Zusammenrottungen des Civils, welche sich indessen bei Ausrücken der Gendarmerie zerstreuten. Die Bataillone des 29. und 38. preußischen Regiments, so wie die Oesterreicher nahmen gar keinen Antheil an diesem Tumult und sprechen sich sehe entrüstet über die Meuterer aus, welchen von Seiten des Kommandos die strengste Strafe beoorsteht. (Darmst.Z.)

Aus Thüringen, 22. Nov. Heute Mergen sind von allen Seiten Truppen gegen Bibra vorgerückt. Von Naumburg eine Kompagnie Infanterie, eine reitende Batterie und zwei Schwadronen Husaren; oon Erfurt acht Kanonen und von Nordhausen eine Abtheilung Jäger. Heute Abend werden noch mehe Truppen auf den Bahnhöfen von Köben und Sulza erwartet. Man will das Korps des Dr. Stockmann, das jetzt gegen 2000 Mann stark sein soll, mit Einem Schlage vernichten. — Nachschrift. So eben erfahre ich, daß das thüringische Volksheer, der militärischen Uebermacht weichend, sich von Bibra nach dem Unterbarz zurückgezogen hat und daß der Anführer, Dr. Stockmann, in Weimar gefangen genommen worden ist. (Darmst. Z.)

† Aus Schleswig-Holstein, 14. Nov. Die Veranschlagungen für den neu zu erbauenden schleswig-holsteinischen Kanal ergeben ein sehr günstiges Resultat, indem die Kosten bei einer Tiefe von 25 Fuß (statt 18, wie sie sonst gewöhnlich gebräuchlich), nur 35 Millionen Thaler betragen würden. Bei der gewöhnlichen Tiefe oon 18 Fuß und dem nöthigen Schienenwege als Zugweg für die kleinen Linienschiffe würden 25 Millionen ausreichen; da der Kanal aber auch den Kriegsschiffen als Erleichterungsweg dienen soll, so ist die oben angegebene Tiefe und der Mehrbedarf der Kosten nöthig, doch ist für die Aufbringung der Zinsen durch den Kanal selbst keine Gefahr, da der größte Theil des südlichen Ostseeoerkehrs ihm zufallen würde. Dee Ostseeverkehr beläuft sich jetzt auf 250 Millionen, welcher durch 22500 Schiffe befördert wird, wooon 19000 den Sund, 2000 den großen Belt, 1500 den kleinen Belt passiren, wenigstens ergeben die amtlichen Listen des Jahres 1846 dieses Resultat. Durch den schleswig-holsteinischen Kanal passirten 4000 Schiffe, den Stecknitz-Kanal 1300 Böte, welche 57 Millionen Pfund geladen hatten, der Verkehr auf den Chausseen und Eisenbahnen, sowie auf der schönberger Landstraße, betrug 107 Millionen Pfund, wovon 18 Millionen auf Kiel, 37 auf Lübeck, 21 auf Mecklenburg und 15 auf Preußen fallen.

Vor dem Sunde und dem Belte hat der neue Kanal den Vortheil, einen Umweg von 180 Meilen dee allergefährlichsten Fahrt

Digitized by Google

zu ersparen, dee so gefährlich ist, daß die Assekuranz borthin von Hamburg aus theueree als noch New-York ist. Woe dem olt schleswig-holsteinischen Kanal hat er den Vortheil, daß er süe alle Schiffe possirbar ist, wogegen der alte Kanol nur für Schiffe von 40 Fuß Tiefe Fahrwasser hat. Vor dem Stecknitz-Kanal hat dee neue Kanol den Vortheil, daß der Stecknitz-Canol nue süe Böte brauchbar ist und die Fahrt bei geringem Wasserstande, obgleich dee Kanal nur mehrere Stunden lang währt, 14 Tage bis 3 Wochen währt. Nach einer Berechnung würden von den 26300 Schiffen, welche olso unsere Verbindungswege passiren, 14389 auf den neuen Kanol kommen, also ⅔ der ganzen Ostseeschifffahrt. Da ober bekanntlich neue Verbindungswege den Handelsbetrieb vermehren, wie wir dies von allen Eisenbohnen, Dampfschifffahrten und Schiffbarmachungen von Flüssen sehen.

Um die Zinsen zu 4 proCt., die Reparaturen und die Verwoltung bestreiten zu können, würde eine Einnohme von etwa 2 Millionen genügen, also etwa bieselbe Summe, welche beim Sundzoll einkommen wird.

** **Hamburg**, 23. Nov. Das sonst so glückliche Hombueg sieht sich so gut wie der Süden Deutschlands genöthigt, einen Verein zur Begründung einer die Beförderung Hamburgischee Auswanderer unterstützenden Gesellschoft zu gründen. — Die Cholero hot hiee 1600 Opfer gefordert, zur Unterstützung der Hinterbliebenen bildet sich gleichfalls ein Unterstützungskomite, da dee Staat in diefee kritischen Zeit nicht im Stande ist, etwas süe sie zu thun, ebenso wie sich ein Komite süe die Wittwe Robert Blum's und seine Kinder gebildet hat. Gestern Abend von 10—12 Uhr worb zum Gedächtniß des Erschossenen ein geoßee Trauerdienst in dem geoßen Saol dee Tonhalle ongrordnet, die Coryphäen dee liberolen Partei waren insgesommt dabei thätig und der nicht unbedeutende Ertrag wird der Wittwe nach Abzug dee geringen Kosten, da olle Künstlee gratis mitwiekten, zugegestellt werden.

Lübeck, 22. Nov. Es ist geschehen. Trotz bee Vermahnungen und Verwaheungen, die von Einigen gegen das strenge Preßgesetz eingelegt wurden, ist dasselbe von dee Bürgerschaft, welche, als nicht die Majoetät der Staatsangehörigen vertretende Körperschaft, schon ihre eigene Auflösung beschlossen hat, mit überwiegendee Stimmenmehrheit angenommen worden. Vergebens waren die Andeutungen, daß eine periodische Presse unter solchem Deucke nicht desteben könnte und daß die früher bestondene Censur eine goldene Zeit dogegen gewesen; vergebens wurde darauf hingewiesen, wie illuforisch alle Maßregeln gegeu die freie Presse für Lübeck allein seien, da die angrenzenden deutschen Ländertheile keine Preßgesetze hätten. — Alles umsonst; man hat die freie Meinungsäußerung mit Parageophen zernirt, und wird man die gewünschte Ruhe erhalten! Lübeck ist fonst nicht dekonnt dofür, mit einem Beispiele voranzugehen — sollte es die Ehre haben, Deutschlanb diesmal den Weg gezeigt zu haben? (B. H.)

Italien.

* In Turin zogen am 22. die Studenten in Precession zu den Ministern und verlongten die Befreiung dreier Kommilitonen, welche am Tage vorher wegen Theilnahme on den Unruhen verhaftet worden waeen. Ein Minister verfprach ihnen om andeeen Tage eine Entscheidung zu geben. Die Concordia sagt: man fürchte für den Abend, ich hoffe aber doch das Beste, wenn die Menge nicht durch Militärdemonstrationen gereizt weede. Dee Gesetzentwurf über öffentliche Sicherheit wurde von der Deputirtenkammer mit 76 gegen 59 Stimmen zurück gewiesen. Der dafür ongenommene Antrag des Abgeordneten Sclopis beschönigt dies damit, es seien dorin zugleich Anträge auf Geldbewilligung, welche in einem besonderen Gesetzesentwurfe vorzubringen wären. Im Eingange des angenommenen Antrogs kommen die merkwürdigen Worte vor: „Die Kammer erkennt die Dringlichkeit an, mit dee größten Energie, durch gesetzliche Mittel dahin zu wirken, daß die seit einiger Zeit so häufig vorgekommenen Verbrechen gegen Eigenthum und Personen unterdrückt und denselben zuvorgekommen würde. Auch die dazu nöthigen Gelder zu bewilligen, erklärt sie sich bereit, und nimmt doch, angeblich wegen Bedenkens über die Form, dos Gesetz nicht on, welches Abhülfe beingen soll! Vergleicht man diesen Beschluß mit den früheren deefelben Kammee, so kann man leicht abnehmen, wie es in Turin ausfieht!

Der Corriere mercantile meldet aus Florenz vom 18. Nov. Die Militäraushebung finde in Toskana einige Opposition.

Schweiz.

) **Bern**, 24. Nov. Heute war Ständerath, Nationalrath und Bundesversammlung. Im Ständerath schlägt die zur Begutachtung der Bundessitzfroge niedergesetzte Kommission vor, den vorouf bezüglichen Beschluß der Notionalversammlung anzunehmen. Dagegen erfolgen viele und heftige Einreden. Fazy schlägt vor in Betracht, daß dee Beschluß keine Garontieen für bie Ruhe und Sicherheit dee eidgenössischen Behörden daebiete, ein dahin einschlogendes Gesetz bem Bundesrath binnen Jahresfrist zue Abfassung zu überantworten, unterdessen obee Bern als provisorischen Bundessitz gelten zu lassen. — Die Diskussion gelangt nicht zum Schluß, es schlägt 12 Uhr und der Präsident ladet die Versammlung zue Bunbesversammlung ein. Hiee handelt es sich voe Allem um die Beeidigung des Bunbesraths Druey (Fronscini wor wegen des vielen in den Gebiegen gefollenen Schnee's noch nicht eingetroffen). Noch einer kuezen, feierlichen Anrede leistete Druey den Eid. Diefee dankt süe die oom Präsidenten an ihn gerichteten anerkennenden schmeichelhaften Worte und dankt der Versammlung für dos ihm durch die Wohl bewiesene Zutronen. Die Bundesverfassung werde stets seine einzige Richtschnur sein und ee werde eben so sehe den Tendenzen zum Unitorismus als etwaigen Sonderbundstendenzen entschieden entgegen treten. Auf Dr. Keen's Antrog wird der Bundesroth beauftragt, die noch fehlenden Mitglieder des Bundesraths, Munzingee und Fronsceini, zu beeidigen. Die onwesenden Mitglieder des Bundesgerichts werden dogegen sogleich beeibigt und ihr Präsident ermächtigt, die abwesenden Bundesrichter den Bundeseid schwören zu lassen. — In der nun folgenden Sitzung des Nationalraths wird auf ben Antrog des Bundesraths beschlossen: 1) Die Posten im ganzen Umfang der Schweiz werden vom 1. Januae 1849 an von der Eidgenossenschaft übernommen. 2) Die in den Kantonen in der Postverwaltung bestehenden gesetzlichen und üblichen Einrichtungen bleiben einstweilen bis zue definitiven Regulirung des Postwesens in Kroft und die Behörden und Beamten haben bis dahin die nämlichen Rechte auszuüben und dieselben Pflichten zu erfüllen, die ihnen von den Kantonsbehörden übertrogen worden sind. 3) Dee Bundesrath ist mit der Vollziehung beauftragt. — Durch Kreisschreiben vom 20. d. zeigt der Vorort sämmtlichen Kantonsregierungen an, boß ee om gleichen Tage die vollziehende Gewalt der Eidgenossenschaft dem Bundesrath übergeben habe und als eidgenössische Behörbe abgetreten sei. Der Voeort dankt bei diesem Anlaß den Ständen für den erhaltenen Beistand und schließt sein Schreiben mit den besten Wünschen für das Vaterland. Der Bundesrath hot sich bereits provisorisch bis zur Ankunft bee obwesenden Mitgliedee in die Geschäfte getheilt. Neben der Behandlung der laufenden Geschäfte bestellte ee eine Kommission zur Ausarbeitung von Gesetzes- und Reglementsentwürfen über seine Organisation. Sodann wurden die nöthigen Anordnungen getroffen für Uebernahme der Geschäfte und Kassen des Vororts, des Kriegsraths und der Kanzlei. Dee Kriegsroth wurde seiner fernern Funktionen enthoben und die Führung der laufenden Geschäfte einstweilen Herrn Ochsenbein übertragen. Die definitive Konstituirung dee neuen eidgenössischen Behörden soll sofort den Kantonen, den auswärtigen Staaten, Konsuln und diplomatischen Agenten mitgetheilt werden. Fernee hat dee Bundesrath beschlossen; theils beim deutschen Reichsministerium eine Beschwerde zu erheben wegen der Verletzung des zürcherischen Gebiets durch deutsche Truppen, theils bei den Grenzkantonen Erkundigung einzuziehen über den Zustand der Flüchtlingsangelegenheit und über die Richtigkeit der omtlichen Berichte, welche in der „F. O. P. Ztg." publizirt wurden, und welche nicht wenig beigetragen haben mögen zu der feindseligen Stimmung gegen die Schweiz. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen melden, daß wenn, wie man hört, das deutsche Ministerium als Anfang seiner Maßregeln gegen die Schweiz eine Erhöhung des Zolles auf Schweizee Wein und Käse eintreten läßt, sofort im Nationalroth der Antrag gestellt wird, kein deutsches Getreide mehr in die Schweiz zu lassen. In dee Ernennung des Herrn Professor Biedermann zum deutschen Reichsgesondten in der Schweiz erkennt man hier eine fortgesetzte feindselige Stimmung gegen die Schweiz, da diesee Herr keineswegs in politischen Dingen mit Herrn Legationsrath von Neuwall einverstanden sein soll. *) Das Reichsministerium hätte mehr im

*) Jene Ernennung hat sich bekanntlich nicht bestätigt.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 30. Nov. Hr. Bunsen. Hr. v. Rönne.) Wien (Neueste Nachrichten. Das standrechtliche Verfahren aufgehoben. Amtliche Notizen über den Verlust der Truppen von Wien.) Von der ungarischen Grenze (Die Befestigung Preßburgs. Die Friedenspaceci.) Berlin (Reorganisation der preuß. Justiz. Adressen an den Kön von Krontien. Liebogr. Korresp. über Brandenburg. Der Gradenwitzsche Vorschlag.) Brandenburg (Die dortigen Zustände.) Breslau (Umschwung.) Posen (Der Reichskommissär. Eindruck der Wiener Ereignisse.)

Frankreich. Paris (Die Journale. Sitzung der N. V. Die Handelsverhältnisse. Neueste Nachrichten.)

Italien. (Pius IX sucht zu entfliehen. Die Cardinäle auf der Flucht. Der Volksverein verscht in Rom.)

Schweiz. Aus der östlichen Schweiz (Die Schweizer Sympathien und unser Schutz.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 30. November.)

Nachschrift

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 30. November.

Tagesordnung der 126. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl in den Ausschuß für Geschäftsordnung.
2) Fortsetzung der Berathung über den vom Abgeordneten Löw aus Posen, Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht über verschiedene Anträge und eingelaufene Petitionen.
3) Berathung über den vom Abgeordneten Francke erstatteten Bericht: ein Wahlausschreiben des Landguberniums in Mähren betreffend.
4) Berathung über den vom Abgeordneten Francke, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Flußzölle betreffend.
5) Berathung über den Bericht des Abgeordneten Francke, die Beschwerde der Segelschiffer betreffend.

Vorsitzender: Riesser. Nach einigen unbedeutenden Anzeigen und Berichterstattungen erfolgt der Uebergang zur Tagesordnung. Sowie die Wahlzettel zur Ergänzung des Ausschusses für die Geschäftsordnung eingesammelt sind, wird daher die gestern abgebrochene Berathung über die österreichischen Angelegenheiten fortgesetzt.

Venedey teilt als Schlußredner für das Gutachten der Minderheit auf. Der Antrag derselben ist folgender:

„In Erwägung, daß die Reichskommissäre Welcker und Mosle gegenüber den österreichischen Autoritäten nicht jene Achtung sich zu verschaffen vermochten, welche der Centralgewalt und ihren Kommissären gebührt, in fernerer Erwägung, daß, abgesehen von den eingeschlagenen Mitteln und Wegen der Reichskommissäre (denen die konstituirende Reichsversammlung ihre Billigung nicht ertheilen kann), sich aber jedenfalls ergeben hat, daß bisher das Reichsministerium Oesterreich gegenüber nicht jene Stellung der Centralgewalt zu erwirken wußte, die sie jedem deutschen Einzelstaate gegenüber einzunehmen hat:

„Fordert die konstituirende Reichsversammlung die Centralgewalt auf, endlich zu erwirken, daß die von der Reichsversammlung erlassenen Gesetze und Beschlüsse mit dem der Würde und der Ehre Deutschlands angemessenen Nachdrucke in Deutsch-Oesterreich in Vollzug gesetzt werden." (Venedey. Pattai. Reitter. Kirchgeßner.)

Die Reichskommissäre — wiederholt Hr. Venedey und seine Phrasenhaftigkeit ignorirt alle gestrigen Erörterungen — sind in Oesterreich nicht in der Weise aufgetreten, wie es die deutsche Nation wünschen und erwarten durfte. Darüber wird die Zukunft richten. Das Ministerium verhöhnt die Nationalversammlung. Es hat ein Programm aufzustellen versprochen und ist dies schuldig geblieben. Aber die Nation hat ein Recht, Aufschluß über die leitenden Grundsätze seiner Regierung zu verlangen und sie will nicht dulden, daß das Ministerium seine Karten im Dunkeln mische. Die Reichskommissäre brauchten zehn Tage zu ihrer Reise nach Ollmütz. (Lachen und Unruhe.) Sie sagen, das sei Ihnen neu? Es wird so lange neu bleiben, bis es die Nation vergessen hat. Die Summe der Beschuldigungen und Behauptungen Venedey's läuft darauf hinaus, daß die Reichskommissäre ihr Ziel in Oesterreich absichtlich verfehlt haben und daß das gegenwärtige Reichsministerium um jeden Preis zu entfernen sei. Die Linke nimmt jede Aeußerung, je maßloser sie ist, mit desto lebhafterem Beifall auf. Wenn der Redner dem Ministerium eine „Unwahrheit" Schuld gibt, so ruft sie sogar „Lüge" darauf, ein Betragen, welches der Präsident endlich als ein „unanständiges" verbieten muß.

Den Antrag der Mehrheit des österreichischen Ausschusses vertritt sodann Löw von Posen. Er kann den fehlgeschlagenen Erfolg der Mission nicht den Männern beimessen, die sich dem schwierigen Auftrage unterzogen haben, sondern dies Fehlschlagen ist in der Position Oesterreichs zu suchen. Wie aber das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Allgemeinen zu verbessern und auf seiner Verschiedung zu bringen sei, dazu seien die Mittel und Maßregeln zu bedenken. Das Ministerium werde für die Herstellung eines neuen und klaren Verhältnisses mit Oesterreich zu sorgen haben und deshalb verzichte die Mehrheit des Ausschusses darauf, einen anderen und namentlich einen bestimmteren Antrag, als den folgenden, zu stellen:

„In Betracht, daß das Reichsministerium bereits durch den Beschluß der konstituirenden Reichsversammlung vom 3. November l. J. aufgefordert wurde, die Anerkennung der deutschen Centralgewalt in Oesterreich zur vollen Geltung zu bringen, die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu wahren und die den österreichisch-deutschen Völkern zugestandenen Rechte und Freiheiten gegen alle Angriffe in Schutz zu nehmen, die zu diesem Zwecke bisher angewendeten Mittel sich aber als unzulänglich erwiesen haben, — fordert die constituirende Reichsversammlung das Reichsministerium vom Neuem auf:

1) mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß jener Beschluß vom 3. November l. J. zum Vollzuge komme und daß die über Wien verhängten Ausnahmsmaßregeln nach wiederhergestellter Ordnung und Ruhe alsbald aufgehoben werden;
2) durch den neuerlich nach Oesterreich bestimmten Reichskommissär ohne ferneren Aufschub die offene und unumwundene Anerkennung der deutschen Centralgewalt, wie die Durchführung der Beschlüsse der konstituirenden deutschen Reichsversammlung in den deutschen Provinzen Oesterreichs zu erwirken.

(v. Beisler. Schubert. Scheenk. Francke. Arneth. Sommaruga. Weiß. v. Zenetti. H. Löw. Neumayr.)

Die Anträge von Gold auf Beseitigung des Gegenstandes durch Uebergang zur einfachen und von Phillips durch Verschreiten zur motivirten Tagesordnung werden abgelehnt. Eben so der Antrag Wiesner's und Genossen auf Aufhebung des Belagerungszustandes von Wien, Befreiung der österreichischen Regierung von inkonstitutionellen Einflüssen, Niederschlagung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Aufständischen u. s. w. Gegen das Minderheitsgutachten, worüber die Abstimmung durch Namensaufruf erfolgt, ergeben sich 270 gegen 185 Stimmen. Bei diesem Namensaufrufe entdeckt sich die Wiederanwesenheit Heren Schlöffel's im Hause, was so überraschend erscheint, daß das entstehende Geräusch eine augenblickliche Stockung in das Abstimmungsgeschäft bringt.

Außer den Abstimmungen selbst verursachen heute die Schwierigkeiten der Geschäftsführung einen großen Zeitverlust. Denn die Versammlung ist von einer Unruhe und von einer Unfolgsamkeit, daß es mehrmals scheint, als werde jede Ordnung des Präsidiums in einem allgemeinen Durcheinanderschreien zu Grunde gehen. Auch die Verbesserungsanträge Bischer's und Wagner's gewinnen keine Mehrheit für sich, doch wird der letztere, der eventuell den nachfolgenden Zusatz zu dem Mehrheitsgutachten verlangt:

„Zugleich fordert die konstituirende Reichsversammlung die Centralgewalt auf, zu erwirken, daß die von der Reichsversammlung erlassenen Gesetze und Beschlüsse, namentlich das Gesetz vom 23. Sept. d. J., betreffend die Kundmachung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Centralgewalt in Deutschland in landesüblicher Weise verkündet werden"

nur mit 224 gegen 221 Stimmen abgelehnt. (Unwillige Bewegung auf der Linken). Eine Anzahl von Abgeordneten gibt die Erklärung zu Protokoll, daß sie nur deshalb nicht für den Zusatz gestimmt haben, weil sie eine derartige besondere Aufforderung an die Centralgewalt für eingeschlossen erachte in der Bestimmung 2 des Mehrheitsantrags, auf dessen Annahme sie rechne. Bei dem Namensaufruf über die Anträge der Mehrheit des österreichischen Ausschusses zeigt sich, daß die Linke des Hauses in der äußersten Rechten eine unerwartete Unterstützung findet. Beide Parteien antworten mit „Nein." Es erfolgt die Ablehnung der Mehrheitsanträge des Ausschusses mit 220 gegen 210 Stimmen. (Bewegung.) 10 Abgeordnete haben sich ihres Votums enthalten. Die Sitte, Erklärungen zur Motivirung seiner Abstimmung zu Protokoll zu geben, nimmt immer mehr überhand. Es werden auch jetzt wieder eine lange Reihe solcher Er-

Digitized by Google

klärungen verlesen. Als aber endlich auch der Antrag Osterrath's:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Die vorliegenden, das Verhältniß der Centralgewalt in Oesterreich berührenden Anträge und Petitionen der provisorischen Centralgewalt mit dem Auftrage zu überweisen,

1) Dahin zu wirken, daß die über Wien verhängten Ausnahmsmaßregeln nach wiederhergestellter Ordnung und Ruhe alsbald aufgehoben werden;

2) die Ausführung des Beschlusses vom 3. Nov. d. J. nachdrücklich zu beschleunigen und über den Erfolg der desfallsigen Verhandlungen ehebaldigst der Nationalversammlung Vorlage zu machen" —

verworfen wird, beglückwünscht sich die Linke mit Applaus für dieses Ergebniß. Sämmtliche auf Oesterreich bezügliche Anträge gehen daher nach der hierauf gefaßten Entscheidung der Versammlung zu nochmaliger Bearbeitung und Begutachtung an den Ausschuß zurück.

In den Ausschuß für Geschäftsordnung ist, wie der Präsident hierauf verkündet, Heer Edel gewählt.

⁝ **Frankfurt**, 29. Nov. Warum ist Herr Bunsen, den die Reichsgewalt bereit war, zum Reichsgesandten in England zu ernennen, noch immer bloß preußischer Gesandte? An Herrn Bunsen kann die Ursache nicht liegen; er selbst hat längst angerathen, den preußischen Gesandten im Auslande (vorbehaltlich einiger Aenderungen in den Personen) vorläufig auch das Reichsmandat zu übertragen.

Warum sitzt Herr von Rönne, dem Preußen auch seine Vollmacht für Washington übertragen wollte, noch immer voll Verdruß in New-York mit nichts als dem Reichs-Mandat in der Tasche?

Wien, 25. Nov. Der Gouverneur Welden macht heute eine Proklamation des Fürsten Windischgrätz bekannt, wodurch das standrechtliche Verfahren aufgehoben, und statt dessen für Civilpersonen das kriegsrechtliche Verfahren, mit Zuziehung von Beisitzern des Civilstrafgerichts, eingeführt wird. — Die Wiener Zeitung enthält die amtliche Anzeige der Hinrichtung Becher's und Jellinek's. (Aus Kremsier wird gemeldet, daß es dem Ministerium gelungen sei, den Einhalt mit Todesurtheilen zu erwirken!). — Die nächste Reichstagssitzung ist bis zum 27. Nov. ausgesetzt. Von einer Versetzung der Linken in Anklagestand soll nicht mehr die Rede sein. — Der „Allgem. Ztg." wird geschrieben: Der Beginn der Operationen gegen Ungarn, welcher anfangs auf den 26. d. festgesetzt war, scheint nun wieder hinausgeschoben worden zu sein, dürfte aber doch bald stattfinden, da die verschiedenen Truppenkorps ihre Stellungen bereits concentrirt haben. Der Banus Jellacic hat durch die Ernennung zum Commenthur des Leopoldordens von unserem Kaiser eine abermalige Auszeichnung erhalten.

Wien. Nach den eingesendeten amtlichen Ausweisen beträgt der Verlust der k. k. Truppen in den Gefechten bei Wien und Schwechat vom 26. bis 31. Oktober: an Todten 14 Offiziere, 175 Mann und 57 Pferde; an Verwundeten 42 Offiziere, 774 Mann und 11 Pferde; Totale: 56 Offiziere, 949 Mann und 68 Pferde. (Wien. Z.)

Von der ungarischen Grenze, im Nov. Nach der Aussage österreichischer Officiere, welche in Verkleidung in Preßburg gewesen und den Plan der Verschanzungen mitgebracht haben, sind die Höhen um Preßburg mit Umsicht und überaus stark befestigt, was man den Anordnungen des polnischen Generals Bem verdankt, der jetzt in Pesth eine zweifelhafte Rolle spielt. — Ueber die vorgebliche Sendung des Kriegsministers Meßaros und des Grafen Nyary an das Hoflager zu Ollmütz, um dort im Gegensatz zu Kossuth's Widerstandspolitik einen gütlichen Vergleich zu vermitteln, hört man noch immer nichts Bestimmtes; möglich, daß sich die Friedenspartei mehr als je im Lande zu regen beginnt, allein zu einem so entschiedenen Schritt wie der genannte dürfte sie noch immer nicht erstarkt sein, so daß sich ihre ganze Wirksamkeit auf eine Lähmung der Widerstandskräfte beschränken wird. Schon hört man von militärischer Emeute in der Festung Komorn, und in vielen Gegenden beginnt sich der Landsturm zu zerstreuen. (Bresl. Z.)

Berlin. Der nichtamtliche Theil des „Justiz-Ministerial-Blattes" enthält eine Darstellung der, in Gemäßheit des Entwurfes zur Justizorganisation zu errichtenden Justiz-Behörden und der erforderlichen richterlichen Beamten. Danach sollen, laut der gemachten Vorschläge, in sämmtlichen Provinzen, mit Ausschluß des kölner Appellhofs-Bezirkes, folgende Justiz-Behörden errichtet werden: 1) Neunzehn Appellations-Gerichte; 2) 272 Gerichte erster Instanz, Kreis-Gerichte, auf eine Bevölkerung von zusammen 13 Millionen 661,755 Seelen (mit Militär), also im Durchschnitte jedes für 50,227 Seelen. Hierzu kommen 3) Einzelrichter an den, in den Vorschlägen verzeichneten 335 einzelnen Orten. Bei den Ober-Gerichten sind jetzt 515 richterliche Beamte thätig, bei den künftigen Appell-Gerichten sollen 155 weniger, also im Ganzen, mit den Präsidenten, nur 360 angestellt werden. Bei den Unter-Gerichten wirken jetzt 2501 richterliche Beamte. Die künftig erforderlichen Unterrichter können nur nach der Seelenzahl dergestalt abgemessen werden, daß im Durchschnitte 6000 Seelen auf jeden Richter zu rechnen sind. Es würden demnach 2270, also 231 Richter weniger als jetzt, nöthig werden. Dagegen sind neu anzustellen 19 Ober-Staatsanwälte bei den 19 Appellations-Gerichten, und die erforderlichen Staatsanwälte bei den Kreis- und Stadt-Gerichten. Die bisherigen Ober-Gerichte sollen als Regel an ihrem Sitze und mit ihrem Jurisdictions-Bezirke verbleiben; jedoch das Tribunal zu Königsberg, das Appellations-Gericht in Posen und das kurmärkische Pupillen-Collegium als besondere Gerichts-Behörden eingehen, das Ober-Appellations- und das Hofgericht in Greifswald mit dem Appellhofe von Stettin und der Justiz-Senat in Ehrenbreitstein mit dem von Arnsberg vereinigt werden. Die 19 Appellhöfe kämen also nach Berlin, Frankfurt, Stettin, Cöslin, Königsberg, Insterburg, Marienwerder, Breslau, Glogau, Ratibor, Posen, Bromberg, Magdeburg, Halberstadt, Naumburg, Münster, Paderborn, Hamm und Arnsberg. Die Kreis-Gerichte sollen durchschnittlich 50,000 Gerichts-Eingesessene haben. Die bisherigen Grenzen der Ober-Gerichte bleiben wesentlich dieselben und auch die der landräthlichen Kreise werden, so weit es thunlich ist, beibehalten. Der Sitz der Kreis-Gerichte soll möglichst in die Kreisstädte gelegt werden. Diejenigen Städte, welche 50,000 Seelen oder mehr haben, erhalten ein Stadt-Gericht für die Stadt und ein Kreis-Gericht für die nächste Umgebung. Territorial-Verhältnisse bedingen jedoch Abweichungen von diesen Grundzügen. Die Einzelrichter werden in denjenigen Orten im Bezirk der Kreis-Gerichte angestellt, welche bisher schon Sitz größerer Gerichts-Behörden waren oder 2000 und mehr Einwohner haben und zugleich etwa 3 Meilen vom Sitze des Kreis-Gerichtes entfernt sind.

* Der Pr. St. A. veröffentlicht folgende Adresse, welche der Ban von Croatien aus Berlin erhalten hat. „Excellenz: Die hehren Thaten, durch welche Sie in einer trostlosen kranken Zeit der Unentschlossenheit und Einschüchterung, der Frechheit und des Verrathes das Banner des Gesetzes, der Ordnung und der Vernunft wieder aufrichteten und schirmten, die Kraft und der Heldensinn, mit welchem Sie den vernichtenden Fluthen der Anarchie entgegen traten und siegreich in das Bett der Ordnung leiteten. — die Völker haben sie gesehen. Für solche Thaten hat Ein Land keine Grenzen, die Wirkungen überstrahlen die Lande Alle und zünden die Funken der Kraft, daß sie Begeisterung schaffen. Große Männer gehören der Zeit und nicht einem Lande. An die Heldengestalten, deren Thaten in unserer Geschichte verzeichnet sind und deren Vorbilder für entschlossenes Handeln uns vorleuchten, an sie reiht sich der Name Jellacic. Der Name weckt den Rittersinn im Manne. Das ist unser Stolz, das hebt unser durch die matte farblose Zeit gedrücktes Bewußtsein, das söhnt uns mit der Zeit wieder aus, daß in Ihnen der Mann erstanden, der uns die Bürgschaft der Zukunft leistet. Aus Tausenden von Stimmen erheben sich die unsrigen als die ersten, Ihnen den schuldigen Tribut der Hochachtung und des Dankes Ihrer Mitwelt zu zollen. Wir reichen Ihnen aus Deutschlands Norden unsere Rechte mit dem Gelöbniß, uns um das von Ihnen erhobene Banner für Recht und Gesetz zu schaaren und auf der eröffneten Bahn entschlossen vorzudringen. Der Allmächtige schirme Ihr siegreiches Schwert! Berlin, 15. November 1848." (Folgen die Unterschriften.)

— Auch von Carow bei Genthin in der Provinz Sachsen ist dem Ban eine ähnliche Adresse zugegangen.

Die konstitutionelle Korrespondenz fordert das Ministerium Brandenburg immer von Neuem zum Abtreten auf, und bringt darüber folgende zweite Parabel: Das Ministerium Manteuffel hat allerdings das Verdienst unserm geschwächten Staatsorganismus eine wohlthätige Krisis bereitet zu haben. Ist dies aber ein

Grund für seine längere Beibehaltung? Uns däucht diese Grund nicht mehr werth, als wenn der Bader, der einem Kranken zur Ader gelassen und ihm dadurch augenblickliche Erleichterung geschafft hat, daraus ein Recht zur fernern Behandlung des Kranken herleiten wollte und, da sich seine Heilmittel nur auf Blutegel, Schröpfköpfe und Vesikatorien beschränken, bei jedem Recidiv wieder zu solchen Kuren schreiten müßte.

Die lib. Corresp. fügt ihrem Bericht über die erste Sitzung in Brandenburg Folgendes hinzu: Gleich nach der Sitzung verlautete, daß diejenigen Mitglieder, welche die Protest-Erklärungen unterzeichnet hatten, in Folge der Aeußerungen von Reichensperger und Riedel entschlossen seien, nach Berlin zurückzukehren. Ihre Zahl beträgt 30—40.

Berlin, 27. Nov. Der Grabow'sche Vorschlag setzte ein Entgegenkommen der Krone voraus, bestehend in der Ernennung eines neuen Ministeriums. Darauf sollte dann eine Adresse folgen, welche vom Abgeordneten Pilet verfaßt, und von sämmtlichen dabei betheiligten Parteien gebilligt war, darin nicht der Dank für, sondern die Freude über die (nicht stattgefundene) Veränderung des Ministeriums ausgesprochen und die Versicherung gegeben war, daß fernerhin eine „ängstliche Ueberwachung der Verwaltungsmaßregeln des Regierung Sr. Maj. von Seiten der Versammlung nicht mehr Statt finden soll." Diese Adresse war gestern dem Reichskommissär Hergenhahn übergeben. Allein die Erfolglosigkeit dieses letzten Schrittes war vorauszusehen.

Brandenburg, 26. Nov. Brandenburg ist so arm an Comfort, daß auch die widerspenstigste Versammlung sehr bald eine Verfassung vollenden würde: schlechte Gasthöfe, schlechtes Steinpflaster, ein Versammlungslokal, länglich wie ein schmaler Kasten, ohne gesonderten Raum für die Parteien — man kann sich nicht einmal nach seiner politischen Ueberzeugung hinsetzen, sondern muß, wie Piper, rechts, links und Centrum sein! — Zu essen gibt es hier wenig und schlecht; ich würde das nicht erwähnen, wenn es nicht einen politischen Grund hätte. Die guten Brandenburger haben noch gestern Abend nicht recht daran glauben wollen, daß sich eine große Versammlung bei ihnen einfinden werde. An der Ecke eines Hauses klebte noch ein Plakat: „Die Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Abendsitzung beschlossen: Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt Steuern zu erheben." Der heutige Regen wird es wohl heruntergewaschen.

(O. Ref.)

△ **Breslau**, 26. Nov. Das Wellenbrausen und Wogensprützen der jungen Freiheit hat einer Windstille Platz gemacht, wie hier nie seit dem Mäez Statt gefunden. Die Ankunft des Herrn von Schleinitz, welcher von Bromberg her den Ruf des thatkräftigen Willens mitbrachte, hat dem ganzen übermüthigen Getreibe der Demokraten ein Ende gemacht. Es ist hier gerade am gefährlichsten Tage, am 20., eine Anzahl Bürger zu einem „Verein für gesetzliche Ordnung" zusammengetreten; die Stadtverordneten haben ihren Steuerverweigerungsbeschluß zurückgenommen und der Magistrat instruirt ernstlich wegen der Vorgänge am 20. Wie in Breslau, so steht es in der Provinz: fast überall hatte eine kleine Rotte kühner Republikaner die Bürger und die Behörden eingeschüchtert, und was man für Ausdruck der Gesinnung vieler Städte gehalten war nichts Anderes gewesen als die Gesinnung der dortigen demokratischen Vereine. Die Heranziehung eines Bataillons Soldaten reicht meistens hin, um den „friedlichen" Bürgern den Muth wiederzugeben, und statt der früheren revolutionären Beschlüsse kamen Loyalitätsbezeugungen in überraschender Fülle zum Vorschein. Außer einigen kleinen Gebirgsgenden ist in diesem Augenblicke in ganz Schlesien nirgends mehr von einer Gährung die Rede.

‡ **Posen**, 25. Nov. Heute ist der General von Schäfer nach Gnesen gereist; wahrscheinlich in der Absicht, auch den Polen zu etwaigen Reclamationen Gelegenheit zu geben. Daß diese indeß in dieser Sache sich mit ihm in irgend welche Verbindung setzen würden, ist durchaus unwahrscheinlich; hier in Posen wenigstens haben sie jede Annäherung an ihn vermieden. Man sieht, daß die Polen noch immer der Demarkation ganz zu entgehen hoffen. — Uebrigens scheint die jetzt wohl unzweifelhafte Wendung der Dinge in Berlin ihren Plänen in mancher Beziehung hinderlich geworden zu sein; wenigstens waren die Anzeichen eines neuen Aufstandes in der Provinz noch vor etwa einer Woche so deutlich, daß uns ein anderer Ausgang höchst wahrscheinlich auch hier neue Kämpfe gebracht hätte. Wie die Sachen jetzt stehen, haben wir nur die traurige Folge der jüngsten Ereignisse zu tragen, daß auch hier, wie überall, sich für und gegen die Berliner Versammlung Parteien gebildet haben und daß dadurch eine Aufreizung der Gemüther herbeigeführt ist, deren Beschwichtigung schon um des Allen gemeinsamen nationalen Zweckes willen dringend zu wünschen ist. Die Vertreter der Stadt haben sich von vornherein auf die Seite der Regierung gestellt und repräsentiren damit ohne Zweifel die Meinung der großen Mehrzahl unserer Bevölkerung, welche in den Berliner Abgeordneten niemals Freunde des hiesigen Deutschthums sehen wird, und an sich schon eine entschiedene Haltung der Krone gegen eine Versammlung wünschen muß, die, ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung zu nehmen, uns Deutsche dem Polenthume zu opfern immer bereit war. (Daß übrigens die polnischen Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten der Berliner Versammlung beistimmten, versteht sich wohl von selbst.) Schlimm aber ist es, daß jetzt plötzlich das nationale Interesse der hiesigen Deutschen mit dem der entschiedenen Reactionäre zusammenfällt und dadurch dem sogenannten Preußenverein (für König und Vaterland) eine sehr aufreizende Einwirkung auf die Massen möglich geworden ist. Diesem steht der constitutionell-demokratische Verein schroff gegenüber; er hat die unumwundensten Sympathien für die Berliner Versammlung an den Tag gelegt und dadurch bei Manchen die Verfolgung unsrer großen nationalen Sache in den Hintergrund gedrängt. — Allein diese augenblickliche Spaltung wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen etwas zurücktreten; wenigstens verspricht ein morgen zur Gründung eines die ganze Provinz umfassenden deutschen Vereins zusammentretender Congreß von Deputirten des ganzen Großherzogthums den nationalen Bestrebungen einen noch viel bedeutenderen Umfang zu geben; es gilt hier, der liga polska entgegenzuarbeiten.

Frankreich.

* **Paris**, 27. Nov. Die Sprache der verschiedenen hiesigen Journale, nach dem parlamentarischen Siege Cavaignac's ist sehr beachtenswerth. Lamartine tritt in dessen Folge von seiner Kandidatur zurück. „Ich würde Gott versuchen, sagte er, wenn ich erklären wollte, ich wünschte gewählt zu werden. Ich kenne die Schwierigkeiten zu gut. Noch fühle ich mich nicht genug erstarkt in dem öffentlichen Vertrauen, das sich mir noch nicht hinreichend wieder zugewandt hat. In einem halben Jahre habe ich, um die Republik zu erobern, 15 Jahre Popularität zugesetzt. In einem Tage erwirbt man einen solchen Schatz nicht wieder. Wenn ich mich wieder stark fühlen werde, so werde ich Euch sagen, verfügt über meine Kraft. Jetzt fühle ich mich noch schwach, darum sage ich vertrauensvoll: setzt mich den Stürmen nicht aus." Das Blatt ergänzt diesen Gedanken durch den Zusatz: rettet, wenn ihr auch dieser Meinung seid, die Gegenwart durch die Wahl Cavaignac's. Der Constitutionel findet zwar, daß die Herren Garnier Pagès und Ledru-Rollin in Manchem Recht hatten, läßt aber doch dem General einige Gerechtigkeit widerfahren. Die Presse bleibt bei ihrem Losungswort: hilft nichts, Napoleon wird doch gewählt! (was allerdings sehr möglich, vielleicht wahrscheinlich ist.) Die rothe Republik ist, wie natürlich, sehr unzufrieden. Die „Republique" sieht in der vorgestrigen Sitzung nur die „Schrecken" der Versammlung, was dieses Blatt, welches der Schreckenszeit so hold ist, nicht so übel nehmen sollte. Die „Reforme" ist schon gemäßigter. Sie erkennt Cavaignac's Talent und Beredtsamkeit an, aber unrecht muß er natürlich doch haben! Seinen Triumph verdanke er, sagt dieses Blatt, nur der Ungeschicklichkeit Barthelemy St. Hilaire's. Auf diesen Letzteren ist auch die „Presse" sehr ungehalten. Vae victis! Die legitimistische „Union" spottet. Die „Opinion" spricht von Undankbarkeit. Das „Journal des Debats" erkennt mit dem Takte und der Umsicht, die es jederzeit bewährt, vollkommen an, daß der General nicht nur viel Beredtsamkeit, sondern auch die Gerechtigkeit seiner Sache an den Tag gelegt habe. In der Pause zwischen der vorgestrigen Nachmittags- und Abendsitzung kam es zu handgreiflichen Streitigkeiten zwischen den Abgeordneten Felix Pyat und Pedndhon, welcher Letzterer in seinem Blatte den Berg den „Parnaß der Dummköpfe" genannt hatte. Ein demokratisches Bankett von 2000 Personen ist gestern ohne Störung abgehalten worden. Der Vorsitz blieb Barbès vorbehalten, dessen Name auf einem leeren Stuhl figurirte, — den eigentlichen Vorsitz führte Herr Guillard; — die Abgeordneten Greppo, Pierre Leroux, Deville, Lageenze u. A. beachten die üblichen

Digitized by Google

Uebersicht.

Rede Welcker's am 29. Nov.

Deutschland. Brandenburg (Landesversammlung.) Darmstadt (Die Lehrbach-Wittgenstein'sche Angelegenheit.)

Rede Welcker's am 29. Nov.

Wir leben in einer Zeit der Begriffsverwirrung und Befangenheit. Sie werden mir also vergönnen, daß ich bei so maßlosen Angriffen gegen das Benehmen der Reichskommissäre, wie sie hier Statt gefunden und die noch viel maßlosere und widerlichere Angriffe in der Presse hervorgebracht haben, jetzt das Wort ergreife, um Ihnen endlich die wesentlichen Momente darzulegen, die zur Ergänzung des Urtheils gehören. Zunächst macht hierauf der Redner auf den Antrag Zimmermann's von Spandow aufmerksam, der eine Aufzählung der furchtbarsten Scheußlichkeiten, die in Wien verübt worden sein sollten, enthalte und daneben eine schwere Verleumdung des Reichskommissaire. Was dort von Scheußlichkeiten aufgezeichnet ist, fährt Welcker fort, fand ich sammt der Verleumdung den Tag darauf als Plakat an den Mauern Frankfurts. Wer diese Plakate besorgt hat — ich weiß es nicht — aber daß sie zur Aufreizung der Volksleidenschaften dienen, daß sie eine zwar zwecklose, aber blutige Rache hervorrufen sollen, darüber werde ich mich vielleicht nicht täuschen. Unter den Aktenstücken, die ich in Händen habe, befinden sich zwei Drohbriefe. Der eine mit der Angabe, daß Sechs aus einer Verbindung von 190 auserwählt worden, mich zu morden (Hohn von links). Ein anderer solcher Drohbrief ist an meine Freunde Wassermann und Mathy und an mich gerichtet. Glauben Sie nicht, daß das meine Gemüthsruhe stört. Ich würde den Mann bedauern, der gegen solche Angriffe nicht in seinem gerechten Stolze eine vollkommen genügende Gegenrüstung fände. (Bravo im Centrum und rechts.) Aber ich habe auch noch eine andere Waffe in der tiefen Demoralisation, die von solchen Scheiten und Bestrebungen ausgeht. Bei dieser tiefsten Demoralisation, die an einem ehrlichen, treuen und gutmüthigen Volke verfucht werden konnte, tröstet mich nämlich der Glaube an dieses Volk selbst (Bravo), und daß es seine wahren Freunde von den falschen, von den Aufwieglern und Volksschmeichlern zu unterscheiden kennen werde. (Wiederholtes Bravo.) Der Glaube tröstet mich, es werde die wahre Freiheit von jener Afterfreiheit unterscheiden lernen, die nur lebt von der Lüge, von dem Aufruhr und von dem Meuchelmord. (Anhaltender Beifall.) Ehe ich zu den eigentlichen Verhandlungen übergehe, erlauben Sie mir im Interesse und in dem Gefühle der hohen Würde der Centralgewalt, deren Wirksamkeit man auf der einen Seite wüthend schmäht und herabreißt, um auf der anderen nachher zu sagen, sie stehe nicht in der gehörigen Achtung, erlauben Sie mir, in diesem Interesse auf das aufmerksam zu machen, was, glaube ich, von einer noch sehr jungen Staatsweisheit Zeugniß gibt. Das Reichsministerium in seiner Offenheit hat sämmtliche Depeschen dem Ausschusse vorgelegt. Ich begreife und billige diese Maßregel des Vertrauens und der reinen Gesinnung, aber, meine Herren, das ist nie und nimmermehr die Art ehrlicher Politik, daß man nun diese Depeschen aus dem Zusammenhang reißt, einzelne Worte in die Verhandlungen hineinbringt und so Mißverständnisse nicht blos in Beziehung auf die betreffenden Personen, sondern zerstörende Mißverständnisse auch in Beziehung auf die Regierungen, mit denen unterhandelt wird, hervorruft. Depeschen sind der Natur der Sache nach geschriebene Nachrichten für einen Minister, wie sie oft flüchtig hingeworfen werden unmittelbar vor dem Abgange eines Courriers, in beschränkter Umgebung, unter durch Besuche und andere Umstände bedrängten Verhältnissen. Sie sind verständlich für den Mann, der seinen Mann und die Verhältnisse kennt, verständlich auch für den, der sie nicht absichtlich verkennen will. Sie sind aber kaum geeignet, ihrer Gestalt nach zu dem Gegenstande der Betrachtung eines urtheilslosen Publikums zu werden oder sogar zerstückt, aus dem Zusammenhange getrennt und auf die gröbste Weise entstellt zu werden. Wenn man solche Depeschen der Sache gemäß einrichten will, und so, daß der Minister daraus die ganze Wahrheit richtig erkenne, so muß dann auch manche Mittheilung, die gerade nur für den Minister paßt, von dem besondern Standpunkte aus erklärt und nicht nach dem Ausdruck des Einzelnen, sondern nach dem Sinne des Ganzen ausgelegt werden. Ich will Ihnen aber das Beispiel geben, wie man diese Depeschen aus dem Zusammenhange gerissen, wie man sie vor dem deutschen Vaterlande mißdeutet hat und zwar ist mein Beispiel noch nicht eines der schlimmsten. Wir sagen in Nr. 6 der Ihnen vorgelegten Aktenstücke, daß wir die Hoffnung hegen, eine unblutige Beendigung des Wiener Bürgerkriegs zu erwirken. Es ist dies der wiederholte und immer wiederholt ausgesprochene Wunsch und unsere Forderung an alle österr. Behörden, daß die Sache unblutig beendigt werden solle. In dieser Depesche kommt aber, da bereits schon einiges Blut geflossen war und wir im Augenblicke des Diktirens der Gedanke in die Seele fuhr, daß es nicht möglich sei, alles Blutvergießen zu verhindern, der zufällige Ausdruck an den Minister hinan, daß es unsere Haupt-Aufgabe noch immer wäre, daß die Beendigung nicht allzublutig werde. Nun meine Herren, ich frage alle diejenigen, auf deren Urtheile ich irgend Werth zu legen Ursache habe, ob sie der Depesche einen frechterlichen Sinn unterlegen können? So wie sie aber ausgebeutet wird, wird uns untergeschoben, wir wünschten, daß es ein bischen blutig hergehe, aber nur nicht allzublutig! Sie erlebten jedoch, wie diese herausgerissene Stelle hier zur Grundlage des besonders beraglichen Antrags gemacht wurde, es solle das Reichsministerium gegen diejenigen kais. Generale und Behörden einschreiten, die auf den Antrag der Reichskommissäre „daß die Entscheidung nicht allzublutig erfolge", nicht eingegangen seien. Wir haben von keinem Anfange geschrieben. Es war eine eilende und vertrauliche Aeußerung an den Minister und nichts weiter, in einem durchaus ergoisten Sinne, den man so zu entstellen sucht. Meine Herren, Sie haben von der Tribüne ein Pröbchen gehört, wie man mit solchen zusammenhangslosen Fragmenten von Aeußerungen zu Werke geht. Es wird von uns erwähnt, daß Fürst Windischgrätz bei unserem lebhaftem Andringen auf den Schutz der Wirnee, bei unserer Vertheidigung ihrer Lage so weit eine solche möglich war, uns parteiisch gefunden habe. Er hat uns allerdings gesagt: „es scheint fast, als wenn Sie für die Wiener", er hat das Wort vielleicht hinzugefügt, „für die Wiener Volkssouverainität Partei nehmen"; und das wird nur zum Hasse der Wiener Volkssouverainität gestempelt, die ich deswegen dem Fürsten Windischgrätz preisgegeben hatte! Sie haben auch gehört, wie die Nachricht, daß wir zur kaiserlichen Tafel gezogen werden seien, aus dem Zusammenhange herausgerissen wurde. Ich frage Jeden, ob es dem Reichsministee nicht von Einfluß sein muß, zu wissen, ob wir freundlich aufgenommen waerden? Daraus hat man also geschlossen daß wir schwelgten! Noch etwas anderes. Wir erwähnen bei dem Besuche im Feldlager des Fürsten Windisch-Grätz und bei der Geschäftsbehandlung mit ihm nur das, was dem Ministee zu wissen nothwendig war, nämlich die bestimmte Ablehnung unserer Einmischung, und geben für das Ministerium deutlich genug zu verstehen, was es mit Hilfe dieser hohen Versammlung zu thun habe. Wir sagen auch, daß dieser selbe Feldmarschall, der unsere Aufforderung, die Waffen ruhen zu lassen, und bei unsere von der Centralgewalt ausgestellte Vollmacht in Abschrift erhalten hatte, was aus einem Aktenstücke des Ministers Kraus hervorgeht, daß dieser selbe Feldmarschall uns keineswegs schimpflich, sondern im Gegentheil mit der allergrößten gesellschaftlichen Auszeichnung behandelt habe (Lachen links). Lachen Sie vor allen Dingen über die Unwahrheiten, die Sie gesagt haben, über Thürhinauswerfen und dergleichen (Unruhe links), ja, Sie haben Unwahrheiten gesagt. (Unterbrechung, nach welcher der Redner die Einzelheiten der den Reichskommissären gewordenen Aufnahme im Lager des Fürsten Windisch-Grätz erzählt.) Meine Herren, wenn so wenig Unterschied in den Begriffen ist, daß man eine Rechtsablehnung, die überall vorkommt, verwechselt mit einer schimpflichen Behandlung, dann habe ich nichts weiter hinzuzusetzen. Glauben Sie, daß man dadurch die Gefahr beseitigen könnte, daß man auf's Neue das Verhältniß zwischen Oesterreich und der deutschen Centralgewalt in Verwicklungen bringt, um nachher wegen der gestörten Verhältnisse Lärm zu machen und hohle Phrasen zu beingen? (Unruhe links). Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe solcher Verunstaltungen der Depeschen vorlegen, ich will darauf verzichten. — Wer den Bericht aufmerksam gelesen, wird daraus ersehen haben, wie diese Depeschen auf das Unbegreiflichste mißhandelt worden

Digitized by Google

sind. Nun will ich aber noch fragen, ob das Ministerium bei solchem Verfahren ferner Depeschen, sowie das Nothwendige, was es für seine Unterhandlungen braucht, erhalten kann? Es werden Depeschen für die Paulskirche, nicht aber für das Ministerium geschrieben werden. Ich will Sie fragen, ob Sie, wenn Sie auf diese Weise mit den Geschäftsträgern der Centralgewalt umspringen, ferner noch Vertreter finden, die Lust haben, Ihre Geschäfte zu führen? In keinem Lande der Erde — ich kenne die Parlamentsverhandlungen in England und Nordamerika — behandelt man die Minister oder die Gesandten so unwürdig, wie in dieser Versammlung und dann kommt man noch und klage, daß sie kein Ansehen haben. Es wundert mich nicht, meine Herrn, wenn vielleicht mit aus dieser Ursache das Reichsministerium umhersuchen muß nach einem Gesandten für Frankreich. Uebrigens, Gott bewahre mich, daß ich dazu rathen möchte, eine solche mißliche Stelle auszuschlagen, nein, meine Herren, ich fordere, daß man vor allem seine Interessen und seine Dienste dem Nationalwohl opfere und sein Leben dazu. Denn dem feingebildeten Menschen wird es leichter, seine Glieder preiszugeben, als sich einer schimpflichen Behandlung auszusetzen." (Stürmischer Beifall. Der Rest der Rede verbreitet sich über die Lage Wiens und rechtfertigt das Verhalten der Reichskommissäre den Behörden und der aufständischen Bevölkerung gegenüber.)

Deutschland.

Brandenburg, 27. Nov. Im Dom zu Brandenburg sind die Zurüstungen getroffen, die preußische Nationalversammlung aufzunehmen. Die Sitze der Abgeordneten sind in dem langen schmalen Schiffe der Kirche aufgeschlagen; sie stehen in einer langen Reihe hinter einander, so daß eine Sonderung der Parteien fast unmöglich wird. Auf der äußersten Rechten steht der Ministertisch; nur die äußerste Linke hat das Glück, sich einige wenige Bänke eingeräumt zu sehen. Die Tribünen sind sehr geräumig. Mitglieder des diplomatischen Corps, Offiziere, Generale, auch märkisch-brandenburgische Damen haben sich eingefunden. Um 10 Uhr erscheinen allmälig die Abgeordneten, spärlich zuerst, wie die ersten Schneeflocken, dann in etwas stärkerer Zahl. Baumstark, Walter, Meusebach, Reichensperger und andere dieser Färbung nehmen vorn in der Mitte ihren Platz; Harkort, Kühlwetter setzen sich auf die äußerste Linke; auch Milde, der freudig begrüßt wird, gesellt sich zu ihnen. Von Berliner Deputirten haben sich eingefunden: Dielitz, Jonas, Sydow, Bauer. Von früher ausgetretenen sind wieder erschienen: Zachariä, von Besser. Um 10½ Uhr treten die Minister Brandenburg, Ladenberg, Manteuffel, Strotha und Rintelen herein; sie grüßen herablassend. Bald darauf ergreift der Ministerpräsident das Wort; er liest folgende Sätze ab: „Auf Befehl Sr. Majestät des Königs erkläre ich hiermit die am 9. d. M. vertagte Versammlung für wieder eröffnet und stelle derselben anheim sich wiederum zu constituiren. Ich fordere die hohe Versammlung auf, sobald es geschehen ist, mich davon zu benachrichtigen, um derselben eine königliche Botschaft vorlegen zu können." Die Minister ergreifen ihre Hüte. Aus der Versammlung ertönt der Ruf: „Alterspräsident! Alterspräsident!" Abgeordneter v. Brünneck nimmt den Vorsitz ein: „Da ich gerade der älteste unter Ihnen bin, indem ich das 63. Jahr erreicht habe, so übernehme ich auf einige Zeit den Vorsitz. Ihre Nachsicht wird mich dabei unterstützen. Wir müssen zuerst den Namensaufruf beginnen; die Abgeordneten Geßler und von Borries werden heute das Protokoll führen." Abgeordneter Harkort vom Platz: „Ich bitte, bei den Namen die Wahlkreise zu nennen, damit das Land wisse, welche Kreise hier vertreten sind." (Bravo!) Der Namensaufruf beginnt. Bei den ersten Buchstaben namentlich sind kaum einige zugegen; bei andern heißt es: „ist krank! wird kommen" u. dgl.; einmal ruft eine Stimme vom Platz: „ist anwesend; ist nur noch nicht hier." (Gelächter.) Der Schriftführer erhebt auch wohl die Stimme und macht eine kleine Pause, als erwarte er doch noch einen Getreuen seinen Namen nennen zu hören. Unter merklicher Spannung der Versammlung — auch auf den Tribünen wird nachgeschrieben — geht der Namensaufruf vor sich.

Anwesend sind: Althaus, (Heiligenstadt), Arnold, (Danzig), Baumstark (Greifswald), Bauer (Berlin), Bauer (Pillkallen), v. Besser, Brockhausen, Brünninghaus, von Brünneck, Bumbke, Bußmann, von Borries, Claussen, Contzen, Costling, Dallmann, von Daniels, Dielitz, Dahne, Diesterweg, Diethold, von Enckewort, Fritzsch, Feldhaus, Fischer (Wiedenbrück), Fretzdorff, Friese, Funke, (Recklinghausen) Frenten, Gellern, Geßlee, Gellhorn, Garz, Grodbeck (Danzig), von Gudenau, Hahn, Harkort, Haetmann, Hentrich, Hermann, Hesse (Solingen), Hoser, Huchzermeyer, Hesse (Warburn), Igel, Jonas (Berlin), Jonas (Potsdam), Kehf (Duisburg), Kreiser, Kette, Klette, Klinghammer, Kochs, Köhler (Görlitz), Konietzko, Krüger (Minden), Kruhl, Kühlwetter, Kühnemann, Küpfer (Stellvertreter des Prinzen von Preußen), Kutzen, Lensing, Loff, Lindenau, Lohmann, Maaßen, Mätzke, Marcynowski, Meusebach, Meyee, Milde, Mrozik, Müllensiefen, von Mylius, Müller (Solingen), Müllee (Siegen), Nennstiel, Neuenburg, Ostermann, Pelzer, Pieper, Pruß, Radtke, Rehfeldt, Reichensperger, Reygers, Repell, Räkig, Richter (Ortelsburg), Romdey, Riedel (Niederbarnim), Rintelen (Paderborn), Rietz, von Reichmeister, Röder, Rottels, Sames, Schadt, Schreeden, Scheidt, Schlitte, Schmidt (Beeskow), Spanken, Siegert, Scholz (Meseritz), Schönborn, Schwonder, Seidel, Simons, Semrau, Siegert, Steindeck, Sperling (Gumbinnen), Stalling, Schimmel, Schulte (Warendorf), Tdederahn, Tietze, Tushaus, Ulrich (Soest), Upmeyer, Vogelsang, von Voigts-Rheetz (Bromberg), Walter, Wegener, Wenger, von Wittgenstein (Köln), Zachariä.

Nachträglich melden sich: Bergbaus, Bardeleben (für Berlin — Herr Dielitz tritt demnach aus), Conditt, Fleischer, Gotlieb, Jentsch, Keferstein, Sagelberg (Montjoie), Sydow, Schröder (Euskirchen), Tripp, Vennewitz. Außerdem ist für den Abgeordneten von Schön der Stellvertreter Jachemann, für den Abgeordneten von Cieskowski ohne Weiteres der Stellvertreter eingetreten.

Endlich melden sich noch die Abgeordneten Beemer, Puttkammee, Schadebrodt, Westermann; der Abgeordnete Pfuel hat sein Mandat niedergelegt.

Präsident v. Brünneck: es sind noch einige neugewählte Abgeordnete zugetreten, ich bitte, die Legitimationen zu prüfen. — Abgeordnetee Kühlwetter: ich habe von dem Abgeordneten Hansemann einen Brief erhalten, den ich mich für verpflichtet halte, der Versammlung mitzutheilen. — Große Unruhe: „nicht vorlesen! auf dem Bureau niederlegen!" — Die Versammlung gestattet endlich die Vorlesung des Briefes, welches der Abgeordnete Kühlwetter unter fortgesetzter Bewegung vollzieht. Der Brief enthält die Nachricht, daß Hansemann auf ärztliche Verordnung heute und morgen das Zimmer hüten muß. — Abgeordetee Dahne zu einer persönlichen Bemerkung: „Als die Krone am 9. uns den Befehl der Verlegung und Vertagung zugehen ließ, glaubten ich und meine Freunde diesem Befehle nicht nachkommen zu dürfen. Es ist ein Zwiespalt zwischen der Versammlung und dee Krone ausgebrochen, dee eine ungeheure Aufregung vorgerufen hat. Auf wessen Seite die Schuld liegt (mit der Hand nach der Ministerbank zeigend), das will ich hiee nicht erörtern, denn Anschuldigungen führen nicht zur Versöhnung. Wir sind in Berlin geblieben, nicht um die Rechte der Krone anzutasten, nicht um das Land in den Zustand der Anarchie zu versetzen, — dagegen muß ich mich nnd meine Freunde verwahren. Wir wollten nicht dem Volke neue Rechte erringen, wir wollten ihm nur seine schon errungenen Rechte und Freiheiten wahren, die wir angegriffen sahen durch jenen Befehl der Krone. Ich muß mich und meine Freunde ferner verwahren gegen den Vorwurf der Inkonsequenz, den man — ich sehe es voraus — uns machen wird, weil wir nun doch hierhergegangen sind. Auch jetzt noch können wir der Krone nicht das Recht zugestehen, die Versammlung einseitig zu verlegen und zu vertagen. Wir stehen auch jetzt noch auf dem Standpunkte der Vereinbarung, der friedlichen Vermittlung; mit diesem Grundsatz sind wir nach Berlin gekommen, aus diesem Grundsatze sind unsere Beschlüsse hervorgegangen. Jetzt aber müssen wir der bewaffneten Macht weichen, die uns aus Berlin gedrängt. Nicht unsere subjektive Rechtsüberzeugung — die Umstände haben sich geändert. Wir sind zudem der Ansicht, daß übee die endliche Lösung des jetzigen Zwiespalts kein Zweifel sein kann, seitdem die deutsche Nationalversammlung und die Centralgewalt die Vermittlung in die Hand genommen hat. Ich bitte schließlich, folgende Erklärung durch das Bureau verlesen zu lassen. — Die Erklärung enthält im Wesentlichen die oben vom Abgeordneten Dahne dargelegten Motive; sie ist unterzeichnet von Maaßen, Dahne, Scholz (Meseritz), Tietz, Hentrich, Nennstiel u. a. — Abgeordneter Reichensperger: Wir haben nicht blos eine Entschuldigung, sondern noch einen neuen Protest gehört. Natürlich ist es ein Recht der Minorität Proteste einzulegen, aber

nicht Proteste, welche die rechtliche Grundlage der ganzen Versammlung angreifen. — Es folgen sodann verschiedene Erklärungen, ähnlichen Inhalts, wie die oben mitgetheilte; sie sind unterzeichnet von den Abgeordneten Wegener, Fleischer, Köbler (Görlitz), Kühnemann, Seidel, Conditt, Bauer (Berlin), Keferstein, Stalling.

Abg. Baumstark: er und seine Freunde wollten sich ebenfalls ihres Benehmens wegen rechtfertigen, aber nicht jetzt, sondern sobald die Versammlung vollzählig sei; sie könnten das um so mehr, als bereits durch die Presse ihre Führung hinlänglich bekannt sei. — Abg. Riedel: die Regierung sei formell, durchaus formell in ihrem Rechte gewesen, materiell sei die Verlegung durchaus nöthig gewesen und die Regierung würde sich eine schwere Verantwortung aufgeladen haben, wenn sie die Versammlung nicht verlegt hätte. Die, welche gegen den Befehl der Regierung remitirt hatten, hätten gegen das Gesetz gefehlt. (Oho! und Murren in der Versammlung.) Der Redner glaubt, wie er dann hinzusetzt, in dem Gesetze vom 8. April seine Beschuldigung staatsrechtlich begründet. — Abg. Bauer (Berlin): man könne wohl nur dem beistimmen, was der Abg. Baumstark gesagt habe; nicht von Neuem möge man die Parteileidenschaften erwecken; außerdem müsse man wissen, ob die Versammlung vollzählig sei; eher könne man nicht debattiren.

Abg. Kühnemann: „ich behalte mir vor, mich und meine Kollegen vor den Verdächtigungen des Herrn Riedel zu verwahren." (Bravo.)

Die Discussion wird abgebrochen; das Resultat der Stimmzählung ist, daß

154 Abgeordnete anwesend sind.

Alterspräsident von Brünneck: ich schlage also vor, da die Versammlung nicht vollzählig ist, daß wir uns bis morgen vertagen. — Abg. Reichensperger: ich glaube, daß wir vorher dem Ministerium Anzeige machen müssen, damit es sich darüber erkläre, ob es uns die königliche Botschaft mittheilen will. (Unterbrechung.) Meine Herren, wir sind die Nationalversammlung; wir können allerdings keine Beschlüsse fassen — Das verbietet uns das Geschäftsreglement; aber nachdem das Büreau constituirt ist, können wir jede Botschaft in Empfang nehmen. Brünneck stimmt damit überein; die Versammlung wird auf eine halbe Stunde vertagt. — 12½ Uhr.

Gegen 1 Uhr wird die Sitzung wieder geöffnet; folgendes Schreiben des Ministerium wird verlesen: „Nach dem Ew. Excellenz uns benachrichtigt haben, daß die heute eröffnete Versammlung nicht beschlußfähig gewesen, werden wir darüber Sr. Majestät Vortrag halten und unsern Beschluß nehmen, den wir der National-Versammlung morgen früh um 9 Uhr mittheilen werden; wir fordern dieselbe auf, sich morgen um 9 Uhr hier wieder einzufinden."

Das Ministerium.

An den Präsidenten der National-Versammlung.

Diese Art Befehl scheint auf die Versammlung einen wunderbaren Eindruck zu machen; es erschallt der Ruf: „eilf Uhr, eilf Uhr!" — Der Präsident fragt die Versammlung, ob sie sich bis morgen 11 Uhr vertagen wolle. — Dies wird angenommen.

(Neue Parlaments-Zeitung.)

△ **Darmstadt**, 28. Nov. Noch immer zittert die Angelegenheit Stamm-Lehrbach-Wittgenstein über die Gemüther; und nachdem sie ihren Weg ziemlich ungenügend durch die öffentlichen Blätter genommen, ist sie an einem neuen Standpunkte, dem parlamentarischen, angelangt. Im Interesse der Sache, welche sehr geeignet ist, über die Schranken des Lokalstaates Hessen hinauszugehen, theile ich Nachstehendes theils zur Vervollständigung, theils zur Berichtigung des da und dort schon über die Angelegenheit Gesagten mit. Am 17. d. M. war Versammlung des vaterländischen Vereins *) dahier, um eine Adresse an die verfassunggebende Reichsversammlung in Frankfurt a. M. zu berathen. Die Adresse beschäftigte sich vorzugsweise mit Blum's Tod und den neuesten Regierungsmaßregeln in Berlin, und ihr Beschluß forderte die Reichsversammlung auf, eingedenk ihrer schweren Verantwortung und eingedenk ihres Ursprungs durch das Volk und ihrer Bestimmung für das Volk, ohne den geringsten Aufschub und ohne Rücksicht auf Stand und Person hierbei geeignet einzuschreiten, „und durch alles Dies das wankende Vertrauen des deutschen Volkes in die Thatkraft einer hohen Versammlung neu zu beleben." Als der letzterwähnte Theil des Adresse-Entwurfes zur Berathung kam, erhob sich das Mitglied des Vereins, Oberlieutenant Stamm und schlug vor, unter dem, was in Berlin zu bewirken sei, auch zu erwähnen, „daß das ehrenwerthe, tapfere preußische Heer aus dem gefährlichen Dilemma eines meuterischen, verbrecherischen Ungehorsams und einer mittelalterlichen söldnerartigen Barbarei erlöst werde." Kriegsminister Graf Lehrbach, der früher die Aeußerungen der Adresse über die Wiener Angelegenheiten weder gebilligt noch unterstützt hatte, erklärte sich nachdrücklich für das Stamm'sche Amendement, unter andern mit den Worten: „weil er in dem unseligen Zwiespalte in Berlin ebensowohl die dringendsten Gefahren für die dem Volke gewährten Freiheiten, als für die Sicherheit der Throne erkenne." Das Amendement wurde einstimmig von der Versammlung angenommen. Die Unterstützung desselben durch den Grafen Lehrbach gab dem Grafen Otting, Lieutenant im Chevauxlegersregimente dahier und Adjutanten des Prinzen von Wittgenstein, Anlaß, vorerst die Offiziere jenes Regiments, und da seine Bemühungen bei der Mehrzahl Anklang fanden, später auch die Officiere des zweiten Infanterieregiments, zu Besprechungen zu versammeln, in denen sämmtliche Regimenter und Korps aufgefordert wurden, zu berathen, ob gegen den Grafen Lehrbach und den Oberlieutenant Stamm ein Mißtrauensvotum zu geben sei. Es wurden Sendungen nach Frankfurt a. M. und in die übrigen Garnisonen angeordnet, die Offiziere in diesem Sinne zu stimmen, und da hierbei vorzugsweise der oben genannte Adjutant des Prinzen von Wittgenstein und der Major v. Geyso, Adjutant des Prinzen Emil von Hessen, thätig waren, so lag die Vermuthung nahe, daß von dieser Seite her die eigentlichen Triebfedern zu suchen seien, um so mehr, da durch die Pensionirung des Majors Prinzen von Wittgenstein (Sohnes des Generals) neuer Grund zu Feindseligkeit gegen den Grafen Lehrbach gegeben war. Graf Lehrbach verlangte, um sich gegen das Officierkorps zu erklären, eine Zusammenkunft desselben, welche Statt hatte und in der er entwickelte, daß weder das Amendement des Oberlieutenants Stamm, noch seine Unterstützung irgend Tadel verdiene. Nach der Entfernung des Grafen Lehrbach sprach General Prinz Wittgenstein wiederholt im entgegengesetzten Sinne. Bei der später erfolgten Abstimmung entschied sich das Offizierkorps der Artillerie einstimmig, der Generalquartiermeisterstab desgleichen, das zweite Infanterieregiment mit 33 gegen 5 Stimmen (wenn ich nicht irre) zu Gunsten des Grafen Lehrbach, das des Chevauxlegerregiments aber, mit Ausnahme des Obersten und 4 oder 5 Officiere, für die Ansicht ihres Chefs, des Generals Prinzen v. Wittgenstein. Die übrigen Regimenter sprachen sich in demselben Sinne wie das zweite Regiment aus, ohne daß es meines Wissens zu einer förmlichen Abstimmung gekommen wäre, weil Prinz Wittgenstein, auf den Wunsch des Großherzogs, die Aufforderung an sämmtliche Offiziere ergehen ließ, die Sache beruhen zu lassen. An demselben Abend brachten viele Unteroffiziere und Soldaten dem Grafen Lehrbach eine Nachtmusik, dem damit ihre Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit ihrer Officiere zu bezeugen. Leider trennte sich beim Weggehen von der Wohnung des Grafen ein verhältnißmäßig kleiner Theil der Unteroffiziere und Soldaten, mit einer Mehrzahl von Civilpersonen untermischt, und zog, während die Uebrigen ruhig in die Kasernen zurückgingen, vor die Wohnung des Obristen Schmidt und brachte demselben eine Katzenmusik, weil man das Gerücht ausgesprengt hatte, er habe darauf angetragen, der Mannschaft ein halb Pfund Brod zu entziehen, sowie dem Oberlieutnant Stamm ein Hoch, weil er „auf Erhöhung des Solds angetragen, und seine Kameraden aufgefordert haben sollte, sich zu diesem Zwecke Abzüge an ihrer Gage machen zu lassen", was diese verweigert, und dabei ein Officier, der Oberlieutenant Pabst, geäußert haben solle: „Die Soldaten seien das fünfte Rad am Wagen." Auch noch andere Gerüchte zu freundlicher oder unfreundlicher Stimmung gingen um. In wie weit sie aus zufälliger oder absichtlich veranlaßter Stimmung sich entwickelten, die Erzeugnisse von Mißverständnissen oder bösem Willen waren, konnte wohl noch nicht genügend ermittelt werden. Aber der Erfolg davon war traurig genug. Der Trupp kehrte nämlich in die Caserne zurück und hier begannen die Excesse: Verletzung zweier Offiziere durch Steinwürfe, ob von Soldaten selbst oder von mit in die Caserne eingedrungenen Civilpersonen, ist ungewiß, Zer-

*) Dieser Verein freut sich nämlich über jedes politische Ereigniß, das ihm Gelegenheit zu einer neuen Adresse, Protestation, Vertrauens- oder Mißtrauensvotum darbietet.

Digitized by Google

trümmerung der Laterne und Befreiung der Gefangenen, die jedoch binnen einer halben Stunde wieder zur Haft gebracht wurden. Beide Vorgänge sind als gänzlich von einander getrennt zu betrachten. Die Untersuchung wegen dieser Gewaltthätigkeiten ist im Gange und, um dem im Regiment an Tag gekommenen Ungehorsam und Widersetzlichkeit zu begegnen und die Mannschaft der Verführung Böswilliger zu entziehen, ist das zweite Infanterie-Regiment nach Friedberg verlegt worden und heute dahin abmarschirt. Den Tag nach jenem Vorfall, beziehungsweise der vom hiesigen Offizierskorps gegebenen Erklärung, den Grafen Lehrbach betreffend, gab General Prinz Wittgenstein, der bei frühem Eintritte in's Militär, vierzig Dienstjahre und folglich das Recht freien Austritts mit dem Fortbezuge von neun Zehntheilen seines bisherigen Gehaltes hat, sein Gesuch um Versetzung in den Ruhestand, nach den Bestimmungen der Dienstpragmatik, ein. Es ist vom Großherzoge bewilligt worden. Zur Charakterisirung der Stimmung im Publikum dahier über jene Sache wird wesentlich dienen eine Adresse, welche viele hiesige Einwohner unterzeichnet haben und heute durch eine Deputation dem Grafen Lehrbach überreichen ließen. Sie lautet: „Hochgeehrter Herr Kriegsminister! Es ist uns kund geworden, daß Ihre ebenso besonnenen als freimüthigen Aeußerungen im vaterländischen Vereine von einigen Officieren der großh. Truppen mißfällig aufgenommen, ja daß dieselben sich beschwerend an Se. k. H. den Großherzog gewandt haben. Obwohl wir nun völlig überzeugt sind, daß unser einsichtsvoller Fürst solche Demonstrationen in ihrem wahren Werthe wird zu würdigen wissen, obwohl wir überzeugt sind, daß sowohl der Fürst, als jeder, der Ihre Rede verstehe und Ihre Gesinnung kennt, Sie desto höher achten müssen, so ergreifen doch wir unterzeichnete Bewohner Darmstadts mit Freuden die Gelegenheit, Ihnen, Herr Minister, unsere Achtung, unser Vertrauen noch ausdrücklich kund zu geben. Wir wissen, daß Männer wie Sie, welche frei von Vorurtheil und Parteileidenschaft, die Zustände der Gegenwart zu würdigen verstehen, Männer, die in der Schule des Lebens zu reicher Erkenntniß und Einsicht gelangt sind, Männer, beseelt von Liebe zum Volk und Treue gegen den Fürsten, die das Wohl der Regenten nicht trennen vom Wohle der Regierten, daß solche Männer in bewegter Zeit des Vaterlandes Erhalter sind. Schreiten Sie, Herr Minister, unbeirrt auf Ihrem Wege fort, er ist der Weg des Heils; beharren Sie unerschütterlich in Ihrer erprobten Gesinnung, und Alle, deren Wahlspruch Freiheit, Recht und Ordnung ist, werden Ihnen zur Seite stehen. Genehmigen Sie ꝛc." Der Großherzog hielt sich in dieser Sache sehr unabhängig und lieferte den Beweis, daß er die neue Zeit versteht. „Er," so soll er gesagt haben, „trage kein Bedenken, noch weiter mit dem Grafen Lehrbach und dem Oberlieutenant Stamm zu dienen; für Die, die es nicht wollten, gebe es genug Ersatzmänner in der Reihe seiner Unteroffiziere." Solche Gegengründe wirken treffend. Heute hat nun der Abgeordnete Hillebrand einen auf die Sache bezüglichen Antrag in der zweiten Kammer gestellt. Nachdem er das Thatsächliche vorausgeschickt, wovon uns als neu auffiel, daß die Mehrheit des Officiercorps des Chevauxlegersregiments die Absendung einer Adresse an den General Wrangel in Berlin beabsichtigt, und einige Betrachtungen daran geknüpft, ging er zu den specielleren Anträgen über, welche Untersuchung, Mittheilung des Ergebnisses in den Kammern, Rüge und Bestrafung jener Unternehmung gegen den Grafen Lehrbach und den Oberlieutenant Stamm wollen. Abgeordneter Hillebrand entwickelte dabei: daß bei dem bekannten Resultate (der Pensionirung des Generals Prinzen Wittgenstein) sein Antrag von ihm zurückgezogen werden könnte, aber es gelte ihm hierbei hauptsächlich um's Princip. Es sei Sache jedes Abgeordneten, in solcher aufgeregten Zeit die parlamentarischen Standpunkte aufrecht zu erhalten; u. s. w.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kirsselbach.**

[977]* **MEDICAL, INVALID AND GENERAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.**

Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke.

London, Pall Mall Nr. 25.

Verwaltung für Deutschland in Frankfurt a. M.

Große Gallengasse No. 4.

Capital **6,000,000** Gulden rheinisch.

Gesunde Leben werden von dieser Gesellschaft zu billigeren Prämien versichert, als von den meisten andern Compagnien. Gestützt auf sehr ausführliche statistische Berechnungen, versichere die Gesellschaft auch **kranke** oder nicht völlig gesunde Personen.

Die Versicherten können sich bei dem Gewinn der Gesellschaft noch ihrer Wahl betheiligen oder nicht, aber selbst im ersteren Falle nie zu Nachzahlungen angehalten werden.

Die bei ihr Versicherten können zu jeder Zeit des Jahres von einem Theile Europa's zum andern reisen.

Für Renten-Ankäufe sind ihre Bedingungen besonders vortheilhaft.

Offizieren ist diese Gesellschaft vorzüglich zu empfehlen, weil sie unter dem Ausdruck **„activen Dienst"** nur den Dienst im Kriegszeiten dem Feinde gegenüber versteht.

Aus dieser Erläuterung erhellt auch, daß die Gesellschaft Zahlung leistet, falls einer ihrer Versicherten als Mitglied einer **Bürgerwehr, Communalgarde, Sicherheits-** oder **Schutzmache** und dergl. im Kampf zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung umkömmt. Die Gesellschaft übernimmt auch die Versicherung gegen Kriegsgefahr mittelst Zahlung einer Extra-Prämie.

Policen, die bereits ein Jahr in Kraft waren, werden durch Duell und Selbstmord nicht annullirt, auch wenn sie auf das eigene Leben geschlossen sind.

Der Prospectus erläßt ausführlich die Vortheile von Lebensversicherungen und Rentenankäufen im Allgemeinen und im Besonderen bei dieser Gesellschaft. Derselbe wird auf dem Büreau der Gesellschaft in Frankfurt am Main, sowie von sämmtlichen Haupt-Agenten und Agenten gratis verabfolgt.

Joh. Albert Varrentrapp,
General-Agent.

Verzeichniß der bereits ernannten Haupt-Agenten und Agenten.

Altenburg, F. W. Boeth sen. Bautzen, H. J. Lincke. Bremen, Wilh. Aldefeldt. Carlsruhe, Wilh. Peter. Cassel, Ludw. Jenner. Celle, Wilh. Kollmann. Coburg, C. G. Appel. Darmstadt, Dr Hallmachs, H.-Ger.-Adv. u. Audit. Dresden, Jul. Kockel. Eimbeck, Alb. Grapengießer. Eisenach, G. Brandt jun. Freiburg i. B., Bubeer und Comp. Friedrichshafen, Weimar. Gotha, C. G. Bicgmüller. Göttingen, H. J. Witte. Großenhain, C. G. Arnold. Hanau, Carl Sigmel. Hannover, Wilh. C. L. Koch. Heidelberg, Louis S. Walz. Heilbronn, L. Hacker und Meißner Hildesheim, Carl Walpers. Jena, Th. Voigt. Leipzig, Otto Schmidt. Lübeck, Joh. Wilh. Salsman. Mannheim, C. A. Renner. Norden, G. C. Wellekamp. Osnabrück, Jac. Friedr. Meyer. Rinteln, C. Besendahl. Rostock, Th. Wagner. Rudolstadt, G. Fröbel. Stuttgart, Fero Adamsonn. Verden, Heine. Muejahn. Witzenhausen, M. J. Frenkel. Zittau, Jos. Hübner. Zürich, Billa and Hardmeyer. Zwickau, C. A. Schickedanz.

[952]* In dem unterzeichneten Verlage sind erschienen:

Der deutsche Protestantismus, seine Vergangenheit und seine heutigen Lebenstragen, im Zusammenhang mit der gesammten Nationalentwicklung beleuchtet von einem deutschen Theologen. Gr. 8. Geh. 2. Aufl. Rthlr. 2. od. fl. 3. 36 kr.

Wahlkampf, A., über Heimathgesetze. Der Streit der Interessen und Ansichten in Beziehung auf das Heimathwesen. Gr. 8. Geh. 12 Sgr. od. 40 kr.

Kriegk, G. L., die Völkerstämme und ihre Zweige nach den neuesten Ergebnissen der Ethnographie. Gr. 8. Geh. 12 Sgr. od. 48 kr.

Germania. Archiv zur Kenntniß des deutschen Elements in allen Landern der Erde. Im Vereine mit Mehreren herausgegeben von Dr. Stricker. 1e u. 2e. Band. Gr. 8. Geh. Rthlr. 3. 13 Sgr. od. fl. 6. 12 kr.

Clement, K. J., der Franzos und seine Sprache. Gr. 8. Geh. 20 Sgr. od. fl. 1. 12 kr.

Simrock, K., die deutschen Sprichwörter. Gesammelt. 8. Geh. Rthlr. 1. 10 Sgr. od. fl. 2. 24 kr.

Wilhelmi, H. F., die Lyrik der Deutschen in ihren vollendetsten Schöpfungen von Goethe bis auf die Gegenwart. Imp. 8. Geh. Rthlr. 2. 4 Sgr. od. fl. 3. 60 kr.

Landfermann, D. W., der evangelische Religionsunterricht auf Gymnasien. Ein Gutachten. Gr. 8. Geh. 15 Sgr. od. 48 kr.

v. Moser, C. F., Doctae Leidemit. Fragmente aus seiner Reise durch die Welt, seinen Gedanken, Wünschen und Erfahrungen. Neue Ausgabe. 8. Geh. 20 Sgr. od. fl. 1. 12 kr.

Frankfurt a. M. **H. L. Brönner.**

[1012] Bei Leopold Voß in Leipzig ist erschienen:

Nanna

oder

über das Seelenleben der Pflanzen.

Von

Gustav Theodor Fechner.

Preis Rthlr. 1. 22 Sgr.

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 12 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle rue de Navarin.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 318. Frankfurt a. M., Freitag 1. Dezember. 1848.

Uebersicht.

Frankfurt, Kremsier und Brandenburg I.

Bericht des Verfassungsausschusses über die Selbstständigkeit der kleineren deutschen Staaten.

Deutschland. Eger (Der deutsche Congreß über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland.) Ollmütz (Besuch des Kaisers bei Wessenberg.) Kremsier (Die Wahl Smolka's. Das ministerielle Progeamm.) Brünn (Eisenbahnverbindung mit Prag.) Triest (Nachrichten aus Alexandrien. Die österreich. Flottille.) Berlin (Die Einberufung der Stellvertreter. Der König von Preußen und die Reichsgewalt. Tagesereignisse.) Brandenburg (Landesversammlung. Zweite Sitzung. Widerstand der Landesversammlung. Vertagung. Unbehaglichkeit. Sitzungsbereiche. Die Reichskommissäre.) Stuttgare (Die erste Kammer über das Jagdgesetz. Sammlung für die Hinterlassenen Auerswald's.) Dresden (Das österr. Consulat in Leipzig.) Leipzig (Ministerialveränderung.)

Großbritannien. London (Viscount Melbourne †. Sir John Barrow †.)

Frankreich. Straßburg (Die Candidatur Cavaignac's. Die französische Friedenspolitik.)

Portugal. (Die Ministerkrisis. Spanische Intrigue gegen Saldanha.)

Italien. (Die sardinische Flotte. Die Wahlen in Neapel.)

Schweiz. Bern (Die Physiognomie der neuen Bundesbehörde.)

Ungarn. Von der ungarischen Grenze (Terrorismus der Magyarischen Partei.)

Neuestes.

Börsenbericht von Paris (Vom 27. November.)

1. Dezember.

In einer und derselben Woche treten die zwei verfassunggebenden Versammlungen der „deutschen" Großmächte auf einer neuen Bühne, unter neuen Verhältnissen, mit neuen Bestandtheilen, vor neuen Ministerien auf. Ein merkwürdiger Wendepunkt, nicht blos für die Zukunft unabsehbar folgenreich, sondern, wie unlogisch das immerhin lauten mag, auf das Vergangene und seine Hervorbringungen wunderlich zurückwirkend. Möglich, daß wir, im Kreislaufe des Kalenders bei dem großen Schicksalstragöden, dem 24. Februar, angelangt, auch in unserem öffentlichen Leben unerwartet eine alte Station wiedergefunden haben. Ebenso möglich, daß die jetzige Entwickelung der Dinge in Oesterreich und Preußen als ihre rechte Verwickelung demnächst sich herausstellt. Ueber Deutschland hinaus geht die weltgeschichtliche Bedeutung, mit welcher der letzte Monat des verhängnißvollen Schaltjahres sich ankündigt: Der französischen Republik droht er mit einem Präsidenten, in welchem Bürgerkrieg und Bankerott stecken können, und an zwei kritischen Stellen, in Rom und in Kopendagen, steigt mit einem veränderten Ministerium eine veränderte Politik herauf; lauter Ereignisse, die mit Deutschland in unmittelbarstem Zusammenhange und in unausbleiblicher Wechselwirkung stehen. Und dieses Deutschland, statt wie auf ehernem Dreifuße über Frankfurt, Wien und Berlin unerschütterlich fest zu sitzen, Orakel und Gesetze der Welt verkündend, dieses Deutschland zerbricht seine Stützen, eine nach der andern, muthwillig hier, und böswillig dort.

Wir gehören nicht zu den Zweiflern, die mit einem trübseligen Blicke auf die neugeschaffenen Stätten politischer Thätigkeit fragend ausrufen: „Was kann aus Nazareth Gutes kommen?" Gleichgültig erscheint uns aber keineswegs, wie für alles menschliche Thun und Treiben, so namentlich für gesetzgebende und staatenbildende Thätigkeit das örtliche Verhältniß, in dem diese sich bewegt, und der Grundsatz steht, däucht uns, unangefochten fest, daß in den Mittelpunkt geistiger Kräfte, an ihre täglich frisch sprudelnden Quellen, nicht in die trübe Versumpfung ländlicher Abgeschiedenheit, die wichtigste Aufgabe des öffentlichen und wahrhaft volksthümlichen Lebens gestellt sein muß, allen Blicken zugänglich und sichtbar von weitem, von jeder Seite. Die gebieterische Macht des Augenblickes kann eine Abweichung von diesem Grundsatze rechtfertigen, allein eine solche Abweichung darf weder als Regel genommen noch wie eine Rettung gepriesen werden. Die kleine Stadt an sich thut's nicht im Guten, sie verhindert's nicht einmal im Bösen. Blois ist ein elend Nest, und doch stehen die Stände von Blois blutig verzeichnet in der Geschichte Frankreichs, doch wurde dieses Nest die Wiege der Barrikaden. Kremsier ist auch ein elend Nest, so bequem eingerichtet, daß die Volksvertreter gleich den Kranken im Evangelium ihr Bett auf sich nehmen müssen, um dorthin zu wandeln, und herrlich deutsch gelegen, „wo der mährische Pflüger den Ungarn, dieser den Mähren versteht." Wahrhaftig, wir fürchten nicht, daß dies Kremsier ein österreichisches Blois werden wird, — vestigia terrent, — aber wir dürfen noch weniger hoffen, daß ein Washington, Mann oder Ort, aus ihm wächst, und wenn wirklich um Christtag herum ein neuer Heiland für den Kaiserstaat in das erzbischöfliche Krippelspiel zu liegen kommt, so dürfte dieser Heiland wenigstens kein deutscher sein und sich eher von den Königen im Morgenlande als von dem traurig fernstehenden Brudervolke gen Westen anbeten lassen.

Dahin treibt uns der Strom der Ereignisse, gegen welchen die zwei Paragraphen des Frankfurter Beschlusses vergeblich zu schwimmen trachten. Das neue Ministerium in Wien stellt es an die Spitze seines Programms: ein starkes, ein einiges Oesterreich. Das ist das Ziel, wonach, — vielleicht mit Ausnahme Bachs, der wie eine Brücke zur Majorität im Reichstage mitgenommen zu werden scheint, seine Männer streben: Felix Schwarzenberg, ein klarer, bis zur Nüchternheit und Trockenheit klarer Kopf, der bisher schon leitend und thätig hinter dem Namen Wessenberg's stand, Franz Stadion, mehr erprobt in der Kunst der Verwaltung, als in der Politik, Cordon, ein unterrichteter Offizier aus dem Genie-Corps, von durch und durch alt-österreichischer Art und Bildung, und dazu bewährte Spezialitäten, wie Bruck und Helfert, denen der allgemeine Blick und die Erfahrung des großen Geschäfts erst kommen muß. Kraus, der Finanzminister, wird kaum im Stande sein, über die nächsten Schwierigkeiten seiner laufenden Aufgabe zu neuen handelspolitischen Anschauungen und Schöpfungen sich zu erheben, selbst wenn er die Fähigkeit zu einem solchen Werke besäße. Dies die Räthe der Krone. Was ein spezifisch deutsches Interesse, — denn auch ein solches gibt es, und es macht seine Ansprüche oft genug bis zur Ueberspannung geltend, — von ihnen zu erwarten hat, liegt auf der Hand. Am Reichstage selbst wird es, schon nach dem Uebergewichte der Zahl, ebensowenig Anknüpfungen und Stützpunkte finden; dort regen sich hauptsächlich die Czechen, dieselben, welche die letzten waren, um aus dem Gefüge der Büreaukratie sich vertreiben zu lassen, wo sie eingenistet und herrschend festsaßen, sind nun die ersten auf dem konstitutionellen Baugerüst. Die deutsche Partei, die durch Geist und Talent ihrer Minorität allein aufhelfen könnte, die die herrschende sein sollte im Rathe der Krone, wie im Rathe des Volkes, sie hat, dort wie hier, verspielt und steht in der neuen Wendung der österreichischen Geschicke von vorn herein im Nachtheil. Warum? Weil ihre Interessen und Tendenzen, mit Recht oder Unrecht, identifizirt werden sind mit denen der Reaaltion und weil ihre Vorfechter, angebliche aber wirkliche, im Ministerium, im Reichstage, in der Presse, im Heere und im Volke, nicht blos in der Minderzahl, sondern auch in der Minderkraft waren. Was haben wir uns für die Förderung deutscher Sache in Oesterreich versprochen von einem Ministerium Wessenberg, Pillersdorff, Dahlhoff, Schwarzer, und wie haben diese alten und neuen Namen

Digitized by Google

furchtbar unsere Erwartungen getäuscht! Vergessen wir die Lehre nicht: um Staatsmann der neuen Zeit zu sein, genügt es weder, mit dem überwundenen System weiblich geschmollt zu haben oder von ihm vernachlässigt worden zu sein, noch das zu gründende phrasenreich anzukündigen und die Hände vor jeder That, wie gegen jeden Angriff in den Schooß zu legen. Die im März „in's Wasser gelegten Staatsmänner", sind so wenig nütz für uns, wie die aus den Ueberschwemmungen des März aufgestiegenen. Auch der Trugschluß von den Erfolgen auf der Tribüne auf die Tüchtigkeit im Kabinet hat uns, in Wien, wie in Frankfurt und Berlin, zu oft schon grausam im Stich gelassen. Das Geschlecht von Staatsmännern, welches hier und dort und überall noth thut, wächst nicht aus der Revolution über Nacht empor, so wenig wie ein Metternich es zu erzeugen und zu erziehen im Stande war; erst wenn die Revolution thatsächlich überwunden und ihre Bewegung zur Reform gezeitigt und gestätigt worden, stellt auch dies Geschlecht sich ein und findet die neue Form für den neuen Geist.

Oesterreich hat den ersten Schritt zu dieser thatsächlichen Ueberwindung gethan, es hat ihn in seinem Sinne glücklich gethan und damit den Anstoß zum allgemeinen Rückschlage der Bewegung gegeben. Aber die Stellung, welche es selbst sucht und einnimmt, und namentlich sein Verhältniß zu Deutschland, ist nicht das Resultat dieses Schrittes allein; auch ohne den Fall von Wien, ohne die blutigen Strafen und Drohungen der Soldatengewalt, würde die österreichische Politik von der deutschen sich entschieden abgelöst haben. Es ist ein tönendes, aber halbrichtiges Wort, das da sagt, die Kugel, welche Blum's Herz zerriß, habe das Band zwischen Oesterreich und Deutschland zerrissen. Das wäre fürwahr ein schlechtes Volks- und Staatenband, welches der Spruch eines Kriegsgerichts abzuschneiden vermöchte, wie hart, wie schmerzlich, wie ungerecht daerselbe immerhin sei. In Wahrheit ist dieses Band ebenso locker nach dem 13. März geblieben, als es bis zu demselben gewesen; die Katastrophe hat den Bruch nicht gemacht. Die Frage: deutsch oder österreichisch? ist in Oesterreich eigentlich niemals eine offene gewesen, selbst nicht bei ihrer fürchterlichen Konsequenz: deutsch oder slawisch? Eine viel nähere Lebensfrage, die um Sein oder Nichtsein, schwebte über dem bedrängten und zerfleischten Kaiserstaate. Es war unpolitisch, daß Deutschland zu diesen inneren Bedrängnissen und Spaltungen Oesterreichs weitere und neue gesellte durch seine unerfüllbaren Ansprüche; es war noch viel unpolitischer, daß Deutschland damit einen Theil jener Bedrängnisse und Spaltungen in sich selbst aufnahm. Vor allem galt es, einen deutschen Kern bilden, ihn fest und fertig hinstellen; dazu gab es nur den ersten, einzigen Augenblick der nationalen Gluth und Begeisterung, wo alle Fragen „offen" waren. Der zweite Theil der Aufgabe, Anschluß des Verwandten, Homogenen, Kongenialen nah und fern, war mit der glücklichen Lösung der ersten auch gelöst, und seine Zeit kam von selbst. Oesterreich konnte sich an jenem nur stückweise, mit getheilter Kraft, fast widerstrebend betheiligen, während, hätte man es dort aus dem Spiel gelassen, im zweiten Theil seine ganze, bereitwilligste Mitwirkung zu geben, ja durch seinen eigenen Vortheil geboten war. Alle diese Dinge hat die deutsche Zeitung von Anbeginn an gepredigt und muß sie bis heute wiederholen, weil sie durch die Ereignisse als Wahrheiten unumstößlich dargethan sind. Wir sehen nun, wohin wir gekommen: Das außerdeutsche Oesterreich haben wir nicht erobert, sind jedoch nahe dran, das deutsche Oesterreich zu verlieren und Deutschland selbst ist weder mit sich noch mit Oesterreich fertig geworden. Während der Kaiserstaat sich anschickt, beruhigt und geeinigt in seinen verschiedenen Bestandtheilen, seine große Stellung zwischen Ost und West einzunehmen und der noch gebundenen, aber unendlich zukunftreichen Kraft des Slawenthums einen Durchgangspunkt in die Weltgeschichte in sich und durch sich zu eröffnen, während dessen läßt sich das Germanenthum die natürliche Sendung, abermals Träger und Vermittler zu sein, wie in der Völkerwanderung zwischen dem romanischen Geist und dem Christenthum, so jetzt zwischen slawischem Geiste und der Freiheit, diese erhabene Sendung läßt es sich stückweise, stundenweise aus den Händen winden, um nach Schatten zu haschen. Man weiß in Wien, in Olmütz, in Kremsier recht gut, was man will, man weiß auch, was man kann; in Berlin und in Brandenburg stellt man sich wenigstens, als wüßte man beides: aber in Frankfurt — ! Wenn nun, etwan in Folge des Märzvereins, welcher jetzo organisirt wird, die Versammlung in der Paulskirche auseinanderfiele, hat sie nur ein Brandenburg oder ein Kremsier, wohin sie zöge?

Bericht

des Verfassungsausschusses über die Selbstständigkeit der kleineren deutschen Staaten.

Berichterstatter: Abgeordneter G. Beseler.

Durch Beschluß der hohen Nationalversammlung vom 30. Oktober sind alle Anträge auf Mediatisirung der deutschen Einzelstaaten, einschließlich des Minoritätsrechten zu §. 5 des Abschnittes des Verfassungsentwurfs über das Reich, dem Verfassungsausschuß zur besonderen Erörterung und Berichterstattung überwiesen worden.

Der Verfassungsausschuß hat in Folge dieses Beschlusses die Anträge von M. Mohl und Genossen, Mölling, Oham, v. Reden, Schneer und Anderen zum Gegenstande seiner Berathungen gemacht, sich dabei aber nicht genau an die gestellten Anträge gehalten, sondern die Frage, ob und in welcher Weise deutschen Einzelstaaten die ihnen im Bundesstaat gewährte Selbstständigkeit zu beschränken oder ganz zu entziehen sei — die s. g. Mediatisirungsfrage — ihrem ganzen Umfange nach erörtert. Zu diesem Behuf schien es vor Allem nothwendig, um der Gefahr einer bloß abstrakten Auffassung zu entgehen, sich eine klare Anschauung von den bestehenden Verhältnissen, von den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes und ihren Beziehungen zu dem neu zu gründenden deutschen Bundesstaate zu verschaffen. Abgesehen nun von den allgemein zugänglichen historischen und statistischen Hilfsmitteln und den zahlreich eingegangenen Bittschriften und Adressen aus solchen Staaten, welche sich nun der Mediatisirung besonders bedroht sahen, hat der Ausschuß es für angemessen gehalten, solche Personen zu vernehmen, denen er eine genaue Kenntniß von den in Betracht kommenden Verhältnissen oder doch ein näheres Interesse dafür zutrauen durfte. Daß er dabei auf die Mitglieder der Nationalversammlung selbst eine besondere Rücksicht genommen, und namentlich die Vertreter der kleineren Staaten zur Darlegung ihrer Ansichten und Wünsche veranlaßt hat, wird nur natürlich erscheinen.

Dem Ausschuß war es indessen bei seiner Geschäftsüberhäufung nicht möglich, in seinen Plenarsitzungen diese Angelegenheit ihrem ganzen Umfange nach zu erledigen, und es wurde daher ein Vorausschuß, bestehend aus den Herren Hergenhahn, Riesser und dem Berichterstatter gebildet, um durch ihre Erhebungen den Beschluß des Ausschusses vorzubereiten. Die genannten Mitglieder haben sich nun, zum Theil in wiederholten Berathungen, mit den Herren v. Wydenbrugk, Schierenberg, Pannier, Bachhaus, Becker von Gotha, M. Mohl, Schott, Ph. Schwarzenberg, Gottschalk, Reh, Wernher von Nierstein u. A. über diesen Gegenstand besprochen, ihre Mittheilungen, die zum Theil aus brieflich eingezogenen Erkundigungen geschöpft waren, entgegen genommen und das Ergebniß der Verhandlungen dem Verfassungsausschuß vorgelegt.

Im Allgemeinen nun kann es nicht verkannt werden, daß vielfach im deutschen Volke der Wunsch laut geworden ist, daß die territorialen Verhältnisse der Einzelstaaten nicht als abgeschlossen betrachtet, sondern durch eine Umgestaltung derselben eine rationellere und praktisch wirksamere Eintheilung des Bundesstaates herbeigeführt werden möge. Solche Wünsche knüpfen sich denn theils an bestimmte, thatsächlich bestehende Verhältnisse an, deren Unbequemlichkeit oder Gefahr auf eine Abänderung hinweisen, theils sind sie aus einer allgemeinen politischen Anschauung hervorgegangen, und hängen namentlich mit der Vorliebe, welche von Manchen für den Einheitsstaat im Gegensatze zum Bundesstaate gehegt wird, oder mit der Ansicht zusammen, daß diesem Letzteren noch ein Mittelglied zwischen der Gesammtheit und den Einzelstaaten nöthig sei. Auch in den, dem Verfassungsausschuß zugewiesenen Anträgen sprechen sich diese verschiedenen Richtungen deutlich aus. Während z. B. durch den Antrag des Herrn M. Mohl nach seiner eigenen Erklärung nichts Anderes bezweckt wird, als in die Reichsverfassung Bestimmungen hineinzudringen, durch deren Handhabung die Umsetzung des Bundesstaates in den Einheitsstaat später möglich gemacht werden soll, ist von dem Herrn v. Reden die allgemeine Zusammenlegung der kleineren Staaten zu größeren Verbänden, und von Herrn Oham eine allgemeine Kreis- und Bezirkseintheilung Deutschlands in Antrag gebracht worden.

Der Verfassungsausschuß hat sich nach diesen verschiedenen Richtungen hin mit der Frage beschäftigt.

I. Nachdem die erste Lesung des Entwurfs über das Reich und die Reichsgewalt vollendet worden, kann so viel als feststehend angenommen werden, daß die Nationalversammlung ihre Aufgabe darein gesetzt hat, den deutschen Bundesstaat zu begründen, und zwar nicht als die unvollkommenere Form, die man nur erwählt, weil die bessere nicht zu erreichen, sondern in dem Bewußtsein, daß die dem deutschen Nationalcharakter entsprechende Staatsform darin zu finden sei. Wenn dem aber also ist, so darf auch keine Bestimmung in die Verfassung aufgenommen werden, welche von vorne herein darauf gerichtet ist, das eben begründete Werk wieder zu zerstören.

II. Daß noch ein Mittelglied gefunden werde, welches die Einzelstaaten mit dem Reiche noch in anderer Weise, als durch die verschiedenen Organe der Reichsgewalt verbindet, ist ein Wunsch, der nicht allein in geschichtlichen Vorgängen, sondern auch in den bestehenden Verhältnissen begründet erscheint. Eine Kreiseintheilung würde nämlich den großen Vortheil bieten, daß die Ungleichheit, welche in dem Umfange der Einzelstaaten besteht, sich weit weniger störend und gefährlich für den Bundesstaat erweist, und daß zugleich für manche Verwaltungszweige, namentlich das Kriegswesen, und für die Zusammensetzung des Staatenhauses ein starker Anhalt gewonnen würde. Wenn der Verfassungsausschuß auf diesen, von einem geistreichen Staatsmann näher entwickelten Plan für jetzt nicht eingegangen ist, so hat ihn namentlich die Erwägung dabei geleitet, daß eine solche tief greifende organische Umgestaltung, welche die territorialen Verhältnisse und die Verwaltungsformen gleichzeitig erfaßt, in der Zeit der Aufregung

und Bewegung durch schnell gefaßte Beschlüsse nicht wohl zu begründen ist, sondern der organischen Fortbildung des deutschen Verfassungswerkes überlassen bleiben muß.

III. Weniger allgemein in ihrer Wirkung, aber da, wo sie stattfände, von noch größerem Einfluß auf die bestehenden Staatsverhältnisse würde die Durchführung des Planes sein, sämmtliche kleinere Staaten zu eigenen Verbänden zu vereinigen oder noch Umständen mit einem größeren Staate zu verbinden, ohne ihnen doch ihre Selbstständigkeit ganz zu entziehen. Das Schwierige einer solchen Maßregel zeigt sich, wenn sie allgemein durchgeführt werden soll, schon darin, daß bei der Bestimmung der Staaten, welche ihr zu unterwerfen sind, eine gewisse Willkür nicht wohl vermieden werden kann. Es kommt nicht blos auf die Seelenzahl an, wenn es sich darum handelt, ob ein Gemeinwesen der von ihm eingenommenen Stellung in würdiger Weise entspricht; geschichtliche Beziehungen und besondere staatswirthschaftliche, selbst lokale Verhältnisse können hier sehr einflußreich werden und eine mehr oder weniger große Selbstständigkeit als wünschenswerth erscheinen lassen. Selbst in Mittelstaaten, wie den beiden Hessen, sind Neigungen zu einer solchen Vereinigung vorhanden, während unerwärts, z. B. in Thüringen, gegen wohl durchdachte Pläne der Art der Widerstand des Particularismus sich thätig zeigt. Der Ausschuß ist über der Ansicht, daß eine solche Maßregel, auch wenn die Nationalversammlung sich dazu für competent halten sollte, doch nicht ohne Ungerechtigkeit und Gefahr allgemein vorgeschrieben werden kann. Das widerstrebend Verbundene würde vielleicht, anstatt sich enger zusammenzuschließen, nur auf eine Gelegenheit zur Trennung hinwirken. In einzelnen Fällen und unter gewissen Voraussetzungen aber wird eine solche Vereinigung sich als sehr wohlthätig erweisen können, und wenn es gelingt, für den neugeschaffenen Organismus eine einfache, dem Volke verständliche Form zu finden und das Gemeinsame nur auf diejenigen Theile des Staatslebens zu beziehen, welche auch im Einzelstaat der größeren Maße bedurfen, so ist doch zu hoffen, daß sich daraus löbliche Einrichtungen herausbilden. Die Ausführung bleibe aber der freien Vereinbarung der Staaten überlassen, und nur wenn es sich um Forderung und Leitung des an sich heilsam erkannten Werkes handelt, mieb die Centralgewalt in angemessener Weise ihre Vermittelung eintreten lassen können. Auch da, wo eine solche Vereinigung verfassungsmäßig vorgeschrieben ist, wie noch dem Entwurf für die Bildung des Staatenhauses, mieb dieses Verhältniß, abgesehen vom Heerwesen, nicht wesentlich verändert sein.

IV. Bedenklicher noch, als die erzwungene Beschränkung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten durch die Vereinigung mit andern, erscheint die gewaltige Aufhebung derselben, was man im engern Sinne die Mediatisirung zu nennen pflegt. Freilich stellt sich in einzelnen Staaten die Sache so, daß die ungedeutete Katastrophe sue die Zukunft kaum mieb vermieden werden können, z. B. für Lichtenstein, Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen, deren unglückliche Lage die größten Nachtheile bedeutet, während Hessen-Homburgs Selbstständigkeit nur noch auf zwei Augen steht, andere kleine Staaten dagegen durch ein Zusammentreten mit andern zu einem Staatenverbande sich vor der Auflösung sichern können. Auch ist nicht in Abrede zu stellen, daß für kleinere Staaten der Aufwand an geistigen Kräften und materiellen Mitteln, den die Neuzeit fordert, schwer wird herbeizuschaffen sein, und die größeren Anforderungen, welche an das politische Leben gemacht werden, die Volksvertretung nur zu leicht zu Uebergriffen verleiten kann, um sich dadurch für den geringen Umfang der Wirksamkeit schadlos zu halten.

Aber dagegen ist doch auch zu erwägen, daß es sich in einer Uebergangsperiode, wie der jetzige provisorische Zustand ist, noch nicht ermessen läßt, ob nicht später der Bundesstaat, welcher die höheren staatlichen Beziehungen in sich vereinigt, auch der Bevölkerung der kleineren Einzelstaaten eine Befriedigung gewähren wird, welche die nächste Heimath in dieser Hinsicht nicht bietet. Sollte jetzt schon von Reichswegen eingeschritten werden, um den kleineren Staaten ein Ende zu machen, so mußte dazu eine ganz bestimmte Veranlassung gegeben sein. Daß dies aber das unmittelbare Reichsinteresse sei, wird sich schwerlich beweisen lassen. Schon das Beispiel anderer Bundesstaaten, — der Schweiz, Nordamerika's — thut es dar, daß im Ganzen auch kleinere Theile in ihrer Selbstständigkeit unbedenklich bewahrt werden können. Für den deutschen Bundesstaat liegt die Gefahr nicht in der Kleinheit, sondern in der Größe einzelner seiner Bestandtheile. Es wird daher zunächst auf die Stimmung ankommen, welche sich in den Staaten selbst über die Frage ihrer Selbstständigkeit geltend macht.

Wenn sie entschieden für die Aufhebung derselben wäre, so könnte sich das Reich wohl veranlaßt sehen, vermittelnd einzuschreiten, um zwischen der Bevölkerung und dem Fürstenhaus ein billiges Abkommen zu treffen, und dadurch im allseitigen Interesse einen befriedigenden Zustand herbeizuführen. Aber gerade in dieser Hinsicht hat sich ein, dem Ausschuß selbst unerwartetes Resultat seiner Erhebungen ergeben. Im Allgemeinen nämlich würde die Bevölkerung der kleineren Staaten wohl geneigt sein, sich dem Reiche ganz hinzugeben, aber durchweg doch nur dann, wenn alle Staaten gleichmäßig ihre Selbstständigkeit aufopfern wollten. Sonst aber hat sich der in zahlreichen Bittschriften und Adressen dargelegte Wunsch energisch ausgesprochen, daß man nue einer einseitigen, willkürlichen Behandlung bewahrt werden möge, und Abgeordnete, welche ihrer politischen Uebergangung nach im Allgemeinen für Mediatisirung gestimmt sind, haben es freimüthig bestätigt, daß dies wirklich die Volksstimmung sei. Mit besonderem Nachdrucke meist z. B. die Bevölkerung des Fürstenthums Lippe darauf hin, daß sie sich in ihrem von Alters her wohlbestellten Gemeinwesen glücklich fühle; die von Anhalt-Dessau erfreuen sich eines so reichen Domanialvermögens, daß selbst die Kommunallasten zum Theil davon bestritten werden; die thüringischen Lande haben das Bewußtsein ihrer Selbstständigkeit nicht verloren. Und wenn auch in den zuletzt genannten Staaten und im hohenzollerischen Gebiete an manchen Orten ein Mißbehagen und die Neigung zu Veränderungen hervortritt, so sind doch diese Erscheinungen wieder von sehr verschiedener Färbung. Was namentlich die republikanischen Sympathieen betrifft, die sich in einem Theile der Bevölkerung zeigen, so sind sie bald durch anarchische Bestrebungen angeregt und gehen auf ganz vage politische Wünsche hinaus, oder fassen den Wunsch nach Steuererleichterung und überhaupt nach Verbesserung der socialen Verhältnisse in sich; bald sind sie durch Berichte hervorgerufen, welche die Ausgewanderten aus Nordamerika über die wohlfeile Verwaltung und die Vorzüge des Self-Government erstatten. Der Luxus der Höfe, die Höhe der Civillisten, die große Schaar der Beamten pflegen hier gewöhnlich der Gegenstand der Anfeindung zu sein. Wird dann aber aon Verständigeren die Kehrseite des Bildes aufgedeckt: wie doch in unsern kraufen Lebensverhältnissen die Einfachheit des amerikanischen Landlebens nicht maßgebend sein könne, wie es im eigenen Interesse der Fürsten liege, die hergebrachten Ansprüche an Glanz und Luxus zu ermäßigen; wie ubee auch die Fürsten am Kammergute ihre rechtlichen Ansprüche hätten, um die man sie nicht verkürzen könne, und daß, wenn es zue Theilung käme, der Ertrag des fuestlichen Antheils leicht außerhalb Lands verzehrt werden würde: so zeigt sich das Volk dem Gewichte solcher Gründe doch leicht zugänglich. In gleicher Weise machte sich aber auch die Erwägung geltend, daß dem neuen Deutschlande doch einfachere und volksthümlichere Formen der Verwaltung bevorstehen, wodurch der, besonders in den kleinen Staaten so drückenden Beamtenherrschaft das rechte Maaß angewiesen werden wird.

Wenn nun aus dem Angeführten hervorgeht, daß die Nationalversammlung auch im Wunsch der Bevölkerung keine Aufforderung findet, die Selbstständigkeit der kleinen Staaten aufzuheben, oder mehr, als es die Verfassung des Bundesstaates erheischt, zu beschränken: so stellen sich noch allgemeinere politische Erwägungen einem solchen Verfahren entgegen. Ohne hier die Frage zu erörtern, ob und in wieweit die Nationalversammlung zu einer solchen Maßregel befugt wäre, sei nur im Allgemeinen darauf hingewiesen, wie sehr dadurch das Rechtsbewußtsein verletzt werden würde, wenn ohne innere Nothwendigkeit, bloß aus Gründen der Zweckmäßigkeit und in einem Umfange, dessen Größe mit einer gewissen Willkür bestimmt werden mußte, eine Mediatisirung dekretirt würde. Es ist schon hervorgehoben worden, daß es sich erst in dem fest begründeten Bundesstaat zeigen mieb, wie die Staaten verschiedenen Umfangs neben einander sich einrichten und bestehen weeden; jetzt eine solche Maßnahme zu treffen, und dadurch die schon herrschende Aufregung und Verwicklung nur noch mehr zu steigern, wurde nicht weise gehandelt sein. Und nicht einmal in der Frage, ob mediatisirt werden soll, liegt die größte Schwierigkeit; selbst wenn sie entschieden und der Umfang der Durchführung festgestellt wäre, bliebe noch immer zu bestimmen, wem dean das aufzutheilende Gut zukommen solle, und da würde sich nur in wenigen Fällen eine durch die gegebenen Verhältnisse nuthwendig bedingte Antwort finden lassen. Unmittelbare Reichsgebiete als Strengüter über Deutschland auszubreiten, werden nur wenige für zweckmäßig halten; die größeren Staaten, denen sich die Bevölkerung durchweg noch am liebsten anschließen würde, noch mehr zu vergrößern, wird bei vielen keinen Beifall finden; andere denen aber, die etwa zu bedenken wären, wird nur zu leicht ein Neuchten nach Gewinn aufrauchen, welches an die schlimmsten Zeiten der Fremdherrschaft erinnern konnen.

Sollte der Fall eintreten, daß ein kleiner Staat seine Selbstständigkeit zu opfern geneigt wäre, so würde es doch nicht Sache der Nationalversammlung sein, in ein solches vereinzeltes Verhältniß entscheidend einzugreifen. Die Ordnung desselben, die Auseinandersetzung zwischen dem Lande und dem Fürstenhause und die Einleitung der zu vollziehenden Verbindung mit einem andern Staate, würde dann Sache einer Exekutivgewalt sein, als deren Pflicht es betrachtet werden muß, auch in dieser Beziehung vermittelnd einzuschreiten und das Reichsinteresse zu wahren. Nur am Schluß wurde das ganze Abkommen der Nationalversammlung zur Ertheilung ihrer Sanction vorzulegen sein.

Aus diesen Gründen schlägt der Ausschuß vor:

„die Nationalversammlung wolle beschließen, über die auf Mediatisirung gerichteten Anträge zur motivirten Tagesordnung überzugehen."

Minoritätsgutachten:

I. Die Nationalversammlung möge die provisorische Centralgewalt beauftragen, die Mediatisirung der kleineren deutschen Staaten, oder wo dies nicht angeht, deren Vereinigung in Staatsverbände auf dem Wege des Vertrags zu vermitteln und kräftigst zu unterstützen. Wigard. Römer. Schreiner.

II. Die Unterzeichneten, mit den Motiven des Berichts im Allgemeinen einverstanden, glauben doch zu einem abweichenden Schlußantrag gelangen zu müssen:

Sie beantragen:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsgewalt aufzufordern, die Zusammenlegung der kleineren Staaten zu Staatenverbänden nach Kräften zu befördern, unter Umständen die Vereinigung einzelner derselben mit einem größeren Staate zu vermitteln.

Waitz. Ahrens. Semmarugu. Mittermaier. Zell.

Deutschland.

Eger, 24. Nov. Gestern kam die wichtige Besprechung der §§. 2 und 3 der deutschen Verfassung in der Versammlung der deutschen Abgeordneten aus Böhmen an die Tagesordnung. Vicepräsident Dr. Fischer eröffnete die Debatte, indem er mit kurzen Worten auf die Wichtigkeit derselben aufmerksam machte. Dr. Tedesco, als Berichterstatter der Commission, bestieg die Tribüne. Die Commission habe sich dahin geeinigt, eine Adresse an sämmtliche deutsch-österreichische Abgeordneten in der Paulskirche zu verfassen. In dieser Adresse sei es ausgesprochen, daß ein großer Theil der deutschen Bevölkerung Oesterreichs unbedingt für die

Personalunion sei, daß aber auch ein anderer Theil den Begriff der Personalunion nicht richtig aufgefaßt habe und die Befürchtung hege, als ob eine Personalunion einen materiellen Nachtheil herbeiführen, eine Zerreißung Oesterreichs in zwei Theile bewerkstelligen könnte. Die Commission habe daher den Wunsch ausgedrückt, daß zur Beruhigung dieser Gemüther bei der zweiten Lesung der Paragraphen ein Passus aufgenommen werde, welcher erkläre, wie die deutsch-österreichischen Provinzen mit den nichtdeutschen vereinbart werden können, wie eine Verbindung zwischen denselben bestehen werde, welche weder den Rechten noch den Pflichten der deutsch-österreichischen Bevölkerung Deutschland gegenüber einen Abbruch thun könnte.

Ollmütz, 24. Nov. Am 22. Nov., dem Tage, an welchem der Austritt des frühern Ministerpräsidenten Frhrn. v. Wessenberg erfolgte, hat der Kaiser denselben mit einem Besuch in seiner Wohnung beehrt. (Oesterr. Korr.)

Aus **Kremsier** vom 23. Nov. wird dem „C. Bl. a. B." geschrieben, daß die Wahl Smolka's, des Präsidenten des „illegalen Oktober-Reichstags," wie ein Wetterschlag aus heiterer Luft in die czechische Partei gefahren sei. Vorwürfe werden theils gegen das Ministerium gerichtet, weil es sein Programm nicht vor Eröffnung der Sitzung vorgelegt, damit die Wahl unter dem moralischen Eindruck desselben geschehen wäre, theils gegen Palacky, der sich am Abend vorher in einer Versammlung seiner Partei und des Centrums „etwas zu offen" ausgesprochen und deswegen vielleicht manchen deutschen Mann des Centrums mehr links gerückt habe. Ueber das zu erwartende Programm sagt der Berichterstatter, es werde ein freisinniges Vorgehen versprochen mit besonderer Berücksichtigung der nothwendigen organischen Gesetze. Ueber die drei Hauptfragen in Bezug auf Ungarn, Italien und Deutschland spricht das Programm sich sehr offen aus. Es soll in Ungarn die Gleichstellung aller Nationalitäten durchgeführt und das Ganze der Föderation Oesterreich angeschlossen werden: Italien wird, wie das Programm sagt, in jedem Falle behauptet und ebenfalls mit Beachtung seiner inneren Autonomie föderirt, und was das Verhältniß zu Deutschland betrifft, so ist man gesonnen, auf eine genaue Verbindung einzugehen, aber natürlich nicht auf eine solche, wie sie die §§. 2 und 3 des deutschen Grundgesetzes aussprechen. Der Maitraum eines innigsten Anschlusses an Deutschland wird sich in ein nüchternes Schutz- und Trutzbündniß, vielleicht in einer Gleichstellung des Maßes und Gewichtes und Geldes, so wie auf Handelsverträge beschränken. Um der öffentlichen Meinung auch in anderer Art noch Rechnung zu tragen, wird das sogenannte Cabinet aufgelöst und die beim Volke mißliebigen Namen Pipitz, Erb, Ekert ꝛc. pensionirt.

Brünn. Am 3. Dez. wird die Staatseisenbahn von hier nach Prag eröffnet.

C **Triest**, 23. Nov. Das Dampfboot aus Alexandrien brachte uns die Nachricht, daß Ibrahim Pascha selbst in großer Lebensgefahr schwebt, und daß die Aerzte jede Hoffnung auf sein Aufkommen aufgegeben haben. Von den hiesigen Verhältnissen könnte ich Ihnen wenig mittheilen. Die Wühler hegen jeden Tag neue Hoffnungen, die, wenn sie auch heute zu Nichte werden, doch morgen wieder auftauchen. Bis die italienische Angelegenheit nicht vollkommen beigelegt ist, werden wir auch hier keine Ruhe haben. Kontreadmiral Freiherr von Sarbeau wird diese Tage das Kommando der gegenwärtig im Hafen von Pola versteckten österreichischen Flotille übernehmen. Ob er selbe zu etwas Besserem als sein Vorgänger wird zu gebrauchen wissen, wird die nächste Zukunft darthun. Istrien und Dalmatien sind jetzt ruhig.

△ **Berlin**, 28. Nov. Auch heute, wo nur 159 Mitglieder in Brandenburg erschienen waren, wurde die Versammlung noch nicht aufgelöst; das Ministerium drückte vielmehr seine Zustimmung zu dem Antrage aus, der am Donnerstage gestellt werden soll, wenn die Versammlung bis dahin nicht beschlußfähig geworden ist: die Stellvertreter einzuberufen. Es liegt dies zwar außer dem ursprünglichen Plan, aber die Nachrichten, daß der größte Theil der Stellvertreter nicht allein eintreten werde, sondern daß auch viele gemäßigte, zum Theil sehr einsichtsvolle Männer unter ihnen zu finden sein würden, sind so bestimmt, daß man ihnen Folge gegeben hat. Die Bildung eines Kabinets Vincke hat sich vollständig zerschlagen. Und zwar in Folge der Proklamation des Reichsverwesers, deren ungünstige Aufnahme ich schon gemeldet habe. Der König soll sich aufs Bestimmteste dahin ausgesprochen haben, daß eine Entlassung des Ministeriums in diesem Augenblick nach jenem Erlasse, ihn vollständig zum mediatisirten Fürsten machen würde. Der Konflikt, welcher dadurch möglicherweise mit der Centralgewalt entstehen kann, ist gewiß zu beklagen. Vorläufig werden die Dinge bei uns ihren eigenen Gang gehen! — Diesen Abend ist der ehemalige Ministerpräsident v. Auerswald hier angekommen, um sich morgen nach Brandenburg zu begeben. — Hr. Hansemann ist noch immer an's Krankenlager gefesselt; doch hofft derselbe am Donnerstage auch in Brandenburg sein zu können. — Diese Nacht wurden die Pressen der Berends-Kranseschen Druckerei (welche früher die Nationalzeitung druckte) zum Theil auseinander genommen. — Allgemeine Entrüstung erregt die gestern Abend erfolgte Durchstechung des Dammes an dem Kanalbau im Köpnicker Felde. Es sind dadurch sehr viele Arbeiter brodlos geworden. Die Thäter sind noch nicht entdeckt. Eine Wiederherstellung ist in diesem Jahre, des hohen Wasserstandes wegen, nicht mehr möglich. — General Wrangel hat heute Abend eine Kundmachung des Inhalts anschlagen lassen: „daß er der öffentlichen Ruhe und Ordnung wegen, die von vielen achtbaren Einwohnern zum morgenden Abend beabsichtigte Illumination (es ist der Festtag der silbernen Hochzeitsfeier des königl. Paars) gänzlich verbieten müsse; er werde übrigens die Gesinnung der Bürgerschaft Sr. Majestät zur Kenntniß bringen".

Lith. Corr. **Berlin**, 28. Nov. Man hat gestern Abend wiederholt die verschiedenen hier anwesenden Abgeordneten aus ihren Partei-Versammlungslokalen vertrieben. — Wie wir hören, wird Hr. v. Gagern seine Rückreise bald wieder antreten, es soll auch ihm eine Vermittlung nicht gelungen sein. — Herr Rodbertus ist bis zum Augenblicke von Frankfurt noch nicht zurückgekehrt, man hofft auf günstige Nachrichten. Mißglücken alle Vermittelungsvorschläge, so wäre es nicht unmöglich, daß sich die hier versammelten Abgeordneten nach einem andern Ort der Monarchie begeben und dort die Nationalversammlung wieder eröffneten. Von Mitgliedern der äußersten Linken soll auch an die Bildung von Provinzialparlamenten gedacht worden sein. Als wahrscheinlicher ist jedoch anzunehmen, daß sich die hiesige Versammlung auflöst, daß ein Theil der Abgeordneten sich in seine Heimath begeben und ein anderer eventuell nach Brandenburg gehen wird, um, falls durch Requisition von Stellvertretern es der Regierung gelingen sollte, eine beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammenzubringen, dort in der Kammer Verwahrung einzulegen.

Die Verhaftungen dauern fort; heute ist Hr. Müller der sogenannte Präsident des Lindenklubs, in die Stadtvogtei abgeführt worden, Hr. Karbe ist wieder frei.

****Brandenburg**, 27. Nov. Die Versammlung war beschlußunfähig. Doch hatten sich unter den 154 Anwesenden einige Mitglieder der äußersten Linken (Igel, Westermann, Nennstiel, Riebe), des linken Centrums (Bergmann), des Centrums (Puttkammer, Besser), des rechten Centrums (Zachariä, Fleischer) und viele von denen eingefunden, welche am 9. die Versammlung nicht verließen; die Mitglieder der Linken, Krackrügge und Ulrich waren als Zuschauer auf der Tribüne. Dagegen fehlten mehrere Mitglieder, die bestimmt erwartet wurden; Auerswald, Vincke, der in Potsdam verweilt, Hansemann, der nur auf Geheiß des Arztes bis morgen ausgeblieben und den Kühlwetter entschuldigte. Milde, Harkort erschienen. Als neue Mitglieder erblickte man Bardeleben (früher Reichstagsabgeordneter, für Berlin gewählt), Gudenau (vom Verein. Landtag, neuerdings am linken Rheinufer gewählt), Mulius (für den Hr. v. Brrg solange sich bemüht hat), Jachmann (für den ausgetretenen Schön gewählt), Major Voigts-Rheetz (für Bromberg). — In Kremsier kann es nicht ungemüthlicher sein, als im Brandenburger Dom. Das lange schmale Schiff von der Orgel bis zum Altar, wo das Präsidialbüreau und die Rednerbühne eingerichtet sind, wird von den Bänken eingenommen. Eine Rechte und eine Linke ist nicht herzustellen. Rechts vom Büreau sind im Profil mit demselben und den Abgeordnetensitzen die Plätze der Minister. Links vom Büreau gibt es auch noch Abgeordnetenbänke; Harkort, Kühlwetter, Müller saßen dort. — Die Seitenchöre sind für die Zuschauer bestimmt. Sehr viele Offiziere waren darunter; denn Brandenburg, das schon an sich nicht viel Raum bietet, hat gleichzeitig mit den Abgeordneten noch eine starke Garnison erhalten. Auf der diplomatischen Tribüne befand sich der Begleiter Heinrich's

Digitized by Google

v. Gagern, der mit vieler Auszeichnung behandelt wurde. Das Erscheinen der Minister verursachte einige Bewegung. Sie sahen gedrückt, vielleicht leidend aus. Diejenigen Abgeordneten, welche sie begrüßten, redet Brandenburg mit ungemeiner Freundlichkeit an und die finsteren Züge schienen dem Minister-Präsidenten nicht eigen. Der Stellvertreter für Wirsitz, Hr. Küpfer, pflegt nicht unweit der Ministerbank herumzuschweifen; er holte sich auch diesmal sein Lächeln. — Der Minister-Präsident, obliegend, erklärte die unterbrochenen Sitzungen der zur Vereinbarung einer Staats-Verfassung einberufenen Versammlung im Namen Sr. Königl. Majestät für wiedereröffnet und ersuchte die Versammlung, sich zu konstituiren; sobald das Ministerium von der Konstituirung Anzeige erhalten werde, wollte es eine königliche Botschaft zum Vortrag bringen. Die Minister entfernten sich darauf. — Brünneck, der 63jährige und in Brandenburg geborne greise Oberburggraf, übernahm den Vorsitz als Alters-Präsident. Der Namensaufruf wurde vorgenommen. Ein Intermezzo, das unseren kranken polit. Zustand recht ermessen ließ, bildeten die Erklärungen und Gegenerklärungen der Abgeordneten, die seit dem 9. fortgetagt und nach Brandenburg herübergekommen waren. Uns überkam ein gar wehmüthiges Gefühl. Hier wird Heilung nicht möglich sein; diese Wunde wird nie vernarben. — Alle miteinander stimmten darin überein, daß in Frankfurt die Centralgewalt und Reichsversammlung die Entscheidung zu treffen hätten, der Krone und Vertreter sich unbedingt unterwerfen müßten. Mehrere, die gekommen waren, führten als alleinigen Grund die Frankfurter Beschlüsse an. — Daß die Versammlung nicht beschlußfähig sei, schloß nicht die Mittheilung der königlichen Botschaft Seitens der Minister aus. Die Sitzung wurde für ½ Stunde vertagt und dem Ministerium Anzeige gemacht. Dieses antwortete durch ein Schreiben. Die Botschaft hielt es zurück. Dem König sollte Vortrag über den Stand der Dinge gehalten, seine Entschließung eingeholt und morgen 9 Uhr „den anwesenden Abgeordneten" „in besonderer Sitzung" mitgetheilt werden. — Die Versammlung erwiderte, indem sie bis morgen 11 Uhr die Sitzung vertagte, demnach morgen 11 Uhr nicht in „besonderer" Sitzung der Botschaft entgegensieht.

Eine Auflösung und neue Wahlen? Wenn dieses Ministerium sie anordnet, wird die neue Versammlung keine verbesserte Auflage der alten sein. — Oder Oktroyirung? — Gagern ist in Potsdam. Es läßt sich kaum denken. Auch Bincke, der Mann vom Rechtsboden, der ihm so werth ist, wie die rothe Erde, sein heimathliches Boden, weilt in des Königs Nähe. Es kann nicht sein. — Jetzt um so lauter, dringender, ehe die Wellen wie am 18. März über uns zusammenschlagen, wiederholen wir unsere Meinung! Neue Minister.

** **Brandenburg**, 28. Nov. Die gestrige Befürchtung einer bevorstehenden Auflösung der Versammlung findet keine Bestätigung. Vielmehr ist auch die bei weitem gelindere Maßnahme, welche die Regierung treffen wollte, auf einen kompakten Widerstand im Dom zu Brandenburg gestoßen. Das Ministerium trat nämlich heute mit der entschiedenen Absicht ein, die Versammlung zu vertagen. Ich entsinne mich nicht genau, ob auf 10 Tage oder bis zum 10. December. Diese Absicht ist gar nicht zur offiziellen Aussprache gekommen. Die bloße vertrauliche Mittheilung rief einen solchen Sturm des Unwillens hervor. Um Manteuffel, um Ladenberg, um Strotha bildeten sich starke Gruppen. Reichensperger, Baumstark, Borries, Harkort, in weiterer Entfernung Hansemann, verhandelten eifrig mit Rintelen, dem Justizminister, und mit dem Ministerpräsidenten. Graf Brandenburg befand sich augenscheinlich in höchster Verlegenheit und zog Manteuffel und seine andern Kollegen wiederholt in seine Nähe. Reichensperger's Bewegungen verriethen deutlich, daß die in Frage stehende Entschließung der Minister auf keine Unterstützung im Dom zu rechnen habe, vielmehr die Geduld und Langmuth dabei leicht ein Ende finden könne. In Folge dieser Unterredungen, welche den Beginn der Sitzung bis gegen 12 Uhr hinzogen, unterblieb zuvörderst die Verlesung der königlichen Botschaft, welche doch sogleich hätte erfolgen müssen. Die Sitzung wurde auf eine Stunde ausgesetzt. Im Kasino fand eine Vorberathung der Abgeordneten statt, welcher auch Herr v. Schütz, vom Reichsministerium, als Zuhörer beizuwohnen eingeladen wurde. Als nach 1 Uhr die Sitzung wieder begann, hatte das Ministerium seinen Entschluß geändert und — — nachgegeben. Es war inzwischen nicht möglich gewesen, den Willen des Königs in Erfahrung zu bringen, dennoch machte die Regierung diese Konzession. Es hätte bei aller Nachgiebigkeit ihr an Vorwänden nicht gefehlt; sie zog es vor, sogleich zu weichen. — Der Namensaufruf ergab 159 Mitglieder; also noch nicht die beschlußfähige Zahl. Nach dem Namensaufruf beantragte der Abgeordnete Simons, die Versammlung wolle sich bis morgen 11 Uhr vertagen und kündigte ferner für übermorgen eine Motion an, des Inhalts, durch das Alterspräsidium die Staatsregierung zur Einberufung der Stellvertreter, resp. neuen Wahlen, für die nicht eintretenden Abgeordneten zu ermächtigen. Die Absicht leuchtet ein; die Versammlung vertagt sich, wenn sie morgen nicht beschlußfähig ist, morgen auf übermorgen und veranlaßt dann ihre Vervollständigung. Mit der ursprünglichen Entschließung der Minister stand dieses Verfahren demnach in Widerspruch. — Unmittelbar nach dem Abgeordneten Simons erbat sich Graf Brandenburg das Wort, um sich Namens der Regierung für einzelnstanden mit diesen Anträgen zu erklären; die Regierung wolle den Donnerstag erwarten, und es stimme durchaus mit den Absichten der Regierung, die unterbrochene Arbeit der Vereinbarung einer Verfassung möglichst bald beginnen zu lassen. Ein Bravo folgte diesem Akte der Nachgiebigkeit, untermischt von einigem Zischen, wie wenn die Geister der Linken sich regten in dem alten Dome. Unter den Zuschauern auf der Tribüne befand sich abermals ein Mitglied der Partei Rodbertus, der Abgeordnete (Postoffiziant) Ulrich.

** **Brandenburg**, 28. Nov. Abends. Uebrigens scheint es nachgerade eine verzweifelt ungeschickte Manier, die Freiheit der Berathungen dadurch sichern zu wollen, daß man die Abgeordneten an Langeweile sterben läßt. Ziemlich von allem geistigen Verkehr abgeschnitten, aller Mittel, selbst der politischen Communication, der Zeitungen, beraubt, müssen hier die Subjectivitäten sich noch weit mehr an einander reiben, und es ist unzweifelhaft, daß hier in Brandenburg bei Fortsetzung der Berathung die Versammlung sich, man möchte sagen, in ebenso viel Parteien zersetzen würde, als sie Mitglieder zählt. Es ist dringend zu wünschen, daß die beschlußfähige Zahl, wenn sie zu Stande kommt, ein Gesetz zum Schutze beschließe und sofort die Rückverlegung bewerkstellige, die mit dem Rücktritt des jetzigen Kabinets gleichzeitig erfolgen könnte.

≃ **Brandenburg**, 28. Nov. Bevor die heutige Sitzung der National-Versammlung eröffnet wurde, bemerkte man in dem für die Abgeordneten bestimmten Raume eine ungewöhnliche Bewegung. In zahlreichen Gruppen ward lebhaft gesprochen, namentlich in der nächsten Umgebung des Ministertisches. Die Eröffnung fand gegen 11½ Uhr durch den Alterspräsidenten von Brünneck Statt. Gleich der Vorschlag, außer dem Protokoll der gestrigen Sitzung auch das der letzten in Berlin am 9. d. M. gehaltenen behufs der Annahme vorlesen zu lassen, rief eine kurze Debatte hervor, indem Reichensperger dagegen geltend machte, das Protokoll über die Sitzung einer unbedenklich beschlußfähigen Versammlung könne in keinem Falle durch eine nicht beschlußfähige angenommen werden; eine Ansicht, welcher die Versammlung beitrat. Andere Bedenken, ob man auch nur das gestrige Protokoll annehmen dürfe, wurden beseitigt; die Annahme erfolgte. Der Antrag auf Vertagung wurde nach sehr kurzer Debatte durch die Majorität angenommen und die Wiedereröffnung der Sitzung demnach auf 1 Uhr anberaumt. — Aus zuverlässiger Quelle hörte man, daß das Ministerium gestern nicht selbst in Potsdam war, sondern schriftlich an den König berichtet hat. — Um ½2 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet und zunächst der Namensaufruf vorgenommen, der 159 Anwesende ergab. Der Abg. Dahne verlangte das Wort zu einer persönlichen Bemerkung; er sei in dem Protokoll über die Sitzung der National-Versammlung am 15. Nov. (dem Tage der Steuerverweigerung) mit Unrecht als anwesend aufgeführt; der bedenkliche Punkt erledigte sich, indem der Alterspräsident darauf aufmerksam machte, wie die Versammlung ein Protokoll vom genannten Tage nicht kenne. Ein Abgeordneter legte demnächst nach Dahne's Vorgange Protest gegen das Recht der Krone ein; ein anderer erklärte, er würde das Gleiche thun, wenn die Versammlung nicht eine beschlußunfähige wäre. Größere Theilnahme weckte der Abg. Simons. Er stellte den Antrag auf Vertagung bis morgen, und, wenn auch morgen die beschlußfähige Zahl nicht beisammen sei, von neuem bis übermorgen; am Donnerstag werde er in jedem Falle beantragen: es mögen für alle nicht erschienenen Abgeordneten sofort die Stellver-

Digitized by Google

treter einberufen werden. Unterdessen war das Ministerium eingetreten; der Ministerpräsident erhielt das Wort und erklärte die Zustimmung der Regierung zu dem von Simons angekündigten Antrage. Die Vertagung ward — wie es schien, einstimmig — angenommen und die Sitzung bald nach 2 geschlossen. Die nächste findet morgen um 11 Uhr statt. — Weder Heinrich v. Gagern, noch Hergenhahn und Simson haben bis jetzt hier einer Sitzung beigewohnt; sicherem Vernehmen nach ist Gagern heute in Berlin, Hergenhahn und Simson in Potsdam.

Stuttgart, 28. Nov. In den gestern begonnenen Debatten unserer ersten Kammer über das Jagdgesetz wurde der Paragraph des von der zweiten Kammer angenommenen Gesetzes, durch welchen den politischen Gemeinden ein Mitjagdrecht auf den in ihren Gemarkungen liegenden, größeren geschlossenen Grundbesitzen zuerkannt wird, als im Widerspruch mit den in Frankfurt beschlossenen Grundrechten stehend, einstimmig verworfen. — Seit einigen Tagen ist hier, in Folge eines Aufrufs von dem Blatte die „Laterne", eine Sammlung für die Hinterlassenen des ermordeten Generals von Auerswald eröffnet worden. Es wäre in jeder Beziehung zu wünschen, daß dies Beispiel im gesammten Vaterlande Nachahmung fände. (D. P. Z.)

Dresden, 26. Nov. Der durch mehrere Zeitungen laufenden Nachricht von der Abberufung des österreichischen Konsuls in Leipzig können wir aus sicherer Quelle widersprechen. Im Gegentheil hat sich die österreichische Regierung mit den von der unsrigen in Bezug auf den neulichen leipziger Exceß verfügten Maßregeln für vollkommen einverstanden erklärt. Die Kanzleiakten des österreichischen Konsulats sind zum englischen Konsul geschafft worden, allein es ist dies nicht, wie mehrere Zeitungen berichten, auf Befehl der österreichischen Regierung, sondern nach dem eigenen Ermessen des Konsuls geschehen, als er unmittelbar nach dem Excesse die Papiere in seiner Wohnung nicht mehr sicher glaubte. (Dr. J.)

Leipzig, 28. Nov. Das königliche Ministerium des Innern hat folgende Verordnung erlassen: „Das unterzeichnete Ministerium entnimmt soeben aus einem im General-Anzeiger erschienenen „Rundschreiben an alle deutsche Arbeiter," daß das Centralcomite für die deutschen Arbeiter eine Aufforderung zu allgemeiner bewaffneter Erhebung der Arbeiter erlassen hat. Diesem offenbar zur Anarchie führenden Beginnen, wodurch die neuerliche, auf gesetzlicher Bestimmung beruhende Verordnung wegen der bewaffneten Vereine und der Freischaaren verletzt wird, ist ohne Zeitverlust entgegenzutreten ꝛc. Dresden, am 24. Nov. 1848. Ministerium des Innern. Oberländer."

Großbritannien.

London, 26. Nov. Viscount Melbourne's Tod erfolgte, wie man aus dem „Herald" erfährt, den 24. November bald nach 6 Uhr Abends in Brocket Hall. Er blieb bis zum letzten Augenblick bei vollem Bewußtsein. Von seinen Verwandten waren unter andern sein Schwager Viscount Palmerston und sein Bruder Lord Beauvale, früherer Gesandter am Hofe zu Wien, nebst ihren Gattinnen um den Sterbenden. Beauvale ist der Erbe des Verstorbenen. Die Krankheit, an der er starb und die ihn vor einem Monat ergriff, wurde anfangs von dem ihn behandelnden Familienarzt als ein Gallenleiden angesehen. Später holte man den Dr. Holland aus London herbei, der nach zwei oder drei Besuchen in Brocket Hall die Familienmitglieder sofort benachrichtigte, daß die Krankheit einen tödtlichen Ausgang befürchten lasse. Melbourne war übrigens nicht, wie es in Nr. 316 in Folge eines Druckfehlers hieß, 1799, sondern 1779 geboren. — Ferner ist auch der Admiralitätssekretär, Sir John Barrow mit Tode abgegangen. Der Verstorbene war im Jahr 1764 geboren, begleitete im Jahre 1792 den Lord Macartney auf seiner Gesandtschaft nach China und wurde später von diesem, der inzwischen Gouverneur des Kaps der guten Hoffnung geworden, zu einer Mission in das Land der aufständischen Boeren verwandt. Den Posten eines zweiten Sekretärs bei der Admiralität bekleidete er von 1804 bis zum Jahre 1845, wo er sich endlich in das Privatleben zurückzog. Sir J. Barrow hat sich auch als Schriftsteller bekannt gemacht, er steuerte viele Beiträge zur Encyclopädia Britannica bei, lieferte für die Edinburgh Review eine Lebensskizze des Admirals Lord St. Vincent, und nicht weniger als 195 Artikel für die Quarterly Review. Auch schrieb er eine Reise nach Cochinchina, das Leben des Lord Howe, das Leben Peters des Großen, das Leben Lord Anson's, eine chronologische Geschichte der Nordpolreisen u. s. w.

Frankreich.

** **Straßburg**, 27. Nov. Die Verlesung der Konstitution ist in hiesiger Stadt würdig vorübergegangen, und überhaupt kündet das gesellschaftliche und öffentliche Leben keineswegs die tiefe Bewegung an, welche unter dieser friedlichen Oberfläche statt findet. Der Grund derselben ist überall vorhanden, von den Pyrenäen bis an die Rheinufer, und leicht zu errathen. Die Wahl eines Oberhauptes des Staates, die erste und zwar unter so widerstreitenden Bestrebungen ist auch hinreichend, das Land zu erschüttern. Alles wird aufgeboten, den Einzigen, welcher die Aussicht auf fortdauernde Ruhe gewährt, an die Spitze der Regierung zu bringen, und wer nur durch seine Grundsätze oder sonstige Vortheile an der Erhaltung des Friedens hängt, ist für die Wahl Cavaignac's thätig. Es haben sich nicht nur Lokalkomiteen gebildet, durch Schriften und andere Mittel jenen Kandidaten zu empfehlen, den Bürger, den Bauern, den Arbeiter über seine wahren Vortheile aufzuklären; auch die Behörden rühren sich fleißig. Dufaure's Rundschreiben an die Präfekten hat diesen das Mittel an die Hand gegeben, die Dorfautoritäten zu bearbeiten, und was auch Jules Favre entgegengehalten werden mag, die Sache ist richtig, denn den Kandidaten konnte man so deutlich bezeichnen, daß keine Verwechslung möglich ist. Wer anders könnte der „Uneigennützige, der durch die dem Vaterland geleisteten Dienste sich Empfehlende, der Erhalter der Ruhe, der Wahrer der Rechte gegen Anarchie und Auflösung der Gesellschaft" sein, als Cavaignac? So empfehlen ihn die Präfekten, so Bischöfe und Oberkonsistorien. Und wie Jeder eingestehen wird, mit vollem Recht. — Einen tiefen Eindruck machen in dieser Hinsicht die Briefe Odier's und Dufaure's, welche die Zeitungen der Hauptstadt gegeben haben. Nun sind beide, der reiche Bankier und der Minister, so ehrenhafte Männer, daß dabei an keine Komödie gedacht werden darf. James Odier fragt aber den Minister über seine Ansicht von dem Charakter des Feldherrn, und Dufaure antwortet auf eine für diesen so ehrenvolle Weise, daß kein Zweifel über dessen reinen republikanischen Sinn obwalten kann. Und in der That, der Mann scheint sehr hoch zu stehen, denn wenn wir bedenken, wie oft ihm Gelegenheit geboten worden, mit Vortheil den Krieg zu beginnen, so müssen wir den Soldaten ehren, der des Landes konstitutionelle Entwickelung eher in dem Frieden sucht, als in dem Taumel des Waffenruhmes. Auch hält er in dieser Beziehung sein Wort, die älteren Klassen der dienenden Soldaten sind entlassen, und man hat nicht vergessen, daß diese Maßregel von der National-Versammlung mit einstimmigem Bravo aufgenommen worden, weil sie den festen Entschluß, Friede zu halten, verkündete. Nur Ein Umstand könnte das Schwert aus der Scheide reißen, die Einmischung Rußlands in die Angelegenheiten eines deutschen Staates; sie mag durch Verträge bedingt, oder freiwillig geschehen, auf keinen Fall wird sie Frankreich dulden, und die Regierung, welche unthätig zuschauen wollte, würde keine 24 Stunden sich halten können. Darum wurde auch von einer gewissen Seite das Gerücht der neuen Trippelallianz so schnell aufgefaßt und so böswillig benutzt, denn ich kann mich nicht überzeugen, daß ein deutsches Kabinet, welches auch seine Lage sein möchte, sich einen so gefährlichen Schritt erlauben würde. Wir können aber als die innigste Ueberzeugung der Regierung Cavaignac's folgendes ansehen, welches ich aus einer Erklärung, die an gewisse Staats-Beamte erlassen ist, anhebe.

„Der Gedanke des Landes umfaßt auch die auswärtigen Begebenheiten. In seinem Innern herrscht Ordnung, indessen es wird beunruhigt durch die Bewegung und die erschütternden Kämpfe, welche die Zeitideen unter den benachbarten Nationen hervorrufen. Sagen Sie Jedem, der in Ihrem Bereiche sich findet, und zwar ohne zu befürchten, Ihre Zuhörer zu täuschen, daß in Folge der loyalen und ehrenvollen Grundsätze, welche die National-Versammlung aufgestellt hat; die Regierung der Republik fest überzeugt ist, sie werde das Ende ihrer provisorischen Gewalt erreichen, ohne Störung der friedlichen Verhältnisse, deren Feststellung das Ziel aller ihrer Bestrebungen gewesen ist, sie werde der dann eintretenden definitiven Gewalt eine Lage der Verhältnisse übergeben,

en welcher die Erhaltung des Friedens von Frankreich keinerlei Opfer, weder der Ehre nach anderweitiger Interessen fordern wird."

Ich habe Ihnen mit Vergnügen diese Erklärung mitgetheilt, denn, wie man auch sich die französischen Verhältnisse denken mag und deren Einfluß auf das Ganze, von der Haltung dieses Staates gegen das Ausland hängt unendlich Vieles ab. Deutschland muß im Frieden seine Revolution zu Ende führen, damit es eine gesetzliche bleibe, aus welcher allein die gesetzliche Ordnung hervorgehen kann. Die neuesten Erscheinungen in Berlin, wen haben sie nicht an die ersten Jahre der französischen Revolution erinnert? Aber sind auch in der That die Verhältnisse dieselben? Ich kann es nicht glauben. Wenn auch gewisse Analogieen gefunden werden könnten, so kann doch der König von Preußen nie verläugnen, daß die Krone, die er trägt, nach den langen Erschütterungen, besonders seit 1814, nicht mehr dieselbe ist, welche der Sprößling der Capetinger getragen hat, so können die, welche sich um ihn schaaren, nie vergessen, daß die feudale Zeit weit hinter uns liegt, daß es keine Unterthanenklassen, sondern nur Staatsbürger gibt. Vor allem wahre man sich auf allen Seiten in entgegengesetzten Strebungen sogleich Feinde zu suchen: dieses Gefühl hat die Gironde zum Fall gebracht, die einen Sieg erkämpfen, nicht vermitteln wollte. Die deutschen Radikalen sollten aber weniger auf Frankreich ihre Blicke richten und dessen Einheit nicht zum Ziele sich stecken: denn sie ist nur durch 1793 und den Napoleonischen Despotismus erreichbar, oder möglich in einem Lande, das nur in der Hauptstadt Leben sucht und Leben findet. Diese Staatseinheit mit ihrem Absolutismus gehört vielleicht einer entschwundenen Zeit an, wo nur die Kraft gegen Außen in Anschlag gebracht wurde: heute werden keine Eraberungen dieser Art mehr gemacht, noch sind die Angriffe naher Gewalt mehr zu fürchten.

Portugal.

Das in Southamptan angekommene Schiff Madrid brachte Nachrichten aus Lissabon, die bis zum 12. Nov. reichen. Die Ministerkrisis (vgl. Nr. 314) war zur Entscheidung gekommen. Zwischen dem Marschall Saldanha und dem Gouverneur der Hauptstadt, Marquis Frontrera, war bekanntlich in Folge der willkürlichen Uebergriffe, die sich der Letztere erlaubt hatte, ein Zerwürfniß entstanden; beide suchten um ihre Entlassung nach. Diejenige Saldanha's wurde von der Königin angenommen, es hieß sogar, sie habe einen Verhaftsbefehl gegen Saldanha ausgefertigt, ihn jedoch aus Furcht vor dem Ausbruch einer Reaaltion zurückgenommen. Um sich allends blaszustellen, ersuchte man schließlich den Saldanha, den man so eben einsperren wollte, auf seinem Posten zu bleiben. Saldanha scheint in diesem Falle ehrenhaft und fest gehandelt zu haben, da man van ihm die Aufhebung der persönlichen Bürgschaften verlangte. Wäre Saldanha hierauf eingegangen, so stand eine Insurrektion zu befürchten, ärger als die im J. 1816. Der spanische Gesandte war es, der auf Anweisung des Narvaez diese Intrigue gegen Saldanha geschmiedet hat.

Italien.

† In **Turin** wurde der Minister der auswärtigen Angelegenheiten wegen der sardinischen Flotte interpellirt, welche vor Venedig lag und sich nach Ancona zurückzog. Er gab 3 Gründe dafür an, van welchen wir nur den einen anführen: da die Blokade und die Feindseligkeiten Oesterreichs (gegen Venedig) aufgehört hätten, um nicht wieder anzufangen, Venedig auch gegen einen allenfallsigen Angriff hinreichende Schutzmaßregeln ergriffen habe, so sei sie für den Augenblick dort nicht nöthig. Das Recht der sardinischen Regierung, sie überhaupt hinzusenden, leitete er daher ab, daß man damit 1) die Fortsetzung der Feindseligkeiten verhindern, 2) nach dem französischen Vermittlungsantrage den status quo handhaben, 3) Repressalien gegen Rabetzky gebrauchen wollte, welcher gegen die Bedingungen des Waffenstillstandes den sardinischen Artilleriepark in Peschiera zurückhalte. Man werde die Flotte nicht eher überwintern lassen, bis Oesterreich alle Bedingungen des Waffenstillstandes treulich erfüllt habe. Nach wurde viel darüber gestritten, ob die Polizei das Recht gehabt habe, in Folge des in den letzten Tagen auf den Straßen erhabenen Geschreis: nieder mit dem Ministerium, einige Verhaftungen, und die Behörden eine Haussuchung darüber varnehmen zu lassen. —

Aus Neapel meldet man unter dem 17. Nov., die Wahlen seien im liberalen Sinne ausgefallen. Salicetri und General Pepe hätten die meisten Stimmen. Es stimmte indeß kaum der zehnte Theil der Wahlberechtigten, was theils in der Gleichgültigkeit, theils in der Furcht der Leute liegt, sich zu einer bestimmten politischen Ansicht zu bekennen. Der König ergreift alle möglichen militärischen Varsichtsmaßregeln, läßt Batterieen aufstellen, sogar Fenster im Palaste vermauern. Auf die Armee kann er zählen und will sich auf diese Weise, wie es scheint, vor Valksdemanstrationen sicher stellen.

Schweiz.

☽ **Bern**, 23. Nov. Heute wurde im Nationalrath der Antrag Ochsenbein's auf Errichtung einer eidgenössischen Hochschule, die sich aber nicht am Bundessitz befinden dürfe, behandelt. Er weist in der Begründung seiner Motian nach, daß finanzielle, wissenschaftliche und politische Gründe die möglichst baldige Errichtung einer obersten Lehranstalt für die gesammte Schweizerjugend nathwendig machen. Wenn es sich auch heute nicht um eine definitive Entscheidung dieser Sache handle, so solle doch wenigstens ein Beschluß den Gegenstand erheblich erklären. Hungerbühler will wegen des Kastenpunktes über diese Frage zur Tagesordnung gehen. Die durch eine solche Hochschule angestrebte Vereinigung werde sicher nicht zu Stande kommen, da sich die Kantonalhochschulen nicht auflösen würden. Pittet will die Frage einfach dem Bundesrath zur allgemeinen Prüfung überweisen. Imaberseg möchte im Interesse des Gewerbstandes und wegen der höheren militärischen Ausbildung des Offizierstandes auch eine palytechnische Anstalt berücksichtigt wissen. Dr. Rüegg warnt, diese Frage vor derjenigen über den Bundessitz zu entscheiden; der Schein einer daherigen Nebenspekulation liege sonst allzunahe. Auch Escher von Zürich will Tagesordnung. Stackmar van Bern geht allein tiefer in die Sache ein, weist die Lückenhaftigkeit der Kantanal-Hochschulen nach und begründet, daß eine eidgenössische Hachschule durch die neue Bundesverfassung nun ein so allgemeines Bedürfniß geworden sei, daß die Kantane ihre Uniaersitäten in der einen und allgemeinen aufgehen lassen müßten. Bern wenigstens werde gewiß nicht zögern, die 80,000 Fr., welche gegenwärtig seine Hachschule koste, der eidgenössischen zuzuwenden. Hungerbühler ergreift noch einmal das Wort, nennt eine eidgenössische Hachschule geradezu einen „Lurnsartikel" und fragt, ab wohl Hr. Ochsenbein diesen Antrag gestellt hätte, wenn nicht in den nächsten Tagen über den Bundessitz entschieden werde. Ochsenbein versichert nicht an den Bundessitz gedacht zu haben (?!); er wünscht nur Erheblichkeitserklärung, indem sonst der Bundesrath die Sache gewiß nicht zur Hand nehme. Bei der Abstimmung erklären 48 Stimmen den Gegenstand für erheblich und überweisen ihn an den Bundesrath, 38 Stimmen erkennen Tagesardnung, darunter alle Züricher, bis auf zwei. Nach dieser Diskussion ist die Hoffnung auf eine schweizerische Hochschule in weite Ferne gerückt. Schan bei der Berathung über die Bundesverfassung wallte der Zürcherische Gr. Rath nichts daoon wissen, und jetzt sprechen im Nationalrath hauptsächlich die Zürcherischen Abgeordnrten dagegen. Das sind traurige Aussichten! — Eine graße Zahl von Nationalräthen möchte bereits den Schluß der Sitznng, und Hungerbühler van St. Gallen beantragt, auf den 30. die Vertagung der Bundesaersammlung auszusprechen. Mit 43 gegen 37 Stimmen wird jedach diese Zumuthung zurückgewiesen. Man möchte eben gern van gewisser Seite die Entscheidung der Bundessitzfrage hinausschieben, und besanders fallen die Zürcherischen Abgeordneten diesmal „Zeit gewinnen" wollen, bis sich die Sachen für sie günstiger gestellt haben. — Im Ständerath wurde das Gesetz über die Bundessitzfrage zu Ende berathen. Die Meinungen waren hier nach den Sprachen getheilt. Während die Deutschen im Allgemeinen auf baldige definitive Erledigung dieser Angelegenheit dringen, finden die Welschen, daß die Sache keine Eile habe und wollen aufschieben. Jedach wird mit graßer Mehrheit in die artikelweise Berathung des Gesetzes eingetreten und alle Punkte des Nationalrathsbeschlusses angenammen, nebst dem Zusatz von Rüttimann, daß der Bundesrath bis zur nächsten Bundesverhandlung ein Garantiegesetz für Ruhe und Sicherheit der abersten Bundesbehörden varzulegen habe. — Die Pratestation des Pabstes gegen die Konferenzbeschlüsse van Freiburg hinsichtlich des Verhältnisses der Kirche zum Staat schließt mit den Worten: Der h. Vater kann in dieser Beziehung nicht umhin, feierlich ven

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 30. Nov. Eingabe der Abgeordneten des Handelsstandes an die Nationalversammlung. Die Opfer des 18. September.) Wien (Smolka's Erwählung. Befürchtungen für Italien. Die Operationen gegen Ungarn. Gerücht von Zurückziehung des Reichstags. Dankadresse an Windischgrätz und Jellacic.) Prag (Freischaaren gegen die Ungarn.) Berlin (Umschlag der Stimmung zu Gunsten der Krone.) Brandenburg (Die Vertagung der Landesversammlung.) Düsseldorf (Hr. v. Deigaleky.) München (Hr. v. Beisler. Prinz Karl nach Berlin.) Würzburg (Beschluß der versammelten Bischofe.) Weimar (Auferzung.)

Frankreich. Paris (Wichtige Sitzung der Nat.-Vers. Die Angelegenheiten in Rom. Die Reduktion der Armee. Ludwig Napoleons Aufrufe an seine Mitbürger. Tagesneuigkeiten.)

Schweiz. Bern (Die Physiognomie der neuen Bundesbehörden. Verhandlungen des Nationalraths über den Bundessitz und die Tessiner Frage.)

Dänemark. Kopenhagen (Die Friedensunterhandlungen. Die Jütische Contribution.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 30. November. (Schluß.)

Schon schien die gestrige Sitzung ihr Ende erreicht zu haben und wir meinten, nach einer zweitägigen Parlamentsverhandlung über die österreichischen Angelegenheiten, werde der zweite Antrag des Ausschusses — Berichterstatter Francke — über eine verhältnißmäßig geringfügige Nebensache ohne Diskussion zur Annahme gelangen, als plötzlich die Nebenfrage eine schärfere Debatte und ein schrofferes Hervortreten der Gegensätze herbeiführte, als die Hauptverhandlung selbst. Der zweite Ausschußbericht in der österreichischen Angelegenheit war veranlaßt durch eine Interpellation Berger's von Wien, die sich gegen ein Wahlausschreiben des k. k. Landesguberniums von Mähren richtete. Das darauf gestützte Erachten ging dahin, das Gubernialausschreiben, weil es die Behörden auffordere, einen unstatthaften Wahleinfluß auszuüben, zu mißbilligen und das Reichsministerium zur Wahrnehmung weiterer Maßregeln aufzufordern. Francke bevorwortete kürzlich die Gutheißung des Ausschußantrags ohne weitere Besprechung. Allein es waren Verbesserungsanträge angemeldet, die Uebergang zur Tagesordnung verlangten und es hatten sich Redner einzeichnen lassen, von denen

Graf Deym das Wort erhielt. So wie er es zum kahlen Ausdrucke einer schneidenden, aber leider nicht mehr zu verbergenden Wahrheit gebrauchte, war der lodernde Stoff zu einer kurzen aber bedeutungsvollen Diskussion in die Sitzung geschleudert. Die Ausnahmestellung Oesterreichs zu Deutschland, behauptet er, ist faktisch schon vorhanden. Niemand dürfe seine Augen verschließen, der es ehrlich mit der deutschen Sache meint, vor den eigenthümlichen Verhältnissen jenes Landes. Oesterreich nehme von Frankfurt nur an, was ihm zweckmäßig erscheine und nicht mehr. Wolle man weiteres erzwingen, so werde kein Dekret helfen, sondern ein Heer dazu erforderlich sein. (Bravo von der Linken.) Außerdem, wenn die Nationalversammlung mit ihrer Controle gründlich verfahren wolle, so werde sie mehr ähnliche Erlasse, wie das gerügte Ausschreiben, in den Bureaux der österreichischen Behörden finden (Hört!). Die Behörden aber in Oesterreich angreifen, ihnen das Ansehen schmälern, heiße die Anarchie befördern und auch aus diesem Grunde kann der Redner nur zum Darübergange über den Ausschußantrag zur Tagesordnung rathen. Mit der Anarchie würden wir aber nur der Reaktion in die Hände arbeiten. Verlangen Sie nicht das Unthunliche, verfahren Sie mit staatsmännischer Rücksicht. Oesterreich ist ein vielfach zusammengesetzter Staat, es hat 300jährige Verpflichtungen gegen seine Nebenländer, die es nicht brechen darf. Um einen ideenreichen Gedanken auszuführen, wollten Sie Millionen von sich stoßen? Verlassen Sie eine Bahn, welche der deutschen Sache nur schaden kann. Die Vereinbarung ist das Einzige, was mit Oesterreich übrig bleibt, oder der Krieg. (Beifall, unter welchem die Tribüne besteigt:)

Raveaux: So hat denn endlich ein braver Mann es gewagt, den Vorhang vor dem Intriguenspiel zu zerreißen, welches seit Eröffnung des Vorparlaments und seit dem Fünfziger-Ausschuß mit uns gespielt wird. Ein Intriguenspiel, denn jene Oesterreicher, die in unserer Mitte sitzen und die ich ohne beleidigende Bedeutung „die Schwarzgelben" nennen will, haben diese Lage der Sachen längst gekannt, sind nie im Zweifel darüber gewesen. Gehört aber Oesterreich nicht zu uns, warum kommt Ihr hierher, Ihr Oesterreicher, ja warum stellt Ihr Euch sogar an die Spitze unserer Angelegenheiten? (Stürmischer Beifall.) Die österreichische Maxime, nur so weit mit uns Hand in Hand zu gehen, als es dort zweckmäßig und vortheilhaft erscheint, ist der Partikularismus im Superlativ. (Bravo.) Die Intrigue hat uns einen österreichischen Prinzen zum Reichsverweser gegeben. (Unterbrechung. Wir können falsch gehört oder falsch aufgefaßt haben, wenn wie Raveaux's Meinung in diesem mehr als schroffen Satze wiedergeben. Er erklärt dann auf die Mahnung des Präsidenten:) Ich habe den Reichsverweser selbst mit gewählt und will weder mir selbst in's Gesicht schlagen, noch durch irgend eine Aeußerung die hohe Achtung verläugnen, die ich vor ihm hege. Nur eine gewisse Partei ist's, die ich der Intrigue anklage. Aber die Phrasenmacherei muß aufhören. (Gelächter und Jawohl! von rechts) Soll dies Gelächter etwa bedeuten, ich und meine Partei bewegten uns in Phrasen? Ich habe die hohlen Redensarten stets verschmäht, ich habe nie von Volkssouveränität und ähnlichen Ueberschwänglichkeiten gesprochen, ich bin stets ein ehrlicher Mann gewesen und eben durch meinen guten Glauben bin ich getäuscht und mißbraucht worden.

v. Bally: der Graf Deym hat nicht gesagt, daß nur ein Heer Oesterreich für Deutschland erobern könne. Er hat vielmehr und mit Recht darauf hingewiesen, daß wir die Interessen und die eigenthümliche Lage Oesterreichs nicht außer Acht und Berücksichtigung lassen dürfen. Die geschichtlichen Verhältnisse Mährens besonders fordern uns dazu auf, diese Rücksicht zu verdoppeln, und um österreichische Erlasse zu verstehen, muß man österreichisch lesen können. Daher und um die verwickelten Beziehungen der Centralgewalt zu Oesterreich nicht noch mehr zu verwirren, beantrage ich die motivirte Tagesordnung.

Berger von Wien: Der gefährliche Verein, welcher der Wühlerei, des Ultra-Deutschthums, des Demokratismus u. s. w. von Hrn. v. Bruck beschuldigt worden, ist der deutsche Verein in Wien. Er hat sich der Wahlen in den deutschen Provinzen Oesterreichs durch Kandidatenvorschläge angenommen. Uebrigens hat ja der Antrag des Ausschusses keine praktische Konsequenz. Wahrlich, ich würde ihn der Centralgewalt nicht zumuthen, wenn ich mir irgend eine thatsächliche Wirkung davon versprächte. Wir bleiben in der beliebten Theorie, mißbilligen den Erlaß, und das Reichsministerium „nimmt das Erforderliche wahr." Bemerkenswerth in Hrn. Berger's spöttischer Empfehlung des Ausschußantrags ist nur noch die Meinung, die er äußert, wie Wien hätte geholfen werden können. Von den Reichstruppen 40,000 Mann an die österreichische Grenze gestellt und damit dem Fürsten Windischgrätz eine Diversion gemacht!

Francke als Berichterstatter zum Schlusse: Graf Deym hat hier keine deutsche, sondern eine tschechische Rede gehalten. Er hat uns zwar vor der Volksschmeichelei gewarnt, aber das, was ihm selbst vorzuwerfen, ist die Ständeschmeichelei. Den böhmischen Ständen redet er nach dem Sinne. Auch Herrn v. Bally's Bemerkung, daß wir österreichisch lesen lernen sollen, oder gar mährisch, muß ich zurückweisen. Wir lesen und sprechen in dieser Versammlung nur deutsch. Daher der Ausschußantrag anzunehmen. Graf Deym und mehrere Oesterreicher begehren das Wort, nur dem Ersteren wird es bewilligt zu einer persönlichen Bemerkung. Er betheuert, daß er mit dem Worte „Volksschmeichelei" weder eine Partei noch einen Einzelnen im Hause habe treffen wollen und daß er es zurücknehme. Deym's einfache Tagesordnung sowohl, als die motivirte Bally's werden sodann verworfen. Dagegen wird der Ausschußantrag mit großer Mehrheit angenommen. Eine Gegenerklärung der Oesterreicher, namentlich der konservativen unter ihnen, wider Deym's Behauptungen erfolgt, dann wird eine Überlange — Verwahrung, wenn wir nicht irren, aus Gründen des deutschen Staatsrechtes, gegen die österreichischen Absonderungsgelüste — von Dr. v. Linde und Genossen eingereicht, verlesen. Endlich beschäftigt sich das Haus mit der Zusammenstellung der Tagesordnung für Sonnabend. Ob Verfassung, oder ob Grundrechte — darüber streitet die Versammlung, von ihrem Präsidenten Nieser nur gar zu nachgiebig geleitet, eine ganze halbe Stunde. Zuletzt entscheidet sich die Mehrheit für die Verfassung. Ihr gehen jedoch die gestern unerledigten Flußzölle und Segelschifferbeschwerden voraus. — Das Bedürfniß einer festeren Hand für das Präsidentensteuer ist allgemein fühlbar.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 29. Nov. Der Nationalversammlung ist heute nachstehende Eingabe überreicht worden:

Abgeordnete des Handelsstandes aus den Städten: Memel, Tilsit, Königsberg, Elbing, Danzig, Colberg, Stolpe, Anklam, Swinemünde,

Digitized by Google

Stettin, Wolgast, Uckermünde, Stralsund, Barth, Rostock, Wismar, Storgard, Neubrandenburg, Strelitz, und andern mecklenburgischen Städten, ferner aus Lübeck, Kiel, Altona, Hamburg, Lauenburg, Hannover, Harburg, Celle, Hildesheim, Hameln, Göttingen, Wolfsrode, Emden, Oldenburg, Frankfurt am Main und Leipzig haben nach mehrmonatlicher gemeinschaftlicher Berathung einen motivirten Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland zu Stande gebracht.

Bei dieser Ausarbeitung hat vor Allem die Ansicht geleitet, daß die künftige einheitliche Zollverfassung, wenn sie, als eine kräftige Stütze der politischen Einheit, von dauerhaftem und segensreichem Bestande sein soll, die wirklichen Gesammtinteressen von ganz Deutschland mit Umsicht und in gerechter Weise berücksichtigen müsse. Der allgemeine deutsche Zolltarif darf nicht die künstliche Begünstigung einzelner Industriezweige bezwecken, sondern hat die Beseitigung jeder unbilligen Beschränkung für alle Gewerbszweige gleichmäßig zu erstreben. Man ging zugleich von der Ansicht aus, daß die bevorstehende Zolleinigung eine höchst günstige, ja für lange Zeit vielleicht die einzig mögliche Gelegenheit sei, eine zeitgemäße und durchgreifende Reform des Zollvereins-Tarifes und der gesammten deutschen Handelsverhältnisse in Ausführung zu bringen.

Die Abgeordneten des Handelsstandes, welche vor Allem den praktischen Gesichtspunkte festzuhalten hatten, haben geglaubt, daß sie ihre Ansichten und Wünsche in Bezug auf die Neugestaltung der deutschen Handels- und Zollverhältnisse nicht besser würden darlegen können, als mittelst gemeinschaftlicher Ausarbeitung eines motivirten Entwurfs zu einem umfassenden Zolltarif.

Wie man auch über einzelne, oder selbst viele der vorgeschlagenen Zollsätze, und der angedeuteten Motive urtheilen mag, das Zeugniß wird man bei unbefangener Prüfung unserem Tarifentwurf nicht versagen, daß derselbe auf der Grundlage vielseitiger, thatsächlicher Materialien beruht, und, unabhängig von theoretischen Tendenzen, überall die Praxis und das Erreichbare im Auge behalten hat. Auf die gegebenen Verhältnisse ist durchweg Rücksicht genommen, ebenso sehr auf die bestehenden Industrieinteressen in manchen Theilen des Zollvereins, als auf die eigenthümlichen Zustände in den außerhalb jenes Vereins befindlichen norddeutschen Küstenstaaten.

Der unterzeichnete Ausschuß beehrt sich, Einer hohen Nationalversammlung den im Vorstehenden besprochenen Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland beigehend ergebenst zu überreichen, mit dem Wunsche, daß diese Ausarbeitung bei der Feststellung der neuen einheitlichen deutschen Handels- und Zollverfassung eine geneigte Berücksichtigung finden und zur gedeihlichen Lösung dieser ebenso schwierigen wie folgewichtigen Aufgabe nun einigen Nutzen sein möge.

Frankfurt a. M., 27. Nov. 1848.

Der Ausschuß der hier versammelt gewesenen Abgeordneten des Handelsstandes.

Die leitenden Grundsätze des Tarifentwurfes sind, wie in der Einleitung zu demselben bemerkt worden, folgende gewesen:

I. Zollfreiung der unentbehrlichen Lebensmittel.
II. Bestimmung der Eingangsabgaben für sonstige Verzehrungsgegenstände (namentlich Colonialwaaren, Gewürze, Wein und Südfrüchte) unter Rückführung derselben auf das beim preußischen Tarif von 1818 ursprünglich stattgefundene Verhältniß des Zollbetrages zum Werthe der Waare, und mit Rücksicht darauf, daß die Abgabe bei keinem Artikel den niedrigsten Satz überschreite, bei dem die größte Zolleinnahme zu erwarten steht.
III. Zollfreiung oder doch nur ganz niedrige (in der Regel drei Prozent nicht übersteigende) Eingangs-Abgangsabgaben für Fabrikmaterialien und Halbfabrikate.
IV. Bestimmung der Eingangsabgaben für Fabrikate nach dem Maßstabe von reichlich zehn Prozent des durchschnittlichen Werthes.
V. Aufhebung aller Ausgangsabgaben.
VI. Beibehaltung jedes Schiffahrtsgesetzes und jedes Differenzialzoll-Systems.

Dieser Tarifentwurf, welcher zugleich dem Reichshandelsministerium, so wie den hier anwesenden Regierungskommissarien zur Zollconferenz zugestellt worden, wird dem Vernehmen nach den Handelscorporationen alles noch nicht dabei betheiligten wichtigeren Plätze mit der Aufforderung zu einer zustimmigen Erklärung demnächst zugesandt werden, und auch im Wege des Buchhandels zu erhalten sein.

00 **Frankfurt**, 29. Nov. Da jetzt keiner der Ueberlebenden von den am 18. Sept. Verwundeten sich mehr in Gefahr befindet, so ist es möglich, eine Uebersicht der Opfer jenes Tages zu geben. In das Krankenhaus zum heiligen Geist (Fremdenspital), wurden 32 Todte und 53 Verwundete gebracht. Unter den Verletzten waren es 45 durch Schüsse, 7 durch Hiebe, einer durch einen Bajonettstich; es starben davon 11, sämmtlich mit Schußwunden. Im Senkenbergischen Bürgerkrankenhaus starben 6 von 32 eingebrachten Verwundeten, im Militärspital 2, in der Stadt 6, was eine Gesammtzahl von 57 Todten, also 9 mehr, als im Sonderbundskriege fielen, ergibt. Allein die Barrikade auf der Bleichstraße am Eingange der Altgasse kostete 2 Offizieren und 4 Soldaten vom 38. preuß. Infanterieregiment das Leben.

Wien. Der D. Allg. Z. wird geschrieben: Smolka's Erwählung zum Präsidenten des Reichstags wird hier keineswegs als eine Niederlage des Czechenthums, wohl aber des neuen Ministeriums betrachtet. Ob dieses sich dem Reichstage gegenüber, oder aber dieser ihm gegenüber halten werde — das ist die Frage! — Daß die Feinde Oesterreichs in Italien die letzten Vorgänge zu ihrem Vortheil ausbeuten werden, ist leider nur zu gewiß, und es wird zur Nothwendigkeit, die Zustände mit eiserner Faust aufrecht zu erhalten, und an vielen Orten eine Militärmacht auf Kriegsfuß zu erhalten, die durchaus in keinem Verhältnisse zu der Finanzlage und den Hilfsquellen des Landes steht.

Wien, 25. Nov. Ueber die Kriegsoperationen gegen Ungarn wird der allg. Z. geschrieben: General Simonic ist noch nicht in Tyrnau. Er steht von der mährischen Grenze aus längs der March bis in die Nähe von Preßburg. Bei Hainburg ist, wie die Wiener Zeitung erklärt, die Hauptarmee bereits in Verbindung mit der von Croatien her operirenden Armee des Generals Dahlen. Von Galizien aus beginnt Feldmarschallieutenant Schlick mit seinem Truppencorps in einigen Tagen seine Operationen in Ober-Ungarn. Aus der Umgegend Wiens gehen immer neue Truppenmassen an die Leitha ab.

Wien, 25. Nov. Wie verlautet und wie auch bereits die Prager Zeitung meldet, wird der Reichstag abermals bis zum 16. Jan. 1849 vertagt und nach Wien zurückverlegt werden. Als Ursache gibt man an, daß die Abgeordneten nicht gehörig unterzubringen sind, daß der Saal im Winter nicht zu erheizen ist, daß die Lokalitäten nicht geräumig genug sind und der Verkehr mit Ministerium, Registratur ꝛc. außerordentlich viele Beschwerde bietet.

Wien, 26. Nov. Der „Allg. Ztg." wird geschrieben: „Morgen verlassen uns Windischgrätz und Jellacic, um den Angriff gegen Ungarn zu beginnen. Der heiterste mildeste Himmel begünstigt die Operationen. Der Gemeinderath hat Windischgrätz und Jellacic mit Deputationen und Adressen beschickt, um für die Rettung der Stadt den Dank auszusprechen; Windischgrätz insbesondere für die Milde, mit der er vorging. Was wollen Sie mehr?" — Eine ähnliche Dankadresse circulirt unter dem Großhandlungsgremium und ist bereits mit zahlreichen Unterschriften versehen. Bereits 32 Zeitungen dürfen hier ohne alle Censur wieder erscheinen; darunter wird heute auch M. G. Saphir's „Humorist" angekündigt. Selbst Schwarzer soll seine Concession wieder erhalten haben und willens sein, sie vorerst durch Herausgabe eines Blattes zu Kremsier zu benutzen. Der juridisch-politische Leseverein geht seiner Wiedereröffnung entgegen. — Die Operationen gegen Ungarn sind wieder auf einige Tage verschoben; die Hauptmacht der Magyaren erscheint bei Preßburg, die k. k. Truppen sind großentheils bei Bruck konzentrirt. Die Werbungen nach Italien nehmen guten Fortgang; man begegnet zahlreichen Trupps Neuangeworbener, und es erwächst gleichzeitig der Stadt eine Wohlthat, von vielen arbeitsscheuen Leuten befreit zu werden.

Prag, 26. Nov. Gestern früh ging von hier eine neue Expedition nach Slawisch-Ungarn unter dem bekannten Slowakenführer Stur ab. Die Freischaar war jedoch nicht stark, denn es handelt sich mehr um das moralische Einwirken auf das slowakische Landvolk; zur physischen Unterstützung ist Militär nebst Kanonen versprochen worden. Stur und Hurban werden sich zum Nationalrath proklamiren; Blaudek und Zach leiten das Militärische.

(O. P. Z.)

z+z **Berlin**, 28. Nov. Der plötzliche Umschlag der Stimmung zu Gunsten der Krone oder wenigstens zu Ungunsten der Rumpfversammlung trägt die Schuld, daß die Entscheidung der deutschen Nationalversammlung nicht in dem verdienten Maße anerkannt wurde. Die Proklamation des Reichsoberwesers, die ohnehin an mehreren Stellen verletzte, kam zu spät, um zu helfen; sie kam, als die Krone sich allein schon stark genug fühlte. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, die Aufgabe der Reichskommissäre zu erschweren. Der Auftrag der Nationalversammlung, die Entfernung der gegenwärtigen Minister zu erwirken, mußte nothwendig die Verhandlung mit diesen Herren höchst peinlich machen. Dieselben können, nicht ohne Grund, behaupten, die Versammlung in Brandenburg werde nur deswegen nicht sogleich vollzählig, weil gewisse Fraktionen des Rumpfs in den Frankfurter Beschlüssen eine letzte Hoffnung und Stütze erblickten und den vorgängigen Rücktritt des Ministeriums ertrotzen wollten. Mit denselben Schwierigkeiten hat natürlich auch Präsident von Gagern zu kämpfen gehabt und es war ihm nicht möglich, dieselben für den Augenblick völlig zu beseitigen. Allein es freut uns, mit Sicherheit die Gerüchte widerlegen zu können, als sei Herr von Gagern entmuthigt und als verzweifele er an einer versöhnlichen Wendung der Dinge. Er hat im Gegentheil sich durchaus befriedigt gefühlt von der Weise, in der man ihm und der Sache,

Digitized by Google

die er vertritt, entgegengekommen, und sein festes Vertrauen ausgesprochen, daß die deutsche Gesinnung, welche er in den bedeutendsten politischen Kreisen, und namentlich in den höheren militärischen gefunden, der gemeinsamen Sache dennoch bald den Sieg auch hier erringen werde.

Brandenburg, 24. Nov. Die constitutionelle Correspondenz berichtet über die Weise, wie das Ministerium von seinem Vorhaben abgebracht ist, Folgendes, das im Wesentlichen mit einem Berichte der Vossischen Zeitung übereinstimmt: Die Parteien begaben sich in ihre Versammlungslokale, woselbst sich ergab, daß das Ministerium eine königliche Botschaft zu verlesen beabsichtige, Inhalts deren die Brandenburger Versammlung bis zum 15. f. M. vertagt werden solle. Zugleich verlautete von der Absicht des Ministeriums, bis dahin durch Einberufung der Stellvertreter die Kammer beschlußfähig zu machen. Alsbald ergab sich diese Idee als eine höchst unglückliche; fast ohne Widerspruch wurde beschlossen, die Vertagung für ungerechtfertigt zu erklären, und so hätten sich bedauerliche Scenen wiederholen können, wenn nicht das Ministerium auf vertrauliche Mittheilung dieser für das Ministerium überraschenden Stimmung die Botschaft zurückzubehalten beschlossen hätte.

Düsseldorf, 27. Nov. Ueber das ganze Verhalten des Präsidenten, Hrn. v. Spiegel, schwebt noch ein Dunkel, das sich wohl bald lösen wird; doch möchte jedenfalls seine Stellung hier unhaltbar geworden sein. Auch das Anerbieten des hier kommandirenden Division-Generals, Hrn. v. Drigalsky, als „dem Vaterlande und dem Könige getreuer Kommunist," der Stadt 1000 Rthlr. zum Besten der Armen geben zu wollen, macht keineswegs guten Eindruck, sowohl bei Bürger als Militär, und flechtet man für die Haltbarkeit seiner Stellung hieselbst. Es heißt allgemein, daß ein Hauptmann außer Dienst hierher als Oberbürgermeister gesandt werde. (D. Ref.)

München, 28. Nov. Herr von Beisler ist mit einem vierwöchentlichen Urlaub aus Frankfurt hier eingetroffen. Heute vernimmt man, daß in Folge gemeinsam getroffener Maßregeln von Frankfurt und von hier aus heute früh unser Feldmarschall Prinz Karl von Bayern, Schwager des Königs von Preußen und Oheim des unsrigen, mit wichtigen Aufträgen und Vollmachten sowohl des Reichsverwesers als unseres Königs nach Berlin gereist sei. (C. P. Z.)

Die Augsb. Postztg. enthält aus Würzburg die Mittheilung, daß die Versammlung der Bischöfe „in Betracht der Zeitverhältnisse und des Umstandes, daß die Nationalversammlung in Frankfurt fast noch die einzige bestehende Autorität in Deutschland ist und die letzte Garantie für die Erhaltung der Ordnung und einer gesetzlichen Zukunft bietet, darauf verzichtet hat, durch eine vorläufige Ansprache gegen manche Beschlüsse, welche die kirchliche Freiheit kränken, irgend die Verlegenheiten zu mehren, und es sich vielmehr zur Aufgabe gestellt hat, zum Heile und zur Einigkeit Deutschlands dieses Ansehen nicht verkümmern zu lassen." Im nächsten Sommer soll die eigentliche Nationalsynode stattfinden.

Weimar, 25. Nov. Schon tauchen hier und da im thüringer Lande die Vorboten eines Bürgerkrieges auf. Durch in ganz Thüringen verbreitete, von dem Kreis-Ausschusse der Demokraten Thüringens zu Erfurt ausgegangene Maueranschläge ist das Volk auf die „uns von Berlin drohenden Gefahren" aufmerksam gemacht und zur Aufrechthaltung der ihm verheißenen Rechte und Freiheiten aufgefordert werden. (K. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 28. Nov. Diesen Morgen begab sich der Maire, in Begleitung des Obristen und mehr als 1200 Wahlmänner der 5. Legion, zu dem General Cavaignac, um demselben wegen des Resultates der Sitzung am vorigen Sonnabend Glück zu wünschen und ihn ihrer Zustimmung in jeder Beziehung zu versichern. Der General dankte in sehr würdevoller Weise. Er sagte u. A., wie auch der Wille der Nation sich bei der bevorstehenden Wahl aussprechen möchte, er werde ihm, als Würdenträger oder einfacher Bürger mit gleicher Hingebung dienen. — In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung sagte Herr Birio u. A., der unglückliche Zustand Italiens sei gewiß allen bekannt. In der Lombardei sei die Bevölkerung durch die Eroberung und durch schweren Druck gebeugt, und er frage den Minister, wie weit die Unterhandlungen mit Oesterreich gediehen seien? Vor Allem aber wolle er von Rom sprechen, von der anarchischen Partei, von der Demagogie, welche den Palast der dortigen Legislatur mit Blut befleckt habe. Es sei das nicht Freiheit, sondern die Knechtschaft unter der Herrschaft der Zügellosigkeit. Ein feiger Meuchelmord sei begangen worden. (Lärmende Unterbrechung vom Berge. Rechts: ja, ja, zur Ordnung! Der Präsident zu Jenen: wollen Sie schon wieder unterbrechen?) Der Papst, der erste Urheber der italienischen Freiheit, sei, wenn man den Gerüchten glauben dürfe, das Opfer seiner guten Gesinnung für sein Volk geworden. Die Republik könne, ohne Gefahr für sich selbst, nicht an ihren Thoren Druck und Anarchie bestehen lassen. Er ersuche den Minister um Auskunft. Nach dieser Mittheilung möchte es die Versammlung vielleicht geeignet finden, sich durch eine motivirte Tagesordnung über die erwähnten Thatsachen auszusprechen. Cavaignac stellt nun vor Allem fest, die lombardische und die römische Frage hingen nicht zusammen. Er danke der Versammlung dafür, nicht verlangt zu haben, daß die Regierung sich über jene vor der Zeit aussprechen müsse. Er müsse gestehen, die Unterhandlungen darüber hätten bis jetzt, ohne Zweifel wegen der Wiener Begebenheiten, wenig Fortschritte gemacht. Was die römischen Angelegenheiten betreffe, so habe er, sobald er sie vorgestern erfahren, die von uns bereits mitgetheilten Befehle, wegen der 4 Dampffregatten und ihrer Bemannung durch den Telegraphen ertheilt. Corcelles habe die Mission angenommen, sich nach Rom, überall dahin zu begeben, wo sich der Papst befände, sich zu dessen Verfügung zu stellen (Bewegung links). Der Dringlichkeit der Sache wegen habe die Regierung selbstständig handeln müssen, unter dem Vorbehalte, der Versammlung ihre Entschlüsse mitzutheilen. Aus den von dem General mitgetheilten Instruktionen für Corcelles heben wir hervor, derselbe habe sich nach Civita vecchia, dem Bestimmungsorte der Fregatten, zu verfügen und sich mit dem heiligen Vater in Verbindung zu setzen. In Rom solle er intervenieren, um dem Papste die Freiheit wieder zu verschaffen, deren derselbe beraubt worden sei (Murren links, zur Rechten: sehr gut!), eine der Dampffregatten und Corcelles selbst seien zu dessen Verfügung zu stellen. Letzterer habe sich, unmittelbar nach seiner Ankunft, zu Hrn. v. Harcouet, dem französischen Gesandten bei der päpstlichen Regierung, zu verfügen. Die Truppen solle er nur in dem Falle ausschiffen lassen, wenn ihre Mitwirkung ihm nothwendig erschiene, um den Erfolg seiner Mission zu sichern. Sollte der Papst sich auf einige Zeit nach Frankreich begeben wollen, so sei ihm die herzlichste Gastfreundschaft zuzusichern. Corcelles habe jedoch bekannt zu machen, es sei nicht die Absicht Frankreichs, in den Streitigkeiten zwischen dem Papste und dem Volke zu intervenieren. Die Regierung wolle nur die alten Verhältnisse mit Sr. Heiligkeit ungetrübt festhalten. Die weiteren Verhandlungen über diese wichtige Angelegenheit wurden auf den Antrag des Generals Cavaignac auf übermorgen (Donnerstag) festgesetzt. Herr Ledru Rollin hatte den Wunsch ausgesprochen, da die Instruktionen verlesen werden, und die Lage Italiens keinen Aufschub zulasse, die Debatte sogleich fortzusetzen. Durch die entgegengesetzte Entscheidung erklärte die Nat.-Vers. stillschweigend, daß sie mit den Maßregeln der Regierung einverstanden sei. — Der Plan zur Reduktion der Armee, wie ihn der Kriegsminister, General Lamoricière vorlegte (S. unseren früheren Bericht), besteht darin, dieselbe, welche unter der vorigen Regierung, wenn sie auf dem Kriegsfuße war, aus 560,000 Mann (worunter 110,000 Mann Cavalerie) bestand, im Frieden aber 350,000 betrug, auf 292,000 (155,000 Infanterie, 57,000 Cavalerie, 28,000 Artillerie, 6000 vom Geniekorps) herabzusetzen. Von der jährlichen Aushebung von 80,000 Mann sollen 40,000 als Reserve in ihrer Heimath bleiben. Hingegen soll ein drittes Aufgebot der beweglich zu machenden Bürgerwehr auf 450,000 Mann gebracht, und überall Cadres angelegt werden, welche die 2 Reserveaufgebote militärisch einüben. Hierdurch würde die ungeheure Summe von 432 Mill. Franken, welche das Kriegsbudget beträgt, fast um 200 Millionen vermindert werden. Hr. v. Mornay meinte indeß, man könne die Armee nicht so leicht desorganisieren. Die Frage müsse von allen Seiten beleuchtet werden. Der Referent des Ausschusses erklärte, von dem laufenden Jahre sei nicht die Rede. Für das nächste möchten die Minister allerdings auf Ersparnisse bedacht sein. Die finanzielle Lage erheische es durchaus. Kapitel 2 und 3 des Kriegsbudgets wurden angenommen. — Ludwig Napoleon verspricht in seinem Programm, er werde, falls die Wahl auf ihn falle, aufrichtig und ohne Hinterhalt für die Erstarkung der

Digitized by Google

rechtschaffenen und gemäßigten Republik bemüht sein, durch Kredit der augenblicklichen Unzulänglichkeit der Hilfsquellen abhelfen und das Vertrauen wieder beleben. Die Bande der Religion und der Familie werde er eben so wie die Freiheit des Glaubens und des Unterrichts heilig halten, das Eigenthum schützen und doch durch zweckmäßige Reformen das Schicksal der Armen verbessern. Er sei eifrig für Frieden und gegen übermäßige Centralisation, und werde sich mit Männern umgeben, welche hohe Einsicht und Redlichkeit bewährt hätten. Sein Name sei ein Symbol der Ordnung und Sicherheit. Wie die Wahl übrigens ausfallen möge, er würde sich vor dem Willen des Volks beugen. Der große Erfolg, den die glänzende Rechtfertigung des Generals Cavaignac davon trug, scheint den Prinzen bewogen zu haben, der bisher von der Presse ausgesprochenen Ansicht entgegen, doch eine Ansprache „an seine Mitbürger" zu veröffentlichen. Hier in Paris hat sich seit der Sitzung am Sonnabend die ohnedin sehr große Zahl der Anhänger Cavaignac's ungemein vermehrt, von den Departementen läßt sich freilich nichts im Voraus sagen. In Vars (Charente) z. B. wurde die Verfassung am 18., einem Markttage, vor einer ungeheueren Menschenmenge verkündet, die sich aus den benachbarten Ortschaften eingefunden hatte; als aber am Ende der Messe rief: es lebe die Republik, schrie ihm diese entgegen: es lebe Ludwig Napoleon!

Schweiz.

** **Bern**, 25. Nov. Es ist Ihnen vielleicht nicht uninteressant, über die Physiognomie der neuen Bundesbehörden etwas Näheres zu vernehmen. Ich will daher versuchen, Ihnen ein Bild derselben zu entwerfen, soweit solches bis jetzt möglich ist. Im Allgemeinen muß die Bemerkung vorangeschickt werden, daß weder der Nationalrath und noch vielweniger der Ständerath irgendwie mit den National-Versammlungen oder Parlamenten anderer Länder, insbesondere Deutschlands, verglichen werden können. Die dem schweizerischen Volkscharakter ganz eigenthümliche Ruhe und prosaische Richtung ist auch in den parlamentarischen Verhandlungen der schweiz. Volksvertreter vorherrschend. Das Publikum beträgt sich bei aller Oeffentlichkeit im Ganzen musterhaft und sucht auf keine Weise auf die Berathungen einzuwirken. Auftritte und Störungen, wie sie in Frankfurt, und neulich auch in Berlin stattgefunden, sind nicht zu besorgen, und würden jedenfalls energisch unterdrückt werden. Claqueurs, wie sie eine Zeit lang in Frankfurt an der Tagesordnung waren, würde das Handwerk bald gelegt sein. Was nun die Zusammensetzung des Nationalrathes anbetrifft, so läßt sich nicht verkennen, daß er bedeutende Kräfte in sich vereinigt, und daß alle Stände mehr oder weniger in demselben vertreten sind. Auch an vorzüglichen Rednertalenten fehlt es darin nicht. Politische Klubs haben sich bis jetzt, so viel bekannt, noch keine gebildet, wiewohl nicht zu läugnen ist, daß zwei einander scharf entgegenstehende Parteien vorhanden sind, welche, obschon sie sich gegenwärtig noch nicht gehörig organisirt haben, doch früher oder später ernstlich aneinander gerathen werden, wie sich bereits in der Tessiner Angelegenheit gezeigt hat. Die sogenannte welsche Partei, deren Haupt James Fazy ist, hat ihre Plane noch nicht aufgegeben, ja sie ist sogar jetzt stärker, als sie zur Zeit der nun zur Ende bestatteten Tagsatzung war. Allein gleichwohl huldigt die große Mehrheit des Nationalrathes entschieden dem Neutralitätsprinzip, und die diesfällige neulich von dem Bundespräsidenten Furrer gegebene sehr bestimmte Erklärung wurde von ihr mit Applaus aufgenommen. — Schließlich bemerke ich nur noch, daß die Mitglieder des Nationalrathes, welcher seine Sitzungen auf dem Kantonsrathhause hält, ihren (z. B. im Berner Großen Rathe noch jetzt üblichen) Schweizer Dialekt aufgegeben, und dem Fortschritt zu lieb die deutsche Sprache angenommen haben, während die welschen Mitglieder französisch sprechen. Die italienische Sprache ist bis jetzt noch nicht gehört worden. Ueber den Ständerath, welcher seine Sitzungen, wie recht und billig, im Lokale der Tagsatzung hält, an deren Stelle er gewissermaßen getreten ist, läßt sich nur Weniges sagen. Er hat so ziemlich die Physiognomie seiner Vorgängerin, mit dem alleinigen Unterschiede, daß die Gesandten nicht mehr nach Instruktionen, sondern frei nach ihrer Ueberzeugung stimmen. In demselben sitzen mehrentheils Mitglieder der Kantonsregierungen, und ein gewisser aristokratischer Habitus (wenn anders dieser Ausdruck noch erlaubt ist) ist nicht zu läugnen. An fähigen Köpfen fehlt es aber auch dem Ständerath durchaus nicht.

) **Bern**, 28. Nov. Das hoffentlich entscheidende Votum des Nationalraths in der Frage über den Bundessitz ist abgegeben: er hat heute mit 58 Stimmen von 100 Bern zur Bundesstadt erwählt; 35 Stimmen fielen auf Zürich, 6 auf Luzern, 1 auf Zofingen. Vorher wurde von den Freunden Zürichs noch Alles versucht, um die Form der Abstimmung so festzustellen, daß vielleicht das Resultat zweifelhaft geblieben wäre; aber der Antrag von Almeras aus Genf erhielt die Mehrheit, durch Namensaufruf den Gegenstand zu erledigen. Unter den jetzigen Constellationen möchte Zürich um jeden Preis Aufschub und keine definitive Entscheidung. Seine ganze Hoffnung steht deswegen auf dem Ständerath, welcher heute Nachmittag um 4 Uhr zusammenkommt, um denselben Gegenstand zu behandeln. Wenn die Urkantone für Zürich stimmen, so erhalten wir ein Provisorium; denn sicher hat Bern im Ständerath nur 18 — 20 Stimmen. Doch hofft man, der Ständerath werde durch ein Votum zu Gunsten Zürichs die Sache nicht verwickeln, und ihre Entscheidung vielleicht auf mehrere Jahre hinausschieben wollen. Der Schweiz muß Alles daran gelegen sein, so schnell als möglich definitive Zustände zu begründen. In seiner gestrigen Sitzung hat der Ständerath die Tessiner Angelegenheit behandelt. Die dazu niedergesetzte Kommission machte einen Majoritäts- und einen Minoritätsantrag. Die Mehrheit wollte nämlich den dahin einschlagenden Nationalbeschluß ganz und vollständig annehmen. Die Minorität dagegen wollte den Art. 2, der Tessin für einige Zeit des Asylrechtes beraubt, streichen. Bei der Abstimmung wurde der Majoritätsantrag mit Mehrheit angenommen. — Die Nachricht, daß Herr von Neuwall einstweilen Rayeaur's Posten hier einnehmen und Professor Biedermann nicht als Reichsgesandter nach Bern kommen wird, hat Freude erregt. v. Neuwall ist der rechte Mann, das gute Einverständniß zwischen Deutschland und der Schweiz recht bald wieder herzustellen. Es wirkt im wahren und wohlverstandenen Interesse beider Länder, und die Centralgewalt in Frankfurt kann von dem Schweizerischen Bundesrath versichert sein, daß derselbe an der deutschen Grenze Ordnung schaffen wird, wie die Bundesversammlung in Tessin dem Flüchtlingswesen ein Ende gemacht hat. — In den Nationalrath sind nachträglich noch gewählt worden: aus dem Kreis Mittelland im Kanton Bern Hr. Großrath Weingart, aus dem Wahlkreis Emmenthal: Hr. Regierungs-Statthalter Karrer. — Einem Briefe unseres) Correlp. vom 29. Novbr. entlehnen wir vorläufig die Nachricht, daß auch der Ständerath sich am 28. für Bern als Bundessitz entschieden hat.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Nov., Morgens. Die „Berling'sche Zeitung" meldet: Dem Vernehmen nach werden die vorläufigen Unterhandlungen, welche den Weg zu einem endlichen Frieden zwischen Dänemark und Deutschland anbahnen sollen, bald in London eröffnet werden. Der dänische Gesandte am großbritannischen Hofe, Graf Reventlow, der gegenwärtig sich hier aufhält, wird vermuthlich sich nicht eher auf seinen Posten zurückbegeben, ehe er vollständige Instruktionen erhalten hat; dagegen ist General Oxholm nach London abgereist, um im Allgemeinen dem britischen Kabinet die Ansichten der dänischen Regierung in Bezug auf die Erledigung der streitigen Punkte mitzutheilen.

Kopenhagen, 25. Nov., Abends. Die angekündigte Interpellation über die jütische Contribution ist heute erfolgt. Der Ministerpräsident entgegnete, nachdem die preußische Regierung erklärt habe, daß sie eine genaue Aufmachung abwarten wolle, so sei eine solche neulich ausgefertigt, die Summe belaufe sich auf 320,000 Rthlr. und die preußische Regierung werde sie, wie zu erwarten sei, jetzt rasch bezahlen.

Die zum jütischen Stift Ribe gehörenden dänischen Priester in Nordschleswig veröffentlichen eine Erklärung, daß sie, nur der Uebermacht nachgebend und um Ruhestörungen zu vermeiden, die Bekanntmachungen der von ihnen — ehe sie keine Bekanntmachung darüber von ihrer rechtmäßigen Obrigkeit und ihrem König erhalten hätten — nicht anerkannten gemeinschaftlichen Regierung von Schleswig-Holstein veröffentlichten.

Für die Redaction verantwortlich: **W. Kiesselbach.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre D. me de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 319 **Frankfurt a. M., Samstag 2. Dezember.** **1848.**

Uebersicht.

Deutschland.

Deutschland. Frankfurt (Erklärung von W. Kiesselbach. Berichtigungen. Wien (Zustände der Stadt. Gerüchte von einer Niederlage der Ungarn. Windischgrätz und Jellacic.) Olmütz (Die Wahl Smolka's.) Berlin (Abspannung. Bindr's Einfluß. Der Landtag. Hr. v. Bodelschwingh. Hr. v. Gagern in Brandenburg.) Brandenburg (Lage und Aussichten.) Königsberg (Dänemark und der deutsche Bundesstaat.) Posen (Verhaftungen. Despotie. Deutscher Bund.) Erfurt (Belagerungszustand.) München (Rundschreiben des Ministers des Innern. Verhaftung.) Karlsruhe (Finanzplane und legislative Thätigkeit der Regierung. Die Untersuchung gegen die Freischarler.) Mannheim (Verfehlter Putsch in Constanz. Struve und Blind.) Cassel (Trauerfeier für Blum. Zusammentritt des Landtags.) Oldenburg (Die Reichswahl.) Hamburg (Senat und Bürgerschaft.)

Großbritannien. London (Die englische Presse über den Grafen Rossi und die Revolution in Rom. Die Börse. Kapitalien des Königs von Preußen angeblich nach England. Nachrichten aus Irland.)

Italien. (Ausfall der Venetianer. Das neue römische Ministerium im Bunde mit dem toscanischen. Programm des neuen römischen Ministeriums. Unumschränkte Herrschaft des Volksvereins in Rom. Aufstand in Pesaro. Parlamentarische Kämpfe des sardinischen Ministeriums.)

Schweiz Aarau (Die Grenzsperre.)

Niederland. Haag (Bildung eines definitiven Ministeriums. Die Ersparungsvorschläge.)

Nordamerika. (General Taylor gewählt.)

Neuestes.

2. Dezember.

Oesterreich scheidet, wer weiß, auf wie lange? von Deutschland, und wie Oesterreich jetzt regiert wird, regiert, „als wenn Metternich von London aus Alles anordnete," kann die Gemeinschaft mit diesem Reiche uns nicht einmal erwünscht sein. Es hat sich an Rußland angeschlossen und wendet sich dem Osten zu. Für das gesittete Abendland paßt die Weise nicht, wie dort die Gewalthaber den Sieg benutzen. Selbst das republikanische Frankreich hat diejenigen geschont, welche im Bürgerkrieg mit den Waffen in der Hand gefangen genommen wurden; in Wien werden mit kalter Grausamkeit diejenigen hingerichtet, welche bloß die Waffen des Geistes gebraucht haben. Oesterreich wird durch seine siegreichen Heerführer beherrscht, welche die frühere Schwäche der Regierung durch schonungslose Härte zu rächen suchen. Deutschland ist für sie eine fremde Macht oder vielmehr gar keine, und unsere Reichs-Gesandten — doch wir schweigen von dem, was Jeder bedauert, ohne es ändern zu können. Oesterreich will zu uns mit der ganzen Uebermacht seiner rohen fremden Völkerschaften, oder gar nicht. Ein einiges starkes Oesterreich ist jetzt die Losung jener zügellosen Heere, welche nach Ungarn vordringen, um dorthin — deutsche Gesittung zu verbreiten. Wir müssen Oesterreich vorläufig seinen Geschicken überlassen; aber nicht ohne die Zuversicht, daß in ruhigeren Zeiten zwischen Oesterreich und Deutschland jene Verbindung sich herstellen wird, welche Geschichte, Lage und gegenseitiges Bedürfniß erfordern.

Da Oesterreich ausscheidet, so scheint in Deutschland sich alles einfacher zu gestalten. Bis jetzt war seine Bahn elliptisch, mit zwei Brennpunkten, und schwer zu berechnen. Jetzt tritt Preußen von selbst in den Mittelpunkt. Mit einer Einstimmigkeit, welche man im Anfang der großen deutschen Bewegung kaum zu hoffen wagte, hat sich die öffentliche Meinung im Norden und Süden dafür entschieden, daß Preußen mit der Reichsgewalt zu bekleiden sei. Allein Preußen selbst scheint diesem Verlangen wenig entgegen zu kommen. Seit der Steuerverweigerung, welche nach dem alten Wort mehr als ein Unrecht, welche ein Fehler war, hat die Mehrheit des preußischen Landtages das Vertrauen des Volkes verloren. Das Königthum ist plötzlich auf eine überraschende Weise wieder gestärkt und wendet seine Macht nicht bloß gegen den eigenen Landtag, sondern auch gegen das Reich. Es fühlt sich verletzt, daß die Reichsgewalt sich in Preußens innere Angelegenheiten gemischt habe. Es geschah dies am Tage vor der Steuerverweigerung, in einem Augenblicke, wo in Preußen ein Bürgerkrieg auszubrechen drohte, welcher das ganze Reich gefährdete. In einem Augenblicke, wo die Krone selbst gefährdet schien, da, soweit man urtheilen konnte, die große Mehrheit des Volkes sich gegen die Krone ausgesprochen hatte. Die Vermittelung der Reichsversammlung hätte, wenn die Umstände sich nicht unerwartet geändert, vielleicht die einzige Rettung der Krone sein können.

Man hat durch staatsrechtliche Spitzfindigkeiten, aus dem alten Bundesrechte hergenommen, zu beweisen gesucht, daß der Reichsgewalt jene Einmischung gar nicht zugestanden. Allein so ziemlich das ganze deutsche Volk hat den Streit durch die Reichsgewalt beigelegt gewünscht. Mit seltener Einstimmigkeit verlangte man von der Reichsversammlung eine Entscheidung nicht als Recht, sondern als Pflicht. Das Reichsgericht war leider noch nicht eingesetzt, also sollte die Versammlung an dessen Stelle treten. Aller Augen wandten sich nach Frankfurt, nicht bloß in Deutschland. Die Times, die wahrlich doch specifisch preußisch genug ist, das Journal des Debats, die Uebereinstimmung Europas verlangte von Frankfurt die Abwehr des Bürgerkrieges. Jene Entscheidung, die Beschlüsse vom 14. und 20. Nov., konnten sie mäßiger ausfallen? Die Reichsversammlung wollte nicht über das Recht der Parteien urtheilen, sie wollte nur eine Vermittlung in der Sache selbst herbeiführen. Sie erklärte die Steuerverweigerung für nichtig und von vielen Orten vernehmen wir, daß diese Erklärung nicht ohne heilsamen Einfluß geblieben ist und die preußische Regierung in der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung unterstützt hat. Sie billigte die Maaßregeln, welche die preußische Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit in Berlin getroffen hatte, und forderte im Grunde nur Eines: die Entlassung eines Ministeriums, welches selbst die nothwendigsten Maßregeln verdächtigte. Sie forderte dies in Uebereinstimmung mit der ganzen preußischen Volksvertretung. Und hierin wenigstens hat die Lage der Dinge sich nicht geändert. Wir hören, daß auch derjenige Theil des Landtages, welcher, der königlichen Botschaft gehorsam, nach Brandenburg gegangen ist, wiederholt sogleich dem Ministerium sein Mißtrauen aussprechen will.

Was kann die Krone dabei gewinnen, wenn sie die Vermittelung verwirft, welche die Reichsgewalt zwischen ihr und der bestehenden Volksvertretung herbei zu führen sucht? Wir unterschreiben das Meiste, was zum Nachtheile dieser Versammlung gesagt werden kann. Aber woher eine bessere bekommen? Eine Auflösung ist schon deshalb gefährlich, weil die Mehrheit des preußischen Volkes nun einmal erklärt hat, nicht einmal das Recht zu einer Vertagung dieser Versammlung anzuerkennen. Aber setzen wir gleich den günstigsten Fall, daß durch Einberufung der Stellvertreter die Versammlung in Brandenburg beschlußfähig werde. Dann werden dort doch nur Abgeordnete tagen, welche nicht das ganze Volk, sondern nur Eine Partei vertreten. Dies ist, mag man von der andern Partei noch so gering denken, jedenfalls ein Unglück; es erinnert an Fälle der Vergangenheit und kann zu schlimmeren Zerwürfnissen führen, als die sind, welche wir jetzt beklagen.

Um Preußens selbst Willen würden wir es bedauern, wenn die Vermittelung der Reichsgewalt ganz verschmäht würde, noch mehr um Deutschlands willen. Denn wie kann die Reichsgewalt an Preußen kommen, wenn es diese selbst nicht anerkennt? Wenn es dem Organe der Preußenvereine sein Ohr zu leihen scheint, das wörtlich sagt: „Fort mit der Reichsversammlung! Fort mit der Centralgewalt!

Digitized by Google

Frankfurt hat uns nichts zu befehlen! Wir haben blos dem zu gehorchen, was unser Herr, der König, befiehlt." Viel besser und weiser sagt die „Aachener Zeitung": „Noch nie war wenn es Deutschland anerkennt, die Lage Preußens glücklicher; nie war es seiner Wahl der Art geboten, politisch Alles oder Nichts zu sein, wie eben jetzt. Die Krone wird ihm entgegengetragen, es braucht nur zuzugreifen. Aber die Hand wird nur ausgestreckt bleiben, wenn Preußen sich Frankfurt unterordnet. Es ist keine Gefahr, daß man zu viel zumuthen werde. Die Erfahrung beweist es. Wenn Preußen der Erste sein soll, wenn ihm gehorcht werden soll, so muß es auch selbst mit dem Beispiele vorangehen." In diesem Gehorsam liegt sein größter Sieg.

Die Lage Deutschlands nach außen wie nach innen, erfordert dringend, daß die Verfassung des Reichs schleunig beendigt und die Frage nach dem Oberhaupt erledigt werde. Wer auch Präsident der französischen Republik werden mag, er wird der Versuchung kaum widerstehen können, die hungrigen Franzosen mit Ruhm satt zu machen. Rußlands Heere stehen an der Grenze hoffentlich in feindlicher Absicht, und Dänemark spannt, wie Deutschlands Angelegenheiten sich entwickeln, seine Forderungen schon höher. Was sollen wir thun mit jener losen Einheit, von der jetzt viele wiederreden? Deutschland bedarf eines Reichsoberhauptes. Der König von Preuß enwird die höchste Frage des Vaterlandes gewiß nicht als eine Sache der Fürsten betrachten. „Vergessen Sie nicht, sagte der König vor wenig Manden, daß es nach Fürsten in Deutschland gibt!" Er wird jetzt über die kleinen Fürsten das große deutsche Volk nicht vergessen.

Herr Redakteur!

Setzen Sie mich durch Aufnahme dieser Zeilen in den Stand, meinen Freunden zu sagen, daß ich seit gestern von der Redaktion der Deutschen Zeitung zurückgetreten bin. Daß ich mit den besten Wünschen für das Blatt, in freundschaftlichster Hochachtung für seine Eigenthümer und Sie scheide, wissen Sie.

Frankfurt a. M., 2. Dez. 1848. W. Kiesselbach.

Bei dem für die Deutsche Zeitung eingetretenen Redaktionswechsel hat die Verlagshandlung dem bisherigen Redakteur, Hrn. W. Kiesselbach, Anerkennung und Dank auszusprechen für die bei der Uebersiedlung von Heidelberg bewiesene aufopfernde Thätigkeit.

Herr Dr. H. Kruse übernimmt von jetzt an die Redaktion.

Deutschland.

|| **Frankfurt**, 1. Dez. In Nr. 317 der „Deutschen Zeitung" wird, bei Mittheilung des Programms des Märzvereins, erwähnt, daß die drei Fraktionen auf der Linken der Reichsversammlung diesem Vereine beigetreten seien. Insofern darunter der Verein Westendhall mit begriffen sein sollte, erlaube ich mir die Bemerkung: daß nur ein Theil der Mitglieder des Klubs Westendhall in den Märzverein getreten ist.

△ **Wien**, 26. Nov. Der gestrige Tag ging vorüber, ohne daß die Vorhersagungen wohlunterrichteter Personen (darunter sind jetzt nur Militärs zu verstehen) eintrafen. Jene wollten nämlich avisirt sein, daß am gestrigen, als am Katharinen-Tage, ein Krawall ausbrechen würde. Man sah aber keine andere auffallende Bewegung in den Straßen, als etwa den Transport vieler Kanonen auf die Bastei, welche zu einem wahren Zwing-Uri umgeschaffen zu werden scheint. Streckenweise darf dieselbe von dem Publikum schon nicht mehr betreten werden, und die Wiener müssen auf diese Art auf ihren beliebtesten Spaziergang verzichten. Morgen ist die nächste Reichstags-Sitzung in Kremsier, man hoffe darin das Programm der Minister zu erhalten, und dann — werden wir ja sehen, was sich für das mißhandelte Wien noch hoffen läßt. — Morgen soll wieder eine kriegsrechtliche (nicht standrechtliche) Hinrichtung stattfinden — als Verurtheilten nennt man den Baron Schlechta. Welcher Art der Eindruck ist, welchen die häufigen Hinrichtungen auf das Volk machen, zeigt sich am deutlichsten in einer Art von Kultus, welchen es den Richtstätten weiht. Hunderte von Menschen belagern sie täglich ernst und schweigend. Jedes Blatt, jeder Grashalm wird abgepflückt, der vom Blut der Verurtheilten geröthet, und als Reliquie aufbewahrt. Oft sieht man sogar die Erde jener Stellen aufkratzen und in Tüchern wegtragen. — Wie in den vormärzlichen Zeiten sind wieder die Mauern von Anschlagzetteln für Theater und alle Arten von Festlichkeiten überdeckt — dessen ungeachtet stehen die Festlokale beinahe leer, während an jedem Sonn- und Feiertage eine unabsehbare Menschenmenge nach den Begräbnißstätten der Vorstädte wandert und die Verheerungen anstarrt. Bei den Ruinen sitzen die zu Bettlern gewordenen Eigenthümer und bitten um ein Almosen für „arme Abbrandler". — Die Theuerung nimmt täglich zu, da Ungarn, von dessen Produkten Wien beinahe ganz zu leben gewohnt ist, abgesperet ist und die Armee durch immer neue Zuzüge die Konsumirung auf eine bedrohliche Weise steigert. — Ein Plakat der Stadthauptmannschaft soeben heute auf, Gegenstände, welche durch die „letzten Ereignisse" in andere Hände als die der ursprünglichen Eigenthümer gerathen seien, gegen Zurückstellung des Erstehungspreises dem wahren Eigenthümer zurück zu geben. Diese angeführten „Ereignisse" beziehen sich auf die Plünderungen der Kroaten am 26. und 28. Okt., welche in den folgenden Tagen bis zum 6. Nov. ihren Raub öffentlich in den Vorstädten und in der innern Stadt am Peter, auf der Brandstatt ꝛc. verkauften. Sie kamen in Wagen und hielten förmlich Markt. Gegenstände von Gold oder Silber nahmen sie jedoch meistens mit. Gestern verbreitet sich das Gerücht: die Ungarn hätten in der Gegend von Neuck an der Leitha die kaiserlichen Truppen angegriffen, seien aber zurückgeschlagen worden, wobei 2 ungarische Regimenter zu den kaiserlichen Truppen übergegangen sein sollen. Es wird behauptet, das Regiment Kaiser Alexander auf ungarischer Seite sei beinahe ganz vernichtet und 13 Offiziere desselben seien geblieben. — Kitsee, wo Fürst Windischgrätz sein Hauptquartier aufschlagen will, soll von den Ungarn besetzt sein. Der Fürst und der Banus sind noch immer hier (der erstere in Schönbrunn). Es scheint, daß sie nicht aufbrechen wollen, ehe die politischen Prozesse abgeurtheilt und die Befestigungen Wiens bis auf einen gewissen Grad vorgerückt sind.

Ollmütz, 26. Nov. Tagesgespräch ist die bevorstehende Ueberliefereung eines Theils der in Kremsier tagenden Reichstagsdeputirten an das Militärgericht in Wien. Man nennt 12 bis 15 Mitglieder als zur Anklage ausersehen, unter ihnen z. B. Vialand, Goldmark, Füster u. a. Die Wahl Smolka's zum Präsidenten kam uns hier sehr unerwartet. Die Plane des Ministeriums und der Ministeriellen im Reichstag dürften dadurch wesentlich modifizirt werden. Das Ministerium hat sich vor dem Reichstage noch nicht als solches gezeigt; höchstwahrscheinlich in Folge jener Wahl; man behauptet mit Bestimmtheit, dasselbe habe bereits ein Programm am 22. dem Reichstage mittheilen wollen, unter den eingetretenen Umständen aber für gut befunden, es nicht zu publiziren. Jedenfalls dürfte die Stellung des Reichstags unter Smolka's Präsidium einem Ministerium gegenüber, dessen Präsident eben jenem Reichstage, unter demselben, jetzt wiedererwählten Präsidium am 11. Nov. in Wien die Thüren schließen ließ, eine falsche sein, die zu einem friedlichen Einverständnisse wenig Hoffnung gibt. Alles ist gespannt auf die nächste Sitzung in Kremsier, welche morgen, den 27. stattfinden wird. Die Wahl Strobbach's hätte man als Desavouirung des in Wien zurückgebliebenen Reichstages fassen können, Smolka's Wahl dagegen ist eine offene Anerkennung desselben. Jeder Schritt gegen jenes sogenannte „Wiener Rumpfparlament" ist jetzt zugleich ein Schritt gegen den ganzen Reichstag, und läßt sich nicht mehr als eine Maßregel gegen eine Partei desselben auffassen. Hierin liegt die große Wichtigkeit des Ergebnisses der Wahl vom 22.

Lith. Corr. **Berlin**, 29. Nov. Berlin ist makellos ruhig bis zum Extreme, an die Stelle der Frische und Lebendigkeit der letzten Monate ist eine Apathie getreten, ein Indifferentismus, der seines Gleichen sucht. In dieser Stadt befindet sich die große Mehrzahl der Vertreter der Nation, vor wenigen Tagen noch vom Volke vergöttert, heute ohne jedes Zeichen der Sympathie der Bevölkerung.

Berlin, 29. Nov. Const. Corr. Wie verlautet, hat die Politik der Krone, welche noch vor drei Tagen extreme Schritte (Auflösung der Kammern, Octroyirung u. s. w.) erwarten ließ, eine merkliche Veränderung erlitten, und wird man sich, Dank dem berühmten Rechtsbodenvertheidiger, Herrn v. Vincke, nunmehr mit gemäßigten Maßregeln (Einberufung der Stellvertreter) begnügen und solange als möglich an dem Vereinbarungsprinzipe festhalten.

△ **Berlin**, 29. Nov. Zur Ergänzung der Ihnen wahrscheinlich direkt von Brandenburg zugegangenen Nachrichten, bin ich im Stande, noch Folgendes zu melden. Angemeldet waren

Digitized by Google

heute Morgen in Brandenburg 173 Mitglieder; gewiß ist, daß von hier aus morgen sich noch fernerr 10 Mitglieder darthin begeben; wahrscheinlich ist, daß eine noch weitere Anzahl folgt, wenn auch noch nicht übersehen werden kann, wie stark dieselbe sein wirb. Die ungünstigrn Nachrichten, welche der heute Morgen von Frankfurt hier angekammene Hr. Rodbertus mitgebracht hat, haben verschiedene Abgeordnete seiner Fraktion zum Eintritt in die Versammlung bestimmt. Bornemann geht morgen nach Brandenburg. Ein Theil der bäuerlichen Abgrordneten wird schließlich dennoch nicht nach Brandenburg gehen; die Unterredungen mit ihren Parteifreunden haben sie dazu bewogen. Ist die Versammlung morgen nicht beschlußfähig, so geht die Absicht der Versammlung dahin, sich nur von Tag zu Tag zu vertagen, weil ja dir Beschlußfähigkeit mit jedem Tage erreicht werden könne. Bis jetzt ist indeß noch nicht gewiß, ob das Ministerium dieser Ansicht beitritt, ob es vielmrhr nicht, nachdem die Einberufung der Stellvertreter erfolgt ist, die Versammlung auf acht aber vierzehn Tage vertagt. Eine königliche Botschaft wird morgen wohl jedenfalls zu erwarten sein. Als Kandidat für den Präsidentenstuhl wird mit ziemlicher Zuverlässigkeit Hr. v. Auerswald, der frühere Ministerpräsident, bezeichnet. — Im Wahlkreise Hamm hat die Wahl des Hrn. v. Bodelschwingh zum Abgeordneten sehr viele Aussicht. Ist übrigens Hr. v. Bodelschwingh einmal in der Kammer, so wird er wahrscheinlich bald wieder in einem Ministerium oder vielmehr an der Spitze eines Ministeriums sein. (?) — Hr. v. Gagern ist diesen Abend aus Brandenburg hier angekommen. Er will einen letzten Vermittlungsversuch machen.

* Die deutsche Reform berichtet von ihrem Standpunkte aus über die Sendung Hrn. v. Gagern's: **Berlin**, 29. Nov. Während die Krisis, die in Preußen stattfindet, einfach zwischen der Regierung und der Versammlung verhandelt wird und einem um so sicherern Abschluß entgegengeht, als die Krone den Boden der Vereinbarung so lange als möglich festzuhalten sich entschlossen zeigt, beschäftigt sich H. v. Gagern, wie es scheint, ausschließlich mit der Feststellung der definitiven Centralgewalt und läßt Preußen seine inneren Verhältnisse, wie es auch nicht anders sein kann, selbst ordnen. Ob der Aufruf des Reichsverwesers ihm dabei gute Dienste leistet, ob ein Staatsmann von seiner Einsicht die betreffenden Handlungen der Reichsminister billigt, das wissen wir nicht; zugleich sind wir aber überzeugt, daß weder er den großen Gedanken der deutschen Einheit, den er mit Jugendgluth erfaßt hat und festhält, wegen augenblicklicher Schwierigkeiten aufgeben, noch auch, daß Preußen aus denselben Gründen seinen Beruf der deutschen Nation gegenüber, der jetzt klarer als je zu Tage liegt, jemals verkennen wird. Aus dem sogenannten Kaiserthum wird nichts werden, wie überhaupt aus keiner Centralisation, welche den einzelnen deutschen Staatskörpern die Eigenheit ihres Daseins rauben könnte; wohl aber, hoffen wir, wird eine feste Föderation zu Stande kommen, bei der auch „Sachsen und Baiern" ihre ungeschwächte Existenz behaupten werden.

Die Vossische Zeitung meldet: Herr von Gagern soll, dem Vernehmen nach, heut seine Rückreise nach Frankfurt angetreten haben. Er hätte seine Mission zwar nicht in der Weise erreicht, wie diese Anfangs beabsichtigt war, so daß die Frankfurter Beschlüsse unmittelbar maßgebend geworden wären: allein es habe sich dennoch eine solche Verständigung hergestellt, daß eine befriedigende Lösung unserer Verhältnisse im Einvernehmen mit Frankfurt in sicherer Hoffnung steht. Nach näherer Kenntnißnahme von der hiesigen Lage der Dinge soll Herr von Gagern selbst der Ansicht gewesen sein, daß sein Auftrag in der ersten Auffassung nicht mehr mit Erfolg ausführbar sei.

Berlin, 29. Nov. (Abends.) Brandenburg hatte heute Gagern in seinem Weichbild. Ungekannt erschien er auf der Tribüne des diplomatischen Corps im Dom und wohnte dem Namensaufruf bei, eine Situation, an Langweiligkeit so sehr Alles überragend, als der hohe Gast seine diplomatischen Nachbaen. Bald richtete sich Blick nach Blick dahin, wo Gagern saß, in einigen Minuten wußten alle Anwesenden, wen der Dom beherberge. Die Zuschauer erfrischten sich an dem Ereigniß, und der Stellvertreter eines bekannten Abgeordneten ließ sich ihm vorstellen, um unaufgefordert die Honneurs zu machen. Der Namensaufruf ergab 151 Mitglieder, also weniger, als gestern. Nichtsdestoweniger ist den Männern zu Brandenburg der Muth gestiegen, denn die Anzahl der Mitglieder, welche sich meldeten, ist auf 173 gewachsen. Ob mit Recht oder im Irrthum, die Meinung wurde rings ausgesprochen, daß morgen am „letzten des November" eine beschlußfähige Zahl beisammen sein werde. Rud. van Auerswald war eingetroffen und in herzlicher Begrüßung umringten ihn die Mitglieder; an dem Willkomm mit Hansemann und Kühlwetter kannte man wahrnehmen, daß über die Dauer ihres Kabinets hinaus ein Band der Freundschaft diese Männer einigt. — Im brandenburger Hofe würzte der Frohsinn das gastliche Mahl. Gagern saß mit Wittgenstein, Vincke, Bardeleben, Kühlwetter, Brünneck an der Wirthstafel. Auch Hansemann erschien und wurde von Vincke herzlich begrüßt. Auf die Zukunft des Vaterlandes stieß man an, der definitiven Centralgewalt, der Beendigung des deutschen Verfassungswerkes ward gedacht und einer glücklichern Lösung der österreichisch-deutschen Frage. Um ¾4 Uhr fuhr Hr. v. Gagern nach Berlin und ein Theil der Gesellschaft setzte das lebhafte Gespräch noch auf der Eisenbahn bald ernst, bald heiter fort, bis der donnernde Gesang der preußischen Soldaten am Bahnhof sie empfing. (D. Ref.)

☽ **Brandenburg**, 29. Nov. Ob die seit dem Anfange dieser Woche im Dome zu Brandenburg begonnenen Verhandlungen jemals die Bedeutung eines Centralpunktes unseres öffentlichen Lebens gewinnen werden, ist in diesem Augenblicke noch nicht zu überzusehen. Bei dem Namensaufrufe ergab sich heute allerdings, wenn man die Entschuldigten mitrechnet, eine nicht unbedeutende Vermehrung der Abgeordnetenzahl (173). Morgen hofft man beschlußfähig zu sein. Viele von den bäuerlichen Abgeordneten, die bisher auf der äußersten Linken Platz genommen hatten, sollen schwankend werden und geneigt sein, in das Parlament zu Brandenburg einzutreten, um ihrerseits die Berathung und Vollendung des von den Bewohnern des platten Landes sehnlich erwarteten Gesetzes wegen Aufhebung der Feudallasten nicht länger zu verzögern! Sollte die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl (202) nicht erreicht werden, so wird der Antrag von Simons, wegen Einberufung der Stellvertreter auf die Tagesordnung gestellt und unverzüglich angenommen werden. — Heinrich v. Gagern befand sich bei der heutigen Sitzung unter den Zuhörern und wollte noch einmal nach Potsdam und Berlin zurückkehren. Die Vermittlungsversuche scheinen also noch nicht abgeschlossen, noch weniger, wie bereits einige Blätter berichten, gescheitert zu sein. Auch Vincke ist in reger Unterhandlung mit den Wortführern der streitenden Partien begriffen. Daß er mit Bildung eines Kabinets beauftragt worden, scheint nicht begründet. Wie wir vernahmen, wird er sehr bald wieder unter den Abgeordneten der Paulskirche Platz nehmen. Doch ist deshalb eine allzulange Dauer des gegenwärtigen Ministeriums nicht anzunehmen. Vielmehr sollen selbst die äußersten Fraktionen auf der Rechten entschlossen sein, sobald die Versammlung in Brandenburgee Dame beschlußfähig ist, dem Ministerium Manteuffel ein Mißtrauensvotum in der entschiedensten Form abzugeben. Die Aussicht liegt nicht fern, daß nach diesen Vorbereitungen, welche auf die Beruhigung des Landes von dem heilsamsten Einflusse sein werden, die für die Befestigung unseres seit den Märztagen durchaus zerrütteten Rechtszustandes nöthigen Arbeiten, vor Allem das Verfassungswerk, die bäuerlichen Ablösungsgesetze und die Gemeindeordnung auf das schleunigste beendet werden. Namen von gutem Klange, wie Hansemann, Kühlwetter, Bardeleben, Mulius, Jachtmann, Gndenau sind der Rechten hinzugetreten.

Königsberg, 27. Nov. Die von den Dänen in Kopenhagen aufgebrachten, namentlich der Rhederei in Memel gehörigen Schiffe sind sämmtlich herausgegeben. Die Rheder haben aber nicht allein alle Lootsengelder und andere Abgaben, sondern auch die sämmtlichen Prisen-Kommissions-Kosten, sowohl bei der Kondemnirung als nachherigen Wiederfreisprechung der Schiffe und Ladungen bezahlen, auch die Verpflegungskosten für die Schiffsmannschaften erstatten müssen, wodurch die Verluste der Rheder sehr bedeutend geworden sind. Da bekanntlich die Kontrakte zur Uebernahme von Holz- und anderen Lieferungen nach Großbritannien und anderen Ländern schon im Winter, gewöhnlich gleich nach Neujahr, geschlossen werden, so ist der baldige Abschluß des Friedens mit Dänemark oder die Verlängerung des Waffenstillstandes für den Handel ein Gegenstand von großer Wichtigkeit.

† **Posen**, 28. Nov. Vorgestern fand die vom deutschen Centralkomité in Posen ausgeschriebene Versammlung zur Begrün-

Digitized by Google

dung des deutschen Bundes statt. — Die Deputirten der Kreise waren zahlreich erschienen. — Man erklärte sich damit einverstanden, den Bestrebungen der Liga durch freundliche Mahnungen an den Bauernstand entgegenzutreten, und eine Entfremdung dieses Standes dadurch zu verhindern, daß man vor Allem seine Aufklärung über die freien deutschen Staatsformen, deren er sich nunmehr erfreuen wird, befördere. Jede gehässige Propaganda, wie sie gegnerischer Seits geübt wird, wurde verpönt. Das Komité ging in den Centralausschuß dieses deutschen Bundes über, in welchem sich alle politischen Parteien vereinigt haben. — General v. Schäfer der uns neulich verließ, ist in Bromberg mit einem Fackelzuge begrüßt worden.

† **Posen**, 28. Nov. Kaum vermag ich Ihnen ein Bild von den verschiedenartigen Interessen zu geben, welche jetzt sich durchkreuzend, die Beobkernng beherrschen. Schwerlich gibt es jetzt noch einen deutschen Verein oder eine Stadt, Gemeinde, u. s. w. die nicht in Adressen ihr Vertrauen der Krone in Berlin ausgesprochen hat, selbst die Städte in polnisch Posen mit starken deutschen Bürgerschaften sind nicht zurückgeblieben. Dagegen reguet es nun eine Fluth polnischer Vertrauensboota an die polnischen Abgeordneten, welche in Berlin geblieben. Ja sogar ein deutscher Abgeordneter für Krotoschin, der einer der verhaßtesten Gegner der polnischen Sache war, hat ein solches Votum von seinen polnischen Nichtwählern erhalten, weil er zu v. Unruh gehalten. Dem deutschen Abgeordneten von Posen dagegen, welcher dasselbe gethan, wird die kategorische Frage gestellt, ob er sein im Mai gedrucktes Glaubensbekenntniß noch anerkenne? Im Verneinungsfalle soll er sein Mandat niederlegen. Die polnischen Abgeordneten haben hinsichtlich des Steuerverweigerungsdekrets einen Aufruf erlassen, worin sie ihre Wähler auffordern: bei der exekutorischen Einziehung der Steuern keinen gewaltsamen Widerstand zu leisten, sondern in diesem Falle ruhig zu zahlen. Sie erklären: „Es muß sich in diesen Tagen zeigen, ob die Regierung drei Viertel der Nation hören will oder nicht. Wenn nur der Rücktritt der Minister erfolgt, so haben wir gesiegt, und wir hoffen das. Denn man kann die gegenwärtige Stellung des Volkes zur Krone mit einer Ehe vergleichen, in welcher die oerständige Frau mit Zärtlichkeit und „passivem Widerstande" den stürmischen Mann immer besiegen wird. Kein einigermaßen einsichtiger und unbefangener Mensch kann daeübee im Zweifel sein, daß die reaktionäre Kamarilla schon im April den Coup verabredet hatte und daß man nur auf die Reaktion in andern Ländern wartete. Auch muß ich noch darauf aufmerksam machen, daß man uns gerade am 10. Nov. mit Gewalt auseinanderbringen wollte, denn im Ministerium sind Historiker und Freunde der Jahrestage und an diesem Tage hat Napoleon gerade die Deputirten in St. Cloud auseinandergetrieben. Die Herren haben aber vergessen, daß sie keine Napoleone sind, waren, und sein werden!" u. s. w. — Neben solchen Artikeln stehen dann andere in den Blätteen, von einem Frankfurter Parlament, das Brandenburg's Befehle, und von einem Reichskommissarius, der Brandenburgische Demarkationen ausführt. Und dann füllen sich die Spalten auch wiederum mit Berichten über die russischen Truppendewegungen, welche offenbar die Besetzung von polnisch Posen bezwecken sollen; wobei nur das einzige wunderbare ist, daß unsere deutschen Korrespondenten in Strzelno und Ostrowo (beides Städte hart an der russischen Grenze) nicht das Mindeste davon berichten. General Schäffer reiste nun schon mehrmals an Abgrenzungspunkte, besonders von militärischer Wichtigkeit, um immer wieder zu uns zurückzukehren, wo er sich zu unserer Freude recht wohl zu gefallen scheint. — Eine Katzenmusik, die einige Husaren ihrem sehr verhaßten Major gebracht haben, hat viel Lärmen verursacht. Es fehlt auch hier nicht an Leuten, die Indisciplin im Heer befördern möchten, aber der Boden ist zu unfruchtbar.

Erfurt, 26. Nov. Die hiesige Zeitung enthält, ohne alle weiteren Berichte über die jüngsten Ereignisse, folgende Bekanntmachungen: In Folge des soeben eingetretenen Belagerungszustandes der Stadt und Festung Erfurt, welcher nach den Vorfällen des heutigen Morgens von den obersten Militär- und Civil-Behörden zur Herstellung der Achtung vor dem Gesetze ausgesprochen werden mußte, verordne ich hiermit: 1) Alle Klubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen. 2) Alle Wirthshäuser sind um 4 Uhr Nachmittags zu schließen. 3) Das Zusammenstehen von mehr als 10 Personen bei Tage und Nacht darf nicht statt finden. 4) Alle Plakate und Zeitungen und andere Schriften dürfen nur mit Erlaubniß der hiesigen Polizei erscheinen. 5) Fremde, welche bewaffnet ankommen, werden von den Wachen abgewiesen. 6) Die Bürgerwehr ist nach der königlichen Bestimmung vom 11. v. M., vorbehaltlich ihrer Reorganisation, aufgelöst; während des Belagerungszustandes kann diese Reorganisation nicht erfolgen. 7) Während des Belagerungszustandes dürfen Civilpersonen nur dann Waffen tragen, wenn es ihnen von mir oder dem Polizeiamte ausdrücklich gestattet ist. Wer sich mit Waffen betreffen läßt, ohne solche Erlaubniß zu haben, wird sofort entwaffnet. 8) Die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen und werden bei Ausführung der von ihnen zu treffenden Maßregeln, in so fern sie den bestehenden Bestimmungen entsprechen, von mir auf das Kräftigste unterstützt werden. 9) Die Stadt Erfurt haftet für allen Schaden, welcher bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht an öffentlichem oder Privat-Eigenthum verübt wird. 10) Der Betrieb der bürgerlichen Geschäfte, der königlichen und Privatarbeiten, des Handels und der Gewerbe wird durch diese Erklärung des Belagerungszustandes nicht weiter beschränkt. Erfurt, 24. November 1848. gez. von Boß, General-Lieutenant und erster Kommandant.

München, 27. Nov. An alle äußeren Behörden ist vom jetzigen Staatsministee des Innern, v. Lerchenfeld, eine Darlegung seiner Grundsätze ergangen, von denen er in seinem schwierigen und umfassenden Wirkungskreise auszugehen beabsichtigt. Daß Aufrechthaltung und Befolgung der Verfassung, gewissenhafte Achtung und Wahrung aller verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger und pflichtgetreuer Vollzug der Gesetze die Grundlage seiner Handlungsweise bilden werden, bedürfte wohl keiner besondern Erwähnung. In dem constitutionellen Staat könne nur Verfassung und Gesetz maßgebend sein, und die Achtung vor diesem, welche von den Bürgern gefordert werde, müsse sich vorzugsweise in den Handlungen der Staatsgewalt aussprägen. In zweifelhaften Fällen wünsche er derjenigen Gesetzes- und Verordnungsauslegung den Vorzug zu geben, welche der freien Bewegung und Selbstständigkeit der einzelnen Staatsbürger sowohl, als der Körperschaften aller Art günstig ist. Gleiche Grundsätze würden ihm in allen Verwaltungshandlungen zur Richtschnur dienen. Sorgfältige Berücksichtigung und Schonung der Interessen der Staatsbürger, und Vermeidung aller Willkür müßten mit energischer Handhabung der Gesetze Hand in Hand gehen. Wenn jeder Schritt der Verwaltung Zeugniß gebe, daß die Verwaltungsbeamten offen und redlich innerhalb der Schranken der Gesetze sich bewegen, daß sie mit genauer Beobachtung ihrer Zuständigkeit wirksame Pflichterfüllung, unermüdliche Thätigkeit und wohlwollendes Benehmen gegen jedermann verbinden, so werde das Band des Vertrauens sich fest schlingen und das Wirken der Behörden hiezu eine kräftige Stütze finden. Hierauf geht er auf die Thätigkeit der Beamten selbst über, vindicirt denselben größere Selbstständigkeit und freieren Spielraum der Bewegung mit der entsprechenden Verantwortlichkeit, und schließt dann mit den Grundsätzen, die ihn bei der Anstellung leiten werden. Möchten diese Grundsätze unsere Beamten sich genau zur Richtschnur nehmen und alle ihre Handlungen darnach richten. Noch in keiner Zeit war deren strenge Beobachtung nothwendiger, als gerade jetzt; noch nie war die Sehnsucht nach tüchtig qualificirten Beamten, d. h. nach solchen, die neben einem reichen Fonds von Kenntnissen die nothwendige Energie in der Handhabung und Aufrechthaltung der Gesetze zeigen, größer als in unserer Zeit. Weil ich gerade von Qualification schreibe, kann ich Ihnen die freudige Mittheilung machen, daß Lerchenfeld, wie schon als Finanzminister, nun auch für die Behörden des innern Dienstes die Vorzeigung und Veröffentlichung der Qualificationslisten auf Verlangen der Betheiligten angeordnet hat. (A. Z.)

München, 28. Nov. Heute Nacht wurde der Drucker mehrerer Tagblätter, als des „Gradaus", „freies Wort" u. s. w., Buchdruckereibesitzer Oeschler, verhaftet und in den Neuthurm gebracht. Wie man vermuthet, ist der Grund dieser Verhaftung ein Artikel des erstgenannten Blattes. Der Redacteur desselben befindet sich zur Zeit noch auf freiem Fuße (N. K.)

† **Karlsruhe**, 30. Nov. Schon seit mehreren Wochen ist unsere Staatsregierung zur Ueberzeugung gelangt, daß die in Folge von Volkswünschen eingetretenen Abänderungen im Steuer-

Digitized by Google

wesen keineswegs geeignet sind, die bedeutend vermehrten Bedürfnisse zu decken; sie hat sich daher veranlaßt gesehen, der Budget-Kommission neue Vorschläge zu machen, welche eine reichhaltigere Einnahme sichern mögen. Hiernach soll die erst kürzlich beschlossene Kapitalsteuer und wechselnde Einkommensteuer für 1849 nicht erhoben werden, und die ausgesprochene Herabsetzung der Immobilienkaufaccise bis zum 1. Januar 1850 unterbleiben; dagegen sollen im Jahre 1849 noch folgende außerordentliche Steuern erhoben werden: 1) von allem klassensteuerpflichtigen Einkommen und ebenso von allen sonst steuerfreien Appanagen, Wittumen, Nadelgeldern ꝛc. bei einem Betrage bis zu 500 fl. ½ pCt., welches bei je 500, beziehungsweise 1000 fl. jedesmal um 1 pCt. und bei einem Betrage von 6000 fl. endlich bis zu 10 pCt. steigt. 2) Verdoppelung der Erbschafts- und Schenkungsaccise. 3) Der Rest des Bedarfs wird durch eine Vermögenssteuer aufgebracht, deren Betrag das Finanzgesetz zu bestimmen hat. — Unter den neuesten Arbeiten, mit denen sich das Ministerium des Innern und das Justizministerium beschäftigen, befindet sich eine einfachere Instruktion für das Gemeinderechnungswesen und die Reorganisation des Notariats. Bei beiden Gegenständen werden die in den Kammern ausgesprochenen Wünsche berücksichtigt und durch Berufung von Sachverständigen die praktische Seite gehörig gewürdigt. Dem gesammten Schulwesen stehen ebenfalls große zeitgemäße Veränderungen bevor. Auch das Kriegsministerium hat durch Vorlage eines neuen Konscriptionsgesetzes bewiesen, welchen hohen Werth es auf die Beschlüsse der Nationalversammlung legt, indem nur hierdurch es möglich wird, der Bundes-Anforderung schleunigst zu entsprechen und die Stärke des Contingents auf zwei vom Hundert der Bevölkerung zu stellen; zugleich wird darin der Grundsatz ausgesprochen, daß jeder Taugliche in den Militärdienst eintreten muß. Als Dienstzeit sollen 5 Jahre in der Linie und 3 Jahre in der Reserve gelten — eine Bestimmung, die wohl auf eine Opposition in den Kammern stoßen dürfte. — Man hatte allgemein erwartet, daß schon im Dezember die Assisensitzungen gegen die sog. Freischärler in Freiburg beginnen könnten; allein den neuesten Nachrichten zu Folge sind die Vorarbeiten des Gerichtshofes noch nicht weit genug gediehen und es können vor Januar die Verhandlungen nicht stattfinden. Von Struve vernimmt man, daß er aus mehrfachen Gründen die Kompetenz des Freiburger Hofgerichts bestreitet. — Heute begründete der Abgeordnete Mez in der 2. Kammer eine Motion über die Mittel zur Steuerung der zunehmenden Verarmung; seine Vorschläge sind gut gemeint, werden aber wohl bei der gänzlichen Begriffsverwirrung, welche noch zur Zeit herrscht, nicht sobald praktisch eingeführt werden können.

C **Mannheim**, 30. Nov. Wir hören von Constanz, daß dort der Versuch eines Putsches gemacht worden sei. Handwerksburschen aus der Schweiz wollten die Unruhe des Jahrmarktes benutzen; doch die Sache wurde unterdrückt. Die Würtemberger, welche mehrere Stunden Weges davon stationirt sind, wurden auf Wägen in aller Eile dahin transportirt. — Man sieht hier täglich Marschbefehlen zu Dislokationen entgegen. — Bis den 10. Dez. sollen Struve und Blind vor das Geschwornengericht in Freiburg gestellt werden. Es wird bei diesen nach dem Gesetzesentwurfe gehandhabt werden, da es erst bis März in's Leben treten soll.

± **Cassel**, 29. Nov. Auch hier ist vor einigen Tagen eine Trauerfeier zur Erinnerung an die der deutschen Einheit in Wien geschlagene Wunde begangen worden, woran sich vorzugsweise die republikanische Partei betheiligte. Weniger Theilnahme zeigte sich bei den Konstitutionellen, obgleich der Bürgervereein sich dafür ausgesprochen hatte; Viele hielt der Gedanke ab, es sei nicht angemessen, die Schmach, welche Deutschland durch die standrechtliche Behandlung seines Deputirten habe erdulden müssen, durch öffentliche Trauerzüge zu veranschaulichen und zu erhöhen. Freilich mag es auch nicht verkannt werden, daß der sittliche Ernst, die Macht der Begeisterung, der Patriotismus und die Einigkeit, wie bei den Einzelnen, so auch bei einer Nation, durch eine würdige Trauer gehoben und gefördert werden, und dies war wohl das Motiv aller derer, welche in Robert Blum nicht ihren politischen Parteiführer und Glaubensgenossen, sondern nur ein Mitglied der deutschen Nationalversammlung verloren haben. — Gestern hat sich der neue Landtag zum ersten Male versammelt, zum Zwecke der vorläufigen Prüfung der Legitimationen, wobei fast sämmtliche bis jetzt eingetroffene Abgeordnete für legitimirt erklärt wurden. Heute ist der Obergerichtsanwalt Schwarzenberg, einer gestern Abend in einer Privatzusammenkunft der Deputirten getroffenen Beredung gemäß, zum Präsidenten der Ständeversammlung, und zwar mit Stimmeneinhelligkeit, gewählt worden; derselbe war schon früher einmal Vorsitzender und bei vielen Landtagen Vicepräsident, was genügende Bürgschaft für seine Unparteilichkeit und Umsicht in der Geschäftsleitung gibt. Zum Vicepräsidenten ist Herr Rebelthau gewählt. Da die Präsidenten gegenwärtig nicht mehr der Bestätigung durch den Churfürsten unterliegen, so steht zu erwarten, daß die regelmäßigen Sitzungen schon in einigen Tagen eröffnet werden. — Für längere Zeit bleibt der gegenwärtige, noch auf Grund des alten Wahlgesetzes gewählte Landtag voraussichtlich nicht versammelt, vielmehr wird er nach Erledigung einiger dringenden Vorlagen, z. B. über die Stellung der Anwälte, das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ꝛc., alsbald das auf dem vorigen Landtage vorgelegte, aber nur mit einer Mehrheit von Dreivierteln der Stimmen angenommene Wahlgesetz in zweite Berathung nehmen und dann einer nach dem neuen Wahlgesetze zusammengesetzten Kammer Platz machen. Denn daß auch der jetzige Landtag wenigstens mit Dreiviertel-Majorität die Annahme des neuen Wahlgesetzes beschließen wird, darf wohl nicht bezweifelt werden, obgleich Elemente genug vorhanden sind, die einen harten Kampf erwarten lassen.

Oldenburg, 26. Nov. Gestern hielt der hiesige „deutsche Volksverein," der zur Unterstützung der Central-Gewalt vor einigen Monaten gegründet wurde, eine Sitzung, um über den Antrag einer Mißtrauens-Adresse an die Frankfurter Majorität bezüglich ihrer letzten, in der preußischen Angelegenheit gefaßten Beschlüsse zu berathen. Allerdings standen diese Beschlüsse und das ganze Verfahren des Parlaments und der Reichs-Gewalt in schneidendem Widerspruche zu denjenigen Ansichten und Gesinnungen, welche der oldenburgee „deutsche Volksverein" zugleich mit dem hier versammelten konstituirenden Landtage einstimmig in einer Adresse an die preußische National-Versammlung vor etwa 10 bis 12 Tagen erlassen hatte. Dennoch siegte die konservative Partei mit einer schwachen Mehrheit von etwa 20 Stimmen über diejenige Fraction des Vereins, welche das Aussprechen einer Mißbilligung, wenn nicht des Mißtrauens, gegen die Frankfurter Rechte für nothwendig hielt. Eben so wurde der Antrag auf Abberufung unserer drei zur Rechten des Frankfurter Parlaments gehörenden Deputirten, Rüdee, v. Buttel und Tappehorn, durch ihre Wähler mit gleicher Majorität verworfen. Dagegen zeigte sich die konservative Partei geneigt zu einer Mißtrauens-Adresse gegen das Reichs-Ministerium, weil dieses augenscheinlich ungünstig auf das Parlament und seine Haltung gegen Berlin einwirke; doch ließ die Gegenpartei einen solchen Antrag ihrerseits als ungehörig fallen.

(K. Z.)

Hamburg, 28. Nov. Der Senat hat eine neue Niederlage erlitten, seine Geldforderungen sind abgeschlagen worden. Weder die beabsichtigte Bürgermilitärsteuer, noch die Geldforderung für die Wasserkunst und die Gehaltszulage für den Quartiermeister des Bürgermilitärs sind bewilligt worden. Für die Wasserkunst hat die erbgesessene Bürgerschaft die Ernennung einer Kommission verlangt, welche der Senat auch bewilligt hat. Genehmigt ward dagegen die Prolongation der Accise, aber nur auf 1 Jahr, die Beschränkung des Zeitungsstempels auf die Hauptblätter der politischen Zeitungen, und somit sind nun die Beilagen und die unpolitischen Blätter vom Zeitungsstempel befreit. Angenommen ward ferner die Abänderung des Reglements des Bürgermilitärs, womit ein großer Vorschritt gemacht wird. Hamburg, welches die älteste Bürgerwehr in Deutschland hat, hätte längst in Reformen vorangehen sollen und sich nicht erst von andern fortschieben lassen müssen. So ist der gefürchtete Tag ruhig vorübergegangen. Heute sind eher Unruhen zu fürchten, da der IV. Wahlbezirk wählt, derjenige, welcher die rohesten Bewohner in sich zählt, es ist die Gegend des Hafens innerhalb der Stadt. Die Gänge und Höfe werden heute eine Menge Leute zur Wahlurne führen, die sich sonst nie um's öffentliche Leben kümmern.

Großbritannien.

London, 27. Nov. Die „Times" bringt einen Artikel über die jüngste Revolution in Rom, der mit einer wohl etwas zu hoch gegriffenen Anerkennung der Verdienste des Grafen Rossi zugleich einen gründlichen Haß gegen die italienischen Demokra-

Digitized by Google

ten und die Anhänger Mazzini's verbindet. Es heißt darin: das römische Volk, das so lange den härtesten Druck der Priesterherrschaft mit größter Geduld ertragen, und bis zum äußersten Grade digest gewesen, schwinge gegen den ersten wahrhaft konstitutionellen und für Aufklärung des Volkes bemühten Staatsmann Roms den Dolch, einzig darum, weil sein Streben dahin ging, die Ordnung wieder herzustellen und auf konstitutionellee Basis fester zu gründen. Die Times läßt dieser Ergießung eine biographische Notiz folgen, deren wesentlichste Daten folgende sind: Graf Rossi war zu Carrara im Jahe 1787 geboren, wurde im Jahre 1809 Advokat und Professor der Rechtswissenschaften an dee Universität Bologna, besorgte 1815 während der Besetzung der Legationen durch Murat die Geschäfte eines Civilkommissärs, und flüchtete sich, nach Murat's Fall nach Genf, wo ihm die Rechte eines Bürgers ertheilt wurden, um ihn gegen die Verfolgungen der österreichischen Regierung sicher zu stellen. Hier lehrte er 20 Jahre lang römisches Recht, als der hochgeehrte Amtsgenosse jener sechs Männer, welche vor noch nicht langee Zeit aus ihren Stellungen an derselben Universität durch die jetzige radikale Regierung jenes Freistaates entfernt wurden. In der Schweiz war Rossi dee Haupturheber des Planes für Reform der Bundesakte. Damals aber ging man auf diesen Plan nicht ein, und ermüdet durch die kleinlichen und schwer umzustimmenden Anschauungen der Schweizer Politiker, begab er sich, auf Guizot's Vorschlag, nach Paris. Von diesem Wendepunkte an ist seine politische Laufbahn allgemeiner bekannt. Der König der Franzosen, der ihm sein unbedingtes Vertrauen schenkte, ernannte ihn zu seinem Gesandten in Rom, in welchee Stellung er wesentlich zur Wahl Pius IX. mitwirkte. Wenn man bedenkt, daß sich die revolutionären Strömungen der jüngsten Zeit zum Theil auf diese Wahl zurückführen lassen, die namentlich ein harter Schlag für das Metternich'sche System in Italien war, so erscheint es allerdings als ein seltsames Fatum, daß dee Hauptbeförderer dieser Wahl fallen muß, damit über seine Leiche hinweg der Aufruhr bis zu den Gemächern des Papstes schreite, damit dieser, seines besten Freundes und Schutzes beraubt, verlassen und einsam einee undankbaren Menge preisgegeben sei, welche ihn noch vor kurzem wie einen Heiligen vergötterte.

Den Kenntnissen und geistigen Eigenschaften Rossi's zollt der Artikel der Times das wärmste Lob. Französisch gebildet, habe er in der Politik die englische Staatsform als Muster anerkannt, und mit diesen Vorzügen die seltensten Eigenschaften des italienischen Geistes verbunden. Weiterhin wird behauptet, daß in Mittelitalien, wo Mazzini sein Muster einer Republik aufzustellen gedenke, in den Legationen, in Rom selbst, in einigen Theilen Toscana's Leben und Eigenthum bereits völlig unsicher seien; der Zustand der Halbinsel nähere sich demjenigen, in welchem sie sich während der französischen Invasion im Jahre 1796 befand, als jede Straße von Banditen, jede Stadt von Meuchelmördern wimmelte. Diesem Zustand müsse ein Ende gemacht werden, die Herren Tocqueville und Ellis, welche ausersehen seien, Namens der französischen und englischen Regierung in Brüssel Verhandlungen zu pflegen, müßten ihre Aufmerksamkeit zuvörderst der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Italien zuwenden. Gegen den Schluß des Artikels heißt es: „Es wäre lächerlich, da von nationaler Unabhängigkeit und verfassungsmäßiger Regierung zu sprechen, wo nicht einmal die gewöhnlichsten polizeilichen Pflichten erfüllt werden, wo das Gesetz kein Ansehen und die Religion nur die Macht hat, von Verbrechen zu absolviren." Ein römischee Korrespondent dee „Daily News" will nicht recht daran glauben, daß dee am Grafen Rossi verübte Mord das verabredete Endergebniß einer politischen Verschwörung gewesen, und wärmt das von den römischen Zeitungsschreibern verbreitete Gerücht auf, Graf Rossi habe das Volk durch sein herausforderndes Benehmen gereizt, wogegen „Galignani's Messenger" bemerkt, daß dies von einem so vorsichtigen und klugen Manne wie Rossi schwer zu glauben sei. Allerdings findet es Daily News auffallend, daß Rossi's Mord an einer Stelle vollbracht wurde, welche keine hundert Schritte von der Curia des Pompejus entfernt sei, wo Julius Cäsar fiel. Auffallendee noch kann man es finden, daß selbst der Sohn des Gemordeten, der seinem Vater zu Hilfe eilte, in Gefahr kam, durch einen meuchelmörderischen Dolch zu fallen. Der Daily News zufolge war Derjenige, der den Stoß führte, ein junger Mann von der römischen Legion, die bei Vicenza stritt. Der „Examiner" stellt eine treffende Betrachtung darüber an, wie Pöbel und Aristokratie in Betreff der Barbarei und Brutalität einander nichts vorzuwerfen hätten. Habe soeben Windisch-Grätz einen Volksmann und Volksrepräsentanten, wie Robert Blum, füsiliren lassen — eine That, welche vom Examiner mit der Erschießung des Buchhändlers Palm durch Napoleon verglichen wird — so habe der Pöbel von Rom sich sofort an dee Aristokratie durch die Ermordung des Grafen Rossi gerächt, dessen Verlust freilich noch mehr zu beklagen sei, als derjenige Rob. Blum's, der mehr nur für seine Partei bedeutend gewesen. Fast jede Hauptstadt auf dem Kontinent sei nun mit Blut befleckt, und eine Kette bluträcherischer Thaten drohe sich durch das neunzehnte Jahrhundert hindurchzuziehen, was man im Interesse der Humanität und Civilisation tief beklagen müsse. Uebrigens fangen auch die freisinnigsten englischen Zeitungen, wie der Examiner und Spectator, an, stutzig zu werden, seitdem die Revolution auf dem Festlande einen so blutigen Charakter annimmt und selbst den Meuchelmord zu Hilfe ruft.

An der Börse hoben sich heute die Konsols bis auf 87½, zum Theil in Folge der für Cavaignac so überraschend günstigen Abstimmung in dee französischen Nat.-Versammlung. Dennoch hat die Schnelligkeit, womit die Staatspapiere während der letzten Tage in die Höhe gingen, etwas Ueberraschendes, wenn man die keineswegs gesicherte Lage in Preußen und Oesterreich und die Erschütterungen bedenkt, die eben erst in Rom stattfanden oder von dorther drohen. „Daily News" erklärt das Steigen der Staatspapiere daraus, daß in den letzten Wochen bedeutende Kapitalien, die man wohl auf eine halbe Million Pf. Sterling anschlagen könne, vom Kontinent nach England hinüber geworfen seien, um sie hier zu sichern und anzulegen. Ein großer Theil dieser Kapitalien soll, der Daily News zufolge, vom Könige von Preußen und der preußischen Königsfamilie in England untergebracht sein. Sollte man sich wirklich in Potsdam noch vor wenigen Tagen auf den äußersten Fall bereits gefaßt gemacht haben?

Die Kassationsgesuche Smith O'Briens und Genossen schweben noch immer; der Prozeß darüber ist nun auf den Termin Hilarius, welcher mit dem 11. Januar beginnt, vertagt worden. Sonst aus Irland die alten Klagen. Die Noth steigt, wie sie schon seit Jahren steigt; die Armensteuern müssen zum Theil durch militärische Exekution eingetrieben werden; Tausende suchen in der Auswanderung aus diesem unglücklichen Lande, auf welchem ein Fluch zu ruhen scheint, ihre einzige Rettung.

Italien.

Venedig. Die Venetianer haben am 19. einen neuen Ausfall gegen Mestre hin gemacht. Ueber den Ausgang desselben ist noch nichts Genaueres bekannt, doch scheint er für die Venetianer nicht glücklich abgelaufen zu sein. In Padua hörte man den Kanonendonner von 11 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Abends. Es sind von Padua 3 Kompagnieen mit Geschütz nach dem Kampfplatze abgegangen. (Basl. Z.)

* Der neue römische Minister Mamiani, welcher am 22. Nov. auf einem von Genua kommendern Schiffe Livorno berührte, erhielt auf demselben den Besuch des toskanischen Ministers Guerrazzi, welcher an demselben Morgen angekommen war. Die Unterredung dauerte sehr lang, und betraf, wie es heißt ein Bündniß, welches die beiden Regierungen zu schließen beabsichtigen. — Das neue römische Ministerium hat sein Programm bekannt gemacht, worin hauptsächlich die Unabhängigkeit Italiens, die Berufung einer konstituirenden Versammlung (für das Land) nach Rom, die Ausarbeitung einer Föderationakte nach den von den Kammern bereits ausgesprochenen Grundsätzen, welche die Anerkennung der Einzelstaaten und ihrer verschiedenen Regierungsformen nicht ausschlösse, hervorgehoben wird. Es sei die Zustimmung des Fürsten gegeben, daß die Entscheidung hierüber den deliberirenden Versammlungen jenes Gipfels (di quel Somo) zustände, die ganz Italien als diejenigen begrüße, welche seine Freiheit und Unabhängigkeit angebahnt hätten. Vollkommen werde das Werk werden, wenn Roms ewiger Ruhm und der verehrte Name des Hohepriesters sich darin vereinigten. Unterzeichnet sind: Muzzarelli als Präsident, dann Galletti, Sterbini und Lunali. Am 17. Morgens war in Rom ein neuer Aufstand, weil man Schweizer am Palaste des Papstes gesehen hatte. Diese wurden genöthigt sich zurückzuziehen und der Civica ihre Posten zu überlassen; die Speranza erzählt, als der Papst dem aufständischen Volke nicht gleich eine bestimmte Antwort gegeben habe, sei dee einstimmige Ruf erschollen; es lebe die Re-

Digitized by Google

publik und die provisorische Regierung! Auch die Soldaten hätten gerufen: auf der Stelle ein demokratisches Ministerium, oder die Republik! Das Volk und die Civica zählten etwa 10 Todte und 80 Verwundete, die Schweizer hätten bedeutende Verluste erlitten. Der Volksverein in Rom, zu dessen Häuptern Carlo Bonaparte gehört, hatte schon am Abend des 16. sich als den Mittelpunkt der Operationen erklärt, jedoch sein Bedauern ausgesprochen, daß Bürgerblut den Boden befleckt habe. Bei der Gefahr, in welcher sich das Vaterland befinde, habe er es auf sich genommen, vorläufig die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um das Leben, die Ehre und das Eigenthum der Römer zu schützen, und bis zur Bildung einer neuen Regierung die Ordnung zu wahren. Am Schlusse fordert der Verein alle guten Bürger auf, den Maßregeln zu gehorchen, welche derselbe als Repräsentant des wahren und unumschränkten Willens des Volkes vorschreiben werde. Am 17. lud derselbe, nachdem er sich in Permanenz erklärt hatte, alle guten Bürger ein, sich an ihn anzuschließen, da die Ruhe der Stadt leicht gestört werden könne (!). Daß sich Die Militärbehörden ihm unterworfen, sowie den weiteren Verfolg der Begebenheiten haben wir bereits berichtet. — Die „Alba" vom 21. erklärt das Gerücht, daß der Ministerpräsident und der Minister des öffentlichen Unterrichts in Toskana ihren Abschied genommen hätten, für grundlos. In Florenz hätten am 20. und 21. große Truppenbewegungen stattgefunden, aber nur wegen Garnisonswechsel.

Vom 20. meldet die „Alba" aus Rom, der Papst zeige sich sehr zufrieden (?) mit der Ruhe, deren die Stadt sich erfreue. Das Programm des neuen Ministeriums mißfalle aber Vielen und es sei eine zweite Revolution zu fürchten. In Pesaro, (einer ansehnlichen Stadt im Kirchenstaate, Delegation von Urbino) war am 19. Nov. ein hauptsächlich gegen die Polizei gerichteter Aufstand. Man nahm die Papiere gewaltsam weg, und machte auf dem Corso und anderen Plätzen „Feuerberge", daraus, welche die ganze Nacht anhielten. Das Nähere weiß man noch nicht.

Turin war bis zum 15. Nov. ruhig. In der Deputirtenkammer war ein Gesuch der Studenten an der dortigen Universität, welche die Rechte in Anspruch nehmen, die der ganzen Nation verliehen worden (es ist hauptsächlich von dem Associationsrechte die Rede), für dringlich erklärt und von der Opposition nachdrücklich unterstützt worden. Der Kanonikus Turcotti interpellirte den Minister des Innern, über die italienischen Verhältnisse. Der Redner will, daß der Krieg ohne Aufschub wieder anfange, und legt einen Gesetzesentwurf vor, der eine Art Kriegsplan gegen Oesterreich ist. Wenn die sardinische Armee jetzt über den Tessin gehe, so werde sie, meint er, Radetzky leicht besiegen; wo nicht, so könne, wenn der Marschall wegen Ungarns oder Wiens mit seinen Truppen abberufen werden sollte, leicht durch ihn selbst eine mailändische Republik gebildet werden, welche, da er Sorge tragen werde, sie so schwach als möglich zu machen, sich mit der Schweiz oder Ungarn verbinden, oder wohl gar den Schutz Frankreichs und (wir hätten vermuthet oder) des deutschen Parlaments anrufen würde. Der Minister des Innern begnügte sich mit der kurzen Antwort: einen Gesetzesvorschlag könne man nicht in Form einer Interpellation einbringen, und er beziehe sich auf die Verhandlungen, welche in den geheimen Sitzungen der Kammer statt gefunden hätten. Der Abgeordnete Casalleva nahm hierauf das Wort, und sagte: ich will nur eine Frage des Abgeordneten Turcotti beantworten, nämlich die: wohin führt uns das? Ich behaupte zur Republik, aber nicht zu der der Scipionen und der Themistokles, sondern zu der des Socialismus und Kommunismus. Wenn ich die Begebenheiten in Toskana, in Rom und in Frankreich (?) bedenke, so kann ich kein anderes Prognostikon stellen. Mellana protestirte gegen diese Worte, welche eine Beleidigung gegen Volk und Regierung befreundeter und zum Theil eng mit Sardinien verbundener Mächte enthielten. Casella antwortete, er habe nicht von den Regierungen gesprochen, wohl aber von den Begebenheiten, die sich überstürzen.

Schweiz.

Aarau, 23. Nov. Es heißt hier heute allgemein, seit gestern Nachmittag sei längs dem Rhein eine Totalsperre gegen die Schweiz eingetreten. Offizielle Berichte sollen noch keine eingetroffen sein. (Schweizerbote.)

— Der Erzähler von St. Gallen bringt hierüber aus Bern unterm 26, 6 Uhr Abends, folgendes: „Die deutschen Maßregeln werden bestehen: 1stes Stadium: Aufhebung schweizerischer Zollbegünstigung; 2tes: höchste Differenzialzölle für Schweizerwaaren, 3tes: Fruchtsperre."

Niederland.

* **Haag**, 22. Nov. Durch königl. Beschlüsse vom Gestrigen ist das zeitweilige Ministerium, nachdem es seiner letzten Aufgabe, nämlich geeignete Maßregeln zu Ersparnissen und zur Vereinfachung des Staatshaushalts vorzulegen, entsprochen hat, aufgelöst und ein definitives, meist jedoch aus den Mitgliedern des frühern bestehend, an seiner Stelle ernannt worden. Marineminister ist Viceadmiral Ryk, Justizminister Hr. Donker Curtius, Minister der auswärtigen Angelegenheiten Hr. Lightenoelt; Minister des Innern, Hr. Kempenaer; Kriegsminister, Generalmajor Boet, Finanzminister Hr. van Bosse, Minister des reformirten Kult, Hr. van Heemstre, Minister der Kolonien Hr. Baud (früher Kultur-Direktor im Niederl. Indien). Hr. Lightenvelt versieht vorläufig auch das Ministerium des katholischen Kultus. Baron Bentinck, interimistischer Minister des Auswärtigen, jetzt zum Staatsminister ernannt, wird wahrscheinlich auf seinen Gesandtschaftsposten nach Brüssel zurückkehren.

Ueber die ministerielle, sehr ausführliche Vorlage, betreffend die in dem Staatshaushalt einzuführenden Ersparnisse und Vereinfachungen, hat sich bereits in den Zeitungen eine lebhafte Erörterung entsponnen. Eine umfassende Broschürenlitteratur steht außerdem über diesen Gegenstand um so mehr zu erwarten, als hier der moderne Holländer ganz in seinem Element ist, als wirklich einem tiefgreifenden Bedürfnisse des Staats abgeholfen werden muß, und als König und Minister ausdrücklich gewünscht haben, das öffentliche Urtheil über die Vorschläge zu vernehmen. Der erste Eindruck der Vorlage scheint sich im Allgemeinen als günstig herauszustellen, jedenfalls muß man erkennen, daß sich der gute Wille der Regierung bekundet, die Staatsausgaben zu beschränken. Die Ersparnisse sollen in Summa sich mindestens bis auf 2 Millionen belaufen können und später noch weiter auszudehnen sein. Die Zahl der ministeriellen Departements soll nicht vermindert werden, selbst die beiden Kultminister bestehen bleiben, um den Minister des Innern nicht mit Geschäften zu überhäufen, und um das kirchliche Gefühl keines Holländers zu verletzen. Die Ausgaben für den Staatsrath im Betrage von 86,112 Fl. sollen um 38,762 Fl. herabgesetzt werden (Wegfall von 7 Mitgliedern zu 5000 Fl. Gehalt). Die Ersparnisse im Departement des Auswärtigen werden auf 51,200 Fl. veranschlagt (dem Gesandten für England sollen 4000, dem für Frankreich 10,000, für Oesterreich 7000, für Preußen 7000 Fl. abgezogen, der Gehalt des Gesandten zu Frankfurt um 2000 Fl. erhöht, die Geschäftsträgerstellen in Baiern, Würtemberg, Baden, die 17,000 Fl. kosteten, ganz eingezogen werden). Zur Vereinfachung der Justizverwaltung wird wesentlich die Abschaffung der elf Provinzialgerichtshöfe vorgeschlagen mit einer neuen Eintheilung der Gerichtsbezirke. Man hofft dadurch bloß an Gehalten 320,000 Fl., im Ganzen aber eine halbe Million Gulden jedenfalls zu ersparen. Indeß kann diese Umgestaltung nur der Ausfluß neuer Gesetze sein, die noch entworfen und berathen werden müssen. Im Departement des Innern wird eine Ersparniß von 237,917 Fl. in Aussicht gestellt; unter Andern sollen durch Aufhebung einer der Landesuniversitäten oder durch Vertheilung der Fakultäten unter dieselben 70,000 fl. jährlich gewonnen werden. Für die Finanzverwaltung wird vorerst eine Ersparniß von 120,000 fl. desiderirt. Die bedeutendsten Ersparnisse treffen natürlich das Kriegsdepartement, im Betrage von 1,269,000 fl. Beim Fußvolke unter Anderm sollen durch Einziehen verschiedener Kompagnien ꝛc. 400,000 fl., bei der Reiterei durch Aufhebung eines Regiments ꝛc. 220,000 fl., beim Geschützwesen 150,000 fl. erübrigt werden. Das sind die Hauptpunkte. Man sieht, der Plan besteht mehr in Einschränkung oder Aufhebung einzelner Ausgabeposten, als in Durchführung eines neuen Verwaltungssystems; das alte System soll bleiben, nur mit mehr Sparsamkeit gehandhabt werden. Die Wünsche derjenigen also, welche eine vollständige und gründliche Reorganisation des gesammten Staatshaushalt wollen, damit das Land mit der Zeit des immer ungewissen Zuschusses von 15 Millionen Gulden aus den ostindischen Geldmitteln entbehren könne, sind nicht in Erfüllung gegangen. Das regelmäßige Ausgabenbudget beträgt gegenwärtig 72 Millionen; davon verschlingt die Verzinsung der öffentlichen Schuld allein 35 Millionen, es bleiben also

Digitized by Google

Uebersicht.

Oesterreich und Preußen.
Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 2. Dez.) Wien (Die Beamten der ungar. Kanzlei. Windischgrätz und Jellacic abgereist. Deputation aus Siebenbürgen. Versammlung der Wähler nach Frankfurt. Börse.) Laibach (Adresse der Slowenen an den Kaiser.) Olmütz (Der Krieg gegen die Ungarn.) Prag (Unruhen in den deutschen Kreisen). Berlin (Spaltungen in der zurückgedrängten Mehrheit. Nothwendigkeit eines Ministerwechsels.)
Frankreich. Paris (Conferenzen in Brüssel)
Italien. (Gestörte Wahlen und Unruhen in Toskana. Die Deputirtenkammer und das neue Ministerium in Rom.) Sardinien (Aufstand in Turin.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 2. Dezember.)
Nachschrift

Oesterreich und Preußen.

* Vom Rhein, 30. Nov. Ist etwas an den Zeitungsgerüchten, die von ganz entgegengesetzter Seite her übereinstimmend zusammentreffen, daß der Reichsverweser abtreten, daß man die provisorische Centralgewalt der Krone Preußen anbieten wolle? Man sollte es glauben, aber man kann's nicht; man sollte es wünschen, aber man getraut es nicht; man sollte es betreiben, aber man würde es nicht wagen! Man sollte es glauben. Denn was sollte den alten Mann an der Spitze unserer Reichsgewalt, der ein langes Privatleben mit Ehren geführt, bewegen, zum Schlusse noch ein unmächtiges öffentliches Amt, ich will nicht sagen mit Unehren, aber ich muß doch sagen ohne Ehren, zu verwalten? Was ihn anfänglich bewogen haben mußte, der Gedanke, Oesterreich an die Spitze der deutschen Dinge zu stellen und das Band zwischen beiden fester und fester zu schlingen, dieser Gedanke muß nun längst von ihm aufgegeben worden sein. Oesterreichisches Regiment über Deutschland ist Gottlob unmöglich geworden. Das Band aber zwischen Deutschland und Oesterreich, wenn der Reichsverweser nur einen Gran guter deutscher Meinung in sich hat, muß er völlig aufgelöst wünschen; denn nur dann wird Oesterreich bewahrt werden, eine undankbare und haßbringende Stellung in Deutschland wie in Italien zu nehmen, und nur dann wird es in seinem Innern die Dinge sich selbst zu Danke schlichten und ordnen können. Hätte man doch in Frankfurt, statt sich über die Todtenfeier von Blum zu verunreinigen, den Anlaß seines Todes mit Einigkeit ergriffen, um die Scheidung von Oesterreich auszusprechen. Man spricht mit dieser Hinrichtung in Wien; in Frankfurt gehörte eine andere Antwort darauf, als ein machtloses Geheul und neue Commissarien, die nichts als Verhöhnungen nach Haus bringen werden, wie sie sich Jedermann denken kann. War die Hinrichtung Blum's kein absichtlich hingeworfener Handschuh, so war sie noch etwas viel Schlimmeres, das uns warnen muß vor Allem, was wir von dem staatenbündlichen Freund zu warten haben werden. Sie war ein Symptom jener alten und unsinnigen Politik, auf deren Ende man in Oesterreich noch lange warten darf. Man hat uns statt eines halbaerschollenen Namens, der das Schiboleth der Wühlerei geworden war, einen ganz frisch klingenden gegeben. Und es gehört meinem Gefühl nach ein wahrer Stumpfsinn dazu, das Alles so hinzunehmen, und die insolenten österreichischen Zeitungsartikel und Klubbeschlüsse dazu, und dennoch Oesterreich Staatenbund und Sitz im obersten Rath des Bundesstaates dazu anzubieten! Wäre die Blum'sche Geschichte noch ein vereinzeltes Symptom! Dann wohl könnte man darüber hinwegsehen, daß ein einzelner Rest des alten Systems sich noch einmal in die neue Zeit herüber verirren konnte. Aber leider stimmt Alles, was man sieht und hört, in einem Einklang zusammen, der der einkönigsten Metternich'schen Leitung Ehre machen würde. Die ganze maßlose Perfidie, mit der man gegen Ungarn handelte (ich bin kein Freund der ungarischen Sache!), das Spiel unter der Decke mit Rußland, das in Ihrem Blatte ganz nutzlos, ganz in den Wind, schon vor Monaten signalisirt wurde, und das jetzt in der ganzen glorioſen Herrlichkeit der Handbriefe und der Ordensverleihungen durchblickt und sich bereits an die Sonne wagt, das Auftreten in Italien mit Konfiskationen, die der angeblich schandbarste aller Politiker, vor dem sich Metternich gewiß die Hände in Unschuld waschen würde, die Machiavelli schon vor mehr als 300 Jahren als einen Schandfleck aller Regierungs- und Staatskünste brandmarkte, alles das stimmt so wohl zusammen, all das ist so ganz in dem alten Systeme, als ob Metternich von London aus die Zügel noch immer in den Händen hielte! Und was Wunder? Ist doch Radetzky immer Metternich's rechte Hand gewesen! ist doch ein Fragment von dem ironischen Briefwechsel bekannt geworden, der das herzliche Einvernehmen beider beurkundet! Wie wäre es sonst auch möglich, daß man, indem man Italien wiederbesetzte, das bereits verloren gegebene, durch Monate hindurch dem armen gequälten Volke nichts zu bieten hat, als Standrecht und Kontributionen, nicht Ein Wort der Aufrichtung, nicht Eine Thatsache, die wenigstens die Absicht ernstlich ankündigte, daß eine neue Zukunft für Oesterreich und seine Nebenlande bevorstehe! Ich sage das nicht aus Haß gegen Oesterreich, denn ich gönnte Oesterreich so gerne wie Einer seine italienischen Besitzungen. Aber ich frage mich, ob es größere Rohheit und Barbarei ist, so zu verfahren, wie dort verfahren wird, so zu verfahren nachdem man eine solche fühlbare Lektion empfangen, oder ob es größerer Unsinn und Unverstand ist, so zum zweitenmale den Streichen entgegen zu rennen, denen man eben kaum entlaufen war! Was es aber auch sei, Rohheit oder Unverstand; wir können in Deutschland dies Regiment nicht brauchen, und nicht das Oesterreich, das solch ein Regiment noch lange zu befahren hat; auch nicht im Staatenbunde; im Staatenbunde am allerwenigsten; denn nur wenn wir Oesterreich strengere Pflichten auflegen dürften, nur dann wäre eine Verbindung rathsam mit ihm. Nach allem diesem — möchte man nicht glauben, daß der Reichsverweser und in seinem Gefolge die österreichischen Abgeordneten austreten würden, um ihre Kräfte ganz diesem unglücklichen Lande zu widmen? und so viel Großmuth selbst zu üben, uns nicht mit in ihr Unheil verwickeln zu wollen, das durch Ausdehnung nur ärger werden kann? Müssen wir mit demselben Eifen getrennt werden, die wie Oesterreichs Wunden nicht tragen? Ja man möchte an solch einen Akt glauben — wenn man überhaupt gern an Großmuth glaubt. Aber da dies nun gerade nicht die gangbare Tugend der Menschen ist, so möchte man es wenigstens wünschen. Aber auch das wird man nur getrauen, wenn man gerne an der Menschen Einsicht glaubt. Und wer müßte da leider nicht bekennen, daß auch dieser Glaube auf schwachen Füßen ruht, wenn man sieht und hört, wie nun der Gedanke an den Staatenbund mit Oesterreich umgetragen wird wie ein Evangelium, an dem kein rechtgläubiger Mann der Rechten zweifelt, schon weil die Linke vielleicht dagegen eifern wird. Und wie sollte man gar dazu kommen, seine Thätigkeit daran setzen zu wollen, einen Schritt dieser Art zu betreiben? Da man dazu vollends an den Muth der Menschen glauben müßte! Darüber kein Wort! Denkt man sich vollends hinzu, daß der Schritt der Abdankung des Erzherzogs von dem zweiten begleitet werden sollte, der Krone Preußens einstweilen die provisorische Centralgewalt anzubieten! Wem fallten bei solch einem Gedanken nicht die Kniee zittern! es müßten denn die Herren v. Vincke und Radowitz sein, die freilich, wie die Sache liegt, diesen Schritt am wenigsten der Nation empfehlen würden. Und gleichwohl — was immer nach dem Maaß der Einsicht und des Muthes, die vorhanden sind, als das Mögliche betrachtet werden mag und muß — im Lichte einer Politik, die Dauer haben soll, ist nichts möglich als dieß. Ich fürchte nicht, daß die Reichsversammlung so weit gehen würde, Hansemann's Vorschlag einer Dreiheit mit Oesterreich einzugehen. Ohne Oesterreich sehe ich nicht, woher die Elemente einer Dreiheit kommen sollen. Eine Duarchie wäre das übelste von Allem. Bleibt nichts als Preußens Voesitz. Möge sich dagegen Bayern und Hannover erheben! Einmal muß, einmal muß die Frage unserer Verfassung auf's Spiel gesetzt werden, wie sehr sich Einsichtslosigkeit und Muthlosigkeit gegen diesen Satz auch sträuben möge. Sind wir unter einem eiteln Hin- und Herzerren unserer Verfassung der rothen Republik erst in die Hände gefallen, dann wird man zu spät die Wahrheit desselben einsehen. Kann die Reichsversammlung nicht verstehen, was sich in Italien auf's neue vorbereitet? was von da aus auf's neue nach Oesterreich und Frankreich überwirken kann? was, wenn wir schutzlos und unberathen stehen, auf uns mit furchtbaren Folgen auf's neue hereinbrechen muß? Isoliren wir uns, sobald als möglich, in ein gleichartiges Ganze! stellen wir eine Macht an die Spitze! und entschließen wir uns, von unserem Parlamente aus mit eiserner Hand Ordnung zu stiften und mit eiserner Hand die Freiheit zu erhalten!

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 2. December.

Tagesordnung der 127. öffentl. Sitzung.

1) Berathung über den vom Abgeordneten Francke, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Flußzölle betreffend.
2) Berathung über den Bericht des Abgeordneten Francke, die Beschwerde der Segelschiffer betreffend.
3) Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: der Reichstag.

Vicepräsident Riesser führt den Vorsitz. Unter den heutigen Anzeigen ist nur die Mittheilung Somarugo's hervorzuheben (im Namen des österreichischen Ausschusses), daß das Reichsministerium angegangen werde, hinsichtlich der von Zimmermann v. Spondow aufgezählten, in Wien angeblich verübten Greuel, vor allem eine genaue Erhebung des Thatbestandes durch die in Oesterreich anwesenden Reichskommissäre vornehmen zu lassen. Wiesner interpellirt das Reichsministerium wegen der ungarischen Verhältnisse, wegen der Reinigung der deutschen Reichsgrenzen von fremden Truppen und wegen der gegen Grätz ergriffenen soldatischen Gewaltmaßregeln. Eine leidenschaftliche Aufregung führet jedoch die folgende Interpellation v. Lassaulx herbei. Dieser fragt den Reichsminister der Justiz, ob er sich ein Herz fassen werde, um gegen den Verfasser des Schmähartikels der sogenannten Reichstagszeitung vom 24. Nov. d. J. über die Ermordung Robert Blum's gerichtlich vorzuschreiten. Dieser Aufsatz behaupte u. A. Blum sei gefallen als ein Opfer der Feigheit der Reichsversammlung, diese trage die moralische Verantwortlichkeit für die Hinrichtung und das vergossene Blut solle über sie kommen. Nur wenn der Reichsminister erkläre, daß der in jenem Artikel ebenfalls „knabenhaft" angegriffene Fürst Windisch-Grätz, und daß die Würde der Reichsversammlung zu hoch ständen, um den Verfasser des Aufsatzes anders als durch Verachtung zu strafen, werde er (Hr. v. Lassaulx) sich beruhigen. Lärmende Unterbrechungen von Seiten der Linken erfolgen. Vicepräsident Riesser ruft die Einredenden zur Ordnung mit der Bemerkung, er könne nicht glauben, daß jener „infame" Artikel als der Ausdruck einer Minorität dieses Hauses zu betrachten sei. Nachdem v. Lassaulx unter diesen Stürmen seine Interpellation zu Ende gebracht hat, erhebt Rösler von Oels Beschwerde gegen die Geschäftsführung des Präsidenten, welche Beschwerde auf den gewöhnlichen Ausschußweg verwiesen wird.

Wir geben hier sogleich die Erwiderung des Reichsministers der Justiz, Robert v. Mohl: Auf die Anfrage des Hrn. v. Lassaulx habe ich zu bemerken, daß das Justizministerium theils aus formellen, theils aus materiellen Gründen dieselbe nicht in der Weise beantworten kann, wie er es erwartet. Aber ich habe zu eröffnen, daß der in Frage stehende Artikel dem betreffenden Gerichte hier amtlich mitgetheilt wurde mit Hinweisung auf das Gesetz vom 10. Okt. Welchen Beschluß das Gericht hierauf gefaßt hat oder fassen wird, ist mir nicht bekannt. — Eine zweite Interpellation ist die frühere von Herrn Berger und bezieht sich auf ein Proklama des Generals Cordon in Wien, das, wie aus öffentlichen Blättern bekannt ist, aufreizende Reden in Kaffee's und andern öffentlichen Häusern mit Standrecht bedroht. Ich erlaube mir, Sie an das zu erinnern, was in einer der letzten Sitzungen Ihnen bekannt gemacht wurde: daß das Gesammtreichsministerium sich an das österreichische Gesammtministerium gewendet und von demselben die Aufhebung aller jener außerordentlichen Maßregeln in Wien verlangt hat. Dabei darf ich aber erwähnen, daß auch ich in meiner besonderen Stellung mich berufen gefunden habe, mich an den österr. Justizminister durch die beiden Reichskommissäre in Wien zu wenden und denselben auf das Proklama des Generals Cordon aufmerksam zu machen.

Die dritte Erwiderung des Hrn. v. Mohl betrifft eine Anfrage Hrn. Blumröder's. Das Reichsministerium habe statistische Uebersichten, zum Behufe der Gesetzgebung und Volkswirthschaft, von sämmtlichen deutschen Regierungen eingefordert. Darunter auch statistische Notizen über das Vereinswesen. Dem Verlangen sei bereitwillig entsprochen und ein interessantes Material zusammengebracht worden. Eben so wenig, als das Ministerium damit die Absicht verbunden habe, gegen Personen oder Vereine einzuschreiten und Untersuchungen zu verordnen, seien ihm bis jetzt Beschwerden gegen jene Aufnahmen vorgekommen, mit Ausnahme der des Hrn. Blumröder. Hätten sich einzelne Beamtete dabei Uebergriffe erlaubt, so habe man sich mit seiner Klage an die zuständigen Einzelregierungen zu wenden.

Unter den heute ertheilten Antworten des Reichsministers v. Schmerling wird eine in Vertretung des Kriegsministers von Peucker gegeben: auf die Interpellation Baur's von Sigmaringen. Die Truppen, die in Sigmaringen stehen, gehören zu dem dort. Truppenkorps an der Iller. Die Vertheilung ist dem Korpskommandanten überlassen und er hat den Auftrag darauf Bedacht zu nehmen, daß in Beziehung auf die Truppendislokation gehörig gewechselt und die ärmern Gemeinden möglichst verschont werden.

Die Eröffnungen des Reichsministers des Handels, Duckwitz, verschieben die Erledigung der Haarburger Beschwerden auf die in Kurzem zu erwartende allgemeine Regelung der Zollverhältnisse. Auch zeigt der Minister an, daß die Centralgewalt darüber in Kenntniß gesetzt worden ist, daß vom 1. Jan. 1849 an die Zollzuschläge Frankreichs aufhören.

Schon der Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über die Flußzölle, welcher hiernächst zur Verhandlung kommt, zeigt, daß eine bedeutende Meinungsverschiedenheit über den Gegenstand in der Mitte des Ausschusses selbst herrscht. Während nämlich die Mehrheit desselben einen Gesetzentwurf, die Aufhebung der Flußzölle betreffend, vorlegt, will ein erstes dazu gestelltes Minderheitsrachten den Rhein von der Anwendung des Gesetzes so lange ausgenommen sehen, bis die Centralgewalt mit den nichtdeutschen Uferstaaten über diese Aufhebung verhandelt hat. Ein zweites Minderheitsrachten (von Reden, Lette, Hollandt, Carl, Gevekoht, Dröge, Schirmeister, Veit) jedoch verlangt, daß das ganze vorgelegte Gesetz verworfen und daß die Centralgewalt mit der Vorlage eines Entwurfs über die Flußzölle noch Maßgabe der Bestimmungen der Reichsverfassung beauftragt werde. Von geringerer Erheblichkeit sind die übrigen Sonderheitsrachten, die nur auf Abänderungen einzelner Bestimmungen des Gesetzentwurfs hinauslaufen.

Die Berathung leitet der Berichterstatter des Ausschusses Hr. Francke ein, der auch noch einen Nachtrag zu der langen Liste von Petitionen in dieser Angelegenheit liefert, welche der Ausschußbericht bereits aufgezählt hat. Die Gründe welche das Minderheitsrachten dafür anführt, daß die Centralgewalt mit der Gesetzesvorlage über die Flußzölle beauftragt werde, sind in folgendem Satze enthalten. Es sei nämlich unzeitig, schon jetzt und bevor noch die desfallsige Bestimmung der Verfassung (durch die zweite Lesung) zum Beschluß erhoben ist, ein Gesetz auf gänzliche Befreiung der Flüsse zu erlassen, in welchem daneben auch der wichtige Punkt der Entschädigung unerledigt bleiben müsse. Moritz Mohl spricht sich jedoch mit aller Entschiedenheit gegen jede Verschiebung des Gesetzerlasses aus, indem er alle Diejenigen, welche den präjudiziellen Antrag stellen und unterstützen, des Partikularismus anklagt. Das partikulare Interesse Bremens z. B. befinde sich sehr wohl dabei, wenn der Rhein und die Elbe mit hohen Flußzöllen beschwert seien; ebenso gewännen die Eisenbahn-Aktionäre dadurch, und ähnliche Sonderkorporationen. Würden die deutschen Flüsse nicht jetzt und sofort für frei erklärt, so würden sie es, so wenig wie seit 800 Jahren, auch künftig nie. Vollends wenn sich später in dem Staatenhause die partikularen Interessen so vieler bei der Aufhebung der Flußzölle unmittelbar in ihren Finanzquellen beeinträchtigten Staaten zu Gericht darüber setzten.

Reichsminister Duckwitz bedauert, das Vertrauen des Hrn. Mohl so wenig zu besitzen, um von ihm des Partikularismus bezichtigt zu werden. Er kenne aber an dieser Stelle nur ein allgemeines, ein deutsches Interesse. Ad calendas graecas, wie Mohl fürchte, werde das Gesetz in seinem Ministerium nicht vertagt werden. Die einschlagenden Verhältnisse seien verwickelt auch nach dem Auslande hin, sie könnten nicht über das Knie gebrochen werden. Er verspreche jedoch, wenn der präjudizielle Antrag angenommen werde, jede Beschleunigung, welche mit der Sache irgend vereinbarlich sei. Beifall, und das Haus entscheidet sich für den Schluß der Debatte. Allein selbst die unmittelbar darauf erfolgende Abstimmung — so mangelhaft ist heute wieder die Geschäftsführung von Seite des Präsidiums, in welchem sich Hr. Riesser durch Hrn. v. Hermann vertreten läßt — führt kein Ende der Verhandlung herbei. Für den Antrag Fallati's, Koch's ꝛc.:

„Die hohe Reichsversammlung wolle beschließen, daß die Centralgewalt aufgefordert werde, die zu Aufhebung der Belastung der deutschen Flüsse, so wie zu Sicherung der Erhal

Digitized by Google

tung und Verbesserung der Wasserstraßen in Deutschland erforderlichen Gesetzesentwürfe in möglichst kurzer Zeit vorzulegen" —

erhebt sich nämlich die Mehrheit des Hauses. Moritz Mohl und Andere, von diesem Ergebnisse überrascht, suchen aber die Gültigkeit des Beschlusses anzugreifen, weil sie für mehrere und für zusammenhängende Fragen die namentliche Abstimmung verlangt haben. Die Versammlung beseitigt oder endlich diese Anfechtungen, so wie auch die Wiederaufnahme des Waitz'schen Zusatzes durch Drechsel: daß das Gesetz dermaßen beschleunigt werde, um am 1. März 1849 in Wirksamkeit treten zu können. Den Beschluß der heutigen Sitzung bildet die Berathung über die Beschwerden der Rheinschiffer und ein Bericht Dahlmann's für den Verf. Ausschuß. Wir theilen das Resultat in dem morgenden Blatte mit.

Wien, 26. Nov. Von den hier verhafteten Beamten des ungarischen Ministeriums des Aeußern sind einige bereits entlassen worden, die andern befinden sich noch in Haft und erwarten den Ausgang der Untersuchung. Fürst Paul Esterhazy, welcher Wien bereits vor einiger Zeit verlassen hatte, weilt ruhig auf seinem Schlosse in Eisenstadt. (Allg. Ztg.)

Wien, 27. Nov. Der Allg. Ztg. wird geschrieben: „Heute begab sich Fürst Windischgrätz nach Schloßhof, vier Stunden von Preßburg, woselbst er sein Hauptquartier aufzuschlagen und von wo aus er die Operationen gegen Ungarn zu leiten gedenkt. Jellacic hat heute Wien ebenfalls verlassen, gestern Abend gab er noch ein glänzendes Gastmahl zum Abschiedsfeste." —

□ **Wien**, 27. Nov. Eine Deputation aus Siebenbürgen hatte in Kremsier beim Grafen Stadion Audienz. Sie verlangten Beruhigung über die ihr Land bedrohende Gefahr für den Fall, daß eine Pacificirung Ungarns ohne ihr Einvernehmen stattfinden sollte, auch wollten sie an der Repräsentation am allgemeinen Reichstag theilnehmen. Den ersten Theil des Begehrens versprach der Minister in Erwägung zu ziehen; über den zweiten äußerte er sich in einer Weise, die eine demnächste Umgestaltung der Reichsversammlung in Aussicht stellt. — Versammlungen werden nach und nach wieder zugelassen. Sogar eine politische Zusammentretung ist für heute Abend berufen, nämlich der hiesigen Wähler nach Frankfurt, um sich gegen den hier anwesenden Wiener Deputirten (Mühlfeld) über die deutsche Anschlußfrage in Betreff der §§. 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung zu erklären. — Die Börse sieht einer sieghaften Wendung der Dinge in Ungorn entgegen — und es hat sich heute sehr auffallender Weise der starke Begehr nach fremden Wechseln und Gold in jenen nach öffentlichen Fonds umgewandelt. — Bei der Kommission für Zuweisung öffentlicher Arbeiten haben sich 24,000 Erwerbslose gemeldet — eine für die Bevölkerung Wien's ungeheure Zahl. — Der Bürgerstand will eine Adresse an den Kaiser vorbereiten, in welcher um die Rückkehr desselben nach Wien gebeten wird. Die Adresse soll, mit wenigstens 60,000 Unterschriften versehen, durch eine Deputation in Ollmütz überreicht werden.

Ollmütz, 25. Nov. Der „Oesterr. Coor.", bekanntlich ein halboffizielles Blatt, sagt: „Uebermorgen sollen die Operationen unserer Heere gegen Ungarn beginnen. Was das milde vermittelnde Zögern des Monarchen, was die Unterhandlungen der bevollmächtigten Minister nicht zu schlichten vermochten, wird nun das Schwert entscheiden, eine traurige Alternative bei verbrüderten Nationen, der jetzt in Ungarn terrorisirenden Partei gegenüber aber nur der einzige Weg. Es ist traurig, daß es so kommen mußte, gut aber, daß es so kam. In dem Momente, wo Oesterreich als neues Oesterreich erstehen soll, ist das alte Ungarn eine Unmöglichkeit. Wir weisen mit Recht die Bestimmungen der §§. 2, 3 des deutschen Reichsgesetzes von uns, weil wir ein einiges Oesterreich sein wollen, und können also die Hälfte der Monarchie nicht durch die bloße Personal-Union an uns geknüpft sein lassen. Es kann die Gleichberechtigung der Nationalitäten nicht eine Wahrheit werden, so lange alte Beschlüsse des ungarischen Landtags, Beschlüsse, die einer unabhängigen Zukunft vorarbeiteten, in Kraft, in Wirksamkeit bleiben."

Prag, 26. Nov. In Folge der neuen Rekrutenaushebung sind in den deutschen Kreisen bedeutende Unruhen ausgebrochen, zu deren Dämpfung starke Militärmassen dorthin abgeschickt worden sind, doch verweigern die Bauern daselbst noch immer die Stellung der Rekruten.

Laibach, 24. Nov. Der slowenische Verein hat an den Kaiser eine Adresse gerichtet, worin auf die unter allen Verhältnissen bewährte Anhänglichkeit der Slowenen an das Haus Habsburg-Lothringen hingewiesen wird, wofür sie den Lohn erblicken in dem kaiserlichen Wort, das ihnen Freiheit und nationale Gleichberechtigung verheißen habe. Das Volk der Slowenen erkenne in der Untheilbarkeit der österreichischen Monarchie die erste und unantastbare Bedingung ihres auf der Grundlage der sanctionirten Gleichberechtigung der Nationen basirten Bestandes, und darum habe es ungern gegen seine Ueberzeugung und nur aus Achtung gegen das kaiserliche Gebot Abgeordnete für Frankfurt gewählt. Da nun, so sagt die Adresse, die Frankfurter Nationalversammlung es gewagt, durch ihre bekannten Beschlüsse den Verband des österreichischen Kaiserstaates lösen zu wollen, so bittet der slowenische Verein, der Kaiser möge die Abberufung der südslowischen Abgeordneten aus der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. veranlassen. (Fr. J.)

* Die Berliner Post vom 30. Nov. ist heute bereits Vormittags eingetroffen. In Brandenburg hatten sich schon 182 Mitglieder eingefunden. Die Versammlung hat sich nur bis auf den folgenden Tag vertagt, da sie beschlußfähig zu werden hofft. Ueber den Zustand der in Berlin zurückgebliebenen Mehrheit berichtet untenstehender Brief:

= **Berlin**, 30. Nov. Gestern erstotteten hier Rodbertus und Schulze ihrer Fraktion Bericht über den Erfolg der Frankfurter Sendung. Er stimmte im Wesentlichen mit den Nachrichten des Frankfurter Journals überein, doch lassen uns andere Blätter, namentlich die Oberpostamts-Zeitung befürchten, daß unsere Deputirten sich über das Resultat ihrer Wirksamkeit täuschen. Sie sind der Ansicht, wenigstens den Eindruck von Bassermann's Bericht bedeutend geschwächt und die Frankfurter auf die ihnen selbst drohenden Gefahren hingewiesen zu haben, falls es dem Gouvernement gelingt, auch die Berliner Kammer in dieselbe Lage zu versetzen, in der sich die Wiener bereits befindet. Das Ende unserer Konstituante läßt sich übrigens jetzt bereits mit völliger Bestimmtheit voraussehen. Unter den 250 Deputirten, die sich jetzt noch etwa in Berlin befinden, ist an eine Einheit nicht mehr zu denken, das Centrum (Hotel de Russie), ist nur mit großer Mühe und nach langen heftigen Debatten davon abgehalten, sich bereits zur heutigen Sitzung nach Brandenburg zu begeben — ein großer Theil der Mielenz'schen Partei, selbst Phillips, ist ebenfalls schwankend und wird in kurzem seinen Kollegen nachfolgen. Die äußerste Linke dagegen erklärt, Niemand, der Hosen trage — so ist der technische Ausdruck dieser Herren — könne jetzt an Nachgiebigkeit denken; die Mitglieder haben sich auf ihr Ehrenwort verpflichtet, dem Rufe der Regierung nicht zu folgen. So kann von Discussion nicht mehr die Rede sein, noch von Unterwerfung unter die Majorität, während es doch im eigenen Interesse der Zurückgebliebenen läge, sämmtlich entweder nach Brandenburg zu gehen oder durch Niederlegung des Mandates die Einberufung der Stellvertreter unmöglich zu machen und so die Auflösung der Versammlung herbeizuführen. Ein großer Theil der Radikalen und das linke Centrum will merkwürdiger Weise weder das Eine noch das Andere thun. Zu allen diesen Gründen kommt noch ein anderer, der diese historisch denkwürdigen Tage einigermaßen in's Lächerliche zieht: Mangel an Geld. Die schlesischen Bauern und mancher andere werden aus dem letzteren Motive in kurzer Zeit nach Brandenburg oder auch noch Hause gehen, und so läßt sich voraussehen, daß wir an jenem Orte in wenigen Tagen eine beschlußfähige Anzahl von Deputirten haben werden, während das hiesige Rumpfparlament auseinanderfällt, indem Jeder für seinen Kopf thut, was ihm am Besten däucht. Wir bedauern aufrichtig, daß die Kammer auf diese Weise manch ein tüchtiges Talent aus mißverstandenem Ehrgefühl verlieren wird. Unsere Ultras laufen derweilen hier herum, wie brüllende Löwen, schimpfen auf den passiven Widerstand, beklagen in empörenden Phrasen, daß kein Blut geflossen, und eifern gegen die Nützlichkeitsgründe, die einen Theil ihrer Kollegen nach Brandenburg führen. Jung in seiner gewählten Dandysprache, hat das in die Redensart gebracht: „Ein Quentchen Recht ist mir lieber als ein Centner von Nützlichkeiten." In den nächsten Tagen wird noch eine Proklamation an das Volk erscheinen, die bis jetzt aber erst 180 Unterschriften zählt, und die Wirksamkeit der Kammer zu rechtfertigen sucht, indem sie eine Konstitution für „ein

Digitized by Google

bloßes Schema, ein Stück Papier" erklärt, bevor nicht mit der ganzen Büreaukratie und Militärherrschaft ein Ende gemacht sei. Wie die Parteien wechseln! Die Radikalen nehmen ihre Gründe aus der Rede des Königs an den vereinigten Landtag. — Wenn aber auf diese Weise dem einen Theile der Frankfurter Beschlüsse genügt ist, werden die Herren in der Paulskirche, wird der König genug Energie besitzen, auch die übrigen zu erfüllen? Und kommt ein volksthümliches Kabinet nicht schnell, so kann die Kammer leicht trotz aller Eliminationen, einem Brandenburg und Manteuffel gegenüber, eben so radikal sein, wie frühee: Und daß in diesem Augenblicke auch die wirklichen Rechte der Nation in Gefahr stehen, gewaltig geschmälert zu werden, wird kein Ehrenmann leugnen. Wir trauen dem Könige, aber nicht seinen Rathgebern — überdies l'appetit vient en mangennt und ohne energisches Verfahren der Centrolgewalt mag die Revolution v. 19. Nov. leicht an einem ganz anderen Ziele anlangen, als sie ursprünglich eestrebte. Mit welcher höhnenden Verachtung speicht die Neue Preußische bereits vom Reichsveeweser und seiner Proklamation on das preußische Volk! Auch ist mit der Kabinetsänderung nicht zu zögern: soll die Kammer das Ministerium erst stüezen, so haben wir wieder das olte widerwärtige Schauspiel, die Mitgliedee einee Konstituonte nach den Porteseuilles haschen zu sehen, stott an der Verfassung zu arbeiten. Kommt man den Dekreten der Frankfurter jetzt nbee auch von oben her noch, so wird der Reinigungsprozeß, den wir bestanden, eben so heilsam sein für die Freiheit unseres engeren, als für die Einheit unseres weiteren Vaterlandes. Energie aber thut nach allen Seiten dringend Noth: täglich, stündlich kommen hier Verletzungen der Hobeaskorpusokte vor. So wurden heute Morgen von zwei Bataillonen, die völlig schußfertig waeen, die Schriftstücke der Veesammlung aus der Privatwohnung eines Deputirten geholt. Fragt mon in solchem Falle nach dem richterlichen Befehle, so erhält man militärisches Hohngelächter, auch wohl Kolbenstöße, (?) zur Antwort. Sie sehen daraus, wie ernst der Ministerialbefehl on Wrangel gemeint ist, unter keinen Umständen wider die §§. 1 u. 6 der Akte zu verstoßen, oder wie sehr der General geneigt ist, ihm mißliebige Dekrete seiner Voegesetzten zu befolgen.

Frankreich.

* **Paris**, 29. Nov. Es bestätigt sich, daß die Konferenzen wegen der itolienischen Angelegenheiten demnächst in Beüssel eröffnet werden, und daß Oestteereich sowohl als Sardinien eingewilligt haben, den Stond der Dinge noch den Bestimmungen des Waffenstillstonds so lange fortbestehen zu lossen, bis duech diese Konferenzen eine definitive Lösung hervoegebracht oder entschieden nichts zu Stande gekommen ist. Auf Frankreichs Verlangen weeden dieselben erst nach der bevoestehenden Präsidentenwahl ihren Ansang nehmen. Nachrichten aus Rom zufolge wird die dortige Deputirtenkammee, aller Wahrscheinlichkeit nach, bald aufgelöst werden. Mindestens ist dies in dem, jetzt den Ton ongebenden Volksverein (Circolo populare) von dem Präsidenten, Vieepräsidenten und ondern einflußreichen Mitgliedern dringend verlangt worden.

Paris, 29. Nov. 5pCt. 65. 40; 3pCt. 42. 90; Neue —. —; Neapol. 78. —; Bonkaktien 1347. 50; 5pCt. Span. (Aed.) — —; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. — —; St. Germain Eisenbahnaktien 300. —; Versailles, rechtes Ufer 102. 50; linkes Ufer 97. 50; Paris-Orleans 592. 50; Paris-Rouen 350. Orleans-Bordeaux 363. 75; Orleans-Vierzon 216. 25; Rouen-Havee —. —; Morseille-Avignon 151. 25; Straßbueg-Basel 76. 25; Nordbahn 342. 50; Paris-Lyon (Certifitate) 65¼; Paris-Straßburg 326. 25; Röm. Anl. 60½.

Die großen Ersparnisse auf das Militärbudget, welche der Kriegsminister für die Folge in Aussicht stellte, so wie das Verfahren der Regierung in der römischen Angelegenheit, hatten am Anfang der Börse große Konflust hervorgebracht, ober Gewinnstrealisationen vermittelst Peämienkündigungen drückten die Courfe wieder etwas, doch schloßen sie ¼pCt. höher als gesteen auf die 5 und 3pCt. Rente. Belgische 5pCt. Obligationen von 1840 stiegen um ½ und von 1842 um ⅛pCt. (78½ und ⅜). Römische ½pCt. besser als gestern.

Spanien.

Madrid, 23. Nov. 3pCt. Rente 19½ à 1/10 P. (Nach der Börse 19⅜ à ½ Geld); 5pCt. 9½ P. (N. d. B. 9¼ G.); Possioe Staatsschuld 3⅝ P. (N. d. B. 3½ G.)

Der ministerielle „Heroldo" gibt zu, daß in Catolonien eine kleine Colonne unter dem Kommando des Brigadiers Manzano ein kleines Unglück gehabt habe. Nachdem ihr heldenmüthiger Führer von einem viersach überlegenen Feinde gefongen worden, habe sie sich nämlich zerstreut. Was habe es denn zu bedeuten, wenn in einer Armee von 36,000 Mann, eine unbedeutende Colonne zerstreut werde? Etwas muß es aber doch wohl zu bedeuten haben, denn der Heroldo zeigt zugleich an: Cordova habe, aus übermäßigem Zartgefühl, seine Demission gegeben und werde hier in Madrid seinen alten Posten wieder einnehmen. Er werde, als Generalkapitän von Catalonien, von Don Manuel de la Concha ersetzt.

Italien.

In Livorno ist Guerazzi mit 167, und in Rosignano mit 102 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden. Aus Florenz vom 25. meldet man, daß die Wahluene, als man gerade zur Abstimmung schreiten wollte, von geringen (?) Leuten, die gewaltsam hinzudrangen, umgeworfen und die Wähler verjogt worden.

Rom. Am 21. Nov. war die Deputirtenkammer endlich in beschlußfähiger Zahl versammelt. Der Abgeordnete Potenziani schlug vor, eine Adresse an den Papst zu richten, um ihm die Gefühle ihrer Ergebenheit auszudrücken. Die Mehrzahl der Kammer verwarf diesen Vorschlag, als des siegreichen Volkes unwürdig.

Sardinien. Die Berner-Ztg. meldet aus Turin 22. Nov. von einem Aufstonde gegen das Ministerium; Bürgerwehr, Linientruppen und besondees die Kavallerie stünden unter den Waffen. Das Volk rufe vor dem Schloßplotze: Nieder mit den Ministern, diese weigern sich ihre Demission zu geben und seien zum Widerstand entschlossen. Einige Opfer seien bereits unter den Bajonetten gefollen, ein allgemeiner Kampf stehe zu befürchten.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 2. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeuten Papier, alles uebrige Geld.

5pCt. Metall. 68⅛; 2½pCt. ditto 36⅜; Bankaktien fl. 1160; fl. 500. Loose 117⅓; fl. 250. Loose 78¾; Badische fl. 35. Loose 25⅜; Hessische Rthlr. 40 Loose — ; Polnische fl. 500 Loose 69¼; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40⅛; Berbach 61⅛; Köln-Minden 77; 3pCt. inländ. Span. 18½; 4½pCt. Würt. 92¾; 4½pCt. Belg. 72¾; Holl. 2½pCt. Integrole 47.

In österr. Fonds fand fast kein Umsatz statt. Da die Berliner Post heute zum erstenmale am Morgen eintraf und höhere Kurse beachte, so waren Nordbahn und nomentlich Poln. fl. 500 Loose zu bessern Preisen anzubringen.

Nachschrift.

Der „Pr. Staatsanz." theilt das auf außerordentlichem Wege erhaltene Programm des österreich. Ministeriums mit. Wir entnehmen demselben vorläufig die folgende, auf das Verhältniß zu Deutschland bezügliche Stelle: „Meine Herren! Das große Werk, welches uns im Einveeständniß mit den Völkern obliegt, ist die Begründung emes neuen Bandes, das alle Lande und Stämme der Morarchie zu Einem geoßen Staatskörpee vereinigen soll. Dieser Standpunkt zeige zugleich ten Weg, welchen das Ministeeium in der deutschen Frage verfolgen wird. Nicht in dem Zerreißen der Monorchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesteeeelchs Fortbestand in stoatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung duechdrungen, sehen wir der natürlichen Entwickelung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen."

Für die Redaction verantwoetlich: H. Krnse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ruer & Co. 71 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Hingenbre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouveau Boulevard.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 320. **Frankfurt a. M., Montag 4. Dezember.** **1848.**

Uebersicht.

Das künftige Oberhaupt Deutschlands I.

Deutschland. Frankfurt (Marine.) Wien (Programm des Ministeriums. Votum Radetzky's über die Verhältnisse Oestereichs zu Deutschland. Das Programm der Linken.) Koemsier (Hochachtung für die Presse. Die Stadt.) Prag (Die czechischen Adgeordneten.) Berlin (Die decorirenden Maßregeln der Regierung. Leihamt. Feier in Potsdam. Die Buchhändler. Die Landtagsversammlung und das Ministerium.) Brandenburg (Die Stadt. Charakteristik der Sitzung. Gagern.) Posen (Wirksamkeit des Centralkomitée.) Elberfeld (Das Wupperthal.) Vom Niederrhein (von Gottes Gnaden.) Stuttgart (David Strauß und seine Wähler.) Dresden (Grundlose Gerüchte über Ministerialveränderung.) Freiburg (Die Untersuchung gegen die Fleischhäcker und die Ammestie.) Mainz (Der Bezirksrath.) Aus dem Herzogthum Limburg (Die Wahlen zu den Generalstaaten.) Altenburg (Die republikanische Partei im Landtag.) Schleswig (Erklärung Bonin's.)

Großbritannien. London (Der Sturm auf dem Kontinent und die Windstille in England. Neuer Gouverneur auf britisch Guyana. Die Lage der Kolonien in Amerika. Gh. Buller.†)

Oesterreich. Monarchie. Aus Siebenbürgen. (Der Kampf der Nationalitäten.)

Belgien. (Centralisations-Bestrebungen des zeitigen Ministeriums.)

Donaufürstenthümer. Bukarest (Russische Note. Verhaftungen.)

Neuestes.

Börsenbericht von Paris (Vom 30. November.)

4. Dezember.

Die Zeit rückt heran, wo die verfassunggebende Reichsversammlung die inhaltschwere Entscheidung über das künftige definitive Oberhaupt Deutschlands fassen soll. Wenn sie in dem raschen Gange, den sie bei der Berathung des Abschnitts über die Reichsgewalt eingeschlagen hat, beharrt, so dürfte vielleicht noch vor Ablauf dieses Jahres jener entscheidende Moment gekommen sein, wo die politischen Baumeister des deutschen Einheitsdomes die schließende Kuppel auf ihr Gebäude zu setzen haben werden. Es ist erklärlich, daß man diesem Momente ebensosehr von außerhalb der Versammlung mit Spannung und erwartungsvoller Ungeduld, als im Schooße derselben mit einer gewissen Aengstlichkeit entgegensieht. Welchen Vorschlag wird der Verfassungsausschuß bringen? so fragt man sich neugierig und besorgt und der Verfassungsausschuß selbst scheint mit der gleichen Spannung auf die Vorlagen der Subkommission zu harren, welcher er die erste Grundlegung zu diesem Theile der Verfassung übertragen hat. Aus den Händen von drei Männern also erwartet Deutschland sein künftiges Oberhaupt, den Angelpunkt seiner Geschicke als Bundesstaat und Großmacht!

Es ist vorgeschlagen worden, und dieser Vorschlag hat sicherlich viel Praktisches, die Spitze der Verfassung zum Gegenstande vorläufiger Besprechungen, sei es in den Abtheilungen, sei es in den Klubs der Nationalversammlung zu machen, damit hier die Mannigfaltigkeit der Ansichten und Wünsche, welche über diesen Punkt ohne Zweifel in der Versammlung herrscht, schon einigermaßen sich abklärе und zu einzelnen Hauptgruppen verdichte, damit der unendliche Kreis denkbarer Kombinationen auf das engere Maß des praktisch Möglichen zurückgeführt und so das Geschäft der Kommission, welches auch dann noch ein äußerst schwieriges bleiben wird, wenigstens nach Kräften erleichtert und vereinfacht werde.

Gleichermaßen halten wir es für wünschenswerth, daß die Presse in den verschiedenen Theilen Deutschlands und von den verschiedenen politischen Standpunkten aus sich nunmehr ernstlich mit der Durchsprechung aller Eventualitäten in Bezug auf die Zuspitzung der deutschen Bundesverfassung beschäftige, und zwar weniger theoretisch, wie vordem, als vielmehr praktisch, nach Maßgabe der Verhältnisse Deutschlands, wie sie in der jüngsten Zeit sich thatsächlich gestellt haben, desgleichen der Wünsche, Erwartungen und Stimmungen, welche hierüber in dem einen oder andern Theile des deutschen Volkes neuerlich als die herrschenden sich herausstellen.

Niemand wird sich verhehlen, daß seit jenen früheren theoretischen Versuchen zur Lösung dieser großen Aufgabe, seit dem Erscheinen des Entwurfs der 17 Vertrauensmänner und der vielen andern, durch ihn hauptsächlich veranlaßten Verfassungsprojekte, wichtige Ereignisse eingetreten, lehrreiche Erfahrungen gemacht worden sind, welchen bei der bevorstehenden praktischen Ausführung der Sache vollständig Rechnung zu tragen sein wird. Als das wichtigste unter jenen Ereignissen betrachten wir die entschiedenere Stellung, welche Oesterreich je mehr und mehr, namentlich bei und nach den Wiener Vorgängen, gegenüber Deutschland eingenommen hat. Was beim Zusammentritt des Parlaments in Frankfurt selbst die kälteren Politiker nur zu denken, nicht offen auszusprechen wagten, weil es damals als Verrath an der deutschen Sache gegolten hätte — daß für Oesterreich keine Stelle sei im wahrhaft geeinten deutschen Bundesstaate — das müssen jetzt selbst die wärmsten Freunde Oesterreichs in Deutschland und die wärmsten Freunde Deutschlands in Oesterreich als eine traurige Wahrheit anerkennen, und nur schwärmerische Gefühlspolitiker, die Alles glauben, was sie wünschen, vermögen noch vor dieser Thatsache die Augen zu verschließen.

Eine andere nicht minder wichtige Erfahrung, welche das provisorische Reichsregiment uns eingebracht hat, ist die der immer stärker wieder hervortretenden Eifersucht der Einzelstaaten auf ihre Selbstständigkeit und der ewig wachen Furcht vor einer Unterordnung des einen unter den andern. Am Stärksten, wie natürlich, und am Bedenklichsten ist diese eifersüchtige Zurückhaltung hervorgetreten bei den größeren Staaten, namentlich Preußen und Baiern. Keinem aufmerksamen Beobachter unserer Zustände wird es entgangen sein, wie die Regierungen dieser beiden Staaten abwechselnd bald in Opposition, bald in ein Verhältniß scheinbar inniger Hingebung zu der Centralgewalt traten, je nachdem die Hoffnung selbst an die Spitze des definitiv konstituirten Deutschlands gestellt zu werden, der einen und der andern näher oder ferner zu rücken schien. So Baiern bei dem drohenden Zerwürfniß Preußens mit der Centralgewalt nach dem Malmöer Waffenstillstand, so Preußen neuerlich bei dem immer sichtlicheren Zurücktreten Oesterreichs. Die mittleren Staaten, welche so kühne Hoffnungen nicht hegen können, sehen um so besorgter der drohenden Hegemonie einer jener größeren Mächte entgegen, nur die kleinsten erkennen theilweise die Unmöglichkeit eines isolirten Fortbestehens ihrer Duodezexistenzen an und werfen sich auf Gnade und Ungnade der Allgemeinheit in die Arme.

Auch in den Bevölkerungen scheint das Einheitsstreben zum Theil erkaltet zu sein. Nachdem der erste Schwung und Rausch der Märzerhebung vorübergegangen ist die Macht der Trägheit und des Festhängens an dem Nächsten und Langgewöhnten wieder in ihr Recht eingetreten. Die sich überstürzende Ungeduld, die in wenig Wochen ein fertiges Staatsgebäude vor sich sehen wollte, — ein untrüglicher Beweis unserer politischen Unerfahrenheit und Jugend! — schmollt und grollt über die Nichtbefriedigung ihrer allzu sanguinischen Hoffnungen, wendet sich verdrossen von dem langsam und mühevoll emporstrebenden Einheitswerke ab, und setzt sich wieder in philisterhafter Kleinbürgerei hinter den Grenzpfählen der engern Heimath zur Ruhe. Die Partei der Auflösung aber benutzt geschäftig diese Verstimmung der

Digitized by Google

öffentlichen Meinung, um wo möglich das Vertrauen des Volkes zu seinen in Frankfurt versammelten Vertretern zu ertödten, und sie ist dabei natürlich überall im Vortheil, da sie, ohne selbst das Geringste zu leisten, dem Volke nur Anweisungen auf das Parlament ausstellt, und, je mehr sie von diesem das Unmögliche fordert, desto mehr versichert sein kann, die leichtgläubige Menge für sich zu gewinnen und gegen die verhaßte Versammlung in der Paulskirche aufzubringen.

So stehen die Sachen in dem Augenblicke, wo die Vertreter des deutschen Volkes die Verfassung des Reiches durch den entscheidenden Ausspruch über das künftige Oberhaupt zum Abschluß bringen sollen! Diese Thatsachen fest im Auge haltend, wollen wir die verschiedenen Möglichkeiten der künftigen Regierungsform Deutschlands prüfend durchgehen.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 1. Dez. Die Aussichten für Beendigung des Krieges mit Dänemark sind wahrlich nicht klar genug, um die Fahrt durch den Sund im nächsten Frühjahr schon gesichert sehen zu können. Darüber ist aber Niemand im Dunkeln, daß sowohl für die Friedensverhandlungen als für etwaige neue Kriegsbefechtungen die Deutschen sich kraftig zeigen müssen. Die Anforderungen des ganzen deutschen Volkes sind wahrlich entschieden genug; wöchentlich hat der Präsident der Nationalversammlung Kenntniß zu geben von freiwilligen Beiträgen aus der Nähe und Ferne, ja von jenseit des Oceans im Osten und Westen rufen die Landsleute laut nach der deutschen Kriegsflagge und bieten willigen Beistand. Nicht können diese Beiträge selbst etwas Großes leisten, allein sie drücken die Meinung des ganzen Volkes deutlich genug aus, als daß diese unbeachtet bleiben könnte. Wir freuen uns anerkennen zu müssen, daß wenigstens Preußen nicht lässig gewesen ist, auch zur See seine Bereitwilligkeit für die deutsche Sache zu bethätigen; eine kleine Flotte von Kanonenbooten und Yollen hat vor Kurzem in den Rügen'schen Gewässern Probeübungen gemacht unter Beaufsichtigung eines geachteten fachkundigen Mannes. Dieser ist seit einigen Tagen hier, um der mittlerweile hier organisirten Marinekommission, unter Vorsitz des Prinzen Adalbert von Preußen, Bericht zu erstatten. Wie vernehmen, daß diese Kommission mit vielem Eifer arbeitet, um nach den, mit Kanonenbooten verschiedener Bauart in dem erwähnten Probemanöver gemachten Erfahrungen für den sofortigen Weiterbau einen Entschluß zu fassen, da dann insbesondere die Werfte an der preußischen Ostseeküste beauftragt und so befähigt als bereit sein werden, in kürzester Frist eine Flottille herzustellen, die nöthigenfalls den dänischen feindlichen Absichten wird gebührend entgegentreten können. Prinz Adalbert hat schon seit dem Sommer dahin gewirkt, daß jene kleine Probeflottille zusammenkommen konnte, und sein schon bekannter Eifer für die Sache wird gewiß alles anwenden, daß jenes für das nächste Frühjahr gesteckte Ziel so vollständig als möglich erreicht werde.

Oesterreich. Das Programm des Ministeriums, aus dem wie eine Stelle bereits mitgetheilt haben, lautet vollständig wie folgt:

Vortrag des Minister-Präsidenten,

gehalten in der Reichstags-Sitzung zu Kremsier den 27. Nov. 1848.

Meine Herren!

Zufolge der Berufung Sr. Majestät ist der konstituirende Reichstag zur Fortsetzung der Berathungen über die Verfassung hier zusammengetreten.

Als das Vertrauen des Kaisers uns in den Rath der Krone berief, verkannten wir nicht die Schwierigkeit der Aufgabe, die Größe der Verantwortlichkeit gegenüber dem Throne, wie dem Volke.

Wunden aus der Vergangenheit sind zu heilen, Verlegenheiten des Augenblicks zu beseitigen, eine neue Ordnung der Dinge in der nächsten Zukunft aufzubauen. Das Bewußtsein eines redlichen Strebens für das Wohl des Staates, des Volkes und für die Freiheit, das Vertrauen auf Ihre Mitwirkung bei dem großen Werke bestimmten uns, persönliche Rücksichten der Liebe für das Vaterland zu opfern und dem Rufe des Monarchen zu folgen.

Wir übernehmen die Handhabung der Regierungsgewalt aus den Händen Sr. Majestät zugleich mit der Verantwortlichkeit, fest entschlossen, jeden unverfassungsmäßigen Einfluß fern zu halten, aber eben so wenig Eingriffe in die vollziehende Gewalt zu gestatten.

Einig in den Grundsätzen, werden die Worte und Handlungen eines Jeden von uns der Ausdruck der Politik des Gesammt-Ministeriums sein.

Wir wollen die constitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt. Wir wollen diese Staatsform, deren Wesen und gesicherten Bestand wir in der gemeinschaftlichen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Monarchen und die Repräsentantenkörper Oesterreichs erkennen, — wir wollen sie begründet auf der gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwickelung aller Nationalitäten, so wie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, gewährleistet durch Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens, getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Ländertheile in allen inneren Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Centralgewalt.

Wir hoffen, das Ergebniß Ihrer Berathungen über die Verfassung möglichst bald der Sanktion Sr. Majestät des Kaisers unterlegen zu können.

Das Ministerium wird die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Zeit umzuformen bemühe sein und, bis hiefür im Wege der Gesetzgebung bleibende Bestimmungen getroffen sind, die nöthigen Verordnungen erlassen.

Ein zweifaches Ziel wird uns hierbei vorschweben: ungeschmälerte Erhaltung der den Völkern Oesterreichs zugesicherten Freiheit, Sicherstellung der Bedingungen, ohne welche die Freiheit nicht bestehen kann. Daß diese zur lebendigen Wahrheit, daß ihren Bedingungen Erfüllung werde, dahin gehenken wir mit Ernst und Nachdruck zu wirken.

Das Ministerium will nicht hinter den Bestrebungen nach freisinnigen und volksthümlichen Einrichtungen zurückbleiben, es hält vielmehr für seine Pflicht, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen.

Die Landbevölkerung, eben erst befreit von den Grundlasten, harrt mit Ungeduld der gesetzlichen Bestimmungen über Maßstab und Art der Entschädigung, so wie den von ihr zu tragenden, nach den Grundsätzen der Billigkeit zu bemessenden Antheil.

Die Grundlage des freien Staates bildet die freie Gemeinde; daß dieser durch ein freisinniges Gemeindegesetz die selbstständige Bestimmung und Verwaltung innerhalb der durch die Rücksicht auf das Gesammtwohl gezogenen Grenzen gesichert werde, ist dringendes Bedürfniß.

Als eine nothwendige und unabweisbare Folgerung der Selbstständigkeit der Gemeinden ergibt sich die Vereinfachung der Staatsverwaltung und eine dem Bedürfnisse der Zeit entsprechende Regelung der Behörden.

Ueber diese Gegenstände, so wie über Umgestaltung der Rechtspflege im konstitutionellen Geiste, Einrichtung landesfürstlicher Gerichte statt der Patrimonial- und Kommunal-Gerichte und durchgreifende Trennung der Verwaltung von der Justiz, werden Ihnen, meine Herren, die geeigneten Vorlagen gemacht werden. Eben so auch über Hintanhaltung des Mißbrauches der Presse durch Repressivmaßregeln, über Regelung des Vereinsrechtes, auf einer mit den Staatszwecken verträglichen Grundlage, und über die Einrichtung der Nationalgarden. Denn eben weil das Ministerium die Sache der Freiheit zu der seinigen macht, hält es die Wiederherstellung eines gesicherten Rechtszustandes für eine dringliche Pflicht.

Das Ministerium verspricht sich das thätige und pflichtgetreue Zusammenwirken aller Behörden. Die Regierungsorgane im Mittelpunkte der Monarchie, sowie in den Provinzen, in der Ausübung ihrer amtlichen Obliegenheiten auf das nachdrücklichste zu kräftigen, wird seine vorzüglichste Sorge sein.

Beklagenswerthe Ereignisse haben stattgefunden. Die Gewalt der Waffen mußte zur Anwendung kommen gegen eine Fraktion, welche die Haupt- und Residenzstadt in einen Schauplatz anarchischer Wirren verwandelt hatte. Tiefe Wunden sind geschlagen worden. Sie zu lindern und zu heilen, so weit dies möglich, Wien, das Herz des Reiches, seinem früheren Wohlstande zurückzugeben und dafür zu sorgen, daß dem durch das Gebot der Nothwendigkeit herbeigeführten Ausnahmezustande, sobald es die Verhältnisse gestatten, ein Ende gemacht werde, wird unser eifrigstes Bestreben sein.

In Italien hat unser glorreiches Heer über Treubruch und Verrath gesiegt und die altrn Tugenden der österreichischen Armee, die brüderlicher Eintracht aller Stämme, die todesmuthige Hingebung für Oesterreichs Ehre, Ruhm und Größe auf das glänzendste bewährt. Noch muß es dort gerüstet stehen, um die Integrität des Reichs zu wahren.

In der organischen Verbindung mit dem constitutionellen Oesterreich wird das lombardisch-venetianische Königreich nach Abschluß des Friedens die sicherste Bürgschaft finden für die Wahrung seiner Nationalität. Die verantwortlichen Räthe der Krone werden feststehen auf dem Boden der Verträge. Wir geben sich der Hoffnung hin, daß in nicht ferner Zukunft auch das italienische Volk die Wohlthatrn einer Verfassung genießen werde, welche die verschiedenen Stämme in voller Gleichberechtigung umschlingen soll.

Die Verletzung dieses festen Rechts der Nation entzündete den Bürgerkrieg in Ungarn. Gegen eine Partei, deren letztes Ziel der Umsturz und die Lossagung von Oesterreich ist, erhoben sich dort die in ihren unveräußerlichen Rechten gekränkten Völker. Nicht der Freiheit gilt der Krieg, sondern denjenigen, die sie der Freiheit berauben wollen. Aufrechthaltung der Gesammt-Monarchie, ein engerer Verband mit uns, Anerkennung und Gewährleistung ihrer Nationalität sind der Gegenstand ihrer Bestrebungen. Das Ministerium wird sie unterstützen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Mit Gewalt der Waffen wird, da leider alle Wege der Versöhnung fruchtlos eingeschlagen worden, die Schreckensherrschaft einer mrrbrecherischen Partei bekämpft und der innere Friede wieder hergestellt werden.*)

In allen äußeren Beziehungen des Reichs werden wir die Interessen und die Würde Oesterreichs zu wahrrn wissen und keinerlei drückenden Einfluß von außen auf die unabhängige Gestaltung unserer inneren Verhältnisse zulassen.

Dies sind die Hauptgrundzüge unserer Politik. Wir haben sie mit unumwundener Offenheit dargelegt, weil ohne Wahrheit kein Vertrauen, und Vertrauen die erste Bedingung eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen Regirung und Reichstag.

Wien, 26. Nov. Ueber die künftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland hat nun auch der Feldmarschall Radetzky seine

*) Die hier folgende Stelle über das Verhältniß zu Deutschland haben wir bereits mitgetheilt.

Meinung abgegeben und zwar in einem Schreiben an den österreichischen Abgeordneten in Frankfurt, Heren Dr. Franz Egger, welcher dem Feldherrn eine Anzahl Exemplare eines an seine Wähler gerichteten Schreibens, das sich gegen die Personalunion ausspricht, mitgetheilt hatte. „Wie war es möglich," sagt Radetzky, „daß der Gedanke in Frankfurt Anklang finden konnte, durch solche Beschlüsse, wie die, die Ihre Erklärung veranlaßten, Oesterreich zu einer Trennung von Deutschland zu zwingen; denn das müßte die Folge sein, wollte man diese Grundsätze durchführen. Man werfe einen Blick auf die Karte, und frage sich, ob es möglich ist, die deutschen Provinzen Oesterreichs aus einem Staatsverbande herauszureißen, in dem sie Jahehunderte lang ihr Glück und ihren Wahlstand gefunden. Glaubt man denn ernstlich in Frankfurt, daß das mit einem Votum möglich sei? In meiner Brust schlägt ein treues deutsches Herz, aber wahrlich, um diesen Preis müßte ich es zum Schweigen bringen. Man faselt viel in Deutschland van den Gefahren des Panslavismus; man thut aber wirklich Alles, um dieses Gespenst zu verkörpern, denn schon ist Empörung fast identisch mit deutsch gewarden. Oesterreich mit seinen nichtdeutschen Provinzen zählt 38 Millionen; möge man das in Frankfurt nicht vergessen, und sich nicht mit einem starren Deutschthum um einen solchen Bundesgenassen bringen. Oesterreich wird sich eher von Deutschland als von Oesterreich trennen. — Die Zeit wird lehren, ab ich in meinen Ansichten irre." (Fr. J.)

Wien. Die Linke in Kremsier hat ihr Programm erscheinen lassen. Sie theilt Oesterreich, so fern es im Reichstag vertreten ist, in fünf Theile: in Palnisch-, Czechisch-, Slawenisch-, Italienisch- und Deutsch-Oesterreich. Diese fünf Staaten stehen in einem Föderalismus zu einander und bilden einen Gesammtstaat. Jeder einzelne Theil hat seine verantwortliche Regierung. Die Centralregierung erhält ein Ministerium mit einem Minister ohne Porteseuille für jeden Theil.

Kremsier, 26. Nov. Die Strecke von Wien bis hierher, welche man bei einiger Ordnung und Regelmäßigkeit in der Expedition bequem in 6 Stunden zurücklegen könnte, nimmt nicht weniger als 12 Stunden in Anspruch! Nach zweimaliger Untersuchung der Legitimationskarten und Plackereien aller Art endlich in Kremsier angelangt, hat man hier noch einige tschechische Grabheiten van Seiten des Herrn Jelen (Ordner des Reichstags) zu überwinden, ehe es gelingt, eine Eintrittskarte zu erzielen. Herr Jelen gebt van der Ansicht aus, daß die freie Presse ein höchst überflüssiger Luxus sei, und alle Jaurnalisten hält er unaerholen für seiles, verderbliches Gesindel. Ich habe das Glück, durch meine persönlichen Verbindungen den meisten Schwierigkeiten zu entgehen, welchen sich andere auszusetzen haben; schwerlich würde ich mich aber mit derselben Mäßigung benommen haben, wie ein hiesiger Berichterstatter der Kölner Zeitung, dem Herr Jelen Anfangs geradezu eine Eintrittskarte verweigerte, mit der Bemerkung: es befänden sich hier schon genug deutsche Lumpe und Mordbrenner, als daß man noch neuen Zuwachses bedürfte!

Kremsier ist eine hübsch gelegene, lustige, kleine Stadt, mit etwa 6000 Einwohnern. Die durchgängig weiß angestrichenen, behaglich anmuthigen Häuser bilden breite lange Straßen und große Marktplätze, belebt von einer Bevölkerung, so mannigfaltig in Kleidung und Benehmen, wie man sonst nur in großen Seeplätzen findet. Die überwiegende Mehrzahl der Einwohner besteht aus Slaven von reinstem Wasser.

Prag, 24. Nov. Der Schles. Z. wird geschrieben: Noch immer weilen viele czechische Deputirte in unseren Mauern aus dem einzigen Grunde, weil sie sich an der Wahl des Präsidenten nicht betheiligen wollten, damit sie von ihren übrigen Collegen nicht terrorisirt würden und ihre Stimmen an Strabach abgeben müßten, denn ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß viele der czechischen Abgeordneten nur die Furcht, in den tschechischen Zeitschriften als Verräther des Vaterlandes verschrieen zu werden, abhält, auf der Linken Platz zu nehmen. Auch der Umstand, daß viele derselben, etwa 20 an der Zahl, ihre Mandate niedergelegt haben, spricht für diese meine Ansicht, die ich übrigens aus dem Munde vieler czechischen Abgeordneten, welche ich persönlich kenne, geschöpft habe. Das Streben der Häupter der czechischen Partei gebt dahin aus, das Föderativsystem durchzusetzen. Auch spricht man allgemein daoan, daß Palatzky in Verbindung mit Stadion das Zweikammersystem bei uns einzuführen gedenke, was sie bei unserer gegenwärtigen Lage auch höchst wahrscheinlich durchsetzen werden. Der stete Verkehr Stadion's mit Palatzky, während seines Aufenthalts in unsern Mauern, wird auch nicht umsonst gewesen sein.

△ **Berlin**, 30. Nov. Man glaubt, daß die verschiedenen Nüancen der Linken sich entschließen könnten, morgen in Brandenburg zu erscheinen; von Bednsch, Stein, Reichenbach ist dies gewiß. Die Taktik dieser ganzen Partei gebt dahin, abzuwarten, ob die Versammlung beschlußfähig werde, aber nicht; im letzteren Falle wären sie nicht eingetreten, im ersteren Falle wollen sie eintreten. Und die Beschlußfähigkeit wird aller Wahrscheinlichkeit nach morgen zu Stande kommen. Jedenfalls geht aber die Befürchtung zu weit, daß, falls auch die Linke eintrete, die Krone zue Auflösung der Versammlung schreiten werde. Dazu fehlt ihr jetzt das Motiv; denn bloße Zweckmäßigkeitsgründe können allein nicht den Ausschlag geben. Je zahlreicher die Oppasition, desto mehr Anlaß wird für die wahrhaft konstitutionell gesinnten Elemente vorhanden sein, eine entschiedene Stellung einzunehmen. Die Regierung ihrerseits hält nunmehr an dem Grundsatz fest, sobald als möglich das Verfassungswerk auf dem Wege der **Vereinbarung** zu Stande zu bringen. Im Ganzen will sie den Kommissionsentwurf zur Grundlage machen und nur in Bezug auf einige Punkte Abänderungen treffen. So will sie für die erste Kammer einen **Census** beibehalten; den Titel: „von Gottes Gnaden" will sie nicht aufgeben; dagegen soll sie auf ein absolutes Veto verzichten und nur ein dreimaliges suspensives Veto in Anspruch nehmen wollen. Ehe aber die Verfassung selbst zur Debatte kommt, sollen, dies ist ihr Wunsch, die **Ablösungsgesetze** vollständig berathen werden. Anderweite Gesetze sollen vorgelegt werden in Betreff der Klubs, der Plakate ꝛc. Gegen erstere, die **Klubs**, soll **nicht präventio** eingeschritten, sie sollen keinen beschränkenden Maßregeln unterworfen werden, sondern man will nur für den Fall, daß sie eine dem Staat und der Staatsverfassung gefährliche Richtung nehmen, die Möglichkeit haben, dieselben **ganz zu verbieten**. Was die **Plakate** betrifft, so sollen dieselben, insofern sie politischen Inhalts sind, polizeilich verboten werden. Hinsichtlich der Presse scheint noch nichts näheres bestimmt zu sein; ein Preßgesetz hat in diesem Augenblicke seine besonderen Schwierigkeiten. Wenn es möglich ist, soll auch noch ein **Einkommensteuergesetz** vorgelegt werden, das indeß nicht den Zweck hat, eine Einkommensteuer an die Stelle aller Steuern zu setzen, sondern nur die Klassensteuer, sowie die Schlacht- und Mahlsteuer zu ersetzen, mit mehreren Modifikationen nach dem bereits dem vorigen Landtage van 1847 vorgelegten und von diesem beifällig aufgenommenen Entwurf. Endlich hat auch, falls aus der Versammlung selbst, (was nach näheren Andeulungen möglich ist) nicht ein Antrag gestellt werden sollte, das Ministerium selbst die Absicht, einen Antrag auf **Anklage** gegen die einzelnen oder gegen einzelne Mitglieder (das letztere ist wahl das Wahrscheinliche) des sagenannten Rumpfparlaments zu stellen. Wie **jetzt** die Stimmung in der Majorität dee Versammlung ist, würde ein solcher Antrag ahne Zweifel durchgehen. Zum Schlusse ist zu bemerken, daß das Ministerium vielleicht schon sobald die Versammlung vollständig ist, **unaufgefordert** eine Rechtfertigung aller von ihm getroffenen Maßregeln geben wird. Dieselbe soll von den schlagendsten und überraschendsten Documenten verschiedenster Art begleitet sein. Heinrich van **Gagern**, welcher heute morgen von hier wieder nach Brandenburg gegangen war, in der Absicht, van dart die Rückreise nach Frankfurt anzutreten, ist heute Abend nach Berlin zurückgekehrt. Er wird indeß morgen noch in Brandenburg sein, um den Ausgang der Entwickelung abzuwarten. Sein Auftreten und sein Benehmen, seine ächt deutsche, ächt konstitutionelle Gesinnung hat ihm aller Herzen gewonnen. Es haben sehr Viele seine Bekanntschaft gemacht, alle sind gleich befriedigt. — Heute Vormittag fand unter den Linden in dem Lakale einer bekannten Konditorei die Aushebung einer Fraction des Rumpfparlamentes, nach den uns bisher bekannt gewordenen Nachrichten der Fraction Radbertus, statt. Auch zwei Demokratenvereine sind vergangene Nacht aon der Polizei aufgehoben. Wirthe und Kellner wurden verhaftet, die vorgefundenen Papiere mit Beschlag belegt. — Die Ausweisung solcher Personen, die sich nicht gehörig legitimiren können, dauert fort, und zwar mit unnachsichtlicher Strenge. Es werden sehr viele Literaten von dieser Maßregel betroffen. — **Berlin** ist so ruhig, wie es kaum vor den Märztagen war: es ist, als wäre Besonnenheit nach dem Taumel zurückgekehrt. Oder ist es eine allgemeine Abspannung? In den besuchtesten Lokalen ist es leer; die Konditoreien sind fast öde geworden; selbst unsere

beiden Lokal-Zeitungen haben wieder ganz das alte Ansehen gewannen. Gut unterrichtete Personen wollen wissen, daß an die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht zu denken sei, bevor die politischen Konflikte mit Aussicht auf dauernden Erfolg gelöst worden. Bis dahin werden wir auch die zahlreichen hier liegenden Truppen behalten, die übrigens fortwährend von den Bürgern freundlich aufgenommen und bewirthet werden. Aus der Uckermark sind in den jüngsten Tagen reiche Viktualienvorräthe für dieselben eingetroffen. — Die Einsammlung der Waffen wird wohl in den nächsten Tagen geschlossen sein, da nur noch etwa 150 Gewehre, 180 bis 200 Büchsen und gegen 300 Säbel fehlen. Heute sahen wir noch eine bewaffnete Abtheilung Soldaten, die, einen Wagen in der Mitte, Haussuchung hielten, um versteckte Waffen herbeizuschaffen. — Eine eigenthümliche Erscheinung ist es, daß in diesem Augenblicke die Leihämter mit Versatzgegenständen überschwemmt werden. Der Zudrang wurde so auffallend, daß die Leihamtsbehörden sich veranlaßt fanden, Erkundigung einzuziehen. In Folge dessen hat sich dann herausgestellt, daß die Versetzenden der Ansicht waren, es würde bald ein Konstitutionsfest gefeiert werden und, wie nach dem 18. März, alsdann eine unentgeltliche Auslieferung der bis zu 5 Thalern versetzten Gegenstände stattfinden. Die Mittheilung ist verbürgt.

Die gestrige Feier in Potsdam soll, nach der Mittheilung eines gewissenhaften Augenzeugen, nicht ohne einen gewissen Glanz, ihrer Bedeutung angemessen, gewesen sein. Die Anzahl der Deputationen aus der Nähe, wie aus ferneren Ortschaften war sehr bedeutend. Der König, erzählt man, sei seit langer Zeit nicht so heiter gewesen.

Lith. Corr. **Berlin**, 30. Nov. Gestern Abend wurden einige Deputirte wieder aus Mylius Hotel vertrieben und der Saal, in dem sie sich aufgehalten, versiegelt. — An Hrn. von Wrangel ist von mehreren Buchhändlern die Bitte um eine Erläuterung seiner letzten Bekanntmachung in Betreff des Debits von Druckschriften („Plakate, Flugschriften und dergleichen") gerichtet worden. Der General hat jedoch sich nicht weiter explizirt und es dem Ermessen der Buchhändler selbst anheim gegeben, sich das „dergleichen" zu deuten.

= **Berlin**, 1. Dez. Was ich Ihnen gestern schrieb, ist im Wesentlichen bereits heute eingetroffen: es sind so viele Deputirte nach Brandenburg herübergegangen, daß an der Beschlußfähigkeit der dortigen Versammlung nicht mehr zu zweifeln ist. Auf der andern Seite reisen aber nun 60—70 von den Zurückgebliebenen nach Hause zurück, zum Theil nach Niederlegung ihres Mandats, so daß von einer kompakten Masse, die in die Kammer eintritt, nicht mehr die Rede sein kann. Vorläufig ist also eine dezimirte Konstituante das Resultat der Umwälzung vom 9. Nov.; schade nur, daß gerade die bedeutenderen Fähigkeiten aus dem linken Centrum fortbleiben, wie Radbertus, Berg, Schultze, Becher, theils aus persönlichen Rücksichten, theils auch weil sie nur dann nach Brandenburg gehen wollen, wenn sie sicher wären, dort die Majorität zu haben. Von der äußersten Linken haben ebenfalls Viele sich in der gestrigen Abendsitzung der Fraktion zur Nachgiebigkeit entschlossen, um ihre Zwecke bis zum Letzten zu verfolgen, sie sind hinübergegangen, um entweder den Rücktritt des Ministeriums und die Verlegung nach Berlin oder die Auflösung der Kammer zu erzwingen. Mit großem Bedauern hören wir, daß auch Gagern's Versuche, eine Kabinetsänderung zu bewirken, vergebens gewesen sind. Soll etwa das Dekorum auch hier wieder gewahrt werden, bis es zu spät ist? Entweder die Kammer aber das Ministerium muß weichen; diesem Kabinet gegenüber wird selbst die Rechte links werden müssen, um sich Vertrauen im Lande zu erwerben — meinte doch sogar Milde, sein Sitz sei auf der äußersten Linken, so lange Manteuffel ein Portefeuille habe. Aber wäre es wirklich die Absicht der Krone, durch fortgesetzten und ungerechtfertigten Widerstand gegen die Versammlung die Auflösung herbeizuführen? Wir glauben schwerlich, daß das Land dazu schweigen würde: und, nach einmal, die Anhänglichkeit des Volkes an die Krone, wenn auch nicht an das Ministerium, sie allein und nicht die Gewalt der Bajonette hat den 9. November möglich gemacht. Widerräth doch sogar Bincke die Oktroyirung einer Verfassung: sie aber müßte die Folge der Auflösung sein — uns jetzt der Aufregung einer Neuwahl auszusetzen, wäre gefährlich. Es kommt hauptsächlich auf die Regierung an, ob in der rekonstituirten Kammer die Mäßigung oder die Anarchie die Oberhand behalten soll: jene wird einem volksthümlichen, diese dem Ministerium Brandenburg gegenüber herrschen. Von andern Seiten ist man überzeugt, die Krone walle das Kabinet beibehalten und die Versammlung ruhig gewähren lassen, jedem mißliebigen Beschlusse aber ihr Veto entgegensetzen: das wäre der sicherste Weg, das Vertrauen zur konstitutionellen Regierungsform zu untergraben, noch ehe sie geschaffen. Wrangel hat von seinen strengen Maßregeln gegen die Presse in so weit nachgelassen, daß die „Nationalzeitung" nach langem Schweigen heute zum ersten Mal wieder erscheint.

Berlin, 1. Dez. Wir können, sagt die heute zum ersten Mal wieder erscheinende Nationalzeitung, den Nachrichten aus zuverlässigen Quellen zufolge, die Mittheilung machen, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes erst dann erfolgen soll, wenn die Verfassung berathen sein wird. Hiernach ist die Zeitdauer desselben gar nicht abzumessen.

Auch der Senat der Berliner Universität hat eine Loyalitäts-Adresse an den König gerichtet. Sämmtliche Behörden haben dem Königspaare ihre Glückwünsche zur silbernen Hochzeit dargebracht.

Brandenburg, 27. Nov. So wären wir denn also hier in der alten Residenz der brandenburgischen Markgrafen, hier, wo moderne Staatsformen vereinbart werden sollen unter dem Eindruck mittelalterlicher Schwerfälligkeit. Die Stadt, in drei äußerlich geschiedene Theile, die Altstadt, Neustadt und den auf einer großen Insel liegenden Dom zerfallend, bietet den Anblick eines Kriegslagers dar, denn Soldaten vor Allem sind es, die man auf den Straßen sieht, und selbst die Berliner Konstabler, die der Brandenburger Spießbürger für die erwarteten Deputirten hält, sind uns hierher gefolgt. Der Dom mit der unmittelbar anstoßenden Ritter-Akademie bietet in seinen alterthümlichen Formen einen eigenthümlichen Gegensatz zu dem Werke, für welches er gegenwärtig ausersehen ist. Ueberall, wo man hineintritt, erblickt man rechts und links die Gräber der alten Dynasten und Großen dieses Landes, und von den Wänden blicken überall die Wappen der adeligen Geschlechter herab auf die demokratische Versammlung.

(Wes. Z.)

** **Brandenburg**, 30. Nov. Die Nationalversammlung war auch heute noch nicht beschlußfähig. Doch ist es wohl entschieden, daß sie es schon morgen sein wird. Heute fuhren Bornemann, Duncker, Petersen, Steimmig, Wangenheim, Parrisius, Friedrich und mehrere Andere herüber, so daß die Zahl der in Brandenburg tagenden Mitglieder, welche freilich im Dom nicht sämmtlich anwesend waren, auf 195 gestiegen ist; es fehlen also nur noch 8—10 zur beschlußfähigen Zahl. Doch ist dies das höhere Interesse? Welches ist der Geist, der in dem Brandenburger Dome waltet? Wir sind von der heutigen Sitzung nicht sonderlich erbaut. Gagern und die Reichskommissarien Simson und Hergenhahn, welche ihr beiwohnten, werden es auch nicht gewesen sein. — Bornemann erschien auf der Rednerbühne in sichtlicher Bewegung. Er komme nicht mit einem Protest. Aber eine Erklärung sei er schuldig. Zu einer Krisis in der Versammlung habe es kommen müssen. Man hatte geglaubt, der 31. Okt. brächte diese Krise zum Durchbruch. Von innen heraus meinte man, werde der Prozeß der Genesung sich gestalten. Die Regierung sei anderer Meinung gewesen, und habe Hand an's Werk gelegt. Er sei in der Versammlung geblieben, und habe seinen bekannten Antrag gestellt. Dieser wurde verworfen. Seine Aufgabe sei gewesen, mit äußerster Kraftanstrengung der Mäßigung zum Siege zu verhelfen. Der Erfolg habe gegen ihn gesprochen. Seine Sache sei geschlagen. Er trete in diese Versammlung mit der Bitte, daß der Geist der Versöhnung walten möge. Die treusten Freunde hätten in letzter Zeit sich mit Schmerzen getrennt und verschiedene Wege eingeschlagen. Ueberzeugungstreu gehandelt hätten die Ausscheidenden, die Fortlagenden. Was auch in der ersten Hitze der Leidenschaft verschuldet worden an ungerechter Beurtheilung, werde vergessen. Man möchte doch fest und innig sich aneinanderschließen, um eine kompakte Macht zu bilden, und der Sache der Mäßigung endlich doch den Sieg zu verschaffen. Diese Sache ist unser Heil; über die Vergangenheit lassen Sie uns einen Schleier werfen. — Unsere Sympathieen sind ganz auf dieser Seite. Nicht gerade Bornemann ist es, nicht gerade die bestimmte Persönlichkeit, die uns unbedingt einnimmt. Aber die Sache. Es ist dieselbe, welche wir

Digitized by Google

vertreten haben. Auch wir sind im Geiste nicht mit denen am 9. Nov. ausgeschieden, deren Viele wir lieben, deren Ueberzeugungstreue und Muth wir in keinem Augenblick auch der höchsten Aufregung verkennen konnten; auch wir sind im Geiste bei der Nationalversammlung geblieben, um die dämonischen Gewalten niederzuwerfen, die uns soweit gebracht hatten; auch wir sahen im tiefsten Schmerz die Leidenschaft und den Fanatismus unter dem Schilde der Vertheidigung unserer theuersten Güter, dieselben Güter in Frage stellen; sahen im Namen der konstitutionellen Freiheit die Feinde konstitutioneller Freiheit triumphiren; sahen unsere Sache verloren und beinahe das Land mit ihr; seine Rettung erblickten wir nur in einmüthigem Handeln aller Freunde des Vaterlandes. Duncker trat noch ihm auf, auch nicht mit einem Protest, sondern einer Erklärung für Mehrere; — Duncker sprach gleichfalls in tiefer Erregung. — Schon das Bravo bei Bornemann's Worten ward durch ein Zischen unterbrochen. Dunckers Verlesung des Protestes wurde durch Akklamation verlangt. Da fing Parrisius an, von dem freiheits- und volksverrätherischen Ministerium zu reden — Lärm unterbrach ihn. Die Minister werden sich diesen Lärm zu gute schreiben; wiederum dient ihnen die Unschicklichkeit ihrer Gegner. Parrisius sprach nun noch von dem Bleiben am 9., als dem Kämpfen für die Freiheit. Wiederum Unterbrechung. Reichensperger sprach das freilich wahre Wort, die am 9. Nov. Ausgetretenen, die dem Volke so verläumdet worden, hätten wahrlich mehr Recht, einzeln hinzuzutreten und sich zu rechtfertigen. Bauer von Berlin vindizirte Jedem die Treue zur Freiheit. Aber eine tiefe, tiefe Disharmonie ging durch den Dom. Es war betrübend, wahrzunehmen, diese Wunde wird nicht sobald heilen. Wer weiß, ob sie nicht morgen noch weiter klaffen wird. Trägt unser Staatsleben dann auch eine tiefe Narbe, sei es! Aber wehe dem, der sie weiter aufreißt, unsere Wunde; wehe dem, sei er Minister oder Abgeordneter.

** **Brandenburg**, 30. Nov. Gagern war wieder hier; wir sahen ihn zur Seite R.'s v. Auerswald und in Gesellschaft von Wittgenstein, Kühlwetter, den Reichskommissarien Simson und Hergenhahn, Mojor Vincke (Olbendorf), Duncker, Bardeleben, Milde u. A. Es verlautet, daß er heute Abend noch nicht die Heimreise antreten werde. Interessant wor's auf der Diplomatentribüne im Dom hinter Heinrich Gagern — Bülow-Cummerow zu sehen! Deutschland neben Hinterpommern!

△ **Posen**, 28. Nov. Am vorigen Sonntage hatte sich hier auf Anregung des deutschen Central-Komité's ein sehr zahlreicher Kongreß von Deputirten der ganzen Provinz versammelt, um den Grund zu einer alle Deutsche des Landes umfassenden Vereinigung zu legen. Ueber Zweck und Wirkungskreis dieses Vereins einigte man sich sehr schnell; die sofort festgesetzten Hauptpunkte des Statuts bezeichnen als seine Aufgaben: Schutz der Person und des Eigenthums und Wahrung und Schutz des Deutschthums. Belebung des Sinnes für Wehrhaftigkeit unter den Deutschen, populäre Benutzung der Presse, Sorge für deutsche Schulkinder, regelmäßige Versammlungen der Deutschen in den Kreisen, eine gemeinsame Kasse, Unterstützung und Aufhilfe verunglückter deutscher Wirthe und Handwerker sind die Mittel, durch die jene Zwecke erreicht werden sollen. Die Organisation dieser „deutschen Verbrüderung" (so nennt sich der neue Verein) ist die, daß sich in der Provinz, auf dem Lande, wie in den Städten, Bezirksvereine bilden, wie sie schon an den meisten Orten bestehen; diese haben in einem aus 15 Mitgliedern bestehenden und in Posen sitzenden Hauptvorein ihren Mittelpunkt. — Niemals, auch im angestrengtesten Kampfe gegen die feindliche Nationalität, ist das Komité seinem Grundsatze untreu geworden: daß jede Nationalität in ihrer unbehindert selbstständigen Entwicklung gleich berechtigt sei; von diesem Prinzipe aus hat es zuerst den Plan einer Scheidung der Provinz nach dem Ueberwiegen der einen oder andern Nationalität durch eine Demarkationslinie angeregt. Zugleich bestrebte sich das Komité unablässig, durch eine planmäßige Einwirkung auf die deutsche Presse die gerade in der Posener Sache so irre geleitete öffentliche Meinung über die hiesigen Verhältnisse zu belehren. Hier am Orte galt es vor Allem, nachdem die Polen weit und breit zu den Waffen gegriffen, auch die Deutschen zu bewaffnen. Die Gründung einer aus etwa 2000 Mann bestehenden ganz deutschen Bürgerwehr war das Werk des Komité's. — Die Aufnahme eines Theils von Posen in den deutschen Bund bedurfte noch der Bestätigung der deutschen Nationalversammlung. Ihre Beschlüsse vom 27. Juli sind wesentlich durch die Thätigkeit des Komité's mit angeregt worden. Der von ihm angeregte Protest bei der Berliner Versammlung, sowie die Appellation bei der Frankfurter Versammlung, haben wesentlich dazu beigetragen, daß diese ihre Beschlüsse gegen jede in dem Philipps'schen Amendement liegende Verletzung gesichert und die Reichsgewalt ihre Durchführung sofort begonnen hat. — Damit ist der Hauptzweck des Komité's erreicht.

* In einer längeren Zuschrift aus **Elberfeld** wird versichert, daß die Arbeiter keineswegs durch ihre Arbeitgeber sich zum Unterzeichnen der Adresse für das Recht der Krone hätten bestimmen lassen; es wären Beispiele des Gegentheils bekannt. Die Adresse zählt allein in Elberfeld und Barmen 9000 Unterschriften. Ueber die Verhältnisse jener gewerbsteißigsten Gegend von Deutschland bemerkt jene Mittheilung: In diesem Sommer haben Elberfeld und Barmen tagtäglich zwischen 3—4000 Fabrikarbeiter mit Wegebauten, mit unproduktiver Arbeit beschäftigen müssen und die Gelder dafür theils durch freiwillige Beiträge, theils durch Umlage auf die meistbesteuerten Bewohner aufgebracht. Das Wuppethal zählt viele wohlhabende Familien, aber nicht alle Arbeitgeber haben sich Schätze gesammelt. Viele sind im Laufe der Zeit zu Grunde gegangen! Auch den Wupperthalern fliegen die gebratenen Tauben nicht von selbst in den Mund. Unsere Arbeitgeber haben sich abzumühen vom Morgen bis zum Abend, wenn auch in anderer Weise als der Arbeiter, um ihre Fabriken in Schwung zu erhalten. Die Konkurrenz mit in- und ausländischen Fabriken ist groß; mehrere Industriezweige, die sonst hier heimisch waren, sind dieser Konkurrenz oder den Prohibitivzöllen anderer Länder, z. B. Frankreichs, ganz erlegen und andere sind verdrängt, weil sie in andere Gegenden unseres Vaterlandes, wo die Lebensmittel und die Arbeitslöhne billiger waren, übersiedelt werden mußten.

Vom Niederrhein, 26. Nov. Barmen und Elberfeld, sonst eifersüchtigen Schwestern vergleichbar, haben sich geeinigt, zur Feier der silbernen Hochzeit des königlichen Paares eine Beglückwünschungsdeputation nach Sanssouci zu senden. Dies würde bei der hier herrschenden aufrichtigen Verehrung für die Personen des Monarchen und seiner Gemahlin auch unter andern politischen Verhältnissen geschehen. Der Trumpf aber, den die specifisch Frommen dabei ausspielen, und der die Sendung zu einer politischen stempelt, ist eigenthümlicher Art. Sie haben nämlich als Angebinde zwei schöne mit weißem Damast überzogene Sessel von Palisanderholz anfertigen lassen; in den Rücklehnen sind mit großen goldenen Buchstaben die Worte: „Von Gottes Gnaden" eingestickt worden! „Das wird die Düsseldorfer wieder ärgern!" hörte ich gestern einen Mann sagen, der zu den sehr Frommen gehören soll. Denn die Düsseldorfer Republikaner liegen in ewiger Fehde mit den loyalen Elberfeldern. (Wes. Z.)

München. Die Augsb. Abdztg. schreibt: Wie es heißt, soll die baierische Armee abermals vermehrt werden, insbesondere die Kavallerie. Man bringt diesen Umstand mit dem Rücktritte des Hrn. Weishaupt vom Kriegsministerium in Verbindung, da derselbe Anstand genommen haben soll, durch abermalige Vermehrung des Heeres die Staatskasse noch mehr zu belasten, als es durch den dermalen ohnedies sehr hohen Militäretat bereits der Fall ist. Der Eintritt des Hrn. v. Lesuire in's Ministerium dürfte wohl kaum als eine Maßregel des Fortschritts auf konstitutioneller Bahn betrachtet werden; man glaubt indessen, daß Hr. v. Lesuire, der übrigens bekanntlich ein ausgezeichneter Militär ist, kaum sehr lange mit den übrigen dermaligen Ministern harmoniren werde.

†† **Stuttgart**, 1. Dez. Der Abgeordnete der Stadt Ludwigsburg zum würtembergischen Landtag, Hr. D. F. Strauß, ist in Differenz mit einem Theil seiner Wähler gerathen. Den sehr verehrlichen Einwohnern des schwäbischen Potsdam denkt der berühmte Verfasser des Lebens Jesu nicht frei genug, und sie sind deshalb so frei gewesen, in einer Adresse ihn darüber zu belehren, was seines Amtes und ihres Willens sei. Diese Adresse spricht es sehr naiv aus, daß die Ludwigsburger Wähler in dem großen Häretiker auf religiösem Gebiete einen großen Orthodoxen in ihrer neuen Weltgeist-Politik geschickt zu haben hofften und sich hinterdrein has wunderten, ihn in der Kirche so „destruktiv", im Staate dagegen so „über alle Erwartung konservativ" zu finden. Umgekehrt wär' ihnen unstreitig lieber gewesen. Der „Konservatismus über alle Erwartung", womit Hr. Strauß in den Augen der Lud-

Digitized by Google

wigsburger Wähler an dem heiligen Weltgeist sich versündigt, wird namentlich daraus anklagend erwiesen, daß Hr. Strauß sich nicht entblödet habe, einen Theil der würtembergischen Presse (in treffender Zurückführung auf ihr Urelement und freilich nicht so parlamentarisch, wie richtig) als „Lumpen" zu bezeichnen. Desselbigen gleichen wird es dem scharfen und geistvollen Auge, welches durch die Jahrhunderte alten Nebel christlicher Mythen sah, zum Vorwurf gemacht, daß es sich von den dicken Weihrauchwolken der Apotheose für den neuesten Heiligen des Radikalismus nicht blenden ließ und Robert Blum, den Reichstagsabgeordneten des deutschen Volkes, auf den Wiener Vorstadt-Barrikaden nicht ganz und gar am rechten Platze fand. „In Erwägung" dieser crimina majestatis beschlossen 37 Ludwigsburger Wähler (von 58 bei der Versammlung Erschienenen, während die Gesammtzahl 126 beträgt), ihrem Abgeordneten das Mandat zwar keineswegs abzusprechen, sondern blos ihr hohes „Mißfallen" über seine „Aeußerungen" zu erkennen zu geben. Hr. Strauß, — der unlängst auf einen journalistischen Vorläufer dieser Adresse eine vortreffliche Antwort gab, sich berufend auf das einzig mögliche Verhältniß zwischen Wählern und Gewählten, so wie auf seine gedruckt vorliegenden politischen Reden vor der Wahl und die Uebereinstimmung der in denselben ausgesprochenen Grundsätze mit seinem Auftreten in der Kammer, — Hr. Strauß wird unstreitig seinen Wählern ebenfalls in genügender Weise zu erwidern wissen. Nicht um seine Vertheidigung gegen sie zu übernehmen, theilen wir den ganzen Vorfall mit, sondern vielmehr als Beitrag zur Charakteristik parlamentarischer Zustände und Persönlichkeiten, als praktischen Kommentar zu den Theoriern von moderner Gewissens- und Meinungsfreiheit, als Pendant endlich zu den berühmtern Schwabenadressen gleichen Stiels, Styls wollt' ich sagen, an die Hrn. Mathy und Fallati. Es fällt uns dabei nicht im Traum ein zu fragen, wo denn die 68 Wähler waren, die in der öffentlich ausgeschriebenen Versammlung fehlten, und warum sie nicht mit der Minorität von einundzwanzig Stimmen gegen die Adresse gemeinsame Sache zum Schutze ihres Abgeordneten in seinem guten Rechte machten? In ihrer Eigenschaft als „ruhige Bürger" schliefen sie sicherlich den Schlaf der Gerechten, aus dem sie erst aufwachen würden, im Zweifel mit einer rechtzeitigen Beileidsadresse, wenn etwan Hr. Strauß, nicht aus Zerknirschung vor den 30 Tyrannen, sondern aus Ueberdruß an der ganzen Kammee sein Mandat zurückgäbe. Er ist im Stande, das zu thun: im Stande, als ein in jeder Beziehung unabhängiger Mann, der nicht vom politischen Handwerk zu leben braucht, wie so manche andere, plötzlich zu Meistern gewordene Lehrbuben thun; im Stande, als Freiwilliger, den nicht Neigung, sondern blos Pflichtgefühl auf seinem Posten noch festhalten. Das sprach er selbst öffentlich aus und Jeder glaubt es, der ihn kennt und die Kammer, wie sie ist. Und doch, wir würden ihn ungern ausscheiden sehen, obwohl er dort nicht an seinem Platze ist: Hr. Strauß hat einen berühmten Namen, einen freien Standpunkt in der Politik, wie in der Wissenschaft, eine so gediegene, wie feine und umfassende Bildung, — ergo gehört er nicht in unsere jetzige Kammer. Aber er ist der Einzige darin, welcher sich selbstständig und muthig verhält, gegenüber dem Terrorismus einer mit Recht sogenannten „öffentlichen" Meinung und den Tiraden eines Scherr oder Seeger. Gelegentlich hat auch wohl einer oder der andere „letzte Ritter", Graf Bissing, Frhr. von Linden, Frhr. von Hornstein, die eiserne Stirn, Nein zu sagen, wo jene Herren von Volkes Gnaden ein Ja von ihrer Heerde erwarten; aber nur gelegentlich. Der Mann des Gedankens allein, nicht der Staats- oder Kirchen-Beamte, auch nicht der parlamentarische Veteran, nein, der Mann, welcher aus seiner stillen Zelle in den Kampf des Tages übertrat, ohne Vorbereitung und Uebung, er allein wagt es, Opposition zu machen, seine eigene Meinung zu haben, sie zu sagen sogar, und das, was er für Recht und Wahrheit hält, sogar zu vertheidigen. Er hat damit links und rechts angestoßen und steht vereinsamt da, weil er weder in das profane Straßengebrüll einstimmt, das an der Tagesordnung ist, noch in die fürsichtige Ohrenbläserei, womit die Salons- und Theepolitiker die Rückseite ihres goldenen Zeitalters einander „en tout petit comité" weißmachen. Ohne Partei in der Kammer und in der Presse wird er auf diese Art auch keine „Macht" des Tages werden, es sei denn, daß er für die Besonderheit seiner Stellung und für seine ausgezeichneten Gaben einen größeren Wirkungskreis fände. Es war eine Schand' und ein Schaden, daß ihn Würtemberg nicht nach Frankfurt schickte, dorthin hätte er gepaßt; denn das alte Wort läßt sich umkehren: Tels éclipse au second, qui brille au premier.

Dresden, 28. Nov. Es sind in neuerer Zeit mannigfache Gerüchte über den Rücktritt einzelner Mitglieder des Ministeriums, namentlich der Minister Braun und Oberländer, verbreitet worden. Obgleich Jeder, der die Verhältnisse genauer kennt, die Grundlosigkeit dieser Gerüchte durchschauen muß, so haben dieselben doch im Lande mitunter Glauben gefunden. Wir können dagegen aus zuverlässigster Quelle mittheilen, daß an einen Rücktritt von den betreffenden Herren nicht gedacht worden ist und daß unsere Minister es für eine, wenn auch noch so schwere, doch unabweisbare Pflicht ansehen, das Land in dem gegenwärtigen Augenblicke den Gefahren einer Kabinetskrisis nicht preiszugeben. (Dresdn. J.)

Freiburg, 30. Nov. Sicherem Vernehmen zufolge beschäftigt sich aus Veranlassung des Justizministeriums die Untersuchungskommission zur Zeit mit der Frage, welche politischen Angeschuldigten der weiteren Amnestie empfohlen werden könnten. Die Antwort hierauf wird in Kürze erfolgen. Das Untersuchungsgeschäft darf der Hauptsache nach als beendet angesehen werden, es wird nur noch wenige Tage bedürfen, um an verschiedenen Orten des Landes zum Schluß derselben zu gelangen. Die Zusammenstellung der Akten, die Ausfertigung der Anklageschriften, die Ausführung der Amnestie und die Vornahme der Wahl für das Geschwornengericht werden jedoch noch so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß man schwerlich die gerichtliche Beurtheilung der Angeklagten vor Beginn des Jahres 1849 wird erwarten dürfen. Von den Wenigen, die voraussichtlich wirklich vor Gericht gestellt werden, scheinen Struve und Blind den Reigen zu eröffnen. (N. Fr. Z.)

Mainz, 30. Nov. Gestern ist der Bezirksrath unserer Provinz hier zusammengetreten; schon in der ersten Sitzung wurde der Antrag gestellt, die Regierung um Abberufung des Regierungspräsidenten v. Dalwigk zu bitten, da derselbe das Vertrauen der Provinz nicht besitze. (O. P. Z.)

Aus dem Herzogthum Limburg, 26. Nov. Die politische Aufregung nimmt bei dem Herannahen der für die Generalstaaten angeordneten Wahlen sichtbar zu. Wahlversammlungen finden sehr häufig statt. In denselben trat anfänglich die Ansicht hervor, daß die Wahlen verweigert werden müßten, weil nach den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung das Herzogthum Limburg ein Theil des deutschen Reiches sei, eine selbstständige Verfassung und Verwaltung erhalten solle, und nur durch eine Personalunion mit der Krone Hollands verbunden bleiben könne. Es wurde indessen darauf erwidert, daß, so lange die deutsche Reichsverfassung noch nicht promulgirt sei, die in Wirksamkeit sich befindende holländische Verfassung vollzogen werden müsse. Die Wahlen werden also für dieses Mal noch stattfinden. Daß die Wahlen indessen auf Personen fallen werden, welche der Territorialunion mit Holland abgeneigt sind, dürfte außer Zweifel sein. (Aachn. Ztg.)

Altenburg, 28. November. Die republikanische Partei unserer Landschaft stellte in heutiger Landtagssitzung unter Anderm den Antrag, daß der gegen den Advokaten Erbe erlassene Steckbrief sofort wieder zurückgenommen werde. Nach einer längeren Debatte ward darüber abgestimmt und der Antrag mit Stimmenmehrheit verworfen. Hierauf ergriff Advokat Oelitzsch das Wort und verlangte vom Ministerium zu wissen, aus welchem Grunde seit einiger Zeit während der landschaftlichen Verhandlungen in der Nähe des Sitzungslokals Militär aufgestellt sei, ob vielleicht der Landtag unter den Einfluß der Bajonette gestellt werden solle. Der Minister Graf Beust beantwortete diese Frage alsbald und gab die Erklärung, daß diese Maßregel nothwendig geworden sei, da in der letzteren Zeit von der Galerie aus mehrere Ungezogenheiten vorgefallen und selbst einige Kammermitglieder insultirt worden wären. Oelitzsch rief aus: „wie in Berlin", wofür ihm die Menge zujubelte, beruhigte sich aber mit der erhaltenen Erklärung des Ministers. (L. Z.)

Schleswig, 23. Nov. In letzterer Zeit ist von den Dänen wiederholt mit einem Einfall in Schleswig-Holstein gedroht worden. Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, hat indessen jetzt der General Bonin die offizielle Erklärung abgegeben, daß er sich vollkommen im Stande sehe, mit den ihm zu Gebote stehenden Truppen jeden dänischen Einfall abzuschlagen. Wir glauben auf

Digitized by Google

diese Erklärung um so viel mehr Gewicht legen zu dürfen, als der General Bonin ein Mann ist, der mit gründlichster wissenschaftlicher Bildung (er ist sehr geachteter Militärschriftsteller) einen in dem letzten Kriege vielfach bewährten praktischen Blick verbindet, ein General, dessen Fähigkeiten von allen competenten Beurtheilern weit über die Wrangel's gestellt wurden. (B. H.)

Großbritannien.

* **London**, 29. Nov. Wir würden in der That in Verlegenheit kommen, wenn wir heute auch nur ein einziges Landesereigniß von politischer Bedeutsamkeit nennen sollten. Das Interesse der englischen Journale beruht gegenwärtig fast nur noch in ihren Betrachtungen über die Ereignisse des von Stürmen bewegten und von erdbebenartigen Stößen gerüttelten Festlandes, dessen Zukunft für Jeden, der sich keiner Sehergabe rühmen dürfte, in dichte mit unbekannten Gefahren drohende Wolken gehüllt ist. England scheint wirklich von jenen „Fanatikern der Ruhe" bevölkert zu sein, gegen welche die Fanatiker der Unruhe die Pfeile ihres Spottes richten. Gerade in bedenklichen Zeiten, wie die gegenwärtige, erkennt es der praktische Brite für seine Pflicht, mit größter Gewissenhaftigkeit auf Erhaltung der bestehenden Ordnung bedacht zu sein und von den flüchtigen Reichthümern und dem zerrütteten Zustande des Festlandes seinen Vortheil zu ziehen. Das britische Volk mag die Freiheiten, in deren Besitze es ist, nicht durch ihren Mißbrauch, nicht durch utopische Forderungen gefährden, nicht durch leichtsinnige und zwecklose Emeuten der tornstischen Reaction Gelegenheit bieten, um, wenn auch nur vorübergehend, die Leitung der Staatsgeschäfte wieder in ihre Hand zu nehmen. Der Brite haßt ein Herübergreifen der Soldateska in die bürgerlichen Verhältnisse, darum vermeidet es das Volk, durch gewaltthätige Handlungen und Aufstände Anlaß zu einem Konflikte mit dem Militär und dadurch zu repressiven militärischen Maßregeln zu geben. Daher die Bemerkung der Times: „die europäischen Hauptstädte werden durch Legionen bewaffneter Heerschaaren, London durch den Stock eines Constablers in Ordnung gehalten." Man weiß in England so gut wie bei uns, daß es an großen Uebelständen dort nicht fehlt, daß der sociale Körper Englands viele kranke und faule Flecke hat, daß namentlich das Recht und die Kriminalgesetzgebung zum Theil veraltet, labyrinthisch verklausulirt und mit Förmlichkeiten überladen sind, aber man denkt nicht daran, durch parzielle Aufstände dem Uebel abzuhelfen, man überläßt ihre allmälige Ausrottung mit Vertrauen den Vertretern des Volkes und der Einwirkung, welche die Volksstimme auf diese ausübt, dem „Drucke von Außen", wie der Brite sagt. Emeuten sind ohnehin geschäftstörend und zeitraubend und von ungewissem Ausgange, während der praktische Sinn der Briten das Möglichere dem weniger Möglichen und das Gewissere dem weniger Gewissen vorzieht. Allerdings darf aber der Brite den Männern der Regierung, welcher Partei sie auch angehören, vertrauen, daß sie offen, redlich und ohne Rückhalt handeln, daß sie nicht um die Gunst ausländischer Monarchen buhlen oder gar in fremdem Solde stehen, daß sie mit einem Worte, selbst wenn sie auch das Interesse einer großen mächtigen Partei vorzugsweise warm halten sollten, doch immer die Ehre und das Wohl des Landes zur Hauptaufgabe ihrer Thätigkeit machen. Gegen die Uebergriffe der Krone und einer Kamarilla bietet sich dem Volke in der Verfassung selbst das sicherste Bollwerk. Dazu die Autorität des Gesetzes in England, wie denn erst vor kurzem die Schuldigsprechungen und Verurtheilungen einiger Chartistenhäupter hinreichte, das tausendstimmige Heer der Chartisten vielleicht für immer stumm und unthätig zu machen. Zwar hat England seine Freiheiten nicht ohne gewaltige Bürgerkriege errungen, die in den Jahrbüchern seiner Geschichte mit blutigen Zügen verzeichnet stehen, aber es waren doch nur Kriege eines über die Hauptsache, über die Nationalitätsfrage, einigen Insulanervolkes, welches durch das ihm unterthänige Meer nach allen Seiten geschützt und durch das sogenannte „Concert der europäischen Mächte" nicht beengt war. Wenn aber die Engländer auch wieder einmal Revolution machen sollten, so kann man dessen gewiß sein, daß sie praktischer dabei verfahren und eher zum Ziele kommen werden, als Franzosen, Deutsche und Italiener!

Wiederholt hatte die Presse ihre Unzufriedenheit mit dem Gouverneur von Britisch Guyana, Sir J. Light, ausgesprochen, dessen Fehlern es zugeschrieben wurde, wenn diese Kolonie eine Haltung angenommen hatte, welche fast derjenigen der ehemaligen nordamerikanischen Kolonieen kurz vor der Unabhängigkeitserklärung glich. Die Times glaubt nun versichern zu dürfen, daß Hr. Barkly, Parlamentsmitglied und westindischer Eigenthümer, ausersehen sei, den jetzigen Gouverneur abzulösen. Hr. Barkly hat, obschon noch nicht lange im Parlament, durch seine Kenntnisse im Bereich des Handels und Kolonialwesens sehr bald die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Hr Barkly ist keineswegs ein Anhänger der jetzigen Regierung, mithin hat sie diesmal den ihr häufig gemachten Vorwurf zu vermeiden gewußt, daß sie die gutbezahlten Verwaltungsstellen in den Kolonieen zu Sinekuren für ihre Günstlinge mache. Das Kolonialwesen scheint überhaupt dasjenige Departement zu sein, welches bei der jetzigen Regierung am schlechtesten vertreten ist. Die Verwaltung und Einrichtung der meisten englischen Kolonieen in Amerika leiden an alten Gebrechen, deren Abhilfe von der Presse dringend verlangt wird. Die westindischen Kolonieen, namentlich Jamaika, klagen, daß sie bei dem jetzigen Systeme, welches sie in zu hohem Grade von dem Kolonialamte in London abhängig mache, immer mehr herunter kämen. Britisch Guyana hat sich thatsächlich ein Recht der Selbstverwaltung angeeignet, und auf eigene Faust Ersparungen in den Verwaltungsstellen vorgenommen. Weniger gebunden ist wohl Kanada, aber auch hier hat der Handel, wie selbst der Globe gesteht, in letzter Zeit empfindlich abgenommen.

London, 30. Nov. Die Times bringt in der heutigen Nummer einen mit größter Anerkennung geschriebenen Artikel über das so eben im noch nicht vollendeten 41. Lebensjahre gestorbene Parlamentsmitglied, Charles Buller, der namentlich das Kolonialwesen und die Auswanderungsfrage zu Gegenständen seines speziellen Studiums und seiner politischen Thätigkeit gemacht hatte.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Siebenbürgen, sagt das „C. Bl. a. B.," erhielten wir nach mehrwöchentlicher Pause wieder einmal Zeitungen. Sie geben ein trauriges Bild der Siebenbürger Zustände. Das Land ist in zwei Lager getheilt, Sachsen und Romanen kämpfen für den Kaiser, die Szekler für's ungarische Ministerium. Jeden Augenblick werden Städte und Dörfer durch Ueberfälle alarmirt. Der Landsturm ist organisirt, bald sollen 245,000 streitbare Männer auf den Beinen stehen. Der Kampf ist in vollen Flammen, und oft glaubt man, wenn man die Kampf- und Greuelberichte liest, sich in die Zeiten des großen walachischen Bauernaufstandes im vorigen Jahrhundert versetzt. Die Magyaren haben durch ihre Grausamkeiten herausgefordert, die Romanen, „denen ihre besten Söhne gehenkt wurden," blieben die Antwort nicht schuldig. Viele Edelleute wurden getödtet, in Zalathna ward das gesammte Beamtenpersonal von den Romanen niedergemacht, weil sie sich weigerten, die kais. Fahne aufzuziehen; bei Enyed haben die Magyaren sieben romanische Ortschaften eingeäschert und viele Romanen niedergemacht, in Keresztur wurde der Hofrichter krank aus dem Bette gezerrt und geschunden, einem gewissen Joseph Ujlaki wurden die Zähne ausgerissen. Das sind einzelne bezeichnende Züge dieses gräßlichen Bürgerkrieges, den Räubereien, Brand und vandalische Verheerungen auf jedem Schritt begleiten. Nur die Sachsen halten sich noch in den Grenzen der Humanität und vergelten den Szeklern die Blutthaten nicht, die diese an ihnen verübt. Der Commandirende hat, um diese Greuelthaten zu hemmen, bereits mehre Proklamationen erlassen.

Belgien.

* Die Neigung des jetzigen Ministeriums, Belgien mit einer größeren Centralisation zu beglücken, hat sich schon häufig kundgethan. Die dort herrschenden Staatsmänner sind lediglich in der französischen politischen Schule erzogen worden, und wahrlich sie machen ihren Lehrmeistern noch die meiste Ehre! Die Nationalvertretung hingegen fährt fort, jenem Bestreben Widerstand entgegenzustellen. So hat sie jetzt einen Antrag der Regierung mit 53 gegen 10 Stimmen verworfen, der dahin ging, die beständigen Provinzialdeputationen in ihrer Zahl zu schwächen. In der nämlichen Sitzung war der ministerielle Gesetzentwurf zur Aufhebung des Bergwerkrathes eingebracht worden. Wann wird in Deutschland endlich das veraltete und kostspielige steifbureaukratische System der Bergverwaltung fallen?

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 1. Nov. Unterm 22. Okt. richtete der kais. russische Staatsrath und Generalconsul, Hr. von Kotzebue, folgende Note an Se. Excellenz den Kaimakam der Walachei.

„Da die in neuester Zeit ausgebrochenen Unruhen eine militärische Besetzung dieser Länder durch kaiserliche Truppen nothwendig gemacht

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 4. Dez.) Wien (Neueste Nachrichten. Pillersdorf und Fischhoff. Die Reichskommissäre.) Innsbruck (Der Tiroler Landtag aufgelöst.) Berlin (Wrangel's Parade. Verstärkung der Garnison. Trübe Aussichten. Die Diäten. Das Schauspielhaus.) Brandenburg (Sitzung.) Tilsit (Russisches Heer an der Grenze.) München (Die Ministerien.) Freiburg (L. v. Rotteck.) Konstanz (Verhaftung.) Aus Thüringen (Beschluß der konstituirenden Versammlung in Schwarzburg-Rudolstadt.) Hamburg (Bunte Wahlen. Streitigkeiten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 26. Nov. bis 4. Dez.)

Pariser Börsenbericht (Vom 1. Dez.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 4. December.

Tagesordnung der 128. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten.
2) Berathung über Artikel I. und II. des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: der Reichstag.
3) Eventuell vor Berathung des §. 3 (des Reichstags): Berathung des vom Abgeordneten G. Beseler, Namens des Verfassungs-Ausschusses erstatteten Berichts über die Selbstständigkeit der kleineren deutschen Staaten.

Den Vorsitz übernimmt der Präsident Heinr. v. Gagern, der gestern Nachmittag aus Berlin zurückgekehrt ist. Er ist während das Protokoll verlesen wird, mit der eifrigen Durchsicht neuer Eingänge beschäftigt. Die Zuhörerräume sind nicht ungewöhnlich zahlreich besetzt, aber das Geräusch im Hause mag den Präsidenten davon überzeugen, wie viel während seiner Abwesenheit die Klingel des Vorsitzenden an Kraft verloren hat. Drei Austrittsanzeigen werden gemeldet. Ueber einen Wesendonck'schen auf die Geschäftsordnung bezüglichen Antrag wird von Langerfeldt Bericht erstattet. Desgleichen von Bauer aus Bamberg über eine Beschwerde Vogt's von Gießen gegen das Präsidium. Der Ausschuß für Geschäftsordnung bittet über den letzteren Gegenstand Entscheidung ohne vorgängige Diskussion zu fassen. Beide Berichte werden gedruckt und dann auf die Tagesordnung gebracht werden.

v. Peucker antwortet auf Wiesner's Interpellation, was das Reichsministerium für Vorkehr getroffen, die deutschen Reichstruppen vor der schmachvollen Gefahr zu bewahren, mit den barbarischen Horden der Kroaten und Seeschaner ferner in einer Reihe zu fechten. Der Souveränität Oesterreichs stehe es zu, seine Truppen und auch die deutschen, soweit sie nicht zum Reichsdienst erfordert würden, ganz nach eigenem Ermessen zu verwenden. Uebrigens seien die Kroaten ein so ausgezeichneter Bestandtheil des österreichischen Heeres, daß er nur die Hoffnung aussprechen könne, diese tapfere Truppe, wie sie seit Jahrhunderten für die Macht und Ehre Deutschlands ruhmvoll gekämpft und geblutet habe, so möge sie auch fernere Jahrhunderte mit Deutschland vereint zu Felde ziehen. (Bravo und lebhaftes Beifallklatschen.) Wiesner behält sich seine in Folge dieser Antwort zu stellenden Anträge vor.

Sodann geben die Urnen zur Einsammlung der Stimmen für die Präsidentenwohl durch die Reihen der Abgeordneten. Vicepräsident Nieser trägt die aufgezeichneten Namen vor, von denen sich (bei 415 Abstimmenden) der Name Heinrich von Gagerns 313 mal wiederholt. Heinrich Simon von Breslau hat 99 Stimmen erhalten, Graf Wartensleben, v. Soiron, Max Gagern jeder 1.

Die Verkündigung, daß mithin Heinrich Gagern wiederum zum ersten Präsidenten des Hauses erwählt sei, wird von den enthusiastischen Beifallsbezeigungen begleitet, an die wir in diesem Falle gewöhnt sind.

„Meine Herren", mit diesen Worten nimmt Gagern die Wahl an, „den erneuerten Beweis Ihres Zutrauens kann ich nur mit erneuertem Danke anerkennen, und mein Pflichtgefühl ist immer dasselbe, aber gesteigert durch den Gedanken, daß wir dem Ziele, das uns gesteckt ist, immer näher rücken. In diesem Gedanken werde ich die Kraft finden, Alles aufzubieten, damit dieses Ziel sobald als möglich erreicht werde." (Abermaliges schallendes Bravo!)

Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wird mit 275 von 445 Stimmen Eduard Simson von Königsberg gewählt. Er befindet sich bekanntlich derzeit als Reichskommissär in Berlin. Von den übrigen Stimmen sind 165 auf Heinrich Simon, 2 auf von Soiron, 3 auf Hartwig Beseler gefallen.

Auf den Platz des zweiten Vicepräsidenten wird endlich mit 219 von 425 Stimmen der kürzlich erst in die Nationalversammlung eingetretene Wilhelm Hartwig Beseler aus Schleswig gerufen. Er hat als Präsident der schleswig-holsteinischen Landesversammlung günstige Vorgänge für das Amt eines Vorsitzenden. Nachdem er einige Worte des Dankes gesprochen und wegen seiner Ungeübtheit in der Geschäftsordnung des Hauses im voraus um Nachsicht gebeten, nimmt er den Sitz zur rechten Hand des Präsidenten ein. Nach Beseler hatte die meisten Stimmen (154) Kirchgeßner erhalten.

Es wird hierauf zur Berathung des Verfassungsabschnitts: „Der Reichstag" geschritten. Artikel I., §. 1 lautet nach dem Entwurfe:

„Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus."

Die dagegen gestellten Anträge sind zuerst der von Moriz Mohl:

„Die Abgeordneten des deutschen Volks bilden den Reichstag."

Ferner ein eventueller Antrag Vogt's und Genossen, der das Zweikammersystem in so fern anerkennt, als aus dem Volkshause ein Viertel herausgewählt werden und das Oberhaus bilden soll. Von Rednern sind nur wenige angemeldet und keine von den Bedeutendern.

In der eröffneten allgemeinen Diskussion vermißt Nonwerck an dem Verfassungsentwurfe den Charakter der Zeit, die das Parlament hiehergebracht hat. Ja, der Entwurf ist so ungenügend, daß er die Revolution in Permanenz erklärt, daher protestirt Nonwerck gegen den „revolutionären Entwurf."

Tellkampf ergreift darauf das Wort zur Rechtfertigung des Staatenhauses neben dem Volkshause. Sowohl das durch die konstitutionelle Erfahrung erprobte Zweikammersystem, als das Wesen des Bundesstaats fordere die Errichtung eines Staatenhauses. Auch setze eine einzige Kammer die Freiheit in Gefahr, denn sie könne sich leicht einer Macht, die ohne Gegengewicht sei, zum Despotismus bedienen.

v. Watzdorf verhehlt sich nicht, daß er wenig Aussicht auf Erfolg habe, wenn er gegen das Zweikammersystem, „diese ew'ge Krankheit" der Staatsgesetzgebung, spreche. Aber nicht die Weisheit des Gesetzgebers, sondern rein das örtliche Bedürfniß habe in England das Ober- und Unterhaus gebildet, indem die erste Versammlung zu zahlreich war, um in Einem Saale Raum zu haben. In der zufälligen Trennung habe man dann einen so tiefen Sinn gefunden, daß die englische Einrichtung sogar nach Nordamerika ausgewandert und dort adoptirt worden sei. Er (Watzdorf) gehöre einem Staate an, Sachsen, wo ebenfalls das Zweikammersystem herrsche. Was sei die Folge davon gewesen? Wenn zwei mal zwei in der zweiten Kammer vier, so sei es in der ersten sechs gewesen und das Ergebniß der Vereinigung sodann fünf. Kurz, was man für ein Rad am Wagen des Staates ausgeben wolle, sei nur ein Hemmschuh.

Jahn. Hat früher ein Redner von dieser Stelle gesagt, er erwarte keine Weisheit von diesem Hause, so erwarte er noch mit viel größerem Rechte keinen Abgewitz. Ein Staatenhaus sei das Alte und das Nothwendige des deutschen Reichs, ein Volkshaus dazu das Neue und das Richtige. Nur so werde man haben etwas Stetiges und etwas Bewegendes — ein Bleibendes und ein Treibendes — und dies mache eben den Staat aus.

Freudentheil: Unsere Aufgabe kann nicht gelöst werden, wenn ein Staatenhaus neben uns tagt. Nicht die Individualität der einzelnen Staaten, sondern ihr Partikularismus, der etwas ganz Anderes ist, wird sich im Staatenhause vertreten sehen und das dynastische Interesse. Wie soll da die Scheidewand fallen zwischen den einzelnen Stämmen und Ständen? Das Reichsoberhaupt wird vielmehr in dem Staatenhause ein bequemes Mittel finden, das Odium zurückgewiesener Gesetze von sich abzulehnen.

v. Bally: Der Entwurf ist revolutionär genannt worden. So hieß ich auch dreißig Jahre lang, bis ich hierher kam, wo ich auf einmal als „reaktionär" bezeichnet werde. Dennoch beantrage ich die Annahme des „revolutionären Entwurfs" zu einem doppelten Kammersystem.

Digitized by Google

Dahlmann als Berichterstatter erhält hierauf das Schlußwort. Wenn He. Nauwerck nicht zwischen den Zeilen des Entwurfs, sondern in diesen selbst lesen wollte, so werde er für sein trübes Uetheil keinen Grund finden. Wäre aber auch das Zweikammersystem in England aus dem Zufalle entstanden, wie He. v. Wagdorf behauptet hat — aber dieser Zufall war ein dauernder: „die Stenern", nach ihnen trennte man sich — so kann uns doch nur Nordamerika zum Muster dienen, nicht England. Die Mannigfaltigkeit des Reiches in Ehren zu halten, nnseren besondern deutschen Verhältnissen, unseren Nothwendigkeiten gerecht zu werden, dazu bedürfen wir des Staatenhauses und darum empfehle ich Ihnen die Annahme des §. 1.

Zuerst kommt zur Abstimmung (durch Zettel auf Tafel's Verlangen), der Verbesserungsantrag: „der Reichstag besteht aus den in Einem Hause vereinigten Abgeordneten des deutschen Volks." 339 (gegen 95) Stimmen verneinen die Annahme dieser Bestimmung. Dagegen erhält die überwiegende Mehrheit der §. 1 in der oben mitgetheilten Ausschußfassung.

Die Berathung über den Verfassungsentwurf wird hier abgebrochen, um den Bericht G. Brselers über die Selbstständigkeit der kleineren Staaten zu erledigen, da dieser Gegenstand den nachfolgenden Einzeln-Bestimmungen über das Staatenhaus vorzugreifen scheint. Die Mehrheit des Verfassungsausschusses hat den Antrag gestellt:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, über die auf Mediatisirung gerichteten Anträge zur motivirten Tagesordnung überzugehen."

Die beiden Minderheitsgutachten dagegen lauten:

Das erste: „Die Nationalversammlung möge die provisorische Centralgewalt beauftragen, die Mediatisirung der kleineren deutschen Staaten, oder wo dieß nicht angeht, deren Vereinigung in Staatenverbänden auf dem Wege des Vertrages zu vermitteln und kräftigst zu unterstützen." (Wigard. Römer. Schreiner.)

Das zweite: Die Unterzeichnetrn, mit den Motiven des Berichts im Allgemeinen einverstanden, glauben doch zu einem abweichenden Schlußantrag gelangen zu müssen.

Sie beantragen:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsgewalt aufzufordern, die Zusammenlegung der kleineren Staaten zu Staatenverbänden nach Kräften zu befördern, unter Umständen die Vereinigung einzelner derselben mit einem größeren Staate zu vermitteln.

(Waitz. Ahrens. Somaruga. Mittermaier. Zell.)

Ueber das Ergebniß der Diskussion melden wir in der Nachschrift.

Wien, 28. Nov. Der Allg. Z. wird geschrieben, daß auf Veranlassung des Fürsten Windischgrätz die radikalen Elemente des Gemeinderaths, die HH. Freund, Stift, Wessely u. A. aus demselben ausscheiden mußten. Die Adresse des Gemeinderaths an den Fürsten, worin ihm für seine Milde gedankt wird, wurde entworfen, nachdem der Fürst selbst den Gemeinderath pnrificirt hatte. — Ueber den Operationsplan gegen Ungarn berichtet die Allg. Ztg., daß man vor allem gegen Preßburg operiren, Komorn bei Seite liegen lassen, und geradezu auf Pesth losgehen wird. Die starken Verschanzungen von Raab würden dann wohl allein dem Vordringen der kaiserlichen Truppen einen ernsthaften Widerstand entgegensetzen. — Die beiden in Wien noch amtirenden ungarischen Staatsräthe Georg Bartal und Michael Platthy wurden von Windischgrätz beauftragt, ihre Funktionen einzustellen und innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen. — Bei der am 27. abgehaltenen Versammlung der hiesigen Wähler nach Frankfurt waren die österreichischen Deputirten Mühlfeld, Egger und Mayern anwesend. Man beschloß gegen die in den §§. 2 und 3 der Reichsverfassung enthaltenen Bestimmungen zu protestiren und auf eine Abänderung derselben zu dringen. In einer demnächst wieder abzuhaltenden Versammlung sollte eine Adresse in diesem Sinne entworfen werden. — Der amerikanische Geschäftsträger W. H. Stiles widerspricht in der Wiener Ztg. der Nachricht, als habe die amerikanische Legation den bekannten De. Schütte in ihren Schutz genommen. — Von der „Kriegssteuer", welche Radetzky, im Betrag von 38 Mill. Lire, in der Lombardei ausschrieb, und welche hauptsächlich auf den Adel fällt, sind dem Vernehmen nach von dem die Stadt Mailand betreffenden Antheil bereits 7 Millionen eingeflossen.

△ **Wien**, 29. Nov. Pillersdorf hat in Folge der vielen Anfeindungen der konservativen Presse und der Hofpartei sein Mandat als Abgeordneter des zweiten Bezirks der Stadt Wien niedergelegt und es wird demnächst eine neue Wahl in dem genannten Bezirke vorgenommen. — Der Abgeordnete Fischhof, welcher auf seine Stelle als Ministerialrath resignirt wollte, wurde von dem Grafen Stadion veranlaßt, jene Stelle beizubehalten. — Dem Vernehmen nach sind die Akten über das standrechtliche Verfahren gegen Robert Blum den Kommissären der deutschen Centralgewalt verabfolgt worden; doch lehnte Fürst Windischgrätz die Bitte der Kommissäre, sich mit den Richtern in mündliches Einvernehmen setzen zu dürfen, dahin ab, daß er ihnen sagte, er könne sie nicht hindern, mit den Richtern zu sprechen, doch würden sie nichts von ihnen erfahren, da es gegen ihre Amtspflicht sei, mehr zu sagen, als in den Akten stehe — um weitere Mittheilungen von ihnen zu erhalten, dazu bedürfe es eines Machtspruches, den er selbst weder thun könne, noch wolle!

Innsbruck, 19. Nov. Schon seit ein paar Tagen geht hier das Gerücht um, daß ein von dem Kaiser und einem Minister unterzeichnetes Dekret, wodurch die alsbaldige Auflösung des tiroler Landtags anbefohlen wird, an das hiesige Landespräsidium gelangt sei. Gestern Abend hat sich der tiroler Landtag nun wirklich aufgelöst. (Oest. Corr.)

△ **Berlin**, 1. Dez. General Wrangel hat über die heute eingerückten Gardekavallerieregimenter Revue abgehalten, der eine zahlreiche Menschenmenge beiwohnte. Es waren das Gardedragoner-, das Gardekurassier- und das Gardedukorps-Regiment, welche einrückten, dieselben, die nach dem 18. März aus Berlin entfernt worden waren. Gleichzeitig indeß verließ das nach dem 18. März von Fürstenwalde hierher verlegte Ulanenregiment die Stadt, um nach seinem früheren Garnisonsorte zurückzukehren. General Wrangel hielt nach dem Vorbeimarsche der Truppen eine Ansprache an die Umstehenden. „Er bedaure, daß er genöthigt gewesen, mit so vielen Truppen hierher zu kommen; aber man wisse jetzt ja allgemein, wie nothwendig dies gewesen. Die gute Haltung der Bürgerschaft habe es ihm möglich gemacht, von der ihm anvertrauten Gewalt einen milden Gebrauch zu machen. Er hoffe, die Bürgerschaft von Berlin werde mit ihm und mit seinen Truppen zufrieden sein." Jedermann fragt sich nach dem Grunde dieser bedeutenden Verstärkung der Garnison. Die Einen sagen, man habe die Garnison von Berlin auf ihren früheren Bestand zurückbringen wollen, um alsdann baldigst die übrigen Truppen wieder aus Berlin entlassen zu können. Wir gestehen, daß uns diese Angabe nicht ganz zuverlässig erscheint. Ebensowenig indeß können wir unbedingt der Meinung derjenigen beitreten, welche diese Verstärkung der Garnison für eine Vorsichtsmaßregel halten, welche von Plänen wissen wollen, in Folge deren die Regierung die Koncentrirung einer noch größeren Truppenmacht in Berlin für nothwendig erachtet. Wir gestehen aber auch, daß wir die Möglichkeit solcher neuen Verwickelungen nicht ganz in Abrede zu stellen wagen. Auch in Brandenburg fingen heute die Dinge an sich trübe zu gestalten. Kann es der Partei Unruh wirklich Ernst damit sein, eine Legalisirung aller der seit dem 9. November durch die zurückgebliebenen Mitglieder der Nationalversammlung ergangenen Beschlüsse zu erzielen? Denn etwas anderes ist das Verlangen, den Präsidenten Unruh und die Vicepräsidenten Bornemann, Phillips, Plönnies anzuerkennen, nicht. Doch nicht allein die Krone würde das nimmermehr zugeben; sondern auch das Land würde in seiner großen Mehrheit dagegen sein. Wenn auf dem heute eingeschlagenen Wege noch ein Tag verhaert wird, so kann die Auflösung der Nationalversammlung nicht ausbleiben; mit der Auflösung erfolgt aber die Oktroyirung der Verfassung; der Weg der Vereinbarung wird von der Krone verlassen werden. Es ist ein schrecklicher Gedanke — und doch, kann man sich dieses Gedankens erwehren? Gewiß ist, daß etwa 150 Mitglieder, der Fraktion Milentz und der äußersten Linken angehörend, nicht nach Brandenburg gehen werden. „Ist auch Alles für uns verloren", hat eine bedeutende Persönlichkeit unter ihnen geäußert, „unsere Ehre wollen wir nicht verlieren". Die Konsequenz darf immer einer gerechten Anerkennung sicher sein. Zugleich gibt sich in jenem Ausspruche das Urtheil kund, welches ehemalige Anhänger und Freunde Unruh's über dessen Benehmen fällen — ein Urtheil, welches strenger nicht sein kann.

Digitized by Google

Berlin, 1. Dez. Die konstitutionelle Korrespondenz behauptet, daß ein Hauptgrund für die Mehrzahl der jetzt doch nach Brandenburg gehenden Abgeordneten Mangel an Geld gewesen sei.

Heute Abend wird das Schauspielhaus von seiner bisherigen Besatzung verlassen und das Haus morgen mit Aufführung der „Royalisten" dem Publikum wieder geöffnet werden. Mylius Spritzsoal wurde gestern Abend versiegelt, nachdem man zum vierten Male eine Anzahl Deputirte daraus militärisch entfernt hatte.

(Lithogr. Korr.) **Brandenburg.** Sitzung der Abgeordneten im Dom zu Brandenburg. 1. Dez. Minister sind nicht anwesend. Während des Namensaufrufs erscheinen die Abgeordneten, Schneider, Moritz, v. Kirchmann, Kämpf, Kosch, Bucher, Dittschke und mehrere andere Mitglieder der Linken und der äußersten Linken. Die Versammlung wächst hierdurch auf eine Mitgliederzahl von 210. Der Alterspräsident Brünneck will nunmehr die Konstituirung des Bureaus vornehmen. Schneider verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Nach einer langen, nicht leidenschaftslosen Debatte über die Zulässigkeit von persönlichen Bemerkungen, welche von Baarr (Berlin) und Peter bestritten, von Daur, Kämpf, Parrisius und Waldmuth behauptet wird, entscheidet sich der Präsident für die letztere Meinung. Schneider erklärt hierauf im Namen von etwa 40 Mitgliedern: „Wir Unterzeichnete erklären, daß wir, festhaltend an dem Beschlusse der Nat.-Vers. vom 9. Nov., fortdauernd der Krone das Recht bestreiten, die Nat.-Vers. einseitig von Berlin zu verlegen, sie zu vertagen oder aufzulösen. Nachdem die Fortsetzung der Berathungen in Berlin durch Militärgewalt unmöglich gemacht ist, und man damit gedroht hat, die hiesige Minorität auf ungesetzlichem Wege zu vervollständigen, erscheinen wir hier in Brandenburg, alle andern Rücksichten dem Wohle des Landes opfernd." An der Spitze der Unterschriften finden sich die Namen v. Unruh, Plönnis, Phillips, Schneider. Der Letztere fügt der Erklärung die Bemerkung hinzu, daß die Präsidenten v. Unruh, Phillips und Plönnis ihn beauftragt hätten, mitzutheilen, daß sie nur deshalb nicht erschienen seien, weil sie mit der Einberufung der noch fehlenden Abgeordneten nach Brandenburg beschäftigt seien. Parrisius beantragt Vertagung der heutigen Sitzung bis Montag. Dieselbe wird mit 145 gegen 113 Stimmen verworfen. Schneider erklärt hierauf unter lärmendem Widerspruch der Rechten, daß er und seine Freunde **heute** an den weiteren Verhandlungen nicht Theil nehmen und den Saal verlassen werden. Der Präsident läßt, obgleich eine große Anzahl aus dem Saale geht, demnach den Namensaufruf behufs der Präsidentenwahl vornehmen. Baumstark bemerkt, die Versammlung kenne keinen Präsidenten v. Unruh; die Wirkung der am 12. Okt. vorgenommenen Wahl habe mit dem 12. Nov. aufgehört, jede inzwischen vorgenommene Wahl sei ungesetzmäßig und wirkungslos. Weichsel, Fleischer, Parrisius, Gerbel, Daur treten gegen diese Behauptung auf. Bornemann erklärt: er lasse dahin gestellt, ob er legal oder illegal zum Präsidenten gewählt worden, es sei mit dem Bewußtsein hergekommen, nicht mehr Präsident zu sein. Der Namensaufruf ergibt, daß nur 172 sich bei der Wahl betheiligt haben. Das Scrutinium muß demnach unterbleiben. Simons motivirt hierauf den von ihm gestellten Antrag: Durch den Alterspräsidenten das Staatsministerium zu ersuchen, für die am Donnerstag beim Namensaufruf nicht erschienenen Mitglieder die Stellvertreter einzuberufen. Wenn die Versammlung nicht das Recht habe, Beschlüsse zu fassen, so sei sie doch berechtigt und verpflichtet, die zu ihrer Beschlußfähigkeit erforderlichen Wege zu beschließen. Meusebach spricht sich in gleichem Sinn aus, indem er die Erwählung des Alterspräsidenten als einen Präcedenzfall ansieht. Waldmuth, Zachariä, Daur, weisen auf die Gewaltsamkeit des Antrages hin und heben dessen Widerspruch zur Geschäfts-Ordnung hervor. Daniels will, daß die heute aus dem Saal gegangenen Mitglieder als ausgeschieden betrachtet und das Staatsministerium ersucht werde, Neuwahlen zu veranlassen. Brenner schlägt gegen diese „Ausstoßung" die Geldstauflösung der ganzen Versammlung vor, damit für Alle Neuwahlen vorgenommen werden können. Fleischer macht unter Bezugnahme auf die Stenograph. Berichte darauf aufmerksam, daß Daniels selbst in einem früheren Falle zu denjenigen Mitgliedern gehört habe, die durch Verlassen des Sitzungssaales geflissentlich die Versammlung beschlußunfähig gemacht haben. Daniels streitet dies zwar in Abrede, zieht jedoch seinen Antrag zurück. Es erfolgt Namensaufruf über den Simons'schen Antrag. Es enthalten sich 82 der Abstimmung ganz (unter ihnen Heermann, Duncker, Arnold (Danzig), Kosch, Harkort, Eckert, Kühlwetter, Milde, v. Mylius, Rintelen, v. Wittgenstein, Ostermann, v. Winterfeld, Grüter, Rehfeld, Hartmann); 73 stimmen für den Antrag (unter ihnen Hansemann, Hesse, Jonas, Mätzke, Meusebach, Steinbeck, Rottels, Tüshaus, Berghaus, Brünneck, Riedel), einer ist gegen den Antrag. Derselbe ist verworfen, und der Präsident erklärt: er werde das Staatsministerium von dem Resultat in Kenntniß setzen und demselben die Ergreifung geeigneter Maßregeln überlassen. — Baumstark stellt schließlich den Antrag: die Versammlung wolle den Alterspräsidenten ersuchen, die nächste Sitzung zu Donnerstag Vormittag 11 Uhr anzusetzen. Kurth will die nächste Sitzung morgen und versichert, daß die Versammlung morgen beschlußfähig sein werde. Baumstark's Antrag wird mit 72 gegen 61 angenommen. (Schluß 4 Uhr.)

(Lith. Korr.) **Brandenburg**, 1. Dez. Die heutige Sitzung hat unwiderleglich gezeigt, daß an ein Verhandeln zwischen den gegenwärtigen Mitgliedern der preuß. Nat.-Vers. nicht mehr gedacht werden kann. Man glaubt, das Ministerium werde die Versammlung auflösen. — He. Grobow war vorgestern hier, dem Anschein nach nur zu Privatzwecken. He. v. Bülow-Cummerow gehört seit mehreren Tagen zu den eifrigsten Besuchern unseres wunderbaren Parlaments.

München, 20. Nov. Der Landbote enthält folgende Nachrichten, die, wenn begründet, uns um so mehr wünschen lassen, daß der Rücktritt des Herrn von Lefuire sich bestätigen möge: „Man spricht von einem bedeutenden Konflikte des neuen Kriegsministers und seiner Kollegen, und zwar in dem Maße, daß von zwei Mitgliedern des „Gesammtministeriums" gegen alle Solidarität feierlich Verwahrung eingelegt worden sein soll. Man scheint seit dem Eintritte des Herrn von Lefuire namentlich jede Regung des konstitutionellen Geistes bei den Offizieren systematisch niederhalten zu wollen. Hat man doch den wenigen Offizieren, die für die bevorstehenden Wahlen von der kompetenten Behörde, dem Staatsministerium des Innern (?), als Wahlkommissäre ernannt worden sind, eröffnet, daß die Theilnahme an den Wahlbewegungen mit den speziellen Standespflichten eines Offiziers nicht verträglich sei." (N. C.)

Freiburg, 1. Dez. Heute ist Advokat Carl von Rotteck seiner langwierigen, beinahe achtmonatlichen Haft, gegen Caution entlassen worden und daher eingetroffen. (Oberrh. Z.)

Konstanz, 1. Dez. Gestern Mittag wurde der frühere Redakteur der Seeblätter, Leutner, verhaftet und nach Stockach abgeführt. (Karlsr. Z.)

Aus Thüringen, 28. Nov. Die konstituirende Ständeversammlung des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt hat in ihrer 24. Sitzung, den 28. November, folgenden Beschluß gefaßt: §. 1. Der bisherige Adelstand ist mit seinen Vorrechten abgeschafft. §. 2. Der Staat kennt keine Adelstitel mehr. §. 3. Alle zum Besten des Adels etwas Besonderes verordnenden gesetzlichen observanzmäßigen Bestimmungen sind aufgehoben. (Fr. Z.)

Hamburg, 30. Nov. Syndikus Banks ist hier vorgestern Morgen aus Kopenhagen über Lübeck wieder eingetroffen.

** **Hamburg**, 1. Dez. Im vierten Wahlbezirk haben die Conservativen den Sieg davon getragen, weil die Liste der Liberalen den Radikalen nicht genügte. Wir haben, noch ehe es an die Berathung geht, heftige Streitigkeiten zu gewärtigen, zuerst um den Ort der Zusammenkunft, dann um den zu leistenden Eid. Unsere demokratische Presse ist sehr thätig.

Frankfurter Börsenbericht.

(Wochenbericht.)

In der vergangenen Woche war im Staatspapier-Handel keine besondere Thätigkeit bemerkbar. Die beiden wichtigsten Ereignisse: die Eröffnung der preußischen National-Versammlung in Brandenburg und die Verhandlungen der Pariser Assemblée vom 25. November äußerten keinen besondern Einfluß. Selbst die täglich eintreffenden höhern Notirungen aus Berlin blieben, mit Ausnahme der kölnischen fl. 500 Loose und der Köln-Mindener-Eisenbahn-Aktien, ohne besondere Rückwirkung. In Folge des glänzenden parlamentarischen Sieges des Generals Cavaignac er-

Digitized by Google

wartete man einen bedeutenden Aufschwung der Rente. Diese blieb aus. Ziemliche Posten 5pCt. Metall. wurden zu weichenden Coursen abgegeben; die Differenz betrug beinahe 1 pCt. (68⅛ à 69¼). Auch die österr. fl. 500 Loose fielen von 118½ à 117½. Dagegen erhielten sich die fl. 250 Loose auf 78¾ à 79. Preußische Staatsschuldscheine und Köln-Minden-Eisenbahn-Aktien stiegen, mit Rücksicht auf die Berliner Notirung, erstere auf 77¼, letztere auf 77. Die Berliner Börse scheint sich der Hoffnung hinzugeben, durch die dortigen politischen Zustände einen gesicherten Boden für die Spekulation zu gewinnen. Hier ist man weniger sanguin. — Einen bedeutenden Aufschlag erfuhren die köln. fl. 500 Loose, von 68⅛ auf 69¾. Die täglich vorkommenden Einkaufs-Aufträge können sogar wegen Mangel an komptanten Stücken nicht befriedigt werden. In den badischen und hessischen Loosen zeigte sich keine Regsamkeit. Die erstern wurden bis fl. 26. bezahlt und nach vollendeter Ziehung zu fl. 25½. abgegeben. Im Handel mit Nordbahn und Verbach zeigte sich ebenfalls keine besondere Lebendigkeit. Die erstern schwankten zwischen 39½ und 40⅛, die letztern zwischen 64¼ und ¾. Die in unsern frühern Berichten besprochenen 5pCt. Prioritätsaktien der Verbacher Bahn sind nun durch das Handlungshaus Philipp Nicolaus Schmidt an die Börse gebracht worden. Von dieser Prioritäts-Anleihe von zwei Millionen Gulden hat die baierische Regierung einen Antheil von fl. 800,000. selbstständig zu ganz gleichen Rechten übernommen. Die Verzinsung dieser Anleihe findet halbjährlich mit 5 pCt. p. a. am 1 Okt. und 1. April eines jeden Jahres statt und hat die von Seiten des baierischen Staates nach Maßgabe des Gesetzes vom 25. Aug. 1843 für das ganze Bau- und Einrichtungs-Kapital geleistete Zinsen-Garantie auch auf diese Anleihe von 2 Mill. Gulden ihre Anwendung. Die Tilgung des Kapitals erfolgt mittelst notarieller Verloosung der Partial-Obligationen, wobei ein Minimum von ½ pCt. alljährlich in steigenden Progressionen unbeschadet früherer und größerer Rückzahlungen, festgesetzt ist. Zur Sicherheit dieser Anleihe wird die ganze pfälzische Ludwigseisenbahn mit allen Zubehörungen, namentlich Bahnhöfen und sonstigen Baulichkeiten verpfändet und bei den betreffenden Hypotheken-Behörden als Prioritätskapital an erster Stelle eingetragen. Die Ausgabe der Partial-Obligationen erfolgt noch vor Ablauf dieses Jahres und zwar in Stücken von fl. 1000 — fl. 500 — und fl. 100. — Wir glauben, Kapitalisten auf diese sehr solide 5pCt. Kapital-Vorlage aufmerksam machen zu müssen.

Die amerikanischen 6pCt. United States bleiben fortwährend gefragt. Man zahlt gegenwärtig 105½. Die Wahl des Generals Taylor zum Präsidenten der amerikanischen Republik erweckt Vertrauen und es stehet zu erwarten, daß dieses Effekt, dessen Solidität immer mehr gewürdiget wird, einer Preiserhöhung entgegengehet. — Von der Thätigkeit des Wechselgeschäfts in vergangener Woche läßt sich nicht viel Erfreuliches berichten. Die Umsätze waren beschränkt und die meisten Devisen mußten in der Notiz herabgesetzt werden. Die ablaufenden kurzen Sichten wurden nur mit Mühe in kleinen Partieen angebracht; unsere Bankier sahen sich genöthigt, um nicht unter Notiz zu verkaufen, direkt einzuschicken. Dieses gilt namentlich von Amsterdam, Berlin, Hamburg, London und Paris. Man notirt, wie folgt: Amsterdam 100⅛ B.; Zwei Monat 100¼ G.; Augsburg 119¾ B.; Berlin 105⅛ G.; Leipzig 105½ G.; Bremen 99⅛ B.; Hamburg 88¼ B.; Zwei Monate 88 B.; London 121 G.; drei Monat 120½; Mailand 100¾ B.; Paris 94⅛ G.; Wien 107 B.; Coupons 106½.

Mit Ausnahme der holländischen fl. 10 Stücke, die auf fl. 10. 3 kr. heruntergegangen, haben die Geldsorten abermals keine Veränderung erfahren. Der Preis des Goldes nimmt, mit Bezug des Standes der auswärtigen Märkte, immer noch einen hohen Standpunkt ein. Es gibt manche Kapitalisten, die in unsern politischen und socialen Zuständen noch keine Bürgschaft einer andauernden Ruhe erblicken und darum einen Theil ihrer disponiblen Gelder vorzugsweise in Goldsorten placiren. Man notirt: Neue Louisd'ors fl. 11. 5 kr.; Pistolen fl. 9. 56 kr.; ditto Preußische fl. 9. 57 kr.; Holländische fl. 10 Stücke fl. 10. 3 à 4 kr.; Randdukaten fl. 5. 36 kr.; 20 Frankenstücke fl. 9. 38 kr.; Englische Souvereigns fl. 12. 2 kr.; Gold al marco fl. 392; Laubthaler fl. 2. 43½ kr.; Preußische Thaler fl. 1. 45 kr.; Hochhaltig Silber fl. 24. 24 kr.; Gering und mittelhaltig fl. 24. 18 kr.

Vom 4. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 69¼; 2½pCt. ditto 36½; Bankaktien fl. 1168; fl. 500. Loose 119½; fl. 250. Loose 79½; Badische fl. 35. Loose 25⅝; Hessische Rthlr. 40 Loose 24⅝; Polnische fl. 500 Loose 69½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40⅝; Verbach 63¾; Köln-Minden 77½; 3pCt. inländ. Span. 18½; 4½pCt. Würt. 93; 4½pCt. Belg. 72⅞; Holl. 2½pCt. Integrale 46⅛.

Die Börse war trotz der eingetroffenen höheren ausländischen Notirungen nicht sehr günstig gestimmt. Nur österr. Loose wurden höher bezahlt.

Paris, 1. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 66. 35. 3pCt. 43. 30; Neue ——; Neapol. 78. —; Bankaktien 1369; —; Span. 5pCt. (Arbeins) —. —; 3pCt. 25. —; 3pCt. inländische —. —; St. Germain Eisenbahn-Aktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 107. 50; linkes Ufer 103. 75; Paris-Orleans 600. —; Paris-Rouen 355. —; Orleans-Bordeaux 365. —; Orleans-Vierzon 215. —; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 160. —; Straßburg-Basel 77. 50; Nordbahn 343 75; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 327. 50; Römisches Anleihen 59.

Alle Courses fortwährend steigend, zum Theil wegen Kündigungen. Mehrere Spekulanten auf das Fallen werden, wie man fürchtet, austreten müssen.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 4. Dez. (Schluß.)

Mölling (aus Jever in Oldenburg) spricht für die Mediatisirung durch die Nationalversammlung. v. Reden aus Berlin will alle diejenigen monarchischen Staaten Deutschlands, die 1846 weniger als 200,000 Einwohner halten, zu größeren Staatsvereinigungen zusammengelegt sehen. Moriz Mohl: wenn wir den Weg der Gesetzgebung nicht einschlagen, um im Namen der Nation über deren Gebiet zu bestimmen, unbekümmert um irgend welche dynastische Interessen, so wird die Revolution hinter uns kommen, und weniger Umstände machen. Die Centralverwaltung aller Staaten unter zwei oder drei Millionen Einwohner ist unverhältnißmäßig theuer. Solche kleine Staaten können aber dennoch — wie zum Beispiel bei Anlage einer Eisenbahn — Maßregeln verhindern oder doch erschweren, die zum Wohle von ganz Deutschland erforderlich sind, sie hätten keine öffentliche Meinung und überhaupt nur Raum für die kleinlichste Polizeiaufsicht. Zimmermann aus Stuttgart begegnet dem Vorurtheile, als sollten hier nur die kleinen Staaten Deutschlands mediatisirt werden. Das würde allerdings eine Ungerechtigkeit sein. Aber keineswegs. Er will die großen vielmehr eben so wohl mediatisirt sehen, wie die kleinen. Alle deutsche Staaten bis auf Einen, den künftigen Einheitsstaat. Freilich einer gewaltigen Revolution werde es dazu bedürfen, doch hinsichtlich derselben hofft Zimmermann auf den Geist der Geschichte. Beckee von Gotha: Nicht die kleinen Staaten sind das Hinderniß der deutschen Einheit, sondern die großen; daher achte man das gute Recht der kleinen Staaten und täusche sich auch nicht durch ein falsches Mitleiden mit ihnen. Beckee empfiehlt mithin dringend den Mehrheitsantrag des Ausschusses. — Die Debatte wird hierauf geschlossen, die Abstimmung aber auf morgen ausgesetzt.

; **Frankfurt**, 4. Dez. Der Papst, so heißt es, ist bereits nach Malta auf einem französischen Dampfschiffe abgegangen. Neapel soll den Krieg an den Kirchenstaat und Toscana erklärt haben.

Noch eine schlimme Nachricht, die wie gern bezweifeln möchten: Am 27. Nov. war ein Manifest über die Auflösung der Landesversammlung, und die Grundzüge einer oktroyirten Verfassung in der Decker'schen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei in Berlin bereits gedruckt.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Bower & Co. 12 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 25 Rue de Bourgogne.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1 T kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungsexpedition. Für Angezeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 321. **Frankfurt a. M., Dinstag 5. Dezember.** **1848.**

Uebersicht.

Der Entwurf der Reichsverfassung IV.

Deutschland. Frankfurt (Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Centralgewalt und Frankreich. Commission für Handelsgesetzgebung.) Wien (Vermehrung des Heeres. Quadruplicollianz. Wahlmännerversammlung. Becher und Jellinek.) Kremsier (Die Programme der Parteien.) Brünn (Der Landtag über den Anschluß an Deutschland.) Pest (Tod Ibrahim Pascha's. Seine Familie und sein Nachfolger.) Berlin (Worte des Königs und des Gen. Wrangel. Denunciationen. Gagern's Sendung.) Posen (Eine Antwort auf die Ansprache an das preußische Volk. Der Deutsche Bund. Waeschau.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Bonn (Frequenz.) Meiningen (Besetzung durch Reichstruppen.) Hildburghausen (Proteste gegen Mediatisirung.) Altona (Ein Friedensvorschlag.) Bremen (Gestrandete Auswanderer.) Lübeck (Rath und Bürgerschaft. Preßgesetz.)

Großbritannien. (Morning Chronicle über den Bassermann'schen Bericht. Die Inhaber spanischer Bons. Mittheilungen der englischen Journale aus Madrid, Neapel und Rom. Robert Peel und Ludwig Philipp. Erlöschen der Cholera in London.)

Frankreich. Paris (Neuestes.)

Oesterreich. Monarchie. Krakau (Bekanntmachung.) Hermannstadt (Das Szekler-Lager gesprengt.)

Italien. Venedig (Die Finanzen. Der Ausfall auf Mestre.)

Schweiz. Bern (Die Bundesversammlung geschlossen. Duell. Erklärungen der fremden Gesandten.)

Ungarn. (Bombardement von Arad.)

Paris er Börsenbericht (Vom 2. Dez.)

5. Dezember.

An die Spitze des von ihm entworfenen Bundesstaates will Herr Hansemann ein dreitheiliges Direktorium gestellt haben, bestehend aus unverantwortlichen Fürsten und bestellt auf die folgende Weise: Der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen treten entweder selbst in das Direktorium oder ernennen an ihre Stelle einen zur Erbfolge berechtigten Prinzen ihres Hauses. Für das dritte Mitglied hat der König von Baiern aus drei verschiedenen Regentenhäusern, unter denen das österreichische und preußische nicht sein darf, drei Fürsten vorzuschlagen, aus denen einer von den Regierungen der Einzelstaaten erwählt wird, an welcher Wahl wieder Oesterreich, Preußen und Baiern keinen Theil haben. Die Delegation, auf welche Herr Hansemann bekanntlich besonderen Werth legt, ist hier von Seiten Oesterreichs und Preußens fakultativ, von Seiten der anderen Staaten festgesetzte Regel. Damit sie desto deutlicher hervortrete, soll dieselbe eine auf gewisse Jahre beschränkte feste Dauer haben, sowohl wenn Oesterreich und Preußen delegirt, als für den von den anderen Staaten zu erwählenden delegirten Fürsten. Dem so gebildeten Direktorium tritt nun, wie schon vor dem März die Volksstimme forderte, eine Volksvertretung, und außerdem, wie jetzt in allen Verfassungsplänen feststeht, ein Staatenhaus zur Seite. Was Hr. Hansemann über deren Zusammensetzung, über ihre Machtbefugniß, über die Vertheilung der gesetzgebenden und Regierungsgewalt zwischen der Bundesregierung und den Einzelstaaten bestimmt, das ist alles durchaus zweckmäßig und zufriedenstellend. Ohne sich in letzterer Beziehung in unnützes und verwirrendes Detail einzulassen, theilt Hr. Hansemann mit der Sicherheit des praktischen Staatsmannes der Bundesgewalt das Unentbehrliche zu. Die Bestimmungen der bekannten §§. 2 und 3, die Einheit der auswärtigen Vertretung, des Zoll- und Postwesens, gleiche Münze, Maaß und Gewicht, einheitliche Regelung alles dessen, was sonst vom Staate für Handel und Verkehr zu leisten ist, Reichsgericht und Garantie der wichtigsten Freiheitsrechte — das alles kommt zu dem, was schon die alte Bundesverfassung Gutes und Heilsames in dieser Beziehung hatte. Es ist diese, die Hr. Hansemann uns bietet, gereinigt von den formellen Mängeln der Beschlußfassung, wie von den schlimmsten ihrer materiellen Uebelstände, ausgefüllt in ihren wesentlichsten Lücken, ergänzt durch die gefoderte Volksvertretung; es ist eine Reform, wie vor dem Beginn der großen Frühlingsbewegung, als freiwillige Gabe, jeder Patriot sie mit freudigem Danke angenommen hätte. Wenn trotzdem schon damals nicht die schlechtesten Politiker die „Volksvertretung beim Bundestag" für unausführbar hielten, wenn nach den Märztagen die öffentliche Stimme darüber hinausging, oder sie tiefer begründete, wenn noch heute, trotz der beendgestimmten Hoffnungen, jeder Verständige einsieht, daß der Hansemann'sche Plan ein Flickwerk, eine Aushülfe für den Augenblick, ein Anfangspunkt für neue Umwälzungen ist: so muß dies wohl auf tiefere Schäden zeigen, die gehoben und nicht übergangen sein wollen, es muß allerdings die gerühmte Leichtigkeit, Einfachheit und Nüchternheit der Hansemann'schen Vorschläge verdächtig machen.

Welches diese Schäden sind, darüber bedarf es keiner ausführlichen Darlegung. Sie bleiben kenntlich, wie man sie auch auffasse, unter welcher Form man sie zeichne. Wir wollen sie diesmal charakterisiren, den einen als eine positive unerläßliche Forderung, den andern als einen nicht minder wichtigen, unter keinen Umständen zu übersehenden Mangel. Jenen bezeichnet P. Pfizer mit seiner durchsichtigen, klassischen Klarheit: „Deutschland bedarf, besonders gegen außen, eines Elementes der Einheit und der Stärke, oder eines Bundeshaupts, nicht bloß einer gemeinsamen Volksvertretung, so unentbehrlich diese für ein einiges und freies Deutschland ist; denn wenn Deutschland aus monarchischen Staaten bestehen soll, so darf es auch in seiner Gesammtheit den monarchischen Charakter nicht verläugnen, weil sonst das Ganze seinen Theilen, das Haupt den Gliedern widersprechen würde, und die gemeinsame Vertretung, so gewiß in Zukunft sie anstatt Wien und Berlin die deutsche Bundespolitik bestimmen und ihr den Impuls ertheilen muß, genügt für sich allein schon deshalb nicht, weil eine Versammlung von mehreren hundert Köpfen doch nicht selbst regieren kann, sondern zur Ausführung ihrer Beschlüsse eines kräftigen Organs bedarf, eines Organs, das kein bloß willenloses Werkzeug, sondern eine den Stürmen der Zeit und den Aufgaben eines großen Reichs gewachsene, den deutschen Fürsten ebenbürtige oder überlegene Macht ist." Hierin liegt ebenfowohl der Grund ausgesprochen, warum jene einsichtsvollen Politiker die Verbindung einer großen Volksvertretung mit dem Bundestag für unmöglich hielten, als die Beurtheilung des Hansemann'schen Triumvirats in seinem Verhältniß zur obigen Einheitsforderung betrachtet. Dies Letzte belegen weiter die folgenden Worte Pfizers: „Wir erhalten (durch ein Triumvirat) eben nicht ein einiges, sondern ein österreichisches, ein preußisches und baierisches Deutschland, statt einer Einheit eine Dreiheit, denn hinter jedem der Triumvirn stünde ein anderer Theil von Deutschland, ein jeder hätte andere Interessen zu vertreten, und wenn auch dadurch der Mechanismus der Exekutivgewalt des Bundes in etwas vereinfacht wird, indem statt siebzehn Stimmen drei entscheiden würden, so kommen wir damit gleichwohl über den bloßen Staatenbund, über den Standpunkt eines unvollkommenen Föderalismus, der doch überwunden werden sollte, nicht hinaus, in einem so zusammengesetzten Direktorium würde, man mag wollen oder nicht, sei es gesetzlich, oder durch die stille unüberwindliche Macht der Dinge, eben wieder das Prinzip der Stimmeneinhelligkeit, der gegenseitigen Lähmung und Verhinderung, die Herrschaft erlangen, und eine einzige vernehmende Stimme könnte, zumal wenn es die Stimme Oesterreichs oder Preußens wäre, wieder Alles hemmen, Alles hintertreiben, ohne daß irgend ein Gesetz im Stande wäre,

Digitized by Google

dies zu ändern." Darin sind nicht bloß die offenbaren Nachtheile der Dreiherrschaft bloßgelegt, es ist auch auf ihren Grund gedeutet, auf den oben erwähnten Radikalfehler des deutschen Staatswesens, auf die Ungleichheit der Machtverhältnisse, die andern Bundesstaaten innerhalb des Bundesstaates unbequem ist, uns schon den Eintritt in dieselbe hindert, ja unmöglich macht. Diese Hemmung zu entfernen, gibt es einen doppelten, mehr oder minder ausdrücklichen Weg. Der erste wäre, wenn Wunsch und Verständniß der Einheit so durch alle Geister und alle Klassen des Volks gedrungen wäre, daß die größten Ungleichheiten machtund wirkungslos davon verschwinden müßten; der zweite ist der Versuch der Beseitigung durch ausdrückliche, auf diesen Punkt gerichtete Institutionen. Bundesstaaten, die mehr oder weniger an diesem Mangel litten, wie die Schweiz und Nordamerika, haben im Punkte der Vertretung der Einzelstaaten durch die Gleichheit derselben, ohne Rücksicht auf das verschiedene Machtverhältniß, sich zu helfen gesucht. Dies konnte dort genügen, wo einestheils die Verschiedenheit minder groß, andererseits jener erste Punkt, Wunsch, Bedürfniß und Gewohnheit der Einheit, bereits in hinreichendem Maße vorhanden war. Bei uns ist es anders; es gilt nicht bloß gleiche Vertretung der Territorien, vielmehr müssen diese, wie sie einen möglichen Bundesstaat bilden könnten, selbst erst geschaffen, der Nation muß durch Institutionen in diesem Sinn selbst erst vorgearbeitet, sie muß gereizt, gelockt werden zur Fortführung des Einheitswerkes. Nach einer Befriedigung dieses Bedürfnisses wird man bei Hrn. Hansemann vergeblich suchen; seine praktische Nüchternheit hat ihn nicht so weit geführt. Kann irgend etwas, ohne ausdrückliche Beseitigung, jenen Mangel lindern und seine Folgen niederhalten, so ist es eine starke unabhängige Bundesregierung; und in diesem Sinn haben die Siebzehner aus den bestehenden Mächten eine einzige, die stärkste, heraus, um durch sie die Unabhängigkeit zu gründen und dem nachhelfenden Einheitsdrang zur ersten Bewegung Luft zu schaffen. Hr. Hansemann dagegen baut seinen ganzen Plan, seine oberste Regierung geradezu auf die bestehenden, fehlerhaften Machtverhältnisse, weil sie eben bestehende sind. Nicht so Herr Bunsen. Nach der Analogie seines ganzen Verfahrens müssen wir von vorne herein erwarten, daß er die Frage auf dem Wege eigens dafür berechneter Institutionen löst. Zur Grundlage nimmt er die bestehenden Machtverhältnisse, wie Jeder thun muß, der den Weg der Siebzehner verläßt und trotzdem ohne Revolution fertig werden will. Daß seine Vorschläge zunächst nur für das Provisorium berechnet sind, schadet ihrer Wirkung, weil die definitive Gestaltung nicht rein und vollständig heraustritt; auf der andern Seite freilich ist es ein Vorzug, daß seine Institutionen sogleich ausführbar, dem Provisorium wie dem Definitivum angepaßt sind, ja im Grunde ersteres zum letzten umschaffen. Die künftige Bundesregierung will Herr Bunsen, wenn wir nicht irren, durch einen Turnus gewinnen; eine Form, die der geforderten Unabhängigkeit immer noch viel näher kommt, als das dreiköpfige Delegirtenkollegium des Herrn Hansemann. Die eigentliche fortbildende und zukunftreiche Institution des Herrn Bunsen ist das Institut der Reichskreise. Indem sprachlich, stammlich, sittlich verwandte, politisch zerrissene Länderbezirke zusammentreten, werden die Staaten des künftigen Bundes erst geschaffen, und die Einzelstaaten, bald größer, bald kleiner als jene, bestehen daneben fort, so daß hier mit räumlicher Bestimmtheit auseinandertritt, was in andern Föderativstaaten unterschiedslos eins ist: Bundesterritorium und Einzelstaat. Der langsam durch Jahrhunderte durch fortschaffenden Thätigkeit des Volksgeistes bleibt es überlassen, diese Zweiheit aufzuheben, die kleinen Staaten verschwinden, die großen zerfallen zu lassen: das Bette ist gegraben, an dem Strom ist es, durch seine Wellen es auszuweiten und bequem zu machen. Für's erste aber sind alle Rechte gesichert, alles Bestehende sorgsam gewahrt, ohne der Zukunft ihr Recht zu nehmen, ohne den Strom zu nöthigen, sich selbst sein Bette durch Schutt und Damm verheerend zu wühlen! Herr Bunsen wird, als vorschauender Staatsmann, dem Bestehenden einen bessern Dienst geleistet haben, als Herr Hansemann mit aller Deferenz und dem ängstlichsten Anklammern. Es scheint uns äußerst müßig, die gegenwärtige Verfassung ängstlich darnach zu berechnen, ob in Zukunft ein Einheitsstaat, oder der Zerfall der größern Staaten, sich etwa daraus entwickeln möchte. Der Zug des Volkslebens findet seine Bahnen doch, die Formen mögen mehr oder minder günstig, mehr oder minder hemmend sein. Man gebe, was die Gegenwart fordert, was Erfahrung und politische Lehre als das Heilsame für alle Bundesstaaten aufgestellt haben, und man sei versichert, daß auch das nationale Leben dabei für sichere und gedeihliche Entwicklung eine Stätte findet. Aber könnte bei den Vorschlägen Bunsen's und allen ähnlichen etwas anderes bedenklich scheinen. Ihnen fehlt die starke einheitliche Gewalt, die das Ganze zusammenhielte, bis, nach Pfizer's Ausdruck: „das neue Deutschland in der Tiefe fertig ist," die Decke sprengt und seine Formen selber wählt. Was an ihrer Stelle tritt, ist ein kunstvoller zusammengesetzter Organismus; liegt es nicht nahe, daß das ganze Phlegma der Nation in diesem seinen Gewebe sich einnistle, mit gewohnter Gründlichkeit die verschlungenen Fäden weiter spinne, die fernsten Ecken und Maschen ausfülle, während die Macht und die Leitung der Dinge an andern Orten ist? So wäre die alte Reichsverfassung wiederholt. Der praktische Einheitssinn, der dies verhüten könnte, muß sich erst noch bilden; die Geschichte jedes Tages lehrt, daß er noch nicht vorhanden ist. Wenn er vorhanden wäre, wenn die Nation ihn über jede andere Forderung zu setzen wüßte, so wäre er das Heilmittel für alle Uebel des Augenblicks. Wenn Preußen für den Preis der Bundesleitung auf die eigene Landesvertretung verzichten, mit Provinziallandtagen in seinen Bundesterritorien sich begnügen konnte, so war der heutige Conflict vermieden und die innere Erstarkung Preußens eine Förderung der Einheit, wie sie jetzt das Gegentheil sein wird.

Der Vorschlag des Hrn. Hansemann, sagten wir, eröffne ein drittes Stadium der Einheitsbestrebung. Wir sagten es darum, weil er keine Weiterentwicklung mehr für die Zukunft offen läßt, sondern zum Früheren zurückkehrt, zu der Forderung vor der Märzbewegung, zur Reform des Bundestages. Eine solche Rückkehr zum Anfang ist ein Kennzeichen, daß die sich selbst und der eigenen Schwerkraft überlassene Revolution zu Ende ist. Zweierlei würde für uns darin liegen. Zuerst, daß es nicht gelungen wäre, was die Besten und Einsichtigsten wollten, den Gang der Dinge im Bereich verständiger Berechnung zu halten, ihn zur Reform, nicht zur Revolution zu lenken. Und zweitens — da Niemand eine Revolution nennen wird, im vollen Sinne des Wortes, was in diesem Sommer in Deutschland sich begeben, so wäre die Bewegung eine *abortirte Revolution*. Eine solche aber hat den erneuten, schlimmeren Ausbruch zur schnellen, unausbleiblichen Folge.

Deutschland.

Frankfurt, 2. Dez. Die O. P. Z. enthält folgende Mittheilungen über die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der deutschen Centralgewalt: Vor einigen Tagen bezeichnete Hr. Bastide von der Tribüne der National-Versammlung herab die Beziehungen zwischen der französischen Regierung und der deutschen Centralgewalt zu Frankfurt a. M. als unbestimmt. Der Redner hätte hinzufügen können, daß ein gänzliches Aufhören dieser Beziehungen, in Folge der von dem Pariser Kabinet wiederholt verweigerten offiziellen Anerkennung der deutschen Centralgewalt, einzutreten droht. Die Centralgewalt hat neuerdings Herrn von Raumer demgemäß Instruktionen ertheilt, damit derselbe von Hrn. Bastide eine kategorische Erklärung über die Gesinnungen der französischen Republik gegen die deutsche Centralregierung begehre. Wenn wir recht unterrichtet sind, so hat der französische Minister des Auswärtigen geantwortet, daß die französische Republik die offizielle Anerkennung der deutschen Centralgewalt aus folgenden zwei Gründen vertagt habe: „Weil die Anerkennung noch nicht von Seiten Englands erfolgt, und weil die Verfassung des neuen deutschen Reichs noch nicht vollendet sei". Auf den ersten Punkt wurde Herr von Raumer beauftragt, zu erwidern, daß Lord Palmerston auf das ausdrückliche Verlangen der Königin den Freiherrn von Andrian Ihrer Majestät vorgestellt habe, und zwar noch an demselben Tage, wo die Königin von ihrem Ausfluge nach Wight zurückgekehrt war. Außerdem hatte die Königin sich beeilt, in den freundschaftlichsten Ausdrücken die Zuschrift zu beantworten, worin der Reichsverweser seinen Regierungsantritt Ihrer Majestät notificirt hatte. Den zweiten Punkt anlangend bemerkte Herr von Raumer, seinem Auftrage gemäß, Herrn Bastide mit Recht, daß die europäischen Mächte die Vollendung der Berathungen über die neue französische Konstitution nicht abgewartet hätten, um die Regierung der französischen Republik of-

Digitized by Google

fiziell anzuerkennen, welche letztere somit keine Ursache habe, in Bezug auf diplomatische Förmlichkeiten schwieriger zu sein, als in ihrem Betreff die alten europäischen Monarchieen sich gezeigt hätten. Herr Bastide, welcher die Richtigkeit dieser Bemerkungen nicht in Abrede stellen konnte, schützte nun den schwankenden (précaire) Zustand der gegenwärtigen französischen Regierung vor, welcher bis zur definitiven Wahl des Präsidenten der Republik in der Schwebe bleibe. Herr Bastide ließ hindurchblicken, daß das Ergebniß dieser Wahl einen Ministerwechsel nach sich ziehen könnte, und gab sofort die Erklärung, seinem eventuellen Nachfolger volle Freiheit des Handelns hinsichtlich der gegen die deutsche Centralgewalt zu befolgenden Politik für die Zukunft vorbehalten zu wollen. Von dieser, von dem Minister des Auswärtigen der französischen Republik ausgegangenen Erklärung in Kenntniß gesetzt, beschloß der Ministerrath der deutschen Centralgewalt, Herrn von Raumer zu autorisiren, bis nach geschehener Wahl des Präsidenten der französischen Republik in Paris zu bleiben, jedoch mit dem Bemerken, daß, wenn nach Ablauf dieses Zeitpunkts die französische Regierung noch andere Verzögerungen der offiziellen Anerkennung der deutschen Centralgewalt entgegenstelle, diese letztere der Würde der deutschen Nation gegenüber sich für verpflichtet halten werde, ihren Bevollmächtigten von Paris abzurufen und es der Zeit und der Ueberlegung zu überlassen, Frankreich begreiflich zu machen, daß eine enge und aufrichtige Verbindung mit Deutschland, welches eine Bevölkerung von siebenzig Millionen Seelen hat, im gegenseitigen Interesse der beiden Länder liege.

Frankfurt, 3. Dez. Gestern ist die Commission für den Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland (Unterstaatssecretär Widenmann, Appellationsgerichtsräthe Grimm und Broicher und Professor Thöl) zusammengetreten und hat bereits ihre Arbeiten begonnen. Wir werden von Zeit zu Zeit über die Wirksamkeit der Commission und die Resultate ihrer Arbeiten Bericht erstatten. (O. P. Z.)

Wien, 27. Nov. Die beunruhigenden Nachrichten aus Italien und die gefahrdrohenden Aussichten in Betreff der Präsidentenwahl in Frankreich machen fortwährend neue Truppenaushebungen nothwendig, zumal der Zustand Ungarns und Oberitaliens ein starkes Heer von 300,000 Mann in Anspruch nimmt und selbst in den übrigen Provinzen ausreichende Besatzungen erforderlich erscheinen. Unter solchen Umständen ist die Regierung gesonnen, bei allen 38 deutschen Infanterie-Regimentern 5 Bataillone zu errichten, so zwar, daß die gesammte Streitmacht der Monarchie dadurch auf 600,000 Mann anwachsen dürfte, zumal auch bei allen k. k. Grenz-Infanterie-Regimentern Reservebataillons errichtet werden sollen. Eine Rekrutirung von 150,000 Mann ist in Aussicht und werden die Altersklassen von 19 bis 30 Jahren ohne Schonung gelichtet werden. Von den hiesigen Studenten und Proletariern, die sich am letzten Kampfe betheiligt haben, wurden Viele in's Militär gesteckt, aber auch Viele sind freiwillig in die Reihen des Heeres getreten; die Letzteren aus Mangel und Kriegslust, die Ersteren, weil jetzt das Kriegshandwerk für eine längere Zeit hindurch die meiste Aussicht auf ein schnelles Fortkommen gewährt. (Beosl. Z.)

Wien, 29. Nov. Dem Nürnb. Corr. wird geschrieben: Es ist gegenwärtig viel von einer Allianz Englands, Oesterreichs Preußens und Rußlands die Rede. So viel darüber aus glaubwürdigen Quellen in Erfahrung gebracht wird, haben die genannten Regierungen wirklich, die Folgen der sozialen Umwälzung in Frankreich ermessend, welche auf Deutschland und Italien nicht ohne bedrohliche Wirkung blieb, Besprechungen zum gemeinschaftlichen Einverständnisse über die Maßnahmen gepflogen, die in gewissen Fällen gegen die Uebergriffe der Demokratie, oder vielmehr des socialen Kommunismus, zu ergreifen seien. Die alles vernünftige Maß überschreitenden jüngsten Versuche dieser Partei in Wien und Berlin und die Aussicht auf neue drohende Stürme in Frankreich haben nun die unter sich festgestellten Ansichten jener vier Großmächte zu einer wirklichen Uebereinkunft gebracht, wodurch den demokratischen Tendenzen in Europa insofern ein Damm gesetzt werden soll, daß sie nicht die gesellschaftliche Ordnung durch den Umsturz aller Dinge untergraben und die allgemeine Kriegsfackel in Europa entzünden.

Wien. So wie in dem Wahlbezirk der innern Stadt, wurde am 27. in dem Wahlbezirke Landstraße eine Berathung der Wahlmänner zu dem Ende abgehalten, um über die bekannte „Ansprache der 40 österreichischen Abgeordneten in Frankfurt" sich zu verständigen. Die Handlungsweise des Abgeordneten dieses Bezirkes, des Herrn Dr. Egger, der gemeinschaftlich mit den Abgeordneten Herrn Dr. von Mühlfeld und Oberst von Mayern über den Sachverhalt erläuternde Vorträge hielt, wurde von sämmtlichen Wahlmännern einstimmig gebilligt und beschlossen, an denselben ein Anerkennungs- und Vertrauensvotum zu erlassen, zugleich aber eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser zu richten, in welcher mit entschiedener Sprache dahin ausgesprochen wird, daß, nach der Ansicht der Wählerschaft, das „Band der bloßen Personalunion" zwischen den deutschen und nicht deutschen Ländern Oesterreichs mit den bestehenden Staatsverträgen, den Interessen und Wünschen der Bevölkerung unverträglich sei. (Wien. Z.)

Wien. Die Wiener Z. enthält Folgendes: „Inländische und ausländische Zeitungen berichten, theils daß Heer Jellinek bis zu seinem Tode protestirt und sich widersetzt habe, theils, daß Dr. Becher sich bei Vollziehung der Todesstrafe feige benommen habe. Wir nehmen keinen Anstand, diese Thatsachen als unwahr zu bezeichnen, je offener wir die politischen Ansichten der genannten Herren bekämpften."

* **Kremsier.** Das Centrum des Reichstags, in dem die ardeutschen Provinzen, und das eigentliche k. k. österreichische Bewußtsein repräsentirt sind, spricht sich in seinem Programm über den Verband Oesterreichs mit Deutschland in einer Weise aus, deren Aehnlichkeit mit dem ministeriellen Programm (die „Erfüllung der Bundespflichten" abgerechnet) nicht zu verkennen ist. Es heißt darin: „Wir bezwecken einen festen und bleibenden Verband mit Deutschland, nicht blos, weil ein Theil Oesterreichs von deutschen Brüdern bewohnt wird, sondern weil Deutschland sich auf derselben Basis freier Institutionen zu vereinigen strebt, und weil wir in der Gleichheit der Volksfreiheiten und in der Gemeinsamkeit so vieler geistiger und materieller Berührungspunkte eine bei weitem größere Gewähr für die nach außen und innen gesicherte Fortdauer der Freiheit und für rasche Entwickelung des allgemeinen geistigen und materiellen Fortschritts finden, als in den idealen, ohne Völkerwanderung gar nicht ausführbaren Bestrebungen nach nationaler Einheit. Demnach soll der gesammte österreichische Kaiserstaat ein treuer Bundesgenosse Deutschlands sein, mit ihm sich einigend in der Abwehr äußerer Gegner und in dem aufrichtigen Bestreben, eine gleichförmigere Gesetzgebung fortdauernd anzubahnen, die bestehenden Hemmnisse des gegenseitigen Verkehres zu beseitigen und die gemeinsame welthistorische Aufgabe gegen Osten zu erfüllen. Die Form dieses Bundes wird dann erst ausgesprochen werden können, wenn Deutschland und Oesterreich sich constituirt haben werden. Der dann abzuschließende Bundesvertrag soll einen integrirenden Anhang zur Constitutionsurkunde sowohl Oesterreichs als Deutschlands bilden." — Das Programm der Linken haben wir bereits kurz erwähnt, tragen aber zur Ergänzung noch einiges nach. Die Linke will, fern von allen republikanischen Tendenzen, eine demokratische Monarchie in Föderativform, weil nur in ihr Gleichberechtigung aller Nationalitäten denkbar und ausführbar sei, so zwar, daß jede Nation ihre eigene Verwaltung und Gesetzgebung erhält, so weit Dieß mit dem Bestehen einer kräftigen Centralgewalt vereinbar ist. Mitglieder der einen Nation dürfen nicht ohne absolute Nothwendigkeit in das Verwaltungsgebiet der andern gezogen werden. Jeder einzelne der fünf Theile, in welche Oesterreich nach Sprachen und Nationalitäten zerfallen soll (Polnisch-, Czechisch-, Slawonisch-, Deutsch- und Italienisch-Oesterreich, Ungarn bleibt unerwähnt), erhält eine eigene Verfassung mit einem Parlamente, dem die Steuerbewilligung und „die feste Stellung des Staates" gebührt. Der Monarch hat in jedem Staate ein suspensives Veto, wie auch in jedem ein oberster Gerichtshof besteht. Der jeweilige erste Staatssekretär ist Stellvertreter des Monarchen und dem Parlamente verantwortlich. Ferner sind Staatssekretäre des Innern, der Justiz, des Unterrichts, des Kultus, der Finanzen und des Ackerbaues zu kreiren. Direkte Wahlen und allgemeines Stimmrecht versteht sich von selbst. Die der Centralgewalt reservirten Gegenstände sind folgende: Aeußere Angelegenheiten, Heerwesen, Zoll-, Post-, Münz- und Handelsangelegenheiten, Schifffahrt, Eisenbahnen, Staatsschulden, Bankangelegenheiten. Die Exekutivgewalt übt der Monarch aus durch ein dem Senate verantwortliches Ministerium, welches aus den üblichen Ministern besteht, denen aus jedem Staate einer ohne Portefeuille beigegeben ist. Die gesetzgebende Gewalt gebührt dem

Senate, hervorgegangen theils aus direkten Wahlen, theils aus den Parlamenten der einzelnen Staaten. Dem Senate kommt die Feststellung des Budgets der Centralgewalt zu. Auch diesem gegenüber hat der Monarch ein suspensives Veto. Für die Streitigkeiten der einzelnen Staaten und Anklagen der Minister existirt ein oberstes Staatsgerichtshof.

Brünn, 27. Nov. In einer früheren Sitzung des Landtags war ein Protest gegen die §§. 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung beantragt worden. Die mit Berichterstattung über diesen Antrag beauftragte Kommission hat zwar den Protest gebilligt, gleichwohl aber beantragt: „In Berücksichtigung des Umstandes, daß der Beschluß des Frankfurter Parlaments über die Verbindung der deutschen mit den nicht-deutschen Ländern Oesterreichs, im Wege der reinen Personalunion für die Integrität Oesterreichs von gar keinen Folgen weder sein kann, noch sein wird, weil jener Beschluß eine einseitige, mithin ungiltige Aufhebung des österreichischen Staatsgrundgesetzes implicirt, geht das Haus zur Tagesordnung über."

(**Triest**, 27. Nov. Heute Nacht ist das Lloydsche Dampfboot Germania direkt von Alexandrien eingetroffen. Es bringt Briefe und Journale von Bombay bis 2. Nov. Die Nachrichten aus Indien sind ohne besonderes Interesse. Aus Cairo empfange ich einen Brief vom 18. d. M., worin mir berichtet wird, daß Ibrahim Pascha am 10. d. M. gestorben sei. Der Statthalter von Aegypten war im 60. Lebensjahre und starb an den Folgen einer schlecht behandelten Lungenentzündung, die chronisch geworden und zuletzt in Lungensucht übergegangen war. Er war nicht verheirathet, aber von drei noch lebenden Sklavinnen hatte er drei Söhne, deren zwei in Paris und einer in Aegypten erzogen wurden. Da die mit großherrlichem Firman vom 13. Febr. 1848 festgesetzte Successionsordnung das im Oriente beliebte Seniorat ist, so folgt auf Ibrahim Mehemet Ali's Enkel, Abas Pascha, so daß nicht nur Ibrahim's Söhne, sondern auch die Mehrmet Ali's, deren drei noch am Leben sind, übergangen werden. Ibrahim Pascha hinterläßt mit dem Rufe eines heftigen, grausamen und geizigen Mannes ein sehr großes Vermögen, das auch unter seine Söhne vertheilt noch zu den bedeutendsten des Orients gehört. Abas Pascha wurde 1811 geboren. Man lobt ihn als einen gefälligen, freigebigen, verständigen Mann. Er wollte nie etwas von europäischer Entwickelung und Bildung wissen. Seinen einzigen Sohn läßt er von einem fanatischen Scheik erziehen und von Eunuchen bewachen. Es fehlt ihm nicht an natürlichem Verstande, aber als strenger Muselman hält er es nicht der Mühe werth, mit europäischen Einrichtungen, die sein Großvater mit großen Opfern nach Aegypten verpflanzt hat, vertraut zu werden. Gleich nach dem Tode Ibrahim's wurde von Suez ein englisches Dampfboot nach Gedda abgefertigt, um Abas, der nach Mekka gepilgert war, abzuholen. Einstweilen wurde unter dem Vorsitze Said Pascha's, Mehemet Ali's ältesten Sohnes, ein Diwan gebildet, der aus den einflußreichsten Mitgliedern der Familie Mehemet Ali's und den Vorstehern der verschiedenen Verwaltungszweige zusammengesetzt ist. — Hier in Triest ist Alles ruhig und ebenso in der ganzen Provinz.

Berlin, 30. Nov. Während die zweite Stadtbehörde, die Stadtverordneten, es abgelehnt hatten, zu der gestrigen Silber-Hochzeitsfeier des Königspaares eine Deputation abzusenden, vielmehr nur schriftlich ihre Glückwünsche einreichten, schickte der Magistrat, die erste Stadtbehörde, eine Deputation von neun Mitgliedern, den Bürgermeister an der Spitze, nach Potsdam zur Beglückwünschung. Der letztere überreichte die Adresse mit einigen Worten, welche mit der Versicherung von Liebe und Treue schlossen. Der König antwortete darauf etwa Folgendes: „Sie haben von Ihrer Treue gesprochen, ich will nun auch von meiner Treue sprechen. Die Treue nimmt aber unter den verschiedenen Verhältnissen eine verschiedene Gestalt an. Das, was ich in letzter Zeit anordnen mußte, erfolgte mit schwerem Herzen, aber es geschah nach Pflicht und Gewissen. Ich habe für Sie gehandelt, um meine alte, gute Stadt Berlin von den Menschen des Blutes, der Tyrannei und der Knechtschaft zu befreien. Seien Sie indeß überzeugt, daß ich nicht weichen werde von dem, was verheißen, und festhalte an dem Versprochenen. Meine Unterstützung wird Ihnen nicht fehlen." Bei diesen Worten gab der König dem Bürgermeister die Hand, und der hinter dem König stehende Ober-Befehlshaber in den Marken, General Wrangel (Graf Brandenburg befand sich auch, und zwar mit der Uniform seines Reiter-Regiments bekleidet, im Gefolge), sagte nun plötzlich: „Ja, Majestät, die Herren vom Magistrate haben sich in diesen Tagen recht sehr verdient gemacht. Ihre an ihre Mitbürger gerichtete Ansprache hat nicht nur hier, sondern in weiten Kreisen großen Anklang gefunden", worauf der König hinzusetzte: „Diese Ansprache ist ein historisches Aktenstück, und gehört zu dem Schönsten, was ich in dieser Weise gelesen habe. Ich weiß zudem recht wohl, daß die Herren vom Rathe der Stadt Berlin mit Kopf, Herz und Hrden gerade jetzt viel nützen können". (K. Z.)

Berlin, 1. Dez. Die wieder erscheinende Nationalzeitung berichtet in ihrer zweiten Nummer: „Die Zahl der Denunciationen, unter denen sich viele anonyme befinden, wächst mit jedem Tage mehr. Verschiedenartigkeit der politischen Ansichten ist meist das Motiv der Denuncianten. Es sind natürlich nur politische Verbrechen, und unter diesen zumeist Majestätsbeleidigungen, welche zur Anzeige kommen." Im Uebrigen merkt man der Haltung der Zeitung an, daß das Schwert des Damokles über ihrem Haupte schwebt.

* Die „Vossische Zeitung" meldet: „Was die von Frankfurt ausgehenden Vermittlungen betrifft, so wäre aus der gestrigen Rede des Herrn Bornemann und aus der lebhaften Theilnahme, mit welcher Herr v. Gagern den hiesigen Verhandlungen folgt, zu schließen, daß die Hoffnung auf einen endlichen Erfolg noch immer festgehalten wird. Doch will man hier andererseits aus Potsdam wissen, daß die Proklamation des Reichsverwesers dort einen höchst ungünstigen Eindruck gemacht habe, und man keineswegs geneigt sei, das Ministerium Vorschriften von Frankfurt her zu opfern; es bleibe vielmehr der feste Wille, dasselbe für die nächste Zukunft zu halten und auf der betretenen Bahn fortschreiten zu lassen."

† **Posen**, 30. Nov. Die Mitglieder der Frankfurter Linken haben auch in unsere Provinz und namentlich an die Kollegien der Gerichte, ihre Ansprache „an das preußische Volk", zur Verbreitung und zur Aushängung am schwarzen Brett eingesandt. Unter anderen hat nun das Land- und Stadtgericht zu Kosten (Deutschposen) folgende Antwort ertheilt: „Wären wir auch mit dem Inhalte der Ansprache einverstanden und könnten wir es auch mit unserer Pflicht vereinigen, zur Verbreitung eines Plakates mitzuwirken, welches dazu bestimmt ist, das traurige Zerwürfniß, in dem sich das preußische Volk befindet, noch zu vermehren und das schwer gefährdete Ansehen der Gesetze, zu deren Handhabung wir berufen sind, noch mehr zu untergraben, so würde doch jene Ansprache zu spät kommen, denn die große Mehrheit der Besonnenen im preußischen Volke hat bereits entschieden! .... Ihnen aber und Ihren Gesinnungsgenossen sind wir berechtigt, die Frage vorzulegen, wie Sie denn behaupten können, für die Freiheit und die Einheit des deutschen Vaterlandes zu kämpfen, während Sie das Grundprinzip aller Freiheit und Einheit verletzen? Freiheit ohne Gesetzlichkeit ist ein Unding, die freiwillige Unterordnung unter die Gesetze das Merkmal eines freien Mannes. Das höchste Gesetz in einem freien Gemeindewesen aber ist die Anerkennung der Beschlüsse der Mehrheit. Es ist daher ein Kampf gegen die Freiheit und gegen die Einheit des deutschen Vaterlands, wenn Sie bei jeder Gelegenheit, wo die Mehrheit der Versammlung gegen Sie entschieden, an die Massen appelliren. Der Zweck einer solchen Appellation kann kein anderer sein, als gegen das, was Sie selbst als Gesetz anerkennen müssen, eine ungesetzliche Gewalt in Bewegung zu setzen, um dadurch Ihr subjektives Belieben statt des Volkswillens zur Geltung zu bringen." Derartige Erklärungen dürften nächstens in großer Anzahl in unseren Blättern veröffentlicht werden. — Der deutsche Bund, welcher bereits zwei Centralisationspunkte, in Bromberg und Posen gewonnen, hat die Aufmerksamkeit der Polen in hohem Grad in Anspruch genommen. Sie glauben in ihm ein günstiges Moment für die Aussonderung der national-polnischen Elemente zu finden und fordern die Centraldirection der Liga zu gesteigerter Aufmerksamkeit und Benutzung dieses Umstandes auf. „Wir haben nunmehr einen organisirten Gegner, heißt es, und die Reibungen werden uns Vortheile bringen." — Aus Warschau sind uns eben folgende Nachrichten zugegangen. „Es steht in unserer Stadt eine Besatzung von etwa 30,000 Mann; bei Tage ist aber nichts von ihr zu sehen, denn sie ruht in den Kasernen von ihrem nächtlichen Dienst aus, da fast die ganze Masse in der Nacht unter den Waffen steht. Schon mit der Dämmerung führen Wagen das zu den Bivouaks nöthige Holz auf die Plätze. Um 8 Uhr

müssen die Häuser geschlossen sein, dann verläßt das Heer die Kasernen und lagert sich in den Straßen. Wer sich nach 8 ohne Laterne zeigt, wird verhaftet. In jedem öffentlichen Lokale überwacht der Wirth und der Polizeiagent die etwaigen Aeußerungen der Gäste bei der Lektüre der mehr denn je geschwärzten Zeitungen. Ist der Wirth nicht im Dienste der Polizei, so gilt das Aufrollen seiner Schürze oder das Zuknöpfen des Rockes bei ihm als Zeichen, daß ein Agent eingetreten. — Junge Leute sieht man fast gar nicht. An einen Aufstand nur zu denken ist unmöglich in Mitten solcher Vorkehrungsmaßregeln; dennoch horrt die ganze Bevölkerung auf einen günstigen Augenblick zur Erhebung, weil man immer an ein Ueberschreiten der Landesgrenze von Seiten der Aemeen denkt, was vielleicht in unklaren Begriffen über die österreichischen und preußischen Verhältnisse seinen Grund findet."

Bonn, 1 Dez. Die Frequenz unserer Universität hat in diesem Semester bedeutend gewonnen. Die Gesammtzahl der jetzt hier anwesenden Studirenden ist 835, worunter 810 immatriculirte. (K. Z.)

† **Karlsruhe**, 1. Dez. Es ist oft wunderbar, wie selbst Fragen, welche man durch die bedeutendsten Autoritäten festgestellt glaubt und lange Zeit hindurch als entschieden von der öffentlichen Meinung angesehen wurden, plötzlich gerade von der entgegengesetzten Ansicht aufgefaßt und in einer völlig widersprechenden Weise gelöst werden, sobald ein in der Zeit liegender Wunsch oder Bedürfniß hierzu antreibt. Daß ein solcher plötzlicher Wechsel der Meinungen auch in Ständeversammlungen eintreten kann, mußten wir heute hier erfahren. Dem allgemeinen Rufe nach Abschoffung des Einzelrichters in erster Instanz und Errichtung von Kollegialgerichten nachgebend, hatte unsere zweite Kammer im Jahre 1845 hierüber beinahe einstimmige Beschlüsse gefaßt; die Regierung trug dieser Ansicht Rechnung und erklärte sich in ihrem neuesten Gesetzesentwurfe für kollegiales Verfahren. Noch bis vor wenigen Monaten fand die Kammer und deren Kommission hieron nichts auszusetzen. Aber plötzlich ertönt von allen Seiten das verhängnißvolle Wort „Geldnoth" und mit der gebieterischen Forderung nach Ersparung und Einschränkung schlägt man die in Folionten nachgewiesenen Vortheile der Kollegialgerichte erbarmungslos todt. Welch' ein warnendes Beispiel für politische Frogen! Nachdem verschiedene Vorschläge über Abänderung der Gerichtsverfassung an die Kommission zurückgewiesen worden, mußte heute der Berichterstatter Lamey eingestehen, daß die gehofften Ersparnisse, welche sich aus jenen Vorschlägen ergeben sollten, bei näherer Prüfung in der Wirklichkeit als so unbedeutend sich herausstellten, daß man von einer durchgreifenden Reform des Entwurfes der Regierung obstehen müsse; doch glaubte er den Antrag empfehlen zu dürfen, daß fortan die Hofgerichte aufgehoben werden könnten, wogegen Kollegialgerichte erster Instanz bestehen blieben. Hierauf erhob sich aber eine Reihe von Rednern, welche das Institut des Einzelrichtees für die erste Instanz beibehalten wissen wollten und allerdings sehr erhebliche Gründe der Ersparniß und der Konsequenz, da nach den Anträgen der Kommission nur in Sachen von 250 fl. Werth die Kollegialgerichte entscheiden sollten, vordrachten. Baum, Stößer, Bissing und Christ woren es hauptsächlich, welche gegen Lomey und Böhme den Einzelrichter vertheidigten und den Beschluß erzielten, daß alle Civilstreitigkeiten in erster Instanz an den Amtsrichter verwiesen wurden, daß die Hofgerichte aufgehoben werden und ihre Zerschlagung in Bezirksgerichte (nebst Bezirkshauptgerichten für größere Kriminalsachen) ausgesprochen ist. Die gleichzeitig von Bissing, Christ und anderen Abgeordneten vorgeschlagene Erhöhung der Sporteln fand ebenfalls großen Beifall, da wohl in keinem Staate solche geringer sind, als in Baden. Nachdem nun die Basis, worauf die Kommissionsanträge über die Gerichtsverfassung gegründet sind, vollständig verändert ist, so hat nun die Kommission den weiteren Auftrag erhalten, in der nächsten Woche neue hierauf gestützte Anträge vorzulegen.

Meiningen, 29. Nov. Das Herzogthum Meiningen ist jetzt seiner ganzen Länge nach, von Saalfeld bis nahe an Salzungen, mit Reichstruppen (sächsischer Infanterie und Artillerie) besetzt. Seit einigen Tagen gehen hier Transporte gefangener Soldoten des in dem Herzogthum Koburg liegenden großherzogl. weimar'schen Contingents durch, welche der Theilnahme an einem republikanischen Complotte beschuldigt sein sollen. In den beiden Herzogthümern Meiningen und Koburg herrscht vollkommene Ruhe. (D. P. Z.)

Hildburghausen, 1. Dez. Der Dorfzeitung wird aus Rudolstadt geschrieben, daß die Nachricht, als habe der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt freiwillig abdicirt, grundfalsch sei. Man danke in dem ganzen Lande für die Ehre einer Mediatisirung, und schon erhebe sich dasselbe, um bei der Nationalversammlung in Frankfurt gegen die von Einigen beantragte Mediatisirung eine feierliche Verwahrung einzulegen. (Fr. J.)

Altenburg, 30. Nov. Ein Verbrecher sollte vorgestern, als es schon finster war, nach dem auf der Leuchtenburg bei Kahla befindlichen Zuchthause gebracht werden und befand sich mit dem Gerichtsfrohn auf einem Wagen. Als derselbe durch die Stadt fuhr, fiel es dem Inculpaten ein, vom Wagen herab aus voller Kehle zu schreien: „Kommt, helft mir, ich bin Erbe, man will mich fortschleppen, Dnai ist auch mit hier." Dieser Ruf verfehlte seine Wirkung nicht; in einem Augenblicke hatte eine große Masse Menschen, welche aus den Häusern, zum Theil bewaffnet, herausstürzten, den Wagen umringt, die Stränge durchgeschnitten, dem Gerichtsdiener einige Schläge versetzt und bemerkten erst zu spat den Irrthum. Viele Soldaten, welche zu dieser Zeit auf der Straße waren, kamen von selbst ohne Kommando an den Ort des Unfugs und stellten die Ruhe wieder her. (L. Z.)

** **Altona**, 28. Nov. Der Altonoer Merkur von heute Nachmittag enthält folgenden Artikel: „Alles deutet darauf hin, daß die großen Mächte sich ernstlich mit der friedlichen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage beschäftigen und daß die Unterhandlungen über dieselbe demnächst in London beginnen werden. Daß es die Absicht ist, sowohl den Anforderungen Dänemarks, wie denen der Herzogthümer eine möglichst billige Berücksichtigung zu widmen, leidet keinen Zweifel, aber die Ansprüche und Wünsche beider Theile stehen sich so schroff gegenübee und werden mit solcher Leidenschaft vertreten, daß vorauszusehen ist, die Entscheidung werde, wie sie auch ausfalle, weder Dönemark noch die Herzogthümer befriedigen, zumal wenn dieselbe innerhalb der Ausgleichungsversuche fällt, welche bisher zur Kunde des Publikums gekommen sind. — Will man sich möglichst fest an den Rechtsboden halten, so läßt sich nicht läugnen, daß das Projekt, welches man dem englischen Kabinette zuschreibt, nämlich eine gemeinsame Verwaltung für die Herzogthümer bestehen zu lassen, in jeder andern Beziehung aber Schleswig als ein vollkommen selbstständiges Herzogtdum hinzustellen, vor allen andern Projekten den Vorzug verdient. Wenn abee die Ausübeung desselben nicht zugleich eine sichere Garantie für die Dauer eines friedlichen Zustandes enthält, sondern vielmehr den Keim beständigen Haders und Unfriedens in sich trägt, so würde es gewiß für beide Länder glücklicher sein, die Möglichkeit einer anderweitigen Ausgleichung im's Auge zu fassen. — Wir sind von jeher der Ansicht gewesen, daß die Bestrebungen der Schleswig-Holsteinee in mehrfacher Beziehung weit über das rechtliche Ziel hinausgegangen sind, und namentlich haben wir den Versuch, Schleswig für einen deutschen Bundesstaat erklären zu lassen und dies durch die Aufnahme schleswigscher Deputirten in Frankfurt faktisch auszuführen, zu der Klasse dieser Bestrebungen gerechnet. Eben so offen, wie wir aber dies Geständniß ablegen, so sprechen wir auch die Ansicht aus, daß die Inkorporation Schleswigs in Deutschland nicht allein höchst wünschenswerth sei (da ja offenbar ein Widersinn darin liegt, wenn Schleswig einestheils mit Holstein verbunden ist und doch wieder in ganz andeen staatsrechtlichen Beziehungen zu Deutschland steht, wie Holstein), sondern daß diese Inkorporation auch das einzige Mittel abgebe, den Frieden zwischen den Herzogthümern und Dänemark daueend zu begründen. — Ist diese Anschauungsweise nun aber eine richtige, so würden wir als Basis des abzuschließenden Friedens etwa Folgendes vorschlagen: a) Schleswig wird ein deutscher Bundesstoat und bildet nebender mit Holstein ein einiges Reich in Verwaltung, Gesetzgebung und Regierung. b) Die ewige Personalunioa der Herzogthümer mit Dänemark wird durch irgend eine neue Successionsordnung festgesetzt. c) Deutschland bezoblt an Dänemark eine den Opfern, welche diese Macht bringt, sowie den Vortheilen, welche für Deutschland aus der Erwerbung Schleswigs entspringen, entsprechende Summe, deren Abtragung durch eine theilweise Uebernahme der dänischen Staatsschuld am leichtesten zu bewerkstelligen sein würde. — Wir wissen sehr wohl, daß die Ausführung dieses Vorschlags gleichfalls auf große Schwierigkeiten stoßen wird, und daß jedenfalls manche Modifikationen desselben zur Sprache kommen werden und können. Wir

sind aber der festen Ueberzeugung, daß es keinen bessern Weg gibt, um ein dauerndes Friedenswerk zu Stande zu bringen und glauben, daß die Schwierigkeiten, welche sich auf demselben finden, zu überwinden sein werden, zumal, wenn tüchtige Staatsmänner sich die Mühe geben wollen, das rohe Gebilde, welches wir dem Publikum zur Beurtheilung darbieten, in eine bessere und haltbarere Form zu bringen." — Man ersieht hieraus, worauf die dänische Partei abzielt, Bezahlung ihrer Schulden von Seiten der Deutschen, wofür? dafür, daß die Personalunion ewig bleibe und die Herzogthümer ewig mit Dänemark verbunden bleiben.

Bremen, 27. Nov. Wir sehen uns im Stande, den Angehörigen der, mit dem an der englischen Küste gestrandeten amerikanischen Schiffe Burgundy von hier nach Neworleans abgegangenen 252 Passagiere, zu ihrer Beruhigung die bestimmte Mittheilung zu machen, daß sämmtliche Passagiere theils in Ramsgate, theils in Harwich gelandet und untergebracht sind; ferner: daß deren Passagegelder mit 7188 Thlr. und außerdem für ihre Verpflegung 4626 Thlr. in Golde bei hiesigen soliden Assekuranz-Compagnieen versichert worden sind, um nach Maßgabe der obrigkeitlichen Verordnung vom 21. Mai 1847 zum Besten der Passagiere verwandt zu werden. Zu diesem Zwecke haben zwei Abgeordnete des hiesigen Schiffsexpedienten, mit den nöthigen Geldmitteln versehen, bereits am 21. November sich nach England begeben, um Alles zu ordnen und zu beaufsichtigen, was die Verpflegung und Weiterschaffung der Passagiere erheischen möchte. (Brem. Bl.)

Lübeck, 29. Nov. Das Werk des Friedens wurde heute durch Senator Curtius besiegelt, der im Auftrage des Senates an die Bürgerschaft herzliche Worte der Bürger-Einigkeit und des redlichen Strebens zu einem Ziele richtete, womit die Verhandlungen geschlossen wurden. Gegen das Preßgesetz sollen schon verschiedene Petitionen im Gange sein, unter andern sind die Drucker schon beim Senate eingekommen; demnach wird es dabei sein Bewenden behalten, denn die periodische Presse hat keine Wurzel in unserem kleinen Staate, die „Neuen Lübschen Blätter" sind sehr konservativ und werden daher nicht remonstriren, der „Volksfreund" ist in Folge der Haft seines Redakteurs eingegangen und die „Lübecker Anzeigen" werden wahrscheinlich mancher in letzter Zeit erschienenen pikanten Aufsätze entbehren, wenn nicht der Herausgeber etwa seine Spalten gänzlich für freie Aufsätze schließt. Dann bleiben nur noch die Plakate übrig, die noch frei sind.

Großbritannien.

* **London**, 1. Dez. Der Berliner Korrespondent des „Morning Chronicle", der nach seiner ganzen Auffassungs- und Darstellungsweise zu urtheilen ein geborner Engländer ist, (während die Berichterstattungen der Times aus Deutschland zum Theil deutsche Federn verrathen), nimmt Bassermann's Bericht über die Zustände Berlins gegen die ihm gemachten Vorwürfe der Uebertreibung oder Unwahrheit in Schutz. Der Korrespondent sagt unter anderm: „Der Berliner Pöbel hat sich zwar keine Plünderungen in Privathäusern oder öffentliche Meuchelmorde zu Schulden kommen lassen, aber er hat auch keine Gesetze anerkannt, keine Rechte heilig gehalten, er hat uns mit einem Warte ein Gemälde der Entsittlichung von höchst betrübender Art vor Augen gestellt. Zwar mit Ausnahme, daß dieser Pöbel in das königliche Schloß eindrang und die Gitter niederriß, mit Ausnahme, daß er das Zeughaus stürmte, die edeln Trophäen mit Füßen trat und die Waffen raubte, mit Ausnahme, daß er sich Thatsächlichkeiten gegen die Personen von Ministern und Deputirten erlaubte, und Ministerwohnungen angriff und mit Steinen bombardirte, mit Ausnahme, daß er die Nationalversammlung terrorisirte und die unbeliebten Mitglieder zu hängen drohte, mit Ausnahme, daß er Dampfmaschinen zerstörte, Barrikaden errichtete und auf die Mitbürger feuerte, mit Ausnahme, daß er fast alle ansehnlichen Familien aus der Stadt scheuchte, und Leben und Eigenthum unsicher machte, mit diesen und einigen anderen Ausnahmen hat sich das Volk gut aufgeführt, besser sogar als man erwarten durfte, wenn man erwägt, wie sehr es zur Begehung von Excessen angeleitet und ermuthigt wurde, nicht bloß durch Volksredner und Plakatenschreiber, sondern sogar durch Mitglieder der Nationalversammlung selbst." (Der Korrespondent bezieht diese Stelle auf Herrn Rodbertus, „den weiland Minister von 5 Tagen", der einem Volkshaufen zugeredet haben soll, sich den Kanonables in Erfüllung ihrer Pflichten zu widersetzen). „Dies sind Thatsachen," fährt das Schreiben fort, welche weder von 200 Deputirten noch von 200 Zeitungsschreibern geleugnet werden können. Die ersteren mögen klug genug gewesen sein, den Versuch dazu den letzteren zu überlassen, aber keine Versicherungen können diese Thatsachen ungeschehen machen, und unparteiische Männer aus allen Nationen, Amerikaner, Belgier, Franzosen, Engländer aber Spanier können als hier lebende Augenzeugen bestätigen, daß Herr Bassermann in seinem Berichte nichts verfälscht und verdreht hat, wenn schon er sich über die Absichten einiger Mitglieder der Nationalversammlung vielleicht irre führen ließ. Das allgemeine Aussehen Berlins vom 18. März bis zum 10. Nov., wo die Truppen in die Stadt einzogen, kann mit wenigen Worten geschildert werden, wie folgt: die Straßen wimmelten von unheimlich aussehenden Individuen, deren bloßes Erscheinen allgemeine Besorgniß erregte; die Bürger konnten sich fast nie zu Bett legen, ohne durch Gerüchte von beabsichtigten Krawallen und Exzessen geängstet zu sein. Den Gesetzen war aller Gehorsam versagt. Die Bürgergarde gab zu unaufhörlichem Mißtrauen Anlaß. Anschläge und Flugblätter der aufregendsten Art hetzten die niedern Klassen zu Gewaltthätigkeiten auf. Freiheit gab es für Alle, außer für diejenigen, welche Gehorsam gegen die Gesetze für ihre Pflicht hielten, und an die Stelle des Gesetzes war der Terrorismus getreten. Das geben Alle zu, außer diejenigen, welche bei dieser Anarchie die Hände im Spiel hatten." — Namentlich in einem Punkte muß man dem Korrespondenten des Morn. Chr. Recht geben: der als ungemüthlich verschrieene Berliner Pöbel hat während der Zeit seiner Herrschaft sich wenigstens keine grausamen Gewaltthaten oder feige und nutzlose Meuchelmorde zu Schulden kommen lassen, wie der Pöbel gewisser wegen ihrer „Gemüthlichkeit" gepriesenen Städte. Die Verwilderung des Berliner Pöbels hat es mehr mit dem Verstande zu thun, der sich in der Erfindung leichtsinniger Witze gefällt, als mit dem Herzen, das im Grunde gutmüthig ist. Die berüchtigten Stricke, die man als Symbol der Volksjustiz den Abgeordneten entgegenhielt, waren eben auch nichts anderes als ein plumper Pöbelscherz. Jene Neigung zum frivolen Witz weist übrigens mehr auf royalistische als republikanische Stimmungen hin. Es könnte der künftigen deutschen Republik kein schlechterer Gefallen geschehen als wenn sie auch in Berlin, als der Hauptstadt einer preußischen Republik, eingeführt würde; der frivole Witz des hauptstädtischen Pöbels würde sie in Kürze moralisch zersetzen und zu Grunde richten.

Die Inhaber spanischer Bans haben sich wieder einmal versammelt und eine Adresse an die spanische Regierung gerichtet, worin sie aufs energischste darauf dringen, daß man ihre Forderungen erfülle. Die Sache ist freilich schmutzig genug; die spanischen Gläubiger haben seit 1840 keine Dividende erhalten. Die Times nimmt sich derselben nachdrücklichst an und meint, daß sie schon längst befriedigt sein könnten, wenn in Spanien besser gewirthschaftet würde, wenn die Minister nicht zu sehr an ihre eigene Tasche dächten. Der Ministerpräsident, General Narvaez, habe bei seiner Landung in Valencia im Jahre 1843 kaum so viel im Beutel gehabt, um ein Mittagbrod bezahlen zu können, jetzt schätze man ihn auf eine viertel Million, ungerechnet das Landeigenthum, das er in Form konfiszirten Kirchenguts besitze. Mon, der Finanzminister, und Sartorius, der Minister des Innern, seien eben so arm gewesen, als Narvaez, und jetzt eben so reich, wenn nicht noch reicher. — Der Times zufolge soll die spanische Regierung dem General Cabrera die schönsten Anerbietungen gemacht haben, hierunter eine Zahlung von 8 Mill. Realen (800,000 Pf. Sterling), die Generalkapitänschaft von Kuba u. s. w., wenn er die Sache Montemolin's aufgebe; Cabrera habe jedoch diese glänzenden Anerbietungen ausgeschlagen. Beides klingt fast gleich fabelhaft.

Wenn man dem „Standard" glauben darf, so hatte man in Neapel die neueste Wendung der Dinge in Rom schon seit einiger Zeit vorausgesehen; Admiral Sir W. Parker, der Oberkommandeur der englischen Flotte im Mittelmeer, hatte bereits vor vierzehn Tagen das Dampfboot Bull-Dog nach Civita Vecchia beordert, um den Papst, wenn er zur Flucht genöthigt sein sollte, aufzunehmen; wahrscheinlich, heißt es im Standard, wird der Papst Malta zu seinem provisorischen Aufenthaltsort wählen. — Der römische Korrespondent der „Daily News" findet nun doch hinreichenden Grund, an eine Verschwörung zu glauben, die gegen das Leben des Grafen Rossi gerichtet gewesen sei; aus Rom hätten sich wenigstens fünfzehn junge Männer darunter befunden.

Digitized by Google

Hinzugefügt wird: „Es ist dies ein trostloser Zustand der Gesellschaft, ein schlimmes Zeugniß für die Erziehung und moralischen Begriffe der römischen Jugend. Streng genommen ist jedoch die ganze Stadt an der That mitschuldig, da sie die Missethat billigte und ihr Beifall zollte.“ Wir erwähnen, daß Daily News bisher fast noch die einzige respektable englische Zeitung war, welche der Sache des festländischen Radikalismus unbedingt huldigte; auch Daily News scheint seit Rossi's Ermordung ein wenig nach rechts zu schwanken.

Der Standard widerlegt die in der Times enthaltene Mittheilung, daß Robert Peel die Orleanisten gegenwärtig bei sich bewirthe, und fügt hinzu, Peel könne sich Gäste wählen, welche er wolle, sogar den ehemaligen König der Franzosen, „obschon Peel der eigentliche Urheber aller der Unruhen ist, die jetzt auf Europa lasten, da er schon vor 20 Jahren ein schlechtes Beispiel gab, als er die aufrührerische Bewegung ermuthigte und sich urchtsam ihr beugte.“ (!)

Die Cholera scheint in London, wo sie überhaupt in sehr gelinder Weise auftrat, bereits erloschen zu sein; es kamen am 30. Nov. gar keine neue Cholerafälle zur Anzeige.

Frankreich.

Paris, 2. Dez. Am Anfange der heutigen Sitzung verlas der Vorsitzende, Vicepräsident Malleville ein Schreiben des Nuntius an die Nationaloersammlung, worin ihr derselbe seinen tiefgefühlten Dank für die Gefühle ausdrückt, welche sie gegen den heiligen Vater bethätigt habe. Das gleichfalls mitgetheilte Antwortschreiben des Präsidenten Marrast sagt u. A.: Die Republik, welche das Recht habe, unter den Traditionen der Vergangenheit zu wählen, werde immer denen treu bleiben, welche Gastfreundschaft für das Unglück und Ehrfurcht für hohe Tugend lehrten. Frankreich wird in diesem Schreiben, worauf wir wo möglich zurückkommen werden, das republikanische und katholische genannt. — Der Consul von Neapel hat am 24. Nov. von der toskanischen Regierung seine Päße verlangt und erhalten.

Der Papst (über dessen Ankunft in Marseille noch nichts verlautet) wird mit königlichen Ehren empfangen werden und in den Tuilerien residiren. Der Cultus- und Unterrichtsminister, Hr. Fresion, ist ihm entgegengesandt worden, viele Abgeordnete denken ihm ebenfalls entgegen zu reisen, weshalb vielleicht einige Sitzungen ausfallen werden.

Paris, 2. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 65. 75. 3pCt. 43. —; Neue — —; Neapol. —. —; Bankaktien 1387; 50; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. 25. —; 3pCt. inländische —. —; St. Germain Eisenbahn-Aktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 105. —; linkes Ufer 103. 75; Paris-Orleans 600. —; Paris-Rouen 352. 50; Orleans-Bordeaux 363. 75; Orleans-Vierzon 215. —; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 162. 50; Straßburg-Basel 76. 25; Nordbahn 341 25; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 326. 25; Römisches Anleben 52 1/4.

Nachdem für die Liquidation hinlänglich gesorgt war, fielen die Course durch Gewinnstrealisation.

Madrid, 25. Nov. 3pCt. Rente 19 5/8 Papier. (Nach der Börse 19 5/8 à 3/4 Geld); 5pCt. 9 1/4 P. (N. d. B. 9 1/4 G.); Passive Staatsschuld 3 5/8 P. (N. d. B. 3 1/16 G.)

Oesterreichische Monarchie.

Krakau, 26. Nov. Eine amtliche Bekanntmachung fordert heute sämmtliche städtische Behörden und Gemeinden von Galizien auf, für die öffentliche Ruhe zu sorgen, und droht zugleich auch mit dem Belagerungszustand des ganzen Landes. Die Bekanntmachung theilt ferner mit, daß ein Theil der Armee aus Galizien gegen die ungarischen „Rebellen“ aufbricht und daß der Kaiser, lediglich im Vertrauen auf die Anhänglichkeit der galizischen Gemeinden an seine erlauchte Person, kein Bedenken trug, die Armee aus Galizien zu entfernen, um die ungarischen Rebellen, die gegen Gott und ihren König gesündiget, zu züchtigen. Es wird endlich noch als Warnung bekannt gemacht, daß Sr. Excellenz dem commandirenden General Hammerstein, der die Stadt Lemberg in Belagerungszustand gesetzt hat, das unumschränkte Recht eingeräumt ist, mit jeder Stadt des Reiches in gleicher Weise zu verfahren. (Br. Z.)

Hermannstadt, 10. Nov. Am 5. Novbr. ist durch den Rittmeister Ritter v. Kalchberg des Chevauxlegersregiments Erzherzog Ferdinand Max mit 2 Eskadronen dieses Regiments und 2 Kompagnieen Leiningen-Infanterie das 4000 Mann starke Szeklerlager bei Radnoth angegriffen und zersprengt worden. Der Feind hat sich über die Maroseh geflüchtet und dort zerstreut, 3 Officiere und 120 Mann wurden zu Gefangenen gemacht.

Italien.

Venedig. Trotz dem, daß von verschiedenen Seiten kleinere und größere Summen für den Staat eingehen, ist schon wieder ein gezwungenes Anlehen von 1 Mill. L., zahlbar bis den 25. Nov., ausgeschrieben, in Baar oder in Acceptationen, welche dann die Bank der Regierung escontiren muß. Die Summe des Papiergelds wird sich bald auf 18 Millionen belaufen. Der neulich erwähnte Ausfall der Venetianer auf Mestre am 19 Nov. lief für dieselben sehr unglücklich ab; die Oesterreicher, zum voraus davon benachrichtigt, wußten sie zwischen zwei Feuer zu bringen; die Crociati verloren 200 Todte und Verwundete, 700 Gefangene und 2 Kanonen. (Basler Z.)

Schweiz.

) **Bern**, 2. Dez. Die Bundesversammlung hat ihre Sitzung geschlossen und alle National- und Ständeräthe sind bereits in ihre Heimath verreist. Als militärisches Nachspiel zu den Verhandlungen muß das Parlamentsduell zwischen den Herren Benz und Luvini erwähnt werden. Der Letztere konnte den Vorwurf der Feigheit ꝛc., welchen Benz ihm während der Diskussion über die Tessinerangelegenheit in das Gesicht warf, nicht auf sich sitzen lassen, und ein Zweikampf auf Säbel fand gleich nach dem Schluß der Sitzungen statt. Benz wurde leicht verwundet, und Luvini zog die Rechnung von 800 Fr. für die auf seiner Flucht von Airolo im Stiche gelassenen Epauletts, Hut und Degen, welche er dem eidgenössischen Kriegskommissariat eingegeben hatte, wieder zurück. Das ist das Resultat des Duells. Der Bundesrath hält täglich Sitzungen; Vormittags ist jedes Mitglied auf seinem Bureau beschäftigt. Die Uebernahme und Centralisation des Postwesens beschäftigt eben den Bundesrath. Auf die stattgefundene Reklamation, dezüglich der geschehenen Grenzverletzung erklärt der Kommandant der deutschen Truppen in einer Zuschrift an den eidgenössischen Bundesrath wiederholt, daß die Ueberschreitung der Grenze blos durch Versehen einer Patrouille stattgefunden habe und daß er übrigens diesfalls zu der geforderten Satisfaktion bereit sei, und die Fehlbaren bereits zur Bestrafung überwiesen habe. Auf die Anzeige, welche der Bundesrath an die auswärtigen Gesandtschaften in der Schweiz, dezüglich der Aufhebung des Bundesvertrags von 1815 und der Einführung der neuen Verfassung erlassen hat, haben bereits alle (Rußland ausgenommen, dessen Vertreter abwesend ist) in freundschaftlicher Weise geantwortet. Die meisten sprachen sich dahin aus, daß sie zum voraus erklären zu können glauben, daß ihre resp. Regierungen gegenüber der Schweiz und ihren neuen Behörden die früheren freundschaftlichen internationalen Verhältnisse fortsetzen werden; einzig der Gesandte von England berührt die Anerkennungsfrage nicht, sondern erklärt bloß, daß er die Sache seiner Regierung vorlegen werde. Die „Berner Zeitung“ berichtet aus „sicherer Quelle“, die französische Regierung habe von dem Gesandten der deutschen Reichsgewalt über den Zweck der Truppenaufstellungen an der Schweizergrenze Aufschluß verlangt und die Antwort erhalten, daß durch diese Maßregeln weder gegen Frankreich noch gegen die Schweiz Feindseligkeiten beabsichtigt werden.

Ungarn.

Die „Agramer Zeitung“ vom 25. Nov. bringt folgende Nachrichten: Die Stadt Arad ist am 10. Nov. Abends abermals (bereits zum fünftenmal) von 9 Uhr bis 2 Uhr nach Mitternacht und anderen Tages von 10 bis 12 Uhr Mittags bombardirt worden. Auf dem Stephansplatz und den näher liegenden Hauptgassen ist kaum mehr ein Haus, welches nicht beschädigt wäre. Viele Familien sind gänzlich ausgewandert. Die oberen Stockwerke der Häuser stehen fast alle leer. — Lippa, ein großer Marktflecken im Temeser Comitat am Marosfluß, wurde am 11. von den Ulahnen und mehreren Tausenden der Krassoer aufständischen Walachen mit zwölf Kanonen angegriffen und nach einer scharfen Kanonade eingenommen. — Das ungarische Infanterieregiment Mariassy ist, weil es aus Galizien deserliren und zu den Magyaren übergehen wollte, entwaffnet und unter starker Cavalleriedeckung nach Brünn in die Gefangenschaft geführt worden.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 5. Dez. Inhalt des Reichsgesetzblattes. Adresse an das Reichsministerium und Bassermann.) Wien (Die Operationen gegen Ungarn. Berathung über Aufhebung des Belagerungszustandes.) Berlin (Magistrat und Stadtverordnete. Aufruf der Rechten. Gerücht über Schließung der Vereine.) Brandenburg (Die letzte Sitzung der Versammlung. Gefahr des Landes.) München (Ministerkrisis.)

Frankreich. Paris (Kardinäle und Deputirte reisen dem Papste entgegen. Zweifel an dessen Ankunft. Galignani's Messenger über die ennischen Zustände.)

Rußland. Warschau (Petersburg, Potsdam und Ollmütz.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 5. Dez.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 5. Decembee.

Tagesordnung der 129. öffentl. Sitzung.

1) Abstimmung über den vom Abgeordneten G. Beseler, Namens des Verfassungs-Ausschusses erstatteten Bericht über die Selbstständigkeit der kleineren deutschen Staaten, nach vorgängigem Schlußvortrag des Berichterstatters.
2) Fortsetzung der Berathung über Artikel II. des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: der Reichstag.

Vorsitzender Heinrich von Gagern. Ein dringender Antrag von Schmidt aus Löwenberg nimmt den Nothstand der Bevölkrung in Schlesien zum Anlasse, um zu fordern, daß das Reichskriegsministerium sofort die nöthigen Veranstaltungen treffe, damit die Ueberzahl von Truppen, mit denen jene Provinz belastet sei, zurückgezogen würde. Die Dringlichkeit findet jedoch nicht die nöthige Unterstützung und der Antrag gehl daher an den Biedermann-sächsischen Ausschuß.

In der Mediatisirungsfrage hat G. Beseler das Schlußwort für die Mehrheit des Ausschusses. Die territoriale Eintheilung in Deutschland ist häufig eine zufällige, keine nothwendige gewesen, und dagegen sollen Mediatisirungen helfen — Mediatisirungen in großem Maßstabe. Von der einen Seite will man die kleinen Staaten ganz auflösen, von der andern sie zu Staatenverbänden vereinigen. Daß hierbei kein Zwang stattfinden solle, diese Meinung scheint die Mehrheit des Hauses für sich zu haben. Also Vereinbarung, — aber wie? Zahlreiche Adressen mit Tausenden von Unterschriften sind aus den kleinern Staaten an uns gelangt, in denen man sich entschieden wider die Mediatisirung erklärt. Sollen wir nun glauben, das Volk wünsche die Auflösung der kleinen Staaten? So weit ich die Sache übersehe, steht vielmehr die Sache so, daß das Aufgeben der Selbstständigkeit dieser kleinen Staaten nicht allgemein im Verlangen der Bevölkerung liegt. Dazu die Schwierigkeit, wohin der Anschluß zu richten, Oldenburgs z. B., wenn es sich nicht mit Hannover vereinigen wollte. Das bloße Zusammenwerfen würde nichts fruchten, nur ein Zusammenwachsen wäre das Ersprießliche. Auch die Centralgewalt — wenn nicht ein höheres Reichsinteresse nachgewiesen werden kann, was in der That nicht vorhanden ist — was kann sie ausreichten, um eine Verminderung der kleinen Staaten herbeizuführen? Die schweizerische Bundesverfassung hat sogar den Fortbestand der einzelnen Kantone ausdrücklich gewährleistet. So weit können wir nicht gehen, denn in Deutschland können sich umfassende Veränderungen wohl als nöthig ergeben. Für jetzt hat aber die Mehrheit des Ausschusses nichts anzurathen als Uebeegang zur motivirten Tagesordnung.

Moritz Mohl, der sich durch einige Aeußerungen Beseler's persönlich beeinträchtigt glaubt, gibt eine Erklärung von der Rednerbühne, worauf zur Abstimmung geschritten wird. Der Antrag des Ausschusses

„die Nationalversammlung wolle beschließen, über die auf Mediatisirung gerichteten Anträge zur motivirten Tagesordnung überzugeben"

wird mit 253 gegen 198 Stimmen angenommen. Als Zusatz dazu wird zum Beschluß erhoben der Antrag Riesser's:

Die Centralgewalt aufzufordern,

„daß sie die Vereinigung kleinerer Staaten unter sich oder mit größern Staaten, da wo die Wünsche der Bevölkerung sich deutlich dafür aussprechen, auf dem Wege der Uebereinkunft zwischen den betreffenden Regierungen und Volksvertretungen vermittele."

Baur von Hechingen gibt eine Bemerkung darüber zu Protokoll, weshalb er sich der Abstimmung enthalten habe. Vor dem Uebergange zur Berathung der Verfassung erfolgen einige Anfragen an das Ministerium, die der Vorsitzende hierher verschoben hat.

Rheinwald nämlich interpellirt das Reichsministerium des Aeußern wegen der gegen die Schweiz beabsichtigten Maßregeln, ob ein Fruchtausfuhrverbot darunter enthalten sei?

Wolf aus Steiermark interpellirt in Bezug auf die ungarischen Verhältnisse: was das Reichsministerium thun werde, die Wiederholung ähnlicher Frevel zu verhüten, wie der Einfall der Ungarn in Steiermark und die damit verbundenen Greuel.

Römer aus Stuttgart endlich richtet folgende Interpellation, die wir in Betracht ihres wichtigen Gegenstandes wörtlich wiedergeben, an das Reichsministerium des Innern und Aeußern:

In Betracht, 1) daß das neugebildete österreichische Ministerium sich vor dem österreichischen Reichstag in Kremsier offiziell dahin ausgesprochen hat, daß zwar die österreichische Regierung einen innigen Anschluß an Deutschland wünsche, daß aber vor allem die feste Vereinigung der sämmtlichen österreichischen Staaten in eine österreichische Monarchie, sowie die definitive Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit bewerkstelligt sein müsse, ehe an eine Ordnung der Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland gedacht werden konne.

In Betracht 2) daß das österreichische Ministerium zwar die fortdauernde Erfüllung seiner „Bundespflicht" zugesichert hat, daß sich aber nach Auflösung des deutschen Bundes nicht absehen läßt, wie Oesterreich eine deutsche Bundespflicht zu erfüllen haben soll, wenn es aufhört, ein Glied des deutschen Bundesstaates zu sein.

In Betracht 3) daß in der Erklärung des österreichischen Ministeriums der von der deutschen Nationaloersammlung verworfene Grundsatz der Zustimmung der einzelnen deutschen Regierungen hinsichtlich des deutschen Verfassungswerkes enthalten ist, und daß hiernach zu erwarten steht, auch die übrigen deutschen Regierungen werden das Recht der Zustimmung in Anspruch nehmen.

In Betracht endlich 4) daß, wenn Oesterreich dem zu bildenden deutschen Bundesstaate nicht beitritt, die Theilnahme der aus Oesterreich gewählten Abgeordneten zum deutschen Reichstage an den Berathungen der deutschen Nationaloersammlung die Nichtigkeit der Beschlüsse derselben zur Folge haben könnte;

In Betracht alles dessen stelle ich an den Hrn. Reichsminister des Innern und Aeußern die Anfrage:

„ob in Beziehung auf die vorerwähnten Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland etwas nud, wenn diese Frage bejaht wird, was zur Wahrung der Stellung der Centralgewalt und der deutschen Nationaloersammlung geschehen sei?"

Die Beantwortung der drei Anfragen wird Namens des Ministeriums für den 9. zugesagt.

Die §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs werden in der Besprechung zusammen gefaßt. Nach dem Vorschlage der Mehrheit des Ausschusses sollen sie lauten:

Artikel II. §. 2: Das Staaatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten. *)

§. 3. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältnisse:

Preußen 40 Mitglieder; Oesterreich mit Lichtenstein 36; Bayern 16; Sachsen 10; Hannover 10; Würtemberg mit Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen 10; Baden 8; Kurhessen 6; Großherzogthum Hessen mit Hessen-Homburg 6; Holstein (Schleswig, s. Reich §. 1) und Lauenburg 6; Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 6; Luxemburg mit Limburg 2; Braunschweig 2; Nassau 4; Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie 6; Oldenburg 2; Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold 1; Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Kö-

*) Minoritätsrechten zu §. 2. An die Stelle dieses §. möge folgende Bestimmung treten: „Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der einzelnen, theils selbstständigen, theils unter sich zu einem Gesammtstaat verbundenen, deutschen Staaten.

Ein Reichsgesetz, welches einen integrirenden Theil der Verfassung des deutschen Reichs bildet, bestimmt diejenigen deutschen Staaten, welche selbstständige Vertretung im Staatenhause haben, sowie diejenigen, welche zu einem organischen Staatenbande sich vereinigen, und als solche eine gemeinschaftliche Vertretung erhalten." (Wigard, Mittermaier, Ahrens, Gulich, Schreiner, Zell, Römer.)

Digitized by Google

then 1; Lübeck 1; Frankfurt 1; Bremen 1; Hamburg 1. Zusammen 176 Mitglieder. *)

v. Linde will das Staatenhaus aus Denjenigen gebildet sehen, welche die höchsten Grund- und Gewerbsteuern zahlen. Nur dann könne die Vertretung im Volkshause auf die breiteste demokratische Basis ausgedehnt werden. Das deutsche Volk betrachtet er dabei als untheilbare Einheit, als individuelles Ganze, denn nicht in der Verschiedenheit der dynastischen und Regierungsinteressen sind seiner Meinung nach die Partikularitäten begriffen, die in der Verfassung zu berücksichtigen und zu berechtigen, sondern vielmehr im Grundbesitz und in einer großartigen Gewerbsthätigkeit.

Das Haus hat unter v. Linde's Vortrag ein so leeres Ansehen erhalten, daß wir nicht glauben, die beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten sei noch darin vorhanden, als Phillips aus München auf der Tribüne erscheint, der im Allgemeinen mit den Vorschlägen des Verfassungsausschusses übereinstimmt und nur auf Ungleichheiten der Stimmenvertheilung aufmerksam macht, wie z. B. darauf, daß das kleine Nassau 3 Abgeordnete zum Staatenhause schicken solle, worin er eine Begünstigung dieses Herzogthums erblickt.

Buß, ein heute erst eingetretener Abgeordneter für Westphalen, entschuldigt sich zuvörderst gegen den Vorwurf der Unbescheidenheit, den man ihm daraus machen könne, daß er kaum den Fuß im Hause, auch schon auf der Rednerbühne stehe. (Ein sehr begründeter Vorwurf! von der Linken.) Dann drückt er seine Verwunderung darüber aus, Oesterreich, der, numerischen Aufstellung des Entwurfs gemäß, an der zweiten Stelle und hinter Preußen aufgeführt zu finden. Diese Mißachtung des bisherigen diplomatischen Ranges Oesterreichs rügt er auf eine so weitläufige Weise, daß es allerdings wünschenswerth gewesen wäre, wenn Herr Buß etwas weniger eilig die Tribüne hätte für sich in Beschlag nehmen wollen.

Waitz rechtfertigt das aufgestellte Zahlenverhältniß. Weder blos die Staatenzahl noch allein die Volksmenge habe den entscheidenden Maßstab abgeben können, sondern es hätte auch die historische Bedeutung, die Eigenthümlichkeit und der größere oder geringere Einfluß einzelner Staatsglieder auf den deutschen Reichskörper in Anschlag gebracht werden müssen, dazu sei die zu begründende Verfassung elastischer Art, der Fort- und Umbildung fähig, so daß es keiner Revolution, wie sie hier verkündet und erhofft worden sei, bedürfen werde, um später das Werk auch einem künftigen Bedürfnisse gemäß einzurichten.

Weißenborn aus Eisenach setzt die Nachtheile der kleinen Staaten auseinander und bittet den Antrag der Minorität zu §. 2 zu unterstützen, der auf Zusammenlegung der kleinern Staaten und auf Vereinigung derselben zu Staatenverbänden gerichtet ist.

Schierenberg aus Detmold nennt es einen „hinterlistigen Plan des Entwurfs," die kleinen Staaten durch Kränkungen und Beschränkungen ihrer Rechte zum Lebensüberdruß und dadurch zum Selbstmorde zu bringen. Die Collektivstimmen führen nach seiner Meinung so unüberwindliche Schwierigkeiten mit sich, daß selbst die frühere Vertretung im Plenum des Bundestages ein großes Stück dagegen ist. Daher empfiehlt er seinen Verbesserungsantrag, nach welchem das Staatenhaus aus zweihundert Mitgliedern bestehen und worin jeder Staat seine Einzelnstimme haben würde.

Nach Schierenberg wird die Debatte geschlossen, und Dahlmann nimmt als Ausschußberichterstatter das Wort. Ueber die Fortsetzung der heutigen Sitzung melden wir in der Nachschrift.

Frankfurt, 4. Dez. Das heute ausgegebene siebente Stück des „Reichsgesetzblattes" enthält: 1) Verordnung, die baare Vergütung für die Verpflegung der Reichstruppen betreffend, vom 27. November 1848. 2) Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der für die Verpflegung der Reichstruppen umzulegenden 1,750,000 fl. (1 Million Thaler) auf die einzelnen Staaten, vom 27. November 1848.

Frankfurt, 5. Dez. Wie die O. P. Z. anzeigt, hat das Reichsministerium aus dem Wohlauer Kreise in Schlesien eine Dankadresse erhalten, worin hervorgehoben ist, wie gerade die Einwohner Schlesiens am nächsten erfahren haben, daß nur Energie von Oben die wahre Freiheit schützen könne, worin ferner den Maßregeln des Königs von Preußen zugestimmt und dem Unterstaatssekretär Hrn. Bassermann gedankt wird. Aus Löwenberg in Schlesien ist eine Adresse an Hrn. Bassermann abgegangen, worin ihm für sein Verhalten in der preußischen Frage Dank und Zustimmung ausgedrückt wird.

Wien, 29. Nov. Der Tag zum ernsten Angriff gegen Ungarn ist nun bestimmt. Fürst Windischgrätz und der Banus Jellacic sollen am 1. oder 2. Dez. Wien verlassen, um sich an die Spitze der Armee zu stellen. Hier bleibt vorläufig eine Garnison von über 30,000 Mann zurück, während 60,000 Mann unter Jellacic gegen Ungarn ziehen. Die Gesammtstärke der gegen Ungarn operirenden Armee — mit Einschluß der Korps unter Simonic, Buchner, Nugent und Dahlen — beträgt 120,000 Mann reguläre Truppen. Das Oberkommando über dieselben führt der Fürst Windischgrätz, welcher auch die Hauptoperationen leitet. (Allg. Z.)

Wien, 29. Nov. Vorgestern fand im Hofkriegsrathsgebäude eine Versammlung sämmtlicher Militär-Autoritäten, welche sich hier befinden, statt, um sich über die Thunlichkeit der Aufhebung des Belagerungszustandes zu berathen. Dem Vernehmen noch dürfte derselbe bald zu Ende sein. (Bresl. Z.)

* **Berlin.** Die vom 2. Nov. eintreffenden Nachrichten sind ohne Erheblichkeit. In der Stadt laufen Adressen für und gegen den Magistrat um, dem man vorwirft, daß seine neuliche entschiedene Ansprache ein etwas spätes Datum trage. Die Stadtverordneten befinden sich in offenem Zwist mit dem Magistrat. Zur Feier der silbernen Hochzeit hatten sie bloß schriftlich ihre Glückwünsche dem Königspaare dargebracht, in folgender kurzen von aller Politik sich fern haltenden Adresse:

Hohes Königspaar!

Es ist das schöne Vorrecht des Mannes, auszuruhen von den Mühen des Tages in dem heiligen Kreise der Familie, und an dem Arm einer liebenden Gattin hier den Frieden zu finden, welchen das Herz in dem Kampfe des Lebens vergeblich sucht.

Schwere Prüfungen sind über unser hohes Herrscherhaus gekommen, aber niemals ist dieses Heiligthum verletzt, niemals wird es entweiht werden. Ein Bund zweier edlen Herzen, ein Vorbild der Tugend, ein fleckenloser Spiegel der Sittlichkeit, leuchtet unser hohes Königspaar dem Lande vor, und immer werden Ihm, auch in der niedrigsten Hütte, die Herzen entgegenschlagen. Diese Liebe bringt Ihren Majestäten zur Feier des fünf und zwanzigjährigen schönen Bundes den Glückwunsch Ihrer treuen Stadt Berlin.

Die Stadtverordneten zu Berlin.

Berlin, den 29. November 1848.

Der Magistrat überreichte eine längere auf die Ereignisse des Tages Bezug nehmende Adresse, die vom Könige, wie gemeldet, sehr freundlich entgegengenommen ward. Der Weise, wie der Knoten in Brandenburg sich immer mehr verschlingt, sieht man in Berlin mit einer gewissen Abspannung zu. „Unsere Stimmung, sagt ein Privatbrief, ist stimmungslos!" Die Rechte hat einen Aufruf an das Land erlassen, welche die Nothwendigkeit der Auflösung der Versammlung auseinandersetzt. Die Vossische Zeitung meint: „Am 7. Dez. dürften in Brandenburg wohl 350 Abgeordnete anwesend sein. Die übrigen Abgeordneten werden einstweilen in ihre Heimath zurückkehren und erst dann wieder in die Versammlung eintreten, wenn dieselbe nach Berlin zurückverlegt sein wird. Auch die Herren Waldeck, Rodbertus, Jacoby, v. Berg u. s. w. sind bewogen worden, ihr Mandat nicht niederzulegen; es ist jedoch noch zweifelhaft, ob sich dieselben bestimmen lassen werden, nach Brandenburg zu gehen." Die Nationalzeitung will aus wohlunterrichteter Quelle wissen, es sei im Werk, alle politischen Vereine in Preußen zu schließen.

** **Brandenburg**, 1. Dez. Unglückseliges Preußen! Wer heute im alten Dom zu Brandenburg war und die Geschichte dieses Vormittags mit erlebte, wenn er ein Herz für dieses edle Land hat, wenn er gar gebürtig ist aus diesem unglücklichen Lande, der stimmt ein in unseren Weheruf. Die Nationalversammlung sollte heute beschlußfähig sein. Der erste Eisenbahnzug brachte Unruh, Phillips mit dem größten Theil der in Berlin Gebliebenen. Das Centrum, das gestern keines sonderlichen Empfangs

*) Zu §. 3. Minoritätserachten. Statt dieses §. möge es heißen: „Jeder einzelne selbstständige deutsche Staat, sowie jeder aus mehreren kleineren deutschen Staaten bestehende Gesammtstaat sendet ohne Rücksicht auf seine Größe vier Abgeordnete in das Staatenhaus." (Wigard, Schreiner.)

Digitized by Google

von Seiten der Rechten sich zu erfreuen gehabt, trat mit ihnen zusammen in eine große Berathung. Ich war nicht zugegen, hörte jedoch, daß es noch zweifelhaft wäre, ob die von Berlin Gekommenen auch eintreten würden. Die Sitzung begann um 11 Uhr. Der Dom war ziemlich leer; es fehlten auch noch Duncker, Berzmann, die schon eingetreten gewesen. Der Namensaufruf wurde vorgenommen. Da öffnete sich die rothe Thüre, und es erschienen Kirchmann, Krackrügge, Ullrich (Anklam, Postoffiziant), Bucher, Potworowski, Zoltowski, Kanonikus Richter, Kaliski, Kämpf, Schaffraneck, Bauer (Krotoschin), Schneider, Grebel, Weichsel, Dierschke und viele Andere von der äußersten Linken und von der Partei Rodbertus. Von der Partei Unruh waren Wachsmuth, Kosch u. A. dabei. Schneider trat zuerst herein, zunächst Kirchmann. Es herrschte Todtenstille. Mancher Einzelne ward still begrüßt. Nur als Dierschke und Weichsel erschienen, gab es einige Heiterkeit. Bei dem fortgesetzten Namensaufruf machte Weichsel in seiner Eigenschaft als Schreier der Versammlung sich geltend, indem er über die Akustik des Doms von seinem Platz aus Klage erhob, den er mit den Uebrigen auf dem Berg eingenommen hatte. Ehe das Resultat des Namensaufrufes bekannt geworden, verlangte Schneider das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Der Präsident (Brünneck) wollte erst das Resultat verkündigen. Von Seiten der neu Zugetretenen fielen bei den hierbei zur Geschäftsordnung gesprochenen Worten einige bittere Bemerkungen über die letzten Sitzungen vom 27. Nov. ab; es hätte ja Alles, was man daselbst besprach, in „persönlichen Bemerkungen" bestanden. Der Namensaufruf ergab 260 Mitglieder; 13 waren außerdem als krank oder behindert angemeldet. Der Präsident hätte die Nationalversammlung für konstituirt erklären können. Der Berg hatte sie ja konstituiren geholfen. Konstituirt war sie jetzt erst, doch konstituirt mußte sie werden; das war von Jedem anzuerkennen, der nach Brandenburg kam; folglich konnte Unruh nicht als Präsident nach Brandenburg kommen. Unruh fehlte und half also die Versammlung nicht konstituiren. Schneider erhielt das Wort und verlas eine Erklärung im Namen der Meisten, welche heute gekommen und im Namen von Unruh, Phillips, Plönnis. Es war eine Rechtsverwahrung gegen das Recht der Krone, zu verlegen, zu vertagen, aufzulösen; aus Liebe zum Vaterland sei man erschienen. Schneider fügte mündlich Folgendes hinzu: „Die Präsidenten Unruh, Phillips, Plönnis haben mich beauftragt, zu sagen, daß sie nicht erscheinen können, weil sie noch mit Einberufung von Abgeordneten nach Brandenburg beschäftigt sind. Wir, die wir heute erschienen, sind seinem Rufe gefolgt. Andere hat die Berufung noch nicht erreicht." Ueber diese Worte vermögen wir nicht hinwegzugehen. Wehe dem, sagten wir gestern, der unsere Wunde weiter aufreißt! Wehe dem, wiederholen wir heute! wehe dem, der jenem unseligen Mann den Botenauftrag gab, solches zu bestellen! Wehe dem Manne selbst, über dessen Lippen diese Worte kamen, nach denen eine Versöhnung undenkbar wurde, diese Worte, welche die Mitglieder der Rechten empören und zur Verzweiflung bringen mußten! Wer in Brandenburg erschien und hatte vordem der Krone das Recht zur Verlegung bestritten, der unterordnete seine Rechtsmeinung höherer Rücksicht. Wer das nicht vermochte, durfte sein Mandat niederlegen. Die Krone hatte gesiegt, nicht durch dieses Ministerium, sondern durch die Thoren, von welchen Bornemann sagt, daß er über sie nichts vermocht habe. — Und gesetzt, der Präsident hätte das Recht der Verlegung, was man der Krone abspricht, er hätte es im Namen der Versammlung, welche dann einseitig zu beschließen vermöchte, was die Krone einseitig nicht beschließen dürfe — Herr v. Unruh läßt sich entschuldigen, weil er mit Einberufung von Abgeordneten nach Brandenburg beschäftigt ist. Bei wem läßt er sich entschuldigen? Bei denen, die er einberufen hat? Beim Alterspräsidenten der vom König berufenen Versammlung? Wenn Hr. v. Unruh und zwei Personen noch mit Einberufung beschäftigt sind, warum erscheinen denn Diejenigen, welche seinen Ruf bereits erhalten haben, gerade heute? Zu wann hat He. v. Unruh die Versammlung berufen? Doch die ganze Versammlung zu demselben Tage? Nach dem Dom oder nach dem Casino? Hat Hr. v. Unruh zu keinem bestimmten Tag, an keinen bestimmten Platz in Brandenburg gerufen? Wie durften die von Hrn. Unruh einberufenen Mitglieder es unternehmen, zu einer Zeit eine Versammlung konstituiren zu helfen, als noch nicht einmal sämmtliche Einberufungsschreiben fertig waren? — Doch weiter beschäftigen wir uns nicht mit diesen Possen. Die Botschaft kam im Namen jenes Unruh, von dem wir selbst gesagt, „daß er dem Volke theuer ward", von dem wie selbst gewünscht, er möchte „der Erste im Rathe der Krone sein". Wir sind bitter getäuscht, aber wir lernen täglich von dem traurigen Ernste dieser Zeiten, und hoffentlich hat Mancher, der sie durchlebt, ohne sich die Hände mit befleckt zu haben, sie nicht umsonst erlebt. Die Erklärung Schneider's rief keine Gegenerklärung hervor. Zur Konstituirung des Bureaus sollte geschritten werden. Vorher hatte Parrisius den Antrag auf Vertagung bis Montag gestellt. Der Antrag wurde ohne Diskussion mit 145 gegen 113 Stimmen verworfen. Jetzt trat Schneider wiederum auf mit der Erklärung, daß, da dieser Antrag verworfen und somit den vom Präsidenten o. Unruh noch einzuberufenden 100 Mitgliedern (wie er als Sekretär der Nationalversammlung wisse) nicht Zeit gelassen sei, zu erscheinen, seine Freunde sie heute ausschieden. Hierauf verließen, Bucher an der Spitze, 87 Mitglieder den Saal. Unter diesen waren Bergmann und einige Andere, die bereits frühern Sitzungen beigewohnt hatten; dagegen verblieben im Saal von den heute Gekommenen, außer Grebel und Richter, einige Männer, die zu den Ehrenhaftesten der Nationalversammlung zählen, insbesondere Wachsmuth und Kosch. Zur Präsidentenwahl wurde geschritten, aber es waren nur noch 173 Abgeordnete anwesend, die Versammlung war nicht beschlußfähig, das Skrutinium war nichtig. Die, welche nur herüberkamen, um das Werk des Friedens zu vereiteln, haben eine schwere Verantwortlichkeit auf sich geladen. Unruh war noch gestern Abend entschlossen, von seiner Eigenschaft als Präsident, wenn auch nicht ganz abzusehen, so doch darauf zu verzichten. Aber er war nicht stark; die Männer der Linken hatten ihn umgestimmt und er änderte seinen Willen; er blieb der Präsident der Versammlung; er trat nicht mit hinein und ließ sich so dazu mißbrauchen, jede Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Knotens abzuschneiden. Was daraus folgt, das fällt auf das Haupt des Regierungsrathes von Unruh! Ein zweiter Akt begann und die Rechte trat jetzt handelnd auf. Sie hatten die Rollen gewechselt, die beiden Parteien. Die Linke lernte von der Rechten das Beschlußunfähigmachen durch Austritt am 2. Nov. — und die Rechte trat das Recht mit Füßen, wie die Linke bisher gethan. Sie ließ Gewalt für Recht ergehen. Außer sich versetzt durch jenes schmachvolle Betragen der Gegner, schlug sie die Bahn der Revolution ein und ließ sich durch Nützlichkeitsgründe allein bestimmen, wie stets die Linke. Sie beschloß auf Antrag von Simons, obwohl sie nicht beschlußfähig war, und nichts beschließen konnte, trotz den Bemühungen von Wachsmuth, trotz wundervollen Worte von Kosch, der gebeugt und wie zum Greise geworden dastand, trotz Zachariä's Warnung, das Staatsministerium aufzufordern, die Stellvertreter der nicht erscheinenden Abgeordneten einzuberufen. Ein Amendement von Daniels, das die fehlenden Abgeordneten gleichsam ausstoßen sollte, fand Unterstützung, wurde jedoch zurückgezogen. Jener Antrag von Simons wurde indessen von 72 angenommen, von 1 verworfen; 83, darunter Harkort, Kühlwetter, Duncker, Milde, Wachsmuth, Bornemann, Kosch, enthielten sich der Abstimmung. Wir hörten mit tiefstem Bedauern Hansemann, R. v. Auerswald, Bardeleben für den Antrag votiren. — Bornemann mühte sich vergeblich. So verfolgt in diesen Zeiten die Märtyrer der Mäßigung das tragische Geschick, vergebens zu kämpfen nach der einen, wie der andern Seite. So verhallten Bornemann's Worte dort im Schützenhause, jetzt im Brandenburger Dom. Er war mit einem anderen Geiste herübergekommen, als Unruh; so sprach er es aus: „Ob ich legal oder illegal gewählt bin, gleichviel. Als ich hier eintrat, war ich mir bewußt, daß es sich von selbst verstehe, ich sei nicht mehr Vicepräsident. Wenn ich das nicht vorausgesetzt hätte, würde ich ausdrücklich verzichtet haben"; diese Worte Bornemann's sollte man unter Unruh's Bildniß schreiben; sie sind sein Urtheil. — Doch nun half er auch hier nicht; seine Sache ist eine verzweifelte; denn immer folgt Uebertreibung auf Uebertreibung. — Ob der letzte Beschluß der beschlußunfähigen Versammlung, mit 72 Stimmen gegen 83 Nichtstimmende gefaßt, Beachtung finden wird bei den Ministern? Ob er nicht alles Vorhergehende, selbst den Frevel vom 15. Nov., den Beschluß der unzurechnungsfähigen, besinnungslosen Beschlußfähigen im Volke vergessen machen wird? — Die Versammlung mit 72 gegen 63 Stimmen vertagte sich schließlich bis Don-

Digitized by Google

Uebersicht.

Heer- und Wehrverfassung.

Deutschland. Wien (Gen. Welden und die kaiserlichen Deputationen. Antwort Windisch-Grätz's an die Deputation des Gemeinderathes.) Kremsier (Reichstagssitzung.) Olmütz (Kaiserl. Handschreiben an Wessenberg.) Tilsit (Russisches Heer an der Grenze.) Kassel (Eröffnung des Landtags.)

Frankreich. (Verhandlungen der Nationalversammlung über die römische Frage. Thätigkeit im Kriegsministerium. Tagesbegebenheiten.)

Italien. (Die Kriegspartei in Turin.)

Heer- und Wehrverfassung.

Gerade, da wir den Behauptungen eines Aufsatzes in der „Weser-Zeitung" (Wehrpflicht und Stellvertretung) zu entgegnen gedachten, kam uns die den Nationalversammlungen von Frankfurt und Berlin gewidmete Abhandlung: Heer- und Wehrverfassung von A. v. W. (Adolf v. Willisen) zu. Die Schrift ist von preußischem Standpunkte aufgefaßt, dennoch aber gleich belehrend auch für die in der Militärorganisation noch minder vorgeschrittenen Staaten. Sehr richtig wird im Anfang bemerkt: „die bewaffnete Macht hat zu den verschiedenen Zeiten nach den Bedürfnissen die verschiedensten Formen gehabt und sie hat stets Großes geleistet, wenn ihre Formen richtig aus dem Bedürfnisse der Zeit entwickelt worden sind." Ueber sein Vaterland bemerkt Hr. v. W., daß, „als Deutschland zerfallen gewesen, Preußen schon zweimal aus demselben mit einer Heeresmacht und Heeresverfassung hervorgetreten sei, welche preußischen und deutschen Ruhm unsterblich auf die Blätter der Weltgeschichte geschrieben habe." Der Verfasser des Weser-Artikels dagegen verwarf die preußische Militärverfassung unbedingt. Die Beweise, daß das Heer ein schlecht organisirtes sei, würden ihm wohl schwer zu führen sein. Wollte er vielleicht nur keine preußische Wehrverfassung? — Doch gehen wir in die einzelnen Abschnitte der Broschüre näher ein. Sie beginnt mit dem Abschnitte „Wehr und Heer", für unsere Beurtheilung der wichtigste des Werkchens. Es ist hier der Vortheil der preußischen Wehrverfassung zur schnellen Formirung großer und kampfgeübter Heere dargethan und angeführt, wie bereits Rußland und Frankreich dieses System zum Theil nachgeahmt und dadurch manche Vortheile gewonnen hätten. Der Verfasser findet deßhalb in der erlangten größeren Kriegsstärke dieser beiden Staaten die Nothwendigkeit, das System, das schon so Großes geleistet, zu vervollkommnen und so diese Staaten abermals um Vieles zu überflügeln. Er nennt für damals die allgemeine Militärpflicht „die größere materielle und auch geistige Kriegskraft", welche Preußen allen anderen Staaten voraus hatte, er glaubt also nicht, wie der Verfasser des Weser-Artikels, daß nur solche Leute zum Militärdienst genommen werden sollten, „welche demselben weder geistig noch materiell besondere Opfer zu bringen haben." Diese Argumentation läuft hinaus auf die Beibehaltung der Stellvertretung, darum, weil wir uns, „an dem Begriffe der allgemeinen Wehrpflicht festhaltend, bei näherer Prüfung bald von der Unmöglichkeit überzeugen würden, dieses Prinzip in seiner ganzen Schärfe zu verwirklichen, ohne das Wohl der Gesammtheit wie der Einzelnen im höchsten Grade zu gefährden", und — weil die französische Nationalversammlung den Antrag auf Abschaffung der Stellvertretung verworfen hat. Herr v. W., überzeugt, daß der große Gedanke allgemeiner Wehrpflicht auch in Frankreich Wirklichkeit bleibe, sagt von den Franzosen: „Sie vermehren damit nicht die Zahl der Armee, aber sie erheben sie auf den inneren, durch die Theilnahme aller Gebildeten bedingten Werth der unsrigen." Herr v. W. geht gerade darauf aus, zu zeigen, wie man ohne zu große Belästigung des Gemeinwesens größere disponible Kräfte für den Krieg gewinnt. Dahin führt nicht der neueste Begriff der Volksbewaffnung, die ungeordnete Massen bewaffnet, die im entscheidenden Augenblicke nicht zu brauchen sind. Die Einzelnen müssen in Führung der Waffen sich üben und sich als Glieder eines großen Ganzen betrachten; nicht als eine Kaste von dem Volke gesondert, sondern aus dem Volke hervorgegangen, und nach Erlernung der bezeichneten Fertigkeiten in dasselbe zurückkehrend.

Obschon Preußens Wehrsystem bisher genügend erschienen war, so bezweifelt der Verfasser doch, daß es Preußen auch für die Zukunft genüge, und daß es in seiner jetzigen Fassung empfohlen werden könne, wenn ganz Deutschland Ein Wehrsystem umschlinge. Er geht daher zur näheren Gliederung über und nennt Heer denjenigen Theil, welcher im Frieden die Kriegs-Schule bildet, zugleich aber auch alles in sich schließt, was zur Aufnahme der jungen Mannschaft im Kriege nöthig ist. Unter Wehr würden die älteren Leute verstanden, welche den Dienst im Heere mitgemacht haben, und jene jungen Leute, welche wegen der Verhältnisse der Abkömmlichkeit und der Tauglichkeit, nicht im Heer-Dienste verwendet werden konnten. Sie bildet die große Reserve, und ist im Frieden dazu bestimmt, dem Gesetze Achtung und Gehorsam zu verschaffen.

Es ist deshalb in der ersten Benennung sowohl das stehende Heer, als die Landwehr begriffen, welche Begriffe der Verfasser zu scharf geschieden findet, da das erstere ja doch nicht eigentlich „stehend" sei, indem die Mannschaft ja einem steten Wechsel unterworfen ist. Der einzige Unterschied, welcher zwischen beiden jetzt besteht, ist die verschiedene Zusammensetzung der Offiziere, Unteroffiziere und der Mannschaft, während beide immer die gleiche Bestimmung haben. Als Hauptmißstand der Landwehr bezeichnet der Verfasser die Ueberlegenheit der Mannschaft über ihre Offiziere, da dieselbe aus geübteren Soldaten besteht, als die Linie und dennoch die Offiziere in ihrer militärischen Eigenschaft den Offizieren der Linie nachstünden. Unter der Benennung Landsturm (nach dem jetzigen preußischen Systeme) versteht Hr. v. W. die oben bezeichnete Wehr, welche jedoch gleichfalls einer Verfassung, Gliederung und Uebung bedürfe, um etwas zu nützen.

Die Heerpflichtigkeit zerfällt in die drei Altersklassen: 20—25, 26—32, 32—39 und in die Unterabtheilungen, welche durch die Verhältnisse der Abkömmlichkeit und der körperlichen Tauglichkeit bedingt werden. Die Wehrpflichtigkeit geht vom 21. bis zum 60. Jahre; die Wehr steht unabhängiger da, bewaffnet und kleidet sich selbst. Die Wahl der Officiere von den Untergebenen wird verworfen, da dadurch der Gehorsam schwinde, höchstens wäre es thunlich, wenn das System der Officierswahlen annähernd beibehalten werden sollte, daß man den nächsten Untergebenen Kandidaten vorgeschlagen werden, aus denen die Kommunal- Provinzial- und Wehrbehörden die geeignetsten auswählen, da es besser sei, „wenn Jeder seinen Vorgesetzten erhielte". Die Obristen sollen vom Könige gewählt werden. In Preußen hat die Verschmelzung von Linie und Landwehr keine Schwierigkeit, und zur Erlangung des neuesten, vom Reichsministerium verlangten Etats genügt ein Zurückgreifen bis zur Altersklasse 32 (nach des Verfassers Berechnung, welcher noch 20 pCt. Abgang in Anschlag bringt). Die Vermehrung der Infanterie stellt der Verfasser oben an; die der Artillerie sei nicht in gleichem Verhältnisse nöthig, da die Vervollkommnung des Infanterie-Gewehres in neuester Zeit so gute Resultate liefere; am wenigsten nöthig hält er eine Vermehrung der Reiterei und besonders in der jetzigen Zeit. Ferner stellt der Herr Verfasser zwei Friedensstärken auf, von denen die kleinere bedeutend geringer ist, als früher und sich meistens auf die Cadres beschränkt, während die größere, welche namentlich dazu dienen soll, um die Cadres in Uebung zu erhalten, um etwas stärker ist; das Mehr auf der einen und das Weniger auf der anderen Seite gleichen sich gegenseitig aus. Hr. von W., der 35 Jahre im Militärdienste stand und sich in allen Waffengattungen umsah, hält die „Angewöhnung," welche der Verfasser des Weser-Artikels dem Soldaten in zwei Jahren nicht beizubringen glaubt, für leichter und wahrscheinlich im Sinne jenes Verfassers für nicht nöthig; v. W. beweist uns ebenfalls mit Zahlen die Nützlichkeit seines Systems und dessen effektive Vortheile; das Land wird deshalb von seinen Armen noch nicht erdrückt und auch Handel und Gewerbe leiden nicht, da ja im Kriege doch die Gewerbe nicht besonders gehen, und im Frieden der Bürger nur auf dem Papiere eingetheilt ist, sobald er seine Exerzierperiode durchgemacht hat. Wäre eine Stellvertretung, die doch nicht ohne Ziehung stattfinden kann, bei einer Vermehrung des Heeres bleibend, so müßte man, statt wie nach v. W's Vorschlag bis zu den Leuten von 32, bis zu denen von 42 — 44 Jahren zurückgreifen.

Es läßt sich übrigens nicht leugnen, daß alle für Preußen gemachten Vorschläge bei uns auf viele Hindernisse stoßen werden,

Digitized by Google

und daß, da wie den Etat nicht nach und nach, sondern in nächster Bälde erhöhen sollen, manche Kosten verursacht werden müssen. Alle Männer und Jünglinge bis zu einem gewissen Alter müßten nachträglich militärdienstpflichtig werden und mancher, der bis jetzt sorglos und bequem gelebt, würde, wenn auch nur auf kurze Zeit, aus seinen Verhältnissen, seinen Geschäften gerissen. Allein einmal muß dieser Schritt gethan werden, wenn wir groß und mächtig werdrn wollen und wenn Ein Wehrgesetz ganz Deutschland umfassen soll. — In dem Ersatzsystem, das uns hierauf vorgeführet wird, ist namentlich eines Punktes gedacht. Die Dienstzeit Einzelner kann nämlich abgekürzt werden, wenn sie früher in dem Militärwissen bewandert sind. Ueber die Art der Abkürzung sind mehrere Punkte als Vorschlag angeführt. Das preußische Heer würde nach dem bezeichneten Systeme 540,000 Mann stark sein. Man mag sich die deutsche Heeresmacht in solchem Verhältniß denken!

Einen besonderen Werth legt Hr. v. W. auf das Beförderungssystem, welches für das ganze Heer gleich sein soll. Es wird hier die Beförderung zum Offizier und jene zu höheren Graden unterschieden, für welche im Kriege vorzüglich Tapferkeit und Talent in der Führung entscheidet. Die Offiziersaspiranten sollen ihre praktische Carriere vom Soldaten an durchmachen, die Offiziere eines Regimentes wählen alsdann aus den Portepee-Fähnrichen die Würdigsten für die erledigten Offiziersstellen. In Bezug der Beförderung zu höheren Graden geht der Verfasser von dem Grundsatze aus, daß das Alter von 60 Jahren als dasjenige angesehen werden muß, in welchem in der Regel eine erfolgreiche militärische Thätigkeit aufhört und somit solle ein Offizier höchstens mit 55 Jahren kommandirender General, mit 50 Divisionsgeneral, mit 45 Brigadegeneral; mit 40 Obrist, mit 35 Major, mit 30 Hauptmann, mit 25 Oberlieutenant und mit 18 — 20 Lieutenant werden. Es sollen daher diejenigen, welche vermöge ihres Talentes dem Militärdienste von besonderem Nutzen sein könnten, nicht nach der Anciennität, sondern außer der Reihe avanciren. Daß dabei natürlich weder Willkür, noch Zufall, noch Gunst, noch Verbindungen berücksichtigen sollen, das versteht sich von selbst. Hauptsächlich sollen die Conduitenlisten hier den Ausschlag geben, welche jedoch natürlich in dem jetzigen Mißbrauch nicht fortgeführt, sondern kollegialisch aufgestellt werden sollen und zwar immer von höheren Chargen.

Deutschland.

Wien. Der „O. Allg. Ztg." wird geschrieben: Denkwürdig ist die Art und Weise, in welcher der Gouverneur Welden die Deputation der verschiedenen kaufmännischen Corporationen empfing, die ihm, sowie dem Fürsten Windischgrätz und dem Ban Jellacic Dankadressen überreicht hatten. „Dankadressen, meine Herren, (so möchten ungefähr die Worte gelautet haben), wollen nicht viel sagen; heut zu Tage gilt es, durch Handlungen und nicht durch Worte seine Gesinnung zu bewähren. An andern Orten haben die Wähler Mißtrauensvoten an ihre Deputirten ergehen lassen, da sie deren Benehmen nicht gebilligt. Warum thaten Sie, warum — thun Sie nicht dasselbe?" Es ist wohl in Erinnerung, daß die Repräsentanten Wiens am Reichstage meistens zur Linken zählen, darunter die Abgeordneten Violand, Goldmark, Füster, Pillersdorf. Letzterer erscheint allerhöchsten und höchsten Orts besonders übel angeschrieben, und man erfährt, daß seine Persönlichkeit den Fürsten Windischgrätz besonders abgehalten habe, der Deputation, die ihn bei der Uebergabe Wiens um mildere Bedingungen bat, dieselben zuzugestehen. Ja, als Pillersdorf ihn angeredet, soll er sich unwillig weggewendet und geäußert haben: Er spreche nicht mit Einem, der seinen Herrn und Kaiser verrathen.

Wien. Folgendes ist ihrem vollständigen Inhalte nach die Antwort, welche der Fürst Windisch-Grätz bei Gelegenheit der ihm am 25. Nov. vom Wiener Gemeinderathe durch eine zahlreiche Deputation überreichten Adresse ertheilt hat: „Es ist mir als Repräsentanten Sr. Majestät äußerst angenehm, eine so loyale Adresse durch Sie, meine Herren, von dem Gemeinderathe zu erhalten, und ich werde selbe allsogleich zur Kenntniß Se. Majestät bringen. Seien Sie versichert, daß ich das Schwierige Ihrer Lage vollkommen anerkenne, und daß meine Bestrebungen auf nichts Anderes gerichtet seien, als Ruhe, Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen, welche durch Wühler und Umtriebe fremder Factionen, die die Gewalt an sich gerissen hatten, so lange Zeit untergraben waren, indem sie den Umsturz aller rechtlichen Verhältnisse bezweckten. Sonst will ich nichts. Ich rechne dabei auf Ihre Mitwirkung, meine Herren, und daß Sie mich hierin nach besten Kräften unterstützen werden durch Ihren Einfluß auf die Verhältnisse, in welchen Sie mit Ihren Mitbürgern stehen. Ich rechne darauf. Bedenken Sie, meine Herren, wie groß meine Aufgabe ist; ich befinde mich in einer so schwierigen Lage, wie sich vielleicht vor mir noch nie ein Mensch befunden hat. Ich bin überzeugt, die Herren und alle gutgesinnten Bürger werden in ihrem Wirkungskreise dahin streben, daß wir die Loyalität in allen Klassen der Bevölkerung wieder so verbreiten, wie es unser Wunsch ist, und die Nothwendigkeit es erfordert."

△ **Kremsier**, 27. Nov. Heute wurde im Reichstagslokale der stenographische Bericht der Sitzung vom 22 d. M. vertheilt, mit der Ueberschrift 52te Sitzung. Da am 5. Okt. bereits die 51te Sitzung war, so hätte die Sitzung des 22. Nov. wenigstens die 76te sein müssen, es stellte sich also heraus, daß die Sitzungen des ganzen Monats Oktober nicht mitgezählt waren. Dieser Umstand wurde der Gegenstand der ersten aber kurzen Debatte in der Kammer, deren Ende der Beschluß war, daß das Datum nach den fortlaufenden Nummern mit Einschluß der Oktobersitzungen rectificirt werden müsse. Eine hitzigere Debatte entspann sich bei der Frage des Präsidenten, ob die Protokolle des 28., 29., 30., 31. Okt. und 1. Nov. vorgelesen werden sollen, indem dieselben von der Kammer noch nicht angenommen seien. Der Abgeordnete Kellriegel erbat sich das Wort und protestirte gegen die Lesung und Annahme dieser Protokolle, da abgesehen von allem Andern der Reichstag von Se. Majestät provisorisch gewesen sei und viele Mitglieder des Reichstags sich aus Wien entfernt hatten. Nach ihm sprach Rieger beiläufig wie folgt: Er bedaure, daß gleich bei der ersten Sitzung Zwiespalt in die Kammer gebracht werde, seine Absicht sei jeden solchen Zwiespalt zu vermeiden, allein gegen die Lesung dieser Protokolle müsse auch er protestiren; diese Protokolle annehmen, hieße so viel als die Revolution vom 6. Okt. mit ihren Consequenzen gut heißen, die doch höchst bedauerungswürdig wären; er wisse zwar nicht, ob Jemand den Muth habe zu behaupten, er mit seinen Freunden hätte sich in keiner Gefahr befunden, aber er könne versichern, er habe Wien nur verlassen, weil er sich nicht mehr frei fühlte. Fürwahr, er hätte sich nicht getraut nach dem 6. Okt. den ritterlichen, freisinnig gesinnten Helden Jellacic so zu vertheidigen wie er es vor diesem Tage gethan habe, (allgemeiner Ruf „zur Sache".) Man berufe sich bei der Vertheidigung dieser Protokolle auf die Anerkennung des Reichstags durch Se. Majestät; er beneide niemand um diese Anerkennung, denn sie sei von einem Ministerium ausgegangen, welches die ganze Zeit hindurch anders hätte handeln sollen, als es gehandelt habe; denn — Minister Wessenberg sei es gewesen, der Wien zu belagern befahl und zu gleicher Zeit die Anstalten zu Wiens Vertheidigung traf! Wessenberg habe gegen Wien gehandelt, wie die Generale in Friedenszeit mit ihren Truppen bei einem Manöver verfahren; er glaube demnach nicht, daß sich der Reichstag auf ein solches Ministerium werde stützen wollen. Er sei zwar überzeugt, daß viele Abgeordnete auch in den Oktobertagen ihre Meinung frei abgegeben hätten, diese seien aber nicht die Majorität — denn die große Majorität der Böhmen sei nicht vertreten gewesen, ebenso Tirol (Prato: dagegen muß ich protestiren), so wie ein großer Theil der übrigen Länder. Er weise daher mit seinen Freunden jede Verantwortung zurück; er wolle es nicht verantworten, daß man die freiheitsbegeisterte Jugend verführte und zu schlechten Zwecken mißbrauchte; er wolle das Blut der unschuldig Gefallenen nicht verantworten, mögen dies jene Mitglieder des Reichstags oder vielmehr jene Fraktion des Reichstags, die im Oktober in Wien tagte; er für seine Person möchte nicht mit ihnen auf der Armensünderbank sitzen, vor dem Richter, dessen Gewalt noch weiter geht, als die des Fürsten Windischgrätz, dessen Richterspruch auch jene strafen wird, die dem Fürsten Windischgrätz jetzt entgangen; er wolle keinen Theil haben an dieser gloreichen Revolution. Schuselka: Ich hatte mir vorgenommen, lediglich auf die aus gesetzlichem Boden entspringenden Einwendungen des Abgeordneten Kellriegel zu antworten und will mich auch blos auf diese Antwort beschränken;

Digitized by Google

auf die kriminalistischen Anklagen, auf die Anklagen, welche, auf Hochverrath lautend, vom Abgeordneten Rieger erhoben wurden, nachdem er am Eingange seiner Rede versichert, er bedauere, daß Zwiespalt in die Kammer gesät werde, auf diese Anklagen zu antworten, halte ich unter meiner Würde, unter der Würde meiner Partei. (Großer Beifall). Was wir gethan haben, werden wir verantworten und ich nehme keinen Anstand jenem Richter gegenüber auf der Armen-Sünderbank zu sitzen. — Schuselka läßt sich nun in eine Beweisführung ein, daß der Reichstag vom 28. Okt. bis 1. Nov. rechtskräftig beisammen war, indem in dem Handbillet Sr. Maj. nicht die augenblickliche Vertagung ausgesprochen, sondern diese dem Präsidenten mit Rücksicht auf die noch zu vollendenden Arbeiten überlassen wird. — Hierauf spricht Brauner etwas gemäßigter als Rieger aber in derselben Farbe. Auf Verlangen der Linken wird durch Namensaufruf abgestimmt und mit 143 Stimmen gegen 124 beschlossen: die Protokolle vom 28. Okt. bis zum 1. Nov. seien zu desavouiren. — Nach Beendigung dieser Frage besteigt Fürst Felix Schwarzenberg die Tribüne und verliest das Programm des anwesenden von Sr. Maj. ernannten neuen Ministerrathes. Schuselka interpellirt den Ministerrath und insbesondere die Minister der Justiz und des Innern: ob sie gesonnen seien darauf hinzuarbeiten, daß der Belagerungszustand Wiens so bald als möglich aufgehoben, und der Militärherrschaft ein Ende gemacht werde, da eine solche mit den Begriffen eines konstitutionellen Staates nicht vereinbar sei. 2) ob das Ministerium gesonnen sei, allogleich das entsetzliche Gericht auf Leben und Tod aufzuheben, welches in den letzten Wochen in Wien wüthete! Er müsse bei dieser Gelegenheit öffentlich erklären, daß der Dynastie noch kein Verfahren so geschadet habe, wie dieses Blutgericht. — Der Ministerpräsident antwortet: da die anwesenden Minister nicht einzelne Ministerien, sondern einen Ministerrath vorstellen, so ersuche er künftig alle Interpellationen an ihn zu richten, da sie alle erst nach einer Berathung im Ministerrathe würden beantwortet werden. Die nächste Sitzung findet am 30. statt.

Ollmütz. Der Kaiser hat an Frhrn. v. Wessenberg nachstehendes Handschreiben erlassen: Lieber Freiherr v. Wessenberg! Ich habe Ihrer mehrmals ausgesprochenen Bitte, sich von den Funktionen eines Ministerpräsidenten, dann eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und des kaiserlichen Hauses zurückziehen zu dürfen, die Gewährung nicht länger versagen können. Bei Ihrer Dienstesniederlegung fühle ich mich aufgefordert, für Dasjenige insbesondere, was Sie während der letzten gefahrvollen Zeit dem Staate und mir geleistet haben, meinen großen Dank und den Wunsch zu erkennen zu geben, daß Ihre Gesundheit und die Umstände gestatten mögen, Ihre seltenen Erfahrungen und Ihre gemeinnützigen Gesinnungen wiederholt zum Besten des Allgemeinen in Anspruch zu nehmen. Ollmütz, 21. November 1848. Ferdinand. Kraus.

Tilsit, 22. Nov. Nach authentischen Nachrichten ist der königlichen Regierung zu Gumbinnen die offizielle Mittheilung von verschiedenen Seiten zugegangen, daß bedeutende russische Truppenkorps sich der Grenze nähern und dort Position nehmen.

† **Kassel**, 1. Dez. (Mittags.) Soeben ist der neue Landtag, nachdem in den vorbereitenden Sitzungen eine beschlußfähige Anzahl von Deputirten für legitimirt erklärt war, durch den Vorstand des Ministeriums des Innern, Staatsrath Eberhard, in Gegenwart sämmtlicher Minister ꝛc. feierlich eröffnet worden. Vielleicht hätte es tieferen und bleibenderen Eindruck gemacht, wenn der Kurfürst selbst die Eröffnung vorgenommen und in eigener Person der Versammlung und dem zahlreichen Publikum die in der Thronrede enthaltene Versicherung gegeben hätte, daß „die Regierung mit Freuden den Tag begrüßen werde, wo das deutsche Verfassungswerk seine Vollendung erhalten habe ꝛc. — Die Thronrede, von Hrn. Staatsrath Eberhard vorgelesen, lautet so: „Hochgeehrteste Herren! Durch allerhöchste Vollmacht Sr. k. Hoh. des Kurfürsten zur Eröffnung des Landtags berufen, heiße ich Sie Alle freundlichst willkommen! Wenige Wochen sind erst verflossen, seit die Verhandlungen eines Landtags zu Ende gelangten, der durch die in dem Landtagsabschiede vom 31. v. M. niedergelegten Resultate den überzeugenden Beweis gegeben hat, daß äußere und innere Schwierigkeiten überwunden werden, wo Regierung und Stände in einmüthigem Zusammenwirken ein Ziel verfolgen. Die Regierung, meine Herren, ist unausgesetzt von dem aufrichtigen Streben beseelt, der Befestigung und zeitgemäßen Entwicklung volksthümlicher Institutionen neben der Förderung der wahren Wohlfahrt aller Volksklassen alle ihre Kräfte zu weihen; möge sie hierbei Ihres Vertrauens, Ihrer kräftigen Unterstützung keinen Augenblick entbehren. — Die Verkündigung der auf dem letzten Landtage zu Stande gekommenen Gesetze ist erfolgt. Daß die dadurch bedingte volksthümliche Umbildung der Landesverwaltung und der Rechtspflege in kurzer Frist in's Leben treten möge, darauf hat die Regierung inmittelst nach Kräften hinzuwirken gesucht. — Die in dem jüngsten Landtagsabschiede zugesicherten und in Aussicht gestellten Gesetze während der jetzt beginnenden Landtagsperiode zur Erledigung bei dem Landtage zu bringen, ist die erste Absicht der Regierung; dennoch aber ist es für zweckmäßig gefunden, Ihnen, meine Herren, zunächst nur den schon auf dem letzten Landtage mit drei Viertheilen der Stimmen der anwesenden Mitglieder angenommenen Gesetzentwurf über die Zusammensetzung der Ständeversammlung und die Wahl der Landtagsabgeordneten zur verfassungsmäßigen Beistimmung vorzulegen, welchem sodann Vorschläge zur nothwendigen Regelung des Finanzhaushaltes baldigst nachfolgen werden. — Meine Herren! Mit gerechtem Stolze darf das Volk auf Verfassung und Gesetzgebung unseres Landes blicken, ohne Scheu vor einem Vergleiche mit irgend einem Staate unseres deutschen Vaterlandes. Unsere Verfassung bot einen sicheren Halt in der jüngst verflossenen Zeit allgemeiner Bewegung, sie war der feste Grund, auf dem in ruhiger Entwicklung die Freiheiten und volksthümlichen Institutionen aufgebaut werden konnten, deren Erstehung in anderen Staaten noch heute nicht ohne starke Erschütterung vor sich geht. Was die deutsche Reichsversammlung dem deutschen Volke gewähren wird in den verfassungsmäßigen Grundrechten, — im Wesentlichen besitzen wir es bereits in unserem engeren Vaterlande, und nur wenige Aenderungen wird es bedürfen, um die völlige Uebereinstimmung damit in Verfassung und Gesetzgebung zu erzielen. Die Regierung wird den Tag freudig begrüßen, wo das vollendete deutsche Verfassungswerk eine neue Garantie unserer verfassungsmäßigen Zustände gewähren, und den heißen Wünschen nach Einheit des großen deutschen Vaterlands Erfüllung bringen wird. Bis dahin aber festzustehen auf dem Boden der Verfassung und verfassungsmäßiger Fortbildung, auf dieser Grundlage die gesetzliche Freiheit und Ordnung zu schirmen, und das Wohl des Landes zu fördern, — das ist die feste Absicht der Regierung, welche Ihres Beistandes, meine Herren, dabei ebenso bedarf, als gewiß zu sein glaubt. In diesem Vertrauen erkläre ich im Namen Sr. k. H. des Kurfürsten den gegenwärtigen Landtag für eröffnet." Es ist darnach, wie ich auch schon neulich berichtete, vorauszusehen, daß die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Landtags nur die Berathung und Beschlußnahme über das vom vorigen Landtage mit Dreiviertel-Majorität angenommene Wahlgesetz und die Erledigung des Finanzgesetzes sein wird; auch die dringenden Gegenstände anderer Art scheinen dem künftigen Landtage vorbehalten zu sein. — Unmittelbar nach der Eröffnung fand eine öffentliche Sitzung Statt, in welcher vom Landtagskommissär, Regierungsassessor und Referenten im Ministerium des Innern, Wiegand, das Wahlgesetz vorgelegt wurde. Die darauf folgende vertrauliche Sitzung beschäftigte sich mit der Wahl der Ausschüsse. — Bei der Beendigung erregte es einiges Aufsehen, daß der bekannte Führer der demokratisch-republikanischen Partei, Herr Bavhoffer aus Marburg, so ohne Weiteres den Ständeeid, in dem namentlich den Deputirten zur Pflicht gemacht ist, bei ihren „Anträgen und Abstimmungen das unzertrennliche Wohl des Landesfürsten und des Vaterlandes" zu beachten, leistete. Man sieht nicht recht, wie sich dieser Eid mit dem politischen Glaubensbekenntnisse jenes Herrn deckt.

Frankreich.

* **Paris**, 1. Dez. Aus Ledru Rollin's Interpellation über die italienischen Angelegenheiten sind noch folgende Momente hervorzuheben: Rom sei jetzt ruhig. Aus den Depeschen unseres eigenen Gesandten ginge hervor, daß die ganze Armee, sowie die Bürgerwache in Uebereinstimmung mit dem Volke Theil an der Bewegung in Rom genommen hätten. Wie das Volk gesinnt sei: keine Schweizer! so sei Rossi als Fremder getödtet worden. Während aber der französische Gesandte geschrieben habe, er warte die weiteren Begebenheiten ab, ehe er einen Beschluß fasse, habe die Regierung wieder 3500 Fremde zwischen den weltlichen Fürsten von Rom und sein Volk geschoben. Sie, welche für die unterdrückte Lombardei, für das unglückliche Messina,

gegen die Ermordung Robert Blum's nichts gethan, schicke französische Uniformen nach Rom, ohne wie er aus guter Quelle wisse, nur den Pabst selbst oder seinen hiesigen Vertreter darum befragt zu haben, welcher Letztere nicht dafür gewesen wäre. Offenbar wäre die Regierung mit Oesterreich einverstanden und mit den absoluten Fürsten im Bunde; aber er müsse sie erinnern, daß sie nichts sei, als das Werkzeug der Nat.-Vers. und ohne deren Beistimmung kein Recht habe, über Frankreichs Würde und Streitkräfte zu verfügen. Montalembert dankt, im Gegensatze zu dem Vorredner, der Regierung, den schönen Grundsatz der Verfassung: Hilfe den Schwachen, zur Wahrheit gemacht zu haben. Nie habe ein Fürst so rein und so schwach dagestanden, wie Pius IX. Sein politisches Wirken sprächen zwei Worte aus: Amnestie, Reform! Für seine Reformen lohne ihm sein Volk mit Aufstand und Unterdrückung und er müsse sich dagegen verwahren, daß Ledru Rollin die Februarrevolution mit der blutbefleckten Empörung in Rom verglichen habe. Alle Revolutionen gleichen sich wohl in der Form, aber jene habe andere Resultate hervorgebracht und ein Republikaner hätte diese Vergleichung nicht machen sollen, welche die römische Civica und Deputirtenkammer mit der franz. Nationalgarde und Nat.-Vers. auf eine Linie stelle. Durch die Pius IX. zu Theil gewordene Unterstützung habe Frankreich die Herzen aller katholischen Völker gewonnen. Der Redner sagt noch vieles zu Gunsten Rossi's, dessen politischer Gegner er gewesen sei. Sein Tod war schön. Mit Abscheu wird diese Versammlung sich von dem abwenden, was manche italienische Blätter den demokratischen Dolch nennen. Frankreich, dem Träger und Verbreiter der Demokratie, muß es eine Ehrensache sein, gegen diese blutige Entweihung dieser Idee und dieses Namens zu protestiren. Edgar Quinet billigt zwar die dem Kirchenfürsten bewilligte Hilfe, findet aber, sie sey im Grunde dem weltlichen Fürsten gewährt worden, und werde nur dazu dienen, die Herrschaft der kleinen Tyrannen in Italien zu unterstützen, und dessen Nationalität, welcher das Papstthum entgegen stehe, schon im Keime zu tödten. Charles Dupin wünscht der Regierung Glück, die glorreiche Mission, den heiligen Vater zu unterstützen, keiner anderen Regierung überlassen zu haben. Seit Karl dem Großen gehöre dieses Recht Frankreich an. Jules Favre meint, auf alle Fälle sei ein Verbrechen gegen die italienische Nationalität begangen worden. Zu einer Parade gebe Frankreich seine Söhne nicht her, einen solchen Krieg wolle es nicht führen. Was man in diesem Lande wohl dazu gesagt hätte, wenn bei der letzten Revolution England zu gleichem Zwecke eine Flotte abgeschickt hätte? Offenbar sei alles mit Oesterreich abgekartet, die Regierung möge sich erklären! Minister Dufaure weist vor allen Dingen nach, daß man der Frage eine Ausdehnung gegeben habe, die gar nicht vorhanden wäre. Er verliest die Depeschen des franz. Gesandten, woraus hervorgehe, daß nach der Ermordung Rossi's und der mehr als gleichgültigen Haltung, welche Volk und Bürgerwehr dabei beobachteten, Besorgnisse für den Papst nur allzubegründet gewesen wären. Wäre aber ein solcher Fall eingetreten, dann erst würde man die Regierung mit größerem Rechte angeklagt haben (Ja wohl). Von einer Kriegserklärung sei entfernt nicht die Rede, noch weniger vom Einverständniß mit Oesterreich, das gar wohl dem Papst in seinen Staaten einen Zufluchtsort gewährt, wäre Frankreich ihm nicht zuvorgekommen. Uebrigens sei die Angelegenheit der Vers. bekannt gewesen, ehe Befehle gegeben worden, sie hätte Maßregel, welche die Regierung treffen wolle, früher zum Gegenstande einer Interpellation machen und verhindern können. So weit als Montalembert wünsche, werde das Kabinet nicht gehen, und hoffe, die Nationalversammlung werde in der Behandlung dieser Sache mit dem Ministerrathe einverstanden sein (Beifall). Larochejaquelin erklärte sich dahin, obgleich er in der Angelegenheit selbst weiter gehen möchte als die Regierung, so sei diese doch strafbar, wenn sie jetzt, ohne die Zustimmung der Nationalversammlung abzuwarten, Befehl zum Einschiffen gegeben habe. Er frage, ob das der Fall gewesen sei? Der Kriegsminister mit kräftiger Stimme: Ja! Nachdem noch Cavaignac selbst dargethan hatte, daß die Versammlung früh genug benachrichtigt war, um, wenn sie gewollt hätte, das Absegeln der Schiffe zu verhindern, und wenn sie die Regierung einer Ueberschreitung ihrer constitutionellen Gewalt schuldig glaubte, rechtzeitig Einsprache zu thun, fiel der Beschluß so aus, wie wir bereits berichteten. Da nun mittlerweile der Papst sich bereits nach Frankreich eingeschifft hat, so ist der beabsichtigte Zweck ohne Kampf erreicht. Bemerkenswerth ist, daß die Reforme, die sonst über die Opposition der äußersten Linken noch hinausgeht, hierüber meint: hätte man sich nur sonst, besonders in der Lombardei, energischer gezeigt, so ließe sich freilich die Intervention in Rom durch wichtige Gründe entschuldigen!

Paris, 1. Dez. Im Kriegsministerium bemerkt man eine außerordentliche Thätigkeit. General Oudinot hat seit acht Tagen täglich Conferenzen mit den Generalen Cavaignac und Lamoricière. Heute kehrt er zur Armee zurück. — Ein Adjutant des Kriegsministers ist mit wichtigen Depeschen der Regierung für den Generalgouverneur von Algier, General Charon, nach Algier abgegangen und der Dampfer Cameleon ist ebenfalls mit Depeschen für den Admiral Baudin von Toulon nach dem Mittelmeere ausgelaufen.

Italien.

In **Turin** haben 57 Abgeordnete von der linken Seite eine Erklärung veröffentlicht, worin sie sich heftig gegen das unvolksthümliche Benehmen des Ministeriums aussprechen. Der Corriere mercantile vom 27. Nov. behauptet nach Privatnachrichten, „die Zustände in Turin würden so bedenklich" daß das Ministerium selbst jetzt für Krieg sei, zumal da die vermittelnden Mächte erklärt hätten, ehe die Präsidentenwahl in Frankreich entschieden wäre, würden sie keine weiteren Schritte thun.

Für die Redaction verantwortlich: H. Krusr.

[1014] So eben ist von uns eine neue vermehrte Ausgabe unseres

wissenschaftlich geordneten

Verlags-Catalogs

ausgegeben und durch jede Buchhandlung **gratis** zu beziehen.

Alle Freunde der Literatur, insbesondere die verehrlichen **Schul-Behörden, die Herren Direktoren und Lehrer** an allen höhern und mittlern Unterrichts-Anstalten, so wie an Volksschulen, erlauben wir uns auf diesen reichhaltigen Catalog aufmerksam zu machen, indem derselbe eine große Auswahl von bereits vielfach bewährten und stark verbreiteten Lehr-, Hand- und Wörterbüchern, Schulausgaben u. s. w. darbietet, welche vorzugsweise zur weitern Einführung bei den gegenwärtigen fast überall eintretenden Reformen des gesammten Unterrichtswesens zu empfehlen und durch alle Buchhandlungen zur vorherigen Ansicht und nähern Prüfung zu erhalten sind.

Zur besondern Beachtung empfehlen wir namentlich:

Die hebräischen, griechischen, lateinischen, englischen, französischen und deutschen Grammatiken und Sprachschriften von Ewald, Kuhner, Krüger, Gratefend, Callin, Kellner, Schaffer, Heyse, Herling, Falkmann, Wödeke und Ottegge.

Die griechischen und lateinischen Wörterbücher von Georges, Freund, Franz, Grusius und Friedmann.

Die griechischen und lateinischen Schulausgaben von Wagner, Grusius, Bothe, Bornemann, Billerbeck, Döring und Bach.

Die Lehrbücher der Geschichte und Geographie von Volger und Beck.

Die Lehrbücher der Arithmetik und Mathematik von Kaucke, Ludewieg, Wittstein und Ravier.

Die Synopsis der drei Naturreiche und die **Schul-Naturgeschichte** von Lennis.

Die Preise unserer sämmtlichen Verlagsartikel sind im Verhältniß zu den jedesmaligen Herstellungskosten so billig gestellt, daß dadurch die Anschaffungen für die Schüler möglichst erleichtert werden.

Hahn'sche Hofbuchhandlung in Hannover.
Hahn'sche Verlagsbuchhandlung in Leipzig.

Mineralien-Sammlungen als nützliche und angenehme Weihnachts-Geschenke. Die belehrenden Verzeichnisse unentgeltlich.

[1010] **Heidelberger Mineralien Comptoir.**

[1006] **Liegenschafts-Versteigerung.**

Auf Antrag der Gläubiger und in Folge richterlicher Anordnung werden aus der Gantmasse des Schuhmachermeisters Karl Känningee dahier

Donnerstag, den 28. Dezember d. J. Vormittags 9 Uhr

auf diesseitigem Bureau folgende Liegenschaften zum zweitenmal öffentlicher Steigerung ausgesetzt und erfolgt der Zuschlag, wenn nach der gerichtliche Anschlag nicht erreicht wird.

1) „Eine zweistockigte Behausung nebst Hof in der Adlee-Straße No. 27 einseits und andereseits Schreiner Gambs"

2) „Ein halber Morgen Acker im Sammerstrich beim Promenade-Waldchen, neben Angust Wagners Wittwe und Forster Kramee in Wößingen."

Carlsruhe, den 24. Nov. 1848.

Gr. Bad. Stadtamts-Revisorat:
B. B. d. A.
Sauer.
H. Wagner.

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Kuer & Co. 13 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 2 Brandgasse, Paris Nr. 23 Nouvelle rue de Vaugirard.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die löbl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 322. **Frankfurt a. M., Mittwoch 6. Dezember.** **1848.**

Uebersicht.

Das künftige Oberhaupt Deutschlands. II.

Deutschland. Frankfurt (Die Bestellung der deklaitiven Centralgewalt. Hr. Duckwitz.) Wien (Berichtigung. Auswanderungen. Schlechte Presse. Scharmützel mit den Ungarn. Die Eindrücke des ministeriellen Programms. Die Pläne in Beziehung auf Ungarn und Italien.) Kremsier (Reichstagssitzung.) Ollmütz (Das Programm der Minister. Das Simonic'sche Corps.) Berlin (Vorschlag der Rechten wegen der Verfassung. Neuester Stand der Parteien. Aussicht auf Ausföhnung. Prinz von Preußen.) Posen (Die Thätigkeit der Polen.) Köln (Dombau. Die Kölner Frauen.) Rastatt (Der Festungsbau.) Darmstadt (Interpellationen. Plane und Haltung des Ministeriums.)

Großbritannien. London (Traurige Zustände in Irland. Neuer Repealverein. Die Chartisten in Lancashire. Oettingen-Wallerstein's Gemäldesammlung zum Verkaufe ausgestellt. H. L. Bulwer. Erwarteter Gouverneurwechsel in Kanada. Der Prinz von Parma. Schreiben des Grafen Bathyany an die Times.)

Oesterreichische Monarchie. Lemberg (Kundmachung.)

Italien. (Erklärungen des sardinischen Ministers über Verhältnisse mit der Schweiz und der Frankfurter Centralgewalt. Neuestes aus Rom u. Toscana. Neapel rüstet. Grund, warum es mit Toscana gebrochen.) Rom (Die nächsten Folgen der Entfernung Pius IX.)

Schweiz. Genf (Gioberti über die italienische Einheit. Die Lage und Stimmung Savoyens.) (Ausschreiben des Bundesrathes in der Flüchtlingsangelegenheit.)

Dänemark. Kopenhagen (Erklärung des Kaisers Nikolaus.)

Griechenland. Athen (Trübe Aussichten.)

Amerika. Brasilien (Reaktionäres Ministerium.) Buenos Ayres (Tyrannische Willkührhandlungen des Diktators.)

Neueste.

6. Dezember.

Unter allen Möglichkeiten, welche für die Gestaltung der definitiven Regierungsgewalt in Deutschland sich bieten, ist offenbar keine durch die neuesten Ereignisse so sehr in den Vordergrund gerückt worden, als der Gedanke einer preußischen Hegemonie. Der nicht mehr zu verkennende Rücktritt Oesterreichs von dem deutschen Einigungswerke, die gleichermaßen handgreiflich fühlbar gewordene Unthunlichkeit, den Großstaat Preußen unter eine Centralgewalt zu bringen, die nicht in ihm selbst ihren Schwerpunkt hat, endlich das Bedürfniß einer raschen und festen Konsolidation des jugendlichen deutschen Reichs — Alles drängt darauf hin, jenen Gedanken wieder zu Ehren zu bringen, der eine Zeit lang, in Folge der bekannten unglücklichen Konstellationen zu Berlin im März fast eine Unmöglichkeit geworden zu sein schien. Was Dahlmann im Siebzehnerentwurf kaum von fern ahnen ließ, ohne es selbst nur andeutend auszusprechen, das darf sich gegenwärtig in den Projekten eines Bunsen, Hansemann u. A. schon offener hervorwagen, ohne wie damals Ausbrüchen der Erbitterung oder des Hohns zu begegnen, und der treffliche P. Pfizer, der mit seltenem Muthe selbst damals diese so verschrieene Idee zu predigen nicht aufhörte und der sie auch in seinem neuesten Schriftchen über deutsche Verfassung als sein: Ceterum censeo wiederholt, wird am Ende doch nach Recht behalten.

Indessen walten, so scheint uns, rücksichtlich der praktischen Durchführbarkeit dieses Gedankens einer preußischen Hegemonie, noch mancherlei Täuschungen und Unklarheiten ob. Wir denken hier nicht blos an die Personenfrage, die allerdings gerade im Augenblicke — Dank der übelberathenen Weisheit des Königthums von Gottes Gnaden! — wiederbeinahe ebenso verzweifelt erscheint, wie nach dem 18. März; wir meinen die tiefern Schwierigkeiten, die in der Sache selbst liegen. Es ist so viel davon die Rede gewesen, daß Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt werden müsse, aber hat man sich auch wohl diesen Gedanken ganz klar gemacht? Ist es damit gethan, daß der preußische Monarch als deutscher Kaiser proklamirt werde? Man täusche sich doch darüber nicht: der preußische Stolz wird durch diese Ehre, die seinem Könige widerfährt, allein noch nicht befriedigt sein; Preußen wird deshalb noch nicht in Deutschland aufgehen, es wird deshalb nicht williger von Frankfurt aus sich seine Gesetze diktiren, seine Armeen kommandiren, seine auswärtige Politik dirigiren lassen; Berlin wird nicht gegen Frankfurt, die preußische Nationalversammlung nicht gegen die deutsche im Genitiv stehen wollen. Man denke an Oesterreich! Oesterreich hatte das Glück, den populärsten seiner Erzherzöge an die Spitze Deutschlands gestellt zu sehen und eine kurze Zeit lang schien es, als ob wirklich dadurch das österreichische Volk und der österreichische Staat enger an Deutschland geknüpft sei. Aber die Täuschung währte nicht lange; die Reichsgesetze und die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments blieben in Oesterreich nicht wenigee unbefolgt, auch nachdem der Name eines österreichischen Erzherzogs darunter stand. Ebenso würde es mit Preußen gehen. Die Person des Oberhauptes ist heutzutage ein allzuschwaches Band zwischen den Völkern und Staaten, da nicht mehr der persönliche Wille, sondern das Zusammenwirken der konstitutionellen Gewalten, also der Wille des Volks, den Zug der Staatenpolitik entscheidet.

Von anderen Seiten hat man die Idee der preußischen Hegemonie so aufgefaßt, daß der preußische Staat gewissermaßen als Vorort an die Spitze des deutschen Bundesstaates treten sollte. So haben Bunsen und Arnim in ihren Schriften vorgeschlagen: die Vertretung des deutschen Reichs im Auslande in die Hand Preußens zu legen, die preußischen Gesandten und Konsuln gleichzeitig zu deutschen Gesandten und Konsuln zu ernennen. Auch bezüglich des Heerwesens würde man es wohl gern sehen, wenn Preußen die Reichskommandos vertheilte, wenn die Kontingente der andern deutschen Staaten nur gleichsam die Rochhut der großen preußischen Hauptarmee bildeten und unter den Befehlen dessen ständen, der dieser vorgesetzt wäre.

Aber auch hier täuscht man sich über die praktischen Wirkungen eines solchen Verhältnisses. Eine bevorzugte Stellung der Art, wie sie Preußen im Zollvereine, oder Preußen und Oesterreich zusammen im alten deutschen Staatenbunde, als dessen Vertreter und Wortführer nach außen, einnahmen, ist in dem neu zu gründenden Bundesstaate unmöglich, aus dem einfachen Grunde, weil hier der Schwerpunkt aller Bundesangelegenheiten immer in der gemeinsamen Vertretung der ganzen Nation, nicht in irgend welcher Macht außerhalb dieser, ruhen wird. Man denke sich die Sache nur einmal praktisch! Angenommen Preußen würde der Vorort Deutschlands, der Regent Preußens hätte als solcher die Vertretung Deutschlands im Auslande, das Kommando der deutschen Bundesarmee unter seiner speziellen Leitung — wer würde dann thatsächlich die Gesandten ernennen und instruiren, die Kommandos vertheilen, die Truppen disloziren und dirigiren? Ein verantwortliches Ministerium. Und wem wäre dieses Ministerium verantwortlich? welches wäre die Versammlung, deren Willen dasselbe auszuführen hätte, von deren Mehrheit dessen Sein oder Nichtsein abhinge? Wäre es die preußische Landesversammlung zu Berlin? Unmöglich! denn dann wäre Preußen nicht der Vorort eines Bundesstaates, also einer Vereinigung gleichberechtigter Staaten, sondern der Beherrscher seiner untergebenen Bundesgenossen — ungefähr so, wie das alte Rom gegenüber den italienischen Völkerschaften, oder der Kaiser der Franzosen als Protektor des Rheinbundes. Eine solche Unterordnung unter Preußen werden sich die andern deutschen Staaten nie und nimmer gefallen lassen, und Preußen selbst wird eine solche Hegemonie nicht in Anspruch nehmen. Andererseits aber, wenn das verantwortliche Ministerium des Königs von Preußen von der deutschen Nationalversammlung abhängt, wenn der preußische Monarch sich nur mit solchen Ministern umgeben kann, welche dort die Majorität haben, wenn von diesen Ministern Nichts geschehen darf ohne die Mitwirkung oder Kontrole der Gesammtvertretung Deutschlands (in welcher Preußen nicht die absolute Majorität der Stimmen hat) — so

Digitized by Google

fragen wir: wo bleibt denn noch an einer solchen Bundesregierung das spezifisch Preußische? was erübrigt dann noch von der vorortlichen Stellung Preußens, das Eine etwa ausgenommen (was wir keineswegs zu gering anschlagen), daß dann Berlin statt Frankfurt die Bundes-Hauptstadt Deutschlands sein würde.

Aber glaubt man wohl, daß damit der Widerstand des spezifischen Preußenthums gegen die Obermacht der deutschen Bundeseinheit beseitigt sein würde? Schwerlich. Den Sitz dieses Widerstandes, so weit er wirklich zu fürchten ist (denn die vereinzelten Aeußerungen eines exzentrischen Preußenthums, wie sie in den Vereinen „Für Gott, König und Vaterland", in dem Schriftchen mit dem Helme und Schwertzeichen u. s. w. zu Tage kommen, diese fürchten wir viel weniger) — den Hauptsitz dieses Widerstandes suchen und finden wir in der preußischen Landesversammlung, als dem Organe einer Staatseinheit, die sich als Großmacht fühlt und diese ihre Sonderstellung nicht aufgeben mag. Wir erblicken die Gefahr für die Einheit Deutschlands darin, daß die Landesversammlung zu Berlin die Mitwirkung bei der auswärtigen Politik Preußens, bei der Verfügung über die preußische Heeresmacht u. dgl. m., die sie bisher in Anspruch genommen, nicht wird aufgeben wollen. Selbst dann, wenn der König von Preußen die Spitze der Centralgewalt bilden sollte, würde diese Landesversammlung nicht zugeben, daß deren Basis in der deutschen Nationalversammlung ruhte. Sagen wir es also frei heraus: eine Hegemonie Preußens über Deutschland ist eben so wenig möglich, als ein Aufgeben desselben in Deutschland, so lange Preußen daneben noch eine besondere Staatseinheit bildet, so lange eine Gesammtrepräsentation der Großmacht Preußen als Rivalin dasteht neben der Nationalvertretung Deutschlands. Aber wie ist dem abzuhelfen? Diese Frage führt zu einer tiefern Erörterung der Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen überhaupt eine wahre Einheit Deutschlands zu Stande kommen kann.

Deutschland.

; **Frankfurt** 5. Dez. Seit gestern berath der Ausschuß, welchen alle Fraktionen der Reichsversammlung von der äußersten Rechten bis an Westendhall gemeinschaftlich niedergesetzt haben, um die Frage über das Reichsoberhaupt durch Vorberathungen zur Entscheidung vorzubereiten.

† **Frankfurt**, 5. Dez. Zum zweiten Male beschäftigt in diesem Jahre die Feststellung der Centralgewalt die Gemüther, doch wie ganz anders jetzt, als in den Junitagen! Vielleicht schwankt man nicht mehr so sehr, wie damals, über die Einheit oder Dreiheit in der höchsten Spitze, aber sicher ist, daß durch die Wahl des Einen die Zweifel in dieser Beziehung nicht gelöst sind, wie man damals erwartet hatte. — Und wie ganz anders sind die Stimmungen! Der stürmische Drang, in welchem fast alle Parteien bei Gründung der provisorischen Centralgewalt sich begegnet — er ist gewichen. Es fehlt zwar nicht an Leidenschaften — aber viele der edleren sind verstummt. Man sah in den Junitagen die Mehrzahl der Abgeordneten der beiden größten Staaten im innigsten Einverständnisse, jetzt ist die größere Anzahl der Oesterreicher nicht mehr anwesend und die Kluft, welche Nord- und Süddeutsche trennt, scheint eine größere geworden. Der Staat, der auch im Laufe dieses Jahres die meisten Opfer der deutschen Sache gebracht, von dessen Söhnen die blinde Volkswuth in den Septembertagen die meisten Opfer forderte, der am wenigsten die Hand ausstreckte nach dem, was die Eifersucht der süddeutschen Staaten zu erregen scheint, er hat die Stürme überstanden, ist nicht zerfallen, und es wird ihm vielleicht die Hegemonie geboten werden, nach der zu streben er unter so vielen widerstreitenden Stimmen verschmäht zu haben scheint. — Merkwürdig ist das Schweigen, welches unter den Abgeordneten über die Gestaltung der höchsten Spitze in Deutschland beobachtet wird. Die Gespräche darüber werden mit einer gewissen Scheu vermieden, man will seine innersten Gedanken selbst dem vertrautesten Bekannten nicht entbüllen, man ist noch unschlüssig oder unklar, oder erwartet die Ereignisse. — Diese dürften, wie immer, die Entscheidung bringen, möchten sie dem Süd- und Nordpol Deutschlands den richtigen Schwerpunkt geben! —

▽ **Frankfurt**, 5. Dez. So gern wir dem Volksvertreter sowohl als der Presse Recht und Pflicht vindiciren, mit scharfem, ja argwöhnischem Auge jede Regung der Sondergelüste zu bewachen, die sich in der Verfassung wie Gesetzgebung geltend machen wollen; so wenig vermögen wir den wachsamen Patrioten in grundloser Verdächtigung von Männern zu erkennen, deren Händen ein schwieriger Theil der großen Aufgabe überantwortet worden ist. Der Reichshandelsminister Duckwitz ist in dieser Beziehung die Zielscheibe heftiger Angriffe geworden. Dieselben müssen so bedeutungslos als gehässig erscheinen, wenn man berücksichtigt, daß er noch gar nicht in dem Falle war, Vorschläge zu machen, oder Maßregeln auszuführen, daß also die Verdächtigungen nur auf pessimistischer Unterstellung beruhen können. So haben nordische Blätter, selbst die Kölnische Zeitung, der Art und Weise, wie Hr. Duckwitz bei Aufhebung der Rheinzölle voranging, ohne Weiteres die unwürdige Absicht unterlegt, als solle hier falsches Spiel gespielt werden, um die Weser und das nordische Eisenbahnnetz zu begünstigen, wo uns doch die Erklärung auf der Hand zu liegen scheint, daß er nur zu verhindern wünschte, daß man nicht erst die Befreiung des deutschen Rheines dekretiee, um dann, nachdem man das wichtige Unterhandlungsmittel aus der Hand gegeben, ruhig von der holländischen Liberalität (!) die äquivalenten Konzessionen zu erwarten. So finden wir wieder in der vorgestrigen Nummer des schwäbischen Merkurs Befürchtungen in Bezug auf die Tariffrage ausgesprochen, da der Handelsminister zwar intelligent und wohlwollend, aber auch „„schwankend und Einflüssen zugänglich sei"", und zwar rührt dies von einer Seite her, die doch wahrlich wenig Ursache dazu hätte. Was Jemand unter „mäßigem Schutz der Industrie" versteht, läßt sich natürlich bloß in den Zahlen des Tarifes ausdrücken, und was Hr. Duckwitz darunter versteht, wird sich daher erst dann beurtheilen lassen, wenn ein Tarifentwurf des Reichshandelsministeriums vorliegen wird. Die Berücksichtigung, welche das Gegebene, Bestehende auf dem materiellen Gebiet erfordert, machen die Tarifirung zum schwierigsten Punkt unsrer einheitlichen Gesetzgebung. Im Mittelpunkt der Zollvereins, und auf beiden Seiten Steuergebiete, die bis zur Gränze des absoluten Freihandels einer-, und anderseits bis nahe an die Prohibition reichen, wäre da die starre Konsequenz am Orte, welche nach einer dogmatischen Formel die Tarifformel über's Knie bricht? — Zwischen objektiven und subjektiven Einflüssen liegt hier der große Unterschied, daß es Pflicht ist, sich diesen, Verrath am Vaterlande, sich jenen hinzugeben. Letzteres zu befürchten, dazu gaben uns die Antezedentien des Handelsministers noch keinen Grund; sie geben uns aber Hoffnung, daß die Ultra's der Schutzzöllner wie Freihändler durch seine Vorschläge gleich wenig befriedigt werden dürften.

= **Wien**, 1. Dez. Die von der Wiener Ztg. mitgetheilte Nachricht, daß tt Eskadronen Husaren und zwei Bataillone vom Regiment Wasa zu den kaiserlichen Fahnen zurückgekehrt seien, hat sich als unwahr erwiesen. Das gestrige Abendblatt der officiellen Zeitung brachte die Fortsetzung einer Rechtfertigung des Verfahrens gegen Blum. Die bis jetzt mitgetheilten Auszüge aus den Akten sind aber nicht geeignet, jenen Zweck zu erfüllen. — Ueber die Austreibungen, die von der hiesigen Polizei ausgehen, habe ich neulich schon berichtet. Die Polizei darf übrigens überzeugt sein, daß Wien auf dem besten Wege ist, einen großen Theil seiner Einwohner zu verlieren. Bereits hat sich eine Gesellschaft zue Auswanderung nach Nordamerika organisirt, bereits haben sich mehrere Tausend Personen einschreiben lassen und noch täglich wächst die Zahl. Und dies sind nicht etwa Proletarier, nein, es sind Leute, die materielle und geistige Schätze mit sich nehmen und denen man in Amerika gewiß ein herzliches „Willkommen" bieten wird. — Das ministerielle Programm hat hier im Allgemeinen einen ziemlich guten Eindruck gemacht, bis auf die Politik, die das Ministerium gegen Ungarn, Italien und hauptsächlich gegen Deutschland zu befolgen gedenkt. — Seit dem 26. Nov. erscheint der Humorist wieder. Heute erschien ein neues illustrirtes Blatt: „Der Wiener Punsch". Die Nr. 1 war weder witzig noch geistreich. Das Sudelblatt: „Hans-Jörgel" macht in einer der letzten Nummern den Witz, der sächsische Löwe werde nicht so ungroßmüthig sein, der österreichischen Maus den Krieg anzukündigen, übrigens habe Jellacic aus Vorsicht zehn Serezzaner an die Grenze gesendet. — Der Angriff gegen Ungarn soll jetzt auf den 6. d. bestimmt sein. Einige Kanonenschüsse werden wohl zuweilen, wie dies auch vorgestern der Fall war, gewechselt, was zu unbedeutend ist, um darüber zu berichten.

Wien. Der „D. Allg. Ztg." wird geschrieben: Die Ergebnisse der Sitzung des Kremsierer Reichstags am 27. Nov. haben hier eine sehr angenehme Sensation erregt. Das ministerielle

Digitized by Google

Progromm hat durchgehends befriedigt, und man zeigt sich geneigt, dem Ministerium mit Vertrauen entgegen zu kommen. Nur müssen sich die von Bach so gut gesetzten und von Schwarzenberg so schön gesprochenen Worte auch bewahrheiten. Wie die Dinge jetzt noch stehen, erinnert das Programm an jenen Machthaber, von dem man als Eigenthümlichkeit berichtet, daß er nur mit dem Munde, nicht aber zugleich mit den Augen zu lächeln wisse. Hier auch sieht man noch manche finstere, und das will sagen verfinsternde Mienen zu dem freundlich lächelnden Progromm. Zwar soll sich Graf Stadion die Entfernung gewisser sehr vormärzlicher Männer im voraus zur Bedingung gestellt haben, allein soll das Vertrauen auf festen Stützen erwachsen, so müßte eine durchgreifende Purifikation sowohl in der Repräsentation on fremden Höfen, als in der Praamz- und hiesigen Verwaltung eintreten. Von dem Belagerungsstande selbst zu geschweigen, der eine so schmerzende Anomolie zu jenen Verheißungen duldet. Einen nicht minder grellen Kontrast bilden unsere Theaterzustände, die immer einen bedeutsamen Platz in Wien eingenommen haben und einnehmen werden, und nur vorübergehend durch die übermächtigen Ereignisse sich verdrängen ließen. Es ist Alles damit gesagt, daß das jetzige Repertoire des Burgtheaters tief unter dem Nullpunkte steht, auf welchem es vor den Märzereignissen stand. Unglaublich, aber zu verbürgen ist es, daß Stücke, welche die Sedlnitzky'sche Censur passirten, wie z. B. Bauernfeld's „Deutscher Krieger" und „Großjährig", jetzt zugleich mit „Egmont" und „Wilhelm Tell" verbannt sind.

Ernstes steht in Italien bevor; und wenn der Sardenkönig sich nicht willig zur Tragung der verursachten Kriegsschäden fände, so soll es eine ausgemachte Sache sein, sich die Vergütung mit gewappneter Hand zu holen. Natürlich muß aber erst mit Ungarn Alles abgemacht sein: kein Zweifel, daß dies geschieht; oder alle Siegesnachrichten sind vorerst antizipirt, und mit dem Uebertritt ungarischer Eskadrons und Batoillone ist es noch nicht ganz richtig. Im Gegentheil wollte ein in Galizien stationirtes ungarisches Regiment nach Ungarn ziehen, wurde aber noch zur rechten Zeit entwaffnet und nach Brünn gebracht. Ein Reisender, der Pest am 24. Nov. verließ, versichert, daß die Stadt zu jener Zeit vollkommener Ruhe genoß.

-X- **Kremsier**, 30. Nov. Dritte Reichstagssitzung. Eröffnung der Sitzung 9½ Uhr. Präsident Smolka. Auf der Ministerbank Niemand, später Kraus und Gordan. Die Mandatniederlegung von Pillersdorf kommt zur Anzeige. Nach langer Debatte über die Geschäftsordnung wird der folgende, vom Konstitutionsausschuß beantragte Passus in dieselbe aufgenommen: „Jeder Reichstagsabgeordnete, der ein Staatsamt annimmt oder ein während der Dauer des Reichstags angenommenes bekleidet, aber, falls er als Staatsbeamter gewählt ist, in eine höhere Dienstkategorie tritt, einen höheren Gehalt oder eine Personalzulage erhält, muß sich einer neuen Wahl unterwerfen, behält aber, bis das Ergebniß der Wahl bekannt wird, im Reichstage Sitz und Stimme." Daß diese Wiederwahlen durch die früheren Wahlmänner vorzunehmen seien, ward beschlossen und dem folgenden Paragraphen der Geschäftsordnung als erklärender Zusatz einverleibt. Nächste Sitzung am 4. Dezember.

△ **Ollmütz**, 29. Nov. Durch die Zeitungen werden Sie schon längst über die Eröffnung des Reichstages in Kremsier in Kenntniß gesetzt sein und das Programm des Ministeriums Stadion-Schwarzenberg erfahren haben. Man hatte, im Allgemeinen genommen, kein derartiges, ziemlich freisinniges erwartet, obwohl darin nach Hinterthüren genug vorhanden sind, durch welche die Minister auf einem ganz andern als in ihrem Programme angegebenen Weg schlüpfen können. Die Zeit wird uns darüber bald belehren. Was der deutschen Partei wohl durchaus nicht gefallen dürfte, ist das von dem Ministerium angedeutete künftige Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Freilich vermuthete man nichts anderes. Daß unsere Deputirten nächstens nach Frankfurt zum großen Jubel der Slawen zurückberufen werden dürften, scheint eine der ersten Maßregeln der neuen Minister werden zu wollen. — Das Korps des Feldmarschallleutenant Simone wird von verheerenden Krankheiten arg heimgesucht. Vor einigen Tagen kam auf einmal ein Transport von 64 Kranken an und das Garnisonsspital, die ehemalige, prachtvolle Prämanstratenser Abtei Hradisch ist bereits so überfüllt, daß man noch ein bedeutendes Filialspital errichten mußte.

‡ **Berlin**, 2. Dez. Gestern Abend in einer vertraulichen Besprechung haben die Abgeordneten, die bisher in Brandenburg tagten, die Ueberzeugung gewonnen, daß mit der gegenwärtigen Versammlung zu keinem Ziele mehr zu gelangen sei. Von dem Deputirten Arnold (Danziger Landkreis) ging der Vorschlag aus, in einer offenen Ansprache, unterstützt durch Gründe, dem Lande diese Ueberzeugung mitzutheilen. Fast sämmtliche Deputirte erklärten sich für den Vorschlag und es wurde sofort eine Kommission dazu ernannt, an deren Spitze Harkort steht. Die Versammlung will im Lande die Ueberzeugung hervorrufen, daß es, namentlich nach den parlamentarischen Ereignissen des gestrigen Tages, nur nach einen Weg gebe, auf welchem die Verfassung zum Abschluß gebracht werden kann, nämlich dadurch, daß die Krone einen dehnbaren Verfassungsentwurf vorlegt, welchen eine neue Versammlung nach absoluter Majorität abzuändern befugt sein solle — während bekanntlich gewöhnlich legislative Kammern einer Majorität von Zweidrittel bedürfen, eine Aenderung der Verfassung vorzunehmen. Durch diese Bevorrechtung würde also eine solche künftige Versammlung immer nach eine vereinbarende, und die daraus hervorgehende Verfassung also nicht eigentlich eine oktroyirte sein. Freilich hat auch dieser Vorschlag seine Bedenken, aber die schwierigen Umstände sind so wohl darin berücksichtigt, daß man diesem Vorschlag nur die größte Unterstützung wünschen kann. Volk und Fürst treten einander noch einmal gegenüber, und die Stimmung des Vertrauens hat im Moment allerdings die Oberhand. Dieser Moment darf nicht versäumt werden. Anderseits hält man in gegenwärtigem Augenblick Neuwahlen für gefährlich, weil die gut organisirte Demokratie noch immer einen großen Theil der Volksmenge für ihre Zwecke zu bearbeiten im Stande ist.

‡ **Berlin**, 2. Dez. 5 Uhr. Der eben ankommende Eisenbahnzug bringt einen wesentlich veränderten Stand der Dinge. Das energische Auftreten der rechten Seite hat seine Wirkung gethan; die Linke, die gestern noch von einem Präsidenten Unruh sprach und dessen Geschäft der Einberufung abwesender Deputirten, welche sich herausfordernd und trotzig benahm, ist jetzt auf einmal nachgiebig und weich! Sie zieht doch vor zu kommen, sie will abstehen von ihrem Präsidenten, sie will am nächsten Donnerstag (7. Dez.) das neue Präsidium wählen helfen. Der Bruch wäre nun hiermit geheilt — ob aber der Stand der Dinge gebessert ist, bleibt eine andere Frage. Es heißt, die äußersten Mitglieder, auch Waldeck und Jacoby, wollen ihr Mandat niederlegen; auch das hilft noch nicht — es müssen die Leidenschaften abgelegt werden, und die Vertreter müssen nicht sich, sondern wirklich das Land und dessen Bestes im Auge haben. Die bisher in Brandenburg tagenden Fraktionen hätten sich schon in der Wahl des Präsidiums dahin geeinigt, daß Walter (aus Bonn) Präsident, und Kühlwetter erster Vicepräsident werden sollte; dies dürfte sich vielleicht ändern, wenn die Linke in starker Zahl mitstimmt. Die erste Abstimmung wird dann schon zeigen, was für die Zukunft zu erwarten steht.

Berlin, 2. Dez. Der Prinz von Preußen, der heute mit seinem Sohn in der Stadt war und durch die Straßen ritt, ist überall mit Jubel empfangen worden. Es ist das erste Mal seit den Märztagen, daß der Prinz sich so öffentlich in Berlin zeigt.

.† **Posen**, 1. Dez. In dem Augenblicke, wo die Ausführung der Abgrenzung durch den Reichskommissarius ihrem Ende sich naht — ergreifen die Polen das letzte Mittel sie zu hintertreiben; sie bereiten Monsterpetitionen vor, die ihren Mißonschluß zum Zwecke haben. Es geschieht dies in Bromberg, wo eine Polenversammlung stattfindet, und in Kratoschin. — Deutscher Seits durchschaut man natürlich ihre Absichten, wiewohl man den ganzen Plan noch nicht kennt, den wahrscheinlich die Liga polska leiten wird. — Aus Prag ist eben von der Lipa slowanska ein Aufruf an die Polen ergangen, dessen Hauptinhalt zur Bezeichnung slawischer Politik wohl der Mittheilung werth ist: „Brüder Polen! Wir haben den traurigen Fall Wiens vorausgesehen, wir haben wohl gewußt, daß die Freiheit in Gefahr kommen kann, aber wir haben auch gewußt, was die Freiheit bei denjenigen ist, die sie nur im Munde führen, und was der Sieg unserer Feinde, der Deutschen und Ungarn, für uns zu bedeuten hätte. Brüder Polen! Ihr habt ihren Worten geglaubt — und unter ihren Fahnen gekämpft, getäuscht von einer unheilschwangeren Politik, welche Sklavenketten schmiedet und den Slowen Galgen errichtet!

Digitized by Google

Ihr war't mit den Feinden verbündet, die das Slawenthum vertilgen wollen! Wir wissen, daß dieselbe teuflische Politik, die Euer Vaterland in Stücke zerriß, Euch auf diesen Weg führte! Ihr aber habt Euch nun dem Rufe: Freiheit! täuschen lassen, den der Ungar und Deutsche Euch in Wien zurief; Ihr ginget in die Schlingen und kämpftet gegen uns! — Brüder! erkennt doch endlich die Wahrheit! endlich Eure Blutsverwandte und laßt uns Hand in Hand für die slawische Freiheit kämpfen! Nehmt die Hand, die Euch der Böhme bietet, verachtet die Stimme des Slawenthums nicht. Trennt Euch nicht vom Mähren, Slowaken, Serben und Kroaten! Das Slawenthum wird und muß erblühen und Euer Vaterland Polen wird eine edle Perle darin sein!" — Es scheint durch diesen Aufruf, der in seiner ganzen Ausdehnung 2 Spalten der slawischen Blätter füllt, vorzüglich auch versöhnend auf die polnischen Deputirten Galiziens gewirkt werden zu sollen, welche nur zum Theil in Kremsier erschienen sind. In Tharn, wo die Liga polska ebenfalls einen Anhaltspunkt gewonnen, hat die katholische Geistlichkeit in einem offenen Sendschreiben gegen ihre Wirksamkeit protestirt.

* * **Köln**, 3. Dez. Der hiesige Gemeinderath hat, nachdem von Leipzig aus ein Schreiben eingegangen ist, worauf sich dort ein Komite zur Unterstützung der Hinterbliebenen Robert Blum's gebildet hat, welches beabsichtigt, für die im hiesigen Bürgerspital als Pensionärin 2. Klasse lebende Mutter Blum's Fürsorge zu treffen und ihr durch diesseitige Vermittlung einen Geldbetrag zu überweisen, in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß gefaßt, daß die Stadt Köln die Verpflegungskosten der alten Frau übernehme und läßt es dabei der Pensionärin anheimgestellt, ob sie aus der 2. in die 1. Verpflegungsklasse übergehen wolle; dem Komite in Leipzig soll es überlassen bleiben, inwiefern dasselbe nach außerdem eine Geldsumme für sie auszuwerfen für angemessen erachte.

Die Arbeiten am Dom sind, obwohl die Fonds zur Zeit vollständig erschöpft sind, noch in voller Thätigkeit. Man hofft auf eine neue und regere Betheiligung, seitdem auf der kürzlich beendeten Versammlung der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe in Würzburg der dort anwesende Erzbischof von Köln Veranlassung genommen hat, den versammelten Prälaten die Domsache dringend an's Herz zu legen und die Gründung eines Priester-Vereins in allen Diözesen Deutschlands zu beantragen. Dieser Antrag ist von sämmtlichen Bischöfen mit lebhafter Zustimmung aufgenommen und die Zusage ertheilt worden, die Ausführung in ihren Diözesen nach Kräften zu unterstützen.

Die Kölner Frauen, oder vielmehr „viele Kölner Frauen, denen das Wohl ihrer Mitmenschen am Herzen liegt," erlassen „an alle deutschen Frauen und Jungfrauen" einen öffentlichen Aufruf für das Vaterland zu — beten. „Lasset uns — so heißt es in diesem Aufruf — inbrünstig aufflehen zum allmächtigen Herrn, dem Vater des Lichts, daß er mit Weisheit, Kraft und Standhaftigkeit ausrüsten wolle unsern König, die Volksvertreter in Brandenburg und Frankfurt, sowie alle Staats- und Gemeindebehörden, damit durch umsichtiges und thatkräftiges Wirken Aller wieder bessere und frohere Tage in unser Vaterland einkehren. Die Unterzeichneten haben sich verbunden, alltäglich zu diesem Zweck zu beten und fordern hiermit alle Frauen und Jungfrauen Deutschlands, in Stadt und Dorf, arm oder reich, dringend auf, ein Gleiches zu thun. Gott der Herr wird dem vereinigten Gebet so Vieler gewiß Erhörung schenken."

München, 1. Dez. In der Vorstadt Au fall sich eine solche Lauheit bei den Wahlen gezeigt haben, daß man die Urwähler zusammenzuläuten versuchte, gleichwohl aber nicht in allen Bezirken zu einem Ziel gelangte. (In einer Vorstadt von Augsburg sollen von 339 Wählern nur 39 erschienen sein. In einem benachbarten Orte liefen die Bauern fast alle auf die Schreibstube und ließen sich ihre Wahlzettel schreiben.) (A. Z.)

In München sind die Wahlmännerwahlen der N. Mchn. Ztg. zufolge vorwiegend im konstitutionellen Sinn ausgefallen; unter den 180 Wahlmännern fallen nur etwa 16 Demokraten sein. Dagegen befinden sich zahlreiche Beamte darunter, den Minister Lerchenfeld an der Spitze. Auch von Augsburg wird gemeldet, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Gewählten entschieden konstitutionell gesinnte Männer sind. (N. C.)

München, 2. Dez. Wie man heute vernimmt, wären die Meinungsdifferenzen, die zwischen den Ministern des Innern und des Justiz und dem Kriegsminister obgewaltet haben, durch höhere Vermittlung ausgeglichen und würde demnach ein Ministerwechsel vorerst nicht stattfinden. Auch die Ernennung eines Handelsministers soll vorerst unterbleiben, Heer Regierungsdirektor von Bever aber, da er das Portefeuille des Handelsministeriums abgelehnt hat, zum Generaldirektor dieses Ministeriums ernannt und ihm die Oberleitung desselben einstweilen übertragen werden. (Das Reg.-Bl. vom 2. Dez. enthält die Ernennung Lefuire's zum Kriegsminister.) (N. C.)

δ **Rastatt**, 2. Dez. Die Arbeiten am hiesigen Festungsbau sind im Laufe dieses Jahres ungemein vorgerückt; ganze Fronten, die erst im Entstehen waren, sind vollendet, das Fort gegen Baden ganz, die übrigen Forts beinahe fertig. Zu beklagen war nur im Laufe des Sommers, daß nach so wenig für Unterkunftsräume gesorgt war, und somit bei den häufigen Truppendurchzügen, Einberufungen, und namentlich bei der ersten Verstärkung im Frühjahr den Einwohnern mehrfache Einquartierung zur Last fiel. Auch ist ein Hauptbau der hiesigen Befestigungswerke, eine große Schleuße, mittelst welcher wenigstens ein Drittel aller Festungsgräben durch Anstauung der Murg unter Wasser gesetzt werden sollen, auch im Laufe dieses Jahres wieder, wie in zwei vergangenen Jahren, so wenig kräftig betrieben werden, daß es fast scheinen möchte, als wagen die österreichischen Baubehörden sich nicht ernstlich an diese freilich schwierigen Wasserbauten. Warum überlassen sie es nicht den andern zum Bau hierher beorderten Reichs-Ingenieuren oder warum ersuchen sie nicht die bekanntlich gründlich gebildeten badischen Civil-Ingenieure, ihnen hilfreich zur Hand zu sein? Auch der Laie wird wohl den Verlust von drei Sommern anzuschlagen wissen, die so geeignet für die größten Wasserbauten waren, und wenn man uns versichert, daß die Bewässerung der Festungsgräben da, wo sie eintreten soll, einen wesentlichen, oder fast den einzigen Theil der Vertheidigungsfähigkeit ausmacht, können wir uns nicht genug wundern, daß dieser Bau so ohne allen Ernst betrieben wurde.

△ **Darmstadt**, 2. Dez. Das Interpellations-Kleingewehrfeuer einiger Mitglieder unserer zweiten Kammer hat in der gestrigen Sitzung plötzlich aufgehört; ob wegen verschossener Patronen oder aus andern Gründen, bleibe dahin gestellt. Dagegen hat Hr. Hillebrand seine vier Interpellations-Flintenkugeln in Kanonenkugeln, d. h. in förmliche Anträge verwandelt, und es sind dieselben an die Ausschüsse zum Bericht verwiesen worden. Ein normaler Gang, bei welchem Kugeln und Eifer sich abkühlen! Die hauptsächlichste Interpellation des Abg. Lehne war die in allerlei Wendungen eingewickelte: Wie das Ministerium Jaup im Jahre 1849 nach bestehen könne, da es für dieses Jahr keine Steuern mehr zu beziehen habe? Die Antwort darauf klang männlich und fest. „Die Staatsregierung wolle und werde nur auf gesetzlichem Wege handeln und werde sich bemühen, die Zustimmung der Kammern zu erhalten." Der zweite Theil zu dieser Antwort ist gestern erfolgt. Es war ein Vortrag des neuen Direktors im Ministerium der Finanzen, Freiherrn v. Schenck, die bereits eingetretenen oder noch beabsichtigten Ersparnisse der Staatsregierung betreffend, und ein damit in Verbindung gesetzter Gesetzesentwurf, welcher die Prorogation des alten Finanzgesetzes auf die ersten 6 Monate des Jahres 1849 bezweckt. Das Ministerium will also das alte Finanzgesetz prorogiren; es will dies thun mit eingeholter Genehmigung der Stände. Ein durchaus konstitutioneller Vorsatz, der übrigens dann mißlich wäre, wenn das vorgelegte Wahlgesetz im Prinzip nicht allen entschieden freisinnigen, aber gemäßigten Ansichten entspräche. Aber zum Glück ist dieses wirklich der Fall und es handelt sich nur um einige Modifikationen, in welchen das Ministerium keine Lebensfragen erkennen wird. Ebenso enthält jener Vortrag manche löbliche, bereits in's Werk gesetzte oder in Aussicht stehende Ersparung. Freilich ist einer Revision der Dienstpragmatik keine Erwähnung geschehen und eine Hoffnung auf Verminderung der Apanagen fand nirgends Statt. Aber jene kann keinem vernünftigen Bedenken unterliegen und bei diesen befand sich das Ministerium in eigener Lage. Es konnte nur anders organisiren oder Ersparnisse eintreten lassen, wo es das Recht dazu hatte. Jedenfalls ist löblich, daß, allem Anscheine nach, der Großherzog nicht von diesen Landständen, sondern von den folgenden, nach einem freien Wahlgesetz gewählten, die Regulirung seiner Civilliste wünscht. Genug: das Ministerium stößt durch sein neueres Verhalten Vertrauen ein, und bedarf es wegen der Art seiner Kammervertagung im August einer Indemnitätsbill (was ich allerdings glaube), so soll man sie ihm stillschweigend geben. Ob

Digitized by Google

das Wahlgesetz in diesem Jahre nach in der zweiten Kammer zur Berathung kommt, scheint ungewiß; Grund zu seiner Ablehnung fände die Oppasition nur durch den Gegenantrag auf Berufung einer konstituirenden Versammlung, würde aber voraussichtlich in der Minorität damit bleiben. Ebenso, wenn sie Verwerfung der angetragenen Prorogation wollte. Denn die Folge davon wäre der Sturz des Ministeriums Jaup und, unter Umständen, eine Prorogation des Finanzgesetzes ohne eingeholte Genehmigung der Landstände, wenn nämlich dazu keine Zeit wäre oder diese, bei einer Schwankung in der Majorität, die Prorogation verwürfen. Sollte man aber wirklich so spielen wollen, mit einigem guten Gewissen so spielen können? Ich glaube es nicht. Vielmehr glaube und hoffe ich, daß unser Landtag in normaler Weise sich fortentwickelt und daß beide Kammern uns ein freisinniges Wahlgesetz geben. Auch soll mich vor der Hand in dieser Hoffnung die etwas eigenthümliche Rede nicht schrecken, mit welcher der Präsident der ersten Kammer, Prinz Emil, ihre Sitzungen neulich eröffnete. Jaup ist etwas diplomatisch. Man hat es ihm in einigen Fällen nicht ohne Grund zum Vorwurf gemacht. Aber gerade diese Eigenschaft beruhigt mich im vorliegenden Falle. Sie sagt mir in's Ohr, daß er mit dem Wahlgesetz in der ersten Kammer auf keinen eigentlichen Widerstand stoßen werde aber daß er doch ihn zu besiegen gewiß sei. — Ein sonstiger und recht tüchtiger Rechtsgelehrter, Abg. Glaubrecht von Mainz, stellte im August d. J. einen langen Antrag auf Reformen bei unserer Landesuniversität Gießen. Das Meiste davon ist unterdeß durch die Regierung im Weg der Verwaltung geschehen. Doch berichtete der Ausschuß ellenlang darüber und gestern walkte man einzelne Punkte mit ermüdender Weitschweifigkeit durch. Jaup sprach dabei gut und mehrmals mit Laune. Endlich beschloß die Kammer mit 20 gegen 16 Stimmen, mit Rücksicht auf Gethanes und Vorhandenes der Staatsregierung und daß sie von Bericht und Berathung Kenntniß erhalten, den Antrag vorerst auf sich beruhen zu lassen. Ein Sieg des Ministeriums über die wissenschaftliche Oppasition!

Großbritannien.

London, 2. Dez. In einem großen Theile Irlands scheint es traurigee als je auszusehen. Es finden zwar nicht mehr jene blutigen Parteiraufereien statt, wie sie früher in Irland an der Tagesordnung waren; wenn man aber den Versicherungen von bewährten Augenzeugen glauben darf, ist mit dieser Rauflust auch die Lust überhaupt in Irland ausgestaerben, Folge der Ausmergelung durch Noth und Hunger, die durch maßlose Bodenzersplitterungen, durch mehrjährige Ungunst des Himmels und durch die angeborne Indifferenz der Bevölkerung, wie durch die Härte der Gesetze und die barbarische Strenge gewisser Gutseigenthümer herbeigeführt sind. Allerdings ist die Noth nicht überall gleich, in den protestantischen Theilen sieht es bedeutend besser aus, hier ist der Bauer fleißiger und intelligenter, der Gutsherr menschlicher und nachsichtiger, und so geht hier das Interesse beider mehr Hand in Hand. In anderen Theilen des Landes dagegen ziehen Grundeigenthümer und Pächter einer den anderen in's Verderben. Es ist wahr, daß eine Menge ehemals wohlhabender Gutsherren verarmt sind oder zu verarmen drohen. Eben erst hat Lord Blayney seine ausgedehnten Besitzungen um Castlebayney feilgeboten (einem Gerüchte zufolge soll Baron Rothschild sie käuflich an sich gebracht haben); ferner erwähnt die „Times" Fälle, daß Geistliche Unterstützungen aus der Armenkasse erhalten daß Grundbesitzer, die früher ein Einkommen von jährlich 6 — 700 Pf. besaßen, jetzt wie der ärmsten Bettler entblößt sind, daß die Schwester eines Gentleman, dem früher seine Güter jährlich an 9000 Pf. eintrugen, sich gegenwärtig um einen Platz im Arbeitshause bewirbt u. s. w. Die Grundbesitzer klagen, daß die Bauern jahrelang ihren Pacht nicht bezahlen, daß sie zum Theil schaarenweise, sobald das Korn ausgedroschen, die Pachtung bei nächtlicher Weile verlassen, so daß der Grundbesitzer am andeeen Morgen nicht nur den veesprochenen Zins nicht erhält, sondern ein. ödes Feld vorfindet ohne Korn und ohne Vieh. Das ist richtig, aber es sind nur Repressalien gegen das grausame Verfahren der Grundherren, wie denn erst neulich wieder im Kirchspiel Skibbereen 66 Individuen aus ihren Hütten wie Hunde weggejagt wurden. In einem anderen Orte wueden 80 Peesanen wegen rückständigen Pachtzinses ausgetrieben und 8 Wohnungen sofort dem Erdboden gleichgemacht, und zwar geschah dies unter Beistand eines Detachements Husaren und zweier Kompagnieen Fußvolkes aus Carrick-on-Suir. Wo fallen diese armen Geschöpfe unter dem ungastlichen Novemberhimmel sofort eine Stätte, ein Obdach finden? Wer nimmt sie auf? — Das monarchische England, wird man sagen, sei daran Schuld, aber auch die republikanische Schweiz hat ihre Heimatlosen, auf die man von Kanton zu Kanton Menschenjagden anstellt, nur daß diese Heimatlosen, durch den von Kindesbeinen an auf ihnen lastenden Druck der Heimatlosigkeit und Gesetzlosigkeit sich nicht so oft zu den leidenschaftlichen Ausbrüchen der Wuth zu erheben scheinen wie die Irländer, unter denen bekanntlich Rachemorde nicht selten sind. — In Irland hat sich übrigens in letzter Zeit ein Verein für jährliche Abhaltung des Parlaments in Dublin gebildet, welcher im Grunde dasselbe will, was der O'Connell'sche Repealverein beabsichtigt, und allmonatlich eine Zusammenkunft hält. Der letzten vorbereitenden Zusammenkunft wohnte unter andern Lord Clancurry bei, Lord Massarcene führte den Vorsitz. Der Lord-Statthalter wurde in Dublin am 4. Dez. zurückerwartet; seine lange Abwesenheit in England hat dem Gerücht, daß er zu einem hohen Posten im Kabinet ausersehen sei, neue Nahrung gegeben.

Das Liverpooler Journal bemerkt, daß nach ungefähr 60 Chartisten abzuurtheilen sind. Obgleich sich der Anklageakt namentlich darauf stützt, daß sie zur Durchführung ihrer revolutionären Zwecke die Anwendung körperlicher Gewalt für erlaubt und zweckmäßig halten, so würde es doch, wie das oben citirte Journal versichert, schwer halten, in ganz Lancasterhire Männer von schwächerem Körperbau und gebrechlicherer Leibesbeschaffenheit zu finden; es mögen nicht drei männlich aussehende Burschen unter ihnen sein. Sie waren sehr enttäuscht, daß man sie nicht als Staatsgefangene behandelte, worauf sie sich Rechnung gemacht hatten. Das Journal fügt hinzu: „Die zauberhafte Hülle ist von ihnen abgestreift, und ihre Freunde haben sie verlassen."

In zwei Zimmern des Kensingtan-Palastes ist gegenwärtig die Gemäldesammlung des Fürsten Ludwig von Oettingen-Wallerstein aufgestellt; sie ist verkäuflich und auf den Wunsch des Prinzen Albert nach England gebracht worden. Daily News enthält über diese Sammlung eine empfehlende Beschreibung.

Sir Henry Lytton Bulwer steht der „Post" zufolge im Begriff, sich mit Georgiana Wellesley zu vermählen. Die Trauung soll in Lynkfieldhouse, dem Sitze des Marquis von Salisbury, Oheims der „schönen" Braut, stattfinden.

Einer westindischen Zeitung, dem „Barbadian" zufolge, beabsichtigt der Generalgouverneur von Canada, Graf Elgin, wegen erschütterter Gesundheit seine Stelle niederzulegen. Sir Charles Gery, gegenwärtiger Gouverneur von Jamaika, werde ihn auf diesem Posten ersetzen. Der ministerielle „Globe" enthimmt diese Stelle dem „Barbadian," ohne eine weitere Bemerkung dazu zu machen.

Die „Post" erzählt, daß der Prinz von Parma am 28. Okt. eine Unterredung mit Palmerston hatte.

Der Graf Batthyany hat sich beeilt, einen offenen Brief, dat. London 28. Nov., an die Times zu erlassen, worin er mit dem kaiserlichen Aufrufe vom 6. Nov. seine vollste Zufriedenheit ausspricht, namentlich mit der Stelle, worin Kossuth und seine Anhänger des Hochverraths geziehen, geächtet und mit der „wohlverdienten" Strafe bedroht werden. Es sei Zeit, heißt es in Batthyany's Schreiben, daß durch energische Maßregeln einem Lande der Frieden wiedergegeben werde, welches bereits nur zu lange unter der verderblichen Herrschaft einer Partei gelitten, die, unter der Maske des Liberalismus, zahllose Handlungen der Tyrannei, der Erpressung und der Unterdrückung jederlei Art sich habe zu Schulden kommen lassen.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 25. Nov. Heute ist hier folgende Kundmachung erschienen: „Im Punkte 7 meiner Kundmachung vom 3. d. M. heißt es „daß gegen jene, welche zum Aufruhr aufwiegeln, das Standrecht angeordnet ist." Es ist mir nun zur Kenntniß gekommen, daß sich viele Einwohner erlauben, in Wirths- und Kaffeehäusern und andern Versammlungsorten freche, empörende Reden gegen die österreichische Regierung, als auch gegen die, durch den Belagerungszustand der Stadt von mir als nothwendig ergriffenen Maßregeln zu führen. Da derlei Aeußerungen, wenn sie auch nicht auf einen zu bewerkstelligenden Aufruhr unmittelbar abzie-

Digitized by Google

len, doch immerhin dahin ausgehen, die Gemüther aufzuregen, wodurch die Ruhe und Sicherheit der Stadt neuerdings gefährdet werden kann, so gebe ich hiermit bekannt, daß alle jene, die wegen derlei gefährlichen Reden ergriffen, nach aller Strenge der Gesetze untersucht und bestraft, in dem, im Punkte 7 meiner Kundmachung vom 3. d. M. angeführten Falle aber unnachsichtlich dem standrechtlichen Gerichte übergeben werden. Ich fordere alle gutgesinnten — Ruhe und Ordnung liebenden Bürger der Stadt auf, solche gefährliche Individuen unnachsichtlich zu ergreifen, — und dem hiesigen Militärstadtkommando zur weiteren Amtshandlung zu übergeben. Lemberg, am 25. Nov. 1848. Hammerstein, General der Cavallerie und Kommandirender in Galizien."

Italien.

* In Turin interpellirte der Abgeordnete Valerio am 27. November den Minister der auswärtigen Angelegenheiten über folgende Punkte: 1) Ob nach dem Berichte eines Berner Blattes, welches für das Organ Ochsenbein's gelte, das Kabinet eine Note an die Schweiz gerichtet habe, worin es sich über die Nachsicht beklage, welche der Kanton Tessin gegen die lombardischen Flüchtlinge übe? In Abwesenheit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten erwiderte der Minister des Innern, Pinelli, er könne keine bestimmte Antwort hierauf geben. Der betreffende Minister habe eine Abschrift der Note verlangt, welche der Geschäftsträger bei der Tagsatzung eingegeben habe, um sich mit deren Wortlaut bekannt zu machen, er wisse aber nicht, ob die Abschrift bei seinem Kollegen bereits eingelaufen sei. 2) das erwähnte Berner Blatt melde ferner, der österreichische Gesandte habe der Schweiz angezeigt, die von Neapel neu gewordenen schweizerischen Truppen könnten sich, nach eingezogenen Erkundigungen bei seinem Hofe, dem piemontesischen Ministerium und der Regierung von Neapel, ungehindert nach dem letzteren Lande begeben. Der Pariser National, das Organ Cavaignac's, drücke sein Erstaunen darüber aus, daß die Regierung gerade in dieser Sache mit Radetzky einverstanden sei und hoffe, dieselbe werde diese Erklärung als unwahr bezeichnen. Minister Pinelli: Die Thatsache ist falsch und in dem heutigen offiziellen Blatte widerlegt. 3) Am 17. Nov. habe der Reichsminister Schmerling im deutschen Parlamente versichert, Oesterreich und Sardinien hätten einen Waffenstillstand auf drei Monate geschlossen und man könne mit Grund erwarten, daß die italienische Frage durch Unterhandlungen, an welchen sich die Centralgewalt betheilige, bald eine friedliche Lösung erhalten werde. Wie sich das nun mit der Erklärung vereinigen lasse, welche der sardinische Minister im Parlamente zu Turin, während der Anwesenheit des Herrn Heckscher, gegeben habe: die Regierung habe die Einmischung der deutschen Centralgewalt in das Vermittlungsgeschäft der beiden Höfe nicht zugegeben? Minister Pinelli: Die Frankfurter Centralgewalt habe die wohlwollendsten Gesinnungen auch in dieser Sache ausgesprochen und merken lassen, daß auch sie an der Vermittlung Theil zu nehmen wünsche. Indem das Ministerium den Nutzen anerkenne, welchen die guten Dienste der Frankfurter Reichsversammlung haben könnten, hätte es aber doch nicht zugeben können, daß andere Mächte, als die, welche ihre Vermittlung schon früher angetragen, sich darein mischten. 4) Ein Blatt, das der italienischen Sache adhold, oder gewöhnlich gut unterrichtet sei, melde in einer Mittheilung, welche von der österreichischen Kanzlei herrühren soll, die Regierung habe nach dem Falle des heldenmüthigen Wien den vermittelnden Mächten bedeutet, zu ihrer Aufgabe sei nun den ganzen Winter über Zeit genug. Ob dem so sei? Minister Pinelli: Diese Angaben der Pariser „Presse" entbehren alles Grundes. Valerio dankte dem Minister für diese Aufschlüsse und behielt nur vor, daß die Note des sardinischen Gesandten, wegen der lombardischen Flüchtlinge, recht bald dem Parlamente mitgetheilt werde. Der Minister machte ein Zeichen des Einverständnisses. — Der Antrag eines Abgeordneten, Venedig mit Geld und Lebensmitteln zu Hilfe zu kommen, wurde in Betrachtung gezogen.

Am 23. Nov. wurde in Florenz bekannt gemacht, das Kriminalgericht habe Befehl erhalten, eine strenge Untersuchung gegen die Urheber der letzten (bei den Wahlen vorgefallenen) Gewaltthätigkeiten einzuleiten. Der Municipalrath dieser Stadt hat eine Adresse an den Großherzog überreicht, um ihn zu bitten, die Freiheit der Wahlen zu schützen.

In Rom häufen sich die Demonstrationen. Sterbini hat den Volksverein ersucht, 2 Bürger in jedem Stadtviertel zu ernennen, die im Verein mit dem Ministerium die Mittel aufsuchen mögen, den Armen gemeinnützliche Arbeiten zu geben. Ueber die Abreise der Kardinäle, von welchen nur 4 bis 5 in der Stadt blieben, sowie über die Sendung Rosmini's nach Paris, welche, wie sich jetzt herausstellt, zum Zweck hat, Frankreich um Hülfe für den Papst zu bitten, haben die römischen Blätter würdige Artikel. Ueber Letztere sagte ein Journal: Frankreich würde sich „mit Ehrlosigkeit bedecken", wenn es darauf einginge. In der Nähe Ravennas, berichtet die Zeitung von Genua vom 21. Nov., schlüge sich Zucchi mit Garibaldi's Freischaaren. Drei Deputirte von Bologna haben Rom verlassen und ihren Austritt aus der Kammer angezeigt. Der Corriere mercantile vom 27. sagt, die Städte der Romagna hätten sich dem neuen demokratischen Ministerium in Rom mit freudiger Bereitwilligkeit angeschlossen. Das neapolitanische Blatt: il Tempo vom 20. Nov. kündigt in den deutlichsten Ausdrücken an, die dortige Regierung werde dafür sorgen, daß die in Rom begangenen Verbrechen nicht ungestraft blieben. Die Verbindung zwischen Toscana und Neapel ist nunmehr völlig abgebrochen. Die beiderseitigen Gesandten haben bereits ihre Pässe erhalten. Die Ursache ist die Weigerung der großh. Regierung, ihre neuliche Erklärung zurückzunehmen und das sizilianische Wappen von der Wohnung Gemelli's abnehmen zu lassen.

* **Rom**, 25. Nov. Heute wurde hier folgende öffentliche Anzeige des Ministeriums bekannt gemacht: Römer! Von verderblichen Rathschlägen hingerissen ist der Papst von Rom abgereist. In diesen ernsten Augenblicken wird das Ministerium den Pflichten nicht untreu werden, die ihm das Wohl des Vaterlandes und das Vertrauen auferlegt, welche das Volk ihm gewährt. Alle nöthigen Verfügungen sind getroffen, um die Ordnung zu erhalten und die Bürger in jeder Beziehung zu schützen. Ohne Aufschub wird eine Commission ernannt werden, welche in Permanenz bleiben wird, um mit aller Strenge der Gesetze diejenigen zu bestrafen, welche es wagen sollten, Angriffe gegen die öffentliche Ordnung oder das Leben der Bürger zu versuchen. Alle Truppen, alle Bürgerwachen sind in ihren Stadtquartieren unter den Waffen und bereit, dahin zu eilen, wo es irgend nöthig sein könnte. Das Ministerium wird im Verein mit den Volksvertretern und den Senatoren von Rom die weiteren Maßregeln ergreifen, welche die Macht der Verhältnisse erheischt. Römer! vertrauet uns, zeiget euch des Namens würdig, den ihr traget, und beschämet durch Seelengröße die Verläumdungen eurer Feinde. Der Aufruf ist von dem Präsidenten des Ministeriums, Muzzarelli, und den Ministern Galletti, Lunati, Sterbini, Campella und Serena unterzeichnet. Es würde verwegen sein, fügt die Turiner Concordia hinzu, im Voraus zu sagen, was aus diesen Begebenheiten folgen kann. Die Zeit wird an den Tag bringen, welche Gründe Pius IX. zu diesem Entschlusse gebracht haben. Dem Volke ist auf's wärmste zu empfehlen, sich ruhig zu halten. Die Entfernung des Papstes war schon früher folgendermaßen bekannt gemacht worden: Römer! wir zeigen Euch eine unerwartete Begebenheit von der höchsten Wichtigkeit an, welche die ernstlichsten Folgen haben kann. Papst Pius IX. hat in vergangener Nacht Rom in der Stille verlassen, und man weiß nicht bestimmt, welche Richtung er eingeschlagen hat. Nach wurde ein Handschreiben veröffentlicht, welches Pius an den Marchese Sacchetti hinterlassen hatte, und worin er bittet, Galletti und die andern Minister von seiner Entfernung zu benachrichtigen und zu versichern, daß Niemand von seiner Umgebung von diesem Entschlusse gewußt habe. Noch mehr liege ihm am Herzen, den genannten Herren die Ruhe und Ordnung in der Stadt an's Herz zu legen. Das Schreiben ist vom 24. Nov. datirt. — Abbate Rosmini machte schon am 25. bekannt: weit entfernt, eine Mission nach Paris zu haben, liege er hier ruhig seinen Studien ob. — In Bologna scheint General Zucchi des Militärs versichert zu sein und auch unter den Bürgern bedeutenden Anhang zu haben.

Schweiz.

§§ **Genf**, 25. Nov. Vor meiner Abreise von Turin hatte ich nochmals eine lange Unterhaltung mit Hrn. Gioberti. Der berühmte Philosoph drückte sich bitter über den Gang der italienischen Angelegenheiten im Allgemeinen aus, namentlich auch über die vorparlamentarischen Verhandlungen, denen er in der letzten Zeit gar nicht mehr beiwohnte, und deren Resultat, „den Verfassungsentwurf der italienischen Bundesstaaten", er geradezu mit

Digitized by Google

„Kinderei" bezeichnete. Die entschieden demokratische Grundlage der neuentworfenen Constitution dünkt ihm nicht nur für die Fürsten unannehmbar und deren Gegenstreben „leider nur zu gewiß", sondern selbst den Gefühlen der erleuchteten Mehrzahl der Bevölkerung gerade zuwider. Was die Verhandlungen der italienischen Kabinette betrifft, um einen Fürstenbund zu erwirken, so ist ihm dieser kaum wünschenswerth, nun die Befreiung Oberitaliens von österreichischer Herrschaft nicht mehr die erste Bedingung desselben sein zu sollen scheint. Eine Hegemonie Sardiniens, ein allmäliges Aufgeben der übrigen Staaten der Halbinsel in das norditalienische Reich, war Hrn. Gioberti's Grundidee, die er zwar öffentlich nie unumwunden aussprach, aber in vertrauten Zirkeln hinlänglich andeutete. Nun hat die Vertreibung der Piemontesen aus der Lombardei und der moralische Einfluß dieses Ereignisses, insbesondere das neuerregte Mißtrauen der Lombardei gegen Carlo Alberto sein Ziel verrückt, seine Hoffnungen vernichtet, nun fühlt er, daß die jetzige Gestaltung der Dinge seine Verfprechungen, seine Prophezeihungen als die eines Unerfahrenen, mit der nackten Wirklichkeit wenig Vertrauten, seine Popularität zum Theil als usurpirt, ja seine Endabsichten vielleicht als wenig ehrenvoll erscheinen läßt, und wünscht sich, voll Ueberdruß, „aus den unbändigen Fluthen der Politik zurück nach der friedlich stillen Heimath wissenschaftlicher Meditationen". Wahrscheinlich wird er auch die Kammerpräsidentenstelle aufgeben. — Während meines Aufenthaltes in Savoyen hatte ich hinlängliche Gelegenheit, mich zu überzeugen, daß die Behauptung mancher deutschen Correspondenten, die republikanische Partei sei da überwiegend, durchaus ungegründet ist. Westlich vom Mont-Cenis klagt man viel über das Zwangsanlehen auf Hypotheken, über die in der Lombardei gefallenen Landeskinder, über die neuen Aushebungen; aber man wünscht im Allgemeinen deshalb so wenig eine republikanische Regierung, daß eben Abneigung gegen dieselbe, die frühere Sympathie für Frankreich bedeutend verminderte. Nicht demokratische Gelüste drohen Savoyen von Piemont abzulösen; andere, durch geographische Verhältnisse bedingte ethnographische Zustände drängen das höchst interessante Land zu einem Anschluß an Frankreich. Savoyen ist von Piemont durch eine hohe Alpenkette getrennt, die allen Handelsverkehr erschwert, vertheuert und zum Theil unzulässig macht; durch die Sprache, die intimen Beziehungen „avec les italiens" hemmend entgegentritt. Zu Frankreich gehörig wäre beinahe jeder Austausch leichter und vortheilhafter; mit französischen Kapitalien könnten die reichen Mineralgruben des Landes weit nachdrücklicher und umfassender ausgebeutet werden. Mit den Franzosen haben die Savoyarden Sprache, Sitten, Gebräuche gemein; nur in Frankreich bereichern sich die armen Thalbewohner; mit der französischen Armee vereint würden die braven Soldaten Savoyens noch weit freudiger und muthiger kämpfen.

Schweiz. Durch Kreisschreiben vom 30. Nov. an sämmtliche Kantonsregierungen ermahnt der Bundesrath gegenüber den Flüchtlingen zur Wachsamkeit und bekennt sich in dieser Angelegenheit zu den Grundsätzen, welche neulich von der Mehrheit der Bundesversammlung proklamirt wurden. Sämmtliche schweizerische Regierungen und insbesondere die der Grenzkantone gegen Deutschland werden dringend eingeladen, alle Flüchtlinge in der Weise zu überwachen, daß die Behörden sofort von jedem Schritte Kenntniß erhalten, welcher die Absicht haben könnte, die internationalen Beziehungen zu verletzen oder den Nachbarstaaten zu gerechten Klagen Veranlassung zu geben. Gegen Widerspenstige sei unverweilt und energisch einzuschreiten. — Der Bundesrath hat Herrn Dr. Robert Steiger aus Luzern als Repräsentant nach der nördlichen Schweizergrenze abgeordnet, um im Sinne des obigen Beschlusses zu wirken.

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Nov. Morgens. In Politiske Ftyveblade, von Lunge redigirt, wird ein Theil der Aktenstücke aus den Unterhandlungen über Schleswig veröffentlicht und nicht nur die Deklaration des Kaisers Nikolaus zu Gunsten der Dänen neu bestätigt, sondern auch gemeldet, daß der russische Gesandte in Kopenhagen vor 14 Tagen eine Note ähnlichen Inhalts in Bezug auf die bevorstehende Eröffnung der Londoner Friedensverhandlungen übergeben habe.

Griechenland.

** **Athen**, 19. Nov. Unser Regierungssystem wird mit jedem Tage konservativer im alten Sinne des Wortes. Es stützt sich auf die Autochthonen, die engherzig ihre Brüder, welche nicht in den engen Grenzen des heutigen Königreichs geboren sind, vom Bürgerrecht ausschließen, auf die ältere, unwissende und verderbte Generation, welche die junge, gebildete und schon ihrer Jugend wegen redlichere abstößt. Es ist allgemeines Gefühl, daß dieser dem Jahrhundert abnormale Zustand nur ein vorübergehender sein kann. Daher allgemeine Verstimmung. Selbst die Machthaber bereiten sich für die Zukunft vor. Die feindlichen Brüder Grivas haben sich ausgesöhnt; ich weiß dies aus dem Munde des Sohnes Theodor's. Ein Ehrenmann, der zum Hofe zählt, aber nicht gehört wird, gestand mir, daß die Griechen sich nur unsern König gefallen ließen, weil er tugendhaft sei und sie keinen besseren wüßten. Er täuscht sich. Die Griechen suchen von ihrem König Fürstentugend, nicht christliche; und der Widerwille gegen die Republik ist seit dem Februar allmälig verschwunden. Hätte Wien die Republik ausgerufen, es bestünde hier keine Monarchie mehr. Der Schluß aus diesem Allem ist ein sehr betrübter, und die helfen könnten, beruhigen sich leider mit Prokesch's: was kann ich? Wer könnte helfen, warum sollten Sie es nicht aussprechen? Es ist die deutsche Centralgewalt und der König Maximilian.

Amerika.

Brasilien. Die Reaktion scheint jetzt in der Atmosphäre zu liegen, wie im vergangenen Frühling die Revolution. Auch in Brasilien hat ein Kabinetswechsel in reaktionärem Sinne stattgefunden, die Tories von Brasilien haben die Liberalen aus dem Sattel gehoben, indem Viscount de Olinda, vom Kaiser mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, am 29. Sept. folgendes Kabinet zusammengesetzt hat: Viscount de Olinda, Premier und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Viscount de Monte Alegre, Inneres; Eusebia da Camara, Justiz; Manoel Souza e Mello, Marine und (provisorisch) Krieg. Endlich wurde nach Senar Rodrigues Torres am 13. Okt. zum Minister der Finanzen ernannt. — Aus Buenos Ayres erfährt man, daß, nachdem der sardinische Geschäftsträger dem Diktator Rosas Vorstellungen über den ihm ertheilten Ausweisungsbefehl gemacht, der Diktator sofort den Termin seiner Abreise um 14 Tage verkürzte. Englische Blätter erzählen von diesem Despoten folgende grausame Handlung: Ein junger Priester, Namens Gutierrez, hatte ein junges Weib, die Tochter eines gewissen O'Gorman, entführt und in einer fernen Stadt eine Schule errichtet. Hier wurden sie entdeckt, nach Buenos-Ayres zurückgebracht, und auf Befehl des Tyrannen beide erschossen. Das unglückliche Weib befand sich im achten Monat der Schwangerschaft.

Neuestes.

* **Paris**, 3. Dez. Noch immer nichts Gewisses über den Papst! Der Moniteur enthält nichts über ihn. Lamartine's Bien public, ein Abendblatt, behauptet zwar, man melde soeben (gegen 4 Uhr Nachmittags), die Regierung habe eine telegraphische Depesche erhalten, welche die Ankunft desselben in Marseille anzeige, doch zweifelt man noch. Die Patrie wollte diesen Morgen von einem Gerüchte wissen, nach welchem er gar gestorben wäre. Die Genueser Zeitung vom 28. November hat gehört, er habe sich nach Malta gewandt, ein Florentiner Blatt, er werde in Neapel landen (vielleicht will er sich auch nur mit Admiral Baudin besprechen). Da heute endlich wieder heiteres Wetter ist, so wird man wohl bald Gewißheit erhalten. Der „Corriere Livornese" vom 27. Nov., der eben in Frankfurt eintrifft, meldet aus Civita vecchia, in der Nacht vom 24. auf den 25. sei der bevollmächtigte Minister Portugals mit Personen, die sich nicht zu erkennen gaben, daselbst um Mitternacht von Rom eingetroffen. Er habe schnell den französischen Consul rufen lassen und sich mit demselben an Bord des französischen Schiffes Tenare begeben. Viele schleunig herbeigerufene Personen hätten dasselbe gethan. Aber das Schiff, das die Equipage des Postdampfbootes Pericles, welches daselbst Schiffbruch gelitten hatte, erst aussetzen und Lebensmittel einnehmen müsse, habe erst am folgenden Morgen um 11 Uhr fortsegeln können. Es habe den portugiesischen Minister mit an Bord und richte seinen Lauf nach Osten. Somit wäre eine bedeutende Verzögerung erklärt. Daß Pius IX. auf dem Schiffe gewesen sei, vermuthet dieses Blatt, ohne es zu wissen, ist also um so glaubwürdiger.

Aus Livorno wird gemeldet, daß man daselbst einen bedenklichen Aufstand erwarte. — Ein heute aus Wien hier angekommener Kurier bringt die Einwilligung Oesterreichs zu dem Brüsseler Kongresse.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 6. Dez. Entwurf zum Heimathsrecht. Hr. v. Mensdorff. Oesterreichischer Bevollmächtigter. Berichtigung. Reichskommission für Oesterreich. Ausschuß der Rechten. Parlamentskorrespondenz.) Wien (Neueste Nachrichten.) Kremsier (Austritte polnischer Abgeordneten.) Berlin Aussicht auf ein Ministerium Bincke, Simson, v. d. Heydt. Bevorstehende Auflösung der Versammlung. Bülow-Cummerow. Wrangel und die Maschinenbauer. München (Berichtigung.) Leipzig (Abdication des Kaisers v. Oesterreich.)

Italien. Rom (Sitzung der Deputirtenkammer. Lord Tempte.)

Schweiz. Chur (Die Maßregeln der Deutschen Centralgewalt.) Genf (Bischof Morilleo.)

Ungarn. Bielitz (Aufruhr.)

Rußland. (Bedeutliche Nachrichten. Truppen an der Grenze.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 6. December.

Tagesordnung der 130. öffentl. Sitzung.

Berathung über die Grundrechte des deutschen Volkes.

Vorsitzender Heinrich von Gagern. Die Grundrechte auf der Tagesordnung äußern auch jetzt wieder denselben verscheuchenden Einfluß wie früher auf das Publikum. Die Galerien sind heute von den Zuhörern beinahe gänzlich leer gelassen. Unter den Anzeigen und Berichten ist nichts Erhebliches. Nur eines Flottenbeitrags aus Göttingen von einer Mädchenschule, durch Verloosung von weiblichen Arbeiten zusammengebracht, ist zu gedenken. Das Haus zeichnet ihn durch seinen Beifall aus.

Die zweite Berathung und Abstimmung der Grundrechte wird von Seiten des Verfassungs-Ausschusses durch Deiters aus Bonn mit einigen Worten eingeleitet, welche zugleich die Ankündigung enthalten, daß neben Deiters den Herren Waitz und Zell die Berichterstattung übertragen ist.

Ein präjudicieller Antrag Venedey's verlangt, daß die ganze Vorlage des Ausschusses zurückgewiesen werde. Denn das sei keine Zusammenstellung der beschlossenen Grundrechtsbestimmungen, sondern eine förmliche Zunichtemachung derselben, was der Ausschuß „unter dem Vorwande der Redaktion" geliefert. Seinen Antrag sucht Venedey durch eine ausführliche Musterung der vorgenommenen Abänderungen zu begründen und er knüpft daran die Forderung, daß ein neuer Ausschuß niedergesetzt und somit dem Verfassungsausschuß die ganze Sache entzogen werde. Das Haus hört den Redner mit großer Unruhe an und dieser selbst hat keine Hoffnung, seinen Antrag angenommen zu sehen. Er hat nur hierhertreten und wenigstens sagen wollen, „daß Sie uns nicht dupiren können." Auf die Zurechtweisung des Vorsitzenden nimmt Herr Venedey das Wort Dupiren zurück und schreitet dann unmittelbar von der Tribüne.

Schoder: Allerdings hat der Verfassungsausschuß seine Befugniß überschritten und mehr gethan als wozu er beauftragt und berechtigt gewesen. Dennoch wollen wir uns mit einer Rüge begnügen und die Berathung durch eine abermalige Zurückgabe der Vorlage nicht noch weiter und in's Unberechenbare hinausschieben, sondern für die Freiheit retten, was dem deutschen Volke noch zu retten ist.

Waitz: Einzelne Mitglieder haben weder die Befugniß noch die Autorität, um eine Rüge gegen einen Ausschuß auszusprechen. Die Versammlung allein hat über unsere Arbeit zu entscheiden. Diese Arbeit, die nichts verschweigt und nichts verbirgt, hat der neuen Fassung allemal die Beschlüsse der ersten Berathung gegenüber gestellt. Wer kann da einen Hinterhalt argwöhnen, wer, der lesen kann? Und lesen können doch Alle in diesem Hause.

Venedey's Antrag kommt darauf zur Abstimmung und wird mit großer Mehrheit verworfen. Die Berathung über die Vorlage des Verfassungsausschusses beginnt vielmehr sofort und durch wiederholten Verzicht auf die Diskussion schreitet die Abstimmung rasch vorwärts. Ihr Ergebniß ist Folgendes:

Grundrechte des deutschen Volks.

Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Artikel I. §. 1. Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.

§. 2. Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz.

§. 3. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.

Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.

§. 4. Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeß-Rechte machen, welcher die letzteren als Ausländer zurücksetzt.

§. 5. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfindrn, und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht hierdurch erworbene Privatrechte verletzt werden.

§. 6. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Die Auswanderungs-Angelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs.

Erst Artikel II., der von der Aufhebung der Standesunterschiede, den Orden, Titeln und von dem Adel handelt, gibt zu einer, wenn auch nur kurzen, Besprechung Anlaß. Moriz Mohl erhält das Wort: Der mährische Landtag habe auf Abschaffung des Adels angetragen, in der Berliner Landesversammlung sei die Aufhebung desselben mit großer Mehrheit ausgesprochen worden, ohne kleinerer Staaten Deutschlands, wie der anhaltischen, zu gedenken. Behaupte man etwa noch, die Aufhebung des Adels habe keine Sympathie im Volke? Und wolle man hier zurückbleiben hinter jenen Schritten? Die Reaktion in Preußen und Oesterreich habrn gewiß wesentlich in den angegriffenen Adelsvorrechten ihre Stütze gefunden, auch im deutschen Staatenbaue werde sich die Aristokratie niederlassen — dies feindliche Element sei mit der Wurzel aus dem Wege zu räumen.

Reichensperger. Daß man im Jahre 1789 auf Aufhebung des Adels drang, begreife ich. Aber der Kampf des Herrn Moriz Mohl darwider im Jahre 1848, dünkt mir ein Kampf gegen einen wesenlosen Schatten.

Löwe von Calbe. Ich betrachte den Adel als das Symbol der Zeit, die hinter uns liegt. Mit der Zeit der Bevorrechtigungen will ich daher auch das Symbol vernichtet sehen. Der Adel bringt nichts hervor, er verzehrt nur. Die Arbeit wollen wir dafür auf den Thron erheben.

v. Bally. Ich betrachte alle Angriffe gegen den Adel als Angriffe gegen die Vergangenheit. Hätte er aber wirklich durch Jahrhunderte eine Knechtschaft ausgeübt, wie sie ihm nachgesagt wird, wären dann nicht Die die Verächtlichsten, welche die Knechtschaft geduldet? Mit einer Aufhebung des Adels würden Sie übrigens nur den Papieradel vernichten, nicht den angebornen. Die alten, die großen und berühmten Namen bedürfen keines Zusatzes wie „von", „Freiherr", „Graf". Sie tragen ihren Adel in sich. (Lebhafter Beifall der Ironie.)

Als Berichterstatter des Ausschusses tritt Waitz auf: Wir haben die Sätze des §. 7 noch schärfer gefaßt, als es die ersten Beschlüsse gethan, um jede rechtliche Ungleichheit zu verbannen. Allein die soziale Gleichheit läßt sich durch kein Gesetz erzwingen. Der Adel ist eine historische Erinnerung. Eine Bestimmung darwider würde ein leeres Wort sein, welches kein Gesetzgeber aussprechen soll.

Die Fassung, welche die Mehrheit dem Artikel II. §. 7 gegeben ist diese:

„Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände.

Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.

Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.

Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt."

Digitized by Google

Nachdem der Antrag Moritz Mohl's: „Der Adel wird hiermit abgeschafft und darf nicht wieder eingeführt werden", mit 236 gegen 191 Stimmen abgelehnt ist, kommt der Antrag v. Trützschler's: „Alle zur Bezeichnung des Adels dienenden Ausdrücke verlieren diese Bedeutung und werden vom Staate nicht mehr anerkannt und gebraucht —" zur Abstimmung durch Namensaufruf. 259 gegen 179 Stimmen verwerfen auch diese Bestimmung. Mit 225 gegen 211 Stimmen wird dagegen der Antrag von Schmidt aus Berlin zum Beschluß erhoben:

„Der Adel als Stand ist abgeschafft."

Wir geben den §. 7 in der Fassung, die er im Ganzen durch die jetzt nach fortwährenden Abstimmungen erhalten hat, in der Nachschrift.

Deutsches Heimathsgesetz.

Entwurf des Ausschusses.

§. 1. Das Gebiet eines jeden deutschen Staats zerfällt in bestimmt abgegrenzte Gemeindebezirke; diese bilden zugleich Heimathsbezirke.

Den einzelnen Staaten bleibt es überlassen, mehrere Gemeindebezirke zu einem Heimathsbezirke zu vereinigen.

§. 2. Der Aufenthalt und Wohnsitz in einem Heimathsbezirke, so wie das Recht zum Gewerbebetriebe, so weit dieses nicht durch die deutsche Gewerbeordnung beschränkt wird, darf keinem Deutschen verweigert werden, so lange er nicht daselbst der öffentlichen Armenunterstützung anheimfällt oder wegen eines gemeinen Verbrechens verurtheilt wird.

§. 3. Das Heimathsrecht wird erworben:

a) durch Geburt.

Eheliche Kinder folgen der Heimath des Vaters, uneheliche der Heimath der Mutter. Findlinge erlangen das Heimathsrecht in dem Heimathsbezirke, in welchem sie gefunden werden, fallen aber der Fürsorge des Staates anheim.

b) durch Verheirathung.

Ehefrauen erwerben die Heimath in dem Heimathsbezirke ihres Ehemannes.

c) durch ausdrückliche Aufnahme.

Diese darf keinem Deutschen verweigert werden, welcher erwerbsfähig ist und zur Zeit seiner Aufnahme weder öffentliche Armenunterstützung genießt, noch wegen eines gemeinen Verbrechens bestraft worden ist.

d) durch mehrjährigen Aufenthalt.

Wer sich fünf Jahre ununterbrochen durch sein Vermögen oder seine Thätigkeit in einem Gemeindebezirke redlich ernährt hat, erwirbt daselbst das Heimathsrecht, wenn er nicht sein früheres Heimathsrecht sich erhalten hat.

e) durch Erwerbung des Gemeindebürgerrechts.

Dasselbe schließt das Heimathsrecht stets in sich.

§. 4. Wer in einem Gemeindebezirke Heimathsrecht erwirbt, verliert dasselbe in seinem früheren Heimathsbezirke, wenn er nicht daselbst Gemeindebürger bleibt.

§. 5. Das Heimathsrecht kann ohne Besitz des Gemeindebürgerrechts bestehen und begründet noch kein Recht auf die Nutzungen des Gemeindevermögens.

§. 6. Das Heimathsrecht gewährt den Anspruch, im Falle der Arbeitsunfähigkeit und Verarmung, von dem Heimathsbezirke nothdürftig unterhalten zu werden. Liegt in diesem Falle Dritten die Verpflichtung ob, für den Unterhalt des Heimathsberechtigten zu sorgen, so kann die Gemeindebehörde diese zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anhalten.

§. 7. Die weiteren Rechte und die Verpflichtungen der Heimathsberechtigten und derer, welche ohne heimathberechtigt zu sein, in einem Gemeindebezirke Wohnsitz haben, gegen die Gemeinde, werden durch die Gemeinde-Verfassung bestimmt.

§. 8. Hilfsbedürftige haben in jedem Gemeindebezirke, wo sie sich zur Zeit ihrer Hilfsbedürftigkeit befinden, Anspruch auf nothdürftige Verpflegung. Die betreffende Gemeinde hat dieselbe vorschußweise für Rechnung des verpflichteten Heimathsbezirks zu leisten. Der Anspruch auf Wiedererstattung des geleisteten Vorschusses verjährt drei Monate nach eingetretenem Verpflegungsfalle, beziehungsweise nach Ermittelung des verpflichteten Bezirks.

§. 9 Wer fünfzehn Jahre von seinem Heimathsbezirke freiwillig abwesend gewesen und an keinem anderen Orte Heimathsrecht erlangt hat, behält zwar daselbst sein Heimathsrecht, fällt aber im Verarmungsfalle der Versorgung desjenigen Staates anheim, zu welchem der Heimathsbezirk gehört.

Frankfurt, 3. Dez. An die Stelle des zum k. k. Handelsminister ernannten Ritters v. Bruck ist der kais. österreichische bevollmächtigte Minister bei der freien Stadt Frankfurt, Freiherr v. Mensbengen, auch bei der provisorischen Reichscentralgewalt als kais. österreichischer Bevollmächtigter unter'm 25. Nov. beglaubigt worden. (O. P. Z.)

Frankfurt, 5. Dez. Die Mittheilung aus „La Presse" über die Beziehungen Frankreichs zur deutschen Centralgewalt hat die „O. P. Z." nur deshalb gemacht, um zu zeigen, wie weit die journalistische Erfindungssucht getrieben werden kann. Diese Bemerkung sollte den fraglichen Artikel in einer Note begleiten, welche aus Versehen ausgelassen worden ist.

† **Frankfurt**, 6. Dez. Dem Vernehmen nach geht das Reichsministerium damit um, eine eigene Reichskommission abzusenden, welche mit der österreichischen Regierung die Frage über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland vor der zweiten Lesung des Abschnitts vom Reiche zum Austrag bringen soll. — Die Fractionen des Centrums in der Nationalversammlung sind ihrer Seits im Begriff, eine gemeinschaftliche Kommission niederzusetzen, welche in vorbereitende Berathungen hinsichtlich des Definitivums treten soll. — Es entwickelt sich überhaupt in diesen Fraktionen in sormeller Beziehung eine ungemeine Thätigkeit. So ist eben wieder die Gründung einer lithographirten Parlaments-Korrespondenz beschlossen, welche einem wesentlichen Bedürfniß abhelfen, die Verhandlungen der Nationalversammlung während der Sitzung derselben veröffentlichen, und vor Allem über das Verfahren und die Motive der Fractionen des Centrums schleunigst Nachrichten bringen wird. Dies Institut tritt in den nächsten Tagen in's Leben. Die Mitarbeiter sind ernannt, die nöthigen Vorkehrungen eingeleitet. — Hierdurch veranlaßt, schreitet auch die Linke zu ähnlichen Maßregeln.

□ **Wien**, 1. Dez. Es finden starke Truppenbewegungen statt. Man erfährt, daß in den benachbarten ungarischen Hauptstädten die Nationalgarde entwaffnet und die Mobilgarde, auf welche die Machthaber weit sicherer zu rechnen scheinen, mit Waffen versehen wird. Ortschaften, die den Operationen im Wege stehen, werden niedergebrannt, die Dächer der Häuser in den Städten abgetragen, und die Häuser mit Mistlagen zur Entkräftung der geworfenen Projektile bedeckt. Insbesondere werden Pesth und Comorn stark befestigt. In den Städten sind sehr entgegengesetzte Stimmungen wahrzunehmen, nur wagen sie nicht hervorzutreten. — Ein gut unterrichtetes Blatt meldet heute, es verlaute, Oesterreich sei mit Rußland über Besetzung der Donauprovinzen, wahrscheinlich am rechten Ufer, übereingekommen, und es soll die durch Errichtung des 6ten Bataillons verstärkte Armee gleich von Ungarn aus zu diesem Zwecke verwendet werden, wenn nicht die Wahl Louis Napoleon's andere Verfügungen veranlaßt. — Die Minister Bach, Stadion, Schwarzenberg und Bruck sind seit gestern hier, reisen aber heute wieder nach Ollmütz. — Die Reichstagsdeputirten Schwarzer, Goldmark, Füster, Bialand, Scherzer, Umlauft, Löhner sollen von ihren Wählern ein sehr scharfes Mißtrauensvotum erhalten. — Graf Wickenburg ist seines Postens als Gouverneur von Steiermark enthoben worden, was vorauszusehen war. — Das gesammte Paßwesen ist dem Handelsminister Bruck überwiesen worden, was eine energische Förderung dieses Verwaltungszweigs erhoffen läßt. — Feldmarschallieutenant Graf Gyulai ist zum Civil- und Militärgouverneur des Küstenlandes ernannt worden. —Die Wiedereröffnung des hiesigen juridisch-politischen Lesevereins steht schon für die nächste Woche bevor. — Aus Venedig erfährt man daß die Blockade nur dem Namen nach besteht und die Stadt durch englische und französische Schiffe mit allem Bedarf hinlänglich versehen wird. Sowohl dort als in Mailand hielt man eine friedliche Ausgleichung für wahrscheinlich. — Nach Wiener Briefen der Allg. Z. soll Klausenburg von den kaiserl. Truppen, die den Szeklern mehrere Niederlagen beigebracht, besetzt worden sein.

Aus **Kremsier** wird der O. Allg. Ztg. geschrieben: Unangenehm berührte die Anmeldung vom Austritte mehrerer Abgeordneten, welche die sogenannte gemäßigte oder aristokratische Partei unter den Polen vertreten, als Graf Potocki, Fürst Lubomirski, Graf Zamoyski ꝛc. Es sind treffliche Männer und gediegene Charaktere, und Ersterer besonders hat im Monat Oktober allein die verlassene rechte Seite zu vertreten gewagt. Unter den neu eingetretenen Abgeordneten befindet sich kein vorragender Name.

⁂ **Berlin**, 3. Dez. Die in Brandenburg Neueingetretenen wollen die Bedingungen stellen: Die in Brandenburg Tagenden sollten abstehen von der Lesung des Protokolls der Sitzung am 9., alsdann wollten sie ihrerseits abstehen von der Lesung der Protokolle aus der Zwischenzeit. Man ist nicht geneigt, darauf einzugehen. Indessen bereitet sich von anderer Seite her die Lösung vor. Aus guter Quelle wird versichert, die Krone sei jetzt entschlossen, die Kammer aufzulösen. Das Ministerium Brandenburg wird darin den Abschluß seiner Aufgabe finden und demnächst steht in Aussicht ein Ministerium: Vincke, Simson, v. d. Heydt. Gestern waren Milde und Kühlwetter nach Potsdam beschieden, um diese Dinge zu berathen.

(Lith. Korr.) **Berlin**, 4. Dez. Die Maschinenbauer haben gestern eine Versammlung mit Erlaubniß des Hrn. v. Wrangel abgehalten. Der Commandirende nahm die an ihn gesandte Deputation sehr freundlich auf und übergab ihr als Beitrag für die Krankenkasse des Vereins 10 Frerd'or mit dem Bemerken, daß es ihm angenehm sein würde, dem Vereine anzugehören. Den letzteren Wunsch erklärte die Deputation nicht erfüllen zu können. Auch das Geschenk des Hrn. v. Wrangel ist vom Vereint nicht ange-

Digitized by Google

nommen, vielmehr wieder zurückgesandt worden. — Gegen einzelne Deputirte sind von mehreren Seiten Denunciationen bei'm Staatsanwalt, theils wegen erlassener Proklamationen, theils wegen anderer Veröffentlichungen eingebracht. — Dem Staatsanwalt ist die Broschüre des Abgeordneten für Cleve, Hrn. Dr. Arntz: „Das Recht der Nationalversammlung, der Staatsstreich vom 8. Nov. und die Verantwortlichkeit der Minister" zur Verfolgung übergeben worden. Es sind in Folge dessen von der Polizei eine Anzahl Exemplare bei einem hiesigen Buchhändler konfiszirt worden. Nachdem der Staatsanwalt die Verfolgung des Verfassers für nicht begründet erachtet, sind die Exemplare wieder zurückgegeben worden.

(Konst. Korr.) **Berlin**, 4. Dez. Jacoby, Waldeck und etwa 50 ihrer Partei haben heute Morgen eine Versammlung in Mylius Hotel gehalten, in welcher abermals beschlossen sein soll, nicht nach Brandenburg zu gehen. Von den übrigen, wenn sie auch in diesem Augenblicke noch großentheils in Berlin verweilen, darf mit großer Bestimmtheit angenommen werden, daß sie Donnerstag im Dom zu Brandenburg erscheinen werden, und ist, wenn man den Aeußerungen Einzelner unbedingten Glauben schenken darf, viel Eclat von dieser Sitzung zu erwarten. Im Uebrigen spricht man von bevorstehenden Verhaftungen von Mitgliedern der steuerverweigernden Versammlung.

Allgemein betrachtet man den Riß in der Kammer als vollständig unheilbar und erwartet in den nächsten Tagen die Auflösung der Versammlung. Zugleich mit dem betreffenden Dekret würde eine königliche Proklamation erscheinen, eine ausdrückliche Appellation an den gesunden Sinn des Volkes enthaltend. — In den höhern Schichten der Gesellschaft in den Marken und Pommern circulirt ein aus der Feder des bekannten Bülow-Cummerow gestlossenes und an die Nationalversammlung gerichtetes „Bedenken über die Zweckmäßigkeit von Urwahlen nach der Kopfzahl". Es weist die Unzweckmäßigkeit des jetzigen und des zum vereinigten Landtag eingehaltenen Wahlmodus nach, verlangt eine Interessen-Vertretung als die vollkommenste Volksrepräsentation, und stellt folgende Hauptgliederung der verschiedenen zu vertretenden Interessen auf: 1) Vertretung des unbeweglichen Vermögens, des Grundes und Bodens; 2) Vertretung des beweglichen Vermögens durch die Bewohner der Städte; und 3) Vertretung der Arbeit. Also statt Ritter, Bürger und Bauern nunmehr Ritter, Bürger und Proletarier!

** **Berlin**, 3. Dez. Die Ansicht, welche ich in meinem letzten Brief aus Brandenburg aufstellte, daß die Versammlung am 1. Dez. ihren Todestag erlebt habe, daß sie aufgelöst werden müsse, wenn nicht der Staat seiner Auflösung entgegen gehen solle, finde ich hier allgemein verbreitet. Man rechnet mit Gewißheit, mit Zuversicht auf die demnächstige Auflösung. Darüber ist kein Zweifel: diese Versammlung kann nicht wieder eine organische Einheit bilden; selbst wenn sie beschlußfähig würde, so wäre ihr moralisches Ansehen, das moralische Ansehen derer, welche sie kompletiren möchten, in einer Weise gesunken, daß aus solchen Händen unser Land sein höchstes Gesetz nicht empfangen darf. Desto lebhafter wird über Folgendes gestritten. Soll das jetzige Ministerium die Versammlung auflösen oder soll erst ein neues gebildet werden? Wir sind der Ansicht, daß, wenn bis zum 7. Dez. ein neues Kabinet zu formiren möglich wäre, unbedingt eine so populäre Maßregel, wie die Befreiung von dieser seit dem 15. Juni, 7. Sept., 31. Okt., 15. Nov., 1. Dez. unerträglich gewordenen Landplage nicht dadurch bepopularisirt werden möge, daß unpopuläre Personen sie ausführen. Nur bezweifeln wir jene Möglichkeit, und spätestens am 7. Dez. müßte das Begräbniß stattfinden. Es ist nicht Frivolität, daß wir solche Worte führen. Sie kommen uns wahrlich hart an. Wir haben mit Hingebung und Liebe die Eröffnung dieser Versammlung begrüßt; durch alle Labyrinthe der widerstreitendsten Beschlüsse sind wir ihr gefolgt. Wir haben niemals, wenn wir die Schalen gerechten Zorns über die äußerste Linke ausgossen, die Ungerechtigkeit begangen, diese mit der Versammlung zu verwechseln, im Gegentheil Waldeck, Jakoby sogar wußten wir von den Jung, Reichenbach, Ester, Brill, Gladbach immer zu trennen. Wir sahen freilich in dem Beschlusse vom 7. Sept. das Ende der Monarchie und den Glücksstern Preußens erbleichen; aber das königliche Veto vom 10. Sept., welches gegen diesen Beschluß Verwahrung einlegte, richtete unsere Hoffnungen empor. Vom 22. Sept. an, wo zwischen Waldeck's Fraktion und den Centren eine jähe Kluft sich aufthat, faßten wir einigen Muth. Wir gaben ihn erst am 15. Nov. auf. Männer wie Kosch und Wachsmuth unterlagen damals dem Fanatismus. Mit dem 1. Dez. ist jedes Wort für diese Versammlung ein Attentat auf die Freiheit und Größe des Landes! Kosch und Wachsmuth haben an diesem Tage sich von dem Makel des 15. Nov. gereinigt, Kasch durch sein wundervolles Wort an die Rechte, Wachsmuth, indem er doch wenigstens die aristophanische Komödie von den Wanderratten aufzuführen verschmähte. Es ist unsere Pflicht, die Versammlung aufzugeben. Unser Land steht uns höher, unseres Volkes Freiheit liegt uns mehr am Herzen, als dieses Werkzeug, das sich als unbrauchbar, als gefährlich sogar erwiesen hat. Was nothwendig ist, das muß mit leichtem Herzen gethan werden. Richelieu sagt: „Il faut vouloir fortement, ce qu'on a réaolu avec une fermeté inébranlable." Wir möchten, daß die Nation sich herzhaft mit uns entschlösse, dieser Versammlung, die sich am 1. Dez. selbst gemordet, keine weibische Thräne nachzuweinen. Jeder Versuch, sie in's Leben zurückzurufen, ist mißlungen. Ihre letzten Augenblicke waren fürchterlich; sie endete wie die Königin Elisabeth in Qualen eines bösen Gewissens mit verzerrten Zügen. Sie starb am Faulfieber und ging bei lebendigem Leib in Verwesung über.

Eifriger Streit bewegt sich ferner darüber, was nach der Auflösung erfolgen solle. Neue Wahlen? dann jedenfalls von einem Ministerium ausgeschrieben, das nicht die Wählee in das Backshorn jagte und zu radikalen Wahlen herausforderte. So schrieben wir neulich. Wir finden hier geringen Anklang für diese Meinung. Man ist fast durchgehends für Oktroyirung einer Verfassung. Der Versuch einer Vereinbarung wäre fehlgeschlagen; wenn es der König daher ehrlich meine, so müsse er jetzt dem Lande eine Konstitution geben. Endlich, heißt es, soll ein geordneter Zustand gesetzlich werden. Endlich, lautet es andererseits, soll die Freiheit mehr als ein leerer Schall sein. Aus der Dämmerung der Verheißungen sehnt sich Alles nach dem hellen Tage der urkundlichen Festsetzung. Nach dem ersten Schiffbruche, dem das Volk noch glücklich entronnen, schaudert man vor dem Gedanken, sogleich wieder zu Schiffe zu gehen —: denn noch schwankt der Boden unter den Füßen. Der Hauptgrund, welcher für die Oktroyirung angeführt wird, ist das unabweisliche Bedürfniß, sobald eine Verfassung zu haben. Sechs Monate vergeblichen Harrens sind verstrichen und dem Volke sind sie fast saurer angekommen, als die 33 Jahre; denn da kumulirte nicht die materielle Bedrängniß aller Klassen des Volkes mit der geistigen Lebensnothdurft. Hätten nun auch die neuen Wahlen das allergünstigste Resultat, so müßte doch die Arbeit von vorn anfangen. Dazu, sagt man, fehlt der Nation die Geduld; mittlerweile wird die deutsche Verfassung fertig, und findet ein ungeordnetes zerrüttetes Preußen. Der Waffenstillstand mit Dänemark läuft zu Ende, die Präsidentenwahl in Frankreich übt einen Rückschlag auf Europa, dunkel ist Italiens nächste Zukunft und das Erbe Friedrichs des Großen, das Erbe des ersten Friedrich Wilhelm, der Ruhm des großen Kurfürsten wird vergeudet, wenn das Volk nicht völlig frei, sein Recht nicht endlich festgestellt wird. Wirklich zutreffend erscheint insbesondere die Rücksicht, daß eine Auflösung dieser zweiten Versammlung ganz undenkbar wird, diese also an Machtfülle weit bedrohlicher wäre, als die vom Gipfel ihrer Alleinherrschaft gesunkene! — — Soll nun aber oktroyirt werden, dann fragt sich wiederum, welche Minister und welche Verfassung. Die Antwort ist nur eine für beide Fragen, nicht die Verfassung, welche Manteuffel gezeichnet, und andere Minister! Es steht zu erwarten, daß der Entwurf der Verfassungskommission mit einigen unausbleiblichen Veränderungen, namentlich in Anbetracht des Staatsgebiets, der Provinzialtrintheilung, der Volksbewaffnung, des Veto, dann adoptirt wird. Nicht zu fürchten ist, daß ein Census eingeführt wird, weil der König — vielleicht nicht ohne Hinblick auf Frankreich — am allgemeinen Wahlrecht festhält. Eben so wenig, daß die erste Kammer nach dem Plane des Regierungsentwurfes eingerichtet wird. Eine provisorische Gemeindeordnung wird durch die Zusammensetzung der ersten Kammer, die der Kommissionsentwurf vorschlägt, nothwendig. — Sie sehen, ich gehe in die Idee der Oktroyirung ein, als wäre es die meinige. Ich füge noch hinzu, daß die oktroyirte Verfassung die Bestimmung enthalten dürfte, daß während der ersten Session einfache Majorität genüge, um Verfassungsänderungen zu beantragen, während später zwei

Digitized by Google

Uebersicht.

Freiherr v. Closen über Oesterreichs Anschluß an Deutschland.
Deutschland. Frankfurt (Zur Rheinschifffahrts-Politik.)
Frankreich. Straßburg (Der Papst und die französische Politik.)

* Vom Rhein, 2 Dez. Was Herr v. Closen den deutschen Reichstagsmitgliedern gegen die Abtrennung Oesterreichs an's Herz gelegt hat, will viel und nichts sagen. Nichts sagen, weil die Gründe schwach sind, die er geltend zu machen hat; viel sagen, weil auch dies eine der vielen bedeutsamen Stimmen aus Baiern ist, die nicht aufhören uns in unsern Hoffnungen und in unsern Maßregeln zu einer deutschen Reform zu kreuzen und zu stören. Zuerst von dem Nichtssagenden. Wir lassen uns gefallen, auf die Verträge von 1815 uns hinweisen zu lassen. In diesen Verträgen steht nichts davon, daß irgend ein Staat an der Umgestaltung seiner Verfassung gehindert sein sollte. Auch haben fast alle Staaten Europa's seit dem ihre Verfassung von Grund aus gändert. Wir Deutschen kommen, wie immer, am spätesten hinterdrein. Wir wollen die Verfassungsbande, die 1815 geknüpft worden sind, verstärken. Das räth auch Hr. v. Closen an. Aber Oesterreich will sie nicht verstärkt wissen. Nun sind wir weder mächtig genug Oesterreich zwingen zu können, sich unseren Reformen zu fügen, noch würden wir undeutsch genug sein, zu einem solchen Zwang zu rathen, selbst wenn wir mächtig genug dazu wären. Also müssen wir uns scheiden. Und wenn wir deutscher Seits nicht weise genug sind, das zu betreiben, so wünsche ich, daß die Zeitungsgerüchte sich bestätigen möchten, nach denen Oesterreich thöricht genug scheint, diese Scheidung seinerseits zu betreiben, denn in seinem Interesse ist sie nicht. In Oesterreichs Interesse ist ein Staatenbund mit Deutschland, der ihm bei klarem Wetter Deutschland gleichgültig und unschädlich macht und bei trübem Gelegenheit zum Fischen gibt; so wie ihm selbst in der allgemeinen Confusion dieser Tage die bloße moralische Sekundantur Deutschlands in Italien sehr nützlich war, und uns dagegen, uns Deutsche! in das Geschrei einer eroberungssüchtigen Nation gebracht hat! In Oesterreichs Interesse ist ein Staatenbund, „ein Bau der deutschen Verfassung, wie Herr von Closen sagt, so großartig, daß Oesterreich immer seinen Platz darin findet", d. h. ein Verfassungsbau so vag und so weit, wie die Wiener Bundes- und Schlußacte war! Ganz auf diese Großartigkeit führt uns Herr von Closen wieder hinaus. Ganz so sollen wir „ruhig zuwarten", bis sich Oesterreich unserem Zollverein anschließt. Warum nicht unsern Zolltarif ein Bischen accommodiren, damit Oesterreichs Industrie schneller nachkomme, damit wir nicht so lange und nicht zu ungeduldig warten müssen! Die österreichischen Abgeordneten mögen immerhin derweilen mit rathen und thaten in Frankfurt, nur wenn vom Zollwesen die Rede ist, sollen sie wegbleiben! Als ob nicht mit dem Zollwesen das ganze Verkehrs-, Finanz-, Marinewesen, die ganze äußere Politik zusammenhinge! Aber, wird Herr von Closen sagen, haben wir nicht bisher auch eine gemeinsame äußere Politik gehabt, ohne gemeinsames Zollwesen? Freilich, freilich! und eine Politik, ganz so „großartig", wie unsere Verfassung! Warum sollten wir uns aller der Großartigkeit begeben? Der Verbindung mit einem Reiche von 30 Millionen, aus dem uns in einem Kriegsfalle nicht blos die Deutschen, sondern auch die Kroaten, die Ungarn, die Polen, nach Hrn. von Closen, ohne Zweifel mit Vergnügen zu Hülfe eilen würden! Vollends nach den jüngsten Erfahrungen, Ereignissen und neugewachsenen Sympathieen! Die Fälle in denen das gute friedliche Deutschland in Krieg verwickelt werden kann, sind kaum zu denken; und wenn ein seltener Fall einmal kommt, wie der in Schleswig, da hat freilich die österreichische Hilfe nicht allein, sondern sogar das bloße vaterländische Interesse gefehlt; die Fälle, in denen das zerrissene Oesterreich in Konflikte gerathen kann, sind zahlreich, und in einem solchen Fall haben wir uns neulich rasch beeilt, über Triest unsere Hand zu halten und die Tiroler Gränze zu decken. Aber dies ist auch ganz was deutsche Großmuth und Ehre gebietet, den österreichischen Verlegenheiten das Gleiche zuzumuthen, hieße diese Ehre und Großmuth in Einer Hand tragen und aus der Andern fallen lassen. Nein, diese Verbindung mit Oesterreich, so gleichartig, so solid, soll aufrecht gehalten werden; Oesterreich soll „weder direkt noch indirekt von Deutschland ausgeschlossen werden!" Und daß man ja nicht denke, es könne der gleiche Vortheil und gegenseitige Schutz mit Bündnissen erreicht werden! Ein Staat wie der österreichische von 30 Millionen werde auf einen solchen Antrag sagen, er brauche keine Bündnisse! Auf ein solches Argument zu erwidern, gehört zwar wenig politische Algebra. Denn wenn Oesterreich mit seinen dreißig Millionen keine Bündnisse braucht, so möchte ich wissen, wozu wir mit unsern 30 Millionen Staatenbünde gebrauchen?! Sie sehen, das sind Schüsse aus der Hollunderbüchse, aber den deutschen politischen Witz niederzuschießen, sind sie stark genug. Es kommen noch viel stärkere, die auf den Schreck und das Mitleid tragisch wirken sollen. Oesterreich, von Deutschland verschmäht, könnte sich mit Rußland einmal zur Theilung der Türkei entschließen und den Rhein Frankreich Preis geben. Nun, etwas der Art soll Oesterreich in diesen Monaten sogar zu verlautrn gegeben haben, als es nicht auf Eroberungen und Theilungen ausging, sondern Eroberung und Theilung selbst zu fürchten hatte, und wohl zu merken, als seine Abgeordneten in Frankfurt saßen und Bundesstaat machten!! Wenn die Deutschheit Oesterreichs der Art ist, und ich zweifle nicht, daß die seiner Aristokratie und Dynastie ganz dieser Art ist, daß es, wie es sein Vortheil ist, Deutschlands Interesse Preis geben kann, so wird es kein Staatenbund davon abhalten. Die alte Politik von Oesterreich ist nicht verändert; sie behauptet zu haben, ist eine Errungenschaft der Dynastie und ihres Adels; die dynastischen Interessen in der äußern Politik werden nach Hrn. v. Closen nie mehr vorherrschen; sie haben in Oesterreich noch gar nicht aufgehört zu herrschen; ich dächte, die Behandlung der Sachen in Italien und in Ungarn hätte das hinlänglich gezeigt. Und die Sachen in Deutschland! Und darum wirkt dieser Schreckschuß bei wirklich „geschichtskundigen" Leuten gar nicht. Der Stoß auf das Mitleid aber eben darum ebensowenig. Es werde ein Tag der Trauer sein, „wenn die Mitglieder der Nationaloersammlung aus Oesterreichs Gauen schweigsam die Paulskirche verlassen:" freuen werde sich nur Rußland und Frankreich und die Revolutionäre, die Ultrapreußen und die englischen Fabrikanten. Ich bin überzeugt, daß dies kein Trauertuch vom Platze rücken wird. Gefreut würden sich alle Menschen haben, wenn der dunkle Geist aus Oesterreich gebannt worden wäre, der da seit Jahrhunderten umging und die Stämme von uns anderen Deutschen schied. Mit Freude würde man dann gesehen haben, daß die alte Scheidewand falle. Aber nur Entdunkelten konnten hoffen, daß solch ein wunderbarer Wechsel eines Zustandes von Jahrhunderten durch den Rausch von acht Monaten auf die Dauer entschieden werden könnte. Wer die Dinge sieht, wie sie sind, der wird sich freuen, wenn Oesterreich sich selbst überlassen wird, weil dadurch allein ein undurchbrechlicher Cordon gegen die Revolutionsseuche gezogen wird oder gegen die Reaktionspest, wovon die Eine oder die Andere, leicht beide hintereinander, sich dort noch austoben werden; freuen wird er sich, der „Geschichtskundige", daß Deutschland einmal einen entschlossenen Schritt aus den gewaltsamen oder perfiden Einwirkungen herausgethan hat, denen es von Südosten her seit undenklichen Zeiten ausgesetzt war; freuen wird er sich, daß wir endlich reines Spiel haben; freuen wird er sich auf den Wetteifer zweier Staaten, die jeder einer selbstständigen Politik nachgehen können, ja nach der Scheidung werden nachgehen müssen, während sie sich bis jetzt in einem schaukelnden Gleichgewicht der Unthätigkeit gehalten haben; freuen wird er sich, Rußlands Einfluß und Freundschaft auf den einen dieser beiden Staatenkörper abgewälzt oder Rußland völlig isolirt zu sehen; freuen wird er sich auf die Bildungs- und Anziehungskraft, die der deutsche Reichskörper auf Oesterreichs deutsche Bevölkerung eben dann ausüben wird, wenn nach der Abschüttelung all der hemmenden Elemente von dorther sich der Unterschied freier volksthümlicher Entwickelung von dem Leben in einem Staatenamalgam herausstellen wird, das nichts gemeinsam hat, als den Regenten. — Freuen aber wird sich nicht (ich komme jetzt von dem Nichtssagenden auf das Vielsagende) — freuen will sich nicht Baiern — das ist der Sinn dieser ganzen Ansprache —, weil es sich nach Oesterreichs Ausscheiden Preußen gegenüber in ungünstiger Lage sähe! „Baiern würde trauern, daß Wien, das seine Truppen einst befreien halfen, unter slawische Herrschaft fallen zu sehen! Baiern würde zu

fürchten haben, wenn Deutschland mit Oesterreich in Krieg geriethe!" O, wenn man aber diesen mattherzigen Wenn ein tapferes Wenn entgegensetzen wollte, so könnte doch auch der Fall kommen, daß Oesterreichs altersschwache Dynastie mit dem zertheilten Staate fiele; wie wenn dann eine Möglichkeit wiederkehrte, und Baiern einst mit Oesterreich kämpfte? Aber freilich, diese Eventualitäten schrecken den deutschen Politiker selbst in der Hypothese. Was ich oder sogen will, wird klar sein. Das sind nicht die Gründe, die Baiern so österreichfreundlich machen; sondern der Grund ist seine Preußenfeindlichkeit. Achten Sie wohl auf meine Prophezeihung (meine Freunde sagen mir zuweilen, daß ich eine unglückliche Gabe zu wahrsagen hätte) — achten Sie auf diese Sätze, die hier zum Schlusse noch folgen. Es ist sehr möglich, daß das Unwahrscheinlichste — aber was sage ich? vielmehr, daß das schon Dagewesene noch Einmal geschieht. Nämlich, daß nach diesem großen Aufschwunge der Nation es mit unserem Verfassungswerke noch einmal ganz so kommt, wie es — auf dem Wiener Kongreß gekommen ist; wie es nach dem großem Aufschwunge der Nation im Jahre 1813 auf dem Wiener Kongreß gekommen ist. Damals mochte Preußen viele Entwürfe zu einer festen Verfassung, die kleinen deutschen Fürsten Vorschläge zu einem festen Kaiserthum, ganz so, wie heute von Volks- und Reichsversammlungswegen geschieht. Oesterreich kehrte den Rücken ganz wie heute; Baiern intriguirte und kreuzte und störte, ganz wie heute. Wenn die Verfassung fertig ist, wird sich jeder dagegen sträuben, ganz wie man damals sich unter den Diplomaten nicht einigte. Die Rathlosigkeit wird groß sein. Endlich wird Oestereeich aus seinem Schweigen heraustreten wie damals. Es wird mutatis mutandis die lockerste Verfassung vorschlagen, wie damals; die kleinen Staaten, und Baiern voran, werden einschlagen wie damals, froh, so wohlfeilen Kaufs davon gekommen zu sein. Und wenn Alles, mutatis mutandis versteht sich, so gekommen ist, wie damals, dann freilich wird, ich vermuthe in viel weniger als 30 Jahren, ein neuer Sturm kommen, ganz wie heute! Mutatis mutandis, versteht sich!

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 3. Dez. Der volkswirthschaftliche Ausschuß ist mit seinem Gesetzentwurfe zur Aufhebung der Wasserzölle an einem bestimmten Tage nicht durchgedrungen. Vielmehr hat die Reichsversammlung die ganze Angelegenheit in die Hand des Handelsministeriums zur möglichst schleunigen Durchführung gelegt. Wahrscheinlich wird der Zweck auf diesem Wege jetzt ebenso bald als auf jenem erreicht werden; nur begreifen wir nicht, warum man denn jenen Gesetzentwurf, wenn man nicht darauf eingehen wollte, doch drei volle Monate hat liegen und somit eine kostbare Zeit in dieser wichtigen Sache, wo Hunderte von dringenden Petitionen vorlagen, ganz ungenutzt hat verstreichen lassen. Offenbar ist die Entscheidung gestern so gefallen wegen der besondern Rheinschiffahrtsverhältnisse, welche der Hr. Handelsminister, wie früher schon einige seiner Freunde, für sehr verwickelt erklärte. Worin diese Verwickelung eigentlich besteht, hat er nicht gesagt. Wir läugnen sie durchaus: die Frage über die Abschaffung der Flußzölle und eine zweckmäßige Regelung der Flußschifffahrt ist die einfachste und durch alle möglichen Vorarbeiten vorbereitetste von der Welt, wenn man nur nichts Fremdartiges damit vermengen oder gar wohl, wie früher Preußen es gegenüber Holland versuchte, die Handelspolitik lediglich auf die Flußzölle stützen will! — Indem nun aber das Handelsministerium in der ganzen Flußschifffahrtsangelegenheit freie Hand erhalten hat, wird es auch mit voller Energie das sich selbst vorgesteckte Ziel verfolgen und dadurch den vertrauensvollen Beschluß der Nationalversammlung rechtfertigen müssen. Es sei uns denn gestattet, hier auf einige wesentliche Punkte in der Rheinschifffahrtspolitik hinzuweisen, welche bei der Debatte darüber völlig unberührt geblieben sind. — Ungeachtet Holland mit uns die Abschaffung aller Rheinzölle wünschen muß und dafür auch sein droit fixe fallen lassen will, hat es dennoch seine durch die Rhein-Convention übernommenen Verpflichtungen keineswegs vollständig erfüllt, durch seine Unterlassungen vielmehr den deutschen, zumal preußischen, Interessen empfindlich geschadet und den Häfen des Niederrheins eine Mitbetheiligung am Seeverkehr in hohem Grade erschwert. Preußen, hierbei vorzugsweise betheiligt, muß auf einer kräftigen Wahrung dieser (deutschen) Anliegen durch die Centralgewalt Hollond gegenüber bestehen. Die Collision der Interessen liegt einfach so. Holland steht im Niederrhein eine Wasserstraße, welche durch die Möglichkeit der Concurrenz, die sie bei gehöriger Tiefe den niederrheinischen Häfen gewährt, ebenso für den Absatz seiner Kolonialprodukte, wie für seine Rhederei und seinen Zwischenhandel nicht ohne Gefahr ist, während gerade die deutschen Häfen des Niederrheins eine Mitbetheiligung am Seeverkehr, den direkten Austausch transatlantischer Produkte gegen heimische Waaren, sowie die Umgehung des theueren holländischen Transits und Zwischenhandels zu erstreben haben. — Durch Artikel 67 der Rheinkonvention (1831) übernahm Holland endlich die Verpflichtung, einestheils längs der Waal Leinpfade anzulegen, anderntheils die Fahrbarkeit des Stromes zu verbessern. Allein bis heute ist weder die eine noch die andere Verpflichtung erfüllt, trotz der beträchtlichen Zolleinnahmen Hollands; ja die Verlandung der Waal hat bereits so sehr zugenommen, daß die holländischen Häfen zu Nymwegen und Bommel für beladene Flußschiffe bei gewöhnlichen Wasserständen gar nicht mehr zugängig sind. Diese Erfahrung scheint die bestimmtesten Vorbehalte von unserer Seite Holland gegenüber bei Aufhebung der Rheinzölle nothwendig zu machen, damit nicht eine immer mehr zunehmende Versandung der Fahrbahn, welche ohne bedeutende Stromverbesserung unausbleiblich ist, unsern Rheinhäfen die direkte Verbindung mit der See von selbst versperren könnte. Eine solche Besorgniß wird noch erhöht im Hinblick auf die Eisenbahnverbindungen, welche sich Holland mit Deutschland zu verschaffen sucht, und die dazu beitragen werden, das holländische Interesse an der Erhaltung der Fahrbarkeit des Rheins für tiefer gehende Schiffe zu schwächen. Auch darf man sich nicht verhehlen, daß schon jetzt das Interesse vieler Eisenbahn-Aktienbesitzer dem Rheinverkehr ungünstig ist, daß unter Ludwig Philipp das ganze Transportwesen in Frankreich nahe daran war, dem Monopol einiger Aktiengesellschaften anheimzufallen. Also ist die Zukunft einer direkten rheinischen Seehederei von dem Reichsministerium wohl in's Auge zu fassen. Alle Elemente eines schwunghaften Betriebes dazu sind vorhanden in den kommerziellen und industriellen Verhältnissen der Rheinuferstaaten, ihrem ausgedehnten Bedarf an überseeischen Erzeugnissen, ihrem Ueberfluß an Bergprodukten und gewichtigen Stoffen, ja selbst in der deutschen Auswanderung nach der neuen Welt. Endlich hat die bereits von Köln benutzte Erfindung der Seeschiffe mit Schiebkielen, denen eine Tragfähigkeit von 300 Last und darüber bei einer Einsenkung von nur neun bis zehn Fuß zu geben ist, die Lösung jener Aufgabe bedeutend erleichtert. Damit die holländische Schifffahrt der deutschen gleichgestellt und damit die holländische Waare auf dem Rhein nicht besonderen Belästigungen unterworfen werde, muß demnach Holland sich verpflichten, dem Rhein, beziehungsweise der Waal, von der holländischen Gränze bei Lobith bis Dordrecht, unter Verständigung über das zu verfolgende Strombausystem und unter gemeinsamer (jährlich auszuübender) Kontrolle beider Theile, fortwährend mindestens die gleiche Fahrtiefe zu verschaffen, welche auf der gleich langen deutschen Stromstrecke bis Düsseldorf hinauf erzielt wird. Selbstredend hebt Holland ferner für die drei Stromorme des Rheins, Waal, Leck und Yssel, alle Schifffahrtsabgaben (nämlich den Rheinzoll, die Recognitionsgebühr, das droit fixe und die Durchlaßgebühren) auf, ebenso die Abgaben für die Schifffahrt nach Antwerpen. Die nöthigen Baaken muß die holländische Regierung auf ihre Kosten unterhalten, die Baakengelder müssen aufgehoben, die Lootsengebühren wesentlich ermäßigt werden. Ferner müssen Seeschiffe, die mit der Bestimmung für deutsche Rheinhäfen die holländische Stromstrecke passiren, von der Verpflichtung der Führung von Rheinschifffahrtspatenten und andern Erschwerungen ausdrücklich befreit werden. Zu Gunsten der Segelschiffer hätte Holland auf seinem Gebiet einen geregelten Schleppdienst zu mäßigen Preisen einzuführen, sofern solches nicht auf privatoem Wege geschähe. Auch dieste die Erweiterung der öffentlichen Waarenniederlagen in Rotterdam, wie Preußen schon immer als Bedingung gestellt, vorbehalten bleiben, da der Mangel daron und die Benutzung von Prioatspeichern alldort viele Kosten verursacht. Endlich würde Holland am Lobith noch einen Sicherheitshafen von entsprechender Ausdehnung zu schaffen und, was wohl zu merken für die Schifffahrt nach Amsterdam, das Schleusengeld auf den holländischen Kanälen bedeutend zu ermäßigen haben. Dagegen wäre auch die holländische Schifffahrt auf dem ganzen deutschen Rhein von jeder Abgabe befreit, mit Festhaltung des Grundsatzes, daß Frachtschiffer, die in irgend einem der Uferstaaten Gewerbsteuer zahlen, in allen übrigen zum Betriebe des Binnenfrachtverkehrs berechtigt sind. Noch erlauben wir uns auf einen

Digitized by Google

wichtigen Punkt hinzuweisen, der bei völliger Aufhebung der Rheinzölle verdient in Betracht gezogen zu werden. Gegenwärtig sind nämlich thatsächlich die ausländischen Produkte und Fabrikate durch das Rheinoktroi stärker besteuert, als die gleichartigen Gegenstände der inländischen Erzeugung, was für diese gleichsam eine Art Schutzzoll bildet, der für gewisse Artikel von großem Gewicht ist. So kennt Jedermann die Beschwerden der rheinischen Eisenerzeuger darüber, daß belgisches Rabeisen nur 5 Sgr. (statt 10 Sgr. wie englisches) Zoll vom Zentner bei der Einfuhr entrichtet; belgisches Eisen, zu Wasser eingeführt, zahlt auch in Koblenz wir glauben nur 10 Kr. Rheinzoll, englisches Eisen 20 Kreuzer, immer aber zahlt das inländische Eisen in der Konkurrenz dahin gar nichts. Durch völlige Aufhebung der Rheinzölle tritt also thatsächlich eine beträchtliche Erleichterung für die Einfuhr von belgischem und englischem Eisen auf dem Rhein ein, gegenüber den inländischen Erzeugern, und es erscheint daher nur billig zu Gunsten der letztern, in diesen und andern Fällen durch eine entsprechende Zollausgleichung an der Grenze das Gleichgewicht wiederherzustellen. Dem Reichsministerium ist jetzt Gelegenheit geboten, dafür Sorge zu tragen, daß die Befreiung der Schiffahrt und des Verkehrs auf den deutschen Strömen auch nicht vorübergehend in anderer Weise die deutsche Industrie und den deutschen Handel benachtheilige, daß sie das so nothwendige Gleichgewicht zwischen der innern und äußern Concurrenz auch keinen Augenblick erschüttere. Nur wenn dies alles geschieht, wollen wir den aufschiebenden Beschluß der Reichsversammlung hinsichtlich der Flußzölle nach nachträglich prüfen.

Frankreich.

** **Straßburg**, 2. Dez. Die Marseiller Zeitungen bringen die bestimmte Nachricht von der Einschiffung des Papstes: Wir erwarteten heute durch den Telegraphen über Paris die Nachricht von dessen Ankunft auf der Küste Frankreichs. Die Einschiffung hat den 16. v. M. stattgefunden. Es sind also die französischen Truppen, ungeachtet der Eile, zu spät gekommen. Der Zweck ist dennoch erreicht: der heil. Vater steht unter dem Schutze der Republik. Nun mag die ultrakatholische Partei grollen oder nicht, denn sie hat sich durch die dem französischen außerordentlichen Botschafter nach Rom, Corcelles, ertheilten Instruktionen nicht für befriedigt gehalten, weil nur die Person und das Kirchenoberhaupt geschützt werden sollten, und nicht auch das, was sie das Papstthum nennt, d. i. der zugleich weltliche Fürst. Allerdings geht so der gute Papst vielleicht einer neuen babylonischen Gefangenschaft in dem Auslande entgegen, wenigstens ist es nicht leicht mehr, sich hinter den unabhängigen Statthalter Christi zu bergen, und dem denselben schützenden Staate Trotz zu bieten! So ist das Schicksal erfüllt! aber wie unerwartet? Auf eine Weise, welche am wenigsten vorherberechnet war. Daß vielleicht ein österreichisches Heer in Ferrara oder noch weiter einrücken würde, dies sah man wohl voraus, und ich zeigte Ihnen schon früher an, daß eine Heeresabtheilung bereit wäre, sei es Ankona zu besetzen, oder Algier zu decken, vielleicht sogar in Griechenland aufzutreten, wenn die Umstände ein solches Einschreiten erfordern würden. Nun sind mit Sturmesseile 3500 französische Krieger in Civita vecchia gelandet, zunächst als schützendes Gelette für den Papst. Wie lange wird es dauern, und diese Republikaner ziehen nach der alten Weltstadt, gerufen von den Freunden der Ordnung und des Friedens. Geben wir auch die Umgestaltung des Patrimoniums des Petrus in eine Republik zu, so gibt es doch immer noch mit der römischen Regierung etwas abzurechnen, nämlich die Zukunft des Nachfolgers des Apostels. Diese, erklärte Cavaignac feierlich in der Nat.-Vers., ist eine europäische Frage und eine einfache Ausweisung kann dieselbe nicht lösen. Republik oder Monarchie, Rom ist an den Papst gebunden, und Frankreich, wie es jetzt steht, wird denselben nicht fallen lassen. Aber von dieser Seite wird auch seine Stellung erleichtert; es wird dem Auslande die beruhigendsten Zusicherungen geben, und jeder es gewähren lassen, selbst wenn die Engelsburg französ. Besatzung hat. Wer sollte ernstlich einsprechen, außer England; und hier wird vielleicht Sizilien die Ausgleichung herbeiführen. Radetzky liegt noch gefesselt in Oberitalien, und freut sich vielleicht, daß eine neutrale Macht sich einstweilen eingeschoben hat und vorerst wenigstens die nie zu berechnenden Eventualitäten unmöglich macht, dann an eine Kriegserklärung, den Traum der Römer, darf jetzt nicht mehr gedacht werden.

Diese friedliche Auskunft gewährt Cavaignac und die von ihm geleitete Regierung. Aber sollte ein anderer Präsident werden? Mit Schrecken muß Europa an ein solches Ereigniß denken, wenn es die Kraft des Staates in Anschlag bringt, der so schnell sich entschließt und den Entschluß ausführt. Doch werden die Berichte aus allen Theilen des Landes beruhigender, besonders seit den merkwürdigen Erklärungen in der Nationalversammlung, wie sie den 25. v. M. von dem Staatsoberhaupte gegeben worden sind. Welcher Partei man auch angehören mag, eine so ruhige, gemäßigte, aber auch so energische und auf ein volles und reines Bewußtsein gestützte Rechtfertigung muß Bewunderung erregen. Ich wüßte jetzt nur Einen parlamentarischen Charakter neben den Cavaignac's zu stellen, es ist der Präsident der Nationalversammlung Deutschlands. Jetzt ist auch der Klerus und alle, die an ihm hängen, unbedingt für Cavaignac, und wenn irgend ein vorsichtiger Staatsbürger noch etwas befürchten kann, so ist es vielleicht diese außerordentliche Gunst des Glückes, welche den Menschengeist durch diese Fülle schon so oft berückt hat. Auffallend war mir jüngst die Zurechtweisung, welche ein alter Krieger, der mit Cavaignac in Afrika gefochten hat, einem Zweifler gegeben, welcher in der Verbindung des Feldherrn mit der Kirche ein politisches Spiel finden wollte, und der mit Erstaunen hören mußte, daß jener wirklich tief religiös sei, so wie er überhaupt alle Züge eines tiefen Gemüthes darrinige. Somit wollen wir uns also der Hoffnung einer glücklicheren Zukunft hingeben, als sie die nächsten Aussichten zu gewähren scheinen. Allerdings erwachen der Bedenklichkeiten gar manche, sehen wir Thiers, Odilon Barrot und ihre Anhänger so unbedingt gegen die Candidatur des einzigen Mannes, der Frieden gewähren kann, auftreten; aber sollten die alten Parteiführer nicht diese Stellung gewählt haben, weil der Kandidat sich nicht ihnen unbeschränkt überlassen will, sondern sich als versöhnendes Prinzip von den Extremen fern hält? oder ist den Parisern schon jetzt die Abwesenheit des Hofes unerträglich geworden, und sehen sie nicht wenigstens einen Uebergang in Louis Napoleon! Dann kommt aber das Land mit dem Vorwurfe, warum sie den 24. Februar haben hingehen lassen, da es doch in ihrer Macht stand, sich zwischen das Königthum und die Republik zu drängen, oder warum sie so viele Monate das Land der Regierung eines Ledru Rollin überlassen konnten. Wie schwach war dieser den 25. Nov., wie nichts bedeutend seine Gesellen; wie elend der sonst so geachtete Erklärer des Aristoteles, Barth. St. Hilaire? Lamartine durch sein Schweigen hat unendlich gewonnen: er theilte nicht mit jenen die Schande der Verläumdung, welche jetzt die Partei des „Constitutionnel" mit Gewalt auf sich zieht. Daß auch das Ausland nur bei dieser Haltung der französischen Regierung gewinnen kann, habe ich schon letzthin erwähnt. Man kann zwar nicht sagen, daß das Innerste des deutschen Staatslebens in Frankreich richtig gefaßt wird, aber das ist doch gewiß, daß die angespannte Aufmerksamkeit auf dasselbe gerichtet ist. Ich staune oft selbst über die Stärke Deutschlands, das gleich einem Schiffe auf dem Oceane von dem Sturme getrieben wird, daß alle Fugen brechen, das stöhnt und tief seufzt, und doch dem Unwetter widersteht. Welche Kraft muß nicht einer Nation inne wohnen, die solche Erschütterungen erträgt, wie sie jetzt Deutschland durchbeben! In den Tagen, in welchen die Nationalversammlung die Grundlegung der Einheit berathet, verhandeln so viele getrennte Landstände die individuellen Interessen, als ob der Staatenbund ewig und unverändert fortdauern sollte. Wo hat man dieses je gesehen! Und darf man sich wundern, wenn der Ausländer bedenklich den Kopf schüttelt, und nicht begreifen kann, warum jene Landstände nicht zum Stillestehen gebracht worden sind, bis das Allgemeine berathen und festgestellt worden, um dann erst die Sonder-Interessen damit in Einklang zu bringen. Gewiß wäre Oesterreich nicht so aus dem Bunde geschieden, gewiß, die Stellung Preußens wäre wenigee gefährdet worden, hätten ihre Landstände erst nach der Vollendung der Reichsverfassung getagt. Frankreich hätte auch seine Einheit nicht gefunden, wären die Provinzial-Stände fortwährend mit der Konstituante zusammen gesessen. Wird aber auch das deutsche Werk so zu Ende geführt, so wird bei der gegenseitigen Wirkung der Landstände auf die Nat.-Vers., und dieser auf jene nicht das vielfache Unrecht begangen werden, das Frankreichs Provinzen vernichtet hat.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Digitized by Google

[1015]

Passende Festgeschenke!

Nachverzeichnete Werke, von welchen ich theils den ganzen Vorrath, theils größere Parthien (letztere sind mit einem * bezeichnet) übernommen, erlasse ich um die beibemerkten

bedeutend ermäßigten Nettopreise.

Joseph Baer, **Buchhändler und Antiquar.**

Zeil Nr. 5, der Schäfergasse gegenüber.

(Fortsetzung.)

Klopstock, F. G., Sämmtliche sprachwissenschaftliche und ästhetische Schriften, nebst den übrigen bis jetzt noch ungesammelten Abhandlungen, Gedichten, Briefen ꝛc., herausgegeben von Back und Dr. Spindler. 6 Bände. Leipzig 1830. 12. (Bilden auch zugleich die Supplemente, oder Band 13 — 18 der Taschenausgabe von Klopstocks Werken.) (Thlr. 2⅔.) fl. 1. 30.

— — Dieselben. 6 Bände. Velinpapier. fl. 2. 42.

Kock, Paul de, Der Barbier von Paris. Aus dem Französischen von Julius Rhenanus. 4 Bändchen. Heidelberg 1827. 12. Geh. 36 kr.

König, H., Aus dem Leben. 2 Bände. Stuttgart 1840. 8. Geheftet. (Thlr. 2⅔.) fl. 1. 30.

Konrads von Würzburg goldene Schmiede von Wilh. Grimm. Berlin 1840. gr. 8. Geh. (Thlr. 1⅓.) fl. 1. 45.

***Koran,** Der, aus dem Arabischen wortgetreu neu übersetzt und mit erläuternden Anmerkungen versehen von Dr. C. Ullmann. 6 Hefte, complet. Crefeld 1840. kl. 8. fl. 1. 45.

Lange, Dr. G., Geschichte der freien Stadt Frankfurt a. M., von ihrem Anfang bis auf die neuesten Zeiten. Darmstadt 1837. 8. Complet in 4 Heften, mit 6 Stahlstichen. (fl. 3. 36.) fl. 1. 45.

— — Dieselbe, elegant gebunden. fl. 2.

— — Dieselbe in 4 Heften, ohne die Stahlstiche. fl. 1. 12.

Leben (Das) der heiligen Euphrosine, gezeichnet von Steinle, gestochen von Prof. Schäfer. Imp. Folio. Auf chinesischem Papier. Nebst einem Hefte Text in 4.: Die Legende der heiligen Eupherstar. Frankfurt a. M. 1845. fl. 10. 30.) fl. 2. 42.

— — Dasselbe avant la lettre. (fl. 21.) fl. 5. 15.

Leonhardt-Lyser, Carol., Meister Albrecht Dürer. Drama in 4 Aufzügen, mit 3 Abbildungen und einer Musikbeilage. Nürnberg 1840. 8. Geh. (fl. 1. 36.) 24 kr.

Lewald, Aug., Neue Aquarelle aus dem Leben. 2 Bände. Stuttgart 1810. 8. Geh. (Thlr. 2.) fl. 1. 30.

Luden, Heinrich, Geschichte des deutschen Volkes. 12 Bde. Gotha 1825—37. gr. 8. (Thlr. 26⅔.) fl. 15.

☞ Der 3. bis 12. Band einzeln à fl. 1. 45.

Lyser, Lieder eines wandernden Malers. Mit Compositionen von Bicker, Dorn, Friederike Hesse, Krug, Poley, Rastrelli und Clara Wieck. Leipz. 1844. 8. Nebst einem Musikhefte in Quer-4. Geh. (Thlr. 1⅓.) 36 kr.

***Marlow,** Dichter-Nachtwege. Novellistische Blätter. Leipzig 1839. 8. Geh. (Thlr. 2.) 48 kr.

*— —, Faust. Ein dramatisches Gedicht in 3 Abschnitten. Ebend. 1839. 8. Geh. (Thlr. 1⅓.) 48 kr.

*— —, Gutenberg. Drama in 5 Aufzügen. Ebend. 1840. 8. Geheftet. (Thlr. 1⅓.) 48 kr.

Maßmann, Dr. H. F., Skeireins Aivaggêljons ednired Jôhannên. Auslegung des Evangelii Johannis in gothischer Sprache. Aus römischen und mailändischen Handschriften, nebst lateinischer Uebersetzung, beigegeben Anmerkungen, geschichtlicher Untersuchung, gothisch-lateinischem Wörterbuche und Schriftproben, zum ersten Male herausgegeben. München 1834. gr. 4. (fl. 4.) fl. 2.

— —, Denkmäler deutscher Sprache und Literatur aus Handschriften des 8. bis 15. Jahrhunderts, zum ersten Male herausgegeben. I. (einziges) Heft. München 1828. gr. 8. Geh. (IV. 157 S.) (fl. 2. 24.) 54 kr.

Matter, Ueber den Einfluß der Sitten auf die Gesetze und der Gesetze auf die Sitten. Eine von der französischen Akademie mit dem außerordentlichen Preise von 10,000 Franken gekrönte Preisschrift. Aus dem Französischen übersetzt und mit theils erklärenden, theils beurtheilenden Anmerkungen begleitet von Dr. Buß. Freiburg 1835. gr. 8. Geheftet. (Thlr. 2.) 54 kr.

Mignet, Geschichte der französischen Revolution. Uebersetzt von Dr. C. Burckhardt. Prachtausgabe mit 200 Illustrationen von Raffet ꝛc. Leipzig 1842. Lex.-8. Geh. (Thlr. 5.) fl. 3.

Montfort, Rud. v., Berlamm und Josaphat (altdeutsches Gedicht.) Herausgegeben und mit einem Wörterbuche versehen von Köpke. Königsberg 1838. gr. 8. (Thlr. 1⅓.) fl. 1. 12.

***Mosel,** die, mit ihren Ufern und Umgebungen von Coblenz bis Trier. Mit 30 Stahlstichen, einer Karte des Moselaufs und erläuterndem Texte von K. v. Dumitz. Cöln 1846. gr. 8. Cartonnirt. (Thlr. 3.) fl. 1. 12.

Münch, E. v., Erinnerungen, Reisebilder, Phantasiegemälde und Fastenpredigten, aus den Jahren 1828—40. 2 Bände. Stuttgart 1841—42. 8. Geh. (Thlr. 3½.) fl. 1. 30.

— —, Sämmtliche Dichtungen. Ausgabe letzter Hand mit Autwohl. Mit dem Bildniß des Verfassers. Ebend. 1841. Geh. (Thlr. 1⅓.) 48 kr.

Musenalmanach, Deutscher, herausgegeben von Friedrich Rückert. Mit Beiträgen von Nic. Lenau, L. Bechstein, dem Herausgeber ꝛc. ꝛc. und einer Composition von F. Mendelssohn-Bartholdy. Mit 2 Stahlstichen. Leipzig 1840. kl. 8. Prachtvoll gebunden, mit Goldschnitt. (Thlr. 2⅔.) fl. 1. 12.

Musenalmanach, Deutscher, für das Jahr 1840 und 1841. Herausgeg. von Th. Echtermeyer und Arn. Ruge. Mit Beiträgen von Arndt, Dingelstedt, Eichendorff, Ferrand, Freiligrath, Gaudy, Hoffmann v. Fallersleben, Lenau, Mayer, Moritz, Nik. Müller, Prutz, v. Saltzt, Lorp. Schefer, Gust. Schwab, den Herausgebern und vielen Andern. 2 Bände mit Gaudy's und Eichendorff's Bildniß. Berlin. 12. In Futteral und Goldschnitt gebunden. (Thlr. 3.) fl. 1. 30.

☞ Jeder Jahrgang einzeln 54 kr.

Napoleons Werke. Nach den vorhandenen Quellen chronologisch geordnet. Deutsch von L. v. Alvensleben. Als Supplement zu Heyne's und allen anderen Geschichten Napoleon's. 6 Hefte, complet. Leipzig 1840. 12. 45 kr.

Neureuther, Eugen, Randzeichnungen zu Göthe's Balladen und Romanzen. 5 Hefte. München 1828—39. Folio Geh. (fl. 13. 30.) fl. 3.

— —, Randzeichnungen zu den Dichtungen deutscher Classiker. 6 Hefte. Ebend. 1832. Cartonn. (fl. 7. 30 kr.) fl. 2.

Nisle, Umrisse zu den Gedichten von Ferd. Freiligrath. 18 Blätter in 3 Heften, nebst Text. Carlsruhe 1841. 8. (fl. 1. 48.) 30 kr.

— —, Umrisse zu den Gedichten von Nic. Lenau. 18 Blätter in 3 Heften, nebst Text. Ebend. 1841. 8. (fl. 1. 48.) 30 kr.

***Nissen,** von, Biographie W. A. Mozart's. Nach Originalbriefen, Sammlungen alles über ihn Geschriebenen, mit vielen neuen Beilagen, Steindrücken, Musikblättern und einem Facsimile, nach dessen Tode herausgegeben von Constanze Wittwe von Nissen, früher Wittwe Mozart. Mit Vorwort von Dr. Feuerstein. Nebst Anhang. Leipzig 1838. gr. 8. (Thlr. 6½.) fl. 3.

Nopitsch, Literatur der Sprichwörter. Ein Handbuch für Literarhistoriker, Bibliographen, und Bibliothekare. 2. Ausgabe. Nürnberg 1833. gr. 8. Geh. (fl. 2. 30.) fl. 1.

Nork, F., Etymologisch-symbolisch-mythologisches Realwörterbuch zum Handgebrauche für Bibelforscher, Archäologen und bildende Künstler ꝛc. 4 Bände, complet. Stuttgart 1843—45. gr. Lex.-8. Geh. (fl. 18.) fl. 7.

— —, Biblische Mythologie des alten und neuen Testaments. Versuch einer neuen Theorie zur Aufhellung des Dunkelheiten und scheinbarer Widersprüche in den canonischen Büchern der Juden und Christen. 2 Bände. Ebend. 1842—43. gr. 8. Geh. (fl. 8. 30.) fl. 3. 30.

— —, Die Götter Syriens. Mit Rücksichtnahme auf die neuesten Forschungen im Gebiete der Archäologie. Stuttg. 1842. gr. 8. geh. fl. 1. 12.

***Novellenkranz,** Flora der gewähltesten schönwissenschaftlichen Literatur des In- und Auslandes. In Verbindung mit Mehreren herausgegeben von Carl Winkler. 4 Bände. Schwäbisch-Hall. gr. 8. Geh. fl. 2. 24.

Paulus, Caral., Drei Erzählungen. Aus Scherz kann Ernst werden. — Der Ring. — Die Zauberin. Heidelberg 1825. 8. (fl. 2. 24.) 36 kr.

Pipitz, Memoiren eines Apostaten, aus dessen Papieren herausgegeben. Stuttgart 1842. 8. Geh. (Thlr. 2⅔.) 48 kr.

Poppe, Joh. Heinr. Mar. v., Geschichte aller Erfindungen und Entdeckungen im Bereiche der Gewerbe, Künste und Wissenschaften von der frühesten Zeit bis auf unsere Tage. Beschreibend und in Abbildungen dargestellt. Zweite bis auf die neueste Zeit vervollständigte Auflage. Mit 162 Abbild. auf 32 Tafeln. Frankfurt a. M. 1847. 8. Geh. fl. 1. 45.

Puschkin, Alex., Geschichte des Pugatschew'schen Aufruhr. Aus dem Russischen von H. Brandes. Stuttgart 1840. 8. Geh. (Thlr. 1⅓.) 30 kr.

Quednow, Aus der Schule des Lebens. Roman in drei Büchern. Stuttgart 1842. 8. Geh. (Thlr. 1⅓.) 48 kr.

***Quellen des Shakspeare** in Novellen, Mährchen und Sagen, herausgegeben von Echtermeyer, Henschel und Simrock. 2 Bände. Berlin 1831. 8. (Thlr. 4½.) fl. 2. 42.

Rappenegger, Sitten und Gebräuche der Griechen im Alterthume. Für den Schulunterricht und Selbstgebrauch. Heidelberg 1828. gr. 8. (fl. 1. 48.) 48 kr.

Rau, H., Die Pietisten. Roman aus dem Leben der neuesten Zeit. 3 Bände. Stuttgart 1841. 8. Geh. (Thlr. 3¾.) fl. 1. 45.

— —, Girandolen. Ein Cyclus interessanter Novellen. 2 Bände. Ebend. 1841. 8. Geh. (Thlr. 2.) fl. 1. 12.

Rückert, Fr., Die Weisheit des Brahmanen, ein Lehrgedicht in Bruchstücken. 6 Bände. Leipzig 1838—41. gr. 12. Velinpapier. Elegant geb. (Thlr. 8⅔.) fl. 7.

Say, J. B., Ausführliche Darstellung der Nationalökonomie oder der Staatswirthschaft. Aus dem Französischen der fünften Ausgabe übersetzt und, theils kritisch, theils erläuternd, glossirt, sowie mit einem vollständigen Real-Ansange von Say's Cours d'économie politique-pratique begleitet von Professor Dr. Morstadt. Dritte stark vermehrte Ausgabe. 3 Bände. Heidelberg 1830. gr. 8. (fl. 10.) fl. 7.

Scenen aus dem Thierleben. Original-Radirungen von F. W. Keyl. 3 Lieferungen, 15 Blätter in Quer-Folio. Frankfurt a. M. 1845. (à 6.) fl. 1. 30.

Schefer, Leopold, Neue Novellen. 4 Bände. Leipzig 1831 — 35. 8. (Thlr. 6⅔.) fl. 2. 30.

Schoppe, A., Der Sang-König Harne. Nordlands-Sage. Mit 12 Kupfern. Heidelberg, 1821. 8. Geh. (Thlr. 1⅔.) fl. 1.

— —, Neue nordische Sagen. Mit 9 Kupfern. Ebendaselbst 1820. 8. Geh. (Thlr. 1⅓.) 48 kr.

Schreiber, Al., Poetisches Taschenbuch für Reisende. Zweite Auflage mit 1 Kupfer. Heidelberg 1821. 8. Geh. (fl. 1.) 24 kr.

(Schluß in der nächsten Nummer d. Bl.)

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Dwyer & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. L. Alexanders in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue de la Harpe, wo die Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 45 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 323. Frankfurt a. M., Donnerstag 7. Dezember. 1848.

Uebersicht.

Die kleinen deutschen Staaten.

Deutschland. Frankfurt (Berichtigung. Oesterreichisches und preußisches Deutschland. Die Reichsbevollmächtigten.) Aus Oesterreich (Die Politik Oesterreichs. Nachrichten aus Ungarn. Umschlag der Stimmung in Böhmen.) Wien (Günstiger Eindruck des ministeriellen Programms. Reactionäre Stimmungen. Preßzustände. Fruchtersleben.) Eger (Adresse des deutschen Congresses an die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt.) Olmütz (Slawische Freischaaren. Wessenberg.) Posen (Neuwahl. Unruhen. Deutscher Bund. Neue slawische Zeitschrift Das easische Herr an der Grenze.) München (Die Vorlagen für den Landtag. Das Handelsministerium.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Aus Baden (Heidelberger Universitätszustände.) Schleswig (Aufruf der Regierung an die Bewohner Nordschleswigs.)

Frankreich. Paris (Die Wittwe Rossi's. Erklärung Ludwig Napoleons. Der Herzog von Aumale für Cavaignac.)

Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten.)

Oesterreichische Monarchie. Lemberg (Die Dampfschifffahrt auf dem Dniesterfluß und der Handel des österreichischen Gallizien.)

Italien. (Der Papst. Die fremden Gesandten.)

Ungarn. Pesth (Ministerium. Stand der magyarischen Sache.) Bau der ungarischen Grenze. (Scharmützel bei Angern.)

Aegypten. Kahira (Näheres über den Tod Ibrahim Pascha's.)

Neuestes.

7. Dezember.

Der Entwurf des Verfassungsabschnitts über den Reichstag, dessen Grundzüge wir neulich mitgetheilt, ist nun bereits in der National-Versammlung in voller Berathung. Die drei ersten Paragraphen, welche von der Zusammensetzung des Reichstags aus Staatenhaus und Volkshaus und von der Vertretung der Einzelstaaten im Staatenhaus, ihrem Zahlenverhältniß nach handelten, sind unverändert angenommen worden. Bei §. 1 machte ein Theil der Linken einen schwachen Versuch, seine Lieblingsidee, das Einkammersystem zur Geltung zu bringen. Zu unserer Verwunderung erklärten sich aber bei der namentlichen Abstimmung nicht mehr als 95 Stimmen für diesen Vorschlag. Selbst von der äußersten Linken schlossen Einzelne, und zwar gerade die bedeutendsten Köpfe, wie Frödel, sich demselben nicht an, von der richtigen Einsicht ausgehend, daß im Föderativstaate am allerwenigsten von dem Einkammersystem die Rede sein könne, indem hier die andere Kammer, neben dem Volkshaus, nicht sowohl eine konservative Institution sei, als vielmehr die nothwendige Form der Vertretung der Staaten als selbstständige Individualitäten.

Bevor die Versammlung zu dem Artikel von der Zusammensetzung des Staatenhauses überging, mußte sie eine hier einschlagende Prinzipfrage, die wegen Mediatisirung der kleineren Staaten erledigen. Seit der Zeit, wo diese Frage zum ersten Male angeregt ward, haben sich die Ansichten und Stimmungen darüber in der Nationalversammlung wesentlich verändert. War früher die Meinung ziemlich allgemein verbreitet, daß man die Existenz von ein oder zwei Dutzend kleiner Souveränitäten der mit Hast danach verlangenden Volksstimme zum Opfer hingeben müsse, so hatten die inzwischen eingelaufenen zahlreichen Petitionen aus den betreffenden kleinen Staaten selbst, welche unerwarteter Weise eine ganz andere Stimmung hierüber aussprachen, diese Meinung wesentlich umgestaltet. Bestand auch in den kleinen Staaten unleugbar mancherlei Unzufriedenheit mit der Misere ihrer Duodezzustände, so zeigte sich doch ebenso entschieden ein allgemeiner Widerwille dieser kleinen Bevölkerungen gegen die ihnen in Aussicht gestellte Einverleibung in größere Staaten, theilweise auch wirkliche Anhänglichkeit an die lang gewohnten Regentenhäuser. Was aber die Rücksichten auf die Einheit des ganzen Deutschlands betrifft, so waren manche der Uebelstände, die von dieser Seite her die Kleinstaaterei darbot, durch die in dem Abschnitt von der Reichsgewalt getroffenen Bestimmungen, namentlich in Betreff des Militärwesens, bereits so ziemlich beseitigt; andererseits aber konnte man sich nicht verhehlen, daß weit weniger das Fortbestehen der kleinen und kleinsten Staaten, als vielmehr das Uebermäßig großen die Verwirklichung der Einheitsidee ernstlich in Frage stelle und daß, wenn man einmal durchgreifende Umgestaltungen der bestehenden Staatenverhältnisse Deutschlands im Interesse dieser Einheit vornehmen wollte und könnte, dies weit eher im Sinne einer Zerschlagung jener unverhältnißmäßig großen, als der Verschmelzung kleiner Staaten zu größeren, zu geschehen haben würde.

So geschah das selber Unerwartete, daß nämlich nicht allein der Verfassungsausschuß in seiner Majorität, die „motivirte Tagesordnung" über sämmtliche Anträge auf Mediatisirung anempfahl, und daß selbst die aus Mitgliedern der Linken bestehende Minorität — unter ihr der Abgeordnete Römer, welcher noch vor wenigen Wochen einen „großartigen Mediatisirungsakt" in Aussicht stellte — eine Mediatisirung lediglich auf dem Wege der freiwilligen Uebereinkunft vorschlug, — sondern auch in der Versammlung selbst die „Tagesordnung" mit einer Mehrheit von beinahe 60 Stimmen angenommen und somit das Leben dieser Duodezstaaten bis auf Weiteres gefristet ward. Von den Fraktionen der Linken stimmte ein großer Theil des Württemberger Hofes und sogar ein Theil der Westendhall für die Tagesordnung.

Mit Recht ward als der wesentlichste Gesichtspunkt bei der vorliegenden Frage die Vereinfachung des kostspieligen und unzweckmäßigen Verwaltungsmechanismus jener allzukleinen Staatskörper erkannt, und als die nächste Abhilfe dieses Uebelstandes bei möglichster Schonung bestehender Rechtsverhältnisse, die Vereinigung mehrerer derselben, wo dies nur immer angeht, zu gemeinsamen Verwaltungsverbänden. Darauf hinzuwirken, wo immer die Wünsche der betreffenden Bevölkerungen sich dafür aussprechen, und zwar erforderlichenfalls auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Regierungen und Landesvertretungen, ward die Centralgewalt in Folge eines von Riesser und Genossen eingebrachten Antrags von der Versammlung beauftragt.

Dennoch kehrte diese Frage noch einmal wieder da, wo es sich um den Vertretungsmaßstab im Staatenhause handelte. Die Mehrheit des Verfassungs-Ausschusses hatte die kleinsten Staaten in Bezug auf die Vertretung im Staatenhause zu gemeinsamen Wahlkörpern zusammengelegt. Es ward der Versuch gemacht, eine selbstständige Vertretung für dieselben, wenn auch nur in der bescheidenen Form eines einzigen Abgeordneten, zu erobern, aber kaum ein Dutzend Stimmen erhoben sich dafür.

Ein anderer Widerspruch richtete sich gegen das allgemeine Vertheilungsprinzip des Verfassungs-Ausschusses. Es ist wahr, dem Wesen des Bundesstaates entspricht durchaus eine Eintheilung nicht, welche ebenfalls den Bevölkerungsstand der einzelnen Staaten, wenigstens annähernd, zum Maßstabe der Vertretung macht, also eigentlich denselben Grundsatz, der beim Volkshause, und dort mit Recht, angewandt worden, auch beim Staatenhause anlegt, wo dessen Berechtigung denn doch zweifelhaft sein könnte, und welche damit den drei größten Staaten, Oesterreich, Preußen und Baiern, die absolute Mehrheit im Staatenhause, gegenüber sämmtlichen übrigen 33 Staaten, sicherte. Weder Amerika noch die Schweiz kennen einen ähnlichen Vertheilungsmodus; dort gilt vielmehr das Prinzip: daß im Staatenhause jeder Staat, als solcher, der kleinste wie der größte, gleichberechtigt und gleichvertreten sein müsse. Aber freilich haben auch weder Amerika noch

Digitized by Google

hie Schweiz so schroffe Gegensätze der Größe, der Bevölkerung und Macht unter den einzelnen Staaten, als Deutschland. Ein Auskunftsmittel nicht der schlechtesten Art war das von mehreren Seiten vorgeschlagene der Bildung von Reichskreisen mit möglichst gleichen Größen und Bevölkerungsverhältnissen, so daß die großen Staaten mehrere solcher Kreise umfassen, von den kleinen dagegen mehrere sich zu einem Kreise verbinden sollten. Wenn die Versammlung auch diesen Vorschlägen keine Rücksicht schenkte, vielmehr den Verfassungs-Ausschuß-Antrag unverändert annahm, so darf man den Grund hiervon, neben der Furcht vor allzu tiefem Einschneiden in bestehende Verhältnisse, wohl auch darin suchen, daß viele Mitglieder diese ganze Bestimmung über das Staatenhaus nur als eine provisorische ansahen, deren Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit sich erst dann würde vollständig übersehen lassen, wenn alle Theile der Verfassung, namentlich die Frage wegen des Oberhauptes, klar und fertig der Betrachtung vorliegen, wenn vor Allem auch die wichtige Entscheidung über Oesterreichs Verhältniß zu Deutschland erfolgt sein würde.

Deutschland.

÷ **Frankfurt**, 6. Dez. Die Nachricht in Ihrem gestrigen Blatte, wonach von den Fraktionen des Centrums, desgleichen der Rechten und den beiden Parteien des Württemberger Hofs und der Westendhall ein gemeinschaftlicher Ausschuß zur Vorberathung des Abschnitts vom künftigen Oberhaupte Deutschlands niedergesetzt sein soll, entbehrt der Begründung. Die Sache ist die: daß die Partei des Augsburger Hofs aus ihrer Mitte einen Ausschuß zu diesem Zwecke gewählt und davon den beiden Fraktionen, mit denen sie in Kartell steht, Mittheilung gemacht hat, welche letzteren ihrerseits dasselbe zu thun beschlossen haben. Es ist ferner ausgemacht worden, auch andere Fraktionen einzuladen, dasselbe zu thun, um die Lösung dieser so schwierigen und so wichtigen Frage durch allseitige Vorberathungen zu erleichtern. Ueber die Niedersetzung eines gemeinschaftlichen Ausschusses ist zur Zeit noch nicht einmal unter jenen drei enger befreundeten Fraktionen etwas festgestellt, geschweige denn, daß ein solcher für alle Fraktionen in Aussicht genommen wäre.

† **Frankfurt**, 6. Dez. Der §. 3 vom Reichstag, unzweifelhaft einer der bedeutungsvollsten, ist nach einer leidenschaftslosen Diskussion mit überraschender Schnelle angenommen worden. Die österreichische Frage wurde dabei berührt, und von den Abgeordneten, welche diesem Staate den ersten Rang und eine gleichstarke Vertretung wie Preußen im Staatenhause vindiciren wollten, die Motive entweder gar nicht oder wenigstens nicht geschickt herausgestellt. Schwerlich können jedoch die Absichten dieser Herren andere Belege haben als „daß des alten deutschen Reiches Herrlichkeit Oesterreich ein Vorrecht, daß die zu seinen 12,500,000 Deutschen, welche zum Bunde gehörten, hinzutretenden 2,000,000 in Ungarn, Siebenbürgen ꝛc. eine Verstärkung böten, und daß endlich die Wucht der 24,000,000 nicht-deutscher Oesterreicher dieser Macht einen Hinterhalt gewährten, den Preußen nicht habe". Des Pudels Kern liegt bei dem Parteiergreifen für Oesterreich in Süd-Deutschland offenbar auch in religiösen Gegensätzen, von denen zu wünschen wäre, daß sie die Doppelschichtung eines so zu sagen österreichischen und eines preußischen Deutschlands nicht in schroffe Sonderungen stürzen möge! An ihnen kann die Idee zerschellen, um die es sich jetzt handelt. Sie ist in den Köpfen vieler Politiker schon eine gedoppelte geworden. Denn es gilt ein einiges Deutschland im engeren Sinn mit einem Schwer- und Mittelpunkt in Preußen, und ein mitteleuropäisches deutsches Reich, als erweiterter Begriff des ersten, mit seinem Schwerpunkt in Oesterreichs Kaiserstaat. — Was übrigens den §. 3 vom Reichstag anbetrifft, so scheinen auch hier, wie leider bei dem Verfassungswerke überhaupt, die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten weder mit Wünschen noch Aufschlüssen und dergl. irgend welchen Antheil genommen zu haben, obwohl dem Vernehmen nach der betreffende Ausschuß so gern diese Stimmen gehört hätte. — Nichts hat übrigens häufiger zu Besprechungen im Publikum Veranlassung gegeben, als die Stellung dieser einzelnen Bevollmächtigten, denen in ihren Vollmachten eine kollegialische Wirksamkeit zur Aufgabe gemacht zu sein scheint, die aber vom Reichsministerium nie zu einer solchen veranlaßt worden, mit Ausnahme eines Falles, welcher in das Ressort des Handels gehörte.

Aus Oesterreich schreibt man der Leipz. Z.: Das Ministerium ist so zu sagen fortwährend auf der Reise zwischen Ollmütz, Kremsier und Wien. Die Fäden der eigentlichen österreichischen Politik werden jetzt unstreitig in Ollmütz gesponnen. Aber es wird dort Alles, was beschlossen wird, mit dem Schleier des tiefsten diplomatischen Geheimnisses verhüllt. So viel ist gewiß, daß bei der Fülle von Verlegenheiten, welche in neuerer Zeit auftauchten, die römischen Vorgänge in erster Linie stehen. Man fürchtet einen neuen furchtbaren Brand in Italien und betrachtet die sich darbietenden Aussichten mit gerechtem Mißtrauen. — Aus Ungarn keine weiteren Nachrichten, als daß Kossuth sich Dictator schelten läßt, während der gemäßigtere Theil der Bevölkerung gar zu gern irgend ein befriedigendes Compromiß einginge. Die Serben haben eine Deputation nach Ollmütz gesandt, welche unbedingte Lostrennung von Ungarn wünscht. Fürst Windischgrätz und Jellacic werden sich erst im Laufe dieser Tage zur ungarischen Operationsarmee begeben. Der Angriff ist so ungebührlich lange verzögert worden, weil man die Zufuhr von Proviant jeder Gattung abwartet, um in jenen unwirthlichen Gegenden nicht dem Mangel zu erliegen. Auf der Nordbahn bewegen sich fortwährend Militärtransporte, so daß die Direction der Staatseisenbahn für die Dauer von zwei Wochen den Frachtverkehr zu sistiren beschloß. — In Böhmen hat die Stimmung wahrhaft merkwürdig umgeschlagen. Die einseitigen Nationalitätsbestrebungen haben einer unbefangenen Auffassung der politischen Verhältnisse Platz gemacht, und die „Slowanska lipa" bewegt sich auf dem Grunde der Näherung und Befreundung aller zusammengehörigen Nationalitäten. Der bittere höhnende Ton, welchen sich der Deputirte Rieger zu Kremsier gegenüber dem unermeßlichen Unglücke Wiens erlaubte, findet allgemeinen Tadel, und nur die kleine Fraction der exclusiven Czechen steht noch zu ihm.

△ **Wien**, 2. Dez. Alle unsere Verhältnisse bieten eine so unglaubliche Verwirrung dar, daß es kaum möglich erscheint, ohne einen sehr gewaltsamen Bruch aus derselben heraus zu kommen. Das Ministerium scheint jedoch den einzigen möglichen Weg gefunden zu haben und betreten zu wollen, der noch glücklich aus diesem Labyrinthe führen dürfte, nur muß es ehrlich halten und mit aller Kraft verfolgen, was es in seinem Programme verspricht — um so mehr, weil die Anerkennung und Billigung desselben von allen Seiten (die schwarz-gelbe ausgenommen) eine so unzweifelhaft allgemeine ist, — aber dennoch trotz seiner beinahe gänzlich klaren und unzweideutigen Fassung auf ein nur schwankendes Vertrauen in der öffentlichen Meinung stößt, welches allein dem herkömmlich gerechtfertigten Mißtrauen in alle früheren österreichischen Ministerien zuzuschreiben ist. Alles hofft sehnlichst bald das Irrige dieses „herkömmlichen Mißtrauens" fallen zu sehen. Kraft dürfte dem Ministerium vor Allem und zwar hauptsächlich gegenüber der Reaktion nöthig sein, worüber oft unbedeutend erscheinende, kleinere Maßregeln mehr Aufschluß geben, als bedeutende Handlungen, weil man sich bei den ersteren weniger verbirgt, denn man hofft sie beinahe oder gänzlich unbeachtet durchführen zu können. So wurde gestern das Theresianum (Studien-Institut des Adels, von der Kammer bereits aufgehoben) wieder eröffnet. Die zweite Lyceal-klasse aber, zu deren Eröffnung das Unterrichts-Ministerium die Bewilligung ertheilte — bleibt auf Befehl des Baron Welden (Gouverneurs von Wien) geschlossen, weil sich diese Klasse schon den Universitätsstudien nähert und nur der gewöhnliche niedere Schul- und Gymnasial-Unterricht im Laufe des Dezembers wieder beginnen soll. — Ferner wurde in einer Versammlung des Lehrkörpers von den Anhängern des alten Systems der Antrag gestellt, ohne Rücksicht auf den neuen Studienplan die Studien wieder nach der alten Praxis zu beginnen und fortzuführen, was indessen von der großen Mehrheit mit Entrüstung zurückgewiesen wurde. Auf ähnliche Versuche, die „gute alte Zeit" wieder zu Ehren zu bringen, stößt man überall — am erschreckendsten bleibt aber immer die Art, wie das alte Polizeisystem wieder in's Leben gerufen ist. Aus allen Ecken und Winkeln schlüpfen und schauen die alten Polizeispitzeln wieder hervor und die Angebereien werden noch immer in dem großartigsten Maßstabe betrieben, so daß selbst Offiziere der Untersuchungs-Kommission äußern, es ekle sie diese Denunciationswuth von Menschen an, welche sogar in der Mehrzahl der besitzenden und intelligenteren Klasse angehören. — Die Bank hat eine Dankadresse an Windischgrätz gerichtet. Sie sollte auch nicht vergessen, daß sie durch acht Tage wenigstens in der

unbedingten Gewalt des Volkes war, und daß trotzdem Niemand auch nur den entferntesten Versuch gemacht hat, sie zu beeinträchtigen.

Hatte früher die Presse sich im weitesten Sinne jeder Verdächtigung und Anschwärzung bedient und hatte sie die Bezeichnung „Preßfreiheit" nur in zu großem Maße verdient — so erscheint die Haltung der jetzt erlaubten Journale, wovon wir jedoch die Presse und andere ehrenhafte Blätter ausnehmen, die sich von Persönlichkeiten fern halten —, nicht weniger „unehrenhaft und preßfrech"; denn eine andere passende Bezeichnung gibt es wohl nicht für Anklagen, wogegen keine Vertheidigung gestattet ist. — Die Verhaftungen dauern noch immer fort und die Wiener Zeitung hat uns kürzlich belehrt, daß die Aufhebung des Standrechtes nur für die Vorfälle vom 6. bis 31. Okt. zu verstehen sei. Was also nach dem 1. Nov. geschehen oder noch geschieht, unterliege demselben auch ferner. — Die hier anwesenden Anhängsel unserer Kamarilla-Fraktion hätten sich seit der Einnahme Wiens sehr naiven Träumen für die Zukunft hingegeben und schienen jetzt einigermaßen betreffen, daß das neue Ministerium den konstituirenden Reichstag noch nicht aufgelöst und die seit März gemachten Konzessionen nicht zurückgenommen. Der Kaiser soll bereits vermocht worden sein, sein „von Gottes Gnaden" wieder hervorzusuchen, welches er in der ganzen letzten Zeit abgelegt hatte, eine Konzession, welche die Hofpartei dem Minister Wessenberg niemals vergeben wird. — Befestigungen und Verpallisadirungen werden immer mehr und mehr angelegt. — Die Uebergabe Preßburg's, welche kürzlich gerüchtweise gemeldet wurde, erwartet man nun neuerdings und zwar ohne Schwertstreich. — Fürst Windischgrätz wird heute von Ollmütz erwartet, wir hoffen, er hat seine Vollmachten dort zurückgelassen.

Wien. Der Unterstaatssecretär im Unterrichtsministerium, v. Feuchtersleben, hat seine Entlassung genommen, und der Deputirte Helfert aus Böhmen ist (wie bereits bekannt) an seine Stelle ernannt worden.

Eger. Der Kongreß der deutschen Vertrauensmänner aus Böhmen hat an die Abgeordneten Oesterreichs in der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. folgende Adresse gerichtet:

„Ihr habt in mehreren Ansprachen an die Völker Oesterreichs Euer Abstimmung über die wichtigen, insbesondere die Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland betreffenden Paragraphen zu begründen gesucht, und uns aufgefordert, Euch offen unsere Ansicht darüber darzulegen. Der Kongreß der deutschen Vertrauensmänner aus Böhmen, die zur Wahrung ihrer Nationalität und ihre Interessen in Eger zusammengetreten sind, fühlt sich in diesen ernsten Zeiten, in welchen die Stunde der Entscheidung für die Freiheit und Oesterreichs fernern Bestand gekommen ist, verpflichtet, nochmals die feierliche Erklärung niederzulegen, daß sie die Nationalversammlung in Frankfurt als die höchste gesetzgebende Gewalt in Deutschland anerkennen, und daß kein Ereigniß im Stande sein wird, sie in diesem Entschluß wankend und ihrer Pflicht untreu zu machen. Es ist ihr fester Beschluß, so wie an der Freiheit, so auch an Deutschland festzuhalten: denn ein Oesterreich, das nicht durch den Despotismus zusammengekettet werden soll, ist nur im Bunde mit dem freien Deutschland möglich. Deshalb sind wir bereit, auch jedes nöthige Opfer zu bringen, um in der Verbindung mit dem übrigen Deutschland zu bleiben, damit die Freiheit und die heiligsten Interessen aller Völker Oesterreichs gewahrt werden können. Die Ereignisse der neuesten Zeit haben es wieder sattsam bewiesen, daß Oesterreich in dem Augenblick, in dem es sich von der alten Stamm-Mutter Deutschland, von die es genährt und großgezogen ist, abwenden will, eine Beute der Gewaltherrschaft werden muß. Aus dieser Erklärung werdet Ihr entnehmen, daß diejenigen von Euch, die für die Annahme der §§. 2 und 3 des Verfassungs-Entwurfs gestimmt, die Gesinnung eines großen Theils der deutschen Bevölkerung Böhmens ausgesprochen haben. Sollten diese Paragraphen zum definitiven Gesetze erhoben werden, so freuen sich diese ächten Deutschen im unzertrennlichen Bunde mit den Stammesgenossen ihre Freiheit und Wohlthätigkeit gesichert zu wissen. Viele aber, die nicht minder für Deutschland fühlen, die nicht minder es erkennen, daß nur mit Deutschland ein Oesterreich bestehen könne, vermissen in diesen Paragraphen die Sicherung der materiellen Vortheile, die ihnen bisher aus der Verbindung mit den nicht-deutschen Ländern Oesterreichs erwuchsen. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Paragraphen in ihren Konsequenzen eine solche Fortdauer der Verschmelzung der Interessen der deutschen und nicht-deutschen Provinzen Oesterreichs nicht ausschließen. Aber zur Beruhigung unserer schwer heimgesuchten Bevölkerung kann der Kongreß der deutschen Vertrauensmänner Böhmens nicht umhin, den Wunsch auszusprechen, daß bei der definitiven Beschlußnahme der Verfassung die materiellen Vortheile, die aus der Verbindung der nicht-deutschen Provinzen Oesterreichs mit den deutschen hervorgehen, ausdrücklich berücksichtigt und gewahrt werden. Möget Ihr in der hohen Nationalversammlung dahin wirken, daß die Wirren in Oesterreich durch kräftige Interventionen der deutschen Centralgewalt auf friedlichem Wege sich lösen, damit die Verhältnisse des Handels, der Industrie und der Finanzen nach den Gesetzen des Rechtes und der Billigkeit geregelt werden, andererseits die Verbindung der deutschen Provinzen Oesterreichs mit Deutschland die innigste verbleibe. Eger, am 23. Nov. 1848."

△ **Ollmütz**, 1. Dez. Fast jeder Tag bringt uns hier etwas neues. So sahen wir heute eine Anzahl böhmischer Freiwilliger, die nach Oberungarn eilten, um unter den dortigen Slowaken den Aufstand zu reorganisiren, der vor ungefähr zwei Monaten gleich bei seinem Beginn von den Ungarn energisch unterdrückt wurde. Die bekannten slawischen Agitatoren Pastor Hurban und Stur sind bereits vorausgegangen und machten während ihres Aufenthaltes in Prerau ihrem Deutschenhaß durch lautes Absingen von Spottliedern auf das deutsche Volk und das Frankfurter Parlament Luft. Ob der zu bezweckende Aufstand reussiren wird, ist vor der Hand zweifelhaft, obwohl zu seiner Unterstützung den Führern reguläres Militär beigegeben wurde. Daß die Czechen alles Mögliche aufbieten, um die Magyaren mit überwältigen zu helfen, ist aus dem Grunde sehr erklärlich, weil die Ungarn den Plänen jener slawischen Ultra's, die dahin ausgehen, alle im Kaiserstaate vorhandenen Nationalitäten zu Füßen der heiligen Slawa zu werfen, immer am kräftigsten entgegenarbeiteten, und solange Ungarn auf kräftigen Füßen steht, eine slawische Supremacie zu den Unmöglichkeiten in Oestereich gehört. Heute ist Herr von Wessenberg nach Wien abgereist; sein Ausscheiden aus dem Staatsdienste wird sehr gleichgültig aufgenommen. Von den inneren Verwickelungen abgesehen, hinterläßt er bei Niederlegung des auswärtigen Ministeriums die italienische Angelegenheit im höchsten Stadium der Verwickelung, ohne ein positives Resultat dafür aufzuweisen.

Posen, 2. Dez. Ueber die Bewegungen der russischen Armee im Königreich Polen kann ich aus zuverlässiger Quelle folgende Mittheilungen machen. Die Stärke der russischen Truppen betrug im verflossenen Sommer in Polen etwa 150,000 Mann. Sie stehen, mit Ausnahme der 30,000 Mann starken Besatzung von Warschau, Modlin und den anderen kleinen Festungen, seit mehrerrn Monaten längs der West- und Südgrenze des Landes, doch so, daß die äußersten Vorposten in der Regel erst eine Stunde von der Grenze, die bloß mit einer Kosakenchaine eingefaßt ist, angetroffen werden. Seit der Mitte des Septembers sind noch 50,000 bis 70,000 Mann aus den angrenzenden Provinzen in Polen eingerückt und bis vor drei Wochen in den Landestheilen am rechten Weichselufer stationirt gewesen; seitdem haben auch diese die Weichsel überschritten, und sind in die Richtung von Slupce und Kalisch vorgerückt. Jenseits des Flusses sollen sie durch neue Regimenter aus dem südlichen Rußland ersetzt worden sein, aber demnächst ersetzt werden. Somit stehen längs unserer Grenze bis nach Galizien hinunter ungefähr 200,000 Mann, darunter sehr viel Kavallerie und Artillerie. Sie sind in der Weise dislocirt, daß immer um einen Hauptpunkt ein Korps von etwa 10,000 bis 12,000 Mann konzentrirt ist. Die Leute befinden sich in Polen sehr wohl, wo sie von den Gutsbesitzern und Bauern, so wie von den Bürgern in den kleinen Städten verpflegt werden müssen. Sie werden mit Exercierübungen wenig geplagt, können sartwährend Landarbeiten verrichten, und sich dadurch einen Nebenverdienst verschaffen. Ueber die Bestimmung dieser bedeutenden Truppenmassen herrscht bei den Russen selbst kein Zweifel, da sie überzeugt sind, bald über die Grenze vorrücken zu müssen, um den gesetzlichen Zustand wieder herzustellen, indem der Czar nicht Willens sei, eine fundamentale Erschütterung der Throne von Wien und Berlin zuzugeben. (O. P. Z.)

† **Posen**, 3. Dez. Unsere Stadt ist im Augenblicke bei der preußischen Nationalversammlung nicht vertreten, da der Deputirte, so wie dessen Stellvertreter, veranlaßt durch ein Mißtrauensvotum von 1300 Urwählern und durch die allgemeine Stimmung, die sich gegen ihr Verbleiben bei der Berliner Fraktion ausgesprochen, ihr Mandat niedergelegt haben. Die Neuwahl wird bereits vorbereitet und von dem demokratischen Klub dem Vernehmen nach der frühere Stellvertreter wieder als Kandidat aufgestellt werden. Der Steuerverweigerungsbeschluß hat in verwichener Woche in Meseritz (Deutschposen) zu einem Krawall und in Pogarzele (Polnischposen) sogar zu einer Tödtung Veranlassung gegeben, indem ein Fleischer mit dem Bürgermeister wegen Einziehung der Abgaben in Streit gerieth und ihn erschlug. Der deutsche Bund macht rasche Fortschritte; in Wranke und der Umgegend zählt ein Bezirksverein desselben bereits 4000 Mitglieder: aber auch die Liga ist ungemein thätig, wiewohl ihre Schritte nicht mehr wie früher zur Oeffentlichkeit gelangen. In der letzten Zeit hat sie unter Anderem im Verein mit der Prager Lipa slowanska ein eigenes polnisches Blatt in Prag gegründet, welches den Titel „Slawianie" („die Slaven") führt und ganz besonders zum Austausch der Gedanken zwischen Polen- und Czechenthum dienen soll. Hiesige Ligamitglieder sind als Mitarbeiter betheiligt.

Digitized by Google

München. Die N. Münchn. Z. enthält Näheres über die dem Landtag vorzulegenden Gesetzentwürfe, an denen, wie sie versichert, in den Staatsministerien mit größter Thätigkeit gearbeitet wird. Außer den Gesetzentwürfen über Trennung der Justiz von der Verwaltung und die dadurch nothwendig gewordene Einführung der Notariate und Friedensgerichte, Preßpolizei und Preßstrafgesetzbuch, Forstpolizei u. s. w. unterliegen noch eine Menge andere fortgesetzten Berathungen, hierunter ein Gesetz über Emanzipation der Juden. Es wird darin eine vollständige politische Emanzipation derselben ausgesprochen, dagegen von der kirchlichen noch vorläufig Umgang genommen. Die Bestimmungen über den Austritt aus der einen Kirche zur andern bildeten seither einen Gegenstand mannigfaltiger Konflikte zwischen der katholischen und protestantischen Geistlichkeit. Der Bestimmung, wonach allezeit bei dem betreffenden Pfarrer oder geistlichen Vorstande beider Kirchen der Uebergang persönlich erklärt werden soll, wird in dem neuen Entwurfe noch ein Zusatz angehängt werden, nach welchem Minderjährige, welche übertreten wollen, öffentlich in der zu verlassenden Kirche vor versammelter Gemeinde ihre Erklärung abgeben sollen, wobei den Anwesenden das Recht zustehen soll, durch Fragen über Religionssachen zu forschen, ob der Uebertritt aus eigener freier Ueberzeugung hervorgehe oder nicht. Hiernach fällt die Beschränkung, daß bisher nur Volljährigen die freie Wahl ihres Glaubensbekenntnisses zustand, von selbst weg. Ferner soll ein Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Ersatz des bei Ausläufen verursachten Schadens, ein Gesetzentwurf über Erweiterung der ersten Kammer, wobei die freie Wahl nicht auszuschließen ist, und ein Bürgerwehrgesetz den Landständen vorgelegt werden. Einer der wichtigsten Gesetzentwürfe betrifft das Versammlungs- und Vereinigungsrecht. Durch dieses soll auf der einen Seite die unbedingte Berechtigung der Staatsbürger, sich zu erlaubten Zwecken friedlich und unbewaffnet zu versammeln, anerkannt, auf der andern Seite aber der Regierung die Befugniß eingeräumt werden, einen Beamten dorthin zu senden, der die Auflösung der Versammlung verlangen kann, sobald dieselbe eine gesetzwidrige Handlung beschließt oder begeht, oder wenn dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit aus der längeren Dauer der Versammlung zu entstehen droht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit untersagt werden, ebenso sollen Sturmpetitionen zu Hunderten und Tausenden verboten sein. Während des Landtags sollen Volksversammlungen unter freiem Himmel in einem Umkreis von acht Stunden vom Sitz des Landtags verboten sein. Fast nach denselben Grundsätzen soll das Vereinsrecht gesetzlich festgestellt werden.

München, 3. Dez. Die Personalanordnungen für unser neues Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten sind nunmehr erfolgt, und dasselbe hat bereits seine Thätigkeit begannen. Hr. v. Bever, den die öffentliche Stimme als den befähigtsten Mann Baierns für die Leitung dieses wichtigen Ministeriums erklärt, hat es abgelehnt die hervorragende Stelle eines Staatsministers einzunehmen, sich dagegen bereit erklärt dem Ministerium in irgend einer untergeordneten Stellung seine Kräfte zu widmen. Der König hat daher dem Minister des Aeußern, Grafen v. Bray, einstweilen die oberste Leitung des Handelsministeriums übertragen, Hr. v. Bever aber zum ersten Ministerialrathe mit einer der Stellung eines Unterstaatssekretärs gleichkommenden Befugniß ernannt. — Von einer Uebertragung des Handelsministeriums an Hrn. von Hermann, den Abgeordneten in Frankfurt, ist niemals die Rede gewesen. (Allg. Ztg.)

** **Stuttgart**, 5. Dez. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erstattete Seeger im Namen der staatsrechtlichen Kommission Bericht über die Motion des Abgeordneten Siskind in Betreff des von der Subkommission des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung ausgegebenen Entwurfs eines Einführungsgesetzes zu den deutschen Grundrechten. Dieser Entwurf enthält bekanntlich die Bestimmung, daß die Veränderungen in der Grundverfassung der einzelnen deutschen Staaten, welche durch die Gleichstellung der Stände nothwendig werden, innerhalb sechs Monaten durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung herbeigeführt werden, und erst nach erfolglosem Verstreichen dieser Frist von Reichswegen konstituirende Landesversammlungen einberufen werden sollen. Die Kommission trug den Entwurf einer Vorstellung der Kammer der Abgeordneten an die Reichsversammlung vor. In derselben wird die Bitte gestellt: „Die Reichsversammlung möge dem Antrage der Subkommission des Verfassungsausschusses keine Folge gebrn, sondern in das Einführungsgesetz für die Grundrechte die Bestimmung aufnehmen: daß zu Durchführung derjenigen Veränderungen in der Grundverfassung der einzelnen deutschen Staaten, welche durch die Gleichstellung der Stände erforderlich werden, konstituirende Versammlungen nach einem zwischen den bestehenden gesetzgebenden Organen zu verabschiedenden Wahlgesetze einzuberufen, für den Fall aber, daß eine Vereinbarung hierüber mit denselben nicht zu erzielen wäre, nach demjenigen Wahlmodus zu wählen seien, nach welchem die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vorgenommen worden sind." Erst um 4 Uhr Nachmittags erfolgte die Abstimmung und zwar zunächst in der Richtung: Soll überhaupt eine Adresse im Sinne der Kommission erlassen werden. Dies wird mit 43 gegen 34 Stimmen bejaht. Nun wurde beantragt, über Seeger's Entwurf einer Vorstellung an die Nationalversammlung alsbald zur Abstimmung zu schreiten, dieser Vorschlag angenommen, und der Entwurf mit 37 gegen 34 Stimmen (es waren einige weggegangen) angenommen. Von einigen Seiten wurde über Terrorismus geklagt, der das Wort abschneide. Wir können dies nach der 7stündigen Debatte, in welcher wahl die halbe Kammer gesprochen, nicht finden.

† **Aus Baden**, 5. Dez.*) Wenn man sich bei uns auf eine einsichtsvolle Leitung der Universitätsinteressen verstände, wenn es ein wirkliches Curatorium gäbe, so hätte Heidelberg sich in dem letzten Jahrzehnte zu einer Universität des höchsten Ranges heben müssen. Es hätte nach unserem Ermessen, außer dem, was auf einige Anstalten zu verwenden war, nicht mehr äußerer Mittel bedurft, aber bei weitem mehr innerer Mittel der Beurtheilung dessen, was einer Akademie frommt, und einer größeren Kenntniß und richtigeren Schätzung der geistigen Kräfte, die man an sich ziehen, die man abstoßen, die man brach legen sollte. Die wohlthätige Ordnung unserer geistigen Einheit hatte es bisher immer so geleitet, daß irgend eine oder die andere deutsche Universität das Loos hatte, eine allgemeine deutsche Schule zu sein. Die größeren Universitäten hatten nacheinander den Anspruch auf diese Stelle verloren. München hatte von je nur wenige Neugierige aus der Fremde angezogen; Berlin zerstreute nicht allein die Schüler, sondern noch mehr die Lehrer; Göttingen war zu einer Landesuniversität geworden. Es lag nichts näher, als daß Heidelberg hier eingetreten wäre in die offene Lücke. Diese Universität ist immer wenigstens zur Hälfte von Ausländern besucht; der Reiz der Oertlichkeit, das gute Andenken, in dem sie sich bei Allen erhält, die ihr angehört haben, ein guter Ruf von unverwüstlicher Tradition sicherte ihr ihre altberühmte Anziehungskraft. Aber dies sind freilich äußere Lockmittel, die bei irgend einer Erschütterung der euhigen Gewohnheit nicht Stand halten. Die innere Bedeutung, die konsequente, über jeden Zufall erhabene Leitung, die dieser Bedeutung Dauer und Verlässigkeit verbürgt, diese Eigenschaften, die Göttingen durch ein Jahrhundert lang auf immer gleich hoher Stufe gehalten haben, sind nie in Heidelberg und Karlsruhe zu finden gewesen. Mit einer solchen einsichtigen, der Aufgabe gewachsenen Leitung der Universität würde sich Heidelberg, sagen wir, in dem letzten Jahrzehnte, ohne allzu großen Aufwand, mit Leichtigkeit emporgeschwungen haben: in dem nächstfolgenden Jahrzehnte wird dies schon viel schwerer werden. Wir haben nicht die Aussicht auf sehr ruhige Zeiten; Baden hat das Unglück, am ausgesetztesten zu sein; zu seiner Lage und langgedehnten Grenze kommt nun noch die Nähe von Frankfurt hinzu; der Ruf vergrößert außen hin die Aufregung, die übrigens nicht abzuläugnen ist: so wird sich jetzt mancher Lehrer bedenken, hierher zu kommen, und die Eltern werden ihre Söhne gerne in ihrer Nähe halten. Der entschiedenste geistige Werth wird gegen diese Ungunst der Verhältnisse allein die Universität schützen können; und neben ihm, worüber diesmal einige Worte folgen mögen, die wachsamste Sorgfalt auf äußere Sitte und Ordnung. Man darf für Heidelberg die Ordnung schon empfehlen, wo es an Freiheiten nie gefehlt hat. Auch meinen wir gewiß nicht der Jugend irgend eine natürliche Licenz zu entziehen. Nur möchten wir den herrschenden Geist unter ihr nicht dahin ausarten sehen, daß zuletzt keine Faser von Achtung mehr für Behörden und Richter übrig bleibe. Auf diesen Weg gelangt man durch falsche Griffe in den Persönlichkeiten

*) Vergl. Nr. 316.

Digitized by Google

der Männer, die über die Disciplin zu wachen haben; auf diesem Irrweg ist man in Heidelberg allzulange gewesen und trotz vieler Mahnungen allzulange geblieben. Man ist dort seit einigen Jahrzehnten gewohnt gewesen, junge Leute von dem Universitätsamte direkt in die Stellen von Ministerialräthen vorrücken zu sehen, ein Sprung der sogleich argwöhnen läßt, daß jener schwierigste aller Posten herkömmlich an Jünglinge und Bevorzugte gegeben wurde. So ist es bei dem gegenwärtigen Amtmanne notorisch die Hofprotektion gewesen, die ihn beförderte, obgleich er unter den Vorgeschlagenen von dem Senate einstimmig abgelehnt wurde, weil man es billigerweise unpassend fand, daß in diese Stelle ein unerfahrner Mann trat, der nicht lange her erst auf den Bänken der Auditorien gesessen hatte und nun mit seinen studentischen Spitznamen und allbekannten Corpssympathieen auf den Richterstuhl gesetzt werden sollte. Ein solches Abfindungssystem, das die Universität als ein Pfründehaus benutzt, für das Alles gut ist, was anderswo nicht mehr taugen will, hat sich auch in einer Reihe von Ernennungen jungen Datums verrathen. Das ist überhaupt nicht gut gethan, am wenigsten aber war es bei der Besetzung der Richterstelle der Universität wohl angewandt, an einem Orte, wo der Duellskandal ganz in's unpassende ausgeartet und die Unsitte dahin gediehen war, daß Beispiele vorkamen, wie auf öffentlicher Straße und am hellen Tage Frauen von Studenten auf die frechste Weise insultirt wurden. Die Oktroyirung des jungen Amtmanns war aber damals um so leichtfertiger und unverantwortlicher, als vorher ein Mann das Amt verwaltete, der durch eine Reihe von Jahren die taktvollste Behandlungsweise der Jugend, diese seltenste aller Gaben, bewährt hatte und der sich bereit erklärt hatte, dem Posten auch ferner vorzustehen, wenn man ihm einen höheren Rangtitel verleihen wollte. Es ist doch stark, daß man diese einfachste und wohlfeilste aller Forderungen abschlug, wo man selbst ein großes Opfer nicht hätte scheuen sollen, den Mann sich zu erhalten, dem mit vorgerückten Jahren immer mehr Würde, Ansehen und Erfahrung zur Seite gestanden hätten. In diesem Amte, in dem so viele Willkühr gestattet ist, kommt es vor allem darauf an, daß sich eine strenge Tradition und Konsequenz des Verfahrens bilde, und dies kann wohl nur durch eine doppelte Besetzung der Stelle erlangt werden. In Göttingen sitzen zwei Universitätsräthe (schon der Titel gibt ihnen größeres Ansehen) nebeneinander; der jüngere rückt in die Stelle des älteren nach; aller Wechsel wird möglichst vermieden; dem länger im Amte gewesenen gibt schon sein Alter ein Ansehen, das die Frivolität im Zaume hält; der Laune und Willkühr des Einzigen und seinen etwaigen persönlichen Vorurtheilen und Vorneigungen wird gesteuert; das Amtsverfahren erhält durch diese Einrichtung Stetigkeit und Folgerichtigkeit, eine Sache, die dort selbst mit einer hie und da nicht wohl angebrachten Strenge versöhnt hat. Diese Ordnung sollte in Heidelberg durchaus eingeführt werden. Es ist in Göttingen bei einer solchen Einrichtung, die sich selbst zugleich Kontrolle, Achtung und Kraft gibt, gewiß nie vorkommen, gewiß ganz undenkbar, daß in den trunkenen Litaneien, die eine so gewöhnliche Aufführung in Universitätsstädten sind, Amt und Polizei, Richter und Pedell auch eine Rolle spielen sollten, oder gar in der Weise betroffen würden, daß ihnen auf offener Straße mitgespielt wird? In keinem Dorfe im Harz würde die hannöversche Regierung einen solchen Fall ohne die schärfste Ahnung hingehen lassen, ja wie? auch die badische Regierung würde das auf keinem Dorfe im Odenwalde geschehen lassen. In Heidelberg ist es nur natürlich, daß man sich solcher Scenen immer versehen muß, wenn man doch dies System will walten lassen, nach dem sich immer nur die jüngsten Anhänger ihre ritterlichen Sporen in dem Univers.-Amte gewinnen sollen. Bei der Göttinger Einrichtung, bei der Würde und umsichtigen Sicherheit, die sie begleitet, wäre es ganz undenkbar, daß Studentenauszüge, wie der Heidelberger im Juli, wesentlich durch Mißgriffe des Amtes, wenn nicht veranlaßt, so doch gefördert würden. Es wären dort ganz undenkbar die endlosen Rekurse, die hier gegen die Erkenntnisse des Amts, die ewigen Beschwerden, die über amtliche und außeramtliche Partheilichkeit erfolgen; undenkbar die heftigen Debatten im Senat und die Androhungen von Urtheilsreformationen, undenkbar die Nichtachtung, ja die Verhöhnung der gefallenen Urtheilssprüche, die so weit gegangen ist, daß ein Akademiker, dem das Bürgerrecht aufgekündigt war, fortwährend in Heidelberg umging, und wie in der Fastnachtsposse mit einem falschen Barte die Polizei foppte, unter den Augen des klatschenden Publikums. Sollen wir aufdecken, wie weit es mit der Verletzung der persönlichen und amtlichen Würde in Heidelberg gekommen ist? Sollen wir die Fälle erzählen, wo durch Trunkene, die man die Ungeschicklichkeit hatte in dem Zustande der Unzurechenfähigkeit vorzuladen, wo durch Straffällige, denen man die Taktlosigkeit hatte in Masse ihr Urtheil zu verkünden, das Amt auf der Amtsstube gröblich insultirt wurde? und die anderen, wo ähnliche Insulten dem Richter in Haus und Wohnung getragen wurden? Aber es ist schon mit diesen Andeutungen, scheint uns, zu viel. Wir möchten gern, wenn es nur möglich wäre, noch viel diskreter sein; doch ist es schwer über ein ganz unanständiges Verhältniß anständig zu bleiben. Das Beste ist, in einer so verdrießlichen Materie zeitig abzubrechen. Eine anständige Regierung, ein Kuratorium, das auf sich selbst etwas hält, wird diesen Mißständen auf das unverweilteste ein Ende machen. Was Wunder sonst, wenn diese Verhältnisse in andere Federn kämen, die die Züchtigkeit, mit der wir sie behandeln, in ein glänzendes Licht setzen würden. Wir erwarten mit Zuversicht, daß man diesen Zustand Seitens unserer Regierung nicht leicht nimmt. Die Sitten einer Universität sind schnell verdorben und sehr schwer wieder herzustellen. Der öffentliche Geist unter der Heidelberger Studentenschaft war in dem kritischen Sommer dieses Jahres, wo aus Berlin und Wien so viele Verführung lockte, im Ganzen vortrefflich zu nennen; um so unverantwortlicher wäre es, wenn man ihn durch eine förmliche Erziehung zu Excessen im privaten Treiben und Leben zu Grunde richten wollte.

Schleswig, 30. Nov. Die gemeinsame Regierung hat folgende Ansprache an die Bewohner Nordschleswigs erlassen: „Ihr wißt, daß in Gemäßheit der zu Malmö abgeschlossenen Waffenstillstands-Convention ein Bevollmächtigter des Königs von Dänemark in Verbindung mit einem Kommissär der deutschen Reichsgewalt am 22. Okt. d. J. eine gemeinsame Regierung für die Herzogthümer eingesetzt hat. Ihr wißt auch, daß, nach Recht und Gebrauch unter ehrlichen Männern, ein geschlossener Vertrag gehalten werden muß. Dänische Rathgeber wollen Euch verleiten, anders zu denken. Hütet Euch, ihren Worten Gehör zu geben. Unter dem Namen „„schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei““ in Kopenhagen wird im Herzogthum Schleswig eine Aufforderung verbreitet, der gemeinsamen Regierung keine Folge zu leisten, namentlich keine Steuern zu zahlen. Diejenigen, welche Euch diesen Rath ertheilen, wollen die Handlung, welche ihr König, unser Herzog, durch seinen Bevollmächtigten hat vornehmen lassen, indem Er Seine Machtvollkommenheit in den Herzogthümern für die Dauer des Waffenstillstandes auf die gemeinsame Regierung übertrug, für ungültig erklären; sie verläugnen das Wort des Königs. Die gemeinsame Regierung hat höhere Begriffe von einem gegebenen Königswort. Sie darf eben so wenig um des Königl. Herzogs, als um des Landes willen, es dulden, daß die Machtvollkommenheit, welche sie allein zur Zeit in den Herzogthümern auszuüben hat, durch eine dänische Behörde verletzt werde. Sie sieht sich daher genöthigt, Maaßregeln an der Gränze zu treffen, damit nicht ferner durch dänische Verlockung die gesetzmäßige Ordnung im Herzogthum Schleswig zu stören versucht werde. Ungern ergreifen wir solche Maaßregeln zum Schutze gegen ein Land, mit welchem wir während des Waffenstillstandes friedlichen Verkehr wieder hergestellt, und so den Frieden am sichersten angebahnt zu sehen hofften. Wachet selber, Bewohner Nordschleswigs, mit uns darüber, daß des Landesfürsten Wort in Ehren bleibe, indem Ihr die der gemeinsamen Regierung verliehenen Gerechtsame willig anerkennt und ihr die Erfüllung der entsprechenden Pflichten erleichtert. Gottorff, den 29. Nov. 1848. Die gemeinsame Regierung. Th. Reventlow. Boysen. A. Moltke. Heintze. Preuffer. — Harbou.“ (H. C.)

Frankreich.

* **Paris**, 3. Dez. Die Wittwe des ermordeten Rossi und dessen beide Söhne sind in Marseille eingetroffen. Ludwig Napoleon erklärt heute, er habe sich in den Verhandlungen über die römischen Angelegenheiten nur darum der Abstimmung enthalten, weil er die von der Regierung angeordnete militärische Demonstration für gefährlich halte. Es könnte dadurch ein europäischer Krieg entstehen. Er sei aber entschieden für alles, was dazu beitrage, die Freiheit und die Autorität des Papstes mit aller Energie zu schützen. Das ultramontane Blatt „Univers“ schließt daraus,

Digitized by Google

wenn der Napoleanide Präsident würde, so würde er alle Mittel anwenden, den Papst wieder auf den römischen Thron zu setzen. Der „Constitutionel" erklärt, er bekümmere sich nicht um die Stimmen Andeeer bei der Präsidentenwahl, und mache nur auf dieselbe Unabhängigkeit Anspruch. Bei dieser Gelegenheit theilt er einen Brief des Marschalls Bugeand mit, worin derselbe erklärt, er werde für Ludwig Napoleon stimmen. Auch der Herzag a. Broglie hat sich für ihn ausgesprochen. Hingegen ist in einem Departement, wa eine Ersatzwahl für Letzteren angeardnet war, einer seiner Anhänger durchgefallen. Cavaignac's Kandidatur hat hingegen einen Fürsprecher gefunden, den man nicht ewartete — den Herzag aon Aumale! Das „Siecle" macht nämlich ein Schreiben dieses Prinzen von Cynstantine vom 14. August bekannt, warin er dem Charakter, wie den Talenten des Generals eine ausgezeichnete Ladrede hält. In den Departementen der Rhone und des Kanals hat sich eine graße Majocität für den General ausgesprachen. Ledru Rallin hat Frieden mit den Socialisten geschlossen. Im Klud der Varstadt St. Antaine, wie in dem des Faubourg du Temple hielt er Reden worin untee Anderm die Stelle vorkommt: alle Gewalt auf Eeden ist nicht so viel werth als eine Kugel, die ich so gern in die Brust bekäme, wenn ich in Eueren Reihen für die Veetheidigung unseeee Freiheit kämpfte. Daeauf hat ihn denn auch gestern der Generalkangreß der socialistischen Demokraten zu seinem Kandidaten erklärt.

Aus den Marseiller Blättern vom 29. Nov. erfahren wir, daß Pius IX. wahrscheinlich duech einen geheimen Ausgang aus dem Quirinal am Abend des 24. in das freie Feld gelangte. Hierauf schlug er mit seinem Gefalge den Weg nach Teeracina ein, aon wa er seine Reise üder die Pantinischen Sümpfe bis Gaeta fortsetzte.

Der Polizeiprefekt hat Befehl ertheilt, heimlichen Niederlagen von Waffen und Kriegsmunition, welche hier befindlich sein sollen, streng nachzuspüren. Für gewisse Stadtviectel ist eine besonders aufmerksame Aufsicht anempfahlen. Mehrere Generalkonseils der nördlichen Departements haben sich dahin veeeinigt, bei der ersten Nachricht van ernstlichen Eeeignissen in der Hauptstadt zusammen zu kommen, um weitere Beschlüsse im Interesse des Landes zu saffen. Allem Anschein nach wied dieser Fall indeß nicht eintreten.

Aus den vargestrigen Verhandlungen der N. V. ist nach eine Aeußernng Vivien's nachzuholen, nach welcher es noch nicht gewiß ist, daß der Papst in Frankreich einteeffen wird. Sehr interessante Verhandlungen über die Colonieen und ihre Verhältnisse übergehen wir, da sie zu keinem Resultate führten, und die Fülle des van allen Seiten zufleömenden Stoffes Kürze gebietet

Spanien.

Madrid, 27. Nov. Die Gaceta enthält heute die königliche Ordannanz, welche den General Cordova seiner Functionen als Generalcapitän van Catalanien enthebt. Sein Nachfolger, General Manuel de la Concha, ist bereits dahin abgereist.

Oestereeichische Monarchie.

** **Lemberg**, 22. Nav. Das Gerücht, daß Galizien in einen ruthenischen (Lemberg mit 12 Keeisen), und in einen massorischen (Keakau mit 8 Kreisen) Regierungsbezirke getheilt, seener, daß Eezherzog Aldrecht — (ältester Sahn des Erzherzags Karl) — als Vize-König Galiziens mit der Residenz in Lemberg darüber gesetzt werden soll, findet sehr viel Anklang. Dazu kommt noch die Nachricht, daß der reiche Erzherzog Aldrecht in dem Städtchen Halitsch am Dniester (13 Meilen südöstlich aan Lemberg) an derselben Stelle, wa nach die Ueberbleibsel des alten ruthenischen Fürstenschlosses stehen, ein neues in elegantem Style auf eigene Kosten aufbauen und dort einst seinen Sammersitz nehmen werde. Während diese Nacheicht von den Polen, die darin eine schmeichelnde Bevarzugung der ruthenischen Bevölkerung erblicken wallen, mit Hohn und Aerger aufgenammen wied, erfüllt sie die Bewahner der van dem majestätischen Dniesterflusse duechströmten höchst fruchtbaren Gegenden mit den schönsten Haffnungen. Der für Alles Gute nnd Nützliche sehr empfängliche Erzherzog wird ahne Zweifel die Dampfschifffahet auf dem Dniester eifrig in Schutz nehmen. Es ist erwiesen, daß der bei Daidiapol im Süden Rußlands in das schwaeze Meer ausmündende Dniesterfluß van dem Dete Roswadow (5 Meilen aon Lemberg) auf einer Strecke van 190 deutschen Meilen, von denen 74 auf Galizien kommen, mit Dampfbaaten befahren werden kann. Mit anderen Flußfahrzeugen wird er ohnehin schon seit Jahrhunderten befahren. Da der Dniester bei dem niedersten Wasserstande eine Tiefe van 4—5 Schuh, dazwischen auf einee bedeutenden Strecke auch van 6—9 Schuh, und eine Breite van 40 Klaftern hat, so wären die Boote aus Eisen und mit minderem Tiefgang zu erbauen.

Dem Scharfblick des früheren Gauaerneurs, Grafen Franz Stadian, sind die wichtigen Vortheile der Dniesterschifffahrt nicht entgangen, er ließ zur Regulirung dieses Flusses, der viele Serpentinen hat — noch im Spätjahre 1847 50,000 Gulden Konv.-Münze anweisen. Das Unternehmen, das unfehlbar im vergangenen Frühjahre beginnen fallte, gerieth durch die politischen Ereignisse in's Stocken. Eben dieser Ereignisse halbee, welche mit den in Italien ausgebrachenen Unruhen zufammenfielen, ist auch ein anderes wichtiges und doppelt einträgliches Unternehmen gescheitert, das eine Gesellschaft von am Dniester begütertern galizischen Edelleuten im Auge hatte. Es ist in dieser Gegend Ueberfluß an allen zum Schiffbau nöthigen Materialien; dazu kammt Wohlfeilheit der Lebensmittel und des Arbeitslahnes und eine große Zahl aan bispanibien Anshilfs-Zimmerleuten, hauptsächlich aber der Umstand, daß der Dniester im Frühjahre und Spätderbste während des graßen Wasserstandes die Tiefe von 20 Schuhen erreicht. Hierauf gestützt beabsichtigten die Unternehmer in Gemeinschaft mit Kapitalisten irgend eines österreichischen Seehafens, — an einem zur Anlage aon Schiffswerften am Dniester bequemen Punkte mehrere 300—400 Tonnen haltige Seeschiffe zu bauen, diese undetakelt mit Getreide nnd andern Produkten zu beladen, den Dniestee entlang bis Odessa hinadgleiten zu lassen, dart sie zu detakeln, und sie die Fahrt nach fernen überseeischen Häfen machen zu lassen. Sicherem Vernehmen nach war es gelungen, einige Handelsleute in Triest für den Beitritt zu diesem Geschäfte zu gewinnen, welche die nöthigen Schiffszimmerleute beforgt, und mit baarem Gelde beigestanden hätten. Die nahe Berührung, in welcher der Triester Handelsstand mit Italien steht, war Ursache, daß das interessante Unternehmen unterblieben ist. Es ist dasselbe besanders der regen Aufmeckfamkeit der haben Reichsversammlung in Frankfart zu empfehlen, welche in ihrem edlen Eifer für Vermehrung der deutschen Handelsflatte und Schifffothederei so unermüdet ist. Es darf nur von dem zum Beginn der Dniesterschifffahrt bezeichneten Orte Raswadow eine 9—10 Meilen lange Eisenbahn bis nach der Stadt Jaraslau am Sanflusse in Galizien — der in die Weichsel mündet — gebaut werden, so ist die graße Verbindung der Ostsee mit dem schwarzen Meere zum Produktenhandel hergestellt. Bei der dünnen Bevölkerung längs dieser Strecke weeden unzählige fleißige, den Ackerbau treibende Familien aus dem übervölkerten Deutschland und Böhmen eine sehr lohnende Beschäftigung in Galizien finden, und zugleich dieser Peaainz mächtige Kapitalien zufließen. Es ist bekannt, daß viele Ländee Eurapas, namentlich Rumelien, Albanien, Griechenland, Malta, die jonischen Inseln, Dalmatien, Sizilien, Istrien, die ganze italienische Halbinsel und die Schweiz, Sardinien, Frankeeich und Graßbritannien alljährig große Getreidemassen anzukaufen gezwungen sind. Galizien hat dazu bisher aus seinen dem Dniester zunächst gelegenen Gegenden mit einee Million österreichischer Metzen Waizen jährlich beigetragen. Dieses Getreide ist noch immer auf plumpen Galeeren bis Majaki am Dniestee in Bessarabien verschifft, von da aber zu Achse bis Odessa geschafft woroen. Diese kastspieligen Galeeren, welche nicht mehr dergauf gebracht werden konnen, sa wie die leeren Säcke und Plachen müssen in Majaki um einen Spattpreis verkauft weeden. Trotz der graßen Auslagen aber uno der Beschwerlichkeit des Transpartes haben die Spekulanten noch immer ihre Rechnung gefunden. Hieraus ist leicht zu ersehen, welch' große Vartheile eine geregelte Dampfschifffahrt dem östlichen Galizien gewähren müßte. Aus diesem fruchtbaren Lande kann allerlei Getreide und Hülsenfrüchte, Hopfen, Hanf, Flachs, Reps- und Lein-Saat, Wachs, Butter, Talg, Pattasche, Steinkahlen, Sackleinwano, Schiffstaue, Theer, Pech, allerlei Tischlerholz, Bretter, Schindeln, Faßdauben rc. in großer Menge in Handel gebracht werden. Möge nur die Ernennung des Erzherzogs Aldrecht bald zur Wahrheit werden, möge aber auch der neue Handelsminister sich mit Männern aus dem Handelsstande umgeben, deren Weisheit nicht in alten Bureauformeln aus alten seichten Handelsbeerichten besteht, denen vielmehr die Kenntniß dee Verhältnisse sämmtlicher Provinzen und ihrer Bedürfnisse zur

Seite steht, die Reisen gemacht und merkantile Kenntnisse gesammelt haben, denen endlich auch das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes am Herzen liegt.

Italien.

Der Corriere Livornese vom 27. Nov., dessen Mittheilungen über die Reise des Papstes wir unter Paris (3. Dez.) gegeben, fügt in einer Nachschrift hinzu: Eine Person, die wohl unterrichtet sein könnte, zeige ihm an, der Papst sei nicht mit dem Tenaro, sondern zu Lande weiter gereist. Die Gesandten von England, Spanien und Portugal waren die ersten, welche nach den neuesten Ereignissen Rom verließen. Ihnen folgte das ganze diplomatische Corps. Ehe der neapolitanische Gesandte den Hof von Toscana verließ, habe er, sage der Corriere Livornese, eine Note an die Botschafter Frankreichs und Englands gerichtet, um durch ihre Vermittelung Genugthuung zu erhalten; diese aber hätten verweigert, sich hierauf einzulassen.

Ungarn.

Das neue Ministerium in Pesth ist noch immer nicht zu Stande gekommen, weil die extreme und die gemäßigte Partei sich in den Haaren liegen über die in der nächsten Zukunft zu ergreifenden Maßregeln; Kossuth als Finanz- und Handelsminister soll zugleich Ministerpräsident sein: Madarasz, Justizminister; Nyari, Minister des Innern; Meßaros, des Krieges. — In Siebenbürgen steht die magyarische Sache überaus schlimm; Puchner befehligt nicht allein die Truppen, sondern auch die sächsischen Nationalgarden und den walachischen Landsturm, indeß die Ungarn über 2000 Mann Truppen und 40,000 Szekler zu gebieten haben. Diese Letzteren wurden bereits von den Walachen geschlagen, indeß General Gedeon die Hauptstadt des Szeklerlandes, Maros Vasarely, bombardirte und den folgenden Tag mit Sturm einnahm. Auch die Stadt Decs ist bereits gefallen, indeß im Banat der Feldmarschall-Lieutenant Rukawina allenthalben das Landvolk entwaffnet und die magyarischen Freischaaren wiederholt in die Flucht geschlagen hat. Die Serben sind gegenwärtig schon so sicher, daß sie an die Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten schreiten können, so zwar, daß in Carlowitz eine von Pesth ganz unabhängige Regierung unter dem Namen einer Woiwodschaft gegründet ward. (Bresl. Z.)

Von der ungarischen Gränze, 2. Dez. Gestern Nachmittags fand in der Gegend von Angern, jenseits der March, ein Scharmützel zwischen den Oesterreichern und Ungarn statt, in welchem letztere zurückgewiesen wurden. Noch denselben Abend wurden 3 gefangene ungarische Blessirte, wahrscheinlich höheren Ranges, nach Wien transportirt. — Die Brücke bei Angern ist abgebrochen und überhaupt alle gegenseitige Communikation zwischen beiden Provinzen gesperrt. — Der Zeitpunkt eines allgemeinen Angriffes ist aus leicht begreiflichen Gründen nicht bekannt. (C. Bl. a. B.)

Aegypten.

Aus **Kahira**, 10. Nov. bringt die „Wiener Ztg." folgendes Nähere über den Tod Ibrahim Pascha's: Er hatte sich einige Tage vorher in einem Zustande völliger Bewußtlosigkeit befunden. Eine Stunde nach Mitternacht, am 10., erhob er sich einen Augenblick und gab den Geist auf, so wie er sich wieder niedergelegt. Die Frauen des Harems zogen sich sogleich zurück, ganz in der Stille, und sogleich traten die Ulemas hinzu, die nach einem kurzen Gebete den Leichenwäschern Platz machten. Die Gebete dauerten dann fort bis 11 Uhr, wo die Leiche gehoben und in die Familiengruft Imam Safi gebracht wurde. Das Leichenbegängniß war nicht sowohl einfach, als vielmehr auffallend ärmlich; nur eine geringe Anzahl Truppen waren ausgerückt, und nur wenige Honoratioren haben sich dem Zuge angeschlossen. Sein Vater empfing die Todesbotschaft mit dem Worte: „Schade," sprach aber sogleich von anderen Dingen, und zwar irre, wie sonst, ohne sich weiter um seinen Sohn zu kümmern.

Neuestes.

* **Frankfurt**, 6. Dez. (Abends 9 Uhr.) Von einem Pariser Korrespondenten wird uns eben geschrieben: Die an der Börse verbreitete Nachricht, der Telegraph habe die Ankunft des Papstes in Marseille gemeldet, bestätige sich.

Die O.-P.-Z. bringt nähere Berichte aus **Prag**, vom 3. Dez. über die Ankunft des Kaisers. Das kaiserl. Paar war außer dem Fürsten Lobkowitz auch von zwei Erzherzogen begleitet. Um 9 Uhr am Abend hatte der Vicepräsident Mecsery bereits Kunde von der bevorstehenden Ankunft der hohen Gäste erhalten, und empfing dieselben mit dem Grafen Khevenhüller in aller Stille. Eine Deputation der Prager Bürger machte sogleich in der Hofburg ihre Aufwartung. Kaiser Ferdinand soll heiter und aufgeweckt gewesen sein, und sich dahin geäußert haben, daß er hoffe, hier in Frieden leben zu können. — Ferdinand I. hat auf die Krone resignirt, ebenso der Thronfolger Erzherzog Franz Karl, Bruder des Kaisers, und zwar geschah dies zu Gunsten des 18jährigen Erzherzog Franz Joseph, der mithin jetzt unser konstitutioneller Kaiser sein wird. Wir erwarten eine Proklamation. Der Vicepräsident berief am 3. früh alle Redakteure zu sich, und empfahl ihnen Mäßigung, zugleich gab er ihnen officiell die Kunde, daß Franz Joseph die Kaiserkrone übernehmen und alle Zugeständnisse des Kaisers Ferdinand vollkommen bestätigen werde. Als Ursache des Rücktritts des Kaisers gibt man die ungarischen Wirren an. Der Kaiser konnte sich nicht entschließen, seinen Eid zu brechen und die den Ungarn beschworenen Freiheiten zu schmälern; deswegen tritt er ab und der Krieg wird jetzt energisch betrieben.

Prag, 3. Dez. Das C. Bl. a. B. meldet: Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind Nachts um ein Viertel auf Zwölf mit einem Separattrain hier eingetroffen. Fürst Windischgrätz und Jellacic sollen gestern in Ollmütz gewesen und um 2 Uhr nach Wien zurückgekehrt sein.

* **Paris**, 4. Dez. Auch heute war bis zum Postabgange noch nichts Näheres über den Papst bekannt. Man erfuhr gestern, daß derselbe am 26. Nov. in Gaeta angekommen und der Tenaro von Civitavecchia abgegangen sei um sich zu seiner Verfügung zu stellen. (In Turin zeigte Minister Pinelli am 29. an, daß Pius IX. auf einem französischen Schiffe geflohen sei. Am 26. hat das römische Volk, wie gemeldet wird, deswegen gegen das französische Gesandtschaftshotel geschossen.) Man vermuthet nun, das wieder eingetretene schlechte Wetter habe weitere telegraphische Mittheilungen verhindert. Vielleicht wartet er auch in Gaeta die Wirkung ab, welche seine Flucht auf die römische Bevölkerung hervorbrachte. Vor Postabgang hieß es, ein Courier des Admirals Parker, der hier durch nach London ging, bringe die Nachricht, derselbe sei in Malta gelandet. Die Brüss. Independance vom 5. Dez. hat, wie sie anzeige, Privatnachrichten erhalten, die sie freilich nicht verbürgt, nach welchen Pius IX. eine andere Richtung als nach Frankreich genommen hätte, was dieser letzteren Nachricht einige Wahrscheinlichkeit gibt. Mitten unter diesen Ungewißheiten erfahren wir durch einen Artikel des Journal du Havre aus London vom 2. Dez., daß England ein Geschwader nach Civita vecchia schickte. Wir sind also am Vorabend wichtiger Ereignisse.

Mit der Wittwe Rossi's und ihren Kindern sind auch die Kardinäle Piccolomini und Della Porte in Marseille angekommen. Eben daher wird vom 29. Nov. gemeldet, die durch telegraphische Depesche von hier nach den römischen Staaten bestimmte Brigade des Generals Moliere erwarte in der Nacht die nöthigen Transportmittel, um abzugehen.

Civitavecchia, 27. Nov. Rom ist vollkommen ruhig. Der Volkszirkel hat seine Macht in die Hände einer provisorischen Regierung niedergelegt.

Paris, 3. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 67. —. 3pCt. 43. 70; Neue — —; Neapol. —. —; Bankaktien 1415; —; Span. 5pCt. (Arbdins) —. —; 3pCt. —. —; 3pCt. inländische —. —; St. Germain Eisenbahn-Aktien —. —; Versailles, rechtes Ufer —. —; linkes Ufer —. —; Paris-Orleans 630. —; Paris-Rouen 360. —; Orleans-Bordeaux 365. —; Orleans-Vierzon 215. —; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 167. 50; Straßburg-Basel 77. 50; Nordbahn 345 —; Paris-Lyon 357½; Paris-Straßburg 326. 25; Römisches Anleben 53.

Die Course stiegen bedeutend, jedoch nur durch Börsenverhältnisse, ohne eigentlichen politischen Grund. Es hieß zwar, der Papst sei in Marseille angekommen (was sich bis zum Postabgang nicht weiter bestätigte), dies wirkte indeß nicht ein. Römisches Anlehen ½ pCt. besser als gestern.

Die Madrider Post fehlte am 4. Dez. in Paris.

Madrid, 27. Nov. 3pCt. Rente 19⅝ Papier. (Nach der Börse 19 15/16 à ⅝ Geld); 5pCt. 9½ P. (N. d. B. 9¼ G.); Passive Staatsschuld 3⅛ P. (N. d. B. 3½ à 5/16 G.)

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 7. Dez. Irrungen beim Abstimmen.) Wien (Neueste Nachrichten. Die Presse.) Kremsier (Reichstagssitzung. Die Abdication des Kaisers verkündigt.) Prag (Der Kaiser. Der ungarische Krieg.) Berlin (Der König tölt die Landesversammlung auf und verleiht eine octroyirte Verfassung. Grundzüge derselben. v. d. Heydt Minister, Gr. v. Bülow u. Pommer-Esche. Hergenhahn und Simson. Pläne der Demokraten. Der König von Preußen u. Hr. v. Gagern. Die Octroyirung.)

Frankreich. Paris (Pius IX. soll in Corsika angekommen sein.)

Frankfurter Boersenbericht (Vom 7. Dez.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 7. December.

Tagesordnung der 131. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den Marine-Ausschuß.
2) Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte des deutschen Volks, Art. III. bis VI.

Den Vorsitz nimmt Heinrich v. Gagern ein. In Bezug auf die gestrigen Beschlüsse über die Aufhebung der Standesunterschiede, des Adels, fremder Orden ꝛc. sind mehrere protokollarische Erklärungen nachträglich übergeben worden, die der Präsident verliest. Dann läßt er die Wahlzettel zur Ergänzung des Marine-Ausschusses einfordern.

Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses erstattet Grumbrecht über eine lange Reihe von Eingängen Bericht. Letzterer liegt gedruckt vor.

Die zweite Berathung der Grundrechte steht an Artikel III. §. 8, der von der Sicherung der persönlichen Freiheit handelt. Auf eine nochmalige Debatte des Gegenstandes wird verzichtet und darauf der Paragraph nach der Fassung der Ausschußmehrheit in folgender Gestalt angenommen:

§. 8. „Die Freiheit der Person ist unverletzlich.

Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Verhafteten zugestellt werden.

Die Polizeibehörde muß Jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben.

Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer vom Gerichte zu bestimmenden Kaution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeigen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen.

Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet.

Die für das Heer- und Seewesen erforderlichen Modifikationen dieser Bestimmungen werden besonderen Gesetzen vorbehalten."

Zu §. 9 werden zahlreiche Verbesserungsanträge mitgetheilt. Darunter der Osterrath's und Genossen, wornach die Todesstrafe aufrecht erhalten und nur die körperliche Züchtigung, Pranger u. s. w. abgeschafft werden soll. Dennoch erhebt sich für die Besprechung nicht die nöthige Anzahl von Mitgliedern und es wird auch hier sogleich zur Abstimmung geschritten. Unter den Anträgen, die weiter gehen, als selbst die früheren Beschlüsse des Hauses und als der darnach geformte Vorschlag des Verfassungsausschusses, heben wir den hervor, welcher sich auch gegen die Strafe „der Arbeit in Eisen" richtet. Ueber den Satz: „die Todesstrafe ist abgeschafft" — die Ausnahme des Kriegsrechts vorbehältlich — wird besonders und durch Zettel abgestimmt. 256 Stimmen gegen 172 bejahen die Abschaffung. Was die Ausnahme des Kriegsrechts in Bezug auf die Todesstrafe anlangt, so will eine Minderheit des Ausschusses nicht das Kriegsrecht im Allgemeinen zum Verhängen der Todesstrafe ermächtigen, sondern nur im Falle eines Kriegs mit auswärtigen Staaten. Diese Minderheit setzt sich aus den Herren Wigard, Ahrens, Mittermaier, Schreiner, Gülich, Welcker zusammen. Ihr Antrag wird von 283 gegen 155 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird dagegen ein Zusatz v. Reden's, die Meuterei auf der See betreffend, wonach der Paragraph schließlich die folgende Fassung erhält:

§. 9. „Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt oder das Seerecht im Fall von Meutereien sie zuläßt, sowie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft."

Ehe auf §. 10 übergegangen wird, verkündet G. Beseler, daß der Verfassungsausschuß mit einem Ersetzentwurfe über die zeitweilige Aufhebung gewisser Grundrechte beschäftigt sei, auf dessen Berathung er die auf Belagerungszustand u. s. w. bezüglichen Anträge zu verschieben bittet. Wigard aber erhält das Wort, um das Minderheitsrachten: (Zusatzparagraph) „Kein Ort in Deutschland darf, ausgenommen in Fällen des Kriegs mit auswärtigen Staaten, in Belagerungszustand versetzt werden. Das Standrecht findet nur Anwendung in Zeiten des Kriegs mit auswärtigen Staaten für die Fälle, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt —" zu empfehlen. Die Abstimmung erfolgt durch Zettel. 296 Stimmen gegen 138 lehnen diesen Zusatz ab.

Eben so wird mit 247 gegen 194 Stimmen der eventuelle Antrag Makowiczka's und Genossen abgelehnt: daß der Belagerungszustand, das Kriegs- und Standrecht nur in den Fällen und Formen, die ein Reichsgesetz regeln werde, verhängt werden dürfe.

§. 10, wie er ohne Diskussion zum Beschluß erhoben worden, lautet: „Die Wohnung ist unverletzlich." Eine Haussuchung ist nur zulässig:

1) In Kraft eines richterlichen mit Gründen versehenen Befehls, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden den Betheiligten zugestellt werden soll.

2) Im Falle der Verfolgung auf frischer That durch den gesetzlich berechtigten Beamten.

3) In den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweis bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet.

Die Haussuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen.

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten.

Desgleichen ohne Diskussion und durchaus in der Fassung der Ausschußmehrheit:

§. 11. „Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll."

§. 12. „Das Briefgeheimniß ist gewährleistet.

Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen."

Der Präsident bringt zur Anzeige, daß bei den vorhergehenden Zettelabstimmungen der Name von Trützschler's dreimal und ebenso der Name Raus' aus Wolframitz doppelt und mit verschiedener Hand geschrieben in die Urne gekommen sei. (Bewegung des Unwillens). Natürlich, daß die Genannten selbst an diesem Mißbrauche unbetheiligt sind, wie Zimmermann von Stuttgart diese Unschuld sogar für die ganze Fraktion seiner politischen Freunde von der Rednerbühne herab verbürgen zu müssen glaubt. Der Präsident bemerkt indeß, daß dieser Unfug zum wenigsten die Abstimmungsweise durch Zettel als eine sehr unverfängliche erscheinen lasse. Ein Antrag von der Linken, der gegen das Bestehen oder Errichten von geheimer Polizei Abwehr ergreift, wird zurückgewiesen, weil die darunter gesetzten Unterschriften zwar von der ausreichenden Anzahl sind, aber dem Anscheine nach meist von stellvertretender Hand herrühren. Der Formfehler wird von Drechsler anerkannt und zugleich hinzugefügt, derselbe Antrag werde an anderer Stelle wiederholt werden und so, daß keine Formausstellung daran gemacht werden könne. (Heiterkeit.)

Im Artikel IV. §. 13 hat die Redaktion des Verfassungsausschusses von den Bestimmungen des früheren Beschlusses: die Preßfreiheit dürfe weder beschränkt, suspendirt noch aufgehoben werden, das „suspendirt" in Wegfall gebracht. Neu ist dagegen in eben diesem Paragraphen der Zusatz durch „vorbeugende Maßregeln." Gegen beide Abänderungen werden mehrseitige Bedenken und darum Schwierigkeiten über die Fragstellung erhoben. Die Versammlung selbst entscheidet endlich über die letztere.

Nachdem nämlich der erste Absatz von §. 13:

Digitized by Google

„Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern" — bereits angenommen ist, wird der folgende Satz:

„Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Censur, Konzessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbot oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt oder aufgehoben werden" —

mit dem Vorbehalt zur Abstimmung (durch Zettel) gebracht, daß über das Wort „suspendirt" noch besonders abgestimmt werde.

Wesendonck und Zimmermann aus Stuttgart erklären, sie und ihre Parteigenossen müßten auf die Abstimmung verzichten, wenn die Fragstellung nicht geändert werde, denn für ihre ihrer Meinung Gewalt an Einen Ausdruck Gagern's, daß der von der linken Seite des Hauses vorgeschlagene Abstimmungsmodus zu einem (grammatischen) Unsinn führen werde, mißdeutet Zimmermann von Stuttgart mit einer Hartnäckigkeit, daß er zur Ordnung gerufen werden mußte. Indessen wird die begonnene Abstimmung ungestört vollzogen und sie entscheidet sich mit 338 Stimmen gegen 67 Stimmen für die Annahme der obigen mitgetheilten Fassung der Ausschußmehrheit. Ueber den Zusatz „suspendirt" wird soeben durch Namensaufruf abgestimmt. Ueber die Fortsetzung der heutigen Sitzung berichten wir in der Nachschrift.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 7. Dez. In der heutigen Sitzung trat der seltsame Umstand ein, daß die Linke sich gegen eine Abstimmung durch Namens-Aufruf erklärte und dagegen eine solche durch Stimmzettel wünschte. Dies Faktum, das Manchem unerklärlich scheint, der die Passion kennt, welche man auf jener Seite für Abstimmungen mit Namens-Aufruf hegt, dieses Faktum, sagen wir, könnte eine Aufklärung zu erhalten scheinen durch eine Entdeckung, welche heute nach einigen Zettel-Abstimmungen gemacht wurde. Wir wollen das Faktum berichten, ohne eine Anklage daran zu knüpfen, freilich auch ohne, (wie Hr. Zimmermann v. Stuttgart sie versuchte) ohne Entschuldigung, denn die würde in diesem Falle ebenso schlimm sein, wie eine Anklage. Es fanden sich nämlich bei einer Abstimmung, wo die Linke mit Ja gestimmt hatte, drei weiße Ja-Zettel mit Einem und demselben Namen bezeichnet, außerdem noch wieder zwei solche Zettel, ebenfalls mit Einem und demselben Namen. Die Inhaber der Namen erkannten nur einen Zettel als von ihnen geschrieben und gültig an. Nicht minder charakteristisch war ein zweiter Vorgang. Es war ein Amendement eingereicht, das, um angenommen zu werden, zwanzig Unterschriften haben mußte. Das eingereichte hatte allerdings mehr als zwanzig Unterschriften, nur fand es sich, daß deren etliche nicht von denen geschrieben waren, die allein dazu befugt sind. Man zog dieser Formfehler wegen den Antrag zurück.

Wien, 1. Dez. Matteo Padovani aus Triest (wie der Allg. Ztg geschrieben wird, eine Zeit lang der Haftgenosse Blum's und Frödel's), wurde zum Strange verurtheilt, das Urtheil jedoch durch den Fürsten Windischgrätz in 12jährigen Festungsarrest gemildert. — Die Märkte sind ruhig besahren, und trotz der Unterbrechung des Güterverkehrs auf der Nordbahn sind die Frucht- und Mehlpreise abermals zurückgegangen. Der Fonds- und Aktienverkehr an der Börse ist beinahe null. — Der juridisch-politische Leseverein ist am 1. Dez. wieder eröffnet worden. Ueber die Journalpresse wird der Allg. Ztg. geschrieben: „Der „Presse" ist der Lloyd nicht ministeriell genug, sie glaubt, in schlecht verborgener Eifersucht, das Ministerium wirksamer vertreten zu können, und will durch einen sanften Oppositionston glauben machen, als wäre sie von jedem Ollmützer Einflusse frei, während jeder gewandte Leser in ihr seit Monaten das Organ Stadion's herauswittert. Durch diesen Einfluß soll nun der Hauptredakteur Dr. Landsteiner für die Bukowina in die Kammer kommen. Kuranda's Ost-Deutsche Post wird im Laufe des Dezembers wieder in's Horn stoßen."

Kremsier, 2. Dez. Der Reichstagspräsident Smolka empfing heute Morgen eine telegraphische Depesche des Ministerpräsidenten aus Ollmütz, in welchem ihm aufgetragen wurde, die Deputirten um 12 Uhr Mittags zu einer außerordentlichen, höchst wichtigen Sitzung einzuladen, welcher sämmtliche Minister beiwohnen würden. Um ¾ auf 2 Uhr sind alle Minister anwesend und der Präsident eröffnet die Sitzung. Nun begibt sich Fürst Schwarzenberg (der Ministerpräsident) auf die Rednerbühne und zeigt dem Reichstage an, daß Se. Maj. der Kaiser Ferdinand I. zu Gunsten seines Neffen, des Erzherzogs Franz Joseph, abdicirt habe. Der Bruder Sr. Maj., welcher der präsumtive Thronfolger war, der Erzherzog Franz Karl, hat auf seine Rechte verzichtet und sein Sohn, Franz Joseph I., besteigt den Thron von Oesterreich. Die Mitglieder der k. Familie, die Großwürdenträger der Monarchie, die Generäle Windischgrätz und Jellacic und Baron Hügel (als Protokollführer) waren bei dem feierlichen Akte der Abdikationserklärung zugegen. Der Minister Schwarzenberg gibt nun die Dokumente der Abdankungserklärung (vom 1. Dez.), der Verzichtleistung des Erzherzogs Franz Karl und der Annahme der Krone durch den Erzherzog Franz Joseph (vom 2. Dez.) der Kammer bekannt. Weiter berichtet der Ministerpräsident über die Kontrasignirung dieser Dokumente durch die Minister und die Proklamirung des neuen Kaisers. — Der Ministerpräsident bringt dem neuen Kaiser ein Hoch! in welches die Versammlung einstimmt. Nun liest derselbe noch das Abschiedsmanifest des abgetretenen Monarchen und das Antrittsmanifest Se. Majestät des Kaisers Franz Joseph I. Se. Majestät Franz Joseph I. hat das Ministerium Schwarzenberg-Stadion bestätigt und den Baron Kulmer in den Ministerrath als Minister ohne Portefeuille aufgenommen. — Die Reichsversammlung bringt dem konstitutionellen Kaiser ein Hoch. H. Neumann macht den Antrag, an den Kaiser Ferdinand, welcher sich Prag zu seiner einstweiligen Residenz ausersehen, eine Deputation zu senden, welche ihm den Dank des Vaterlandes ausdrücken soll. Der Antrag wird angenommen. H. Mayer trägt darauf an, einer Beglückwünschung an Se. Maj. den Kaiser Franz Joseph I. und eine Dankadresse an den Kaiser Ferdinand zu richten. Wird angenommen. Auf H. Brauner's Vorschlag werden aus jeder Provinz 4 Abgeordnete als Mitglieder der Deputation nach Ollmütz abgehen. Mit der Abfassung der Adressen wurden die Herren Mayer, Neumann, Brauner, Schuselka und Zemialkowsky beauftragt. (L. Z.)

Prag, 3. Dez. (Nachmittags 3 Uhr.) Der neue Kaiser von Oesterreich Franz II. hat erklärt, daß er das Programm des Ministeriums zu seinem eigenen mache. Die Proclamation erscheint noch heute im Laufe des Nachmittags. Als Grund der Abdankung wird angegeben, daß der Kaiser Ferdinand in der ungarischen Frage sich in zu viel Widersprüche verwickelt habe.

Kaiser Ferdinand I., geb. 19. April 1793, folgte seinem Vater (Franz I.) am 2. März 1835 in der Regierung. — Erzherzog Franz Joseph, Sohn des Erzherzogs Franz Karl Joseph, Bruders des Kaisers, ist geboren am 18. August 1830. (D. A. Z.)

Prag, 3. Dez. Um halb 10 Uhr vorgestern Morgens langten Windisch-Grätz und Jellacic in Ollmütz an. Es ward die ganze Nacht hindurch nach Wien telegraphirt. Um 9 Uhr gestern Morgens rückte die Garnison der Festung in großer Parade aus. Der Erzherzog Ferdinand von Este verkündete den Truppen die Abdankung des Kaisers. Das Erstaunen war allgemein. Die Besatzung defilirte vor dem künftigen Kaiser vorüber, der in Oberstenuniform erschien. — Der Kaiser hat in Prag den Hradschin bezogen. Er reiste ohne alles Gepränge. Ollmütz bleibt dem Vernehmen nach noch Residenz. — Zuverlässiger Nachricht zufolge werden die Wachtfeuer der Ungarn bei Göding gesehen. Sie haben Vortheile über die k. k. Truppen errungen. Die Militärtransporte dauern auf der Nordbahn beständig fort. (L. Z.)

* **Berlin**, 5. Dez. Der Würfel ist gefallen! der König hat den Landtag aufgelöst, und eine Verfassung oktroyirt. Wir werden den Wortlaut derselben morgen nachfolgen lassen, und bemerken vorläufig nur, daß die Volksvertretung aus zwei Kammern bestehen wird, die auf folgende Art zusammengesetzt sind: die erste Kammer zählt 180 Mitglieder, durch die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter auf sechs Jahre gewählt. Sie müssen über 40 Jahre alt sein und fünf Jahre dem preußischen Staatsverband angehört haben. Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisegelder noch Diäten. Die zweite Kammer besteht aus Mitgliedern über dreißig Jahre alt, ein Jahr in Preußen an-

säßig, für drei Jahre gewählt. Die Wahlen sind indirekt, ohne Census. Ueber den königlichen Titel und das Veto findet sich nichts in der Verfassung, die Verleihung von Orden ist dem Könige vorbehalten. Ueber das Staatsgebiet lautet der erste Paragraph: „Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet.“ Die Beunruhe schließen sich ziemlich genau an die Vorarbeiten an; doch über Volksversammlungen unter freiem Himmel ist bestimmt, daß sie in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Bis zum Erlaß desselben hat die Polizei, der 24 Stunden vorher Anzeige zu machen ist, das Recht, solche Versammlungen zu verbieten, wenn sie dieselben für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet. Das Ministerium bleibt uns ist durch die Herren v. d. Heydt, Graf v. Bülow und v. Pommer-Esche vervollständigt worden.

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

haben durch Unsere Verordnung vom heutigen Tage die zur Vereinbarung einer Staatsverfassung berufene Versammlung aufgelöst. Zugleich haben Wir, in der Absicht, Unser getreues Volk sogleich der von demselben ersehnten Segnungen der verheißenen konstitutionellen Freiheit theilhaftig werden zu lassen, die Regelung der letzteren nicht von dem in seiner Aussicht stehenden Ergebniß der Vereinbarung mit einer anderweitigen Volksvertretung abhängig machen wollen, dieselbe vielmehr durch die heute von Uns vollzogene Verfassungsurkunde dauernd gesichert. Bei der Feststellung dieses Staatsgrundgesetzes ist der von der Regierung vorgelegte Entwurf, welcher nach Maßgabe der von der Verfassungs-Kommission der zur Vereinbarung berufenen Versammlung ausgegangenen Vorschläge, und der übrigen Vorarbeiten derselben, so wie in gebührender Berücksichtigung der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, modifizirt wurde, zum Grunde gelegt worden. Wir glauben Uns daher der zuversichtlichen Hoffnung hingeben zu dürfen, daß jene Verfassung den Wünschen Unseres getreuen Volks entsprechen werde. Im Art. 110 ist überdies eine Revision auf dem Wege der Gesetzgebung durch die nächste Volksvertretung vorbehalten. Unmittelbar nach erfolgter Revision werden Wir die von Uns verheißene Vereidung des Heeres auf die Verfassung veranlassen. Der Vorbehalt der Revision der Verfassung gewährt zugleich die Möglichkeit, die Verfassung des preußischen Staates mit dem im Auslande begriffenen deutschen Verfassungswerke in Einklang zu bringen.

Wir verordnen nunmehr, daß die nach der Verfassungsurkunde in's Leben zu rufenden Kammern am 26. Februar 1849 in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin sich versammeln. Zu diesem Zwecke haben am 22. Januar k. J. sämmtliche Urwähler im ganzen Staate zur Wahl der Wahlmänner, am 5. Februar k. J. die Letzteren zur Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer, am 29. Januar die zur Theilnahme an den Wahlen für die erste Kammer berechtigten Wähler zur Wahl von Wahlmännern, endlich am 12. Februar k. J. die Letzteren zur Wahl der Mitglieder der ersten Kammer zusammenzutreten.

Die Rücksicht auf die Unseren Ministern aufgetragene Vorbereitung der den Kammern vorzulegenden, in der Verfassungs-Urkunde vorbehaltenen und sonstigen dringlichen Gesetz-Entwürfe und der Zeit-Aufwand, welchen die Wahl-Operationen erheischen, gestatten nicht, Uns früher mit den Vertretern Unseres Volkes zu umgeben.

Wir erwarten übrigens mit Zuversicht, daß bis zum Zeitpunkte der Versammlung der Kammern die Herrschaft des Gesetzes in Unserer Haupt- und Residenzstadt durch den guten Sinn der Bürger der letzteren völlig wiederhergestellt sein und den freien Berathungen der Volksvertreter daselbst alsdann Nichts im Wege stehen wird.

Wir wollen jedoch die Uns besonders am Herzen liegende Hebung des Wohlstandes der ländlichen Bevölkerung, so wie die, keinen Aufschub duldende, Befriedigung mehrerer anderer, durch ein dringendes Zeitbedürfniß hervorgerufener Wünsche Unseres getreuen Volks, unter jener nothwendigen Verzögerung nicht leiden lassen, und werden daher mehrere Gesetze unter dem Vorbehalt der Genehmigung der zunächst zusammentretenden Kammern in kürzester Zeit zur Publikation bringen, unter Anderem:

1) eine Verordnung über die interimistische Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien;
2) eine Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen;
3) eine Verordnung über Aufhebung des bäuerlichen Erbfolge-Gesetzes in Westfalen.
4) eine Verordnung über Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des privilegirten Gerichtsstandes, so wie über die anderweitige Organisation der Gerichte;
5) eine Verordnung, betreffend die Aufhebung der Zirkular-Verfügung vom 26. Februar 1799 und die Abänderung der Injurienstrafen.

Der nächsten Volksvertretung werden zur Berathung vorgelegt werden:

1) ein Gesetz, betreffend das Recht der Aeltern zur Bestimmung der Religion ihrer Kinder;
2) ein Gesetz über Regulirung der Mühlen-Abgaben;
3) ein Gesetz über die Verpflichtung der Gemeinden zum Schadensersatz bei Tumulten;
4) ein Gesetz über Aufhebung der Grund- und Klassensteuer-Befreiungen und wegen Einführung einer allgemeinen Grundsteuer;
5) ein Gesetz über die Einkommensteuer;
6) eine neue Ablösungs-Ordnung und ein Gesetz, betreffend die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben;
7) eine Gemeinde-Ordnung;
8) eine Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung;
9) eine Verordnung, betreffend die Aufhebung einiger Erbhindernisse;
10) eine Verordnung über die Form der Eide.

Da die in der Verfassungs-Urkunde bestimmte Wahl der ersten Kammer durch die Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Vertreter wegen des noch nicht erfolgten Erscheinens der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung gegenwärtig noch nicht ausführbar ist, so haben Wir ein provisorisches Wahlgesetz *) zur Bildung der ersten Kammer für das erste Jahr der nächsten Legislatur vollzogen.

Wir geben Uns demnach der Hoffnung hin, daß die von Uns verliehene Verfassung unter Gottes Segen zum größeren Ruhme des Vaterlandes beitragen und das, durch eine Geschichte von Jahrhunderten begründete, Band gegenseitiger Anhänglichkeit zwischen Unserem Königlichen Hause und Unserem getreuen Volke noch fester knüpfen, so wie die Wohlfahrt und Freiheit des letzteren dauerhaft begründen werde.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 5. Dezember 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. Rintelen. von der Heydt.

Patent,

betreffend die Zusammenberufung der Vertreter, vom 5. Dezember 1848.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. haben aus dem beifolgenden Berichte Unseres Staats-Ministeriums über die letzten Sitzungen der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung zu Unserem tiefen Schmerze die Ueberzeugung gewonnen, daß das große Werk, zu welchem diese Versammlung berufen ist, mit derselben, ohne Verletzung der Würde Unserer Krone und ohne Beeinträchtigung des davon unzertrennlichen Wohles des Landes, nicht länger fortgeführt werden kann. Wir verordnen demnach, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung wird hierdurch aufgelöst.

§. 2. Unser Staats-Ministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 5. Dezember 1848.

Friedrich Wilhelm.

Das Staats-Ministerium:

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel. Rintelen. von der Heydt.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Den Handelsgerichts-Präsidenten von der Heydt zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu ernennen;

Dem Unter-Staatssekretär Beaten von Bülow die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu übertragen; und

Den Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath von Pommer-Esche zum Unter-Staatssekretär beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu ernennen.

△ **Berlin**, 4. Dez. Es ist jetzt keinem Zweifel mehr unterworfen, daß das Ministerium in Betreff der Nationalversammlung einen entscheidenden Schritt thun wird. Man hatte als das einzige Mittel, was übrig bleibt, schon seit vorigem Freitag jeden Tag die Auflösung erwartet; vielleicht dürfen wir ihr schon morgen entgegensehen. Man macht sich hier allgemein mit diesem Gedanken vertraut. Eine Versöhnung, eine Vereinbarung scheint nicht mehr möglich; der Umstand, daß Herr v. Unruh und seine Fraktion sich am Sonnabend nach heute in Brandenburg einfanden, in der erklärten Absicht, eine Sitzung der National-Versammlung abzuhalten, beweist, daß jener Gedanke, an welchem alle Konstitutionellen noch als an dem letzten Rettungsanker hingen, wohl aufgegeben werden muß. Die Einberufung der Stellvertreter ist unter solchen Umständen auch unmöglich. Die Majorität der Abgeordneten, d. h. die Fraktion Unruh (zum größten Theil), die Fraktion Rodbertus und die äußerste Linke, haben ihr Mandat nicht niedergelegt. Wenn also die Stellvertreter einberufen würden, so müßten die unangenehmsten, für die Entwickelung des politischen Bewußtseins unzüglichsten Kollisionen mit den Stellvertretern die Folge sein. Die Anordnung von Neuwahlen würde die Aufregung des Landes, die sich glücklicherweise eben gelegt hat, neu hervorrufen und die definitive Konstituirung der Verfassung wäre ungemein auf lange hinausgeschoben. Der inneren Gestaltung Deutschlands, wie seiner Beziehung zum Auslande wegen, erscheint aber nichts nothwendiger, als die endliche Konstituirung. Die deutsche Verfassung wird keine allgemeine Bedeutung haben, so lange nicht die preußische Verfassung emanirt und in Ausübung ist. Wir bedauern feierlich sehr, daß die preußische Verfassung nicht auf dem Wege der Vereinbarung zu Stande gekommen; das Volk weiß aber auch, daß das Wort nicht allein die Verfassung macht, sondern der Geist, den es selbst hineinlegt. Steht dann noch die Revision der Verfassung den sofort zu berufenden Kammern zu, so ist die Aussicht, entschiedene Punkte auf dem Wege der Vereinbarung noch in dieselbe hineinzubringen, keineswegs abgeschnitten. Auf den 18. Januar (Krönungstag

*) Dieses, so wie das Wahlgesetz für die zweite Kammer, werden unverzüglich nachfolgen.

und Ordensfest) des nächstfolgenden Jahres dürfen wir vielleicht die Berufung der Kammern erwarten. — Die Reichscommissäre Hergenhahn und Simson befinden sich noch hier. Der Erfolg ihrer Wirksamkeit erscheint fortwährend zum mindesten sehr zweifelhaft. Unseres Erachtens ist die Zeit dazu vorüber. — Die Pläne der demokratischen Partei sind für den Augenblick hinausgeschoben und zwar, wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, bis zum März des nächsten Jahres. Hoffentlich werden bis dahin unsere Verhältnisse so consolidirt sein — wenigstens läge es allein an uns, wenn sie es nicht wären — daß wir dann von den republikanischen Schilderhebungen nicht mehr so viel zu fürchten haben. — Die Staatsminister, mit denen die Reichscommissarien heute Morgen nach Rücksprache nahmen, befinden sich heute Nachmittag in Potsdam bei'm Könige.

Berlin, 3. Dez. Der König von Preußen, berichtet eine Mittheilung der „Kölnischen Zeitung", erklärte an Herrn v. Gagern, nie anders an die Spitze des deutschen Reichskörpers treten zu wollen, als unter unbedingter Zustimmung der gesammten übrigen Reichsfürsten. Mit einem Worte: die weniger bestimmt ausgesprochene als vielfach im Stillen gehegte Idee, den König von Preußen über kurz oder lang dennoch zu einem deutschen Könige sich umgestalten zu sehen, hat in der Form, wie ihre Verwirklichung bisher angebahnt wurde, an Wahrscheinlichkeit viel verloren. — Aber auch für die Lösung des Konflikts zwischen den beiden obersten Gewalten unseres preußischen Vaterlandes hat Hr. v. Gagern keine frohen Hoffnungen der Frankfurter Versammlung zuzutragen. Er hat fast bis zum letzten Augenblicke die Möglichkeit dieser Lösung hier verfochten, er hat aber nach am Tage seines Scheidens die Vergeblichkeit seiner Bemühungen erkennen müssen. Man thut Hrn. v. Gagern Unrecht, wenn man glaubt, er habe sich in dem obwaltenden Streite unbedingt auf die Seite der Krone gestellt. Er hat vielmehr vor Allem die Ansicht vertheidigt, daß das Ministerium Brandenburg sofort bei der Wiedereröffnung der Versammlung in Brandenburg, nach ehe eine neue Konstituirung oder eine neue Ermittelung über die Beschlußfähigkeit der Kammer stattgefunden habe, den Abgeordneten gegenüber die Anzeige mache müsse, daß es mit der Wiederherstellung der Ruhe in Berlin und der nunmehr ausgeführten Verlegung der Versammlung seine Aufgabe erfüllt und daher nunmehr dem Könige seine Demission eingereicht habe; es hätte alsdann in Folge des Ministerwechsels eine neue kurze Vertagung der Versammlung eintreten und das neue Ministerium seine Thätigkeit mit einer königlichen Botschaft beginnen sollen, durch welche die Rückverlegung der Versammlung nach Berlin unter gewissen Bedingungen vorgeschlagen wird. Als auf diesen Vorschlag nicht eingegangen war, versuchte Hr. v. Gagern vornehmlich auf die Stimmführer der Nationalversammlung einzuwirken und dieselben zu bestimmen, unter jederlei Bedingung vorläufig an den Berathungen in Brandenburg Theil zu nehmen. Er hat namentlich auch nach vorgestern mit dem Abgeordneten v. Radowitz eine lange Konferenz gehabt, über deren genauern Inhalt wir uns leider der Mittheilung enthalten müssen. Unsere Leser wissen, in welche Phase die Verhältnisse seitdem durch die Vorgänge vom 1. Dez. in Brandenburg getreten sind; es ist dadurch die Möglichkeit einer Auflösung der Kammer und einer Oktroyirung der Verfassung von Neuem näher gerückt, ein Fall, der bereits vor dem 27. November in Potsdam vielfach in Berathung gezogen, schließlich aber hauptsächlich in Folge der Einwirkungen des Herrn v. Vincke, völlig aufgegeben worden war. Selbst diejenigen, welche eine andere Möglichkeit für die Lösung des Conflikts nicht erkennen, sind dennoch meistentheils, wiewohl aus sehr verschiedenen Motiven, gegen diesen Plan gestimmt. Die Einen, und zu diesen gehört z. B. Hr. v. Vincke, wollen, daß die Regierung unter keinerlei Bedingung den Rechtsboden verlasse und den in den Verheißungen des März und April festgehaltenen Vereinbarungs-Standpunkt aufgebe; die ganze so genannte Camarilla und die Anhänger streng conservativer Ansichten nach dem Muster ihres Organs, der „Neuen Preuß. Zeitung", endlich wollen eine Oktroyirung der Verfassung deshalb nicht, weil sie der Meinung sind, daß dieselbe, gegenwärtig gegeben, jedenfalls noch unter dem Einflusse von Einwirkungen und mit Rücksicht auf Prinzipien würde festgestellt werden müssen, die schon nach Verlauf kurzer Zeit völlig beseitigt sein würden; eine gegenwärtig oktroyirte Verfassung würde mit Einem Worte freisinniger sein müssen, als sie wünschen, und es äußerte ein geistreicher Mann dieser Partei witzig mit Rücksicht hierauf: gegenwärtig eine Verfassung oktroyiren, schiene ihm so, wie jemand, der morgen an einem hänfenen Stricke aufgehängt werden sollte und sich heute an einer seidenen Schnur aufhängte. Das Eine aber fühlt Jeder, daß eine Entscheidung getroffen werden muß; rathlos fragt sich aber eben so Jeder: welches die den Verhältnissen nach richtige und angemessene sei, und sind wir recht unterrichtet, so befindet sich das Ministerium gleich allen Andern bis jetzt in völliger Rathlosigkeit.

Frankreich.

* **Paris**, 3. Dez. Der „Moniteur du soir" sagt, nach den herrschenden Winden vermuthe man in Marseille, der Papst wäre in Corsika angekommen. Wieder eine Vermuthung, die wir ebensowenig als die letzte Nachricht eines unserer Korrespondenten von dessen Ankunft in Marseille verbürgen. — Der Nationalversammlung wurde ein Schreiben Lamoricière's mitgetheilt, nach welchem die Wahlen in Algerien erst am 19. d. M. vollendet sein können. Die Versammlung geht in der Verhandlung und der Abstimmung über das rectificirte Budget von 1848 rasch vorwärts. An dem Gehalte der (85) Zahlmeister (Payeurs) wurde, trotz des Widerspruchs des Ausschusses, ein Abzug von 156,500 Franken für die letzten 14 Tage des Dezember beliebt, was auf das Jahr über 6½ Millionen machen würde.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 7. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 71; 2½pCt. ditto 37⅝; Bankaktien fl. 1185; fl. 500. Loose 123⅜; fl. 250. Loose 77½; Badische fl. 35. Loose 25¾; Hessische Rthlr. 40 Loose 20⅛; Polnische fl. 500 Loose 70¾; Friedr. Wilh.-Nordbahn 41⅜; Berbach 65⅞; Köln-Minden 79¼; 3pCt. inländ. Span. 18⅜; 4½pCt. Württ. 93⅛; 4½pCt. Belg. 73; Holl. 2½pCt. Integrale 47.

Für österreichische Fonds und Berbach war die Börse sehr günstig gestimmt. In den übrigen Papieren keine besondere Lebendigkeit. Das Wechselgeschäft bleibt träge. Amsterdam 100⅝ gemacht. Augsburg 119½ G. Berlin 105¼ G. u. B. Bremen 99¼ B. Hamburg 88⅛ zu haben. London 121⅛ B. 120⅞ zu machen. Mailand 100½ B. Paris 94⅞ G. u. B. Wien 107 G. — In den Geldsorten hat sich seit dem letzten Wochenbericht keine Veränderung ergeben.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 7. Dez. (Schluß.)

Die Wiederaufnahme des Wortes: „suspendirt" in den §. 13 (die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen — beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden) wird mit 263 gegen 181 Stimmen angenommen, worauf abermals mehrere Erklärungen zu Protokoll, meist gegen die „vorbeugenden Maßregeln" gerichtet, erfolgen. Angenommen wird sodann zur Ergänzung des Paragraphen: „Ueber Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt. Ein Preßgesetz wird vom Reiche erlassen werden." Noch kommt von Artikel V. der §. 14 zur Abstimmung. Er lautet nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses: „Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit." Dazu wird aus der ersten Lesung der Grundrechte der Zusatz (mit 226 gegen 210 Stimmen) angenommen: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren."

In Bezug auf die neuesten Ereignisse in Preußen stellt Wesendonck noch vor Ende der heutigen Sitzung den dringenden Antrag: „die Nationalversammlung möge die unterm 5. d. M. verordnete Auflösung der preußischen Versammlung und die Oktroyirung einer Verfassung für Preußen von Seiten der Krone für null und nichtig erklären. Geht an den Biedermann'schen Ausschuß. Nächste Sitzung findet den 9. Dez. Statt.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Knox & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame des Victoires.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 324. **Frankfurt a. M., Freitag 8. Dezember.** **1848.**

Uebersicht.

Die neue preußische Verfassung.

Deutschland. Frankfurt (Die Abgrenzung in Posen. Hr. v. Arnim über Mediatisirung.) Oesterreich (Kaiserliche Proklamationen.) Wien (Näheres über die Abdankung des Kaisers. Der erste Eindruck derselben. Die Kontribution Radetzky's.) Olmütz (Näheres über die Thronentsagung und über die Person des Kaisers.) Berlin (Ministerrath. Armgart v. Arnim. Ausweisungen.) Posen (Truppenbewegungen.) München (Preisaussetzung Seitens des Königs. F. v. Kobell. Meister Lerchenfeld.) Rastatt (Die österreichischen Offiziere beim Festungsbau.) Kassel (Antwort der Stände auf die Eröffnungsrede.)

Großbritannien. London (Verkehr des Prinzen von Parma mit Palmerston. Neueste ostindische Ueberlandpost. Cholera.)

Frankreich. Paris (Drei Generale für Louis Napoleon. Rede Ledru Rollin's.)

Oesterreichische Monarchie. Hermannstadt (Kriegsnachrichten.)

Italien. Rom (Aufruf des römischen Volksvereins. Die Flucht des Papstes.)

Schweiz. Bern (Die Entscheidung über den Bundesrath.) Luzern (Die Werbungen.) Graubünden u. Tessin (Die italienischen Flüchtlinge.)

Ungarn. (Die Operationen der kaiserlichen Armee.)

Neuestes.

Pariser Börsenbericht (Vom 2. Dez.)

Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

thun kund und fügen zu wissen: daß Mir in Folge der eingetretenen außerordentlichen Verhältnisse, welche die beabsichtigte Vereinbarung der Verfassung unmöglich gemacht, und, entsprechend den dringenden Forderungen des öffentlichen Wohls, in möglichster Berücksichtigung der von den gewählten Vertretern des Volks ausgegangenen umfassenden Vorarbeiten, die nachfolgende Verfassungs-Urkunde zu erlassen beschlossen haben, vorbehaltlich der am Schlusse angeordneten Revision derselben im ordentlichen Wege der Gesetzgebung.

Wir verkünden demnach die Verfassung für den preußischen Staat wie folgt:

Titel I.

Vom Staatsgebiete.

Art. 1. Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfang bilden das preußische Staatsgebiet.

Art. 2. Die Gränzen dieses Staatsgebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden.

Titel II.

Von den Rechten der Preußen.

Art. 3. Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden.

Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standes-Vorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Verhaftung zulässig ist, sind durch das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 24. September laufenden Jahres bestimmt.

Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur auf Grund eines richterlichen Befehles vorgenommen werden.

Art. 7. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen, so weit sie nicht durch diese Verfassungs-Urkunde für zulässig erklärt werden, sind unstatthaft. Strafen können nur in Gewäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden.

Art. 8. Das Eigenthum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige, in dringenden Fällen wenigstens vorläufig festzustellende, Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden.

Art. 9. Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung finden nicht statt.

Art. 10. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Art. 11. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften (Art. 28 und 29) und der gemeinsamen öffentlichen Religions-Uebung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religions-Gesellschaft. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Art. 12. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religions-Gesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Art. 13. Der Verkehr der Religions-Gesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung ihrer Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 14. Ueber das Kirchen-Patronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufzuheben, wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Art. 15. Das, dem Staate zustehende Vorschlags-, Wahl- oder Bestätigungs-Recht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben.

Art. 16. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung vor den dazu bestimmten Civilstands-Beamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civil-Aktes stattfinden.

Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Art. 18. Der preußischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet.

Aeltern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen den zur allgemeinen Volksbildung erforderlichen Unterricht ertheilen zu lassen, und wissen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichtsgesetz aufstellen wird.

Art. 19. Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat.

Art. 20. Die öffentlichen Volksschulen, so wie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener.

Art. 21. Die Leitung der äußern Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörde gegenüber zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu.

Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betreffenden Religionsgesellschaften.

Art. 22. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt.

Art. 23. Ein besonderes Gesetz ergelt das gesammte Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt.

Art. 24. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern.

Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur, noch durch Konzessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staatsauflagen noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote und ungleichmäßigen Postsatz, oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden.

Art. 25. «Vergehen, welche durch Worte, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. Vor der erfolgten Revision des Strafrechts wird darüber ein besonderes vorläufiges Gesetz ergehen. Bis zu dessen Erscheinen bleibt es bei den jetzt geltenden allgemeinen Strafgesetzen.

Art. 26. Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates, so dürfen Verleger, Drucker und Vertheiler, wenn deren Mitschuld nicht durch andere Thatsachen begründet wird, nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Verleger und der Drucker genannt sein.

Art. 27. Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes ist von Versammlun-

Digitized by Google

gen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Orts-Polizeibehörde Anzeige zu machen, welche die Versammlung zu verbieten hat, wenn sie dieselbe für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet.

Art. 28. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

Art. 29. Die Bedingungen, unter welchen Corporationsrechte ertheilt oder verweigert werden, bestimme das Gesetz.

Art. 30. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesammtnamen sind nur Behörden und Corporationen gestattet.

Art. 31. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimnisses der der Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind.

Art. 32. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Der Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz. Auf das Heer finden die in den §§. 5, 6, 27, 28 enthaltenen Bestimmungen insoweit Anwendung, als die militärischen Disciplinarvorschriften nicht entgegenstehen.

Art. 33. Die bewaffnete Macht besteht: aus dem stehenden Heere, der Landwehr, der Bürgerwehr.

Besondere Gesetze regeln die Art und Weise der Einstellung und die Dienstzeit.

Art. 34. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur auf Requisition der Civil-Behörden und in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen verwendet werden.

Art. 35. Die Einrichtung der Bürgerwehr ist durch ein besonderes Gesetz geregelt.

Art. 36. Das Heer steht im Kriege und im Dienste unter der Militär-Kriminal-Gerichtsbarkeit und unter dem Militär-Straf-Gesetzbuch; außer dem Kriege und Dienste unter Beibehaltung der Militär-Kriminalgerichtsbarkeit unter den allgemeinen Strafgesetzen. Die Bestimmungen über die militärische Disziplin im Kriege und Felde, so wie die näheren Festsetzungen über den Militär-Gerichtsstand, bleiben Gegenstand besonderer Gesetze.

Art. 37. Das stehende Heer darf nicht vermehrt werden. Eben so wenig darf es die Landwehr, wenn sie zusammenberufen ist. Auch wenn sie nicht zusammenberufen ist, sind Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Berathung militärischer Befehle und Anordnungen nicht gestattet.

Art. 38. Die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Familien-Fideikommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familien-Fideikommisse sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigenthum umgestaltet werden.

Art. 39. Vorstehende Bestimmungen (Art. 38.) finden auf die Thronlehen, das Königliche Haus- und Prinzliche Fideikommiß, so wie auf die außerhalb des Staats belegenen Lehen und die ehemals reichsunmittelbaren Besitzungen und Fideikommisse, insofern letztere durch das deutsche Bundesrecht gewährleistet sind, zur Zeit keine Anwendung. Die Rechtsverhältnisse derselben sollen durch besondere Gesetze geordnet werden.

Art. 40. Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablösbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet.

Aufgehoben ohne Entschädigung sind:

a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, so wie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien, wogegen die Lasten und Leistungen wegfallen, welche den bisher Berechtigten obliegen.

Bis zur Emanirung der neuen Gemeinde-Ordnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizei-Verwaltung.

b) die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzherrlichkeit, der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbe-Verfassung, herstammenden Verpflichtungen.

Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstücks ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester ablösbarer Zins vorbehalten werden.

Titel III.

Vom Könige.

Art. 41. Die Person des Königs ist unverletzlich.

Art. 42. Seine Minister sind verantwortlich. — Alle Regierungs-Akte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Art. 43. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er verkündigt die Gesetze und erläßt unverzüglich die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen.

Art. 44. Der König führt den Oberbefehl über das Heer.

Art. 45. Er besetzt alle Stellen in demselben, so wie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, insofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet.

Art. 46. Der König hat das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Handels-Verträge, so wie andere Verträge, durch welche dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern.

Art. 47. Der König hat das Recht der Begnadigung und der Strafmilderung.

Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist.

Er kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen.

Art. 48. Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu.

Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes.

Art. 49. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraumes von 40 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden.

Art. 50. Der König kann die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht überstreigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Art. 51. Die Krone ist, den Königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in dem Mannesstamme des Königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge.

Art. 52. Der König wird mit Vollendung des 18ten Lebensjahres volljährig.

Er leistet in Gegenwart der vereinigten Kammer das eidliche Gelöbniß, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.

Art. 53. Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein.

Art. 54. Im Fall der Minderjährigkeit des Königs vereinigen sich beide Kammern zu Einer Versammlung, um die Regentschaft und Vormundschaft anzuordnen, insofern nicht schon durch ein besonderes Gesetz für Beides Vorsorge getroffen ist.

Art. 55. Ist der König in der Unmöglichkeit zu regieren, so beruft der Nächste zur Krone oder Derjenige, der nach den Hausgesetzen an dessen Stelle tritt, beide Kammern, um in Gemäßheit des Art. 54 zu handeln.

Art. 56. Die Regentschaft kann nur einer Person übertragen werden.

Der Regent schwört bei Antretung der Regentschaft einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.

Art. 57. Dem Kron-Fideikommiß-Fonds verbleibt die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesene Rente.

Titel IV.

Von den Ministern.

Art. 58. Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten, haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.

Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen.

Die Minister haben in einer oder der andern Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind.

Art. 59. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungs-Verletzung, der Bestechung und des Verrathes, angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zwecke zusammen.

Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und das Strafmaß werden einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Titel V.

Von den Kammern.

Art. 60. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.

Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.

Art. 61. Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

Art. 62. Die erste Kammer besteht aus 180 Mitgliedern.

Art. 63. Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter erwählt. (Art. 104.) Die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter bilden, nach näherer Bestimmung des Wahlgesetzes, die Wahlkörper und wählen die nach der Bevölkerung auf die Wahlbezirke fallende Zahl der Abgeordneten *).

*) Anmerk. Bei der Revision der Verfassungs-Urkunde bleibt zu erwägen, ob ein Theil der Mitglieder der ersten Kammer vom Könige zu ernennen und ob den Oberbürgermeistern der großen Städte, so wie den Vertretern der Universitäten und Akademieen der Küste und Wissenschaften, der Sitz in der Kammer einzuräumen sein möchte.

Art. 64. Die Legislaturperiode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt.

Art. 65. Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das 40ste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits fünf Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat.

Art. 66. Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern: Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt.

Art. 67. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält *).

*) Anmerk: Bei der Revision der Verfassungs-Urkunde bleibt es zu erwägen, ob nicht ein anderer Wahlmodus, namentlich der der Eintheilung nach bestimmten Klassen für Stadt und Land, wobei sämmtliche bisherigen Urwähler mitwählen, vorzuziehen sein möchte.

Digitized by Google

Art. 68. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Volkszahl von 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann.

Art. 69. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner erwählt. Die Wahlbezirke sollen so organisirt werden, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden.

Art. 70. Die Legislaturperiode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt.

Art. 71. Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 30ste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat.

Art. 72. Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislaturperiode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung. In beiden Fällen sind die bisherigen Mitglieder wieder wählbar.

Art. 73. Das Nähere über die Ausführung der Wahlen zu beiden Kammern bestimmt das Wahlausführungsgesetz.

Art. 74. Stellvertretee für die Mitglieder der beiden Kammern werden nicht gewählt.

Art. 75. Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Monat November jeden Jahres und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen.

Art. 76. Die Eröffnung und die Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen dazu von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern.

Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen.

Wird eine Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt.

Art. 77. Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vicepräsidenten und Schriftführer.

Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer.

Durch die Annahme eines besoldeten Staatsamtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied einer Kammer Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen.

Niemand kann Mitglied beider Kammern sein.

Art. 78. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Jede Kammer tritt auf den Antrag ihres Präsidenten oder von 10 Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über diesen Antrag zu beschließen ist.

Art. 79. Keine der beiden Kammern kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, vorbehaltlich der durch die Geschäftsordnung für Wahlen etwa zu bestimmenden Ausnahmen.

Art. 80. Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten.

Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen.

Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen.

Art. 81. Eine jede Kammer hat die Befugniß, Behufs ihrer Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen.

Art. 82. Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie stimmen nach ihrer freien Ueberzeugung und sind an Aufträge und Instructionen nicht gebunden.

Art. 83. Sie können wegen ihrer Abstimmungen in der Kammer, noch für ihre darin ausgesprochenen Meinungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird.

Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig.

Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammern und eine jede Untersuchungs- oder Civilhaft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt.

Art. 84. Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten, noch Diäten.

Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft.

Titel VI.

Von der richterlichen Gewalt.

Art. 85. Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner anderen Autorität als der des Gesetzes unterworfene Gerichte ausgeübt.

Die Urtheile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt.

Art. 86. Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt.

Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen und bestimmt haben, ihres Amtes entsetzt, zeitweise entboben oder unfreiwillig an eine andere Stelle versetzt und nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden.

Auf die Versetzungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nöthig werden, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Art. 87. Den Richtern dürfen andere besoldete Staatsämter nicht übertragen werden. Ausnahmen sind nur auf Grund eines Gesetzes zulässig.

Art. 88. Die Organisation der Gerichte wird durch das Gesetz bestimmt.

Art. 89. Zu einem Richteramte darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift der Gesetze befähigt hat.

Art. 90. Gerichte für besondere Klassen von Angelegenheiten, insbesondere Handels- und Gewerbe-Gerichte, sollen im Wege der Gesetzgebung an den Orten errichtet werden, wo das Bedürfniß solche erfordert.

Die Organisation und Zuständigkeit der Handels-, Gewerbe- und Militär-Gerichte, das Verfahren bei denselben, die Ernennung ihrer Mitglieder, die besonderen Verhältnisse der Letzteren und die Dauer ihres Amtes werden durch das Gesetz festgestellt.

Art. 91. Die noch bestehenden beiden obersten Gerichtshöfe sollen zu einem einzigen vereinigt werden.

Art. 92. Die Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Oeffentlichkeit kann jedoch durch ein öffentlich zu verkündendes Urtheil ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr droht.

Auch in Civilsachen kann die Oeffentlichkeit durch Gesetz beschränkt werden.

Art. 93. Bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei Preßvergehen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene. Die Bildung des Geschwornen-Gerichts wird durch ein Gesetz geregelt.

Art. 94. Die Kompetenz der Gerichte und Verwaltungs-Behörden wird durch das Gesetz bestimmt. Ueber Kompetenz-Konflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden entscheidet ein durch das Gesetz bezeichneter Gerichtshof.

Art. 95. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militär-Beamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen gerichtlich zu belangen.

Titel VII.

Von den Staatsbeamten.

Art. 96. Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staats-Anwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches, ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt.

Art. 97. Auf die Ansprüche der vor Verkündigung der Verfassungs-Urkunde etatsmäßig angestellten Staatsbeamten soll im Staatsdiener-Gesetz besondere Rücksicht genommen werden.

Titel VIII.

Von der Finanz-Verwaltung.

Art. 98. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden.

Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.

Art. 99. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, so weit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden.

Art. 100. In Betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden.

Die bestehende Steuer-Gesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft.

Art. 101. Gebühren können Staats- oder Kommunal-Beamte nur auf Grund des Gesetzes erheben.

Art. 102. Die Aufnahme von Anlehen für die Staats-Kasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantieen zu Lasten des Staats.

Art. 103. Zu Etats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich. Die Rechnungen über den Staatshaushalt werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jedes Jahres, einschließlich einer Uebersicht der Staatsschulden, wird von der Ober-Rechnungskammer zur Entlastung der Staats-Regierung den Kammern vorgelegt.

Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer bestimmen.

Titel IX.

Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden.

Art. 104. Das Gebiet des preußischen Staates zerfällt in Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden, deren Vertretung und Verwaltung durch besondere Gesetze unter Festhaltung folgender Grundsätze näher bestimmt wird:

1) Ueber die inneren und besonderen Angelegenheiten der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen, deren Beschlüsse durch die Vorsteher der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgeführt werden.

   Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen die Beschlüsse der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Vertretung der Genehmigung einer höheren Vertretung oder der Staats-Regierung unterworfen sind.

2) Die Vorsteher der Provinzen, Bezirke und Kreise werden von der Staats-Regierung ernannt, die der Gemeinden von den Gemeinde-Mitgliedern gewählt.

   Die Organisation der Exekutivgewalt des Staates wird hierdurch nicht berührt.

3) Den Gemeinden insbesondere steht die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten zu, mit Einschluß der Ortspolizei. Den Zeitpunkt und die Bedingungen des Ueberganges der Polizeiverwaltung an die Gemeinden wird das Gesetz bestimmen.

   Die polizeilichen Functionen können in Städten von mehr als 30,000 Einwohnern auf Staatsorgane übertragen werden.

4) Die Berathungen der Provinzial-, Bezirks-, Kreis- und Gemeinde-Vertretungen sind in der Regel öffentlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. Ueber die Einnahmen und Ausgaben muß jährlich wenigstens ein Bericht veröffentlicht werden.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 105. Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind.

Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums, Verordnungen mit Ge-

Digitized by Google

setzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.

Art. 106. Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit genügt.

Art. 107. Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten haben dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören.

Art. 108. Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.

Art. 109. Alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit.

Art. 110. Für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs können die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27 und 28 der Verfassungsurkunde zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt werden. Die näheren Bestimmungen darüber bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. Bis dahin bewendet es bei den in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften.

Uebergangs-Bestimmungen.

Art. 111. Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungs-Gesetzes nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen.

Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen.

Art. 112. Die gegenwärtige Verfassung soll sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern einer Revision auf dem Wege der Gesetzgebung (Art. 60 und 106) unterworfen werden.

Das im Artikel 52 erwähnte eidliche Gelöbniß des Königs, so wie die vorgeschriebene Beeidung der beiden Kammern und aller Staats-Beamten, erfolgen sogleich nach vollendeter Revision (Artikel 107).

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 5. Dezember 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf zu Brandenburg. von Ladenberg. zu Manteuffel. zu Stolpha. Rintelen. von der Heydt.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 7. Dez. Vor wenigen Tagen sind Berichte des Generals v. Schäffer im Reichsministerium eingetroffen, nach welchen die definitive Grenzregulirung so weit gediehen ist, daß die Linie der Genehmigung der Centralgewalt und der Nationalversammlung in kürzester Frist wird vorgelegt werden können. Die v. Pfuel'sche Linie ist nur in wenigen Punkten verlassen worden. Der General berichtet außerdem in einer sehr anerkennenden Weise von der Haltung der deutschen Bevölkerung Posens. Was die Polen anbelangt, so haben sie keine Notiz von ihm genommen, auch keine Wünsche zur Berücksichtigung bei der Abgrenzung vorgetragen, was offenbar auf Hintergedanken deutet. — Herr v. Schäffer, der sich schon seit dem 30. Nov. in Berlin befand, muß übrigens in Bälde hier eintreffen.

† **Frankfurt**, 7. Dez. Eben ist ein kleines geistvolles Schriftchen über die eigentlich noch offen gebliebene „Mediatisirungsfrage" vom Verfasser von „Frankfurt und Berlin" unter die Abgeordneten vertheilt worden. — Es genüge hier zunächst darüber die Andeutung, daß es auf dem folgenden Grundgedanken ruht: „Es handelt sich noch gar nicht um das Mediatisiren der Kleinstaaten unter die Großstaaten und ob es sich überhaupt darum handeln wird, wissen wir noch nicht. Für jetzt handelt es sich für's Erste und vor Allem darum, die Kleinstaaten von Reichswegen zu reorganisiren und in Anbetracht des neuen Zustandes von Deutschland neu zu konstituiren." Als Anhang dazu ist ein Entwurf zur Konstituirung und resp. Verwaltung der deutschen Kleinstaaten von Reichswegen gegeben.

Oesterreich.

Die Abdankungs-Urkunde des Kaisers lautet:

Wir Ferdinand I. von Gottes Gnaden ꝛc.

Als Wir nach dem Hintritte Unseres Herrn Vaters, weiland Kaiser Franz I., in gesetzlicher Erbfolge den Thron bestiegen, flehten Wir, durchdrungen von der Heiligkeit und dem Ernste Unserer Pflichten, vor Allem Gott um seinen Beistand an. — Das Recht zu schützen war der Wahlspruch, das Glück der Völker Oesterreichs zu fördern das Ziel Unserer Regierung.

Die Liebe und Dankbarkeit Unserer Völker belohnten reichlich die Mühen und Sorgen der Regierung. Und selbst in den jüngsten Tagen, als es verbrecherischen Umtrieben gelungen war, in einem Theile Unserer Reiche die gesetzliche Ordnung zu stören und den Bürgerkrieg zu entzünden, verharrte doch die unermeßliche Mehrheit Unserer Völker in der dem Monarchen schuldigen Treue. — Beweise, die inmitten harter Prüfungen Unserem betrübtem Herzen wohl thaten, sind Uns aus allen Gegenden des Reiches zu Theil geworden.

Allein der Drang der Ereignisse, das unverkennbare und unabweisliche Bedürfniß nach einer großen und umfassenden Umgestaltung Unserer Staatsformen, welchem Wir im Monate März d. J. entgegenzukommen und die Bahn zu brechen beflissen waren, haben in Uns die Ueberzeugung festgestellt, daß es jüngerer Kräfte bedürfe, um das große Werk zu fördern und einer gedeihlichen Vollendung zuzuführen.

Wir sind daher nach reiflicher Ueberlegung und durchdrungen von der gebieterischen Nothwendigkeit dieses Schrittes zu dem Entschlusse gelangt, hiermit feierlichst

dem österreichischen Kaiserthrone zu entsagen.

Unser Durchlauchtigster Herr Bruder und rechtmäßiger Nachfolger in der Regierung, Erzherzog Franz Carl, der Uns stets treu zur Seite gestanden und Unsere Bemühungen getheilt, hat sich erklärt und erklärt hiermit durch gemeinschaftliche Unterfertigung gegenwärtigen Manifestes, daß auch Er, und zwar zu Gunsten Seines auch ihm auf den Thron berufenen Sohnes, des Durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Joseph, auf die österreichische Kaiserkrone Verzicht leiste.

Indem Wir alle Staatsdiener ihrer Eide entbinden, weisen Wir sie an den neuen Regenten, gegen welchen sie ihre beschwornen Berufspflichten fortan getreulich zu erfüllen haben.

Unsere tapferen Armee sagen Wir dankend Lebewohl. Eingedenk der Heiligkeit ihrer Eide, ein Bollwerk gegen auswärtige Feinde und Verräther im Innern, war sie stets und nie mehr als in neuester Zeit, eine feste Stütze unseres Thrones, ein Vorbild von Treue, Standhaftigkeit und Todesverachtung, ein Hort der bedrängten Monarchie, der Stolz und die Zierde des gemeinsamen Vaterlandes. Mit gleicher Liebe und Hingebung wird sie sich auch um ihren neuen Kaiser schaaren.

Indem Wir endlich die Völker des Reiches ihrer Pflicht gegen Uns entheben, und alle hierher gehörigen Pflichten und Rechte hiermit feierlichst und im Angesichte der Welt auf Unseren geliebten Herrn Neffen, als Unseren rechtmäßigen Nachfolger übertragen, empfehlen Wir diese Völker der Gnade und dem besonderen Schutze Gottes. Möge der Allmächtige ihnen den innern Frieden wieder verleihen, die Verirrten zur Pflicht, die Bethörten zur Erkenntniß zurückführen, die versiegten Quellen der Wohlfahrt neuerdings eröffnen und seine Segnungen über Unsere Lande in vollem Maaße ergießen — möge er aber auch Unserem Nachfolger, Kaiser Franz Joseph I., erleuchten und kräftigen, damit Er Seinen hohen und schweren Beruf erfülle zur eigenen Ehre, zum Ruhme Unseres Hauses, zum Heile der Ihm anvertrauten Völker.

Gegeben in Unserer Königl. Hauptstadt Ollmütz, den 2. Dezember 1848, Unserem Reiche dem 14ten Jahre.

Ferdinand.
Franz Carl.
(L. S.) Schwarzenberg.

Der neue Kaiser hat seinen Regierungs-Antritt noch an demselben Tage in folgender Proklamation verkündigt:

„Wir Franz Joseph I., von Gottes Gnaden, Kaiser von Oesterreich ꝛc.

Durch die Thronentsagung Unseres erhabenen Oheims, Kaisers und Königs Ferdinand I., in Ungarn und Böhmen dieses Namens des Fünften, und die Verzichtleistung Unseres Durchlauchtigsten Herrn Vaters, Erzherzogs Franz Karl, auf die Thronfolge, kraft der pragmatischen Sanktion berufen, die Kronen Unseres Reiches auf Unser Haupt zu setzen;

verkündigen Wir hiermit feierlichst allen Völkern der Monarchie Unsere Thronbesteigung unter dem Namen Franz Joseph des Ersten.

Das Bedürfniß und den hohen Werth freier und zeitgemäßer Institutionen aus eigener Ueberzeugung erkennend, betreten Wir mit Zuversicht die Bahn, welche Uns zu einer heilbringenden Umgestaltung der Gesammt-Monarchie führen soll.

Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker des Reichs und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, so wie der Theilnahme der Volksvertreter und der Gesetzgebung wird das Vaterland neu erstehen, in alter Größe aber mit verjüngter Kraft, ein unerschütterlicher Baum in den Stürmen der Zeit, ein geräumiges Wohnhaus für die Stämme verschiedener Zunge, welche unter dem Scepter Unserer Väter ein brüderliches Band seit Jahrhunderten umfangen hält.

Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesammt-Monarchie ungeschmälert zu erhalten, aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern Unserer Völker zu theilen, rechnen wir darauf, daß es

mit Gottes Beistand und im Einverständnisse mit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen.

Schwere Prüfungen sind über Uns verhängt, Ruhe und Ordnung in mehreren Gegenden des Reichs gestört worden. In einem Theile der Monarchie entbrennt noch heute der Bürgerkrieg. Alle Verkehrungen sind getroffen, um die Achtung vor dem Gesetze allenthalben wiederherzustellen. Die Begränzung des Aufstandes und die Rückkehr des inneren Friedens sind die ersten Bedingungen für ein glückliches Gedeihen des großen Verfassungs-Werkes.

Wir zählen hierbei mit Zuversicht auf die verständige und aufrichtige Mitwirkung durch ihre Vertreter.

Wir zählen auf den gesunden Sinn der stets getreuen Landbewohner, welche durch die neuesten gesetzlichen Bestimmungen über die Auflösung des Unterthans-Verbandes und Entlastung des Bodens in den Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte getreten sind.

Wir zählen auf Unsere getreuen Staatsdiener.

Von Unserer glorreichen Armee versehen Wir Uns der altbewährten Tapferkeit, Treue und Ausdauer. Sie wird Uns, wie Unseren Vorfahren, ein Pfeiler des Thrones, dem Vaterlande und den freien Institutionen ein unerschütterliches Bollwerk sein.

Jede Gelegenheit, das Verdienst, welches keinen Unterschied des Standes kennt, zu belohnen, wird Uns willkommen sein.

Völker Oesterreichs! Wir nehmen Besitz von dem Throne Unserer Väter in einer ernsten Zeit. Groß sind die Pflichten, groß die Verantwortlichkeit, welche die Vorsehung Uns auferlegt. Gottes Schutz wird Uns begleiten.

So gegeben ꝛc. Ollmütz, 2. Dezember 1848.

Franz Joseph.

(L. S.) Schwarzenberg.

△ **Wien**, 3. Dez. Gestern Abend hörte ich, daß der lang besprochene Plan der Abdankung des Kaisers nun doch der Ausführung nahe sei, und daß die Berufung des Fürsten Windischgrätz nach Ollmütz damit in Verbindung stehe — und schon heute früh verkünden Plakate an allen Ecken, als Herolde der Neuzeit — daß die Abdankung wirklich stattgefunden hat. — Man erwartete diesen Schritt beinahe mit Gewißheit, aber erst nach Beilegung der ungarischen Wirren — die nicht endigende Aufregung, in welcher der Kaiser bei seiner angegriffenen Gesundheit gehalten wurde — die Ereignisse in Wien und vor Allem der blutige Schluß der Oktobertage, vermehrten die Schwierigkeiten des Weiter-Regimes so, daß sie die Wagschaale in dem guten und weichen Herzen des Kaisers zum Ausschlage bestimmt zu haben scheinen. — Ueber den Eindruck, welchen dies wichtige Ereigniß auf die verschiedenen Stände und Parteiungen macht, schreibe ich Ihnen morgen. Schon heute konnte ich bemerken, daß die Beamten in großer Niedergeschlagenheit herum gehen — auch die Offiziere sind nicht in der besten Stimmung, und selbst dem Adel kommt das Ereigniß unerwartet und unerwünscht, „nachdem alles auf so gutem Wege war". — Daß man in Ollmütz ganz die Schwierigkeit des Zeitpunktes begriffen hat, beweis't die Abdankung des Erzherzogs Franz Karl weit deutlicher, als jene des Kaisers. — Dem jungen Kaiser öffnet die Gegenwart ein herrliches Blatt im Buche der Geschichte. Die Männer, welche ihm als Räthe zur Seite stehen sollen, scheinen dies in ihrem Programme vom 27. Nov. begriffen zu haben — wenn dem so ist, so möge der neuen Regierung die Unterstützung aller Redlichen nicht fehlen. — Gespannt erwartet man das erste Manifest des jungen Kaisers, von dessen Fassung unendlich viel abhängt. — Der juridisch-politische Leseverein ist seit dem 1. Dezember wieder eröffnet — ohne weitere Vorsichtsmaßregeln gegen seine Mitglieder, ebenso der konstitutionelle Verein. — An öffentlichen Orten bemerkt man jetzt viele Leute mit einem weißen Kreidestrich auf dem Rücken — es ist dies eine schweigende Uebereinkunft, um die Polizeispitzeln zu bezeichnen, ohne daß man das bekannte „Naderer da" auszusprechen braucht. Wer ein solches Individuum zuerst bemerkt, applizirt ihm aus christlicher Fürsorge für das Leben und die Freiheit seiner Mitbürger — einen Kreidestrich als Ausrufungszeichen! —

Wien, 3. Dez. Ueber die Abdankung des Kaisers wird der Berliner „Deutschen Reform" geschrieben: „Niemals wurde ein politisches Geheimniß besser verwahrt. Niemand, außer den Zugezogenen, darf behaupten, von dem geschehenen Akte Kenntniß gehabt oder erlangt zu haben. Windischgrätz und Jellacic wohnten der feierlichen Handlung der Kaiserlichen Resignation bei. Nach Vollziehung der Urkunde empfing Franz Joseph knieend den Segen des Kaiserlichen Oheims. Erzherzog Franz Karl wird dem Kaiser nach Prag folgen. Der junge Kaiser wird wahrscheinlich rasch nach Wien zurückkehren. Nach unserem Erachten bedeutet die Thronveränderung Befestigung der Verfassung, Versöhnung und Frieden mit den Völkern, insbesondere mit Ungarn. Denn Ungarn hatte eben so gut, wie Kaiser Ferdinand, die Schiffe hinter und zwischen sich verbrannt. Mit König Franz Joseph ist die Verständigung und Unterhandlung ermöglicht. Das Gouvernement hat Brüssel als Sitz des diplomatischen Kongresses zur Pazifizirung Italiens definitiv acceptirt. Der diplomatische Kongreß wird nur Vorläufer eines europäischen Völker- und Staaten-Kongresses sein. Die Werbung für Italien wird übrigens hier noch fortgesetzt."

Wien. Die große Aufregung, welche die ausgeschriebene Kontribution in der Lombardei hervorgebracht, veranlaßte den F.-M. Radetzky dieselbe — wenn auch nicht ganz zurückzunehmen — doch vorerst einzustellen. (N. K.)

△ **Ollmütz**, 3. Dez. Der Eindruck, den die Nachricht von der Abdankung des Kaisers machte, war fast betäubender Art. Aus zuverlässiger Quelle kann ich mittheilen daß außer 2 oder 3 sehr hochgestellten Personen, Niemand am Hofe eine Ahnung von diesem Akte hatte, obwohl bereits vorgestern Nachmittags der Separattrain auf der Eisenbahn bestellt wurde, auf welchem einige Stunden nach seiner Abdankung der Ermonarch nach Prag fuhr. Sein Abschied von hier soll sehr rührend gewesen sein. Ich sah den Kaiser zum letztenmale vor 10 Tagen, als er das Regiment Michael besichtigte; ich sah ihn die Reihen durchgehen und bemerkte trotz seinem fortwährenden Kopfnicken und freundlicher Miene, einen Zug in seinem Gesichte, der großes Mißbehagen und innerlichen Ueberdruß anzudeuten schien. Der Gedanke, den Scepter niederzulegen, mag wohl schon länger mit ihm gekämpft haben und nicht so plötzlich über Nacht gekommen sein. Ob das konstitutionelle Oesterreich übrigens viel durch den Regierungswechsel gewinnen wird, steht noch in Frage. Franz Joseph I. ist der älteste Sohn der Erzherzogin Sophie; ob der 18jährige Jüngling, dessen Erziehung größtentheils von den Ligorianern geleitet und überwacht wurde und der sich bis jetzt nur durch eine besondere Vorliebe für das Militär bemerklich gemacht hat, sich den Einflüssen und Rathschlägen seiner Mutter wird entziehen können, steht zu bezweifeln. Franz Joseph ist übrigens ein kräftiger, schöner Mann, dessen Gesichtszüge viel weniger als die der übrigen Prinzen den bekannten Habsburger Familientypus haben. Heute Mittags wurden bereits die hiesigen Civil- und Militärautoritäten für den neuen Monarchen in Eid und Pflicht genommen. Abends war die Stadt festlich beleuchtet; besonders strahlten die Domherrenwohnungen und der erzbischöfliche Palast in einem förmlichen Lichtmeere. Die Nationalgarde brachte dem neuen Herrscher einen großartigen Fackelzug; Se. Maj. fuhr darauf im offenen Wagen, nur von seinem jüngsten Bruder und dem Oberhofmeister begleitet, in der Stadt umher, um sich den strahlenden Beweis der Loyalität der Ollmützer Bürgerschaft anzusehen. Daß er ohne alle Militärbegleitung sich so offen zeigte, hat einen sehr guten Eindruck gemacht. Es verlautet, daß eine der ersten Handlungen des jungen Kaisers die sein werde, den Belagerungszustand über Wien aufzuheben, um mitsammt dem Reichstage schon in kürzester Zeit dahin zurückzukehren. Erzherzog Wilhelm, jüngster Sohn des berühmten Siegers von Aspern, ist nach Petersburg abgegangen, um dem Czar aller Reußen die Nachricht von der Thronbesteigung Franz Josephs I. zu überbringen. Fürst Windisch-Grätz und der Ban Jellacic sind bereits gestern noch nach Wien zurückgereist; man will wissen, sie hätten Nachricht überbracht, daß die Ungarn sich unbedingt ergeben würden, wenn der König Ferdinand zu Gunsten seines Neffen die Krone niederlege. Diese Muthmaßung ist aber insofern höchst unwahrscheinlich, als die Ungarn sich nie einem Könige unterwerfen werden, der nicht zuvor die Freiheiten des Landes durch den bekannten Krönungseid beschworen hat; vielmehr däucht es uns, daß man den beiden kaiserlichen Heerführern durch die Thronentsagung freieren Spielraum gegen Ungarn hat machen wollen.

Man schreibt uns aus **Ollmütz** vom 2. Dez. Näheres über die Thronentsagung des Kaisers. Um 11 Uhr Vormittags erschien auf dem Rathhause ein kais. Kommissär, und machte den im großen Saale des erzbischöflichen Palastes, in Gegenwart sämmtlicher Mitglieder der kaiserlichen Familie und des Ministerrathes, soeben vollzogenen Entsagungsakt bekannt. Um 1 Uhr

wurde das Gleiche unter Pauken- und Trompetenschall dem Volke bekannt gemacht, und zugleich Franz Joseph I. als Kaiser von Oesterreich promulgirt. Die Garnisan ließ der junge Kaiser die Revue passiren, wobei der Banus Jellacic in blutrother Uniform und der Fürst Windischgrätz besondere Aufmerksamkeit auf sich zogen. Erzherzog Ferdinand von Modena ging noch am nämlichen Tage in außerordentlicher Mission (nicht nach Frankfurt, wie es hieß, sondern) nach Dresden und Berlin, um beiden Höfen die Nachricht zu überbringen.

(Lith. Corr.) **Berlin**, 5. Dez. Der König ist heute Mittag in Begleitung des Minister-Präsidenten hier eingetroffen und hat einem Ministerrath im Kriegsministerial-Gebäude beigewohnt. Wie man hört, ist derselbe noch nicht entschlossen, dem von den Ministern mit Energie vorgeschlagenen äußersten Akt seine Zustimmung zu ertheilen. Die Stille des Belagerungszustandes gewährt Muße zu romantischen Produktionen. So steht binnen Kurzem ein Märchen aus der Feder des Fräuleins Armgart v. Arnim zu erwarten. Dasselbe wird unter dem Titel „Große Historia vom Prinzen Ohnesündchen" Schilderungen des Hoflebens und gelungene Zeichnungen hochgestellter Persönlichkeiten enthalten. Die Verfasserin, Bettina's Tochter, ist durch ihre Verbindungen zu einer naturgetreuen Darstellung jener Verhältnisse vollkommen befähigt. — Die Verhaftungen sind seit einiger Zeit eingestellt. Sehr häufig sind dagegen die Ausweisungen. Diese Maßregel wird in solcher Ausdehnung gehandhabt, daß es nöthig geworden ist, Ausweisungs-Formulare drucken zu lassen. Während selbst vor dem März der Nachweis der erforderlichen Subsistenzmittel zu Begründung des Aufenthalts in Berlin für genügend erachtet wurde, läßt man jetzt dieses Erfordernniß, wenn die betreffende Persönlichkeit sonst mißliebig ist, ganz unbeachtet, und ohne alle Rücksicht auf das gesetzlich bestehende Recht der Freizügigkeit wird den Mißliebigen folgende gedruckte Ordre zugefertigt: „Der — — hat heute die Anweisung erhalten, die hiesige Residenz und deren Umgebung im Umkreise von 2 Meilen binnen 24 Stunden bei Vermeidung der Verhaftung zu verlassen. Dies wird ihm behufs seiner Reise nach — — hierdurch bescheinigt. (Datum. Königl. Polizei-Präsidium. V. Abtheilung)."

Posen, 3. Dez. Viel besprochen wird hier die Thatsache, daß vor einigen Tagen 3 russische Militärs, muhamedanischer Religion (wahrscheinlich Tscherkessen) plötzlich im wahlgeordneten Ritt nach Wreschen kamen und sich dort förmlich bei dem da garnisonirenden Rittmeister zweier Husaren-Regimenter militärisch meldeten, hinzufügend: sie kämen aus russisch Polen, um sich im Auftrage ihrer Kameraden zu erkundigen, wie es dem guten Könige von Preußen gehe, zumal so wundersame Gerüchte über Preußen jenseit der Grenze verlauteten, und ob vielleicht der von ihnen hochgeschätzte Monarch die Hilfe annehmen wolle, in welchem Falle sie und ihre Kameraden dazu bereit wären. Trotz dieses freundlichen Anerbietens kam dem Garnison-Kommandanten doch die diplomatische Sendung jener drei etwas fabelhaft vor, die Fremdlinge wurden vorläufig in Gewahrsam gebracht, der Besuch hierher gemeldet und die darauf veranstaltete Untersuchung hat ergeben, daß jene islamischen Preußen und Königsfreunde russische Aufeeißer seien, welche auch bereits ihr Vergehen gestanden. Die Truppenbewegungen jenseits der Grenze dauern immer noch fort, wie es heißt, werden zahlreiche russische Armee-Abtheilungen stets bereit sein, sofort es gewünscht wird, die Grenze zu passiren, um den „Feinden Gottes und des Königs", wie sie sich ausdrücken, zum Besten der Welt den Garaus zu machen. (Voss. Z.)

München, 1. Dez. An diesem Tage erschien eine öffentliche Bekanntmachung, wonach der König von Baiern einen Preis von 100 Dukaten aussetzte für die gelungenste Beantwortung der Frage: „Durch welche Mittel kann der materiellen Noth der unteren Klassen der Bevölkerung Deutschlands, und insonderheit Baierns, am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden?" Bewerber haben ihre Arbeit spätestens bis zum 31. Jan. künftigen Jahres bei dem diensthuenden Flügeladjutanten Sr. Maj. gegen Empfangsbestätigung zu übergeben. Ueber den Werth der Arbeit wird eine noch zu benennende Kommission von Männern des Faches entscheiden. Nachdem der Geheime Rath Franz v. Kobell, als gemüthlicher Dialektdichter bekannt, unter dem 2. Dez. in den Ruhestand versetzt worden, ist die dadurch eröffnete Stelle eines Generalsekretärs im Ministerium des Innern dem Ministerialrath Wilhelm Benning übertragen worden. — Wie die Allg. Ztg. berichtet, hat der Minister v. Lerchenfeld alle Aussicht, von der Hauptstadt zum Landtagsabgeordneten gewählt zu werden.

♂ **Rastatt**, 4. Dez. Den neuesten Nachrichten zufolge soll der Weiterbau der hiesigen Festungswerke, wegen Geldmangel, in sehr engen Grenzen gehalten werden, und es dürften dadurch mehrere Offiziere beim Bau unnöthig werden. Da der hiesige Festungsbau von Frankfurt aus betrieben wird und die Frankfurter Angelegenheiten, wie man allgemein glaubt, binnen kurzem an Preußen übertragen werden, so dürfte in Aussicht stehen, daß mit dem Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschlands Bundesstaat, was bereits vom Ministerium in Ollmütz ausgesprochen ist (?), mit dem Austritt aller Oesterreicher aus deutschen Reichsdiensten auch die beim hiesigen Bau beschäftigten österreichischen Offiziere uns verlassen, wodurch in der Reichskasse, da selbige mit sehr hohen Zulagen ausgestattet sind, eine bedeutende Ersparung eintreten würde. Es versteht sich von selbst, daß nach das übrige hier beim Bau verbleibende Personal sich einer Verminderung seiner Gehalte gerne unterziehen muß.

± **Kassel**, 5. Dez. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung ist folgende Antwort auf die Eröffnungsrede vom 1. Dez. d. J. (vergl. Nr. 321, Beilage II.) mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen worden:

„Königliche Hoheit. Durch die Wahlen des kurhessischen Volkes berufen, der Regierung Ew. k. Hoh. in bedeutungsvoller Zeit unterstützend zur Seite zu stehen, preisen wir uns vor Allem glücklich, daß es, während anderwärts das gegenseitige Mißtrauen der Parteien die politischen Zustände immer unheilvoller verwirrt, Ew. k. H. gelungen ist, nach dem Wunsche des Volks eine Regierung zu bilden, welche sich durch Einsicht, Wohlwollen und Aufrichtigkeit das Vertrauen des ganzen Landes und damit die unerläßliche Bedingung jeglichen Gedeihens gesichert hat. — Die Grundlagen gesetzlicher Freiheit sind in Kurhessen gelegt und entwickeln sich mehr und mehr. Ew. k. H. ertheilen uns die Zusicherung, daß auf dieser Bahn eifrig fortgeschritten werden soll, und wir vertrauen gern, daß der Umschwung in den staatsrechtlichen Ideen und die Veränderung aller politischen Verhältnisse, die seit diesem Frühjahr eingetreten ist, an keiner Stelle außer Acht bleiben werden. Nehmen Ew. k. H. unsere feierliche Zusage entgegen, daß wir zur verfassungsmäßigen Fortbildung unserer Zustände, zur Beförderung der öffentlichen Wohlfahrt und, wo es nöthig sein sollte, zum Schutze der gesetzlichen Ordnung Ihre Regierung mit allen uns zustehenden Mitteln zu unterstützen fest entschlossen sind. Wir sind stolz auf das unerschütterliche Fundament unseres vaterländischen Glücks, auf unsere Verfassung, welche für jede Thätigkeit dieser Art die Wege eröffnet. — Das uns vorgelegte Wahlgesetz werden wir mit der Sorgfalt und Genauigkeit in Erwägung ziehen, welche die Wichtigkeit des Gegenstands fordert. Bei den angekündigten Vorschlägen zur Regelung des Finanzhaushalts wird uns die Rücksicht sowohl auf die öffentlichen Bedürfnisse, als auch auf die Lage der pflichtigen Staatsbürger ununterbrochen begleiten. Je größer jene voraussichtlich sein werden, desto stärker fühlen wir uns gedrungen, ehrfurchtsvoll darauf hinzuweisen, wie zuträglich unter solchen Umständen ein hochherziger Entschluß Ew. k. H., durch Herabsetzung der Hofdotation die Lasten des Landes zu erleichtern, dem Zutreffen des Staatshaushalts und der monarchischen Verfassung sein würde. — Wir theilen mit Ew. k. H. die heiße Sehnsucht nach der Vollendung des deutschen Verfassungswerks und freuen uns der erklärten Bereitwilligkeit, jede von dort zu erwartende Bestimmung sofort zu Vollzug zu setzen. Indem wir zu der Art, wie Ew. k. H. Regierung ihre Stellung begreift, unsere volle Uebereinstimmung an den Tag legen, können wir den Wunsch nur noch hinzufügen, daß die gleiche Pflicht in allen deutschen Staaten freudige und rückhaltslose Anerkennung finden möge. Wir verharren rc. rc.

Die Stimmeneinhelligkeit wurde vorzugsweise durch die vorsichtige und allgemeine Haltung der Antwort hinsichtlich des Wahlgesetzes erreicht. Ob der wiederholt ausgesprochene Wunsch um Herabsetzung der Hofdotation durch die jetzige Hindeutung auf die Gefahr, welche durch die hohen Civillisten der monarchischen Verfassung droht, endlich Gewährung finden wird? Soviel steht fest, daß damit die letzte und zugleich gefährlichste Handhabe unserer Republikaner vernichtet sein wird.

Großbritannien.

London, 2. Dez. Die „Post" zeigt an, daß Lord John Russel nebst Gemahlin gestern nach Osborne auf der Insel Wight, wo gegenwärtig die Königin residirt, abgereis't ist, ferner daß der Herzog von Wellington und Lord Palmerston an demselben Tage dem Prinzen von Parma im Miaarts Hotel einen Besuch abstatteten. Der Verkehr zwischen dem Prinzen von Parma und Lord Palmerston scheint überhaupt sehr lebhaft zu sein.

Die neueste ostindische Ueberlandpost mit Nachrichten, die bis zum 2. Nov. reichen, bringt über den Stand der Dinge vor Multan noch nichts Entscheidendes. Ein Hauptangriff war bis dahin weder von der einen noch der anderen Seite erfolgt; doch lauten die Nachrichten für die Briten im Ganzen günstiger, da der Aufruhr in keinem bedenklichen Grade um sich gegriffen zu haben scheint,

Digitized by Google

und zwischen dem Mulradsch in Multan und dem abgefallenen Häuptling Shir Singh Zwistigkeiten ausgebrochen sein sollen. Indeß wird die Bewältigung des Aufstandes manches Blut kosten, da die Briten es mit einem tapfern, auch jetzt schon zahlreichen Gegner zu thun haben. Man schätzt die Multanesen auf 12,000 bewaffnete Männer, die Truppen unter Chuttur Singh und Sdir Singh auf 15,000, und die Aufständischen in Bunu auf 5—6000 Mann, es stehen also bereits 33,000 Mann gegen die Briten in Waffen.

Nachdem man die Cholera in London bereits erloschen glaubte, wurden vom 26. Nov. bis 1. Dez. von Neuen 19 neue Cholerafälle gemeldet. In derselben Zeit erkrankten in den Provinzen 45, und in Schottland 89 Personen an der Cholera.

Frankreich.

* **Paris**, 3. Dez. Der Constitutionnel nennt folgende wohlbekannte Generale, welche die Candidatur des Prinzen unterstützen: Marschall Bugeaud, die Generale Changarnier, Rulhières, Oudinot, Baraguay d'Hilliers und Lebreton. Der Courrier français, der schon ärgerlich über das Benehmen Cavaignac's gegen den Papst war, ist es noch mehr über Ludwig Napoleon's (von uns angeführte) Aeußerungen über diese Angelegenheit. Er suche den General noch zu überbieten, sagt dieses Blatt, und gebe sich als einen Freund des Friedens „um jeden Preis". Das Journal des Debats erwähnt Bugeaud's Schreiben zu Gunsten des Prinzen, sagt aber, bei aller Verehrung für den Marschall, werde es fortfahren parteilos zu bleiben. — Der Handelsminister hat der Handelskammer unserer Hauptstadt eine Note zukommen lassen, woraus hervorgeht, daß der Verkauf französischer gedruckter Cattune in der Türkei im Begriffe ist einen bedeutenden Aufschwung zu nehmen.

Aus der Rede Ledru-Rollin's bei dem demokratischen Bankette an der Baeriere de Seares geben wir nach folgende charakteristische Stellen, die wir lithographirten Notizen entnehmen: „Die Revolution in Rom ist verloren, wenn die Republik dort nicht proklamirt wird. Der Papst macht es heute, wie der, welchen wir im Februar fortgejagt haben. Er flüchtet vor der Freiheit, die über ihn hinausgeht, und die Regierung schickt ihm Hilfe, nachdem sie Italien, Wien, Polen und die vielen Märtyrer zu Grunde gehen ließ, deren Namen ich hier vor mir sehe. — Auf die Revolution, die ihr noch einmal werdet anfangen müssen! Denn wir dürfen keinen Präsidenten haben, noch weniger einen Prätendenten! Der Augenblick ist nicht fern, wo ich nicht Beifall, sondern Waffen verlangen werde! Waffen, um unsere Henker zu verjagen, und den Märtyrern, unsern Brüdern, die Freiheit zu geben! Während des donnernden Beifalls, den diese Rede bei diesem Publikum erhielt, trat Felix Pyat ein und überbot Ledru-Rollin noch. Er habe, sagte er, Pferde eines Millionärs reich geschmückt, im Wagen einen aufgeputzten Hund und daneben den Souverän, das Volk, in Noth und Armuth gesehen. Wir haben keine Republik, schrie er! Wißt Ihr, was wir haben, ein vermummtes Königthum! Doch nein! Wir haben eine Republik, die aus Afrika kommt, und mit einem Kepi aufgedonnert ist! Nein Bürger, wir haben die Republik nicht, aber wir werden sie bekommen und der Augenblick ist nicht fern (wüthender Applaus!). Solchen Aufreizungen gegenüber darf man sich nicht wundern, wenn, wie verlautet, die Kasernen mit allem Kriegsmaterial und selbst mit Congreve'schen Raketen versehen werden.

In Venedig ist der Sold den Truppen von 3 Lire auf 80 Centimes herabgesetzt worden und man geht damit um, die Mobilen unter die Truppen zu stecken. — Wenn man dem Tempo von Neapel glauben darf, so steht das Bild des Mörders Rossi's in einem dortigen Kaffehause öffentlich ausgestellt. — Aus Neapel meldet die Patria, die Mannschaft der daselbst stationirten französischen Schiffe habe die Abstimmung für die Wahl des Präsidenten Frankreichs bereits vollzogen. Cavaignac habe 620, Louis Napoleon 303, und Arago 361 Stimmen erhalten.

Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 17. Nov. Oberstlieutenant Urban war mit seinem bedeutenden Corps am 13. Nov. bis Samos-Ujvar vorgerückt, als er von Klausenburg aus mit Uebermacht angegriffen und auch durch Umgehungskolonnen in den Flanken bedroht wurde. Urban besetzte die starke Stellung links von Samos-Ujvar und schlug die Feinde, die ihn in dieser Stellung angegriffen, zurück. Er hat 40—50 Todte, darunter auch ein Anführer, der durch eine Kanonenkugel getödtet wurde. Generalmajor Wardener langte mit seiner Brigade, die anderthalb Tagemärsche zurückstand, erst zu Ende des Gefechts an. — In Klausenburg steigt die Bestürzung und Muthlosigkeit. Die Straße nach Großwardein ist mit Flüchtlingen zu Wagen und Pferd überdeckt. Allein auch dieser Weg ist den Klausenburgern bereits versperrt. Unser Nationsgraf hat einen Aufruf an die Sachsen ergehen lassen, in welchem er der Begeisterung, womit Jung und Alt Gut und Blut zur Führung des Kampfes opfert, sein volles Lob zu Theil werden läßt und sie auffordert, zur Ausrüstung der sächsischen Jäger 50,000 Gulden auf den Altar des Vaterlandes zur Vertheidigung der Freiheit und ihres Deutschthums zu legen. — Das traurige Schicksal von Sächsisch-Reen, worüber wir jetzt Näheres erfahren, hat uns auf's schmerzlichste ergriffen. Urban, der dort stand und blos über 2000 Bewaffnete verfügen konnte, war den gegen ihn anrückenden 14—15,000 Szeklern nicht gewachsen und zog sich, um Reen zu schonen, am 1. Nov. zurück. Nun rückten die Szekler ein, forderten 50,000 Gulden und die Auslieferung der „Aufwiegler," und da dies in der kurzen Zeit und bei der allgemeinen Verwirrung nicht geschehen konnte, plünderten und zündeten sie den Ort an. Ein großer Theil der Einwohner wurde niedergemacht; der Schaden beläuft sich auf 3 Mill., und nun sind die noch übrig gebliebenen Einwohner völlig obdach- und mittellos. Auch der schöne Markt Agnethlen ist am 15. Nov. zur Hälfte abgebrannt. Die Szekler, die Reen verwüstet haben, sind dieselben, die später bei Maros-Vasarhely von der Südarmee auf's Haupt geschlagen wurden. (D. A. Z.)

Italien.

Rom. Am 25. Nov. erließ auch der Volksverein einen Aufruf an die Römer, worin er sagt, der Papst sei abgereist. Er habe zugleich das neue Ministerium bestätigt und demselben empfohlen, die Ruhe zu erhalten und das Eigenthum aller Klassen und Stände zu schützen. Zugleich wird das Volk, welches denjenigen, die es in Bürgerkrieg stürzen wollten, so großmüthig verziehen habe, aufgefordert, Alles zu vermeiden, was Unordnung hervorbringen könnte, die Civil- und Militärbehörden möchten kräftig zu diesem Zweck mitwirken und so fort. Der Aufruf schließt mit den Worten: es lebe Italien, das demokratische Ministerium und die Union!

** **Rom**, 27. Nov. Die Partei, welche den Dolch, mit dem Rossi abgestochen worden ist, in einer Urne aufbewahrt und vor derselben wie vor einem Madonnen- oder Heiligenbild, zwei Lichter Tag und Nacht brennend erhält, ist durch das ueplötzliche Verschwinden des Papstes in ihren Unternehmungen, die eben zu einem großartigen Abschluß gebracht werden sollten, nicht wenig geirrt. Es sollte gerade in diesen Tagen zur Eröffnung der italienischen Konstituante oder, wie es Mamiani zu nennen vorzieht, zur Errichtung der Konföderation geschritten werden, durch welche man Europa in Kriegsbrand zu versetzen gedachte und während des dabei entstandenen Tumults Italien zu befreien hoffte. Auch zu diesem letzten Verwegenheitsakt war das Ansehen des Papstes nicht gut zu entbehren, ja man hoffte es noch einmal kräftig auszunutzen und die Flucht des Papstes wurde mit dem Reifen dieses Planes eine Nothwendigkeit. Sie ist unter der Mitwirkung und dem Schutz des französischen und spanischen Botschafters mit meisterhaftem Geschick ausgeführt worden. Wohin sie ihre Richtung zunächst genommen hat, läßt sich zur Zeit kaum ahnen. Bedeutender ist der Umstand, daß die Mehrzahl der Kardinäle ihm vorangeeilt sind und ihn an irgend einem dritten Orte zu erwarten scheinen. Es handelt sich jetzt natürlich um das Patrimonium des hl. Petrus, von dem man so viel zu retten versuchen wird, als sich in einem solchen wellhistarischen Schiffbruch immer retten läßt. — Auf die Ruhe der Stadt hat dieses unvorhergesehene Ereigniß eine sehr günstige Rückwirkung geäußert. Kammer und Ministerium sind entschlossen, die Ruhe und Ordnung um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Vorerst läßt sich keine Störung voraussehen. In solchen Zeitläuften steht aber natürlich alles auf der Messerschneide und jede Stunde kann neue und gewaltige Krisen herbeiführen. Die Sicherheit der Habe und der Per-

Uebersicht.

Die Ausschußanträge über Mediatisirung.

Deutschland. Frankfurt (Die volkswirthschaftlichen Interessen und die Nationalbank. Linz (Antideutsche Agitation. Blicken nach Frankfurt.) Elberfeld (Aeußerungen des Königs.) Breslau (Berthold Auerbach.) Dresden (Erzherzog Ferdinand von Este.) Freiburg (Gerüchte von Freischaarenzügen.) Aus Oberhessen (Die konstitutionellen Vereine.) Wiesbaden (Zusammentritt der Landstände.) Altenburg (Ansprüche des Reichskommissärs.) Hamburg (Zolleinnahmen. Die Transitleerheit.)

Italien. (Das Ultimatum der vermittelnden Mächte in der sicilianischen Angelegenheit. Verhandlungen in Turin über die Flucht des Papstes.)

F Vom Neckar, 3. Dez. *) Der dem Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung erstattete Bericht über die Selbstständigkeit der kleineren Staaten, den Sie in Ihrem Blatte vollständig mitgetheilt haben, erörtert ein viel umstrittenes Thema (wie Niemand verkennen wird) mit besonnenem Urtheil und gewissenhafter Erwägung aller Verhältnisse, die dabei wesentlich in Frage treten. Wäre es nicht eine oft wiederholte Erfahrung, daß es Manchem schwer fällt, eine liebgewonnene Ansicht gegen bessere Belehrung hinzugeben, so dürfte man an der weit überwiegenden Zustimmung zu dem so wohl motivirten Mehrheitsantrage kaum irgend zweifeln. Doch schon der Ausschußbericht läßt ein Anderes als möglich erscheinen; er gibt zwei Minoritätsanträge, die einen nicht tiefer Blickenden leicht für sich gewinnen möchten. Da es durch die Erhebungen des Vorausschusses eine unzweifelhafte Thatsache ist, daß die Bevölkerung der kleineren Staaten, auch wenn dort einzelne Mißstände übel empfunden werden, doch in weit überlegener Mehrheit die Fortexistenz ihrer seitherigen Selbstständigkeit, so weit diese sich mit dem Bundesstaat verträgt, nicht nur entschieden wünscht, sondern auch als ein Recht beansprucht, so sehen auch diese Minoritätsanträge von der sonst behaupteten Befugniß der Nationalversammlung, nur nach eigenem Belieben über Sein und Nichtsein der kleinen Staaten zu verfügen, völlig ab. Aber indem sie so vermeiden, gegen die laut bezeugte Volksstimmung in offenen Widerspruch zu treten, halten sie gleichwohl von dem Standpunkt einer einmal erfaßten Ansicht aus den Wunsch fest, daß die Gränzlinien der kleineren Staaten dan unserer Karte so bald als möglich verschwinden möchten, und schieben es daher der exekutiven Gewalt des Reiches zu, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln diese Staaten entweder zu einer Vereinigung unter sich oder zu einem Anschluß an größere hinzudrängen. Die Centralgewalt, will man, soll nach Kräften dahin wirken, daß das noch Verschmähte dort auch gewünscht oder doch geduldet werde und auf solche Weise, was jetzt nicht wohl ausführbar scheint, doch nächstens zur Vollziehung komme. Allein in welches Verhältniß würden damit die kleinen Staaten zu der Centralgewalt und diese zu jenen treten? Während jetzt beide Theile über ganzen Stellung zufolge nur Grund zur engsten Besorgniß haben, würden dann die kleinen Staaten in der Centralgewalt ihre gefährlichste Feindin sehen, würden bei jeder näheren Berührung mit derselben eine Bedrohung ihres Bestehens und Wohlergehens befürchten, würden darum sich möglichst von ihr fern stellen und, um einen andern sichernden Rückhalt zu finden, bald auch an den nicht so leicht zu bewältigenden Partikulartendenzen der größeren Staaten sich mitbetheiligen. Statt im Centrum des Reichs ihren naturgemäßen Stützpunkt zu suchen, würde Verdruß und Argwohn sie in jene falsche Stellung drängen. Und welche Mittel hätte die Centralgewalt anzuwenden, um die kleinen Staaten zur Verzichtleistung auf ihre Selbstständigkeit geneigt zu machen? Entweder Bedrückung, um ihnen den alten Zustand zu verleiden, oder Verlockung, um sie nach neuen Vortheilen lüstern zu machen. Oder gibt es dazu bessere Wege, — so würde doch immer das Ziel sein, die nach bewährte Treue gegen das Bestehende mehr und mehr zu lockern, und endlich Fürst und Volk zur leichtmüthigen Abkehr von den gegenseitig bindenden Pflichten zu bewegen. Das wäre ein schlechter Beruf, zu welchem die Central-Gewalt sich nicht geben darf, wenn sie ihrer Bestimmung genügen und in Würde bestehen soll. Es wäre das die falsche Politik, die Rußland in seinen unglücklichen Nachbarländern ausübt. Gott verhüte, daß wir Deutsche sie gegen uns selbst adoptiren möchten! Vielleicht hofft man aber, daß es dessen gar nicht bedürfen würde, indem allein schon aus der Annahme der Minoritätsanträge der gewünschte Erfolg von selbst erwachsen dürfte. Allerdings; eine Regierung, die einmal zur Auflösung bezeichnet ist, kann ihr Ansehen nicht behaupten, geschweige denn, wenn es erschüttert ist, wieder befestigen; ein Land, welches in seiner Verfassung keine Bürgschaft der Fortdauer sieht, kann nicht frei und frisch seine Kräfte entfalten. Die Unsicherheit aller staatlichen Verhältnisse muß störend und lähmend auf jeden Kreis des bürgerlichen Lebens wirken. Die Unerträglichkeit eines solchen Zustandes würde in unseren kleinen Staaten nur zu bald eine sehr ergiebige Quelle zu neuer Unzufriedenheit und Gährung werden; Intriguen mancherlei Art, einheimische und fremde, würden in diesem trüben Wasser zu fischen suchen, und je mehr dies bemerklich würde, desto mehr würden mit der zunehmenden Erregung vieler schlimmen Gelüste Mißtrauen, Furcht und Haß die Gemüther verbittern und das gesammte öffentliche Leben tief zerrütten. Solches Wehe können wir mit bewußtem Willen auch nicht dem kleinsten Theil unserer deutschen Brüder bereiten wollen, wir können es um so weniger, als das Ganze mit darunter leiden würde. Soll Deutschland, wie wir hoffen, in gesunder Kraft neu erstehen, so dürfen wir nicht selbst ihm Wunden schlagen, die so bösartig eitern würden. Vertrauen wie deshalb, daß die hier besprochenen Anträge auch bei der entscheidenden Beschlußfassung in der Minderheit bleiben werden.

*) Der obige Artikel ist uns zwar nicht zeitig genug zugekommen, um ihn noch vor der entscheidenden Abstimmung über die Mediatisirungen mitzutheilen; wir glauben ihn aber dennoch unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 4. Dez. Die volkswirthschaftlichen Interessen werden sich in der Einigungsfrage Deutschlands immer wichtiger herausstellen. Erlauben Sie mir, die betreffenden Verhandlungen des Reichstages noch mit einigen Bemerkungen zu begleiten.

Der in Nr. 311 von den Beschlüssen der Nationalversammlung gegebene Bericht hat dem Herrn C. Eisenstuck und noch Jemand sehr mißfallen; man erkennt aber leicht, weshalb und da die gemachten Einwürfe eigentlich die Thatsache bestätigen, daß die von dem volkswirthschaftlichen Ausschusse der Nationalversammlung gemachten Verfassungsvorschläge, fast ohne Ausnahme, verworfen worden sind, so kann man über ganz unwesentliche Dinge (bis weitere) leicht hinweggehen und nur wiederholt beklagen, daß der volkswirthschaftliche Ausschuß keine mehr zusprechende Anträge zu machen gewußt hat. Herr C. Eisenstuck will die Schuld den „hohlen Phrasen des Verfassungsausschusses" zuschreiben und übersieht in seinem Eifer, daß die von ihm vertretenen eben deshalb nach besonders schwach erscheinen müssen und den Kampf mit dem gesunden Volkssinne desto weniger bestehen können.

Verfolgen wir die rasch vorübergeeilten weiteren Beschlüsse der Nationalversammlung über Art. IX der Verfassung, so finden wir, daß der Vorschlag des volkswirthschaftlichen Ausschusses zu §. 44 der Reichsgewalt die ausschließliche Gesetzgebung in Münz-Angelegenheiten zuzusprechen, verworfen ward. Die Neigung des volkswirthschaftlichen Ausschusses zur Centralisation ist auffallend im Widerspruch mit dem größeren Theile der Nation, der darin, in Angelegenheiten des Handels und der Gewerbe, den Aufbau einer neuen längst verhaßten Ober-Büreaukratie fürchtet, wogegen man eben bei der Reichsgewalt in einzelnen Fällen nur unparteiischen Schutz zu finden wünscht; §. 45 entspricht in den Anträgen beider Ausschüsse, deren Kreuzzustand Herr C. Eisenstuck leider nur zu sehr bestätigt, falscher Ansicht vollkommen, indem der Reichsgewalt nur auferlegt wird, ein gleiches System für Maß und Gewicht und Feingehalt zu begründen. Dergleichen Begründungen gleichmäßiger Einrichtungen für alle Staatstheile Deutschlands werden von unserer Centralgewalt als Wohlthat erwartet; eine ausschließliche Berechtigung zur eigenen thatsächlichen Ausübung ist dabei wedee erforderlich noch erwünscht. Die Wichtigkeit des Unterschiedes ward sehr bemerkbar bei der Debatte über §. 46, das Bankwesen betreffend. Der Verfassungsausschuß sprach der Reichsgewalt nur das Recht der Gesetzgebung und der Oberaufsicht über das Zettel-Bankwesen zu, daneben aber auch die Befugniß Zettelbanken anzulegen und ihre Anlage zu bewilligen. Der volkswirthschaftliche Ausschuß verlangte hier wieder die aus-

Digitized by Google

schließliche Berechtigung, auch in Betreff der Ausgabe von Papiergeld; ferner die Ermächtigung eine Nationalbank für ganz Deutschland zu errichten oder errichten zu lassen, setzte daneben aber auch: „Nur Gold und Silber soll gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland sein."

In der ziemlich lebhaften Debatte über diesen höchst wichtigen Paragraphen kam es sehr deutlich zum Vorschein, daß von dem volkswirthschaftlichen Ausschusse die Anlage einer National-Zettelbank, als ein besonders wünschenswerthes Hilfsmittel für die Industrie, dringlich gewünscht werde; aber auch, daß Viele die Gefährlichkeit eines solchen Unternehmens wohl einsahen. Andrerseits lieferte diese Berathung auch ein Beispiel von überalter Gesetzgebung. Eine von dem Reichsfinanzminister v. Beckerath empfohlene Fassung, wurde, nach mancherlei Privatbesprechungen, vielfältig umgeändert und kurz vor der Abstimmung stritten sich noch 7—8 Abgeordnete vor dem Präsidium um die schließliche Wortstellung; nur kräftige Handhabung der Präsidialglocke trieb die standrechtlichen Gesetzgeber auseinander. Die nun gewissermaßen so plötzlich als die Wahrheit aus dem Haupte der Minerva hervorgesprungene Bestimmung lautet:

„§. 46. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Bankwesen, sowie über die Ausgaben von Papiergeld in ganz Deutschland. Sie ist befugt, Banken anzulegen und ihre Anlagen zu bewilligen. Andere Zahlungsmittel als Gold und Silber können nur mit der Genehmigung der Reichsgewalt als gesetzlich erklärt werden."

Es ist sehr zu bezweifeln, ob ein Ausschuß von lauter gewiegten Männern des Geld- und Bankwesens es rathsam gefunden haben würde, ja es wird darauf ankommen, ob die Einzelstaaten durch das Staatenhaus es nicht zu bedenklich erachten müssen, der Reichsgewalt eine solche Befugniß einzuräumen, die in gewisser Rücksicht noch mehr bedeutet und gefährlicher werden kann, als Reichsarmee, Reichssteuer und Reichsschuld; auch zeigten mehrere Verbesserungs-Anträge eine solche Ansicht. Der volkswirthschaftliche Ausschuß hat in seiner Majorität, wie es scheint, der Bedenklichkeit durch den Satz entgegentreten wollen: Nur Gold und Silber soll gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland sein. Merkwürdiger Weise hat dieser Satz von dem Herrn C. Eisenstuck und nur noch einem Mitgliede des volkswirthschaftlichen Ausschusses, Widerspruch erfahren, und zwar aus Gründen, die, nach seiner Erklärung von der Tribüne, in den übergebenen Motiven enthalten sein sollten; — es sind aber dem gedruckten Ausschußbericht keine Motive zu diesem Minoritäts-Erachten beigefügt. Dagegen finden sich daselbst in einem Minoritätserachten recht erhebliche Gründe gegen eine Befugniß der Reichsgewalt, eine Nationalbank anzulegen, und die Majorität glaubt, jenen Satz: Nur Gold und Silber u. s. w. „als einen Grundpfeiler öffentlicher Treue — und als ein unentbehrliches Schutzmittel des Eigenthums und des redlichen Verkehrs betrachten zu müssen."

Herr C. Eisenstuck ist demnach der Oeffentlichkeit seine Gründe gegen den Satz: Nur Gold und Silber u. s. w. noch schuldig geblieben und bis dahin ist erlaubt vorauszusetzen: Herr C. Eisenstuck habe im Sinne, die Errichtung einer Nationalbank, mit unbeschränkter Garantie des ganzen deutschen Volkes, und ebenso unbeschränkter Vervielfältigung seines (des Volks-) Kapitals, durch höchst sauber gedeuckte Papier-Noten, denen die Qualität eines gesetzlichen Zahlungsmittels beizulegen, auf das eifrigste zu fördern und zwar hauptsächlich „zum Schutze der deutschen Arbeit". Herr Eisenstuck verkennt das Gefährliche einer solchen National-Zettelbank keineswegs — und wie könnte ein so kluger Mann dies auch übersehen? — allein, sagte er: „Man fürchtet sich vor der Emittirung von Papiergeld wie vor einem Gespenst. Man sieht die Assignaten vor sich und bedenkt nicht, daß sie in einer Zeit gemacht wurden, wo den Leuten, ohne daß sie es wußten und wollten, die Köpfe abgeschlagen wurden, wo der gesetzliche Zustand in einer allgemeinen Auflösung begriffen war —." „Wie jetzt!" riefen hier die Freunde des Heern Eisenstuck von der Linken, überwältigt von dem Gedanken an Lichnowsky, Auerswald, Latour und Robert Blum. — Herr Eisenstuck aber fuhr fort: „Allerdings, meine Freunde, das will ich gerne einräumen, wie jetzt, aber es soll und darf ja nicht so bleiben."

Die Formulirung des angenommenen §. wird hoffentlich bei der zweiten Lesung einer ernstlicheren Prüfung, als ihr diesmal bei der großen Hast zu Theil werden konnte, unterzogen werden. Die Sache ist für Deutschlands Wohl von großer Bedeutung!

Linz, 1. Dez. Wie sind noch immer im buchstäblichen Sinne überfluthet mit Zeitungsartikeln und Aufrufen gegen die §§. 2 und 3 und werden von allen Seiten gegen Deutschland bearbeitet. Unser löblichs Kreisamt läßt mit amtlichem Cirrulare zu Protesten und Erklärungen in allen Gemeinden auffordern. Die Geistlichkeit predigt gegen die Gefahren des Anschlusses aus Gründen der Religion! Demungeachtet wurden in St. Pölten und Mölk in Unterösterreich in den letztern Tagen neue Wahlen für Frankfurt vorgenommen, und in St. Pölten der Landesadvokat Dr. Prinzinger, ein allgemein höchst geachteter und auch sehr deutsch gesinnter Mann, in Mölk der Geistliche Werner gewählt. (Z. J.)

* Die „Elberfelder Zeitung" bringt folgende Nachricht: „Alles scheine darauf hinzudeuten, daß das Ministerium Brandenburg vorläufig aufrecht erhalten werden solle, da sich kein Ministerium zur Uebernahme der von demselben getroffenen Maßnahmen bereit finden dürfte, und die Ansicht scheine dabei obzuwalten, daß dem folgenden neuen Ministerium vorher eine Bahn geschafft werden müsse, damit es sich im Vertrauen des Landes befestigen könne. Wenn in Bezug auf die feste Entschlossenheit am Hoflager zu Potsdam noch ein Zweifel obwalten könnte, so wird derselbe durch den Ausspruch des Königs bei Gelegenheit einer mit einem namhaften Abgeordnetrn gepflogenen Unterredung beseitigt. Der König, dessen Innigkeit auf den Abgeordneten den tiefsten Eindruck gemacht hatte, sagte: „„Nicht wanken und nicht weichen werde ich, bis ich Preußen und das gemeinsame deutsche Vaterland vor der Gefahr, der Entsittlichung anheim zu fallen, gesichert weiß. Der Achtung vor dem Gesetze soll und muß wieder volle Geltung verschafft werden. Bei der Erfüllung dieser unabweisbaren Pflicht werde ich als Hohenzoller zu siegen oder zu sterben wissen. Ich liebe mein Volk, und aus Liebe zu diesem meinem Volke habe ich in Geduld und Langmuth die größten Erniedrigungen ertragen, in der Hoffnung, daß das irregeleitete Volk aus seinem Rausche erwachen und der Stimme der Vernunft und Besonnenheit wieder Gehör leihen werde. Da dieser verderbliche Rausch indessen auch Männer erfaßt hat, von denen man es zur Ehre Preußens nie hätte erwarten sollen, so blieb mir zur Rettung des Vaterlandes und der höchsten menschlichen Güter keine Wahl. Ich werde der Pflicht gegen mein getreues und innig geliebtes Volk zu genügen wissen. Ich bin auf das Aeußerste gefaßt."" Der Abgeordnete verließ, ergriffen von der Gemüthsbewegung des Königs, tief bewegt die königlichen Gemächer, seinen Freunden betheuernd, daß sein Vertrauen zum Könige nach dieser Unterredung feststehe."

Breslau, 30. Nov. Berthold Auerbach ist nach längerem Aufenthalte in Wien wieder zurückgekehrt; er wird über seine Erfahrungen in der Kaiserstadt eine Schrift herausgeben. Auerbach spricht sich schonungslos über die Talent- und Charakterlosigkeit der Wiener Volksführer und über die innere Hohlheit der Oktoberbewegung aus, welche ohne bestimmtes Ziel mit dem Sturze eines Ministeriums begann und mit der Vertheidigung gegen die Rache der Hofpartei endete. Aber eben so schonungslos ist sein Verdammungsurtheil über die Art, wie die letztere ihren Sieg mißbraucht habe, deren Einzelheiten er in seiner Schrift aufdecken wird.

Dresden, 4. Dez. Erzherzog Ferdinand von Este (früherer Militärgouverneur von Galizien und Bruder des verstorbenen Herzogs von Modena) ist diesen Morgen hier angekommen und hat, dem Vernehmen nach, dem königlichen Hofe die Abdankung des Kaisers Ferdinand zu Gunsten seines Neffen Franz Joseph offiziell angezeigt. Der Erzherzog wird in gleicher Sendung nach Potsdam gehen. (Leipz. Z.)

Freiburg, 4. Dez. Auswärtige Zeitungen trachten vor einigen Tagen Nachrichten über einen erneuten Freischaaren-Einfall, wobei einige badische Dragoner gefallen sein sollen. Sie bedurften keiner Widerlegung, da bei uns jedermann weiß, daß kein Wort Wahrheit daran ist. Wohl aber hat man neulich vielerlei Bewegungen unter den Flüchtlingen an der französischen und schweizerischen Grenze bemerken wollen. Auch das weiß ebenfalls Jedermann, daß diese, oder wenigstens die zunächst bedrohten Punkte, militärisch so besetzt sind, daß die Unmöglichkeit eines Einfalls auf der Hand liegt. (N. Fr. Z.)

Digitized by Google

Aus Oberhessen, 3. Dez. Bei der Versammlung von Abgeordneten vieler deutschen politischen Vereine zu Kassel, vom 3. bis 5. Nov. d. J., welche der Bürgerverein zu Kassel eingeladen hatte, um einen ganz Deutschland umfassenden Vaterlandsverein zu bilden, entschied man sich schließlich dahin, einen großen nationalen Vaterlandsverein für Recht und Ordnung und zur unbedingten Anerkennung der Beschlüsse der Reichsversammlung zu Frankfurt zu konstituiren, jedoch mit Offenhaltung der Frage über die Form der Verfassung. Die konstitutionelle Mehrheit trennte sich zwar nicht, gab jedoch „in der Ueberzeugung, daß die Gegenwart entschiedene Parteinahme erfordere, und daß man in wirksame politische Vereine nur mit solchen treten könne, welche wirklich gleiche Zwecke verfolgen", dem Ausschuß der deutschen Vereine in Sachsen den Auftrag, die Bildung eines allgemeinen deutschen Vereines mit dem bestimmten Programm „konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage" in die Hand zu nehmen. Diesem Auftrag zu genügen, und um sich der Theilnahme aller deutschen Stämme zu versichern, damit nicht ein so großer Theil Deutschlands, wie in Kassel, unvertreten sei, hat der Centralausschuß der sächsischen deutschen Vereine nun die öffentliche Anfrage an alle politischen Vereine Deutschlands, die auf demokratisch-monarchischem Boden stehen, gerichtet, ob sie zu einer allgemeinen Versammlung in Leipzig im Laufe des Dezembers Abgeordnete senden wollen, um baldige Anzeige der Theilnahme an diesem Kongresse und zur Verbreitung dieser Aufforderung gebeten.

(D. P. Z.)

Altenburg, 3. Dez. Der Reichskommissär Ludwig Mühlenfels hat eine Ansprache an die Bewohner von Thüringen und Altenburg erlassen. Es wird darin für die Verpflegung der Reichstruppen, von denen ein Theil auch noch ferner als Gäste verweilen werde, die Vergütung aus der Reichskasse angekündigt. „Ich habe, heißt es weiter, bei der erklärten Bereitwilligkeit des Reichsministers der Finanzen, auch schon aus den vorhandenen Baarbeständen der Reichskasse Zahlungen an diejenigen Regierungen zu leisten, welche außer Stande sind, durch Vorschüsse der Bedürftigkeit der Einwohner gewisser Distrikte zu Hülfe zu kommen, die Bewilligung entsprechender Vorschüsse nachgesucht, und werden solche sofort aus der Reichskasse an die betheiligten Regierungen gewährt werden". Zum Schluß heißt es: „Bewohner von Thüringen und Altenburg! Ihr selbst könnt das Eure dazu beitragen, um eine Erleichterung der Einquartirungslast dadurch herbeizuführen, daß ihr eure Bemühungen mit denen der Behörden zur Bildung tüchtiger Bürgerwehren vereinigt. Das Institut der Bürgerwehr muß so eingerichtet sein, daß dasselbe für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung Gewähr leistet. Je nachdem die Bürgerwehr in den einzelnen zu meinem Geschäftskreise gehörenden Städten der betreffenden Landesregierung jene Gewähr leistet und Vertrauen erweckt, wird eine Verminderung der Besatzungen von mir veranlaßt werden."

Wiesbaden, 4. Dez. Heute sind die Landstände nach Ablauf des Urlaubs zum erstenmal wieder zusammengetreten. Der Reg.-Comm. Vollpracht eröffnete denselben, die Regierung beabsichtige mehrere Vorschläge der Kammer demnächst zur Berathung und Annahme vorzulegen, wovon ein Gesetz über die Einführung einer neuen Gemeindeordnung und ein Gesetz über das Pensionswesen der Staatsdiener wie der Offiziere von allgemeinerem Interesse sind.

(Fr. J.)

× **Hamburg**, 28. November. Gewaltige Ereignisse sind eingetreten und eine wahre politische Einheit Deutschlands erscheint nicht mehr als unerreichbar. Soll es jetzt auch zu einer Einigung der materiellen Interessen, zu einer aufrichtigen Zoll- und Handels-Einigung Deutschlands kommen, so muß die alte Bahn der Anmaßungen und Entstellungen verlassen, es muß nach allen Richtungen hin die Wahrheit ermittelt werden. Zu einer solchen Ermittelung, zu Aufklärungen von Irrthümern möchten wir, wenn auch nur ein Scherflein, beitragen, indem wir einige Angaben beleuchten, welche die Herren Eisenstuck und Moritz Mahl sowohl in ihren Reden am 10. Nov. als in ihrem Bericht über den Verfassungsentwurf gemacht haben. Herr Eisenstuck hat in seiner Rede die Zolleinnahme Hamburgs zu einer Million Mark Banco angegeben, diese Angabe sind wir in dem Fall berichtigen zu können.

Die ganze Zolleinnahme Hamburgs hat 1847 betragen: Brutto-Courant: 1,064,798 fl. 6 kr.; Administrations-Kosten: 77,522 fl.; Netto-Courant: 987,276 fl. 6 kr. à 25pCt. Bco.: 789,821 fl. 2 kr. Davon waren erhoben an sogenanntem Schiffszoll, eigentlich Tonnengeld, Cour. 212,041 fl. 2 kr., Waarenzoll also Cour.: 775,235 fl. 4 kr. oder à 25pCt. Bco. 620,188 fl. 3 kr., welche von obigen 987,276 fl. 6 kr. abgezogen werden. Es waren aber 1847 die Zufuhren sehr groß, in andern Jahren hat der Zoll weniger eingebracht und war die ganze Zolleinnahme 1846: 925,697 fl. 8 kr. oder Bco. 740,558 fl. In dem gegenwärtigen Jahre ist des dänischen Krieges wegen der Ausfall in der Zolleinnahme sehr groß. Inzwischen gehen die Ausgaben immer fort und es haben die Ausgaben der Schifffahrt und Hafen-Deputation, der die Sorge für die Schifffahrtsanstalten obliegt, betragen: 1846 M.-Bco 553,680 fl.; 1847 M.-Bco. 376,127 fl. 3 kr. In diesen Ausgaben sind nicht mit inbegriffen die Zinsen für die Hafen-Anleihe, welche gemacht ward, um die Erweiterung des Hafens zu beschaffen.

Die von den HH. Eisenstuck und Moritz Mahl ausgesprochene Ansicht über die Transit-Freiheit in Hamburg ist eine durchaus irrige, sie gibt aber einen Beweis ab, wie selbst die liberalste Sache verkannt werden kann und daß es möglich ist, selbst in der Transit-Freiheit ein Differentialzollsystem zu finden. Die Transit-Freiheit in Hamburg ist nicht etwa nur diesem oder jenem Lande zugestanden, sie ist allgemein, und wenn die Binnenländer Deutschlands von England Waaren beziehen oder dahin versenden, die als Transito-Gut zollfrei durch Hamburg gehen, so scheint es uns ganz verkehrt Hamburg daraus, einen Vorwurf machen zu wollen; verdient der Handel mit England einen Vorwurf, so müßte er in dieser Beziehung die Binnenländer treffen. Es scheint aber auch diese Stelle des Berichts eine irrige Ansicht über den Umfang des englischen Zwischenhandels nach Deutschland zu Grunde zu liegen und diesen Punkt werden wir in einem feineren Artikel erörtern.

Italien.

* Das von Lord Minto gestellte und von den vermittelnden Mächten gut geheißene Ultimatum einer neuen Vereinbarung zwischen Neapel und Sicilien bestimmt: 1) eine getrennte Verwaltung, eine besondere Verfassung, ein aus Inländern bestehendes See- und Landheer für Sicilien. 2) Vereinigung der beiden Kronen. 3) Werden diese Bedingungen von der einen oder der andern Seite verworfen, so ziehen die Mächte sich zurück und überlassen die Entscheidung dem Waffenglücke. Der König von Neapel hatte bekanntlich früher diese Bedingungen abgelehnt. — Nach der Patria vom 27. Nov. ist der Prinz Joseph Poniatowski zum Ministerresidenten von Toscana in Paris ernannt worden. In Turin fragte der Abgeordnete Lanza in der Sitzung vom 29. Nov., ob das Ministerium offizielle Nachrichten über die letzten Begebenheiten in Rom erhalten habe, und ob es über das politische Verhalten einig sei, welches diese Umstände erfordern. 3 Thatsachen seien wahrscheinlich: Ein Einfall Oesterreichs (in die Legationen), Frankreichs (in Civita vecchia) und Neapels. Er wisse wohl, daß das Kabinet seinen Plan nicht mittheilen könne, aber das Land müsse erfahren, ob es im Sinne der italienischen Unabhängigkeit verfahren werde. Minister Pinelli: In Abwesenheit meines Kollegen, des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, erkläre ich der Kammer, daß wir die Nachricht erhalten haben, der Papst sei auf einem französischen Schiffe entflohen. Welche Richtung er genommen hat, wissen wir nicht bestimmt. Die Nachricht ist noch zu neu und die einzelnen Umstände zu unbekannt, als daß das Ministerium schon einen Entschluß hätte fassen können. So bald dies der Fall sein wird, werden wir dem Parlamente Mittheilung davon machen. Die Unabhängigkeit der Nation wird immer das Ziel sein wonach wir streben. Die „Alba" meldet aus Neapel: obgleich das officielle Journal die Eröffnung der Kammer auf den 30. Nov. angezeigt habe, werde die Kamarilla es doch dahin bringen, daß dieselbe auf den 1. Februar verschoben werde. Die „Patria" vom 25. zeigt an, daß dies wirklich geschehen sei. Auf die Anzeige, daß die Oesterreicher gegen Castelfranco zu Verstärkung erhielten, sind von Bologna Truppen als Observations-Korps nach dieser Richtung entsandt worden. Der „Corriere mercantile" vom 30. Nov. meldet, das franz. Dampfschiff Corriere corso, welches an demselben Tage von Neapel (in Genua) angekommen sei, bringe die Nachricht, der Papst habe sich in Gaeta, wo Lambruschini vor ihm angekommen sei, ans Land setzen lassen.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Uebersicht.

Das Bolam Radetzky's und das österreich. Ministerialprogramm.
Deutschland. Frankfurt (Die Vorderothung über Oesterreichs Stellung zu Deutschland.) Wien (Vorbeimgen der Kroaten in Ungorn.) Olmütz (Ereignuage.) Berlin (Das Wahlgesetz. Das Ministerium bleibt. Die entscheidende Berathung. Die neue Verfassung. Das Ministerium Brandenburg. Baierische Note.) Posen (Mordanfall auf Generol Schäfer.) Köln (Plakate. Arbeiterauflauf. Darlehenskasse. Herr Borchardt.) München (Todtenfeier für Blum. Herr v. Closen. Hofsekretoriat.) Altenburg (Auflösung der Bürgerwehr.)
Frankreich. Paris (Nachrichten aus Marseille. Noch ein Bonaparte in der Nat.-Vers.)
Spanien. (Montemolinistische Bewegungen.)
Italien. Rom (Mittheilungen des Contemporoneo über beabsichtigte Abdankung des Papstes. Adresse des hohen Raths an das Volk und Zustimmung zu der Permanenzerklärung der Deputirtenkammer. Ein Antrag auf eine neue Papstwahl verworfen.)
Schweiz. Aarau (Dr. Steiger.)
Dänemark. Kopenhagen (Dänische Note wegen des Waffenstillstandes.)

* Vom Rhein, 4. Dez. Vorgestern schrieb ich Ihnen meine Prophezeihungen über das schließliche Schicksal unserer Verfassung. Heute höre ich freilich, daß es in Frankfurt Männer gibt, die uns ganz auf ein anderes Ziel steuern wollen, als das ich dort in Aussicht stellte. Es sollen Mitglieder der Rechten, und zwar einflußreiche Leute, geäußert haben, daß, wenn in Berlin zu keinem befriedigenden Ziele zu kommen wäre, man sich wieder auf den Boden der Revolution stellen müsse. Das hieße von Seite der Majorität nach Einem großen Fehler den Zweiten noch viel größeren machen. Hätte man sich im Anfang der Nationalversammlung davon Rechenschaft gegeben, daß die deutsche Bewegung trotz ihrer ertensio außerordentlich großen Energie, kraft welcher in 2 Monaten der ganze Umfang Deutschlands durchmessen und die zurückgebliebensten Stämme in ihren politischen Erwerbungen den vorgerücktesten gleichgestellt wurden, doch nach ihrem inneren Charakter eben so viele Mäßigung bewies, in Folge deren der erste ungestörte Instinkt auch nicht an den kleinsten der kleinen Ideone rührte, hätte man sich diesen sehr eigenthümlichen Charakter dieser Bewegung gegenwärtig gehalten, so hätte man sich sogleich willig auf den Boden der Vereinbarung gestellt, ein Staatenhaus berufen, die Regierungen sogleich in die Gestaltung und Einführung der Verfassung hereingezogen, man hätte den Bundestag für die kurze Zeit noch gewähren lassen, der nach außen hin die Legalität und das Ansehen besaß, nach dem die provisorische Centralgewalt beiseit gehen muß, und Alles wäre ganz anders gekommen als so. Man wollte diesen einfachen reformistischen Gang nicht, man wollte auch den revolutionären nicht, man ging die richtige Mitte und erntet jetzt die unrichtigen Folgen. Diese Folgen willig zu ernten ist nun durchaus das Gewogene. Denn wenn zwar nach meiner tiefsten Ueberzeugung mit einem halben Verfassungswerk der Revolution ein neuer Boden bereitet wird, so könnte denn doch durch eine planvolle und entschiedene Benutzung des Wenigeren, was wir davon tragen werden, möglicherweise diesem Schicksale eine mildere Wendung gegeben, vielleicht wohl gar vorgebeugt werden. Stellt sich aber die National-Vers. auf einen halbrevolutionären Boden, wie vorher auf einen halbreformistischen, so wird sie entweder, im Falle sie diese Rolle nicht durchführen kann, die Reaktion viel schlimmer machen, oder im Falle sie realisirte, die Revolution nur beschleunigen, der auf dem bisherigen Wege vielleicht doch noch ausgewichen werden kann; sie wird sie beschleunigen in dieser Zeit der Rathlosigkeit und wilden Aufregung, wo an ein Zügeln des losgelassenen Sturmes nicht zu denken ist, wo ein Schritt dieser Art von Seiten der Nationalversammlung uns unrettbar in die rothe Republik reißen würde. Das möge sich doch die Nationalversammlung dreimal bedenken. Indessen lege ich wohl der verlorenen Aeußerung eines Einzelnen zu viel Gewicht bei. Mir scheint vielmehr, daß ich auf meine Prophezeihungen von vorgestern getroster zurückkommen darf, da sie heute schon gleichsam eine offizielle Unterstützung erhalten. Zwei Dokumente kommen mir heute zu, die für die vorliegende Frage des Verhältnisses von Oesterreich zu Deutschland sehr interessant sind. Das Schreiben Radetzky's an den Dr. Egger ist das Schreiben eines Soldaten, der gradaus und energisch ist und Andere für ebenso energisch hält. Die Beschlüsse der Nationalversammlung über die Personalunion, sagt er, müssen zu einer Trennung Oesterreichs von Deutschland führen, werden dazu führen, wenn man auf Durchführung dieser Grundsätze bestehen wollte, denn Oesterreich werde sich ehee von Deutschland als von Oesterreich trennen! Darauf wäre nun nach meiner Meinung die einzige Antwort: So müssen jene Beschlüsse also zu einer Trennung führen; man wird auf ihnen bestehen, denn es sind Beschlüsse; und Deutschland wird sich eher von Oesterreich als von Deutschland trennen. Aber freilich, die National-Versammlung besteht nicht aus lauter Radetzky's! Man hat ja bei jenem Beschlusse schon die Möglichkeit durchsehen lassen, daß es auch kein Beschluß zu sein brauche, daß man das Verhältniß noch einmal prüfen könne, daß man nur einmal auf den Busch klopfen wolle; klopft uns Oesterreich auf die Hände, so können wir ja beschließen, daß Deutschland sich lieber von Deutschland trenne als von Oesterreich. Es ist ein köstliches Ding um ein Lovewort. Dies hier soll das Stichwort aller derer werden, die Deutschland im Stich lassen wollen, um Oesterreich mächtig in seinem schädlichen Einfluß auf Deutschland zu erhalten. Die das nicht wollen, die tapferen, soldatischen, sollen sich an Radetzky halten. Die diplomatischen werden sich aber lieber an die Diplomaten halten. Denn gleichzeitig liegt ein offizielles zweites Aktenstück vor, das mehr im Sinne derathender Körper ist, das die Entscheidung hinausschiebt. Es ist das Programm des österreichischen Ministeriums, das Radetzky noch nicht kannte. Er hat seinen Metternich in Wien noch nicht wiedergefunden; gehörig instruirt würde er die Frage nicht so schroff gestellt und entschieden haben. Er hätte sich an die weit schlauere, wohl durchdachte, vorsichtige, listige Erklärung des Ministeriums gehalten, die Genz und Metternich Ehre gemacht haben würde: „Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwickelung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprocesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen."

Wie viele Leute werden diese kostbaren Sätze recht verstehen? Die ganze Aussicht meiner Prophezeihungen liegt darin vor! „Oesterreichs Einheit ist ein deutsches Bedürfniß!" laßt euch also ja nicht einkommen, das Radetzky'sche Schwert umzukehren und jenen kühnen Satz nachzusprechen: Deutschland wird sich lieber von Oesterreich als von Deutschland trennen! Denn Oesterreichs Einheit ist ein deutsches Bedürfniß, Oesterreich selbst ist ein deutsches Bedürfniß; sich von dem alten ehelichen Oesterreich trennen, heißt sich von Deutschland selber trennen! „Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des Umgestaltungsprozesses entgegen." O, als ob es Genz geschrieben hätte! Mit der natürlichen Entwickelung werden sich alle philosophischen Gemüther in Frankfurt beruhigen. Und alle guten stillen Leute! Man läßt den Dingen ihren Lauf. Man wartet zu. Man beobachtet. Man hält sich das Protokoll offen. Es ist ja ganz das, was Metternich in Wien 1814 that. Man hätte sich damals zum Kaiserthum, wenn man recht genöthigt worden wäre, zwingen lassen, wie man heute ungenöthigter thun würde; da das nicht zu haben war, so wartete man die „natürliche Entwickelung" ab, bis sich Alle ermüdet, mit Projekten zerquält und verunreinigt hatten: dann schlichtete Oesterreich mit einer Verfassung, die Niemand zu nützen und Niemand zu schaden schien. Diese natürliche Entwickelung wird auch heute nicht fehlen. „Erst wenn das verjüngte Oesterreich und Deutschland zu fester Form gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen." Man kann nicht entgegenkommender sein. Das war so ganz, was jene Excentionisten in Frankfurt selber wollten. Wenn Oesterreich willfährig ist, so haben wir die Paragraphen über die Personalunion beschlossen, wenn nicht, nicht. Und so jetzt Oesterreich dagegen: wenn wir erst in Folge der natürlichen Entwickelung erfahren haben, was wir in einem an den Gehorsam gewöhnten Staate, und mit so viel Millionen Slawen im Rücken, die wir gegen euch Deutsche und alle euere Freiheiten immer zu Gebote haben, wenn wir in diesen Verhältnissen erst ausgeprüft haben, was wir wagen und bieten dürfen, und ihr in eurer Zerspaltung und Wühlerei erfahren habt, wie weit ihr gehen dürft, dann wollen wir unsere Beziehungen zu euch staatlich bestimmen. Führt die natürliche Entwickelung dahin, daß wir euch in die Tasche stecken, so thun wir es mit Ver-

Digitized by Google

gnügen. Im anderen Falle anders. „Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten zu erfüllen!“ Hier ist mehr als Genz! Das heißt, bis dahin wird Oesterreich seine Abgeordneten in Frankfurt haben, seinen Minister und Erzherzog in der Reichsgewalt, und wird mit rathen helfen nach Leibeskräften, mit thaten wird es freilich nur nach seinen Bundespflichten. Es wird den Bundesstaat mit durchdiskutiren, indessen aber im Staatenbund aerharren. Es erhält sich seinen Reichsverweser und sein Reichsministerium, um nicht von Zumuthungen zu sehr belästigt zu werden; sollte es doch geschehen, so wird es „seine Bundespflichten treulich erfüllen.“ Zuletzt, wenn ihm Deutschland den Buadesstaat aorschlägt, wird es Deutschland den Staatenbund vorschlagen. Und je nachdem die natürliche Entwickelung ausgefallen ist, wird Oesteereich verlangen, daß auch Deutschland in seinem Innern die staatenbündlichen Ordnungen festhalte und der Utopie des Bundesstaates entsage. Denn Oesterreich, wenn es seine Bundespflichten recht treulich erfüllen will, kann ja nur auf den Aetikel 7 der Bundesakte verweisen. Die österreichische Gesammtmanarchie in ihrer Einheit wird diesem Fingerzeig schon Nachdeuck geben. Darum liegt so viel daran, daß das „verjüngte Oesterreich“, mit Ungarn und Italien „in arganischer Verbindung“, erst „zu fester Form“ gekommen ist, ehe das letzte Woet von dee staatlichen Beziehung zwischen Oesterreich und Deutschland gesprochen wird. Scheint es nicht gewiß, daß die durchtriebensten Diplamaten mit einem Systeme auch der perfidesten Politik einen Staat nach weiter bringen, als die gerechtesten Männer, die gar keine Palitik haben?

Deutschland.

§ **Frankfurt**, 8. Dez. Zu einee der wichtigsten Vorberathungen hatten sich gesteen etwa 60 Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen der Nationalaersammlung bei Hrn. v. Beckerath eingefunden. Es handelte sich, wie man vernimmt, um eine Verständigung in Beziehung auf die österreichische Feage. Herr von Schmerling soll sein Bedenken ausgesprochen haben, ob man bei der Stellung, die Oesterreich nehmen zu wollen scheine, ihn ferner als deutschen Reichsminister werde gelten lassen wollen. Es sei dann von der Möglichkeit eines Ministeriums unter der Leitung Heinr. v. Gagerns die Rede gewesen, für welches Gagern die Bedingung des von ihm verfochtenen staatenbündlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich gefardert habe; Wassermann, in demselben Sinn redead, habe sogar die unverzügliche Absendung von Vertrauensmännern, um Deutschland in Kremsier zu vertreten, verlangt. Es soll dabei von einer Seite unverhalen ausgesprochen sein, daß man nichts mehr wünsche, als den Rücktritt des Ministeriums Schmerling. Dagegen habe man von anderer Seite alles Gewicht auf die Aufrechthaltung der §§. 2 und 3 der deutschen Reichsaerfassung geiegt, wonach man das staatenbündliche Verhältniß zu Oestereich aufgeben und dem deutschen Theile desselben überlaffen wollte, ob es dem Gesammtstaat Oesterreich oder dem deutschen Bundesstaate angehören wolle, da ein doppeltes Verhältniß beiden verderblich, und besonders ein so unklaees Verhältniß der künftigen palitischen Gestaltung von Deutschland hinderlich sein müsse. Wahrscheinlich wird nun in nächster Zeit diese wichtige Frage die Nationalversammlung beschäftigen.

Wien. Die kroatischen Truppen sind, wie der österreichische Lloyd unterm 3. Dez. meldet, von Wolfsthal in Ungarn ohne Widerstand bis Nichalsthal vorgerückt, und die Bauern ließen sich entwaffnen. Bei Angern zündeten die kais. Truppen das Dorf Ungerwick an. Die Magyaren zogen sich Abends in eiligee Flucht zurück.

Ollmütz. Die ersten Regierungshandlungen des jungen Kaisees waren die Ernennung des Banus Jellacic zum Civil- und Militärgouverneur van Dalmatien und Fiume, die kais. Bestätigung des Seebischen Patriarchen Rajacicz und Woiwoden Suplikacz, welche beide zugleich das Cammandeurkreuz des Leopaldordens erhielten, und die Aufnahme des Baron Franz Kulmer in den Ministerrath als Minister für die kroatisch-slawonischen Angeiegenheiten. (D. A. Z.)

Der Preußische Staatsanzeiger bringt heute die beiden Wahlgesetze für die erste und die zweite Kammer.

I. Interimistisches Wahigesetz für die erste Kammer.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

verordnen in Betreff der ersten Wahlen für die erste Kammer auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

Art. 1. Die erste Kammer besteht aus 180 Mitgliedern, die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt.

Es können weder wählen noch gewählt werden diejenigen, welche in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entbehren.

Art. 2. Für die erste Kammer ist jeder Preuße, welcher das dreißigste Lebensjahr vollendet hat und einen jährlichen Klassensteuersatz von mindestens 8 Thalern zahlt, oder einen Grunddesitz im Werthe von mindestens 5000 Thalern, oder ein reines jährliches Einkommen von 500 Thalern nachweist, stimmberechtigter Urwähler in derjenigen Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

Die Aufstellung der Wählerlisten liegt dem Landrathe unter Mitwirkung der Kommunalbehörden ab, in den Städten, die einem Kreisverbande nicht angehören, dem Kommunal-Vorstande. Die Entscheidung über die dagegen erhobenen Reklamationen erfolgt für die klassensteuerpflichtigen Ortschaften durch die nach der Verordnung vom 17. Januar 1820 (Gesetzsammlung Seite 19) zur Mitwirkung bei der Klassensteuer-Veranlagung bestimmte Kommission, für die nicht klassensteuerpflichtigen Orte durch eine von den Gemeindebehöeden zu bildende Kommission.

Art. 3. Je 100 Urwähler wählen einen Wahlmann.

In jeder Gemeinde, welche 200 oder mehr Urwähler hat, erfolgt die Wahl nach Abtheilungen. Die Abtheilungen werden von den Gemeindebehörden in der Art begränzt, daß in einer Abtheilung nicht mehr als 5 Wahlmänner zu wählen sind.

Hat eine Gemeinde aber eine nicht zu einem Gemeindeverbande gehörende bewohnte Besitzung weniger als 100 Urwähler, so wird dieselbe durch den Landrath mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Wahldistrikte verbunden.

Art. 4. Die Wahlmänner werden aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler der Gemeinde (des Distrikts, der Abtheilung) gewählt. Die etwa nöthig werdenden Ersatzwahlen werden von den ursprünglich gewählten Wahlmännern vollzogen; jedoch ist an die Stelle jedes Wahlmannes, welcher durch den Tod, durch Wohnorts-Veränderung oder auf andere Weise ausscheidet, sofort ein neuer Wahlmann zu wählen.

Art. 5. Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch die Wahlmänner nach absoluter Stimmenmehrheit erwählt. Die Wahlbezirke sollen so gebildet werden, daß in jedem derselben 2 oder 3 Mitglieder der ersten Kammer zu wählen sind.

Sollten sich in einem Wahlbezirke weniger als 1000 Urwähler befinden, so haben letztere die 2 oder 3 Mitglieder der ersten Kammer in 2, beziehungsweise 3 Abtheilungen, deren keine mehr als 500 Urwähler umfassen darf, direkt und ohne Vermittelung von Wahlmännern zu wählen.

Art. 6. Die Zahl der in jedem Regierungsbezirke zu wählenden Mitglieder der ersten Kammer weist das anliegende Verzeichniß nach. Die Bildung der Wahlbezirke ist durch die Regierungen zu bewirken.

Art. 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

Art. 8. Zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 40ste Lebensjahr vollendet und bereits 5 Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört.

Art. 9. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistrats-Kollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet.

Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (Art. 11) feststellen.

Die Wahlen der Mitglieder der ersten Kammer werden durch aan den Regierungen zu bestimmende Wahlkommissäre geleitet.

Art. 10. Die Wahl der Mitglieder der ersten Kammer erfolgt durch feldstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen.

Art. 11. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst nach erforderlichen Anordnungen hat Unser Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 6. Dezember 1848.

(L. S.) **Friedrich Wilhelm.**

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. Rintelen. von der Heydt.

II. Wahlgesetz für die zweite Kammer.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

verordnen in Betreff der Wahlen für die zweite Kammer auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

Art. 1. Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt.

Es können weder wählen noch gewählt werden diejenigen, welche in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entbehren.

Art. 2. Für die zweite Kammer ist jeder selbstständige Preuße in derjenigen Gemeinde, worin er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung erhält.

Art 3. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann.

Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht die Zahl von 250 Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu einem Wahl-Distrikte vereinigt.

In jeder Gemeinde von mehr als 1000 Seelen erfolgt die Wahl nach Abtheilungen, welche die Gemeindebehörden in der Art zu begränzen haben, daß in einer Abtheilung nicht mehr als zehn Wahlmänner zu wählen sind.

Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande ge-

hören und nicht wenigstens 250 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufe der Urwahlen der zunächst gelegenen Gemeinde zugewiesen.

Art. 4. Die Wahlmänner werden aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler der Gemeinde (des Distrikts, der Abtheilung) gewählt. Die etwa nothwendig werdenden Ersatzwahlen werden von den ursprünglich gewählten Wahlmännern vollzogen; jedoch ist an die Stelle jedes Wahlmannes, welcher durch den Tod, durch Wohnortsveränderung oder auf andere Weise ausscheidet, ein neuer Wahlmann zu wählen.

Art. 5. Die Mitglieder der zweiten Kammer werden durch die Wahlmänner (Art. 3) erwählt. Die Wahlbezirke sollen so gebildet werden, daß in jedem derselben mindestens zwei Mitglieder zu wählen sind.

Art. 6. Die Zahl der in jedem Regierungsbezirke zu wählenden Mitglieder der zweiten Kammer weist das anliegende Verzeichniß nach. Die Bildung der Wahlbezirke ist durch die Regierung zu bewirken.

Art. 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

Art. 8. Zum Mitgliede der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet hat und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staatsverbande angehört.

Art. 9. Die Urwahlen werden in den Städten durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistratskollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet.

Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (Art. 11) feststellen.

Die Wahlen der Mitglieder der zweiten Kammer werden durch von den Regierungen zu bestimmende Wahlkommissäre geleitet.

Art. 10. Die Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller erschienenen Wahlmänner, und zwar in einem der Hauptorte des Wahlbezirks.

Art. 11. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 6. Dezember 1848.

(L. S.) **Friedrich Wilhelm.**

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. Rintelen. von der Heydt.

△ **Berlin**, 5. Dez. Wie ich Ihnen gestern angedeutet habe, ist heute die Auflösung der Nationalversammlung und die Oktroyirung einer neuen Verfassung erfolgt. Und zwar von dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel, dem als Handelsminister noch Herr v. d. Heydt beigetreten ist. Dieser Umstand beweist, worauf ich ebenfalls schon mehrmals hingedeutet habe, daß das jetzige Ministerium auf seinem Posten bleiben und, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse seinen Rücktritt bedingen sollten, auch den Kammern gegenüber seine Wirksamkeit und seine Maßregeln rechtfertigen wird. Die Verfassung beruht zum größten Theil auf den Grundlagen, welche der Bericht der Centralkommission der Nationalversammlung vorbereitet hat; eine Revision der Verfassung durch die Kammern ist gewährleistet. Sollte man gegen den Wahlmodus der Kammern Einwendung machen, so steht nichts im Wege, daß durch dieselben vorerst ein Wahlgesetz berathen und daß die Revision der Verfassung von der nächstfolgenden Kammer vorgenommen werde. Der König und der Prinz von Preußen waren heute Morgen von Potsdam herübergekommen. Im Kriegsministerium wurde die Konferenz abgehalten, in Folge deren die Sanktion und Publikation der Verfassungsgesetze erfolgt ist."

Berlin, 6. Dez. Die „Deutsche Reform", welche vor Kurzem noch gegen eine Oktroyirung eiferte, sagt heute von der neuen Verfassung: „Prüft sie ruhig nach ihrem Werthe, nicht nach dem Maßstabe parteisüchtigen Vorurtheils, das nicht darauf sieht, wie sie ist, sondern nur wie sie entstanden ist. Sie ist das Haus, unter dessen schirmendem Dach noch die kommenden Geschlechter frei und glücklich wohnen sollen; es wäre Verrath gegen uns selbst, Verrath gegen das Vaterland, Verrath gegen unsere Nachkommen, die zerstörende Hand an das Gebäude zu legen, weil wir mit dem Baumeister hadern, unsern Enkeln den Fluch der Anarchie statt der heerlichen Erbschaft des Gesetzes und der Freiheit zu hinterlassen." Ferner bemerkt sie: „Die Nachrichten, welche aus Oesterreich eingegangen sind und von dem ungeheuren Jubel berichten, den die Verjüngung des Kaiserreichs dort hervorgerufen hat, sind ohne Zweifel von Einfluß auf den Entschluß der Krone gewesen, die preußische Verfassung früher zu proklamiren, als ursprünglich beabsichtigt wurde. Die hiesige Regierung fühlte sich gedrängt, einen Akt zu beschleunigen, dessen Verzögerung das Ansehen und die Kraft Preußens offenbar in den Schatten stellte."

Das Ministerium Brandenburg bleibt und zeigt dadurch, daß es sich ergänzt, daß es gar nicht daran denkt, seine Plätze zu räumen. Diese Thatsache erfüllt uns mit Besorgniß über die Stellung Preußens zur Centralgewalt, und Viele sehen bereits darin den ausgesprochenen Bruch mit ihr. Wir sind dieser Ansicht nicht; wir hoffen, daß, obwohl alle Elemente dazu vorhanden sind, Gagern und seine Freunde in Frankfurt den guten Willen und die Klugheit besitzen werden, keinen Bruch daraus entstehen zu lassen.

Man versichert, daß die baierische Regierung eine Note an die hiesige gesendet hat, in der sie gegen ein etwa beabsichtigtes deutsches Kaiserthum protestirt.

* **Potsdam**, 6. Dez. Der Erzherzog Ferdinand ist hier von Ollmütz eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen. Er ist begleitet von dem General Merveldt, und wird sich von hier nach Frankfurt begeben, um auch da die Abdication des Kaisers zu notificiren. Prinz Wilhelm ist nach Münster abgereist.

△ **Posen**, 4. Dez. General Schäfer hat unsere Provinz bereits wieder verlassen. Als derselbe von Bromberg nach Berlin zurückreiste, wurde im Wirsitzer Kreise ein Mordanfall auf ihn gemacht. Aus einem Gebüsch sprangen 4 Männer auf seinen Wagen zu; nur der Schnelligkeit seiner Pferde und dem Zufall, daß andere Wagen in demselben Augenblicke desselben Weges kamen, ist es zu verdanken, daß nicht durch den Fanatismus der Partei, die es niemals mit Deutschland ehrlich meinen wird, ein Verbrechen an dem Beamten der deutschen Centralgewalt geschehen ist.

** **Köln**, 6. Dez. An allen Straßenecken war heute Morgen ein Plakat zu lesen, welches das „Volk" aufforderte, vom passiven nunmehr zum aktiven Widerstande überzugehen. Das „Volk" habe das feierliche Versprechen gebrochen, welches es der Nationalversammlung gegeben: es zahle fort und fort Steuern an ein „hochverrätherisches" Ministerium, es gehe sogar fort und fort seine Kinder her zu „Schergen" des „Despoten"; die Zeit sei endlich da zu einer kühnen That, die Zeit sei da, wo der „aktive Widerstand" Pflicht werde. „Der Geist Blum's — so schloß das Aktenstück — schwebt über uns und führt uns zum Siege. Auf zur Rache! Freiheit oder Tod!" Nur kurze Zeit aber war das Publikum im Stande, diesen Aufruf zu genießen. Zwei Polizeibeamte, escortirt von einer ganzen Kompagnie Soldaten, die Trommeln voran, zogen durch die Straßen und rissen die Plakate herunter. Was die Entfaltung einer so ungewöhnlichen Macht veranlaßte, ist mir nicht bekannt. Die Sache sah, aufrichtig gestanden, etwas lächerlich aus. Gestern Abend hatten wir auch wieder einen kleinen Arbeiterkrawall. Die Stadt hat sich genöthigt gesehen, einstweilen ungefähr 300 der von ihr beschäftigten Arbeiter zu entlassen und diese zogen unter tumultuarischem Geschrei zunächst vor die Wohnung des Stadtbaumeisters, dann vor das Rathhaus, um ihre sofortige Wiederbeschäftigung zu verlangen. Vernünftigem Zureden gelang es indeß, die Masse zu beschwichtigen, so daß die um das Doppelte verstärkte Rathhauswache nicht einzuschreiten brauchte. Mit dem heutigen Tage ist die Darlehnskasse für hülfsbedürftige Handwerker eröffnet worden. Die noch nicht beendeten Zeichnungen dafür haben den besten Erfolg gehabt: Die Häuser Joest und Söhne (200 Thlr.), vom Rath (150 Thlr.), Oppenheim (100 Thlr.) und andere haben sich an die Spitze gestellt. Bezeichnend ist es, daß die Demokraten alles mögliche anwenden, das Zustandekommen des Instituts zu hintertreiben, in welchem sie nur ein Mittel sehen, das die Bourgeoisie erfunden hat, sich Freunde zu machen mit dem ungerechten Mammon. Seit vorgestern haben wir ein hervorragendes Mitglied der Linken der ehemaligen Berliner Nationalversammlung, den Advokatanwalt Borchardt von hier, wieder in unsern Mauern. „Nachdem — sagt er in einer öffentlichen Anzeige — die Nationalversammlung in Berlin der Gewalt der Bajonette hat weichen müssen, kehre ich, nicht gewillt, mich dem Machtspruche: „Die Versammlung in Brandenburg und Brandenburg in der Versammlung" zu fügen, in meine Heimath zurück, um wieder der Advokatur meine ganze Thätigkeit zu widmen."

Auch aus **München** wird von einer Todtenfeier für Rob. Blum berichtet, die am 5. Dez. mit Fackelzug, Chorgesang und Reden (im Namen des vaterländischen, demokratischen und Arbeitervereins), ohne Unfall und Störung stattfand. — Hr. v. Closen tritt in Niederbaiern; wo er begütert ist, als Landtagskandidat auf. — An die Stelle des aufgehobenen Kabinetssekretariats ist ein Hofsekretariat getreten. (Bair. Bl.)

Altenburg, 5. Dez. Gestern Abend war eine Versammlung der hiesigen Bürgergarde anberaumt worden, in welcher die Letztere in Folge höchsten Reskripts vom Oberbürgermeister Hempel als aufgelöst erklärt wurde; sie soll jedoch binnen Kurzem neu organisirt werden. (B. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 5. Dez. Die Marseiller Blätter vom 1. d. M. berichten, drei Dampfschiffe hätten Befehl erhalten, in See zu gehen, um den Tenare aufzusuchen. An diesem Tage dauerte die Einschiffung der Truppen noch fort. Mit den mannigfaltigen, sich widersprechenden Nachrichten über den gegenwärtigen Aufenthalt Pius des IX. wollen wir die Leser nicht ermüden, zumal wir sehr bald bestimmte Nachrichten darüber erhalten müssen. Das Vernünftigste ist wohl die Vermuthung des Journal des Debats, er werde die Wendung, welche die Angelegenheiten in Rom nehmen, in nicht allzugroßer Entfernung abwarten wollen und sich entweder nach Neapel (wohin von Terracina nicht weit ist) oder nach Malta begeben haben, dessen Gouverneur und Bevölkerung katholisch ist. — In Ajaccio ist Hr. Ludwig Lucian Bonaparte mit 1942 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden. Er ist ein Bruder des Prinzen von Canino, der an der Spitze der revolutionären Bewegung in Rom steht, sowie Peter Bonaparte, welcher bereits Mitglied der Nat.-Vers. ist. Er wurde zugleich zum Präsidenten des Generalconseils von Corsica ernannt.

Spanien.

In **Barcelona** hieß es am 25. Nov., eine montemolinistische Bande wäre in Mataro, einer Stadt mit mehr als 15,000 Einwohnern eingerückt. Ausführliche Berichte fehlen jedoch hierüber. Zahlreiche Insurgentenhaufen schwärmen in Catalonien umher, Vich ist so von ihnen umgeben, daß es wie blokirt ist.

Italien.

Rom. Der „Contemporaneo" enthält einen Artikel, worin es heißt: man glaube, der Papst sei mit dem festen Willen abgereist abzudanken, wofern sich die Cardinäle nicht widersetzten. Man füge hinzu, derselbe habe ein Breve unterzeichnet, worin den dahier zurückgebliebenen Cardinälen die Macht ertheilt werde, einen neuen Papst zu wählen, wenn sie auch nur in geringer Anzahl vereinigt wären. Der hohe Rath hielt heute eine Sitzung, welcher 18 Mitglieder, so wie der Ministerpräsident Muzzarelli und Mamiani bewohnten. Es wurde eine Adresse an das Volk beschlossen und erlassen, welche, wie die anderen, ermahnt die öffentliche Ruhe nicht zu stören. Zugleich wurde dem Beschlusse zugestimmt, vermöge dessen sich die Deputirtenkammer in Permanenz erklärt und in drei Sektionen getheilt hat, welchen obliegt, für die dringendsten Angelegenheiten zu sorgen. Odescalchi, Präsident des Rathes, zeigte an, der Papst habe ihm 48 Stunden vor seiner Abreise dringend anempfohlen, alle Termine abzukürzen, um sich mit den wichtigsten Gesetzen zu beschäftigen. Ein Mitglied, Professor Folchi, trug darauf an, da das Haupt der Executivgewalt durch die Abreise Sr. Heiligkeit fehle, so möchte man ein anderes ernennen. Der Antrag wurde einmüthig verworfen, und für sehr sonderbar (stranissima) erklärt. Die wenigen hier gebliebenen Cardinäle haben sich in Anerkennung des dadurch dem römischen Volke erwiesenen Vertrauens, von Volk und Senat aller Artigkeiten (cortesie) zu erfreuen, die Stadt ist übrigens, nach der Versicherung des Contemporaneo, vollkommen ruhig, und alle Geschäfte gehen ihren Gang. Diesen Abend werden die Theater wieder geöffnet werden.

Schweiz.

Aarau, 5. Dez. Hr. Statthalter Dr. Steiger ist auf seiner Mission an die nördliche Schweizergrenze gestern hier angekommen, und nachdem er sich von dem Stande der Flüchtlingsangelegenheit im hierseitigen Kanton überzeugt und alle Vorkehren des Kl. Rathes vollkommen befriedigend gefunden hat, heute Mittags nach Liestal und Basel abgereist. (Schweizerbote.)

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Dez. Die amtliche Departementalzeitung enthält folgenden Artikel: „Syndikus Banks, der sich einige Zeit hier in einer speciellen Mission als Abgesandter der provisorischen deutschen Centralgewalt aufgehalten, hat in einer Note vom 18. Nov. darauf angetragen, daß die Inseln Alsen und Arroe, in Uebereinstimmung mit dem siebenten Artikel der Malmöer Uebereinkunft an die interimistische gemeinsame Regierung der Herzogthümer übergeben werden, um von derselben verwaltet zu werden. Der Minister des Auswärtigen hat hierauf in einer Antwortnote vom 25. desselben Monats ausführlich nachgewiesen, wie die Malmöe Waffenstillstandsübereinkunft von dänischer Seite pünktlich erfüllt sei, während man mehrere Monate vergebens und mit Ungeduld die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen abseiten der Mitkontrahenten erwartet habe. Er (der dänische Minister des Auswärtigen) hat weiter sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß dieser Verzug nur gedient habe, der Aufruhrpartei in den Herzogthümern neue Waffen, das von den (Waffenstillstands-) Kontrahenten beabsichtigte Versöhnungswerk zu vereiteln, in die Hand zu geben. Er hat ferner nachgewiesen, wie die jetzt bestehende gemeinsame Regierung in den Herzogthümern aufgetreten und in offenbarem Widerspruch mit dem Wortsinn und dem Geiste der Uebereinkunft ihre Wirksamkeit fortsetze, und hat erklärt, daß die Interessen Dänemarks und sein durch die Malmöer Konvention erworbenes Recht, die Herzogthümer von einer neutralen Regierung verwaltet zu sehen, in dem Grade verletzt sei, daß die dänische Regierung mit vollem Fug schon lange den faktisch etablirten Waffenstillstand hätte als nicht mehr existirend betrachten dürfen, aber daß sie, um nicht den ersehnten Frieden zu vereiteln und um nicht nochmals große Noth über die Herzogthümer zu bringen, bis jetzt nicht dies unzweifelhafte Recht benutzt habe. Endlich fügte er in der erwähnten Antwortnote hinzu, daß keine weitere Nachgiebigkeit als die von der dänischer Regierung in ihrer versöhnlichen Gesinnung bereits hinlänglich bewiesene zu erwarten sei; namentlich könne man von dänischen Seite, einem von gänzlicher Verkennung der Grundlage der Malmöer Convention ausgehenden Auftreten gegenüber, sich in keinem Falle auf eine Veränderung der zeitgemäßen Verwaltung, welcher gegenwärtig Alsen und Arroe übergeben seien, einlassen. Nur darin, daß der gegenwärtige Zustand in Bezug auf diese Inseln aufrecht erhalten werde, liege eine wirkliche Bürgschaft für den Schutz der Rechte und der persönlichen Sicherheit ihrer Bewohner, und es sei zugleich Gebot der Ehre, der Pflicht und der Menschlichkeit, die Inseln nicht dem Verfügen einer Regierung zu überlassen, welche willkürlich handelt und entschieden feindlich gegen Dänemark gestimmt ist." Die Berling'sche Zeitung belobt diese Note auf's Höchste und fügt nur den Wunsch und die Ermahnung bei, daß die Regierung beide Inseln gegen einen Ueberfall sichere, hinlänglich Truppen und zwischen Faaborg und Alsen Eisböte bereit halte, denn es heiße bereits, daß sich in Kiel Freischaaren zum Ueberfall von Alsen sammelten.

Kopenhagen, 2. Dez. So eben verlautet, daß das Dampfschiff „Aegir" heute entweder nach Wismar oder Lübeck mit unserem Gesandten in London geht, und wahrscheinlich folgt ihm der Konferenzrath Teeschow, welches dann annehmen läßt, daß man durch die vorhergehende Sendung des Generalmajors Ordholm sich mit dem englischen Kabinette dahin verständigt hat, daß man zur Friedensunterhandlung in London schreiten zu können glaubt. (B.-H.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 8. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papiere, alles übrige Geld.

5pCt. Metall. 72¾; 2½pCt. ditto 38⅜; Bankaktien fl. 1204; fl. 500. Loose 125½; fl. 250. Loose 79¼; Badische fl. 35. Loose 26⅛; Hessische Rthlr. 40 Loose 25⅜; Polnische fl. 500 Loose 71½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 43⅜; Beebach 67⅛; Köln-Minden 83½; 3pCt. inländ. Span. 18½; 4½pCt. Wüet. 93¼; 4½pCt. Belg. 73⅝; Holl. 2½pCt. Integrale 47½.

Die Haltung der Börse war ungemein fest, alle gangbaren Effektensorten zu höhern Kursen, unter anhaltender Kauflust zu placiren.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lwee & Co. 72 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rotre D. me de Bussereuth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 325. **Frankfurt a. M., Samstag 9. Dezember.** **1848.**

Uebersicht.

Die preußische Verfassung.

Die neue preußische Verfassung in ihren Bestandtheilen. I.

Deutschland. Frankfurt (Konstituirende Versammlung der freien Stadt. Erzherzog Ferdinand. Wien (Die Bedeutung des Regierungswechsels. Das Gefecht bei Angern. Die Pläne Kossuth's.) Von der ungarischen Grenze (Gräuelthat in Güns.) Prag (Die slawische Demokratie. Unruhen auf dem Lande. Truppenbewegungen. Deputation des Reichstags.) Berlin (Anklagen gegen Abgeordnete.) Elberfeld (Die Stimmung.) Mannheim (Freischaarenbildung an der Grenze.) Aus Baden (Heidelbeegee Universitätszustände.) Siegmaringen (Reichskommissär zur Organisation der Truppen.) Darmstadt (Kammerverhandlungen.) Oldenburg (Die Civilliste.)

Großbritannien. London (Wahlkampf in Yorkshire. Schreiben des Radikalen Roebuck. Hr. Barkly, Gouverneur für Guyana. Mittheilung der Times über den Stand der neupolitanisch-sicilianischen Angelegenheit.)

Frankreich. Paris (Tagesbegebenheiten.)

Oesterreichische Monarchie. Siebenbürgen (Bombardement von Klausenburg.)

Italien. (Die Lage der „konstitutionellen" Papstthums. Verfolgung der Schweizer. Truppenbewegungen von Bologna aus. Der Papst in Cesena. Rundschreiben des Ministeriums.)

Schweiz. Bern (Die Flüchtlingssache. Die Berner und Züricher Presse. Der spanische Gesandte.)

Schweden. Stockholm (Nationalmuseum. Orden.)

Donaufürstenthümer. Bucharest (Die russischen Truppen.)

Neuestes.

Der verschwiegene Gedanke des Ministeriums Brandenburg ist endlich geharnischt an das Licht gesprungen; der König von Preußen hat die zur Vereinbarung einer Verfassung zusammenberufene Versammlung aufgelöst, und seinem Lande eine Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit verliehen.

Sollte wirklich Jemand, als das Ministerium Brandenburg gebildet ward, im Ernst an eine andere Absicht geglaubt haben, als auf welche Art es auch sei, um jeden Preis die gegenwärtige Versammlung und ihre Verfassung ins zu werden? Die Ordnung in der Hauptstadt wieder herzustellen und die Freiheit der Berathungen zu sichern, das war, wie wir wiederholt bemerkten, ein Ziel, über welches die Maßregeln des Ministeriums Brandenburg weit hinausgingen. Ja, die Bildung des Ministeriums selbst war eine solche übergreifende Maßregel. Es ward eingesetzt, als die Versammlung eben Beschlüsse gefaßt hatte, welche dem Könige und seiner Umgebung mit der Würde der Krone unverträglich schienen, zu einer Zeit, wo das Haus Oesterreich sich glücklich aufraffte und das preußische Herrscherhaus zur Nachfolge einzuladen schien. Auch ohne die einstimmige Erklärung der Kammer war es klar, daß dieses Ministerium nicht mit dieser Kammer regieren konnte; die Versammlung fühlte, daß ihre Verlegung nur ein Vorspiel zu ihrer Auflösung sei; daher ihr verzweifelter, durch eigene Schuld vergeblicher Widerstand.

Wer Wahrhaftigkeit liebt, der wird nicht eine so völlige Unbekanntschaft mit der menschlichen Natur vorgeben können, daß er geglaubt, die Versammlung würde durch jene erzwungene Verlegung nach Brandenburg bezähmt, ihre verderblichen Leidenschaften dadurch besänftigt worden sein, daß er gehofft, sie werde artig werden, wie ein Kind, das man in die Ecke gestellt. Wenn man wirklich einen Versuch machen wollte, mit dieser Versammlung die Verfassung zu Stande zu bringen, so gab es zuletzt dafür noch nur einen Ausweg. Denjenigen, welchen die Frankfurter Beschlüsse vom 14. und 20. November angehabt hatten. Er ist, trotz aller Bemühungen der Reichsgesandten, nach der glücklichen Wendung der Dinge verschmäht worden. Das Ministerium blieb; die Versammlung ward im Dom zu Brandenburg eröffnet, und es geschah, was nicht ausbleiben konnte. Die Parteien waren so erhitzt, daß sie sich wechselseitig „vernichten wollten", und in ihren Schriften des Verraths am Vaterlande beschuldigten. Wir, die wir dem Kampfe nur von fern zusahen, haben es leicht, uns so viel Besonnenheit zu bewahren, um das Benehmen der Linken zwar nicht zu billigen, aber doch kein todeswürdiges Verbrechen darin zu sehen, daß sie z. B. die Wahl eines Präsidenten lieber in vollständiger Versammlung, wo sie die Mehrheit bildete, als in einer unvollzähligen Sitzung, wo sie in der Minderheit bleiben mußte, vornehmen wollte. Freilich hätten wir gewünscht, daß alle sich zu Bornemann's edler Selbstüberwindung erhoben und es vorgezogen hätten, einen Schleier auf die Vergangenheit zu werfen; aber um das thun zu können, muß man so wenig wie Bornemann zu verdecken haben. Es geschah nun, was vorauszusehen war; es ergab sich sonnenklar, daß diese Versammlung schwerlich weder unter sich, noch mit der Verfassung zu einer Vereinbarung kommen würde. Unter diesen Umständen entschloß sich die Krone, die Versammlung aufzulösen, und da eine zweite vereinbarende Versammlung mit größern Gefahren drohte, als die erste, keine neuen Wahlen anzuordnen, sondern eine Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit zu verleihen.

Wir geben willig zu, daß der Knoten so sehr verschlungen war, daß kaum etwas Anderes übrig blieb, als ihn zu zerhauen. Die verliehene Verfassung entspricht im Allgemeinen so sehr billigen Erwartungen, daß wir uns der Hoffnung hingeben, das Land werde sich dabei beruhigen. Doch dürfen wir uns auch nicht verhehlen, daß derselben auch erhebliche Bedenken gegenüberstehen. Wir wollen diese Bedenken in der Kürze durchgehen.

Zuerst, hat die Krone das Recht, jene Versammlung aufzulösen? Wir selbst bezweifeln dieses Recht nicht, und noch so eben hat Herr von Raumer von Paris aus dies Recht der Krone mit nachdrücklichen Worten verfochten, da nicht nur die Staatslehre, sondern auch die lebendige Staatslehre die Geschichte, beweise, wie gefahrvoll für Freiheit und Wohlfahrt eines Volkes unauflösbare Versammlungen sind. Aber in Preußen hat nun einmal die, wie es scheint, größere Hälfte des Volkes, und fast alle großen Städte, die Brennpunkte der öffentlichen Meinung, haben erklärt, daß die Krone nicht einmal das Recht besitze, jene Versammlung auch nur zu vertagen. Sehr viele Rechtsgelehrte, ja, wenn wir nicht irren, der jetzige Justizminister selbst, haben das Recht, die Versammlung aufzulösen, der Krone abgesprochen.

Noch unzweifelhafter ist es, daß der Krone, nach dem Gesetze vom 8. April, das Recht nicht zusteht, eine Verfassung einseitig zu verleihen. Darüber waren vor wenig Tagen noch alle Parteien einig. Selbst die ausgeschiedene Rechte hat sich feierlich dagegen ausgesprochen, und in ihrem Organe erklärt, die beste Verfassung tauge nicht, wenn sie nicht aus einem Vertrage hervorgegangen sei. Selbst Heer von Vincke, der Mann des Rechtsbodens, oder vielmehr dieser am meisten, konnte mit der Oktroyirung nicht einverstanden sein. Was wird erst die überwältigte Mehrheit sagen? Sie entwirft bereits ihre Verwahrung, sie wird sie über das ganze Land verbreiten, und es jetzt nicht verschmähen, sich auf das Gesetz vom 8. April zu beziehen, obgleich sie, während ihres Herrschschwindels, eine Rawetät nannten, sich darauf zu berufen. Die Regierung kann sich in der That auf kein anderes Gesetz beziehen, als auf das, welches seit den zwölf Tafeln gegolten hat: Salus reipublicae summa lex esto! Aber vom strengen Rechte zu lassen, ist für Niemand gefährlicher, als für eine Regierung; denn „Gerechtigkeit ist der Grundstein der Reiche!"

Bei diesen nicht wegzuläugnenden Bedenken gegen die Form der neuen Verfassung muß sie ihre Rechtfertigung vorzüglich aus ihrem Inhalte schöpfen. Wir haben derselben, bei der Wichtigkeit der Sache, einer ausführlichen unten folgenden Vergleichung mit den

bereits vorliegenden Entwürfen zu einer Verfassung unterworfen. Hier bemerken wir nur, daß er im Wesentlichen mit den Vorarbeiten der Versammlung übereinstimmt, und die Verfassung, wenn man will, nur bald oktroyirt ist. Allerdings kommen nicht unbeträchtliche Abweichungen vor. Wir erwähnen nur flüchtig, daß der König sich nicht von Dem getrennt hat, was er zum Glanze der Krone für nothwendig erachtet. Er führt seinen Titel von Gottes Gnaden fort; Adel, Orden, Titel bleiben. So wahr ist es, was der Dichter sagt: „Schwer ist's, des Erbens kleine Zierden zu entbehren." Zu solchen Zierden des Königthums rechnen wir auch das unbedingte Veto, das im Grunde weniger Macht verleiht, als das bedingte. Auch darauf, daß in der Verfassung keine Rede ist von dem unläugbaren, altherkömmlichen Rechte der Volksvertretung, die königlichen Einnahmen zu bestimmen, legen wir weniger Gewicht; denn wie jetzt die Dinge stehen, kann ein Fürst eben so wohl hoffen, dem Tode zu entgehen, als der Civilliste. Aber von größerer Bedeutung ist die Weise, wie die erste Kammer zusammengesetzt werdrn soll. Die Mitglieder derselben sollen über vierzig Jahre alt sein, und keinerlei Vergütung beziehen. Mit schlichten Worten: die erste Kammer soll aus lauter alten reichen Herren bestehen. Noch mehr. Nach dem Tags darauf nachfolgenden vorläufigen Wahlgesetze soll nur derjenige ein Wähler für die erste Kammer sein können, drr jährlich acht Thaler Klassensteuer zahlt, oder einen Grundbesitz zum Werth von mindestens 5000 Thalern, oder ein reines jährliches Einkommrn von 500 Thalern nachweist. Ueber die Zweckmäßigkeit der Bestimmung an sich wollen wir gar nicht rechten. Es gibt keine beste Verfassung an sich, sondern nur diejrnige ist so zu nennen, in welcher Bildung, Sitte und Meinung eines Volkes ihren Ausdrnck finden. Es fragt sich, ob jene Bestimmung gerade in diesem Jahre, wo so viel von der breitesten Grundlage die Rede gewesen ist, nicht rin wenig zu schmal erscheinen wird. Zu läugnrn ist nicht, daß die verheißene neue Durchsicht der Verfassung bei einer solchen ersten Kammer viel von ihrem Werthe verliert. Und gewiß ist, daß einer solchen Kammer das Eigenthum sehr heilig sein wird, namrntlich bei der Einführung einer allgemeinen Grundsteuer.

Doch wie gesagt, wir hoffen, daß diese Bedenken nicht so schwer wiegen werden, wie das jetzt so allgemein gefühlte Bedürfniß der Beruhigung. Wir haben keinen andern Wunsch, als das Wohl des Vaterlandes, und wollen selbst eine oktroyirte Verfassung segnen, wenn sie dazu gereicht. Man darf von ihr sagrn, daß sie im Ganzen sehr freisinnig ist und drn Verheißungen des Königs entspricht. Anerkennen müssen wir namentlich auch, und wir fühlen es wie Balsam auf eine offrne Wunde, daß in der Verfassung die gebührende Rücksicht auf die Reichsverfassung und die Frankfurter Beschlüsse genommen ist. Nur am Schlusse vermissen wir schmerzlich diese Rücksicht! in der Unterschrift: Die Verfassung ist noch immer von den Ministern v. Brandenburg, v. Ladenberg, v. Manteuffel, v. Strotha und jenem Rintelen unterzeichnet, der selbst am 2. Nov. sein Mistrauen seinen Amtsgenossen ausgesprochen hat. Ja, das Ministerium hat sich sogar noch vervollständigt, als wolle es eine Bürgschaft seiner Dauer geben. Wir schweigrn, aber mit einem alten Chronikanten zu reden, wir schweigen, daß wir schwitzen. Zu der ersehnten Beruhigung des Landes scheint ein baldiger Wechsel der Minister erforderlich zu sein. Und unter den in Aussicht gestellten Gesetzen vermissrn wir dasjenige, welches uns das nothwendigste dünkt: ein Gesetz über den jetzt so sehr in Gebrauch gekommenrn Belagrrungszustand. Denn diese eine Errungenschaft der Regierung ist gerade so viel werth, als alle Rechte und Errungenschaften des Volkes.

---

*War die Krone Preußen durch dir Nothwendigkeit in die Lage versetzt, dem Volke eine Verfassung zu verleihen unter formeller Verletzung des Princips der Vereinbarung, so war es ihre Pflicht in materieller Beziehung, so viel als möglich an jenem Princip festzuhalten, dadurch, daß sie das von drr preußischen Landesversammlung theils Beschlossene, theils Vorbereitete, ohne Weiteres in die Verfassung aufnahm, sofern es nicht mit den Beschlüssen der deutschen National-Versammlung in Widerspruch stand. Die Krone befand sich in der glücklichen Lage, das schon so weit gediehrne deutsche Verfassungswrrk als Richtschnur und in den bezüglichen Theilen als unbedingten Bestandtheil aufzunehmen. Wrnn dieser Weg befolgt wurde, so war die preußische Verfassung selbst nicht mehr im eigentlichen Sinne „oktroyirt." Denn es fehlte der mit der Oktroyirung verknüpfte Begriff „der unbedingten Machtvollkommenheit" des Verfassunggrbers und dir formelle Verletzung der Verembarung wurde auf ein Minimum reduzirt. Wir glauben, daß in dieser Betrachtung vielleicht eine Brstimmung mehr für die Regierung lag, statt des außerdem noch möglichen gefährlichen Provisoriums an die Emanirung einer Verfassung zu gehen, deren Revision der neuen Volksvertretung anheimgegeben und die in höchstrr Instanz dem deutschen Verfassungswerkr entsprechend ausgebildet werden muß.

Hat nun die prrußische Regierung in der vorliegenden Verfassung gewissrnhaft die angedeuteten Pfade verfolgt? Wir beantworten diese Frage durch eine möglichst genaue Auseinanderlegung der Bestandtheile und ziehen bei der Vergleichung als vorliegendes Material

1) Die Vorarbeiten drr preußischen Landsversammlung,
2) Die Verfassungs-Arbeiten der deutschen National-Versammlung,
3) Den Verfassungs-Entwurf des Ministeriums Camphausen zur Vergleichung heran.

Im Tit. I. vom Staatsgebiete haben wir die vollständige Fassung nach dem Beschlusse der preußischen Landesversammlung und vermissen nur zu Art. 1 das von derselben beschlossene Phillips'sche Amendement, welches im Widerspruch mit den Frankfurter Beschlüssen das dem deutschen Bundesstaate einverleibte Deutschposen wieder trennte und rin besonderes organisches Verfassungsgesetz für das sogenannte Großherzogthum Posen vorbehielt. — Da jedoch durch Beschluß der deutschen National-Versammlung vom 27. Juli und 7. Nov. v. J. der Zusatz nichtig war, so mußte er sorfallen.

Im Titel II. von den Rechten der Preußen sind in der bei weitem größten Zahl der Artikel dir Paragraphen der Grundrechte des deutschen Volkes meist wörtlich beibehalten. So in den Artikeln 4. 6. 8. 9. 10. 16. 17. 18. 19. 20. 24. 27. 28. 31. 38. 40, welche sich auf die Standesgleichheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung rc., die Unverletzlichkeit des Eigenthums, die Abschaffung des bürgerlichen Todes rc., die Auswanderung, die Ehe, die Freiheit der Lehre, den Volksunterricht, die Preßfreiheit, das Vereinsrecht, das Briefgeheimniß, die Fideikommisse beziehen. In Bezug auf die persönliche Freiheit ist bei Art. 5 die von der preußischen Landesversammlung beschlossene und bereits fanktionirte Habeas-Corpus-Akte eingeschaltet worden. — In den noch übrigen 20 Artikeln dieses Titels ist theils mit dem Wortlaut, theils im Sinne der deutschen Grundrechte verfahrrn. Sie enthaltrn Einzelnausführungen, wir sie sich aus den Hauptbestimmungen für dir eigenthümlich preußischen Verhältnisse ergeben. So z. B. in Artikel 11. 12. 13. 14. 15, welche die Religionsgesellschaften, und 32. 33. 34. 35. 36. 37, welche die Wehrpflicht und Heereseinrichtung, so wie die Bürgerwehr brtreffen. — Die Fassung einiger allgemeiner Artikel, wie z. B. des Artikels 13: „Der Verkehr der Religionsgefellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert u. s. w." erinnert in diesem Abschnitt an den ersten preußischen Verfassungsentwurf vom 22. Mai d. J. — In dem folgenden Titel III. vom Könige, welcher übrigens nichts enthält, was von den Bestimmungen anderer konstitutionellen Verfassungen irgendwie bedeutend abwiche, mit Ausnahme der Umgehung der Civilliste*), ist der größere Theil der Paragraphen des ersten Camphausen'schen Entwurfs festgehalten und es sind nur einige neue hinzugetreten. Sie betreffen die Eidesleistung des Königs auf die Verfassung in Gegenwart beider Kammern, weitere Bestimmungen beim Eintreten einer Regentschaft, und die nothwendige Einwilligung der Kammern für den Fall, daß der König zugleich Beherrscher fremder Reiche werde. — In Artikel 43 ist eine kleine Einschaltung in der sonst beibehaltenrn Camphausen'schen Fassung eingetreten, sie lautet: „Er (der König) ernennt und entläßt die Minister." Auch ist im Artikrl 47 bezüglich der Ausübung des Brgnadigungsrechtes gegen die Minister ausdrücklich der Antrag derjenigen Kammer dazu als nothwendig erachtet, von welcher die Anklage ausgegangen; in der früheren Fassung hieß es nur unbe-

*) Die Civilliste findet übrigens ihre Bestimmung in der Rente drs Kronfideikommisses, welche durch das Gesetz von 17. Januar 1820 auf zwei und eine halbe Million Thaler bestimmt ist und aus welcher die Apanagen der Prinzen bestritten werden. Auch die Theater bezogen daraus circa 300,000 Thaler.

Digitized by Google

stimmt „auf Antrag einer Kammer". — Der Titel IV. von den Ministern hat, gegen die Fassung des Entwurfs des Ministeriums Camphausen gehalten, wesentliche Veränderungen erfahren. Er besteht jetzt nur aus 2 Artikeln, von denen der erste Artikel 58 ziemlich dem §. 69 der Verfassung der französischen Republik entspricht, der zweite die Entscheidung über die Anklagen der Minister, welche von beiden Kammern ausgehen können, an den obersten Gerichtshof der Monarchie verweist. Nach dem oben erwähnten Entwurf konnten die Minister nur von der zweiten Kammer in den Anklagestand versetzt werden und als Gerichtshof entschied die erste Kammer. (Fortsetzung folgt).

Deutschland.

△ **Frankfurt a. M.**, 7. Dez. In der dritten öffentlichen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung der freien Stadt wurde die Mehrzahl der zur Berathung vorliegenden Gegenstände, worunter ein Antrag wegen Einführung des öffentlichen Verfahrens in Strafsachen und des Geschwornengerichts, ferner ein die Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung betreffender Antrag — nur flüchtig berührt und meist durch Ueberweisung an Kommissionen vorläufig erledigt. Dagegen gab ein, die Quartiervorstände und deren unbefugte Einmischung in die Wahlen betreffender Antrag Anlaß zu einer eben so langen, als belebten Diskussion, bei welcher wir schon deshalb einen Augenblick verweilen wollen, weil deren Ergebniß kennzeichnend für den die Mehrheit der Vers. beseelenden Geist ist. Was jene Einmischung in die Wahlen betrifft, so wurden darüber von den Mitgliedern der Mehrheit nur in so weit Beschwerden erhoben, als die in den Wohnungslokalen der Quartiervorstände zur Zeit aufgelegten Kandidatenlisten Personen zur Wahl empfehlen, die nicht mit auf der Kandidatenliste des Montagskränzchens aufgeführt waren. Was man aber den Quartiervorständen ganz besonders zu verargen schien, das war, eben dieselben Lokale zur Auflage der an die deutsche verfassunggebenden Reichsversammlung gerichtete und von 1600 hiesigen Bürgern unterzeichneten Beistimmungsadresse in der preuß. Angelegenheit hergegeben zu haben. Der Verdruß über diese vermeintliche Ungebührlichkeit war wohl um so größer, da die vom Montagskränzchen an die preuß. Nat.-Vers. gerichtete Adresse sich bei weitem nicht des gleichen Erfolgs zu rühmen hat. Es haben sich daran dem Vernehmen nach nur wenige Hunderte betheiligt, ja die Adresse ist, wenn wir anders recht berichtet sind, bis zur Stunde nicht an ihre Bestimmung abgegangen. Der Antrag auf Tagesordnung wurde mit 58 gegen 52 Stimmen abgelehnt und hierauf mit 60 gegen 50 Stimmen beschlossen: Den Senat zu ersuchen, beziehungsweise ihn anzugehen, den Quartiervorständen wegen mehr deregter Ungebührlichkeit einen Verweis zu ertheilen und ihnen einzuschärfen, sich künftig nicht in Dinge zu mischen, die ihres Berufs nicht seien. Maßgebend für die Umfänglichkeit dieser Debatte ist, daß über dieselbe beinahe 2 Stunden hingingen, während doch die ganze Sitzung überhaupt nur 4 Stunden dauerte.

⁝ **Frankfurt**, 8. Dez. Der Erzherzog Ferdinand ist heute von Potsdam hier eingetroffen und im Englischen Hofe abgestiegen.

Der Gedanke, Reichsgesandte nach Kremsier zu schicken, ist als aufgegeben zu betrachten.

Wien. Ein Brief in der „D. Allg. Z." knüpft folgende Betrachtungen an die Thronbesteigung des jungen Kaisers: „Es kann das Ereigniß schon in der ersten Stunde als ein frohes begrüßt werden, denn Franz Joseph wird — darf nur Joseph, nicht Franz sein, was die Gesinnung anlangt. Vom Despotismus kann ohnehin keine Rede sein, weder von demjenigen, der heilspendende Flüsse zu Eis erstaeren läßt, noch selbst von dem, der frühlingsgleich das Eis gewaltsam niederschmelzt. Gewiß, die Dynastie konnte nichts Weiseres unternehmen, als einen neuen Menschen anziehen. Das vermochten die einzelnen Machthaber nicht mehr. Die Einen könnten dem Kaiser Ferdinand niemals seine Güte verzeihen, die Andern würden ihm nimmermehr die in der letztern Zeit eingetretene Strenge zu Gute gehalten haben, Erzherzog Franz aber hätte man es nie vergessen, daß er der Gemahl der Erzherzogin Sophie, wenn auch die Letztere in vieler Beziehung auf's gröblichste verkannt wird; je liberaler die neue Basis sein wird, desto vollständiger wird das Ziel erreicht werden. — Der alte Hof geht nach Prag; man erinnert sich, daß das Schloß schon vor Monaten in Bereitschaft gesetzt ward, ein Beweis, daß das nun ausgeführte Vorhaben schon längst überlegt ist, wie man denn schon in den Maitagen sich davon lebhaft unterhielt."

Wien. Die „Allg. Z." gibt nach den Berichten eines Reisenden folgende Einzelheiten über das Gefecht bei Angern: Um 7 Uhr Morgens, als eben der Train in Angern anlangte, hörte man in kleiner Entfernung vom Bahnhof ein anhaltendes Kleingewehrgefeuer, man schätzte die Zahl der angreifenden Ungarn auf 10,000. Sogleich wurde die Nachricht durch den Telegraphen und durch reitende Pikets in's Hauptquartier befördert, und binnen einer halben Stunde erdröhnte der Boden unter den Hufen der ansprengenden Kavallerie. Von allen Seiten kamen Truppen zum Succurs angerückt, zugleich die Weisung, die March nicht zu überschreiten, bis ein weiterer Befehl und ein Generaal ankommen würde, der die Leitung übernehmen solle. Das Schlagen wurde mittlerweile heftiger, man schoß von unserer Seite mit grobem Geschütz, und die Raketen zischten durch die Morgendämmerung, welche durch Nebel und Pulverdampf zur Morgenfinsterniß geworden war. Das Feuer dauerte ununterbrochen bis 10 Uhr, und erst als einige Kugeln im Bahnhof selbst niederfielen, erhielt der Train die Erlaubniß abzugehen. Schritt vor Schritt bewegte sich der Zug gegen Wien, denn die anrückenden Colonnen mußten ihren Weg theilweise über den Eisendahndamm nehmen. Bei solcher Combination scheint uns der Erfolg nicht zweifelhaft zu sein, wie er es nie sein wird, wenn die Ungarn es wagen, sich im offenen Felde mit den kaiserlichen Truppen zu messen. — Ueber die Maßregeln, Pläne und Aussichten Kossuth's und seiner Partei sagt ein Berichterstatter der Allg. Z.: „Alle Dispositionen Kossuth's, der einen weitumfassenden Geist und eine beispiellose Energie entfaltet, lassen mit Bestimmtheit darauf schließen, daß sich die Ungarn in dem bevorstehenden Kampfe lediglich auf einen hartnäckigen Vertheidigungskrieg beschränken werden. Für diesen Zweck wird aber auch alles gethan, was erforderlich ist; daß so unermeßliche Opfer der Bevölkerung möglich sind, daß Kossuth die Macht hat, das ganze Land so zu terrorisiren, wie die österreichischen und slawischen Blätter sagen, bleibt bei allen Fehlern dieses thatkräftigen Agitators ein unwiderleglicher Beweis seines Geistes, der sich alles unterzuordnen weiß. Während die kaiserliche Armee mit dem Angriff zögert, um nach Zusammenziehung des nöthigen Kriegsmaterials ungehindert die Operationen beginnen und verfolgen zu können, wird an der Verproviantirung und Befestigung der haltbaren Plätze von den Ungarn unausgesetzt gearbeitet. Die Banknotenwerkstätte Kossuth's liefert die Zahlungsmittel, die im Lande selbst gesucht und respektirt werden. Auf diese Weise denkt die magyarische Partei den Winter hindurch mit Erfolg Widerstand leisten zu können, und bis zum Frühjahr können tausend unvorhergesehene günstige Verhältnisse zu Hülfe kommen."

Von der ungarischen Gränze, 2. Dez. Ueber eine gräßliche That in Güns, wo von 74 gefangenen Kroaten 42 ermordet wurden, vernimmt man jetzt aus einer öffentlichen Erklärung des Stadtrichters, daß diese Blutschuld keineswegs den Einwohnern der Stadt zur Last falle, sondern dem fremden Landsturm, der in Abwesenheit der städtischen Nationalgarde das Rathhaus überfiel und die eingekerkerten Kroaten niedermachte; als die 42 davon gefallen waren, erschien eine Abtheilung Husaren und rettete den übrigen das Leben. (Brsl. Z.)

Prag, 2. Dez. Die slawische Demokratie, welche hier durch die Slowanska lipa vertreten ist, entfaltet jetzt eine große Thätigkeit, um Männer in den Reichstag zu bringen, welche über der Nationalität nicht die Freiheit vergessen, und sie ist zu diesem Schritte namentlich durch das ungescheute, prätensiöse Auftreten des Abgeordneten Hawlicek veranlaßt worden, der durch sein Organ, die Narodni Nowiny, mit allen Kräften rückwärts zu steuern trachtet. — Aus dem nördlichen Böhmen und aus Mähren laufen weitere Nachrichten von Verweigerung der Rekrutenstellung ein. Auch hören wir, daß der Aufstand der Häusler gegen die Hofbauern in Mähren und Schlesien weiter um sich greift. Hiermit in Verbindung dürften mehrere Truppenbewegungen stehen, die sich dieser Tage wahrnehmen ließen. Ein ungarisches Infanterieregiment, welches in voriger Woche hier einrückte und zu manchen Reibungen Veranlassung gab, ist theilweise wieder verlegt worden. Dagegen ist unsere, gegenwärtig nur unbeträchtl-

Digitized by Google

liche Garnison durch Reiterei, namentlich Husaren und Uhlanen, vermehrt worden. Von gestern angefangen werden wegen Militärtransporten die Lastzüge auf der nördlichen k. k. Staatseisenbahn eingestellt. (D. A. Z.)

Prag, 4. Dez. Heute Nachmittag langte mit einem Separattrain eine Deputation des Reichstags hier ein, bestehend aus 30 Mitgliedern, unter ihnen Smolka, Strobach, Palacky rc. Die Deputation war vom Reichstage abgeordnet, um dem neuen Kaiser eine Beglückwünschungsadresse zu überreichen und dem abgetretenen Kaiser ihre Ergebenheit zu bezeugen. Bei der Audienz in Ollmütz erwiderte ihnen Kaiser Franz Joseph auf ihre Adresse, der Reichstag möge sich mit dem Konstitutionswerke beeilen, um ihm selbes dann zur Prüfung und Sanktion vorlegen. Wann die Deputation bei Kaiser Ferdinand vorgelassen wird, ist noch nicht bekannt, um so weniger, als der abgetretene Kaiser überhaupt Deputationen nicht gern annehmen soll. (C. Bl. a. B.)

(Parl. Corr.) **Berlin**, 8. Dez. Der Staatsanwalt beim Kammergericht will gegen diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, welche am 15. den Steuerverweigerungsbeschluß gefaßt, und denselben durch Verkündigung in den Provinzen oder sonst zur Ausführung gebracht haben, Anklage erheben.

Elberfeld im Dez. Ihr Blatt vom 4. d. enthält einen Auszug aus einer Korrespondenz von hier, worin der Inhalt meines letzten kurzen Schreibens zwar in einigen Punkten modificirt, jedoch nicht umgestoßen wird. Ich habe nicht behauptet, daß die hiesigen Arbeiter durch ihre Herren faktisch bewogen worden wären, ihre Stimmen in deren Sinn abzugeben. Es schien mir nothwendig, darzulegen, wie die exceptionellen gewerblichen Verhältnisse des Wupperthales das, andern großen Städten gegenüber auch exceptionelle politische Urtheil beeinflußt hatten, und das war um so nothwendiger, als die gebildeten und wohlhabenden Elberfelder nicht allein gut preußisch, sondern auch nicht wenigee deutsch sind und durch ihren moralischen und intellektuellen Werth allein eine gewichtige Stimme unter den deutschen Großstädtern beanspruchen können. Die Stimmung in unserer Provinz ist nach dem Selbstmorde der Berliner Versammlung eine ganz eigenthümliche: ungefähr wie die eines Hinfälligen, der sich in Opium berauscht hat, so träumerisch und schwindelig, ein Chaos von durch einander laufenden Gedanken, Gefühlen, Bildern, eine Bewegung — man weiß nicht warum, eine Ruhe — die ausläuft wohin? Das weiß Niemand und Wenige mögen darüber nachdenken. Unterdessen bekümmert man sich wieder mehr um Concerte, Bälle, Theater. Man gibt den Sinnen, was man dem Gedanken nicht zuwenden kann und mag. — Doch schon scheint hie und da eine stärkere Constitution aus dem dumpfen narkotischen Rausche zu erwachen, hebt ihren Kopf auf und fragt: War es Traum oder Wirklichkeit? Schon lesen wie heute, mirabile dictu, zwei Proteste gegen die reactionäre Tendenz der neuen Preußischen Zeitung in den politischen Spalten der Elberfelder Zeitung.

Mannheim, 4. Dez. Die französischen Behörden an unserer Gränze haben der badischen Regierung die Anzeige gemacht, daß sich an der Gränze starke Freischaaren-Corps bildeten, sie möchte sich also darnach richten. Ein Nichteinschreiten der französischen Regierung wird damit entschuldigt, daß es den Grundsätzen der Republik gemäß sey. (K. Z.)

† **Aus Baden**, 8. Dez.*) Wenn die ganze Behandlung des Heidelberger Universitätsamts von Seiten der mittelbaren und unmittelbaren Behörden unverantwortlich genannt werden muß, so muß die der Bibliothek in allen ihren Theilen sinnlos, planlos, ja, wenn man die Bedeutung der Anstalt, die Länge der Zeit, in der diese planlose Verwaltung dauert, den Aufwand der Mittel und alle Einzelheiten in Anschlag bringt, völlig gewissenlos heißen. Wir wollen von manchen äußern Mißständen nicht reden, weil wir Gefahr laufen könnten, zu tadeln, was nicht besser zu machen war, wenigstens nicht von Seiten des Bibliothekpersonals, das doch an die vorhandenen Mittel, an das gegebene Lokal gebunden ist. So mag z. B. das enge, für eine große Bibliothek durchaus ungeeignete Gebäude die Art der Aufstellung der Bücher entschuldigen, die zwar roh nach Hauptfächern, aber in diesen wie Kraut und Rüben durcheinanderstehen. Diesen Uebelstand zu vergüten, ist auch neuerdings durch umfassende Katalogarbeiten Vieles geschehen, die unter den Händen des fleißigsten aller Bibliothekare, des Dr. Thibaut, hervorgegangen sind, der während seiner ganzen Thätigkeit den Beweis einer Gewissenhaftigkeit gegeben hat, die unter süddeutschen Beamten überhaupt in diesem Grade eine große Seltenheit ist. Leider aber können durch diese Anstrengungen die Gebrechen nicht gutgemacht werden, die in der grundfehlerhaften Behandlung des Hauptzweigs der Bibliotheks-Verwaltung, der Anschaffungen, seit langen Zeiten eingewurzelt sind. Seit Wilkens ist kein eigentlicher Bibliothekar in Heidelberg gewesen. Zeitweilig waren Vorstände da, die auf Unterschleif ertappt wurden, und andere, die so wenig literarische Kunde hatten, daß in der Aufstellung der bekanntesten Fächer die lächerlichsten Fehler gemacht wurden; immer ist die Verwaltung dieser Anstalt wie ein Bei- und Unterwerk behandelt worden. Wir wollen nicht so weit gehen, wie man jetzt thut, von einer eigenen Bibliothekswissenschaft zu reden; die Bibliotheksverwaltung sei keine Wissenschaft, die einen Mann von besonderer Fachkenntniß verlangt, aber sie ist ein Amt, das einen ganzen Mann, und das seinen Mann ganz fordert: man kann sie nicht dem übertragen, der zwei, drei andere Aemter zugleich über sich hat. Dieser Fehler wird auch nicht durch die Bibliothekskommission gut gemacht, die in Heidelberg dem Oberbibliothekar beigeordnet ist, sondern vielfach verschlimmert. Es ist in Deutschland durchaus kein Mangel an Literaturkundigen, die der alleinigen Vorstandschaft einer Bibliothek völlig gewachsen sind. Ein Mißstand ist vielleicht nie völlig für eine Bibliotheksverwaltung zu vermeiden, daß nämlich der Gelehrte, der ihr vorsteht, sein eigenes Fach immer mit Vorliebe bedenken wird, wie es auch in Heidelberg der Fall ist, wo stets neue Ausgaben klassischer Autoren angeschafft werden, während ganze großartige Zweige, die spanische, die altfranzösische, die ganze englische Literatur, von slawischer und dergl. gar nicht zu reden, ihre Hauptklassiker in aller und jeder Ausgabe vermissen; dieser Mißstand nun wird durch die Kommission, von der wir reden wollen, verfünffacht. Es sitzt darin je ein Vertreter jeder Fakultät, für die philosophische zwei. Diese Männer haben ihre besonderen Branchen; für diese werden sie sorgen. Eine Verpflichtung und Verantwortung für die gesammte Literatur der betreffenden Fakultätswissenschaft haben sie nicht; die Philosophen können nicht einmal die Kenntniß haben, was durch sie auf die Anregung anderer Fakultätsmitglieder zur Anschaffung beantragt wird, kann nur Zerstreutes, Vereinzeltes sein, das die Planlosigkeit der Ankäufe methodisch macht. So wird es im besten Falle werden, wenn die Bibliothekskommission gewissenhaft ist. Wenn sie aber müßig sitzt, keine Versammlungen hält, Zufall und Laune walten läßt, sich auf den Oberbibliothekar verläßt, dem sie wieder ihrerseits einen Versteck bietet, so muß die Konfusion in's Maßlose steigen. So ist's in Heidelberg. Dort werden Anschaffungen nur nach persönlicher Zufälligkeit gemacht und nicht gemacht. Ein Thibaut, ein Bangerow, ein Mittermaier, ein Rau haben große Bibliotheken und bedürfen der öffentlichen Anstalt nicht: dann darf man sicher sein, daß ihre Fächer verwahrlost stehen; ein Zachariä dagegen hat in seiner allbekannten Sparsamkeit keine eigne Sammlung gehabt, und siehe da, das französische Recht ist einer der wohl assortirtesten Zweige der Heidelberger Bibliothek. Die Mediziner, die Physiker, die Chemiker, die Mathematiker, haben die Hauptwerke ihrer Literatur selbst jeden Augenblick nöthig, und armselig stehen die Fächer der Pathologie u. s. w.; das der Mathematik in der Weise, daß Hauptwerke, ja wohl gar alle Werke eines Laplance, Moavre, Maelaurie, Bradley, Brnquer und Andere, nicht zu finden sind! Wieder dagegen geben einzelne Werke der Anatomie und Physiologie, Pracht- und Kupferwerke aus anderen naturhistorischen Fächern, Reisebeschreibungen u. dgl. über die Kräfte des Privatmanns, und so macht die Heidelbergee Bibliothek auf den Antrieb der Fachleute diese Anschaffungen, die oft weit über das Verhältniß hinausgehen, das eine Sammlung einhalten sollte, die so endlos lückenhaft ist und so viele Hauptsachen nachzuholen hat. Wer die Heidelberger Bibliothek kennt, wer die halbjährig zirkulirenden Verzeichnisse der neuen Erwerbungen zu vergleichen Gelegenheit hatte, der wird einstimmen müssen in den doppelten Vorwurf, der die Verwaltung trifft, daß sie ältere klassische Werke, in Betreff deren unglaubliche Lücken bestehen, fast gar nicht anschafft, und daß die Acquisition neuer Werke völlig planlos betrieben wird; daß man für Eine Wissenschaft viel, für eine andere kümmerlich wenig, für eine dritte gar nichts thut. Selbst wo die Anschaffungen am vollständigsten sind, wie in der Geschichte, stehen einzelne Zweige vollkommen leer. Wie kommt eine Anstalt, die

*) Vgl. Nr. 316 u. 323.

von ganzen Literaturen einer Reihe von Völkern so gut wie Nichts besitzt, von ganzen Wissenschaften, wie Chemie, Physik, in Jahren so gut wie Nichts angeschafft hat, kostbare Werke, wie die Exploration scientifique de l'Algérie; die Galeries hist. de Versailles; Zuccagni, corogrnßn doll' Italin anschaffte? Die letztere wieder, während eine Topographie von England, Frankreich, Spanien fehlt? Wie kommt es, daß man plötzlich aus der italienischen Literatur eine Reihe der verschiedenartigsten und allerüberflüssigsten Anschaffungen bemerkte? ein Werk wie Littn fmmiglio celebei italiano, das in ganz Deutschland Niemanden interessiren kann, wie den seichten Guidn di Venozia, eine Reihe theuerer Quartanten, etend kompilirte Städtegeschichten, enolich gar vier erbärmliche politische Zeitungen! Wird man nicht unwillkürlich an das Mitglied der Bibliotheks-Kommission erinnert, das so oft in Italien reist und in naher Beziehung zur deutschen Zeitung stand? Sind dies die Werke, die einer Anstalt noth thun, die doch auch den Studenten nützen soll? auf die in allen und sämmtlichen Anschaffungen nicht die geringste Rücksicht genommen zu werden scheint? Die Heidelbeeger Bibliothek ist nicht reich; ihre Mittel sind, da sie von Matrikelgeldeen und anderen derartigen Gefällen abhängen, schwankend; doch hat sie, wenn wir recht unterrichtet sind, in guten Jahren über 5 — 6000 fl. zu verfügen gehabt. Dies reicht hin, um wenigstens einige Gleichmäßigkeit derzustellen. In jedem Falle ist es für die Finanzkräfte eines Staates wie Baden eine weit zu große Summe, als daß mit ihr auf eine so heillose Weise gewirthschaftet werden dürfte. Für diese Anstalt bedaef es, wenn sie nicht von Jahr zu Jahr werthloser werden soll, des reformatorischen Eingriffs mit mächtiger Hand. Es bedaef eines neuen, tüchtigen, integren Oberbibliothekars, der gänzlich diesem Einen Geschäfte obliegt und gänzlich unabhängig ist. Es verträgt sich durchaus nicht mit der Würde dieses Amtes die Vormundschaft einer Kommission. Was würde man in Berlin, in München sagen, wenn man dem Oberbibliothekar solch eine Curatel setzen wollte?! Ein leitender Gedanke, eine Uebersicht, eine Planmäßigkeit der Erwerbungen ist nur einem monaechischen Bibliothekar möglich; die Republik taugt hier am allerwenigsten, wo eine einseitige Konsequenz sogar dem fahrigen Regiment der Vielen vorzuziehen ist, die des Gesammtzustandes der Anstalt völlig unkundig sind. Ein rechtschaffener Bibliothekar weiß sich schon Raths zu holen, wo seine Fachkenntniß nicht ausreicht. Wer gibt denn den Bibliothekaren so mancher Hauptstädte Deutschlands Fakultäten zur Seite? Die Bibliothekskommission in Heidelberg ist eine schädliche Einrichtung, der je eher je lieber ein Ende zu machen wäre. Die freien Rathschläge, die sich ein Bibliothekar von Dozenten und Extraaedinarien einholen würde, würden ihm viel mehr nützen, als die Anträge jener Ordinarien. Denn diese jüngeren Leute sind durchschnittlich weit mehr der Hülfe einer Bibliothek bedürftig, sie wissen weit schneller und besser, was ihr fehlt, und sie stehen noch weit mehr auf dem Laufenden der Literatur, als ältere Gelehrte, die bereits ihre Richtungen eingeschlagen, bestimmte Fächer gewählt und bestimmte einseitige Bedürfnisse haben.

Sigmaringen, 5. Dez. Nach eben eingegangenen Nachrichten kommt in diesen Tagen der k. würtembeegische Obeest v. Hayn, Chef eines in Ulm liegenden Infanterie-Regiments, hieher und später nach Liechtenstein, um als Reichskommissär sowohl unsere als die liechtensteinischen Truppen neu zu organisiren und sie auf den von der Reichsgewalt anbefohlenen Stand von 2 pCt. der Bevölkeeung zu beingen. Unser Militär wurde bis jetzt immer von bayerischen Offizieren oeganisirt und meistens mit Offizieren, die früher in dortigen Diensten gestanden, besetzt. (Schw. M.)

△ **Darmstadt**, 6. Dez. Heute berieth unsere zweite Kammer den Antrag des Abgeoedneten Heldmann, die ausschließliche Berathung des Wahlgesetzes, sowie die Vorlage einer peovisorischen Geschäftsordnung für den künftigen Landtag betr. Dadurch, daß diese Vorlage unmittelbar vorher durch oen großh. Ministeepräsidenten Jaup erfolgt wae, hatte der Anteag den wichtigsten Theil seines Gegenstandes verloren. In Bezug auf das andere beschloß die Kammer nach längerer Beeathung, mit 26 gegen 14 Stimmen, den Antrag der Meheheit des Ausschusses anzunehmen, wonach die Kammer keine Arbeiten vornehmen soll, wodurch die nach Möglichkeit zu beschleunigende Berathung des Wahlgesetzes, als die eigentliche Aufgabe des zusammenberufenen Landtags verzögert wird. Die von Jaup vorgelegte, oben bereits erwähnte provisorische Geschäftsordnung, zeichnet sich durch mehrere, unsere bisherige Geschäftsordnung wesmtlich verbessernde Bestimmungen aus, und voraussichtlich geben diese auch demnächst in die definitive Geschäftsoroonung über. Ich zähle namentlich dahin die Eintheilung der 2. Kammer in Abtheilungen, die duech's Loos bestimmt und zeitweise erneuert werden. Diese Abtheilungen wählen übrigens für die Legitimationen, Finanzen und Petitionen eigene Ausschüsse. Vieles ist der Geschäftsordnung der deutschen Nat.-Versammlung nachgebildet, namentlich auch das bisher uns fremde Institut der Interpellationen. Die Peäsidenten und Vicepräsidenten werden foetan direkt gewählt, nicht mehr vom Großherzog dieekt oder aus voegeschlagenen Kandidaten ernannt.

* Der Füest zu Lippe-Schaumburg hat um ein Militär-Kommando von Minden zu seinem persönlichen Schutz gebeten, wegen Aufregung, die unter den dortigen Bauern herrscht.

(Parl. Coee.)

*** **Oldenburg**, 4. Dez. Die zur Vereinbarung der Verfassung des Großherzogthums versammelten Stände haben heute den Antrag des Finanzausschusses über die Civilliste mit großer Majorität genehmigt. Darnach ist beschlossen, statt dee von dem Regenten geforderten Summe von jährlich 180,000 Thalern, die Civilliste für die Dauer der Regierung des jetzigen Großherzogs auf die Jahressumme von 100,000 Thaler Courant und die Apanage des Erbgroßherzogs voeläufig bis auf eine Erhöhung deeselben durch den nächsten Landtag auf 15,000 Thlr. Cour. festzustellen, und zugleich die Erklärung abzugeben, daß an weitere Seitenverwandte und Descendenten des großherzoglichen Hauses Apanagen fernerhin nicht mehr gezahlt werden sollen. Es ist mehr als zweifelhaft, ob dieser Beschluß von Seiten des Regenten genehmigt weroen wird, obschon darüber, daß die geforderte Summe von 180,000 Thalern zu hoch war, bei allen Parteien nur eine Stimme herrschte. Es wäre sehr zu wünschen, daß ein Conflict über diesen Punkt, welcher der deutschen republikanischen Partei erwünschten Vorschub leisten würde, möglichst vermieden und eine gütliche Einigung herbeigeführt würde. Sollen Staaten wie der unsere ihre Selbstständigkeit drhaupten, — und daß dies hier nicht nur von der Hauptstadt, sondeen auch oom Lande gewünscht wird, ist zweifellos — so muß anbeefeits auch bceücksichtigt werden, daß eine Verminderung der Lasten des Landes duech weise Beschränkung eines weitläuftigen auf Glanz und Pomp angelegten Hofhalts, der in kleinen Staaten doch immer etwas Lächerliches hat, eine nothwendige Fordeeung der Zeit ist, und oon allen Seiten, selbst von den ehrlich Conseroativen als solche angesehen wird.

Großbritannien.

London, 4. Dez. Der Westdistrikt von Yorkshire hat gegenwärtig einen Vertreter in's Parlament zu wählen. Die Wahl schwankt zwischen Sir Culling E. Eaedley, dem Candidaten der liberalen Partei und namentlich der Freihändler von Manchester, und Heern Denison, Candidaten der Conseroativen. Beide führen den Kampf auf den Hustings mit ebensooiel Geschick als Humor und zuweilen in dialogischer Foem. Anerkennungsweeth ist namentlich die Ehrlichkeit und Kürze, womit die beiden Nebenbuhler ihre politischen Ansichten darlegen. Als sie gefragt wurden, ob sie für Abschaffung der Kirchenabgaben seien, erwiderte Sir C. Eardley: Ja! und Heer Denison: Nein! Eine so runde Bejahung und Verneinung läßt feeilich keine Hinteetreppe offen. Auch in London nimmt man an diesem Wahlkampf, der durch die Landschaft, in der er stattfindet, große Bedeutung gewinnt, lebhaften Antheil; unter andern hat sich hier für die Wahl Denison's ein Ausschuß gebildet. Man hat auch versucht, das bekannte feühere Parlamentsmitglied, den radikalen Roebuck, der bei den letzteu allgemeinen Parlamentswahlen mehr durch eine Laune des Schicksals, als durch ein gegen ihn rege gewordenes Mißtrauen seiner Wähleo duechfiel, als dritten Candidaten aufzustellen, und ein großer Theil seiner Verehrer, (deren er viele besitzt) hieruntee viele Chartisten, hielten neulich zu diesem Zwecke eine zahlreich besuchte Versammlung zu Leeds; Herr Roebuck hat jedoch in einem an Herrn Fairbaire in Leeds gerichteten Schreiben abgelehnt. Dieses Schreiben zeigt zugleich, wie verschieden geartet die Radikalen Englands und des Festlandes sind. Herr Roebuck bemerkt, er lehne ab, obschou es für ihn in hohem Geade erfeeulich und ruhmwürdig gewesen sein möchte, „in dieser Stunde des Uebereinanderstürzes und der allgemeinen Verwirrung der

Welt offen darzulegen, daß die Briten jetzt, wie sonst, an der Pflege und dem Fortschritt der Freiheit hängen, daß sie hiervon weder zurückgeschreckt sind durch die Thorheiten anderer Völker, noch angespornt zu wüsten Hoffnungen durch Theorieen und Versuche, die sich durch die Erfahrung noch nicht bewährt haben; es wäre des Preises werth gewesen, seinen Landsleuten Gelegenheit zu geben, sich so zu zeigen, wie sie sind, vorsichtig zugleich und feurig, duldsam gegen Andere, doch eifrig auf Vertheidigung ihrer eigenen Rechte haltend, Freiheit und Sicherheit in politischer, religiöser, sozialer Hinsicht anstrebend nicht für sich allein, sondern für die ganze Menschheit." ꝛc. Durch den Tod Ch. Bullers ist auch der Sitz für Liskeard erledigt. Wahrscheinlich wird der geistreiche Macaulay, Mitglied des Kabinets, der durch eine ähnliche Schicksalslaune wie Roebuck bei den letzten Wahlen scheiterte, von den Liberalen als Wahlkandidat aufgestellt werden.

Wie die Times vermuthend voraussagte, ist nun wirklich Hr. Henry Barkly, Parlamentsmitglied für Leominster an Stelle des Sir Henry Light zum Gouverneur von Westindien ernannt worden, der erste Kolonial-Land-Eigenthümer, wie der Spektator bemerkt, der zu einem solchen Posten ausersehen worden. Das von allen Seiten in die Enge getriebene Kolonialamt hat endlich der allgemeinen Stimme gehorcht und einen seiner Günstlinge von einem wichtigen Posten entfernt, dem er in keiner Weise gewachsen war. Hr. Barkly ist kein Whig, sondern ein Anhänger Peels.

Der Times zufolge steht in der neapolitanisch-sicilianischen Frage die Ausgleichung nahe bevor; eine der ersten Folgen des Vertrags werde die Räumung des Forts von Messina und der Insel Seitens der königlichen Truppen sein.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Dez. Auf die Frage, wo die Linientruppen am 23. Juni gewesen wären, hatte General Cavaignac auf der Rednerbühne geantwortet, er werde ihre Stellung und Verwendung an diesem Tage, wo bekanntlich der Aufstand ausbrach, durch den Moniteur bekannt machen. Das officielle Blatt gibt nun hierüber in zwei aufeinander folgenden Nummern ausführlichen und befriedigenden Aufschluß. — Minister Dnfaure hat wegen der bevorstehenden Präsidentenwahl ein zweites Rundschreiben erlassen, worin er den Präfekten und allen dabei in Anspruch genommenen Beamten die größte Unparteilichkeit streng anempfiehlt und zur Pflicht macht, Alles zu thun, um die Freiheit der Abstimmung zu sichern. Die heute in der Nat.-Vers. vorgekommene Wahl der Vicepräsidenten und Schriftführer hatte eine politische Bedeutung, weil sie über das Verhältniß der Anhänger Cavaignac's und Ludwig Napoleon's in der Mitte der Versammlung Aufschluß gibt. Jene (Bedeau, Birio, Lacrosse, Havin, Corbon, Gondchaux) erhielten eine überwiegende Mehrheit, da aber nur 376 statt 500 Mitglieder bei der Abstimmung waren, so war die Wahl ungültig, und sollte in den Bureaux erneuert werden, was bei Postabgang noch nicht vollendet war. — Die Gazette de France und andere hiesige Blätter erzählten ihren Lesern, Karl Albert sei ermordet worden. Die Zeitungen, wie direkte Nachrichten aus Turin, bei der Gesandtschaft und Privatpersonen, beweisen, daß es eine leere Erdichtung ist, die wir nur erwähnen, weil sie bei vielen Leichtgläubigen Eingang fand und noch finden könnte. — In dem Maße als die Präsidentenwahl heranrückt, beruhigt sich die Börse, die früher deshalb beängstigt war. Bei Privatpersonen findet nicht ganz dasselbe statt. Mehrere Familien verlassen unsere Hauptstadt, um die Ereignisse auf dem Lande abzuwarten. — Der neue türkische Gesandte Mehemed Pascha ist hier eingetroffen. — Marschall Bugeaud wird heute erwartet. — George Sand sagt sich in einem Schreiben an die Reforme von aller Unterstützung der Kandidatur für Ludwig Napoleon los, mit welchem sie zwar früher einige Briefe gewechselt hätte, der aber kein Kandidat, sondern ein Prätendent sei.

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen. Dem C. Bl. a. B. wird geschrieben, daß Klausenburg (die Hauptstadt der Szekler) am 20. Nov. von General Wardener bschossen und mittelst Kapitulation eingenommen wurde. Eine Ueberrumpelung, welche die Ungarn in derselben Nacht nach der Einnahme versuchten, mißglückte mit großem Verlust an Todten und Verwundeten. Die Stadt soll arg gelitten haben; nach dem Bericht eines Reisenden glich sie einem Schutthaufen.

Italien.

Rom, 26. Nov. Am 25. Nov. erließ der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr, G. Galleno einen dringenden Tagesbefehl, worin er erinnert, daß der Schutz des Lebens und des Eigenthums der Bürger in ihre Hand gelegt sei, und sie auffordert, die öffentliche Ordnung um jeden Preis zu erhalten. Nach den Provinzen ist ein Umlaufschreiben an die Oberbehörden von Seiten des Ministers des Innern, G. Galletti, ergangen, worin er denselben mit Beziehung auf das Handbillet des Papstes anzeige, daß das Ministerium nunmehr die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten pflichtgemäß besorge." Bis jetzt, so heißt es in demselben, herrscht die Regierung in voller Kraft. Die Kammer und die anderen Staatsgewalten stehen alle auf unserer Seite." Den Behörden wird streng anempfohlen, für Erhaltung der Ordnung in den Provinzen zu sorgen, „wie dies bis jetzt glücklich in der Hauptstadt gelang" und das Ministerium in dem Bestreben zu unterstützen, den Staat zu retten. Dieses letztere werde, hauptsächlich zu diesem Zwecke, so lange bleiben, als die Kammern und Bevölkerungen beschließen es zu ändern. Noch erließ der Minister ein Rundschreiben an das diplomatische Korps folgenden Inhalts: das neapolitanische Blatt „il Tempo" habe einen, angeblich von Sr. Heiligkeit (de Sua Santita), in Gegenwart des diplomatischen Korps erlassenen Protest abgedruckt, welcher gegen die von der gegenwärtigen Regierung ausgehenden Verfügungen gerichtet sei. Ohne für jetzt zu untersuchen, ob dieser Protest wirklich erlassen worden sei, theile er Abschrift des Handschreibens Pius IX. mit, welchem das Ministerium die höchste Wichtigkeit beilege, weil es die Anerkennung dieses Letzteren enthalte. (Es ist dies nämlich das Handschreiben an den Marchese Sacchetti, worin Pius bittet, dem Ministerium zu erklären, daß seine Getreuen nichts von seiner Flucht wußten.)

* **Rom**, 26. Nov. Nachdem der Krater der Revolution in Wien erstickt worden, haben dieselben dämonischen Gewalten in Rom einen neuen Ausweg gesucht und gefunden. Die Frage ist die: werden die angeschwollenen Gewässer, keine Schranke mehr anerkennend, auch die Nachbarländer überschwemmen, oder wird es auch diesmal gelingen, die Fluthen zurückzutauchen und den Status quo wieder herzustellen? Die Frage ist: soll das Papstthum zu Boden und mit ihm die katholische Welt aus einander fallen, oder ist der Felsen Petri nur von wilden Wassern überfluthet, die sich bald wieder verlaufen? Ist Mittelitalien bestimmt, zwar weder der Reaktion anheimzufallen, noch eine Beute der Republikaner zu werden, dagegen sich in das Heer der wahrhaft konstitutionellen Staaten einkleiden zu lassen? Aber in einem konstitutionellen Staate wäre der Papst eine Anomalie, man kann sich einen konstitutionellen weltlichen Monarchen denken, aber nicht wohl ein konstitutionelles Oberhaupt der katholischen Kirche, oder der konstitutionelle Papst als weltlicher Fürst würde jeden Augenblick mit sich selbst als geistlichem Oberhaupt, welches absolute Herrschaft über die Geister und von diesen unbedingten Gehorsam fordert, in einen Konflikt gerathen, welcher wieder zu unaufhörlichen Erschütterungen, die von Rom als dem Mittelpunkte aus sich über die ganze katholische Welt verbreiten würden, Anlaß geben müßte. Man darf gespannt sein, ob und in welchem Grade es dem „Concert der europäischen Mächte" und namentlich den Bemühungen des republikanisirten Frankreichs und des ketzerischen Englands gelingen wird, die, wie es fast scheint, unhaltbare Stellung des heiligen Vaters noch für eine Zeit haltbar zu machen. Der König von Neapel, obschon an Gutartigkeit weit unter Kaiser Ferdinand I. und an Adel der Gesinnung wie an Geist weit unter Pius IX., hat sich wenigstens dadurch noch eine Weile möglich gemacht, daß er den Muth hatte, in seiner Hauptstadt auszuharren und der Gefahr in der Nähe Trotz zu bieten.

Das ewige Rom denkt übrigens nicht gering von sich. Nachdem es in vorchristlicher Zeit der Mittelpunkt der Politik, später der katholischen Christenheit, dann der Kunst, und selbst zur Zeit seines Verfalls der Mittel- und Zielpunkt der Touristen, der Kunstjünger und Kunstliebhaber, der Alterthumsforscher und der Schwärmer jeglicher Art gewesen und dabei immer noch halb versteckt hinter der Gardine eine Rolle auf dem weltgeschichtlichen Theater mitspielte, scheint es jetzt, seitdem die Republik in Frankreich sich ziemlich als Fehlgeburt erwiesen und die Revolution in Wien einen tödlichen Schlag erlitten hat, nicht übel Lust zu haben, sich zum Mittelpunkte der Bestrebun-

Digitized by Google

gen der demokratischen Partei und der Mazzini'schen Propaganda zu machen. Es liegt aber leider noch kein Beweis vor, wie sich die Bevölkerung Roms bewähren wird, wenn ihr Heldenmuth einmal ernstlich auf die Probe gestellt werden sollte. Die jüngste Revolution, die mit einem feigen und häßlichen Meuchelmord begann, verlief so unblutig, daß selbst die phrasenreichen, deklamatorischen Blätter Roms nicht wagen, viel Aufhebens über die Tapferkeit und den Heldenmuth der Römer zu machen. Was sie rühmen, ist namentlich die Eintracht des Volkes, das einem Löwen verglichen wird, welcher, scheinbar schlafend, „nur sich zu schütteln und zu brüllen brauchte, um zu siegen;" Rom, heißt es dann weiter, verkündige die große Epoche, „in welcher die verjüngte Welt keine andere Gewalt kennen werde als die Gottes und des Volkes" u. s. w. Von einem Volke, welches so schauspielerhaft deklamirt und gestikulirt, ist auf dem Gebiete der That und der Praxis nichts Großes zu erwarten. Inzwischen verkündet auch der „Contemporanea" den Sieg der Demokratie und preist Pater Ventura die Volkssouveränität mit pathetischen Redensarten. Oder aber scheint es ein Eingriff in die Souveränität des Volkes, wenn der Gemeinderath von Rom soeben die bei den Malern als Gegenstände künstlerischer Darstellung so beliebten Pifferari abgeschafft hat. Bemerkenswerth ist auch ein Brief in der „Eidg. Ztg." mitgetheilter Privatbrief eines Schweizergeoffiziers in päpstlichen Diensten, worin er erzählt, daß das römische Volk die Anwendung des Standrechtes gegen die Schweizer verlangt, der Papst aber hiezu nicht eingewilligt habe; seitdem seien die Schweizer vogelfrei erklärt, und wo man einen erwische, schieße man ihn nieder. Römischer Dank für den Heldenmuth, welchen dieselben Schweizer bei Vicenza für die italienische Sache bewiesen!

Auch die Allg. Z. berichtet, daß der Papst in Gaeta gelandet ist (vgl. unsere Mittheilung unter „Neuestes" in der gestrigen Zeitung). Um ihn seien die Kardinäle Macchi, Testi, Bofondi, Gazzali und mehrere Prälaten gewesen. Am 25. um Mitternacht sei Graf Spaur, der baierische Gesandte in Rom, im kön. Palast zu Neapel mit einem Briefe des Papstes angekommen, worauf der König sogleich nach Gaeta abgereist. Pius IX. war als Kaplan des baierischen Gesandten verkleidet. Er soll beabsichtigen, seinen Aufenthalt in Gaeta oder Partici zu nehmen. Nachrichten über Marseille besagen, daß der Papst in Caserta eingetroffen, und daß der König von Neapel sich beeilt hat, die kön. Residenz, die er daselbst besitzt, ihm zur Verfügung zu stellen. — Von Bologna scheint eine Truppenbewegung nach der Grenze stattgefunden zu haben, und zwar auf die Nachricht, daß die Oesterreicher jenseits des Po ihre Vorposten vorgeschoben.

Der „Tempo", das halboffizielle Blatt der neapolitanischen Regierung, dringt fortwährend auf Intervention in den römischen Angelegenheiten.

Schweiz.

) **Bern**, 5 Dez. Es läßt sich nicht läugnen, dem Bundesrath ist es mit der treuen und wahrhaftigen Aufrechthaltung der Neutralität Ernst. Durch das Kreisschreiben vom 30. Nov. werden sämmtliche Schweizer Regierungen und insbesondere die der Grenzkantone gegen Deutschland dringend eingeladen, alle Flüchtlinge in der Weise zu überwachen, daß die Behörden sofort von jedem Schritte Kenntniß erhalten, welcher die Absicht haben könnte, die internationalen Beziehungen zu verletzen oder den Nachbarstaaten zu gerechten Klagen Veranlassung zu geben. Gegen Widerspenstige sei unverweilt und energisch einzuschreiten. Das lautet freilich recht schön und gut, und doch hat die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit hinlänglich bewiesen, daß hiermit wenig ausgerichtet wird, da bei dem hiesigen Polizeiwesen die Kantonsregierungen niemals vollständig und klar von dem Treiben der Flüchtlinge unterrichtet sind. Es fehlen die Werkzeuge dieser speziellen Ueberwachung. Wenn deswegen gegen die deutschen Flüchtlinge nicht dasselbe Mittel angewendet wird, welches gegenüber den italienischen Flüchtlingen in Tessin Ruhe schaffte, nämlich Internirung aller Flüchtlinge, so werden die Klagen der süddeutschen Behörden nicht aufhören. Wie sind überzeugt, daß der Bundesrath durch Abordnung eidgenössischer Kommissarien an die nördliche Grenze allein den wahren Sachverhalt erfährt, wie dieses Mittel auch in Tessin allein die volle Wahrheit an den Tag brachte. — Auf Requisition des Bezirksamtes Lörrach fanden kürzlich auf schweizerischem Gebiete zwei strenge Hausdurchsuchungen nach verborgen gehaltenen Waffen deutscher Flüchtlinge statt. Aber die basellandschaftlichen Behörden fanden nichts. — Ein aus Wien in Basel angekommener Schweizer entwirft im dortigen Intelligenzblatt ein schaudererregendes Bild von den Grausamkeiten, welche von den kaiserlichen Truppen an Schweizern verübt worden seien. Man hofft, der Bundesrath werde die geeigneten Schritte thun, um Satisfaction zu erhalten. Unsere polit. Blätter wachsen wie Pilze aus der Erde, in der Stadt Bern allein erscheinen 16 politische Blätter. — Am 29. Nov. feierten die in Bern und in der Nähe wohnenden Polen abermals den Jahrestag ihrer blutig unterdrückten Revolution durch Gottesdienst, einfaches Mahl und — Besuch ihrer verstorbenen Brüder auf dem Friedhof. — Der Fall Zürichs durch die Entscheidung der Bundessitzfrage hat einen erbitterten Kampf zwischen den Berner und Züricher Blättern hervorgerufen. Die Züricher behaupten, Bern habe sich die Stimme erschlichen durch Intriguen, Verdächtigungen ꝛc., was dann, wie sich denken läßt, die Berner zu heftigen Gegenausfällen veranlaßt. Der neuernannte spanische Gesandte in der Schweiz, Hr. Nebiez, ist in Bern eingetroffen und hat bereits dem Bundesrath seine Creditive übergeben. Das früher übliche Ceremoniell ist dabei unterblieben.

Schweden.

Stockholm, 28. Nov. Der vom Oberstlieutenant Helm auf Befehl des Königs gemachte Kostenanschlag des Nationalmuseums nach Stieler's Entwurf beträgt 690,000 Rthlr., außer 30,000 Rthlr. für ein Kupferdach.

Es sind eine große Anzahl Ordensvertheilungen vorgenommen und auch viele Olaf-Orden sind, nach den norwegischen Zeitungen, vertheilt worden. Die Glücklichen sind meist Beamte und Edelleute.

Donaufürstenthümer.

Bucharest. 2. Nov. Die Ruhe in der Walachei ist so ziemlich wieder hergestellt; inzwischen läßt Omer Pascha Kalannen türkischen Militärs, welchem walachische Offiziere beigegeben sind, das Land von Dorf zu Dorf durchziehen, um die wenigen noch widerspenstigen Ortschaften zu züchtigen, und die Bauern zum Wiederbeginn ihrer Arbeiten zu mahnen. Die 12,000 Russen, welche ihr Lager vor unserer Stadt hatten, sind bis auf 4000 M., welche ihre Quartiere bei uns nahmen, abgezogen und haben kleinere umliegende Städte besetzt. Von russischen Offizieren hört man, daß nach sechs Regimenter Kosaken (je 1000 Mann stark) Befehl erhalten haben, in die Walachei einzurücken — zu welchem Endzwecke, weiß Niemand bestimmt anzugeben. Indessen geht stark die Sage, sie seien nach Oesterreich bestimmt (vielleicht zunächst nach Ungarn, wenn dort der Aufruhr Erfolge ereignen sollte). (Schw. M.)

Neuestes.

*__Paris__, 6. Dez. Die Wahl der Vicepräsidenten der Nationalversammlung, welche nur mit großer Mühe, und zwar erst heute vollbracht ward, weil ein großer Theil der Rechten sich nicht dabei betheiligen wollte, fiel im Sinne der Freunde Cavaignac's aus (Lacrosse, Bixio, Havin, Goudchaux, Corbon. Letzterer hatte nach 368, Hr. Leon v. Malleville, der Kandidat des Vereins der Straße Poitiers, nur 199 Stimmen). — Von dem Papste, dem auch Louis Napoleon seinen Vetter Lucian Murat entgegen geschickt hatte, noch keine bestimmte Nachricht! Nach einem Briefe aus Neapel vom 27. Nov. hätte derselbe Gaeta verlassen, wo ohnehin keine Einrichtung für ihn ist, und sich nach dem Schlosse Caserta bei Neapel, nach Malta, Spanien oder Frankreich begeben. Auch von Monte Cassino (im Neapolitanischen) ist die Rede, wo er die Kardinäle um sich versammelte. Das Hotel des baierischen Gesandten, Hrn. v. Spaur, der zu seiner Flucht am meisten behilflich war, soll vom Pöbel geplündert und dann verbrannt worden sein. — Der heutige National führt an, in dem offiziellen Blatte des Kaisers von Rußland, die nordische Biene, werde bemerkt, der Kaiser habe seine Sympathie für Ludwig Napoleon ausgesprochen, was man allen seinen Unterthanen hiermit mittheile. — Der „Carriere mercantile" von Genua sagt in seinem Blatte vom 1. Dez., das uns eben zukommt, der Papst werde wahrscheinlich das Schloß Caserta bei Neapel beziehen.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 9. Dez. Inhalt des Amtsblattes der freien Stadt.) Wien (Der Angriff auf Ungarn.) Berlin (Der Eindruck der neuen Verfassung. Viele Abgeordnete bestehen auf einer förmlichen Auflösung. Urtheile der Presse. Die Oktroyirung. Das Ministerium und die Reichskommissäre. Hr. Ruge. Hr. Mitde.) Brandenburg (Versuch zu einer Sitzung.) München (Wahlen.) Speyer (Wahlen.)

Frankreich. Paris (Sitzung der Nat.-Vers. Die Memoiren Canstadter's. Näheres über die Flucht des Papstes.)

Italien. (Tagesbegebenheiten.)

Pariser Börsenbericht (Vom 2 Dez.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 8. Dez.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 9. December.

Tagesordnung der 132. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den volkswirthschaftlichen Ausschuß.
2) Berathung über die, Namens des Ausschusses zur Begutachtung der wider Mitglieder der Reichsversammlung beantragten strafrechtlichen Untersuchungen, erstatteten Berichte, und zwar:
   a) über die beantragte Untersuchung gegen die Herausgeber der Reichszeitung: die Abgeordneten Blum und Gunther, wegen Preßvergehen, — erstattet vom Abgeordneten Zachariä aus Göttingen.
   b) über die vom Polizeigerichte der freien Stadt Frankfurt beantragte Zustimmung zu einer auf Klage des Abgeordneten Miaskowski wider den Abgeordneten Jürgens, als Herausgeber der Flugblätter, wegen Beleidigung einzuleitenden Untersuchung — erstattet von Demselben.
   c) über die vom Inquisitoriate zu Grünberg beantragte Genehmigung zur Fortsetzung der Untersuchung gegen den Abgeordneten Leopsohn, — erstattet vom Abgeordneten Gombart.
   d) über den Antrag des Abgeordneten Jucho und Genossen, betreffend: Befreiung von der Zeugenpflicht über Vorfälle in den Partei-Versammlungen rc., in Bezug auf politische Berathungen.
3) Berathung über den vom Abgeordneten Settmer, Namens des Central-Legitimations-Ausschusses, erstatteten Bericht, die Ausschließung des Abgeordneten Löw aus Posen, sowie der Abgeordneten Gaspers, Heister, Küngel und v. Pinten aus der Reichsversammlung betreffend.
4) Antrag des Abgeordneten Rühl aus Hanau auf neue Wahlen zur verfassunggebenden Reichsversammlung.
5) Berathung über den vom Abgeordneten Stahl, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Bericht, über die in der Sitzung vom 23. September gemachte Vorlage des Reichshandelsministers.

Vorsitzender: Heinrich von Gagern. Als in den Marineausschuß gewählt werden die Herrn Groß a. Leer, Merck aus Hamburg und Rahm aus Stettin verkündet. Reh aus Darmstadt berichtet im Namen des Finanzausschusses über mehrere Ausgabeansätze für den Monatsaufwand der National-Versammlung, der Reichsministerien u. s. w. Wird gedruckt. Schulz aus Potsdam desgleichen über eine Reihe von Petitionen, welche die Wehrverfassung betreffen. Ebenso berichtet Martens aus Danzig für den Wehrausschuß über den Antrag Mohr's wegen der nichtgroßherzogl. hessischen Truppen am linken Rheinufer bei Mainz. Das Erachten des Ausschusses lautet auf Uebergang zur Tagesordnung über den Mohr'schen Antrag.

Sprengel zeigt an, daß der Untersuchungsausschuß der Reichsversammlung einräth, in die wider den Abg. Wurth aus Sigmaringen beantragte Untersuchung zu willigen.

Rauwerck interpellirt wegen der Stellung der Centralgewalt zur italienischen Friedensfrage, in Bezug auf welche er vom Ministerium des Aeußern genauere Auskunft verlangt.

Die ministeriellen Antworten, die heute ertheilt werden, sind folgende:

v. Schmerling: Die Herren Rheinwald, Jebrenbach, Peter und Pfahler haben an das Reichsministerium die Frage gerichtet: „Ob dasselbe wegen der obschwebenden Zerwürfnisse mit der Schweiz die Maßregel des Fruchtausfuhrverbotes gegen die schweizerische Eidgenossenschaft in Anwendung zu bringen beabsichtige." Auf diese Frage habe ich mich nur auf dasjenige zu beziehen, was ich bereits am 17. Nov. zu erklären hatte, daß nämlich das Reichsministerium — und wie ich glaube, wird man hierin demselben beistimmen, — durchaus nicht in der Lage ist, die Maßregeln, die es gegen die Schweiz beantragt hat, schon jetzt näher zu bezeichnen. Nur bemerke ich, daß das Reichsministerium bei der Wahl der Maßregeln gar wohl berücksichtigt hat, daß dadurch deutsche Staatsbürger nicht benachtheiligt werden.

Die Interpellationen des Abg. Herrn Wiesner gehen im Wesentlichen dahin, ob das Ministerium einen Vermittlungsweg in dem obwaltenden Bürgerkriege zwischen Oesterreich und Ungarn einzuschlagen gedenke? Herr Welf aber interpellirt namentlich dahin, was das Reichsministerium zum Schutze der durch diesen Bürgerkrieg gefährdeten deutschen Interessen vorzukehren gedenke? Von Hrn. Wiesner wird insonders sehr lebendig darauf hingewiesen, wie das Reichsparlament seine Sympathie für die ungarische Nation an den Tag gelegt und deshalb verpflichtet sei, sich für dieses hochherzige Volk zu verwenden. „Meine Herren, die Sympathien dieses Hauses und aller Deutschen für das magyarische Volk sind unbestreitbar und das Ministerium theilt sie. Allein daraus glauben wir grad noch nicht zu folgern, daß wir sehr lebendige Sympathien auch für die gegenwärtige ungarische Regierung empfinden. Da nun ferner weder von dieser, noch weniger aber von der österreichischen Regierung die Vermittlung des Ministeriums angerufen worden, so können wir uns kaum berufen fühlen, eine solche Vermittlung anzubieten. Was den Schutz der deutschen Interessen betrifft, die durch diesen Bürgerkrieg offenbar und nicht wenig gefährdet sind, so bedauern wir, bei der großen Entfernung, wie begreiflich, direkt dafür nicht wirken zu können. Wir hoffen indeß von den Operationen des österreichischen Heeres, daß jene Nachtheile, welche durch Einfälle ungarischer Schaaren auf das deutsche Gebiet entstehen, bald beseitigt sein dürften." (Bewegung der Heiterkeit.)

„Der Abgeordnete Wiesner hat noch eine Interpellation gestellt, nämlich: ob das Reichsministerium das Beispiel des steiermärkischen Landtags nachgeahmt habe, welcher bereits gegen die Maßregeln des Fürsten Windisch-Grätz Protest eingelegt habe und ob es die von Windisch-Grätz so widerrechtlich bedrohten Provinzen von Nieder- und Oberösterreich durch einen reichsministeriellen Protest gegen die tyrannische Willkür in Schutz genommen habe? Das Ministerium hat einen solchen Protest nicht eingelegt, denn dieser würde den Vorwurf der Phrase mit Recht verdient haben.

„Eine zweite Frage ist dahin gerichtet, welche Maßregeln das Reichsministerium ergriffen habe, um zwei widerrechtlich verhaftete Bürger von Gratz, die nach Wien abgeführt worden, aus den Händen der Militärgewalt zu befreien? Das Reichsministerium hat in dieser Angelegenheit keine Maßregeln ergriffen. Ich glaube, daß das auch ganz zweckmäßig war, nachdem ich von Männern aus Steiermark in der neuesten Zeit die Erläuterung erhalten hätte, daß jene Bürger keineswegs vor ein tyrannisches Kriegsgericht gestellt, sondern nur, um als Zeugen in Wien vernommen zu werden, dahin eingeladen worden sind. (Heiterkeit in der Versammlung).

Rheinwald behält sich vor, in Beziehung auf ein etwaiges Ausfuhrverbot gegen die Schweiz den geeigneten Antrag zu stellen.

Wiesner aus Wien verschiebt seinen Antrag ebenfalls auf „die nächste günstige Gelegenheit."

Camille Wagner und mehr als zwanzig Genossen stellen einen Antrag — dessen Dringlichkeit jedoch abgelehnt wird und der deshalb an den österreichischen Ausschuß verwiesen wird — auf Errichtung eines Zollverbandes und eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Oesterreich und Deutschland.

Wesendonck: Der Biedermann-sächsische Ausschuß overschleift die Anträge über die preußischen Verhältnisse, er ist meinen Erkundigungen zufolge gestern nicht einmal zusammengetreten, um die ihm überwiesenen Gegenstände auch nur in Berathung zu ziehen. Ich beantrage, daß er zur Beschleunigung aufgefordert und ihm aufgegeben werde, nächsten Montag Bericht zu erstatten.

v. Saucken erklärt im Namen des angeschuldigten Ausschusses, daß derselbe, was den früheren Wesendonck-Gruber'schen Antrag betreffe, authentische Ermittelungen von den Reichskommissären in Berlin eingefordert habe. In Bezug auf den jüngsten Wesendonck'schen Antrag, so sei der Ausschuß der Meinung, daß abzuwarten, wie das preußische Volk selbst die neuesten Regierungsmaßregeln aufnehme.

Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten, und es erfolgt die Einsammlung der Wahlzettel zur Ergänzung des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Die Berathung über die Berichte des Untersuchungsausschusses wird mit dem Vorlesen eines Antrags von Vogt aus Gießen eröffnet, für welchen der Antragsteller darauf selbst das Wort ergreift. Die Nationalversammlung, wünscht er, solle Preßvergehen nicht so täglich, sondern lieber mit Geringschätzung behandeln. Daher er die Nichtgenehmigung der Untersuchung und Uebergang zur Tagesordnung über die Aus-

Digitized by Google

schußanträge anräth. Langerfeldt bekämpft, Reh aus Darmstadt unterstützt den Antrag von Vogt. v. Beckerath: Eben der höhere politische Standpunkt, den uns Heer Vogt einzunehmen räth, enthält die strengste Aufforderung dazu, die Untersuchung weder zu unterdrücken, noch zu verschieben. Denn vor Allem haben wir dem sittlichen Bewußtsein der Nation genugzuthun. Das Volk hat Preßfreiheit verlangt und sieht jetzt diese Preßfreiheit zu den schnödesten Verleumdungen — und von Mitgliedern der Reichsversammlung selbst — mißbraucht. „Ich glaube nicht, daß das Privilegium der Mitglieder dieses Hauses in der Ausdehnung zu verstehen ist, daß sie sich einer Untersuchung wegen solcher Anklagen nicht zu unterwerfen haben sollten. Wenn Herr Vogt ferner behauptet hat, daß ihre Thätigkeit an den Geschäften der Versammlung dadurch beschränkt würde, daß sie für ihre Vertheidigung zu sorgen hätten, so ist dies allerdings gegründet. Wenn wir aber sehen, mit welcher Leichtigkeit die angeschuldigten Mitglieder täglich in öffentlichen Blättern die umfassendsten Manifestationen zu Tage bringen, so dürfen wir auch nicht zweifeln, daß sie dieselbe Thätigkeit für die Geschäfte des Hauses an den Tag legen werden. Von dem höheren politischen Standpunkte aus verlange ich, daß die Versammlung ihren Verpflichtungen gegen die Nation nachkomme."

Nachdem noch Scharre aus Strehla, Jucho aus Frankfurt und Justizminister v. Mahl sich an der Debatte betheiligt — letzterer nur kurz und um die formellen Einwände aus der Nationalversammlung und an den Richter zu verweisen — erhält der Berichterstatter Zachariä das Wort. Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag:

„Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen: daß sie zu der vom Appellationsgerichte der freien Stadt Frankfurt wider den Abgeordneten J. G. Günther als Redakteur der deutschen Reichstagszeitung, wegen der in den Nummern 104 und 106 dieser Zeitung enthaltenen Beleidigungen verfügten strafrechtlichen Untersuchung und beziehungsweise zur Fortsetzung dieser Untersuchung durch die kompetente Behörde ihre Zustimmung ertheile"

mit großer Mehrheit angenommen, der Zusatz v. Watzdorf's aber abgelehnt, daß die Einwilligung zur Untersuchung nur unter der Voraussetzung ertheilt sein solle, daß die Angeschuldigten selbst die Untersuchung verlangten. — Ehe zur Besprechung des zweiten Falles übergegangen wird, erklärt der Redakteur der Flugblätter Jürgens, daß er selbst auf der vom Abgeordneten Minkus wider ihn beantragten Untersuchung im Interesse des Rechts bestehe (Beifall). Das Ausschußerachten lautet auch hier dahin, daß die Versammlung in die Untersuchung willige.

Das Wort erhält zuerst Schader aus Stuttgart, dann Rößler von Oels: Der Prozeß des Herrn Minkus gegen Hrn. Jürgens ist keine Privatstreitigkeit. Er ist vielmehr eine Abwehr wider die grenzenlosen Verleumdungen, denen wir, die linke Seite des Hauses, seit dem unglücklichen 18. Sept. ausgesetzt sind. Rößler liest eine Stelle aus einem Meseritzer Lokalblatte vor, ferner eine Stelle aus dem Lauenburger Kreisblatte, in denen die ganze Partei der Vorbereitung zum Aufruhr und des Mords öffentlich bezichtigt wird. Gegen einzelne Mitglieder der Partei seien die Angriffe nicht minder hart gewesen. Beweis sei ein Artikel in der Oderpostamtszeitung gegen den Abgeordneten Minkus. Noch solchen Schmähungen hätte man wahrlich keine Ursache gehabt, mit den erbitterten Erwiderungen der linken Partei so streng in's Gericht zu gehen.

Bossermann: Schmähungen und Beleidigungen der Presse muß man gewohnt werden, sie liegen in der Natur der Zeit und wir wollen uns darüber keine Vorwürfe machen. Allein ich frage, ist den Druckern, den Redakteuren der Partei, die Sie (zur Linken) vertreten, persönliche Gewalt angethan, sind sie terrorisirt und gezwungen worden, wie es konservativen Blättern geschehen! Und sind Aufforderungen zu blutiger Rache nicht etwas Anderes und anders zu behandeln als falsche Nachrichten? Wir dürfen nicht vergessen, daß durch solche Artikel unser Volk entsittlicht und wir vielleicht dahin gebracht werden, wohin die wahre Reaktion im Stillen wünscht. Wir können es nicht der Vergessenheit anheimgeben, wir dürfen es nicht leicht nehmen, wenn zum Morde aufgefordert oder derselbe gebilligt wird, wenn in einem Blatte, das Jeder kennt, gesagt ist: die Kugeln sind ehrlich, welche Lichnowsky und Auerswald getödtet haben. (Unruhe.) Wir können es nicht leicht nehmen aber der Vergessenheit anheimgeben, wenn gleich nach dem 18. Sept., als nach jedes Gemüth von den Gräueln, welche hier vorfielen, tief erschüttert war, in einem Blatte, welches von einem Mitgliede dieses Hauses redigirt wird, die Blutschuld jener Thaten grad auf die Männer gewälzt wird, welche Alles thaten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten; wenn darin gesagt wird, sie allein trügen Schuld, und wenn man mit einer solchen Behauptung den eigentlichen Mördern die Schuld vom Gewissen nehmen will. Und doch könnte man das vielleicht vergessen, könnte es auf Rechnung des Augenblicks setzen; allein, meine Herren, zu unserm Erstaunen lasen wir bald nachher, nein, noch vor Kurzem, neue Aufreizungen von solcher Art, daß man sie mit gewöhnlichen falschen Nachrichten gewiß nicht verwechseln kann. Wir lasen da — es war von Blum die Rede — Versöhnung über dieser Leiche wäre Verrath. Wie kann man im Sinne des deutschen Volks sprechen wollen, wenn man seinen Tod der Mehrheit dieser Versammlung aufbürden will und ausruft: Sein Blut komme über ihre Häupter! Ist das etwa blos eine falsche Nachricht? (Unruhe!) Und dann wenn es heißt: „Das Erbarmen solle verstummen auf den Lippen des siegreichen Volks," — soll man dann gleichgültig sein? Aber nicht blos lasen wir solches nach dem Tode Blum's, nein noch vor 2 Tagen lasen wir in demselben Blatte, welches von einem Mitgliede dieses Hauses redigirt wird, einen Artikel worin aufgefordert wird, über dem Grabe von Blum Hekatomben hinzurichten und worin dem ganzen Zusammenhange nach auf uns hingewiesen wird. Nehmen Sie nun dies mit den Drohungen zusammen, welche hier ausgesprochen werden, ferner mit den Anzeichen, welche Sie in Frankfurt kennen gelernt haben, so frage ich, ob man nicht die höhere Pflicht hat, wenn man doch einmal von einem höheren polit. Standpunkte spricht, — ob nicht darin für uns Alle die Pflicht und Aufforderung liegt, das Gegentheil zu thun von dem, was hier geschieht und bezeichnet wird, ob wir nicht den Sinn des deutschen Volks zurückbringen sollten von solchen Mord- und Blutgedanken, damit es nicht zur Freude der Reaktion heißt: Seht, wie sie die Presse gebrauchen! Man kann und darf nicht stillschweigen, man muß vor solchen Uebertreibungen warnen; mögen Sie es Reaktion nennen, so wird doch noch die Zeit kommen, wo man sagt, diejenigen, welche dies thaten, haben die Freiheit vertheidigt, diejenigen nicht, welche zu solchen Uebertreibungen und Verläumdungen griffen. Dann erst wird sich zeigen, wer gethan hat, was der Freiheit würdig ist. (Bravarufe und Beifallsklatschen im Hause.)

Kerst aus Posen: Der Artikel im Meseritzer Wochenblatte rührt von mir her. Es war ein vertraulicher Brief, unter dem ersten Eindruck der Septemberereignisse geschrieben, der ohne mein Vorwissen abgedruckt ward. Der Aufsatz ist aber von mir selbst und auf Veranlassung des Herrn Rößler berichtigt worden. Ich denke, ich habe damit gehandelt wie ein Ehrenmann.

Die Abstimmung entscheidet sich für das Ausschußerachten.

Der dritte Fall betrifft die Anklage gegen Levysohn aus Grünberg wegen Beleidigung der Majestät und Verletzung des Preßgesetzes. Der Angeschuldigte ist bereits in erster Instanz und zu einem Jahre Festung verurtheilt und der Ausschuß räth, die Fortsetzung der Untersuchung zu genehmigen.

Levysohn sucht auszuführen, die Untersuchung gegen ihn sei politischen Charakters, und nur bei einer Untersuchung nach dem alten schriftlichen Verfahren habe seine Verurtheilung erfolgen können. Werde der Prozeß fortgesetzt, so müsse er auf seine Vertheidigung aber auf seinen Platz in der Reichsversammlung verzichten. Der Berichterstatter Gambart tritt jedoch der Darstellung, die Herr Levysohn vom Thatbestande gegeben, mit anderen Thatsachen auf das Bestimmteste entgegen. Die Nationalversammlung aber dürfe nicht damit anfangen, das Recht mit Füßen zu treten, indem sie den Gang der Justiz hemme. Die Versammlung tritt schließlich auch in diesem Falle dem Ausschußerachten bei. Eben so wird auch von der Reichsversammlung die Verbindlichkeit ihrer Mitglieder anerkannt, über Vorgänge in Klubsitzungen allerdings erforderlichen Falls gerichtliches Zeugniß abzulegen. (Den Schluß des Berichts geben wir im morgenden Blatte.)

Frankfurt. 9. Dez. Die heute ausgegebene Nr. 118 des „Amtsblattes" der freien Stadt Frankfurt enthält: 1) Verordnung, betreffend einstweiliges Eintreten der Aktenversendung in den an das Oberappellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands erwachsenen Civil- und Criminalsachen; 2) Verordnung über Abänderung verschiedener Paragraphen der Gerichtsordnung

für das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands.

Wien, 4. Dez. Ich erfahre so eben mit Bestimmtheit, daß auf den 9. der allgemeine Angriff gegen Ungarn festgesetzt ist. Die Schwierigkeit der Proviantirung ist ungeheuer und allein an der Verzögerung Schuld. (Allg. Ztg.)

△ **Berlin**, 6. Dez. Wir können heute kaum mehr, als den ersten allgemeinen Eindruck, den die Auflösung der Nat.-Versamml. und die Oktroyirung einer Verfassung in Berlin gemacht hat, wiedergeben. Der Eindruck ist im Allgemeinen ein günstiger. Nicht allein, weil die Verfassung fast allen, selbst den kühnsten Anforderungen entspricht, sondern auch ein anderer Ausweg nicht wohl abzusehen war. Der Inhalt der neuen Verfassungsurkunde muß die Furcht vor Reaktion in den Hintergrund drängen. Ja, wir geben vielmehr nichts als die reine Wahrheit wieder, wenn wir mittheilen, daß einer nicht geringen Anzahl und zwar politisch gebildeter Männer zu viele Freiheiten gewähret scheinen. Es ist nicht zu läugnen, daß der Inhalt der Verfassung allerdings Anlaß gibt, hierüber zu streiten: allein es ist ebenso gewiß, daß hierzu der ungünstigste Augenblick der gegenwärtige wäre. Gerade der Umstand, daß die Krone dem Volke alle die Freiheiten gewährt hat, welche ein durchgreifendes Prinzip der Selbstverwaltung gestattet, beweist, daß die Krone festhält an dem bereits Gewährten und dem Verheißenen, und daß Niemand mehr als der König den Ausbau der Freiheiten seines Volkes sowohl als der ganzen deutschen Nation aufrichtig wünscht. Vielleicht dient es zur Ergänzung dieser Bemerkungen, wenn wir hinzufügen, daß die Rechte und das rechte Centrum der Nat.-Vers., kurz alle die Männer, welche bis zum 30. Novbr. in Brandenburg erschienen waren, auch in ihren nunmehrigen Privatkreisen dem Ministerium Brandenburg alle Unterstützung versprochen haben. Die Linke und die linken Centren sind in wahrem Sinne des Worts ganz rathlos und sollen ihre Hoffnungen bereits zum Theil auf eine Wahl in eine der Kammern setzen. Wir setzen unsere Hoffnungen darauf, daß die seit den Wahlen des Mai *mächtig* vorangeschrittene politische Bildung des Volkes die bevorstehenden Februarwahlen in dem Sinne leiten wird, welcher zum mindesten die Fehler vermeiden läßt, durch welche die aufgelöste Versammlung uns an den Rand des Verderbens brachte.

△ **Berlin**, 7. Dez. Eine ziemlich bedeutende Anzahl von Abgeordneten ist heute nach Brandenburg gegangen, und zwar zu keinem andern Zweck, als sich, oder vielmehr die Nationalversammlung daselbst förmlich auflösen zu lassen. Man will die bisherige Form der Auflösung nicht anerkennen, indem man sagt, dieselbe widerspreche dem Prinzip und dem Gebrauch, und habe, weil sie blos in dem Staatsanzeiger gestanden, noch keine gesetzliche Gültigkeit. Um dem letzteren Einwand zu begegnen, so ist, wie wir vernehmen, die Einleitung getroffen, daß den in Brandenburg sich einfindenden Abgeordneten ein Exemplar der *Gesetzsammlung* zugestellt wird, welches die Auflösungsordre enthält. Was das Prinzip betrifft, so scheint die Forderung, daß die Auflösung der Nationalversammlung heute in öffentlicher Sitzung habe erfolgen müssen, nicht ungerecht, nicht unbillig. Aber standen nicht höhere Interessen auf dem Spiel? Das Ministerium hätte die Auflösung in Brandenburg heute ohne alle Gefahr vornehmen können; es hätte diesen Akt gewiß auch vollzogen — wenigstens wird man ihm den dazu nöthigen Muth nicht absprechen dürfen — aber das Ministerium ging offenbar von der Ansicht aus, daß man, um dem ungewissen, schwankenden und gefahrdrohenden Zustande ein Ende zu machen, die Auflösung sofort in's Leben führen müsse, nachdem der Beschluß gefaßt war. Der Formalismus, dessen Bedeutung wir übrigens weder verkennen noch in Abrede stellen wollen, hat unter der Wucht der Ereignisse, wie sie auch durch Deutschland schreiten, nur eine untergeordnete Bedeutung. Darum wird auch der Protest gegen die Octroyirung der Verfassung, als eine Verletzung des „Prinzips" der Vereinbarung, nur ein unfruchtbarer sein. Die National-Zeitung erklärt sich gegen die Octroyirung, bemerkt indessen: „Sobald die octroyirte Verfassung in's Leben zu treten beginnt, werden wir uns, wie wir auch sonst gethan haben, der Macht der vollendeten Thatsachen unterwerfen und auf dem Boden des Bestehenden weiter streben." Die „Deutsche Reform" bemerkt über die Octroyirung: „Es wäre sträflich, dem Volke zu sagen, daß diese seine Verfassung ein Geschenk sei, das auch ebenso gut hätte verweigert werden können .... Weil das Organ der Vertretung sich selbst zerstört hatte und die Lage des Landes nicht gestattete, ein neues zu schaffen, hat die Krone, kraft ihres hohen Berufs, sich zum Mandatar des Volkes gemacht und in seinem Namen zu handeln gesucht. Jetzt muß es seinen eigenen Willen in der Verfassung aufsuchen und ihn, wo er abweicht, bei der Revision mit dem Willen der Krone in Einklang bringen." Noch weiter als die „deutsche Reform" geht die „Vossische Ztg.," welche dem Ministerium für die Emanirung der „freisinnigsten" Verfassung „Anerkennung und Dank" zollt. Die „Spener'sche Ztg." verbindet indeß diese Anerkennung mit dem Wunsche, daß der wichtige Akt durch ein anderes „volksthümlicheres" Ministerium ausgeführt worden wäre. Vorläufig entbehren alle Gerüchte von einem Ministerwechsel der Begründung, auch die heute im Umlauf befindlichen, denen zufolge Hrn. v. Bonin das Finanzministerium angeboten worden sein soll. Gewiß ist nur, daß sich He. v. Bonin im Augenblicke hier befindet. — Der Prinz Carl und seine Familie sind heute Nachmittag von Potsdam nach Berlin gekommen, wie man vernimmt, um nunmehr dauernd ihren Wohnsitz hier zu nehmen.

Berlin, 6. Dez. Berlin hatte gestern nur eine Nachricht, nur einen Gegenstand des Gesprächs, die Verfassung. Die Straßen boten ein noch bewegtes Ansehen dar. Die Begegnenden begrüßten einander mit Handschlag und Händedruck und riefen sich den Glückwunsch zu. Nur freudige Züge erblickte man! Der lange Druck der schweren Zeit, der wie ein Alp auf der Brust gelastet hatte, war entfernt und Alles athmete frei auf. — Es schien, als ob schon eine erhöhte Regsamkeit in vielfachen Richtungen eingetreten wäre, das neuerwachte Vertrauen sich ringsher bethätigen wollte. Der sicherste Barometer der Stimmung, die Börse, gab ebenfalls davon Kunde. Schon Vormittags hatte ein lebhafter Ankauf von Papieren stattgehabt. Auf der Börse selbst war die freudige Theilnahme eine ganz allgemeine, die Geschäfte außerordentlich lebhaft. Viele Papiere stiegen um drei, vier und mehrere Prozent. Besonders waren die Bankantheile gesucht. (Voss. Ztg.)

Nach der Const. Correspondenz sind die Abgeordneten von der Linken sehr zufrieden über die Auflösung, weil sie sicher sind, wieder gewählt zu werden, „wenn nur die jetzigen Minister am Ruder bleiben."

Const. Corr. **Berlin**, 6. Dez. In Folge des Auflösungsdekrets sind bereits viele Deputirte der Rechten in ihre Heimath zurückgereist; andere verlassen uns heute Abend. — Wir vernehmen, daß mehrere Abgeordnete dieser Fraktion gegen die mit Vorbehalt der Revision oktroyirte Verfassung zu protestiren gesonnen sind, weil sie in derselben eine Verletzung des auf dem Wahlgesetz vom 8. April beruhenden Rechtsbodens zu erblicken glauben. Das Geheimniß der gestrigen Erlasse ist übrigens bis zum letzten Augenblicke so sorgfältig bewahrt geblieben, daß Graf Brandenburg selbst den Reichs-Kommissarien, welche er um 5 Uhr Abends (als der Pr. Staatsanzeiger bereits die Presse verließ) empfing, nicht die geringste Mittheilung machte, ein Benehmen, welches dieselben so verletzt haben soll, daß sie nur mit Mühe den Entschluß, sofort abzureisen, zurückzudrängen vermochten.

* **Berlin**, 6. Dez. Herr Arnold Ruge erklärt, daß die „Reform" nächster Tage wieder erscheinen werde, und fordert seine Herren Mitredakteure, welche Berlin verlassen haben, in der Nationalzeitung auf, sich wieder zu versammeln.

Herr Milde erklärt in der deutschen Reform: Um eine vielfach verbreitete irrige Ansicht zu berichtigen, sehe ich mich veranlaßt, hierdurch zu erklären, daß die „*Deutsche Reform*" keineswegs mir zugehörig, sondern Eigenthum einer Gesellschaft ist, zu deren Aktionären ich allerdings gehöre, ohne indessen einen anderen Einfluß auf das Blatt auszuüben, als überhaupt einem Aktionär einer Zeitung zusteht.

Lith. Corr. **Brandenburg**, 7. Dez. Die Erwartung, daß die Auflösung der Nationalversammlung dieser in einer Sitzung gebührend mitgetheilt werden würde, hatte eine große Anzahl von Abgeordneten, namentlich aus den Centren und von der Linken bestimmt, sich heute in Brandenburg einzufinden. Gestern Abend war bereits Herr v. Unruh hier angelangt. — Heute vor dem Dome angelangt, fand man die Thüren sämmtlich mit Wachen besetzt, die Fenster des Sitzungssaales waren geschlossen und, wie mehrfach versichert wurde, vernagelt; an dem Haupteingange klebte die Mittheilung, daß in Folge der Auflösung der Nationalversammlung die auf heute angesetzte Sitzung „selbstredend" ausfalle. Un-

terzeichnet war dieselbe „von Brünneck, Alterspräsident der aufgelösten Nationalversammlung.“ Es blieb den Abgeordneten nichts übrig, als jeden Versuch zu einer Sitzung zu unterlassen und nach Einziehung ihrer rückständigen Diäten von ihrem Quästor, dem Abgeordneten Maetzke, sich zu entfernen. Ein Theil der Mitglieder des Centrums, von der Linken die Herren Behrends, Schramm (Langensalza), Jung, d'Ester und mehrere Andere versammelten sich zu einer Besprechung in der Bürger-Ressource unter dem Vorsitze des Herrn v. Unruh. Von einem vielseitig vorgeschlagenen Proteste beschloß man abzustehen, da ein solcher bereits in dem Beschlusse vom 9. Nov. ausgesprochen ist. Die Besprechung erstreckte sich ausschließlich auf die für die nächsten Wahlen zu ergreifenden gemeinsamen Maßnahmen. Um 3½ Uhr führte die Lokomotive „Potsdom“ den größten Theil der hier zum letzten Male zusammengekommenen Volksvertreter nach Berlin zurück, das sie zum Theile schon heute Behufs der Rückkehr in ihre Heimat verlassen werden.

München, 7. Dez. Soeben vor Postabgang ist die Wahl der drei Abgeordneten für München vollendet. Die liberalere Partei ist mit Ministee Lerchenfeld, Hauptmann Graf Bothmer und Fabrikant Hänle unterlegen, gegen Ministerialrath Feder, Oberst Kratzfeis und Schlosser Wiedermann. Dies ist das Resultat einer Coalition der für ihre Realrechte besorgten Gewerbmeister und des konstitutionell-monarchischen Vereins. Erfahmänner wurden Bürgermeister Steinsdorf, General Kretschmann und Minister Lerchenfeld. So ist die Wahl nach rechts entschieden worden, und in ganz Altbaiern sieht es nicht anders aus. (Fr. J.)

Speyer, 7. Dez. In Germersheim wurden zu Abgeordneten für den nächsten Landtag erwählt: Kolb von Speyer, Schüler von Zweibrücken, Dr. Hepp von Neustadt. — Auch hier erhielt Kolb von Speyer im ersten Scrutin von 172 Abstimmenden 131, und Boye von Frankenthal 116 Stimmen.

Frankreich.

* **Paris**, 6. Dez. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Hoffnung getäuscht, Nachrichten von Pius IX. zu erhalten. Dufaure betrat die Tribüne, um Mittheilungen der Regierung zu machen; es betraf aber nur die Zurücknahme des Decrets vom 19. Sept. wegen der Nationalbelohnungen. Cauffidière's Memoiren sind heute erschienen und gehen reißend ab. — Das Paketschiff „Courrier corse,“ das Neapel am 27. verließ, hat die Nachricht nach Marseille gebracht, daß der Papst in Gaeta war und den Tenare zu seiner Disposition dort behalten hatte. Dasselbe Schiff meldete auch, daß das französische Linienschiff „Jemappes“ in den Gewässern von Civitavecchia an die Küste geworfen worden sei, daß man jedoch hoffe, es wieder flott zu machen. Die übrige französische Flotte lag am 27. in der Bucht von Baja, nur die Dampfschiffe waren im Hafen von Neapel. Die Entweichung des Papstes aus Rom erzählt ein von dem Journal des Debats mitgetheiltes Schreiben aus Neapel in folgender Weise. Mehrere Tage lang sei der Papst streng beobachtet worden. Da habe Herr von Spaur (der baierische Gesandte) lebhaft verlangt, Seine Heiligkeit zu sprechen. Man habe den Gesandten in das Kabinet Pius des IX. geführt, aber die Thüre offen gelassen und mehrere Personen, denen die Bewachung des Papstes aufgetragen war, wären in dem anstoßenden Saale auf- und abgegangen. Da sei Herr v. Harcourt (der französische Gesandte) eingetreten und habe die Herren in ein Gespräch verwickelt, während dessen er sie in einen Winkel zu locken wußte, wo sie nicht in das Kabinet sehen konnten. Nach einigen Minuten — blickten sie wieder hinein — es war leer! Der Papst, in eine Soutane gekleidet, war durch eine Hinterthüre verschwunden. Herr von Spaur gab ihm für seinen Kaplan aus. Jenseits der neapolitanischen Grenze drang ein Platzkommandant darauf, nach dem Passe des Gesandten auch den seines Kaplans zu sehen. Da sagte ihm v. Spaur ein Wort in's Ohr und der strenge Krieger — küßte dem unbekannten Reisenden den Pantoffel! So kam Pius von Allem entblößt glücklich in den neapolitanischen Staaten an. Herr v. Harcourt kam erst am 26. auf dem Tenare, der zu Civitavecchia lag, in Gaeta an. Von dem spanischen Gesandten, Martinez de la Rosa, hatte man am 27. Nov. keine Nachricht in Neapel. Der toscanische „Moniteur“ erzählt, der Papst sei um 1 Uhr in der Nacht aus dem Quirinal in einer einfachen Soutane durch das große Thor gegangen. Von da habe er sich in die Peterskirche begeben, die ihm geöffnet worden sei, von wo er sich auf der Tiber nach Fiumicino eingeschifft habe. Die Gesandten von Frankreich und Spanien seien ihm bei dieser schwierigen Unternehmung behilflich gewesen.

Paris, 6. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 67. 90; 3pCt. 43. 90; Neue 67. 75 à 68; Neapol. 78. —; Bankakt. 1450. —; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. 25½; 3pCt. inländische —. —; St. Germain Eisenbahn-Aktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 105. —; linkes Ufer 103. —; Paris-Orleans 645. —; Paris-Rouen 360. —; Orleans-Bordeaux 365. —; Orleans-Vierzon —. —; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 175. —; Straßburg-Basel 80. —; Nordbahn 347 50; Paris-Lyon — —; Paris-Straßburg 327. 50; Römisches Anleihen 57.

Ein Baargeschäft von 202,500 Frs. 5pCt. Rente gab den Coursen am Anfang der Börse einen Aufschwung (bis 69. 85 und 44. 05), aber Börsenspiel, das jetzt wieder wie frühere getrieben wird, drückte sie hierauf wieder stark, ohne daß eine politische Nachricht zirkulirte. Röm. Anleihen 2 pCt. höher als gestern.

Madrid, 30. Nov. 3pCt. Rente 19¾ Papier. (Nach der Börse 19⅝ à 11/16 G.); 5pCt. 9⅝ B. (N. d. B. 9⅝ à ½ G.); Passive Staatsschuld 3⅝ B. (N. d. B. 3⅝ G.)

In Catalonien erfochten die Truppen der Königin unter Parebes einen Sieg über die Aufständischen in der Nähe von Berga.

Italien.

Die „Alba“ zweifelt nicht, daß die neapolitanische Regierung einen Einfall in die römischen Staaten versuchen werde, aber — fügt sie hinzu — wir werden uns zu vertheidigen wissen! Der Papst ist, nach demselben Blatte, auf alle Fälle im Königreiche Neapel, entweder (wie auch die Genueser Ztg. vom 1. Dez. angibt) zu Gaeta oder auf dem Monte Cassino. — Der Nationalverein zu Turin hat beschlossen, Unterzeichnungen und Sammlungen zu veranstalten, um einen feierlichen Trauerdienst für die Opfer des Fürsten von Windisch-Grätz zu begehen. — Die provisorische Regierung von Venedig hat, in Uebereinstimmung mit dem Munizipalrathe, eine außerordentliche Steuer auf Immobilien im Betrage von 12 Millionen Lire (= 4,800,000 fl.) gelegt. — Aus Neapel wird gemeldet, die Regierung habe die vom Papste (nothgedrungen) entlassenen Schweizer in ihre Dienste genommen. — Auf die Nachricht von der Flucht Pius IX. aus Rom erließ der Kardinal Protegat von Bologna einen Aufruf an die Einwohnerschaft, worin er derselben nächst dieser Thatsache noch mittheilt, er habe sich den braven General Zucchi (der bisherige Kriegsminister) und den Senator Zucchini zur Verwaltung der Provinz an die Seite gestellt. Daß die Deputirten von Bologna seit den letzten Begebenheiten ihre Entlassung gegeben haben, ist bereits von uns gemeldet worden.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 9. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 72½; 2½pCt. ditto 37⅞; Bankaktien fl. 1202; fl. 500. Loose 125; fl. 250. Loose 79; Badische fl. 35. Loose 26⅜; Hessische Rthlr. 40 Loose 25½; Polnische; fl. 500 Loose 71¼; Friedr. Wilh.-Nordbahn 42; Berbach 65⅛. Köln-Minden 83; 3pCt. inländ. Span. 18½; 4½pCt. Würt. 93; 4½pCt. Belg. 73½; Holl. 2½pCt. Integrale 47¼.

Die Course konnten sich auf ihrem gestrigen Standpunkte nicht erhalten. Bei schwachem Verkehr wurden österreichische und Eisenbahnactien zu weichenden Preisen abgegeben.

Nachschrift.

‡ **Frankfurt** 9. Dez. Unter die Abgeordneten ist heute folgende Einladung vertheilt:

Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Reichsverweser werden die Herren Abgeordneten zur Reichsversammlung Dienstag den 12. d. M., von Abends 8 Uhr an, empfangen.

Es ist das erste Mal, daß der Reichsverweser einen solchen allgemeinen Empfang abhält.

Für die Redaction verantwortlich: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Lowe & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue D me de Vaucresson.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 325. **Frankfurt a. M., Sonntag 10. Dezember.** **1848.**

Uebersicht.

Die Zukunft Oesterreichs und Preußens I.

Die neue preußische Verfassung in ihren Bestandtheilen II.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 9. Dez. (Schluß).) Wien (Meinungen und Hoffnungen beim Regierungswechsel. Kossuth und Windisch-Grätz. Der Krieg in Siebenbürgen. Energie der Regierung. Das Ministerium für Landeskultur und Bergwesen. Die Persönlichkeit des jungen Kaisers. Die kaiserliche Familie.) Olmütz (Deputation des Reichstags. Deutscher Abgeordnetenverein in Kremsier.) Berlin (Denkschrift der Minister.) München (Hr. v. Beister. Der König und die Minister.) Leipzig (Wahlbewegung. Das österreichische Consulatwappen.) Baden (Adresse der adeligen Grundbesitzer.) Limburg (Die Wahlen in die niederländischen Generalstaaten.) Schleswig (Denkschrift der dänischen Regierung.)

Italien. (Vergiftungsversuch gegen Karl Albert. Angebliches Treffen zwischen Römern und Neapolitanern.)

Schweiz. (Die Schweiz und die deutsche Centralgewalt.) Bern (Die Entscheidung über den Bundessitz. Die Flüchtlingsangelegenheit. Werbungen für Neapel.) Aus der Schweiz (Zustände Tessin's. Hinneigung zu Italien. Die eidgenössischen Kommissarien.)

Neuestes.

10. Dezember.

Von hochgeschätzter Hand erhalten wir eine Denkschrift über Oesterreichs und Preußens Verhältniß zu Deutschland, die wir keinen Anstand nehmen an die Spitze unseres Blattes zu stellen und angelegentlichster Beachtung zu empfehlen. Wenn wir nicht völlig damit übereinstimmen, so liegt die weniger im Inhalt, als in dem Verhältniß desselben zu der Operationsbasis, welche die Lage und Stimmung des Tages darbietet und aufdrängt. Sollen wir dies anwenden auf den Oesterreich betreffenden Theil, den wir zunächst mittheilen, so müßten wir uns etwa so erklären. Was in diesem Punkte die Denkschrift ausführt, das haben wir stets im Auge gehabt und vertheidigt; aber wir thaten es in der Voraussetzung, daß es Inhalt und Gegenstand einer Volkspolitik werde, aus den Einwirkungen deutscher Kultur hervorgegangen und in stetee Verbindung mit ihr sich verwirklichend. Diese Voraussetzung besteht nicht mehr; was wir jetzt in Oesterreich vor uns haben, ist die traditionelle Hof- und Ministerialpolitik. Was von ihr zu erwarten ist, wissen wir, könnten es mindestens wissen. Offen dargelegt ist es schon in dem Passus des Programms, der von den „Bundespflichten" spricht. Der Verfasser der Denkschrift freilich hält ihn für eine captatio benevolentiae, mit der nichts Reales gemeint sein könne. Wir wollten, wie könnten ihm beistimmen. Wir sehen darin reellen bitteren Ernst, die entscheidende und doch täuschend umhüllte Erklärung, daß Oesterreich den Bundesstaat und die Arbeit der Paulskirche ignorirt, trotzdem aber nicht ausscheiden, vielmehr den alten Druck, den alten Einfluß ausüben will, „den Oesterreich auf Deutschland ausübte, aber niemals Deutschland auf Oesterreich", wie ein geistvoller Redner es kürzlich gesagt hat. Wenn die obige Voraussetzung sich bewahrheitet, wenn im harten Zwang des „starken, und einigen Oesterreich", im Kampf gegen Hof und Soldatenpolitik eine gemeinsame Volkspolitik erstarkt und heranreift, wenn die Einwirkung deutscher Kultur endlich die harte Rinde sprengt und die alten Scheidemauern fallen — dann stehen wir wieder auf gleicher Linie mit den Sätzen der Denkschrift.

„So hat denn das neue österreichische Ministerium in Kremsier gesprochen! Man wird sehen, daß die Majorität des Reichstags, daß die unermeßliche Mehrheit der Bevölkerung dem Programm Beifall giebt. Was jedem Sachkundigen seit Monaten als die nothwendige Consequenz der Stimmungen und Zustände erschien, das ist endlich im Angesicht von Europa klar und officiell proklamirt worden. Die Oesterreicher wollen ihre Monarchie rekonstruiren als einen Föderativstaat von gleichberechtigten Provinzen und Nationalitäten, zusammengehalten durch eine kräftige Centralgewalt, bestehend aus dem Monarchen mit seinem Ministerium und aus einem gemeinschaftlichen Parlament; sie wollen „Vereinigte Staaten von Oesterreich" sein, aber unter der kürzeren und bindenderen Bezeichnung eines „Reichs" und mit dem habsburgischen Monarchen an der Spitze. Und sie wollen diese große politische Evolution für sich machen, ungeirrt und abgetrennt von der gleichzeitigen deutschen. „Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland (also jedes für sich) zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen." Mit dem Zusatz, „bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen", der als captatio benevolentiae folgt, kann nach dem Vorhergehenden nichts Reales gemeint sein, außer etwa Oesterreich wolle nach wie vor an Deutschland festhalten als an einem Bundesgenossen zu Schutz und Trutz.

Es vollzieht sich demnach jetzt, was seit anderthalb Jahrhunderten in unserer geschichtlichen Entwicklung indicirt ist. Daß neben dem alten deutschen Kaiserreich, ja in demselben und gegen dasselbe, eine neue europäische Großmacht von lebensvollster Entwicklung und aus ganz deutschen Elementen unter glorreichen Kämpfen und Krisen emporkommen konnte, darin sieht der sinnige Beobachter und Kenner der Geschichte noch ganz etwas Anderes, als Schwäche und Unglück auf der einen, Ehrgeiz und Thatkraft auf der andern Seite. Der Staatsmann aber, er möge nun auch Geschichtsphilosoph sein oder nicht, wird immer und vor Allem den realen Boden anerkennen, auf welchem er mit seinen Gedanken oder Thaten zu operiren hat, und es ist, wie wir denken, ein unbestreitbares Faktum, daß es seit hundert Jahren zwei deutsche Großmächte in Europa gibt. Daß dieselben aber ein unendlich viel zäheres und kräftigeres Leben besitzen, als unsere politischen Idealisten glaubten, ist nachgerade wohl Allen deutlich.

Da nun die eine durch die andere, oder beide zugleich durch eine dritte Potenz zu zerstören und aufzuheben als eine unendlich schwierige und schmerzhafte, ja unmögliche Operation erscheinen muß, so sollte es jeden Patrioten, der nicht bloßer Traum- oder Gefühlspolitiker ist, mit Freude erfüllen, daß sich die Grenzgebiete scheiden und daß sein Vaterland weit genug ist, die in ihm erwachsenen großen Existenzen durch Gliederung zu bewahren und fort zu entwickeln.

Ein einziges Reich, wenn auch immer ein föderatives, das die Gebiete der Donau und des Rheines, der Elbe und der Oder, ja des Niemen und des Po zugleich befaßte, fiele offenbar außerhalb des europäischen Maßes und wäre ein unbehülfliches, jeden Angriff herausfordernes Ungeheuer. Wie dagegen die deutschen Reiche (wenigstens die beiden in Aussicht stehenden) in sich bestehen werden aus reich entfalteten, ein selbstständiges Leben bewahrenden Gliedern, so ließe sich auch wohl eine demnächstige Gliederung in höherer Potenz denken und voraussehen, die einst alles deutsche Staatsleben und z. B. auch den germanischen Norden, wenn auch mit loseren Banden, umfaßte. Aber wir wollen hier nicht nach Art der politischen Träumer über ungelegten Eyen brüten, sondern auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben.

Da treten uns denn zunächst zwei große Einwendungen und Zweifel entgegen, welche wir in den beiden Fragen zusammenfassen wollen: „Wird Oesterreich national und politisch, deutsch bleiben, wenn es nicht mehr mit Deutschland verbunden ist?" und: „Wie ist es denkbar, daß das übrige Deutschland Preußen an seine

Spitze bringt, ohne preußisch zu werden, was es doch entschieden weder kann noch will?" — Der Wunsch, auf diese beiden Fragen eine Antwort zu geben, hat uns die Feder in die Hand gedrückt.

Die Gesammtmonarchie Oesterreich ist nur in einem verhältnißmäßig nicht großen Theil ursprünglich deutsches Land und deutsches Volk, aber sie ist fast durch und durch ein deutsches Staat. Die Staatssprache ist die deutsche, die Staatsbeamten sind sämmtlich deutsch gebildet, der Grundtext der Gesetze und Verordnungen ist deutsch, die Armee wird deutsch kommandirt, im Reichstage wird deutsch verhandelt.

Es ist das keine Sache der Wahl und der Vorliebe, im Gegentheil, seit dem Aufkommen des allgemeinen Nationalitäts-Paroxysmus und seitdem auch die Deutschen ihrerseits so unverständig laut und heftig ihre Nationalitätstrümpfe auszuspielen angefangen haben, ertragen die ursprünglich Nichtdeutschen in Oesterreich dies Verhältniß nur mit Widerstreben. Aber es geht eben nicht anders. Slawisch will und kann der Magyare und der Italiener, und der Deutsche zumal, noch viel weniger sprechen und befehligt werden, und vom Magyarischen aber Italienischen wollen die sämmtlichen Slawen nicht das Mindeste wissen. Deutsch aber verstehen und sprechen die politisch Zählenden und die überhaupt gebildeten Slawen und Magyaren alle, die Italiener wenigstens zum Theil; sie erkennen es, wenn auch in neueren Zeiten oft nur schweigend und widerwillig, als die einzig mögliche Vermittlungssprache an, und selbst auf dem Slawen-Kongreß in Prag mußte man, nach einigen verunglückten Versuchen sich slawisch zu verständigen, deutsch debattiren. So ist denn auch das Verhältniß der Nationalitäten in der österreichischen Monarchie, wie es gewöhnlich in Zahlen dargestellt wird (17 Millionen Slawen, die aber unter sich in die verschiedenartigsten Stämme zerfallen, 7½ Millionen Deutsche, 5 Millionen Magyaren, 4½ Millionen Italiener, 2 Millionen Wlachen), nichts weniger als genau zutreffend und bezeichnend. Von den Slawen und Magyaren ist vielleicht ein Viertheil, von Italienern und Wlachen ein Zehntheil als deutsch in Sprache, Bildung und Sitte zu betrachten. Die Kolonie der deutsch Gebildeten ist über das ganze Reich ergossen, man findet im fernsten Osten ganz deutsche Städte, überall in den Plätzen an der unteren Donau findet sich der Deutsche zu Haus in Sprache und Sitte. Und der Kern der Monarchie, die Hauptstadt ist ganz deutsch und von deutschem Lande umgeben; was von ihr ausgeht, was ihr zuströmt, ist oder wird deutsch. Der Slawismus in Oesterreich ist ein Gespenst, welches, muthwillig provozirt, allerdings den Schein der Realität gewinnt, aber verschwindet, sobald man es ignorirt und nicht zu beachten scheint. Hiermit soll keineswegs gesagt sein, daß sich nicht unter der neuen Verfassung die provinzialen Idiome (das Czechische, das Magyarische, das Illyrische, das Ruthenische, das Serbische, das Rumänische) zu größerer und selbstständigerer Ausbildung entwickeln sollten. Sie werden sich mit und neben dem Deutschen emporarbeiten. Auch in Amerika wird sich in manchen Provinzen das Deutsche, das Französische, das Spanische neben der Staatssprache erhalten. In Oesterreich ist als solche nur die deutsche möglich und sie hat diesen Erfolg im Verein mit der deutschen Dynastie errungen, obwohl deutsche Bildung nur in matteren durch geistige und materielle Mauth gebrochenen Strahlen dort Licht und Wärme verbreitet hat. Wie wird es erst sein, wenn jene liebenswürdige, lebendig offene Bevölkerung unter freieste Staatsform und in ungehemmtem Verkehre mit dem inneren Deutschland, das im Genuß der jungen Freiheit ebenfalls alle seine geistigen Schwingen entfaltet, die unwiderstehlichen Strömungen deutschen Geistes und deutschen Lebens empfängt?

Diese bunte, völkerbelebte, österreichische Monarchie wird in ihren Hauptbeständen nicht nur zusammengehalten, sondern auch in ihrer zukunftreichen Bestimmung befähigt, durch drei Verhältnisse. Das erste, obwohl in unsern Zeiten schwächste, ist die uralte, zähe und vereinende Dynastie; das zweite die territoriale Gemeinschaftlichkeit, gegeben in dem Gebiet des größten europäischen Flusses; das dritte die Völker vermittelnde und beherrschende deutsche Bildung und Sprache. Das mittlere Band ist nur dann stark genug, wenn die beiden äußeren hinzukommen, das dritte aber, als das stärkste von allen, schützt und umfaßt an der gefährlichsten Stelle, wo die wilde Expansivkraft der sich bekämpfenden und verzehrenden Nationalitäten, welche Geschichte und Natur in dies Donaubecken neben einander gebannt haben, eine chaotische Barbarei perennirend zu machen droht. Die ganze Frage ist dann, ob deutsche Bildung und Freiheit in diesen Gegenden ordnend und belebend einwirken, oder ob russisches Machtgebot die Ruhe schaffen soll, qui règne dann Varsovie. Oesterreichische Staatsmänner der Gegenwart und Zukunft, da kann man ruhig sein, werden dies Verhältniß erkennen und beachten.

Halten wir in solcher Weise gegen die augenblicklich herrschende Meinung den wesentlich deutschen Charakter der österreichischen Monarchie für gesichert, so ist das freilich nur unter der Bedingung, daß auch keine einzige der deutschen Provinzen davon abgetrennt werde und zu uns herüberkomme, wie dafür hie und da von Außen her und von Innen heraus sich Stimmen erheben. Jede Schwächung des deutschen Elements in Oesterreich wäre eine nach viel größere Schwächung Deutschlands überhaupt.

Wie durch nationale Sympathieen wird Deutschland aber auch immer durch gleiche politische Interessen an das staatlich getrennte Oesterreich gefesselt sein. Wir gehören nicht zu denen, welche hier im Geist schon die alte Tragödie von den feindlichen Brüdern wieder erneuert sehen. Bei Individuen kann die Leidenschaft dauernd Natur und Interesse zum Schweigen bringen, während Nationen im Ganzen stets diesem mächtigen Zuge folgen werden, besonders frei und würdig verfassten und regierte Nationen. — Es ist hier nicht der Ort auszuführen, es braucht nur angedeutet zu werden, wie nach Osten und nach Westen, nach Süd und nach Nord, alle wesentlichen und wahren politischen und merkantilen Interessen Deutschlands und Oesterreichs die nämlichen sind, und zwar so, daß bei jeder Hauptbeziehung für den einen Theil immer auch sekundär der andere Theil betheiligt ist. Gefällt sich nun in Zukunft — in jener Zeit, wo es möglich sein wird, „die gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen" — zu diesem natürlichen Verhältniß jenes Band, welches ein ungehemmter geistiger und materieller Verkehr zu schlingen pflegt, gleiches Handels- und Wechselrecht, gleiches System der Münzen und Maaße, jede gegenseitige Erleichterung durch Anschluß der Eisenbahnen, Kunststraßen, Kanäle, gegenseitig geregelte Freizügigkeit, frei gegebener allgeltender Besuch der höheren Bildungsanstalten u. s. w.; werden alle diese und andere sich ergebende Verbindungen und Verbindlichkeiten neben einem immerwährenden Schutz- und Trutzbündniß durch einen politischen Vertrag befestigt, der bei der wesentlichen Gleichheit der Staatseinrichtungen in beiden großen Föderativstaaten leicht zum Gegenstand geregelter Verhandlungen auf im Voraus bestimmten Bundestagen werden kann —, so wird sich die deutsche Einheit durch die besondere Konstituirung Oesterreichs nicht gebrochen, sondern nur gegliedert und erweitert finden."

---

*Bevor wir zu dem Titel V von den Kammern übergehen, werfen wir noch einen vergleichenden Blick auf den Entwurf der Verfassungs-Kommission und die Arbeiten der Centralabtheilung, welche in der Folge die fast unbedingte Richtschnur für die neue Urkunde abgegeben haben. — Wir haben gezeigt, daß die Rechte der Preußen in derselben durchweg nach den Grundrechten des deutschen Volkes geregelt worden sind. Da diese unbedingt maßgebend sein mußten, in dem Kommissions-Entwurf aber nicht immer entsprechend berücksichtigt waren, so konnten nur einzelne Artikel desselben im Tit. II beibehalten werden. Dies geschah z. B. mit Artikel 26, 29, 30, 31, 38, 39, 40. — Anders verhält es sich mit dem Titel vom Könige. Hier sind fast alle Bestimmungen nach den wesentlichen Veränderungen des Kommissions-Entwurfes aufgenommen, namentlich auch die erwähnte ausdrückliche Bestimmung über Ernennung und Entlassung der Minister. Nur ein wichtiger §. des Kommissions-Entwurfs, der §. 50: „Das Gesetz bestimmt die Civilliste für die Dauer jeder Regierung", ist durch die Fassung des frühern Regierungs-Entwurfs ersetzt worden: „Dem Kronfideikommißfond verbleibt die durch das Gesetz vom 15. Jan. 1820 auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesene Rente." — Wir haben bereits darauf hingedeutet, müssen aber hier nothwendig in eine nähere Beleuchtung eingehen. — Die Domänen nämlich, auf welche jene Rente angewiesen ist, sind dem größten Theile nach Privateigenthum der Krone gewesen, und der Haushalt der königlichen Familie ist von jeher aus ihren Einkünften bestritten worden. Nach Friedrich Wilhelm III hat, wie seine

Verfahren, die Ueberschüsse daraus in die Staatskassen fließen lassen. Erst im Jahre 1820 setzte er sich die Summe von 2½ Millionen daraus fest und damals wie jetzt dürften Wenige bezweifeln, daß eine gerichtliche Auseinandersetzung ihm weit mehr zugesprochen haben würde. Diese 2½ Millionen (in Wahrheit eine Civilliste) wurde ausdrücklich auf die betreffenden Domänen angewiesen, weil der König ein Recht hatte, zu verlangen, daß man diese Summe nicht durch Steuern aufbringe, was den Anschein gegeben hätte, als empfinge er sie vom Volke. — Aus ihr werden noch jetzt die Apanagen der Prinzen mit 500,000 Thlr. und die Theater mit 300,000 Thlr. bestritten. Diese Auseinandersetzung dürfte eine andere als die gewöhnliche Brutheilung des Art. 57 motiviren. — Der Titel von den Ministern enthält die Veränderungen des Kommissions-Entwurfs wörtlich, und ebenso ist der Tit. V von den Kammern, zu dem wir nunmehr übergehen, buchstäblich ihm entlehnt.

Er enthält nur zwei veränderte Punkte. Im Art. 61 nämlich, welcher die Bestimmungen über das Veto begreift, heißt es in der jetzigen Verfassung: „Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen werden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden", während der Kommissionsentwurf bestimmt: „Wird ein Gesetzesvorschlag unverändert von beiden Kammern zum dritten Male angenommen, so erhält er durch die dritte Annahme Gesetzeskraft." Mit anderen Worten: die oktroyirte Verfassung legt dem Könige das unbedingte Veto bei, statt des bedingten der Kommission.

Die zweite Veränderung betrifft den Artikel 84. Während nämlich der Kommissionsentwurf §. 80 ausdrücklich lautete: „Die Mitglieder beider Kammern erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten", heißt es jetzt: „Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten noch Diäten." Für die erste Kammer ist dadurch eine Art von mittelbarem Census eingeführt.

Der Titel VI von der richterlichen Gewalt ist fast buchstäblich dem Kommissionsentwurfe der Landesversammlung entnommen; und aus diesem Entwurfe dabei nur ein paar Einzelbestimmungen fortgelassen, welche sich auf specielle Einrichtungen bezieben z. B. im Art. 88: „Die Organisation der Gerichte wird durch das Gesetz bestimmt", der Nebenpassus: „es sollen im ganzen Umfange der Monarchie Einzelrichter, Landgerichte und Appellationsgerichte eingeführt werden." — Tit. VII von den Staatsbeamten ist gleichlautend mit dem Kommissionsentwurf; eben so ist es mit Tit. VIII von der Finanzverwaltung, dieser Abschnitt ist übrigens bei allen Revisionen derselbe geblieben, wie ihn der frühere Regierungsentwurf brachte, einen einzigen Zusatz abgerechnet, nach welchem die Befugnisse der Oberrechnungskammer durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden sollen. Der Tit. IX endlich von den Gemeinde-, Kreis- und Bezirks-Verbänden, welcher in dem Kommissionsentwurf eine ganz neue Fassung erhalten hatte, ist in dieser Form aufgenommen und dabei nur die Einschaltung gemacht worden: „daß der Zeitpunkt und die Bedingungen des Uebergangs der Polizeiverwaltung an die Gemeinden durch ein Gesetz bestimmt und die polizeilichen Funktionen in Städten von mehr als 30,000 Einwohnern auf Staatsorgane übertragen werden können."

Wir sind nunmehr an die allgemeinen Bestimmungen gelangt, deren wichtigste im Artikel 110 ruht. — „Für den Fall eines Krieges oder Aufendes", so lautet derselbe, „können die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27, 28, das heißt: die Bestimmungen, betreffend 1) die persönliche Freiheit; 2) die Unverletzlichkeit der Wohnung, die ordentlichen Richter, die Preßfreiheit und das Vereinsrecht, zeit- und distriktweise außer Kraft gesetzt werden." Der Kommissionsentwurf wollte diese Ausnahmsbestimmung nur auf die Habeaskorpusakte, das Vereinsrecht und das Waffenrecht ausgedehnt wissen, und enthält den Zusatz: „längstens bis zur nächstfolgenden Kammersitzung." — Noch eine wesentliche Veränderung findet sich in Art. 106, nach welchem jetzt zur Abänderung der Verfassung auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung die absolute Stimmenmehrheit in jeder Kammer genügt, während der Kommissionsentwurf eine Zwei-Drittel-Majorität verlangte. Die übrigen Artikel dieses Abschnitts entsprechen theils dem Wortlaute, theils dem Sinne nach denen des Kommissionsentwurfs, welcher mit seinem Artikel 110 abschließt.

Der neuen Verfassung aber sind in zwei Artikeln noch Uebergangsbestimmungen hinzugefügt, welche einen würdigen Schlußstein des Ganzen bilden, weil sie einmal die erlassene Urkunde unbedingt dem Verfassungswerke Deutschlands unterordnen, welchem gemäß der König die Aenderungen sofort anordnen zu wollen erklärt, und weil sie zweitens aus dem Sinne des Vereinbarungsprinzips das Werk selbst vor seiner Einführung einer Revision der Volksvertreter unterwerfen. — Wenn der Vergleich der Urkunde namentlich mit den von der vereinbarenden Versammlung gelieferten Vorarbeiten die Einsicht bietet, daß die Regierung nur mit Ausnahme seltener Fälle sich immer an das Vorhandene gebunden hielt, und diese Fälle überdies von der Art sind, daß sie vielleicht in einer Majorität der Volksvertretee Vertheidigee gefunden haben würden, wenn die Uebergangs-Bestimmungen gewissermaßen einen Abschluß des Werkes in höchster Instanz noch vorbehalten, das Materielle der verliehenen Freiheiten sicherlich aber die große Mehrzahl des Volkes befriedigen wird, so darf die Hoffnung wohl Raum gewinnen, daß vor der Sache selbst die Form der Verleihung in den Hintergrund treten wird. — Es hat überdies die Krone, gerade im Augenblick, als sie ihre Macht auch durch die offene Kundgebung der Volksgesinnung wiederkehren sah, durch diesen Akt unleugbar eine Hingebung an das Volk und an die Sache Deutschlands bewiesen, welche wohl beitragen könnte, das Vertrauen zu ihr neu und dauernd zu befestigen. Möchten auch die weiteren Bedingungen dazu nicht fehlen!

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 9. Dez. (Schluß).

Das Erachten des Legitimationsausschusses, welches die Ausschließung von fünf Mitgliedern des Hauses, nämlich der Herren Löw aus Posen, Caspers aus Koblenz, v. Platen aus Neustadt, Küntzel aus Wolka und Hirster aus Siegburg beantragt, gründet sich wesentlich auf die Ansichten, welche der Ausschuß über das Recht der Stellvertretung in der Nationalversammlung überhaupt hegt. Diesen Ansichten geradezu entgegen stellt sich der Verbesserungsantrag von Waitz und Genossen: „Die Nationalversammlung, in Uebereinstimmung mit §. 9. ihrer Geschäftsordnung, so wie der bisher gehandhabten Praxis, erklärt: Die in Preußen gewählten Stellvertreter für die deutsche Reichsversammlung sind berechtigt, beim Ausfall eines Abgeordneten einzutreten; dieselbe erklärt ferner die angefochtenen Legitimationen der Herren Löw u. s. w. für gültig. Die Abstimmung erfolgt nachdem von Salzwedell, Claussen, Fuchs, — der sich ausführlich und mit Eifer des Professor Löw annimmt, welcher für den General v. Brandt in die Nat-Versammlung eingetreten ist — und Sellmer als Berichterstatter gesprochen. Der Ausschußantrag wird verworfen; angenommen der Antrag von Waitz und Genossen.

Rühl's Antrag auf Anordnung neuer Wahlen zur deutschen Nationalversammlung, der jetzt zur Besprechung kommt, ruhet vom 18. Sept. her. Der Antragsteller blickt in kläglich tönender Sprache und mit schmerzlichen Empfindungen auf diesen Tag zurück, dessen Blutvergießen durch die Annahme seines Antrags wohl hätte verhindert werden können. Ein wehmüthiger Moment (Gelächter) wär's, der meinen Antrag — was lachen Sie? hervorrief — einem wehmüthigem Momente — lachen Sie nicht — verdankt mein Antrag seinen Ursprung. Sie hatten eben den Malmöer Waffenstillstand unterzeichnet. Daß die Mehrheit das Vertrauen ihrer Wähler nicht mehr besitzt, das hat seine natürlichen Ursachen. Unerhört in der Geschichte ist die Anzahl von Mißtrauensadressen an die Versammlung sowohl im Ganzen als an einzelne Mitglieder. Unerhört aber auch die Kraft, wie dergleichen hier verdaut wird (allgemeine Heiterkeit). Man spreche von Wühlern, aber nicht die Personen wühlen hier, sondern die Sachen (abermaliges Gelächter). Die Mehrheit des Hauses sei schwach — eine kernhafte Majorität unentbehrlich und sein Antrag gehe dahin, die Nationalversammlung nicht aufzulösen, sondern nach und nach durch neue Wahlen zu kräftigen und zu ergänzen.

Edel: Wenn Sie Ihre Aufgabe recht verstehen, so ist Ihre Zeit viel zu kostbar, um sie an einen Antrag zu verschwenden, der zuerst auf der Pfingstweide zum Vorschein kam (Gelogen! von der Linken. Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Rühl, für dies Wort. Unruhe.)

Rühl: Herr Edel hat den Verhandlungen auf der Pfingst-

Digitized by Google

weide beigewohnt, er muß also wissen, daß dort nichts von meinem Antrage vorgekommen. Deshalb sagt' ich gelogen!

Edel: Ich erkläre auf das Feierlichste, daß ich am 17. Sept. nicht auf der Pfingstweede gewesen bin. Meine Kenntniß rührt lediglich aus Zeitungsnachrichten her. Allgemeiner Ruf nach Schluß beendet die kleinliche Scene.

Die Abstimmung geschieht durch Zettel. Mit 311 gegen 105 Stimmen wird über den Rühl'schen Antrag zur Tagesordnung geschritten und dann (gegen 3 Uhr Nachmittags) die Sitzung geschlossen.

△ **Wien**, 5. Dez. Auch heute noch schrint es unmöglich, ein richtiges und vollständiges Bild des Gesammteindruckes wiederzugebrn, welchrn die Abdicieung des älteren Theiles der habsburgischen Dynastie und die Thronbesteigung Franz Josrph's auf die Hauptstadt heroorbringt. — Die einzig wirklich Leidtragenden sind die alten Diener der Krone. Bei ihnen zeigt sich eine tiefe Trauer, und man kann bemerken, daß viele von ihnen die persönliche Herzensgüte des Kaisers zu schätzen wissen. Alle sogenannten Beamten, ein großes Heer in dem österreichischen Staatshaushalte, drren Eigenmächtigkeiten sogar noch nach den Mäeztagen an das Unglaubliche grenzten, welche nun in der Hand einer verjüngten Regierung ihre endliche Regelung finden dürften, stehen überrascht und verblüfft. Sie geben sich alle Mühe, um in der Abdankung des Kaisers und seines Bruders keine Conerssion an die Forderungen der Neuzeit zu sehen. In diesem Sinne interpretiren sie das „von Gottes Gnaden," was unter der Dauer des vorigen Ministeriums verloren gegangen war und nun wieder allen Proklamationen voranstrht. Auch in der Reichstagssitzung in Kremsier vom 2. Dez. hat man bemerkr, daß das „Hoch" weit einstimmiger und rauschender ausfiel auf die Aufforderung Smolka's: Es lrbe unser constitutioneller Kaiser, als nach jenre des Ministerpräsidenten, welche dem Kaiser von Gottes Gnaden huldigte. Ein Zeichrn der Zeit und namentlich der letzten Ereignisse aber ist es, daß die große Masse des Volkrs und brsonders der eigentliche Bürger eine völlige Gleichgültigkeit bei diesem Regierungswechsel an den Tag legt — keine Spur jener weltbekannten und sprichwörtlich gewordenen patriarchalischen Anhänglichkeit des Wieners an die Dynastie! Möge es dem jungen Herescher vorbehalten bleiben, sie wieder zu rerringen, denn sie war der schönste Schmuck der Krone. — Sonderbar ist es, daß auch in der Armre Ueberraschung und Mißbilligung die vorherrschenden Empfindungen sind. Die große Mehrzahl glaubt sich getäuscht in dem Erfolge dessen, was sie anstrebte und ist unsicher in dem, was sie jetzt anstreben soll. Aeußerungen wie folgende sind nichts seltenes: Nun wie so viele Opfer gebracht, um den Thron zu befestigen und die Monarchie zusammen zu halten, nun gibt uns der Kaiser auf! — Was uns selbst betrifft, so trhen wir die Abdankung des Kaisers und des Erzherzogs Franz Karl unbedingt als eine Konzession der alten Zeit an die neue an. Die nächste Folge wird sein, daß es dem jungen Kaiser leichter möglich sein wird, seinen Aufenthalt wieder in der Residenz zu nrhmen, wo er der Natue der Dinge nach sein muß. Auch wird nun eine unblutige Ausgleichung in Ungarn möglich, da nicht die neue Regierung es war, welche offen die Ungarn begünstigte und im Gehrimen die Kroaten unterstützte. — Die Reformen in Besetzung der Stellen beginnen schon. Graf Dietrichstein, der Oberstkämmerer, tritt ab mit drm Großkreuz des ungarischen St. Stephans-Ordens. Ebenso brgleiten die bisher einflußreichsten Personen des Hofs, wie Fürst Lobkowitz und Graf Mitowski (Adjutant des Kaisers Ferdinand) den Kaiser nach Prag. Der junge Kaiser ist in einer beinahe ganz neuen Umgebung allein in Ollmütz zurückgeblieben. Bei dem Akte der feierlichen Abdikation soll Kaiser Frrdinand mit vielee Klarheit und unbefangener als sonst gesprochen und zugleich eine Würde entwickelt haben, die man früher an ihm nicht kannte und die auf alle Anwefnden einen tiefen wehmüthigen Eindruck machte, besonders ergriffen soll der Thronfolger gewrsen sein. — Vorgestern machte man hier den sonderbaren Versuch ein Plakat anzuheften, welches den Bruder des Kaisers, Erzhrezog Franz Karl, als Kaisee proklamirt. Der Verbreiter desselben ist entdeckt und zur Haft gebracht. — Die nächsten allgemeinen Hoffnungen begegnen sich darin, daß der Belagerungszustand Wiens in Bälde aufgehoben, daß die politischen Vergehen amnestirt und besonders, daß keine Todesstrafen mehr vollzogen werden! Kossuth hat vorgestern bei dem Fürsten Windisch-Grätz um einen Waffenstillstand nachgesucht, doch sind seine Bitten „als die eines Rebellen" zurückgewiesen worden. Ehe jedoch die Feindseligkeiten ernstlich beginnen, wird eine Proklamation des jungen Kaisers an die Ungarn erfolgen. Klausenburg in Siebenbürgen hat sich ohne Schwertstreich dem kaiserlichen Militär geöffnet *). Slawen und Magyaren führen übrigens dort einen wahren Vertilgungskrieg und das arme deutsche Volk der Sachsen leidet durch beide Theile.

Wien. Die österreichische Regierung entfaltet in diesem Augenblick eine außerordentliche Energie, das können ihr selbst die Gegner nicht abstreiten und dies beweist eigentlich bloß, daß sie die Gefahren, welche die Monarchie mehr als jemals bedrohen, nicht geringer anschlägt, als sie in der That sind. Nicht nur werden die Truppenaushebungen rasch und gleichmäßig betrieben, auch die Erzeugung von Eisenmunition in den großen Gußwerken zu Mariazell und Neuberg und die Lieferung von Säbeln und Feuergewehren geht im kolossalsten Maßstab von statten. An Schießgewehren allein ist ein Bedarf von 1,000,000 Stück im Kontraktswege zu liefern, da sowohl die Volksbewaffnung als die stete Vermehrung des Heeres eine ungeheuere Menge von Waffen in Anspruch nimmt. Der Aufkauf aller kriegstüchtigen Pferde dauert fort und der Bedarf ist so groß, namentlich durch die Errichtung kroatisch-slavonischer Husarenschwadronen, daß der ungestümen Nachfrage gar nicht genügt werden kann, obschon die Remontirungskommission jede Forderung befriedigt. — Das bisherige Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist in das Ministerium für Brrgwesen und Landeskultur umgewandrlt worden und soll lediglich die Urproduktion umfassen, weshalb Bauwesen und Staatseisenbahnen sofort an das Handelsministerium abgetreten werden mußten. Für das wichtige Gebiet der Landwirthschaft, das in Oesterreich noch großer Pflege bedürftig ist, hat der Minister Thinfeld, welcher selbst Oekonom und Hüttenmann ist, durch Heranziehung des Güterdirektors Sr. kaiserl. königl. Hohrit des Erzherzogs Albrecht, Ritter von Klrrle, eine achtungswerthe Kapacität gewonnen, von dessen Erfahrung man sich viel Gutes verspricht.

(Bresl. Z.)

Wien. Der „Allg. Ztg." wird geschrieben: „Der junge Kaiser wurde im letzten Sommer 18 Jahr, und das Schicksal ruft ihn in rinem Augenblick auf den Thron, wo die Verwicklungen der Monarchie mehr als je einen kräftigen geübten Geist verlangen. In diesem Augenblick steht uns übee den jungen Herrscher noch durchaus kein Urtheil zu. Sein Aeußeres trägt den Habsburgischen Gesichtstypus unverkennbar zur Schau, aber die Jugend läßt den Trotz der Habsburgischen Unterlippe noch nicht markirt heroortreten. Sein Wuchs ist schlank und fein, seine ganze Erscheinung einnehmend. In der Oeffentlichkeit bewegte er sich bis jetzt bloß bei der Eröffnung des ungarischen Reichstags, wo er an des Kaisers Stelle fungirte, und durch sein Benehmen sowohl als durch seine Fertigkeit in der Landessprache sich alle Herzen zu gewinnen wußte. Er spricht alle Sprachen des großen Kaiserreichs mit gleich fertiger Gewandtheit, und seine Erziehung war eine sehr sorgfältige, wenn auch die Grundsätze seines ersten Hofmeisters, Graf Bombelles, den Forderungen, welche unsre Zeit an einen Fürsten stellt, nicht immee entsprochen haben mögen. — Daß eine große gewaltige Paetei, an deern Spitze eine Erzherzogin stand, seit der Märzrevolution schon den Kaiser Feedinand zur Abdankung bewegen wollte, ward allgemein angenommen. Der Moment der Abdankung wird aber verschieden beurtheilt. Die Stimmung Wirns ist hierüber nicht ganz maßgebend. Wien kann durch diese Thronveränderung nur gewinnen, und man schmeichelt sich mit einer baldigen Amnestie-Ertheilung für die eben Verurtheilten und Gefangenen, sowie mit der Aufhebung des Belagerungszustandes, zumal da es heißt, der junge Kaiser werde schon im Laufe dieser Woche hieher kommen, während auf sein ausdrückliches Verlangen der ganze übrige Hof für die übrigen Wintermonate nach Prag gehen soll. Wie können einem solchen Entschlusse nur beypflichten, weil dadurch die beiden großen Hauptstädte gewinnen und gewonnen werden, weil man endlich auf die Umgebung des Hofs mit Mißtrauen blickt."

Die Eltern des Kaisers, Erzherzog Franz Karl und Erzherzogin Sophie, begeben sich nach München, und auch die übrigen Mitgliedee der kaiserlichen Familie sollen sich auf Reisen begeben. Dies soll auf den bestimmt ausgesprochenen Wunsch des jungen

*) Wir können nicht entscheiden, wie sich diese Nachricht zu der aus dem C. Bl. a. B. erstern mitgetheilten verhält.

Kaisers geschehen sein, da er frei von allen Einflüssen beim Antritt seiner Regierung erscheinen wolle. Der neuernannte Minister ohne Portefeuille, Baron Culmer, der bereits in Kremsier angelangt war, ist Kroat, und man betrachtet seine Ernennung als eine Konzession für die tschechisch-kroatische Partei. Auf eine friedliche Ausgleichung mit Ungarn deutet weder dies noch etwas andres. Der ernstliche Angriff soll vielmehr sogleich nach des Kaisers erwarteter Ankunft in Wien beginnen. Es heißt, Windisch-Grätz werde in Wien verweilen und habe das Kommando bereits dem Feldmarschallieutenant Baron Gruber übertragen. Die Kurse, die bei der ersten Nachricht von dem Thronwechsel um 2pCt. gefallen waren, haben sich bei besserer Ueberlegung gehoben, allein die Umsätze sind sehr beschränkt.

△ **Ollmütz**, 4. Dez. Die Thronentsagung Ferdinands I. hat bei dem Reichstage eine ebenso große Sensation gemacht, als anderswo. Die Deputirten der verschiedensten Fraktionen sollen darüber anfänglich ziemlich konsternirt gewesen sein. Gestern traf eine Deputation, welche aus 30 Abgeordneten bestand, hier ein. Sie überbrachte, unter dem Vortritt des Präsidenten Smolka, dem neuen Monarchen die Glückwünsche des Reichstages. Sie wurde gut empfangen, und was sehr auffiel, die Palastwache, Bürgerwehr und Grenadiere rief bei ihrem Ein- und Austritt in das Gewehr, um ihr die militärischen Ehrenbezeigungen zu machen. Heute Morgens um 8 Uhr reiste die Deputation auf einem Separattrain nach Prag ab, um dem abgetretenen Kaiser eine Dankadresse des Reichstages für die verliehenen Landesfreiheiten zu überbringen. — In Kremsier hat sich als Gegengewicht des böhmischen Klubs ein deutscher Verein von Abgeordneten gebildet, der bereits 40 Mitglieder zählt. Präsident desselben ist der Abgeordnete Kudler; Vicepräsident Dr. Wildner-Maithstein. Es wäre überhaupt sehr zu wünschen, daß in Mähren zur Kräftigung des deutschen Elements mehrere solcher Vereine sich unter sich konstituirten, um der fortwährenden, unermüdlichen Propaganda der slowanska lipa erfolgreicher entgegen arbeiten zu können.

Berlin. Folgendes ist der Bericht des Staatsministeriums an den König, der die Auflösung der Landesversammlung und die Oktroyirung einer Verfassung motivirt:

Ew. Königliche Majestät haben durch die Botschaft vom 8. d. M., aus den darin angeführten Gründen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt und die Versammlung aufgefordert, zur Fortsetzung ihrer sofort abzubrechenden Berathungen am 21. vorigen Monats in Brandenburg wieder zusammenzutreten. Durch diese Anordnung, welche lediglich den Zweck hatte, die Freiheit der Berathungen der Volksvertreter vor den anarchischen Bewegungen in der Hauptstadt und ihren terroristischen Einflüssen sicher zu stellen, glaubten Ew. Königliche Majestät nicht nur ein unzweifelhaftes Recht der Krone, sondern auch eine durch die Rücksicht auf das Wohl des Landes dringend gebotene Pflicht auszuüben. Leider! ist Ew. Königlichen Majestät wohlmeinende Absicht dabei von einem großen Theile der Versammlung verkannt worden. Uneingedenk ihrer wahren Aufgabe und ihrer Pflichten gegen die Krone und das Land, hat die Mehrzahl der Abgeordneten ihre Berathungen, der von Ew. Königlichen Majestät angeordneten Vertagung derselben ungeachtet, eigenmächtig in Berlin fortgesetzt und sich angemaßt, als eine souveräne Gewalt über Rechte der Krone zu entscheiden. Sie hat ferner die von Ew. Königlichen Majestät auf Grund einer klaren gesetzlichen Bestimmung ausgesprochene Auflösung der berliner Bürgerwehr für eine ungesetzliche Maßregel erklärt und dadurch die gedachte Bürgerwehr zum Widerstande gegen die Ausführung jener Anordnung aufgereizt. Sie hat endlich sich nicht gescheut, durch die an das Volk gerichtete Aufforderung zur Verweigerung der gesetzlichen Steuern die Brandfackel der Anarchie in das Land zu schleudern und den ganzen Staatsverband dem Umsturz preiszugeben. Durch diese eben so rechtswidrigen wie verderblichen Beschlüsse hatte die in Berlin fortlagende Mehrzahl der Versammlung offen mit der Krone gebrochen und Ew. Königl. Majestät wäre schon damals, unmittelbar nach dem Steuerverweigerungs-Beschluß, unzweifelhaft berechtigt gewesen, die Versammlung aufzulösen. Gleichwohl gaben Ew. Königliche Majestät die Hoffnung noch nicht auf, daß die seitdem laut gewordene Stimme des Landes und die durch eine leidenschaftliche Auffassung getrübte gebotene zurückgedrängte Vaterlandsliebe viele jener Abgeordneten von dem betretenen Abwege zurückführen, daß unter deren Hinzutritt die Versammlung nach Ablauf der Vertagungsfrist in beschlußfähiger Zahl sich neu konstituiren, daß sie dann die Ungesetzlichkeit und Ungültigkeit der während der Vertagungsfrist von einem Theile ihrer Mitglieder gefaßten Beschlüsse in einer unzweideutigen Weise anerkennen, und daß es so der Krone werde möglich gemacht werden, die abgebrochenen Vereinbarungs-Verhandlungen wieder aufzunehmen und bald zu einem gedeihlichen Ziele zu führen. Wäre dies gelungen, so würde es auch möglich geworden sein, noch einige zur Verbesserung der Lage der bäuerlichen Besitzer und zur Erfüllung anderer dringenden Wünsche des Landes schon vorbereitete Gesetze, im Verein mit der Versammlung, bald zu Stande zu bringen.

Ew. Majestät Hoffnungen sind indessen leider! durch Ereignisse der letzten Woche getäuscht worden. Nachdem die ihrer Pflicht gegen Ew. Königliche Majestät und das Vaterland getreuen Abgeordneten vier Tage hinter einander, vom 27. bis zum 30. v. M., zu Brandenburg in nicht beschlußfähiger Zahl versammelt gewesen waren, wurde die Versammlung endlich am 1. d. M. durch den Hinzutritt eines großen Theils derjenigen Abgeordneten beschlußfähig, welche sich bis dahin der durch die Botschaft vom 8. v. M. angeordneten Verlegung der Versammlung widersetzt hatten. Anstatt aber diesen Widerstand aufzugeben, erklärte der Wortführer der hinzugetretenen Mitglieder, daß dieselben, um die beabsichtigte Einberufung ihrer Stellvertreter abzuwenden und nicht in Befolgung der Anordnungen Ew. Majestät, sondern lediglich deshalb erschienen seien, weil das während der Vertagungsfrist von den in Berlin zurückgebliebenen Mitgliedern gewählte Präsidium die Versammlung nach Brandenburg berufen habe. Zugleich wurde von diesem Theile der Versammlung ein auf Vertagung bis zum 4. d. M. gestellter Antrag in der von ihrem Wortführer ausgesprochenen Absicht unterstützt, um für diejenigen Ausgebliebenen, denen die Berufung des Präsidiums noch nicht zugegangen sei, Zeit zu gewinnen. Als hierauf der Vertagungs-Antrag verworfen war, verließen jene neu hinzugetretenen Abgeordneten beinahe sämmtlich die Versammlung, welche dadurch wieder beschlußunfähig und außer Stand gesetzt wurde, sich neu zu konstituiren.

Dieser Vorgang, welcher auf den pflichtgetreuen Theil der Versammlung, wie auf jeden dabei anwesenden Freund des Vaterlandes, einen tief verletzenden Eindruck machte, gibt den deutlichen Beweis, daß von derjenigen Fraktion der Abgeordneten, die nach dem 9. d. M. in Berlin fortgetagt hat, ein großer, noch immer die Mehrzahl der ganzen Versammlung bildender Theil in offener Auflehnung gegen die von Ew. Kön. Maj. in der Botschaft vom 8. v. M. getroffenen Anordnungen, mithin auf einem Standpunkte verharrt, welcher, nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung, die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der Krone ausschließt. Bei der numerischen Stärke dieser Partei wurde es jederzeit von ihrem Belieben abhängen, die Versammlung — wie es am 1. d. M. geschehen ist — beschlußunfähig zu machen, ohne daß gegen ein solches Beginnen die früher beabsichtigte Einberufung der Stellvertreter, die ohnehin während der Anwesenheit der Abgeordneten gesetzlich nicht zu begründen wäre, genügenden Schutz gewähren könnte.

Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung befindet sich hiernach in einem Zustande so tiefer innerer Zerrüttung, daß mit ihr die Verfassungsberathung ohne Verletzung der Würde der Krone nach unserer Ansicht nicht länger fortgesetzt werden kann. Wir beklagen dies um so schmerzlicher, je zuversichtlicher wir von der Fortführung der Vereinbarungs-Verhandlungen mit denjenigen Abgeordneten, welche der von Ew. Majestät ergangenen Berufung nach Brandenburg, zum Theil selbst unter Aufopferung früher verfochtener Ansichten, schuldige Folge geleistet hatten, ein für das Vaterland gedeihliches Resultat erwarten durften. Gleichwohl glauben wir eine nochmalige Wiederholung des in der vorigen Woche fünfmal mißlungenen Versuche einer neuen Konstituirung der Versammlung pflichtmäßig widerrathen zu müssen, weil sich mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen läßt, daß dabei die tiefe Zerrissenheit der Versammlung und ihre unverkennbare innerliche Auflösung in ähnlicher Weise, wie am 1. d. M., zur Trauer aller wahren Vaterlandsfreunde hervortreten würde.

Ew. Königl. Maj. können wir demnach nur die sofortige Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung anrathen, und erlauben uns, den Entwurf der dieskfallsigen Verordnung zu Ew. Kgl. Majestät Allerhöchster Vollziehung ehrfurchtsvoll beizufügen.

Gewiß ist diese Beschleunigung des vor längerer als sechs Monaten begonnenen Versuchs der Vereinbarung einer Verfassung zwischen der Krone und den Vertretern des Volks ein sehr beklagenswerthes Ereigniß. Wahrhaft verderblich aber würde es sein, wenn, um dieser Beschleunigung willen, die Sehnsucht des Landes nach einer Verfassung, von welcher es Wiederherstellung eines festen Rechtszustandes und des in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gestörten Vertrauens mit Recht erwarten darf, noch längere Zeit unbefriedigt bleiben sollte. Ew. Königl. Maj. können wir daher nur pflichtmäßig rathen, Ihrem Volke eine Verfassung, die zur Begründung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet ist, annexzüglich unter dem Vorbehalt zu gewähren, daß dieselbe von dem zunächst, und zwar sofort, zu berufenden Kammern einer Revision zu unterwerfen sei. Wir hoben eine solche Verfassung unter strenger Festhaltung der von Ew. Königl. Majestät im März d. J. ertheilten Verheißungen entworfen und dabei nicht nur die Vorarbeiten der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, sondern auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der nothwendigen Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt. Indem wir diesen Entwurf, nebst dem Entwurf eines Wahlgesetzes, hierbei unterthänigst vorlegen, stellen wir Ew. Königl. Maj. die Vollziehung desselben ehrfurchtsvoll anheim.

Schließlich behalten wir uns vor, bei Ew. Königl. Maj. den provisorischen Erlaß verschiedener, zur Befriedigung dringender Bedürfnisse des Landes erforderlichen Verordnungen in den nächsten Tagen unterthänigst zu beantragen.

Berlin, den 5. Dezember 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha.
von Manteuffel. Rintelen. von der Heydt.

An des Königs Majestät.

München, 5. Dez. Herr v. Beisler tritt in seine frühere Stellung als Präsident des obersten Rechnungshofes zurück, nachdem der bisherige Präsident v. Heres zum Staatsrath im ordentlichen Dienste an die Stelle des bejahrten Hrn. v. Stürmer ernannt worden. (N. M. Z.)

Wie die N. M. Ztg. berichtet, hat der König die Verfügung getroffen, daß in Zukunft zu je von ihm zu bestimmenden Stunden die Minister mit ihm zu arbeiten haben.

Digitized by Google

§ **Leipzig**, 7. Dez. Die Wahlen zu dem bevorstehenden Landtage beschäftigen in diesem Augenblicke nicht nur unsre Stadt, sondern das ganze Königreich vielleicht mit alleiniger Ausnahme der sehr indifferenten Lausitz auf das lebhafteste. Das Vereinsleben hat in Sachsen eine solche Ausdehnung und Bedeutung gewonnen, daß wohl kaum ein Name aus der Urne hervorgehen wird, dem nicht entweder der deutsche Verein oder der Vaterlandsverein einen politischen Empfehlungsbrief ausgestellt haben. Diese Vereine haben durch das ganze Land und drüber hinaus ihre Filiale, mit denen sie in genauester Verbindung stehen und so ist es möglich geworden, daß sie ihre Kandidaten in allen 75 Wahlbezirken aufstellen konnten. Die Vaterlandsvereine, welche bis zu Ende dieses Sommers unter der trefflichen Leitung des Reichstagsabgeordneten Wuttke standen, haben sich seit dem Verluste ihres Führers in eine sehr extreme Bahn verloren und versprechen im Namen ihrer Kandidaten dem wählenden Volke (wir haben direkte Wahlen) außer unrntgeltlicher Abschaffung der Morgen- und Abendröthe überhaupt Erfüllung eines jeden billigen Wunsches; die Wähler, ungleich reicher an billigen und unbilligen Wünschen als an politischer Einsicht, glauben in diesen Herren die rechten Männer gefunden zu haben, und werden ihrerseits mit ihren Stimmen nicht weniger freigebig sein, als ihre Kandidaten mit Versprechungen. Die Tendenz der deutschen Vereine ist Ihnen wohlbekannt; es ist die Ihrer eigenen Zeitung. Ihre Kandidaten haben weniger Aussicht, so guten Klanges auch die meisten Namen sind, die sie aufgestellt haben; ich nenne Ihnen aus Leipzig nur den Professor Moritz Haupt und den Konsul Dufour-Ference. In wenigen Tagen ist die Wahlschlacht geschlagen und es dürfte leicht ein stattliches Fähnlein Streiter, für welche die Republik eine offene Frage ist, den Wahlplatz als Sieger verlassen.

Leipzig, 7. Dez. Der Rath macht unterm 6. Dez. Folgendes bekannt: Nachdem am heutigen Tage das k. k. österreichische Generalkonsulat-Wappen an seinem frühern Orte wieder aufgestellt worden, machen wir dies hiermit bekannt, empfehlen den Schutz desselben dem Rechtssinne der hiesigen Einwohnerschaft und drücken dabei die zuversichtliche Erwartung aus, es werde das völkerrechtliche Gastrecht, welches wir selbst auch für unsere Repräsentanten im Auslande fordern, niemals hier wieder verletzt werden. (D. A. Z.)

Baden. Die badischen adeligen Grundbesitzer haben eine Adresse an die Reichsversammlung gerichtet, um zu bewirken, daß der §. 31 der Grundrechte, welcher die Aufhebung der Familien-Fideikommisse verfügt, bei der zweiten Lesung wegfalle und dafür jedem Deutschen gestattet werde, solche zu errichtern. Der Schluß der Adresse lautet also:

„Wir begehren keinen Nachtheil für Andere, namentlich nicht für die Gläubiger der Stammguts-Besitzer, die bei gehörig gewahrter Offentundigkeit ohne ihre Schuld nicht in Schaden kommen können; wir begehren auch nicht, daß der Landesregierung irgend ein Ueberwachungsrecht nicht zustehe, daß nicht durch unverhältnißmäßige Ausdehnung des Stammguts-Vermögens oder aus andern Gründen ein Nachtheil für die Gesammtheit erwachse, der in der Natur der Stammgüter an sich nicht liegt.

„Wäre das Verfügungsrecht noch überall in Deutschland unverkümmert, so würden wir uns jetzt auf die Bitte beschränken,

in der zweiten Lesung der Grundrechte den §. 31., die Stammgüter betreffend, fallen zu lassen.

„Da aber vielfach, und zwar namentlich durch die Tyrannei des Rheinbundes, in das alte Recht der Deutschen eingegriffen ist, so bitten wir, die wir keine Adelsprivilegien haben wollen, statt der in der ersten Lesung des §. 31 beliebten Fassung beschließen zu wollen:

Jeder Deutsche hat das Recht, Familien-Fideikommisse zu errichten."

(N. Fr. Z.)

Herzogthum Limburg. Die Wahlen in die niederländischen Generalstaaten haben am 1. Dez. im Herzogthum stattgefunden, hoffentlich zum letzten Mal. Von Seite der deutschen Centralgewalt war nichts geschehen, um sie zu verhindern, und es wäre solches vielleicht auch überflüssig gewesen, da im Grunde doch nur das frühere Verhältniß, wie es seit 1839 bestanden, fortdauert. Man trug Bedenken, im gegenwärtigen Augenblicke den Weg des Gesetzes außer Acht zu lassen, wenn die mittelbare Aufforderung dazu auch selbst von Frankfurt aus ergangen war. Bezeichnend aber ist der Ausfall der Wahlen. Nach dem neuen niederländischen Grundgesetz zerfällt Limburg in fünf Wahlbezirke mit den Hauptorten Maestricht, Roermond, Venlo, Sittard und Heerlen. In allen Wahlbezirken fiel eine bedeutende Anzahl der Stimmen auf den Limburger Abgeordneten in Frankfurt, Herrn Scherpenzeel; selbst in der holländischen Stadt Maestricht erhielt Herr Borret, der gewählt worden mit 235 von 451 Stimmen, nur wenige mehr als Scherpenzeel. Zu Roermond erhielt Leclercq, trotz aller Mühe, welche sich die holländisch Gesinnten und die Fabrikanten gegeben hatten, nur 257 Stimmen. Zu Venlo kam gar keine Wahl für die zweite Kammer der Generalstaaten zu Stande, indem sich die Stimmen zersplitterten. Ebenso muß im Bezirke Sittard eine neue Wahl vorgenommen werden, indem keine absolute Majorität sich herausstellte und Herr Scherpenzeel 221, der Gegenkandidat 216 Stimmen erhielt. Im Distrikt Heerlen endlich ist der Frankfurter Deputirte Scherpenzeel mit 361 Stimmen in die zweite Kammer der Generalstaaten gewählt worden. Diese Wahlen sind doch wahrlich bezeichnend genug.

Schleswig, 5. Dezember. Nachdem die Könige von Dänemark und von Schweden und Norwegen im Sommer dieses Jahres eine Zusammenkunft in Malmoe gehabt hatten, ward von der k. dänischen Regierung eine „Auseinandersetzung des Standes der Verhandlungen zur Ausgleichung der Zerwürfnisse zwischen Dänemark und Deutschland" in französischer Sprache an die Höfe versandt, aus welcher wir folgende bemerkenswerthe Stellen herausheben.

Die in Anregung gekommene Theilung des Herzogthums Schleswig wird als „eine willkürliche und gewaltsame Maßregel" bezeichnet, und gesagt, daß „die Ausführung des Theilungsplanes keineswegs ein glückliches Mittel zur Lösung der Frage und ebensowenig eine billige Vergleichsbasis abgeben würde".

Dafür, daß das ganze Herzogthum Schleswig mit dem Königreiche Dänemark vereinigt werden müsse, wird geltend gemacht, daß Schleswig „als Vormauer gegen einen Krieg mit dem Auslande dienen" solle.

Dem Plane, das Herzogthum Schleswig als selbstständigen Staat anzuerkennen, wird entgegnet, „daß damit ein so verwickeltes und ungeeignetes politisches System hergestellt werden würde, daß innere Streitigkeiten und Conflikte sehr ernster und gefährlicher Art für die Ruhe selbst der benachbarten Staaten zur Tagesordnung gehören würden", und „daß damit nicht dem Frieden, sondern nur einer Ruhe von kurzer Dauer ein Opfer gebracht werden würde."

Dagegen wird einer provinzialrn Selbstständigkeit Schleswigs das Wort geredet, unter Aufhebung der bisherigen Verbindung desselben mit Holstein, welche eine unberechtigte (?) gewesen, „von den Königen von Dänemark aber bisher deshalb aufrecht erhalten worden sei, weil sie durch lange Erfahrung sich überzeugt hätten, daß diese Verbindung der Herzogthümer den hauptsächlichen Gegenstand der Wünsche und Interessen ihrer Bewohner bilde."

Ohnehin wird auf das Ausscheiden Holsteins aus dem deutschen Bunde als auf ein Auskunftsmittel hingewiesen, dessen Ergreifung nur nicht vom Könige ausgehen könne, sondern den Bewohnern des Herzogthums selbst überlassen werden müsse. Endlich wird die Wichtigkeit der Sache mit den Worten hervorgehoben, daß Dänemark, von den Herzogthümern getrennt, als unabhängiger Staat nicht bestehen könne. Ist es nun hiernach von der dänischen Regierung anerkannt: 1) daß Dänemark, von den Herzogthümern getrennt, nicht bestehen könne; 2) daß die fortdaueude innige Verbindung Schleswigs mit Holstein den Wünschen und Interessen beider Herzogthümer hauptsächlich entspricht; ist es 3) gewiß, daß diese Verbindung nur durch Aufnahme Schleswigs in Deutschland oder durch Ausscheiden Holsteins aus Deutschland aufrecht erhalten werden kann; so ist 4) eben so gewiß, daß für Holstein an ein Ausscheiden von Deutschland ernstlich nicht gedacht werden kann; es ist 5) zuzugeben, daß eine staatliche Selbstständigkeit Schleswigs nicht zu einem wirklichen Frieden, sondern höchstens zu einer Ruhe von kurzer Dauer führen könnte; ist 6) eine Theilung Schleswigs eine gewaltsame und unglückliche Maßregel; und heißt es in der That doch 7) das Herzogthum Schleswig mißbrauchen, wenn man es in provinzieller Selbstständigkeit zu einem Theile Dänemarks machen will, damit es eine Vormauer sei, welche die Stöße von außen abwehren könne; ist 8) nur zu gewiß, daß Schleswig solche Stöße, und zwar von beiden Seiten, fortgehend zu ertragen haben würde, es möge ihm nun eine staatliche oder provinzielle Selbstständigkeit zugewiesen werden; ist endlich 9) eine völlige Verschmelzung Schleswigs mit Dänemark unter Aufhebung jeglicher Art von Selbstständigkeit als reine Unmöglichkeit stillschweigend eingeräumt; so dürfte doch, bei folgerechtem Denken,

das Resultat aller Erwägungen, auch vom dänischen Gesichtspunkte, dahin führen: daß Schleswig in Deutschland aufgenommen und so seine Verbindung mit Holstein für die Zukunft gesichert werde — wenn nur dagegen die Union beider Herzogthümer mit Dänemark durch Feststellung einer gemeinsamen Erbfolge erreicht wird. Diese zu bewirken, darauf hat der König von Dännemark sein Streben zu richten; er fördert damit das Wohl des Landes, dessen Herzog er ist; er gewinnt für sein Königreich die fernere Union mit beiden Herzogthümern; er erwirbt damit reichlichen Ersatz für die aus der Theilnahme an Deutschlands Entwickelung sich ergebende Beschränkung seiner Heerscherrechte in Schleswig. Dem unglücklichen Kriege kann nur auf solche Weise ein glücklicher Friedenszustand folgen. (A. M.)

Italien.

* Aus Turin wird gemeldet, daß gegen Karl Albert allerdings ein Vergiftungsversuch gemacht wurde, die Aerzte aber die Hoffnung hegen, daß seine glückliche Konstitution und die angewandten Mittel ihn retten würden. — In Paris ging das Gerücht, zwischen römischen Truppen, die den Papst verfolgten und neapolitanischen, die ihn schützten, sei es zu einem Treffen gekommen, was wir mittheilen zu müssen glauben, ohne es jedoch zu verbürgen.

Schweiz.

Die Berner Ztg. schreibt: „Wir glauben aus zuverlässiger Quelle versichern zu können, daß den angedrohten Maßregeln der deutschen Centralgewalt keine weitere Folge gegeben werden soll. Zwar war, wie wir von der Gränze vernehmen, der Beschluß zu strenger Ueberwachung des Personenverkehrs bereits angekommen und in Vollziehung gesetzt worden; allein schon am folgenden Tage wurden die diesfälligen Befehle widerrufen. Ob diese Gesinnungsänderung durch die Haltung der Schweiz, die nun einmal nicht erschrecken wollte, oder durch die französischen Anfragen oder durch ander Umstände veranlaßt wurde, können wir nicht sagen; das aber wissen wir, daß sich der Gesandte Frankreichs, der wackere Republikaner, General Thiard, auch hier wieder der schweizerischen Interessen kräftig angenommen." Die Basler Zeitung bemerkt hierzu: „Es würde unseres Erachtens der Ehre und den Interessen der Schweiz besser entsprechen, wenn das freundnachbarliche Verhältniß durch Berücksichtigung billiger Forderungen von ihrer Seite, als wenn es durch den Schutz einer Großmacht hergestellt würde. Einen solchen Schutz würde man uns doch gelegentlich wieder zahlen machen. — Daß übrigens irgend welche Beschränkungen des Personenverkehrs in Vollziehung gesetzt worden seien, davon haben wir wenigstens an unsrer Grenze nicht das Mindeste vernommen."

☽ **Bern**, 7. Dez. In Appenzell bestand ein altes Gesetz, nach welchem jeder Bürger, der einen Prozeß verlor, einen ganzen Tag lang nach Herzenslust über den Richter, die Zeugen ꝛc. schimpfen durfte. So darf man es jetzt auch den Zürcher Zeitungen nicht so gar übel nehmen, wenn sie nach der Niederlage Zürichs in der Bundessitzfrage ein wenig übel auf Bern zu sprechen sind. Nachdem die Berner Blätter den Vorwurf, als habe Bern sich seine Stimmen zur Bundesstadt durch unehrenhafte Mittel erschlichen, nach Gebühr zurückgewiesen haben, wird man wohl von dieser Seite wenigstens diesen ärgerlichen Streit nicht weiter fortspinnen. Jedem Einsichtigen ist es klar, daß die Politik für Bern sprach, nicht zu erwähnen seine geographische Lage und daß Bern das beste und einzige Bindeglied zwischen der deutschen und welschen, zwischen der katholischen und reformirten Schweiz ist. Die „Basler Ztg.", wenn wir nicht irren, behauptete: Zürich sei unterlegen, weil sich seit 1812 „der Löwe zum Schweif des Bären begab." Die „eidgenöss. Ztg." übersetzt diesen Ausdruck mit Recht also: „Bern und nur Bern hat seit 1812 die Geschichte der Schweiz gelenkt; Bern hat die Aargauer Klostergeschichte durchgesetzt, Zürich hat „legal" zugesehen; Bern hat die Jesuiten vertrieben, Zürich hat mitgemacht; Bern hat den Sonderbund angegriffen, Zürich ist unter den letzten zum Aeußersten geschritten! immer ging die Idee, die Konsequenz und die Durchführung von Bern aus." Eben weil die Kraft in Bern liegt und die Schweiz der Kraft bedarf, darum hat die Majorität Bern zur Bundesstadt gemacht. Wir sind überzeugt, ließe man heute das Schweizervolk über diese Frage abstimmen, die übergroße Majorität würde sich für Bern entscheiden. In der Bundesversammlung stimmten sämmtliche Abgeordneten Basels und Tessins, einige Aargauer und St. Galler mit den Abgeordneten der westlichen und französischen Schweiz für Bern. — Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Maßregeln der deutschen Centralgewalt gegen die Schweiz ihr Ende erreicht haben. Nach einem in der „Jura-Zeitung" abgedruckten Brief aus Ravensburg spricht sich die Volksmeinung der ganzen Grenze entlang entschieden gegen die „Entschließungen" des Reichs-Ministeriums aus. „In vielen Städten", so heißt es, „und namentlich hier in Ravensburg haben die Volksvereine fast einstimmig beschlossen, Alles aufzubieten, um eine etwaige Feuchtsperre zu verhindern, ja sogar erforderlichen Falls Gewalt anzuwenden." — Der eidgenössische Repräsentant in den nördlichen Kantonen, Hr. Dr. Steiger, hat alle Vorkehrungen des kleinen Raths von Aargau befriedigend gefunden und ist bereits nach Liestal und Basel abgereist. — Die Regierung von Baselland hat einige im Verlage Walser's zu Birsfelden erschienene revolutionäre Schriften von Heinzen ꝛc. verboten und dem Verleger weggenommen, mehrere sogar durch Feuer vertilgen lassen. Sie hat dem ultra-radikalen Walser sogar die Niederlassungsbewilligung entzogen, daß derselbe jetzt genöthigt ist, sein Haus, Druckerei ꝛc. zu verkaufen. — Der Bundesrath hat die Artillerie und Cavallerie, welche sich im Kanton Tessin befindet, zu entlassen beschlossen. Die übrigen Truppen werden successive entlassen. — Die Werbungen für Neapel werden in Luzern, Schwyz und Wallis mit großem Eifer betrieben und es zeigt sich ein großer Zudrang von jungen Leuten. Nach einem Beschlusse des hiesigen Regierungsraths müssen sie vor der Hand noch im Kanton unterbleiben. — Da die Herren Briatte und Stehelin ihre Mission als eidgenössische Repräsentanten abgelehnt haben, so hat der Bundesrath als neue Repräsentanten die Herren Revel von Bern und Sidler von Zürich abgeordnet.

† **Aus der Schweiz**, 4. Dez. Die Art und Weise, wie sich seit dem Beginn der nationalen Erhebung Italiens die Stimmung und Stellung der italienischen Bevölkerung der Schweiz der deutschen Schweiz gegenüber gestaltet hat, ist zu charakteristisch und zu ominös für die künftigen Geschicke Helvetiens, um nicht ganz besondere Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Gestehen wir es uns nur ganz offen: der Kanton Tessin ist, wenn gleich durch äußerliche neue Bande abermals enger mit der Schweiz verbunden, dennoch für dieselbe als verloren zu betrachten, keine Sympathie, kein Interesse für die als Ausland angesehene Svizzera, der ganze Zug des Herzens strömt gen Süden, wo die Pulse leidenschaftlich und ungeregelt der heiß ersehnten Wiedergeburt Italiens entgegenschlagen. Früher mochte man diese Thatsache mit officiösen Phrasen von dem eidgenössischen Sinne der Tessiner bemänteln können; jetzt, da Tausende von deutschen Schweizern als die Grenzwächter schweizerischer Neutralität im Lande stehen, und täglich die unangenehme Erfahrung machen, was es mit jenem eidgenössischen Sinn eigentlich für eine Bewandtniß hat, jetzt ist jene Selbsttäuschung total verschwunden. Ich will die Tessiner nicht wegen ihrer nationalen Sympathieen tadeln; wohl aber muß die Illoyalität auf's Schärfste gerügt werden, mit welcher dieselben ihre Verbindung mit der Schweiz benutzten, um jenen Sympathieen auf eine für die Interessen der Schweiz höchst empfindliche Art und Weise, durch die rücksichtsloseste Unterstützung und Begünstigung der Flüchtlinge, Geltung zu verschaffen. Dadurch wurde die Schweiz genöthigt, für die Aufrechthaltung der von Tessin gefährdeten Neutralität gegen zwei Millionen Schw. Fr. auszugeben, und eine Menge ihrer Söhne, worunter nicht wenige Hausväter, denen die Entfernung von der Heimath von größtem Nachtheil, Monate lang daselbst Gränzpolizeidienste thun zu lassen. Und wie wurden diese Schweizer, die mit Aufopferung ihrer eigenen Interessen an die Grenze zogen, von den Tessinern aufgenommen? Wenn in den deutschen Kantonen Einquartirung angesagt wird, so beeilt sich Jeder, auch der Aermste, nach Vermögen Gastfreundschaft auszuüben; im Tessin kann man selbst auf den Quartierbillets der Offiziere, denen der Quartiergeber nichts als Feuer und Licht zu geben gehalten ist, gedruckt lesen, daß demselben „bei gewohnter Strafe" (sulla solita pena) angedroht wird, den Offizieren den „Zutritt zu Feuer und Licht" nicht zu versagen. Daß bei einer solchen Stimmung die Soldaten einkasernirt wurden (in Klöster und andere öffentliche Lokale), und Naturalverpflegung für dieselben eingeführt werden mußte, war natürlich, wenn die Soldaten nicht entweder an Allem Noth leiden, oder sich eigenmächtig und gewaltsam das Unentbehrliche verschaffen sollten. Auf diese

Weise genießt der Kanton Tessin, als Belohnung für die indiskrete Bloßstellung der Interessen der Eidgenossenschaft, den Vortheil, daß täglich 3—4000 Gulden im Lande mehr verzehrt werden, ohne daß der Kanton die geringste Belästigung von Wichtigkeit durch die eidgenössische Truppenbesetzung erleidet. Jeder andere Kanton würde mit einer derartigen Belästigung sich ganz einverstanden erklären. Trotz dem erlauben sich nicht selten sogar höhere Regierungsbeamte, an öffentlichen Orten (versteht sich, wenn kein Militär zugegen) auf's Gröblichste die Schweiz zu insultiren, und überhaupt auf's Gehässigste von allen Schweizern, zu denen sie sich kaum noch zählen, zu reden. Die eidgenössischen Truppen und die Tessiner stehen in einem Verhältnisse zu einander, das nicht geradezu feindlich genannt werden kann, das aber gar nicht weit davon entfernt ist. Es versteht sich, daß vielfache Ausnahmen angetroffen werden; was soll man aber von einem Lande denken, dessen Bewohner uns, falls sie unsere Wohlgewogenheit zu erwerben suchen, als etwas Besonderes betheuern, sie seien aufrichtige Mitbürger, „buoni Svizzeri." Auf der andern Seite verdrießt unsere Soldaten die italienische Prellerei und Ueberlistung, die vielfach hervortritt, so daß auch hier wieder Stoff zu Zwiespalt in Hülle und Fülle vorliegt. Im Allgemeinen aber kann man mit gutem Gewissen behaupten, daß unsere Leute die musterhafteste Manneszucht beobachten. Ich will nicht länger von Einzelheiten reden; was aber als allgemeine Stimmung angenommen werden kann, das ist die Entfremdung der tessinischen Bevölkerung, besonders der jenseits des M. Cenere, von der übrigen Schweiz. Ich bin fest überzeugt, daß bei einem Siege der nationalen Partei Italiens das schweizerische Gebiet südlich von M. Cenere für die Schweiz verloren ist, und daß wir wohl daran thun, uns bei Zeiten mit diesem Gedanken, der eben nicht allzu schmerzlich, vertraut zu machen. Daß dagegen die Schweiz nie und nimmer in die Abtretung des nördlichen Theiles des Kanton Tessin einwilligen kann, ohne sich in militärischer Beziehung die größten Blößen zu geben, liegt auf der Hand; deshalb betrachteten auch schon die Urkantone, die alten Herren des Landes, Bellinzona als den Schlüssel zum Gotthard, und umgaben dieses Platz mit Mauern und Kastellen. Neuerdings hat die Eidgenossenschaft auch wieder ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punkt gerichtet, und im Süden vor der Stadt einige Festungswerke construiren lassen. — Herr Munzinger, der eidgenössische Kommissär, wird in einigen Tagen den Kanton Tessin verlassen, um als Finanzdirektor seinen Platz im Bundesrathe einzunehmen; als seine Nachfolger sind bekanntlich die Herren Briatte und Stehlin bezeichnet. Von den Truppen kann man hoffentlich bald einen großen Theil entlassen; denn die tessinische Regierung, die für die Ausführung der Beschlüsse der Bundesversammlung verantwortlich erklärt ist, wird nicht zögern, denselben nachzukommen, und für die Internirung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Bis jetzt ist freilich noch nicht viel davon zu bemerken, die Kaffe's und Gassen von Lugano wimmeln noch von müßigen Pflastertretern, die ihre rothen Bänder, ihre unschuldigen Hahnenfedern und ihre Trikolore zur Schau tragen, höchst wahrscheinlich aber mehr viel Putver gerochen haben, noch zu riechen werden. Ernst wird die Tessiner Regierung erst dann machen, wenn die Bundesbehörden die nöthige Energie zeigen, und eine durch das Benehmen derselben verschuldete fernere Truppenbesetzung als eine exekutorische, auf Kosten des Kantons zu tragende, in Aussicht stellen.

Neuestes.

* **Frankfurt**, 9. Dez. Die französische Post vom 7. ist diesen Abend ausgeblieben. Die Brüsseler „Independance" sagt, die Journale von diesem Datum enthielten nichts von Bedeutung.

* **Köln**, 8. Dez. Der Erzbischof hat ein Rundschreiben erlassen, in welchem er anordnet, daß von jetzt ab die Priester der Erzdiözese in der heiligen Messe vor der bereits vorgeschriebenen Oratio pro pace auch noch die Oratio pro Papa einlegen, und eben so in dem noch fortdauernden öffentlichen Gebete für den Frieden auch öffentliche Gebete für den heiligen Vater abhalten. Außerdem werden die Herrn Pfarrer an einem der ersten Sonntage in ihren Pfarrkirchen zu demselben Zwecke ein dreiviertelstündiges Gebet anordnen, und ihre Gemeinden, welche in geeigneter Weise hierüber zu belehren sind, zur frommen Theilnahme an demselben ermuntern.

In der Reichstagssitzung zu Kremsier am 4. Dez. legte der Finanzminister Kraus über die Finanzlage Oesterreichs einen interessanten Bericht ab, auf den wir morgen zurückkommen. Nächstes Resultat ist ein Deficit von 50 Millionen und eine Anleihe von 80 Millionen, um deren Bewilligung das Ministerium den Reichstag angeht. Nach Beseitigung eines Antrags, der die Beschlußfassung auf die Zeit nach Berathung der Grundrechte ausetzen wollte, wurde die Vorlage des Finanzministers an den Finanzausschuß zur Berichterstattung überwiesen.

Das C. Bl. a. B. meldet, daß die magyarischen Commandanten vor St. Thomas und in Peterwardein, sowie die Magyaren in Siebenbürgen Friedensunterhandlungen einzugehen wünschen. — Dasselbe Blatt bestätigt jetzt ebenfalls, daß Klausenburg am 18. Nov. ohne Schwertstreich besetzt wurde. Die Ungarn hatten Tags zuvor die Stadt verlassen. Die Nachricht von dem Bombardement wird hiernach zu berichtigen sein.

× Von der Schweizergränze, im Dez. Die friedliche Ausgleichung unserer Anstände mit der deutschen Centralgewalt ist seit der Einsetzung der neuen Bundesregierung, welche mit ganz anderen und viel weiter gehenden Kompetenzen, als der ehemalige Vorort ausgestattet ist, wesentlich erleichtert worden. Die persönlichen Gesinnungen der Mitglieder des Bundesraths für aufrichtige Berücksichtigung gerechter Beschwerden und ungetrübten Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu andern Staaten, noch mehr das entschiedene Auftreten des Bundespräsidenten, Dr. Furrer, der in der Nationalversammlung bei Gelegenheit der Tessiner Frage sich unverholen äußerte, er gedenke mit diesem, das Asylrecht mißbrauchenden Flüchtlingsunwesen radikal aufzuräumen, endlich die in der gedachten Angelegenheit gefaßten scharfen Beschlüsse mögen die nächste Veranlassung gewesen sein, daß die deutsche Reichsregierung die erste der von ihr angedrohten Maßregeln fallenden und einige Neigung zu freundschaftlicher Wiederannäherung an den Tag legte. Als in letzter Woche sich das Gerücht verbreitete, daß die deutschen Flüchtlinge sich neuerdings in den nördlichen Kantonen vermehren und konspiriren, hat der Bundesrath sofort einen eidgenössischen Kommissär dahin abgeordnet und ein energisches Cirkular erlassen, worin die Grenzkantone aufgefordert werden, die Flüchtlinge auf's genaueste zu überwachen und unter Berichterstattung an den Bundesrath sofort kräftig einzuschreiten, wo irgend unruhige und die Schweiz kompromittirende Tendenzen sich äußern. In den Grenzkantonen sollen keine Flüchtlinge geduldet werden, welche an dem zweiten badischen Aufstande Theil nahmen oder die sonst für einen ruhigen Aufenthalt keine genügenden persönlichen Garantieen darzubieten im Falle sind. Bei dieser Lage der Dinge dürfen wir einer baldigen völligen Wiederherstellung der so sehr im beiderseitigen Interesse liegenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz beruhigt entgegen sehen.

Brüssel, 6. Dez. Der Minister des Auswärtigen hat der Kammer mitgetheilt, daß Brüssel von den betheiligten Mächten zum Sitz der Konferenzen über die norditalienische Frage ausersehen sei.

* **Brüssel**, 8. Dez. Die Kosten der Mission in Deutschland betrugen im Jahre 1848 130,000 Franken. Die Regierung schlug vor, dieselbe auf 91,000 Franken herabzusetzen, aber die Gesandschaftsposten beizubehalten. Der Kammer genügte dieses aber nicht. Sie stellte dieselben, nach dem Vorschlage der Centralgewalt, auf 75,000 Franken, so daß nur ein bevollmächtigter Minister und zwei Agenten von untergeordnetem Range daselbst accreditirt werden sollen. Die Regierung habe nach den Umständen zu bestimmen, wo der eigentliche Botschafter hinzusenden sei, ob nach Frankfurt, nach Berlin oder nach Wien.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Wir geben heute, Sonntag Morgen, ein Hauptblatt. Das Montagblatt wird am Montag Nachmittag ausgegeben.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England und die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 29 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue de la Monnaie.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 327. Frankfurt a. M., Montag 11. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür auch im ganzen Verwaltungsbezirk des fürstl. Thurn und Taxis'schen Ober-Post-Amts, welches den alleinigen Debit übernommen hat, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren, unsere Zeitung zu beziehen ist. Bestellungen bitten wir bei der nächsten Postanstalt bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die Zukunft Oesterreichs und Preußens II.

Deutschland. Frankfurt (Amtliches. Die österreichische Frage. Der deutsche Bergbau und eine deutsche Bergwerksordnung.) Wien (Die Erziehung des Kaisers. Auspicien der neuen Regierung. Adressen. Kaiserliches Handbillet an Windischgrätz. Ordensverleihungen. Veränderungen in den Armeen. Finanzlage. Die Union zwischen Siebenbürgen und Ungarn.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Pesth (Die Reichstagsdeputation.) Berlin (Bülow-Cummerow. Uhlich. Das Urtheil über die Verfassung. Vorbereitung zu den Wahlen. Handschreiben des Königs. Verhaftungen und Ausweisungen.)

Frankreich. Paris (Traurige Entdeckungen. Rechtfertigung der Regierung. Die N. V. geht zur Tagesordnung über.)

Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten.)

Italien. (Nachrichten aus Rom, Genua und Livorno. Pius IX. in Gaeta. Rücktritt des Ministeriums in Turin.)

Verhandlungen der Nationalversammlung vom 11. Dez.

Pariser Börsenbericht (Vom 7. und 8. Dez.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 4. bis 11. Dez.)

11. Dezember.

Wir kommen zu der preußischen Frage. Für uns besteht dieselbe zunächst nicht darin, wie sich Preußen in der gegenwärtig schwebenden Krisis und Verhandlung mit der provisorischen Centralgewalt erklären werde. Man verstehe uns recht. Wir verkennen die Wichtigkeit dieser Erklärung in keiner Weise, wir geben zu, daß von ihrem Inhalt die leichtere oder schwierigere Einleitung einer richtigen Stellung Preußens zu dem zu gestaltenden Deutschland abhängt. Aber wir haben so viel Vertrauen, wenn nicht zu der Einsicht der leitenden Persönlichkeiten, doch zu der Macht der Dinge, daß wir es für unmöglich halten, jene Erklärung könne eine ganz ablehnende sein. Diese unabweisliche Macht der Dinge wird und muß Preußen, gern oder ungern, etwas früher oder etwas später, an die Spitze der deutschen Angelegenheiten bringen. So verzweifelt stehen unsere Sachen noch nicht, daß, wie in der Feldschlacht, ein versäumter Moment oder eine falsche Bewegung rettungslos unser Schicksal entschiede.

Unsere Frage ist vielmehr: Wie kann Preußen das übrige Deutschland organisch mit sich verbinden? oder noch besser: Wie kann es sich ihm organisch einfügen? — Sobald man sich klar geworden ist über die Beantwortung dieser Frage, wird sich das Ob? und das Wann? von selbst finden. Nicht ohne Schüchternheit nehmen wir uns heraus, in dem folgenden einige andeutende Beiträge zu geben.

Preußen ist offenbar zu groß und zu mächtig, um als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Glied eines deutschen Bundesstaats neben den andern zum Theil unendlich kleinen und ohnmächtigen Gliedern zu stehen. Die Reichscentralgewalt, das Reichsministerium und das Reichsparlament in Frankfurt werden nothwendig immer neben oder gar über dem preußischen Königsthron, dem preußischen Ministerium und dem preußischen Parlament in Berlin die mißlichste Scheinstellung haben. Darin wird wenig gebessert, wenn die Reichscentralgewalt in die Hände des Königs von Preußen gelegt ist. Er wird sich zu ewigem Schwanken verurtheilt sehen, zwischen seiner doppelten Stellung, seiner doppelten Regierung, seinen zwei Parlamenten, seinen zwei Residenzstädten. Niemals wird ein preußisches Ministerium, ein preußischer Reichstag in eine solche Stellung zur Reichsgewalt zu bringen sein, wie die Ministerien und Ständeversammlungen der mittleren und kleineren deutschen Staaten. Die Theilung Deutschlands in eine preußische und eine fürstliche Hälfte ist nur scheinbar und äußerlich aufgehoben, der innere Zwiespalt und Konflikt ist perpetuirlich gemacht, er ist bis in die äußerste Spitze, bis in die Person des Monarchen hineinverpflanzt. Alles wird unklar und verworren im Innern, wie nach Außen. Man denke sich nur ein Ministerium des Auswärtigen in Frankfurt neben oder über einem auswärtigen Amt und einem Kriegsministerium in Berlin (wir sehen es ja mit Augen!) oder etwa eine königlich preußische Staatsregierung in Berlin ohne ein auswärtiges Amt, ohne ein Kriegs-, ohne ein Handels-, ohne ein Marine-Ministerium, die sich sämmtlich in Frankfurt befinden. Es ist beides unmöglich. Wenn Preußen als Preußen an die Spitze Deutsch-

Digitized by Google

lands tritt, so begründet man damit nicht etwa die Einheit und in ihr Wetteifer und Bewegung, sondern den Dualismus und mit ihm Verwirrung und Streit.

Preußen muß sich selbst daran geben, um sich doppelt wieder zu gewinnen. Es muß des tiefen Spruchs gedenken: „Wer sich selbst verliert, der gewinnt die Welt." Wir müssen in Deutschland nur eine große Regierung und nur ein großes Parlament haben.

Vor Jahren, erinnern wir uns, zur Zeit der höchsten Blüthe des büreaukratischen Verwaltungsprincips, war einmal viel die Rede in Berlin von der Unbehülflichkeit der viel zu großen Provinzen für die Administration; man solle die Provinzialeintheilung ganz aufheben und dafür die Monarchie in kleinere Verwaltungs- (Regierungs-) Bezirke von 5 bis 600,000 Seelen theilen. Es konnte unglücklicherweise nichts daraus werden; die fatalen Provinzial-Verfassungen und Provinzial-Landtage waren einmal vorhanden. Und die sind glücklicherweise bestehen geblieben bis auf den heutigen Tag, und sie sind, da die preußische Provinzial-Eintheilung durchweg eine richtige auf natürlichen und geschichtlichen Grundlagen beruhende ist, jeder Verbesserung, Ausbildung, Erweiterung fähig geblieben. Auf dies glückliche, wie von dem vorzeichnenden Geist der Geschichte dargebotene Verhältniß bauen wir unsern hoffnungsreichen Plan für die Gestaltung Deutschlands.

Der künftige erbliche Kaiser von Deutschland gewähre den acht preußischen Provinzen eine größere Autonomie und Selbstständigkeit unter von ihm eingesetzten und abrufbaren Statthaltern aus den Prinzen seines Hauses und aus den großen Notabilitäten der Monarchie. Er erweitere die statthalterliche und ständische Kompetenz in diesen nicht mehr preußischen Provinzen, sondern kaiserlichen Reichsländern, bis nahezu an den Grad innerer Selbstständigkeit hinan, welcher nach der zu erividirenden Reichsverfassung den mittelbaren oder fürstlichen Reichsländern noch verbleiben wird. Er nehme dann in seiner einigen und gemeinschaftlichen Reichsregierung, neben dem einigen und gemeinschaftlichen Reichsparlament, die Zügel in die Hand für Alles und Jedes, was die wahre und wirkliche Einheit des Reiches erfordert. Sein Ministerium des Auswärtigen sei das einzige in Deutschland und leite alle Beziehungen zum Ausland; sein Ministerium des Krieges leite und bilde das Heerwesen in den mittelbaren wie in den unmittelbaren Reichsländern u. s. w. Wie das Reichs-Kriegs-Ministerium in den ersteren (den mittelbaren oder fürstlichen Reichsländern) etwas weniger tief und detaillirt einzugreifen hätte, wie das Reichs-Ministeeium der Finanzen in den unmittelbaren (kaiserlichen) Reichsländern eine weitergehende Kompetenz und Wirkungssphäre zu behalten hätte, wie auch die Reichsministerien der Justiz, des Unterrichts u. s. w. in ihrer Stellung zu den mittelbaren und unmittelbaren Kreisen des Reichs eine modificirte Stellung zu nehmen hätten, — wird sich unschwer bedenken und ordnen lassen. Fände sich daneben die Möglichkeit einer Kreiseintheilung für die mittelbaren Lande, welche die zu Kleinen als selbstständige Einheiten aufhöbe oder sie doch eingliederte, unter möglichster Schonung ihres gesonderten Bestehens, so käme endlich eine territoriale und staatliche Gliederung in dies so lange formlos zerrissene deutsche Land, die kaum günstiger zu denken wäre.

Unmittelbare Reichslande:	Mittelbare Reichslande:
1) Brandenburg.	2) Baiern.
3) Preußen.	4) Würtemberg.
5) Pommern.	6) Baden.
7) Schlesien.	8) Hessen (beide Hessen, Nassau, Waldeck, Frankfurt).
9) Posen.	10) Obersachsen (Königr. Sachsen, mit vielleicht Altenburg u. Reuß).
11) Mittelsachsen (Preußische Provinz mit Anhalt).	12) Niedersachsen (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Hamburg, Bückeburg).
13) Westphalen (mit Lippe Detmold).	14) Thüringen (thüringische Staaten, Regierungsbezirk Erfurt).
15) Rheinland.	16) Nordalbingien (Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Lübeck).

Da wären 16 gleichberechtigte Reichsprovinzen von 1½ bis 4 Millionen Einwohnern, mit theils erblichen (königlichen oder fürstlichen) Regenten, theils abrufbaren kaiserlichen Statthaltern an der Spitze, zu der kaiserlichen Reichsgewalt in wesentlich gleichem Verhältniß, ein richtig und reich gegliederter, lebensvoller Einheitsstaat von fast 10,000 Quadrat-Meilen und 34 Millionen Einwohnern, also Frankreich und Oesterreich gleich. Uns zittert das Herz auf vor Freude, bei dem bloßen Gedanken!

Ohne Opfer freilich ist so Großes nicht zu erreichen. Alle politische und Lebens-Weisheit ist nichts, als ein Opfern des Kleineren für das Größere. Das ahnungsvolle, in tief unglücklicher Zeit gesprochene Wort des Königs von Preußen: „Fortan solle Preußen in Deutschland aufgehen", muß zur Wahrheit werden. Die Preußen müssen ihren „Namen" zum Opfer bringen, und auch das nicht einmal ganz; in der herrlichen ächt deutschen Ostseeprovinz ist er erhalten und aufgehoben. Sonst, denken wir, könnten sie sich die Bezeichnung „Kaiserliche" gefallen lassen, die in so wunderbarer Weise auf sie überginge. Wahrlich, sie brauchen nicht besorgt zu sein, daß ihnen darum ihre Geschichte und ihr Ursprung verloren geht. Die übrigen deutschen Könige und Fürsten und Staaten und Stämme aber sollten willig und freudig ein Trugbild und einen Schein opfern, der Aussicht auf eine würdige und reale Existenz gegenüber.

Wir wagen kaum anzudeuten, welch' eine hoffnungsreiche Zukunft einem so organisirten deutschen Bundesstaate winkte nach Norden und Westen, wie dem Oesterreichischen nach Süden und Osten hin! Vorläufig wollen wir nur wünschen, daß jenes unglückliche Berliner oder Brandenburger Parlament nicht wieder zu Stande komme und zum Schluß noch ein bedenkliches Verhältniß leicht berühren.

Es kann keine Frage sein, wenn wir einen Kaiser aus dem Hause Hohenzollern erwählen, so wird ihm seine schöne brandenburgische Hauptstadt Residenz und Centrum des Reichs sein müssen. Alle Erinnerungen, alle Sympathieen halten ihn da fest, und im Lichte der Zukunft und der Geschichte wird dies Berlin durch die neuesten Ereignisse, deren Schauplatz es gewesen, weniger verlieren als gewinnen. Also der sedintäre Sitz, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, der Reichsgewalt und Reichsregierung wird in Berlin sein müssen. Aber der Stimmung und Richtung, namentlich des südwestlichen Deutschlands, muß nothwendig eine Konzession gemacht werden, denn in der Politik ist nichts absolut gerechtfertigt, nicht einmal der Widerwille gegen Konzessionen. Wir wissen, was sich Alles aus der Theorie und aus der Erfahrung gegen wandelnde Mittelpunkte der Regierung anführen läßt. Wir sagen dennoch, ein Jahr um's andere muß der Reichstag und während seiner Dauer der Sitz der Reichsregierung in Frankfurt sein. Erst dadurch wird in Fürsten und Völker der volle Glaube kommen, daß sie nicht preußisch sondern kaiserlich geworden sind. Wer die Sache tiefer erwägt, wird uns Recht geben, und überdies ist seit dem Aufkommen der Eisenbahnen und der elektro-magnetischen Telegraphen eine solche Translokation auch bei weitem nicht mehr von der Bedeutung, als da sich Packwagen und Posten mühsam auf gepflasterten Landstraßen hin und her bewegten.

Deutschland.

Die O.-P.-Z. meldet in ihrem amtlichen Theile:

Frankfurt, 9. Dez. Der Reichsverweser hat heute um 1 Uhr dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Maj. des Königs beider Sicilien, Herrn Freiherrn von Antonini, eine Audienz zum Behuf der Ueberreichung des Schreibens des Königs ertheilt, welches in verbindlichster Weise die durch den Gesandten, Herrn Heckscher, an den königlichen Hof nach Neapel verbrachte amtliche Benachrichtigung wegen Errichtung und Uebernahme der provisorischen Centralgewalt für Deutschland beantwortet.

Parl. Corr. **Frankfurt**, 9. Dez. Die österreichische Frage beschäftigt die Regierung und die Klubs, doch ist man noch nicht darüber einig, in welcher Weise diese schwierige Angelegenheit am wirksamsten zu behandeln sein wird. Die hier und dort aufgetauchte Ansicht, daß die Centralgewalt ihrerseits die Initiative zu treffen habe, um die Verhandlung mit der österreichischen Regierung zu eröffnen, ist durch den lebhaften Widerspruch, den sie von vornherein erfahren hat, sofort beseitigt worden. Als Verfassungsfrage gehört die Stellung Oesterreichs zum deutschen Bundesstaate nicht vor das Forum der Centralgewalt; die Reichsversammlung wird daher in nächster Zeit in die Berathung eingehen müssen, um durch ihren Beschluß die Regierung, bei welcher bereits ein Schreiben von Seiten des österreichischen Ministeriums eingegangen ist, mit den nöthigen Instruktionen zu versehen. Es ist zu erwarten, daß die Nationalversammlung bei ihrer demnächstigen Debatte über die Sachlage, die übrigens in dem bekannten Pro-

gromm klor genug vorliegt, vollständig unterrichtet sein wird. Ob unter den obwaltenden Umständen Herr von Schmerling auch ferner die Leitung des Ministeriums des Innern wird beibehalten können, muß in der nächsten Zeit sich entscheiden.

*** **Frankfurt**, 10. Dez. Der Verfassungsausschuß hat Bedenken getragen, den Antrag: auch „alle auf dem Bergbau ruhenden guts-, grund- und landesherrlichen Bergbaulasten" in einem neuen Paragraphen der erwähnten Grundrechte für ablösbar zu erklären, sich anzueignen, da diese Lasten, sofern sie grundherrlich oder feudal, schon in der anderweit ausgesprochenen Aufhebung begriffen seien, — sofern sie aber, wie z. B. die Bergzehnten, landesherrlich, in das staatliche Steuerwesen in solcher Weise eingreifen, daß es nicht passend scheine, hier der Landesgesetzgebung vorzugreifen. Wir können dieser Ansicht nicht beistimmen. Unsers Bedünkens muß auch der deutsche Bergbau eine vorsorgliche Stelle in der deutschen Verfassung finden, da wo in den Grundrechten von der Befreiung des Bodens u. s. w. die Rede ist, und wir würden es beklagen, wenn die Anträge verworfen würden, die darauf abzielen, diese Lücke auszufüllen. Nicht nur macht der Bergbau Schätze, die sonst immer vergraben liegen, für die Nation flüssig, nicht nur lohnt er mannigfache Arbeit — der Preis der Bergbauerzeugnisse ist fast ausschließlich bezahlte Arbeit — sondern er bildet auch eine wesentliche Grundlage der Blüte der gesammten Nationalindustrie, ja selbst eine der materiellen Bedingungen der Nationalunabhängigkeit. Es sind aber gerade die landesherrlichen Bergbaulasten, welche auf dem Bergbau am schwersten drücken, und diese Lasten werden obendrein sehr ungleich und unbillig, oft selbst in einem und demselben deutschen Staat ausgemessen. So werden in dem rechtrheinischen Theile der preußischen Rheinprovinz, so wie in den übrigen Landestheilen Preußens mehr als zehnfach so hohe Abgaben vom Steinkohlen-Bergbau erhoben, als in dem linkrheinischen Theile der gleichen Provinz, in welchem letztern die Steuererhebung nach dem franz. Gesetze vom 21. April 1810 stattfindet. Während hier 5 Proz. vom Reinertrage erhoben werden, haben die Landestheile mit der Kleve-Märkischen Bergordnung den Brutto-Zehnten, Freikur-Geld, Meßgeld, Geding- und Stufengeld, Rezeß-Geld, und zwar überall — gleichviel, ob die Grube Ausbeute oder Zubuße baut — zu zahlen, welche Abgaben nahezu ein ganzes Fünftel der Brutto-Einnahme verschlingen. In frühern Jahrhunderten mochten diese Abgaben sich allerdings rechtfertigen lassen, auch ist der Rechtsanspruch auf Gleichstellung der Bergwerksabgaben vielfach aus dem Grunde bestritten worden, weil der Zehnte in manchen Bezirken ein aus dem Bergwerks-Regal dem Landesherrn entspringendes Recht sei. Allein vor der französischen Invasion war der linkrheinische Bergbau (nach den Jülicher Bergordnungen) wie der rechtrheinische zur Zahlung des Zehnten ꝛc. verpflichtet, und während man jenem die Wohlthaten des neuen französischen Gesetzes nicht zu entziehen wagte, blieben dieselben den so schwer besteuerten rechtrheinischen Landestheilen auch dann noch vorenthalten, nachdem in Folge der ruhmreichen Freiheitskriege alle Theile wiederum ein und demselben Staate zurückgegeben waren, obschon die verschiedenen Gebiete bezüglich des Absatzes ihrer Bergerzeugnisse auf dem gleichen Markte zu konkurriren genöthigt sind. Wie verträgt sich solches mit dem Prinzipe der gleichen Besteuerung sämmtlicher Staatsangehörigen, wie verträgt es sich mit den gegenwärtigen Zeitbedürfnissen?

Es ist bezeichnend, daß der alte drückende Feudalzustand im Bergbau noch 38 Jahre nach Einführung der französischen Bergesetze für das linke Rheinufer auf der rechten Rheinseite hat fort erhalten werden können. Jetzt aber muß und wird er um so gewisser fallen, als die trübe Zeit dringend mahnt, der zunehmenden Verarmung entgegenzutreten, was nur durch Vermehrung der produktiven Arbeit wirksam geschehen kann. Nur Arbeit ist erforderlich, um die im Schooße der vaterländischen Erde ruhenden Schätze der Verwerthung zu übergeben. Zudem ist die Steinkohle das große Vehikel fast aller dermaligen Industrie und gleichzeitig eines der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse von Millionen geworden.

Nach der letzten amtlichen Uebersicht (für 1846) betrug die Zahl der Kohlen-Bergarbeiter in Preußen 27,244, die Gesammtförderung 18,312,529 Tonnen Kohlen zu einem Geldwerthe von 7,020,249. Das kleine Belgien, welches seinen Bergbau nicht durch Abgaben drückt, produzirt mehr als das Doppelte, England, welches den Bergbau durch gar keine Abgaben beschwert, mehr als das Zwanzigfache an Kohlen. Dennoch gehören die rheinisch-westfälischen Kohlenlager, zumal an der Ruhr, zu den reichsten des Festlandes, und sie werden nach dem Urtheile der Sachkundigen für viele Jahrtausende ausreichen. Allein die hohen Abgaben, die übrigens dem Staate kaum eine halbe Million reinen Ueberschuß gewähren, sowie das drückende Bevormundungssystem halten unsern Kohlenbergbau darnieder und beschränken seinen Mitbewerb auf allen Märkten. So bezieht das nahe Holland, welches jährlich on 16,000,000 Ctr. Kohlen verbraucht, deren aus Preußen höchsten Falls 4 Millionen, jetzt nur noch 2½ Millionen Ctr. Allein Belgien bewilligt auch, bei seiner mäßigen Bergwerkssteuer, 75 pCt. Nachlaß aller Kanalgebühren zu Gunsten seiner Kohlenausfuhr nach Holland, es baut dafür sogar neue Kanäle und Eisenbahnen. England hat im Jahr 1845 seinen Ausfuhrzoll auf Kohlen völlig aufgehoben, bei welcher Gelegenheit Sir R. Peel den hierdurch an den Staatseinnahmen entstehenden Ausfall zu 824,000 Thlr. bezeichnete, dagegen die Zuversicht aussprach, daß die daraus dem Lande entspringende allgemeine Wohlfahrt den obigen Ausfall reichlich decken werde.

Wahrlich, es steht im Widerspruche mit allen gesunden volkswirthschaftlichen Grundsätzen, den Bergbau, einen so wichtigen Produktionszweig, lediglich als eine staatliche Finanzquelle auszubeuten, zumal in England, in Frankreich und Belgien eine ganz entgegengesetzte Maxime befolgt wird. Kohlen und Eisenerze besitzt Deutschland in eben so großer Reichhaltigkeit und noch größerer Güte als England, Schottland und Belgien, wenn in diesen Ländern freilich auch die Erze, Steinkohlen und Kalksteine in größerer — vielfach unmittelbarer — Nähe beieinander gelagert sind, was leider in Deutschland nur selten der Fall ist. Diese Ungunst kann indeß durch Verbesserung der Transportmittel theilweise neutralisirt werden. Als den zweiten einwirkenden Grund der starken Eisenbeziehungen vom Auslande (1846 z. B. 2,780,270 Ctr. im Werthe von 9 Millionen Thalern) ist aber die diesseitige drückende Bergwerkssteuer um so weniger zu verkennen, als einestheils die Abnahme des Holzes immer allgemeiner zur Benutzung von Coax zum Hüttenbetriebe zwingt, anderntheils zur Erzeugung eines Centners Eisen oder Stahl 3 bis 5 Ctr. Kohlen und noch mehr erforderlich sind. Soviel stehe mithin unzweifelhaft fest, daß der deutsche Bergbau nimmer die Entwicklung erlangen wird, deren er von Natur fähig ist, und deren der Bergbau anderer industriemächtiger Staaten sich erfreut, wenn er von jener übermäßigen, so unnatürlichen und ungleichen Belastung — namentlich von der Verbrauchssteuer eines nothwendigen Lebensbedürfnisses, der Steinkohlen, zu Gunsten der Bergleute, zu Gunsten aller ärmern Klassen, zur Hebung endlich der heimischen Industrie — nicht durchgehends befreit wird, und wenn nicht nachgerade die leitenden Gesichtspunkte und die allgemeinen Bestimmungen über den Bergbau in einer auf freisinnigen Prinzipien beruhenden deutschen Bergordnung durch ein Reichsgesetz festgestellt werden. Schon jetzt aber wären an geeigneter Stelle in den Grundrechten die auf dem Bergbau ruhenden guts- und grundherrlichen Bergwerkslasten für ablösbar, die landesherrlichen Bergbaulasten, namentlich die Zehnten, für unentgeltlich aufgehoben zu erklären, wogegen es den Einzelstaaten überlassen bliebe, zur Deckung der wegen der nothwendigen Oberaufsicht entstehenden Verwaltungskosten eine billige Bergwerksabgabe zu erheben, die jedoch 5 Proz. des Reinertrags nicht übersteigen dürfte. Außerdem käme es in der deutschen Bergwerks-Ordnung, der übrigens schon durch die Fachkommission der nun aufgelösten Berliner Nationalversammlung bedeutend vorgearbeitet worden ist, wesentlich darauf an, den Bergbau auch von den übrigen Fesseln, welche, wie namentlich die Bevormundung durch die Bergbehörden, ihn bisher niedergehalten haben, zu befreien und solche feste und klare Prinzipien aufzustellen, welche dem willkürlichen Ermessen der Bergbeamten nichts mehr übrig lassen, und welche zugleich die Existenz und die Solidarität der Interessen der Bergleute selbst möglichst sichern.

Wien. Aus interessanten Mittheilungen der Allg. Z. über die Persönlichkeit und Erziehung des jungen Kaisers von Oesterreich entnehmen wir, daß bei ihm, wie bei allen andern Erzherzogen, auf gründliche Bildung gesehen wurde; die strenge Leitung seines Erziehers, des Grafen Bombelles, unter welcher er bis zum vorigen Jahre blieb, hielt die Stundeneintheilung jedes Tages mit militärischer Pünktlichkeit fest; die Stunden waren von früh bis Abend ausgefüllt durch Studien aller Art, wo ein Lehrer den

andern ablöste. Unter diesen war zwar ein ultramontaner Geschichtslehrer; dagegen wird der Lehrer der österreichischen Geschichte in specie, Bergmann, Direktor der Ambrassammlung, als Patriot im wahren Sinne gerühmt. Die militärische Leitung, der eigentliche Hauptheil der Erziehung, war dem General Hauslab überlassen, der einer der geistreichsten, kenntnißvollsten und liberalsten Offiziere der Armee ist. Ueber die günstige Persönlichkeit des Monarchen stimmen die Berichte überein; dabei wird seine Redegabe gerühmt und die Fertigkeit in den österreichischen Hauptsprachen. Dadurch erwarb er sich Popularität in Ungarn bei der Eröffnung des Reichstags. — Man erwartete den Kaiser am 7. Dez. in Wien, zunächst nur, um in großer Parade die Garnison den Fahneneid schwören zu lassen, und dann baldigst wieder nach Ollmütz zu gehen. Die Hoffnungen, welche die Wiener an den Thronwechsel knüpfen, Amnestie und Aufhebung des Belagerungszustandes, werden wohl bis dahin noch nicht in Erfüllung gehen. Man erwartet dies, wie die definitive Rückkehr des Kaisers und des Reichstags, jetzt erst auf Neujahr. Die Eröffnung der Wiener Universität soll noch bis Februar anstehen; dagegen erhalten sich die Gerüchte von ihrer Verlegung. Auch in Ungarn wird eine rasche Beilegung oder friedliche Versöhnung nicht zu erwarten sein. Man wird hier wie anderwärts die Zukunft nicht nach der vermutheten Geistesrichtung oder Popularität eines 18jährigen Monarchen, sondern nach dem Programm seiner Räthe bemessen müssen, und nach diesem, wie nach dem militärischen Grundton des gegenwärtigen Regierungssystems, wird verdoppelte Energie in der siegreichen Befestigung der wiedervereinigten Kronen zu erwarten sein. Man glaubte in Wien, daß Kroatien, Slawonien und Dalmatien, sowie Siebenbürgen, jedenfalls am Wiener Reichstag, vielleicht noch am gegenwärtigen sollten repräsentirt werden. Auch fehlen die Stimmen nicht, die den ungarischen Krieg als einen Vernichtungskampf für die ungarische Selbstständigkeit bezeichnen, da Ungarn seine besondere Stellung und seine Freiheiten eben so verwirkt habe, wie Polen durch die Erhebung gegen Rußland im Jahre 1831. Ein sehr ominöses Beispiel. Ein Correspondent der Allgemeinen Zeitung macht die Bemerkung, daß der Tag der Abdankung Ferdinands I., der 2. Dez., der Jahrestag der Schlacht von Austerlitz sei. Er erinnert auch daran, daß nach jenem 2. Dez. die russischen Truppen Oesterreich und dessen Grenzen verließen. Abermals eine eigenthümliche Parallele, die Russen waren auch damals Freunde, die man gern wieder scheiden sah; wenn es aber eines siegreichen Dritten bedürfte, um sie wieder zu entfernen? Bis jetzt scheint übrigens wenig Aussicht zu ihrem Abzug von den Grenzen; vielmehr berichtet das Siebenbürger Wochenblatt, daß eine größere Abtheilung russischer Truppen, von der schon einzelne Vorläufer sich gezeigt haben, die Siebenbürgische Grenze besetzen soll. Inzwischen haben die Ungarn bei Bruck die Grenze zwischen Oesterreich und Ungarn überschritten und sind bis Rohrau eingedrungen, von wo sie sich Abends wieder zurückzogen. — Aus Anlaß des ministeriellen Programms veranstaltet der Gemeinderath eine Vertrauensadresse an das Ministerium; auch unter der Bürgerschaft wird eine ähnliche Adresse unterzeichnet, die den vollkommenen Einklang mit dem ministeriellen Programm auszusprechen bestimmt ist. — Unter die höheren Beamten, die in letzterer Zeit ihre Entlassung nahmen, gehört auch Graf Auersperg, bekannt aus den Wiener Oktobertagen, deren unglücklichen Ausgang man größtentheils ihm zur Last schrieb; ferner Graf Moritz Dietrichstein, der wieder so störend in das Theaterwesen eingegriffen hatte. Auch die Leopoldstädter Wahlmänner haben sich am 4. Dez. gegen die §§. 2 und 3. und die Personalunion erklärt.

Wien. Der Kaiser Franz Joseph hat an den Fürsten Windischgrätz folgendes Handbillet erlassen: „Mein lieber Feldmarschall Fürst Windischgrätz! Meine vortreffliche Armee hat in allen Zeiten und besonders in den letzten Stürmen das in sie gesetzte Vertrauen vollkommen gerechtfertiget. Unter Ihrer Leitung war es nicht anders zu erwarten. Sie verschlossen in Ihrer Brust den herben Schmerz, für den ich Ihnen keine Vergeltung zu bieten vermag und setzten der Empörung den Schild der Ehre und Treue entgegen; — dann eilten Sie herbei und bezähmten mit Muth und Klugheit die Flammen des Aufruhrs in der durch Treulosigkeit verführten Residenz. Ich betrachte es als eine Meiner ersten Pflichten, Ihnen meine volle Anerkennung Ihrer Verdienste, so wie Ihrer ritterlichen Tugenden auszusprechen; dieselben sind Mir Bürgen, daß Sie Mir auch fortan kräftig zur Seite stehen werden, eine unerschütterliche Stütze des Thrones und der Verfassung. Geben Sie, lieber Fürst, den unter Ihren Befehlen stehenden braven Truppen die Versicherung, daß die Beweise ihrer Treue und Tapferkeit mit unverlöschlichen Zügen in Meinem Herzen geschrieben stehen. Franz Joseph m. p."

* **Wien**, 6. Dez. Heute Mittag zwölf Uhr fand im Hauptquartier des Feldmarschalls Fürsten von Windischgrätz zu Schönbrunn, im Beisein des Banus von Kroatien, Freiherrn von Jellačić, und der gesammten hier anwesenden Generalität, unter Ausrückung eines Theils der Besatzung, die Medaillenverleihung an die Soldaten vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts, welche sich bei der Einnahme von Wien besonders auszeichneten, statt. Der Feldmarschall Fürst Windischgrätz theilte goldene und silberne Medaillen, dann die eingegangenen Geldgeschenke an die betreffende Mannschaft eigenhändig aus, während dem ununterbrochen Kanonensalven gegeben wurden. In der kaiserlichen Armee sind neuerdings mehrere Veränderungen vorgekommen. Eine Menge Pensionirungen unter den Generalen haben stattgefunden, darunter auch die des früheren Kriegsministers, Feldmarschall-Lieutenant Zanini. Die Centralcommission der hiesigen Stadtcommandantur hat ein Circular an sämmtliche Zeitungsredactionen erlassen, worin denselben auf Befehl des Gouverneurs Welden streng eingeschärft wird, sich während des Belagerungszustandes aller Artikel über die Größe, den Stand und die Aufstellung der Armee zu enthalten. Das Gerücht von der nahen Ankunft des Kaisers erhält sich zwar, aber es heißt, er werde, um allen Inconvenienzen auszuweichen, nicht in die Stadt, sondern nur nach Schönbrunn kommen und dort die Huldigung der Truppen und Behörden entgegennehmen. Die Angabe, daß ein anderer General statt Windischgrätz das Kommando gegen Ungarn erhalten habe, bestätigt sich nicht. — An das Verfassungsvotum der Stadt Wien für das Ministerium knüpft ein Brief in der Allg. Ztg. folgende Betrachtungen: „Wir sind begierig, ob die Handelswelt ihr Vertrauen durch die That bekräftigen wird, und auf welche Weise das Anlehen von 80 Mill. zu Stande kommen wird, welches der Finanzminister fordert. Die Einleitungsrede des Frhrn. v. Kraus war allerdings voll schöner Momente und verspricht die heerlichsten Aussichten für die Zukunft, aber wir verdenken es der Kammer nicht, daß sie über die neue Geldforderung etwas betreten war, nachdem man sie erst kürzlich wieder auf ihren Standpunkt als „konstituirende" verwiesen hat, und nachdem die Stimmen der Provinzen sie auffordern diesen Standpunkt vor allem festzuhalten. Gemünztes Geld wird indessen immer seltener, und es ist keine Uebertreibung, wenn ich Ihnen sage, daß man ein Zwanzigkreuzerstück mit einer gewissen Veneration anzusehen beginnt." — Wie der D. Allg. Ztg. geschrieben wird, hofft der Bürgerstand mit wahrer Bangigkeit auf Verlängerung des Belagerungszustandes. Damit stimmt überein, daß in der Vorstadt Gumpendorf unter den dortigen zahlreichen Fabrikanten eine Petition in jenem Sinne circulirt, da man nur in der Fortdauer des Belagerungszustandes die Bürgschaft für Erhaltung der dem Gewerbfleiß unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit erblickt.

Wien, 6. Dez. Die Union Siebenbürgens mit Ungarn ist bereits definitiv als aufgehoben zu betrachten. Nachdem Klausenburg von den kaiserl. königl. Truppen besetzt worden ist, wird das siebenbürgische Gubernium, wie es früher bestanden, ehestens reorganisirt werden, wozu man auch hier bereits die nöthigen Einleitungen getroffen hat. Was vor allem aber noththut, ist, daß der bisher geführte Vernichtungskrieg sogleich aufhöre, der, sollte er noch länger währen, dem Sieger — wer es auch immer sei — nur Leichen, Trümmer und Brandstätten zurücklassen würde. Lange genug hat bis jetzt zwischen den verschiedenen Stämmen, welche das unglückliche Land bewohnen, Nationalhaß, Mord, Brand, Elend und Verzweiflung gewüthet, und es wäre hohe Zeit, daß die Grausamkeiten und wilden Gräuel zwischen den Walachen, Szeklern, Magyaren, Serben und Sachsen gegeneinander aufhören. (Allg. Ztg.)

•I• **Kremsier**, 4. Dez. (Reichstagssitzung). Smolka ist bei der Deputation; Vicepräs. Cajetan Mayer ist Vorsitzender. Der Finanzminister Kraus legt dem Hause einen Bericht über den Staatshaushalt ab. Aus seinem Vortrage heben wir Folgendes hervor. Für das Jahr 1849 stellt sich ein Abgang von 49,340,000 fl. heraus; bedeutend vermehrt wird dieser Ausfall noch durch die bedeutenden mit der Neugestaltung der Monarchie verbundenen außerordentlichen Staatsausgaben, welche im folgenden Jahre nöthig sein werden, z. B. durch die Aenderung der juridischen Behörden. Ein genauer Voranschlag

ist wegen der eigenthümlichen Lage Oesterreichs und Cucapas nicht möglich. Werde jedoch die Verwaltung auf die Basis einer jeden guten Finanzverwaltung, auf die Gerechtigkeit basirt, so sei Ueberwindung der Schwierigkeiten schon zu hoffen. Die Besorgnisse des Publicums über die Größe der Staatsschuld seien unbegründet. Sie sei viel geringer als z. B. die französische, der englischen zu geschweigen, welche letztere, im Verhältnisse zur Einwohnerzahl die österreichische mehrfach übertreffe. Als Quellen zur Deckung des ergebenen Ausfalls bieten sich dar: 1) Besteuerung des Zuckers aus inländischen Stoffen. 2) Zeitgemäße Umgestaltung des Zollsystems, allmälige Aufhebung der Einfuhrverbote, wodurch sich der Handel heben und namentlich Wien vermöge seiner vortheilhaften Lage einen außerordentlichen Aufschwung nehmen wird; nur nach Aufhebung dieser Einfuhrverbote sei ein inniger Anschluß an Deutschland möglich. Doch könne man mit dieser Maßregel nicht eilen. 3) Erhöhung der Branntweinsteuer. 4) Eine Gebäudesteuer, ferner eine Vermögenssteuer, eine gehörig geordnete Erwerbssteuer und Stempelabgabe. Man müsse vor Allem den Wohlstand des Volkes im Auge haben, dieser bilde den eigentlichen, den besten Staatsschatz. Deshalb müßten andere Steuern erniedrigt und gerechter vertheilt werden. Die Grundsteuer sei für alle Provinzen gleichmäßig zu vertheilen; das Salzmonopol treffe gerade die minder begüterte Volksklasse; die Salzpreise seien also herabzusetzen. Verzehrungs-, insbesondere Weinsteuer bedürfen vielfach einer Erleichterung und besserer Vertheilung. Aufzuheben ist die von der französischen Verwaltung in Oesterreich allein noch vorhandene Personalsteuer. Obgleich das Lotto einen namhaften Theil der Staatseinkünfte bildet, so ist doch seine Aufhebung nicht nur aus moralischen, sondern auch aus staatswirthschaftlichen Gründen erforderlich, denn es entzieht dem Verkehre gegen 13 Mill. fl. jährlich (Beifall). Das Ministerium behält sich vor, auf alles dies bezügliche Gesetzentwürfe vorzulegen. Indeß ist der bewilligte Kredit beinahe erschöpft, namentlich im Hinblick auf die Lage der Nationalbank ist ein neuer bedeutender Kredit erforderlich. Das Finanzministerium gibt einen schriftlichen Antrag auf Kreditbewilligung in die Hände des Präsidiums. Beifall folgte dem Schlusse der Rede des Finanzministers. Der Vorstand stellt den Antrag, die Vorlage des Finanzministers der Finanzcommission zu überweisen. Der Hauptinhalt derselben ist folgender: der im August bewilligte Kredit von 20 Mill. fl. ist fast erschöpft. Ein Abgang von fast 50 Mill. fl. und fernere große Ausfälle stehen bevor. Das Ministerium muß einen größeren Kredit, als jene Ausfälle betragen, nachsuchen, um eine freiere Bewegung der Finanzverwaltung zu sichern. Der Krieg macht den Kreditbedarf zu einem dringlichen. Wenn auch die Wiederkehr des Friedens den Geldverkehr wieder heben wird, so ist doch gegenwärtig durch Abtragung eines Theils der Staatsschuld an die Nationalbank eine Verbesserung des Verhältnisses von Papier zu Silber dringend nöthig. Das Ministerium stellt daher einen Antrag, der im Wesentlichen darin besteht, daß die hohe Reichsversammlung beschließen möge, das Ministerium im Jahre 1849 zu einer Anleihe bis zu 80 Millionen Gulden zu ermächtigen und eine theilweise Abtragung der Schuld an die Nationalbank zu gestatten. — Szemialkowsky stellt den Antrag, den Antrag des Finanzministeriums erst nach Berathung der Grundrechte in Erwägung zu ziehen. Nach längerer Diskussion wird dieser Antrag beseitigt, und der Antrag des Vorstandes auf Ueberweisung an den Finanzausschuß, mit 8tägiger Frist zur Berichterstattung (nach einem Antrag Borrasch's) angenommen.

Prag, 6. Dez. Heute Abends 6 Uhr fuhren die Reichstagsdeputirten wieder nach Kremsier zurück, nachdem sie den Zweck ihrer Sendung heute Mittags erreicht. Kaiser Ferdinand erwiderte ihre Adresse mit herzlichen Worten. Nur die Ueberzeugung, es liege im Interesse des Staatswohls, den Scepter jüngeren Händen zu überlassen, habe ihn bei der Abdankung geleitet; das Vertrauen, das die Völker ihm geschenkt, mögen sie auf seinen Nachfolger übertragen, dach werde auch Er stets ein liebender Vater seinen Völkern bleiben, die er einst beherrscht. Es freue ihn, daß Oesterreichs Völker das Geschenk der konstitutionellen Freiheiten anerkennen, nur wünsche er, daß sie auch vernünftig gerafft würden.

Wahlen für das Frankfurter Parlament sind in Böhmen noch neuerdings theils von den kaiserlichen Behörden ausgeschrieben, theils wirklich abgehalten worden. (C. Bl. a. B.)

(Lith. Korr.) **Berlin**, 8. Dez. Hr. v. Bülow-Cummerow hat ein Circular an die Mitglieder des Zuckerparlaments erlassen, in welchem er die journalistische Presse einer Kritik unterwirft. Er empfiehlt vor Allem die Neue preuß. Zeitung und das Volksblatt für Stadt und Land, warnt hingegen vor der Mehrzahl der übrigen Blätter, sogar vor der Vossischen und der Spener'schen Zeitung wegen des verderblichen Schwankens in der Richtung dieser Journale. Ähnlich hat eine kleine Schrift herausgegeben: Die Novembertage in Berlin und Brandenburg.

△ **Berlin**, 9. Dez. Das Urtheil über die neue Verfassung hat sich seit dem ersten Tage, wo dieselbe bekannt wurde, wenig verändert. Im Allgemeinen waltet dasselbe Gefühl der Befriedigung fort, wenn es sich nicht eher vermehrt. Man ist nicht allein deshalb froh, daß durch die Oktroyirung mit einem Schlage allen Wirren ein Ende gemacht ist, welche eine weitere Vereinbarung mit der Nationalversammlung unabweisbar in Aussicht stellte; sondern man hegt nunmehr auch, und zwar in Folge des über Erwartung freisinnigen Inhalts der Verfassung, die Ueberzeugung, daß ein besseres nicht erzielt worden wäre, wenn die Nationalversammlung auch noch so lange zusammen geblieben sein würde. Die Arbeiten der Centralkommission, die doch zu einem großen Theil als die Ansichten der Volksvertretung gelten dürfen, sind dem neuen Verfassungswerke mit einer überraschenden Gewissenhaftigkeit zum Grunde gelegt. Dies ist eine Thatsache von großer Bedeutung. Selbst die heftigste Opposition wird ein Feld, wo nichts für sie zu ärnten ist, bald verlassen: um annehmen oder ablehnen handelt es sich nicht im mindesten. Aller Kampf wird sich auf die Wahlen werfen; dort ist allerdings viel zu gewinnen und viel zu verlieren. Die Oppositionspartei, wozu die Anhänger der ehemaligen Linken und der Fraktionen Unruh-Rodbertus gehören, ist bereits mit einer Organisirung eifrig beschäftigt. Während ein Centralkomité in Berlin verbleibt, sollen in den Provinzen spezielle Wahlkomité's organisirt oder die vorhandenen demokratischen Vereine dazu benutzt werden; ja der demokratische Rustikalverein von Schlesien erläßt bereits in diesem Sinne einen Aufruf. Die gemäßigt-konstitutionelle Partei wird indeß ebenfalls nichts unversucht lassen, um die ihr jetzt günstige Lage der Dinge zu erhalten. Sie hat zu viel Lehrgeld bezahlt, als daß sie nicht endlich etwas gelernt haben sollte. — Heute Morgen ist eine aus 20 Mitgliedern bestehende Deputation der Stadt Breslau hier angekommen und sofort nach Potsdam gegangen, um dem König den Dank ihrer Stadt für die Verleihung der Verfassung darzubringen. An der Spitze der Deputation stand, außer mehreren städtischen Magistratspersonen, der Graf Zieten, welcher sich als Kommandeur der bewaffneten Bürgerwehr in Breslau allgemeine Anerkennung erworben hat. Von Posen wird ebenfalls eine Deputation erwartet. Desgleichen aus vielen andern näheren und entfernteren Städten. Dankadressen werden bald in bedeutender Anzahl einlaufen. In Berlin cirkuliren solche schon und finden die reichsten Unterschriften. — Von Interesse wird auch für Sie folgendes Handschreiben sein, welches der Oberburggraf, Alterspräsident von Beünneck, vom Könige erhalten hat. „Mein theurer Brünneck. Ich beauftrage Sie, da die gebieterische Nothwendigkeit mich gezwungen hat, die Nationalversammlung aufzulösen, und die Verfassung zu geben, Ihren Gesinnungsgenossen aus der Versammlung, den treuen und edlen Preußen, die der Stimme der Ehre und der Treue, sowie Sie ausschließlich Gehör gegeben haben, in Meinem Namen Meinen wärmsten Dank, meine herzlichste Anerkennung auszusprechen. Sie, mein lieber Brünneck, haben einen großen Theil an diesem Dank. Empfangen Sie denselben mit selbstbewußter Befriedigung von Ihrem wohlgeneigten König Friedrich Wilhelm. Berlin, 6. Dezbr. 1848." — Ueber die Aufhebung des Belagerungszustandes ist noch immer nichts bekannt; doch lassen die in Betreff der Truppendislocirungen getroffenen Maßregeln dieselbe nach nicht sobald erwarten. Es wird nämlich jetzt dafür gesorgt, daß die bisher zum Theil nur provisorisch in Staatsgebäuden ꝛc. untergebrachten Truppen bessere Quartiere erhalten. Man sucht zu diesem Ende Privatwohnungen ausfindig zu machen, welche, gegen ein Servis von 1 Thlr. pro Monat und Mann, zur Aufnahme von Soldaten bereit sind. Doch sollen nirgends weniger als 20 Mann einquartirt werden. Ein Theil der Truppen bezieht Cantonnements in der Umgegend; selbst ein Theil der Landwehr. — Die Ausweisungen und Verhaftungen dauern fort. So wurden gestern Morgen in der

Digitized by Google

Oranienburger Straße mehrere Personen, und zwar Polen, verhaftet und wichtige Papiere, die man bei ihnen auffand, mit Beschlag belegt. — General Wrangel hat gestern den Maschinenbauern die Erlaubniß zu zweimaligem Versammeln in der Woche gewährt, dabei jedoch die Bedingung gestellt, daß sie sich eine polizeiliche Ueberwachung gefallen lassen und alle politische Fragen von der Diskussion ausschließen.

Frankreich.

* **Paris**, 7. und 8. Dez. Wir haben des Wichtigen so viel zu berichten, daß wir uns wider unsern Willen für jetzt auf Resultate beschränken müssen, wo das Interessanteste in den Einzelheiten liegt. Gegen General Cavaignac ist eine neue Insinuation gebraucht worden, aus welcher er ganz vollkommen gerechtfertigt hervorging, die aber seiner Candidatur darum nicht minder schaden kann. Unsere Leser erinnern sich des von der Regierung eingebrachten und dann wieder zurückgenommenen Dekretentwurfs über die Nationaldelohnungen. Es war derselbe aus einer Arbeit hervorgegangen, die von einer Commission gemacht wurde, welche von der ehemaligen provisorischen Regierung ernannt war. Sie war von 4500 Aktenfascikeln begleitet, welche dem vorigen Minister Senard durch die Hand gingen und von ihm an den betreffenden Ausschuß der Nationalversammlung übergeben wurde. In gutem Glauben, daß es sich, der Ueberschrift nach, nur von Unterstützungen für Kämpfer im Februar und ähnliche Kategorieen handle, wurde der Gesetzesentwurf mit dem dazu gehörigen Antrage eines Credits von einer Million und einer Rente von 600,000 Fr. an die Nationalversammlung gebracht. Was fand sich aber bei der genaueren Durchnahme dieses Entwurfs zu sogenannten Nationaldelohnungen? Namen von politischen Meuchelmördern und ihren Verwandten, wie der Familie Allband's und Pepin's, Boucheron's, der wegen eines Attentats gegen die Familie Ludwig Philipp's gerichtlich verurtheilt wurde, gemeine Böswichter und Schurken, wie Coffineau, die des Diebstahls überwiesen worden, neben Männern von Bedeutung, wie Marast und Andere, die mit ein paar hundert Francs bedacht werden sollten, welche sie natürlich nie verlangt haben. Um den Scandal voll zu machen, standen Namen von Männern darauf, welche, wie Obrist Ambert, im Februar, wie sie selbst in der Versammlung erklärten, auf der Seite der königlichen Truppen kämpften. Auf einer Liste waren die eigentlichen Kämpfer des Februar. Diese sogenannten Actenstücke tragen die Namen der Herren Rouen und Foet, Mitglieder der alten, von der provisorischen Regierung ernannten Commission, auch Albert soll nach Senard's, von Andern jedoch bestrittene Angabe die Hand darin gehabt haben. Am meisten hat indeß der Zufall gethan. Es sind nämlich Listen über sämmtliche politische Gefangene, die nur zur Notiz dienen sollten, mit unter die Acten gekommen. Sobald der jetzige Minister, Herr Dufaure, durch die Commission selbst Mittheilung von diesen Thatsachen erhielt, beeilte er sich, den Entwurf zurückzunehmen, was General Cavaignac in einer der vorigen Sitzungen der Nationalversammlung anzeigte. Larochejaquelin verlangte, daß die Acten auf die Tafel des Hauses gelegt würden, was natürlich nicht angenommen wurde. Nun verschaffte sie sich aber die Redaction der „Presse" und beuckte sie ab, wo sie dann gleich die Runde durch die Journale machten und große Entrüstung hervorriefen. In der Nationalversammlung sprachen sich darauf Senard, Dufaure, besonders aber General Cavaignac selbst unter Darstellung des Sachverstands mit tiefer Bewegung über diesen unwürdigen Handel aus, in welchen ihre Namen gemischt worden. Niemand werde ihm, sagte der General u. A., zutrauen, daß er Meuchelmördern und Schurken zum Patron habe dienen wollen, und von den vielen Verläumdungen, die gegen ihn ausgestreut worden, habe ihn keine so tief geschmerzt, wie diese. Der Präsident der neuen Commission, Herr Bucche, bezeugt den Bestand der Sache, wie wir ihn gemeldet haben. Larochejaquelin, der die Verhandlung angeregt hatte, erklärte selbst, es sei ihm nicht eingefallen, eine Beschuldigung des Generals, oder der jetzigen Regierung aussprechen zu wollen, er habe nur der Entrüstung der Versammlung über die Sache selbst Worte geliehen. Guinard, welcher Präsident der alten Kommission war, machte Gegenbeschuldigungen gegen die Restauration, die den Meuchelmördern des Marschalls Brune und der Protestanten in Nimes Jahrgehalte ausgesetzt habe, welche die Republik noch bezahlen müsse. Es sei billig, daß die letztere ihre Kämpfer belohne. Die Dokumente seien übrigens nicht ächt, sie trügen keine Unterschrift (doch, doch!). Als dieser Redner Herrn Thiers aufrief, dessen Gefangener er seiner Zeit gewesen sei, antwortete dieser unter dem Beifall der Rechten: Nicht mein Gefangener waren sie, sondern der Gefangene des Gesetzes! In der Verhandlung stellte sich noch heraus, wie leichtsinnig die unbekannten Urheber dieses Handels verfahren. Die Berechnung ergibt ein Kapital von 766,000 Fr. und eine Rente von 610,006 Fr. Statt dessen ging die Forderung auf 600,000 Fr. Rente und 1 Mill. Kapital. Die Nat.-Vers. ging nach langen stürmischen Debatten fast einstimmig zur einfachen Tagesordnung über. Nur die äußerste Linke und einige wenige Mitglieder anderer Seite des Hauses stimmten dagegen. Durch diese Abstimmung waren mehrere in Vorschlag gebrachte motivirte Tagesordnungen beseitigt. Die Mitglieder der Regierung stimmten selbst für einfache Tagesordnung, da diese, wie Vivien sagte, bei so unzweifelhaften Thatsachen geeigneter wäre.

Paris, 7. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 67. 50; 3pCt. 41. 45; Neue —. —; Neapol. —. —; Bankaktien 1415. —; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. 25⅛; 3pCt. inländische —. —; St. Germain Eisenbahn-Aktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 103. 75; linkes Ufer 105. —; Paris-Orleans 610. —; Paris-Rouen 355. —; Orleans-Bordeaux 363. 75; Orleans-Vierzon 220. —; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 165. —; Straßburg-Basel 75. —; Nordbahn 346 25; Paris-Lyon — —; Paris-Straßburg 325. —; Römisches Anlehen 56½.

Ueber den Fall der Effekten an heutiger Börse s. den Art. Paris. Nach der Börse wurden 5pCt. zu 66. 50 umgesetzt.

Paris, 8. Dez. 5pCt. 68. 10; 3pCt. 42. 35; Neue 68. 40; Neapol. 78. —; Bankaktien 1450. —; 5pCt. Span. (Aed.) — —; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. — —; St. Germain Eisenbahnaktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 103. 75; linkes Ufer 110; Paris-Orleans 630; Paris-Rouen 357 50, Orleans-Bordeaux 365. —; Orleans-Vierzon 215.; Rouen-Havre —; Marseille-Avignon 175. —; Straßburg-Basel 76. 25; Nordbahn 348. 75; Paris-Lyon (Certificate) —; Paris-Straßburg 326. 25; Röm. Anl. 57.

Die Erklärungen des Ministers des Innern in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung beruhigten die Börse. Dazu kam ein Baargeschäft von 95,000 Fr. 5pCt. Rente. Die Course stiegen bei wenig Geschäften. Röm. Anlehen ½pCt. besser.

Spanien.

Madrid, 1. Dez. 3pCt. Rente 19⅛ Papier. (Nach der Börse 19 à 19¼ G.); 5pCt. 9 baar. (N. d. B. 9⅛ G.); Passive Staatsschuld 3¾ P. (N. d. B. — —)

Auf Antrag des päpstlichen Nuntius werden in allen Kirchen öffentliche Gebete zur Rettung des Papstes angestellt. — In Cadix wird die Anwesenheit des Herzogs und der Herzogin von Montpensier mit großen Festlichkeiten gefeiert. — Mehrere montemolinistische Häuptlinge haben sich der Regierung unterworfen.

Madrid, 2. Dez. 3pCt. 19 15/16 à 20 Pap.; 5pCt. 9⅝ à ½ G.; Passive Staatsschuld 3¾ Pap.

Die Gewißheit, daß das Coupon der Staatsschuld bezahlt wird, hob die Course. — Morgen gibt Narvaez ein großes Diner, wozu mehrere politische Personen eingeladen sind, u. A. Hr. Sejas Lorenzo, der ministerielle Kandidat zur Präsidentenwürde in der zweiten Kammer. Für die erste ist es der Prinz v. Anglona.

Italien.

* Das römische Ministerium will außerordentliche Gesandte nach Frankreich, England und Deutschland schicken, welche den Regierungen diese Lage über die Lage der Dinge daselbst Aufschluß geben sollen. — Außer den diplomatischen Corps haben auch noch Salviati, Borghese, Doria und Rospigliosi Rom verlassen. Letztere begaben sich nach Gaeta. Die wenigen Cardinäle, welche in Rom geblieben sind, sollen, wie die Alba sagt, mit geheimer Mission betraut sein. Der Papst hat nach Versicherung eben dieses Blattes, gegen Alles, was seit dem 16. November in seiner Hauptstadt geschah, protestirt.

Tempo vom 28. stellt in Aussicht, daß der Papst nach Neapel kommen werde, wo bereits die Zimmer für ihn hergerichtet würden. Die Turiner Concordia vom 4. Dezember meldet nichts von einem Vergiftungsversuche, welcher, wie das französische Blatt La Patrie wiederholt versichert, gegen Carl Albert stattgefunden haben soll. In der Deputirtenkammer in Turin zeigte Pinelli den Rücktritt des Ministeriums an, die Concordia erzählt von großen Freudenbezeigungen, welche auf diese Nachricht im Volke statt fanden.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 11. Dezember.

Tagesordnung der 133. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurf „der Reichstag" und zwar über Art. II. §. 4 und folgende, Art. III. und Art. IV.

Der Vorsitzende, Heinrich v. Gagern, zeigt den Austritt der Herren a Prato aus Roveredo und Kromp aus Prohlitz in Mähren an. Für den Letzteren erklärt Esterle aus Caodalese, daß a Prato doppelte Diäten (für Wien und Frankfurt) nicht bezogen. In den volkswirthschaftlichen Ausschuß sind die Herren Becker aus Gotha, Stolle und Schlör gewählt. Schoder fragt beim Reichsministerium der Justiz an: ob das Kriegsrecht in Wien noch fortdauere und was geschehen, um den rechtlosen Zustand zu beenden. Wesendonck dasselbe Ministerium: wie weit die Untersuchung gegen Simon von Trier, Zitz und Schlöffel gediehen sei, indem er Beschleunigung derselben verlangt. Die Antwort soll in der Freitagssitzung erfolgen.*)

Nachdem die Dringlichkeit eines Antrags in Bezug auf die Schulfrage abgelehnt und der Gegenstand daher dem einschlagenden Ausschusse zugewiesen ist, wird zur Tagesordnung übergegangen: Berathung des Verfassungsentwurfs der Reichstag. Auf Eisenstuck's Antrag werden die §§. 4, 5 u. 6, als innig zusammenhängende, auch gemeinsam behandelt.

Moritz Mohl: Soll der künftige Reichstag nichts weiter als ein modificirter Bundestag sein? Das würden wir aber bewirken, wenn wir die Hälfte der Vertretee des Staatenhauses von den Regierungen ernennen ließen. Nur von den Abgeordneten des Volkes sind sie zu ernennen, denn auch die ersten Kammern — man weiß, wie sie vorzugsweise aus aristokratischen Elementen zusammengesetzt werden.

Gfrörer ist ebenfalls gegen Ernennung der Hälfte des Staatenhauses durch die Regierungen, wie überhaupt gegen dessen vorgeschlagene Zusammensetzung. Der dynastische Wille, nicht der Wille des Volks werde durch ein solches Staatenhaus zur Geltung gelangen. Eine Versammlung von 176 Bureaukraten und Diplomaten würden wir haben, einen Tummelplatz von Intriguanten. (Lachen.) Das Staatenhaus sei eins der unglücklichsten politischen Produkte, die ihm jemals im Leben vorgekommen. (Erneute Heiterkeit.) Marionetten werde man von Wien, München, Berlin schicken unthätig im Frieden, unnütz im Kriege, politische Quacksalber! Allerdings wolle auch er etwas Festes und sei darum für das Zweikammersystem. Das Feste aber sei seiner Meinung nach herzustellen, wenn man das Staatenhaus zusammensetze zu einem Drittel aus Wahlen der Provinzialstände, zu den beiden andern Dritteln aus den höchstbesteuerten Gewerbtreibenden und Grundbesitzern. „Nehmen Sie meinen Vorschlag an," schließt Gfrörer eine Rede, zu komisch in ihrer Haltung und in ihren Mitteln, um von irgend welcher staatsmännischen Wirkung zu sein, „nehmen Sie ihn an und es wird Sie nicht gereuen." (Lachen und Beifall.)

Ahrens aus Salzgitter kann gleichfalls nicht einverstanden sein mit dem Staatenhause des Verfassungs-Entwurfs, verschiebt aber seinen Antrag auf die zweite Lesung. Die Grundzüge des Bildes, welches ihm von dem Staatenhause vorschwebt, sind zu finden in einer wahren ständischen Repräsentation, wie sie z. B. nach dem neuen Wahlgesetze in Hannover ins Leben eingeführt sei. Dadurch würde ein soziales Staatenhaus gebildet werden, während der Verfassungsentwurf um nur Eins zu berühren, den großen Fehler begehe, das monarchische Prinzip von dem Gesammtinteresse abzulösen. Die lehrsame Erscheinung

v. Linde's auf der Rednerbühne hat zur Folge, daß es plötzlich sehr lebendig in den Gängen und dann äußerst leer auf den Plätzen der Abgeordneten wird. Der Redner sucht seinen Antrag zu rechtfertigen, nach welchem die zweite Hälfte der Staatenhausmitglieder durch die Grunddesitzer und Gewerbtreibenden, anstatt durch die Kammern, gewählt werden soll.

Das Schlußwort nimmt hierauf Dahlmann: Die Ereignisse dieses Jahres haben den Sieg des konstitutionellen Systems in unserm Vaterlande entschieden, die Regierungen, d. i. die Ministerien, gehen mithin hervor aus dem Willen des Volks. Sonach gehen auch beide Theile des Staatenhauses, wie es Ihnen der Verfassungsausschuß vorschlägt, aus dem Willen des Volks hervor. Nach v. Linde's Antrag würde die Volksvertretung vom Staatenhause ausgeschlossen — wir haben ihr ein solches Mißtrauensvotum nicht ertheilen können, wie wir auch, was die hier gegen die Regierungen geäußerten Bedenken anlangt, nicht glauben können, daß ein Ministerium das Vertrauen der Kammern, durch das es in's Amt gerufen wird, sofort verliere, wenn es sodann im Amte ist.

Das Ergebniß der Abstimmung ist die Annahme folgender Paragraphen (ganz nach dem Entwurfe des Verfassungsausschusses):

§. 4. Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der Staaten ernannt.

Wo zwei Kammern bestehen, wählen diese in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit.

§. 5. In denjenigen Staaten, welche nur ein Mitglied in's Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt.

§. 6. Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung im Staatenhause verbunden sind, haben diese über die gemeinschaftlich vorzunehmende Wahl ein Abkommen unter einander zu treffen. Das Prinzip der Theilung der Wahlberechtigung zwischen Regierung und Volksvertretung darf dabei nicht verletzt werden. Das ganze Abkommen ist der Reichsregierung zur Genehmigung vorzulegen.

Ueber die folgenden Paragraphen findet die Abstimmung ohne vorgängige Besprechung Statt. Es wird zum Beschluß erhaben (ebenfalls nach dem Mehrheitserachten des Verfassungsausschusses):

§. 7. Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses.

§. 8. Mitglied des Staatenhauses kann nur ein Solcher werden, welcher

1) Staatsbürger desjenigen Staates oder Staatenverbandes (siehe §. 6) ist, welcher ihn sendet;
2) das 30ste Lebensjahr zurückgelegt hat;
3) sich im vollen Genusse der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet.

§. 9. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf 6 Jahre gewählt. Sie werden alle 3 Jahre zur Hälfte erneuert.

Dazu der Antrag Koch's aus Leipzig und Genossen:

Bei außerordentlichen Reichstagsversammlungen, welche nach Ablauf der für die theilweise Erneuerung bestimmten Periode und bevor noch die neuen Wahlen zur nächsten ordentlichen Reichstagssitzung erfolgt sind, berufen werden, bilden die Mitglieder der letzten ordentlichen Sitzung auch für die außerordentliche Sitzung das Staatenhaus.

Artikel III. §. 10. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.

Eine Besprechung findet erst wieder Statt vor §. 11. Mölling verlangt, daß die Mitglieder des Volkshauses nur auf Ein Jahr gewählt werden sollen. Herr Mölling ist kein glücklicher und geschickter Redner. Sein Fürwort hat den dringenden Ruf nach Schluß zur Folge. Wigard vertheidigt das Minderheitserachten, wornach auf zwei Jahre gewählt werden soll. Für die Mehrheit des Ausschusses spricht Briegleb. Es sei im In-

*) Den Antrag des Abgeordneten Wagner aus Steyr, dessen wir in dem Berichte vom 9. d M. (Beilage zu Nr. 325) bereits gedachten, theilen wir nachträglich heute seinem Wortlaute nach mit:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, dem Ausschuß für internationale Angelegenheiten den Auftrag zu ertheilen, im Einvernehmen (allenfalls durch Subkommissionen) mit dem volkswirthschaftlichen und dem Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten geeignete Vorschläge betreffs eines Bündnisses zwischen Deutschland und dem nicht-deutschen Oesterreich zur Einleitung der weiteren nöthigen Schritte und Anweisung der Centralgewalt vorzulegen, worin einerseits mit Berücksichtigung der Sachlage und obwaltenden Verhältnisse zwischen den deutschen und nicht-deutschen Ländern Oesterreichs, andererseits ohne dem provisorischen Beschlusse über die §§. 2 und 3 des Verfassungswerks zu vergeben, die Erledigung der Zollfrage und dezugsweise der Aufnahme der nicht-deutschen österreichischen Lande in das deutsche Zollgebiet, der gegenseitige Schutz und Trutz gegen innere und äußere Feinde, die gegenseitige Verbürgung der verfassungsmäßigen Freiheiten, die Regelung des diplomatischen Verkehrs und überhaupt die Erledigung aller und jener Fragen, welche zunächst von entscheidender Wichtigkeit sind, sofort aber für die nächste Zukunft angebahnt würde."

Digitized by Google

teresse der Politik des Hauses, daß eine gewisse Stetigkeit darin nicht vermißt werde. Deshalb habe der Ausschuß den vierjährigen Turnus vorgeschlagen. Indessen entscheidet sich die Abstimmung für eine Modification des Verfassungsvorschlags nach dem Antrage Widrnmann's.

§. 11. Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt.

Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriftrn.

Artikel IV. §. 12. Die Mitglieder des Reichstags beziehen ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Den Mitgliedern des Reichstags werden die Tagegelder und Reisekostrn aus der Reichskasse gezahlt.

§. 13. Dir Mitglieder beidrr Häuser können duech Instruktionen in ihree parlamentarischen Thätigkeit nicht gebunden werden.

§. 14. Nirmand kann gleichzeitig Mitglird von beiden Häusern sein.

Damit ist die heutige Tagesordnung rrschöpft, weshalb die Sitzung schon 1½ Uhe Nachmittags geschlossen wied. Die heutige Berathung wird morgen fortgesetzt.

Frankfurter Börsenbericht.

(Wochenbeeicht.)

Die prrußische Nationalversammlung ist aufgelöst, der König hat eine oktroyirte Verfassung erlheilt und die Berliner Böese jubelt hoch auf. Les écus sont royalistes! nach deutschee Uebersetzung von Welckee: Das Vertrauen kehrt wieder, die Staatsschuldscheine steigen. Dagegen meint ein republikanischer Contremineur: Wenn die Metalliques steigen, fällt dir Freiheit im Cours. Vor zwei Monaten würde das Ereigniß den Baissiern eine willkommene Ausbeute gelieferet haben. Jetzt erfreuen sich ihee Gegner der eevolutionäeen Maßeegel von Oben. Freudig begrüßen sie ein Zeichen der Kraft und sehen darin eine Bürgschaft wiederkeheendes Vertrauens. Weibee und Spekulanten lieben Kraft nnd Entschiedenheit. Möchte diese Zuversicht eine bauernde sein!

Das Geschäft wae in oeegangener Woche sehr belebt und erinnrrte an die ooemärzlichr Zeit. Bedeutrnde Posten aller gangbaeen Effekten wueden mit Leichtigkeit umgrsetzt. Die Spekulation erwachte namentlich füe österreichische und ganz brsonders für fl. 500 Anlehnsloose, die unter stetem Begehr von 117½ auf 125½ stiegen. Fl. 250 Loose hoben sich von 78¾ anf 79¾ und rechnet man den Spielwerth auf die am 1. Dez. stattgehabte Ziehung mit 2½pCt., so ergibt sich eine Preisrerhöhung von 3½pCt. Auf 5pCt. Metalliques betrug die Differenz 4pCt. (68¾ à 72¾), dir 2½pCt. besserten sich um 2pCt. (36⅜ à 38⅜). Von beiden Gattungen waeen ziemliche Posten an den Maekt gekommen, allein bereitwillig aufgenommen worden. Der Handel in österreichischen Bankaktien ist brschränkt; es kommen nur kleine Parthieen voe. Die Diffeeenz betrug fl. 44 pr. Stück (fl. 1160 á 1204). Die österreichischen 1pCt., 3pCt. und 4pCt. Obligationen, seit geraumer Zeit verlassene Waare, regen sich auch wieder. Die ersteren stiegen von 13¾ auf 14½, dir beiden letztern von 40½ auf 42½ und 56 auf 58¾. Preußische Staatsschuldscheine und Köln-Mindener Eisenbahnaktien waeen Gegenstand dee lebhaftesten Nachfrage. Die Preisrerhöhung auf eisteen betrug 3pCt. (77 à 81) auf letztere 6½pCt. (77 à 83½) Man schreibt das bedeutende Steigen der letzteren in Berlin dee Contremine zu, die vielleicht den Cours noch mehr in die Höhe getrieben hätte, wenn nicht für hiesige Rechnung starke Posten an die Beeliner Börse gekommen wären. Ein Gleiches gilt von Friedeich-Wilhelm-Nordbahnaktien; bedeutende Posten wurden nach Berliner Aufträgen angekauft und obgleich das Steigen nicht im Verhältniß der dortigen Notiz stattfand, so betrug die Preisrerhöhung 3¼pCt. (40⅛ à 43⅜). Man sieht mit banger Erwartung dee Generalversammlung der Aktionäee am 29. in Kassel entgegen. Es handelt sich nämlich um die Beschaffung eines weiteeen Baukapitals von Tdle. 900,000. Einen ähnlichen Aufschwung erfuhren Berbacher Eisenbahnaktien; sie stiegen von 64¼ auf 67¼ trotzdem, daß bedeutende Verkäufe pr. komptant ausgeführt wurden. In den neuen 5pCt. Prioritäts-Obligationen haben ziemliche Umsätze stattgefunden. — Badische fl. 35 und hessische Thle. 40 Loose waren Gegenstand lebhaften Beekehes. Vor der Ziehung am 1. Dez. notirte man fl. 25½ und Thlr. 25¼ und gegenwärtig fl. 26½ und Thlr. 25½ was mit Rücksicht auf den Spielpeeis einen Aufschlag von fl. 1½ und Thle. 1 beträgt. Nicht mindee beliebt sind polnische fl. 500 Loose, die nue in kleinen Parthieen zum Vorschein kommen; sie stiegen von Thlr. 69½ auf Thlr. 71½ Auch die großheezoglichen fl. 50 Loose wurden besser bezahlt; sie sind zu fl. 60¾ zu lassen. Untee den südeutschen zinstragenden Papieren, die bei stetee Nachfrage eine verhältnißmäßige Besserung erfuhern, sind es besonders 4pCt. darmstädtische, die zu 84¼ bis 85 Käufer finden.

Den Höhrpunkt der Course bildet der 8. Dezember. Am folgrnden Tage zeigte sich eine Rückwirkung, die sich besonders in österreichischen Fonds und Eisenbahnaktien geltend machte. Die bevorstehende Präsidentenwahl in Frankreich übt wohl einigen Einfluß. Indessen beingt die neueste Wiener Post einen Bericht des Finanzminister Kraus über die Finanzlage Oesterreichs. Das Resultat ist ein Deficit von 50 Millionen und ein Antrag zur Kontrahieung eines neuen Anleihens von 80 Millionen Gulden, verstehet sich untee freier Konkurrenz, da nach dem neuen Systeme die Zeit dee Monopole vorübee ist. Ob auf diesem Wege die Staatsregierung im gegenwärtigen Moment ein befriedigendes Resultat erreicht, stehet dahin. Jedenfalls dürfte die Anordnung der preußischen Regieeung, eine freiwillige Anleihe zu annehmbaren Bedingungen auszuschreiben, der im Fall des Mißlingens eine Zwangsanleihe substituirt wird, auch für Oesterreich maßgebend sein.

In unserm Wechsel-Verkehr herrscht immer noch eine große Abspannung. Selbst die Nachfragr nach langsichtigen Devisen hat nachgelassen. Theils die erwachte Spekulation für Staatspapiere, vor Allem abee bir gänzliche Stagnation der Wechsel-Course auf den auswärtigen Plätzen, erklären die unerfreuliche Erscheinung. London, vor kurzer Zeit die briebtestr Devise, ist an letztee Böese in kurzer Sicht zu 120⅝ abgegeben worden. 3 Monat 120⅛ ohne Nehmer. Ein Gleichrs läßt sich von Amsteedam in k. S. sagen; man verlangt 100¾. Dagegen ist 2 Monat zu 100¼ zu placiren. Hamburg k. S. 87⅛ Bco. Auch für Beelin ist nicht mehr als 105 zu machen. Beemen zu 99 gefragt, eben so Leipzig à 105⅛ und Augsburg à 119⅝. Paris und Lyon wurde zu 91⅞ umgesetzt, ersteres zu haben. Mailand 100⅜ B. — Wien hat sich in den letzten Tagen von 107 bis 107⅞ gehoben und dürfte in der nächsten Woche noch höher bezahlt weeden. Coupons wueden zu 107½ umgesetzt. Die Preise der Geldsorten haben zwar keine wesentliche Veränderung erfaheen, allein einige derselben zeigen Neigung zum Rückgang, wie holländische fl. 10- und 20 Francsstücke. — Man notirt wie folgt:

Neue Louisd'ors fl. 11. 5 kr.; Pistolen fl. 9. 56 kr.; ditto preußische fl. 9. 57 kr.; holländische fl. 10 Stücke fl. 10. 3 ke.; Randdukaten fl. 5. 36 kr.; 20 Frankenstücke fl. 9. 37½ ke.; Englische Sooeeeiges fl. 12. 2 kr.; Gold al marco fl. 382; Laubthaier fl. 2. 43¼ ke.; preußische Thaler fl. 1. 45 kr.; Hochhaltig Silber fl. 24. 24 ke.; Gering und mittelhaltig fl. 24. 18 kr.

Vom 11. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, aller Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 72¼; 2½pCt. ditto 37¼; Bankaktien fl. 1233; fl. 500. Loose 124½; fl. 250. Loose 77½; Badische fl. 35. Loosr 26⅛; Hessische Rthlr. 40 Loose 25⅝; Polnische; fl. 500 Loose 71; Frieor. Wilh.-Nordbahn 41¼; Berbach 66½. Köln-Minden 81; 3pCt. inländ. Span. 18⅝; 4½pCt. Würt. 92⅞; 4½pCt. Belg. 73¼; Holl. 2½pCt. Integeale 47½.

Die Stimmung an der Börse war im Allgemeinen nicht ungünstig. Nordbahn und Badische Loose wurden billiger abgegeben, dagegen Hessische Loose besser bezahlt. Oesterreichische Fonds preishaltend.

Nachschrift.

†* **Frankfurt**, 11. Dez. Dem Vernehmen nach hat Hr. v. Gagern rin Programm eingeeeicht, welches die Bedingungen enthält, unter welchen er das Poetefeuille des Innern anzunehmen sich bereit erklärt. Dasselbe soll dem grstrigen Minister-Conseil vorgelegen haben.

: **Frankfurt**, 11. Dez. Bei der heutigen Bürgermeisterwahl wueden zum älteren Büegeemeister Hr. Dr. Müller, zum jüngeren Hr. Cöster erwählt.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag dee Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Ewer & Co. 72 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nro. 29 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue de Rambuteau.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 1. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. L. Zeitungs-Expeditionen für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 328. **Frankfurt a. M., Dinstag 12. Dezember.** **1848**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verfassunggebende Versammlung der freien Stadt. Die Fragen des Augenblicks.) Wien (Die Gerüchte über die Ankunft des Kaisers. Ernennungen und Pensionirungen. Kossuth. Parlamentarische Kämpfe in Kremsier. Die Reichskommissäre. Erleichterung im Belagerungszustand. Begünstigte Nationalitäten. Das Heer.) Innsbruck (Die Tiroler Landtag an die Tiroler Deputirten in Frankfurt.) Olmütz (Die Parteien in Kremsier. Gr. Stadion. Der Kaiser. Uebergang ungarischer Truppen.) Klagenfurt (Beabsichtigte Liga der deutschen Provinzen.) Prag (Aufruf an die Slawen.) Berlin (Die Verfassung. Aufschlüsse über die Beefassung. Die Böse.) Posen (Die Parteien.) Inowroslaw (Adresse an Bassermann.) München (Das Handelsministerium. Der Ausfall der Wahlen.) Stuttgart (Eifer für den Schutz deutscher Industrie. Strafverkenntniß.) Leipzig (Das österreichische Consulatwappen. Prof. Wuttke. Die Studentenschaft. Ansprache des Ministeriums.) Mannheim (Der vaterländische Verein an den Märzverein. Abmarsch der Nassauer. Militärisches. Handel und Verkehr.) Altenburg (Bevorstehende Parlamentswahl.) Aus dem Koburg'schen (Conferenz über die politische Zukunft der Thüring'schen Lande.) Aus dem Reußischen (Verhandlungen mit der sächsischen Regierung.) Flensburg (Schleswig'sche Truppen an die Grenze.) Rendsburg (Entwaffnung der Pontoniers.) Schleswig (Kriegsgericht.) Bremen (Unruhen.) Lübeck (Hr. Bremer zum Bürgermeister erwählt.)

Großbritannien. London (Vorübergehendes Jenny-Lind-Fieber. Prinz Waldemar von Preußen und die Offiziere des 50. Regiments. Gesetzloser Zustand in mehreren irischen Grafschaften. Rückkehr Lord Clarenden's nach Dublin. Gräßliches Unglück auf einem Dampfboot. Ueberseeische telegraphische Verbindung mit Irland. Parlamentswahlen.)

Frankreich Paris (Die Präsidentenwahl. Unruhen. Der provisorische Staatsrath.) Straßburg (Courier. Die deutschen Flüchtlinge.)

Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten.)

Italien. (Mittheilungen der Times über die Flucht des Papstes, dessen Empfang in Neapel und ein beabsichtigtes Bündniß zwischen Neapel und Sardinien zu gemeinsamer Intervention im Kirchenstaat. Conservative Wahlen in Toskana. Bologna rüstet gegen Rom. Kriegerische Aussichten in Piemont, in Folge des Ministerwechsels.)

Deutschland.

△ **Frankfurt**, 10. Dez. Die Verhandlungen über den von Dr. Schwarzschild gestellten Antrag, betreffend: „Behufs der Last der Einquartirung das Gesuch an hohen Senat zu richten, derselbe möge sich mit der Centralgewalt wegen Feststellung einer bestimmten Truppenzahl in's Einvernehmen setzen, für die Kasernirung aller Sorge tragen und den unbemittelten Einwohnern die Last der Einquartirung erlassen" — bieten insofern ein specielles Interesse, als wir den vom Senator Göster darauf gemachten Mittheilungen die Gewißheit entnehmen, daß die Stadt und deren Gebiet von der befragten, nunmehr seit 11 Wochen getragenen Last befreit werden dürfte. Hr. Göstee nämlich eröffnete in Erwiderung auf den beregten Antrag, daß für die allernächste Zukunft schon die Zahl der Besatzungstruppen auf etwa 4800 Mann werde vermindert werden, für ihre Kasernirung aber in der Art gesorgt worden sei, daß sämmtliche Mannschaften bis auf die Offiziere in den dazu hergestellten Lokalitäten in kürzester Frist untergebracht werden würden. Da jedoch die Mittheilung des Hrn. Köstee vielmehr eine offiziöse als eine offizielle war, so wurde Herrn Dr. Schwarzschild's Antrag ohne weitere Beanstandung angenommen. — Mit Hinsicht auf den in dieser Sitzung erstatteten Kommissionsbericht über den Staatsvertrag in Betreff der Anlage einer Telegraphenlinie von Frankfurt nach Berlin, wonach Preußen die Kosten der Herstellung übernimmt, wurde zwar dem Antrage der Kommission gemäß die Zustimmung von der Versammlung ertheilt, daran jedoch die Bedingung geknüpft, daß nach drei Jahren eine Revision des Vertrags vorzubehalten sei. Der übrige Theil der Sitzung war ausgefüllt durch Anträge von minderem Interesse und durch die Berathung der Geschäftsordnung, die bis zu §. 28 gelangte.

† **Frankfurt**, 10. Dez. Warum zaudert man denn? Die Thatsachen dräugen! wenn je, so dürfen jetzt die Beschlüsse ihnen nicht nachhinken. Oesterreich hat mit den Worten: „bestelle zunächst dein Haus — ich sorge für das meine", sich im Augenblick von Deutschland abgewandt, damit ist faktisch die Centralgewalt eine andere geworden, und sie kann in ihrer Spitze wie in ihren Organen nicht lange mehr unverändert bleiben. Wer vor Allem jetzt zu sprechen hat, sind die Gesammtvertretee der Nation in der deutschen Nationalversammlung. Nur hier ist der letzte Machtspruch möglich! Das Reichsministerium scheint die Dringlichkeit einer Veränderung der Portefeuilles zu fühlen; dem Vernehmen nach soll eine österreichische Note den Inhaber des Portefeuilles des Innern noch mehr in dem Beschlusse bestärkt haben, dasselbe niederzulegen. Alle Welt kennt seine vor mehreren Tagen hierüber abgegebene Erklärung, die Bedingungen für die Krisis in der Verfassungsfrage sind alle vorhanden und man zaudert! Darüber kann wohl Niemand im Unklaren sein, daß die österreichische Frage, die Frage über das neue Staatsoberhaupt des deutschen Bundesstaates und die Bildung eines neuen Reichsministeriums zusammenfallen und daß es wünschenswerth wäre, die Entscheidung für Alles zugleich fallen zu sehen. In Bezug auf die definitive Centralgewalt haben die vereinten Ausschüsse einen Ausspruch gethan. Es scheint, daß eine Majorität für ihre Ansicht oder für eine kleine Modificirung derselben vorhanden sei. Ueberhaupt scheint nur die Rechte Schwanken in die Anschauung der Dinge hinein zu bringen, die Rechte, von der man glaubt, daß sie die Ansichten der Krone Preußens in der vorliegenden Frage repräsentire. Allein die Krone Preußen hat gesprochen. Indem sie eine Verfassung, welche sie bindet, dem Reiche unterordnete, unterordnete sie sich selbst und übte durch diesen Vortritt unzweifelhaft einen moralischen Zwang auf die übrigen Kronen in Deutschland aus. Preußen ist eine gebührende Stelle in der neuen Spitze Deutschlands sicher, weiter spricht es nichts an und überläßt Deutschland und seinen Gesammtvertretern die endliche Feststellung. Dies mag der eigentliche Sinn aller der Erklärungen sein, welche von **Abgeordneten der Rechten** in verschiedenen Formen abgegeben werden, wobei die Trias und ein Turnus in der Ausübung der höchsten Gewalt wie im Juni ihre Rolle spielen. — Inzwischen sind die Sachen in den Erörterungen weit genug gediehen. Was zögert der Mann, an dessen Namen der Norden und Süden Deutschlands noch immer unverrückt seine Hoffnungen knüpft, mit kühnem Griff das Steuer im Reichsministerium zu ergreifen? Das Vaterland wartet!

△ **Wien**, 7. Dez. Seit zwei Tagen ist das Gerücht der Ankunft des jungen Kaisers allgemein verbreitet und findet so festen Glauben, daß sogar die Glacis voll Menschen waren, um seinen Einzug zu erwarten. Viel mag zu diesem irrigen Glauben beigetragen haben, daß ein Theil der Garnison gestern in Parade-Uniform nach Schönbrunn zog, wo 200 Medaillen als Belohnung für die letzten Ereignisse ausgetheilt wurden. Das Bataillon Deutschmeister, welches am 6. Okt. und in der folgenden Nacht das Zeughaus vertheidigte, wurde dabei besonders bedacht und der kommandirende Offizier desselben zum Hauptmann befördert. Ein anderes Gerücht sagt, der junge Kaiser werde nach Schönbrunn kommen, um die Huldigung der Armee zu empfangen und an ihrer Spitze nach Ungarn zu ziehen — beides ist sehr unwahrscheinlich — der junge Kaiser kann nicht in eine Stadt kommen, welche wie Wien, unter Belagerungszustand steht; man müßte denselben erst aufheben, wozu noch keine Andeutungen vorhanden sind. Der zweite Fall, daß der junge Kaiser seine Regierung damit beginnen sollte, persönlich gegen eines seiner Völker zu Felde zu ziehen, ist auch nicht denkbar, obwohl diesem Gerüchte in der Armee nicht unbedingt widersprochen wird. — Von neuen Ernennungen werden der Graf von Kolloredo-Wallsee als Gesandter nach London und Graf Thun-Schauenstein als Gesandter nach Petersburg bezeichnet. — Dem General-Adjutanten des jungen Kaisers, Grafen Grünne, ist die Leitung des Oberst-Kämmerer- und Ober-Hofmeister-Amtes einstweilen übertragen, bis

Digitized by Google

jene Stellen besetzt sind. Man scheint nach und nach alle notorisch bekannten Diener des alten Systems entfernen zu wollen — so ist neuerdings Staatsrath Lebzeltern pensionirt und Legationsrath Hummlauer, einer der eifrigsten Diener Metternich's, der den ganzen Sommer über alle Arten von Intriguen versuchte und unter andern eine confidentielle Sendung nach London übernahm, ward zum Privat-Sekretär des Kaisers Ferdinand ernannt und ist ihm nach Prag gefolgt. — Die Deputirten in Kremsier sprechen die Hoffnung aus, mit dem Eintritt des neuen Jahres wieder in Wien zu tagen. Goldmark und Füster haben das Mißtrauensvotum eines Theiles ihrer Komittenten erhalten, sind aber entschlossen, ihr Mandat nicht niederzulegen. Der Abgeordnete Bockonski verbreitet eine Rede vor gegen die Bewilligung des von dem Finanz-Minister Krauß begehrten Kredits von 80 Millionen. Die Metalliques sind in Folge jenes Antrags des Finanz-Ministers gefallen. — Das vorgestern von mir erwähnte Begehren Kossuth's an den Fürsten Windischgrätz war das eines Waffenstillstandes für den ganzen Winter — ich glaube Ihnen schon gesagt zu haben, daß er keiner Antwort gewürdigt wurde. Man hat jede Verhandlung mit ihm, als mit einem „Rebellen," mit Hohn zurückgewiesen. — So eben (4 Uhr Nachmittags) trifft man Vorbereitungen, welche auf eine neue Hinrichtung schließen lassen. Vor dem Criminal-Gebäude stehen 3 Wagen und dichte Reihen von Soldaten — die Plätze und Straßen sind durch Cavallerie und Infanterie, reihenweise aufgestellt, gesperrt. Möchten wir uns in der Bedeutung dieser Maßregeln täuschen; Wehmuth müßte jeden ergreifen, der bedächte, welch' traurige Zustände den Regierungsantritt eines so jugendlichen Kaisers begleiten!

Wien, 6. Dez. Der D. Allg. Ztg. wird Folgendes geschrieben: Die offiziellen Berichte über die Sitzungen unseres Reichstags übergehen merkwürdigerweise die vorletzte Sitzung mit Stillschweigen; wie man jetzt hört, soll dieses Faktum darin seinen Grund haben, daß der parlamentarische Kampf in dieser Sitzung in einen andern Kampf ausartete, der sich nicht stenographiren läßt. Es war nämlich die von dem Ministerium verlangte Kreditbewilligung zur Sprache gekommen; die czechischen Deputirten hatten das Ministerium zu unterstützen versprochen, falls es sich verpflichte, beharrlich gegen jeden Anschluß an Deutschland zu wirken; die deutschen Deputirten konnten und wollten es nicht ruhig mit ansehen, daß man ihre heiligsten Interessen auf diese Weise verkaufe, besonders da einige Führer der Czechen sich ihnen gegenüber ganz wie übermüthige Sieger gerirten; das Resultat war, daß es zu höchst tumultuarischen Scenen, wie man sagt zu einem förmlichen Faustkampf kam; Präsident Smolka, der sich vergeblich alle Mühe gegeben hatte, die Ruhe herzustellen, soll in Folge der heftigen Aufregung noch leidend sein. Daß hierauf in der Sitzung am 4. Dez. die betreffende Vorlage von dem Ministerium gemacht und von dem Reichstage vorläufig an die Finanzkommission verwiesen wurde, ist bekannt. Aus zuverlässiger Quelle kann ich mittheilen, daß den deutschen Reichskommissären, denen früher von dem Ministerium Wessenberg alle Aktenstücke, die sie zu sehen wünschten, offiziell mitgetheilt wurden, von dem neuen Ministerium amtliche Mittheilungen dieser Art verweigert worden sind.

* **Wien**, 6. Dez. Etwa 100 bei den letzten Ereignissen gravirte junge Leute, worunter der begnadigte Adjutant des Gen. Bem, der 20jährige Wehle, sind („in aller Eile, ehe etwa plötzlich eine Amnestie einträte", wie es in der D. Allg. Z. heißt), zum Militärdienst assentirt werden und der ganze Transport sogleich zur Armee nach Italien abgegangen. — In dem Belagerungszustand scheint einige Erleichterung einzutreten: auch den Gast- und Kaffeehäusern der Vorstädte ist die Befugniß des Offenhaltens bis 11 Uhr Nachts eingeräumt worden. Desgleichen scheint in den Theaterzuständen mehr Liberalität hervorzutreten; die Hugenotten sind im Originaltext angekündigt. — Nach der Augsb. Abdztg. sind die Geißeln, welche Fürst Windisch-Grätz nach der Einnahme von Wien forderte, gestern wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Wien. Der „D. Allg. Ztg." wird geschrieben, daß der serbischen Geistlichkeit, die sich den österreichischen Interessen sehr geneigt zeigt, auf alle Weise der Hof gemacht wird. Einen Beleg dazu gibt ein Schreiben Windischgrätz's an den Patriarchen Rajacsics, das folgendermaßen lautet: „Aus dem Hauptlager zu Schönbrunn, 13. Nov. 1848. Sr. Heiligkeit dem k. k. wirklichen Geheimen Rathe, Sr. Majestät Patriarchen und orthodoxen Erzbischofe, Herrn Joseph Rajacsits. Aus dem von Sr. Majestät erlassenen Rescripte wird Ew. Hoheit schon bekannt sein, daß ich, welchem das oberste Kommando über alle, ausgenommen die in Italien befindlichen, k. k. Truppen anvertraut worden ist, mit diesen in das Königreich Ungarn übertreten werde, um dort dem entflammten Aufruhr ein Ende zu machen. Die Mitwirkung aller getreuen Unterthanen unseres allergnädigsten Kaisers zur Erreichung jenes Zieles, durch welches die Erfüllung der väterlichen Absichten Sr. Majestät bedingt wird, ist unerläßlich und wird für jeden Einzelnen um so mehr als Pflicht angesehen, je größer der Einfluß ist, der auf seine Mitbürger einwirken könnte. Das große Zutrauen, welches Ew. Heiligkeit bei den Bewohnern der unter Ihrer Gewalt stehenden Provinzen genießen, gibt mir die sicherste Bürgschaft, daß jene Treuergebenheit und Anhänglichkeit an das hohe kaiserliche Haus und die Gesammt-Monarchie, welche Ew. Heiligkeit auch in diesen letzten Zeiten so rühmlich bethätigen, bei den tapferen Bewohnern der unteren Donaugegenden den lebhaftesten Widerhall finden wird. Ich glaube also, daß ich mit aller Zuversicht rechnen kann, daß Ew. Heiligkeit mit Ihrer erprobten Umsicht und Energie Alles anwenden wird, daß die dortigen Bewohner in ihrer erwiesenen Treue erhärtet und von jeder Verbindung mit der rebellischen Faction abgehalten werden und sich so jener Huld würdig bezeigen, welche unser allergnädigster Monarch dem billigen Verlangen seiner serbischen Unterthanen nicht entziehen wird. Fürst Windischgrätz, Feldmarschall." Auffallend war darin besonders der Titel: Eure Heiligkeit, der sonst in Oesterreich allein dem Papste vorbehalten war. Ein anderes Schreiben an den Patriarchen von dem Banus Jellacic dankt demselben für seinen Eifer und seine Verwendung für das Herrscherhaus, macht ihm bekannt, daß Munition, Gewehre und Geldbeträge zugemittelt werden, zeigt ihm an, daß die Wiener anarchische Partei besiegt und vernichtet wurde, daß die Bestätigung des Woiwoden der serbischen Woiwodschaft und des Patriarchen unausbleiblich erfolgen wird, sobald die Ordnung in Ungarn hergestellt sein wird. Beide Briefe sind für die Serben von großer Wichtigkeit und haben bei denselben eine sehr angenehme Sensation erregt und sie in ihrem patriotischen Eifer noch mehr bestärkt. Der Patriarch hat auch ein Handbillet Sr. Majestät empfangen, worin ihm der Ausdruck der allerhöchsten Anerkennung für seinen Eifer bekannt gemacht wird. Der bekannte Hawlicek versichert sogar in einem Brief an die Narodni Nowiny, Rajacsics und der Woiwode Suplikac würden in das Ministerium treten. Dies würde sich anschließen an die Wahl des Baron Kulmer, der ehemals Sekretär bei Jellacic war und mit ihm auf sehr freundschaftlichem Fuße steht. Diese Ernennung hat auch bei den Czechen sehr guten Eindruck gemacht, die überhaupt in der Thronbesteigung Franz Joseph's ein für sie sehr günstiges Ereigniß sehen. „Möge Franz Joseph die unterdrückte Nationalität mit Joseph II. versöhnen, wie Ferdinand I. die unterdrückte Freiheit mit Ferdinand II. versöhnt hat!" heißt es in einem leitenden Artikel der Narodni Nowiny. Damit könnte man sehr wohl zufrieden sein; aber alles Obige deutet darauf hin, daß jene Ernennungen die erste Abschlagszahlung sind auf die große Rechnung, welche die slawischen Stämme, für geleistete Hülfe und aufopfernde Treue gegen die Dynastie, demnächst einreichen werden. Die Hofpolitik hat hier Schulden contrahirt, deren Abtragung nicht ohne Gefahr scheint für die „Gleichberechtigung der Nationalitäten"; man scheint, im Verhältniß zu diesem Grundsatz, mit den einen Competenten sich zu tief eingelassen, die anderen viel zu sehr bei Seite gesetzt zu haben. Wie hier bei den nationalen, so scheint das Gleiche bei den staatlichen Bestandtheilen der Monarchie stattzufinden, wo die Armee im Augenblick einen ähnlichen, zwar sehr begreiflichen, aber gefährlichen Vorzug genießt, und vielleicht allzugroße Ansprüche auf Dankbarkeit sich erwirbt. Das Schreiben des Kaisers an Windischgrätz, welches dieser der ganzen Armee mittheilte, die auf die Armee bezüglichen Worte der Proclamation beim Regierungsantritt, weiter zwei Ansprachen des Kriegsministers Cordon an die Armee, die Vertheilungen von Orden und Ehrenzeichen — alles zeigt, wie man das Heer als die erste Stütze betrachtet und mit allen Mitteln sich bemüht, dasselbe zu gewinnen.

Innsbruck, 4. Dez. In der von dem tirolischen Landtage an die tirolischen Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung gerichteten Adresse vom 18. v. M. sagt der erste: „Gleichwie er die unbedingte Annahme der §§. 2 und 3 des deutschen Verfassungsentwurfes, ohne Rücksichtnahme auf die eigenthümlichen

Verhältnisse des großen österreichischen Kaiserstaates, mit dem unser Vaterland seit einem halben Jahrtausend als Provinz in engster Verknüpfung steht, auf das lebhafteste bedauert, weil dadurch eine für das gesammte Deutschland gewiß mit den nachtheiligsten Folgen begleitete Trennung unserer Monarchie bedingt würde; ebenso billigt er vollkommen und unbedingt Ihre Haltung, geehrte Herren, bei dieser Verhandlung, und Ihre Nichtzustimmung zum obigen Majoritätsbeschlusse, welche allein schon durch die Bestimmungen der pragmatischen Sanction unserer Monarchie vollständig gerechtfertiget ist. Indeß darf nach Ihrer Versicherung der Hoffnung Raum gegeben werden, daß bei der zweiten Berathung des Verfassungsentwurfes solche Modifikationen der §§. 2 und 3 vorgenommen werden, daß unsere Monarchie, die ebenfalls eine welthistorische Aufgabe zu erfüllen hat, nicht in die Nothwendigkeit versetzt ist, sich von Deutschland trennen zu müssen, sondern in ihrem und des ganzen deutschen Volkes bestem Interesse in die Lage gesetzt wird, sich in ihrem ganzen großartigen Umfange und mit allen ihren hoffnungsreichen tüchtigen Völkern mit Deutschland in eine enge politische und Handelsverbindung zu setzen, und so dem deutschen Geiste und deutscher Thatkraft den weitesten Spielraum gegen Ost und Süd zu öffnen."

△ **Ollmütz**, 6. Dez. Die Schroffheit, mit der anfänglich die Parteien in Kremsier einander gegenüberstanden, scheint allmälig sich zu mildern und gegenseitig werden Schritte gethan, die zur Einigung und zu einem gemeinsamen Verständniß führen dürften. Man fühlt es und ist überzeugt davon, daß eine feste Einigung des Reichstages vor allem andern erforderlich ist, um den Uebergriffen der militärischen Machthaber gehörig die Spitze zu bieten. Selbst die Mitglieder der Rechten hat die Andeutung des F.-M.-Lieutenant Welden empört, welche er einer Deputation des Wiener Gemeinderaths gab, daß sie ihre auf der Linken sitzenden Abgeordneten zurückberufen oder ihnen wenigstens Mißtrauensvoten zuschicken sollten. Wir können aus zuverlässiger Quelle versichern, daß Graf Stadion immer mehr das Vertrauen des Reichstages gewinnt und alle Fraktionen darüber einverstanden sind, daß der Graf ein sehr freisinniger Staatsmann und seine Intentionen für Oesterreich die liberalsten und freisinnigsten sein sollen. Ob aber der gute Wille des Grafen alle von gewissen Seiten ihm in den Weg geworfenen Hindernisse zu bekämpfen mächtig genug sein wird, ist eine andere und schwierige Frage.

Der neue Monarch scheint zugänglicher als der abgetretene zu sein, denn er besuchte gestern in Begleitung seiner Mutter das Theater, während 18 Ferdinand der I. während seines Aufenthaltes hier mit keinem Besuche beehrte. Das stolze Gesicht der Erzherzogin Sophie strahlte vor Freude und Wonne, als sie an der Hand des jugendlichen Kaisers in die Loge trat und lauter Vivatruf und der Gesang der Volkshymne ihm entgegenschallte. — Vor einigen Tagen kam hier ein weitland berühmtes Paradestück der Wiener Salons an; wir meinen den Fürsten Milosch von Serbien, der in seiner malerischen Nationaltracht viel Aufsehen machte. Ein Kondukteur des Troppau-Ollmützer Eilwagens traf auf seiner Route einen Trupp von 102 Husaren; sie waren aus Böhmen nach Preußen desertirt, von da bei Olbersdorf nach Oesterreich wieder eingebrochen, und trachteten nun, wahrscheinlich über Wallachisch-Meseritz oder Boznau, da es fast der geradeste Weg, und daselbst kein kais. Militär postirt ist, ihr bedrängtes Vaterland zu erreichen. Diese Reiter machen Märsche von 8 bis 9 Meilen täglich und sind immer auf Angriffe gefaßt; auch von hier aus wurden Kürassiere zu ihrer Verfolgung entsandt; trotzdem dürften sie Ungarn glücklich erreicht haben.

Klagenfurt, 23. Nov. Der Landtagsausschuß hat der Aufforderung Oberösterreichs zur Beschickung einer Besprechung über gemeinschaftliche Angelegenheiten und über das Verhältniß zu Deutschland nachgegeben und Klagenfurt als Versammlungsort vorgeschlagen. Tyrol ist ebenfalls darauf eingegangen, und so werden Tyrol, Salzburg, Oberösterreich, Steiermark, Kärnthen eine Art Liga den slawischen Provinzen gegenüber zu bilden suchen. Niederösterreich und Mähren werden zur Mitwirkung eingeladen. Alle werden eine föderative Konstituirung Oesterreichs begehren; vielleicht gibt sich dann noch ein Mittel des innigen Anschlusses an Deutschland. Man ist begierig, was unser Reichstag thun wird.

Prag. Einem Aufrufe der Narodni Nawiny an die Slawen entlehnen wir folgende Stellen: „Slawen habt Acht! Noch habt Ihr viele deutsche Gouverneurs und Präsidenten, die Euch in's Gesicht schmeicheln und hinter dem Rücken das Grab bereiten — Noch habt Ihr viele Kreis-Hauptleute und Beamte, die für Freiheit sprechen und Euch hinter dem Rücken schwere und ewige Fesseln schmieden. Noch habt Ihr viele Sekretäre und Schreiber, die Ihr mit slawischem Gelde bezahlt, und die ohne Kenntniß Eurer schönen Sprache unsern Nationalgeist tödten. Slawen! Italien und das große Wien habt ihr gedemüthigt, bald — und Ihr habt die räuberischen Truppen der ungarischen Asiaten vernichtet, und doch versteht Ihr es nicht, Euch derer zu entledigen, die waffenlos Euern Nacken beugen — entledigt Euch ihrer, und verflucht sei jeder Slawe, der da in seinen Namen von jemanden andern Befehle annimmt, als von Slawen; verflucht sei der Slawe, der von seiner Regierung eine andere, als slawisch geschriebene Schrift annimmt oder überreicht; verflucht sei der, welcher auf slawischen Landtagen und bei slawischen Gerichten eine andere Sprache spricht als eine slawische. So lange wir nicht dahin gekommen sind, so lange, Slawen, habt Acht! vorzüglich auf den Reichstag zu Kremsier!" (Schles. Z.)

Berlin, 7. Dez. „Die Aufnahme," sagt die „Spen. Ztg.", „welche den königl. Verfügungen vom 5. von Seiten der Bevölkerung Berlins gestern zu Theil wurde, war im allgemeinen die der Anerkennung. Man verhehlte zwar nicht, daß eine aus der Berathung mit den Vertretern des Volkes hervorgegangene Verfassung einen günstigeren Eindruck gemacht haben würde, gestand indeß auch ein, daß die Schwierigkeiten, welche sich der Vereinbarung, selbst mit einer neuen Kammer, entgegenstellten, das Verfassungswerk noch auf eine lange Zeit hinausgeschoben und damit die Unsicherheit des Rechtszustandes verlängert haben würden. Die Stadt blieb ruhig, und von der Aufregung, welche sich bei der Bekanntwerdung des ersten Camphausen'schen Verfassungs-Entwurfes zeigte, war keine Spur. Abends waren viele Häuser erleuchtet." — Aehnlich sprechen sich die meisten Blätter aus. Auffallen kann die sehr befriedigte Sprache der Organe der radikalen Partei. Heute ist nun auch die „Zeitungs-Halle" zum ersten Male nach Verhängung des Belagerungszustandes wieder erschienen, und sie spricht sich ganz ähnlich aus. Es scheint, man betrachtet von dieser Seite die octroyirte Verfassung als einen neuen guten Kampfboden, als die Gelegenheit, eine durch verfehlte Manöver in den letzten Wochen verlorene Stellung wieder zu gewinnen.

Berlin, 7. Dez. Wie man hört, sagt die deutsche Reform, war die Verfassung schon in der Mitte des November fertig. Der Gedanke, sie zu proklamiren, tauchte damals auf, ward aber von Vincke, dem Manne des Rechtsbodens, zeitweise zurückgedrängt. Sein Plan war, im Falle er ein Kabinet gebildet hätte, noch einen Versuch zu machen, mit der Versammlung zu gehen und ihre Thätigkeit auf das Verfassungswerk energisch einzuschränken. Als er abgereist war, schwand auch die letzte Möglichkeit eines solchen Versuchs; die Sitzung vom 1. Dez., der Aufruf der Linken an das Land, mußte jede Hoffnung niederschlagen. Inzwischen war Prinz Karl von Baiern angelangt, wahrscheinlich, um Baierns Wünsche und Bedenken in Betreff der definit von Centralgewalt zu erkennen zu geben; ihm folgte bald die Nachricht von der Abdankung des österreichischen Kaisers und der Thronbesteigung seines jungen Nachfolgers, der sich unter dem Jubel seiner Völker eine Krone aufsetzte, welche weit über die Gränzen seines Reiches funkelte. Dieser Augenblick scheint die Veröffentlichung der preußischen Verfassung entschieden zu haben; die Wahlbestimmungen folgten hinterdrein. Der Gedanke einer Einschränkung im Sinne des frankfurter Kommissions-Entwurfs soll im Schooße der Regierung aufgeworfen, aber wieder beseitigt worden sein. — Ueber das Verhältniß Preußens zum Reich bemerkt dasselbe Blatt: Mit der Auflösung und Oktroyirung schien die Aufgabe der Reichs-Kommissarien fehlgeschlagen und mit tiefster Besorgniß sahen die Freunde des Vaterlandes der Abreise jener Männer entgegen. Sie scheinen ihre Aufgabe besser begriffen zu haben. — Wir können die preußische Regierung von dem Vorwurfe nicht freisprechen, was das Interesse des Landes gebieterisch forderte, nicht mit derjenigen Rücksicht in's Werk gesetzt zu haben, welche sie der deutschen Reichs-Versammlung und Reichsgewalt schuldig war. Es ist jetzt Alles daran gelegen, daß nicht aus jenen letzten Akten ein Konflikt Preußens mit der Reichsgewalt, ein Zwiespalt ferner in der deutschen Reichs-Versammlung erwachse; daß Männer vom Reich an Ort und Stelle Zeugen sind und später in Frankfurt Zeugniß ablegen können, wie das Bedürfniß des Landes, das sich nicht

Digitized by Google

anders befriedigen ließ, jene gewaltsame Feststellung der Volksfreiheit erforderte. Es ist jetzt Alles daran gelegen, daß von hier aus einer irrigen und verderblichen Auffassung der Dinge im Parlament entgegen gearbeitet werde.

Berlin, 9. Dez. In Folge der Nachricht von einem neuen Rückgang der österreichischen Papiere wichen auf der Börse die Course.

† **Posen**, 6. Dez. Eben ist der Staatsanzeiger mit der neuen Verfassung eingetroffen. Die Kunde davon geht wie ein Lauffeuer durch die Stadt. So viel ich zu bemerken Gelegenheit hatte, ist der Eindruck ein freudiger. Man spricht zunächst nur mit Zufriedenheit vom Wegfall des Phillips'schen Zusatzes aus Titel I. — Der Vaterlandsverein, der offenbar jetzt alle übrigen dominirt, stand in der Opposition, und der Umstand, daß unter dem jetzigen Ministerium die Abgrenzung ausgeführt und der Stadt die Summe von 30,000 Rthlr. Schadenersatz endlich zugestanden worden, hat sehr zu Gunsten desselben gewirkt. Dazu kommt, daß man sieht, es wirde jetzt mit der Ernennung der Verwaltung Ernst. — Die polnischen Blätter natürlich ergehen sich noch immer in Vertrauensadressen an die Landesversammlung und bringen außerdem allerhand ganz abenteuerliche Nachrichten von geheimen Unterhandlungen, die mit russischen Unterhändlern übee den polnisch zu organisirenden Theil gepflogen werden sollen. Da ist bald in Kalisch ein wirklicher geheimer russischer Staatsrath angelangt, bald rücken gar schon russische Trupen zur Besatzung ein. Auffallend ist dabei für uns, daß der * * Korrespondent der Kölnischen Zeitung fast ganz im Sinne eines Korrespondenten der Gazeta Polska schreibt, und also auch findet, daß die ganze Provinz (er will offenbar sagen „die polnische Bevölkerung") auf Seiten der Nationalversammlung steht. — Die Gazeta eröffnet jetzt wiederum eine heftige Polemik gegen die deutschen Vereine, während der hiesige deutsche Bund ein Rundschreiben erlassen hat, in welchem er ausdrücklich auffordert, deutscher Seits alle unedlen Mittel, alle Anfeindungen fernzuhalten.

Inowrazlaw (bei Thorn), 2. Dez. Aus hiesiger Kreisstadt ist heute eine mit den achtbarsten Unterschriften versehene Dankadresse an den Unterstaatssekretär Hrn. Bassermann für seinen freimüthigen Bericht über die Berliner Zustände abgegangen. (O. P. Z.)

München, 7. Dez. Die Nummer 66 des Regierungsblatts enthält eine Bekanntmachung vom 5. Dez. über die Formation des Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten, nach welcher der bisherige königliche Regierungsdirektor von Unterfranken und Aschaffenburg, Karl Friedrich v. Breer, zum ersten Ministerialrath im genannten Ministerium ernannt und demselben zugleich die Leitung des innern Geschäftsganges mit dem Titel eines Ministerialdirectors übertragen ist. Die einstweilige Leitung der Geschäfte des Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten wird dem Minister des k. Hauses und des Aeußern, Grafen Bray, übertragen. (Allg. Z.)

† **München**, 8. Dez. Die gestern dahier stattgehabten Wahlen für den baierischen Landtag sind trostlos oder vielmehr so ausgefallen, wie man sie von der baierischen Haupt- und Residenzstadt erwarten konnte. Die Fraktion der Gewerbtreibenden brachte ihren Candidaten, den Maschinenschlosser Widermann mit großer Stimmenmehrheit durch. Dieser Gewerbsmeister, welcher in der jüngsten Vorversammlung der Wahlmänner sein politisches Glaubensbekenntniß mit der Versicherung begann, daß er katholisch sei, der offen bekannte, daß er von Politik gar nichts verstehe, und von dem Grundsatze geleitet ist, daß man Zunftzwang in den Gewerben wieder herstellen müsse, der endlich den guten Rath gibt, daß man die hohen Herren in ihren Einkünften ja nicht beschränken dürfe, weil sonst die Gewerbsleute weniger Verdienst hätten, ist der Mann des Vertrauens der Münchner Bürgerschaft. Oberst Kratzfeis, von dem man Nichts weiß, als daß er ein gedienter Soldat ist, ist der Zweite unter den Gewählten der Hauptstadt. Der dritte Abgeordnete Münchens ist Ministerialrath Feder, ein intelligenter und ziemlich freisinniger Mann. Der Staatsminister Freiherr von Lerchenfeld ist bei seiner Bewerbung durchgefallen, weil er den Münchnern zu freisinnig ist; aus Artigkeit hat man ihn zum dritten Ersatzmann gewählt. In der Vorstadt Au und Umgebung sind die Wahlen überwiegend im ultramontanen Sinne ausgefallen. (In der Vorstadt Au wurden gewählt Graf Hegnenberg-Dux, Kistlermeister Glingk von München und Dekan Gener in Braunkirchen. Lerchenfeld soll Hoffnung haben in Bayreuth gewählt zu werden. Graf Hegnenberg ist auch in Augsburg gewählt worden.)

* * **Stuttgart**, 8. Dez. In der Frage: Freihandelssystem oder Schutz deutscher Industrie? war Schwaben längst vor den Märztagen so ziemlich allgemein entschieden und einig. Die Lehren unseres großen Landsmannes, Fr. List, der leider in der Paulskirche nicht mehr seine kräftige Stimme erheben kannte, sind für uns nicht nutzlos gewesen. In den Tagen der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung wurde bereits eine von dem Abgeordneten Schweikhard veranlaßte Petition im derührten Sinne, von sehr vielen Vereinen wie Einzelnen genehmigt, an's Parlament abgesandt. Die Thätigkeit der Freihandelsmänner in Frankfurt, das unentschiedene Schwanken im volkswirthschaftlichen Ausschuß und Reichshandelsministerium haben bei uns jetzt wiedee erneuerte Thätigkeit geweckt. Wie einstimmig und dadurch nachdrücklich die öffentliche Meinung ist, dafür führe ich Ihnen an, daß die beiden hiesigen politischen Vereine, von denen der eine, der Volksverein, sich dem Märzverein angeschlossen hat, der vaterländische aber die Ansichten vom Augsburger Hof bis zum Kaffe Milani vertritt, gleiche Schritte thun; ein Mitglied drs letztern Vereins, Herr Ostertag, von Frankfurt von den Berathungen des Vereins zum Schutze deutscher Arbeit kommend, erschien vor acht Tagen im Volksaerein, und forderte zur Unterstützung des genannten Vereins, sowie zu angestrengtem Ausharren für die nationale Sache auf. Gestern nun beschloß der Volksaerein beide Thätigkeiten, die sämmtlichen ihm befreundeten Vereine zu gleichen Schritten auffardernd.

Stuttgart, 9. Dez. Das Kriegsministerium macht das von dem Militär-Reatsions-Gerichte gefällte Straferkenntniß gegen die bei der Meuterei des achten Infanterie-Regiments Betheiligten bekannt. Eine lange Reihe aon Unteroffizieren und Soldaten ist zu mehr oder minder schweren Freiheitsstrafen verurtheilt. Die Strafe deejenigen, welchen eine Festungsarbeitsstrafe van zwei Jahren und darunter zuerkannt worden ist, hat der König in Festungsgefängniß van gleicher Dauer gemildert, womit der Verlust der Dienst- oder Ehrenrechte nicht verbunden ist. Zugleich macht das Kriegsministerium bekannt, daß am 12 Dezember die Sitzungen des Militär-Kraifians-Gerichtes über die bekannten Ulmer Militärexcesse beginnen.

♀ **Leipzig**, 7. Dez. Gestern Vormittag wurde in Gegenware des königlichen Kreisdirektors van Broizem, des ersten Bürgermeisters der Stadt Klinger und des Staatsraths Nies an der Wohnung des k. k. österreichischen Generalkonsuls das am Abend des 13. Navembee herabgerissene und zertrümmerte österreichische Wappen durch ein neues ersetzt und der Generalkonsul von diesem Vargange mit dem Anmerken in Kenntniß gesetzt, daß die städtische Behörde dafür gesorgt habe und ferner dafür forgen werde, daß eine Verletzung des völkerrechtlichen Gastrechts in Zukunft nicht wieder Statt haben könne. — In einer Versammlung des hiesigen Vaterlandsvereins wurde auf Antrag des Dr. Rüder die Erklärung beschlossen: „es widerstreite dem politischen Ehrgefühle daß der kürzlich als Stellaertreter für Blum in die Reichsaersammlung eingetretene Praf. Heinrich Wuttke von der früher auf ihn gefallenen Wahl unter nun veränderten Verhältnissen Gebrauch mache." Der Vaterlandsverein befindet sich in dem Wahne, als sei Prof. Wuttke ein Mann ohne alle politische Vergangenheit, der seine Wahl einzig den Bemühungen des Vereines verdanke; die Wahlmänner Leipzigs haben sich indeß zu seiner Wahl nicht durch die Empfehlung des Vereins, sondern allein durch die Rücksicht auf seine allgemein anerkannte geistige Befähigung zu dieser Ehrenstelle bestimmen lassen. — In diesen Tagen hat der akademische Senat unserer Universität die gesammte Studentenschaft zur Wahl eines Studentenausschusses aufgefordert, welcher die Verbindung der Studenten mit dem akademischen Senate unterhalten soll und van letzterem als einzig legitimes Organ des Gesammtwillens der Studenten angesehrn werden wird. Dieser Ausschuß, welchem jedoch besondere Rechte durchaus nicht eingeräumt werden, wird auf ein Jahr durch allgemeine Wahlen erwählt und wird aus neun Mitgliedern bestehen. Eine andere Bekanntmachung des Rektor magnificus zeigt an, daß in Zukunft die Ferientermine an der Universität Leipzig nicht mehr aon dem Zeitpunkte der hiesigen Messen abhängig sein werden, sondern zu derselben Zeit stattfinden sollen, wie die Ferien auf den übrigen deutschen Hochschulen. Die Studentenschaft hat gestern in einer allgemeinen Versammlung gegen ihre Ausschließung von dem Wahl-

Digitized by Google

eechte zu dem sächsischen Landtage Protest eingelegt. Sie macht geltend, daß ein sehr großer Theil von ihnen bereits mündig und selbstständig sei, und daß sie die Rechte der Staatsbürgee um so mehr zu beanspruchen habe, da man ihr deren Verpflichtungen auferiege, wie dies namentlich durch das Heranziehen zum Communalgardendienste geschehe.

Leipzig, 9. Dez. Das Staatsministerium hat folgende Anfpeache erlassen:

An unsere sächsischen Mitbürger!

In dem gegenwärtigen Augenblicke, wo das Volk zu den Wahlen seiner Vertreter zu schreiten sich anschickt, nur diesem für die Zukanft unsers Vaterlandes so folgenschweren Ereignisse, hotten die Unterzeichneten, zumal nach die Meisten non ihnen in dre verschiedenseitigen Wohldewegung unter den Vorgeschlngenen zum Landtoge mit genannt sind,

ein offenes Wort

an ihre Mitbürger zu richten, für zeit- nnd sachgemäß.

Welche politische Richtang die Minister nerfolgen, kann nach ihrem Programm vom 16. März d. J. und nach den Schritten, die auf dem letzten nußerordentlichen Landtage zu Verwirklichung dieses Programms ihrerseits getban morden sind, kaum zweifelhaft sein: Sie wollen eine volksthümliche konstitutionelle Verfassung innerhalb der Grenzen einer lebensfähigen Monnrchie, sie wollen daher die Fort- nnd Ausdilduag unserer Verfassungsurkunde auf verfassungsmäßigem Wege mittelst Vereinbarung zwischen Regierung und den Kammern, sie wollen die nothwendigen Rechte des Volks mit den nothwendigen Rechten der Krone. Wie ohne Jene es kine wahrhafte Repräsentationverfassung gibt, so wäre ohne Diese die Monarchie nur ein Schatten ohne Wesenheit, so würde ein solches Verhältniß die Quelle dauernder Kämpfe sein und den Keim für die nollige Zeerstörung der Rechte des einen oder des andern Theils in sich tragen. Wie demnach die Minister sich gegen die erklären müssen, welche die Bedingungen der wahrhaften Repräsintatinverfassung nicht zugestehen und ihre nothwendigen Folgen nicht gelten lassen oder verkümmern wollen, so sind sie auf der andern Seite mit denen nicht einverstanden, welche nothwendige Rechte der Krone cnszuheben beabsichtigen, mit denen, welche nach ihrem Wahlprogramm das der Krone zustehende unbedingte Einspruchsrecht (Veto) in ein blos ousschiebendes zu nerwandeln beabsichtigen.

Die Unterzeichneten halten das unbedingte freie Wahlrecht unter der Voraussetzung des Bestehens non nur einer Kammer, den Erfahrungen der Geschichte gegenüber für nicht haltbor, die Abschaffung des stehenden Heeres, unbeschadet seiner bereits begonnenen volksthümlichen Gestaltung, gegenwärtig nicht für zeitgemäß, zwar die Befreiung des Grund nnd Bodens von allen drückenden Lasten für nöthig, die Forderung aber der nnentgeltlichen Aufgedung wohlerworbener Vermögensrechte, soweit sie nicht durch die Grundrechte des dtutschen Volks bedingt ist, für unstatthaft; sie erkennen das Bedürfniß größerer Selbstständigkeit der Gemeinden — der Kirchen- wie der politischen Gemeinden — in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten, nicht aber die Uebertragung wesentlicher Regierungsrechte nn dieselben; sie erkennen die Nothwendigkeit möglichster, durch Vereinfachung der Verwoltung zu erzielender Ersparnisse im Staatshaushalte, müssen aber die einseitige Schmälerung solcher Ausgoben, die durch Verträge festgesetzt sind oder solcher, die zu Führung der Regierungsgeschäfte erforderlich sind, zurückweisen. Die Unterzeichneten wollen erreichbare ous billiger Verständigung und auf dem Boden der Gerechtigkeit erwachsene und daher dauernde Verbesserungen.

Ob das sächsische Volk in diesen Ansichten und Grundsätzen mit der gegenwärtigen Regierung einverstonden ist, werden die Wahlen seiner Vertreter lehren. Wie oder auch die Wahlen ousfallen mögen, die Unterzeichneten werden tren an diesen Grundsätzen halten, sie mögen über lang oder kurz ihr beschwerliches Amt in die Hände ihres Königs zurückgeben.

Dresden, den 8. Dezember 1848.

Die Staatsminister.

Dr. Brann. Dr. n. d. Pfordten. Georgi. Oberländer. v. Buttlar.

Mannheim, 9. Dez. Der neue vaterländische Verein dahier hat an den Vorstand des „Märzvereins" in Frankfurt a. M. folgende Anfprache erlassen:

In Begleitung Ihres Umlaufschreibens vom 26. November empfingen wir Ihren Aufruf an dos deutsche Volk zum Beitritt zu dem Märzverein.

Ihr Programm will: „Die Einheit Deutschlands, die Freiheit, als das natürliche Eigenthum der Nation, nnd in Folge dessen die Berechtigung einer ungehinderten Ausdildung der Verfassungen der einzelnen Stanten auf gesetzlichem Wege." Auf solchen Grundlagen soll ein dauernder Zustand der Gesetzlichkeit, des Friedens und der Wohlfahrt der deutschen Nation nnd der einzelnen Volksstämme gesichert werden.

Wir sind damit nollkommen einverstanden, sind aber auch überzeugt, daß diese hohe Aufgabe nur erreicht werdin kann, wenn man sich in den Mitteln nicht täuscht. Wir verkennen nicht, doß in den „Vorgängen in Wien und Berlin eine ernste Mahnung an das deutsche Volk liegt, nach zu sein und sich zusammen zu schnaren, damit stine Freiheit und sein Recht nicht verkümmert, nicht vernichtet werden." Wir beklagen mit Ihnen, daß „Arbeit nnd Handel, öffentlicher und Privatkredit vergebens nach Gedeihen trachten." Wenn Sie aber nur non einem Feinde und nur non den Wühlereien dieser einen freiheitsfeindlichen nnd gewaltthätigen Parthei, die an allen Leiden des Volks schuld sein soll, sprechen, so haben Sie offenbar nnr noch einer Seite hingeblickt.

Die Freiheit und das Recht des Volkes hat zwei Feinde; Arbeit nnd Handel, öffentlichter und Privatkredit erlahmen unter dem Druck der Wühlereien zweier freiheitsfeindlichen nnd gewaltthätigen Porteien. Die eine ist die Partei der Reaction, die andere die der Anarchie; jene wirft Anker auf dem Boden, den diese aufwühlt und beide bedrohen gleichmäßig die Zukunft unseres großen Vaterlandes. Es genügt daher nicht, doß nur einem dieser Feinde der Krieg erklärt werde; offen und ehrlich müssen beide angegriffen werden. Rufen Sie dazu das deutsche Volk auf, dann werden Tausende braner Männer hinter dem „Märzvereine" stehen. Glauben Sie, doß jeder wackere Mann aus Ueberzeugang ein geschworener Feind der Reaction ist. Glauben Sie aber auch, daß jeder Vaterlandsfreund mit Wehmuth auf die Verwüstungen hinblickt, welche die anarchische Partei in den Reihen unseres Volkes anrichtet. Diese ist es, welche die sittliche Kraft, diesen alten Schatz unseres edlen deutschen Volkes, zu vernichten strebt; durch sie mird das Volk schrecklich getäuscht, die wildesten Leidenschaften werden heraufbeschworen, die Moral wird untergraben und die Wahrheit wird nerkehrt in jesuitische Gleisnerei. Dies trifft am Ende des Erfolgs auf's Haar mit der Metternich'schen Politik zusammen, führt, wie diese, das Vaterland gleichfalls in's Verderben und das arme Volk kommt vom Regen in die Tranfe.

Wir können also nach unserer Ueberzeugung mit dem „Märzverein" nur zusammenwirken, wenn er sich eben so entschieden gegen die unheilvollen Wühlereien der Anarchie wie gegen diejenigen der Reaction ausspricht. Wir haben aber noch ein anderes Bedenken gegen den „Märzverein" auszusprechen. Unser Verein, so wie alle unsere vaterländischen Vereine, wie in neuester Zeit auch der nationale Verein in Cassel u. s. w. anerkennen als wesentlichen Bestandtheil ihrer Programme, daß die deutsche Reichsversammlung in Frankfurt das gesetzliche Organ der Souveränität des Volkes ist und daß ihre Beschlüsse maßgebend und bindend für ganz Deutschland sind. Offenbar kann es auch nicht anders sein, denn die deutche Reichsversammlung ist ja eben der Ausfluß der Märzerrungenschoften und von der freien Nation frei gewählt mit dem bestimmten Mandate, das Volkes Freiheit, Gesetz nnd Wohlfahrt festzustellen. Daß nun geeade der „Märzverein" in seinem Programm des einzigen gesetzlichen Organs der Nation gar nicht erwähnt, ist um so befremdender, als die Gründer des Vereins unmöglich etwas anderes anstreben können, als wozu die Nationalversammlung, deren Mitglieder sie sind, non der Nation berufen ist.

Eine offene Erklärung auch in dieser Richtung würde nur dem allgemeinen Wohl dienen, denn je mehr die Nationalversammlung, offen und nerstreckt, in der Vollbringung ihres großen Werkes gehindert mird, umsomehr ist es die Pflicht jedes wahren Vaterlandfreundes, die feindlichen Elemente zu beseitigen. Unseres Erachtens würde der „Märzverein" für Freiheit, Frieden und Wohlfahrt des Vaterlandes die lohnendste Propaganda machen, wenn er in Vereinigung mit dem Kern des Volkes dahin wirken würde, daß eine volksthümliche Wirksamkeit der Nationalversammlung mehr und mehr zur Geltung käme, denn nimmermehr kann das Vaterland von den Vereinen seine Gesetze und seine Verfassung erhölten; sie müssen ihm non seinem gesetzlichen von ihm selbst berufenen Organe werden, und dos dies geschehe und zwar in vollem Maße geschehe, dahin mögen die Vereine redlich wirken, dann wird jeder Vaterlandsfreund mit ihnen sein."

❍ **Mannheim**, 9. Dezbr. Bis morgen schon verlassen uns die hier stationirt gewesenen Nassauer, um, sowie alle im Badischen liegenden Nassauer Truppen in ihre Heimath zurückzumarschiren. Die hier gefangen Gehaltenen sind bereits nach Wiesbaden eskortirt worden. Woran es liegt, daß im jetzigen Augenblicke, wo es, ich kann es nicht läugnen, am Rheine sehr kritisch aussieht, die Truppen weggezogen werden, das ist mir nicht möglich zu ergründen. Man scheint von Seiten unserer Regierung in diesem Augenblicke wenig zu fürchten, indem auch den kürzlich Beurlaubten die Erlaubniß des Wanderns im Inland ertheilt wuede und bis jetzt noch gar nicht bestimmt ist, wann die Außeeordentlich-Conskribirten einrücken sollen. Wären Aussichten einer baldigen Benöthigung vorhanden, so müßten wegen der Organisation und militärischen Einübung schon jetzt Schritte gethan worden sein, da stets als geringste Frist deeselben 3—4 Wochen anzunehmen sind. Die Bürgeewehren, obschon stark im Getriebe, sind doch keinenfalls als wirkliche Truppen zu betrachten und namentlich in iheer gegenwäetigen Gestalt. In 2—3 Tagen weeden hier die Wahlen der Unteeoffiziere vollendet sein, wonach alsdann zu den Wahlen der Staabsoffizieee geschritten wird. Auch die demokratische Partei sieht die Nothwendigkeit ein, hier Linienoffiziere zu wählen; es fragt sich nun nur, ob sie wohl Gleichgesinnte hier finden, die das Vertrauen der Bürger besitzen. — Erfreulich ist es, daß der Handel um einiges Wenige zugenommen; ist gleich auch die Thätigkeit in unserem Hafen nicht getade bedeutnd zu nennen, so sieht man doch Schiffe beladen einfahren und den Güterverkehe in einem für unsere Jahreszeit ganz annehmbaren Gange. Freilich ist der kleinere Handel in unseren Städten sehr darniedergedrückt und der Geldmangel wird immee fühlbarer, was natürlich noch zunehmen wird, wenn das Papieegeld in Gang kommt. Die badischen Staatspapiere, bis hieher überall sehr hoch stehend, sind bis zue Hälfte gesunken, wodurch am fühlbaesten die Mittelklasse getroffen] wird, welche bisher von ihren Ersparnissen sich Staatspapiere gekauft hatte. Daß durch foetwährende Bewegungen sich dieser Zustand nur verschlimmert, sieht der ruhige Theil der Bürger wohl ein, weshalb namentlich hier die politische Bewegung wenig Anhängee findet. Die Sitzungen des Volksvereins, der jetzt meheere Hundert Mitgliedee

zählt, sind deshalb weniger, ja fast gar nicht von der reicheren Klasse besucht, desto mehr von den besitzlosen. Die Tendenz des Volksvereins ist übrigens mehr eine berathende, dann eine aufwiegelnde geworden, da man die Nutzlosigkeit einsehen lernte, eine blinde Masse zu egoistischen Zwecken zu benutzen. Es hat sich deshalb neben diesem Verein ein literarischer Verein gebildet, welcher aus Leuten bestehen soll, denen ihre Mittel oder auch ihr Beruf die Anschaffung politisch-belehrender Schriften nicht erlaubten. Eine gute Leitung wäre hier sehr zu wünschen. Ob das Comite aus Elementen besteht, welche diesen Anforderungen der Zeit entsprechen, muß erst die Zukunft lehren. Es wird freilich viele Leute geben, die es für unnöthig halten, daß die niedere Klasse belehrt wird. Diese Meinung ist eine sehr verfehlte gerade jetzt, wo so sehr und von so manchen Seiten auf die Menge gewirkt wird.

Altenburg, 7. Dez. Da das altenburgische Land schon seit geraumer Zeit in der Nationalversammlung undertreten ist, so werden in diesen Tagen zu diesem Behuf neue Wahlen stattfinden. Von Seiten der radikalen Partei wird der wegen Aufreizung zum Fürstenmord und anderer Verbrechen steckbrieflich verfolgte Advokat Erbe, „als der würdigste im Lande," den Bewohnern des Herzogthums zu ihrem Vertreter in Frankfurt angepriesen. Im Lande herrscht Ruhe, und man hat Aussicht, in Kürze von einem Bataillon unserer Einquartirung befreit zu werden. (Schw. M.)

Sächsische Herzogthümer. (Aus dem Koburg'schen, 7. Dez.) Unter dem 3. Dez. hat der Reichskommissär für Thüringen, von Mühlenfels, an den geheimen Staatsrath Bröhmer zu Koburg eine Einladung auf den 15. Dez. nach Gotha ergehen lassen, wo „eine Verständigung über die künftige politische Stellung der thüringischen Staaten zum Gesammtvaterlande und über deren gegenseitige Verhältnisse einander und den resp. Ständeversammlungen gegenüber angebahnt werden soll." (N. C.)

Aus dem Reußischen, 5. Dez. Dem Vernehmen nach finden zwischen unserem Fürsten und dem Kabinet zu Dresden Verhandlungen wegen der Aufnahme unsers Ländchens in das Königreich Sachsen statt. Jeder, der nicht ein persönliches Interesse an dem Aufrechterhalten der „reußischen Unabhängigkeit" hat, findet ein solches Vorhaben sehr vernünftig. (D. P. Z.)

Flensburg, 5. Dez. Man erwartet hier ehestens den Durchmarsch von schleswig-holstein'schen Jägern, die, wie es heißt, hier rasten und dann nach der Grenze zur militärischen Besetzung derselben aufbrechen sollen. (A. M.)

Rendsburg, 6. Dez. Es ist gestern eine Militär-Commission hier angelangt, bestehend aus Generalmajor Krohn, Prinz Waldemar, Oberstlieutenant Zastrow und Anderen, um eine Untersuchung wegen der durch die Pontonier-Compagnie veröffentlichten Erklärung einzuleiten. Würtemberger, Hessen und unser zweites Bataillon waren ausmarschirt, um die Compagnie zu zwingen, falls sie sich sträuben sollte. Die Entwaffnung ist indeß gestern ohne Widerstand vor sich gegangen. Todende Gruppen umgaben das Zeughaus und verlangten die Freilassung der Pontoniere, wurden aber, als sie mit Steinen zu werfen begannen, mit dem Bajonett auseinander getrieben, worauf die Ruhe hergestellt ward. (S.-H.-Z.)

Schleswig, 7. Dez. Abends. Es herrscht seit gestern die vollkommenste Ruhe in Rendsburg, so daß unsere Dragoner zurückerwartet werden und außer den Badensern auch keine Truppen vom Norden kommen werden. Herr Bauermeister, dem man einen großen Theil an jener Adresse der 50 Pontonniere beimißt, soll sich durch seine Entfernung aus Rendsburg der näheren Untersuchung entzogen haben. Zwei jener Verführten behaupten, wie man hört, die Adresse entworfen zu haben. Das gefällte Urtheil ist bis jetzt nicht publicirt, weil die gemeinsame Regierung, obwohl sehr kräftig auftretend, dasselbe zu bestätigen Anstand genommen haben soll. Dieselbe war bis tief in die Nacht auf Gottorf versammelt. Die Mitglieder des Kriegsgerichts, etwa 20 an der Zahl, sind in ihre Cantonnements zurückgekehrt.

Bremen, 6. Dez. Am gestrigen Tage fanden in der Neustadt dauerliche Excesse statt. Ein Pöbelhaufe zerstörte die Gebäulichkeiten eines Hauses in der Hadenthorstraße, in welchem dem Vernehmen nach für fremde Rechnung Schlächterei für Schiffsbedarf betrieben wird, und verschleppte die Fleischvorräthe. Erst bei Ankunft der herbeigerufenen zwei Compagnieen Militär ward dem Unfug Einhalt gethan. (Br. Z.)

Lübeck, 6. Dez. In heutiger Senatssitzung ist Senator Brehmer (augenblicklich der Regierungsbevollmächtigte in Frankfurt) zum dirigirenden Bürgermeister für die beiden nächsten Jahre erwählt worden.

Großbritannien.

London, 7. Dez. Wenn man die Hungerdistrikte in Irland abrechnet, so ist Großbritannien gegenwärtig noch das gemüthlichste Land der Erde. Während früher Frankreich, Deutschland und Italien die Goldländer für Opernsänger und Opernsänger, für Klaviervirtuosen und Geiger waren und alle ernsthaften Männer England um sein mächtiges politisches Leben beneideten, scheint sich das Verhältniß gegenwärtig fast umgekehrt zu gestalten; während bei uns die Muse als Aschenbrödel die politische Kinderstube fegen und räucherige Küchengeschäfte besorgen muß, um nur nicht zu verhungern, schreibt und liest man in England noch Romane und unpolitische Gedichte, und die singenden und fidelnden Zugvirtuosen des Festlandes suchen sich und ihrer Kunst in England die Goldquellen zu eröffnen, die sich ihnen auf dem Festlande verschlossen haben. Gegenwärtig lauscht Altengland den schmelzenden Tönen der schwedischen Nachtigall, die, wo sie auch erscheint, stürmischen Beifall und Guineen in reicher Fülle einerntet. Kürzlich sang sie auch in Oxford und riß die Studenten und deren würdige Lehrer zu einem so betäubenden Applaus hin, daß sie selbst gestand, seit langem etwas Gleiches nicht erlebt zu haben. Man glaube aber nicht, daß dieser Kunstschnupfen bei John Bull, wie früher bei den Italienern und zum Theil den Deutschen, chronisch zu werden oder ihn gar in seinen politischen und kommerziellen Geschäften zu stören drohe. Es scheint fast, als ob die Briten uns mit diesem Jenny-Lind-Fieber nur beweisen wollen, wie gerade sie allein noch Muße, Stimmung und Guineen genug übrig haben, um sich etwas vorsingen und vormusiciren zu lassen und dabei doch die Welt in politischer Hinsicht zu beherrschen und in kommerzieller Hinsicht auszubeuten.

Der „Sun" berichtet über ein Festmahl, welches Lord Hardinge am 29. Nov. den Offizieren des 50. Regiments im Kastell zu Dover gab, auf Anlaß einer goldnen Trinkschaale, welche Prinz Waldemar von Preußen den Offizieren jenes Regiments zum Geschenk gemacht hat. Nachdem S. M. Latham, Esq., preußischer Vicekonsul zu Dover, dem Lord besagten Becher eingehändigt, erhob sich Letzterer und äußerte ungefähr: sie Alle würden sich erinnern, daß S. k. H. den Offizieren des 50. Regiments nicht allein sehr wohl wolle, sondern daß er auch an ihrer Seite den glänzenden Kriegsthaten am Sutledsch beigewohnt habe. Hierauf hielt der Lord dem Prinzen „als einem würdigen Abkömmlinge des großen Friedrich" eine warme Lobrede und las sodann die der Trinkschaale eingegrabene Inschrift vor, welche folgendermaßen lautet: „Als ein Erinnerungszeichen an die glücklichen, mit den Offizieren des 50. Regiments zugebrachten Tage zu Ludiana, und an den folgenden glorreichen Feldzug an den Ufern des Sutledsch, wird dieser Becher von Sr. K. H. dem Prinzen Waldemar von Preußen dargebracht." Folgten Toaste und Gegentoaste und ein herzhafter Trunk aus dem mit „edlem" Wein gefüllten Goldbecher.

In einem großen Theile Irlands scheinen die Dinge schlechter und schlechter zu gehen. Die „Times" selbst gesteht, daß sich in der socialen Lage Irlands nicht die geringste Aussicht auf Besserung zeige, daß der Horizont sich vielmehr täglich düsterer gestalte, je mehr die Krisis sich nähere. Aehnlich sagt das „Chronicle": jede Post aus Irland bringt Fakten, welche das weitere Umsichgreifen der socialen Revolution außer Frage stellen. Der schändliche Mißbrauch des sogenannten „Aufräumens" oder „Säuberns" (Austreiben der Bauern aus ihren Wohnungen) verheert ganze Bezirke in den Grafschaften Limerick, Clare und Kerry. „Die letzte Nr. des Limerick Examiner," sagt der Dubliner Korrespondent der Times, „enthält ein Unglücksverzeichniß, welches, wenn es auch nur zur Hälfte wahr sein sollte, einen Zustand von Demoralisation enthüllt, wie er in allen Ländern, die unter civilisirten Gesetzen der Civilisation zu leben vorgeben, ohne Beispiel ist." Unter andern wurden in der Nähe von Imagh (Grafschaft Clare) 25 Häuser dem Erdboden gleich gemacht und deren Bewohner, 200 an der Zahl, nackt in die Welt hinausgestoßen. In Kilkee erlitten 30 bis 40 Personen dasselbe traurige Schicksal. In Scariff wurden 8 Häuser niedergerissen. In der Grafschaft Donegal fanden, wie das „M. Chronicle" berichtet,

Digitized by Google

50 solcher Austreibungen statt, und zwae unter Mitwirkung einer Abtheilung Konstadler und einer Kompagnie des 57. Regiments. In der Grafschaft Keery wurden ganze Dörfer, unter andern Ballymare und Glounties auf diese Weise verwüstet, die Wohnungen dem Erdboden gleich gemacht und die unglücklichen Bewohner gezwungen, sich in die Stadt zu flüchten, wie nach dem Ueberfall eines Landesfeindes, der auf Rand und Verwüstung ausgeht. Diese wenigen Beispiele aus vielen. Es läßt sich denken, daß diese Zustände zu einer innern Auflösung aller sittlichen Begriffe führen müssen, die schlimmer ist als der Ausbruch einer offenen Revolution.

Am 5. Dezembee kam der Lordstatthalter, Graf Clarendon mit ferner Gattin in Dublin wieder an, nachdem er längere Zeit in England zugebracht hatte. Herr Charles Blunt ist von den Lords-Kommissären der Admiralität beauftragt worden, seinen unterirdischen elektrischen Telegraphen zwischen Holyhead und Dublin anzulegen. Die Drähte werden mit den Eisenbahnlinien jenseits und diesseits des irischen Kanals in Verbindung gebracht und so der Raum zwischen England und Irland fast aufgehoben werden. In Manchester und Liverpool wird man die Nachrichten wenigstens 12 Stunden früherals durch die gewöhnliche Post erhalten.

Eine schauderhafte Katastrophe ereignete sich auf dem von Sligo nach Liverpool bestimmten Dampfboot, indem der Kapitän Johnston 152 Passagiere, meist arme Auswanderer, unter dem Vorwande des stürmischen Wetters, von dem Deck entfernte, in das Zwischendeck von nur 18 Fuß Länge, 10 oder 12 Fuß Breite und 7 bis 8 Fuß Höhe einsperrte, den Ausgang von außen verrammelte, und sogar die einzige Oeffnung, die einen Luftzug gestattete, verstopfte! Dies geschah am 1. Dezember um Mitternacht. In diesem engen Raume sind während der Nacht nicht weniger als 72 Personen erstickt! Die Matrosen wollen das Schreien der durch das Schwanken des Schiffs über und durch einander geworfenen Unglücklichen wegen des Sturms nicht gehört haben. Erst spät gelang es einem Manne, sich einem Matrosen verständlich zu machen, worauf dieser mit einem Licht hinabeilte. So pestilenzialisch war die Atmosphäre in dem engen Raum, daß das Licht erlosch! Todte, Lebende und Sterbende lagen in Klumpen übereinander — ein gräßlicher Anblick! — Die Todtenschau-Jury sprach nach Besichtigung der Leiche eines der Opfer folgendes Urtheil aus: „wir finden, daß der Tod durch Erstickung veranlaßt ist, in Folge der gröblichen Vernachläßigung und des gänzlichen Mangels an der gebräuchlichen und nothwendigen Vorsicht Seitens des Kapitäns, Alexander Johnston, Richard Hughes, ersten Matrosen, und Ninian Crawford, zweiten Matrosen; und wie finden sie demnach des Todtschlages für schuldig; und wir betrachten es ferner als unsere Pflicht, in den stärksten Worten unseren Abscheu über das unmenschliche Benehmen der übrigen Seeleute auszudrücken; und wir bitten die Aufmerksamkeit der Besitzer von Dampfbooten darauf zu lenken, wie dringend nothwendig es ist, eine wirkungsreichere Methode der Ventilation im Zwischendeck einzuführen, und so den ärmeren Klassen der Passagiere größere Bequemlichkeit zu verschaffen."

Die „Times" enthält in ihrer Nr. vom 6. Dezbr. einen leitenden Artikel über die jüngsten Kabinetsänderungen und Regierungsmaßregeln in Oesterreich und Preußen. Auf diesen mit eben so vielem Selbstgefühl als Geschick geschriebenen Artikel kommen wir noch zurück. Von den gegenwärtigen preußischen Ministern wird unter andern gesagt: „diese Minister haben im buchstäblichen Sinne Preußen vom Untergange errettet."

Die Ernennung Barkly's zum Gouverneur in Guyana (nicht Westindien, wie es in Nr. 321 durch ein Versehen heißt) ist offiziell noch nicht bestätigt; indeß haben sich bereits für Leominster, welches Baekly im Parlament vertrat, zwei Kandidaten gestellt, Sir E. Lytton Bulwer und Hr. Peel, zweiter Sohn Sir Roberts. Der „Globe" widerspricht der Angabe, daß Hr. Macaulay, der treffliche Geschichtschreiber und vielleicht gediegenste Redner im letzten Paelament, beabsichtige, sich für Edinburgh wählen zu lassen, auf's entschiedenste; der Kandidat der liberalen Wähler werde Hr. Crowder sein. Man spricht davon, daß die Chartisten beabsichtigen, in der Person des Hrn. Julian Harney für den Westbezirk von Yorkshire den Paelamentskandidaten Sir C. E. Eardley und Hrn. Denison einen dritten Bewerber entgegenzustellen; F. O'Connor werde ihn in Wakefield vorschlagen. Es würde dies natürlich nicht mit der Aussicht auf Erfolg geschehen, sondern nur in der Absicht und zu dem Zwecke, aufregende Reden zu halten und dem fast eingeschlummerten Chartismus neues Interesse zu gewinnen. Harney ist der Herausgeber des „Northern Star," uno war im Jahr 1847 der durchgefallene Gegenkandidat Lord Palmerston's in Tiverton.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Dez. Die morgen stattfindende Präsidentenwahl regt die Gemüther heftig auf. Vor den Mairien stehen Massen, die auf ihre Stimmzettel harren. Auf den besuchten Straßen sieht man Gamins neben fein gekleideten Damen, die für ihre Kandidaten, größtentheils für Ludw. Napoleon, werben. — In Faubourg St. Jacques fanden vorgestern blutige Händel zwischen der beweglichen Bürgerwehr und den Arbeitern statt, die nur durch Einschreitung der Kavallerie beendet werden konnten. Heute bemerkt man große Truppenbewegungen in unserer Stadt; unter starker militärischer Bedeckung wird Munition von Vincennes hierher gebracht. Ludwig Napoleon hat sein Hotel nun wirklich verlassen, da die Zusammenrottungen vor demselben mit jedem Tage größer und drohender wurden. Die ihm ergebenen Journale fordern dringend zur Ruhe auf. An der Börse war heute eine Proklamation des Ministers Dufaure angeschlagen, welche die Versicherung gibt, die Ruhe werde erhalten und die Freiheit der Abstimmung im ausgedehntesten Maße geschützt und geachtet werden. In Marseille war am 5. eine ultrarevolutionäre Demonstration. Es wurde ein Freiheitsbaum aufgepflanzt, um welchen sich Gruppen schaarten, welche Ledru Rollin ein Hoch, Cavaignac ein Pereat brachten und dabei allerlei terroristische Lieder anstimmten. Zu ernstlichen Unruhen wird es indeß wohl nirgends kommen. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung wurde der provisorische Staatsrath gewählt, wobei die Kandidaten der Straße Poitiers sämmtlich durchfielen. Zu denen, welche am meisten Stimmen erhielten, gehören Lamartine (413), Goudchaux (338) und Franz Arago (133). — Gestern legte Dufaure ein Gesetz über die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik vor. Die Versammlung beschloß heute entschieden, die Verhandlungen darüber zu vertagen.

** **Straßburg**, 9. Dez. Heute ist der Pariser Courier erst in später Abendstunde angekommen, seine telegraphische Depesche hat dieser Morgen diese Verspätung angekündigt und als Ursache angegeben, daß die Regierung den Abgang der Courieee zurückgehalten habe, um das Resultat der Abstimmung der Nat.-Vers. über den Vorschlag von Belohnungen oder Entschädigungen der unter der vorigen Regierung Verfolgten mit abgehen zu lassen. Allerdings ist die Frage eine der wichtigern und die Versammlung wird sich wohl durch ihr negatioes Votum nach weiter von der rothen Republik entfernen. Aber so wichtig ist sie doch nicht, um jene Maßregel zu rechtfertigen. Man vermuthet daher, daß sich dieselbe wohl auf die Präsidentenwahl beziehen könne, indem dadurch die weitern Mittheilungen der radikalen Leiter in der Hauptstadt zu spät ankommen, um in den entferteen Lokalitäten auf die Morgen statt habenee Wahl Einfluß zu haben. Da man die unruhige Stimmung der Bevölkerung fürchtet, und die Gegner Cavaignac's dem Einflusse der deutschen Flüchtlinge zu entziehen wünschte, sind vor wenigen Tage die Weisungen an etwa siebenzig derselben ergangen, sich in das Innere in die ihnen angewiesenen Aufenthaltsorte zu begeben. Die armen Leute schleichen sich unter allerlei Vorwänden immer wieder an das Ufer des Grenzstromes, und so hatte sich seit einiger Zeit ihre Zahl in hiesiger Stadt bedeutend gemehrt, unter der jedoch auch wieder viele Neuangekommene sich finden. Der Aufenthalt in kleinern ganz französischen Departementalstädten mag auch für literarisch und wissenschaftlich gebildete meist junge Männer, denen die feanzösische Spaache fremd ist, sehr langweilend sein.

Spanien.

Madrid, 8. Dez. Gestern empfing die Königin den Nuntius des Papstes in einer Privataudienz, in welcher derselbe ihr ein Schreiben Pius IX. überreichte. — Cabrera hat sein Hauptquartier in Vidra, wo er Alles mit großer Thätigkeit organisirt. Es heißt, er hätte eine Kolonne Mataros geschlagen. — General Concha ist am 29. Nov. in Lerida eingetroffen. In dieser Stadt hielt man die Befreiung des Brigadiers Manzano, so wie die Gefangennehmnng der Aufständischen, die ihn gefangen genommen hatten, namentlich ihres Oberhauptes Tristani für gewiß. (Heraldo.)

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 12. Dez. Die Verhandlungen über d. österreichische Frage. Prof. Walter. Intriguen in der Verfassungsfrage.) Wien (Neueste Nachrichten.) Aus Oberösterreich (Bestrebungen gegen die Personalunion.) Kremsier (Reichstagssitzung. Beantwortung der Interpellationen Schusselka's.) Berlin (Danksagung des Königs. Aufhebung des Zeitungsstempels.) Danzig (Schiffsbauholz.) Dresden (Prinz Karl von Baiern.) Leipzig (R. Blum's letzter Brief.)

Italien. (Die italienische Constituante. Protest des Papstes. Gerücht von einer Volkserhebung in Rom.)

Schweiz. (Commissionen für Handels- und Zollsachen. Mißhandlung der in Wien wohnenden Schweizer. Das eidgenössische Anlehen. Beilegung der Differenzen mit Deutschland.)

Ungarn Pesth (Ministerium. Revolutionsgerichte.)

Pariser Börsenberichte (Vom 9. Dez.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 12. Dez.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 12. Dezember.

Tagesordnung der 134. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurf „der Reichstag", und zwar über Artikel V., VI. u. VII.

Der Vorsitzende, Heinrich v. Gagern, zeigt den Austritt des Hrn. v. Unwerth aus Glogau an. Dann interpellirt Schulz von Weilburg den Reichsminister des Auswärtigen in Bezug auf die Anhäufung russischer Truppen an den östlichen Grenzen Deutschlands und der untern Donau, was zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses vom 22. Juli geschehen sei?

Venedey fragt denselben Minister des Innern und Aeußern: Hat der Gesandte Heckscher den Auftrag, gegen die dem deutschen Rechtsgefühle widersprechenden Willkurmaßregeln des Feldmarschalls Radetzky wider die Lombarden Verwahrung einzulegen? Beide Anfragen werden dem Reichsministerium zugefertigt werden.

Die Versammlung ist nach kaum eröffneter Sitzung schon bei der Tagesordnung und auch heute wieder schlägt die Berathung über den Verfassungsentwurf einen so raschen Gang ein, daß wir, trotz der Bemerkung, womit der Präsident das Abstimmungsgeschäft vor §. 16 unterbricht, „es regne von Verbesserungs-Anträgen", die er erst einzutheilen und zu ordnen habe, doch der Erledigung einer langen Reihe von Paragraphen entgegensehen dürfen. In folgender Gestalt werden die ersten drei Paragraphen des Artikel V ohne Diskussion zum Beschluß erhoben:

Art. V. §. 15. Zu einem Beschlusse eines jeden Hauses des Reichstags ist die Theilnahme von wenigstens der Hälfte*) der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich.

Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet.

§. 16. Wenn es sich von der Erlassung solcher Gesetze handelt, durch welche Einrichtungen und Maßregeln begründet werden sollen, die der Kompetenz der Reichsgewalt nicht ausdrücklich zugewiesen sind (Abschnitt von der Reichsgewalt, Art. XIII §. 56 am Ende), so ist für die Schlußabstimmung eines jeden Hauses die Gegenwart von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder und unter diesen eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen erforderlich.

§. 17. Das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde, der Adresse und der Untersuchung, sowie der Anklage der Minister steht jedem Hause für sich zu.

Erst vor der Abstimmung über §. 18 wird wieder eine Besprechung zugelassen. Natürlich, daß Moritz Mohl sofort auf der Tribüne erscheint; doch dedient er sich seines Vortheils diesmal mit solcher Mäßigung, daß er nur kürzlich den Verbesserungsantrag Rödinger's empfiehlt, nach welchem alle Finanzbewilligungen ausschließlich dem Volkshause zustehen sollen. Ihm folgt Karl Welcker, der den Vorschlag des Ausschusses vertheidigt. Er versteht die Freiheit und die Volkssouveränität besser (Lachen von der Linken), als daß er die Krawallsouveränität und die Massenfreiheit damit verwechseln könnte. Das Volkshaus einseitig zu bevorrechtigen, darin erblickt er Gefahr. Denn dann könne leicht der leidenschaftliche Augenblick der Gebieter des Vaterlands werden. Aus der Geschichte Frankreichs zeigt er, daß gerade die Kammer der Pairs durch ihren Widerspruch wider die Beschlüsse der Abgeordneten dem französischen Volke mehr als einmal die Freiheit gerettet.

Freudentheil hat entdeckt, daß der Pulsschlag der Gegenwart rascher geht als früher. Er will, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Staaten- und Volkshaus die Ausgleichung zunächst durch eine gemischte Deputation versucht, und wenn dies fehlschlägt, gemeinsame Sitzungen beider Häuser Statt finden sollen, in denen die Stimmenmehrheit entscheidet.

Beseler. Durch die Gültigkeitserklärung einseitiger Beschlüsse des Volkshauses würden wir wieder aufheben, was wir in dem Verfassungswerke eben festsetzen: das Staatenhaus. Ein Einigungsverfahren hingegen zwischen beiden Häusern ist durch das Mehrheitsverachten keineswegs ausgeschlossen. Aber die Bestimmungen darüber gehören in die Geschäftsordnung der Häuser.

Vogt: Der einzige Stützpunkt einer Verfassung ist der Geldsack. Und diesen wichtigsten Gegenstand gerade schiebt man zurück? Unser ganzes Werk ist unnütz ohne die Bestimmungen über die Finanzen und ich begreife nicht, warum man sie zurückhält.

Beseler: Die Verzögerung liegt nur darin, daß der Verfassungsausschuß in seinen Berathungen über das Budgetwesen mit der größten Sorgfalt verfahren und das Urtheil Sachverständiger nicht entbehren wollte. Die Vorlage über die Finanzen ist indessen, wovon sich Herr Vogt sehr leicht durch eine Anfrage hätte unterrichten können, so weit gediehen, daß sie für künftige Woche versprochen werden kann.

Die Abstimmung verwirft sowohl den Antrag Rödinger's, als den folgenden Antrag Rauwerck's und Genossen:

„Jeder Beschluß des Staatenhauses wird gültiger Reichstagsbeschluß, sobald er vom Volkshause angenommen ist. Jeder Beschluß des Volkshauses wird gültiger Reichstagsbeschluß, sobald er vom Staatenhause angenommen ist. Widerspricht das Staatenhaus, so trifft das Volkshaus nach zweiter Berathung endgültige Entscheidung."

Dagegen wird nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses angenommen:

§. 18. Ein Reichsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen.

Die zu §. 19 gestellten Verbesserungsanträge haben hauptsächlich den Zweck, Bestimmungen für den Fall zu treffen, daß die Reichsgewalt einem Reichstagsbeschlusse die Ausführung verweigert. Die Debatte wird zugelassen. Phillips, Welcker, v. Vincke, Grävell und v. Beckerath melden sich als Redner für den Verf.-Ausschuß an. Dagegen: Rödinger, Vogt, Rauwerck, Mittermaier, Schulz von Darmstadt, Graf Wartensleben, Schmidt von Berlin und Wigard. Von ihnen erhält Rödinger das Wort, welcher in den §. 19 die Zusätze aufgenommen sehen will:

2) „Wenn Anlehen aufgenommen werden." Sodann

5) „Wenn ein Krieg begonnen oder ein Friedensvertrag abgeschlossen werden soll."

Außerdem aber schlägt er einen neuen zwischen 19 und 20 einzuschiebenden Paragraphen vor eines Inhalts, daß dadurch der Reichsgewalt jedes Veto gegen die Reichstagsbeschlüsse entwunden würde. Nur, wenn der Redner Hoffnung hätte, diese seine Vorschläge durchzusetzen, erklärt er, würden er und seine politischen Meinungsgenossen sich mit einer Verfassung Deutschlands befreunden können, die freilich weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben sei. Herr Rödinger steht heute zum ersten Male auf der Rednerbühne. Auf dies „Guthaben" hin, wie er seine bisherige Zurückhaltung nennt, gründet er einen Vortrag von erstaunlicher Länge und Breite. Wir wünschen nur, daß er damit für die ganze übrige Sitzungszeit mit dem Hause abgerechnet haben möge.

Phillips: Der §. 19, wie ihn der Verfassungsentwurf vorschlägt, rettet das constitutionelle Prinzip durch die Feststellung des absoluten Veto, ohne deshalb die Volksfreiheit zu beeinträchtigen. Man verzeihe mir, daß ich auf England komme. Es ist bekannt, daß die jungfräuliche Königin (Lachen von der Linken), daß also die jungfräuliche Königin — ich meine Elisabeth — während ihrer glorreichen Regierung 43 Bills genehmigt, 48 aber verworfen hat. In einem constitutionellen Staat reicht das suspensive Veto nicht aus, es bedarf des absoluten.

Vogt von Gießen: das Bewußtsein der Freiheit ist seit der jungfräulichen Königin so tief in Mark und Bein jedes Engländers eingedrungen, daß in England das absolute Veto, zwar ein noch giltiges Kronrecht, im Gebrauch

*) Im Entwurfe des Verfassungs-Ausschusses hieß es: „von wenigstens einem Drittel."

aber vollkommen antiquirt ist. In Deutschland ist jedoch der Zustand nicht der Art, daß wir der Reichsregierung eine so gefährliche Waffe wider die Freiheit in die Hand geben dürften. Auch sei es im Interesse des Verfassungswerkes selbst, das absolute Veto wegzulassen und nur das suspensive zu gestatten, sonst werde der nächste revolutionäre Sturm die ganze Verfassung über den Haufen werfen.

Welcker: In der organisirten Freiheit sei eine feindselige Stellung des Reichsoberhauptes zum Volkswillen durchaus nicht denkbar. Denn selbst, wenn es einmal zu einem Zwiespalt gedeihe, so werde es ein vorübergehender sein, denn dann fehle es dem Volke nicht an Mitteln, seinem Willen Nachdruck zu geben. Drei Gewalten sollten an die Spitze des Reichs gestellt werden, von ihnen alles Leben und jede gesetzliche Bestimmung ausgehen. Allein dies müßten gesunde und unverkrüppelte Gewalten sein und zu den Befugnissen des Reichsoberhaupts gehöre das unumschränkte Veto. Die Berliner Nationalversammlung, auf deren Auflösung Vogt hingewiesen, wie auf eine Willkürmaßregel, sei eben das beredrste Beispiel dafür, daß das absolute Veto des Regenten grade auch zum Schutze der Volksfreiheit dienen könne gegen die Kravallsouveränität.

Nach Welcker betritt Schmidt von Berlin die Tribüne. Ueber die Fortsetzung der Sitzung berichten wir in der Nachschrift.

†* **Frankfurt**, 11. Dez. Es beginnt zu dunkeln in einer Sache, die so klar ist, daß man meinen müßte, ein Fischzug im Trüben sei in ihr eine Unmöglichkeit! — Oesterreich hat es unumwunden und ohne Hehl erklärt, daß seine Konstituirung und die Deutschlands selbstständig vor sich gehen müsse — in der Folge solle das gegenseitige Verhältniß bestimmt werden. Wem leuchtete diese Erklärung nicht ein? Jeder, der schlichten Sinnes und ohne Hintergedanken die Dinge nahm, dachte an Gagern's letzte Rede. — Aber was geschieht vom Reichsministerium aus? Man findet die Sache nicht klar, man klammert sich an den Umstand, daß Oesterreich zugleich erklärt hat: nach wie vor seine Bundespflicht fortzuleisten, und daß die Abgeordneten noch bleiben! Man beabsichtigt in Ollmütz sich doch auch am Ausbau des deutschen Bundesstaates zu betheiligen, heißt es, freilich nur uneigentlich, da man eigentlich nicht dazu gehöre! — Diese Absicht kann offenbar nur fördern, meint man, nimmer stören! Deshalb ist es nöthig, nach Ollmütz Unterhändler zu schicken, um Aufklärung zu bitten. Diese Politik wirft man in die Fraktionen, an sie klammert man sich, um ein Portefeuille festzuhalten, um nur nichts, gar nichts aus der Hand zu geben! Was kümmert den Reichsminister des Innern der Einwand, daß, wenn Oesterreich noch andere Absichten habe, diese doch offen entgegenzubringen seien! daß es nicht an Deutschland, sondern an Oesterreich sei, Staatsmänner zu senden! Er bearbeitet die Fraktionen und läßt sie bearbeiten. Was soll man dazu sagen, wenn ein österreichischer Abgeordneter in einer Fraktionsversammlung mit Bitterkeit in die Drahung ausbricht, sich nach einer anderen Seite hin wenden zu wollen, wenn er in den Centren keinen fruchtbaren Boden fände für diese seine Politik? — Was soll es denn mit dem Gerüchte, das von einer gewissen Partei geflissentlich verbreitet wird, der Kaiser Oesterreichs wolle die deutsche Verfassung unbedingt annehmen, wenn er zugleich deutscher Kaiser würde? Soll dieses Gerücht nicht unbegründete Voraussetzungen gegen eine andere Seite in's Leben rufen? — Wir meinen, man wandelt jetzt andere Wege als in den Junitagen!

†* **Frankfurt**, 12. Dez. Es scheint fast, daß nur die Centren die österreichische Frage in die Hand genommen haben, welche der Minister des Inneren alles Ernstes zur Kabinetsfrage zu machen gedenkt. Noch im Laufe dieser Woche soll er eine Erklärung beabsichtigen, die zur Diskussion der §§. 2 und 3 vom Reiche führen und welche eventuell den Rücktritt des ganzen Kabinets bedingen soll. — Fast möchte man glauben, daß eine Partei hofft und wünscht: die Verlegenheiten nach dem Malmöer Waffenstillstande sich erneuern zu sehen. — Inzwischen versichert eine österreichische Depesche nach der anderen, daß Oesterreich durchaus nicht störend in die Entwicklung Deutschlands eingreifen wolle. Nichtsdestoweniger soll immer noch eine Kommission nach Ollmütz gehen, um „nähere Aufschlüsse" zu erbitten. Sie soll mit der Mission eines Reichskommissarius zur Beglückwünschung des Kaisers bei seiner Thronbesteigung vereinigt werden. Nur bei 2 Gruppen der Centren haben die ministeriellen Ansichten Anklang gefunden, die Hauptgruppe, Casino, lehnt entschieden ab; wenigstens ist nach mehrfacher und mehrstündiger Debatte bis gestern kein Resultat erzielt worden. Auch H. v. Gagern hat die Uebernahme einer Mission abgelehnt. — Wie schon erwähnt, hat man die Rechte und die Linke bei dieser Frage eigentlich noch außer dem Spiel gelassen. Die Rechte ignorirt man ganz, mit der Linken ist, worauf früher ein österreichischer Abgeordneter bereits hindeutete, ein Kompromiß versucht worden. Das Programm zu demselben circulirte gestern in vertraulichen Kreisen. Es erinnert an die naiven Forderungen aus den Junitagen, wo man österreichischer Seits hin und wieder auch der Ansicht war, die Frankfurter Versammlung könnte sich wohl nach Wien zum Erzherzog hinbemühen! Die folgenden fünf Punkte etwa bilden das Programm: 1) Der österreichische Kaiser empfängt die deutsche Kaiserkrone wieder; 2) Der Ort des Reichstags wird Wien; 3) Oesterreich tritt mit seinen Gesammtlanden in den Zollverband; 4) Die österreichische Marine schützt deutschen Handel und Schifffahrt im Mittelmeer, wofür Oesterreich keine Matrikularbeiträge zu zahlen hat; 5) endlich, die deutschen Truppen Oesterreichs werden deutsche Reichstruppen, tragen die deutschen Farben, können aber auch in Oesterreichs außerdeutschen Gebieten verwandt werden. — Die Linke (selbst der Württemberger Hof zum Theil) scheint indessen in der österreichischen Frage sehr entschieden und wird unter allen Umständen an den §§. 2 und 3 unbedingt festhalten.

† **Frankfurt**, 12. Dez. Herr Walter aus Bonn, designirter Präsident der Brandenburger Versammlung, beabsichtigt, in den Fraktionen Aufschlüsse über die Stimmung in Preußens Residenz und die deutsche Gesinnung des Gouvernements zu geben. Man will jedoch wissen, daß er auch bezüglich der österreichischen Frage wirksam zu sein beabsichtigt. Er gehört bekanntlich der ultramontanen Partei an.

§ **Frankfurt**, 12. Dez. Die §§. 2 und 3 der Reichsverfassung sind von einer neuen Intrigue bedroht. Um sie bei der zweiten Berathung zu stürzen, bieten namhafte Oesterreicher der Linken die Hand. Was dadurch verhindert werden soll, ist nicht schwer einzusehen, was aber erreicht werden soll, darüber möchte es nicht so leicht sein, Rechenschaft zu geben.

* **Wien**, 7. Dez. Die Angabe, daß der neue Minister, Baron Kulmer, ein Kroat sei, wird berichtigt; er ist vielmehr ein geborener Ungar, was wegen Gegenzeichnung in ungarischen Angelegenheiten berücksichtigt werden sein soll. Man sieht der Ernennung von noch zwei andern und zwar slawischen Ministern ohne Portefeuille entgegen. — Weder Amnestie noch Aufhebung des Belagerungszustandes sollen in naher Aussicht stehen. Uebrigens wird gegen die Riesenpetition, welche Ausdehnung des Belagerungszustandes auf 6 Monate verlangt, eine Gegenpetition vorbereitet oder wenigstens besprochen, und die Minister Bach und Stadion, welche sich durch die Fortdauer jenes Zustandes in ihrer Stellung am meisten paralysirt finden, sollen dringend dessen Aufhebung beantragen.

Aus Oberösterreich, 6. Dez. Eine Ansprache „der Bewohner Ober-Oesterreichs an ihre Abgeordneten in Frankfurt", worin verlangt wird, es möchte eine „Verbindung Deutschlands mit Oesterreich geschlossen werden, welche die deutschen Bewohner in der bisherigen staatsrechtlichen Verbindung beläßt, und sie von den Völkern Oesterreichs, wird im Massen verbreitet nicht trennt," Dieses Aktenstück, sowie die Ansprache der 40 österreichischen Abgeordneten, welche gegen die Personal-Union gestimmt haben, muß auf obrigkeitlichen Befehl (der Pfleggerichte und Magistrate) in allen besuchten Wirths- und manchen Privathäusern zur Sammlung von Unterschriften dauernd aufgelegt bleiben. (Fr. J.)

*Kremsier, 7. Dez. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurden vom Ministerium die Interpellationen Schuselka's beantwortet (vrgl. Nr. 320 und 321 uns. Bl.) Wir theilen das Wichtigste in gedrängter Kürze mit. Die militärische Diktatur, worauf die erste Anfrage Schuselka's sich bezog, wird in Abrede gestellt. Alle Organe der vollziehenden Gewalt wirken im Einklang mit dem Ministerium, und es ist keinerlei verfassungswidriger Einfluß außer ihm für seine Handlungen maßgebend. Außerordentliche Verhältnisse haben im Interesse der Gesetzlichkeit und der staatlichen Ordnung und Gesittung nicht nur von Oesterreich, sondern von ganz Europa die Ausnahmszustände in Wien und Lemberg herbeigeführt und geboten. Was den Ausnahmezustand von Wien anlangt, so hat das Ministerium Sorge getra-

Digitized by Google

gen, daß derselbe auf das durch das Gebot der Nothwendigkeit abgedrungene Maß beschränkt und dadurch der Wiederbelebung des so lange völlig gestört gewesenen Handels und Gewerbsbetriebes in keiner Weise entgegengetreten werde. Die Adressen, welche von den gesetzlichen, zur Wahrung der Interessen der Hauptstadt zunächst berufenen Organen und wichtigsten Korporationen, und überhaupt aus allen Ständen (?) bereits zu wiederholten Malen ergangen sind, sprechen sich hierüber mit unumwundener Anerkennung aus. Gegen das im Aufrube begriffene Nachbarland muß die Gewalt der Waffen angewendet und dem dort mit offenem Hohn niedergetretenen Gesetze wieder die gebührende Achtung verschafft werden. Kriegsmaßregeln sind noch im Zuge und das Ministerium hofft, daß in Bälde auch dort wieder der innere Friede hergestellt und der Boden zur endlichen Beilegung der eingetretenen Wirrnisse geebnet sein wird. Das Kriegsgericht zur Untersuchung und Aburtheilung der bei dem Oktoberaufruhr in Wien betheiligten Individuen (zweite Frage Schuselka's) ist eine Folge des Belagerungszustandes. Bereits ist (wie bekannt) das Standrecht außer Wirksamkeit getreten, zu dem Militärgericht sind Beisitzer aus dem Civilstand zugezogen und behufs der Aburtheilung von Civilpersonen die Beachtung der Civilstrafgesetzgebung vorgezeichnet worden.

Die Hinrichtung R. Blum's (dritte Frage) erfolgte in Gemäßheit des von dem Kriegsrechte gefällten Urtheilsspruches. Die von der provisorischen Centralgewalt der deutschen Bundesstaaten abgesandten Kommissäre haben von den Untersuchungsakten Einsicht genommen. Die in Folge dessen von denselben an das Ministerium gelangte Eröffnung läßt voraussetzen, daß sie durch Einsicht der Untersuchungsakten die Ueberzeugung gewannen haben, es sei bei der Aburtheilung der Abgeordneten Blum und Fröbel das zur Anwendung gekommene österreichische Kriegsgesetz weder in formeller noch in materieller Rücksicht verletzt worden, sondern in beiden Beziehungen von dem Militärgerichte seiner Pflicht getreu und dem Gesetze gemäß geurtheilt und gehandelt worden. Dagegen haben die Kommissäre gegen die Verurtheilung aus dem Grunde Verwahrung eingelegt, weil dabei das deutsche Reichsgesetz vom 29. — 30. Sept. nicht beachtet worden, zugleich fordern sie, daß diesem Gesetze sofort in Oesterreich volle Wirksamkeit eingeräumt werden soll. Die thatsächliche Mißachtung jenes deutschen Reichsgesetzes aber findet schon in dem Umstande genügende Begründung, daß zur Zeit, als die Verhaftung und Verurtheilung der genannten Individuen erfolgte, dasselbe noch nicht einmal offiziell dem österreichischen Ministerium bekannt, also noch weniger in gesetzlichem Wege den österreichischen Gerichten maßgebend geworden war und dieses auch insofern nicht werden kann, bis nicht überhaupt das neuzugestaltende staatliche Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland im beiderseitigen Einverständnisse bleibend geordnet ist. In diesem Sinne sind die entsprechenden Weisungen dem österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt zur weiteren Mittheilung an dieselbe zugegangen.

Berlin. Der Preußische Staatsanzeiger enthält folgenden königlichen Erlaß:

Es sind Mir und der Königin, Meiner Gemahlin, bei Gelegenheit der am 29. v. M. stattgefundenen Feier des 25jährigen Bestehens Unseres Ehebundes von so vielen Seiten Glückwünsche dargebracht worden, daß deren einzelne Beantwortung nicht ausführbar ist. Ich habe daher beschlossen, Unseren Dank in dem beigegebenen Erlaß auszusprechen, welchen Ich dem Staatsministerium zur Kenntnißnahme und demnächstigen unverzüglichen Veröffentlichung mittheile.

Potsdam, den 8. Dezember 1848.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

An das Staats-Ministerium.

Gottes gnädige Fügung ließ Mich und die Königin, Meine Gemahlin, am 29. v. M. im Kreise Meiner Familie die Wiederkehr des Tages erleben, an welchem vor fünfundzwanzig Jahren der Bund Unserer Herzen die kirchliche Weihe empfing, und erfüllt von inbrünstigem Dank lobpreisen Wir den Herrn für die Segnungen häuslichen Glückes, deren Er Uns in Seiner Vaterhuld hat theilhaftig werden lassen. Zu besonders innigem Dank gegen Ihn aber fühlen Wir dadurch Uns erhoben, daß Er Uns durch diesen Tag Gelegenheit gegeben hat, zu erkennen, wie die schweren Ereignisse, welche Seine allmächtige Hand über Unser geliebtes Vaterland heraufgeführt, nicht vermocht haben, die Bande treuer Liebe und Anhänglichkeit zu lockern und zu lösen, die von jeher Unser theures Preußenvolk an sein Herrscherhaus gekettet haben, und welche unter den heftigsten Stürmen nur um so fester geknüpft worden sind. Dieses Bewußtsein haben Wir auf's neue geschöpft aus den Erweisungen warmer Theilnahme, welche von nahe und fern, aus allen Gauen, wie aus allen Lebens- und Wirkungskreisen, von Landes- und Ortsbehörden, städtischen und ländlichen Gemeinden, geistlichen und weltlichen Körperschaften, von politischen und andern Vereinen, wie von einzelnen Personen, in Worten und Gaben der Liebe dargebracht, Unsere Familienfeier verherrlicht haben.

Unvermögend, jedem einzeln den Dank auszusprechen, von welchem Unsere Herzen bewegt sind, fühlen Wir Uns um so mächtiger gedrungen, diesen Dank von ganzer Seele ihnen allen gemeinsam zu verkünden, ja, ihn auch an alle diejenigen zu richten, deren treue und fromme Wünsche an jenem Tage, wenn auch unausgesprochen, Uns gewidmet waren.

Möge denn, indem Ich in Meinem und Meiner Gemahlin Namen diesen Gefühlen hiermit Worte leihe, dieses Wort wie ein warmer Händedruck empfangen und empfunden werden von Jedem, dem es gilt; mögen sie Alle einschlagend Herz und Hand vereinen zu neuem starken Bunde und mit Uns feststehen in der freudigen Ueberzeugung, daß, was Gott zusammengefügt, der Mensch nimmer trennen solle, noch in Wahrheit zu trennen je die Macht haben werde.

Potsdam, den 8. Dezember 1848.

Friedrich Wilhelm.

Verordnung,

die Aufhebung des Zeitungsstempels betreffend.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc.

verordnen auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums:

Art. 1.

Der bisher nach dem Tarif zum Stempelgesetz vom 7. März 1822 von politischen Zeitungen erhobene Stempel wird in Gemäßheit des Artikels 24 der Verfassungs-Urkunde vom 1. Januar 1849 ab, sowohl von inländischen als von ausländischen Zeitungen, nicht ferner erhoben.

Art. 2

Das Finanz-Ministerium ist mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Gegeben Potsdam, den 8. Dezember 1848.

gez. **Friedrich Wilhelm.**

contr. Graf von Brandenburg. von Ladenberg.
von Strotha. von Manteuffel. Rintelen.
von der Heydt.

Für den Finanz-Minister.
Kühne.

Für den Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
Graf von Bülow.

Danzig, 4. Dez. Die dänische Krone hat vorgestern durch ihren hiesigen Konsul sämmtliches hier lagernde, zum Schiffsbau sich eignende Eichenholz ankaufen lassen, dem Vernehmen nach für mehr als 30,000 Thlr. Wahrscheinlich haben ähnliche Aufkäufe für dänische Rechnung auch in den andern deutschen Häfen stattgehabt und sind eine Folge von dem Beschlusse der Frankfurter, daß in sämmtlichen deutschen Seehäfen die Bestände von zum Schiffbau sich eignendem Eichenholze aufgenommen werden sollten, um danach über die zu erbauenden deutschen Kriegsschiffe berathen zu können.

Dresden, 9. Dez. Der Prinz Karl von Baiern ist aus Potsdam angekommen; Prinz Albert von Sachsen nach Olmütz abgereist.

Leipzig. Dr. Haubold, Vormund der Kinder R. Blum's, macht im Leipziger Tageblatt den letzten Brief desselben bekannt:

Gestern endlich ist aus Wien nebst einem Theil der Effecten der Abschiedsbrief unseres Robert Blum an seine Gattin hier angelangt und lautet:

„Mein theures, gutes, liebes Weib, lebe wohl, wohl für die Zeit, die man ewig nenne, die es aber nicht sein wird. Erziehe unsere — jetzt nur Deine Kinder zu edlen Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer Schande machen. — Unser kleines Vermögen verkaufe mit Hülfe unserer Freunde. **Gott und gute Menschen werden Euch ja helfen.** Alles, was ich empfinde, rinnt in Thränen dahin, daher nur nochmals: leb wohl, theures Weib! Betrachte unsere Kinder als theures Vermächtniß, mit dem Du wuchern mußt und ehre so Deinen treuen Gatten. Leb wohl, leb wohl! Tausend, tausend, die letzten Küsse von

Deinem

Robert.

Wien, den 9. November 1848.

Morgens 5 Uhr, am 6 Uhr habe ich vollendet!

Die Ringe hatte ich vergessen; ich drücke Dir den letzten Kuß auf den Trauring. Mein Siegeleing ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantknopf für Ida, die Kette für Alfred, als Andenken. Alle sonstigen Andenken vertheile Du nach Deinem Ermessen! **Man kommt!** Lebe wohl, wohl!"

Italien.

* In Rom erwartete man am 1. Dez. jeden Augenblick die Deputirten der politischen Kreise des römischen Staates, um einen festen Entschluß zu fassen. Mittlerweile läßt der Kriegsminister beständig Truppen gegen die neapolitanische Grenze marschiren, von wo aus ein Kreuzzug gegen die neue Regierung beabsichtigt werden soll. In wenigen Tagen werden wir, schreibt man der Concordia, erfahren, welche Haltung der Papst annehmen wird, und dann werden wir eine bestimmte und entschiedene Regierung einsetzen. Das Ministerium Mamiani legte gestern der Deputirtenkammer einen dringlichen Entwurf wegen Bildung einer italienischen Constituante vor, die ihren Sitz in Rom haben, und wozu jeder italienische Staat eine gleiche Anzahl von

Digitized by Google

Uebersicht.

Das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland.
Deutschland. Wien (R. Blum und der sächsische Gesandte.) Ollmütz (Retistication des Thronwechsels. Die serbische Deputation Erzherzog Johann. Professor Füster.) Prag (Der Kaiser. Armeefeier für Latour.) Berlin (Preußen und die Reichsgewalt. Aufhebung der französischen Rückzölle. Landräthe suspendirt. Dankadressen. Bekanntmachung des Finanzministeriums.) Köln (Erklärung des Bürgervereins) Düsseldorf (Verhaftung.) Elberfeld (Die Beeksassung in den Provinzen.) Münster (Prinz Waldemar.) Dresden (Auflösung des Gardecorps.) Vom See (Todtenfeier für R. Blum. Die Flüchtlinge. Militärkrawall.)
Frankreich. Paris (Politisches Duell. Späterer Abgang der Malleposten. Ein Bruder des Papstes. Zwistigkeiten zwischen Cavaignac und Changarnier. Kleine Unruhen. Tagesberichte.)
Italien. Rom (Folgen der Flucht des Papstes.) Neapel (Vertagung der Kammern. Rüstungen. Bruch mit Toskana.)
Niederland. Haag (Der Königl. Hr. Mutsaers.)

* Vom Rhein, 10. Dez. Das Reichsministerium ist, wie ich höre, im Begriff, von der National-Versammlung die Ermächtigung zu begehren, mit der österreichischen Regierung und dem Reichstage in Kremsier über das künftige Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich zu verhandeln. Gagern soll in das Ministerium treten, um mit Schmerling dessen bisherige Doppelfunktion zu theilen: zu meiner Freude vernehme ich zugleich, daß der verehrte Mann die Verbindung, die er zwischen Oesterreich und Deutschland herstellen will, nicht anders denkt, denn als ein völkerrechtliches Bündniß, das nur in weitester Ausdehnung eine Unien in materiellen und ideellen Verhältnissen zulassen soll, wie sie sonst nicht in der Natur völkerrechtlicher Allionzen liegt. Zu diesem Ende hin drängt die Natur der Sache; es fragt sich nur, wie der Weg dahin gemacht werden soll. Das österreichische Ministerium hat sein Programm abgegeben. Es ist darau bis auf den letzten Satz nichts zu interpretiren, es ist klar und bestimmt. Zu verhandeln gibt es noch dieser Erklärung über das staatsrechtliche Verhältniß nichts. Die Erklärung sagt ja, man könne darüber nichts ausmachen, bis Deutschland und Oesterreich beiderseits mit ihrer Verfassungen zu Ende gekommen seien. Die österreichische Erklärung ist von den Bestimmungen der §. 2 uno 3 veranlaßt; sie soll auf die zweite Erfung dieser Paragraphen zurückwirken. Diese ist noch nicht erfolgt. Ehe sie erfolgt ist, kann das Reichsministerium nicht unterhandeln. Die National-Versammlung kann auch dem Reichsministerium keine Ermächtigung geben, es sei denn, daß darin eine zweite, definitive Beschlußfossung über §. 2. 3. antieipirt werde. Dem gesunden Menschenverstande nach kann von der Nationalversammlung nichts geschehen, als daß sie, einen mentalen Beschluß hierüber voraussetzend, diesem nach ihre Ermächtigung ausstelle. Dieser mentole Beschluß steht ohne allen Zweifel fest. Die §§. 2. 3. werden in ihrer ganzen Strenge aufrecht erhalten werden. Die Nationalversammlung ist mit ihrem Mandat, die Einheit Deutschlands zu begründen, bei der traurigen Alternative angekommen, in dem eingetretenen Collisionsfall mit Oesterreich sich die Frage zu stellen, ob diese Einheit mehr materiell von dem Zusammenfassen aller deutschen Lande unter einer einheitslosen Verfassung verstanden weeden soll, oder mehe ideell von dee Begründung einer einheitlich-festen Verfassung unter der Gefahr, daß der äußere Verein der Notien dabei etwas verengert werde. Es ist klar, und das Wohl des Vaterlandes hängt davon ab, daß in dieser beklagenswerthen Collision nur die ideelle Einheit in's Auge gefaßt werden kann. Die Versammlung wird also an den §§. 2. 3. unverrückt festhalten. Darüber scheint nur Eine Stimme zu sein. Sie kann also das Reichsministerium zu nichts ermächtigen, als der österreichischen Regierung zu sagen, daß es in den Ausdrücken des Peogramms derselben nur die Erklärung lesen könue, Oestreich halte seinen Zutritt zu der deutschen Veefassung, wie sie im Entwurf vorliege und sowrit sie berathen sei, für unmöglich, und doß es demnach erwarten müsse, die österreichische Regierung werde ihre Abgeordneten sofort abberufen. Dies wird schnell entscheiden, ob die österreichische Regierung es mit Deutschland ehrlich meint oder nicht. Man verbreitet in Frankfurt briefliche, officielle Nachrichten aus dem österr. Ministerium, die die ehrlichsten und aufrichtigsten Absichten ankündigen. Wie gerne nähme ich dann meine Interepretation des Programms zurück! Es wäre ein Beweis, daß in Oesterreichs Diplomatie und Staatsleitung ein neuer Tog aufgegongen wäee, und auf dem Grunde einer solchen klaren offenen Auseinandersetzung ließe sich dann ein Bund der beiden Staaten denken, der von der seltensten Innigkeit und Treue sein könnte. Aber zu den Worten gehören Thoten. Die Abberufung der österr. Abgeordneten wird erst die Ueberzeugung von der Ehelichkeit der österr. Regierung geben. Denn jetzt ist der Schein gegen diese Ehrlichkeit. Soll sich Deutschland und Oesterreich jedes noch seinem eigenen Interesse konstituiren, um dann erst ihre Wechselbeziehungen zu oronen, so kann Oesterreich, wenn dies seine gonz ehrliche Meinung ist, die Anwesenheit seiner Abgeordneten in Frankfurt ebensowenig verlangen, als wir die Anwesenheit deutscher Vertreter in Kremsier. Die österreichische Regierung läßt aber ihre Abgeoeneten schweigend in Frankfurt sitzen. Nicht genug. Der neulich desprochene Gubernialerlaß aus Brünn gibt zu noch viel begründeterem Argwohn Anlaß. Seine verdächtige Seite ist nicht die Wahlinstuirung, sondern eine andere, die in der neulichen Diskussion gar nicht berührt wurde. Es wird docin auf Wahlen gedrungen, weil die Zeit herannahe, wo in Frankfurt die wichtigsten Verfassungsfragen entschieden werden sollten!! Oesterreich hat sein Interesse dabei, seine Deputirten bei zwei Abstimmungen in Frankfurt anwesend zu hoben: bei der zweiten Lesung von §. 2 und 3 und bei der Frage von dem Oberhoupte. Die eoidente Absicht ist, sie so lange dort zu lassen. Dos österreichische Ministerium hatte sich offenbar gedacht, dieses Resultot schweigend erhalten zu können. Was geschieht aber in Frankfurt? das Reichsministerium, oder die pensée im Reichsministerium, die man in Frankfurt die florentinische nennt, demerkt, daß über dies unklare und unreine Verhältniß die Gemüther göhren; es muß befürchten, daß ein unverhoffter Ueberfall, ein Antrag auf eine klaee Auseinandersetzung durchgeben möchte; doß man allzuschnell zur zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs kommen könnte. Es kommt daher der österreichischen Regierung entgegen und meistert die dortigen Minister; es will unterhandeln, wo man dort ausdrücklich erklärt hat, daß es nichts zu unterhandeln gebe; denn es weiß in Frankfuet, wos man in Wien nicht weiß, daß mon dort ohne ein solches Fortgespinnst der Froge sie einmal plötzlich obschneiden könnte. Dies ist noch nicht das eigentliche Meisterstück der Sache. Sondern dies liegt in der Hereinziehung Gagern's in das Ministerium. Dieser Mann hat sich so lange gespart. Er hätte nicht jetzt sich noch in dieses trübe Spiel wagen sollen. Es wäre an der Nationalversammlung, dies noch zu hindern. Ein entschlossenes Votum in dieser Sache könnte dos Verhältniß zu Oesterreich plötzlich in's Klare stellen; es würde den österreichischen Minister beseitigen. Träte dos gonze Ministerium in einer Sache, die doch rein eine persönliche Inconvenienz ist, mit ihm zurück, so wäre es Zeit, mit neuen Kräften ein neues zu bilden, das den Uebergang in das Definitoum leiten könnte. Dazu gehören Deutschlands allerbeste Kräfte. Wir sind im Begriffe, das Schiff aus den wogenden Wassern in den Port zu lenken, dazu gehören Lootsen von sicherster Hand und Augen von nicht zu verdächtigender Deutschheit.

Deutschland.

Wien. Zur Berichtigung eines früheren Artikels über die Verurtheilung Blum's heißt es in der Wiener Ztg. vom 5. Dez.: Der königl. sächsische Gesandte hat, wie die übrigen Mitglieder des diplomatischen Corps, nach erhaltener amtlicher Aufforderung, die Stadt Wien am 22. Okt. d. J. verlassen. Tags zuvor, am 21. Okt., hatte R. Blum einen gesandtschaftlichen Reisepaß von dem königl. sächsischen Gesandten zur Rückreise über Linz noch Frankfurt a. M. erbeten und erhalten.

Ollmütz, 5. Dez. Dem C. Bl. o. B. wird geschrieben: „Der Thronwechsel ist an die großen Höfe durch Prinzen aus dem kaiserlichen Hause persönlich benachrichtigt worden. England allein soll es bloß durch die Gesandtschaft erfahren. Man bringt hier diese Ausnahme mit dem Umstande in Beziehung, daß englische Schiffe immerfort Venedig mit Lebensmitteln versehen (?) Die seedische Deputation hat ihren Hauptzweck bereits erreicht, ihr Wojwode Suplikac ist durch den neuen Kaiser bestätigt worden. Nun der Ban Jellacic auch Civil- und Militärgouverneur von Dalmatien geworden, und der kroatische Minister Kulmer im Kremsierer Reichstoge sitzt, so ist damit die faktische Trennung der südslawischen Länder von Ungarn, ihre Einverleibung in Ge-

Digitized by Google

sammtösterreich, und das Entstehen der vereinigten Königreiche Slawonien, Kroatien und Dalmatien auch förmlich ausgesprochen. — Es soll mehr als blaßes Gerücht sein, daß Erzherzog Johann gleichzeitig mit dem Kaiser Ferdinand abdanken wollte. Die deutschen Minister wollten im Verein mit vielen Reichstagsmitgliedern die Verweserschaft dem preuß. Könige erblich antragen. Es hätte an die Stelle des einigen Deutschösterreichs in die Weltgeschichte ein preußisches Deutschland und ein slawisches Oesterreich treten sollen. Der preuß. König ging aber in die Verhandlungen nicht ein. — Dem Abgeordneten Füster soll der Ollmützer Erzbischof verdolen haben, in seiner Diöcese irgend eine kirchliche Handlung vorzunehmen.

Prag, 6. Dez. Es scheint nicht, daß unsere kaiserlichen Gäste lange hier verweilen werden. Einer ziemlich zuverlässigen Mittheilung zufolge werden sie sich vielleicht bald nach Neujahr auf die Kameralherrschaft Zbiraw, im berauner Kreise, zurückziehen, wo das Schloß bereits mit der erforderlichen Einrichtung versehen wird. Noch hat Kaiser Ferdinand das Schloß auf dem Hradschin nur verlassen, um in dem benachbarten St.-Veitsdome die Messe zu hören; auf die Alt- und Neustadt herüber ist er seit seiner Ankunft nicht gekommen. Auch wird kaum ein Mitglied seiner Begleitung sichtbar, das stille und zurückgezogene Leben in der Burg beschränkt auch das kaiserliche Gefolge auf einen sehr engen Kreis des Verkehrs, obwohl die Zahl der Gäste durch mehrere während der gestrigen Nacht hier eingetroffenen Personen vom Hofe vermehrt worden ist. Sonntags fand in der Kathedrale am Hradschin eine Trauerfeierlichkeit zu Ehren des ermordeten Kriegsministers Latour statt. (Auch in Brünn hat am 1. Dez. eine ähnliche Feier stattgefunden.) (D. A. Z.)

* Der Preußische Staats-Anzeiger enthält folgenden Artikel:

Berlin, 6. Dez. Manchen in der Presse laut gewordenen Stimmen gegenüber, welche an die Maßregeln der Regierung Besorgnisse über unsere Stellung zur Centralgewalt knüpfen, können wir nicht umhin, auf das thatsächliche Verhältniß aufmerksam zu machen, welches die preußische Verfassung zur deutschen einnimmt. Selbst wohlmeinende Stimmen haben gefürchtet, schon in dem Verbleiben und in der Ergänzung des Ministeriums die Elemente zu einem Bruch mit der Centralgewalt und der Frankfurter Versammlung zu erkennen, und trösten sich nur mit der Hoffnung, daß die wahrhaft deutschgesinnten Männer in Frankfurt den guten Willen und die Klugheit besitzen würden, keinen Bruch daraus entstehen zu lassen. Wir unsererseits sind ebenfalls überzeugt, daß Alles, was einen Bruch Preußens mit der Centralgewalt veranlassen könne, an den edlen Bestrebungen dieser Männer, Bestrebungen, die wir in ihrem vollen Maße achten und würdigen, geeigneten Widerstand finden würde. Im vorliegenden Falle wird es jedoch solcher Anstrengungen nicht bedürfen, denn der Weg, welchen das Ministerium Brandenburg in der deutschen Sache zu gehen gedenkt, ist in dem Berichte desselben an den König vom gestrigen Tage genau bezeichnet. Es heißt nämlich darin von der dem Könige vorgelegten Verfassung: Wir haben darin auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen National-Versammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der vorzunehmenden Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt. Hieraus folgt, wie jeder Unbefangene begreifen wird, keine Trennung, sondern ein Anschluß. Preußen steht fest gestern eben so fest zur deutschen Sache, als vorher."

Man sieht, dieser Artikel ist sehr unschuldig; er weiß nichts von den Frankfurter Beschlüssen über Posen und über das Ministerium Brandenburg. Indeß acceptiren wir seine gute Meinung.

Berlin, 8. Dez. Die französische Regierung hat amtlich anzeigen lassen, daß die am 10. Juni d. J. erlassene Verordnung, durch welche die bestehenden Rückzölle und Ausfuhrprämien bei der Ausfuhr französischer Waaren um 50 pCt. erhöht und neue Ausfuhrprämien für einige Waaren bewilligt wurden, mit dem 31. Dez. bestimmt außer Kraft treten wird.

Bekanntlich hat diese Verordnung den Regierungen der Zollvereinsstaaten Veranlassung gegeben, die Erhebung von Zuschlagszöllen für Seidenwaaren, halbseidene Waaren und gewisse Arten wollener Gewebe und Garne anzuordnen. Es ist mit Rücksicht auf jene Erklärung der französischen Regierung zu erwarten, daß auch diese Anordnungen mit dem 31. Dez. d. J. werden außer Kraft gesetzt werden. (Pr. St. A.)

Berlin, 8. Dez. Einige Landräthe, welche die Steuerverweigerung mit beschlassen haben, sollen das Vertrauen der Regierung dergestalt eingebüßt haben, daß sie von ihren Aemtern suspendirt sind. Man nennt Reuter von Johannisburg, Bauer von Krotoschin. (D. Ref.)

Berlin, 9. Dez. Heute früh ist eine zahlreiche Deputation aus Breslau, bestehend aus Einwohnern aller Stände, Handwerkern, Kaufleuten, Gutsbesitzern, Gelehrten, hier angekommen, beauftragt, Sr. Majestät eine Dankadresse für die Verfassung zu überreichen. Auch aus Stettin, Posen und Halle laufen Dankadressen ein.

Das Finanzministerium macht bekannt:

In Folge des von einer Fraktion der Nationalversammlung ausgegangenen Aufrufs zur Steuerverweigerung sind dem Königlichen Staatsministerium, um etwaigen Verlegenheiten der Staatskasse vorzubeugen, aus allen Theilen der Monarchie zahlreiche Anerbietungen zu Steuervorausbezahlungen und Geldbeiträgen aller Art — nicht selten mit ausdrücklicher Verzichtleistung auf Rückzahlung und Verzinsung — gemacht worden. Mehrere Patrioten haben sogar mit der uneigennützigsten Hochherzigkeit ihr gesammtes Vermögen dem Staate zur freiesten Verfügung gestellt.

Der gedachte Aufruf, welcher von den traurigsten Folgen für unser gesammtes Vaterland hätte werden können, ist — Dank sei es dem gesunden Sinn des Volks — fast ohne alle Wirkung geblieben und hat nur an wenigen Orten einer ganz kurze Stockung der Steuer-Einzahlungen nach sich gezogen. Die Staatskasse befindet sich daher nicht in der Lage, zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse von den freiwillig gestellten Opfern Gebrauch machen zu dürfen. Nichtsdestoweniger erscheint es dem Unterzeichneten als eine mit Freudigkeit zu erfüllende Pflicht, den hohen Werth der gemachten Anerbietungen und des sich darin kundgebenden Ausdrucks wahrer Vaterlandsliebe hiermit öffentlich dankend anzuerkennen.

Berlin, den 8. Dezember 1848.

Köln, 8. Dez. Der hiesige „Bürger-Verein" hat in einer heute Abend abgehaltenen öffentlichen Sitzung in Bezug auf die Octroyirung der Verfassung die nachstehende Erklärung beschlossen: „Der Kölner Bürgerverein erkennt mit tiefem Bedauern an, daß sich auf dem gesetzlichen Wege der Vereinbarung unübersteigliche Hindernisse erhoben hatten, und daß dadurch die Krone, um das Vaterland vor unabsehbaren Gefahren und Opfern zu schützen und der ersehnlichen Rechtsunsicherheit ein Ende zu machen, sich gezwungen sah, einseitig eine Verfassung zu verleihen, spricht seine volle Befriedigung mit dem Geiste der verliehenen Verfassung aus, und hegt die Erwartung, daß etwaige Unvollkommenheiten und Lücken durch die demnächst zusammentretenden beiden Kammern werden verbessert und ergänzt werden."

Düsseldorf, 9. Dez. So eben wurde der Chef unserer aufgelösten Bürgerwehr, Herr Lorenz Lantadar, verhaftet. Man bringt diese Arrestation mit der Beschlagnahme sämmtlicher Papiere des rc. Lassalle, welche man in ein hiesiges Hotel geflüchtet hatte, in Verbindung.

Aus **Elberfeld** und anderen Orten der Rheinprovinz sind Dankadressen nach Berlin abgegangen. Ueberhaupt scheint die Nachricht von der endlich erfolgten vorläufigen Ordnung der Verfassungsangelegenheit in den Provinzen günstig aufgenommen zu sein.

Münster, 7. Dez. Gestern Abend trafen Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Karl von Hessen und bei Rhein, so wie der Prinz Wilhelm, ersterer von Darmstadt, letzterer von Berlin kommend, zum Besuche des nicht unbedenklich kranken Prinzen Waldemar hier ein und stiegen im königlichen Schlosse ab. (W. M.)

Dresden, 7. Dez. Gestern wurde der Gardedivision bekannt gemacht, daß die Auflösung dieses Corps mit dem Schluß des Jahres 1848 eintreten werde, und es wird dasselbe dann unter die übrigen Regimenter vertheilt werden. Grund der Auflösung ist die Absicht, Ersparnisse im Militärbudget herbeizuführen. (L. Z.)

Vom See, 7. Dez. Blum's Todtenfeier wird bei uns in allen Städtchen mit Aufzügen und Reden gehalten, der Enthusiasmus dabei ist aber nicht sehr groß; zwei Drittheile der Theilnehmer sind Neugierige. In der Kreisstadt Konstanz ist die Feier auf würdige Weise begangen worden. Ein Zug von 200 bis 300 Personen mit Blechmusik und Fahnen begab sich vom Concilliumssaal auf das Stadthaus, wo die deutschkatholische Gemeinde ihren gewöhnlichen Gottesdienst hält. Hier fand die kirchliche Feier statt, worauf von Pfarrer Kuenzer, Advokat Würth, Bürgermeister Huetlin und einem Buchdruckergehülfen patriotische Reden gehalten wurden, abwechselnd mit Gesang und Musik. — Die Flüchtlinge in der Schweiz, von denen ein Theil kürzlich mit G. Metternich, Siegel und Hoffstetter in Stephani's Landhaus zu Emishofen bei Konstanz getagt hat, scheinen ihre Plane auf par-

tielle Einfälle aufgegeben zu haben und auf großartige Ereigniſſe in Paris und Berlin zu warten. — Ein geſtern in Konſtanz ſtattgehabter Militärkrawall, bei welchem die würtembergiſchen Soldaten einige wegen Disciplinarvergehen arretirte Kameraden wieder frei haben wollten, wurde von den Militärbehörden unterdrückt, ohne daß die Ruhe der Stadt weiter geſtört worden wäre. (N. Fr. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 7. u. 8. Dezember. Zu den Folgen, welche die geſtern gemeldete Diskuſſion hervorbrachte, iſt auch ein Zweikampf zu zählen, welcher zwiſchen Victor Hugo und Millard bevorſteht. Letzterer hatte geſtern einen Artikel in Hugo's Blatt (Evènement) über dieſe Angelegenheit ſtreng gerügt. Heute erklärte dieſer, er ſei nicht von ihm, worauf Millard erwiderte: deſto beſſer wenn Sie ſich von dieſem ſchändlichen Artikel losſagen. Darauf hin forderte ihn Victor Hugo, faſt auf der Rednerbühne. Man beſchuldigte die Regierung u. A., die Mallepoſten, die gewöhnlich um 6 Uhr Abends abgehen, geſtern abſichtlich bis nach 11 Uhr aufgehalten zu haben. Der Papſt kommt nun entſchieden, wenigſtens für jetzt, nicht nach Frankreich. Er wird wohl vorerſt in Gaeta bleiben. Nach der Turiner „Concordia" vom 4. reiſt ſein Bruder, Joſeph Maſtai, in ſtrengſtem Incognito, über Venedig und Mailand hierher. Der „Moniteur" erklärt, das Gerücht, daß Pius IX. die ihm von unſerer Regierung angebotene Gaſtfreundſchaft abgelehnt habe, ſei durch nichts gerechtfertigt. Eine Verſammlung bei Dufaure, wozu ſämmtliche Obriſten der Legionen und der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr, General Changarnier, geladen waren, gab dem Gerüchte von ernſthaften Mißhelligkeiten zwiſchen dieſem Letzteren und General Cavaignac, trotz dem Widerſpruche des offiziellen Blattes, neue Nahrung. Heute ſpricht man von einer Ausſöhnung. Immerhin nannte der „Conſtitutionel" neulich Geneeal Changarnier unter denen, die für Ludwig Napoleon ſtimmen würden, und dem iſt kein offizieller Widerſpruch entgegengeſetzt worden. — Geſtern Nacht drang eine große Anzahl Arbeiter, unter Schmähungen gegen General Cavaignac, in einen Wachtpoſten der beweglichen Bürgerwehr, und es ſoll ihnen gelungen ſein, denſelben zu entwaffnen. Heute ſtehen Volksmaſſen auf dem Vendomeplatze, den Straßen St. Honoré und Rivoli, die Ludwig Napoleon hoch leben laſſen. Die Polizei läßt ſie gewähren. General Bugeaud ſoll an der Halsſchwindſucht leiden.

Der Conſtitutionel will wiſſen, ſämmtliche Notarien und Avoués unſerer Stadt hätten ſich, nur drei ausgenommen, für Ludwig Napoleon erklärt. Der Klub Poitiers zog in Erwägung, ob er ſich bei der, künftigen Freitag eintretenden Wahl des proviſoriſchen Staatsraths betheiligen, oder auf Verſchiebung derſelben antragen ſolle. Die Frage wurde an eine Commiſſion zur Berichterſtattung verwieſen. Heer Thiers erklärte bei dieſer Gelegenheit, er würde, wenn die Stimmen auf ihn fielen, keine Stelle in demſelben annehmen. — Briefe aus Marſeille melden, daß man ſich daſelbſt nicht wenig wunderte, das Bataillon des 33. Regiments, das bereits nach Italien eingeſchifft war, wieder an's Land ſteigen zu ſehen. — Der Moniteur zeigt an, daß Strohwaaren und Strohflechtereien wieder ohne Zoll ein- und ausgeführt werden können. — Die ſtrengen Geſetze gegen die Klubs ſollen nun, nach einem in dem offiziellen Blatte enthaltenen Dekrete auch in Algerien eingeführt werden, wo die Urtheile ohne Zuziehung von Geſchworenen zu erlaſſen ſind. Noch enthält daſſelbe Blatt mehrere Veränderungen der Steuern und deren Einnahmsweiſe in dieſer wichtigen Provinz. — Das Einnahmebudget, welches auf 1 Milliarde und etwas weniger als 487½ Millionen angeſchlagen iſt, wurde von der Nationalverſammlung angenommen. Cauſſidière's Memoiren geben viele, wenn auch einſeitige, doch intereſſante Aufſchlüſſe über die Weiſe, wie die letzte Revolution vorbereitet wurde (Alton Shee ſpielte eine Rolle darein) und über die innern Zwiſtigkeiten, welche gleich in den erſten Tagen die gemäßigten Anhänger derſelben, zu welchen Garniee Pagès gehörte, von den Ultrareoolutionären trennten, welche durch Albert und ſeine Genoſſen vertreten waren. Wir bedauern, daß uns der Raum nur erlaubt, unſere Leſer darauf aufmerkſam zu machen. — Der Abbé Jaquemet iſt ſtatt des Herrn von Hercé zum Biſchof von Nantes ernannt worden. Letzterer hatte auf dieſen Sitz verzichtet.

Italien.

** **Rom**, 30. Nov. Die Flucht des Papſtes hat für die Herſtellung der Ordnung mehr geleiſtet, als das Verſetzen in Belagerungszuſtand oder ſonſt noch ſo ſtrenge Maßregeln würden haben erzwecken können. Seit jenem Augenblicke der Kriſis hört man hier weder von Conſtituante, noch von Republik mehr reden, wohl aber geben die Demonſtrationen, welche von den demokratiſchen Klubs der Provinzen hier eintreffen, die Pläne hinreichend deutlich kund, welche durch dies Ereigniß geſtört worden ſind. Aus dieſen Begrüßungsſchreiben geht ganz deutlich hervor, daß die italieniſche Conſtituante auf dem Kapitol zuſammentreten und daſelbſt einen Centralpunkt für die Revolutionirung von ganz Italien gewinnen ſollte. Alles dies iſt augenblicklich nun vereitelt. Dagegen läßt ſich das Miniſterium in ſeinem Beginnen nicht irre machen und beabſichtigt feſten Fußes vorauzuſchreiten. Mamiani als Miniſter des Auswärtigen hat ſich an das diplomatiſche Korps gewandt, um ſich mit ihm in Verbindung zu ſetzen, allein da die hier zurückgebliebenen Herren Geſandten nicht wiſſen, was ſie zu dieſem Casus singularis ſagen ſollen, ſo wird er auf Antwort wohl etwas länger warten müſſen, als ihm lieb iſt. Unterdeſſen können von Neapel aus die Anordnungen des Papſtes eintreffen und ſo kann auch dießmal die Zeit den Herren aus der Verlegenheit helfen. Leider haben ſich auch bei dieſer Gelegenheit Kaſtengeiſt und Rangdünkel auf eine für uns Deutſche betrübende Weiſe kund gegeben, indem die wenigen Repräſentanten deutſcher Staaten es vorgezogen haben, mit denen fremder Mächte die Köpfe zuſammenzuſtecken, ſtatt ſich mit ihren Kollegen, die vielleicht beſſer hätten unterrichtet ſein können als jene, in freundlicher Weiſe zu benehmen. — Die Flucht des Papſtes iſt vorzugsweiſe mit Hülfe des bairiſchen Geſandten, Grafen Spaur, ausgeführt worden. Sie ſcheint gleich nach Roſſi's Ermordung beſchloſſen worden zu ſein, indem in jenen Tagen des heftigſten Konflikts der genannte Diplomat wiederholt zum Papſte gerufen wurde und viele Stunden lang in ſeiner unmittelbaren Nähe verweilte. Der franzöſiſche Botſchafter hat ſeiner Seits auch die Hand dazu geboten und da die Mehrzahl der Kardinäle nach Neapel vorausgeeilt iſt, ſo wird dort wahrſcheinlich ſofort ein Konſiſtorio zuſammentreten, in welchem über das Schickſal des Kirchenſtaates Beſchlüſſe gefaßt werden müſſen. — In Bologna hält die moderirte Partei, auf Zucchi's bewaffneten Arm geſtützt, zur Zeit noch aus. Wie lange? iſt eine verhängnißvolle Frage. Behält ſie die Oberhand, ſo kann der Sturz des Miniſteriums auch von dieſer Seite nicht lange ausbleiben, indem er von dort aus beim Papſte beantragt werden ſoll.

*** **Neapel**, 28. Nov. Die Kammern ſind neuerdings auf den 1. Februar vertagt, weil die Regierung nach Bekanntwerden der Ergänzungswahlen auf keine Mehrheit zu ihren Gunſten rechnen konnte. — Die Bevölkerung iſt ruhig, reſignirt — im Bewußtſein ihrer Unmacht gegen die außerordentlichen Rüſtungen, die die Regierung ununterbrochen betreibt. Am königl. Pallaſt ſind auf der Stadtſeite zwei Reihen Fenſter vermauert und blos Löcher zu Schießſcharten gelaſſen worden. Die Armee ſoll auf 100,000 Mann gebracht werden. 10,000 M. ſollen an die römiſche Grenze ziehen. Da in Toscana die Unabhängigkeit Siciliens anerkannt worden, erwartet man, daß die hieſige toscaniſche Geſandtſchaft nächſter Tage abreiſen, und der diplomatiſche Verkehr mit dieſer Regierung unterbrochen werde.

Niederland.

** **Haag**, 6. Dez. Das deutige Geburtsfeſt des Königs Wilhelm II. wird hier, wie im ganzen Lande, mit ungewöhnlich freudiger Theilnahme gefeiert werden. Der König hat ſich bei der geſetzlichen Durchführung der Verfaſſungsreviſion ebenſo volksfreundlich und entſchieden als feſt und beſonnen bewieſen, ſeiner weiſen ſichern Leitung ſchreibt man es vorzüglich zu, daß das große Werk der Reform unter allen Stürmen der Zeit ſo ruhig und ungetrübt zu Stande gebracht worden iſt, und jeder Niederländer fühlt ſich ihm dafür zum Danke verpflichtet. Die neuliche Ernennung des Hrn. Mutſaers, Mitglieds der zweiten Kammer, zum Miniſter für Sachen der katholiſchen Kirche hat einen neuen Beweis geliefert, wie ernſt es dem König iſt, auf dem betretenen Wege der Reform fortzuſchreiten. Mutſaers iſt einer der freiſinnigſten und talentvollſten Männer des Landes und, obwohl katholiſcher Vorkämpfer in den Generalſtaaten, von allen Parteien geachtet, in Noordbrabant wie keiner verehrt. — Die Wahlen in die neuen Generalſtaaten ſind größtentheils beendet. Wie werden darauf zurückkommen.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruſe.

Digitized by Google

[1031]

Neuer Verlag

der

Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig

vom Jahre 1848.

Arndt, E. M., Reden und Glossen. gr. 8. broch. 10 Ngr.

Berichte über die Verhandlungen der königl. sächs. Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig. I. Nr. 11. 12. — II. Nr. 1 — 5. Gr. 8. Geh. à 10 Ngr.

Billroth, G., lateinische Grammatik. 3. Ausgabe, besorgt von Dr. Fr. Ellendt. Gr. 8. 1 Thlr.

Chamisso, Adelbert v., Gedichte. 10. Auflage. 8. Mit Portrait. Geh. 2 Thlr.

Dahlmann, F. C., Geschichte der englischen Revolution. 5. verb. Auflage. 8. Mit John Hampden's Portrait. Geh. 2 Thlr.

Von demselben Verfasser erschien bereits früher:

Geschichte der französischen Revolution bis auf die Stiftung der Republik. 2. durchgesehene Auflage. Mit Mirabeau's Portrait. 8. Geh. 2 Thlr. 7½ Ngr.

Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. 1. Band. 3. verb. Auflage. Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 22½ Ngr.

Demosthenis Olynthiacae tres, Philippica prima et de pace. Edidit Car. Aug. Rudiger. Editio 3a denuo adparata. Gr. 8. 1 Thlr.

Ellendt, Fr., lateinische Grammatik für die untern Klassen der Gymnasien. Nach der Anlage der Billroth'schen Grammatik bearbeitet. 3. Auflage. 8. 10 Ngr.

Geib, G., die Reform des deutschen Rechtslebens. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

Grimm, J., Geschichte der deutschen Sprache. 2 Bände. Gr. 8. In engl. Einband 6 Thlr. 20 Ngr.

Hagenbach, K. R., die Kirchengeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts aus dem Standpunkte des evangelischen Protestantismus betrachtet in einer Reihe von Vorlesungen. 1. Theil. 2 verbesserte Auflage. 8. Geh. 1 Thlr. 15 Ngr.

Junghanns, E., der Fortschritt des Zollvereins. Gr. 8. Geh. Mit vielen Tabellen. 3 Thlr. 20 Ngr.

Kaiser Franz und Metternich. Ein nachgelassenes Fragment. gr. 8. broch. 24 Ngr.

Lotze, H., allgemeine Pathologie und Therapie als mechanische Naturwissenschaften. 2. verb. Aufl. Gr. 8. Geh. 10 Ngr.

Lysias ausgewählte Reden. Erklärt von Dr. H. Rauchenstein. 8. Geh. 10 Ngr.

Plutarch's ausgewählte Biographien. Erklärt von Dr. C. Sintenis. 1. Bändchen: Aristides und Cato major. 8. Geh. 10 Ngr.

Vorstehende zwei Werke bilden die beiden ersten Bändchen einer in unserem Verlage erscheinenden *„Sammlung von Ausgaben griechischer und lateinischer Schriftsteller mit deutschen Noten,"* worüber ein ausführlicher Prospectus in allen Buchhandlungen gratis zu haben ist.

Schlegel, Aug. Guil., opuscula quae latine scripta reliquit. Collegit et edidit Ed. Böcking. 8. Geh. 1 Thlr.

Im vorigen Jahre erschienen vollständig:

A. W. v. Schlegel's sämmtliche Werke. Herausgegeben von Ed. Böcking. 12 Bände. 8. Geh. 12 Thlr.

Oeuvres écrites en français et publiées par Edouard Böcking. 3 vol. avec le portrait de l'auteur. In 8. broché. 3 Thlr.

Schwab, Gust., fünf Bücher deutscher Lieder und Gedichte. Von A. von Haller bis auf die neueste Zeit. Eine Mustersammlung mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen. 3. neu vermehrte Aufl. 8. Geh. 1 Thlr. 15 Ngr.

Schweizer, A., Homiletik der evangelisch protestantischen Kirche, systematisch dargestellt. Gr. 8. Geh. 2 Thlr.

Vega's logarithmisch-trigonometrisches Handbuch. 30. Auflage oder 12. Abdruck der neuen Stereotyp-Ausgabe. Herausgegeben von Dr. J. A. Hülsse. 4. 1 Thlr. 7½ Ngr.

de Wette, Dr. W. M. L., kurzgefasstes exegetisches Handbuch zum Neuen Testament. 1 Bandes 4. Theil: Kurze Erklärung der Apostelgeschichte. 3. verbesserte und vermehrte Auflage. Gr. 8. 18½ Ngr.

— — — desselben Werkes III. Bandes 2. Theil: Kurze Erklärung der Offenbarung Johannis. Gr. 8. 27½ Ngr.

Mit dieser Abtheilung ist das Handbuch zum Neuen Testament nunmehr beendigt. Für den ausgezeichneten Werth desselben bürgen ausser dem Namen des Hrn. Verfassers die fortwährend nothig gewordenen neuen Auflagen der einzelnen Theile, die es möglich gemacht haben, den schon im Jahre 1835 begonnenen Werk stets auf dem neuesten Standpunkt der Wissenschaft zu erhalten.

Wörterbuch, mitteldeutsches, aus dem Nachlasse von G. F. Benecke, herausgegeben von Dr. Wilh. Müller, Prof. in Göttingen. 2. Liefernog. Bogen 17 — 32. Briefe-Gide. Lex.-8. 1 Thlr. 10 Ngr.

Zeitschrift für deutsches Alterthum. Herausgegeben von Moritz Haupt. VI. Band. 3. Heft. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

— — derselben VII. Band 1. und 2. Heft. Gr. 8. Geh. à 1 Thlr.

Um die Anschaffung dieser Zeitschrift, namentlich für die erst mit dem 6. Bande eingetretenen Abnehmer zu erleichtern, ist der Preis der ersten fünf Bände von fünfzehn Thalern

auf acht Thaler

herabgesetzt, wofür dieselben von jetzt an durch alle Buchhandlungen zu erhalten sind.

Beachtenswerthe Anzeige!

☞ Heilsame Erfindung. ☜

Das ganz neu erfundene

Compressorium oder **Urinsperrer**

besitzt die heilsame Eigenschaft, das es das nächtliche Einnässen in's Bett bei Knaben, so wie auch bei Erwachsenen durchaus verhütet und macht sich schon nach höchstens monatlichem Gebrauch entbehrlich. Gegen portofreie Einsendung des Betrags und Angabe des Alters erhält man

1 Instrument für Knaben bis zu 10 Jahren zu 1⅓ Rthlr.

1 Instrument für ältere und Erwachsene zu 2 Rthlr.

nebst Gebrauchsanweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

Bleicherode bei Nordhausen.

[1032] **C. Filler.**

[1033] Folgende anerkannt treffliche zu **Festgeschenken** sich eignende Bücher sind frisch und reich gebunden in allen guten Buchhandlungen vorräthig:

Dramatische Dichtungen

von

Ludwig Uhland.

Preis Rthlr. 1. 28 Ngr. oder fl. 3. 20 kr. rhein.

Gemälde

weiblicher Erziehung

von

Caroline Rudolphi.

Preis Rthlr. 2. 20 Ngr. oder fl. 4. 48 kr. rhein.

Gedichte

von

Gottfried Keller.

Preis Rthlr. 1. 24 Ngr. oder fl. 3. rhein.

[1034] In der **Hahn'schen** Hofbuchhandlung in **Hannover** ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Denkschrift,

den Art. VII. des Entwurfs der Grundrechte des deutschen Volks betreffend. gr. 8. geh. 4 ggr.

Mineralien-Sammlungen als nützliche und angenehme Weihnachts-Geschenke. Die beischeidenden Verzeichnisse unentgeltlich.

[1010]* **Heidelberger Mineralien-Comptoir.**

[1035] In der **Daubeimer'schen** Buchhandlung (C. Weychardt) in **Esslingen** ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Zur

Wiedergeburt der Strafrechtspflege.

Gedanken und Vorschläge

von

Rudolf Probst.

Oberjustizassessor.

gr. 8. geh. Preis 24 kr. oder 7½ Sgr.

Der leitende Gedanke dieser Schrift ist ein durchaus neuer; in völlig eigenthümlicher Weise hat der Verfasser versucht, die Grundlinien einer dem deutschen Bedürfnisse wahren Humanität gemäßen Umgestaltung der Rechtspflege zunächst des Strafrechts zu zeichnen.

Wir empfehlen die Abhandlung der Aufmerksamkeit Aller, die sich für diese wichtigen Verhältnisse interessiren.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue de Monsieur le Prince.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Ober-Post-Amts-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 329 Frankfurt a. M., Mittwoch 13. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür auch im ganzen Verwaltungsbezirk des fürstl. Thurn und Taxis'schen Ober-Post-Amts, welches den alleinigen Debit übernommen hat, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren, unsere Zeitung zu beziehen ist. Bestellungen bitten wir bei der nächsten Postanstalt bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (War Oesterreich deutsch seit 1815? Verhandlungen in den Parteifraktionen.) Wien (Die Vertretung der Südslawen am Reichstag. Finanzlage des Kaiserstaats. Statistik des Reichstags.) Von der mährischen Grenze (Slawische Organisation in Ungarn.) Kremsier (Nachträgliches über die Reichstagssitzung vom 7.) Berlin (Die Wahlen. u. Bonin. Ausschußbericht über den preußischen Staatshaushalt. Verhandlungen über die Kaiserkrone. Ausweisung.) Königsberg (Gerpobefehl). Aus Baden (Heidelberger Universitätszustände.) Vom Neckar (Das Hirtenwort der in Würzburg versammelten Bischöfe.) Heidelberg (Entgegnung.) Darmstadt (Kammerverhandlungen. Abschaffung der Titulaturen). Mainz (Truppendislokation. Die österreichische Garnison.) Hamburg (Wahlen. Verfassunggebende Versammlung.)

Großbritannien. London (Ultratorystische Ansicht über die Hinrichtung Blum's.)

Frankreich Paris (Verhandlungen über den am 7. Dez. verspäteten Postabgang. Die organischen Gesetze. Wahlumtriebe. Bekanntmachung. Die Hanauer demokratischen Vereine. Louis Blanc zieht einen König einem Präsidenten vor. Ludwig Napoleon sagt sich gegen den Nuntius von dem Prinzen von Canino los.)

Italien. (Kriegsrüstungen in Toskana. Noch kein Ministerium in Turin. Die Concordia über die italienischen Wirren. Der Papst wählt Gaeta zum Aufenthaltsorte, dessen Reise nach Neapel. Nachrichten aus Rom, Ancona, Venedig, Modena und Mailand.)

Schweiz. Lugano (Ausweisung der Flüchtlinge. Verminderung der Truppen. Römische Wirren.)

Dänemark. Kopenhagen (Schleswig. Rüstungen.)

Miszellen.

Deutschland.

Frankfurt, 12. Dez. Da der Austritt Oesterreichs aus dem engern Verbande der deutschen Staaten von manchen Seiten mit so großer Verwunderung aufgenommen wird, so möchte es sich verlohnen, einen kurzen Rückblick auf Oesterreichs Politik und Handlungsweise seit dem Pariser Frieden zu werfen, um zu erwägen, ob Oesterreichs Benehmen seit jener Zeit überhaupt zu andern Hoffnungen berechtigte.

Wie Oesterreich schon 1797 um den Preis des venetianischen Gebiets insgeheim in die Abtretung des linken Rheinufers willigte, so trat die Tendenz seines Kabinets, Deutschland in zweiter, den Einfluß in Italien in erster Linie zu behandeln, 1814 und 1815 noch deutlicher hervor. Das Breisgau und Oberschwaben wurde geopfert, auf Belgien keine neuen Ansprüche erhoben, und aus alter Eifersucht gegen Preußen, dem man allein den Schutz Deutschlands gegen Westen übertrug, dessen im Interesse Deutschlands erhobene Ansprüche auf Elsaß nicht unterstützt. Dagegen suchte Oesterreich nicht nur möglichste Gebietserweiterung in der Lombardei und Venedig zu erlangen, sondern auch seinen Einfluß auf die abhängigen und verwandten Höfe von Rom, Modena, Parma und Florenz durch das Besatzungsrecht in Piacenza, Comacchio und Ferrara zu steigern. Wenn diese Thatsachen nicht genügen, so können wir auf zwei Briefe Gneisenau's an Arndt verweisen. In dem ersten vom 28. August 1814 schreibt derselbe: „Oesterreich ist gleichgültig gegen die deutschen Angelegenheiten und richtet seine Erwerbungspläne nur gegen Italien", und am 23. Aug. 1815: „Oesterreich sträubt sich, Gebiet auf Kosten Frankreichs, dessen Freundschaft es sucht, zu erwerben und in mehrere Berührung mit selbigem zu kommen".

Diese verwaltend italienische Richtung ging bis ins Kleine hinab. So wurden den 13 deutschen Gemeinden bei Verona, welche unter der Herrschaft des italienischen Venedig ihre deutschredenden Seelsorger und Beamten gehabt hatten, unter der Herrschaft des deutschen Oesterreichs diese genommen und sie so italienisirt. Die mit einem Hospital verbundene deutsche Nationalkirche in Rom, St. Maria dell' Anima, welche 1500—1514 von Beisteuern ganz Deutschlands erbaut worden, wurde 1815 von Oesterreich übernommen, aber nicht für die deutsche Nation, von der sie gestiftet wurde, sondern zur Aufnahme von Pilgern der verschiedenen Völker der österreichischen Monarchie. 1846 mußte sich in Constantinopel ein deutscher Hilfsverein bilden, weil das daselbst bestehende österreichische Krankenhaus nur für die italienisch-österreichischen Matrosen bestimmt ist. Bekannt ist, daß die Kriegsschiffe der österreichischen Flotte durchweg italienische Namen führen, daß die Konsulate am Mittelmeere italienische Schilder aushängen und mit Italienern größtentheils besetzt sind. Oesterreich suchte einen größern Stolz darin, eine katholische, als eine deutsche Macht zu sein; darum duldete es die Italienisirung von Südtyrol, welche im Interesse der Geistlichkeit liegt, darum trieb es mit Verachtung der Grundbestimmungen der Bundesakte die Zillerthaler aus, verweigerte den Protestanten Thürme, Glocken und gestattete ihnen

statt Kirchen nur „Bethäuser", hielt die protestantische Gemeinde zu Linz zehn Jahre lang mit der Erlaubniß zum Bau eines Bethauses hin. Selbst Baiern hat in der Blütenzeit Abels die Nichtachtung der deutschen Grundrechte nicht so weit getrieben.

Zu der Handelssperre kamen die Absperrung gegen deutsche Ideen, die Erschwerung des Verkaufs deutscher Bücher, welche in den verschiedenen Graden von Strenge fast unsre ganze klassische, weil protestantische, Literatur betrafen. Bekannt ist die Absäuberung der österreichischen Hochschulen von der Gesammtheit der deutschen; zwischen beiden fand kein Austausch von Lehrern oder Schülern statt, die schulmäßig eingerichteten österreichischen Universitäten mit ihren Gymnasialunterrichtsgegenständen im sogenannten philosophischen Kursus, mit ihrem Lehrplan und ihren Semestralprüfungen lieferten Studenten, welche in Bildung und Charakter auf der Höhe deutscher Gymnasiasten standen und daher auf keiner andern deutschen Universität für voll galten. Während ganz Deutschland des Nachdrucks sich schämte und ihn abschaffte, führten nach 1847 die österreichischen Schulpläne ganz naiv als die eingeführten Lehrbücher die Wiener Nachdrücke deutscher Werke an, (z. B. Anatomie von Hempel, Chirurgie von Chelius, Augenheilkunde von Weller). Eines höhern Unterrichts im deutschen Styl entbehrend, der leichten Zugänglichkeit der gesammten deutschen Literatur beraubt, durch geistliche Einflüsse, durch veraltete Schulpläne und Lehrbücher beschränkt, mußte die prosaische österreichische Literatur und die Wissenschaft in Gehalt und Form hinter der deutschen zurückbleiben und sich jene österreichische Kanzleisprache aufbitten, mit ihrem „Hintanhalten" statt verhindern, „gefertigt" statt unterzeichnet u. s. w., wie sie uns aus den amtlichen Erlassen der Wiener Zeitung und zuweilen von der Tribüne der Paulskirche so verweltlicht anmuthet.

So hat Oesterreich sein undeutsches Sonderleben, welches es seit dem ersten schwarzgelben Kaiser Leopold I., der Straßburg so leichten Kaufs aufgab, führte, im Jahr 1815 nur in einer etwas andern Gestalt fortgelebt und wir können uns nicht wundern, wenn es 1848 eben auch nur Aeußeres daran ändert. Es hat durch die Fesselung des deutschen Geistes, seit dreihundert Jahren (und unter Metternich wurde das deutsche Element mehr geknechtet, als das magyarische und slawische) den günstigen Zeitpunkt zur Germanisirung der Slawen, welche Preußen so glänzend zu Ende geführt, versäumt und so wird es künftig sein Schicksal von den erwachten Slawen empfangen, die diese etwa im Uebermuth des Sieges das deutsche Oesterreich in Deutschlands Arme treiben! — Wir wollten nicht anfeinden, wir gaben nur Thatsachen.

†* **Frankfurt**, 12. Dez. Wir theilten Ihren Lesern bereits mit, daß Hr. Walter aus Bonn Aufschlüsse in den Fraktionen geben wollte, welche alle Befürchtungen und Vorurtheile beseitigen sollten, die man hier gegen die deutsche Gesinnung der preußischen Regierung hegen könnte. In dieser guten Absicht hat er denn auch einen Brief mitgetheilt, warnach der König gedroht haben soll, daß Preußen sich zurückziehen müsse, „wenn Oesterreich sich genöthigt sähe, an Deutschland keinen Antheil zu nehmen." Wohl durch ein Mißverständniß hat Hr. Welcker dieses Schreiben für den „authentischen" Ausdruck einer „feierlichen Verwahrung" von Seiten der preußischen Krone erklärt.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 12. Dez. Neben der österreichischen Frage und mit ihr im engsten Zusammenhange, drängt sich die Frage wegen des künftigen Oberhauptes Deutschlands ihrer Entscheidung immer hastiger entgegen. Auch darüber wird in den Klubs lebhaft verhandelt, indessen hat bis jetzt erst ein Klub, der Augsburger Hof, eine fertige Vorlage (allerdings nur als Vorarbeit einer von ihm bestellten Kommission) zu Tage gefördert und den andern Klubs, so wie dem Verfassungsausschuß zur Berücksichtigung mitgetheilt.

Wien. Die Slowanska Lipa in Prag hat in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen, an den gleichnamigen Verein in Agram und an den serbischen Vorwärtsverein in Karlowic Aufforderungen ergehen zu lassen, daß sie die baldigste Beschickung des österreichischen Reichstages in den südslawischen Ländern betreiben mögen. Die Wahlausschreibung von Seite der Regierung wird wohl auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. So berichtet das C. Bl. a. B. Wie man über die Schwierigkeiten der übergroßen Zahl von Vertretern, der ungleichartigen Composition und der Sprachverwirrung hinauskommen will, muß dahin gestellt bleiben. Eine vernünftige Vertretung der Provinzen läßt sich erst nach ihrer selbstständigen Constituirung denken, durch welche die Centralversammlung der Zahl nach kleiner und in den Gegenständen ihrer Competenz auf ein beschränktes, der unmittelbaren politischen Erfahrung zugängliches Maß zurückgeführt wird. Sollte die Vertretung der südslawischen Länder wirklich demnächst durchgeführt werden, so würde dies wohl hauptsächlich als eine Constatirung ihrer Ablösung von Ungarn anzusehen sein. Kroatien, Slawonien und die neu bestätigte serbische Wojewodschaft würden dadurch als selbstständige Glieder in den österreichischen Ländercomplex eintreten. Die letztere wird außer dem alten Herzogthum Syrmien, der Peterwardeiner und Banater Grenze und dem Tschaikistendistrict auch fünf bisher zu Ungarn gehörende Komitate umfassen (Baranya, Bacs und die drei Banatskomitate), im Ganzen ein Gebiet von etwas über 900 Quadratmeilen mit gegen 2 Millionen Einwohnern. Unter diesen sind nicht mehr als etwa ein Dritttheil Serben; vielmehr herrscht auch hier die charakteristische Völkermischung, die doch immer das einseitige Ueberwiegen einer Nationalität hindert. So bilden hier zahlreiche Romanen das Gegengewicht, die im Banat die große Mehrzahl bilden; im Bacser und Baranyer Komitat wohnen Deutsche, Kroaten, Magyaren, Slowenen und selbst einige Russinen. Nun ist auch die Union Ungarns mit Siebenbürgen aufgelöst; eine Abtrennung des Slowaken- und Russinenlandes liegt gleichfalls im Reich der Möglichkeiten, und so würde das über 6000 Quadratmeilen große ungarische Reich zu einem Magyarenland von kaum 2500 Quadratmeilen zusammenschrumpfen. Der eigenen blinden Sprachwuth (sagt das C. Bl. a. B., dem wir die vorstehenden Angaben entnehmen) verdanken die Magyaren dies ihren Tendenzen gerade entgegengesetzte Resultat.

Der „Staatsvoranschlag für die am constituirenden Reichstage vertretenen Länder der österreichischen Monarchie für das Verwaltungsjahr 1849" ist erschienen, ein dicker Quartband voll Ziffern, Zahlen und Rubriken. Wir theilen nach dem C. Bl. a. B. einige der wichtigsten Angaben daraus mit. Die Ergebnisse von 1847 dienen dem Budget als Basis. Die Gesammtstaatsschuld beträgt 913¼ Millionen, die jährlichen Zinsen 47½ Mill. fl. (Frankreich zahlt 111 Mill., England 280 Mill. jährliche Zinsen.) Mit den jetzt geforderten 80 Mill. beläuft sich die Schuld in runder Summe auf 1000 Mill. „Die Entstehung und Gemeinsamkeit der Schuld für alle Theile der Monarchie, sagte der Finanzminister, bietet das Mittel dar, daß gegen Ungarn, Siebenbürgen und das lombardisch-venetianische Königreich die Uebernahme des entsprechenden Theiles der Gesammtschuld gefordert werde." Da Ungarn mit Italien die Hälfte der Gesammtbevölkerung ausmacht, so kämen auf diese Länder 500 Mill. an Staatsschulden. Dies ist einer der Preise des Krieges, der aber den zu hoffenden Gewinn im voraus neutralisirt. Während der Hofstaat auf 4 Mill., das Ministerium des Aeußern auf 1½ Mill. angesetzt ist, nimmt die Armee für den gewöhnlichen Bedarf 52 Mill., für den gegenwärtigen Kriegsbedarf noch weitere 35 Mill. in Anspruch. Ueber 400,000 Mann stehen jetzt schlagfertig mit 50,000 Pferden, und wie der Minister sagt, kann unter diesen Stand im Jahr 1849 in keinem Fall herabgegangen werden, vielmehr ist es zweifelhaft, ob es gelingen wird, damit auszulangen. Darf doch, wie der Minister gleichfalls sagte, der nordöstliche Theil der Monarchie „den großen Heeresmassen gegenüber, welche in dem Nachbarreiche gesammelt waren sein sollen", ohne starke Besatzung nicht allen Wechselfällen preisgegeben werden! Die Ersparnisse sind dem gegenüber nicht in Anschlag zu bringen. Der Voranschlag ergibt in den Ausgaben für Verwaltungszweige eine Verminderung von noch nicht 3 Mill. Für die fernere Zukunft eröffnet nun freilich der Finanzminister eine günstige Aussicht durch umfassende Reformen und Entfesselung der unermeßlichen Hülfsquellen der Monarchie. Damit ist es bestellt, wie mit der föderativen Konstituirung der Monarchie. Es wird sich darum handeln, zu der glänzenden Zukunft die Brücke zu finden. Bis Ungarn und Italien gezwungen sind „die gerechte Forderung" anzuerkennen, an der Staatsschuld mitzuzahlen, müssen die andern Provinzen die Schuld tragen und die Kriegskasten obendrein; und Ungarn wie die Lombardei, durch einen verwüstenden Krieg und die bereits eingetretene wie die leicht vorauszusehende Benutzung des Sieges ruinirt, werden den Finanzen keine große Hilfe sein. Ebenso ist es mit den großen Finanzreformen, die in einem Zustande täglicher Exigenz schwerlich

Digitized by Google

werden durchgeführt werden können. Wie das neue Anlehen von den Herrschern der Börse aufgenommen wird, darauf wird unter den jetzigen Umständen viel ankommen und viel zu schließen sein. Daß übrigens das Föderationssystem auch dem Finanzplane des Ministeriums zu Grunde liegt, ergibt sich aus den Worten des Finanzministers, „erst durch die Verfassung werde festgesetzt werden, in welchem Verhältnisse der Gesammtstaat zu den einzelnen Ländern zu stehen habe, welcher Aufwand die letzteren und in denselben die Bezirke und Gemeinden, welcher den Gesammtstaat treffen solle."

Wien. Das Journal des Oesterreichischen Lloyd gibt folgende Zusammenstellung der Reichstagsmitglieder nach Stand und Charakter. Es sitzen hiernach im Reichstag 123 Grundeigenthümer, 66 Beamte, darunter 41 Staatsbeamte, 43 Doktoren der Rechte und Juristen, 32 Industrielle und Gewerbtreibende, 26 Doktoren der Medizin, 20 Geistliche, darunter 2 Bischöfe, 1 Pastor und 1 Rabbiner, 12 Lehrer und Professoren, 9 Schriftsteller, 8 Bürger, 8 Grafen, 6 Privatiers, 3 Freiherren, 3 von dem jetzigen Ministerium (Stadion, Bach und Thienfeld), 3 von dem frühern Ministerium (Pillersdorf, Doblhoff und Schwarzer), 2 pensionirte Militärs, 1 Fürst.

Von der mährischen Grenze. Eine Hauptaufgabe der Führer der gegen Ungarn errichteteten slowakischen Freicorps ist nicht so sehr durch Kriegsthaten sich auszuzeichnen, als vielmehr das von dem k. k. Militär eingenommen werdende Gebiet alsogleich politisch zu organisiren. Die Einsetzung neuer Behörden an die Stelle der magyarischen ist das erste Geschäft, ein viel wichtigeres aber ist, daß sie alsogleich, sobald sie einen Bezirk von 50,000 Seelen in einem Komitate eingenommen, ohne Aufschub eine Wahl für einen ungarischen Reichstag in Kremsier vornehmen. Dies ist der einzige Weg, den gesetzlosen Zustand in der Slowakei abzubrechen und eine gesetzliche Vereinbarung mit den Erbländern so rasch als möglich in die Wirklichkeit einzuführen. (Slaw.Centbl.)

* **Kremsier.** Ueber die Reichstagssitzung vom 7. tragen wir nach, daß zuerst der Präsident Smolka über die Deputation an den gegenwärtigen Kaiser und den Kaiser Ferdinand einen Bericht abstattete, der nichts Neues mehr darbietet. Unter den einlaufenden Urlaubsgesuchen war auch eines von Wessenberg, der um einen sechs- bis achtwöchentlichen Urlaub nachsuchte. Es wurde die Anzeige gemacht, daß 334 Abgeordnete in Kremsier anwesend seien. Nachdem Graf Stadion die bereits mitgetheilten Antworten ertheilt hatte, beantragte Schuselka den separaten Druck derselben, was von der Kammer nicht angenommen wurde. Der Rest der Sitzung wurde mit Berathung der Geschäftsordnung ausgefüllt, wobei auch die schlechten Plätze der Journalisten zur Sprache kamen, auf denen man weder ordentlich hören noch sehen kann. Die Ordner werden für Abhülfe des Uebels Sorge tragen.

* **Berlin,** 10. Dez. Die deutsche Reform dringt auf den Rücktritt des Ministeriums Brandenburg, dessen Verbleiben die Wahlen der Opposition in die Arme treiben werde. Diese rechnet mit Sicherheit auf einen Sieg für die zweite Kammer, vielleicht auch für die erste. Sie will dahin wirken, daß die Wahlen nur mit Vorbehalt vorgenommen werden, so daß die neue Versammlung wieder als eine konstituirende auftreten könne. Die deutsche Reform polemisirt gegen einen Artikel des Nürnberger Korrespondenten, als ob Rußland mit Oesterreich und Preußen Verabredungen getroffen habe, um mit gemeinsamer Anstrengung den demokratischen Bestrebungen entgegenzutreten. Sie sieht in diesem Artikel eine baierische Intrigue, um auf die Bestimmung des Reichsoberhauptes einzuwirken. Sie erinnert Baiern daran, daß die Wittelsbacher Baiern erhalten hätten, weil der Welfe sich gegen Deutschlands Freiheit auflehnte. Herr v. Bonin ist nach der deutschen Reform in's Ministerium getreten. Die Nationalzeitung beleuchtet die oktroyirte Verfassung in einer Reihe von Artikeln. Sie erklärt sich dagegen nicht nur wegen des Prinzipes, aus welchem sie hervorgegangen, sondern auch wegen des Inhaltes, welcher eine Menge Hinterthüren lasse. Unter den Tagesbegebenheiten berichtet sie: In dem Bezirk 68b sammelt der Servis-Diener, Herr Schmidt, ein Beamter des Magistrats, beim Einkassiren der Steuer die Unterschriften zu einer Vertrauens-Adresse an den Magistrat. Wer die Steuer nicht sogleich zahlen kann, unterschreibt wenigstens die Adresse. — Die Vossische Zeitung enthält Mittheilungen aus dem Bericht, welchen die Kommission des jetzt aufgelösten Landtages über die frühere Verwaltung des Staatsschatzes und der Finanzen erstattet hat. Wir entnehmen daraus Folgendes:

Die gesammten Einnahmen des Staatshaushalts für die ersten drei Quartale 1848 bestanden in 68,255,615 Thlr. Hierunter befanden sich aber nur etwa 45 Millionen wirklicher Einnahmen und 22,827,312 waren außergewöhnliche Zuschüsse. Zu diesen Zuschüssen waren aus dem Staatsschatze gekommen etwa 12 Millionen, nämlich: zur Errichtung von Beleihungs-Anstalten 1 Mill., zur Beschäftigung brodloser Arbeiter 1 Mill., und zur Deckung der diesmal ausgebliebenen Einnahmen und zur Bestreitung der diesmaligen außergewöhnlichen Staatsbedürfnisse 10 Mill. Ferner waren an freiwilligen Darlehen 10,436,000 Thlr. und an patriotischen Geschenken 1987 Thlr. zu den Zuschüssen eingegangen. — Die gesammten Ausgaben betrugen für diese drei ersten Quartale 1848 an 67,634,717 Thlr., so daß trotz der ungewöhnlichen Zuschüsse von 22,827,312 Thlr. nur ein Bestand von 620,898 Thlr. vorhanden war. Unter den Ausgaben befanden sich namentlich folgende bemerkenswerthe Posten: zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden etwa 6 Millionen; der Etat des Kriegsministeriums 25,840,000; der Etat für das Kultusministerium 2,801,714; zu den Kosten der Nationalversammlung in Berlin 235,000; desgleichen in Frankfurt a. M. 115,657; außerordentlicher Zuschuß zum Etat des Kriegsministeri behufs Ausrüstung der Truppentheile 2,023,596 Thlr.; zur Errichtung von Schutzmannschaften und Bürgerwehren 147,120; zur Unterstützung der Nothleidenden in Schlesien 367,788; Zuschuß zu dem Fonds für öffentliche Arbeiten 2 Millionen; zur Einlösung der in Berlin verfetzten Pfänder unter 5 Thlr. Werth 400,000 Thlr.

Die Kommission hat ferner eine Revision der Generalstaatskasse selbst und zwar am 30. Oktober 1848 vorgenommen. Da der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben, wie oben bemerkt ist, nur 620,828 Thlr. betrug, so hätte der Bestand der Kasse sich scheinbar nur auf diese Summe belaufen können, die Kommission hat aber einen Kassenbestand von 12,588,753 Thlr. vorgefunden (hierunter 10 Millionen baar und etwa 2½ Millionen Effekten). Es sind nämlich zu dem obigen Bestande noch hinzugekommen: aus Resten vom vorigen Jahre 3,426,663, der eiserne Betriebsfonds der General-Staatskasse 1,990,624, eingegangene vorläufige Ablieferungen aus den Provinzialkassen etwa 3 Millionen, die Nebenfonds der Finanz- und Domainenverwaltung 2½ Millionen etwa ꝛc. In solcher Weise hat sich in der General-Staatskasse am 30. Okt. d. J. ein Bestand von 12,588,753 Thlr. vorgefunden. Die Kommission hat ferner die sämmtlichen Rechnungen der Finanzverwaltung vom Jahre 1840 ab bis auf die Gegenwart einer allgemeinen Revision unterworfen und behufs einer speciellen Revision einzelne Rechnungen, z. B. die Special-Rechnung über die Post-Verwaltung und die der Regierungs-Hauptkasse zu Stralsund herausgegriffen. Die Rechnungen sind bis inkl. 1846 gelegt und revidirt, die für das Jahr 1847 befinden sich noch in der Bearbeitung. Die Kommission bemerkt zu den Rechnungen im Allgemeinen: daß die königl. Verheißung vom 17. Januar 1820, nach welcher der Bedarf der Ausgabe damals auf 50,863,150 Thlr. mit dem Bemerken festgesetzt wurde, daß diese Summe unter keiner Bedingung erhöht, wohl aber durch Ersparnisse nach Möglichkeit vermindert werden solle, außer Acht gekommen zu sein scheine, weil das Bestreben der Sparsamkeit nirgend hervorgetreten, im Gegentheil überall Neigung zu einer Vermehrung der Ausgaben fühlbar geworden sei. Die Kommission hebt in letzterer Beziehung z. B. folgende Ausgaben hervor: Es werden mehrere Pensionen bis auf Höhe von 8000 Thlr. gezahlt; an den Geh. Ober-Finanzrath Senfft v. Pilsach, welcher einen fixirten Gehalt von 4000 Thlr. bezieht, sind allein im Jahr 1846 an Reisekosten in Meliorations-Angelegenheiten und an Büreaukosten 5428 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf. gezahlt worden; ferner an den kommandirenden General Graf von Dohna jährliche Beihilfe 2000 Thlr.

Von allgemeinem Interesse sind noch folgende einzelne Notizen: Jeder Staats-Minister hat 1846 außer freier Wohnung 10,000 Thlr. Gehalt empfangen. Aus der Veräußerung der Domainen sind jedes Jahr 1,200,000 Thlr. zur Staatskasse geflossen. Die Postverwaltung hat 1846 etwa 1,100,000 Thlr. Ueberschuß geliefert, die Seehandlung hat seit ihrem Bestehen zur Staatskasse nur 200,000 Thlr., nämlich 1815 an 100,000 und 1846 dieselbe Summe abgeliefert, sie hat aber 1848 aus dem Staatsschatz 1 Million erhalten. — Ueber den Staatsschatz selbst,

Digitized by Google

dessen Verwaltung, Ab- und Zugang findet sich nichts in dem Bericht.

(Lith. Kore.) **Berlin**, 10. Dez. Die vor einiger Zeit von uns mitgetheilte Nachricht von einem Projekte, dem Könige von Preußen unter der Bedingung einer Theilung der preußischen Monarchie die Kaiserkrone zu übertragen, — eine Nachricht, welche damals die meisten Blätter ohne ein skeptisches Fragezeichen nicht aufnehmen zu dürfen glaubten — können wir jetzt aus sehr guter Quelle mit dem Bemerken wiederholen, daß die Unterhandlungen über jenen Plan noch immer im Gange sind und im genauesten Zusammenhange mit der Aufgabe der verschiedenen Abgesandten der Centralgewalt stehen. — Der Abgeordnete Schramm (für Striegau) ist, obgleich schon seit anderthalb Jahren mit seiner Familie in Berlin ansäßig, dennoch gestern polizeilich ausgewiesen worden.

* **Königsberg**, 7. Dez. Der kommandirende General v. Dahna hat einen Corps-Befehl erlassen, den alle Offiziere unterschreiben müssen, in welchem es heißt: Von jedem Offizier und Soldaten muß der Grundsatz festgehalten werden, daß er sich stets strenge in der Richtung zu halten hat, welche von Sr. Majestät dem Könige als die gesetzliche bezeichnet wird, und eine jede Abweichung davon bei Betheiligung von Adressen u. s. w. als unverträglich mit den militärischen Berufspflichten und dem geleisteten Eide vermeide. Ich erwarte daher, daß die Heeren Offiziere sowohl bei schriftlichen Erklärungen als mündlichen Aeußerungen stets den bezeichneten Grundsatz im Auge behalten werden.

† Aus Baden, 9. Dez. *) Wir wollen einen Blick auf die Fakultäten der Heidelberger Universität werfen. Den Vortritt hat wie herkömmlich die theologische. Diese Fakultät war bis zu Daub's Tod in einer Blüthe, wie sie mit der der übrigen wenigstens nicht im Unverhältniß erschien. Seitdem war die Frequenz für einige Semester fast bis auf Null herabgegangen; sie hat sich neuerdings wieder etwas gehoben, aber unbedeutend. Man hat den Erklärungsgrund in Aeußerlichkeiten, in Verwendung der Stipendien, in der Sperre Rheinbaierns und dgl. gesucht; man hat in dem ersteren Punkte abzuhelfen gesucht, ohne besseren Erfolg zu erzielen; die Sperre Rheinbaierns ist gefallen und diese Fakultät, so passend gelegen, müßte jetzt ein Mittelpunkt für Baden, beide Hessen, Nassau und das protestantische Baiern werden; es ist aber Zehn gegen Eins zu wetten, daß dies nicht der Fall sein wird. Tübingen ist der gefährliche Konkurrent dieser Fakultät, und wenn sie diesen überwinden soll, muß sie sich in den natürlichen Gegensatz gegen denselben stellen und mit einer freien kräftigen Richtung das, was dort von veraltetem Mechanismus ist, in Schatten werfen; vor Allem aber muß sie sich an wissenschaftlicher Leistung, an Kapacität und rührigem Fleiße zunächst nur Tübingen gleichzustellen suchen. In dieser Hauptsache hat es diese Fakultät, der es doch keineswegs an berühmten Namen fehlt, überall fehlen lassen. Eine Anregung, wie sie von dem tiefsinnigen Daub ausging, der nicht gerade dem gemeinen Verständnisse nahe lag, ist seither Niemanden eigen gewesen. Die alte Diktirmethode, die in Heidelberg sonst lange abgestellt ist, ist fast nur noch in dieser Fakultät ganz einheimisch. Langehin hörte man klagen über Ueberladung der Professoren, man sorgte aber nicht, junge Männer herbeizuziehen, es gibt in dieser Fakultät nichts von dem, was sonst immer Heidelbergs Segen und Fülle war, weder Extraordinarien noch Docenten. Wir könnten die Stimmen anführen, die seit langen Jahren aussagen, die theologische Fakultät sei mehr und mehr eine Art Kameradschaft geworden, eine Art heiliger Familie, deren Grundsatz sei, kein selbstständiges Talent aufkommen zu lassen, weder in ihrem eigenen Schooße, noch in dem verwandten Gremio der philosophischen Fakultät. Der Mann, der den geradesten und nächsten Einfluß auf die Studierenden ausübte, der Vorsteher des Seminars, ist ohne Frage eine interessante Persönlichkeit; sein Abgang nach Bonn wird sehr bedauert; wir wagen darin anderer Meinung zu sein. Rothe ist ein ehrenwerther Lehrer, ein ganz reiner makelloser Charakter, ein wahrer Christ, aber mit seiner spekulativen Richtung wie mit seiner Frömmigkeit gehört er gleichsam einem andern, ascetischeren Zeitalter an, als in dem wir leben. Seine Ethik ist Jedermann zugänglich und es bedarf keiner andern Berufung, um diese Aussprüche zu erhärten. Zum Leiter eines Seminars würden wir ihn daher nie gewählt haben; er hat, so wissen wir aus mehr als Einem Beispiele, sehr willige und wackere Leute unter seinen Zuhörern zu völliger Rathlosigkeit durch seine spekulative Mystik gebracht, Leute, die ein gesunderer Instinkt abwandte und die doch für das, was sie suchten, keine Nahrung am Orte fanden. Neben geistreichen Lehrern einer entgegengesetzten Richtung würde Rothe immer ein sehr anregendes Element sein. Es handelt sich in diesem Augenblicke um seine Ersetzung. Die Fakultät soll für einen jungen Extraordinarius stimmen, für den nicht viel zu sagen wäre, als daß er ein Badener ist. Dies würde den aber bezeichneten Grundsatz allerdings nur bestätigen, den wir unsererseits uns noch immer sträuben, der Fakultät unterzulegen, in der ein Mann wie Hundeshagen sitzt. Die Sache ist, daß, wenn die theologische Fakultät diese Gelegenheit versäumt, einen Mann des allerersten Ranges zu rufen und mit jedem Mittel und Opfer zu erkaufen, sie für eine lange Zeit hinaus an ihrem Siechthum fortleiden, ja es unheilbar machen wird. Die Heidelberger Theologen haben durch ihren engen Zusammenhang unter sich früher unter Nebenius einen großen Einfluß auf die Berufungen gehabt; sie streben ihn auch heute noch zu erhalten und besonders auf die philosophische Fakultät auszubreiten; möchten sie ihn wenigstens zum Guten und zum Heil für sich selbst anwenden. Die Borniertheit ist gar zu kläglich, die selbst nur egoistisch klug zu sein wähnt, wenn sie alle Talente um sich her abzuhalten sucht. Die theologische Fakultät kann nur gedeihen, wenn sie an Rothe's Stelle einen eminenten Ersatzmann stellt, wenn sie außerdem einen tüchtigen Exegeten heranzieht und wenn sie dann die Philosophie und Philologie zu heben bemüht ist, Fächer, ohne deren Blüthe auch die Theologie keinen rechten Saft treiben kann.

Unter den Fakultäten in Heidelberg war die juristische von jeher die, die den Kern der Frequenz schuf; sie verdiente sich ihren Ruf, als so originelle Lehrer wie Thibaut, Zachariä und Mittermaier ihren Mittelpunkt bildeten; sie scheint in diesem Augenblick an einem Wendepunkt angekommen zu sein, wo ihr Ruf zu einem Aberglauben zu werden droht. Und vielleicht auch dies nicht, denn seit einem Jahr ist die Zahl der Juristen von 500 auf 300 gesunken, eine Aenderung, die schwerlich durch die Zeitumstände allein zu erklären ist; die medicinische Fakultät wenigstens hat trotz denselben sogar zugenommen. Die Erklärung liegt ganz in der Sache selbst. Bangerow ist in diesem Augenblick die einzige Celebrität dieser Fakultät. Die Wirkung Zöpfl's ist nicht groß, Roßhirt's klein, Morstadt's schädlich und nicht zu wünschen. Dies ist die ganze Fakultät — ein großer Abstich gegen sonst. Denn Mittermaier sitzt in zwei Kammern und liest so gut wie nicht mehr; Mahl ist Reichsjustizminister geworden. Unter diesen Umständen kann v. Bangerow allein mit allen bewunderten Lehrgaben diese Fakultät nicht aufrecht halten, ja es wäre kein Wunder, wenn er selbst eine Gelegenheit ergriffe wegzugehen; denn wer möchte von einem Manne dieser Bedeutung glauben, daß es ihm auf die Länge in der wenig ziemenden Stellung gefallen könnte, unter so vielen Unebenbürtigen zu lehren? wo die Rechtsfakultät fast zu einer Pandektenfakultät wird? Denn wie sind die Fächer des Naturrechts, des französischen Rechts, des Kriminalrechts, Kirchenrechts, Handelsrechts, des Prozesses, ja selbst des deutschen Privatrechts besetzt! Das letztere selbst, wenn Mittermaier da ist, dessen Standpunkt und Kenntniß in diesem Zweig gänzlich antiquirt und durch schonungslose Kritik aufgedeckt ist! Wir fürchten sogar, daß die politische Rolle, die Mittermaier in letzter Zeit in Frankfurt und Karlsruhe gespielt hat und die seiner Achtung bei Rechten und Linken, bei Guten und Schlechten die ärgsten Stöße versetzte, sehr dazu beitragen wird, auch seinen Credit als Lehrer herunterzusetzen. Wie es immer sei, weder sein Name, noch die Unterhaltungs-Collegien seines bekannten Gegners können auf die Länge die glückliche Tradition von der Präeminenz der Juristenfakultät in Heidelberg erhalten. Es sind langangehäufte Fehler, die sich jetzt rächen. Nur mehrere entscheidende Vakationen können hier helfen, durch die darzugsweise deutsches und Handelsrecht, französisches Recht und Kirchenrecht gedeckt werden, Fächer, in die man sich ohne Beruf getheilt hat, um Berufungen zu verhüten: die Erbsünde, an der unsere Universitäten fast sämmtlich so schnell verrotten, wenn nicht ein unabhängiges und rastloses Direktorium die Aufsicht führt. In dieser Fakultät, im Gegensatz zur theologischen, ist an Extraordinarien und Dozenten ein reichlicher Ueberfluß. Aber seit langen Jahren

*) Vergl. Nr. 316, 323, 325.

hat man nicht bemerken können, daß das Geringste geschähe, diese Männer nur zu unterscheiden, die Vorzüglicheren zu ermuntern, für die Zweige, wo es fehlt, Andere heranzuziehen; die Leute, die wesentliche Lücken ausfüllen, stehen mit Anderen, die man sehr gerne entbehren würde, auf Einer Linie der völligen Nichtbeachtung. Man läßt Alles gehen, wie es gehen will; und dafür sitzt ein Kuratorium in Heidelberg und ein Referent in Karlsruhe!

△ **Vom Neckar, 9. Dez.** Dreiundzwanzig in Person oder durch Bevollmächtigte zu Würzburg versammelte Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands haben „am Tage des heiligen Martinus" (11. Nov.) „Hirtenworte an die Gläubigen ihrer Diözesen" erlassen. Nach den einleitenden Bemerkungen heißt es: „Geliebte in dem Herrn, ihr wißt, wie es vor Allem die Kirche ist, die einem wahren Fortschritte huldigt, einem Fortschritte, der aus der Knechtschaft des Wahns und der Sünde zur Freiheit der Kinder Gottes führt. Auch das Edle und Große, um das es sich bei dem Ringen und Kämpfen der Gegenwart handelt, wir verkennen es nicht, und nicht das Streben nach einem Zustande bürgerlicher und nationaler Freiheit, die wohlhaftes und gerechter sein soll, als es in der nächsten Vergangenheit war. Jeder Fortschritt aber muß ein gesetzlicher sein . . . darum haben Eure versammelten Bischöfe sich insbesondere verbunden, mit dem Ansehen der Religion das Ansehen der von Gott gesetzten Gewalten zu stützen." . . . „Die Kirche wird (in dem sich neu gestaltenden Staate) aber auch von den Rechten und Freiheiten, welche die Grundlage der neuen staatlichen Ordnung bilden sollen, den ihr gebührenden Theil in Anspruch nehmen und nie dulden, daß ihr dieselben engherzig oder parteiisch bestritten werden. Sie wird wieder eintreten in jene Selbstständigkeit, welche ihr angehört; — sie wird vor Allem ihr heiliges Anrecht auf Erziehung und Unterricht wahren und niemals zugeben, daß ihr, der Begründerin der Volksschule, das Kind vom Mutterherzen genommen werde." . . . „Das (aber) sollt Ihr wissen und erkennen: Ihr werdet Euch nicht helfen aus Euch selber; nicht Menschenwitz und Menschenweisheit, nicht neue Gesetze und neue Verfassungen werden das Heil bringen; es kommt allein von dem Herrn und nur denen, die in Demuth darnach verlangen, wird es gegeben durch seine Kirche. Wie sie einst, am Schlusse einer großen weltgeschichtlichen Periode, Europa gerettet hat aus den Greueln der Barbarei und des Aberglaubens, so wird sie nun am Schlusse einer neuen weltgeschichtlichen Periode das Mittel sein, durch welches die ewige Erbarmung Europa rettet aus den Greueln der Ueberfeinerung und eines bis zu seiner höchsten Spitze getriebenen Unglaubens. Darum höret unsere Bitten und Mahnungen, denn es ist Gott selber, der durch uns zu Euch spricht — und nicht nur durch uns, ernster und erschütternder noch — durch die Ereignisse und Zeichen dieser Zeit."

Heidelberg, 8. Dez.*) Die in Nr. 323 Ihres Blattes behaupteten Thatsachen über den Einfluß, welcher dem hiesigen Universitäts-Amtmann seine Stellung verschafft habe und über die Art, wie er ihr genüge, sind sämmtlich mehr oder weniger unwahr. Richtig ist nur, daß ein Student auch nach der vom Senat erfolgten Aufkündigung seines akademischen Bürgerrechts sich noch einige Zeit in Heidelberg aufgehalten hat und dem Amtmann einmal bei Eröffnung eines Straferkenntnisses unziemlich begegnet worden ist, Vorkommnisse, die sich unter jedem Beamten zugetragen haben und ferner zutragen werden. Uebrigens hat der Universitäts-Amtmann bei dem Ministerium des Innern die nöthigen Anzeige auf Wahrung seiner Ehre, insbesondere auf Anordnung einer Untersuchung über die in dem fraglichen Artikel enthaltenen beschwerenden Angaben gestellt und kann nur wünschen, daß der Verfasser desselben seine „diskreten Andeutungen", worunter man sich alles Mögliche denken kann, beim akademischen Direktorium näher aufkläre, was unbeschadet seiner Anonymität auszuführen ist.

△ **Darmstadt, 10. Dez.** Das Arbeitsmaterial für unsere beiden Kammern häuft sich, ohne daß sich seine Erledigung auf wünschenswerthe rasche Weise entwickelt. Vorgestern ist dazu noch ein Gesetzesentwurf, die Weide-Berechtigungen auf landwirthschaftlichem Boden in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen betreffend, gekommen. Dieser Entwurf hat eine eigene Geschichte und es ist sehr die Frage, ob die Regierung mit dessen Vorlage nicht noch etwas hätte säumen, vielleicht sie ganz hätte unterlassen sollen. Ministerpräsident Jaup bemerkte bei der Vorlage des Wahlgesetzes, daß, wenn von den Ständen außer diesem die Vorlage auch noch des oben erwähnten Entwurfes und eines Entwurfes über Auflösung des Lehnsverbandes gewünscht werden sollte, diese alsbald erfolgen werde. Diesen Wunsch anzubahnen, stellte dann der Abgeordnete v. Riedesel einen bezügigen Antrag. Aber er fand im berichtenden Ausschuß eine sehr verschiedenartige Aufnahme. Die Mehrheit war zwar nämlich für die Bitte um Vorlage eines Gesetzesentwurfs über Auflösung des Lehnsverbandes, indem diese Aufhebung schon von Gagern als Minister bei den mit den Standesherren über das standesherrliche Edikt gepflogenen Verhandlungen in Aussicht genommen und namentlich dabei die Absicht der Regierung geäußert worden sei, durch die Aufhebung des Lehnsnexus den Standesherren für die ihnen zugemutheten Opfer auch einige Erleichterungen zu gewähren, aber nicht für die Bitte um Vorlegung des andern Gesetzesentwurfes, weil dieser voraussichtlich wegen seines Umfanges nicht so schnell erledigt werden könne. Nun aber, ehe noch über den Riedesel'schen Antrag von der Kammer berathen ist, bringt die Staatsregierung den Gesetzesentwurf über die Ablösung der Weidgerechtsame in die Kammer und dem Vernehmen nach dürfte der Gesetzesentwurf über Aufhebung des Lehensverbandes nächstens nachfolgen. Es hatte etwas für sich, diesen letzten, aristokratischen Nutzen bezweckenden Entwurf nicht allein seinen Gang nehmen zu lassen, sondern auch den ersten, auf demokratischen Nutzen gerichtetrn, ihm beizugesellrn, aber immerhin hätte man den Ausspruch der Kammer über die Frage der Vorlage erwarten sollen. Um so mehr, als in der unmittelbar vorausgegangenen Sitzung die Kammer mit 26 gegen 14 Stimmen beschlossen hatte, daß die Kammer keine Arbeiten vornehme, wodurch die nach Möglichkeit zu beschleunigende Berathung des Wahlgesetzes, als die eigentliche Aufgabe des zusammenberufenen Landtages, verzögert werde. Die 14 aber, welche gegen diesen Beschluß gestimmt, hatten ihn noch weit schärfer, die Möglichkeit anderer zu berathender Gegenstände noch weit ausschließender, gewünscht. Indessen wird nicht blos in Ilium, sondern auch außerhalb desselben gesündigt. Dahin gehören die vielen Anträge, die gestellt werden, und deren Erledigung durch diesen Landtag doch wohl die Absicht der Antragsteller sein muß; dahin gehört insbesondere eine Eingabe des in seinen Mitgliedern fast durchaus demokratisch zusammengesetzten, sich „Bürger" betitulirenden Bezirksraths der Provinz Rheinhessen um baldmöglichste Erledigung eines Gesetzentwurfs vom 15. April 1848, die Eidesleistungen betreffend. Nun aber hat die Kammer diesen Gesetzentwurf auf sich beruhen zu lassen beschlossen, weil in der Nähe ein definitiver Beschluß der verfassunggebenden Reichsversammlung auch über diesen Gegenstand zu erwarten sei. Kurz: Nicht blos Geschäftsschlendrian, sondern auch Personen von allen Parteien tragen dazu bei, den Geschäftsgang unseres Landtags nicht zu beschleunigen, und so hat am Ende keine Partei das Recht, der anderen einen Vorwurf darüber zu machen. Daneben blitzen denn von Zeit zu Zeit neue Eingaben auf, welche pro styto konstituirende Versammlung wollen, während allerdings bis jetzt nur eine (die des konstitutionell-monarchischen Vereins) sich ausdrücklich gegen solche ausspricht und der Bürgerverein in Mainz sogar ansehnliche Verstärkung des Census, theils für die Wähler, theils besonders für die in die erste Kammer Wählbaren will. — Das gestrige großherzogl. Regierungsblatt bringt eine Bekanntmachung des Staatsministeriums, die Titulaturen und Rangsbezeichnungen der Behörden und Beamten im Geschäftsverkehr betreffend. Darnach hat der Großherzog befohlen, daß in dem Geschäftsverkehr der Großh. Behörden unter sich und in Eingaben an dieselben die Bezeichnungen der Behörden als Höchstpreißlich, Hochpreißlich, Hochlöblich, Wohllöblich u. s. w., wie sie früher vorgeschrieben waren aber sich in anderer Weise eingeführt und bis jetzt erhalten haben, weggelassen werden sollen, und ebenso die auf persönlichen Rang der Beamten sich beziehenden Bezeichnungen als Excellenz, Hochwohlgeboren, Wohlgeboren, zu vermeiden seien. Eine Verfügung, welche noch einige Lücken hat, aber doch auch so schon vortheilhaft wirkt und namentlich auch auf die Courtoisie unter den Privaten ihre wohlthätige Wirkung äußern wird.

*) Der betreffenden Kritik über die Zustände der Heidelberger Universität wird man mindestens das Zeugniß nicht versagen können, daß es sich in ihr um die Sache handelt und die Aufsätze von allgemeinem Interesse sind. Persönlichen Reklamationen dagegen können wir nur ganz ausnahmsweise eine Stelle im politischen Theile der Zeitung einräumen.

Digitized by Google

Mainz, 11. Dez. Von den am 17. Sept. von hier nach Frankfurt entsandten Truppen unserer Besatzung sind heute ein Bataillon Oesterreicher und ein Bataillon Preußen hier wieder eingetroffen. Am nächsten Donnerstag den 14. d. M. wird die österreichische Garnison eine große Parade zur Huldigung des neuen Kaisers halten, wobei an diejenigen Soldaten, welche sich bei der Frankfurter Emeute ausgezeichnet haben, Denkmünzen vertheilt werden sollen. (O. P. Z.)

****Hamburg**, 8. Dez. Die Wahl nach Frankfurt für den aus der Nationalversammlung ausgetretenen C. Roß ist morgen und übermorgen, sie hat die Stadt nicht wenig in Bewegung gesetzt, da jede Partei ihren Kandidaten durchzubringen suchte. Die demokratischen Vereine entschieden sich in einer Volksversammlung für Karl Heinzen, die liberalen Vereine für Th. Oldshausen und die Börse für Gustav Gadeffroy, einen Mann des Freihandels, da man dort von dem Grunde ausgeht, Homburg müsse einen Vertreter des Freihandels zum Deputirten ernennen. Der Kandidat der Börse wird wohl durchgehen, nicht, weil man allgemein der Ansicht der Börse ist, sondern weil in den der Börse gegenüberstehenden politischen Vereinen Zwiespalt ausgebrochen ist. Der Freihandels-Verein entfaltet jetzt größere Thätigkeit. Unsere konstituirende Versammlung tritt in der nächsten Woche zusammen. Der Senat dürfte mit dieser Versammlung bald in Streitigkeiten verwickelt sein, welche an Heftigkeit den preußischen nichts nachgeben. Wenn wir nur nicht, wie vor hundert Jahren, Reichstruppen in unserer alten Reichsstadt sehen!

Großbritannien.

* **London**, 7. Dez. Bei dem gänzlichen Mangel an irgend erheblichen Neuigkeiten in den Zeitungen vom heutigen Datum beschränken wir uns auf die Mittheilung einiger Stellen aus einem Artikel der „Britannia", welcher seines pikanten torystischen Hautgoutgeschmacks wegen wohl einen Auszug verdient. Der Artikel betrifft die in Wien vollzogenen Hinrichtungen. Die charakteristischsten Stellen lauten:

„Die Hand des kaiserlichen Zorns ist nur leicht auf Wien gefallen. Von den Tausenden, welche sich empört hatten, sind nur wenige erschossen worden. Wenn jemals ein Raufbold (ruffian) sein Schicksal verdiente, so war dies Blum. Wie aus den Schilderungen seines Lebens hervorgeht, drängte er sich aus irgend einem niedern Krämergeschäft in diejenige unverschämte Oeffentlichkeit, welche allein durch gemeine Unverschämtheit errungen werden kann, indem er ein brutaler Widerbeller (brutish bellower) gegen alle und jede Autorität war und jedem Zeichen oder Schall öffentlicher Unruhe nachlief. Nicht zufrieden, in Frankfurt Lärm zu machen, mußte er, sobald das Gerücht von dem Wiener Tumult ihm zu Ohren kam, hieher eilen und durch sein deklamatorisches Geschrei zur Vermehrung des Volksbrandes das Seinige beitragen. So hat er nun seine Laufbahn durch diejenige Strafe beschlossen, durch die einer solchen Laufbahn immer ein Ziel gesetzt werden sollte. — Für den Rebellen darf es nur eine Aussicht geben, Pulver und Blei. Er darf nicht mit der Formalität des Schaffots begnadet werden (!) — — In solchen Fällen wäre es der offenbarste Unsinn, noch von Gesetz zu sprechen. Der Rebell weiß nichts von Gesetz, spottet aller Gesetze, zertritt alles Gesetz u. s. w. Gegen den Schluß heißt es: „die rasche Justiz, welche über Messenhauser und Blum den Tod verhängte, wird mehr zur Erhaltung der Ruhe in Oesterreich beitragen, als alle Reden aller Sentimentalen. Die wahre Humanität verschmäht die Klagelieder und Grabgesänge über das Unglück von Räubern und Mördern. Der Spuck von Nationalversammlung zu Frankfurt (the phantom assembly at Frankfort) hat seine Narrheit dargethan, indem er an die österreichischen Minister wegen der Hinrichtung Blum's Drohungen richtete. Freilich bedurfte es dieser Sinnlosigkeit nicht mehr, um diese Versammlung lächerlich zu machen. Warum legte sie zum Beispiel der Insurrektionsreise Blum's kein Hinderniß in den Weg?" Die zweite Frage ist nur die, wie und mit welchem Recht und in Folge welcher ihr übertragenen Funktion durfte die Frankfurter Versammlung der Reise eines ihrer Abgeordneten, von deren eigentlichem Zweck und letztem Ausgang sie im Voraus nichts Gewisses wußte, Hindernisse in den Weg legen? Freilich wäre dies noch eher angegangen, als den gegen den Fürsten Windischgrätz und seine Mithelfer gefaßten Beschluß auszuführen. Ueberhaupt haben sowohl die Frankfurter, als die Berliner und Wiener konstituirenden Versammlungen allerlei Beschlüsse gefaßt, welche dem Auslande darthun, daß ein großer Theil unserer Abgeordneten noch auf der Schulbank konstitutioneller Weisheit sitze. Das kann freilich nicht anders sein; um so eher sollte es aber diese oder jene Majorität, diese oder jener Rumpf eines Parlaments vermeiden, bloß renommistische Beschlüsse zu fassen, bei denen, wie bei dem Steuerverweigerungsbeschluß in Berlin, das Lächerliche dem Erhabenen auf dem Fuße folgt.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Dez. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung kam der am 7. d. M. um mehrere Stunden verspätete Abgang der Malleposten zur Sprache. Der Finanzminister Herr Trouvé Chauvel erklärte, er habe es auf sich genommen, den Befehl dazu zu ertheilen, damit „das Gegengift mit dem Gifte komme", das ist, damit das Publikum zugleich mit der Beschuldigung wegen der sogenannten Nationalbelohnungen auch die Rechtfertigung der Regierung sehen könne. Nach einigen kurzen Verhandlungen über diesen Gegenstand wurde von der Versammlung der „Schluß" beliebt. Die in derselben Sitzung von Victor Hugo abgegebene Erklärung, daß er zu keinem Blatte in einem eigentlichen Verhältnisse stünde, und ihn daher auch der Artikel der Emancipation nichts anginge, welcher die vielbesprochene Liste der Nationalbelohnungen mit der Ueberschrift brachte: „Nationalbelohnungen für Königsmord, Meuchelmord und Aufstand" wird von den hiesigen Blättern mit vielen Randglossen begleitet. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde nach der Vertagung der Diskussion über den Gesetzentwurf, die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik betreffend, über die Liste der noch vorzunehmenden Gegenstände verhandelt. Es kommen nunmehr die organischen Gesetze an die Reihe. Der Antrag mehrerer Abgeordneten, nur die nothwendigsten zu erledigen, und den Gesetzesvorschlag über die Departemental- und Communalverwaltung für nicht dringlich zu erklären, wurde verworfen. Da nun dieser Gesetze viele sind, und eine Unzahl von Verbesserungsanträgen vorliegt, so wird die Diskussion sehr viel Zeit wegnehmen. Man erklärt diese Entscheidung dahin, daß dadurch die Anträge wegen einer allgemeinen Amnestie indirekt beseitigt und der Exekutivgewalt das Verdienst überlassen werden soll, dieselbe, zu geeigneter Zeit, aus eignem Antriebe vorzuschlagen. — Die Presse hat heute in ihren Spalten eine Anzahl Bulletins mit dem Namen Ludwig Napoleon. Die Rückseite ist leer gelassen und da jedes Blatt 28 falscher Zettel enthält, so ist dadurch jedem Abonnenten das Mittel gegeben es „seinen Freunden" leicht zu machen, für den Prinzen zu stimmen. Den besten Beweis, wie nachtheilig die Ungewißheit über den Ausgang dieser Wahl auf Handel und Gewerbe wirkt, gibt die heute durch den Moniteur veröffentlichte wöchentliche Uebersicht der Bank. Das Portefeuille ist von 61 Millionen 800,000 Franken auf 7,300,000 Franken gesunken, in den Departementen hat es sich um 1¼ Million verringert, die rückständigen Wechsel, welche vorige Woche nur 95,000 Franken betrugen, sind auf 257,000 Franken aufgelaufen. Nur die laufenden Rechnungen des öffentlichen Schatzes stehen um 3 Mill. besser (26½ Millionen). Nach ist zu bemerken, daß die hier umlaufenden Scheine 6 Millionen weniger betragen; sie belaufen sich jetzt auf ungefähr 403½ Millionen. Der Baarvorrath (147 Mill.), hat hier und in den Departementen um 4½ Mill. zugenommen, was auch ein Zeichen von Geschäftslosigkeit ist.

Die „Reforme" enthält ein im Namen des General-Komites der demokratischen Vereine von Hanau an Ledru Rollin gerichtetes Schreiben, worin demselben für die Sympathieen gedankt wird, die er bei dem Bankette vom 19. Nov. für die Manen Robert Blum's aussprach. Dasselbe Blatt bringt heute aus einem noch ungedruckten Buche „seines Freundes" Louis Blanc ein Kapitel, das die Ueberschrift trägt: „wie bei unseren Sitten und Gesetzen die Präsidentschaft eine noch verderblichere Einrichtung ist, als die Monarchie." Es wird darin auseinander gesetzt, wie ein Monarch keiner blutigen Anstrengungen und stürmischen Unruhen bedürfe, um sich Anhänger zu verschaffen, während ein Kandidat zur Präsidentur sie oft als Mittel zum Zwecke gebrauchen müsse; wie die Dauer jener Würde zulasse, Pläne mit Ruhe und ohne Hast zu verfolgen, während diese, eben weil sie prekär wäre, oft zur Uebertreibung und Leidenschaft nöthige. Emporkömmlinge seien schlimmer, als langjährige Besitzer! So reden unsere Ultrarevolutionäre jetzt aus Haß gegen den neuen Präsidenten aber gegen sein Amt fast der Monarchie das Wort!

Digitized by Google

Louis Napoleon hat ein Schreiben an den Nuntius gerichtet, worin er erklärt, er habe seit Jahren keine Verbindung mit dem Prinzen von Canino gehabt und wolle den Verdacht nicht auf sich sitzen lassen, als wäre er der Mitschuldige eines Mannes, der zu seinem herzlichen Bedauern nicht einsehe, daß die zeitliche Herrschaft des Papstes auf's innigste mit dem Glanze des Katholicismus, sowie mit der Freiheit und Unabhängigkeit von Italien verbunden sei.

Italien.

* Die Alba meldet aus Venedig, die Nummer eines Journals, worin der Vorschlag enthalten ist, den Herzog von Leuchtenberg zum König des lombardisch-venetianischen Staates zu erklären, sei daselbst öffentlich auf dem Markoplatz verbrannt worden. Das konstitutionelle Journal beider Sicilien zeigt bestimmt an, der Papst habe Gaeta zu seinem Aufenthaltsorte erwählt. Die, von der Libertà bestätigte, demnächst zu erwartende Ankunft Papst Pius IX. zu Neapel scheint in der That den Zweck zu haben, daselbst ein geheimes Konsistorium zu halten. Viele Kardinäle sind bereits in dieser Hauptstadt eingetroffen, andere werden erwartet. Das Verhältniß zwischen dem Papste und der königl. Familie zu Neapel bemühen sich die dortigen Blätter als das innigste und herzlichste darzustellen. Umarmungen, apostolischer Segen für den König und seine Familie u. s. w. werden ihnen zum Gegenstande langer und ausführlicher Erzählungen. Die Libertà zeigt an, in Folge einer Konferenz zwischen Rayneval, Napier und den Admiralen Parker und Baudin habe sich Letzterer am 4. Dezbr. von Neapel nach Gaeta eingeschifft, um Pius IX. zu — besuchen! — Pater Gavazzi ist in Rom angekommen und hat sich mit dem Ministerpräsidenten, Monsignor Mazzarelli in den Volksverein (Circolo popolare) begeben, wo, sagt die Alba, beide gut empfangen wurden. — Der Kriegsminister trifft Vertheidigungsmaßregeln und läßt noch ein Regiment an die Grenze marschiren, obgleich, wie die dortigen Blätter vom 2. Dez. behaupten, keine bestimmte Nachricht von bevorstehenden Feindseligkeiten eingetroffen ist. — In Mailand wurde am 2. Dez. eine feierliche Messe für den Papst in der Hauptkirche gelesen. Die Geistlichkeit begab sich in Prozession dahin. Der Erzbischof versah den Dienst.

In Turin war am 7. Dez. noch kein neues Ministerium ernannt. Das Volk machte allerlei friedliche Demonstrationen zu Gunsten Gioberti's, aber die Blätter melden nichts von einem Erfolge. Die Concordia ruft der französischen Republik ein Wehe! zu, wenn sie es wagen sollte, die italienische Revolution (in Rom) aufzuhalten, statt sich mit ihr zu verbünden. Sie meint aber, die Expedition Frankreichs nach der Romagna verberge unter dem Vorwand, den Papst zu schützen, die Absicht, Oesterreich zu zwingen, auf die Basis der Vermittlung einzugehen. Was die Nachricht betreffe, der Papst habe eine provisorische Verwaltung ernannt, und alle Verfügungen des gegenwärtigen römischen Ministeriums für ungültig erklärt, so müsse erst die Bestätigung abgewartet werden, ehe man derselben Glauben beimessen möge. Auf alle Fälle hält sie sich überzeugt, daß das gemäßigte und doch so starke Ministerium Mamiani energisch, aber verfassungs- und gesetzmäßig, nicht nur von Rom, sondern auch vom ganzen italienischen Volke gegen die „Willkürherrschaft" des Papstes unterstützt werden würde. Der weltlichen Herrschaft des Kirchenfürsten werde dieser zweite Fehler bald ein Ende machen. Am 4. Dez. kam der Kriegsminister unerwartet in Livorno an und nahm die Festungswerke wie die Artillerie in Augenschein. Hierauf soll er sich schnell wieder nach Florenz begeben haben. An demselben Tage ließ er in der letzten Stadt bekannt machen, mehrere Bürger hätten ungegründete Besorgnisse geäußert, als könne der Feind in das heilige toskanische Gebiet einfallen wollen. Zu ihrer Beruhigung sei das erste Infanterieregiment ausgerückt, mit welchem sich das Observationskorps und die dazu gehörige Artillerie vereinigen werde. — Die Zeitung von Ferrara meldet unter dem 1. Dez., trotz aller Umtriebe der Kamarillo wäre die Stadt ungemein ruhig (tranquillissima). Die von dem Nationalverein (Circolo nazionale Ferrarese) ernannte permanente Kommission hatte Tag und Nacht Sitzung.

Schweiz.

† **Lugano**, 6. Dez. Der Staatsrath des Kantons Tessin hat sich beeilt, den Beschlüssen der Bundesversammlung zu Bern, die ihn für Alles verantwortlich erklärt, was von Seiten der Flüchtlinge und der eigenen Bevölkerung neue Verwicklungen und Kosten herbeiführen könnte, Folge zu leisten; in einem an den eidgenössischen Repräsentanten, Herrn Munzinger, vorgestern gelangten Schreiben verspricht derselbe, sämmtliche italienische Flüchtlinge, nur noch einige 100 an der Zahl, da die meisten derselben nach Toskana abgereist sind, bis zum 20. oder 25. dieses aus dem Kanton zu verweisen. Die Regierung habe die Emigranten aufgefordert, allfällige Eingaben um ausnahmsweise Gestattung des Aufenthaltes einzureichen; der eidgenössischen Repräsentanz bleibe dann überlassen, über die Zulässigkeit der Gründe zu entscheiden. Auch werden die einzelnen Gemeinden ausdrücklich für Ruhestörungen oder Gebietsverletzungen und deren etwaige Folgen verantwortlich gemacht, so daß man an dem Ernst und der Aufrichtigkeit der getroffenen Maßregeln nicht mehr zweifeln kann. Herr Munzinger sand sich bahee auch durch diese Eröffnungen so zufrieden gestellt, daß er bereits gestern die Entlassung des größten Theiles der hier stationirten Truppen verfügte, die nun sehnlichst ihre in Bern auszufertigende Marschroute nach der Heimath erwarten. Es sollen entlassen werden, 2 Bataillone Infanterie, 1 Kompagnie Artillerie, 1 Kompagnie Scharfschützen und ½ Kompagnie Kavallerie; vor der Hand bleiben noch im Kanton, 1 Bataillon Infanterie, 1 Kompagnie Scharfschützen und ½ Kompagnie Kavallerie, wie bisher unter dem Kommando des eidgenössischen Oberst Ritter. Auch Herr Munzinger erwartet sehnlichst die neuen eidgenössischen Repräsentanten, die ihn ablösen sollen.

Aus Italien nichts Neues, als Anklagen des römischen Ministeriums wegen Unthätigkeit u. s. w.; König Ferdinand verweilt noch bei seinem Gaste, dem heiligen Vater, in Gaeta; Garibaldi hat sich mit seiner Rothen-Blousen-Männer-Colonne von Rovenna nach Forli begeben; General Zucchi und Graf Mostai in Bologna erkennen das neue römische Ministerium nicht an, und suchen einen Umschwung der Dinge herbeizuführen, der dem Papste wieder erlaubt, zu seinen ungetreuen verirrten Schaafen zurückzukehren. — Die entlassene päpstlich-schweizerische Palastwache der Helleborbiere will König Ferdinand in seine Dienste nehmen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Dez. „Flyveposten" will aus guter Quelle wissen, daß die nach London abgegangenen Diplomaten (der Gesandte Graf Reventlow und der Konferenzrath Treschow, die am 3. mit dem „Aegir" von Kopenhagen nach Wismar abgegangen) die Instruktion mitgenommen, in keinem Fall in eine Theilung Schleswigs zu willigen, sondern sich auf die von den Großmächten Dänemark gegebene Bürgschaft des ewigen Besitzes Schleswigs zu berufen, übrigens sei auch von einer Inkorporation Schleswigs nicht die Rede. — Der neue Kriegsminister Hansen betreibt die Rüstungen anscheinend mit dem größten Nachdruck und ein Rundschreiben des Justizministers Bardenfleth setzt die Verstärkungsmannschaften ein. Wie der Bericht dieses Ministers vom 2. Mai angibt, beträgt das dänische Heer (mit Einschluß der Reserven von 31,185 Mann) 78,684 Mann. Die Reichstagsverhandlungen schleppen sich ohne besonderes politisches Leben fort. (B. H.)

Neuestes.

* **Paris**, 10. Dez. Trotz der großen Bewegung in unserer Hauptstadt geht die Wahl ruhig vor sich; nur im 12ten Arrondissement fanden einige Unordnungen statt, denen jedoch bald gesteuert wurde. Schaaren von Gamins durchziehen die Boulevards mit dem Rufe: Es lebe Napoleon, nieder mit Covaignoc! Man läßt sie gewähren. Sehr guten Eindruck mochte eine zur Ruhe ermahnende und die größte Unparteilichkeit und Gesetzlichkeit verheißende Proklamation des Generals Cavoignac's, die an allen Straßenecken angeheftet ist. Die Regierung veröffentlicht heute eine telegraphische Depesche, vermöge deren Pius IX. Herrn v. Corcelles mit Ausdrücken der höchsten Dankbarkeit aufnahm, welche mit den Worten endet, der Papst wünsche Frankreich zu besuchen und hat den festen Vorsatz ausgesprochen, sich dahin zu begeben, sobald die Umstände es erlauben. In Lyon waren in der Croix Rousse Unruhen wegen der Präsidentenwohl. Weiber und Kinder steckten am 8. Dez. mehrere Baugerüste in Brand.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Digitized by Google

Uebersicht.

Die Nationalversammlung und die österreichische Frage. **Deutschland.** Frankfurt (Abendversammlung beim Reichsverweser. Details über die Abdankung des Kaisers von Oesterreich.) Wien (Deputation nach Prag und Ollmütz. Die Leiche Blum's. Nachrichten aus Ungarn. Das kaiserliche Manifest an die Ungarn. Hinrichtung. Die ostdeutsche Post. Vermischte Nachrichten.) Ollmütz (Friedensanträge Kossuth's. Die Serben.) Prag (Erlasse des Ministeriums.) Berlin (Die Presse. Die Parteien. Russische Note. Auswanderung. Louise Aston.) München (Erzherzogin Sophie. Furcht vor Demonstrationen.) Mannheim (Militärisches.) Darmstadt (Vereinigung der mittelrheinischen konstitutionellen Vereine.) Sigmaringen (Verhandlungen über die Zukunft des Landes.) **Frankreich.** Paris (Die Parteien bereiten neue Unruhen vor. Die Proklamation Cavaignac's. Heiße Debatten in der Nat.-Vers. Mehrere Familien verlassen Paris. Ein Maire von Lyon.) Straßburg (Die Abstimmung über die Präsidentenwahl.) **Italien.** (Unruhen in Lucca. Der Papst geht nicht nach Neapel. Tagesbegebenheiten.) **Schweiz.** St. Gallen (Die Schweizer in Wien.) Frankfurter Börsenbericht (Vom 13. Dez.)

* **Vom Rhein**, 12. Dez. Es ist unendlich traurig, wie bei so viel Fleiß und Eifer, bei solcher patriotischer Ausdauer, bei vielerlei Geschäftskenntniß und mannigfacher Bildung, die sich in Frankfurt bewährt haben, so gar wenig eigentlich politischer Sinn und Geist vorhanden ist. Das Ministerium will mit Oesterreich unterhandeln. Zunächst über eine Modifikation der §§. 2 und 3. Es setzt voraus, so haben Mitglieder desselben öffentlich erklärt, daß die Nationalversammlung eine solche Modifikation werde eintreten lassen; von Wien will es hören, welcher Art man dieselbe dort verlangt. Die Stimme, die sich allgemein kund gibt, ist zwar die des festen Entschlusses, an jenen Paragraphen kein Jota zu ändern. Auch kann dies nicht geschehen, wenn die Verfassung Deutschlands irgend fest begründet werden soll. Indessen sind die Entschließungen einer großen Versammlung nicht so fest, daß sie namentlich das Entgegenkommen einer großen Macht, bei so vielen natürlichen Rücksichten auf die Erhaltung des ganzen Staatenkomplexes deutscher Zunge, nicht sollte anders bestimmen können. Also möchte man von dieser Seite immer eine Verhandlung denkbar finden. Wer soll diese Verhandlung führen? Ein österreichischer Minister und ein österreichischer Erzherzog. Die beiden Männer selbst haben die ganze Unschicklichkeit dieser Stellung gefühlt und haben daher Herrn v. Gagern in das Ministerium gezogen. Sie haben gethan, was ihnen zukam. Die National-Versammlung aber wird das Ihrige schwerlich thun. Das Ministerium geht von der Voraussetzung aus, die §§. 2 und 3 würden modifizirt werden. Die Mitglieder der Nationalversammlung haben bisher umgekehrt fast die einstimmige Absicht ausgesprochen, sie würden dieselben nicht modifiziren. Von jener Voraussetzung aus ist eine Verhandlung denkbar, die uns mit Oesterreich zusammen hält: es ist also ganz passend, daß die österreichische Vertretung im Ministerium sich zu behaupten sucht und nur zur Beglaubigung ihrer guten Absicht einen unverdächtigen Vertreter des Deutschthums sich zugesellt. Von der anderen Voraussetzung aus ist nur eine Verhandlung denkbar, die uns Oesterreich entgegensetzt, die uns mit ihm als einem Gleichen, aber als einem Anderen, einem Verwandten, aber doch Fremden in eine völkerrechtliche, wenn auch noch so enge Verbindung bringen soll. Von dieser Voraussetzung aus ist das gedieterische Interesse der Nat.-Vers., daß die Regierung und das Ministerium, das auf dieser Basis unterhandeln soll, ein rein Deutsches ist. So wenig Oesterreich für diesen Augenblick einen Gagern in sein Ministerium rufen würde, so wenig können wir einen Schmerling in dem unseren gebrauchen. Ja wenn es thunlich wäre, wenn damals die Absicht der Linken durchgegangen wäre, den Reichsverweser verantwortlich zu machen, so würde man auch auf dessen Entfernung dringen müssen. Dies sind Sätze einer so einfachen Staatskunst, daß ganz gewiß kein Volk in Europa zu denken wäre, das nicht nach dem Sinne dieser Sätze in unserer Lage blind handeln würde, selbst ohne sich nur ihren Sinn abstrahirt zu haben. Wir Deutsche, kraft unserer eigenthümlichen Gemüthlichkeit thun anders. Zunächst die Minister um Herrn v. Schmerling herum haben ihre persönliche Verbindlichkeit, die sie nicht in Anschlag bringen werden; sie haben aber eine vaterländische Verbindlichkeit gegen ihn für sein männliches und tapferes Benehmen im September. Dies Gefühl theilt die National-Versammlung, und es kann ihr nur Ehre machen. Auch soll sie es nicht verleugnen. Die Entfernung des Herrn v. Schmerling soll ja nicht ein Akt des Undanks sein, sondern ein Akt der politischen Weisheit, ja Nothwendigkeit. Die Sentimentalität und persönliche Rücksicht kann hier nicht mitsprechen sollen. Was in Frankfurt ferner die Deputirten schaarenweise flugzig machen wird bei dem Gedanken eines Ministerwechsels, ist die Androhung eines Ministeriumswechsels. Auf ihn ist man nicht gefaßt. Es würde Alles in Allarm und Rathlosigkeit stürzen, wie in der Waffenstillstandsfrage. Dies hängt mit dem Mangel eines Operationsplanes und einer politischen Organisation der Klubs zusammen. Die Fraktionen der Majorität, sobald sie sich nicht ganz in Harmonie mit dem Ministerium fühlen, sollten immer ein ideelles Ministerium unter sich fertig haben. Und diesem sollte die Leitung ihrer parlamentarischen Operationen übergeben sein. Ein solches Ministerium des Rückhalts ist bei uns noch Niemanden nur eingefallen; zu Stande würde es schwerlich kommen können. Es würde an dem Mangel an politischem Sinne scheitern. Und dieser Mangel beruht ein gutes Stück wieder auf dem Ueberflusse unserer Bescheidenheit und Gemüthlichkeit. Wir sähen gerne den König von Preußen sich um die deutsche Krone bewerben. Er will nur der Schwertträger des Reiches sein. Wir sähen gerne, daß sich die Vincke, die Beseler aus Schleswig, die Simson und Aehnliche um Gagern enge schaarten und um die Männer des jetzigen Ministeriums, für deren Ausscheiden kein Grund vorhanden ist, daß sie offen und kräftig das Uebergangsministerium, das in die Definitive überleiten und sich dort behaupten soll, anstrebten und sich offen eine Partei zur Stütze bildeten und zu diesem Ende die kleinen Clubs, die in großen Fragen nichts taugen, zusammenschmölzen; jeder Einzelne, den wir meinen, würde aber vielleicht selbst wallend den Nichtwollenden spielen, vielleicht in wirklicher Bescheidenheit nicht wollen. Daran gehen wir zu Grunde. Sah man, daß sich Erzherzog Johann gegen die Reichsverweserschaft so sträubte, wie die preußische Krone gegen die deutsche? Sieht man, daß sich Heer von Schmerling so bitten und ziehen und halten läßt? Gewiß nicht. Und aus keinem andern Grunde, als weil sie politische Männer, Oesterreicher sind, denen Allen eine politische Ader angeboren ist. Sie thun das Zeitgemäße und das Zweckgemäße, darin ist im politischen Sinn das A und O, Moses und die Propheten enthalten. Wenn aber jetzt irgend etwas unzeitig und zweckwidrig ist, so ist es die falsche Bescheidenheit, die Rücksicht und die Gemüthlichkeit. Wie sollen handeln; und wenn die Wellen in's Boot schlagen, ist es wahrlich nicht an der Zeit, daß die Steuersäßigen mit Höflichkeiten wetteifern.

Deutschland.

§ **Frankfurt**, 13. Dez. Die gestrige Abendversammlung beim Reichsverweser war sehr besucht; nur die entschiedene Linke hatte sich gänzlich ausgeschlossen. Von politischer Bedeutung scheint nichts vorgekommen zu sein; man war nur etwas beunruhigt durch das umlaufende Gerücht, daß sich in Paris ein neuer Barrikadenkampf erhoben habe. Ueber Oesterreich sprach man wenig. Alles, selbst die hohen Officiere, war im schlichten Frack ohne Orden erschienen. Jeden Dinstag sollen sich diese Abende wiederholen; vielleicht nehmen sie im Verlauf eine bestimmtere Gestalt an.

⊙ **Frankfurt**, 13. Dez. Ueber die Vorgänge der kaiserlichen Abdankung wird uns aus wohlunterrichteter Seite her folgendes aus Wien gemeldet: „Das neue österreichische Ministerium verlangte in einer Konferenz die Zurücknahme der außerordentlichen Vollmachten an Windischgrätz und Jellacic; der Kaiser wollte dies nicht, weil er bei Ausstellung versprochen, die Vollmachten nicht eher zurückzunehmen, bis sie von den Inhabern selbst zurückgelegt würden. Man ließ deshalb die beiden Feldherren nach Ollmütz kommen, und dort wurde mit ihnen unter der Zuziehung des Erzherzogs Franz Karl darüber berathen. Jellacic war geneigt, sein Mandat niederzulegen, und sich dem Ministerium unterzustellen, nicht so Windischgrätz, der es noch nicht an der Zeit hielt. Die Minister drohten mit Resignation; da erklärte der Kaiser: „Er solle gehen.“ — Jetzt endlich gab Windischgrätz nach, und es schlichtete sich die Sache. Der zweite Gegenstand der Konferenz war die Bezwingung Ungarns. Die Minister verlangten schnelle, energische Maßregeln, und die Verschmelzung Ungarns mit der Gesammtmonarchie. Zu beiden versagte der Kaiser seine Zustimmung, weil er sein Wort nicht brechen könne und wolle. Aber als das Ministerium immer neue Schwierigkeiten deshalb erhob und mit dem Rückzuge drohte, reifte der Ent-

Digitized by Google

schluß des Kaisees zue Resignation definitiv. Nue handelte es sich noch um die Frage, wer nachfolgen solle. Schwarzenbeeg und Stadion erklärten entschieden, daß Erzheezog Franz Karl unpopulär sei, und seine Thronbesteigung die Dynastie in Frage stelle. Jedenfalls wüeden sie, wenn er den Thron bestiege, zueücktreten. Dagegen hätten sie gegen den jungen Prinzen Eezheezog Franz Joseph keine Einwendung, wenn ee sich fern von allen Familieneinflüssen stellen könne. Nach kurzer Rücksprache mit den Damen des kaiserlichen Hauses eefolgte noch spät in der Nacht der bekannte Entschluß."

Wien, 7. Dez. Zahlreiche Deputationen aller Länder und Städte dee Monarchie werden jetzt ihren Weg nach Ollmütz, Prag und dem nue wenige Viertelstunden seitwärts dee Bahn liegenden Kremsiee nehmen, da, um zu beglückwünschen, doet, um Schmeez auszudrücken, hier, um Beifall oder Mißfallen auszusprechen. Auch dee Magistrat und Gemeinderath von Wien hat seine Deputation zunächst nach Ollmütz, um dem Kaisee Franz Joseph eine Adresse zu überbringen, und weiterhin nach Prag abgeschickt. — Die Leiche Blum's wird abermals von Leipzig gefordert. Es ist eigens ein Abgeordneter deshalb nach Wien abgegangen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß seine Forderungen einen günstigeren Erfolg haben werden, als alle andeeen derartigen. — Aus Ungarn kommen Reisende, die den Zustand Pesth's und der meisten andeeen Städte ähnlich dem Wiens im Oktobee schildern, nue mit dem Unteeschiede, daß Kossuth selbst und seine nunmehr ziemlich geeinge Anhängeeschaft an sich iere geworden, und kein rechtes Vertrauen mehe zu ihrer Sache besitzen. Durch die gehemmte Ausfuhr nach Oesteereich sind an einigen Orten die Lebensmittel bis zu beispiellos billigem Preise herabgesunken, wäheend alle jene Artikel, die von Oesteereich aus eingeführt zu weeden pflegen, im Preise fast uneeschwinglich hoch stehen. Der neu gesaedeete Staatskredit von 80 Millionen trägt gae wenig dazu bei, die lang gehegte Befürchtung eines Staatsmalheurs zu beseitigen. Silbermünze ist in hiesigee Stadt fast zum weißen Raben gewoeden. Man vertheilt bereits die Guldennoten und in geschlossenen Kreisen cursiren nach Uebereinkommen Papiermarken im Werthe von 20 und 10 kr. C. M. (C. Bl. a. B.)

Wien, 7. Dez. Das kaiseeliche Manifest an die Magyaren, woein dee junge Monaech denselben zugleich seine Thronbesteigung verkündet, ist beeits erschienen und durch einen höheren Offizier nach Ungarn geschickt worden — für uns aber ist dee Inhalt, wie wissen nicht warum, bis jetzt noch ein Geheimniß geblieben. Indessen wurde mir aus guter Quelle versichee, daß das Manifest ganz energisch lauten soll, was übrigens, nachdem die serbische Woywadschaft eerichtet wurde, gar nicht zu bezweifeln ist. Da von dem Erfolge desselben dee Beginn der Operationen gegen Ungarn abhängt, so erwartet man das Ergebniß dieser letzten Mission mit um so größerer Spannung. Die heutige Beelinee Nachricht, daß der König von Preußen die Ständeversammlung aufgelöst hat, wiekte günstig auf die Börse. (Allg. Z.)

Wien, 8. Dez. Gestern wurde wiedee einmal eine Execution und zwar bei hellem lichten Tage, als sich die Spaziergängee auf der Bastei drängten, vorgenommen, wohl nicht ohne Absicht, denn es galt dee Beeheimlichung von Waffen, die ein Ungae, ein gewisser Harvath, sich hatte zu Schulden kommen lassen. (Unsee △ Korresp. hatte also am 7. richtig gesehen und vermuthet. Nach dem von dee Wiener Ztg. amtlich publizirten Uetheil hatte dee Genannte einen Karabiner und 27 Patronen wissentlich gegen das Verbot verbargen, und wurde deshalb nicht kriegs- sondern standrechtlich veeurtheilt und erschossen.) Sanft auch empfinden Presse, Theater und alles öffentliche Leben den Druck des Belagerungszustandes. Dee Spießbüeger, und dazu gehört dee graße Bankier so gut wie der kleine Krämer, fühlt seetlich nue die Behaglichkeit der Sicheeheit, und wenn auch die erlangte Ruhe nach etwas Moder duftete, ee sagt gelassen: Non olet. Das ginge noch an, sagte ee es kurz und schlicht aber schlecht, wenn ee sich dabei nue nicht in Adressen ausspräche, deren unwürdigee Ausdruck selbst bei Denen, die sie empfangen, Ekel heroorbeingt. — Kuranda hat den ungestümen Foderungen seinee Freunde endlich nachgegeben und läßt mit dem 1. Jan. seine Ostdeutsche Post wiedee erscheinen. Man hat jedoch Grund zu glauben, daß er sich zuaor ein freieres und kräftigeees Auftreten trotz des Belagerungszustandes auszuwirken wußte, und daß er ebenso die Reiz- und Farblosigkeit dee heutigen Tagespresse, wie die Uebergriffe der frühern zu vermeiden verstehen wird. — Gestern Abend wuebe auf zwei Offiziee, die in einem Fiacre fuhren, auf dem Geaben geschossen; dee Thätee ist auf seischer That eetappt und festgenommen waeden. (D. A. Z.)

* **Wien**, 8. Dez. Bei Keems sollen nicht unbedeutende Bauernunruhen, von veetriebenen Studenten angeeegt, ausgebrochen sein und die Absendung einer Batteeie und einee Truppenabtheilung veranlaßt haben. Dem Vernehmen nach soll in Preßburg die Cholera auf eine heftige Weise aufgetreten sein. — Das Gerücht, in Pesth sei die Dynastie des Thrones verlustig erklärt warden, wird zwae aan der stenogeaphischen Korrespondenz wiederholt, erscheint aber mehr als zweifelhaft. Die Briefe dee Allg. Zeitung erwähnen nichts davon.

Aus **Ollmütz** schreibt man dem C. Bl. a. B. ebenfalls van Anträgen Kossuth's auf einen Waffenstillstand füe den ganzen Wintee. Dee amerikanische Geschäftsteägee Stiles hat das daeauf bezügliche Schreiben, das van Pulsky eanteasignirt war, dem Füesten Windischgeätz übergeben (der den Anteag bekanntlich zueückwies). Von dee Abeeise des Erzh. Franz Karl und der Erzherzogin Sophie nach München veelautet noch nichts. Die serbische Deputation ist wieder in Ollmütz, nachdem sie auf zwei Tage nach Wien gegangen war; nach erlangtee Bestätigung der Wojwodschaft soll sie bereits die Farderungen höhee spannen.

Prag. Wie das Canst. Bl. a. B. beeichtet, sind von dem Ministerium Stadion beeeits meheere Erlasse an die exekutiven Behöeden ausgegangen. Sie zeugen alle von einem scharfen kräftigen Eingreifen in den überlieferten oan dee Märzbewegung nur sehe oberflächlich beeüheten Geschäftsgang, freilich weniger im Sinn einee liberalen Ueberleitung, als in dem einee „starken Regierung." Die Behörden werden zue schleunigsten Publizirung des Ministerialprogramms aufgefaedert und alle Beamte zur strengen Befolgung desselben angewiesen, mit dem Beisatz, daß denen, welche mit dem Programm durch ihre Gesinnung oder ihr Handeln in Widerspruch geeathen könnten oder müßten, ihre Entlassung zu geben sei. Auf der andern Seite oeespeicht das Ministerium die Aemter mit den nöthigen Exekutivkräften zu versehen. Ein wichtiger Erlaß an die Landesstelle hebt die kollegialische Beeathung auf. Das Gubernium in Peag hat sich bereits in diesem Sinn umgewandelt. Jeder selbstständige Referent ist füe sich verantwortlich. Eine weitere Anordnung geht auf die Entfernung unnöthigen Formelkrams. Bei Beförderungen soll wenigee als ehedem auf die Anciennität und vorzugsweise auf die Befähigung gesehen werden.

= **Berlin**, 11. Dez. Obwohl der Belageeungszustand wahrscheinlich noch längere Zeit faetbauern wird, so wird derselbe doch seit Oktroyieung der Verfassung mit so großee Schonung gehandhabt, daß man fast nue seine wohlthätigen Folgen wahrnimmt an dee wiederhergestellten Ruhe und dem belebteeen Wandel und Verkehr. Das Schauspielhaus ist dem Publikum bereits wiedee geöffnet: der Debit allee Zeitungen und Journale ist, mit Ausnahme einigee Winkelblätter, wieder gestattet. Nue die Reform verschmäht es bei Wrangel die Erlaubniß nachzusuchen, weitee erscheinen zu dürfen; Ruge will vielmehr trotz des Verbates in einigen Tagen wieder eine neue Nummer heeausgeben — natürlich wird der Spaß auf diese Weise bald genug ein Ende haben. Komisch genug ist es übrigens, die veeänderten Züge dee entschlafenen Blätter nach ihrer Auferstehung zu beobachten. Herr Julius, der bekanntlich oar dem März Alles that, um sein Blatt zu einem subventionieten zu machen, wittert jetzt wieder Maegenluft und beeeitet sich allmälig zue Schwenkung nach dee andern Seite vae. Er habe die Novembereevolution vorausgesagt und die Mittel zu iheer Verhinderung angegeben; damals habe man ihn ausgelacht und veefolgt — jetzt möge man dahee von ihm keinen Trost erwarten, ee sei des Undankes satt. Konsequenter und ehrenhafter ist die Nationalzeitung geblieben. — Was die Stimmung hier am Orte betrifft, so ähnelt sie dee eines Fieberkranken, der nach wüsten Träumen wiedee erwacht, abee in völliger Apathie die Rückkehr der Kräfte erwartet. Wenn irgend ein hiesiges Blatt meint, das Volk habe die Verfassung „über sich ergehen lassen", so ist das vollkommen falsch: unsere Demokratie hat es nue glücklich so weit gebracht, daß die Masse unfähig war, irgend etwas anderes zu empfinden, als das Bedürfniß nach Ruhe und daß durch die Befriedigung dieser Sehnsucht jede sonstige Regung abfarbirt ward. Sobald die Nation wiedee zu Kräften gekommen, wird sie in dem treuen und unverbrüchlichen Festhalten an diesee Charte die einzige Möglichkeit der Rettung,

sie wird in derselben zwar kein Geschenk sehen, wohl aber ein Merkzeichen von der Redlichkeit ihres Fürsten. Der Kern des Volkes ist völlig befriedigt, wenn auch die Radikalen unsern Spießbürgern zuflüstern, mit einem absoluten Veto könne der König ja doch machen, was er wolle, oder die Preußenvereine laut darüber klagen, daß selbst ein Manteuffel den Herrscher verrathen habe. In so weit darf man nun wohl getrosten Blickes in die Zukunft sehen: aber demungeachtet muß man nicht vergessen, daß erst die nächsten Wahlen unser Schicksal entscheiden und daß daher für die Partei der gemäßigten Liberalen die heiligste Pflicht ist, auf diese mit aller Energie zu wirken. Bekommen wir wieder eine ähnliche Kammer, tagen unsere besten Kapazitäten wieder zu Frankfurt, wo sie höchstens den Brand löschen, während sie hier den Ausbruch desselben verhindern — beginnt in dieser Weise die alte Historie von Neuem: so muß wahrlich auch das tüchtigste Volk demoralisirt werden, auch die bestgesinnte Regierung zuletzt den Kopf verlieren. Man geht auch hier bereits damit um, ein Wahlkomite im Sinne des Centrums zu bilden, während Bülow-Cummerow zu einem Verein auffordert, um für die äußerste Rechte zu agitiren: die Linke hat bekanntlich ebenfalls schon die nöthigen Einleitungen getroffen, um am 26. Februar mit verstärkten Kräften zu erscheinen. Wie wenig diese Herren ihre Hoffnungen und Pläne haben fahren lassen, wie sie sich nur für den Augenblick geschlagen glauben, ersieht man z. B. aus einer kleinen Broschüre Oppenheim's: Kaltblütige Glossen über die oktroyirte Verfassung, die mit dem tröstlichen Versprechen schließt: Wir wissen wohl, daß wir zur Zeit nur eine ecclesia militans sind — aber laßt uns Preßfreiheit und Associationsrecht, und wir wollen euch Stockjobbers, die ihr nach Ruhe seufzet, schon zeigen, daß der Tanz nun erst angeht, da ihr im Hafen angelangt zu sein glaubt!

Ltb. Korr. **Berlin**, 11. Dez. Einer uns zugegangenen Mittheilung zufolge hat das russische Kabinet dem diesseitigen durch Hrn. v. Menendorf eine Note überreichen lassen, in welcher es sich dahin ausspricht, daß die Ereignisse der letzten Zeit in Preußen ernstliche Besorgnisse bei dem Nachbar Preußens hervorgerufen hätten und daß auch die letzten Maßregeln des Gouvernements nicht von der Art gewesen, die Besorgnisse, die man gehegt, aufhören zu lassen. — Die Association, die sich hier Behufs einer von Deutschen zu gründenden Ansiedlung in West-Australien gebildet hat und welcher bis jetzt etwa 50 Familien beigetreten sind, hat ihren ursprünglichen Plan dahin modificirt, daß die Kolonie nicht in West-Australien, sondern in Adelaide gegründet werden soll. — Unter den neuerdings Ausgewiesenen befindet sich auch die emanzipirte Louise Aston. Das von ihr redigirte Blatt, „der Freischärler", das wunderbarerweise bisher noch nicht suspendirt worden ist, wird übrigens forterscheinen.

Berlin, 10. Dez. Gestern hatte, wie wir es schon angekündigt, die Deputation der drei breslauer Vereine, welche eine Dankadresse für die verkündete Verfassung zu überbringen hatten, Vortritt bei Sr. Majestät. Der König antwortete etwa in folgender Weise:

„Ich kann Ihnen nicht sagen, meine Herren, welche Freude Sie mir durch Ihr Kommen bereitet haben. Daß es Ihnen Ernst ist mit dem, was Sie mir gesagt, das glaube ich: schon die Namen derer von Ihnen, die ich kenne, bürgen mir dafür. Wie Sie es selbst gesagt haben, ich habe aus Breslau in den letzten Zeiten wenig Freundliches erfahren, vielmehr ist mir von dort nur Trübes und Kränkendes widerfahren. Glauben Sie mir, meine Herren, daß ich es weniger um meiner persönlichen Kränkungen willen beklagt habe, denn ich bin an Undank gewöhnt, als um meines Volkes willen: es mußte mich schmerzen, daß ein Theil desselben sich so entwürdigte; die breslauer Märzdeputation ist, ich will es frei heraus sagen, wohl das Verletzendste gewesen, was einem Könige in dieser Art je geboten wurde. Ich habe damals trotz der kränkenden Form, der ich mit Würde begegnet zu sein glaube, den Inhalt der Forderungen durch den Erlaß vom 22. März erfüllt; denn ich werde mich durch die unfreundlichste Form nie hindern lassen, die Sache in ihrer Reinheit in's Auge zu fassen. Aber seien Sie dennoch überzeugt, daß es mir wohl thut, wenn mir mein Volk, wie heute, in freundlicher Weise gegenübertritt. Ich wußte wohl, daß es auch in Schlesien noch einen tüchtigen Kern gab, aber es fehlte ihm an Muth und Thatkraft, deshalb konnte es einem kleinen Häufchen von Leuten, die nicht werth sind, den schönen Namen „Preußen" zu tragen, gelingen, eine Zeit lang Alles zu knechten. Es war in Breslau wie in andern großen Städten, — nur so konnte es kommen, daß wir sieben Monate durchleben mußten, von welchen jeder ächte Patriot nur wünschen kann, daß sie aus unserer Geschichte verwischt werden möchten. Was mich nächst Gottes Beistand diese ganze Zeit hindurch gestärkt und getröstet hat, das war die Treue meines lieben Landvolks. Ja, meine Herren, das platte Land hat überall die Städte beschämt: hier, wie in Pommern, in Preußen, wie auch in einem Theile Schlesiens, vorzüglich aber in Westphalen und am Rhein, in den Grafschaften Mark und Ravensberg hat sich in dem Landvolk ein trefflicher Sinn bewährt, welcher mich für vielen Kummer schadlos gehalten hat. Nicht blos haben die braven Bauern den Wühlereien widerstanden, sondern oft waren sie mit Mühe zurückzuhalten, daß sie nicht ihrem geliebten Könige zu Hülfe eilten. Vom Rhein bis an die Weichsel baten sie, wir möchten ihnen Zuzüge erlauben, wir möchten sie rufen, um die Feinde des Königs niederzuschmettern. Aber, Gott sei gelobt, wir haben es nicht nöthig gehabt; denn meine Feinde sind heute gewesen, wie immer, sie sind feige gewesen. Das sind die alten Preußen nicht; die wahren Preußen waren heute, wie im Jahre 1813, bereit, ihres Königs Ruf zu folgen. Meine Herren, danken Sie mit mir dem redlichen, braven Landvolke. Was ich in der letzten Zeit gethan, das mußte ich thun um des Vaterlandes willen. Es wird mit Gottes Hilfe jetzt besser werden. Lassen Sie es uns hoffen und wirken Sie an Ihrem Theil dazu. Aber nehmen Sie jetzt nochmals die Versicherung hin, daß Sie mir durch Ihr freundliches Entgegenkommen eine große Freude gemacht haben." (D. R.)

München, 10. Dez. Die Erzherzogin Sophie, Mutter des jetzigen Kaisers von Oesterreich, mit ihren Kindern ist hier eingetroffen, ihr Gemahl wird erwartet. Gestern Abend traf man wieder großartige Vorbereitungen gegen eine für Schlossermeister Wiedemann befürchtete Katzenmusik, von welcher aber sich kein Symptom zeigte. Der Abgeordnete hatte seine Fenster mit Holz und Eisen von Innen sorgfältig vermachen lassen. (Augsb. Abdz.)

(**Mannheim**, 11. Dez. So viel man uns soeben mittheilte, sollen bis 25. d. M. bereits die Konskribirten pr. 1840 und bis 15. Januar 1819 die Außerordentlich-Konskribirten einberufen werden. Sobald dieselben hinlänglich eingeübt sind, wird unsere jetzt im Dienste stehende Mannschaft auf 20 Mann pr. Kompagnie reduzirt und die übrigen beurlaubt. Die Bildung der 4ten Bataillone muß dann nothwendiger Weise stattfinden. — Auch heißt ziemlich allgemein, daß das in Schleswig-Holstein stehende badische Bataillon binnen Kurzem zurückkehren werde. — Vor wenig Augenblicken marschirten die Nassauer hier ab, von ihren badischen Kameraden begleitet. Andere Truppen sind keine zum Ersatz hierher bestimmt, sondern man erwartet die Rückkunft der noch fehlenden Kompagnieen.

Darmstadt, 8. Dez. In der Versammlung des hiesigen vaterländischen Vereins vom 5. d. M. wurde ein Schreiben des Ausschusses der deutschen Vereine in Wiesbaden vorgelesen, wonach die nassauischen Vereine den hessischen nun wirklich zugetreten sind und die hessischen und nassauischen Vereine die Benennung: „die verbundenen deutschen Vereine am Mittelrhein" führen sollen. Der vaterländische Verein pflichtete diesem Vorschlage bei. (O. P. Z.)

Sigmaringen, 9. Dez. Der Fürst hat sich von Frankfurt nach Berlin begeben, und es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß dort ernstliche Verhandlungen über unsere künftigen staatlichen Verhältnisse gepflogen werden. Die Ansicht gewinnt die Oberhand und hat bereits in der öffentlichen Meinung Wurzeln geschlagen, daß der König von Preußen in Bälde die Regierung der beiden Fürstenthümer Hohenzollern übernehmen werde. (S. M.)

Frankreich.

† **Paris**, 10. Dez. Aus der Proklamation des Generals Cavaignac führen wir folgende Stelle an: Man hat Euch und uns selbst gesagt, Unsinnige würden sich herausnehmen, ihr Urtheil über die Wahl des Volkes zu stellen, um hernach über ihren Gehorsam zu feilschen. Beruhigt Euch, die Regierung kennt ihre Pflichten, und war nie fester entschlossen als jetzt, sie zu erfüllen. Die Männer, aus welchen sie besteht, heute Regierung, morgen einfache Bürger, werden unter jedem Verhältniß in ihnen nur Feinde der öffentlichen Ordnung sehen, die das Gesetz weder

Digitized by Google

schützen will, noch darf." Wird aber die Aufsicht der Regierung eine neue Explosion verhindern, die freilich schwerlich Erfolg haben wird, aber doch zu vielem Blutvergießen führen kann? Nach der Aufregung, die in den Klubs herrscht, und den Reden, die dort gehört werden, muß man das leider bezweifeln. Daß die Regierung dessen selbst nicht gewiß ist, werden die Leser aus folgenden heißen Debatten ersehen.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung interpellirte der Abgeordnete Joly 1) wegen der letzten Versammlung, die der Minister des Innern berufen hatte und wozu der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr und ihre sämmtlichen Obristen zugezogen waren. Ob es wahr sei, daß er bei dieser Veranlassung von einer Insurrection der rothen Republik gesprochen und selbst den Tag angegeben habe, an welchem dieselbe beabsichtigt sei. (Umlaufende Gerüchte geben den 20. Dez. an.) In der That sehe man seit mehreren Tagen Züge, welche nicht nur Kastätschen, was er billige, sondern sogar kongreve'sche Raketen einbrächten.— Ein Mitglied: Was Sie nicht billigen. (Lachen.) Joly fährt fort: Ferner theile ein Journal mit, der Kriegsminister habe einem Offiziere der ihn gefragt habe, warum er ihn plötzlich aus Paris entferne, zur Antwort gegeben: weil er den hiesigen National- oder Wahlkongreß besuche, der aus Abgeordneten der äußersten Linken bestehe, welche staatsauflösende Ideen hätten, gegen die man vielleicht bald auf der Straße wieder werde schießen müssen. Er fordere 2) den Kriegsminister auf, sich zu erklären, wie er sich dergleichen habe erlauben können, zumal, da man den Napoleonischen Zusammenrottungen ruhig zusehe. Endlich 3) ob es wahr sei, daß die Regierung damit umgehe, nach der Wahlschlacht die Klubs zu schließen, oder doch gesetzwidrig zu beschränken. Dufaure antwortete: Ueber das, was bei ihm in einer Versammlung verhandelt worden sei, glaube er Niemand Rechenschaft schuldig zu sein, doch bemerke er, und zwar blos, um keine Besorgnisse im Publikum aufkommen zu lassen, daß er keineswegs mit Bestimmtheit von einer Insurrektion gesprochen, noch weniger den Tag oder die Ueberder angegeben habe. Gottlob, fuhr der Minister fort, so nahe ist uns die Gefahr noch nicht, ich weiß nicht, ob sie kommen wird, ich bitte Gott, sie fern von uns zu halten. Ist Ihnen (Joly) dieses aber, wie Sie behaupten, ebenfalls Ernst, nun so versuchen Sie ihre Freunde außer diesem Hause, nicht alle Tage durch die Bankette und die heftigen Reden in den Klubs aufzureizen. — Was die Zusammenrottungen auf der Place Vendome vor dem Hause des Abgeordneten Ludwig Bonaparte betreffe, so würde er sie an dem Tage verbieten, an welchem sie der öffentlichen Ruhe gefährlich werden können, und zwar in Folge des Gesetzes über die Zusammenrottungen, gegen welches Hr. Joly sich ausgesprochen habe. So lange man dort aber nur Ludwig Napoleon ein Hoch bringe und rufe „Nieder mit Cavaignac", so lange sehe die Regierung keinen Grund, sie zu verbieten. (Lauter Beifall.) In Beziehung auf die Klubs endlich werde die Regierung keinen Augenblick Anstand nehmen, strengere Verfügungen bei der Versammlung zu beantragen, wenn sie dieselben für nothwendig erachtete. Zum Schlusse erklärte der Minister noch, wie auch die Wahl des Präsidenten ausfallen möge, er und seine Kollegen würden ihm von ganzem Herzen den gesetzlichen Gehorsam leisten, und bis zur letzten Stunde unermüdlich für Erhaltung der Ordnung wirken. Hr. Ledru Rollin mischte sich in die Verhandlung, um zu erklären, man habe ihn verläumdet. Er hätte bei dem bekannten Bankette nur von solchen Waffen gesprochen, welche man gegen Oesterreich gebrauchen müsse, wenn es die weltliche Macht des Papstes unterstützen wolle; man habe das jesuitisch so verdreht, als ob er zum Bürgerkriege in Frankreich gereizt hätte. Freilich, wenn ein Kriegsminister es wage, dem Berge mit einem Handstreiche zu drohen, glauben Sie, daß wir uns dagegen stumm und leidend verhalten werden? Nein! tausendmal Nein!" Lamoriciere gab hierauf noch folgende Erklärung: Ganz Paris wisse, wie dieses Haus, daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen wären, um für jeden Fall bereit zu sein; es hätte also der Einführung von Munition in einem so großartigen Maßstabe nicht bedurft, weshalb sie auch nicht stattgefunden habe. Daß er aber einen Officier, wegen Besuchs aufrührerischer Klubs, von Paris nach einem Depot in der Provinz versetzt habe, wäre eine sehr milde Strafe gewesen! Eine Regierung, welche zugäbe, daß solche Klubs von Militärpersonen besucht würden, wäre unwiederbringlich verloren. Lebhafter Beifall. (?)

Viele Familien haben in den letzten Tagen unsere Hauptstadt verlassen. Man fürchtet, am 20. möchten ernstliche Unruhen ausbrechen. — Die Mannschaft der von Marseille eben abgegangenen Schiffe wurde vor ihrer Abfahrt zur Abstimmung zugelassen, wo dann nach dem Semaphore Ludwig Napoleon 1064, General Cavaignac 914 erhielt, die andern fielen in bedeutend geringerer Zahl auf Lamartine und Ledru-Rollin.

Der Maire von Croix rousse (Lyon) hat eine Proklamation an die dortigen Arbeiter erlassen, worin er im Namen der Gemeindeverwaltung erklärt, dieselbe begreife die Aufregung, welche das Gerücht von dem Wiederaufbau der alten Festungswerke bei ihnen erregt habe, und habe eine Abordnung an die zuständigen Behörden erwählt, um denselben diese Besorgniß mitzutheilen.

** **Straßburg**, 11. Dez. Die Stimmenzahlen für die beiden Präsidentschafts-Kandidaten kommen sich sehr nahe. Von 6 Kantonen der Umgegend der Stadt sind circa 6000 für Cavaignac, circa 4000 für Napoleon. Der Oberrhein ist entschieden für Gestern.

Italien.

* Der toskanische Moniteur meldet aus Neapel vom 2. Dez., der Papst werde nicht nach Neapel kommen und die königliche Familie sei deshalb in der Nacht vom 29. zum 30. Nov. allein dahin zurückgekehrt. Alle Staatsminister von Neapel, die dort accreditirten bevollmächtigten Minister von Spanien und Frankreich, Admiral Baudin u. A. würden sich nach Gaeta begeben, um dem Papste ihre Huldigung auszusprechen. Man glaubte sogar, der König und die Königin würden selbst am 5ten dahin zurückkehren. In Lucca waren in der Nacht vom 4. auf den 5. Dez. einige Krawalle (diverse risse), die nicht ganz unblutig abliefen. Die Reforma, der wir diese Nachricht entlehnen, sagt, Details habe sie noch nicht erhalten, sie warnt zugleich die Einigkeit nicht zu verletzen. Von Livorno meldet der Corriere Livornese vom 5. Dez., in der Nacht seien mehrere Personen umgebracht worden. Die Polizei sei indeß diesen Thatsachen fremd. Die Reorsta fügt der Nachricht, daß der Papst gegen die neueren Ereignisse in Rom protestirt habe, die zweite hinzu, er werde nach Frankreich reisen, und die Zügel des römischen Staats einer von ihm ernannten Kommission übergeben, deren Namen man noch nicht wisse. — Der Plan zu einer Konstituante soll nach eben diesem Blatte von der römischen Deputirtenkammer durch Acclamation angenommen worden sein.

Schweiz.

St. Gallen. Laut der National-Ztg. hat der schweizerische Interims-Geschäftsträger in Wien die nöthigen Schritte gethan, um eine Untersuchung des bei der Fabrik des Hrn. Specker von k. k. Militärs beobachteten Verhaltens zu bewirken und Entschädigung für den bei diesem Anlasse angerichteten Schaden zu erhalten. Der Erzähler von St. Gallen weiß noch nichts von solchen Schritten, dagegen bemerkt er, er glaube sich zu erinnern, daß österreichische Arbeiter jener Fabrik, trotz alles Abmahnens des Hrn. Specker, nicht selten bei den bewaffneten Reibungen in Wien thätig gewesen sein sollen, was die gegen jene Fabrik und deren Bewohner verübten Gewaltthätigkeiten einigermaßen erklären soll. (N. Z. Z.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 13. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 70¾; 2½pCt. ditto 36⅛; Bankaktien fl. 1220 *; fl. 500. Loose 124¾; fl. 250. Loose 75; Badische fl. 35. Loose 25⅝; Hessische Rdlr. 40 Loose 25¼; Polnische; fl. 500 Loose 70½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40¾; Berbach 65¾. Köln-Mindrn 79; 3pCt. inländ. Span. 18¾; 4½pCt. Württ. 92¾; 4½pCt. Belg. 73⅛; Holl. 2½pCt. Integrale 46⅝.

Die Stimmung war im Allgemeinen flau: fast sämmtliche Effekten wurden zu weichenden Coursen abgegeben, ohne daß dafür ein Grund anzugeben wäre.

Madrid, 4. Dez. 3pCt. Rente 20 1/16 Papier. (Nach der Börse 20 1/16 à 20 G.); 5pCt. 9¾ P.. (N. d. B. 9⅝ G.); Passive Staatsschuld 3 13/16 P. (N. d. B. 3¾ G.)

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lewe & Co. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nro. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre D. me de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 330. **Frankfurt a. M., Donnerstag 14. Dezember.** **1848.**

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür auch im ganzen Verwaltungsbezirk des fürstl. Thurn und Taxis'schen Ober-Post-Amts, welches den alleinigen Debit übernommen hat, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren, unsere Zeitung zu beziehen ist. Bestellungen bitten wir bei der nächsten Postanstalt bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die Präsidentenwahl in Frankreich.

Deutschland. Frankfurt (Angeblicher Sonderbund zwischen Baiern, Hessen und Hannover. Vorarbeiten und Verhandlungen über das Reichsoberhaupt und die österreichische Frage. Die Friedensunterhandlungen in London. Hr. v. Andrian.) Wien (Die Nationalgarde. Verhaftungen. Der österreichische Lloyd über Ungarn. Finanzmaßregeln. Ausbruch der Armee. Die Cholera. Wessenberg.) Kremsier (Parlamentarisches Leben. Deputation aus Wien. Gesammtministerium. Armeencolonieen.) Olmütz (Näheres über die Abdikation.) Berlin (v. Bonin. Die Nationalzeitung über die deutsche Reform.) Baiern (Die Landtagswahlen. Abel und Lerchenfeld bewährt. Muthmaßlicher Charakter der Kammer.) Würzburg (Selbstständiger Märzverein. Forderungen der Bischöfe.) Sigmaringen (Die Stimmung über Mediatisirung.) Konstanz (Verurtheilung in Preßsachen.) Rendsburg (Die Kriegszucht.) Aus Schleswig-Holstein (Aufregung. Dänische Presse.) Hamburg (Posten.) Bremen (Für Auswanderer.)

Großbritannien. London (Außerordentliche Gesandtschaft aus Nicaragua. Palmerston's Erklärung über die sicilianische Angelegenheit.)

Italien. (Cardinal Orioli. Falsche Gerüchte.) Modena (Schreiben eines österreichischen Offiziers.)

Belgien. Antwerpen (Der Dichter van Ryswyck im Irrenhaus.)

Ungarn. Pesth (Die Vertheidigung des Landes.)

Rußland. Von der Weichsel (Grenzsperre.) Von der russischen Grenze (Truppenbewegungen.)

Griechenland. Athen (Der neue Kammerpräsident. Prokesch einer Gefahr entgangen. Griechisches Urtheil über seine Korrespondenz.)

Neueste.

14. Dezember.

Unerwartet steht Frankreich vor dem Abgrund, dessen Tiefe kein Auge erschaut. Alles ist aufgewühlt; die Bens nus steigen in die Straße hinab, mit rother Fahne, mit zerrissener Blouse und heulen das Vive Napoleon! Eine Bewegung, wie sie Niemand voraussah, eine Theilnahme, die weit entfernt ist, einen ruhigen Ausgang hoffen zu lassen! Denn was noch das Schlimmste dabei ist, der Soldat zieht in den Reihen dieser brüllenden Schaaren, und achtet weder auf Zureden, noch Drohungen seiner Obern. Nun stehen sie da, die reinen Republikaner, die sogenannte Ketten gebrochen haben wollen, verblüfft, verzagt, denn dieses souveräne Volk weiß nichts von der hohen Würde, welche die gutmüthigen Träumer ihm verliehen haben. Es ist dies nicht das Volk! rief neulich Einer der alten, ächten Männer der Freiheit, es ist die Kanaille! So weit steht man schon wieder aus einander; der Vertheidiger Cavaignac's ist der Aristokrat, der Bourgeois; und der Anhänger Napoleon's wird der Feind der Ordnung, der gegen die heiligsten Grundlagen der Gesellschaft anstürmende Vorbar. — Woher aber dieser so schnelle Umschwung, oder vielmehr dieser Ausbruch von Gefühlen, welche seit längerer Zeit zurückgedrängt, den verhängnißvollen 10. Dezember erwarteten? Es ist wohl nicht ohne Interesse, einen Blick auf Land und Volk zu werfen; denn es könnte für das ganze Europa eine neue Erschütterung aus dieser Begebenheit hervorgehen.

Zunächst wird es Jedermann leicht begreifen, daß die Wahl des Präsidenten nicht eine einfache Wahl, sondern im Grunde, und so wie die Verhältnisse sich gestoltet haben, eine Revolution ist. Gestehen wir es offen, Cavaignac's Name, wenn er aus der Urne des Volkes oder der der Nationalversammlung hervorgehen sollte, bezeichnet eine Revolution, so gut wie der seines Gegners; denn er hat nur noch Einen; Ledru Rollin ist durchgefallen. Wer sich erinnert, welche Elemente mit der Februar-Bewegung hervorgetreten sind, wird sich dieses ohne Schwierigkeit erklären können. Für sie wirkten schon lange, zwar getrennt in den Vorarbeiten, aber sich gegenseitig aufmunternd, anspornend, die constitutionellen Republikaner und das ganze Heer der Sozialisten. Jene wußten es wohl und sahen es mitunter auch gerne, daß für die Proletarier ihre Theorie vom Staate zu hoch sei, sie ließen es daher geschehen, daß die Compagnons in allen Städten die Zukunft nach ihrer Art bereiteten, d. h. sich immer mehr in die sozialen Utopien hineinziehen ließen, und hofften, wenn je einmal der Tag des Sieges erscheinen würde, diese Helfershelfer mit einigen Brocken von dem Tische der Reichen abspeisen zu können. Der Schrecken sollte dann den Rentier schon dahin bringen, sein Kapital mit dem Proletarier zu theilen, wenigstens ihn mit an dem Ertrage desselben Theil nehmen zu lassen. So ist es aber nicht gekommen, denn die Ausführung dieses mildern Plünderungsprojektes stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Besitzenden alle, die großen wie die kleinen, traten plötzlich zusammen, um das Recht der Unverletzbarkeit des Eigenthums zu schützen, und sie alle sahen in den Männern der Revolution gefährliche Stürmer. Nun aber zählten sich die Republikaner, die nicht ohne

Digitized by Google

Geund die Paetei des National genannt werden, und sie fanden, daß sie, die ächten, eemen (d. h. conkequenten), in auffallend kleinee Zahl wäeen, und Frankreich auf keine Weise beherrschen könnten, am wenigsten im Kampfe mit den Sozialisten auf der einen, und mit den Besitzenden auf der andeen Seite. Sie mußten sich den einen otee den andern zuneigen, und als gebildete Männer zogen sie doch die Conservatiwen den Schwärmeen vor, welche hartnäckig an die Verwieklichung des Unmöglichen glaubten.

Wee den Verhandlungen in der Nationalveefammlung in Schriften und Zeitungen gefolgt ist, wird sicher nicht verkannt haben, daß in Frankreich die Verfassungsfragen alle ohne Enthusiasmus behandelt woeden sind, daß Alles sich schnell auf das Praktische hingewendet hat und man, wie es die Staatsmänner der Republik häufig genug dem Lande voegewoefen haben, nue für die mateeiellen Interessen Auge und Ohr zu haben schien. In dem Auslande hat man sich darübee häufig getäuscht: die geoße Masse des französischen Volkes ist für spieitualistische Theoeieen, welchee Aet sie auch sein mögen, nicht zugänglich. In seiner Ueberzeugung ist dee Staat des Volkes wegen da, d. h. er soll, so viel immee möglich, das materielle Wohl desselben befördern, und auch das geistige, da ohne Bildung jenes weder eeworben, noch gehörig genossen werden kann. Diese beiden Richtungen pflegte aber die siebenzehnjährige Regieeung Ludwig Phillpps mit eben so großee Soegfalt, als glücklichem Eefolg. Wohl mochte dee Nationalstolz übee die Unterthänigkeit gegen das Ausland sich empören, wenn ee sah, daß die Volkswüede so vielfach den dynastischen Intereffen geopfeet wüede; es regte sich laut die Befüechtung, es möge am Ende ein nneeträglichee Despotismus das Ziel der Verbindung mit Legitimisten und Jesuiten sein, damit die Thronfolge des neuen Hauses sicherer gestellt und dieses namentlich mit dem Auslande ausgeföhnt werde; es heerschte auch die degeündete Beforgniß, durch die leichtsinnige Verwaltung, besondees abee die als Bestechungsmittel gebrauchte Nachsicht gegen Beamte, möchte zuletzt der Stand der Finanzen verwiert und heruntergebracht werden: aber dennoch sind diese Beschweeden nicht in Veehältniß mit den von der Revolution geforderten Opfern. Man ließ sich die Februartage gefallen, denn man hoffte, wie einst in den Julitagen würde eine schnell ordnende Hand folgen, und wie das von Ludwig Philipp hergestellte Königthum, hätte das Volk auch jetzt die Republik aufgenommen, wenn sie wie jenes statt der Opfee Vortheile gebracht hätte. Abee statt dessen kamen verdoppelte Abgaben; die verheißenen Erleichterungen drückendee, beschweelicher Lasten mußten alle zurückgenommen weeden und hinter diesen stehen drohend Papieegeld und Staatsbankeeott. Die Sparkassen, diese wohlberechnete Hebel in der Politik der gefallenen Regieeung, wurden bankeeott erklärt, Bankbillets mit gezwungenem Cours eingeführt und noch öfter von der Unzulänglichkeit aller Anleihen und anderer Maßregeln gesprochen, mit Hypothekenscheinen und andern Thoeheiten gedroht, die Thorgelder, die Getränkesteuern mit dem veehaßten Eindringen in die Kellee und Wohnungen, die Einmischung in das Geschäftsleben, alle die Plackeeeien sind wiedergekehet, nachdem in den wenigen Tagen dee Freiheit dee Büeger gewissermaßen erst erkannt und gekostet hatte, wie behaglich durch die Abschaffung derselben sein Leben werden könnte. Und wenn auch jedee Artikel dee Konstitution goldene Wahrheit enthielte: die 45 Centimes wiegen Alles auf. So ist nun dee französische Bürger. Der deutsche mag mit Enthusiasmus an die Bewegung dee neuesten Zeit sich anschließen: sie verspricht dem Volk und dem Lande die Einheit zu geben, deren Mangel ee in so vielen Eeeignissen so bittee fühlen mußte, wenn der Fremde das Land veewüstete und est zu dem Sieg durch Deutsche selbst geführt wurde; sie verheißt die Vernichtung dee schwee lastenden Feudalität, aller der Beschränkungen, welche aus einem so zeerissenen politischen Zustande hervorgegangen waren. Dieses Alles hat aber Frankreich: es leidet nicht einmal an dem Kreds des großen Besitzes in todter Hand oder als unveräußeeliche Domäne des Fürstenhauses, noch an andern Monopolen: Alles steht dem Fleiße, der Tüchtigkeit offen, alles kann er sich, wenn das Glück seine Mühen segnet, eewerben.

Wee wird sich abee wundern, wenn ee die Gleichgültigkeit siehe, mit welcher der französische Büeger die sogenannten Geschenke dee Revolution empfängt? Die Justiz seines Landes ist so gut als sie bei menschlichee Schwäche sein kann: sie ist öffentlich, mündlich, der Bürger spricht über Schuld oder Unschuld. Die Presse ist so seei als sie sein kann, wenn sie nicht in Zügellosigkeit ausarten soll. Seine Beamten sind nicht Richtee; verweigerte Dienste können voe unabhängigen Gerichtshöfen belangt weeden. Wahrlich, was eigentlich drückte, lag nicht in den Institutionen, sondern in den Indioiduen, war also ein vorübergehendes Uebel. Es ist bekannt, und nun auch erklärt, wie zu den Wahlen dee Beamten, der Offizierstellen in der Bürgerwehr die Wählee im eigentlichen Sinn zusammengetrommelt und geläutet werden mußten, und doch immer nue eine unveehältnißmäßig kleine Zahl erschien; so grht es aber in allen Fällen, wo die so gepriesenen Rechte ausgeübt werden sollen. Diese Indifferenz hat keinen andern Grund als den, daß das Interesse der Erhaltung bei weitem das der Eroberung überbietet.

Dee größere Theil dee Bewegung lag in den durch die sozialistischen Schulen aufgeregten Proletarieen, die sich anfangs der Leitung der Republikanee überließen. Das Band zwischen beiden löste sich abee, sobald die letzteen in den Besitz der Gewalt kamen, und die Haltung nahmen, welche mit ihrer Bildung und Stellung in dee Gesellschaft in Einklang war. Hatten sie doch das Ziel eereicht, nach welchem sie Jahre lang in geheimen Verschwöeungen, duech vielfache Opfer gestrebt; die Realisirung iheer Staatstheorie odee die Befriedigung ihres Ehrgeizes. Nur Einzelne machten dabei eine Ausnahme, Schwärmer, welche von der Repnblik einen Segen erwaeteten, welchen keine Staatsfoem dieekt gewähren kann, odee bodenlose Verschwender, deeen Taschen unaufhörliche Revolutionen voll erhalten sollten. Alle Uebrigen sind gerade so konseevativ geworden, wie die unter Ludwig Philipp Befriedigten, nue darin sich unterscheidend, daß sie von Haus aus wacker, durch den errungenen Sieg eemuthigt, eine Energie entfalten, welche jenen abging und sich nicht ohne Kampf die Heerschaft weeden entreißen lassen. Ihnen gehöet Cavaignac an: er ist der Typus des Chaeakters diese nicht zahlreichen aber mit Einheit handelnden Partei, doch zeichnet er sich voe den meisten seinee Anhänger durch tüchtige Voebildung, so wie durch Gediegenheit des Geistes aus. So wie ihm, schienen den Seinen die Zugeständnisse gegen die alten Konservativen annehmbae, sogar nothwendig; abee weitee durften sie nicht gehen, als bis zur Aufnahme von Dufanee nnd Vivien. Thiers wäee zu viel gewesen, er hätte ein gefährliches Uebeegewicht gegeben. Ueberhaupt ist dieser gewandte Geschäftsmann bei dieser Paetei sehr verhaßt wegen seinee Intriguen und veeachtet wegen der unsteten Haltung. Jene Eenennungen sollten den Besitzenden, nach Ruhe Verlangenden eine Gaeantie geben, daß Versöhnung, so weit der Parteigeist sie zuläßt, gesucht werde, und es läßt sich nicht leugnen, daß dadurch unendlich Viele gewonnen worden sind. Um so unversöhnlichee teat jetzt Thiers auf: er hatte Scheitte gethan, welche ihm Theil an der Regierung geben sollten, und sah sich duech die Entrüstung dee ganzen Partei zurückgewoefen, denn seine Ernennung hätte die ganze Republik von Cavaignac abgewendet. Schon während der Unterhandlungen wuede von Apostasie und Verrath gespeochen und ee mußte schnell abbrechen, sollte er nicht die Popularität veelieren.

Es feagt sich nun, in wessen Händen das Schicksal Frankreichs liegt. Wohl nicht in denjenigen einee Paetei; dee gesunde Menschenverstand wied entscheiden. Hier liegt der eigentliche Schwerpunkt der Gesellschaft, hier muß ee liegen, soll die Republik eine Zukunft haben. Alle die hervortretenden Parteien sind an sich zu schwach, um einzeln füe sich einen Sieg eefechten zu können, und stehen zugleich zu schroff gegeneinandee übee, um Coalitionen möglich zu machen. Am deutlichsten fühlen dies die Legitimisten, die sich mit dem Grundsatz resigniet haben, daß noch nicht die Zeit gekommen mit ihrem Kandidaten hervorzutreten. Die rothe Republik wird füe Ledru Rollin stimmen: sie kann nicht anders, weil die Oeganisation dee Klubs und Veeeine eine Veeständigung nicht zuläßt. Diese Menschen, die nur handeln, können durch keine tiefere politische Berücksichtigung zu diplomatischen Intriguen beeedet weeden: hiee ist Jesuitismus unmöglich. Zu ihnen gesellen sich die socialistischen Sekten, weil in diesem Kandidaten die Gewähe einer fortgehenden Bewegung liegt, die ihren Utopien näher führt; denn geht die Stockung dee Gewerbe und die Veewirrung der Finanzen fort, so kommt die enbliche Gleichheit von selbst. Die Besitzenden aber sind getheilt: viele, wohl die Mehezahl, werden sich für Cavaignac entscheiden: sie sehen in ihm die Sicherung dee öffentlichen Ruhe von Innen wie von Außen, und der Friede ist, wenn auch nur für die nächsten vier Jahre, geborgen. Was

Digitized by Google

dann geschehen wird, wer vermißt sich, so weit in die Zukunft zu schauen?

Gerade diese Gewährung der Ruhe wollen aber Viele nicht, am wenigsten die, welche jetzt von der Theilnahme an der Regierung, an der höchsten des Landes, wie an der bescheidenen der Stadt oder des Fleckens ausgeschlossen sind. Sie sind nicht befriedigt, daß die Mehrheit wieder sich zu ihnen wendet, daß häufig das allgemeine Stimmrecht wieder die Privilegirten der ehemaligen beschränkten Wahlen aus der Urne hervortreten läßt; sie glauben schon auf ihre Nothwendigkeit zählen zu dürfen. Eitles Vertrauen auf eine Popularität, die nicht mehr stattfindet! Denn wenn und wo sie gewählt werden, geschieht es blos, um den Republikanern einen Beisatz zu geben, der Kenntniß und Erfahrung in die unpraktischen Theorieen einmischt; aber nicht um die ganze Vergangenheit zurückzurufen. Jene Feilheit, jene Schwäche hat das Volk nicht vergessen: es wird nie mehr sein Schicksal diesen Menschen allein anvertrauen. Sie mögen sich also verrechnen, wenn sie glauben, mit der constitutionellen Puppe — denn das soll ihnen Louis Napoleon werden — nach Willkür spielen zu können, bis sie das Land wieder unter eine Krone, vielleicht gar unter die des flüchtigen Königs hinunter gespielt haben werden. Dieses Alles ist für jetzt unmöglich. Nicht einmal einer der Prinzen wäre im Stande, ohne außerordentliche Mittel sich Frankreich zu erobern und ohne gewaltsamen Druck zu erhalten. Es müßte ein Uebergang gefunden werden. Und hier sehen wir nur die Regentschaft mit dem Zögling der Herzogin von Orleans, wenn anders die zarte, aber starke Frau nicht von den rauhen Händen der Parteien erdrückt würde. Weil aber die einen jenen Napoleoniden nur als Uebergang vorschieben, — denn einen andern Sinn hat es nicht, wenn die Marine für ihn stimmt — deswegen wollen ihn die andern nicht. Dies ist jetzt die eigentliche Bedeutung des Kampfes, in welchen alle Banner ziehen. Wo eine Bevölkerung sich in dem Gefühl einigen kann, daß sie stark genug ist, den Uebergang zu ertragen oder wenigstens nicht darunter zu leiden, wird sich die Mehrheit für den Napoleoniden aussprechen; wo man hingegen Gründe hat, die bestehende Ordnung festzuerhalten, wird Cavaignac die Stimmen vereinigen. Ausnahmen machen wohl Traditionen, welche weit über die Februartage hinaufreichen, und der Name des Einen wird wiederklingen in Gegenden, wo die Erinnerungen an den Kriegsruhm sich unter dem rüstigen Volksstamme erhalten haben, während in andern die zum Cultus gewordene Anhänglichkeit an das ältere Bourbonenhaus den Sieg erhalten wird. Immer aber werden die Würfel wieder in Paris niederfallen, und das Schicksal Europa's hängt von dem Wurfe ab.

Deutschland.

§ **Frankfurt**, 13. Dez. Die Berathungen über die deutsche Verfassung nähern sich ihrem Schluß, und wenn nicht Alles trügt, so wird die Nationalversammlung mit großer Majorität als Oberhaupt einen erblichen Kaiser verlangen. Man entschließt sich von Idealen abzusehen, man überwindet persönliche und stammgewohnte Neigungen und Abneigungen, man sucht nach dem einen Wege, auf welchem Deutschland zu der Einheit und Kraft gelangen kann, welche die Bedingungen für alle weitere politische Entwickelung sind. Ist es Oesterreichs Wille, sich dieser deutschen Einheit nicht unterzuordnen, so wird man es mit Schmerz scheiden sehen, ohne die Hoffnung auf ein brüderliches Verhältniß und die dereinstige Rückkehr in den engern Bund aufzugeben. Aber mit Bedauern hört man Gerüchte von partikularen und eifersüchtigen Bestrebungen, die sich in andern deutschen Staaten regen sollen, um den Bau, welchen die Nationalversammlung zu vollenden trachtet, zu vereiteln. Wir wollen von den vielen einlaufenden Gerüchten, welche sogar die Grenze unseres Vaterlandes schon überschritten haben, nur die Nachricht hervorheben, welche heute ein Berliner Blatt bringt, „um den betheiligten deutschen Regierungen zu Widerlegungen Anlaß zu geben, um sie gewissermaßen dazu zu nöthigen." Es heißt in der deutschen Reform: „Die Regierungen von Baiern, Hessen und Hannover sollen die feste Verabredung eingegangen sein, die Uebertragung der Reichsgewalt auf Preußen, wenn die Reichsversammlung sich dahin entschiede, nicht zu dulden." Es möchte doch schwerlich jetzt wie 1815 gelingen, die Forderungen des Volkes zu vertagen; sie finden ihren gesetzmäßigen Ausdruck in der Nationalversammlung, nicht nur in der, welche jetzt beisammen ist, in jeder künftigen, welche das Volk berechtigt ist zu wählen. Das Volk will die Einheit und die Einheit ist ohne Kraft nicht möglich; die Nationalversammlung ist in weiser Mäßigung bereit ihre Gewalt mit einem Staatenhause und einem Oberhaupte zu theilen, das durch die Anerkennung, welche es von Innen wie von Außen findet, mächtig dasteht. Wer das hindert, der drängt die Idee der Einheit und die Gewalt in der Nationalversammlung zusammen. Und sollte darin das gesammte Deutschland, sollten darin die deutschen Regierungen und die Fürsten ihren Vortheil finden? Man wird nicht heute wie 1815 vor jedem Opfer, das der großen Sache gebracht werden muß, zurückschrecken und wieder in die alten Gewohnheiten verfallen, man wird nicht bei den Schwachen und Halben seine Stütze suchen wollen. Hoffen wir, daß die Gerüchte sich nicht bestätigen!

Parl. Korr. **Frankfurt a. M.**, 13. Dez. Gestern in der Abendgesellschaft beim Reichsverweser wurde in einzelnen Gruppen die zuerst fertig gewordene „Vorarbeit zur Begutachtung der Oberhaupts-Frage" besprochen. Die Fraktionen der Centren haben nämlich, wie schon erwähnt, zu diesem Zwecke Kommissionen niedergesetzt, und die des „Augsburger Hofs" ist zuerst mit ihrer Vorlage hervorgetreten. Die Hauptpunkte sind folgende: „Die Würde des Reichsoberhauptes ist bleibend verbunden mit einer der deutschen Kronen. — Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Deutscher Kaiser. — Der Sitz der kaiserlichen Regierung ist zu Erfurt, welches mit seinem Burgfrieden von Preußen an das Reich abgetreten und von diesem unmittelbar regiert wird. — Der Reichsregierung steht ein Reichsrath berathend zur Seite. — Er besteht aus Bevollmächtigten der Regierungen derjenigen Einzelstaaten, welche mehr als 250,000 Einwohner haben. Das Präsidium wird von dem Bevollmächtigten des größten Staates geführt, mit Ausschluß desjenigen, dessen Oberhaupt zugleich deutscher Kaiser ist. Die Mitglieder des Reichsraths können sich nicht auf den Mangel an Instruktionen berufen, um die Vertagung einer Sache zu erzielen." — Das fraglich gewordene Verhältniß zu Oesterreich und das der österreichischen Vertreter hierselbst ist noch um keinen Schritt weiter gerückt zu der allerdings nothwendigen Klarheit. Eben so wenig die damit verbundene ministerielle Frage. In Betracht letzterer wünschen doch, wie es scheint, zu viele, daß Gagern erst nach erfolgter erster Lesung der Verfassung und dann mit der ganzen Wucht eines entscheidenden Schrittes eintrete. Die Verhandlungen hierüber dauern indessen lebhaft fort in den Fraktionen, und die österreichische Regierung dürfte sich darin täuschen, wenn sie glaubt, durch verzögernde Erklärungen Zeit und Terrain zu gewinnen. Sie verliert dadurch Beides, denn man muß dann ohne sie den Abschluß finden, da man hier offenbar in der Mehrheit gewillt ist, noch in diesem Jahre mit Abschluß der Verfassung fertig zu werden. Sie thäte in ihrem und Deutschlands Interesse besser, sofort Bevollmächtigte mit genau definirten Instruktionen herzusenden. Nur dann wird sie gestaltend einwirken.

‡ **Frankfurt**, 13. Dez. Unsere leise Anfrage, warum Herr Bunsen nicht im Stande sei, die ihm vom Reiche zugedachte Bevollmächtigung zu übernehmen, ist vorläufig dadurch beantwortet, daß Herr Bunsen endlich in den Stand gesetzt ist, die Friedensverhandlungen mit Dänemark von Reichswegen zu leiten. Und wer könnte besser zu diesem schwierigen Geschäfte geeignet sein? Ein nach London ebenfalls des Friedens wegen hier neulich durchreisender Diplomat meinte übrigens, man solle hinsichtlich des Friedens nicht zu viel Hoffnung machen; der Krieg sei wahrscheinlicher. Es ist die höchste Zeit, den am 26. März ablaufenden Waffenstillstand zu benützen. — Herr v. Andrian kehrt nach Frankfurt zurück.

Wien, 7. Dez. Die Petition gegen Aufhebung des Belagerungszustandes hat zum Theil ihren Grund in der Scheu vor dem Wiedereintritt in die Nationalgarde, welche mit der Aufhebung wieder in's Leben treten müßte. Graf Stadion wird in den nächsten Tagen ein Nationalgardegesetz den Kammern vorlegen. 20 fl. R.-M. direkte Steuer oder die gewöhnlichen Honoratioorenstellen berechtigen zum Eintritt in dieselbe. Mehrere Kompagnieen der alten Nationalgarde haben ihre Uniformen der Militärequipirung gewidmet! Ueberdies wurde von der Bürgerschaft eine Unterstützung von 12,000 fl. für die jetzt auf Kriegsfußlöhnung gestellte Armee gegeben. — Täglich werden hier Verhaftungen solcher Personen vorgenommen, die aufrührerische

Reden halten oder Waffen verborgen haben oder wider die Bedingungen des Belagerungszustandes sich vergehen; auch hat man wieder zwei Klubs von Demokraten aufgehoben. Gerüchte über Siege der Ungarn und Meutereien unter den Soldaten werden verbreitet. (N. C.)

Wien. Man erzählt sich hier, daß sämmtliche Prälaten und Aebte der Klöster zu einer Konferenz nach Ollmütz beschieden sind, wo ihnen der Finanzminister den Antrag stellen wird, den bedrängten Finanzen des Staates mit einer freiwilligen Anleihe von 80 Mill. Gulden zu Hilfe zu kommen. (Rh.u.M.-Z.)

△ **Wien,** 8. Dez. Die Armee bricht auf. Vor zwei Tagen ging das zweite Armeekorps unter General Hartlieb südwärts gegen Ungarn und auf der geraden Straße nach Preßburg. Heute brach Jellacic mit dem ersten auf, auf der linken Seite der Donau, so daß also Preßburg zugleich (wahrscheinlich Montag) von zwei Seiten angegriffen wird. Fürst Windisch-Grätz folgt mit der Reserve und wird Montag oder Dienstag Wien oder Schönbrunn verlassen. — Die Cholera soll in Pesth sehr stark ausgebrochen sein und in Preßburg beginnen. In wenigen Tagen wird sie somit wieder in Wien sein. Gott gebe, daß sie weniger verheerend als die beiden letzten Male werde! — Graf Stadion scheint in den Ministerien aufzuputzen zu wollen. Der Himmel gebe seinen Segen dazu. — Wessenberg ist hier und gedenkt mehrere Wochen hier zu bleiben, wozu er sich einen Urlaub von der Kammer erbat.

Wien. Der Oesterr. Lloyd vom 3. Dezbr. enthält einen Artikel über das Verhältniß zwischen Oesterreich und Ungarn, der den Gedanken der gegenwärtigen Machthaber wahrscheinlich ausdrückt, zugleich aber geradezu das Recht der Eroberung formulirt. Es heißt im Eingang: „Der Krieg zwischen zwei Staaten hebt alle zwischen ihnen bestehenden Verträge auf, und wenn der Frieden eintritt, müssen diese wiederum, Falls sie Geltung haben sollen, bestätigt werden. Sonst verlieren sie ihre Kraft. Wenn wir diesen Grundsatz auf das Land anwenden, welches von Magyaren bewohnt ist — Ungarn können wir es nicht nennen — so hat der Krieg, welcher dort gegen Oesterreich geführt wird, alle Verträge zwischen diesen Ländern, und weil es ein Bürgerkrieg ist, alle Verträge zwischen Volk und Krone — und ein solcher Vertrag ist die Konstitution — aufgehoben." Dies stimmt wenig zu der Versicherung in öffentlichen Erklärungen, daß nur eine kleine Fraktion den Widerstand in Ungarn aufrecht halte, zu der Bezeichnung Ungarns als „rebellische Provinz", als abtrünniges Glied des Kaiserstaats, als „im Aufruhr begriffenes" Nachbarland. Ist Ungarn ein Glied des Kaiserstaats, so ist der Krieg mit ihm kein Krieg zwischen zwei Staaten, und ist es ein selbstständiger Staat, so ist der Widerstand kein Aufruhr, die Eroberung nicht die Verfolgung eines Rechtes, und als Mittel des Widerstands auch die Allianz mit fremden Staaten, z. B. die verrätherisch genannte Hinneigung zu Italien gerechtfertigt. Auch von Bürgerkrieg kann nicht füglich die Rede sein, wenn es ein Krieg zwischen zwei Staaten ist; höchstens von einem Nationalitätskrieg, da so die kämpfenden Staaten nicht von gleicher Abstammung sind. Man sieht, die Rechtfertigung ist nicht besonders glücklich. Die pragmatische Sanktion, auf die man sich Deutschland gegenüber wie auf ein Palladium des Gesammtstaats beruft, wird Ungarn gegenüber einfach aufgehoben durch den Krieg, durch das Recht des Krieges. Das heißt sehr offen an die Gewalt provoziren. Wenn man also von Deutschland aus etwa Gewalt brauchte, so wäre die pragmatische Sanktion nicht weiter hinderlich. Oder wenn man von Oestereich aus etwa einmal gegen Deutschland Gewalt brauchen wollte, dann wären die Bundesverträge wohl auch nicht hinderlich? Uns dünkt, es wäre viel klüger gewesen, die Angelegenheit mit Ungarn als eine innere Angelegenheit, als eine Sache der inneren Umwandlung und Verfassungsänderung des Kaiserstaates zu fassen; dann hätte sie das Recht der selbstständigen Konstituirung und das Gebot der politischen Nothwendigkeit für sich gehabt, denn daß die Stellung der Magyaren nicht zu halten war, das sah jeder vernünftige Politiker ein. Freilich hätte man dann auch andern Staaten das Recht der Konstituirung in ihrem Innern einräumen, man hätte zugeben müssen, daß einer inneren Umwandlung alle Theile des Staatenkomplexes folgen müssen, wenn sie nicht Gewalt entgegensetzen oder im besten Falle ausscheiden wollen, können und dürfen. Indeß kommt es auf die Art der Rechtfertigung weniger an; das Wichtigste ist das Resultat, da es an der Kraft der Durchführung nicht fehlt. Dieses Resultat spricht der Lloyd mit den Worten aus: „Wenn die kaiserlichen Waffen in Magyarien — so mag das Land heißen — obsiegen, so ist dort der staatliche Boden zu einer tabula rasa geworden." Das heißt mit andern Worten: alle nichtmagyarischen Landestheile werden abgetrennt und selbstständig konstituirt; das zurückbleibende „Magyarien" wird den andern Provinzen gleichgestellt, auf neuer Basis constituirt und mit der Gesammtverfassung in Bezug gesetzt. Der Lloyd verspricht in Folge davon den Magyaren größere Rechte und Freiheiten, als sie unter der bisherigen aristokratischen Verfassung genossen, und zwar unbeschadet ihrer Nationalität. Sie sollen Rechte erhalten, aber neue Rechte; sie werden eine staatliche Zukunft haben, aber eine solche, die, weil sie es selbst so wollten, in gar keiner Beziehung zu ihrer Vergangenheit steht. Damit kann man nur übereinstimmen; die Ungarn haben sich selbst außerhalb des Bodens einer vernunftgemäßen politischen und nationalen Freiheit gestellt, und das Recht wie die Macht zur eigenen Rettung verwirkt. Das Heil soll ihnen nun von außen kommen, wenn auch aus rauhen Händen. Wenn die obigen Pläne ausgeführt werden, so wird dieß sicher eine heilsame Veränderung für Ungarn sein. Aber die Frage ist, ob sie auf solche Weise, nach solchen Vorgängen durchgeführt werden können. Erstlich hat man durch perfide Politik und falsches Spiel mit dem nationalen Gegner das menschliche wie das nationale Gefühl so tief empört und erbittert, daß eine wirksame Beruhigung kaum mehr zu denken ist. Zweitens findet man ein ungebildetes, für die Freiheit unvorbereitetes, durch Noth und Anarchie zerrüttetes Volk. Dann kommt hinzu die unvermeidliche Folge eines verwüstenden, zum Theil barbarisch geführten Krieges. Aus solchen Verhältnissen wird die Freiheit nicht emporblühen und eine tiefgreifende Reform kann nicht Wurzel schlagen. Mit tönenden Worten hat man der unglücklichen Lombardei, wo so manche der genannten Mißverhältnisse nicht stattfinden, freie Verfassung und nationale Entwicklung versprochen, aber nichts als Standrecht, Konfiskationen und Militärzwang geboten. Ueber die Mittel geht der große Zweck verloren; ein Zustand tritt ein, der sich selber Zweck wird und mit eigenen, schlimmen Mitteln halb bekämpft, halb aufrecht gehalten werden muß.

** **Kremsier,** 8. Dez. In den Abtheilungen nehmen die Berathungen über die Grundrechte einen raschen Fortgang, sie dürften sichern Mittheilungen zu Folge ungeschmälert angenommen werden, ungeachtet einige Stimmen sie als reine Theorie und Chimäre zu verwerfen beabsichtigten. Heute cirkulirt eine Einladung der Minister Stadion und Bach an die gutgesinnten Deputirten, d. h. an jene, die im Centrum und auf der rechten Seite sitzen, zu einer Besprechung oder Berathung. Die Einladung beginnt mit dem schmeichelhaften Complimente, daß man die ausgezeichneten Talente dieser Herren zu benützen wünsche. Der Gegenstand dieser Berathung ist unbekannt, wird aber wohl die Kreditfrage sein. Eine wondernde Truppe bietet hier dem Reichstage einen Kunstgenuß, der dem kunstgewöhnten Wiener nur höllische Qualen bereiten kann. Der Kaiser empfing gestern eine Deputation des Wiener Gemeinderathes, die ihm eine Ergebenheits- und Beglückwünschungsadresse überreichte. Er erwiderte dieselbe mit folgenden Worten: „Ich empfange mit Vergnügen den Ausdruck der Ergebenheit jener Behörde, welche beflissen ist, die Ruhe und den gesetzlichen Zustand in meiner Hauptstadt wieder herzustellen. Schwere Wunden sind dem unglücklichen Wien geschlagen worden, Handel und Gewerbe liegen daeniederr, und nur Vertrauen in die Wiederkehr einer dauernden Ordnung können den früheren Wohlstand wieder zurückführen. Ich folge einem Bedürfnisse meines Herzens und handle im Geiste meines Durchlauchtigsten Oheims, Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand, indem ich mich an dem Werke betheilige, welches die in meiner Hauptstadt herrschende Noth lindern soll. — Sie, meine Herren, beauftrage ich mit der Verwendung und Vertheilung meines Beitrages für die Hülfsbedürftigen Wiens." Dieselbe Deputation überreichte auch dem Ministerpräsidenten eine Vertrauensadresse. Man spricht hier sehr viel, daß die Bildung eines Gesammtministeriums im Werke sei, d. h. daß in demselben sämmtliche Nationalitäten der Gesammtmonarchie vertreten sein sollten. Mit der Ernennung des Baron Kulmer ist ein Schritt hierzu geschehen. Von Wien hört man, daß Welden eine noch strengere Censur übt, als vor den Märztagen, er entzog dem bekannten, in letzterer Zeit höchst servilen Saphir die Konzession zur Herausgabe des Humoristen, die ihm vom Feldmarschall ertheilt war, weil das Plakat, das an den Straßenecken zur Pränumeration einlud, nicht der Militärkommission vorgelegt worden war. Der Gouverneur be-

deutete dem Redakteur, er werde durchaus kein Scherzblatt dulden, so lange er etwas drein zu reden habe. Auch der Gesangverein ist mit dem Gesuche, wieder singen zu dürfen, von ihm abgewiesen worden. — Die siebenbürgische Hofkanzlei ist in Wien wieder in Wirksamkeit getreten, die Union mit Ungarn also faktisch aufgehoben. Das Ministerium beabsichtigt die Errichtung von Ackerbauschulen und Gründung mehrerer Armen-Kolonieen. Durch letztere würden alle öden Plätze, deren Oesterreich noch so viele hat, urbar gemacht und bebaut werden, wodurch der Proletarier zum Produzenten herangebildet und die Kultur des Landes gehoben wird. Es ist dies eine höchst praktische Idee, deren Ausführbarkeit wir von Herzen wünschen und durch deren Zustandekommen sich Herr Thienfeld, dessen praktische Kenntnisse im Ackerbau- und Bergwesen so gerühmt werden, ein bleibendes Verdienst gründen würde. In Wien allein wird vielleicht 1 Mill. Konv.-Münze zu Vertheilungen an Arme verwendet, von denen der größte Theil erwerbs- und arbeitsfähig ist; der Gewinn für das Land wäre unendlich, wenn hierdurch die drückende Armuth verschwinden könnte.

Ollmütz. Die Abdication des Kaisers ist sehr geheim gehalten worden, allein man weiß jetzt, daß dem Marschall Grafen Radetzky und allen kommandirenden Generalen der kaiserlichen Armee in den Provinzen schon acht Tage früher offizielle Ordres für diesen Fall zugeschickt wurden, mit dem Bedeuten, sie an einem bestimmten Tag zu eröffnen. (Oestr. C.)

Berlin, 11. Dez. Die Const. Correspondenz bemerkt im Widerspruch mit der gestrigen deutschen Reform: Dem Vernehmen nach sind die Unterhandlungen mit Hrn. v. Bonin wegen Uebernahme des Finanzministeriums vollständig gescheitert. — Die deutsche Reform wird von der heutigen Nationalzeitung unbarmherzig durchgehechelt wegen ihres Wankelmuthes. Sie sagt unter Anderm: „Bei der Frage nach der politischen Stellung der Deutschen Reform hören alle Vergleiche auf, wenigstens alle, die in unserer Macht stehen, und wir zweifeln sogar, ob es der Deutschen Reform selbst gelingen würde, in dem Füllhorn ihres Ueberflusses ein passendes Bild für ihre Haltung aufzutreiben — was können hier die Schwenkungen einer Windfahne, das Spiel der Wellen, die wechselnden Gestaltungen der Wolken, die Farben des Regenbogens, die Verwandlungen des Proteus, die Zauberkünste Bosco's besagen? — Die Deutsche Reform thut Wunderdinge, und nur annähernd können wir den Eindruck ihrer Irrfahrten mit den Worten Shakespeare's ausdrücken:

„Es übersteigt
So weit die Vorstellung, daß mein Erfinden
Von Wendungen und Sprüngen hinter dem
Zurückbleibt, was sie thut."

Sie wäre immer à la mode frisirt.

* **Baiern.** Die „Allg. Ztg." bringt ein Verzeichniß der bisher vollzogenen Landtagswahlen. Unter einer überwiegenden Zahl unbekannter Namen finden wir auch den des Staatsraths Abel, in Cham zum ersten Abgeordneten gewählt, des Ministers von Lerchenfeld, in Baireuth gewählt, des Ministers Grafen von Bray und des ehemaligen Bundestagsgesandten v. Oberkamp, in Erding gewählt, des Reichstags-Abgeordneten Dr. Müller von Damm, für Aschaffenburg gewählt, des Dr. Kolb von Speier, in Germersheim und Speier gewählt, des Grafen Hegnenberg, in Augsburg und in der Münchener Vorstadt Au gewählt. Für den Reichstagsabgeordneten Dr. Müller dürfte der zweite Ersatzmann, Bürgermeister v. Herrlein, nach Frankfurt einberufen werden, da der erste Ersatzmann, Appellationsgerichts-Direktor Papius für Würzburg gewählt ist. Es wird in der baierischen Kammer von Bürgermeistern, Handelsleuten, Gastwirthen, Bräuern u. s. w. wimmeln; an Kapazitäten und politisch durchgebildeten Männern ist gleich bei dem ersten Blick auf das Verzeichniß offenbarer Mangel; äußerste Rechte und äußerste Linke dürften schroff und ohne von einer gewichtigen, intelligenten Mittelspartei balancirt zu sein, einander gegenüberstehen; doch mag es interessant sein, zu sehen, welche Rolle die Ultramontanen, mit einem Talent wie Abel an der Spitze, und andererseits die eigentlichen Konstitutionellen, mit einem Vorkämpfer wie Lerchenfeld, in dieser, wie es scheint, sich wunderlich gestaltenden Kammer spielen werden. Die parlamentarische Verfahrungsweise der demokratischen Partei ist der Welt schon von Frankfurt, Wien und Berlin her zu bekannt, um in München noch etwas wesentlich Neues bieten zu können. Hr. v. Abel ist bereits in München eingetroffen und mit ihm die regsame ultramontane Partei zuerst auf dem Posten. — Der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" in München hat inzwischen an den Staatsminister v. Lerchenfeld eine Adresse erlassen, worin er, unter Anerkennung der Verdienste Lerchenfeld's, sein tiefes Bedauern darüber ausspricht, daß sein Name nicht in der Reihe der Abgeordneten von München zu finden ist.

Würzburg, 10. Dez. Die Würzb. Z. meldet, daß sich hier ein „Märzverein" als selbstständiger Verein gebildet habe, der sich zwar im Allgemeinen den Grundsätzen des Central-März-Vereins in Frankfurt anschließt, sich jedoch speziell für Baiern die auf demokratische Grundlage basirte konstitutionelle Monarchie, als die den jetzigen Zeitumständen und der jetzigen Bildung entsprechendste Staatsform und selbstständiges Handeln vorbehält.

Die in Würzburg versammelt gewesenen Bischöfe haben auch eine Ansprache an den Klerus und eine Denkschrift veröffentlicht. Letztere enthält die Forderungen der katholischen Kirche, welche, kurz zusammengestellt, also lauten: 1) Keine Trennung der Kirche vom Staat. 2) Die vollste Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche. Auch da, wo Konkordate bestehen, einzelne Bestimmungen derselben aber dem Klerus nicht zusagen, werden die Bischöfe den heil. Stuhl um Abwendung dieser Hemmnisse angehen. 3) Keine den Satzungen der Kirche widerstreitende communicatio in sacris. 4) Das freie Recht der Lehre und Erziehung. 5) Dabei die freie Wahl der zum Lehren und Erziehen bestimmten Personen, Korporationen, Lehrbücher ꝛc., freie Heranbildung und Reiferklärung der Sendboten ihres Erziehungswerkes, freie Ueberwachung, Korrektion oder Beseitigung derselben. 6) Erhaltung der den Katholiken gehörenden Schulen als solche, Erhaltung der für katholische Schulen bestimmten Fonds und Zurückgabe der ihnen etwa entzogenen. 7) Freie Auswahl aller Religionslehrbücher. 8) Leitung und Visitation des Religionsunterrichts an allen öffentlichen Lehranstalten, auch der theologischen Vorlesungen auf den Universitäten. 9) Das Recht, Seminarien zu errichten, ausschließlich zu leiten und das Vermögen derselben zu verwalten. 10) Prüfung aller zum geistlichen Stande bestimmten Personen. 11) Keine Mitbetheiligung des Staates an diesen Prüfungen. 12) Das Recht der Kirche und ihrer Institute, Vermögen zu erwerben und frei zu verwalten. 13) Freie Bestimmung ihres Kultus. 14) Keine Kontrole über den Verkehr der Bischöfe mit dem Papst. 15) Abschaffung jedes Placet.

Sigmaringen, 9. Dez. Ich glaube Ihnen aus zuverlässiger Quelle angeben zu können, daß das Hauptmotiv zum erwarteten Souveränitätsverzichte in der noch unerledigten Domänenfrage und in unseren finanziellen Zuständen überhaupt zu suchen ist. Die Parteien stehen sich noch immer schroff gegenüber: die Regierungspartei, mit welcher in dieser Beziehung merkwürdigerweise die entschiedensten Demokraten übereinstimmen, wünscht die Fortdauer der Selbstständigkeit; gegen eine Einverleibung mit irgend einem Nachbarstaate spricht sich die entschiedene Majorität des Volkes aus. — Statt der abziehenden baierischen Jäger bekommen wir eine würtembergische Garnison. (Schw. M.)

Konstanz, 9. Dez. An diesem Tage wurde, wie die Mannh. Abdz. berichtet, in öffentlicher Sitzung des Hofgerichts über die Nr. 152 der Seeblätter verhandelt. Nach dem Antrage des Staatsanwaltes wurden die Angeklagten L. Früh als damaliger Redakteur und Jos. Au von Allmendshofen als Verfasser des inkriminirten Artikels des Verbrechens der Herabwürdigung der großh. Staatsregierung für schuldig erklärt, deßhalb der Erstere zu einer bürgerlichen Gefängnißstrafe von vier Wochen und der Letztere zu einer solchen von vier Monaten verurtheilt, sowie die Unterdrückung und Vernichtung der inkriminirten Stelle des Artikels verordnet.

> **Rendsburg,** 8. Dez. Auch für unser Land sind die jüngsten preußischen Ereignisse in so fern von unerfreulichem Einfluß gewesen, als der in unserer Armee bisher herrschende musterhafte Geist in wenigen Abtheilungen derselben nicht unbedenkliche Störungen zu erleiden droht. Der Adresse einiger Unteroffiziere und Soldaten des 7. Infanterie-Bataillons an die preußischen Garde-Regimenter folgte ein in vielleicht etwas schroffen Ausdrücken abgefaßter Armeebefehl des Generals en chef v. Bonin. Dieser Befehl fand im Publikum viele Mißbilligung und von Seiten verschiedener Bürgervereine öffentlichen Widerspruch.

Die zum hiesigen Artillerie-Regiment gehörige Pontonier-Kompagnie vergaß sich aber so weit, ungeachtet des von ihrem General ausgegangenen Befehls, ihre Anhänglichkeit für die Ge-

Digitized by Google

stimmungen und Ansichten ihrer Kameraden vom 7. Bataillon öffentlich zu erklären. In Folge dessen ward von der gemeinsamen Regierung eine Kommission, bestehend aus 13 höheren Offizieren und dem Armee-Auditeur ernannt, die sich am 5. d. M. zur Einleitung der Untersuchung in Rendsburg einfand, und die Entwaffnung, so wie die Verhaftung der Pontonier-Compagnie veranlaßte. Bei den Einwohnern der Stadt erregten diese Maßregeln einige Bewegung: namentlich fand sich gegen Abend ein tobender Haufe vor dem Zeughause, wo die Pontoniere im Arrest saßen, ein, der ihre Freilassung verlangte und mehreren mißliebigen Offizieren die Fenster einwarf. Von Seiten der Regierung und des Generalkommandos ist diesen an sich nichts weniger als bedeutenden Vorfällen eine so große Wichtigkeit beigelegt worden, daß beträchtliche Anhäufungen von Truppen in unserer Festung und der Umgegend derselben stattgefunden haben. Was die Sache der einer standrechtlichen Behandlung verfallenen Pontoniere betrifft, so hat die Kommission ihre Sitzungen bereits geschlossen, ohne daß über das ergangene Urtheil etwas bestimmtes bekannt geworden wäre. Wie man vernimmt, ist dasselbe, als mit der Größe der Verschuldung in keinem Verhältnisse stehend, von der gemeinsamen Regierung kassirt und ein ordentliches Kriegsgericht zur Erledigung der Sache bestellt worden.

** Aus Schleswig-Holstein, 10. Dez. Außer Rendsburg ist auch in Glückstadt das Einschreiten des Militärs und das Verlesen der Aufruhrakte nöthig geworden. Am 8. d. Mittags wollte man einen Soldaten verhaften, das Volk opponirte sich und der Lärm stieg so arg, daß man sich veranlaßt sah, um 8 Uhr die Aufruhrakte zu verlesen. Das Militär schritt mit scharfen Waffen ein, doch sollen erhebliche Verwundungen nicht vorgekommen sein, und gegen Mitternacht war die gewohnte Ruhe wieder eingetreten; aber nur für kurze Dauer; denn das ganze Land ist in Aufregung wegen des von General von Bonin erlassenen Armeebefehls. General von Bonin hat auch seine Stellung verkannt, er hat Partei für den König gegen die Nationalversammlung ergriffen, statt sich über den streitenden Parteien zu halten. Er konnte aus Disciplinarrücksichten jede derartige öffentliche Kundgebung verbieten, er duefte aber nicht den Grund angeben, den er angegeben hat. Die dänischen Blätter haben sich diesen Streit schon zu Nutze gemacht und erklärt, das komme davon, wenn man den Soldaten dazu verleite, dem Könige den geleisteten Eid zu brechen. Fädrelandet sagt unter anderm: „Aber wie läßt es sich mit wahrer Kriegesehre vereinigen, daß der Mann, der jene Worte sprach, fortfahren kann, Truppen zu befehlen, die zum größten Theil den ihrem Könige geschworenen Eid der Treue gebrochen haben, doch wer kann daran zweifeln, er wird sie schon zu ihrer Pflicht zurückführen, oder ein entehrendes Kommando niederlegen." Unter dem zu ihrer Pflicht zurückführen, versteht der gute Fädrelandet nichts anderes, als zurückführen zu Dänemark.

Hamburg, 7. Dez. Unsere hier bestehenden sieben Postämter werden auf eins reduzirt werden, welches gewiß mit Freude begrüßt werden wird. Die Centralgewalt hat sich bereits genaue Berichte über das hiesige Postwesen, oder vielmehr Postunwesen erstatten lassen, und will ein Reichspostamt hier einrichten.

Bremen, 11. Dez. Wir erhalten durch das hiesige Konsulat der vereinigten Staaten ein Zirkular der Auswanderungs-Kommission des Staates Newyork, welches eine eindringliche Warnung gegen diejenigen Betrügereien enthält, denen die Auswanderer bei der Abschließung der Passage-Kontrakte für die Reise vom Landungshafen in's Innere ausgesetzt sind. Wir entnehmen diesem Zirkular Folgendes:

„Seit dem Anfange dieses Jahres sind fast 160,000 Auswanderer in Newyork angekommen, von denen mindestens 130,000 in's Innere gingen, welche für diese Landreise gewiß mehr als 500,000 Dollars verausgabten. Die Leute und Compagnieen, welche sich mit der Weiterbeförderung der gelandeten Auswanderer beschäftigen, halten Schaaren von Agenten (sogenannte „Runners"), welche zum Theil darauf ausgehen, nicht allein die neuangekommenen Fremden ihrer Compagnie zuzuführen, sondern auch durch allerlei Beschwatzungen und Vorspiegelungen sie geradezu um ihr Geld zu prellen. Große Summen werden jährlich auf solche Weise verloren. Neuerdings sind solche „Runners" selbst nach Europa gegangen, geben sich dort für Agenten irgend eines Beförderungsbureaus aus und suchen dem Auswanderer einzureden, daß es vortheilhaft für ihn sei, wenn er schon in Europa für die Weiterreise von Newyork in's Innere sorge. Sie stellen ihm vor, daß er, wenn er diesem Rathe nicht folge, sich allerlei Verzögerungen und Unkosten aussetze. Alle diese Behauptungen sind unwahr, und wer solchen Rath befolgt, kann sicher sein, daß er betrogen wird. In Newyork sind die Gelegenheiten in's Innere zu kommen täglich so zahlreich und in Folge der Konkurrenz so wohlfeil, daß der Auswanderer am besten thut, erst in Newyork selbst sich um seine Weiterreise zu bekümmern. Nur muß er nicht dem ersten Agenten folgen, der zu ihm kommt, sondern sich einige Mühr geben, das billigste und sicherste Bureau ausfindig zu machen. Wer in Europa schon die Passage in's Innere nimmt, muß immer mehr zahlen als der, welcher bis Newyork wartet; in einigen Fällen betrug der Unterschied drei Dollars pr. Kopf, und sehr häufig sind die in Europa verkauften Passagebillets gar völlig werthlos; sie tragen den Namen eines Bureaus, das gar nicht existirt oder sie sind von einem andern Agenten ausgestellt, der gar nicht dazu bevollmächtigt war. Die Newyorker Kommission spricht den Wunsch aus, die europäischen Regierungen möchten das Geschäft dieser Agenten ganz verbieten.

Der Auswanderer, welcher in Newyork ankommt, that am Besten, sich zuerst an die Commissioners of Emigration, oder an die Auswanderergesellschaft seiner Nation, oder an den Konsul seiner Heimath zu wenden. Aber auch da muß er sich vorsehen, daß man ihn nicht an den unrichtigen Ort führt. Viele Agenten sind gewissenlos genug, sich für die Bevollmächtigten, z. B. der deutschen Gesellschaft, auszugeben und unter diesem Namen ihre Opfer in irgend ein Gaunerbüreau zu führen. Der Auswanderer kann annehmen, daß er falsch geführt ist, wenn man ihm für ertheilten Rath Geld abverlangt. Die „Deutsche Gesellschaft" und die Commissioners ertheilen ihren Rath unentgeltlich; erstere hat ihr Geschäfts-Lokal Greenwich-Street Nr. 95; wie auch das Schild vor der Thür anzeigt. Schließlich ist noch zu empfehlen, daß der Auswanderer, wenn er zum Nachfragen nicht Zeit hat, nicht für die ganze Reise bis an seinen Bestimmungsort im Innern, sondern vorläufig nur bis zur ersten Station, etwa bis Albany oder Philadelphia, bezahlt. Von Albany fährt man nach Newyork für 50 Cents, nach Philadelphia für 2 Dollars 25 Cents." (B.-Z.)

Großbritannien.

London, 9. Dez. Einer nordamerikanischen Zeitung zufolge ist Don Francisco Castellan, Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Nicaragua, nach England abgereist, um gegen die Besitzergreifung von Gebietstheilen des Staates Nicaragua, welche sich England zu Gunsten des Königs der Moskitoküste erlaubt hat, Verwahrung einzulegen. Das ministerielle Blatt, der „Globe", kündigt das Schicksal dieser außerordentlichen Gesandtschaft in den wenigen Worten an: „Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß diese Einwendung irgend einen zufriedenstellenden Erfolg haben wird."

Der „Times" zufolge ist englischer Seits der gegenwärtigen sicilianischen Regierung bedeutet worden, daß sich Sicilien der Vermittelung fügen und mit so viel Unabhängigkeit begnügen müsse, als sich mit der fortgesetzten Union der Insel mit der neapolitanischen Krone vertrage. Sicilien solle eine besondere Verwaltung und ein besonderes Parlament haben, aber in Bezug auf ein besonderes sicilianisches Heer würde es wohl nachgeben müssen. Einen besonderen Staat zu bilden, sei Sicilien zu klein, gehöre es nicht zu Neapel, so werde es von selbst im Kühlwasser einer der andern großen Mächte segeln müssen. So hat sich Palmerston, besonders auf Brunnow's Antrieb, Sicilien gegenüber ausgesprochen.

Italien.

* Nach der Zeitung von Bologna hat sich Cardinal Orioli nur darum so schnell aus Rom entfernt, weil ihm der Prinz von Canino, angeblich im Namen der Deputirtenkammre, die höchste Exekutivgewalt aufdringen wollte. Der Prinz soll weiter geäußert haben, wenn sich kein Kardinal fände, so würde der Pater Ventura dazu ersehen werden. — Die florentinische „Alba" erklärt die von dem Conciliatore gegebenen Nachrichten über eine neue blutige Revolution, welche in Rom vorgefallen sein soll, für falsch. Eben so unwahr sei, was über die angebliche Erklärung Siciliens zu einer Republik und den Belagerungszustand Palermos verbreitet wurde.

* Aus befreundeter Hand erhielten wir zu freier Benutzung ein Schreiben eines österreichischen Offiziers, dat. Madena, 3. Dez., dem wir mit Vergnügen einige Angaben entnehmen. Unter den Oesterreichern ging das Gerücht, daß Pepe und Manin Venedig verlassen hätten, daß in dieser Stadt das gelbe Fieber oder sonst eine seuchenartige Krankheit ausgebrochen sei und daß man venetianischerseits ernstlich an Unterhandlungen denke. Der Verfasser sagt weiter: „Die Italiener sind sehr verschwendeerisch mit hübschen Phrasen zum Lobe der „bella Venezia", nicht so aber mit ihrem Gelde, wovon nur spärliche Summen hingesendet werden. Geschehe was wolle, für den Augenblick sind alle Anordnungen so beschaffen, daß wir das rechte Po-Ufer behaupten können, während wie noch vor wenigen Tagen mehr nur par courtoisie die Herzogthümer besetzt hielten, und diese beim Ausbruche der Feindseligkeiten sofort geräumt haben würden. Ungarn wird es wohl nicht auf's Aeußerste ankommen lassen; eine Beschießung von Pesth liegt außer aller Wahrscheinlichkeit; das ungarische

Digitized by Google

Proletariat wird mit 10 fl. Handgeld angeworben und nach Italien geschickt. Sind wir mit Ungarn fertig, so stehen weitere 100,000 Mann zu unserer Verfügung, und wenn die Italiener mit der Frühlingssonne hitziger werden und sich zu noch größeren politischen Thorheiten hinreißen lassen sollten, so halten wir einen Triumphzug nach Rom. Von Toskana und der Romagna umzingt, hat es ein besonderes Interesse, in den italienischen Zeitungen den Gang der Ereignisse zu verfolgen. Die Kriegslust der Italiener scheint schon bedeutend gesunken zu sein. In Bologna befürchtet man stets einen Einfall von unserer Seite, ja die Partei, welche etwas zu verlieren und nichts zu gewinnen hat (noch immer die größere), wäre sehr erfreut, uns einrücken zu sehen." Zum Schluß des Schreibens wird versichert, daß das Leben in Modena gemüthlicher sei, als in allen übrigen Städten Italiens; freilich blieben die meisten Familien, welche ungestört leben wollten, diesen Winter über auf der Campagna, treffe man sie hier, so werde man mit Höflichkeiten überhäuft; in den Städten dagegen seien sie aus leicht erkennbaren Gründen gegen den barbaro Tedesco zurückhaltend.

Belgien.

⊙ **Antwerpen**, 8. Dez. Eine traueige Nachricht haben wir zu melden, welche Sie selbst inmitten all der großen Weltbegebenheiten erschüttern wird. Unseren Freund, den originellen und begabten van Ruswyck, dessen heitere Muse schon seit längerer Zeit durch Krankheit verscheucht war, hat das Schicksal Lenau's getroffen. Er ist nach einer Irrenanstalt zu Lier gebracht worden. Wir sammeln Geld für seinen Unterhalt und den seiner Kinder.

Ungarn.

Pesth, 1. Dez. Unser sogenannter Landesvertheidigungs-Ausschuß hat das Möglichste gethan, um das Herauskommen aus dem Lande zu erschweren, und abgesehen davon, daß man, je näher es an die österreichische Grenze geht, immer weniger Fuhrwerk und endlich gar keine Pferde mehr bekammt, so wären diese auch schwerlich zu gebrauchen, indem die Straßen und Wege längs der Grenze von 30 zu 30 Schritten mit Gräben und Barrikaden unwegsam gemacht sind. Hier in Pesth rücken täglich neue Truppen, neue Nationalgarden ein. Die Donauufer sind durch Schanzen und Batterien befestigt, deren Oberbefehl der bekannte Bem, welcher General sämmtlicher Artillerie ist, übernommen hat. Bem ist ein alter Mann mit schon eisgrauen Haaren und trägt jetzt oberhalb des Auges ein schwarzes Pflaster, ein Zeichen der Wunde von dem letzten Anfalle auf ihn. Die Matadore der Wiener Oktober-Revolution befinden sich jetzt hier, sowie ein ziemlicher Theil der akademischen Legion, welche hier den Namen deutsche Legion führt. Sie tragen graue Uniform mit schwarzen Aufschlägen, Calabreser mit Todtenköpfen. Während alle Geschäftsthätigkeit darnieder liegt, ist das Leben in Pesth das sorglose und leichtsinnige wie früher, dazu kommt noch, daß viel baares Geld, vorzüglich neue Dukaten cirkuliren. (Bresl. Z.)

Rußland.

Von der Weichsel, 1. Dez. Die russische Regierung beabsichtigt, die jetzt schon hermetisch zu nennende Grenzsperre gegen Deutschland noch zu verstärken. Auf der Grenze gegen Preußen sollen in gewissen Zwischenräumen Wachthäuser gebaut werden, die für 12 Mann Raum bieten. Alle Waldungen, die dem beabsichtigten Zwecke Hindernisse entgegenstellen könnten, sollen gelichtet werden. Eine zweite Zollinie wird etwas entfernter von der Grenze errichtet und mit Veteranen der Armee besetzt werden. Die drückendste Maßregel ist aber unstreitig die, daß für alle von Preußen nach Polen gehenden Waaren nur vier Eingangspunkte ferner gestattet sein werden. (L. Z.)

Von der russischen Grenze, 2. Dez. Nachdem eine Zeitlang Nichts von Truppenbewegungen laut geworden, enthalten jetzt plötzlich wieder alle Zeitungen Kriegsgerüchte, dies geht wenigstens aus unsern Grenznachrichten hervor. Die Nachrichten sind jedoch meistens übertrieben und entstellt, und alle die Manöver, die von Rußland durch diese Truppenbewegungen gemacht werden, scheinen wiederum nur auf ein bloßes Bangemachen abzuzielen. Einzelne Truppencorps nähern sich allerdings der preußischen Grenze, doch sind diese nicht so bedeutend, als die verschiedenen Nachrichten sie angeben. So soll der Generalstab nach Georgenburg verlegt werden, wohin etwa 10,000 Mann Infanterie und Cavalerie kommen sollen. In den politischen Cirkeln Rußlands läßt sich vielfach das Echo des kaiserlichen Ingrimms gegen Deutschland vernehmen. Man erhebt Windischgrätz, Jellacic, Brandenburg in den Himmel und preist überschwenglich deren Verdienste. Hin und wieder erheben sich auch Stimmen, die es nicht für zu gewagt halten, hier von einer Wiedergeburt durch den Kaiser Nicolaus zu reden. Sie betrachten das neue Polen als einen Keil, den man in's Herz von Deutschland eintreiben und unter veränderten Umständen mit leichter Mühe zurückziehen könnte! (L. Z.)

Griechenland.

** **Athen**, 26. Nov. Zum Präsidenten der Kammer ist der Deputirte von Phthiotis, Chaziskos, gewählt, ein Freund Koletti's Palamides' und des Generals Gardikiotis. Durch diese Wahl ist die Einigkeit der Kammer mit dem Ministerium verbürgt. — Gierig jeder Nachricht aus Europa lauschend, haben die Griechen Prokesch's aufgefangene Correspondenz nicht überhört. „Auch dem blödesten Auge," sagen sie, „muß es jetzt klar werden, daß dieser Diplomat, der ausschließliche Rathgeber des Königs, unsere Geschicke im Interesse Oesterreichs lenkte und lenkt. Er ist es, der uns mit England verfeindet hat, weil er Lord Palmerston haßt, wie er Lord Aberdeen gehaßt hatte. Er läßt es nicht zu, daß uns Rußland aufrichtig wohlwollen könnte, von dessen Wohlwollen wir doch die acht hellenischen Länder und Inseln: Thessalien und Epirus, Kreta, Chios, Samos und Mitylene, Kleinasien erwarten dürfen. Weil er das Guizot'sche System aufrecht erhält, kann die französische Republik nicht mit uns sympathisiren. Seinem gepriesenen Gleichgewichtssystem zu Liebe demüthigt er uns vor der Türkei. Er hat seine Ansichten in München adoptiren machen. Der Erbärmlichkeit unserer Zustände, welche ihm zur Last fällt, müssen wir es zuschreiben, daß uns die deutsche Centralgewalt vergißt. Aber die Zeit wird kommen, wo Europa erkennt, daß wir unsere 15jährige politische „Misere" allein fremden Einflüssen zu verdanken haben." Dieselbe zum Theil eingefangene Räuberbande, welche neulich das Gepäck der Gesandten von Preußen und Bayern geraubt, etwas später bei hellem Tage die Lloyd'schen Magazine am Isthmus geplündert hat, hegte auch den Plan, Herrn v. Prokesch's Hotel zu besuchen. Die Lage desselben ist für einen Handstreich günstig, und als Anfang der Ausführung war ein Küchenknecht gewonnen, der die wachhabenden Gend'armen einschläfern und die Hunde entfernen wollte. An der Spitze stand der Gefährte des vor 10 Monaten getödteten Räuberhauptmannes Bimbissis, der viele Jahre sein Unwesen in Attika getrieben und für Koletti's Bravo gegolten hatte. Dem allmächtigen Rathgeber des Königs kann es an Neidern in der Regierungspartei selbst nicht fehlen. Herr v. Prokesch ist einer großen Gefahr entgangen.

Neueste.

* **Frankfurt**, 13. Dez. Wir haben diesen Abend weder unsere Pariser Korrespondenzen, noch die Pariser Blätter erhalten. Nur der Galignani Messenger ist uns zugekommen. Wir entnehmen demselben, daß der Andrang der Stimmenden zu der Präsidentenwahl größer war, als selbst am Anfange der Republik für die Wahl der Abgeordneten. Von eigentlichen Unruhen enthält er indeß nichts. In einem Auszuge, den dieses Abendblatt aus dem Constitutionel gibt, bemerken wir den Satz „Beunruhigende Gerüchte, welche nichts zu rechtfertigen scheint, waren in der Bevölkerung von Paris verbreitet. Wir theilen diese Besorgniß nicht. Die anarchische Partei weiß, daß sie, wenn sie aus Verzweiflung ein Attentat versuchen sollte, ganz Frankreich gegenüber ihre Ohnmacht bald fühlen würde." Die Brüsseler Independance vom 12. berichtet, daß die Volksmassen, welche am 10. an den Portes St. Martin und St. Denis zu Gunsten Ludwig Napoleon's allerlei Demonstrationen machten, sich um Mitternacht zerstreuten. In dem Studentenquartier (Quartier latin) sei die Bewegung ernstlicher gewesen. Eine Patrouille beweglicher Bürgerwehr sei unter dem Geschrei: nieder mit den Mobilen, nieder mit Cavaignac umzingelt worden, die Offiziere hätten Bajonette gegen die Massen brauchen lassen. Im Ganzen aber sei die Stadt sehr ruhig und telegraphische Depeschen aus den Departements verkündeten, daß auch dort die Ordnung nicht gestört worden sei. Dasselbe Blatt enthält eine Nachschrift von Montag um Mitternacht, die ohne besonderes Interesse ist, also nicht vermuthen läßt, daß bedeutende Unruhen vorgefallen seien.

Für die Redaction verantwortlich: H. Krufe.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 14. Dez. Zur österreichischen Frage.) Wien (Warnendes Pinkat. Demonstrationen und Mißtrauensvoten. Petition um Verlängerung des Belagerungszustandes. Officielle Berichtigung. Die Verhafteten.) Berlin (Die Verfassung. Die Zeitungen. Ausweisungen. Vermehrung der Schutzmänner. Die „Selbstständigkeit." Der Staatsanzeiger über die Ablösung der bäuerlichen Lasten.) Düsseldorf (Censur der Zeitung.) München (Bevorstehender Zusammentritt der Kammer.) Freiburg (Keine Maßregeln an der Schweizer Grenze.)

Frankreich. Paris (Große Ruhe in der Stadt. Die Aussichten. Tagesbegebenheiten.)

Pariser Börsenbericht (Vom 9. Dez.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 13. Dez.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 14. Dezember.

Tagesordnung der 135. öffentl. Sitzung.

1) Schlußvortrag des Berichterstatters und Abstimmung über §. 19 des Entwurfs „der Reichstag."
2) Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte.

Den Präsidentenstuhl nimmt Heinrich v. Gagern ein. Die fürstl. thurn- und taxis'sche Postverwaltung läßt ausdrücklich anzeigen, daß auch die Geldsendungen der Abgeordneten Portofreiheit genießen. Das Reichsjustizministerium legt die eingegangenen österreichischen Aktenstücke über die von dem Abgeordneten Joseph behauptete Ermordung von Wiener Studenten durch die unter des Feldmarschall-Lieut. Auersperg's Befehlen stehenden kaiserlichen Truppen vor. Es ergibt sich aus diesen Urkunden, daß die Thatsache von den österreichischen Behörden durchaus verneint wird, indem keine einzige desfallsige Anzeige zu ihrer Kenntniß gelangt ist. Zimmermann von Spandow kann sich aber, seiner Gewohnheit nach, auch mit dieser amtlichen Auskunft nicht beruhigen und verlangt Begutachtung des Gegenstandes durch einen Ausschuß. Julius Fröbel unterstützt den Antrag Zimmermann's, indem er aus seinen Wiener Erfahrungen die bekannte Erzählung von der gräßlichen Verstümmelung einer Studentenleiche wiederholt.

Neubauer aus Wien versichert dagegen, dieser Leichnam sei glaubwürdigen Angaben zufolge auf dem anatomischen Saale absichtlich verstümmelt und durch die Stadt getragen worden, um die Leidenschaften der Bevölkerung zu erregen. Die Angelegenheit wird durch Verweisung an den österreichischen Ausschuß beseitigt.

Die München-Aachener Feuerversicherungs-Gesellschaft überreicht der Reichskasse 7000 Gulden als Beitrag zur deutschen Kriegsflotte (Allgemeines Bravo). Auch von den Deutschen in Toskana ist eine Flottenbeisteuer eingegangen. Endlich verkündet der Vorsitzende, daß für den seit längerer Zeit abwesenden Schriftführer, Herrn Schuler aus Innsbruck, die Wahl eines Stellvertreters nothwendig werde.

Wernher von Nierstein fragt das Reichsministerium, ob es Vorkehrung treffen werde, daß den Dänen das in Deutschland aufgekaufte Holz zum Kriegsschiffbau vorenthalten werde.

Zur Tagesordnung übergehend wird das Wort dem Berichterstatter des Verfassungsausschusses, Hrn. Dahlmann, ertheilt. Nachdem der Redner die Einwendungen und Verbesserungsanträge zu den einzelnen Absätzen des §. 19 kritisirt hat, wendet er sich zu den vorgeschlagenen Einschiebungsparagraphen v. Trützschler's und der Minorität. Nach dem Trützschler'schen Antrage, sagt er, würde die Regierung die beste sein, welche am Fügsamstrn zu gehorchen verstände. „Zu Gunsten des entscheidenden Veto hat aber in der vorgestrigen Versammlung v. Vincke tief eingreifende Worte gesprochen, wie sie eines Mannes würdig sind, der die Fragen des Staatslebens nicht allein nach einer Theorie aufzustutzen, sondern sie wirklich nach ihrer wahren Lebenslage zu behandeln versteht. In Wahrheit, das entscheidende Veto ist das unzertrennlichste Merkmal jeder wahrhaftigen Regierung, und wenn Einer mir einwenden wollte, es sei denn doch dieses entscheidende Veto für die republikanische Regierungsform auf keine Weise geeignet, so würde ich blos aus dieser Einwendung die Behauptung entnehmen: wenn dem so sei, so sei gerade auch dadurch der Beweis geführt, daß die monarchische Regierung weit höher steht, als die republikanische Regierungsform. (Bewegung des Mißfallens links; rechts Bravo.) Dieser Meinung bin ich wirklich aus vollster Ueberzeugung, ich würde nicht anstehen, den Beweis davon zu führen, und ich glaube, er würde mir glücken, wenn hier der Ort dazu wäre.

„Die ganze Frage zwar, das will ich gern zugestehen, ist in der Regel mehr idealer als rein praktischer Art. Das Beispiel Englands ist bekannt; bekannt, daß seit den Zeiten der Königin Anna, also 1½ Jahrhunderten, das Veto nicht mehr ist angewendet worden, dennoch wage ich zu behaupten, es würde in England Manches naturgemäßer, menschlich richtiger und auch staatsgemäßer stehen, wenn nicht die praktische Anwendung des Veto dort fast unmöglich geworden wäre." Für diese Meinung führt Dahlmann geschichtliche Beispiele an. Dann fährt er fort: „Als es die Emanzipationsfrage der Katholiken galt und König Georg III. in seiner Gewissensbedrängniß kundgab, er werde seine Krone niederlegen, wenn diese Emanzipation durchgehe, war das nicht auch ein Veto? Es muß aber im Staate ein Recht der rettenden That geben. Eine solche rettende Gewalt, wie neuerdings der König Preußens ausgeübt, übt kein König aus, der nur das suspensive Veto hat. (Beifall.) Eine Krone niederlegen ist den Umständen nach oft nur eine kleine That. Die größere Aufgabe ist, eine Krone retten! (Langer Beifallszuruf.)

„Warum, meine Herren, scheuen so Viele von Ihnen, aller politischen Erfahrung zum Trotze, das entscheidende Veto? Darum, weil Ihnen die Drangsale des letzten Menschenalters vorschweben. Daran aber hat das entscheidende Veto gar keine Schuld. Die Drangsal des letzten Menschenalters wurzelt in der absolutistischen Regierung der beiden Hauptstaaten Deutschlands, in Oesterreich und in Preußen und in nichts Anderem. Hören wir aber doch auf, wie ungeschickte Fechter thun, immer an derselben Stelle zu pariren, wo wir den letzten Stoß erhalten haben. (Sehr gut!) Schließlich noch eins. Sie werden getäuscht, wenn man Ihnen sagt, dies sei eine Freiheitsfrage oder dies sei wohl gar eine Vongottesgnadenfrage. Keines von Beiden ist der Fall, sie ist wesentlich eine Machtfrage. Wenn Sie für Deutschlands junge Macht Geltung im Staatenkreise wollen, so treten Sie in die Spuren der klugen Belgier, welche gar wohl wußten, was sie thaten, wenn sie ihren König nicht tiefer stellten im Staatenkreise, als andere der geachtetsten Regierungen unseres Welttheils. Verlassen Sie, meine Herren, Ihren Ausschuß in dieser feinen, aber tiefgreifenden Frage nicht. Fassen Sie in Ihre eigene Brust, fragen Sie sich, sind Sie lediglich hiehergekommen, um die Freiheit von Deutschland zu gründen? Sie sind es nicht. Wohl ist Ihre Absicht die Freiheit von Deutschland zu gründen, aber nicht die Freiheit allein. Sie sind ebenfalls und mit eben dem Drange hieher gekommen, um die Macht des künftigen Deutschlands zu gründen, damit Deutschland, das bisher gering geachtete, kaum aufgeführt in der Reihe der Staaten, jetzt eine politische Größe werde. Wenn Sie aber das mit wirklicher Einsicht, mit besonnenem Urtheil wollen, so setzen Sie eine starke, setzen Sie eine im Auslande geachtete Regierung ein, folgen Sie den Wegen, die politische Erfahrungen geöffnet haben". (Von der Rechten und aus der Mitte lebhaftes Bravo.)

Die Fragstellung über §. 19 ist von so verwickelter Art, daß sie eine ganze Debatte verursacht, bevor es zur Abstimmung gelangt. Ueber das Prinzip des absoluten Veto wird durch Namensaufruf entschieden. Von 474 Abstimmenden bejahen nur 207 die Frage, daß die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags in den im Paragraphen aufgezählten Fällen erforderlich sei — von 267 wird sie verneint. Unter den Erklärungen zu Protokoll zur Motivirung der Abstimmung, deren Mißbrauch auch heute wieder in schwunghafter Uebung ist, befindet sich u. A. eine lange Herzensergießung Friedr. Ludwig Jahn's. Die äußerste Rechte: Vincke, Schwerin und Genossen legen sogar Verwahrung gegen die Verwerfung des unbedingten Veto ein.

Verworfen wird jedoch ebenso eine modificirte Fassung des Minderheitsausschußrachtens von Wigard, Zell, Mittermaier ꝛc. mit 274 gegen 196 Stimmen. Desgleichen wird verworfen mit 269 gegen 195 Stimmen der Antrag Heisterbergk's und Genossen, dahin gehend, daß ein von der Reichsregierung zurückgeschobener Beschluß, ohne weiteres die gesetzliche Gültigkeit erlange, wenn er in der nächsten Sitzungsperiode wiederholt gefaßt wird. Endlich wird auch abgelehnt ein von dem vorigen nur wenig abweichender Antrag v. Maltzahn's und Genossen mit 277 gegen 186 Stimmen.

Digitized by Google

Angenommen dagegen wird der folgende Antrag Fallati's, Koch's, Laube's und Genossen (mit 274 gegen 187 Stimmen):

„Ein Beschluß des Reichstags, welcher die Zustimmung des Reichsoberhaupts nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzung nicht wiederholt werden. Ist ein Beschluß vom Reichstage in drei ordentlichen Sitzungen nacheinander und nach abermaliger Erwägung unverändert gefaßt worden, so wird er zum Gesetze, auch wenn die Sanktion des Reichsoberhaupts nicht erfolgt, sobald der Reichstag sich schließt."

Dies Verfahren hat die Stunden der Sitzung bis beinahe zwei Uhr Nachmittags gekostet und jetzt erst kann die Abstimmung über §. 19 selbst beginnen. In welcher Gestalt er aus der letzteren hervorgeht, zeigen wir in der Nachschrift.

†* **Frankfurt**, 14. Dez. Folgendes ist der „dringliche Antrag" des Reichsministers des Inneren und Aeußeren, Herrn von Schmerling, den er am 15. der Nationaloersammlung oorzulegen und dessen Annahme das gesammte Reichsministerium zur Kabinetsfrage zu machen gedenkt: „In Erwägung, daß nach der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern und nach der vorliegenden Erklärung der deutsch-österreichischen Provinzen, der Eintritt derselben in den deutschen Bundesstaat auf den Grund der von der deutschen Nationalversammlung angenommenen Verfassungsbestimmungen nicht erwartet werden kann, in Erwägung, daß das österreichische Ministerium die Absicht feierlich ausgesprochen hat: es seien die Verfassungen Deutschlands und des österreichischen Kaiserstaates unabhängig oon einander zu begründen und erst nachdem beider Staatenkomplexe feste Gestalt begründet, die Bedingungen des Anschlusses zu oerabreden, in Erwägung jedoch, daß zwar die Verfassung des deutschen Bundesstaates nicht aufgehalten werden darf, daß aber eine gänzlich getrennte Feststellung beider Verfassungen ohne Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland, diesen Verband selbst und mit ihm die höchsten Interessen der ganzen Nation gefährden könnte, in Erwägung ferner, daß ein Anlaß zur Verständigung mit Oesterreich auch in der unabweisbaren Nothwendigkeit liegt, den Umfang jener Bundespflichten näher zu bestimmen, zu deren Erfüllung Oesterreich sich auch im gegenwärtigen Augenblicke bereit erklärt hat, in Erwägung, daß Berathungen mit der österreichischen Regierung in den erwähnten Beziehungen zweckmäßig nur durch die Centralgewalt gepflogen werden können, das Gesetz vom 28. Juni d. J. aber diesen Fall nicht vorgesehen hat, — beantragt das Reichsministerium bei der National-Versammlung die Ermächtigung für die provisorische Centralgewalt, mit der österreichischen Regierung die Verhandlungen zum Zweck vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen der möglichen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland einzuleiten."

Der vielen Worte kurzer Sinn ist: „Oesterreich hat zwar die Absicht, Deutschland sich selbstständig konstituiren zu lassen — aber es geht dies doch nicht gut an! — es leistet auch noch seine Bundespflichten und deshalb wünsche ich, der Minister des Inneren, freie Hand zu haben, um die Verhandlungen zum Zweck vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen der möglichen Verbindung einzuleiten". — Die Phrase von vorbereitender möglicher Möglichkeit sieht zwar sehr unverfänglich — aber eben so unbestimmt aus, und wir fürchten bei näherer Erklärung den wahren Inhalt, nämlich die ewigen Konnivenzen hervortreten zu sehen, die zu nichts führen können, als Deutschland in's Schlepptau zu nehmen. — Ein angesehener österreichischer Abgeordneter oersicherte nun zwar triumphirend, daß der obige Antrag bereits eine Majorität zähle, — er rechnete dabei auf die Linke — wir glauben aber daran zweifeln zu müssen, wenn auch der Umstand, daß sich das Ministerium zu einer schließlichen Mittheilung und Vorlage desselben in den Fraktionen der Rechten bequemt hat, dafür spräche. Wir glauben auch immer noch nicht an einen Eintritt H. v. Gagern's in ein Ministerium, in dem v. Schmerling ein Portefeuille behielte. Nicht daß wir des Letzteren Verdienste verkennten — aber er ist kein Minister, der noch auf eine stützende Majorität im Hause rechnen kann, und würde v. Gagern's Kredit untergraben, des Mannes, der allein noch den Vermittelungspunkt zwischen Nord- und Süddeutschland bildet, von wo aus ihm Vertrauen in gleichem Maaße gezollt wird.

†* **Frankfurt**, 14. Dez. Zum Beweise, wie entschieden Oesterreich sich von Deutschland im Materiellen zurückzieht, trotz dessen, daß es bei seiner Gestaltung so gern die Hände im Spiel hätte, möge dienen, daß auch der zum Zollkongresse österreichischer Seits hier anwesende Herr Gähringer abberufen worden ist.

Wien, 9. Dez. Im Laufe des gestrigen Tages erschien wieder ein Plakat, in welchem der Vorsitzende der militärischen Centralkommission neuerdings vor Reden warnt, die zum Aufruhr zu reizen geeignet sind, weil er sich sonst in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt sehen würde, gegen Kontravenienten das standrechtliche Verfahren eintreten zu lassen. Was eigentlich der Grund dieser rigorosen Maßregel ist, läßt sich schwer sagen; wie man hört, sollen in der letzten Zeit Attentate auf einzelne Soldaten vorgekommen sein, und es wäre allerdings möglich, daß der Druck, der gegenwärtig auf der Stadt lastet, einzelne Excesse hervorriefe, die dann ihrerseits wieder als Anhalt der Fortsetzung des Zustandes dienen müßten. Das einzige Feld für politische Demonstrationen ist jetzt eigentlich das Theater; gestern hatte ein Schauspieler des Leopoldstädter Theaters den Versuch gemacht, in ein musikalisches Quodlibet auch eine spottende Parodie die Liedes: Was ist des Deutschen Vaterland? einzuflechten; die anwesenden Offiziere nahmen applaudirend für, das übrige Publikum zischend gegen ihn Partei; indessen blieben die Zischer im Vortheil, und das will in dieser Zeit doch immer etwas sagen.

Vor einiger Zeit theilten unsere offiziellen Blätter die Mißtrauensvota mit, welche die hiesigen Wähler an die radicalen Deputirten Goldmark und Füster zu erlassen beabsichtigten; indessen hatten sie vergessen, hinzuzufügen, daß diese Mißtrauensvota, was für ihre Geschichte bedeutend ist, mit des Belagerungszustandes schützenden Privilegien erschienen waren; es war nämlich zunächst der sehr deutlich ausgesprochene Wunsch unserer militärischen Machthaber, der einige Gemeinderäthe, unter denen sich die HH. Bondi und Skaeel durch besondern Eifer auszeichneten, veranlaßte, sie abzufassen, den Wählern Mann für Mann zur Unterschrift in das Haus zu schicken und gleich von oorn herein durch die Zeitungen zu oeröffentlichen. Nun hat aber diese Namenscollecte schlechten Fortgang gehabt, wenigstens hat das Schreiben an Füster, wie man hört, kaum zwei oder drei Unterschriften gefunden, durch die er sich schwerlich zum Rücktritte bewegen lassen wird. Abgeord. v. Pillersdorf, der ausgetreten war, weil er sich einer ähnlichen Demonstration nicht aussetzen mochte, wird wahrscheinlich wieder gewählt werden; unsere Tagespresse, in der es dermalen nur Nuancen des Styls, nicht der Gesinnung gibt, ist naio genug, die Wähler vor einer solchen Inconsequenz zu warnen! (D. A. Z.)

* **Wien**, 9. Dez. Eine Petition um Verlängerung des Belagerungszustandes auf ein ganzes Jahr circulirt — wie man glaubt, auf Veranlassung des Gemeinderathes — von Haus zu Haus. Ungeheuchelten Anklang findet ein gemeinsames Vertrauensootum an das Ministerium zu moralischer Unterstützung. — Heute sind wieder ansehnliche Militärtransporte auf der Nordbahn abgegangen. Ob es wahr sei, daß unter der Hand Unterhandlungen gepflogen werden, muß dahin gestellt bleiben: gewiß ist es, daß die Börsen- und Kaufmannswelt an einen baldigen Ausgang der ungarischen Angelegenheiten glaubt und ihre Operationen darnach einrichtet. — Die heutige Wiener Zeitung enthält eine offizielle Berichtigung der im „Wiener Geschäftsbericht und Neuigkeitsboten" enthalten gewesenen Notiz über angebliche Abtretung des Oberkommando's der Armee von Seiten des Fürsten Windischgrätz an Feldmarschallieutenant Gruber; letzterem wurde vom Feldmarschall nur der nach alter Vorschrift bestehende Posten eines kommandirenden Generals für den administrativen Theil übertragen.

Wien. Die zwölf nunmehr vom Fürsten Windischgrätz freigelassenen Geiseln (Mitglieder der ehemaligen akademischen Legion aus allen Theilen des Kaiserstaates) lassen in öffentlichen Blättern folgenden Dank erscheinen: „Unterzeichnete halten es für ihre Pflicht, zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, daß sie während der ganzen Dauer ihrer Verhaftung als Geiseln für die Beoölkerung Wiens sich einer sehr humanen und loyalen Behandlung von Seite des k. k. Militärs erfreuten, und bringen hiermit demselben ihren wärmsten Dank dar. Wien, 8. Dezember 1848." Laut amtlicher Anzeige sind in Wien bis zum 3. Dez. 1541 Verhaftete von der Militäruntersuchungskommission freigelassen worden; wie viele sich noch in Haft befinden, wird nicht gesagt.

△ **Berlin**, 12. Dez. Was die Aufnahme der neuen Verfassung in den verschiedenen Provinzen des Landes betrifft, so läßt sich nunmehr übersehen, daß dieselbe überall äußerst günstig war.

die Düsseldorfer Ztg. hatte Recht, wenn sie Sieben Achtel des Volks als diejenige Majorität bezeichnete, welcher sowohl durch den Akt der Oktroyirung als durch den Inhalt der Verfassung ein Genüge gethan ist. Die Königsberger, die Breslauer, die Düsseldorfer und die Ostsee-Ztg. bringen ganz neue Programme. Sie wollen, mit Hintansetzung ihres früheren Standpunktes, allein auf dem Weg des Gegebenen fortschreiten, sie wollen die oktroyirte Verfassung anerkennen und zum Ausgangspunkt ihrer Erörterungen machen. Die Opposition spart, wie wie schon angedeutet haben, ihre ganze Wirksamkeit für die Wahlen auf. Glücklicherweise sucht die konservative, d. h. die eigentlich konstitutionelle Partei, das Gegengewicht zu halten; ein Wahlkomite derselben ist bereits gebildet. — Herr Harkort, eines der thätigsten Mitglieder der ehemaligen Rechten, hat sich unter seinen Freunden ungetheilte Anerkennung erworben. Dieselben haben ihm in engerem Kreise gestern zum Andenken einen silbernen Becher verehrt. Hr. Harkort wird in den nächsten Tagen in seine Heimath zurückreisen; die noch übrigen hiergebliebenen Abgeordneten werden das Gleiche thun. — Die Zeitungshalle, die seit einigen Tagen wieder erschien, ist heute abermals verboten worden. Das Institut der Constabler oder Schutzmänner erhält jetzt seinen Ausbau. Die Zahl wird nämlich von 1400 auf 2000 vermehrt, da sich herausgestellt hat, daß erst dann alle Anforderungen, die man an das Institut stellt, erfüllt werden können. Es ist bereits heute mit den neuen Anstellungen und Einkleidungen begonnen worden. — Die Ausweisungen dauern fort: wenn wir recht berichtet sind, so wären an 1400 Personen, die sich über die Mittel ihrer Existenz nicht auszuweisen vermochten, aus Berlin entfernt worden. — Unter den herumlungernden Soldaten verschiedener Regimenter sind einige Schlägereien vorgefallen. Die Einwirkungen der demokratischen Partei auf die Soldaten werden fortgesetzt, wenngleich ohne Erfolg.

Const. Korr. **Berlin**, 12. Dez. Der Artikel 67 des Verfassungsgesetzes: „Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat, u. s. w.", wird von unseren Demokraten am meisten ausgebeutet, um die dienende und Arbeiter-Klasse gegen das Gesetz, also überhaupt gegen eine glückliche Zukunft unseres Vaterlandes in Aufregung zu erhalten, indem man ihnen vorredet, daß durch diesen Passus Jeder, der zu einem andern als Gehülfe oder als Diener in einem abhängigen Verhältnisse stehe, von der Urwählerschaft ausgeschlossen sei. Auch das Wahlgesetz vom 8. April enthält diese Bestimmung und es ist damals nicht anders verstanden worden, als daß nur diejenigen, welche unter irgend einer Curatel standen, von der Uewählerschaft ausgeschlossen blieben. Wir sind überzeugt, daß man auch diesmal an keine andere Auslegung des Wortes „selbstständig" denken wird.

* Der Preußische Staatsanzeiger enthält folgenden Artikel:

„Berlin, 10. Dez. Nach dem königlichen Patente vom 5ten d. M. werden in kürzester Zeit mehrere Gesetze, welche die Befriedigung der durch ein dringendes Zeitbedürfniß hervorgerufenen Wünsche des Volkes bezwecken, mit Vorbehalt der Genehmigung der zunächst zusammentretenden Kammern zur Publikation gebracht werden, unter Anderem eine Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen, desgleichen eine Verordnung über Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des erimirten Gerichtsstandes, so wie über die anderweitige Organisation der Gerichte, deren bekannt gewordene Grundzüge von den Bewohnern der altländischen Provinzen überall mit Beifall begrüßt worden sind.

Der provisorische Erlaß dieser und anderer nicht zu verzögernden Verordnungen gründet sich auf Artikel 105 der Verfassungs-Urkunde:

wonach, wenn die Kammern nicht versammelt sind, in dringenden Fällen unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden können, jedoch den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen sind.

Wenn sich unter ihnen das Gesetz, betreffend die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben der ländlichen Grundbesitzer, nicht befindet, letzteres nichtsdestoweniger nach dem weiteren Inhalte des Königlichen Patents den zunächst zusammentretenden Kammern vorgelegt werden soll, so beruht dies auf den hinsichtlich jenes Gesetzes obwaltenden besonderen Verhältnissen. Dasselbe ist in der jetzt aufgelösten National-Versammlung bereits zur Berhandlung gelangt, leider jedoch nur zum Theil wirklich berathen worden, und selbst diese Berathung und Beschließung ist um deswillen nicht als eine vollgültige anzusehen, weil die reglementsmäßige Schlußabstimmung über das ganze Gesetz ausblieb. Die Ursachen hiervon sind bekannt genug. Es braucht nur an die unaufhörlichen Interpellationen über Dinge erinnert zu werden, welche dem wahren Berufe der Versammlung gänzlich fern lagen.

Das Gesetz hat aber auch Eigenthumsrechte zum Gegenstande, über welche schon nach der älteren Gesetzgebung nur unter dem Beirathe der ständischen Vertretung gesetzliche Bestimmungen getroffen werden konnten, weshalb sein provisorischer Erlaß ohne Zweifel auf gewichtige Bedenken bei der Anwendung gestoßen sein würde.

Nach dem Inhalte des Allerhöchsten Patents liegt die Hebung des Wohlstandes der ländlichen Bevölkerung der Staatsregierung ganz besonders am Herzen. Mit Zuversicht ist zu erwarten, daß jenes wichtige Gesetz, dazu bestimmt, den Grund und Boden von drückenden Lasten zu entfesseln und die Verhältnisse der kleineren wie der großen Grundbesitzer auf dem Fundamente völliger Freiheit des Eigenthums und der Verfügung darüber dauernd festzustellen, von den zunächst zusammentretenden Kammern in kurzer Frist genehmigt werden wird. Ein großer Schritt zur Erreichung jenes Zweckes wird alsbald durch die Verordnungen über die interimistische Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien und über die Aufhebung des bäuerlichen Erbfolgegesetzes in der Provinz Westphalen gethan, deren Publikation nächstens bevorsteht. — Es kommt noch hinzu, daß durch die Verfassungsurkunde die unentgeltliche Aufhebung aller Lasten, welche aus der Grund- und Gerichtsherrlichkeit, überhaupt aus den niederen Regalien und aus der Erbunterthänigkeit fließen (vergl. Art. 40) bereits ausgesprochen, und daß endlich durch das Gesetz vom 9. Okt. d. J. die Suspension der über dergleichen Lasten schwebenden Prozesse und Regulirungsverhandlungen verordnet worden ist.

Böser Wille und verderbliche Agitationslust werden zwar auch noch fernerhin das Volk damit täuschen wollen, daß die Regierung auf Rückschritte sinne. Das Volk aber wird diesen Verführern keinen Glauben schenken."

Düsseldorf, 11. Dez. Die hiesige Zeitung enthält Nachstehendes:

„Unterm heutigen Tage ist uns folgende Verfügung zugegangen: „„Da die hiesige Zeitung, wie das hiesige Kreisblatt, sich unwürdiger Besprechungen von Maßregeln der k. Behörden schuldig gemacht, so sind sie hiermit unter Censur des Militär-Commando's gestellt und die k. Polizei-Inspektion hierselbst von mir mit der Censur beauftragt worden. — Der k. Ober-Prokuratur ist heute die Aufforderung zugegangen, die gerichtliche Untersuchung über alle seit der Erklärung des Belagerungs-Zustandes bis zum heutigen Tage in diesen Blättern den Behörden zugefügten Beleidigungen sofort einzuleiten. Düsseldorf, 10. Dez. 1848. Der General-Lieutenant und Division-Commandeur, v. Drigalski."" Wir sehen der oben angedrohten Untersuchung ruhig entgegen und bemerken nur noch, daß diese Verfügung nur für die Dauer des Belagerungs-Zustandes Kraft hat.

Düsseldorf, 10. Dez. 1848.

Die Redaktion der Düsseldorfer Ztg."

München, 10. Dez. Im Ständehause sind nunmehr alle Lokalitäten zur Aufnahme der Kammern in gehörigen Stand gesetzt. Das Einberufungs-Dekret wird dem Vernehmen nach bis zum 18. oder 20. d. erscheinen und die Kammern am 29. d. zusammentreten. (N. Z.)

Freiburg, 12. Dez. Die Allg. Z. berichtet in einem Artikel aus Donaueschingen vom 4. Dez., nach einem Erlaß des großh. badischen Ministeriums (schon vom 22. Nov.) sei von nun an streng darauf zu halten, daß Niemand ohne Paß von der Schweiz aus das badische Gebiet betrete. Sämmtliche Posten und Patrouillen der Reichstruppen seien angewiesen, nicht mit Legitimation versehene Reisende, welche von der Schweiz kommen, zurückzuweisen, diejenigen aber, welche ordnungsmäßig im Besitz der nöthigen Papiere sind, der nächsten Behörde zu überweisen, um dort über ihren Reisezweck befragt und mit einer Reiseroute versehen zu werden. — Diese Nachricht muß auf einem Irrthum beruhen. Reisende, welche aus der Schweiz und von der Grenze derselben kommen, versichern, noch gestern seien auf der Strecke von Waldshut bis Basel keine derartigen Maßregeln getroffen gewesen, und heute noch wurde keinem der Reisenden, die von Basel nach der badischen Eisenbahn fuhren, ein Paß abverlangt. Es wäre auch höchst auffallend, wenn solche Anordnungen in einem Augenblicke stattfänden, wo durch das kräftige und freundnachbarliche Benehmen des neuen schweizerischen Bundesrathes die von der Reichsgewalt erhobenen Beschwerden theils schon gehoben sind, theils im Begriffe stehen beseitigt zu werden. Die Nachrichten, welche wir hier über diese Angelegenheit erhalten, lassen an einer schleunigen Beilegung des Zwistes kaum mehr zweifeln. (N. Fr. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 11. Dez. Unsere Stadt ist sehr belebt, aber vollkommen ruhig. Unsere Straßen und Boulevards sind mit Abstimmungszetteln für die verschiedenen Kandidaten wie besäet, wobei sich die Partrien auch wohl gegenseitig zu hintergehen suchen und Bestimmungen hinzufügen, wodurch sie ungültig werden. Exzesse von einiger Bedeutung fanden bis jetzt durchaus nicht statt. Die Regierung hat die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen, aber dafür gesorgt, daß sie nicht zu sehr in die Augen fallen. Heute Abend, präcis 9 Uhr, werden sämmtliche Wahlzenen geschlossen, über deren wahrscheinliches Resultat die verschiedenen Berichterstatter, je nach ihren Ansichten und Wün-

Uebersicht.

Die österreichische Frage und das Reichsportefeuille des Innern.

Deutschland. Frankfurt (Reichssteuern. Der volkswirthschaftliche Ausschuß. Nothwendigkeit eines Handelsrathes.) Vom Rhein (Die letzte Debatte der National-Versammlung über Oesterreich.) Vom Neckar (Die Volksstimmung und die Errungenschaften der Neuzeit.)

Großbritannien. London (Die deutsche Literatur in England.)

Frankreich. Paris (Die Journale und die Errungenschaften der Neuzeit.)

Belgien. Brüssel (Verhandlungen der Kammer über die Gesandtschaften.)

Die österr. Frage und das Reichsportefeuille des Innern.

Nachdem die deutsche Einheitstheorie mit dem Wechsel der Jahreszeiten auf den verschiedenartigsten Stationen sich befunden, ist sie endlich glücklich an das Kapitel der politischen Kabale gelangt; jeder Patriot muß den Wunsch hegen, daß ein Ereigniß ihr darüber hinwegdelfe. Wohin man sich jetzt in Frankfurt wenden mag, überall trifft man in kleineren oder größeren Kreisen auf eine Art Intrigue. Die Diplomaten einer gewissen Schule scheinen zu der Ansicht gekommen zu sein, daß der große Anlauf dieses Jahres nur zu einem kleinen Sprunge geführt — und daß die Zeit gekommen ist, umgekehrt, mit kleinen Mitteln Großes zu erreichen. — Als das österreichische Ministerprogramm den Wendepunkt bezeichnete, zu welchem die deutschen Einheitsbestrebungen gelangen mußten, hielt man im Reichsministerium des Inneren zunächst noch hübsch still. Es schien, als wolle man zwar bei Oesterreichs Gestaltung den deutschen Einfluß paralysiren lassen, nicht aber die fürsorgliche österreichische Hand aus den deutschen Dingen ziehen. Man suchte in dieser Absicht nach einem Anhaltpunkt, man hielt die Sachen noch nicht für liquid, man bemühte sich, mit der weiterwährenden Bundesleistung Oesterreichs die Hand im Topfe zu behalten. Zwar die Depeschen aus Oesterreich mußten klar und deutlich lauten, dies erkennen wir aus der Erklärung des österreichischen Ministeriums am 7. Dez. auf dem Reichstage zu Kremsier, wo es ausdrücklich in Bezug auf die deutschen Reichsgesetze heißt: „Sie sind nicht maßgebend für die österreichische Regierung, die nicht überhaupt das neu zu gestaltende staatliche Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland in beiderseitigem Einverständniß bleibend geordnet ist. In diesem Sinne sind Weisungen an den österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt zur weiteren Mittheilung ergangen." — Man sagte sich also faktisch los von Deutschland, man schied aus bis zu einer bestimmten künftigen Zeit, bis das staatsrechtliche Verhältniß beider Körper geordnet sein würde, — indessen der Reichsminister des Innern hielt immer noch aus in seiner Stellung. Er mochte wohl die Inconvenienz derselben fühlen, zumal auch der Unterstaatssecretär dieses Ministeriums ein Oesterreicher ist, allein er ließ es zunächst bei allgemeinen Erklärungen und Bemerkungen bewenden. — Deutliche Winke von anderer Seite her veranlaßten Besprechungen in den Fraktionen, man hielt endlich am 10. Dez. auch ein Ministerconseil und beschloß: Das Portefeuille — des Aeußeren Heinrich v. Gagern anzutragen, und ihm in Anbetracht seiner Auffassung der österreichischen Frage die österreichischen Angelegenheiten noch zuzuwenden, den Herrn v. Schmerling und v. Würth das Innere nach wie vor zu überlassen. Zugleich sollten dem österreichischen Kabinet wiederholte Vorschläge gemacht, ihm die Möglichkeiten künftiger Combinationen der Staatsverhältnisse vorgehalten und ihm gleichsam zur hochgeneigten Wahl überlassen werden. — So lauteten wenigstens die Eröffnungen, die man in einigen Klubs erhielt. — Man sieht, daß man Vertrauen zum deutschen Michel hatte, der sonst nach mehreren Fußtritten erst in die rechte de- und wehmüthige Stimmung zu kommen pflegt.

In diesem Augenblicke zeigte sich plötzlich eine compakte österreichische Phalanx in verschiedenen Fractionen. In den Centren dachte man wohl auch bei der äußersten Linken sich Stützpunkte zu suchen, im Fall man sonst unfruchtbaren Boden fände, es kam auch wirklich zum Liebäugeln und zu einer Art Compromiß mit der Linken, an dessen Ernst man bei dem naiven Programme, welches einem Scherze sehr ähnlich sieht, natürlich nicht glauben kann. Indessen gährt es in den Fractionen und Spaltungen brechen aus. Die einige deutsche Nationalversammlung scheint plötzlich nicht mehr in politische Gruppen, sondern nach den Stämmen sich sondern zu wollen. Die Oesterreich und die Preußen tönt der Ruf, der erste schallt stärker und determinirter, weil die Partei, die ihn erhebt, auch von religiösen Antipathieen getragen wird. Die andere Partei scheut den Ruf nicht, wohl aber die Mittel, welche angewendet zu werden scheinen, um die Sachen zu trüben. Zwischen beiden erhebt sich die Fraction derjenigen Separatisten, welche bei dem Schwanken der Schale zwischen der nordischen und südlichen Macht ihren Partikularismus nicht ohne Geschick im Preise steigen lassen werden. Gälte dies von den Abgeordneten nicht, so gilt es um so mehr von den Regierungen der einzelnen Staaten, die Gelegenheit haben werden, die Saiten ihrer Vereinbarungstheorieen höher zu spannen. — Bei solchen Betrachtungen muß ein Gefühl der Trauer sich des Vaterlandsfreundes bemächtigen!

Man sagt uns, daß, wenn die ministeriellen Ideen in den Fractionen zu einer Majorität kommen, die österreichische Frage nebst §. 2 und 3 vom Reiche rasch vor die Nationalversammlung gebracht werden und nach günstiger Entscheidung H. v. Gagern's Eintritt in's Kabinet unter den obigen Andeutungen erfolgen wird. Im entgegengesetzten Falle werde das Ministerium nichts thun, und Alles bliebe dann zunächst unerschüttert beim Alten. — Namentlich dürfe Herr v. Schmerling nicht weichen, um nicht gleichsam „der Linken zum Opfer zu fallen!" — Wir glauben nicht, daß das vom Ministerium vorgeschlagene Verfahren in der österreichischen Frage die Billigung der Majorität der Nationalversammlung erhalten wird. Sie wird eine würdigere Haltung beobachten, ohne deshalb zurückstoßend gegen einen Bruderstamm aufzutreten. Die österreichische Frage ist für den Augenblick durch die österreichische Regierung entschieden und die Regulirung des endlichen Verhältnisses, welches ein innigeres, denn eine gewöhnliche völkerrechtliche Allianz sein könnte, bleibt bis nach Constituirung des deutschen Bundesstaates vorbehalten. In Frankfurt liegt im Augenblicke nichts vor, als die Frage über einen einfachen Portefeuillewechsel im Reichsministerium. Sie wird, so glauben wir, auch nicht im Sinne der oben angeführten Ansicht des Reichsministeriums entschieden werden und hoffentlich dennoch nicht zu einem Rücktritt des Gesammtministeriums führen, von dem schon so viel gesprochen und der eben so sehr gefürchtet wird.

Unsere Gründe sind einfach. H. v. Gagern, der mit der Nationalversammlung ein gutes Theil der Geschicke Deutschlands lenkte, kann, wenn er im Reichsministerium das Steuer ergreift, unmöglich mit dazu verwandt werden, die Unpopularität eines Kollegen auf sich zu nehmen und ihn in der gegenwärtigen Krisis gegen den Willen einer Majorität zu stützen. Denn Wer könnte es sich verhehlen, daß seit Wochen die Linke nicht allein mehr ihre Angriffe gegen Heren von Schmerling richtete und ihm Niederlagen bereitete? Man brauchte kein Prophet zu sein, um nach der Frage über die österreichischen Wahlen vorauszusehen, was eingetroffen ist, daß die Fractionen der Centren den Ansichten der Linken Raum geben würden. Nun ist es geschehen, es hat eine Gruppe des rechten Centrums ausdrücklich sich für die Nothwendigkeit seines Rücktritts und zwar fast einstimmig erklärt. Der Reichsminister des Innern und Aeußeren hat eine Majorität gegen sich und es steht zu erwarten, daß er von selbst scheidet und seine beiden Portefeuilles mit Ehren in die Hand des Mannes niederlegt, dem der Norden und Süden des großen Vaterlandes gleich bereitwillig seine Geschicke anvertrauen will, um das deutsche Staatsschiff endlich in den sicheren Hafen zu lenken. Der Augenblick ist gekommen, wo eine kraftvolle und kühne Politik die letzte, Manchen vielleicht schmerzliche Operation vornehmen soll, welche zu heilvoller Einheit führt. Wo wäre der Mann, der dies mit mehr Hingebung, mit echterem vaterländischen Sinne zu thun vermöchte, als Heinrich v. Gagern! Der Augenblick ist da, und zeigt uns nicht Alles, so finden sich Männer in Mitten der deutschen Nationalversammlung, welche dem Reichsministerium kräftig und selbstständig entgegentreten werden, wenn es zaudernd bei seinen halben Maßregeln stehen bleibt und keine andere Politik ergreift.

Für diesen Fall wäre immer mit theilnehmender Rücksicht für Oesterreichs Bruderstamm ein Antrag in der Nationalversammlung zu stellen, daß die Centralgewalt die österreichische Regierung nochmals auffordere: dem Programm des österreichischen

Ministeriums peremtorisch zu widersprechen, weil es als formelle Austrittserklärung angesehen werden müsse. Im Falle aber bis zur zweiten Lesung der deutschen Verfassung dies nicht erfolgt, hat Oesterreich sich von jedem Antheil an der Reichsgesetzgebung und Reichsregierung zu enthalten und die Verhältnisse regelt unter dieser Voraussetzung eine besondere Akte. — H. v. Gagern's Name aber ist dem deutschen Volke Bürge, daß diese Akte der brüderlichen Gesinnung entsprechen werde, die unter Deutschlands Stämmen herrschen muß zum Heile unsers großen Vaterlandes.

Deutschland.

** **Frankfurt**, im Dez. „Die Reichsgewalt, heißt es nach der ersten Lesung der aerschmolzenen §§. 48 und 49, hat das Recht, insoweit die sanftigen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, so wie Matricularbeiträge aufzunehmen."

Es mag dahin gestellt bleiben, was mit diesem indirekten Modus eigentlich gemeint sei, obwahl nach der Motivirung im Bericht des Ausschusses klar genug gesagt wird, daß dadurch die Reichsgewalt ermächtigt werden soll, beliebige Steuern selbst aufzulegen und zu erheben. Hiernach wären denn, außer den Gemeinde- und Landessteuern und deren Erhebungs-Beamten, auch noch Reichs- (Kopf-, Staud-, Vermögens- oder Verbrauchs-) Steuern und besondere Reichs-Steuer-Beamten für das liebe deutsche Volk in Aussicht gestellt, als eine angenehme Erinnerung an „Römer-Zins, Türkensteuer" u. s. w. des begrabenen heiligen Römischen Reiches. Wer wüßte denn nicht von der Landesplage jener verwefften Steuern und von den Verwirrungen, die daraus entstanden sind und entstehen müssen, wenn verschiedene Steuerberechtigte mit beliebigen Auflagen sich und das Volk kreuzen. Kann irgend eine, von der Reichsgewalt beliebte Steuer-Form, die Last gleichförmig und gerecht über alle Deutsche vertheilen, wenn in den einzelnen Staaten ganz verschiedenartige Besteuerungs-Formen in Geltung sind? — — Wenn auch der Fall denkbar ist, daß die Reichsgewalt durch die Anweisung auf die Zölle und gemeinschaftlichen Steuern, s. §§. 35—37., nicht für alle Reichsausgaben völlig gedeckt wäre, so ist doch wahrlich das Recht Matricularbeiträge einzufordern, unter allen Umständen der weit richtigere und einfachere Weg der Heranziehung gegen Auflegung beliebiger Reichssteuern mit eigener Erhebung. Gewiß verdient dieser Gegenstand vor oder bei der zweiten Lesung der Reichsverfassung eine ernstliche Prüfung. Hiermit schließen die Bemerkungen, welche der Verfasser der pflichtmäßiger Beachtung der für Schifffahrt und Handel wichtigsten Verhandlungen in der Nationalversammlung zu machen Gelegenheit fand; Herr C. Eisenstuck hat sie, mit gewohnter Vehemenz, unwahr genannt. Ersteres bezieht derselbe insbesondere auf die Klage, daß der Verfassungs- und der volkswirthschaftliche Ausschuß über die einfachsten Grundsätze für die Zoll- und Handelseinheit Deutschlands sich nicht haben einigen können oder wollen. Er bestätigt aber ausdrücklich, daß sie sich nicht geeinigt, ja nicht einmal darüber berathen haben; wer daran schuld gewesen, hat der Berichterstatter nicht zu untersuchen. Noch Jemand — wolle sich dieses ebenfalls und daneben gesagt sein lassen, daß das verlachte Bankerottgesetz allerdings neben Wechselrecht und Wechselordnung in §. 59 der Verfassung seine paßliche Stelle und dort wahrscheinlich auch Annahme gefunden haben würde, wenn es nicht, milde gesagt „aus Versehen" vom volkswirthschaftlichen Ausschusse nach §. 38 gesetzt worden wäre. Dieser Wink wird nicht allein den Irrthum des Kritikers berichtigen, sondern auch für die zweite Lesung des §. 59 benutzt werden können.

Schließlich sei noch dem Herrn E. versichert, daß weder ein Mitglied des Verfassungs-Ausschusses, noch ein französischer, noch ein englischer Emissär, sondern ein „schlichter Gewerbsmann" diese Anmerkungen niedergeschrieben hat, *) die wahl nur deshalb den Herrn E. so schmerzhaft berühren, weil sie aus den Abstimmungen der National-Versammlung die unbestreitbare Wahrheit darthun, daß der volkswirthschaftliche Ausschuß in den wichtigsten Angelegenheiten der Volkswirthschaft ein entschiedenes Mißtrauens-Votum entgegenzunehmen gehabt hat und wenn Herr E. dagegen, im Geschmack seiner Partei, an die „Majorität außer der Paulskirche" appellirt, so kann es ihm damit — und sehr wahrscheinlich — eben so gehen, wie es der Appellation an die Steuerverweigerung schon ergangen ist.

Der Wunsch: daß die National-Versammlung sich für Angelegenheiten der Landwirthschaft und der Gewerbe, des Handels und der Schifffahrt eine andere Berathungsbehörde als den jetzigen volkswirthschaftlichen Ausschuß beschaffen möge, muß sich immermehr im Vaterlande verbreiten und dieser Wunsch beruht auf sachlichen, nicht persönlichen Verhältnissen.

*) Wird bezeugt. Die Redaction.

* Vom Rhein im Dez. Ich habe die stenographischen Berichte über die Berathung der österreichischen Frage in den beiden Sitzungen vom 29. und 30. Nov. vor mir. Es thut mir in der Seele weh, diese nutzlosen Ausfälle auf Personen, dieses zwecklose Hin- und Herreden über die Bruchtheile dieser großen Frage zu lesen, während man die Hauptziffer und Summe derselben schweigend umgeht, von Ausschußwegen zu umgehen anräth und sie dem Ministerium überläßt, das weder Willen noch Macht gezeigt hat, sie lösen zu können oder zu mögen. Der Punkt überdies, der mir in der Sache der nächstliegende scheint, ist nicht genug hervorgehaben worden. Oesterreich hat sich ganz Anfangs die Ratification der Frankfurter Verfassungsbeschlüsse vorbehalten. Daran würden alle, die die Nothwendigkeit einer Vereindarung der Verfassung im Voraus für unvermeidlich angesehen hatten, so großen Anstaß nicht nehmen; und es muß dieser Takt gewesen sein, der die sonst so empfindliche Nationalversammlung zu jenem Vorbehalte schweigen ließ. Dagegen hat Oesterreich die provisorische Centralgewalt machen helfen, es hat das wichtigste Material zu diesem Werke gestellt, es hat damit stillschweigend das Gesetz vom 28. Juni und alle seitdem von der Centralgewalt im Vereine mit der Nationalversammlung ausgehenden Anordnungen angenommen und hat sich ihnen zu fügen oder auszutreten und seine Deputirten zurückzuziehen. Eine Regierung, ein Ministerium, eine Nationalversammlung, die im geringsten auf sich hält, muß auf diesem Satze bestehen. Man konnte über die widerstrebenden Worte, die in Sachsen und Hannover gefallen waren wegsehen, aber die thatsächlichen Renitenzen in Oesterreich verlangten Einschreitung oder Ausweisung. Ueber das schließliche Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland machte man zuletzt vereinbaren; aber das Provisorium war vereinbart und ihm mußte gehorcht werden. Das hieß: seine Bundespflichten erfüllen, denn die Centralgewalt war mit Wissen und Zustimmung Oesterreichs an die Stelle des Bundestages getreten. Hier die Reichsgewalt zu Ehren bringen, war trotz allen damit verknüpften Gefahren eine unabweisliche Pflicht, wie sie es in den ersten preußischen Renitenzen in der Waffenstillstandsfrage gewesen wäre. Hier, in diesen Conflikten, liegt der Wendepunkt der Geltung und moralischen Kraft der Nationalversammlung, die wir Unbetheiligten und Unbefangenen alle sehr ungern die Regierungen treiben sahen, als sie willig waren, so wie wir sie jetzt die Regierungen ungern schonen sehen, da sie widerspenstig geworden sind. Dieser Wendepunkt ist in Ihrem Blatte schon im Juni vorhergesehen worden, wo Sie die ominöse Furcht aussprachen, es werde diese Majorität, die so leicht zu ganz linken Maßregeln hinzureißen war, in anderer Lage der Dinge sich eben so leicht zu ganz entgegengesetzten Schritten bewegen lassen. Was konnte die rechte Seite den höhnisch dürren Wahrheiten des Grafen Deym entgegensetzen? War nicht der Eindruck dieser Rede ein so niederwerfender, als ob in die Versammlung eines diplomatischen, eines höfischen Körpers seltenerweise einmal die ungeschminkte Wahrheit eingetreten wäre und in ihrer grellsten Stimme geredet hätte? Und welcher gradherzige Mann, der sonst noch so gern mit der Rechten wäre und stimmte, wer hätte nicht Raveaux Recht geben müssen, aus dessen Munde jener treffende Accent der allgemeinen Gemüthsstimmung sprach, der einen Beifall erregte der gewiß nicht gedungen und gemacht war? Wohin ist auch in allen diesen Fragen die alte Majorität gekommen, die nur immer mit wenigen dürftigen Stimmen daongetragen wird? Ich bin kein Freund der Linken je gewesen, und habe mich jederzeit tief empört über ihren frivolen Sinn, der im Anfang der Nationalversammlung das patriotische Werk hemmte, als es im schönsten Fluße war. Jetzt aber kann und will ich mir nicht verhehlen, daß sich in diesen Fragen all die ideale, moralische Macht, all das ideale Recht auf die Seite der Linken (wenn auch nicht auf die Seite ihrer Motive) stellt, die von jeher im Hintergrunde aller Oppositionen gestanden haben. Die Linke hat sich früher durch ihre Ausschweifungen vernichtet,

als ihr die gährende Zeit am günstigsten war; jetzt wird sie sich desto mehr in der Meinung aufrichten, je mehr ihr die Reaktion den Boden der Wirksamkeit entzieht und ihr das Maas auflegt, das ihr erstes Entbehrniß war. Ich sehe das mit Trauern so kommen, aber es zu verschweigen, es zu ignoriren, sich Täuschungen darüber zu machen, das wäre das schlimmste was man thun könnte. — Ich komme zurück auf das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich. Der Ausschuß und die Redner der Rechten hoffen noch immer auf ein Oesterreich, das in den deutschen Bundesstaat eintrete; den leitenden Politikern wie Francke, dessen Virtuosität im Vermittlen ihm mehr und mehr Einfluß zu schaffen scheint, liegt der Gedanke, als ob Oesterreich bereits factisch nicht mehr zu Deutschland gehöre, ganz fern; die gemüthlichen Männer wie Löw meinen, das ganze Zerwürfniß komme ganz und blos von den Unfreundlichkeiten, die gegen Oesterreich in der Paulskirche ausgeschüttet worden seien; Alle wollen Oesterreich mit Deutschland innigst verbinden und hoffen das mit Verhandlungen zu erreichen; das Ministerium stellt sich, als ob es derselben Ansicht sei. Sie selbst sind in Ihrem Blatte früherhin der Ansicht gewesen, daß sich ein Anschluß Oesterreichs an den deutschen Bundesstaat ganz gut mit seinen gesammtmonarchischen Interessen vertrüge; und daß die Personalunion nicht in der Weise braucht interpretirt zu werden, wie es die Wiener Zeitung jetzt thut, ja daß sie selbst in Frankfurt nicht so streng gemeint sei, ist wohl Jedem klar. Allein Sie sahen dabei ein, daß dazu eine Höhe politischer Einsicht, kräftiger Entschlüsse, entschieden freisinnigee Stellung im Osten, Resignation und Großmuth im Westen von Seiten der österreichischen Staatsleute gehöre, und Sie stellten damals, als Alles noch im Versprechen war, diesen Gedanken wie ein Ideal der Gestaltung unserer deutschen Dinge hin. Jetzt da die Zeit des Hattens gekommen ist und die kleinen Menschen heraustreten, lassen Sie uns diesen Gedanken einziehen und als einen kostbaren Schatz für die Folgezeit vergraben, wo ihn vielleicht der Erbe all dieser Bewegungen, ein deutscher Bonaparte oder Alexander, heben kann. Jetzt da wir überall nur Metternichs Schatten und Gespenst sehen, ist es unsere Sache, auf uns selbst zurückzugehen. Daß wir dabei, wie Welcker sagte, eine Thüre offen lassen für späteren Zutritt, wie es auch s. Z. in Amerika geschah, ist ganz in meinem Sinne. Denn aufgegeben soll mit der Scheidung von Oesterreich allerdings die kunftige Wiedervereinigung nicht sein. Es thäte mir leid, die ächt deutsch gesinnten Oesterreicher mit dieser Hoffnungslosigkeit abweisen zu sollen; auch habe ich ein ganz anderes Vertrauen zu der Anziehungskraft des deutschen Staatskörpers, wenn er sich erst aller Hemmniß frei entwickeln kann. Ich glaube vielmehr, daß zu einer recht innigen Verknüpfung eine vorläufige Scheidung der nothwendige Durchgang ist. Die eine Erfahrung, die von vielen Erfahrungen in dieser Zeit gelehrt worden ist, ist die: Massen können nicht durch Gründe belehrt werden, sondern nur durch Erfahrung, durch Nutzen und Schaden. Lernen wir also hier üben und drüben aus Erfahrung, daß wir uns brauchen. Wie überzeugt waren die Oesterreicher, die wir in Frankfurt sahen, von diesem Satze, als die Italiener vor Mantua standen und Ungarn abgerissen dastand; jetzt sagt Radetzki: Oesterreich wird sich eher von Deutschland als von Oesterreich trennen; d. h. Oesterreich braucht Deutschland nicht. Dies ist Eine Meinung, die von dem Augenblicke auch gerechtfertigt sein mag, in dem Kopfe des alten Mannes vollends. Aber man lasse nur die Zeit wirken; sie wird schon wieder die andere Lehre einschärfen, daß wir uns brauchen. Belehrungen, Verhandlungen werden Oesterreich aber diese Ueberzeugung nicht aufschwatzen. Gehen wir nur die Weile unsern eigenen Gang möglichst ungestört. Nue keinen Staatenbund mit Oesterreich! Zum Glücke habe ich in den Verhandlungen für dieses Zwitterverhältniß keine Stimme, wohl einen spottenden Hieb dagegen gefunden. Das wird der National-Versammlung nur Ehre machen, wenn sie sich auf diesen politischen Höhepunkt erhebt, zu übersehen, daß darin nichts als Unheil läge. Ich bin so überzeugt, daß unser Gedeihen rein auf der Durchführung einer politisch haltbaeen, in sich tadellosen Verfassung beruht, daß ich, selbst wenn Preußen zurücktreten sollte, dem übrigen Deutschland rathen würde, unter sich den Bundesstaat desto vollkommner durchzusetzen und sich auf eigne Hand zu konstituiren. In Amerika sind die eigensinnigen Staaten schnell nachgekommen. In Deutschland würden sie es auch, wenn es auch die größten und mächtigsten sind. Es wäre ein Wagestück, abernach meiner vollen Ueberzeugung ein viel weniger gefährliches, als die Herstellung eines lockeren Staatenbundes oder einer unvollkommnen Verfassung mit einem schwachen Haupte an der Spitze.

*** Vom Neckar, 11. Dez. Von den dreitausend würtembergischen Staatsbürgern, welche Behufs demnächstiger Einführung von Schwurgerichten in die Geschwornen-Listen vorläufig eingeteagen worden sind, haben nicht weniger als siebenzehnhundert unter Angabe von allerlei Befreiungsgründen und Entschuldigungen sich loszumachen gesucht. Das ist eine wunderliche Erscheinung, die von Maleontenten aus dem alten Regime unstreitig, mit Hinweisung auf ähnliche Vorkommnisse bei Einrichtung der Bürgerwehr, benutzt werden wird, um die Gleichgültigkeit, sogar die Abneigung des Volkes gegen die „Errungenschaften der Neuzeit" und den tröstlichen Unterschied der allgemeinen Stimmung von dem trügerischen Geschrei unberechtigter Vorführer schlagend darzuthun. Wir haben gegen einen solchen Schluß an und für sich, so wie gegen seine Anwendung und Ausdehnung allerlei einzuwenden. Die obenerwähnte Thatsache steht fest; aber was beweist sie? wie erklärt sie sich? Der Schwabe hat, neben anderen sehr liebenswerthen Eigenschaften, auch die zwei — ehrwürdigen, daß er erstlich vor allem Neuen erschrickt, daß ihm zweitens, auch bevor er das verhängnißvolle Stufenjahr erreicht hat, ein blanker Gulden im Sack lieber ist, als ein dunkler Begriff im Kopfe. La gloire, die jenseits des Rheines eine ganz coulante Münzsorte ist, würde an seinem schwäbischen Nebenflüßlein sich eine Reduktion auf Kreuzer, einen Cours wie alles Papiergeld gefallen lassen müssen. Wobingegen das Wort „Diäten" im Allerheiligsten der Beamten-Hierarchie, wie im Tempelrund des gesetzgebenoen Senats mit silbernem Zauberklang Jedmänniglich in's Ohr läutet. Diese doppelte Eigenthümlichkeit, auf welche jedoch der schwäbische Stamm kein deutsches Monopol zu besitzen sich einbildet, mag zu der ungünstigen Aufnahme der Vorbereitungen zum Schwurgericht redlich beigetragen haben. Die Aussicht, Haus und Hof, Geschäft und „sei' Sach", viee, sechs Wochen lang verlassen zu müssen, ohne Diäten notabene, öffentlich sitzen, urtheilen, vielleicht gar reden zu sollen, wo fremde Leute zuhören, diese Aussicht hatte wenig Verführerisches für den Sohn des Schwarzwalds und der rauhen Alb. Aber es irrte sehr, wer daraus folgern wollte, derselbe hielte von der Rückkehr einer freien, öffentlichen, volkstbümlichen Gerichtsbarkeit überhaupt nichts, deren Sitte nicht blos in den geschichtlichen Ueberlieferungen des Schwabenlandes fortlebt, sondern auch in der frischen und selbstständigen Bewegung seines Gemeindelebens, sogar in vereinzelt erhaltenen Ausübungen in seiner Nähe, im Hanensteinischen zum Beispiel, und in der Analogie des Gerichtsbeisitzer-Instituts, das bei uns schon lange eingeführt worden. Im Allgemeinen wirkt in dieser Angelegenheit, wie in so mancher anderen, in Schwaben, wie am Ende überall, der traurige Umstand mit und nach, daß bei dem Abgrund zwischen Volk und Beamtenschaft, hier Schreiberthum geheißen, und bei der Stellung der Kirche und der Volksschule zum öffentlichen Leben der Bürger so wenig über seine Pflichten wie über seine Rechte sich klar werden und niemals zum Bewußtsein seines Verhältnisses zum Ganzen und seiner staatsbürgerlichen Stellung gelangen konnte. Nun er auf einmal mit jenen Rechten, gleichviel ob er sie selbst verlangt hat, ob nicht, überrascht wird, faßt er dieselben fallch und unvollständig auf und zieht sich zurück vor ihren entsprechenden Pflichten. Um so mehr das, als die Vermittelung zwischen Sonst und Jetzt, zwischen Staat und Bürger, zwischen Begriff und Ausübung noch immer auf altem Wege durch das Beamtenthum, oder auf neuem Irewege durch die Wühlerei geschieht. Gegen beide ist Niemand von Natur mißtrauischer als der Bauer, der überhaupt mißtrauischer Natue zu sein pflegt, und der dieses Pflegen in Schwaben bis zu einer erstaunlichen Höhe treibt. Politische Bildung des Volkes, in rechtem Sinn, in rechtem Maß, auf rechte Weise — das ist das Ziel, worauf wie an dieser Stelle und an jeder andern unabweislich hingedrängt werden. Thörichter Wahn, wer da meint, die Freiheit an sich, für sich und durch sich sei ein Mittel dieser Bildung, da sie vielmehr ihr Zweck ist. Der Weg heißt nicht: durch Freiheit zur Bildung, sondern umgekehrt: durch Bildung zur Freiheit. Vorausgesetzt nämlich, daß man diese Freiheit nicht so versteht, wie der verflossene k. k. österreichische Polizeiminister, aus dessen Munde wir vor Jahren einmal die erbauliche Aeußerung genossen: In Wien sei die größte persönliche Freiheit zu Hause. Der gute Mann und schlechte Minister ver-

Digitized by Google

stand unter persönlicher Freiheit die Freiheit, Mittags nach der Karte zu speisen und zwar im Lamm oder im Ochsen und Abends bei Sperl in Floridus aber in Daun's Elysium eine Freinacht zu machen. Es wäre nicht zu verwundern, wenn die „immense Mehrheit" deutschen Volkes bis zur Stunde jene persönliche Freiheit besser verstünde, als eine allgemeine Freiheit, die dem Einzelnen Verpflichtungen zur Bürgerwehr, zum Schwurgericht, vielleicht gar zu erhöhter Steuerzahlung mitbringt. Wenn das so wäre, — die Hand auf's Herz, meine Herren — an wem die Schuld? Daß es nicht so ist, — die Hand auf's Herz, meine Herren — an wem das Verdienst?

Großbritannien.

⁂ **London**, im Dez. Da die Engländer in diesem Jahre, von Stürmen verschont, denn die Hungersnoth in Irland kümmert sie wenig, ganz ihrer Unterhaltung leben, so müssen sie, bei nicht hinreichender eigner Produktion in der Unterhaltungsliteratur, zu fremden Sprachen greifen, und da blieb denn, bei der Armuth der diesjährigen französischen Literatur an schöngeistigen Schriften und da die frühere schon lange regelmäßig in ihren besseru Erscheinungen in's Englische übersetzt wurde, kein Schriftenthum übrig, als das Deutsche, welches zugleich als Vermittelung dänischer (Andersen) und schwedischer (Friederike Bremer) Literatur dient. Die deutsche Literatur ist in früheren Zeiten so planlos übersetzt worden, daß noch eine höchst reiche Nachlese der wichtigsten Schriften, zum Theil unserer ersten Classiker zu übertragen bleibt, andere Werke, besonders poetische, sind zur Zeit ihres Erscheinens höchst unvollkommen aerenglischt worden und reizen jetzt bedeutendere Kräfte zu besserer Nachbildung. So erschienen in den letzten Monaten: Fed. Dav. Strauß, der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren, Andersen's Mährchen und Reise in den Harz, Hitzig und Häring, der neue Pitaval; B. Auerbach, der Gevattersmann, Bettina: Ilius Pamphilius und die Ambrosia; Hoffmeister, Briefe aus Indien; A. Weil, Elsässer Dorfgeschichten; Klopstocks Oden; Alfr. Meißner's und Uhlands Gedichte; die Schauspiele der Prinzessin Amalie von Sachsen; einzelne Gedichte und der Feldzug in die Champagne von Göthe.

Nächst deutscher Musik schätzen die Engländer entschieden am höchsten deutsche Philologie. Zahlreiche deutsche Lehrer sind besonders für das Griechische und Hebräische an den englischen Schulen angestellt, die Grammatiken und Lehrbücher von Gesenius, Buttmann, Jumpt u. s. w. liegen dem Unterricht zu Grunde. Das Londoner Athenäum vom 9. Dez. 1848 sagt darüber: „Eine Hauptursache der Ueberlegenheit der deutschen Sprachgelehrsamkeit über die aller andern Völker ist die Theilung der Arbeit unter den Sprachforschern. Jeder Gelehrte in Deutschland, welcher sich den Ruhm erwerben will, den Schatz gemeinsamer Kenntnisse irgendwie zu erweitern, erwählt einen Gegenstand oder einen Theil eines Gegenstandes von geringem Umfang. — Darauf beschränkt er seine Aufmerksamkeit, in diesen versenkt er sich, auf ihn vereinigt er die Kraft seines Scharfsinns und die Schätze seiner Gelehrsamkeit. Das Ergebniß ist, wie nicht anders zu erwarten, daß die Deutschen die Lehrer der Welt sind. Ihre Forschungen werden hochgeachtet und in England wie in Amerika durch Uebersetzungen rasch sich angeeignet." Nächst der Philologie steht hoch die deutsche Naturforschung, besonders die Werke, welche in ihrer Vereinigung von philosophischem Geist und reichem Wissen neue deutsche Gelehrte zu schreiben vermögen, wie die Werke von Liebig und seiner Schule (Knapp, Fresenius) für Chemie, Technologie u. s. w., welche gleich nach ihrem Erscheinen übersetzt werden, von Joh. Müller und seinen Schülern für Physiologie, von Schleiden für Botanik u. s. w. Unter den deutschen Geschichtschreibern ist Ranke in England am populärsten. Seine Geschichte der Päpste ist in der englischen Uebersetzung verbreiteter als in der Urschrift, auch seine preußische und seine serbische Geschichte ist neuerlich übersetzt. Nach ihm folgt Niebuhr, dessen Vorlesungen über römische Geschichte der Deutsche Schmitz in Edinburg sogar ursprünglich englisch herausgab. Auch Schlosser's großes Werk über das achtzehnte Jahrhundert ist übersetzt. Nächst Schiller und Göthe werden die Werke der romantischen Schule viel gelesen, gerade weil sie etwas den Engländern Fremdartiges sind. Einzelne Sachen von Hauff und Chamisso, Fouqué und Tieck, E. T. A. Hoffmann werden fortwährend neu übersetzt. Was die Erlernung der deutschen Sprache selbst betrifft, so ist sie natürlich lange nicht so häufig als die der französischen; um den für die Erlernung neuerer Sprachen vom Prinzen Albert an der Schule zu Eaton gestifteten Preis bewarben sich 1847 für das Französische 23, für das Deutsche 12 Schüler.

Frankreich.

Paris. Folgendes ist die Stellung der pariser Journale in der Präsidentschaftsfrage: Für Cavaignac: National, Siècle, Crédit, Ere nouvelle, Voix de la vérité, Manifeste officiel, Moniteur du soir, Courrier und Churivari, — für L. Bonaparte: Presse, Constitutionel, Assemblée nationale, Liberté, Gazette de France, Evénement — für Lamartine: Bien public, Courrier français — für Lebrn-Rollin: Reforme, Révolution, Démocratie pacifique, — für Raspail: Peuple, die andern sind neutral.

Paris, 11. Dez. In Folge der ungestörten Ruhe, welche hier herrscht, stiegen alle Course.

Belgien.

†† **Brüssel**, 9. Dez. Die Diskussion des Repräsentantenhauses über Ersparungen im Gesandtenbudget verdient die Aufmerksamkeit des Politikers, weil die Meinung der Kammer und des Ministeriums über diesen Gegenstand so ziemlich das Programm der belgischen Regierung enthält. Sie tritt dem sogenannten Demokratisiren der Gesandtschaftsposten durch geringere Gehalte entschieden entgegen. Mit Recht bemerkte Dechamp, daß die Verkürzung der Gehalte, geradezu dem demokratischen Prinzip zuwider, die Anstellung der Legationen den Geldaristokraten sichert. Männer von Talent und Charakter dürfen nicht genöthigt werden, wichtige diplomatische Stellungen auszuschlagen, weil unzureichende Mittel für dieselben ausgeworfen sind. Der genannte Repräsentant stellte einen Grundsatz auf, der allgemein anwendbar ist und immer festgehalten werden sollte: „Si vous voulez une diplomatie, il faut la vouloir séérieuse." Unsere Centralgewalt sollte diese Regel desto mehr beherzigen, als das Ausland wenig geneigt ist, die Chimäre Deutschland je That werden zu sehen. So hörte man in der Kammer hier debattiren, und man möge selbst urtheilen, ob Stellen, wie folgende, deutschen Ohren erfreulich sein können, nachdem der deutsche Verstand, trotz der verunglückten Sendungen der Reichskommissäre nach Wien und Berlin, dennoch seine unschuldige Freude an den Würden der Herren Aubrian, Raumer und Heckscher hatte. Der Redner in der Kammer kritisirt den Antrag der Zentralsektion, welche für Deutschland einen bevollmächtigten Gesandten nach Frankfurt vorschlägt und Wien wie Berlin durch Legationen zweiten Ranges vertreten läßt. Dem Redner erscheint dies eine „prepenition de haute geavité, peue ne pas dire de haute imprudence." Er sagt ferner: „N'eut-ce pau là la reconnaissance anticipée de l'unité allemande? et, avant de reconnaître l'unité allemande, l'Europe, je le pesume, lui demandera si elle accepte bien positivement les obligations des traités qu'ont acceptés, au nom de l'Allemagne, l'Autriche et la Prusse qui se trouvaient á Vienne, en 1815, et qui se trouvaient à Landres en 1831 et 1839. Ich will den Schluß dieser Folgerungen im Originaltexte lesen, weil man in Deutschland französisch meist besser versteht, als deutsch. „La section centrale a été bien pressée d'adhérer à l'unité allemande; elle a été bien plus pressée que la Pousse, qui n'en a pas encore admis les conditions; plus pressée que l'Autriche, qui est loin d'y souscrire, plus pressée que la France et l'Angleterre, qui n'ont eu garde de la reconnaître, plus pressée même que l'assemblée de Francfort, qui n'a pas encore jété les bases de cette unité. Wir können die Wahrheiten des letzten Satzes nicht verkennen. Als man die Holländer aus Belgien hinausgeworfen, waren die Grundzüge der belgischen Staatseinheit fertig, und jetzt rent es keinen Belgier, daß er einmal grob gewesen, denn sein Land ist die Heimath des Friedens geworden, es blüht der Handel und der Wohlstand des Bürgers; dieser liebt den König in der Verfassung, welche ihn beglückt. Belgien ist der einzige Ruhepunkt in Europa, es hat keine Chartisten, keine Socialisten, keine Republikaner, keine Pedanten, keine Czechen in seiner Kammer, also auch keinen Cavaignac, keinen Windischgrätz und keine Croaten in seinem Heere.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Bönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herren Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. F. Alexandre in Straßburg Nro. 20 Brandgasse, Porte Nr. 23 Nouveau D me de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 4. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 331. **Frankfurt a. M., Freitag 15. Dezember.** **1848.**

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür auch im ganzen Verwaltungsbezirk des fürstl. Thurn und Taxis'schen Ober-Post-Amts, welches den alleinigen Debit übernommen hat, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren, unsere Zeitung zu beziehen ist. Bestellungen bitten wir bei der nächsten Postanstalt bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Das Ausland I.

Deutschland. Frankfurt (Die österreichische Frage. Hr. Walter. Adressen aus Oberösterreich.) Wien (Schreiben des Erzherzogs Stephan. Verurtheilungen.) Ollmütz (Der Prinz von Preußen. Die serbische Deputation. Militärische Schaugepränge. Großfürst Michael.) Kremsier (Die Entschädigungsforderung.) Prag (Das Verhältniß zu Deutschland.) Berlin (Neue Gestalt der Tagesliteratur.) Memel (Unruhen.) Baiern (Statistik der Abgeordnetenwahlen. Wahlumtriebe.) Aus Baden (Heidelberger Universitätszustände.) Mannheim (Besorgniß vor Unruhen und Freischaarenzügen. Die Bürgerwehr.) Schleswig-Holstein (Stimmung in der Armee. Die Kriegsgesetze. Reichskommissär.)

Großbritannien. London (Sir E. Bulwer und Peel's Sohn. Wahlkandidaten für Leominster. Eine Wahlrede vor Chartisten in Sheffield. Das irische Elend.)

Spanien. Madrid (Gebete für den Papst. Schwierige Lage des Kabinets Narvaez.)

Oesterreichische Monarchie. Brody (Abzug der Russen von der Grenze.)

Italien. (Aeußerungen des Papstes. Palermo angeblich in Belagerungszustand erklärt. Fortdauer der Ministerkrisis in Turin.) Rom (Rasche Entwickelung der Krisis.)

Schweiz. (Die Beilegung der Differenzen mit Deutschland. Preußische Verwahrung in Betreff Neuenburgs.) Bern (Bischof Marilley. Gr. Ad. Gurowski.)

Niederland. (Vervollständigung des Ministeriums. Ausfall der Wahlen.)

Belgien. Brüssel (Gr. Reventlow.)

Neuestes.

15. Dezember.

Rußlands Heere stehen längs seiner ganzen westlichen Grenze; die Donaufürstenthümer scheinen fast schon innerhalb der russischen Grenze zu liegen. Diese Truppen sollen augenscheinlich nöthigenfalls zu mehr dienen, als zu einer Grenzsperre gegen die neuen politischen Ideen. Mit Oesterreich ist Rußland in offenbarem Einvernehmen und Preußen zöge man gern in den Bund. Rußland wäre gar nicht abgeneigt, eine neue unheilige Allianz zu schließen und Europa noch einmal zu befreien. Weder bei Hofe noch im Heer verhehlt man seine Gedanken, daß Rußland dazu bestimmt sein möchte, die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen. Glücklicher Weise wird durch die eben verliehene freisinnige preußische Verfassung die geringe Vorliebe des Czaren für einen hohen Verwandten nicht erhöht werden.

Auch Oesterreich muß bereits zum Auslande gerechnet werden. Nach außerordentlichen Rüstungen brechen Fürst Windisch-Grätz und Jellacic gegen Ungarn zu einem Kampfe auf, dessen Ausgang kaum zweifelhaft sein kann. Das kleine, rohe, durch lange Herrschaft übermüthige Volk der Magyaren ist kaum im Stande, es auch nur mit den empörten Völkerschaften aufzunehmen, welche mit ihm zugleich Ungarns Boden bewohnen. Jetzt rücken Kroaten und Slawonier verbündet mit dem kaiserlichen Heere in Ungarn ein, eingestandenermaßen mit der Absicht, wo möglich sogar den Namen Ungarn zu vertilgen. Magyarien soll das kleine Gebiet zu beiden Seiten der Donau genannt werden, wo die Magyaren in dichter Masse wohnen und den überwiegenden Theil der Bevölkerung bilden. Hierauf sollen sie beschränkt werden. Die Verträge, welche zwischen Oesterreich und Ungarn bestehen, alte wie neue, sind damit freilich zerrissen. Der alte Kaiser war zu gewissenhaft, um sein eigenes Wort zu brechen. Er dankte ab, und sein kaum mündiger Neffe bestieg den Thron. In seinem Namen wird gegen Ungarn das Recht der Eroberung in Anspruch genommen. Freilich haben die Magyaren, die Ankömmlinge aus Asien, für sich auch kein anderes Recht aufzuweisen; aber es ist doch tausend Jahre älter! Die ganze Geschichte beweist, daß die habsburgische Politik, welche das historische Recht immer vorschob, zur günstigen Stunde nie Anstand genommen hat, dieses nämliche historische Recht mit Füßen zu treten. Um das große einige Oesterreich herzustellen, sollen die bisher den Magyarn unterworfenen Völkerschaften zu eigenen Königreichen erhoben werden und schon werden deren Abgeordnete nach Kremsier eingeladen, wo der Reichstag eine Verfassung für das gesammte Oesterreich ausarbeiten soll. Der Thurm zu Babel wird schwerlich zu Stande kommen; es wird wohl bei der Sprachverwirrung bleiben! Wir vermögen die nächste Zukunft Oesterreichs nicht hoffnungsvoll anzusehen. Während eines langen Friedens ist Jahr für Jahr durch eine fehlerhafte Verwaltung die Schuldenlast des Reiches vermehrt worden. Jetzt nehmen innere Kriege, welche für den Wohlstand eines Landes die verderblichsten sind, unerhörte Opfer in Anspruch. Die Regierung verlangt eine neue Anleihe von achtzig Millionen, wodurch die Verbindlichkeiten des Reiches auf tausend Millionen

Digitized by Google

Gulden erhöht werden. Schon hieran droht der Reichstag in Kremsier zu scheitern. Aber der verheißenen friedlichen Entwickelung drohen schwerere Gefahren. Gesetzt, es gelänge für die an Bildung so ungleichen Völker des Kaiserreiches eine gemeinsame, freisinnige Verfassung zu entwerfen, so würde von deren Wirksamkeit vorläufig doch wenig zu erwarten sein. Der Krieg in Ungaen beginnt; in Siebenbürgen, wo Ungaens Verhältnisse sich im Kleinen wiederholen, wüthet er schon auf eine grauenvolle Weise, und die ganze Lombardei gleicht einer belagerten Stadt. Ja, Radetzky denkt bereits daran, einen Ausfall in den Kirchenstaat zu machen. Oesterreich wird sobald nicht von seiner alten Politik lassen, seinen Einfluß in Italien geltend zu machen; es wird überhaupt lange dauern, ehe die Politik aufhört, diesem Schatten nachzulaufen, und den handgreiflichen Gedanken festhält, daß jeder Staat zu allen Zeiten ungefähr so viel Einfluß haben wird, wie er Macht besitzt. Die Habsburger werden auch ferner, ihres Ahnherren uneingedenk, ihre Hand in allen italienischen Händeln haben. Also Krieg überall. Unter diesen Umständen wird vorerst nicht Kaiser und Reichstag, sondern die Heerführer werden herrschen. Mag man nach Osten oder Westen blicken, so ist Oesterreich in Händel verwickelt, welche uns nichts angehen. Wenn daher das österreichische Ministerium erklärt, Oesterreich und Deutschland müßten ihre Angelegenheiten jedes für sich anordnen, so sollten wir mit beiden Händen zugreifen und nicht mit deutscher Gutmüthigkeit um gefällige nähere Erläuterung bitten.

Mit der stammverwandten Schweiz, die so eben, glücklicher als wir, bereits zu einer festeren Einheit gelangt ist, darf das gute Einvernehmen als wiederhergestellt betrachtet werden. Hoffentlich sind die Maßregeln, mit welchen die Reichsgewalt drohte, mehr durch wechselseitige Mäßigung und Einsicht beseitigt, als duech den Widerspruch Würtembergs.

Von Frankreich haben wir gestern gesprochen. Noch ehe die neue Verfassung vollständig eingeführt ist, bei der ersten Präsidentenwahl, wird es offenbar, daß die Republik in Frankreich nicht der allgemeine Wunsch war, sondern von einer muthigen Minderheit der schlaffen Mehrheit aufgedrängt ward. Sollte wirklich Gallorum lovissimus zum Präsidenten erwählt werden, so müssen wir, auf Italien blickend, den Frieden ernstlich bedroht halten, und die preußische Regierung hat mit Recht Maßregeln getroffen, um nicht unvorbereitet zu sein.

Belgien und jetzt auch Holland halten unsere Zuversicht aufrecht, daß duech eine freisinnige Verfassung wirklich der Fortschritt und das wahre Wohl eines Volkes gesichert wird. Die Einsicht, daß die Beförderung und Befreiung des Verkehrs beiden Theilen, Deutschland und seinen Vorländern, zum Segen gereicht, wird sich immer mehr Bahn brechen.

Der schwächste unserer Nachbarn, Dänemark, ist unser gefährlichster.

Deutschland.

Frankfurt, 13. Dez. Aus Oberösterreich, namentlich aus den Bezieken Linz, Götzendorf, Aigen, Rohrbach, Schlägel, Ried, Mauthhausen, Wildberg, Haus, Gmunden, Orth, Ischl u. s. w. sind neuerdings 22 Adressen mit sehr zahlreichen Unterschriften der dortigen Wähler und sonstigen wetheilssähigsten, unabhängigsten und einflußreichsten Männer aller Klassen eingegangen, welche sich insgesammt in wesentlicher Uebereinstimmung mit der früher hier eingereichten bekannten Adresse des Gemeinde-Ausschusses der Provinzialhauptstadt Linz für den innigsten Anschluß an Deutschland, zugleich aber auch sehr energisch für die Einheit und Integrität des österreichischen Kaiserstaates und gegen die §§. 2 und 3 des Entwurfs der deutschen Reichsverfassung aussprechen. (O.-P.-Z.)

δ **Frankfurt**, 13. Dez. Wir können aus der sichersten Quelle melden, daß es durchaus nicht die Absicht des sich augenblicklich hier aufhaltenden Herrn Professor Walter ist, in den Fractionen Aufschlüsse über die deutsche Gesinnung der preußischen Regierung zu geben, ebensowenig als bezüglich der österreichischen Frage wirksam zu sein, und daß die ihm zugeschriebene Mittheilung eines Briefes, wonach der König von Preußen gedroht haben soll, sich zurückziehen zu müssen, wenn Oesterreich sich genöthigt sähe, an Deutschland keinen Antheil zu nehmen, auf einem Irrthum beruhe. Er hat nie einen Brief dieser Art erhalten, noch mitgetheilt, noch zu besitzen behauptet. Nur die in diesem Augenblick hier über die österreichische Frage herrschende Aufregung macht es begreiflich, daß allgemeinen, blos gelegentlichen Aeußerungen eine specielle Färbung und Absicht untergelegt werden konnte.

Parl. Korr. **Frankfurt a. M.**, 14. Dez. Wenn neulich angedeutet wurde, daß man die Lösung der österreichischen Frage in einem für Oesterreich vermeintlich, aber auch nur vermeintlich günstigen Sinne selbst mit parlamentarischen Kombinationen versuche, welche in sich ohne Halt und Uebereinstimmung, deshalb auch niemals einem Ministerium zur Stütze dienen würden, so ist es jetzt wohl mehr als Gerücht, daß man auch außerhalb der Nat.-Vers. und zwar von Seiten gewisser Kabinette Unterhandlungen angeknüpft hat, deren Zweck gerade herausgesagt nur sein kann jede Verhandlung in der Nat.-Vers. hierüber entweder vergeblich oder unmöglich zu machen.

Wien. Der Erzherzog Stephan, frühere ungarischer Reichspalatin, hat an den Obersten des Palatinalhusaren-Regiments, dessen Chef er in jener Eigenschaft war, ein geschäftliches Schreiben erlassen, worin er zum Schlusse seine Ansichten über die gegenwärtigen Zerwürfnisse in folgendee Weise ausspricht: „Ich kann mein vielleicht letztes Schreiben an Sie unmöglich absenden, ohne einige Worte des Abschiedes an Sie und das gesammte Offizierskorps hierbei einfließen zu lassen. Ich trenne mich nur ungern von einem Regimente, das stets seinem Namen Ehre gemacht, seinem Herrn und Kaiser treu ergeben — ein würdiger Zweig des großen österreichischen Armeestammes war! Ich trenne mich um so schwerer in einem Augenblicke, wo Verführungskünste, Trug und Hinterlist aller Art es vermochten, einen Theil dieser braven Truppen für einen Moment auf Irrwege zu leiten, ja sogar Offiziere sich nicht entblödeten, ihrem Eide und ihrer Pflicht untreu, gegen Ehre und Gewissen zu handeln, in einem Momente, wo des Monarchen Warnung klar und offen angedeutet hat, wohin ein solcher Weg führen müsse! Sie, Herr Oberst, bei Ihren loyalen, pflichtgetreuen Gesinnungen, die braven Stabsoffiziere und der größte Theil des Offizierkorps sind mir Bürgen, daß diesem Krebsschaden Einhalt gethan werden, man die Irregeleiteten zu ihrer Pflicht zurückführen, die Wankenden belehren wird — und der Name des Fürsten Windischgrätz an der Spitze der Armee, die nach Ungarn zieht, um Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen und die Armee wie seit Jahrhunderten wieder unter Eine Fahne (die Führerin zu so vielen glorreichen Siegen) zu sammeln, wird genügen, Soldaten unter sein Kommando zurückzubringen, die sich durch Jahre glücklich schätzten, seinen Befehlen zu unterstehen." (N. C.)

Wien, 10. Dez. Die „Wiener Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theil, daß Alexander Skarbek von Lescynski, ehemaliger österreichischer Lieutenant, und Johann Urban, vormals Geschäftsführer in einer Bandfabrik, und später Mitglied der deutschen Sicherheitswache, beide aus Wien gebürtig, der Erstere wegen des Verbrechens des Hochverraths und der Theilnahme an dem bewaffneten Aufruhr zu zwölfjährigem Festungsarrest, der Letztere wegen des Verbrechens der Theilnahme am Aufruhr und bewaffneten Widerstand zu zwölfjähriger Schanzarbeit verurtheilt worden, nachdem das Kriegsgericht Beide zum Tode durch den Strang verurtheilt hatte.

△ **Ollmütz**, 9. Dez. Der Prinz von Preußen ist heute Nachmittags hier angekommen. So eben zieht eine halbe Kompagnie Grenadiere mit klingendem Spiele und flatternder Fahne vor sein Absteigequartier, um daselbst die Ehrenwache zu beziehen. Se. königl. Hoheit überbringt die Glückwünsche des Königs von Preußen an unseren Kaiser zu seiner Thronbesteigung. — Von den in meinem letzten Berichte erwähnten 102 Husaren hat man unweit der ungarischen Grenze 26 gefangen genommen, während die Uebrigen glücklich die Heimath erreicht haben dürften.

△ **Ollmütz**, 10. Dez. Die serbische Deputation wird dieser Tage Ollmütz wieder verlassen; sie wurde vom Kaiser überaus gnädig empfangen, und ihr die Erfüllung ihrer Wünsche fest zugesagt. Man spricht davon, daß auf dem nächsten österreichischen Landtage alle Völker Oesterreichs, Ungarn, Kroaten, Slavonier, Panduren, Raizen, Serben ꝛc. nicht ausgenommen, vertreten sein werden.

Digitized by Google

Heute findet zu Ehren des Prinzen von Preußen eine große Parade statt, zu welcher die sämmtliche Garnison in blanker Uniform, ohne Mäntel ausrücken muß. Diese militärischen Schauspiele werden jetzt auch in Oesterreich häufiger als früher vorkommen; der junge Kaiser soll sehr viel Gefallen daran finden, wie denn überhaupt das Militär sich seiner besondern Protektion zu erfreuen haben wird. Man hat bisher den Monarchen noch nie im einfachen Bürgerkleide, sondern jedesmal im bunten Soldatenrocke gesehen, was viele Gemüther unangenehm berührt. — Kommende Woche erwartet man den Großfürsten Michael von Rußland in einer ähnlichen Mission, wie den preußischen Prinzen. Von der Abreise des Hofes von hier nach Wien verlautet noch immer nichts Gewisses.

Kremsier, 8. Dez. Dem Const. Bl. aus Böhmen wird die wichtige Mittheilung gemacht, daß der Finanzausschuß des Reichstags und mit ihm wahrscheinlich eine große Majorität der Versammlung entschlossen ist, die geforderte Anlehensbewilligung mit der Frage über die Stellung des Reichstages als konstituirende Gewalt in Verbindung zu bringen, beziehungsweise die Berichterstattung davon abhängig zu machen. Die Antwort des Kaisers an die Reichstags-Deputation, worin er sich „Prüfung und Sanktion" der Verfassung vorbehielt, hat alle Parteien aufmerksam gemacht und die Befürchtung erregt, eine oktroyirte, nicht einmal eine vereinbarte Verfassung zu erhalten. Dazu kam noch das allgemein gehaltene Ministerialprogramm und das Bestreben vieler Blätter den Reichstag zu discreditiren. Alle Parteien wünschen eine entschiedene Erklärung der Krone über ihr Verhältniß zur Versammlung. Der Finanzausschuß soll für sich dem Ministerium die Frage vorgelegt haben, ob mit der Krone auch alle die Zugeständnisse des abgetretenen Kaisers als Pflichten der Krone auf den Thronfolger mit übergegangen seien — ob insbesondere der Reichstag von der Krone noch als konstituirend anerkannt sei, ob er daher nach den Ansichten der Krone eine Verfassung auszuarbeiten oder einen bloßen Entwurf zu berathen habe und ob die vom Ministerium Doblhoff ausgesprochene Ansicht der Krone über Sanktionirung auch heute noch deren Ueberzeugung sei. Er habe, sagt man, diese Fragen und die Abhängigmachung des Berichtes über den Antrag des Finanzministers von deren Beantwortung dadurch motivirt, daß von der Bewilligung der Anleihe, daher von einem Antrage des Ausschusses für oder gegen dieselbe, nur dann die Rede sein kann, wenn der Reichstag von der Krone als legislative Gewalt und nicht als ein bloß berathendes Organ anerkannt ist. Der Ausschuß sei auch der Ueberzeugung, daß, wenn die Krone den Reichstag auflösen wollte, — wie man sagt, — dieser lieber vor der Entscheidung über die Bewilligung jener 80 Millionen mit dem Bewußtsein, im Interesse des Volkes gehandelt zu haben, als nach derselben mit dem Bewußtsein, seine Pflicht verletzt zu haben, die Auflösung erwarten will. Der slawische Club, dessen Majorität die czechischen Deputirten bilden, hat eine Interpellation an das Ministerium über jene Frage des Finanzausschusses angemeldet. Es scheint also, als ob die wesentlichsten Parteien in der Sache einig wären und auch als geschlossene Parteien handeln würden. Dabei wird die Verfassungsberathung möglichst gefördert, und die Berathung der Grundrechte soll nächstens zu erwarten sein.

Die obigen Schwierigkeiten des Finanzausschusses scheinen noch nicht die Summe der politischen Bedenken zu erschöpfen, die sich an die Forderung der Anleihe knüpfen. Fast die ganze Kammer ist nach dem C. Bl. a. B. in der Besorgniß, daß man nur die Steuern haben will und dann den Reichstag nach Belieben traktirt. Bewilligen wir den Kredit, sagte ein Deputirter, so braucht man uns nicht mehr; bewilligen wir ihn nicht, so braucht man Andere. Die Nachricht von der oktroyirten Verfassung in Berlin hat allgemein den Gedanken hervorgerufen, daß diesmal das Beispiel von Preußen in Oesterreich nachgeahmt werden könnte. Sonst findet man die preußische Verfassung sehr befriedigend, und fürchtet, daß manches in ihr ausgesprochene Princip in Oesterreich noch großem Zweifel unterliegen möchte, z. B. die völlige Preßfreiheit ohne Kautionen und Konzessionen, die Ehelehe, die politische Gleichheit aller Glaubensbekenntnisse u. s. w. Man beneidet die Preußen sogar, daß sie auf dem Trocknen seien mit ihrer Verfassung. Dies ist der Gedanke der Müdigkeit und Passivität, der wohl auch in Preußen nach dem großen Bankerott eigener politischer Thätigkeit der vorherrschende ist.

Aus Prag schreibt man der Allg. Z.: Es wäre endlich an der Zeit, daß unser Ministerium einen Vorschlag zur Feststellung des künftigen Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland an unsern Reichstag gelangen ließe; denn das muß jeder einsehen, daß man damit nicht bis zur Vollendung der deutschen und österreichischen Verfassung warten könne, weil ja dieses Verhältniß selbst kein den beiden Verfassungen äußerliches sein darf.

* (Luth. Corresp.) **Berlin**, 11. Dez. Die verbotenen Plakate nehmen jetzt die Gestalt von Brochüren an. In diesem neuen Gewande setzen die beliebtesten Volksschriftsteller jetzt ihre frühere Thätigkeit fort. Besonders fruchtbar ist der bekannte Prozellanmaler Hopf und der noch öfter genannte Buddelmeyer. Der Letztere kritisirt auf seine Weise im Volksjargon und in den meisten Fällen mit treffendem Witz die Verfassung. Auch den Belagerungszustand selbst hat ein Humorist zum Gegenstand einer witzigen Betrachtung gemacht. Dieses Schriftchen: „Ein Tag aus dem Belagerungszustande Berlins, humoristisch-satyrisches Genrebild aus der Zeit des passiven Widerstandes" (Verlag von Hofmann und Comp.) wird besonders viel gekauft. — Von A. Ruge erscheint nächstens: „Mein Tagebuch in Berlin in den Monaten Oktober und November." Seine Reform ist aber im Voraus auf's Neue verboten. — Dr. Oppenheim, der der polizeilichen Ausweisung längere Zeit Widerstand entgegengesetzt hatte, ist heute früh genöthigt worden, mittelst Zwangspaß die Stadt zu verlassen.

* **Memel**, 6. Dez. Eine Masse von Arbeits- und Seeleuten zog vorgestern vor das Haus der hiesigen höheren Töchterschule und nahm den dort wohnenden Lehrer Sanio gefangen, während ein anderer Haufe sich des Buchhändlers Ortmann bemächtigte. Die Ergriffenen wurden vor den Magistrat gebracht und der Haufe verlangte die Indaftirung derselben, weil sie als Anführer des konstitutionellen Kluds Aufruhr im Lande veranlaßten und Untreue gegen den König predigten. Die Truppe hatten bei diesem Anlaß einen Conditorladen geplündert. Die Gendarmen und städtischen Beamten waren eifrig bemüht, fernere Unordnungen und Exceße zu hindern. Am folgenden Abend versammelten sich aber wieder gegen hundert Personen, meist Seeleute, welche indeß, ohne Exceße zu begehen, nach verschiedenen Comtoirs dortiger Rheder zogen und Auszahlung ihres vollen Lohnes während der Gefangenschaft in Dänemark verlangten. Sie hatten für diese Zeit nur die Hälfte erhalten. Obgleich diese Angelegenheit den Gerichten vorliegt, gaben die betreffenden Rheder dennoch die Zusage, das Ganze zu zahlen. So verlief sich der Haufe Abends gegen 7 Uhr.

* **Baiern.** In München waren bis zum 11. Dez. 117 Abgeordnetenwahlen bekannt, die dem Nürnb. Korr. zufolge nach Berufsarten in folgende Gruppen zerfallen: 12 Beamte, 42 Gewerbtreibende, 1 Militär, 3 adelige Grundbesitzer, 11 Geistliche, 12 magistratische Beamte, 2 öffentliche Lehrer, 6 Advokaten, 6 Privatiers, 3 Aerzte, 2 Journalisten und 12 bäuerliche Grundbesitzer. — Man erzählte sich in München, daß Hr. v. Adel, dessen Ankunft in der Hauptstadt der Nürnb. Korr. bereits gemeldet hatte, die Wahl zum Abgeordneten abgelehnt habe, was von dem Vorkämpfer der unermüdlichen, nach jeder Niederlage doppelt rührigen und jeden kleinsten Sieg zum Anlauf für größere benutzenden ultramontanen Partei kaum glaublich erscheint. In Speier wurden, da der Abgeordnete Kolb sich sofort für Germersheim entschied, im zweiten Skrutinium noch zwei (statt eines) Abgeordnete gewählt: die Anwälte Steckinger und Heintz. Graf Hegnenberg hat für die An angenommen; ein Bierbrauer tritt an seine Stelle in Augsburg. Die „Regensburger Zeitung" klagt darüber, daß die Unentschiedenheit der städtischen Wähler die Wahlen zuletzt in die Hände der ländlichen Wähler gebracht habe. Diesen habe eine fromme Gesellschaft und der Adel eingeredet, es werde sich beim nächsten Landtag hauptsächlich um Dreierlei handeln: um Waldstreu, Christenthum und Wegedanten, weshalb sie einen Forstmann, einen Baubeamten und einen Pfarrer wählen müßten — wie es denn auch geschah. Wahrscheinlich glauben einige Agitatoren in München, daß man einem solchen Volke Alles einreden könne, sogar den Glauben an die Möglichkeit einer Republik Oberbaiern und Oberpfalz!

† **Aus Baden**, 12. Dez. *) Die medizinische Fakultät in Heidelberg hat sich langeher in einem ziemlich gleichmäßigen Flor

*) Vergl. Nr. 316, 323, 325, 329.

erhalten. Die zusammenwirkenden Kräfte der befreundeten Celebritäten, die seit lange den Steck dieser Fakultät bildrn, hatten diesen wohlthätigen Einfluß; dazu kam unter der kurzen curatorischrn Leitung v. Steagels der glückliche Geist in der Berufung Pfeufer's und Henle's. Hier sind deshalb in der Besetzung der Professuren die wenigstrn Lücken zu bemerken. Nur für die anatomisch-physiologischen Studien wäre eine Verstärkung wünschenswerth. Da Tiedemann nicht mehr liest und auf seinen Rückzug denkt, so hat Henle die Fächer der allgemeinen und speciellen, der vergleichenden und pathelagischen Anatomie, der Physiologie und allgemeinen Pathologie zu vertreten. Er hat diesen noch die Anthrapalagie hinzugefügt, ein Kollegium, durch das er Kenntniß und Interesse an der Physialegie unter Nichtmedizineen und Laien auszubreiten sucht. Dieser Thätigkrit ist drr treffliche Mann wahl gewachsen, nichts destoweniger würde eine unterstützende Kraft thm und der Fakultät zu Gute kompen; wenigstens war hier nachzubessern viel wichtiger, als in dem Fach der gerichtlichen Medizin, für das man unlängst, aus iegrnd einer Nebrnrücksicht, wo Heidelberg immer aushrlfen muß, einen Physikatsarzt dorthin oersetzte, ber, des Lesens unkundig, voraussichtlich ohne Eefalg blieb, und zu vielen nutzlasen Lasten Heidelberg eine neae auflegte. Die medizinische Fakultät in Heidelberg hat durch viele Jahre den Kampf mit andern, zum Theil benachbarten Unioersitäten aushalten können, welche durch ihee graßen Anstalten an und für sich ein mächtiger Anziehungspunkt für die Mediziner sind. Man hat sich aber auf dies persönliche Uebergewicht zu lange oerlassen und sowohl von Seite der Regierung als der Fakultät zu viel nothdüestig Aufbessernbrs, zu wenig Gründlich-Bleibendes für die Anstalten gethan, ahne deren reichliche Ausstattung das Gedeihen einer medizinischen Fakultät immer etwas Zufälliges habrn wird. Die eigentliche Grundlage der medizinischen Studien, ein hinlänglich großes Hasvital, fehlt in Heidelberg, es fehlt nicht etwa deshalb, weil dazu nicht hinlängliches Material oorhanden wäre, sondern deshalb, weil die Vaesteher ber Kliniken in den zwanzig und mehr Jahren ihrer Thätigkeit, zufrieden mit ihren klinischen Anstalten, ein Hospital zu gründen außer Acht ließen. Die medizinische und chirurgische Klinik sind nur durch ein zufälliges Zusammensein in Einem Haupte oerbunden, sonst ohne allen inneren Bezng zu einander. Auf bie ambulatorische Klinik, welche nue ein Lückenbüßer sein sallte, ist ber größte Werth griegt; eine prinzipirlle Scheidung medizinischer und chirurgischer Kranken findet nicht Statt, so daß man auf der medizinischen Abtheilung fast immer chieurgische Kranke, und wähtenb der chirurgisch-klinischen Konsultationsstuade regelmäßig mehr mebizinische als chirurgische Patienten sieht. Man glaubt sich hierbri in die Anfänge des klinischen Unterrichts zurückversetzt. Durch die Berufung Pfeufer's ist eine zweite medizinische Klinik entstanden, wrlche den größten Theil ihree Kranken vom Lande erhält; es sind deshalb meistens chronische Kranke. Nur ausnahmsweise sind säamtliche (25) Brtten besetzt; häufig ist bie Anstalt leer an bedeutenden Kranken, so daß der Lehrer nur mit Anstrengung das Intereffe der Hörer rege halten kann; die wissenschaftliche Ausbeute für ihn selbst, von so entscheidendem Einfluß auf das Ansehen und die Blüthe einer Fakultät, ist sehr dürftig. Dies ist aber um so mehr zu bedauern, als am Krankenbette gerade die eigentliche Stätte für Pfeufer und die ihm eigenthümlichen ärztlichen Gaben ist. Seine wohlgemrinte Beeufung hat, bei unoerhältnißmäßigem Nutzen für die Studirenden, eigentlich nur zu einer neuen, höchst unerspreßlichen Zersplitterung des klinischen Materials geführt. Es ist daher dringende Pflicht der Regierung, die vorhandene Unterlage zur Organisation eines wirklichen Hosvitals zu benutzen, was ahne große Geldopfer geschehen könnte. Es dürfte dabei auf irgend welchen partikularen Widerstand, der etwa eine abgesanderte unabhängige klinische Abtheilung mit autonamer Gewalt retten möchte, natürlich keine Rücksicht genommen werden. Ein Uebergang aus den drei klinischen Anstalten zu einem waheen Hosvitale für die Stadt, das umliegende Land und erkrankte Durcheelsende wird füe den Flor der mebizinischen Fakultät die alleinige nachhaltige Garantie geben. Es müßte aber dieser Plan nicht von der Regierung allein, sondern gemeinsam mit dee Heidelbergrr Gemeinde aufgenammen und ausgeführt werden. Vorläufig wäre nothwendig, durch eine Kommission die Mittel und die Art der Verwaltung der drei Kliniken zu untersuchen. Man würde sich dabei überzeugen, daß die Mittel keineswegs gremg sind, daß sie zu viel größeren Leistungen, als den bisheeigen, ausreichen würden, wenn man durch eine gemeinschaftliche Verwaltung die gegenwärtig bestehende kostspielige Zersplitterung beseitigen wollte. Man würde auch bei der Gelegenheit erfahrrn, daß, während die beiden medizinischen Kliniken einen Theil ihrer Kranken in Dachstübchen unterbringen müssrn, welche sich bei jedem Krankenbesuche vollkommen ausfüllen, ein ganzer Flügel des ersten Stackwerks für Privatkranke eingerichtet ist, deren Aufnahme vielleicht dem Direktor, gewiß aber nicht dem Unterrichte zu Gute kammt. Wie unverantwortlich sieht es, nm biesen Punkt hier schließlich mit ein paar Worten zu berühren, mit allen Anstalten in Heidelberg überhaupt aus! Das physikalische Kabinet ist in den Händen des früheren Oedinarius in einer Weise versunken, die nur bei dem herkömmlichen völligen Mangel an aller Aufsicht und Kantrole über die Direktoren der Laboratorien, Anstalten und Sammlungen und ihrer Verwendung der öffentlichen Gelder möglich ist. Die zaologische Sammlung ist wegen Mangel an Raum seit Jahren nicht mehr aufzustellen; auch jetzt wird diesem Uebelstande vielleicht noch nicht abgeholfen werden, da die Geldklemme so weit geht, daß selbst die geringen Ueberzugskosten in das neue anatomische Gebäude nicht zu erschwingen scheinen. Eine mineralogische und Petrefakten-Sammlung besitzt die Uniaersität nicht; sie sind bis jetzt Privateigenthum der Lehrer. Für eine mineralogische Sammlung ist seit beiläufig zwölf Jahren ein jährliches Aaeesum ausgesetzt. Es blieb unaerwendet, weil es dem Ordinarius so beliebt, weil er eine Sammlung besitzt, die er dem Staate gern für die Kleinigkeit von 20,000 fl. abtreten möchte. In allen diesen Dingen hätte das Kuratarium längst mit der schärfsten Entschiedenheit in's Mittel treten sollen.

Die Artikel, bie ich Ihnen einsende, scheinen in Heidelberg die wohlthätige Sensation zu machen, die ja nothwendig ist, wenn sie etwas Gutes stiften sallen. Lassen Sie sich durch Reklamationen nicht irren. Was ich Ihnen schreibe, ist die nackte Wahrheit. Wenn zu Gunsten des Unioersitätsamtmannes eine Untersuchung angeorbnet wird, so soll es Ihnen an Material nicht fehlen; auch bin ich allenfalls bereit, Ihnen den Handel abzunehmrn, denn man irrt sich sehe, wenn man glaubt, ich scheute mich zu nennrn. Es sind viel einfachere, für den Verständigen in der Natar dee Artikel liegende Gründe, die mich bewegen, nicht ahne Noth mit Namen vorzugehen. In Bezug auf das Amt habe ich nur Andeulungrn gegeben, nicht oalle Thatsachen erzählt; alle Andeutungen sind „mehr oder weniger unrichtig", wie Ihr # Heidelberger Kaeresponbent in Nr. 329 sagt, denn sie sind der Auslegung sähig; birs mehr oder weniger aber möchte der beteoffeaen Stelle sehr empfindlich sallen, wenn die Andeutungen wirklich erst thatsächlich interpretirt werden sollten. In unserer Karlsruher Zeitung lese ich gleichzeitig folgende Erklärung: „Die in Nr. 325 der Deutschen Zeitung enthaltene Darstellung der Zustände der Heidelberger Unioersitätsbibliothek wird von der Bibliotheksoerwaltung andurch für eine böswillige Entstellung des wahren Thatbestandes und für ein Gewebe oan grundlosen Anschuldigungen und Verdächtigungen erklärt." Ich kann hierauf nicht antworten, bis man mir sagt, wo entstellt, wo Böswilligkeit, wo Verdächtigung ist, und welche Anschuldigungen grundlos sind. Es sind in dem Bibliotheksartikel eine Anzahl Namen oerdruckt und ich glaube, Ein Irrthum ist in meine Angaben eingeschlichen. Irren kann Jebee, doch mache ich mich anheischig, dee Bibliatheksaerwaltung für jeden Irrthum, den sie mir nachweist, zehn, ja zwanzig neue begründete Anschuldigungen vorzulegen. Man legt hier nur Muster aus, das eigentliche Lager ist nach gar nicht berührt. Man plänkelt und recognoscirt; jeder Uneingeweihte in H. weiß, daß viel grobes Geschütz, und jeder Eingeweihte in K., daß viel feines Pulver noch gar nicht gebraucht ist. Sei man denn aorsichtig mit Ausfällen; man möchte auf Minen und Batterien zugleich stoßen.

† Aus Baden, 13. Dez. Die juristische Fakultät war herkömmlich immer die erste an Zahl und Bedeutung in Heidelberg; Jurist und Student war im Volksmund gleichbedeutend. Wenn aber ein Curatorium den höchstmöglichsten Flor der Unioersität im Ganzen in's Auge faßte, so würde es Alles thun, um die philosophische Fakultät zu heben; sie ist und bleibt die eigentliche Stätte des wissenschaftlichen Geistes und in ihr muß das Gegengewicht ruhen, von dem die Gefahr der Vernüchterung und Unwissenschaftlichkeit in den praktischeen Fakultäten aufgewogen wird. Für diese Fakultät ist seit langen Zeiten so gut wie nichts gesche-

Digitized by Google

hen, und gewiß ist keine solche Korporation in ganz Deutschland, die trotz aller Tüchtigkeit der Einzelnen im Ganzen ein solches Bild der Veraltung, der Zurückgebliebenheit darböte, wie sie. Hier muß von der Wurzel aus umgepflanzt und von allen Seiten her beschnitten und Luft geschafft werden, wenn ein Gewächs entstehen soll, das Freude und Nutzen bringt. Was das Fundamentalfach, die Philosophie selber, angeht, so wollte sie nie recht heimisch in Heidelberg werden; selbst in der glücklichsten Zeit der Restauration konnte Hegel da nicht gedeihen. Es hat jede Universität ihre eigene Atmosphäre; vielleicht widerstrebt die spekulative Philosophie der dortigen; wir sehen kein so großes Unglück dabei, wenn Heidelberg in diesem Gebiete nicht mit Berlin konkurriren kann. Aber dies soll freilich den bestehenden Zustand nicht entschuldigen. Keine Philosophen zu haben, würde Heidelberg den Schaden bringen, keine Philosophie zu haben; das wäre schlimm genug; aber eine Philosophie voll schlimmer Wirkungen zu haben, das ist schlimmer. Seit Jahrzehnten wird in Heidelberg mit der Philosophie Dilettantismus getrieben. Der vorige Ordinarius war ein protestantischer, der jetzige war ein katholischer Theolog; in das mangelnde Fach schoben sich neuerdings Orientalisten und Archäologen ein; neben der Universität gibt jetzt Feuerbach Gastrollen, der eine dilettantische Philosophie systematisch betreibt. Wir haben gegen die freigeistigen Lehren dieser Männer nichts, sobald sie in wahrhaft wissenschaftlichem Geist und Methode gelehrt werden, aber als eine gelegentliche Weisheit in der gelegenen Stunde der offenen Konkurrenz um des Vortheils und der Popularität willen vor einer ohnehin aufgeregten Jugend gelehrt, müssen sie eine Brut von Verwilderung in dem Gedanken-Systeme des nachwachsenden Geschlechtes zeugen, vor der uns in Gedanken schon graut. Vollends wenn den Lehrern dieser Farbe so völlig kein Gegengewicht gegeben ist. Der Ordinarius der Philosophie gehört nicht zu diesen Wühlern, aber er auch ist kein Mann vom Fach. Es ist in Heidelberg seit Jahren stadtkundig, daß er einmal gegen einen fremden Philosophen äußerte, die ganze Philosophie seit Aristoteles bis auf Hegel sei eine einzige Duselei gewesen!! Am Hofe der Philosophie kann man ein solches Majestätsverbrechen höchstens Dem verzeihen, der die Rolle des lustigen Rathes spielt. Diese freilich sehr veraltete Rolle spielt jener Mann, wie gleichfalls in Heidelberg Jedermann weiß, in seinen Vorlesungen über Faust alljährlich einmal. In seinem ungedruckten Werke über diesen Gegenstand sieht man diese Seite seiner Philosophie nicht so unmittelbar heraus, ihr gleichfalls sehr veraltetes scholastischer Charakter blickt desto greller daraus hervor. Auch in den Doktorpromotionen, zu deren philosophischem Theile der Ordinarius in Privatissimis vorbereitet, tritt dieser Charakter heraus. Es würde uns nicht schwer sein, von einem Offenherzigen unter den vielen Promovirten das Protokoll eines solchen Examens zu erhalten; die Welt würde erstaunen, auf welche Antworten im philosophischen und historischen Fache die Fakultät die Doktorwürde ertheilt; aber noch viel mehr würde sie über die Fragen erstaunen, die in jenem erfteren Fache vorgelegt werden! Wir können auf Niemanden einen Tadel werfen um seines Talentes und um der Richtung seiner Studien willen; aber die Universitätspflege trifft eine gerechte Schmach, die mit der Wissenschaft solch ein Unwesen treiben läßt. Hier ist es wahre Sparsamkeit, für Ruhegehalte zu verschwenden. — Ganz so verhält es sich mit der Heidelberger Philologie, von der man bei irgend einem Mann vom Fache auswärts nur reden darf, um sogleich ein heiteres Gesicht zu sehen. Hier sollen die Lehrer der Gymnasien erzogen, hier soll der Keim aller höheren Bildung im Lande gelegt werden, in Heidelberg aber fehlen vielleicht, nicht die Männer einer großen Specialgelehrsamkeit, wohl aber die Naturen, denen die Schule des Alterthums eine praktische Schule der Weisheit wird, die sie befähigt, Pädagogen und gar Pädagogenlehrer zu werden. Das philologische Seminarium mit seinen 500 fl. Stipendien kann füglich nichts anders heißen, als eine Art akademischer Suppenanstalt. Die hiesige Regierung gab bei der Stiftung des Seminars das Geld in die Hand des Direktors, wie immer, ohne die Verwendung zu kontroliren; so wenig kümmerte sie sich um das Aeußere dieser Anstalt; wie es aber um Unterricht und Lehrerbildung darin bestellt war, das hat sie sich scheint's nie von einem der Zöglinge offen erzählen lassen. Denn sonst wäre ihr Stillsitzen unverzeihlich; so untergräbt man mit Wissen doch nicht leicht die ganzen Schicksale der künftigen Kultur eines Landes. Vor nicht lange kehrte Sprengel ein tüchtiger Philolog, aber ohne Erfolg als Lehrer, nach Mannheim zurück; an einen Ersatz ward nicht gedacht, als ob es noch so glänzend mit der Heidelberger Philologie bestellt wäre! Als Kreuzer abtrat, wäre die Berufung eines wahren Humanisten, eines Alterthumskenners von freiestem Geiste geboten gewesen, statt dessen dachte man ihn nur von archäologischer Seite zu ersetzen. Das war freilich das Wichtigste für eine Universität wie Heidelberg, wo kein Gypsabguß und keine Paste existirt. Man unterhandelte also; plötzlich trat ein Mann in die Fakultät ein, der nie Archäologie getrieben hatte, der Jahre lang aller Wissenschaft durch praktische Staatsthätigkeit entfremdet war! Die Fakultät widersetzte sich, aber man mußte einen ultramontanen Ministerrath los werden, man hatte einen wohlgefälligen Mann an seine Stelle zu bringen; Heidelberg muß also aushelfen. Das akademische Verdienst jenes Mannes bestand bisher darin, daß er vor wenigen Zuhörern las und jetzt abwesend von Heidelberg ist; gleichwohl bekam er eine Zulage, weil man ihm bei seiner Versetzung eine Entschädigung versprochen hatte. Diese Zulage ist seit Jahren das Einzige, was in der philosophischen Fakultät geschehen ist, es sei denn, daß der loyale Freischärler Rauschenplat zum Extraordinarius ernannt worden war! Man war ihm Dank schuldig, Heidelberg mußte also aushelfen. Wenn dann freilich erwartet wird, daß Heidelberg tüchtige Lehrer bilden und stellen soll, so fallen sie natürlich so aus, daß sie selbst zum Aushelfen in der Noth kaum zu brauchen sind. — Vor einigen Jahren stand es um die Geschichte in Heidelberg sehr versprechend; dies einzige Gut, das man hatte, ließ man zerrinnen. Schlosser liest nur noch wenige Stunden, Cortüm vor wenigen Hörern, Geromus und Hagen gar nicht mehr; Heußer allein vertrat das Fach mit frischen Kräften, und dies seit etwa zehn Jahren. Jetzt tagt er mit am Landtage und muß die Collegia nothwendig vernachlässigen. Was that man aber, um ihn an sie zu fesseln? dieser Mann, ein Mitglied der Münchener Akademie der Wissenschaften, hat noch keinen Pfennig Besoldung!! obwohl sich andere talentlose Leute schon durch siebenjähriges Warten Lea und Rahel verdienten! — Die Kameralwissenschaften sind nur durch Rau vertreten, dessen umfassender Kenntniß wir übrigens alle Achtung zollen; Höfken ist in Frankfurt und hat sich noch nicht als Lehrer versucht; Morstadt kann doch wohl nicht als ein Mann des Faches zählen. Eine Verstärkung wäre bei dem wachsenden vaterländischen Interesse an dieser Disciplin höchlich zu wünschen. — Die naturhistorischen Fächer haben in Bronn, Bischoff und Blum bekannte und anerkannte Vertreter. In Physik und Chemie arbeiten ausgezeichnete Kräfte. Das physikalische Kabinet in den Händen des trefflichen Jolly hat bereits angefangen der Experimentalphysik Früchte zu bringen, die es früher niemals getragen hat. Ein Blick in den Katalog lehrt, wie vernachlässigt auch der mathematische Zweig der philos. Fakultät ist. Die Anzeigen beschränken sich fast nur auf die Anfangsgründe, die in der Schule erlernt sein sollten. Von einer wissenschaftlichen Vertretung der Mathematik kann daher nicht die Rede sein, noch weniger von einer Schule, die sich um den Lehrer der Mathematik bilden mußte, von der aus dann die Lehrer an die Gymnasien ausgehen sollten, deren Wirksamkeit Zeugniß gäbe, daß die Mathematik wirklich das gerühmte Bildungsmittel des jugendlichen Verstandes sein, und nicht blos eine geistlose, mechanische Combinationslehre, die gerade die Fähigeren am entschiedensten zurückscheucht.

C **Mannheim**, 13. Dez. Man theilt uns aus zuverlässiger Quelle mit, daß die Behörde in Zweibrücken wegen bevorstehenden Unruhen Truppen requirirt habe, und deshalb auch welche dahin entsendet worden seien. Der Grund, aus welchem man die bevorstehenden Unruhen schließen wollte, soll die außergewöhnliche Ruhe gewesen sein; doch kann ich dies nicht verbürgen. — Abermals sprach man hier an mehreren Orten von einem Freischaareneinfall in's Badische von Frankreich aus; doch hat sich dieses Gerücht bis jetzt in keiner Beziehung bestätigt. — Es ist nun bei der Bürgerwehe ausgesprochen, daß der Kommandeur ein Linienoffizier sein soll und zwar wird, so viel uns gesagt, die Hälfte seiner Besoldung vom Staate, die andere Hälfte von der Stadt getragen werden.

* Der „Weser-Zeitung" wird bei Gelegenheit der bekannten Konflikte über den Geist in der schleswig-holsteinischen Armee folgendes geschrieben: „Die Stimmung des schlesw.-holst. Militärs ist eine entschieden vaterländische (antidänische), aber auch eine antipreußische und, nach einzelnen Symptomen zu

netheilen, vielfach den republikanischen Tendenzen offen. Die demokratischen Vereine im Lande (namentlich in Altona, Kiel, Barmstedt, Rendsburg u. s. w.) tragen auch das Ihrige dazu bei, die Soldaten zu republikanisiren und der Haß der Gemeinen und Unteroffiziere gegen ihre Offiziere wächst in einem wirklich gefahrdrohenden Grade. Dies stammt hauptsächlich daher, daß viele preuß. Offiziere, zum Theil von reaktionairer Gesinnung, im Heere geblieben sind, daß General von Bonin nicht bloß schleswig-holsteinischer Generallieutenant und Reichsgeneral, sondern zugleich auch noch immer k. preuß. Generalmajor ist und daß noch bei den alten schlesw.-holst. Offizieren das frühere dänische Korporalstockregiment in hohem Ansehen steht. Die neueingetretenen Soldaten, zum Theil Söhne reicher Bauern, Studenten, Turner, Freischärler des früheren v. d. Tann'schen Korps (die letzteren besonders zahlreich im 9. Bataillon) lassen sich aber nicht so leicht und willig mehr kommandiren und maßregeln, wie es vor 1848 bei der dänisch-dressirten schleswig-holsteinischen Soldateska der Fall war.

** Aus Schleswig-Holstein, 11. Dez. Die Aufregung in den Herzogthümern ist sehr groß, obgleich man in Rendsburg das kriegsrechtlich gefällte Urtheil nicht publicirt hat, da ein Formfehler vorwaltet; es ist ein neues Kriegsgericht gebildet worden und die Prozeßverhandlungen werden auf's neue beginnen. Das erste gefällte Urtheil soll sehr streng gewesen sein, so streng, daß man die Publicirung desselben nicht gewagt hat. Unsere alten Kriegsgesetze (neue haben wir noch nicht) sind dänisch und sehr streng, nichts weniger als dem Zeitgeiste anpassend. Manches ist heut straflos, welches vor einem Jahr noch ein Verbrechen war. Die Besatzung Rendsburgs ist jetzt bis auf 4000 Mann erhöht worden, da man alle süddeutschen Truppen dort konzentrirt hat. Die Badenser sollen schon Marschordre nach Hause erhalten haben und werden nun durch Hannoveraner ersetzt, welche bereits theilweise in Altona eingetroffen sind. — Die Vereine der Herzogthümer haben an die gemeinsame Regierung zwei Petitionen eingereicht, die erste verlangt, daß dieselbe bei dem Parlamente in Frankfurt die Rückberufung Stedmann's fordere und dagegen Herrn Dahlmann als Reichskommissär hierher sende. Die zweite fordert die Einberufung der Landesversammlung.

Großbritannien.

*London, 11. Dez. Zu dem interessanten Wahlkampf im Westdistrikt von Yorkshire gesellt sich gegenwärtig noch ein zweiter in Leominster, dessen Vertreter im Parlament, Hr. Barkly, bekanntlich zum Gouverneur von britisch Guyana ernannt worden ist. Es treten hier drei Kandidaten in die Schranken: Friedrich Peel, zweiter Sohn Sir Roberts, Sir Edward Bulwer Lytton, früheres Parlamentsmitglied für Lincoln, bei den letzten allgemeinen Parlamentswahlen eine der durchgefallenen Notabilitäten (wie Roebuck und Macaulay), endlich als der dritte Hr. J. G. Phillimore, Rechtsgelehrter im Oxforder Distrikt, Sohn des geachteten Dr. Phillimore. Sämmtliche drei Kandidaten haben Adressen an die Wähler erlassen. Die nichtssagendste derselben ist die Frederic Peel's, der wahrscheinlich, wie John O'Connell, nur das Verdienst hat, der Sohn eines berühmten Vaters zu sein. Bedeutsamer ist diejenige des Novell-schreibers Bulwer, der sich besonders für Kindererziehung und Armenbeschäftigung ausspricht als die besten Mittel, Bajonette und Barrikaden in England unnütz zu machen. Bulwer erklärt ferner in dieser Adresse, vom Hofe und ministerieller Gunst unabhängig zu sein, wenigstens die Menschen als die Maßregeln im Auge haben zu wollen, aber auch an den Hauptprinzipien der englischen Verfassung, die es allein möglich gemacht, daß England unter so großen Stürmen unerschüttert geblieben, mit Eifersucht festzuhalten. Der radikalste von den dreien ist Phillimore, der sich in einigen Stücken der Hume-Bright-Cobden'schen Schule (der sogenannten Schule von Manchester) anzuschließen scheint. Er fordert unter anderm Ausdehnung des Wahlrechts, geheime Abstimmung, Volkserziehung nach einem umfassenden Plane, Reinigung der Gesetze, namentlich der Kriminalgesetze, von dem Wust antiquirter Formalitäten, Entfernung der Bischöfe aus dem Oberhause, kirchliche Reformen, Ersparungen aller Art u. s. w. Inzwischen fahren die Kandidaten für den Westbezirk von Yorkshire mit ihren Rundreisen fort. Am 8. Dez. trat der mehr konservative Kandidat, Hr. Denison, der übrigens ein Freihändler ist, vor einer Versammlung von Wählern und Nichtwählern in der Musikhalle zu Sheffield auf. Unter den Anwesenden befand sich eine große Menge Chartisten, die mehemals einen furchtbaren Lärm erhoben, als Herr Denison erklärte, für Abschaffung oder Verringerung der Kirchenabgaben und des Kirchenguts nicht stimmen zu können. Hr. Denison behielt trotzdem seine Gemüthsruhe und fuhr fort: „Das Kirchengut gehört nicht euch, folglich wenn ihr es der Kirche nehmt, begeht ihr einen Raub. Ja, ich gehe noch weiter und behaupte, wenn ihr mit der Kirche anfangt, so werdet ihr euch auch am Staate und weiterhin noch an andern Instituten dieses Landes vergreifen", worauf die Chartisten laut riefen: „Das ist's ja gerade, was wir wollen!"

Aus Irland die alten Hiobsposten. Politisch ist das Land ruhig, während die soziale Auflösung fortschreitet. Man begreift kaum noch, durch welche Mittel es gelingt, wenigstens äußerlich einen Schein von Ruhe zu erhalten. Allerdings beschränkt sich die größte Summe Elends nur auf einen, freilich bedeutenden Theil der Insel, der durch Anhäufung von Truppenmassen und Konstablerie einigermaßen in Ordnung gehalten wird, wenn von Ordnung da die Rede sein kann, wo man die Steuern nicht eintreiben kann, ohne ganze Kompagnieen von Militär und Polizeimannschaft in Bewegung zu setzen, wo die Gutsbesitzer ganze Dorfbevölkerungen aus ihren Wohnungen austreiben und diese Wohnungen dem Erdboden gleich machen, wo die Pächter dagegen wieder über Nacht alles Ihrige verkaufen und mit dem Erlös, ohne Steuern und Pacht zu bezahlen, truppweise nach dem nächsten Hafen ziehen, um sich nach Nordamerika einzuschiffen. So dehnt sich jetzt, namentlich in Süd-Tipperary, die Verarmung auch auf den Landadel zweiter Klasse aus, der auf diese Weise um seine Gutszinse gebracht wird, und es scheint kaum eine Hyperbel zu sein, wenn ein Korrespondent bemerkt: „Sollten die Dinge so noch weiter fortgehen, so ist kein Zweifel, daß die grüne Insel, wie man Irland nennt, noch grüner werden wird, indem aus Mangel an Kapital und Arbeit ihre Kornfelder Weideland, ihre Hügel Schafweiden werden müssen. Daß die Entvölkerung in Folge der Auswanderung und des Sterbens (Hungertode sind gar nicht selten und Tode in Folge unverdaulicher und mangelhafter Nahrung häufig) reißende Fortschritte macht, ist ein unwiderlegliches Faktum, weshalb auch die Liebe zum Heimathland fast gänzlich abgestorben ist, und von der Bevölkerung nur diejenigen zurückbleiben, welche zu gehen nicht mehr im Stande sind."

Spanien.

Madrid, 5. Dez. Die heutigen Journale enthalten das bereits von uns angezeigte königl. Dekret, durch welches dreitägige feierliche Gebete angeordnet werden, um Gott anzuflehen, die Kirche und den Kirchenfürsten bald aus ihren Nöthen zu erlösen. — Es hat viel Aufsehen erregt, daß der britische Konsul in Cadix, sowohl bei dem Leiche, als bei einem Diner, welches der Herzog und die Herzogin von Montpensier bei ihrer Ankunft daselbst gaben, anwesend war. Man vermuthet, England habe seine Politik gegen Spanien geändert. — Das Kabinet Narvaez findet viele Schwierigkeiten und wird wohl, vielleicht noch vor der Zusammenkunft der Kammern, durch ein anderes unter Gonzales Bravo ersetzt werden (?).

Oesterreichische Monarchie.

Brody, 4. Dez. Wie dem C. Bl. a. B. geschrieben wird, zogen sich die bisher hart an der Grenze aufgestellten russischen Truppenmassen von den nächsten Grenzstädten zurück und werden, wie es heißt, sich noch weiter zurückziehen. Man bringt dies in Verbindung mit der Anwesenheit eines Adjutanten des Kaisers Nikolaus in der Grenzstadt Radziwilow. Eine andere Kombination ist die, daß die Monate lang dicht an der Grenze aufgestellten Truppen sich jetzt nach der Einnahme Wiens alsbald zurückziehen. Dagegen rücken in der Moldau, in der Nähe des ungarischen Krieges, die Russen stets näher an die Grenze. Man will auch wissen, jener Adjutant habe den Auftrag gehabt, dem General v. Hammerstein, dem Kommandanten von Lemberg, einen russischen Orden zu überbringen.

Italien.

Der „Tempo" führt einige Aeußerungen des Papstes an, welche wohl verdienen erwähnt zu werden. Den Syndiken und der Municipalität von Gaeta, welche sich als Deputation zu ihm begaben, antwortete er: Der Wille des Allerhöchsten ist unerforschlich. Ich hatte nicht beschlossen, nach Gaeta zu kommen, und jetzt hat mich die Gastfreundschaft Eures guten Königs daselbst

Digitized by Google

festgehalten. Ich hoffe, mein Aufenthalt hier wird der Christenheit angenehm sein. Möge er dazu beitragen, uns die Ruhe wieder zu geben, deren wir so sehr bedürfen. Um 11 Uhr begab sich Pius IX. in die Hauptkirche, wo er folgende Worte an die zahlreichen Anwesenden richtete: Bemerkt diesen Tag wohl, meine Kinder. Die von mir, dem Vikar Jesu Christi, unwürdig repräsentirte Kirche wird in stürmischen Stunden erkannt, wenn sie, wie heut zu Tage, von den Feinden Gottes verfolgt wird. Mögen diese Begebenheiten Euch im Glauben befästen und Euch neue Kräfte geben, um ihn zu unterstützen. Nachdem der Papst hierauf in einem großen Zuge zu seinem Pallaste zurückgekehrt war, soll er nach dem Tempo zu dem neapolitanischen Staatsministerium, welches zum Fußkusse zugelassen wurde, gesagt haben: Die Fürsten hätten alles Mögliche für die Völker gethan, aber diese verlangten zum Theil, was ungerecht wäre und hielten ihr Herz gegen jeden Lichtstrahl hartnäckig verschlossen. Dasselbe Blatt erklärt nun, die Stunde der Gerechtigkeit habe geschlagen und die Hand des Herrn für die Kirchenschänder erhoben! — Nach einer von dem ministeriellen Nazionale (4. Dez.) gegebenen Nachricht wäre Palermo nach einem dort stattgehabten Reaktionsversuche von der sicilianischen Regierung in Belagerungszustand erklärt worden.

In Turin dauerte am 9. Dez. die ministerielle Krisis fort. Gioia, Moffa hatte kein Portefeuille annehmen wollen, an Vincenzo Gioberti hatte sich der König, zum Aeger der Concordia, bis dahin gar nicht gewandt!

** **Rom**, 5. Dez. Die hiesige Krisis scheint schneller zu Ende zu gehen, als sich dies erwarten ließ. Die vom Papst durch seinen Protest vom 27. Nov. eingesetzte Regierungs-Commission zieht sich in Bologna um den wackeren und unerschrockenen General Zucchi zusammen, welcher sich sämmtlicher Truppen versichert hat. Es war daher einer der gemeinen Kniffe der revolutionären Faction, als sie ausspeengte, die Mitglieder derselben hätten, um nicht annehmen zu müssen, die Flucht ergriffen. Sie scheinen im Gegentheil fest entschlossen zu sein, dem gegenwärtigen deplorablen Zustand rasch ein Ende zu machen. Da der Finanzminister seinen Abschied genommen hat, Finanzoperationen auch ohnedies im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sein würden, da die Kassen leer sind, und ein Ausfall von 600,000 Scudi, welcher noch vor Jahresschluß gedeckt sein muß, nicht gedeckt werden kann, da Bologna die laufenden Geldsendungen einem revolutionären Ministerium zu liefern weigert, so würde die politische Komödie auch ohnehin bald ein Ende haben. Da nun aber die Anzeichen einer bewaffneten Intervention immer deutlicher vernommen werden, da das seit diesem Morgen verbreitete Gerücht von dem Erscheinen französischer Schiffe vor Civitavecchia Wahrscheinlichkeit gewinnt, da die gesammte Diplomatie um Pius IX. protokollfertig vereinigt ist, so wird allernächst wohl ein entscheidender Streich erfolgen. Unterdessen predigt Pater Ventura politisch-theologischen Wahnsinn zum Andenken an die 6000 (!) in Wien gefallenen Studenten und entwirft von dem alten System ein Gemälde, wie es nur religiöser Fanatismus concipiren kann. Unsere Frommen, die, wenn er den Protestantismus einen Schößling des Heidenthums nannte, begeisterungsvoll an seinem Munde hingen, kreuzigen sich — den Segen erhalten sie von dem tollen Pfaffen, von dem der Liberalismus mehr zu leiden hat, als von seinen erbittertsten Feinden.

Schweiz.

Ueber die Beilegung der Differenzen mit Deutschland bemerkt die „Basl. Z.": „Der Bundesrath verdient den warmen Dank jedes Vaterlandsfreundes, daß er durch weises Einlenken, ohne der Ehre des Vaterlandes zu vergeben, dieses Resultat möglich gemacht. Diejenigen Eidgenossen, welche die Schmälerung der Kantonalsouveränität nur ungerne gesehen haben, werden sich am ehesten damit befreunden, wenn sie sehen, daß man vorab mit Ernst darauf bedacht ist, die grellsten, das Wohl des Ganzen gefährdenden Mißbräuche, die mit der Kantonalhoheit getrieben wurden, abzuschneiden. — Weise Selbstbeschränkung ist überdies besser, als auswärtiger Schutz."

Der Verf.-Frd. berichtet: „Auch der preußische Gesandte soll nunmehr auf das Notifikationsschreiben des Bundesrathes in Betreff der Neugestaltung der schweizerischen Bundesverfassung geantwortet haben, sein Antwortsschreiben aber eine Verwahrung in Betreff Neuenburgs enthalten.

Bern, 9. Dez. Die großen Räthe sämmtlicher zur Diöcese Lausanne und Genf gehörenden Kantone haben die Konferenzbeschlüsse von Freiburg genehmigt, nach welchen Bischof Marilley abgesetzt, und die Wahl des neuen Bischofs den Diöcesanständen vorbehalten wird. (Schw. M.)

Bern, 11. Dez. Der wegen seiner russisch-panslawistischen Tendenzen und Schriften so oft in der deutschen Presse besprochene Panslawist Graf A. v. Gurowski hält jetzt öffentliche Vorträge über politische Oekonomie an der hiesigen Hochschule. (O.-P.-Z.)

Niederland.

* Wie das Handelsblad aus „glaubwürdiger" Quelle meldet, hat Hr. Baud, der nicht eben zu den beliebtesten Ministern gehörte, auf sein Ansuchen die Entlassung als Minister der Kolonieen erhalten. An seine Stelle ist Hr. Ryk, bisheriger Marine-Minister, getreten, und zum Marine-Minister der Vice-Admiral van den Bosch ernannt worden. — Der Ausfall der Wahlen ist insofern noch ungewiß, als mehrere Wahlkollegien denselben Abgeordneten ernannt haben und zu einer neuen Wahl schreiten müssen. So hat Prof. Thorbecke, der unter dem alten Systeme nur zeitweilig und nach hartem Kampf in den Staaten seiner Provinz durchgesetzt werden konnte, jetzt in fünf Wahlbezirken die meisten Stimmen erhalten. Eine glänzende Genugthuung für diesen ausgezeichneten Mann. Werden alle Doppelwahlen in dem frühern Geist erneuet, dann ist eine ganz entschieden freisinnige Mehrheit in der zweiten Kammer zu erwarten. Auffallend ist, daß die Wahlen in den drei großen holländischen Städten, wo der Wahleensus am höchsten ist, die Fortschrittspartei am wenigsten befriedigen, und natürlich läßt der Unmuth darüber sich auf manche Weise an der Kleingeisterei und Gespensterfurcht der reichen Bourgeoisie aus. Selbst das Handelsblad zieht jetzt gegen den hohen Census des vorläufigen Wahlreglements zu Felde, nachdem dessen schlimme Wirkungen durch die Wahlen der großen Städte aufgedeckt worden seien, wo auf 45,000 Seelen nur 450 Wähler kommen, einer auf 100. Allein das scheint fast nur ad captandam Benevolentiam des liberalen Publikums zu geschehen, da doch eben das Handelsblad jenen Wahlmodus früher verfochten hat. Das Blatt sollte das Zeichen der Fledermaus an seiner Stirn tragen. Die Wahlen zu Rotterdam, die auf die HH. Ryckewerfel und Dr. Monchy gefallen, mißfallen am meisten.

Belgien.

Brüssel, 11. Dez. Der König hat gestern in feierlicher Audienz den dänischen Bevollmächtigten in London, Grafen Reventlow, empfangen, welcher von seinem Hofe mit einer besonderen Sendung in Belgien, wie in Holland beauftragt ist.

Neuestes.

* **Paris**, 12. Dez. Die Abstimmung ist hier und so weit die Nachrichten aus den Departementen hier angelangt sind, auch dort in Ruhe vor sich gegangen. Die Theilnahme war ungemein groß. Man rechnet, daß nahe an 8 Millionen Stimmen abgegeben wurden. In der Bannmeile unserer Stadt waren, wie verlautet, 20,000 für Ludwig Napoleon, 12,519 für Cavaignac, 4586 für Ledru Rollin und 2632 für Raspail. In Orleans für L. N. 8000, für C. 4000. In Rouen für L. N. 23,681, für C. 3784. In Versailles für L. N. 22,000, für C. 12,000. In Dieppe für L. N. 1142, für C. 1444. In Lille für L. N. 9000, für C. 21,000. In Bourges für L. N. 5000, für C. 600. In Fontainebleau für L. N. 2778, für C. 1000. In Pithiviers für L. N. 1980, für C. 173 ꝛc. Hier wird als Resultat von 11 Arrondissements (wir haben deren 12) mitgetheilt: Cavaignac habe 62,000 und L. Napoleon ungefähr die doppelte Anzahl Stimmen erhalten. In Amiens sollen sich vier Fünftel der Wähler für letzteren erklärt haben. In der Section Hangirt, sagt die Gazette de France, hätte derselbe 986 und Cavaignac 81, in der Section Allvnoille 230 und Cavaignac 1 Stimme. In Château roux (Indre) erhielt Cavaig. 453, Napoleon 292, Ledru-Rollin 950, in St. Germain Cavaignac 913, Ledru-Rollin 57, Ludwig Napoleon keine Stimme. Die Mehrheit ist indeß ziemlich entschieden. Die Patrie (freilich keine zuverlässige Quelle) will bestimmt wissen, der Minister des Innern werde demnächst einen Gesetzesvorschlag zur Schließung aller Clubs vorlegen.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 15. Dez. Verfassungsgebende Versammlung der freien Stadt. Deutschland und die österreichische Regierung. Rücktritt des Hrn. v. Schmerling. Reichsoberhaupt und deutsche Einheit.) Wien (Tagesnachrichten. Der Patriarch Rajachich.) Berlin (Der Belagerungszustand. Die Wahlen. Das Ministerium.) Köln (Armirung der Festung.) München (Hr. v. Lyknder an Hrn. v. Closen's Stelle nach Frankfurt.) Leipzig (Ausfall der Wahlen.) Aus Schleswig-Holstein (Gen. v. Bonin und die preußischen Offiziere verlassen den Dienst.)

Großbritannien. London (Ankunft des Grafen von Reventlow und des Friedensunterhändlers Treschow. Günstiger Stand der Verhandlungen für Dänemark.)

Frankreich. Paris (Die Zustände in der Hauptstadt. Ministerliste Ludwig Napoleon's. Die Journale.)

Italien. (Die vom Papst eingesetzte Regierung nach Bologna. Das Ministerium Galletti in Auflösung. Die Franzosen vor Civita vecchia, österreichische und neapolitanische Corps im Aufbruch gegen die päpstlichen Grenzen. Deputation der Deputirtenkammer nach Gaeta.)

Schweiz. (Beschränkung des Personenverkehrs an der Grenze.) Bern (Republikanischer Wehrbund. Klosteraufhebung. Die Grenzsperre.)

Pariser Börsenbericht (Vom 9. Dez.)

Frankfurter Börsenberichte (Vom 13. Dez.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 15. Dezember.

Tagesordnung der 136. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte.

Der Vorsitzende, Heinrich v. Gagern, zeigt den Austritt des Abgeordneten Gerstner aus Böhmen an. Sodann wird eine längere Reihe von deutschen Buchhandlungen namhaft gemacht: Jul. Baumgärtner in Leipzig, Dumont-Schauberg in Köln, Flammer und Hofmann in Pforzheim, sämmtliche Buchhändler Frankfurts, welche der Reichsbibliothek eine beliebige Auswahl aus ihren Verlagswerken zur unentgeltlichen Verfügung stellen. Moritz Hartmann aus Leitmeritz fürchtet, die Auswahl werde durch Fachmänner und mithin einseitig geschehen. Daher beantragt er, es solle dem Bureau eine Kommission für die Bibliotheksangelegenheit zur Seite gesetzt werden. Wird genehmigt und den obigen Buchhändlern zugleich die dankende Anerkennniß der Versammlung ausgesprochen.

v. Mayfeld aus Wien ersucht das Reichsministerium in Folge der vom österr. Ministeerium auf die Anfragen Schuselka's zu Kremsier gemachten Eröffnungen, um Aufklärung der Widersprüche jener österreichischen und der diesseitigen Mittheilungen des Reichsministeriums der Justiz.

Zimmermann aus Spandow verlangt, daß die neuerrichteten Aemter und die dazu ernannten Personen vom Ministerium bezeichnet werden.

Dietsch aus Annaberg fragt die Reichsminister des Innern und der Justiz: was zur Ermittelung und Bestrafung der Schuldtragenden von Blum's Hinrichtung geschehen, wie dem Ungehorsame des österreichischen Ministeriums begegnet werden solle ꝛc. Alle diese Anfragen werden dem Reichsministerium zur Beantwortung zugefertigt.

Werner aus Oberkirch stellt einen dringenden Antrag in Bezug auf die außerordentliche Konscription in Baden: daß das Reichsministerium des Kriegs veranlaßt werde, die Zurücknahme der badischen Truppenaushebungsmaßregeln zu verfügen und dafür die Einführung von Bürgerwehren, allgemeiner Volksbewaffnung u. s. w. anzuordnen. Der Antrag wird als dringlich nicht erkannt und dem Wehrausschusse zur Begutachtung überwiesen.

Vicepräsident Beseler trägt die Liste sehr zahlreicher Urlaubsgesuche vor, die sämmtlich bewilligt werden. Dann übernimmt er den Vorsitz für die Fortsetzung der zweiten Lesung der Grundrechte.

Die in der gestrigen Sitzung*) angenommenen §§. 15 bis 21 lauten:

§. 15. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion.

Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.

§. 16. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.

§. 17. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche.

Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

§. 18. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

§. 19. Die Formel des Eides soll künftig lauten: „So wahr mir Gott helfe."

§. 20. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilaktes stattfinden.

Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß.

§. 21. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt.

Die Abstimmung geht auch heute rasch von Statten. Unter Verzicht auf die Diskussion wird zum Beschluß erhoben:

Artikel VI. §. 22. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§. 23. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben.

§. 24. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu ertheilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat.

Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung.

§. 25. Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. Angenommen wird dazu der Zusatz des Schulausschusses: Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. (Eben so der Zusatz desselben Schulausschusses: Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Geprüften, die Lehrer der Volksschulen an.)

Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist.

Obige beiden Zusätze des Schulausschusses werden in dem Artikel einen besonderen Paragraphen bilden, wozu dem Verfassungsausschusse der Auftrag ertheilt wird.

§. 26. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt.

Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

Der Zusatz des Schulausschusses, daß keine besonderen Armenschulen mehr bestehen dürften, zu § 26, wird mit 206 gegen 202 Stimmen verworfen.

§. 27. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

(Ueber den Schluß der Sitzung berichtet die Nachschrift.)

*) Als einer der Mitunterzeichner des Fallati'schen Antrags, das Suspensivveto des Reichsoberhaupts betreffend, ist in unserm gestrigen Berichte: Heinrich Laube angeführt. Dies ist irrig. Herr Laube hat den Fallati'schen Antrag nicht unterstützt.

Deutschland.

△ **Frankfurt**, 14. Dez. Die gestrige Sitzung unserer verfassunggebenden Versammlung war minder belebt als die jüngst vorhergehenden, weil diesmal beide Fraktionen der Versammlung keinen Anlaß fanden, sich in Kontroversen zu ergehen. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Geschäftsordnung, welche mit wenigen Abänderungen des Kommissionsentwurfes einhellig angenommen wurde. Sodann kam die Beschwerde des Orientalisten Löwenstein wegen seiner Ausweisung zur Sprache, ein Gegenstand, der alles praktischen Interesses dermalen bar ist, da der Beschwerdeführer so eben ganz plötzlich gestorben ist. Gleichwohl wurde von Dr. Reinganum, des Princips wegen, wie er sagte, beantragt, deshalb mit dem Senate in Kommunikation zu treten, was jedoch auf eine Bemerkung des Dr. Souchay vorerst unterbleiben soll. Hierauf kam die in der Versammlung bereits früher beregte unentgeltliche Ablieferung der in Folge des Belagerungszustandes den Landgemeinden abgenommenen Waffen zur Erörterung. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, der beantragten

unentgeltlichen Rückgabe Folge zu geben. Weiter wurde eine Eingabe des hiesigen Advokatenvereins, betreffend die in dem neuen Prozeßverfahren ausgesprochene Aufhebung der dritten Instanz bei zwei gleichlautenden Erkenntnissen, an einen Ausschuß von 5 Mitgliedern zur Prüfung überwiesen. Zur Anzeige der Versammlung wurde endlich noch vom Präsidium der Bedürfnißstand für 1849 gebracht, welcher vom Senate der Versammlung übergeben worden war und wobei Dr. Reinganum beantragte, daß in Gemäßheit des Gesetzes vom 19. Oktober d. J. auch das Einnahmebudget zur Vorlage zu kommen habe. Zur Prüfung dieses Gegenstandes soll in der nächsten Sitzung ein Ausschuß von 7 Mitgliedern gewählt werden.

: **Frankfurt**, 14. Dez. Den eifrigen Bemühungen des Reichsministeriums arbeitet die österreichische Regierung auf das empfindlichste entgegen, indem sie leider fast täglich schlagende Beweise gibt, wie eng sie sich an Deutschland anzuschließen beabsichtigt. Sie hat erklärt: die deutsche Wechselordnung nicht annehmen zu wollen, 2) zur deutschen Flotte nicht beisteuern zu wollen; 3) hat sie, wie schon gemeldet, den österreichischen Kommissarius bei der Zollkonferenz in Frankfurt, Hrn. v. Gähringer, abberufen und keinen Nachfolger dafür designirt! — Facta loquuntur!

†* **Frankfurt**, 15. Dez. Gewisse österreichische Persönlichkeiten hatten zu früh triumphirt, als sie unter dem Beistande der äußersten Linken den Sieg der ministeriellen Absichten gesichert erklärten. — Es ist zwar gestern noch ein Theil der äußersten Rechten dafür gewonnen worden, aber an eine bestimmte Majorität war doch nicht zu denken, da zwei Gruppen der Centren sich entschieden dagegen erklärt hatten. — Wir vernehmen, daß die Vorlage zurückgenommen ist — um in veränderter Gestalt auf's Neue vor die Fraktionen zu treten. — Man spricht indessen davon, daß eine Gruppe des rechten Centrums mit größter Entschiedenheit die Ministerfrage in die Hand nehmen und ohne Aufschub handeln wird. — Ein Antrag derselben Gruppe in der österreichischen Frage, der sehr peremtorisch lautet, soll der neu zu formirenden Vorlage des Ministeriums mit zu Grunde gelegt werden. — Herrn v. Schmerling's Rücktritt scheint unter solchen Umständen sicher, wenn er erfolgt, so dürfte die österreichische Frage keine Kabinetsfrage mehr sein.

†**Frankfurt**, 15. Dez. Die trefflichsten Reden in der Diskussion über das Veto waren ganz unfruchtbar. Die vorher berechnete Majorität für eine suspensive Form ist geblieben und die jetzige Minorität vertröstet sich auf die zweite Lesung und den Umstand, daß mit dem jetzigen Beschluß Deutschland kein Oberhaupt erhalten würde. — Die Frage über das Definitivum beginnt immer nebelhafter zu werden. Die deutsche Einheit erscheint mehr denn je als ein schönes Wort, das leider sehr hohl klingt. Zwar der Verfassungsausschuß arbeitet mit Ernst an dem künstlichen Werke — auch in den Fraktionen fördert man allerhand komplicirte Pläne zu Tage, aber man sieht es den Dingen an, daß der Herbst über die warmen Frühlingsideen hingerauscht ist und der Winter sie zum Erstarren zu bringen droht. Ein Ereigniß thut noth! das rufen selbst erfahrene Politiker und lugen nach Frankreich hinüber. Armes Deutschland! Du mußt deiner Bestimmung zugestoßen werden!

†* **Frankfurt**, 15. Dez. Zu den Gruppen des rechten Centrums, an deren Festigkeit der ministerielle Plan in der bekannten Form zunächst scheiterte, hat sich auch eine Gruppe der Linken, die Westendhalle gesellt, um eine rasche Entscheidung in dem Wechsel des Portefeuilles des Inneren herbeizuführen. — Eine Versammlung von Abgeordneten aller Fraktionen, die gestern Abend statt fand, hat den vorläufigen Beschluß gefaßt, nach einer Besprechung in den Klubs das Ministerium in dieser Beziehung durch eine Deputation zu beschicken. — Voraussichtlich betheiligt sich bei diesem Beschluß eine große Majorität von der Westendhalle an nach der Rechten zu. Der deutsche Hof (Nil admirari!) und die äußerste Linke sind nunmehr eine der Hauptstützen des Hrn. v. Schmerling geworden! — Die erwähnten Maßnahmen dürften indessen alle nicht zur Ausführung kommen, da Hr. v. Schmerling, wie zu erwarten stand, ihnen zuvorgekommen zu sein scheint. Er soll nämlich nach dem gestern spät Abends noch gehaltenen Ministerkonseil seine Dimission bereits eingereicht haben.

⊙ **Frankfurt**, 15. Dez. Mittags. So eben wird im Paelamene bekannt, die Herren Reichsminister von Schmerling und Unterstaatssekretär v. Würth hätten ihre Amtsentlassung eingereicht. Sie sind die einzigen österreichischen Mitglieder des Reichs-Ministeriums. — Heinrich v. Gagern war in der Mittagsstunde beim Reichsverweser. Die Bildung eines neuen Ministeriums wird wohl Anstand haben, bis in der österr. Frage die Ansicht der National-Versammlung sich entschieden ausgesprochen hat.

Wien, 9. Dez. Eine Anzeige in der Wiener Zeitung meldet, daß der serbische Patriarch, Joseph Rajachich, Exzbischof von Carlowitz, den Orden der eisernen Krone erhalten.

***Wien**, 10. Dez. Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg hat bei Vorstellung der ihm unterstehenden Angestellten seine Absichten auf durchgreifende Reformen in einer Weise ausgesprochen, welche manchen an dem Beibehalten seiner Stelle zweifeln läßt. Es ist so gut als entschieden, daß der Finanzminister, um den dringendsten Verlegenheiten abzuhelfen, vorerst wieder seine Zuflucht zur Nationaldank nehmen und die schwebende Schuld um 20 Millionen vermehren wird. Gehen jedoch die ungarischen Angelegenheiten in Ordnung, so zweifelt niemand an dem Zustandekommen eines neuen Anlehens, da die Börsekonjunkturen sich im allgemeinen günstiger zu gestalten scheinen. — Im Handelsdepartement sind tüchtige Männer angestellt worden: Kueskefer als Unterstaatssekretär, Löwenthal, Becher, Schmidt, Hock als Ministerialräthe. Uebrigens erwartet man die Zuziehung des Handelsstandes bei allen wichtigen Fragen, sowie auch bei der bevorstehenden Postreform, wobei natürlich auch die Eisenbahndirektionen zu Rathe gezogen werden. — Ein Plakat belehrt über die Fälle, in welchen das standrechtliche Verfahren nicht aufgehoben ist. — Der ganze Rayon von Kornneuburg ist, mit Ausnahme der Stadt selbst, entwaffnet worden. Aehnliche Entwaffnungen sind in andern Gegenden des flachen Landes eingetreten. — Banus Jellacic ist heute Nacht zur Armee abgereis't. Für den Fürsten Windisch-Grätz wird das Schloß zu Schloßhof in Bereitschaft gesetzt.

= **Berlin**, 12. Dez. Heute kündigt auch unser bestes Witzblatt „Kladderadatsch" durch gewaltige Plakate an allen Straßenecken an, daß es von jetzt ab wieder erscheinen werde. Das bunte Gewühl des Weihnachtsmarktes hat ebenfalls begonnen, so daß der Fremde unserer Stadt vom Belagerungszustande wahrlich nichts anmerken würde. Ja, in diesen Tagen gewinnt das ganze Volk, namentlich der Mittelstand, die Freiheit erst recht lieb, von der der Kleinbürger bis jetzt nur die unangenehmen Seiten hatte kennen lernen: er sieht nunmehr ein, daß die „Märzerrungenschaften" auch ohne Pöbelherrschaft, Straßenexzesse und Klubskandale fortbestehen können. Früher war es nur der Pleps, der sich in den neuen Zuständen à son aise fühlte — jetzt befindet sich auch der Kern des Volkes ganz comfortabel. Freilich ist der Belagerungszustand nur als Uebergang erträglich. Stehen wir auch nicht gerade auf einem Vulkan, wie ein Herr von der Linken neulich meinte: so wissen wir doch ebenfalls recht wohl, daß wir noch lange nicht über den Berg sind. Eine freisinnige Verfassung — so freisinnig, daß man kein Reaktionär sein darf, um zu zweifeln, ob wie ohne alle Abänderungen mit ihr durchkommen werden — muß doch immer erst in Fleisch und Blut übergehen. „Die nächsten Wahlen" — in ihnen liegt unser ganzes Schicksal: sie sollten das „ceterum censeo" jedes Blattes sein, das es wohl mit Preußen meint. Unsere Notabilitäten muß uns Frankfurt zum 26. Februar zurücksenden: oder wollen sie den Thoren gleichen, die sich in der Ferne einen Pallast bauen, während ihr Haus in Flammen aufgeht? Hätten die Männer vom vereinigten Landtag hier gesessen statt in der Paulskirche — es wäre soweit nicht gekommen. Dann hätte die Rechte überwogen und manch ein Talent des linken Centrums auf ihre Seite gezogen: dann wäre manch einem, wie z. B. Auerswald, die Zunge gelöst worden, der jetzt beklommen daß in der schlechten Gesellschaft und kaum wußte, ob man ihn verstand. Aber auch die Regierung in ihrem eigenen Interesse wie in dem des Landes, muß Eins thun, um die Wahlen in den Grenzen der gemäßigten Parteien zu halten, sie muß, der Centralgewalt folgend, das Ministerium Brandenburg durch ein, wenn auch energisches, aber volksthümliches ersetzen. Die groben Fehler der Kammer haben bis jetzt die faux pas der Krone entschuldigt: aber möge diese selbst nur überdenken, was für gewaltige, vielleicht zu große Konzessionen sie in der Verfassung hat machen müssen — eben damit man über dem Gegebenen den Namen des Gebers vergesse. So wird sie auch in Zukunft hin- und herschwanken zwischen bewaffneter Reaktion und wehrloser Konzession, das Eine so unheilvoll als das Andere,

Digitized by Google

wenn sie nicht endlich sich entschließt, das Wesen des Konstitutionalismus zu erfassen, und die Regierung in die Majorität zu verlegen. Diese aber kann ein Manteuffel nun und nimmer haben: wie man über seine Antecendentien, über seine neuesten Thaten auch urtheilen mag — ein konstitutioneller Minister kann er, wenigstens jetzt, nicht sein. Hoffen wir daher einen Wechsel noch vor den Wahlen! Schade, daß Vincke durch seinen Widerstand gegen die Oktroyirung sich vielleicht unmöglich gemacht hat.

** **Köln**, 13. Dez. Es verdient Beachtung, daß die freilich zu keiner Zeit unterbrochen gewesene Armirung der Festung seit Kurzem mit außerordentlicher Thätigkeit ihrem Ende zugeführt wird. Geschütz auf Geschütz wird auf die Wälle gefahren, welche bereits mehr als 300 Feuerschlünde zählen, in der neuesten Zeit scheint man vorzugsweise die Rheinseite in's Auge gefaßt zu haben, so daß selbst mehrere zu den Festungswerken gehörende Privaträume Kanonenlahrn aufnehmen müssen, in Deutz endlich ist fast allenthalben schon die Schußlinie freigelegt, so daß die vollständige Rasirung des Glacis in verhältnißmäßig kurzer Zeit bereitet werden könnte. Ohne Zweifel in Verbindung mit diesen kriegerischen Anstalten und Aspekten steht es auch, daß die Schießübungen der Artillerie, welche sonst immer in die Mitte des Sommers zu fallen pflegen, diesmal bereits im Monat Februar abgehalten werden. Im Militär, und namentlich in den höhern Graden, ist man fest überzeugt, daß wir im Frühjahr einen Krieg haben, der dann allem Anschein nach ein allgemeiner werden dürfte.

München, 12. Dez. Sicherem Vernehmen nach ist der königl. Bevollmächtigte bei der provisorischen Reichscentralgewalt, Baron v. Closen, von diesem Posten abgerufen und dessen Wahrnehmung dem baierischen Mitgliede der Militäreommission, Oberstlieutenant v. Xylander, aufgetragen. Hr. v. Closen ist nicht wegen seiner Candidatur für eine Abgeordnetenstelle zum nächsten Landtage von Frankfurt abgegangen, sondern weil er mit einer Mission an das k. k. österreichische Hoflager betraut ist. Man wird sich wohl seiner jüngsten Schrift über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland erinnern. Damit und mit dem Besuche, welchen Se. k. Hoheit der Prinz Karl, Oheim des Königs, in Potsdam abgestattet hat und nunmehr in Ollmütz abstattet, wird die Sendung des Baron v. Closen vielfach in Verbindung gebracht. (O.-P.-Z.)

‡ **Leipzig**, 13. Dez. Die Wahlen setzen das ganze Königreich Sachsen in große Aufregung. Trotz der Ansprache unseres Ministeriums leidet es wohl keinen Zweifel, daß die Radikalen, um nicht zu sagen die Republikanisch-Gesinnten, den Sieg davon tragen werden.

Leipzig, 13. Dez. Das Wahlgeschäft ist beendigt; sämmtliche Kandidaten des deutschen Vereins erhielten in der Stadt die Stimmenmehrheit. In die erste Kammer wurde Prof. Steinacker und Consul Dufour-Feronce gewählt; in die zweite Kammer Archidiakonus Fischer, Stadtgerichtsrath Steche und Prof. Haupt.

** **Aus Schleswig-Holstein**, 12. Dez. Das neue Urtheil gegen die aufständischen Militärs ist gefällt und sehr strenge ausgefallen. Luttermann, der Verfasser der Adresse an die preußische Garde, ist zu 3 Jahren Zuchthaus, die 50 Pontoniere in Rendsburg zu 1 bis 2 Jahren Festungsstrafe verurtheilt. Nach gefälltem Spruch wurden die Verurtheilten gleich abgeführt, nachdem man den Rendsburger Marktplatz stark mit Militär besetzt hatte, indem man Einschreiten des Volks fürchtete. Die preußischen Offiziere, selbst General v. Bonin, werden bestimmt den Dienst in unserer Armee verlassen und nach Preußen zurückkehren, da man gerade ihnen zuschreibt, daß sie die Schuld an allen diesen unruhigen Auftritten trügen. Hannoveraner, Oldenburger und wohl auch Meklenburger werden als Reichstruppen wiederum einrücken, schon sind Oldenburger und Hannoveraner angemeldet und schon rücken unsere eigenen Truppen nach dem Norden, um unsere Grenze gegen etwaige Einfälle der Dänen zu schützen, da die Sprache des dänischen Ministeriums sehr kriegerisch klingt. Der einzige Dienst, den unser Militär bisher gethan, ist, daß es zu Exekutionstruppen gegen die steueroerweigernden Flensburger benutzt wurde, gegen die dänischgesinnte Bevölkerung Flensburgs, welche wohl Steuern zahlen kann, aber der gemeinsamen Regierung keine Steuern zu zahlen gesonnen ist.

Großbritannien.

London, 12. Dez. Die „Times" von diesem Datum enthält Folgendes: „Se. Exc. Graf Reventlow kehrte gestern, nach fast zweimonatlicher Abwesenheit, von Kopenhagen hierher zurück. Der Graf, der über Brüssel gegangen war, wo er einen speziellen Auftrag an den König der Belgier auszurichten hatte, ist von dem Konferenzrath Treschow begleitet, der ihm beigegeben wurde, um an den demnächst in London zu eröffnenden Unterhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark Theil zu nehmen. Dank dem Zustande der Angelegenheiten in Deutschland, schienen diese Verhandlungen eine günstige Wendung für die Sache Dänemarks nehmen zu wollen, und mit Vergnügen erfahren wir, daß die Centralgewalt erst kürzlich einen Beweis ihrer Neigung, auf die Stimme der Mäßigung und Gerechtigkeit zu hören, gegeben hat. Hiernach hoffen wir, daß Lord Palmerston es nicht an sich fehlen lassen wird, sein Gewicht in die Schale der beleidigten und schwächeren Macht zu werfen, deren Sache unter allen Klassen in England so große Theilnahme gefunden hat."

Frankreich.

* **Paris**, 12. Dez. Gestern Abend um 9 Uhr wurden die Wahlurnen gleichzeitig in allen Bezirken geschlossen und durch die Skrutatoren in Begleitung von Bürgerwehr, welcher in einiger Entfernung Hüter (Gardiens) von Paris folgten, nach den Mairien gebracht. In der Nationalversammlung wurde, nach dem Antrage des betreffenden Ausschusses, beschlossen, wenn einer der Kandidaten zur Präsidentur eine überwiegende Mehrzahl für sich haben sollte, das Resultat der Wahlen in Algier nicht abzuwarten und denselben sofort zu proklamiren. Die Abgeordneten Algeriens und mehrere andere legten vergeblich Widerspruch ein. Dem neuen Präsidenten wird der Pallast Elysée national zur Wohnung angewiesen werden. Der ganze Gesetzesvorschlag, der die Präsidentenwahl betrifft, ging ohne bedeutenden Widerspruch durch. Der Zusatzartikel, welcher verfügt, daß der Präsident unmittelbar nach seiner Wahl den Eid abzulegen habe, widrigenfalls dieselbe als annullirt zu betrachten sei, gab zu einigen Debatten Anlaß. Ueber den ihm zu setzenden Termin war eine Verschiedenheit der Ansichten. Der Antrag der Kommission ging indeß durch. Heute Abend war an verschiedenen Punkten unserer Hauptstadt einige, jedoch mehr störende als beunruhigende Bewegung. Knaben und Gamins von vorgerückterem Alter durchzogen die Boulevards, sangen die Marseillaise und verfolgten die Patrouillen mit dem Geschrei: Nieder mit der Bürgerwehr, der Linie, den Mobilen.

Das Journal des Debats erzählt, ein Wagen mit Stimmzetteln, die auf den Namen Cavaignac's lauteten, sei auf dem Boulevard Montmartre angehalten und Letzterer öffentlich verbrannt worden. In der gestrigen Nacht bildete sich in der Straße Rambuteau eine Zusammenrottung von einigen tausend Personen, worunter manche mit ominösen Gesichtern. Sie zogen von der Straße St. Denis über die Boulevards nach der Straße de la Paix und schienen nicht übel Lust zu haben, zu einem Aufstande zu reizen. Aber sie fanden so wenig Anklang, daß sie sich um Mitternacht zerstreuten. So sind im Ganzen diese beiden so sehr gefürchteten Tage weit ruhiger verstrichen, als man dachte.

Der Corsaire erzählt, Sonntag habe Ludwig Napoleon mit seinem Vetter in einem Landhause zu Bongival zu Mittag gespeist. Die Herren Molé, Thiers, v. Broglie und General Changarnier wären anwesend gewesen, und man sei über folgende Liste einig geworden. Vicepräsident der Republik: Thiers, Justizminister: Odilon Barrot, Krieg: Marschall Bugeaud, Finanzen: A. Fould, Inneres: Leon von Malleville, auswärtige Angelegenheiten: Graf Molé, öffentliche Arbeiten: Garnier Pagès, öffentlicher Unterricht: Barthelemy St. Hilaire (Fallour habe den Posten ausgeschlagen), Marine: Admiral Cecille, General Changarnier bliebe an der Spitze der Bürgerwehr unseres Departements. Emile v. Girardin würde nach eigener Wahl entweder Generalpostdirector oder Polizeipräfekt. Bei dieser Gelegenheit habe Changarnier dem Prinzen erklärt, so sehr er ihn bis jetzt unterstützt habe, so eifrig würde er ihn bekampfen, wenn er den geringsten Versuch gegen die Republik wagen sollte. Ludwig Napoleon habe darauf erklärt, er sei noch republikanischer als die Republik selbst. — Die Napoleonischen Blätter frohlocken über das wahrscheinliche Resultat der Wahlen. Der National sagt nichts darüber, was mehr als Jenes vermuthen läßt, daß sie nicht für General Cavaignac ausfallen werden, doch ist noch nichts mit voller Gewißheit zu sagen. Die socialistische Democratie pacifique, die sich bis jetzt heftig gegen den General aussprach, lobt ihn heute zum ersten Male. Minister Freslon, der nach Marseille gereist war,

wo er den Papst zu empfangen hoffte, ist wieder hier eingetroffen. Unter den hier angekommenen Fremden bemerkt man den russischen Fürsten Troubeskoi, den Herzog Beaufort-Spantin, Kammerherrn des Kaisers von Oesterreich, dann den irländischen Erzbischof von Tuam.

Paris, 12. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 73. 70; 3pCt. 44. 80; Neue 73. —; Neapol. —. —; Bankaktien 1540. —; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. 25 1/2; 3pCt. inländische 19 3/4; St. Germain Eisenbahn-Aktien 300. —; Versailles, rechtes Ufer 105. —; linkes Ufer 110. —; Paris-Orleans 675. —; Paris-Rouen 372. 50; Orleans-Bordeaux 372. 50; Orleans-Vierzon 225. —; Rouen-Haare —. —; Marseille-Avignon 175. —; Straßburg-Basel 80. —; Nordbahn 365. —; Paris-Lyon —. —; Paris-Straßburg 330. —; Römisches Anleihen 59.

Alle Effekten zu hohen Coursen gesucht. Die 5pCt. sind seit gestern um 2 Fr. 40 Cent., die 3pCt. um 1 Fr. 90 Cent., das röm. Anlehen um 1 pCt. gestiegen.

Madrid, 6. Dez. 3pCt. Rente 20 Papiee. (Nach der Börse 20 à 19 15/16 G.); 5pCt. 9 3/4 P. (N. d. B. 9 5/8 G.); Passive Staatsschuld 3 1/16 P. (N. d. B. 3 3/4 G.)

Aus den Gebirgen nichts Neues.

Italien.

* **Rom**, 5. Dez. Der Allg. Ztg. zufolge haben sich die Mitglieder der von Pius IX. eingesetzten Gouvernativ-Kommission nach Bologna begeben, wo sich die Regierung vorerst um General Zucchi koncentrirt. Das Ministerium scheint in Auflösung begriffen, die Minister Lunati und Sereni haben bereits abgedankt, nach der Fr. O.-P.-Z. selbst Galletti. Die französische Flotte war vor Civitavecchia erschienen, ein neapolitanisches Korps mit Geschütz nach der päpstlichen Grenze aufgebrochen. Der Genfer Ztg. zufolge sammelte Radetzky bereits in Brescia ein Korps, um die Legationen zu besetzen; nach französischen Blättern haben sogar bereits Bewegungen gegen Ferrara stattgefunden. Die Deputirtenkammer hat eine Deputation gewählt, welche nach Gaeta eilen und den Papst zur Rückkehr einladen soll. Alles in Rom war in Bestürzung, Widerstand gegen einen feindlichen Angriff nicht zu erwarten.

Schweiz.

☽ **Bern**, 12. Dez. Unter dem Namen „Wehrbund, hilf dir!" haben die deutschen Republikaner in Frankreich und der Schweiz eine neue Verbrüderung geschlossen. Die Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands ist ihr Zweck. In diesem Sinne hat dieser Bund alle neuesten Revolutionen mit Adressen begrüßt. Die Hauptpersonen des Komite's scheinen in Biel ihren Sitz zu haben, da seine Erlasse immer in der Jurazeitung erscheinen, deren Redakteur Ernst Schüler ist. Die Behörde von Biel hat eine Untersuchung angeordnet, und die Probenummern eines von diesem Verein herauszugebenden Wochenblattes mit Beschlag belegt. Man sagt, bei einer Haussuchung bei verdächtigen Mitgliedern seien Waffen gefunden worden; auch habe das Comite Offizierspatente ausgetheilt, welche in einer lithographirten Karte mit Signalement, Erkennungszeichen und Nummer der Legion für den Träger bestehen. Das Siegel des Bundes stelle eine Krone vor, aus welcher eine Eiche hervorwachse; das Ganze sei von einem Dolch und einer Lyra durchschnitten und trage die Umschrift: „Deutsche Reichsgewalt", sowie die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe!" Das Journal „die Revolution" sollte von Becker und Michel redigirt werden. Der erstere ist aus den badischen Aufständen bekannt; er war deutscher Flüchtling, ist seit einem Jahre Bürger in Biel und besitzt daselbst eine ausgedehnte Tabaksfabrik. Der Letztere ist ein deutscher Student und treibt sich auch seit einiger Zeit hier als Flüchtling herum. Das projektirte Blatt, von welchem aber nur am 1. Dez. eine Probenummer erschien, kündigt sich selbst als das Organ der in der Schweiz und überhaupt in der Fremde wohnenden deutschen Demokraten an, und bezeichnet seine Aufgabe: unerbittlicher Kampf gegen das Fürstenthum, seine Repräsentanten und Lakaien; Vernichtung der Pfaffengewalt und Verbreitung einer vernünftigen Weltanschauung; entschiedene Vertretung der sogenannten untern Volksklassen; Bekämpfung der Nationalvorurtheile, wo sie auch sein mögen; endlich Vereinigung der republikanischen Parteiführer aller Länder. Ihre Ansicht über die schweizerische Neutralität sprechen die Redakteure also aus: Das Gespenst der Neutralität steckt zwar noch in vielen Köpfen und die Leiter des Staats müssen vielleicht hier und da dieser engherzigen Ansicht eines Theils der Bevölkerung Rechnung tragen; aber dennoch scheint uns die ängstliche Gewissenhaftigkeit, mit der man diesen Staatsgrundsatz (welcher die Verhöhnung der Ideen der Zeit, ja des Aufschwungs in Europa ist, dem die Schweiz ihre jetzige ungehinderte Entwicklung verdankt) aufrecht zu halten strebt, unwürdig." Von dem Bundesrath ist zu erwarten, daß er allen von dieser Seite ausgehenden Umtrieben mit Kraft entgegentreten wird. — Auch der preußische Gesandte soll nun auf das Ratifikationsschreiben des Bundesraths in Betreff der Neugestaltung der schweizerischen Bundesverfassung geantwortet, seinem Schreiben aber eine Verwahrung in Betreff Neuenburgs beigefügt haben. — Das einzige im Kanton Bern noch bestehende Kloster soll nun auch noch aufgehoben werden. Der Regierungsrath beantragt nämlich bei dem Gr. Rath: 1) Die Kongregation der Ursulinerinnen aufzuheben; 2) denselben unter Vorbehalt, daß sie sich jeder Umtriebe enthalten, eine Jahresfrist zu gestatten; 3) vom Gr. Rathe die Ermächtigung zu Handen des Regierungsrathes einzuholen, diesen Beschluß zu vollziehen und die Liquidation der finanziellen Verhältnisse anzuordnen, und 4) diejenigen Ordensmitglieder de St. Vincent de Paul und de la Providence, welche Ausländerinnen sind, aus dem Kanton zu weisen. — In Luzern bereitet sich ein neuer Kampf vor, dessen Entscheidung entweder eine Hauptstütze der Regierung oder eine große Niederlage derselben sein wird. Der Gr. Rath wird nämlich den Antrag berathen: Der Staat soll sich in den Besitz aller Kollaturrechte und Pfründen setzen. Die von 68 Mitgliedern des abgetretenen Luzernischen Gr. Raths eingegebene Denkschrift, vermittelst welcher sie die Aufhebung der Dekrete fordern, durch welche sie zu einem Beitrage an die Kriegskosten verurtheilt worden sind, ist nach einer ziemlich heftigen Diskussion ad acta gelegt und über das Begehren zur Tagesordnung geschritten worden. — Auf die Kunde, daß an der Grenze des Großherzogthums Baden im Personenverkehr Erschwerungen eingetreten seien, hat der Kl. Rath von Aargau die Grenzämter zum sofortigen Bericht aufgefordert, ob wirklich und dejahenden Falls, in welcher Weise eine Hemmung eingetreten sei, damit unverweilt, je nach der Sachlage, das Erforderliche auch hierseits vorgekehrt werden könne.

Aargau. Die Beschränkung des Personenverkehres an unserer Rheingrenze ist theilweise eingetreten, theilweise noch zu erwarten.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 15. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papiee, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 70 3/4; 2 1/2pCt. ditto 37; Bankaktien fl. 1205; fl. 500. Loose 124 1/2; fl. 250. Loose 75; Badische fl. 35. Loose 25 5/8; Hessische Rthlr. 40 Loose 25 3/4; Polnische fl. 500 Loose 70 3/4; Friedr. Wilh.-Norddahn 40 1/2; Berbach 66 1/2. Köln-Minden 80 1/2; 3pCt. inländ. Span. 18 3/8; 4 1/2pCt. Würt. 93; 4 1/2pCt. Belg. 73 3/4; Holl. 2 1/2pCt. Integrale 47 1/8.

Die hohen Pariser Renten-Courese wurden hier mit Mißtrauen aufgenommen. Die Börse verkehrte zwar in fester Haltung, es war indessen kein wahrer Aufschwung bemerkbar.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 15. Dez. (Schluß.)

Die weiteren heutigen Abstimmungen sind folgende:

Artikel VII. §. 28. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besondern Erlaubniß bedarf es nicht.

Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§. 29. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

Nachdem auf Zachariä's Antrag noch folgender Zusatz angenommen worden; „Die in §§. 28 und 29 enthaltenen Bestimmungen finden auch auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, insofern die Disciplinargesetze nicht entgegenstehen" — vertagt das Haus die Berathung über die Grundrechte. Wesendonck interpellirt abermals im heftigsten Tone und mit dem dringendsten Ausdrucke den Biedermann-sächsischen Ausschuß um Beschleunigung des Berichts über die preußischen Angelegenheiten.

Jordan von Marburg erklärt, daß der Referent des Ausschusses erkrankt und daher die verlangte Berichterstattung vor Montag nicht zu liefern sei. Mit der Feststellung der morgenden Tagesordnung schließt 2 3/4 Uhr Nachmittags die heutige Sitzung.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England die Herrn Lowe & Co. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werde man sich an C. L. Alexandre in Straßburg Nro. 38 Grandgasse, Paris Nr. 23 Notre D me de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, vierteljährlich fl. 6. 7 kr. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№. 332 Frankfurt a. M., Samstag 16. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Das Ausland II.

Deutschland. Wien (Die Rüstungen gegen die Ungarn.) Olmütz (Der österreichische Correspondent über das Verhältniß zu Deutschland. Berichtigung.) Kremsier (Stellung und Zukunft des Reichstags.) Prag (Deputation. Parade. Die deutschen Vereine. Slowanska Lipa. Prinz Karl von Preußen.) Klattau (Militärexceß.) Berlin (Der Magistrat und die Stadtverordneten. Organisation der Gerichte. Dowlat. Die königliche Familie zurückerwartet. Politisches Puppenspiel.) Köln (Hr. Beust. Notar Stoppenbach.) Koblenz (Die Rheinlande und die neue Verfassung.) München (Hr. v. Abel und Oberkomp.) Dresden (Die Auslieferung der Leiche Blum's.) Mannheim (Militärisches. Die Conscription.) Rendsburg (Bürgerverein.) Hadersleben (Friedfertige Stimmung im nördlichen Schleswig.)

Großbritannien. London (Die Times über die neue preußische Verfassung. Vermählung des Sir H. L. Bulwer.)

Frankreich. Paris (Sitzung der Nat.-Vers.)

Spanien Madrid (Cabrera. Eine Allianz mit Portugal. Ersparungen. Tagesnachrichten.)

Italien. (Das Turiner Ministerium in der Klemme. Hoffnungen der Venetianer. Der Corriere Livornese gegen die fremden Mächte. Der Brüsseler Congreß. Vermittelungsvorschläge Frankreichs, Englands und der Frankfurter Centralgewalt.) Rom (Der Protest des Papstes. Aussichten für eine Intervention.)

Schweiz. Schaffhausen (Hr. Steiger.) Bern (Beschlagnahme der „Revolution".) Freiburg (Freilassung des Bischofs Marilley.)

Dänemark. Kopenhagen (Die Rüstungen der Dänen.)

Neuestes.

16. Dezember.

Die Dänen können es nicht verschmerzen, daß der am 26. August zu Malmoe übereilt abgeschlossene Vertrag nicht ohne Abänderungen und nur auf eine für uns vortheilhaftere Weise zur Ausführung kommen konnte. Kaum war am 22. Okt. die gemeinsame Regierung für die Herzogthümer durch den dänischen und den deutschen Bevollmächtigten eingesetzt, als schon am nächstfolgenden Tage, am 23. Okt., der dänische Minister, Graf Knuth, eine besondere Regierung für die Inseln Arroe und Alsen anordnete und dem Abgeordneten der rechtmäßigen Regierung nicht einmal erlaubte, einen Fuß auf Alsen zu setzen. Offenbarer konnten die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht gebrochen werden. Und doch beschuldigen die Dänen die schleswig-holstein'sche Regierung eines solchen Bruches, namentlich des siebenten und eilften Artikels. Durch den einen ist festgesetzt, daß die gesetzgebende Gewalt während des Waffenstillstandes ruhen, durch den andern, daß nichts geschehen dürfe, welches den Frieden präjudicire. Die neue Regierung habe ihr Amt damit angefangen, daß sie mehrere Verfügungen in Kraft erhalten, welche erst nach der Ratifikation des Waffenstillstandes ergangen, namentlich aber das am 15. September erlassene Staatsgrundgesetz der Herzogthümer nicht gänzlich beseitigt habe. Die schleswig-holsteinische Regierung erwidert hierauf, daß sie bei der Aufforderung zur Uebernahme ihres Amtes die Aufrechthaltung des Staatsgrundgesetzes als nothwendig bezeichnet habe, und beruft sich dabei auf das Berliner Schlußprotokoll vom 12. Oktober, in welchem jene ihre Erklärung als angeschlossenes Dokument bezeichnet sei. Was den anderen Vorwurf betrifft, so behauptet die schleswig-holsteinische Regierung, daß nicht der 1. September, sondern der 16. September als der Tag der Ratifikation des Waffenstillstandes anzusehen sei. Was endlich den Punkt betreffe, daß nichts geschehen dürfe, welches den Frieden präjudizire, so könne dieß menschenvernünftiger Weise doch nur heißen, es solle nichts rechtlich dem Frieden präjudicirlich sein. Thatsächlich müsse vorläufig in den Herzogthümern Manches geschehen, was künftig durch den Frieden anders bestimmt werde. Sonst könnte man ja sie selbst und ihr eigenes Dasein für ein Präjudiz gegen den Frieden ausgeben. Seltsam werden die Forderungen der Dänen in der That, wenn man sie in's Einzelne verfolgt. Unter andern beklagen sie sich, daß die Schleswig-Holsteiner eine Seekadettenschule in Kiel eingerichtet. Dies sei präjudizirlich gegen den Frieden! Also die jungen Schleswig-Holsteiner sollen nach Kopenhagen gehen, um sich dort für den Seedienst auszubilden! Sobald der Seekrieg im Frühjahr wieder ausbrechen sollte, würden die Dänen vermuthlich die Kadetten nach Hause schicken und diejenigen empfehlen, welche sich gegen sie am besten brauchen lassen! Doch wir wollen nicht weiter eingehen auf jene Häkeleien, welche von einem unter so verworrenen Verhältnissen geschlossenen halben Frieden fast unzertrennlich waren. Wir haben stets gewünscht, daß, statt dessen, gleich ein Frieden zu Stande gebracht wäre, dessen Bedingungen einfacher waren, als die eines Waffenstillstandes. Endlich, nach Monden, ist es so weit gekommen, daß die Friedensverhandlungen zwischen Dä-

nemaek und dem deutschen Reiche in London eeöffnet weeden sollen. Leider höeen wie, daß die Dänen mit Bedingungen aufteeten wollen, auf welche Deutschland nicht eingehen kann. Deutschland hat den beschwerlichen Kampf blos für Holsteins Recht aufgenommen, füe das Recht, mit Schleswig zusammen zu bleiben ungetheilt. Und nun schlägt Dänemark oor, Schleswig von Holstein zu trennen und als ein völlig selbstständiges Herzogthum beslehen zu lassen! Wir eeinnern nur daran, wie empfindlich daduech nicht nue das Recht, sondeen auch das ganze uealte Herkommen in beiden Herzogthümeen verletzt werden wüede. Von Seiten der Herzogthümer wird dagegen Dänemark etwa der Vorschlag gemacht, das Recht dee beiden Herzogthümer als ein selbstständiger Staat zu beslehen, anzueekennen, und als Entschädigung für Rechte, welche es dadurch zu opfeen glaube, ein wichtiges Zugeständniß anzusehen, zu welchem man von iheer Seite geneigt sei. Man wolle nämlich mit Dänemark, dessen Königshaus nue auf oiee Augen steht, ein Uebeeeinkommen treffen übee eine gleiche gemeinsame Eebfolge — man winkt dabei auf einen Peinzen aus dem Haufe Oldenburg — und damit eine ewige Union zwischen Dänemaek und den Herzogthümern eerichten. Wenn auch die Erbfolge sich auf diese Weise fsllte regeln lassen, so wüede Dänemaek doch seine eigentliche Absicht nicht erreichen. Diese besteht, so weit sie billig ist, darin, die dänischen Bewohner des nördlichen Schleswigs an sich zu ziehen und vor der Verdeutschung zu bewaheen. Was daeüber hinausliegt, das Kriegsgeschee: Dänemark bis zue Eider! ist mindestens baare Unoeeunsk. Dies wüede zu einer Theilung füheen. Und an sich würde auch eine solche Theilung nach den Volksstämmen in Schleswig wie in Polen das gerathenste sein.

Allein wedee in Schleswig noch in Dänemark ist augenblicklich die Stimmung füe jenes letzte Mittel dee Theilung. Die Dänen wollen überhaupt von friedlichen Voeschlägen nichts wissen. Sie behaupten sogae, da der Waffenstillstand gebrochen sei, so hätten sie das Recht, ohne Weiteres in Schleswig einzufallen. Sie schöben den Kreig nue auf, um nicht neues Unglück über die Heezogthümee zu bringen! Auf deutsch, sie warten bis zum Frühjahr, wo sie ihre Flotte gebeauchen können. Gleichzeitig kaufen sie Hanf in Rußland auf und Schiffsbauholz sogae in den deutschen Häfen; sie bauen neue Kriegsschiffe und erschöpfen ihre Hülfsmittel, um zu Land und zur See zu eüsten. Inzwischen schickten sie zwae eine Gesandtschaft nach London, um den Frieden zu veemitteln. Wie sehr ihnen aber dieser Frieden am Herzen liegt, darauf mag man schließen aus der Kunde, welche nns eben erreicht, daß ihr Gesandtee, Graf Orholm, auf v.er Wochen Urlaub genommen habe. Bereits am 8. Dez. ist Herr Bunsen von Beelin aus eemächtigt worden, die Reichsvollmacht für die Friedensunterhandlungen zu übernehmen und man daef demnach hoffen, daß sich alle bisherigen Anstände weeden beseitigen lassen. Im Reichsministerium, heißt es, weeden jetzt die Instruktionen geseetigt. Wovon wir unsererseits ausgehen müssen, ist klae, von dem strengen Rechte Holsteins auf eine immerwäeeende Veebindung mit Schleswig. Da unseeen Rechtsfoederungen abee die Dänischen entgegenstehen und für die auswäetigen Mächte aus bekannten Ursachen diese Ansprüche überzeugendee sind, so müssen wir von unserem strengen Rechte soviel nachlassen, als sich irgend mit unserer Ehre und unseeee Wohlfahrt veträgt. Da wir wissen, daß die Veehandlungen ebensogut zum Keiege wie zum Frieden führen können, so müssen wir uns klar werden, wie viel wir äußeesten Falls für den Frieden opfern wollen und uns rüsten, wenn wie selbst mit diesen Opfern den Frieden nicht erkaufen können, ihn duech einen kurzen entscheidenden Feldzug zu erzwingen. Wir wollen jene möglichen Opfee hiee nicht bespeechen. Unmöglich aber können wir die schöne Doppeleiche im Norden spalten lassen. Wir können nns höchstens dazu verstehen kleine Zweige deeselben, welche füe uns abgestorben sind, selbst abzuhauen. Eine Theilung ist jetzt kaum zu vermeiden Man hat zwar allerhand Anderes ausgeklügelt, z. B. den gegenwäetigen Zustand möglichst in die Länge zu ziehen. Vortheilhaft wäee es schon, wenn es nur möglich wäee. Die Dänen hatten uns eingeseift, wir aber haben die Däuen baebirt! Das wissen sie recht gut, und darum sind sie ja so grimmig. Oder man hat einen Staat Schleswig - Holstein ausgedacht, welcher doppelte Bundespflichten hätte, gegen Deutschland und gegen Dänemark, etwa so ein kleines Oesterreich von dee Aet, womit man uns zu Weihnachten beschenken wollte. Man hat sonst noch allerhand Eier gelegt, abee wie glauben in die Nesseln. Der Gedanke an eine Theilung muß dennoch durchschlagen. Dee Schnitt muß gemacht werden, wenn auch dee Patient sich dagegen sträubt. Der Gedanke der Theilung hat eine Handhabe dabuech, daß es auch der Gedanke Palmerstons ist. Statt Seifenkugeln zu blasen, sollten unsere Staatsmänner alle ihre Anstrengung darauf richten, die vortheilhafteste Grenze zu erlangen. Als die vortheilhafteste beteachten wie nicht gerade die am weitesten ovrgeschobene, sondern die sicherste. Was hilft uns der völlig dänische Strich, wo wir, wie wie noch in unserm heutigen Blatte berichten müssen, selbst im Frieden von Feinden und Mördern umgeben sind? Wie müssen uns endlich in Gedanken die Geenze stecken, jenseits deren wir jeden Fuß breit zu vertheidigen entschlossen sind. Arroe z. B. werden wir jedenfalls aufgeben, Alsen, unser künftiges Gibraltar, unter keinen Umständen. Die näheren Bestimmungen können weder uns noch den Dänen überlassen bleiben; die Dänen schlagen den Dannewirk als Geenze vor und wie kommen in Ewigkeit nicht zusammen. Ebenso können die Einwohner nicht allein die Entscheidung treffen, soudern nur ein Schiebsrichtee. Hierauf sollten wie offen und geradeswegs zugehen. Eest müssen wir reine Rechnung machen, ehe wir den Dänen den großen geemanischen Bund empfehlen. Uebeehaupt was helfen uns nnsere weitfliegenden Gedanken? Unser erster Gedanke sollte sein, nns eben so eifrig wie die Dänen auf den Kreig zu rüsten. Ist es nicht schmählich für nns, daß, nachdem wie es glücklich so weit gebracht haben, eine Untersuchung anzuoebnen, wie viel Schiffsbauholz in den deutschen Häfen vorhanden sei, die Dänen kommen und es aufkaufen? Als der Waffenstillstand auf sieben Monate geschlossen war, da machte man, um seine lange Dauer zu entschuldigen, darauf aufmeekkam, daß diese Frist von Deutschland benutzt weeden könnte, um eine Flotte zu bauen. Wie haben wir diese Frist benutzt? Die Hälfte deefelben ist voeüber und wir haben noch kein einziges Kriegsschiff, welches den Namen oerdient. Voe meheeren Wochen machten sich norddeutsche Abgeordnete beinahe anheischig, noch jetzt nöthigenfalls in den preußischen Häfen allein, eine Küstenflotte zu erbauen, unter deeen Schutze in zwölf bis vierzehn Stunden von der pommer'schen oder mecklenburgischen Küste ein deutsches Landungsheer nach Fühnen oder Seeland übersetzen könne, während die russische Flotte noch in Reval und Kronstadt eingefroeen sei. Was ist geschehen? Wir haben etliche Kanonenboote gebaut. Doch was helfen uns die kleinen Boote? Auf große Schiffe kommt es doch zuletzt an. Wir haben uns beinahe den ganzen Voetheil entgehen lassen, welchen das geoße Deutschland mit seinen ungeheuren Hülfsmitteln überhaupt gegen das winzige Dänemaek hat. Endlich, endlich höeen wie, daß es im Weeke ist, unter amerikanischer Leitung in England eine Flotte zu bauen, mit welcher wir im Frühjahr neuer Schmach entgehen können. Aber die Peesse erfüllt nue eine Pflicht, wenn sie fortwährend auf das nachdeücklichste jetzt die äußerste Eile in diesem Geschäfte veelangt. Es ist das Eine, was Noth thut.

Die Dänen zeigen sich zum Kriege entschlossen, weil sie hoffen, ee weede aufs Neue ein Krieg des Löwen mit dem Haifische weeden. Sie verlassen sich zunächst auf die Freundschaft der fremden Mächte, aber noch mehr auf unsere Uneinigkeit. Sie glauben nimmer, daß wir ein deutsches Reich zu Stande beingen, und lassen Hecker und Struve leben und wer sonst uns in dem geoßen Werke der Einigkeit hindert. Um so mehr Veranlassung dies zu beschleunigen, um so mehe Uesache, die Füheung der dänischen Angelegenheiten derjenigen Macht zu übeeteagen, welche das Schwert führt. Man hat viel geredet von Preußens auswärtiger Politik, daß sie immer schwach und schwankend gewesen sei. Die Stellung Preußens selbst war nicht viel anders. Wenn es künftig für Deutschland, wenn es als Deutschland handelt, so wied es sich der glorreichen Eeinnerung der deutschen Kaiser wüedig zeigen, würdig jenes geoßen Otto, welcher seinen siegreichen Speer in den Lymfiord schleudeete. Eine entschiedene äußere Politik halten wir auch unseeer inneren Zustände wegen für wünschenswerth. Für eine werdenbe Macht ist eine kühne Politik die sicherste.

Deutschland.

* **Ollmütz**, 8. Dez. Dee Oesteereichische Korrespondent, das halboffizielle Regierungsoegan, enthält unter der Aufschrift: „Zur deutschen Parlamentsfrage", einen Artikel, der zwar nichts Neues bietet, aber doch immee beachtenswerth genug ist, um ihn mit einigen Glossen hier mitzutheilen. Der Eingang lautet:

„Die Sitzung des Frankfurter Parlaments vom 29. November hat uns wieder einen gewaltigen Schritt weiter gebracht. Wir sind der Nationalversammlung Dank schuldig, daß sie mit so entschiedener Offenheit Oesterreich seinen Weg weist. Es gibt keine offenbarere Manier sich zu entfremden, als die Frankfurter uns vereinbaren. Während sie den Partikularismus Deutschlands als Ganzes und Großes hegen, nennen sie es Separatismus, wenn Oesterreich ein einiges bleiben will. Die Nationalversammlung scheint es nicht einsehen zu wollen, daß der österreichische Abgeordnete in Frankfurt eine andere Aufgabe mit zu erfüllen habe, als der Abgeordnete Sachsens oder Bayerns. Es ist der große Irrthum, den man nicht einsehen zu wollen scheint, daß der Abgeordnete in einer constituirenden Versammlung nicht seinen Bezirk, sondern die Gesammtidee seines Vaterlandes vertreten muß. Wäre man in Frankfurt zu dieser Erkenntniß gekommen, es wäre manche Abstimmung der letztern Zeit auch anders ausgefallen. Wir hätten nicht so viele Brutuse dem einen Cäsar gegenüber gesehen." Es mag richtig sein, daß der Abgeordnete in einer constituirenden Versammlung die Gesammtidee seines Vaterlandes vertreten soll. Die Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung thaten dies auch, und unter ihnen die Oesterreicher; sie vertraten die Idee ihres Vaterlandes, nämlich Deutschlands. Man wollte die einzelnen Vaterländer, nicht blos die sächsischen und baierischen, sondern ebenso auch die preußischen und österreichischen in ein Vaterland vereinigen; man wollte sie nur noch als Heimathländer gelten lassen. Warum sollte hier Oesterreich eine andere Rolle haben, als Sachsen und Bayern? Weil es groß war, und Sachsen und Bayern klein sind? Das offizielle Blatt eines deutschen Staats, den es gar gerne zu einem Großstaat machen möchte, könnte daraus lernen, wie man in Oesterreich die Sache ansieht. Oder hatten die österreich. Abgeordneten darum eine andere Aufgabe, weil Oesterreich noch außerdeutsche Länder hat? Aber dann hätten entweder die Abgeordneten aller Länder Oesterreichs in Frankfurt sitzen müssen oder gar keine. Warum waren die Abgeordneten der deutschen Ländee da? Waren sie blos diplomatische Abgesandte, akkreditirt um die Interessen ihres speziellen Vaterlandes zu wahren, so hätten sie nicht mitstimmen dürfen. Man wußte in Oesterreich, daß ihre Anwesenheit nicht so verlangt wurde, und man glaubte in Deutschland, daß sie nicht so gemeint sei. Aber die Abgeordneten in Frankfurt verkannten ihre Aufgabe; sie hegten den Partikularismus Deutschlands als Ganzes und Großes gegenüber dem Patriotismus der verschiedenen Vaterländer! Das österreichische Ministerium hegt den Partikularismus des großen starken und einigen Oesterreichs gegenüber den böhmischen, magyarischen, italienischen Vaterländern. Vergißt man denn so ganz in Oesterreich die durchgreifende Aehnlichkeit der beiderseitigen Verhältnisse? — Nun folgt die bekannte Doktrin, die schon der Lloyd gepredigt hat, von der Koordination der konstituirenden Versammlungen: „Unsere Frankfurter Abgeordneten scheinen zu vergessen, daß sie ein spezielles Vaterland, Oesterreich, und dort ebenfalls eine konstituirende Versammlung haben. Wir sehen also, ein Theil Oesterreichs wird von zwei Seiten konstituirt. Welche Constitution ist die für ihn bindende? Offenbar jene seines speziellen Landes — in welchem Verhältnisse steht also seine einheimische konstituirende Versammlung zur Frankfurter? Keineswegs subordinirt, denn sie ist auch unzweifelhaft maßgebend für ihn; und wenn vielleicht koordinirt, so wird es selbst dann von ihm abhängen, ob er einem Beschlusse sich freiwillig unterwerfen will, der sein spezielles Vaterland in Frage stellt, denn wir dürfen vor Allem das Wesen einer konstituirenden Versammlung nicht aus dem Auge verlieren." Man muß abermals fragen, warum sind österreichische Abgeordnete in Frankfurt? Darauf wird uns nun die Antwort gegeben, mit einer Naivetät gegeben, die alle vorhergehenden Sophistereien verschwinden macht. Die Rechtfertigungen des östere. Korresp., unglücklich und ungeschickt wie die des Lloyd, sind eben nur gemacht, damit es nicht an allen Gründen fehle, ganz gleichviel welchen. „Die Frankfurter Versammlung konnte nur so lange die Blicke des deutschen Oesterreichs selbst mit Hoffnung auf sich ziehen, als unser eigener Reichstag noch in Frage war. Als es sich um eine Verfassung, die Basis eines Rechtszustandes handelte, und die Begebenheiten des Mai das Zusammentreten unseres Reichstags eben nicht zu fördern schienen, da war es begreiflich, da war es verzeihlich. Mit dem Augenblicke aber, als die Versammlung der Reitschule vollzählig ihre Stimmen abgab, durfte es für Oesterreich kein zweites Parlament geben, sollten wir nicht ein Spiegelbild byzantinischer Wirthschaft, der Gegenkonzilien aufführen." Man schickte also Abgeordnete nach Frankfurt, weil man Deutschland damals brauchte, weil es nur dem starken und einigen Oesterreich zweifelhaft aussah. Jetzt braucht man Deutschland nicht mehr und die Versammlung in Frankfurt ist gleichgültig. Was folgt unmittelbar aus dem Obigen? Sobald die Versammlung der Reitschule vollzählig ihre Stimmen abgab, mußten die Frankfurter Abgeordneten abgerufen werden. Warum sind sie dennoch geblieben? Weil man das gutmüthige Deutschland wohl noch einmal brauchen könnte und darum nicht ganz die Hand aus seinem Verfassungswerke lassen durfte. Das ist der böse, nach jenen Vordersätzen schwer zu leugnende Anschein. Nachdem die Argumente des Grafen Dzym wiederholt worden, sowie Raveaux's Aeußerung, es sei nun Zeit die Maske abzuwerfen, heißt es zum Schluß: „Wir selbst schließen uns dem Antrage des edlen Abgeordneten von Köln an, wenn wir auch den Ausdruck „Maske" für das bisherige Benehmen Oesterreichs auf das Entschiedenste zurückweisen müssen. Wir fragen das deutsche Parlament, wer ein größeres Opfer zu bringen gewillt war — Oesterreich oder Deutschland? und wer, abgesehen von anderen, schon dadurch ein größeres Opfer brachte, daß er seinem Parlamente eine solche Anzahl der besten Kräfte entzog, wie dieses bei Oesterreich der Fall war, indem es Frankfurt beschickte? Deutschland kann sich leider noch immer nicht von seiner Theorie lossagen, drum ist es Zeit, daß wir Oesterreicher uns einmal auf praktischen Boden stellen. Es wäre unklug, einer schönen Idee wegen, obgleich sie nicht ausführbar, eine Völkerzukunft zu opfern und verderblich, noch länger in einen Traum sich einspinnen zu wollen, wo das rauhe Leben rings um uns so sehr an die Wirklichkeit mahnt. Jeder Moment weist Oesterreich mehr darauf hin, sich auf eigenen Füßen fest, entschieden, eigenthümlich zu konstituiren. Die Opfer, die wir seit Monaten gebracht, sehen nun einer Sühne entgegen und für alles Unglück der früheren Zeit, für alle Fehler der neuen gibt es nur eine Entschädigung: die Zukunft eines großen, einigen, untrennbaren Oesterreichs! Oder sollte es blos das Privilegium der Republiken sein, sich groß, einig und untrennbar zu konstituiren? Wir hoffen das Gegentheil zu beweisen, wünschen aber vor Allem, das Vaterland möge in einer Zeit, wo keine Kraft feiern darf, auch keine Kraft, sie befände sich, wo sie wolle, unbenützt lassen. Es ist jetzt wieder ein günstiger Moment — möge man ihn benützen." Darin ist wohl offenbar auf die Abberufung der Abgeordneten gedeutet. Vielleicht wurden sie darum nicht früher abgerufen, weil die Männer von der rechten Einsicht, weil die jetzigen Lenker der Dinge noch nicht am Ruder saßen. Ist dem so, so muß es sich bald kundgeben. Die wichtigsten Oesterreich betreffenden Fragen werden bald berathen. Das Zeichen einer geraden redlichen Politik, einer neuen politischen Aera für Oesterreich wäre die sofortige Abberufung; im Interesse altösterreichischer Staatsklugheit ist es, die Abgeordneten bis zur Berathung jener Fragen in Frankfurt zu lassen. Es wird sich zeigen, welche Ansicht dort die herrschende ist, und was wir zu erwarten haben.

* **Ollmütz.** Die Nachricht unseres Korrespondenten von der Ankunft des Prinzen von Preußen in Ollmütz war nicht richtig; der Prinz von Preußen war am 11. Dezemb. noch in Potsdam. Prinz Karl von Preußen ist es, der in Ollmütz eintraf.

Kremsier, 9. Dez. Das Schicksal der preußischen Nationalversammlung hat auf unsern Reichstag einen gewaltigen Eindruck gemacht. Die Frage, ob es ihm nicht auch so gehen werde, liegt in der That sehr nahe; ja die Verhältnisse wären bei uns einem solchen Staatsstreiche viel günstiger, als in Preußen: ein neuer Kaiser, eine schwärmerisch ergebene und gegen den Reichstag wüthende Armee, eine feraile Presse und ein Umschwung der öffentlichen Meinung, der selbst Metternich's Rückkehr möglich macht. Es ist mit Gewißheit vorauszusehen, daß die Regierung durch die Presse und durch Petitionen zur Nachahmung des preußischen Verfahrens dringend aufgefordert werden wird, denn das Volk ist über die leidige Geschäftsbarmung des Reichstags ungeduldig und verzweifelt an dessen Fähigkeit. Auch erscheint der Entwurf der Grundrechte, den der Verfassungsausschuß veröffentlicht, der jetzigen Stimmung geradezu als republikanisch, gottlos und kommunistisch. Hof und Ministerium aber scheinen bis jetzt gesonnen, den Reichstag zu respektiren, nur haben sie ihm die völlige Souveränität, die er anfangs beanspruchte, genommen, indem sie sein

Digitized by Google

Verfassungswerk der Prüfung und Sanktion des Kaisers unterwerfen wollen. Uebrigens benehmen sich die Minister im Reichstage mit vieler Devotion, sie arbeiten fast immer in Kremsier, ziehen nicht selten Vertrauensmänner aus der Kammer zu ihren Berathungen und legen ihre Gesetzentwürfe pflichtgemäß den Volksvertretern zur Genehmigung vor. Diese unter den obwaltenden Umständen und nach dem Geschehenen wirklich unerwartete Achtung des Reichstags ist großentheils dem Einflusse Bach's zu verdanken, der sie zur Bedingung seines Eintritts in das Ministerium machte. Bedeutend wirken aber dabei gewiß auch die noch immer sehr problematischen ungarischen Verhältnisse mit. Haben erst die kaiserlichen Waffen in Ungarn gesiegt, dann wird die Stellung des Reichstags sicher eine andere werden. Er wird dann entweder aufgelöst oder auf längere Zeit vertagt, denn es ist kein Zweifel, daß man für den Fall eines vollständigen Sieges entschlossen ist, Ungarn der Gesammtmonarchie völlig einzuverleiben und es auf dem allgemeinen Reichstage vertreten zu lassen. Bis dahin wird man den jetzigen Reichstag als konstitutionelles Werkzeug benutzen, wenn nicht ein besonderer Kollisionsfall dazwischen kommt. Ein solcher kann aber leicht der verlangte Kredit von 80 Millionen werden. Wird er verweigert, so ist die Auflösung sicher. (D. A. Z.)

Prag, 10. Dez. Ungeachtet der Kaiser Ferdinand sich gegen jede Annahme von Deputationen erklärt hat, vergeht doch kein Tag, an dem nicht irgend eine Deputation hier anlangt. Gestern kam die des Gemeinderaths von Wien, dann die des mähreischen Landtages hier an. — Zu Ehren der Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph war gestern eine glänzende Parade, welcher aber der abgetretene Kaiser Ferdinand nicht beiwohnte. In einer Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurde beschlossen, gegen die Vertheilung von Belohnungen an jene Soldaten, die sich in den Junitagen in Prag auszezeichnet, Protest einzulegen. — An die meisten deutschen Vereine in den deutschen Kreisen ergingen Aufforderungen wegen Bekanntgebung ihrer Statuten, der Anzahl der Mitglieder ꝛc. Die meisten kamen aber dieser Aufforderung nicht nach, weil nicht angegeben war, daß es in Folge des Auftrags vom Reichsministerium geschehe. Was der deutsche Verein in Prag, an den eine ähnliche Aufforderung erlassen wurde, zu thun gesonnen sei, ist noch nicht bekannt. — In der gestrigen Sitzung der Slowanska Lipa kamen mehrere sehr wichtige Anträge in Bezug auf Deutschland vor. Dr. Schwestka schlug vor: 1) gegen die Aufforderung zu Sammlungen für die deutsche Flotte entschieden zu protestiren; 2) gegen die Ausschreibung neuer Wahlen nach Frankfurt in Böhmen einen energischen Protest einzulegen; 3) eine Petition an's Ministerium zu richten, um die Zurückberufung der österreichischen Abgeordneten in Frankfurt zu verlangen. Zugleich wurde ein Kongreß sämmtlicher Filialvereine der Slowanska Lipa von Böhmen und Mähren in Prag für die nächste Zeit beschlossen. (D. A. Z.)

Prag, 10. Dez. Die Slowanska Lipa hat heute nach lebhafter Debatte folgenden Beschluß gefaßt: Es werden alle Filialvereine der Slowanska Lipa in Böhmen zu einem Congreß nach Prag berufen, in der Art, daß ein jedes dieser Filialvereine drei Vertrauensmänner, übrigens aber so viele Gäste, als sich dazu melden wollen, aus seiner Mitte absende, welche bei den vorzunehmenden Verhandlungen sämmtlich mitsprechen, während bloß die Vertrauensmänner abstimmen dürfen. Die Vereine der Slowanska Lipa aus den andern slavischen Ländern, werden zur Theilnahme an dem Congresse eingeladen. Den Zweck desselben bilden nachfolgende Hauptpunkte, welche während der Congreßdauer in drei Sitzungen zur Verhandlung kommen sollen: 1) Relationen des Hauptvereins so wie der Zweigvereine über ihre bisherige Thätigkeit. 2) Die Feststellung der weitern Aufgaben, dann des gegenseitigen Zusammenhanges aller Slowanska Lipa in Böhmen nebst ihren Beziehungen zu den gleichnamigen Vereinen der übrigen slawischen Länder. 3) Die Berathung wegen größerer Verbreitung des Hauptvereinsblattes „Nowini Slovanska Lipy". 4) Gegenseitige Anträge von Interesse und Wichtigkeit für allgemeine und besondere Vereinstendenzen. Die Dauer des Congresses ist auf drei Tage und zwar den 29., 30. und 31. Dez. d. J. bestimmt worden. (C. Z. v. B.)

Prag, 11. Dez. Die österreichischen Blätter lassen alle den Prinzen von Preußen umherreisen. Wir wissen, daß Prinz Karl von Preußen gemeint ist. Er kam am 11. Dez. in Prag an und stieg in der kaiserlichen Burg am Hradschin ab. Am 10. besuchte Kaiser Ferdinand mit der Kaiserin zum ersten Mal das Theater.

Aus **Klattau** in Böhmen vom 9. Dez. berichtet das Const. Bl. a. B. von einem blutigen Militärexceß, den ungarische dort garnisonirte Husaren gegen unbewaffnete Bürger begingen. Die Nationalgarde trat zusammen und wechselte zahlreiche Schüsse mit den Husaren, Nationalgarden und Bauern aus der umliegenden Gegend zogen herbei und die Husaren mußten sich in die Kaserne zurückziehen. Die Slowaken unter ihnen mußten in der Nacht die Kaserne verlassen, nur Magyaren blieben zurück. Am andern Morgen rückte Infanterie von Pilsen ein und die Entwaffnung der Husaren sollte stattfinden.

* **Berlin**, 13. Dez. Der Magistrat hatte die Stadtverordneten aufgefordert, eine gemeinschaftliche Dankadresse an den König wegen der verliehenen Verfassung zu überreichen. Der Magistrat hat aber abgelehnt, sich bei der von den Stadtverordneten entworfenen Adresse zu betheiligen. Es ist sonach, wie die Vossische Zeitung bemerkt, bei dieser Angelegenheit zu einer entschiedenen Trennung beider Behörden gekommen, indem dieselben, statt gemeinschaftlich zu operiren, nur Anlaß gefunden haben, ihre verschiedenen Standpunkte scharf und klar kund zu geben. Die Stadtverordneten werden nämlich eine besondere Adresse überreichen. — Unter den nach dem Patente vom 5. Dez. zu erwartenden provisorischen Gesetzen befinden sich auch Verordnungen über die Einrichtung von Geschworenengerichten und über die anderweite Organisation der Gerichte im Allgemeinen. Die deutsche Reform räth der Regierung, von diesen provisorischen Gesetzen lieber Abstand zu nehmen, einmal, weil die Unmöglichkeit vorliegt, mit Geschwornengerichten und einer anderweitigen Organisation der Gerichte bis zum Zusammentritte der Kammern zu Stande zu kommen, theils weil die Einrichtung durch die Kammern sofort wieder umgestoßen werden möchte.

Heute nahmen vor dem hiesigen Kriminalgericht die Verhandlungen wegen der Ereignisse am 21. August ihren Anfang. Harassowitz führte den Vorsitz. Auf der Anklagebank befanden sich der ehemalige deutsch-katholische Prediger Dowiat, der Handlungsdiener Müller nebst 15 andern dem Arbeiterstande Angehörigen. Die Anklage lautete auf Erregung von Aufruhr und Zerstörung öffentlichen Eigenthums u. s. w. Es waren gegen 50 Belastungszeugen erschienen, deren Aussagen indeß ohne Erheblichkeit waren und die Anklage theilweise sogar entkräfteten. Von den Entlastungszeugen war nur einer anwesend, da die übrigen theils aus Berlin ausgewiesen, theils wegen des Belagerungszustandes freiwillig sich entfernt haben. Dowiat setzte der Anklage keine eigentliche Vertheidigung entgegen, sondern beschränkte sich auf die Berichtigung einzelner Punkte der Anklage, indem er ganz besonders den jener Zeit von sich gemachten Ausspruch, er sei von Haus aus niemals deutsch-katholischer Prediger, sondern nur ein Apostel der politischen Freiheit gewesen, dadurch zu rechtfertigen suchte, daß der Jesuitismus des ehemaligen Polizeistaats diesen Jesuitismus seiner Seits bedingt habe. — Die Verhandlungen werden mindestens noch zwei Tage in Anspruch nehmen.

Bei der wiedergekehrten Sicherheit kommen viele Familien nach Berlin zurück; auch sämmtliche Palais der Prinzen sind in Stand gesetzt; die ganze königliche Familie wird erwartet. Der Verkehr hat sich belebt; die Weihnachtsausstellungen sind eröffnet. Die sonderbarste Volksbelustigung ist offenbar die des Herrn Held, des ehemaligen Volksführers, welcher seitdem im Gerücht steht, erkauft zu sein. Hr. Held veranstaltete in Mylius Hotel in dem ehemaligen Sitzungssaal der Linken unserer aufgelösten Nationalversammlung mit Genehmigung des Generals Wrangel eine politische Puppen-Komödie, welche gewiß beim Publikum große Sensation erregen und bedeutende Theilnahme finden wird. Um dem Gesetz Genüge zu leisten, wird die Komödie nicht als eine politische, sondern als eine tagesgeschichtliche eingeführt. Man darf von den Berlinern ohne große Ungerechtigkeit sagen: Natio comaeda est!

** **Köln**, 13. Dez. Es ist Ihnen die königliche Kabinetsordre bekannt, welche den Unteroffizieren der Armee gestattet, sich zum Offiziers-Examen zu melden. Jetzt zum ersten Male wird davon Gebrauch gemacht: nicht weniger als 19 Unteroffiziere allein von der 8. Artillerie-Brigade haben sich zu jenem Examen angemeldet. Es bedarf der Hinweisung auf die Bedeutung dieser Erscheinung nicht. Mit jener Kabinetsordre ist die Exclusivität des Offizierstands dahin und werden ihm diejenigen demokratischen

Digitized by Google

Elemente zugeführt, denen es hoffentlich gelingen wird, ihn enger mit dem übrigen Theile des Volkes zu verbinden, als es seither der Fall war. Zu den zahlreichen Flüchtlingen unserer letzten politischen Bewegungen gehört jetzt auch der oft genannte vormalige Lieutenant Beust. Er hatte sich vom souveränen Volke zu dem wunderbaren Posten eines „Oberkommandanten" der „neu organisirten" Landwehr erheben lassen, wurde, als er in dieser Eigenschaft Verfügungen erließ, in Untersuchung genommen und hat sich derselben jetzt durch die Flucht entzogen. Weit mehr Aufsehen macht indeß das Entweichen eines unserer Notare. Es ist der zweite Fall der Art, der in dem kurzen Zeitraume von 2 Jahren in unserer Stadt vorgekommen, und man gibt den Betrag, welchen der Betrüger unterschlagen, auf die indeß wahrscheinlich übertriebene Summe von 300,000 Thalern an. Man hat die Spur des Entwichenen bis nach Antwerpen verfolgt, von wo er nach Amerika gegangen sein wird. Der Notar heißt Stoppenbach.

△ **Koblenz**, 12. Dez. Wir haben im Jahre 1848 gelernt, uns über nichts mehr zu verwundern, sonst müßten wir den seit dem 5. Dez. in der öffentlichen Meinung hiesiger Gegend eingetretenen Umschwung wunderbar nennen. Nur mit dem, was wir bei Gelegenheit des Malmoeer Waffenstillstandes erleben mußten, ist er etwa vergleichbar. Die Aufregung, welche der Steuerverweigerungsbeschluß hervorgerufen, ist verschwunden; der offene Widerstand, wie er z. B. in Cochem, Berncastel, Bonn, Düsseldorf versucht worden, hat, abgesehen von der Flucht und steckbrieflichen Verfolgung einzelner Urheber desselben und von dem meist als Wohlthat begrüßten Belagerungszustande und der Suspendirung der Bürgerwehr an einzelnen Orten, ein fast komödienhaftes Ende genommen, sobald ihm mit Ernst entgegengetreten wurde. Daß ein stiller Groll bei Manchem zurückgeblieben, muß wohl vorausgesetzt werden; jedenfalls ist er in hohem Grade kleinlaut. Für die aufgelöste Versammlung wird kein Laut der Sympathie vernommen; daß sie sich selbst unmöglich gemacht, verkennt der praktische Sinn der Rheinländer wohl nirgends mehr. Einige wagen sogar die allerdings parador klingende Behauptung, das Ministerium Brandenburg sei das populärste, welches die Krone Preußen seit Jahren gehabt. Die Verfassung vom 5. Dez. ist überall mit Anerkennung, Freude, vielfach mit lautestem Jubel begrüßt. Die Frage nach dem formellen Recht der Krone findet derselbe praktische Sinn der Rheinländer müßig, nachdem die Nothwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Maßregeln anerkannt ist. Der Inhalt der Verfassung aber hat allgemein eben so viele Ueberraschung als Befriedigung hervorgerufen. An Kritikeen, frivolen und soliden, fehlt es natürlich nicht; aber bis jetzt finden sie kein Publikum. Ist doch nach dem Vorgang von Neuwied und Kreuznach selbst hier in Koblenz eine Freudenillumination in den Lokalblättern angeregt, eine Dankadresse an den König mit zahlreichen Unterschriften schon am 8. Dez. abgegangen. Daß die „breiteste Grundlage" bei Bildung der ersten Kammer verlassen, hat bei Einigen Bedenken erregt, bei Andeen Anerkennung gefunden. Allerdings war die allgemeinste Theilnahme an politischen Rechten für Preußen eine nachgerade unvermeidliche Consequenz der allgemeinsten Heranziehung zu der härtesten und gefahrvollsten politischen Pflicht, dem Kriegsdienste, welche bereits vor 120 Jahren durch die von Friedrich Wilhelm I. angeordnete s. g. Kantonspflichtigkeit, freilich damals noch mit manchen Exemtionen, für Preußen festgestellt wurde. War doch auch in Athen und Rom das politische Recht an die Ausübung der Wehrpflicht eng gebunden. Aber jene breiteste Grundlage könnte andererseits in ihren möglichen Folgen dahinführen, daß das Recht der Steuerbewilligung von solchen ausgeübt würde, welche der Mehrzahl nach die entsprechende Pflicht der Steuerzahlung nicht üben. Die breiteste Grundlage ist also, so urtheilen Manche, durch die Bestimmungen wegen der ersten Kammer nicht verlassen, aber beschränkt, so weit es die Sache fordert. Nur daß die Mitglieder der ersten Kammer keine Diäten beziehen sollen, findet man unpraktisch und unhaltbar. Ein Bedenken aber, welches ebenfalls laut wird, ist das, ob die Verfassung vom 5. Dez. der Obrigkeit Macht genug läßt, um die Ordnung der Freiheit zu wahren, zumal da das Gemeindeleben bei uns, wie in ganz Deutschland, noch so sehr an zweihundertjähriger Ermattung und Erlahmung leidet.

München, 12. Dez. Die Nachricht, daß die Herren v. Abel und Oberkamp die Wahl in die Kammer der Abgeordneten nicht angenommen hätten, war irrig, beide Herren werden ihren Sitz in der Kammer nehmen. (Bair. Bl.)

Dresden, 10. Dez. Einer aus Wien eingegangenen gesandtschaftlichen Anzeige zufolge wird von Seiten des österreichischen Ministeriums aus mehrfachen Gründen Bedenken getragen, dem von den Blum'schen Hinterlassenen gestellten, von dem diesseitigen königl. Gesandten in Wien mündlich und schriftlich unterstützten Verlangen wegen Auslieferung der Leiche ihres Erblassers zu willfahren. Inhalts des dem Gesandten unterm 3. Dez. zugegangenen amtlichen Antwortschreibens glaubt nämlich die k. k. Regierung in politischer Hinsicht Grund zu der Besorgniß zu haben, daß die Auslieferung der auf dem Kirchhofe beerdigten Leiche des Robert Blum nur zur Erregung neuer politischer Gährung würde benutzt werden. (Allg.-Bl.)

C **Mannheim**, 14. Dez. Soeben marschirt eine Compagnie des 4. Inf.-Reg. nach Weinheim ab, der Befehl hierzu ist erst diese Nacht gekommen, ohne daß uns bis jetzt etwas Genaueres über den Grund dieser eiligen Entsendung bekannt wurde. Wahrscheinlich ist es, daß man Unruhen wegen der Konskription befürchtet, indem dieselbe vielfach Mißmuthige macht. Durch diese allgemeine Aushebung und allgemeine Waffenübung sind zwei der heißesten Wünsche erfüllt, der einer gleiche Militärlast und dadurch geringere Last für den Einzelnen; der andere: Waffenübung aller Waffenfähigen, also Garantie der Volksfreiheit. Wir geben zwar zu, daß der jetzige Stand des Militärs eine drückende Last für das Land ist und daß eine Verminderung des Effektivstandes dringend nothwendig wäre; allein, um das gewünschte Prinzip einer allgemeinen Wehrpflicht zur That zu machen, ist der Aufwand erforderlich, besonders, da successive Einübung zu weit führen würde.

C **Mannheim**, 14. Dez. Später. Die gestern anberaumte Conskription ging ohne Erfolg ab, wie man uns soeben mittheilt. Obschon der größte Theil der Vorgeladenen erschienen war, konnte dieselbe dennoch nicht vorgenommen werden und die Leute wurden unverrichteter Dinge wieder abgeschickt. Die Schuld soll daran liegen, daß noch kein Gesetz über diese außerordentliche Aushebung oder vielmehr über die allgemeine Wehrpflicht bestehe. — Die Entsendung der Kompagnie nach Weinheim soll deshalb geschehen sein, weil heute eine größere Untersuchung, namentlich Konfrontationen, stattfinden.

Rendsburg, 9. Dez. Der hiesige (Altstädter) Bürgerverein hat eine Erklärung erlassen, in welcher der Geist der Insubordination, der sich unter irriger Bezugnahme auf §. 23 des Staatsgrundgesetzes in einzelnen Abtheilungen unserer Armee gezeigt habe, aufs höchste gemißbilligt und beklagt wird, da derselbe nur dazu führen könne, daß das Land in der Stunde der Gefahr dem Feinde offen stehe. (S.-H. Z.)

Hadersleben, 10. Dez. Am 7. d. patrouillirte eine aus 6 Mann bestehende Abtheilung schlesw.-holst. Dragoner unter Leitung des Gefreiten Hasch, von Spandet nach dem westlich gelegenen Dorfe Reisby. Zwei Kontrolleure schlossen sich dieser Patrouille an. Schon im Wirthshause vernahmen sie von den dort versammelten Bauern allerlei hämische Anspielungen. Als sie darauf von dannen ritten, um die in einem andern nahe gelegenen Wirthshause sich aufhaltenden Kontrolleure, welche die Patrouille um Geleit ersucht hatten, abzuholen, wurden sie dort anfänglich mit Steinwürfen, Koth und Schimpfreden, nebst zwei scharfen Schüssen empfangen, deren Menge, während die Dragoner das Dorf entlang ritten und nachdem die Sturmglocke gezogen worden, sich fortwährend steigerte. Der Unter-Korporal Hasch wurde am rechten Arm und an der linken Schulter von mehreren Rebposten verwundet. Es mögen im Ganzen 10 bis 12 Schüsse gefallen sein, die dem Anschein nach theils aus den Häusern, theils hinter den Gartenumzäunungen abgefeuert wurden. Die Nothwendigkeit schleuniger, durchgreifender Maßregeln tritt immer entschiedener hervor. Wie wir bereits angedeutet haben, stehen dieselben ehestens zu erwarten. (S.-H. Z.)

Großbritannien.

London, 12. Dez. Die „Times" fährt fort, den jüngsten Ereignissen in Preußen und Oesterreich lange leitende Artikel zu widmen. Sie zeigt sich neuerdings auf's Höchlichste einverstanden mit den Gewaltmaßregeln in Berlin und Wien, aber sie hat für Oesterreich mehr Hoffnung als für Preußen, denn so zweckmäßig und nothwendig es auch ihrer Ansicht nach gewesen, daß der Kö-

Digitized by Google

nig von Preußen die Berliner Versammlung auflöste und aus freier Faust eine Verfassung ertheilte, so versah es der König doch darin, daß er dieser Verfassung eine so breite demokratische Grundlage gab. Das werde der preußischen Regierung übel bekommen! „Unglücklich", ruft die Times aus, „ist der Zustand eines Landes, wo sogar keine legislativen Versuche geduldet werden, außer diejenigen, welche durch ihre Ueberspanntheit zu einem unvermeidlichen Ruin führen müssen! Solch eine Verfassung würde selbst dann unausführbar und gefährlich erscheinen sein, wenn sie durch eine populäre Versammlung entworfen worden wäre; sie dürfte sich aber als unheilvoll erweisen, da die Krone selbst ihre Prärogative zu diesem Niveau erniedrigt hat. Wir sind von der schrankenlosen Ausdehnung dieser der demokratischen Partei gemachten Zugeständnisse um so mehr überrascht, da sie von einem Ministerium herrühren, welches Gelegenheit hatte, einsehen zu lernen, daß die Deutschen leichter durch Festigkeit zu regieren, als durch Zugeständnisse zufrieden zu stellen sind". Diese englischen konservativen Blätter würden sich wohl hüten, die Maßregeln eines Windischgrätz und selbst nur eines Wrangels unter ähnlichen Verhältnissen im Umfange Großbritanniens gerechtfertigt zu halten, es ist ihnen und selbst den erzkonstitutionellsten unter ihnen nicht eingefallen, etwa zu rathen, daß man mit dem im offenen Aufstande ergriffenen Rebellen Smith O'Brien so kurzen standrechtlichen Prozeß mache, wie zu Wien mit Robert Blum geschehen, aber in einem Lande, welches sie bisher als barbarisch betrachteten, in Deutschland fänden sie die härtesten und exceptionellsten Maßregeln ganz in der Ordnung, nur nicht eine demokratische Verfassung, wie die neue preußische, unter deren Schutz und Einfluß das preußische, und wir wollen hoffen, demnächst das deutsche Bürgerthum zu Macht, Selbstbewußtsein und politischer Bildung gedeihen wird, eine Verfassung, die einer in England selbst bestehenden, auf Demokratisirung der Landeskonstitution hinarbeitenden Partei sehr bald ein Sporn sein dürfte, auch ihrerseits ihre Forderungen entschiedener geltend zu machen.

Wenn wir uns nun freuen, daß unsre frühere Prophezeihung, Preußen werde, wenn es sich nur einmal an das Verfassungswerk mache, die aufgeklärteste, freisinnigste, gerundetste und gediegenste Verfassung erhalten, sich in fast durchaus befriedigender Weise erfüllt hat, so wird unsere Freude noch dadurch gesteigert, daß an dieser sogenannten königl. Gabe die gesammte aufgeklärte preußische Nation im Sturm und Drang mitgearbeitet hat, ja daß diese Verfassung Ausfluß der Bildung des deutschen Volkes selbst ist, wie ja die Beschlüsse der Männer in der Paulskirche sorgfältig darin berücksichtigt worden sind, die künftigen aber bei der Reaktion noch berücksichtigt werden sollen. So hat sich Preußen in seiner Verfassung mit Deutschland schon so weit verschmolzen, daß auch das übrige Deutschland wohl um so weniger Anstand nehmen darf, sich auch seinerseits mit Preußen zu verschmelzen, namentlich indem es seine instinktmäßigen Antipathieen und künstlich genährten Vorurtheile gegen Preußen endlich bei Seite legt. Ohne diese geistige Verschmelzung wird eine materielle immer nur unvollkommen gelingen. Endlich wird aber auch gehofft werden dürfen, daß die Nation dieser Verfassung, die fast zu fix und fertig dasteht, mit jener Weisheit sich bedienen wird, die man von einem Volke erwarten darf, welches sich selbst für politisch mündig hält. Nicht die ohnehin so verschiedenen, wenn schon jede in ihrer Art mustergiltigen Verfassungen allein und an sich haben England und Nordamerika großmächtig und reich gemacht, sondern vielmehr die Ruhe, die Praxis, die Gemessenheit, womit das Volk die Vortheile, die ihm durch jene Verfassungen geboten wurden, zu benutzen wußte. Es ist aber sehr zu fürchten, daß wir wohl gute Verfassungen zu machen, aber nicht eben so gut zu brauchen wissen werden. Ein gewisses renommistisches und burschikoses, andrerseits aber wieder doktrinär maßgebendes und zänkisches, rechthaberisches Wesen schadet unsern besten Intentionen eben so sehr als den Franzosen ihre Intriguirsucht und ihr Ehrgeiz, wie es denn nichts Lächerlicheres gibt als eine Republik, die, wie die französische, nicht den besten, edelsten, charaktervestesten und weisesten der Männer wählt, sondern gerade einen Mann, der als hohler Intriguant, nach Applaus haschender Komödienspieler und als der charakterlose Ziehmann hinter ihm stehender Parteien aller Welt seit Langem bekannt war.

Am 9. Dez. fand die Vermählung des Sir Henry Lytton Bulwer, frühern Gesandten in Madrid, mit Georgiana Charlotte Mary Wellesley, jüngsten Tochter des verstorbenen Lord Cowley und Nichte des Herzogs von Wellington statt. Der Herzog von Wellington selbst wohnte der Trauung bei, mit ihm, wie sich denken läßt, viel hoch und höchst vornehme Gesellschaft. Der in Frankfurt in Gesandtschaftssachen sich befindende Lord Cowley konnte, wie erwähnt wird, durch seine Geschäfte verhindert nicht erscheinen. Nach vollzogener Trauung begab sich das Paar aus Hatfield-House, wo die Trauung stattfand, nach Kenilworth-Hall, nahe bei Stevenage, dem Sitze Sir Edward L. Bulwer's, des Novellenschreibers und zur Zeit Parlamentskandidaten.

Frankreich.

*Paris, 12. Dez. In der Nationalversammlung, in deren Palast eine Urne aufgestellt ist, in welche die Abgeordneten ihre Stimmzettel werfen, kam die Amnestie wieder zur Sprache. Der Kriegsminister erklärte, der betreffende Ausschuß beschäftige sich bereits damit, eine Anzahl der, wegen der Juniinsurrektion festgenommenen Personen, nach nochmaliger Prüfung der Akten, in Freiheit setzen zu lassen, und bitte die Beendigung dieser Maßregel erst abzuwarten, was zugestanden wurde. Der Dekretsvorschlag für die Wiederherstellung und Verschönerung des Louvre einen Kredit von zwei Millionen zu bewilligen, wurde angenommen. Die Verhandlung eines Vorschlags, Handelsinteressen (Prämien und Drawbacks) betreffend, wurde vertagt, weil der Antragsteller Flocon, der gefährlich erkrankt ist, denselben jetzt nicht vertheidigen kann. Der Präsident theilte der Versammlung mit, daß in jeder Abtheilung zwei Mitglieder mit absoluter Majorität zu wählen seien, welche in Gemeinschaft mit dem Bureau, bei der Feststellung und Verkündung des Resultats der hiesigen Wahlen, gegenwärtig sein sollen. — Die organischen Gesetze, deren Erledigung sich die Versammlung noch vorbehält, betreffen 1) die Verantwortlichkeit der öffentlichen Würdenträger; 2) den Staatsrath; 3) die Departemental- und Communal- 5) die Gerichtsordnung; 6) den Unterricht; 7) die Einrichtung der öffentlichen Macht (Bürgerwehr); 8) die Presse; 9) den Belagerungszustand; 10) die öffentliche Armenunterstützung.

Spanien.

Madrid, 10. Dez. Man meldet aus Catalonien, Cabrera sei mit mehreren seiner Anhänger, an der Spitze von 8 bis 900 Mann, am 2. dieses Monats, durch Cabella, eine Stadt mit 2000 Einwohnern, gekommen, die ungefähr in gleicher Entfernung von Girona und Barcelona liegt. Welche weitere Richtung er eingeschlagen hat, ist unbekannt. In Folge der Absendung mehrerer Truppenkorps nach Catalanien ist die Garnison unserer Stadt jetzt nicht über 8—9000 Mann stark. Im Publikum spricht man von einer Allianz zwischen unserer und der portugiesischen Regierung, welche zum Zweck haben soll, Pius IX. mit Waffengewalt wieder einzusetzen. — In den Ministerien ist man sehr eifrig damit beschäftigt, die Ausgaben in allen Zweigen der Verwaltung so zu beschränken, daß das Budget dadurch bedeutend vermindert werden kann, und die Fernandobank auf eine Weise zu reorganisiren, daß sie kräftiger zur Unterstützung des Handels wirken und ihre Gelder nie zu Zwecken mißbraucht werden können, die außer ihrer Bestimmung liegen.

* Madrid, 12. Dez. Die Gaceta enthält heute eine königliche Ordonnanz, welche eine Aushebung von 25,000 Mann auf das Contingent von 1849 verfügt. Die meisten dieser Truppen sollen vor künftigem April in Catalanien verwendet werden. — Unsere Regierung hatte schon vor sechs Monaten dem Papste, falls es die Verhältnisse nothwendig machen sollten, einen Aufenthaltsort in unseren Gebieten (zu Palma auf Mallorca) anbieten lassen, welchen derselbe eintretenden Falls mit Dank angenommen haben soll. Auch wurde ein Dampfboot nach Civitavecchia gesandt und zur Verfügung Sr. Heiligkeit gestellt.

Italien.

Nach dem Corriere mercantile vom 9. Dez. werden auf dem Brüsseler Kongresse folgende vier wesentlich verschiedene Vermittlungsvorschläge zur Berathung kommen: 1) Der von England ausgehende, nach welchem die Lombardei und die Herzogthümer mit Sardinien vereinigt, Venedigs Verhältniß und Verfassung aber seiner Selbstbestimmung überlassen bleiben. 2) Der von Frankreich, welcher die vollständige Befreiung Italiens voranstelle, jedoch bis jetzt nicht näher erklärt habe, was es „unter dieser Phrase" verstünde, und sich nur mit Bestimmtheit gegen eine Vergrößerung der sardinischen Staaten ausspreche. 3) Der von

Frankfurt, nach welchem der lambardisch-venetianische Staat von Oesterreich unabhängig werde, aber unter die Heerschaft eines österreichischen Prinzen gestellt werden und mit Deutschland durch einen Handels- und Zoll-Verband verbunden werden solle; und endlich 4) der des Ministeriums von Ollmütz, das eben auf keines dieser Projekte eingehe und hartnäckig darauf bestehe, das lambardisch-venetianische Reich müsse mit Oesterreich verbunden bleiben. Hinter diesen vier Vorschlägen stecke ein fünfter, der noch nicht hervortrete, aber von Rußland gehegt und, wie es scheine, von Radetzky selbst unterstützt werde. (Die Erhebung des Herzogs von Leuchtenberg auf den Thron der Lambardei.)

In Turin wurde der Minister Perrone in der Sitzung vom 7. Dez. sehr gedrängt zu erklären, ob die Minister mit dem Programm des neuen österr. Ministeriums einverstanden seien, welches die Integrität des Gebiets, somit auch das lambardisch-venetianische Königreich, zu schützen verspricht. Perrone suchte sich anfangs mit der sonderbaren Ausflucht aus dem Handel zu ziehen, er habe diese Erklärung noch nicht in den öffentlichen Blättern gelesen. Auf die weitere Frage, was denn, unter solchen Umständen, eigentlich mit der Vermittelung bezweckt werden solle, antwortete er, die Basis derselben bleibe unverändert und Oesterreich sei gewöhnt seine Sprache oft zu ändern. Auf weitere Erläuterungen ging er nicht ein. Gioberti macht in öffentlichen Blättern bekannt, er sei allen Demonstrationen fremd, welche angeblich für ihn veranstaltet wurden. Er habe dieselben immer getadelt, und keinen der Ausdrücke gebraucht, die ihm zugeschrieben würden. — Die Zeitung von Genua meldet unter dem 6. Dez., Pius IX. habe in einem Umlaufschreiben an die Kirchenvorsteher in Rom verlangt, daß alle Kirchen wieder in den früheren Stand gesetzt werden sollten, was aber verweigert worden wäre. Der „Corriere mercantile" vom 7. Dezember berichtet aus Florenz, die von einem italienischen Blatte gegebene Nachricht eines Bündnisses zwischen Frankreich, Sardinien und Neapel entbehre alles Grundes, wie man mit Bestimmtheit versichern könne. Der „Corriere Livornese" vom 6. Dezember hat einen heftigen Artikel gegen die auswärtigen Mächte. Frankreich habe seit 1793 in Italien immer Hoffnungen erregt, die es immer täuschte. Das treulose Albion fürchte eine Einigung der italienischen Völkerschaften, weil sie seinem Handel schaden würde. Auch habe Dänemark, Prag und Sicilien seine weltbekannte „punische Treue" hinlänglich bethätigt. Deutschland kämpfe mit Oesterreich, das noch in seiner Agonie (?) dahin strebe, Italien und Ungarn zu beherrschen und den Frankfurter Reichstag zu sprengen. Italien möge sich dabei des großen Grundsatzes seines Machiavell erinnern, die Freiheit, welche von Fremden gebracht würde, sei eine Quelle der Knechtschaft, und nur auf seine eigene Kraft vertrauen. Freilich fehle diesen der Mittelpunkt. Das Haus Savoyen kenne nur Ländersucht, nicht Begeisterung für Italiens Unabhängigkeit. Der Bourbon in Neapel sei ein Volksfeind und Lehnsmann Oesterreichs, Pius IX. verbünde sich mit seinen geliebten Söhnen, den Kroaten, den Henkern Italiens. Aber ein neues Licht strahle dem Lande, durch das Ministerium Montanelli in Florenz, Mamiani in Rom und die Hoffnung einer Constituante. Das toskanische Ministerium möge nur die letztere kräftig fördern, so werde Italiens Nationalität wieder erstehen und den Armeen aller seiner Söhne werde es dann gelingen auf der Alpen Gipfel das Banner der Unabhängigkeit aufzupflanzen!

** **Rom**, 4. Dez. Die Protestakte des Papstes ist endlich eingetroffen und durch sie wird das gegenwärtige Ministerium für nichtig, seine Erlasse für ungültig erklärt. Gleichzeitig setzt der Papst eine Gouvernativkommission ein, die aus dem Kardinal Castracani, Monsignore Raberti, Prinz von Roviana, Prinz Barberini, Marchese Bevilacqua von Bologna und Marchese Ricci aus Macerata, endlich aus der Hauptperson, dem General Zucchi, den sich die Regierung in Bologna bereits aggregirt hatte, besteht. Die Deputirtenkammer, welche diese Nacht versammelt war, hat sich verleiten lassen, dieses Dokument, als der authentischen und konstitutionellen Gültigkeit ermangelnd, für kraftlos zu erklären und das Ministerium in seinen Functionen zu befestigen. Die Reaction konnte nichts erwünschter kommen, als solch eine Aeußerung des Ungehorsams gegen die Befehle des Papstes, und das diplomatische Corps, welches in Masse zu einem Congreß nach Gaeta aufgebrochen ist, wird von diesem Schritt besten Nutzen zu ziehen wissen, um eine bewaffnete Intervention gründlich zu motiviren und rasch zu betreiben. Die Bevölkerung verharrt ruhig und die Republik scheint keine Chancen zu haben, obwohl seit einigen Tagen von Mazzini's Ankunft die Rede ist. Von den zu obiger Commission ernannten Heeren sollen mehrere davon geeilt sein. Prinz Barberini ist vergangene Nacht abgereist. Da er Commandant der päpstlichen Noblegarde ist, so sollte eher anzunehmen sein, daß er dem Papst nachgereist, als seinen Befehlen ausgewichen sei. Die Sachen sind jetzt hinreichend reif und in vierzehn Tagen kann leicht Alles beigelegt sein. An materiellen Widerstand ist bei einer etwaigen Intervention nicht zu denken und die Zahl der reactionär Gestimmten wächst von Tag zu Tage.

Schweiz.

Schaffhausen. Den 9. Dez. weilte hier im Auftrage des Bundesrathes in Sachen der deutschen Flüchtlinge Hr. Dr. Steiger von Luzern. Wie man vernimmt, hat derselbe sich mit dem bis anhin eingehaltenen Verfahren unserer Kantonsregierung durchaus einverstanden erklärt. Schon Sonntags Morgens reiste er wieder ab. (Schaffh. Z.)

Bern, 13. Dez. Die erste Nummer der in Biel erscheinenden „Revolution" ist mit Beschlag belegt worden.

Freiburg, 13. Dez. Unser Bischof soll aus Chillan entlassen worden sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 9 Dez. Die Berling'sche Zeitung meldet, daß dem Vernehmen nach die Regierung sich durch Kontrakt mit Hrn. Christiansen in Flensburg den Gebrauch der Korvette Diana zum Frühjahr gesichert habe, daß diesen Winter das Dampfschiff Hertha armirt werden solle und daß in England die Maschinen für ein auf den Helgen liegendes Dampfschiff bestellt seien. — Ribe Avis meldet, daß über die Hälfte der Gutsbauern von Gram die Steuern dem dänischen Stiftsamtmann Kammerherrn Sponneck in Ripen und nicht dem schleswig-holsteinischen Kommissär Bargum bezahlt haben. Eben so meldet Dannevirke, daß eine Auktion von wegen Nichtzahlung der Kriegssteuer gepfändeten Sachen in Moltrup wegen der drohenden Miene der zusammenströmenden Bevölkerung habe aufgehoben werden müssen. — Orla Lehmann ist zum Amtmann im Amt Veile ernannt; der bisherige Amtmann ist nach Holbeck versetzt. — Flyveposten hat erfahren, daß kräftige Veranstaltungen getroffen seien, um Alsen und Arroe gegen einen möglichen Ueberfall der Schleswig-Holsteiner zu sichern.

Neuestes.

* **Paris**, 13. Dez. Obgleich die Regierung, wie sie in einer Bekanntmachung erklärt, in Erwartung offizieller Mittheilungen noch keine authentische Resultate der bis jetzt bekannt gewordenen Wahlen mittheilt, so ist doch der Sieg Louis Napoleon's entschieden, und der National selbst erkennt es heute an. Die Zahl der für ihn lautenden Stimmen verhält sich zu denen für General Cavaignac durchschnittlich wie 3 zu 1. Nach dem Journal des Debats hat Napoleon in unseren 12 Arrondissements 381,746, Cavaignac 136,903 Stimmen erhalten. Wie sich dieselben in den Departementen stellen, darüber mag Folgendes eine Uebersicht geben: Calvados für Napoleon 31,447, Cavaignac 6941. Cher für N. 47,740, C. 6805. Maine und Loire für N. 26,213, C. 7255. Yonne für N. 22,280, C. 2195. Indre (hier hat Ledru Rollin 5874) für N. 23,436, C. 4514. Aisne für N. 22,877, C. 2079. Nievre für N. 12,859, C. 1548. Loiret für N. 49,907, C. 6967. Somme (bis 8 Uhr Abends) für N. 45,710, C. 3540. Ardennes (erst zum Theil bekannt) für N. 4823, C. 1865. Haute Vienne für N. 9,000, C. 700. Eure für N. 30,000, C. 5500. Nord für N. 28,000, C. 47,000. Bemerkenswerth ist, daß in der Vorstadt St. Germain, wo der alte Adel wohnt, das Verhältniß sich folgendergestalt stellte. Louis Napolean 22,326, Cavaignac 11,247, Lamartine 399, Ledru Rollin 1597, Raspail 840 Stimmen. Letztere beiden erhielten hier im Ganzen 25,313 und 15,420 Stimmen. Die Stadt ist ruhig; einzelnen Zusammenrottungen, die von keiner Bedeutung sind, wird jetzt, nach vollbrachten Wahlen, von der Regierung auch gesteuert, die Course steigen von Tag zu Tag. Schon cirkulirt die Liste des neuen Ministeriums (ungefähr wie wir es bereits angegeben). Man sagt, eine beschränkte Amnestie werde von der neuen Regierung demnächst vorgeschlagen, und die Vicepräsidentschaft der Republik Garnier Pages übertragen werden.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Digitized by Google

[1040] **Einladung zum Abonnement auf die**

Mainzer Zeitung.

(Herausgegeben von **Karl Bölsche** und **Ludwig Bamberger.**)

Wer Etwas schreibt, der will, daß es so viel als möglich gelesen werde. Woher nähme er das Recht, drucken zu lassen, wenn er seine Arbeiten nicht für lesenswerth hielte? Leider hindert die partikularistische Selbstständigkeit, die auch auf dem literarischen Felde Deutschland zersplittert, daß ein Journal sich selbst auf große Strecken hinaus empfehlen könne. Man muß sich also immer wieder zu dem leidigen Klappern des Handwerkes entschließen, um nur einmal vor die Prade zu kommen. Also: eine Réclame! „Lesen Sie! Lesen Sie! Das Blatt ist vortrefflich!" — Was sollen wir sagen? — Die Erfolge, welche unsere Zeitung in ihrer natürlichen Umgebung dargestellt haben, geben uns den Glauben, daß sie Verbreitung verdiene. Unsere Gesinnung ist mit einem Worte charakterisirt: demokratisch, ohne Klauseln, ohne Vorbehalt, demokratisch, wie das Wort vom Volke verstanden wird. Die Auswahl an guten demokratischen Blättern ist jedenfalls so gering, daß es sich der Mühe lohnen wird, auch mit uns es zu versuchen. Wir haben Korrespondenten in den wichtigsten Theilen von Deutschland und in Paris. Wir geben die Verhandlungen von Frankfurt am folgenden, die Börsen-Course am nämlichen Tage; desgleichen Mainzer Marktberichte; ein Feuilleton in zwanglofer Folge, nach Maßgabe des Materials und der Weltstimmung. Die demokratischen Vereine von Rheinhessen, der demokratische Turnerbund nun ganz Deutschland haben uns zu ihrem Organe bestimmt. Der Central-Ausschuß in Berlin steht in direkter Verbindung mit uns.

Das Abonnement auf die Mainzer Zeitung beträgt vierteljährig im Großherzogthum Hessen, der Provinz Hanau, dem Herzogthum Nassau, der Landgrafschaft Hessen-Homburg und der freien Stadt Frankfurt fl. 2. 30. In anderen Gegenden tritt, je nach der Entfernung, ein entsprechender Postaufschlag ein.

Bestellungen auf die Mainzer Zeitung wolle man bei den zunächst gelegenen Postämtern und zwar möglichst bald machen, indem auf vollständige Exemplare nur bei rechtzeitigem Eintreffen der Bestellung in Mainz, gerechnet werden kann.

Ankündigungen werden mit 4 kr. für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet.

Mainz, im Dezember 1848.

[1000] Mit dem 1. Januar 1849 beginnt ein neues Abonnement auf die in unserem Verlage erscheinende

„Saar- und Mosel-Zeitung,"

deren bisherige Tendenz:

die Aufrechthaltung der constitutionellen Monarchie in Deutschland

auch in dem neuen Jahre mit der entschiedensten Consequenz durchgeführt wird.

Wir werden auch fortan die Aufgabe, die wir uns gestellt, mit jener Energie verfolgen, die bei den jetzigen Zeitverhältnissen besonders nöthig ist.

Die Zeitung erscheint in dem bisherigen Formate (in ganz Folio-Bogen) täglich, mit Ausnahme des Montags. Beiblätter werden je nach Bedürfniß geliefert, und dem Sonntagsblatte ein belletristisches Beiblatt: „**Lesefrüchte**" beigegeben.

Der Preis bleibt ebenfalls unverändert, nämlich nur **1** Thaler loco Trier pro Quartal, wozu auf die durch die Post bezogenen Exemplare noch der Postaufschlag kömmt. Inserate werden mit nur **9** Pfennigen die 3spaltige Petitzeile berechnet. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an und bittet man dieselben bald gefälligst machen zu wollen.

Trier, im Dezember 1848. **Fr. Lintz'sche Buchhandlung.**

[1000] In der **Jäger**'schen Buchhandlung in **Frankfurt** am Dompfaff ist zu haben:

Deutsches

Märchenbuch.

Herausgegeben von Ludwig Bechstein.

Mit einem Titelbilde. Preis **10** Sgr. = **30** Kr. C.-M. = **36** Kr. rh.

Inhalt: Das Märchen vom Gedeut. — Vom tapfern Schneidertein. — Das Märchen von den sieben Schwaben. — Vom Schwaben, der das Erdertein gefressen. — Die Probestücke des Meister-Diebes. — Die verzauberte Prinzessin. — Die Rosenkönigin. — Der Teufel ist los. — Der Schmied von Jüterbogk. — Vom Zornbraten. — Hänsel und Grethel. — Das Rebhuhn. — Die Goldmaria und die Pechmarie. — Hirsebieb. — Des Teufels Pathe. — Die Jagd des Lebens. — Der goldene Rehbock. — Das Nußzweigtein. — Der alte Zauberer und seine Kinder. — Gevatter Tod. — Staar und Badewännlein. — Die beiden kugelrunden Müller. — Der Richter und der Teufel. — Haas im Glücke. — Die sieben Raben. — Die drei Federn. — Das Thränenkrüglein. — Vom Hänschen und Grethchen, die in die rothen Beeren gingen. — Die schöne junge Braut. — Die Kornähren. — Vom Hühnchen und Hähnchen. — Die drei Hochzeitgäste. — Das Märchen vom Mann im Mond. — Die Königskinder. — Der bebexte Flötenspieler. — Gott Ueberall. — Der Hase und der Fuchs. — Der Hasenhüter. — Der kleine Däumling. — Der König im Bade. Tischlein deck dich, Esel streck dich, Knüppel aus dem Sack. — Mann und Frau im Essigkrug. — Der Zauberer Wettkampf. — Die drei Goden. — Des kleinen Hirten Glückstraum. — Goldeaer. — Der Schäfer und die Schlange. — Die drei Musikanten. — Die drei Nüsse. — Der Müller und die Maus. — Fippchen Fäppchen. — Das Kätzchen und die Stricknadeln. — Der Fuchs und der Krebs. — Des Königs Münstre. — Des Hundes Noth. — Die sieben Gaislein. — Das Märchen vom Schlauraffenland. — Das Märchen vom wahren Lügner. — Die Perlenkönigin. — Schneeweißchen. — Der Mönch und das Vögelein. — Die sieben Schwanen. — Das Dornröschen. — Vom Knäblein, vom Mägdlein und der bösen Stiefmutter. — Schwon, lieb an. — Der Garten im Brunnen. — Die drei Hunde. — Zitterinchen. — Besenstielchen. — Aschenbrödel. — Mäuslein Sambar oder die treue Freundschaft der Thiere. — Der Mann und die Schlange. — Der Hahn und der Fuchs. — Die Lebensgeschichte der Maus Sambar. — Bruder Sparer und Bruder Verthuer. — Der Knabe mit den goldnen Steenlein. — Hetene. — Goldhöhnchen. — Das Märchen vom Ritter Blaubart. — Die Nonne, der Bergmann und der Schmied. — Die drei dummen Teufel. — Die dankbaren Thiere. — Die drei Bräute. — Die haffätige Braut. — Die vier klugen Gesellen. — Vogel Holdgott und Vogel Mesam. = Von zwei Affen. — Vom Wolf und den Mausthieren. — Das goldene Ei.

[1051] Bei **C. F. Winter**, akadem. Verlagshandlung in Heidelberg ist erschienen, und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ueber die

Darlegung

der

religiösen Ueberzeugungen

und über die

Trennung der Kirche und des Staates als die nothwendige Folge und Garantie derselben.

Eine gekrönte Preisschrift

von

A. Vinet.

Aus dem Französischen übersetzt von

F. H. Spengler.

8. geh. Thlr. 1. 15 Ngr. oder fl. 2. 42 kr. rhein.

Eine der merkwürdigsten und geistreichsten Schriften. Auch wer mit den End-Resultaten derselben nicht einverstanden ist, wird geistig erfrischt und angeregt werden durch den eigenthümlichen Gedankengang dieses Buchs, und durch seine trefflichen Untersuchungen über das Wesen der Religion und der Kirche und über ihr Verhältniß zur Gesellschaft und zu den politischen Institutionen derselben.

Die bezeichnete Verlagshandlung hat nie versucht, durch auffallende und vielversprechende Ankündigungen für ihre Unternehmungen zu wirken, aber sie glaubt **diesmal einer Pflicht gegen die Lesewelt zu genügen**, indem sie deren Aufmerksamkeit auf ein Buch lenkt, dessen hohe Bedeutung noch lange nicht genug in Deutschland erkannt ist.

(Von der deutschen Ausgabe sage übrigens Vinet selbst: „Ich habe für die Uebersetzung so viele Veränderungen getroffen, daß ich wohl sagen kann, sie ist besser als das Original.")

[1000] Im Verlage der Unterzeichneten ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Lehrbuch

des

französischen Civilrechtes

in steter Vergleichung mit dem römischen Civilrecht,

von

Dr. Anton Fr. Justus Thibaut.

Nach des Verfassers Tode herausgegeben von

Dr. Carl Jul. Guyet.

gr. 8. Preis 1 Thlr. 15 Sgr.

Bei der Berathung eines neuen bürgerlichen Gesetzbuchs wird es keinen zuverlässigeren Führer, keinen besseren Rathgeber geben, wie dieses Werk — die Frucht vierjähriger Studien eines der geistvollsten und scharfsinnigsten Rechtsgelehrten. — Die Heidelberger Jahrbücher der Literatur sprechen sich unter Anderem folgendermaßen über dieses Werk aus: „Was die vorliegenden Vorträge über den Code Napoléon anbelangt, so werden sie nicht nur denjenigen großes Interesse gewähren, welche bereits im Besitze einer allgemeinen juristischen und insbesondere romanistischen Bildung, sich mit den Eigenthümlichkeiten des französischen Civilrechts bekannt machen und sich zu dem specielleren Studium und der praktischen Anwendung desselben vorbereiten wollen, sondern sie werden auch denjenigen, welche die Möglichkeit neuer Codificationsversuche im Civilrechte, so wie ihre Bestimmung, dabei thätig mitzuwirken, voraussetzen, höchst willkommen sein. Es ist nicht möglich, dem deutschen Juristen auf eine präcisere und compendiösere Art einen lichtvollen Ueberblick über das französische Civilrecht zu gewähren, als dies in dem vorliegenden Buche geschehen ist.

Dieses Werk führt auch den Titel: **Thibaut's** juristischer Nachlaß. 1. Band. Code Napoléon. Der zweite Band desselben Werkes enthält: Römisches Civilrecht. Auch unter dem Titel: Lehrbuch der Geschichte und Institutionen des römischen Rechts. Preis: 2 Thlr. 15 Sgr.

Duncker & Humblot in **Berlin.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in **Leipzig.** — Druck von **H. L. Brönner** in **Frankfurt a. M.**

(Hierzu eine Beilage.)

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. R. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Grandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 3323 Frankfurt a. M., Sonntag 17. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die katholische Kirche in Deutschland I.

Deutschland. Frankfurt (Zur deutschen Flotte. Die Frage vom Reichsoberhaupt. Schreiben des Hrn. v. Brandenstein. Zusammenziehung von Truppen an der holsteinischen Grenze.) Kremsier (Finanzsachen. Ministerialrath Fischer. Reichstagsverhandlungen. Die Regierung und der Finanzausschuß.) Olmütz (Fürstliche Besuche. Die Stimmung gegen Preußen. Nachrichten aus Ungarn.) Innsbruck (Denkschrift des Tyroler Landtags.) Reichenberg (Petition.) Von der mährisch-ungarischen Grenze (Kossuth angeblich zum König proklamiert.) Berlin (Brandenburg und Manteuffel.) Königsberg (Bewegung der russischen Truppen.) Posen (Die russische Grenzsperre. Die Parteien über die Verfassung.) Vom Rhein (Das Ehegesetz. Das Jagdgesetz. Die Finanzen.) Baiern (Die neue Kammer.) München (Soldatenrecht.) Dresden (Gottesdienst in wendischer Sprache.) Leipzig (Die politischen Vereine in Sachsen an den Märzverein.) Hannover (Du, Ihr, Sie.) Mainz (Der Bürgerverein an die Reichsversammlung.) Weimar (Geschworenengericht.) Mecklenburg-Schwerin (Abschaffung von Ritter- und Landschaft.) Oldenburg (Unterstützung der Wittwen und Waisen der im Kriege gefallenen Deutschen.) Kiel (Seelandettenschule. Die Universität.) Schleswig (Der Bürgerverein. Gen. v. Bonin. Abberufung preußischer Offiziere. Dänische Aushebung.)

Frankreich. Paris (Die Präsidentenwahl. Die Mission Clausel. Sitzung der Nationalversammlung. Tagesbegebenheiten. Collecte für Blum's Familie. Die Blätter über Oesterreich.) Straßburg. (Die Wahlen. Die geheimen Verbindungen.)

Italien. Rom (Der Papst in Gaeta.)

Schweiz. (Bischof Marilley.)

Rußland (St. Petersburg (Fürst Tschernitschew Ministre-Président.)

Börsenberichte von Paris (Vom 14. Dezember.)

Neueste.

17. Dezember.

Fünf Erzbischöfe, dreizehn Bischöfe, drei Bischöfe in partibus und noch vier höhere Geistliche als Stellvertreter von Bischöfen waren unlängst aus allen Theilen Deutschlands in Würzburg zu anhaltender Berathung versammelt. Die officiellen Ergebnisse der Versammlung liegen in drei öffentlichen Erlassen derselben, einem Hirtenworte an alle Gläubigen in den Diöcesen der Versammelten, einer Ansprache an den gesammten Clerus dieser Diöcesen, und einer Denkschrift vor. Sie werden auch vom allgemeinen politischen Standpunkte aus nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Daß eine würdige, edle Haltung und geistvolle Fassung diesen Actenstücken eigen ist, wird niemand überraschen, der mit dem Bildungsstande der katholischen Geistlichkeit in unserer Zeit bekannt ist. Auch die Klugheit im Aussprechen und Schweigen, die das geschichtliche Erbe der Kirche ist, wird jeder Kundige in diesen Urkunden erwarten und finden. Daß diese Kirchenfürsten auch in diesen Mahnungen, Ermunterungen und Forderungen streng und entschieden von den religiösen und kirchlichen Grundgedanken ausgehen, in denen ihre eigene Stellung wurzelt, versteht sich von selbst. Nur das Gelöbniß der Treue und des kindlichen Gehorsams gegen den „Vater der Christenheit, unsern vielgeliebten Pius IX," bezeugt am 10. Nov. d. J., der stark ausgesprochene „lebendige Verband der Bischöfe und ihrer Heerden mit dem heiligen apostolischen Vater zu Rom" verdient vielleicht besonders hervorgehoben zu werden! Der Standpunkt des erzbischöflichen Kongresses zu Ems (1786), Febronius Ansicht von den Grenzen der päpstlichen Gewalt und der in ihr wurzelnde Gedanke einer deutschen Nationalkirche ist dieser Versammlung fremd. Doch versichert sie wiederholt und nachdrücklich, in dem Hirtenwort an die Gläubigen wie in der Denkschrift, es sei ein Wahn, die treue Anhänglichkeit an die Kirche und ihr Oberhaupt als undeutsch anzuklagen, den lebendigen Verband der Bischöfe und ihrer Heerden mit dem Papst als Sünde an der Nationalität, als undeutsch und gefährlich zu bezeichnen. Einen eingehenden Beweis für diese Verscheerung hat die Versammlung nicht geglaubt geben zu müssen.

Die Versammlung nimmt in ihren Aktenstücken natürlich eine Stellung zu den Bewegungen der Zeit, welche sie selbst hervorgerufen haben. Sie versäumt nicht, die Treue gegen die „rechtmäßigen Fürsten und Obrigkeiten" in starken Bibelworten zu bezeugen und zu fordern. Anderseits aber erinnert sie daran „wie es vor allem die Kirche ist, die einem wahren Fortschritte huldigt" und verkennt nicht das Edle und Große in dem Ringen der Gegenwart, nicht „das Streben nach einem Zustande bürgerlicher und nationaler Freiheit, der wahrhafter und gerechter sein soll, als er es in der nächsten Vergangenheit war;" sie bezeugt, daß die Kirche „anarchische Bestrebungen jeder Art verabscheut," aber auch „ein lebendiges Interesse hat an der Sicherung alles desjenigen, was der allgemeine Ruf nach Freiheit von administrativer Bevormundung und Controle Wahres enthält," sie ersehnt eine Wiedergeburt

Digitized by Google

des Vaterlandes in Einheit, Macht und Größe. Wir theilen dieses Interesse zu sehr, als daß wir ängstlich fragen sollten, ob dieses Eingehen auf die politischen Bestrebungen der Zeit apostolischem Vorbilde gemäß ist, oder rechten möchten mit einer historischen Anschauung, welche nur in der nächsten Vergangenheit einen minder wahrhaften und gerechten Zustand sieht. — Weiterhin nimmt die Versammlung die in diesem Jahr ergangene „Zusage einer uneingeschränkten Glaubens- und Religionsfreiheit" mit Vertrauen und Zuversicht an. Einverstanden in allen Stücken mit der in dem Allen kundgegebenen Stellung der deutschen Bischöfe zu den politischen Fragen der Zeit können wir uns nur freuen, daß sie den Grundsätzen, welche Papst Gregor XVI in seiner an alle Bischöfe am 15. August 1832 erlassenen Encyclica aussprach, und welche, wie er in seinem Breve an den Erzbischof von Toulouse vom 8. Mai 1833 versichert, überall eifrig aufgenommen wurde, daß sie diesen Grundsätzen, unbeirrt durch ihren „kindlichen Gehorsam" gegen den heiligen Stuhl, so entschieden absagen. Denn Gregor — es ist gut in unsern geschwinden Zeiten sich an dergleichen zu erinnern, — verdammt in der Encyclica die Gewissensfreiheit als einen Wahnsinn (sententia seu potius deliramentum, assecendam esse ac vindicandam cuilibet libertatem conscientiae), und die Preßfreiheit als etwas fluchwürdiges, (detestima illa ac numquam satis execranda et detestabilis libertas artis libraeiae ad scripta quae libet edenda in vulgus.) — In demselben Sinne und gleich erfreulich ist denn auch die Versicherung der Bischöfe, zwar nicht in den Hirtenworten an alle Gläubigen, aber in dem Erlaß an den Clerus, daß „Treue im katholischen Glauben und Freiheit in jeglicher Prüfung und Forschung der Wissenschaft sich sehr wohl mit einander vertragen." Der index librorum prohibitorum darf uns also nicht mehr ängstigen.

Gegen Andersglaubende beobachtet die Kirche nach der Versicherung der Denkschrift „allerwege jenes gleiche Vollmaß der Liebe und Gerechtigkeit, welches den bürgerlichen Frieden sichert;" sie umfaßt „alle Menschen mit gleicher Liebe." Aber sie begünstigt nicht „einen allen Bekenntnissen gleich verderblichen Indifferentismus und eine ihren Satzungen widerstrebende communicatio in sacris." Diese Gemeinschaft im Heiligen ist freilich weitre Auslegung fähig, und da nach der Denkschrift „die Sitte nur im Glauben wurzelt," so kann die Verfassung jener Gemeinschaft eine der Einheit deutscher Sitte und Nationalität Gefahr drohende Ausdehnung gewinnen. So wird erst in einem Erlasse des bischöflichen General-Vicariats zu Trier vom 14. März d. J. auf Grund einer Aufforderung des päpstlichen Stuhls vom 27. Nov. 1847 die Beerdigung von Nichtkatholiken auf einem gemeinsamen Kirchhofe mit Katholiken als eine ungesetzliche auch da, wo sie, wie häufig der Fall ist, herkömmlich geworden, zu beseitigende communicatio in sacris bezeichnet. Lichnowsky und Auerswald dürften demnach nicht auf Einem Friedhofe ruhen.

Deutschland.

△* **Frankfurt**, 16. Dez. Hier ist ein Abgeordneter aus Wolgast (in Neuvorpommern) angekommen, ein Schiffsbaumeister, welcher Unterstützung nachsucht für den Plan seiner Landsleute, eine Dampfcorvette zu bauen. Sie soll mit sechs großen Bombenkanonen ausgerüstet werden, die sich nach allen Seiten drehen lassen; die Maschinen sollen in Berlin angefertigt werden, und allein 80,000 Thaler kosten. Die Kosten für die Korvette sind auf 150 — 160,000 Thaler veranschlagt. Bei dem Wolgaster Vereine sind dazu 10,000 Thaler an freiwilligen Beiträgen zusammengebracht, auch haben sich die dortigen Kaufleute erboten, Hanf, Segelwerk und allen Schiffsbedarf ohne Provision zu liefern. Es ist jetzt Auftrag gegeben, in den Ostseehäfen vierzig Kanonenschaluppen für die deutsche Flotte zu erbauen. Aber wo bleiben die großen Kriegsschiffe? Die Ober-Postamtszeitung versichert, sie sollten jetzt, (Tandem aliquando!) in England und in Deutschland erbaut werden, unter der Aufsicht eines amerikanischen Commodore. Im preußischen Kriegsministerium wird aber versichert, die deutschen Kriegsschiffe würden ausschließlich in Deutschland erbaut werden. Wenn dem so ist, so würde die Erbauung der Flotte ihren nächsten Zweck vollständig verfehlen; denn die Sachverständigen versichern, daß bis zum Wiederbeginne der Schifffahrt es unmöglich sein werde, auf deutschen Werften jetzt noch größere Kriegsschiffe zu erbauen und seefertig zu machen. Die Dänen werden also beim ersten offenen Fahrwasser, wo die Schifffahrt am lebhaftesten und wichtigsten ist, die Mündungen von Weser, Elbe und Oder, alle deutschen Küsten wieder sperren können. Man trifft hier in Frankfurt freilich Leute genug, welche eine bessere Zuversicht haben, und wenn die Rede auf diese Angelegenheit kommt, geheimnißvoll und triumphirend sagen: Dafür ist gesorgt! Es wird gebaut! Mehr als genug! Man darf nicht davon reden! Dies flüstern sie so leise, als wären sie besorgt, man könnte ihre Worte in Kopenhagen hören. Da wir nicht unterrichtet sind, so sähen wir uns gerne genauer belehrt; denn wir können kaum glauben, daß hier ein Staatsgeheimniß obwalte. Wenn wirklich im Auslande für ein paar Millionen Kriegsschiffe gebaut werden sollten, was wir von ganzem Herzen wünschen, so würden die Dänen wahrlich andere Quellen haben das zu erfahren, als die deutschen Zeitungen. Und fast möchten wir sogar glauben, daß es der Friedensverhandlungen wegen sehr gut sein würde, wenn die Dänen etwas Gewisses über unsere bedeutenden Seerüstungen in Erfahrung brächten. Man sollte ihnen ein amtliches Verzeichniß der Dreidecker und Dampffregatten einschicken, welche für deutsche Rechnung auf dem Stapel stehen und bald die Nordsee, die sonst auch das deutsche Meer genannt wurde, rein segen werden. Wir möchten wetten, daß dann die jetzt so übermüthigen Dänen den Dannebrag bald von halbem Maste wehen ließen! Jetzt besorgen wir sehr, daß am 27. März Gefion und Havfruen wieder auf der Höhe von Swinemünde und Helgoland herumkreuzen, und von der deutschen Orlagsflotte noch nichts zu sehen ist, als höchstens Berichte und Rechnungen in der Marine-Commission. Kaum war der Waffenstillstand geschlossen, so halten die Dänen das Schiffsbauholz aus den mecklenburgischen Forsten in ganzen Ladungen ab. Das that das arme Dänemark. Wir — hatten kein Geld.

Parl. Corr. **Frankfurt**, 16. Dez. Wie sehr die Ansichten über die definitive Gestaltung der Central-Gewalt auch jetzt noch auseinandergehen, mag darin seine Bestätigung finden, daß in dem freilich mit Berücksichtigung der verschiedenen Stämme von der Casino-Gesellschaft gewählten Ausschusse zur Vorberathung über diese Frage, das erbliche Kaiserthum, der Wahlkaiser und das Triumvirat gleich starke Vertretung gefunden haben. — Die Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit einer starken, einheitlichen Exekutivgewalt, vor der seit den September-Ereignissen alle sonstigen Antipathieen und Rivalitäten auf eine Zeit lang verstummten, scheint jetzt von Vielen wieder aufgegeben und bunt durcheinander wirbeln die verschiedensten Wünsche und Interessen.

Frankfurt, 16. Dez. Der Oberst und Kommandeur des königl. preuß. 38. Infanterieregiments, Hr. v. Beandenstein, hat an den Senat und die Bürgerschaft der freien Stadt Frankfurt nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Nachdem durch das Reichs-Kriegs-Ministerium der Befehl gegeben ist, daß das erste Bataillon des 38. Infanterie-Regiments am 11. d. M. hierher nach Mainz zurückkehren soll, fühle ich mich um so mehr veranlaßt, dem schon frühre einem Hohen Senat und der achtbaren Bürgerschaft der freien Stadt Frankfurt ausgesprochenen Dank des damaligen Kommandeurs jenes Bataillons, Major v. Knobloch, vollkommen beizustimmen, da nicht allein die gastliche Aufnahme der Offiziere und Mannschaften, sondern auch vorzugsweise die erfolgreiche Behandlung und Pflege, welche den am 18. September c. Verwundeten sowohl in dem Bürger- als Allerheiligen-Hospital, unablässig gewidmet wurde, mich zu dieser lebhaften Erkenntlichkeit verpflichtet.

Möge das blutige Band, welches an jenem Tage deutsche Bürger und deutsche Krieger so eng verbunden, unauflösbar sein und die Anarchie aus Ihrer welthistorischen Stadt auf ewige Zeiten verbannt bleiben! Sollte es in den unberechenbaren Wechselfällen der gegenwärtigen Zeit aber anders beschlossen sein und den Vertretern des gemeinsamen Vaterlandes in Ihren Mauern neue Gefahr drohen, so wird das meinre Führung anvertraute Regiment, dessen halten Sie sich gewiß! mit derselben Freudigkeit und gleicher Hingebung bereit sein, Blut und Leben bei der Erfüllung so heiliger Pflichten einzusetzen, wie dies von meinen denen Kameraden in jenen denkwürdigen Stunden geschehen ist.

Mainz, den 10. Dezember 1848.

Frankfurt, 16. Dez. Auf die Nachricht, daß Dänemark die Besatzung der Insel Alsen auf 8000 Mann zu erhöhen beabsichtigt, hat das Reichskriegsministerium, wie wir vernehmen, Befehl gegeben, daß eine entsprechende Anzahl Reichstruppen an der holsteinischen Grenze zusammengezogen werde, um für jeden Fall bereit zu sein. (D.-P.-Z.)

Kremsier, 11. Dez. Der Reichstagsabgeordnete Lucian Kobylica, ein ruthenischer Bauer, ist nach seiner Heimath in die Bukowina gereis't und dort von den Bauern zum König gemacht

und mit einer Leibgarde von 3000 bewaffneten Bauern umgeben worden. In dieser Eigenschaft verjagte er die dortigen Beamten, Kreishauptleute u. s. w., nahm den Grundbesitzern ihre Grundstücke weg und vertheilte sie an die Bauern, alles im Namen des Kaisers.

Als zuverlässig erzählt man sich, der Finanzminister Kraus habe sich noch vor der Kreditverwilligung der Kammer bereits von der Nationalbank 20 Millionen anticipando geben lassen.

Der Reichstagsabgeordnete und Ministerialrath, Dr. Alois Fischer, ist zum Landesgouverneur der Provinz Ober-Oesterreich ernannt worden. Jedenfalls der Anfang zu einer wohlthätigen Reorganisirung der Provinz-Bureaukratie und der dem alten Systeme noch angehörigen Regierungsbehörden.

Reichstagsverhandlungen. Der Präsident theilt mit, daß bereits 7 Abtheilungen mit der Vorberathung der Grundrechte fertig sind, er fordere demnach den Konstitutions-Ausschuß auf, die von den Abtheilungen amendirten Grundrechte in Berathung zu nehmen.

Sämmtliche Abgeordnete aus Dalmatien reichten eine Interpellation an das Gesammtministerium in italienischer Sprache ein. Der Inhalt ist im Wesentlichen folgender: Aus den öffentlichen Blättern sei ihnen die Ernennung des Ban Jellacic zum Civil- und Militärgouverneur in Dalmatien zur Kenntniß gekommen. Ohne gegen die Verdienste des Banus etwas einwenden zu wollen, müssen sie bemerken, daß Dalmatien sowohl in der frühern als in der gegenwärtigen Periode ununterbrochen als eine österreichische, den nämlichen Gesetzen und der gleichen Administration, wie die übrigen Länder des Reiches untergeordnete Provinz betrachtet, mithin als ein Theil, der zum Ganzen gehört, behandelt wurde. Sie bemerken ferner, daß die Ansprüche der ungarischen Krone an Dalmatien, unbegründet wie sie waren, von dem österreichischen Hofe stets zurückgewiesen wurden, und bemerken, daß Dalmatien stets als ein getrenntes und besonderes Königreich betrachtet wurde und stets einen eigenen Gouverneur hatte. Sie bemerken ferner, daß nach den Konzessionen des 15. März dieses der erste Fall sei, daß mit der früher selbstständigen Würde eines Landesgouverneurs eine Person betraut wird, welche ähnliche Würden in andern Provinzen bekleidet. Sie fragen daher das Gesammtministerium, ob die Ernennung des F.-M.-L. Baron Jellacic zum Civil- und Militärgouverneur von Dalmatien irgend eine Alternation in der so ersehnten und nöthigen abgesonderten Verwaltung und Autonomie Dalmatiens erwarten lasse. Graf Stadion wird in einer der nächsten Sitzungen diese Interpellation beantworten, doch bat er sich dieselbe schriftlich aus.

Der übrige Theil der Sitzung wird mit Berathung der Geschäftsordnung ausgefüllt. (Den dabei vorgekommenen Zwischenfall haben wir bereits gestern berichtet). Nächste Sitzung am 14. Dezember.

Kremsier, 11. Dez. Auf die Anfragen des Finanzausschusses (s. Nr. 331) hat nach dem C. Bl. a. B. das Ministerium dem Ausschusse durch den Finanzminister Kraus schriftlich einen Beschluß des Ministerrathes (der jedoch von keinem der Minister unterschrieben war) übergeben, in welchem erklärt wird, daß die Zugeständnisse Sr. Majestät Ferdinands I. als Pflichten der Krone mit dieser allerdings als auf den Thronfolger übergegangen erkannt werden; das Streben der Regierung sei ein freies, einiges, starkes Oesterreich, Gleichberechtigung der Nationalitäten ꝛc., wie im Programm ungefähr, hinsichtlich der Stellung aber, welche Ungarn zu den übrigen Kronländern und zu den übrigen Theilen der Monarchie einnehmen solle, lasse sich keine bestimmte Antwort dermalen schon geben. Im Laufe des Gespräches soll der Finanzminister auch erklärt haben, daß das Beispiel Preußens, selbst wenn die Regierung wollte, wegen der ganz besonderen Verhältnisse Oesterreichs schon Klugheits halber nicht imitirt werden könne, daß also eine solche Besorgniß ganz grundlos sei.

△ **Ollmütz**, 11. Dez. Heute Vormittag ist Prinz Karl von Preußen wieder abgereist. Seine Aufnahme war bei unserem Hofe eine im vollsten Sinne des Worts „freundnachbarliche". Die bevorstehende Ankunft des Großfürsten Michael — einige Personen wollen gar wissen, daß der Selbstherrscher Nikolaus in höchsteigener Person kommen würde — die ebenfalls heute hier erfolgte Ankunft des Prinzen Albrecht v. Sachsen*) (Sohn des Prinzen Johann), bestärkt fast jedermann in der Vermuthung, daß die Beziehungen und Bande zwischen den drei östlichen Großmächten wieder enger geknüpft und ein geheimes Schutz- und Trutzbündniß innern und äußern Feinden gegenüber, geschlossen werden dürfte. — Es wird Ihnen vielleicht nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß in Oesterreich die öffentliche Meinung sehr günstig für die Kandidatur des Königs von Preußen als deutsches Reichsoberhaupt gestimmt ist. Jeder halbwegs Vernünftige sieht wohl ein, daß von allen deutschen Staaten, was Intelligenz und Macht anbelangt, Preußen vor allen andern dazu berufen ist, an die Spitze des neudeutschen Reiches zu treten. Selbst für Oesterreich hoffen wir dann, daß die Anordnungen der Reichsgewalt mehr berücksichtigt werden. Das deutsche Element in Oesterreich bedarf jetzt einer kräftigen, nachhaltigen äußern Stütze, und die, das fühlen alle deutschen Oesterreicher, wird uns am sichersten durch eine kraftvolle deutsche Centralgewalt. — Das Schicksal der bei Walachisch-Meseritsch gefangenen Palatinalhusaren dürfte wohl ein sehr trauriges sein. Die Unglücklichen werden nach Saaz in Böhmen zu ihrem Regimente geschickt, um daselbst, da für dieses Regiment das Standrecht publicirt ist, standrechtlich behandelt zu werden. — Reisende, die aus der Gegend von Holitsch kommen, versichern, daß die Verschanzungen der Ungarn daselbst wirklich großartig sind und daß an eine baldige Unterdrückung der ungarischen Insurrektion nicht zu denken sei.

Innsbruck. Der jüngste tyrolische Landtag hat an das kaiserliche Ministerium eine Denkschrift erlassen, welche mit den Worten schließt: „Die Art und Weise, in welcher Tyrol in der Zukunft mit der großen Monarchie verbunden bleiben soll, konnte nicht außer der Berathung der Vertreter des Landes bleiben. Die Constitution, welche vom hohen Reichstage zu Stande gebracht werden soll, muß nothwendig die Stellung der Provinzen und Länder unter sich klar und dauernd feststellen. Hierüber nun sprach man sich in den Landtagsberathungen entschieden dahin aus, daß nur die Form und Verbindungsweise eines Föderativsystems dem Wunsche und dem Bedürfnisse unseres Landes entspreche. Die Verbindung der österreichischen Länder, in ihrer Entstehung nur auf die Person des Monarchen zurückgeführt, soll künftig fortbestehen, soweit ein kräftiges Zusammenwirken das mächtige Oesterreich halten und sichern muß; allein eine constitutionelle Sicherstellung möge auch die einzelnen Länder und Völker vor dem Aufgehen in unbedingter Centralisation bewahren. Diese Sicherstellung könnte der Tyroler Landtag nicht finden in der Einigung aller Nationalitäten Oesterreichs nach der Volkszahl in Einem legislativen Körper, wenn diesem auch alle Machtvollkommenheit über alle inneren Angelegenheiten der Provinzen zustünde; ja er würde vielmehr darin eine wesentliche Gefährdung des deutschen Interesses und die Unmöglichkeit erkennen müssen, über die in Frankfurt gefaßten und hier mit allgemeiner Mißbilligung aufgenommenen §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs zu einer Verständigung zu kommen, wornach also eine völlige Sonderung von Deutschland statt des so sehr gewünschten innigen Anschlusses zu befürchten stände. Soll diese Verbindung mit Deutschland zur Wahrheit werden, so muß das deutsche Element im Innern, im Provinziellen zur Geltung und zu freudigem Aufleben kommen, und die deutschen Provinzen müssen sich die eigene Lebenskraft, das Volksbewußtsein durch jene Selbstständigkeit erhalten, welche in einer völligen Centralisation von nichtdeutschen, an Volkszahl überlegenen Stämmen erdrückt werden müßte. Kein Land bedarf ferner so sehr Beachtung seiner Eigenthümlichkeit als Tyrol. Wird diese dem alles gleichmachenden Centralisationssystème ganz geopfert, so könnte der Tyroler sich schwerlich gewöhnen, darin die Segnungen der Freiheit zu erkennen, er fände vielmehr die Macht und Gewalt des Selbstherrschers nur übertragen auf fremdnationale Majoritäten. Der Landtag lebt aber in der Ueberzeugung, daß zur festen Conföderirung der Provinzen zum Gesammtstaat ihre eigene Selbstständigkeit nur bis zu einem gewissen Grade hingegeben werden müsse, und daß hierin die Wünsche aller Provinzen zusammentreffen. Dem Tyroler Landtage aber möge das hohe Ministerium den Ausspruch dieses dringenden Begehrens, dieses wahren Bedürfnisses nur als strenge Pflichterfüllung an-

*) Es muß bemerkt werden, daß man in Oesterreich und selbst in wohlunterrichteten Blättern, wie der Oesterr. Korresp., über die vielverzweigte Genealogie der deutschen Fürstenhäuser sehr im Unklaren ist, weshalb für die obigen Namen und Angaben nicht eingestanden werden soll.

rechnen. Die Länder und Völker sollen über ihre höchsten Interessen in jeder Weise sich vernehmen lassen. Nur wenn die Constitution diese gehörig beachtet, ist ihre Gewähr durch den Volkswillen gesichert." (Allg. Z.)

Reichenberg, 9. Dez. Dem Vernehmen nach wird hier eine Petition an das Finanzministerium um Aufhebung des Gold- und Silberausfuhrverbots vorbereitet, einer Maßregel, welcher wir, wie bekannt, nebst andern Calamitäten auch das gänzliche Verschwinden des Silbergeldes aus unserer Gegend und die merkwürdige Erfindung der papiernen Zwanziger, Zehner, Fünfer und Dreier verdanken. (C. Bl. a. B.)

Von der mährisch-ungarischen Grenze, 11. Dez., wird dem C. Bl. a. B. die fabelhaft klingende Nachricht geschrieben, Kossuth sei als Ludwig IV. zum König von Ungarn proklamirt worden. Das C. Bl. a. B. findet die Sache nicht so unnatürlich und ungereimt, sondern als die natürliche Konsequenz aller revolutionären Schritte des Pesther Parlaments und einen auf die festgewurzelte monarchische Gewohnheit der Ungarn wohlberechneten Wurf; zumal Franz Joseph die ungarische Verfassung noch nicht beschworen hat, und vorher, nach eben dieser Verfassung, das Land ihm keinen Gehorsam schuldig ist. General Schlik hat mit seinem Korps einige Vortheile über die Ungarn erfochten und ist bereits den 5. in Bartfeld eingezogen, wo die ungarische Tricolore überall abgerissen und die Truppen mit Vivats empfangen wurden. Er rückte gerade auf Eperies los, welche Stadt er binnen zwei Tagen zu besetzen hoffte. — Die serbische Deputation hat Ollmütz verlassen, und ist nach Kremsier gegangen, unzufrieden und über Vernachlässigung klagend.

Berlin. Man rühmt es dem Grafen Brandenburg nach, daß er der Hofpartei gegenüber fest auf Erfüllung aller gegebenen Versprechungen in der Constitution gehalten habe; weniger ist man mit dem etwas zweifelhaften Einfluß des Hrn. v. Manteuffel zufrieden gestellt. (B. H.)

Königsberg, 11. Dez. Eine große Beruhigung gewähren die übereinstimmenden Nachrichten, daß die russischen Truppen sich von der Grenze zu entfernen und nach Süden hinzuziehen beginnen. Man erinnerte sich des Ausspruchs der Mongolen, die, einem Chronisten zufolge, im Jahre 1243 sich äußerten: sie kämen nur proptor furorem teutonicum aua modestia temperandum und hielt es nicht für unmöglich, daß unsere östlichen Nachbarn gern bereit sein würden, uns von unserer Leidenschaftlichkeit und Aufregung durch ihr ruhiges und gesetztes Wesen zu heilen. (Voss. Z.)

⁂ **Posen**, 11. Dez. Unter den Deutschen regt sich nunmehr einige Unzufriedenheit darüber, daß in der Verfassung der Unterschied von Deutsch- und Polnischposen nicht berührt ist. Es beunruhigt auch der Umstand, daß die Regierung noch keine besondere Wahlbezirke für Deutschposen eingerichtet hat. Man schließt daraus einfach, daß die Trennung der Landestheile noch verschleppt werden soll. Es sind deshalb Petitionen in Beziehung auf die nächsten Wahlen im Gange.

† **Posen**, 10. Dez. Die Gazela polska brachte über die preußische Verfassung nur die lakonische Annonce: „Ein Kabinetsbefehl hat die Nationalversammlung aufgelöst!" „Ein Kabinetsbefehl hat eine fertige Constitution für Preußen verkündigt! Diese Constitution gleicht mehr oder minder dem ehemaligen Regierungsentwurf. „Gottes Gnade", der Adel, die zwei Kammern und „dergleichen mehr" ist natürlich beibehalten!" — Der preußischen Landesversammlung werden von ihr nachträglich in einem Leitartikel die drei Wege vorgehalten, welche sie hätte mit Entschiedenheit wandeln müssen. — „Entweder war das Nützlichkeitsprinzip zu verfolgen, dann mußte man sofort in corpore am 27. Nov. nach Brandenburg gehen; oder man mußte in einer anderen Stadt als Nationalconvent auftreten; daran war aber bei der Antipathie der Majorität des Landes und der Uebermacht der Gegenpartei nicht zu denken; oder endlich, und das war der beste Weg, man mußte mit einem Schlage die Mandate niederlegen und auf diese Weise an den Volkswillen appelliren; denn wer sein letztes Wort gesagt hat, dem bleibt nichts übrig als zu protestiren und zu weichen! Was die polnischen Deputirten betrifft, so hatte für dieselben lediglich das Nützlichkeitsprinzip Geltung. Für sie ist aber Sitzen auf dem preußischen Landtage keine natürliche Prärogative, denn eine solche hätten sie nur auf einem polnischen Landtage, sondern eine Nothwendigkeit, und eine Pflicht gegen ihre unterdrückte Nationalität. Sie hatten nur Eine Politik zu verfolgen, nämlich die, sich gegen den Germanismus zu vertheidigen und Alles zu ergreifen, was zu dieser Vertheidigung dienen konnte. Mit den deutschen politischen Parteien haben wir uns überhaupt nur in soweit zu verbinden, als wir sie zu unseren höheren Zwecken nicht entbehren können!" Von der polnischen Grenze berichtet ein Pole: „Die russische Grenzwächterei soll verändert werden. Man hat den Plan: alle Wälder auf russischem Boden in der Nähe Preußens niederzuschlagen und längs der vom aufrührerischen Geist verpesteten Grenze, wo überdies noch geschmuggelt wird, auf jede Meile Ausdehnung sieben Wachthäuser zu errichten. In jedes derselben kommt eine Besatzung von zwölf verdienten Veteranen, alle Meile wird ein Hauptmann zugleich als Steuerwächter einquartirt. Das Institut wird etwas Klosterähnliches haben, denn keiner der Cerbernse darf verheirathet sein und statt der Chorgänge müssen sie immer Tag und Nacht auf der Linie zwischen den Häusern auf- und abspazieren. Die gelichteten Aecker sollen Staatseigenthum werden und die früheren Eigenthümer einen Kanon dafür erhalten. Die Häuser aber erhalten eine solche Einrichtung, daß sie bei Erweiterung der Grenze als gewöhnliche Wohnhäuser gebraucht werden können. Die chinesische Mauer ist gegen diese famose russische Erfindung eine Bagatelle! Na! wartet Ihr Netzbrudery! („Netzbruder", Schimpfname für die Deutschen im Netzdistrikt [Deutschposen]), vielleicht bekommt auch Ihr bald Euren Strich!" — Ich theile dieses Spezimen Ihnen natürlich nur mit, um von der Erfindungsgabe polnischer Korrespondenten, die übrigens auch in deutschen Zeitungen wieder ihre Federn zu rühren beginnen, ein Pröbchen zu geben.

⁂ Vom Rhein, 16. Dez. Es ist bereits anderweitig die Verlegenheit zur Sprache gekommen, welche in den Provinzen, wo das Landrecht Geltung hat, die Bestimmung des §. 16 der Verfassungsurkunde zu Wege gebracht: „Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung vor den dazu bestimmten Civilstandsbeamten bedingt und soll die kirchliche Trauung erst nach der Vollziehung des Civilaktes stattfinden; eine Bestimmung, die augenblicklich in jenen Provinzen gar nicht in Wirksamkeit treten kann, weil es dort keine Civilstandsbeamten und keine Civilstandsregister gibt. Dieselbe Bestimmung wird aber auch am Rhein Bedenken veranlassen. Nicht auf der linken Rheinseite, denn der dortigen Gesetzgebung schließt sie sich vollständig an, aber wohl in denjenigen ostrheinischen Theilen der Provinz, in welchen die rheinischen Gesetze zur Anwendung kommen, d. h. in den bergischen Landen. Hier ist nach dem Sturze der Fremdherrschaft die im Uebrigen beibehaltene französische Ehegesetzgebung dahin modifizirt, daß allerdings die bürgerliche Gültigkeit der Ehe durch ihre Abschließung vor dem Civilstandsbeamten bedingt wird, die bürgerliche Trauung aber erst nach erfolgter kirchlicher Trauung vollzogen werden kann. Die Verfassungsurkunde schreibt gerade das Gegentheil vor, und es würde sich nur fragen, in wieweit jene exceptionelle Gesetzgebung durch die allegirte Bestimmung berührt wird. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen würde ein neues allgemeines Gesetz einer älteren partikularen Norm nicht derogiren, und so dürfte eine Deklaration jenes Paragraphen in dem einen oder andern Sinne wünschenswerth und selbst nothwendig sein. Das auch anderer Orten so hart angefochtene Jagdgesetz, das auch hier in aller Eile in Vollzug gesetzt wurde, ist für das linke Rheinufer bereits wieder sistirt. Die höhere Behörde hat, übereinstimmend mit dem Gutachten mehrerer Rechtsverständigen, dahin entschieden, daß das genannte Gesetz die Jagdrechtverträge auf dem linken Rheinufer nicht alterire, dieselben vielmehr für die Kontraktsperiode rechtlich fortbestehen, mithin außer den Jagdpächtern Niemand zur Jagd befugt ist. Es wird diese Angelegenheit indeß die Quelle einer Masse von Processen werden, da, nachdem in der Zwischenzeit die Grundeigenthümer furchtbare Verwüstungen auf den Jagden angerichtet, jetzt ihrerseits die Jagdpächter sich weigern, den Kontrakt inne zu halten, resp. auf Entschädigung dringen. Großes Aufsehen haben hier die von der „Demokratischen Korrespondenz" mitgetheilten Bruchstücke aus der preußischen Finanzverwaltung verursacht. Es wird von Niemanden geläugnet werden, daß sich in den ausgezogenen Etats-Sätzen Posten vorfinden, die nicht vorkommen dürften; aber wenn man andererseits bedenkt — von einem Vergleich mit dem Budget anderer Länder will ich gar

Digitized by Google

nicht einmal reden — wie wenig einige Tausend Thaler bei einem Staatshaushalte von mehr als 60 Millionen sagen wollen und daß die aufgeführten Posten — dafür bürgt die demokratische Quelle — nicht bloß die grellsten, sondern die einzigen sind, gegen die sich Widerspruch erheben läßt, so darf man der preußischen Finanzverwaltung gewiß noch immer die Anerkennung spenden, die ihr entschiedenster Gegner vom vereinigten Landtage her, der nachherige Minister Hansemann, ihr nicht versagen konnte.

* **Baiern.** Die baierischen Zeitungen füllen sich jetzt, nach Vollendung der Landtagswahlen, mit Betrachtungen und Urtheilen über die Zusammensetzung der neuen Kammer. Eine Korrespondenz der Allg. Ztg. bemerkt: Mit wenigen Ausnahmen fielen die Parlamentswahlen auf „studirte Leute": unter den zum Landtag bilden die „Unstudirten" die große Mehrzahl. Es war ein Hauptvorwurf, welchen man dem alten Wahlgesetz machte, daß es neben einer geringen Anzahl parlamentarischer Kapacitäten eine überwiegende Mehrheit von Mitgliedern in die Kammer brachte, welchen Einsicht und selbstständiges Urtheil in Ansehung der meisten Berathungsgegenstände mangelten. Die erste Anwendung des neuen Wahlgesetzes hat die Zusammensetzung der Kammer in dieser Hinsicht nicht verbessert, eher verschlimmert." Obige, wie eine zweite Korrespondenz findet diesen Uebelstand in dem Uebergewicht begründet, welchen die jetzt mit den Städten zu gemeinsamen Wahlbezirken zusammengeworfenen Landgemeinden über die Städte erlangt haben. Jedoch darf den Versicherungen eines dieser Korrespondenten zufolge, das monarchische Prinzip — weniger das jetzige Ministerium, da ein großer Theil der Nichtdemokraten unter dem Einflusse der katholischen Geistlichkeit gewählt worden — auf ein entschiedenes Uebergewicht in der Kammer zählen; Oberbaiern, Niederbaiern, Oberpfalz und Regensburg, zum größten Theile auch Mittelfranken und Schwaben mit Neuburg hätten in diesem Sinne gewählt, und auch ein Theil der Abgeordneten von Ober- und Unterfranken werde an diesen Grundlagen festhalten. Dagegen könne man die Abgeordneten von entschieden demokratischer Richtung, gesandt von der Pfalz und einem Theile der Wahlbezirke Schwabens und der drei fränkischen Kreise auf vierzig und etliche schätzen; darunter die Mehrzahl der Republik zugeneigt, und ein bedeutender Theil ohne Scheu vor gewaltsamem Umsturz; in dem Antrage auf Berufung einer konstituirenden Versammlung dürfte sich die ganze Schaar vereinigen.

Die eigentlich konstitutionelle, an ausgezeichneten Talenten wohl nicht sehr reiche Fraktion wird ohne Zweifel einen schweren Stand haben und oft in die Verlegenheit kommen, entweder der mächtigen ultramontanen Fraktion oder der demokratischen Linken, welche etwa vorhandenen Mangel an Talent durch Rührigkeit und Keckheit zu ersetzen weiß, Zugeständnisse zu machen oder zwischen beiden zur Unthätigkeit herabzusinken. Diese vielen Landtage neben dem deutschen Reichsparlament, welches die besten Kapacitäten verschluckt, stellen sich immer mehr als eine Monstrosität heraus, namentlich in solchen Reichsgebieten, wo, wie wenigstens in den Kernprovinzen von Baiern, die politische Durchschnittsbildung im Allgemeinen mit derjenigen der Zeit noch nicht auf gleicher Höhe steht. Der „Nürnb. Korr." bemerkt: Vergleicht man das Resultat der Landtagswahlen mit den bisherigen Elementen der Kammer der Abgeordneten, so ergibt sich, daß die zu den bisherigen Klassen des Adels, der Universitäten, der protestantischen Geistlichkeit und der Städte gehörigen Staatsgenossen nunmehr in bedeutend geringerem Maße repräsentirt sind. Der begüterte Adel zählt nicht die Hälfte seiner bisherigen Vertretung; ein einziger Universitätsprofessor gehört der neuen Kammer an; ebenso nur Ein protestantischer Geistlicher aus den Kreisen diesseits des Rheins (ob die in der Pfalz gewählten Pfarrer Katholiken oder Protestanten oder was? ist mir nicht bekannt.) Die Städte sind, in Folge der Zusammenwerfung mit benachbarten Landbezirken, größtentheils nicht von Männern ihres Vertrauens vertreten. Dagegen hat die katholische Geistlichkeit durch den Wechsel des Wahlgesetzes nichts verloren. Ferner bemerkt der „Nürnb. Korr." „Es ergibt sich jetzt, daß von den 143 Mitgliedern der letzten Kammer der Abgeordneten nur 10 wieder gewählt sind, 7 in den diesseitigen Kreisen (Hegnenberg-Dux, Dr. Kolb, Rabl, Schlund, Langguth, v. Scheurl, Dr. Müller) und 3 in der Pfalz (Stockinger, Willich und Hack.) Auch von früheren Landtagen sind unter den 143 Neugewählten nur sehr wenige Mitglieder, so daß mit wenig Ausnahmen ganz neue, noch unbekannte Kräfte auf dem parlamentarischen Kampfplatze erscheinen. Die Geschäftsleitung dürfte dadurch wenigstens in der ersten Zeit eine sehr schwierige werden."

München, 13. Dez. In der Türkenkaserne, wo die beiden Infanterie-Regimenter König und Kronprinz liegen, ereigneten sich heute Nachmittags Scenen wilder Insubordination. Die Soldaten einer Compagnie widersetzten sich der Ausführung eines auf Stockwachstrafe lautenden Urtheils gegen einen ihrer Unteroffiziere und erzwangen dessen Freilassung. Das Einschreiten der Officiere blieb auch diesmal, wie schon bei mehreren früheren Anlässen, fruchtlos, und erst, als durch das Schlagen des Generalmarsches sämmtliche Mannschaft in der Kaserne zur Aufstellung veranlaßt worden war, gelang es, die Anforderungen des Gehorsams zur Geltung zu bringen. (N. C.)

Dresden, 13. Dez. Am zweiten Adventsonntage fand in hiesiger Kreuzkirche zum ersten Male der seit langer Zeit von einer großen Anzahl hier wohnender Wenden aus der Oberlausitz sehnlichst gewünschte und endlich vom Kultusministerium und dem Stadtrathe zu Dresden gestattete Gottesdienst in wendischer Sprache statt. Eine bedeutende Anzahl evangelisch-lutherischer Wenden aus Dresden und nächster Umgegend betheiligte sich daran. Vor der Hand soll dieser Gottesdienst nur viermal jährlich sich wiederholen. (D. A. Z.)

Leipzig, 13. Dez. Der hiesige Vaterlandsverein hat in seiner gestrigen Versammlung beschlossen, sich dem Märzverein in Frankfurt anzuschließen und zugleich den Centralausschuß sämmtlicher Vaterlandsvereine aufzufordern, daß derselbe alle anderen Vaterlandsvereine einlade, dem Beispiele des Leipziger Vereins zu folgen. Dagegen hat der deutsche Verein in seiner gestrigen Zusammenkunft nach langer und unfruchtbarer Debatte den Antrag auf Anschluß der deutschen Vereine an den „Märzverein" für nicht dringlich anerkannt. (D. P. Z.)

Hannover, 8. Dez. Nachfolgendes ist der Wortlaut der Instruktion über die Anrede der Soldaten: 1) Einzelne Soldaten werden von den Vorgesetzten mit „Sie" angeredet. 2) Wenn mehreren Soldaten gleichzeitig etwas zu sagen ist, so wird die Anrede „Ihr" und „Euch" gebraucht. 3) Die Regiments- (Bataillons-) Kommandeure können den Offizieren ihres Regiments (Bataillons) erlauben, einstweilen die Anrede mit „Du" gegen die Soldaten des eigenen Regiments beizubehalten, wenn diese Anrede herkömmlich gewesen ist und von den Soldaten als militärischer Gebrauch nicht ungern gesehen wird. Es muß indeß in jedem Regimente Gleichförmigkeit darüber stattfinden. Hannover, den 1. Dez. 1848. Für den General-Adjutanten gez. E. Jakobi, Oberst. — Wir können nach zuverlässiger Mittheilung hinzufügen, daß die sämmtlichen hiesigen Regiments- (Bataillons-) Kommandeure von der unter 3) ertheilten Erlaubniß keinen Gebrauch gemacht, sondern die Anrede mit „Sie" sofort eingeführt haben. (H. M.-Z.)

⊙ **Mainz**, 12. Dez. Der hiesige Bürgerverein hat an die Reichsversammlung folgende Adresse gerichtet:

„Vielfach hat man diese hohen Versammlung, sowie der provisorischen Reichsgewalt vorgeworfen, daß deren Wirksamkeit nicht eingreifend und nachhaltig genug sei.

In diesem Vorwurfe vereinigen sich die Feinde dieser Versammlung auf Seiten der Reaktion, wie auf Seiten der Anarchie und beide trugen das Ihrige dazu bei, das Ansehen derselben zu schwächen.

Es konnte dies ihnen gelingen, weil dieser hohen Versammlung die jetzt blos eine moralische Gewalt zur Seite steht; alle Einsichtsvollen sind aber einig, daß zu dieser moralischen Gewalt noch eine materielle Gewalt hinzukommen müsse und nachgerade fangen selbst die bisherigen Gegner Preußens einzusehen an, daß es nöthig sei, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen.

Gewiß würde eine hohe Versammlung dazu auch schon das Erforderliche veranlaßt sind dadurch dem Werke der Reconstituirung Deutschlands die langersehnte Vollendung verschafft haben, wenn nicht seit Langem dieser Gedanke als ein unpopulärer verschrieen worden wäre.

Um, so viel an uns liegt, zu zeigen, daß dies nicht der Fall ist, und andere Organe der öffentlichen Meinung zu bestimmen ein ähnliches zu thun, erklären wir hierdurch,

„daß die hohe Reichsversammlung, falls sie Preußen an die Spitze Deutschlands stellen sollte, unseren Wünschen entgegenkommen würde."

Es dürfte diese Erklärung dadurch einige Wichtigkeit haben, daß dieselbe aus einer süddeutschen Stadt ergeht, welche gerade von der Reaktionspartei als besonders Preußen feindlich geschildert worden ist.

Weimar, 12. Dez. Im nächsten Monate soll in Weimar das erste Geschwornengericht zusammentreten, um über eine Reihe zum Theil sehr schwerer politischer Verbrechen zu urtheilen.

Digitized by Google

Die Geschwornenliste für das Großherzogthum ist bereits veröffentlicht und enthält sehr ehrenwerthe und tüchtige Männer. Von den im Oktober in Jena und Weimar verhafteten republikanischen Führern sind einige, welche mindee graoirt waren und bei denen ein gesetzlicher Haftgrund nicht länger vorlag, einstweilen der Haft entlassen worden. Die öffentlichen Verhandlungen sollen sehr interessante Aufschlüsse über das Treiben der republikanischen Paetei in Aussicht stellen. (D. A. Z.)

Schwerin, 9. Dez. Die mecklenburgische Kammer der Abgeordneten hat in ihrer gestrigen Sitzung einen Beschluß gefaßt, dessen Folgen außer alle Beeechnung liegen. Der Verfassungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat einen Gesetz-Entwurf, nach dessen §. 1. die politische Gewalt der Landstände aufhört, vorgelegt, und diese ist mit 54 gegen 18 Stimmen angenommen. Ritter- und Landschaft eexistiren also nach dem Willen der Abgeordneten-Kammer als politische Corpoeation nicht mehr.

Oldenburg, 7. Dez. Heute ist folgende Bekanntmachung des General-Commando's erschienen: „Nach einee Mittheilung der gemeinsamen hohen Regierung dee Herzogthümer Schleswig-Holstein ist auf den Antrag der doetigen Landesoersammlung beschlossen worden, den Witwen und Kindern der im Kriege gegen die Dänen im Jahee 1848 gefallenen Deutschen, sowie den Verwundeten odee anderweitig Beschädigten und deren Familien, eine Unterstützung aus der Staatskasse dee Herzogthümee zu Theil werden zu lassen. Die Hinterbliebenen der im Kampfe gegen Dänemark gefallenen Oldenburger, sowie die entlassenen und noch zu entlassenden oldenburgischen Militärpersonen, welche in Folge iheer Dienste in Schleswig-Holstein untüchtig geworden sind, ihren Unterhalt zu eewerben, und kein Veemögen desitzen, haben also Ansprüche auf die oben verheißene Unterstützung und werden, wenn sie dieselben geltend machen wollen, aufgefordert, ihre Pensions- odee Unterstützungsgesuche bis zum 18. Dez. d. J. beim Militär-Commando in Oldenburg einzureichen, später eingehende Gesuche können für das l. Jahr 1849 keine Berücksichtigung finden" ꝛc.

Kiel, 11. Dez. Die Studirenden, welche in Folge dee allgemeinen Wehrpflicht gegenwärtig auch unter dem Militär sich befinden, dürfen hier Dienste thun, und studiren, die Seecadetten-Schule, dies vielversprechende, heißgewünschte Kind der Revolution, ist am 1. d. M. wirklich eeöffnet und zählt 28 Eleven; dee Zudrang war so groß, daß eine noch größere Anzahl abgewiesen wurde, denn vorläufig wünscht man nicht mehe als 30 Schüler. Möchten sie nur erst auf Deutschlands Fregatten ihre Bestimmung erlernen können: vorläufig haben wir nur 4 Kanonenböte und diese findet man nicht mehe modern, sondern unzweckmäßig (sie sind nach dänischem Muster gebaut), dennoch aber läßt unsere Regierung an jedem kleinen Wasser-Orte solche erbauen, obwohl man längst als einzig richtig erkannt hat, daß Dampfkanonenböte erbaut werden sollten. — Das Professeeenpersonal unserer Universität ist um drei neue außerordentliche Mitglieder, frühere Privatdocenten, vergrößert worden: Christiansen für Jurisprudenz, Nitzsch für Geschichte, F. Harms für Philosophie; sehr zu bedauern ist, daß nicht auch dee Licentiat Dr. Fock als außerordentlichee Professoe für die Universität gewonnen ist, seine Kenntnisse, seine Gründlichkeit hätten ihm allgemeine Achtung und sehr besuchte Kollegien erworben; möchte unsere gemeinsame Regierung diesen Fehler oerdesseen und nicht in jetziger Zeit an seiner freieeen Richtung (er gehört keineswegs zu den gefürchteten Atheisten), noch an seiner Thätigkeit für die „Schleswig-Holstein. Zeitung", welche von ihm redigiet wird, Anstoß nehmen; wir sehen wenigstens keinen Hinderungsgrund darin, da das orthodoxe Element in unseeer theologischen Fakultät — welche gar keine Rationalisten aufweist — mehe als hinreichend oertreten ist und sehr Viele sich auch nach anderem Brode sehnen, eine Universität aber doch die Lehrfreiheit nicht blos theoretisch desitzen, sondern auch von der Regieenng nicht der Gelegenheit zu ihree praktischen Ausführung beeandt werden soll. (B. H.)

Schleswig, 12. Dez. Nachdem die hier folgende Erklärung bereits mit zahleeichen Unterschriften angesehener Einwohnee oeesehen worden wae, hat der diesige Büegerverein gestern Abend mit großer Stimmenmehrheit derselben beizutecten beschlossen: „In Ewägung dee schwierigen politischen Lage des Vaterlandes, dee von unserem Heeee zu lösenden schweren Aufgabe und des ränkeollen Spiels des uns gegenübeestehenden Feindes, in ferneree Erwägung, daß Nichts sicherer die zum Widerstande und zum Siege nothwendige Einigkeit und Einheit einer Armee untergeäbt und ihee Auflösung voebereitet, als wenn die Soldaten im Kriege und voe dem Feinde an den politischen Streitfragen des Tages in Rede oder Schrift Antheil nehmen, erkläeen die unterzeichneten Einwohner dee Stadt Schleswig: daß die Soldaten des 7. schleswig-holsteinischen Bataillons, welche in Nr. 188 der Schleswig-Holsteinischen Zeitung eine Adresse an das preußische Heer veröffentlichen, hierduech weder einen Beweis politischee Einsicht noch patriotischer Hingebung abgelegt haben, und daß außerdem diejenigen Bewohner Schleswig-Holsteins, welche die Soldaten unserer Armee durch Rede oder Schrift in dem pflichtwidrigen Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und Offiziere zu bestärken suchen, Verrath am eigenen Vaterlande begehen." — Außeedem beschloß dee Büegeeverein, in Veranlassung von Gerüchten, welche über den bevorstehenden Abgang des Geneeals v. Bonin in Umlauf gekommen waren, mit einee an Einstimmigkeit grenzenden Mehrzahl, den General durch eine Deputation um sein Verbleiben zu ersuchen. Die sofort abgesandte Deputation, deren Wortführer eine den Verhältnissen entsprechende Anrede an den General hielt, wurde von diesem auf das Freundlichste empfangen und mit den besten Zusicheeungen entlassen. (B.-H.)

Das preußische Kriegsministerium hat diejenigen preußischen Offiziere, welche nue vorläufig uno nicht auf eine bestimmte Zeit odee auf immer in diesseitige Dienste getreten sind, von hiee abberufen. (K. C.-Bl.)

Alsen, 6. Dez. Jetzt müssen wie förmlich in Verzweiflung übergehen; denn nicht allein, daß alle Steuern auf das Energischste eingetrieben weeden, sondern zum 11. d. M. ist eine Militär-Session anberaumt, wo Alle bis 1844 zurück, selbst alle Freigelooften, gezogen weeden sollen. (S.-H. Z.)

Frankreich.

†† **Paris**, 11. Dez. Die nächsten Tage entscheiden das Schicksal Frankreichs und Europas, das an zwei Namen geknüpft ist — Bonaparte und Cavaignac! Leider hat der Erstere die gewisse Aussicht auf die Präsidentschaft der Republik. Die Antagonisten der Republik glauben Bonaparte in den nächsten Monaten wieder gestürzt und die Dynastie Orleans eestaurirt zu sehen. Diese Ansicht eefüllt Priester, Kaufleute, Fabrikanten und Papiermäkler. Es ist auffallend, daß auch die Klasse, welche die Republik am meisten erhalten wünscht, für Napoleon die Stimme gibt; ich meine die Arbeitee, besonders die von den Prooinzen. Sie haben dem General Cavaignac die Junitage nicht oeziehen. Die Ouoriers von Paeis bilden die Partei Ledru Rollin's und Raspail's. Die Spaltung unter den Sozialisten (der Partei Rollin's und der Partei Raspail's) sollte oeemittelt werden, um dem Kandidaten Ledru Rollin alle Stimmen dee Rothen zu verschaffen. Es ging deshalb eine Deputation der Rollinisten zu Raspail nach dem Fort Vincennes, die ihn bewegen wollte, zu Gunsten Ledru's von der Kandidatur abzusteben. Raspail oerwies sie lakonisch mit ihrem Gesuche an die Wähler. — Wedee die Armee noch die Marine unterstützen in der Majorität den General Cavaignac. Jene oermuthet in Napoleon einen künftigen Kaiser, dee die alte Gloire wieder beleben und dee Armee sich gefälligee zeigen wird, als der Bürgerkönig Louis Philipp oder der friedliebende Krieger Cavaignac. Der Osten Europas wird mit absolutistischem Vergnügen die Wahl Bonaparte's oernehmen, seine Heere rüsten sich jetzt schon, den Grafen v. Chambord in das Haus seiner Ahnen zu geleiten, welches dee Paeisee trotz der Umtaufung immee Palais eoyal wieder tauft. Alles, was oor dee Februareoolution royal geheißen, wurde national, mit Ausnahme des Königs Louis Philipp. Uebrigens geht die Wahl selbst sehr ruhig oorüber. Man bemerkte kaum den wichtigen Moment, machten nicht Jungen, welche Zettel für ihren Kandidaten oertheilen, darauf aufmerksam. Auch sammeln sich jeden Abend Gruppen auf den Boulevards, in denen Charlatans, in den vereinigten Staaten spottweise President's maker geheißen, das Volk füe Cavaignac, Bonaparte odee Ledru Rollin haranguiren. Ich höete noch Keinen für Raspail sprechen. Wohl aber schreiben seine Anhänger für ihn und theilen ihre völkerbeglückenden Ideen der Mitwelt im Druck auf gelben Anschlagbogen mit. — Wenn man die Aufeegung der Bürgee Noedamerikas bedenkt, welche eine Präsioentenwahl begleitet, und die Gleichgültigkeit der Franzosen dagegenstellt, so läßt sich, ohne große Sehergabe, der Republik

keine Dauer vindiziren. In keinem Lande tritt der Kampf des Besitzers gegen den Proletaeier so deutlich hervor, als in Frankreich. Nirgends ist die Reaktion so thätig, wie in diesem Lande. Die Kamaerilla Oesterreichs selbst kann zu den Kaufleulen von Paris in die Schule gehen. Sie geben kein Mittel aus der Hand, ihre Todfeinde zu verderben. Frägt man, wer die Verhaßten sind, so hört man vier Namen, welche allenthalben, England ausgenommen, einen widrigen politischen Klang haben, Journalistes, Avocats, Médecins, hommes de lettres. Diese haben die Republik gemacht und den Kommunismus dazu, sagen die Kaufleute. Ist es aber nicht lächerlich, zu hören, daß Frankreichs Millionen sich dem Ausspruche von zwölf Menschen fügten, welche obendrein verachtet wurden, weil sie nichts besaßen, und jetzt wohlhabend sind oder einträgliche Posten bekleiden. Die Moral der Politik Louis Philipp's und Metternich's war erbärmlich, da solche Menschen, wie Cremieux und Albert, oder Goldmark und Fischhof, sie stürzen konnten. Das Geschlecht, welches diese Politik erzeugte, ist ebenso nichtswürdig, als verächtlich, weil habgierig und feig. Beweisen das nicht die zwölf Menschen, welche nach dem Ausspruche der reichen Pariser Epiciers die Republik machten, oder jene verzweifelte Rotte, welche nach Windisch-Grätz's Proklamation eine halbe Million Wiener Spießbürger terrorisirte? Paris hat übrigens eine starke Garnison, welche den Rothen und Reaktionären imponiet. Es sind übe 100,000 Mann in der Stadt und den Faubourgs konzentrirt. Dee ehrenhafte Charakter Cavaignac's ist Bürge, daß diese Macht nur zur Erhaltung der Republik so lange veewendet wird, als er über sie zu disponiren hat. Für Cavaignac ist die Republik ein religiöser Kultus. Er gehört ihr ganz an; von ihm, dem sonst so kalten eisernen Mann, kann die Republik Gedeihen hoffen, sie ist des Generals einzige Idee, seine allereinzige Schwärmerei. Bonaparte strebt die Monarchie an, deshalb ist Thiers, der republikanische Antipode, sein Peemier und Bugeaud sein Kriegsminister. Er selbst, der unbesonnene Putschheld von Straßburg und Boulogne, berechtiget zu keinem Vertrauen; — und doch scheint ein verhängnißvolles Geheimniß des Schicksals der Gegenwart darin zu walten, daß Napoleon Bonaparte Präsident der Republik Frankreich wird.

* **Paris**, 13. Dez. Die Sitzung der Nationalversammlung war heute ohne besonderes Interesse. Man bemerkt leicht, daß die Gemüther mit andern Dingen, als den vorliegenden Gesetzentwürfen beschäftigt sind. Von diesen letzteren verdient jedoch Einer Erwähnung, der die Schuldhaft (contrainte par corps) mit einigen Modifikationen wieder einführt und von welchem dee erste Artikel angenommen wurde. Noch wurden die Ausgaben von 800,000 Fr. für die Todtenfeiee am 4. März und 130,000 Fr. für den Transport der Juni-Insurgenten genehmigt. — Der englische General-Postmeister Clanricarde, der seit vorgestern hier ist, hält häufige Zusammenkünfte mit den Ministern. Er verließ London am Schlusse eines Kabinetsraths und man glaubte ihn mit einer geheimen Sendung beauftragt. — 378 Studenten machen heute bekannt, an dem letzten sozialistisch-demokratischen Bankette, welches man das Bankett der Schulen nannte, hätte nur eine Minderzahl ihree Commilitonen sich betheiligt. — Der Moniteur erklärt die Angaben eines hiesigen Blattes, der Finanzminister hätte sich gestern auf die Börse begeben, für falsch. Nur ein Angestellter der Administration sei hingesandt worden, um den Cours der Böese zu erfahren, ehe der Minister sich in die Versammlung begebe. Diese Angestellte mochte vielleicht, fährt das offizielle Blatt fort, einige Vermuthungen über das Resultat dee Wahlen aussprechen, aber einen offiziellen Charakter hatten diese Mittheilungen nicht.

†† **Paris**, 14. Dez. Die Wahltage der Präsidentschaft sind ohne Ruhestörung vorübergegangen. Die Regierung vertraute auf ihre Truppenmassen und auf die Nationalgarde. Der Präfekt von Paris erließ eine Proklamation, womit er das Gesetz gegen die Attroupements publizirte, da in den letzten Tagen und namentlich am 12. etwa tausend Gamins und Ouvriers singend durch die Straßen zogen und häufig vive Napoléon, à bas Cavaignac schrieen. Eine andere Rotte sang: ça ira, ça ira, Cavaignac on le pendra. Vor der Wohnung Napoleon's sammeln sich oft Neugierige, welche mit den Parteigängern des gefeierten Namens in Erinnernng der alten Zeit zuweilen vive l'empereur und dann wieder vive le président rufen. Das Skrutinium der Wahlzettel in Paris wie in den Provinzen ergibt bisher eine enorme Majorität für Napoleon. Obgleich die Armee für Cavaignac bearbeitet wurde, entspricht der Erfolg ihrer Stimmen keineswegs den Erwartungen dee Partei des Generals. Das Zurückhalten der Malle am 9. wurde der Regierung sehr übel aufgenommen und wirkte, gegen die Absicht, nicht zu Gunsten Cavaignac's. Eine zweite Täuschung ähnlicher Art erfuhr die Regierung an der Börse. Der Finanzminister ließ dem Direktoe der Börse vorgestern sagen, daß die Skrutinien in den Provinzen für Cavaignac höchst günstig ausgefallen seien, und beauftragte ihn, den Börseagenten der Regierung dies zur Verbreitung der Nachricht mitzutheilen. Die Kurse waren vorher gestiegen, fielen abee gleich auf jene Nachricht hin. Man glaubt nun, die Regierung habe das Steigen der Kurse zu der Vermuthung ausbeuten wollen, daß die mitgetheilte Nachricht jenen günstigen Einfluß auf die Papiere gehabt habe. Ueber Cavaignac waltet kein glücklicher Stern. Auch in der römischen Frage geht das Kabinet nicht frei aus. Man ist mit der Flucht des Papstes nicht zufrieden, noch weniger mit der Zurücknahme der letzten sanktionirten Gesetze, der Kammerauflösung und Einsetzung einer provisorischen Regierung. Man sieht den Einfluß Frankreichs gleichsam desavouirt, indem der Papst beim König von Neapel Schutz sucht, dessen hohe Patronen England (?) und Kaiser Nikolaus sind. Noch einige Tage, und die Politik Frankreichs wird in eine neue Form gegossen. Napoleon steht, wie sein Mitbewerber, unter dem Einflusse der Umgebung. Keiner ist ein alleinhandelnder Karakter. Den General bestimmt seine Mutter und Marrast, den Prätendenten wird Thiers, Bugeaud odee Oudinot am Gängelbande führen. Frankreich ist jetzt an Männern fast noch ärmer als Deutschland. Napoleon hätte nie eine so große Majorität über den General erhalten, wenn ihn nicht die Fraktion der Sozialisten begünstigte. Sie kannten die Absicht der Nationalversammlung, welche die Ernennung des Generals gewiß durchgesetzt haben würde, wenn für Napoleon keine absolute Majorität ausgefallen wäre. Der Wahlspruch der Sozialisten ist „Alles lieber, als Cavaignac." Sie stimmten dahee durchgehends, statt für Ledru oder Raspail, für Napoleon, welcher anderseits wohl einsieht, daß er den Scheineclat seines Triumphes meist nur negativen Stimmen verdankt.

Nach dem Deeret der Nat.-Vers. über die Einführung dürfte dee Bürger Louis Bonaparte, da er die absolute Majorität ohne Zweifel erhält, bis zum 20. d. M. vermuthlich schon als Präsident installirt sein. Der neue Präsident wird das Palais Elysée national zur Residenz erhalten. Im Departement de la Seine sind die Stimmen so vertheilt:

	Paris.	Banlieue.	Total.
Bonaparte	139,165	52,100	191,565
Cavaignac	72,754	15,991	88,745
Ledru Rollin	22,596	2,717	25,313
Raspail	13,005	2,415	15,420
Lamartine	3,308	272	3,580

Für Robert Blum's Familie ist eine französische Nationalkollekte unter den Socialisten ausgeschrieben. Diese Woche ist ein Konzert angekündigt, dessen Ertrag zu ihren Gunsten sein soll. Nächsten Sonntag findet ein Requiem für Blum statt. Die französischen konservativen Blätter sprechen von der Zukunft Oesterreichs unter der Aegide des neuen Kaisers nicht sehr hoffnungsvoll. Das eine sagt: „Unter Jesuiten, Höflingen und servilen Lehrern großgezogen, ohne Schul- und Weltbildung zwischen das starre aristokratische Soldatenprinzip und eine perfide Diplomatie à la feu Metternich gepfercht, wäre es nur einem Riesengeiste möglich, diese Schranken zu zertrümmern, diese Fesseln zu zerreißen, welche sich der Entwickelung Oesterreichs entgegenstemmen. Im Allgemeinen beschäftigt sich die französische Journalistik wenig mit dem Auslande. Sie ahnet eine verhängnißvolle Zukunft, den Vernichtungskampf, welchen die Besitzenden gegen die Sozialisten zu unternehmen gedenken. Gestern verbreitete sich unter den sozialen Klubs das Gerücht, Proskriptionslisten seien schon angefertigt, man warte nur auf die erste Gelegenheit, um eine Bartholomäusnacht in Paris zu wiederholen. Die Sozialisten kennen ihre materielle Schwäche, sie mahnen in ihren Parteiorganen, und durch Plakate zur Mäßigung, Ruhe und Einigkeit. Die letzte Tugend haben sie durch ihr Votum für Napoleon bewiesen. Die Reaktion äußert sich nunmehr bei den Demokraten de la société; daß sie Cavaignac gestürzt haben, gibt ihnen neue Kraft, Muth, Ausdauer und Hoffnungen bei ihrem Revolutionswerke.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 15. Dez. Rücktritt der Hrn. v. Schmerling, v. Würth und v. Andrian. Hr. v. Gagern.) Wien (Die Rüstungen gegen die Ungarn. Nachrichten aus Ungarn. Die Cholera in Krakau. Beginn des Feldzugs gegen Ungarn.) Kremsier (Reichstagssitzung. Die Reichskommissäre.) Prag. (Der Reichstag. Die Czechen und das Ministerium.) Berlin (Die Civilehe. Adressen. Ehrenberg. Die Reichskommissäre. Die Minister. Die Schutzmannschaften. Magistrat und Stadtverordnete.) Breslau (Der Kreis Kreuzberg in Belagerungszustand.) Demmin. (Adresse an Bassermann.) Leipzig (Wahlen.).

Frankreich. Paris (Wahlberichte. Marschall Bugeaud.)

Spanien. Madrid (Eine montemolinistische Verschwörung entdeckt. Die Stimmung in Catalonien. Ein Insurgentenhäuptling unterwirft sich. Tagesbegebenheiten.)

Italien. (Nachrichten aus Rom.)

Belgien. Brüssel (König Leopold übernimmt die Vermittelung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Die Kammer nimmt einen Deutschland betreffenden Beschluß zurück.)

Pariser Börsenbericht (Vom 13. Dez.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 16. Dez.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 16. Dezember.

Tagesordnung der 137. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl eines Mitgliedes in den völkerrechtlichen Ausschuß.
2) Wahl eines Schriftführers an die Stelle des Herrn Schuler.
3) Berathung des vom Abgeordneten Stahl, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichts über die in der Sitzung vom 23. September gemachte Vorlage des Reichshandelsministers Duckwitz, die kommerzielle Einheit Deutschlands betreffend.
4) Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte.

Das buntere Ansehen der heutigen Tagesordnung hat es nicht vermocht, der Gallerie ein bunteres Ansehen zu verleihen. Die Zuhörerräume sind nur dünn besetzt und die Abgeordneten selbst so wenig zahlreich, daß, als nach 9½ Uhr mit dem Verlesen des Protokolls die Sitzung eröffnet werden soll, begründete Zweifel darüber erhoben werden, ob überhaupt schon eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern im Hause vorhanden. Das Letztere wird durch die Abgabe von Stimmzetteln ermittelt. Unter ihrer Einsammlung und Auszählung verstärken sich die Anwesenden von 120 bis auf 200 und darüber. Nachdem der Vorsitzende, Vicepräsident Wilhelm Befeler, dies mit der Bitte um ein pünktlicheres Erscheinen verkündet hat, kann endlich das Protokoll verlesen und genehmigt werden.

Die Herren Kleinschrod aus München, Gritzinger und Franz Werner aus Oesterreich treten in die Nationalversammlung ein, während Hr. v. Wahdorf aus Sachsen aus derselben ausscheidet.

Die Urlaubsgesuche, die sich bei der Annäherung des Weihnachtsfestes allerdings wesentlich vermehren, sind im Verhältniß zur Größe der Versammlung dennoch keineswegs von einem solchen Belang, daß eine Störung des Geschäftsgangs zu besorgen wäre.

Ein Antrag Höfken's auf die Aufhebung des Bergzehntens, der bereits dem Verfassungs-Ausschusse vorgelegen hat, wird auf Schaen's aus Essen Veranlassung an den volkswirthschaftlichen Ausschuß überwiesen. v. Wybenbeugk will die Berathung über die Eingabe der anhaltischen Stände beschleunigt sehen, damit, wenn ein Einschreiten nöthig würde, sich die Lage der Verhältnisse bis dahin nicht von Neuem verändere. Dann werden für die auf der Tagesordnung unter Nummer 1 und 2 angeführten Wahlen die Stimmzettel eingefordert.

Für den völkerrechtlichen Ausschuß erhält die Stimmenmehrheit: He. v. Vincke. Zum Schriftführer der Nationalversammlung an Hrn. Schuler's Stelle ist He. Koch aus Leipzig gewählt.

Dann wird der Bericht Stahl's über die Vorlage des Handelsministeriums in Berathung genommen. Der volkswirthschaftliche Ausschuß hat sich aber auch in dieser Frage zu einem einstimmigen Erachten nicht vereinigen können, sondern es liegen wiederum Majoritäts- und Minoritätsvorschläge vor. Für die letzteren hat Eisenstuck aus Sachsen die Berichterstattung übernommen und sie enthalten nicht nur die Grundzüge einer künftigen Handelspolitik Deutschlands, wie sie von der Minderheit des Ausschusses, den Herren Degenkolb, v. Dieskau, Eisenstuck, Hildebrand, Halland, Makowiczka, Moritz Mahl, Müller, v. Reden, Schwarzenberg gewünscht wird, sondern zugleich auch den Entwurf zu einem Reichsgesetze zur unmittelbaren Begründung der commerziellen Einheit des deutschen Bundesstaates. Die Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses dagegen hat sich über ihre handelspolitischen Grundsätze nicht ausgesprochen, sondern in Folge der Vorlage des Herrn Duckwitz vom 23. Sept. stellt sie die Anträge:

1) „Die Nationalversammlung ermächtiget die Centralgewalt, die Lösung der zwischen deutschen Einzelstaaten und fremden Nationen bestehenden Handels- und Schifffahrtsverträge, und erforderlichen Falles deren Umwandlung in Reichsverträge zu bewirken, auch neue Verträge dieser Art abzuschließen, alles unter Vorbehalt der Genehmigung der Nationalversammlung."
2) „Die Nationalversammlung beschließt, daß der Ausschuß der Centralgewalt die zur Bearbeitung von Reichsgesetzen über deutsche Schifffahrt, Eisenbahnen und Postwesen in seinen Akten vorhandenen Materialien zu dem Zwecke überweise, die diese Verhältnisse betreffenden Gesetzentwürfe baldthunlichst der Nationalversammlung zur Beschlußnahme vorzulegen."
3) „Die National-Versammlung beauftragt die provisorische Centralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zur Begründung einer Zolleinheit Deutschlands, soweit solche zum Zwecke der Vorarbeiten erforderlich sind, zu machen."
4) „Die National-Versammlung beauftragt die Centralgewalt, ein Zollgesetz und einen Zolltarif zu entwerfen und der National-Versammlung vorzulegen."
5) „Die National-Versammlung erklärt, daß sie durch die vorstehend ertheilten Aufträge in keiner Weise das ihr zustehende Recht der Initiative gefährdet wissen will."

Das Wort ergreift zuerst sehr ausführlich und im Sinne der Minderheit des Ausschusses der Freiherr v. Reden. Die Vorschläge der Minorität, die er dringend zur Annahme empfiehlt, seien nichts als eine Wiederholung der Verfassungsbeschlüsse und die Zolleinigung Deutschlands müsse aus allen Kräften beschleunigt werden, wenn sie überhaupt zu Stande kommen solle. Francke aus Schleswig: Ich weiß nicht, ob Herr von Reden pro domo oder ab ore ministerio spricht. (Oho! von der Linken). Aber es handelt sich darum, ob wir schon heute gesetzgebend auftreten wollen, wie es die Minderheit des Ausschusses fordert und dabei bedaure ich nur, daß das von ihr vorgeschlagene Gesetz eine Unmöglichkeit ist in seiner Ausführung. Denn die politische Einigung muß der kommerciellen nothwendig vorangehen.

Reichsminister Duckwitz: Ich habe mich in der zweiten Hälfte des September über meine handelspolitischen Ansichten ausgesprochen, damit ich eine Aeußerung von Ihnen empfinge, ob ich der Mann Ihres Vertrauens sei oder nicht. Darauf haben Sie zwar geschwiegen, allein Ihr Auftrag zu mehreren höchst wichtigen Gesetzen galt mir als eine solche Vertrauensäußerung. Diese Entwürfe sind so weit gereift, daß sie nur noch der letzten Feile bedürfen, um Ihnen vorgelegt zu werden. Wollten Sie sich nun heute in eine Diskussion über leitende Grundsätze einlassen, so wäre das zu spät, weil jene Entwürfe bereits fertig sind und zu früh, weil sie Ihnen noch nicht übergeben wurden. Die allgemeine Fassung meiner Vorlage entschuldigt sich durch die Kürze, in der ich mich mitzutheilen hatte. Von den Verträgen der Einzelnstaaten, die einer augenblicklichen Zolleinigung entgegenstehen, sind die mit den Vereinigten Staaten auf 10 und 12 monatliche Kündigung abgeschlossen und ist zu berücksichtigen ein Vertrag Mecklenburgs mit Frankreich. Die Besorgniß aber, daß sich irgend ein norddeutscher Staat durch die Uebernahme neuer Verpflichtungen gegen fremde Staaten binden und dadurch das Einigungs-Werk stören könne, ist ein Verdacht des Verraths, den die norddeutschen Stämme nicht verdienen! Ich gehöre ihnen an und wenn irgendwo, so herrscht gerade unter ihnen eine echt deutsche Gesinnung! Sehr begründet ist jedoch der Einwand, daß die commerzielle Einheit des Vaterlandes nur auf die politische zu gründen sei. Nur für die letztere wird das Volk finanzielle Opfer zu bringen geneigt sein. Beschleunigen Sie daher die Verfassung und geben Sie den Vorschlägen der Mehrheit des Ausschusses Ihre Zustimmung.

Moritz Mohl: Wenn uns der Reichsminister des Handels Gesetzentwürfe vorlegen soll, so muß er unterrichtet sein über die handelspolitischen Grundsätze, welche im Hause die herrschenden sind. Das ist der Zweck des Minderheitsgutachtens des volkswirthschaftlichen Ausschusses gewesen. Aller Unterschied, um den es sich handelt, faßt sich in der Frage zusammen, ob das Freihandelssystem gelten, oder ob die inländische Arbeit, der deutsche Handel und die deutsche Schifffahrt durch einen Differentialzoll geschützt

werden sollen. Der Handelsminister will die Differentialzölle nur als Retorsion angewendet wissen. Die Minderheit des Ausschusses hingegen stellt sie als Regel hin. Der Handelsminister ferner hat behauptet, kein norddeutscher Staat werde unter den obwaltenden Umständen den Verrath begehen und neue Verträge mit dem Auslande schließen. Allein wenn das Handelsministerium nicht auf Grund der vollzogenen commerziellen Einheit verhandeln kann, so kann es mit auswärtigen Staaten überhaupt nicht verhandeln, und ebensowenig kann es die Sonderverträge einzelner Staaten in Reichsverträge verwandeln. Endlich erblickt Moritz Mohl auch in den österreichischen Verhältnissen nur einen Grund mehr dazu, die Zolleinheit Deutschlands zu beschleunigen.

Nachdem der Schluß der Debatte verlangt und genehmigt worden, vertheidigt Eisenstuck die Minderheits- und Stahl darauf die Mehrheitsanträge.

Eisenstuck: Im Mai gab es keinen Widerstreit der Meinungen darüber, daß wir vor Allem berufen seien, die materielle Einheit Deutschlands herzustellen. Aber die Blüthen des Mai sind verwelkt, der Winterfrost vor der Thüre. 176 Petitionen, bedeckt mit mehr als 39,000 Unterschriften, sind eingegangen. Sie alle fordern die kommerzielle Einheit Deutschlands und fordern sie sofort. Der nächste Weg, der zur Lösung dieser Frage führt, der unfrige, ist der beste. Der Handelsminister faßt das Pferd beim Schwanze, wenn er sein Gesetzgebungswerk nicht beginnt mit dem Zolltarif und den Schifffahrtsgesetzen. Den norddeutschen Staaten das Vertrauen schenken, sie würden sich in keine weiteren Verträge einlassen, das kommt uns nicht zu, sondern sie müssen in die gesetzliche Unmöglichkeit dazu gebracht werden. Einige Bewegung ruft folgende Bemerkung Eisenstuck's hervor. Es hätten Mitglieder des Hauses, die hier auf der äußersten Rechten gesessen, in Hamburg Demokratenversammlungen gehalten, um dort gegen die handelspolitischen Maßregeln der deutschen Nationalversammlung aufzuregen. In Süddeutschland, fährt er fort, war früher die Abneigung gegen das Zollsystem am Stärksten, welches die einheimische Industrie vor der fremden bevorzugt. Und gerade dort ist jetzt der Hauptsitz der Schutzfreunde. Freilich, um die deutsche Selbstständigkeit handelt es sich in dieser Frage. Der Kampf darum ist uralt, und daß es an Feinden dieser Selbstständigkeit nicht fehlt, kein Wunder. Sollte aber das Werk der politischen Einheit, wie hier die Befürchtung ausgesprochen worden ist, scheitern, sollten wir die abermalige Zersplitterung des Vaterlandes nicht abwenden können, so wollen wir doch retten, was noch zu retten ist, zum wenigsten also die materielle Einheit. Dahin ist das Minderheitsgutachten des Ausschusses gerichtet. Sagen Sie nicht, daß die Versammlung nicht kompetent sei zu einer Beschlußfassung, wie wir sie vorschlagen. Haben wir das Geld für die Truppenverlegungen bewilligen und das Wechselgesetz erlassen dürfen, werden wir in künftiger Woche nicht über 30 Mill. des Finanzbudgets zur motivirten Tagesordnung übergehen, so sind wir auch kompetent zu dem Gesetze über die kommerzielle Einheit Deutschlands.

Eisenstuck schließt unter dem Applaus des Hauses, worauf Stahl aus Erlangen das Majoritätsgutachten rechtfertigt: Die Verschiedenheit der beiden Ausschußparteien ist nur eine formelle, denn über viele Punkte des von der Minderheit vorgeschlagenen Gesetzentwurfs herrscht Uebereinstimmung. Aber wir von der Mehrheit vertagen die Darlegung unserer Grundsätze auf die Berathung der Vorlagen des Handelsministeriums und wollen keine Anticipation derselben. Herr Eisenstuck fürchtet, die Begründung der politischen Einheit Deutschlands könne mißlingen. Ich theile diese Besorgniß nicht. Allein wenn wir nicht durch die Verfassung die politische Einheit des Vaterlandes zu sichern vermögen, so haben wir auch kein Mittel, die kommerzielle Einheit zu schützen. Vielmehr wird die kommerzielle Einheit der politischen von selbst folgen. Allerdings liegen die Sachen nicht wie im Mai. Es ist ein Zwiespalt in Deutschland ausgebrochen, aber kein politischer, sondern die hier ausgesprochenen Zollgrundsätze haben die norddeutschen Bevölkerungen im höchsten Grade aufgereizt. Um die Sympathien ganzer Volksstämme handelt es sich. Wollen wir sie auf's Spiel setzen, indem wir unveranlaßt allgemeine Grundsätze verkündigen, die hier auf Beifall, dort auf die tiefste Abneigung treffen? Den Gesetzesvorlagen des Handelsministers gegenüber werden die Grundsätze zur Anwendung kommen, die in diesem Hause die Mehrheit haben. Das ist der Gesichtspunkt, aus dem Sie die Majoritätsanträge betrachten wollen.

Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel. Ihr Ergebniß melden wir in der Nachschrift.

Frankfurt, 16. Dez. Die O. P. Z. meldet amtlich: Der Reichsverweser hat den Reichsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, Anton Ritter von Schmerling, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben.

Der Reichsverweser hat den Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, Joseph von Würth seinem Wunsche gemäß diesem Amte enthoben.

Der Reichsverweser hat den Reichsgesandten am königlich großbritannischen Hofe, Victor Freiherrn v. Andrian, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben.

⁂ **Frankfurt**, 16. Dez. In der gestrigen sehr belebten Abendgesellschaft bei dem preußischen bevollmächtigten Minister, Herrn Camphausen, bildete natürlich der Rücktritt des Herrn v. Schmerling einen der Hauptgegenstände des Gespräches. War man einerseits der Ueberzeugung, daß die Lage der Dinge im gegenwärtigen Augenblicke ihm diesen Schritt gebot, so sprach sich andrerseits einstimmig die Anerkennung der hohen Verdienste dieses Staatsmannes unverholen aus. Dem Vernehmen nach soll ein Antrag vorbereitet werden, ihm Seitens der Nationalversammlung einen Dank zu votiren. Hr. v. Gagern, in dessen Hand Herr v. Schmerling beide Portefeuilles niedergelegt hat, wird sein Ministerium mit der Eindringung eines Antrags in der österreichischen Frage beginnen. Beide Herren befanden sich unter den Gästen. Es versteht sich von selbst, daß er auch die Präsidentur des Conseils übernommen hat.

Wien, 10. Dez. Wir sind ohne alle bestimmte Nachrichten aus Ungarn. Ziemlich verdürgt scheint es, daß die Nationalgarde in den Städten entwaffnet wurde, als nicht verläßlich, und daß Kossuth aller Orten das Proletariat bewaffnete, c'est tout comme chez nous. Windischgrätz, wie Cavaignac, kämpft nur, wo der Sieg unfehlbar ist, und jedenfalls ist seine Uebermacht in Ungarn unwiderstehlich. Täglich kommen hier jetzt Remonten durch in langen Zügen; da es in Ungarn namentlich an Transportmitteln gebricht, mußte ein enormer Train neu geschaffen werden. Auch exerciren täglich auf dem Glacis die Rekruten, deren die Bataillone jetzt übermäßig viele haben. Aufsehen erregen die Offiziere der hiesigen Freiwilligen, welche aus Italien zurückkamen, und zwar in piemontesischen Uniformen; das vortreffliche Tuch war ihnen eine willkommene Beute, und nach dem Reglement frägt kein Mensch mehr, unsere Offiziere sind eine wahre Musterkarte von Paletots jeder Art, von Fräcken und Waffenröcken. — Noch immer erwartet man das kaiserliche Manifest, welches dem Angriff auf Ungarn vorhergehen soll. (Allg. Z.)

Wien, 10. Dez. Nach Berichten des C. Bl. a. B. soll Oedenburg sich den kais. Truppen ergeben haben, und Preßburg nicht mehr weit von dem gleichen Punkte sein. So viel hält man nach den einlaufenden widersprechenden Nachrichten für ausgemacht, daß Preßburg, mit dem anarchischen Treiben der magyarischen Ultras unzufrieden, die der Stadt aufgedrungenen Mobilgarden verjagt und eine ordentliche Bürgerwehr organisirt hat. — Reisende, die am 9. aus Krakau kamen, erzählten, daß dort am 6. in der Judenstadt die ersten Cholerafälle vorgekommen sind.

Wien, 10. Dez. Heute Nacht ist von hier der Rest der Truppen und heute früh der Banus Jellacic zur Armee nach Ungarn aufgebrochen, morgen früh beginnen die militärischen Operationen auf verschiedenen Punkten zugleich. Fürst Windischgrätz, welcher als Feldmarschall und oberster Befehlshaber der Armee das Ganze leitet, bleibt vorerst in seinem Hauptquartier zu Schönbrunn. Den getroffenen Dispositionen zufolge befehligt Jellacic das erste, Feldmarschallieutenant Wrbna das zweite und Feldmarschallieutenant Duca Serbelloni das dritte Armeekorps, welches letztere mit 150 Kanonen und 30 Mörsern die Reserve bildet. (Die ganze gegen Ungarn operirende Artillerie zählt 300 Kanonen.) Zum kommandirenden General für den administrativen Theil der Armee hat der Feldmarschall den Feldmarschallieut. Gruber ernannt. Rechnet man hiezu das unter dem Feldmarschallieut. Simonic im Norden Ungarns stehende abgesonderte Korps von 20,000 Mann, dann die verschiedenen Korps der Generale Dahlen im Süden, Rugent an der steyerischen Grenze und Puchner in Siebenbürgen, so läßt sich der Erfolg dieses Feldzugs wohl nicht bezweifeln. Eine der nächsten Nachrichten von dem Vordringen unserer Armee wird ohne Zweifel die Einnahme von Preßburg sein, allein ein entscheidender Schlag gegen Ungarn dürfte erst in der Gegend

von Raab und Komorn stattfinden, wo sich ihre Hauptmacht concentrirt und stark verschanzt befindet. (Allg. Z.)

Wien, 11. Dez. Die Ungewißheit, die über viele Dinge herrschte und zu den widersprechendsten Gerüchten Anlaß gab, hat ihr Ende erreicht. Man weiß, daß es noch in dieser Woche ernstlich gegen Ungarn losgehen soll, und daß, so lange hier nicht ein entscheidender Schlag geführt werden, auch weder an Aufhebung des Belagerungszustandes, noch an Ertheilung einer Amnestie, noch endlich an die Hierherkunft des Kaisers zu denken ist. (D. Allg. Z.)

Kremsier, 11. Dez. Die heutige Reichstagssitzung war mit Berathung der Geschäftsordnung ausgefüllt. Eine Episode darin bezog sich auf das Verhältniß zu Deutschland. Der Berichterstatter bevorwortete einen Paragraphen damit, daß er auch in Frankfurt angenommen sei. Der Czeche Trojan stimmte ebenfalls für den Paragraphen, setzte aber hinzu: daß die Berufung auf Frankfurt keinen Grund dafür abgebe. Diese muthwillige Provocation, während die beiden Reichscommissäre als Gäste im Saale saßen, wurde von Zischen begleitet, was den czechischen Herrn alsbald zum Sitzen brachte. Wir glauben kaum, daß es mit den Prophezeihungen der Oesterreicher in der Paulskirche wegen Abberufung und dergleichen zur Wahrheit wird. Die Reichscommissäre gestehen es offen, daß sie Oesterreich und Wien ganz anders finden, als die Herren dort, rechts oder links, es glauben machen wollen. Die Minister sind ihnen eben so freundlich als bereitwillig mit Allem entgegengekommen, und sie erläuterten nur ihr Programm; letzteres geht aber nicht so weit, als es der obgenannte Czeche parteiisch deutet, wenn, ja wenn Frankfurt nicht drängt und treibt, sondern freundlich die Hand bietet. (D. A. Z.)

Prag, 12. Dez. Wie man hier allgemein hört, soll am 19. Dez. der Reichstag in Kremsier für die Feiertage prorogirt und auf den 17. Jan. nach Wien berufen werden. Man fürchtet aber, daß der Prorogation sehr leicht eine Auflösung folgen könnte. — Die Czechen sollen sich plötzlich in ihrer letzten Klubsitzung in Kremsier entschlossen haben, gegen das Ministerium Schwarzenberg in Opposition zu treten. (?) Besonderer Grund hierzu soll das vom Ministerium vorgelegte Gemeindegesetz sein. (D. A. Z.)

△ **Berlin**, 14. Dez. Wie auch Ihnen wahrscheinlich schon bekannt geworden, hat der Paragraph der Verfassungsurkunde, welcher von der Civilehe handelt, bereits zu der Unannehmlichkeit Veranlassung gegeben, daß die Geistlichen keine Ehe einsegnen wollen, bevor dieselbe nicht in die Civilstandsregister aufgenommen ist. Man ist sogar schon so weit gegangen, aus dem Mangel einer gesetzmäßigen Einrichtung dieser Civilstandsbehörden die Möglichkeit zu folgern, daß das Heirathen auf einige Zeit de facto unmöglich sei. Man ist mit diesen Besorgnissen zu weit gegangen. Ebenso, wie sich vor einigen Tagen das Kriminalrecht dahin entschieden hat, daß bis zur Einführung der Geschwornengerichte die bisherigen Gerichtsformen in Geltung stehen; ebenso hat auch die Geistlichkeit das Recht und die Pflicht, die Ehen in der bisher üblichen Weise einzusegnen. Nichts desto weniger hat das Ministerium, um die Gewährung der Verfassung sobald als möglich ins Leben treten zu lassen, in einem heute abgehaltenen Ministerkonseil sich mit der vorliegenden Frage eifrig beschäftigt. Anfänglich schienen sich die Ansichten dahin zu neigen, daß man den Geistlichen die Führung der Civilstandsregister anvertrauen solle; da indeß geltend gemacht wurde, daß dies nur als eine neue Form für einen alten Zustand angesehen werden könnte, so kam man von diesem Plane wieder zurück. Ein definitiver Beschluß ist heute noch nicht gefaßt worden. — Die Adressen, welche aus allen Provinzen und Landestheilen eingehen und für die Gewährung der Verfassung unverhohlenen Dank aussprechen, sind, wie man vernimmt, sehr zahlreich. Der Staatsanzeiger druckt nur einen Theil dieser Adressen ab. — Sicheren Vernehmen nach werden der König und die Königin die beiden Weihnachtsfeiertage in Berlin zubringen und im Dom, wo Ehrenberg predigt, dem Gottesdienste beiwohnen. Der Oberhofprediger Ehrenberg feierte so eben sein Jubiläum und erhielt bei dieser Gelegenheit den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub. Der Prinz von Preußen wird bereits am 20. seine Wohnung wieder hier aufschlagen. — Der Reichskommissär Hergenhahn ist diesen Morgen von hier abgereist; ihn rufen seine Verpflichtungen als nassauischer Ministee in die Heimath. Herr Simson dürfte ihm bald folgen. Die Vermittlung zwischen Preußen und der Centralgewalt zur definitiven Regulirung der letzten ist durch die Anwesenheit beider Männer bedeutend gefördert worden. Es hat sich gewissermaßen die Nothwendigkeit herausgestellt, daß ein Abgeordneter der Centralgewalt beständig in Berlin verbleibe. Man darf daher, wenn Hr. Simson nach Frankfurt zurückkehrt, einen neuen Abgesandten der Centralgewalt hier erwarten. — Die Minister beziehen ihre Dienstwohnungen. Hr. v. d. Heydt wohnt bereits in dem schönen Gebäude des Handelsministeriums am Wilhelmsplatz; Hr. von Strotha im Kriegsministerium; Hr. Rintelen im Justizministerium (dem ehemaligen Palais des Prinzen August); Graf Brandenburg wird die Dienstwohnung im Staatsministerialgebäude noch in dieser Woche beziehen; für den Kultusminister existirt keine Dienstwohnung; Hr. v. Manteuffel hat das Ministerium des Innern deshalb noch nicht bezogen, weil die nöthigen Einrichtungen in demselben noch nicht getroffen sind. Alles Das ist wenigstens ein Beweis dafür, daß an einen Ministerwechsel in diesem Augenblicke nicht gedacht wird. — Das Institut der Schutzmänner, deren Zahl so eben beträchtlich verstärkt ward, soll auch dadurch vervollkommnet werden, daß es im wahren Sinne des Worts eine Säuberung erfährt. Es sollen in ihm blos solche Leute belassen und fortan aufgenommen werden, welche, abgesehen von ihrer moralischen Unbescholtenheit, im Stande sind selbstständig ein Protokoll aufzunehmen. — Die Spannung, welche in diesem Augenblick zwischen Magistrat und Stadtverordneten herrscht, wird nicht so leicht beseitigt sein. Der Magistrat hat durch seine Proklamation vom 22. vorigen Monats einen zu entschiedenen Standpunkt angenommen, als daß er einen einzigen Schritt zurückthun könnte; in der Stadtverordnetenversammlung, die aus den nach den Märztagen stattgehabten Wahlen hervorgegangen, sind noch viele, welche die durch das Verfassungsgesetz vom 5 Dez. gegebene Basis nicht als berechtigt anerkennen.

Breslau, 12. Dez. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Die bedauerlichen, von der rohesten Gewalt begleiteten Vorfälle, die sich in der Nacht vom 3. zum 4. d. M. in den Dörfern Ober- und Nieder-Rosen, Kreises Kreuzburg, zugetragen, und neben der Zerstörung des Eigenthums mehrerer Familien bis zur Ermordung eines hochgeachteten Mannes, des Herrn Gladis, geführt haben, und ähnliche gewaltsame Handlungen, die sich in den letzten Tagen im Kreise Rosenberg zugetragen und schon in drei Fällen zum Gebrauche der Waffen genöthigt haben, wodurch gleichfalls Menschenleben gefährdet worden sind, haben uns die gebieterische Pflicht auferlegt, mit außerordentlichen ernstlichen Maßregeln einzuschreiten, um dem Gesetze wiederum die gebührende Geltung zu verschaffen.

„Wir erklären daher, unter Genehmigung des kön. Staats-Ministeriums,

den Kreis Kreuzburg, Regierungsbezirk Oppeln, mit folgendem Umkreise und Demarcations-Linie

hiermit in den Belagerungszustand.

Breslau, 11. Dez. 1848.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Der kommandirende General des 6. Armee-Corps.

Demmin (in Pommern), 10. Dez. Heute ist von hier eine Dankadresse an den Unterstaatssekretär Hrn. Bassermann für seinen freimüthigen Bericht über die Berliner Zustände abgegangen. (Anm. Wir wir wissen, erhält Hr. Bassermann fast täglich aus den verschiedensten Theilen Preußens ähnliche Zeichen der Anerkennung, daher wir nicht mehr einzeln darüber berichten werden.) (D. P. Z.)

♀ **Leipzig**, 14. Dez. Die Stadt ist auf das Freudigste durch das (gestern schon gemeldete) Ergebniß der Landtagswahlen überrascht. Alle Kandidaten der gemäßigten Partei haben gesiegt. Die Wahl des Prof. Haupt ist leider noch nicht ganz gesichert, da die Wahlurnen der benachbarten Dörfer noch auszuschütten sind. Sein Gegenkandidat ist ein rother Republikaner Jäkel, welcher den von ihm geleiteten Klub von dem Anschluß an den Frankfurter Märzverein abmahnte, weil derselbe ihm versteckte reaktionäre Tendenzen zu verfolgen scheine.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Dez. Die Regierung zeigt im Moniteur an, nachdem die Wahlen, denen sie die größte Freiheit gelassen, jetzt vorüber seien, werde sie weder Zusammenrottungen noch andere störende Bewegungen mehr dulden. Die Clubs hatten sich nämlich, während dieser Zeit, als Wahlvereine constituirt und waren so den Gesetzen entgangen, welche sie beschränken. Gestern Abend

benutzten sie diesen Vorwand noch trefflich; um 7 Uhr setzten sich aber starke Abtheilungen der Bürgerwehr und der Linie in Bewegung und zerstreuten alle unruhigen Gruppen und sogenannten Sitzungen unter freiem Himmel, ohne daß es irgendwo der Anwendung der Gewalt bedurft hätte. An ernstliche Unruhen kann u. A. auch darum nicht zu denken sein, weil die Arbeiter selbst in weit größerer Zahl für den Prinzen als für Raspail oder Ledru-Rollin stimmten. Nach den jetzt bekannten Resultaten der Wahlen hatte General Cavaignac nur in einigen Städten des Norddepartements mehr Stimmen als sein glücklicher Gegner, dem die Präsidentschaft jetzt ohne Zweifel zufällt. In der Bannmeile und Umgegend unserer Hauptstadt hat Ludwig Napoleon noch eine größere Ueberzahl als hier in Paris. Sehr merkwürdig ist, daß Lamartine, der bei der ersten Abgeordnetenwahl Millionen von Stimmen für sich hatte, jetzt selbst hinter Raspail zurücksteht. Der General Cavaignac hat ein kleines Hotel in der Rue neuve Luxembourg gemiethet, wo er mit seiner alten Mutter wohnen wird. — Marschall Bugeaud ist ebenfalls hier angekommen, und am Quai Melaquais, dem Louvre gegenüber, abgestiegen. — Folgendes war, nach der Presse, das Resultat der gestern Abend eingetroffenen Wahllisten: Ludwig Napoleon 341,160, Cavaignac 161,260 Stimmen. Was seitdem bekannt wurde, bleibt, wie die Leser aus unserem ersten Berichte ersehen, ungefähr in demselben Verhältniß. In Valenciennes erhielt Cavaignac 4057, Ludwig Napoleon 3793, im Departement der Aube (Section Lustguy) hingegen Letzterer 1129 und Cavaignac — 10 Stimmen! Im Departement der Aisne ist das Mißverhältniß nicht viel geringer.

Paris, 13. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 74. 50; 3pCt. 45. —; Neue 74. 50; Neapol. —. —; Bankaktien 1630. —; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. ——; 3pCt. inländische ——; St. Germain Eisenbahn-Aktien — . —; Versailles, rechtes Ufer 112. 50; linkes Ufer 110. —; Paris-Orleans 690. —; Paris-Rouen 395. —; Orleans-Bordeaux 372. 50; Orleans-Vierzon 233. 75; Rouen-Havre —. —; Marseille-Avignon 190. —; Straßburg-Basel 85. —; Nordbahn 372. 50; Paris-Lyon (Certifikate 74); Paris-Straßburg 335. —; Römisches Anleben 60.

Spanien.

* **Madrid**, 7. Dez. Uebermorgen sollte bei Hofe ein großer Ball stattfinden, die Königin ließ denselben aber wegen der Begebenheiten zur Rom abbestellen, was vom Publikum beifällig aufgenommen wurde. — In der gestrigen Nacht wurden, in Folge einer entdeckten montemolinistischen Verschwörung, einige Verhaftungen bewerkstelligt. Man nennt dabei indeß keinen Namen von Bedeutung. — Der General Manuel de la Concha ist in Inglaba (Catalonien) angekommen, wo ihn die Bevölkerung auf's Beste aufnahm. Die reichsten Einwohner boten ihm bedeutende Geldvorschüsse an (?). Das Cavallerie-Regiment Espana, welches hier in Garnison lag, ist heute nach Catalonien abmarschirt. General de la Concha überfiel bei Esparbyguerra eine von Posas befehligte Insurgentenbande von 600 Mann, Posas unterwarf sich der Königin ohne es zum Gefechte kommen zu lassen. Clamor publico (ein Oppositionsblatt) behauptet, die Eröffnung der Cortes sei auf den 28. d. M. verschoben. Die Madrider Zeitung enthält ein Amnestiedecret zu Gunsten der 69 Soldaten, welche wegen Auflehnung an Bord der Brigg Montanesa verurtheilt worden waren.

Italien.

* Die fünf Deputirten, welche an den Papst abgeordnet wurden, um ihn aufzufordern, wieder nach Rom zu kommen, sind: Fusconi, Vicepräsident der Deputirtenkammer; Abt Rizi, Abgeordneter; Prinz Corsini, Senator; Pieri und Aeighi, Mitglieder des hohen Raths (der ersten Kammer). — Die „Alba" vom 4. Dez. behauptet, das römische Volk dringe auf Ernennung einer provisorischen Regierung. Der Kriegsminister hat eine Militärkommission ernannt, welche eine zweite Legion von Mobilen errichten soll. Der hohe Rath hat in öffentlicher Sitzung ein Dekret erlassen, durch welches alle außerordentlichen Kommissionen und Ausnahmsgerichte abgeschafft sind. — Rom (4. Dez.) ist ruhig, die Theater sind wie gewöhnlich besucht. — Der „Pensiero italiano" von Genua (7. Dez.) will im Gegensatze zu diesem Berichte wissen, auf die Nachricht, daß der Papst eine provisorische Verwaltung unter Cardinal Castracani niedergesetzt habe, sei dort, eben am 4. Dez. eine große Empörung ausgebrochen, aber dieses Gerücht scheint, obgleich es von mehreren Seiten wiederholt wird, doch ohne Grund zu sein. Das Ministerium erließ an diesem Tage einen Aufruf an die Civica mit den herkömmlichen Lobeserhebungen und Aufforderungen zu weiterer Tapferkeit.

Belgien.

* **Brüssel**, 13. Dez. Die Emanzipation berichtet, die Mission des Grafen Reventlow habe zum Zweck gehabt, den König Leopold im Namen Dänemarks um seine Vermittlung in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit zu ersuchen. Der König habe darauf geantwortet, er nehme diesen Antrag an. — Die Kammer ist von dem Beschlusse, die Kosten der Missionen in Deutschland um noch weitere 16,000 Franken zu vermindern, (39,000 Fr. sind schon auf den Antrag des Ministeriums selbst abgezogen worden), oder mit andern Worten, einen Botschafter weniger daselbst zu haben, wieder abgegangen. Sie hat sich mit der Regierung dahin vereinigt, den Abzug auf 4000 Franken zu beschränken, wobei unser Gesandtschaftspersonal erhalten werden kann. Es ist zu bemerken, daß dieser neue Beschluß trotz des Widerstandes gefaßt wurde, welchen die Centralsection ihm entgegenstellte.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 16. Decembee.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 70¾; 2½pCt. ottro 36⅞; Bankaktien fl. 1202; fl. 500. Loose 124; fl. 250. Loose 75; Badische fl. 35. Loose 25⅝; Hessische Rthlr. 40 Loose 25¼; Polnische fl. 500 Loose 70¾; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40¼; Berbach 66⅛. Köln-Minden 79½; 3pCt. inländ. Span. 18½; 4½pCt. Würt. 93; 4½pCt. Belg. 73¾; Holl. 2½pCt. Integrale 47.

Bei sehr beschränktem Umsatze erfuhren die Course zumeist keine wesentliche Veränderung.

Nachschrift.

Nationalversammlung vom 16. Dez. (Schluß.)

Auf den Antrag Wernher's von Nierstein entscheidet sich die Versammlung mit 262 gegen 175 Stimmen für den Uebergang zur Tagesordnung über die Vorschläge der Minderheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Zur Annahme gelangen dagegen von den Anträgen der Ausschußmehrheit, ohne Abänderung, die Absätze 1 und 2, wie wir sie in vorstehendem Berichte mitgetheilt haben. Der Absatz 3 dagegen erhält durch eine kleine Auslassung die folgende Gestalt:

„Die Nationalversammlung beauftragt die provisorische Centralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zur Begründung einer Zolleinheit Deutschlands zu machen."

Absatz 4 und 5 werden ebenfalls unverändert angenommen und mit der Verwerfung aller Verbesserungs- und Zusatzanträge wird die Angelegenheit vollends beseitigt.

Der Vicepräsident theilt ein Schreiben des Reichsverwesers mit, nach welchem die Entlassung der HH. v. Schmerling und v. Würth angenommen worden ist. Inzwischen ist Heinr. v. Gagern eingetreten und ergreift unter allgemeiner Spannung das Wort. Er hat vom Erzh. Reichsverweser den Ruf das Ministerium zu ergänzen erhalten und ist entschlossen, der ihm gewordenen Mission zu genügen, weßhalb er das Präsidium schon heute niederlegt. Bei den Worten des Vertrauens, die Herr v. Gagern an seine Eröffnungen knüpft, sowie am Schluß seiner kurzen Rede unterbricht anhaltendes Beifallklatschen und Zuruf die feierliche Stille. Die Versammlung vertagt sodann ihre Berathung auf Montag den 18. Nachdem noch ein Antrag an den österreichischen Ausschuß verwiesen und der Austritt des Herrn Dewes aus der Reichstagsversammlung angezeigt worden, ruft Löwe von Kalbe den volkswirthschaftlichen Ausschuß wegen des versprochenen Gewerbeordnungentwurfs an. Dann wird die Sitzung geschlossen. Die erste Nummer nächster Tagesordnung ist die Wahl eines Präsidenten an Gagerns Stelle.

⊙ **Frankfurt**, 16. Dez. Einer der beiden Reichskommissäre für Preußen, Herr Hergenhahn, ist aus Berlin zurückgekehrt. Seine Nachrichten lauten sehr zufriedenstellend über die preußischen Verhältnisse. An den andern Commissär, Heern Ed. Simson, ist die dringende Einladung zur Rückkehr nach Frankfurt ergangen, damit er im Parlamente seinen Vicepräsidentenplatz einnehme.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. L. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Ober-Post-Amts-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 334 Frankfurt a. M., Montag 18. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die katholische Kirche in Deutschland II.

Deutschland. Frankfurt (He. v. Schmeling. Hr. Simson. Das Definitivum und der Partikularismus.) Wien (Neueste Nachrichten. Die Reichskommissäre. Verurtheilung. Neueste Nachrichten.) Trient (Versammlung südtyroler Repräsentanten.) Pettau (Militärexcess.) Kremsier (Ergänzungswahlen. Der Bauernkönig Kudlich. Ollmützer und Wiener Zustände. Nachrichten aus Ungarn.) Prag (Ministerialverordnung wegen der polit. Vereine.) Berlin (Die Reichskommissare. Das Obertribunal. Die Stadtverordneten. Dowiat.) Vorpommern (Die dänischen Rüstungen u. der deutsche Handel. Demokratische Kavallerie.) Stettin (Anklage auf Majestätsbeleidigung. Verhaftungen.) Mirsburg (Criminaluntersuchung.) Stuttgart (Geschenkwurf über Geschwornengerichte.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen. Interpellation Häusser's.) Limburg (Hr. v. Scherpenzeel. Die Wahlen.) Braunschweig (Einberufung des Landtags.) Aus Schleswig-Holstein (Zustand in Nordschleswig.) Rendsburg (v. Moltke und Mommsen nach Berlin.) Bremen (Die Bremer Presse.)

Großbritannien. London (Phillimore vor den Wählern in Leominster. Neuer erledigter Parlamentssitz. Dem Gerücht von einem Seezuge gegen Marokko widersprochen).

Frankreich. Paris (Tagesbegebenheiten. Armand Marrast, Präsident der Nationalversammlung. Die Abstimmung in den Departementen. Verändertes Ausleben der Stadt. Manifest des Bergs. Nachrichten aus Italien. Emmeteiere. Fenbisches Leichenbegängniß. Politische Prozesse. Ministerliste. Die Börse. Brief Louis Napoleon's.)

Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten. Die Zinscoupons werden vom 15. an in London bezahlt.

Italien. Venedig (Zweimonatlicher Waffenstillstand).

Schweiz. Basel (Der Personenverkehr beschränkt). Genf (Bischof Marilley). Bern (Terrorismus in Freiburg. Geldsperre. Anlehen.)

Nachschrift.

18. Dezember.

Wie sich die Versammlung zu den Bewegungen und Forderungen der Zeit, wie sie sich zu den Andersglaubenden stellt, haben wir getreu angegeben. Welches Zeugniß gibt sie, welche Forderungen stellt sie für die innere Gestaltung der Kirche, für ihre Stellung im Staat und Volke? Den Gläubigen verheißt sie, neben ernsten und eindringlichen Mahnungen, „durch Hebung wahrer Wissenschaft, Herstellung der Kirchenzucht, und Erneuerung der Provinzial- und Diözesan-Synoden einen ächt klerikalischen Geist zu nähren und zu befestigen." Nachdrücklichere noch wird die Herstellung der bekanntlich seit etwa 300 Jahren unterlassenen Synoden dem Clerus zugesagt. Der so vielfach und so laut gestellten Forderung der Mitwirkung des christlichen Volkes, des s. g. Laien, bei der Fortgestaltung der Kirche wird weder irgend wie Rechnung getragen, noch wird sie erwähnt, um sie etwa mit den dogmatischen oder politischen Gründen, welche dagegen sprechen mögen, zurückzuweisen. Wir aber müssen trotz dieser Gründe fragen: Wird die Bevormundungskirche sich behaupten können in einer Zeit, welche dem Bevormundungsstaate so unsanft den Stab gebrochen hat? Möchte es nicht gerathen gewesen sein, jene unaufhaltsam bevorstehende Mitwirkung der Laien bedächtig anzubahnen und einzuleiten? Die starre Grenze zwischen Clerus und Volk allmälig flüssig zu machen?

Dem Klerus bringen die Bischöfe mit ihren Mahnungen zu ernstester Berufstreue und rüstigstem Streben „liebendes Vertrauen" entgegen. Sie vertrauen zu ihm, insonderheit zu den priesterlichen Lehrern der Wissenschaft, daß sie „der Verantwortlichkeit, welcher die Führung des Lehramtes der durch die Bischöfe geleugenen Autorität der Kirche gegenüber unterliegt, immer eingedenk sein werden. Verschweigen können sie aber auch nicht, daß es „in einigen Theilen unsers Vaterlandes Diener des Altars gibt, die in unbegreiflicher Verblendung die Fundamente der Kirche untergraben, die Disciplin der Kirche zerstören, den Anordnungen ihrer Bischöfe hartnäckig entgegen treten und sogar in öffentlichen Versammlungen gegen die Freiheit der Kirche sich erheben." Wer die Zustände der Kirche, z. B. im westlichen Preußen, die Stimmung eines großen Theils des Klerus in der Diöcese Köln gegen seine Bischöfe, die Haltung des jüngern Theils des Klerus gegen den ältern in diesen Gegenden zu beobachten Gelegenheit gefunden hat, den überraschen diese Klagen nicht. Die Art, wie die „Freiheit in jeglicher Prüfung und Forschung" dem Hermesianismus gegenüber gehandhabt worden, welcher bis zum Jahre 1835 von allen Bischöfen Westdeutschlands entschieden begünstigt, seitdem entschieden angefeindet wurde, und die damit zusammenhängende Ausübung der Disciplin haben der Kirche in diesen Gegenden zu tiefe Wunden geschlagen, als daß es anders stehen könnte. Die Ausübung des Rechts der Bischöfe, die Vikare und Hilfspfarrer beliebig abzuberufen, welches Napoleon's organische Artikel vom Jahre 1807 ihnen gegeben, ist längst auf dem linken Rheinufer eine weitere Quelle der zahlreichsten, seit dem März 1848 auch der lautesten Klagen, welche entschiedener Erledigung oder kräftiger Beschwichtigung harren.

Endlich, welche Forderungen der Kirche hinsichtlich ihrer Stellung zum Staate und im Staate bringen die Urkunden der bischöflichen Versammlung? Diesen Forderungen ist vorzugsweise die Denkschrift gewidmet; die beiden andern Aktenstücke erwähnen ihrer mehr gelegentlich. Trennung der Kirche vom Staate herbeizuführen liegt nicht im Willen der Kirche: so erklären die Bischöfe, in diesem Punkte mit Gregor's XVI. Encyclica vom Jahr 1832 ganz übereinstimmend; auch wenn der Staat sich von der Kirche trennt, wird diese ihrerseits den Zusammenhang nicht zerreißen, wenn es nicht die Selbsterhaltung fordert. Aber sie will die größte Freiheit und Selbstständigkeit; sie nimmt an den Zusagen, welche Deutschlands Fürsten ihren Völkern gegeben, den ihr gebührenden Antheil in Anspruch. Wo das Verhältniß der Kirche zum Staate durch Konkordate normirt ist, „da werden die Bischöfe dieselben heilig achten." Wo aber solche Verträge „sich als Hemmnisse des kirchlichen Lebens und der freien episkopalen Wirksamkeit erwiesen haben," z. B. bei dem sog. Staatspatronatsrechte, oder „wo eintretende Aenderungen in der öffentlichen Ordnung der Dinge, Modifikationen oder Abrufung der Verträge bedingen," da werden die Bischöfe den Papst um Abwendung alles Hemmenden angehen. Wo weder Verträge noch kirchenrechtliche Bestimmungen einem Präsentations- oder Bestätigungsrechte das Wort reden, da werden sie die Freiheit der Kirche behaupten. Und wenn die Kirche nicht mehr eine öffentliche Korporation im Staate bleibt, wenn sie ein nur privatrechtlich gestalteter Verein wird, da muß und wird sie „zu ihrem ursprünglichen Prinzip, dem der vollen Freiheit und Selbstständigkeit in Verwaltung ihrer Angelegenheiten zurückkehren." Die Konsequenzen dieser Grundsätze werden in unumwundener Weise gezogen. Vor allem ist es die Schule, die Jugendbildung, welche in allen drei Aktenstücken der Kirche auf's entschiedenste und vollständigste zudiciert wird. Sie ist die „Begründerin der Volksschule", von der sie „an vielen Orten gewaltsam zurückgedrängt worden;" sie hat „das göttliche Recht der Lehre und Erziehung"; sie hat zu sorgen, „daß alle geistigen Kräfte des Menschen durch einen alle Zweige des Unterrichts umfassenden Unterricht zu voller Durchbildung gelangen im Geiste ihrer Mission." Darin beurkundet sie ihr göttliches Recht zur Erziehung des Menschengeschlechts. Dafür waren von je ihre Schöpfungen „von der stillen Klosterschule und Werkstätte bis zu ihren Hochschulen und Riesendomen" bestimmt. Aus diesem Recht der Kirche folgt nothwendig, daß sie, „alle zu dessen Ausübung erforderlichen Mittel, die zum Lehren und Erziehen bestimmten Individuen oder Korporationen sowohl, als die Lehrbücher frei zu wählen" hat, daß sie „insbesondere in Heranbildung, Reiferklärung, Verwendung, Ueberwachung und wo nöthig Beseitigung der Träger ihres großen Erziehungswerkes vollkommen freie Hand haben muß," daß sie allein zu bestimmen hat, welche Vereine und Korporationen dafür nöthig sind. Die Bischöfe fordern demnach unbeschränkte Freiheit der Lehre, „Errichtung und Leitung eigener Erziehungs- und Unterrichtsanstalten im ausgedehntesten Sinne," als nothwendig für die Kirche; sie werden alle für katholische Schulen bestimmten Fonds für diese Schulen festhalten oder zurückfordern; sie fordern es als Recht, den katholischen Religionsunterricht an allen öffentlichen Schulen zu leiten. Den Klerus durch Unterricht und Erziehung heranzubilden, alle Anstalten und Seminarien dafür ungehindert zu errichten und zu leiten, deren Vermögen zu verwalten, deren Lehrer und Zöglinge auszuwählen gebührt nur ihnen, und nicht minder die Prüfung und Ernennung der Geistlichen, da die Mitbetheiligung des Staates hiebei eine Beeinträchtigung der bischöflichen Rechte enthalte. Weiter ist ein unveräußerliches Recht der Kirche, „auch die leibliche Wahlthäterin der Völker zu sein, deren geistige Pflege ihr anvertraut ist," die Armenpflege. Der Noth der sozialen Zustände mit Erfolg abzuhelfen vermag die Kirche nur bei voller Freiheit auch auf diesem Gebiete. Ihren Kultus und ihre „öffentliche Andachtsübungen" hat die Kirche „ohne alle Dazwischenkunft der weltlichen Gewalt" zu ordnen; den Orden jeder Art gebührt die volle Freiheit der Assoziation, wie allen Staatsbürgern; freie Verwaltung und Verwendung alles katholischen Kirchen- und Stifts-Vermögens gebührt der Kirche, wo öffentliche Ordnung eine Wahrheit ist. — Endlich ist der ungehemmte Verkehr der Gläubigen mit dem Oberhaupte der Kirche ein unveräußerliches Recht derselben, „jede Art eines die freie Verkündigung geistlicher Erlasse hemmenden Placets" eine Verletzung dieses Rechts.

Man sieht, es ist nicht wenig, was die Bischöfe der Kirche, d. h. deutsch gesprochen, sich den Bischöfen, vindiciren. Sie lassen dem Staate eben nur das Aeußerliche des Lebens, die öffentliche Ordnung, aber deren sittliche Grundlagen gehören der Kirche. Sie ist für sie, wie für Innocenz III., der Mond, der sein Licht von der Sonne, der Kirche, zu Lehen trägt. Der alte Dualismus des religiösen und des bürgerlichen Volkslebens, dessen Ueberwindung die Protestanten als eine der großen Errungenschaften der Reformation betrachten, kehrt hier in seiner ganzen Ausdehnung wieder, und wieder wird der Kirche außer dem geistigen Leben, eine gewaltige, und jeder Vermehrung fähige, Domaine im Gebiet des äußerlichen Lebens, ein weiter irdischer Besitz zu unumschränktester Verfügung zugetheilt. Aber zweierlei wird diesen Forderungen hemmend in den Weg treten. Wenn irgend die Hoffnungen des Jahres 1848 in Erfüllung gehen, so wird allerdings so gut das religiöse Volksleben und seine Gestaltung in den religiösen Gemeinschaften, in den verschiedenen Kirchen, wie jede andere Seite des Volkslebens dem Bann büreaukratischer Centralisation entgehen. Aber wenn das religiöse Volksleben aus dem gesammten Volksleben, dem zum Staate organisirten Volke, herausstreten, und sich ihm gegenüberstellen will, wenn der Theil sich von seinem Ganzen ausscheidet, und sich die höchsten und besten Güter des Ganzen eindigiet, und wenn dies nicht von einer beschränkten, unscheinbaren Genossenschaft versucht wird, sondern von einer Kirche, einer ganzen Völker und Länder umspannenden Gemeinschaft, so muß ein Kampf, offen und im Stillen, sich erheben, dessen Ausgang mindestens zweifelhaft ist. Der Staat muß mit der Kirche, die nicht von unnöthiger Bevormundung befreit, sondern ganz und gar aus ihm ausgeschieden sein will, von neuem um seine Existenz kämpfen, wie es seit den Hohenstaufen durch das ganze Abendland hindurch geschah. Der Gallikanismus und Jasephinismus sind nothwendige Erscheinungen, darum erneuern sie sich immer und überall, auch bei katholischen Majestäten und allerchristlichsten Königen. Und — das ist das Zweite — diesen Kampf führen nicht absolute Herrscher, nicht die Inhaber büreaukratischer Centralgewalt gegen die Kirche, sondern es ist das Volk, der Staat selbst, welches von seinen Machthabern Schutz gegen die bevormundende Kirchengewalt und Kontrole derselben begehren wird, so oft es sich von derselben irgendwie verletzt findet, und so lange es von der Mitwirkung bei der Gestaltung seines religiösen Lebens sich ausgeschlossen sieht. Es war, um an ein unzweideutiges Beispiel zu erinnern, nicht Karl V., sondern die Junta von Kastilien, die Vertretung des Volkes, welche im Jahre 1520 das Placet und die Kontrole über die Amtsführung der Prälaten und über die geistliche Gerichtsbarkeit sich vindizirte.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 16. Dez. Der Gedanke, Herrn v. Schmerling bei seinem Ausscheiden aus dem Reichsministerium für seine verdienstliche Wirksamkeit ein Zeichen der Anerkennung von Seiten der Nationalversammlung zu Theil werden zu lassen, scheint immer mehr Platz zu greifen, und es gibt sich hin und wieder der Wunsch kund, ihn bei der bevorstehenden Wahl zum Vicepräsidenten der Nationalversammlung zu ernennen. In der That scheint die neue Wahl einige Schwierigkeiten zu bieten und man nennt neben Herrn v. Schmerling als Kandidaten zunächst nur noch Herrn a. Soiron. — Die Rückkunft des ersten Vicepräsidenten, Herrn Simson, welcher an H. v. Gagern's Stelle tritt, wird täglich erwartet, Herr Minister Hergenhahn, welcher mit ihm als Reichskommissär in Berlin war, hat dieselbe als ganz nahe bevorstehend bezeichnet. — Die gestrige Soiree bei Herrn Staatsminister Camphausen, bei welcher auch Prinz Adalbert v. Preußen, Herr Reichsminister v. Schmerling, die Gesandten und Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, so wie überhaupt die Notabilitäten fast alle erschienen waren, bot ein sehr belebtes Bild dar. Von den Abgeordneten waren fast alle Fraktionen vertreten, die der Linken ausgenommen.

† **Frankfurt**, 17. Dez. Die entschiedene Lösung der österreichischen Frage thut dringend noth, je mehr die Zeit naht, in welcher die definitive Bestimmung über die Centralgewalt des deutschen Bundesstaates erfolgen soll. Wer zweifelt daran, daß gerade die Theilnahme der österreichischen Abgeordneten, welche sich immer noch nicht mit der Idee befreundet haben, ihre Verbindung mit Deutschland von einer künftigen Akte abhängig zu

Digitized by Google

machen, viel zu der Verwirrung in der Sache beiträgt? Wirft man einen Blick auf die Vorarbeiten, die von so verschiedenartiger Seite her gemacht werden, so kann man sich bei dem gänzlichen Auseinandergehen der Bestrebungen kaum des Gedankens erwehren, daß die großartige Idee der Einheit Deutschlands wohl im Volke lebendig, in seinen Vertretern aber an den Hemmnissen der praktischen Ausführung sehr zusammengeschmolzen ist. In einer Art von Rathlosigkeit, da er selbst nicht einmal zu einer relativen Majorität in der Frage vom Oberhaupte gelangen konnte, appellirte der Verfassungsausschuß an die Fraktionen, um aus den Ansichten derselben eine feste Basis gewinnen zu können. Allein mit wenigen Ausnahmen konnten es diese selbst aller Bemühungen ungeachtet bisher nicht zu einem bestimmten Vorschlage bringen. Es gährt vielmehr überall da, wo ein Oesterreicher noch immer ein habsburgisches, der Ultramontane ein heiliges römisches Kaiserthum und der Baier eine Triarchie oder Pentarchie in die Diskussion bringt. Der Partikularismus ist in voller Blüthe und es scheint, daß er es ist, welcher zunächst sein Bestreben mit darauf richtet, die Auseinandersetzung mit Oesterreich so sehr als möglich in die Länge zu ziehen. Man scheut sich Seitens Hannovers, Baierns u. s. w., mit Preußen allein in ein bundesstaatliches Verhältniß zu treten, und hängt sich nun im Augenblicke der Entscheidung fest an Oesterreich. — Die Rechte ist in der Frage dem Anschein nach sehr uneins, so viel scheint wenigstens gewiß, daß Hr. v. Vincke bis jetzt noch mit Wenigen isolirt dasteht. — Im Casino gährt es am wildesten durcheinander und ein Resultat ist noch nicht zu bestimmen. Der Augsburger Hof dagegen hat in einer Vorarbeit sich für ein erbliches Reichsoberhaupt ausgesprochen und seine Ansicht in 33 §§. dem Verfassungsausschuß vorgelegt. Trügen uns nicht alle Anzeichen, so nähert sich dieser Gruppe auch der Landsberg, welcher in der österreichischen Frage so entschieden war, und die Westendhalle. Auch der Würtemberger Hof mag viele Parteigänger für diese Idee zählen. Auf diese vier Gruppen bleibt aber zunächst das „erbliche Reichsoberhaupt" beschränkt, denn die entschiedene Linke ist in ihren Fraktionen für eine republikanische Spitze, sei diese nun eine Präsidentschaft in einem Fürstenkollegium von Drei, oder in einem Direktorium von Fünf oder dergleichen. Die letzten Ideen werden natürlich von den kleineren Staaten gehegt und gepflegt, und an ihnen nicht unabsichtlich der demokratische Schein hervorgehoben. — Nächst den Oesterreichern, oder vielmehr noch vor den Oesterreichern, sind die Baiern äußerst thätig. Sie berathen in den verschiedensten Fraktionen mit und werden überdies zu besonderen baierischen Versammlungen berufen, um ihre Bestrebungen für eine und dieselbe Idee geltend zu machen. Offenbar sind sie Diejenigen, welche am meisten Einigkeit unter sich zeigen, denn sie stehen von der äußersten Rechten bis ziemlich nach der Linken zu für „ein Direktorium". In ihm sehen sie die deutsche Einheit, d. h. so weit sie der baierische Patriotismus gestattet. — Von den Preußen als solchen läßt sich gar nichts sagen. Sie sind in allen Fraktionen und tragen sich mit den verschiedenartigen Plänen derselben. Der großen Mehrzahl nach sind sie wohl überzeugt, daß bei einem staatsrechtlichen Bündnisse mit Oesterreich ihrem Stamme die Hegemonie im deutschen Bundesstaate zufallen wird, allein diese Ueberzeugung gerade hat verhindert, daß irgendwie ein partikularistisches Zusammentreten von ihrer Seite stattgefunden hätte. — Wird freilich durch die Sonderbestrebungen der anderen Stämme das alte Bundesverhältniß nur in neuer Form wieder heraufbeschworen, so wird natürlich auch ihr Partikularismus wieder lebendig werden und ihnen die Stelle sichern, die ihnen zukommt und die keine politische Intrigue untergraben kann.

Wien, 10. Dez. Die beiden Deputirten aus der Paulskirche, die gekommen waren, die Einsicht in die Akten der standrechtlichen Behandlung Blum's und Fröbel's zu nehmen, sind abgereist, Pötzl nach Kremsier und Paur nach Frankfurt.
(C. Bl. a. B.)

* **Wien**, 12. Dez. Man ist in Erwartung der Dinge, die aus Ungarn kommen sollen; bisher ist von allen verbreiteten Gerüchten nur wahr, daß Jellacic von hier abgereist ist. Die Stadtkommandantur und der Gemeinderath werden von den im Oktober beschädigten Parteien mit Entschädigungsgesuchen förmlich überschwemmt, daher der Gemeinderath beauftragt wurde, die Entschädigungsfrage sogleich in Berathung zu ziehen und hierbei insbesondere die Entstehungsursache und die Ziffer des Schadens zu berücksichtigen. — Der Kaiser hat den Generalmajor Grafen Grünne zu seinem Generaladjutanten, so wie zu Flügeladjutanten die beiden Majore Graf Mensdorf und Anton Schwarzt ernannt. — Das Finanzkomite dürfte auf den geforderten Kredit von 80 Millionen höchstens mit einem Viertheil eingehen, was den Fortbestand des Ministeriums Kraus in Frage stellen würde. — Die Serben sollen absonderliche Forderungen gemacht und im Nichtgewährungsfalle gedroht haben, sich der ungarischen Sache anzuschließen. — Kaiser Franz Joseph hat 200,000 fl. aus seiner Privatkasse zur Vertheilung unter die Verunglückten Wiens angewiesen. — Die Wiener Ztg. enthält abermals eine Proklamation, worin unter Hinweisung auf das Schicksal Horvath's zur Auslieferung der Waffen aufgefordert und trotz der Versäumniß des Termins den freiwillig Ablieferndn Straflosigkeit zugesichert wird. — Die Einnahme Oedenburgs hat sich diesmal eben so wenig als früher bestätigt. Am 13. Dez. hieß es, die Ungarn hätten Aead genommen. Der Kommandant der Festung soll die Stadt unausgesetzt beschossen haben, wofür ihn, nach beliebtem ungarischem Kriegsbrauche, die Strafe des Erhängens getroffen hätte.

Wien, 12. Dez. Der amtliche Theil der Wiener Ztg. enthält wieder ein langes Urtheil, nach welchem Anton Heizerath wegen besonderer Thätigkeit bei der Bildung und Ausrüstung des mobilen Arbeitercorps, sowie überhaupt wegen thätiger Mitwirkung an dem Aufruhr kriegsrechtlich zum Strang verurtheilt, vom Feldmarschall Fürst Windischgrätz aber mit fünfjähriger Schanzarbeit begnadigt ist.

Wien, 12. Dez. Gestern Abend wurde wieder auf eine Patrouille geschossen, und der Thäter diesmal gefangen genommen. Den Namen dieses Unglücklichen kennen wir zur Stunde noch nicht, aber wir fürchten sehr, ihn im Laufe der nächsten Tage in der Wiener Zeitung zu begegnen, wenn der Träger desselben schon dem Standrecht verfallen ist. (Allg. Z.)

* **Wien**, 13. Dez. Die Nachricht von der Einnahme Preßburgs ist ungegründet. Nachrichten aus Pesth sprechen von einem vierzehntägigen Waffenstillstand; in Wien wußte man davon Nichts. Die Bresl. Z. will wissen, die Russen seien in Kronstadt eingerückt. Minister Kraus hat sich bekanntlich 20 Millionen von der Bank anticipando verabfolgen lassen. Der Finanzausschuß hat sich jetzt auch zur Beantragung von 50 Mill. herbeigelassen und über das übrige wird man sich wohl noch vereinigen.

In **Trient** fand in den letzten Novembertagen eine große Versammlung der Repräsentanten beider südtyrolischen Kreise statt, welche durch die persönliche Gegenwart von 5 Reichstagsabgeordneten, welche demnächst wieder nach ihrem Bestimmungsorte abreisen werden, noch größere Wichtigkeit erhielt. Trennung von Tyrol (Separazione del Tirolo) war der allgemeine, einstimmige Ruf, war der Hauptgegenstand der Berathung. Das alte Fürstenthum Teient soll wieder hergestellt werden und der Titel eines Fürsten von Teient für den österreichischen Kaiser fürderhin kein eitler bedeutungsloser Name mehr sein. (O. P. Z.)

Die Grätzer Zeitung meldet aus **Pettau** einen höchst beklagenswerthen Vorfall. Da ein Vorspann nicht zur bestimmten Stunde, wohl aber kurz darauf eintraf, mißhandelten mehrere Offiziere des dort garnisonirenden Regiments den Vorspannskommissär, trotz aller Entschuldigungen, der Art, daß derselbe wenige Stunden darauf den Geist aufgab. Dieser Vorfall erregte die größte Erbitterung gegen die Thäter, deren Auslieferung verlangt wurde. Nur mit Mühe gelang es dem Feldzeugmeister Grafen Nugent, die aufgeregten Massen zu beschwichtigen, indem er vollste Genugthuung versprach, sogleich eine aus Militär- und Civilpersonen gemischte Kommission zusammentreten und die Thäter verhaften ließ. Er selbst begab sich hierauf zu der mit sieben Kindern hinterlassenen, trostlosen Wittwe, händigte ihr für den Augenblick 50 Fl. ein und sicherte ihr eine jährliche Pension von 200 Fl. zu, welche er, falls das Vermögen der Thäter hierzu nicht hinreichen und die Staatskasse diese Verpflichtung nicht übernehmen sollte, aus eigenen Mitteln zu leisten versprach.

** **Kremsier**, 12. Dez. Die §§. der Geschäftsordnung, die bei der dritten Lesung angenommen sind, werden alsbald in Anwendung gebracht werden. In Folge dessen hat der Präsident für die Deputirten, welche ein Staatsamt angenommen haben, neue Wahlen ausschreiben lassen. Das Ministerium beabsichtigt, den Regierungspräsidenten für Böhmen gleichfalls aus der Kam-

Digitized by Google

mer zu wählen. Zwischen Strobach, Palacky und Stark soll die Wahl schwanken. Aus guter Quelle kann ich Ihnen den wahren Sachverhalt über den Bauernaufstand in der Bukowina mittheilen. Der Abgeordnete Kobylica verlangte bereits am 31. Okt. in Wien vom Präsidenten Smolka seine Unterschrift für eine Vollmacht, des Inhalts, daß er im Sinn und Auftrage des Reichstages handle. Lächelnd fragte Smolka bei Durchsicht des Dokuments, zu welchem Zweck er es bedürfe. Der schlaue Kobylica erwiderte, er wolle damit zu Windischgrätz, um ihn von der Beschießung der armen Stadt Wien abzuhalten. Smolka unterschrieb natürlich die Schrift nicht. Kobylica ging nach seiner Heimath, wo er sich mit seiner Deputirten-Medaille, der Auszeichnung des Reichstags in den Oktobertagen, seinen Committenten vorstellte, und ihnen erzählte, daß er vom Kaiser wegen seines Benehmens auf dem Reichstage und weil er so thätig für die Bauern gesprochen, mit dieser Medaille ausgezeichnet worden sei. Der Kaiser habe ihn auch jetzt nach Hause geschickt, um die Bauern mit ärarischen und adeligen Gütern und Wäldern gleichmäßig zu betheilen. Er fand natürlich einen starken Anhang, Tausende der Bewohner jenes Gebirgsrückens der Karpathen, der Galizien von der Bukowina scheidet, die man Huzulen nennt, sammelten sich um Kobylica, erhoben ihn zu ihrem Könige und umgaben ihn mit einer Leibwache. Mit dieser Macht verjagte er die Behörden, die Grundbesitzer aus ihren Besitzungen und verfolgte seine communistischen Tendenzen. Einige Compagnieen, die bereits gegen ihn von der Regierung ausgeschickt wurden, sind von seinen Anhängern zurückgeschlagen worden. Man erwartet in den nächsten Tagen seine Ausschließung aus der Reichskammer und weitere ernstliche Maßregeln.

Die Bürgerschaft von Ollmütz läßt Festlichkeiten auf Festlichkeiten zur Feier der Thronbesteigung Franz Josephs I. folgen. Es herrscht daselbst die größte Lebhaftigkeit, alles wimmelt von Fremden; die Fremdenliste ist täglich mit Namen hoher Personen, fremder und einheimischer Staatsmänner und der hohen Aristokratie angefüllt, Couriere gehen ab und zu, die Minister wechseln ihren Aufenthalt zwischen Ollmütz und Kremsier. Der Bürgerausschuß von Ollmütz hat dem Feldmarschall Radetzky das Diplom eines Ehrenbürgers zugesandt. — Aus Wien vernehme ich, daß der Belagerungszustand wieder in fühlbarerer Weise auftritt. Verschärfte Verbote gegen freie Aeußerungen an öffentlichen Orten werden publizirt, die ohnehin erbärmliche und verächtliche Presse noch mehr beschränkt und selbst das Theater ist einer strengen Censur unterworfen. Selbst solche Stücke, die das Polizeiregiment Sedlnitzki's passiren ließ, werden nicht zur Aufführung gelassen, und unter diesen Verhältnissen circulirt, wie man sagt, auf Antrieb des Gemeinderaths, eine Petition um Verlängerung des Belagerungszustandes auf ein ganzes Jahr. — Die Operationen gegen Ungarn sollen am 10. begonnen haben, wir haben aber bis heute noch nichts vom Kriegsschauplatze erfahren. General Bem ist zum Chef der sämmtlichen ungarischen Artillerie ernannt worden und hat den Oberbefehl über alle Befestigungen am linken Donauufer übernommen.

Prag. In Folge Ministerialbefehls ist an sämmtliche dem böhmischen Landespräsidium untergeordnete Kreisämter die Weisung ergangen, solche Vereine, welche nicht das Staatswohl fördernde, sondern der executiven und gesetzgebenden Gewalt feindliche Zwecke verfolgen, aufzulösen. In diese Kategorie werden ausdrücklich demokratische und Arbeiterklubs gezählt. Zugleich sind die Kreisämter angewiesen worden, eine genaue Specification der in ihrem Rayon befindlichen Vereine einzusenden. Ein vages Gerücht wollte gestern von der bevorstehenden Auflösung der Slowanska Lipa wissen. Allein diese Nachricht widerlegt sich dadurch, daß der Herr Gubernialpräsident selbst sich in anerkennender Weise über die Tendenzen der Lipa ausgesprochen haben soll.

Berlin, 14. Dez. Was über die kalte Aufnahme der Reichskommissäre bei Hofe berichtet worden, scheint völlig grundlos zu sein, vielmehr soll der König sie mit überraschender Herzlichkeit empfangen und wiederholt versichert haben, er werde Alles thun, was in seinen Kräften stehe, um ihnen hier „die Wege zu bahnen." Die Beseitigung unserer bedrohlichsten Befürchtungen ist hauptsächlich der patriotischen Thätigkeit dieser hochverdienten Männer zuzuschreiben, denn ihre eindringlichen, tief eingehenden Berichte nach Frankfurt (man weiß, daß deren in der kurzen Zeit gegen zwanzig expedirt wurden) haben die Aussicht auf eine dortige günstige Beurtheilung unserer neuesten politischen Entwicklungsphase vorzugsweise in's Leben gerufen. (D. Ref.)

Auch das Geheime Obertribunal hat eine Dankadresse an den König erlassen. Die Stadtverordneten haben endlich nach heftigen Erörterungen mit 47 gegen 44 Stimmen folgende Adresse beschlossen:

„Königliche Majestät!

„Die beklagenswerthen Ereignisse der letzten Zeit haben für den Augenblick die Unmöglichkeit hervorgerufen zum Aufbau der Verfassung auf dem Wege der Vereinbarung zu gelangen. Wir betrauern tief die Thatsachen, welche schließlich zur Auflösung der Nationalversammlung geführt haben. Eine Verirrung wie jene von den Vertretern des Volks ausgesprochene Steuerverweigerung mußte unwiderruflich die Nation trennen von ihnen, die entsandt waren zum Werke des Friedens, nicht des Zerwürfnisses. Dies anzuerkennen gebietet uns die Pflicht und unser Gewissen. Ew. Majestät haben Ihrem Volke eine Verfassung verliehen, welche noch der Revision unter Mitwirkung der neuen Landesvertretung unterliegen soll. Das Princip der Vereinbarung ist dadurch gewahrt. Es ist aber auch dadurch ein Boden gewonnen, von dem aus unser schönes Vaterland nach den Stürmen der Vergangenheit im Innern sich von Neuem aufbauen und zugleich mit Freudigkeit der Ereignisse gewärtig sein mag, welche die Größe und den Ruhm noch erhöhen werden, der ihnen bis jetzt geworden unter dem Geschlechte der Hohenzollern. — Möge unser Hoffen und unser Glauben Erfüllung finden.

Diese Adresse wird nicht durch eine Deputation dem Könige überreicht, sondern nur zugesandt werden; auch soll der Magistrat nicht von diesem Beschlusse amtlich in Kenntniß gesetzt werden, und ihm seine Adresse und deren Ueberreichung lediglich überlassen bleiben.

Heute endlich ist in dem Dowiat'schen Prozeß das Urtel gesprochen worden und zwar zum erstenmale unter der durch die Verfassung festgesetzten Formel: „Im Namen des Königs ꝛc." Die beiden Hauptangeschuldigten: Dowiat und der Handlungsdiener Müller, sind als des Aufruhrs schuldig, beide zu 6 Jahr Festung condemnirt. Von den übrigen Angeklagten sind als der Theilnahme des Aufruhrs schuldig 4 zu 6 Jahr Strafarbeit, 2 zu 3 Jahr, 2 zu 1 Jahr und 1 zu 6 Monat verurtheilt; 5 sind von der Anklage entbunden und 1 der thätlichen Widersetzlichkeit nicht schuldig erklärt worden.

△ **Aus Neu-Vor-Pommern**, 13. Dez. Man berichtet aus Kopenhagen vom 7. d., daß dänischer Seits militärische Rüstungen eifrig betrieben werden; dies beunruhigt dier sehr, da schon jetzt die Besorgniß einer neuen Störung unserer Schifffahrt im Frühjahr von nachtheiligem Einflusse ist auf die Entschlüsse der Schiffsrheder, die keine Frachten, und der Getreidehändler, die keine Ausfuhrkontrakte mit einiger Sicherheit abschließen können. Es wird beklagt, daß hier noch immer kein wirklicher Anfang mit Schiffsbau für die deutsche Kriegsflotte gemacht worden ist, womit jenen dänischen Rüstungen gegenüber wenigstens ein gleicher Ernst diesseits gezeigt werden könnte, jeder ungebührlichen Anmaßung kräftigst entgegentreten zu wollen. In den königlichen Forsten steht genügender Vorrath von Schiffsbauholz, um davon die zahlreichen Werfte Neuvorpommerns mit dem Nöthigen versorgen zu können, wenn die Lager von trockenem Holze nicht schon hinreichen sollten, mehr als die nothwendigsten Kanonenboote zu erbauen; nur muß allerdings mit dem Fällen des Holzes nicht so lange gezögert werden, bis es für den Zweck zu spät ist.

Auch in diesem Theile Preußens, wo seit längerer Zeit die Demokraten ein wüstes Wesen trieben, und selbst die Steuerverweigerung durch reitende Boten Propaganda zu machen versuchte, kömmt man nach den jüngsten Schritten des Königs mehr zur Besinnung und es wächst die Hoffnung, daß wahre Freiheit auf geregeltem Wege sicher zu stellen sein werde. Jene reitenden Boten haben übrigens kein sonderliches Glück gemacht und einer ist ohne Pferd wieder zurückgekommen, zur großen Betrübniß der Kasse, woraus dasselbe bezahlt werden mußte.

Stettin, 13. Dez. Der Gymnasiallehrer, Dr. Brunnemann, ist wegen Majestätsbeleidigung zur Kriminal-Untersuchung gezogen und in Folge dessen, einer bestehenden gesetzlichen Vorschrift gemäß, vom Amte suspendirt worden. — Vor einiger Zeit wurde ein Handlungsdiener verhaftet, der in einer Versammlung noch nicht eingekleideter Landwehrmänner zur Verweigerung der Einstellung aufgefordert hatte. — Aus Demmin hören wir mit Bedauern, daß der Vorsitzende des dortigen politischen Clubs, Dr. Rosenberg, in's Gefängniß gesetzt worden ist. Bei dem Justiz-Kommissar Rösnee daselbst wurde gleichzeitig ein Paket Druckschriften mit Beschlag belegt. (Ostsee-Ztg.)

Digitized by Google

Merseburg, 11. Dez. Der hiesige Land- und Stadtgerichtsdirektor, Oberlandsgerichtsrath Weimann, eines der bedeutendsten Mitglieder unseres konstitutionellen Klubs, ist „politischer Vergehen halber" zur Kriminaluntersuchung gezogen werden.

** **Stuttgart**, 15. Dez. Die Nachricht in Ihrer Nr. 330 Beilage ll., daß in Würtemberg von den in die Urliste der Geschworenen berufenen 3000 bereits 1700 sich loszumachen suchen, kann nur auf irgend einem Mißverständnisse beruhen. Wir sind noch nicht so weit, um eine Urliste der Geschworenen zu bilden, denn am 9. Dez. brachte überhaupt erst Justizminister Römer den Entwurf eines Strafverfahrens mit Schwurgerichten ein. Er würde von ihm bei der Uebergabe des Entwurfs noch gar nicht verlesen, sondern nur in einem Begleitungsvortrag auf dessen Hauptgrundsätze hingewiesen. Der Entwurf schließt sich im Allgemeinen an das rheinländische Verfahren und namentlich den großherzoglich hessischen Entwurf an — der Ruf nach Schwurgerichten in Deutschland, heißt es in Römer's Vortrag, gehe offenbar auf die französische Einrichtung. Bei Bildung der Geschworenenliste hält sich der Entwurf an die in dem Census gesuchte Garantie, indem er in die Liste den Höchstbesteuerten beruft, und zugleich wie es nach dem gedachten Vortrag scheint, die 100—130 Höchstbesteuerten jedes Oberamtsbezirks, deren unser Land 63 hat. Wir möchten letzterer Bestimmung, welcher als Motto die Kostenseite und die Bemerkung dient, daß es kränkend sei, Unvermöglichen eine Entschuldigung eben in ihrer Unvermöglichkeit zu gestatten, den Durchfall bei der ständischen Berathung zum Voraus vorhersagen — in Baden besteht sie auch nicht! In unserer Kammer dürfte wohl der Abgeordneter Seeger das Referat über den Entwurf erhalten, der, so viel wir wissen, jedenfalls das französische Verfahren aus eigener Erfahrung kennt. Die Beurtheilung der Kammer wird sich wohl auf wenige Hauptpunkte beschränken. Im Publikum herrscht viel Interesse für die Sache; so hat, wie wir hören, der Volksverein eine Kommission von solchen Juristen bestellt, welche das englische und französische Verfahren aus eigener Anschauung kennen, um über den neuen würtemberger Entwurf eine Thätigkeit des Vereins vorzubereiten.

= **Karlsruhe**, 15. Dez. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer richtete der Abgeordnete Häußer eine Interpellation an das Ministerium, in Betreff der Gerüchte, die einzelnen deutschen Staaten die Absicht unterlegen, eine Sonderstellung von dem Augenblick an einzunehmen, wo die Besetzung des Reichsoberhaupts entschieden und zwar nicht nach ihrem Wunsche entschieden würde. Der Interpellant faßte die verschiedenenen Gerüchte, die in Zeitungen aufgetaucht sind, im Zusammenhang mit offenkundigen Thatsachen und halboffiziellen Aeußerungen genau in's Auge, erinnerte an die Vergangenheit, namentlich an den Wiener Kongreß, wo die dynastische Sonderbündelei der kleinen deutschen Staaten unter dem Schutze Frankreichs und Oesterreichs alle Hoffnungen einer volksthümlichen Einheit vereitelt habe. Er warnte zugleich vor der Gefahr, wenn einmal der erste verhängnißvolle Schritt dieser Art geschehen sei, Deutschland in einen Rheinbund, in Preußen und Oesterreich auseinanderfallen zu sehen. Der Minister des Innern, Staatsrath Bekk, gab eine Antwort, in der sich zwar die Uebereinstimmung mit den Gesinnungen des interpellirenden Abgeordneten aussprach, die aber gleichwohl eher geeignet war, schlimme Befürchtungen zu wecken, als dieselben zu beseitigen. Es sei ihm, erklärt er, bis jetzt noch nichts Officielles über solche Umtriebe zugekommen; daß es höchst beklagenswerth sei, wenn sich solche Tendenzen geltend machten, gab der Vertreter der Regierung vollkommen zu. Allein es lägen Verhältnisse vor, die schwer zu überwinden seien, „wenn man auch die Hoffnung nicht verlieren dürfe, daß sich die Einheitsaussichten günstiger gestalten würden, als es allerdings für jetzt den Anschein habe." Die Kammer sah natürlich durch diese Antwort ihre Besorgnisse, welche Häußer durch seine Interpellation angeregt hatte, nicht beseitigt und es entspann sich eine Diskussion, in welcher sich im Allgemeinen die Redner der verschiedenen Parteien in gleichem Sinne aussprachen. Helmreich und Zentner stellten in Bezug auf die Interpellation den Antrag: die Kammer wolle zu Protokoll erklären, daß sie dergleichen Sondertendenzen entschieden von sich abweise und die Regierung auffordere; jedem derartigen Versuche, der die Bestrebungen nach der Einigung Deutschlands hemmen könnte, mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Der Antrag wurde von der Kammer einstimmig angenommen; ein Beweis, daß die Sonderbündler vom Jahr 1848, wenn sie auf Baden zählen, einen Rechnungsfehler gemacht haben.

** **Herzogthum Limburg.** Hr. v. Scherpenzeel-Hensch ist nun auch bei der ernenten Wahl im Bezirke Sittard mit 249 Stimmen gegen 210 zum Abgeordneten in die zweite Kammer der niederländischen Generalstaaten erwählt worden. Ueberhaupt haben von etwa 2000 Limburger Wählern — die von Maestricht und Venlo eingeschlossen — nahezu die Hälfte ihre Stimmen auf dieses Mitglied der deutschen Reichsversammlung vereinigt. Ein Ergebniß, das unsere Erwartungen von der Stimmung Limburgs übertrifft, und um so bemerkenswerther, als von den dortigen Behörden und der holländischen Partei alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um angenehme Personen in den Wahlen durchzusetzen.

Braunschweig, 12. Dez. Die heutigen Anzeigen bringen eine herzogl. Verordnung, welche die Landes-Abgeordneten auf den 18. d. zusammenberuft. Nach dem Inhalte derselben werden der Versammlung außer dem Staatshaushalts-Etat folgende Gegenstände vorgelegt werden: 1) Gesetz über die Organisation der Gerichte. 2) Strafprozeß-Ordnung. 3) Civilprozeß-Ordnung. 4) Aufhebung der Confirmation der bäuerlichen Verträge. 5) Landgemeinde-Ordnung. 6) Aenderungen der Städte-Ordnungen. 7) Einführung und Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer. 8) Vorbereitungen zur Einführung einer Einkommensteuer statt der Personalsteuer. 9) (Nach erfolgter Feststellung des deutschen Reichsgrundgesetzes) Proposition wegen Aenderung und Ergänzung des Landesgrundgesetzes. 10) Definitives Wahlgesetz.

Aus Schleswig-Holstein, im Dez. Das Haderslebener Amthaus hat gleichzeitig mit der Regierung an die Bewohner Nordschleswigs wiederum ein Publicandum an die Bewohner des Amts Hadersleben erlassen. Dasselbe lautet, wie folgt: „Die unablässigen Versuche, welche dänischer Seits gemacht werden, Zweifel über die Gesetzmäßigkeit der gemeinsamen Regierung und die Gültigkeit der bestehenden Gesetze zu erregen, so wie Anarchie und Gesetzlosigkeit im Lande hervorzurufen, zwingen mich, Folgendes bekannt zu machen: 1) wer in Zukunft beweislich Proklamationen und Bekanntmachungen ausstellt, verbreitet oder bekannt macht, worin zum Widerstande oder zum Ungehorsam gegen die gegenwärtige Regierung der Herzogthümer oder gegen deren Beamten aufgefordert wird, wird dafür mit ernster Strafe angesehen werden. 2) Wer beweislich durch Rede oder Schrift Andere zum Ungehorsam aufhetzt, wird dafür ohne Schonung bestraft werden. 3) Wer die Kirchspielsvögte, Sandmänner oder Exekutoren in der Ausübung ihrer amtlichen Funktionen beleidigt oder stört, kann erwarten, dafür mit willkürlicher Strafe belegt zu werden. 4) Die noch restirenden Steuern für 1848 werden in den Kirchspielen, wo die gewöhnliche Anfage oder Schätzung den geringsten Widerstand findet oder durch die Bewohner selbst erschwert wird, durch Militär-Execution auf Kosten der Beikommenden eingetrieben werden."

Rendsburg, 13. Dez. Außer dem Mitgliede der gemeinsamen Regierung, v. Moltke, hat sich auch der Departementschef der Justiz, Mommsen, nach Berlin begeben, um die Maßregel des dortigen Kabinets, welche sämmtliche in preußischen Diensten stehende Offiziere zurückruft, rückgängig zu machen.

: **Bremen**, 15. Dez. Die hiesige Bremer Zeitung kündigt an, daß sie künftig in Hannover erscheinen wird. Mit anvern Worten, die alte Stadt-Bremer Zeitung geht ein, weil sie unter der Leitung des Hrn. Th. Althaus für unsere Stadt und Umgegend zu demokratisch geworden. Die Redaktion siedelt nach Hannover über und gibt dort im Verlag der Gebrüder Jänecke ein neues Blatt heraus unter dem Namen: Zeitung für Norddeutschland. Auf diese Weise bleibt das Feld der Weser-Zeitung überlassen, welche, vor wenig Jahren unter den Auspizien des Bürgermeisters Smidt gegründet, sich unter der umsichtigen und geschickten Leitung ihres Redakteurs, des Herrn Dr. Ahrens, allgemeine Anerkennung erworben hat.

Großbritannien.

London, 13. Dez. Abermals ist ein Parlamentssitz erledigt worden, indem Herr Edmund Turner, welcher die Stadt Truro (Grafschaft Cornwall) im Unterhause vertrat, plötzlich mit Tode abgegangen ist. Der Verstorbene, ein Banquier, 1792 geb., war früher Reformer, in letzter Zeit mehr ein Anhänger Peel's, für dessen

spätere Maßregeln zu sprach und stimmte. Dies wäre nun seit kurzer Zeit der vierte erledigte Parlamentssitz. Vielleicht wird sich auch hier ein so interessanter Wahlkampf wie im Wahlbezirk von Yorkshire und in Leominster eröffnen, da es theils an neuen, theils bei den letzten allgemeinen Wahlen durchgefallenen Parlamentskandidaten nicht fehlt. In Leominster hat bereits der liberalste von den drei Wahlkandidaten, Herr J. G. Phillimore, einer Versammlung seiner Meinungsgenossen über seine politischen Grundsätze Rechenschaft abgelegt. Auf eine an ihn gerichtete Frage erklärte er zwar, für weitere Ausdehnung des Wahlrechts zu sein (wahrscheinlich im Hume'schen Sinne des Haushalts-Suffragiums), für allgemeines Wahlrecht dagegen könne er, in Betracht der gegenwärtigen Beschaffenheit der menschlichen Gesellschaft, nicht stimmen. Der Redner äußerte unter andern: „Wenn die französische Revolution in die Hände von Vereädern fällt, wie dies im Fall der Erwählung Napoleon's wahrscheinlich geschehen würde, so wäre dies dem allgemeinen Wahlrecht zuzuschreiben, und die Feinde der Freiheit würden einen neuen Triumph feiern." Wohlbemerkt, Herr Phillimore ist was man in England gemeinhin einen Radikalen nennt. Er begehrt unter Anderen: Abschaffung der Bischofsbank im Oberhause, Beförderung des Volksschulwesens, das den Einflüssen der Kirche und der Sekten entzogen werden soll, Gesetzreform, Ersparung in den Kreisen des Hofs und des hohen anglikanischen Klerus. Seine Erklärungen wurden von den Wählern sehr beifällig aufgenommen.

Die Wahl im Westbezirk von Yorkshire (an Stelle des Lord Viscount Morpeth, jetzigen Grafen von Carlisle) steht für den Kandidaten der konservativen Partei, Hrn. E. Denison, jetzt fast außer Zweifel. So weit die Wahlen aus den 26 verschiedenen Wahlkreisen am 14. Dez. Nachmittags in Leeds bekannt waren, hatte Denison über Sir E. Cardley bereits eine Majorität von 2754 Stimmen erlangt. Am 13. hatte sich Hr. Denison noch seinen Wählern in Wackefield gestellt; sein Gegner war, angeblich wegen Unpäßlichkeit, nicht erschienen, doch ergriff für ihn das bekannte liberale Parlamentsmitglied, der Quäcker Bright, das Wort. Die Chartisten zogen in langem Zuge herbei, um ihren Kandidaten Rydd in's Feld zu stellen, eine Musikbande voran, mit zwei grünen Schildern, welche die Inschrift trugen: „Hände in die Höhe für Rydd!" Die Handschau fiel jedoch schließlich, nach dem Ermessen des Unterherriffs, für Hrn. Cardley aus, worauf Denison den Poll verlangte. Aber auch für Rydd, den Chartisten, erhoben sich viele Hände.

Auch einige deutsche Blätter hatten, ieren wir nicht, aus dem Morning Chronicle, die Nachricht geschöpft, daß die englische Regierung gegen den Kaiser von Marokko einen Seezug vorhabe; die Post erklärt, daß dieses Gerücht gänzlich aus der Luft gegriffen sei.

Frankreich.

†† **Paris**, 14. Dez. Die Nationalversammlung des 13. Dez. beschäftigte sich, oder vielmehr ließ sich mit unbedeutenden Gesetzvorschlägen beschäftigen. Sie war nicht zahlreich und alles schien andern Gedanken zu folgen, als der Tagesordnung. Nur die Neuigkeiten aus den Provinzen über den Ausfall der Wahlen erregten die Aufmerksamkeit aller. — Die Dampfkorvette Pluton hat am 8. Dez. auf der Rhede von Toulon Anker geworfen; sie verließ Neapel am 6. Dez. Abends, und brachte wichtige Depeschen von Hrn. v. Corcelles mit, welcher sich mit Herrn d'Harcourt beim Pabst in Gaeta befindet. Herr Maissin, Chef des Generalstabes und Schiffskapitän der Eskadre im mittelländischen Meere, kam mit dem Pluton als Courier in Toulon an, und ging gleich nach Paris, wo er gestern Abends ankam. Er überbringt der Regierung ein Dankschreiben des Padstes für die angebotene Hilfe, worin Pius der französischen Regierung eröffnet, daß er nur dann wieder in seinen Staat zurückkehren werde, wenn dessen Bevölkerung selbst den Wunsch ausspreche, ihn wieder in der Mitte der Römer zu sehen. Die französische Flotte des Mittelmeeres hält sich in den westlichen Häfen des Kirchenstaates, Neapels und Siciliens auf, Herr Corcelles ersucht gleichwohl die provisorische Regierung, die Brigade des General Molière, welche in dem Hafen von Marseille vor Anker liegt, zur Abfahrt nach dem Kirchenstaate in Bereitschaft zu halten. General Lamoricière hat die Wohnung im Kriegsministerium schon theilweise geräumt. Man erzählte gestern, er habe dem Präsidentschaftskandidaten Louis Napoleon einen Besuch gemacht. Lamoricière ist ehrgeizig und talentvoll; jeder Präsident wird ihn nöthig haben, und er unter vortheilhaften Bedingungen jedem Präsidenten gerne dienen. — Dieser Tage starb ein Knabe von der Deira Abdel-Kaders. Es war sein Neffe. Die Araber lieben ihre Kinder leidenschaftlich, und ebenso äußert sich der Schmerz bei ihrem Verluste. Abdel-Kader wird einige Wochen in strenger Zurückgezogenheit den Tod des Neffen betrauern. Der Leichnam wurde von den Arabern in einen Sarg gelegt, dieser mit einem weißen Tuche umhüllt und aus dem Zimmer des Emir auf den Schultern herausgetragen. Der Emir begleitete die Leiche bis zur Schwelle des Schlosses. Die Mutter des Kindes stieß einen jammervollen Schrei aus, als die Leiche unter ihrem Fenster vorübergetragen wurde. Sie war in weiße Shawls gehüllt. Offiziere und unbewaffnete Soldaten begleiteten den Zug. Am Kirchhofe gruben die Araber selbst das Grab. Der Vater des Knaben hockte vor dessen Sarg, betete und weinte. Das Grab wurde sorgfältig bereitet, der Sarg auf die rechte Seite gelegt, das Gesicht dem Osten zugewendet; über dem Sarge mit Querhölzern ein Dach gebaut, darunter Blätter und Blumen gelegt, oben darauf Steine, damit die übergeworfene Erde den Sarg nicht drücke. Die Todtengräber wuschen sich nach der Ceremonie Hände und Füße, worauf alles heimkehrte. Der Vater des Knaben dankte am Eingange des Schlosses den ihn begleitenden Offizieren, und zog sich in das Trauergemach zurück, wo er, wie Abdel-Kader, einige Wochen unsichtbar bleibt. — Die Abtheilungen der Juniinsurrektionärs dauern fort, man sieht das Ende nicht ab. Gestern stand ein Weib vor Gericht, das in Männerkleidern an den Barrikaden mitfocht, und einem gefangenen Hauptmann der Mobil-Garde den Hals abschnitt. Sieht man solche Scheusale weinen und ihre Unschuld beschwören, dann verkörpert sich die fabelhafte Phantasie eines Eugen Sue vor den Augen. — Der Preßprozeß des Journal du Peuple hatte gestern viele Menschen zum Assisenhofe de la Seine gezogen. Es wurde geglaubt, daß Herr Proudhon von Redakteur jenes Organes, Hrn. Duchene, vertheidigen und die Anklage auf „Angriff des Eigenthums" durch Erklärung seiner sozialen Doktrin vernichten werde. Das Publikum wurde aber getäuscht; der Präsident des Gerichtshofes hatte Herrn Proudhon nicht als Vertheidiger angenommen, weil er sich zu spät meldete. Der Angeklagte wurde zu acht Monat Gefängniß, 3000 Francs Strafgeld und Bezahlung der Gerichtskosten verurtheilt. — Die Douane von Bordeaux hat in dem von England kommenden Schiffe Annee zehn Tonnen Pulver entdeckt. Das Schiff hatte Oel als Ladung. Das Pulver war in blecherne Büchsen verwahrt und diese zwischen der Oelladung verpackt. Der Kapitän des Schiffes wurde verhaftet. Ebenso entdeckte die Polizei von Paris das Depot einer bedeutenden Zahl Patronen, welche bei der Mairie des ersten Arrondissements unterschlagen worden sind. Auch dahinter sollen die Legitimisten stecken. Die Kommission zur Prüfung der Wahlprotokolle für die Präsidentenwahl besteht aus 30 Mitgliedern und zerfällt wieder in 15 Bureaux. Der gewählte Präsident wird den Eid auf die Konstitution der Republik vor der assemblée nationale zu leisten haben. Napoleon wird zwei Drittheile der Stimmen gegen Cavaignac erhalten haben. Die „Gazette de France" bringt folgende Ministerliste. Lamartine Vicepräsident, Malleville Inneres, Odilon Barrot Justiz, Dudinot Krieg, Fould Finanzen, Leon Faucher Handel, Drouyn de l'Huys Auswärtiges, Admiral le Blanc Marine, Girardin Polizei, Falloux Unterricht. Es ist aber unwahrscheinlich, daß Thiers ausgeschlossen bliebe, er müßte denn als Ministerpräsident bei obiger Kombination gedacht werden. Doch reimen sich wieder die Namen Thiers und Lamartine nicht gut. Die Börse operirt seit 12 Tagen in öffentlichen Fonds sehr günstig. Die äußere Politik hat darauf keinen Einfluß gehabt, desto mehr die Präsidentenwahl, welche bei Gestaltung der Chance für Napoleon immer mehr Vertrauen dem Geldverkehr einflößte. Ich schließe einen Brief Louis Napoleon's an einen intimen Freund bei, welcher seit einigen Tagen öffentlich verkauft wurde, um Stimmen zu rekrutiren. Die Zeit seines Ursprungs ist nicht angegeben. Es scheint aber gewiß, daß er nicht in Arenenberg aus Napoleon's Feder geflossen ist, sondern vor Kurzem erst redigirt ward. Er lautet: Mon cher Monsieur. Quant à ma position, croyez que je la comprends bien quoiqu'elle soit très compliquée. Je sais que je suis beaucoup par mon nom, rien encore par moi-même, aristocrate par naissance, démocrate par nature et par opinion, devant tout à l'hérédité et reclamant tout de l'élection; fêté par les uns pour mon nom, par les autres pour mon titre; taxé d'ambition personnelle dès que je fais

un pas hors de mn sphère accoutumée; taxé d'apathie et d'indifférenen nl je reste tranquille dnnn mon coin, enfin inspirnnt los mêmes craintes, à cnuse de l'influence de mon nom, et aux libéraux et aux absolutintes; je n'ai d'amis politiquan qun parmi cnux qui, habitués aux joux de la fortune, pensent que pnrmi len rhnncen ponsiblon de l'nvenir je puin devenir un e n e a n utile. J'nttends donc mn destinée dn ln volonté populnire. C'est parcequo je connnis toutes les difficultén qui n'opponeraient à mes premiers pas dann uno carrière qnolconqun quo j'ai prin pour principe de no suivre qua los inspirations de mon coeur, de ma rainon, de ma conncience, de no mo laisser nrrêter pnr nucune considération d'intérêt secondaire qunnd je dois ngir ntilement dans un but d'intérêt général et national; enfin da marcher tonjours dnns uno ligne droite, quelques difficultés que je rencontre en route, m'efforçnnt ainsi de m'élover nsaez hnut pour qu'un den rayons mournnts du nolnil dn Sainte-Hélène puinne encore m'éclnirer. *Napoléon-Louis Bonaparte.*

* **Paris**, 14. Dez. Gestern Abend riefen junge Leute in der großen Gallerie des Nationalpalastes: Es lebe Kaiser Napoleon II., nder sobalo die Bürgerwehe Miene machte einzuschreiten, zerstreuten sie sich. Von Seiten des neuen Präsidenten werden solche Demenstrationen so wenig ermuthigt, daß der Constitutionel heute die alten Veteranen der Kaiserzeit, die sich am 15., als dem Jahrestage, wo die Leiche Napoleon's nach den Invaliden gebracht wurde, wie früher zu einem Gottesdienste und einem Banket zu vereinigen beabsichtigen, auffordert, dabei ihre Uniformen nicht anzuziehrn, und sich jeder Aeußerung, jedes Rufes uno jedes Emblems zu enthalten, welche so mißdeutet werden könnten, als solle die kaiserliche Epoche in's Andenken zurückgerufen werden. Nicht ohne Bedeutung ist, daß die Nationalversammlung heute abermals Armand Marrast zu ihrem Präsidenten ernannte. Der Monitrur erklärt das von einigen Blättern verbreitete Gerücht, als hätte General Cavaignac eine Unterredung mit Ledru Rollin gehabt, für ein lügnerisches. Gestern Abend hielten die hiesigen Napoleoniden Familienrath. Marschall Bugeaud erschien heute einen Augenblick in der Nationalversammlung und nahm seinen Platz auf der Linken in der Nähe Ludwig Napoleon's.

* **Paris**, 15. Dez. Die bis jetzt bekannten Resultate der Wahlen von 68 Departements ergaben nach den zuverlässigsten Angaben 2,788,849 Stimmen für Ludwig Napoleon und 721,394 für General Cavaignac. Ledru Rollin wird deren zwischen 100 und 120,000 haben. Was unserer Hauptstadt jetzt ein so festliches Ansehen gibt, Equipagen, reiche Livreen und Toiletten wieder in lange nicht gesehenrr Anzahl erscheinen läßt, das ist eben, daß eine so große Mehrzahl etwas Imposantes hat, welches die Furcht vor Aufständen weniger aufkommen läßt. General Cavaignac trägt diesen Glückswechsel mit Würde uno Ruhe. Es heißt, die hiesige Bürgerwehr werde ihm einen Ehrendegen votiren. Natürlich fehlte es auch keineswegs an Karrikaturen gegen ihn, die auf den Straßen für einen Sou angeboten werden, selbst in Anklagezustand wollen ihn seine Feinde versetzen. Die neue Regierung wird ihn aber, wie verlautet, zum Generalgouverneur von Algerien ernennen. — Die Jahresfeier der Uebergabe der kaiserlichen Leiche an die Invaliden ist ruhig und ohne alle Störung verflossen. Ludwig Napoleon und seine Verwandten hatten im Voraus angezeigt, sie würden, um keinen Vorwand aufkommen zu lassen, der Feier nicht beiwohnrn. Aus Vorsicht waren Truppen aufgestellt. — 62 Abgeordnete des Berges (worunter Ledru Rollin und Eugene Raspail, nicht aber Proudhon) haben eine Art Manifest erlassen, worin sie erklären, sie hätten keinen Präsidenten gewollt — sie würden sich ihm indeß fügen, solange die Republik nicht durch ihn bedroht würde, aber keinen Augenblick länger. — Die wiedrr erfolgte Wahl Marrast's zum Präsidenten der Nationalversammlung hat hier Sensation erregt. Er erhielt 388, Larrosse 129, und Bedeau 38 Stimmen. Der Verein der Straße Poitiers hatte diese Wahl indeß als eine offene Frage erklärt, und mehrere seiner Mitglieder sollen für Marrast gestimmt haben. Andererseits gibt das Blatt „la Liberté" zu verstehen, die Nationalversammlung könne wohl, da sie ihre Mission vollendet hat, zu Ende gehen. Man erinnert sich, daß Herr Molé zu denen gehört, welche im Moniteur dagegen protestirten, daß die gegenwärtige constituirende Versammlung auch über Gesetze votire, welche sich als organisch erklärt.

Spanien.

* **Madrid**, 8. Dez. Die officielle Madrider Zeitung zeigt heute die Unterwerfung des carlistischen Bandenführers Pons, auf den Grund eines Berichtes des Jefe politico von Lerida, an. Derselbe hat sich mit seiner, aus 600 Fußgängern und 30 Reitern bestehenden Mannschaft sogleich unter den Befehl des Generals Concha gestellt, mit welchem er nach Barcelona abmarschirt ist. 300 andere Carlisten sind im Begriffe seinem Beispiele zu folgen. Auch die Niederlage des unter dem Namen des Studenten bekannten Bandenführrrs wird von der Madrider Zeitung bestätigt. Cabrera hat vor Kurzem versucht, eine Abtheilung der Truppen Pinedas zu überfallen. Er hatte zu diesem Zwecke sechzig seiner Leute mit einer Capote bekleidet, wie sie diese letzteren tragen. Die List wurde aber entdeckt und die Aufständischen zurückgeschlagen. (Hieraus geht also hervor, daß Cabrera sich nicht, wie die ministeriellen Blätter neulich verbreitetrn, unterwerfen will.) Jetzt heißt es wieder, Mirafiores und nicht Anglona würde von der Regierung zum Präsidenten des Senats ernannt werden.

Madrid, 9. Dez. Der Heraldo enthält die Anzeige, der Minister der Finanzen habe schon gestrrn Befehl gegeben, nach London die nöthigen Rimessrn zu machen, um das am 1. Januar fällige Zinscoupon des 3 pCt. Anlehens zu bezahlen, was am 15. in London angezeigt werden würde. — Die Carlisten haben bei Barbastro abermals eine Niederlage erlittrn. — Der Abgeordnete o. Mora, Direktor des Heraldo, hat von der Königin von Portugal das Kommandeurkreuz des Christordens erhalten. — Es heißt allgemein, der Zolltarif solle modifizirt und namentlich die Einführung von Baumwollenzeug erlaubt werden.

Italien.

* Der Corriere mercantile meldet, die kirchlichen Autoritäten seien im Begriffe, öffentliche Gebete für die Befreiung Sr. Heiligkeit aus ihrer Gefangenschaft zu Gaeta anzuordnen! — Das sicilianische Parlament hat dem demokratischen Ministerium in Toskana eine Dankadresse dafür votirt, daß es seinen Bevollmächtigten erlaubte, die Nationalflagge aufzuziehrn. — (Die Concordia und andere italienische Blättrr sind uns seit zwei Tagen nicht zugekommen.)

Aus **Venedig**, 20. Dez., enthält die Eidg. Ztg. folgende der Bestätigung wohl sehr bedürftige Nachricht: Die Neuigkeit des Tages ist ein besonderer Waffenstillstand von zwei Monaten und Friedensunterhandlungen auf Grundlage der Anerkennung Venedigs als unabhängiger Staat. Bereits ist den Civil die Ueberschreitung der Grenzlinie gestattet, und eine Menge Landleute strömen mit Schiffen aller Art und Lebensmitteln in die Stadt." Andere Schweizerblätter melden noch nichts hiervon. Vielmehr wird, nach der Basler Ztg., aus Padua und Vicenza gemeldet, daß sich 9000 Mann kaiserliche Verstärkungstruppen vor die Lagunen von Venedig begeben, aus der Lombardei herbeirückend. Aus Conegliano ist das schwere Belagerungsgeschütz nach Mestre beordert, und es ist kein Zweifel, daß unverzüglich ein Angriff auf Malghera gemacht wird.

Schweiz.

Basel. Die Basler Ztg. wiederholt, daß man an der hiesigen Grenze gegen Deutschland auch nicht das Mindeste von Beschränkungen im Personenverkehre, wie sie gegrn Aargau hier und da eingetreten seien, bemerke.

Solothurn. Der Bischof von Basel hat tägliche Kirchengebete für das Oberhaupt der Kirche angeordnet.

Genf. Ueber die Angelegenheit des Bischofs Marilley berichtet die Revue de Geneve, daß die waadtländische Regierung den Auftrag übernommen hatte, den abgesetzten Bischof bis an die Grenze führen zu lassen.

Nachschrift.

⊙ **Frankfurt**, 18. Dezember. Die österreichischen Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung sind zum größten Theil aus den verschiedenen Parlamentsklubs, denen sie bisher angehörten, ausgetreten, um sich zu einer rein österreichisch-landsmannschaftlichen Partei im Hotel Schröter um v. Schmerling zu vereinigrn. Diese Fraction soll bereits 74 Mitglieder zählen. Vom kaiserl. österreichischen Kabinette ist gestern eine Zuschrift an das Reichsministerium eingegangen. Sie enthält die Erklärung, daß das österreichische Ministerium seine ferneren Beziehungen mit der deutschen Centralgewalt durch sein Ministerium des Auswärtigen fortsetzen werde.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Uebersicht.

Verhandlungen der Nationalversammlung vom 18. Dez.

Rußlands Pläne im Süden und Südwesten.

Deutschland. Frankfurt (Die Abstimmung über das Präsidium.) Berlin (Politische Anklagen und Verhaftungen.) Vom Rhein (Eine Replik.)

Pariser Börsenbericht (Vom 15. Dez.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 11. bis 18. Dez.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 18. Dezember.

Tagesordnung der 138. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des ersten Vorsitzenden.
2) Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „der Reichstag," und zwar über Artikel VI. §. 2ter und folgende.

Unter dem Vorsitze Wilhelm Beseler's schreitet heute die Versammlung sogleich zur Wahl eines Präsidenten. Die Oesterreicher haben den größten Theil ihrer Stimmen dem zurückgetretenen Reichsminister v. Schmerling zugewendet. Außerdem kommen am zahlreichsten die Namen Ed. Simson's und Kirchgeßner's aus der Urne. Herr v. Gagern ist während des Wahlgeschäfts noch nicht in der Sitzung zugegen. Die Herren v. Beckerath, Bassermann, Duckwitz, v. Peucker, Mathy aber, die sich auf der Ministerbank befinden, nehmen die Gelegenheit mit Eifer wahr, ihren gewesenen Kollegen Schmerling zu begrüßen, als er sich zufällig ihren Plätzen nähert. Die Gallerien sind belebter, als während der früheren Sitzungen und auch die Abgeordneten zeitig und vollzählig im Hause erschienen. Das Ergebniß der Präsidentenwahl ist folgendes. Von 415 Anwesenden haben 181 für Eduard Simson aus Königsberg, 128 für Kirchgeßner, 93 für v. Schmerling gestimmt. Fünf Zettel enthalten nur den Namen Simson ohne nähere Bezeichnung und sind daher zurückzulegen, die übrigen zerstreuen sich (2 auf Trützschler, 2 auf Heinrich Simon, 1 auf Dahlmann u. s. w.). Da eine unbedingte Mehrheit nicht erreicht ist, so muß zu einer Wiederholung der Wahl verschritten werden.

Die österreichischen Stimmen haben sich jetzt mit denen für Kirchgeßner vereinigt. Wahlzettel sind diesmal im Ganzen 443 eingegangen. 215 davon haben sich für Eduard Simson, 214 für Kirchgeßner erklärt, 10 Stimmen sind wiederum auf v. Schmerling gefallen, 2 enthalten den Namen „Simson" ohne Beisatz. Die übrigen Stimmen zerstreuen sich und eine unbedingte Mehrheit hat sich demnach auch jetzt nicht herausgestellt.

Das Verfahren bei der zweiten Wiederholung der Wahl anlangend, so beantragt v. Vincke dafür, um Unsicherheiten vorzubeugen, Namensaufruf, auf welchen die Mitglieder ihre Stimmen persönlich in die Urne zu werfen haben, die vor dem Präsidenten aufgestellt ist. Der Vorschlag wird angenommen.

Es ist 1 Uhr Nachmittags, als das Resultat der dritten Wahl bekannt gemacht wird, denn die letzte Abstimmung allein hat zwei Stunden Zeit gekostet. Auf Namensaufruf sind 461 Zettel in die Urne gelegt worden. Ein zu spät, das heißt erst dann überbrachtee Zettel, nachdem deren Verlesung schon begonnen hatte, wird durch Versammlungsentscheidung kassirt. Eduard Simson hat 233, Kirchgeßner 223, Schmerling 3 Stimmen erhalten. Der Erstere hat mithin endlich die unbedingte Mehrheit für sich erlangt und ist erster Präsident der Nationalversammlung. (Beifall von der einen Seite, Zischen von der andern.) Die Stelle eines fehlenden Vicepräsidenten soll erst im Januar wieder besetzt werden.

Ein Schreiben des Reichsverwesers zeigt die Ernennung Heinrichs v. Gagern zum Vorsitzenden des Ministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, vorläufig zugleich des Innern, an. (Bravo!) Darauf betritt der Ministerpräsident selbst die Rednerbühne, um das Programm des Reichsministeriums mitzutheilen.

Gagern: Ein Gefühl der Nothwendigkeit, ein heißes Verlangen durchdringt das Volk: daß das Verfassungswerk schnell vollendet sein möge. Die verfassunggebende Reichsversammlung hat dieses Bedürfniß erkannt und nähert sich dem Ziele ihrer großen Aufgabe. Zwar ist die Errichtung des Verfassungswerks von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen; die Wege aber anzubahnen, damit die vollendete Verfassung in Wirksamkeit treten könne, thätig zu sein, wo vorauszuführenden Hindernissen vorgebeugt werden kann und etwa eintretende zu beseitigen sind; eine solche das Verfassungswerk betreffende Wirksamkeit der Centralgwalt erscheint in so hohem Grade als Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt, daß das Reichsministerium sie für die nächste und wichtigste erkennt. Die Stellung, welche Oesterreich zur deutschen Nationalversammlung und zu der provisorischen Centralgewalt für Deutschland eingenommen hat, legt dem Reichsministerium die Pflicht auf, der Nationalversammlung, deren Aufmerksamkeit durch diese wichtige Frage bereits vielfach in Anspruch genommen ist, Vorlage zu machen. Das Programm des österreichischen Ministeriums vom 27. November spricht aus:

1) daß alle österreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen,

2) daß die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staatencomplexe zu neuen und festen Formen gelangt seien, d. h. ihre innere Gestaltung vollendet haben würden.

Diese Auffassung der Stellung Oesterreichs zu Deutschland hat nicht allein den Beifall des österreichischen Reichstags zu Kremsier erhalten, sondern scheint auch den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit der Bewohner des deutsch-österreichischen Lande zu entsprechen. Es ist damit österreichischer Seits die Antwort auf die Frage ertheilt, welche in der Beschlußnahme der Nationalversammlung über den Verfassungsentwurf: „Kapitel vom Reich und der Reichsgewalt" namentlich in den Paragraphen 1 bis 3 enthalten, an Oesterreich gestellt worden ist.

Das Reichsministerium glaubt in Beurtheilung der Stellung der Centralgewalt zu Oesterreich von folgenden Sätzen ausgehen zu müssen:

1) Bei der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern beschränkt sich für jetzt und während des Provisoriums die Pflicht der Reichsgewalt darauf, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Allgemeinen zu erhalten. Es ist aber das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wonach es anspricht, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, die die staatliche Verbindung der deutschen mit den nichtdeutschen österreichischen Bundestheilen alteriren, nicht einzutreten.

2) Oesterreich wird also nach den bis jetzt durch die Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaates bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sein.

3) Oesterreichs Unions-Verhältniß zu Deutschland mittelst einer besondern Unionsakte zu ordnen, und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden haben und im gesteigerten Maße verbinden können, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten.

4) Da Oesterreich zu dem von der provisorischen Centralgewalt repräsentirten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden als künftigen Bundespflichten und Rechte auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten.

5) Die Verfassung des deutschen Bundesstaats, deren schleunige Beendigung zwar im beiderseitigen Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich sein.

Indem ich diese Sätze der Prüfung der Nationalversammlung übergebe, suche ich für das Reichsministerium um die Ermächtigung nach, die gesandtschaftliche Verbindung mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs, wodurch den erörterten Verhältnissen entsprochen wird, Namens der Centralgewalt anknüpfen zu dürfen. Ich erlaube mir daran die Bitte zu knüpfen, daß diese Vorlage zwar nach ihrer Wichtigkeit an einen Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, die Verhandlung der Sache aber möglichst beschleunigt werden möge. (Bewegung. Es werden vergebens Zeichen des Beifalls, wie des Mißfallens versucht.)

Sodann erhebt sich eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob das

Programm des Reichsministeriums an den Biedermann'schen oder an den österreichischen Ausschuß zu überweisen sei. Rößler von Oels behauptet, die Angelegenheit gehöre vor den Verfassungsausschuß. Venedey: Ich schlage vor, das Programm ohne Ausschußbericht zu verwerfen. (Bravo!) Wir sind zusammengetreten, Deutschland zu vereinigen, nicht um es zu zerreißen. (Stürmisches Bravo!) Nicht einen Augenblick länger können wir hier sitzen, wenn wir in eine solche Theilung willigen. (Wiederholter Zuruf und Applaus.) Reitter von Prag stimmt mit Venedey's Ansichten überein, verlangt aber doch Begutachtung der Sache durch einen Ausschuß. Dann wolle man sehen, ob Deutschland ein zweites Polen und Oesterreich an Rußland ausgeliefert werden solle. Platzner warnt vor einer Entscheidung inmitten solcher Gefühlsaufregungen. Wesendonck kehrt zu der Frage zurück, an welchen Ausschuß das Programm gehöre. Der Biedermann'sche Ausschuß sei seinen Bericht über die preußische Angelegenheiten noch schuldig und besitze das Vertrauen des Hauses nicht. Dagegen schlägt Wesendonck vor, den kombinirten Verfassungs- und österreichischen Ausschuß über das Programm berichten zu lassen. Rüder aus Oldenburg will die Sache dem Ausschusse für staatsrechtliche und internationale Verhältnisse übergeben sehen. Hartmann aus Leitmeritz: Es wäre ein Verbrechen, auf den Antrag des Minister-Präsidenten einzugehen. Zur Tagesordnung darüber, sogleich und ohne Motivirung! Reichensperger: Vor den österreichischen Ausschuß gehört die Frage. v. Vincke: An mir und meinen politischen Freunden liegt es nicht, daß §. 2 und 3 der Verfassung zu diesem Dilemma Veranlassung gegeben. Wir haben uns nur der Majorität der österreichischen Abgeordneten in diesem Hause unterworfen. Der kompetente Ausschuß ist der Biedermann'sche. Buß will den österreichischen Ausschuß, Löwe von Kalbe einen neu zu erwählenden mit der Angelegenheit beauftragen, denn die Stellung der Parteien im Hause sei eine andere geworden. Während Wichmann und G. Beseler (dieser für Ueberweisung an den Biedermann'schen Ausschuß) sprechen, herrscht eine kaum zu bewältigende Unruhe, besonders auf der linken tief aufgeregten Seite des Hauses. Giskra: Noch ist Oesterreich nicht verloren von Deutschland und ich hoffe es soll dabei bleiben! Also wenigstens nicht vor den völkerrechtlichen Ausschuß gehört die Sache. Graf Deym: Was hier vorliegt, sind thatsächliche Verhältnisse. Oesterreich schließt sich nicht aus, es hat immer zu Deutschland gehört und soll dabei bleiben, aber lassen Sie uns die viel verwickelten Verhältnisse mit Ruhe betrachten und einen neuen Ausschuß sich mit ihrer Lösung beschäftigen.

Hier endlich wird die unfruchtbare Debatte abgebrochen und zur Abstimmung geschritten. Ihr Ergebniß ist, daß die Vorlage des Ministeriums an keinen der vorgeschlagenen bestehenden Ausschüsse verwiesen, sondern daß ein neuer Ausschuß dafür durch die Abtheilungen gewählt werde.

Die morgende Sitzung wird auf Schodee's dringendes Verlangen der zweiten Lesung der Grundrechte gewidmet.

00 **Frankfurt**, 15. Dez. Die Folgerichtigkeit und Voraussicht der russischen Politik hat sich nicht nur gegen Deutsche, Schweden und Polen, sie hat sich nicht allein am finnischen Meerbusen, dessen Südküste Peter I., dessen Nordküste Alexander erwarb, bewährt, sondern sie hat auch ein großes Spiel an der Donau gespielt und beherrscht ein noch größeres vor bis über das adriatische Meer hinüber. Welch beschämende Rolle spielt Dem gegenüber die österreichische Politik! Kaum 40 Meilen von der Donaumündung entfernt besaß seit 1526 das Haus Habsburg die Felsenburg Siebenbürgens und das Culturelement der Siebenbürger Sachsen. In diesen dreihundert Jahren ist kein konsequenter Plan fühlbar, um nach dem Meere vorzudringen und so Ungarn und Siebenbürgen aus ihrer unglücklichen Binnenlage zu erlösen und zugleich die nothwendige, unentbehrliche Mündung des Hauptstromes der Monarchie in ihre Gewalt zu bekommen. Statt dessen wurden die Kriege mit der alternden Türkei um den Besitz von Belgrad oder eines östlichen Stücks der Wallachei geführt, und die Ergebnisse der österreichischen Tapferkeit durch Intriguen fremder Mächte, durch die Kopflosigkeit der österreichischen Minister, die Uneinigkeit ihrer Feldherrn, durch das mörderische Klima verloren. Wie anders Rußland! Zweimal, 1699 unter Peter I. und 1739 unter Anna, aus dem vorübergehenden Besitz von Asoff verdrängt, hat es kaum den Besitz dieses Hafens 1774 sich gesichert, als es mit drei Siebenmeilenschritten 1774 zum Bog, 1792 zum Dniester, 1812 zum Pruth vordringt, und 1829 den Besitz der Donaumündung erlangt, mit der Aufsicht über die Moldau und Wallachei. In fünfundfünfzig Jahren hat Rußland also die ganze Nordküste des schwarzen Meeres und die untere Donau gewonnen und unter die anwohnenden Tartaren die Culturelemente der Deutschen und Griechen angesiedelt, ohne welche der Besitz der Meeresküste nutzlos war; Oesterreich, das dieses Culturelement bereits besaß, ist in 300 Jahren dem Gebiet nach nicht vorwärts, dem Einfluß nach zurückgegangen. Noch kühnere Flüge bereitet der russische Aar jetzt vor. Sein westlichstes Horst ist Montenegro, dessen Vladika in russischem Solo steht. Hier liegt Cattaro, vorübergehend 1807 in russischem, jetzt in österreichischem Besitz, gegenüber Brindisi, im Königreich Neapel. Aus der Hauptstadt von Neapel schreibt man: „König Ferdinand von Neapel, einsam, bigott, militärisch erzogen, genoß eine Reihe von Jahren hindurch eine nicht geringe Popularität; er redete freundlich mit allen Ständen, war sehr zugänglich, häuslich, wohlwollend und selbst herzlich gegen seine nächsten Umgebungen. Viele Jahre hindurch vollzog er kein Todesurtheil, das gegen die Bandieras ausgenommen, und selbst an Kunst und Wissenschaft begann er Geschmack zu finden. Eine merkwürdige auffallende Veränderung ging mit dem Könige vor seit dem Beschlusse des russischen Kaisers; der Selbstherrscher imponirte ihm und reizte seine Eitelkeit. Der stete Umgang mit Chreptowitsch, Briefwechsel mit dem Kaiser, Geschenke, Versprechungen u. s. w. nährten diese Richtung und während der letzten zwei Jahre wurde ohne Chreptowitsch und Potozki kein Beschluß bei Hofe gefaßt. Kaiserlich-russische Redensarten, Sprüchwörter und Berufungen auf seinen Freund den Kaiser kommen täglich vor. Daß Rußland mehr als Freundschaft vom König von Neapel will, liegt auf flacher Hand: Rußland hetzt die slawischen Massen gegen Westen und scheeitet gegen Süden vorwärts. Gelingt es, bei Montenegro durchzubrechen, so ist der König von Neapel ein wichtiger Bundesgenosse; Cattaro liegt Brindisi gegenüber." Nicht nur im Interesse des Absolutismus unterstützt Rußland den König von Neapel gegen die Freiheitsbestrebungen seiner Provinzen und Siciliens, sondern auch als Gegengewicht gegen England, welches Sicilien unter dieselbe Oberherrschaft wie Portugal zu bringen sucht, theils aus Handelsrücksichten, theils weil Sicilien in den Händen einer Großmacht den wichtigen Punkt Malta zur Unbedeutendheit herabdrückt. Aber nicht Neapel allein gelten diese Bestrebungen, sondern auch den italienischen Besitzungen Oesterreichs, des Reichs, das an der Donau der Hauptgegner Rußlands ist. Schon 1843 suchte man den Papst mit dem Gedanken eines Tausches des russischen Polens, das an Oesterreich fiele, gegen das lombardisch-venetianische Königreich, dessen Herrscher die Herzog von Leuchtenberg würde, zu befreunden, weil damit Polen unter eine römisch-katholische Herrschaft fiele und die Reibungen zwischen Petersburg und Rom aufhören würden. Damals ging weder Oesterreich noch Rom auf diesen Plan ein, der Anschlag aber ist, wie alle russischen, nur aufgeschoben. So sehen wir in Italien ein Volk von 20 Millionen durch seine Uneinigkeit und Zersplitterung zum Spielball fremder Mächte geworden; möge Deutschland sich ein Beispiel daran nehmen!

* **Frankfurt**, 18. Dez. Gestern hat das Auseinandertreten nach Nationalitäten wirklich begonnen. Den Anfang scheinen die Oesterreicher des Kasinos gemacht zu haben. Die ganze Nationalversammlung erscheint heut in 2 große Gruppen getheilt, und das Angeben der Stimmen bei der Präsidentenwahl ist eigentlich nichts als ein Votiren für Preußen oder Oesterreich. Es gibt im Augenblicke scheinbar keine eigentliche Majorität, doch wird sich die Sache sehr bald ändern, da die Opposition (126 Stimmen der linken Gruppen incl. Westendhall) mit den etwa 90 Stimmen betragenden Oesterreichern bei der Wahl Kirchgeßner's im Einverständnisse handelt. Diese Bestandtheile gehen aber schon in der österreichischen Frage nicht mehr Hand in Hand und das Ministerium v. Gagern dürfte leicht zu einer bedeutenden Majorität kommen.

‡ **Berlin**, 16. Sept. Der Justizminister hat durch Circularschreiben die verschiedenen Staatsanwalte angewiesen, gegen alle die mit gerichtlicher Untersuchung vorzuschreiten, welche in letzter Zeit zur Auflehnung gegen die gesetzliche Ordnung aufgefordert u. s. w. Bereits werden auch aus den verschiedensten Landestheilen zahlreiche Verhaftungen von namhaften Personen

Digitized by Google

gemeldet. Vor dem Einreißen der Gesetzlosigkeit wäre eine solche Thatkraft der Regierung gewiß höchst anerkennnngswerth gewesen. Jetzt nach Wiederherstellnng der gesetzlichen Ordnung nnd dem Siege der Regierung erscheint die Gerechtigkeit selbst beinahe als Rache. Von einzelnen Fällen erwähnen wir, daß in Münster der Justizkommissarius Gierse, der Stadtverordnete Hartmann nnd der ehemolige Lieutenont a. D. Stricker, der erste Präsident, die andern Mitglieder eines sich hier gebildeten demokratischen Sicherheitsausschusses, verhaftet wurden. Einige haben sich bee Verhaftung durch die Flucht entzogen, wie die Referendarien Reinhorz nnd Stierlein. Auch in Warendorf hat man mehrere Demokroten znr Untersuchung gezogen, unter ihnen den Justizkommissarius Thüssing nnd einen Herrn Mah. Der Steuerempfänger Landrath a. D. Brast zn Recklinghausen, welcher sich nicht nur weigerte die bereits erhabenen Steuern abzuführen, sondern auch die fälligen zu erheben, wurde vom Dienst suspendirt, nnd über ihn die Untersuchung verhängt. In Dortmund fanden am 11. Dez. tumultarische Auftritte statt. Zwei Mitglieder des Volksvereins, v. Mirbach und Graumann, woren wegen Reden und Handlungen ouf dem zue Unterstützung der Notionolversammlung unlängst zu Münster abgehaltenen Cangresse ouf Requisition des dortigen Stodtgerichtes verhaftet worden und eine ziemlich zahlreiche Menge vor dem Rathhause brachte den Verhafteten ein Hach, und Einige machten Mieue, in dos Gefängniß einzudringen. Dies gelang nicht, die Bürgerwehr zerstremte den Haufen, wie man sagt, mit ollzugroßer Leidenschaftlichkeit. Aehnliches wird Ihnen sonst berichtet sein. Die Anklage gegen die Abgeordneten, welche die Ausführung der Steuerverweigerung zn fördeen versucht haben, ist ausgearbeitet, um nach Umständen aufgenommen zu werden. Suspensionen von Amte kommen in Menge oar; wir erinnern an Düsseldorf, Merseburg, Stettin. Auch der interimistische Bürgermeister oon Cöslin, Oberlandesgerichts-Assessor Mollinghaus, ist von seinem Amte fuspendirt. Ohne über irgend einen desanderen Fall ein Urtheil ausfprechen zu wollen, darf man doch wünschen, daß die so glücklich beruhigten Leidenschaften nicht ohne Noth durch politische Prozesse wiedee aufgeweckt werden.

* Vam Rhein, 15. Dez. Wie mag doch der ☭ Korrespondent der O.-P.-A.-Z. Ihrem Rheinischen varwerfen, er schreibe mit Rücksichtslosigkeit und Heftigkeit gegen Hrn. a. Schmerling? wie mag er die Insinuation on diesen Wink knüpfen, als sei ich es, der gegen diesen Mann ein „Nieder mit ihm" austriefe und alle die Herrlichkeiten ouskromte, die sein Artikel in Nr. 332 jener Zeitung dem Eingange anhängt, wo von meiner „krankhaft erregten Feder" die Rede ist. Ich habe denselben Ruhm v. Schmerling's, ouf dem dieser Artikel so stalz verweilt, in meinen Briefen anerkannt, obzwar sie nicht zu einem Panegyricus seines Ministeriums bestimmt waren; ich habe leider oder Gottlob nie in dem Tone geschrieben, in den „die Menge miteinstimmt;" denn ich bin bereit, jedem sein Gut und Uebel zn geben, wie es ihm nach meiner besten Einsicht gebührt, wie ich seiner Zeit mit dem Urheber des kühnen Griffs gethon habe. Doß man dies als ein Beispiel meiner Aufregung onführt, ist trourig; denn wer seitdem nicht eingesehen haben will, was uns jener Griff oll für Unheil gebracht hat, der wirklich müßte gehirnkronk sein nnd den Werth nnd die Beziehung dee Thatsachen gar nicht zu schätzen wissen, oder er müßte sich schon so sehr gewöhnt haben, alle Akte der amtlichen oder parlomentarischen Autoritäten unbesehen gutzuheißen und mit den Leuten am Ruder Abgötterei zn treiben, wie dos nur in der schlimmsten Zeit dee Absalutie geschehen ist, die wir meinten beseitigt zu haben. Gerode so triumphirt jene Zeitung zuoeilen über die Waffenstillstandssache, als ob es ein Wunder wäre, daß nun dee geschlossene Waffenstillstond eingehalten werde, ols ob es ein Verdienst der Reichsminister wäre, doß der Mann aus dem Londe gejagt wurde, der der schleswig-holstein'schen Regierung eben einen andern Charakter geben sollte, ols den die jetzige trägt! und als ob mit dieser behaglichen Ruhefrist auf Tage die ganze Sache noch so glorreich hinausgeführt wäee! Man will in dem Fr. Ministerium, daß man die neue Gewalt schone, Regierung und selbst das Parlament. Dos haben auch die alten Gewalten verlongt und sind daran zu Grunde gegongen. An neuee Gewalt abee mag man die Schwächen am wenigsten dulden, wegen deren die alte grade gefallen ist. Diesmol geht meine Anklage der Schwäche nicht ouf die Reichsgewolt, sondern auf die Nat.-Vers. Ich todle an v. Schmerling nichts, als daß er nicht dos Feingefühl hat, abzutreten, wo er in dem Houptgeschäfte, das vorliegt, als Partei erscheint. Und da diese Zähigkeit gerade mehr als den Schein auf ihn wirft, daß er wirklich Partei ist, so klage ich die Schwäche on, die darin gelegen ist, daß die Nat.-Vers. ihn nicht mit einem energischen Votum entfernt, nnd die Oesterreicher mit ihm. Das predige ich mit dem kältesten Blute der Welt, wünschte obee, das deutsche Ehrgefühl hätte etwas oan der Erregbarkeit, die man in mir findet, damit meine kolte Predigt wirklich ouf die „Menge" eine warme Wirkung machte. Wahrlich wer die Herzensbeergießungen der österreichischen Blätter uud Körperschaften liest, und die Herzenskälte doneben hält, mit der mon dos in Deutschland aufnimmt, der könnte auch ein wenig toll werden, und er würde gerade nach nicht für zu reizbar und ereglich gelten müssen. Müssen w i r uns oon den Wiener Wahlmännern unsern neuen Stoatsbau wie einen Bettel aor die Füße werfen lassen, ohne den Stolz zu haben, daß wir denn doch mit unsern gleichartigen Kräften ein anderes Werk zu Stande bringen werden, als Wien mit Slowaken und Wallochen? Müssen wir uns oerächtlich sagen lossen, es binde die Deutschen in Oesterreich eine „ä l t e r d e g r ü n d e t e (!) Treue an ihre österreichischen Brüder," d. h. an Mogyaren und Illyrier, als an die Deutschen, ohne daß wir diese verfremdete Hand mit noch größerer Verachtung zurückweisen, die nns halbgnädig ein Bündniß bietet, das wir nicht hold so nöthig brauchen wie sie! Müssen wie uns immer und immer wieder diese entschlossenen Worte zueufen lassen: Erst ein einiges untrennbares Oestereich! erst die unabweisbaren Farderungen dee österreichischen Interessen! erst die oöllig organische Verschmelzung aller Lande, die real gewordene Staatsunion, den wahrhoftigen Gesammtstaat Oesterreich, und dann — und hoben wie dem Allen nicht das gleich stalze und gleich entschlossene Wort entgegenzuschleudern: Erst unsere Verfassung auf das festeste Fundament gesetzt und dies zwor ohne die Beihülfe dieser Holdbrüder, die sich so feindselig anstellen, u n d d a n n wollen wir sehen, wer den Anderen am eheslen bedürfen wird! Gewiß, wer bei diesen Erfohrungen nicht erregt werden kann, dee muß ein erstarbenes Herz haben. Ich hobe mich gegen dos Schicksal zu beklagen, das mir für das Leben in diesen Zeiten einen robusten Körper aersagt hat; oder die Gesundheit meines Herzens tausche ich wahrlich nicht mit denen, denen der wälsche Hochmuth in diesen und hundert ähnlichen Aeußerungen das Blut nicht wallen mocht. Wohee doch soll uns die Kraft kommen, die gesteigerte politische Aufgabe des Voterlandes zu lösen, wenn uns nicht das empfindlichste Ehrgefühl durchdringt? wenn nicht das edelste Selbstgefühl der Meister und Lenker unserer Entschlüsse und Thaten ist, der ächte Geselle aller würdigen Handlungen? Es ist tief beschämend, daß wir beeglrichen in Deutschland erst predigen müssen, was dem Volk im Geblüte liegen sallte, was dos beschouliche nnd geistige Leben in uns ausgetrocknet, was das rohere Nationsleben selbst dem Oesterreicher gelassen hat. Es ist kein edles, es ist ein eitles Selbstgefühl, was aus den österreichischen Pararysmen spricht, obee es ist doch Selbstgefühl; und einem Volke seammt das falsche Selbstgefühl bessee ols gae keines. Es ist ein Schauspiel zum Lochen uno zum Mitleid füe den Denkenden, zu sehen, wie diese Oesterreicher oor fünf Monaten demüthig und kleinlaut waren und sich an jeden Strohhalm klommerten, und wie jetzt nach den Erfolgen über sonst so verachtete Gegner dieser gasconische Uebermuth aufbraust, der auf diesen momentanen Triumph dos glückverheißende Stodium oan Oesterreichs Machtvollkommenheit, eine „Aera von unoergänglicher Dauer" anbeechen sieht! Eben die Beute allee Zerrissenheit faßt man die schwindelnden Pläne, den ganzen Staatenkompler Oesterreichs in einen engsten untrennbaren Verband zu bringen! Eben muthlos darniedergeworfen, dee Spott eines feigen Theilchens der widerwillig verbundenen Stämme, jubelt mon jetzt in dem Gedanken, Ungarns alte Rechte für alle Zeiten niederzuwerfen, Italien enger an sich zu fesseln und Deutschland wegzuwerfen! Für einen weiteren geschichtlichen Blick sind das die Träume eines Irren. Aber für den politischen Moment ist diese Erreglichkeit des vaterländischen Geistes oon ganz unschätzbarem Werthe. Wir haben nichts davon in Deutschland, auch nicht den Schotten. In dem Augenblicke, wo diese Stämme, die sich nicht verstehen, der Gedanke der österreichischen Stootseinheit elektrisch durchzuckt und sie zur Verbrüderung treibt, erhitzen und schelten wir uns im Parlament, intriguiren wie für und gegen Preußens Hegemonie, steckt sich unsee

Linke, um ihrer schmählichen Wirksamkeit die Krone aufzusetzen, mit den Oesterreichern zusammen, und Alles gewinnt den Anschein, daß die theoretische Beendung unserer Staatsnoth der praktische Anfang unseres Auseinanderfallens sein wird. Wenn dos politische Anlagen sind, die eine politische Zukunft versprechen, — nun dann freilich muß, nach dem Satze des Philosophen, Alles gut sein, wos ist, und es ist nicht nöthig, sich irgend erregen zu lassen. — Soeben, da ich schließe, erfahre ich, daß v. Schmerling und Würth ausgetreten sind. Das wäre denn ein Anfang.

Börsenbericht.

Paris, 15. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 75. 55; 3pCt. 46. —; Neue 75. —; Neapol. —. —; Bankaktien 1630. —; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. 25½; 3pCt. inländische ——; St. Germain Eisenbahn-Aktien 330. —; Versailles, rechtes Ufer 112. 50; linkes Ufer 110. —; Paris-Orleans 693. —; Paris-Rauen 415. —; Orleans-Bordeaux 375. —; Orleans-Vierzon 232. 50; Rouen-Havre 190. —; Marseille-Avignon 185. —; Straßburg-Basel 85. —; Nordbahn 370. —; Paris-Lyon (Certifikate —); Paris-Straßburg 335. —; Römisches Anleihen 64.

Die Course sind heute, wie wir im Voraus anzeigten, wieder höhre und sehr fest. Mehrere Baargeschäfte in 5 und 3pCt. Renten, so wie die bevorstehende Liquidation (wo, wie man fürchtet, viele Spekulanten auf das Fallen werden einstreten müssen) trugen hiezu bei. Belgische 5pCt. stiegen um ½pCt. (81½ beide Emissionen); österr. Loose um 7 Fr. 50 Cent. (312. 50). Auch römische höher (seit einigen Tagen um 4 pCt.) Neapolitan. Renten seit mehreren Börsen nicht notirt. Eisenbahnaktien: steigend.

Madrid, 9. Dez. 3pCt. Rente 20¾ daor. (Nach der Börse 20⅞ à 15/16 G. und ⅞ P.); 5pCt. 10¾ B. (N. d. Börse. 10¾ G.); Passive Staatsschuld 4 P. (N. d. B. 3⅞ G.)

Frankfurter Börsenbericht.

(Wochenbericht.)

Wenn die Berliner Börse ihre Sympathieen für die energischen Maßregeln der preußischen Regierung durch einen außerordentlichen Aufschwung manifestirte, so läßt sich dieses, abgesehen vom politischen Standpunkte, rechtfertigen, durch die Ansicht, jene Maßregeln bezweckten die baldige Rückkehr gesetzlicher Ordnung, Sicherheit des Eigenthums und neuer, besserer Verständigung unter den bisher streitenden Parteien. Ist man geneigt, diese Meinung für Deutschland anzunehmen, so scheint Frankreich im Gegentheil weniger Aussicht darzubieten auf solche beruhigende Zustände, auf ein solches Einverständniß zwischen Volk und Regierung, durch welches allein Eintracht, finanzielles Vertrauen und Ausdehnung des Handels befestigt werden kann. Durch die Wahl des Louis Bonoparte zum Präsidenten, hat Frankreich der bonetten Republik den Absagebrief geschrieben. Der Schlußstein seiner Februar-Revolution bildet die Schwelle zu neuen Kämpfen, Spaltungen, Zerwürfnissen und Intriguen. Man sage nicht, die Majorität der Wähler sei die Bürgschaft des Willens der Nation, um daraus zu folgern, die neue Regierungsform oder vielmehr das neue System befriedige den Willen der Nation. Die Minorität bleibt mächtig genug, um den Kampf fortzusetzen und sie wird, gleich allen frühern oppositionellen Minoritäten in jenem Lande, diesen Kampf nicht scheuen. Und welche Garantie bildet wohl ein System, das seine Befestigung der Täuschung und der Intrigue verdankt? Kann der gute Glaube an die Geltung eines Systems beruhen, dessen Träger den Triumph seiner Sache, nicht sowohl der eigenen Stellung, des eigenen Werthes verdankt, als vielmehr den glücklichen Bestrebungen und Erfolgen einer Partei, die, diesen Träger als ein Trugbild verhüllter Zwecke auf ihren Schild erhob? Man sagt, das französische Volk sei der Republik überdrüssig und sehne sich nach Ordnung und gesetzmäßigen Zuständen, die nur die Monarchie zu bieten vermöge. Allein, sollte dieses Volk so tief gesunken sein, die großartige Erhebung des Februar nach einigen Monaten mit einem Possenspiel zu beendigen? Wie vermögen das, zur Ehre der französischen Nation, nicht anzunehmen. Wir glauben vielmehr, daß die Präsidentenwahl nur den Uebergang bildet zu neuen Parteikämpfen. Ob dieser zur Consolidirung der Republik, ob er zur Monarchie führt? Ohne konvulsive Bewegung wird die Entwickelung ihr Ziel nicht erreichen und jener erwünschte Zustand der Sicherheit und des Friedens wird sobald nicht zurückkehren, ein Zustand, der, nach unserm speziellen Standpunkte, das Vertrauen im Handel, in der Industrie und den finanziellen Operationen bedingt. Diese Ansicht scheint zwar die Pariser Börse nicht zu theilen. Die Renten sind bedeutend gestiegen. Unter welchen Einflüssen dieses Steigen stattgefunden, wer vermag es zu sagen? Auch am 18. Brumaire sind die Renten stark gestiegen und die Analogie wollen wir unsern Lesern überlassen. So viel steht fest, daß weder die Amsterdamer noch die deutschen Börsen der Bewegung gefolgt sind. Die hohen Pariser Notirungen wurden theilnamslos und mit Mißtrauen aufgenommen. Auch die Berliner Börse zeigte eine trübe Stimmung, durch Gewinnstreolisationen hervorgerufen. Unter diesen Umständen war unsere Börse im Laufe der vergangenen Woche zum Rückgange geneigt. Die Umsätze in mehreren Fonds und Eisenbahn-Aktien waren ziemlich bedeutend. Nachstehende Uebersicht der gangbarsten Effekten wird deren Schwankungen am anschaulichsten machen:

	Cours v. 11. Dez.	v. 14. Dez.	v. 16. Dez.
5% Metalliques	72¼	70⅜	70¾
2½ % ditto	37¾	36¾	36⅞
Bankaktien	1233	1204	1202
fl. 500 Loose	124½	124½	124
fl. 250 ditto	77½	75	75
Preußische Staatsschuldsch.	80½	80¼	79¾
Holländ. 2½ Intregale	47½	46¾	47
Belgische 4½ Obligationen	73¼	73⅜	73¾
Spanische 3 % inländische	18⅝	18¼	18½
Würtemb. 4½ % Obligat.	92⅞	92⅞	93
ditto 3½ % „	76⅛	76¼	76⅛
Badische ditto „	74¼	74⅛	74
ditto 5 % „	95¼	95	95
Großh. Hess. 3½ % Oblig.	75	74¼	74½
Nassauische ditto	79	79	79
Polnische fl. 500 Loose	71	70½	70¾
Badische fl. 35 Loose	26⅛	25½	25⅝
Hessische Rthlr. 40 Loose	25⅝	25¼	25¼
Großh. Hess. fl. 50 „	60¾	61⅛	61⅛
Friedr.-Wilh.-Nordbahn	41¾	40⅝	40¼
Ludwigshafen-Berbach	66½	65⅛	66⅛
Cöln-Minden	81	80	79½

Außer 5 % Metallq. und fl. 250 Loose waren Friedrich-Wilhelm-Norddahn und Cöln-Minden am empfindlichsten betroffen. Man bezahlte in den letzten Tagen der vorarigen Woche für erstere 43, für letztere 83. — Namentlich herrscht für Nordbahn eine ungünstige Stimmung, und die Speculanten scheinen das Resultat der am 29. d. in Kassel abzuhaltenden Generalversammlung abwarten zu wollen. Das Geschäft in Wechseln war am Ende der verflossenen Woche etwas lebendiger. Die Devisen auf London, Amsterdam, Berlin, Leipzig waren gut zu lassen; auch für Hamburg zeigte sich einige Frage. Man notirt wie folgt: Amsterdam 100⅝ G. Augsburg 119½ G. Berlin und Leipzig 105½ G. Bremen 99¼ B. Hamburg 86⅞ G. London 120⅞ G. Paris 94⅛ B. Mailand 100¼ B. Wien 107½ B.

Cours der Geldsorten:

Neue Louisd'ors fl. 11. 5 kr.; Pistolen fl. 9. 55 kr.; ditto preußische fl. 9. 56½ kr.; holländische fl. 10 Stücke fl. 10. 2 kr.; Randdukaten fl. 5. 36 kr.; 20 Frankenstücke fl. 9. 37½ kr.; Englische Souvereigns fl. 12. 2 kr.; Gold al marco fl. 382; Laubthaler fl. 2. 43½ kr.; preußische Thaler fl. 1. 45 kr.; Hochhaltig Silber fl. 24. 24 kr.; Geering und mittelhaltig fl. 24. 18 kr.

Vom 18. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 70¾; 2½pCt. ditto 37⅛; Bankaktien fl. 1205*; fl. 500. Loose 121¼; fl. 250. Loose 75; Badische fl. 35. Loose 25½; Hessische Rthlr. 40 Loose 25⅝; Palnische fl. 500 Loose 70¾; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40¼; Berbach 65⅛. Köln-Minden 79; 3pCt. inländ. Span. 18¾; 4½pCt. Würt. 93¼; 4½pCt. Belg. 74⅛; Holl. 2½pCt. Integrale 47⅛.

Die höhern Notirungen aus Paris äußerten abermals keinen Einfluß. Der Umsatz war beschränkt. Eisenbahnaktien in Folge des Berliner Rückgangs, matt und ausgeboten. Für Belgische und Spanische mehr Nachfrage.

Für die Redaction verantwortlich: H. Krusr.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England bei HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexanders in Straßburg Nr. 20 Brandgasse, Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 335. **Frankfurt a. M., Dinstag 19. Dezember.** **1848.**

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Entwurf zum Reichswahlgesetz für das Volkshaus.

Deutschland. Frankfurt (Amtliches. Verfassunggebende Versammlung der freien Stadt. Das Handelsministerium.) Vom Main (Deutsche Einheit.) Aus Oesterreich (Nachrichten aus und über Ungarn.) Wien (Die Politik gegen Deutschland. Mißtrauensvoten. Spitzbübigerthum.) Prag (Congreßgerüchte. Kaiser Ferdinand. Nachrichten aus Ungarn.) Berlin (Rückkehr des hannöver'schen Gesandten. Wrangel'scher Toast. Schrift von Frau Herwegh.) Königsberg (Dr. Borchardt verurtheilt.) Von der polnischen Grenze (Russische Truppenbewegungen.) Köln (Politischer Stille. Congreß der konstitutionellen Vereine.) Birkenfeld (Verhaftungen.) Düsseldorf (Aufhebung der Censur.) Münster (Gefangenn.) München (Die Einberufung der Kammern. Das Lotto. Closen nach Olmütz. „Abgekürzter" Aufenthalt Ronge's. Neues Landwehrgesetz.) Vom Neckar (Die ultramontane Partei.) Hannover (Ruhe. Die Presse und die Strafgesetze. Vereine. Wahl in Lüneburg.) Heidelberg (Die neue Organisation der Gerichte. Die Finanzmaßregeln der Regierung.) Darmstadt (Kammervorhandlungen.) Oldenburg (Oldenburg, Birkenfeld und Cutin.) Hamburg (Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung.)

Großbritannien. London (Postvertrag mit den Vereinigten Staaten. Ludwig Philipp. Katholische Deputation bei dem irischen Statthalter. Sympathie der irischen katholischen Geistlichkeit mit dem Papste. Verhaftungen in Kingstown.)

Frankreich. Paris (Sitzung der N.-V. Handelsangelegenheiten. Die Niederlage Cavaignac's. Panegyrikus auf K. Napoleon.)

Oesterreich. Monarchie. Ermdorf (Verstärkungen nach Ungarn. Huldigung. Die Ruthenen.) Agrom (Erfolge der kais. Truppen. Der Wojwode Suplikac. Böhmische Colonisten in Serbien.)

Italien. Mailand (Tagesbefehl Radetzky's.) Rom (Abschläglicher Bescheid des Papstes an die Römische Deputation. Maßregeln gegen feindliche Landung. Zwei kais. Handschreiben an Radetzky. Kein Bündniß zwischen Turin und Neapel.)

Schweiz. Bern (Terrorismus in Freiburg. Grenzsperre. Anirhen.)

Nordamerika. Neuyork (Hr. v. Gerolt.)

Neueste.

Deutschland.

‡ **Frankfurt**, 18. Dez. Zu einem Reichswahlgesetz für das Volkshaus ist dem Verfassungsausschusse duech sein vorberathendes Komite bereits ein Entwurf vorgelegt worden. Derselbe lautet wie folgt:

Gesetz

über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

§. 1. Wähler ist jeder selbstständige, unbescholtene Deutsche, welcher 1) das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, 2) in dem vom Gesetz ihm angewiesenen Wahlbezirke zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz hat; er darf jedoch nur an Einem Orte wählen.

§. 2. Als nichtselbstständig, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallit-Verfahrens; 2) Dienstboten; 3) Gewerbegehilfen; 4) diejenigen, welche für Taglohn, Wochenlohn oder Monatslohn arbeiten; (?) 5) diejenigen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben; 6) diejenigen, welche eine Einkommensteuer, wo eine solche Steuer schon besteht oder noch eingeführt werden wird, zu entrichten nicht verbunden sind, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre nicht bezahlt haben, oder, wo eine solche Steuer noch nicht besteht, ein jährliches Einkommen von 300 Gulden nicht haben.

§. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen erachtet werden: 1) diejenigen, welche durch rechtskräftiges Erkenntniß wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung, oder zu einer Zuchthaus-, Arbeitshaus-, Festungsarbeits-Strafe oder zum Verlust der bürgerlichen Ehren oder Rechte, oder zur Stellung unter polizeiliche Aufsicht — und zwar während der Dauer der letztern — verurtheilt worden sind; 2) diejenigen, welche duech rechtskräftiges Erkenntniß überführt worden sind, bei den Wahlen Stimmen erkauft, ihre Stimmen verkauft, oder in mehr als einer Wahlversammlung, bei der für einen oder den nämlichen Zweck bestimmten Wahl, ihre Stimmen abgegeben zu haben.

§. 4. Das Recht zum Wählen ruhet bei den Kriegern, welche in aktivem Dienste stehen, mit Ausnahme der Unteroffiziere und Offiziere.

§. 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder selbstständige, unbescholtene (§. 2, 3) Deutsche, welcher: 1) in einem deutschen Staate das Staatsbürgerrecht besitzt; 2) das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 6. In jedem Einzelstaate sind Wahldistrikte von 100,000 Seelen der wirklichen Bevölkerung zu bilden. Dieselben werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt, in welchen für den ganzen Wahldistrikt Ein Abgeordneter zum Volkshaus zu wählen ist.

§. 7. Ergibt sich bei der Bildung der Wahldistrikte ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist für diese ein besonderer Wahldistrikt zu bilden, welcher einen Abgeordneten zu wählen hat.

§. 8. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen haben einen Abgeordneten zu wählen. — Die Stadt Lübeck soll diesen gleichgestellt werden.

§. 9. Die Staaten, welche keine Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen haben, werden zum Zweck der Wahl der Abgeordnetn mit anderen kleineren oder größeren Staaten, nach Maßgabe der Reichs-Wahlmatrikel zusammengelegt, und haben in dieser Vereinigung Wahldistrikte zu bilden.

§. 10. Die Wahl erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit aller in einem Wahldistrikte abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 11. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§. 12. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimmen mündlich zu Protokoll abgegeben werden.

§. 13. Staatsdiener bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten.

§. 14. Die Wahldistrikte und Bezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, in so weit dasselbe nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von den Regierungen der Einzelstaaten angeordnet.

Frankfurt, 18. Dez. Die O.-P.-Z. enthält im amtlichen Theile die folgende Verordnung des Reichsverwesers:

„Ich ernenne den seitherigen Präsidenten der verfassunggebenden Reichsversammlung, Heinrich von Gagern, zum Präsidenten des Reichsministeriums und Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten, unter gleichzeitiger interimistischer Uebertragung der Leitung des Reichsministeriums des Innern.

Frankfurt a. M., den 17. Dezember 1848.

Der Reichsverweser

gez. **Erzherzog Johann.**

Der Reichsminister des Kriegs

gez. v. Peucker.

Parl. Corresp. **Frankfurt**, 18. Dez. An die Verhandlung von letztem Sonnabend über die Vorlage des Handelsministers, die commerzielle Einigung Deutschlands betreffend, haben sich Vermuthungen geknüpft, als ob Duckwitz sich zu der Freihandelspartei geschlagen habe. Auch hört man da und dort die seltsame Ansicht, als spreche der von Abgeordneten der norddeutschen Handelsstädte herausgegebene Entwurf eines Zolltarifs die Ansichten des Reichshandelsministeriums aus. Die gänzliche Unrichtigkeit dieser Ansichten können wir aus der besten Quelle versichern; das Reichshandelsministerium steht nach wie vor auf dem Standpunkte praktischer Vermittlung der Extreme, den es festhalten wird. Wir legen großen Werth auf die Verbreitung dieser Berichtigung, weil jene irrigen Ansichten, wie wir hören, große Beunruhigung in Süddeutschland hervorrufen, deren Anwachsen zu verhindern in der Pflicht eines Jeden liegt, der die Handelseinigung Deutschlands als eine unserer größten Aufgaben erkennt.

=**Frankfurt**, 18. Dez. Const. Vers. d. freien Stadt. Es soll die Wahl eines Ausschusses für die Vorlage des Senats über den Status exigentiae vorgenommen werden, vorher aber wird ein präjudicieller Antrag des Herrn Dr. Reinganum verlesen, wonach nach dem Gesetz vom 19. Okt. 1848 auch ein Gesetz für die Einnahmen für 1849 der Versammlung vorzulegen sei. Er bittet über diese Sache zu debattiren. Es sprechen darüber Minopio, Reinganum, Dr. Alexander Friedleben, Schöff de Neufville, der erklärt, es sei allerdings ein Gesetzentwurf für die Einnahme nicht da, doch könne man ja immer einen Ausschuß erwählen, und zugleich den Antrag Dr. Reinganum's an den Senat einbringen. Dr. Binding ist mit dem Antrag Dr. Reinganum's einverstanden. Dr. Julius Friedleben will die Wahl der Kommission verschieben, bis auch das Gesetz für die Einnahme Seitens des Senats der Versammlung vorliege. Senator Cöster will dennoch die Kommission ernennen, wenn auch das Gesetz, das gewiß bald folgen würde, noch nicht vorgelegt sei. Dr. de Bary unterstützt den Senator Cöster. Dr. Friedleben nimmt den Antrag um Aufschiebung der Wahl nun zurück, „um keine Mißverständnisse" zu erregen, und man schreitet zur Wahl des Ausschusses. Es wird nun zur Wahl eines ständigen Petitions-Ausschusses von 9 Personen geschritten. — Von einem Hrn. Meyer ist eine Zuschrift an die konstituirende Versammlung eingekommen, das Generalkommando des Hrn. v. Bechtold betreffend. Sie wird aufgelegt, aber nicht als zur Verhandlung geeignet vom Präsident bezeichnet. Eine Mittheilung des Senats in Bezug auf die unentgeltliche Rückgabe der Waffen berichtet mit Beilage einer Zuschrift der Polizei, daß ein Theil der Waffen bereits zurückgegeben sei, ein anderer noch zurückgegeben werden sollte. Die vom Polizeiamte erhobene Taxe von 30 kr. für die Leumundzeugnisse sei nicht ungesetzlich, sondern durch die Gesetze vollkommen gerechtfertigt. — Dr. Reinganum findet die Art und Weise, wie das Polizeiamt in seiner Zuschrift an den Senat von der konstituirenden Versammlung spreche, nicht passend. Dr. Friedleben führt Beschwerde gegen den fungirenden Polizeiassessor über die Art und Weise, wie er ihn bei Zurückforderung seiner Waffen bedeutete. — Dr. Souchay findet durchaus nicht, daß das Polizeiamt gegen die konstituirende Versammlung wegwerfend und kritisch sich ausgesprochen, man habe da dem Polizeiamte böswillig Absichten untergeschoben, die es gar nicht gehabt. Dr. Friedleben findet trotz der Erklärung des Schöff Souchay, daß das Polizeiamt, da es ihm auf sein Verlangen seine Waffen nicht ausgeliefert, nicht seinem Berichte gemäß gehandelt. Dr. Reinganum besteht auf seiner Kritik des Polizeireskripts und erklärt, wenn das Polizeiamt so fortfahre, so würde man es in seine Grenzen zurückweisen, nöthigenfalls zu — suspendiren wissen. — Die Sitzung wird hierauf um 5½ Uhr geschlossen.

÷ Vom Main, im Dezember. „Hoffentlich wird in Frankfurt jetzt ein neues Ministerium mit Gagern an der Spitze gebildet. Der entscheidende Moment ist da. Wie ich höre, ist der Sonderbund gegen Preußen zwischen Hannover, Baiern und Sachsen fertig. Das thut aber nichts. Die Nationalversammlung mag nur decretiren, daß Preußen an die Spitze trete. Fällt sie dann, so fällt sie mit Ehren und hat Saamen für die Zukunft gestreut." — So schreibt man von London aus, diesem omnibösen London, dessen Presse schon verschiedentlich, z. B. über Beschlüsse der Zoll-Konferenzen, dem erstaunten Deutschland ganz genaue Mittheilungen brachte, ehe die unsere eine Ahnung davon hatte. — Also Sonderbund gegen Preußen zwischen Baiern, Sachsen und Hannover! Hannover? das kann nimmermehr sein. Wir verweisen zu desfallsiger Beruhigung nur auf die jüngst in Hannover erschienenen halbofficiellen Aktenstücke zur neuesten Geschichte Deutschlands mit besonderer Beziehung auf Hannover. Diese Veröffentlichung soll ja, um mit des Herausgebers eigenen Worten zu reden, dazu beitragen, mit spezieller Beziehung auf die hannover'sche Regierung klar darzulegen, wie sie unverrückt ihr Ziel, eine Einigung Deutschlands auf verfassungsmäßigem Wege zu erreichen, im Auge behalten hat und in rückhaltloser Erstrebung dieses Zieles keiner andern Regierung nachgestanden hat. Eine Bürgschaft dafür, daß sich Hannover nicht der deutschen Einheit widersetzen wird, gibt uns Stüve's ganze Haltung während der letzten Zeit, gibt uns vor Allem das hannover'sche Volk selbst, dessen hierhergesandte Deputirte (mit Ausnahme von 4 sämmtliche übrige 21) unterm 12 Juli d. J. erklärten, „daß sie sich nicht als Abgeordnete eines einzelnen Staates, sondern als Abgeordnete des deutschen Volkes anerkennen."

Aus Oesterreich, 13. Dez. Ueber Ungarn weiß man durchaus nichts Gewisses; es heißt zwar, Ludwig Kossuth habe sich als König Ludwig IV. proklamiren lassen. Genaueren Nachrichten zu Folge reduzirt sich diese vom Constitutionellen Blatte aus Böhmen mitgetheilte Sage auf eine bis jetzt folgenlose Demonstration der Kossuth'schen Partei. Jedenfalls ist die Stimmung der Magyaren durch den Thronwechsel noch antidynastischer als früher geworden. General Schlick hat Barkfeld und Eperies bereits besetzt; Hurban's Freischaaren operiren im Waagthale und standen kürzlich bei Zilina im Trentschiner Komitate; Simonie steht in Neutra. Die Hauptoperationen sind bis zum Erscheinen des neuen kaiserlichen Manifestes eingestellt, sollen aber dann mit aller Kraft beginnen. (L. Z.)

Wien. Man schreibt der Leipz. Z.: Alle die verschiedenen slawischen Neigungen werden klüglich für eine festere Einigung der Monarchie benutzt, die darum von Deutschlands Bestrebungen immer mehr sich trennen muß, obschon man bestrebt ist, immer seinen Theil am deutschen Bunde zu behaupten, eben damit er nicht zum gefährlichen Bundesstaat werde. Die nächste Zukunft schon wird es zeigen, daß ich wahr geredet. — Demselben Blatte wird geschrieben: Gegen die Mißtrauensvoten der Vereine und anderer Wähler laufen an die Abgeordneten, welche sie erhalten, eine Menge von Privatbriefen und Privatadressen ein, die sie inständigst bitten, ja auf ihrem Posten zu bleiben, und ihnen darthun, durch welche Mittel jene Mißtrauensadressen hervorgerufen worden sind.

Wien, 13. Dez. Vor der Abreise haben sowohl Jellacic als Windischgrätz ihren Ekel gegen das Spießbürgerthum, das sich nicht entblödete, um eine lange Dauer des Belagerungsstandes zu flehen, offen ausgesprochen, und zwar der Erstere mündlich, und der Andere in der Wiener Zeitung; sie weisen darauf hin, daß der Belagerungsstand als eine Ausnahmsmaßregel nicht länger währen könnt, als die Verhältnisse es eben erheischen, und der Wunsch nach einer längeren Dauer ein trauriges Zeichen bewußter Schwäche und innerer Hoffnungslosigkeit sei. (Brsl. Z.)

Prag, 13. Dez. Hier trägt man sich mit Gerüchten von im Januar oder Februar in Prag beabsichtigten wichtigen Besprechungen sogar gekrönter Häupter. Kaiser Ferdinand lebt nebst seinem Gefolge noch immer in derselben stillen Zurückgezogenheit, welche er gleich nach seiner Ankunft beobachtete. Er empfängt keine Deputationen mehr, noch ertheilt er Audienzen; desto behag-

licher scheint ihm der hiesige Aufenthalt zu werden. An heiteren Tagen macht er gewöhnlich mit dem Landespräsidenten oder einem General einen Spaziergang durch die Anlagen des Kaisergartens. — Zuverlässigen Berichten zufolge sind alle Nachrichten, welche bis jetzt durch die Zeitungen über Ungarn verbreitet wurden, falsch. Die Lage der Magyaren soll keine vorzügliche, jene ihrer Gegner oder auch keine beneidenswerthe sein, da diese an Proviant äußerst fühlbaren Mangel leiden trotz der großen Lieferungen, während die Ungarn mit Lebensmitteln reichlich versorgt sind. Vorpostengefechte finden fast täglich statt, und zwar pflegt bei solchen Gelegenheiten die ungarische Reiterei den Vortheil des geringen Sieges davonzutragen. (D. A. Z.)

Berlin, 14. Dez. Der hier beglaubigte hannover'sche Gesandte, Graf v. Knyphausen, ist nach längerer Abwesenheit wieder hier eingetroffen. Man bringt seine Ankunft mit der bevorstehenden Einsetzung der definitiven deutschen Centralgewalt in Verbindung. Man weiß, daß Unterhandlungen mit dem Könige von Preußen wegen Uebernahme der Stelle eines Reichs-Oberhauptes schweben und der König seine Zusage an die desfallsige Zustimmung der einzelnen deutschen Fürsten gebunden hat. Hannovers König wird hierbei zu den Widerstrebenden gerechnet.

Lith. Kore. **Berlin**, 15. Dez. Hr. v. Wrangel gibt von Zeit zu Zeit Diners, zu welchen Gäste aus allen Gesellschaftskreisen herangezogen werden. Auch der regierende Herzog von Braunschweig wohnte während seines neulichen Aufenthaltes in Berlin einem solchen Diner bei. Der fürstliche Gast wurde durch einen echtsoldatischen Toast des Gastgebers gefeiert: „Möge Ew. Hoheit ein eben so ruhmvoller Tod beschieden sein — rief Herr v. Wrangel, das Glas erhebend, aus — wie er Ihrem Hrn. Vater zu Theil geworden!" (!)

Von Frau Georg Herwegh ist ein Schriftchen erschienen unter dem Titel: „Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris. Von einer Hochverrätherin."

Königsberg, 12. Dez. Dr. Borchardt, seit 8 Tagen hier anwesend, um seine Familie zu besuchen, empfing hier durch die Breslauer Zeitung die Nachricht, daß er wegen „Hochverrath" zu 12 Jahren Festungsstrafe verurtheilt werde. Das Stadtgericht zu Breslau hat diesen Urtheilsspruch gefällt. Die Anklage gegen B. ist aus einer in einer Volksversammlung zu Breslau am 21. September d. J. gehaltenen Rede hergeleitet, und die incriminirte Stelle lautet: „In dem Momente, wo die Herren es wagen sollten, den freigewählten Vertretern des Volks mit bewaffneter Gewalt entgegenzutreten, in dem Momente, wo sie es wagen sollten, die Nationalversammlung mit Gewalt der Waffen aufzulösen, muß man mit der Herrscherfamilie brechen, die sich durch einen solchen Schritt unwürdig gezeigt haben würde, ferner auch nominell zu regieren." Dr. Borchardt hat sofort die Rückreise angetreten, um sich der ihm zuerkannten Strafe zu unterwerfen.

Von der polnischen Grenze, 7. Dez. Die Truppenbewegungen im Czarenreiche dauern fort, und wir können es als eine ausgemachte Sache darstellen, daß von Osten her immer frische Colonnen gegen die preußisch-polnische Gränze anrücken. An der Grenze selbst nehmen die Märsche eine südliche Richtung. So sind erst in diesen Tagen starke Abtheilungen von Kalisch aus über Wielun längs der schlesischen Gränze nach Krakau zu weiter gerückt. Dabei ereignete sich der Fall, daß, als die Truppen von Wielun aus aufbrachen, einige Soldaten sich verspätet hatten. Bei ihrer Ankunft erhielten sie, je nachdem sie früher oder später beim Corps anlangten, im Stehen 20, 30, ja die Letzten sogar 60 Hiebe, wobei ein Mann umsank. So erzählt ein Augenzeuge. (Schles. Z.)

⋊ **Köln**, 15. Dez. Hier ist nach so großer und wiederholter Aufregung eine völlige Abspannung eingetreten. Man ist mit der oktroyirten Verfassung zu einem Ruhepunkte gelangt und möchte am liebsten vor der Hand nichts mehr wissen von Politik. Die mit großer fetter Schrift über jedem Blatte der Neuen Rheinischen Zeitung stehende Inschrift: Keine Steuern mehr! erscheint uns bereits wie eine alte Inschrift aus andern Jahrhunderten. Freiligrath ist Mitredakteur dieser republikanischen Zeitung, welche indessen dem Eingehen nahe ist. Größere Verbreitung findet die für den Katholicismus gegründete Rheinische Volkshalle. Doch wollen manche katholische Familien nichts mehr davon wissen, weil die Zeitung ihnen zu radikal erscheint und zu schonungslos gegen Preußen eifert. Die bevorstehenden Wahlen werden das öffentliche Leben wieder auffrischen. Bereits hat der hiesige Bürgerverein folgenden Aufruf erlassen: „Da in Folge unseres Rundschreibens vom 8. l. M. schon mehr als fünf Vereine sich für die Berufung eines Kongresses ausgesprochen haben, so machen wir schon vorläufig bekannt, daß in den nächsten Wochen in Duisburg oder Dortmund ein Kongreß Statt finden wird über folgende Tagesordnung: 1) Die preußische Verfassung vom 5. Dez. 1848 und deren Durchbildung, im innigsten Anschlusse an die allgemeine deutsche Verfassung, ist fortan das gemeinsame Programm des konstitutionellen Central-Vereins für Rheinland und Westphalen; 2) der Centralverein stellt es sich zur Aufgabe, im Sinne dieses Programmes auf die bevorstehenden Wahlen der Abgeordneten in den beiden Provinzen zu wirken; der Kongreß wird die Mittel und Wege zu diesem Zwecke berathen und beschließen. Wir ersuchen nun die mit uns verbundenen vierundachtzig Vereine, sofort zur Wahl von Kongreß-Deputirten zu schreiten und uns wo möglich vor dem 24. l. M. die Anträge, die sie zur Verhandlung bringen wollen, einzusenden, damit wir die vollständige Tagesordnung im Einzelnen feststellen und allen verbundenen Vereinen nebst näherer Bezeichnung von Zeit und Ort der Versammlung mittheilen können."

Düsseldorf, 15. Dezember. Gen. Drigalski hat heute Folgendes erlassen: Meine Verordnung vom 10. d. M., durch welche die „Düsseldorfer Zeitung" und das „Düsseldorfer Kreisblatt" vorläufig unter Censur gestellt worden sind, wird hierdurch aufgehoben. Zugleich bemerke ich, daß die Aufnahme unwürdiger Besprechungen von Maßregeln königl. Behörden mich zur zeitweiligen Unterdrückung des betreffenden Blattes nöthigen würde. (Düss. Z.)

Bielefeld, 14 Dez. In Paderborn wurde der Redakteur der „Westph. Ztg.", Referendar Löher, eingezogen; ein gleiches Schicksal traf den allgemein geachteten Justizrath Groneweg in Gütersloh. In Essen arretirte man den Lehrer Mühlfeld. Viele andere Männer haben sich der Haft durch die Flucht entzogen, darunter der Oberlandesgerichtsassessor Möllenhof in Münster, der Redakteur des „Volksfreundes", Kaufmann Rempel in Bielefeld, der Artillerielieutenant Hentze aus Hamm. (N. Rh. Z.)

Münster, 14. Dez. Die Kriminal-Untersuchung, welche ursprünglich nur gegen die Oberlandesgerichts-Referendarien Hammacher, Banft und Jakoby, und zwar wegen Aufreizung zum Aufruhr in den Volksversammlungen und Verbreitung aufrührerischer Plakate, gerichtet zu sein schien, hat nun eine Ausdehnung gewonnen, die sich über die ganze Provinz erstreckt. Ganze Züge von Gefangenen werden hierher in die Kriminalgefängnisse geschafft. Es befinden sich unter denselben Personen von einflußreichen Stellungen; im Ganzen beträgt die Zahl der hier in Haft Befindlichen schon über 30. Es sind meist Mitglieder des „westphälischen Kongresses", welcher hier vor etwa drei Wochen seine Sitzungen gehalten hat. (Düss. Z.)

München, 13. Dez. Aus guter Quelle will der Landbote wissen, daß die Kammern auf den 31. Dez. werden einberufen werden. Die Einberufungsschreiben für die Reichsräthe sollen bereits expedirt worden sein.

Man hört mit Bestimmtheit versichern, daß die Erträgnisse des Lotto in das Budget, das dem Landtage vorgelegt wird, nicht mehr aufgenommen sind, so daß demnach dieses verderbliche Spiel mit Ende der laufenden Budgetperiode, Ende September 1849, aufhören würde. (Augsb. Postztg.)

München, 14. Dez. Hiesige Blätter sprechen von Ernennung des Obersten v. Xylander zum Bevollmächtigten Baierns bei der Centralgewalt an die Stelle des mit einer Mission nach Ollmütz abgesendeten Freiherrn v. Closen. Ich kann Sie versichern, daß Frhr. v. Closen zur Zeit noch hier anwesend ist, und auch, daß man von seiner Enthebung von der Stelle als Bevollmächtigter Baierns in den bestunterrichteten Kreisen nichts weiß. (A. Z.)

* **München**, 15. Dez. Der Nürnb. Korr. bringt folgende Mittheilung: Der bisherige Bevollmächtigte Baierns bei der provisorischen Centralgewalt, Freiherr v. Closen, wurde heute von Sr. Maj. dem König zum Staatsrath im außerordentlichen Dienste ernannt. Derselbe wird als außerordentlicher Gesandter des Königs nächsten Sonntag nach Ollmütz reisen. — Ferner berichtet dasselbe Blatt, daß Johannes Ronge nach mehrwöchentlichem Aufenthalt daselbst die Hauptstadt verlassen habe, nachdem die Polizei unter

Hinweisung auf die gegen Ronge sich kundgegebene Gährung, ihn ersucht, seinen Aufenthalt abzukürzen.

Das Regierungsblatt veröffentlicht eine königl. Verordnung, in welchee dem vielfach laut gewordenen Wunsche nach Abänderung der bisherigen Besetzungsweise der Landwehr-Ober- und Unteroffiziersstellen entsprochen und vorbehaltlich einer neuen gesetzlichen Regelung der Landwehrverhältnisse folgendes bestimmt wird: Die Unteroffiziere der Landwehr, mit Ausnahme der Feldwebel, werden von sämmtlichen Mitgliedern der betreffenden Kompagnie aus den Unteroffizieren oder Wehrmännern der Kompagnie gewählt. Die Mitglieder der treffenden Kompagnie wählen die Unter- und Oberlieutenants aus den Ober- und Unteroffizieren oder Wehrmännern des Regiments, beziehungsweise Bataillons. Zur Vornehme dieser Wahlen muß wenigstens die Hälfte der Wahlberechtigten gegenwärtig sein. Die Hauptleute werden von den Mitgliedern der treffenden Kompagnie aus den sämmtlichen Ober- und Unteroffizieren des Regiments, beziehungsweise des Bataillons, gewählt. Zur Vornahme dieser Wahl müssen wenigstens zwei Drittheile der Wahlberechtigten versammelt sein. Sämmtliche Wahlen werden durch die absolute Stimmenmehrheit entschieden. Die Wahl der Unteroffiziere, der Unter- und Oberlieutenants wird von den Kompagnie-Kommandanten, die Wahlen der Hauptleute von den Kommandanten der treffenden Bataillons geleitet.

*** **Vom Neckar**, 16. Dez. Unser werther Nachbar und College, Ihr △-Korrespondent vom Neckar, hat bereits darauf hingewiesen, welche wundersame Trauben heuer in Würzburg gezogen und gekeltert worden sind. Nun kann ich Ihnen auch aus unserm Würtemberg einen Ableger davon aufweisen: der Bischof von Rottenburg hat seinen neuesten Hirtenbrief ohne das Placetum Regium veröffentlicht. „Ein Formfehler," — wenn hier die Form nicht auch alt zugleich wäre; „eine Kleinigkeit," — wenn es in großen Dingen Kleinigkeiten gäbe. Wie die Sachen in Baiern stehen, beweisen thatsächlich die Wahlen zum dortigen Landtag, der anno 49 Herrn von Abel und Herrn von Obercamp zu den Seinigen zählen wird, beweist ein kleines, charmantes, rosa-brochirtes Buch, welches unter dem Titel: „Staat und Kirche," so eben die Hurter'sche Buchhandlung in Schaffhausen verläßt. In dem Buch ist von Allem in der Welt die Rede und von noch manchem anderm; es sind die Grundsätze, die Gemeinplätze aller politischen Parteien so fein untereinander gehackt und zusammengebraut, daß nur eine geübte, scharfe Zunge den eigentlichen Kern herausschmeckt, während für jeden Geschmack seine Würze vorsticht. Unstreitig werden auch die Brüder in den Rheinlanden, wie früher, so jetzt das Ihrige thun, um in dem allgemeinen Durcheinander etwas auf Seite zu schaffen und „die Kirche völlig zu emanzipiren vom Staate." Da wird es denn doch an der Zeit und am Orte sein, ein lautes und wiederholtes: „Garo!" auszurufen. Um so mehr, als manche Regierung in dem alten Wahn steht, die gefährliche und einflußreiche Partei durch stillschweigende Duldung ihrer Uebergriffe für sich gewinnen zu müssen, damit sie nicht mit der politischen Opposition gemeinsame Sache mache. Gewiß, der Fall ist dagewesen, er kann wieder kommen; und doch ist die Alliante zwischen rother Mütze und Kapuze eine viel weniger monströse und unglückliche Mesalliance, als die zwischen Kapuze und Krone.

** **Hannover**, 15. Dez. Wenn es richtig ist, daß unser Land von jeher in politischen Dingen nur langsam in Bewegung geräth, so hat sich dies nicht allein im Verfassungskampfe bethätigt, sondern besonders seit den Märztagen. Die wenigen Exzesse, welche vorgekommen und theils mit sehr harten Strafen, z. B. in Stolzenau, belegt sind, zeigten uns die Wahrheit des Gesagten. Der Weg des Gesetzes ist fast überall eingehalten, wir wagen aber nicht zu behaupten aus eigner Achtung vor dem Gesetze, sondern vielleicht eher wegen der Indifferenz für Aenderungen. Die freie Presse wird wohl mit der Zeit wirken, das Bewußtsein in politischen Dingen wecken und darauf hinarbeiten, daß die alten Polizei- und Strafgesetze beseitigt werden, die noch allesammt in Anwendung sind, aber auch namentlich die Presse sehr drücken. Fast jedes Organ, selbst die hannöversche Ztg. hat Preßprozesse, und theilweise sind mehrwöchige Gefängnißstrafen erkannt, nach altem Verfahren und von alten Beamten. Es wird die Aufgabe der nächsten Stände, die Anfangs Februar zusammentreten, sein, hier reorganisirend einzuschreiten. Nur in den Vereinen regt es sich, sie werden immer zahlreicher besucht und entwickeln viel Thätigkeit, die allerdings auf den wohlhabenden, unter der früheren Regierungsweise materiell sehr genährten Bürgerstand wenig Einfluß hat. In das freie Versammlungsrecht finden sich diese Leute, wie auch die Beamten des alten Regiments, sehr schwer. Vom hiesigen Volksvereine, der über 1700 Mitglieder zählt, ist dem Abgeordneten Dr. Wachsmuth in Frankfurt ein Mißtrauensvotum zugesandt, trotzdem daß einer unserer begabtesten und beliebtesten Redner der vorigen Ständesammlung sich dagegen aussprach, wenn er auch die politischen Abstimmungen des Reichstagsabgeordneten nicht alle rechtfertigen wolle. Hantelmann II. war dieser Vertheidiger, der auch nebst dem Dr. Horges zum Kandidaten des Vereins für die II. Kammer aufgestellt wurde. Gestern fand die Wahl des Lüneburger Reichstagsabgeordneten statt und fiel auf den Hrn. Regierungsrath Lodemann, der 37 Stimmen erhielt, während der freilich nicht anwesende Kandidat des linken Centrums, Dr. Schläger in Hannover, nur 20 Stimmen bekam. Wie wenig sich aber die Wähler recht klar gewesen sein müssen, scheint uns aus der Ersatzmannswahl hervorzugehen, die auf den Gutsbesitzer Lübbecke in Bodenteich mit 32 Stimmen fiel, der im linken Centrum sitzen würde, während natürlich Lodemann mit der rechten Seite stimmen wird.

∼ **Heidelberg**, 18. Dez. Heute haben sich die Mitglieder unsers Hofgerichts hier versammelt, um eine Denkschrift an unsere Regierung zu berathen, welche gegen die in unserer zweiten Kammer projektirten Veränderungen in der Organisation unserer Gerichte gerichtet sein wird. In der That bietet dies neue Project auch wenig Empfehlenswerthes dar, und hat seine Aufnahme wohl hauptsächlich nur der Hoffnung zu danken, Ersparnisse dadurch zu erzielen; — daß die Gerechtigkeitspflege irgendwie dadurch gefördert werde, scheint sehr zweifelhaft, und selbst die gehoffte Wohlfeilheit ist ungewiß. In jetzigen Zeiten sollte man mit Institutionen keine Versuche machen, welche eine so wesentliche Garantie der Rechtssicherheit bieten. — Es scheint jetzt ziemlich gewiß, daß der außerordentliche Bedarf unserer Staatscasse, an circa 6 Millionen Gulden, zum Theil durch Papiergeld, zum Theil durch eine Zwangsanleihe, und sodann durch eine Vermögenssteuer beschafft werden muß. Außerordentliche Zeiten verlangen außerordentliche Mittel; jeder Verständige wird zugeben müssen, daß jetzt solche Maßregeln nicht nach den Grundsätzen beurtheilt werden dürfen, welche für friedliche und ruhige öffentliche Zustände immer Geltung behalten müssen. Nur ein Punkt erregt uns großes Bedenken; die strengeren Normen nämlich, unter welchen die Vermögensfassionen behufs der Vermögenssteuer geschehen sollen; — es läßt sich nicht verkennen, daß, wenn sie eingehalten werden könnten, damit die gerechteste Vertheilung der neuen Steuer erreicht, und aller Besteuerung für die Zukunft ein viel sicheres Fundament geschaffen würde. Es würde aber dazu ein so strenges und genaues Eingehen in die Verhältnisse jedes einzelnen Contribuenten nöthig, wie es der Privatverkehr und Privatcredit nie ertragen hat und nie ertragen wird, am wenigsten in einem Augenblick, wo die politischen Stürme jedem Vermögen so tiefe Wunden geschlagen haben. Wir würden es für weise halten, wenn die Regierung es möglichst vermiede, der Klasse von Staatsbürgern Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben, welche bisher noch am treusten für Recht und Ordnung einstand. Nicht die Höhe der Steuer, welche erhoben werden soll, ist's, welche Besorgniß erregt, sondern das vexatorische des Verfahrens, wodurch die Höhe des Steuerertrags ermittelt werden soll.

△ **Darmstadt**, 16. Dez. Noch niemals war unser neues Ministerium so vollständig am Ministertische versammelt, als heute in der zweiten Kammer: Ministerpräsident Jaup, Justizminister Kilian, Kriegsminister Graf Lehrbach, Ministerialdirektor Freiherr von Schenck. Aber es galt auch eine Lebensfrage, obgleich Jedermann im Voraus wußte, daß kein Minister todt vom parlamentarischen Kampfplatz getragen werden würde — es galt die Prorogation des alten Finanzgesetzes, ob auf die nächsten sechs, oder auf die nächsten drei Monate, oder ob gar nicht. Das Erste hatten das Ministerium und der Ausschuß beantragt; das Zweite wollten die Abgeordneten Görz und Hillebrand und einige dänerliche Abgeordnete; gar nicht zu prorogiren, d. h. die Steuern zu verweigern, beantragten nur die drei wieder Eingetretenen Zitz, Mohr und Behlen. Behlen bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß die Regierung durch die Vertagung im August der öffentlichen Meinung in's Gesicht geschlagen habe, wurde aber dafür vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Im

Uebrigen ging es ziemlich ruhig ab, und nur die beiden Gegenfüßler Wernher und Zitz ließen gegeneinander die feurigen Bomben fliegen. Wernher war dabei moralisch erklärt im Vortheile, was selbst Zitz indirekt eingestehen mußte. Das Ende der mehrstündigen Diskussion war, daß die Kammer den Antrag des Ausschusses, unter den in dessen Bericht angegebenen Voraussetzungen, mit 32 gegen 13 Stimmen genehmigte, dabei aber, nach dem Antrag des Abgeordneten v. Steinherr, ausdrücklich erklärte, daß sie bei dieser Genehmigung von der Voraussetzung ausgegangen sei, es werde trotz dieser 6monatlichen Prorogation die nächste Kammer unmittelbar nach Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes einberufen werden. — Wichtig ist ein vom Kriegsministerium der Kammer vorgelegter Gesetzesentwurf, die Aufhebung der Stellvertretung im Militärdienst betreffend. Unsere Regierung ist die erste, welche dem Beschlusse der Nationalversammlung über Aufhören der Stellvertretung Folge leistet. Aber außer dem Eifer des Gehorsams gegen dieselbe mag auch noch der Umstand dabei wirksam sein, daß die Staatsmilitärvertretungsgesellschaft sich in der größten Verlegenheit wegen des Aufbringens von Stellvertretern befand, indem die eingelegten Versicherungsgelder auch entfernt dazu nicht reichten und man sich in Folge dessen zu vielleicht unerschwinglichen Nachforderungen genöthigt gesehen hätte.

Oldenburg. In der Sitzung vom 13. Dezember wurde die wichtige Frage über die Stellung der in letzter Sitzung beschlossenen Provinziallandtage für Birkenfeld und Eutin zu dem Generallandtage zur Entscheidung gebracht. Es wurde beschlossen, auch für das Herzogthum Oldenburg einen solchen Provinziallandtag anzuordnen, und somit alle drei Landestheile in dieser Beziehung gleichzustellen, jedoch mit der wichtigen Beschränkung, „daß alle gefaßten Beschlüsse der Provinziallandtage durch einfachen Mehrheitsbeschluß eines künftigen Generallandtages jederzeit wieder aufgehoben und abgeändert werden können."

Hamburg, 14. Dez. Vom Alterspräsidenten, Herrn Oberstlieutenant Mettlerkamp, ist heute Nachmittags 2½ Uhr unsere constituirende Versammlung mit einer Rede eröffnet worden. Die von einer Commission schon früher ausgearbeitete Geschäftsordnung wurde in Bausch und Bogen angenommen. Bei der Wahl des Büreaus wurde Hr. Dr. Baumeister, Richter beim Handelsgericht, Präsident, Senator Lutteroth 1. Vicepräsident und Dr. Versmann 2. Vicepräsident. Zu Secretären wurden bestellt, die Herren Doctoren Crapp, Lazarus, Beckendorf und C. W. Schütz, Assecuranzmakler. Wegen der Eidesleistung, die erst morgen zur Verhandlung kommen wird, entspann sich schon heute eine Vordebatte, woraus wir erkennen konnten, welche heiße und langwierige Kämpfe es morgen dieserhalb geben wird.

Großbritannien.

London, 15. Dez. Die Times zeigt „mit vielem Vergnügen" an, daß die Grundlagen des Postvertrags mit den Vereinigten Staaten jetzt definitiv festgestellt seien. Ein Entwurf des Vertrages werde mit dem nächsten Dampfboot nach Amerika geschickt und hier dem Senat zur Bestätigung vorgelegt werden. Die Frucht dieses Vertrags werde eine beträchtliche Ermäßigung des Porto's auf amerikanische Briefe sein.

Wie man in einigen Blättern liest, sieht der Graf von Neuilly (Ludwig Philipp) seit einiger Zeit viele vornehme Franzosen bei sich, die er zur Tafel zieht.

Eine Deputation wartete vorgestern dem Lord Statthalter von Irland auf, um ihn durch eine ziemlich ausführliche Denkschrift zu langweilen, worin darüber Klage geführt wird, daß die römisch Katholischen von den Juries in den letzten Hochverrathsprozessen ausgeschlossen worden. Der hochwürdige Dr. Spratt verlas die Adresse und versicherte bei dieser Gelegenheit, daß nicht weniger als 41,000 Personen, hierunter eine große Zahl Bischöfe und Würdenträger der Kirche, die Adresse unterzeichnet hätten. Lord Clarendon las sodann eine Gegenantwort ab, worin er, wie sich denken läßt, das von dem Staatsanwalt inne gehaltene Verfahren in allen Stücken zu rechtfertigen suchte. Die Abgeordnetrn verbeugten sich sodann und zogen ab. — Der ultramontane Wühler, der Dr. M'Hale, Erzbischof von Tuam, ist nach längerer Abwesenheit in Rom wieder nach Irland zurückgekehrt und wird ohne Zweifel sehr bald die Fäden seiner Intriguen da wieder aufnehmen, wo er sie gelassen hat. In Dublin haben einige katholische Geistliche einen Aufruf erlassen, worin sie ihre geistlichen Brüder zu einer Versammlung in der k. Börse einladen, um darüber zu berathen, „wie sie am besten ihre Trauer darlegen können über die Unwürdigkeiten, deren Opfer der unsterbliche Pius IX. geworden" u. s. w. Inzwischen finden immer noch Verhaftungen statt; so wurde erst am 13. Dez. ein gewisser James Jennings in Kingstown verhaftet, weil er an der letzten Verschwörung der irischen Konföderirten Theil genommen.

Frankreich.

†† **Paris**, 15. Dez. Die Regierung Cavaignac's wurde also durch dieselbe Macht gestürzt, welche sie an die Spitze Frankreichs brachte. Die Männer der Reaktion, welchen die provisorische Gewalt schmeichelte, verwarfen die Schmeichler, die sie nicht mehr brauchten. Cavaignac's Politik hat dem Prätendenten die Präsidentschaft eingebracht. Der General wünschte sehnlichst, Präsident zu werden, aber er beging den groben Fehler, die Demokraten auch dann nach zurückzustoßen, als er sie mit Pulver und Blei gebändigt hatte. Er täuschte sich über ihre Zahl, wenn er glaubte, daß die zehntausend Gefallenen und fast ebensoviel Gefangene sie in ohnmächtige Minorität gebracht hätten. Er anerkannte das demokratisch-republikanische Institut der Urwahlen, wenn er meinte, mit den Stimmen der Besitzenden auszureichen. Der Erfolg der Präsidentenwahl hat die Männer de la veille über das allgemeine Wahlrecht und die Souveränität des Volkes unangenehm aufgeklärt; weder Legitimisten noch Orleanisten vermutheten diese Majorität für Napoleon. Sie gaben ihm ihre Stimmen, um den Republikaner Cavaignac einzuschüchtern und im Netze zu behalten. Sie verlachten das massenhafte Stimmen der Sozialisten für Napoleon, und es ist komisch, die bittersüßen Mienen der Zeitungsleser zu beobachten, wenn sie die Wahlresultate der Provinzen ungläubig und doch vom Factum bezwungen durchgehen. The betrayed betrayers! — In einer Clubrede des Bürgers Deterville findet man die Biographie Louis Napoleon Bonaparte's mit folgenden Worten geschildert: „Sein Name glänzt wie ein Pharus, der die Welt erhellt, über Frankreich und sein Volk. Ist es ein Verbrechen, daß er bei Straßburg und Boulogne mit Lebensgefahr das versuchte, was wir 1832—1834 unternahmen und 1848 vollendeten? Seine politische Stellung hat er nach der Wahl zum Repräsentanten nicht kompromittirt. Er widerstand den Lockungen, und folgte nur dem Rufe seines Volkes. Sein Benehmen war immer makellos, er hat, um Franzose zu bleiben, die Hand der Großfürstin Olga, hat den Thron von Portugal ausgeschlagen. Sein Herz schlug immer für die Freiheit der Völker. Er bewies es, als er an der Spitze der Demokraten von Forli 1831 mit dem Rufe Vive la liberté! die Oesterreicher angriff; als er eine zärtliche Mutter heimlich verließ und den Polen zu Hilfe eilte, welche dem Eisen des Kosaken bald darauf unterlagen. Er blieb lieber ein Gefangener in Ham, als frei und verbannt von Frankreich zu sein; er opferte sein Vermögen der Unterstützung der Demokratie und besonders der von Louis Philipp Proskribirten. Er gab, von Geldmitteln entblößt, eine Vase an vermeil, ein Erbstück von seinem großen Onkel, hin, um mit ihrem Erlös (20,000 Frs.) das Komite der Polen in Bern zu unterstützen. Er setzte sein Leben, während des Exils in der Schweiz, ein, um eine Mutter mit ihren zwei Kindern zu retten, welche ohne eine muthige That in den Bodensee geschleudert und rettungslos verloren gewesen wäre. Im Exil und Gefängniß beschäftigte er sich emsig mit den Wissenschaften und übergab als Früchte seiner Studien ebenso interessante als nützliche Werke der Mitwelt; wie: ein Handbuch für Artilleristen; politische und militärische Beobachtungen; Napoleonische Gedanken; Memoire über die Zuckerfrage; Geschichte der Stuarts; Beseitigung des Pauperismus in Frankreich. — Seine Leiden, sein Exil, seine Gefangenschaft, seine Werke beweisen seine Befähigung zur höchsten Leitung der Interessen unseres Vaterlandes. Könnten wir, so schließt der Redner, dem Neffen des Kaisers unsere Stimmen vorenthalten, ihm, welchem Napoleon von der Himmelshöhe herab die Geschicke Frankreichs eingibt?"

* **Paris**, 15. Dez. In der heutigen Sitzung der Nat.-Vers. wurde ein Dekretsentwurf vorgelegt, welcher dringende Maßregeln anordnet, um das Aufhören des Dienstes auf der Eisenbahn von Paris nach Sceaux zu verhindern. Auf der Tagesordnung war der Vorschlag der Regierung, sie zu ermächtigen, vorläufig ein Zwölftel der Steuern für 1849 zu erheben. Die Diskussion

wird auf morgen vertagt. Ein anderes Dekret, welches verschiedene noch von der Exekutiv-Kommission verfügte Herabsetzungen des Einfuhrzolles auf Nankin, Spiegel, Jod, Sago und Gußeisen-Artikel, durch ein Gesetz regelt, wird ohne Diskussion angenommen. Ein ferneres Dekret, welches die Bezahlung von Prämien und Drawdacks für exportirte Seidenwaaren, künstliche Blumen, Flachs- und Hanfgespinnste bis 31. Dezember 1848 bewilligt, wird ebenfalls angenommen. Die Regierung hat bereits erklärt, daß sie auf keine Verlängerung dieser Begünstigung antragen würde.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 6. Dez. Gleichzeitig mit der Nachricht von der Abdankung Kaiser Ferdinands I. soll ein Ministerialbefehl eingelangt sein, wonach sogleich aus Galizien neue 8 Bataillone zur Verstärkung der kaiserlichen Armee nach Ungarn entsendet werden sollen, worauf auch wirklich von hier aus schon um die Mittagsstunde 12 Munitions- und 1 Bagagewagen unter Eskorte zweier Kompagnieen vom Infanterie-Regimente Graf Eugene den Marsch gegen Ungarn antraten. Unmittelbar darauf fand die feierliche Huldigung der hiesigen Garnison auf dem Platze der Jablonowskischen Kaserne statt. Den 3. d. M. kehrte der ruthenische Domscholaster Kuziemski von seiner an den kaiserlichen Hof nach Ollmütz unternommenen Gesandtschaftsreise zurück und brachte den Ruthenen die erfreulichsten Zusicherungen der baldigsten Erfüllung ihrer Wünsche und der Behebung ihrer Beschwerden, welche hauptsächlich die Theilung Galiziens in zwei, nach den Nationen abgesonderte Gubernien, die Einführung der ruthen. Sprache in Aemter und Schulen und die Gleichstellung der Geistlichkeit des gr. kath. mit jener des lateinischen Ritus betreffen. (Oest. C.)

Agram, 5. Dez. Lippa und Neuarad, zwei der wichtigsten Plätze auf dem serbisch-magyarischen Kriegsschauplatze sind von den kais. Truppen und einer Abtheilung der walachischen Insurrection nach zweitägigem Kampfe den Magyaren entrissen worden. — Auch der serbische Wojwode Suzlikac hat für seine Auszeichnung auf dem italienischen Kriegsschauplatz das Großkreuz des Ordens der eisernen Krone erhalten. — Böhmische Abgesandte haben mit dem Fürsten Alexander von Serbien wegen Colonisirung in den Savegegenden verhandelt und abgeschlossen. Im Frühjahre des kommenden Jahres wollen sie mit zahlreichen böhmischen Auswanderern nach Serbien ziehen, und am gesegneten Savestrand mehrere Dörfer ansiedeln. (C. Bl. a. B.)

Italien.

Mailand, 10. Dez. Der Feldmarschall Radetzky hat die Nachricht von der Thronbesteigung des Erzherzogs Franz Joseph durch nachfolgenden Tagsbefehl der Armee bekannt gemacht:

„Die italienische Armee sah den jugendlichen Erzherzog bei dem Treffen von St. Lucia sich muthig dem feindlichen Feuer aussetzen, sie sah ihn die Strapatzen eines langen, durch schlechtes Wetter beschwerlich gemachten Marsches rüstig und freudig bestehen. Jetzt auf den Thron seiner Väter gesetzt, knüpfen sich die schönsten Hoffnungen an dieses Ereigniß: ein starkes, einiges, freies Oesterreich! Soldaten! Waffengefährten meiner alten Tage! Ich habe euch heute eine große, eine wichtige Mittheilung zu machen. Ihr wißt es, welche schwere und ernste Ereignisse im Laufe dieses Jahres die Monarchie, unser gemeinsames Vaterland, getroffen haben. Se. Majestät unser guter und geliebter Kaiser Ferdinand haben nach reiflicher Ueberlegung sich entschlossen, dem Throne Ihrer Väter zu entsagen, und in dieser sturmbewegten Zeit die Zügel der Regierung in jüngere Hände niederzulegen. Diesem erhabenen Beispiele folgend haben auch Se. kaiserl. Hoh. der durchlauchtigste Erzherzog Franz Karl auf die Thronfolge Verzicht geleistet, und sein Sohn Franz Joseph hat nach den Gesetzen der Erbfolge den Kaiserthron bestiegen. Während unsere Segenswünsche, und warum sollte ich es euch verbergen, meine Theilnahm Ferdinand dem Gütigen in Böhmens alte Königsburg folgen, wohin er sich in die Ruhe des Privatlebens zurückgezogen, bringen wir hiermit unserm neuen Kaiser Franz Joseph I. die Huldigung und den Schwur ewiger und unerschütterlicher Treue dar. Soldaten! Ihr kennt ihn, unseren jugendlichen Kaiser, in euren Reihen hat er jüngst als Soldat seine Laufbahn begonnen. Ihr sahe ihn ruhig und unerschrocken seine Brust den feindlichen Kugeln darbieten, mit euch hat er manche Mühseligkeit, manche harte Stunde frohlichen Muthes getheilt. Er wird sein Heer lieben, und wir werden ihm diese Liebe mit jener unerschütterlichen Treue vergelten, die seit Jahrhunderten Oesterreichs Krieger an den Thron ihrer Kaiser und Könige fesselte. In eurem Namen, im Angesichte des allmächtigen Gottes, dessen schützende Hand den Thron unsere Kaisers in sturmbewegten Zeiten als die jetzige umhüllten, gelobe ich dieses. Unter der Herrschaft Franz Josephs wird unser altes Vaterland, wird die Monarchie sich glänzend und mächtig unter dem Schutze freisinniger, den Bedürfnissen des Volks entsprechender Institutionen entwickeln. Besiegt wird die Anarchie nur dem Innern weichen, und die Tapferkeit der Armee den äußern Feinden beweisen, daß das Reich des Ostens noch unerschüttert in seinen Grundfesten dasteht. Es lebe unser Kaiser und König Franz Joseph I. Radetzky, Feldmarschall."

* **Rom**, 8. Dez. Der „Allg. Ztg." wird von hier unter diesem Datum mitgetheilt, daß die Deputationen beider Kammern mit dem Fürsten Corsini, als Senator Roms, an der Spitze an der neapolitanischen Grenze zurückgewiesen wurden und auf eine an den Kardinal Antonelli gesandte Staffete zur Antwort erhielten: daß es bei dem an den Kardinal Castracani gesandten Breve sein Bewenden haben müsse, und daß man die von dem Papst abgegebene Erklärung als Ultimatum zu betrachten habe. Dem Papst thue es daher leid, die Deputation, welche ihn einlade nach Rom zurückzukehren, nicht empfangen zu können. Dagegen berichtet die „Alba" vom 8. Dez., einer der römischen Abgeordneten sei, jedoch nur nach vieler Mühe, vom Papste vorgelassen worden, der ihm erklärte, er habe ja für die Angelegenheiten des Kirchenstaats bereits durch Ernennung einer Kommission gesorgt. — Nachdem nach Civitavecchia zur Verstärkung des dortigen Forts wirklich Truppen abgegangen, und Mamiani den Befehl ertheilt, etwa landende französische Truppen feindlich zu empfangen, hat die Deputirtenkammer in ihrer gestrigen Sitzung nach Anhörung des Ministers der auswärtigen Angelegenheit feierlichen Protest gegen den Einfall Fremder in den römischen Staaten eingelegt, und die vom Ministerium gegen Civitavecchia zu getroffenen Maßregeln gebilligt, da der Angriff von dort her erwartet wird. In der Erklärung Mamiani's an die Deputirtenkammer (4. Dez.) ist der Ausdruck merkwürdig, er wolle gern das ihm durch Volk und Kammer übertragene Mandat annehmen, fürchte aber, durch die großen Hindernisse, welche ihm die moralische Kraft des flüchtigen Papstes entgegensetze, möchte das römische Ministerium in der Agonie liegen und zu beständiger Unthätigkeit verdammt sein. Aus der ermunternden Gegenrede des Prinzen von Canino heben wir folgende Stelle aus: „Wir wollen das Statut achten, wie es ist, aber die Constituante hier organisiren und die Souveränität des italienischen Volks proklamiren. Das, Ihr Herren Minister, wird die Agonie verhindern, sonst sind wir freilich Leichen." Das geheime Konsistorium, das der Papst halten will, ist, wie verlautet, auf den 10. Dez. anberaumt. Mamiani hat vorläufig auch das Portefeuille der Finanzen übernommen, nachdem Lunati seine Demission gegeben.

Die Mailänder Ztg. enthält zwei höchst schmeichelhafte Handschreiben des Kaisers Ferdinand und des jetzigen Kaisers an Radetzky. Jener nennt ihn den Mann, welchem er es verdanke, die Monarchie in ihrer vollen Integrität seinem Neffen und Nachfolger übertragen zu können; dieser beginnt mit der bescheidenen Wendung, sein erhabener Oheim und Kaiser habe ihn mit einem Vertrauen beehrt, das er noch auf keine Weise zu rechtfertigen vermochte, und bittet den alten Krieger, den er in die erste Linie der erfahrenen und trefflichen Männer stelle, auf deren Rath er baue, seinen noch nicht erprobten Kräften zur Seite zu stehen. Die Erfahrungen, so heißt es in dem kaiserlichen Handschreiben weiter, welche ich unter Ihrer Leitung gemacht, haben mir in Ihnen das geliebte und geehrte Oberhaupt meines heldenmüthigen Heeres gezeigt, eines Heeres, für welches Sie das Beispiel aller Tugenden sind, dessen Treue Sie befestigen, dessen Tapferkeit Sie steigern. Unterstützen Sie den Aufruf, den ich an meine braven Truppen richte, wenn ich ihre Anhänglichkeit in Anspruch nehme, sagen Sie ihnen, wie sehr ich ihr Verdienst schätze, und versichern Sie dieselben meiner aus diesem Verdienste hervorgehenden Gewogenheit. Lieber Graf, ich bitte Sie als Mann von Ehre, stehen Sie mir durch feste Zuneigung und freies Wort bei."

Die Piemontesische Ztg. vom 11. erklärt sich autorisirt, die vom Corriere Livornese gegebene Nachricht von einem Schutz- und Trutzbündniß zwischen Karl Albert und dem Bourbon von Neapel für durchaus falsch zu erklären.

Schweiz.

☽ **Bern**, 15. Dez. Zu den dunkeln Partieen in unserer Tagesgeschichte gehört die Lage des Kantons Freiburg, der vielleicht noch wegen der Conflikte mit dem Bischof Marilley der Schicksalskanton der Schweiz werden kann. Nur das ultramontane „Schwyzer Volksblatt" enthält zuweilen Korrespondenzen, welche in grellen Farben das Elend und den Jammer schildern, welchem die Bevölkerung unter dem jetzigen Willkürregiment preisgegeben sei. Ich will gerne glauben, daß der politische Parteihaß die

Digitized by Google

Faeben zu ſtark aufträgt; aber warum lieſt man keine Berichtigungen? So wurde bei Gelegenheit der Unterdrückung des jüngſten Aufſtandes durch eidgenöſſiſche Truppen zu wiederholtenmalen mit Angabe aller Nebenumſtände der Mord eines alten Mannes duech waadtländiſche Soldaten gemeldet; von einer Unterſuchung hat nichts verlautet, wohl aber ſtand in allen Blättern das Lob, welches der Staatsrath des Kantons Waadt ſeinen Truppen über ihre muſterhafte Disciplin ſpendete. Viele unglückliche Opfer ſchmachten wegen des letzten Aufſtandes in den Zellen des Auguſtinerkloſters bereits ſeit 9 Wochen, ohne daß gegen ſie die Unterſuchung nur angefangen hätte. Herr Lieutenant Weck-Reinold begehrte ſeit Wochen vergebens ein Verhör und der Kerkermeiſter Caſtella, Bruder des Staatsraths, antwortete der jungen bildſchönen Frau Weck: das ſei ein gutes Zeichen, denn wenn etwas gegen ihren Mann vorläge, würde man ihn ſchon verhören, weil man wohl wiſſe, daß derſelbe nach dem erſten Verhör ſogleich entlaſſen werden müßte!! „Gegenwärtig, ſo fährt das Schwyzer Blatt fort, iſt nun die ganze Stadt entwaffnet und früheren Offizieren ſelbſt nicht einmol der Degen gelaſſen worden. Nur die Garde der Regierung hat Gewehre, und in dieſelbe ſind zwangsweiſe olle Beamten eingereiht. Sonſt beſteht ſie aus der niedrigſten Hefe und jeder fremde Geſelle erhält Eintritt und Waffe, und nur die ondersdenkenden Bürger ſind ousgeſchloſſen. Ich könnte Ihnen mehrere Häuſer aufzählen, wo drei bis viermal wegen der Entwaffnung Hausſuchungen unter den empörenoſten Formen vorgenommen wurden; jedee Verdacht reichte hin für einen mitternächtlichen Gendarmenbeſuch. Der erſte Fünftheil des Kontributionsbetrogs iſt entrichtet. Wie brückend dieſe Zahlung iſt, werden Sie leicht begreifen, wenn Sie die gegenwärtigen Zeitumſtände mit ihrem Geldmongel in's Auge faſſen. Dabei wird von Seite dee Betreibungsbeomten jede zivilrechtliche Verfolgung radikaler Schuldner verweigert. Dieſer letztere Umſtond rumirt die vermöglichen Konſervotiven vollends. So wird nächſtens über die Herren Altſtaatsräthe Fourniee und Voillant bos Falliment ausbrechen. Die Preßfreiheit iſt völlig vernichtet. Der „Courrier Suisse" iſt verboten, der Genfer „Obſervateur" iſt verboten, die „Helvetie" iſt verboten, und verboten jede Nummer deutſcher und feanzöſiſcher Blätter, welche unſere Regierung noch Verdienen zeichnen, indem dieſe ſogleich mit Beſchlag belegt werden." — Man ſieht dieſer Schilderung die konſervotive Quelle on; oder die Thatſachen, die nicht widerrulen worden ſind, ſprechen zu laut. Der große ehemalige Jeſuitenpalaſt ſteht leer und verödet; das Haus iſt den Aktionärs zugefallen. — Der Biſchof Marilley iſt ſeiner Haft in Chillon entlaſſen; wohin er ſich gewendet, iſt unbekannt, wahrſcheinlich noch Frankreich. — In Luzern hofft man eine allgemeine Amneſtie, Erlaß, und Rückerſtattung der die alten Großräthe und Freiſchärler betreffenden Summen. In dieſem Sinn ließ ſich auch im letzten Groß-Rath Dr. Kaſ. Pfyffer vernehmen. — Nach den Aorgouer Blätteen iſt die Beſchränkung des Perſonenverkehrs on der Rheingeenze theilweiſe eingetreten, theilweiſe noch zu erwarten. So iſt diefelbe Koiſerſtuhl gegenübee während des dortigen Jahrmarktes gehanbhabt worden. Auch von ondern Orten iſt ſie bekannt gemacht. Von Päſſen und Wanderbücheen ſind nne diejenigen dispenſirt, welche als nächſte Grenzbewohner bekannt ſind. Uebrigens wird in der Regel von Abends 7 Uhr bis frühe 7 Uhr der Eintritt in das Großherzogthum Baden durchaus nicht geſtattet. — Der Bundesrath hat an den Regierungsroth des Kontons Solothurn die Einladung erlaſſen, die ſich in Dornoch aufholtenden und beim zweiten badiſchen Aufſtand betheiligten deutſchen Flüchtlinge Löwenfels, Neff und Thielmann aus der Schweiz auszuweiſen, da dieſelben durch die Schrift: „der zweite republikaniſche Aufſtand in Boden nebſt einigen Enthüllungen über das Verbleiben der republikaniſchen Kaſſen. Baſel 1848 bei Scherb" Beweiſe eines fortgeſetzten feindſeligen Verhaltens auf goſtfreiem Boden gegeben haben. Dieſer Schritt, von welchem der Bundesrath allen Ständen Kenntniß gegeben, iſt für Solothurn um ſo überroſchender, als es verlautet, daß die Betreffenden ſchon ſeit 5 Wochen von Dornoch entfernt ſind. — Dos eidgenöſſiſche Anleihen von 3,300,000 Fr. iſt abgeſchloſſen. Wöhrend ſich die verſchiebenen Kantonsregierungen bei demſelben mit 568,000 Fr. und dee Kanton Zürich nur mit 360,000 Fr. betheiligten, floſſen aus dem Kanton Bern 987,740 Fr., ous Boſelſtadt 531,100 Fr. — Zur Veröffentlichung ſeiner Erlaſſe ꝛc. wird von Neujahr an „ein Amsblatt des Bundesraths" erſcheinen.

Nordamerika.

Newyork, 18. Nov. Die Abreiſe des Herrn v. Gerolt, welcher ſeit mehreren Jahren als preußiſcher Geſandter in dieſem Lande fungirt hat und jetzt durch Herrn v. Rönne abgelöſt worden iſt, hat bei unſerer Bevölkerung, und nicht bei den Deutſchen allein, eine Theilnahme erweckt, deren fremde Diplomaten ſich bei uns nur ſelten zu erfreuen haben. Selbſt die Whigs verſagen ihm ihre Anerkennung nicht; eines ihrer Blätter, der „Courier and Enquirer" bringt fogar einen ousführlichen Artikel zu Ehren des ſcheidenden Gaſtes. Der „Enquirer" gibt Herrn von Gerolt, welcher bekanntlich früher mehrere Jahre preuß. Geſondter in Meriko war, das Zeugniß, doß derſelbe ſeine Verbindungen mit jenem Londe benutzt habe, um die merikouiſchen Machthaber von der Nutzloſigkeit eines Krieges gegen die Vereinigten Staaten zu überzeugen, während er zugleich in Waſhington der Friedenspartei allen Vorſchub leiſtete. Der „Enquiree" erwähnt der Zuneigung, die Herr v. Gerolt durch ſein perſönliches Verhalten bei allen Amerikonern, mit denen er in Berührung kom, erweckte. Die deutſchen Kaufleute in Newyork, dorunter 21 der angeſehenſten Häuſer, haben Herrn o. Gerolt, ehe er uns mit dem Steomer „Waſhington" verließ, eine Adreſſe als Zeichen ihrer Anerkennung für ſeine geſandtſchoftliche Wirkſamkeit überreicht.

Neueſtes.

* **Paris**, 16. Dez. Bis heute Mittog kannte man ſchon ungefähr 6 Millionen Stimmen, von welchen etwo 4½ Millionen auf Ludwig Napoleon Bonaparte als Präſidenten der Republik lauten. Er wird olſo bei dieſer freien Wahl deren mehr für ſich haben ols ſein großer Oheim zum lebenslänglichen Konſulate zählte (damols 3,568,885), wo die Stimmen weniger frei waren. Schon geſtern Abend woren davon nach dee ziemlich outhentiſchen Liſte des Conſtitutionel 4,012,193 für ihn, 996,374 für Cavaignac, ungefähr 200,000 für Ledru Rollin, 25,000 für Raspail und 5000 für Lamartine! Die Gazette de France behouptet, Hr. Emil v. Girordin ſei geſtern Abend nach Petersburg abgereift, um ſich um die Hand der Großfürſtin Helene für unſern neuen Präſidenten zu bewerben. Pius IX. hat unter dem 7. Dezember von Gaeta aus ein Schreiben an General Cavaignac, ols Haupt der Executivgewalt gerichtet, worin er erklärt, er ſei für die ebelmüthige und ſchnelle Erhebung der öltеſten Tochter der Kirche zu Gunſten des Hoheprieſters von Dankbarkeit durcherungen, ohne Zweifel werde ſich bald günſtige Gelegenheit finden, um Frankreich perſönlich ſeine väterlichen Geſinnungen auszuſprechen, und ouf franzöſiſchem Boden mit eigner Hand die Segnungen des Herrn zu ertheilen. Hr. v. Corcelles iſt am 11. von Gaeta in Toulon angekommen. Er begibt ſich hierher. — General Lomoriciere veröffentlicht heute im Monïteur einen Tagesbefehl an die hier liegenden Truppen, worin er ihnen anzeigt, binnen wenig Tagen werde die Nat.-Verſ. den durch das allgemeine Wahlrecht bezeichneten Namen des Erwählten der Nation proklamiren, welchem die Regierung die vorübergehende Gewalt, welche ihr die Verſammlung anvertraute, ols eine geachtete und ſorgfältig bewahrte zu übergeben berufen ſei, weshalb er vor jeder Unordnung, wozu Unruhſtifter etwa verleiten möchten, ernſtlich warne. — Die eom. Deputirtenkammer faßte am 6. Dez. folgenden Beſchluß: „Die Kammer vereinigt ſich mit dem Miniſteeum, um gegen die Maßnahme zu proteſtiren, die der General Covoignoc der franzöſiſchen Nationaloerſammlung in der Sitzung vom 28. Nov. anzeigte." — Die Nationalverſammlung hot geſtern ſtott der vom Finonzcomite vorgeſchlagnen vier Zwölftel nur dewilligt drei Zwölftel der Steuern für 1849 proviſoriſch zu erheben. Die Salzſteuer wird vorerſt nicht aufgehoben.

Madrid 10. Dez. Die Cortes werden am 15. Dez. eröffnet werden. Ein Decret der Königin ernennt der Marquis Miraflores zum Präſidenten, den Prinzen Anglona und den Herzog v. Veragnas zu Vicepräſidenten des Senats (Heraldo.)

* Die Concordia vom 13. Dez. druckt mit großen Lettern: Vincenz Gioberti habe on demſelben Tage eine Conferenz mit König Carl Albert gehobt. Sollte derſelbe, wie hiernoch wahrſcheinlich iſt, in das Miniſterium treten, ſo wäre das ein Sieg der Kriegspartei.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruſe.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 19. Dez. Die österreichische Frage und die neue Opposition. Die Frage vom Reichsoberhaupt.) Wien (Die Preußen in Wien. Unsicherheit. Verurtheilungen. Auersperg. Windischgrätz nach Ungarn.) Innsbruck (Deputation zum Kaiser Ferdinand.) Kremsier (Das Gemeindegesetz.) Reichenberg (Belagerung.) Prag (Hawliczek. Prinz Albert von Sachsen. Militärische Uebergriffe.) Berlin (Die Wahlen. Schlesien. Die „Selbstständigkeit". Hr. v. Kirchmann. Dr. Wasserfuhr.) Brandenburg (Der Landtag aufgelöst; octroyirte Verfassung.)

Frankreich. Paris (National und Reform gegen die Monarchie. Tagesbegebenheiten. Wahlieeren. Verurtheilung von Innigefangenen.)

Spanien. Madrid (Kriegsschiffe nach Italien.)

Italien. (Nichtempfang der römischen Deputation. Ministerielle Erklärung gegen Frankreich und Cavaignac. Erklärung der sardinischen Minister über den Brüsseler Congreß. Pellegrini. Demonstration gegen Oesterreich in Genua.)

Schweiz. Basel (Dr. Steiger und Hr. v. Marschall.)

Türkei. Konstantinopel (Die Donaufürstenthümer.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 19. Dez.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 19. Dezember.

Tagesordnung der 139. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte, und zwar über Artikel VIII. §. 30 und folgende.

Vorsitzender Vicepräsident Wilh. Beseler gibt unmittelbar nach dem Verlesen des Protokolls dem Reichsjustizministee Robert v. Mohl das Wort zue Beantwortung mehrerer Interpellationen. Die erste (von Wesendonck) betrifft die gegen Zitz, Schlöffel und Simon von Trier eingeleitete Untersuchung. Herr v. Mohl erklärt, daß sich das Ministerium jeden Einflusses darauf enthalte und auch über den Stand der Sache durchaus ohne Nachricht sei. Was aber namentlich die beantragte Beschleunigung der Untersuchung über die Septemberereignisse anlange, so sei das zuständige Frankfurter Gericht mit seinen Erörterungen darüber so weit gediehen, daß die ganze Untersuchung noch vor Ende des Dezembermonats geschlossen sein werde.

v. Mayfeld's, Dietsch's (aus Annaberg) und Schoder's Anfragen haben die österreichischen Verhältnisse, die Hinrichtung Robert Blum's und den Belagerungszustand Wiens zum Gegenstande gehabt. Der Minister erwidert darauf:

Jedes Stück des Reichsgesetzblattes wird am Tage seiner Ausgabe sogleich mit amtlichem Begleitschreiben allen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt zur Mittheilung an ihre Regierungen zugefertigt. Dies ist auch mit Nr. 2, welches das Gesetz vom 29/30. Sept. d. J. enthält, geschehen und daß namentlich der kaiserlich österreichische Bevollmächtigte dasselbe richtig erhielt, beweist die Empfangsbescheinigung desselben, welche folgendermaßen lautet: „Der Unterzeichnete beehrt sich in Erwiderung der geehrten Note von gestern den Empfang des Reichsgesetzblattes Nr. 1—3 in den gewünschten hundert Abdrücken zu bestätigen, welche sogleich nach der jedesmaligen Ausgabe an die Provinzialregierungen der österreichischen Bundesländer zur schleunigen Vertheilung an die betreffenden Behörden versandt worden sind, in Zukunft regelmäßig versandt werden sollen." — Ueber den weiteren Verlauf der Einsendung an die kaiserlich österreichischen Behörden von Seiten des kaiserlichen Bevollmächtigten kann natürlich das Reichsjustizministerium keine Auskunft geben; doch darf wohl daran erinnert werden, daß durch den am 6. Okt. in Wien ausgebrochenen Aufstand die österreichische Regierung zum Theil ganz desorganisirt, zum Theil auch der regelmäßige Postenlauf unterbrochen wurde, so daß vielleicht aus diesen Umständen das Nichteintreffen des regelmäßig und rechtzeitig Mitgetheilten zu erklären ist. Die Anfrage des Hrn. Abgeordneten Dietsch und Genossen betrifft den Stand der Blum'schen Angelegenheit. Ich habe darauf Folgendes zu erklären: Laut Berichts der Reichskommissäre Pötzl und Paur ist eine Schlußerklärung des kaiserlich österreichischen Gesammtministeriums in der Blum'schen Angelegenheit in den letzten Tagen endlich erfolgt, allein es ist dieselbe noch nicht in die Hände des Reichsministeriums gelangt. Vor ihrem Eintreffen ist eine vollständige Beurtheilung der Sachlage selbstredend nicht möglich. Das Reichsministerium beabsichtigt, sobald es selbst zu einem Schlusse in Folge der bereits erhaltenen und der noch zu erwartenden Mittheilungen gekommen ist, der hohen Reichsversammlung Alles vollständigst vorzulegen. Was endlich den Belagerungszustand von Wien anlangt, so hat die österreichische Regierung ausdrücklich erklärt, daß sie sich nur mit Widerstreben zur Verhängung von Ausnahmsmaßregeln wider Wien entschlossen habe, und daß sie nicht gemeint sei, die Dauer derselben über die Nothwendigkeit hinaus zu verlängern.

Letze berichtet für den volkswirthschaftlichen Ausschuß über die beantragte Aufhebung des Beegzehntens. Die Abgaben auf den Bergbau haben wesentlich die Natur einer Besteuerung und es kann daher nicht ohne Weiteres zu deren Aufhebung gerathen werden. Dagegen schlägt der volkswirthschaftliche Ausschuß vor, die Lasten des Bergbaus zum Gegenstande einer allgemeinen und gleichmäßigen Reichsgesetzgebung zu machen.

Von den übrigen der Tagesordnung vorangehenden Erörteungen führt keine zu einem beachtenswerthen Ergebniß. Es wird hierauf zur zweiten Lesung der Grundrechte geschritten und ohne Diskussion angenommen:

Artikel VIII. §. 30. „Das Eigenthum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Das geistige Eigenthum soll durch die Reichsgesetzgebung geschützt werden."

In §. 31 wird nach dem Vorschlage der Minderheit des Verfassungsausschusses (Wigard, Mittermaier, Zell, Somaruga, Schreiner, Gülich, Römer) die Bestimmung von der unbeschränkten Theilbarkeit des Grundbesitzes mit 237 gegen 189 Stimmen (durch Namensaufruf) angenommen, wonach der Paragraph in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben wird:

„Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln.

Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig."

Ohne Besprechung und Abänderung gelangt zur Annahme:

§. 32. „Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf."

Durch die neuesten Vorgänge haben sich die Parteistellungen des Hauses wesentlich verändert und getrübt und dadurch ist das Mißtrauen gegen die Abstimmung durch Zettel so stark geworden, daß die rechte Seite des Hauses, Graf Schwerin und v. Vincke an der Spitze, die Zettelabstimmung überall, wo sie beantragt wird, durch den Namensaufruf zu ersetzen sucht. Dies hat zur Folge, daß auch auf die Zettelabstimmungen in den meisten Fällen verzichtet wird, was die Geschäftsbehandlung der zahlreichen Neben-, Unter-, Zusatz- und Verbesserungsanträge einigermaßen erleichtert.

§. 33. „Ohne Entschädigung sind aufgehoben:

1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben.
2) Die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür obliegen."

§. 34. „Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar; ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen." Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden."

Nach der Annahme des obigen Paragraphen wird die heutige Berathung 2½ Uhr Nachmittags vertagt. Die nächste Sitzung findet Mittwoch, d. 20. statt. Gegenstand der Tagesordnung: Zweite Lesung der Grundrechte.

†* **Frankfurt**, 19. Dez. Die neue Opposition hat gestern debütirt! Wer die Bestandtheile kannte, mußte staunen über die wunderbare Koalition. — Es standen nämlich in der Wahl Kirchgeßner's (die nunmehr wohl ad calendas graecas vertagt ist) die Fraktionen der Linken, der Donnersberg, der deutsche Hof, die Westendhall, mit den Baiern und Oesterreichern zusammen, an welche sich die Ultramontanen innigst anschlossen. Die Oesterreicher hatten bis tief in die Nacht hinein berathschlagt — v. Schmerling mit, und überraschten heut durch den plötzlichen

Coup, indem sie sich bei der Präsidentenwahl plötzlich auf Kirchgeßner warfen, der eigentlich zum Vicepräsidenten bestimmt war. — Was die österreichische Frage betrifft, so machte namentlich das Deklamiren über das „Ausstoßen" Oesterreichs einen traurigen Eindruck, da ja Jedermann weiß, daß dieselben schwarzgelben Herren, welche jetzt über die Vorlage des Minister-Präsidenten v. Gagern zur Tagesordnung gehen wollten, dessen Zusatz zu §. 2, 3 der Verfassung, welcher dasselbe beachte, früher billigten. — Man weiß ja ferner, daß, während die Linke an den §§. festhält und gewissermaßen die deutschen Länder Oesterreichs an Deutschland reißen will, die Oesterreicher, ihre Verbündeten, Deutschland mit Oesterreich einverleiben wollen. — Die Frage selbst wird schwerlich vor dem 3. oder 4. Januar zur näheren Verhandlung kommen und also zu allen möglichen politischen Umtrieben noch Gelegenheit sein. Was die Fraktionen der Nationalversammlung betrifft, so treten neun Gruppirungen bereits ein. Es wäre nur zu wünschen, daß die feste Konsolidirung derselben die Politik H. v. Gagern's, der wir gern die deutscheste Auslegung geben, stützte oder nöthigenfalls lenkte und die Fraktionen alles Andere zunächst außer Acht ließen. Dem ist nun leider noch nicht so. Namentlich ist es die Gruppe der Westendhalle, welche mit den Oesterreichern liebäugelt, während sie sonst mit einer Gruppe des rechten Centrums auf einem politischen Boden zu stehen scheint. Vom Kasino wäre Einigkeit und Festigkeit mehr als je zu wünschen.

† **Frankfurt**, 19. Dez. „Ihr sollt uns nicht herausbringen aus der Versammlung!" so rufen mit wahrem Schlachtruf die Oesterreicher und in den Ruf stimmen die Baiern ein und drohen mit hinauszugehen, und die Ultramontanen thun ein Gleiches. Unter diesem ungestümen Geschrei kommen die Norddeutschen nicht zum Worte. Sie halten sich fest an Gagern's Politik, sie sind beschämt von jenem Geschrei, welches ihnen Absichten unterschiebt, die offenbar von den Schreienen selbst genährt werden. Es ist eine Ehrensache für Deutschland, wenn es in den Augen Europa's nicht mit seiner Revolution lächerlich erscheinen will, daß es sich einheitlich konstituire. Es sollte eine Ehrensache der deutschen Oesterreicher sein, dies Werk zu befördern — aber sie hindern es auf alle Weise. Jedes Mittel wird angewendet, um eine künstliche Mehrheit gegen Gagern's Ministerium zu erzeugen, welches ein deutsches, kein habsburgisches ist. Da rücken die österreichischen Abgeordneten schaarenweise an, da schreiben Oesterreicher aus der Heimath aerzweifelnde Briefe an die Linke: „das deutsche Oesterreich unterliegt den Slawen, rettet uns! zieht eure Hand nicht ab!" Noch heute cursirte ein solcher Brief auf der Linken, angeblich von dem Justizminister Bach. Was soll man dazu sagen? Während hier v. Schmerling einer der Hauptführer der Opposition ist, hat vielleicht die russische Politik sich mit der österreichischen schon verständigt über die Mittel, wie der deutsche Einheitsbau zu zertrümmern sei, ehe seine Grundlagen in der Erde liegen.

†* **Frankfurt**, 20. Dez. Der erbliche Kaiser, der lebenslängliche, der zwölfjährige, der Kaiser durch's Loos gewählt, die Teias mit dem Turnus, das Direktorium, der Reichshauptmann, der wählbare Reichsverweser, dies ungefähr waren die Projekte, welche im Verfassungsausschuß vorlagen, und welche er endlich nach langem Disputiren zunächst bei Seite geschoben, um neue Vorlagen zu machen. Der Reichshauptmann, gleichsam nur ein Exekutor des Volkswillens, war ein Produkt der Linken im Verfassungsausschuß gewesen. Das Direktorium ein Baierisches. Natürlich war bei diesem, wie bei der Trias, das Verbleiben Oesterreichs bei Deutschland im alten Verhältnisse angenommen. Wie sich die baierische Politik seit dem August geändert hat! Abermals schien eine Kamarilla ganz artige Pläne auf Salzburg und Tyrol zu haben und liebäugelte nach Frankreich hin, mit nicht undeutlichem Wink, daß Rheinbaiern ihm unbequem liege. Jetzt gibt es für Baiern kein einiges Deutschland ohne Oesterreich mehr und eine unzertrennliche Freundschaft zwischen Oesterreichern und Baiern in ihrer Mehrzahl ist die nächste Folge des Ministeriums Gagern, auf welches das deutsche Volk die letzte Hoffnung seiner Einheitsbestrebungen richtet.

Wien, 11. Dez. Die in Wien wohnenden Preußen beabsichtigen, an ihren König für die ertheilte Verfassung eine Dankadresse zu richten, die nicht nur von Preußen, sondern auch von Oesterreichern die ihnen beistimmen, unterschrieben werden soll. — Fälle von Einbruch, Raub und Mord häufen sich auffallender Weise, obgleich für die Sicherheit der Personen und des Eigenthums in so umfassender Weise gesorgt ist, obgleich zahlreiche und reichliche Patrouillen noch vor Eindruch der Dämmerung ausrücken und alle Straßen durchziehen. Es ist ein Nachtheil der allgemeinen Entwaffnung, daß die Sicherheit des Eigenthums in seiner Folge bedeutend herabsinkt. (C. Bl. a. B.)

* **Wien**, 14. Dez. Die Wiener Z. zeigt an, daß Fr. Sinsler, aus Oesterreichisch-Schlesien, der im Dienste des General Bem die Leitung des Barrikadenbaues in Wien übernommen, zu fünfjähriger Schanzarbeit verurtheilt, von Fürst Windischgrätz aber völlig begnadigt worden ist. Außerdem wurde gestern ein (italienischer) Soldat vom Infanterieregiment Ceccopieri standrechtlich im Stadtgraben erschossen, weil derselbe von seiner Truppe desertirt war und in die akademische Legion sich hatte einreihen lassen. F.M.L. Auersperg ist zum Festungs-Commandanten in Königsgrätz ernannt, woraus man schließt, daß er allerhöchsten Orts in Ungnade gefallen. — Nach der Allg. Z. ist Fürst Windischgrätz mit der Reserve nach Ungarn aufgebrochen. Preßburg sollte am folgenden Tag angegriffen werden. Es ist wieder von der Berufung des Frhrn. v. Kübeck in's Finanzministerium die Rede. Die Minister Stadion und Bach waren in Wien angekommen.

Innsbruck, 8. Dez. Eine Deputation aus der Bürgerschaft Innbrucks wird sich zu Sr. Maj. dem Kaiser Ferdinand und dem Erzherzog Franz Karl begeben, um die Bitte zu stellen, daß Se. Maj. die Gnade haben möchten, Innsbruck zur Residenz zu wählen. (T. B.)

Kremsier. Wir theilen in Folgendem, nach der D. Allg. Z., die allgemeinen Bestimmungen des österreichischen Gemeindegesetzentwurfes mit, unter Vorbehalt weiterer Betrachtungen:

„1) Die Grundfeste des freien Staats ist die freie Gemeinde. 2) Die freien Gemeinden im Staate sind die Orts-, die Gau-, die Bezirks-, die Kreisgemeinden. 3) Der Wirkungskreis der freien Gemeinde ist: a) der natürliche, b) ein übertragener. 4) Der natürliche umfaßt Alles, was das Interesse der Gemeinde zunächst berührt und innerhalb ihrer Grenzen vollkommen durchführbar ist. Er erhält nur mit Rücksicht auf das Gesammtwohl durch das gegenwärtige Gesetz die nothwendigen Beschränkungen. Der übertragene umfaßt die Besorgung gewisser öffentlicher, im Delegationswege vom Staate der Gemeinde angewiesenen Geschäfte. 5) Die Verwaltung der in den natürlichen Wirkungskreis der Gemeinde gehörenden Angelegenheiten steht der Gemeinde selbst zu, welche sich durch die Majorität ihrer Repräsentanten ausspricht. 6) Der Gemeinde bleibt es anheim gestellt, ihren natürlichen Wirkungskreis innerhalb der von diesem Gesetze gezogenen Grenzen durch eine eigne Gemeindeordnung näher zu regeln. 7) Insoweit die richterliche Gewalt der Gemeinde übertragen ist, wird dieselbe von einem hierzu aus ihrer Mitte bestellten Gerichte ausgeübt. 8) Die vollziehende Gewalt sowohl in Bezug auf den natürlichen als auf den übertragenen Wirkungskreis wird durch den Gemeindevorsteher ausgeübt, und er ist in Betreff der letztern der Regierung unter der Haftung der Gemeinde verantwortlich."

Für Deutschland zunächst bemerkenswerth ist der folgende §.:

„Um Gemeindeglied zu sein, ist vor Allem die österreichische, oder insofern der Landestheil zum deutschen Bunde gehört, doch wenigstens die deutsche Staatsbürgerschaft nothwendig."

Reichenberg, 12. Dez. Um der Widerspenstigkeit einiger Dutzends Rekrutirungspflichtiger, so wie mehreren vorgekommenen Steuerverweigerungsfällen ein Ende zu machen, erhält Reichenberg eine Besatzung von einer Division Infanterie. (C. Bl. a. B.)

Prag, 14. Dez. Hawlicek erklärt heute in der Narodni nowini, daß er sein Mandat als Reichstagsdeputirter niederlege. Prinz Albert von Sachsen ist in Prag eingetroffen. (C. Bl. a. B.)

Prag, 15. Dez. Der ungestüme Auftrag des Fürsten Windischgrätz, die Hauptwache der Bürgerwehr dem Militär binnen zehn Tagen einzuräumen, hat unter der hiesigen Bevölkerung einen ungerechten Unwillen hervorgebracht. In der gestrigen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums kam die Sache abermals zur Sprache und es wurden alle hierauf Bezug nehmenden Aktenstücke vorgelesen, aus welchen sich ergab, daß die Bürgerschaft in vollem Rechte ist. In der Note an den General Khevenhüller heißt es: Die Militärbehörden werden für alle Folgen, die aus der gewaltsamen Ausführung dieses Befehls entstehen würden, verantwortlich gemacht. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Militärbehörden den Befehl zurücknehmen, da es sonst leicht traurige Folgen haben könnte. (D. A. Z.)

△ **Berlin**, 17. Dez. Die Wahlagitationen gehen einen schnellen Gang, und haben bereits einen großen Umfang gewonnen. Die geschlagene Partei der Nationalversammlung hat bekanntlich alle ihre Hoffnungen eben auf die Wahlen gesetzt und läßt kein Mittel unversucht, ihr Ziel zu erreichen. In welcher Weise sie wirkt, darüber sind schon Andeutungen gegeben worden. Heute können wir hinzufügen, daß an einigen Orten, namentlich in der

Digitized by Google

Provinz Schlesien, ihre Bestrebungen nicht erfolglos zu sein schienen. Die Demokratie hat in den Städten daselbst, zum Theil sogar auf dem Lande, festere Wurzel geschlagen, als man bisher glaubte. Möglich wäre es indeß andererseits auch, daß der besonnene Ton, den jetzt die schlesische und die Breslauer Ztg. einschlagen, eine günstige Wirksamkeit üben könnte. Günstig in Bezug auf die Wahlen lauten die Nachrichten aus der Rheinprovinz und aus Preußen; die politische Bildung ist dort wirklich weiter vorgeschritten. — Der General v. Bonin und die übrigen preußischen Offiziere, welche in schleswig-holstein'sche Dienste getreten sind, wollen, wie es heißt, ihre gegenwärtige Stellung aufgeben und nach Preußen zurückkehren. Grund soll der Umstand sein, daß die schleswig-holsteinische Regierung das Verfahren des Generals in der bekannten Insubordinationsangelegenheit durch Niedersetzung eines eigenen Kriegsgerichts gleichsam mißbilligte. — Die Maßregeln des Generallieutenants v. Drigalski in Düsseldorf, wodurch derselbe die Düsseldorfer Tagespresse einer Censur unterwarf, sind hier nicht gebilligt worden. Sind wir recht berichtet, so wäre Herr v. Deigalski nicht allein veranlaßt, jene Maßregel zurückzunehmen, sondern wäre diese auch Schuld, daß demselben ein Nachfolger gegeben werde. Eine Suspendirung der Düsseldorfer Blätter hätte gerechtfertigt sein können, nicht aber eine Censur derselben. — Herr Waldeck, der bekanntlich Geheimer Ober-Tribunals-Rath ist, besuchte gestern zum erstenmal wieder die Sitzung des Geheimen Ober-Tribunals. Nach dem Schluß der Sitzung traten die sämmtlichen Mitglieder (außer Herrn Waldeck) zusammen, um über die merkwürdige Angelegenheit Berathung zu pflegen. Man kam indeß zu keinem Resultate; ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. — Die Auslegung des Wortes „selbstständig" in dem bekannten Artikel der neuen Verfassung, welcher von den Wahlen handelt, ist bereits auch in einem Ministerrathe Gegenstand der Erörterung gewesen. Wie man vernimmt, so hätten die Minister sich dahin entschieden, daß man die definitive Bestimmung des Begriffs den künftigen Kammern überlassen und die bevorstehenden Wahlen ganz nach dem Wahlgesetze vom 8. April vornehmen lasse. — In den einzelnen Bezirken haben sich bereits Wahl-Comités zu den bevorstehenden Wahlen gebildet. Alle Parteien sind diesmal ungleich thätiger als das letzte Mal und es steht jedenfalls ein sehr harter Wahlkampf in Aussicht. Die Abspannung, welche jetzt die Presse zur Schau trägt, herrscht auch im Publikum. Berlin ist so leer an Bewegung, selbst so leer an Neuigkeiten, daß man sich um viele Jahre zurückversetzt glaubt. Sogar die Entscheidungen, die sich in Frankfurt vorbereiten, werden kaum geachtet, viel weniger lebhaft durchgefühlt und lebhaft durchgesprochen. Man könnte fast irre werden an dieser Apathie, wenn man auf die leidenschaftliche Bewegung zurückblickt, die uns seit dem März dieses Jahrs in Hoffnung und Besorgniß hin und hertrieb. — Die Landräthe Reuter und Bauer sind noch nicht suspendirt, wie in mehreren Blättern berichtet war; doch ist gewiß, daß die Preiseingesessenen auf diese Suspensionen angetragen haben. — Der ehemalige Abg. v. Kirchmann, Vicepräsident des Oberlandesgerichts in Ratibor, soll weder seine Entlassung eingereicht, noch sich pensioniren lassen, sondern abwarten wollen, welchen Beschluß man seinetwegen fassen werde. Sicherm Vernehmen nach wird der Generalarzt des zweiten Armeekorps, Dr. Wasserfuhr, an die Spitze des gesammten preußischen Militär-Medizinalwesens gestellt werden. — Die Landwehr wird, wenn keine besonderen Umstände eintreten, zu der Zeit, wo die Wahlen eintreten, wieder in ihrer Heimath sein.

Bernburg, 15. Dez. Heute ist der Landtag durch das Ministerium aufgelöst und ein Landesverfassungsgesetz veröffentlicht worden. Die bezügliche Bekanntmachung lautet:

„Wir Alexander Karl, von Gottes Gnaden regierender Herzog zu Anhalt ꝛc., fügen hiermit zu wissen: Nachdem wir den unter dem 25. Juni d. J. veröffentlichten Entwurf zum Landesverfassungsgesetze der zu dessen Berathung berufenen Versammlung der Volksvertreter hatten vorlegen lassen, hat dieselbe einen andern Entwurf dazu ausgearbeitet. Es haben darüber Verhandlungen zwischen dem Landtage und unserm Ministerium stattgefunden, worauf uns dieser Entwurf zur Ertheilung unserer Sanction überreicht worden ist. Wir hatten denselben erwogen, mußten aber zu unserm Bedauern Bedenken tragen, alle darin enthaltenen Bestimmungen zu sanktioniren. Der Landtag hat sich inzwischen durch einen am 29. v. M. erlassenen, unserer Ehre und Würde tief verletzenden Beschluß ganz außer Stand gesetzt, über das Verfassungswerk ferner mit uns zu verhandeln. Wir haben bei dieser Lage der Sache, und um den Staatsangehörigen die Vortheile, welche eine wahrhaft zeitgemäße constitutionelle Verfassung ihnen gewähret, bald zu verschaffen, und um sie über die künftige Gestaltung der Verhältnisse des Herzogthums sofort zu beruhigen, beschlossen, nach den mit dem Landtage stattgefundenen Berathungen und Vereinbarungen mit den für nöthig erachteten Abänderungen und Modifikationen, beziehentlich nach den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung ein Landesverfassungsgesetz für das Herzogthum zu erlassen, welches unterm heutigen Tage promulgirt werden soll. Wir wollen, daß dieses Landesverfassungsgesetz auf dem nächsten ordentlichen Landtage einer Revision unterworfen werde, und werden wie gern die Hand dazu bieten, dabei alle zulässigen und dem wahren Wohle des Landes zuträglichen Verbesserungen eintreten zu lassen. Die Staatsangehörigen werden aus dem Inhalte des gedachten Gesetzes entnehmen, daß ihnen die verheißenen Rechte und Freiheiten vollständig gewähre worden sind. Wir werden unser unablässiges Streben dahin gerichtet sein lassen, daß sie der Segnungen der Verfassung durch die aus derselben hervorgehenden neuen organischen Einrichtungen und durch die Erlassung der darin verheißenen neuen Gesetze, baldigst theilhaftig werden; und haben das Vertrauen, daß alle Bewohner des Herzogthums, von denen wir auch in der letzten Zeit so viele, nun uns mit dankbarem Herzen erkannte Beweise von Anhänglichkeit erhalten haben, in ihrer alten bewährten Treue beharren werden. Wir erwarten aber auch, daß von jetzt an Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit da, wo sie gestört waren, in vollem Maße wiederkehren werden und haben unsere Behörden angewiesen, hierauf mit allen dem Staate zu Gebote stehenden Mitteln kräftig hinzuwirken. Da die Wirksamkeit des Landtags nach der von uns über die Sanktion der Verfassung gefaßten Beschlußnahme aufgehört hat, so haben wir den Schluß seiner Verhandlungen unter heutigem Tage angeordnet, zugleich aber wegen baldiger Einberufung eines neuen ordentlichen Landtags die nöthigen Befehle erlassen. Ballenstedt, 14. Dez. 1848. (L. S.) Alexander Karl, Herzog zu Anhalt. v. Krosigk.

Frankreich.

* **Paris**, 16. Dez. Das Siecle widerspricht auf das Entschiedenste den umlaufenden Gerüchten, als hätte ein oder das andere Mitglied der bisherigen Regierung Ludwig Napoleon seine Dienste angeboten. — Der National enthält heute einen Tendenzartikel, der zum Zwecke hat, die Vorzüge der republikanischen vor der monarchischen Regierungsform auseinander zu setzen. Die Reforme spricht aus einem noch ganz andern Tone. Sie erwähnt der Gerüchte von Auflösung der Nationalversammlung, als deren Mission erfüllt sei, und begnügt sich nicht, die entgegengesetzte Ansicht zu rechtfertigen, sondern sie sagt: wir leben de jure wie de facto in der Republik und wenn Jemand diese Republik angreift, so werden wir sie mit den Waffen vertheidigen, wenn er auch das allgemeine Stimmrecht für sich hätte und wie in der Minorität wären.

Der berühmte Archäolog und Hellenist Letronne ist gestern im Alter von 61 Jahren gestorben. — Die Union will wissen, der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten werde die meisten bisherigen diplomatischen Agenten abrufen, und alte Diplomaten, wie die Herren Walewsky, Piscatori u. A. dafür ernennen. Das Zuchtpolizeigericht hat gestern den Exconsularagenten Thouars, wegen thätlicher Beleidigung des Unterstaatssekretärs Hetzel in dem Vorsaale der Nationalversammlung, zu drei Monaten Gefängniß und einer Geldstrafe von 500 Franken verurtheilt. Die Assemblee nationale zeigt an, Marschall Bugeaud und General Changarnier, die seit Jahren entzweit gewesen, hätten sich ausgesöhnt. Ein Abendblatt meldet, die Nationalversammlung werde den General Cavaignac zur Würde eines Marschalls von Frankreich erheben, und ihm das Kreuz der Ehrenlegion überreichen.

Für die von der Nationalversammlung bewilligten $^3/_{12}$ auf 1849 wird dem Finanzminister ein außerordentlicher Kredit von 430 Millionen Franken eröffnet. Die Abgeordneten sind übrigens sichtlich zerstreut, und bei den Verhandlungen kaum aufmerksamer als das Publikum. — Das Lamartinische Blatt „le Bien public" wird eingehen. Von dem „Courrier français" wird dasselbe behauptet. — Ledru Rollin soll ein Pistolenduell mit Carlier gehabt haben, den er in seiner letzten Rede in der Nationalversammlung so bitter angriff, und Letzterer dabei geblieben sein, wir geben diese Nachricht, weil sie hier verbreitet ist, ohne sie jedoch zu verbürgen.

†† **Paris**, 16. Dez. Die Geburtswehen sind vorüber, die belle France hat ihr Präsidentchen zur Welt gebracht. Sie ahmte die oerzeihliche Schwäche vieler Mütter nach, indem sie einen klingenden langen Namen für ihr jüngstes Kind hervorsuchte. Ein schöner Name ist ein guter Passeport durch's Leben, eine wohlfeile Eintrittskarte in's Leben. Wär dieser Louis Napoleon nicht Bonaparte gewesen, wer hätte daran gedacht, ihn den Lamartine, Cavaignac und Rollin vorzuziehen? Gewiß kein Franzose. „Mon Dieu! sont ils bêtes? Ils ne sont pas Français, ceux là!"

hörte ich gestern eine ganz anständige Dame sagen, nachdem sie sich mit zwei Anhängern Cavaignac's gestritten, die ihren Schützling nicht um den Klang eines Namens opfern wollten. Zwei Flaneurs bekämpften gegenseitig ihre Wahlen. Der eine warf den Wahlzettel auf den Boden, trat mit dem Fuße darauf und ergänzte die Pantomime mit den Worten: „Cavaignac à boue." Die Straßen waren seit einigen Tagen en mosaique mit weißen Papierfetzen ausgelegt. Ueberall händigten Jungen den Vorübergehenden Wahlzettel ein, je nach ihrer Partei. Die Empfänger zerrissen die Zettel, wenn nicht der Mann ihrer Wahl darauf gedruckt war. Bei allem dem hat das unruhigste Volk der Erde die ruhigste Präsidentenwahl vollzogen. Nirgends eine Störung, ja noch mehr, in vielen Distrikten zogen die Wähler unter Trommelschlag zum Wahlplatze, um einstimmig für Napoleon zu votiren. Leider ruht diese Einstimmigkeit der Wahl nicht auf Einstimmigkeit der Gesinnung. Viel teuflischer Spuk steckt hinter den Wahlintriguen, viele sehen den Namen Napoleon wie einen Zauberbecher an, aus dem ebenso leicht ein Kaiser Napoleon, wie ein Henri V., ein Joinville, ja wohl gar seiner Zeit ein Raspail heraushüpfen kann. In Frankreich hat jede Partei ein gleiches Rechtausmaß zur Revolution, und es dürfte nächstens gesehen werden, daß bei'm Umschwung der Verhältnisse die Antipodrn statt gegenfüßeln — gegenköpfen. Vom Militärgerichte wurden gestern drei Junigefangene zum Tode verurtheilt. Ein Korporal und zwei Voltigeurs vom 24. leichten Infanterieregiment, welche sich bei'm Sturm auf eine Barrikade in dem Faubourg du Temple feig in nahe liegende Häuser versteckten und dann bei Bekannten verkleideten, und so arretirt anfänglich für Insurgenten gehalten wurden, worauf sie ihre Schmach selbst eingestanden. — Ob man keine Gesetze für Bestrafung flüchtiger Gesetzgeber in den gesetzgeberischen Versammlungen entwerfen wird?

Paris, 16. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 77. 60; 3pCt. 47. 25; Neue 77. 25; Neapol. —. —; Bankaktien 1700. —; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. 26½; 3pCt. inländische — —; St. Germain Eisenbahn-Aktien 350. —; Versailles, rechtes Ufer 122. 50; linkes Ufer 115. —; Paris-Orleans 715. —; Paris-Rouen 445. —; Orleans-Bordeaux 380. —; Orleans-Vierzon 240. —; Rouen-Havre 190. —; Marseille-Avignon 195. —; Straßburg-Basel 87. 50; Nordbahn 380. —; Paris-Lyon (Certifikate 75); Paris-Straßburg 340. —; Römisches Anlehen 66.

Bei lebhaftem Geschäfte und vielen Ankäufen gegen baare Bezahlung für Privatleute hielt die Tendenz zum Steigen an und machte weitere Fortschritte. Das Vertrauen ist vollkommen zurückgekehrt. Römisches Anlehen stieg um 2 pCt., 5pCt. belgische (1840 u. 42) um 1 pCt. (82) um eben so viel die spanische auswärtige Schuld. Die meisten Eisenbahnaktien folgten der Bewegung der Rente.

Spanien.

Madrid, 10. Dez. (Sonntag. Keine Börse.) In allen Kirchen öffentliche Predigten und Gebete für die Rettung des Papstes.

Madrid, 10. Dez. Die „Epoca" von Cadix meldet, von hier aus sei Befehl gegeben worden, alle Kriegsschiffe, welche sich in dem dortigen Hafen befinden, in Stand zu setzen, und nach den Küsten von Italien abzusegeln.

Italien.

* General Bavo soll seine Entlassung gegeben haben und der brave schweizer General, Dufour, an seine Stelle treten. — In Genua wurde am 10. Dez. der zweite Säkulartag des über die Oesterreicher erfochtenen Sieges mit vielen und heftigen Demonstrationen gegen die letzteren, so wie gegen das gegenwärtige sardinische Ministerium, gefeiert.

Aus **Rom** meldet der Corriere mercantile vom 13., man befürchte daselbst eine Gegenrevolution. Da dieses Blatt mit den gegenwärtigen Zuständen daselbst sympathisirt, so ist diese Nachricht, welche, wie es weiter sagt, von glaubwürdigen Personen mitgetheilt worden, von Wichtigkeit.

Nach neueren Nachrichten hat der Papst die römische Deputation in Gaeta nicht empfangen. In der römischen Deputiertenkammer vom 6. Dez. donnerte der Minister des öffentlichen Arbeiten in Antwort auf eine Interpellation, und in Gegenwart von 51 Abgeordneten gegen Frankreich und General Cavaignac, in dessen Worten in der französischen Nationalversammlung er Widersprüche finden wollte. Daß man die Flucht des Papstes, welche erst in der Nacht vom 24. Nov. stattgefunden, schon am 26. zu Paris gewußt habe, beweise die Connivenz Frankreichs u. s. w. Er werde, fuhr er fort, mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote ständen, der fremden Invasion widerstehen, er werde feierlich gegen diesen Schimpf protestiren, welcher der ganzen italienischen Nation angethan werden solle. Der Minister schloß mit folgenden merkwürdigen Worten: Nehmen Sie keinen Anstand, meine Herren, Ihre Stimmen mit den unserigen zu vereinigen und seien Sie gewiß, daß Sie im Sinne des Fürsten sprechen werden, denn Pius IX., der wegen seiner Sanftmuth so berühmt ist; er, der Wiederherstellrr der italienischen Einheit, er, welcher den besondern Segen des Allerhöchsten auf Italien herabflehte, er kann unmöglich an der Spitze fremder Truppen in Rom einziehen und sich auf einen Thron setzen wollen, welcher von Bajonetten umgeben wäre, die nicht von seinen Kindern getragen werden. Der Prinz von Canino bemerkte hierauf, man müsse zwischen der französischen Nation und den Machthabern, die sie unterdrücken, unterscheiden. Cavaignac liebängle mit Rußland, mit Oesterreich, mit England. Hierauf wurde der Beschluß angenommen, den wir bereits unter Paris mitgetheilt haben und von dem Präsidenten zugesagt, daß der Bericht über die italienische Constituante am folgenden Tage vorgelegt werden soll. In der Sitzung der Turinee Deputiertenkammer vom 11. Dezember, wo der Minister in Beziehung auf die Freilassung des zum Abgeordneten gewählten Pellegrini in Genua überstimmt wurde, kamen sie auch wegen des Brüsseler Kongresses in's Gedränge. Sie gestanden selbst, das Programm des neuen Wiener Kabinets weiche von der Grundlage der Vermittelung ab, auch könne das Ministerium die Absichten der vermittelnden Mächte am Ende nicht ergründen, indeß sei zu vermuthen, daß sie nur auf den Kongreß eingegangen seien, weil sie die Einwilligung Oesterreichs als eine stillschweigende Annahme jener Bedingungen betrachtet, auf welchen zu bestehen sie förmlich erklärt hätten.

Im Verlaufe der Sitzung sprach sich der Abgeordnete Forti noch heftig gegen Pius IX. aus, der die Sache Italiens verriethe und gegen Radetzky, der — Kommunismus predige. Pellegrini wurde durch eine Staffette benachrichtigt, daß er frei sei und erwartet werde, und das Ministerium hat als solches wohl zum letzten Male gesprochen.

Schweiz.

Basel, 17. Dez. Seit gestern befindet sich Hr. Dr. Robert Steiger und Freiherr von Marschall, badischer Gesandter in der Schweiz, wieder hier, wie man glaubt, zur Verhandlung über die Flüchtlingsangelegenheit. (B. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 29. Nov. Die Willfährigkeit der Pforte, im Sinne Rußlands die Frage der Donaufürstenthümer zu entscheiden, hat lange auf sich warten lassen. Endlich hat sie sich gefügt, allein à contre-coeur; denn während Rußland die Häupter der Empörung einziehen und nach seiner Manier exemplarisch bestrafen, auch von keiner Reform irgend einer Art etwas wissen will, zeigt die Pforte, nach Wiederherstellung der sogenannten Ordnung, eine Neigung zur Milde und eine große Bereitwilligkeit, die wirklichen Uebelstände zu beseitigen und die gerechten Wünsche des Volkes so viel möglich zu befriedigen. Es ist jedoch unschwer zu errathen, wer in seinen Planen obsiegen wird. (D. A. Z.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 19. Dezember.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 71½; 2½pCt. ditto 37½; Bankaktien fl. 1210*; fl. 500. Loose 125; fl. 250. Loose 75; Badische fl. 35. Loose 25⅝; Hessische Rthlr. 40 Loose 25¾; Polnische fl. 500 Loose 71¼; Kurhess. Wilh.-Nordbahn 40¼; Berbach 66½. Köln-Minden 79⅞; 3pCt. inländ. Span. 19⅛; 4½pCt. Württ. 93¼; 4½pCt. Belg. 75½; Holl. 2½pCt. Integrale 47⅝.

Für österr. und belg. Fonds, 3pCt. Spanier und bad. Loose waren bessere Preise zu bedingen. Im Ganzen zeigte die Börse keine besondere Lebhaftigkeit.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 20 Brandgasse, Paris Nr. 29 Rue Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Ober-Post-Amt-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 336 Frankfurt a. M., Mittwoch 20. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Frankreich's Zukunft.

Deutschland. Frankfurt (Der österreichische Ausschuß. Neues Parteiprogramm.) Vom Main (Das Programm H. v. Gagern's.) Wien (Adressen gegen Personalunion. Der Reichstag. Friedensanträge Kossuth's. Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Baron Recsey.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) (Prag (Verlauf der Exzesse in Klattau.) Münster (Verhaftungen.) München (Der bevorstehende Landtag.) Karlsruhe (Prinz Friedrich nach Ollmütz. Die Haltung der Kammer.) Aus Baden (Heidelberger Universitätszustände.) Altenburg (Wahl des Bürgerwehrkommandanten.) Flensburg (Die Zustände auf Alsen. Petitionen.) Hamburg (Spaltung in der konstit. Versammlung.)

Italien. Rom (Mamiani und Sterbini. Verzögerung der Krisis.)

Schweiz. Bern (Die Uebernahme des Bundessitzes. Die Sendung Dr. Steiger's. Hr. Munzinger. Der Schutzherr des Papstes.)

Dänemark. Kopenhagen (Rüstungen.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Der Präsident Taylor. Beschuldigungen gegen ihn. Sein muthmaßliches Kabinet. Das Goldland in Kalifornien.) Mexiko (Anarchie. Geldverlegenheit der Regierung. Bürgerzwist in Tampico. Der Krieg mit den Indianern an den Grenzen und in Yukatan.) Haiti (Kriegszug des Präsidenten gegen den spanischen Theil der Insel.) Venezuela (Niederlage des Generals Paez. Palmerston für Mosquito.) Ecuador (Schilderhebung des Generals Flores.) Buenos-Ayres (Ein deutscher Geschäftsträger ausgewiesen.)

Neueste.

20. Dezember.

Frankreich tritt in den nächsten Tagen in eine neue Bahn, sowohl in Hinsicht auf innere Verwaltung, als auch auf die Stellung zu dem Auslande. Die Wahl ist entschieden, Napoleon's unbedeutender Neffe ist mit größerer Mehrheit gewählt, als einst der große Kaiser selbst. Die amtliche Bekanntmachung der Abstimmung, die Einsetzung des Präsidenten in seine Würde, sind nur Förmlichkeiten. Man spricht von einem Ministerium: es ist aus dem alten Juste milieu genommen, mit dem Beisatz eines Legitimisten (Fallour, für den Unterricht.) Die eigentlichen Führer jener Partei, der Konservateure, stehen noch im Hintergrunde, mit der Hoffnung, sobald als möglich hervorzutreten. Doch sind alles dieses nur noch Vermuthungen, der künftige Präsident hat noch durch Nichts sich angekündigt, als durch die Nachricht, daß der öffentliche Zug der Trümmer des alten Kaiserheeres nach dem Grabe in dem Invalidentempel dieses Jahr (17. Dez.) nicht stattfinden werde, um keine Unordnungen zu veranlassen. Wir können noch gar nicht voraussehen, wohin er sich wenden wird und wer zuerst enttäuscht werden soll; denn dieses ist nothwendig der erste Akt, wenn eine, aus solchen heterogenen Elementen bestehende Koalition den Sieg erfochten hat. Dann entsteht immer die Frage, wer zu demselben am meisten beigetragen! Leicht könnte dann der Präsident seinen Verbündeten entgegenhalten, daß dies allein sein Name, seine Persönlichkeit, die Thätigkeit der von ihm besoldeten Agenten gethan. Die konservative Aristokratie wird ihm wohl antworten, daß dieses alles leere Schatten sind, wenn hinter ihnen nicht ihre Wesenheit steht, daß mit jenen für ihn stimmenden Bauern und Volksmassen der Staat nicht regiert, die Fonds nicht auf der vertrauenerweckenden Höhe gehalten werden können. Aber ist dieser Louis Napoleon der Mann, der dieses begreift und in seiner Erkenntlichkeit bis zur Abhängigkeit gehen wird?

In Einem wird die Coalition noch einig sein: in der Entlassung der Nationalversammlung. Die Republikaner waren darüber einverstanden, dieselbe neben Cavaignac noch einige Monate fortbestehen zu lassen, als ein Mittel die Gewalt, d. h. die Republik, fest zu begründen. Aber mit einem gegen ihren Willen gewählten Präsidenten kann die Nationalversammlung nicht bleiben. Die in ihr liegende höchste Souveränität ist mit einem solchen unerträglich, und in jedem Konflikte zu gefährlich. Von vielen Seiten wird die endliche Auflösung derselben gewünscht. Diejenigen, welche die Republik nicht wollen, können ihr das Princip des allgemeinen Stimmrechtes, die Eine Kammer, die Menge von Schwächen nicht verzeihen, zu welchen sie ihre demokratische Richtung geführt hat. Auch ließe sich wohl nicht leicht ein Zeitpunkt erwarten, welcher zu einer Wahl in einem andern Geiste geeigneter wäre, als jetzt, wo noch Alles in der fieberhaften Aufregung sich befindet. Oft hörte man schon klagen, daß diese konstituirende Versammlung sich zu verewigen strebe, und an vielen Orten wünscht man bald in den Fall zu kommen den mittelmäßigen Abgeordneten durch einen tüchtigern ersetzen zu können; viele werden sich frei von dem Drucke der Republikaner fühlen, dem sie im Monat März sich nicht zu

entziehen wagten, und jetzt andere Wahlen treffen. Diese ihre Lage scheint auch die Versammlung zu begreifen, wie aus ihren letzten Sitzungen hervorgeht, welche so gehaltlos und schwach sind. Wer aber kann auf dieses Volk zuletzt mit Sicherheit zählen, wenn man sieht, wie leicht es sich als Werkzeug des Parteigeistes gebrauchen läßt? Auch wissen dies die Republikaner, und mit großer Emsigkeit wird überall nach den Agenten geforscht, welche die Abstimmung für den Präsidenten geleitet, um sie bei der nächsten Wahl unschädlich zu machen. Allerdings werden die Verwaltungen große Aenderungen erleiden; aber die Wahlen haben doch Manche in einflußreiche Stellen gebracht, welche ihnen nicht entzogen werden können. Vieles wird auch davon abhängen, ob die republikanischen Parteien sich unter sich vereinigen werden; denn Ledru Rollin grollt seinen alten Freunden, daß sie seine letzten Bankette nicht unterstützt haben, welche ihn wieder in das Gedächtniß des Volkes zurückrufen sollten.

In den Verhältnissen zu dem Auslande könnte wohl auch Manches anders werden. Frankreich sieht wieder der Gründung einer Dynastie entgegen, und wenn anders der Gründer der Berechnung fähig, wird diese neue Ordnung, das Interesse einer Familie, sich an ähnliche Interessen in den übrigen Staaten anschließen. Scheint es doch überhaupt, als wenn die Geschicke der Völker mehr und mehr wieder nach den Interessen der Herrscherfamilien entschieden werden. Oder wenigstens, als wenn die Völker ihre Neigungen und Abneigungen, ihre Wünsche und Bestrebungen an die Namen ihrer Herrscherfamilien knüpfen und Hohenzollern und Habsburg als Losung gebraucht werden, an die sich, wie an Welfen und Ghibellinen, die verwickeltsten und unklarsten Gegensätze knüpfen. Von einem Kriege wird auch unter Louis Napoleon zunächst nicht die Rede sein, und der Aar wird dieses Mal als zahmer Vogel auftreten. Haben ihm doch die vergangenen Jahre schon hinreichend die Fittiche beschneiden können! Aber die Politik der Regierung wird sich weniger an die Institutionen der auswärtigen Staaten anschließen, als an die herrschenden Häuser, und es dürfte wohl Niemand sich wundern, wenn über Deutschland hinaus die Hand bis nach Petersburg hingereicht würde, wenn von Italien weiter keine Notiz genommen wird. Denn so weit glauben wir nicht das Bewußtsein des Volkes gesunken, daß es wieder den fliegenden Adler auf die Fahnen steckt und ihnen nachzulaufen sucht. Hat auch die Armee in dieser Absicht gewählt, so ist damit nicht gesagt, daß das Volk in dem Gewählten die Tüchtigkeit glaubt gefunden zu haben, welche zu einer solchen Rolle befähigt. Sollte er indessen die Stimme des Landes nicht hören, so sind Mittel genug vorhanden, die „letzten Strahlen von St. Helena" untergehen zu lassen. Vielleicht wird der Fehler, welchen die National-Versammlung gemacht, als sie ihn, den Prätendenten, zuließ, schon in der nächsten Zeit berichtigt und die Napoleoniden stehen möglicher Weise dem Exile näher, als dem Throne.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 20. Dez. Die Wahlen der Abtheilungen zur Niedersetzung eines Ausschusses für die Begutachtung der Gagernschen Ministerialvorlage, die nach dem Schlusse der gestrigen Sitzung stattfanden, sind auf folgende Herren gefallen: Barth aus Kaufbeuern, a. Buttel aus Oldenburg, Christmann aus Dürkheim, Giskra aus Wien, Hildebrand aus Marburg, Kirchgeßner aus Würzburg, v. Linde aus Mainz, Makowiczka aus Krakau, Paur aus Augsburg, Rheinwald aus Rottweil, Reitter aus Prag, v. Samaruga aus Wien, M. Simon aus Breslau und Venedey aus Köln. Wer an der fünfzehnten Stelle gewählt worden, ist uns noch nicht bekannt. Aber unter den Genannten kann das Ministerium Gagern kaum auf vier gesicherte Stimmen rechnen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 19. Dez. Wir sind im Stande, die vorläufigen Hauptgrundsätze der von der bisherigen Majorität abgezweigten Fraction mitzutheilen und lassen sie hier folgen:

1) Wir erachten es als Aufgabe der verfassunggebenden Reichstages — so beginnt das Programm — die Einheit des ganzen Vaterlandes zu begründen und alle seine Bestandtheile auf der Grundlage freisinniger Institutionen im Bundesstaate zu vereinigen.

2) Die Nationalversammlung ist für die Begründung der deutschen Reichsverfassung das legale Organ des deutschen Volkes, sie ist in dieser Beziehung selbstständig. Dies schließt nicht aus, daß mit den Regierungen der Einzelstaaten ein Vernehmen stattfinde, und daß besondere Verhältnisse der letzteren nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Verständigung, wo sie nöthig, muß erfolgen, ehe sich Mißverständnisse in schroffen Gegensätzen befestigt haben.

3) Wir werden dem Partikularismus entgegentreten, so er die Einheit und Macht des Gesammtstaates gefährdet, dagegen wollen wir das Recht der einzelnen Stämme und Staaten zur Wahrung ihrer Interessen und zur Entwickelung ihres besonderen Lebens innerhalb der im Interesse der Einheit nöthigen Schranken gewahrt wissen.

4) Der Verein wird dahin trachten, die Vollendung des Verfassungswerkes möglichst zu fördern, alle Hemmungen des Hauptzweckes abzuwehren und durch gleiche Billigkeit gegen alle deutschen Stämme, durch Erstrebung des Erreichbaren und praktisch Brauchbaren der Verfassung die Aufnahme in das Leben der Nation zu sichern.

Wir wollen eine lebendige Einigung und Verbrüderung aller Deutschen ohne Rücksicht auf Süd und Nord, auf Stämme, Stand oder Glaubensbekenntniß; darum soll Alles vermieden werden, was Stammesvorurtheile erregen, was die Interessen und Gefühle einzelner Stämme verletzen, was den konfessionellen Frieden stören könnte. Wir wollen Einigung durch Versöhnung der Gegensätze, Ausgleichen der Interessen und Rechtsgleichheit für Alle.

*** **Vom Main**, 19. Dez. Haben Sie Heinr. v. Gagern's Ministerialprogramm schon verglichen mit seinem Doppelgänger und Vorläufer? — Auch Hr. v. Schmerling wollte mit Oesterreich verhandeln; Sie haben Ihren Lesern seinen darauf bezüglichen Antrag mitgetheilt *). Er fühlte, daß ihm das rechte Vertrauen abging und dachte sich Gagern zuzugesellen. Die Umstände fügten es so, daß er zurücktrat und Gagern seine Stelle einnahm. Bringt der Nachfolger uns eine neue Politik? Man sollte es denken, wenn man die Oesterreicher zurückstoßen sieht, was sie vordem wünschten, und Andre mit Jubel aufnehmen, was sie kürzlich verschmähten. Wird man es glauben, daß Hr. v. Schmerling seine eigne Maßregel mit allen Mitteln factiöse Opposition bekämpft, so daß rechtliche Männer der eignen Partei, der eignen Landsmannschaft, sich erzürnt abwenden von denen, die den ehrenvollen Namen des abgetretenen Staatsmannes in solche Intriguen hereinzieh'n? Soll man glauben, daß Hr. v. Schmerling sich hineinziehen läßt, ja mit gutem Willen hineintritt, blaß weil ein andrer ausführt, was er gewollt? Vielleicht führt diese Betrachtung zum wahren Unterschied zwischen Schmerling und Gagern, zwischen Unterhandlung und Unterhandlung. Zu Tage aber liegt der Unterschied nicht. Vielmehr, wenn man bloß auf das Ziel der Unterhandlung sieht, muß man bekennen, daß Schmerling's Antrag dem günstigen Erfolg weniger präjudiziete, als das Gagern'sche Programm. Den Angelpunkt desselben sehen wir im vierten Satze, wo die Stellung Oesterreichs zu Deutschland so gefaßt wird: Oesterreich steht zu dem von der provisorischen Centralgewalt repräsentirten Deutschland in einem unauflöslichen Bunde, tritt aber in den Bundesstaat nicht ein. Was kann man in Oesterreich Besseres wünschen? Wir dachten, der unauflösliche Bund sei in einer innern Umwandlung begriffen, alle seine Glieder, Oesterreich nicht ausgenommen, hätten an der Umwandlung Theil genommen und müßten sich ihrem Resultate fügen, oder, im besten Falle, ausscheiden. Wir können das mit um so besserem Gewissen sagen, als wir niemals die Forderung der Vereinbarung von uns abgewiesen haben. Aber die provisorische Centralgewalt war auch vereinbart und kann zumal von Oesterreich nicht ignorirt werden, ist auch, so lang man sie brauchen konnte, nicht ignorirt worden. Befindet sich Oesterreich zu dem von ihr repräsentirten Deutschland heute in der obigen Alternative, entweder einzutreten, oder pure auszuscheiden, und wählt es das Letztere, so wären wir in der vortheilhaften Lage, ihm günstige Bedingungen darzubringen, ihm das Bündniß anzubieten, das es nöthiger bedarf als wir. Statt dessen räumt man ihm den Fundamentalsatz ein, der jede Verhandlung geradezu unmöglich macht. Welche Basis könnte sie haben? Es gibt nur drei Möglichkeiten: Der alte Bund von 1815, die §§. 2 und 3 der neuen Reichsverfassung und das österreich. Ministerialprogramm. Weder der

*) Nr. 330 Beil.

erste noch dies Letzte läßt eine Vereinigung, eine Transaktion mit dem mittlern zu; wohl aber verbinden sich das erste und dritte unter sich, eins beruft sich auf das andre, und die Unterhandlung räumt die Berufung gleich von Anfang ein! Wie soll hier ein Resultat entstehen? Die Unterhandlung muß entweder schmählich scheitern, und das würden die slawische Partei in Oesterreich und die militärischen Machthaber wünschen — obee sie wird hinausgezogen, und dies würde der Kabinetspolitik ähnlich seden — hinausgezogen, bis Oesterreich mit Ungarn fertig wäre, bis in Frankeeich der neue Heerscher mit den alten Dienern eine neue dynastische Politik verfolgt, bis Preußen weich genug gemacht wäre, um abermals den andern Mächten die Schleppe zu tragen. Dann wäre der rechte Zeitpunkt — um die deutschen Angelegenheiten zu ordnen. Auf der andern Seite wäre jetzt die rechte Zeit, um Oesterreich energisch abzusagen: jetzt, wo es in Ungarn beschäftigt ist, wo die Ungewißheit über die Dinge in Frankeeich Alles in Spannung hält, wo Preußen sich doch vielleicht durch die Größe seiner Zukunft gewinnen, derbeizehen ließe zu dem, was andere suchen würden! Man müßte ja an allee menschlichen Größe, an aller politischen Anlage verzweifeln, wenn es nicht der Fall wäre! — Aber nehmen wir an, die Negeciation würde angenommen und zu einem Ziel geführt. Was könnte dies nach dem Obigen sein, als eine Aenderung der §§. 2 und 3 der Reichsverfassung, d. h. eine lockere Verfassung, die uns zum Alten zurückführt? Und wie würde es denn mit dem fünften Satz des Programms? Kann man sich denken, daß an diesen Verhandlungen die andern interessirten Mächte unbetheiligt blieben, die alle die lose Bundesform wünschen, läßt es sich erwarten, daß die Ausnahme auf Oesterreich beschränkt bliebe, wäre nicht der Anfang zu dem Congreß gemacht, der über die deutsche Verfassung entschiede? Wenn das diplomatische Gespinnst einmal begonnen ist, was nützt dann die Vollendung der Verfassung in Frankfurt? Wir glauben, es ist H. v. Gagerns Meinung, die §§. 2 und 3 zu ändern, für Oesterreichs besondere Stellung diese Ausnahme zu machen, wie er es in seiner früheren Rede dargelegt. Der erste Satz des Programms führt uns darauf. Wann machte Oesterreich diesen Anspruch, von dem darin die Rede ist? Oesterreich ließ im Ministerialprogramm keinen Zweifel, machte keine Forderung und keinen Anspruch, sein Verhältniß bezeichnete es als das alte Bundesverhältniß. Die österreichischen Abgeordneten waren es, die jenen Anspeuch machten, denen Gagern damals zu Gefallen redete, die nämlichen Abgeordneten, die heute mit faktiosem Ingrimm den Vorschlag verwerfen, an den sie damals sich angeklammert. Das ganze Programm steht, wie uns scheint, auf dem Standpunkt jener Debatte, ohne Rücksicht auf das große Faktum, das sich seitdem zugetragen; die Oesterreiche dagegen stehen nicht mehr auf jenem Standpunkt und pochen auf das Faktum, das sich zugetragen. Was ist dies Faktum? Vor Kurzem stand noch Volk gegen Volk; heute steht uns in Oesterreich nicht Volkspolitik, sondern Kabinetspolitik gegenüber. Die Regierung ist im Augenblick allmächtig, was man zu ihr sich zu versehen hat, das scheint leidee den Lenkern der Dinge bei uns nicht klar, obwohl die Parteuntriguen vor unsern Augen dem gleichen trüben Quell entfließen. Gagern's Anhängee scheinen das Programm anders anzusehen; sie sehen dahintee günstigen Erfolg oder baldigen Bruch, nachdem dee letzte gütliche Versuch gemacht worden. Sie vertrauen ganz auf Gagern, auf die Weise, wie er die Sache hinausführeen wird. So nehmen sie von ihm, was sie von Schmerling verschmähten, wie die Gegner von Gagern verschmähen, was sie von Schmerling wollten. Mögen die Freunde Gagern's bedenken, welchen Rückhalt die Gegner haben, und daß Gagern keinen Rückhalt hat, als sie. Daß ein einzelner Mann ohne feste Partei eine ungeheuere Aufgabe nicht vollführen kann, die allgemeine Passivität ihm auflegt, das haben Rossi und Cavaignac in warnenden Beispielen gezeigt. Möge die Partei Gagern's zusammenhalten, sie muß die Politik des Ministerums stützen, lenken und im Notdfall ersetzen können.

△ **Wien**, 13. Dez. Die Abreise des Fürsten Windisch-Grätz hat sich wiedee verzögert, sie soll erst morgen Abend erfolgen. — Der Angriff gegen Ungarn hat noch nicht begonnen, wohlunterrichtete Personen bezeichnen den 18. als den zum Vorrücken bestimmten Tag. — Im Ministeeium des Kriegs ist Hofrath Komees zum Untersaatssekretär ernannt. Ee ist ein früherer Protegé Metternich's, unter dessen Patronat er eine schnelle Carriere bis zum Hofrath machte. Hieraus können Sie auf seine politische Farbe schließen. Ee soll bedeutende odministratioe Kenntnisse und organisirendes Talent besitzen. — Ueber dem Reichstag in Kremsier zieht sich eine Wetterwolke zusammen; wenn er, wie es den Anschein hat, den vom Finanz-Ministee begehrten Kredit von 80 Millionen nicht bewilligt, so dürften ihm nach dem Vorgange in Brandenburg die Thüren vernagelt weeden. — Heute früh um 7 Uhr fand wieder eine Exekution Statt, die erste, worüber man keine Glossen machen kann, wenn es wahr ist, daß der Verurtheilte ein Soldat war, der aus Rache seinen Offizier erschoß.

Ich vernehme soeben, daß Kossuth den Grafen Festetits zu dem Banus Jellacic mit Vermittelungsanträgen sandte; der Banus wies ihn aber an den Fürsten Windisch-Grätz nach Schönbrunn, wo er bereits in Begleitung des Grafen Hompesch, Adjutant des Banus, angelangt ist.

△ **Wien**, 15. Dez. Auch das dritte Armeekorps hat sich bereits gegen Ungarn in Bewegung gesetzt. Gestern zogen die letzten Truppen ab. Die Abreise des Fürsten Windisch-Grätz ist gestern wirklich erfolgt, nachdem sie einen eneuecten Aufschub durch die Ankunft des Ministerpräsidenten erfahren hatte, der eine nochmalige Revision dee Manifeste an die Ungarn (des Kaisers Franz Joseph und des Fürsten Windisch-Grätz) mit dem Fürsten vornahm. Beide Manifeste liegen in dee Staatsdruckerei bereits gedruckt, doch wird über deren Inhalt, wenigstens für Wien, das tiefste Geheimniß beobachtet. — Privatbriefe bringen die Nachricht, daß Kaschau und Eperies von den k. Truppen unter General Schlick besetzt seien. Die Bevölkerung, meistens aus Slowaken bestehend, soll das k. Militär mit Jubel empfangen und in festlichen Umzügen die von den Ungarn in jenen Gegenden errichteten Galgen verbrannt haben. — Ebenfalls auf Privatwegen kam die Nachricht, daß eine Abtheilung des zweiten Armeekorps bei einem vereinzelten Angriffe eine kleine Schlappe erlitten; übrigens wurden gestern zwei ungarische Fahnen als Trophäen hierher gebracht. — Böhmen hat an Rekrutirungen, Pferden, Geld und Proviant für die Expedition gegen Ungarn das Unglaubliche geleistet. — Endlich hat sich ein Ehrenmann gefunden, welcher es wagt, trotz der Partei, dee er angehört, die Wahrheit zu sagen. Dieser seltene Mann ist Bacon Reeley, der in der gestrigen Wiener Zeitung die Anschuldigungen selbst widerlegt, welche das Sudelblatt „die Geißel" in Betreff seiner Gesangenhaltung auf der Aula im Monat Oktobee auf die lügenhafteste Weise ausgesprochen hat.

Wien. Die Wahlmänner des 1. Wahlbezirks der Stadt Wien haben sich gegen die dekanaten §§. 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung in zwei Adressen entschieden und einstimmig ausgesprochen. Die eine Adresse ist durchaus im Sinn des österreichischen Ministerialprogramms an den Kaiser, die andere als Vertrauensvotum an den österreichischen Abgeordneten in Frankfurt, Dr. Eugen v. Mühlfeld gerichtet, weil er bei der österreichischen Frage gegen die Personalunion gestimmt. — In gleichem Sinne haben 120 Wahlmänner des Wahlbezirks Klosterneuburg an das österreichische Ministerium eine Vertrauensadresse gesendet, dagegen an ihren Abgeordneten Eduard Bauernschmid ein Mistrauensvotum zu erlassen beschlossen, weil er für die Annahme der §§. 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung gestimmt hat.

** **Kremsier**, 14. Dez. Der Präsident zeigt an, daß am 12. d. sämmtliche Abtheilungen mit der Voeberathung der Grundrechte zu Ende gekommen sind, seence daß die Finanzkommission sich bereits über den Antrag des Finanzministers geeinigt habe und einen Antrag darüber dem Hause vorlegen weede. Alois Fischer und Hawliczek haben ihe Mandat niedergelegt. Der erste nimmt in einer sehr warmen und herzlichen Rede Abschied von der hohen Reichsversammlung. Er schildert in gedrängten Zügen die Schicksale des Herzogthums Salzburg, und bittet, der hohe Reichstag möge diesem Lande Gerechtigkeit widerfahren lassen, damit es eine eigne Landesvertretung erhalte, die ihm nach den vorangeschickten historischen Andeutungen von Rechtswegen gebühre. Hierauf kam bei Berathung der Geschäftsordnung zur Sprache, ob den Ministern das Ablesen eines Vortrages zu gestatten sei, das den Abgeordneten untersagt ist. Graf Stadion erklärte, daß dee Ministee gewöhnlich nicht in seinem Namen, sondern im Namen des Ministeriums spreche, und daß es daher zur Vollständigkeit und Genauigkeit nothwendig sei, dergleichen Vorträge abzulesen. Der Ministee beachte als Abgeordnetee in diesem Sinne ein Amendement ein, welches angenommen wurde. Von der Kommission wurde ein neuer Paragraph beantragt: „Die

Person des Monarchen darf nie in die Debatte gezogen werden". Borrosch protestirt dagegen, so lange die Constitution nicht vollendet ist, da man dierdurch verhindert würde, bei Berathung der Constitution die Beziehungen des Monarchen zum Volke und zur Verfassung festzustellen. Neumann beliebt Borrosch, daß es nicht in diesem Sinne gemeint sei, man will nur die Unverletzlichkeit des Monarchen auch in der Debatte sicher stellen. Bei Festsetzung der Tagesordnung für die nächste auf den 18. Dez. anberaumte Sitzung fiel der Antrag auf Berathung der Grundrechte durch. Der Antrag der Finanzkommission, das Rekrutirungsgesetz und das Gesetz für die Unverletzlichkeit die Reichstagsdeputirten werden auf die Tagesordnung gesetzt.

Prag, 14. Dez. Ueber den Verlauf der Exzesse in Klattau vernimmt man, daß die Husaren, um allen weiteren Konflikten, die bei der großen Erbitterung der Einwohner als unvermeidlich erschienen, vorzubeugen, am 13. zeitlich die Stadt verließen, und auf Befehl des Generals, Fürsten Schwarzburg-Rudolstadt, den Marsch bis Pilsen in einem Tage machen mußten, von wo sie dann nach andern Stationsorten im Leitmeritzer und Rakonitzer Kreise abmarschiren werden. Die Untersuchung über die Vorfälle ist eingeleitet. (Böhm. Bl.)

Münster, 12. Dez. Leider dauern die politischen Verfolgungen fort. Der hier in den Tagen des 18. und 19. November getagte s. g. Demokraten-Congreß hat sich in einen Gesangenen-Verein umgewandelt. Außer den hier in Haft genommenen Hauptmitgliedern jenes Congresses bringt man von allen Seiten Verhaftete ein. Sogar in dem so conservativen Münsterlande bestehen fast in allen Städtchen s. g. demokratische Vereine. Von Horstmar wurde der Actuar von Wiedenbrück, Präsident des dortigen demokratischen Vereins, eingebracht, in Telgte sind zwei Lehrer, ein katholischer und ein jüdischer, in Dülmen der Kommandeur der dortigen Bürgerwehr, ein gewisser Keller, verhaftet und hierher gebracht worden u. s. w.

A **München**, 15. Dez. Es ergreift mich eine Art peinlichen Gefühls, da ich Ihnen über den Ausgang der Wahlen zu unserem nächsten Landtage Bericht erstatten soll. Seit einer langen Reihe von Jahren haben wir über unser schlechtes Wahlgesetz geseufzt, das durch den hohen Census, den es ebenso für passive, als für aktive Wahlfähigkeit festsetzte, durch das Prinzip der Wahl nach Ständen und durch den Grundsatz, daß kein Abgeordneter außerhalb des Bezirkes, in welchem er ansässig war, gewählt werden konnte, eine gute Wahl unmöglich machte. Unser letzter Landtag hat uns ein neues Wahlgesetz gebracht, das den Anforderungen der Zeit mehr entsprach, und man glaubte einer neuen Kammer mit Beruhigung entgegensehen zu können. Die Wahlen sind beendigt — und wie sind die Hoffnungen getäuscht! Daß von der früheren Kammer nur Wenige wieder gewählt wurden, das ließ sich wohl erwarten; aber daß von beinahe anderthalb hundert Abgeordneten nur elf zurückkehren würden — das war doch kaum vorauszusehen. Der Landtag wird beinahe durchaus neu zusammengesetzt sein und zwar aus Männern, welche weder in parlamentarischem Wesen, noch in den Geschäften bewandert sind. Verhältnißmäßig die größte Anzahl der Gewählten gehört dem Stande der katholischen Geistlichen und dem der Bierbrauer an. Eine bedeutende Anzahl liefert der eigentliche Bauernstand und die kleinen Gewerbtreibenden, weil die Wähler dachten, Niemand könne die Interessen dieser Klassen besser vertreten, als wer denselben angehöre. Ueber die Partei, welche alle diese Männer ergreifen werden, läßt sich bei der größtentheils gänzlichen Unbekanntheit derselben mit einiger Gewißheit nichts sagen. Sehr viel wird davon abhängen, welche Stellung der ehemalige Minister v. Abel einnehmen wird, da er durch Talent und Rednergabe, wie durch die ihm unbedingt ergebenen Geistlichen jedenfalls einen bedeutenden Einfluß auszuüben hat. Die demokratische, wohl besser gesagt, republikanische Partei wird etwa ein Drittel der Versammlung ausmachen. Das Bedauerlichste ist, daß bei dem beinahe gänzlichen Mangel an Intelligenzen das Centrum sehr schwach sein wird. Mancher sieht mit banger Besorgniß, jeder mit Spannung der Eröffnung eines so g. bildeten Landtages entgegen, der für die theils schon errungenen, theils verheißenen Freiheiten gesetzliche Grundlagen schaffen soll, der ebenso das Verhältniß zu Deutschland in seiner Mitte zur Sprache bringen muß, und so sehr Baiern wie für das gesammte Vaterland von keiner geringen Wichtigkeit sein wird.

† **Karlsruhe**, 18. Dez. Wenn man die Verhandlungen einiger jetzt einberufenen deutschen Ständekammern, namentlich der würtembergischen und nassauischen durchgeht, so kann man kein Urtheil darüber gewinnen, wohin die Majorität derselben sich neigt. — Erfreulicheres bietet die Haltung der badischen zweiten Ständekammer. Hier findet man noch immer den Kern einer Majorität, welche nicht engherzig an der eigenen, kleinen Scholle haftet, aber auch ebenso wenig die veränderte, zum Theil untergeordnete Stellung verkennt, welche die Stände eines deutschen Einzelstaates jetzt einzunehmen haben; man findet nicht den scheinbaren, sondern den redlichen Willen, eine wahrhaft demokratische Verwaltung von oben bis unten im Staate einzuführen, man stempelt hier nicht den bewährten Volksmann von dem Augenblicke, wo er ein Portefeuille übernommen hat, zum Volksverräther oder wittert Reaktion in jeder Maßregel der Regierung. Dabei nimmt man von den Mitgliedern der äußersten Linken ein wenig Inkonsequenz ohne großes Erstaunen hin, da ja ohne solche diese Partei nicht bestehen kann. So wenn Hr. v. Itzstein, der sich mit der Freundschaft Hecker's brüstet und die politische Richtung eines Gagern, Dahlmann, Römer bekämpft, hier im Ständesaal sein Vertrauen zu den einzelnen Ministern ausspricht und ihnen Weihrauch spendet, oder wenn Hr. Kapp bei jeder Gelegenheit seine Verehrung dem Minister des Innern, Hrn. Bekk, bezeigt. Welche Auffassung die badische Kammer in deutschen Fragen zeigt, hat erst vor wenigen Tagen die Diskussion über die Interpellation Häussers gelehrt; einstimmig sprach sich die Kammer, worin freilich die Matadore der äußersten Linken nicht anwesend waren, gegen alles sonderbündlerische Treiben aus. Wohl dachte man hierbei und sprach es auch bei der Berathung mehrfach aus, daß andere deutsche Ständeversammlungen in gleicher Weise voranschreiten würden, allein bis jetzt hat sich noch keine gleiche Stimme vernehmen lassen. Wir erwarten von den wahren Vaterlandsfreunden in Kassel, Wiesbaden, Stuttgart und vor Allem in München, daß sie Badens Kammer nicht allein stehen lassen in einer Frage, wo die National-Versammlung der Unterstützung der Einzelstaaten gar sehr bedarf. — Uebermorgen wird wahrscheinlich die letzte Kammersitzung vor Neujahr gehalten werden; ungefähr am 8. Januar sollen die Stände wieder zusammentreten.

† **Aus Baden**, 14. Dez. *) Zum Schlusse unserer Betrachtungen über die Zustände der Heidelberger Universität einige Worte über die Hauptsache, das Curatorium. Es hat langehin ein eigentliches Curatorium nicht bestanden. Die Angelegenheiten der Universität waren einem Rathe im Ministerium übergeben, der kurz vorher oder nachher vielleicht die Straßen und Wasserbauten oder irgend einen anderen Verwaltungszweig besorgte. Das nannte man bisweilen Universitätspflege. Nun ist seit einigen Jahren einem Manne, der hohen Orts in hohem Grade persona grata und ein angenehmer Regierungsbeamter gewesen ist, das Curatorium von Heidelberg übertragen worden; dieser oberste Fall gehört zu jenen vielen geringeren Fällen, wo Heidelberg für eine persönliche Rücksicht einen Posten einräumen muß, gleichviel wie gut oder schlecht es dabei fährt. Der Erfolg konnte füglich kein anderer sein, als daß man jetzt allgemein wünscht, die Universitätssachen wären lieber der Straßen- und Wasserbauverwaltung beigeordnet geblieben. Unter solchen Verhältnissen wenigstens war es, daß der Universität im Laufe einiger Jahre, von Kortüm und Spengel zu schweigen, Bangerow, Pfeufer, Henle, Gervinus zugeführt wurden, und Dahlmann berufen werden sollte, eine Richtung und ein Erfolg, der gewiß um so mehr zu loben ist, als diese sämmtlichen Vocationen, außer Bangerow's, gewissermaßen supernumeräre waren, die nicht durch Lücken, durch Ausfälle veranlaßt waren, sondern die von dem Hauptgrundsatze einer richtigen Universitätspflege ausgingen, daß man das Gute überall her auch im Ueberflusse an sich ziehe, wohin es immer zu erhalten ist. Mit diesen Berufungen vergleiche man die Ergebnisse der Jahre des gegenwärtigen Curatoriums. Die Berufungen von Hundeshagen und Mohl waren dringende Bedürfnisse, sollen aber darum nicht minder anerkannt werden. Daneben aber Zell, Schürmayer, Rauschenplat — es wird schwer hier keine Satyre zu schreiben. Die offenen Lücken, die Spengel, Lewald, Mohl zurück ließen, wurden nicht ausgefüllt; für die Mängel in den juristischen, mathematischen, philosophischen Fächern geschah nichts; für die Ermunterung einer Unzahl von Extraordinarien und Docenten nichts.

*) Vergl. Nr. 316, 323, 325, 329, 331.

Dabei fehlt es nicht an Mitteln. Die verfügbaren Summen mögen nicht groß sein, allein um so unverzeihlicher ist es, sie bei solchem Bedarf zins- und wucherlos liegen zu lassen. Wir haben angedeutet, wie namhafte Gelehrte in Heidelberg ohne alle Besoldung geblieben sind; während man für unverdiente Zulagen, für Sanskrit und gerichtliche Medizin und alles Unwesentliche und Ueberflüssige Mittel vorfand, sind die wohlverdientesten jungen Männer der juristischen und philosophischen Fakultät ignorirt worden. Einmal war die Rede davon, an sämmtliche Extraordinarien Gehalte von 200 fl. auszutheilen. Einige waren so ehrendaft, sich mit aller Energie dagegen zu verwahren, um doch nicht als besoldete Staatsdiener unter die Pedellen gestellt zu werden. Seitdem triffe sie der Bann der gänzlichen Nichtbeachtung. Es wäre eine Frage, welches das verkehrtere Verfahren war, das beabsichtigte oder das befolgte. Aber warum heben wir dieses Einzelne heraus oder tragen wir dieses Wenige nach? Alles, was wir in unseren früheren Artikeln gesagt haben, ist ja nur eine einzige Anklage, die schwer auf das Curatorium fällt. Unter seinen Augen, stadtkundig, haben die amtlichen Inkonvenienzen Statt gehabt, und es ist nicht eingeschritten, um diesem Uebel ein Ende zu machen; unter seinen Augen haben z. B. die Rohheiten der Studenten in dem Heidelberger Theater jahrelang fortdauern können, ohne daß diesem Skandal, der bei Fremden unsere Nation und nationalen Sitten tief herabwürdigen muß, ein Ziel gesetzt wurde. Wohlbekannt müssen dem Curatorium die Zustände der Bibliothek, die Mißstände der Anstalten und Sammlungen sein, oder wenn sie es nicht wären, wo sie es Allen sind, wäre die Anklage um so ärger. Dem einflußreichen Curator ist es gelungen, Einiges in dieser Beziehung zu fördern, was dankbar gerühmt werden soll; er hat den Bau der neuen Anatomie durchgesetzt, der jetzt freilich sistirt ist; doch muß man auch gestehen, daß das Bedürfniß und die Baufälligkeit der alten Gebäude die Nothwendigkeit dieser Maßregel aufdrang. Wo es aber auf die Erledigung innerer Uebelstände ankam, da wich auch der Einflußreiche dem Einfluß alter Professorenprivilegien, der furchtbar eingewurzelten Gewohnheit, der Autorität und dem Glücke der Besitzenden und Innehabenden, die ihre Kanäle nach Karlsruhe so gut haben wie der Curator. Es ist unmöglich, daß einem Beamten, der an Ordnung und Zucht gewöhnt war, das, was man sich in Heidelberg von akademischer Freiheit in Verwaltungssachen herausnimmt, nicht im höchsten Grade anstößig sein müßte, aber da, um hier durchgreifend zu helfen, ein Bruch mit einigen Notabilitäten zu fürchten wäre, so bleibt es beim Alten. Wo es in den Fakultäten fehlt, wie es in den Fakultäten getrieben wird, welche Triebräder in Bewegung kommen, wenn von Berufungen die Rede ist, das liegt dem Curatorium in dreifen Akten vor; auch kann es nicht Alles billigen, was da geschieht, denn es sind schon mannigfache Conflikte vorgekommen; dennoch bleibt Alles beim Alten. Der Curator weiß recht gut, welches die Männer sind, die der Universität wahrhaft mit Uneigennützigkeit, auf alle Fälle mit Erfolg und Nutzen dienen, aber sie waren vielleicht nicht von ebenbürtigen geselligen Formen oder von unrechten politischen Farben, sie blieben also ohne Einfluß. Ja selbst in letzterer Beziehung hat die Stunde der Prüfung wohl aufgedeckt, bei welchen Männern die Kraft der Erhaltung zu finden war, dennoch wird die Achtung, die Unabhängigkeit und Verdienst in Anspruch nimmt, von der altgewöhnten Antipathie überwunden bleiben. Die massenhaftesten Mißbräuche müssen so in Bestand erhalten werden, denn sie können nur von Massen, von Parteien erschüttert werden, die grundsätzlich auf einem freieren Boden stehen und für saubere Verhältnisse, für energische Handhabung guter Ordnung und guter Sitte, für verjüngte Wissenschaft arbeiten. Verschmäht man, sich auf die frischeren Kräfte zu stützen, so begibt man sich von vornherein aller nachdrücklichen Wirksamkeit; die Zeit ist darnach, daß dies laut gesagt werden muß und daß eine Berücksichtigung dieser Kräfte, die die Bewegung der Zeit mit heraufbeschworen und ihre Ausartung mit hinunterbeschworen haben, laut gefordert werden darf. Nur von ihrer Mitte aus, nur in ihrem Sinne kann eine heilsame Reform der Universität angegriffen werden, die sich der Zeit und ihren Einflüssen beugen muß wie alles Andere, wenn sie nicht bei einem ersten zufälligen Anlasse ihre besten Stützen miteinander verlieren und ihre bisherige Bedeutung einbüßen will. Mag das Curatorium den Kampf mit dem eingerosteten Unfuge nicht unter der Unterstützung dieser freieren Kräfte unternehmen, so möge es je eher je lieber eingestellt oder verändert werden. Dem Mann, der diese Stelle einnimmt, ist sie zu einem Otium cum dignitate angewiesen worden. Als ein Otium hat er sie betrachtet, denn obgleich er sich in kleinen, materiellen Dingen, die ein akademischer Oeconom viel besser besorgen würde, gewiß viel unannehmliche Last gemacht hat, so ist doch in den großen inneren Angelegenheiten, für die ein Curatorium zunächst bestellt sein sollte, nichts geschehen. Was die dignitas angeht, so wollen wir blos leise den Finger heben und nur die Wissenden an den Curatelerlaß erinnern, der eine Fakultät veranlassen wollte, einem Minister Louis Philipps das Doktor-Diplom zu schicken, an den Ministerialerlaß, über den unlängst ein Conflikt mit der philos. Fakultät entstand und an die verschiedenen Verhandlungen mit der Bau- und Oeconomie-Commission. Solche Dinge müssen nicht vorfallen, wenn man compacten Körperschaften, den Pflegern alter Uebelstände, gegenübersteht, auf die man zu wirken hat, auf die man nur wirken kann, wenn man ihnen an Würde und Unbescholtenheit ein Vorbild ist, und an Sachkenntniß und Fürsorge sich überlegen zeigt. Der Einfluß widerspenstiger Fakultäten auf Berufungen würde bald gebrochen sein, sobald alle die Bereicherungen, die von Regierung und Curatorium ausgehen, von wahrhafter Einsicht, von gründlicher Personal- und literarischer Kenntniß, von einer wohlthätigen Rücksichtslosigkeit zeugten. Fallen sie noch schlimmer und bedeutungsloser aus als selbst die Vorschläge der Fakultäten, so muß natürlich auch dem Unbefangenen über die Ersprießlichkeit eines Curatoriums bedeutender Zweifel aufsteigen. Vollends wenn es an dem Orte der Universität selber seinen Sitz hat, wo die Zudringlichkeit, die Kriecherei, die Intrigue das freieste Spiel treiben. Es wird sich eine kleine Hofhaltung organisiren, sei es von aristokratischer, sei es von ästhetischer Färbung; die bloßen persönlichen Beziehungen und Bedürfnisse, die Jeder hat, werden unversehens, ja ganz unabweisbar, die bestimmenden Gründe werden für die akademischen Beziehungen und Standpunkte, die der Curator einnimmt, und der unbefangene Blick muß sogleich verloren gehen. Soll aber ein Curator sein, so sei er vor Allem ein Mann des Berufs. Wenn man den Mann nicht hat, der auf der Höhe der Wissenschaft und der Zeitbildung steht, der ledig ist von allem gelehrten Coteriewesen, der eine umfassende Kenntniß der Literatur, der Universitäten, der Gelehrtenrepublik besitzt, dem die freien Künste einen freien Geist und einen Charakter eingetragen haben, wenn man den Mann im Lande nicht hat, so ziehe man ihn von außen herein; wenn man ihn gar nicht haben kann, so lasse man in der That viel lieber das Curatorium eingehen, als daß man es einem ausgedienten und noch so verdienten Beamten überlasse. Denn keine Existenz ist derjenigen, die der geistige Pfleger einer Universität bedarf, entgegengesetzter, als das unfreie Leben des in dem Joche der täglichen monotonen Geschäfte und in der Nüchternheit eines Verwaltungsamtes verbracht worden ist.

Altenburg, 16. Dez. In diesen Tagen haben wir wieder einmal einen sichern Maßstab für die hiesige Stimmung bei der Wahl eines Commandanten für unsere neu zu organisirende Bürgergarde erhalten. Von der demokratischen Partei war Advokat Oelzsch, von der Gegenpartei Hr. Herrmann, Hauptmann der altenburgischen Jägercompagnie, als Candidat aufgestellt. Die demokratische Partei siegte mit großer Majorität, wenn wir nicht irren, mit 322 gegen 244 Stimmen. Das Wahlresultat zeigt, daß ein großer Theil unserer Mitbürger, wie meinen damit die nicht demokratisch Gesinnten, sich gar nicht bei der Wahl betheiligte. (D. A. Z.)

Flensburg, 14. Dez. Von der Insel Alsen läuft die Nachricht ein, daß der Gouverneur und frühere Chef eines 3000 Mann stark gewesenen Landsturms, Riegels, vor wenigen Tagen plötzlich und ohne daß Jemand etwas davon erfahren, von der Insel verschwunden ist. Dieses wird hoffentlich eine Wendung der Alsener Zustände hervorrufen. Flensburger Dänen petitioniren noch fortwährend in herzlicher Ergebenheit an ihre lieben dänischen Brüder.

****Hamburg**, 16. Dez. Die Würfel sind gefallen, der Zwiespalt ist offen ausgebrochen! Eine Einigung war leider nicht herbeizuführen, obgleich die Sitzung 13 Stunden dauerte und zwar von gestern Nachmittag 3¼ Uhr bis heute Morgen 4¼ Uhr. Obgleich die äußerste Linke von ihrem Antrage, den Eid nicht zu leisten, zurückging und sich erbot, ihn pure zu leisten, und sie darin mit der Rechten und dem Centrum übereinstimmte, so ward sie doch vom linken Centrum überstimmt, da ein Antrag desselben

durchging und zwar folgender von Gliza gestellte: Die constituirende Versammlung erklärt, daß sie den in dem Rath und Bürgerschluß vom 7. September enthaltenen Eid dahin interpretirt, daß er in keiner Weise die Competenz der constituirenden Versammlung, auch die Einführung der Verfassung zu beweekstelligen, beschränkt und fordert den Senat zu einer zustimmigen Erklärung auf." Die äußerste Linke, etwa 40 an der Zahl, enthielt sich jeder Abstimmung und erhob mit dem rechten Centrum gemeinsamen Protest gegen diesen Beschluß. Die Spaltung ist da, der Riß groß und wir fürchten, daß durch diesen Schritt die ganze Constituante in Frage gestellt wird. Die nächste Sitzung ist Montag, hoffentlich kommen alle Mitglieder und die Frage über den Ort der Sitzung wird wohl schon Dinstag zur Entscheidung kommen. Heute Nacht ward der erste Tumult versucht; er ward bald unterdrückt, den Montag fürchtet man ernstlichere Unruhen.

Italien.

** **Rom**, 8. Dez. Der Papst hat den fähigsten Kardinal an sich gezogen und scheint sich seinem Rath fest zu vertrauen. Dafür wird Antonelli allgemein gehalten und als solcher scheint er sich diesmal auch zu bewähren. Die Deputation beider Kammern hat er furchtlos an der neapolitanischen Grenze zurückgewiesen und ihnen das Audienzgesuch, welches sie schriftlich an ihn gerichtet hatten, rund abgeschlagen. Die Entrüstung darüber ist groß, größer aber scheint doch noch die Bestürzung zu sein. Denn mit der Erklärung, daß es bei dem Inhalt des an den Kardinal Castracani gesandten Breve sein Bewenden haben müsse, daß der Papst bei den durch dieses gegebenen Bestimmungen beharre, ist jede Aussicht auf friedliche Ausgleichung, auf eine vermittelnde Verständigung oder auf irgend ein Abkommen abgeschnitten. Andererseits scheint Mamiani fest entschlossen sich zu behaupten und er ist sogar so weit gegangen, Civitavecchia für den Fall einer Landung französischer Truppen in Vertheidigungszustand setzen zu lassen. Obwohl er selbst das Wahnsinnige eines solchen Beginnens einsehen muß, so scheint er doch auch diesmal seine Trümpfe auf derartige Störungen des Normalzustandes gesetzt zu haben und erwartet abermals von der Revolution, was ihm auf dem Wege des Gesetzes unerreichbar ist. Niemand sieht ein, worauf er sich mit seinen Berechnungen stütze. Denn abwohl er jetzt selbst den Finanzminister macht, so ist doch keine Möglichkeit vorhanden, Geld zu machen. Die von ihm ausgefertigten Scheine, welche in Folge der Beschlüsse beider Kammern auf Kameralgüter hypothecirt sind, wird keine Seele nehmen wollen. Denn es fehlt ihnen das Beste, die souveräne Sanktion. Während der poetisch-philosophische Minister verwegen in die Klippen hineinsegelt, scheint Sterbini als ein guter General zunächst auf den Rückzug bedacht zu sein. Das Gerücht will, er habe seine Familie nach Frankreich einschiffen lassen und es setzt sogar hinzu, mit einer Summe, die wie wegen der lächerlichen Uebertreibung, die der Angabe zu Grunde liegt, nicht wiederhalen.

** **Rom**, 9. Dez. So schnell, wie die Konservativen gehofft hatten, werden die Dinge hier nicht in Ordnung kommen, die Sachen werden sich um so mehr in die Länge ziehen, je mehr man sich von beiden Seiten Zeit nimmt und Zeit läßt. Seitdem die Furcht vor dem unmittelbaren Einschreiten der Franzosen verschwunden ist, schreitet das Ministerium mit erneuter Festigkeit voran, und man wird selbst für den Fall des Einmarsches fremder Truppen so leicht und so wohlfeilen Kaufes nicht mehr davon kommen. Denn wenn man im Stande sein sollte, vorher noch die 4000 römischen Freischärler, welche in Venedig liegen, an sich zu ziehen, wozu alle Aussicht vorhanden ist, so ist ein blutiger Zusammenstoß unvermeidlich, aber, was mehr sagen will, eine allgemeine Verwirrung. Die Fortschrittspartei scheint indeß gegründete Hoffnung zu hegen, eine direkte Ausgleichung zu bewirken, und es heißt sogar, man verhandle bereits mit Gaeta über die Annahme des von Mamiani veröffentlichten Programms, demzufolge eine Constituante unter anderem Namen nach Rom berufen werden soll. Vor dem Publikum droht man indeß von einem Moment zum andern mit der Ernennung einer Kommission, die die dritte Gewalt, welche mit dem Papste abhanden gekommen ist, ergänzen soll. Obwohl gestern Morgen bereits in geheimer Sitzung beschlossen worden war, dieses Komité sobald als möglich einzusetzen, so hat man doch bis jetzt Anstand genommen, es zu thun, was deutlich darauf hinweist, daß man etwas Befriedigendes, ein gütliches Abkommen in nächster Aussicht hat. — Inwieweit die Abreise des baierischen Gesandten, welche die hiesigen Flugblätter melden, mit dieser Veränderung der Sachlage zusammenhängt, läßt sich von hier aus nicht beurtheilen.

Schweiz.

) **Bern**, 16. Dez. Die Uebernahme des Bundessitzes macht unserer Stadt viel zu schaffen und bietet nach der Hand Schwierigkeiten und Bedenken dar, von denen man sich bei dem Jubel nichts träumen ließ, mit welchem die erste Kunde überall aufgenommen wurde. Die Sache verhält sich so. Bern hat 25,000 Einwohner, von denen aber nur 5000 Bürger der Stadt sind. Das ungeheure Vermögen der Stadt, welches an 20 Mill. Franken betragen soll, wurde bisher ausschließlich von dem aus hiesigen Patriziern und Aristokraten bestehenden Bürgerrath verwaltet, und zwar nicht im Interesse der Einwohnergemeinde, sondern der Bürgerschaft. Alle Munizipalbedürfnisse wurden äußerst kärglich befriedigt; auf Schul- und Kunstanstalten wurde nichts verwendet. Deswegen arbeitete der liberale Theil der Einwohnerschaft schon seit vielen Jahren darauf hin, eine Ausscheidung des Vermögens zu bewirken; die Bürgerschaft sollte soviel herausgeben, als zur Bestreitung sämmtlicher Munizipalkosten nothwendig ist. Alle Bemühungen scheiterten aber an dem starren, egoistischen Sinn der Bürger. Da kommt nun das von der Bundesversammlung angenommene Gesetz über die Leistungen des Bundessitzes, welche wirklich in's Schrankenlose gehen, da alle Lokalitäten für die beiden Kammern, den Bundesrath und seine Kanzlei, sowie für alle noch vom Bundesrath in der Bundesstadt zu centralisirenden Verwaltungszweige von der Gemeinde des Bundessitzes nicht nur gelielert, sondern auch möblirt und unterhalten werden sollen. Dazu hängen sämmtliche großartige Bauten und Einrichtungen lediglich von dem Ermessen der Bundesräthe ab, die in ihren Befehlen nach dem Gesetz unbeschränkte Gewalt haben. Wie weit dies führen kann, sah die Bürgerschaft sehr wohl ein und beschloß deswegen in ihrer letzthin abgehaltenen Versammlung: die Bundessitzfrage ist Angelegenheit der Einwohnergemeinde, nicht der Bürgerschaft, und die Ausscheidung des Vermögens soll sofort vollzogen werden; die Bürgergemeinde verpflichtet sich jedoch, aus ihrem Korporationsfond einen erklecklichen Beitrag zu den Lasten zu geben. Da am 30. Dez. die vom Gesetz zur Erklärung gestellte Frist abgelaufen ist, so war man nun begierig zu erfahren, wie sich der Staat bei der Uebernahme der Lasten betheiligen werde. Aber in dem letzten Schreiben des Regierungsraths an die Einwohnergemeinde verlange er einfach bis zum 18. d. den unbedingten Entscheid, ob Bern den Bundessitz übernehmen wolle; von der Betheiligung des Staates sagt der Regierungsrath nur, er werde dem großen Rath, der aber erst Anfangs Januar zusammenkommt, den Antrag stellen, die Münzstätte den Bundesbehörden zu überlassen, und weiter nichts. Das macht nun einen großen Theil der Einwohner Berns stutzig; sie wollen nicht so blindlings Ja oder Nein sagen, sondern zuvor einen bestimmten Vertrag mit dem Staat schließen und einer kräftigen Mitwirkung der Kantonalregierung zu den verlangten Opfern gewiß sein. Am 18. d. findet deswegen eine Einwohnergemeinde statt, die möglicherweise von bedeutenden Folgen sein kann. — Die „Neue Zürch. Ztg." berichtet: „Der wegen der Flüchtlingsangelegenheiten nach den Kantonen Aargau, Basel, Schaffhausen, Thurgau und Zürich vom Bundesrath abgeordnete eidgenössische Kommissär, Dr. Steiger von Luzern, hat mit Zürich seine Rundreise geschlossen. Das Resultat derselben ist ein für die schweizerische Eidgenossenschaft sehr erfreuliches. Es ergibt sich sonnenklar, daß die sogenannten Aktenstücke der Fr. O.-P.-A.-Ztg. theils auf Irrthum, theils auf Lügen und Entstellung beruhen, daß die Regierungen sämmtlicher Grenzkantone sowohl die Grundsätze des Asylrechtes gewahrt, als auch die internationalen Verhältnisse zu den Nachbarstaaten getreulich beobachtet haben. Die Schweiz darf sich rühmen, makellos dazustehen. Sie hat die Ehre behauptet, und die Pflichten des Völkerrechtes erfüllt." — Herr Bundesrath Munzinger ist in Bern eingetroffen und wird von nun an den Sitzungen des Bundesraths beiwohnen. — Der Schutzherr, unter welchem der Papst gegenwärtig steht, ist ein Protestant, und zwar ein Berner, General Graß aus Neuenstadt, welcher zu Gaeta kommandirt, derselbe, welcher die Citadelle von Palermo so tapfer vertheidigt hatte.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Dez., Morgens. Die Blätter folgen den Nachrichten über die Militärconflicte in Schleswig-Holstein mit großem Interesse. Man hofft, daß dieselben zu einem Austritt Bonin's und der preußischen Offiziere führen. Privatbriefe aus Kopenhagen schreiben von starken Rüstungen und Vorbereitungen zur Einschiffung starker Streitkräfte nach Jütland und Alsen.

Amerika.

Wir geben hier eine Zusammenstellung der letzten durch Dampfschiffgelegenheit nach England gelangten Nachrichten. In den Vereinigten Staaten war Taylor seit der auf ihn gefallenen Wahl noch populärer geworden, trotzdem, daß der „Philadelphian Daily Republican" ein Schreiben Taylor's vom 28. Juli 1839 veröffentlicht, worin der General die Regierung um die Erlaubniß bittet, Bluthunde aus Kuba kommen zu lassen, „um der Armee in ihren Operationen gegen die Feinde in Florida (die Seminolen) Hülfe zu leisten, da er entschieden für diese Maßregel, als die einzige sei, durch welche das Land von den Indianern befreit werden könne." Auch versichert der „New-Orleans Courier" der General halte auf seinen zwei großen Pflanzungen in Louisiana und im Mississippistaat 200 Sklaven und habe erst vor Kurzem eine große Zahl von Negern auf dem Sklavenmarkt in New-Orleans angekauft. Wie es sich damit auch verhalte, so viel ist sicher, die nordamerikanischen Republikaner wählten Taylor, weil er ihnen für Ruhe und Sicherheit im Innern und für den Frieden nach Außen die meiste Bürgschaft gibt; sie wählten ihn also gerade aus denjenigen Gründen, aus welchen die französischen sogenannten Republikaner den General Cavaignac nicht wählten. Nach einem New-Yorker Blatt werde das Kabinet des Präsidenten folgendermaßen zusammengesetzt sein: John M. Clayton, Inneres; Abbott Lawrence, Finanzen; Baillie Peyton, Krieg; J. Buller King oder Edmund Bates, Marine; Thaddeus Stevens, Generalpostmeister; J. J. Crittenden, Staatsanwalt. — Die fast fabelhaft klingenden Nachrichten von der in Kalifornien aufgefundenen Goldregion sollen sich im vollsten Maße bestätigen. Man findet das Gold sehr reichlich im Sakramentofluß und in den Hochländern, hier in Stücken von 1—5 Unzen. Die Regierung hat über den außerordentlichen Goldreichthum in jenem neu erwobenen Gebiete die interessantesten Mittheilungen erhalten, die demnächst veröffentlicht werden sollen. Die Nachrichten über dieses Goldfabelland klingen, trotz aller Versicherungen vom Gegentheil, so phantastisch, daß wir sie immer noch wenigstens für übertrieben zu halten geneigt sind. Täglich wird — laut einer Schiffsnachricht — gegen 60—100,000 Dollars Gold herausgefördert. Das Gold ist gegen 23 karatbaltig. Die Mannschaft von Wallfischfahrern und andern Schiffen an der Küste desertirt und eilt nach den Goldminen. Das Schiff Huntreß, welches nach Kanton wollte, kann nicht weiter, da alle seine Leute fortgelaufen. Man bietet 90 Dollars monatlich und kann keinen Matrosen mehr bekommen. Gegen 400 Weiße und einige Indianer sind jetzt in den Goldminen am Arbeiten. Durchschnittlich verdient Einer den Tag eine Unze Gold. Matrosen haben in zwei Monaten 2—3000 Dollars zusammen gebracht. Ziemlich übereinstimmend hiermit heißt es im New-York-Herald: Von allen Seiten läuft die Bestätigung der Thatsache ein, daß der Flußsand des Sacramento und seiner Nebenflüsse ungeheuerlich goldhaltig sei, und daß das Gold seine Ufer entlang den Boden füllt. Die Stadt Sankt Francisco liegt öde, alle Geschäfte ruhen, die Felder werden nicht bestellt, denn Groß und Klein will auf leichte Weise reich werden. Thatsache ist es, daß das Gold in so unermeßlicher Menge dort zu finden ist, daß der Werth des Goldes nothwendig später fallen muß. Die Preise aller Lebensbedürfnisse sind in jenen Gegenden auf das Furchtbarste gestiegen, da sich Niemand mehr mit so etwas abgibt und Goldwaschen und Goldgraben die Beschäftigung aller geworden ist. Kein Schiff wagt sich mehr in die Nähe von Kalifornien aus Furcht, daß die Mannschaft davon eile.

In Mexiko sieht es traurig aus; Räubereien auf den Heerstraßen sind häufig; die Polizei in den Städten ohne Macht; die Insurgenten der Sierra noch nicht bezwungen; die Stationen an den Grenzen von den Indianern verwüstet; die Regierung ohne Geld und Einfluß. Die Kammern wurden am 2. Nov. vertagt, ohne für das Land Etwas geleistet zu haben. Traurig war der Zustand von Tampico, wo zwischen derjenigen Partei, welche den Anschluß an die Vereinigten Staaten begehrt, und der entgegengesetzten Händel vorfielen. Die Anhänger der Annexation ziehen bewaffnet durch die Straßen, schießend und verwüstend. In Yukatan waren die Indianer noch immer im Besitz von Bakalar.

Von Hayti verlautet als ein Gerücht, daß der Präsident in einem Aufrufe an das Volk erklärt habe, ein Heer gegen den spanischredenden Theil der Insel zu senden und ihn seiner Herrschaft zu unterwerfen; am 13. Nov. sei auch bereits der Ausmarsch erfolgt.

Nachrichten aus Venezuela, viâ Havannah besagen, daß der im vergangenen Januar von Monagas aus dem Sattel gehobene General Paez einen Angriff auf Altagracia versucht, aber den Kürzeren gezogen habe. Die Flottille des Monagas war im Begriff gegen Maracaibo zu steuern, welches von der Flottille des Paez dicht eingeschlossen war. Präsident Monagas hatte den Kongreß auf den 15. Nov. einberufen, die letzten Wahlen waren zu seinen Gunsten ausgefallen. Handel und Wandel fingen wieder an sich zu heben, die öffentlichen Geschäfte gingen wieder ihren ordentlichen Gang. Der „Patriot" vom 4. Nov. kündigt in halboffizieller Weise an, daß Lord Palmerston an die britischen Botschafter und Agenten in Holland, Dänemark, New-Granada und Hayti die Weisung erlassen habe, daß sie in keiner Weise die Schritte des Generals Paez begünstigen möchten, da es im Interesse der politischen und kommerziellen Beziehungen liege, daß das Land unter der Präsidentschaft des Generals Monagas zur Ruhe komme.

Ein Brief aus Bogota vom 27. Sept. berichtet, daß General Flores in Guayaquil (Staat Ecuador) eingedrungen sei und daß die Provinzialstädte Cuenca und Imbera sich für ihn erklärt hätten.

Aus Buenos-Ayres erfährt man, daß der unverträgliche Diktator Rosas nicht nur den sardinischen, sondern auch einen deutschen (welchen?) Geschäftsträger ausgewiesen habe. Der trotzige Diktator liegt auch mit dem nordamerikanischen Geschäftsträger, Hrn. Harris, in Hader und wird ihn wahrscheinlich auch nach Hause schicken.

Neuestes.

* **Paris**, 17. Dez. Die eingelaufenen Stimmen für Ludwig Napoleon waren schon diesen Morgen 4,747,000; für General Cavaignac 1,191,000. Nur in vier Departementen (Morbihan, Rhonemündungen, Var und Finisterre) hat Letzterer eine Majorität. — Mehrere Blätter, worunter die Gazette de France, zeigen an, in vielen Departementen unterzeichneten die Wähler eine Adresse, worin sie der Nat.-Vers. erklärten, mit der Vollendung der Verfassung und der Einsetzung des Präsidenten sei ihre Mission vollendet und sie habe sich im Januar aufzulösen, damit die neuen Wahlen im Februar vorgenommen werden könnten. In der Nat.-Vers. hat dies große Verstimmung erregt und man erwartet dieser Tage heftige Interpellationen hierüber. Der National überschreibt einen Artikel: Nouvelles de la cour, unter welcher Rubrik der Constitutionel unter der provisorischen Regierung Nachrichten von Leon Rollin gab. — Der Moniteur veröffentlicht heute einen weiteren Briefwechsel zwischen General Cavaignac und dem Papste, worauf wir in unserem ausführlicheren Berichte zurückkommen.

Der Constitutionel meldet, für den Tag, wo der neue Präsident proklamirt werde, würden große Vorbereitungen zu einer glänzenden Illumination getroffen. Die Fabrik des Bazar du Voyage lasse farbige Ballons für mehrere Millionen verfertigen. Dasselbe Blatt spricht von bedeutenden Beförderungen, welche die abtretende Regierung in der Marine vorhabe, und von Besetzung aller zu vergebenden Stellen in der Armee, welche sie ebenfalls beabsichtige, was demselben als ein Eingriff in die Rechte des neuen Präsidenten erscheint. — Aus Rom sind Depeschen bis zum 8. hier eingetroffen. Das Volk durchzog an diesem Tage die Straßen und verlangte eine konstituirende Versammlung. — Die Marseiller Journale vom 14. melden, die nach Civitavecchia bestimmt gewesene Brigade Molière sei wieder ausgeschifft worden. — Der Zudrang vornehmer Fremden nach unserer Hauptstadt ist unbeschreiblich.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 20. Dez. Amtliches. Verfassunggebende Versammlung der freien Stadt. Die preußischen Abgeordneten und die österreichische Politik.) Wien (Die Eidesleistung der Armee. Die Abgeordneten in Frankfurt. Octroyirte Verfassung in petto. Reduktionen im Hofstaat. Volksblatt. Unruhen auf dem Lande. Tagesnachrichten.) Berlin (Russische Truppen in Siebenbürgen eingerückt. Wahlcirkular. Hr. Simson. Worte des Königs. Die Garde und die Linie. Truppen nach Hamburg. Hr. v. Hassenpflug.) München (Hr. v. Xylander. Prinz Karl v. Bayern. Unruhen auf dem Lande.) Stuttgart (Der Landtag.) Karlsruhe (Prinz Friedrich nach Olmütz.)

Frankreich. Preis-Erhöhungen. Vorbereitungen zur Einsetzung des neuen Präsidenten. Der Parteienkampf in den Journalen.)

Oesterreich. Monarchie. Semlin (Rückzug der Ungarn.)

Schweiz. Basel (Dr. Steiger und Hr. v. Maltschall.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 20. Dez.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 20. Dezember.

Tagesordnung der 140. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte, und zwar über Artikel VIII. §. 35 und folgende.

Vorsitzender Wilhelm Beseler zeigt den mit Ende Dezembers erfolgenden Austritt des Abgeordneten Thinnes aus Eichstädt an. Die gestern von den Abtheilungen erwählten Mitglieder des Ausschusses zur Begutachtung der ministeriellen Vorlage in Bezug auf die österreichischen Verhältnisse sind die Herren v. Linde, Barth, Paur, Somaruga, Christmann, Rüder, Giskra, Hildebrand, v. Buttel, M. Simon, Reitter, Venedey, Rheinwald, Kirchgeßner, Makowirzka. Aus ihrer Mitte ist Herr Kirchgeßner aus Würzburg zum ersten, Herr Hildebrand aus Marburg zum zweiten Vorsitzenden und Herr Max Simon aus Breslau zum Schriftführer bestimmt worden.

Die Berathung wendet sich sodann ohne Aufenthalt der zweiten Lesung der Grundrechte zu. Unter den zu §. 35 gestellten Verbesserungsanträgen ist der Förster's aus Hünfeld: „Aufgehoben ohne Entschädigung ist das Recht der wilden Fischerei in nicht schiffbaren Flüssen zwischen fremdem Grundeigenthum." Der Förster'sche Zusatz wird verworfen. Desgleichen unter allgemeiner Heiterkeit ein Antrag v. Linde's, darauf, daß ein Reichsgesetz die Ausübung der Jagd im Umfange der Reichsfestungen regele. Hingegen wird unverändert die Fassung der Ausschußmehrheit angenommen, nur mit der Anfügung des Schlußzusatzes von Ziegert, wodurch die Beschränkung des Jagdrechts als eines dinglichen Rechts an fremdem Grund und Boden für immer verwehrt wird. Der Paragraph lautet demnach, wie er zum endgültigen Beschlusse erhoben ist:

§. 35. Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben.

Nur ablösbar jedoch ist die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen lästigen mit dem Eigenthümer des belasteten Grundstückes abgeschlossenen Vertrag erworben ist: über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen.

Die Ausübung des Jagdrechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden.

§. 36 behandelt die Fideikommisse und auf die Diskussion darüber wird nicht verzichtet. Dem Bureau ist leider die Liste der für den Paragraphen eingezeichneten Redner für den Augenblick abhanden gekommen, doch ist den Mitgliedern des Präsidiums so viel erinnerlich, daß Herr Moritz Mohl in erster Linie darauf stand. Von der lachenden Bewegung des Hauses unbeirrt, die durch diese Mittheilung hervorgerufen wird, spricht Moritz Mohl sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die Fideikommisse nach dem Ausschußvorschlage für die großen Familien wenigstens erhalten bleiben sollen.

v. Vincke: Die Grundrechte sollten doch wahrhaftig die individuelle Freiheit erweitern, anstatt sie zu beschränken. Zu dieser Freiheit aber gehört nothwendig das Recht der freien Verfügung über das Vermögen. Also auch die Errichtung von Fideikommissen müßte jedem Deutschen nachgelassen sein und gerade in dem besondern Vaterlande, welchem Hr. Mohl angehört — ich glaube er ist ein Schwabe (Gelächter) — spricht sich nicht blos der Adel, sondern sprechen sich auch die Bauern lebhaft für die Erhaltung der fideikommissarischen Rechte aus.

„Man hat sich", fährt der Redner fort, „auf die nationalökonomischen Vortheile berufen. Aber die Frage, ob große oder kleine Güter der Nationalökonomie am zusagendsten sind, wird einfach darauf hinauskommen, daß weder das Eine noch das Andere unbedingt als richtig anzunehmen ist. Die Frage wird vielmehr nach Verschiedenheit der Gegend, der Sitten und der Bedürfnisse zu beantworten sein. Wie in den Fabrikgegenden die Zerspaltung der Güter sich empfiehlt — dies ist in meinem Wahlkreise selbst der Fall — so wird umgekehrt in den ackerbautreibenden Gegenden die Erhaltung des größern Grundeigenthums der Bodenkultur und der allgemeinen Wohlfahrt förderlich sein." Herr von Vincke führt diesen Gedanken, der bei der ersten Lesung der Grundrechte keine Berücksichtigung gefunden, etwas näher aus, worauf er weiter erklärt:

„Wenn ich aus Gründen der Zweckmäßigkeit, denn von andern kann doch hier nicht die Rede sein, die Familienfideikommisse verwerfen will, wenn ich überhaupt nach Gründen suche, welche für ihre Aufhebung sprechen sollen, so kann ich sie nur in dem allgemeinen Bestreben der Zeit finden, alle Lebensverhältnisse möglichst zu ebnen. Aber ich glaube nicht, daß dieses Prinzip dem Staate irgend eine Dauer, irgend eine Lebensfähigkeit verspricht. Was werden Sie erreichen? Sie werden für eine Art des Besitzes der Gleichheit einigen Vorschub leisten. Sie werden der Aristokratie in einer Gestalt entgegentreten. Allein in einer andern Gestalt, die in neuerer Zeit weit bedenklicher, weit gefährlicher auftritt — denn die alte Aristokratie ist dahin, ist gesunken — werden Sie die Aristokratie wieder hervorrufen, die Geldaristokratie, die keine Heimat hat und keine Dauer besitzt."

Nach Vincke's Rede wird Schluß der Debatte verlangt und als Berichterstatter des Verfassungsausschusses ergreift Zell aus Trier das Wort. Die Verschiedenheit der Ansichten ist in der Mitte des Ausschusses selbst nicht gering. Am weitesten nach der konservativen Seite geht unter den Verbesserungsanträgen der Gfrörer's und Genossen:

„Die bestehenden Fideikommisse, Majorate, Minorate bleiben in Kraft."

„Den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten ist das Recht vorbehalten, die zu große Anhäufung des Besitzes von Fideikommißgütern in einzelnen Familien durch Festsetzung eines Maximums zu beschränken."

Die Abstimmung entscheidet sich zuerst über den Antrag Moritz Mohls:

„Die Familien-Fideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Weise der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten.

Ueber die Familien-Fideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten,"

der nur mit der geringen Majorität von 199 gegen 193 Stimmen abgelehnt wird.

Angenommen wird dagegen mit 213 gegen 189 Stimmen das fast gleichlautende Minderheitsgutachten des Verfassungsausschusses, so daß der Paragraph — mit Ausnahme des ausfallenden Zusatzes: „Gleiche Bestimmungen wie für Familienfideikommisse gelten für Stammgüter" — ganz in der Fassung, die ihm die erste Berathung gegeben hatte, auch heute aus der zweiten Lesung hervorgeht:

§. 36. Die Familienfideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familienfideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten.

Ueber alle die folgenden Paragraphen wird keine Debatte beliebt und sie gelangen in nachstehender Form zur Annahme:

§. 37. Aller Lehnsverband ist aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen.

Digitized by Google

§. 38. Die Strafe der Vermögenseinziehung soll nicht stattfinden.

Artikel IX. §. 39. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen.

§. 40. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. Kabinets- und Ministerialjustiz ist unstatthaft.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden.

§. 41. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben.

Die Militärgerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, sowie der Militärdisciplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand.

§. 42. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amte entfernt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden.

Suspension darf nicht ohne gerichtlichen Beschluß erfolgen.

Kein Richter darf wider seinen Willen, außer durch gerichtlichen Beschluß in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden.

§. 43. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. Ausnahmen von der Oeffentlichkeit des Verfahrens bestimmt im Interesse der Sittlichkeit das Gesetz.

§. 44. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen.

§. 45. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden.

§. 46. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig sein. Ueber Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Einzelstaaten entscheidet ein durch das Gesetz zu bestimmender Gerichtshof.

§. 47. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf. Ueber alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte.

Der Polizei steht keine Strafgerichtsbarkeit zu.

§. 48. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar.

Ein Reichsgesetz wird das Nähere bestimmen.

Nachdem mit §. 48. die zweite Lesung der Grundrechte vollendet ist, soll sogleich auch das Einführungsgesetz dazu in Berathung gezogen und erledigt werden. Als Berichterstatter des Ausschusses erklärt jedoch Herr Deiters, daß einige redactionelle Abänderungen auch diesmal unerläßlich seien, wie er sogleich und sehr glücklich an dem Beispiele des §. 7 über Abschaffung der Standesunterschiede zeigt. Der Vorschlag, den er zu der redactionellen Umgestaltung jenes Paragraphen macht, wird sofort zum Beschluß erhoben, und die Berathung über das Einführungsgesetz dem Antrage gemäß bis morgen vertagt. Die anderen Gegenstände der morgenden Tagesordnung sind: Budgetvorlagen und der Verfassungsabschnitt: „der Reichstag."

Noch ruft Zimmermann von Stuttgart den Biedermannschen Ausschuß an, ob das Befinden des Berichterstatters eine baldige Begutachtung des Wesendonck'schen Antrags in Bezug auf die preußische octroyirte Verfassung endlich hoffen lasse. Zachariä von Göttingen erwidert darauf, der Bericht sei fertig und er könne, wie er hier gleich mittheilen wolle, auf Uebergang zur Tagesordnung über den Wesendonck'schen Antrag. (Unwillen auf der Linken.) Gegen 2 Uhr Nachmittags wird die Sitzung mit der Bewilligung mehrerer Urlaubsgesuche geschlossen.

Frankfurt, 19. Dez. Die O.-P.-Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes:

Das Reichsministerium der Justiz hat sich, zur Befriedigung eines längst von der deutschen Nation gefühlten Bedürfnisses, veranlaßt gesehen, zur Ausarbeitung des Entwurfes eines gemeinsamen Handelsgesetzbuches für ganz Deutschland eine Kommission von Rechtsgelehrten mit dem Unterstaatssekretär Widenmann hier in Frankfurt zusammentreten zu lassen. Zu Mitgliedern dieser Kommission sind ernannt und einberufen die Appellationsgerichtsräthe Grimm und Bevicher von Köln und der Professor Adöl von Rostock. Die von der Kommission vorzulegende Arbeit soll zunächst die Grundlage für eine, unter Zuziehung noch anderer Rechtsgelehrten und sachverständiger Kaufleute vorzunehmende umfassende Berathung zum Zweck der Ausarbeitung des definitiven Entwurfes bilden.

Eine genaue Kenntniß der in den verschiedenen Einzelstaaten Deutschlands bestehenden handelsrechtlichen Verordnungen und Gebräuche ist zur Erreichung des Zweckes unerläßlich, und wesentlich fördernd für denselben würde die Einsicht der, das ganze Handelsrecht oder einzelne Theile desselben betreffenden legislativen Vorarbeiten sein.

Das Reichsministerium der Justiz, von der Gewogenheit der deutschen Regierungen zur Förderung eines für das gesammte Deutschland so wichtigen Werkes überzeugt, ersucht daher die Einzelregierungen um gefällige Bezeichnung der Gesetze und Observanzen, welche in Beziehung auf das Handelsrecht in deren Staaten bestehen, um Mittheilung derselben, so weit sie nicht in allgemein zugänglichen offiziellen Sammlungen enthalten oder durch den Buchhandel zu beschaffen sind, und um Mittheilung der nicht in den Buchhandel gekommenen legislativen Vorarbeiten, welche das Handelsrecht oder einzelne Theile desselben betreffen. Das Wechselrecht würde, so weit nicht in den einschlägigen Verordnungen zugleich andere handelsrechtliche Materien berührt sind, als durch die allgemeine Wechselordnung erledigt, ausgeschlossen sein. Das Seerecht bleibt aus anderen Gründen, wenigstens vor der Hand, von den Arbeiten der Kommission ausgeschlossen.

Um mögliche Beschleunigung wird der Dringlichkeit des Gegenstandes wegen ersucht.

Frankfurt, den 18. Dez. 1848.

Das Reichsministerium der Justiz:
R. Mohl.

△ **Frankfurt**, 19. Dez. Die gestrige Sitzung der verfassunggebenden Versammlung bot nur wenig Erfreuliches; nachdem die Tagesordnung erschöpft war, gab die Mittheilung eines an den Senat vom Polizeiamte erstatteten Berichts Veranlassung zu einer Erörterung, welche wir eine vollkommen müßige zu nennen uns erlauben, da solche, ohne das Verfassungswerk zu benachtheiligen, füglich hätte unterbleiben können. In diesem Berichte nämlich hatte sich die ihn erstattende Behörde einer Redewendung bedient, welche allerdings für ihre Stylfertigkeit eben nicht zeugte, welche aber doch, wie wir vermeinen, vom Dr. Reinganum mit einer an Leidenschaftlichkeit streifenden Emphase als eine die hohe Versammlung verletzende Aeußerung mit Unrecht gerügt und ihr somit eine Wichtigkeit beigelegt wurde, welche sie unseres Bedünkens gar nicht hatte. Indessen verblieb es bei der Rüge, die zu Protokoll gegeben wurde und bei welcher sich Dr. med. Friedleben Herrn Reinganum anschloß. Im Interesse der Ordnungspflege selbst ist wohl zu verhoffen, daß die mit deren Handhabung beauftragte Behörde sich nicht wieder eines lapsus linguae wird zu Schulden kommen lassen.

†* **Frankfurt**, 20 Dez. Oesterreichs Gewicht fällt täglich mehr in die Schale und die leidige Politik des laissez faire und laissez aller, welche Deutschland immer auszeichnete, trägt ihre Früchte. — Während zur lieben Weihnachtszeit namentlich die preußischen Deputirten nach und nach unmerklich verschwinden, und die verschwundenen vergeblich von ihren Fraktionen einberufen werden, mehren sich die Oesterreicher und ihre Parteigänger stündlich. Kein Wunder, wenn gestern in den Abtheilungen die Mehrzahl den Sieg davon trug, und in dem neuen Ausschuß für die österreichische Frage unter 15 Gewählten nur 4 im Sinne der Mehrheit vom 18. Dez. und des Ministeriums sich befinden. — Man machte Seitens der Opposition diesmal ganz offenes Spiel, und wenn man auch Herrn v. Schmerling nicht in den Ausschuß nahm, so nahm man doch Herrn v. Sommaruga, den Stifter des Compromisses mit der Linken, Herrn Reitter aus Prag, Herrn Makowitzka, Herrn Giskra und Herrn Kirchgeßner; den ersten von den Letztgenannten ernannte man sogar zum Berichterstatter, den zweiten zum Vorsitzenden im Ausschuß. — Die Behandlung der Frage wird einem Rechenexempel gleichen und das Produkt im Ausschuß ein Majoritäts- und ein Minoritätsgutachten sein. Welche Stütze das letztere im Hause finden wird, ob es eine Majorität erlangt oder nicht, hängt von zwei Zufällen ab. Erstlich davon, ob die Liga der Linken mit den Ultramontanen und Schwarzgelben die Weihnachtszeit überdauert und zweitens davon, ob die preußischen Deputirten im Interesse Deutschlands ihre Christfreuden etwas abkürzen. — Das Jahr neigt sich und Michel beginnt nach halb wachen Freiheitsträumen einzuschlummern. Oesterreich fächelt ihm die letzte Labung zu und es frägt sich nur noch, ob es wirklich mit seiner, mit der österreichischen Politik die deutschen Einheitsbestrebungen vernichten wird, etwa wie es im Jahre 1820 durch die Wiener Schlußakte die papierne Bundesakte des Jahres 1815 schlau annullirte, welche bereits einen Bundesstaat anbahnte, oder ob dießmal der Norden Deutschlands der Einheit und mit ihr der Freiheit eine Gasse bricht.

Digitized by Google

Wien, 13. Dez. In einem Artikel des „Soldatenfreundes" wird die italienische, böhmische und galizische Armee aufgefordert, an die dem Militärstande angehörenden in Frankfurt weilenden Deputirten: Oberst Mayern, Hauptmann Möring und Dr. Pollatschek offene Sendschreiben zu richten, und sie von dort, wo ihre Kräfte nutzlos, ja zu Oesterreichs Unheil (§§. 2 und 3) beschäftigt sind, im Namen der Kameradschaft abzurufen. (Lloyd).

Wien, 14. Dez. Man schreibt der „Allg. Ztg.": „Die durch einzelne Streifkoops k. k. Truppen vorgenommene Entwoffnung der Nationalgarde einzelner Städte und Ortschaften in Oberösterreich wird auch in einigen Gegenden Oberstyermarks vor sich gehen, wo Emissäre das Land durchziehen, um das Volk aufzuwiegeln. Die Regierung will vor allem die Ruhe — als das erste Grundbedürfniß aller staatlichen und sociolen Verbesserungen — erhalten und nicht auf's neue wieder gestört sehen. Während das Ministerium sich alle Mühe gibt, den Konstitutionsentwurf beim Reichstag zu beschleunigen, muß mon nun ouch der Kammer die Anerkennung zollen, daß sie ihre Aufgabe mit allem Ernst und Eifer erfaßt, um — eine oktroyirte Verfassung unnöthig zu mochen. Daß aber eine solche nöthigenfalls auch für uns schon in Reserve gehalten ist, das kann ich Sie aus zuverlöffigee Quelle oersichern." — Auch die Wiener „Presse", ein wohlunterrichtetes Organ, gibt dem Reichstog einen mysteriösen Wink: „Von unserm Reichstage wird es obhongen, ob die zu oollendende Konstitution das Werk der Vertreter des Volks allein sein wird oder nicht. Sollte er durch die vielen Lockungen des öffentlichen Lebens, wie sie in der Gestolt von Interpellationen, Formfragen und andern erscheinen, sich oon seince Bohn obwenden laffen, so könnte vielleicht die Regierung oersuoht werden, ihm eine kleine Lehre in der Politik zu geben, nämlich rascher zu denken und roscher zu handeln als er selbst!" — Es ist wiedee die Rede oon der Verlegung dee Universität nach St. Pölten oder Kremsier. „Und der botanische Garten und die Klinik und die naturhistorischen Sammlungen und die chemischen Laboratoeien, dos wird alles eingepackt?" So wird in dee „Allg. Ztg." bemerkt. Dos adelige Theresionum dogegen wird nicht nur nicht eröffnet, sondern auch aufgehoben. „Dem Vernehmen nach, schreibt mon der „Allg. Ztg.", werden im Hofstaat und den Hofämtern bedeutende Reduktionen vorgenommen, und theils die Zahl der bei denselben angestellten Beamten veemindert, theils einzelne Hofämter gonz aufgehoben werden. So sollen ouch die k. k. Hofbühnen, welche früher unter dem Oberstkämmereramt stonden, fortan dem Minister des Inneen unteestehen, die übrigen Funktionen des Oberstkämmereramts aber dem Minister des kaiserlichen Houses zugewiesen werden." — Der Lloyd kündigt das Erscheinen eines Volksblattes an, ein tief gefühltes Bedürfniß, ouf das die besten Stimmen in dee Presse schon lange hinwiesen. Durch Belehrung will mon dee heillosen Anaechie dee Begriffe steuern. Nach der Allg. Ztg. wäre es Stadion's Schöpfung, und er hätte domit wirklich eine Wohlthat eezeigt. — Nach dem Abmarsch der Truppen noch Ungaen ist die Gornison oon Wien nue noch 25,000 Mann stork. Am nächsten Sonntag ist (nach rer Allg. Ztg.) im Dom ein Te Deum zue Feier der Thronbesteigung. — Viele Blätter berichteten seiner Zeit oon ungeheuren Summen, die sich in Messenhauser's Nachlaß vorgefunden hätten; die Wiener Zeitung berichtigt dies jetzt dohin, doß nicht mehe als einige Hundert Gulden, daneben ober eine Geschichte des Alterthums in 10 Bänden und andere titerarische Arbeiten sich vorfonden. — Von dem bekonnten Schriftsteller Lyser ist die aktenmäßige Darstellung der Oktobereereignisse erschienen, ihr Debit aber streng untersogt worden. Das Reichsministeeium der Finanzen hat dem Gemeinderathe oon Wien 9310 fl. Rh. zue Vertheilung zugeschickt, die von Deutschen aus Newyork im Juni an die Reichsversammlung in Frankfurt gelangt waren, mit der Bestimmung für die Verwundeten und die Hinterbliebenen der Opfer bei den Freiheitskämpfen in Wien und Berlin. Es wurde beantragt und angenommen, da diese Summe schon der Zeitrechnung nach nur füe im März Verwundete und Witlwen der damals Gefallenen bestimmt sein könne, dieselben damit zu betheiten und durch die Wiener Ztg. oufforderu zu lassen; an den Verein der Deutschen in Newyock aber, sowie an das Reichsministerium ein verbindliches Donkschreiben zu eichten.

Wien, 15. Dez. Se. Maj. der Kaiser hat aus Olmütz vom 10. Dez. nachstehenden Erlaß on das Kriegsministerium gerichtet: „Die vielen Beweise von Treue, Hingebung und Tapferkeil, durch welche sich meine Armee als die wahre Stütze des Thrones, als sicheeee Hort dee Ordnung und Gesetzlichkeit jederzeit bewährt hat, oeranlassen mich, derselben ein erstes Denkmal Meines unbedingten Vertrauens dadnech zu geben, daß ich gleich meinen erhabenen Vorfahren alle Generale, Stabs- und Ober-Offiziere, sowie die gesammte Mannschaft, von der bei Theonbesteigungen sonst üblichen eigenen Eidesablegung entbinde und sie hiermit lediglich auf ihre aufhabende Eidespflicht verweise, welches Meinem gesommten Heere in allen Sprachen bekannt zu geben ist."

Wien, 15. Dez. So eben trifft die Nachricht ein, daß auch Marmarosch in Ungorn oon unsern Truppen besetzt wurde. In den letzten Tagen wurden hiee mehrere ungarische Emissäre aufgegriffen, bie zum Theil als k. k. Husarenoffiziere verkleidet hieherkamen um ihr Unwesen zu treiben. (Allg. Z.)

Wien, 15. Dez. Gestern ging wiedee eine Abtheilung des Sluiner Grenz-Regiments eiligst nach der Gegend oon Krems ob. In der dortigen Umgegend, von Tuln angefongen, widersetzten sich die Bauern der Recrutenstellung, und es mußte Militär requirirt werden. In St. Pölten und dee Umgegend ging die Entwaffnung gonz ruhig vor sich. (Bresl. Z.)

Triest, 8. Dez. Der Slowenoerein, der sich hiee in güngster Zeit gebildet, zählt bereits mehr als 300, darunter 46 auswärtige Mitglieder. Er besteht aus Söhnen fast oller südslawischen Stämme, die ihree Bildung wegen bei den Ihrigen nicht ohne Einfluß sind, und ihr Lond genou kennen. Früher und spätee wird er fost olle Seekapitäne in seinem Bereiche haben — oon mehreren Mostbäumen flattert schon jetzt die slawische Dreifarbe. Wie es heißt, will er sich mit dee Slowanska lipa und dem Slawenoereine in Laibach in Verbindung setzen, ohne jedoch seine Unabhängigkeit, besonders füe dos Küstenlond, als seinen unmittelbaren Wirkungskreis, aufzugeben. Am 6. d. M., Abends 6½ Uhr, wor dessen feierliche Eröffnung in seinen definitiven Lokalitäten im Tergesteum. (Lloyd.)

△ **Berlin**, 18. Dez. Das Wichtigste, was ich heute mittheilen kann, ist die Bestätigung der gerüchtsweise durch die „Bresl. Ztg." mitgetheilten Nachricht: „daß russische Truppen in Siebenbürgen und zwoe in Kronstadt eingerückt sind." Handelsbriefe, die heute direkt aus Kronstodt hierher gelangt sind, enthalten diese Bestätigung. — Die Mitglieder der Mehrheit des ehemaligen Porlaments haben bekanntlich ihre ganze politische Wirksamkeit jetzt ouf die Wahlen koncentrirt. Morgen werden dieselben ein Ciekular oeröffentlichen, das auch als Progeomm für ihre Wahlbestredungen dienen soll, und worin sie diejenigen Artikel dee neuen Verfassung zusammenstellen, auf welche sie ihre Hauptongeiffe zu eichten beabsichtigen. — Herr Simson wird moegen auch oon hiee abreisen. Ein Nachfolgee desselben wird in diesem Augenblicke nicht erwartet.

Const. Corresp. **Berlin**, 17. Dez. Wer an dialektlichen Studien Gefollen findet, darf nur ein oder ein Paar Toge in Potsdom oerweilen; so zahleeich treffen dofelbst täglich Deputationen ous den verschiedensten Landestheilen des Staates zusammen, um dem Könige für die Verfossung und die Rettung des Vaterlondes zu danken. Zu einer derselben sogte der König heute die schönen Worte: „Diese Zustimmung, meine Herren, dieser einstimmige Donk aus allen Theilen unseees Vaterlandes ist mir eine reiche Genugthuung, die oollste Entschädigung für alle die Leiden, welche mir dieses Jahr so eeichlich gebracht hot; und ich werde Gott noch in meiner Todesstunde für die Leiden donken, denn ohne sie wären mir diese Freuden nicht gewoeden." In Folge mehrfacher Zwistigkeiten zwischen den Garden und Linientruppen ist den ersteren heute eine eenste schriftliche Vermohnung zu Theil geworden.

Lith. Korr. Wie erfahren so eben, daß das 10. Infanterie-Regiment Oebre erhalten habe, sich marschfertig zu holten, um am 1. Januae in Hambnrg sein zu können. Es ist froglich, ob diese Bewegung dem Könige oon Dänemark oder — der Konstituante der freien Hansestadt selbst gelten soll.

Berlin, 17. Dez. Herr von Hassenpflug weilt bereits seit länger als 8 Tagen in unseeer Stadt, derselbe ist auch bereits mehrmals in Potsdam gewesen und zur königlichen Tafel gezogen worden. Heer v. Hassenpflug, bekanntlich vieljährigee und vielgeprüfter Minister des Innern und Minister-Peäsident in Kassel oersichert zu Bekannten, daß seine hiesige Anwesenheit mit dee jetzigen politischen Konstellotion in Preußen durchaus in keinem Zusammenhang stehe, sondern lediglich zum Zweck habe, im

Uebersicht.

Was wollen die Oesterreicher?

Deutschland. Frankfurt (Oesterreichs und Preußens Gegensatz seit 100 Jahren.) Olmütz (Der Thronwechsel und die innere Politik des Ministeriums.) Von der Havel (Ländliche Zustände und Stimmungen.)

Was wollen die Oesterreicher?

Die große Mehrzahl der Abgeordneten aus Oesterreich zeigt sich durch den Austritt Schmerlings aus dem Ministerium aufs Höchste verletzt. Sie scheinen darin eine Art Absagebrief Deutschlands an Oesterreich zu erblicken. Als ob nicht vielmehr Oesterreich durch das Programm seines Ministeriums, durch die Zustimmung des Reichstags von Kremsier zu diesem Programm, durch die fast gleichlautenden Progeamme der Linken und des linken Centrums jener Versammlung, durch die offene Erklärung seiner Regierung an die deutsche Centralgewalt: daß Oesterreich sich den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung und den Anordnungen der deutschen Centralgewalt nicht unterwerfen könne, daß es sich und uns als zwei gesonderte, selbstständige „Staatencomplexe" betrachte, daß es mit uns ferner nur noch durch das Ministerium des Auswärtigen, also wie mit einem fremden Staate unterhandeln werde — als ob nicht durch dieses Alles Oesterreich uns zuerst und unzweideutig den Absagebrief geschrieben hätte! Auch Schmerlings Austritt ist zunächst aus dem freien Entschlusse dieses Staatsmanns hervorgegangen, der mit ehrenwerther Offenheit ausgesprochen hat, daß nunmehr mit Oesterreich anzuknüpfende Beziehungen nicht in seiner, eines Oesterreichers, Hand verbleiben dürften. Wenn dies die wahre, aufrichtige Meinung des Herrn v. Schmerling war (und wir haben kein Recht und keinen Grund, an der Aufrichtigkeit und ehrenhaften Gesinnung des Mannes zu zweifeln), so kann es weder Herrn v. Schmerling noch seine Landsleute verletzen oder nur verwundern, daß die öffentliche Stimme, in der Presse sowohl als in der Versammlung, sich dahin aussprach: es werde den mit Oesterreich anzuknüpfenden Verhandlungen und überhaupt der Stellung Oesterreichs zu Deutschland förderlich sein, wenn Herr v. Schmerling gänzlich aus dem deutschen Reichsministerium austrete. Es ist unmöglich, eine Frage von so weitgreifendem Belange, wie diese österreichische, von der gesammten anderweiten Politik Deutschlands nach innen und außen dermaßen abzugrenzen, daß sie nicht aller Orten und Enden bald in die eine, bald in die andere hineinspielen sollte. Entweder also mußte Herr v. Schmerling seine Hand gänzlich von der Politik des deutschen Bundesstaates zurückziehen, wenn er überhaupt der Ansicht war, daß seine Betheiligung daran, insoweit Oesterreichs Verhältnisse dabei in Frage kämen, mit Mißtrauen betrachtet werden möchte — oder er hatte keinen Grund, auch nur das eine Departement aufzugeben, da sein Verbleiben im Ministerrothe und die Fortführung des andern, eben so wichtigen Zweigs der Verwaltung durch ihn jenem Mißtrauen, wenn es einmal vorhanden war, fort und fort Nahrung geben mußte. Wenn daher die Stimmen, welche den Exminister v. Schmerling auf den Stuhl des ersten Präsidenten der Not.-Vers. erheben wollten, nur den Zweck hatten, demselben eine Genugthuung und Ehrenbezeugung für jenen ehrenhaften freiwilligen Rücktritt zu Theil werden zu lassen, so konnte man dies wohl gut heißen und wir können versichern, daß derselbe Gedanke: durch die Wahl v. Schmerlings zu einer der ledig werdenden Präsidentenstellen, diesem selbst sowohl, als seinem speziellen Vaterlande, einen Beweis der Hochachtung und Sympathie zu geben — daß dieser Gedanke sogen wie, in der Mehrheit der Centren bereits besprochen war und viel Anklang gefunden hatte. Wenn aber dieselben Stimmen zum großen Theile — wie wir das bestimmt zu wissen glauben, und wie es auch aus dem Resultate sich ergibt — nach jener Demonstration beim zweiten Scrutinium sich auf den Kandidaten der Linken concentrirten und somit die Wahl des Kandidaten der Centren zu verhindern suchten, so hat dieser Abfall eines großen Theils der Oesterreicher von ihren bisherigen Parteigenossen eine andere, für uns sehr schmerzliche Bedeutung. Er zeigt uns nämlich, daß diese Herren um jeden Preis Opposition machen wollen gegen diejenige Mehrheit, welche sich um das neue Ministerium Gagern und dessen Programm in der österreichischen Sache zu scharen gedenkt. Dieses Progeamm — was besagt es? Es schließt sich an das Programm des österreichischen Ministeriums an; es erkennt mit diesem die Unmöglichkeit einer völligen bundesstaatlichen Verschmelzung Oesterreichs mit Deutschland; es beansprucht für Deutschland, wie jenes für Oesterreich, die Selbstständigkeit der innern staatlichen Entwicklung — es geht aber in der Tendenz, Oesterreich und Deutschland in unlösbarer Verbindung zu erhalten, viel weiter, als das österreichische Ministerium, indem es nicht allein die Basis des bisherigen Bundesverhältnisses festhält, sondern auch die Anknüpfung von Unterhandlungen zum Zweck der Herbeiführung eines engeren Unionsverhältnisses mit Oesterreich sofort, nicht erst nach vollendeter Verfassung, wie man jenseits will, beabsichtigt.

Wir fragen nun: warum wollen die Oesterreicher das nicht, was dieses Programm bezweckt? — und: was wollen sie denn? Es gibt eine Fraktion unter den Oesterreichern, welche für die §§. 2 und 3 der Verfassung gestimmt hat, weil sie glaubt, oder sich einredet, es sei wirklich möglich, Deutschösterreich vom übrigen Oesterreich loszureißen. Diese Fraktion verfährt wenigstens ehrlich und konsequent, wenn sie, an jenem Glauben festhaltend, verlangt: Deutschland müsse die deutschen Provinzen Oesterreichs in den Bundesstaat hereinzwingen, wenn nicht anders, selbst mit Gewalt. Ihnen haben wir nur das Eine zu bedenken zu geben: wie sie es mit ihren Begriffen von Volkssouveränität vereindoren wollen, eine Bevölkerung (nicht eine Regierung) zu Etwas zu zwingen, was sie offenbar ihrer großen Mehrheit noch nicht will? Daß dem aber so sei, werden sie doch wohl selbst nicht mehr zu läugnen wagen, seitdem sie den Eindruck erfahren, den die §§. 2 und 3 und ihre Zustimmung zu denselben, in den deutschen Ländern Oesterreichs gemacht, die Aufnahme, die sie dort gefunden.

Schwerer wird es uns, die Konsequenz oder die Aufrichtigkeit einer andern Fraktion der Oesterreicher zu bezeichnen, welche schon bei der ersten Lesung der §§. 2. und 3. entschieden versicherte: Oesterreich könne darauf nicht eingehen, könne überhaupt den strengen Voraussetzungen einer bundesstaatlichen Einheit (hinsichts des Militärwesens, der Diplomatie u. s. w.) sich nicht fügen. Sie verlangten damals eine Modification des Verhältnisses, in welches Oesterreich zu uns treten sollte. Nun wohl! eine solche Modifikation wird ihnen jetzt durch das Gagern'sche Programm. Aber, sagen sie, dadurch wird Oesterreich außerhalb Deutschlands gestellt, als ein fremder Staat behandelt. Aber fragen wir zurück, wie wollen diese Herren denn, daß Oesterreich in Deutschland stehe, wenn sie selbst zugestehen, ja fordern, daß Oesterreich den Voraussetzungen einer wirklichen Bundesstaatseinheit sich nicht unterwerfen dürfe? Also wir sollen Oesterreichs Mitwirkung und Einfluß fortwährend zulassen bei der staatlichen Gestaltung unserer innern Angelegenheiten, unserer Verfassung — Oesterreich aber will den Einfluß und die Mitwirkung der gesetzlichen Gewalten des deutschen Bundesstaates — an welchen doch seine eigenen Abgeordneten Theil nahmen, auf die Gestaltung der Verhältnisse und die Leitung der Angelegenheiten seiner deutschen Provinzen — die doch Theile dieses Bundesstaates sein sollen, nicht zulassen? Oesterreich soll einen Antheil haben an der obersten Gewalt über Deutschland, wohl gar dessen Herrschaft führen, aber es soll zugleich in sich ein abgeschlossener, selbstständiger Staatenkomplex sein, der den Strömungen unseres staatlichen Lebens verschlossen ist? Ja, wir wollen eine innige Union mit Oesterreich, so innig als nur irgend möglich, und, was ihren Inhalt betrifft, viel inniger, als das bisherige Bundesverhältniß war. Aber wir wollen nur eine solche Vereinigung, welche auf Gleichheit beruht, keine societas leonina; wir wollen keinen Bund, worin Oesterreich uns beherrschte und beeinflußte, ohne uns einen Gegeneinfluß und eine gesetzliche Mitwirkung bei seiner staatlichen Entwickelung einzuräumen — wir wollen nicht ein unklares Verhältniß, welches uns hindert, uns, d. h. das übrige Deutschland, selbstständig in sich abzuschließen und zu konstituiren, während Oesterreich dieß ungestört thun könnte und thun würde; wir wollen mit einem Worte eine ehrliche, offene Auseinandersetzung mit Oesterreich, um uns dann desto aufrichtiger und rückhaltloser nach den beiderseitigen Verhältnissen und Bedürfnissen wieder einander zu nähern und zu verbinden. Wollen die Oesterreicher auch nur dies — nun so werden wir

Digitized by Google

uns leicht verständigen, und es ist kein Grund für sie da, sich verletzt zu zeigen, zu schmollen, wohl gar gegen das neue Ministerium und sein Programm ein zweideutiges Bündniß mit der radikalen Opposition zu schließen. Wollen sie aber *etwas Anderes*, so mögen sie wenigstens *klar und offen* damit hervortreten, auf daß man erkenne, ob Das, was sie wollen, annehmbar und mit dem, was wir wollen, vereinbar sei. Würden sie dies nicht thun, würden sie nur Opposition machen, statt offen mit ihren Wünschen und Plänen hervorzutreten, so müßten wir — so leid uns dies thäte, wohl oder übel zu der Ansicht gelangen, daß ein Theil der österreichischen Abgeordneten mit Hintergedanken umgehe, daß er unsre innere Gestaltung aufhalten, unsre Machtentwicklung hindern, daß er einen *einseitigen* Einfluß Oesterreichs auf Deutschland verewigen wolle, welcher dadurch jede aufrichtige Verbindung zwischen uns und ihm unmöglich machen würde. Mögen daher unsere österreichischen Brüder *recht bald sich offen erklären*, über ihre Stellung zu uns aussprechen und so jenen düstern Schatten verscheuchen, der sich bereits trennend zwischen uns und ihnen aufzurichten droht! *)

Deutschland.

00 **Frankfurt**, im Dez. Ehe wir die folgenden Zeilen über den nunmehr seit hundert Jahren, d. h. seit der Zeit, als Preußen eine ansehnliche Macht geworden war, zwischen Oesterreich und Preußen stattfindenden Gegensatz, welcher sich in allen Abstufungen von diplomatischen Intriguen bis zum offenen Kriege äußerte, niederschreiben, wollen wir auf's feierlichste erklären, daß wie damit nicht beabsichtigen, muthwillig alte Wunden aufzureißen, daß wir nicht einmal einem der beiden Staaten allein die Schuld zuschreiben, sondern daß wir nur durch die Geschichte nachweisen wollen, daß dieser Gegensatz in der Macht der Verhältnisse, in der menschlichen Natur tief begründet und daher nicht durch einen Zauberschlag zu beseitigen, daß es daher dem wahren Heile Deutschlands zuträglicher ist, nur Einen Staat an seine Spitze zu stellen, was ja das freundlichste Verhältniß, die Verbindung zu Trutz und Schutz, mit dem andern nicht ausschließt. — Die schlesischen Kriege und der siebenjährige sind als bekannt zu übergehen; dann kam der baierische Erbfolgekrieg. Joseph II. suchte das im Jahre 1777 erfolgte Aussterben der baierischen Karlinie zu einer Erweiterung seiner Erblande um das geographisch wohlgelegene und mit Oesterreich gleichgläubige Baiern zu benutzen und den Seitenerben Karl von Pfalz-Zweibrücken mit Belgien abzufinden. Gegen diesen Plan, welcher Oesterreich um rein deutsches Land vermehrt, die Verbindung mit den österreichischen Besitzungen in Oberschwaben und dem Breisgau hergestellt und so wahrscheinlich die Unfälle der Jahre 1805 und 1809, welche besonders durch das Bündniß der baierischen Regierung mit Frankreich hervorgebracht wurden, verhindert hätte, erhob sich Friedrich II. im Interesse der „deutschen Freiheit", d. h. der kaiserlichen Machtlosigkeit den Fürsten gegenüber, unter welchem Titel schon Heinrich II. Metz, Toul und Verdün, Ludwig XIII. Elsaß vom Reiche abgerissen. Der König von Preußen begann 1778, auf *Rußlands* Hülfe gestützt, den Krieg, der durch den Frieden von Teschen in demselben Jahre beendet wurde. Auf dem Frieden zu Teschen führte Repnin das große Wort, Rußland wurde Garant des Friedens und da diese Macht in deutsche Angelegenheiten hineingezogen war, so mußte nun auch Joseph um Katharinen's II. Freundschaft sich bemühen. Der Kaiser fand sogar in dem Bestreben, katholische Bisthümer und Stifte mit österreichischen Prinzen oder kaiserlich-gesinnten Prälaten zu besetzen, bei Preußen Widerstand, so daß sogar in der Angelegenheit eines deutschen Erzbisthums der deutsche Kaiser und der erste deutsche Reichsfürst gegeneinander wirkend mit Katharinen II. und ihrem Potemkin unterhandelten. Nach Friedrichs II. Tode hielt dessen Minister Herzberg, der in den ersten Jahren Friedrich Wilhelms II. die Leitung des Staates behielt, von der Politik des großen Königs nur den einen Gedanken fest: Feindschaft gegen Oesterreich. Als Oesterreich durch den gemeinsam mit Rußland geführten mörderischen Türkenkrieg seine schon von Eugen genommene Stellung an der Donau, besonders Belgrad, wieder gewonnen, verband sich Preußen mit der Türkei und nöthigte Oesterreich zur Verzichtung auf seine Eroberungen; nur Rußland genoß die Früchte seiner Siege. Im Jahre 1792 vereinigte zwar die allen Thronen drohende Gefahr beide deutsche Großmächte zum Kriege gegen Frankreich, doch Mißtrauen und Eifersucht erloschen nicht zwischen beiden Heeren und nach drei Jahren trat Preußen *und mit ihm Norddeutschland* vom Kriege zurück, den Oesterreich fortführte. Auch 1805 wußte Napoleon mit Hannover und einem *norddeutschen Kaiserthum* Preußen von der Koalition abzuhalten, und 1809 hielt es seine Schwäche, trotz Schill's Unternehmen, von der Theilnahme an Oesterreichs Volkskrieg gegen Napoleon zurück. Dafür aber sah 1813 Oesterreich lauernd und zweideutig dem Preußens Aufschwung dem Gang der Ereignisse zu und ließ Preußen die schwerste Arbeit allein, den Russen aber den Ruhm, an Deutschlands Befreiung mitgewirkt zu haben und zum Lohn dafür ein entscheidendes Wort bei den Friedensverhandlungen. Wie aber die österreichische Regierung 1815 Preußen im Stiche ließ, haben wir schon in einem früheren Artikel nachgewiesen.

⊙ **Ollmütz**, 12. Dez. Der hiesige „Oesterr. Corr." gibt über den Thronwechsel bemerkenswerthe und sehr offenherzige Mittheilungen. „Wie Alle," heißt es, „waren gewöhnt worden, den Kaiser als die höchste Verwaltungsbehörde zu betrachten. Gegen die Entscheidungen der obersten Instanzen ging der Rekurs an seine Person, von ihm wurden Abänderungen der in Rechtskraft erwachsenen Entscheidungen, von ihm Gnaden erbeten, welche über den Bereich der Gesetze hinauslagen. Diesem Brauche vermochten wir auch nach den Märztagen nicht zu entsagen, war doch derselbe Kaiser wie vorher geblieben. Von ihm wurde auch nach diesen Tagen Widerruf der ministeriellen Beschlüsse, Veränderung der bestehenden Gesetze verlangt, und eine Unzahl Petitionen über die wichtigsten Gegenstände wurden nicht blos von Privaten, sondern auch von Korporationen und konstitutionellen Körperschaften, den Reichstag inbegriffen, mit Umgehung des verantwortlichen Ministeriums, unmittelbar an die Person des Kaisers gerichtet. Die Heiligkeit des Thrones war bloßgestellt und die Verantwortlichkeit des Ministeriums konnte nicht zur Wahrheit werden. Auch von oben wurden die Geschäfte auf die alte Weise erledigt. Die Minister konferirten in der Regel nicht mit dem Kaiser und dieser wohnte ihren Berathungen nicht bei, sondern es war das sogenannte Kabinet geblieben und unter veränderten Titeln waren es einige Mitglieder des alten Staatsraths, welche die Vorträge der Minister dem Kaiser unterbreiteten und seine Entschließungen entwarfen. Eine neue Gestaltung dieser Verhältnisse war nothwendig, und diese forderte einen Kaiser, den wir und der sich nicht in der alten Ordnung der Dinge wirkend gesehen hatte." Schon der Name, den der neue Kaiser sich gegeben, soll diesen Gedanken ausdrücken: kein Franz II., kein Fortsetzer des alten Systems, sondern ein Franz Joseph I. hat den, wenn auch durch die göttliche Gnade ererbten, doch durch die Märzereignisse in seiner Bedeutung veränderten Thron bestiegen. Die dringendsten Interessen der Verfassung und Verwaltung fordern die baldige Rückkehr des Hofes, des Reichstags und der Minister nach Wien. Zwischen Kaiser Ferdinand oben und dem Volke Wiens ist Blut geflossen, Kanonen mußten den entstandenen Zwist entscheiden. Ein neuer Regent, ein Mann der Zukunft, der heranwachsenden Generation, kann leicht vergessen und verzeihen, Vertrauen fordern und ertheilen. Ein ganz andres Verhältniß waltet in Ungarn ob. Dort ist das Volk von einer kleinen fanatischen Partei geknechtet, welche eine Schreckensherrschaft übt, die in der Geschichte kaum ihres Gleichen kennt. Alles was sie gewagt hat und noch immer wagt, entschuldigt sie durch die Verheißungen und Zusagen, die Kaiser Ferdinand am 15. und 16. März und 11. April gegeben. „Jene Menschen wollen nicht einsehen, daß der Kaiser in seiner Güte zu weit gegangen war, daß er an jenen Tagen bereits ein konstitutioneller Regent gewesen, der ohne Beirath der verantwortlichen Minister und die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter des Gesammtreichs jene Zugeständnisse nicht bewilligen durfte. Es gilt nun mit den Waffen ihre Macht zu brechen und Gesetz und Freiheit wieder zur Kraft zu bringen. Der neue Kaiser ist an jene ertrotzten Bewilligungen nicht gebunden, und er kann und

---

*) So eben lesen wir in der O. P. A. Zeitung die Ansprache des Herrn v. Andrian an seine Wähler, worin er sich ebenfalls über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland ausspricht. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Landsleute des Herrn v. Andrian diese Frage eben so klar und unbefangen ansehen möchten wie er. Dann würde von jener unbegränzten Gereiztheit, die sich jetzt unter ihnen zeigt, nicht die Rede sein.

wird, sobald die Erfolge unsers tapfern Heeres es gestatten, im Einklange mit der Stimme des Volkes das befreite Ungarn in dasselbe Verhältniß zum Gesammtstaat versetzen, welches die andern gleichberechtigten Theile des letzten für sich erwählen werden, und zwar: wenn es nach uns geht, in jenes der gesonderten innern Verwaltung und der gemeinschaftlichen obersten Leitung unter Einem Kaiser, Einem Ministerium und Einem Reichstage." So weit der österreichische Korrespondent. Von anderer Seite hört man, in den höheen Regionen selbst herrsche noch Ungewißheit, ob die Integrität der ungarischen Krone fortbestehen könne oder nicht. Das Ministerium hat dem reichstäglichen Finanzausschuß in einer vertraulichen Eröffnung gestanden, daß es sich über die künftige Gestaltung Ungarns keinen festen Plan gebildet habe. Die Unzufriedenheit der Serbischen Unterhändler Obrenowich und Stratimirowich mit dem Resultat ihrer Bestrebungen scheint aus dieser Quelle zu fließen. Ob das Ministerium vor den allzuungestümen Forderungen der getreuen Slawischen Freunde der Dynastie erschrack, ob es das mächtige Magyarische Gegengewicht völlig zu zerbrechen sich besann, — ob zwei verschiedene Gedanken in demselben herrschen, das läßt sich noch nicht entscheiden. Jedenfalls wird es offenbar daß die Czechische Rechte im Reichstag zu wanken und vom Ministerium sich loszusagen beginnt. Die Narodninowinn, das Blatt Hawliczek's hat sich für letzteres offen erklärt, und deutet an, daß die geärgerte Rechte den Vorgang der Koryphäen der slavischen Agitation nachahmen werde. Ob dieß auf Gründe der Nationalität oder der Freiheit zurückzuführen sei, wäre die nächste Frage. Es giebt einen Punkt, in dem Beides zusammentrifft. Das Ministerium, das die Staatseinheit von obenher durchführen soll, die naturgemäß das Produkt einer gemeinsamen Völkerpolitik sein müßte, fängt an zu centralisiren. Die Narodni Noviny forderte neulich die Regierung auf, die Achtung der Nationalitäten mit der Josephinischen Freiheit zu versöhnen. Etwas der Art scheint das Ministerium nun allerdings in seinem Sinne zu versuchen, es verbindet Josephinische Centralisation mit kleinen Concessionen an den nationalen Föderalismus, und dieß kann nur geschehen, wenn sich die centrale Administrationsgewalt in alle besondern nationalen und politischen Institutionen eindrängt und ihre Stimme darin gesichert hat. In diesem Sinne scheint das neue Gemeindegesetz gedacht, soviel man bis jetzt davon erfährt, und dieses gerade ist der nächste Anlaß zur Opposition der czechischen Abgeordneten. Diese könnte von der allergrößten Wichtigkeit werden, wenn eine starke und compakte Opposition im Sinne der Freiheits- und Nationalitätsforderungen sich bildete, der alles Uebermaß in beiden Richtungen schon durch die nothwendige Coalition verschiedenartiger Elemente untersagt wäre, die aber Macht genug hätte, entweder das Ministerium in ihre Bahn zu ziehen oder ein anderes an seine Stelle zu setzen, in jedem Fall aber eine despotische oder corrumpirende Centralisation zu brechen. Darnach sind aber die Verhältnisse in keiner Weise geartet. Weder ist dazu im Reichstag selbst die nöthige Capacität, noch würde sie im Volk den nöthigen Rückhalt und das politische Verständniß ihrer Plane finden. Der Reichstag ist seit den Oktobertagen discreditirt, fast ebenso wie die Berliner Versammlung; wenn die Opposition zur Majorität gelangte, so würde die Folge nicht die Niederlage der Regierung, sondern die Auflösung des Reichstags sein, wiewohl diese jetzt, wenigstens vor Beendigung des ungarischen Kriegs, gar nicht im Plane der Regierung liegen mag. Auch würde eine Octroyirung der Verfassung, bei den vielfachen Anforderungen der Nationalitäten, der Regierung hier eine ganz andere Last auflegen, als in Preußen. Unterdessen liegt der Schwerpunkt des Staates im Ministerium, und dieses weiß dieß wohl, es sucht sich zu verstärken und alles Gewicht auf die Administration zu legen. In diese will man auch, wie es scheint, die Häupter der nationalen Bestrebungen versetzen, um sie, ganz in dem obigen Sinne, im Administrationsnetz einzufangen, wo man immer noch, auch bei einer nationalen Reorganisation, Gelegenheit hat, sich einzumischen und die centrale Gewalt geltend zu machen. So wird man auch in Ungarn, möge sonst darüber beschlossen werden was wolle, wenigstens die Verwaltung durchgreifend reformiren und das Komitatwesen, das der alten ständischen Opposition wie dem modernen Magyarismus stets zum Versteck diente, völlig beseitigen. Im Gefühl seiner Stärke hat das Ministerium ferner 20 Millionen von der Bank antizipirt. Dies macht gleichfalls viel böses Blut, so beruhigend die Versicherungen klingen, mit denen Minister Kraus den Finanz-Ausschuß beschwichtigt hat. Er hat zumal den Gedanken an eine Oktroyirung ganz weggewiesen, und über die „Prüfung und Sanktion" beruhigt. Aber man sagt auch, der Finanz-Minister sei nichts weniger, als die Seele des Kabinets und wisse kaum dessen geheime Gedanken; wenn die beabsichtigte Anleihe starken Widerstand fände, werde man ihn fallen lassen. Und wenn man den Reichstag auflöste, könnte man Kraus wohl auch fallen lassen. Und wenn die Anleihe beim Reichstag Schwierigkeit findet — könnte man den Reichstag auflösen. Und ob nicht zuletzt auch das Ministerium, die starke Regierung, ihre Achillesferse hat, ob nicht hinter ihr andere Gewalten thätig und wirksamer thätig sind? Ob nicht mindestens die blutige Verwirrung, in die Krieg, Aufstand und militärischer Zwang so viele Theile des Reiches stürzt, ihm seine großen Pläne unter den Händen verkümmert und wegzieht? — Eine etwas fernere Zukunft wird darüber belehren. Wie leicht entschlüpft den lenkenden Händen der Faden und die kluge politische Rechnung wird zum eohen Naturprozeß!

*** Von der Havel, 12. Dez. Was Magistrat und Stadtverordnete in dem kleinen gewerbfleißigen Luckenwalde gethan, auf die erste Nachricht von der Auflösung der Nationalversammlung, die Bürgerschaft auf den Markt durch die Glocken zusammen zu berufen und ein: „Nun danket alle Gott!" vor allem Volke anstimmen zu lassen, das wäre vielleicht in vielen Städten geschehen, vielleicht überall, wenn Magistrat und Stadtverordnete und die Bürger selbst sich früher einverständigt, sich wären bewußt gewesen, was Noth thut. Das: Nun danket alle Gott! galt nicht sowohl der neuen Verfassung, und noch weniger der Octroyirung derselben, als daß wir diese Versammlung losgeworden sind. Sie drückte wie ein Alp auf das Bewußtsein, eigentlich auf das aller Parteien. Selbst wenn die Rechte siegte, was es nicht der Sieg, auf den die Conservativen stolz sein konnten; der Sieg der Linken befriedigte nicht einmal ihre Partei. Das Strohfeuer des Heroismus gegen die Bayonette war nur ein Aufflackern, was auf Augenblicke blendete; es hätte nicht der Militärmacht bedurft, es auszuschlagen. Auch die Steuerverweigerung, auch die Kirchmann'schen Forderungen, welche der Versammlung den moralischen Todesstoß gaben, waren doch nur Symbole für das innere Unvermögen, die Aufgabe zu lösen, welche der Zufall gerade diesen Versammelten hingewürfelt. Der innere Zerfall, die Unmöglichkeit einer Verständigung selbst über indifferente Fragen, die Eitelkeit, Rechthaberei, die kleinlichen Gelüste, in nichts nachzugeben, um konsequent zu scheinen, die Advocatenspielerei mit dem Formalismus, die ewigen Interpellationen, in denen sich die Unbedeutendsten gefielen, der große Mangel nicht an Talenten, sondern an edel menschlichen Anschauungen der großen Fragen, hatten das sittliche Ansehen der Versammlung in der ganzen Nation unter den Nullpunkt gebracht. Man schämte sich einer solchen Versammlung, solcher Deputirten, dies war das vorherrschende Gefühl geworden, und es ward um so stärker, als man sich anfing seiner selbst zu schämen, daß man auf Augenblicke sich blenden lassen, und wörtlich an einen parlamentarischen Heroismus geglaubt hatte. Die allgemeine Freude galt daher dem Ende einer Versammlung, die nichts geleistet, und, wäre sie länger zusammen geblieben, den Karren immer tiefer in den Morast gefahren hätte. Wee dem Gespann in die Zügel fiel und die Pferde löste, und wie er es that, ist die zweite, eine secundäre Frage, die im ersten Augenblick kaum überall die Geister berührte. Das einfache Factum genügte um sich zu freuen.

Die Nationalversammlung provocirte, als sie den passiven Widerstand annahm, auch die Provinzen: diesmal mit Klugheit, denn ein aetiver Widerstand hätte ihr und ihrer Sache nichts gefruchtet, er hätte im Gegentheil zum Absolutismus direkt zurückgeführt (wenn derselbe überhaupt möglich) und für Berlin das Schicksal Wiens zur Folge gehabt. Die Provinzen haben zwar nicht ihrer, aber der allgemeinen Erwartung entsprochen. Einen Augenblick schien es, als ob der Funke gezündet, die Emissäre gewirkt hätten. Es kamen jedoch nur die Carrikaturen von Düsseldorf, Breslau, Halle, Erfurt zum Vorschein, und es war gerade die Entwicklung der anarchischen Kraft, wie sie dort geschah, was das Vertrauen auf eine festere Consolidirung unserer Zukunft auf's Neue begründet hat. Nichtsdestoweniger wird uns hier eine sehr ernste Lehre, die zwar alt ist aber nicht oft genug wiederholt werden kann, eindringlich an's Herz gelegt: daß die Guten in

Stürmen, wie die unserer Zeit, zusammenstehen, ihre Stimme laut werden lassen sollen und nicht ihr Licht unter den Scheffel stellen. Daß die herrschenden Stimmen, die aus den Provinzen erschallten, nicht in Wirklichkeit geherrscht haben, ist durch den Erfolg klar geworden. Im Gegentheil läßt sich nachweisen, daß die schreiendsten Stimmen von dort aus der Hauptstadt und aus den Hauptlagern des Demokratismus erst dorthin gesandt wurden, um scheinbar als von hier ausgehend repeadurirt zu werden. Wären aber die Provinzen thätiger gewesen, in der Darlegung ihres wahren Sinnes, so wäre großes Unheil, ein langer kostbarer Prozeß gespart, zu dem sie selbst die Kosten aufbringen müssen. Wären sie mit ihrem Sein gegen den Schein, den die Wühler verbreitet, rechtzeitig in die Schranken getreten, so hätte dieser nimmermehr zu der unförmlichen Dunstgestalt anschwellen und die Furchtsamen erschrecken können, wie er gethan. Die blasen Loyalitätsadressen waren aber nicht die rechte Waffe. Wie die Demokraten sich vereinten zur Lehre und That, wäre es auch ihre Pflicht gewesen. Die That hat ihre Bedenken, wir sind zur Zeit noch ein schlecht erzogenes Volk, der Fluch des Polizeistaates, der alten Tradition lastet auf uns, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht sei; aber man kannte bei den Demokraten in die Schule gehen, sie sind gute Lehrer; ihr Gutes konnte man behalten, ihr Schlimmes meiden. Durch Belehrung der großen Massen hätte man Tausende, welche die Beute der Verführung geworden, bei Zeiten retten, sie zu Streitern in den gegenüberstehenden Reihen machen können. Aber man überließ die Presse, in altem Hochmuth oder in alter Apathie, den Gegnern, oder wenn man sie brauchte, holte man die Vorstellungen und Worte aus der Rumpelkammer der Vergangenheit.

Es ist ein sehr wichtiges Moment für die Rettung Preußens, daß die ländlichen Distrikte um Berlin von Anbeginn fest an der Sache des Königthums hielten. Dies ließ sich aus ihrer ererbten Gesinnung erwarten, weniger, daß der Sinn für das constitutionelle Königthum schnell hier Wurzel schlagen werde. Dies ist geschehen, der kurmärkische Bauer und der kurmärkische Edelmann wallen nicht zum Absolutismus, noch weniger zur alten Bevormundung der Regierung, zum Polizeistaate zurück, sie fühlen gegenseitig aufkommen den Wachsthum ihrer Rechte und wollen constitutionelle Bürger sein. Eine Vendée wäre also nicht zu befürchten für den noch fürchterlicheren Fall eines Bürgerkrieges. Aber ein Heer steht hier für den Thron bereit gegen die sociale oder die antike Republik, das seine zwanzigtausende und mehr, und wohl im Waffenhandwerke erfahrenen Landessöhne in wenig Stunden marschfertig aufstellte für den Fall, daß in der Hauptstadt noch ein Mal das Gelüste sich erhöbe, die rothe Fahne aufzupflanzen. Durch den Teltowschen Bauernverein, den Teuch-Belzigschen Patriotischen Verein, dem sich eine Kette anderer Vereine anschließen, ist diese constitutionell-monarchische Opposition gegen die demokratisch-anarchischen Tendenzen in der Hauptstadt und den einzelnen Städten vollständig organisirt. Die Mitglieder sind in Sektionen, ja schon in Compagnieen getheilt für den Fall der Noth. Die einzelnen Vereine halten 14tägige Zusammenkünfte, sie besprechen die Wahlen, die Führung ihrer Deputirten, sie correspondiren mit einander, sie hatten, wie man weiß, in dem entscheidenden Augenblicke nach der Permanenzerklärung der Nationalversammlung, dem Könige eine außerordentliche Hülfe an Geld und Mannschaften angeboten; durch ihren Einfluß (den in diesem Falle freilich hier nicht nöthig gewesen wäre) ist die Landwehr in merkwürdig kurzer Zeit mobil gemacht worden, Unterstützungen für die ausmarschirten Landwehrmänner und ihre zurückgebliebenen Familien sind reichlich zusammen geschaffen. Erfreulich ist, daß in diesen Vereinen der Standesunterschied nicht allein de jure, sondern auch de facto aufgehört hat. Der märkische Bauer hat sich freilich, wo es um Rechthandeln gilt, immer gefühlt; daß der kurmärkische Edelmann aber gelernt, sich nicht mehr als solchen zu fühlen, wenigstens zu zeigen, sondern in Gemeindeangelegenheiten mit dem Bauer, dem Pfarrer, Schullehrer, Müller und Tagelöhner, als Gleicher neben Gleichen zu stehen, ist ein Produkt der Neuzeit. Rückgängig kann diese Errungenschaft des demokratischen Princips nicht mehr gemacht werden. Der Bauer läßt sich nichts nehmen, was er einmal hat. Der Edelmann scheint sich, so weit ich beobachten konnte, in dieser neuen populären Stellung ziemlich wohl zu befinden. Aus seiner Exclusivität herausgetreten, fühlt er, daß er wirken kann, er sieht eine ehrenvollere Thätigkeit vor sich, und mehr angenehme Beschäftigung als damals, wo man ihn lehrte, er müsse sich abschließen und rar machen, um sich selbst zu erhalten. Die Patronatsrechte, auch die Gerichtsbarkeit und das Polizeirecht läßt er sich gern nehmen, schwerer ward ihm, das Jagdrecht hinzugeben. Von andern täglichen Rechten war kaum mehr viel in der Kurmark abzulösen, Der Bauer hat seine eignen Grundsätze, viele mögen es Schrullen nennen, z. B. würde er in der Staatsökonomie nicht gerade freisinnigen Grundsätzen huldigen, nicht für Freihandel stimmen, auch vergräbt er noch immer sein Geld in eisernen Töpfen; aber ein strenger Verfechter des freien Eigenthums ist er und bleibt er, und von einer Republik, wo einer seines Gleichen den König spielen wollte, hält er nichts. Die Geistlichen wissen sich im Ganzen weit weniger in die demokratische Zeit als der Edelmann zu finden; der salbungsreiche Schwung klebt unwillkürlich ihren Reden, ihrem Thun an. Der protestantische Prediger auf dem Lande hat noch nicht gelernt, sich mit seinen Bauern als auf einer Stufe stehend zu betrachten. Daher bleibt er, mit wenigen Ausnahmen, in dieser Zeit politischer Aufregung, ohne Einfluß auf seine Gemeinde, ja häufig entzieht er sich den Bewegungen, als außer seinem Wirkungskreise liegend. Ganz anders die Schullehrer; ihr oft unseliger Einfluß auf die allgemeinen Verhältnisse, ihr Auftreten in der Nationalversammlung ist nur zu bekannt. Es ist ein durch langen Druck, gleich den Juden, verbittertes Geschlecht. Auch in diesen Kreisen versuchten einzelne Schullehrer republikanisch zu wühlen; sie scheiterten am Sinn der Bevölkerung. Andere zeigten sich tüchtig, ja es kam das Beispiel vor, daß eine Protestation eines Schulmeisters gegen die Trennung der Kirche von der Schule vor der des Geistlichen den Vorzug erhielt, weil er klarer und bündiger die zu berücksichtigenden Verhältnisse aufgefaßt hatte. Der bekannte, ehemalige Mäßigkeitsapostel Baron Seld wirkt als Redner bei den Volksversammlungen dieser Kreise. Er ist Schriftsteller; die Erfordernisse der Presse werden indeß in der Sprache der Adressen weniger beachtet. Bauern und Edelleute sind nicht Literaten. Sie meinen, ihre derbe Sprache thue dasselbe. Auch wird in manchen Adressen der Mund von Loyalitätsversicherungen zu voll genommen, was nicht zu billigen, aber wohl zu erklären ist durch die persönliche Liebe für das Königshaus und den nothwendigen Rückschlag nach den Antiloyalitätserklärungen, die jenes Gefühl verletzten.

Wenn man erwägt, daß diese Kreise, wo die konservative Gesinnung sich so stark bethätigt, Berlin südlich und westlich ganz umschließen, daß Potsdam in ihrer Mitte liegt, daß nördlich mannigfache Anschließpunkte bis Pommern gehen, so hat hier das Königthum einen starken Lokalhalt, so stark, daß es auch erneuten Stürmen, die möglicherweise von Berlin ausgingen, und vielleicht selbst ohne militärische Hülfe Trotz bieten könnte. Diese Lokalverhältnisse scheinen im übrigen Deutschland, und selbst in Berlin nicht genügend bekannt. So lange man nur von der Gesinnung auf dem flachen Lande wußte, nicht von Handlungen, konnte man mit Recht sagen: Was thut es? Das Land muß den Städten folgen, nur diese geben hier wie überall den Ausschlag, weil hier neben der Bildung und den andern Mitteln eine fortlaufende Communication und Entwickelung der Ideen ist. Dies wird anders, wo das Land sich erhebt, Mittel zur Communication findet und durch Thaten sich äußert. Kannten die Demokraten, als sie Berlin zum Centralpunkt, eventuell zum Loschlagen erwählten, diesen Umstand so ganz übersehen? Schon bei seiner örtlichen Entfernung war Berlin ein übelgewählter Punkt, um von hier aus Deutschland zu revolutioniren; aber die Revolution mit der rothen Fahne wäre unter diesen besondern Umständen hier wie in einem Kesselthale von der Jagd umstellt und verloren gewesen. Doch sind allerdings auch diese Landvereine erst in letzter Zeit zu allem Bewußtsein und einer Bedeutung angewachsen, die noch täglich zunimmt. Erst mit dem Zeughaussturm entwickelte sich jenes, und erst bei der Steuerverweigerung standen sie in voller Rüstung.

Für die Redaction verantwortlich: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Herzog in Straßburg Nr. 29 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue Neuve Notre Dame des Bonnenfs.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 6. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn u. Taxis'sche Ober-Post-Amt-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 337. Frankfurt a. M., Donnerstag 21. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Dänemark.

Deutschland. Frankfurt (Oesterreich und Deutschland.) Wien (Die schlechte Presse. Anwesenheit der Minister. Der Belagerungszustand. Kaiserliche Proklamationen an die Ungarn.) Kremsier (Bericht über die Anleihe.) Olmütz (Der österreichische Korrespondent für den Reichstag. Ministerielle Reformen.) Berlin (Die Zustände nach der Reise. Wrangel's Danksagung an die Berliner. Das Obertribunal gegen Hrn. Waldeck. Die Oberlandesgerichte in Rotibar, Bromberg und Munster gegen die Hrn. Kirchmann, Gierke und Temmr.) München (Baierne Stellung zur deutschen Verfassung. Bekanntmachung des Justizministeriums. Statistik der Kammer.) Aus Sachsen (Die Vereinigung der Neußischen Lande mit Sachsen.) Kortsruhr (Einer der Mörder Lichnowsky's verhaftet.) Kassel (Schreiben des Vororts der nationalen Vereine.)

Großbritannien. London (Die englische Zeitungspresse über die Wahl Ludwig Napoleons. Das deutsche Hospital.)

Frankreich Paris (Korrespondenz des Papstes mit Cavaignac.)

Spanien. Madrid (Tagesbegebenheiten.)

Oesterreichischr Monarchie. Agram (Der ungarische Reichstag gegen Franz Joseph.) Krakau (Die polnischen Emigranten. Deutsche Kolonisation.) Hermannstadt (Die Zustände in Siebenbürgen.)

Italien. (Nachrichten aus Bologna. Gen. Zucchi.)

Niederlande. Haag (Die zweite Kammer. Herzog Bernhard von Weimar. Die Cholera.)

Polen. Von der polnischen Grenze (Die Absperrung. Senchen.)

Neueste.

21. Dezember.

Wir Deutsche gleichen in diesem Augenblicke den Kindern Israel, welche mit der einen Hand bauen, mit der andern den Schild führen mußten. Während wir unsere inneren Verhältnisse ausbauen, und die Schwierigkeiten des Werkes leider wachsen, erlauben unsere auswärtigen Angelegenheiten uns nicht, den Blick von ihnen abzuwenden. Namentlich nimmt Dänemark unsere Aufmerksamkeit in Anspruch. Jede Post, welche von Kopenhagen eintrifft, bringt uns die Nachricht von fortgesetzten Rüstungen der Dänen zu Land und zur See. Nicht blos auf ihren eigenen Inseln, sondern auch auf Alsen, welches sie vertragswidrig besetzt hatten, haben sie Truppen aus. Sie rechnen darauf, wie ein Blatt sehr richtig bemerkt, daß die mancherlei Zerwürfnisse, welche seit den letzten Monaten den inneren Frieden Deutschlands stören, die gänzliche Auflösung der deutschen Einheit zur Folge haben, und Dänemark dann Schleswig-Holstein, ohne erheblichen Widerstand zu finden, würde unterjochen können. Man wird daher von dänischer Seite bemüht sein, die Unterhandlungen, wenn dieselben auch in Kurzem beginnen sollten, durch überspannte Forderungen in die Länge zu ziehen, und wenn der gedeffte Augenblick kommen sollte, die Herzogthümer wieder zu überfallen und sie dann die ganze Schwere des lange verhaltenen Zornes empfinden zu lassen. Inzwischen führen sie einen Federkrieg, der nicht kleinlicher sein könnte. Es heißt z. B. im 7. Artikel des Waffenstillstandes:

„Man hat sich ferner darüber verständigt, daß alle und jede seit dem 17. März für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln im Augenblicke des Amtsantrittes der neuen Regierung aufgehoben werden sollen; jedoch soll der Letzteren das Recht zustehen, solche nach dem 17. März erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln wieder in Kraft treten zu lassen, deren Aufrechthaltung ihr unerläßlich oder für den regelmäßigen Geschäftsgang ersprießlich erscheinen, welche indessen keinen Falls etwas den Bestimmungen des Artikels 11. Widersprechendes enthalten dürfen."

Die Dänen beklagen sich nun, daß die schleswig-holsteinische Regierung Verfügungen habe wieder in Kraft treten lassen, welche für den regelmäßigen Geschäftsgang nicht unerläßlich wären. Die schleswig-holsteinische Regierung ist genöthigt, zu entgegnen, daß die Worte im Vertrage anders lauteten. Sie wäre nach dem Wortlaute ermächtigt, solche Gesetze u. s. w. wieder in Kraft zu setzen, welche für den Geschäftsgang auch nur ersprießlich wären. Das Wort „unerläßlich" bezöge sich nicht auf den Geschäftsgang, sondern es sei schlechthin gebraucht, es bezöge sich auf die Gesetze, deren Aufrechthaltung überhaupt durch die veränderte Lage der Dinge erfordert werde. Doch wir haben schon neulich die Beschwerden der Dänen ausführlicher erwähnt. Sie beziehen sich auf Alles und Jedes, auf Kassenscheine und Stempelpapiere, auf Brandzeichen und Seekadetten.

Allein sie selbst verletzen die Bedingungen des Waffenstillstandes in vielen Punkten, von denen manche eine Einrede gar nicht zulassen:

1) Durch Vorenthaltung der Inseln Alsen und Arroe.
2) Durch militärische Aushebung auf Alsen.

Digitized by Google

3) Durch Verstärkung des dortigen Militärs bis auf 8000 Mann.

4) Durch Zurückhaltung mehrerer in Schleswig-Holstein zu Hause gehörender Dampfschiffe.

5) Durch Zurückhaltung mehrerer schleswig-holsteinscher Civil- und Militärpersonen. Es ist nur zu bekannt, und wir haben noch so eben ein neues Beispiel gemeldet, daß die Dänen nach Art der alten Wikinger in diesem Kriege durch Menschenraub getrieben haben.

6) Durch Nichtabsendung eines dänischen Commissäes an die gemeinsame Regierung.

7) Durch Beeinträchtigung der schleswig-holsteinschen Schifffahrt, indem sie dieser die dänische Flagge aufzwingen.

8) Durch Nichtregulirung der Post mit Deutschland, wodurch bei eintretendem Frost die Verbindung des ganzen Nordens mit Deutschland und dem Süden völlig gehemmt wird. Sie leiden selbst dadurch, aber sie wollen mit den „Insurgenten" nicht unterhandeln.

Allein wir zweifeln, daß wir mit allen unsern Beschwerden das Geringste erlangen. Die Dänen sehen sich durch den Waffenstillstand, wie er jetzt ausgeführt ist, in ihren anfänglichen Hoffnungen getäuscht. Deshalb wollen sie nichts davon wissen. Sie erklären rund heraus, sie sähen denselben nicht mehr für gültig an, und drohen mit einem Einbruche in Schleswig. Ja, sie rüsten offenbar dazu.

Bei so nahe drohender Gefahr haben die Reichsgewalt, und wie wir eben hören, auch Preußen angefangen, Gegenmaßregeln zu treffen. Aber wie ungenügend sind diese noch! Wir fürchten den Krieg an sich nicht, aber wir fürchten, daß er in die Länge gezogen wird. Zu welchen inneren und äußeren Verwicklungen könnte das führen! Wissen wir etwa nicht, wie Rußland in Kopenhagen das Feuer anbläst und darauf lauert, bei Kiel den Fuß an's Land zu setzen? Was es für alte Erbansprüche aufbewahrt? Hat es doch schon einmal einen Krieg aus Verwandtenliebe angefangen!

Doch wir brauchen nicht an ferner liegende Gefahren zu denken. Die Erfahrung des ersten Feldzuges hat uns hinlänglich gelehrt, daß selbst aus Rücksicht auf Sparsamkeit es rathsamer ist, sogleich mit aller Macht zu rüsten, und auf der Stelle einen entscheidenden Schlag zu führen. Noch am Charfreitage dieses Jahres war der ganze Krieg auf einmal zu entscheiden, wenn Alles, auch der Rath, zur Stelle gewesen wäre. Was wir verlangen, ist, daß wir diesmal nicht wieder zu spät kommen oder den Feind zu gering anschlagen. Daß wir Ernst zeigen und den Rüstungen der Dänen — denn wir vermögen es — mit doppelten und dreifachen Rüstungen begegnen. Diese Rüstungen werden die Friedensunterhandlungen am kräftigsten unterstützen. Vor Allem aber wäre es zu wünschen, daß wir die Hoffnungen vereiteln, welche die Dänen auf unsere Uneinigkeit setzen. Mit welcher lauernden kleinen Freude haben sie von den Streitigkeiten in Schleswig-Holstein und von den Unordnungen gehört, welche unter den dortigen Truppen ausgebrochen waren! Mit welcher größeren Freude werden sie von der Uneinigkeit hören, welche hier in Frankfurt zwischen den Volksvertretern Deutschlands in so bedauerlicher Weise zu herrschen begonnen hat! Möge auch die äußere Gefahr dazu beitragen, die Gemüther zu vereinigen und stets den Gedanken lebendig erhalten, daß es sich hier nicht um das Interesse irgend eines besonderen Stammes, sondern um das allen gemeinschaftliche Wohl des Vaterlandes handelt. Wenn wir nichts anderes wissen und rathen, als Preußen an Deutschlands Spitze zu stellen, so wird damit wahrlich nicht das besondere Interesse Preußens verfolgt, noch weniger das seiner Regierung, deren Handlungen wir stets ohne Parteilichkeit beurtheilt haben. Am allerwenigsten ist Gleichgültigkeit oder gar Abneigung gegen unsee deutschen Brüder in Oesterreich die Quelle unserer Ansichten. Wir sprechen nur aus, was die Nothwendigkeit, was die ganze Lage der Dinge zu erheischen scheint. Und ein Blick auf die im Norden drohenden Verwicklungen kann nicht anders, als uns in unsern Ansichten bestärken. Oesterreich hat sich von diesen Händeln stets fern gehalten und als Ausland betrachtet, vielleicht betrachten müssen. Preußen ist Deutschlands natürlichee Grenzwächtee im Westen, Norden und Osten; es ist auch im dänischen Kriege unser Schwert gewesen und es gibt kein besseres Scepter, als das Schwert.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 20. Dez. Ein Artikel der O.P.Z. unter dee Ueberschrift: „Gagern's und dee deutschen Einheit Gegner", enthält Folgendes: „Den Nachrichten zufolge, die wir haben, beruht die von Häusser in der badischen Kammer zur Sprache gebrachte bayerische Sondeebündelei nicht auf leeren Gerüchten. Wie weit Bayerns Anträge verfangen haben, wissen wir nicht genau, doch wollen wir zur Ehre zweier Kabinette mittheilen, was man uns aus gutee Quelle berichtet: Von dem würtembergischen Kabinette sollen die Anträge zurückgewiesen warden sein und an das badische glaubte man sie gar nicht stellen zu dürfen. Wir wünschen auch über andere deutsche Regierungen bald ähnlich berichten zu können." Weiterhin heißt es, was das Verhältniß zu Oesterreich betreffe, scheine Zeit und Nachdenken die Besonnenheit zurückzubeingen; man werde sich klar darüber, daß es sich ja nicht darum handle, Oesterreich von dem bisherigen völkerrechtlichen Verbande (ein anderer war, selbst nach dem Ausdeuck der Wienee Schlußakte, nicht vorhanden) auszuschließen. Die Sache sei vielmehr in folgenden Worten auszudrücken: „Das bisherige zu einem völkerrechtlichen Bunde vereinigte Deutschland, vereinigt sich von nun an in seinem größern Theile zu einem Bundesstaat; der kleinere Theil, der diesem nicht beizutreten vermag, verbleibt in dem bisherigen Verbande." Also den alten Bund nennt man ein völkerrechtliches Verhältniß? Man scheint den Namen Staatenbund zu vermeiden, weil an ihn fatale Erinnerungen sich knüpfen. Aber eine völkerrechtliche Allianz, das wissen wir alle recht gut, ist etwas anders, als das alte Bundesverhältniß. Sie gibt keinen inneren Einfluß. Was soll es doch heißen, wenn am Eingang des Artikels in der O.P.Z. gesagt wird: „da sind die Oesterreicher, die sich zusammenthun, um ihree Regierung den beim alten Bundestage geübten Einfluß auch ferner zu sichern"? Was wäre denn die Fortsetzung des alten staatenbundlichen Verhältnisses wesentlich Andres? Die geänderte Verfassung des übrigen Deutschlands würde die Konflikte nur vermehren, dem verborgenen Druck und Einfluß nur Vorschub thun. „Wie wir hören", heißt es nun weiter in der O.P.Z., „lautet gleichermaßen jede Zuschrift der österreichischen Regierung an das Reichsministerium." Und das gibt man dee österreichischen Regierung zu? Und man will unterhandeln? Worüber, zu welchem Ende, auf welcher Basis? Hinter solcher Unterhandlung kann nichts stehen, als Veränderung der bundesstaatlichen Verfassung selbst, oder Trennung von Oesterreich. Wollte man die letztere, so wäre eine offene Erklärung dessee gewesen; sie hätte leichter eine Majorität und eine starke Partei um sich versammelt.

△ **Wien**, 16. Dez. Nachdem die reaktionäre Presse ungescheut und ungehindert, seit dem 8. Nov. jede Art von Schmähung und Verdächtigung gegen anders Gesinnte ausgeübt hat, worin sich besonders „die Geißel" von Bühninger und „Schild und Schwert" von Quirinus Endlich auszeichneten — erscheint in der gestrigen Wiener Zeitung endlich ein Schreiben des Gouverneurs Baron Welden, worin er seine ernste Mißbilligung gegen obige Blätter ausspricht mit dem Bemerken, daß die Regierung die Schimpf- und Schmähartikel dieser Blätter nicht länger dulden könne, da sie, durch die Konzession für dieselben, einen Theil der Verantwortlichkeit für ihre Haltung übernommen habe. Man schreibt diesen verspäteten Akt der Billigkeit der Einwirkung der Wiener Korrespondenzartikel in fremden Blättern zu, welche einstimmig ihre Entrüstung aussprachen. Zum Theil hält man ihn auch für eine Folge der Abreise des Fürsten Windisch-Grätz. Seit gestern sind alle Minister hier anwesend — im Laufe des Tages fanden zwei Berathungen statt und noch spät am Abend ward eine dritte von dem ganzen Ministerrathe abgehalten — man glaubt, daß sich die Verhandlungen auf die Wienee Zustände beziehen. Man hofft die Aufhebung der Ausnahmsmaßregeln — wahrscheinlich vergebens. Der Belagerungszustand ist eine Errungenschaft der Regierungen in der neueren Zeit, welche alle Wahrscheinlichkeit nach in ihrem ganzen Werthe begriffen und hier schwerlich vor der Eroberung Ungarns und vor dem Erscheinen eines Nationalgarde-, eines Preß- und eines Associations-Gesetzes aufgegeben wird — die Absicht der Militärbehörden geht dahin, ihn auf sechs Monate auszudehnen. Man rühmt hier sehr die liberalen Gesinnungen des Minister-Präsidenten Fürsten Schwarzenberg, doch besteht sein Ministerium nun bald einen Monat und noch immer werden hier Blut-Urtheile vollzogen.

Digitized by Google

△ **Wien**, 16. Dez. Unter dem höhern Offizierkorps cirkuliren heute folgende zwei Proklamationen an die Ungarn. Beide sind ohne Kontrasignatur des Ministeriums. Wir Franz Joseph von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich ꝛc. Nachdem es Unserm Allerdurchl. Herrn Oheim, Sr. Maj. dem Kaiser Ferdinand dem I. dieses Namens, dem fünften Könige von Ungarn und Böhmen, aus den im Allerhöchsten Manifeste vom heutigen Tage ausgesprochenen Beweggründen gefallen hat, dem Throne der österreichischen Gesammtmonarchie und somit auch der mit dieser unauflöslich verbundenen Krone des Königreichs Ungarn zu entsagen, und Unser, gemäß der durch die pragmatische Sanktion geregelten und die Landesgesetze bestimmten Thronfolge zur Regierung berufene Durchlauchtigste Herr Vater Erzherzog Franz Karl k. k. Hoheit, auf sein Recht zur Krone unter Einem feierlich Verzicht geleistet hat, — haben Wir, kraft Unseres natürlichen und gesetzlichen Erbfolgerechtes, nebst der Regierung Unserer übrigen Staaten, auch jene des Königreichs Ungarn und des Großherzogthums Siebenbürgen angetreten. — Im Augenblicke, wo es, könnten Wir dem Zuge Unseres Herzens folgen, Unsere erste und liebste Regentenpflicht wäre, Unser ganzes Streben der friedlichen Föderung des Glückes und der Wohlfahrt Unserer ungarischen Völker zu widmen, wird Uns die Erfüllung dieses Vorsatzes, der das Wirken Unserer künftigen Regierung bezeichnen soll — leider zur Unmöglichkeit. — Das Treiben einer verbrecherischen Faktion, die alle väterlichen Mahnungen und ernsten Gebote Unseres Erlauchten Vorgängers verhöhnend, nachdem sie durch die verwerflichsten Mittel den offenen Aufruhr hervorgerufen, und im Bunde mit Empörern Unsere getreuen Truppen anzugreifen gewagt — in ihrer hochverrätherischen Widersetzlichkeit — die geheiligten Namen des Königs und des Vaterlandes frech mißbrauchend — fortan beharrt — gibt Uns die schmerzliche Ueberzeugung, daß die große Mehrzahl der wohlgesinnten Bewohner Ungarns und Siebenbürgens die ererbte Treue und Anhänglichkeit an ihren König nicht zu bethätigen vermag, bevor sie von dem tyrannischen Drucke der Empörer mit der Gewalt der Waffen befreit wird. — Tief betrübe über dies Gebot der Nothwendigkeit, das Uns die schwerste der königl. Pflichten auferlegt, schreiten Wir dennoch mit ruhigem Gewissen zur Ausführung desselben, denn nur auf diesem Wege zeigt sich Uns — nach den beklagenswerthen Ergebnissen der letzten Zeit — die Hoffnung, den Uns von Gott anvertrauten Völkern Ungarns die Segnungen des Friedens, die volle Anerkennung und Gewährleistung aller Nationalitäten und das Aufblühen ihrer Wohlfahrt sichern zu können. — Zu diesem Zwecke finden Wir Uns vor Allem bewogen, die von Unserm Erlauchten Vorgänger gefaßten Beschlüsse und Verfügungen vom 6. und 7. Nov. l. J. ihrem ganzen Umfange nach aufrecht zu erhalten und alle Behörden für die unerläßliche Befolgung derselben der strengsten Verantwortung zu unterziehen. Wir bestätigen demnach den zur Bewältigung des Aufruhrs von Unserm Erlauchten Vorgänger zum Oberbefehlshaber der k. Truppen ernannten und mit allen Vollmachten ausgerüsteten Feldmarschall Fürsten zu Windisch-Grätz in dieser Stellung, bekräftigen die ihm in dem Allerhöchsten Manifeste vom 6. Nov. l. J. ertheilten Vollmachten, und beauftragen ihn neuerdings mit der Anwendung aller zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung erforderlichen Mittel. — Wir befehlen Unseren in Ungarn und Siebenbürgen stehenden irregeführten Truppen, sich dem Oberkommando Unseres genannten Feldmarschalls zu unterordnen und sich den Fahnen anzuschließen, die bis in die neueste Zeit stets das Sinnbild der Treue, der Ehre und der Tapferkeit waren, und welchen man sie nur durch Lug und Trug abwendig machen konnte. — Wir zählen mit voller Zuversicht auf die rechtliche Gesinnung, auf die angestammte Treue der friedliebenden Bewohner Ungarns und Siebenbürgens, daß sie den verbrecherischen Verleitungen selbstsüchtiger Empörer kräftigst widerstehen, in dem Kreise ihrer Thätigkeit Unsere nur auf ihr Wohl gerichteten Absichten unterstützen und die Herbeiführung des von Uns heiß ersehnten Augenblicks fördern werden, wo es Uns unter dem Schutze Gottes vergönnt sein wird, Worte des Friedens, der Einigkeit und des Vertrauens an sie zu richten. — Gegeben in Unserer königl. Hauptstadt Ollmütz, den 2. Dezember im Jahre des Heils 1848. Franz Joseph.

Proklamation des Fürsten Alfred zu Windisch-Grätz, k. k. Feldmarschall, Oberbefehlshaber aller k. k. Truppen, mit Ausnahme der in Italien stehenden, Ritter des goldenen Vließes und des militärischen Maria-Theresia-Ordens ꝛc. ꝛc. Inhaber des k. k. Chevaurlegers-Regiments Nr. 4, an die Bewohner jeder Zunge und jeden Standes des Königreichs Ungarn und des Großfürstenthums Siebenbürgen:

Bewohner Ungarns und Siebenbürgens! Die wenige Monate dauernde Gewaltherrschaft einiger verrätherischer Aufrührer hat das friedliche Ungarn zum blutigen Kampfplatze eines verhängnißvollen Bürgerkriegs gemacht. Die Aufrührer haben es gewagt, gegen die Rechte und das Ansehen ihres gekrönten Königs sich aufzulehnen. Die Freiheit der Person ist unterdrückt, die Sicherheit des Eigenthums gefährdet und der friedliche Landmann, seiner nützlichen Beschäftigung entrissen, wird gezwungen, die Waffen gegen seinen rechtmäßigen gekrönten König zu ergreifen. — Diesem unheilvollen, die Wohlfahrt und Sicherheit Seiner Reiche gefährdenden Zustande ein Ende zu machen, ist unseres Monarchen Pflicht, Befehl, mithin meine strengste Aufgabe. — Auf den Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät, der euer König und Großfürst ist, werde ich mit einer tapfern und treuen Armee Euer Land betreten, — nicht mit feindseligen Absichten, sondern um den Aufruhr zu bewältigen, und Euerem von Parteien zerrissenen Lande den Frieden wiederzugeben. Meine Truppen werden strenge Mannszucht halten, aber Jeden, der gegen sie die Waffen führt, ergreift, oder Andere dazu zwingt oder verleitet, als Feind Sr. Majestät, als Aufrührer behandeln. Bewohner Ungarns und Siebenbürgens! die Ihr wahre Patrioten und Euerem Könige treu seid: von Eurer Ritterlichkeit, Euerem durch Jahrhunderte bewiesenen Edelmuth erwarte ich, daß Ihr mir hilfreiche Hand bieten werdet, den Willen unseres Kaisers und Königs auf friedlichem Wege vollziehen zu können! Ihr, durch böswillige Aufrührer Verlockten! der letzte Augenblick ist gekommen, zur Treue zu Eurem Könige zurückzukehren; dann könnet ihr auf unsers Monarchen Gnade und auf meinen Schutz und meine Fürsprache vertrauen. Aber Jene, welche dieses unglückliche Land ihrer Herrschsucht und strafwürdigen Eitelkeit geopfert, sollen in mir ihren strengen Richter finden, denn Schutz dem Getreuen, Verzeihung dem Bereuenden und Verderben den Aufrührern — ist mein Wahlspruch. Hauptquartier Schönbrunn, den 13. Nov. 1848. Fürst zu Windisch-Grätz, m. p., k. k. Feldmarschall.

Kremsier. Der Finanzausschuß des Reichstags hat auf Bewilligung von 50 Mill. angetragen. Das Ministerium soll ermächtigt werden, zur Deckung dieser 50 Millionen verzinsliche Staatsscheine mit oder ohne Zwangskurs auszugeben und eine Staatsanleihe, jedoch beide ohne Hypothek, aufzunehmen. In dem Berichte heißt es, der Finanzausschuß habe in einer Zeit der Noth, der Zerrüttung, des Darniederliegens von Handel, Industrie und Gewerbe, wo der Staat von Innen und Außen zu sichern sei, die die Kräfte der Gegenwart übersteigende Forderung als ein Angeld für eine bessere Zukunft betrachtet und darum sei es seine erste Pflicht gewesen, Aufklärung über wichtige politische Fragen und Garantien für eine gedeihliche Zukunft zu fordern. Besorgnisse seien laut geworden bei dem Regierungsantritt des neuen Kaisers, die Abweichung von den bereits angenommenen konstitutionellen Formen habe es räthlich erscheinen lassen, sich volle Gewißheit zu verschaffen über die Anerkennung des durch die Konzessionen Ferdinands I. begründeten Verhältnisses zwischen Volk und Krone. Der Ausschuß habe daher an das Gesammtministerium die Frage gerichtet: „Werden alle von dem frühern Monarchen den auf dem Reichstage vertretenen Völkern zugestandenen Rechte als Pflichten der Krone angesehen, die mit derselben auf den neuen Monarchen unverändert übergegangen sind?" Die Antwort lautete einfach: „Ja!" Zwei andere Fragen betrafen Ungarn. Sie lauten: „Sollen die unter der Krone Ungarns vereinten Länder gleich allen andern auf dem Reichstage vertretenen Ländern organische Theile des einigen konstitutionellen Kaiserstaates werden?"

„Welches Verhältniß in gesetzgebender und administrativer Hinsicht will die Regierung zwischen Ungarn und den übrigen Ländern durch den Krieg mit Ungarn anstreben?" Die Antwort des Ministeriums lautet: „Die Herstellung eines kräftigen organischen Verbandes zwischen den am constituirenden Reichstage vertretenen Ländern und jenen der ungarischen Krone, die Gleichberechtigung aller Nationalitäten in denselben, zugleich aber auch die Begründung und Befestigung der Einheit und Untrennbarkeit der Monarchie sind das Ziel, nach welchem das Ministerium strebt. In welcher Form und durch welche Einrichtungen dieser Zweck

Digitized by Google

werdrn erreicht werden, darübee kann sich das Ministerium nicht bereits gegenwärtig mit Bestimmtheit aussprechen, indem man es füe unumgänglich nothwendig hält, die Wünsche der oerschiedenen Völkerstämme, welche die ungarischen Länder bewohnen, vorläufig zu vernehmrn und in entsprechender Weise zu berücksichtigen." Der Ausschuß hat diese Antworten für befriedigend genug gehaltrn, um darauf hin, in Erwartung baldiger Vorlage der zugesicherten Gesetzentwürfe und unter dem Vorbehalte, daß die Nationalbank bei keiner Finanzoperation, übrr die Summe von 20 Millionen benützt werde — den obigenCredit zu bewilligen.

Ollmütz. Der „Oesterr. Corresp." nimmt, was im gegenwärtigen Augenblick sehr bemerkenswerth ist, in einem eigenen Artikel den Reichstag in Schutz gegen die Vorwürfe zumal drsjenigen Theils der Wiener Presse, gegen den sogar dee Gouvernenr Welden kürzlich in einer Kundmachung einschreiten und mit Zurückziehung der Koneession drohen mußte: „Blätter, die, wie der Oesterr. Corr. sagt, in Wohldienerei das Wörterbuch der Schmähungen zu klein finden. Insofern Wühlen mit Aufregrn, mit Begriffsverwirren, mit Beunruhigen synonym ist, ist diese Presse eine wühlerische." Der Reichstag wird dann besonders gegen den Vorwurf der Unthätigkeit vertheidigt, wobei man erfährt, daß der von den Ministern zur vorläufigen Berathung der Gesetzvorschläge gebildeten Kommission, außer dem Gemeindrgesetz auch der Entwurf der künftigen politischrn Organisation vorgelegt worden ist. Znm Schlusse heißt es: „Es war eins der größten Unglücke, welche die radikale Presse auf ihrem Gewissen hat, daß sie die Achtung vor drm Gesetze so bodenlos untergraben; wir nennen es ein eben so großes Unglück, ein eben so frevelndes Beginnen, eine Anticipirung künftiger Gesetzesverrachtung, wenn der gesetzgebenden Versammlung im Vorhmein alles Vertrauen entzogen wird. Wir halten es für eine Aufgabe der Regierung, diesem Unfuge der neuerstandenen kleinen Blätter, die in ihren Reaktionsgelüsten sich so wühlig bewegen, zu steuern, um so mehr, als sie die Regierung selbst in ihren Reformen zu hemmen im Stande wären." Die Reformen des Ministeriums Stadion laufen übrigens mehr und mehr auf die Allgrwalt der Adminsstration hinaus, die alle Regungen des Lebens umspannt und überwacht. In diesem Sinn ist das Gemeindegesetz und in ähnlicher Weise wird berichtet, daß künftig den Regierungsbehörden ein Direktor vorstehen soll, dee für ein bestimmtes Pauschquantum seine untergeordnrten Beamten selbst anzustellen hätte. Das Gleiche war unter dem Ministerium Auerswald-Hansemann in Preußen beabsichtigt. Die Aufhebung der Collegien haben wir schon berichtet; nur Conferenzen ohne entscheidende Abstimmung werden künftig nach stattfinden. Das alles dient dazu, die alte Bureaukratie zu brechen, aber es wird den neuen Beamtenstand weder aermindern noch veredeln, und ebenso wenig das Volk lehren, des Beamtenheers zu entbehren.

*** **Berlin**, 17. Dez. Nachdem der Fieberparoxysmus vorüber, ist es in der Natur der Dinge, daß Abspannung und Ermattung emtritt. Sie herrscht und wird in den nächstrn Zeiten vielleicht noch stärker hervortreten. Wir werden mit ihren Erschrinungen, die eben so unangenehm sind, als es die der noch eben herrschenden Ueberspannung waren, zu kämpfen haben; doch sind unsere Zustände nicht mit denen Wiens zu vergleichen, was man dankbar anerkennen muß. Während dort ein begreiflicher Schmerz, Noth, Ungeduld und Verstimmung einen vollkommenen Umschlag in der Stimmung selbst heraargebracht haben, dergestalt, daß man an eine Manifreadresse für die Rückkehr der altrn Zustände vor dem 15. Mai denken kann! richtet sich hier der Unwille doch nur gegen die schon überwunden hinter uns liegende Zügellasigkeit. Nur aus altlayalen Winkeln ein höhnisches Tedeum über den schmählichen Fall des Feindes, Devotionsadressen, wo die wirkliche alte Königsliebe die unpassende Sprache übersehen läßt. Die Frage über das Wie der Verfassung ist übrr das Was derselbrn in den Hintergrund gedrängt; nur einzelne, nachhallende Stoßseufzer aus den demakratischen Winkeln über die Oktroyirung. Worauf die Haffnungen dieser Partei stehen, ist jetzt gleichgültig. Auf das Volk können sie nicht mehr haffen, seitdem die Wühler dasselbe, und dieses die Wühler kennen gelernt. So ist denn ihre letzte Hoffnung auf die Unehrlichkeit der Krone gesetzt. Das wird deutlich ausgesprochen: die Regierung wird, sie kann es nicht so meinen, sie wird anders handeln, als sie gesprochen hat — das erzeugt Unzufriedrnheit und unsre Waizen blüht wieder auf. Mögen sie sich mit dieser Hoffnung in den Winterschlaf einlullen! Hätte die ganze Nation im ersten Augenblick dem Geschenk der Verfassung zugejubelt, wäre das bedenklich gewesen. Ein augenblicklicher Enthusiasmus für die oktroyirte Verfassung nach der hartnäckigen und gerechten Begeisterung für eine durch Vertrag festzustellende, hätte uns mit Scham erfüllen müssen. Nein, das Bewußtsein erwacht langsam, aber so haffen wir, nachhaltiger. Unser Belagerungszustand ist, abgesehen von der Beschränkung der Presse nnd den massenhaften Ausweisungen, etwas Außerordentliches in seiner umsichtigen sehr milden Führung; das zum ersten Mal feste Auftreten der Regierung ist es noch weit mehr. Es ist mehr dadurch gerettet als das Königthum: der Glaube an eine sittliche Weltordnung, die auf andern Grundlagen ruht, als abstraktem Verstandeskalkül. Dies Resultat tritt leider in Wirn mit drm Siege des manarchischen Prinzips noch nicht zu Tage. Auch hier ist ihm der Sieg nur dann gewiß, wenn das Königthum unverrückt auf diesem Wege fortschreitet und durch keine Rücksicht sich aerdrießen läßt, auch nicht durch den Vorwurf der Inkonsequenz, jetzt gut zu machen, was es in den letzten Jahren schwer versündigt. Der nächste Kampf, der ihm bevorsteht, ist nicht gegen die Demokraten, sondern gegen die Anhänger des Alten, die alles anstrengen werden, die ungeheuren Konzessionen der gegebenen Verfassung zu beschränken. Möge es auch in diesem Kampfe so aufrichtig als fest sein! An der ersteren Eigenschaft zweifeln wir nicht. Das kleine Gezänk der unterliegendrn Partei, die doch etwas für sich rrtten möchte, wenn auch nur den Schein, ist unbedeutend. Der Kampf der Stadtaerordneten mit dem Magistrat wegen einer Dankadresse war höchst unerquicklich; man hätte ihn aermeiden sollrn. Indessen hat er Bedeutung als der letzte legale Nachhall des großrn Krieges. Die Stadtverordneten hatten sich für die Nationaloersammlung erklärt; aber mit Maas, sie hatten entschieden gegen die Steuerverweigerung protestirt, alsa hatten sie ein Recht, sich konsequent zu bleibe., und die Zumuthung an dieselben, der Dankadresse des Magistrates an die Krone beizutreten, umschloß die Anfarderung zu einer Art Selbstmord. Sie wanden sich heraus durch Entwerfung einer Separatadresse, die nicht warm nicht kalt ist, und besser unterblieben wäre. Hätte man die Herausforderung unterlassen, sa hätte die allgemeine Stimme in der Bevölkerung, ja die Nothwendigkeit, auch die Vertreter der Stadt zu einem selbstständigen Schritte unzweifelhaft veranlaßt, und ein sehr ärgerlicher Auftritt, sowie der Austritt zweier begabter Mitglieder, wäre vermieden warden. Indeß wird die Sache keine bedeutende Folgen haben. Die Adresse des Geheimen Obertribunals an den König gehört zu den würdigen Ansprachen. Dies oberste Gericht war zu dem für dasselbe nicht gewöhnlichen Schritt durch zwei Umstände veranlaßt, durch das im Anfang der Bewegung geflissentlich verbreitete Gerücht, daß es in carparo eine Entscheidung zu Gunsten der Nationalversammlung gegen die Krone abgegeben, und durch das thätige Auftreten mehrerer seinee Mitglieder auf Seiten der ersten. Waldeck hat begreiflicherweise dee Adresse nicht zugestimmt, und der Vicepräsident Bornemann, der es nach seiner würdigen Rücktrittserklärung in Brandenburg gekonnt hätte, hat es aus Anstandsgefühl unterlassen. — Die politischen Prozesse hinken der geschlossenen Reaolution nach; wir können indessen des Vertraurns sein, daß man, wie der Humanität, auch der Klugheit Gehör geben und nicht ohne Noth Märturer machen wird. Daß der Staatsanwalt gegen die steuerverweigernden Mitglieder der aufgelösten Nat.-Vers. Klage erheben werde, ist ein Gerücht, von dem wir haffen, daß es sich nicht bestätigt. Selbst Verfolgungen im Administrationszweige gegen die Staatsdiener, die Deputirte waren, würden ein sehr unpolitischer Akt sein. Herr v. Unruh soll sein Amt niedergelegt haben; dieß ist eine Sache für sich. Daß die beidrn Oppositionsmitglieder Temme und von Kirchmann zu Präsidenten aon Gerichten ernannt wurden, um sie ihrer Thätigkeit als Staatsanwalte zu entheben, vielleicht auch, um sie aus der Deputirtenkammer zu entfernen, war ein unglücklicher Schritt des damaligen Ministeriums; aber nun er geschehen ist, darf daran nicht gerüttelt werden. Das Richteramt muß aor allem heilig und unverletzlich gehalten werden, oder es wird den Anarchisten in die Hände gearbeitet. Daß die Stellung dieser aus einee falschen Politik ernannten Präsidenten ihrem Kollegium gegenüdee, welches gegen sie protestirt, eine schiefe wird, ist eine Sache für sich, die aber gegen jene Rücksichten nicht in Betracht kommt. Gegen die Anstifter und Theilnehmer des offenen Aufruhrs, wie in Erfurt, Sachsen, Düsseldorf und Schlesien, muß der Justiz

natürlich der Lauf gelassen werden. Das gegen den Dr. Borchardt in Breslau ergangene Urtheil, 12 Jahre Festung, erscheint allerdings hart, wenn er wirklich in der Volksversammlung nicht mehr ausgesprochen, als die abfällige Fraktion der Nationalversammlung gethan hat; es dürfte indeß schon in zweiter Instanz gemildert werden. Hier waren wir Zeugen des großen Prozesses gegen die Ministerhoteistürmer vom 21. August; der Staatsanwalt hoffte, es werde der letzte der Art sein! Bis auf Dowiat scheinen die eigentlichen Urheber, oder vielmehr die geheimen Anstifter, unentdeckt geblieben zu sein. Dowiat's Vertheidigung ist indeß ein merkwürdiges Moment nicht allein dieses Prozesses, sondern der ganzen Revolution. Seine offene Sprache, sein freimüthiges Bekenntniß, seine laute Anklage gegen die Schlechtigkeit seiner Mitgenossen, hebt diesen ehemaligen deutschkatholischen Prediger weit über seine Complicen. Hätten alle Sozialisten gehandelt, wie er sprach, stünde es schlimmer um Preußen. Auch er bekannte: die Regierung hat gesiegt, sie hat den Sieg großmüthig genutzt, daher ist er fest, aber uns, den Socialisten, bleibt Eine Hoffnung — das Proletariat. Wenigstens ein Mann aus einer großen Partei, der nicht den Muth mit seiner Sache verlor. Und seine Weisung ist auch richtig. Das Proletariat bleibt und der Kampf mit demselben; es ist nur die Frage an die Weisheit der kommenden demokratischen Regierungen gestellt, ob er ein blutiger durchaus sein muß oder ein friedlicher bleiben kann?

* **Berlin**, 18. Dez. General Wrangel hat so eben eine öffentliche Danksagung an die Berliner erlassen, für die freundliche Behandlung der Truppen seit dem 10. November. Der Staats-Anzeiger veröffentlicht folgendes Schreiben des Herrn ꝛc. Mühler an den Geheimen Ober-Tribunal-Rath Herrn Waldeck:

Ew. Hochwohlgeboren haben leider dem Ihnen im Namen der Mitglieder des ersten Senats des Geh. Ober-Tribunals ausgesprochenen Wunsche:

sich bis auf Weiteres von den Sitzungen dieses Senats fernzuhalten,

nicht Folge geleistet. Dies hat ein Zusammentreten der Mitglieder aller übrigen Senate des Kollegiums nöthig gemacht, damit wir uns über die nun zu treffenden Maßregeln vereinigten.

Wenn ich Ihnen das Ergebniß dieser Wahlen mitzutheilen habe, so meine ich, Sie vor Allem daran erinnern zu müssen, mit welcher kollegialischen Freundlichkeit Sie von uns Allen bei Ihrem früheren Eintritte in das Kollegium aufgenommen worden sind. Sie mögen daran ermessen, in welchem Grade wir eine geänderte Lage der Dinge wichtig zu nehmen uns verpflichtet fühlten, welche uns die Nothwendigkeit einer Auflösung dieses Verhältnisses als unerläßlich erscheinen läßt.

In einer andern Stellung haben Sie sich zu Ansichten bekannt und diese mit Beharrlichkeit durchzuführen gesucht, welche mit den Auffassungen, die wir über Recht, Pflicht und Treue haben und unbedingt festhalten werden, in dem Maaße entschieden und schroff im Widerspruche stehen, daß es uns, wie Ihnen, nur auf das Aeußerste peinlich sein könnte, eine Gemeinschaft äußerlich fortzusetzen, die innerlich nicht mehr besteht.

Ich soll Sie daher auf einstimmiges Verlangen sämmtlicher Mitglieder des Kollegiums, mit Ausnahme des nicht zugezogenen Präsidenten Bornemann, dringend auffordern und ersuchen, Ihrerseits Schritte zu thun, welche zur Auflösung dieser Gemeinschaft führen können.

Zu dieser dringenden Aufforderung sind wir aber verpflichtet, nicht allein und nicht hauptsächlich in Rücksicht auf unsere Person, auch nicht blos in Rücksicht auf Sie selbst, sondern vor Allem in Beziehung auf den höchsten Gerichtshof, dem wir angehören. Vor Gott und Menschen sind wir schuldig, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß diesem Gerichtshofe das Vertrauen und die Achtung des Landes erhalten werde. Das wäre aber unmöglich, wenn irgendwie die Vermuthung Anhalt erhärtete, daß in demselben Ansichten Eingang oder auch nur Nachsicht gefunden hätten, bei denen man nicht ohne Grund Recht und Gerechtigkeit, die man in Anspruch nimmt, gefährdet finden würde.

Berlin, den 16. Dezember 1848.

Die Mitglieder der Ober-Landesgerichte zu Ratibor, Bromberg und Münster haben sich an Se. Maj. den König, resp. an den Justizminister, mit der Bitte gewandt, dahin zu wirken, daß die Ober-Landesgerichts-Präsidenten v. Kirchmann und Gierke und der Ober-Landesgerichts-Direktor Temme nicht bei ihnen eintreten, sondern, daß denselben wo möglich ein anderer Wirkungskreis angewiesen werde.

Das Schreiben des Oberlandesgerichtes in Ratibor lautet:

„Ratibor, den 9. Dezember 1848.

Die unterzeichneten Mitglieder des hiesigen Ober-Landes-Gerichts haben aus der in öffentlichen Blättern vielfach besprochenen Unterredung des Ober-Landes-Gerichts-Präsidenten von Kirchmann mit dem Unter-Staats-Sekretär Bassermann Veranlassung genommen, unter dem 22. November d. J. eine Erklärung über die darin vorgekommenen, den Herrn von Kirchmann schwer gravirenden Aeußerungen von Letzterem zu fordern. In seinem Antwortschreiben vom 21. November d. J. verwies er uns auf seine inzwischen veröffentlichte Berichtigung vom 21. November d. J.

Da namentlich aber auch diese Erklärung von dem Herrn Unter-Staats-Sekretär Bassermann ein öffentliches Dementi gegeben worden ist, und Herr von Kirchmann seitdem geschwiegen hat, so haben wir uns gedrungen gefühlt, dem Herrn von Kirchmann zu ersuchen:

Sich einen anderen Wirkungskreis zu eröffnen.

Indem Ew. Excellenz wir Abschrift unserer Schreiben vom 21. November und 9. Dezember d. J. gehorsamst überreichen, fügen wir die dringende Bitte bei:

Aus den in dem letztgedachten Schreiben angeführten Gründen etwaigen hierauf gerichteten Anträgen des Herrn von Kirchmann jede möglicher Berücksichtigung angedeihen zu lassen.

A **München**, 16. Dez. Seit einiger Zeit machen wieder durch eine Anzahl von Zeitungen Gerüchte in Bezug auf die künftige Stellung Baierns zur Central-Gewalt die Runde, welche der baierischen Regierung sonderbündlerische Absichten zuschreiben. So soll der Prinz Karl von Baiern nach Berlin geschickt worden sein, um dort gegen eine allenfallsige Uebertragung der deutschen Kaiserkrone auf das Haupt des Königs von Preußen Protest zu erheben; so soll Baiern mit anderen süddeutschen Staaten eine Art von Liga geschlossen haben, um im Gegensatz zu der in Frankfurt berathenen eine deutsche Reichsverfassung zu oktroyiren, und was dergleichen Gerüchte mehr sind. Wir glauben versichern zu können, daß wenigstens dem jetzigen baierischen Ministerium alle Ideen der Art ferne liegen. Wie Baiern offen und ehrlich seinen Anschluß an die deutsche Sache, und seine Unterwerfung unter die Beschlüsse der deutschen Central-Gewalt erklärt hat, so wird, davon ist wenigstens bei uns Jeder, der die Verhältnisse einiger Maßen kennt, überzeugt, — die baierische Regierung auch die Reichs-Verfassung so, wie sie die konstituirende Versammlung feststellen wird, anerkennen, und sich ihr unterwerfen.

Ein Anderes ist es freilich, wie sich nicht verkennen läßt, mit den Sympathieen oder Antipathieen des baierischen Volkes. In dieser Beziehung ist nun freilich nicht zu zweifeln, daß eine allenfallsige Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Reichs-Oberhaupte auf einen Widerstand von Seite des Volkes stoßen würde, den selbst der aufrichtigste Wille der baierischen Regierung nur mit Mühe zu überwinden vermöchte. Daß zwischen Nord- und Süd-Deutschland eine weite Kluft besteht, ist zwar sehr traurig, allein es ist unmöglich, sich darüber die Augen zu verschließen. Nur jene Art des Anschlusses der einzelnen Theile aneinander, bei welcher die Eigenthümlichkeit der verschiedenen Stämme möglichst gewahrt würde, nur ein allmäliges Ausgleichen der jetzt oft noch feindlich sich gegenüber stehenden Interessen, und die nach und nach Wurzel fassende Ueberzeugung, daß beide Theile sowohl an Ansehen nach Außen hin, als in materieller Beziehung dabei gewinnen würden, — nur dieses wird im Laufe der Zeit die Eifersucht und Abneigung der südlichen Hälfte Deutschlands gegen die nördliche allmälig auszugleichen vermögen. Würde man aber glauben, all Das durch ein Dekret, durch ein fait accompli ausgleichen zu können, so wäre das allerdings ein großer Irrthum. All die tief gewurzelten Antipathieen der Stammes- sowohl, als namentlich der Religions-Verschiedenheit könnten dadurch zu Flammen angefacht werden, die wohl nicht so leicht zu löschen wären. Daher die Vorliebe, welche in Baiern für eine Trias, oder für einen Turnus herrscht, zumal da Baiern vermöge seiner Geschichte, seiner Größe, und seiner Lage auch einen Antheil an der Reichs-Regierung aussprechen zu können glaubt. Doch wie auch die Entscheidung fallen möge, das gegenwärtige baierische Ministerium wird sicher Alles thun, den unbedingten Anschluß Baierns an Deutschland zu befördern.

* **München**. Das Staatsministerium der Justiz hat in Gemäßheit des Gesetzes vom 12. Mai unterm 13. Dez. eine Bekanntmachung erlassen, die Aufstellung von funktionirenden Staatsanwälten an den Appellations-, Kreis- und Stadtgerichten, dann von ständischen Untersuchungsrichtern an den Kreis- und Stadtgerichten betreffend. Der „Nürnb. Korr." bemerkt: Ein Korrespondent der über baierische Angelegenheiten gutunterrichteten „Südd. pol. Ztg." gibt folgende Statistik der neuen Abgeordnetenkammer: Vierter Stand 77; dritter Stand (mit 11 Adeligen) 43; Geistlichkeit 17 (davon 2! protestantische). Es hat also der vierte Stand (leider größtentheils vertreten durch diejenigen Bräuer, Bauern, Handwerker, Kleinhandelsleute und Kleingutsbesitzer, welche in ihrem Kreise Geldmagnaten oder Ultramontane sind) ein Uebergewicht von 17 Stimmen über die vereinigten andern Stände. In politischer Parteibeziehung gehören höchstens 20 Mitglieder vom vierten Stand und wenigstens 20 Mitglieder vom dritten Stand dem demokratischen Standpunkt an. Der nicht

demokratische Theil des vierten Standes ist entweder streng konservativ oder ultramontan. Der nicht demokratische Theil des dritten Standes gehört mit Ausnahme von 5—7 ultramontanen Abgeordneten (Abel, Obercamp, Larosée ꝛc.) mehr oder weniger dem juste milieu an. Die Geistlichkeit, mit Ausnahme der zwei protestantischen Mitglieder, wird sich entweder zum ultramontanen oder streng konservativen Princip bekennen. Hieraus entspringt folgende Parteistellung: Linke 40 — linkes und rechtes Centrum 19 — Rechte 78. Die Rechte hat also selbst in dem Fall, wenn sich nicht nur das linke, sondern auch das rechte Centrum mit der (demokratischen) Linken verbinden würde, eine Majorität von 19 Stimmen, gerade die Stimmenzahl der vereinigten Centren.

Aus Sachsen, 15. Dez. In diesen Tagen waren in Leipzig einige Mitglieder des reußischen Landtags anwesend, welche versicherten, daß der Fürst von Reuß-Schleiz auf den Antrag des Landtags zu Gera, den Anschluß der Länder Reuß jüngerer Linie an das Königreich Sachsen betreffend, einzugehen decent sei und die diesfälligen Verhandlungen mit Sachsen schon weit vorgeschritten wären. Der Landtag in Gera sei gegenwärtig vertagt worden, damit die Unterhandlungen zwischen der reußischen und sächsischen Regierung um so eher zu Ende geführt werden könnten. Im Reußenlande wünsche man allerdings lebhaft, daß sich gleichzeitig Altenburg an das Königreich Sachsen anschließen möchte, und arbeite in Altenburg auch darauf hin. Wenn das sächsische Ministerium die Bahn des Fortschrittes nicht verlasse, da man im Reußischen sehr freisinnig sei, so würden die Länder Reuß jüngerer Linie wahrscheinlich schon in drei Monaten mit Sachsen vereinigt sein. (Schw. M.)

Karlsruhe, 17. Dez. Ich beeile mich, Ihnen die verbürgte Nachricht zu geben, daß in Durlach einer von den signalisirten Mördern Lichnowskys, Hoffmann aus Bockenheim, erkannt, arretirt und an die Untersuchungsbehörde in Frankfurt abgeliefert worden. Die Identität der Person ist durch die Narbe einer Schußwunde am linken Arm außer Zweifel gesetzt. (Neue F. Z.)

Kassel, 17. Dez. Der hiesige Vorort des „nationalen Vereins" hat folgendes Rundschreiben an die Zweigvereine erlassen:

„So eben ersehen wir aus der Beilage Nr. 330 der „Oder-Postamts-Zeitung", daß von dem Bürgerverein zu Mainz eine Adresse an die Nationalversammlung zu Frankfurt erlassen worden ist, worin derselbe — wie zu dem Zwecke, auch andere Organe der öffentlichen Meinung zu bestimmen, ein Aehnliches zu thun — erkläre, „daß eine hohe Nationalversammlung, falls dieselbe Preußen an die Spitze Deutschlands stellen sollte, ihren (der Vereinsmitglieder) Wünschen entgegenkommen würde." Da nun auch von hier aus mehrseitig, und zwar in gleicher Richtung, derselbe Gegenstand bei uns angeregt worden ist, wünschen wir vor Allem die Ansicht der mit uns verbündeten Vereine darüber zu vernehmen, und ersuchen Sie, uns die Ihrige baldthunlichst gefällig mitzutheilen. Kassel, am 15. Dezember 1848.

Der Verort des nationalen Vereins für Deutschland."

Großbritannien.

London, 15. Dez. Die Urtheile der englischen Zeitungen über die politischen Experimente, auf die sich das europäische Festland mit so großer Hast geworfen hat, sind schon darum von besonderer Wichtigkeit, weil sie dem Volke entstammen, dem die Lösung des Problems einer wahren und großartigen, verfassungsmäßigen Monarchie am meisterhaftesten gelungen (Belgien und Norwegen fallen, England gegenüber, schon als kleinere Staaten weniger in's Gewicht, wie andererseits die kleinen Kantone der Schweiz mit ihrer abgeschlossenen oligarchischen Familienwirthschaft für die Vorzüge der republikanischen Staatsform nichts beweisen würden, wenn eben die Ver. Staaten Nordamerika's nicht wären), einem Volke, welches seit Jahrhunderten auf dem Gebiete der politischen Selbstentwickelung die sechsten Erfahrungen gemacht und sogar die Süßigkeiten einer auf rein monarchische Angewöhnungen und Einrichtungen gepfropften Pseudorepublik unter Cromwell im Vorübergehen geschmeckt hat. Daher dürfen wir wohl den Urtheilen der englischen Blätter über die Präsidentenwahl in Frankreich einiges Gehör schenken. Sie lauten ziemlich übereinstimmend dahin, daß diese Wahl „ein entschiedener Protest der französischen Nation gegen die Republik, die republikanische Partei und die Revolution sei, durch welche diese Partei die letzte Dynastie entthronte und die höchste Gewalt an sich riß." („Times" vom 15. Dez.) Doch nein! Wir hören auch eine Stimme, die uns ziemlich unenglisch zu sein scheint, die der „Daily News", eines Blattes, welches überhaupt mit der republikanischen Partei auf dem Festlande ein wenig liebäugelt. Diese Zeitung nennt die für Ludwig Napoleon sich aussprechende Abstimmung „die Tilgung einer lange unbezahlt gebliebenen Schuld," meint, „sie mache dem Hetzen der Franzosen Ehre," und versichert, daß keinerlei Umtriebe und Intriguen, sondern einzig und allein der Respekt für den Namen Napoleon's, der Frankreichs größter Held und zugleich Wohlthäter gewesen, diese Majorität für Ludwig Napoleon hervorgerufen habe. Obschon wir wünschten, daß in der Politik gelegentlich mehr Herz und Gemüth wäre, so scheint es für eine Nation doch das schlechteste Kompliment zu sein, da ihrem Herzen einen Bückling zu machen, wo sie theils in phantastischer Schwindelei, theils irregeführt von den Häuptern der entgegengesetztesten Parteien, sich einen Mann zum Oberhaupte wählt, der möglicherweise sogar der vorgeschobene Günstling auswärtiger Mächte sein könnte, der kein Verdienst für sich ansprechen kann, wenn es nicht etwa ein Verdienst ist, in der abenteuerlichsten Weise zweimal eine Expedition gegen sein Vaterland versucht zu haben, um sich als Napoleon II. ausrufen zu lassen. Nie würde es den Republikanern jenseit des atlantischen Oceans einfallen, sich einen Präsidenten zu setzen, blos deßhalb, weil er den Namen Washington trüge! Wenn endlich Daily News ihre Bewunderung für Napoleon ausspricht, so scheint uns dies insofern etwas inconsequent zu sein, da dieselbe Zeitung sonst mit größtem Eifer das Nationalitätsprinzip in Schutz nimmt, welches bekanntlich unter Napoleon schutzlos, geächtet, vogelfrei war. Der „Globe," das ministerielle Organ, bemerkt: „Man sagt jetzt, daß die Staaten nicht länger mehr Personen oder Familien zum Spielball dienen sollen, daß der Volkswille von jetzt an Gesetz sein soll. Unglücklicher Weise aber können politische Grundsätze nur durch Personen repräsentiert werden, und die einzige Frage ist, welche Anordnungen zu treffen sind, um die Personen, die im Namen des Volkes präsidiren, möglichst wenig in Versuchung zu führen, persönliche Zwecke auf Kosten desselben Volkes zu verfolgen." Der Globe findet nun, daß letztere Aufgabe durch die verfassungsmäßige erbliche Monarchie am besten zu erreichen sei; denn ein auf vier Jahre gewählter Präsident werde sehr geneigt sein, diese kurze Zeit zu seinem Ruhme auszubeuten und etwa einen merikanischen Krieg oder was sonst zu unternehmen. Endlich meint der „Globe," das französische Volk habe diesen Grundsatz der Erblichkeit selbst anerkannt, indem es einen Präsidenten wählte, blos weil er der Erbe eines großen Namens, einer großen Erinnerung ist.

Nachdem durch die Wahl des Hrn. Dr. Stranbe zum Wundarzte des deutschen Hospitals die Stelle des Hausarztes erledigt worden, hat die Verwaltung des Hospitals in den öffentlichen Blättern diejenigen Herren, welche auf die genannte Stelle reflektiren sollten, eingeladen, ihre ärztlichen und sonstigen Zeugnisse in beglaubigter Abschrift und frankirt an den Hrn. Pastor Wallbaum (Revd. A: Wallbaum, German Hospital, Dalston, London) einzusenden, in dessen Händen dieselben vor dem 7. Januar 1849 sein müssen. Das mit dieser Stelle verbundene Honorar ist 100 Pfd. Steel. bei freier Wohnung und Kost.

Frankreich.

*__Paris__, 17. Dez. Der Correspondenz zwischen General Cavaignac und dem Papste, welche der Moniteur heute (Letzteres im italienischen Original und der französischen Uebersetzung) mittheilt, entnehmen wir folgende Stellen. Ersterer schreibt am 3. Dez. an Pius IX. u. A.: Die französische Nation, tief betrübt von den Leiden, welche Ew. Heiligkeit in den letzten Tagen betrafen, ist nicht minder gerührt von dem Gefühle väterlichen Vertrauens, welches Ew. Heiligkeit bewog, für den Augenblick eine Gastfreundschaft bei ihr zu verlangen, welche sie sich glücklich und stolz fühlt Ihnen zuzusichern, und welche sie ihrer selbst, so wie Ew. Heiligkeit würdig zu machen wissen wird. Ich schreibe Ihnen dies, damit kein Gefühl der Unruhe, keine ungegründete Furcht neben Ihrem ersten Entschlusse aufkomme und Ew. Heiligkeit davon abwende. Die Republik, deren Bestand schon durch den besonnenen, standhaften und souveränen Willen der französischen Nation gesichert ist, wird mit Stolz sehen, wie Ew. Heiligkeit der Welt das Schauspiel der religiösen Weihe gibt, welche Ihre Gegenwart in deren Mitte verkündet, und welche sie mit der Würde und der frommen Ehrfurcht aufnehmen wird, welche dieser großen und edelsinnigen Nation ziemen. In der Antwort (v. 10. Dez.) bezieht sich Pius IX. auf sein (bereits von uns dem Hauptinhalte nach mitgetheiltes) Schreiben durch Corcelles, worin er Frankreich seine väterlichen Gefühle und seine undegrenzte (piu estesa) Dankbarkeit ausdrückte. „Diese Dankbarkeit, so fährt er fort,

Digitized by Google

wird durch Ihre weiteren Schritte noch erhöht, indem Sie einen Adjutanten mit einem Schreiben an mich absandten, das mir Gastfreundschaft auf einem Boden anbietet, der an ächt katholischen und dem heiligen Stuhle ergebenen Gesinnungen immer fruchtbar war, und sein wird. Hierbei empfindet mein Herz das Bedürfniß, Ihnen von Neuem die Versicherung zu geben, daß die günstige Gelegenheit nicht ausbleiben wird, wo ich mit eigener Hand die apostolischen Segnungen über die große und edelsinnige französische Nation werde verbreiten können. Hat mich die Vorsehung durch wunderbare Wege nach dem Orte geführt, wo ich mich für jetzt befinde, **ohne es irgend vorhergesehen oder verabredet zu haben** (senza la minima premeditazione o concerto), so verhindert mich das doch auch hier nicht, mich vor dem Gotte, dessen wenn auch unwürdiger Stellvertreter ich bin, niederzuwerfen, und zu ihm zu beten, daß er seine Gnaden und Segnungen über Sie und über Frankreich verbreite."

Spanien.

* **Madrid**, 11. Dez. Der päbstliche Nuntius hat von der Königin Isabella das Großkreuz des Ordens Karls III. erhalten. Von allen Seiten kommen Senatoren und Abgeordnete zur bevorstehenden Eröffnung der Cortes an. Zum Präsidenten der Deputirtenkammer will die ministerielle Partei Seijas Lozano, die gemäßigte Opposition Rios Rosas und die äußerste Linke San Miguel erheben. Man glaubt sich einer Mehrheit zu Gunsten des Ersteren gewiß.

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 12. Dez. Pesther Blätter vom 8. d. berichten, der ungarische Reichstag habe die Thronbesteigung Franz Joseph's für eine Usurpation und Jeden, der ihn als König von Ungarn anerkennt, für einen Verräther erklärt.

Krakau, 14. Dez. Ein Theil der nrulich von Lemberg aus hierher transportirten Emigranten ist gestern durch das österreichische Gebiet nach Prag, wie angegeben wird, befördert worden. Wegen des Restes und anderer hier politisch mißliebiger Anwesenden haben 500 hiesige Bürger eine Deputation zum Kaiser nach Ollmütz entsendet, um das Verbleiben derselben zu erwirken. Es ist diesen nämlich eine Frist zum Nachweise ihrer Unterhaltungsmittel mit dem Bedeuten festgesetzt worden, daß sie nach deren fruchtlosem Verlaufe Krakau zu verlassen hätten. Der Adel will, in Folge der Aufhebung der Robot und des jeweiligen Mangels an Arbeitern, deutsche Kolonisten in das Land zu ziehen versuchen. (Schles. Ztg.)

Hermannstadt, 27. Nov. Ueber hundert rumänische Ortschaften sammt Kirchen, Wirthschaftsgebäuden und den darin befindlichen Lebensmitteln, sind in dem unheilvollen Nationalitätenkampfe eingeäschert, mehrere unserer Geistlichen aufgehängt, unzählige unserer Leute barbarisch hingerichtet, etwa zehntausend unserer Mitbürger des Lebens beraubt. Die Proklamation des kommandirenden Generals hat ihre Früchte getragen; ein Theil der ungarischen Stämme ist entwaffnet und viertausend freiwillige Rekruten sind unter die Waffen getreten, ebensoviel dürften bald hinzukommen. Das Traurigste ist, daß das Land einer Hungersnoth sehr nahe ist, wenn nicht dem Mangel an Lebensmitteln abgeholfen wird. (W. Ztg.

Italien.

* Aus Bologna, 8. Dez. meldet die „Concordia": die Deutschen zögen bedeutende Heeresmacht am Po zusammen. Die Volksvereine in Bologna drangen darauf, sich der römischen Deputirtenkammer anzuschließen und erließen eine Adresse an dieselbe, welcher der Provinzial- und der Kommunalrath beistimmten, am 9. verlangten sie die Zustimmung des Vicelegaten, des Senates und des Oberbefehlshabers der Bürgerwehr, ließen auch ein Circular des römischen Ministers abdrucken, welcher Zurcht abruft. Man glaubt, sagt der Pensiero italiano, der General werde noch an demselben Tage abreisen. Der Artikel des Blattes schließt mit den Worten: Diebstähle und Angriffe nehmen hier zu.

Niederland.

** **Haag**, 13. Dez. Die zweite Kammer der alten Generalstaaten ist noch einmal zusammengetreten, um verschiedene schwebende Geschäfte abzumachen und um noch einzelne, Eile heischende Gesetzentwürfe in Berathung zu nehmen. Gleich darauf werden die beiden Kammern aufgelöst werden. — Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar wird ersten Tags über Triest und Alexandrien nach Java abreisen. Der noch immer rüstige Feldherr gedenkt daselbst den Oberbefehl über das niederländische Heer in Ostindien zu übernehmen. Diese Ernennung scheint übrigens anzudeuten, daß die Schlappen, welche die Holländer auf Bali erlitten, nicht so ganz unbedeutend sind, wie die Berichte sie darstellten, daß überhaupt im ostindischen Archipel Verwickelungen eingetreten sein müssen, deren Lösung Feldherrntalent verlangt und Lorbeeren verspricht. — Die Cholera läßt in den meisten holländischen Städten noch immer nicht nach. In Rotterdam allein sind bis jetzt von 1050 Erkrankten 535 gestorben und 350 geheilt worden.

Polen.

Von der polnischen Grenze, 12. Dez. Es ist herzzerreißend, wenn man jetzt nach Polen kommt und die unglücklichen Gestalten, mit verhaltenem Groll in ihren Zügen den Reisenden umdrängend, nach Neuigkeiten fragen. Für sie haben die wichtigsten europäischen Angelegenheiten wenig Interesse, da ihre traurige Lage nicht gebessert, ja sogar verschlimmert wird; denn sobald die Kunde von einer neuen politischen Bewegung in Deutschland oder im sonstigen Europa hinüberdringt, sofort beginnen dann die Truppenbewegungen, die hermetische Grenzsperre verschärft sich von Neuem und das arme Volk wird mit Einquartierungen oder Act belästigt, daß nur ein geringer Theil der Bevölkerung die Kosten zu erschwingen im Stande ist. Kaum sind die Klagen über die Cholera verschwunden, und schon erhebt sich drüben eine neue asiatische Krankheit, unter dem Namen Oznmv. Diese Seuche, welche, von Rußland kommend, jetzt sich auch schon in Warschau gezeigt, tritt in weißen Blattern auf dem Körper auf und rafft ihre Opfer mit weit größerer Schnelligkeit, als die Cholera weg. (Pos. Ztg.)

Neuestes.

* **Paris**, 18. Dez. Die Zahlenangabe der Stimmen zur Präsidentenwürde ist gleichgültiger geworden, weil die Frage entschieden ist. Wir führen darum nur kurz an, daß nach der Presse Ludwig Napoleon 5,300,000, General Cavaignac 1,300,000 Stimmen hat, und nur noch von Algier und Corsika das Resultat unbekannt ist. — Die wie es scheint definitive Zusammensetzung des neuen Ministeriums ist nun folgende. Von der ehemaligen Linken: Odilon Barrot (Ministerpräsident und Justizminister); Leon Faucher (öffentliche Arbeiten). Vom ehemaligen linken Centrum: Drouyn de Lhuys (auswärtige Angelegenheiten); Malleville (Inneres). Von den ehemaligen Conversationen: Hyp. Passy (Finanzen); General Rulhieres (Krieg). Dann von der ehemaligen legitimistischen Partei: Fallour (öffentlicher Unterricht). Von den Republikanern „des vorigen Tages": Bixio (Handel, A. Fould hat dieses Portefeuille ausgeschlagen). Endlich Heer v. Tracy, den wir mehr als Bewunderer des Kaisers Napoleon bezeichnen möchten, für die Marine. Thiers und Molé wollen, wie allgemein verlautet, erst nach den neuen Wahlen Ministerien annehmen. Dufaure soll von dem neuen Ministerium die Präsidentschaft der Nationalversammlung zugedacht sein.

In der heutigen Sitzung interpellirte der Abgeordnete Joly wegen des schon gestern von uns angezeigenen, der Gazette de Cambrai entlehnten Artikels der Gazette de France, worin u. A. auch der Satz vorkommt: an dem Tage wo sich die Nationalversammlung durch die Clubs nöthigen ließ, die Republik zu verkünden, habe sie ein Unrecht (elle a demerités) am Vaterlande begangen. Minister Dufaure erklärte: das Blatt sei darüber belangt worden, und die Gerechtigkeit werde ihren Gang gehen. Nicht minder entschlossen zeigte sich das abgehende Ministerium nach der anderen Seite hin. Der Abgeordnete Gent wollte nämlich wissen, ob es mit Genehmigung des Ministers geschehen sei, daß ein Club, welcher nach der Präsidentenwahl, noch unter dem Namen eines Centralwahlvereins weiter ohne Ermächtigung bestehen wollte, von einem Polizeiagenten angewiesen worden sei, nicht eher weitere Sitzungen zu halten, bis er die gesetzliche Erlaubniß erhalten habe. Worauf Dufaure: es ist dies auf meinen ausdrücklichen Befehl geschehen. Während der Wahlen durfte deren Freiheit nicht gestört werden. Jetzt muß das Gesetz über die Clubs wieder gehandhabt werden, welche seitdem sowohl an ihrer Redseligkeit, wie an ihrer Energie nichts eingebüßt haben. (Heiterkeit.) Herr Joly protestirte zwar, aber die Nationalversammlung nahm diesen Protest nur mit vermehrter Heiterkeit auf.

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 21. Dez. Die Soiree beim Reichsverweser. Die österreichische Frage. Zurückkunft des Hrn. v. Mühlenfels.) Wien (Verurtheilung. Die Operationen gegen Ungarn.) Berlin (Verordnungen. Das Ministerium über die Selbstständigkeit. Wrangel und die rothe Republik.) Potsdam (Russische Feier.) Köln (Die Fischtillage.) Sigmaringen (Die Uebertragung der Regierung an Preußen.)

Frankreich. Paris (Tagesbegebenheiten. Stellung der Parteien. Die Konferenzen zu Brüssel.)

Italien. Rom (Provisorische Regierung.)

Schweiz. Bern (Die Bundessitzfrage erledigt.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 20. Dez.)

Börsenberichte von Paris (Vom 14. Dezember.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 21. Dezember.

Tagesordnung der 141. öffentl. Sitzung.

1) Berathung über das „Einführungsgesetz für die Grundrechte des deutschen Volkes."
2) Berathung des vom Finanzausschuß erstatteten Berichts, über das Budget der Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt für die Periode vom 1. September bis 31. Dezember 1848.
3) Festsetzung der Berathung über den vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurf „der Reichstag", und zwar über Artikel VI. §. 29 und folgende.

Vorsitzender Wilhelm Besele. Roßmäßler aus Thatand trägt eine Interpellation vor, die sich über angebliche Vertetzungen des Briefgeheimnisses an der Korrespondenz der Abgeordneten beklagt, und an das Reichsministerium die Frage richtet, wie es den §. 12 der Grundrechte zur Wahrheit machen wolle.

Wüth aus Sigmaringen interpellirt wegen der in Sigmaringen liegenden Reichstruppen, die von einer Bevölkerung ernährt werden müßten, wovon sich die Hälfte kaum selbst durch's Leben bringen könne, und beantragt die schleunige Zurückziehung jener Reichstruppen. Beide Interpellationen werden dem Reichsministerium mitgetheilt.

Die Berathung über das Einführungsgesetz der Grundrechte wird mit einer allgemeinen Debatte eröffnet, bei der Gombart aus München das Wort ergreift. Sein Vortrag wird bald durch unruhige Aeußerungen des Mißfallens unterbrochen, bald durch die gute Laune und den ironischen Applaus der Versammlung. Die Nationalvertretung ist nämlich nach der Meinung des Redners zur Vereinbarung der Verfassung berufen, keineswegs aber zum einseitigen Erlaß von Gesetzen ermächtigt. Daher beantragt Gombart und seine Genossen von der äußersten Rechten, (Bally, Detmold, Carl ꝛc.), daß anstatt das vorgeschlagene Einführungsgesetz zu genehmigen, welches an vielen Orten ganz wirkungslos sein würde, die Versammlung den Entwurf der Grundrechte den deutschen Regierungen zur alsbaldigen Abgabe ihrer Erklärungen über die Annahme vorlegen solle.

Wer seine Vollmacht überschreitet, — so motivirt Gombart den obigen Antrag — hat keine Macht mehr. Unser ganzes Recht beruht auf dem Wahlgesetze, nach welchem wir hierher berufen sind. Das Hoheitsrecht der Legislatur dürfen wir uns daher nicht anmaßen. Jeder konstitutionelle Staatsbürger, der unsere Grundrechte für seinen Einzelstaat gelten ließe, würde gegen seinen Schwur handeln. Denn was heißt es auf deutsch, was wir hier verordnen wollen? Verfassungsbruch. Kein Richter kann nach unsern Grundrechten erkennen, denn sie sind nicht in rechtsverbindlicher Weise zu Stande gekommen. Es gab Zeiten, wo man von oben die Richter verfolgte, die sich unabhängig erhielten von politischen Einflüssen, — sollte sich der Fall etwa jetzt umkehren? Nimmermehr. Dieselben Charaktere, welche dem Drucke der Vergangenheit unerschütterlich widerstanden, werden auch stark genug sein, ihr Rechtsgefühl und ihr Gewissen vor den Zumuthungen der Gegenwart unverletzt zu bewahren. Erst wenn das Staatenhaus neben dem Volkshause stehen wird, ist der Augenblick zum Erlaß von allgemein verbindlichen Reichsgesetzen eingetreten. „Ich bitte Sie dringend, von der Illusion Ihrer Allmacht abzulassen. Bauen Sie Ihr Haus nicht auf die Wolke der Einbildung, sondern auf den festen Grund des Rechts."

Schodee. Der Streit, den Herr Gombart hier angeregt hat, ist entschieden durch unsern Beschluß über die Veröffentlichung und Gültigkeit der Reichsgesetze. Ich beantrage den Schluß der allgemeinen Debatte.

Zell als Berichterstatter: Was uns hierher berufen hat, das war das letzte der Gesetze, die eiserne Nothwendigkeit. Der Bundestag führte nur aus, was ihm das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß vorgeschrieben. Die Besorgniß des Herrn Gombart kann begründet sein, wir können auf Schwierigkeiten und Weigerungen stoßen nicht blos bei der Annahme der Grundrechte, sondern auch bei dem Ausbau der Spitze der deutschen Verfassung. Allein wenn dies geschieht, was wird die Folge sein? Das Volk wird die unverdesserlichen Gegner seiner Einheit kennen lernen und wird sie bei einer nächsten Revolution, die dann nicht lange ausbleiben dürfte — zu umgehen wissen. (Allgemeines Bravo und Händeklatschen).

Da der Antrag Gombart's und Genossen gegen das Einführungsgesetz im Ganzen gerichtet ist, so wird sogleich über denselben abgestimmt und auf Biedermann's zahlreich unterstütztes Verlangen durch Namensaufruf. Die Verwerfung erfolgt mit 331 gegen 69 Stimmen. Ein Geräusch des Erstaunens geht jedesmal durch das Haus, sobald ein Abgeordneter mit „Ja" und den Gombart'schen Ansichten demnach beipflichtend antwortet, von dessen Gesinnungen man eine andere Voraussetzung hegte. Am stärksten aber brechen die Ausdrücke vorwurfsvoller Verwunderung hervor, als sich Karl Welcker mit einem deutlichen „Ja" auf die Seite der äußersten Rechten stellt. Auch nach dieser Abstimmung werden von mehreren Abgeordneten Erklärungen zu Protokoll niedergelegt. Die letzteren äußern sämmtlich von Bejahenden her, die sich gegen die Konsequenz verwahren wollen, als seien die Gombart'schen Motive überall auch die ihrigen.

Das Einführungsgesetz für die Grundrechte des deutschen Volks gelangt hierauf in folgender Gestalt zur Annahme:

„Die Grundrechte des deutschen Volks werden im ganzen Umfange des deutschen Reichs unter nachfolgenden Bestimmungen hiermit eingeführt:

Artikel I. Mit diesem Reichsgesetze treten in Kraft die Bestimmungen:

1) der §§. 1 und 2, 2) des §. 3, jedoch in Beziehung auf Aufenthalt, Wohnsitz und Gewerbebetrieb unter Vorbehalt der in Aussicht gestellten Reichsgesetze, 3) der §§. 4, 5 und 6, 4) des §. 7 unter Vorbehalt der in III. und VIII. dieses Gesetzes enthaltenen Beschränkungen, 5) des §. 8, und zwar rücksichtlich des letzten Heer- und Seewesen betreffenden Absatzes unter Verweisung auf III. dieses Gesetzes, 6) des §. 10, unter Vorbehalt der unter III. und VII. enthaltenen Bestimmungen, 7) der §§. 11 und 12, 8) des §. 13, mit der Maßgabe, daß, wo Schwurgerichte noch nicht eingeübt sind, bis zu deren Einführung über Preßvergehen die bestehenden Gerichte entscheiden, 9) der §§. 14, 15, 16, so wie des zweiten und dritten Absatzes im §. 17, und des §. 18, 10) der §§. 22, 24, 25 und 28, 11) der §§. 29, 30 und 31, 12) des §. 32, des zweiten Absatzes im §. 33, der §§. 34, 35, mit Ausnahme des ersten Absatzes (III. 8), des zweiten Absatzes im §. 36, dann 37 unter Vorbehalt der über die Ablösung der betreffenden Jagdgerechtigkeiten und über die Ausübung des Jagdrechts zu erlassenden Gesetze (IV.) 13) des §. 42 und des ersten Absatzes im §. 44. Alle Bestimmungen einzelner Landesrechte, welche hiermit in Widerspruch stehen, treten außer Kraft. *)

Artikel II. In Beziehung auf den im §. 17 ausgesprochenen Grundsatz der Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften sollen die organischen Einrichtungen und Gesetze, welche für die bestehenden Kirchen zur Durchführung dieses Prinzips erforderlich sind, in den Einzelnstaaten möglichst bald getroffen und erlassen werden.

*) Die Paragraphen der Grundrechte sind sämmtlich so, wie sie nach und nach aus der Abstimmung hervorgingen, in den Parlamentsberichten dieser Blätter enthalten. Nach der gestern erwähnten redaktionellen Veränderung des Hrn. Deiters, der einzigen, die vorgenommen worden, lautet §. 7: „Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, in soweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen. Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

Artikel III. Abänderungen aber Ergänzungen der Landesgesetzgebungen, soweit dieselben durch die folgenden Bestimmungen der Grundrechte geboten sind, sollen ungesäumt auf verfassungsmäßigem Wege getroffen werden, und zwar

1) statt der im §. 9 und §. 40 abgeschafften Strafen des Todes, des Prangers, der Brandmarkung, der körperlichen Züchtigung und der Vermögenseinziehung durch gesetzliche Feststellung einer anderweiten Bestrafung der betreffenden Verbrechen; 2) durch Ausfüllung der Lücken, welche in Folge der im §. 7 ausgesprochenen Aufhebung der Standesunterschiede im Privatrechte eintreten; 3) durch Regelung der Wehrpflicht auf Grund der im §. 7 enthaltenen Vorschrift; 4) durch Feststellung der im Heer- und Seewesen vorbehaltenen Modifikationen des §. 8; 5) durch Erlassung der Gesetze, welche den dritten im §. 10 erwähnten Fall der Haussuchung ordnen; 6) durch Erlassung der nach §§. 19, 20 u. 21 erforderlichen Vorschriften über Eid, Ehe und Standesbücher; 7) durch Einrichtung des Schulwesens auf Grund der §§. 23, 26 und 27; 8) durch Aenderungen im Gerichts- und Verwaltungswesen gemäß den Bestimmungen des §. 35 im ersten Absatz, der §§. 41, 43, 44 im zweiten und dritten Absatze, sowie der §§. 45 bis einschließlich 49.

Artikel IV. Ebenso ist ungesäumt die weitere Feststellung der in den Paragraphen 33, 36 bis einschließlich 39 geordneten Eigenthumverhältnissen in den einzelnen Staaten vorzunehmen.

Artikel V. Die Erlassung und Ausführung der vorstehend gedachten neuen Gesetze sollen von Reichs wegen überwacht werden.

Artikel VI. Bis zur Erlassung der in den §§. 3, 13, 32 und 50 erwähnten Reichsgesetze sind die betreffenden Verhältnisse der Landesgesetzgebung unterworfen.

Artikel VII. In den Fällen, in welchen nach dem Vorstehenden neue Gesetze erforderlich oder in Aussicht gestellt sind, bleiben bis zur Erlassung derselben für die betreffenden Verhältnisse die bisherigen Gesetze in Kraft. Rücksichtlich der Haussuchung bleibt denjenigen öffentlichen Beamten, welche zum Schutz der Abgabenerhebung und des Waldeigenthums zur Haussuchung befugt sind, vorläufig diese Befugniß."

Erst über Artikel VIII entspinnt sich eine Debatte. Nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses soll er lauten:

Artikel VIII. „Abänderungen der Grundverfassung einzelner deutscher Staaten, welche durch die Abschaffung der Standesvorrechte nothwendig werden, sollen innerhalb sechs Monaten durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung nach folgenden Bestimmungen herbeigeführt werden:

1) die durch die Verfassungsurkunden für den Fall der Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Erschwerungen der Beschlußnahme finden keine Anwendung, vielmehr ist in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu verfahren; 2) wenn in Staaten, wo zwei Kammern bestehen, dieser Weg keine Vereinigung herbeiführen sollte, so treten diese zusammen, um in einer Versammlung durch einfache Stimmenmehrheit die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gesetze nicht erlassen, so hat die Reichsgewalt nach Lage der Sache die Maßregeln zu treffen, welche die Ausführung sichern."

Schoder: Wenn dieser Vorschlag des Verfassungs-Ausschusses angenommen wird, so haben wir uns getäuscht, als wir in Würtemberg z. B. mit den nöthigen Abänderungen unserer Landesverfassung uns zuzuwarten entschlossen, bis allgemeine deutsche Maßregeln ergriffen seien. Sechs Monate lang würden wir also noch mit den alten ständesherrlichen Kammern belastet sein! Mit solchen ständesherrlichen Kammern aber kommt überhaupt keine Vereinbarung zu Wege und darum ist der Ausschußvorschlag unpraktisch und geeignet, die größte Aufregung in den Staaten hervorzubringen, wo noch ständesherrliche Kammern bestehen. In sechs Monaten übrigens kann sich die Gestalt Deutschlands leicht dermaßen verändert haben, daß wir die ständesherrlichen Kammern am Ende gar nicht los werden. Schoder empfiehlt daher den Antrag Tafel's, nach welchem nicht die bestehenden Kammern, sondern eine neue nach dem Wahlgesetze des Parlaments einzuberufende Landesversammlung über die Verfassungsabänderungen entscheiden soll, außerdem Herabsetzung der Frist von 6 auf nur 3 Monate und eine bestimmtere Vorschrift in Bezug auf den Fall der Versäumniß. „Diejenigen aber, die uns beständig ermahnen: schließen Sie den Schlund der Revolution — ihnen kann ich nur versichern, daß dazu kein Mittel sicherer hilft als die Abschaffung der ständesherrlichen Kammern."

Mittermaier nimmt das Ausschußerachten gegen Schoder's Vorwurf des Hinterhalts in Schutz. Alle Bestimmungen des Artikel VIII. seien vielmehr darauf berechnet, das erwünschte Ziel zu nähern und den Weg dazu abzukürzen.

Buß will ebenfalls den Schlund der Revolution geschlossen sehen. (Lachen.) Gleichviel welcher Partei wir angehören, des Volkes Wille soll aus uns sprechen. (Brava). In meinem engeren Vaterlande Baden besteht eine Verfassung, die lange vor dem März herrührt. Das Volk muß daher vor Allem befragt werden und nicht die bisherige Ständeversammlung spricht seine Meinung aus, sondern es muß eine neue, eine konstituirende Versammlung zusammentreten. Aber nicht allein darin stimme ich mit Herrn Schader überein, sondern auch hinsichtlich der abzukürzenden Frist. Die echt schwäbische Mundart, in der Hr. Buß das letzte Wort ausspricht, und die Heftigkeit seiner Bewegungen auf der Tribüne erwecken wiederholt die heiteren Theilnahmsbezeigungen des Hauses. Nachdem Deiters aus Bonn als Berichterstatter des Ausschusses gesprochen, wird Artikel VIII. unter Verwerfung aller Abänderungsanträge bis Absatz 2, diesen einschließlich, nach dem Ausschußvorschlage zum Beschluß erhoben. Angefügt wird hier der Zusatz Schoders:

„Uebrigens bleibt es den gegenwärtigen Organen der Landesgesetzgebung unbenommen, sich darüber, daß die gedachten Abänderungen durch eine neu zu wählende Landesversammlung vorgenommen werden, zu vereinbaren, für welche Vereinbarung die Bestimmungen unter 1 und 2 gleichfalls maßgebend sind.

Endlich wird der Schlußsatz des Mehrheitsvorschlags durch den folgenden Satz der Minderheit des Ausschusses ersetzt: „Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gesetze nicht erlassen, so hat die Reichsgewalt die Regierung des einzelnen Staates aufzufordern, ungesäumt auf Grund des Reichswahlgesetzes eine aus einer einzigen Kammer bestehende Landesversammlung zur Revision der Landesverfassung und der übrigen Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung zu berufen."

Nachdem das obige Einführungsgesetz auch noch im Ganzen angenommen worden ist, erfolgt 2½ Uhr Nachmittags die Vertagung der heutigen Berathung. Noch zeigt der Präsident den Austritt des Herrn Carl v. Gald aus Adelsberg aus der Nationalversammlung, an, so wie einen Flattenbeitrag. — Weihnachtsferien finden für die Nationalversammlung nicht Statt. Vielmehr beschließt dieselbe auch für Sonnabend den 23. Dez. eine Berathung. Und das Bureau ist der Ansicht, nur die Festtage frei zu lassen, den 28. Dez. aber die Sitzungen des Parlaments wieder zu eröffnen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 20. Dez. Die gestrige zweite Soirée beim Reichsverweser hatte eine wesentlich andere Physiognomie, als die erste vor acht Tagen. Die Linke war diesmal bedeutend stärker vertreten, als damals; überhaupt bestand die Mehrzahl der Anwesenden aus Mitgliedern der neuen Koalition, welche sich in ihrer ganzen buntscheckigen Zusammensetzung zeigte. Man sah ausgezeichnete Mitglieder der äußersten Rechten, Herrn v. Radowitz in vertraulichem Gespräche mit Herrn Vogt und andern Abgeordneten der Linken. Die persönliche Annäherung an den Reichsverweser wird sichtlich auch von solchen Abgeordneten gesucht, auf welche sonst die Atmosphäre der „Unverantwortlichkeit" eine abstoßende Kraft auszuüben pflegt. Insbesondere bemerkte man, daß viele der Mitglieder des für die österreichische Frage ernannten Ausschusses, von welchen man annimmt, daß sie der Koalition angehören, sich dem Erzherzog vorstellen ließen. — Was die Zusammensetzung dieses Ausschusses betrifft, so hat dabei die Koalition einen thatsächlichen Sieg erfochten, indem unter den 15 gewählten Mitgliedern wohl ⅔ fast unzweifelhaft ihr angehören. Die jung-österreichische Partei, welche sich stets so emphatisch ihrer aufrichtig deutschen Gesinnungen rühmte, kann diesen Gesinnungen unmöglich den Stempel der Wahrheit aufzudrücken hoffen durch ein Bündniß mit den von ihr so vielfach geschalteten „Schwarzgelben", deren offenkundiges Ziel ein mächtiges Oesterreich ist, welchem Deutschland nur als zubehöriges Nebenland angefügt werden soll. Und ebenso wenig würde es den Vertheidigern der Kirche in ihrer steengsten Form wohl anstehen, wenn sie die Bruderhand denen reichen wollten, welche ganz offen auf

die Vernichtung aller kirchlichen Formen in der Religion selbst ausgehen. Die Fraktion Jürgens will in allen Prinzipfragen ihren bisherigen Standpunkt auf der Rechten behaupten und nur in der österreichischen Frage sich eine eigenthümliche Stellung vorbehalten. — Man ist sehr gespannt darauf, ob und was für ein gemeinsames Programm die neue Koalition aufstellen wird, denn mit dem bloßen Verneinen des Gagern'schen Programms wird sie doch nicht debütiren wollen. Der Ausschuß, welcher in seiner Mehrheit die Ansichten der Koalition repräsentirt, muß irgend welche positive Vorschläge machen in Bezug auf die Gestaltung des künftigen Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschlands; er muß entweder die Durchführung des Gesetzes über die Centralgewalt und der §§. 2 u. 3. der Verfassung (nach ihrer zweiten Lesung) auch in Deutschösterreich, nöthigenfalls mit Gewalt beantragen oder er muß der Versammlung eine Modifikation oder Zurücknahme jener Paragraphen und der Bestimmungen jenes Gesetzes in Bezug auf Oesterreich anempfehlen. Wie sich dem erstgenannten Vorschlage die spezifischen Oesterreicher (die sog. „Schwarzgelben", dem zweiten dagegen die deutschen Oesterreicher (und die Linke, (welche für die §§. 2 und 3. gestimmt haben) anzuschließen vermöchten, ist freilich schwer zu begreifen; indeß bei der Linken ist kein Ding unmöglich und ihre neuen Freunde werden von ihr lernen müssen, in Punkten der Konsequenz nicht gar zu skrupulös zu sein.

Frankfurt, 19. Dez. Der Reichskommissär Herr v. Mühlenfels ist aus Thüringen zurück und soll mit dem vorläufigen Ergebniß der Zusammenkunft der Minister aus den acht thüringenschen Staaten sich zufrieden äußern. Die Hauptpunkte einer Vereinigung zu einem thüringenschen Gesammtstaate sollen unter ihnen feststehen. Am 2. Januar kommen sie wieder zusammen, und es wird sich dann zeigen, ob das schöne Projekt an der Zustimmung der Einzelfürsten oder der Einzelstände scheitert. (O.P.Z.)

Wien, 15. Dez. Die „Wiener Ztg." zeigt abermals eine Verurtheilung an. Karl Pfanl, ein Fleischergeselle aus Sechshaus, ist „wegen äußerst empörenden und beleidigenden Aeußerungen in einem Gasthause gegen Ihre Allerhöchsten k. k. Majestäten" und wegen „sehr aufregenden Drohungen gegen die hohe k. k. Generalität", zu achtjähriger Schanzarbeit in schweren Eisen verurtheilt worden.

Wien, 16. Dez. Der Feldmarschall Windischgrätz hat gestern sein Hauptquartier nach Petronell verlegt. Der Banus von Croatien, Jellacic, ist von Haimburg nach Bruck gerückt. Es hat gestern nur ein kleines Gefecht stattgefunden. Heute operiren auf allen Linien der Leitha und March wenigstens 85,000 Mann und 272 Kanonen. Es scheint, daß ein Hauptangriff stattfindet. Man hörte gegen Mittag starken Kanonendonner. (B. N.)

* **Berlin**, 20. Dez. Der heutige Staatsanzeiger enthält, in Erfüllung der im Patente vom 5. Dez. gegebenen Verheißung, zwei königl. Verordnungen, nämlich: 1) betreffend die Aufhebung der Cirkularverordnung vom 26. Februar 1799 und die Abänderung der Injurienstrafen; 2) betreffend die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westfalen. Das Gesetz vom 13. Juli 1836, gegen welches schon so viele Vorstellungen eingereicht sind, wird durch diese königliche Verordnung aufgehoben.

Das Ministerium ist hinsichtlich des im Wahlgesetze vorkommenden Begriffes der Selbstständigkeit zu folgender Entscheidung gekommen: „Wenn der Begriff der politischen Selbstständigkeit zur Zeit einer scharfen gesetzlichen Abgränzung ermangelt, so folgt daraus eben nur, daß eine solche Begriffsbestimmung im Wege der Gesetzgebung wird bewirkt werden müssen, und daß, so lange dies nicht geschehen ist, Niemand von der Theilnahme an der Wahl wird ausgeschlossen werden dürfen, der die sonstigen gesetzlichen Bedingungen des aktiven Wahlrechts erfüllt und von dem nicht feststeht, daß er sich zur Zeit der Wahl nicht in der Lage befindet, über seine Person und sein Eigenthum zu verfügen."

General Wrangel hat folgende Bekanntmachung erlassen: Das Tragen der rothen Kokarde, der rothen Feder — überhaupt eines jeden Sinnbildes der rothen Republik, sowie das Aufstecken oder Tragen der rothen Fahne ꝛc. an öffentlichen Orten während des Belagerungszustandes der Stadt Berlin und des Umkreises von zwei Meilen wird hierdurch bei Vermeidung sofortiger Arrestation verboten.

Lith. Korr. **Berlin**, 19. Dez. Das Wiedererscheinen der „Zeitungshalle" wird nun doch möglich gemacht. Die bestimmte Erklärung des Polizeipräsidenten, daß er ausdrücklichen Befehl habe, die Zeitungshalle zu unterdrücken, hat die bemittelten Freunde des Blattes zu energischen Anstrengungen bestimmt. Von den nächsten Tagen ab wird das Blatt regelmäßig erscheinen und ganz seiner Tendenz gemäß redigirt werden. Wie wenig glaublich es auch klingen mag, so können wir doch aus bester Quelle versichern, daß auf das Gerücht, die Zeitungshalle werde in Bernau erscheinen, der Führer eines dort garnisonirenden Uhlanen-Kommando's von 50 Mann durch den General v. Wrangel die Ermächtigung erhalten hat, eintretenden Falls das Städtchen in Belagerungszustand zu erklären. Die Glaubwürdigkeit dieser Mittheilung wird man nicht in Zweifel ziehen, wenn wir hinzufügen, daß dieselbe sich auf die amtliche Eröffnung der Stadtbehörde an die Redaktion gründet.

Potsdam, 19. Dez. Zur Feier des Namenstages Sr. Maj. des Kaisers von Rußland fand gestern bei des Königs Majestät im königl. Schlosse hierselbst Diner en gala statt, welchem außer den anwesenden Mitgliedern der königl. Familie und dem Hofstaate der kaiserl. russ. Gesandte am hiesigen Hofe, Frhr. v. Meyendorff nebst Gemahlin, die übrigen Herren dieser Gesandtschaft, wie auch der Kommandeur und die Stabsoffiziere des 6. Kürassierregiments, dessen Chef Se. Maj. der Kaiser ist, beiwohnten. Se. Maj. der König brachten bei dem Diner einen Toast auf das Wohl Sr. kaiserl. russ. Majestät aus, und hatten Allerhöchstdieselben, sowie die königl. Prinzen, königl. Hoheiten, wie stets bei dieser Gelegenheit, zu Ehren des Tages die russ. Uniformen und Orden angelegt. (Pr. St. A.)

** **Köln**, 19. Dez. Seit einigen Tagen ist der ehemalige Hauptmann unserer aufgelösten Bürgerwehr, Wachter, derselbe, dessen gewaltsame Befreiung aus den Händen der mit seiner Verhaftung beauftragten Gend'armerie den unmittelbaren Anlaß zu den hiesigen Septemberbarrikaden gab und der seitdem flüchtig in Belgien verweilte, wieder zurückgekehrt, ohne daß derselbe, obwohl steckbrieflich verfolgt, verhaftet oder auch nur zum Verhör gezogen worden wäre. Dagegen ist von Paris die Nachricht eingegangen, daß die flüchtig gewordenen ehemaligen Offiziere, Adamski, Nithak und Beust, sich dort in einer so traurigen Lage befinden, daß sie wörtlich dem Hungertode nahe sind, und es sind deshalb gestern Sammlungen für sie veranstaltet, an welchen auch Nichtdemokraten sich betheiligt haben.

Sigmaringen, 17. Dez. Es darf nun als eine ausgemachte Sache betrachtet werden, daß der Fürst bereit ist, die Regierung an den König von Preußen zu übertragen, wenn sich das Land hiemit einverstanden erklärt; man sieht daher in Bälde der Einberufung einer allgemeinen Landesversammlung entgegen. — (In Uebereinstimmung hiermit sagt das fürstl. Verord. Blatt: Sigmaringen, 15. Dez. Vor mehreren Monaten haben wir in öffentlichen Blättern gelesen, daß die versuchte Abtretung der Souveränität des Fürstenthums an die Reichsgewalt wegen der Einsprache und der Wahrung der eventuellen Successionsrechte der Krone Preußens in die Regierung der beiden Fürstenthümer Hohenzollern gescheitert sei. Wir vernehmen, daß neuerliche gleiche Versuche dasselbe Schicksal gehabt haben, und daß unser Fürst nunmehr mit Preußen selbst über Abnahme der ihm, vor Allem durch die Haltung des letzten Landtages lästig gewordenen Regierung in Unterhandlungen treten werde. Für eine Zutheilung des Fürstenthums an Baden oder Würtemberg wäre ohnehin die Zustimmung des Landes erforderlich, welche, soweit wir die allgemeine Stimmung kennen, dermal nicht zu erwarten stünde.) (Schw. M.)

Frankreich.

* **Paris**, 18. Dez. Man glaubt, der neue Präsident werde künftigen Montag proklamirt werden, und bis dahin noch Modifikationen in der Ministerliste eintreten. — Bemerkenswerth ist auch die ruhige und gemäßigte Sprache, welche die „Presse" seit dem Wahlsiege angenommen hat. Der sehr wahrscheinlich gewordene Eintritt Bixio's in das Ministerium ist eine Hinneigung des Neffen zu der Politik des großen Oheims, alle Meinungsschattirungen um sich zu versammeln. Zum Präfekten des Seine-Departements soll, nach dem „Journal des Debats" der Maire des zweiten Arrondissements, Hr. Berger, nach Andern Boulay (de la Meurthe) ernannt werden. Hr. Emil v. Girardin hat übrigens nicht, wie es hieß, Paris verlassen, also auch keine Mission nach Rußland angenommen. Das Journal „la Liberté", das bis jetzt für den neuen Präsidenten auftrat, schmollt und

Uebersicht.

Das Reichsoberhaupt.

Deutschland. Aus Oesterreich (Die Stellung des Ministeriums. Die Dinge in Ungarn. Finanzlage. Kriegsrüstungen.) Innsbruck (Adresse des Tiroler Landtags an den Kaiser.) Berlin (Die Kunstanstalten. Preußen als Bildungsstaat.) Kassel (Gardecorps-Proceß. Die Kammer. Die Civilliste.) Koburg (Conferenz über die politische Stellung der thüringischen Staaten.) Aus Schleswig-Holstein (Darstellung der letzten Anordnungen im Heere.)

Schweiz. Bern (Die Stellung der Schweiz nach Außen.) Von der Schweizergränze (Wirksamkeit der Bundesregierung. Die Flüchtlingsangelegenheit.)

Das Reichsoberhaupt.

⋊ Vom Main, 20. Dez. Unter dieser Ueberschrift bringt die Oberpostamts-Zeitung vom 18. d. M. einen Artikel, in welchem eine in der That originelle Ansicht über die zu constituirende Centralgewalt von gewandter Hand entwickelt wird. Da nun jener Artikel nur eine Ansicht darlegen soll, so wird es uns vergönnt sein, denselben wenigstens in einigen Punkten näher zu betrachten, und das was wir davon halten, auszusprechen.

Wir sind allerdings mit den einleitenden Worten vollkommen einverstanden, daß die größtmögliche Einigung Oesterreichs mit dem übrigen Deutschlande wünschenswerth ist; glauben aber, daß diese naturgemäßer auf einem andern Wege erreicht werden könne, als auf dem wirklich abenteuerlichen einer Verbindung zweier solcher Colosse von Bundesstaaten, wie das föderative Deutschland und Oesterreich sein werden. Mit der weiteren Behauptung, daß Oesterreich keinen Krieg führen könne, der nicht wesentlich mitteldas auch ein deutscher wäre, können wir ebenfalls nicht übereinstimmen, da wir nicht einsehen, daß ein — wie es sich in jüngster Vergangenheit herausgestellt hat — zurückstehendes, zuwartendes, fast möchten wir sagen: gleichgiltiges Oesterreich wirklich ein und dieselben Interessen mit Deutschland haben sollte. Sind die Interessen beider Staaten immer und ohne Ausnahme so eng an einander gekettet, wie der Verfasser jenes Artikels es uns versichert; so bleibt es doch auffallend, wie Oesterreich sich weigern konnte, jene so sehr gewünschte und angestrebte Verbindung mit Deutschland einzugehen. Erinnert uns denn Oesterreich nicht grade durch dieses Sichzurückziehen an jene alten traurigen historischen Erfahrungen, daß es mit Deutschland völlig Hand in Hand zu gehen entweder nicht den Willen hat, oder dazu nicht im Stande ist? Nein, Oesterreichs Kriege sind nur dann wesentlich deutsche, wenn seine deutsche Provinzen angegriffen werden — ein Fall, bei dessen Eintritt das gesammte Deutschland in die Schranken treten würde.

Doch wenden wir uns zu dem Kerne jenes Artikels. Daß die österreichische Monarchie unter dem Kaiser von Oesterreich und einem Gesammtministerium in sich einen Bundesstaat bilden muß, in welchem den verschiedenen Nationalitäten Rechnung getragen werden soll, ist ein Gedanke, dem gewiß Jeder beipflichten wird; da nur in kluger und voller Gleichstellung aller Nationen die Möglichkeit liegt, um jene bunt durcheinander gewürfelten und zum Theil sich stark abstoßenden Nationalitäten ein neues Band der Einheit zu schlingen. Wie aber dieser österreichische Bundesstaat mit den übrigen deutschen Staaten zu einem Gesammtbundesstaat dauernd, vortheilhaft und ohne den Vorwurf der Halbheit zusammengesetzt werden und die Würde eines Oberhauptes des so gebildeten Reiches der Mitte im Hause Oesterreich und Preußen erblich sein soll, und zwar alles dies ohne den Keim der Zwietracht, des Dualismus und der Zersetzung in sich zu tragen, das vermögen wir nicht zu begreifen. Sollte es denn so schwer sein, einzusehen, daß ein so künstliches, unnatürliches Staatsgebäude von mannigfaltigen Staatsgebäuden, die selbst wieder die verschiedenartigsten Bestandtheile in sich vereinigen, bei dem leisesten Windstoße über den Haufen geworfen werden und zerfallen würde? Hat uns denn nicht gerade Oesterreich in der Gegenwart aufs Schlagendste bestätigt, wie es der höchsten Kraftanstrengung und Anwendung aller nur aufzutreibenden Mittel bedarf, um eine so vielgliedrige Staatsmaschine zusammen zu halten? Und diesen Bundesstaat von sechs verschiedenen Nationalitäten will jener Herr Verfasser mit dem neu geschaffenen deutschen Bundesstaate, der selbst durchaus eine starke, einigende Hand erheischt, zu einer erblichen Union mit einem Doppelhaupte verbinden? Wir fürchten, jener Doppelstaat werde so unbeholfen und hülflos sein, wie das zusammengewachsene Siamesische Zwillingspaar. Ist man denn so alles staatsmännischen Blickes bare, daß man nicht einsieht, welch monströses Conglomerat aus einem solchen connubium promiscuum hervorgehen würde? Kroaten und Preußen, Hessen und Galizier, Ruthenen und Hannoveraner, Walachen und Sachsen, Bayern und Serben alle unter einen Hut zu bringen, das ist wirklich ein seltsamer Gedanke. Uns gestatte man wenigstens, die gedeihliche Entwicklung einer so ungeheuren Ländermasse mit 70 Millionen zum Theil widerstrebender Völkerschaften, die von Schleswig bis zum südlichen Dalmatien sich hinzieht, bescheiden in Zweifel zu ziehen. Das junge aufstrebende Deutschland bedarf vor Allem eines starken, einigen Mittelpunktes, einer mächtigen Triebfeder, die nicht außerhalb, sondern, wie das schlagende Herz, im Innern liegen muß. An der Spitze eines mächtigen Deutschlands kann also nur ein einziger und zwar ein solcher Staat stehen, der sich mit jenem ehelich und rückhaltslos vermählen, ganz und völlig in demselben aufgehen kann und will; keineswegs aber ein Staat, von dem Deutschland nur als Nebensache, vielleicht als Mittel, betrachtet wird. Darüber aber, daß Oesterreich weder die Absicht, noch bei seinen eigenen schwankenden Verhältnissen die Fähigkeit besitze, Deutschlands Interessen zu den seinigen zu machen und nöthigenfalls Opfer zu bringen, darüber kann doch wohl bei einer Erwägung der Stellung Oesterreichs und bei der Erinnerung an die klar und offen ausgesprochenen Staatsmaximen seines Ministeriums kein Zweifel obwalten. Oesterreich freilich würde bei jener Anordnung nur gewinnen können; aber für Deutschland würden dadurch unabsehbare Verwickelungen bereitet werden. Deutschland muß, wenn es zu wahrer Einheit und Freiheit gedeihen soll, frei sein von allen fremden Hemmungen, und wenn es so gleichartig in sich selbst und eng verbunden ist, wird man ihm schon die Macht zutrauen dürfen, etwaige Angriffe Frankreichs, wie sie in jenem Artikel angedeutet werden, entschieden und kräftig zurück zu weisen.

Wohl ist es schmerzlich für jeden Vaterlandsfreund, zwölf Millionen deutsche Brüder in Oesterreich nicht unmittelbar und völlig mit uns vereinigt zu sehen. Wir sagen: nicht unmittelbar und völlig; denn eine Vereinigung, eine größtmögliche Vereinigung wollen auch wir mit Oesterreich, nicht allein des völkerrechtlichen Verkehrs, sondern gerade auch jener Stammesverwandtschaft wegen. Aber wir wollen sie auf einem naturgemäßen Wege, der für beide Staaten segenbringend ist. Die Politik des wiedergebornen Oesterreichs geht dahin, mit Würdigung und Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen durch Einen politischen Mittelpunkt für das ganze Reich, die frühere Scheidewand aufzuheben und durch diese Zusammenfassung seine wankende Größe und Macht neu zu begründen. Bei dieser Politik ist es aber begreiflich, wie sehr das österreichische Kabinet sich gegen die §§. 2 und 3 der deutschen Nationalversammlung sträuben mußte und wie es endlich unverhohlen erklären konnte, daß die Frankfurter Beschlüsse überhaupt keine bindende Kraft für Oesterreich haben. Oesterreich hat es offen ausgesprochen, es möchten sich beide Staaten nach eigenem Bedürfnisse aufbauen, um dann nach Vollendung der Verfassungen in das Verhältniß einer gegenseitigen Verbindung einzugehen. Wohlan, halten wir dies fest! Konstituire sich Oesterreich zu einem festen Bundesstaate, wie Deutschland das zu thun im Begriffe ist, und schließen wir dann als zwei ebenbürtige Paciscenten einen innigen politischen und materiellen Bund; nicht blos eine internationale Verbindung, sondern ein Schutzbündniß, ein gemeinsamer Zollverband mit möglichster Hinwegräumung aller Hemmnisse und Schranken, wie sie bisher bestanden, umschlinge uns. Dies scheint uns der einzige Weg, wie man beide Reiche möglichst innig mit einander verbinden kann, ohne sie gewaltsam und dabei unhaltbar zusammen zu zwängen. In dieser Verbindung liegt uns eine mächtigere Bürgschaft für die Einheit Deutschlands, wie für die Freiheit der Völker und den europäischen Frieden, als in jenen künstlich zusammengestückelten, zweiköpfigen erblichen Union, die zu nichts führen würde, als zur Entzweiung.

Wäre es nicht aus der ganzen Haltung jenes Artikels klar, in wessen Interesse der Herr Einsender schreib; so würde man es aus dem IV. Hauptgedanken desselben schließen können. Die

Digitized by Google

erbliche Würde eines Oberhauptes des aus Deutschland und Oesterreich gebildeten Reichs der Mitte, heißt es dort, soll im Verhältnisse der Hausmacht nach einem Turnus ausgeübt werden, und zwar von 6 Jahren für Oesterreich und 3 Jahren für Preußen, welches letztere vorwaltenden Umständen nach den Anfang macht. Uns dünkt es, mild ausgedrückt: eine Ungerechtigkeit, Preußen wieder vorranzuschieben, Preußen die Mühen und Kämpfe durcharbeiten, die Schwierigkeiten überwinden zu lassen, damit nachher Oesterreich die Früchte um so leichteren Kaufes genießen kann. Ueberhaupt, welch' eine seltsame Idee, dieser Turnus! Die Idee einer Trias läßt sich noch begreifen, es läßt sich doch noch versuchen, sie auszuführen. Aber ein Turnus hält nicht einmal eine ernste Betrachtung aus, geschweige den Versuch. Seit den Zeiten des Eteokles und des Polynices sollte man davon zurückgekommen sein. Für Oesterreich bestimmt der Herr Einsender jener staatsklugen Theorie 6 Jahre, für Preußen nur 3 Jahre, und dies Alles nur seiner ausgesprochenen Ansicht zu Liebe: weil man es nie billigen könne, daß kleinen Leuten gestattet ist, das große Wort zu führen? O nein! es ist nicht bloß die Hausmacht, welche nach der dieser liegenden Ansicht des Herrn Verfassers jenes Artikels den Maßstab für den Turnus abgibt; es sind noch andere Interessen mit im Spiele: der Ultramontanismus ist es, der, wenn auch noch so fein und gewandt verschleiert, doch kenntlich genug hier auftritt. Aber das müssen wir ihm noch warnend entgegenrufen: Hüte man sich doch ja, in den Zeiten unserer politischen Wiedergeburt die religiösen Streitigkeiten, die alten, wie wir hoffen, vernarbten Wunden wieder aufzureißen und in eine schon so leidenschaftlich bewegte Zeit und bei einer so aufregenden Frage, wie die wegen der Reichsgewalt ist, noch neuen Zündstoff hineinzuwerfen. Wenn nicht alle Parteien in dieser schwierigen Frage sich versöhnlich die Hand bieten, um das dauernde Wohl des Vaterlandes zu begründen; so steht es schlecht um die Einheit Deutschlands. Hoffen wir das Beste und trauen wir dem politischen Takte unserer Nationalversammlung zu, daß sie einen einzigen und einen solchen Staat an die Spitze Deutschlands stellen wird, welcher für die Einheit, Kraft und Entwicklung desselben die beste Gewähr leistet.

Deutschland.

Aus Oesterreich, 16. Dez. Stadion hat die projektirte Gemeindeordnung, die er mehreren Auserwählten des Centrums zur Begutachtung mitgetheilt hatte, bereits wieder zurückgezogen. Eine Schlappe des Ministeriums ist dies wohl in jedem Falle, doch dürfte damit der Abfall der czechischen Rechten, wo nicht verhindert, so doch gemildert werden. Dem Interpellationssystem ist seine ätzende Schärfe benommen worden, indem jetzt das Ministerium sich die schriftliche, in Folge eines Ministerraths erfließende Beantwortung vorzubehalten pflegt. Es ist Thatsache, daß es sich in neuester Zeit zwischen die schrankenlose Diktaturgewalt des Fürsten v. Windisch-Grätz und die an Kraft gewinnende oppositionelle Stimmung der Provinzen auf etwas unangenehme Weise geklemmt sieht. So ist nach Prag ein abermaliger Erlaß des Fürsten gekommen, worin er dem uralten Bürgerkorps das Ablegen des goldenen Portepées vorschreibt. Dies sowie die bevorstehende Besetzung der Hauptwache durch Militär bewirken in dieser Hauptstadt eine nicht zu verkennende bedenkliche Gährung. So geschieht der Name Jellacic auf jeder czechischen Lippe schwebt, so wenig ist dies mit dem Fürsten der Fall. — Das slawische Freikorps Hurban's und Stur's ist bis Neustadt an der Waag vorgedrungen, und die Besetzung der wichtigen Stadt Tyrnau dürfte nächstens erfolgen. Ueber entscheidende große Operationen vernimmt man beständig nichts. Der Fürst liebt es, alle seine Unternehmungen in geheimnißreiches Dunkel zu hüllen. Die glaubwürdigste Ansicht über dies Zögerungssystem ist wohl die, daß man alle bedeutenden Punkte des Landes, Debreczin, Szegedin, Stuhlweißenburg, so zu sagen, mit einem Schlage nehmen will. — Nebst den Kossuth'schen Banknoten zirkuliren in Ungarn auch unzählige nachgeahmte österreichische Noten. Die strenge Cernirung des Landes bezweckt, deren Abfließen nach den deutschen Provinzen zu hindern. Die Finanznoth gestaltet sich hier immer furchtbarer. Silbergeld ist nun gänzlich unsichtbar geworden. Die Bank beabsichtigt daher, statt der Ein- und Zweiguldennoten, die eingezogen werden sollen, Zwanzig- und Dreißigkreuzerpapiere auszugeben. Einen Theil des vom Reichstage zu bewilligenden Kredits hat Finanzminister Kraus mit der Bank kontrahirt; der große Rest von 60 Mill. Gulden wird schwer aufzubringen sein. Die reichen geistlichen Stifte sind durch die Aufforderung des Ministeriums, einen Theil ihrer Schätze auf dem Altare des Vaterlandes niederzulegen, seltsam überrascht worden. In den deutschböhmischen Kreisen ereignen sich täglich Fälle der Widersetzlichkeit gegen die im größten Maßstabe vorgenommenen Rekrutirungen. Man rüstet sich zum Kriege und verläßt sich dabei auf den energischsten Beistand Rußlands, der für alle Fälle fest zugesichert ist. Auch hier wird des Prinzips wegen die Kandidatur des Prinzen Ludwig Napoleon begünstigt und man glaubt, daß die Verlegenheiten um Italiens willen bei einer Erwählung Cavaignac's noch bei Weitem bedeutender werden würden. (Leipz. Z.)

Innsbruck. Der Tyroler Landtag hat in Bezug auf die Kultusangelegenheit folgende Adresse an den Kaiser gerichtet:

„Eure Majestät! Der tyrolische Landtag sieht sich verpflichtet, das größte, das wichtigste Anliegen Tyrols vor den erhabenen Kaiserthron zu bringen. Eure Majestät es ist weltbekannt, daß dem Tyroler das Allerwichtigste, das Theuerste, das Höchste — seine Religion ist. Der Tyroler ist weit entfernt, anders denkende Mitmenschen lieblos zu beurtheilen; aber als ein treuer Sohn der katholischen Kirche mißbilligt er jede Religionslehre, welche dem katholischen Glauben widerspricht, und das gesammte Land hat daher den einmüthigen unerschütterlichen Willen, daß weder jetzt noch in Zukunft nichtkatholische Religionsbekenntnisse auf tyrolischem Boden sich ansiedeln. Um so besorgter und ängstlicher sehen wir einem Gesetze entgegen, welches zwar für jene Länder, wo schon verschiedene Religionsbekenntnisse neben einander bestehen, als nothwendig und weise anerkannt werden muß, aber für Tyrol, welches bisher die Reinheit seines Glaubens, wie die Reinheit seiner Lüfte und Quellen bewahrte, die Ursache und der Umfang unabsehbaren Unglücks wäre. Tyrol würde zwar auch im schlimmsten Falle gegen Euer Majestät die unverbrüchlichste Treue und den pflichtmäßigen Gehorsam beibehalten und bewähren; aber nach dem Verluste jenes Vorzuges, der den Tyrolern unendlich lieber und werther ist, als die Schönheit ihrer Berge und Thäler, würde die bisherige Zufriedenheit der genügsamen Bevölkerung sich in den bittersten Schmerz verwandeln; die freie, in allem Uebrigen noch so preiswürdige Verfassung, welche uns die Aufzwingung öffentlicher nichtkatholischer Religionskulte zum Angedinke brachte, könnte in Tyrol auf Volksthümlichkeit nie und nimmer großen Anspruch machen; jener angeerbte patriotische Eifer, der bisher für Staat und Kaiser so bereitwillig und freiwillig Gut und Blut hinopferte, würde höchst wahrscheinlich erstarren. Die Spannungen und Wirren, die uns in benachbarten paritätischen Ländern nicht verborgen bleiben konnten, würden auch uns um so weniger verschonen, da der Eintritt nichtkatholischer Kulte nach so vielen Jahrhunderten ein völlig neues und ein nur äußerlich erzwungener wäre. Die Einigkeit Tyrols würde im Innersten zerrissen, der Nerv der Kraft würde zerschnitten, die Gluth der Gesinnung würde erkalten; Tyrol wäre in Bälde nicht mehr Tyrol, und der Staat hätte durch die gewaltsame Anwendung eines für uns völlig unpassenden Gesetzes nicht nur die Bevölkerung einer so getreuen Provinz unglücklich gemacht, sondern zugleich sich selbst einen Schaden zugefügt, der sich nicht einmal in den friedlichsten Tagen ermessen ließe, geschweige in unruhigen kriegsdrohenden Zeiten. Es kann weder in der Absicht des Reichstages, noch in dem frommen väterlichen Willen Eurer apostolischen Majestät liegen, daß Uebel, wie die eben bezeichneten, über das schuldlose Tyrol hereinbrechen; und wenn zur Abwehrung und Vermeidung derselben die gegenwärtige freimüthige und pflichtgemäße Vorstellung des untertänigsten tyrolischen Landtages gewünschte und gehoffte Berücksichtigung erlangt, so erfreut sich derselbe, nicht nur dem Wohle Tyrols, sondern auch dem Interesse des Gesammtstaates und dem kaiserlichen Throne Eurer Majestät einen ersprießlichen Dienst geleistet zu haben. Eurer k. k. Majestät ehrfurchtsvollster unterthänigster Landtag Tyrols. Wolkenstein, Präsident."

Graf Brandis, der ehemalige Landeschef von Tyrol, soll zum Oberhofmeister des Kaisers Ferdinand ernannt worden sein.

Berlin, 16. Dez. Der Staatsanzeiger enthält die Anzeige, daß nächstens ein Gesetz über die Einrichtung der Kunstanstalten erscheinen werde. Der so eben zum vortragenden Rath im Ministerium des Kultus ernannte Franz Kugler wird bei seinen vielseitigen Kenntnissen und Talenten gewiß diesem blüthenreichsten Zweige des öffentlichen Lebens eine segensreiche Pflege widmen. Bereits unter dem Ministerium Eichhorn war Hr. Kugler eifrig mit Vorarbeiten beschäftigt, um endlich von Staatswegen auch etwas für das eigentliche höhere geistige Leben des Volkes, für seine schöne Literatur, zu thun. Bis jetzt geschah dafür nichts. Denn die dreihundert Thaler jährliche Pension, welche Emanuel Geibel zugewiesen sind, wird man doch nicht neben den 3000 Thlr. Reisediäten, welche irgend ein hoher Beamter liquidirt hat, als Etwas in Anrechnung bringen wollen. Preußen nennt sich gern den Staat der Bildung; aber wie gering und kläglich sind die Summen, welche er für Bildung, namentlich für höhere Bildung erübrigt, während er für das Militär jährlich dreißig Millionen verwendet! Erst durch die neue Verfassung ist endlich den Volksschullehrern ein genügender Unterhalt gewährleistet. Noch

Digitized by Google

bedauerlicher ist bis jetzt die Lage der Gymnasiallehrer. Sehr viele haben zum Verhungern zu viel, aber zum Leben zu wenig. Von Jahr zu Jahr wurden sie immer auf den nächsten 1. Januar vertröstet. Endlich am 1. Januar 1847 erhielten sie einen Pensionsfonds bewilligt, welchen — sie selbst aus ihrer eigenen kleinen Einnahme durch Gehaltsabzüge beschaffen sollen! Die Quittungen lagen bei. Auch abgesehen von der innern Unwürdigkeit, welch eine kurzsichtige Politik! Um ein paar Tausend Thaler zu sparen, organisirte man förmlich das Mißvergnügen unter den Lehrern der heranwachsenden Jugend, und die Opposition gegen das Bestehende verpflanzte sich auf vielen Gymnasien von den Lehrern auf die Schüler. Preußen steht in dieser Hinsicht weit hinter manchen kleinen Staaten zurück. Und für die Blüthe der Bildung eines Volkes, für die National-Literatur, geschah so gut wie gar nichts. Und doch ist es diese Literatur und ihre Heroen, auf welche der Deutsche sich immer andern Nationen gegenüber als auf seine höchsten Kostbarkeiten beruft. Sie kosten ihm sehr wenig, diese Schätze; eigentlich gar nichts, als höchstens nach dem Tode der darbenden Dichter und Denker ein Denkmal zur Verzierung der Straßen. Gott besser's!

+ **Cassel**, 17. Dez. Je größer die politische Aufregung und die Parteibestrebungen in den letzten Tagen und Wochen in anderen Ländern waren, desto friedlicher war es bei uns; keine Wahlkämpfe, keine lebhaften Volksversammlungen, keine stürmischen Parteiversammlungen, keine landständischen Berathungen haben das öffentliche Interesse erweckt und in Anspruch genommen; nur der sogenannte Gardedurorps-Prozeß, welcher öffentlich und zum Theil auch mündlich nach dem neuen Gesetze für die Militärstrafgerichte verhandelt wurde, zog eine zahlreiche Zuhörerschaft an. Das Faktum besteht bekanntlich darin, daß von einer Zahl aus der Gardedurorps im April d. J. zur Nachtzeit auf einen Haufen unbewehrter Bürger scharf eingehauen und dadurch bedeutende Verwundungen herbeigeführt wurden. Am meisten gravirt sind neben zwei Wachtmeistern ein Rittmeister v. Scheuk und ein Lieutenant v. Verschuer; sie werden einer harten Strafe nicht entgehen, während der eingetrichterte Corpsgeist und der unbedingte Gehorsam den Gemeinen zu gewichtigen Milderungsgründen gereichen wird. Morgen wird wahrscheinlich das Urtheil schon gefällt. — Die landständischen Berathungen haben bis jetzt wenig Interessantes gebracht, nur ein Paar Legitimationsfragen sind diskutirt und entschieden worden; im Uebrigen fehlt es noch an den Vorarbeiten der betreffenden Ausschüsse, was insbesondere auch hinsichtlich des Wahlgesetzausschusses der Fall ist. Wenn ich früher berichtete, daß das Wahlgesetz mit drei Vierteln der Stimmen auch von dem jetzigen Landtag wohl werde angenommen werden, so ist dies nach der Zusammensetzung des Ausschusses höchst zweifelhaft geworden; derselbe besteht seiner Mehrzahl nach aus Mitgliedern, welche für Aussetzung der Wahlgesetzfrage bis zur beendigten zweiten Lesung und Publikation der Grundrechte stimmen werden. Den meisten Anstoß hat die Bestimmung gegeben, daß ein Dritt 1 — 16 an der Zahl — der Kammermitglieder von den höchstbesteuerten Grundbesitzern und Gewerbtreibenden gewählt werden soll. Das Ministerium wird übrigens und hoffentlich keine Kabinetsfrage aus dem Schicksal des vorgelegten Wahlgesetzes machen, es würde dies dem allgemeinen Wunsche des Landes, das in den jetzigen Ministern die Schöpfer seiner Freiheiten und die tüchtigsten und kräftigsten Stützen derselben erblickt und verehrt, widersprechen; es erhellt das zur Genüge aus dem Umstande, daß aus einzelnen Wahlbezirken Ersuchen an die betreffenden Deputirten ergangen sind, nicht gegen das Wahlgesetz zu stimmen, damit aus dem Verwerfen desselben dem Ministerium keine Verlegenheit bereitet werde. Dieses allgemeine Vertrauen zu dem Ministerium ist denn auch im vollsten Maße gerechtfertigt, so viel auch von Einzelnen auf dasselbe geschmäht wird; Männer wie Wippermann, Eberhard und Baumbach hat das Land nur sehr Wenige, oder überhaupt nicht mehr aufzuweisen.

Von einer Verzichtleistung des Kurfürsten auf einen Theil der Civilliste verlautet unbegreiflicher Weise noch immer Nichts; dem Vernehmen nach wird dieser wichtige Gegenstand in Kürze die Landstände auf's Neue beschäftigen, falls nicht, wie man noch hofft, der Kurfürst allen diesen Berathungen und Beschlüssen, die natürlich nach Maßgabe der Verträge über die Hofdotation nur einen moralischen Einfluß zu äußern im Stande sind, durch freiwillige Herabsetzung seines Einkommens zuvorkommen wird. Es muß um so mehr gewünscht werden, als die Verringerung nicht nur im wohlverstandenen Interesse des Fürsten selbst und der monarchischen Regierungsform liegt, sondern auch durch die Vermehrung der Ausgaben des Landes, welche durch die neue Militär- und Justizverwaltung und durch den Ausfall mehrerer Einnahmeposten veranlaßt werden, dringend geboten wird. — Wie verlautet, so wird auch in den nächsten Tagen ein selbstständiger Antrag in Betreff eines Gesetzes über Ministeroerantwortlichkeit und der Aufhebung des absoluten Veto in der Kammer gestellt werden; beide Gegenstände sind von der größten Bedeutung; eine Verfassung ohne Gesetz über Ministeroerantwortlichkeit ist fast so gut wie gar keine, davon haben wir in Kurhessen die schlagendsten Beweise gehabt.

Coburg, 16. Dec. Die hiesige Land- und Stadtzeitung schreibt heute: In diesen Tagen geht der Vorstand des hiesigen Ministeriums, geh. Staatsrath Bröhmer, nach Gotha zu der Conferenz, in welcher, unter Leitung des Reichscommissars v. Mühlenfels, über die politische Stellung der thüringischen Staaten Verhandlung gepflogen werden soll. Bei dieser Gelegenheit wird zweifelsohne die Idee der Vereinigung der thüringischen Staaten unter einem Gesammtregentrn oder wenigstens unter einer Gesammtregierung wieder zur Sprache gebracht werden. Ueber diese Idee hat sich nun aber in unserm Lande die öffentliche Meinung sattsam schon ausgesprochen, und es braucht nicht weiter ausgeführt werden, daß eine solche Vereinigung der thüringischen Länder weder im Gesammtinteresse, noch auch im Interesse der einzelnen Länder, für sich betrachtet, mit Ausschluß desjenigen Staates etwa, welcher an die Spitze treten würde, begründet ist. Für jene Conferenz ist die einzige praktische Aufgabe vielmehr nur die, dahin zu wirken, daß Einheit in der Gesetzgebung für die thüringischen Lande erzielt und hierfür eine organische Einrichtung getroffen werde. Diese Einrichtung würde aber lediglich in einem vereinigten Landtage bestehen, welcher durch Deputationen der verschiedenen Abgeordnetenversammlungen der thüringischen Lande zu beschicken sein würde, und die nächste Arbeit dieses Landtages wäre, alle diejenigen Gesetze für die thüringischen Lande zu berathen, welche zur vollständigen Ausführung der von der Reichsversammlung beschlossenen Grundrechte des deutschen Volks erforderlich sein würden. So würde aber durch den vereinigten Landtag, welcher die sämmtlichen Stammesgenossen von Thüringen repräsentirte, eine Vereinigung zu Stande kommen, welche von unberechenbarem Vortheile für das Ganze sein würde, ohne den einzelnen Staaten die Nachtheile zuzufügen, welche mit der Aufhebung ihrer Selbstständigkeit unvermeidlich verbunden sind. Das erscheint als das Hauptziel, daß die Bevölkerungen von Thüringen, die leidrr gerade durch die Gesetzgebung so sehr aus einander gehalten sind, auf eben demselben Wege der Gesetzgebung wieder mit einander verbunden werden. Noch ein wesentlicher Punkt sind die bedeutenden Ersparnisse, welche für die einzelnen Länder hervorgehen werden, wenn ein vereinigter Landtag die Hauptgegenstände der Gesetzgebung zur Erledigung bringt, wenn das Gerichtswesen über ganz Thüringen organisirt und gemeinschaftliche Anstalten, wie z. B. Strafanstalten, errichtet werden, welche weniger Kosten als seither erfordern werden. Dies sind praktische Vorschläge, welche eher zur Realisirung kommen werden, als die Idee eines Königreichs Thüringen, als der Gedanke einer Gesammtregierung, sie mag nun stehend oder im Wechsel errichtet werden. So viel ist jedenfalls aber bei uns gewiß, daß die Selbstständigkeit unseres Staats weder von dem Herzog noch von dem Volke zu Gunsten eines andern thüringischen Regenten, etwa zu Gunsten des Großherzogs von Weimar, jemals aufgegeben wird.

*** **Aus Schleswig-Holstein**, 15. Dez. Mit den Urtheilen, die jetzt von den Kriegsgerichten in unsern Militärwirren gesprochen sind, wird es zugleich möglich, ein unparteiisches Urtheil über dieselben zu fällen. Es hat sich auch hier der Satz bestätigt, daß die Freunde wirklicher bürgerlicher Freiheit durch ihre Unthätigkeit denen der Zügellosigkeit den Spielraum einer Wirksamkeit geben, welche wenigstens für Augenblicke viel Verderben bringen kann. Die demokratischen Vereine in den Herzogthümern, nachdem sie im September ihre Ohnmacht in Betreff allgemein politischer Verhältnisse erfahren hatten, wandten ihre Thätigkeit auf die in der Bildung begriffene, fast zur Hälfte aus Recruten bestehende Armee. Der jugendliche Sinn hat ein besseres Feld. Die Vertagung der Berliner Landesversammlung, so vielfach als ein Unrecht der Krone angesehen, gab 21 Soldaten des

nur aus Recruten bestehenden 7. Bataillons die Gelegenheit, einen Aufruf an die in Schleswig-Holstein gewesenen preußischen Soldaten zu erlassen, worin dieselben aufgefordert wurden, nicht gegen das Volk ihre Waffen zu gebrauchen. Der Anstifter, ein Student Lutterwerck, suchte sogleich von allen übrigen Truppentheilen die Annahme dieses Aufrufs zu bewirken. Ein Armeebefehl des General Bonin warnte in allerdings sehr scharfen Ausdrücken gegen diese Umtriebe. Der gedachte Lutterwerck trat in öffentlichen Blättern mit einer jenen Aufruf noch erschwerenden Erklärung gegen den Höchstcommandirenden auf, und wie mit Einem Schlage waren die öffentlichen Blätter von „Resolutionen" der demokratischen Vereine angefüllt, welche dem Soldaten das Recht der freien Meinungsäußerung gegen Befehle des Höchstcommandirenden vindicirten, wobei die im Staatsgrundgesetze gewährleistete Freiheit der Presse und der Rede den Deckmantel bildete. Man würde sich bei diesen schon seit lange außer Credit gekommenen „Resolutionen" und der eingeleiteten kriegsgerichtlichen Untersuchung vollkommen beruhigt haben, als plötzlich 50 Pontonniere eine Adresse veröffentlichten, welche nicht nur den 21 Soldaten des 7. Bataillons dankte, sondern dem General geradezu das Vertrauen aufkündigte. Da der muthmaßliche Verfasser und Anstifter dieser Adresse, ein Rendsburger Schenkwirth, zugleich sowohl Präsident eines demokratischen Vereins war, als auch früher als Redakteur in dänischem Solde gestanden hatte, so ließ sich einen Augenblick befürchten, daß es umfassenden und weitverzweigten Bestrebungen gelungen sei, einen großen Theil der Armee in landesverrätherische Pläne zu verwickeln. Die Regierung forderte den General Bonin sofort zu einem energischen Einschreiten auf und als sich in Rendsburg bei der Verhaftung und Entwaffnung der 50 Pontonniere unruhige Bewegungen zeigten, die zu militärischem Einschreiten führten, wurden sofort in und um Rendsburg über 5000 Mann zusammengezogen. Das demnach eingeleitete kriegsgerichtliche Verfahren zog sich dadurch in die Länge, daß das erste Kriegsgericht nach dänischem Rechte blaß aus Offizieren zusammengesetzt war. Ein von der Regierung nach dem provisorischen Kriegsgesetz vom 11. April d. J. zur Hälfte aus Offizieren auf's Neue gebildetes Gericht verurtheilte die Anstifter der beiden Adressen zu 3jähriger Zuchthausstrafe, die Soldaten des 7. Bataillons zu resp. halb- und vierteljähriger, die Pontonniere zu vier- bis einjähriger Festungsarbeit. Diese Urtheile sind jetzt vollzogen. So traurig auch diese Bestrafung verführter, sonst rechtlicher junger Menschen ist, so hat sich doch bei dieser Gelegenheit nicht nur gezeigt, daß es der Regierung volle Ernst ist, die Freiheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern, daß das ganze Land diese Gesinnung mit ihr theilt. Leider hatte der General Bonin, die Stimme einiger Scheelen mit der des Volkes und der Armee verwechselnd, seine Entlassung eingegeben. Sobald dieß bekannt geworden, haben nicht nur sämmtliche schleswig-holsteinische Bataillone einstimmig, sondern auch die meisten Städte Deputationen, die Bauerschaften Adressen an ihn und die Regierung geschickt (noch heute sahen wir aber solcher Deputationen), um nicht nur die Erhaltung des hochgeachteten Generals, sondern die rücksichtslosefte Strenge gegen jede ähnliche Wühlerei, wie vorgekommen, zu fordern. An verschiedenen Stellen haben die Soldaten Leute, welche sie in beliebter Weise zu bearbeiten suchten, fühlbar zurechtgewiesen, wie dieses in Uetersee vor einigen Tagen dem bekannten Schriftsteller Freiherrn von Hammerstein besonders nachdrücklich begegnet ist. Die demokratischen Vereine verhalten sich seitdem durchaus still — sie haben wenigstens dießmal das Verdienst gehabt, die wahre Gesinnung des Landes zu Tage zu bringen, nur die „Schleswig-holsteinische Zeitung", die nichts weniger als die öffentliche Stimme des Landes oder gar der Regierung vertritt, wagt ihren früheren Standpunkt noch leise zu vertheidigen. Das um Rendsburg concentrirte Militär ist zu einer erfreulicheren Aufgabe schon wieder an die dänische Grenze gezogen. — Uebrigens erfahren wir, daß es im Werke ist, strengere Kriegsartikel einzuführen.

Schweiz.

** **Bern**, 17. Dez. Je mehr die äußeren Verhältnisse sich verwickeln, je größer die Gefahr eines europäischen Krieges hervortritt — desto mehr muß sich die Schweiz Glück wünschen, daß sie noch vor dem Sturme ihr Haus unter Dach gebracht und sich in der Weise reconstituirt hat, daß sie — geschehe was da wolle — gerüstet dasteht. Welch' Glück für die Schweiz, daß sie ihrer Neutralitätspolitik treu geblieben, und trotz allen Versuchen, sie davon abzubringen, sich auf keine Weise in die Händel der Nachbarstaaten gemischt hat. Die Umtriebe der italienischen Flüchtlinge im Tessin, und die mangelhafte Beaufsichtigung der deutschen Freischärler in verschiedenen andern Kantonen mochten allerdings eine Zeit lang die Stellung der Schweiz einigermaßen compromittiren; allein von einer Verletzung der Neutralität — zumal von einer absichtlichen — war keine Rede, und zudem hat der Bundesrath nunmehr solche Maßregeln getroffen, daß die deutschen Nachbarstaaten für die Zukunft vollkommen beruhigt sein können. Gegenüber Frankreich hat das gute Einvernehmen der Schweiz bis jetzt keine Störung erlitten; ob aber dasselbe unter der Präsidentschaft des vormaligen Thurgauerbürgers und bernischen Artillerie-Capitains Louis Napoleon, das nämliche bleiben werde, steht dahin, zumal wenn „Krieg" das Losungswort des neuen Präsidenten und seiner Rathgeber sein sollte. Denn so freundschaftlich auch Louis Napoleon persönlich gegen die Schweiz gestimmt sein mag und so Vieles er ihr zu verdanken hat — man erinnere sich nur an die Ereignisse des Jahres 1838 — so ist gleichwohl sehr zu bezweifeln, daß Frankreich, im Fall eines Krieges, die Neutralität der Schweiz achten werde, sobald politische und militärische Rücksichten etwas anderes geboten. Die nächste Zeit wird uns lehren, ob Louis Napoleon in dieser Beziehung in die Fußstapfen seines großen Oheims treten wird. Viele, die ihn persönlich kennen (und ihre Zahl ist in der Schweiz nicht gering), sprechen ihm hiefür alle Fähigkeit ab, obwohl General Dufour erst noch vor Kurzem in einem durch den Constitutionel veröffentlichten Briefe dem Prinzen — mit dem er in genauer Verbindung stand — beinahe alle Tugenden andichtete, die man einem Regenten nur wünschen kann. Jedenfalls ist die Stimmung in der Schweiz demselben im allgemeinen nicht günstig, und man sieht seine Erhebung zum Präsidenten der Republik so ziemlich als den Sturz der letztern, und als das Signal zu neuen Bewegungen an, deren Ende nicht abzusehen ist. — Nicht ganz unwichtig — zumal im gegenwärtigen Augenblick — ist es, daß der preußische Gesandte auf das ihm gleich allen andern Gesandten übermittelte Notifikationsschreiben des Bundesrathes, Anlaß nahm, hinsichtlich der Trennung Neuenburgs von Preußen eine Verwahrung einzureichen. Ist auch für den Augenblick nicht zu gewärtigen, daß Preußen dieser Protestation weitere Folge gibt, so kann sie doch späterhin, je nach Umständen, zu Verwicklungen führen, denn die eigenmächtige Art und Weise, wie Neuenburg sich von Preußen emancipirt hat und von der Eidgenossenschaft ohne weiteres adoptirt worden ist, ist und bleibt für die letztere ein wunder Fleck, der nur durch ein nachträgliches gütliches Abkommen mit Preußen geheilt werden kann.

⋊ Von der Schweizergrenze, 18. Dez. Unsere Bundesregierung fährt fort, sich in den vollständigen Besitz der ihr durch die neue Verfassung zuertheilten Befugnisse zu setzen. So sind neuerdings die auswärtigen Agenten und Handels-Consuln angewiesen worden, in's künftige sich der Correspondenz mit dem Handelsdepartement oder mit der Regierung einzelner oder mehrerer Kantone zu enthalten, ihre Mittheilungen vielmehr nur einzig und allein an den Bundesrath, als diejenige Behörde, von welcher sie ihr Mandat erhalten, zu richten, der Bundesrath werde sodann von sich aus das Erforderliche gegenüber den Ständen vorkehren.

Der Eidgenosse berichtet „aus zuverlässiger Quelle", das heißt wohl von Dr. Steiger, zu wissen, Herr v. Marschall habe alle gegen die Schweiz vorgebrachten Anschuldigungen für unbegründet gefunden. Soll wohl heißen: habe sich mit den neuen Maßregeln des Bundesrathes für befriedigt erklärt. Der Eidgenosse gibt dann folgende faktische Notiz: Im Kanton Basel (Stadt und Land) befinden sich gegenwärtig gar keine deutschen Flüchtlinge mehr. Im Aargau sind nicht mehr als zehn, von denen kein einziger in den Grenzbezirken. In Schaffhausen halten sich nur sechs, in Zürich nur neun (meistens in der Stadt Zürich) auf. Im Thurgau weilen noch achtzehn; von diesen besitzen mehrere eine förmliche Niederlassung im Kanton. Keiner von Allen hat den zweiten badischen Aufstand mitgemacht. Alle befleißen sich der größten Ruhe und beobachten pünktlich die ihnen auferlegten Pflichten des Asyls. (Basl. Z.)

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 26 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die löbl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 338. Frankfurt a. M., Freitag 22. Dezember. 1848.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Erklärung des Hrn. Eisenstuck. Erklärung eines baierischen Reichstagsabgeordneten.) Wien (Servilismus. Erwerblosigkeit. Bülletin von Windisch-Grätz.) Olmütz (Erlaß über die Zwangsaushebung. Abschiedsfeier für die serbische Deputation. Der Gemeindegesetzentwurf.) Kremsier (Der Antrag des Finanzausschusses.) Prag (Böhmisch-deutsche Loyalitätsadresse. Die Hauptwachstrage. Feier des Regierungsantrittes. Polen und Czechen.) Berlin (Die politischen Verfolgungen.) Stettin (Zu spät.) Breslau (Der König und die Breslauer Deputation.) Magdeburg (Die Presse. Vereine. Uhlich.) München (Verhaftungen und Hochverrathsprozesse.) Vom Neckar (Louis Napoleon.) Leipzig (Wahlaussichten in Sachsen.) Kassel (Urtheil im Gerichtsverfassungsprozeß.) Darmstadt (Interpellation über die Sonderbundsgerüchte.) Schleswig (Vorbereitungen der Dänen. Städteordnung.) Hamburg (Der Eid. Wirren.)

Großbritannien. London (Ueber die neue preußische Verfassung. Der Prozeß Gavan Duffy's in Dublin. Dr. Bowring Vertagung des Parlaments auf den 1. Februar.)

Frankreich Paris (Todtenmesse für Napoleon. Ricci. Agiotage. Tagesbefehl des Kriegsministers. Cavaignac.)

Spanien Madrid (Vorbereitungen zur Eröffnung der Cortes. Sympathien für den Papst. Catalonien beruhigt sich.)

Portugal (Kriegsdampfschiff nach Neapel zur Aufnahme des Papstes. Die englische Flotte unter Napier.)

Italien. (Berathungen der römischen Deputirtenkammer. Ein neues demokratisches Ministerium zu Turin. Zwiespalt zwischen Volk und Kammern in Rom. Unruhen in Florenz.) Rom (Gefährliche Stimmung.)

Schweiz. Bern (Die Bundesfrage. Bischof Marilley. Aufhebung des Klosters auf dem St. Bernhard. Die Schweizer in Wien.)

Ausland. Petersburg (Ankunft des Erzherzog Wilhelm.)

Dannunfürstenthümer. Bucharest (Eindruck der Wiener Ereignisse. Russisches Darlehen.)

Neuestes.

Börsenberichte von Paris (Vom 19. Dezember.)

Deutschland.

Frankfurt, im Dez. Es kann durchaus nicht in meiner Absicht liegen, mit dem anonymen angeblichen „schlichten Gewerbsmann", welcher in Nro. 330 Ihrer Zeitung, die mir so eben erst zu Gesichte kommt, abermals gegen den volkswirthschaftlichen Ausschuß ins Feld rückt, einen fortlaufenden Federkrieg zu beginnen, wofür Sie mir wahrscheinlich auch die Spalten Ihres Blattes versagen würden — ich halte mich aber nur verpflichtet, dem Kreise Ihrer Leser auf die vorliegende Anmerkung, daß der genannte Ausschuß, dem die achtungswerthesten Mitglieder von allen politischen Farben angehören, das „entschiedene Mißtrauen" der Versammlung besitze, folgende thatsächliche Bemerkungen vorzuführen: 1) die wichtigste, tiefeingreifende Bestimmung über die Heimathsverhältnisse und den Gewerbebetrieb, eine Bestimmung, welche die Grundlage der künftigen socialen Gestaltung des Volkes abgiebt, ist in §. 3 der Grundrechte genau nach den Anträgen unseres Ausschusses festgestellt. 2) Die Züglichkeit der Theilbarkeit des Grund und Bodens, trotz der, von einer Anzahl großer Grundbesitzer dagegen lebhaft erhobenen Agitationen, ist auf Antrag unseres Ausschusses definitiv festgestellt worden. 3) Die Bestimmungen in §. 33 u. 34 über die Grundbelastung sind im Wesentlichen nach unseren Anträgen modifizirt worden; 4) die Gerichtspflege in Fachangelegenheiten, die Grundlage der Handels-, Fabrik- ꝛc. Gerichte durch sachkundige, aus dem Volke gewählte Richter, ist durch uns in §. 45. unzweideutig normirt und in solcher Fassung beschlossen worden; 5) bei den Verfassungsbestimmungen für die Befugnisse der Reichsgewalt, sind die §. 25 (Gesetzgebung über die Flußschifffahrt), §. 33 (die Zolleinheit), §. 39 (die Patentgesetzgebung), §. 46 (die Bankgesetzgebung), mehr oder weniger wörtlich oder doch dem Grundsatze nach, von der Versammlung nach den abweichenden Ansichten des Ausschusses festgestellt worden und es hat derselbe demnach die Genugthuung gehabt, daß in den wichtigsten staatsökonomischen Fragen die Versammlung seine Ansichten theilte.

Dies zur Rechtfertigung der Arbeiten des Ausschusses, dessen Leitung mir anvertraut ist, und zugleich die ernste wohlgemeinte Aufforderung, das Nachtheilige, ja das Widerwärtige eines solchen Kampfes der Eifersucht zwischen einzelnen Ausschüssen der Nationalversammlung denn doch zu erwägen und demgemäß zu vermeiden — wie ich dies sicherlich gethan haben würde, wenn von jener Seite nicht zuerst in der Berathung über Artikel IV. der Reichsgewalt und in Ihrer Zeitschrift der Fehdehandschuh hingeworfen worden wäre in einer Art und Weise, die das Aufheben derselben unerläßlich machte. Und nun zum Schlusse noch ein persönliches Wort. Ihr Korrespondent sagt, daß ich „im Geschmacke meiner Partei" an die Majorität außerhalb der Paulskirche appellirt habe. Ich erkläre darauf, daß ich in socialen und materiellen Fragen überhaupt keine politische Parteistellung kenne; daß ich in diesen Beziehungen heute mit der äußersten Linken und morgen mit der äußersten Rechten stimmen werde und schon gestimmt habe, da es sich hier um die gegebenen Verhältnisse und in der Regel nur um die gegebenen Verhältnisse und um deren Anschauung nach bestes Ueberzeugung im Interesse des Volkes handelt, und daß ich das deutsche Volk beklagen würde, wenn bei meinen politischen Gegnern in dieser Beziehung wirklich eine andere Ansicht vorliegen, wenn man materielle Fragen des Volkes zu politischen Parteifragen machen sollte. Wenn ich auf die Meinungsäußerung außerhalb der Paulskirche hinweise, so thue ich das nicht allein, weil ich es überhaupt für die unerläßlichste Verpflichtung eines Volksvertreters halte, auf die Ansicht derer zu hören, die ihn gesendet haben und durch welche er auf seinen Platz gesetzt worden ist; ich halte es auch für doppelt gerechtfertigt in den hier vorliegenden Fragen, wo die praktische Schule des Lebens, die genauste Kenntniß einzelner Verhältnisse, die Lehre vom Volkswohl, durch das Volk allein gegeben werden kann, nicht aber durch die Selbstherrlichkeit der Staatsweisheit. Ist vielleicht die dringende Aufforderung des Unterstaatssekretärs Bassermann, als es sich darum handelte, eine zweite Lesung der Grundrechte festzustellen, den Zeitraum zwischen der ersten und zweiten Lesung zu benutzen, um die Stimmen des Volkes über die zuerst gefaßten Beschlüsse zu vernehmen und zu berücksichtigen, nicht im „Geschmacke seiner Partei" gewesen? —

Bernhard Eisenstuck.

Frankfurt, 20. Dez. Die Beilage Ihres gestrigen Blattes enthält in der †*Korrespondenz die Angabe, in der Wahl Kirchgeßner's zum Präsidenten seien sämmtliche Fraktionen der Linken mit den Baiern und Oesterreichern zusammengestanden und die Ultramontanen hätten sich innigst an diese angeschlossen. Diese Angabe ist bezüglich der Baiern irrig; hinsichtlich dieser verhält sich nämlich die Sache also: Von den 71 bairischen Deputirten gehören 23 zu den Fraktionen der Linken, 6 sind entschiedene Ultramontane, 9 sind zur Zeit abwesend. Wenn nun auch die Ultramontanen sich bei den Abstimmungen, welche die österreichische oder preußische Frage auch nur entfernt berühren, in der neuesten Zeit von ihren bisherigen politischen Parteigenossen getrennt haben, wenn auch manche von den andern Baiern sich durch partikularistische Gesinnung, durch Antipathie gegen Preußen und Vorliebe für Oesterreich zu einer gleichen Handlungsweise haben hinreißen lassen, so steht doch so viel fest, daß von den 33 Baiern, welche weder zur Linken noch zu den Ultramontanen gehören, sich die entschiedene Mehrheit von dieser unnatürlichen Koalition zwischen Linken, Oesterreichern und Ultramontanen ferngehalten und bewiesen hat, daß ihr die deutsche Sache höher stehe, als alle partikularistische Neigung, als alle Antipathieen und Sympathieen, und daß ihr das Streben nach Deutschlands Einheit und Macht alle andern Verhältnisse weit überrage. In dieser Gesin-

nung wird man verharren und es gern über sich ergehen lassen, wenn man von der einen Seite ein Reaktionäe und in den höhern Regionen der Heimath vielleicht ein gefährlicher Demagog gescholten wird. Ein bairischer Reichstags-Deputirter.

Wien, 14. Dez. Ein Schreiben in der Allg. Ztg. spricht sich mit vielee Energie über den Serailismus aus, der unter den „Wohlgesinnten" in Wien herrscht. Es heißt darin: „Ich gestehe, hätte ich früher die ungünstigste Idee gehabt von Jellacic, ich würde Respekt bekommen haben vor dem Kroatenban, bloß in Folge der würdigen Antworten, welche er den vielen vor ihm wedelnden und kriechenden Deputationen gegeben. Es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen Auszüge aus der Wiener Zeitung zu liefern, aber ich kann nicht umhin, Ihre Aufmerksamkeit auf ein darin enthaltenes Aktenstück zu lenken, welches von der Geschichte aufbewahrt zu werden verdient. Es ist eine Ergebenheitsadresse, welche die Bewohner der „Landstraße" an den Banus Jellacic gerichtet. Soweit der verschrobene Ideengang und die matte, verschwommene Sprache der Adresse ein Verständniß derselben zulassen, ist der Sinn etwa folgender: 1) Die Landsteaßler hätten zwar am hartnäckigsten gekämpft gegen die einrückenden Truppen und ein großes Blutbad angerichtet, aber dieses sei so böse nicht gemeint gewesen, sondern lediglich in Folge der Aufreizungen einiger Wühler geschehen. 2) Im Grunde genommen seien die Landsträßler die besten und zuverlässigsten Freunde der Kroaten; es sei deshalb eine arge Verleumdung, sie deutscher Sympathieen zu beschuldigen; 3) Jellacic sei der erste Held seiner Zeit. Das hätten die Landsträßler immer gedacht, und deßhalb fühlten sie sich jetzt gedrungen, es ihm von Angesicht zu Angesicht zu sagen. Denken Sie sich dieses in einen Wortschwulst von drei Spalten ausgesponnen, und Sie haben eine richtige Vorstellung von der Adresse der Landsträßler. Die Antwort des Banus hat ihm hier viele Herzen gewonnen, denn sie beweist, daß er ein Mann von Takt, Verstand und Gefühl ist, der nebenbei die deutsche Sprache mit mehr Schärfe und Sicherheit handhabt, als die ganze schwarzgelbe Journalistik von Wien zusammengenommen. Er sagte den Landsträßlern: er nehme mit freudigem Dank den Ausdruck ihrer Ergebenheit und ihrer friedlichen Gesinnungen entgegen; er bedaure übrigens, daß sie als Deutsche so wenig Sympathieen für Deutsches hätten; er als Kroat sei stolz auf seine Abkunft und sein Volk, ohne deßhalb ein schlechterer Oesterreicher zu sein als andere u. s. w. Dieß nur als eine kleine Probe aus der Geschichte der Wiener Ergebenheitsadressen, über welche man ein sehr interessantes Buch schreiben könnte, worin unser löblicher Gemeinderath nicht die letzte Rolle spielen würde."

Wien, 14. Dez. Bei der seit dem 9. Nov. wieder thätigen Arbeitskommission haben sich bis jetzt 30,000 erwerbslose Menschen angemeldet, 5000 hiervon sind als nicht nach Wien zuständig abgewiesen worden. Also besitzt Wien doch 25,000 arbeits- und erwerbslose Menschen, die abgerechnet, welche die Scham abhält, öffentliche Arbeit zu suchen — und deren sind wohl kaum weniger! Die Finanzen der Stadt sind durch die letzten Ereignisse zerrüttet. Vor Kurzem erst mußte der Gemeinderath ein Anlehen von 100,000 fl. K.-M. aufnehmen. (C. Bl. a. B.)

Wien. Ein Armeebülletin Windisch-Grätz's vom 17. Dez. bestätigt die von uns bereits gestern gemeldete Einnahme von Oedenburg. Die kaiserlichen Truppen zogen ohne Widerstand unter dem Jubel der Bevölkerung in die Stadt ein. Der Ban rückte gegen Wieselburg vor, das zweite Armeekorps (Wrbna) gegen Preßburg, Schlick gegen Kaschau; Simonit steht in der Nähe von Tyrnau.

Ollmütz, 15. Dez. Der Erlaß über die Zwangsanwerbung, den die Geschichte als denkwürdiges Aktenstück aus unserer Zeit aufbewahren wird, ist mir zu Handen gekommen und ich theile Ihnen denselben vollständig mit: „Es ist mit Genehmigung Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz die ex officio Stellung aller paß- und arbeitslosen Individuen eingeleitet worden, sofern sie nach ihrer persönlichen Stellung im Staatsverbande, mit Rücksicht auf die Rekrutirungsvorschriften, der Militär- und Landwehrpflicht unterworfen sind; es wurde aber zugleich befohlen, vorzugsweise diesem Verfahren Diejenigen zu unterziehen, welche Mitglieder der akademischen Legion waren, dann jene Individuen des Proletariats, welche sich theils in die Mobilgarde einreihen, theils den Nationalgardenbataillons als Kämpfer zuweisen ließen. Diese Maßregel ward angeordnet gleich mit jenen Individuen in Ausführung zu bringen, die von der Militär-Aushebungs-Kommission theils als unbedenklich, theils als bedenklich entlassen werden oder auch schon entlassen worden sind. Weil aber nicht alle diese der Assentirungskommission vorzuführende Individuen die Tauglichkeit zum Gewehrstande haben, so haben Se. Durchlaucht befohlen, daß Jene unter ihnen, welche die Eignung nicht haben, für das Fuhrwesen und als Krankenwärter in die Militärhospitäler assentirt und abgeführt werden sollen. Es sollen aber nach der ausgesprochenen Willensmeinung Sr. Durchlaucht sowohl die zum Fuhrwesen oder als Krankenwärter zu Assentirenden als auch die für den Feuerwehrstand Assentirten und aus oben angedeuteten Kategorien Auszuhebenden nur für die Armee nach Italien abgegeben werden. Hiernach wäre das Geeignete zu verfügen, und es wird das k. k. niederösterreichische Generalkommando angegangen, die bereits Assentirten für die in Italien liegenden Truppenkörper zu widmen und dahin zu disponiren." Diesem folgt der Erlaß über die Werbung nach Italien und das Ganze ist unterzeichnet: „Wien 17. November 1848. Von der Centralkommission der k. k. Stadtkommandantur. Frank, G.-M." (L. Z.)

Ollmütz, 16. Dez. Die slavischen Reichstagsabgeordneten in Kremsier gaben der serbischen Deputation, die gestern nach Gewährung ihrer Wünsche in ihre Heimath abreiste, in einem Gartensalon vor der Stadt ein großes Abschiedsfest; nur die Polen waren nicht dabei, weil diese sich im Reichstage „aristokratisch" von den andern Slavenstämmen absondern und sich im Verein mit magyarischen Tendenzen von der Politik der Slaven losgesagt haben; sie sitzen im Reichstage auf der äußersten Linken, neben Füster. Vor der Festhalle waren Hanaken mit Gewehren als Ehrenwache aufgestellt. Feurige Toaste wurden ausgebracht, auch auf das „polnische Volk, das nicht hinter der Minorität seiner aristokratischen Vertreter stehe", und selbst auf die Sorbenwenden in der Lausitz. — Der Gemeindegesetzentwurf scheint selbst den Ministern jetzt als verfehlt einzuleuchten; der halboffizielle „Oesterreichische Korresp." sagt, der Gemeindeentwurf sei keineswegs dazu bestimmt, dem Reichstage vorgelegt zu werden, sondern nur eine Privatarbeit, die mehrfachen Veränderungen unterzogen werden dürfte, bevor sie als Gesetzentwurf vorgelegt werde. (Leipz. Z.)

Kremsier, 15. Dez. Der Antrag des Finanzausschusses kommt am 18. Dez. zur ersten Lesung und wird wohl vor der Weihnachtsfeier zum Gesetz erhoben. Nur Wenige hegen noch den Zweifel, daß die Kammer dem beantragten Kredit ihre Zustimmung versagen werde. Der Krieg in Ungarn wird sonach von dem Reiche sanktionirt, die Eroberung jenes Reiches geschieht von nun ab mit Bewilligung des Parlaments. Dies ist der wichtigste Punkt dieses Finanzausschußantrages, nicht etwa die Vermehrung der Staatsschuld um 50 Millionen Gulden. Der Krieg in Ungarn ist kein leichtes Spiel, wie man sogar in hohen Kreisen wähnt. Aber das zerrissene Ungarn kann der Armee und dem Könige nicht widerstehen, wenn auch die Zuckungen noch Jahre lang fortdauern. Die Deutschen sind still, die Slawen sind gespalten in Polen, Rutheurn und Czechen; nur die letztern machen Brüderschaft mit den Serben und Kroaten, durch deren Mithülfe sie die Stimmenmehrheit im österreichischen Reichssaale wie im österreichischen Kabinet zu erlangen hoffen. (D. A. Z.)

Prag, 16. Dez. Im Prager Bürgerausschuß gab die Frage, ob eine an den Kaiser durch Deputation zu sendende Adresse in deutscher oder böhmischer Sprache abzufassen sei, einen Anlaß zu heftigen Debatten. Es wurde beliebt, eine böhmische Adresse mit brutscher Uebersetzung zu schicken. In der nämlichen Sitzung wurde angezeigt, daß die Hauptwachfrage zu allseitiger Zufriedenheit auf friedlichem Wege ausgeglichen sei; auf welche Weise, wird nicht berichtet. (Böhm. Bl.)

Prag, 17. Dez. Heute finden die Festlichkeiten zur Feier des Regierungsantritts des neuen Königs von Böhmen statt. Das Militär rückt in Parade aus, die Nationalgarde versammelt sich spärlich. Die Stadtverordneten erscheinen heute zum ersten Male mit ihren neuen Abzeichen, einem böhmischen Löwen, auf der Brust. Eine unabsehbare Masse Volks strömt auf den Hradschin, wo das feierliche Hochamt in der Domkirche stattfindet. Abends ist Theater bei festlicher Beleuchtung, in beiden Landessprachen. In der gestrigen Sitzung der Slowanska Lipa wurde ein Brief eines polnischen Deputirten gelesen, worin er erklärt, daß die Polen mit den Czechen nicht Hand in Hand gehen können, da sie keine Demokraten sind; wohl aber werden sie die slawischen Interessen stets wahren. (D. A. Z.)

Digitized by Google

§ **Berlin**, 19. Dez. Die demokratische Partei liegt am Boden und hat, um sich zu erholen, keine andere Hoffnung, als daß die Regierung ihren Sieg mißdeaucht und einen Fehler begeht. Wir wollen hoffen, daß diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehe, doch scheinen uns die politischen Verfolgungen, welche jetzt, von einem Theile der Büreaukratie eifrig unterstützt, sich über das ganze Königreich verbreiten, eben keine weise Benützung des Sieges, und sie geben gegen die jetzt siegreiche Partei selbst ein schlimmes Beispiel, wenn einmal ein neuer Umschwung eintreten sollte. Durch den jetzigen Rückschlag nach dem Steuerverweigerungsbeschluß sind die Urhebee und Beförderer dieses wahnsinnigen Unternehmens auf das Tiefste moralisch gestraft. Ob es weise ist, ihnen ihren Wahnsinn auch noch zum Verbrechen anzurechnen und von Staatswegen gerichtlich zu verfolgen? Schon am 29. Nov. hat der Staatsanwalt, Herr Sethe, an das Staatsministerium den nachstehenden Antrag gerichtet: „Gegen diejenigen Mitgliedee der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Nationaloersammlung, welche am 15. d. M. die Steuerverweigerung beschlossen und diesen Beschluß durch Verkündigung in den Prooinzen oder sonst zue Ausführung gebracht haben, beabsichtige ich Anklage zu erheben, und weede zu diesem Zwecke beim königl. Kammergericht sofort die Voruntersuchung extrahiren. Ob die Anklage demnächst wegen Hochverraths oder auf Grund der Vorschriften §§. 242 und 243 Allg. L. R. It. 20. zu erheben sein wird, dies läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Zur Feststellung des Sachverhältnisses und der Theilnehmee an dem Verbrechen, so weit dies hiee möglich ist, und so weit die Thätigkeit der Theilnehmee sich auf Berlin bezieht, habe ich das königliche Polizei-Präsidium ersucht, mie die erforderlichen Nachrichten mitzutheilen. Soll indessen die Untersuchung eine sichere Grundlage gewinnen, so kommt es wesentlich darauf an, festzustellen: 1) in welchee Weise und in welchem Umfange die an dem Beschlusse betheiligten Abgeordneten auf die Praoinzen eingewirkt, in welchee Weise sie dart den Beschluß dee Steuerverweigerung verkündet, und was sie sonst gethan haben, um diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen? 2) in wie weit in diesee Beziehung einzelne Abgeoednete besonders thätig gewesen sind? 3) an welchen Orten in Folge jenes Beschlusses Steueeverweigerungeu stattgefunden haben? und 4) auf wie hoch sich die an einzelnen Orten verweigerten Steuern belaufen? Um hierüber Gewißheit zu erlangen, erlaube ich mie an ein hohes Staatsministerium die g. g. Bitte zu richten: Die Peaoinzialbehörden hochgeneigtest zu veranlassen, daß sie die erforderlichen Nacheichten ungesäumt sammeln und so schleunig als möglich mir unmittelbar zukommen lassen, daß sie auch die Schriften, welche von hiee aus zur Ausführung jenes Beschlusses in die Praoinzen verbreitet worden sind, einsenden und außer den sonst zur Untersuchung dienenden Beweisstücken auch die zur Feststellung des Thatbestandes und der Thäterschaft vorhandenen Zeugen bezeichnen."

In Folge dessen haben die Minister des Innern und der Finanzen den sämmtlichen Regierungen den Auftrag ertheilt, den, van dem Staats-Anwalt gestellten Anträgen so schleunig als möglich zu entsprechen. Von diesen sind wiederum sämmtliche Landrath-Aemter, Magistrale und Domänen-Rentämtee angewiesen worden: binnen allerspätestens 8 Tagen ihre Berichte einzusenden. Hoffen wir indeß, daß die Mäßigung siegeu und nicht andees als in den dringendsten Fällen die seru Numinis vindicta eintreten wird. Die Nachrichten von Anklagen, Untersuchungen, Verhaftungen, Suspensionen laufen aus allen Prooinzen ein. Wenn so viel Energie, die jetzt auf einmal kommt, doch etwas gleichmäßiger auf das J. 1848 vertheilt gewesen wäre! Einen besonderen Fall heben wir zum Schlusse heraus. Im vergangenen Frühjahe hörte bekanntlich dee größte Theil der hiesigen Setzer und Deuckee zu arbeiten auf, weil sie bei den Prinzipalen höhere Lohnfordeeungen gestellt hatten. Die Arbeitseinstellung währte wochenlang, bis die zwischen Gehülfen und Prinzipalen damals schwebenden Unterhandlungen zu einem füe beide Theile befriedigenden Endresultate geführt hatten. Gegen diejenigen Gehülfen, 4 an der Zahl, welche sich in dieser Beziehung gewissermaßen zu Parteiführern ihrer Kollegen aufgeworfen hatten, ist gegenwärtig die Anklage vom Staatsanwalt beim Kriminalgericht erhoben worden.

Auch die militärischen Gerichte sind in Thätigkeit. Die Offiziere und andereu Militärpersonen, welche vor einiger Zeit in der Provinz Preußen von ihren Funktionen suspendirt wurden, weil sie eine zustimmende Adresse an die Nationaloersammlung unterschrieben hatten, werden binnen Kurzem voe ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Auditeue, welcher zuerst nach Pillau geschickt wurde, hatte in dem Akte des Unterschreibens nichts mehe und nichts weniger als Hochverrath gefunden und auf Verurtheilung zum Tode durch Enthauptung angetragen. Das war denn doch auch dem General Dohna zu arg. Es wuede ein anderer Auditeur geschickt, der in jenem Akte zwar keinen Hochoerrath fand, aber doch eine Theilnahme an der Renitenz dee Nationalversammlung gegen den König, folglich van Seiten des Militärs einen Akt der Insuboedination gegen den obersten Chef der Armee. Demzufolge hat deefelbe auf 6 Monate Festungsarrest angetragen.

* Die Ostsee Zeitung bringt folgende Nachricht, welche leider mehe unsere Befogniſſe, als unsere Hoffnungeu bestätigt: **Stettin**, 18. Dez. Dee Bau van 33 Kanonenschaluppen soll sofort in Angriff genommen werden, damit dieselben bis zum 1. April von Stapel laufen können. Dee Königliche Schiffsbaumeister Eloertshagen will jedoch die Gaeantie nicht übernehmen, bis zum gedachten Termine jene Fahrzeuge abzuliefeen und ist deshalb nach Berlin gereist, um die Marine-Abtheilung zu einee Verlängerung des besagten Termines zu veeanlassen. Würde der Bau an oeschiedenen Orten der Küste zugleich begonnen, so scheint es uns nicht zweifelhaft, daß die 33 Schaluppen bis zum 1. April hergestellt sein können. So hat ein hiesiger Schiffsbaumeister sich bereit erklärt, außer den bei ihm bestellten Schaluppen noch zwei andere bis ultimo März zu bauen. Die Stärke unserer Maeinemannschaft soll zugleich im Frühjahre auf 2000 Mann gebracht werden.

Breslau, 16. Dez. Ueber die Aufnahme unser Deputation beim Könige erfährt man folgende Einzelheiten: Nachdem die Adresse verlesen war, sagte der König:

„Es scheint also, die Breslauee wollen es noch einmal mit mir veesuchen, nun wohlan, ich bin dabei." Sie bemerken hieraus, daß Sie nen Breslau viel Bitteres erfahren und daß das Benehmen dee im März im Namen dee Stadt gesandten Deputation Sie hätte einen Augenblick schwanken lassen, was von Ihnen als König zu thun sei. Sie hätten jedoch gefuhlt, daß je königlicher Sie handelten, je besser es sei und hätten damals fest veeheißen, was nen Ihnen jetzt gewährt wueden. Sie erinnerten an den bekannten Spruch: wie man feurige Kohlen auf die Häupter seiner Feinde sammeln könne, bemerkten jedoch, das Sie dies beabsichtigt hätten, weil Sie schon als Kronprinz, wie als König, den festen Voesatz gehabt und ausgesprochen, Ihrem Volke im Wege einee solchen Entwickelung das zu gewähren, was Sie jetzt, durch die Umstände bestimmt, auf Einmal gegeben. Se. Majestät wiesen hierbei auf die Gefahr hin, welche darin liege, daß Geist und Herz Vieler, namentlich in großen Städten, durch die Ereignisse dieses Jahres, sie einen heilbringenden Gedruck dee durch die neue Verfassung begründeten Rechte nicht geeignet gemacht wurden sei. Das gemeinsame Wirken müsse dahin gehen, diese Gefahr zu beseitigen. — Demnächst auf den Erfolg der Verfassungsuekunde übergehend, äußerten Sie: „Ein Stück Papier thue es nicht, auf den Boden komme es an, auf welchen dee Same falle." Unter Bezugnahme auf die Stellung der Obrigkeit im Staate wiesen Sie auf die Geschichte des deutschen Reiches hin, „welche lehrte, daß Achtung voe dem Gesetze und die heilige Treue gegen die Obrigkeit sich nicht wie ein rother Faden durch ein Ann zögen, sondern wie ein breiter Strom die Gewalten und jenes edle Volk durchdrängen." Se. Majestät gnden den Behörden der Stadt zu bedenken, was daraus weede, wenn das Volk nicht mit seinem Könige gehe. Mnn pflege zu sagen: „ein Chaos." Sie aber fügten hinzu: „voller Schmach und unauslöschlicher Schande auf unsere Namen." Die Stellung der städtischen Behörde sei von hoher Bedeutung; Breslau übe als die zweite Stadt des Landes einen großen Einfluß auf die Provinz, und seine Lage an der Gränze slanischer Zunge veepflichte uns, um so fester an Deutscher Treue zu halten. — Se. Majestät sprachen sich dahin aus, daß sie einen hohen Werth auf die Absendung der Deputation legten und daß die Adresse Ihnen wohlgethan hatte. Um jedoch uns gegenuber ganz rnhe zu bleiben, könnten Sie nicht von Zuoeesicht sprechen, aber Hoffnung hegen, daß unsere pflichtgetreue Arbeit die Gefahr, die in Breslau eigenthümlich abwalte, überwinden werde. Sie gedachten hierbei aber auch, daß Sie in dieser trüben Zeit die herrlichsten Erfahrungen gemacht hätten, namentlich könne die Stimmung auf dem Lande, besonders in den östlichen Peovinzen, nur mit der Stimmung verglichen werden, welche im Winter 1813 dem Aufrufe des hochseligen Königs voranngegangen sei. Sie erinnerten Sich noch mit Freuden dee früher empfangenen vielen Beweise dee Treue und Anhänglichkeit der Stadt Breslau und sprachen die Hoffnung aus, daß die später veränderte Stimmung nue von einem kleinen Theile der Bewohnee getheilt weede. „Wenn aber auch alle Treue wanken sollte, — schlossen Se. Majestät — so weeden Sie die Meinige nie wankend finden, wie es einem König und einem Hohenzollern gebührt. Ich bannte Ihnen nochmals herzlich; bringen Sie Meinen Gruß nach Breslau." Der König ließ sich hierauf die Mitgliedee der Deputation besonders vaestellen, richtete an die Einzelnen freundliche Worte und nahm die Ausfertigung dee vorgelesenen Adresse an sich, womit die Audienz endigte.

⨯ **Magdeburg**, 17. Dez. Unser politisches Leben sucht sich mehr und mehe einen Ausdruck in der Presse. Dee von namhaften Mitgliedern des linken Centrums der aufgelösten Na-

tionalversammlung unterstützte Plan einer Neuen Mogdeburger Zeitung ist gescheitert; mit 3000 Thaler läßt sich keine Zeitung gründen. Nun sollen wir eine andeee Neue Mogdeburgee Zeitung bekommen, deren Trndenz aber ganz alt sein wird. Heer Nathusius, der Sohn des berühmten Gewerbsmannes, welcher indeß das Geschäft seines Vaters nicht in der Weise der Gräfin Redern, geb. Jenisch, fartsetzt, wirbt steißig bei Gutsbesitzern und Domänenpächtern um Unterzeichnungen für diese Zeitung, welche mit der Neuen Preußischen Geschwisterkind sein wird. Unsere seit dem Umschwung sehr aerbutzten Demokraten fangen auch an, sich wieder zu eühеen und haben einen Verein zur Wahrung der Volkśrechte gestiftet, der sich über die Provinz ouszubreiten bemüht ist. Wöchentlicher Beitrag ein halber Silbergrafchen. Auch die Naumburger haben eine Deputation nach Potsdam gesandt, welche aber vom Könige mit Verwunderung und nicht sehr gnädig empfangen ist. Ublich's Schrift: Die Novembertage in Berlin und Beandenburg, ist bereits in vierter Auflage erschienen. Aber auf dirsen Lichtfreund ist durch seine politische Thätigkeit doch ein ziemtlicher Schatten gefallen.

München, 18. Dez. Heute Margens wurde der Schneidergefelle Nißler, Redakteur eines neuen, in der Deschler'schen Offizin gedruckten republikanischen Blottes: „Es muß Tag werden!" verhoftet, und ein Kriminalprozeß wrgen Verfuchs des Hochverraths gegen ihn anhängig gemacht; die Nummer 3 des Blattes, welche den angeschuldigten Aufsotz enthält, ist kanfiscirt worden. Nißler war Varstand des Arbeitervereins gewesen. Auch der Redakteue eines andern unter dem Titel „Gradaus" in obiger Druckerei brauskommenden ratikalen Blattes, dee penfianirte Sergeant Danzer, ist des gleichen Verbrechens ongeklagt und wird, da er flüchtig geworden, vem königl. Kreis- und Stottgericht München steckbrieflich verfolgt. (Allg. Ztg.)

≃ Vom Neckar, 20. Dez. Die Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten der französischen Republik ist ein Ereigniß, dessen mögliche, ja wahrscheinliche Folgen Deutschland keinen Augenblick aus dem Auge verlieren darf. Wir dürfen uns hiebei nicht einschläfern tassen durch die Thatsache, daß die Absichten vieler ihm günstigen Stimmen über ihn hinaus zu den Baurbonen aber Orleaniden gehen; denn diese Absichten sind noch weit von ihrer Realisirung, und sie zu vereiteln wird den neuen Präsidenten viel mehr bekümmern, als das Glück von Frankreich. Er ist heute Prötendent der französischen Krone, wie er es bei seinen früheren Attentoten war; jetzt abrr stehen ihm ganz andere Mittel zu Gedate, als damals. Der einzige Weg zur Realisirung seiner ehrgeizigen Wünsche ist und bleibt der Krieg. Kann er die unruhigen Parteigeister nicht außerhalb der Grenzen beschöftigen, so werden sie innerhalb derselben desto thötigee sein, und eine baldige Erledigung des Präsidentenstuhls ist dann unausbleiblich. Hinreichenden Barwand zum Kriege gibt die Lage Italiens, hinlängliche Kräfte eine Allianz mit Rußland. Diese steht ganz nahe bevor. Man erinnere sich der Aeußerungen des Zaars gegen Cüstine, wornach ihm die kanstitutionelle Staatsform ein Gräuel und entweder Absalutismus oder Republik die vernünftige Verfassung ist; man kennt des Kaisers Aeußerung, es gebe nur zwei fähige Heerschergeschlechter in Europa: die Romanaw und die Bonaparte; man vergesse hiebei nicht, daß er mit einem Zweige dieser Familie seine Tochter verbunden hat; man bedenke wohl, daß zwischen Frankreich und Rußland keine trennenden materiellen Interessen liegen und man wird, wenn man den geraden Gegensatz aller dieser Verhältnisse zwischrn Deutschland und Rußland sieht, nicht zweifeln, daß die Gefahr eince französisch-russischen Allianz niemals größer war, als in dem gegenwärtigen Augenblick. Was wir hiebei schleunigst zu thun haben, kann für patriotische Staatsmänner eben so wenig zweifelhaft sein. Die zwei mächtigen Nachbarländer haben jedes ein Oberhaupt; sie bieten sich die Hand über Deutschland, welches keines hat. Ein mächtiger Kaiser von Deutschland im innigsten Bunde mit Oesterreich, in geteeuer Allianz mit England, dieß ist der einzige, aber ouch sichere Weg zur Rettung. Haben wir nicht den Muth ihn zu betreten, so ist der Untergang Deutschlonds das wahrscheinliche Ende einer mit der stolzesten Hoffnung begonnenen Geschichtsepoche.

§ **Leipzig**, 19. Dez. Man hat mit Grund den Fürsten den Varwurf gemacht, daß sie die 1815 gegebenen heiligen Versprechungen nicht erfüllt hatten, weil es ihnen zu schwer angekommen war, der Einheit und Freiheit des großen Vaterlandes das glänzende Trugbild der portikularen Souveränität zum Opfer zu bringen. Was soll man nun von unsern Bürgern sagen, die jetzt von der Einheit und Macht Deutschlands nichts wissen wallen, weil sie van der Süßigkeit des Bierkneipenregiments nicht lassen können? Es ist in Sachsen eine traurige Reaction eingetreten: die Vaterlandsaereine haben in ihrem Wahlmanifesten die Einheit Deutschlands gänzlich aufgegeben. Das ist nicht zu verwundern; ihnen genügt nicht die breiteste demakratische Grundlage, sie wollen auch die dickften Köpfe an der Spitze sehen. Bei ihnen gilt es für schimpflich, sich durch Nachdenken oder durch Erfahrnng belehren zu lassen; daher stellen sie ouch ihre Forderungen in derselben Roheit auf, in der sie im März zuerst an's Licht troten. Sie sehen nicht, daß Deutschland einer Armee bedarf, sie verstehen nicht, daß die deutschen Heere volksthümlich geworden sind, sie fordern von der sächsischen Kammer Abschaffung des stehenden Heeres, Valksbewaffnung, Wahl der Offiziere. Von dem Leiter dieses blinden Eifers, dem Dr. Bertling, erzählt man, wahl mit einiger Urbertreibung, er wolle die freie Wahl auf olle Verhältnisse des Lebens ongewandt wissen; die Manrer sollten den Baumeister, die Farbenreiber den Maler, die Schuljugend den Lehrer erwählen; ee wolle sagae dem Ministerium eine Vorlage zumuthen, wie sich die Kinder von der entschieden freisinnigen Partei ihre Eltern wählen könnten. Diesen Dr. Bertling hat der Minister Oberländer, indem er eine Auswahl unter allen Parteien getroffen hat, zum Wahlcommissär gemacht, dies wird aber aon der „entschieden freisinnigen Partei" benutzt, um dem Volke zu sagen, es solle sich nicht irre machen lassen durch die gegen ihr Manifest veröffentlichte Erklärung der Minister; die Wahl des Commissärs beweise ja, daß das Ministerium mit ihnen übereinstimme. Mit kolchen Mitteln, mit den gewissenlosesten Versprechungen der Abgabenfreiheit, der Abschaffung des Schulgeldes, der Vertheilung der Aecker des Pfarrers unter die Gemeinde, siegt die „entschieden freisinnige Partei" besonders auf dem Lande, nnd wir haben die Aussicht, Kommern zu bekommen, die sich zu der aufgelösten preußischen Nationalversammlung verhalten werden, wie Pfützen zu einem Sumpf. Das Ministerium wird einen horten Stand haben mit Abgeordneten, die in ihrer entschiedenen Freisinnigkeit gegen das Regieren überhaupt eingenommen sein müssen, mit denen nur in einem Punkte ein trauriges Einverständniß zu fürchten ist: in dem Ankämpfen gegen eine drutsche Centralgewalt, die mehr als ein Schattenbild sein will. (O. P. Z.)

Kassel, 19. Dez. Das Urtheil in der Untersuchung gegen die ehemaligen Garde-du-Corps ist von dem Kriegsgericht in öffentlicher Sitzung verkündet worden. Lieutenant v. Verschuer I. ist zu einem Monat Festung, Rittmeister v. Baumbach zu drei Wochen Arrest, Lieutenant v. Verschurr II. zu 14 Tagen Arrest, die Wachtmeister Stiegel zu sieben und Gärtner zu drei Wochen Arrest verurtheilt; Rittmeister v. Schenk ist ous der Untersuchung entlassen worden. Die Urtheile gegen die Gemeinen lauten ebenfalls theils auf Arreefistrafe, theils freisprechend. (K. Z. Z.)

Darmstadt, 20. Dez. Beim Beginne der heutigen Sitzung interpellirte der Abgeordnete Vollhord den Minisierpräsidenten Jaup darübee, ob on dem Zeitungsgerüchte, wonach die großherzoglich hessische Regierung sich mit mehreren anderen deutschen Staaten gegen die Suprematie eines gewissen deutschen Staates (Preußens) in Deutschland ousgesprochen haben soll, etwas Gegründetes sei. Der Ministerpräsident erwiderte hieruf, „doß ihm van einer derartigen Erklärung oder Vereinigung nichts bekannt sei." (O. P. Z.)

Schleswig, 13. Dez. Zufolge Nachrichten van Alsen wird daselbst eifrig an neuen Verschanzungen gearbeitet, auch werden dort noch mehr Truppen erwartet. Zwei Dampfschiffe sind in diesen Tagen, mit mehreren Transportschiffen am Schlepptau, von Sonderburg nach Kapenhagen gegangen, um von dort neue Truppen zu holen. Es heißt auf der Insel, daß die dortige Garnison auf 7000 Mann gebracht werden soll. Die Dänen behaupten, es geschehe dieses, weil sich von hier aus Freischoaren sammelten, in der Absicht Alsen zu überfallen und zu erobern. Die rigentliche Ursache der Vermehrung der Garnison ouf Alsen soll oder folgende sein. In Kopenhogen sucht man fortwährend aus den Verhältnissen in Deutschland Nutzen zu ziehen, und ols doet die Nachricht von der Oktropirung der Verfassung in Preußen einteaf, glaubte man, nun würde der innere Kampf in Deutschland entbrennen; diesen Moment wollte man zu einem Angriff auf Schleswig benutzen und daher wurde schnell der Befehl

Digitized by Google

zur Verstärkung der Garnison auf Alsen ertheilt. Reisende, die in diesen Tagen Alsen verließen, erzählten, daß den dortigen Soldaten ein Parolebefehl vorgelesen sein soll, in welchem denselben bekannt gemacht wurde, der Waffenstillstand sei zu Ende und in kurzer Zeit werde der Krieg wieder beginnen. Ebenfalls haben fast alle Offiziere auf Alsen ihre Frauen von dort fortgesandt. Kurz, das Ganze nimmt dort eine sehr kriegerische Miene an. Die dänische Regierung bricht durch diese und ähnliche Maßregeln fortwährend den Waffenstillstand und Deutschland muß sich dieses gefallen lassen. Wann einmal wird man doch dieses kleine Dänemark zwingen, Treu und Glauben zu halten?

Der „Altonaer Merkur" bringt die allgemeine Städteordnung für die Herzogthümer Schleswig und Holstein vom 18. Oktober, in 16 Titeln und 110 Paragraphen.

** **Hamburg**, 18. Dez. Der Zwiespalt der Parteien in der konstituirenden Versammlung ist schon zum Ausbruch gekommen und die Forttagung für die nächsten Tage ist schon in Frage gestellt, da 70 Mitglieder schriftlich dem Bureau angezeigt haben, vor Erledigung der Eidesfrage nicht in der Konstituante erscheinen zu können. Schiebt nun der Senat die Antwort auf, oder gibt er gar keine auf die geschehene Anfrage, so ist die Versammlung eine gesetzlose; denn erst durch Eidesleistung erhält sie die nöthige gesetzliche Sanktion. Der von der Versammlung am Sonnabend Morgen gefaßte Beschluß war ein unglücklicher und der Anfang zu vielen Wirren. Selbst unsere Demokraten sind bange vor Reichstruppen. Der heutige Abend wird viel entscheiden, Löwe hatte ganz recht, daß der Eid der Stein des Anstoßes sei, den man vor die Thüre der Konstituante geschoben habe und den man wegschieben müsse ohne Vereinbarung, da jede Vereinbarung unmöglich sei, da dem Senate alle Macht fehle, den Eid abzuändern oder zu interpelliren.

Großbritannien.

London, 16. Dez. Die „Times" findet an der neuen preußischen Verfassung endlich doch etwas Lobenswerthes, nämlich daß darin das Schema einer einzigen Volkskammer aufgegeben und ein Oberhaus dem Unterhaus zur Seite oder darüber gestellt ist. Aber gerade dies Oberhaus muß sich erst als praktisch bewähren und es ist sehr zu fürchten, daß die Verfassungsurkunde, deren II. Titel „Von den Rechten der Preußen" fast tadellos genannt werden darf, vielleicht gerade hier ihre schwächste Stelle hat. Der Berliner Korrespondent der „Times", der gegen einzelne Bestimmungen der preußischen Verfassung allerdings seine Bedenken ausspricht, mehr jedoch die Bedenken der Berliner Demokraten, als seine eigenen, spendet diesem Verfassungsentwurf großes Lob und sagt unter Anderm: „Die neue preußische Verfassung verliert nichts, wenn man sie mit den Verfassungen Belgiens und Norwegens vergleicht. Sie ist in der That fast eine Umschreibung der erstern; die Titel sind fast in derselben Weise eingetheilt, und die einzelnen Paragraphen behandeln fast dieselben Gegenstände; da aber keine andere Qualifikation als diejenige des mündigen Alters und des Vollbesitzes der bürgerlichen Rechte gefordert wird, so erscheint sie volksthümlicher als die belgische. Doch muß man einen Unterschied nicht außer Augen lassen: in Belgien ist der Wahlmodus für die zweite Kammer direkt, in Preußen indirekt. Wenn der Vermögensstand der durch die Urwähler ernannten Wahlmänner abgeschätzt würde, so möchte sich herausstellen, daß durchschnittlich ihre Vermögensqualifikation sich eben so hoch belaufen würde, als bei den direkten Wählern in Belgien. In beiden Verfassungen sind zwei Kammern und in beiden ist der Krone das unbedingte Veto eingeräumt. Die Mitglieder der ersten Kammer in Belgien beziehen keine Tag- noch Reisegelder, ebenso in Preußen; aber beide Verfassungen setzen für die Mitglieder der zweiten Kammer Taggelder fest. In Belgien darf die Krone das Recht der Begnadigung und Strafmilderung zu Gunsten eines verurtheilten Ministers nur auf Antrag beider Kammern ausüben, in Preußen dagegen auf Antrag derjenigen Kammer, in welcher die Anklage gegen den betreffenden Minister erhoben wurde. Dieser Unterschied wird ebenfalls für die größere Liberalität der preußischen Verfassung geltend gemacht. In einem Punkte gewährt die norwegische Verfassung den Volksvertretern größere Macht, als das preußische oder belgische System: wenn nämlich ein Gesetz zweimal durch das königliche Veto verworfen und zum drittenmal von der Kammer beschlossen wird, so erhält es Gesetzeskraft auch ohne Zustimmung der Krone. Mit der englischen Verfassung läßt sich kein Vergleich verfuchen, da unsere (der Briten) Freiheiten auf Beschlüsse und Gesetze gegründet sind, welche Gesetzeskraft erhielten, auch ohne in besondern Gesetzbüchern oder Urkunden enthalten zu sein, und ohnehin über Jahrhunderte zerstreut sind. Sachsen hat eine Konstitution, auf welche die Preußen jetzt mit Geringschätzung herabsehen können, da sie außerordentlich hinter dem Geist und den Ereignissen der Zeit zurückblieb. Dessau hat auch eine Verfassung, die so weit vorgeschritten ist als möglich, und die der Tadel trifft, rein republikanisch zu sein, indem der Fürst nur als ein historisches Ueberbleibsel beibehalten wird. Solche Vergleiche dienen dazu, die Zufriedenheit zu steigern, womit die Charte von der Hauptstadt aufgenommen wurde, und man fühlt allgemein, daß der König seine Versprechungen vollkommen erfüllt hat." Es ist aber, wie bereits früher gelegentlich bemerkt, mit einer guten Verfassung allein nicht gethan; es gehört auch ein Volk dazu, welches sich mit Würde, Umsicht, Takt und Gemessenheit dieses Instruments zu bedienen weiß. Das Morning Chronicle prophezeite schon bei Gelegenheit des ersten Landtags dem Könige von Preußen große Krisen, „welche ihn zur Ertheilung einer wahrhaft organischen Verfassung nöthigen würden, Krisen, bei deren bloßer Vorstellung die Majestät vor Schauder sich schütteln würde"; diese Krisen sind früher, als selbst das Morning Chronicle glauben mochte, eingetreten; der König von Preußen hat, wie ihm prophezeit worden, sich durch diese Krisen genöthigt gesehen, eine gute, freisinnige, fast demokratische Verfassung zu ertheilen; jetzt möchte man aber geneigt sein, auch dem preußischen Volke und vielleicht dem deutschen Volke überhaupt kritische Momente zu prophezeien, damit es sich zu der ernsten ruhigen Stimmung läutere, die zu dem weisen Gebrauch einer Verfassung allein geschickt macht; damit die persönlichen Kräfte sich entwickeln, in deren Händen diese Verfassung das Instrument nicht bloßer Parteibestrebungen, sondern der Nationalgröße und Landeswohlfahrt wird. Es ist eine alte Erfahrung, daß eine zum Theil in Ueppigkeit, Egoismus und Frivolität ausgeartete Menschheit leider nicht eher zur Besinnung zu kommen pflegt, bis der eiserne Hammer der Noth mit mürbemachenden schweren Schlägen auf ihren Nacken fällt.

Nicht so vortheilhaft als der Berliner Korrespondent der Times (nicht die Times selbst, die bekanntlich die neue preußische Verfassung ihrer zu breiten demokratischen Grundlage wegen tadelte), denkt die demokratische Daily News nicht sowohl von der preußischen Charte, als von ihrem Verleiher. Diese Zeitung erkennt zwar an, daß der König eine hübsche Menge trefflicher Prinzipien in seiner Verfassung aufgestapelt habe, fährt jedoch dann fort: „Aber diese Verfassung soll den neuen Kammern zur Revision unterbreitet werden. Die neuen Kammern werden ohne Zweifel aus Bureaukraten bestehen, d. h. aus Hofleuten und Stelleninhabern." (Sollte es möglich sein, daß diese in der künftigen Kammer wirklich die Mehrheit bilden werden?) „Und diesen Stelleninhabern," fährt D. News fort, „ist es anheimgegeben, die Verfassung nach Belieben zu ändern. Kann sich irgend Jemand einbilden, sie würden z. B. die Preßfreiheit unangetastet lassen?" u. s. w. Und an einer andern Stelle: „Es liegt auf der Hand, daß eine Nationalversammlung, zur jetzigen Zeit durch indirekten Wahlmodus gewählt, jenen früheren in derselben Weise gewählten Kammern gleichen würde, durch welche Ludwig's XVIII. Regierung einen so aristokratischen und reaktionären Charakter annahm. Diese Kammern waren royalistischer als der König, illiberaler als des Königs Regierung je gewesen sein würde, hätten ihr keine Kammern zur Seite gestanden." Nachdem Daily News im Vorbeigehen bemerkt, daß, wenn Preußen und Oesterreich sich isoliren oder den deutschen Einheitsplan stören sollten, die eigentlich deutsche Bewegung erst recht beginnen und einen um so stürmischeren Charakter annehmen würde, zieht das Blatt schließlich gegen die aristokratischen englischen Zeitungen los, welche die preußische Verfassung zu liberal finden. Daily News bemerkt hierbei: „Es wäre in der That lustig, wenn es nicht zugleich monströs wäre, Zeitungen zu finden, welche vorgeben, die englische Meinung zu repräsentiren und gleichzeitig absolutistischer sind, als der Wiener Hof, und sogar den König von Preußen dafür durchhecheln, daß er seinen Unterthanen zu viel gewährt habe."

Gavan Duffy, früherer Herausgeber der „Nation", steht wegen einiger aufrührerischer Artikel, z. B. „Casus belli," „das Sturmgeläute von Irland," „Facta alea est," u. s. w. gegen-

Digitized by Google

wärtig in Dublin vor Gericht. Allgemeine Mißbilligung hat es gefunden, daß der Oberrichter den Dubliner Zeitungen untersagt hat, irgend etwas über die Vorgänge bei diesem Prozeß, bevor er geschlossen, zu veröffentlichen. Dies Verbot ist um so ungeschickter, da die Dubliner die Mittheilungen über die Sitzungen kurz darauf lang und breit in den englischen Zeitungen lesen können. Unenglische Maßregeln kommen, wie man sieht, nicht bloß außer England vor.

Die „London Gazette" enthält jetzt das Dekret der Königin, datirt Osbornehouse, 16. Dez., wodurch das auf Dinstag den 19. Dez. vertagte Parlament von neuem auf den 1. Febr. k. J. wie gebräuchlich vertagt wird.

Der bekannte Dr. Bowring, als Linguist ausgezeichnet, ist zum brittischen Konsul in Kanton ernannt worden. Diese Stelle bringt jährlich 1800 Pfund.

Die Börse hält sich trefflich, die Konsols standen am Schluß der heutigen Börse auf 87¼. Das Steigen der Fonds in letzter Zeit hatte, gerade den möglichen Wechselfällen gegenüber, welche die französische Präsidentenwahl nach sich ziehen konnte, etwas Auffallendes. Der „Globe" löst das Räthsel dadurch, daß die Börsenmänner in dieser Wahl nicht bloß eine Erklärung Frankreichs gegen die Republik, sondern zugleich den Uebergang zur Monarchie erblicken, obschon freilich Wenige bezweifeln, daß dieser Uebergang nicht ohne begleitende Wirren geschehen könne.

Frankreich.

†† **Paris**, 17. Dez. Die jährliche Todtenmesse für Napoleon wurde am 15. im Hotel des Invalides gefeiert. Man sah alte Schnurbärte in der Kirche, aber keine kaiserlichen Uniformen. Die Napoleoniden hatten Tags zuvor die Behörde unterrichtet, daß sie diesmal zur Vermeidung von Ostentationen im Bürgerkleide bei'm Requiem erscheinen würden. Nur ein Verwandter des Kaisers war anwesend. Louis Napoleon hatte am 14. Abends an der Gruft seines Onkels gebetet, auch er kam nicht zu der Messe. In den Bilderläden fehlt nirgends das Bild des Präsidenten in petto; Cavaignac ist seit zwei Tagen an den meisten Stellen verschwunden, wo es bisher geprangt. Vor einigen Tagen vermählte sich in einem kleinen Dorfe unweit Paris eine Nichte Napoleons, Tochter der schönen Lätitia (?) mit einem Deutschen, Herrn v. Solms. Viele aristokratische Namen sind als Zeugen genannt. Der König von Sardinien hat Herrn Ricci als Gesandten zum Friedens-Congreß nach Brüssel geschickt. Das lange Hinhalten der Vermittelungsfrage erweckte gerechtes Mißtrauen in der Kammer zu Turin. Die Concordia will wissen, daß Massimo d'Azeglio nach Turin berufen sei, ein neues Ministerium zu gründen. — Der Kriegsminister Lamoricière erläßt unter'm 14. d. einen Tagsbefehl an die Armee, womit er ihr in Erinnerung bringt, daß die Armee berufen sei, die gesetzmäßigen Gewalten aufrecht zu erhalten, besonders in der jetzigen Krise sei es ihre Pflicht, das Gouvernement zu unterstützen, damit es die höchste Regierungsgewalt ungekränkt Dem übergeben könne, welchem des Volkes Wille und Wahlausspruch sie zugewendet. Man erzählt, die Nationalversammlung wolle dem General Cavaignac den Dank der Nation für seine Verdienste aussprechen und ihn zum Marschall von Frankreich ernennen. Auf diese Weise umginge die Kammer das Ehrgefühl des Generals, der eine solche Ernennung wenigstens jetzt nicht gern vom Präsidenten Louis Napoleon empfangen würde. Wir hörten in der gestrigen Kammerdiscussion interessante national-ökonomische Pläne und technische Details von Heern Dufournel über Bebauung unfruchtbarer Strecken und Urbarmachung fruchtbaren Waldbodens, denen jedoch zwei Hindernisse entgegentreten, die Unternehmung solcher agrikultorischer Verbesserungen von Seite des Staates, welche wie die beliebten Nationalarbeitsstätten in sich zerfallen würde, und die Vermehrung des Landproletariats, das gefährlicher ist, als die Ouveiers der Städte, die auf engere Bezirke beschränkt durch Maßregeln à la Cavaignac und Windischgrätz gebändigt werden können.

Spanien.

* **Madrid**, 12. Dez. Hr. Pidal ist mit der Ausarbeitung der Thronrede zu der am 15. stattfindenden Eröffnung der Cortes beschäftigt. Die Senatoren sind schon auf diesen Tag berufen, um in einer vorbereitenden Sitzung die Deputation zu ernennen, welche J. Majestät an den Thüren des Senats empfangen soll. Schon sind 180, bald werden 200 Abgeordnete hier anwesend sein. Die Deputirtenkammer wird also in gesetzmäßiger Zahl sein, um ihre Bureaux zu konstituiren. Zum Präsidenten wird wohl Seijas Lozano ernannt werden. Der Minister des Innern ist seit 2 Tagen bettlägerig; er leidet an Kopfschmerz, das Uebel scheint indeß nicht von Bedeutung zu sein. Zwischen Spanien und Frankreich wird demnächst ein Postvertrag abgeschlossen werden, wozu Hr. Lesseps bereits die nothwendigen Vollmachten erhalten hat. — Während der letzten 8 Tage waren die Kirchen zu jeder Stunde gedrängt voll. Von allen Seiten strömten Gläubige hinzu, welche für den Papst beteten. Die Straßen unserer Hauptstadt sahen aus wie in der Charwoche. Die Theater waren geschlossen. — In Catalonien werden die Aufständischen fortwährend theils geschlagen, theils zur Unterwerfung gebracht.

Portugal.

* Das Dampfboot „Jupiter" kam Abends den 15. Nov. in Southampton mit Nachrichten aus Lissabon vom 10. Dez. an. An letzterem Tage Morgens war das portugiesische Dampfboot „Mindelho" von Lissabon nach Neapel abgegangen, um den Papst aufzunehmen, insofern derselbe Portugal zu seinem Asyl wählen sollte. Der Königin Kammerherr, Graf von Penafiel, ist mit dieser Mission beauftragt. Mafra wird bereits für den Papst in Stand gesetzt. Man sah täglich der Ankunft des englischen Tajogeschwaders unter Sir Th. Napier entgegen. (Diese Flotte ist, wie die „Times" meldet, am 27. von Portsmouth abgesegelt.)

Italien.

* In der Sitzung der römischen Deputirtenkammer vom 8. Dez. berichtet Fusconi, daß die Deputation an den Papst nicht über die neapolitanische Grenze gelassen wurde. Sie hatte an den Kardinal Antonelli geschrieben und von diesem durch einen neapolitanischen Gensdarmen Antwort erhalten. Sie lautet dahin, der heilige Vater habe bereits in seinem Motu-proprio aus Gaeta vom 27. Nov. die Gründe seiner Entfernung aus Rom angegeben. Aus denselben Ursachen könne er auch die Deputation nicht empfangen. Er bete beständig zu Gott, Rom und dem Kirchenstaate seine Barmherzigkeit zuzuwenden. So mußte die Deputation unverrichteter Dinge zurückkehren. Pantaleoni trug hierauf auf Ernennung einer aus 5 Mitgliedern bestehenden Kommission an, die in Uebereinstimmung mit dem Ministerium, die Mittel vorschlagen möge, welche das Heil des Staates erfordere. Bonaparte wollte sich hiermit nicht zufrieden geben und verlangte, daß vorläufig eine aus zwei Laien und einem Priester bestehende Regentschaft ernannt werde. Auf die Bemerkung des Ministers Galletti aber, die Ernennung einer Kommission präjudicire nichts und gebe vielmehr Gelegenheit, reiflich in Erwägung zu ziehen, was man Dauerhaftes beschließen könne, ging der Antrag Pantaleonis durch. Die Kommission wurde sogleich erwählt. Sie besteht aus Sturbinetti (dem Präsidenten der Kammer) Fusconi, Rezzi, Sereni und Lunati. Es wurde derselben ausdrücklich aufgetragen, über Alles, was die gegenwärtigen Zustände erfordern möchten, Vorschläge zu machen und sich zu diesem Zwecke gleich nach der Sitzung zu versammeln.

Das neue, wie die „Concordia" bemerkt, durchaus demokratische, sardinische Ministerium ist nun gebildet und besteht aus: Vincenzo Gioberti (Präsident des Konseils und Minister der auswärtigen Angelegenheiten) Richard Sineo (Inneres), Hektor von Sonnaz (Krieg), Vincent Ricci (Finanzen), Urban Rattazzi (Gerechtigkeit und Gnade), Karl Cadorna (öffentlichen Unterricht), Dominicus Buffa (Ackerbau und Handel), Sebastian Tecchio (öffentliche Arbeiten). Die „Concordia" freut sich besonders unter diesen Namen, welche ihr aus guter Quelle mitgetheilt worden, den des Generals Sonnaz, des vielgeliebten Gouverneurs von Genua und Opfers Pinelli's zu finden. Unter der Leitung des Mannes der, sein Blut schon so bereitwillig für das Vaterland vergossen, werde das Versprechen zur Wahrheit, daß die Angelegenheiten des Krieges mit der Schnelligkeit betrieben werden würden, welche die Zeit dringend verlange. In Rom wurde am 9. in der Deputirtenkammer vorgeschlagen, eine provisorische Regentschaft und Regierung zu bilden. Die Abgeordneten wählten darauf, auf Grund einer ministeriellen Mittheilung, eine Kommission von 5 Mitgliedern, die sich hierüber mit dem Kardinal Castracane, welcher der Papst zu seinem alter ego ernannt haben soll, in Unterhandlungen einzulassen begann. Darüber aufgebracht schrie das Volk auf den Straßen: Nieder mit der Kammer, wir wollen

Digitized by Google

eine provisorische und volksthümliche Regierung! Dem Ministee Sterbini gelang es endlich, das Volk insoweit zu beruhigen, daß ihm ein Aufschub voe einigen Tagen zugesagt ward, wäheend deren Alles in gesetzlicher Weise voegenommen weeden könne. Doch beeichtet die „Alba", die Kammer hätte sich auf eine provisorische Regierung nicht eingelassen, und eben den Kaedinal Casteaeane als Substituten füe die weltliche Regierung gewählt, welche auch, unter Vorbehalt päpstlicher Einwilligung, hieauf eingeden würde. Sollte dieß indeß nicht der Fall sein, so glaubt das florentinische Blatt, daß eine peovisorische Regieeung ernannt weeden würde. Aus Florenz von 12. berichtet die „Staffette", am voeigen Tage seien ernstliche Uneuhen daselbst vorgefallen. Wenige, abee gefährliche Menschen, veefuchten das Volk durch lügneeische Versprechungen zue Anaechie und Plünderung zu verleiten. Die Regieeung habe beeeits Verhaftungen oenehmen lassen und werde kräftig einscheeiten. Das Nähere weeden wir wohl demnächst erfahren.

** **Rom**, 11. Dez. Wenn man mit Recht oft beklagt hat, daß die Diplomatie die Eegebnisse dee Feldheeentapferkeit zu Grunde zu richten pflegt, so ist doch das Unglück noch viel größer, wenn die Diplomaten vorzeitig eine Krisis herbeiführen, ohne der Hülfe des Schweets veesichert zu sein. Dies ist gegenwärtig mit Pius IX. der Fall, welchen wohlmeinender aber übel beeechnetee Rath in eine Lage versetzt hat, die für den Augenblick wenigstens trostlos ist. Es ist offenbae, daß die Richtung, welche dee baierische Gesandte seiner Flucht gegeben hat, während Haecourt das Eintreffen des Papstes in Frankeeich verkündigt hatte, eine gewaltige Verwierung angerichtet hat, indem die Feanzosen die Landungstruppen zurückgezogen und ihre Intreeventionsplane geändert haben. Die Absicht des Grafen Paur, den französischen Einfluß in Italien durch die Flucht nach Neapel möglichst weit abzulenken und die Bewegung in dem falschen Zirkel in eine elliptische, welche Zeit gewährt, umzuwandeln, ist als wohlmeinend und deutsch anzuerkennen, die Folgen aber erscheinen, wenigstens von hier aus gesehen, sehe veederblich. Jedenfalls haben die hiesigen Veehältnisse duech die eingetretene Zögerung eine höchst ungünstige Gestalt angenommen. Nicht blos von Provisorium und Republik ist die Rede, sondeen es werden auch incendiarische Libell's, die ihren Zweck hier zu Lande nie zu verfehlen pflegen, in Umlauf gesetzt, welche den Papst des Veeraths anklagen, und von dem hl. Stuhl in einer Weise eeden, die Türken Scheecken macht. — Da jetzt kund gewoeden ist, daß der Papst alle Vermittlungsvorschläge, die das Ministerium gethan hat, zurückgewiesen und peremptorisch abschläglich geantwortet hat, so hat die Stadt seit diesem Morgen ein duechaus verändertes Ansehen gewonnen. Man scheint in der That auf alles, nicht blos auf Errichtung einer peovisorischen Regierung, Eekläeung der Republik und Oednungstörung, sondern auf Plünderung, Mord und Todschlag gefaßt zu sein. Noch versucht man alles Mögliche, die Ruhe wenigstens äußerlich aufrecht zu halten, abee die eadikale Paetei oeefucht einen Dammdeuch. Coecelles soll gestern nach Paris zurückgekehrt sein und Rom auf die Durcheeise berühet haben.

Schweiz.

) **Bern**, 19. Dez. Endlich ist die Bundessitzfrage definitio erledigt. Nach achtstündigee stüemischee Diskussion hat die gesteige Einwohnergemeinde mit 419 gegen 313 Stimmen die unbedingte Uebeenahme der durch Bundesbeschluß dem Oete des Bundessitzes auferlegten Leistungen beschlossen, entgegen dem Anteage des Gemeinderathes, der sich zum Zwecke dee Leistungen bis auf eine Summe von 300,000 Fr. verpflichten wollte. Die Aebeiten zur Vollziehung der Vermögensausscheidung zwischen Bürger- und Einwohnerschaft wurde dem Einwohneegemeinderath übertragen. Gestern hielt auch die Schulsynode ihee erste Sitzung. An ihe ist es, die vom Eezietzungsdieektoe voezunegenden Gesetzesvorschläge den Keeissynoden zue Begutachtung zu überweisen und andeeweitige Organisationsvorschläge vorzubeeeiten. Man oerspeicht sich von der Wirksamkeit dieser oorbeeitenden Schuldehörde viel Gutes. Aus verschiedenen Blättern veenimmt man, daß Bischof Marilley, bevor er von der Waadtländischen Regierung an die französische Grenze gebracht woeden ist, gegen den Oberamtmann von Vivis, der ihm den Ausweisungsbeschluß der fünf Kantone mittheilte, in sehe bestimmten und energischen Worten Protestation eingelegt habe gegen das wider ihn eingeschlagene Verfahren. Er sei nie veehöhnt worden; man habe ihm nicht einmal die gegen ihn voeliegenden Klagen mitgetheilt; zwei Schreiben an die Freiburgische und ebensoviele an die Waadtländische Regieenng seien unbeantwortet geblieben; Beiefe an seinen Vater habe man unterschlagen; als Schweizeebürger, als Katholik und als Bischof müsse er gegen solch unerhörtes Veefahren die entschiedenste Veewaheung einlegen. — Die Wallisee Blättee berichten die Aufhebung des Klostees auf dem geoßen St. Beendard, weil die Mönche entgegen dem Beschluß des Ge. Rathes sich geweigert hätten, den Vermögensbestand des Klosters detaillirt dem Staatsrath einzugeben. — Noch immer hört man von aus Wien kommenden Schweizern Greuelthaten der kaiserlichen Aemee mit detaillirtee Angabe von Namen, Ort und allen nähern Umständen erzählen, welche wiederzugeben die Fedee sich sträubt. Von Herrn Speckler, dem Besitzer dee zerstörten Maschinenfabrik, der auch entsetzlich mit den Seinigen mißhandelt worden ist, wurde in den hiesigen Blättern ein Bericht an die hier lebende Familie des Generals Wyß deröffentlicht, worin ee die gegen Wyß ausgesteeuten Gerüchte, als sei dieser an den Mißhandlungen Schuld, als unwahe bezeichnet und eekläet, daß ee diesem edlen Manne das Leben danke.

Rußland.

Die St. Petersburger Blätter melden, daß der Erzherzog Wilhelm am 9. Dez. in St. Petersburg angekommen ist, um den österreichischen Thronwechsel anzuzeigen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 27. Nov. Dee Ausgang der Wiener Ereignisse hat auf die demokratische Partei hier einen völlig niedeeschlagenden Eindruck gemacht, so daß wohl auf längere Zeit an eine Schilderhebung derselben nicht mehe zu denken ist. — Kaiser Nikolaus hat den, zum Theil auch durch die russisch-türkische Militäebesetzung erschöpften Staatskassen ein Darlehen von 300,000 Silberrubeln angeboten, was abee von den Bojaren dankbarst abgewiesen wuebe, weil man in diesem Gelde die Aussaat einee etwaigen künftigen neuen Besetzung des Landes wahezunehmen glaubte. (Schw. M.)

Neuestes.

* **Paris**, 19. Dez. Die Commission der Nationalversammlung hat die Peüfung dee Wahlacten van 48 Depaetements beendigt, dieselben geben folgendes officielle Resultat:

Anzahl der Wätler 4,613,956. Gewählt haben: 4,596,255. Es erhielten Louis Napoleon Bonaparte 3,540,712. Cavaignac 825,061. Ledru Rollin 197,628. Raspail 31,084. Lamartine 13,104. Im Ganzen haben bis heute: Louis Napoleon Bonaparte 5,350,227 Stimmen, Cavaignac 1,397,238, Ledru Rollin 357,915. Die Commission hoffe ihre Arbeit morgen beendigt zu haben, und die Verkündigung und Einsetzung der Präsidenten wird Donneestag den 21. erfolgen. Man ist nicht ohne Besorgnisse füe diesen Tag, und dee Constitutionel beschwöet die alte und die neue Regierung, Alles aufzubieten, damit die Ruhe und Ordnung nicht gestört weede. Die Cavaignac feindliche Opinion publique berichtet, die neu ernannten Ministee wollten Odilon Barrot nicht den Titel eines Conseilspräsidenten zugestehen. Marchall Bugeaud soll höchst unzufrieden sein, daß General Changarnier zum Ober-Commandanten von Paris ernannt ist.

Paris, 19. Dezembee. Stand der Renten: 5pCt. 76. 50; 3pCt. 46. 50; Neue 76. 15; Neapol. —.—; Bankaktien 1720. —; Span. 5pCt. (Arbois) —. —; 3pCt. 26 —; 3pCt. inländische 20½; St. Germain Eisenbahn-Aktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 140. —; linkes Ufer 117. 50; Paris-Orleans 735. —; Paris-Rouen 465. —; Orleans-Boedeaux 388. 75; Orleans-Vierzon 245. —; Rouen-Havee 205. —; Maeseille-Avignon 187. 50; Straßburg-Basel 88. 75; Nordbahn 390. —; Paris-Lyon (Certifikate —); Paris-Straßbueg 343. 75; Römisches Anleben 68¼.

Der Corriere Livornese vom 13. und der National Savoisien vom 17. Dez. bestätigen die von der Mailänder Zeitung vom 15. gegebene Nachricht van der Absetzung des Papstes und der Ereichtung einee provisorischen Regieeung in Rom. Das Volk jauchzte diesen Beschlüssen Beifall zu und zog duech die Straßen mit dem Rufe: Tod dem Papste! Tod den Kardinälen! Es lebe die italienische Republik! — General Zucchi soll sich nach Spezzia geflüchtet habe.

Füe die Redaction verantwortlich: **H. Kruse.**

Digitized by Google

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 22. Dez. Hr. v. Schmerling nach Olmütz. Die österreichische Frage. Die Einführung der Grundrechte.) Wien (Ernennungen und Beurtheilungen. Armeebülletin von Windisch-Grätz.) Kremsier (Angebliche Niederlage der kaiserlichen Armee. Gesetzentwurf über die bäuerlichen Lasten.) Berlin (Verordnung über die gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse in Schlesien.) München (Rücktritt Lerchenfeld's.)

Frankreich. Straßburg (Telegraphische Depesche. Einsetzung des Präsidenten Louis Napoleon Bonaparte.)

Oesterreichischer Monarchie. Krakau (Armeebülletin.)

Italien. (Feier der Thronbesteigung Franz Joseph's in Mailand. Gen. Zucchi. Bewegung in dem Hafen von Civitavecchia. Die Zustände in Turin. Ministerialveränderung in Neapel.)

Ungarn. (Verwerfung des Thronwechsels durch den Reichstag.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 22. Dez.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 22. Dezember.

Tagesordnung der 142. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des vom Finanzausschuß erstatteten Berichts, über das Budget der Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt für die Periode vom 1. September bis zum 31. Dezember 1848.

2) Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungs-Ausschuß vorgelegten Entwurf „der Reichstag," und zwar über Artikel VI. §. 20 und folgende.

Präsident Ed. Simson ist im Hause anwesend und eröffnet die Sitzung. In dem heute vertheilten Berichte des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses ist u. A. der Eingang folgender literarischen Gaben verzeichnet, die wie ihrer Absonderlichkeit wegen erwähnen:

„Mathematischer Blick auf unsere Zeit durch v. Klein, übergeben durch die Buchhandlung Halenza in Bingen, worin durch geometrische Figuren gezeigt wird, daß der Fürst die Spitze, das Volk und das Ministerium gleich weit vom Fürsten entfernt, die Basis bilden müssen."

„Abhandlung des Schauspieldirektors Nachtigal in Halle, wodurch die Errichtung deutscher Nationalbühnen, frei von jedem Eintrittsgelde, und eine zu diesem Ende einzuführende Besteuerung der wohlhabenden Klassen vorgeschlagen wird." Sodann ein Gesuch des Buchdrucker-Gehülfen Barth zu Erfurt, um die Erlaubniß, „in Deutschland ein Gedicht verkaufen zu düfen" — des Lithographen Wehrt zu Braunschweig, „12 Hefte Schreibmuster zur Empfehlung an die Schulen."

Sowie das Protokoll verlesen und genehmigt ist, nimmt Präsid. Simson das Wort: Meine Herren! Bei meinem Wiedereintritt in diese hohe Versammlung bitte ich um die Erlaubniß, Ihre Aufmerksamkeit auf einige Augenblicke für mich in Anspruch nehmen zu dürfen. Die Fortentwicklung des Geschicke Deutschlands, untrennbar an das Dasein und die Wirksamkeit dieser hohen Versammlung gebunden, hat einen unersetzlichen Mann von demjenigen Platze abberufen, den er seit dem Beginne unserer Arbeiten zu unserer hohen Befriedigung unausgesetzt eingenommen hat (Bravo!), und die unwillkommene Nothwendigkeit herbeigeführt, die leergewordene Stelle zunächst für wenige Tage anderweit auszufüllen. Es hat der hohen Versammlung nach einer mehrfach schwankenden Wahl gefallen, in meiner Abwesenheit meinen Namen aus der Urne hervorgehen zu lassen. Ich glaube mich dieser ehrenvollsten Bestimmung in Beachtung der eigenthümlichen Lage unserer Gegenwart und in Erwägung des guten und freudigen Muthes, den ich von meiner Mission zurückbringe, (Beaco!) nicht entziehen zu dürfen. Ich trete mein Amt in dem oft erprobten Vertrauen auf Ihre Nachsicht für diese wenigen Tage an (Beifall). Mit dem Beginne des neuen Jahres werden Sie zu einer neuen Wahl schreiten. Möchte der Genius unseres Vaterlandes bis dahin abermals einen Theil der Wolken schadlos vorübergeführt haben, die von Zeit zu Zeit unsere große Aufgabe vor unsern eignen Blicken zu verdunkeln drohen. Möchten wie uns dann Alle in dem Bestreben vereinigt finden, diese Aufgabe, die wir begonnen haben, im Sinne der Freiheit, der Ordnung, der Einigung, der Gliederung unseres Vaterlandes zu lösen (Allgemeiner Beifallszuruf).

Es erfolgt die Anzeige von einigen Flottenbeiträgen. Dann erstattet E. M. Arndt Bericht im Namen des völkerrechtlichen Ausschusses über den Antrag Esterle's von Cavalese in Bezug auf die italienischen Verhältnisse. Von den strengen, vielleicht allzustrengen Maßregeln Radetzky's sei inzwischen ein guter Theil zurückgenommen, die Angelegenheit eine rein österreichische. Der völkerrechtliche Ausschuß räth daher zum Uebergange über Esterle's Antrag zur einfachen Tagesordnung.

Arndts ruft den Verfassungsausschuß um Bescheid an über den Antrag, daß die bereits berathenen Abschnitte der Verfassung den Einzelregierungen mitzutheilen und deren etwaige Erklärungen einzuholen seien. Da der Vorsitzende des betreffenden Ausschusses noch nicht zugegen ist, so wird die Antwort auf morgen vertagt.

Die Berathung über das Budget wird eingeleitet mit dem Verlesen eines präjudiciellen Antrags von Wiesner, daß die Erledigung der finanziellen Frage ausgesetzt werden möge, bis über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland entschieden sei. Ein fernerer von mehreren Mitgliedern der Linken gestellter Antrag fordert die Ermäßigung einer Reihe von einzeln aufgezählten Gehaltsansätzen. Schulz aus Darmstadt will namentlich die Gehalte der Reichsminister und Unterstaatssekretäre gekürzt sehen.

v. Salzwedelt erklärt als Berichterstatter der Majorität des Finanzausschusses: Das Budget umfaßt 10,183,766 Gulden bis 1. Januar 1849, die eigentlich von Ihnen zu bewilligende Summe beträgt aber nur 217,000 Gulden, wovon überdies ohngefähr 117,000 Gulden auf den Aufwand kommen, den die Nationaloersammlung verursacht. Denn die Kosten für Reichstruppenverlegungen, sowie den Ansatz für die Kriegsflotte haben Sie bereits früher genehmigt und was die Gelder für die Reichsfestungen anlangt, so sind dieselben durch die dazu vorhandenen Fonds der Bundeskasse gedeckt. v. Salzwedell hofft daher, daß die Versammlung dem Mehrheitsrachten des Ausschusses beipflichten werde, nach welchem die Erhebung von 217,156 Guld. 32 Kr. durch Matrikularbeiträge der einzelnen Bundesstaaten zu genehmigen ist.

Die Minderheit des Finanzausschusses weicht von dem Vorschlage der Mehrheit nur insofern ab, als sie die 25,000 fl. gänzlich streicht, die für die Untersuchung und Bestrafung der am 16. bis 18. Sept. in Frankfurt begangenen Verbrechen angesetzt sind, während auch die Mehrheit nur einen Theil derselben zu übernehmen räth. Als Vertreter der Minderheitsmeinung tritt Wichmann auf, der das Benehmen der Frankfurter Behörden und Bürgerwehe während der Septemberunruhen einer ziemlich harten Kritik unterwirft, in deren Folge er zu dem Schlusse kommt, es sei hier der alte ehrliche deutsche Rechtsgrundsatz anzuwenden: wer die Augen nicht aufthun will, thue den Beutel auf.

Gräoelt ist für einige Zeit auf der Rednerbühne wohl zu sehen, aber nicht zu hören. v. Bally unterstützt den Antrag der Mehrheit. Die Gehaltsansätze weder der Ministerialbeamteten noch der Hülfssekretäre des Bureaus der Nationaloersammlung verriethen irgend welchen Luxus. In Oberschlesien gäbe es Werkmeister, die sich auf 6000 Gulden jährlich stünden.

Eisenstuck: Es ist ein schmerzliches Gefühl für mich, daß wir heute ein Reichsbudget dekretiren, ohne daß ein Reich vorhanden und ohne daß dem deutschen Volke auch nur ein Kreuzer seiner drückenden Lasten abgenommen ist. Ich kann daher den Ansichten des Ausschusses nur theilweise beistimmen, denn nicht die Größe der zu bewilligenden Summe ist für mich das Entscheidende, sondern ihre Nothwendigkeit. Wir befinden uns, was die Form der gegenwärtigen provisorischen Regierung anlangt, in einer konstitutionellen Monarchie. Mit ihr ist ein „Geheimes Kabinet" unverträglich. Daher beantrage ich zunächst, den Aufwand für das Kabinet des Reichsverwesers zu streichen, die dafür angesetzten 700 Gulden monatlich aber dem Reichsverweser hinwiederum zur Verfügung zu stellen, um Privatsekretäre, Kanzlisten u. s. w. damit zu bestreiten. Sodann das Institut der Reichskommissäre anlangend, so möchte ich am liebsten zur aller einfachsten Tagesordnung darüber gehen. Für Frankfurt bringt die Anwesenheit der National-Versammlung so enorme materielle Vortheile mit sich, daß 25,000 Gulden Prozeßkosten daneben nicht in Betracht kommen. Der Redner verbreitet sich darauf über Einzelnheiten und findet besonders die Ansätze für das Handelsministerium, wo drei Kollegialräthe erster, und sechs zweiter Klasse, ein jeder mit 1500 Gulden monatlich zu besolden sein sollten, unbegreiflich und für jetzt gar nicht zu rechtfertigen. Er wolle hoffen, daß diese neun Räthe des Handelsministeriums nöthig würden noch der zweiten Lesung der Verfassung. Vor der Hand seien drei davon und nicht mehr

rforderlich. Es handelt sich diesmal, dem Volke etwas zu nehmen. Beefahren Sie, ich bitte, eben so zäh, als Sie pflegen, wenn Sie ihm etwas zu geben haben."

Staatssekretär Bassermann faßt Eisenstuck's Bemerkungen über die Reichskommissäre auf. Die Thätigkeit der Reichskommissäre ist, wie Sie wissen, eine sehr verschiedene, sie ist allerdings manchmal Denen unerfreulich gewesen, welche glauben, daß durch fortwährende Erschütterung dem Vaterlande gedient sei. (Unterbrechung von der Linken.) Sie hat aber auf der andern Seite sich viel Dank erworben, was auf die mannigfachste Weise ausgedrückt worden ist. Wenn sie in ihren Erfolgen nicht immer vor Augen trat, so ging es dieser Thätigkeit, wie so mancher Thätigkeit, die oft darum am segensreichsten ist, als sie manches verhindert, was außerdem eben zu Tage käme. Es ist vielleicht der Charakter der Thätigkeit der Centralgewalt im Allgemeinen in dieser ganzen Zeit nur der einer verhindernden Thätigkeit gewesen, und hat es sein müssen, denn ihre Aufgabe war ja, während diese hohe Versammlung das Verfassungswerk berieth, ihr die nöthige Ruhe dazu zu verschaffen und das Vaterland in einen Zustand zu bringen, in welchem diese Berathung zu vollenden überhaupt möglich wäre. Die Absendung eines Reichskommissärs nach Posen ist dagegen nach Ihrem eignen Verlangen geschehen, indem Sie wollten, daß die Abgrenzungslinie nicht gezogen würde, ohne das Aufsehen der Centralgewalt. Wenn wir ferner Personen damit beauftragen, auf die Vereinigung der kleineren Länder Deutschlands zu größeren Staatsverbänden hinzuwirken — ist dies nicht in Ihrem Sinne gehandelt? Der Redner sucht dann einen Maßstab an die Hand zu geben, nach welchem man die den Reichskommissären zu bewilligende Entschädigung gerechter würdigen werde.

Reichsminister der Finanzen v. Beckerath zeigt aus dem Vergleiche mit andern Staaten, daß sowohl die Ansätze für die auswärtigen Angelegenheiten, als für das Handelsministerium eher durch ihre Niedrigkeit überraschen sollten, als daß sie hoch genannt werden könnten. Anstatt aber mit drückendem Gefühle, wie Herr Eisenstuck, stehe er mit dem freudigsten vor der Versammlung, als der erste Reichsminister der Finanzen, der ihr sein Budget überreiche, und er hofft, das Vaterland solle die Früchte davon ärnten.

Reichsjustizminister v. Mohl gibt einen Ueberblick über seinen weitläufigen und anstrengenden Geschäftskreis, um damit sogleich einem von dem Abgeordneten Joseph früher eingebrachten Antrage zu begegnen, der das Justizministerium als etwas ganz überflüssiges aufgelöst sehen will. Der Stadt Frankfurt, fährt er fort, seien von Reichswegen juristische Hilfsarbeiter gestellt worden, damit sich der Septemberprozeß, den die gewöhnlichen Kräfte rasch zu bewältigen außer Stande gewesen, nicht auf Jahre hinaus zum Nachtheile der Gefangenen und Angeschuldigten verschleife. Auch würden durch die 25,000 Gulden der Stadt keineswegs alle Kosten abgenommen, sondern nur ein Theil derselben bestritten.

Auch der Reichshandelsminister Duckwitz läßt sich vernehmen. Es ist kaum einem Ministerium bei einem geringen Personal so viel Arbeit zugemuthet worden, keins hat so viele Schwierigkeiten zu überwinden, als Ihr Handelsministerium. Ich kann nur wünschen, daß es uns gelingen möge, in den wenigen uns gegebenen Monaten, alle jene Vorarbeiten zu bewältigen, welche die künftige Gesetzgebung erforderlich macht. Ich wiederhole bei dieser Gelegenheit, daß ein genügender Schutz der deutschen Industrie, meiner Meinung nach im innigsten Zusammenhange steht mit dem Aufschwunge des deutschen Handels und der Schifffahrt. Die von mir beabsichtigten Vorlagen werden zeigen, daß ich damit allen Parteien gerecht zu werden suche.

Endlich tritt auch noch der Präsident des Reichsministeriums von Gagern auf:

„Es ist ein großes Mißverständniß, wenn man annehmen wollte, nach dem Worte Kabinet, das in der Aufstellung des Budgets gebraucht ist und welches der Ausschuß allerdings Recht hatte, in seinem Berichte zu vermeiden, daß ein gegliedertes Kabinet des Reichsverwesers bestehe, welches in die Staatsgeschäfte eingreife. Dies ist mit nichten der Fall. Ich brauche nichts hinzuzufügen, um dem Schrecken vorzubeugen vor dem Begriffe eines besonderen Kabinets, als den Umstand, daß die Person desjenigen, der dieses Kabinet bisher geführt hat, nämlich das Sekretariat des Reichsverwesers, seit der kurzen Zeit seines Hierseins bereits zweimal gewechselt hat, und dasselbe gegenwärtig gar nicht besetzt ist. Von einem gefährlichen Einflusse eines solchen Kabinets auf die Verwaltung der Reichsgeschäfte kann also nicht die Rede sein und ich bitte Sie, meine Herren, die Rubrik so zu bewilligen, wie sie vom Ausschusse gestellt ist, denn es möchte nicht angemessen sein, Sr. kaiserlichen Hoheit dem Reichsverweser eine Summe in der Weise zu verwilligen wie es Herr Eisenstuck vorgeschlagen hat."

Es wird Schluß der Debatte beantragt. Allein der Schriftführer Jucho will auch das Bureau nicht unvertheidigt lassen, worauf es die Ansätze für die Stenographen der Nationalversammlung (8 Gulden 45 Kreuz. für Jeden täglich), für den Kanzleidirektor (eben so viel), für die Hilfssekretäre u. s. w. in Schutz nimmt. Dann erwidert er auf Wichmanns Vorwürfe, Frankfurt sei keine reiche Stadt, denn bei 60,000 Einwohnern habe sie 12 Millionen Schulden. (Ruf nach Schluß). Auch wögen sich die Vortheile von der Anwesenheit der Nationalversammlung durch manche Lasten auf. Was die Adresse anlange, welche die Frankfurter konstituirende Versammlung erlassen, so sei dies keine Mißtrauensadresse gegen die Nat.-Vers. gewesen. (Wiederholter Ruf: Schluß!) Auch trage die Stadt keine Schuld an den Septemberereignissen (Schluß!) und die Bürgerwehr anderer Städte hätte sich mindestens nicht besser benommen. Ungeduld und Lachen. Der Präsident schafft indeß Ruhe für Jucho's ferneren Vortrag, der sich dahin richtet, daß aus Rücksichten der Billigkeit die 25,000 Gulden Untersuchungskosten bewilligt werden möchten.

Schulz aus Darmstadt zieht seinen Antrag zurück. Von der Linken verwahren sich Hr. Roßmäßler und Genossen, dem gebieterischen Willen der Mehrheit gegenüber, durch eine protokollarische Erklärung vor ihren Wählern wider jede Theilnahme am folgenden Beschlusse. (Unwillige Bewegung im Hause.) Schober beantragt Herabsetzung der Ministergehalte auf jährlich 10,000 fl., die der Staatssekretäre auf 5000 fl. Der präjudicielle Antrag Wiesner's auf Vertagung bis nach der Entscheidung der österreichischen Angelegenheit wird verworfen. Wigard und Mammen bestehen auf Abstimmung nicht blos über die einzelnen Titel, sondern auch über die einzelnen Ansätze Rößler von Oels legt sogar Verwahrung vor den Augen des ganzen Deutschland gegen die hier geäußerte Meinung ein (Oho), als sei es der Versammlung unwürdig, der Verminderung der Lasten des Volks in Einzelnheiten nachzugehen. Lachen — denn wogegen sich Herr Rößler mit so viel Emphase verwahrt, ist gar nicht behauptet worden. Für Eisenstuck's Antrag in Bezug auf das sogenannte Kabinet des Reichsverwesers erheben sich nur wenige Mitglieder. Andere Anträge fallen theils durch die Abstimmung, theils werden sie von den Antragstellern zurückgenommen. Bewilligt werden hierauf dem Ausschußerachten der Mehrheit gemäß die sämmtlichen nachfolgenden Positionen:

A. Besoldungen der Minister und Unterstaatssekretäre 46255 fl. 33 kr.; B. Voranschlag für das Kabinet und die Wohnung des Reichsverwesers 23680 fl.; C. Voranschlag für die Nationalversammlung und den Fünfziger Ausschuß 116,600 fl.; D. Voranschlag für das Präsidium des Reichsministeriums und das Gesammtministerium 11,119 fl. 30 kr.; E. Voranschlag für das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten 117,640 fl.; F. Voranschlag für das Reichsministerium des Innern 21,293 fl. 20 kr.; G. Voranschlag für das Reichsministerium der Justiz 13,206 fl. 40 kr.; H. Voranschlag für das Reichsministerium des Handels 21,606 fl. 40 kr.; I. Voranschlag für das Reichsministerium des Kriegs 4,818,010 fl. 29. kr. K. Voranschlag für das Marinedepartement 5,323,000 fl.; L. Voranschlag der Finanzen 6210 fl.; im Ganzen 10,518,622 fl. 32 kr.

Zugleich pflichtet die Versammlung der Mehrheit des Ausschusses in folgenden Anträgen bei:

Das Büreau des Hauses zu beauftragen, sich sofort mit einer umfassenden Revision des Ausgabenbudgets für die Nationalversammlung zu beschäftigen und jede irgend thunliche Ersparniß vorzusehen.

Die Besoldungen der Reichsminister für die Periode bis zum 31. Dez. l. J. auf monatlich 1000 fl., die der Unterstaatssekretäre für dieselbe Periode auf monatlich 500 fl. und das Fourragegeld des Reichskriegsministeriums auf monatlich 83 fl. 20 kr. festzusetzen.

Diejenigen Kosten, welche der Stadt Frankfurt durch die von dem Reichsminister der Justiz veranlaßte Zuziehung von Hilfsbeamten in der die Verbrechen und Vergehen des 16. und 18. Sept. l. J. betreffenden Untersuchung entstanden sind, auf

die Reichskasse zu übernehmen und das Reichsjustizministerium zu ermächtigen, den Betrag dieser Kosten in dem nächsten Budget in Einnahme und Ausgabe vorzusehen.

Da obige Ausgabesumme bis auf 217,456 fl. 42 kr. bereits gedeckt ist, so schließt die Berathung über das Budget damit, daß die Erhebung dieser Summe durch Matrikularbeiträge und die desfalls vom Reichsminister der Finanzen zu erlassende Verordnung genehmigt wird.

Daenach wird zur Berathung des Verfassungsentwurfs: Artikel VI. §. 20 vom Reichstage, geschritten.

Zum Beschluß erhoben werden die folgenden Paragraphen:

§. 20. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit vom Reichsoberhaupte einberufen werden.

§. 21. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder einzuberufen.

§. 22. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben.

§. 23. Das Reichsoberhaupt bestimmt das Ende der Sitzungsperiode des Reichstags.

Goltz aus Berg stellt einen Antrag an den Gesetzgebungsausschuß in Bezug auf die sich häufenden politischen Untersuchungen. Von Wuttke aus Leipzig wird ein Schreiben an den Präsidenten verlesen, in welchem er sich beklagt, daß ein von ihm eingereichter Antrag nicht gedruckt und dadurch dem hohen Hause vorenthalten worden sei. 2½ Uhr Nachmittags wird darauf die Sitzung geschlossen. Morgen: fortgesetzte Berathung über den Verfassungsentwurf.

! **Frankfurt**, 22. Dez. Herr v. Schmerling ist gestern Abend nach Ollmütz abgereist.

Parl. Kaer. **Frankfurt**, 21. Dez. Schon unser gestriger Bericht erwähnte, wir bedenklich die Zusammensetzung des zur Begutachtung des ministeriellen Antrags niedergesetzten Ausschusses sei. Derselbe zählt vier österreichische und nur zwei preußische Abgeordnete; die bisherige Linke ist mit 9 Mitgliedern vertreten; und der ministerielle Antrag darf nur noch auf 4 höchstens 5 Stimmen rechnen. Zum vorläufigen Referenten in dem Ausschusse ist Giskra, zum Korreferenten Rüder erwählt. In der gestrigen Sitzung soll der Antrag, über die Vorlage des Ministeriums zur Tagesordnung überzugehen, nur mit Einer Stimme Majorität abgelehnt und der Beschluß angenommen worden sein, allererst die betreffenden Dokumente einzuziehen und behufs einer Beschlußfassung zu prüfen. Sehr glücklich trifft es sich dabei, daß der eben von Wien zurückgekehrte Reichskommissär, Herr Paur von Augsburg, als Mitglied des Ausschusses, demselben die Versicherung wird einschärfen können, daß das Gagern'sche Programm durchaus dem Willen und den Gesinnungen entspricht, die man in Oesterreich selbst in Beziehung auf das Verhältniß zu Deutschland hegt. Am meisten aber hoffen wir, daß diese Ueberzeugung die Frucht einer Reise sein werde, welche Herr v. Schmerling heut Abend nach Ollmütz in der ausdrücklichen Absicht antritt, um sich zu vergewissern, ob die von Gagern geltend gemachte Auffassung des österreichischen Programms die richtige sei. Die Oberhauptsfrage, unzertrennlich verbunden mit der österreichischen, wird eben deshalb in den Parteiversammlungen gleichzeitig einer Beantwortung entgegengefördert. Wie der Augsburger Hof, so hat jetzt auch das Kasino den Bericht der von der Partei niedergesetzten Kommission vorliegen. Die Kaiserkrone soll hiernach erblich mit der Krone Preußen verbunden werden, während die Rivalität der anderen zum Reich gehörigen Staaten durch die Einsetzung eines Reichsrathes, durch Verstärkung der Stimmen im Staatenhause und durch andere Konzessionen zu befriedigen sei.

Von der heutigen Sitzung nur Ein Wort. Es handelt sich um das Einführungsgesetz zu den Grundrechten, eine Gelegenheit, welche die äußerste Rechte günstig hielt, um ihr Vereinbarungsprinzip von Neuem in die Versammlung zu werfen. Als Prinzip nun fand auch diesmal die Vereinbarung nicht mehr als etwa 40 Anhänger. Wenn aber dennoch auch Mitglieder des Centrums dem Amendement beistimmten, welches die Zustimmung der Regierungen zu den Grundrechten eingeholt wissen wollte, so geschah es wohl deshalb, weil in der That die abgesonderte Verkündigung der Grundrechte nur zu geeignet scheint, einen bedenklichen Zustand der Rechtsunsicherheit und Rechtsverwirrung herbeizuführen. Begreiflich daher, daß bereits Bedenken einzelner Regierungen gegen diese Separatverkündigung eingetroffen sind, so namentlich eine Remonstration der hannoverschen Regierung vom 17. d. Mts. Dennoch geben wir den Glauben nicht auf, daß die Regierungen, eingedenk der Hülfe, welche die Nationalversammlung ihnen, gegenüber dem Andrängen der Anarchie, treu und standhaft geleistet, kleinliche Bedenken bekämpfen werden, damit nicht große Hoffnungen vereitelt werden, die das deutsche Volk auf das Zustandekommen des Verfassungswerkes, auf die Herstellung der Freiheit und Einheit des Vaterlandes gesetzt hat.

Wien, 17. Dez. Der amtliche Theil der Wiener Zeitung enthält die Ernennung des bisherigen Justizministerialraths Ferdinand Edlen v. Stelzhammer zum Unterstaatssecretär im Ministerium der Justiz. Gleichzeitig bringt sie die Beurtheilung des Franz Fizia, aus Czerlisko in Schlesien gebürtig, 51 Jahre alt, vormals Wachszieher, der wegen thätiger Theilnahme bei'm Aufruhr u. s. w. zum Tode durch den Strang verurtheilt wurde, welche Strafe aber der Fürst Windischgrätz in zwölfjähriger Festungsarrest verwandelt hat. Auch der Artilleriefeuerwerkergeselle Franz Nolle, aus Steiermarkt in Böhmen gebürtig, der sich in den Oktobertagen von seinem Korps heimlich entfernt und bei der Artillerie der Aufrührer Dienste angenommen, ist zu achtjähriger Schanzarbeit in schwerem Eisen verurtheilt worden.

Wien. Auf außerordentlichem Wege geht uns das folgende 2. Armee-Bulletin vom 18. Dez. 1848, zu: „Nach einer so eben angekommenen telegraphischen Depesche aus Tyrnau vom 17. d. M. haben sich die Rebellen, welche bei dem Anrücken der Kolonne des Feldmarschall-Lieutenants Simunich bis Szered zurückgegangen waren, nachdem sie den 15. von Preßburg her bedeutende Verstärkungen an sich gezogen, bei Tyrnau wieder gestellt. Sie wurden am 16. d. M. um 4 Uhr Abends vom Feldmarschall-Lieutenant Simunich dort angegriffen und nach einem zweistündigen Gefechte vollkommen geschlagen. Fünf Kanonen, viele Waffen, eine Fahne, 766 Gefangene, 43 Pferde blieben in den Händen der Sieger. Der Feind zerstreute sich nach allen Richtungen, ohne mehr eingeholt werden zu können, da die Nacht hereinbrach. Das Armee-Korps des Feldmarschall-Lieutenants Simunich befreite Tyrnau und die Umgebung. Major Lauingen von Erzherzog Carl Ludwig Chevauxlegers berichtet aus Kaschau vom 11. d. M., daß diese stark verschanzte Stadt noch am 10. von der Avantgarde des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Schlick nach einem sehr hartnäckigen Gefechte mit Sturm genommen wurde. Leider hat dieser Sieg den Verlust mehrerer braven Offiziere gekostet, unter denen wir ganz vorzüglich jenen der Majore Conegreggio und Seubier, letzterer Koeps-Adjutant des Grafen Schlick, beklagen. Welden, Feldmarschall-Lieutenant, Civil- und Militär-Gouverneur."

Se. Durchlaucht der Feldmarschall Fürst Windischgrätz hat gestern auf dem rechten Donau-Ufer die Vorposten bis gegenüber Preßburg vorrücken lassen — auf dem linken hat das zweite Armee-Korps Stampfen ohne allen Widerstand besetzt, und die Avantgarde bis vor Preßburg aufgestellt. (In Wien war bei Absendung dieses Bülletins die Nachricht verbreitet, daß Preßburg bereits genommen sei.)

** **Kremsier**, 15. Dez. Zuverlässigen Nachrichten zu Folge soll die österreichische Armee bei Kittsee eine bedeutende Niederlage durch die Ungarn erlitten haben*).

16. Dez. Den neuesten Nachrichten zu Folge bestätigt sich die Nachricht von der Niederlage der kaiserlichen Armee. Sie soll auf mehreren Seiten von den Ungarn angegriffen und bedeutende Verluste erlitten haben. Heute Morgens sind 18 Wagen mit Verwundeten in das Feldlazareth nach Göding eingebracht worden. Der bekannte Freischaarenanführer, Pastor Hurban, ist bei Jablonka von den Ungarn gefangen genommen worden. Von dem Finanzministerium ist dem Entschädigungsausschusse ein Gesetzvorschlag vorgelegt worden, der weder in der Kammer noch bei den ehemaligen Verpflichteten Anklang finden dürfte. Die letzteren würden es unter den in diesem Vorschlage angegebenen Mo-

*) Bei der großen Unsicherheit aller Nachrichten aus und über Ungarn theilen wir das Obige mit, wie es uns mitgetheilt wird, in Erwartung zuverlässiger Nachricht.

Uebersicht.

Erfurt als Bundessitz.
Oesterreich und Rußland.
Bayern und die Coalition.
Deutschland. Vom Main (Die deutsche Einheit und der Zolltarif.) Aus der Pfalz (Die Wahlen und die protestantische Kirche.) Darmstadt (Kammerverhandlungen über das Wahlgesetz und die Militärpflicht.) Jena (Der constitutionelle Verein an den Märzverein.)

Erfurt als Bundessitz.

(Inserat.)

Von der Elde, 15. Dez. Die prophetischen Stimmen einsichtsvoller deutscher Patrioten, welche schon im Frühsommer d. J. sich mitunter in den öffentlichen Blättern hören ließen: daß nämlich ein einiges Deutschland auch seine Hauptstadt in der Mitte, im Herzen Deutschlands haben müsse, und daß die Hauptstadt Thüringens, Erfurt, die Stadt sei, welche Parlaments- und Reichshauptstadt werden müsse — diese Stimmen scheinen zur Wahrheit werden zu wollen. Welcher von wahrer Liebe zu unserem Gesammtvaterlande beseelte deutsche Mann konnte aber auch anderer Meinung sein, wenn er einen Blick auf die Karte Deutschlands warf, wenn er sonst anders einige politische Bildung hatte, und wenn ihm, wie leider bei so vielen unserer ausgezeichnetsten Vorkämpfer für die deutsche Freiheit, nicht Parteizwecke eine ruhige Würdigung aller staatlichen und politischen Verhältnisse unmöglich machten? — Frankfurt, diese herrliche deutsche Stadt, die wir, abgesehen von allen anderen Vorzügen, die sie dem Vaterlande bietet, schon um ihrer geschichtlichen Erinnerungen willen, gerne als „des neuen Reiches Hauptstadt" begrüßen würden, das ehrwürdige Frankfurt kann aber, der politischen Verhältnisse halber, nicht erwählt werden, darüber ist wohl jeder Patriot mit sich einig. Wir leben nicht in den Zeiten Karls des Großen! Die deutsche Nation hat den Westen Europas verlassen; sie hat die Mitte dieses Welttheils eingenommen, sie lebt zwischen Rhein und Weichsel, zwischen Nordsee, Ostsee und Donau und adriatischem Meere; in ihre Mitte, nach dem thüringer Gau, muß ihre Hauptstadt kommen! Und weshalb will denn ein Theil der Deutschen Erfurt nicht als Reichshauptstadt erwählt wissen? Sie halten es für unsere Abgeordneten des Staatenhauses und der Volkskammer unwürdig, „unter dem Schutze der Bajonette zu berathen!" Kaum ist es zu glauben, daß solche sogenannte Stichwörter für das Volk nach den bittern Erfahrungen, die Deutschland seit dem März d. J. fast in allen Bundesstaaten gemacht hat, noch einigen Anklang selbst bei solchen Patrioten finden können, die sähig sind, sich von volksthümlichen Schlagwörtern nicht blenden zu lassen. Gerade daß Erfurt Festung ist, ist einer der Hauptgründe, welche diese Stadt auf die Wahlliste bringen. Wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß es stets in Deutschlands großen Städten ein Proletariat geben wird; es ist die unvermeidliche Schattenseite unserer Kulturzustände. Die uns gewordene Preß- und Redefreiheit, sowie das freie Vereinigungsrecht werden aber stets als nothwendiges Gefolge die Wirkung haben, daß Demagogen leicht auf die Massen einwirken können, und stets wird das Proletariat den ködernden Worten der Republikaner oder, wie sie sich jetzt nennen, der Demokraten zugänglich sein. Werfen wir doch unsere Blicke auf England; wie ereiden es dort die Chartisten? — Deshalb ist es durchaus nöthig, daß unser Parlament gegen jeden möglichen bewaffneten Parteiangriff gesichert ist, der — wenn er auch stets für das gesammte Deutschland ohne Erfolg sein wird — nachdem Deutschland von Neuem fest begründet worden, uns in den Augen anderer Völker herabsetzen, unsere Vertreter aber jedenfalls in ihren Berathungen mindestens stören würde.

Welchen Einfluß sollte aber wohl eine Festungsbesatzung von zwei bis drei Regimentern Reichstruppen auf die öffentliche deutsche Stimme, auf die Beschlüsse der Abgeordneten ausüben können? Haben es unsere jetzigen Abgeordneten nicht der Frankfurter September-Revolte gegenüber bewiesen, daß ihr geistiges Wollen frei ist? Werden unsere künftigen Abgeordneten weniger freie, weniger muthvolle Männer sein? Vor allem aber: wo hat irgend ein deutscher Soldat, welchem Staate er auch angehöre, irgend einen unerlaubten Einfluß auf die Volkskammern ausgeübt? Bietet dies uns nicht genügende Sicherheit, die überdies noch vermehrt wird, wenn die deutsche Armee erst auf die Reichsconstitution und die desjenigen Staats, aus welchem der Truppentheil ausgehoben ist, vereidigt sein wird? Freilich für die communistische Republik, ja überhaupt nicht einmal für die weiße Republik ist, zur Ehre Deutschlands, kein Bajonett, und wenn es vom jüngsten Rekruten geführt wurde, thätig gewesen. Gerade diese Thatsache hat aber in der jüngst so bewegten Zeit dem Vaterlandsfreunde den Glauben an Deutschlands Kraft erhalten, denn es war dies der deutlichste Beweis, daß in dem Kern der deutschen Nation der Sinn für wahre Freiheit, begründet auf Moralität, auf Recht und Gesetz, nicht erstorben ist, daß wir des Rechtsstaates, und als ein einiges, wahrhaft freies Volk den Völkern zum Beispiele dazustehen, würdig sind!

Wenn wir ferner dessen eingedenk sind, daß der deutsche Volkscharakter sich dem Sinnen, dem Gefühlsleben zuneigt, weshalb sich denn auch im Volke, trotz aller neueren sogenannten populären Philosophie und Wühlens auf diesem Felde, immer noch ein tiefer religiöser Sinn erhalten hat, vorzugsweise in denjenigen Staaten, deren Bewohner sich der Mehrzahl nach zur katholischen Confession bekennen — so ergibt sich auch der andere triftige Grund, weshalb Erfurt als Reichsstadt gewählt werden muß.

Die Mehrheit der Deutschen gehört zur katholischen Kirche, und deshalb muß Erfurt — welches unzweifelhaft, wenn es Reichshauptstadt wird, wenigstens wieder in seinem Dome, wie früher, einen Bischof aufnehmen, vielleicht aber zum Erzbisthum erhoben wird — vorzugsweise auf die Wahlliste gesetzt werden. In keiner inmitten Deutschlands belegenen Stadt ist neben der evangelischen Kirche die katholische so gut vertreten, wie in Erfurt, und so sind wir denn überzeugt, daß jeder katholische Deutsche es gern sehen wird, wenn das alte Erfurt, welches schon von Bonifacius, dem Apostel der Deutschen, zum Bisthume erwählt wurde, den von ihm gewählten Abgeordneten in seinen Mauern aufnimmt.

Schließlich müssen wir noch erwähnen, daß wir gehört, wie sich auch eine Stimme dafür erhoben, daß die freundliche kleine Nachbarstadt Erfurts, das schlösserreiche Gotha, mit auf die Wahlliste gesetzt werden möge. Allerdings eignet sich Gotha immer noch mehr als Frankfurt, die Grenzstadt gegen Frankreich, zur deutschen Parlamentsstadt; aber wir müssen doch auch nicht übersehen, daß nicht jede kleine Stadt, sei ihre Lage noch so freundlich, sogleich zur Reichshauptstadt gemacht werden kann. Abgesehen davon, daß dort gar keine katholische Kirche (und Erfurt hat deren elf) vorhanden ist, und daß es alle Nachtheile eines offenen, nicht einmal mit einer Stadtmauer umgebenen Ortes mit sich führt, so ist es auch wirklich nicht abzusehen, wie dort für das Unterkommen der Abgeordneten, der Ministerien, der Gesandten und überhaupt derjenigen Familien, welche nothwendig ihren Wohnort in der Hauptstadt des deutschen Reiches nehmen müssen, gesorgt werden soll. Nur das Reichs-Oberhaupt würde in dem nahen Rheinhardsbrunn einen angenehmen Sommeraufenthalt, und in einem der beiden kleinern Schlösser einen bessern Wohnsitz finden, als wie ihn Erfurt wahrscheinlich sogleich bieten kann; wiewohl auch Rheinhardsbrunn nur einige Stunden von Erfurt entfernt liegt, also auch von dieser Stadt aus zum Sommeraufenthalte des Reichsoberhauptes dienen kann. Selbst wenn aber das hochbelegene, sogenannte alte Schloß zu Wohnungen für die Beamten und Büreaux hergegeben würde — denn die Abgeordneten würden sich wahrscheinlich nicht gern gewissermaßen caserniren lassen — so würde es immer an Localien für die Sitzungen der beiden Parlamentshäuser, an Sälen für die Conferenzen der einzelnen Fraktionen, so wie überhaupt an denjenigen Räumlichkeiten und Bequemlichkeiten fehlen, welche nothwendig selbst für den ersten Anfang in der Hauptstadt des Reichs vorhanden sein müssen. Auch Erfurt wird bauen müssen (und wie wir gelesen haben, so hat es innerhalb seiner Wälle überflüssig Raum dazu), auch Erfurt wird große Opfer zu Anfang bringen müssen, dennoch aber ist dort die Möglichkeit vorhanden, daß das neue Parlament, dessen Berufung voraussichtlich sehr schnell nach Auflösung des jetzigen erfolgen wird, sogleich dort tagen kann. In Gotha würde ein jahrelanges Bauen erst diese Möglichkeit beschaffen.

Digitized by Google

Aus Süddeutschland, 16. Dez. Wie mögen die geheimen Aufträge lauten, mit denen neben seiner offiziellen Botschaft von dem großen Regierungswechsel ein kaiserlicher Erzherzog von Ollmütz nach St. Petersburg abgereist ist? Allem Anschein nach nichts weniger als unfreundlich. Die Straße zwischen den beiden kaiserlichen Kabinetten scheint wieder so frei wie je zuvor und mit den lirbenswürdigsten Verheißungen von beiden Seiten gepflastert. Durch diese offenbare Annäherung wird der Riß zwischen Oesterreich und Deutschland nicht zusammengeführt, und bei aller aufrichtigen Wärme, mit der wir gleich Ihnen die innigste Vereinigung beider wünschen, machen wir doch in Zeiten darauf aufmerksam, daß, wenn Oesterreich außer seinen eigenen Schwierigkeiten uns noch den Einfluß Rußlands in den Neubau einer deutschen Zukunft mitbringen wollte oder müßte, die Gefahr und Einbuße bei einer solchen Zubringenschaft den Gewinn an unseren österreichischen Brüdern leicht übertreffen würde. Die geheime Wahlverwandtschaft zwischen russischer und österreichischer Politik datirt bekanntlich nicht von gestern her und ist durch die Märzkatastrophe nicht aufgehoben worden. Oesterreich hat drei sehr zarte, sehr kitzliche, sehr wunde Berührungspunkte mit Rußland: Polen — Ungarn — die Donauländer. An diesen drei Stellen hängt es, wie die Verhältnisse noch liegen, kraft eiserner Nothwendigkeit mit dem slawischen Nachbar und Stammverwandten zusammen. Auf Deutschland drückt demnächst mittelbar ein solcher Zusammenhang, unmittelbar die ganze Macht zweier slawischer Mächte in der unbequemsten Weise. Wie gut diese mit einander stehen, geht auch auf anderer Seite daraus hervor, daß sicherem Vernehmen nach Rußland Oesterreich seine italienischen Besitzungen garantirt haben soll, während im Gegentheil England zum Abtreten Oberitaliens aus greifbaren Gründen zu rathen fortfährt. Das gibt eine ungefähre Perspective auf die Verhandlungen des Brüsseler Congresses, und erklärt nebenher, warum man von Ollmütz aus nach St. James einen Gesandten wie nach Paris, nach St. Petersburg aber wie nach Berlin und Frankfurt einen Erzherzog mit der Ankündigung der Thronbesteigung des jungen Kaisers schickte. Alle diese Zeichen, bedeutsame und bedeutungslose, zusammengehalten, lassen uns überraschende Blicke in die Richtung der Politik thun, welche das „sich verjüngende" Oesterreich einschlägt. Wir erkennen in dieser Richtung ihren Führer, den Fürsten Schwarzenberg, einen scharfsichtigen, gewandten und erfahrenen Staatsmann, der zu klug ist, um in die ausgefahrenen Gleise des Metternich'schen Systems den char de l'état zurückzutenken, der aber seine Schule in diesem Sostem gemacht hat und die alt-österreichischen Ueberlieferungen und Grundsätze nicht vergessen zu haben scheint. Persönlich mag seine Erscheinung an der Spitze von Oesterreich dem Czaren allerdings nicht die angenehmste sein; sie erweckt bittere Erinnerungen an die Zeit, da Kaiser Nikolaus den Thron seiner Väter über den Abgrund einer blutigen Verschwörung hin bestieg. Damals stand Felix Schwarzenberg bei der österreichischen Gesandtschaft in St. Petersburg unter Lebzeltern. Er war, so hieß es wenigstens, auf dem Platze, als der Aufstand losbrach, und dies erzürnte den Czaren dergestalt, daß Schwarzenberg abgerufen werden mußte und für den Petersburger Posten eine Unmöglichkeit blieb. Allein über diese Erinnerungen ist hohes Gras gewachsen; sie hindern, obgleich die persönliche Empfindung in den Entschlüssen und Handlungen des Kaisers von Rußland starken Einfluß zu üben pflegt, das Einvernehmen nicht, welches zwischen Rußland und Oesterreich thatsächlich bereits eingeleitet worden ist. Die Kehrseite eines solchen Einvernehmens ist die seit Monaten wachsende Entfernung und Abkühlung zwischen St. Petersburg und Berlin, die sich bis in die höchsten Sphären und die nächsten Verwandtschaftsbande versteigt. Darüber in einigen curiosen Details nächstens mehr. Vorderhand nur diesen Wink, welchen sich Deutschland an seinem großen Scheidewege, bevor es wählt, zu Herzen nehmen möge! (Allg. Ztg.)

*** Vom Main, 21. Dez. „Oesterreichs Unionsverhältniß zu Deutschland mittelst einer besondern Unionsakte zu ordnen, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten." So sagt Gagern's Programm im dritten Satze. Das Programm der österreichischen Minister hat den Zeitraum in unbestimmte Ferne gerückt, und doch hat es ihn bestimmter angegeben. „Wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu festen Formen gelangt sind", dann ist es Zeit, ihr Verhältniß staatlich zu bestimmen. Bis dahin hat Oesterreich vollkommen genug an seiner frühern Stellung als Glied des deutschen Bundes. Das Reichsministerium erkennt ihm diese rechtlich und factisch zu, aber es will Oesterreich weiter treiben, es will die Verhältnisse schon in einer nahen Zukunft regeln, und ein anderes, dem Gehalt nach engeres, der Form nach loseres Unionsverhältniß begründen. Was hat es zu bieten, welche Hebel der Unterhandlung besitzt es, um Oesterreich für seinen Plan zu gewinnen? Den besten gibt es selber auf im vierten Satze des Programms. Mit gemüthlichen Motiven wird man den österreichischen Ministern nicht zu Leibe gehen wollen. Es bleibt also nichts übrig als die Modifikation der §§. 2 und 3. Das Ministerium hielt sie früher für möglich; es scheint sie noch jetzt für möglich zu halten. Dies Aeußerste räumt in versöhnendem Sinne Gagern den Oesterreichern ein, wie er früher that, als sie es noch verlangten, als sie damit sich befriedigt erklärten. Nun sehen wir, wie ihm vergolten wird. Er war gefeiert in Oesterreich für seine Rede und seinen Antrag; heute auf der Ministerbank wird er geschmäht und verworfen. Wunderbare Correspondenzen in der Augsburger und der Deutschen Allg. Z. belehren über die neue Opposition, die an einen Namen sich anknüpft, da die Sachen gleich sind. „Das neue Ministerium, heißt es in der Allg. Z., an dessen Spitze Hr. v. Gagern steht, kann nach der gegenwärtigen Lage der Dinge nur ein preußisches werden." Das Ministerium Gagern war also verurtheilt, ehe es ein Lebenszeichen von sich gab; es kann nur ein preußisches sein, denn Gagern ist kein Oesterreicher. Mag immerhin Gagern das Nämliche rathen, wie sein Vorgänger Schmerling; es ist nicht mehr das Nämliche: cum duo faciunt idem, non est idem. Dafür gibt es keinen besseren Zeugen als einen △-Correspondenten der D. Allg. Z. (in No. 354). Er erzählt uns von den Bemühungen der preußischen Partei (preußisch ist alles, was die feste Einheit will), von Dahlmann, Beseler, Geroinus, und dann heißt es weiter: „Hr. v. Schmerling ist bereits gewichen, und ob das Ministerium die gewünschte Ermächtigung zum Verhandeln mit Oesterreich bekommt, ist bei dem Widerstand jener Partei ungewiß." Hr. v. Gagern verlangt die Ermächtigung zum Verhandeln mit Oesterreich — und wer widersteht? Die preußische Partei? Gewiß nicht, denn Gagern selbst ist ja preußisch! Die Sache liegt wirklich so wunderlich, wie dieser unfreiwillige Widerspruch der beiden Blätter sie zeichnet. Gagern's Vorschlag zu Unterhandlungen, hinter dem nichts anderes liegen kann, als die Modifikation der §§. 2 und 3, findet seine natürliche Stütze in denen, die mit Gagern gegen jene §§. stimmten; seine natürlichen Gegner sind die Freunde der festen Einheit, die um jeden Preis die §§. halten, die lieber ein gleichartiges als ein großes Ganze haben wollen. Wir reden hier nicht von der andern Partei, die aus Gemüthlichkeit und abstrakter Vergrößerungssucht für die §§. stimmte. Jene früheren Gegner der §§. sind jetzt die Gegner Gagern's; sie sehen nur die eine Möglichkeit einer rasch und kräftig geführten Unterhandlung: die Trennung von Oesterreich. Die andere Möglichkeit — Modifikation der §§. 2 und 3 — bedürfen sie jetzt nicht mehr; die Festhaltung des alten Bundesvertrags — eine glückliche Entdeckung der österreichischen Regierung — leistet viel bessere Dienste. Zur dritten erwünschten Möglichkeit, einer verschleppten zweck- und ziellosen Unterhandlung, ist jetzo wenig Aussicht, und das ist es, was sie Gagern nicht verzeihen. So stehen Vertheidiger und Gegner der §§. 2 und 3, Wolf und Lomm, Giskra und Hr. v. Linde brüderlich zusammen gegen Gagern, und die Männer der festen Einheit, die gegen die Modifikation der §§., gegen Verhandlungen mit Oesterreich waren, sind jetzt gewissermaßen dazu gedrängt, sich um Gagern zu schaaren und ihn zu halten gegen diese unheilige Allianz. Wir hätten dem Volke diese traurige Erfahrung, das tief beschämende und entsittlichende Schauspiel der Intrigue unter seinen Vertretern erspart sehen mögen. Dies hätte geschehen können durch einen offenen Personen- und Systemwechsel. Ich komme dem Correspondenten der D. Allg. Ztg. entgegen; ich scheue mich nicht, es zu sagen, Gagern hätte jetzt nicht in's Ministerium treten sollen, darum nicht, weil er für die Modification der §§. 2 und 3 gestimmt hat. Die Männer der festen Einheit hätten ein neues Ministerium bilden müssen. Wäre mit Hrn. v. Vincke eine Verständigung möglich gewesen, so hätte man den Vorwurf des Preußenthums nicht fürchten dürfen. Die preuß. Abgeordnete haben ohne Scandal, ohne faktiose Opposition mehrere Monate lang die wichtigsten Portefeuilles in den Händen eines Oesterreichers vereinigt gesehen. Ein solches Ministerium wäre mit der Erklärung vor die Versammlung getreten, daß es mit den

§§. 2 und 3 stehe und falle. Die Versammlung hätte dann durch ein Vertrauensvotum zugleich die wiederholte Entscheidung über jene §§. gegeben, die zur klaren Auseinandersetzung mit Oesterreich nöthig ist. Wäre das Ministerium gefallen, so hätte dann das jetzige Ministerium, Gagern an der Spitze, wieder eintreten und die Unterhandlung mit Oesterreich über die gewünschte Modification der §§. 2 und 3 versuchen mögen. Hätte die Versammlung sich für Aufrechthaltung der §§. erklärt, so hätte das Ministerium die Ermächtigung verlangen können, der österreichischen Regierung zu erklären, daß ihr Programm als Austrittserklärung betrachtet werden müsse und die Abberufung des österreich. Abgeordneten demgemäß sofort erwartet werde. So wären die Verhältnisse zur Klarheit gekommen und die Würde der Verhandlungen bewahrt geblieben. — Eben da ich schließe, sehe ich aus der O.-P.-Ztg., daß die Oesterreicher Hrn. v. Schmerling nach Ollmütz schicken wollen, um Instructionen zu holen, oder wie man es ausdrückt, um eine Erklärung darüber zu verlangen, „ob das Reichsministerium das österreichische Programm richtig ausgelegt habe oder nicht." Ob man dieses wasserklare Programm richtig ausgelegt habe oder nicht! Die Oesterreicher sind von ihrer unbesonnenen Berserkerwuth wohl zurückgekommen, und suchen sich zu einer bessern Taktik den Uebergang zu bahnen. Darin wird man sie in Ollmütz bestärken; man wird ihnen das unüberlegte Aufbrausen verweisen, man wird vorschreiben, die dargebotene Unterhandlung ja nicht von der Hand zu weisen, wenn sie auch nicht aus österreichischen Händen kommt; man wird darauf hinweisen, daß der Nachtheil, der aus dem letztern entstehe, durch verdoppelte Geschicklichkeit in anderer Weise auszugleichen sei. Dann könnte sich leicht die Majorität und die Stellung der Parteien wieder anders gestalten; unsere Ueberzeugung aber würde nicht erschüttert, daß Instructionen von Ollmütz unserm Verfassungswerke nicht dienlich sind.

Deutschland.

÷ Vom Main, 21. Dez. An der unglücklichen Verrückung der Parteien in der Paulskirche, welche nicht bloß den Bundesstaat auf einen Staatenbund zurückzuführen, sondern Deutschland zu zerreißen droht, scheint auch ein gänzliches, absichtliches oder unabsichtliches Mißverstehen der Rede des Reichshandelsministers vom 16ten mit Schuld zu sein. Die Anhänger der Schutzzölle — so unglaublich dies auch ist — folgern daraus, daß Duckwitz sich auf Seite der Freihändler gestellt habe und gar — ist doch heute Alles möglich! — den Zolltarifsentwurf der norddeutschen Handelsstädte als den seinigen adoptiren werde! — Daß das Programm des Handelsministers vielfach angegriffen werden würde, ließ sich voraussehen: denn Duckwitz stellt sich in demselben vermittelnd zwischen die Parteien und verlangt als deutscher Handelsminister zu Gunsten deutscher Einheit die diese allein möglich machenden Concessionen. Dadurch hat er sich zwar um die deutsche Einheit verdient, übrigens aber, was doch bei denen, die vorzugsweise zur Constituirung eines einigen Deutschlands hierhergekommen, kaum zu besorgen sein sollte, es Vielen nicht recht gemacht. Die handelspolitischen Parteien in Deutschland, so scheint es leider, vergessen nicht selten, um ja ihrem handelspolitischen Systeme einen Sieg zu erkämpfen, daß dieser, je vollständiger, um so gewisser, die deutsche Einheit im Keime vernichten würde. Sollte dies Vergessen auch in der National-Versammlung heimisch werden, so würden wir hier nur mit Beschämung des preußischen vereinigten Landtages gedenken können. Seine Majorität, auf welche Deutschland mit Stolz hinblickte, vermochte es über sich, als in ihrem Schooße dieselbe Verschiedenheit der Ansichten über handelspolitische Fragen herrschte, diese ruhen zu lassen, um ihre politische Opposition nicht zu schwächen. Damals, als auch die ostpreußischen Deputirten jenes seltene Beispiel politischer Ueberzeugungstreue gaben und mit der Verweigerung der Gelder für den Bau der Ostbahn ihre materiellen Particularinteressen opferten. — Um das Maaß voll zu machen, scheint noch eine andere Begriffsverwirrung mit Glück benutzt zu werden. „Die Preußen wollen keine Schutzzölle" ist der Köder, mit dem man zu locken sucht und es finden sich Leute, die dies glauben und in diesem Wahne an dem Einigungswerk verzweifeln. Als ob Preußen bei einem Tarife, wie der von den Abgeordneten des Handelsstandes eingereichte — bei welchem beiläufig gesagt, die Zollvereins-Cassen circa 40 pCt. ihrer Einnahmen einbüßen würden — nur bestehen könnte, als ob nicht in der 1. Curie des vereinigten Landtages, Prinz Friedrich aus Düsseldorf und Fürst Lichnowsky voran, die eifrigsten Verfechter der Schutzzölle gewesen, für die Bülow-Cummerow seit Jahren wirkt, als ob das handelspolitische System der früheren absoluten preußischen Regierung auch das der preußischen Abgeordneten aus allen Theilen der Monarchie sein müßte, welche hier in Frankfurt den neuen Zolltarif des Reiches mitzubeschließen haben werden!

†Aus der Pfalz, 19. Dez. Die Wahlen für die bevorstehende Ständeversammlung lassen unter Anderem einen sehr wichtigen Blick thun in die Stellung der protestantischen Kirche und besonders der protestantischen Geistlichen im bairischen Staat. Nach den bisher uns zugekommenen Nachrichten sind unter den 15 Geistlichen, welche die Wahl getroffen, nur zwei protestantische. Diese beiden sind aus der Pfalz. Die ganze protestantische Kirche Baierns hat also von diesen Männern in dieser wichtigen Versammlung, wo 13 katholische Geistliche und manche andere katholische Notabilitäten ihnen gegenüber stehen, ihre Vertretung zu erwarten. Beide sind zunächst nicht eigentlich vom Pfälzer Volk, sondern von dem sogenannten Volksverein gewählt worden, der sein Netz gegenwärtig über die Pfalz ausgebreitet und die Wahlen auf eine nur allzu einflußreiche Weise geleitet hat. Der bei weitem größte Theil der Bürger in der Pfalz hat an den Wahlen gar keinen Theil genommen, in der falschen Meinung, doch nichts mehr ausrichten zu können. In ganzen Wahlbezirken sind oft nur 20—30 Personen erschienen. An der Spitze jenes einflußreichen Vereins steht Dr. Hepp, praktischer Arzt in Neustadt, ein Mann von vielem Verstand, noch größeren Leidenschaften und einer wahrhaft furchtbaren Beredsamkeit. Man muß ihn gehört haben, wie er mit seiner gellenden Stimme die dicksten Volksmassen zu beherrschen weiß; wie er erst ruhig und klar sich ausdrückt, dann allmählig in einen fast ekstatischen Zustand geräth, die Sätze kaum mehr ausführt, bisweilen nur einzelne Worte herausbellt, und wenn er das rechte Thema getroffen, Feuer und Flammen sprüht. Sein Standpunkt ist genau genommen derselbe wie der der Ultramontanen, nur bewegt er sich von demselben nach der entgegengesetzten Seite hin. Er ist wie jene ein religiöser Politiker, er benutzt die Religion, um durch sie seine politischen Zwecke zu erreichen, sowie die Politik, um auf die Kirche zu wirken. Klare Ideen hat er nur wenige; sie verschwinden sogleich hinter dem Dampfe seiner Leidenschaftlichkeit. Für das Parlament in Frankfurt scheint man ihn deßwegen nicht für tauglich erachtet zu haben. Nachdem er aber als Haupt des Volksvereins dastand, durch Redaktion eines Blattes im Volke mehr Boden gefaßt, auch sich größerer Mäßigung befleißigt hatte, konnte ihm die Wahl für die Ständekammer nicht wohl entgehen. Schon seit Jahren hat er sich als eifrigen Opponenten gegen die Kirchenbehörde gezeigt. Er fehlte so wenig auf einer der freien Protestantenversammlungen, die sehr zahlreich waren, als auf einer Volksversammlung. Ursprünglich hatte nun der Volksverein unter den protestantischen Geistlichen sich gemäßigtere Opponenten, wie Pfarrer Feanz, German, Gelbert zu Wahl-Kandidaten ausgesucht. Auf Pfarrer Hofer, den Schriftsteller dieser Richtung, hatte man kein Augenmerk geworfen, obschon er in seiner Kirchenzeitung nicht unterlassen hatte, Geistliche und Gemeinden zur Todtenfeier für den politischen und kirchlichen Reformator R. Blum aufzufordern. Aber auf der Vorversammlung in Kaiserslautern erschienen die Obengenannten noch nicht links genug. Es wurden zwei andere Geistliche hervorgeholt, die nichts zu wünschen übrig lassen, was man hier von einem ächten Demokraten fordert. Sie sind Pfarrer Eckhard von Gönnheim und Pfarrer Berkmann von Einselthum. Der Erstere hat sich das Glück der Wahl besonders durch sein Eifern für Kommunalschulen erworben. Auf der Synode in Neustadt erklärte er gegen die, welche auf die Schwierigkeit der Einführung solcher Schulen hinwiesen, dies würde alles wegfallen, sobald nur die Schullehrer besser gebildet würden. Als er hierüber zur Rechenschaft gezogen wurde, weil er den gegenwärtigen Lehrerstand damit verunglimpft, explicirte er sich im pfälzer Schulblatt dahin, daß die Schullehrer bisher nur zur Verdummung des Volks mißbraucht worden und eine vernünftige, Geist und Herz veredelnde Bildung nur dann für sie da sei, wenn sie eben so gut den katholischen als den protestantischen Katechismus erklären könnten. Hinter ihm steht an Freisinnigkeit Pfarrer Berkmann nicht zurück. Von riesiger Statur, mit durchdringender Stimme begabt, ist er zum Demagogen

ganz geschaffen. Er hat früher für das orthodoxe Regiment geeifert, so lange dasselbe in Kraft stand. Jetzt hat er mit gleicher Energie den Spieß umgedreht. Man eückte ihm dieses in Kaiserslautern vor, ohne ihn damit aus dem Felde schlagen zu können. Volksversammlungen auf Volksversammlungen hat er im Laufe dieses Sommers gehalten und die ganze Umgegend von Kirchheimbolanden so zu sagen unterwühlt. Mit einer glänzenden Todtenfeier R. Blum's auf freiem Felde hat er seine bisherige Wirksamkeit geschlossen. Trotzdem mag ihn selbst der Demokratenkongreß nicht mehr. Er erklärt (Speier. Ztg. 19. Dez.) „einstimmig im Angesichte der ganzen Pfalz, daß ee es tief beklage, daß Pfarree Berkmann zum Abgeordneten in die zweite Kammee gewählt ist," — doch zu spät!

△ **Darmstadt**, 20. Dez. Der Entwurf unseres neuen Wahlgesetzes hat 27 Artikel; heute berieth unsere zweite Kammer die beiden ersten. Adee in dem ersten, welcher feststellt, daß die ständischen Rechte durch zwei, aus gewählten Vertretern des Volkes zusammengesetzte Kammern ausgeübt werden sollen, concentrirte sich zugleich die Frage der constituirenden Versammlung und, im Gegensatze zu den zwei Kammern, des Einkammersystems. Schon der Ausschuß hatte sich in eine Majorität und eine Minorität geschieden. Noch schärfer traten diese Geschiedenheiten, in Begleitung einiger Modificationen, bei dee Berathung selbst hervor. Während nämlich der Abgeordnete Glaubrech die Frage: Ob constituirende oder revidirende Versammlung? füe eine unpraktische erklärte, war er doch entschieden nur für Eine Kammer, machte abee dann der Majorität wieder die Concession, daß er die für beide Kammern bestimmten Abgeordneten nach den dabei ebenfalls vorgesehenen, und zwar nach dem Ausschußantrage für die Wählee zur ersten Kammee einen Genfuß erfordernden Wahlbestimmungen, in eine Kammer zusammengethan haben wollte. Abgeordneter Hillebrand, auch Eine Kammer wollend, stellte dann den eventuellen Antrag, falls Glaubeech's Vorschlag verworfen werden solle, daß im Fall einer Nichtübereinstimmung beider Kammern beide Kammern zusammentreten und durch absolute Majorität dann entscheiden. Abgeordneter Lehne, nachdem er sich selbst schwankend bekannt zwischen der Frage: Constituirende Versammlung odee nicht? sprach sich dann für erstere aus, jedenfalls für Eine Kammer; aber in's Feuer kam er doch erst recht dann, als ee die unterdeß wirklich alt gewordene Geschichte der Vertagung berührte und mit derselben Hand dem Minister eine Nessel, dem „hochderzigen Fürsten" eine Blume reichte. Zitz sprach im Sinn der Ausschußminerität, die er mit Mohr bildete. Endlich nahm die Kammer mit 28 gegen 16 Stimmen den Artikel 1. nach dem Entwurfe an.

△ **Darmstadt**, 21. Dez. Die wahre und wirkliche allgemeine Wehrpflicht, d. h. die Wehrpflicht ohne gestattete Stellvertretung, welche in der neulichen Gesetzesvorlage unserer Staatsregierung und in dem darüber erstatteten, dem Gesetzesentwurfe im Allgeneinen beipflichtenden Berichte des Ausschusses einen so schönen Aufschwung genommen, hat nach kurzem Adlerfluge ihr Leben am Fuße des Felsen eingebüßt. Daß es in keiner Pfütze geschehen, nicht in der Abneigung gegen Deutschlands Einheit und Stärke, versicherten die Gegner, und wir wollen es ihnen bis zu neuen Proben glauben. Aber immer bedenklich bleibt die Thatsache und schmerzlich der Eindruck. Die Weise, auf welche dieser Entwurf nun am Tage nach dee definitiven Annahme der Grundeechte verworfen wurde, wae höchst seltsam. Die äußerste Rechte, vertreten durch den Abgeordneten Krug, ist gegen Uebereilung, wenn sie sich gleich nicht direkt gegen den Beschluß dee Nationalversammlung erklärt, sondern nur großen „Jammer" im Lande und allerlei geringfügige Bedenken vorschiebt; sie will gleich ein ganzes Rekrutirungsgesetz. Ihr bietet freundlichst die Hand die äußerste Linke, vertreten durch die Abgeordneten Zitz, Mohr, Heldmann u. a. Den Herren kommt's bekanntlich auf eine Hand voll Inkonsequenzen gae nicht an. Voe 4 Wochen noch ergingen sie sich in den angenehmen Vorstellung, sämmtliche Verfassungen seien aufgehoben und durch constituirende Versammlungen neu zu gestalten. Heute sind sie eifrige Verfechter des Rechtsbodens. Die hessische Verfassung garantirt die Stellvertretung, die Grundrechte sind noch nicht publicirt und von den Kammeen vereinbart, also warum die Regierung in ihrem voreiligen Eifer unterstützen? Umsonst, daß man ihnen die Nothwendigkeit schleuniger Zustandsetzung der Truppen, nach dem Befehl der Reichsgewalt, vorstellt, sie wollen die Einheit Deutschlands, aber keinen „Militärdespotismus"; sie wollen Vertretung, obgleich im Land sich statt 1200 keine 100 Vertreter finden und die Vertretungssumme auf fl. 500 und mehe steigen wird! Die Bauern, mit denen unsere Kammer reichlich gesegnet ist, freuten sich der entente cordiale zwischen der Rechten nnd Linken, und der Regierungsentwurf wird, einen Tag nachdem 6 Stunden davon zu Frankfurt die Vertretung verworfen worden, abgelehnt, und die Privatvertretungsanstalten gestattet, um in 8 Tagen durch die Proklamation der Grundrechte zum Unsinn zu werden! Abgeordneter Glaubeech, der auch jenen Krug-Zitzschen Reigen mitmachte und auf die Art diesmal eine Vermittelung zu suchen schien, hob bei dieser Gelegenheit einen alten Stein auf und warf ihn auf unsere Staatsvertretungsanstalt, ein in seiner Wirksamkeit nützliches und geachtetes Institut, oder vielmehr auf ihre Entstehungsgeschichte, woran sie persönlich gae keine Schuld hat. Abgeordneter Lotheisen nahm sich der abgetretenen Regierung gegen den Wuef des Abgeordneten Glaubrech an und der Regierungskommissär, Oberauditeur Hoffmann, parirte höflich das seinem verstorbenen Bruder, E. E. Hoffmann, von Glaubrech dabei gespendete Lob mit der Bemerkung: sein Bruder würde sich gewiß dee Verfügung der Reichsgewalt unterworfen haben. Die gestrige Abstimmung zu Gunsten des Zweikammersystems in unserem provisorischen Wahlgesetz ist seitdem auf eine sonderbare Weise in's Schwanken gerathen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Zahl der dafüe Stimmenden, indem eine Verfassungsänderung vorliegt, stärker hätte sein müssen (⅔ dee Abstimmenden). Nun haben zwae mehr als ⅔ den dann folgenden Art. 2 angenommen, der eine nothwendige Konsequenz des Art. 1 ist, aber immer bleibt die Frage streitig und muß auf itgend eine Art in die Reihe gebracht werden, soll nicht möglicher Weise das ganze Wahlgesetz fallen. Denn schwerlich schließen sich ⅔ an die Zitz-Mohr'schen Vorschläge oder an den Glaubrech'schen, der erste und zweite Kammee, mit Haut und Haar, d. h. mit dem ganzen Modus ihrer Wahl, in eine zusammenschweißen will. Morgen wird sich dee Ausweg oder das — Ende des Weges zeigen.

⊙ **Jena**, 16. Dez. Dee hiesige deutsche konstitutionelle Verein hat auf eine Einladung, dem Märzvereine beizutreten, in seiner letzten Sitzung folgende Antwort beschlossen:

„Dem unterzeichneten Vereine ist die Aufforderung zum Anschlusse an den „Märzverein" zugekommen, und ee hat nicht gezögeet, das Programm desselben der sorgfältigsten Prüfung zu unterwerfen. Das Ergebniß dieser seiner Erwägung ist sogleich die Antwort und lautet dahin, daß ee sich trotz seiner Uebereinstimmung mit manchen in dem Progeamm ausgesprochenen Ansichten, gegen den Anschluß zu erklären genöthigt sieht.

Er will zwar so gut als das Progeamm des Märzvereins die Einheit des Vaterlandes, kann aber aus dem bisherigen Thun und Lassen der Partei des Marzvereines nicht entnehmen, daß diese in der Regel die rechten Mittel dazu eegriffen und den Aufbau unsers Verfassungsweekes besonders beschleunige habe.

Er beklage zwar so gut als das Pregeamm des Märzvereines die „erschütteenden Ereignisse der jüngsten Zeit, die Vorgänge in Wien und Beelin", mochte aber um keinen Preis die Schuld daran den betreffenden Regieeungen allein zuschreiben, sondern ist vielmehe der Ueberzeugung, daß dee größeee Theil alles dessen, was aus jenen Ereignissen und Vorgängen der Freiheit und Einheit des Vaterlandes feindliches eewächst, auf diejenigen gewälzt werden muß, die einen Kampf gegen die, einen Widerstand geleistet und gebilligt haben, dee nothwendiger Weise Gewaltmaßregeln hervorrufen mußte.

Er bedauert zwar so gut als das Progeamm des Märzvereins die Darniederlage des Handels, des öffentlichen und Privatkredits, glaubt aber, daß diese Uebelstände und ihre Dauer auch noch anderswo zu suchen sind, als in den „Wühlereien einer freiheitsfeindlichen und gewaltthätigen Partei," wie sie das Progeamm im Sinne hat.

Er eekennt ferner so gut als das Programm des Märzvereins die Freiheit als das „natürliche Eigenthum dee Nation" an, muß sich abee entschieden gegen den Grundsatz desselben erklären, der einseitig dem Volke in den einzelnen Landern Deutschlands die Berechtigung zuerkennt, sich die Regieeungsform festzusetzen, welche es will und glaubt, daß dieses Princip anstatt die Revolution zu schließen, sie permanent machen wüede.

Endlich eelaubt er sich noch die Bemeekung, daß er auch dann Anstand nehmen wüede dem Maezverein beizutreten, wenn ee mit dem Programm desselben viel mehe übereinstimmte als es der Fall ist: einmal, weil er einen Bund zwischen Konstitutionellen und Republikanern überhaupt für ein Unding, für unnatürlich und unfruchtig hält, und ferner, weil es ihm Unrecht dunkt, daß eine Partei, deren Wirksamkeit in die Nationaloeesammlung gehört, sich außerhalb dieselbe hinausstellt, anstatt alle ihre Kräfte in dereselben zum Heile des Vaterlandes anzuwenden."

Für die Redaction verantwortlich: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die H. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 339. Frankfurt a. M., Samstag 23. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Ist Baiern wirklich eine Großmacht in Deutschland? Die Russen in Kronstadt und die Occupation der Wallachei. Rückkehr des Hrn. Simson. Die Coalition gegen Sagern. Die Hannover'sche Regierung und die Grundrechte.) Wien (Die Operationen gegen Ungarn. Das Ministerium. Wessenberg. Fuster. Die Erfolge der ungarischen Armee. Bevorstehende Reichstagswahl. Errichtung von Handelskammern. Der Husarenerzeß in Klattau.) Olmütz (Conferenzen über die deutschen Angelegenheiten. Der Freischaarenzug Hurban's verunglückt. Hamatische Deputation. Polizeizustände. Erzherzog Ferdinand. Unruhen in Prag.) Prag (Das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren. Der Adel. Die freie Jagd. Rekrutirungsgesetz. Ministerialerlaß.) Berlin (Der König von Preußen und die Kaiserkrone. Das Reichsoberhaupt. Neue Zeitungen. Nachrichten aus Jaffa. Glasbrenner's Zeitungsverboten. Schrift von Rodbertus.) München (Baiern und die preußische Hegemonie. Bauten.) Stuttgart (Ministerialverfügung über die Spedition der Zeitschriften. Beschluß der Kammer. Strauß legt sein Mandat nieder.) Hannover (Stüve.) Konstanz (Freilassung.) Altenburg (Erbe. Dölitzsch.) Gotha (Conferenz über die Zukunft Thüringens.)

Großbritannien. London (Monstermeeting von Radikalreformern. Preisaussetzung der Gesellschaft für Abschaffung des Kriegs. Cobden für Nationalerziehung. Die Wahlen in Yorkshire und Leominster. Bestimmung der Flotte Napiers. Ostindische Ueberlandpost.)

Frankreich. Paris (Die Amnestiefrage. Ein Schreiben von Barbès. Die Beförderungen in der Marine. Adressen gegen die Nat.-Vers. Gebete für den Papst. Das Institut de France. Duellgeschichte. L. Napoleon und die Assemblée nationale.)

Spanien. Madrid (Hofintrigen.)

Italien. Venedig (Die päpstlichen Hülfstruppen nach Rom.) (Die provisorische Regierung in Rom.)

Neueste.

Deutschland.

00 **Frankfurt**, 18. Dez. In diesem Jahre hätten wir eigentlich, wenn wir nichts Wichtigeres zu thun gehabt, die zweihundertjährige Feier des westphälischen Friedens begehen sollen. Soll dieses Jahr wirklich den Grund zu einem neuen dreißigjährigen Religionskrieg legen? Hat das deutsche Volk wirklich aus den letzten 300 jammervollen Jahren seiner Geschichte nichts gelernt? Wenn Baiern wirklich erklärt hat, ohne Oesterreich, welches nicht ausgeschlossen worden ist, sondern durch das ministerielle Programm sich selbst ausgeschlossen hat, an dem Neubau Deutschlands keinen Theil nehmen zu wollen, so haben wir eine neue katholische Liga, und dann wird auch eine protestantische Union nicht fehlen. Unermeßlich ist die Thätigkeit der ultramontanen Partei. Ihre Hauptführer: Döllinger, Dieringer, Buß, Walter, Sepp, Gfrörer, Linde, Radowitz sind in die Reichsversammlung, Abel und Oberkamp in die baierische Ständeversammlung gewählt, in München ist der treffliche Lerchenfeld einem obscuren ultramontanen Schlossermeister unterlegen. Und wie günstig stehen die Aussichten! Bei der zweiten Berathung der deutschen Grundrechte ist, auch zu unserer Freude, die Verbannung der Jesuiten und Liguorianer weggefallen. Die preußische Verfassung hat jede Beschränkung des Verkehrs katholischer Geistlichen mit Rom und jede Bestätigung kirchlicher Anstellungen von Seiten des Staates beseitigt. Die gefährlichen Deutschkatholiken haben sich durch ihre politischen Uebertreibungen selbst unschädlich gemacht. Dagegen hat Diepenbrock in seinem Hirtenbrief zur Zeit der Steuerverweigerungsfrage in Breslau für den Staat gewirkt. In einer baierischen Stadt fand die Versammlung der deutschen Bischöfe statt; Baiern teilt überhaupt bei allen diesen Bestrebungen in den Vordergrund. Deßhalb mag es sich verlohnen, zu untersuchen, welche Ansprüche, der Geschichte, Macht und Bildung nach, Baiern auf den Rang einer katholischen deutschen Großmacht, Preußen gegenüber, erheben kann. Sardinien hat durch eine ähnliche Schaukelpolitik zwischen Oesterreich und Frankreich, zu einem Staat von derselben Einwohnerzahl wie Baiern sich erhoben; aber Sardinien schwankte zwischen zwei ihm an Nationalität gleich fremden Staaten und hat kein Reichsband gebrochen, um von einem zum andern sich zu neigen. Sardinien seiner als Küstenstaat mit bedeutender Flotte kann einen Anspruch erheben, eine Macht zweiten Ranges zu sein, während Baiern als Binnenstaat keinem seiner außer seinen Grenzen wohnenden Angehörigen Schutz verleihen konn. Baierns selbstständiges Hervortreten begann im Jahre 1700, indem der Kurfürst Max Emanuel am 7. Nov. zu Madrid mit Ludwig XIV. einen Vertrag schloß, worin Frankreich dem Kurfürsten die österreichischen Niederlande, Baiern dagegen dem König seine Hilfe im Kriege gegen Oesterreich zusagte. Damit erhielt Frankreich die wichtige Stellung zwischen Oesterreichs deutschen und italienischen Heeren; damit begann der Kampf zwischen den benachbarten und stammverwandten Baiern und Tyrolern, dessen Erbitterung noch nach hundert Jahren nachwirkte, dann nach der Besiegung der Baiern und Franzosen bei Höchstedt 1704 die Besetzung des Landes durch die Oesterreicher und der Auf-

stand des bairrischen Landvolks gegen sie. Indeß hatte der verrätherische Kurfürst nur sein Land verwüsten lassen und unauslöschlichen Haß zwischen zwei deutschen Nachbarstämmen gesäet; er selbst aber wurde 1711 im Rastadter Frieden in alle Länder und Würden eingesetzt. Da sonach das französische Bündniß selbst im unglücklichen Falle persönlich ungefährlich war, bei besserem Glück aber große Vortheile versprach, so beschloß der unsähige Karl Albrecht, der Sohn jenes Max, noch der Kaiserkrone zu streben, erlangte auch wirklich durch französische Hilfe, während Mario Theresio's Bedrängniß, die Krönung in Frankfuet, mußte aber nach der Schlacht bei Dettingen in derselben Stadt von Frankreichs Gnadengrldern leben. Das dritte, für Deutschland unheilvollste, für Baiern aber vortheilhafteste Bündniß mit Frankreich wurde 1805 geschlossen; es führte Napoleon in's Herz von Oesterreich, Baiern zur Königskrone. 1809 erneuerten sich die Thatrn von 1703; Baiern wuchs trotz des heldenmüthigen Kampfes der Tyroler zur Großmacht hrron, welche, nachdem sie im Vertrag von Ried sich von ihrem bisherigen Beschützer losgesagt und von dem bisherigen Gegner, der nun der Stärkere geworden war, ihre Besitzungen hatte gewädeleisten lassen, gegen den Wohlthäter die Waffen kehrte und 1815 erklärte, Baiern trete nur, weil es gewünscht würde, zum deutschen Bunde, nicht weil es als Großmocht ein Schutzbündniß bedürfe.

Wenn nun Baiern seine jetzige Größe nicht einer patriotischen Aufopferung für das gesammte Vateeland verdankt, so kann es noch weniger Ansprüche auf geistigen Vorrang erheben. Bekanntlich wor Altbaiern fast bis zum Regierungsantritt von Max Joseph ein gänzlich von Jesuiten beherrschtes, von dem deutschrn Fortschritt, selbst in Oesterreich, abgeschnittenes Land, das in der deutschen Wissenschaft und Culturgeschichte ungemein leicht wiegt und 1804 durch die Berufung der protestantischen Norddeutschen Jacobi, Jacobs, Schlichtegroll, Thierschs, Sömmering allmählig dem deutschen Bildungsgrad angenähert werden mußte. Welche Bildungsstufe oder Altbaiern heute einnimmt, grht ous der neu gewählten Kammer hervor. Die Wahrheiten sind herbs, aber lassen sich nicht wegläugnen und übertriebenen Ansprüchen gegenüber ist es erlaubt, die Grundlagen solcher Ansprüche zu untersuchen.

* **Frankfurt**, 22. Dez. Der hiesigen O.-P-Ztg. wird aus Berlin geschriedrn, mit Bezug auf die Nachricht vom Einrücken der Russen in Kronstadt: Die Occupation dee Moldau und Wallachei hätte Oesterreich mit Leichtigkeit hindern können; olle deßfallsigen Reclamationen des damaligen preußischrn Genrralconsuls in Jassy, Freiherrn v. Richthofen, blieben abee völlig fruchtlos, und mancherlei scheindar kleine Züge haben dort dazu beigetragen, einen Schatten des Mißtrauens auf Oesterreich zu werfen. So traf es sich, daß das große Fest, welches zu Ehren der russischen Occupation der Fürstenthümer russischrrseits in Jassy gefeiert wurde, grade am 15. October, dem Geburtstage des Königs von Preußen, stattfand. Dem Occupationsfeste wohnte officiell kein Preuße bri: biese datten vielmehr zu Ehren ihres Königs eine besondere Feirr veranstaltet, zu welcher auch der östrrreichische Gesandte eingeloden wnede. Er ließ sich jedoch wegen Unwohlseins entschuldigen. Dieses ober hinderte ihn nicht, der kirchlichen Feier der Occupation in voller Staatsuniform beizuwohnen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 22. Dez. Zum ersten Mal erblicken wir heut unsrrn neugewählten Präsidenten wieder in der Versammlung. Die Nachrichten, welche Herr Simson von Berlin mitgebracht, sind erfreulichee Art. Wenn die Minister Beandenburg und Manteuffel noch immer ihre Stellen nicht verlossen haben, so trägt nicht sowohl ihr eigner Wille die Schuld daran, olS die Befürchtungen einer in Preußen nicht geringen Partei, daß der Rücktritt jener Männer die früheren onarchischen Zustände zurückbringen könne, so wie die Schwierigkrit, ihre Stellen zweckmäßig durch Andere zu besetzen. Die deutsche Sache und insbesondere ihren letzten Abschluß betreffend, lauten die Andeutungen des Reichskommissärs günstiger, als man nach früheren Gerüchten glaubte hoffen zu dürfen. Unsere Hoffnung ging von Anfang an dohin, daß die oppositionelle Koalition gegen Gagern's Programm in ihrer Unklarheit und Verworrenheit bald zerrinnen werde. Diese Hoffnung beginnt bereits sich zu erfüllen. Nicht nur, daß viele Oesterreicher sich an dem offenen Worte Gagern's ernüchtern, nicht nur, daß Venedey's Deklamotien von einem großen Theil seiner eignen Partei desavouirt wird; rs ist namrntlich die Fraktion Jürgrns für keine autiministerielle zu halten. Das Ministerium, wenn irgend möglich, zu stützen, das ist die ausgesprochene Tendenz dieser Fraktion, die man vielleicht zu rasch für eine Gegnerin Gagern's onsah, weil sie eine Gegnerin des Austritts von Schmerling war. Die Verdienste des Herrn v. Schmerling mögrn dieß rechtfertigen und man wird gewiß genrigt, diese Verdienste anzuerkennen, wenn man den Nachfolger Schmerling's zum Theil nur bemüht sirht, das von diesem Begonnene weitee zu führen. So ist namentlich ein Exposé über die dänische Sache eine Erbschaft der Schmerling'schen Verwaltung, welche durchaus in gleichem Geiste von dem neuen Minister des Auswärtigen aufgenommen worden ist. Die Erklärungen Dänemork gegenüber, sind die allerentschiedensten und enthalten das nachdrückliche Versprechen, die gemeinsame Regierung in Schleswig gegen dänische Uebergriffe zu schützen.

Frankfurt, 21. Dez. Es kann aus sicherer Quelle berichtet werden, daß die hannover'sche Regierung ihren Entschluß erklärt hat, die Einführung der Grundrechte nicht eher zu bewirkrn, bis die gesammte Reichsverfassung zur Vollendung gelangt sein wird. (O.P.Z.)

△ **Wien**, 17. Dez. Gestern Abend traf die Nachricht ein, daß Fürst Windisch-Grätz eine bewaffnete Rekognoszirung dee ganzen Leithalinie unternommen hat, worouf sich die Ungarn aus Parendorf, wo sie mit 6000 Mann, 1600 Mann Kavallerie und 12 Kanonen standen, nach Kitsee (hinter Preßburg) und nach dem Neusiedler See zurückzogen. Auf die ergangene Nacht oder den heutigen Tag wor von der kaiserl. Armee ein ernstlicher Angriff beabsichtigt; wir erwarten stündlich die Bestätigung davon. Vorgestern erhielt Baron Welden die Anzeige, daß in Ungorn das Gerücht verbreitet sei, Wien sei ganz von Truppen entblößt, die Ungarn hätten daher die Absicht, Emissäre nach Wien zu schicken, um einen Aufstand zu organisiren und gestern zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags die Bastei zu überrumpeln und die dort aufgestellten Kanonen in den Stadtgraben zu werfen. Feldmarschall-Lieutenant Welden ordnete daher gestern frühe eine große Militärparade auf den Glacis an, wobei 16,000 Mann mit einer großen Anzohl Batterieen ausrückten; lediglich um den etwa anwesenden Emissären zu zeigen, daß eine hinreichende Besatzung vorhanden ist. Zugleich wurde von dem General Frank eine Rede on dos Militär gehalten, worin er ihnen sagte, daß der Kaiser so großes Vertrauen in die Armee setze, er ihr die erneuerte Eidesleistung erlasse, indem sie ihre Treue so glänzend bewährt habe, daß er die Ueberzeugung hege, daß sie auch ohne Eid ihre Pflicht erfüllen werde. Den hiesigen Journalisten ist von der Militärbehörde die Weisung zugekommen, nichts über die Kriegsoperationen gegen Ungarn in ihre Journale aufzunehmen, was bei einigen großen Widerspruch erfährt; indessen ist dies eine Maßregel, welche bei der Nähe der ungarischen Grenze durch die Umstände geboten scheint. So eben vernehme ich, daß Preßburg gestern aufgefordert wurde, sich zu übergeben; den Erfolg kennt man hier noch nicht. — Der Ministerrath ist beinahe fortwährend versammelt und Tag und Nacht wird angestrengt darin gearbeitet. Das Gesammtministerium wird wieder hier seinen Sitz nehmen und nur einzelne Minister abwechselnd nach Kremsier und nach Ollmütz gehrn. Baron Wessenberg hat gestern Wien verlossen, um seinen sechswöchentlichen Urlaub als Reichstagsabgeordneter (für Wien Vorstadt Neubau) in Freiburg zuzubringen. Es scheint, als ob die ministerielle Partei mit der Absicht umgehe, den Abgeordneten Füster in Auklagezustand zu versetzen. Man hat zu diesem Zweck schon eine Anzahl Schüler der zweiten Localklasse (Philosophen) veranlaßt, bei dem Gemeinderathe gegen ihn als Religionslehrer zu protestiren. Ein Graf Almuth, der die Truppen in Mähren zum Uebertritt zu den Ungarn aufforderte, wurde in der Gegend von Ollmütz gefangen genommen. Baron Schlechta ist durch kriegsrichterlichen Spruch zum Strange verurtheilt, jedoch in Anbetrocht seiner Jugend zu 12 Jahren Festung begnadigt worden.

△ **Wien**, 18. Dez. Die ersten Erfolge dee kaiserlichrn Armee an der ungarischen Grenze verursachen hiee eine fast allgemeine unzweideutige Freude. Die Details darüber finden Sie in den offiziellen Bekanntmachungen. Ich glaube noch hinzufügen zu können, boß heute schon Jellacic mit dem ersten Armeekorps vor Raab stehen wird. Die Antwort dee Stadt Preßburg ist hier noch nicht bekannt — doch hörten wir seie vier Uhr früh eine starke Kanonade, woraus man schließt, daß Preßburg bombardirt wird. Die Persönlichkeit unseres jungen Kaisers nimmt alle ein, die sich ihm öfter nähern; auf Männer von allen Meinungsschattirungen übt er denselben Zauber. Ein jugendlich

Digitized by Google

entschlossener und klarer Sinn, dabei Ausdauer in angestrengter Arbeit, scheint bei ihm vorherrschend zu sein. Er hat dem bisher üblichen Privatkabinet entsagt und alle Regierungsfragen werden nur mit Uebereinstimmung des Gesammtministeriums ausgeführt. Jeder der Minister hat einen Tag in der Woche, an welchem die laufenden Arbeiten unter persönlicher Mitwirkung des Kaisers expedirt werden und einmal die Woche wird Vormittags ein Plenum abgehalten, welchem der Kaiser präsidirt, worauf am Nachmittage die einzelnen Unterschriften und nochmalige Revision der Beschlußnahme folgen. Die Minister begeben sich heute nach Ollmütz und Kremsier, um den Sitzungen an letzterem Orte beizuwohnen und am 21., wo die Reichstagsferien beginnen, wieder hierher zurückzukehren. Der Erlaß des Grafen Stadion an sämmtliche Landesbehörden (Kremsier 28. Nov.), über Regulirung der Geschäfte und Entlassung derjenigen Beamten, welche nicht mit dem Programm des Ministeriums einverstanden sind, hat einen förmlichen Sturm von Beistimmung erfahren, auch herrscht darin derjenige konstitutionelle Ton, welcher der Zeit Rechnung trägt und welcher geeignet ist, dem Ministerium Kraft und zugleich Vertrauen zu erwerben. Seit der Abreise des Fürsten Windisch-Grätz ist nun endlich auch, wie es längst hätte geschehen sollen, Welden's Stellung als Gouverneur von Wien geregelt und unter das Ministerium gestellt, wie es sich gehört, während er seit seiner Ernennung nur mit dem Fürsten Windisch-Grätz verkehrte und dieser wieder direkt mit dem Kaiser. Für die ungarische Expedition scheint dem Fürsten jedoch wieder neuerdings dieselbe Ausnahmsstellung zugesichert zu sein. Die Wahlen des ersten Bezirks der Stadt Wien für den Reichstag (da Pillersdorf sein Mandat niederlegte) ist für den 23. d. M. ausgeschrieben. An Kandidaten dazu ist Ueberschuß, man nennt deren schon sechs: Pillersdorf, Schwarzenberg, v. Schmerling, Megerle, v. Mühlfeld, den früheren Finanzminister Kübeck u. s. w., wovon wohl nur die Wahl zwischen den beiden ersten schwanken dürfte. Pillersdorf legte sein Mandat nieder auf die bloße Androhung eines Mißtrauensvotums, das keineswegs erfolgt ist. Seine Abwesenheit wird im Finanzausschusse in Kremsier bitter beklagt, da seine Kenntnisse und Erfahrungen im Finanzfache unersetzlich sind. Heute früh erfolgte die Bekanntmachung der Errichtung von Handelskammern im ganzen Reiche auf einer sehr praktischen Basis — der erste Beleg der Thätigkeit des Hrn. v. Bruck.

Wien. Nach der „Wiener Ztg." vom 17. Dez. wäre der Exceß der magyarischen Husaren in Klattau ein ganz einfacher Wirthhausexceß gewesen, bei dem es geblieben wäre, wenn durch das unangemessene Herbeiziehen von Nationalgarden die Sache nicht ein höheres Relief erhalten hätte.

△ **Ollmütz**, 17. Dez. Der slawische Freischaarenzug unter Leitung Hurban's und Stur's, der vor kurzer Zeit durch den Jablunkapaß in Ungarn eingebrochen war, ist abermals gänzlich gescheitert. Die Führer mit sammt ihren Untergebenen sind vor wenigen Tagen in kläglicher Verfassung in Jablunkau, einem elenden Städtchen an der schlesisch-ungarischen Grenze wieder angelangt. Der Empfang, der ihnen an der Waag von den Magyaren zu Theil wurde, soll ein höchst übler gewesen sein. Auch die Bevölkerung des Trentschiner Comitats, die zum größten Theil aus den sogenannten „Rastldindern" besteht, die Töpfe und Kessel flickend halb Europa durchwandern, hat sich zu einem Landsturm nicht bewegen lassen, obwohl sie ein kräftiger und streitfähiger Menschenschlag ist. Auch die Erfolge der regulären Truppen sind bis jetzt noch sehr unerheblich; die Schwierigkeiten, die ein Winterfeldzug in einem halbcivilisirten Lande darbietet, das wie Ungarn von einer kampflustigen Bevölkerung vertheidigt wird, sind von der Art, daß wohl noch längere Zeit erforderlich sein wird, um des Aufstandes Meister zu werden. Unsere Stadt sieht nun wieder fast täglich lange Züge rothbeboster und rothbepelzter Hanakenreiter, die dem neuen Kaiser ihre Huldigungen darbringen. Vorgestern war ebenfalls wieder ein solches Hanakengeschwader hier, welches Fahnen in slawischen und österreichischen Farben hatte; doch bemerkte man an einem der Banner ein deutsches Band und eine Musikbande spielte recht hübsch vor dem erzbischöflichen Palaste, auf dessen Balkone der Monarch stand, das Arndt'sche Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland"; Töne, die wir seit dem September nicht gehört und deren Klang mit donnerndem Vivatruf der versammelten Zuschauer begrüßt wurde. Eine der letzten Nummern der „Leuchtkugeln", die ein Gedicht auf den Tod Robert Blum's und mehrere Karrikaturen auf den abgetretenen Kaiser enthält, wurde in ganz Oesterreich von der Polizei konfiszirt; ja man forderte von den Buchhändlern sogar ihre Pränumerantenlisten; ein Verlangen, das selbst unter Sedlnitzky nie gestellt wurde und dem natürlich auch kein ehrendafter Buchhändler nachkam. Erzherzog Ferdinand d'Este ist bereits von seiner Mission wieder heimgekehrt; von der Abreise des Hofes verlautet nichts, er wird wohl bis zum Anbruch der schönen Jahreszeit in unserer Stadt verweilen. Aus Prag mit dem heutigen Morgentrain ankommende Reisende erzählen, daß gestern Abends daselbst einige Volksaufläufe stattgefunden haben. Das Volk verlangt die Zurücknahme der vor einigen Tagen erschienenen Ministerialverordnung nach welcher alle demokratischen Vereine und Arbeiterklubs in Oesterreich verboten werden. Die Garnison von Prag soll nur aus 3000 Mann bestehen.

Ollmütz. Die Berliner konstitutionelle Korrespondenz vom 20. Dez. enthält Folgendes: Wir hören von Konferenzen, die zu Ollmütz gepflogen werden und welche zum Zwecke haben, der Mißstimmung, welche sich von gewisser Seite her gegen eine preußische Hegemonie geltend macht, eine bestimmte Richtung zu geben. Wie es heißt, ist man auch an der Iser diesen Konferenzen nicht fremd und es würden deßhalb die Besorgnisse gegründet sein, welche gegen das Erwachen dynastischer Interessen in einer Frage, wo nur die Wohlfahrt unseres Volkes entscheiden sollte, laut geworden sind.

Prag, 18. Dez. Nach dem C. Bl. a. B. hat das Ministerium ein Rekrutirungsgesetz entworfen, nach welchem die Rekrutirung durchs Loos geschieht, Adelige nicht befreit sind, die Altersklasse der Rekrutirungsfähigkeit auf das 18. — 26. Jahr festgesetzt wird und die Dienstzeit einstweilen die alte bleibt. 80,000 Mann sollen ausgehoben werden. Ein Ministerialerlaß in alle Provinzen des Reichs verbietet sämmtlichen Beamten unbedingt die Theilnahme an politischen Klubs.

Prag, 18. Dez. Das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren soll nun bald bei uns ins Leben treten; die Beamten des Fiscalamtes haben deshalb einen juristischen Verein gegründet, dem sich sämmtliche hiesige Juristen anschließen werden, um sich durch mündliche Vorträge und durch Debatten über Gegenstände staatsrechtlicher Natur in freier Rede zu üben und das öffentliche Verfahren praktisch zu eigen zu machen. Die Verhandlungen werden böhmisch und deutsch geführt. Unser Adel stimmt viel Klagelieder an; die Auflösung des Unterthanenverbandes, der Verlust der Frohnden und standhaften Verzinsungen, der Jagd, die Verwüstung der Waldungen und der Teiche haben seinem Vermögen harte Schläge beigebracht; so erhält Fürst Liechtenstein nun eine halbe Million weniger Revenüen; ein anderer hoher Adeliger von seinem Wirthschaftsrath statt 15,000 kaum 1500 Gulden monatlich. Der Landmann dagegen fühlt eine große Erleichterung und wird sich mehr und mehr erholen und kräftigen; so wird sich wohl endlich auch unsere Landwirthschaft heben in diesem unseren so reichgesegneten Böhmen, das noch viele ungekannte Schätze zu Tage zu fördern hat; vielleicht wird auf diese Weise der Bauer aus seiner Schlaffheit und Trägheit aufgerüttelt. Die Jagdgerechtigkeit wird von den Bauern in ausgedehntem Maße mit oder gegen den Willen der Obrigkeit ausgeübt; sie hat in diesen Tagen in der Herrschaft Lissa an der Elbe zu einem blutigen Zusammentreffen zwischen Nationalgarden und Bauern geführt; sie haben gegenseitig auf einander gefeuert und auf beiden Seiten sind Verwundete gefallen, man spricht von 3 Todten. (Leipz. Ztg.)

♀ **Berlin**, 19. Dez. Es ist der König von Preußen selbst, welcher Anstand nimmt, die deutsche Kaiserkrone unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf sein Haupt zu setzen. Die Bedenken, welche die Grundlage dieses Widerstandes bilden, sind von der Art, wie man sie allein von den bekannten Gesinnungen unseres Königs erwarten darf. Eine Rechtsverletzung in irgendwelcher Form widerstrebt seinem Gerechtigkeitssinne; und eine solche würde er so lange vorhanden glauben, als mit der Stimme des Volkes nicht auch die alter deutschen Fürsten darin übereinstimmt, sich dem Könige von Preußen, als dem Haupte der Centralgewalt, unbedingt unterzuordnen und zu Gunsten des gemeinsamen Vaterlandes auf alle diejenigen Specialrechte zu verzichten, welche in dem wahrhaften, lebendigen Mittelpunkte der deutschen Regierungsgewalten nothwendig werden aufgehen müssen. Diese fürstliche Bereitwilligkeit scheint einstweilen noch nicht in dem Maße an den Tag gelegt zu sein, um die Bedenken des Königs zu beseitigen.

Namentlich soll die Anwesenheit des Prinzen Karl von Baiern in Potsdam eher zu ihrer Befestigung, als zu ihrer Hebung beigetragen haben, und zwar, wie aus guter Quelle versichert wird, in dem Grade, daß der König dem wiederholten Andringen des Ministeriums endlich eine bestimmte und kategorische Weigerung entgegengesetzt haben soll. Wir hoffen, daß diese Weigerung nur eine bedingte gewesen ist, und daß die von dem Rechtsgefühl unseres Königs aufgestellte Bedingung in dem offenen und hingebenden Anschluß der deutschen Fürsten an die Sache der deutschen Einheit und damit der deutschen Kraft und Größe endlich doch noch ihre Erfüllung finden werde. Möchte unser Vaterland in allen seinen Theilen von dem Gedanken durchdrungen werden, daß der große Schatz einer thatsächlichen Vereinigung nur zusammengetragen werden kann aus den einzelnen Opfern derer, welche annoch die Trennung repräsentiren! Diese Opfer sind klein im Verhältniß zu dem erhabenen Schatze, welchen ihre Vereinigung bildet, und die wohlthätigen Wirkungen dieses kommen auch wieder den Opfern den zu Gute.

Berlin, 19. Dez. Das Polizeipräsidium macht bekannt:

Bekanntmachung. Das königliche Ober-Kommando der Truppen in den Marken hat unter heutigem Tage

den Vertrieb der illustrirten-humoristischen Zeitung, genannt

„Freie Blätter"

redigirt von Adolph Glasbrenner, gedruckt angeblich in Leipzig und verlegt von Ph. Reclam daselbst, in Berlin und im Umkreise von zwei Meilen während der Dauer des Belagerungszustandes verboten,

und zugleich wird angeordnet,

daß diejenigen Verkaufs-Lokale, in welchen dieses Blatt, des Verbots ungeachtet, feilgeboten wird, unter Konfiskation der vorräthigen Exemplare, sofort und für die Dauer des Belagerungszustandes geschlossen werden sollen.

Das betheiligte Publikum wird von dieser Anordnung hierdurch in Kenntniß gesetzt.

△ **Berlin**, 20. Dez. Unter den deutschen Angelegenheiten beschäftigt die Frage über das künftige Reichsoberhaupt alle Gemüther, selbst hier in Berlin, wo noch der Octroyirung der Verfassung die lebendige Aeußerung politischer Anschauungen ganz in den Hintergrund getreten ist. Die Gleichgültigkeit, womit man früher dieser Entscheidung entgegensah, ist verschwunden, freilich nicht, um ein Vertrauen in die Entwickelung der deutschen Angelegenheiten an die Stelle zu setzen. Man ist hier der Ueberzeugung, daß der König von Preußen die ihm von Frankfurt aus angebotene Kaiserkrone nicht annehmen wird. Nicht daß, weil er den Fürsten nicht entgegentreten will, sondern weil aller jetzigen Voraussicht nach, die Mehrheit, mit welcher diese Uebertragung erfolgen würde, keine solche sein wird, welche allgemein imponirt. Diese geringe Mehrheit wird vielmehr, selbst von Oesterreich abgesehen, den Beweis geben, daß, wie auch die „Kölnische Zeitung" bemerkt, Preußen nicht ehee das Dargebotene annehmen kann, bis es sich über die wahre Stimmung Deutschlands, oder vielmehr der deutschen Staaten aufgeklärt hat. In der badischen Kammer ist bereits ein Preußen günstiger Beschluß gefaßt worden, indem man sich energisch gegen jede Sonderbündlerei in der deutschen Frage ausgesprochen. Wenn es dem deutschen Volke Ernst mit seiner Einheit ist, so müßten alle deutschen Kammern diesem Beispiele folgen. Wenigstens können wir versichern, daß in verschiedenen Kreisen Berlins eine solche Garantie für nothwendig gehalten wird. Man ist hier theils zu wenig lüstern nach dem Vorrange Preußens, was auch die südbeutschen Blätter dagegen sagen mögen; theils ist man unbefangen genug, um sich über die Schwierigkeiten nicht zu täuschen, welche der Verwirklichung der deutschen Einheit entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten rühren keinenfalls von Preußen her, sondern von ganz anderer Seite, wenn man sie nicht etwa so sehr in der Natur der Dinge begründet sehen will, daß sie als natürlich erscheinen. In Königsberg und in Magdeburg, auch in Berlin sollen mit dem neuen Jahre neue Zeitungen erscheinen, welche das conservative Prinzip vertreten. Wir können hinzufügen, daß hier in Berlin, außer der eben erwähnten von Herrn Kahle zu begründenden, eine neue Zeitung durch Herrn Hansemann und dessen politische Freunde ins Leben gerufen werden soll. Herr v. Hasenkamp würde die Redaktion dieser Zeitung erhalten, auch Herr Rutenberg als Mitarbeiter betheiligt werden. Das Programm derselben, welches übrigens sehr allgemein gehalten ist, ist schon bekannt geworden. Ueber die Sitzungslokale der im Februar zusammentretenden Kammern erfährt man, daß für die zweite Kammer das Zeughaus, und für die erste Kammer das diesem gegenüberliegende Gouvernementsgebäude eingerichtet werden wird. Aus Jossy hören wir, daß dort das einheimische Militär unter russisches Commando gestellt worden ist und mit dem neuen Jahr auch die Polizei russisch organisirt werden soll. Die Censur wird dort so strenge geübt, wie in Rußland. Anstößige Bücher kommen gar nicht ins Land, anstößige Stellen in Zeitungen werden geschwärzt: und doch müssen die Buchhändler Listen halten, worin die Namen derjenigen, welche Bücher kaufen und Zeitungen lesen, sowie die Bücher und Zeitungen, welche von diesen gelesen werden, einzutragen sind. Oesterreich scheint dies Benehmen vollständig zu billigen, wohl aus Nothwendigkeit. Das Einrücken der russischen Truppen in Siebenbürgen erklärt man sich in der Weise, daß Oesterreich die Hülfe Rußlands für den äußersten Fall erbeten habe, und daß der Befehlshaber der russischen Truppen diesen Zeitpunkt für herangekommen erachtete.

Lith. Kaer. **Berlin**, 20. Dez. Von dem Abgeordneten Rodbertus ist eine Broschüre unter dem Titel: „Mein Verhalten in dem Konflikt zwischen Krone und Volk" erschienen. Der Verfasser erklärt in derselben, daß er erst, wenn die Nationalversammlung den von ihr am 9. Nov. gefaßten Beschluß, „daß sie keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Berathungen zu ändern, sondern daß sie diese in Berlin fortsetzen werde", selbst wieder geändert hätte und die Entfernung der gegenwärtigen Minister vom Amte erfolgt wäre, sich an den Berathungen in Brandenburg betheiligt haben würde; Hr. Rodbertus sieht in der Oktroyirung der Verfassung, insofern sie verbunden mit der Auflösung der vereindarenden National-Versammlung das Prinzip der Vereindarung selbst antastet, die erste Revolution in Preußen. Bis dahin wäre die Jungfräulichkeit Preußens im Rechte gerettet. In den einzelnen Bezirken wird eine Dankadresse für Hrn. Waldeck vorbereitet und werden nicht unbedeutende Beiträge zu einem Ehrengeschenke für denselben gezeichnet. Die vorbereitenden Wahlversammlungen haben zum Theil wieder eingestellt werden müssen. Es scheint nicht in der Absicht der Regierung zu liegen, den Wahlberechtigten durch Gestattung freier Zusammenkünfte die unerläßliche Vorbereitung auf den Wahlact möglich zu machen. Der General v. Wrangel besteht unerschütterlich darauf, daß in den Versammlungen politische Gegenstände nicht verhandelt werden. Ein Polizeibeamter soll zur Kontrole der Versammlung stets beiwohnen. Solche Bedingungen haben denn allerdings die Veranstalter der Versammlungen nöthigen müssen, diese ganz einzustellen.

München, 18. Dez. Man vernimmt, daß König Ludwig befohlen habe, sämmtliche von ihm begonnene Bauten, die bis jetzt ruhten, mit kommendem Frühjahr rasch wieder in Angriff nehmen zu lassen; so viel möglich soll auch während des Winters an Zurichtung des Materials zur Beendigung des Siegesthors und der neuen Pinakothek gearbeitet, und mit Eintritt der milderen Jahreszeit auch an der Befreiungshalle bei Kehlheim fortgebaut werden. Andererseits hat König Max im Sinne, in Berg, am Starnberger See, statt des kleinen Schlosses ein ganz neues aufführen zu lassen. (D. k. Z.)

▽ **München**, 20. Dez. Ein schwerer Schlag hat Baiern, hat die deutsche Sache betroffen; Minister Lerchenfeld ist ausgeschieden und ihm werden, wie die Sachen stehen, die übrigen Minister folgen müssen. Der Schlag geschah nicht ganz aus blauer Luft; es hing schon schweres Gewölk am Horizont, aber er überrascht doch jeden aufrichtigen Patrioten, der die deutsche Sache und mit ihr die der wahrhaft konstitutionellen Entwickelung höher stellt als die Interessen des baierischen Partikularismus, dessen Vorhandensein von Niemand, der nicht von Hause aus blind ist oder seine Augen nicht künstlich verschließt, abgeleugnet werden wird. Lerchenfeld hat ohne Zweifel schon seit Langem in seinem Ministersthul nicht wie auf Rosen gesessen; denn eben so wenig, als in Oesterreich die Metternich'sche Politik, ist in Baiern die Montgelas'sche in Vergessenheit gekommen. Diese spezifisch baierische Politik, die nur scheinbar eine Zeitlang in den Hintergrund gedrängt war, ist in gewissen einflußreichen Kreisen traditionell geworden; sie schmeichelt außerdem dem Stammespatriotismus der Baiern, welche sich von jeher um Deutschland vielleicht noch weniger gekümmert haben, als ihre Fürsten. Der frühere König Ludwig hieß zwar der Deutsche, und es ist auch

richtig und anzuerkennen, daß er in manchen bedeutenderen Angelegenheiten im deutschen Interesse gehandelt hat; aber in Baiern selbst — wir denken bei dieser Bezeichnung zumeist an die Urprovinzen im Süden — wurde doch vor Allem das baierische Interesse gehätschelt, das Wittelsbacherthum in aller möglichen Weise in den Vordergrund der deutschen Geschichte gestellt, mit einer die Verdienste aller übrigen Fürstenhäuser auslöschenden Glorie umgeben, und die blauweiße Flagge bei jedem geringsten Anlaß aufgehißt. Da die Köpfe hier ohnehin ziemlich dick oder, um mich artiger auszudrücken, schwer und trotzig sind und das Nachdenken über höhere politische Fragen und verwickelte Probleme nicht sehr lieben, so können Sie sich eine Vorstellung davon machen, auf welchen Widerstand hier der Gedanke eines deutschen Oberhauptes aus dem Stamm Hohenzollern stößt. Die Leute mögen, wie sie sich ausdrücken, nicht „preußisch" werden, aber, aufrichtig gesagt, sie wollen auch im Allgemeinen — ehrenwerthe und darum um so rühmlichere Ausnahmen gibt es auch hier — nicht deutsch werden, sie wollen die baierischen Insulaner bleiben, die sie immer gewesen sind. Es ist aber Niemand da, der sie darüber aufklärte, daß ein preußisches Reichsoberhaupt ihr Altbaierthum unangetastet lassen und ihnen ihren Wittelsbacher nebst allem Zubehör gönnen würde; im Gegentheil schüren die Ultramontanen, denen freilich ein protestantischer Herr an der Spitze Deutschlands sehr unwillkommen sein würde, den eben so unergründlichen als unerklärlichen Haß gegen Preußen aufs Aeußerste.

Hier zu Lande scheinen noch Wenige davon zu wissen, daß gerade Preußen es war, welches Baiern zweimal, durch den boieischen Erbfolgekrieg und den Fürstenbund, von dem Untergange rettete, den Oesterreichs Länder- und Arrondirungssucht ihm bereits eingefädelt hatte. Man scheint dergleichen Erinnerungen, die doch vielleicht etwas zur Linderung der gegen Preußen herrschenden Abneigung beitragen möchten, bei dem Volke absichtlich zu verwischen und es dadurch, daß man keinerlei Sympathie für einen protestantischen Staat bei ihm aufkommen läßt, im Katholizismus nur um so mehr festzupfählen. „Preußens Bevorzugung," sagt die D. konst. Z. unter anderm, „wäre für das alte Land der Eichen, was für Polen die erste Theilung gewesen (!). Sie würde vermöge der zur Zeit noch nichts weniger als verwischten Charakterverschiedenheit zwischen Nord- und Süddeutschen, vermöge der Eigenthümlichkeiten des bisherigen Preußenthums, vermöge dessen erst beginnenden Vertrautwerdens mit konstitutionellen Formen, vermöge des kalten, starren, herrischen Wesens seiner Büreaukratie und Militärkaste, vermöge des von einer solchen Kombination unzertrennlichen Verbleibens Süddeutschlands in seiner bisherigen kommerziellen Sackgasse, nach kurzer Zeit gegenseitiger Reibungen zu einer neuen Scheidung des Südens vom Norden führen" u. s. w. Solche Begriffsverwirrung herrscht hier zu Lande sogar in den Köpfen der Publizisten, daß sie sich nicht entblöden, Preußens Bevorzugung mit einer Theilung Deutschlands, ähnlich der ersten Theilung Polens, gleichzustellen! solche Begriffsverwirrung, daß sie nicht nur gewisse instinktmäßige Abneigungen, die man noch gelten lassen könnte, sondern auch „das erst beginnende Vertrautwerden der Preußen mit konstitutionellen Formen" gegen die preußische Bevorzugung in Rechnung bringen! Es hat den Verfasser dieser Zeilen früher immer komisch berührt, wenn man hier sich der Vorzüge rühmte, die man durch die Verfassung und durch größere Preßfreiheit vor den Preußen voraus habe. Wie groß die Früchte dieser scheinbar größeren Preßfreiheit zu der Zeit waren, als man sich ihrer am meisten rühmte, davon lagen in jedem Blättchen Altbaierns die unschmackhaftesten Proben Jedermann zum Genusse offen, und wie wenig die Verfassung — ich will nicht einmal von ihren „Formen" sprechen, auf die es überall weniger ankommt — in Fleisch und Blut des Volks übergegangen war, davon konnte sich Jeder überzeugen, der nur eine Stufe tiefer in das wirkliche Volk hinabstieg! So sehr wie nur Einer in Deutschland, wünscht Ihr Korrespondent, daß sich die „kommerzielle Sackgasse" Baierns in eine offene Gasse bis zum adriatischen Meere verlängern möge, noch mehr aber, daß die Alt-Ober- und Alt-Niederbaiern recht bald aus der Sackgasse des Pateiotismus, in welche sie zu einem großen, ja zum größten Theile gebannt sind, in die deutsche Gemeinschaft heraustreten möchten. Auch wollen wir die Altbaiern daran erinnern, daß ihr eigenes Land im Norden Strecken und Provinzen enthält, wo Sitte, Religion und Bildung ganz noch dem Norden hinweisen und sogar die Sympathien für Preußen, dem sie zum Theil zugehörten, stellenweise noch keineswegs erloschen sind.

Die Ansichten in den höchsten Kreisen gehen nun dahin, „daß Baiern sich einen Kaiser oder ein Reichsoberhaupt, gleichviel unter welchem Titel, nicht aufdrängen (!) lassen werde"; so kommt man wieder auf den bekannten baierischen Entwurf zurück, indem man vorschlägt, einen Turnus oder eine Trias an die Spitze des Bundesstaats zu stellen, einen sogenannten Fürsten- oder Reichsrath, zu dreien oder sechsen, wie es kommt. In diesem Sinne wird intriguirt schon seit dem baierischen Entwurf her, in diesem Sinne wird in den Zeitungen nach allen Seiten hin gewirkt, in diesem Sinne ist eine neue Denkschrift geschrieben, welche man dem Hofrath Dönniges, gewissermaßen dem literarischen Geheimrath unseres Königs, zuzuschreiben geneigt ist. Wenn mit diesem exekutiven Reichsrath auch nichts gewonnen wird, so wäre wenigstens damit erreicht, daß die Familie Wittelsbach keinen Hohenzollern oder Habsburger über sich anerkennen dürfte; gegen eine solche, von den wahrhaften Patrioten gewünschte oberste Spitze wird Baiern Himmel und Erde in Bewegung setzen, es wird sich schließlich völlig zurückziehen, wie in jener Denkschrift von Ferne gedroht ist, es würde vielleicht nicht unlieb zusehen, „wenn dem Auslande so Anlaß gegeben würde, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen." Wäre es doch nicht das erste Mal, daß Baiern der Einmischung des Auslandes nicht gram wäre! Es ist traurig zu sehen, wie die dynastischen Interessen, die Umtriebe der Ultramontanen, welche dem Reiche am liebsten eine mehr jesuitische, vielleicht habsburgische Spitze geben möchten, und die zahmen und die wilden, die blaß- und die blutrothen Republikaner, neben der Unzahl Schwankender und Indifferenter gemeinsam der vielleicht bald nur noch als Entwurf berühmten deutschen Einheit entgegenarbeiten! Eine kleine Partei auch in Baiern würde sich vielleicht den König von Preußen als Reichsoberhaupt gefallen lassen, insofern das Königreich Preußen, auf dessen Zerstückelung sowohl Ultramontane als Republikaner hinarbeiten, aufhörte zu sein und in kleine Stotthaltereien zerfiele, während Baiern bliebe was es ist, und dadurch jede einzelnen Provinz des ehemaligen Königreichs Preußen überlegen wäre. Gegen kompakte Massen wie Oesterreich und Baiern würde dann, so rechnen sie, das zerstückelte protestantische Deutschland ziemlich unmächtig sein und das Uebergewicht der südöstlichen katholischen Ländermasse von selbst zufallen. Vor allen Dingen möge sich Baiern hüten, nicht als trennender Keil in die Mitte von Deutschland eingetrieben zu sein, da es doch eher seine Aufgabe ist, das Deutschland im Centrum zusammenhaltende Mittelglied zu bilden.

Stuttgart, 20. Dez. Nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern vom 12. Dez. darf die von der Post anzurechnende Speditionsgebühr für Zeitschriften an keinem Orte Württembergs mehr als 20 Prozent des Preises, zu welchem das Blatt vom Verleger abgegeben wird, beitragen. Das Ministerium hat durch diese Verfügung, welche das mit der sogenannten Belieferungsgebühr getriebene Unwesen endlich regelt und das Zeitungslesen überhaupt erleichtert, den Dank der Presse verdient. In der heutigen (51.) Sitzung beschloß die Kammer in Folge eines Antrags des Abg. Scherr mit 59 gegen 20 Stimmen, im Einklang mit ihrer in der Antwortsadresse auf die Eröffnungsrede ausgesprochenen Ansicht, die Regierung behufs der Berufung einer konstituirenden Versammlung um rechtzeitige Vorlage eines neuen Wahlgesetzes zu bitten. (Beob.)

Stuttgart, 21. Dez. Dr. Strauß, Abgeordneter von Ludwigsburg, ist aus der Kammer der Abgeordneten ausgetreten. (Schwäb. M.)

Hannover, 15. Dez. So lange Stüve am Ruder bleibt, hat es mit eigentlicher Reaktion nichts auf sich, wenngleich Stüve fest an dem Rechtsboden hält, ohne darauf gebaut zu haben; aber es wird unser indifferentes Volk es ohne große Schwierigkeiten dulden, wenn er vom Adel und alten Beamten, die er vom Ruder ließ, beseitigt wird, die ihn sicherlich nur dulden als das abgenutzte Werkzeug aus den Mäzegefahren. Eigentlich populär hat sich Stüve nicht gemacht. (Nach. Ztg.)

Konstanz, 17. Dez. Gestern wurde der Redakteur der Seeblätter, J. N. Letour, welcher wegen Verbreitung einer Schrift vor 16 Tagen nach Stockach in Untersuchungshaft gebracht worden war, wieder in Freiheit gesetzt. (Seebl.)

Altenburg, 19. Dez. Die Landschaft hat zu der Criminalunterfuchung gegen den Abgeordneten Erde ihre Einwilligung ertheilt und erklärt, daß das Staatsbürgerrecht des Abgeordneten Erbe auf die Dauee der gegen ihn eingeleiteten Unterfuchung ruht und demgemäß sein Stellvertreter einzuberufen sei. — Advokat Dölitzsch hat die auf ihn gefallene Wahl eines Bürgerwehrcommandanten nicht angenommen. (D. A. Z.)

Gotha, 19. Dez. Die am 15. und 16. Dez. hier stattgehabte Konferenz der Ministerialdeputirten der sämmtlichen thüringischen Staaten (Weimar, Koburg, Meiningen, Altenburg, Schwarzburg und Reuß) war nicht ohne politische Bedeutung. Sie war vorzugsweise von dem großherzogl. sachsen-weimar'schen Staatsrathe v. Wydenbrugk, der als Abgeordnetee in Frankfurt a. M. neuerdings entschieden zur Linken übergetreten ist, veranlaßt worden, um wo möglich dem Großherzogthum Sachsen-Weimar die Suprematie über die sächsischen Fürstenthümee zuzuwenden. Der Reichskommissär v. Mühlenfels suchte insbesondere die Vereinigung dieser Fürstenthümer unter einem gemeinsamen Oberhaupte zu befürworten. Die übrigen Konferenzmitglieder aber, und nomentlich die Abgeordneten von Koburg-Gotha, traten diesem Plan entschieden entgegen. Man vereinigte sich dahin, einen thüringischen Vereinsstaat, jedoch mit ungeschwächter Selbstständigkeit der einzelnen Regierungen, in's Leben zu rufen, und berieth sich übee die Vertretung dieses Staats, der deutschen Reichsgewalt gegenüber, sowie über gemeinsame Militärmaßregeln und verschiedene Gegenstände der Gesetzgebung und Verwaltung. Auch kam die Stellung der Volkskammer den Regierungen gegenübee, vielfach zur Sprache. Das Resultat der Berathungen, insoweit sie nicht vertrauliche gewesen, soll in Statuten niedergelegt werden, zu deren Feststellung und Genehmigung in einigen Wochen eine obermalige Konferenz in hiesigee Stadt zusammentreten wird. Unsere Abgeordnetenversammlung hat alsbald beschlossen, an die Staatsregieeung eine Zuschrift zu erlassen, in welcher sie die sichere Erwartung ausspricht, daß diese Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse nicht ohne vorherige Vereinbarung mit der Volkskammer in's Leben treten werde. (D. A. Z.)

Großbritannien.

London, 19. Dez. Die Parteien scheinen schon jetzt den „Druck von außen" auf das mit dem künftigen Februar zusammentretende Parlament vorzubereiten. Unter anderm trifft man bereits Voekehrungen zu einem Monstermeeting von Freihändlern, Finanzreformern und andern Reformfreunden, welches nächsten 4. Januae in der Freihandelshalle in Manchester gehalten werden soll. Folgende als radikal-liberal (im englischen Sinne) bekannte Reformer: Cobden, Bright, Gibson, Brotheeton, Oberst Thompson u. A. werden, wie man erwartet, daran Theil nehmen. Die Beschlüsse werden Finanz- und Steuerreform, Ausdehnung dee Wahlfreiheit und andere Volkswünsche betreffen, wie sie der im vergangenen Sommer unter der Aegide Humes und Cobdens zusammengetretene Volksverein akzeptirt hat. Man erfährt, daß Cobden eine Art Budget vorlegen werde, um darzuthun, daß in der Armee, im Geschützwesen und in der Marine beträchtliche Ersparnisse gemacht werden könnten, ohne die Vertheidigungsmittel des Landes zu schwächen. Man sieht einer sehr zahlreichen Volksversammlung entgegen.

Die Abgeordneten der anglo-amerikanischen Gesellschaft für Verbreitung des Weltfriedens, die vergangenen September in Brüssel zusammenkamen, haben einen Preis im Betrage von 1000 Fr. für die beste Schrift „über die Abschaffung des Kriegs zwischen den Völkern" ausgesetzt. Die Abhandlungen müssen in französischer Sprache geschrieben sein und noch vor dem 1. Juni k. J. der Gesellschaft in Brüssel eingesandt werden. Die Brüsseler Gesellschaft ihrerseits hat 1000 Fr. zur Vertheilung unter die übrigen Mitbewerber je nach Verdienst bestimmt.

In einer Versammlung, welche neulich die Gesellschaft für öffentliches Schulwesen in Manchester hielt, empfahl Cobden in einer längeren Rede die Erziehung des Volks durch Staatsmittel, wobei er bemerkte: „wenn wir nicht Anstalten treffen, daß der Staat die Volkserziehung übernimmt, so wird die nächste Generation in unserm Lande wahrscheinlich die unwissendste in der ganzen civilisirten Welt sein."

Wie der letzte Stand des Poll bestimmt voraussehen ließ, hat der konservative Kandidat für West-Yorkshire, Hr. Denison, über den liberalen Kandidaten Sir E. E. Cardley, einen soll kommenen Sieg davongetragen. In Leominster ist, wie es scheint, der radikale Kandidat, Hr. Phillimore, von der Bewerbung zurückgetreten und hat seinen beiden Nebenbuhlern Frederick Peel, Sohn Sir Robeets, und Sir Edward Bulwer Lytton allein das Feld überlassen. Der Radikalismus macht gegenwärtig in England kein besonderes Glück. Alle konservativen Bestandtheile der Bevölkerung scheinen eine geschlossene Phalanx zu bilden, um Jeden, welcher die ohnehin wenig zahlreiche Partei dee Radikalreformee verstärken könnte, vom Parlament abzuhalten. Menschlicher Berechnung nach dürfte auch die künftige mit dem 1. Febr. beginnende Parlamentssession, insofern nicht bedeutende Krisen von innen odee außen die Stellung der Parteien verändern und die des Ministeriums gefährden, in innern Angelegenheiten eine ziemlich zahme sein.

Die „United Service Gazette" bleibt, trotz der Gegenversicherung der „Post" und „Times" auf ihrer frühern Mittheilung bestehen, daß Sir Ch. Napiee den Befehl habe, mit seiner am 27. von Portsmouth abgesegelten und eigentlich nach Lissabon bestimmten Flotte auch einen Abstecher nach der marokkanischen Küste zu machen, von wo aus neuerdings seeräuberische Anfälle auf englische Schiffe stattgefunden hatten.

Eine neue ostindische Ueberlandpost ist angekommen, ohne über einen entscheidenden Vorgang vor Multan Nachricht zu bringen. Die Britten scheinen nicht eher Multan angreifen zu wollen, ehe sie nicht alle ihre Streitkräfte beisammen haben, und sie ziehen von allen Richtungen so viele herbei, daß man wohl kaum daran zweifeln darf, es sei auf eine gänzliche Unterwerfung des Landes abgesehen. Am 1. Novemben fand ein Scharmützel und ein gegenseitiges Kanonenfeuern zwischen General Whish und den Insurgenten von Multan statt, ohne bedeutendes Resultat. Der Herrschee von Multan hatte den Großmüthigen gespielt und allen Briten, die in seine Hände gefallen waren, erlaubt zurückzukehren. Er hatte sie sehr gütig behandelt. Die torystische Britannia warnt vor der Verwandlung des Pendschab in unmittelbar brittisches Unterthanenland, man werde alsbald mit Persien anbinden müssen und zuletzt in Mittelasien mit Rußland sich feindlich begegnen. Die Börsenmänner ließen heute die Konsols bis auf 88⅝ heraufgehen, weil sie sich nicht ausreden lassen, daß mit Ludwig Napoleon die Monarchie in Frankreich so gut wie gewiß sei.

Frankreich.

* **Paris**, 19. Dez. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung brachte der Abgeordnete Lagrange die Amnestiefrage mit mehr gutem Willen als Geschicklichkeit vor. Er ließ sich nämlich zu der Aeußerung hinreißen: wenn die Frage durch geheimes Scrutinium entschieden werden sollte, so würden seine Freunde und er ihre Namen und Abstimmungen in den Moniteur setzen lassen, wie das rechtschaffenen Volksvertretern zieme. Die Versammlung sah hierin eine indirekte Drohung und mehr als hundert Stimmen verlangten ebendeßwegen geheime Abstimmung, wo denn der Vorschlag mit 376 gegen 189 Stimmen verworfen wurde. Heute kam derselbe Abgeordnete auf denselben Gegenstand mit vielen Entschuldigungen wegen der gestern von ihm gebrauchten rednerischen Floskel zurück. Er selbst, sagte er, sei unter Ludwig Philipp im Gefängnisse gewesen, aber er habe nicht den vierten Theil so viel gelitten, wie die Unglücklichen, zu deren Gunsten er verlange, daß die Amnestie vor der Verkündigung des Präsidenten ausgesprochen werde. Er drang aber wieder nicht durch, die Versammlung ging zur Tagesordnung über. Barbès hat aus seinem Gefängnisse ein Schreiben an das Journal „Le Peuple" gerichtet, worin er zwar erklärt, er habe nicht verlangt, daß sein Name auf die Liste der Nationalbelohnungen gesetzt werde, aber hinzugefügt, er hätte gar nichts dagegen, neben den Verwandten der „heldenmüthigen Alibaud und Darmès" oder auch neben dem „unglücklichen Mialon" zu stehen, der freilich etwas weniges gestohlen, aber sich durch Flintenschüsse gegen den „Despoten" gereinigt hätte. Barbès ist von dem Club Montesquieu (früher Club de la révolution) wiederholt zum Ehrenpräsidenten erwählt worden. Auf die Nachrichten von der Absetzung des Papstes und den Volksbewegungen in Rom ist das römische Anlehen an unserer Börse um 3½pCt. gefallen.

Man bemerkt, daß drei der designirten neuen Minister, nämlich die Herren Drouin de Lhuys, v. Tracy, Fallour und Bixio, bei der Präsidentenwahl für Cavaignac stimmten. Letzterer soll sogar, ehe er die ihm zugedachte Stelle annahm, sich mit dem General darüber berathen haben, der ihn lebhaft aufforderte, dem neuen

Präsidenten seine Mitwirkung nicht zu versagen. Der Moniteur, der die Beförderungen in der Marine mittheilt, welche wir bereits angezeigt haben, beantwortet die Bemerkung einiger Journale, es seien dieselben ohne Zustimmung des Marineministers erfolgt, dahin: Nur eine einzige Ernennung ist gegen den Willen des Ministers Verninoe erfolgt. Es ist dies — seine eigene zum Contreadmiral. Diese ist allerdings vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten kontrasignirt. In den Departementen werden die Mißtrauensvoten und Adressen gegen die Versammlung thätig betrieben. Sie soll durchaus nach vollendeter Verfassung abtreten und die organischen Gesetze der nachfolgenden Legislatur überlassen. Sie läßt sich jedoch dadurch nicht abhalten, diese vorläufig in ihren Bureaux zu berathen. In dem Gesetze über den Staatsrath wurde die schon unter der Monarchie so heftig angefochtene Bestimmung, daß es der Ermächtigung desselben bedarf, um Staatsdiener wegen ihrer Amtsverrichtungen zu belangen, von mehreren Abgeordneten bekämpft, von der Mehrzahl aber beibehalten. Der Ausschuß für den öffentlichen Unterricht hat dem Vorschlage des Abgeordneten Rolland, die Nationalbibliothek nach den Tuilerien zu verlegen, beigestimmt und dabei den Wunsch ausgesprochen, den Louvre auszubauen und sämmtliche gelehrte Anstalten dahin zu verlegen. Der National beschwört die Nationalversammlung, sich von dem Geschrei nach Auflösung nicht irre machen zu lassen und sich den Konvent zum Muster zu nehmen, der es mit den Kanonen des General Bonaparte durchsetzte, daß zwei Drittheile seiner Mitglieder in die nachfolgende Legislatur eintreten mußten. Die Versammlung wird wohl auf den Roth, schwerlich aber auf die Vergleichung eingehen.

†† **Paris**, 18. Dez. Es ist erquickend, aber schwer, vom politischen Charlatanismus der europäischen Kammern, von der Kannengießerei unserer Bierlokale oder Theesalons loszukommen und in eine Umgebung zu gelangen, die nicht den 11. Paragraph des Grundgesetzes mit dem 76. Amendement zum Unterhaltungsstoff erkiest. Wenn unsere Väter einem drückenden Gedanken entgehen wollten, gingen sie ins Freie, wo ist aber jetzt die schöne Gegend hingekommen? Niemand weiß es, sie ist fort wie Nathans Fabelring. Oder in die Kirche? In gothischen Gewölben ist es heimlich und der Geist macht sich los von der motivirten Tagesordnung. Diese Gedanken führten mich nach Notre Dame. Die poetische Kirchenruhe wurde durch Orgelklang gestört. Wem galt die Andacht? Die Franzosen haben ihren König vertrieben und beten für den vertriebenen Pabst. Diese Litaneien werden die Geistlichkeit noch einige Zeit in Athem halten, da der heilige Vater keine besondere Lust verspürt, seine figliolì amati wieder zu sehen. Quel buon rè bombardatore ist ihm gewogener als die weltlichen Römer vermutheten. Seine Grenz- und Zollpolizei ist angewiesen, Römer als Kontrebande anzusehen, welche unter keinem Vorwande, weder als Deputirte noch als Senatoren, in das Königreich beider Sizilien importirt werden darf. Das sind die Grundlinien des italienischen Zollvereins. Die Schickung die mich heute weder die freie Natur noch Tempelstille finden ließ, führte mich ins Institut français in die Sitzung der naturhistorischen Abtheilung. Die französische Akademie ist eine oligarchische Republik, welche nur von „Gottes Gnaden" begabte Menschen repräsentiren dürfen, an deren Gipfelpunkt kein Louis Bonaparte schon des Namens wegen gelangen könnte. Das Verlesen des Protokolls gab Zeit zu Physiognomiestudien. Da saßen die Leuchten des französischen Geistes, interessante Büsten, an dem Tischrechteck, welches grün bedeckt ist. Das Schicksal Frankreichs kann von diesen Heroen der Wissenschaft in höherer Potenz geleitet werden. Es trifft die Akademie nicht unverdient der Vorwurf, daß sie ihre Stellung dem Hof und Volk gegenüber nicht benutzt habe, die Februar-Revolution in ihrem Facit unmöglich zu machen. An des Präsidenten Seite saß der kräftige Mann, welcher im Februar die Professorenperrücke über Bord geworfen hat, und ans Steuer trat. Unter den Sprechern des Abends erwarb der alte Biot mit der dünnen Stimme eines achtzigjährigen Greises die meiste Aufmerksamkeit. Man hörte seinem Vortrag über Anwendung eines medizinisch-chemischen Instrumentes lautlos zu; Magendie, der berühmte Arzt, opponirte dem alten Kollegen, mehr um ihm die wissenschaftliche Theilnahme und Achtung der Versammelten damit zu erweisen, als um auf den Gegenstand tiefer einzugehen. Der jugendliche Leverrier sprach über Kometen. Gestern verbreitete sich das Gerücht, Ledru-Rollin sei im Duell erschossen worden. Die Ursache des Duells ist ein Brief, welchen der Cartier, früherer Sekretär des Ministers Rollin, an den Deputirten Rollin schreibt und durch alle Zeitungen veröffentlicht. Er nennt in diesem Briefe Herrn L. Rollin einen gemeinen Verleumder, weil er auf ein von Cartier vorgeschlagenes Ehrengericht zur Prüfung gegen Cartier zeugender Schriften nicht einging, nachdem Ledru in der Kammerrede vom 9. Dez. Cartier geheimen Einverständnisses mit Louis Philipp beschuldigte. Die Zeitungen von heute erzählen nichts von der Duellgeschichte. In der französischen Marine werden 45 Offiziere noch von der provisorischen Regierung zu höheren Graden befördert werden. Aufsehen macht ein Brief von Alexander Dumas an Prinz Louis Napoleon. Er empfiehlt ihm Aufhebung des Exils für den Herzog von Bordeaux, Wiedereinsetzung Aumale's und Joinville's in die gehabten Stellen, Ernennung Cavaignac's zum Marschall und Lamartine's zum Vice-Präsidenten der Republik. — Der mit beinahe 6 Millionen Stimmen erwählte Präsident Bonaparte wird dem Vernehmen nach Lamartine, Bedeau und Dufaure zu Vicepräsidenten der Republik der N.-Versammlung vorschlagen. Der Handel in Haore belebt sich wieder, die Fabrikanten rufen ihre Arbeiter ein, die Kurse steigen, seit der Präsident L. N. Bonaparte in gewisse Aussicht gestellt wor. Der 24. Februar, sagt das Journal de Haore, war eine surprise, bei Vielen eine méprise; der 10. Dec. wird eine reprise werden. Die Frage der Kammerauflösung ist noch ein Stein des Anstoßes. Der Präsident Napoleon kann mit dieser Kammer nicht regieren, obgleich er sein Ministerium nicht ernannte, sondern die Kammer es diktirte. Nachdem die assemblée nationale als Konstituante ihren Beruf erfüllt, müssen neue Wahlen zu der konstitutionellen Kammer ausgeschrieben werden. Die Presse dringt jetzt schon darauf. Die Regierung wird nicht recht wissen, wie es einzuleiten; die Partei Cavaignac so ausser Spiel zu bringen. Der Verstand des Hrn. Thiers dürfte nicht verlegen sein, Minister auf den Trümmern der gestürzten Konstituante zu werden, und seinen Schützling L. Napoleon den Kommentar zur Geschichte des Kaiserreichs schreiben zu lassen.

Spanien.

* **Madrid**, 14. Dez. Das Ministerium hat sich wieder befestigt. Hr. Bafalo, einer der im Palaste angestellten Offiziere, der sich in einem Schreiben an den Exe politico heftig gegen den General Narvaez ausgesprochen hatte, hat eben so wie die Herren Santiago und Cumbros-Altas, „die Erlaubniß erhalten zwei Monate auf Reisen zu gehen." Der Stallmeister der Königin Hr. v. Cumbros-Altas wollte als Deputirter keinen Urlaub nehmen und hält sich hier verborgen, bis die Cortes eröffnet werden. Hr. Santiago, der ein Grenadier-Regiment kommandirt, ist nach Guadalajarro, Hr. Basalo nach Aranjuez abgereist. (Früher berichteten öffentliche Blätter, Narvaez habe seinen Abschied verlangt, weil er zu Lustpartien in einem königl. Schlosse nicht zugezogen worden, zu welchen mehrere Oberoffiziere eingeladen waren.)

Italien.

Venedig. Die päpstlichen Hülfstruppen, etwa 8000 Mann, verlassen Venedig, um ihrem eigenen Lande zu Hülfe zu ziehen. General Pepe hofft sie, wie er in einem Tagesbefehl vom 2. sagt, bald wieder zu sehen, um mit ihnen vereint die Oestreicher über die Berge zu jagen.

* Der „Corriere mercantile" von Genua (15. Dez.) gibt Nachrichten aus Rom, welche er durch ein den 14. Morgens aus Civitavecchia angelangtes Dampfschiff erhielt, die anders lauten als die, welche wir nach dem „Nationol savoisirn" mittheilten. Nach dem Genueser Blatte besteht die am 11. ernannte provisorische Regierung aus dem Prinzen Corsini, dem Senator von Bologna, Zucchini, und dem Syndikus von Ancona, und soll im Namen des Papstes die Regierung führen. In einem andern Artikel aus Rom vom 11. wird sogar hinzugefügt: diese Junta solle ihre Funktionen beendigen, sobald Pius wieder in seiner Hauptstadt eintreffen würde. Ob nun jene Nachrichten, wie es scheint, übertrieben, oder von einer spätern Stunde sind, müssen wie sehr bald erfahren.

Neueste.

* **Paris** 20. Dez. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung trat um 4 Uhr die mit der Prüfung der Wahlen beauftragte Commission in den Saal. Unter tiefer Stille verkündet der Berichterstatter Hr. Waldeck Tonsseau, nach einer kurzen Einleitung: Von 7,236,315 Wählern haben 5,434,226 für Ludwig Napoleon Bonaparte, 1,448,107 für General Cavaignac, 370,119 für Ledru Rollin, 36,921 für Raspail, 17,900 für

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 22. Dez. Amtliche Berichtigung. Die neue Coalition und die österreichischen Pläne. Oesterreich's Stellung im Osten.) Wien (Die Fortschritte der Armee. Gerücht von Ministerialveränderungen und Arbeiterverschwörungen. Das Theater. Die estdeutsche Post.) Ollmütz (Kais. Handschreiben.) Triest (Gerücht von der Einnahme Malghera's.) Berlin (Ministerrath. Gerüchte über ein neues Ministerium. Die Wahlen. Hr. Waldeck. Preußische Rüstungen am Rhein.)

Frankreich. Paris (Einige Unruhen in Grenoble und St. Etienne. Vorsichtsmaßregeln. Angebliche Entdeckung einer Verschwörung.)

Italien. (Abdankung Karl Albert's. Die Constituante. Aeußerungen Pius IX. Programm des sardinischen Ministeriums Gaeibaldi.)

Dänemark. Kopenhagen (Proklamation des Königs gegen die schleswig-holsteinische Regierung.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 23. Dez.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 23. Dezember.

Tagesordnung der 143. öffentl. Sitzung.

1) Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungs-Ausschuß vorgelegten Entwurf „der Reichstag," und zwar über Artikel VII. §. 24 und folgende.
2) Ersatzwahlen in den völkerrechtlichen Ausschuß für den ausgetretenen Abgeordneten Stenzel und die zeitweise abwesenden Abgeordneten Heckscher und Raumer aus Berlin.
3) Berathung der von den Abgeordneten v. Trützschler, Marcks und Geumbrecht, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses erstatteten drei Berichte über verschiedene an die verfassunggebende Reichsversammlung gelangte Petitionen und Eingaben.
4) Berathung über den vom Abgeordneten Carl, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Bericht über Anträge und Petitionen, das Eisenbahnwesen betreffend.
5) Berathung der Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten erstatteten Berichte:
   a) über zwei von dem Abgeordneten Heisterbergk gestellte Anträge — erstattet vom Abgeordneten Stavenhagen;
   b) über mehrere Petitionen, Wehrangelegenheiten betreffend, erstattet vom Abgeordneten Teichert;
   c) über die Petition der Schützengilde in Falkenberg, erstattet vom Abgeordneten Schleußing;
   d) über die Eingabe des Centralvorstandes des allgemeinen Anhalt'schen Schützenvereins in Dessau, — erstattet vom Abgeordneten Schleußing.
6) Berathung des vom Abgeordneten Kirchgeßner, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung, erstatteten Berichts über den Antrag des Abgeordneten Pinckert, die Präsidentenwahlen betreffend.
7) Berathung des vom Abgeordneten Holten, Namens des völkerrechtlichen Ausschusses, erstatteten Berichts über ein Gesuch des Pfarrers F. W. Schellenberg zu Cleeberg, Seelenverkäuferei betreffend.

Vorsitzender: Präsident Ed. Simson. Der Austritt des Abgeordneten Hrn. v. Platen aus Kamlau aus der Nationalversammlung wird angezeigt. Hönniger aus Rudolstadt interpellirt das Reichsministerium des Kriegs wegen anhaltender Besetzung des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt mit Truppen. Herr Thinnes aus Eichstädt nimmt seine Austrittsanzeige zurück, indem sich die Umstände geändert hätten, die ihn veranlassen wollten, mit dem 1. Jan. aus der Versammlung auszuscheiden. Aus Fiume ist ein Flottenbeitrag von 100 fl. Conv.-M. unmittelbar durch das Handelsministerium eingegangen (Bravo!). Die Herren Reitter, v. Reden, Heinr. Simon, Venedey und Genossen beantragen, 100,000 Abdrücke der Grundrechte, in der Form des Reichsgesetzblattes, zur Vertheilung an die Abgeordneten und durch diese an die Wähler. Wird mit 153 gegen 118 Stimmen genehmigt. Rößler aus Oels will die Grundrechte authentisch in die slawischen Landessprachen übersetzt sehen und behält sich desfallsigen Antrag vor.

Freese aus Stargard ruft den völkerrechtlichen Ausschuß an, wegen Berichts über einen von ihm vor zwei Monaten übergebenen Antrag, in Betreff des Sundzolls. Schubert aus Königsberg erklärt im Namen des Ausschusses, daß derselbe Gegenstand neuerdings auch durch einen von Rahm, Osterrath und fünfzig Genossen unterzeichneter Antrag angeregt worden und Begutachtung für die ersten Tage des neuen Jahres zu versprechen sei.

Nachdem die Wahlzettel zur Ergänzung des völkerrechtlichen Ausschusses eingefordert sind, wird die fortgesetzte Berathung über den Abschnitt: „der Reichstag", des Verfassungs-Entwurfs eröffnet. Unter Verzicht auf die Diskussion werden angenommen:

Artikel VII. §. 24. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten und die Vicepräsidenten für sich ebenso die Schriftführer.

Der Zusatz der Ausschußmehrheit: „und zwar für die Dauer einer ganzen Sitzungsperiode", zu diesem Paragraphen wird verworfen, ebenso wie die Bestimmung der Minderheit, daß diese Wahl auf einen Monat geschehen solle.

§. 25. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können.

§. 26. Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung.

Zu dem folgenden Paragraphen bemerkt der Berichterstatter des Ausschusses, Briegleb, vor der Abstimmung, daß die nachfolgende Eidesablegung nicht unerläßlich, sondern bei Mitgliedern einer Religionspartei, denen ihr Bekenntniß eine Eidesleistung verbiete, durch ein einfaches Handgelöbniß ersetzt werden könne.

§. 27. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritte den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe!"

§. 28. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses. Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn die Hälfte sämmtlicher Mitglieder an der Abstimmung Theil nimmt und eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet.

§. 29. Weder Ueberbringer von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden.

§. 30. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die geschäftlichen Beziehungen beider Häuser zu einander betreffen. Diese werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet.

Artikel VIII. §. 31. Ein Mitglied des Reichstags darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That.

§. 32. In diesem letzteren Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen.

§. 33. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach diese bis zur Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist.

§. 34. Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Ein hinter „Aeußerungen" einzuschiebender Zusatz: „den Fall der beleidigten Privatehre ausgenommen," den v. Bamnbach beantragt, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen die Einfügung der gesperrt gedruckten Worte „oder disziplinarisch."

Artikel IX. §. 35. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstags beizuwohnen und von denselben gehört zu werden.

§. 36. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstags in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen.

§. 37. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein.

§. 38. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienste ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat.

Da somit der ganze Abschnitt des Verfassungsentwurfs über den Reichstag erledigt ist, so vertagt auf G. Beseler's Antrag die Versammlung ihre Berathung über die Nummern 3—7 der heutigen Tagesordnung auf nächsten Donnerstag den 28. Dez. Denn, bemerkt Herr Beseler, wenn es auch wünschenswerth sei, die Continuität der Sitzungen aufrecht zu erhalten, so werde doch für die erste Berathung nach dem Feste eine möglichst „unschuldige Tagesordnung" die allein passende sein und diesem Zwecke entsprächen die unter 3 bis 7 angeführten Gegenstände vollkom-

Digitized by Google

men. Vom 28. Dezember sollen die Sitzungen sodann weiter und bis zum 3. Jan. vertagt werden.

Das Ergebniß der Wahlen für den volkswirthschaftlichen Ausschuß ist folgendes. Die beziehentliche Stimmenmehrheit haben erhalten die Herren v. Schmerling aus Wien, Backhaus aus Jena und Leverkus aus Oldenburg.

Mehre Mitglieder von der rechten Seite des Hauses reichen eine Verwahrung zu Protokoll ein gegen den Beschluß auf Abdruck und Austheilung der Grundrechte, indem sie die Geschäftsbehandlung des Gegenstandes als ordnungswidrig rügen und der Versammlung auch, was das Materielle des Beschlusses anlangt, das Recht bestreiten, den Exekutivbehörden vorgreifen zu dürfen.

Die heutige Sitzung wird darnach schon vor 12 Uhr Vormittags geschlossen.

Frankfurt, 23. Dez. Die „O. P. Z." enthält im amtlichen Theile Folgendes:

Einem durch mehrere Zeitungen laufenden und auch in das Frankfurter Journal vom 11. d. M. übergegangenen Artikel zufolge, soll das im Reichsdienst befindliche k. württembergische Bataillon zu Rendsburg bei Gelegenheit der dort am 5. d. M. vorgefallenen Exzesse sich geweigert haben, einzuschreiten und mit abgenommenen Gewehren unthätig geblieben sein. Ein dem Reichsministerium des Krieges aber jene Vorfälle zugegangener amtlicher Bericht des Generals v. Bonin, Commandirenden der Reichstruppen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, erklärt im Widerspruche mit diesem Artikel, daß sowohl das k. württembergische Bataillon als auch die großh. hessische Batterie an diesem Tage eine ausgezeichnete Haltung beurkundeten, daß ersteres, als es von dem die Befreiung der Inhaftirten versuchenden Volkshaufen mit Steinwürfen angegriffen wurde, denselben entschlossen mit dem Bajonnet zurücktrieb, wobei 2 Offiziere und 17 Soldaten durch Steinwürfe leicht verwundet wurden. Da der bemerkte Zeitungsartikel demnach eine die Ehre des württembergischen Bataillons verletzende Unwahrheit enthält, so erachtet das Reichskriegsministerium es für seine Pflicht, solchen durch vorstehende Angabe der Thatsachen hiermit amtlich zu entkräften.

Frankfurt a. M., den 20. Dezember 1848.

Der Reichsminister des Kriegs, Pfuel.

§ **Frankfurt**, 23. Dez. Die Verbindung zwischen der Linken und den Oesterreichern und Ultramontanen war zu unnatürlich, als daß sie, wir wollen nicht sagen lange, sondern auch nur kurze Zeit dauern konnte. Einig waren beide so verschiedenen Parteien ja höchstens in dem, was sie nicht wollten, und Venedey's Vorschlag im Ausschusse, sich ohne weitere Einsicht und Prüfung für den Uebergang zur Tagesordnung auszusprechen — ein wunderbarer Vorschlag, der dennoch nur mit Einer Stimme Mehrheit verworfen ward, — bot am Ende noch den einzigen Ausweg dar, um zum gewünschten Ziele zu kommen. Inzwischen ist Herr v. Schmerling nach Ollmütz gereist, angeblich um Herrn v. Gagern zu unterstützen. Wir müßten es eigentlich glauben. Denn was will Gagern anders als was Schmerling wollte? Eine andere Meinung ist aber, Herr von Schmerling wolle in Ollmütz Bericht erstatten über die ausgezeichnet günstige Lage der Dinge in Frankfurt. Schade allerdings, daß Robert Blum erschossen ist, sonst hätte die neue Coalition eine Stimme mehr! Die Wirkung dieses günstigen Berichtes ist dann zu erwarten. Vielleicht sieht das Oesterreichische Ministerium dann seinen Fehler. Vielleicht merkt es, daß seine Erklärung viel zu deutlich war. Vielleicht findet es Mittel, sein Programm durch Erläuterungen undeutlich zu machen, das Wasser zu trüben und an einem kundigen Fischer wird es dann auch nicht fehlen. Während dergleichen in Ollmütz vorgehen könnte, ändert sich aber hier vielleicht die Konstellation. Die nächste Versammlung des Ausschusses ist auf den Donnerstag anberaumt. Bis dahin kann mancherlei geschehen, unter andern auch, daß die Linken und die Oesterreicher finden, daß sie doch eigentlich zusammenpassen wie Feuer und Wasser. Die Linke will sich wenigstens versammeln, um über die Oesterreichische Angelegenheit ohne die Oesterreicher zu berathschlagen. Auf Anregung des Donnersberges hat Westendhall alle Fraktionen dazu eingeladen. Allein was noch von ächtem Patriotismus auf dieser Seite des Hauses vorhanden, beginnt denn doch allmählig zu fühlen, wie schmählich es wäre, wenn gerade durch sie das arme Deutschland aufs neue der Metternich'schen Politik in die Hand geliefert würde. Der Würtemberger Haf hat, wie wir eben erfahren, es abgelehnt, sich bei jener Berathung zu betheiligen und selbst die Westendhalle ist gespalten.

† **Frankfurt**, 23. Dez. Der Nürnberger Korrespondent vom 19. d. M. läßt sich aus München schreiben, daß man daselbst den deutschen Kaisertitel am liebsten dem habsburgischen Hause anerkennen möchte, weil es den Vorzug des orientalischen Einflusses habe. Diesen Grund müssen wir als einen gänzlich unhaltbaren zurückweisen, denn ein solcher österreichischer Einfluß im Orient und an der untern Donau existirt leider theils gar nicht, theils nur in einer den deutschen Interessen direkt entgegengesetzten Richtung. Man scheint in München gerade die Geschichte der letzten 50 Jahre in Betreff dieses Einflusses gar nicht zu kennen, obwohl doch Fallmerayer an der dasigen Universität docirt, und Quitzmann's Reise nach dem Orient dort auch nicht unbekannt geblieben sein kann. Wahrscheinlich hat der Münchner Korrespondent an den Grafen Stürmer in Konstantinopel, an den Ritter Prokesch in Athen, an die Agenten v. Timoni und v. Eisenbach in Bukarest und Jassy gedacht. Welche wahrhaft klägliche Rolle aber diese Herren dort spielen, das weiß nicht allein der ganze österreichische Handelsstand, sondern jeder Deutsche, der im Osten materielle Interessen wahrzunehmen hat. Es ist in der That auffallend, die alte Fabel von dem österreichischen Einfluß in der Levante zu einer Zeit aufgetischt zu sehen, wo die Wiener officielle Zeitung selbst (in der Beilage zum Morgenblatt vom 8. Dez.) sich beklagt, daß in der Moldau und Wallachei dem österreichischen Eigenthums- oder Besitzrecht zu nahe getreten werde, daß österreichische Unterthanen dort vorzugsweise belastet, ja gemißhandelt werden, und der Haspodar dem österreichischen Agenten sagen lassen durfte, „eine österreichische Agentie in Jassy sei unnütz und dessen Angehörige in der Moldau müßten dafür büßen, daß die fürstlichen Güter in der Bukowina durch Aufhebung der bäuerlichen Lasten ihren Werth verloren haben"; zu einer Zeit, wo die österreichischen Unterthanen in Bukarest ohne Weiteres ihrer persönlichen Freiheit beraubt und alle Traktate zwischen Rußland und der Pforte in Betreff Oesterreichs mit Füßen getreten werden. Der einzige Einfluß, der sich dort geltend macht, ist der russische, und es scheint in dem von der österreichischen Regierung selbst adoptirten politischen Systeme zu liegen, diesen Einfluß auf alle Weise zu fördern. Nach der österreichischen Anschauung der dortigen Verhältnisse ist Rußland allein berufen, die Gefahren, welche die untern Donauländer bedrohen möchten, zu beseitigen, und die österreichische Diplomatie ist dort nur in sofern wirksam, als sie dem russischen Einflusse kräftigst in die Hände arbeitet. Die Behauptung wird durch unzählige Thatsachen aus der Geschichte der letzten 50 Jahre bestätigt, und es wäre wohl an der Zeit, daß unsre Presse sich über die so lange in Nebel gehüllten Verhältnisse jener Gegenden aufklärte, bevor sie die Bestätigung veralteter Traditionen unternimmt, welche in das Reich der Märchen gehören.

Wien, 18. Dez. Die allgemeine Meinung ist, daß die Armee in 8 — 14 Tagen in Pesth sein werde. Die Punkte, an welchen man einigen Aufenthalt und Widerstand erwartet, sind (nach d. D. Allg. Z.) Raab, das unter Wasser gesetzt werden soll, Miskolcz, wo sich ein Haupttheil der ungarischen Macht konzentrirt hat, Komarn, das am stärksten befestigt ist, und Temeswar, woselbst sogar die Czaikisten durch Uebermacht hart bedrängt erscheinen. Es wird stark von Ministerialveränderungen gesprochen. Man schreibt darüber der D. Allg. Z.: „Man glaubt, daß Graf Stadion, einer Vermittlung des Zerwürfnisses mit Deutschland nachgehend, in diesem Sinne auf eine Modifikation der §§. 2 und 3 beim Reichstag antragen werde. Allein von der czechischen Partei erwartet man Widerstand und damit würden die Ministerialveränderungen in Verbindung stehen. Stadion würde das Ministerium des Innern an Schmerling abtreten und die Finanzen übernehmen, indem die Abdankung des Minister Kraus wiederholt und in sehr glaubwürdiger Weise versichert wird. Unwahrscheinlich ist es wohl, daß Stadion die Finanzen übernähme, da dieses Departement nicht sein Specialfach ist. Dagegen nimmt man eher an, daß der höchst befähigte Unterstaatssekretär, Baron Stifft, definitiv als Minister einträte, während dessen bisheriges Verhältniß zu Kraus eine ungehemmte Wirksamkeit verhindert haben soll." — Der Belagerungszustand übt fortwährend seine Wirkung auf Presse und Theater. Die Hugenotten, nach dem ursprünglichen Texte, sind neuerdings vom Repertoire der Oper, Tell und Egmont, von dem des Burgtheaters gestrichen worden. Man soll einer Arbeiterverschwörung auf den Grund gekommen sein, wobei die Erstürmung der Basteien beabsichtigt worden wäre. Andere redueiren das Ganze auf den Versuch zu einer Katzenmusik, die durch die belegreiche Erklärung des Gouverneurs Welden verhindert worden sei. — Heute ist von Kuranda's „Ostdeutscher Post" wieder die erste Nummer erschienen.

Digitized by Google

Olmütz, 15. Dez. Kaiser Franz Joseph hat auf die von dem Minister Baron Kulmer überbrachte Adresse der Banal-Konferenz, folgende Antwort ertheilt: Mein lieber Baron Kulmer! Ich habe aus der Eingabe der Banal-Konferenz Meiner Königreiche Dalmatien, Kroatien und Slawonien, welche Sie Mir überreicht haben, mit Befriedigung den Ausdruck der Gesinnungen unerschütterlicher Anhänglichkeit und Ergebenheit entnommen, welche Mein treues Kroatenvolk dem Kaiserhause stets und eben noch in der letzten Zeit auf so glänzende Weise bewiesen hat. Ich beauftrage Sie, dasselbe Meiner kaiserlichen Huld und Gnade zu versichern. Olmütz, den 12. Dez. 1848. Franz Joseph m. p. Schwarzenberg. m. p.

Triest, 15. Dez. Gestern Nachmittags wurden gedruckte Bülletins verkauft, wonach die Oesterreicher sich nach dreistündigem heftigen Kampf am 11. d. der Veste Malghera (bei Venedig) bemächtigt hätten; näheres wurde nicht angegeben, außer daß die Croaten auf Flößen unter dem Schutze der Landbatterien sich dem Fort genähert hätten. Diese Nachricht ist nicht amtlich und bedarf jedenfalls sehr der Bestätigung. (Allg. Z.)

Die Allgemeine Zeitung enthält Folgendes: Ein Schreiben aus Genua vom 17. meldet uns, daß man daselbst die Nachricht von der Abdankung Karl Alberts zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Herzogs von Savoyen, erhalten habe. In Genua selbst stieg die Gährung immer höher.

‡ **Berlin**, 21. Dez. Gestern ward ein Ministerrath gehalten, in dessen Folge sämmtliche Minister beschlossen haben, ihre Entlassung anzubieten. Ob sie angenommen wird? Ob ein Ministerium Vincke, welches von dem Ministerium empfohlen wird, Aussicht hat, in's Leben gerufen zu werden? Man hat dabei außerdem an die Herren Wentzel (Oberlandesgerichtspräsident) Kaiser (Kommandant von Köln) und Graf Bülow gedacht. Der König oder soll ernstlich daran denken, Hrn. v. Bodelschwingh mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu beauftragen. Man könnte von dem abscheidenden Jahre demnach mehr, als von einem andern sagen, daß es seinen Kreislauf vollendet habe. Das Reglement für die Urwahlen ist erschienen und hier wie in allen Theilen des Landes hat die Wahlaufregung begonnen. Die konservative Partei will diesmal auch alle ihre Kräfte sammeln. Sehr thätig ist an ihrer Spitze Hr. Harkort. Doch gibt die Linke ihre Hoffnungen keineswegs auf. Hr. v. Unruh ist in Magdeburg mit großem Jubel empfangen; in Breslau ward ein zu Ehren der Abgeordneten der Linken beabsichtigter Fackelzug von der Polizei untersagt. Hier findet Hr. Waldeck noch immer viel Anhänger. Er ist entschlossen von seinem Platze im Obertribunal nicht zu weichen, und hat an den Chefpräsidenten, Hrn. Mühler, auf dessen Brief, worin er zum Austritt aufgefordert wird, eine durch die National-Zeitung veröffentlichte Antwort ertheilt, welche großes Aufsehen erregt. Auch an den geheimen Ober-Revisions-Rath, Hrn. Esser, ist von dem Präsidenten und den sämmtlichen Mitgliedern des rheinischen Revisionshofes ein Schreiben gerichtet, um ihn zum Ausscheiden zu bewegen. Sie beziehen sich in ihrem Schreiben darauf, daß sie hinter andern Gerichtshöfen in dem Ausdrucke ihrer Gesinnung nicht zurückbleiben könnten. So entschieden wir die politische Thätigkeit der Herren Waldeck, Esser und Genossen mißbilligen, ebenso entschieden mißbilligen wir die Weise, auf welche die den Abgeordneten für ihre Rede- und Abstimmungsfreiheit zugesicherte Straflosigkeit illudirt werden soll. Ja, Herr Waldeck hat nicht so ganz und gar Unrecht, wenn er sagt, er werde, so viel an ihm liege, die Unabhängigkeit des Richterstandes wahren. Freilich wird von dem Justizminister selbst das Signal zu einer allgemeinen politischen Verfolgung gegeben. Der Staats-Anzeiger veröffentlicht das Schreiben des Hrn. Rintelen, vom 8. Dez., in welchem alle Gerichte aufgefordert werden, jetzt, nach dem Siege der Regierung, wie es wörtlich darin heißt, alle Schuldigen unnachsichtlich zu bestrafen, besonders aber alle Angestellte, Verwaltungsbeamte und Richter. Die Anklagen und Verhaftungen haben demnach im ganzen Lande begonnen; allein aus Münster läuft uns folgendes Verzeichniß namhafter Männer zu, welche auf das dortige Arresthaus gebracht sind: Justizkommissär Gierse; Stadtverordneter Hartmann; Buchhändler Wundermann; der 72jähr. Lieut. a. D. Stricker; die Referendare Hammacher und Jakobi, sämmtlich aus Münster; Kassenrendant Wiedenbrück aus Horstmar; Justizrath Gronewg aus Gütersloh; Gastwirth Keller aus Dülmen; Dr. Graumann und Hauptmann a. D. v. Mirbach aus Dortmund; Lehrer Dr. Blumenfeld und Assessor Gruwe aus Essen; Kanonikus v. Schmitz aus Soest; Referendar Löher aus Paderborn. Flüchtig sind: Referendar Stieglin; Premier-Lieutenant Hentze aus Homm; Kaufmann Rempel aus Bielefeld. Der Verhaftsbefehl lautet auf ein „Unternehmen der Umwälzung der Staatsverfassung." Das Landrecht kennt aber nur eine gewaltsame Umwälzung der Staatsverfassung. Das Verbrechen der Verhaftelen soll aber durch den Kongreß der Vereine in Münster am 18. und 19. Nov. begangen sein. Die vier Beschlüsse, auf welchen die Anklage des Hochverrathes hauptsächlich beruht, lauten wörtlich: „Die Berliner National-Versammlung ist in Preußen augenblicklich unsere einzige gesetzliche und gesetzlich handelnde Behörde." „Der Kongreß erklärt, daß das Volk dem Beschlusse seiner National-Versammlung (die Steuern betreffend) Folge zu leisten habe." „Der Kongreß beschließt, einen Aufruf an die Soldaten im Heere zu erlassen und diese darin aufzufordern, sich nicht zur Unterdrückung der Volksfreiheiten mißbrauchen zu lassen." „Die weggelaufenen westphälischen Deputirten werden aufgefordert, ihr Mandat, da sie dasselbe verletzt haben, in die Hände der Wähler zurückzugeben; die Wahl-Kreise werden aufgefordert, für die fortgelaufenen Deputirten schleunigst Neuwahlen vorzunehmen." Endlich verbanden sich die Vereine zu einem westphälischen Gesammtvereine und wählten einen Centralausschuß desselben zum Zwecke „der Wahrung und Fortbildung der Rechte und Freiheiten des Volkes." Die Beschlüsse über Adressen und Aufforderungen sind aber nicht ausgeführt, da wenige Tage nach dem Congresse der Umschwung in der Stimmung des Landes erfolgte.

Hr. Rintelen eifert in seinem Schreiben für die Reinheit und Unbeflecktheit des Richterstandes, wie vor Zeiten für die Reinheit und Unbeflecktheit des Glaubens geeifert wurde. Und doch konnte Niemand besser, als Hr. Rintelen wissen, einen wie großen Einfluß die Aufregung des Augenblickes auf das Urtheil selbst von sonst besonnenen Männern auszuüben im Stande ist, so daß sie mit ihrer sonstigen Auffassung der Gesetze, ja mit ihrer vor wenigen Tagen öffentlich bekannten Ansicht in Widerspruch gerathen. Wir mißbilligen diese allgemeine politische Verfolgung außerdem auch des üblen Einflusses wegen, welchen die vielen Verhaftungen auf die bevorstehenden Wahlen äußern werden. Ja das beständige Verbleiben der Minister, trotz der beständigen Versicherungen, abtreten zu wollen, wird von der Opposition weidlich ausgebeutet werden. In der That wird durch das Ministerium Brandenburg an den Kaiser Tiberius gemahnt, welcher beständig auffällige Anstalten machte, aus Rom abzureisen, und seine Ankunft in die Provinzen melden ließ, aber dennoch ruhig in Rom verblieben ist. Wir wollen weder den Verdiensten, noch der persönlichen Ehrenhaftigkeit jener Männer zu nahe treten, welche noch der Meinung Vieler den preußischen Staat gerettet haben, obgleich wir der Meinung sind, er ward noch mehr durch die Verblendung ihrer Gegner gerettet. Aber wir müssen einstimmen in den Ruf Ihres ** Correspondenten: caeterum censeo — Neue Minister! Wenigstens Hr. von Manteuffel sollte nicht bleiben, und Herr Rintelen ebensowenig.

Litth. Korr. **Berlin**, 21. Dez. In gut unterrichteten Kreisen unterhält man sich viel über die von Seiten unseres Gouvernements getroffenen und noch zu treffenden Vorbereitungen zur Aufstellung eines Observationscorps an den Rheingrenzen. Die Stärke desselben gibt man auf 100—150,000 Mann an. Mit diesem Gerüchte dringt man eine Rede Sr. Majestät an eine ihm für die Verfassung dankende Deputation in Zusammenhang. Se. Maj. soll nämlich, auf die Wahl L. Bonoportes hinweisend, geäußert haben: „Sie sehen an der Rheingrenze ist, nach der Wahl in Frankreich ist kein Zweifel mehr daran, daß deutsche Land bedroht. Ich hoffe, daß wenn ich mein Volk zu den Waffen rufen werde, es sich seiner Väter würdig zeigen und glorreich wie 1813 Deutschlands Grenzen vertheidigen wird; denn allen feindlichen Bestrebungen ist es nicht gelungen, die Einigkeit zwischen Fürst und Volk zu stören und den alten preuß. Waffenglanz erbleichen zu machen." Man erzählt, daß Se. Maj. in kurzer Zeit seine Residenz in Charlottenburg nehmen werde und daß bereits ein Bataillon des Garde-Regiments dorthin kommandirt sei.

Frankreich.

* **Paris**, 20. Dez. In Grenoble und in St. Etienne fanden einige Unordnungen statt. In der Umgegend der letzteren Stadt verlangten die Bauern von den Steuereinnehmern, ihnen den Betrag der Zusatzsteuer von 45 pCt. zurückzuzahlen. Der

Digitized by Google

Moniteur enthält heute eine Darstellung des Finanzzustandes. Die abtretende Regierung übergibt der neuen am 31. Dezember 40 Millionen Franken baar und 181 Millionen an außerordentlichen Hülfsmitteln für 1849. Nach dem Corsaire soll Peter Bonaparte zum Generalgouverneur von Algerien bestimmt sein.

Gestern hatte der Abgeordnete Desseffart einige Aengstlichkeit für den heutigen Tag ausgesprochen, da eine Regierung, die im Begriffe sei abzutreten, nicht immer Kraft genug habe, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Er hatte deshalb an den Präsidenten der Nationalversammlung die Frage gerichtet, ob er die nothwendigen Anstalten zur Sicherheit der Versammlung getroffen habe. Herr Marrast hatte mit Recht geantwortet, man könne auf die Energie der Regierung, sowie auf den guten Sinn der Bevölkerung zählen. In der That fiel heute nichts der Art vor. Alle Posten um den Palast der Nationalversammlung waren indeß verdoppelt, und die Tuilerien mit 3 Bataillons Linientruppen und 2 Bataillons beweglicher Bürgerwehr besetzt, auch sonst militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen. Der neue Präsident erschien im schwarzen Frack und mit einem Ordensstern auf der Brust. Er nahm seinen Platz neben Herrn Odillon Barrot auf der Ministerbank. Victor Hugo macht jetzt in seinem Blatte Opposition gegen die neue Regierung, ein Gleiches thut, wie schon bemerkt, die Liberté, welche eben wie das Journal Victor Hugo's, die Kandidatur unseres neuen Präsidenten mit Wärme unterstützt hatte. Es hieß diesen Morgen, man habe eine große Verschwörung entdeckt, welche, wie einige behaupteten, gegen den neuen Präsidenten gerichtet war, noch Anderer Aussage im Gegentheil eine Demonstration für die Kaiserregierung beabsichtigte. Dem sozialistischen Klub, der sich in dem Saale Chadrol versammelte, ist dieses Lokal entzogen worden, da der Eigenthümer des Hauses dem Miether verbieten ließ, einen Theil seiner Wohnung zu diesem Zwecke abzugeben. Nach der Estafette wird eine der ersten Regierungshandlungen unseres neuen Präsidenten ein Gesetzesvorschlag sein, nach welchem die Verbannung der Familien Bourbon und Orleans aufgehoben werden soll. Die Assemblée nationale meldet heute, Herr Germain Sarrut (von dem Berge) werde Polizeipräfekt, Herr Coralli (von der Linken) Generalprokurator der Republik und Herr Pons (de l'Hérault) Präfekt der Seine werden. Letzterer hat seiner Zeit viel zur Wiederkehr Napoleons von Elba mitgewirkt. Sollten sich diese Ernennungen bestätigen, so würden sie eine Hinneigung der neuen Regierung zur linken Seite der Nationalversammlung beweisen.

Paris, 20. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 76. 10; 3pCt. 46. 75; Neue 75. 60; Neapol. —.—; Bankaktien 1705. —; Span. 5pCt. (Aedoins) —. —; 3pCt. 26½; 3pCt. inländische 20¼; St. Germain Eisenbahn-Aktien 343. —; Versailles, rechtes Ufer 127. 50; linkes Ufer 115. —; Paris-Orleans 730. —; Paris-Rouen 445. —; Orleans-Bordeaux 380. —; Orleans-Vierzon 240. —; Rouen-Hoore 205. —; Marseille-Avignon 185. —; Straßburg-Basel 87. 50; Nordbahn 387. 50; Paris-Lyon (Certifikate —); Paris-Straßburg 340. —; Römisches Anleben 60½.

Die Coupse, die schon sehr gesunken waren (bis auf 74. 25 und 45. 50) haben sich wieder, auf die Nachricht, daß der neue Präsident proklamirt sei, blieben oder doch niedriger als gestern, wozu die Befürchtungen wegen Italiens und der Austritt mehrerer Coulissiers beitrugen.

* **Madrid**, 15. Dez. 3pCt. Rente 20⅝ P. (Nach der Börse 20½ G.); 5pCt. 10 P. (N. d. Börse. 9⅞ G.); Passive Staatsschuld 4 P. (N. d. B. 3⅛ G.)

Italien.

* Der politische Verein von Florenz hat am 12. Dez. dem Vorschlage zu einer Konstituante seine Zustimmung gegeben, aber das Ministerium durch eine Deputation aufgefordert, sich darüber mit dem römischen Kabinette und den anderen italienischen Regierungen in Vernehmen zu setzen, und wegen dem Punkte, worüber Verschiedenheit der Ansichten besteht, eine Vereinigung zu erzielen. In der römischen Deputirtenkammer bestand Mamiani am 9. auf seiner Auffassung in Beziehung auf diese Konstituante und der Prinz v. Canino, der durchaus wollte, daß man sich dem Montanelli'schen Plane anschließe, blieb allein dieser Meinung. Aus der Antwort, welche Pius IX., nach dem Tempo, dem neapolitanischen Staatsrathe gab, ziehen wir folgende Stellen, als sehr merkwürdig aus: „Viele Leute sprechen von Unabhängigkeit, aber wenn auch 10 Millionen so reden, so sind doch nicht zwei über die Mittel einig, wodurch dieselbe erworben werden kann. Italien gleicht einem Fieberkranken, der sich hin und her windet, um eine Linderung zu finden, die ihm doch nicht zu Theil wird. Nur Gott kann, in seiner Barmherzigkeit, so vielen Leiden abhelfen." Neapel nennt der Papst in dieser Antwort „das einzige Königreich in Italien, welches noch ein Beispiel von Ordnung und Gesetzlichkeit gibt." Der römische Contemporaneo behauptet nun freilich fortwährend, Pius sei zu Gaeta nicht frei, er dürfe keinen Schritt ohne Begleitung zweier neapolitanischen Obristen thun. Herr Tecchio, welcher in dem Gioberti'schen Kabinette in Turin den Posten eines Ministers der öffentlichen Arbeiten angenommen hat, ist, wie italienische Blätter melden, ein Wiener. Nach der Alba wollten sich am 12. Dez. 100 Piemontesen Avenzas bemächtigen, angeblich, um daselbst Ordnung und Ruhe zu erhalten; die energischen Vorstellungen der toskanischen Behörden bewogen sie jedoch, sich wieder über die Grenze zurückzuziehen.

In Turin erschien das neue Ministerium vor den Kammern wo es unter dem vielstimmigen Rufe: Gioberti, das demokratische Ministerium, Italien hoch! empfangen wurde. Das neue Kabinet theilte sein Programm mit. Es verlangt Unabhängkeit Italiens, die freilich nicht ohne die Waffen errungen werden könne, wobei jedoch nicht gesagt werden solle, daß der Krieg jetzt schon dringend sei. Aber sie (die Minister) geben ihr Ehrenwort, daß sie alle Energie und Eifer entfalten werden, um den Augenblick zu beschleunigen, wo die Tapferkeit des Heeres die früheren Unfälle wider gut machen kann. Die Vermittlung (Englands und Frankreichs) wird kein Hinderniß abgeben, da sie die Freiheit der Operationen Sardiniens auf keine Weise beschränkt. Mit der italienischen Konstituante sind sie vollkommen einverstanden, wollen sich aber zuvor mit Rom und Toskana darüber verständigen. Die Entwicklung der nationalen Institutionen beruhen auf Uebereinstimmung der konstitutionellen Monarchie mit dem Geiste der Demokratie. Die neuen Minister erklären sich für warme Anhänger jener Regierungsform, welche jedoch dem Zeitgeist nur entspreche, wenn sie sich auf diese stütze. Am 12. hieß es zu Rom, Kardinal Costracane sei abgereist und Mamiani im Begriff abzureisen. Garibaldi war in Rom angekommen. Das Volk verhielt sich ruhig.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Dez., Morgens. Der König hat von Frederiksberg aus eine Proklamation erlassen, in welcher, nach Aufführung, wie die gemeinsame Regierung die Voraussetzungen, unter denen sie eingesetzt, nicht erfüllt, und trotz der Proteste der beiden Kommissarien Dänemarks und der deutschen Centralmacht, in offenkundigem Bruch der wesentlichen Bestimmungen des Waffenstillstandes fortfahre, der König sich gegen den Mißbrauch seines königlichen Namens durch diese Regierung feierlich verwahrt. Es heißt ferner in diesem Aktenstücke: „Wir können im gegenwärtigen Augenblick, vornehmlich in Rücksicht auf das eigne Wohl der Herzogthümer, uns nicht dazu entschließen, anders als auf dem Wege der Unterhandlungen diesen Mißbrauch der Macht zu hindern und den gesetzlichen Zustand der Dinge wieder herzustellen." Bis dahin, was, wie die Proklamation hofft, nicht lange dauern wird, gibt der König jedem seiner treuen Unterthanen in Schleswig, der aus zwingender Nothwendigkeit der für den Augenblick herrschenden Macht nachgibt, die Zusage, daß solches nothgedrungene Nachgeben in keiner Weise als eine ihrerseitige Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Gewaltmacht und als ein Abfall von ihrer Pflicht und Eid betrachtet werden soll. (B.-H.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 23. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles übrige Geld.

5pCt. Metall. 74¼; 2½pCt. ditto 38⅝; Bankaktien fl. 1203; fl. 500. Loose 126½; fl. 250. Loose 76; Badische fl. 35. Loose 26; Hessische Rthlr. 40 Loose 25½; Polnische fl. 500 Loose 71½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 40¼; Berbach 67½. Köln-Minden 80¼; 3pCt. inländ. Span. 19⅜; 4½pCt. Württ. 93¾; 4½pCt. Belg. 75¾; Holl. 2½pCt. Integrale 48¼.

Bei beschränktem Geschäft wurden für einige Fonds höhere Course bewilligt. Nur 3 pCt. Spanier wurden etwas billiger abgegeben.

Für die Redaction verantwortlich: **H. Kruse.**

Verlag der Wrtdmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die H. H. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wendet man sich an C. H. Kiesbre in Straßburg Nr. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'schen Ober-Post-Aegs-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 340. Frankfurt a. M., Sonntag 24. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die deutsche Einheit.

Deutschland. Frankfurt (Denkschrift der Kommission für Handelsgesetzgebung. Die Verbreitung der Grundrechte. Wühlereien gegen die einheitliche Verfassung.) Kremsier (Verhandlungen vom 18. Dez.) Prag (Die Unterhandlungen mit Deutschland. Erzherzog Stephan. Prof. Bolzano.†) Berlin (Freihandel und Schutzzölle.) München (Handschreiben des Königs an den Grafen Spaur. Ordensverleihungen.) Heidelberg (Die neue Gerichtsorganisation. Der Curator der Universität.) Darmstadt (Antrag des Frühm. v. Gagern.) Luxemburg (Armirung der Festung.) Altona (Brocklow verhaftet. Unruhen.) Hadersleben (Die Dänen in Nordschleswig.)

Großbritannien. London (Der französische Gesandte verläßt seinen Posten. Das Gerücht von einer österreichischen Intervention im Kirchenstaat.)

Frankreich. Paris (Die Installation des Präsidenten. Unerwarteter schnelle Einsetzung des neuen Präsidenten und deren Ursachen. Das neue Ministerium und andere Ernennungen.)

Spanien. Madrid (Die Deputirtenkammer.)

Italien. (Nachrichten aus Rom.) Rom (Die Einsetzung der provisorischen Junta.)

Schweiz. Bern (Beschlagnahme der „Revolution.")

Dänemark. Kopenhagen (Dänische Finanzen.)

Börsenberichte von Paris (Vom 21. Dezember.)

21. Dezember.

Die Einheit Deutschlands herzustellen, das ist ja die eigentliche Aufgabe, zu deren Lösung die deutschen Abgeordneten nach der Stadt Karls des Großen zusammengekommen sind. Seit 1618, wo von dieser Einheit auch der Schein aufgehört hatte, gab es, um sie wieder herzustellen nur einmal, 1815, eine Gelegenheit. Damals kam dies große Werk nicht zu Stande. Es scheiterte an der Eifersucht der mittleren Staaten und an dem Widerstreben Oesterreichs. Es kam nichts zu Stande, als die Bundesakte, welche wenigstens einen Bundesstaat in's Leben rief, als in Aussicht stellte. Allein diese Aussicht ward 1820 durch die Wiener Schlußakte gänzlich vernichtet. Deutschland blieb ein loser Staatenbund, und mußte alle schlimmen Erfahrungen eines solchen machen. Nach der großen Umwälzung von 1848 sind die Vorbedingungen, zu einer Einheit zu gelangen, ungleich günstiger. Die Verfassung aller großen und kleinen Staaten ist plötzlich gleichzeitig umgewandelt, und eine Gleichartigkeit in dieser Hinsicht bewirkt, welche vor dreiunddreißig Jahren fehlte. Und der Drang nach Einheit ist jetzt, nach allen traurigen Erfahrungen, so viel lebhafter. Nichts desto weniger ist Deutschland von dem Geschicke bedroht, alle jene Erfahrungen noch einmal machen zu müssen. Das Werk der Einheit scheint 1848 scheitern zu sollen, wie 1815, und aus denselben Ursachen: am Widerstreben Oesterreichs und an der Eifersucht der mittleren Staaten. Wir wollen diese Ursachen etwas näher in's Auge fassen.

Die kleinen deutschen Staaten, bemerkt darüber eine beachtenswerthe Stimme, würden sich zuletzt fügen, wie man im Nothfalle sie nicht fragen würde; aber die mittleren sind es gerade, welche zumeist widerstreben und am schlimmsten intriguiren, weil ihr Ehrgeiz desto größer ist, je weniger Fond er hat. Die Zersplitterung hat sie bis jetzt vergrößert und deshalb rechnen sie aufs Neue auf die Zersplitterung. Durch sich sind sie nichts geworden, desto mehr durch ihren Verrath an Deutschland, und den Fürsten ist wenigstens um die Stellung Deutschlands, als um ihre eigene Erhebung zu thun. Baden, Baiern, Würtemberg, alle die südlichen Staate haben sich abgemüdet, indem sie dem Feinde Deutschlands zu Willen waren, als Oesterreich und Preußen ihr bestes Blut für Deutschland opferten. Sie vergessen, daß die Zeit eine andere geworden und daß, wenn frühere der Abfall vom Vaterland nur von ihnen abhing, dieser jetzt nicht mehr möglich ist, da die Völker mitzusprechen haben und die Völker eine größere Befriedigung darin finden, ganz Deutschland frei, groß und mächtig, als durch ein teufelisches Geschenk des Feindes das kleinere Sonderland etwas vergrößert zu sehen. Trotzdem spielen die alten Intriguen fort und benutzen für ihre schlechten Zwecke alte Vorurtheile und Leidenschaften. Bayern arbeitet gegen die Hegemonie Preußens und sucht Bundesgenossen in Hessen, Würtemberg und Hannover, die alte Eifersucht ins Spiel ziehend und Besorgnisse schaffend, wo sie nicht da waren. Möglich, daß selbst im Volke hie und da damit Anhang gewon-

dazu bieten, daß nichts zu Stande komme. Die Fürsten, welche jetzt wieder um den Vorrang buhlen, daß man an das alte Staatsrecht erinnert wird, wo Abhandlungen darüber geschrieben wurden: wenn sechs Heeren neben einander gingen, welche Stellen dann die vornehmsten wären, die Fürsten selbst würdrn die schlimmsten Folgrn davon zu tragen haben, wenn wirklich „nichts zu Stande kommt."

Aber man thut den Fürsten Unrecht, wenn man glaubt, daß sie allein oder nur vorzüglich es sind, welche die Schuld der Uneinigkeit tragen. Dazu fehlt ihnen jetzt die Macht. Es sind auch nicht die Volksvertreter und ihre persönlichen Leidenschaften allein zu beschuldigen. Die Schuld liegt tiefrr. Die Schuld liegt am Volke selbst.

Die mittelalterlichen Sonderungen sind in Drutschland nicht wie in Frankreich und England durch die unumschränkte Fürstengewalt aufgehoben, sondern verstärkt worden. Was in jenen Ländern die eiserne Gewalt vollführte, das soll bei uns jetzt die Ueberzeugung zu Stande bringen. Ein schwieriges Werk. Himmel und Boden, Beschäftigung, Sitte und Lebensweise trennt das große Volk der Deutschen nicht mehr als die Bewohner Frankreichs, das von den Pyrenäen bis zu den Dünen der Nordsee reicht. Die Sprache ist sogar gleichartiger, wie die Frankreichs oder gar Großbritanniens. Auch in Handel und Verkehr ist die Verschiedenheit der Interessen in Nord und Süd mehr eingebildet als wirklich. Aber das größte Unglück Deutschlands ist die Ungleichheit der religiösen Ueberzeugungen, die dem Volk, welches man seiner Innerlichkeit wrgen geborne Christen genannt hat, immer von Neuem den Anlaß zur Uneinigkeit und Mißtrauen gibt.

Diese innere Uneinigkeit, die zusammentrifft mit den übrigen Unterschieden zwischen Nord und Süd, ist es, welche auch jetzt unser armes Vaterland zu zerreißen droht. Die Fürsten geben nur den Namen dazu her. Wenn die Erfahrung der Jahrhunderte nicht ganz an uns verloren sein soll, so dürfen wir an kein Wahlreich oder was es sonst sei, denken, sondern an ein Erbreich. Der ganzen Lage der Dinge nach ist Preußens König der natürliche Oberheer des neuen Reiches. Denn Oesterreich *will* nicht aus dem eigentlichen Deutschland ausscheiden, sondern es *ist* bereits ausgeschieden. Das hat nicht bloß eben seine Regierung erklärt, das haben nicht dies vor wenig Wochen die österreichischen Abgeordneten versichert, sondern fortwährend erklärt sich die deutsche Bevölkerung Oesterreichs selbst in diesem Sinne. Und glaube nur ja nicht irgend eine andere Partei, daß sie es schmerzhafter als wir empfinden, daß sieben Millionen unserer deutschen Brüder nicht Theil nehmen sollen an der engeren Verbindung aller Deutschen. O, daß Venedey und seine Freunde mit jedem zornigen Fußstampfen Legionen aus der Erde stampfen könnten, um unsere Brüder zu uns herüber zu holen! Aber wir können unsere Blicke nicht vor der Thatsache verschließen, daß dieß augenblicklich nicht geht, daß die Hausmacht drr Habsburger schon seit Jahrhunderten, und nicht bloß seit 1732, zu einem besondern Staate zusammengewachsen ist, den wir für jetzt nicht auseinander reißen könnten, selbst wenn es weise wäre, es zu versuchrn. Die Trennung von Oesterreich ist übrigens ein Name, drr schlimmer klingt, als die Sache, welche er bezeichnet. Oesterreich *ist* seit lange von uns getrennt, weit mehr getrennt, als die Schweiz, welche sich als Staat von uns gesondert hat, und fortwährend Fleisch von unserm Fleisch und Bein von unserm Bein ist. Wir wollen uns ja gar nicht von Oesterreich losreißen! Im Gegentheil, wir wollen mit demselbrn einen innigeren Bund schließen, als der bisherige lose, bloß dem Namen nach bestehrnde war. Nur in das eigentliche deutsche Reich mag, will und kann Oesterreich nicht eintreten. „Nachdem Oesterreich" — bemerkt die Köln. Ztg. sehr richtig — „im Gegentheile sich in sich selber zu einem einigen Bundesstaate zu regeneriren begonnen hat, würde von den bisher beschlossenen Verfassungs-Bestimmungen und Grundrechten fast kein Stein auf dem anderen bleiben dürfen, wenn Oesterreich sollte auf dieselben eingehen können. Man mag sich in dem sehr natürlichen Schmerzgefühle der unvermeidlich gewordenen vorläufigrn Trennung von den österreichischen Brüdern nach einem Wege der Vereinigung umsehrn, wie lange man will; man wird keinen andern Weg finden, als den vom Ministerium Gagern vorgeschlagenen! Redner, deren patriotisches Gefühl eben so groß, wie ihr politisches Wissen und Können klein ist, mögen sich immerhin in „energischen" Ausrufungen ergehen — sie werdrn damit weder in Olmütz noch in Kremsier den geringsten Eindruck machen. Die österreichische Frage stört nur durch Hinschleppung; das einstweilige Ausscheiden *ist längst vollständig* gewiß.

Die eigentliche Frage ist die: *Erbkaiserthum* in Deutschland oder *nicht*?

Die ferneren Unterschiede — *Wahlkaiser*, *Turnus*, *Directorium* rc. sind bloß untergeordnete. Das *Directorium* ist die natürliche Form des Oberhauptes, wrnn es *nicht* gelingt, im neuen Reiche den Staatenbund in den reinen Bundesstaat hinüber zu führen. Wollte Oesterreich im neuen Reiche verbleiben, so würde das Directorium unzweifelhaft die allein angemessrne Form gewesen sein, weil alsdann der wesentliche Charakter des Staatenbundes unvermeidlich geblieben sein würde. Aber — wenn Oesterreich von der engeren Einheit zurücktritt, wie es thut, dann ist dadurch für das übrige Deutschland nicht nur der reine Bundesstaat möglich, sondern es ist bei dem außerordentlichen Uebergewicht nur *Eines* Staates über sämmtliche andere, eine gerechte *Gleichstellung* dieser Staaten in einem engen, bundesstaatartigen *Staatenbunde* und unter einem *Directorium* dann — geradezu *unmöglich*, geradezu *Täuschung*! Deßhalb ist *nach* dem Ausscheiden Oesterreichs die Frage: ob *Erbkaiserthum*, ob *nicht*? die Frage: ob *Wahrheit*, ob *Täuschung*?"

Denn ist es keine Täuschung, zu glauben, daß in dem neuen Reiche irgend eine Reichsgewalt bestehen könne, welche etwas mehr wäre, als der Schatten von Preußrn? Unter Heinrich dem Löwen, dem Beheerscher Norddeutschlands, war selbst der gewaltigr Kaiser Rothbart nur ein Schatten. Diejenigen in Süddeutschland, welche sich gegen rine anerkannte Hoheit Preußens sträuben, mögen sich darüber doch klar werden, ob diese Oberhoheit darum weniger bestehen wird, wenn sie *nicht* anerkannt wird. Im Gegentheit, sie wird darum nur um so viel empfindlicher sich bemerklich machen. Denn dann können wir die Opfer von Preußen gar nicht verlangen, welche wir jetzt von ihm fordern. Dann wird Preußen seine gesonderte Volksvertretung behalten, in welcher das einseitige preußische Interesse weit mehr überwiegen wird, als auf einem gemeinsamen Parlamente, wo die Minderheit, durch die übrigen deutschen Abgeordneten verstärkt, leicht zur Mehrheit werden kann. Und wie soll es werden, wenn die preußische und die deutsche Volksvertretung miteinander in Widerspruch geriethen? Nicht immer wird dann, wie jetzt, die öffentliche Meinung auf Seiten der deutschen Reichsversammlung sein, und gar bald wird dann die große Lüge des ganzen Verhältnisses an den Tag kommen. Preußen wird seine eigenen Minister, und selbst wenn es seine Gesandten abberuft, seine eigene Politik behalten, es mag wollen oder nicht. Kurz, es wird eitel Lug oder Trug mit der drutschen Einheit! Wir wollen eine Wahrheit aus derselben machen, darum halten wir fest an Preußens Oberherrschaft, nicht weil wir Preußen begünstigen wollen. Im Gegentheile, die Opfer, welche wir von Preußen zu Gunsten der deutschen Einheit verlangen, sind so groß, daß Preußen sich eher besinnen wird, sie zu bringen, als sich das übrige Deutschland besinnen sollte, sie anzunehmen. Bedenken mancherlei Art müssen bei jeder möglichen Lösung der ungeheuer schwierigen Aufgabe übrig bleiben. Aber die Bedenken sind bei *dieser* Lösung die geringsten. Bei der jrzt in Staat und Kirche gewährleisteten Freiheit, welch ernstliche Besorgniß kann es einrm gewissenhaften Katholiken erregen, daß der König von Preußen Gott auf *seine* Weise verehrt? Welchen Schaden hat unter ihm die katholische Kirche in Preußen genommen? Wie der König und jeder verständige Protestant mit freudiger Begeisterung den schönsten Dom der katholischen Christenheit ausbauen hilft, so sollte auch jeder verständige Katholik freudig helfrn, den Dom der Einheit zu vollenden. Aber solch ein großes Werk ist nur durch unzählige kleine Opfer auszuführen. Wir leben in einer hohen Zeit. Ein jeder von uns muß etwas aufopfern von srinen Wünschen und Meinungen für die Idee der Zeit, in welcher er lebt. Unsere Fürsten müssen uns nur mit dem Beispiele vorangehen. Sie müssen bedenkrn, daß wrnn die deutsche Einheit nicht mit ihnen zu Stande kommt, der Versuch nicht ausbleiben wird, sie ohne die Fürsten zu Stande zu bringen. Denn der Drang der Einheit wird alle fehlgeschlagrnen Versuche überleben.

Deutschland.

Frankfurt, 23. Dez. Die C. P. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes: Mit Bezug auf die Brkanntmachung vom 24. Nov., betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbei-

tung des Entwurfes eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland, sieht das Reichsministerium der Justiz sich veranlaßt, die nachfolgende Denkschrift der Kommission hiermit der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Frankfurt, den 21. Dezembr 1848.

Der Reichsminister der Justiz.
(gez.) R. Mohl.

Denkschrift

über die Hauptgesichtspunkte bei Entwerfung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches, von der zur Ausarbeitung des Entwurfes eingesetzten Kommission.

Zu einer Zeit, wo die tiefwurzelnde Sehnsucht des deutschen Volkes noch Einheit ihrer Erfüllung entgegengeht, wo ein großes Verfassungswerk sich der Vollendung naht, welches die Staaten Deutschlands zu einem starken organischen Ganzen überall verbindet, wo es auf eine Kraftentwickelung gegen den äußern Feind, oder zur Hebung der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes ankommt, — war es eine unabweisbare Aufgabe, diejenigen Vorbereitungen zu treffen, welche nothwendig sind, um der Nation eine baldige Verwirklichung ihrer dringendsten, in der früheren Zerrissenheit unerreichbaren Wünsche zu sichern. Unter diesen Wünschen steht in erster Linie die Einheit des Rechtes und der Gerichtsverfassung. Wie groß auch immer die Schwierigkeiten sind, welche der Herstellung dieser Einheit entgegentreten, dem beharrlichen Streben wird ihre Ueberwindung gelingen. Am Zuversichtlichsten aber darf man dieser Hoffnung Raum geben für denjenigen Theil des Rechtes, in Ansehung dessen das Bedürfniß der Gleichmäßigkeit am Entschiedensten hervorgetreten ist. Je lebhafter der Handelsverkehr zwischen den Bewohnern der verschiedenen Einzelstaaten Deutschlands bereits in's Leben getreten ist und noch treten wird, um so störender ist die Unsicherheit und Verlegenheit, in welche der Handeltreibende durch die zum Theil abweichenden, zum Theil unzureichenden Normen über die den Handel betreffenden Rechtsverhältnisse versetzt wird. Ein bedeutender Schritt zur Beseitigung dieses Uebelstandes ist geschehen; eine allgemeine deutsche Wechselordnung ist verkündigt und soll mit dem 1. Mai 1849 in dem deutschen Reiche in Gesetzeskraft treten. Gegenwärtig handelt es sich darum, die übrigen Gegenstände des Handelsrechtes in den Entwurf eines für ganz Deutschland zu verkündigenden Gesetzbuches zusammenzufassen.

Im Allgemeinen wird dabei der Gesichtspunkt festzuhalten sein, daß weniger ein neues Recht zu schaffen, als dasjenige in gesetzliche Normen zu bringen ist, was in dem Bewußtsein der zum Handelsstande gehörenden Personen bereits als Recht gilt. Es wird besondere Rücksicht darauf genommen werden müssen, daß Kaufleute als Richter das Gesetz werden in Anwendung zu bringen haben. Eine Hauptaufgabe wird es sein, das Handelsrecht von denjenigen rein positiven Vorschriften des gewöhnlichen Civilrechts zu befreien, welche auf Gründen beruhen, die dem Handel fremd, und welche in Handelssachen nur deßhalb angewendet worden sind, weil es nicht gelungen war, die Nothwendigkeit einer Ausnahme von der Regel oder vielmehr die Nichtanwendbarkeit der Regel auf die Verhältnisse des Handels bei den Rechtsgelehrten zur Anerkennung zu bringen.

Das Ziel, welches erstrebt werden soll, besteht demnach darin, ein Handelsgesetzbuch zu schaffen, auf Grund dessen überall im deutschen Reiche die Verhältnisse des Handels nach gleichmäßigen, die Eigenthümlichkeit derselben berücksichtigenden Normen beurtheilt werden, welches dem denkenden Kaufmann die Möglichkeit eröffnet, die Rechte und Verbindlichkeiten mit Sicherheit zu übersehen, die aus seinen Handelsunternehmungen hervorgehen, welches ihn als Handelsrichter in die Lage versetzt, die zu seiner Beurtheilung gelangenden Streitigkeiten in Uebereinstimmung mit seiner Ueberzeugung von dem, was dem natürlichen Rechte gemäß sei, zugleich mit Sicherheit und mit der in Handelssachen so nothwendigen Schnelligkeit zu entscheiden.

Unverkennbar hat die Entwerfung eines Handelsgesetzbuches für ganz Deutschland ihre sehr erheblichen Schwierigkeiten. Die größte liegt wohl darin, daß das Handelsrecht auf dem gewöhnlichen Civilrechte beruht, von welchem es nur mehr oder minder bedeutende Abweichungen enthält, daß aber diese Grundlage in den verschiedenen Einzelstaaten Deutschlands nicht dieselbe ist. Diese Schwierigkeit würde ohne vorherige Verkündigung eines allgemeinen Civilrechtes unüberwindlich sein, wenn das Handelsrecht in alle Theile desselben und namentlich in diejenigen tief eingriffe, welche auf dem öffentlichen Rechte, sei es auch nur im weiteren Sinne, oder, wie das Hypothekenwesen, auf eigenthümlichen Einrichtungen beruhen. Allein es ist hauptsächlich die Lehre von den Verträgen und vertragsähnlichen Verbindlichkeiten, welche im Handelsrechte in Betracht kommt. Die Grundsätze, welche in dieser Lehre das römische Recht aus dem inneren Wesen der Sache entwickelt hat, gelten in ganz Deutschland, sei es unmittelbar, sei es in der ihnen durch neuere Gesetzbücher gegebenen Form. Es wird möglich, aber auch unerläßlich sein, die Verschiedenheiten, welche in dieser Hinsicht bestehen, für das Handelsrecht durch Aufnahme allgemeiner Bestimmungen in das Gesetzbuch auszugleichen.

Allerdings ist es nicht allein das Obligationenrecht, welches Gegenstand ausgleichender Abänderungen sein muß. Die Rechtsfähigkeit, oder vielmehr die Fähigkeit, Rechtshandlungen selbstständig vorzunehmen, die erste Bedingung zur Giltigkeit eingegangener Verbindlichkeiten, darf in Beziehung auf das Handelsrecht nicht abweichenden Bestimmungen unterliegen, wenn von einer Einheit desselben überhaupt die Rede sein soll. Der Zeitpunkt, in welchem die Volljährigkeit eintritt, oder erklärt werden kann, die Wirkungen der väterlichen Gewalt nach eingetretener oder erklärter Volljährigkeit, die Voraussetzungen, unter denen verheirathete Frauen Handel treiben und sich ohne Einschränkung verpflichten können, die Wirkungen der eingegangenen Verbindlichkeiten auf das Vermögen beider Eheleute, müssen nothwendig in dem Handelsgesetzbuche gleichmäßig und in möglichst einfacher Weise geregelt werden. Es werden aber diese Aenderungen zum Theil nicht als Ausnahmen von Regeln, deren Fortbestehen gerechtfertigt ist, sondern als Verläufer veränderter Regeln erscheinen; zum Theil wird die Anerkennung einer durch ein höheres Interesse gebotenen Nothwendigkeit mit den zu treffenden Bestimmungen versöhnen.

Andere wesentlich auch auf das Verfahren einwirkende Aenderungen, wie die Befreiung des Richters von den Fesseln positiver Beweisregeln, werden sich als eine Wiederherstellung des natürlichen Rechtes und zugleich, weil Personen zu Gerichte sitzen sollen, die nicht Rechtsgelehrte sind, als eine unbedingte Nothwendigkeit darstellen.

Was die Art der Bearbeitung des Entwurfes betrifft, so werden, um dem Handelsrechte seine Grundlage zu schaffen, namentlich in Beziehung auf das Obligationenrecht, das in Deutschland geltende gemeine Recht, das preußische allgemeine Landrecht, das österreichische und das französische Civilgesetzbuch und die in einzelnen deutschen Staaten bestehenden besonderen Gesetze zu vergleichen und Bestimmungen zu entwerfen sein, welche die der Einheit des Handelsrechtes widerstrebenden Verschiedenheiten aufheben. Da wo dieses nicht durch einzelne durchgreifende Verfügungen geschehen kann, wird es unmöglich sein, die betreffende Lehre in dem Gesetzbuche vollständig zu behandeln. Bei den wichtigsten, im Handel am häufigsten vorkommenden Verträgen wird die Zweckmäßigkeit erfordern, daß die sie betreffenden Bestimmungen vollständig, mit Einschluß derjenigen aufgenommen werden, welche nicht dem Handelsrechte eigenthümlich sind.

Für das eigentliche Handelsrecht wird vor Allem zu ermitteln sein, was in den Einzelstaaten Deutschlands auf Grund von Verordnungen und nach dem Handelsgebrauche Rechtens sei, damit dasjenige, was sich zu einer allgemeinen Norm eignet, aufgenommen, das Uebrige nicht ohne Prüfung beseitigt werde. Das allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten bietet durch die Ausführlichkeit, mit welcher es sich auch über die Gegenstände des Handelsrechtes verbreitet, ein sehr schätzbares Material, dessen Reichthum dazu beitragen wird, daß nicht leicht wichtige Gesichtspunkte übersehen werden.

Die in mehreren Einzelstaaten bereits ausgearbeiteten Entwürfe des Handelsrechtes oder sonstige legislative Vorarbeiten für dasselbe, werden jede geeignete Berücksichtigung finden müssen; es ist nicht zu bezweifeln, daß die betreffenden Regierungen zu deren Mittheilung, soweit sie nicht in den Buchhandel gekommen sind, geneigt sein werden.

Das Handelsrecht des ersten Handelsvolkes der Erde ist, abgesehen von einzelnen Materien, nicht in Gesetzesform gebracht worden; es werden jedoch die Handelsgebräuche Englands, soweit sie ermittelt werden können, eine besondere Beachtung in Anspruch nehmen.

Von den Handelsgesetzbüchern, welche nicht in Deutschland ihre Entstehung erhalten haben, wird das französische eine ganz vorzügliche Berücksichtigung finden müssen. Obgleich in seiner gegenwärtigen Form der neuern Zeit angehörend, hat es in seinen Hauptquellen, den Verordnungen von 1673 und 1681 die Probe langjähriger Erfahrungen für sich, welche am wenigsten einer intelligenten, den Bedürfnissen des Lebens entschieden Rechnung tragenden Nation ungenutzt verloren gehen. Die Zweifel und Bedenken, zu welchen seine Bestimmungen Veranlassung gegeben haben, sind nicht im Staube der Akten verborgen geblieben; sie liegen in den reichhaltigen Sammlungen der Urtheile der Gerichtshöfe zur allgemeinen Einsicht und Prüfung vor, und regen die Gesetzgebung zu ihrer Erledigung an.

Viele Staaten haben auch nach Aufhören der französischen Herrschaft das französische Handelsgesetzbuch unverändert beibehalten; andere haben es mit geringen Modifikationen neu eingeführt; es ist die Grundlage aller neueren Handelsgesetzgebungen geworden. Es gilt noch unverändert oder mit geringen Modifikationen: in Rheinpreußen, Rheinbaiern, Rheinhessen, Baden, Belgien, im Großherzogthum Luxemburg, im Königreich Polen, in Krakau, im lombardisch-venetianischen Königreiche, in Toscana, Parma, Piacenza und Guastalla, in Lucca; in dem Kirchenstaate ist es, im Jahre 1814 unterdrückt, im Jahre 1821 wieder eingeführt; im Königreich beider Sicilien ist im Jahre 1819 ein seine Bestimmungen im Wesentlichen wiedergebendes neues Gesetzbuch an seine Stelle getreten. — Neu eingeführt wurde es 1828 in Haiti, 1835 in Griechenland, 1840 in der Walachei, 1841 in den jonischen Inseln, 1843 in Sardinien.

Es ist die wesentliche Grundlage des spanischen Handelsgesetzbuches von 1829, des portugiesischen von 1833, des holländischen von 1838, des ungarischen von 1838 und 1840.

Je mehr eine über möglichst weite Kreise sich verbreitende Gleichförmigkeit des Handelsrechtes in dem augenscheinlichen Interesse des Handels liegt, um so mehr wird der Gesichtspunkt festzuhalten sein, daß eine Abweichung von den in so vielen Ländern angenommenen Grundsätzen nur gerechtfertigt ist, wenn sie durch überwiegende Gründe geboten wird. — Wenn unter Berücksichtigung des bestehenden Handelsrechts, unter Benutzung der geltenden oder entworfenen deutschen und fremden Handelsgesetzbücher und der sonstigen literarischen Hilfsmittel, über einzelne abgeschlossene Theile des Handelsrechts ein Entwurf zu Stande gekommen sein wird, dessen Motive die Gesichtspunkte, von welchen ausgegangen ist, die Bedenken, welche sich erhoben haben, und die Lücken bezeichnen, welche etwa auszufüllen sein möchten, aber nur nach vorgängiger Berathung mit Sachverständigen ausgefüllt werden können; wenn solchergestalt der berichtigenden und ergänzenden Kritik ein bestimmtes und freies Feld eröffnet sein wird, dann wird es an der Zeit sein, durch Zuziehung von andern Rechtsgelehrten und von Kaufleuten zu einer umfassenden Berathung den Kreis der Mitarbeiter zu erweitern, der, um nicht die Einheit des Entwurfes zu gefährden, bis dahin ein engerer sein mußte. Der auf diese Weise berichtigte und ergänzte Entwurf wird zunächst wieder der Oeffentlichkeit zu übergeben und sodann der gesetzgebenden Gewalt Deutschlands vorzulegen sein.

Frankfurt, den 12. Dez. 1848.

Wibenmann. Breicher. Grimm. Thöl.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 23. Dez. Der in der heutigen Sitzung gefaßte Beschluß, das Reichsministerium zum Abdrucke einer großen Anzahl von Exemplaren derjenigen Nummer des Reichsgesetzblattes zu veranlassen, in welchem die Grundrechte publizirt werden, um dieselben den Mitgliedern der Versammlung zum Behuf der Vertheilung in ihren Wahlkreisen zur Verfügung zu stellen, hat mannigfache Bedenken hervorgerufen. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß namentlich in solchen Ländern, wo die sofortige Publikation nicht erfolgt, die Verbreitung jener Blätter durch die Frankfurter Abgeordneten Aufregung und Mißverständnisse hervorrufen kann; doch darf man wohl die Erwartung hegen, daß die Abgeordneten sich ihrer Stellung und der Pflichten gegen ihre Heimath bewußt sein und den gegebenen Anlaß weit eher dazu benützen werden, ihre Wähler über die Gründe aufzuklären, durch welche sich einzelne Staatsregierungen veranlaßt sehen können, die Publication der Grundrechte einstweilen noch hinauszuschieben. Jedenfalls werden diese Gründe der Centralgewalt vorgelegt und wird von der Reichsversammlung darüber Beschluß gefaßt werden müssen, wie der Widerspruch in gesetzlicher Weise zu beseitigen. Eine Agitation der Massen wäre nicht allein an sich, sondern auch deßhalb gefährlich, weil sie hier und dort — man denke nur an die Wirkung der §§. 33 und 38 auf die bäuerliche Bevölkerung großer Landstriche — nicht zu dem vorausgesetzten Ergebniß führen und der Reichsversammlung neue, ganz unerwartete Schwierigkeiten bereiten dürfte. Die Bewegungen in einigen Gebieten des südlichen und mittleren Deutschlands blieben hier nicht unbemerkt und die Wühlereien des Heern Klindworth werden auch von der Ferne beobachtet. Gerüchte, die so eben verbreitet werden, als ob Preußen, auf den Wunsch Rußlands, der Trias seine Beistimmung gegeben hätte, glauben wir aus gutem Grunde bezweifeln zu dürfen. Auf den Wunsch Rußlands! Eben weil Rußland die Schwäche Deutschlands verewigen, weil es Oesterreich in die unhaltbare Stellung der deutschen Trias hineindrängen und dadurch von seiner innern, der Donaumündung naturgemäß zugewendeten Politik ablenken will, muß es die Trias wünschen und eben deshalb muß Deutschland das Gegentheil nicht blos berathen, sondern rasch und kühn ergreifen. Möglich, daß wir binnen kurzer Zeit die Nachricht erhalten, daß auch Louis Napoleon mit der Trias vollkommen zufrieden sei.

Kremsier, 18. Dez. Reichstagsverhandlugen. Abgeordneter Sieber interpellirt den Minister des Acker- und Bergbaues in Betreff der im Erzgebirge herrschenden, sprichwörtlich gewordenen Noth. Minister Thinnfeld antwortete mit der stereotyp gewordenen Antwort des Ministeriums, daß in Folge Uebereinkommens jede Interpellation im Gesammtministerium vor der Beantwortung berathen werden müsse, und darum die Interpellation ihm schriftlich eingereicht werden möge. Hierauf erfolgte die Verlesung des bekannten Berichts des Finanzausschusses. Dann wird die dritte Lesung der Geschäftsordnung fortgesetzt. Eine lebhafte Diskussion veranlaßte die von der Kommission beantragte neue Fassung des §. 91, nach welcher die Kugelung vor dem Namensaufruf künftig den Vorzug haben soll. Zimialkowski, Borkowski, Borrosch, Brestl sprechen gegen den Antrag der Kommission, für denselben besonders Neumann, Hauschild und der Berichterstatter Mayer. Es wird endlich über den §.: „die Abstimmung durch Kugelung hat den Vorzug vor jener durch Namensaufruf", mit Namensaufruf, (wenn der Antrag durchgeht, vielleicht zum letzten Male) abgestimmt. Die Kommission trug den Sieg davon, 180 stimmten für und 132 gegen die Annahme des §. Der Minister des Innern verlangte das Wort, um die Interpellation der Dalmotinischen Abgeordneten zu beantworten: „Dalmotien bleibt wie früher ein eigenes Königreich; bei der Ernennung des Baron Jellacic zum Gouverneur von Dalmatien habe das Ministerium darauf Rücksicht genommen, daß das slavische Element daselbst überwiegend ist."

Aus der weiteren Berathung der Geschäftsordnung verdient der von der Kommission beantragte neue §. erwähnt zu werden, der das Interpellationsrecht an die Minister beinahe aufhebt. Schuselka spricht sich dagegen aus, ebenso Borrosch, der den Antrag „die Bureaukratisirung der Kammer" nennt. Die Kommission fand sich hierauf veranlaßt, ihren Antrag zurückzunehmen. Die dritte Lesung der Geschäftsordnung kam nun heute zu Ende, nachdem zu den ursprünglichen 94 Paragraphen noch 15 neue hinzugefügt wurden, meist von der Kommission selbst beantragt, und die Kammer in enge Fesseln schlagend. Die nächste Sitzung findet morgen Statt.

Prag, 19. Dez. Der Stand der Dinge in Frankfurt und der Gang der Unterhandlungen mit Oesterreich bezüglich des Anschlusses an Deutschland, erregen in deutschen und czechischen Kreisen ungemeines Erstaunen. Die Deutschen freuen sich von ganzem Herzen und schöpfen neue Hoffnungen, daß sie von dem großen deutschen Vaterlande nicht gewaltsam losgerissen werden; die Ultraczechen toben über das Ministerium, das sich auch nur in Unterhandlungen bezüglich eines Anschlusses einläßt; die vernünftigen und gemäßigten Czechen fangen zu überlegen an, ob es denn ein gar zu fürchterliches Unglück wäre, wenn man sich entschließen könnte, mit Deutschland weiter Hand in Hand zu gehen. Schon hört man von Einzelnen die Frage, welche Garantien man den Czechen für die Erhaltung ihrer Nationalität geben könne? Der Erzherzog Stephan wird bald unser Gast werden und hat schon ein Palais auf sechs Jahre gemiethet, wo er als Privatmann leben will. Gestern starb hier der in Deutschland

bekannte Prof. Bolzano, der wegen seiner freisinnigen Ansichten von der Professur in Prag enthoben wurde.

‡ **Berlin**, 21. Dez. Die beiden Hauptparteien der Nationalökonomen, die Schutzzöllner und die Freihändler, sind gewillt, ihre Prinzipien durch ihre Führer in den künftigen Kammern vertreten zu lassen. Die ersteren scheinen sich für Herrn Dr. Glaser, und die letzteren für Herrn Prince Smith, der seit einigen Tagen aus Frankfurt zurückgekehrt ist, entschieden zu haben. Auch für Heren von Rönne wird innerhalb dieser Parteien agitirt. Man irrt demnach sehr, wenn man als ausgemacht ansieht, daß mit Preußens Hegemonie auch die Grundsätze des freien Handels in der deutschen Zollgesetzgebung zur Herrschaft kommen müßten. Der Freihandel steht selbst in Preußen auf schwachen Füßen und hat seinen Halt hauptsächlich in den älteren Staatsbeamten. Ueberdies wird die Handelspolitik eines einigen Deutschlands ja von der Mehrheit des Parlaments bestimmt werden, nicht von der Ansicht einer einzelnen Regierung. Weder die unbedingten Freihändler, noch die maßlosen Schutzzöllner werden, wie wir hoffen, im deutschen Parlamente die Herrschaft erlangen.

Bayern. Die N. M. Ztg. enthält folgendes Handschreiben des Königs an den Grafen Spaur: „Herr Gesandter ꝛc. Graf von Spaur! Ich habe Ihren Bericht vom 30. des vorigen Monats über die glückliche Befreiung Sr. Heiligkeit des Papstes und dessen Ankunft zu Gaeta mit der höchsten Theilnahme gelesen. So groß der Schmerz war, den Ich bei der Nachricht von den gegen das geheiligte Oberhaupt der katholischen Kirche von einer verbrecherischen, pflichtvergessenen Partei verübten Gewaltthätigkeiten und von dem schwarzen Undanke empfunden, mit welchem diese Partei die von Seinem liebevollen, wohlwollenden Herzen im reichsten Maße gespendeten Gaben und Wohlthaten vergolten hat, und so tief die Bekümmerniß ist, womit die dem heiligen Vater auferlegte Nothwendigkeit, vor weiteren Gewaltthätigkeiten außerhalb seiner Staaten Schutz und Sicherheit zu suchen, Mich wie jeden treuen Sohn der katholischen Kirche hat erfüllen müssen, so haben doch jener Schmerz und viele Bekümmerniß die wohlthuendste Linderung in der Kunde von der glücklich vollbrachten Rettung des Stellvertreters Christi auf Erden gefunden, und Ich danke der göttlichen Vorsehung noch ganz besonders dafür, daß Sie Meinen Gesandten zum Werkzeuge dieser Rettung ausersehen hat. Sie haben, Mein lieber Graf, durch den Eifer und die Umsicht und durch die furchtlose Hingebung, mit welcher Sie dem gefahrvollen und für unsern heiligen Vater wie für die gesammte katholische Christenheit hochwichtigen Unternehmen sich unterzogen und dasselbe zum glücklichen Ausgange geführt haben, auf das Vollkommenste Meinen Absichten und den Gesinnungen entsprochen, die Mich für Se. Päpstliche Heiligkeit beseelen; Sie haben dabei ganz in dem Sinne der Weisungen gehandelt, welche Ich Ihnen unterm 20. Mai d. J. für den Fall ertheilt habe, wo Ihre Dienste dem heiligen Vater von Nutzen sein könnten. Mit Vergnügen drücke Ich Ihnen Meine volle Anerkennung aus, und indem Ich Mir vorbehalte, Ihnen für die geleisteten werthvollen Dienste ein besonderes Merkmal Meiner Gnade und Zufriedenheit zu verleihen, versichere Ich Sie gerne jener wohlwollenden Gesinnungen, womit Ich bin Ihr wohlgewogener König (gez.) Max. Nymphenburg, den 16. Dezember 1848."

München, 20. Dez. Der König hat unterm 16. d. M. folgende Orden verliehen: das Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael dem Gesandten Grafen Spaur in Rom; das Großkreuz des Civilverdienstorden der bayerischen Krone dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli, dann dem Botschafter der französischen Republik in Rom, d'Harcourt, und dem spanischen Botschafter ebendaselbst Martinez de la Rosa; das Kommenthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael dem spanischen Legationssekretär d'Arnao. (Sämmtlich bei der Flucht des Papstes betheiligt.)

~ **Heidelberg**, 22. Dez. Die am 17. d. hier versammelt gewesenen Mitglieder der beiden Hofgerichte zu Mannheim und Bruchsal sollen eine Denkschrift an das Staatsministerium beschlossen haben, worin der Antrag gestellt wurde, dem Beschlusse der zweiten Kammer vom 1. Dez., in Betreff der Gerichtsorganisation, die landesherrliche Genehmigung zu versagen. Die Denkschrift selbst soll so kurz als möglich abgefaßt werden und sich darüber aussprechen: 1) Daß das Institut der Einzelrichter (mit Ausnahme von eilenden und minder wichtigen Sachen) namentlich in Berücksichtigung der projektirten drei Männerkollegien als zweite Instanz, den gehörigen Rechtsschutz nicht ertheile, daß vielmehr das vorgeschlagene Experiment der zweiten Kammer, wenn es je zur Ausführung kommen sollte, nicht nur keine Verbesserung, sondern offenbar eine Verschlechterung der bürgerlichen Rechtspflege zur Folge haben müsse; es soll vielmehr mit Rücksicht auf die Volksstimmung und auf das schon seit sechszehn Jahren von der zweiten Kammer mit Heftigkeit wiederholt gestellte Verlangen nach Collegialgerichten erster Instanz, so wie auf die selbst von der Regierung gemachte Vorlage und im Hinblick auf die Einrichtungen unserer Nachbarländer auf der Einführung solcher Gerichte bestanden werden. 2) Daß es überhaupt jetzt nicht an der Zeit sei, in kleinen Staaten von den meisten der übrigen ganz abweichende und aller Erfahrung entbehrende Gerichtseinrichtungen zu treffen, daß man vielmehr abwarten müsse, ob nicht die Reichsregierung ein für ganz Deutschland gleichförmiges Gerichtsverfahren einführen werde, und endlich 3) daß, wenn die gegenwärtige Lage unserer Finanzen die Einführung der Collegialgerichte erster Instanz nicht erlaubt, es zur Zeit und bis die Finanzen sich wieder gebessert hätten, bei der jetzt bestehenden Einrichtung der bürgerlichen Rechtspflege sein Verbleiben behalten möge. Der Beweis des ersten Satzes dürfte selbst einem Laien nicht schwer fallen. Denn es ist wohl von selbst klar, daß in einem stark besetzten Gerichtshof, wo einem jeden Richter, bei dem wechselseitigen Austausch der Meinungen, die Möglichkeit seiner wissenschaftlichen Fortbildung gegeben ist, für die Rechtseinheit und den Rechtsschutz mehr Garantie liege, als in einem drei Männer-Collegium, in welchem zwei die Majorität bilden und den Ausschlag geben. Während jetzt in wichtigen Sachen in den bestehenden drei Instanzen 13 Richter das Recht erforschen, würden nach den Vorschlägen der zweiten Kammer nur 9 Richter, ja wenn die Urtheile der beiden ersten Instanzen conform wären, in welchen eine Oberappellation nicht mehr stattfinden soll, nur 4 resp. nur 3 Richter entscheiden. Da nun auch das Oberhofgericht in Mannheim in einer ähnlichen Weise, wie die Hofgerichte, sich gegen das Staatsministerium in Betreff der bürgerlichen Rechtspflege ausgesprochen haben soll, so ist wohl zu erwarten, daß bei dem Gutachten dieser Sachverständigen, die Beschlüsse der zweiten Kammer nicht zum Gesetz erhoben werden, zumal als die hierdurch erzielt werdende Ersparniß sehr zweifelhaft ist, und eine gute Rechtspflege auch eines verhältnißmäßigen Mehraufwandes werth ist. — Heute hört man, der Curator der hiesigen Universität, Geh. Rath Dahmen, habe dieses Amt niedergelegt.

Darmstadt, 18. Dez. In der ersten Kammer hat Frhr. v. Gagern angetragen, die Staatsregierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, „daß Pius IX. und den Kardinälen ein einstweiliges Asyl, eine verlängerte Residenz in Deutschland angeboten werde, und die Einladung in nationalem Sinne von den geeigneten Behörden also an sie ergehe." (Darmst. Z.)

Luxemburg, 15. Dez. Unsere Festung rüstet sich. Die Bäume auf dem Glacis und den Wällen sind ihrer Aeste beraubt worden, um in Zeit von drei Stunden die Stämme selbst alle abhauen und in die Werke bringen zu können. (Berl. Z.)

Altona, 20. Dez. Die Verhaftung Bracklow's, die ich Ihnen gestern schon gerüchtweise mittheilte, ist gestern Abend wirklich eingetroffen; sie gab Veranlassung zu einem Tumulte, Straßenauflaufe, Mobilmachen der Bürgerwehr, Einschreiten der Bürgergarde und vielfachen Verwundungen. Der Tumult dauerte die ganze Nacht hindurch und die Tumultuanten, großentheils Mitglieder des vaterländischen Vereins, gingen erst dann auseinander, als man ihnen versprochen, daß Bracklow nicht nach Glückstadt abgeführt, sondern gegen eine zu leistende Kaution entlassen werden solle. Die Kaution ist auf 500 Rthlr. festgesetzt und ist dieselbe jetzt schon von den verschiedenen Mitgliedern zusammengebracht. Bracklow soll heut Nachmittag 4 Uhr freigegeben werden; seine Anklage kam von Rendsburg, sowie auch der Antrag ihn zu verhaften. Die Anklage geht von der Militär-Administration aus, da Bracklow in Neumünster und Altona ausgesprochen hat, daß die preußischen Offiziere aus dem Lande getrieben werden müßten.

Hadersleben, 18. Dez. Mehrere Prediger in Töninglehn, ermuthigt durch das von Rosen und Paulsen im Namen der schlesw.-holst.-lauenb. Kanzlei in Kopenhagen erlassene und noch immer nicht vom dänischen Könige desavouirte Reskript, haben

aufgehört, die ihnen jüngst anbefohlene Bekanntmachung der Verordnung und Erlasse unserer gesetzlichen schleswig-holsteinischen Regierung von der Kanzel abzulesen. — Die von uns sehnlichst erwoetete größere Truppenstärke fängt bereits on, in einzelnen Abtheilungen hier einzutreffen. Die Angekommenen sind bereits mehrere Schwadronen schleswig-holsteinische Dragoner gewesen. Eine größere Jägerabtheilung wird ihnen, heißt es, auf dem Fuße nachfolgen. (S.-H. 3)

Großbritannien.

London, 19. Dez. Der Gesandte der französischen Republik, Gustav de Beaumont, hat sofort nach dem Bekanntweeden der Präsidentenwahl dem englischen Hofe ongezeigt, daß er seinen Abschied nehme; der Times zufolge hat er England bereits am 19. Dez. verlassen. Letztere Zeitung widmet den Verdiensten, die sich Hr. v. Beaumont während seiner Ambassade um das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und England erworben, warme Worte. Früher, zur Zeit der ersten provisorischen Regierung, sagt die Times, sei die gesondtschaftliche Verteetung Frankreichs am englischen Hofe nur locker und unvollkommen gewesen; oder ols Cavaignac die republikonischen Faktionen in den Straßen von Paris zu Boden geworfen, hätte die neue exekutive Gewalt eine festere konserwatwere Haltung angenommen, die überschäumenden drohenden Deklomationen Lamartine's und oer eepublikanischen Demagegen seien nicht mehr gehört worden und somit der Zeitpunkt eingetreten, wo Frankreich in der Person Hrn. v. Beaumont's einen mit voller gesandtschaftlicher Gewalt dekleideten Repräsentonten nach London entsenden durfte. He. v. Beaumont habe sofort sein Bestreben dohin gerichtet, die heezlichen und aufeichtigen Beziehungen zwischen der Republik und der britischen Krone wieder herzustellen; er habe, so lange er den Posten bekleidet, nicht als dee Agent einer Revolution, sondern ols der Gesondte Fronkreichs gehandelt; er hade zwar den nicht ungerechtfertigten Grundsötzen der französischen Regieeung in Betreff der itolienischen Froge ollen möglichen Vorschub geleistet, dabei aber jene Doktrinen von Gewalt und Unordnung, welche nur dazu gedient, die Schwäche Frankreichs bloßzulegen und Europa gegen die neue Republik einzunehmen, mit Unwillen von sich gewiesen. Die Times rühmt weiterhin die Offenheit unv Aufrichtigkeit seines Wesens und die Energie und Unbescholtenheit seines Charakteers, und sagt schließlich: „Ohne Zweifel muß mon beklagen, daß die neue Regieeung Fronkreichs die Dienste eines so ousgezeichneten Mannes, der in Englond einen so guten Eindruck gemacht, veeloren hat; doch wird sein Rückzug von der Leitung öffentlicher Geschäfte wohl nue ein temporärer sein." Hr. v. Beaumont verläßt seinen Posten, weil er der neuen Regierung, die jetzt durch die Wahl Ludwig Nopoleon's in Frankreich zur Macht gelangt, nick t von vornheeein seine Unterstützung zugesagt hatte. Ein solches zartes Ehegefühl ist bei deutschen Diplomaten leider eine Seltenheit.

London, 20. Dez. An der heutigen Börse sanken die Konsols um ½ pCt., in Folge des Gerüchts, daß Oeslereeich beschlossen habe, nur bewaffneter Hand im Kirchenstaote einzuschreiten, ouch bereits Truppen zu diesem Zwecke voerücken lasse. Der „Stondard" bemerkt: „Die heute Morgen vom Festlande erhaltenen Nachrichten sieht man für bedeutendee on, als die in jüngstletzter Zeit herübeegekommenen. Die Entmannung (emasculation) des Papstes als weltlicher Heerscher hat zwar gerade nicht viel Aufsehen erregt, da sie schon seit einiger Zeit als notwendige Folge der früheren Vorgänge im Kirchenstaat angesehen wurde. Aber das Gerücht, daß man im Begriff sei, die österreichischen Truppen als Schiedsrichtee in diesem Zwist zu verwenden, wird als sehr ernsthaft betrachtet, da man es nicht füe wahrscheinlich hält, daß unter solchen Umständen irgend eine in Frankreich errichtete Regierung, möge sie sein, welche sie wolle, lange im Stonde sein weede, ruhig zuzusehen, selbst wenn sie gerne möchte. Diese Ansicht hat nuch, wie es scheint, an dee gestrigen fronzösischen Börse voegeheerscht und zu einem so beträchtlichen Foll der Renten geführt, was sie in einigee Ausdehnung auch hier in ähnlicher Weise zur Folge hatte."

Frankreich.

†† **Paris**, 20. Dezbe. Gestern also wurde Louis Napoleon Bonaparte als Präsident der Republik Frankreich von der Nationalversammlung ausgerufen. Ich will Ihnen den gonzen Hergang dieser denkwürdigen Sitzung überliefern, als ein Stück Zeitgeschichte, welches bedeutungsvoll in die Tagesspalten des 19. Dezbr. 1848 eingelegt wurde. Die Deputirten woren zahlreich erschienen, ihre geräuschlose Unruhe schien eine große Bewegung anzudeuten. Der Präsident ertheilt on den Berichterstatter der Wahlprotokolle zur Präsidentschoft dos Wort. Herr Waldeck-Rousseau verliest einen kurzen Bericht. Während desselben tritt L. Napoleon in die Versammlung. Er ist schworz gekleidet, trägt die Rosette der Deputirten und das Großkreuz der Ehrenlegion. Er setzt sich auf die Ministerbank. Odilon Borrot nimmt an seiner Seite Platz. General Cavaignac nimmt dos Wort: Ich habe die Ehre, der Versammlung anzuzeigen, daß das gesommte Ministerium so eben seine Entlassung mir übergeben. „Ich lege in den Schooß der Versammlung alle mir vertrauten Vollmachten nieder. Die Versammlung möge das Gefühl meines Dankes für so viel Zuteauen und mir bewiesenes Wohlwollen deshalb auch noch onerkennen." (Allgemeine Theilnahme. Langer Beifall). Der Präsident läßt über die Beschlüsse der Kommission obstimmen, welche von der größten Mehrheit mit wenigen Ausnohmen angenommen werden. Die äußerste Linke stimmt nicht für und nicht gegen. Der Präsident erklärt nun: In Folge des Votums der Notionalversammlung und in Betracht, daß der Büeger Louis Napoleon Bonaparte, zu Paris geboren, alle Wohlbedingungen erfüllt, welche der Art. 44 der Konstitution festsetzt; und in Betracht, daß in Folge des Skrutiniums in der ganzen Ausdehnung der Republik Louis Napoleon Bonoparte die obsolute Stimmenmehrheit vereint, wird, mit Bezug auf die Artikel 47 und 48 der Konstitution, derselbe durch die Notionalversammlung zum Präsidenten der fronzösischen Republik ausgerufen, und zwar für die Dauer vom heutigen Tage bis zum zweiten Sonntag des Monats Mai 1852. Ich ersuche den Bürger Louis Napoleon Bonaparte, ouf die Tribüne zu kommen und den konstitutionsmäßigen Eid zu leisten. L. Napoleon Bonoparte betritt die Bühne. Der Präsident liest ihm die Eidesformel vor: In Gegenwart Gottes, und vor dem französischem Volke, welches durch diese Notionolversommlung repräsentirt ist, schwöre ich, der demokrotischen Republik, welche einig und untheilbar ist, treu zu bleiben und alle Pflichten zu erfüllen, welche mir die Constitution auferlegt. Louis Napoleon Bonaparte sagt mit aufgehobener Rechte: Ich schwöre es! Der Präsident: In Gegenwart Gottes und im Namen des französischen Volkes bezeugt die Nationalversommlung dem Präsidenten der Republik den geleisteten Schwur, und verordnet, daß dieser Schwur zu Protokoll im Moniteur aufgenommen, veröffentlicht und überoll ongeschlogen werde. Der Präsident gibt dem Bürger Präsidenten der Republik das Wort. (Tiefe Stille.) L. Napoleon: Die Wahlen der Notion, der Eid, den ich geleistet, bestimmen mein Verhalten in der Zukunft. Meine Pflicht ist vorgezeichnet, ich werde sie als Ehrenmann erfüllen. Ich werde in allen Denen Feinde meines Vaterlandes erblicken, welche auf ungesetzlichem Wege das zu ändern sich bestreben, was das ganze Frankreich eingesetzt hat. Zwischen Ihnen und mir, Bürger Repräsentanten, wird es keine wirklichen Mißhelligkeiten geben. Unser Wille, unsere Wünsche sind dieselben. Ich trachte, wie Sie, die Gesellschaft auf ihre wahren Grundlagen, demokratische Institutionen, zurückzuführen und alle Mittel aufzufinden, die Uebel dieses französischen Volkes zu lindern, welches mir einen so ausgezeichneten Beweis des Verteauens gegeben hat. Die mir zu Theil gewordene Majorität erfüllt mich nicht allein mit Dankbarkeit, sie wird auch der Regierung ein moralischer Anhaltspunkt, ohne welchen sie keine Autorität haben würde. Frieden und Ordnung wird unser Volk wieder erheben, die Wunden heilen, die verirrten Menschen zurückführen, die Leidenschaften beruhigen. Beseelt von dem Geiste der Versöhnung, beschied ich mie zur Seite Ehrenmänner, fähig und dem Vaterlande teeu ergeben, überzeugt, daß sie, trotz ihrer politischen Meinungsverschiedenheit, in dem Vorsatze mit Ihnen vereint sind, die Konstitution znr Verbesserung unserer Gesetze und zum Ruhme der Republik onzuwenden. Die neue Verwaltung ist verpflichtet, bei ihrem Eintritte der vorhergegangenen die Uebergabe der unbemängelten Macht und die Erhaltung der öffentlichen Ruhe zu danken. Das Betragen des verehrten Generals Cavaignoc war würdig seines Charakters und jenes Pflichtgefühles, welches die erste Eigenschaft eines Staatsoberhauptes ist (Beifall). Bürgee Repeäsentanten! wir haben einen große Mission zu vollenden: — eine Republik zu gründen im Intereeße Aller, ein gerechtes und festes Gouveenement, welches von dem wohren Fortschritte aufrichtig durchdrungen ist, ohne reaktionär oder utopistisch zu sein. Seien wir denn Männer des Vaterlandes und nicht

der Parteien, thun wir mit Gottes Hilfe wenigstens Gutes, wenn wir große Thaten nicht vollführen können. (Von allen Seiten: Vive la république!) — Der Präsident der Versammlung fordert die Quästoren und die Mitglieder der Bureaux auf, dem Präsidenten der Republik das Ehrengeleit zu geben, wenn er die Versammlung verläßt. Napoleon begab sich nach seiner Rede zum General Cavaignac, welcher auf der vierten Bank der Linken Platz genommen hatte, ergriff seine Hand und sagte: „Ich bin stolz darauf, einem solchen Manne nachzufolgen." Er verließ den Saal. Bald nach ihm auch Cavaignac, welcher von vielen Deputirten begleitet wurde. Die Eidesleistung des Präsidenten der Republik kündeten Kanonenschüsse vom Hotel des Invalides der Hauptstadt an. Vor der Assemblée Nationale hatten zwei Regimenter unter dem Befehle des General Renmüller Hecke gemacht. Alles Militär der Wachen trat unters Gewehr, als der neue Präsident vorüberfuhr. Der Präsident schickte dem Präsidenten der N.-Versammlung gleich nach seiner Rückkunft ins Hotel folgende Botschaft: „Herr Präsident! ich ersuche Sie, der N.-Versammlung anzuzeigen, daß ich gemäß des 61sten Artikels der Konstitution, mit Verordnung vom heutigen Datum, ernenne: Herrn Odilon Barrot, Repräsentanten des Volkes, zum Justizminister, beauftragt dem Ministerrothe in Abwesenheit des Präsidenten zu präsidiren; H. Drouin de Lhuys, Volksrepräsentanten, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten; H. Leon de Malleville, Volksrepräsentanten, zum Minister des Innern; H. Rulhières, Divisions-Generalen Volksrepräsentanten, zum Kriegsminister; H. von Tracy, Volksrepräsentanten, zum Minister der Marine und Kolonien; H. Fallour, Volksrepräsentanten, zum Minister des öffentlichen Unterrichtes und Kultus; H. Leon Faucher, Volksrepräsentanten, zum Minister der öffentlichen Arbeiten; H. Birio, Vizepräsidenten der N.-Versammlung, zum Minister des Ackerbaues und Handels; H. Passy (Hyppolite), zum Finanzminister. Empfangen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Louis Napoleon Bonaparte. — Odilon Barrot m. d. l. Justice. Marschall Bugeaud ist zum Chef der Alpenarmee ernannt, General Changarnier zum Kommandanten der Besatzung und der Nationalgarde von Paris. Das abgetretene Gouvernement hat noch eine Menge Beförderungen in der Armee und Marine vorgenommen. Viele hohe Beamte, worunter auch Arago, haben vor der Präsidentenwahl ihre Demissionen eingereicht. Vor ein Paar Tagen sind viele junge egyptische Offiziere in Toulon angekommen, welche die Bewilligung erhielten, in französischen Regimentern zu dienen. Der Name Frankreichs scheint durch die Umtaufe des Vornamens im Oriente also nicht gelitten zu haben. Wir aber schließen unsern Brief mit dem aufrichtigen Wunsche, daß Frankreich seinen jetzigen Namen und Präsidenten länger behalten möge, als die allgemeinen Aussichten hoffen lassen.

* **Paris**, 21. Dez. Als gestern 101 Schüsse von den Invaliden die Ernennung des neuen Präsidenten der Republik verkündeten, war die ganze Stadt überrascht. Man wußte, daß von 4 Departementen noch kein officielles Resultat bekannt war, und Niemand hatte erwartet, daß dieselbe schon stattfinden würde. Aber um 11 Uhr Morgens begab sich der Minister Dufaure zu der Wahlkommission und legte ihr Polizei- und andere Berichte vor, woraus hervorging, daß für den Tag dieser Einsetzung Unruhen, wahrscheinlich im Sinne einer Kaiserdemonstration, vorbereitet würden. Er zeigte zugleich an, daß die Resultate der Wahlen jener Departemente durch den Telegraphen gemeldet worden seien. General Changarnier erschien ebenfalls und bestätigte diese Mittheilungen. Der Präsident der Nationalversammlung trieb hierauf die Kommission zur Eile an, und Changarnier begab sich zu Cavaignac, der sich sogleich bereit erklärte, unverzüglich abzutreten und den Oberbefehl über die hier liegenden Truppen sofort Jenem abtrat. Darauf wurden 20,000 Mann aufgeboten, welche in Masse vor die Tuilerien, on die Quais, den Concordeplatz, den Champs elisées und um die Nationalversammlung postirt wurden. Die Gitter des Gartens an dem Palaste der Versammlung wurden geschlossen und alle nothwendigen Maßregeln getroffen. Herr Odilon Barrot begab sich zu Ludwig Napoleon, um ihn von Allem zu benachrichtigen und fand denselben ebenfalls von den besten Gesinnungen beseelt, die sich in seiner Rede, auf das Schönste und Beruhigendste aussprechen. So blieb denn Alles ruhig. Einzelne Gruppen bildeten sich wohl an den Portes St. Martin, St. Denis und auf dem Platze der Bastille. Sie zerstreueten sich aber bald wieder. Abends waren mehrere Häuser und Theater beleuchtet.

Zwischen dem neuen Präsidenten und Herrn Thiers soll eine gewisse Spannung eingetreten sein.

Paris, 21. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 75. 25; 3pCt. 45. 50; Neue 75. 75; Neapol. —. —; Bankaktien 1720. —; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. ——; 3pCt. inländische ——; St. Germain Eisenbahn-Aktien —. —; Versailles, rechtes Ufer 133. 75; linkes Ufer 120. —; Paris-Orleans 740. —; Paris-Rouen 450. —; Orleans-Bordeaux 385. —; Orleans-Vierzon 247. 50; Rouen-Havre 215. —; Marseille-Avignon 190. —; Straßburg-Basel 85. —; Nordbahn 390. —; Paris-Lyon (Certifikate —); Paris-Straßburg 342. 50; Römisches Anleben 64.

Da das Steigen, welches durch die ungeheure Majorität, welche der neue Präsident erhielt, eintreten mußte, bereits ausgebeutet war, so fielen die inländischen Fonds, nachdem sie an heutiger Börse schon zu höheren Coursen (77. 90 und 47. 25) bezahlt worden waren, am Ende derselben, während Eisenbahnen und fremde Effekten fest und großentheils steigend blieben. So schlossen Nords und Lyon 2. 50, belgische 5pCt. 1 pCt. (85), 4½pCt. ½ pCt. (73½), das römische Anleben 3½ pCt. besser, was hinlänglich zeigt, daß keine politischen Gründe auf das Fallen unserer inländ. Papiere einwirkten.

Spanien.

* **Madrid**, 16. Dez. 3pCt. Rente 20¾ P. (Nach der Börse 20⅝ à 11/16 G.); 5pCt. 10 P. (N. d. Börse. 9⅞ G.;) Passive Staatsschuld 4 P. (N. d. B. 3¾ à ⅛ G.)

13 Personen sind verhaftet worden, weil sie sich gegen das Leben des Conseilpräsidenten Naevaez verschworen haben sollen. — Sejas Lozano ist mit 100 Stimmen zum provisorischen Präsidenten der zweiten Kammer ernannt worden. Dieselbe war nicht vollzählig und nur 162 Abgeordnete gegenwärtig.

Nordamerika.

÷ Die Vereinigten Staaten hatten im Jahre 1848 im Auslande 7 bevollmächtigte Minister (Ministee Plenipotentiary) deren jeder 9000 Dollars Gehalt und ebensoviel Repräsentationsgelder erhält, 8 Legationssekretäre (Jahrgehalt 2000 Dollars), 2 Minister-Residenten (Jahrgeh. 6000 Doll.), 17 Geschäftsträger (Jahrgeh. 4500 Doll.). Die Durchsicht des amerikanischen Beamtenpersonals bestätigt übrigens aufs Neue, welche geringe Geltung leider bis jetzt noch die deutsche Bevölkerung in den höheren Schichten der Gesellschaft sich erworben hat: man gewahrt fast nur Namen die auf Englische Abstammung deuten, nur höchst ausnahmsweise und vereinzeltmal einen solchen, der eine deutsche Abstammung verräth.

Die Zahl der dort beglaubigten deutschen Konsuln ist Legion: so hat Oesterreich dort 7, Baden 2, Bayern 4, Bremen 9, Braunschweig 1, Frankfurt a. M. 2, Hannover 10, die beiden Hessen 2, Lübeck 2, Mecklenburg 3, Nassau 1, Oldenburg 4, Preußen 8, Sachsen-Coburg 1, Sachsen-Weimar 1, Sachsen 3, Würtemberg 5 ꝛc., im Ganzen also nahe an 100 deutsche Consule, während das mächtige Großbritannien dort derer nur 16, Frankreich nur 14 hat. Hier giebt es also für die deutsche Centralgewalt viel aufzuräumen und dürfte dabei das non multa sed multum nicht zu vergessen sein.

Italien.

* Die Sitzung der römischen Deputirtenkammer vom 11. war durch die, gegen den Papst ehrerbietigen, gegen seine Umgebung aber sehr strengen Reden der römischen Minister merkwürdig. Mamiani sagte: Möge der Hohepriester zurückkommen, aber allein (ma solo)! Des Raumes wegen müssen wir eine ausführlichere Mittheilung hierüber verschieben. Garibaldi wurde in Rom mit Enthusiasmus aufgenommen.. Die Stadt schien ruhig aber entschlossen.

* **Rom**, 11. Dez. Eine Korrespondenz von hier in der „Basler Zeitung" enthält nähere Mittheilungen über die Vorgänge in Rom seit der Abweisung der dem Papst nachgesandten Deputation. Alles, heißt es darin, habe schon damals der augenblicklichen Konstituirung der Republik entgegengesehen, auf welche die Partei der äußersten Linken, die Klubs des Landes, und vor allen

Uebersicht.

Unsere politische Lage.
Deutschland. Frankfurt (Der Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedelung.) Aus Tirol (Die italienische und die deutsche Frage.) Berlin (Erlaß des Justizministers.)
Frankreich. Paris (Die Nat. Vers. Brochüre Girardin's. Unruhen befürchtet. Die Journale über die Präsidentenwahl. Die französische Armee.)
Ungarn. (Der Reichstagsbeschluß gegen den Thronwechsel.)
Rußland. Petersburg (Vierteljahrsbericht des deutschen Hülfsvereins.)

---

* Vom Rhein, 22. Dez. Die Unlust an der Gestaltung unserer vaterländischen Dinge hat mich einige Tage abgehalten, Ihnen zu schreiben, das Uebermaaß derselben treibt mich wieder dazu. Wem geht es nicht so, daß er sich heute dem Geleite der schönsten Hoffnungen hingibt, morgen alle Aussicht auf eine selbst nur leidliche Zukunft verliert, am dritten Tage zwischen diesen Extremen zweifelnd schwankt? Mir geht es, nach Natur und Beschäftigung, so, daß wenn ich auf dem Stadium der Resignation stehe, ich am ruhigsten bin; man wird dann genöthigt, sich auf den Standpunkt des bloßen Beobachters zu stellen, und auf diesem hat man immer ein gewaltiges Schauspiel vor sich, das zu Betrachtung, Ueberlegung, Vergleichung unermeßlichen Stoff darbietet und — je verwirrter, desto interessanter wird. Nur wenn man sich der zweifelnden Hoffnung für den Moment überläßt, ist der Zustand peinlich; man möchte rathen und thun, und doch sieht man sich unter so vielen Rath- und Thatlosen unmächtig; man möchte in Ungeduld treiben, bald läßt man es in aller Entsagung gehen wie's geht. Zu welchem Ende sind wir nun mit der österreichischen Frage gekommen! Als ich bald nach Blum's Hinrichtung den ersten Wunsch an Sie schrieb, man möchte die Abtrennung Oesterreichs aussprechen, ohne sich zu scheuen, mit der Linken in dieser Sache gemeinsam zu gehen, damals war der Moment, wo der Instinkt der Nation mitgewirkt hätte, es wäre dem Schlage der Schlag nach Verdienst gefolgt, Volk hätte sich von Volk, ungleichartig wie sie sind, geschieden bei einem Anlaß, den die ganze Masse versteht. Traurig, daß dieser Instinkt nur in Einer Schreibfeder einen Ausdruck, und bei den Berathern unserer höchsten Angelegenheiten keinerlei Eingang fand; zu einer höchst unpassenden Todtenfeier hätte man sich fast beim Gemüthe fassen und hinreißen lassen, aber zu einem politischen Akte voll Energie und Weisheit fand sich kein Sinn und kein Trieb. Dann, als das Programm der Minister aus Oesterreich erschien, war noch einmal ein Anlaß, in der ruhigsten Interpretation und ohne alle Anfrage über das außer alle Frage Gestellte die Ausscheidung der österreichischen Abgeordneten zu votiren; dies war ein Punkt, der über das Verständniß der Masse hinauslag, über den zu entscheiden recht eigentlich Sache der staatsmännischen Vertreter der Nation war. Bewahre! man wartete, bis es den Oesterreichern selbst einleuchten würde, daß es schon gegen die Schicklichkeit sei, sich in eine fremde Berathung einzudrängen. Böse Absicht zu vermuthen, das wäre vollends eine Sünde gegen den heiligen Geist der deutschen Gemüthlichkeit gewesen. Jetzt freilich hat man sich davon überzeugen müssen, jetzt, wo man plötzlich durch einen trefflichen Handstreich die demüthigen, bittenden, gemüthlichen Landsleute in einer compakten Liga stehen sieht mit Pfaffenfreunden, Partikularisten und Reaktionären, und wo man sich aus einer sichern Offensive in eine klägliche Defensive getrieben sieht. Wenn man nicht alle Geschichte vergessen hatte, wenn man nicht allen Takt und Menschenkenntniß vermißt hatte; so konnte man allezeit wissen, mit wem man zu thun hatte. Aber man dachte, mit Metternich wäre allee Aristokratismus aus Oesterreich gewichen und man hätte nun mit einem freien Geschlechte zu thun, wie von unserm Blute, so von unserm Geiste. Was in Italien, was gegen Ungarn geschah, konnte belehren. Vergebens. Man mußte im eignen Lager die Erfahrung, die man nicht hören wollte, fühlen. Jetzt wird man anfangen zu glauben, wovor die D. Ztg. warnte, schon als man glauben konnte, Oesterreich wäre gänzlich der Eroberung deutschee Freiheit und Staatseinheit gewonnen, jetzt wird man anfangen zu glauden, daß eben so wie die politische und intellektuelle, auch eine sittliche Kluft uns nicht von der österreichischen Regierung, sondern vom österreichischen Volke scheidet; jetzt, wo man politischen Jesuitismus, unedle Aufdringlichkeit, wahllose Parteiverbindung von den Männern treiben sieht, die als die Elite der Nation nach Frankfurt gesandt sind; jetzt wird man von ferne begreifen, wenn das am grünen Holze geschieht, was erst in Oesterreich werden wird, wenn der Adel sich wieder fest im Regimente weiß, wenn die Geistlichkeit wieder zu Athem kommt, wenn das Heer der feilen Unterbeamten aus seinen Löchern kriecht. Diese Elemente sind ja nicht mit Metternich verschwunden, auch hat sie die Anarchie in Wien nicht ausgetilgt. Man wird sich jetzt eher als vorher auf all das besinnen, man wird, sage ich, nach und nach begreifen, mit wem man zu thun hat, und daß es besser wäre, nichts mit ihm zu thun zu haben. Jetzt wird man das einsehen, wo es zu spät ist, wo man wahrscheinlich sogar die Mittel verloren hat, nur entgegen zu wirken. Gewiß, wenn es nicht eine Todsünde wäre, in vaterländischen Dingen Schadenfreude zu fühlen, so wäre es hier verzeihlich. Denn gesetzt selbst, noch wäre eine Mehrheit gegen die neue Ligue vorhanden, wenn diese, unnatürlich wie sie ist, wirklich zu Stande kommen und Bestand haben sollte, — selbst dann würde diese Mehrheit nicht thun was jetzt wieder geboten scheint. Sie müßte noch jetzt unerbittlich den Austritt der österreichischen Abgeordneten ootiren, und wenn alle Wenedey's mit ausschieden, desto besser. Es wäre der Moment, mit einem energischen und durchaus vaterländischen Verhalten in dem Theile der Nation, der jetzt wieder etwas zur Besinnung kommt, der wenigstens etwas politische Einsicht besitzt, neuen Fuß zu fassen. Es wäre der Anlaß da zu einem Manifest an die Nation, das ihr aufdeckte, was das für Neosolutionäre sind, die mit dem Ultramontanismus sich zusammenstecken, um diesem seine Zwecke durchfechten zu helfen, was für Vaterlandsfreunde, die uns dem heillosen Einfluß Oesterreichs auf's neue Preis geben, an dem sich all unser nationales Ansehen verblutet hat, und was für Einheitsfreunde, die uns dem Staatenbunde auf's neue zuführen wollen, nachdem uns die Bewegung dieses Jahres vor aller Welt nur in dem Einen Bestreben gezeigt hat, ihm zu entgehen. Es wäre Zeit, den Fürstenkongressen, und gar dem Fürstenkongreß in Prag damit vorzubeugen, daß man den deutschen Regierungen eine offene Vereinbarung über die Verfassung antrüge, aber nur den Regierungen, die an den Grundlagen des Bundesstaates nicht rütteln wollen. Aber wer wäre in Frankfurt, der das Alles nicht für die Rathschläge einer unpraktischen Praxis, einer aufgeregten Feder ansähe? Lassen Sie mich daher lieber von dem praktisch politischen Standpunkte weg zu dem betrachtenden historischen übergehen, wo ich vollkommen ruhig und gelassen bin, wo ich vielleicht sogar keinen Widerspruch finden werde, in keinem Punkte, selbst nicht in dem Schlußpunkt meiner Betrachtung, obgleich alle nichts weniger als ansprechend sind. Es ist aus dem neunmonatlichen Verlaufe des embryonischen neuen Staatslebens in Deutschland klar: 1) Wir sind der Selbstregierung, obgleich wir so vollmäulig die Volkssouveränität in Anspruch genommen haben, noch nicht fähig. Die Reichstage in Berlin und Wien haben das unwidersprechlich bewiesen. Wir dürfen auf Polen und Italien kaum mehr herabsehen. Man hat den Berliner Landtag, dem heute das Volk zu Füßen lag, morgen mit einem thörichten Streiche alle seine Gunst verscherzen sehen; eine gehaßte, angefeindete Regierung konnte mit einer fertigen Verfassung ihn und alle seine Popularität umwerfen in Einem Nu; und die so schnell schon müde gewordene Nation ist froh, zum innern Frieden zukommen, wenn auch unter dem Spotte der Welt. 2) Wir sind zur Einheit in Deutschland nicht reif. Der Reichstag in Frankfurt hat das unwidersprechlich bewiesen. Wir dürfen in dieser Hinsicht vielleicht selbst von Italien lernen. Man weise auch nicht die Symptome in Frankfurt zurück, als die bloß zufälligen Aeußerungen zufälliger Parteien. Diese Parteien, die der Einheit aus politischen, seciten, confessionellen Gründen entgegenwirken, sind in der Nation und jede neue Zusammensetzung des Reichstags würde sie wiederbringen. 3) Wir verstehen von äußerer Politik und ihren ersten Erfordernissen, ohne die eine Nation nie etwas sein wird, nichts. Wir sind daher auch zur Nationalität in einem politischen Sinne noch nicht reif. Die kosmopolitischen Träumereien, die sich bei uns so breit machten, und das Auseinandergehen der Ansichten in Bezug auf den Schlußstein der Verfassung, die Oberhauptsfrage, beweist das unwidersprechlich. Wohin man sieht, nichts als getheilte Ansprüche, statt gemeinsamee Bedürfnisse und Interessen, auf denen allein eine Nationalität und eine Politik wurzeln kann. 4) Wenn es so mit den Fähigkeiten des Volkes steht, so steht es mit der Fähigkeit der Regierungen nicht besser. Man wird willig sein, Gesetze und Freiheiten zu geben, man wird vielleicht selbst die Fürstenkongresse

nicht mißbrauchen, was die innere Freiheit und ihre Interessen angeht; aber dem Körper der Nation eine großartige Bewegung zu erhalten, hat man nicht Muth noch Kraft noch Einsicht. Man wird blos die Erfahrungen registriren, daß das Volk zur Selbstregierung, zur Einheit, zu Nationalität und Politik nicht reif ist, und wird in dem ersten Punkte nach Kräften auszuhelfen suchen, in dem zweiten ein Flickwerk begünstigen, im dritten die herkömmliche Passivität aufrecht erhalten. Man wird den großen festen Kern und den tiefen Sinn der gewaltigen Erschütterung dieses Jahres verkennen, der darin liegt, daß dieser einmal in Bewegung gekommene Körper eines großen Volkes der Thätigkeit unter aller Bedingung bedarf, und daß der politische Geist dieses Volkes gelernt hat Ansprüche zu machen, die geleitet, geläutert und befriedigt sein wollen. 5) Entbehren sie der billigen Befriedigung, so werden sie sich in's Unsinnige steigern; der gesunden Läuterung, so werden sie in's Ungeheure verwildern; der kräftigen Leitung, so werden sie sich selbst überlassen in die Irre gehen. Die Revolution wird ihre furchtbare Fortsetzung finden. Und wer sich in die ganze Natur unserer Lage und inneren Zustände versetzt, wer will doch auch glauben, daß diese Schwäche der politischen Einsicht und Thatkraft, diese Ungewöhnung des Handelns, diese Macht des Individualismus und Particularismus, dieser Neid und Stammeifersucht, dieses wunderbare Amalgam großer und kleiner Staaten, diese Kleinstaaterei in der Politik, und diese Kleingeisterei in den Menschen, die ihre Frucht ist, — daß alle diese Dinge und die unendlichen Hemmungen eines politischen Lebens die darin gelegen sind, überwunden werdrn konnten ohne eine Aufrüttelung und Durchschütterung der Nation bis in ihre letzten Tiefen, damit ein neues Geschlecht derauskomme, das mit den eisernen Nerven geboren ist, die zu den Werken eines großen Staatslebens gehören? Ich selber habe das früher geglaubt. Ich hatte geglaubt, es sei möglich, daß die Kraft der geistigen Bildung den Mangel dieser physischen Erziehung zur Politik für den ersten Anlauf ersetzen werde. Ich habe mich darin vollständig geirrt. Ich habe auch wider Willen und mit dem innerlichsten Widerstreben überzeugen müssen, daß uns diese geistige Schule der Kunst und Wissenschaft wenig politische Einsicht gebracht, den Instinkt des Willens gelähmt und die Kraft des Handelns gebrochen hat. Die altgewordenen Glieder werden dem Medeenkessel der Revolution nicht entgehen können und, wenn sie wirklich verjüngt werden sollen, nicht dürfen. Vielleicht weile ich in ein paar folgenden Briefen auf diesem freudlosen Thema. Ich thue es ohne alle Schwarzsichtigkeit. Mein eigenes Auge hat in diesen Betrachtungen Festigkeit gewonnen, vielleicht theilt sie sich Einem oder dem Anderen mit.

Deutschland.

00 **Frankfurt** a. M., 22. Dez. In Folge der von dem Congreß für deutsche Auswanderung, welcher am 16. October in Frankfurt gehalten wurde, gefaßten Beschlüsse, traten am 12. December die Bevollmächtigten der bis jetzt gebildeten beiden Zweigvereine, des hessischen und würtembergischen, zur Bildung eines am Sitze der deutschen Centralgewalt sich aufhaltenden und aus je zwei Bevollmächtigten jedes Vereins bestehenden bleibenden Ausschusses zusammen. Der Nationalverein bezweckt, mit Hinzuziehung von Briefwechselnden und Ehrenmitgliedern, welche in allen von Deutschen bewohnten Theilen der Erde ernannt werden können, und von derathenden Ehrenmitgliedern, welche in Frankfurt oder dessen Umgegend wohnen, theils das Material über deutsche Auswanderung und Ansiedelung zu sammeln und den einzelnen Vereinen zugänglich zu machen, theils aus den Schätzen des so angehäuften Wissens schriftliche Anfragen Auswanderungslustiger zu beantworten. Er vertritt die Vereine bei der Centralgewalt und erhält von dem Reichshandelsministerium zur Mittheilung geeignete consularische Nachrichten über den Stand der Auswanderung und Ansiedelung. Der Centralverein überwacht die Redaktion der zu seinem Organe gewählten, in Darmstadt erscheinenden Wochenschrift: „der deutsche Auswanderer," redigirt von dem zweiten Vorsitzenden und Bevollmächtigtrn des hessischen Zweigvereins Dr. Künzel. Zunächst schließt sich daran an die größeren Aufsätze, mitunter mehr wissenschaftlicher als rein praktischer Richtung, liefernde Vierteljahrschrift Germania, Archiv zur Kenntniß des deutschen Elements in allen Ländern der Erde, geleitet von dem ersten Schriftführer und Bevollmächtigtrn des würtembergischen Zweigvereins, Dr. Stricker und in Frankfurt a. M. erscheinend. Für die nächste Zukunft steht die Bildung und der Anschluß badischer und pfälzischer, später auch der Anschluß sächsischer und schlesischer Vereine in Aussicht und es ist zu wünschen, daß in dieser wichtigrn Nationalangelegenheit alle Zersplitterung vermieden werde.

† **Aus Tyrol**, 20. Dez. Von den Dingen, auf deren Entscheidung wir hier seit langem warten, ist bis heute noch keines zum Ende gebracht worden, wenn sie auch zum Theil in veränderte Phasrn eingetreten sind. Die wichtigste Frage darunter, die wälsch-tyrolische, muß zum Schlusse kommen, es muß Ja oder Nein gesagt werden; dem Geschrei nach Trennung muß man in Ollmütz oder Kremsier endlich ein Echo angedeihen lassen oder es an Ort und Stelle zum Schweigen bringen. Die Trientiner und Roveredaner haben sich in den Kopf gesetzt, nicht im mindesten nachzugeben, nicht die leiseste Annäherung zu zeigen. „Man kann uns zwingen, aber wir werden protestiren," „die Gewalt mag siegen, wir werden aber unermüdet begehren" — „wir können unterliegen, werdrn jedoch nichts anerkennen und zugestehen": so sprechen die Wortführer der Komitate und mit ihnen sind Hunderte und Tausende einverstanden. „Alles, nur keine Rückkehr mehr unter die Oberherrlichkeit der Deutschtyroler, keine Verbindung und Freundschaft mit diesen unsern alten Vögten," ist die Losung und was sich aufbringen läßt an Hartnäckigkeit, Austauer, Leidenschaft, Fanatismus, Spott und Hohn, — an politischer Geschmeidigkeit, Rührigkeit und Schlauheit, das wird daran gewendet, um sie im Volke lebendig zu erhalten und zur Wahrheit zu machen. Wenn man sagt, daß viele Wälschtyroler diesem Treiben fremd sind und das Landvolk demselben sogar entgegen sei, so hat man in so weit recht, daß nicht Alle dieselbe Thätigkeit entwickeln und die Vernünftigen extreme Mittel zu würdigen wissen, — daß der arme Colone vor allem wünscht, sein Herr möge ihm Ruhe gönnen und lieber an Verbesserung seines Zustandes, als an Politik denken; — am Ende aber ist's ausgemachte Wahrheit, daß der Trennungsgedanke ein allgemein anrrkannter, unbestrittener ist und kein Wälscher Lust hat, von Drutschen regiert zu werden, wenn er's anders haben kann. Wie weit und in welchen Formen die Trennung aber statt finden soll, darüber sind natürlich die Meinungen nicht eins und sicher nicht alle bezwecken in letzter Absicht das Loskommen von Deutschland oder Oesterreich. Vorerst würden die Meisten zufrieden sein mit der Lösung aus den Gubernial- und Landtagsbanden zu Innsdruck. Die Demonstrationen zu dem Ende werden immer lebhafter und häufiger, Sitzung reiht sich an Sitzung, Erklärungen folgen auf Adressen, Petitionen auf Erklärungen, dazwischen Spottprocessionen und Trutzlieder, und erst vor etlichen Tagen deputirte man ernstlichst an den neuen Kaiser und will sich das Ultimatum holen. Die Deutschtyroler ehrlichen und gesunden Einsehens machen Versöhnungsanträge und Zugeständnisse, die Eiferer wollen von keinem Jota abstehen und rufen nach Radetzky und den kroatischen Pädagogen, nach Belagerungszustand und ähnlichen Besänftigungsmitteln.

Bescheidene Stimmen endlich erlauben sich darauf hinzudeuten, daß diese Angelegenheit nebenbei ein gewisses Deutschland unmaßgeblich berühren dürfte und lispeln zu den Bergspalten gegen Norden vereinzelte Seufzer und Hülferufe hinaus in der Richtung gegen Frankfurt am Main. Unbezweifelt hat im Privatleben Jeder darein zu reden, wenn man ihm die Thüre seines Hauses aushrbrn und von dannen tragen will; im politischen scheint das ein anderes und es wäre, um beliebter zeitraubender Interpellationen willen, der Centralgewalt kaum zu rathen, sich auch hierorts bei dem Versuche, dies Hausrecht zu üben — in schiefe Lagrn zu bringen. Zwar dürfte sie in unserm Falle selbst mit einem Reichskommissäre besser noch mit ein paar Brigaden Baiern oder Schwaben Wesentliches zu leisten nicht verzweifeln; aber wird das Ministerprogramm von Ollmütz ihr auf diesem Boden, obwohl er erst seit 1803 österreichisch, aber seit tausend Jahren des Reiches ist, nicht ein größeres Hemmniß als der wälsche Separationseifer und das eigene bescheidene Maß von Macht? — Deßhalb harren wir fast ebenso ungeduldig, wie bei dem Trientiner Drangsal, auf die Lösung unserer deutschen Zweifel. In Tyrol will Jeder ein mächtiges, starkes, einiges Oesterreich, einen Kaiser, der etwas bedeutet; aber Niemand erwartet solches von einem Zusammengemengsel aller Nationalitäten in einen konstitutionellen Brei, von einem Reichstag der alle Zungen spricht ohne ein Apostel des Heils zu sein, von einer Centralisation, die nothwendig zu einer Despotie nationaler Majoritäten, also einer slavischen Oberherrlichkeit führen müßte; Niemand begehrt, daß die alten Schranken, die uns von Brüdern trennen,

Digitized by Google

bestehen bleiben und nur neu angestrichen werden, — schwarzgelb oder roth-blau-weiß. „Die Gränze auf!“ ruft der Bauer, „wir wollen Deutsch sein“! der Herr, und wie auch eine Partei schmäht, höhnt, warnt und zetert vor dem Lande der Intelligenz und alle Sondergelüste aufstachelt, — das Schlagendnothwendige macht sich geltend, das Unabweisbare leuchtet Jedem ein. — Die Beweggründe sind nicht die gleichen, aber das Bedürfniß ist dasselbe, Zweck kann ohne Anschluß an Deutschland nicht bestehen, — sollte dies heute noch nicht klar geworden sein, so wird sich's morgen erwahren. Daher hat auch der Landtag dem Ministerium empfohlen, die provinziellen Bedürfnisse nicht zu gering anzuschlagen und das Langersehnte nicht zur Unmöglichkeit zu machen: — die Verbindung der österreichisch-deutschen Erblande mit dem übrigen Deutschland. In der Geduld sind wir stark, — im Hoffen werden wir täglich schwächer, — dennoch dürfen wir uns selbst nicht verlassen und so meinen wir vor der Hand, es ließe sich machen, daß wir Deutsche, Oesterreicher und selbst Tyroler zugleich sein und bleiben können.

Berlin, 20. Dez. In einigen öffentlichen Blättern ist einer Verfügung des Justiz-Ministers Rintelen an die sämmtlichen oberen Justiz-Behörden erwähnt. Wir befinden uns im Stande, den wahren Inhalt dieses Erlasses mitzutheilen. Er lautet:

Durch die allgemeine Verfügung vom 8. Oktober d. J. hat bereits mein Amtsvorgänger daran erinnert, daß es vorzugsweise die Aufgabe der Justiz-Behörde ist, die Achtung und Wirksamkeit des Gesetzes aufrecht zu erhalten, daß sie durch Erfüllung dieser Aufgabe dem Lande am besten dienen, weil die wahre Freiheit nur auf dem Boden des Gesetzes gedeihen kann. Seitdem sind leider an vielen Orten die schwersten Ausbrüche eines unrechtlichen, den Gesetzen und der Ordnung Hohn sprechenden Treibens vorgekommen; es hat sogar in einzelnen Theilen des Landes gewaltsame Auflehnungen gegen die Obrigkeit stattgefunden, welchen nicht überall mit Energie begegnet worden ist. Angesichts einer so bedauernswerthen Lage der Verhältnisse wende ich mich jetzt, wo die Regierung Sr. Majestät des Königs einen entscheidenden Schritt gethan hat, um des dem Abgrunde zugedrängten Staat zu retten, jetzt wende ich mich von neuem an die Justiz-Behörden und die Herren Staats-Anwalte des ganzen Landes, um sie aufzufordern, überall und ohne Ansehen der Person ihre Pflicht zu thun. Wer auch der Schuldige sein möge, er darf der auf dem schleunigsten Wege herbeizuführenden gesetzlichen Bestrafung nicht entgehen.

Mit besonderer tiefem Bedauern habe ich sowohl aus einzelnen Berichten der Landes-Behörden, als aus öffentlichen Blättern ersehen müssen, daß auch einzelne Beamte der Justiz, uneingedenk ihrer besonderen Berufspflichten, theils sich haben hinreißen lassen, offenbar gesetzwidrige Handlungen zu begehen, theils nicht den Muth und die Unerschrockenheit gezeigt haben, womit allein dem Terrorismus mit Erfolg entgegenzutreten war. Ich erwarte, daß auch in Bezug auf Jene mit Feststellung des Thatbestandes, und eventuell mit Einleitung der Untersuchung, eingeschritten werde, ohne Nachsicht und mit ernster Beschleunigung, denn die Beamten der Gerechtigkeitspflege, welchen die Wahrung des Ansehens der Gesetze anvertraut ist, haben durch die eigene Verletzung des Gesetzes doppelt gefehlt; die Beschleunigung des Verfahrens gegen sie ist aber besonders nothwendig, weil in den Händen solcher Beamten die Handhabung des Rechts nicht verbleiben darf. Befinden sich unter den Schuldigen Beamte, gegen welche nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften eine förmliche Untersuchung oder die in Fällen dieser Art jedesmal in pflichtmäßige Erwägung zu nehmende Amts-Suspension nicht ohne höhere Genehmigung verhängt werden darf, so ist mit Ermittelung der Umstände behufs der Begründung der Untersuchung ohne spezielle Anweisung anzuzeigen und demnächst die erforderliche Genehmigung schleunigst einzuholen. Hinsichtlich die Referendarien und Auskultatoren ist nicht außer Acht zu lassen, daß in Betreff ihrer Entlassung aus dem Staatsdienste besondere Vorschriften bestehen.

Der von Vielen absichtlich genährte Wahn:

daß die bisherigen Staatsgesetze, namentlich bei Verbrechen gegen den Staat, seit dem März d. J. nicht mehr gültig seien,

hat viel dazu beigetragen, die Anarchie zu vermehren, und vielleicht auch einen gefährlichen Einfluß bei einzelnen Gerichten erhalten. Es bedarf bei dem trefflichen Geiste der preußischen Justizbeamten, welcher sich im Ganzen auch jetzt bewährt hat, nur der Hinweisung auf den bekannten Rechtsgrundsatz, daß Gesetze so lange ihre Kraft behalten, bis sie im Wege der Gesetzgebung aufgehoben und abgeändert sind, so wie auf die ausdrückliche Bestimmung des Artikels 108 der Verfassungsurkunde vom 2. d. M., um gewiß zu sein, daß die ehrenwerthen preußischen Justizbeamten, bei allem Interesse für die wahre, sittliche Freiheit, das Ansehen der Gesetze und die Ordnung über Alles stellen werden.

Mit diesen Grundsätzen und mit Verachtung aller persönlichen Gefahren wollen wir voranschreiten in der Zuversicht des Sieges über das Verbrechen, über die Anarchie. Gerade dadurch werden wir auf das wesentlichste beitragen, daß der früher so glänzende preußische Staat sich wieder in seiner sittlichen Stärke zeigen und nicht länger durch wird, um mit einem Abgeordneten zu Frankfurt zu sprechen, daß noch fernere Ruchlosigkeit und rohe Gewalt unter uns ihr Wesen treiben.

Die Herren Präsidenten der Gerichte, so wie der Herr Generalprokurator zu Köln, mögen hiernach das Erforderliche an die Beamten ihres Ressorts veranlassen und mich davon in Kenntniß setzen, gegen welche Beamte und wegen welcher Vergehen Suspensionen und Untersuchungen eingeleitet worden sind.

Berlin, den 8. Dezember 1848. Der Justizminister. Rintelen.
(Pr. St.-A.)

Frankreich.

†† **Paris**, 19. Dez. Kaum ist die Majorität für Louis Napoleon festgestellt, so läßt Herr Thiers der Constituante im Constitutionel zum Abzug blasen, freilich mit sehr sanften Tönen und obligatem diplomatischem Terr. Er meint es würde keiner Macht noch einem gemäßigten Politiker einfallen, der Assemblée-nationale Rechte zu bestreiten, und am wenigsten das, den Termin ihrer Dauer selbst zu bestimmen. Nur gibt er ihr zu bedenken, daß sie nicht vernünftig handeln würde, den organischen Gesetzen, deren Berathung sie sich vorbehalten, mehrere andere Gesetzentwürfe beizufügen, welche vor das Forum der konstitutionellen Assemblée-nationale gehören, und auf diese Weise sich unnöthig zu verlängern. Zwei Gewalten verschiedenen Ursprungs nebeneinander zu belassen, sei gefährlich, besonders in dem Zeitalter der Revolution, wo die Beweglichkeit der Gemüther und der Wechselfall der Ereignisse die öffentliche Meinung so schnell ändert. Es wäre ein Fehler und eine Ungerechtigkeit, der Constituante für die geleisteten dankenswerthen Dienste neue Bürden aufzulasten. Algerien hat die Wahlresultate erst theilweise eingeschickt. So auch Corsika. In ersterem hat Napoleon bisher 10,000, Cavaignac bei 4000 Stimmen erhalten. Eine Brochüre des Hrn. Emil Girardin machte in der gestrigen Sitzung der Assemblée-nationale die Runde. Sie enthält Rathschläge für den neuen Präsidenten, die zum Theil mit den von A. Dumas in seinem Briefe ausgesprochenen übereinstimmen. Girardin verlangt: „Reduktion der Minister auf die Zahl von drei, dagegen zahllose Generalsekretäre und Büreaudirektoren. Allgemeine Amnestie, von welcher blos die gemeinen Verbrecher auszuschließen sind. Absolute, also unbeschränkte, Preßfreiheit ohne Cautionen; Verbot des Verkaufes der Journale im Wege öffentlicher Feilbietung. Unbeschränkte Vereins- und Klubfreiheit, jedoch strenge Unterdrückung der Zusammenrottungen. Unbeschränkte Unterrichtsfreiheit. Wiedereinsetzung des Prinzen Aumale in das Gouvernement Algerien und Ernennung des Prinzen Joinville zum Präsidenten des Admiralitätsrathes. Ich zweifle nicht, daß beide Prinzen die Stellen annehmen würden. Besonders der Admiral. Es liegt in diesem Verlangen ein ritterlicher Sinn des Franzosen, welcher dem Verdienste seiner Paladine gerne schmeichelt, wenn es obendrein so populär und liebenswürdig repräsentirt wird. Dirio's Eintritt in's Kabinet als Arbeitsminister hat ein Fallen der Course an der Börse hervorgebracht. Man hat Anstalten getroffen, einer organisirten Emeute entgegenzutreten welche die Proklamirung des Präsidenten als Kaiser am Tage der Ernennung zum Zwecke hat. Die Journale polemisiren über die Wahl Napoleons und die Gruppirung der in der Wahl vereint Gewesenen. Jedes glaubt, einen Sieg für seine Partei mit diesem Präsidenten errungen zu haben, keines gesteht, daß es dupirt wurde. Der „National“ kämpft für das Beisammenbleiben dieser Kammer, der „Siècle“ und die „Gazette de France“ für die Auflösung. Der „Courier français“ will die Auflösung nicht vor dem März, er hält eine ganz ungewisse neue Nationalversammlung für gefährlich für die Regierung und wünscht diese befestigt vor der Berufung einer anderen Kammer. Die Sozialisten wollen ein Weihnachtsfest im Wintergarten feiern: Entrée 1 Fr. 50 Cent. Das „Univers“ bemerkt darüber: „Sie sind nicht die ersten, welche die gotteslästerliche Bahn betreten, den dreimalheiligen Namen Jesu Christi zu schänden; denn die Cloots und Desmoulins nannten unseren Heiland „den Sansculotte Jesus.“ Uebrigens wird die Schmach, die Verachtung und der Schauder, welcher den Sansculottismus umgibt, in sehr naher Zeit die Sozialisten selbst treffen.“ Die „Republique“ verlangt, daß der Präsident 200,000 Mann jenseit der Alpen, 200,000 Mann an den Rhein, 50,000 an den Nil und 50,000 an das Gestade des Bosporus entsende. Kleinigkeiten, wenn die Rothen nicht wären. Wie kommt es vor, die französische Armee vervollkomne sich in der Republik nicht besonders. Die paar Reiterregimenter und namentlich der Train lieferten keinen glänzenden Pendant zur militärischen Haltung des französischen Infanteristen. Reiter und Pferde waren nachlässig gehalten, die Kavallerie schlecht beritten, die Zugpferde des Trains größtentheils mangelhaft. Diese Kavallerie hat der einfache, gut armirte, und mit einem tüchtigen Rosse versehene deutsche Reiter bei doppelter Ueberlegenheit nicht zu fürchten. — Den Austritt Schmerlings aus dem Reichsministerium erfuhren wir Deutsche hierlands mit ungetheiltem Vergnügen, den Eintritt Gagerns begrüßt Jedes mit freudigem Vertrauen, hoffend, der Mann werde für Deutschland einen neuen „kühnen Griff“ realisiren, indem er Preußen an Deutsch-

Digitized by Google

lands Spitze bringt. Wir brauchen dringend eine ungetheilte deutsche Macht!

Ungarn.

Aus dem Reichstagsbeschluß, der die Thronentsagung des Kaisers Ferdinand und die Thronbesteigung seines Nachfolgers null und nichtig erklärt, heben wir nachstehend die Motivirung aus. Der Beschluß untersagt allen Kirchen-, bürgerlichen und Militärbehörden, keinerlei Jurisdiction weßhimmer zu dulden, welchen das Gesetz, die Verfassung und der Reichstag, als hierzu berechtigt nicht anerkennen. Der Landesvertheidigungsausschuß „als welcher unter den jetzigen Verhältnissen des Landes mit der zeitweiligen Regierung durch den Reichstag betraut ist", wird angewiesen, jedermann zur Beobachtung des Beschlusses anzuhalten. „Ungarn und die damit verbundenen Länder und Theile, sowie die mit Theile der österreichischen Monarchie waren, sind es auch heute nicht; sondern sie bilden ein unabhängiges, selbstständiges Reich, das seine eigne Verfassung besitzt, und nur noch seinen eigenen, mit der Zustimmung der Nation gebrachten Gesetzen regiert werden darf. Die unverkürzte Aufrechterhaltung eben dieser Unabhängigkeit und gesetzlichen Stellung bildet jene Fundamentalbasis, auf der das Herrscherrecht des Hauses Oesterreich nach der in der pragmatischen Sanktion bestimmten Erbfolge beruht. Die in Betreff des österreichischen Kaiserthrones lediglich von der Familie ausgehenden Verfügungen können sonach zwar auf den Königsthron Ungarns und der verbundenen Theile ohne Beiziehung und vorläufige Einwilligung des ungarischen Reichstags keinerlei Wirkung und Einfluß ausüben. Damit jedoch jetzt, wo Ungarns und der verbundenen Theile Selbstständigkeit und unabhängige staatliche Existenz von so viel Seiten mit bewaffneter Macht eindrücklich angegriffen wird, und die Nation wegen Erhaltung ihrer staatlichen und nationalen Existenz zu einem Vertheidigungskrieg genöthigt ist, das Schweigen des Reichstags durch Uebelwollende nicht als eine Verletzung der Nationalrechte ausgelegt werde: so halten die gesetzlich versammelten Repräsentanten und das Oberhaus des Landes, als die Wächter der Verfassung und gesetzlich constituirte Gewalt, für ihre Pflicht, über jene Ereignisse sich im Namen der Nation zu äußern. Der Königsthron Ungarns kann ohne vorausgegangene Einwilligung der Nation noch einem der ganzen Welt gemeinsamen Gesetz nur durch den Tod des gekrönten Königs erledigt werden. Stirbt der gesetzlich gekrönte König, so ist derjenige, den die Erbfolge unmittelbar trifft, verpflichtet, mit der Nation einen Krönungsbrief abzufassen, die Landesgesetze und die Verfassung zu beschwören, und sich mit der Krone des heiligen Stephan von der Nation krönen zu lassen, und kann zwar auch vor seiner Krönung gewisse Herrscherrechte ausüben, aber nur im Sinne der Gesetze. Dieß kann jedoch nur im Falle des Ablebens des gekrönten Königs geschehen, und diesen einzigen Fall ausgenommen, kann ohne den Willen der Nation und die vorausgegangene Zustimmung des die Nation vertretenden Reichstags in dem Besitz des ungarischen Königsthrones keinerlei Veränderung rechtmäßig erfolgen, so zwar daß, als Kaiser und König Franz I. wegen vorzunehmender Krönung des noch jetzt lebenden Ferdinand's V. die Nation zur reichstägigen Einwilligung aufforderte, der Reichstag im Jahre 1830 nur unter der ausdrücklichen Clausel in die Krönung Ferdinand's V. einwilligte, daß er bei Lebzeiten seines Vaters ohne vorausgegangene Zustimmung der Nation in keinerlei Herrscherrechte einfließen dürfe. Noch mehr wird also zu einem Thronwechsel die vorläufige Vernehmung und Einwilligung der Nation erheischt, wenn der noch nicht im Besitz des Throns gewesene, also auch darüber zu disponiren nicht befugte unmittelbare präsumtive Thronerbe des Nebenzweiges mit Beseitigung der Kinder, welche dem am Leben befindlichen König etwa noch geboren werden könnten, den Herrscherthron auf einen entfernteren Familiensprossen zu übertragen beabsichtigt. Nachdem also ohne vorausgegangene Zuziehung der Nation bei Lebzeiten des einen Herrschers niemand Anderes die königlichen Rechte sich zueignen, noch weniger aber durch private Familien-Pakte die Erbfolge abändern darf; nachdem zur Lossagung von den Pflichten, welche an den Besitz des ungarischen Königthrones geknüpft sind, die vorläufige Einwilligung der Nation unumgänglich erforderlich ist; nachdem das ungarische Königthum auf einem doppelseitigen Vertrage beruht, dessen eine fundamentale Seite es ist, daß als gesetzlicher König nur derjenige betrachtet werden könne der mit der Nation in reichstägiger Uebereinkunft eine Krönungs-Verteagsurkunde abgeschlossen, auf ihre Rechte und Gesetze den Eid abgelegt, und in Folge dieses Schwurs mit der Krone des hl. Stephan gekrönt worden; nachdem auch in dem Fall wenn der regierende gekrönte König sich den Heerschersorgen nicht gewachsen fühlt, es zu den Rechten der Nation gehört, eine provisorische Landesregierung anzuordnen; und nachdem in Betreff sämmtlicher in Ollmütz den 2. Dez. sich ereignet habenden Familien-Abdikationen und Rechtsübertragungen die ungarische Nation nicht einmal befragt wurde: demgemäß also, da die willkürliche Entsagung auf den österreichischen Kaiserthron an der Selbstständigkeit, der Verfassung und den Fundamentalrechten des auch sonst nicht zur österreichischen Monarchie gehörigen Königreichs Ungarn und der mit ihm verbundenen Theile und Länder nicht das geringste ändern kann, erklärt hiermit der Reichstag, als das gesetzliche Organ Ungarns und der damit verbundenen Theile und Länder, daß ohne Benachrichtigung, Wissen und Einwilligung des Reichstags, über den Besitz des ungarischen Königsthrones Niemand einseitig verfügen könne."

Rußland.

≍ **Petersburg**, im Dez. Der deutsche Hülfsverein wurde schon 1841 von den Aerzten Dr. Spieß (gegenwärtig in Frankfurt) und Dr. Meyer und dem sächsischen Ministerresidenten Frhr. von Seebach in der Form eines Krankenhauses für deutsche Handwerksgesellen projectirt, als aber an der Lauigkeit des deutschen Handwerksstandes der Hauptstadt dieser Plan gescheitert war, in erweiterter Form 1842 ins Leben geführt. Der Verein, welcher sich nun zur Aufgabe stellte, hülfsbedürftigen Landsleuten jeden Standes Unterstützung, Beschäftigung, oder Mittel zur Heimreise zu verschaffen, stand Anfangs unter dem Schutze des Grafen Benckendorf, nach dessen Tode unter dem des Herzogs von Leuchtenberg; dem Vorstand stehen 12 Armenpfleger zur Seite, ein statistisches Register gewährt nicht nur in humaner Rücksicht Interesse, sondern auch Aufschluß über die Zahl der aus verschiedenen Staaten in Petersburg lebenden Deutschen, über die von ihnen betriebenen Geschäfte, deren ab- oder zunehmende Blüthe. So waren am meisten Preußen (zwischen 316 und 442 in den 4 Jahren 1844—47 schwankend) unter den Unterstützten, dann kamen Sachsen und Thüringer (106—146), Mecklenburger (56—114), Oesterreicher (36—113), Hannoveraner (19—77), Hamburger (30—73), Lübecker (18—60), Kurhessen (12—57), Würtemberger (25—45) u. s. w. Ferner stellte sich heraus, daß gewisse Gewerke in Petersburg durchaus nicht von ausländischen Meistern und Gesellen betrieben werden können; kein Maurer oder Zimmermann z. B. findet hier Arbeit und die Glasbereitung wird im ganzen Reiche fast nur durch Russen betrieben, so daß der Verein 1845: 76, 1846: 88, 1847: 75 Glosarbeiter unter seinen Armen zählte. Auch Goldarbeiter (35, 29, 42) sind in den letzten Jahren arbeits- und erwerbloser geworden, und die große Anzahl der Armen unter den Schuhmachern (1845: 70, 1846: 63, 1847: 51), Bäckern (81, 92, 66), Schreinern (16, 59, 61), Schneidern (94, 125, 116), Webern (30, 28, 29), erklärt sich leicht daraus, daß die hiesigen deutschen Meister immer mehr aufhören, deutsche Gesellen anzunehmen, daß sie dieselben vielmehr durch russische Arbeiter, die weit wohlfeiler sind, ersetzen. Man kann jetzt nicht mehr als Einen deutschen Gesellen auf Einen deutschen Meister rechnen und die weite Entfernung der Hauptstadt von den andern arbeitenden Städten macht es, daß der Geselle meist mit ganz erschöpften Mitteln dort ankommt. Wenn er dann nicht sogleich Arbeit findet, so geräth er durch die Theurung der Residenz und die schlechte Einrichtung ihrer Herbergen rasch in Elend und Verderben, aus dem ihn nur schnelle Heimkehr retten kann. Die freie Heimkehr gewährte der Verein 1840 an 102, 1845 an 175, 1846 an 182, 1847 an 147 Personen. Im Jahr 1847 wurden 1240 Personen mit 9082 Silberrubeln unterstützt. Das Vermögen der Anstalt stieg auf 12,671 S.-R. Im October 1845 errichtete der Verein ein Versorgungshaus für arme Frauen, wozu im Juni 1846 ein Versorgungshaus für Männer und ein Waisenhaus kam. Die drei Anstalten, unter dem Namen Armenhaus vereinigt, enthielten Ende 1847: 19 Personen (23 Frauen, 20 Männer, 6 Kinder) und kosteten im Laufe des Jahres 1947 S.-R.

Redacteur: H. Krufe.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die H. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn u. Taxis'sche Ober-Post-Amts-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 Fr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 342. Frankfurt a. M., Dinstag 26. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Deutschland. Wien. (Nachrichten aus Ungarn. Presburg und Wieselburg genommen. Die Einnahme Raab's bestätigt sich nicht. Die Ostdeut. Post. H. a. Gagern. Gerüchte aus Ministerialveränderungen. Tagesnachrichten.) Triest (Irriges Gerücht von der Einnahme Malgheras.) Von der ungarischen Grenze (Näheres über die Einnahme von Presburg, Wieselburg und Kaschau.) Kremsier (Reichstagssitzung. Präsidentenwahl. Nachrichten vom Kriegsschauplatze. Der Bauernkönig Kohylica.) Berlin (Preußen und die auswärtigen Mächte. Die Wahlen. Die richterlichen Behörden gegen ihre demokratischen Mitglieder. Die königl. Familie. Der Verkehr.) Magdeburg (Herr v. Unruh.) Köln (Gottschalk, Anneke u. Esser freigesprochen.) Düsseldorf (Langer Urlaub.) München (Die ministerielle Krisis.) Dresden (Der Landtag. Assisenhof. Ministee Braun.) Sigmaringen (Abtretung der Regierung an Preußen.) Hannover (Deutsche Truppen an der Eide.) Karlsruhe (Neues Blatt.) Schleswig. (Die Friedensunterhandlungen.) Hadersleben (Dänische Plane.) Hamburg (Ausgleichung des Zwistspalts.) Lübeck (Rüstungen der Dänen.)

Frankreich. Paris (Weihnachtsferien. Ernennungen. Die Journale über die neue Regierung. Demonstration der Universität von Frankreich. Pius IX. soll doch nach Frankreich kommen. Jérome Bonaparte Gesandter in London. Der Constitutionel über Thiers. Bevorstehende Veränderungen im diplomatischen Corps. General Changarnier. Die Alpenarmee. Kriegerische Plane der Bonaparte's. Tagesnachrichten.)

Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Sieg der Ungarn über die Szeckler. Siebenbürgen von den Ungarn geräumt. Die Rekrutirung.) Hermannstadt (Proklamation. Fortwährender Kampf der Nationalitäten.)

Italien. (Die Nachricht von Karl Alberts Abdankung ungegründet. Die römischen Kammern und Pius IX. Die Constituante. Ordensverleihung an den Grafen Spaur und seinen Sohn. Das neue Turiner Ministerium zieht die Truppen aus Genua zurück. Monatliche Unterstützung in Venedig. Die Delegirten von 10 Städten für die Bewegung in Rom.) Rom (Günstige Stellung der liberalen Partei.)

Nordamerika. (Die Präsidentenbotschaft. Zusammentritt des Congresses.)

Deutschland.

* **Wien**, 19. Dez. Die kaiserl. Truppen haben Preßburg und Wieselburg genommen. Das am 19. Mittags erschienene dritte Armeebülletin meldet hierüber folgendes: „An Se. Excell. den Feldmarschallieutenant und Gouverneur von Wien, Frhen. v. Welden. Preßburg, 18. Dez. 1848. Ich beeile mich Ew. Excell. bekannt zu geben, daß ich so eben, Nachmittag 3 Uhr, mit dem zweiten Armeecorps über Stampfen in Preßburg eingerückt bin, nachdem diese Stadt gestern vollständig vom Feinde geräumt und die Schiffbrücke abgefahren worden war. Nähere Details behalte ich mir vor. Mein Hauptquartier übertrage ich heute nach Carlburg. Alfred Fürst zu Windisch-Grätz. Ebenso wurde gestern am 18. Dez. Wieselburg nach einem heftigen mehrstündigen Gefechte vom ersten Armeecorps unter Befehl Sr. Exc. des Banus genommen und besetzt." Daß Preßburg ohne Schwertschlag fiel (schreibt man der D. Allg. Z.) während Wieselburg blutigen Kampf kostete, läßt sich bei dem umgekehrten Verhältniß in der Haltbarkeit nur dadurch erklären, daß die ungarischen Truppen den kroatischen gegenüber sich zu stärkerm Widerstande gereizt fühlen, während die Bedenken, gegen deutsche zu fechten, immer mehr hervorzutreten scheinen. Kossuth soll sich von Pesth in's Innere des Landes zurückgezogen und die pesther Nationalgarde zuvor entwaffnet haben. Die Cholera herrschte noch zu Ofen, war jedoch sehr im Abnehmen begriffen. Von den ungarischen Banknoten sollen 60 Millionen ausgegeben sein; die Meinungen über das Schicksal derselben bei Ausgang des Kriegs sind sehr verschieden. Die Gerüchte von Ministerialveränderungen erhalten sich. Wenn der geforderte Kredit, wie höchst wahrscheinlich, vom Reichstag auf 50 Mill. reducirt wird, so sieht man dem Rücktritt des Finanzministers entgegen. Dann stände folgende Combination in Aussicht: Bach Inneres, Schmerling Justiz, Stadion Finanzen. Daß Schmerling zum Eintritt in's Ministerium aufgefordert worden, versichert die Allg. Z. mit Bestimmtheit. Auch Kübeck wird als Finanzminister genannt. (Die neuesten Nachrichten machen alle Ministerialveränderungen wieder zweifelhaft).

△ **Wien**, 20. Dez. Seit einigen Stunden verbreitet sich das Gerücht, Raab sei eingenommen. — Hauptmann Jellacic, Bruder des Banus, soll in dem Gefecht bei Wieselburg geblieben, der Banus selbst nur durch die Schnelligkeit seines Pferdes — bei einer Rekognoscirung der Gegend — aus den Händen der Ungarn gerettet worden sein. Bei Tyrnau, Wieselburg und Kaschau haben sich die Ungarn sehr tapfer zur Wehr gesetzt. Bei Kaschau war eine Schaar freiwilliger Polen, die wie immer mit dem größten Heldenmuthe kämpften und nur der Uebermacht endlich wichen, nachdem sie zur Hälfte zusammen gehauen waren. Ein Offizier schreibt aus Kaschau, daß 300 Mann kaiserliche Truppen auf dem Platze geblieben sind; der Kampf dauerte von 11½ bis 5 Uhr. — Das Erscheinen der „Ostdeutschen Post" hat hier große Ueberraschung verursacht, da Kuranda auf das Bestimmteste erklärt

Digitized by Google

hotte, während des Belagerungszustandes sein Blatt nicht herauszugeben; doch scheint er dazu von dem Gouverneur Baron Welden selbst veranlaßt worden zu sein. In dem ersten Blatte entwirft er eine treffende Schilderung von der Feigheit der „Schwarzgelben" im Oktober und ihrem jetzigen Uebermuth. Sie gehören zu jener Gattung, von welcher schon die Bibel sagt, daß sie nur „verzogt oder übermüthig sein konn." — Der Eintritt Heinrich v. Gagerns in das Reichsministerium wird von der hiesigen deutschen Partei mit Jubel begrüßt; wenn die deutsche Einheit bereits zum Problem geworden ist — so ist nur er der Mann, der dies Problem noch zu einer glücklichen Lösung bringen dürfte! Wir hotten einen andern Traum, aber wenn es denn nicht anders sein konn — wenn Preußen — nur Einheit, Einheit um jeden Preis, bevor uns der brütende Norden überflügelt!

* **Wien**, 20. Dez. Pillersdorff mochte bei einer Vorbesprechung der Wähler großen Eindruck durch Vorlesung einer Denkschrift über die Oktoberereignisse, so daß er viele Aussicht zur Wiedererwählung hoben soll. — Graf Wissingen Nippenburg (ein geborner Tyroler) ist zum Leiter des Gubernium in Tyrol ernannt. — Fürst Paul Esterhazy nebst seinem Sohne, bisher von ungorischen Commissären bewacht, ist befreit und in Wien ongekommen. — Baron Culmer ist (noch der Allg. Z.) noch Agram obgereist. Ueber die Einnahme Raobs wird der Allg. Z. geschrieben: „Bei Raob sollte ollen Andeutungen zufolge olles was dos Land an regulären Truppen, an Honoréd und on Landsturm ouftieten konnte, konzentrirt werden, um dem Feinde das weitere Vordringen noch Pesth erst durch eine Schlocht erkouten zu tossen. Raob war zu diesem Zwecke stark verschonzt worden, die gonze Gegend von Gräben durchwühlt, mit Erdschanzen durchkreuzt; die Bewoffneten, welche bei Kittsee und Preßburg gestonden waren, hotten Befehl, bei einem ernstlichen Angriffe der Kaiserlichen sich on die Honptmocht bei Wieselburg und Raob onzuschließen, und jetzt sind auch diese beiden Städte von ihren Vertheidigern oufgegeben, ja letztere, wie heutige Berichte melden, ohne ein Geschütz für ihre Behauptung abzudrennen. Fost scheint es, daß die Ungarn erst vor Pesth Stond halten werden, oder sollte es wohr sein, daß Kossuth mit seiner Houptmacht gegen Südrn oprrirt, um im Fall eines unglücklichen Erfolgs sich noch der Türkei durchzuschlagen?"

Die Wiener Nachrichten oom 21. Dez. zeigen, daß die Meldung über die Einnahme von Raab vorellig wor. Jellocic soll davorstehen.

Triest, 18. Dez. Dos hier gedruckt verbreitete Gerücht, daß Malghero genommen sei, war falsch, dogegen bringt ein Schiffskapitän die Nochricht, daß die sardinische Flotte om 13. d. von Ancona obgesegelt sei, mon wußte nicht wohin. (Allg. Z.)

Von der ungorischen Grenze, 19. Dez. Nachdem die Colonnen des Fürsten Windischgrätz vor Preßburg angekommen waren, entstand in der Stadt zwischen der schon früher entwoffneten Bürgerschaft und der Besatzung, welche, 10,000 Monn stark, sich zur Vertheidigung anschickte, ein Zwist, indem die Einwohnre von einem Widerstande nichts wissen wollten. Do die Insurgenten befürchten mochten, im Augenblicke des Kompfes nicht nur einen mächtigen Gegner vor sich, sondern ouch einen erbitterten Feind im Rücken und on der Seite zu hoben, zogen sie es vor, den Platz freiwillig zu räumen, worauf om 18. Dez. um 3 Uhr Nachmittogs die k. k. Truppen ohne Schwertstreich in die alte Krönungsstadt Ungorns einzogen. Inzwischen hatte der Bonus als Commondeur des ersten Armeekorps auch nicht gefeiert, und während dos zweite Corps in Preßburg einzog, hatte er den flüchtigen Feind endlich bei Wieselburg eingeholt, wo sich sofort ein äußerst hitziges Gefecht entspann. Ban Jellacic selbst stellte sich zweimol on die Spitze seiner Kroaten gegen die wüthenden Magyaren, die endlich weichen mußten. Nicht nur der Ban Jellacic selbst, auch Generat Zeisberg schwebten in der Gefahr, gefongen genommen zu werden, und haben nur die Kürassiere den Letzteren noch zu gelegener Zeit aus den Händen der Husaren befreit. Zwei k. k. Generole, vier Stabs- und 57 Oberoffiziere sollen sich unter den Todten und Verwundeten befinden, wie mon denn überhaupt bemerkt, daß sich die Offiziere im Gefecht, ous Begierde nach Auszeichnung, mehr ols nöthig ist, bloßstellten. Die Stadt Wiesrtdurg ist bei der Affaire sehr schlimm weggekommen, indem ein Theil derselben in Asche liegt und fast jedes Haus geplündert wurde. Zum Glück hatten die Einwohnee ihre Habe meistens in Sicherheit gebrocht. Man befürchtet, daß, nachdem Raab, Pesth und Ofen genommen, die Insurgenten sich in Streifbanden ouftösen und zwischen Donou und Theiß einen hartnäckigen Parteigängerkrieg führen werden, wozu ihnen die Stimmung der rein magyorischen Bevölkerung jener Gegenden die beste Gelegenheit bietet. Uebrigens steht die Südarmee unter F.-M.-L. Dahten bereits wenige Meilen von Budo-Pesth und erwortet blos die Vorrückung der Hauptarmee von Westen, um sodonn gegen die Schwesterstädte rasch vorzugehen. (Brsl. Z.)

Ueber die Einnahme von Koschau enthält die Leipz. Z. folgende nähere Angaben: Noch dem siegreichen Treffen bei Budome wurden die Ungorn bis Kaschau geworfen. Sie versuchtrn sich hier neuerdings aufzustellen, ergriffen aber, zum zweiten Mole geschlogen, wirder die Flucht; wobei die Stadt Kaschau einem kurzen Bombordement ousgesetzt wor. F.-M.-L. Schlick schickte einen Portamentär in die Stadt, mit dee Drohung, solls ous der Stodt ouf seine Truppen geschossen würde, die Stodt in einrn Schutthaufen zusammen zu schießen. Das Gefecht douerte von 11 Uhr Vormittogs bis 5 Uhe Abends. Um 5½ Uhe rückten unsere Truppen in Koschou ein, wo viele Gewehre, Kanonen und Munition erbeutet wurden. Auch Proviont war in Fülle da, nue mit den Weinoorräthen war übel gewirthschaftet. General Fiedler, der mit 2 Divisionen Infonterie, einer Divisiyn Reiterei und etwas Geschütz betochirt wor, um die Ungarn im Rücken zu nehmen, kom zu spät, sonst wäre die Niedertage eine vollkommene gewesen. Unser Vertust ist in Betracht der Wichtigkeit der Vortheile gering; es fieten ein Major und 4 Mann; verwundet wurden ein Lieutenont und 14 Mann; vermißt wurde ein Houptmonn mit einiger Mannschoft.

△ **Kremsier**, 18. Dez. Der weiße Berg, an dee ungorischen Greuze, etwa 4 — 5 Stunden oon Kremsier entfernt und bis oor wenigrn Tagen noch von den Ungorn stork besetzt und oerschanzt, ist vorgestern von den kaiserl. Truppen eingenommen worden. Weder auf der einen noch der ondern Seite blieben Todte, ebenso ist die Zahl der Verwundeten gering — ouf Seite der Ungarn 5—7 — ouf Seite der koiserl. Truppen drei. Jedoch wurden bei 60 Ungorn zu Gefongenen gemocht und einige derselben hierher gebracht.

Kremsier, 18. Dez. Eine Reichstogssitzung noch der andern zieht sich interesselos dohin; vielleicht, daß die nächsten erregter und erregborer sind, die beutige war es noch nicht. Die Linke wagt nur durch die gemäßigtsten und der Zunge om meisten sichern ihree Mitglieder on der Debatte Theil zu nehmen, um nicht neuen Anlaß zu geben, daß eine Militairbehörde weitere Schritte und Mißtrauensvoten ondefehle. Auch Abgeordneter Borrosch hot ein solches von seinen Committenten von der Kleinseite in Prog erhotten, und zwar 35 von 50 Wahlmännern unterschrieben es; ollein der Mann bleibt fest auf seinem Sitze, sowie die ondern Mitglieder ouf der linken Seite, und sie haben Recht. Es wöre ein übelverstandener Ehrenpunkt, der elenden Wiener reactionairen Presse und solchen Mißtrauensvoten zu weichen. Der Volksfoche wäre domit ein schlechtee Dienst erwiesen. Wohl ist es wahr, daß sowohl die republikonische ols die Frankfurtrr Partei keine Sympothien im Volke hatten, allein die rine wie die ondere Tendenz sind im Oktobee bei den Borrikoden geblieben. Die Mehrzohl will ous der Niederlage nur die Volksrechte und Volksfreiheiten retten, wenig sich um die Stoatsform oder das Staatsgebiet kümmernd. Selbst die Notionalität sucht mon ins Eck zu schieben oder gonz zu umgehen, um nur ein Gesetz zu Stande zu bringrn. Leider taucht in der Kommer, noch mehr oder in den Abtheilungen und Ausschüssen, dos Gespenst der Reaction leidhaftig ouf, und die schon einmal berathenen Grundrrchte gerathen unter diese Krebsscheere. Gewiß ist es, daß eine oktropirte Charte bei weitem freisinniger ousfiele, ols diese Kommer sie geben wird, und eben deshalb ist es ouch gewiß, daß wir neuerdings harten Kämpfen entgegen schreitrn. Die Revolution wird, durch Windisch-Grätz's Kanonen obgewehrt, nicht mehr gegen Thron und Dynostie gerichtet sein, oder drsto schärfere Wossen wird mon gegen die Volksoertreter schleifen, die dos Volk zertreten. — Die Grundrechte sind in drn Abtheilungen und im Ausschusse berathen, und sollen ebenfalls nächstrr Tage zur ersten Lesung kommen; sie sind ein bedeutendee Rückschritt gegen den in Wien vollendeten Entwurf. Bei sehr vielen Mitgliedern hat sich deshalb große Besorgniß eingeschlichen und sie verlieren die Hoffnung, Freisinniges zu Stonde zu bringen. Das Ministerium hat

liberalere Ideen, als ein großer Theil der Kammer, wovon ganze Fraktionen Rechte und Freiheiten den nationalen Bestrebungen zum Opfer zu bringen bereit sind. Dennoch sind die Czechen bereits in Opposition gerathen, da sie beim Kabinet die Idee der Centralisation vorherrschend glauben. Das Gemeindegesetz, wie es im Entwurf, als Privatarbeit, vorliegt, stellt an die Spitze der Kreisvertretung einen ernannten Präsidenten, der unmittelbar mit dem Ministerium verkehrt. Dies ist eine Befestigung der Landesbehörden und Landtage in den Provinzen, und gleichsam eine Departementaleintheilung des ganzen Reichs. Gegen eine solche Centralisirung würden die Czechen und die Polen sich mit aller Kraft erheben, und weder die Kroaten, Slawonier, Siebenbürger, Wallachen und Serben wären dazu zu bringen, noch die zu erabernden Magyaren. (D. A. Z.)

>< **Kremsier**, 20. Dez. In der heutigen Sitzung des Reichstags war, nach Ablauf der einmonatlichen Frist, Präsidentenwahl. Der Kandidat der Linken war Smolka, der Rechten Strobach, das Centrum suchte den frühern Unterstaatssekretär Mayer durchzusetzen. Zwei Abstimmungen lieferten keine absolute Majorität. Das dritte Mal erhielt Smolka 157, Strobach 166 Stimmen, und somit wurde letzterer Präsident. Smolka's Abschiedsworte wurden mit lebhaftem Zuruf begleitet. Zu Vicepräsidenten wurden Doblhoff und Hasselwander (aus Deutschtyrol) gewählt, ersterer mit großer Majorität. In der O. Allg. Ztg. wird zu diesem Resultate bemerkt: „Die drei Präsidenten zeigen, daß eigentlich keine Majorität existirt, auf die das Ministerium oder überhaupt eine Fraktion sich stützen könnte. — Wenn man nicht durch Deutschthum Opposition hervorruft und aufweckt, hat das Slawenthum weder Kraft noch Macht, nicht im Reiche und nicht im Parlamente; wie könnte sonst im Reichssaale die Majorität stets so schwankend und zweifelhaft sein? Bei aller Anstrengung haben die ministeriellen Czechen nicht mehr als höchstens 120 Stimmen zur Disposition von 350 anwesenden Deputirten. Nur das eitle Streben Mayer's verschaffte Strobach einen Zuwachs an Stimmen, da das Centrum zum Theil doch lieber Diesem als dem Polen Smolka, dem Präsidenten des Oktober-Reichstags, seine Stimme gab. Doblhoff's Wahl zum ersten Vicepräsidenten kann als Contremarke gegen Stadion betrachtet werden. Man sehnt sich, bei den obwaltenden Sach- und Personalverhältnissen, nach einer oktroyirten Charte; die auf der äußersten Linken sitzen, wünschen eine solche herbei. Aber wir stehen ferne davon; hingegen sind wir einer Auflösung, Vertagung oder Umgestaltung der Kammer näher, als es die Minister ihrer vertrautesten Umgebung gestehen wollen. Je schneller das Heer in Ungarn vorrückt, desto eher muß an eine Organisation des Gesammtreichs gedacht werden. Da wären die Zwischenberathungen dieser Kammer theils unnütz, theils unbequem." Aus der Sitzung ist noch ferner zu bemerken eine Interpellation mehrerer Mitglieder der Linken, worunter auch Schuselka, wegen der Entwaffnung Niederösterreichs. Sie halten dieselbe für ungerecht, da die Bewohner des Flachlandes von Niederösterreich sich stets ruhig verhielten, und fragen das Ministerium, ob die Maßregel mit seinem Willen in's Werk gesetzt worden, ob es dieselbe mit dem konstitutionellen Rechte und dem Schutze des Eigenthums vereinbarlich finde, und auf welche Weise es die Eigenthümer von Schutzwaffen, besonders auf einzelstehenden Gehöften, zu entschädigen gedenke. Die Interpellation wird, wie gewöhnlich, dem Ministerium schriftlich übergeben.

Kremsier, 19. Dez. Kobylica, der sogenannte Bauernkönig in der Bukowina, ist bereits gefangen. (N. Z.)

Berlin, 18. Dez. In Folge der Proclamation unserer oktroyirten Verfassung fall eine mehr als gewöhnliche Spannung zwischen dem Petersburger und dem hiesigen Kabinette eingetreten und als Ausfluß dieser Stimmung der russische Gesandte mit Uebergabe einer Note beauftragt sein, in der die Gefahren, welcher der König von Preußen sich und seine Dynastie durch die gegenwärtige Verfassung ausgesetzt habe, in greller Farbe geschildert und ziemlich unumwunden erklärt wird, daß man sich schwerlich in der Lage befinden werde, in spätrer Zeit der Regierung Sr. Majestät zur Unterdrückung revolutionärer Uebergriffe Hülfe angedeihen zu lassen, nachdem der Bekundung derselben Seitens der Regierung selbst so großer Vorschub geleistet werde. Wir wollen nicht darauf zurückkommen, wie wir diese Note vom Standpunkte des russischen Czaaren aus ganz gerechtfertigt finden, denn die preußische Verfassung, wie sehr sie auch bei dem eigenen Volke auf gegründeten Widerspruch stoßen mag, klopft doch wie ein mahnender Geist an die Grenzmarken des russischen Reiches, um endlich auch dorthin der freien Berechtigung des Individuums und den daraus hervorgehenden Forderungen des Volkes zur Theilnahme an der Regierung den Weg zu bahnen; an das Faktum wollen wir erinnern, daß die Rücksicht auf diese nun wirklich eingetretene Mißstimmung in Petersburg bei den Berathungen über die Oktroyirung unserer Verfassung die Veranlassung zu einem harten Kampfe gegeben hat. Oesterreichs Lage ist der Preußens zu ähnlich, als daß der Entschluß des Königs von Preußen nicht auch dort die nachhaltigsten Rückwirkungen hätte ausüben sollen; welcher Art dieselben sind, erkennen wir sehr deutlich aus den sich bereits seit einigen Tagen dort kundgebenden Gelüsten, auch den Reichstag von Kremsier aufzulösen, nachdem man sich das nöthige Geld wird beschafft haben, um im Nothfall auch ohne Reichstag regieren zu können. Ob von Frankreich irgend welche offizielle Kundgebung in Beziehung auf unsere Verfassung ausgegangen sei, wissen wir nicht, glauben es aber kaum, da man dort eben selbst an die Grenzscheide zweier Lebensabschnitte in dem Staatsleben angelangt ist, so daß man schwerlich viel Muße oder viel Lust bezeigen wird, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu mischen. England hat schon seit lange unserer Bewegung nie keinen günstigen Augen zugesehen, denn es hegt selbst der verrotteten Privilegien und Institute noch zu viel in seinem Inneren, um nicht fürchten zu müssen, daß ein zersetzendes Element sich auch nach dem bis jetzt so oft beneideten britischen Eilande den Weg vom Festlande aus bahne; es singt deßhalb denn auch in Beziehung auf unsere Verfassung in fast all seinen Organen Variationen auf das Lied „zu viel, viel zu viel," und so scheint denn auch das Kabinet von St. James selbst darüber zu denken, denn wir hörten von dem englischen Gesandten jüngst die Aeußerung: „Glaubt die preußische Regierung mit zwei demokratischen Kammern regieren zu können? Wir haben Noth mit Einer fertig zu werden." Sollte also auch England der hierin bekundeten Gesinnung gemäß seinen großen Einfluß hierselbst dahin geltend machen, unsere Regierung in der Meinung zu großer gemachter Bewilligungen zu bestärken, so würden wir vollgiltigen Grund haben, das Volk allen Ernstes daran zu mahnen, daß es darüber wache, seine Rechte und seine Freiheiten gegen die gemeinsamen, ihm feindlichen Intentionen der Regierungen und Kabinette sicher zu stellen, vor Allem aber sich so tief und so ernst in das Bewußtsein dieser Rechte und Freiheiten hineinzuleben, daß es Niemand ferner wage, sich ungestraft an denselben zu vergreifen. Wahrlich, dieser letzte Punkt ist in Anbetracht dessen, was wir jetzt hier und aller Orten erleben, von so hoher Wichtigkeit, daß wir darauf mehr Gewicht legen müssen, als auf jede neue noch zu machende Errungenschaft; was hilft es uns, auf dem Papiere in der Verfassung alle möglichen Rechte verbrieft zu haben, wenn ungestraft ein Jeder sie verletzen und aufheben darf? In dieser Beziehung mögen wir uns immer auch ferner noch England zum Vorbilde nehmen. (Aachn. Ztg.)

△ **Berlin**, 23. Dez. Man redet es sich am Ende selbst noch ein, so viel redet man davon, daß die Regierung an die Landräthe und Bürgermeister Instruktionen erlassen habe, wodurch bei der Ausführung der Wahlen Beschränkungen geübt werden sollten. Und doch hat die Regierung ihre Erklärung darüber abgegeben, wie sie es hinsichtlich der Selbstständigkeit der Urwähler halten wolle. — Die Wahlumtriebe sind sehr lebhaft. Hr. Haekort hat einen Aufruf an pommersche Landleute erlassen, in welchem er den Schaden, welchen die Wühler in Berlin angerichtet, auf mehr als 6 Millionen anschlägt. Daß die Demokraten alle Segel beisetzen, versteht sich von selbst. — Man spricht viel von der baldigen Aufhebung des Belagerungszustandes; etwas Gewisses ist indeß darüber noch nicht bestimmt. Jedoch deuten manche Zeichen darauf hin, daß die Verwirklichung jenes Gedankens nicht mehr allzulange hinausgeschoben werden dürfte. Gestern ist z. B. das ganze pommersche Landwehrbataillon in die Heimath entlassen, während man noch vor wenigen Tagen beabsichtigt hatte, nur 250 Mann, die zu Hause am nothwendigsten, zu entlassen. Auch haben sämmtliche Garderegimenter ihre Kriegsreserven nach Hause geschickt. Doch darf dabei nicht vergessen werden, daß die Garnison von Berlin nach dieselbe Stärke behält, die sie am 11. Nov. hatte. — Die Erklärung der betreffenden Gerichtshöfe gegen die Herren Waldeck, Gierke, Temme, v. Kirchmann, hat eine ungünstige Stimmung hervorgerufen. Man sieht darin einen Angriff auf die Unabsetzbarkeit der Richter. — Es ist nunmehr

gewiß, daß die königliche Familie das Weihnachtsfest in Charlottenburg, nicht in Berlin, wie anfangs beabsichtigt war, zubringen wird; die beiden hier stationirten Bataillone des 9ten Infanterie-Regiments (Colberg) sind nach Charlottenburg beordert, um daselbst den Wachtdienst zu versehen. — Die Einrichtung des Zeughauses und des Gouvernementsgebäudes zu den Sitzungssälen der neuen Kammern wird große bauliche Vorrichtungen nothwendig machen. Der Baurath Bürde ist mit Ausführung derselben beauftragt. Wahrscheinlich muß Tag und Nacht gearbeitet werden, um die Räume bis zum 26. Febr. in Stand zu setzen. — Der gewerblichr und kommerzielle Verkehr war in den letzten vierzehn Tagen so bedeutend, daß Mancher für die Verluste, welche er im Sommer und Herbst erlitten, genügende Entschädigung erhalten hat.

Magdeburg, 23. Dez. Heute hat der Magistrat verboten, den Rathhaussaal zu dem Zweck zu benutzen, daß der Abgeordnete der Stadt Magdeburg, der Präsident der aufgelösten National-Versammlung, v. Unruh, seinen Wählern Rechenschaft ablrgen sollte. Die Stadtverordneten hatten brschlossen, den Magistrat um den Saal zu diesem Gebrauch zu ersuchen und in der Voraussetzung, daß solch ein Gesuch von den Beamten der Stadt nicht abgeschlagen werden könne, erschien die Anzeige von obigrr Zusammenkunft in der heutigen Zeitung. Der Magistrat hat darauf die Bürgerwehr entboten, das Rathhaus zu besetzen, event. zu schützen.

Köln, 23. Dez., 2 Uhr Nachmittags. So eben ist nach dreitägiger Verhandlung dee Proceß gegen die drei Angeklagten Dr. A. Gottschalk, F. Anneke und Chr. J. Esser beendrt.

Den Geschwornen waren folgende Fragen vorgelegt:

1) Ist der Angeklagte A. Gottschalk schuldig, im Laufe des Jahrrs 1848 durch Rrden in öffentlichen Versammlungen, so wie durch Druckschriften, seine Mitbürger zu gewaltsamer Aenderung der Staatsverfassung, zu bewaffneter Auflehnung gegen die königliche Macht, zur Bewaffnung eines Theiles der Bürger gegrn den andern geradezu gereizt zu haben? — Antwort: Nein, dee Angeklagte ist nicht schuldig.

2) Ist dee Angeklagte F. Annekr schuldig ꝛc. ꝛc.? Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig.

3) Ist der Angeklagte Chr. J. Esser schuldig ꝛc. ꝛc? Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig.

Unter großer Aufregung und Theilnahme des im ganzen Saale dicht gedrängten Publikums wurden die Angeklagtrn sofort in Freiheit gesetzt.

Düsseldorf, 19. Dez. Heute ist, wie man erfährt, durch den Hrn. Oberpräsidentrn Eichmann der für Köln designirte Regierungspräsidrnt, Hr. v. Möller, als provisorischer Präsident brim hiesigen Regierungskollegium eingeführt worden, da „Hr. v. Spiegrl auf sein Ersuchen auf 5 Wochen beurlaubt worden." Andererseits erfährt man, daß nach Ablauf dieser Frist der frühere Polizeipräsident von Berlin, Hr. v. Puttkammer, drr Nachfolger des Hrn. v. Spiegel frin werdr. — An die Aufhebung des Belagrungszustandes unserer Stadt scheint man noch nicht zu denkrn.

(Düsseld. Ztg.)

* **München**, 22. Drz. Die N. M. Ztg. enthält die offizielle Anzeige von Lerchenfeld's Entlassung: „Se. Majestät der König haben sich untrem 19. Dezember allergnädigst bewogen gefunden, den bisherigrn Staatsminister des Innern, Freiherrn von Lerchenfeld, auf sein wiederholtes Ansuchen von diesem Amte, so wie von dem eines Staatsrathes im ordentlichen Dienste, zu rnthrben, und zum Staatsrathe im außerordentlichrn Dienste ohne Gehalt, unter allergnädigster Anerkennung seiner geleisteten guten Dienste zu ernennen." Die Allg. Z. berichtet, daß Lerchenfeld die Ernennung zum Staatsrath im ordentlichen Dienste ausgeschlagen hat und rbenso jeden Gehalts- oder Pensionsbezug. Er hat bereits München verlassen, um die Zeit bis zum Zusammentritt der Kammern auf frinen Gütern in Franken zuzubringen. Mit drm Beginn der ständischen Arbeitrn erwartet man ihn zurück. Wie dre Allg. Z. von verlässiger Seite her mitgetheilt wird, hatte der König sich dahin geäußert, er wünsche, es möge in der Annahme dieser Entlassung Niemand eine Maßregel dee Reaktion sehen; er werde durch die Wahl des neuen Ministers sowohl wie durch die von seinem Ministerium ausgehendrn Regierungsakte zrigen, daß er unverändert, offrn und entschieden auf der Bahn des konstitutionellrn Fortschritts, welche er betreten, fortgehen werde wie bisher — er wünsche, daß diese seine Absicht so viel als möglich bekannt werde. — Ueber die Ursache von Lerchenfeld's Austritt wird Verschiedenes angegeben. Der N. C. nennt u. A. die Zurückwrisung seiner Entwürfe über Gemeinde-, Bezirks- und Kreisvertretung; die Allg. Z. unablässige systematische Vrrdächtigung seinrr politischen Richtung, durch welche es allmälig gelungen sri, das Vertrauen des Monarchrn wankend zu machen. Ob die übrigen Minister, mit Ausnahme des Kriegsministers, Lerchenfeld folgen werden, scheint noch nicht entschieden; nach drm Nürnd. Korr. wäre es mit Zuversicht zu erwarten, wrnn Hr. v. Schrenk, den man als Nachfolger nennt, wirklich dazu ernannt würdr. Ein Münchner Brief in drr Allg. Ztg. meldet mit Bestimmtheit auch drn Rücktritt der übrigen Ministrr, falls Lrrchenfeld nicht wieder eintreten sollte und knüpft daran folgende Betrachtungen: „Die Sache bekommt dadurch einen bestimmten Charaktee, nämlich drn rines Tendenzkonflikts, welcher durch die gerüchtsweise hier cirkulirende neue Ministerliste nähere Erklärung findet. Lrsen Sie die Ministerliste vom Jahr 1846 nnd 1847 und Sie werden dieselben Namen finden, nämlich die eines Schrenk, Zu-Rhein, Voltz, von der Beck und Waldkirch. (!) Ein Kommrntar ist kaum nöthig. Sollen wir mit drn „Errungenschaften" der Jahre 1846 und 1847 im Jahr 1849 aufwachrn! Oder sollten diese Namen blos die Brücke bilrrn für Staatsmänner von schärferem Grpräge?" Ein anderer Brief in drmselben Blatte sagt, das fortwährende Wanken und der endlichr Sturz eines populären Ministers sei nicht geeignet, rückhaltlosrs Vertrauen auf die völlige Verwirklichung alles dessen zu nährrn, was man von der Durchführung des konstitutionellen Princips, der deutschrn Grundrechte und der deutschen Einheit erwarte. Trotz diesen Aenßerungen in ihrrn eignrn Spalten greift die Allg. Z. die deutsche Z. mit dem Vorwurf an, dieselbe werde nicht müde, Baiern Sondergelüste, Intriguen, erneute Rheinbundsanwandlungen u. drgl. Schuld zu geben. Sie sagt, man träte mit solchen fortdaurrnden Beschuldigungen besser durch thatsächliche Begründungen hervor, statt vager Verdächtigungen, in die sich mehr als Eine Verleumdung hüllen mag. Wir wollen zur Antwort nur an Eines erinnern. Schon im Juni d. J. brachte die D. Ztg. Andeutungen über geheime Plane und Verbindungen zwischen Rußland und Oesterreich. Sie konnte sie eingestandenermaßen nicht aktenmäßig erhärten, aber sir hatte sehr guten Grund, sie zu glaubrn. Unsre Journalistrn, Staatsmänner und Volksvertreter übergingen und verlachten sie nicht blos als „vage Verdächtigungen," sondern als ganz leere Hirngespinnste; heutzutage sind sie belehrt, jene lückenhaften Andeutungrn sind wunderbar eingetroffen und vervollständigen sich täglich am Lichte des Tages, grell genug gefärbt, um der großen Mehrzahl unsrer Politiker wirklich sichtbar zu werden. Noch ein Anderes können wir anführen. Wir Alle sind Zeugen von der wohlthätigen erfrischenden Wirkung, welche die Interpellation des Abgeordneten Häußer in der bad. Kammer geübt hat. Die Gemüthre fühlten sich erleichtert, es war als wäre die Macht drs böfrn nächtlichen Treibens schon gebrochen durch dies offene Aussprechen vor dem ehrlichrn Angesicht des Tages, durch diese einstimmige Erklärung einer ganzen Versammlung. Niemand verlangte von dem Interpellanten die genaue aktenmäßige Nachweisung der Thatsachen, Keinem war dee Inhalt seiner Interpellation fremd und unerhört, sie war auf geackertes Land gefallen, nnd selbst drr Minister des Innern gab eine Antwort, die zwar seine Unschuld und seinen redlichen Willen, aber nicht viel mehr bewies, selbst die O.-P.-Z. bekräftigte offen die von Häußer angerrgte Thatsache. In solcher Lage der Dingr möchte man eher verlangen, daß man mit „thatsächlichrn Begründungen", statt mit „vagen Verdächtigungen", derartigr Beschuldigungen widerlege. Früher wandte man, in Bezug auf Baiern, mit großem Rechte ein (und so geschah es noch kürzlich in unsern Spalten), daß das baierische Ministerium reinen Willens und allen derartigen Planen fremd sei. Damit mochten wir uns gerne beruhigen, abrr es beruhigt uns gar nicht, wenn im nämlichen Augenblick dieses vertraurnswürdige Ministeeium fällt. Die Allg. Ztg. weis't uns nun statt dessen an das „gesunde bairischr Volk", das dergleichen nicht dulden würde. Es werde in dieser Beziehung auf dem bevorstehenden Landtag an Anfragrn nicht fehlen; aber, — so fragt die Allg. Ztg. srlbst — wenn am Ministertische wieder die Männer der alten Schule oder bequeme Mittelkalentr säßen, würden ihre Antworten mehr Vertrauen rrwerbrn, als sie einst gefunden? Wrnn nun etwa die bisherigen Minister zurückgetreten wären, weil sie keine Antworten in ihrem Sinne zu geben hatten? Von anderer Seite wird be-

Digitized by Google

hauptet, das Resultat der Wahlen habe eine Ministerialveränderung erleichtert und unterstützt. Es wird behauptet (u. a. in der D. Allg. Ztg. Nr. 358.), daß man die Minister nur solange beibehielt, bis die Wahlen beendigt waren; weil die Abdankung des Märzministeriums vielleicht ein anderes Wahlresultat herausgestellt hätte. Macht doch die Allg. Z. selbst den Münchner Wählern den Vorwurf, sie hätten Leechenfeld dadurch noch mehr in falsche Stellung gegen die Krone gebracht, daß sie ihn nur zum dritten Ersatzmann wählten. Wenn also das „gesunde baierische Volk" in einem Sinne gewählt hätte, der den wahrhaft constitutionellen und patriotischen Ministern den Boden entzog? Uns wurde von glaubwürdiger Seite berichtet, daß in den ministeriellen Regionen der einzige, selbst über persönliche Ansicht siegende Sinn für deutsche Einheit herrsche, während gerade ein Theil des Volkes noch unter dem Einfluß alter unaufgeklärter Gefühle, Sympathieen und Antipathieen stehe, die vielleicht der deutschen Einheit hinderlich werden könnten, wenn man sie nicht aufkläre und zum Besseren lenke, statt sie roh, wie sie sind, zu gebrauchen. Wir wissen sehr wohl zu unterscheiden und werden uns nicht erlauben, den Baiern in Gesammtheit, sei es im Volke, oder im Parlamente zu Frankfurt, oder im bairischen Landtag, oder in den Regionen des höheren Staatsdienstes, einheitsfeindliche Tendenzen und Mangel an Vaterlandsliebe zuzuschreiben; daß hier, neben ehrenwerther Liebe zur engeren Heimath, staatsmännischer Sinn und uneigennützige Vaterlandsliebe herrscht, müßten wir schon pflichtmäßig voraussetzen, wenn wie es auch nicht wüßten; aber daß es keine Tendenzen anderer Art gebe, daß die Montgelas'sche Politik völlig ausgerottet sei, dafür müßten wir „thatsächliche Begründungen" und bessere Beweise sehen, als die der Allg. Ztg.

Dresden, 20. Dez. In Betreff des künftigen Landtags glaubt man, daß er zu Anfang des Januar auf eine kurze Zeit behufs der Berathung und Bewilligung des Budgets zusammentreten und alsdann vertagt werden wird, da die Regierung umfängliche Gesetzvorlagen vorzubereiten hat. Vorige Woche ist an das hiesige Appellationsgericht die Weisung ergangen, sich in Preß- und politischen Sachen von nun an jedes Entscheids zu enthalten, da in allerkürzester Zeit der Assisenhof konstituirt werden soll. Dem Vernehmen nach wird die hiesige Militärbildungsanstalt mit ihren ausgedehnten Räumlichkeiten dazu benutzt und eingerichtet werden. (D. A. Z.)

Dresden, 23. Dez. Dem Vernehmen nach hat Hr. Staatsminister Dr. Braun wegen angegriffener Gesundheit einen zweimonatlichen Urlaub erbeten und erhalten. Hiermit erledigen sich die Gerüchte, welche über den Rücktritt dieses verehrten Staatsmannes verbreitet sind. (D. J.)

Sigmaringen, 21. Dez. Es ist nun gewiß, daß wie nächstens eine Proklamation über die Abtretung der Regierung an die Krone Preußen erwarten dürfen. Der Fürst hat sich heute Nacht über München nach Berlin begeben, um ohne Zweifel die Regierung dem Könige zu übergeben. Ob sich die Uebergabe auch auf das Fürstenthum Hechingen beziehe, kann ich nicht bestimmt sagen; der Fürst befindet sich schon seit Mitte des Sommers auf seinen Gütern in Schlesien und dürfte wenigstens für seine Person kein Hinderniß in den Weg legen, überdies ist er unvermählt und ebenlos. (Schw. M.)

Hannover, 19. Dez. In Folge eines durch den Rittmeister v. Bodden von der Centralgewalt an den König gestellten Ersuchens hat unsere Truppenabtheilung in Altenburg — 6000 Mann — den Befehl erhalten, sofort an die Elbe zu rücken. Andere Mannschaften werden gleichfalls dahin birigirt werden, so daß ein Beobachtungskorps von 10,000 Mann an der Elbe aufgestellt sein wird.

Karlsruhe, 22. Dez. Diejenigen Kammermitglieder, welche das linke Centrum bilden und sich in einen Klub vereinigt haben, beabsichtigen, wie man vernimmt, ein besonderes Blatt von Neujahr an zu gründen, welches, so lange der Landtag dauert, die Verhandlungen desselben ausführlich geben und später die badischen Fragen im Sinne der frühern „Rundschau" besprechen soll. Die Vaterlandsvereine dürften zur Verbreitung eines solchen Blattes am eifrigsten beitragen und seinen Bestand von vornherein sichern. (N. Fr. Z.)

Schleswig, 21. Dez. Die Dänen setzen ihr Lügensystem jetzt in Thaten um. Unter dem Vorwande, als beabsichtige man von den Herzogthümern aus Alsen gewaltsam einzunehmen, wozu wir allerdings die vollkommenste Befugniß besitzen, haben sie Truppen nach Alsen übergeschifft, deren Anzahl dort in diesem Augenblicke bereits eben so groß ist, als sie nach dem Inhalte der Malmöer Convention sein darf. Achthundert Arbeiter, worunter 400 Bauern, werfen neue Schanzen auf, um Alsen gegen eine Ueberrumpelung von Seiten der Schleswig-Holsteiner und der Bundestruppen zu schützen. Inzwischen werden die Friedens-Unterhandlungen in London beginnen, da, allen dänischen Protestationen unerachtet, der Ritter Dr. Bunsen, unser Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung, von Seiten der Centralgewalt mit dieser Mission deutscher Seits beauftragt worden ist. So viel wir uns erinnern, haben wir aus dänischen Mittheilungen erfahren, daß das dänische Kabinet den neuen Stiftsamtmann von Veile, Hrn. Orla Lehmann, nach London zu senden beabsichtigt haben soll, falls man auf Bunsens Ernennung bestehe. (B.-H.)

Hadersleben, 21. Dez. Es dürfte die Leser dieses Blattes interessiren, die Meinung zu erfahren, die in diesem Augenblicke unter den Dänen über die Absichten der Regierung von Mund zu Munde geht, und, wie fabelhaft sie auch klingt, unter der dänischen Bevölkerung vielfachen Glauben findet. An der Südgrenze von Jütland werden 8000 Mann zusammengezogen, um gleichzeitig mit den nach Alsen übergeschifften 8000 Mann über Schleswig herzufallen, sobald in Deutschland, wie man stündlich erwartet, Umstände eintreten, die den Waffenstillstandsbruch begünstigen. Die Einnahme Schleswigs, meinen die Dänen, würde trotz einem Winterfeldzuge ein Leichtes sein, und wäre sie erst zum fait accompli geworden, wie die letzten Wiener und Berliner Ereignisse, würden die späteren Verhandlungen auf diplomatischem Wege zu einem um so erwünschteren Ziele führen, als Rußland diesem angeblichen Plane ein williges Ohr geliehen haben soll; auch soll mit dieser Absicht die im nächsten Monat zu erwartende Ankunft des Königs Oskar in Malmö in Verbindung stehen. (S.-H. Z.)

** **Hamburg**, 22. Dez. Im Vertrauen auf das vom Rath verpfändete Wort, daß er seine Obliegenheiten in Bezug auf die unverzügliche Ausführung der Verfassung erfüllen werde, hat die verfassunggebende Versammlung beschlossen, den Eid zu leisten, auch den Rath aufzufordern, zur Assistenz bei der Eidesleistung Kommissäre zu der morgenden Sitzung zu senden. Um 10 Uhr stellten sich die übrigen schon früher zum Schwure bereiten Fraktionen ein. Damit ist der drohende Zwiespalt ausgeglichen.

Lübeck, 21. Dez. Nach zuversichtlichen Mittheilungen von Reisenden, die mit den letzten Dampfschiffen hier von Kopenhagen ankamen, werden noch fortwährend Truppen sowohl nach Jütland und Alsen hinübergebracht, und ist dies auch der Grund, daß die dänische Regierung nur wöchentlich ein Dampfschiff zur Postbeförderung hierher gesandt hat, da alle anderen mit Truppen-Transporten beschäftigt waren. Man rechnet, daß 14,000 Man hinübergesetzt sind. Unser neu erwählten Bürgermeister Brehmer wird nicht sofort an die Spitze unserer Regierung treten, sondern wieder nach Frankfurt gehen. (B.-H.)

Frankreich.

†† **Paris**, 22. Dez. Die Ernennung des General Changarnier zum Ober-Kommandanten der in und um Paris versammelten Truppen, der National-, Mobil- und republikanischen Garden, mit ausgedehnten Vollmachten, wird heute von einigen Journalen angegriffen. Sie sehen darin eine Beeinträchtigung der Rechte des Kriegsministers, und die Ursache warum General Oudinot das Portefeuille des Kriegs abgelehnt hat. Der Ober-Kommandant hat das Vorrecht erhalten, Dislozirungen und sonstige militärische Dispositionen ohne vorhergehende Anfrage beim Kriegsministerium zu treffen, und ist nur verpflichtet, 24 Stunden nach der Ausführung seiner Befehle dem Minister davon Anzeige zu machen. General Changarnier hat sein Hauptquartier in den Tuilerien eingerichtet. Der General Oudinot nimmt Abschied von der Alpenarmee und verweist dieselbe auf die ausgezeichneten Dienste, welche ihr neuer Chef dem Vaterlande in Algerien geleistet. Es ist eine Demonstration der neuen Regierung, daß sie den tapferen Marschall an die Spitze jener Armee stellt, welche bisher nur eine piemontesische Reserve gewesen, in Kurzem aber eine französische Avantgarde in Italien werden könnte. Der Kaiser von Oesterreich schickt Prinzen als Friedensboten nach Petersburg, Berlin und Frankfurt. Der Präsident Frankreichs entsendet den alten Krieger an die Grenze, den würdigsten Rivalen, welchen Frankreich dem österreichischen Re-

Digitized by Google

stor gegenüberstellen kann. Changarnier ist der in petto gehaltene Obergeneral der Rheinarmee und trägt den jetzigen Namen nur als Maske seiner künftigen Stellung. Die Ernennung Gioberti's zum Premier Piemonts und die Umtriebe Luzian Bonaparte's in Rom stehen in inniger Verbindung mit dem 19. Dez. Die Napoleoniden hegen weitergehende Plane als auf den Präsidentensitz in Frankreich, der mit 600,000 Franks Gehalt weder die leeren Taschen der Kaisersomilie füllt, noch den Ehrgeiz der ganzen Familie befriedigt. Louis will Kaiser von Frankreich, Luzian König von Italien werden. In der Antrittsrede des Präsidenten fällt der Satz auf: „Ich werde alle Diejenigen als Feinde betrachten, welche den jetzt hergestellten Zustand auf ungesetzlichem Wege ändern wollen." Den General Cavaignac hat er mit dem Händedruck von vorgestern nicht zum Adepten des Kaiserreichs bekehrt. Der republikanische General steht dem Präsidenten im Wege, er soll nach Algerien als Gouverneur, um einstens als Vizekönig dort zu residiren. An Köder läßt es Herr Thiers mit den andern Imperialisten gewiß nicht fehlen, um die republicains de la veille zum Kaiser zu locken.

Heute Nacht kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Mobilgarden und Arbeitern, weil diese den General Cavaignac einen Schlächter nannten. Der König Karl Albert hat hier 600 Pferde für seine Armee kaufen lassen. Der erste Transport ging Sonntags nach Turin ab. Seit der Präsident proklamirt ist, zieht ein kalter Nord über Paris seine Eisdecke. Vom Frühling oder von einem nordamerikanischen Indian summer sind wir in russischen Winter gerathen.

* **Paris**, 22. Dez. Die Nationalversammlung beschloß gestern nach einer inhaltleeren Sitzung, bis zum 26. Weihnachtsferien zu halten und bis dahin nur in den Bureaux zu arbeiten. Man will hierdurch der neuen Verwaltung Zeit lassen, sich zu orientiren. Am 26. wird über die Herabsetzung der Salzsteuer verhandelt werden, welche nach dem Vorschlage der abgegangenen Regierung erst im Januar 1850 eintreten sollte, nunmehr aber wahrscheinlich auf eine frühere Zeit verlegt werden wird.

Der Moniteur enthält noch folgende Ernennungen: Herr Boroche Generalprokurotor der Republik, Hr. Ed. Thayer Generalpostdirektor; Hr. Chappuis Generalinspektor der Finanzen; Hr. Berger Präfekt der Seine. Mehrere bisherige Staatsdiener, worunter die Präfekten des Marne- und Moseldepartements und der Unterstaatssekretär des Kriegs, haben ihre Entlassung gegeben.

Die Mehrzahl unserer Blätter spricht sich günstig für die neue Verwaltung aus, auf sehr würdige Weise das Journal des Debats. Der National sagt, er werde ohne alles Uebelwollen verfahren. Zugleich veröffentlicht er eine Erklärung der demokratischen Gesellschaft der Verfassungsfreunde, welche dahin lautet, sie werde sich darauf beschränken, die Erhaltung der republikanischen Institutionen zu überwachen. Die Reforme enthält einen Artikel von Georges Sand, worin, mit mehr Geschicklichkeit als Wahrheit, das Resultat der letzten Wahlen in einem halbsocialistischen Sinne gedeutelt wird. Die auf merkwürdige Weise gedämpfte Sprache der ultrarevolutionären Blätter ist die beste Widerlegung dieses geistreichen Trugschlusses. Die legitimistischen Journale lassen von dem Satze der Rede unseres neuen Präsidenten: er würde alle Diejenigen als seine Feinde betrachten, welche auf ungesetzmäßige Weise die bestehende Regierungsform zu ändern versuchen möchten, die herausgehobenen Worte aus und sind überhaupt nicht recht zufrieden mit der Wendung der Dinge.

Die Presse gibt fort und fort guten Rath. Das Siecle scheint zur Opposition übergehen zu wollen. In der Gazette de France spricht sich der bekannte Abbé Geneude dahin aus, die Verfassung solle dem Volke vorgelegt, natürlich, um von ihm verworfen zu werden. Die Universität von Frankreich hat sich in corpore zu dem abgegangenen Minister des öffentlichen Unterrichts, Herrn Freslon, begeben, um ihm durch das Organ des Herrn Seuard für seine treffliche Verwaltung zu danken. Es ist dies ein indirekter Tadel gegen seinen Nachfolger, Hrn. Fallour, von welchem man fürchtet, er werde die Freiheit des Unterrichts im Sinne der Geistlichkeit, also gegen das berühmte Institut unserer Universität von Frankreich, durchzuführen suchen. Proudhon's Blatt behauptet, die Ernennung Fallour's habe Mißhelligkeiten zwischen Peter und Ludwig Bonoparte zur Folge gehabt, so daß Ersterer seine Demission als Bataillonschef der Fremdenlegion geben wolle. General Cavaignac hat hier dem neuen Präsidenten eine Visitenkarte abgeben lassen. Eilf Spalten des Moniteur sind mit Beförderungen in der Armee angefüllt, welche General Cavaignac noch vor seinem Austritte verfügte. — Der Corriere mercantile vom 18. Dez. und mehrere andere italienische Blätter, worunter der toskanische Moniteur, melden aus Rom vom 14. Dez, der Papst sei im Begriffe, Gaeta zu verlassen, um sich nach Marseille zu begeben. Andrerseits heißt es, derselbe warte erst das Resultat der Präsidentenwahl ab.

* **Paris**, 23. Dez. Jerome Napoleon, ein Sohn des ehemaligen Königs von Westphalen, ist, wie allgemein versichert wird, zum Gesandten in London ernannt. Vorher soll er sich nach Brüssel und Haag begeben, um die Ernennung seines Vetters zum Präsidenten der Republik dem dortigen Kabinette officiell mitzutheilen. An der Börse hieß es, Hr. Dufaure würde einer der drei Kandidaten sein, welche für den Posten des Vicepräsidenten vorgeschlagen werden. Dieses Gerücht trug zum Steigen der Papiere bei. Morgen wird, wie der „Moniteur" heute anzeigt, unser neuer Präsident Heerschau über die Bürgerwehr des Seinedepartements und die Linientruppen der Pariser Armee halten. Daran knüpfen sich dann allerlei Gerüchte von kaiserlichen Demonstrationen, denen man aber keinen Glauben beimißt. Die „Liberte" will wissen, Ludwig Napoleon werde in der Uniform der Bürgerwehr erscheinen, und seine Vettern Jerome und Pierre zu Obristen des Generalstabs der Nationalgarde ernennen. General Cavaignac hat seine stille Wohnung in der Rue basse du rempart wieder bezogen. Der „Constitutionel" erklärt, es sei nicht wahr, daß Hr. Thiers die Mission angenommen habe, Frankreich bei den Konferenzen in Brüssel zu vertreten. Im diplomatischen Korps sollen große Veränderungen vorgenommen werden. Hr. Bastide soll den Posten eines Gesandten in London, wie mehrere andere, ausgeschlagen haben.

Paris, 22. Dezember. Stand der Renten: 5pCt. 76. 25; 3pCt. 46. 75; Neue 75. 50; Neapol. —. —; Bonkaktien 1740. —; Span. 5pCt. (Ardoins) —. —; 3pCt. ——; 3pCt. inländische ——; St. Germain Eisenbahn-Aktien 340. —; Versailles, rechtes Ufer 136. 25; linkes Ufer 115. —; Paris-Orleans 730. —; Paris-Rouen 446. 25; Orleans-Bordeaux 386. 25; Orleans-Vierzon 247. 50; Rouen-Havre 220. —; Marseille-Aoignon 190. —; Straßburg-Basel 85. —; Nordbahn 390. —; Paris-Lyon (Certifikate —); Paris-Straßburg 341. 25; Römisches Anleben 64.

Die 3 und 5pCt. Renten gingen an heutiger Börse besser, das neue Anlehen blieb schlechter, beides ohne politischen Grund. Belgische 5pCt. fielen um ⅜pCt. (84⅛), 4½pCt. um 1⅓pCt. (75), röm. Anlehen unverändert. In Eisenbahnaktien wenig Geschäfte.

* **Madrid**, 17. Dez. (Sonntag. Keine Börse.)

Paris, 23. Dez. 5pCt. 77. 30; 3pCt. 47. 50; Neue 76. 30; Neapol. 78. —; Bonkaktien 1770. —; 5pCt. Span. (Ard.) — —; 3pCt. — —; 3pCt. inländ. — —; St. Germain Eisenbahnaktien 340. —; Versailles, rechtes Ufer 135. —; linkes Ufer 115; Paris-Orleans 740; Paris-Rouen 455. —; Orleans-Bordeaux 388. 75; Orleans-Vierzon 260.; Rouen-Havre 225; Marseille-Aoignon 190. —; Straßburg-Basel 87. 50; Nordbahn 397. 50; Paris-Lyon (Certificate) —; Paris-Straßburg 343. 75; Röm. Anl. 66.

Die Course haben sich an heutiger Börse wieder gehoben, nachdem sich die Furcht vor Unruhen bei der morgenden Heerschau, welche sie einen Augenblick drückte, wieder gelegt hatte. Die belgischen 5pCt. sind wieder um ⅝pCt. gefallen (85), 4½pCt. unverändert; röm. Anlehen 2 pCt. besser, auch das piemontesische höher.

Von Madrid ist heute die Post nicht angekommen.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 16. Dez. Aus Pancsowa erfährt man, daß die Ungarn das Hauptlager der Serben angegriffen und mit Sturm genommen haben. Von dem kommandirenden General der Serben ist jede Spur verloren. Aus Hermannstadt kommt die Nachricht, daß die ungarische Armee über das Grenzgebirge aus Siebenbürgen aufgebrochen ist und diese Provinz ganz verlassen hat. Die Rekrutirung wird in unserer Provinz nach der ausgedehntesten Scala fortgesetzt. Es wird weder auf die Jugend noch auf das schon reifere Alter Rücksicht genommen. (B. Z.).

Digitized by Google

Hermannstadt, 6. Dez. General Puchner hat eine Proklamation erlassen, in der er zum letzten Male von Raub, Plünderung und Mord abmahnt, die Gemeinden für die in ihrem Bezirke vorkommenden Verbrechen verantwortlich macht und sämmtliche Truppenkommandanten auffordert, die provisorischen Districtsverwaltungen und sächsischen Jurisdiktionen in ihren Bemühungen zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit zu unterstützen. Wenn alle gelinden Mittel nicht den gewünschten Erfolg haben, so droht er mit der Einführung der standrechtlichen Behandlung. Dabei gehen indeß die Berichte von dem gräuelvollen Kampf der Nationalitäten immer fort. Die Szekler haben noch neuerdings Marienburg im Kronstädter Distrikt überfallen, geplündert und zum Theil eingeäschert. (D. A. Z.)

Italien.

Sardinien. Die nach einem Schreiben der A. Z. aus Genua vom 17. Dez. gerüchtweise gegebene Nachricht: daß König Karl Albert von Sardinien zu Gunsten seines ältesten Sohnes abgedankt habe, war ungegründet. Turiner Blätter, die amtliche Gazzetta Piemontese und Risorgimento vom 18. sagen kein Wort davon.

* Der Beschluß der römischen Kammern vom 11. Dez. behält dem Pabste nicht nur für den Fall seiner Rückkehr, sondern (Art. 4) auch dann die weltliche Herrschaft, mit Auflösung der nru ernannten provisorischen Regierungscommission vor, wenn er in constitutionellen Formen eine Gewalt ernannt haben würde, welche geeignet wäre, ihn provisorisch zu ersetzrn (a surrogario). Der Prinz von Canino sprach heftig gegen diese letztere Bestimmung, welche abee darum nicht minder angenommen wurde. Pius IX. decretet übrigens eine neue Protestation gegen die in Rom ernannte provisorische Regierungscommission vor, welche dem diplomatischen Corps mitgetheilt und weit verbreitet werden soll. Die von dem römischen Ministerium beabsichtigte italienische Constituante unterscheidet sich darin von der, welche das toscanische ausschrieb, daß sie nicht wie die letztere auf allgemeines Wahlrecht gegründet ist, und die Regierungen zuzieht. Mamiani meinte, Montanelli habe in srin Projekt zuviel Poesie und Knalleffekt gemischt. In der Lombardei wie in Neapel wäre allgemeines Stimmrecht unmöglich. Auch bei diesee Angelegenheit blieb der Widerspruch des Prinzen von Canino unbeachtet. Der Sitz der neuen Constituante soll nach Mamiani's Plan Rom sein.

Pius IX. hat ein Dankschreiben an den Grafen Spaur gerichtet, worin er denselben zum Großkreuz drs Piusordens und dessen Sohn Maximilian zum Ritter des Christusordens ernennt. Der Corriere Livornese, eine freilich etwas verdächtige Quelle, will wissen, Kardinal Castracane habe ein Ultimatum drs Papstes erhalten, worin derselbe unter folgenden Bedingungen zurückzukehren verspreche: 1) Die Bürgerwehr aufzulösrn und nach anderen Grundsätzen zu rekonstituiren; 2) die Preßfreiheit aufzuheben; 3) die Cirkel (Volksvereine) zu schließen; 4) die Kammern zu prorogiren. Wir wollen nun sehen, fügt das Livorner Blatt hinzu, was die Kammern thun werden! Rom war am 14. und 15. Dez. vollkommen ruhig.

Dee neue sardinische Minister Dominiko Buffa, der mit unumschränkten Vollmachten in Genua angekommen ist, hat unter dem 18. Dez. einen Aufruf an die Einwohner erlassen, worin er denselben, die noch am 17. wieder eine „Demonstration" gemacht hatten, sagt, sie hätten bis jetzt immer mit Recht „tumultuirt", abee mit dem neuen Ministerium seien neue Verhältnisse eingetreten. Auch habe er im Vertrauen hierauf den Truppen befohlen, abzuziehen. Die Bürgerwehr werde genügen, die Ordnung zu erhalten. Wenn die Regierung für Freiheit und Nationalität auftrete, so werde Genua stets ruhig sein. Der Aufruf schließt mit den Worten: es lebe die unumschränkte Unabhängigkeit (viva l'indipendenza assoluta), es lebe die italienische Konstituante! Der neue demokratische Minister wurde überall mit Freuden aufgenommen und erhielt den Besuch des Generalstabs der Bürgerwehr. In der Deputirtenkammer zu Turin fand der abgetretene Minister Pinelli bedenklich, daß die Forts von Genua und die Stadt selbst von Truppen entblößt und der Bürgerwehr, die sich eben nicht sehr kräftig erwiesen, ausschließlich anvertraut worden sei.

Der neue Minister antwortete aber, er wolle die Ruhe lieber durch Sanftmuth als durch Strenge erhalten, auch wäre durch die Einwilligung der Regierung in die Constituante Alles zufrieden gestellt. Nach längeren Verhandlungen ging die Kammer zur Tagesordnung über. In derselben Sitzung wurde beschlossen, Venedig bis zur Beendigung der Feindseligkeiten mit 600,000 Lire (240,000 fl.) monatlich zu unterstützen. Die neuen Minister haben ihre Gehalte herabgesetzt und den Titel Exzellenz abgeschafft. In Forli war eine Versammlung von 31 Delegirten von 20 Städten (worunter Bologna, Ferrara u. A.), unter der Leitung des Grafrn Sassi. Die Alba meldet, dieselbe habe beschlossen, eine Adresse an die römische Deputirtenkammer zu richten, worin sie sich dahin ausspreche, wenn es nicht möglich wäre, sich mit dem Papste auf ehrenvolle Weise zu versöhnen, so wäre eine provisorische Regierung zu ernennen, und dann durch das allgemeine Wahlrecht eine Versammlung berufen zu lassen, welche die neue Regierungsform zu bestimmen, jedoch die allgemeinen Bestimmungen der künftigen italienischen Constituante zu überlassen hätte, welche nach dem toskanischen (also nicht nach dem Mamianischen) Programm zu berufen wäre.

** **Rom**, 13. Dez. Nicht leicht hat eine politische Partei eine so schmähliche Niederlage erhalten als im gegenwärtigen Augenblick das Priesterregiment. Die Beschlüsse der Deputirtenkammer vom 11. Dez., durch welche eine provisorische Junta bis zur Rückkunft des Papstes eingesetzt wird, sind einem Sieg mit gewaffneter Hand gleich zu achten. Sie weisen alle Fehler, zu welchen die Diplomatie Pius IX. verleitet, für die sie sich durch Bethätigung seiner Flucht verantwortlich gemacht, so bündig, so schlagend nach und halten bei Herstellung dee fehlenden dritten Gewalt des constitutionellen Gouvernements so viel Mäßigung ein, daß selbst die heftigsten Feinde der liberalen Partei sich dankbar bezeigen müssen. Der Papst war davongegangen, ohne einen Stellvertreter zurückzulassen, die von ihm ernannte Commission hat ihre Annahme auf keine Weise kundgegeben, der König von Neapel verweigert einer Deputation, aus den beiden gesetzgebenden Körpern gewählt, den Zutritt zum ehrerbietigst aufgesuchten Fürsten, alle Verhandlungen sind abgebrochen, Anarchie und Bürgerkrieg drohen, der Staat ist zur Selbsterhaltung gezwungen: also muß ein solcher Schritt geschehen und man thut ihn mit aller Wahrung des Anstandes und der Schicklichkeit, selbst mit Anerkennung der nominellen Rechte des Landesfürsten. — Mag man immee behaupten, daß einem solchen Verfahren, welches sich überall auf Rechtspunkte stützt, eine arge Perfidie zu Grunde liegt, Meinungen und Sympathien verlieren in solchen Bedrängnissen alle Geltung. Wir sind beim Ssuvo qui peut des Staatsorganismus angelangt und im Schiffbruch erhält Jeder Capitainsrang, der geschickt rettet. Diese Geschicklichkeit hat übrigens in einigen Punkten bereits die Meisterschaft erreicht und die Wahl dee drei Senatoren zum Triumvirat der Junta ist ein großer Coup. Denn da es sich vor allem darum handelt Geld beizuschaffen, so ist es nicht gleichgültig, ob diejenigen, welche zur Abnahme der neuen Kammertrrforscheine gezwungrn weeden, bemittelte oder unbemittelte Leute sind und ein Prinz Corsini kann allein schon eine Garantie für einen guten Theil der erforderlichen Summe übernehmen. Das Ministerium ist übrigens auch anderweitig darauf bedacht, mächtige Substructionen aufzuführen, die beim Rückkehren der Clerikalprätendenten einen tüchtigen Stoß auszuhalten im Stande sein werden. Die Zahl der neuangestellten, zum Theil hoch besoldrten Beamten ist sehr beträchtlich und da Noth nicht blos Beten lehrt, sondern auch zur Arbeit zwingt, so wird man alsodald zur Benützung der bedeutenden Hülfsquellen schreiten, die seit Jahrtausenden unbenutzt in diesem schönen Lande verrinnen. — Garibaldi, Zucchi's großer Gegner, noch vor kurzem sein eifrigster Anhänger, ist hier eingetroffen. Man scheint übrigens nicht viel mit ihm anfangen zu können, denn er ist im Ganzen lau empfangen worden. Die Ruhe und Ordnung interessirt in diesem Augenblick mehr als jede Demonstration.

Amerika.

Vereinigte Staaten. Der uns so eben zugekommene „New-York-Herald" enthält die wie gewöhnlich sehr lange Botschaft des Präsidenten an den Kongreß, welch letztere am 4. Dez. für drei Monate (bis zum 3. März) wieder zusammentrat. Nach Liverpool gelangte sie mit dem Dampfschiff „Cambria" Abends den 20. Dezember. Morgen theilen wie das Interessantere daraus mit.

Redacteur: H. Kruse.

[1078] **Ankündigung.**

Die Mittelfränkische Zeitung
in Nürnberg

beginnt mit dem 1. Januar 1849 ihren 16ten Jahrgang.

Das Blatt gehört unter die entschieden freisinnigsten, die Rechte des Volkes am unerschrockensten vertretenden Journale in Baiern, und kann sich durch Mittheilung des Neuesten in Originalcorrespondenzen und leitenden Artikeln, so wie durch Auszüge aus andern Blättern des In- und Auslandes in die Reihe der bessern deutschen Zeitschriften mit gutem Bewußtsein stellen. Das Blatt erscheint täglich in gr. Fol. Format und liefert am Sonntage ein belletristisches Beiblatt zu dem gewiß ungemein billigen Abonnementspreis von 7 fl. rhein. oder 2 Rthlr. sächs. jährlich.

Die bairischen Postämter nehmen nach den neuesten Bestimmungen vierteljährige Bestellungen an. Bei Inseraten, zu denen sich das Blatt seiner Vielgelesenheit wegen besonders eignet, wird die Spaltzeile mit 3 kr. berechnet.

Wir empfehlen das Blatt dem verehrten Gesammtpublikum zu zahlreichen Abonnementsbestellungen.

Expedition der Mittelfränkischen Zeitung.

[1079] Bei uns ist erschienen:

Kaiser Franz und Metternich.
Ein
nachgelassenes Fragment.

gr. 8. broch. 24 Ngr.

Leipzig. **Weidmann'sche Buchhandlung.**

[1080] Bei Friedrich Fleischer in Leipzig ist eben erschienen (Preis 10 Ngr.):

Entwurf zur Bildung einer deutschen Kriegsflotte.

Von Patrick Colquhoun.

Eine, als von einem Engländer unter Benutzung von Mittheilungen hoher britischer Marineofficiere verfaßte, gewiß eben so interessante als wichtige Schrift.

[1081] **Einladung zum Abonnement auf das**

Mannheimer Journal,
redigirt von **Otto Müller.**

Dasselbe wird mit seinem belletristischen Unterhaltungsblatt, mit Ausnahme des Sonntags, täglich in groß Folio ausgegeben. Seiner seitherigen constitutionellen Tendenz getreu, wird das „Mannheimer Journal" fortfahren, sich in freisinnigster Haltung an der Tagespolitik zu betheiligen und eben sowohl in einer weitverbreiteten Original-Correspondenz seinen Lesern die neuesten Nachrichten in kürzestem Zeitraume bieten, als auch unter dem Beistand tüchtiger publicistischer Kräfte auf Mittheilung gediegener Leitartikel bedacht sein.

Die Verbreitung des Mannheimer Journals in und außerhalb Baden in einem Lesekreis von über 2000 Abonnenten macht dieses Blatt vorzüglich geeignet zur Veröffentlichung von Anzeigen und Inseraten aller Art. Letztere werden die Zeile oder deren Raum mit 3 Kreuzer berechnet.

Das Abonnement beträgt bei sämmtlichen Postanstalten des Großherzogthums halbjährlich fl. 4. — Hier fl. 3. —

Bestellungen beliebe man bei den nächsten Posterpeditionen zu machen.

Die Expedition des Mannheimer Journals.

[1082] # Mannheimer Abendzeitung.

☞ Mit dem 1. Januar 1849 beginnt ein neues halbjähriges Abonnement der „Mannheimer Abendzeitung" und ihres Unterhaltungsblatts „Rheinische Blätter".

Der Preis derselben ist in Mannheim für das Halbjahr 2 fl. 48 kr. und mit dem Postaufschlage in ganz Baden 5 fl., wozu außerdalb des Großherzogthums ein weiterer Postaufschlag kommt. In Preußen und Baiern ist jetzt der Preis ermäßigt.

Man abonnirt bei allen verehrlichen Postanstalten rc. für Frankreich und die überseeischen Länder bei Herrn Alexander in Straßburg, Brandgasse No. 29, und rue Notre-Dame No. 23 in Paris.

☞ Des richtigen Bezugs wegen bitten wir die Bestellungen möglichst bald zu machen.

[1075]³ **Aufforderung.**

Bei der am 15. und 16. Dezember l. J. dahier stattgehabten Aushebung der Pflichtigen zur ordentlichen und außerordentlichen Conscription sind Nachbenannte nicht erschienen.

Dieselben werden daher aufgefordert, sich binnen 3 Monaten von heute an um so gewisser bei diesseitiger Stelle zu stellen, widrigenfalls sie als Refractaire behandelt, und in die gesetzliche Strafe verurtheilt werden würden.

Aus der Altersklasse 1824.

	Loos
1) Franz Joseph Schäfer aus Ketsch . .	No. 9
2) Kaspar Schmidt aus do	„ 37
3) Balthasar Rapp von da	„ 139
4) Herz Reilinger von Reilingen . .	„ 155
5) Georg Heinrich Appel von Plankstadt	„ 161
6) Wilh. Gottlieb Römer aus Ostersheim	„ 172
7) Wilh. Friedrich Gary von Altlussheim	„ 179
8) Gerhard Uebelacker von Brühl	ohne Nummer

Aus der Altersklasse 1825.

1) Joh. Heinrich Braun a. Schwetzingen	No. 8
2) Johann Philipp Schmide aus da . .	„ 29
3) August Gulden von da	„ 30
4) Joh. Jakob Gruber a. Neuenheim .	„ 100
5) Philipp Ludwig Landenberger von Schwetzingen	„ 110
6) Georg Peter Römer aus Ostersheim	„ 118
7) Christoph Zepp von Neckarau . .	„ 124
8) Jakob Hartung aus Schwetzingen .	„ 130
9) Joh. Ludwig Pfänder v. Altlussheim	„ 150
10) Franz Ludwig Leis von Hokenheim .	„ 154
11) Johann Peter Hirth von da . . .	„ 183

Aus der Altersklasse 1826.

	Loos
1) Franz Montag aus Schwetzingen .	No. 3
2) Jakob Stehli aus Hokenheim . . .	„ 21
3) Johann Kirchgäßner aus Plankstadt	„ 23
4) Jakob Renkert aus Schwetzingen .	„ 32
5) Leonhard Butz von Ostersheim . .	„ 38
6) Johannes Zimmermann a. Neulussheim	„ 45
7) Georg Philipp Spieß a. Schwetzingen	„ 68
8) Sebastian Bander v. Sokenheim . .	„ 80
9) Johann Michael Menn a. Reilingen	„ 105
10) Georg Roßfeld von Schwetzingen .	„ 110
11) Johann Georg Burkhard v. Hokenheim	„ 138
12) Johann Jakob Seffter aus da . .	„ 142
13) Johann David Schwechheimer von Altlussheim	„ 151
14) Jakob Fleck von Edingen	„ 157

Aus der Altersklasse 1827.

1) Daniel Ihm aus Schwetzingen . .	„ 89
2) Ludwig Boos von da	„ 76
3) Franz Bertsch von da	„ 109
4) Thomas Gottlieb Engelhorn aus Altlussheim	„ 114
5) Karl Johann Montag v. Schwetzingen	„ 133
6) Mathias Milbert von Edingen . .	„ 137
7) Johann Obermaier von Neckarau .	„ 148

Aus der Altersklasse 1828.

1) Christoph Wendel Kraus v. Altlussheim	„ 15

Schwetzingen, den 16. Dez. 1848.

Rieger,
vdt. Meixner.

[1046]³ In meinem Verlage ist erschienen und in Frankfurt in der Schmerber'schen Buchhandlung zu haben:

Die polnische Liga und der deutsche Bund in Posen

von

Dr. R. Hepke.

Berlin und Posen 1848.

Ernst Siegfried Mittler.

SUBSCRIBERS IN ENGLAND

to the

Deutsche Zeitung

are requested to renew their subscriptions for the ensuing year with the Agents

Williams & Norgate,
German Booksellers.

14. Henrietta Street, Covent Garden.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Cumberland Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. L. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 342. **Frankfurt a. M., Mittwoch 27. Dezember.** **1848.**

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häuffer, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Preußens Anrecht auf die Hegemonie.

Deutschland. Frankfurt (Der Senat und die verfassunggebende Versammlung. Aufhebung des Stadtquartiermeister. Die Thurn und Taxis'sche Post. Hr. v. Schrenk. Die Einführung der Grundrechte. Hr. v. Andrian.) Vom Main (Fremde Orden.) Aus Oesterreich (Die Wiener Flüchtlinge. Unschädlichkeit der radikalen Stimmung.) Wien (Das Ministerium und der Kaiser. Der ungarische Feldzug. Hr. v. Schmerling. Tagesnachrichten.) Ollmütz (Ungarische Deputation. Die deutschen Farben. Kaiserl. Patent an die Serben.) Kremsier (Reichstagssitzung. 80 Millionen bewilligt.) Prag (Aufruf der Slowanska Lipa an die Polen.) Berlin (Der König und die Minister in der deutschen Frage. Die Gerichte und die Verfolgungen. Die Presse. Die Truppen.) Posen (Wahlbewegung. Definitive Demarkationslinie.) München (Die Ministerkrisis. Hr. v. Zu-Rhein. Fehr. v. Schrenk. Hirtenbrief des Erzbischofs. Ernennungen. Leipzig (Herr Wuttke und Hr. Biedermann. Unsere politische Bildung.) Mannheim (Die ersten Republikaner in Weinheim. Struve. Nachrichten aus Schleswig. Gesetzentwurf über die Mittägegerichtsbarkeit. Der vaterländische Verein für die preußische Hegemonie.) Freiburg (Die Universität.) Mainz (Der Bürgerverein an die Reichsversammlung.) Bingen (Wahl). Braunschweig (Der Landtag für Preußen als Reichsoberhaupt.) Aus Schleswig-Holstein (Aufruf der dänischen Soldaten. Ruf nach einer Flotte.) Schleswig (Die Dänen und ihre Pläne. Die nordische Post. General Duncan.) Apenrade (General von Bonin). Hamburg (Hr. v. Oxholm.)

Großbritannien. London (Gesandtschaftliches. Ein Chartist zum Tode, andere zu harten Strafen verurtheilt.)

Schweiz. Tessin (Notenwechsel mit Radetzky.)

Amerika. Vereinigte Staaten. (Wiederzusammentritt des Kongresses. Die Botschaft des Präsidenten Polk. Neue großartige Dampfschiffahrtsverbindung. Wachsender Pauperismus in den östlichen Staaten. Empfang des merikanischen Gesandten. Nachrichten aus Mexiko, Kuba, Hayti, Venezuela.)

27. Dezember.

Daß Preußen innerlich und äußerlich an Deutschlands Spitze stehe, daß es, wie kein anderer Staat, Macht und Bildung vereinige, war seit dem großen Friedrich, seit 1813, seit der Stiftung des Zollvereins eine ausgemachte Sache, und 1815, 1830, 1840 und selbst zu Anfang des März dieses Jahres gab es Gelegenheiten, welche, gehörig benutzt, mit der Kraft des Magnets vielleicht Deutschland und Preußen vereinigt hätten. Da aber, seit das ideale Verhältniß in bestimmte Formen gebracht werden soll, alter Stammesneid sich regt und längst beseitigte Ansprüche wieder erhoben werden, unterstützt von solchen, deren Gedächtniß nicht über den 18. März 1848 oder höchstens den 7. Juni 1840 zurückreicht, so verlohnt es sich wohl, bis zu den Zeiten des großen Kurfürsten hinab im Zusammenhang Preußens Verdienste um die deutsche Nationalität zu betrachten. — Gegen das Reich deutscher Nation hat sich auch Preußen vergangen, wie alle Stände; glich doch das Reich schon seit Jahrhunderten einem verfallenen Gebäude, wo jeder seine eigene Zelle fester zu bauen sucht, indem er Steine aus dem übrigen Theile des Hauses bricht, selbst auf die Gefahr hin, dadurch den Einsturz des Ganzen zu beschleunigen. Aber Preußens Geschichtsstrom führt weniger Schuld, als der jedes andern großen Staates, und zwischen der Art, wie Friedrich der Große vom Reich sich emanzipirte, und den Bündnissen Baierns, Sachsens, Würtembergs, Badens mit Frankreich; der Art, wie Habsburg für selbstsüchtige Zwecke des Reiches Kräfte in Ungarn und Italien benutzt und die rheinischen Reichsländer aufgegeben, ist noch eine große Kluft. Selbst was Preußen für sich that, kam der deutschen Nation zu Gute; an der Heldengestalt des großen Kurfürsten, der schon damals Preußens heutige Aufgabe, Deutschlands Schutz gegen West und Nord, übernahm, an dem deutschen Sinne Friedrich Wilhelm's I., an dem Welennhm des großen Friedrichs erwärmte sich ganz Deutschland. Brandenburg, im Kampf gegen Schweden und Franzosen, wurde vom Kaiser im Stiche gelassen und gewöhnte sich von da an allein und auf eignen Füßen zu stehen. Als der Kurfürst 1678 Stralsund, Greifswald und Rügen erobert, äußerte der kaiserl. Minister Paul Hochee ganz offen: es stehe dem Kaiser nicht an, daß ein neues König der Vandalen sich an der Ostsee erhebe, und Friedrich Wilhelm mußte den Frieden von St. Germain en Laye schließen. Wäre ihm, bei Unterstützung durch das Reich, sein großer Plan gelungen, eine Seemacht und Kolonien, die er gegründet, zu erhalten, er hätte nicht für Preußen allein, sondern für Deutschland den Keim der Größe und Macht über das Weltmeer hin gelegt.

König Friedrich II. fand bereits das deutsche Reich so zerrüttet vor, daß eine schwere Beleidigung des Reichsnotars in Ausübung seines Amts (bei Verkündigung der Reichsacht gegen den König) durch den preußischen Gesandten, als eine Heldenthat erschien, die allgemeinen Jubel in Deutsch-

Digitized by Google

land erregten; Jubel erregten in allen kleinen Reichslanden die schimpflichen Niederlagen der eignen Landsleute, der Reichs-Truppen, und von dem Unrecht, das ein Reichsfürst gegen den Kaiser beginge, sprach die öffentliche Meinung gar nicht. Es war eben schon vor hundert Jahren Preußens Aufkommen, das Wachsen des neuen, frischen, protestantischen, wir möchten sagen — trotz Friedrichs Abneigung gegen die deutsche Sprache — des deutschen Prinzips gegen die alte, verknöcherte, jesuitisch gebildete und aus deutsch-spanisch-italienisch-slawischen Elementen bestehende habsburgische Hausmacht; so betrachteten unsere Vorfahren die Sache; die Reichsformen waren ihnen zum Gespött geworden. Stellen wir Friedrich in das Licht seiner Zeit, neben die gleichzeitigen Regenten von Baiern, Sachsen, der Pfalz, Würtemberg, nehmen den Zustand der geistlichen Länder (wo noch unter seiner Regierung 1749 in Würzburg eine Nonne als Hexe verbrannt wurde, weil sie sich in eine Katze verwandelt), beachten wir, daß Friedrich zuerst die großen Grundsätze, daß der Fürst der erste Staatsdiener sei und daß die Religion keinen Unterschied der politischen Rechte begründe, nicht nur aufstellte, sondern auch durchführte, — beachten wir alles dies, so scheint es, obgleich wir weder Friedrichs des Großen Politik billigen, noch seine Verwaltung heutigen Tags bewundern können, so scheint es erklärlich, daß Deutschland, das seit einem Jahrhundert so viel Demüthigendes erfahren, aufjauchzte über einen Mann, den nicht nur, wie Ludwig XIV., einzelne schmeichelnde Schriftsteller, sondern ganz Europa den Großen nannte; dessen Einrichtungen das in Deutschland als Musterstaat geltende Frankreich nachäffte, an dessen Namen geheftet preußischer Ruhm zu wilden Völkern drang, die nie den deutschen Namen nennen gehört. Noch begreiflicher aber ist es, daß das Land, dem er zunächst angehört, das durch seine nachhaltige Tapferkeit und seine Aufopferung solche Thaten möglich gemacht wurden, zu einem Selbstgefühl sich erhob, zu dem kein anderer deutscher Stamm in seiner Geschichte Veranlassung fand.

Zum dritten Male identifizirte Preußen sich mit Deutschland bei seiner Erhebung 1813. So faßte auch die deutsche Jugend die Sache auf; sie eilte aus allen Ländern, deren Fürsten das verrätherische Bündniß mit Frankreich noch festhielten, zu Preußens Fahnen. Wie uneigennützig Preußen verfuhr, das zeigt noch jetzt leider die schmähliche Grenze gegen das von ihm befreite Niederland, der Verlust des durch seine Lage an der Nordsee unschätzbaren Ostfriesland, der alten Stammlande in Franken. Es gab einen Augenblick im Jahre 1815 — und ein kühnerer Geist, als der Friedrich Wilhelms III. hätte ihn benutzt, — wo Preußen zu seinem und Deutschlands Glück die Identität mit Deutschland hätte festhalten können, wenn es dem Rathe seiner Helden und Staatsmänner: Blücher's, Bülow's, Yorks, Gneisenau's, Stein's und W. v. Humboldt's folgend, auf die deutsche Nation gestützt und allen Vergrößerungen durch ohnehin deutschen Boden (in Sachsen, Westphalen) entsagend, ganz Europa gegenüber auf der Abtretung des Elsasses bestanden hätte. Preußen gab nicht nur hier nach, es ließ sich sogar in den folgenden Jahren von Metternich in das Schlepptau seiner Kongreßpolitik nehmen und trug an dem Haß der dort beschlossenen reaktionären Maßregeln härter als Oesterreich, zu dessen ganzem Bildungszustand die Censur, die gehemmte Lehrfreiheit u. s. w. besser paßten. In dieser trostlosen Zeit that Preußen einen wichtigen Schritt zur materiellen Einigung Deutschlands durch Stiftung des Zollvereins. Wir können uns seit dem März d. J. kaum noch vorstellen, mit welcher Freude in jener Zeit des Stillstands der einzige Fortschritt zur Einheit, der Zollverband, in seiner Erweiterung verfolgt wurde. Wir wollen gar nicht leugnen, daß die preußische Regierung zuerst durch eignes Interesse, durch die Nothwendigkeit der Aufhebung aller Zollgrenzen zwischen den beiden Theilen ihres Reiches, zur Gründung des Zollvereins veranlaßt wurde; aber darum handelt es sich ja eben; daß Preußen schon durch seine geographische Lage nichts zum eignen Vortheil thun kann, ohne daß es zugleich Deutschlands Nutzen wäre. Wie 1815 und 1830 nach der Julirevolution, so war auch am 15. Okt. 1840 und im Sommer 1847, ja noch zu Anfang des März 1848 der Augenblick, wo Preußen durch ein kühnes, offenes Hervortreten, durch offnes Lossagen von russischer und metternichischer Politik, durch Gewährung einer freisinnigen Verfassung, den Rang einnehmen konnte, den seine Geschichte, seine Menschenzahl, sein Heer, seine Bildung ihm seit lange anweisen. Daß dieser Augenblick, die Hegemonie ins Leben zu führen, leider versäumt wurde, darf Niemand berechtigen, Preußen das Recht zu solchem Vorrang abzusprechen. Die hochwichtige Frage wird oft herabgezogen in das Gebiet des Gefühls. Aber es handelt sich nicht darum, ob Jemand Neigung oder Abneigung fühle gegen Preußen und seine Einrichtungen, sein Heer und seine Beamten. Mancher harte Tadel wird doch gerecht sein, wie die jüngsten Ereignisse in Preußen, wie das Benehmen ganzer angesehener Behörden beweist, welches das eingewurzelte alte preußische Beamtenthum von seiner unerfreulichsten Seite zeigt. Es handelt sich noch weniger um die Person des Königs von Preußen. Es handelt sich um die Lage der Dinge, um die Nothwendigkeit der Umstände, welche nur Leidenschaft oder Unverstand verkennen kann. Wir wagen zu sagen, daß selbst, wer Preußen hasse, es an Deutschlands Spitze wünschen müsse.

Deutschland.

?? **Frankfurt**, 26. Dez. Auf den dem Senate zugegangenen Beschluß der Frankfurter konstituirenden Versammlung, den Quartiervorständen wegen ihrer — vermeintlichen — Einmischung in das Wahlgeschäft einen Verweis zu ertheilen, hat der Senat ablehnend geantwortet. Dadurch würde nun ein Conflikt zwischen der verfassunggebenden Versammlung und der noch bestehenden obersten Verwaltungsbehörde in Aussicht stehen. Es ist aber zu erwarten, daß die verfassunggebende Versammlung es nicht darauf ankommen läßt, sondern die Senatsrückäußerung an den Verfassungsausschuß verweist und dieser — die Aufhebung des Instituts der Quartiervorstände um so mehr beantragen werde, da am Schlusse der Senatsrückäußerung dieses Institut als „überlebt" bezeichnet werden sein soll. In der nächsten Sitzung der verfassunggebenden Versammlung wird ein Antrag auf Abschaffung des eximirten Gerichtsstandes der fürstlich Thurn und Taxisschen Postverwaltung in unserer Stadt gestellt werden und es unterliegt keiner Frage, daß dieser Antrag einstimmig angenommen werden wird, denn er soll ja einen Staat im Staate ausrotten. Bei dieser Veranlassung wird aber auch wahrscheinlich eine Revision der zwischen Frankfurt und der fürstl. Thurn und Taxisschen Postverwaltung abgeschlossenen Verträge vorgenommen werden, und man glaubt mancher für Frankfurt drückenden Belästigung dabei sicher auf den Grund sehen zu können. Der bairische Abgeordnete für Cham, Freiherr v. Schrenk, ist dieser Tage nach München abgereist und wird sich nach seiner vorgestern erfolgten Ankunft alsogleich zu dem Könige nach Nymphenburg begeben haben.

Frankfurt, 24. Dez. Wie wir hören, waren gestern die Bevollmächtigten sämmtlicher deutschen Staaten von dem Reichsministerium zu einer gemeinschaftlichen Sitzung eingeladen, um denselben die von dem verfassunggebenden Reichstag beschlossenen Grundrechte des deutschen Volkes zur Einführung in den einzelnen Bundesstaaten mitzutheilen. Die Erklärungen der Bevollmächtigten sollen im Allgemeinen befriedigend gelautet haben, einzelne davon aber sehr bezeichnend gewesen sein. Oesterreich soll zwar, so hören wir, sowohl Publikation als Einführung abgelehnt und sich darauf berufen haben, daß ja überhaupt das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland noch nicht festgesetzt sei; es soll sogar erklärt haben, diese Feststellung werde auch sobald noch nicht geschehen. Außer von Oesterreich soll aber keine Ablehnung erfolgt, im Gegentheil fast von allen Seiten die erfreuliche Versicherung gegeben worden sein, daß, so sehr man auch an einzelnen Bestimmungen der Grundrechte auszusetzen finde, dies doch nicht abhalten dürfe, das große gemeinsame Werk zu fördern. Manche, wie Sachsen und Hannover, behielten sich noch die verfassungsmäßige Zustimmung ihrer Landtage vor und andere wollen die rechtliche Form der Vereinbarung gewahrt wissen. Baiern soll aus Mangel an Vollmacht gar keine Erklärung gegeben haben, die erfreulichste Erklärung aber soll von Preußen erfolgt sein. Auf die erhobenen Bedenken, die Grundrechte als einen Theil der Verfassung zu publiciren, ehe diese selbst vollendet sei, soll es erklärt haben: grade damit das deutsche Volk von den Zweifeln über das Zustandekommen der Verfassung befreit werde, müsse man schon an dem Theile die Einigkeit bewahren. (O.P.Z.)

Frankfurt, 24. Dez. Herr v. Andrian, gewesener Gesandter der deutschen Centralgewalt am königl. großbritannischen Hofe, ist heute nach London abgereist, um sein Abberufungsschreiben von seinem bisherigen Posten persönlich zu überreichen und sodann hierher wieder zurückzukehren. (O. P. Z.)

Digitized by Google

÷ **Vom Main**, 22. Dez. Auch in den Grundrechten bekundet sich das erfreuliche Ringen des sich verjüngenden Deutschlands nach Unabhängigkeit vom Auslande: so namentlich durch jene Bestimmung, welche den Deutschen verbietet, Orden fremder Mächte anzunehmen. Um zu sehen, wie wahlthätig dieser Paragraph wirken wird, bedarf es nur eines Blickes in die Staatshandbücher unsrer Einzelstaaten. Die Zahl der mit russischen und französischen Orden decorirten Deutschen ist ungemein groß: So kommen, nach dem Hof- und Staatshandbuche des Königreichs Baiern vom Jahre 1845, allein auf Baiern mehr als 150 russische, 176 französische, 15 belgische, 9 brasilianische Orden u. s. w.

Aus Oesterreich, 22. Dez. Bezüglich mehrerer in Deutschland und anderwärts sich aufhaltenden Wiener Flüchtlinge sollen förmliche Auslieferungsbegehren an die betreffenden Regierungen gestellt werden, indem man sich von ihnen wichtige Aufschlüsse verspricht. Die radikale Stimmung währt zwar in den Wiener Vorstädten noch fort, doch haben die magyarischen Sympathien bedeutend nachgelassen und die Idee des einigen Oesterreichs findet jetzt selbst in glühenden demokratischen Köpfen Eingang. Jedenfalls hat der Wiener Radikalismus damit den größten Theil seiner Gefährlichkeit eingebüßt. Die Gerüchte von einem neuen Arbeiteraufstand in Wien erweisen sich als gänzlich ungegründet. Nach Josephstadt in Böhmen werden fortwährend ungarische Gefangene eingebracht, Viele wohl auch in Ketten. (L. Z.)

⊖ **Wien**, den 16. Dez. Ueber unsere Zustände kann ich im Allgemeinen Besseres sagen als seit lange. Der junge Kaiser geht mit wahrem Ernst und feinstem Verständniß an seine große Aufgabe, so daß sein Verfahren überall den günstigsten Eindruck erzeugt, namentlich auf die Minister, wie aus Stadion's und Bach's Munde vielfach zu vernehmen ist. Der junge Monarch will sein Wort, „kein besonderes Kabinet zu haben" in Wahrheit erfüllen. Die verantwortlichen Minister sollen nicht allein seine Regierung, sondern auch sein Kabinet bilden. Diese Wechselbeziehung in innigster Weise zu erhalten, streben die Minister mit aller Anstrengung ihrer Kräfte an, da es ihnen nicht geringe Opfer auch nur an Zeit kostet, jede Woche zwei Tage in Ollmütz zuzubringen, die übrigen Tage aber vom Reichstage in Kremsier und den nothwendigen Fahrten nach Wien in Anspruch genommen zu werden. Für die eigentliche Regierungsthätigkeit, besonders mit Rücksicht auf die großen im Zuge befindlichen Organisations-Arbeiten, bleibt ihnen ein unverhältnißmäßig beschränkter Raum. Stadion beabsichtigt deshalb, sich fortan nur die Korrespondenz mit den Gouverneurs unmittelbar vorzubehalten, die übrigen Ministerial-Geschäfte, mit Ausnahme der Organisations-Fragen, den Sekretären des Ministeriums zu überlassen. Aehnliche Einrichtungen müssen die übrigen Minister treffen, wenn die beständigen Aktennachsendungen nicht peinliche Verwirrung und fortwährende Geschäftshemmungen herbeiführen sollen. Das Ministerium ist einer nicht unbedeutenden Mehrheit in der Kammer so sicher, als man es bei einer von den verschiedenartigsten Interessen und Leidenschaften beherrschten, wenig Kapacitäten und noch weniger Charaktere zählenden Versammlung sein kann. Es erhält übrigens Vertrauensadressen von allen Seiten, und wie gewöhnlich bei dem Mangel politischen Sinnes im Volke, das dem Zeitungsurtheile blindlings nachgeht, werfen die günstigen Urtheile der fremden Presse, insbesondere der englischen und französischen, ein großes Gewicht in die Wagschale. Sehr zweckmäßig ist das ganze Streben die politische Verwaltung auch in den untersten Instanzen nur mit Leuten des neuen Systems zu besetzen, und nicht das ganze alte Schreibervolk inveatarisch zu übernehmen. Ebenso freilich werden diejenigen politischen Beamten, welche der Oktoberfreiheit nicht blos gezwungen, sondern aus Neigung huldigten, entlassen.

Mit Welden, der rauh aber kräftig die Gouvernements-Zügel in dem gebändigten, aber noch lange nicht gesicherten Wien führt, sind die Minister sehr zufrieden und wohl im Herzensgrunde froh, daß der eiserne, eigensinnige Feldmarschall Windischgrätz seinen Kriegszug gegen Ungarn begannen. Der letztere wird, dem glücklichen Anfange gemäß zu urtheilen, nicht lange währen. Wie frech aber in Ungarn die Lüge herrscht und wie Kossuth weder die Fälschung noch die Unterdrückung der Wahrheit scheut, geht auch aus Folgendem hervor. Oberst K. kam heute früh 4 Uhr aus dem Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz. Er hatte dort eine Menge Offiziere, die sich von den Ungarn loszumachen gewußt, angetroffen und noch immer vermehrte sich ihre Zahl. Sie versicherten von den kaiserl. Proklamationen in Ungarn kein Blättchen gesehen und kein Wort gehört zu haben. Dagegen zeigte einer jener Offiziere eine falsche Wiener Zeitung vor, worin Windischgrätz und der Ban Jellacic vom Kaiser wegen des Bombardements von Wien für Vogelfrei erklärt wurden!

Wien, 20. Dez. Wie das C. Bl. a. B. berichtet, tritt Hr. v. Schmerling neben Pillersdorf und Schwarzenberg als Kandidat für den ersten Wahlbezirk auf. Kuranda unterstützt ihn dabei und macht entschiedene Opposition gegen die Wahl Schwarzenbergs. Bis jetzt soll übrigens Pillersdorff's Sieg noch am wahrscheinlichsten sein. Wird Schmerling gewählt, so erwartet man, daß er auch ins Ministerium tritt, und zwar nicht für die Justiz, sondern für das Innere.

* **Wien**, 21. Dez. Die Deutsche Ztg. ist, in Gesellschaft der Weser Ztg. und des Deutschen Beobachters, mit Beschlag belegt worden. Fischhof hat seine Stelle als Ministerialrath definitiv niedergelegt. Dahlhoff soll (nach der Allg. Z.) für den Gesandtschaftsposten im Haag bestimmt sein. Durch eine Verfügung des Unterrichtsministeriums werden die hiesigen Schulpräparanden zum Turnen angewiesen und hierzu eine bereits früher errichtete Privaturnanstalt bestimmt. Alle öffentlichen Bälle fallen während des Winters unterbleiben: ein neuer empfindlicher Schlag für die Wiener Industrie. Der Oper ist erlaubt worden, die Hugenotten wieder nach dem ursprünglichen Text zu geben. Die heutigen Nachrichten vom Kriegsschauplatze aus Ungarn melden (nach der Bresl. Z.): Die Truppen des Banus rückten bis in die Verschanzungen bei Raab vor. Heute dürften diese genommen werden. Die Magyaren flüchten sich von allen Seiten und führen bereits ihr schweres Geschütz gegen Pesth ab. Von Nordungarn ist die Nachricht eingetroffen, daß die Truppen des Feldmarschallieutenants Schlick ohne Schwertstreich bis Miskalez vorgerückt sind. Nach der Schles. Z. würde der Kaiser Franz Joseph am Neujahrstag in Schönbrunn eintreffen, und Tags vorher der Belagerungszustand sein Ende erreichen. (?)

* **Wien**, 22. Dez. Seit vorgestern fehlen nähere Berichte über Ungarn. Die Chancen für die morgen im ersten Wahlbezirk vorzunehmende Wahl eines Deputirten zum österreichischen Reichstage scheinen für den Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg vorzuwiegen. Strobach, der erst nach dreimaligem Skrutinium in der Kammer wieder zur Präsidentschaft gelangte, wird als künftiger Leiter des böhmischen, und der Abgeordnete Gleispach als jener des steirischen Guberniums bezeichnet. Die seit gestern verbreiteten lügenhaften Gerüchte, daß Tyrnau wieder von den Ungarn genommen und Jellacic gefangen worden sei, verdienen keine ernstliche Widerlegung; vielmehr erfährt man, daß bei Raab an 200,000 Mann kaiserliche Truppen kampfgerüstet stehen und man der diesem wichtigen Bollwerke einer ernstlichen Affaire entgegen sehen könne. Bei einem Fleischhauer auf der Wieden hat eine Katzenmusik stattgefunden; das Militär interoenirte und wiewohl nur blind geladen wurde, ging es doch nicht ohne Verwundungen ab.

△ **Ollmütz**, 19. Dez. Heute langte eine ungarische Deputation hier an; man will wissen, sie überbringe die Bedingungen, unter welchen Ungarn geneigt sei, sich friedlich zu unterwerfen. Auch ein russischer Kurier kam an, er soll die Nachricht von der baldigen Ankunft eines Großfürsten überbracht haben. Ich bemerkte Ihnen in meinem letzten Berichte, daß die Musikbande einer Bauerndeputation vor dem erzbischöflichen Pallaste das Lied: „Was ist des deutschen Vaterland" gespielt habe. Nachträglich erfahre ich, daß man das bei Hofe den guten Leuten sehr übel genommen und ihnen vor dem Kreisamtsgebäude ihr deutsches dreifarbiges Banner abgenommen hat. Die hannakischen Bauernaufzüge mit ihren schwarzgelben Fahnen und slavischen Bändern, sind eine willkommnere Erscheinung als das verhaßte schwarzroth-gold.

(Die oben erwähnte ungarische Deputation ist, nach der Bemerkung des C. Bl. a. B., ohne amtlichen Charakter. Ihr Zweck ist nur den Kaiser zu begrüßen, und sie besteht aus ungarischen Emigranten, darunter auch der frühere Minister Eötvös. Letzterer blieb in Ollmütz zurück und man sprach davon, er werde in die nächste Organisation Ungarns thätig eingreifen, vielleicht selbst für Ungarn als Minister ohne Portefeuille ins Gesammtministerium eintreten.)

Digitized by Google

Ollmütz, 18. Dez. Das kaiserliche Patent an die Serben, welches die Würden eines Serbischen Patriarchen und Woywoden herstellt, und für ersteren den Erzbischof Rajacic, für letztere den Obersten Suplikac bestätigt, ist erschienen und vom 15. Dez. datirt.

Kremsier, 21. Dez. Heute war eine interessante Reichstagssitzung. Die Grundrechte wurden zum ersten Mal in der Kammer verlesen. Das öffentliche Urtheil mag sagen, ob sie freisinnig abgefaßt sind. §. 1 bestimmt: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volk aus und werden auf die in der Konstitution festgesetzte Weise geübt." Wir fürchten, man wird viel davon abzwacken. Der Antrag des Finanzausschusses, dem Ministerium 50 Mill. fl. zu kreditiren, erregte eine derartige Debatte, daß erst gegen 8½ Uhr Abends, nach nur einstündiger Mittagsrast, die Sitzung zum Schlusse kam. Alle Polen sprachen gegen den Kredit, darunter Abg. Borkowsky sehr geistvoll; er sagte: wir sind keine konstituirende, sondern eine schuldenmachende Kammer. Unter Denen, die dafür sprachen, ist Abg. Schuselka, der sich selbst als einen Schwarzgelben angab; allein er hoffe, daß zu den beiden österreichischen Farben auch das deutsche Roth kommen werde, als Freund und Bundesgenosse. Auch Minister Kraus sprach, und endlich wurden, statt des Antrags von 50 Mill. fl., auf Antrag des Abg. Wiser die verlangten vollen 80 Mill. fl. bewilligt. Die andern Punkte wurden unverändert nach dem Finanzausschußantrag angenommen. Dann vertagte sich die Versammlung bis zum 3. Januar. (D. A. Z.)

Prag, 19. Dez. Die Slowanska lipa hat einen Aufruf an die Polen drucken lassen, sie mögen um ihres eigenen Wohles willen ihre isolirte Stellung verlassen und sich ihren übrigen Stammgenossen anschließen; denn nur durch deren Hülfe könne ihnen eine Zukunft erblühen. Der Aufruf wird nach Möglichkeit unter den Polen verbreitet werden. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 20. Dez. Der König soll bis jetzt noch entschlossen sein, die neue Phase eines zur Einigung strebenden Deutschlands nicht damit zu beginnen, daß er ein Unrecht beginge gegen den historisch begründeten Anspruch Oesterreichs, an der Spitze Deutschlands zu stehen. Das Ministerium aber scheint von der Ueberzeugung durchdrungen zu sein, daß, weil Oesterreich aus dem engern deutschen Vereine ausgeschieden ist, die Pflicht Preußens es verlange, sich den Anforderungen der historischen Nothwendigkeit nicht zu entziehen, und auf die neue Bahn muthig und entschlossen einzutreten. Ob eine Vermittelung in dieser entgegengesetzten Ansicht herbeizuführen ist bis zu dem Moment, in welchem die definitive Entscheidung gegeben werden muß, wird die nächste Zukunft lehren. Man sagt, daß das gegenwärtige Ministerium nicht geneigt sei, seine Ueberzeugung in dieser Frage conventionellen Rücksichten zu opfern, und daß es hierbei mit derselben Consequenz wie in der innern Politik verfahren wolle. Unter Umständen wäre es dann möglich, daß sich an diese deutsche Frage binnen Kurzem eine Ministerkrisis anknüpfte. (W. Z.)

‡ **Berlin**, 24. Dez. Den Gegenstand der allgemeinen Theilnahme, um nicht zu sagen, allgemeinen Entrüstung, bilden die politischen Verfolgungen. Wir meinen nicht sowohl die von dem Justizminister Rintelen veranlaßte allgemeine Inquisition, als die Erklärungen der Oberlandesgerichte zu Ratibor, Münster und Bromberg gegen die Herren Waldeck, v. Kirchmann, Temme und Gierke. Bereits sind auch die Antworten dieser Heeren veröffentlicht. *) Sie weisen natürlich die seltsame Zumuthung, ihrer politischen Gesinnungen, ihrer Thätigkeit als Abgeordnete wegen, von ihrem Platze als Richter zu weichen, mit einer Entrüstung zurück, welche ihnen Niemand verargen kann. Rechtfertigen lassen sich jene Schritte der richterlichen Collegien auf keine Weise, obgleich von der jetzigen Regierung ihnen auf mehr als eine Weise Vorschub geleistet wird; der einzige Milderungsgrund ist unsere Unerfahrenheit im politischen Leben und die alte Ueberlieferung des Beamtenthums, die nicht auf einmal erlöschen kann. Die völlige Erfolglosigkeit jener Schritte, die Unmöglichkeit, die demokratischen Richter auf diesem Wege aus ihrem Amte zu entfernen, versteht sich von selbst. Und wir wollen nicht hoffen, daß man zu der vielbesprochenen Criminal-Untersuchung wegen der Steuerverweigerung schreiten wird. Was man darüber erfährt ist Folgendes: Dem Inquisitoriats-Direktor Leonhardt, gegenwärtig beim Kriminal-Senat des Kgl. Kammergerichts beschäftigt, ist die Führung der Voruntersuchung gegen diejenigen Abgeordneten der Nationalversammlung, welche außer der Beschlußfassung über die Steuerverweigerung sich noch besonders thätig bei der Verbreitung und Ausführung dieses Beschlusses gezeigt haben, durch Ministerial-Bestimmung übertragen worden. Es hat dies deßhalb geschehen müssen, weil sich unter den Abgeordneten dieser Kategorie sehr viele Richter befinden, die auch jetzt noch ein eximirtes Forum haben. Von den nichtrichterlichen Abgeordneten glauben wir nicht, daß sie nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen über den Gerichtsstand der Staatsbürger vor ein Ausnahmegericht werden gestellt werden können, sondern jede gerichtliche Prozedur gegen sie wird nur von ihrem persönlichen Richter ausgehen dürfen. So viel steht übrigens fest: der Staatsanwalt gedenkt keineswegs gegen alle Mitglieder der Nationalversammlung, welche überhaupt für die Steuerverweigerung gestimmt haben, einzuschreiten, sondern wird lediglich nur diejenigen verfolgen, welche diesen Beschluß durch Proklamationen und Ansprachen an das Volk, Reisen in die Provinzen zu diesem Zwecke u. s. w., in Kraft zu setzen sich bemüht und überhaupt eine Thätigkeit für die Verlebendigung des Beschlusses entwickelt haben.

Unsere Presse seufzt noch immer unter dem Belagerungszustande. Wir sind wahrlich keine Freunde von den Ausgeburten der demokratischen Presse. Aber der gegenwärtige Zustand, wo das Verbot über jeder Zeitung schwebt, erinnert doch zu lebhaft an die unerfreulichen Zustände der Vergangenheit. Uns nimmt es Wunder, daß darüber von auswärts, wo die Presse sich frei äußern darf, so wenig Bemerkungen fallen. Wie lange wird es dauern bis wir uns an die ächte Freiheit wie an Licht und Luft gewöhnt haben? Hr. v. Wrangel hat dem Redakteur der Zeitungshalle mit Verhaftung gedroht, wenn auswärts gedruckte Blätter derselben nach Berlin eingeschmuggelt werden sollten. Man muß übrigens das gute Verhalten unserer trefflichen Truppen rühmen und es anerkennen, daß unter den älteren höheren Offizieren viel weniger absolutistischer Aberwitz herrscht, als unter den jungen adeligen Lieutenants. Sonst ist von Berlin kaum etwas zu berichten, als über die Weihnachtsausstellungen. Selbst die deutsche Kaiserfrage wird darüber vergessen. Die deutsche Reform bemerkt am Schlusse eines längeren Artikels über das Gagern'sche Programm:

„Heinrich v. Gagern wird durch die bevorstehende verhängnißvolle Parlamentsverhandlung nicht berührt und sein Programm, auch wenn die Reichsversammlung es verwirft, bleibt, so lange die österreichische Monarchie zusammenhält und so lange wir übrigen Deutschen die Einheit unseres Vaterlandes und den Bundesstaat erstreben, trotz der Schwärmer für den mitteleuropäischen Babelsthurm und den baierischen Turnus, trotz der Verräther von Jenseits des Rheins und Jenseits der Berge — das für Deutschland gebotene Programm."

△ **Posen**, 22. Dez. Der bevorstehende Wahlkampf beschäftigt schon jetzt alle Parteien. Im polnischen Interesse wirkt vorzüglich die polnische Liga; ihr Streben geht darauf, zwischen den radikal gesinnten Deutschen und den Polen ein Einverständniß herbeizuführen. Schon tauchen Candidatennamen auf, die ohne eine derartige Combination unmöglich wären. Diesen Machinationen dürfte aber doch das unerschütterliche Nationalitätsgefühl unserer hiesigen Deutschen einen festen Damm entgegensetzen. Ein großes Hinderniß liegt aber für uns Deutsche in der Bestimmung des Wahlgesetzes, wornach je zwei Wahlkreise zur Wahl zweier Deputirten der zweiten Kammer zusammentreten müssen. Die Stadt Posen für sich würde unter allen Umständen eine deutsche Wahl durchsetzen; nach jener Bestimmung aber wählt sie mit dem überwiegend polnischen Landkreise zusammen, und es ist dadurch nicht unmöglich geworden, daß hier nun zwei polnische Deputirten gewählt werden. Die nächste Entwickelung der preußischen Staatsverhältnisse ist aber für uns auch noch aus einem anderen Grunde höchst wichtig. Während noch Eichmann als Minister der Nationalversammlung bei Verhandlung der posener Frage die Annahme des Auerswald'schen Amendements empfahl, worin neben der Demarkation für den polnischen Theil des Großherzogthums auch eine besondere Verfassung in Aussicht gestellt wurde; während also noch das letzte Ministerium in unserer Sache die Durchführung der Frankfurter Beschlüsse als unabweislich, entschieden anerkannt hatte: findet sich in der neuen octroyirten Verfassung auch nicht die geringste Andeutung davon; ohne daß freilich irgend ein Anlaß zur Annahme einer der bisherigen entgegengesetzten Absicht der Regierung vorläge. Nichtsdestoweniger

*) Wir werden nachträglich, sobald es der Raum zuläßt, die Schriben der Herren Waldeck und Gierke mittheilen.

Digitized by Google

hat dieses völlige Stillschweigen für uns etwas Beunruhigendes. Man hätte doch um so dringendern Anlaß zu einem kräftigen Auftreten für die definitive Entscheidung im Sinne der Frankfurter Beschlüsse, als dies dem einmüthigen, sehnlichsten Wunsche aller Deutschen der Provinz entsprechen würde. Von Tag zu Tag nähern wir uns dem Zeitpunkte, wo durch Beendigung des deutschen Verfassungswerkes das Innere Deutschlands geordnet werden soll — und immer noch steht die äußere Grenze nicht fest; immer noch sind wir hier im Zweifel, wie weit uns definitiv die Betheiligung an dem politischen Leben unseres Gesammtvaterlandes zustehen wird. Die Reise des Generals Schäfer hat dazu doch sicherlich schon alles Nöthige vorbereitet, und wenn die deutsche Nationalversammlung jetzt definitiv die Demarkationslinie feststellte, müßte wohl auch unser Ministerium sie zu einer Wahrheit werden lassen.

München, 22. Dez. In dem dieser Tage erschienenen Hirtenbriefe des Erzbischofs von München-Freysing gegen den Deutschkatholizismus heißt es, daß diese Irrlehrer keine Christen seien und in die Strafe des Kirchenbannes verfallen. Doch mahnt der Erzbischof, den Haß gegen die Sünde nicht auf die Sünder überzutragen, sie nicht persönlich zu kränken und zu beeinträchtigen, vielmehr für die Verirrten zu beten, daß sich Gott ihrer erbarme. Es wird vielfältig bemerkt, daß dieser Hirtenbrief von dem königlichen Placet gänzlich Umgang nimmt. (A. Abdztg.)

München, 23. Dez. Die Ministerkrisis ist heute auf demselben Standpunkt wie gestern. Alles, was man über die zur Beendigung derselben getroffenen Maßnahmen hört, ist so wenig erfreulicher Art, daß hier eine sehr gedrückte Stimmung herrscht, zumal man von allerlei Unterredungen hört, die gewisse Staatsmänner mit dem König hatten, sowohl vor als seit dem Rücktritte Lerchenfeld's. Jakoby's bekannte Worte an den König von Preußen scheinen leider auch für uns Bedeutung gewinnen zu sollen. Freiherr von Zu-Rhein ist seit einigen Tagen wieder hier; durch die Ministerkrisis scheint seine Ankunft nicht veranlaßt zu sein, denn sie erfolgte schon mehrere Tage vorher. Vielmehr scheint derselbe bereits zum Landtag hier eingetroffen zu sein. (Nürnb. Korr.)

München, 23. Dez. Das Reg.-Bl. Nr. 68 enthält unter andern Dienstesnachrichten folgende: Bis zu anderweitiger Bestimmung wurde dem Staatsminister der Finanzen, v. Weigand, die Leitung des Staats-Ministeriums des Innern übertragen und der Direktor der Regierung von Mittelfranken, Dr. J. E. v. Wanner „aus besonderem allerhöchsten Vertrauen" zum Ministerialrathe im Staatsministerium der Finanzen ernannt. (Die letztere vom König beabsichtigte Ernennung wird zu den Ursachen gezählt, aus welchen Lerchenfeld aus dem Ministerium ausgeschieden ist.) (N. Korr.)

München, 24. Dez. Gestern ist Frhr. v. Schrenk von Frankfurt kommend hier eingetroffen. Man weiß noch nicht, ob er das ihm angebotene Portefeuille des Innern annehmen wird, und wenn, wie sich die übrigen Minister dazu verhalten werden! (Allg. Ztg.)

§ **Leipzig**, 24. Dez. Die gestern bekannt gewordene, in Taucha erfolgte Wahl des Dr. Bertling verspricht dem Landtage eine lange Dauer. Denn Dr. Bertling pflegt, wie jedes Leipziger Stadtverordnete weiß, erst dann als Redner aufzutreten, wenn die ganze Versammlung die berathene Sache für erledigt hält, und versteht so einer jeden Verhandlung die doppelte Länge zu geben. Wenn ich Ihnen den Namen dieses Mannes öfter nenne, so geschieht das nicht seiner Bedeutung wegen, im Gegentheil, er ist das mittelmäßige Beispiel einer mittelmäßigen Gattung, die eben dadurch der politischen Gestaltung Deutschlands gefährlich wird, weil sie, ohne die Fähigkeit, einen größern politischen Gedanken zu fassen, doch die Bewegung allein in Händen haben will. Es würde schwer zu sagen sein, welchen andern Zweck sie hätte, als den, sich selbst wichtig zu machen; es ist die Partei des Fordern und Verlangens und Nichtkönnens, die vor nichts einen größeren Abscheu hat, als vor der Erreichung eines festen Zieles. Zu dieser Partei gehört auch der eben gewählte Advokat Blöde in Dresden, der sich früher von den in Sachsen lebenden Fremden nach Frankfurt wählen ließ, und als er dort nicht angenommen wurde, das Parlament und die Einheit Deutschlands verhöhnte. Sie nennen sich „die entschieden freisinnige Partei", und das verstehen sie so, und mit ihnen der Minister Oberländer, daß in Sachsen kaum etwas gedruckt werden darf, was ihnen widerspricht; niemand würde öffentlich daran zu zweifeln wagen, daß Bertling ein erleuchteter Kopf und Oberländer ein großer Politiker sei; das ist die politische Bildung, in der wir den Engländern voraus zu sein glauben. Oberländer hält mit ihnen, nicht eigentlich aus politischer Uebereinstimmung, sondern aus alter Kameradschaft; bei den Kammerverhandlungen muß sich nun zeigen, ob ihm die Kameradschaft mehr gilt, oder das Wohl Sachsens und Deutschlands.

C **Mannheim**, 25. Dez. So eben theilt man uns die Geständnisse mit, welche bei dem Schlußverhöre in Weinheim zu Tage kamen. Sie sind eigener Art. Ein Bürger hatte sogar seine Pferde zum Herumfahren der Guillotine versprochen und die Häuser, vor denen sie halten sollte, waren schon bezeichnet. In Folge dieser Geständnisse sind abermals 5 Verhaftungen vorgenommen worden und die Untersuchung, welche bereits ihrem Ende nahe war, dürfte wieder mehr in die Länge gezogen werden. — Seit dem Abführen unserer Rheinbrücke ist der Verkehr um ein Bedeutendes gehemmt, namentlich fühlen das die beiden Eisenbahnen, deren Zufluß dadurch bedeutend vermindert ist. Die Nothwendigkeit einer steinernen Brücke über den Rhein wird immer fühlbarer; allein bei unserer leeren Staatskasse und überhaupt dem Geldmangel, ist an eine Ausführung des oftmals und schon längst projektirten Planes nicht zu denken. Heute wird Struve von Rastatt nach Freiburg unter Begleitung einer Kompagnie Infanterie gebracht, um dort vor das Schwurgericht gestellt zu werden. Seine Frau soll nach Neujahr freigelassen werden; doch kann ich das nicht bestätigen. Briefe aus Schleswig-Holstein melden, daß es dort einer Entscheidung nahe sei, indem die Feindseligkeiten einen ernsteren Charakter annehmen; es seien bereits Reklamationen wegen Verstärkung der militärischen Kräfte gemacht worden. An ein Aushalten des bestimmten Waffenstillstandes dürfe nicht mehr gedacht werden. Es ist mir erlaubt, einen Blick in einen Gesetzentwurf zu thun, betreffend die Abgabe eines Theils der Militärgerichtsbarkeit an die Civilgerichte, wonach in der Militärgerichtsbarkeit nur verbleiben sollen: 1) im Frieden solche Vergehen und Verbrechen, welche nur von Militärpersonen verübt werden können; 2) im Kriege aber alle Verbrechen und Vergehen, sobald eine Abgabe an die Civilgerichte mit zu viel Umständen und Schwierigkeiten verknüpft ist.

Mannheim, 22. Dez. Der neue vaterländische Verein hat auf die Einladung des Vororts des nationalen Vereins in Kassel seinen Beitritt zu der Adresse des Mainzer Bürgervereins erklärt. (D. P. Z.)

Freiburg, 22. Dez. Die N. Fr. Z. berichtet: „Der Gemeinderath der hiesigen Stadt, welcher es mit Recht als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansieht, nach Kräften dazu beizutragen, daß die Universität Freiburg wieder zu ihrer früheren Blüthe gelange, hat sich kürzlich an das Ministerium mit der Bitte gewendet, dasselbe wolle mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln auf die Hebung dieser wissenschaftlichen Anstalt hinwirken." Unter den Mitteln zur Hebung der Universität bezeichnet der Gemeinderath ausdrücklich und mit energischer Motivirung — die Entfernung des Hofrath Buß von der ihm anvertrauten Lehrkanzel.

⊙ **Mainz**, 21. Dez. Der hiesige Bürgerverein hat folgende Adresse an den Reichstag beschlossen:

„Die gesammte deutsche Nation hat Sie berufen, für Deutschland eine einheitliche Verfassung und in einem kräftigen Oberhaupte das Mittel zu schaffen, ein einiges, großes Deutschland, glücklich im Innern, kräftig und würdig nach Außen zu gründen.

Mögen Sie bedenken, daß dieses das Mandat ist, welches das deutsche Volk Ihnen ertheilt hat. Mögen Sie sich erinnern, daß Sie berufen sind, dem Vaterlande die Einheit zu schaffen, daß jeder Augenblick, wo Sie diese Ihre strenge Aufgabe außer Augen verlieren, eine Ueberschreitung, eine Verletzung Ihres Mandats mit sich führe, während jede andere Aufgabe volksthümlicher Bestrebungen theils eben so gut, theils noch besser in den Einzelstaaten und durch dieselben gelöst werden könnte, die Herstellung der Einheit und Größe des Vaterlandes dagegen einzig Ihre Aufgabe und Ihre einzige Aufgabe sein muß. Zu unserm schmerzlichen Bedauern müssen wir aber, muß das harrende Vaterland, welches seine Schicksale in Ihre Hände gelegt hat und Ihnen bereits gebieterisch und ernst Rechnung verlangen wird über das, was Sie zu leisten hatten und leisten konnten, sehen, wie gerade in den Räumen, welche die Nation für den Tempel hielt, in welchem das heilige Feuer der Begeisterung für nationale Einheit erhalten werden sollte, wie gerade da diesem Werke, auf dessen Vollendung die Nation opferbereit harrt, entgegengearbeitet wird, wie Mitglieder der Versammlung sich nach Stämmen und Provinzen absondern, um Sympathien zu nähren, die anderswo ihren Ausdruck finden konnten. Die Nation muß sehen, wie jede vorgefaßte Meinung, wie jede particularistische, religiöse und materialistische Kaltpathie sich für berechtigt hält,

Digitized by Google

hervorzutreten, und sollte darüber der Zweck selber, der Sie in Frankfurt versammelt, zu Grunde gehen.

Besonnen Sie, wir beschwören Sie inständigst bei allem was dem Vaterlande heilig ist, diesen Geist, den wir aus Achtung vor der deutschen Nation nicht näher bezeichnen wollen, der aber schon so oft unser Vaterland an den Rand des Verderbens gebracht hat.

Die Verfassung! die Verfassung! so tönt es aus allen Gauen des Vaterlandes Ihnen entgegen. Die Verfassung! ja rufen auch wir Ihnen zu; die Verfassung, d. i. nicht so wohl ein noch so gründlich und in vollendetster Technik ausgearbeitetes Gesetz über die disparatesten Dinge, Institute und organischen Einrichtungen, sondern die Niedersetzung einer der Nation kenntlichen und erkennbaren definitiven obersten Reichsgewalt, die leistet, was jetzt erreichbar ist.

Nochmals beschwören wir Sie, bringen Sie dem Wohl des gesammten Vaterlandes das Opfer Ihrer provinziellen Vorliebe, Ihrer persönlichen Sympathien, hören Sie auf die Stimme, die Ihnen zuruft: „Oesterreich kann vorerst nur durch Staatsverträge an das übrige Deutschland gebunden werden; Oesterreich wird auch in dieser Stellung ein treuer Bundesgenosse für Deutschlands Ehre, Glück und Wohlfahrt; Preußen, durch Intelligenz und Macht, Deutschlands kräftigste und ebelichste Oberhaupt sein."

Bingen, 23. Dez. An die Stelle Brunk's wurde heute J. Schütz von Mainz als Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung mit 131 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, Dr. Langen, erhielt 100 Stimmen. (O.-P.-Z.)

** **Braunschweig**, 23. Dez. In der heutigen Sitzung unseres Landtags wurde ein von den Abg. Dr. Schmidt gestellten Antrag, dahingehend, „daß die erforderliche Würde und Macht der Reichsgewalt und die innere Wohlfahrt Deutschlands nicht anders gewahret und gesichert werden kann, als wenn 1) ein Haupt und 2) ein erbliches Haupt an Deutschlands Spitze tritt und 3) die preußische Krone, als die mächtigste Deutschlands, zur deutschen Krone erweitert wird", ohne weitere Diskussion fast einstimmig angenommen. Die Kammer sprach ihre Zuversicht aus, daß die Landesregierung ihren Wunsch theilen und nach Kräften fördern werde:

><Aus Schleswig-Holstein, 22. Dez. Die Soldaten des dänischen Heeres haben einen Aufruf erlassen und auf den Landstraßen ausgestreut, von welchem der Anfang genügen mag: „An unsere abtrünnig gewordenen Waffenbrüder! Schleswig'sche Brüder, die man verleitet hat gegen Euern König, gegen Euer Vaterland zu dienen! wiederum stehen wir Euch gegenüber und beklagen den verderblichen Bürgerkrieg. Noch ist es Zeit umzukehren, bevor wir von Neuem den Kampf gegen einander beginnen. Wir streiten für eine gute und gerechte Sache, für unsern König, für unser Vaterland. Was könnt Ihr dagegen in die Wagschale legen? — Versprechungen, deren Erfüllung unmöglich ist, Zweifel, Gewissenqual! — Wahrlich die Wahl kann nicht schwierig sein! So erhebet Euch denn als Männer, werft eure Waffen weg!" Im Homer heißt es: „Drum seid Männer, ihr Brüder, und denkt an die tapfere Abwehr!" Man sieht übrigens, wie sicher die Dänen der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten entgegensehn. Was geschieht von deutscher Seite? Was geschieht vor Allem für die Marine? Was auch nur für die Küstenvertheidigung? Selbst die schleswig-holsteinische Küste liegt theilweise noch bloß. Denkt man denn gar nicht daran, daß Mecklenburg, Rügen, Pommern, die ganze preußische Küste mit einem Dutzend Kanonenboote nicht zu schützen sind? Kanonenböte zu bauen, mag hinterher recht gut sein. Jetzt müßten wir durchaus zum Angriffskriege rüsten, mit andern Worten, um jeden Preis Ordnungsschiffe beschaffen.

⊙ **Schleswig**, 23. Dez. Während in London unterhandelt wird, betragen sich die Dänen, als wenn sie noch im offenen Kriege mit Schleswig-Holstein wären. So wird in der von König Friedrich VII. auf Fredricksborg erlassenen Proklamation an das dänische Volk geradezu erklärt, daß nur die Rücksicht auf die obschwebenden Verhandlungen ihn abhielte, die Feindseligkeiten wieder anzufangen. Die gemeinsame Regierung, welche als die herzogliche dieser Lande von der Reichsgewalt und den Großmächten anerkannt und eingesetzt ist, wird in dieser Proklamation gemeinhin desavouirt. Man träumt in Dänemark, Krieg mit Deutschland führen zu können und sich kein Fußbreit von Schleswig nehmen zu lassen, weil sich das dänische Volk von dem Pendel der dänischen Kriegsgelüste und von dem russischen freundschaftlichen Zuneigefühl hin und her bewegen läßt. Man bemüht sich dänischerseits durch Sendlinge, die Bewohner des platten Landes im Nordschleswig'schen mit dem Glauben zu bethören, daß sie sich, da es nun bald mit Deutschland aus sei, an ihren angestammten Landesherrn anklammern sollen. Geschehe dies nicht bald, so werde man die „Aufrührer" von der Land- und Seeseite, Jütland und Alsen, angreifen, und dann schonungslos verfahren. Indeß verfehlen diese Künste nachgerade ihre Wirkung. Dieser Tage erst wurden zwei wandernde Volksredner vom bezeichneten Schlage, die in mehreren Ortschaften unter freiem Himmel politische Belehrungen hielten, von einem Trupp Bauern hierher an die gemeinsame Regierung gebracht. — Die Postverbindung mit Dänemark, welche in letzter Zeit zu vielfachen Unterhandlungen geführt, ist zwar nunmehr erledigt, hat aber zu keinem direkten Resultate geführt. Durch die Bemühungen des Reichskommissärs Stedmann ist die Sache dahin entschieden worden, daß das schwedisch-norwegische Postamt in Hamburg, das zweimal wöchentlich einen Courier durch die Herzogthümer nach Koloing u. s. w. während der Wintermonate absendet, die betreffenden Briefe des korrespondirenden Publikums nach Dänemark mit besorgen wird. — In Itzehoe starb vor einigen Tagen der ehemalige französische General Duncan in dem hohen Alter von 85 Jahren; er hat eine lange Reihe von Jahren in diesem Städtchen gelebt. Er hinterläßt werthvolle Memoiren.

Apenrade, 21. Dez. Gestern rückte das 1. schleswig-holsteinsche Jägerkorps, das heute weiter gen Norden marschirt ist, hier ein; einige Stunden später langte der General Bonin hier an, der auf einer Inspektionsreise begriffen und insbesondere damit beschäftigt ist, die von der gemeinsamen Regierung beschlossene Cernirung des Sundewittschen und der Nordgränze ins Werk zu setzen. Um Letzterem einen abermaligen Beleg davon zu geben, daß er keineswegs das Vertrauen des Landes verloren habe, dieses vielmehr innig wünsche, ihn als Oberbefehlshaber der Armee zu behalten, brachte ihm die Bürgerschaft, begleitet von der Liedertafel, ein für die Verhältnisse der Stadt Apenrade wahrhaft glänzendes Fackelhoch dar. (B. H.)

Hamburg, 22. Dez. Gestern ist General-Major von Orheim von London, auf der Rückreise nach Kopenhagen, hier angekommen. Neue Instruktionen? (B. H.)

Großbritannien.

London, 22. Dez. Dem Morn. Chronicle zu Folge wäre es so gut wie gewiß, daß, nachdem Baron v. Wessenberg wegen seines hohen Alters es abgelehnt, Fürst Paul Esterhazy zum österreichischen Gesandten am Hofe zu St. James ausersehen sei. Der Morn. Chr. bemerkt weiter, daß der Fürst früher bereits 27 Jahre lang denselben Posten bekleidet, Georgs IV. persönliche Freundschaft genossen habe und in Erinnerung der Popularität, deren er sich in England zu erfreuen gehabt, gern wieder dahin zurückkehren werde. Bisher habe Esterhazy diesen Posten anzunehmen gezögert, weil sein Mutterland Ungarn noch immer in offener Empörung gegen Oesterreich begriffen sei. Das M. Chronicle nennt, von seinem nach rückwärts gekehrten Standpunkt aus, bei dieser Gelegenheit den Fürsten „einen jener wenigen noch übrig gebliebenen Diplomaten jener großen Schule der Diplomatie, welche die Brunows unserer Tage und die Metternichs und Talleyrands noch glorreicherer (more palmy) Tage hervorgebracht hat." Derselben Zeitung zufolge habe man in Paris sich die äußerste Mühe gegeben, Thiers zu bewegen, den Gesandtschaftsposten in London anzunehmen, in welchem Falle er de facto (bemerkt das Chronicle) den Sitz des französischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten nach London verlegt haben würde, wie Talleyrand im Jahre 1830; Thiers sei hierzu jedoch bis jetzt nicht zu bewegen gewesen und so werde Hr. von Montherot, ein Neffe Lamartine's, als Beauftragter Frankreichs in London bleiben, bis ein neuer Gesandter ernannt sei. Dasselbe Blatt ältern diplomatischen Stils theilt mit etwas vornehmer geheimnißvoller Miene mit, daß, wie das Gerücht gehe, „demnächst eine Person vom höchsten Rang nach England kommen und versuchen werde, eine gewisse den Norden Deutschlands betreffende und bisher hoffnungslos hin- und hergezerrte Frage zur Ausgleichung zu bringen."

Vergangenen 1. August hatten chartistische Unruhen in Ashton stattgefunden, bei denen ein Polizeimann todt geschossen wurde. Der Theilnahme an diesem Morde angeklagt, standen in den letzten Tagen zwei Chartisten, Namens Radcliffe und Constantine, vor den Assisen in Liverpool. Constantine wurde freigelassen, dann aber bedeckte der Oberrichter sein Haupt mit der schwarzen Kappe und sprach unter anderm zu Radcliffe: „Joseph Radcliffe, die Jury hat dich der gnädigen Rücksicht der Krone empfohlen. Nun ist es meine schmerzliche Pflicht, dir zu sagen, welches Schicksal wahrscheinlicher Weise dich erwartet. Was du gethan, ist ein

furchtbares Beispiel der Folgen gewaltsamer politischer Aufregung unter den niederen Klassen. Du wirst jedenfalls längere Zeit übrig behalten, als du dem unglücklichen Manne gestattetest. Du hast ihn augenblicklich in's Grab gesendet, ohne daß er sich irgend darauf vorbereiten konnte." Nachdem der Oberrichter dies und noch manches andere ergreifende Wort gesprochen und den Gefangenen ermahnt hatte, sich zu dem in wenigen Tagen ihn erwartenden Tode vorzubereiten, sprach er in der gewöhnlichen Form das Todesurtheil über ihn aus. Der Gefangene richtete während dessen sein Auge starr auf den Richter, ohne auch nur eine Spur von Bewegung zu verrathen. Wegen desselben Tumultes wurden noch 13 andere Individuen zum Theil zu sehr harten Strafen verurtheilt, mehrere derselben zu lebenslänglicher, einer zu zehnjähriger Transportation, sieben andere zur Einsperrung von längerer oder kürzerer Dauer.

Schweiz.

Tessin. Laut dem hiesigen Republikano hat seit dem Abzuge der eidgenössischen Truppen der Notenwechsel wieder begonnen. Radetzky soll sich in einer Note beklagen, daß der Waffenhandel in diesem Kanton nicht verhindert werde, in einer andern soll er Flüchtlinge anzeigen, die Feuerwaffen versteckt halten und endlich beschwere er sich darüber, daß die eidgenössischen Repräsentanten die eidgenössischen Truppen entlassen haben. Der Republikaner findet den Waffenhandel ganz in Ordnung und hofft, die eidgenössischen Repräsentanten werden Radetzky's Foederungen entschieden zurückweisen. (N. Z. Z.)

Amerika.

Vereinigte Staaten. Das Dampfboot Cambria, welches am 21. Dez. in Liverpool eintraf, hat Nachrichten aus New-York bis zum 6. und aus Halifax bis zum 9. Dez. gebracht. Die Session des Kongresses ist am 4. Dez. für drei Monate eröffnet worden. Der Schluß dieser Session erfolgt künftigen 3. März Abends, zu welcher Zeit General Taylor und seine neue Regierung zur Macht gelangen. (Im Vorübergehen bemerken wir, daß es auf der muthmaßlichen Ministerkandidatenliste in Nr. 336 heißen muß: „John M. Clayton „Aeußeres" statt „Inneres"; Clayton soll nämlich, wie es heißt, Staatssekretär werden, an Stelle des jetzigen Staatssekretärs James Buchanan.) Die schwierigste Aufgabe in dieser Kongreßsitzung werden die Bills für die Einrichtung der provinziellen Regierungen in Kalifornien und Neumexiko sein. Wie man jetzt weiß, werden weder der Senat der Vereinigten Staaten noch der jetzige im März ausscheidende Präsident Polk ihre Zustimmung zu irgend einer Bill geben, in welcher die Abschaffung der Sklaverei in genannten Gebieten ausgesprochen wäre. Andererseits ist das Repräsentantenhaus durch seine Abstimmung in der Bill für Oregon gewissermaßen verpflichtet, keine Bill durchgehen zu lassen, welche eine solche Verhinderung nicht ausspricht. Wahrscheinlich wird man gar keine Bill beschließen und so beide Gebiete noch ein ganzes Jahr ohne eine gesetzliche bürgerliche Regierung lassen, ausgenommen diejenige, welche sie auf eigene Hand einzusetzen belieben sollten.

Die in den Kongreß eingebrachte Botschaft des Präsidenten, dat. Washington 5. Dez., umfaßt im „New-York-Herald" nicht weniger als gegen 11 kleingedruckte Riesenspalten. Für Deutschland von Interesse ist namentlich folgende Stelle: „Regierung und Volk der Vereinigten Staaten begrüßten mit Begeisterung und Entzücken (delight) die Einrichtung einer französischen Republik, wie wir jetzt die Bestrebungen begrüßen, die im Gange sind, um die Staaten Deutschlands in eine Konföderation zu vereinigen, welche unserem Bundesstaate in einiger Hinsicht ähnlich ist. Wenn es den großen und hochgebildeten Staaten Deutschlands, die zumal eine gebietende Centralstellung in Europa inne haben, gelingen sollte, eine solche Bundesregierung herzustellen, und zugleich den Bürgern jedes Staates Lokalregierungen je nach den besondern Bedürfnissen eines jeden Staates nebst uneingeschränktem Handel und Verkehr unter einander zu sichern, so wird dies in der Geschichte menschlicher Ereignisse eine wichtige Aera bezeichnen. Auf diese Weise würde die Macht Deutschlands befestigt und verdichtet, zugleich aber auch die Sache des Friedens, des Handels, der Bildung und der konstitutionellen Freiheit in der ganzen Welt wesentlich gefördert werden." Ferner ist in dieser Botschaft erwähnt, daß mit Neu-Granada, Peru, beiden Sicilien, Belgien, Hannover, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin Handelsverträge abgeschlossen und mit Mexiko freundliche Beziehungen hergestellt wurden. Der Präsident erklärt, daß er weit davon entfernt sei, aus der Ausdehnung des nordamerikanischen Gebiets Gefahren für die gesicherte Lage der vereinigten Staaten zu befürchten; daß er vielmehr des Glaubens sei, daß jeder neue Staat die Union kräftige und eine neue Bürgschaft für ihre Dauer gebe. Eine Stelle in dieser Botschaft betrifft die in Kalifornien entdeckte Goldregion. Was man davon fast Unglaubliches gehört hat, wird im Wesentlichen durch die Berichte nordamerikanischer Befehlshaber und Seeoffiziere bestätigt. Unter andern besuchte der Befehlshaber der nordamerikanischen Streitkräfte in Kalifornien vergangenen Juli das kalifornische Goldgebiet, wo er bereits 4000 Menschen mit dem Sammeln und dem Waschen des Goldes beschäftigt fand. Er sandte darüber einen Bericht an das Kriegsministerium ein. Der Präsident räth, eine Zweigmünze in Kalifornien zu errichten, und hebt überhaupt mit Nachdruck die großen Vortheile hervor, welche die verein. Staaten durch den Besitz dieses schönen, der Mitbewerbung des europäischen Handels so entrückten Gebiets erlangt haben. (Neuere Privatnachrichten stellen die früheren Berichte über die Goldregion doch als etwas übertrieben dar; wenigstens wird das Gold nicht ohne Gefahr und Risiko gesammelt. Gesellschaften, die zur Ausbeutung des Goldes, welches namentlich in den Flußbetten, aber auch sonst im Sande gefunden wird und zwar in einem Umkreis von 150 englischen Meilen Länge und 50 Meilen Breite, Kapitalien zusammenschossen, kamen um ihre Auslagen, da die in Lohn genommenen Arbeiter sehr bald entliefen und das einträgliche Geschäft auf eigene Faust treiben). Die Finanzlage des Landes wird als sehr günstig dargestellt. Die Einfuhren des mit dem letzten 30. Juni zu Ende gegangenen Finanzjahres belaufen sich auf einen Werth von nahe an 151 Millionen Dollars; die Ausfuhren auf einen Werth von mehr als 154 Millionen Dollars. Die Einnahmen des Schatzes beliefen sich auf 35,436,750 Dollars, wovon 31,759,170 für Zölle, und 3,328,642 für verkaufte Staatsländereien. Die Bruttoeinnahme für Porto betrug 4,371,000 Dollars. Die Ausgaben werden zu 42,811,070 Dollars, die öffentliche Schuld zu 65,278,450 Dollars angegeben. Die Wirksamkeit der Tarifakte von 1846 hatte den davon gehegten Erwartungen vollständig entsprochen. Die Vetobefugniß des Präsidenten wird entschieden in Schutz genommen. Diese Befugniß sei zwar von dem ersten Präsidenten und vier seiner Nachfolger ausgeübt, aber noch nie mißbraucht worden, im Gegentheil hätten seine (Polk's) Vorgänger in diesen Fällen der Ansicht der Nation gemäß gehandelt. Es sei eher Gefahr da, daß der Präsident, aus Scheu mit dem Kongreß in einen Zwiespalt zu gerathen, diese ihm nothwendig zugehörige Funktion seltener ausübe, als es vielleicht das Interesse der Nation fordere.—James Polk schließt diese Botschaft mit einigen allgemeinen Worten, worin er sich dahin ausspricht, daß seine Verwaltung, welche in ereignißvolle Zeiten gefallen, nur das Beste, den dauernden Ruhm und die ununterbrochene Wohlfahrt des Landes zum Ziele gehabt habe.

Dem New-York-Herald zufolge machen die bei der Präsidentenwahl durchgefallenen Parteien kombinirte Anstrengungen, um der Verwaltung des Generals Taylor Schwierigkeiten zu bereiten; unter andern versichere man, daß General Cass und Herr Clay wieder in den Senat kommen würden. Die genannte Zeitung spricht jedoch die Hoffnung aus, daß es General Taylor gelingen werde, aller dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, und eben so viel Festigkeit zu entwickeln, als General Jackson unter ähnlichen Umständen in den ersten vier Jahren seiner Regierung gethan. — Aus den übrigen Theilen Amerikas sind die Nachrichten von nicht sehr erheblicher Bedeutung. Mexiko war für den Augenblick in einem vergleichsweise ziemlich ruhigen Zustande; auch die Bewegung in Tampico für den Anschluß an die Vereinigten Staaten scheint sich etwas gelegt zu haben. Die Behörden von Havannah trafen in vollem Ernste Anstalten, um einen für jetzt wohl noch ohne Grund befürchteten Handstreich der Nordamerikaner, sich in Besitz der Insel Cuba zu setzen, abweisen zu können. Aus Puerto Cabello hatte man Nachrichten bis zum 13. Nov.; sie melden nichts Entscheidendes in Betreff des zwischen Paez und Monagas geführten Krieges. Präsident Soulouque hat an die Einwohner von Hayti einen langen Aufruf erlassen, worin er alle Unzufriedenen auffordert, sich um das Banner der Republik zu schaaren und dadurch die jetzige Regierung, die einzige, welche den Abkömmlingen afrikanischen Stammes Schutz gewähren könne, zu kräftigen. Zugleich rühmt er die Tapferkeit der Truppen, denen man allein die jetzige Ruhe zu verdanken habe. (Also auch in dieser Republik die Herrschaft des Säbels!) Einige Bedeutung gewinnt dieser Aufruf dadurch, daß gerade jetzt zwischen Großbritannien und dem östlichen Theile von Domingo diplomatische Beziehungen eröffnet

Uebersicht.

Oesterreich und Deutschland.
Deutschland. Grätz (Die Expedition der Zeitungen Oesterreichs.) Olmütz (Der österreich. Correspondent und die deutsche Verfassung.) Daemstadt (Kammerverhandlungen.) Gießen (Der vaterländische Verein an die Nationalversammlung.)
Schweiz. Bern (Die Schweizer Presse über die Präsidentenwahl in Frankreich. L. Napoleon und Herr Dufour. Zustände in Waadtland, Tessin u. Freiburg. Die Mitglieder des Bundesraths. Händel mit Württemberger in Schaffhausen. Protest gegen die deutsche Propaganda.)
Griechenland. Athen (Adresse Oligarchie. Kaufsüchtigkeit der Begnadigung. Straßenraub. Verletzung des Schwurgerichts.)

* Vom Rhein, 22. Dez. Man nöthigt mich immer auf derselben Saite fortzuharfen, von der ich gerne wegkommen möchte, da ich die Nutzlosigkeit des ganzen Spielens vollkommen einsehe. Nach der O.-P.-A.-Z. bin ich schon wieder Schuld daran, daß die österreichische Frage so gestellt worden ist, daß achtbare Sympathieen verletzt worden sind. Was ich von den achtbaren Oesterreichern höre, was ich in einem Briefe von Möring so eben in der Allg. Z. lese, kommt mir nicht so vor, als ob man grade von dieser achtbaren Seite her meine, ich gestehe es, heftigen Briefe so verletzend hätte finden können. In dem Briefe von Möring steht mit nackten Worten, daß Oesterreich „uns erst ins Gesicht schlug und dann einen Absagebrief schickte." Das ist der einfache, wahre Verhalt der Sache. Das aber hat bei uns weder die Sympathien der Achtbaren, noch der Unachtbaren verletzt, sondern wir steckten die Ohrfeige ein, und den Absagebrief an den Spiegel, zu unserer Schmach und Schande. Was man unter Oesterreichern und in der Nähe des Reichsministeriums auch ausklügeln mag, — wer seine gesunden fünf Sinne beisammen hat, kann das Gagernsche Pregramm nicht anders verstehen, als daß es indirekt den Austritt der österreich. Abgeordneten verlangt. Wenn der Minister selbst es nicht so verstanden hätte und fortwährend verstände, so würde ich es lebhaft bedauern, und ich weiß, daß es sehr Viele mit mir thun. Man sagt uns, die österr. Bundesländer seien gleichberechtigt mit den übrigen zur Theilnahme an der Gesammtvertretung, so lange der provisorische Zustand dauert, und bis eine Verfassung begründet sein wird, welcher Oesterreich nicht beitritt. Eine sonderbare Forderung, die eben nur verräth, wie schwer es ist, daß sich Regierende schlicht einfachen Sinn bewahren und der Sophistik entgehen. Oesterreich hat offiziell und unoffiziell — Alles ist ja voll von dem Inhalt der Privatbriefe der Wiener Minister — erkläret, daß es dieser Verfassung nicht beitreten wolle, soweit sie schon jetzt begründet ist. Es ist aber eine Sinnlosigkeit, die nur in Deutschland möglich ist, daß österreichische Abgeordnete zur Begründung einer Verfassung mithelfen sollen, an der sie lauteingestanden keinen Theil haben wollen. Wenn es Recht sein soll, oder wenn es den Oesterreichern Spaß macht, für die Zeit des Provisoriums in Deutschland mitvertreten zu sein, so möchten sie meinetbalb mit Herrn Vogt um die Wette interpelliren, um sich die Zeit zu vertreiben, aber über die Verfassung, die nicht für das Provisorium sondern für die Dauer gemacht wird, sollen sie wenigstens nicht mitstimmen. Man sagt uns, die Bestimmung, welche die National-Versammlung für das Reichsoberhaupt treffen werde, sei von wesentlichem Einflusse auf die künftige Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland. Gewiß, und darin steckt des Pudels Kern, den man uns von Oesterreich aufbinden möchte. Soweit sie begründet ist und mit den preußischen Kaiseraussichten, die man daran knüpft, will Oesterreich von der Verfassung nichts wissen. Wenn man ganz gewiß voraussehen könnte, daß es dabei sein Bewenden hätte, dann wäre man in Wien ganz gewiß gleich jetzt so ehrlich gewesen und hätte die Abgeordneten zurückberufen. Denn die Sachen werden sich doch wohl so in Oesterreich stellen, daß man nicht grade Gewalt gegen den deutschen Bundesstaat unter preußischer Leitung anwenden würde. Aber weil doch noch das Wichtigste Stück Verfassung zurück ist, darum eben läßt man die Deputirten in Frankfurt, und zieht von der deutschen Bonhommie seinen Nutzen. Liest man die unzweideutige Erklärung des Ministerpeogramms, so sollte man gar nicht begreifen, wie die loyalen Oesterreicher in Frankfurt sich so sträuben, das zu thun, was nach aller Welt Logik in den Consequenzen des Progromms liegt. Aber wir begreifen das eben nur nicht, die wir von Politik nichts begreifen. Wir alle verstehen, wenn der König von Preußen die Kaiserkrone ablehnt; das ist uns aus der Seele. Wir tadeln es zwar, aber wenn er wirklich Schritte entgegen thäte, so würden wir sie leicht taktlos nennen, vielleicht weil sie es wirklich auch wären, weil wir eben in dem unschuldigen Deutschland so was nicht mit dem Geschick einzufädeln wissen, wie das Oesterreich versteht. In Oesterreich versteht man sich auf die Werbung um eine Krone besser als in Potsdam. Man will dort nicht gebeten und gesucht sein, sondern man stößt ab, man läßt sich fühlen und fuhlt sich selbst, man will mit Stolz ausscheiden und nichts von Deutschland haben, weil man nicht Alles haben kann. Die Oesterreicher in Frankfurt wissen alle recht gut, wenn man ihnen auch gerade das Umgekehrte sagte, daß von dem noch übrigen Theile der Verfassung die Frage von der Verbindung und dem Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland ganz abhängt. Beschließt man ein erbliches Kaiserthum Preußen, so wird Oesterreich austreten. Beschließt man eine Trias, so wird Oesterreich auf ein staatenbündliches Verhältniß hinzuarbeiten suchen. Beschließt man ein österreichisches Kaiserthum, so wird Oesterreich in den Bundesstaat treten. Daran zweifelt in Frankfurt gewiß kein gut österreichischer Deputirter, er möge auch noch so sehr in anderem Sinn instruirt sein. Herr von Schmerling selbst zweifelt daran nicht, der im Beirath der Siebenzehn die rigorosesten bundesstaatlichen Bestimmungen als feldstverstanden mitvotirte, aber freilich auch das österreichische Kaiserthum als selbstverstanden voraussetzte. Alles was jetzt in Frankfurt beraten wird, bezieht man sich ja auf diese drei Punkte zurück. Wir sind unbedingt für die erste Einrichtung. Denn nur so kommen wir zu einem wirklichen Bundesstaate und zu einer Entwicklung homogener Kräfte, aus einer Gleichartigkeit der Bildung und der Bedürfnisse heraus, während uns die engere oder weitere Verbindung mit Oesterreich, wie es immer war, mit Oesterreich hemmen und zurückhalten wird, so lange Oesterreich die passive Rolle spielt und von der Indolenz niedergehalten wird an der es seit lange litt, und auf der andern Seite uns in die furchtbarsten Verwicklungen hineinreißen wird, die uns und unser Interesse nicht das geringste angehen, sobald Oesterreich in eine aktionire Rolle äußerer Politik freiwillig eingeht oder gezwungen wird. Die großartigen Staatspläne, die Herr von Möring mit Deutschland und Oesterreich hat, werden, so Gott will, für die Zukunft nicht verloren sein. Aber jetzt sehe ich nicht die Menschen, die so was angreifen wollen. Wollen wir deutschen Einfluß und Politik über die Slawenländer ausdehnen, so muß das entweder durch einen großen Waffenkonflikt geschehen, oder durch eine solche Entwicklung deutschen Staatslebens, die friedliche Eroberungen zu machen fähig ist. Und diese Art von Entwicklung gerade wird von Preußen und dem übrigen Deutschland allein eher ausgehen, als wenn Oesterreich selbst im Bundesstaate beigetreten wäre; so gewiß wird das geschehen, als selbst das kleine Belgien, nur von Holland abgetrennt, eine solche Musterentwicklung im Schirm seiner Freiheiten beginnen konnte. Ich bin allerdings also für diese ideale Einheit, d. h. für den Bundesstaat, und den möglichst gleichartigen, wenn auch der äußere Verein der Nation etwas verengert wird; ich bin überzeugt, daß nur unter dieser Bedingung der Ausscheidung unverträglicher Elemente unsere Verfassung und Einheit keine papierne bleiben wird. Alles andere wird „das traurige Bild der Verwirrung bieten." Denn wahrlich, wir haben nicht die politischen Energieen und Intelligenzen aufzuweisen in dieser Zeit, daß wir uns zum Debüt unseres neuen Staatslebens eine so unermeßliche Aufgabe stellen dürften, wie sie das Zusammengehn mit Oesterreich in innerer und äußerer Politik uns auferlegen würde. Besser werden wir getrennt unsere Kräfte in einer großartigen Arbeitstheilung wetteifernd versuchen. Die engste Union mag uns die Rückwege zu einander anbahnen. Wenn wir Oesterreich seine östliche Mission ehrenhaft ausführen sehen, so wird uns das Anziehung genug sein, von Oesterreich nicht zu lassen; wenn wir im Reich erst durch inneren und äußeren Aufschwung Zeugniß von den politischen Anlagen werden gegeben haben, die bisher in uns im Schlummer lagen, dann wird auch Oesterreich eine Achtung vor uns fassen, die es nie gehabt hat, und ihr kann eine Neigung folgen. Wenn dieß Theorien sind, nun dann freue ich mich auf das Werk der frankfurter Praktiker. Eines kann man den Anhängern der preußischen Hegemonie immer einwerfen: Sie würde im besten Falle mit ganz wenig Stimmen votirt werden, und dieß sollte freilich in einer so großen Sache nicht sein. Aber so ist es auch mit jeder andern Combination, nur mit dem Unterschiede, daß sich in Preußen gegen Turnus, Trias u. s. w. kompakte und bleibende Antipathien regen würden, während die gegen Preußen getheilt und vorübergehend sein werden. Man kann auch sagen,

Digitized by Google

daß die preußische Politik, oder die Persönlichkeit auf dem Thron nicht der Art ist, sich die Gegner bald versöhnen zu können. Aber mit der österreichischen Politik steht es so, daß sie uns offenbaren Schaden bringen wird. Ein österreichisches Kaiserthum legt uns eine Politik auf, in dem preußischen gestalten wir sie selbst. Darauf, und darauf allein kommt es an. Die dritte Kombination, eine verbesserte Auflage des Staatenbundes, läuft darauf hinaus, daß wir wie früher keine Politik haben werden. Jenes sei Theorie, auf diese Praxis wird man uns in Frankfurt mit Triaden und sechs oder zwölfjährigen Kaisern hinführen. Nichts geht über die politische Praxis der Deutschen!

Deutschland.

Grätz, 14. Dez. Die Allg. Ztg. enthält von hier einen Artikel, den wir im eigenen Interesse, wie zu Nutz und Frommen aller Betheiligten seiner ganzen Länge nach mittheilen. „Gemäß der Kundmachung der k. k. Oberpostverwaltung vom 2. Dez. d. J. sind die Preise ausländischer Zeitungen, sowie die ausländischen Transit- und Versendungsgebühren für dieselben von den österreichischen Postanstalten, folglich auch von den Pränumeranten an diese letztern, vom nächsten Abonnement-Termine angefangen in klingender Münze zu berichtigen. Obschon dies bei dem zu einer Höhe, die ohne Beispiel ist, gestiegenen Mangel an Silbergeld ein nur mit empfindlichen Opfern zu besiegendes Erschwerniß für alle Zeitungspränumeranten ist, so würde man sich diesem Gebote trauriger Nothwendigkeit geduldig zu fügen wissen, wäre nur doch, wie man berechtigt war zu hoffen, die in öffentlichen Blättern verlängst in Aussicht gestellte Verminderung der Pränumerationsgebühren wenigstens mit dem neuen Jahre in's Leben getreten. Allerdings sind von der obersten Postbehörde bereits mit Julius d. J. dergleichen Ermäßigungen verfügt worden, allein nicht genug, daß diese keineswegs die gesuchten, allgemein gelesenen Blätter trafen, sie sind auch der Ziffer nach so unbedeutend, so außer allem Verhältniß zu den Tarifsätzen, daß sie den billigen, längst gehegten Erwartungen gegenüber nur als Ironie erscheinen, wobei auch der bisherige Maßstab der unverändert geblieben Preise, wahrscheinlich für die Provinzial-Postverwaltungen selbst, unaufgeklärt blieb. Wirklich einer Aufklärung bedürftig wäre aber z. B. — um nur einen Fall anzuführen — der bisherige, von der genannten Behörde festgesetzte Pränumerationspreis der Frankfurter Oberpostamtszeitung, dessen Bemessung schwerlich jemand enträthseln wird, wenn er auch in Anschlag bringt, daß der österreichische Stempel einer ausländischen Zeitung 2 kr. pr. Nummer beträgt, daß das österreichische Postgefäll für jede Zeitung pro Jahr 24 kr. an Expeditionsgebühr, und für jene Zeitungen insbesondere, welche öfter als zweimal die Woche versendet werden, 4 fl. als Zuschlag abnimmt. Die besagte Zeitung kostet nämlich für Frankfurt 10 fl., für Würtemberg ꝛc. jährlich höchstens . . . . 12 fl. — kr.
da sie täglich erscheint und versendet wird, beträgt
der österreichische Stempel . . . . . 12 . 10 .
und die österreichisch postamtliche Expeditionsgebühr
mit Zuschlag . . . . . 4 . 24 .
was alles zusammen 28 fl. 34 kr.
betragen würde. Es kostet aber die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung bei den österreichischen Postämtern 36 fl. — sage sechsunddreißig Gulden und 48 kr. Konventions-Münze — es bliebe also noch ein Mehrbetrag von wenigstens 8 fl. zu erklären, was man nur durch die sichere Hypothese vermögen wird, daß auch dieser Betrag zu dem für das Gefäll bemessenen Ertrag gehöre, so daß für dieses Blatt die österreichischen Gefälle nach der geringsten Annahme 24 fl. per Exemplar als Nutzen abnehmen dürften! Auf ein ähnliches Mißverhältniß lassen nebst andern die den österreichischen Postämtern von ihrer obersten Behörde für die „Allgemeine Zeitung" mit 34 fl. 50 kr., für die „Berlinischen Nachrichten" mit 36 fl., für die Heidelberger „Deutsche Zeitung" mit 36 fl. 24 kr., für die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von Brockhaus mit 34 fl. 48 kr. C. M. vorgeschriebenen jährlichen Pränumerationsgebühren schließen. Abgesehen nun davon, daß — sollen so unbillige Gebühren nicht als Mittel angesehen werden, den ausländischen Blättern den Debit in Oesterr zu erschweren — eine Verminderung derselben unerläßlich ist, hat das Publikum, da ein Theil dieser Pränumerationsgebühren nun überdies in klingender Münze zu entrichten ist, volles Recht zu verlangen über die Ziffer dieser Theilbeträge durch die Provinzial-Postämter in genaue Kenntniß kommen zu können; allein zum großen Befremden aller in dieser Angelegenheit interessirten Personen zeigt es sich, daß diese Aemter bis jetzt von Seite der obersten Behörden gänzlich ohne die nöthigen bestimmteren Weisungen geblieben und diesfalls höchstens beiläufige Auskünfte den Parteien zu ertheilen im Stande sind, womit diesen aber unmöglich gedient sein kann. Ebenso scheint es ein vergeblicher Wunsch zu sein, daß die üdliche Verspätung des Zeitungs-Preistarifes für das nächste Jahr, welcher von der obersten Postbehörde seit vielen Jahren erst in der zweiten Hälfte des Dezembers, wohl auch erst nach dem Neujahr, jedenfalls aber zu spät für die Zeit der Pränumeration an die Provinzial-Oberpostverwaltungen expedirt zu werden pflegt, nicht auch diesmal beobachtet, und man nicht in die doppelt mißliebige Nothwendigkeit versetzt würde, auf die ausländischen Zeitungen zu pränumeriren, ohne daß überhaupt die für das Jahr 1849 festgesetzten Pränumerationsgebühren, noch insbesondere aber die hieran in klingender Münze zu entrichtenden Theilbeträge amtlich kundgegeben wären.

Ollmütz. Der „Oesterreichische Korrespondent" enthält abermals einen Artikel über die deutschen Verhältnisse. Wir theilen ihn nachstehend vollständig mit; er wird den Mitgliedern der Liga, die für die Einheit des ganzen Deutschlands schwärmen, endlich zeigen, welche Gedanken gegenwärtig Oesterreich regieren. Ob mon einen Kommentar dazu liefern soll? Man könnte darüber zweifelhaft sein, wenn man die deutlichsten Erklärungen und Handlungen Oesterreichs hartnäckig mißverstanden sieht. Indeß denken wir, dieser Artikel wird verstanden werden; wo nicht, so kann auch ein Kommentar denen nicht helfen, die unheilbar verblendet sind. Nur darauf wollen wir hinweisen, daß dieser Artikel bestätigt, was schon vor einigen Tagen in unserm Blatte angedeutet wurde, daß eine Verhandlung mit Oesterreich über eine Separatstellung, eine Anerkennung seiner abgesonderten, auf dem alten Bundesverhältnisse ruhenden Stellung, nicht stattfinden könne, ohne ähnliche Kompetenten anzuziehen und alle Freunde solcher Grundsätze und Stellungen um sich zu versammeln. Der Artikel des Oesterreichischen Korrespondenten lautet wie folgt: „Oesterreichs Völker wie seine Minister und die verschiedenen Fraktionen seines Reichstages haben fast einstimmig gegen die diktatorischen Beschlüsse der deutschen Volksversammlung in Frankfurt Protest eingelegt. Im Gefühle ihrer Macht und ihres Rechts verweigern sie den Beschlüssen jener Versammlung die Zustimmung, und behalten sich über dieselben die selbstständige Berathung vor. Sie achten die völkerrechtliche Verbindung, in der Oesterreich zu den übrigen deutschen Staaten steht, und sind bereit, sie fester und enger zu schlingen und sie nicht bloß auf die Vertretung der Fürsten, sondern auch auf jene der Völker zu gründen, ja nach dem Wunsche Vieler sollte sie sogar auf alle in Oesterreich vereinten Länder ausgedehnt werden; aber sie sprechen der Mehrheit der Versammlung in Frankfurt die Machtvollkommenheit ab, ohne weitere Berufung über Oesterreich und seine innern Verhältnisse zu bestimmen oder gar es zu zerstückeln und seine Theile in ein solches Verhältniß zu einander zu bringen, wie es die abtrünnigen Magyaren sich wünschen, oder wie einst Hannover zu England und im Mittelalter unter Latinus dem Nachgeborenen (Posthumus) Böhmen zu Ungarn und Oesterreich sich gestellt hatte. Die Herren der Frankfurter Versammlung beginnen auch allgemach sich an diese eigenthümliche Stellung Oesterreichs zu gewöhnen. Allein sie trösten sich mit dem Glauben, daß nur Oesterreich allein solche Selbstständigkeitsgedanken hege und durchzuführen im Stande sei, und daß die Fürsten und Völker des übrigen Deutschlands verpflichtet und geneigt oder doch genöthigt seien, der Reichsversammlung und Reichsgewalt sich unbedingt unterzuordnen. Dieser Glaube beruht aber nach unserer Ansicht auf schwachen Gründen. Die gleiche Selbstständigkeit, die Oesterreich für sich in Anspruch nimmt, steht auch jedem andern deutschen Bundesstaate zu. Die Bundesakte von 1815 ist noch nicht aufgehoben. Man fühlt ihre Unzulänglichkeit und berathet eine neue, innigere, auf andern Grundlagen beruhende Verbindung, allein bis diese zu Stande kommt, besteht jene in Kraft, und sie ist es, welche den einzelnen Bundesstaaten die volle Souveränetät verbürgt. Diese Souveränetät kann allerdings in dem regenerirten Deutschland nur von Fürsten und Volk in Gemeinschaft geübt werden. Von den einzelnen Fürsten und Völkern hängt es daher ab, ob sie dem durch die konstituirende Versammlung in Frankfurt zu berathenden neuen Bunde beitreten wollen oder nicht, und

nur eine ausdrückliche Verzichtleistung oder die unbedingte Erklärung, sich den Beschlüssen der Versammlung, mögen sie wie immer ausfallen, fügen zu wollen, kann sie dieses Rechtes verlustig machen. Von einer solchen ausdrücklichen Erklärung oder Verzichtleistung aller nicht-österreichischen deutschen Fürsten und Völker ist nun bisher nichts bekannt geworden, und an eine nachträglichen allgemeinen Zustimmung zu den Frankfurter Beschlüssen zweifeln wir sehr; denn die in Frankfurt tagenden Parteien sind von einander zu sehr geschieden und jede derselben hat einen zu starken Rückhalt im Volke, als daß die der einen Partei zusagenden Beschlüsse nicht an den Anhängern der andern gewichtige Widersacher finden sollten, und die Liebe zur Selbstständigkeit, die Sucht zur Isolirung, sowie die materiellen Interessen, die sich an die Existenz der verschiedenen politischen Mittelpunkte sowie des von ihnen ausgehenden Glanzes und Aufwandes knüpfen, sind in den einzelnen deutschen Landen und Stämmen zu tief gewurzelt und zu lebendig, als daß die gewünschte „Mediatisirung im größeren Maßstabe", d. i. die Koncentrirung aller wahren Regierungsrechte in der Centralgewalt und Centralvertretung in Frankfurt, überall willfährig angenommen werden sollte. Diese deutsche Centralgewalt, über welche die Berathung in Frankfurt klüglich von einer Wache zur andern verschoben wird, setzt entweder die Schöpfung einer neuen Macht, welcher alle schon bestehenden deutschen Fürsten und freien Städte unterworfen werden, oder die Uebertragung jener Obergewalt an eine der bestehenden deutschen Regierungen voraus. Ersteres ist ausführbar, weil Preußen und die Verbündeten, welche es im Fall einer solchen Anmuthung des Aufgebens seiner Selbstständigkeit finden dürfte, von dem übrigen Deutschland ohne Oesterreich nicht gewältigt werden könnten, und das zweite wäre eben darum nur in der Form eines Aufgebens des nichtösterreichischen Deutschlands in Preußen denkbar, wogegen aber die Antipathien aller Lande am Rhein und im Süden von Deutschland sich erheben würden, und diese Antipathien dürften eben so mächtige und für die Einheit Deutschlands sogar noch bedenklichere Bundesgenossen sich erwählen, als jene sind, die für Autonomie eingestanden wären. Was die Frankfurter Volksversammlung will, ist also selbst in Beziehung auf das nichtösterreichische Deutschland unausführbar, und wir dürfen daher von den Bewegungen dieses Jahres für die Wiedergestaltung Deutschlands kein anderes Ergebniß erwarten, als eine Umbildung des alten Staatenbundes, wodurch er, auf die Gleichberechtigung der Fürsten und Völker, und die durch ihn verwirklichte Einheit der deutschen Freiheit, des Rechts, des Verkehrs und der Sitte gegründet, eine feste Wehr gegen Tyrannen- und Pöbelherrschaft und ein starker Hort für die Unabhängigkeit des gesammten Mittellandes gegenüber allen Angriffen seiner ehrgeizigen Nachbarn im Osten und Westen würde. Und in einer solchen Gestaltung Deutschlands fände auch die Stellung des Erzherzogs-Reichsverwesers ihre volle Rechtfertigung und Begründung."

△ **Darmstadt**, 22. Dez. Aus der Sitzung unserer zweiten Kammer von vorgestern trage ich noch eine Interpellation des Abgeordneten Valdorf und die vom großh. Ministerialpräsidenten Jaup darauf ertheilte Antwort nach. Die Interpellation des Ersteren lautete im Wesentlichen: In den Zeitungen lese man, daß mehrere deutsche Regierungen, darunter auch die des Großherzogthums Hessen, sich verabredet hätten, wenn „eine gewisse Rezierung" an die Spitze der Angelegenheiten Deutschlands gestellt werde, sich widersetzlich dazu zu verhalten. Er halte es für einen Verrath am Vaterlande, wenn das wahr wäre, und wünsche darüber Auskunft. Großh. Ministerialpräsident Jaup: In Bezug auf das Großherzogthum Hessen wisse er nichts von dem Angeführten und in Bezug auf beide Hessen halte er die Nachricht für unbegründet. — Eine gestern vom Abgeordneten Heldmann gestellte Interpellation ist folgenden Inhalts: „Nach öffentlichen, unberichtigt gebliebenen und anderen Mittheilungen, solle den Soldaten der hiesigen Garnison der Besuch mehrerer namhaften Wirthshäuser und Personen von ihren Vorgesetzten verboten worden sein. Ein solches Verbot würde die Militärpersonen in Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte und ihrer persönlichen Freiheit, die Wirthe in ihren besteuerten Geschäftsbetrieben verletzen." Herr Heldmann fragt nun, ob mit Wissen des Kriegsministeriums jenes Verbot erlassen und von demselben gebilligt worden sei? indessen wird er mit der Antwort sich gedulden müssen, da die Kammer heute ihre Sitzungen bis zum 4. Januar 1849 vertagt hat. Indessen löste diese heutige Kammersitzung, wenn auch nicht völlig, die gestrige Wirrniß, den Artikel 1 des Wahlgesetzes betreffend, bahnte aber doch dessen Lösung an. Die Kammer lehnte nämlich nach und nach die Amendements, welche andere Bestimmungen an die Stelle jenes Art. 1 gesetzt haben wollten, ab, und so bleibt nichts übrig, als auch formell jenen Art. 1, nach seinem Durchgang durch die erste Kammer, abermals und mit der erforderlichen Stimmenzahl zu genehmigen, nachdem man mittler Weile den aus ihm abgeleiteten folgenden Artikeln sich mehr oder minder ungeschlassen hat. Zu diesen Artikeln gehörten heute schon die Art. 3 und 4. Die Kammer lehnte nämlich den Antrag der Minorität des Ausschusses und den Antrag des Abgeordneten Heldmann, welche 21, beziehungsweise 24 Jahre als erforderliches Alter für die Wähler verlangten, mit ziemlich großer Stimmenzahl ab, und schloß sich dagegen dem Entwurfe, der 25 Jahre will, mit dem Zusatze der Majorität des Ausschusses an, daß die Wähler für die erste Kammer 20 fl. direkte Steuer im Jahre zahlen müssen, indem man voraussichtlich später bei Art. 6 von einem Census der für die erste Kammer zu Wählenden absehen wird. Die nächste Sitzung unserer zweiten Kammer ist am 4. Januar k. J.

⊙ **Gießen**, 20. Dez. Der hiesige vaterländische Verein hat heute folgende Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt abgehen lassen:

„Hohe Nationalversammlung!

Die Einheit und die Freiheit Deutschlands zu gründen, und damit unser großes Vaterland auf die Stufe von Macht und Ansehen zu erheben, die ihm unter den Völkern Europas gebührt, war das Ziel unserer glorreichen Märzrevolution. Noch ist dieses Ziel nicht erreicht, wir sind vielmehr in Gefahr, dasselbe zu verfehlen. Die Freiheit läßt sich nicht gründen ohne kräftige Einheit, noch weniger Macht und Ansehen gewinnen im Schooße der Zwietracht. Leider herrscht arge Zwietracht im Herzen unseres Vaterlandes, Parteien zerreißen sein Inneres, daß es in sich nicht erstarken, eine Wurde nach außen nicht wahren kann. Den Gefahren, die es innen und außen bedrohen, läßt sich nach unserer Ueberzeugung nicht sicherer begegnen, als wenn der mächtigste der deutschen, der deutscheste der mächtigen Staaten ohne Zögern an die Spitze Deutschlands tritt; doch nicht, daß dieses in jenem aufgehe, nicht, daß die Freiheit der Einheit und Macht geopfert werde. Wir bitten daher eine hohe deutsche Nationalversammlung, sie wolle bemüht sein, mittels der Erhebung Preußens an die Spitze des Verfassungsbaues, den sie zu gründen beschäftigt ist, eine kräftige Einheit dergestalt zu organisiren, daß die Freiheit durch die Macht geschirmt und gestützt, nicht gefährdet werde. Aufgehen vielmehr möge Preußen in Deutschland; dann wird auch die Ramenseifersucht schwinden und ein einiges Brudervolk wird erwachsen aus den seit Jahrhunderten staatlich geschiedenen Stämmen durch einträchtiges Streben nach dem gemeinsamen Ziele der Einheit, Freiheit und Macht in Verwirklichung des wahren Bundesstaates.

Gießen, den 20. Dezember 1848.

Der vaterländische Verein.

Schweiz.

) **Bern**, 22. Dez. „Mit Cavaignac ist der reine energische Republikanismus in Frankreich unterlegen, — unterlegen jene moralische und kriegerische Kraft, die den Massen und Fraktionen imponirt. Was Louis Napoleon bringt, Niemand weiß es. Hat auch Dufour aus Napoleonischer Pietät seinem alten Artillerieschüler ein Kapazitätszeugniß ausgestellt, Niemand glaubt an die Kapazität Louis Napoleons, die Franzosen, dieses lebhafte, wetterlaunische Volk, durch eigene große Befähigung zu regieren. Es war gewiß nicht ohne Grund, daß er sich in der Nationalversammlung in ein geheimnißvolles Stillschweigen hüllte, aber mit Herrn Calame zu reden, sich enthielt (s'abstonnit). Die der Republik Cavaignac's feindseligen Kräfte hatten sich zu dessen Sturze und zur Erhebung Louis Napoleons vereinigt. Philippisten und Legitimisten, Monarchisten und ein Theil der Sozialisten, Henricinquisten und Ultramontane, die Männer des Friedens und die Soldaten der Armee reichten sich die Hände, jene um des Friedens, diese um des Krieges willen. Jede Partei glaubte sich den Lachs der Gewalt und der Herrschaft im Trüben erfischen zu können. Am Tage, wo Louis Napoleon zu regieren anfängt, fällt die furchtbare Koalition so vieler widerstrebender Elemente wahrscheinlich ohnemander und es beginnt der alte Prinzipien- und Personenkampf. Die Männer der Ordnung um jeden Preis, die Männer der ersten Republik, lachen in's Fäustchen, denn der gewaltige, der redliche republikanische Degen Cavaignac's ist zerbrochen. Mögen die Staatspapiere nach dem Siege Napoleons in die Höhe gehen, die sonst so klug berechnende Börsenwelt feiert unserer Ansicht nach einen kurzen, scheinbaren Sieg. Wenn unsere Befürchtungen und Voraussetzungen uns täuschen, so freuen

wir uns dessen am ehesten. Gibt Napoleon der Freiheit und Ordnung Gerechtigkeit, ist sein Regiment ein weises und glückliches, so wünschen wir ihm von Herzen guten Bestand. Die Welt ist in ihren Grundlagen erschüttert; wer das Gebäude in seinen Fugen hält, vollends wer es wieder aufbaut, ist unser Freund, heiße er Cavaignac oder Napoleon." Diese Worte des „Erzählers" sind der Ausdruck der Art, wie die schweizerische Journalistik den Sieg Louis Napoleons auffaßt. Die „Suisse" theilt die Nachricht mit, daß Louis Napoleon noch bevor ihm das Resultat der Abstimmung bekannt gewesen sei, einen Brief an Dufour geschrieben habe, worin er in sehr verbindlichen Worten dem General dankt für das anerkennende Wort, das er in so bedeutungsvoller Reise zu seinen Gunsten im Constitutionel veröffentlicht habe. Wie auch das Schicksal sich wende, immer und unter allen Verhältnissen werde er mit unbedingter Hochachtung dem General Dufour sich verpflichtet fühlen. — Der neulich vom Staatseidspräsidenten Briatte im Waadtländer Großen Rath ausgesprochene Grundsatz, die Freiheit bestehe darin, daß die Mehrheit hindere, was sie nicht wolle, soll nun auch auf das Wahlgesetz seine Anwendung erhalten. Es soll nämlich in Zukunft der Große Rath durch ein einziges Listenscrutinium im ganzen Kanton gewählt werden. Kommt im ersten Scrutinium die absolute Mehrheit nicht heraus, so gilt die relative. Eine wohlorganisirte Partei bekommt durch diesen Modus die Wahlen ganz in ihre Hand. — Tessin ist nun von eidgenössischen Truppen wieder frei. Die Tessiner sind sich bis zum Ende treu geblieben. Das Berner Bataillon ist den 19. d. als das letzte von Lugano abmarschirt. Ihm sowie dem Aargauer Bataillon wurden noch die höchsten Beweise von den Sympathien der Bevölkerung zu Theil. Den scheidenden Bataillonen gab eine große Masse Volk das Geleit. Von den Flüchtlingen wurden die Bernez überdieß mit einer prächtigen Fahne beschenkt. Kalt ließ man dagegen die Zürcher und St. Gallen ziehen. Die letzteren begleitete jedoch der Brigadier Ritter. Die Regierung von Freiburg scheint endlich zur Einsicht gekommen zu sein, daß sie ohne Gerechtigkeit und Mäßigkeit nicht mehr lange regieren werde. Der Staatsrath hat nämlich dem großen Rathe einen Dekrets-Entwurf vorgelegt, welcher dahin geht, eine unbedingte Amnestie auszusprechen zu Gunsten aller in die letzte Insurrektion Verwickelten, und die famose Kontribution von 1,600,000 Fr. in ein Zwangsanleihen umzuwandeln. Der Vorort des katholischen Vereins Deutschlands hat aus Mainz eine Adresse an den Bischof Mermillod gerichtet, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Stunde nicht fern sei, in welcher er im Triumph wieder in Freiburg einziehen werde.

) **Bern**, 23. Dez. Es ist nicht ohne Interesse zu vernehmen, wie die Mitglieder des Bundesrathes von ihrer Opposition, den Anti-Neutralitätsmännern, beurtheilt werden: Furrer ist der ächte Repräsentant der mäßigen Züricherpolitik von 1845. Er riskirt nichts, aber ist um so hartnäckiger in seinen einmal gefaßten Voesätzen; er wird nie müde und kennt keine ungeraden Wege. Ochsenbein hat sich seine Sporen im Sonderbundskrieg verdient, dagegen bei der Anerkennungsfrage der franz. Republik seine alten Freunde vor den Kopf gestoßen. Früher ein Vertheidiger der Völkerverbrüderung, ist er in neuerer Zeit zur strengsten Neutralität übergegangen, die Italien den Oesterreichern geopfert hat. Er handelt wenigee nach Grundsätzen als nach Eingebungen, ist jedoch im Grunde liberal und hat trotz seinen Fehlern mehr als gewöhnliche Eigenschaften. Druey ist der Liebling: genial, rein liberal, ohne Makel. Tiefdenkend und auf das Wesen der Gesellschaft eingehend, ist er zu Schlüssen gekommen, die der Troß der Politiker noch verwirft, aber die mit der Zeit sich Geltung verschaffen werden. Daher wird er hin und wieder für excentrisch gehalten, ist aber nie verlegen. Munzinger gehört zu den Stiftern des neuen Bundes und hatte keineswegs die geringsten Verdienste im Kampfe gegen den Sonderbund; doch liebt er den Frieden so sehr, daß er den kleinen Kantonen entgegengegangen. Unter einem einfachen Aeußeren birgt er einen scharfen Verstand. Er ist der größte Gegner der fremden Propagando und deßhalb mit der Regierung von Tessin wie ein Prokonsul und Dictator verfahren. Franscini, ausgezeichnet als Publicist und Statistiker, weiser Staatsmann, reiche Vaterlandsliebe bei unbefleckter Armuth, unersetzlich in Tessin. Frey-Herose, ausgezeichneter Staatsmann und Militär, etwas kitzlich in der Opposition, dagegen loyal genug, um sich jedem reglementarischen Beschluß zu unterziehen. Näff, klarer, praktischer Kopf, treu und wahr, von hoher Bildung und Erfahrung, von allen Parteien geachtet. Im Ganzen ist die Zusammensetzung von der Art, daß sie den Konservativen jedenfalls noch weniger gefällt, als den Radikalen, hingegen die große Mehrheit befriedigt. — Es wird berichtet, daß die Regierung von Schaffhausen die Auslieferung des würtembergischen Unteroffiziers requirirt habe, der einem Schaffhauser einen Säbelhieb auf den Kopf versetzte. Die Untersuchung hat nachgewiesen, daß die Verwundung eine bedingt tödtliche war. Der Verwundete soll noch nicht außer Gefahr sein. Von den Würtembergern soll einer gestorben sein, sicher haben einige sehr schwere Verletzungen davongetragen. — 300 Männer aus der Kirchgemeinde Biel haben eine Vorstellung und Erklärung an den Bundesrath erlassen, worin sie alle Umtriebe aufzählen, welche die deutsche Propaganda vom Savoyerzug bis auf die jüngsten Anstrengungen zur Organisation einer neuen Legion von Biel aus getrieben haben und sehen sich in dieser Beziehung veranlaßt, nun zu erklären, daß sie alle diese in ihren Mauern und in der nächsten Umgebung stattfindenden Umtriebe, durch welche die Neutralität der Schweiz gefährdet, die Ruhe fremder Staaten gestört, die Einführung und Entwickelung freisinniger Verfassungen gehindert werden, höchlichst mißbilligen, zugleich das dringende Ansuchen an den hohen Bundesstaat zu stellen, daß diesem Treiben endlich einmal von oben herab ernstlich gesteuert werde, indem sonst das Volk sich bewogen finden könnte, auf die bezeichnete Gesellschaft ihren eigenen Wahlspruch „Hilf dir" anzuwenden, um Stadt und Land von solchen Gästen zu reinigen. — Sämmtliche Mitglieder des Berner Regierungsrathes haben erklärt, daß sie vom 1. Januar 1849 an jährlich auf je 500 Frk. ihrer Jahresbesoldung für die Dauer ihrer gegenwärtigen Amtsperiode Verzicht leisten.

Griechenland.

** **Athen**, 10. Dez. Die Adressen sind in beiden Kammern ohne alle Diskussion votirt worden. Sie sind reine Paraphrasen der Thronrede. Als Resultat des kollektivischen Systems haben wir den betrübenden Anblick einer Oligarchie von 136 Abgeordneten und 60 Senatoren, zu neun Zehntheilen der verderbtesten Charaktere des griechischen Volkes. 175 Dynasten vertheilen den Staatsdienst und das Staatsgut unter sich, ihre Verwandten und Klienten. Ist ein Minister wohlgesinnt, wie z. B. Londos, so muß er sich ihrem Willen fügen; Hofbeamte und Camarilla bestehen zur großen Mehrheit aus ihnen oder den Ihrigen. Unter diesen Bedingungen überlassen sie dem Staatsoberhaupt den Schein der Herrschaft. Selbst das schönste Recht der Krone, das der Amnestie und Begnadigung, liegt in ihren Händen. Kann ein Verbrecher einem Dynasten 50 Thaler zahlen, so kauft er sich vom Tode los, denn die Oligarchie fertigt die Listen an. So mehren sich die Räuberbanden selbst im Winter; mancher zahlt im Voraus für künftige Begnadigung. Wehe hingegen denjenigen, die gegen die Oligarchie sich empören. Das Schicksal Euböas und der Provinzen Phthiotis und Doris ist ein warnendes Beispiel. Gilt es Einzelne zu züchtigen, so wird die Verletzung der kostbarsten Institutionen gering angeschlagen. Der Prozeß des Aufrührers gegen das System, nicht gegen den König, Rendis, des Schwagers Kalergi's, war Sprechend. Die Geschwornen wollten ihn freisprechen. Da kommt am Tage des Gerichts der Staatsprokurator Volsamakis, der Liebling der Camarilla, und erklärt unter nichtigen Vorwänden die zwölf Männer des Richteramts verlustig. Dies ist das Geschenk, welches Fürst Metternich und Ludwig Philipp unserm Könige mit einem System gemacht haben, das die beschränkende Verfassung umgeht, weil ja nur ein absoluter Monarch mit gutem Willen für's Wohl des Landes wirken könne. Und wie erhebend ist das Gefühl, sein Volk zu beglücken! König Otto, dessen guten Willen auch seine maßlosesten Verkleinerer nicht in Abrede stellen, wird erschrecken, wenn er einst die Uebel erkennt, die in dieser Büchse der Pandora verborgen lagen.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Plätze wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Rue Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Ober-Post-Amts-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 343. Frankfurt a. M., Donnerstag 28. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Das Oberhaupt in Frankreich und in Deutschland.

Deutschland. Frankfurt (Zur Oberhauptsfrage. Hr. v. Schwerling österreichischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt.) Kremsier (Statistik des Reichstags.) Ollmütz (Die Universität. Slawische Propaganda. Einfälle der Ungarn.) Berlin (Die Demokraten und ihre Abgeordneten. Preußen und die Reichsgewalt. Ollmütz, Petersburg und Saasfoei.) Stettin (Erlaß der Regierung hinsichtlich der Wahlen.) Von der Unstrut (Verhaftung.) München (Hr. v. Abel. Die Verkündigung der Reichsgesetze in Baiern.) Hannover (Die Geltung der Reichsgesetze. Wahlausschreiben.) Vom Rhein (Zwei Aktenstücke aus der Gegenwart.) Kassel (Kammerverhandlungen über das Wahlgesetz.) Altenburg (Vertagung des Landtags. Die Civilliste.)

Frankreich. Paris (Die Pläne Louis Napoleons. Ernennungen. Die Botschaft des Präsidenten der Nat.-Vers. Neue Religiosität. Socialistische Weihnachtsfeier.) Straßburg (Telegraphische Depesche.)

Spanien. Madrid (Tagesnachrichten.)

Oesterreichische Monarchie. Lemberg (Theilung Galiziens.) Agram (Der serbisch-magyarische Krieg.)

Italien. Rom (Ankunft des Lord Napier. Aussicht auf Rückkehr des Papstes. Das Fort zu Perugia.) Aus Sardinien (Sammlung für Truppen. Sitzungen der Turiner Kammer. Neues Ministerium des Papstes. Fest in Perugia.)

Schweiz. (Die diplomatische Verbindung mit dem Ausland. Amnestie in Freiburg.)

Niederland. Haag (Sklaverei in Holländisch-Westindien. Die Unionsstaaten. Batavia.)

Ungarn. Von der ungarischen Grenze (Die Kriegführung in Ungarn.) Preßburg (Belagerungszustand.)

Neueste.

28. Dezember.

Die Franzosen haben sich ihren neuen Herrn gewählt, ohne daß bis jetzt die Ruhe Europa's dadurch bedroht schiene. Der Uebergang der republikanischen Gewalt auf einen Präsidenten und Prinzen von Geblüte ist unter verhältnißmäßig geringerer Agitation erfolgt, als unter Louis Philipp etwa die Deputirtenwahlen. Die unermeßliche Mehrheit des Volkes hat unzweideutig ausgesprochen, was sie will: eine stetige feststehende Gewalt, die nicht allen Wechselfällen der Fraktionen preisgegeben ist, und ein Beendigen des ungewissen Provisoriums. Haben am 24. Februar die Parteiführer der Hauptstadt dem ganzen Lande eine Regierungsform präsentirt, von der das Land am Tage vorher noch nichts wußte und wollte, so hat diesmal das Land sich revangirt und den politischen Kaisern der Hauptstadt einen Herrn gesendet, von dem sie vor 9 Monaten ebenso wenig etwas wußten und wollten. In das Verdikt, welches das französische Volk über die improvisirte Republik vom 24. Februar diesmal aussprach, sind selbst ehrenwerthe und patriotische Männer, wie Cavaignac, verwickelt worden; mit allem Recht, denn es durfte nicht ungestraft bleiben, daß im Februar eine Minoritätspartei dem souveränen Volke eine Verfassung oktroyirte. In allen diesen raschen Uebergängen spricht sich die Beweglichkeit und Elasticität des französischen Charakters sehr bezeichnend aus, aber auch ein gewisser politischer Instinkt, der das Volk aus allen Krisen herausleitet, der ihm im rechten Moment Mittel und Wege angibt, die Klippen zu umschiffen, welche die Einheit und Stärke des Ganzen bedrohen können. Es scheidet sich dort doch Alles in große Parteien, und in solchen Lebensfragen, wie die Bestellung des neuen Oberhauptes, bilden sich anständige Majoritäten für oder gegen. Es will nicht jede Lokalität und jede Cotterie repräsentirt seyn; statt sich in zahllose Atome aufzulösen, vereinigen sich vielmehr die einzelnen Gruppen in respektable Massen. Ist das Resultat entschieden, so beugt sich die geschlagene Partei vor der Majorität und hat Patriotismus oder politischen Verstand genug, ihre Wünsche zu vertagen und nicht von der Souverainetät des allgemeinen Stimmrechts Aller an die Souveränetät der Fäuste Weniger zu appelliren.

So ists in Frankreich; könnten wir doch sagen, daß es bei uns ebenso gut oder besser wäre! Müßten wir doch nicht bei all dem pikanten Spotte über die unbedeutende Figur des ersten Präsidenten der französischen Republik an die alte Geschichte vom Splitter und Balken denken und, wenn wir ganz aufrichtig sein wollen, uns eingestehen, daß wir im Begriffe sind, unter viel schmerzlichen Krämpfen etwas viel Armseligeres zu gebären, als diese Erstlingsfrucht der französischen Wahlrepublik ist! Müßten wir uns doch nicht sagen, daß die Franzosen, falls wir unsern Turnus oder unsre Trias in die Welt gehen lassen, viel mehr Ursachen haben uns auszulachen, als wir sie über ihren kaiserlichen Präsidenten! Müßten wir doch nicht für den Fall eines gewaltsamen Zusammenstoßes die bängsten Besorgnisse für unser dreieiniges oder alternirendes Direktorium

hegen, während wie um das Geschick und Schicksal des neuen Oberhauptes von Frankreich ganz unbekümmert sein dürfen! Müßten wir doch nicht an die ganze Misere der jüngsten Tage uns erinnern, an all das klägliche Getriebe politischer und kirchlicher Philisterhaftigkeit, an all die zahllosen Nuancen provinzieller, faktiöser und persönlicher Eifersüchtelei, die uns in diesem Augenblicke einen würdigen Vorgeschmack geben von der zu erwartenden Einheit und Einigkeit. Die Verhältnisse, wird man uns sagen, sind eben viel schwieriger und verwickelter, als anderwärts. Freilich, aber nur aus dem einen Grunde, weil bei uns, wie anderwärts, die Verhältnisse von den Menschen gemacht werden, und diese Menschen eben wieder so mesquin und engherzig denken, wie sich die Verhältnisse in diesem Momente jedem unbefangenen Auge darstellen. So lange Dinge möglich sind, wie wir sie in den letzten Wochen zu Frankfurt haben vorgehen sehen, zwar hinter den Coulissen, aber leider nur zu sichtbar; so lange der alte Adam partikularistischen, kirchlichen, dynastischen Eigennutzes so merklich durchschlägt: so lange können wir auch unsere Einheitshoffnungen vertagen, bis eine andere, vielleicht schwergeprüfte Generation das Werk, zu dem wir unfähig sind, vollende. Und diese Ueberzeugung der Unfähigkeit wird man schwer überwinden können, wenn man die Bestrebungen in's Auge faßt, die in diesem gegenwärtigen Augenblicke an der Oberfläche sichtbar sind, und es übernehmen wollen, das Werk der Zukunft festzustellen. Nicht etwa diese oder jene Lieblingshoffnung, diese oder jene Ansicht, die uns die rechte schien, sehen wir in diesem Wirrwarr untergehen, sondern die Dinge liegen so, daß man bald mit vollkommener Apathie dem Schicksale der eignen wie der fremden Meinung zusehen wird — weil eben in keinem Falle etwas Rechtes daraus wird. Wie in dem Streite übee Oesterreich und Deutschland, über das definitiae Reichsoberhaupt die Dinge sich einmal gestaltet haben, wird weder der Sieg der Unitarier, noch der Partikularisten, weder die Monas, noch die Trias, noch der Tuenus die Krisis beendigen; denn sawie mit tüchtigen, gesunden und gereiften Volkselementen auch unter dee mittelmäßigsten Form das Gedeihen möglich ist, so wird mit dem Stoffe, wie er in Deutschland vorliegt, für's Erste auch die beste Form nicht viel Erfprießliches ausrichten können. Und darin liegt eben das Trostlose unserer Angelegenheiten. Wie mögen dafür nicht, wie unsre politischen Kinder thun, alles Mögliche verantwortlich machen und den Ambos statt des Hammers anklagen, denn nur wir selber, unsee eigne Natur und Gewohnheit trägt die Schuld; so lange wir die nicht ablegen, wird es nicht besser werden können. Wir klagen die Fürsten an und vergessen, daß es nur unser Unverstand und unsre Blindheit ist, der sie von Nenem mit Selbstweetrauen erfüllen und verstocken kann. Wir klagen die Reaktion an und übersehen, daß jetzt und zu jeder Zeit in Deutschland unser eigner Philistersinn und die eigne Nothwendigkeit allein dee große und gefährliche Reaktionär gewesen ist. Wir schmähen das Parlament und wollen nicht begreifen, daß die Männer in Frankfurt gerade sind wie wir andern alle, Fleisch van unserem Fleisch, und Bein von unserem Bein. Wir betrachten sonderbündlerische, radikale und ultramontane Intriguen als die einzigen Grundübel, übersehen abee dabei, daß wiebee nur unsre eigne Schwäche und Einfalt es ist, die sich zu jedem plumpen Intriguenspiel wohlgefällig bergibt. Mit einem Worte! wir wollen jedem Einzelnen zumuthen, daß er anders sei, als er ist; nue wir selber thun nichts, den neuen Menschen anzuziehen. Ja, sagen die Klugen und Fürsichtigen, die Propheten aom Tage nachher, wenn man im April die Dinge rasch in die Hand genommen, wenn man im Mai auf den Bahnen der Revolution energisch vorwärts geschritten wäre, so mußte Alles besser gehen. Wir wollen die unpraktische Frage nicht erörtern, ob überhaupt jener rasche, revolutionäre Gang selbst damals unter uns möglich war; aber daoon sind wie fest überzeugt, daß wir dann auch um so schneller in der trostlosen Sackgasse angelangt wäeen, die wir jetzt durch eigne Schuld verbarrikadirt seden. Der alte böse Steff, der sich jetzt allenthalben in uns selber regt, wäee nach einer raschen und gewaltsamen Periode des Umsturzes ebenso sicher hervorgebrochen, nue hätte er dann auch um so sichrer zur gewaltsamen Auflösung und Zeestörung aller Einheitsbande geführt. Das Anziehen des neuen Menschen ist, wenn man nicht eine ganze Generation wegmähen will, nicht die Arbeit eines einzigen Tages nur und wir können nach lange zu thun haben, bis wir die Frucht der alten Zeit und ihrer Erziehung zur Unmündigkeit gründlich übeewunden haben.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Dez. Die O. P. Z. theilt nachstehenden, von dem neugebildeten Pariserdoklub (Welcker, Hugo, Jürgens ꝛc.) beschlossenen Entwurf des Kapitels über das Reichsoberhaupt mit:

„Das Reichsoberhaupt. Art. I. §. 1. Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem deutschen Fürsten auf vier Jahre übertragen, durch die Wahl der regierenden Fürsten des deutschen Reiche. §. 2. Der Gewählte führt den Titel „deutscher Reichsverweser". §. 3. Die Wahl geschieht durch ein Collegium von Wahlfürsten alle vier Jahre am 1. Oktober zu Frankfurt am Main, zum erstenmale aber am 15. Februar 1849. §. 4. Deutschland wird zu diesem Zwecke in sieben Wahlkreise eingetheilt, welche jeder durch einen Wahlfürsten bei der Wahl vertreten sind. 1) Oesterreich mit 2 Stimmen, 2) Preußen mit 2 St., 3) Bayern mit 1 St., 4) Sachsen und die thüringischen Staaten mit 1 St. 5) Hannover und die norddeutschen Staaten mit 1 St., 6) Würtemberg und Baden 1 St., 7) Beide Hessen, Luxemburg, Nassau und die 4 freien Städte mit 1 St. Zusammen neun Stimmen. §. 5. Für jeden der vier letzten Kreise wird die Uebertragung der Wahlstimme auf den angesehensten Fürsten durch einen besondern Staatsvertrag geregelt. §. 6. Mit der vollzogenen Wahl sind die Verrichtungen des Wahlfurstenthums beendigt. §. 7. Die erste Wahl des deutschen Reichsverwesers am 15. Februar 1849 wird durch die verfassunggebende Reichsversammlung bestätigt. §. 8. Der Reichsverweser beziehe eine Civilliste, welche der erste ordentliche Reichstag auf die ersten 6 Jahre bis 31 Dezember 1852 festsetzt. Art. II. Der Reichsverweser ist unverletzlich und unverantwortlich (u. s. w. nach dem Vorschlage der Subcommission des Verfassungsausschusses)."

Frankfurt, 27. Dez. Soeben erhalten wir die zuverlässige Nachricht, daß Hr. v. Schmerling auf seiner Reise nach Ollmütz in Leipzig durch einen nach Frankfurt gehenden Courier der österreichischen Regierung eine Zuschrift des österreichischen Ministeriums erhielt, wodurch er zum österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt wnede. (O. P. Z.)

Kremsier. Uebersicht der Abgeordneten des österr. Landtags nach Provinzen, Cluds und nach ihrer Gesinnung bei Abstimmung über Hauptfragen.

Provinz.	Abgeord. nete im Ganzen.	Im slawischen rechts.	Im deutsch-östr. und Slud, öster. Club, Centrum.	Unentschiedene.	Club der Linken.	Anfonst.
Galizien	109	35	—	39	26	9
Böhmen . . .	90	50	22	9	5	4
Mähren	48	13	23	5	7	—
Nied.-Oesterr. .	37	—	9	4	21	3
Steiermark . .	21	3	10	2	4	2
Ober-Oesterr. .	20	—	6	—	12	2
Tyrol	19	—	12	4	2	1
Illyrien.	17	7	5	1	1	3
Küstenland . .	12	3	2	4	2	1
Dalmatien . .	11	3	—	5	2	1
Zusammen . .	383	114	89	73	82	26

(Prag. Z.)

△ **Ollmütz**, 21. Dez. Die hiesige Universität erfreut sich in diesem Winter einer noch nie dagewesenen Frequenz; trotz der Anstrengungen, ihr den deutschen Charakter zu nehmen, behauptet sie fortwährend ihr deutsches Wesen. Es wäre sehr zu wünschen, daß gegenüber dem unausgesetzten Propagandamachen der lipa slowanska, welcher nicht abgesprochen werden kann, daß sie in Mähren zur Hebung des slavischen Elements ungeheuer viel beiträgt, in Ollmütz ein deutscher Centralverein ins Leben träte. Ollmütz ist die Stadt in Mähren, die dazu am geeignetsten wäre; die Bürgerschaft ist entschieden deutsch gesinnt und würde einem solchen Unternehmen gerne allen Vorschub leisten; allem die Deutschen in Mähren trifft wie überall der Vorwurf der Indolenz dem Wühlen fremder Nationalitäten gegenüber, und während gegenwärtig Intelligenz, Wohlhabenheit und Sitte identisch mit deutsch hier zu Lande ist, dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo die Slawen die Eindringlinge, wie sie die Deutschen zu nennen belieben, in den Hintergrund gedrängt haben werden.

An der schlesisch-ungarischen Grenze, in den schönen Thälern der Beskiden, die seit zwei Jahren durch Hungersnoth, Ueberschwemmungen und Typhus arg heimgesucht wurden, haben die Ungarn mit angeblich 1500 Mann einen Einfall gemacht, und in dem Forsthause zu Berani einen aus 14 Mann Infanterie und 17 Mann Finanzwache bestehenden Vorpaßen aufgehoben. Auch hat man Befürchtungen, daß das hart an der Grenze aus 8000 Mann, theils regulären Truppen, theils Landsturm, bestehende ungarische Corps durch den Jablunkapaß vordringt und Teschen besetzt. Der ungarische Befehlshaber will für die Unbilden, welche Hueban und sein Freikorps Ungarn zufügten, an den schlesischen

Digitized by Google

und mährischen Grenzorten, die alle nur sehr schwach mit Militär besetzt sind, blutige Rache nehmen.

*** **Berlin**, 22. Dez. Daß unsere Demokraten sich geschlagen geben, bekunden, wenn man sonst daran noch zweifeln könnte, ihre Wahlmanifeste und Ansprachen an die Wähler, die gelegentlich jetzt an den Tag kommen. Das Breslauer Wahlmanifest der schlesischen demokratischen Vereine redet eine besonders deutliche Sprache, eine Sprache, welche auch die ängstlichsten Gemüther endlich beschwichtigen sollte. Sie warnen ihre Anhänger vor einem längern, unnützen Widerstande gegen die „vorläufig" oktroyirte Verfassung, die so schlau abgefaßt wäre, mit so vielen Konzessionen, daß die große Masse des Volkes davon verblendet, eigentlich zufrieden gestellt scheine. Sie warnen vor der Fortsetzung der Steuerverweigerung im Einzelnen, da Alle zahlten, und die Beihilfe der Bajonette zur Steuererhebung zuguterletzt eine unerfreuliche Beihilfe bei den Wahlen werden könnte! Sie sprechen es klar und unumwunden aus, daß ihre einzige Hoffnung auf der Komposition der künftigen zweiten Kammer beruhe, daß dort der Kampf, den die Nationalversammlung aufgeben müsse, allein fortgesetzt werden könne, da eine Revolution jetzt „im Winter, wo die menschliche Natur weniger dazu geeignet wäre," und auch bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Allgemeinen eine Unmöglichkeit sei. Es komme also darauf an, diese Kammer so zu bilden, daß das wahre Volk wieder Hoffnung schöpfen könne, weshalb die Anstrengung aller echten Demokraten darauf gerichtet sein müsse, die früheren Mitglieder der Linken, insofern sie nicht gar zu dumm und stumm sich betragen, wieder hineinzuwählen. Dazu bedürfe es denn der Einigkeit, des Aufwandes aller Ueberredungskünste, der Thätigkeit aller publicistischer Organe, welche der Partei zu Gebote ständen, und vor Allem — des Geldes. Dieses geht, dem Manifeste zufolge, sehr dürftig ein. Schlesien spricht nur offen aus, was sich zwischen den Zeilen in allen ähnlichen Kundmachungen aus den Provinzen heraus liest. Die geschlagene Partei erneuert den Kampf auf dem Boden der oktroyirten Verfassung. Dies ist ein beachtenswerther Fortschritt, oder ein Zugeständniß; in der Wirkung so wichtig, als der, den die Partei nicht zugestehen will, daß es nicht die Militärmacht, sondern die öffentliche Meinung gewesen, die dem Akte des Umschlags das eigentliche Siegel aufgedrückt hat. Noch ein letztes Lebenszeichen der gewesenen organisirten Desorganisation ist der Bürgerwehrkongreß, den einige 50 sogenannte Deputirte in Breslau abgehalten, um Beschlüsse zu fassen, an die sich Niemand kehrt. Unter allen Produkten der Revolution, wie sie hinter uns liegt, war das Bürgerwehrinstitut, wie es von Fanatikern und Liebhabern ausgebildet worden, vielleicht die traurigste Mißgeburt. Getiedkost von den Radikalen, so lang es zu ihren Zwecken diente, wäre es zuerst von ihnen, wenn sie gesiegt, dem Spott und der Verachtung preisgegeben worden. Diese Konferenz, von einigen radikalen Ausläufern des Instituts, als Versuch einer noch zu konstituirenden Opposition, veranstaltet, verlief denn auch als Karikatur. — Die Rückkehr der Deputirten in ihre Heimath, ihr Empfang, die nachträglichen Rüge- und Mißtrauens-Adressen sind lebendige Symbole des Umschlags in der Meinung. Trotz der großen Partei, welche er in Königsberg hat, ward Jacoby dort still empfangen und selbst Bornemann, der noch zur Zeit sich besann, gegen die Steuerverweigerung protestirte, nach Brandenburg ging, und einen Schleier über das Vergangene zu decken öffentlich bat, erhält offene Rügebriefe und Mißtrauensvota. In den Provinzen, wo die bäuerliche oder ritterliche Aristokratie vorwaltet, sind diese Rügebriefe oft in einem zermalmenden Tone geschrieben. In Elbing, dem früheren Hauptsitz der liberalen Opposition gegen den Absolutismus, kostete es Anstrengung, dem Deputirten, Oberbürgermeister Phillips, eine feindselige Demonstration abzuwehren. In gleicher Art möchte man in dem Zauchefchen Kreise in Brandenburg dem dortigen Oberbürgermeister und Deputirten Ziegler zu Leibe, weil er das Vertrauen seiner Kommittenten getäuscht habe.

Die dunkle Hefe der Revolution und ihre fremden Bestandtheile sind aus Berlin geflüchtet oder ausgewiesen. Das Berliner Blut ist leichter Art und ich müßte mich täuschen, wenn nicht auch hier schon eine Art Umschlag, wenigstens in der Klasse der Enthusiasten, statt gefunden hätte. Gerade die, welche gedacht durch einen Putsch zu siegen, fangen an, den Sieg des Königs als eine andre Art Putsch zu betrachten, lieb zu gewinnen. Etwas Radikales ist gewiß darin. Ihre Phantasie, die auf keiner sittlichen Basis ruht, trägt sie weiter. Der Sieg, wie er ist, wäre nur ein erster Schritt, in seinen Resultaten ungewiß; wenn er zu sicherem Haltpunkt kommen solle, müsse der König einen zweiten kühnen Schritt thun. Wozu stehe sein Heer in Waffen, wozu wären 50 Bataillone Landwehr mobil gemacht, als um den Streit in Frankfurt über das deutsche Prinzipat durch die Kraft und den Willen zu enden? Jetzt oder nie wäre es Zeit zuzugreifen, die Kläffer niederzuschlagen. Was jetzt Zornwuth aufriefe und ohnmächtige Proteste, werde ihm dem spätern Dank des vereinigten Deutschlands zuwenden. Rasch gewagt, und endloser Wortstreit sei vermieden. Um diesen Preis würden unsre Radikalen dem Könige ihre Niederlage vergeben, etwa wie die Prager dem Fürsten Windischgrätz das Bombardement ihrer Stadt für sein Verdienst, auch Wien bombardirt zu haben. Bedarf es nur der Erwähnung, daß dieser kühne Griff außerhalb des Königs moralischem und religiösem Horizonte liegt. Ein Griff allerdings, den Millionen späterer Geschlechter ihm danken würden, gegen den im Augenblick aber nicht allein sein eigenes Gewissen, auch ein großer Theil seines Volkes protestiren würde. Es verlangt nicht nach fremden Eroberungen, es ist vor der Hand zufrieden, daß es sich selbst wieder erobert hat. Ob diese letztere durch sich selbst zu schützen ist, ob sie nicht andere nothwendig macht, ist eine Frage, die vor der Hand außer seinem Horizonte liegt.

Berlin. Der Allg. Ztg. wird geschrieben: Die hier im Betreff der Reichsangelegenheit gefaßten Beschlüsse sind nicht ganz außer Zusammenhang mit Verhandlungen, die neuerlich zwischen Ollmütz, Petersburg, und Sanssouci stattfanden, und gewiß ist, daß die drei Höfe wieder in so inniger Freundschaft stehen wie vor dem März.

Aehnlich berichtet aus **Trier** die dortige Zeitung: Der hiesige demokratische Verein hatte gestern die Freude, den seit einigen Tagen zurückgekehrten Abgeordneten Assessor Otto in seiner Mitte zu sehen. Otto gab in der Vereins-Sitzung eine übersichtliche Auseinandersetzung dessen, was die Nationalversammlung in Berlin für des Volkes Freiheit gewirkt. Er berichtet unter anderm: „Das Gerücht von einer Allianz zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich ist kein bloßes Gerücht mehr, es hat sich als Thatsache bewährt, und die Beweise davon befinden sich in der Hand eines Abgeordneten der Nationalversammlung — Beweise, die keinen Zweifel mehr übrig lassen und die bis zum Wortlaute des Traktates sich erstrecken. Dies erfuhr die Nationalversammlung zu spät, um noch wirksam dagegen ankämpfen zu können."

Stettin, 19. Dez. Unter dem 15. Dezember hat die hiesige Regierung an die Landrathsämter und Magistrate des Regierungsbezirks folgenden Erlaß gerichtet:

„In Betracht der großen Wichtigkeit der Wahlen und in Folge höherer Veranlassung fordere ich Ew. Hochwohlgeboren nunmehr auf, der Sache ihre ganze Aufmerksamkeit und Thätigkeit zu widmen. Das Resultat der bevorstehenden Wahlen wird von so großem Einflusse auf die Geschicke des Landes sein, daß es durchaus nothwendig ist, alle in den Händen der Behörden liegenden gesetzlichen Mittel in Anwendung zu bringen, damit den Umtrieben der anarchischen Partei entgegen gewirkt werde und eine, der bestehenden Verfassung zugethane Volksvertretung aus freien Wahlen hervorgehe. Hierauf mit allen Kräften hinzuwirken, empfehle ich Ew. Hochwohlgeboren ausdrücklich an. Insbesondere werden Sie Ihre Aufmerksamkeit zu richten haben auf alle durch die Presse und Emissäre hervorgerufenen Schritte und Versuche, die öffentliche Meinung und die Wähler durch falsche Thatsachen, entstellende und aufregende Nachrichten ꝛc. irre zu leiten und im Interesse der anarchischen Partei bei den Wahlen auszubeuten. In solchen Fällen werden Sie durch geeignete Widerlegung in den Lokalblättern dergleichen Irrthümer sofort zu zerstreuen und durch persönliche Ansprache und mündliche Darlegung der Wahrheit, solchen Wirren vorzubeugen sich bestreben, auf das Schärfste auch mir von dergleichen Wahrnehmungen Anzeige machen, und sollten aufreizende Handlungen und Schriften zu Ihrer Kenntniß kommen, sofort nach den Gesetzen, insbesondere der Vorschrift des Preßgesetzes vom 17. März c § 2, 5 u. 7 einschreiten und die Urheber und Verbreiter den Gerichtsbehörden anzeigen."

(Ostsee-Ztg.)

Von der Unstrut, 19. Dez. Der Lehrer Lehmann zu Germsleot (Kreis Eckartsberga) ist wegen politischer Vergehen in das Inquisitoriat nach Zeitz abgeführt worden. Wie man sagt, so sollen noch 20 andere Landschullehrer hiesiger Gegend in Folge ihrer demokratischen Agitationen zur Untersuchung gezogen werden.

(Pr. St. Z.)

München. Wie man der Dtsch. konst. Ztg. aus Cham meldet, ist die Ankunft des Herrn von Abel in München nach vor Einberufung der Kammer in Folge eines königlichen Hand-

Digitized by Google

schreibens gewesen, welches ihn schon am 4. Dezember nach München berief. (N. C.)

München, 22. Dez. In den jüngsten Tagen wurden in mehreren der geachtetsten deutschen Zeitungen und selbst in der badischen zweiten Kammee schwere Klagen erhoben gegen die Sonderbestrebungen, welche die bairische Regierung in der deutschen Einheitsangelegenheit hegen soll. Es sei hier ununtersucht, ob und in wie weit diese Anklagen begründet sind; ganz aus der Luft gegriffen scheinen sie leidee nicht zu sein, fondern wir wollen hier nur wiederhalt hervorheben, daß nicht ein einziges der von der provisarischen Centralgewalt in Ausführung der Beschlüsse dee Nationalversammlung erlassenen Reichsgesetze bis jetzt in Baiern amtlich oerkündet ist, sa daß demnach z. B. die Mitglieder der deutschen Nationalversammlung in ganz Baiern eben so wenig einen besondern Schutz genießen, wie dieß traurigen Angedenkens in Oesterreich dee Fall ist. Schon vor ungefähr fechs Wochen hat, wie feinee Zeit mitgetheilt, der hiesige „Bürgerverein fir Freiheit und Ordnung" eine Eingabe wegen der Verkündung, resp. Nichtverkündung, der Reichsgesetze an das Ministerium gerichtet, es ist aber hierauf noch keine Antwort erfolgt. Zwar hat zu jener Zeit das ministerielle Blatt, die Neue Münchener Zeitung, angeblich aus ficheree Quelle, berichtet, daß die Verkündung der Reichsgesetze bereits im Ministerium beschlossen sei und allernächst das Regierungsblatt diese Gesetze bringen werde; es sind aber seitdem über fechs Wochen verflossen, and keines dieser Gesetze ist verkündet. (A. Ab. Z.)

** **Hannover**, 23. Dez. In einer neulichen Sitzung des „vaterländischen Vereins" war beantragt worden, ein Gesuch an das Gesammtministerium zu erlassen, worin um den Abdruck der Reichsgesetze in unserer Gesetzsammlung gebeten wurde. Der Vorstand des Vereins hatte den Entwurf einstimmig angenommen, Hr. G. Kriegsrath Wedemeyer erhab sich aber dagegen, weil jedes Gesetz, alsa auch die Reichsgesetze, um Geltung zu haben, die Zustimmung der Stände bedürften. Dabei hob er hervor, daß mehre geachtete Gerichte erklärt hätten, die Reichsgesetze noch nicht als Gesetze ansehen zu können, bevor die Stände nicht zugestimmt hätten. Wir erwähnen diesen an sich unbedeutenden Varfall, weil der Kriegsrath Wedemeyer die Seele unseres Kriegsministeriums ist, und deshalb leicht die gegenwärtig bei unserer Regierung herrschende Aasicht ausdrücken möchte. Darnach wäre die Nationalversammlung auch hier auf den Boden der reinen Vereinbarung zurückgedrängt, wenn uns nicht die Hoffnnng bliebe, daß unsre nächste Stände-Versammlung mit aller Entschiedenheit für ihre Souveränetät aastreten werde. Beiläufig bemerken wir, daß die Wedemeyer'schen Ansichten im Verein nur wenig Anklang fanden und daß der erwähnte Antrag mit sehr großer Mehrheit angenommen wurde. — Das Wahlausschreiben ist heute noch nicht erlassen, obwohl der §. 59 des Wahlgesetzes sagt: „Zu den ord. Diäten wird die Stände-Versammlung in der Regel so berufen, daß die Eröffnung derselben spätestens bis zum 1. Februar jeden Jahrs stattfindet, und doch müßen 6 Wochen oorher die Wahlen ausgeschrieben werden. Alle Vereine entwickeln indessen große Thätigkeit in allgemeinen Ansprachen, und die hannov. Zeitung oerdächtigt alle, die nicht zu ihrer Fahne schwören, auf die widerwärtigste Weise. Sie wird der Regierung, deren Organ sie sein soll, wenig Freunde erwerben.

* **Vom Rhein**, 25. Dez. Ehe ich auf meine gemüthsruhigen Betrachtungen unserer Zeitlage wieder zurückkomme, kann es immerhin geschehen, daß ich Ihnen noch manche ungemüthliche Expektoration dazwischenwerfe. Ich bin ungemein neugierig, ob die unschuldige Donnerstagsitzung nicht Interpellationen wegen des Hirtenbriefs des Erzbischofs von München-Freising gegen den Deutschkatholizismus und wegen des Erlasses des preußischen Justizministers Rintelen bringen wird. Oder sind wir bereits so weit rückwärts gekommen, daß diese schmählichen Aktenstücke selbst von unserer Linken schweigend hingenommen werden? Wird es sich zuletzt zeigen, daß diese Helden eben so feige sind, jetzt, wa sich das Blatt zu wenden aafängt, wie die Beamten, die jetzt in Preußen verfolgt werden sollen? Ich bin tief erstaunt über die Stille, die in unseren Blättern über diese Dokumente herrscht; so schnell sind wir so stumpf geworden, die wir noch oor wenigen Manaten sa eiferfüchtig auf jedes Scheinchen von Reaktion achteten, als in der That schwer war, sie dem Wesen nach „zu sehen." Dann nehme man mir es nicht übel, wenn ich die ganze Zeit und das ganze Geschlecht für krankhaft aufgeregt halte; man kann mie dann meine Aufregung nicht so sehr verübeln, die nur, scheint's, das Eigenthümliche hat, daß ihre Anfälle kommen, wenn sich die der übrigen legen. Man hat nua hunderttausend Grundrechte in die Natian geworfen; laßt sehen, ob man in Frankfurt es verträglich mit den oerkündeten Gesetzen findet, ob man das Religionsfreiheit und Sektenfreiheit nennt, daß der Erzbischof von München einen aus der katholischen Kirche Ausgetretenen öffentlich erkammuniziren und mit der Salbung gehäffiger Liebe als einen Mitleidswerthen und Verirrten öffentlich verfolgen darf. Laßt sehen, ob man so gut wie über die Steuerweigerung des Berliner Reichstags auch über jenen Erlaß des Herrn Rintelen das Anathem sprechen wird. Denn ist es nicht schmachooll über die Maßen, daß die Regierung eines Königs, der sich durch 9 Manate in Patsdam eingeschlaffen hatte, und dessen Bruder landesflüchtig werden mußte, die preußische Regierung, deren Vorgänger, zwei oder drei Ministerien, alle das Beispiel gaben, unthätig geschehen za lassen, was geschah, daß diese Regierung es wagt, nicht nue die Beamten, die sich refraktärer Schritte schuldig gemacht haben, sondern auch die, die nur nicht ihre strenge Amtspflicht geübt haben, zu verfolgen! Wenn jemand in Preußen wegen unterlassener Amtspflicht gestraft werden soll, fo fange man ganz oben an; denn nach dem dort gegebenen Beispiele hat man allzn lang in Preußen gelehrt sich zu richten. In allem bürgerlichen und gewöhnlichen Strafrechte foll man ja daran erinnern, daß bis zur förmlichen Derogation die alten Gesetze in Kraft sind, aber für palitische Vergehen in der jüngst verflosseaen Ausnahmszeit den Buchstaben des Landeechts anwenden wollen, oon den Beamten, die man zu schwächlichen Werkzeugen dressirt hatte, ein amtliches Heroenthum fordern, dies geht mir dach zu weit gegen das an, was man nach den Erzwungenschaften, Errungenschaften oder auch nur Versprachenschaften des März bei uns erwarten, und ich meine, fordern dürfte. Bei uns, und gar in Preußen! wa man kaum eine Verfassung oktrovirt hat, die der Krone die Sympathieen Deutschlands wieder gewann, und jetzt auf den alten Polizeiwegen wiedee wandelt, als ob wir seit 9 Monaten nichts erlebt hätten. Der Jastinkt der Massen hat also Recht gehadt, sich gegen das Ministerium Brandenburg zu sträuben. Und ee wird Recht haben, folang er den neuen Staat aus den Händen der Rintelen und der ähnlichen Leute des alten Schlags nicht haben will. Ich bin gewiß für gnt preußisch angeschrieben and angeschrieen; das aber will ich mit kaltem Blute sagen, daß, wenn dieser eingeschlagene Weg eingehalten wird, ich es für kein Wunder halte, wenn der ganze Regierungshaß in Preußen und der ganze Preußenhaß in Deutschland wieder plötzlich neu erwacht. Und, um noch aufrichtiger zu sein: zur Ehre meines Volkes muß ich das ehee wünschen, als nicht wünschen. Ich auch bin mit Ihrem ** Berliner Karrespondenten und seinem caeterum censeo: andere Minister in Preußen! Ja ich bin noch immer mit einem noch älteren und verpönteren cneterum censeo Ihres Blattes, das man jetzt kaum mehr nennen dürfte. Das deutsche Kaiserthum wird so wenig, wie das preußische Königthum wahrhaft gesichert sein, ohne daß man die junge Zeit auf den Thronen sieht. Bringe man alsa Opfer, wenn man nicht zuletzt noch als Opfer fallen will. Ich erstaune über die Verwegenheit, mit der man in Berlin rückwärts schreitet, wo in Frankreich jede Stunde neue Erschütterungen ein neues Signal für Deutschland werden können. Erzürnt über die Taktlosigkeit der leidenschaftlichen Demagogen, trostlos über die Ungelehrigkeit der Massen, muß man doch noch erzürnter und trostloser sein über die Verblendung eines Regierungspersonals, das gelehrig und leidenschaftlos sein könnte und müßte. So weit, fürchte ich, sind wir Alle Demagogen, die wir aus dieser Zeit etwas hervorgehen sehen wollen, was der Zukunft des Vaterlandes Heil bringt; auch auf die Bedingung hin, daß wir selbst der Zeit als Opfer fallen.

= **Kassel**, 26. Dez. Die Verhandlungen unserer Stände sind bereits zu einer für uns vielleicht sehr bedeutungsvollen Krisis gekommen. Die Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes bildet den Mittelpunkt der diesmaligen ständischen Thätigkeit. Die Vorlage des Ministeriums hatte bereits auf dem vorigen Landtage eine Mehrheit von drei Vierteln gewonnen; ob eine gleich starke Stimmenzahl sich, wie die Verfassung es vorschreibt, auch dieses Mal vereinigen würde, schien zweifelhaft, nachdem ein halbes Dutzend Wahlen im Sinne der radical-demokratischen Paetei ausgefallen waren. Indeß ist jetzt der Angriff auf das Ministerium

von wesentlich verschiedenen Seiten mit überraschender Kraft erfolgt. Der größte Theil der Ritterschaft, die auf dem vorigen Landtage fast einhellig für das Gesetz gestimmt hatte, ist dieses Mal gegen dasselbe aufgetreten, und als am 21. über die einzelnen Paragraphen desselben abgestimmt wurde, blieb §. 2 mit 44 gegen 20 Stimmen in absoluter Minorität. Radicale Demokraten und aristokratische Mitglieder der äußersten Rechten hatten hier zusammengewirkt; es versteht sich von selbst, daß diese Mehrheit ein positives Programm nicht hatte, daß das Ministerium nicht wußte, an welche Seite sich halten, daß, wenn wir recht unterrichtet sind, der Minister Eberhard im Begriffe stand, seine Demission zu geben Am 22. sollte die definitive Abstimmung über das Gesetz im Ganzen erfolgen, und bereits hatte der Abgeordnete Bayehoffer einen Antrag auf Berufung einer konstituirenden Versammlung (für den sichern Fall einer Verwerfung des Wahlgesetzes) eingereicht. Unter diesen Umständen stellte Abg. v. Sybel den Antrag, die Beschlußnahme auszusetzen und vorher abzuwarten, welche positiven Einigungsvorschläge erscheinen würden. Sowohl von der linken als von der rechten Seite wurde heftig widersprochen; nachdem jedoch der Abg. Lerzk einen Rücktritt des Ministeriums als eine leicht zu reparirende Sache, und so ein Ministerium der äußersten Rechten der Versammlung in Aussicht gestellt, nachdem der Landtagskommissär selbst die Möglichkeit einer Ministerkrisis zugegeben, wurde die Vertagung der Debatte bis zum 5. Januar mit großer Mehrheit beschlossen. Die Majorität selbst zeigte also doch Scheu, den Streit bis zu einem förmlichen Bruche mit dem Ministerium zu treiben. Im Lande ist die Gesinnung in dieser Hinsicht noch entschiedener; in Orten, wie z. B. Hanau, die sich früher gegen das ministerielle Machtgesetz nachdrücklich ausgesprochen hatten, ist man jetzt zu der richtigen Ueberzeugung gelangt, daß eine Verwerfung desselben dem Lande sicher kein besseres verschaffen würde. Noch füge ich hinzu, daß am Schlusse der letzten Sitzung der Abgeordnete v. Sybel eine Interpellation ankündigte (mit Bezug auf einen neulichen Artikel Ihrer Zeitung) ob der kurhessischen Regierung partikularistische Anträge bezüglich der künftigen deutschen Centralgewalt zugegangen seien. Es ist kaum zu bezweifeln, daß diese Anfrage zu einem ähnlichen Beschlusse führen wird, wie ihn die badische Kammer in gleicher Angelegenheit vor einigen Tagen gefaßt hat.

Altenburg, 23. Dez. Gestern wurde der seit dem 21. Nov. hier versammelt gewesene Landtag abermals vertagt, nachdem er in seiner vorletzten Sitzung nach über einen für das ganze Land höchst wichtigen Gegenstand, die Vereinigung des Kammer- und Steuervermögens und die Aussetzung einer Civilliste, Beschlüsse gefaßt hatte, welche gestern die landesherrliche Sanktion erhielten. Danach ist die Civilliste für alle Zeiten auf 100,000 Thlr. (inclusive 13,000 Thlr. zu bestimmten, mehr im allgemeinen Interesse liegenden, als der eigentlichen Hofhaltung angehörenden Zwecken) festgesetzt, und nur vorläufig noch auf die Lebensdauer des jüngst abgetretenen Herzogs Joseph ein Beitrag von jährlich 15,000 Thlr. zu dessen Apanage verwilligt worden. Aus dem Berichte der landschaftlichen Commission, welche diesen Gegenstand zur Vorberathung erhalten hatte, geht hervor, daß bisher zu Zwecken der Civilliste im Durchschnitt die Summe von 140—150,000 Thlr. jährlich verwendet worden ist. (D. A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 24. Dez. Heute hielt unser neuer Präsident Heerschau über die Linie und die Nationalgarde. Die Truppen, etwa 55,000 Mann von der Linie und 60,000 von der Bürgerwehr, waren in zwei Reihen auf dem Boulevard des Italiens, Vendomeplatz, Rivolistraße, elysäischen Feldern, bis zur Barrière de l'Etoile aufgestellt, so daß das Militär auf der einen, die Mobilen und die Nationalgarde auf der anderen Seite standen. Um 10 Uhr verließ Ludwig Napoleon den Palast Elysée national. Er trug die Generalsuniform der Nationalgarde und das Großkreuz der Ehrenlegion. Ein Schwadron Lanciers ritt vor ihm her. Musik und Trommelschlag begleiteten seinen Zug. Vielstönig schallte ihm entgegen: es lebe Napoleon! Man rief auch: es lebe die Republik! hie und da, es lebe die Amnestie! Der Ruf: vive l'empereur! wurde nirgends gehört. Rührend anzusehen war, wie die alten Krieger aus dem Invalidenhause, ihr General Petit an der Spitze, anstatt weiter zu marschiren, sich in sprachlosem Enthusiasmus um den Neffen Napoleons drängten. Aufsehen erregte auch die Gegenwart Napoleon Bonaparte's, des Sohnes Jerome's, der als einfacher Soldat, jedoch mit dem großen Stern der Ehrenlegion auf der Brust, in den Reihen der Bürgerwehr fungirte. Ich hörte nun, wie Viele aus den Zuschauern über die schöne Haltung und das, trotz seiner 41 Jahre, noch jugendliche Aussehn des Präsidenten ihre Freude äußerten. — Uebermorgen wird das neue Kabinet sein Programm vorlegen, das ganz im Sinne der Rede Ludwig Napoleons, die ihm ja auch nur von seinen Ministern in den Mund gelegt worden ist, aufgefaßt sein wird.

Nach der Assemblee nationale soll im gestrigen Ministerrathe beschlossen worden sein, im Einverständniß mit den anderen Mächten, auf diplomatischem Wege für die Wiedereinsetzung des Papstes in die weltliche Herrschaft über den Kirchenstaat zu interveniren. Es soll hierüber bei den Konferenzen in Brüssel verhandelt werden, bei welchen, wie der Kredit anzeigt, Hr. Franz Araga Frankreich vertreten wird. Man bemerkte bei der heutigen Heerschau, daß nicht nur die Generale Cavaignac und Lamariciere, sondern auch Marschall Bugeaud im Gefolge des Präsidenten fehlten. Nur die Generale Changarnier, Lebreton und der Kriegsminister Rhulhieres waren in seiner Nähe. Doch hat, wie zuverlässig behauptet wird, General Cavaignac durch seine persönlichen Freunde: die Generale Bedeau, Lamoriciere und den Vicepräsidenten Lacrosse, dem neuen Präsidenten die Versicherung ertheilen lassen, daß er die Regierung, so lange sie die von der Verfassung vorgezeichnete Bahn einhalte, mit allen seinen Gesinnungsgenossen auf das kräftigste unterstützen werde.

Eine Ordonnanz des Präsidenten ernennt auf Bericht des Ministerpräsidenten Odilon Barrot, den Divisionsgeneral Jerome Bonaparte (ehemaligen König in Westphalen) zum Gouverneur des Hotels der Invaliden, anstatt des Marschalls Molitor. Dieser Letztere hingegen ist statt des Divisionsgenerals Subervie zum Großkanzler der Ehrenlegion ernannt. In dem Berichte heißt es, wenn das franz. Volk in Comitien befragt werden könne, so würde es gewiß bei der Asche Napoleons und an die Spitze seiner alten Veteranen seinen Bruder stellen. Hr. v. André, welcher unter dem Ministerium Guizot Gesandtschaftssekretär in Petersburg war, ist zum Kabinetschef des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ernannt wordea. Herr Freslon hatte auf das ausdrückliche Verlangen eines hohen Würdenträgers der Universität dem Suppleanten des Hrn. Guizot seinen Lehrstuhl wieder eingeräumt. Das Siecle spricht nun die Hoffnung aus, Hr. v. Fallour werde das begonnene Werk vollendea und Herrn Guizot gestatten, seinen Curs über neuere Geschichte an der hiesigen Universität selbst wieder zu übernehmen.

✕✕ **Paris**, 24. Dez. Die Ernenaung des Generals Changarnier zum Kommandanten aller Truppen des Seine-Departements, sowohl der Linie, als der Nationalgarde, macht noch immer viel böses Blut. Wozu, fragt man, diese ungewöhnliche Concentrirung militärischer Kräfte? Welche neue Revolution erwartet man? auf welchen Kampf bereitet man sich vor? Eine Concenteation, die nicht einmal nach dem Junianstand, während des Belagerungszustandes, für nöthig befunden wurde, kann doch jetzt kein Bedürfniß sein, wo die Partei, welcher man vorwiegead die Neigung zu Unruhen zuschreibt, sich so unmächtig erwiesen hat! So kammt man denn unwillkürlich auf den Gedanken, daß die Regierung mit dieser seltsamen Maßregel eine Umwälzung des gegenwärtigen Zustandes vorbereite. Alle Journale weisen diesen Gedanken weit von sich; bei allen aber liegt er den Raisonnements zu Grunde. Sollte die Regierung wirklich schon jetzt an einen Umsturz der Verfassung gehen, so möchte sie damit doch zu früh kommen! — Louis Napoleon richtet sich unterdessen immer wohnlicher in den Erinnerungen des Kaiserthums ein. Zu Offizieren seines Etat-major particulier hat er den Oberst Ambert, die Eskadronchefs Pajol, Edgard Ney und Fleury und den Kapitän Filippi ernannt, lauter Träger Napoleonischer Namen!

Die Botschaft des Amerikanischen Präsidenten wird viel besprochen. Sie hat etwas höchst Prächtiges und Imposantes: Die Aufzählung der neuen Territorial-Erwerbungen, des Zuwachses von Reichthümern aller Art, macht die Franzosen etwas neidisch. Die Presse läßt die Gelegenheit nicht vorübergehen, nach gewohnter Art einen ihrer giftigen Nadelstiche auszutheilen. Wunderbare Macht des wahren Patriotismus! sagt sie. Ein bis dahin völlig unbekannter Mann wird durch den Zufall an die Spitze der Geschäfte gestellt, und mit unübertroffenem Geschick weiß er die verwickeltsten Verhältnisse zu beherrschen. Man würde vergebens in

diesem Lande, wo die That und der gesunde Menschenverstand den Platz füllen, den wie den Phrasen und den Discussionen einräumen, eine Regierung suchen, die nicht wenigstens Etwas zum Ruhm, zur Macht und zur Wohlfahrt der Union beigetragen hat. „Das beweist, daß die Republikaner, welche uns seit dem 24. Febr. regiert haben, nicht in derselben Schule erzogen sind." Die Reform sucht diesen Ausfall zu pariren. Freilich, sagt sie, sind die Republikaner vom 24. Febr. nicht in der amerikanischen Schule erzogen. Sie sind in der verderblichen Schule der Julimonarchie aufgewachsen. Sie gingen aus diesen Versammlungen des Privilegiums hervor, wo der Charakter rein bleiben konnte, die Einsicht aber geschwächt werden mußte. Das ist so wahr, daß dieses Regime nicht Einen Staatsmann würdig dieses Namens hervorgebracht hat, weder in den Reihen der Konservativen von damals, noch in denen der Opposition. Wir berufen uns auf das Zeugniß der Presse selbst: die Guizot, die Thiers und Molé, waren sie jemals etwas Anderes als Schönredner, geschickt höchstens in Leitung kleiner Intriguen?

Merkwürdig ist der Eifer, mit dem sich jetzt die Franzosen aller Parteien den Anschein der Religiosität zu geben suchen. Schon bei dem Gerücht, daß der Papst nach Frankreich kommen wollte, wurde soviel religiöses Entzücken geheuchelt, daß einige ehrbare deutsche Blätter in gerechtes Erstaunen ausbrachen. Was aber wird man jetzt sagen, wo die Socialisten selbst christliche Feste begehen? In ihren Journalen liest man: „Bankett zur Jahresfeier der Geburt Christi, anllo Valentino. Die Kommission, welche das Arrongement des Bankets besorgt, besteht aus den demokratisch-socialistischen Domen, welche das Bankett der Chaussée de Moine organisirt haben. Pièrre Lerour und Proudhon sind dazu eingeladen." Eine gleiche Feier soll heut Abend im Winter-Garten stattfinden. In der Anzeige heißt es: „Weihnachten ist das Fest der Gleichheit; Jesus, der im Stall geboren, ist das natürliche Symbol der sozialistischen Lehren." Dies gleicht in der That mehr einer Travestie, als einer Feier. So faßt es auch das Journal des Debats auf. Es ergießt sich in einem langen Artikel darüber, der aber selbst wiedee mit so viel pietistischee Salbung geschrieben ist, daß er jedem Prediger Ehre machen würde.

*Straßburg, 26. Dez. 4 Uhr Abends. Telegraphische Depesche: Paris 24. Dez. 4 Uhr Abends. Der Minister des Innern an den Präfekten. Der Präsident dee Republik hat so eben die Nationolgorde und die in Paris stationirten Truppen die Musteeung passiren lassen. Die Truppen defiliren unter dem Ruf: Es lebe Napoleon! Es lebe die Republik! Paris erfreut sich der vollkommenstrn Ruhe.

Spanien.

* **Madrid**, 19. Dez. Heute haben sich die Abgeordneten in den Bureour versammelt, um zur Wahl des Vorsitzenden, der Stellvertreter und Schriftführer zu schreiten, auch die Kommissionen wegen der Wahlprüfung, der Redaktion dee Adresse an die Krone u. s. w. zu ernennen. Letzteres ist vom Senate bereits geschehen. — Die Königin wird demnächst einen Boll geben. — General Manuel de la Concha hat seine Operation gegen die Montemolinisten in Katalonien bereits begonnen. Nach dem Heraldo von gesieen ist dieser Krieg seinem Ende nahe.

Oesterreichischr Monarchie.

Lemberg 14. Dez. Die Theilung Galiziens in zwei Gubernien soll vorläufig in der Art eingeleitet werden, daß in Krakau blos eine Regierungs-Kommission aus fünf Gubernialräthen unter dem Präsidium eines Hofrathes bestehen wird, welcher nach dem Gebiete der ehemaligen Freistadt noch die sieben westlichen Kreise von Galizien zugewiesen werden sollen. So eben verlautet, daß an sämmtliche Beomte des hiesigen Landesguberniums die Aufforderung ergongen sei, sich wegen Versetzung nach Krakau zu melden. (Oest. Lloyd.)

Agram, 18. Dez. Bei dem kombinirten Angriff, welchen die Magyaren auf sämmtliche seebische Lager (am 6. Dezember) unternommen haben, wurdrn sie überall zurückgeschlagen, nur in das kleine Lager am Bache Karas, vermochten sie, jedoch nur auf wenige Minuten, einzudringen. Sie wurden wieder aus den Schanzen geworfen, nahmen jedoch drei serbische Kanonen als Beute mit. Obrist Bobalic ließ hierauf das Lager abbrechen und zog sich zurück. Das Karlowicee Centralkomite hat den Obristen Bobolic wegen dieses Schritts in Anklogezustond versetzt und vor ein Kriegsgericht gestellt. Am meisten haben die Magyaren an der unüberwindlichen Serbenwehe zu St. Tamas verloren. In der vorigen Woche gab es bei Versec eine große blutige Schlacht, über die uns noch die Detoils nicht zugekommrn sind. Die Magyaren sind Sieger geblieben und haben unter den kaiserlichen Truppen und dem walachisch-banotee Landsturm ein bedeutendes Blutbod angerichtet. Moritz Perczel, einer dee tüchtigsten magyoeischen Commondanten, hat das Commondo in der Festung Peterwardein und übee alle den Serben gegenüberstehenden magyarischen Truppen übernommen und die frühern k. k. Kommandanten von Peterwardein, F. M. L. Blagojevic und G. M. Henzi als Gefangene nach Ofen bringen lassen.

Italien.

*Die Rivisto meldet aus Florenz vom 18. Dez., sie könne ons guter Quelle veesichern, daß Mamiani seinen Abschied schon gegeben habe oder zu geben im Begriffe sei, da er es unmöglich finde, wenn er bei der Regieeung bleibe, ouf seinen Grundsätzen zu behaeren. — Die Zeitung von Bologna vom 18. theilt einrn Brief von Rom vom 15. Nachmittags 3 Uhr mit, worin es heißt: „in dem Augenblicke, wo ich dieses schreibe, wird der heil. Vater in Civita vecchia sein. Die Polizei in Stodt und Hafen wird von den englischen und französischen Flottillen verwattet und Sr. Heil. von do ous die nöthigen Befehle zur Reorganisation des Staots ertheilen. So wird mon nicht mehr sagen können, der Pabst wäre in Gaeta gefangen." — Noch wird von Rom gemeldet, ein englischer Diplomat sei daselbst angekommen, welcher gerothen habe, eine Abordnung an den Pabst zu schicken, um den Weg der Versöhnung abermals zu versuchen. Aber ob derselbe gleich versichert habe, die jetzt in der Stadt hereschende Ruhe ließe keine Berechtigung einer Intervention zu, so traue man ihm doch nicht, do man erfahren hade, 400 Neapolitaner machten an der Grenzlinie über Rieti feindliche Bewegungen. — Drr franz. Consul in Ancona hat Befehl gegeben, die Marine für drei Monate zu oppoviantiren. Es heißt, es würden noch mehr Kriegsschiffe daselbst ankommen (Corr. mercantile oom 21. Dez.).

>< **Rom**, 16. Dez. Lord Napier, ein Mitglied dee engtischen Gesandschaft in Neapel, ist von dort hier eingetroffen. Nach seinen Peäcedentien zu schließen, ist er der herrschenden Partei nicht feindlich gesinnt. Wenigstens hat mon ihm früher oft vorgeworfen, daß ee die revolutionären Umtriebe unterstütze. Er hat auch sogleich der provisorischen Regierung in Aussicht gestellt, daß eine zweite Deputation vom Popste empfangen werden würde. Darauf hin gebt man schon so weit, die Rückkehr des Papstes als nahe bevorstehend onzusehen; man richtet bereits in Civitavecchia Zimmer für ihn ein. Die auswärtigen Gesandten scheinen onderer Meinung zu sein; sie lassen sich ihre Equipagen und Winterkleider nach Gaeta nachkommen. Die Lage der provisorischen Regierung scheint sich indeß nach Innen günstiger zu gestalten: ihre neuen Schatzkammerscheine sind in Umlauf gesetzt und die Annahme derselben findet keine Schwierigkeit. Auch söhnrn sich viele von den Gemäßigtrn mit ihr aus. Wenn sie auch die Revolution nicht billigen, so billigen sie das Verfahren des Papstes noch weniger, der durch seine Entfernung die Sicherheit des Staates immer tiefer untergräbt. Die Klubs verlangrn dringend die Einberufung einer Konstituante für den Kirchenstaat. In Perugia hat das Ministerium die Erlaubniß gegeben, dos Fort zu zerstören. Es mag den Peeugianern allerdings verdrießlich sein, eine Bastille übee ihren Nacken zu haben, die ausdrücklich ad comprimendum Perusinorum audaciam von Paul III. aufgeführt worden ist.

* **Aus Sardinien.** Genua will drn Antritt des neuen demokratischen Ministeriums in Turin mit einer patriotischen Steuer für Venedig feiern. Ein Comite, on dessen Spitze Vincent Gioberti steht, fordert „die großherzigen piemontesischen Damen" zu Beiträgen auf.

In der Sitzung der Turiner Deputirtenkammer vom 21. wurde ein vom früheren Minister Revel eingebrachter Gesetzvorschlag, der das Ministerium ermächtigt, in den ersten 2 Monaten des neuen Jahres die indirekten Abgaben wie im Jahr 1848 fortzuerheben, mit großer Majorität angenommen. Im Senat fand eine furchtbar stürmische Sitzung statt. Dee Baron de la Toere und Giovanetti griffen das Ministerium wegen ihres Ver-

Digitized by Google

fahrens in Genua an. Die Tribünen unterbrachen sie durch wilden Lärm. Die Vertheidiger des Ministeriums wurden dagegen mit dem ungestümsten Beifall belohnt. Die Theilnahme des Publikums wurde zuletzt so lebendig, daß der Präsident die Ordnung nicht mehr handhaben konnte. — Im Allgemeinen ist die Stimmung der Kammer dem Ministerium nicht günstig, so daß sich das Gerücht von ihrer Auflösung erhält.

General Zucchi ist in Bologna zum Abgeordneten gewählt worden. Der Minister Campello hat ihm auf seine Herausforderung mit folgendem Schreiben geantwortet: Ihre Worte sind eines Ehrenmanns unwürdig. Ich beklage Sie, und verzeihe Ihrem Alter. Niederträchtig ist nur, wer Italien verläßt.

Die Nachricht, daß der Pabst nach Civitavecchia zurückkehrt, scheint sich zu bestätigen. Es circulirt schon die Liste des neuen Ministeriums, welches er daselbst bilden will. Nach derselben soll Cardinal Antonelli Ministerpräsident, Montanari Minister des Innern und der Polizei, Abbate Rosmini des öffentlichen Unterrichts, Mar. Beotlacqua der Finanzen, Ricci des Handels, General Zucchi des Krieges werden. Eben derselbe soll auch für das Porteseuille der Justiz und der Garde designirt sein. Der baierische Gesandte, Graf Spaur, ist wirklich als bevollmächtigter Minister Oesterreichs bei dem heiligen Stuhle accreditirt worden.

Am 13. ist das Fort von Perugia unter großen Feierlichkeiten zerstört worden. Der Gonfalonere trug den ersten Stein ab, andere Magistratspersonen folgten ihm. Der Magistrat, die Civica, die Studenten in corpore wohnten dem Feste bei, bei welchen es an Erviwas und anderen Freudenbezeugungen nicht fehlte. Ein verschiednes Fest fand in Livorno am 18. statt. Des Morgens war feierlicher Gottesdienst, um den Herrn der Heerschaaren für das heldenmüthige Venedig anzurufen. Der Bischof leitete den Gottesdienst, welchem die Civil- und Militärbehörden der Civica in Waffen beiwohnten. Pater Benedetto aus Pisa stellte die Noth in Venedig, in einer ergreifenden Rede so beweglich dar, daß sogleich eine bedeutende Summe gesteuert wurde.

Schweiz.

Durch Kreisschreiben vom 18. Dez. ersucht der Bundesrath sämmtliche Stände, den fremden Gesandten keine diplomatischen Mittheilungen, betreffend die Wahlen der Chefs der Verwaltungsbehörden, zu machen, indem der amtliche Verkehr zwischen Kantonen und auswärtigen Staatsregierungen, sowie ihrer Stellvertreter, durch Vermittlung des Bundesrathes stattfinden soll.

Freiburg. Der große Rath hat am 22. d. das Amnestiedekret seinem wesentlichen Inhalt nach angenommen.

Niederland.

* In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalstaaten vom 18. Dez. verlangte ein Redner Aufklärung über den Zustand Surinams. Wie es sich mit den Gerüchten über die Emanzipation der dortigen Negersklavrn verhalte, und ob Maßregeln getroffen seien, um nöthigenfalls die Ruhe und Ordnung in dieser Kolonie aufrecht zu erhalten? Der Minister der Kolonien stellte sehr ernsthaft in Abrede, daß Seitens der Regierung irgend etwas geschehen sei, was die Sklaven habe auf die Gedanken bringen können, ihre Befreiung sei im Werke; als ob ein solcher Gedanke bei dem Gerücht von der heurigen europäischen Bewegung den Leuten nicht von selbst hätte kommen müssen. Seit im Juni die Sklaven auf dem französischen Theile des Eilands St. Martin emanzipirt werden, haben sich die Neger auf dem niederländischen Theile widerspänstig und geneigt gezeigt, sich auf französisches Grundgebiet zu flüchten. Da sehen sich die Martiner Pflanzer denn genöthigt, sie als freie Menschen anzuerkennen und einen festen Lohn mit ihnen zu bedingen. Ein ähnlicher Versuch der Sklaven auf St. Eustatius scheiterte jedoch an der dort entwickelten Militärmacht, und dasselbe scheint annoch in den übrigen westindischen Besitzungen Hollands der Fall zu sein. Weitere Mittheilungen über die etwaige Anbahnung der Sklavenemanzipation in den niederländischen Besitzungen glaubt die Regierung im Interesse derselben (d. h. der Pflanzer und des Staatsschatzes) verweigern zu müssen. Die Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe ist in diesen Kolonien noch gleichbedeutend mit Aufrechthaltung der Sklaverei. Besorgnisse für die Interessen der Pflanzer wurden in der Kammer geäußert — für die unglücklichen Sklaven erhob sich keine Stimme. Die drei niederländischen Hochschulen, Leiden, Utrecht, Gröningen, kosten den Staat jährlich nahe zu 252,000 fl. Daran sollen fortan nach dem neuen Ersparungsplan 70,000 fl. erübrigt werden, wie steht noch dahin. Die Meinung aber scheint am Meisten für sich zu haben, welche die drei Hochschulen in eine und zwar in eine solche verschmelzen will, die ihrer Bestimmung vollkommen entspricht. Die Wissenschaft so wenig als die Studirenden werden dadurch verlieren, daß an dieser einzigen Universität nur etwa 50 Professoren, der Kern der niederländ. Gelehrsamkeit, statt der 80 Lehrer, welche jetzt über die drei Akademien zerstreut sind, angestellt werden sollen. Die neueste Ueberlandpost bringt aus Batavia, 28. Okt., eine scharfe königl. Rüge der Mißbegebenheiten zu Batavia und besonders der darin verwickelten Beamten, die ihre Pflicht vergessen hätten. Die Letztern werden mit Entlassung durch den Generalgouverneur und nach Umständen noch mit härtern Strafen bedroht. Mochussens frühere Maßnahmen werden gut geheißen. Bali wird nur noch von holländischen Schiffen streng blokirt, namentlich die Einfuhr von Opium verhindert. Im Beginn Oktobers war der neue englische Gouverneur F. Brooke auf Labuan angekommen und feierlich installirt worden; es herrscht auf der Insel viel Krankheit.

Ungarn.

Von der ungarischen Gränze, 20. Dez. Aus Galizien sind sehr viele polnische Emigranten, deren tägliches Brod die Revolution ist, und eine bedeutende Anzahl junger Leute von abenteuerlicher Gesinnung nach Ungarn geströmt, wo sie gegen die k. k. Truppen fechten, und zwar wird ihnen das Lob besonderer Tapferkeit gespendet, wodurch sie gegen die Magyaren nicht wenig abstechen sollen. Ueberhaupt scheint der Ruhm ritterlicher Tugenden, den die ungarische Nation einst in hohem Grade genoß, durch die jüngsten Vorgänge sehr zu leiden, und wenn die Insurgenten im Parteigängerkrieg nicht mehr Energie entfalten als bisher, so haben sie sich auf Jahrhunderte um ihr Ansehen gebracht. — Der slovakische Landsturm, der indeß nicht sehr zahlreich ist, wird auf Befehl des Fürsten Windischgrätz militärisch besoldet und leistet gute Dienste, doch würde die Erhebung in Masse in Ober-Ungarn weit allgemeiner sein, wenn nicht die Truppen des Generals Simunich, namentlich im Treutschiner Comitat, in einer Weise gewirthschaftet hätten, welche das Landvolk etwas stutzig machte. Gefangene Deutsch-Oesterreicher werden von den Ungarn gut behandelt, Croaten aber ohne Barmherzigkeit erschossen; dafür wüthen aber auch die Letzteren überall, wo man ihnen nur den Zügel schießen läßt, in grausamer Weise, und namentlich dürfte das schwergeprüfte Wieselburg von den Heldenthaten des 1. Armeekorps zu erzählen wissen. Heute wird mit Bestimmtheit erzählt, daß die Festung Komorn, in der sich ungeheure Kornvorräthe befinden, von zwei Brigaden umzingelt ist. Die Vorposten stehen bei Gran an der Donau. (Bresl. Z.)

Preßburg, 20. Dez. Durch Kundmachung des FML. Wrbna, Commandanten des 2. Armeecorps, wird die Stadt Preßburg und das Preßburger Comitat in Belagerungszustand erklärt und das Standrecht verkündigt. Jede Verbindung mit dem sogenannten Landesvertheidigungs-Ausschusse und dessen Präsidenten, oder mit dem bereits aufgelösten Reichstage, wird strengstens untersagt. Das Vermögen mehrerer der Rebellion schuldigen oder verdächtigen Personen wird mit Beschlag belegt, dagegen die von ungarischer Seite verhängten Verhaftungen und Sequestrationen aufgehoben.

Neuestes.

*Paris. Weder die Journale noch unsere Korrespondenzen bringen das geringste Neue. Wegen des Weihnachtsfestes ist die Börse geschlossen und die National-Versammlung hält keine Sitzung. Die Revue vom 21. ist die große Tagesfrage. Die Beschreibungen gehen bis in's kleinste Detail. Die ministeriellen Blätter sind sehr zufrieden. Nicht die geringste Störung ist vorgefallen. Minister und Ober-Generäle feierten den großen Tag mit einem Abendschmaus.

* Madrid, 19. Dez. 3pCt. Rente 21 P. (Nach der Börse $20^{15}/_{16}$ à $^7/_8$ G.); 5pCt. $9^7/_8$ P. (N. d. Börse $9^7/_8$ G.) Passive Staatsschuld 4 P. (N. d. B. $3^1/_8$ G.)

Redacteur: H. Kruse.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 28. Dez. Hr. v. Schmerling. Die Oesterreicher. Das Gutachten über die Oberhauptsfrage.) Wien (Hr. v. Schmerling gewählt. Todesurtheil. Nachrichten aus Ungarn.) Olmütz (Die Prager Deputation.) Berlin (Erlös der Moststeuer. Der Belagerungszustand. Demokratischer Ausschuß in Halle. Der blaue Montag und der gelbe Dienstag. Weihnachtliches.) Potsdam (Baiern! Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch endlich an die Sonnen.) Aus dem Preuß. Osterlande (Verhaftungen.)

Frankreich. Paris (Armeebefehl von Bugeaud. Die Reform über Bonaparte. Die Reaction.) Lyon (Die Parteien. Das Alpenheer.)

Italien. Rom (Schwankende Stellung des Ministeriums.) Genua (Rüstungen in Oberitalien.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 28. Dezember.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 28. Dezember.

Tagesordnung der 164. öffentl. Sitzung.

1) Berathung der von den Abgeordneten Marcks und Grumbrecht, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses erstatteten drei Berichte über verschiedene an die constituirende Reichsversammlung gelangte Petitionen und Eingaben.
2) Berathung über den vom Abgeordneten Cort, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Bericht über Anträge und Petitionen, das Eisenbahnwesen betreffend.
3) Berathung der Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten erstatteten Berichte:
   a) über zwei von dem Abgeordneten Heisterbergk gestellte Anträge — erstattet vom Abgeordneten Stavenhagen;
   b) über mehrere Petitionen, Wehrangelegenheiten betreffend, erstattet vom Abgeordneten Teichert;
   c) über die Petition der Schützengilde in Falkenberg, erstattet vom Abgeordneten Schleussing;
   d) über die Eingabe des Centralvorstandes des allgemeinen Anhalt'schen Schützenvereins in Dessau, — erstattet vom Abgeordneten Schleussing.
4) Berathung des vom Abgeordneten Kirchgeßner, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung, erstatteten Berichts über den Antrag des Abgeordneten Pinckert, die Präsidentenwohnung betreffend.
5) Berathung des vom Abgeordneten Hölken, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts über ein Gesuch des Pfarrers F. W. Schellenberg zu Cleeberg, Seelenverkäuferei betreffend.

Die heutige ist die erste Sitzung nach dem Weihnachtsfeste. Auf dem Präsidentenstuhle befindet sich Eduard Simson und die Versammlung ist zwar durch Beurlaubungen etwas gelichtet, aber doch bei weitem zahlreicher, als daß über die Beschlußfähigkeit ein Zweifel entstehen könnte.

Aus der Nationalversammlung sind nach der Anzeige des Präsidenten ausgetreten die Herren Ostermünchner aus Baiern, Potpeschnigg aus Steiermark, Ungerbühler und Graf Wartensleben, die letzteren Beiden aus Preußen.

Der Eingang einiger neuer Flottenbeiträge wird verkündigt, sowie das Anerbieten mehrerer (Leipziger) Buchhandlungen, wornach sie der Reichsbibliothek ihren Verlag zur Auswahl stellen.

Das Büreau eröffnet dem Hause, daß die Vorrichtungen zur Erleuchtung und Heizung der Paulskirche so weit vorgerückt sind, daß vom 12. Januar an die Reichstagssitzungen in das frühere Lokal aus der reformirten Kirche zurückkehren können.

Reichskriegsminister v. Peucker beantwortet sodann in folgender Weise die Interpellationen Hönniger's und Würth's:

„Der Hr. Abgeordnete Hönniger aus Rudolstadt hat an das Reichskriegsministerium die Frage gerichtet, bis zu welchem Zeitpunkte dir in jeder Beziehung unnöthige Besetzung des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt mit Reichstruppen fortdauern solle. Ich habe die Ehre hierauf folgende Erklärung abzugeben: Es ist bekannt, daß im Oktober d. J. die Zustände in Thüringen die dortigen Landesregierungen und darunter auch die fürstl. Schwarzburg-Rudolstädtische veranlaßt haben, die Unterstützung der Centralgewalt in Anspruch zu nehmen und daß dem zufolge ein Aufgebot von Reichstruppen erfolgt ist an welchem die dortigen Landestruppen selbst Theil nehmen und deren spezielle Verwendung durch einen Reichskommissarius geleitet wird. Nach Maßgabe dessen wie vom Reichskommissarius die gesetzliche Ordnung wieder befestigt, insonders aber die Organisation der Bürgerwehren wiederum gekräftigt erachtet wird, nimmt das Reichsministerium unausgesetzt darauf Bedacht eine Verminderung des Truppenaufgebots eintreten zu lassen, welches zur Zeit bereits bis unter die Hälfte der anfänglichen Stärke reduzirt worden ist. Es bleiben demgemäß, nach den letzten Dislokationsanordnungen, die gesammten Schwarzburg-Rudolstädtischen Lande, sowohl die obere als die untere Herrschaft mit überhaupt nur 3 Compagnien besetzt. Weitere Entschließungen müssen vom fernern Verlauf der Umstände abhängig bleiben."

„In analoger Weise hat Herr Würth aus Sigmaringen dem Ministerium die Frage vorgelegt, wozu die lästige und in neuerer Zeit auch von der Regierung gemißbilligte Besetzung von Sigmaringen mit Reichstruppen diene, und daran einen Antrag auf alsbaldige Zurückberufung der Truppen geknüpft. Auf diese Interpellation habe ich die Ehre folgende Erklärung abzugeben. Die anarchischen Zustände im Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen in deren Folge der Landesfürst flüchten mußte, nöthigten vor einigen Monaten zu einer Besetzung des Landes mit Reichstruppen, welche inzwischen nach Maßgabe der Wiederbefestigung der gesetzlichen Ordnung nach und nach bis auf 2 Compagnien verringert worden sind. Eine noch weitere Verringerung der Truppen ist zur Zeit schon um deswillen nicht als zulässig zu erachten, weil die Landestruppen des Fürstenthums sich noch in einem Zustande völliger Auflösung befinden, und das Reichskriegsministerium sich genöthigt gesehen hat, zur Reorganisation derselben einen militärischen Reichskommissär dahin zu senden. (Zeichen von Heiterkeit in der Versammlung.)

Nach den Berichten dieses Kommissärs sind im März d. J. die Mannschaften des fürstlichen Contingents wegen einer Meuterei beurlaubt worden und noch hat gegen die Schuldigen gerichtlich nicht eingeschritten werden können. Außerdem aber sind schon seit einigen Jahren die militärischen Bundespflichten des Fürstenthums so weit vernachlässigt worden, daß selbst die gewöhnlichen Ersatzmannschaften der Jahrgänge 1846 u. 1847 nicht eingeübt worden sind. Das Reichskriegsministerium muß daher in Erfüllung seiner Pflicht die gewiß nicht übermäßige Besetzung des Fürstenthums mit 2 Kompagnien noch fortdauern lassen. Dafür, daß die Verpflegung baar vergütigt werde, ist die entsprechende Fürsorge getroffen worden."

Stimme vom Platze: „Ich bin mit diesen Erklärungen durchaus nicht zufrieden!" (Gelächter). Sodann besteigen nacheinander Hönniger aus Rudolstadt und Würth von Sigmaringen die Tribune, um zu erkennen zu geben, daß sie sich ihre Anträge an das Reichsministerium vorbehalten.

Nummer 1 und 2 der Tagesordnung erledigen sich ohne Diskussion, indem dem Ausschußberichte gemäß über eine lange Reihe von Eingaben und Petitionen, theils zur Tagesordnung vorschritten wird, theils dieselben einfach zu den Akten genommen werden.

Eben so geschieht in Bezug auf Nummer 3, nur daß auf Vischer's aus Tübingen Antrag der Uebergang zur Tagesordnung mit dem ausdrücklichen Vorbehalte der Berathung über das Ganze des Entwurfs der Wehrverfassung erfolgt.

Auch Nummer 4 wird dem Ausschußantrage gemäß durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Desgleichen wird schließlich die Bittschrift des Pfarrers Schellenberg zu Cleeberg nebst den angebogenen Anlagen dem Reichsministerium übergeben und zu geeigneten Maßnahmen empfohlen.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch den 3. Januar Statt. Tagesordnung: Wahl der Präsidenten; Ergänzungswahl für den Ausschuß zur Prüfung der Wahlen in Thüringen und Konstanz; dann eine Reihe von Ausschußberichten über verschiedene Gegenstände, die eine lebhaftere Debatte nicht in Aussicht stellen. Schon am 3. Januar hofft man, werden sich die Mitglieder des Hauses wieder so vollzählig eingefunden haben, daß die Nationalversammlung darauf die Fortsetzung ihrer Hauptarbeiten unbedenklich wieder aufnehmen kann.

Deutschland.

! **Frankfurt**, 28. Dez. Der Ausschuß für die österreichische Frage wird erst morgen, am Freitage, wiederum Sitzung halten. Herr v. Schmerling, welcher sich bereits vor mehreren Wochen um eine Wahl für Kremsier beworben hat, soll schon damals erklärt haben, daß er entschlossen sei, fortan seine Kräfte dem engeren österreichischen Vaterlande zu widmen. Gewiß hat Oesterreich die Dienste, welche dieser ausgezeichnete Staatsmann ihm geleistet hat und leisten wollte, auf's dankbarste anzuerkennen. So eben

Digitized by Google

erfahren wir, daß Herr v. Schmerling in Wien zum Abgeordneten gewählt ist. Einzelne österreichische Abgeordnete sprechen sich mit wahrhaft deutscher Gesinnung über die Lösung der österreichischen Frage aus. Man vernahm dieser Tage die Aeußerung aus dem Munde eines österreichischen Abgeordneten, daß es im Interesse der Freiheit gegenwärtig unmöglich sei, Oesterreich an die Spitze Deutschlands zu stellen, weil dies mit anderen Worten nur heißen würde, Deutschland abermals der Metternichschen Politik zu überliefern.

‡ **Frankfurt**, 27. Dez. Der vom Casino zur Begutachtung der Frage über das Reichsoberhaupt niedergesetzte Ausschuß (Schubert, Duncker, Langerfeldt, Zachariä) hat, mit Ausnahme von Zachariä, welcher am Wahlreich festhält, folgende Bestimmungen vorgeschlagen:

„Die Würde des Reichsoberhaupts wird mit einer der deutschen Kronen verbunden. Sie ist erblich nach dem Rechte der Erstgebnet. Ein Reichsgesetz bestimmt die nähere Ordnung der Thronfolge. Der Titel des Reichsoberhauptes bleibt einer näheren Bestimmung vorbehalten. Der Sitz der Reichsregierung ist Frankfurt am Main. Das Reichsoberhaupt nimmt, mindestens während der Dauer des Reichstages, seinen Aufenthalt am Sitz der Reichsregierung. Beim Tode des Oberhaupts versammelt sich der Reichstag, Kraft des Gesetzes, 4 Wochen nach seinem Ableben. Im Falle das Volkshaus aufgelöst und die Zusammenberufung des neuen auf eine spätere Zeit festgesetzt ist, tritt das alte bis zur Vereinigung des neuen, in seine Rechte wieder ein. Vom Tode des Oberhaupts bis zur Eidesleistung des Nachfolgers oder des Reichsverwesers, werden die verfassungsmäßigen Gewalten vom Gesammtministerium im Namen des Reichs geübt. Ist beim Tode des Oberhaupts der Nachfolger minderjährig, so vereinigen sich beide Häuser zu einer Versammlung zur Einsetzung einer Vormundschaft und Regentschaft. Dasselbe geschieht, wenn das Oberhaupt sich in der Unmöglichkeit befindet, zu regieren. Das Reichsoberhaupt so wie der Reichsverweser leisten beim Regierungsantritt dem versammelten Reichstage folgenden Eid: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volks zu schirmen und die Verfassung aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe.“ Das Oberhaupt ist unverletzlich und unverantwortlich. Es übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Minister aus. Für die Gültigkeit einer jeden vom Oberhaupt ausgehenden Regierungshandlung bedarf es der Gegenzeichnung wenigstens eines der Reichsminister. Das Oberhaupt hat die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reichs nach Maßgabe der Reichsverfassung. Das Oberhaupt übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reichs und der einzelnen deutschen Staaten aus. Es stellt die Reichsgesandten und Consuln an und führt den diplomatischen Verkehr. Dem Oberhaupte ausschließlich steht das Recht des Krieges und des Friedens zu. Es schließt die Bündnisse und Verträge mit auswärtigen Mächten ab ohne Mitwirkung des Reichstages, insoweit diese nicht verfassungsmäßig vorbehalten ist. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche deutsche Regierungen abschließen, sind dem Oberhaupt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. Das Oberhaupt hat das Recht des Gesetzvorschlags; es verkündet die von ihm sanctionirten Gesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen. In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat das Oberhaupt das Recht der Begnadigung, den Fall der Ministeranklage ausgenommen. Dem Oberhaupt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob; er hat die Verfügung über die bewaffnete Macht, überhaupt stehen ihm als Trägee der Regierungsgewalt, im Reich diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Verfassung der Reichsgewalt beigelegt, und dem Reichstage nicht zugewiesen sind. Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten, welche mehr als 250000 Einwohner haben; das Präsidium wird von dem Bevollmächtigten des größten Staats geübet, mit Ausschluß desjenigen, dessen Fürstenhaus die Würde des Reichsoberhaupts übertragen ist. Der Reichsrath ist beständig am Sitze der Reichsregierung versammelt. Das Reichsministerium ist verpflichtet, das Gutachten des Reichsraths einzuholen, wo es sich um Krieg und Frieden oder Verträge mit auswärtigen Mächten handelt. Das Reichsministerium ist befugt, auch außer diesen Fällen den Reichsrath gutachtlich zu vernehmen. Die Reichsminister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes beizuwohnen. Die Beschlüsse des Reichsrathes werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Die Mitglieder des Reichsrathes können sich nicht auf Mangel an Instruktionen berufen. Die Mitglieder des Reichsrathes können von den betreffenden Regierungen jederzeit abberufen und durch andere ersetzt werden.

* **Wien**, 23. Dez. Nach einem sehr hitzigen Wahlkampfe bei Ernennung eines Abgeordneten der Hauptstadt nach Kremsier entschieden heute für den abgetretenen Reichsminister v. Schmerling 54 Stimmen; sein Mitbewerber v. Pillersdorf erhielt nur 32 Stimmen. Die Wiener Ztg. vom 23. Dez. veröffentlicht wieder ein am 22. Dez. vollzogenes Kriegsurtel. Franz Stockhammer aus Botzen, Feldwebel bei dem Grenadierbataillon Richter, das sich am 6. Okt. weigerte, nach Preßburg zu marschiren, dann Mitglied der Wiener Mobilgarde, bei der er zum Lieutenant und bald auch zum Hauptmann ernannt wurde, in welcher Eigenschaft er bis zum 30. Okt. ununterbrochen am Kampfe gegen die Truppen des Fürsten Windisch-Grätz theilnahm, ward, zum Tode durch den Strang verurtheilt, am 22. Dez. erschossen.

Wien, 22. Dez. Nach den heutigen Nachrichten aus Preßburg von gestern Abends ist die Schiffbrücke wieder abgetragen worden, weil sie von den rinnenden Eisschollen sehr bedroht war. Es herrschte dort vollkommene Ruhe. Feldmarschallieutenant Simunich war noch in Tyrnau, und wird dieser Tage die Veste Leopoldstadt angreifen. Der Banus war nach Raab abgegangen, und es fand vorgestern und gestern kein Gefecht statt. Die Verschanzungen zwischen Hochstraß und Raab waren von den Magyaren verlassen worden. Heute aber dürfte es bei Raab zu einem Treffen kommen, denn der Marschall Fürst Windisch-Grätz rückt heute mit seinem Hauptquartier und dem zweiten Armeecorps von Karlburg vor. Aus Niederungarn sind heute keine detaillirteren Berichte über die Ereignisse bei Werschetz eingetroffen. Graf Nugent operirt gegen den Plattensee und Feldmarschallieutenant Jablen scheint bei Warasdin die Bewegungen der Armee ans Slavonien abzuwarten. Aus Oberungarn wird vom 15. d. das Vorrücken des Feldmarschallieutenants Schlick von Kaschau bis nach Miskoltz bestätigt. Um die Wirkung dieser niederschlagenden Nachricht in Pesth zu paralysiren, erklärte Kossuth in der Reichsversammlung, indem er diese Hiobspost verkündigte, daß Schlick ein guter Waffenlieferant sein würde. Er wollte dadurch andeuten, daß er gefangen werden dürfte. Es ist übrigens unbegreiflich, wie Kossuth bei diesem jammervollen Stadium seines Wirkens noch die Gemüther beherrscht und jedermann durch Schrecken lähmt. Auf seinen Befehl wurde dieser Tage Graf Nikolaus Esterhazy, welcher Miene gemacht haben sollte sich in das kaiserliche Lager zu begeben, erschossen. Von Preßburg hat er vor Räumung dieser Stadt einige königliche Beamte nach Comorn schleppen lassen. Von Comarn bis Pesth herrscht er einem König gleich mit eiserner Strenge. Die magyarische Armee, obwohl sehr schwankend in ihren Rückzugsbewegungen gegen Comorn, gehorcht bis zur Stunde seinen Befehlen. Eine ernste Niederlage der Magyaren wird aber dieses Blatt schnell wenden. Das Landvolk verhält sich neutral. (Allg. Z.)

Ollmütz, 22. Dez. Die Prager Deputation wurde vom Kaiser sehr freundlich empfangen, er erwähnte ausdrücklich, daß die Prager versichert sein können, daß er die Freiheit schirmen und entwickeln werde. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 23. Dez. Der Abgeordnete Neuenburg hat heute von dem Generaldirektor der Steuern, Hrn. Kühne, nachstehende Mittheilung erhalten: Ew. Wohlgeboren benachrichtige ich ganz ergebenst, daß nach einer soeben eingehenden Allerhöchsten Kabinetsordre die Steuer von der diesjährigen Weinlese in Gnaden erlassen worden ist. Berlin, 22. Dez. 1848. Kühne.

Lith. Korr. **Berlin**, 26. Dez. Aus guter Quelle geht uns die Nachricht zu, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes mit ziemlicher Sicherheit auf den 5. k. M. zu erwarten steht. Man versichert, daß gegen die längere Dauer eines durch die dermalige Lage der Hauptstadt keineswegs gerechtfertigten Zwangszustandes sich Stimmen bei dem Ministerium und selbst immediat bei der Person Sr. Majestät des Königs ausgesprochen hätten, von welchen ein Dissens mit Maßregeln des Gouvernements nicht zu erwarten wäe. Namentlich fallen achtbare Mitglieder der unbedingt ministeriellen Fraktion der aufgelösten Nationalversammlung ernstlichst Verwahrung eingelegt haben. Von derselben Seite her soll eine entschiedene Mißbilligung gegen die jüngsten politischen Kundgebungen hohe Gerichtshöfe eingelaufen sein, die sich gleichzeitig gegen den vom Justizminister an die Justizbehörden gerichteten Erlaß richtet. Der Centralausschuß der Demokraten Deutschlands, bestehend aus den Herren Dr. Heramer, Dr. d'Ester und Graf Reichenbach, hat gegenwärtig in Halle seinen Sitz genommen. Eine zwanglos erscheinende Zeitschrift „der Urwähler“ ist dort als Organ des Ausschusses begründet. Auch Hr. Jung hat sich nach Halle begeben. Der „blaue Montag“, das „Organ des passiven Widerstandes“, hat noch vor der gänzlichen Vollendung seiner Geburt ein Todesurtheil empfangen. Die Herausgeber wollen versuchen, wie weit sie es mit der auch dem Witz überlegenen Waffengewalt des Hrn. v. Wrangel aufzunehmen vermögen, sie wollen ein neues Blatt als „gelben Dinstag“ erscheinen lassen.

Konst. Korr. **Berlin**, 26. Dez. Der Weihnachtsabend hat auch unsern außerhalb ihrer Familie lebenden belagernden Soldaten manche angenehme Bescheerung gebracht. Nicht allein, daß die Königin dem Bataillon pommer'scher Landwehr im Schlosse

einen großen, herrlichen Baum mit Aepfeln, Nüssen und Cigarren daran für jeden angezündet hatte, auch die Bürger, deren Geschäfte seit der Anwesenheit der Soldaten einen merklichen Aufschwung genommen, schickten reichliche Gaben in die benachbarten Kasernen. — Auch das geheime Obertribunal soll nicht ohne Christgeschenk bleiben, ebenso wenig wie Herr Waldeck. Für das erstere circulirt ein Mißtrauensvotum unter den hiesigen Juristen, für letztern eine Vertrauensadresse unter dem Publikum.

⊙ **Potsdam**, 24. Dez. Abends. Könnte ich Ihnen doch nur von Eroberungslust und Machtgier unserer Beherrscher schreiben! Oder von unschuldiger Kindesmiene, welche, wie draußen auf dem Weihnachtsmarkte geschieht, das freundlich Gereichte freundlich entgegennimmt! Aber nein, Preußens Staatsmänner sind nicht Kinder, nicht Helden — und doch müßte das Eine wie das Andere Preußen in die seiner würdige Stellung zu Deutschland bringen. Man muß es noch als ein Glück schätzen, daß in General Brandenburg eine Husarenabneigung gegen jeden zu großen Einfluß Oesterreichs wohnt. Alle seine Kollegen möchten zu gerne das Werden Anderen überlassen, um für Preußen nur das Sein zu retten. Demnach wird wohl das beabsichtigte Zurücktreten der Minister mit dieser Frage zusammenhängen: man denkt daran, Männer dem Könige vorzuschlagen, deren Sprache schon etwas verdeutscht ist, von denen man sich kräftigeren Widerstand gegen einer hohen Person Gefühle verspricht.

Noch einen Beleg des wenigstens erwachenden Bewußtseins von dem was Preußen sein könnte, dürfen Sie Ihren Lesern geneigt wiedererzählen, obschon er fabelhaft klingt. Denken Sie Sich, man hat den Muth gehabt, Baiern abzuweisen! Die Sache war so: Feldmarschall Prinz Karl war (wie Sie wissen) im Namen des bayerischen Hofes — die bayerische Ansicht ist (wie Sie gleichfalls wissen) Tyrol und Oesterreich sehr zugethan — folglich begehrte Bayern natürlich (werden Sie meinen) eine österreich-preußisch-bayerische Trias, oder ein bayerisches Tyrol oder so etwas? Mit nichten. Es verlangte die Weglassung Oesterreichs aus dem Reiche — gerade wie Ihr Korrespondent Vom Rhein, mutatis mutandis, das versteht sich. Ich wiederhole es, Oesterreich sollte weggelassen werden — die Großmächte Preußen und Baiern sollten jedes Eine Stimme im obersten Reichskollegio haben, und die übrigen Fürsten unter sich einen Dritten wählen, um die ächt germanische Dreitracht voll zu machen. Ein Fortschritt, wie Sie sehen, von der deutschen Zwietracht — aber noch mehr von der ganz undeutschen Einheit. Die Briefe waren sehr schön gefaßt — jene 95000 Mann, welche vorsorglich zum Schutze der baierischen Konfession aufgestellt worden waren — die mächtige Abrundung des bayerischen Staates — die deutsche Gesinnung — Alles dieses war aufgezählt, und anderes mehr, was ich nicht wiedergeben mag. Doch Preußen ist reich an negativen Tugenden — es war standhaft — es verweigerte seine Zustimmung zur vorgeschlagenen Trias. Feldmarschall Prinz Karl kehrte unverrichteter Sache nach München zurück — bald waren die neuen Instruktionen fertig, und noch süßerer Weihrauch als vordem an die Hovel, wanderte jetzt in der Person des Freiherrn von Klasen nach Ollmütz. Die boierische Ansicht verlangt heute nicht mehr eigenen Sitz und eigene Stimme in der germanischen Dreitracht, sie begnügt sich mit dem Vorschlagsrechte von Kandidaten für den dritten Posten. Und dieses ist die münchener Anwendung des wälschen Sprichwortes: La mieux est l'ennemi du bien!

Aus dem preußischen Osterlande, 20. Dez. Von den hiesigen Häuptern der demokratischen Partei sind nun auch der Dr. Weiß in Osterfeld und der Lehrer Küchling in Schkölen durch Militärkommando's aufgehoben worden. (Aachn. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 25. Dez. Der Marschall Bugeaud, der bekanntlich zum Chef der Alpenarmee ernannt ist, hat folgende naive Proklamation an sie erlassen: Tagesbefehl. Paris, 24. Dez. 1848. Soldaten der Alpenarmee! Der Präsident der Republik konnte meine lange militärische Laufbahn nicht besser ehren, als dadurch, daß er mich an eure Spitze stellte! Das heißt mir die Gewißheit geben, daß ich Frankreich neue und große Dienste erweisen könnte, wenn sich Umstände darböten, unter denen es einen Ruf an eure Tapferkeit und Hingebung erlassen müßte. Sechs Kriegsjahre in Afrika haben mir gezeigt, daß unsere jungen Armeen nicht degenerirt sind, und daß sie nöthigenfalls das Beispiel der Armeen der Republik und des Kaiserreiches nachzuahmen wissen werden u. s. w. Die Reforme und ihre Gesinnungsgenossen machen ihrem Aerger gegen den Präsidenten auf eine etwas drollige Weise Luft. Sie verlangen ganz ernsthaft, daß er vor das Zuchtpolizeigericht gestellt werde, weil er unbefugter Weise den Ordensstern der Ehrenlegion getragen habe. „Wir bedauern," setzt die Reforme hämisch hinzu, „daß Herr Bonaparte anfängt, die Achtung, die man dem ersten Beamten der Republik schuldet, dadurch zu verringern, daß er sich öffentlich in einem Theatercostüm zeigt, als wäre eine Revue der Nationalgarden der Seine nur ein Turnier Franconi." Es kommen immer mehr Napoleoniden nach Paris. Bereits ist auch Lucian Napoleon Bonaparte, Bruder von Peter Napoleon Bonaparte, angekommen.

†† **Paris**, 25. Dez. Es ist eine durch und durch monarchische Observanz, daß Regierungshäupter den Antritt ihres Herrscheramtes mit militärischen Schauspielen feiern. Dessen ungeachtet finden auch Republikaner daran Gefallen. Mit welchen Gedanken betrachtete wohl der Pariser die Revue des 24. Dezbr.? Ihn, den schaulustigen Sanguiniker befriedigte der Glanz, die Mannigfaltigkeit, die Anzahl der vorbeimarschirenden Truppen. Sie wiederbelebten den Alten die Erinnerung an das Lager von Boulogne, welches der Revue des Kaisers die Helden früherer Siege vorüberführte; sie erweckten bei den Jüngeren die Hoffnung, aus ihren Reihen Männer hervortreten zu sehen, deren Name die junge Republik verherrlichen wird. Man sah in der großen Menschenmasse, welche auf dem Platz de la Concorde hin und hergeschoben wurde, kein unzufriedenes Gesicht; denn die Sozialisten, Feinde jeder Machtentfaltung anderer Parteien, hielten während der Revue ein demokratisch soziales Bankett. Mitten in dieser verworrenen Menge stand der Mann des Tages; um ihn nicht Könige und Fürsten, welche im Generalstabe seines Oheims nie fehlten, sondern unbekannte Offiziere, von welchen nur Changarnier genannt zu werden verdient. Changarnier stellte sich gegenüber dem Präsidenten, die Truppen marschirten zwischen beiden durch. Welche Ansicht ihn bewog, Etiquette und Reglement außer Acht zu lassen, ist mir unbekannt, doch die eine wie das andere weisen ihm den Platz an der Seite des Höchsten im Range an. Der Kriegsminister machte dem Präsidenten die Honneurs. Es dürfte manchen Ihrer Leser angenehm sein, die Aufstellung einer Armee von 100,000 Mann in Paris näher erörtert zu wissen. Das Marsfeld gibt den geräumigsten Platz dazu, aber der coup d'oeil von Paris ist verloren, wenn der Platz de la Concorde für das militärische Fest nicht gewählt wird. Wer Paris kennt und die andern Metropolen Europa's, wird einstimmen, daß keine einen so schönen Platz aufzuweisen hat. Anlagen und Bauwerke, welche den großen Plan bedecken, sind eine lebendige Geschichte des neuen Frankreichs. Der Obelisk in dem Centrum, die royalistischen Tuilerien mit dem Marschallssaal bilden die eine Grenze; und wenn man von da den Durchmesser zieht, so stößt man am anderen Ende an den Arc de triomphe das steinerne Epos der Großthaten des Kaiserreichs. Den auf dieser Linie senkrecht gezogenen zweiten Durchmesser tangirt die Chambre des Deputés jenseits des Pont Louis XV. und die schöne Kirche St. Madelaine, welche auf ihrem Säulengange das Kapitol der jüngsten Monate en haut relief: Liberté, Egalité, Fraternité trägt. Es scheint ein launiges Werk des Zufalls, welcher diesen Platz zum Album von Paris gemacht hat. Was in London der Westminster, das ist in Paris der Platz de la Concorde, ein Pantheon der Unsterblichkeit seiner großen Landsleute. Hier sammelten sich seit sechs Uhr Morgens die Bataillone von Paris und seiner Bannmeile. Offiziere des Generalstabes führten sie zu den Heersäulen, welche die angränzenden breiten Gassen, den Park der Tuilerien und den der Champs Elysées füllten. Wie stark die aufgestellte Armee war, zeigten die Punkte deutlich, an welchen die Queues der Heersäulen lehnten, Place Vendome und Barrière de l'etalle. Die Nationalgarde besetzte den Garten der Tuilerien, die Boulevards und zum Theil den Quai de la Conférence, die Armee die Champs Elysées und den andern Theil des Quai. Das Defiliren geschah mit Kompagnieabtheilungen, halben Eskadrons und halben Batterien.

Digitized by Google

Uebersicht.

Oesterreich und seine Politik. Die österreichischen Abgeordneten.

Deutschland. Frankfurt (Die Nationalversammlung und die österreichische Frage. Eine Professorenverschwörung. Neue Entdeckungen. Erklärung eines österreichischen Abgeordneten.) Wien (Oesterreich und die deutsche Nationalversammlung.) Innsbruck (Die künftige Constituirung Tirols.)

---

[a] Vom Rhein, 23. Dez. Ein neuer Anlaß zum Spiele der alten Leier. — Man hat sich soviel in Vermuthungen über die eigentlichen Ursachen des Thronwechsels in Oesterreich gequält. Die Zeit hat ihn veranlaßt, die so viel vermocht hat. Es ist nur ein Grund unter vielen, die sich unter diesen allgemeinen subsumiren, daß man Deutschland für den günstigen Fall einen repräsentabeln Kaiser bieten wollte, aber es war gewiß keiner der geringstwiegenden Gründe. Man hielt in Oesterreich mit seiner Werbung um die deutsche Krone zurück, als man nichts zu bieten hatte, als ein verlornes Italien, ein unabhängiges Ungarn, ein revolutirtes Land zur Aussteuer eines Bräutigams von wegen Gaben und Reizen, aber jetzt, nachdem man den lombardischen Brautschmuck wieder angelhan und das eigene Wohnhaus zu ruhigem Behagen wiedee hergerichtet, jetzt fand man es Zeit, die Person des Weibes selbst zu wechseln; der stattliche Ritter mußte um die frühere demüthige Rückhaltung gut zu machen, mit Prüderie beginnen; hat er vollends erst den ungarischen Edelstein im Sicheren, so wird er mit Uebermuth verschmähen oder begehren, vielleicht gar das Verschmähen verschmähen und nur schlechtweg begehren. Wer will weigern? der einzige Mitbewerber seit je vorkommend als Schleppentr, — als Schwerträger will ich sagen, tritt zurück. Man spielt in Oesterreich klug, fein und entschlossen zugleich, das macht selbst einen groben Freier angenehm. Verstände man dasselbe Spiel nur in Berlin ebensogut! Ganz denselben Personenwechsel hat man in Ihrem Blatte gleich nach den unseligen Märztagen für Preußen empfohlen, wo durch eine sonderbare Constellation ganz das ähnliche Verhältniß, die ähnliche Personenstellung vorliegt. Man hat sich nun die Originalität des Gedankens durch Wien verweg nehmen lassen. Man hat auch überhaupt dort, wo die Persönlichkeiten bedeutender sind, die in Frage kommen, nicht die Verleugnung, dem Staate Opfer zu bringen. In Oesterreich hat man die Fähigkeit zu diesem Opfer gezeigt, wo man einen einflußreichen Adel hat und in diesem eine traditionelle Politik. Dieser Hof, dieses Regiment in Oesterreich könnte mit Deutschland Alles anfangen, wenn man noch zu dem Einen Opfer fähig wäre, auch diese alte traditionelle Politik aufzugeben. Dies allein ist unmöglich, denn sie steckt Oesterreich zu tief in Fleisch und Blut, als daß sie ohne den Brand und Schnitt einer viel tieferen Umwälzung ausgerottet werden könnte. Böte Oesterreich an Deutschland die Aussicht auf eine großartige östliche Politik, Colonisation in Ungarn, Zollverbindung mit seinem ganzen Reiche, und was im Gefolge von allen dem läge, eine feindliche Stellung gegen den Hemmer aller Civilisation im Osten; griffe es mit Preußen den geschichtlichen Gedanken, der Beider Ursprung als Vertheidiger gegen den Vorschritt der östlichen Barbarei veranlaßte, in einem aktiven Sinne auf, der sie zum offensiven Vorkämpfer der westlichen Civilisation gegen Osten machte, was könnte dann dieses Reich und seine Lenker Deutschland nicht anbieten, nicht anmuthen, in welche Kämpfe nicht mitreißen um solch einen Kampfpreis, wo Preußen immerhin als Schwertträger in zweiter Linie mitgehen könnte! Möchte sich Rußland mit Frankreich die Hand reichen, in solch einem Bunde würden wir es so sehr nicht fürchten. Aber es ist ja Oesterreich, das Rußland die Hand reicht; dieß ist der Anlaß zu einem nochmaligen Verweisen auf die österreichische Frage. Die Nachrichten kommen wieder aus Preußen, nicht aus Oesterreich, daß russische Truppen in Siebenbürgen eingerückt sind. Ein Berliner Korrespondent in der D.P.A.Z. stellt die Sache so dar, als sei das gegen oder wenigstens nicht mit Oesterreichs Willen geschehen; es sei noch ein sehr dunkler Punkt, in wie weit Oesterreich dies Vorschreiten Rußlands billigen oder wenigstens dulden möchte! Man könnte im Mißtrauen so weit gehen, dieß für eine östere. Korrespondenz zu halten. Dean das wäre das Meisterstück der Sache, wenn man Deutschland grade im entscheidenden Moment könnte glauden machen, Rußland falle Deutschland feindselig an, es knüpfe mit Louis Benaparte Ehe- und Staatsbündnisse, es willige in die Rheingrenze, es reservire Leuchtenberg für den Thron von Italien, es greife die napoleonischen Weltpolitischen Plane auf — (hat ja doch Kaiser Nicolaus gesagt, die einzigen Herrschaft würdigen Familien seien die Romanovs und die Napoleons) ich sage, es wäre ein Hauptstreich, wenn man das Alles Deutschland im Momente seiner Kaiserwahl und seines Kaisergesetzes aufbinden könnte; denn gegen diese Gefahr gäbe es nne Eine Rettung: engste Verbindung mit Oesterreich um jeden Preis, den es uns böte. So weit hoffentlich geht unsere Bonhommie doch nicht. Die gegensätzlichen Darstellungen und Auslegungen dieses Einmarsches der Russen liegen gar zu nahe und stad in Zeitungen und andern Blättern beifällig zu lesen. Die alte liebe Freundschaft zwischen Oesterreich und Rußland erhält ihr Siegel in diesem Freundschaftsstück. Der östliche Freund geht in seinem Eifer vielleicht etwas weiter und etwas früher vor, als nöthig oder erwartet war, aber dies ist immer seine Art gewesen; vor der Welt als der Protektor von Oesterreich und Erhalter seiner inneren Ruhe dazustehen, ist was werth, selbst das Risico einer baldigsten freundschaftlichen Ablehnung. Denn diese wäre doch wohl von Oesterreich zu erwarten, da es seiner neugewonnenen kräftigen Haltung in seinem Innern keinen ärgeren Schlag in der öffentlichen Meinung versetzen könnte, als durch die Herbeiziehung einer bis jetzt, und voraussichtlich auch fernerdin ganz unnöthigen Hülfe. Werke man aber hieraus, welches Mißtrauen Oesterreich in seine eigene Kraft hat und welcher Schwäche es sich bewußt ist, bewußt war wenigstens, ehe dieser neueste Rausch seiner Allmacht eingetreten ist. In diese Schwäche hat Oesterreich vor einigen Monaten auch in seinen Botschaften nach Paris und London für den Nothfall sich bereit gehalten, den Rhein an Frankreich Preis zu geben. Diese Momente der Schwäche können in Oesterreich jeden Tag wiederkehren, über Jahr und Tag werden sie wiederkehren. Diese Momente machen es der denkenden Politik einer Nat.-Vers., der instinktiven eines Volkes zur ersten Pflicht, sich den Bundesgenossen fern zu halten, von dem diese Kontagion zu fürchten ist, zu der in dem übrigen Deutschland gar keine Anlage und Anlaß vorliegt. In einem solchen Momente ist zu fürchten, daß Oesterreich, das von seiner alten Politik nichts vergessen hat, mit Deutschland wieder thue was es hundertmal gethan hat, daß es uns Preis gibt. Wenn Rußland und Frankreich gegen uns konspiriren wollen, so fürchten wir nichts so sehr, als daß Oesterreich mit ins Spiel tritt. Seine Existenz steht auf dem Spiele, und an seine Existenz setzt man Alles. Politisch betrachtet, dürfte man Oesterreich diese Handlungsweise gar nicht einmal so übel nehmen. Lernen wir sie vielmehr ab. Unsere Existenz ohne Oesterreich, ist gemacht. Das setzt uns in den großen Gegensatz unserer Interessen zu denen von Oesterreich. Unsere Existenz an die österreichische knüpfen, heißt sie muthwillig und ohne Noth mit aufs Spiel setzen. Das verantworte wer kann, und dafür wirke wer es verantworten kann!

Deutschland.

— **Frankfurt**, 24. Dez. Ihr Korrespondent „Vom Rhein" tadelt das Verfahren der Nationalversammlung in der Sache Oesterreichs als unentschlossen und unpolitisch. Bei aller Hochachtung vor dem historischen Scharfblicke des berühmten Gelehrten müssen wir uns doch gestatten, die Berechtigung dieses Tadels einigermaßen in Zweifel zu ziehen. Wenn derselbe zunächst behauptet, man hätte sofort nach Blums Hinrichtung die Abtrennung Oesterreichs aussprechen sollen, weil damals „der Instinkt der Nation mitgewirkt hätte," weil „Schlag dem Schlage nach Verdienst gefolgt wäre," so muß in der That ein solcher Rath aus solchem Munde Wunder nehmen. Hätte wirklich die Nationalversammlung gerade diese Thatsache (welche ohnedin in ihrer eigenthümlichen Zusammensetzung aus materiellem Recht und formellem Unrecht so beklagenswerthe Verwirrung in den Rechtsbegriffen des Volks hervorgebracht hat) zum Bruche mit Oesterreich benutzen und dadurch mindestens den Schein auf sich laden sollen, als ob sie die Thaten R. Blums unter ihren Schutz nehme und mit Oesterreich darum breche, weil Oesterreich dem Attentate des

Frankfurter Emissärs gegen dessen Staatsordnung die volle Strenge seiner Gesetze entgegengesetzt habe? Denn darüber wird sich doch der ruhig beobachtende Historiker am wenigsten täuschen können, daß der „Instinkt der Nation," welcher um Rache für den Gemordeten schrie, nicht die verletzte Form, nicht die unterlassene Anfrage um Ermächtigung bei der Nationalversammlung, sondern das vollzogene Strafurtheil selbst einzig und allein im Auge hatte, und daß der Wuthschrei dieser aufgeregten Massen um nichts schwächer gewesen sein würde, wenn Blum auch in allen Formen Rechtens nach ertheilter Genehmigung der Nationalversammlung zur strafrechtlichen Untersuchung verurtheilt und hingerichtet worden wäre. So entschieden wir daher in dem Verfahren der österreichischen Behörden bei der Behandlung Blums und Fröbels (obschon freilich nicht darin allein) die bestimmte, thatsächliche Erklärung Oesterreichs, daß es mit dem deutschen Reiche nichts zu schaffen habe, erblicken mußten, so konnten wir doch unmöglich wünschen, daß gerade dieser Anlaß unsererseits gewählt würde, um auf jene Erklärung die entsprechende Gegenerklärung zu geben. Das Erscheinen des österreichischen Ministerprogrammes war allerdings ein passenderer Augenblick für die Entscheidung; aber sehr bald nach jenem Erscheinen ist auch die Frage wegen einer definitiven Auseinandersetzung mit Oesterreich in der Nationalversammlung sowohl, als im Reichsministerium angeregt und verhandelt worden. Wir geben zu, daß die erste Anregung der Art von einer Seite aus und in einer Weise geschah, welche es zweifelhaft erscheinen lassen mag, ob die Anregenden das Ziel der mit Oesterreich zu pflegenden Unterhandlungen in einem ausschließlich deutschen Sinne auffaßten, ob sie dasselbe überhaupt sich klar dachten. Daß dabei aber seitens der Oesterreicher durchaus und überall böser Wille und eine jesuitische Politik im Spiel gewesen sei, wie Ihr Korrespondent anzunehmen scheint, das glauben wir mit gutem Gewissen, und ohne den Vorwurf leichtgläubiger „Gemüthlichkeit" zu fürchten, in Abrede stellen zu müssen. Ohne für alle österreichische Mitglieder der Nationalversammlung einstehen zu können aber zu wollen, dürfen wir doch kühn behaupten, daß ein großer Theil derselben mehr in einer Selbsttäuschung befangen, als aus bewußter Arglist und Intrigue so handelt, wie wir ihn handeln sehen. Wir können uns recht wohl denken, daß es auch dem ehrlichsten Oesterreicher schwer hält, zwischen Dem, was er für das Dasein und Macht seines Vaterlandes als nothwendig erkennt, und seinen Sympathien für eine engere Verbindung mit Deutschland die rechte Ausgleichung der Abgrenzung zu finden; ja wir können selbst dann nicht sofort den Stab über ihn brechen, wenn er nicht ohne Widerstreben sein Oesterreich von allem Einfluß und Antheil auf die Geschicke Deutschlands ausgeschlossen sehen mag, und Alles aufbietet, um Dies zu verhindern. Wir sollen zwar diesen Gefühlen des Oesterreichers nicht zu viel einräumen, wir sollen uns selbst dadurch nicht zu gleicher Gefühlspolitik hinreißen lassen, wie es leider ein Theil der Nationalversammlung thut — aber unrecht erscheint es uns, in Bausch und Bogen so harte Vorwürfe über die Abgeordneten eines Volksstammes auszugießen, mit dem wir ja doch auch ferner in gutem Einvernehmen bleiben wollen. Und Dies um so mehr, als wir nicht leugnen können, daß wir selbst lange Zeit die Täuschung, als könne Oesterreich wirklich vollkommen mit uns gehen, getheilt und in den Oesterreichern genährt haben. Bemerken müssen wir übrigens noch, daß jene Politik des Zuwartens, Oesterreich gegenüber, jenes Zurückbeben vor einer scharfen Entscheidung der Frage, jenes Bestreben, „Oesterreich die Thüre offen zu halten", kurz alles Das was Ihr Korrespondent als eine „Metternich'sche Politik" seitens der Oesterreicher so hart angreift, von Nichtösterreichern, und zwar von solchen, denen man weder redlichen Willen noch staatsmännische Einsicht abzusprechen wagen möchte, nur's Lebhafteste unterstützt und verfochten worden ist und noch wird — ein Beweis, daß man wenigstens nicht allzu kategorisch hierüber aburtheilen sollte. Gerade jene Partei, zu der Ihr Korrespondent, so lang er selbst Mitglied der Nationalversammlung war, sich bekannte, gerade jene Männer, welchen derselbe unsers Wissens in Richtung und Gesinnung besonders nahe steht, habe einer sofortigen klaren Auseinandersetzung mit Oesterreich, wie Ihr Korrespondent sie anempfiehlt und wie wir mit ihm sie dringend wünschen, fortwährend widerstrebt, und es hat der ganzen Entschiedenheit und Fähigkeit der beiden andern Fraktionen des Centrums bedurft, um die Sache auf den Standpunkt zu bringen, auf welchen sie endlich das Gagern'sche Programm gestellt hat: den Standpunkt, von welchem aus ein Unterhandeln mit Oesterreich über die Modalitäten seines Eintritts in den Bundesstaat völlig abgeschnitten und ihm nur die Alternative offen gelassen ist: Eintreten unter den strengen Bedingungen der §§. 2 und 3 — oder gänzliches Austreten. — Wenn endlich Ihr Korrespondent zum Schlusse auf die Idee der Vereinbarung zurückkommt und der Nationaloersammlung räth, die Verfassung den einzelnen Regierungen zur Annahme vorzulegen, „aber nur den Regierungen, die an den Grundlagen des Bundesstaats nicht rütteln wollen" — so möchten wir denselben wohl fragen, welche denn diese Regierungen seien und woran man im Voraus erkennen könne, ob eine Regierung „an den Grundlagen des Bundesstaats rütteln wolle" oder nicht? Keine Regierung wird zugestehen, daß sie dies thun, vielmehr wird jede behaupten, sie wolle den Bundesstaat seinem wahren Wesen nach, und dabei wird jede die „Grundlagen" dieses Bundesstaats anders verstehen — die eine wird das Militärwesen, die andere die andere die auswärtige Diplomatie, die dritte die Besteuerung, die vierte die Gesetzgebung, und so jede Etwas von der Machtvollkommenheit der Bundesgewalt ausgenommen, oder doch in beschränkterer Weise ihr unterworfen sehen wollen, und so wird aus der Vereinbarung mit diesen besonderen Partikularitäten zuletzt eine Verfassung herauskommen, die weder Fleisch noch Fisch, weder Bundesstaat noch Reich, weder ein Bild der Einheit noch innen, noch eine Gewähr nach außen ist. Nein! Das Einzige, was wir thun können und thun müssen, ist dies, daß wir die Verfassung zu Ende führen, sowie die Natur des Bundesstaates und die Rücksichtnahme auf die gegebenen Thatsachen und Verhältnisse sie gebietet, und daß wir dann die Stimme des Volkes darüber entscheiden lassen, ob wir seine Bedürfnisse damit getroffen haben oder nicht. Haben wir sie getroffen, so wird die öffentliche Stimme die Regierungen nöthigen, die Verfassung anzunehmen; haben wir sie nicht getroffen, so wird sie auf dem Papiere bleiben und nicht in's Leben treten.

△ **Frankfurt a. M.**, 26. Dez. Haben Sie einen Artikel in Nr. 354 der D. Allg. Z. übersehen oder schien er Ihnen keiner weitern Erwähnung, beziehungsweise Widerlegung würdig? Aber ich glaube doch, Sie sollten mit einigen Worten auf diese charakteristische, aus Frankfurt vom 16 Dez. datirte Korrespondenz zurückkommen; es herrscht in der besagten Korrespondenz eine so kühne Kombination, eine so eigenthümliche Auffassung von Personen und Zuständen und dabei eine so schelmische kollegialische Art, Wahres und Falsches zusammenzumischen und durch ein solches Gebräu einen oder den andern politischen Gegner zu denunziren — die Absicht hierzu gibt sich wenigstens naiv genug kund — daß es gewissermaßen zur moralischen Pflicht wird, für die Verbreitung solcher in ihrer Art wohlgelungenen phantastischen Dichtungen auch in weitern Kreisen zu sorgen. Der Korrespondent bespricht die Idee des deutsch-preußischen Kaiserthums, welche er mit dem glücklichsten Humor von der Welt auf eine bloße Professorenintrigue zurückführt. Die ganze Idee geht dem Korrespondenten zufolge aus einem Komplot der Professoren Beseler, Dahlmann und Gervinus, dieses Komplot aber wieder aus den schleswig'schen Sympathieen der genannten Herren hervor. Es handelt sich mithin bei dieser Idee nicht, wie man bisher glaubte, um das große ganze Deutschland, sondern um die Sackgasse Schleswig. Jene drei Verschworene wollen, daß Preußen den Krieg fortführe; die Sache müsse fertig sein, noch ehe der Waffenstillstand abgelaufen und Oesterreich so weit mit sich in Ordnung ist, um auf Grund der Verträge von 1815 etwas in die Sache darein zu reden. Wir begegnen weiterhin noch folgender bezeichnender Stelle: „Beseler's Bruder, der für einen schleswig'schen Distrikt eingetreten, ist Vicepräsident geworden. Man hätte es lieber verbergen sollen, daß Deputirte für Schleswig, welches nun einmal doch nicht zu Deutschland gehört, in der Versammlung sitzen. Die Einheitsschwärmer werden bearbeitet, man debucirt in der Deutschen Zeitung, für welche Gervinus wieder schreibt, daß Oesterreich ausgelassen werden müsse, man predigt, daß anders als ohne Oesterreich und mit einem erblich monarchischen Haupte für den Rest kein Ziel zu finden und dem Verlangen des Volks nicht zu genügen sei. Hr. v. Schmerling ist bereits gewichen, und ob das Ministerium die gewünschte Ermächtigung zum Verhandeln mit Oesterreich bekommt, ist bei dem Widerstande jener Partei ungewiß." Bis hierher war den drei Verschwörern wenigstens die Ehre gelassen, daß sie bei ihrem Plane, wenn auch nicht von einer

allgemein deutschen, doch von einer schleswig'schen Idee geleitet waren; aber der Korrespondent möchte sie doch nicht gern selbst in dieser wenig erhabenen idealen Höhe erhalten; er versucht, sie in die gemeine Wirklichkeit hinabzuziehen, indem er pfiffig hinzusetzt: es sei dabei auch wohl auf einige Ministersitzen abgesehen und insofern wäre es nicht ganz erwünscht gewesen, daß nicht das ganze Ministerium, sondern Hr. v. Schmerling allein abtrat. Hr. Dahlmann sucht also in diesen verdeckten Gängen einer bloßen Professorenintrigue zu einem Ministerposten zu gelangen, nachdem er im Sommer, wo er dies Vergnügen so wohlfeil haben konnte, freiwillig darauf verzichtete! Und als ob ein Reichsministerposten bei der jetzigen Lage der Dinge so verlockend wäre! Aber noch mehr: um ein preußisch-deutsches Kaiserthum herzurichten, muß Preußen in Frankfurt aufgelöst, der König, wenner sich weigert, zum Rücktritt genöthigt, sein Nachfolgerzum Kaiser erhoben, Baiern, Würtemberg, Sachsen, wenn sie sich widersetzen, zur Willfährigkeit gezwungen werden. Fragt man wodurch? so antwortet der Korrespondent ganz einfach: durch Revolutionen! — wenn also zufällig eine Militärschlägerei oder in München ein Bierkrawall stattfinden sollte, so wissen wir, wer so furchtbare Dinge anzettelte: kein anderer als Herr Gervinus, der inzwischen im stillen Thale am Neckar weilt, im Bunde mit seinen Mitverschwornen Dahlmann und Beseler. — Im Begriff, unsere gemüthliche Betrachtung über die höchst merkwürdigen Entdeckungen und Aufklärungen der D. Allg. Z. zu schließen, verschafft uns dieselbe Zeitung noch die Kenntniß eines Artikels „Vertrauliches aus Hannover", welchen die „Hannoversche Zeitung" in ihrer Nr. vom 23. Dez. mitgetheilt hat. Hier heißt es am Anfange ganz kurz: „die schleswig-holsteinische Doktrin (!) vom Reichsoberhaupte, der es nur um einen ohne Weiteres gegen Dänemark vom Leder ziehenden Kaiser zu thun ist, und die sich jetzt in den Frankfurter Blättern so wohl sein läßt" u. s. w. Und zum Schlusse: „Es handelt sich für die schleswig-holsteinische Doktrin ja nicht um die deutsche Einheit, sondern um den deutschen Besitz Schleswigs." Zwischen Anfang und Ende werden einige Data angeführt, welche beweisen sollen, daß in Hannover der Partikularismus nicht in Blüthe stehe; würde doch z. B. das Reichsgesetzblatt im Lande vertheilt, habe man doch offene Vorstellungen gegen nachtheilige Grundrechts- und Verfassungsbeschlüsse gemacht u. s. w. Nur, meint die Hannoversche Zeitung, würden die deutschen Staaten „nicht ohne Weiteres ad majorem Dei gloriam von einem bisherigen Mitverbündeten sich unterpflügen lassen." Jedenfalls hat, wie die Nation für dieses deutsche Einheitsbekenntniß, so die Wissenschaft der Hannoverschen Zeitung Dank zu sagen für die Erfindung „der schleswig-holsteinischen Doktrin vom deutschen Reichsoberhaupte" (dem, wie es weiter zierlich genug heißt, gegen Dänemark „vom Leder ziehenden" Kaiser), wie anderntheils der D. Allg. Z. für die Entdeckung der Gervinus-Beseler-Dahlmannschen Drei-Männer-Verschwörung der Dank der gefährdeten Nation in der bekannten Formel auszusprechen sein möchte: sie (oder ihr Korrespondent) habe sich um das Vaterland wohl verdient gemacht!

Frankfurt, 27. Dez. Erlauben Sie nur einige Worte der Erwiederung auf Ihre Frage in No. 336: Was wollen die Oesterreicher? Ich gehe dabei auf den Streit über die Person des Herrn von Schmerling nicht ein; dieser Streit hat für mich etwas Kleinliches. Dagegen glaube ich, daß mit dem Programme des Herrn Ministerpräsidenten, ausgenommen die wenigen Völkerrechtdünkler, kein Oesterreicher einverstanden sein kann. Die Nationalversammlung soll nach demselben (siehe No. 2 des Programms) bereits jetzt, ehevor noch die erste Lesung der Verfassung vollendet ist, dem Ergebnisse der Endberathung und des Enddeschlusses über das deutsche Verfassungswerk vorgreifen, sie soll aussprechen, daß Oesterreich als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sei, sie soll Oesterreich jedenfalls aus Deutschland hinausdekretiren! Und wir Oesterreicher, die wir mit dem Willen des österreichischen deutschen Volkes in dem deutschen Hause sitzen, wir sollen dieses Urtheil mitsprechen und unterschreiben! Es dürften wohl wenige Oesterreicher österreichischer Abgeordneten daran denken, das Heimathland, falls es widerstrebte, mit Waffengewalt in den deutschen Bundesstaat hereinzwingen zu wollen, obschon es, mit Ausnahme der wenigen Vereinbarungsmänner, Jedem klar sein dürfte, daß kein Theil des deutschen Volkshauses oder der darin vertretenen deutschen Stämme, das Recht haben könne, je nach Wohlgefallen und Belieben sich der Mehrheit zu fügen oder auszuscheiden. Die Grundsätze des Rechts müssen gleich gelten für Groß und Klein, für links oder rechts der politischen Meinungen. Wer übrigens einen thatsächlichen Zustand nicht ausdrücklich gutheißt, muß darum nicht zum Schwerdte greifen; es gibt auch ein Drittes und das ist sich mit tiefem Kummer im Herzen der Gewalt der Umstände zu fügen. — Auf die gegen §. 2 und 3 eingelaufenen Adressen legen Sie wohl zu viel Gewicht. Wien hat unter dem Nachhalle der Kanonen und unter dem Schutze des Belagerungszustands seine erste Stimme erhoben und die nachfolgenden Adressen kommen zum größten Theile aus Nieder- und Ober-Oesterreich, wo man es, wie einst in der Mode des Putzes, der Gesellschaft, des Ganges und selbst des Essens, so nun in politischen Dingen nachzumachen scheint. Die Hauptstadt ist jedoch durch ihr Rennen von einem Aeußersten zum andern, durch ihr auszelassenes Stürmen und Toben und die nachgefolgte ekelhafte Wohldienerei, durch ihr Flitterwesen auch im öffentlichen Leben, auf dem bestrn Wege, bei allen denkenden Oesterreichern außer ihren Mauern den Glauben an politische Einsicht und Charakter einzubüßen. Und leider, leider hat man in Wirn und Oesterreich überdaupt bis hinauf in die höchsten Regionen Anarchie und Wühlerei mit Deutschthum verwechselt. Die Farben oder dee Lappen, den man einer Sache umhängt, beweiset nicht für deren Gehalt, so wenig als der Einband für den Inhalt des Buches. Hätte man bei Hofe und im Hauptquartier doch lieber gezählt, wie viele deutsche Oesterreicher im Oktober nach Wien zugezogen sind! Mehr aber als Vorwand und Farben hat der deutschen Sache in Oesterreich der Zuzug und die Adresse ons Frankfurt geschadet und die irrige Meinung verbreitet, daß die Wiener Empörung bis mitten ins deutsche Haus hineinspinne. Unter solchen Verhältnissen und irrigen Voraussetzungen kamen die Adressen nach Frankfurt zu Stande. Mit Erzählung all der Mittel, welche wenigstens am Lande angewendet wurden, um Adressen zuwege zu bringen, will ich Sie nicht weiter belästigen. Erlauben Sie mir nur schließlich die Frage: rühren diese Adressen auch von der Mehrzahl der Bewohner jener Länder her, aus denen sie kommen? Denn sonst beweisen sie nur, daß über 32 und 3 nicht Einstimmigkeit der Wünsche herrsche. Von allen österreichischen deutschen Ländern kommen sie gewiß nicht; denn das Herzogthum Salzburg, die deutsch-böhmischen Kreise und, wie ich höre, Vorarlberg, haben entschieden deutsche Gesinnung ausgesprochen. Wenn daher die eingelaufenen Adressen den Maßstab der Berechtigung zum Anschlusse oder Abschlusse abgeben, so dürfen wenigstens die vorgenannten Länder nicht aus dem deutschen Bundesstaate ausgeschlossen werden. — Es ist hart genug, daß wir auf dem Punkte stehen, um all' die herrlichen Frühlingsbolfnungen einer deutschen Brust, um den Antheil an den Segnungen des erstehenden Vaterlandes zu kommen, müssen man daher nicht auch noch den herben Vorwurf dießen Ränkeschmiedens und Widerstandmachens auf uns alle laden. —

Ein österreichischer Abgeordneter.

Wir erkennen mit Vergnügen die ehrenwerthe Absicht und würdige Haltung der vorstehenden Zuschriften; sie unterscheiden sich dadurch von einem Artikel verwandten Inhalts in der Allg. Z. vom 25. Dez. Aber weder der obige, noch der Artikel der Allg. Z., noch ein dritter im Frankfurter Journal, keiner giebt uns die offen befriedigende Antwort auf unsere einfache Frage: Was wollen die Oesterreicher? In der Allg. Z. heißt es zwar: „Sie wollen ein großes, mächtiges, einiges Deutschland, sie wollen daß dieses Deutschland auch ihr Oesterreich in sich schließe." Daß damit im gegenwärtigen Augenblick gar nichts gesagt ist, das wissen wir Alle. Ueberhaupt macht es sich der Mann der Allg. Z. sehr bequem. Er läugnet die Koalition, läugnet die wesentliche Gleichheit des Schmerling'schen und Gagern'schen Vorschlags, läugnet den Brief des Ministers Bach u. s. w., kurz er läugnet alles was ihm unbequem ist. Wir sagen mit ganz gleicher Gemüthsruhe: Die Oesterreichrr haben sich coalisirt, untereinander und mit Pfaffenfreunden, Reactionären und Particularisten von rechts und links; die Vorschläge von Schmerling und Gagern sind wesentlich identisch. (wer das läugnet, deutet uns auf etwaige Hintergedankrn), es hat ein angeblicher Brief des Ministers Bach von dem angegebenen Inhalt circulirt u. s. w. Nun wollen wir die Sache selbst einen Augenblick betrachten, wobei wir natürlich dem Ungenannten der obigen Zuschrift den Vorzug geben. Wir können uns dabei ganz kurz fassen; alle wesentlichen Punkte der Sache sind ja schon früher von uns besprochen.

Hier kommt es blos auf Beurtheilung des Verfahrens der Abgeordneten an, und diese hängt davon ab, wie sie zu ihrer Regierung sich stellen oder gestellt haben. Das Verfahrin der Regierung ist ganz klar; das Programm war ein unzweideutiger, zum Ueberfluß noch durch eine Reihe von Rigierungshandlungen kommentirter Absagebrief an das Frankfurter Parlament und sein Werk, den deutschen Bundesstaat. Die einfache Folge war die Zurückberufung der Abgeordneten an jenem Parlamente, der Mitarbeitir an diesem Bundesstaat. Die Abgeordneten selber mußten das fühlen. Blieben sie dennoch, so entstand der Verdacht, daß die Regieruag auf der einen Seite sich von dem Parlament lossage, auf der andern fortwährend die Hand im Spiele haben wolle bei Errichtung der deutschen Verfassung und zwar durch die zunächstliegende Vermittlung ihrer Abgeordneten, die so in die Rolle diplomatischer Vertreter ihres speziellen Vaterlandes eintraten. Es fragt sich nun, ob die Abgeordneten in Bezug hierauf mit der Regierung übereinstimmten, oder sich in Opposition befanden? Das Erstere durfte man zunächst voraussetzen bei den „schwarzgelben" Abgeordneten (man gestatte auch uns einmal diesen Ausdruck, der in Oesterreich auf der Tribüne und bei der Presse ohne böse Bedeutung gang und gäbe ist.) Die aber nicht mit der Regierung übereinstimmten, was hatten sie zu thun? Blieb ihnen noch eine weitere Instanz nach dem Ausspruch ihres Ministeriums? So scheinen sie allerdings die Sache anzusehen. Man sagt uns von ihrer Seite zunächst: kein Theil des deutschen Volkshauses und keine darin vertretenen Stimmen haben das Recht, nach Belieben sich der Mehrheit zu fügen oder auszuscheiden. Ganz recht; aber wenn ein so mächtiger Staat, wie Oesterreich, der noch überdieß seine ganz eigenthümlichen Verhältnisse bei jeder Gelegenheit geltend machte, sich der Mehrheit nicht fügen will, so müssen wir ihn bezwingin, oder uns, oder er muß ausscheiden. Ein Uebriges ist es, wenn wir ihnen noch Freundschaft und Bündniß anbieten. Weiter kann man geltend machen, das Ministerialprogramm sei nicht der Wille Oesterreichs. Das sagt mit deutlichen Worten der Artikel der Allg. Z.: die Abgeordneten sino nicht überzeugt durch ein Ministerialprogramm, eder durch eine Depesche aus dem auswärtigen Amt, sie wollen überzeugt werden durch den Ausspruch des österreichischen Volkes durch den Mund seiner gesetzlichen Vertreter. Wollen sie mehr als den Beifall, als die Deferenz des Reichstages in Kremsier gegen eine allmächtige Regierung? Man sagt uns, auf die Adressen gegen Frankfurt sei nicht zu viel Gewicht zu legen. Wir wollen gern glauben, daß sie nicht durch die lautesten Mittel und Motive zusammengebracht sind; aber man zeige uns die Gegenäußerungen! Stimmt das Volk nicht bei, so verhält es sich mindestens theilnahmlos. Uns scheint, als wollte man selbst in den wahrhaft deutsch gesinnten Provinzen immer zugleich Oesterreicher und Deutscher, und noch obendrein Tiroler, Steiermärker u. s. w. sein. Dieß ist unmöglich, wenn aus Deutschland etwas werden soll. Auch der Artikel in der Allgemeinen Zeitung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es möglich sei „Oesterreich und Deutschland durch ein engeres als ein bloß völkerrechtliches Band zu vereinigen." Der Artikel im Frankfurter Journal meint überdieß, „die Oesterreicher Abgeordneten, die gegen die §§. 2 und 3 stimmten, hätten nie zugegeben, daß der Bundesstaat ohne jene §§. nicht realisirt werden könne, sie hätten auch unter den gewünschten Modifikationen nie ein Arrangement verstanden, das Oesterreich völlig aus den Bundesstaaten hinausschiebt," d. h. mit andern Worten, sie hätten immer nur den Staatenbund gewollt. Um Oesterreich und Deutschland, unter den jetzigen Verhältnissen, durch ein engeres als ein bloß völkerrechtliches Band zu vereinigen, giebt es nur zwei Wege: Den alten Staatenbund, oder ein österreichisch-deutsches Kaiserthum. Auf den ersten stellt sich die österreichische Regierung, das zweite möchte sie erlangen. Wir werden uns Beidem stets widersetzen; wir können uns einen Kaiser nicht denken, der den Vertretern der Nation in's Gesicht schlägt, und der alte Staatenbund war mit und durch Oesterreichs drückenden Einfluß die Wunde, an der unser nationales Ansehen verblutete. Auf diese Punkte reducirt sich die Thätigkeit der Oesterreichischen Regierung, und über diese hinaus, wir wiederholen es, liegt keine sterliche Instanz, es wäre denn die Gewalt, sei es durch Krieg von Deutschland her, oder durch Volkserhebung in Oesterreich. An Beides denkt kein Mensch, auch unser Verfasser denkt nicht daran. „Wer einen thatsächlichen Zustand nicht gut heißt, braucht nicht zum Schwerdte zu greifen, es giebt noch ein drittes: sich mit diesem Kummer der Gewalt der Umstände zu fügen." Wer soll dieß thun? Oesterreich, das die Gewalt der Umstände uns auflegt? Oder Deutschland, das ein „verjüngtes Deutschland" werden will? Soll es sich gleich zum Anfang kummervoll in die Umstände schicken? Es muß selbst die Umstände auflegen, und Trennung ist es, was es Oesterreich nach dessen Vorgang auferlegen muß. Wer sich mit Kummer zu fügen hat, das sind allein die Oesterreichischen Abgeordneten, die es wohl meinen mit Deutschland und Oesterreich. Sie müssen einsehen, daß das staatenbündliche Verhältniß der Vergangenheit den Deutschen in Oesterreich fast noch mehr Schaden gebracht hat, als den Deutschen außer Oesterreich. Sie müssen einsehn, daß ein starker freientwickelter Nachbar eine stärkere nationale Anziehungskraft ausübt, als ein verkümmerter Zwillings- oder Drillingsstaat. Wenn sie das Verfahren ihrer Regierung vorwerfen, so müssen sie sich ihm fügen. Thun sie es nicht, so werfen sie auf ihre Regierung, die ihre Renitenz duldet, den Verdacht eines doppelten Spieles, auf sich selbst den Verdacht, dies doppelte Spiel zu begünstigen und ihren politischen Grundsätzen untreu zu sein. Dieser Verdacht verstärkt sich auf's äußerste, wenn sie mit Landsleuten, die als Anhänger der Regierung, als Vertheidiger ihrer Maßregeln bekannt sind, mit Männern von anderer politischen Ueberzeugung im Bunde stehen. Es ist nur natürlich, wenn das Urtheil über jene auf sie ausgedehnt würde. Es ist um so natürlicher, wenn das Urtheil, wie das unsere, nicht persönlich gegen einzelne Persönlichkeiten, sondern politisch gegen die politische Taktik der Abgeordneten aus Oesterreich gerichtet ist.

Wien, 22. Dez. Die Nachrichten, die wir aus Frankfurt über die merkwürdige Spaltung der deutschen Nationalversammlung in der österreichischen Frage erhielten, haben hier allgemeines Aufsehen gemacht. Mit Erstaunen hat man vernommen, daß die Politik Gagern's, zu deren energischer Durchführung er ins Reichsministerium eingetreten, nicht auf eine Majorität im Reichstage zu rechnen habe, und man fragt sich nun, ohne sich selbst Antwort geben zu können: woher diese Erscheinung? Will denn wirklich die deutsche Nation den Bruch machen, auf jede Gefahr hin Oesterreichs deutsche Länder durch ein eben so enges Band an sich zu fesseln, als das ist, das die übrigen deutschen Staaten unter sich verbinden soll? Man sollte meinen, wenn irgend eine Zeit mit ihren Begebenheiten von solchem Beginnen abzurathen geeignet wäre, so müßte es die jetzige sein. Windischgrätz und Jellachich ziehen gegen Ungarn, um dieses Reich, vielleicht selbst bis auf den Namen, zu vertilgen und die in den Grenzen desselben zusammengedrängten Nationen in selbstständige Staaten abzutheilen; in Siebenbürgen wüthet der Bürgerkrieg auf schaudervolle Weise; und Radetzky hält noch immer seine eiserne Hand über die Lombardei. Unter diesen Umständen sind keine Aussichten vorhanden, daß in naher Zukunft die Ordnung und das Gesetz in Oesterreich herrschen werden, sondern es wird noch eine gute Zeit lang das Machtwort und die Willkühr der siegestrunkenen Heerführer unbeschränkt herrschen. Alle diese Händel, in die Oesterreich verwickelt ist, gehen die Deutschen unmittelbar Nichts an! Und dennoch — trotzdem, daß selbst das österreichische Ministerium für Deutschland und für Oesterreich eine abgesonderte Organisation beansprucht — dennoch schreitet man in Frankfurt laut gegen Gagern's Programm! Sollte denn Deutschland nicht froh sein, seine Angelegenheiten ohne Oesterreich ordnen zu dürfen, da dieses doch einmal — vor der Hand wenigstens — nicht deutsch sein will und kann? (Leipzig. Z.)

Innsbruck, 19. Dez. Einem Schreiben aus Kremsier zu Folge würde bei der künftigen Konstituirung des österreichischen Gesammtstaats die Provinz Tyrol in vier Kreise zerfallen: 1) Ob- und Unterinnthal; 2) Bozen und pusterthaler Kreis; 3) Vorarlberg, und 4) die zwei wälschen Kreise. Jeder Kreis bekäme seine eigene Kreisregierung und als parlamentarische Vertretung eine Kreiskongregation nach dem Muster der Lombardei. An die Spitze der Landesverwaltung träte ein verantwortlicher Provinzialminister, welcher in wichtigen Angelegenheiten die Kreiskongregationen zu einer Provinzialkongregation einzuberufen berechtigt wäre. (B. f. L.)

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. H. Alexandre in Straßburg Nr. 20 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die löbl. Thurn- u. Taxis'schen Expeditions-Fürstlichen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 344. Frankfurt a. M., Freitag 29. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitnng an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die deutsche Einheit und die bairische Politik.

Deutschland. Frankfurt (Konstituirende Versammlung der freien Stadt. Die Einführung der Grundrechte. Die bairische Ministerialkrisis. Hr. v. Schrenk. Verhandlungen der Klubs über die österreichische Frage.) Aus Oesterreich (Die künftige Organisirung Ungarns.) Olmütz (Die österreichischen Grundrechte.) Kremsier (Die Schulfrage) Berlin (Die Nachwehen der Revolution. Die preußische Rechtspflege. Die kirchlichen Angelegenheiten. Verfügung des Unterrichtsministers.) Stettin (Traurige Aussichten.) Elbing (Oberbürgermeister Phillips und seine Gegner.) München (Die Ministerkrisis.) Stuttgart (Die Spaltung in der Paulskirche über die Oberhauptsfrage. Steuer.) Ulm (Die Armirung der Festung.) Freiburg (Weissenberg.) Koburg (Die Ministerial-Konferenz.) Oldenburg (Flotte.) Aus Schleswig-Holstein (Dänische Winddrehterei.)

Großbritannien. London (Irische Scenen. Ein radikaler Parlamentskandidat.)

Spanien. Madrid (Cortessitzungen. Kampf in Katalonien.)

Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Sieg des F. M. L. Schlick bei Kaschau. Die Russen in den Donaufürstenthümer. Kossuth.)

Italien. Rom (Pius IX.)

Neuestes.

29. Dezember.

Dem Partikularismus wird binnen sehr kurzer Zeit die Gelegenheit werden, seine Stärke zu erproben. Nicht nur die Bestellung eines definitiven Reichsoberhaupts, sondern auch die Anerkennung und Einführung der Grundrechte wird die unvermeidliche Probe dafür werden, wie weit es mit den Versicherungen der Einheitsgesinnungen und mit den Ableugnungen jedes Sondergelüstes seine Richtigkeit hat. Auch hier ist die Bestellung des Reichsoberhauptes von entscheidendem Einfluß. Wird eine schwache monarchische Spitze geschaffen oder in der politischen Dreifaltigkeit, die man vorschlägt, der politische Zwiespalt in der deutschen Reichsgewalt verewigt, so wird es mit der Durchführung der Grundrechte gute Weile haben; manches kostbare Recht kann mit der Zeit das Schicksal des unglücklichen dreizehnten Artikels der Bundesakte theilen. Wird aber jenes versklavte Oesterreich, das wieder die Reichsgesetze noch die Grundrechte anerkennen will, an die Spitze des neuen Reichs gestellt, so begibt man sich vorherein des Anspruchs, jene Rechte vom Papier in die Wirklichkeit übertragen zu sehen; man begräbt sie, wie man auf dem Wiener Kongresse und später den Rest der Errungenschaften aus dem Befreiungskampfe an Oesterreich — zur Beerdigung übergeben hat. Wie die Dinge in Deutschland liegen, kann man auf Alles gefaßt sein, darauf zunächst, daß Staaten wie Hannover oder Baiern sich gegen die Einführung der neuen Grundverfassung sträuben und der ganze Ernst einer energischen Reichsgewalt nothwendig wird, durch moralische und physische Mittel die Beschlüsse der National-Versammlung durchzusetzen. Welche Lorbeeren sich dann die papierne oder diplomatische oder vielköpfige „Spitze", die man vielleicht schaffen will, bei diesem politischen Jungfernakte erwerben wird, das zu erleben sind wir durchaus nicht begierig; wir wollen gern jede weitere Erfahrung in diesem Punkte entbehren und nicht nochmals mit eignen Augen sehen, wie man wieder einmal die unglückliche Kunst übt, „die ältesten Sünden auf die neueste Art zu thun." Da wären wir also wieder bei unserem proteron consoo angelangt: die Uebertragung der Reichsgewalt an denjenigen deutschen Staat, der den meisten äußern und innern Beruf dazu hat. Wir geben Namen und Titel für die oberste Reichswürde gern preis, wir fühlen weder für die feudale Kaiserherrlichkeit noch für den byzantinischen Antiquitätenkram der goldnen Bulle irgend eine Schwachheit, wir würden im Gegentheil an dem gesunden Sinne unserer Staatsmänner radikal verzweifeln, wenn sie daran denken würden, uns die alte Puppe eines Wahlkaisers sammt Kurfürsten und andern Appertinenzien aus der Rumpelkammer historischer Reminiscenzen hervorzuholen, aber eins möchten wir um keinen Preis hingeben: die Macht und Gewalt des neuen Oberhauptes. Es schien uns immer ein ungünstiges Zeugniß für den politischen Takt einer Partei oder eines Einzelnen, wenn wir (wie noch jüngst bei dem übrigens durchaus theoretischen Streite über das Veto) so große Besorgnisse laut werden hörten, gegen die angeblich übermächtige Gewalt des Reichsoberhaupts; wir haben jetzt und

Digitized by Google

früher immer nur die entgegengesetzte Furcht gehabt. Wir möchten daher, um Titel und Namen unbekümmert, zunächst das Auge der Gesetzgeber auf die eine Frage gerichtet sehen: wie läßt sich die stärkste Reichsgewalt begründen? Wir hätten gegen einen mächtigen Consul oder einen starken Präsidenten an sich nichts einzuwenden, wenn sich die in Prari so improvisiren ließen und aus nothwendigen Verhältnissen, statt nur aus den Köpfen unsrer republikanischen Doktrinärs, entsprängen. Schon die nächste Zukunft kann uns darüber Erfahrungen an die Hand geben; sehr wahrscheinlich wird sich noch früher an unsrer innern als an der äußern Politik die Nothwendigkeit einer starken und lebenskräftigen Gewalt erproben können. Man leugnet zwar, daß auf Seiten der mittleren deutschen Staaten Gedanken an einen Widerstand oder eine Sonderstellung lebendig seien, man fordert geschriebene Beweise und weßür? für eine Sache, die man fast mit Händen greifen kann und die dann jedenfalls schon unrettbar verpfuscht ist, wenn man einmal im Stande sein wird, mit verspäteten schriftlichen Beweisen aufzutreten. Das gilt namentlich von Baiern, wo zwar das abgetretene Ministerium an Willen und Gesinnung untadelhaft war, wo aber eben so viele natürliche Gegensätze und Elemente des Widerstands vorhanden sind, daß ein Ministerium wie das genannte, mit seiner Laades- wie mit seiner Reichspolitik fast als ein unbaierisches angesehen werden konnte. Die ganze politische Tradition Baiern's weist auf das Bestreben hin, sich eine selbstständige Mittelstellung in Deutschland zu erringen; um jeden Preis, selbst wenn es der Bund mit dem Auslande wäre. Montgelas hat diese Politik glücklicher verfolgt, als seine Vorgänger; er pflegte von diesen selbst zu sagen, „die frühere Geschichte Baierns sei die Geschichte der verfehlten Gelegenheiten," und dieser Ausspruch ist in Baiern nicht verklungen. Wenn man in den Rheinbundszeiten von einer baierischen Nation redete und die Fiktion von der Wiederherstellung des „uralten baierischen Königthums" amtlich statuirte, so mochte das lächerlich scheinen, hatte aber seine wohlerwogenen Gründe; bezeichnend genug ist die Politik des „deutschen" Königs Ludwig darin mit der des verhaßten Montgelas ganz im Einklang gewesen, daß auch er nicht unterließ, jene baierische Herrlichkeit mit aller möglichen Dekoration historischer (oft unhistorischer) poetischer und künstlerischer Art zu umgeben und so jenen provinziellen Partikularismus zu nähren, den eine unaufrichtige Politik sehr schlimm ausbeuten kann. In der höhern politischen Welt blieb man der Ueberlieferung Montgelas' ganz getreu; man wird dort schwerlich anders denken und anders handeln, als Baiern nach den Befreiungskämpfen gedacht und gehandelt hat. War es damals ein Hemmschuh, den bald Oesterreich, bald Frankreich an den Wagen der deutschen Einheit anhing, so spricht nichts dagegen, daß wir im Jahre 1848 und 1849 dergleichen noch einmal erleben. Die Leute sind dazu da; wenn dem Ministerium Lerchenfeld etwa ein Ministerium Wallerstein oder Armansperg folgen sollte, so haben wir die intriguante Schule der Jünger von Montgelas am Ruder, und auch Männer von liberalerem Rufe, wie z. B. Closen, werden dann den Beweis ablegen, daß diese baierischen Velleitäten stärker in ihnen sind, als die bessere patriotische Einsicht. Am Hofe ist jene Tradition von einem absonderlichen Berufe Baierns nie ausgestorben; jetzt am wenigsten. Dort herrscht die alte Prätension einer besonderen baierischen Politik mit allem Mißtrauen und aller Enge vor; ehrgeizige Intriguanten haben dort einen fruchtbaren Boden und nähren die Abneigung gegen ein monarchisches Oberhaupt, suchen die Pläne des Turnus oder der Trias mit unermüdlicher Emsigkeit wach zu erhalten. Wer sich der Denkschrift erinnert, die schon im Mai gegen den Siebzehner-Entwurf ausging, weiß, mit welcher Gereiztheit der Verfasser gegen das kaiserliche Einheitsprojekt zu Felde zog; diese Schrift entsprach zwar nicht der Ministerialpolitik, aber sie war der reine Ausdruck der Hofpolitik. Was damals noch allenthalben Verstimmung erregte und deßhalb nicht ohne Verlegenheit nachträglich entschuldigt ward, wird man heute ungescheut eingestehen und die Hofpolitik vom Mai 1848 wird vielleicht die Ministerialpolitik vom Januar 1849 werden. Was Prinz Karl in Berlin und Hr. v. Closen in Ollmütz besorgen oder besorgt haben, wird mit jenem Programme des Hofes viel mehr in Einklang stehen, als mit der Politik Lerchenfeld's — und es fragt sich, welche Politik in Baiern die populärere ist.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 28. Dezember. (Konstituirende Versammlung der freien Stadt.) Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Rückäußerung des Senats, die Vertheilung der Einquartirung betreffend. Der Senat erklärt, daß die Vertheilung der Einquartirung nach alterthümlichen Bestimmungen vom 8. Jan. 1762 stattgehabt, und namentlich die gebührende Rücksicht auf die Verhältnisse der Einwohner genommen worden sei. Vogtherr meint, es sei doch nicht so ganz legal verfahren worden und es ließen sich dafür Beispiele namhaft machen; interessant sei es ihm, zu erfahren, daß nach Bestimmungen von 1762 verfahren worden; er werde dieselben prüfen und dann seine Anträge stellen. Eine Rückäußerung des Senats, die Beseitigung der Last der Einquartirung betreffend, wird verlesen und in Bezug darauf ein Antrag von Lorenz eingebracht, der Senat möge die Entfernung der Einquartirung aus den Landgemeinden bei dem Reichskriegsministerium beantragen. Dr. Reinganum will die Truppen auch auf den Ortschaften kasernirt haben. Es wird beschlossen, den Antrag an den Senat zu verweisen. Ein weiterer Vortrag des Senats wegen eines Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit wird nach einer kurzen Debatte an den betreffenden Ausschuß verwiesen. Die weitere Tagesordnung führt zu einem Antrage des Dr. Reinganum wegen Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Fürsten Thurn und Taxis in der Stadt Frankfurt über die daselbst wohnenden Mitglieder und Angestellten der Generalpostdirektion, mit Bezug auf §. 39 der Grundrechte des deutschen Volkes. Der Antrag wird zum Beschluß erhoben. Man kommt nun zur Rückäußerung des Senats wegen des in Betreff der Quartieroorstände gefaßten Beschlusses. Der Senat lehnt die Zumuthung der konstituirenden Versammlung, den Quartieroorständen Vorwürfe wegen ihrer Einmischung in Wahlangelegenheiten zu machen, ab. Herbig beantragt, die Rückäußerung des Senats dem Verfassungsausschuß zur Beachtung zuzuweisen, was ohne Debatte genehmigt wird. Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.

Frankfurt, 28. Dez. Ueber die Conferenz zwischen dem Reichsministerium und den Bevollmächtigten bezüglich Einführung der Grundrechte, bringt die O. P. Z. nähere Mittheilungen, wodurch, wie sie sagt, die neuliche kurze Mittheilung (s. uns. Nr. 342) vielleicht etwas von ihrer Rosenfarbe, doch nichts von ihrer Wahrheit verliere. „Es handelt sich in Bezug auf die Grundrechte um zwei Punkte: um die Verkündung und um den Vollzug. Kein Bevollmächtigter war mit Instructionen oder bestimmten Weisungen versehen, allein es läßt sich annehmen, daß Jeder von den Ansichten seiner Regierung soweit unterrichtet war, daß seine Aeußerungen ihren Gesinnungen entsprachen. Keinerlei Auskunft gaben Oesterreich und Baiern; Oesterreich unter Bezugnahme auf das Programm vom 27. Nov., wonach die Verbindung mit Deutschland erst nach der Wiederherstellung des Kaiserreiches festzustellen ist, aber aufrichtig gewünscht und lediglich als eine Frage der Zeit betrachtet werde, deren Ueberstürzung nicht zum Heile gerichten würde. Baierns Schweigen müßte im Hinblick auf den neuesten Ministerwechsel und die feindselige Sprache der Regierungspresse in München um so befremdlicher erscheinen, wenn die Nachricht begründet ist, daß der Eintritt seines Bevollmächtigten, Obersten v. Xylander, an die Stelle seines Vorgängers, des Freiherrn v. Closen, durch das baierische Ministerium des Auswärtigen dem Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten eröffnet worden sei. Wir hoffen übrigens, daß die deutsche Gesinnung im baierischen Volke kräftig genug ist, um den Eintritt Baierns in den deutschen Bundesstaat zu bewirken, wozu die Regierung nur unter der Bedingung bereit scheint, daß ein schwaches Direktorium an die Spitze gestellt werde. Preußen hat schon längst die Verpflichtung der Regierung erkannt, nach Kräften dahin zu wirken, daß die Beschlüsse der Reichsversammlung von ihr genehmigt werden können; dies ist ihr bei den materiellen Gesetzen in der Regel gelungen, manche Bestimmungen der Grundrechte gelten bereits in Preußen; der Bevollmächtigte besorgte keine erheblichen Anstände und wird sich persönlich für die rasche Publication des Gesetzes in Preußen aussprechen. Sachsens Bevollmächtigter weiß nicht, welche Grundsätze seine Regierung befolgen dürfte, zweifelt aber nicht, daß das Mögliche geschehen werde, um den Grundrechten in Sachsen Geltung zu verschaffen. Die Regierung hat von den Ständen eine allgemeine Ermächtigung zur Publikation der Beschlüsse der

Digitized by Google

Reichsversammlung erhalten; sollte dieselbe in Bezug auf die Grundrechte nicht ausreichend erfunden werden, so würde eine Vorlage an die Stände erfolgen; ernstliche Bedenken seien von Sachsen nicht zu besorgen. Hannover hat dagegen in Beziehung auf mehrere Bestimmungen der Geundrechte ernstliche Bedenken, die schon in seiner (durch den Druck veröffentlichten) Denkschrift ausgesprochen sind, und wünscht daher, daß die Einführung bis zur Vollendung der ganzen Verfassung verschoben werde. Es kann bei einem Theile der Verfassung kein Präjudiz gegen das Prinzip der Vereinbarung derselben mit den Einzelstaaten zugeben. Die Publikation ist an die Zustimmung dee Stände gebunden, welche vor Ende Februar nicht zusammentreten. Die Reichsgesetzblätter werden zwae an die Gemeinden gegeben; allein ob die Gerichte auch darauf erkennen werden, bleibt dahin gestellt. In Würtemberg haben sich die Stände schon für die Einführung der Grundrechte ausgesprochen und die Regierung wird alles thun, um die Vollziehung zu sichern; die Reichsgesetze werden durch das Regierungsblatt verkündet. — Die hannöver'sche Ansicht theilen mehr oder weniger vollständig: Luxembueg, Braunschweig, Oldenburg; der Bereitwilligkeit von Preußen und Würtemberg schlossen sich Baden, beide Hessen, Mecklenburg, Nassau und die meisten kleineren Staaten an. Im Allgemeinen besteht eine Verschiedenheit der Ansichten hauptsächlich nur darin, daß die Einen die Zustimmung ihrer Stände für nöthig erachten, um die Grundeechte mit Gesetzeskaft in ihren Staaten einzuführen, an der Eetheilung dieser Zustimmung aber nicht zweifeln, während in andern Staaten die Grundrechte durch die Veekündigung in den Regierungsblättern schon Gesetzeskraft erlangen. Mehrfach wueoe ferner der Wunsch ausgesprochen, daß die Einführung gleichzeitig erfolge, weil sonst Streitigkeiten zwischen Nachbarn, und Nachtheile für diejenigen eintreten würden, die mit der Einführung vorangingen. Ausdrücklich wurde endlich von verschiedenen Seiten geäußert, daß man die Nachtheile einzelner Bestimmungen als Opfer hinnehme, welche der guten Sache zur Förderung des deutschen Einheitsweckes gebracht werden müssen. Da die erhobenen Bedenken meist in dem Einführungsgesetze berücksichtigt sind und den Landesgesetzgebungen Vieles überlassen ist, so ist zu erwarten, daß die Veröffentlichung und der Vollzug der Grundrechte in dem größten Theile Deutschlands, mit Ausnahme von Oesterreich und Baiern, keinen entschiedenen Widerstand finden werden, und daß sowohl das Beispiel der meisten Staaten als die Gewalt der öffentlichen Meinung zu Gunsten dieses Theiles der Verfassung, welcher die Freiheit begründet, den Ausschlag geben werden."

?? **Frankfurt**, 28. Dez. Der baierische Abgeordnete in der Nationalveesammlung, Freiherr von Schrenk, hat nach den neuesten brieflichen Nachrichten aus München die Uebernahme eines Ministerpoeteseuilles abgelehnt und wird wahescheinlich in den nächsten Tagen hierher zurückgekehrt sein. Außee dem Freiherrn von Lerchenfeld war kein anderer Minister ausgetreten und alle widersprechenden Gerüchte sind ungegründet. Darf man weiteren Andeutungen jener Briefe veetrauen, wozu Ref. Ursache zu haben glaubt, so wird auch vorerst keine weitere Modifikation des baterischen Ministeriums eintreten, vielmehe Hr. v. Leechenfeld in einer Weise ersetzt weeden, welche die Besorgniß der Rückkehr des Abel'schen Regiments nicht zuläßt.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 27. Dez. Von den Verhandlungen der Clubs läßt sich in diesem Augendlicke weng sagen, da auch sie durch die Feiertage und die Entfernung vielee Abgeordneten von hier Unterbrechungen erlitten haben. Dennech scheint der Prozeß der neuen Paeteienbildung, welchem das Gagern'sche Programm als Kryställisationskern dient, unaufhaltsam voran zu gehen. Wir können daeüber folgendes Thatsächliche mittheilen. Im Club Milani (äußerste Rechte) hat v. Radowitz Betreffs der österreichischen Sache die Ansicht veefochten, daß drei Kreise staatlicher Gestaltung gezogen werden müßten, deren enzster Deutschland ohne Oesterreich (in sich bundesstaatlich geeinigt), deren zweiter weiterer diesen deutschen Bundesstaat sammt den deutschen Provinzen Oesterreichs (zum Staatenbunde verknüpft), deeen weitester endlich diesen Staateubund wiederum mit dem nichtdeutschen Oesterreich zusammengeschlossen enthalten sollte. Diese Ansicht ist in jenem Club, wie wie hören, lebhaft namentlich von Vincke bekämpft worden und schließlich soll die überwiegende Stimmung des Clubs sich einer rückhaltlosen Unterstützung des Gagernschen Programms zugeneigt haben. Bei der strengen Disciplin, welche in jener Gesellschaft herrscht, darf man ziemlich sichee darauf zählen, daß, wenn auch nicht alle die 50 Stimmen, über die sie gebietet, für Gagern sind, doch nicht die abweichenden gegen ihn in die Wagschaale fallen werden. — Die Partei Jürgens — etwa 15 Köpfe stark — ist im Wesentlichen auch nichts weniger als zu einer systematischen Opposition gegen Gagern entschlossen und wird am Ende zum großen Theile ebenfalls mit ihm gehen. Das Casino in seiner jetzigen Gestaltung, der Landsberg, der Augsbueger Hof werden wohl beinahe einmüthig für Gagern stimmen, denn selbst von den Baiern, die zu diesen Fraktionen gehören, ist die Mehrzahl zu patriotisch und von dee richtigen Einsicht in die Lage der Verhältnisse zu sehr durchdrungen, um nicht ihre spezifisch bairischen Sympathieen und Antipathieen in den Hinteegeund zu drängen. Manchem noch Schwankendee haben die neuesten Vorgänge in Baiern, der Sturz des Ministeriums Lerchenfeld und der Ausfall der Landtagswahlen die Augen darüber geöffnet, was Baiern zu erwarten habe, wenn es, statt sich fest an die deutsche Einheit anzuschließen, den separatistischen Tendenzen gewisser, nach Herrschaft strebenden Parteien sich in die Arme würfe. — Diese drei Clubs zusammen kann man noch immer — trotz des Austritts eines Theils der Oesterreicher und der Partei Jürgens — auf nahe an 200 anschlagen. Dazu endlich bereitet sich eine Veränderung der Richtungen in Würtembergee Hof und in Westendhall vor. Von beiden Gesellschaften kann man wohl nahezu die Hälfte — also etwa 40—50 — als den Ansichten des Gagern'schen Programms, wenn nicht vollständig gewonnen, doch mehe und mehr sich befreundend annehmen. Ja, wenn wir eecht unterrichtet sind, so gewinnt selbst noch weiter links hin die Idee dee preußischen Hegemonie immer mehr Anhänger, welche natürlich dann auch den Gagern'schen Ansichten nicht wohl widerstreben können. — Nach dieser Beeechnung, die wir für ziemlich sichee halten dürfen, würde schon jetzt sich eine ganz erfreuliche Majoeität für das neue Ministerium und sein Programm herausstellen. Ohne Zweifel wird diese Mehrheit noch größer und kompakter werden, wenn Gagern, wie wir glauben, die Annahme seines Programms ohne Modifikationen direkt zur Kabinetsfrage macht.

Aus Oesterreich, 10. Dez. Jetzt, da die Einnahme Preßburgs endlich erfolgte, versicheen gut unterrichtete Officiere, daß der Fall von Ofen-Peth in höchstens vierzehn Tagen zu erwarten sei. Siebenbürgen ist duech den General-Lieutenant Puchner, ehemaligen Vicepräsidenten des k. k. Wiener Hofkriegseaths, vollkommen bezwungen. Die größte Schwierigkeit erhebt sich nun wohl darüber, wie die weitläufigen ungarischen Lande nach geschehener Bezwingung organisirt werden sollen. Der bisherige Regierungsmechanismus beruhte dort vorzüglich auf der Autonomie der Comitate. Das Comitat, früher die Gesammtheit aller in einem Bezirke domicilirter oder begüterter Edelleute, jetzt die sämmtlicher seit dem März Berechtigten, sandte Abgeordnete zur Repräsentantentafel des Reichstags und wählte von Zeit zu Zeit, in vollkommenstee Freiheit, diejenigen Beamten, welche sowohl die Rechtspflege, als die politische Administration versahen. Aus diesem Verhältnisse entwickelte sich schon unter dem alten Systeme eine erhebliche Widerstandskraft dee Comitate gegen die Verfügungen der königlich ungarischen Hofkanzlei zu Wien. Auch liegt darin der Grund, daß sich in Ungarn keine königlich-gesinnten Beamten, mit etwaiger Abrechnung der Gefälls- und Bergwerksadministrationen, befinden. Vorläufig, einige Monate lang, wird jedenfalls die Militärdictatur Platz greifen. Aber später? Wird man im Stande sein, das aus empörten und gegeneinandee kämpfenden Volksstämmen, aus verwitterten Feudaleinrichtungen und modernen Nachahmungstendenzen zusammenbrechende Chaos zu ordnen und Licht, Leben, Gesetz hineinzutragen? Die Aufgabe ist riesig und dreifach veedängnißvoll, wenn man bedenkt, daß deren Lösung in demselben Momente drängen wird, wo neue Finanzverlegenheiten und die Nothwendigkeit, die italienische Frage definitiv zu schlichten, auftauchen werden. Der Sieg über Ungarn dürfte so ziemlich gewonnen sein; aber die Zukunft Oesterreichs wird jedenfalls erst im nächsten Lenz und Sommer entschieden werden. (Lpz. Z.)

Ollmütz, 22. Dez. Die laut gewordene und auch von mir ausgesprochene Befürchtung, dee Entwurf der österreichischen Grundrechte werde aus dem mit dessen Ausarbeitung betrauten Ausschusse descheänkt und veestümmelt hervorgehen, bestätigt sich glücklicherweise nicht. Ich theile Ihnen das Wesentlichste daraus mit: Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die in der Constitution festgesetzte Weise ausgeübt. Das Volk

Digitized by Google

ist die Gesammtheit der Staatsbürger. Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze. Alle Standesvorrechte, auch die des Adels, abgeschafft. Ausländer sind vom Eintritt in Civildienste und in die Volkswehr ausgeschlossen. Die Freiheit der Person gewährleistet. Die Todesstrafe für politische Vergehen abgeschafft. Das Hausrecht unverletzlich. Das Recht der Petitionen unbeschränkt. Von Staatswegen wird die Freiheit der Auswanderung nicht beschränkt. Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, ohne alle behördliche Bewilligung Vereine zu bilden, insofern Zwecke und Mittel der Vereinigung weder rechtswidrig noch staatsgefährlich. Keine Kirche (Religionsgesellschaft) hat Vorrechte. Niemand zu religiösen Handlungen gezwungen. Die Wissenschaft und ihre Lehre frei. Allgemeine Volksbildung. Jedermann hat das Recht, seine Gedanken frei auszusprechen, zu schreiben und dem Druck zu übergeben. Keine Censur. Zum Schutz des Staates und der Konstitution besteht die Volkswehr. Jeder Staatsbürger ist zum Dienste im Heere verpflichtet. Das Heer untersteht den bürgerlichen Gesetzen und Gerichten. Alle wehrhaften Bürger, die nicht im Heere dienen, haben gleiche Rechte und eine gleiche Pflicht zum Dienste in der Nationalgarde. (Leipz. Z.)

Kremsier, 20. Dez. Den Schullehrern, deren Lage seit der Aufhebung des Urbarialverhältnisses eine wahrhaft trostlose geworden ist, können wir zum Troste mittheilen, daß das Ministerium einer Deputation eröffnet hat, es wolle in der kürzesten Zeit die Congrua eines jeden Lehrers auf 250 Fl. erhöhen und zwar wo und wie weit es thunlich ist, aus dem Einkommen der Gemeinden und wo diese nicht vorhanden sind oder nicht zureichen, aus dem Staatsvermögen. (Oest. C.)

*** **Berlin**, 24. Dez. Es ist in der Ordnung, daß wir, nachdem die Revolution bewältigt ist, ihre Nachfrüchte zu schmecken bekommen. Diese sind mannigfaltiger Art, und wenn nicht, was Gott verhüte, eine neue Revolution einbricht, werden wir an diesen Nachwehen noch Jahrzehnte zu leiden haben. Was ist ein blutiger Krieg gegen die Zerstörung, welche die Revolution auf Bande geübt, die man für so fest und unzertrennlich hielt, daß es gar keines gesetzlichen oder polizeilichen Kittes bedürfte. Die Revolution ist geschlossen, wenigstens für den Augenblick, durch den Sieg der Krone; sollen, dürfen die, welche sie gemacht, genährt, ausgebildet, zur Untersuchung gezogen, bestraft werden? — So allgemein gestellt, ergibt sich von selbst die negative Beantwortung der Frage. Wir feiern keine unglückselige Restauration, kein Mionk hat eine vertriebene Königsfamilie wieder auf den Thron ihrer Väter gesetzt. Der König selbst hat die Revolution de facto durch die verliehene Verfassung anerkannt, indem er sie auf die Grundsätze der Revolution gebaut hat. Aber die Nation, wenigstens ein sehr großer Theil derselben, ist erbittert, und mit Recht erbittert über das, was sie unter dem Terrorismus gelitten. Wenn sie als Ankläger auftritt, hat die Krone ein Recht aus Politik, Klugheit, Humanität das Gericht zu verweigern? In diesem Dilemma befinden wir uns. Es sind die gehässigen Folgen der Revolution, welche uns in diesem Augenblick beschäftigen. Sie lesen die verschiedenen Adressen und Protestationen der hohen Gerichtskörper, denen man Mitglieder der Nationalversammlung als Präsidenten vorgesetzt, zum Theil um sich ihrer durch diese Amtserhöhung zu entledigen, andern Theils, um sie zu entschädigen, nachdem sie als Minister mit ihrem Ministerium gestürzt waren und man es unbillig fand, Männer, welche, wenn auch nur kurze Zeit, die höchsten Staatswürden bekleidet hatten, wieder in ihre untergeordnete frühere Stellung zurückzuschicken. Gegen die Ernennung des jungen Assessor Gierke, der nur einige Wochen seinen Namen zu einem Ministerium hergegeben, mit Uebergehung aller der vielfachen Abstufungen, die sonst für nöthig gelten, zum Präsidenten eines Obergerichts, hatte dasselbe schon damals remonstrirt; man behauptet dasselbe von den Obergerichten zu Münster und Ratibor, die darauf hingewiesen, daß die Würde eines Präsidenten der Lohn für ausgezeichnete Thätigkeit, lange ehrenvolle Dienste oder besondere Talente, es aber völlig unpassend sei, so gewichtige Aemter, wenn nicht als Strafe, doch als Ableiter für eine politische Thätigkeit zu verleihen. Im Wirbelsturm der damaligen Bewegung ward darauf keine Rücksicht genommen. Jetzt ist die Frage eine ganz andere geworden. Alle jene damals Beförderten haben sich in den heftigsten Strudel der Opposition gestürzt. Und doch beharren die drei ernannten Präsidenten mit Festigkeit auf dem Recht ihrer Ernennung. Als Politiker mußten sie es thun, sie kämpfen nicht allein pro domo, sondern auch für die ergriffene Partei. Diese Kämpfe sind prinzipiell von größerer Wichtigkeit, als man vermeint. Der zwischen dem Oberlandesgericht zu Ratibor und Hrn. v. Kirchmann ist von beiden Seiten am würdigsten, der zwischen Münster und Temme hart, schroff und mit Erbitterung geführt. Hr. Gierke protestirt mit einem jugendlichen Ungestüm gegen die Anmaßung seines Kollegiums. Wie unzufrieden man auch mit der politischen Thätigkeit jener Männer sein mag, in dieser Streitsache steht das Recht unzweifelhaft auf ihrer Seite. Namentlich gegen Waldeck's Wiedereintritt in's Geheime Obertribunal kann rechtlicher und vernünftigerweise gar kein Bedenken obwalten. Wenn der Grundsatz nicht fest gehalten wird, daß ein Minister, um seiner anderweitigen Meinungen, seiner Handlungen willen, unantastbar ist, es sei denn durch Anklage, Urtheil und Recht, verlieren wir uns in endlose Wirren. Erinnere man sich doch der bösen Wirkungen, welche nur einige, willkürliche Versetzungen im Richterstande zu Anfang der Regierung dieses Königs hervorgebracht, wie sie nicht wenig mitgewirkt haben auf die Stimmung, welche die Revolution möglich machte. Erinnere man sich der feurigen Worte Thiers,' mit denen er nach der Julirevolution das französische Volk beschwor, auch wenn sie Alles umwürfen, was die Restauration gesetzt, die Richter unangetastet zu lassen. Es müsse doch etwas Festes in jedem Staate bleiben. Waldeck gesetzlich zu entfernen, daran hat freilich auch Niemand gedacht; aber seine Collegen, sein Präsident wollte es ihm zur Ehrensache machen, auszutreten. Auch dies ist schon ein von politischer Leidenschaft eingegebener Schritt. Man forderte von ihm einen Selbstmord, ein Bekenntniß, daß er sich für schuldig erkläre; er mußte darauf antworten, wie er gethan, und wir wünschten, daß seine politischen Schritte und Handlungen so würdig und besonnen gehalten gewesen wären, als diese Antwort. Auch faktisch ist es ganz etwas anderes, isolirt in einem Spruchkollegium zu sitzen, als isolirt, gehaßt oder verachtet, als Präsident dieses Kollegium dirigiren zu sollen! — Es gibt ein Mittel, alle diese Männer des Mißtrauens zu entfernen: wenn man sie in eine Hochverrathsanklage wegen der Steuerverweigerung verstrickt und zur Kriminaluntersuchung zieht. Dies Mittel wird laut von vielen Seiten gefordert und der Staatsanwalt soll die Klage vorbereiten. Ein wie mißliches Mittel dies wäre, wie es, statt Balsam auf die blutenden Wunden zu gießen, sie von Neuem aufrisse, darüber würde der böse Einfluß auf die Wahlen die Regierung bald belehren.

Berlin, 24. Dez. Aus dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: Die Verfassungsurkunde vom 5. d. M. bestimmt im Art. 12: daß die evangelische und römisch-katholische Kirche, so wie alle übrigen Religions-Gesellschaften, ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen und verwalten sollen. Hierdurch hat der Minister der geistlichen Angelegenheiten sich aufgefordert gesehen, unverzüglich diejenigen Maßregeln zu erwägen, welche erforderlich sind, um jene Selbstständigkeit der kirchlichen Gemeinschaften in geordneter Weise zur Wahrheit werden zu lassen. Es ergab sich hierbei zunächst in Beziehung auf die evangelische Kirche, daß die Voraussetzung eingetreten sei, unter welcher bereits im Oktober d. J. (Pr. Staats-Anz. Nr. 166) die Uebertragung der inneren Kirchenverwaltung auf die evangelische Abtheilung des Ministeriums zu selbstständiger Ausübung in Aussicht gestellt worden war. Es wird deshalb dafür Sorge getragen werden, daß diese Einrichtung, welche bei ihrer Ankündigung vielfältig als angemessen anerkannt worden ist, demnächst in das Leben trete. Ferner aber erschien es als nothwendig, die Berathung der Schritte, welche zu einer definitiven Gestaltung der Verfassung zu thun sein werden, schon jetzt in ein weiteres Stadium einzuführen. Bisher ist über die schon vor längerer Zeit diesfalls getroffenen Einleitungen eine allgemeine Debatte gepflogen worden, in welcher sich eine große Anzahl von Geistlichen und weltlichen Gemeinde-Gliedern von den verschiedensten Standpunkten aus haben vernehmen lassen. Gegenwärtig wird es nun darauf ankommen, das auf diesem Wege gewonnene Material der Begutachtung durch die kirchlichen Behörden und die Vertreter der theologischen Wissenschaft zu unterwerfen. Es wird mithin unverzüglich an die Konsistorien und theologischen Fakultäten die Aufforderung ergehen, sich in so kurzer Frist, als es die Bedeutung des Gegenstandes gestattet, zu äußern, damit die ferneren Einleitungen von Seiten des Ministeriums der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten sofort getroffen

werden können. Auf die römisch-katholische Kirche findet der allgemeine Grundsatz der Verfassungsurkunde, besonders in Betreff der Verwaltung des Kirchenvermögens, Anwendung. Diese kann nur nach erfolgtem Vernehmen mit den Bischöfen der verschiedenen Diöcesen regulirt werden, weshalb die königl. Oberpräsidien demnächst mit der erforderlichen Instruktion werden versehen werden. Auf diesem Wege wird es möglich werden, die in der Verfassungsurkunde enthaltene Verheißung zu verwirklichen, ohne den geordneten Gang der Verwaltung zu unterbrechen und die Interessen der Kirchen zu gefährden. (Pr. Staatsz.)

⋮ **Berlin**, 25. Dez. Der Minister der Unterrichts-Angelegenheiten, Hr. von Ladenberg, hat an sämmtliche Provinzialschul-Collegien und Regierungen eine ausführliche Verfügung erlassen, in welcher es unter anderm heißt: „Die Regierung hat es dankbar anzuerkennen, daß die bei weitem größere Zahl der Direktoren und Lehrer den an sie gerichteten Anforderungen entspricht, und in würdiger Haltung auch den nachtheiligen Einfluß der politischen Aufregung der neueren Zeit von ihren Schulen abzuwehren bemüht gewesen ist. Leider haben aber einzelne Mitglieder des Lehrstandes die ihnen obliegenden Pflichten aus den Augen verloren und nicht nur bei ihrer Betheiligung an den politischen Parteikämpfen die gesetzlichen Schranken überschritten, sondern sind selbst, unter Mißbrauch ihres Amtes, so weit gegangen, ihren, mit der bestehenden Staats-Verfassung nicht übereinstimmenden Ansichten bei der unreifen und unerfahrenen Jugend Eingang zu verschaffen. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß Aeußerungen gegen die Jugend gethan worden, welche als auf eine Unterdrückung alles sittlichen und vaterländischen Gefühles überhaupt berechnet erscheinen. Einer solchen Verkennung der dem Lehrstande obliegenden Pflichten darf, wo sie in Thatsachen sich kundgiebt, nicht stillschweigend zugesehen werden." Es ist in Ihrem Blatte wiederholt, unter andern auch schon von mir, auf jene Thatsache aufmerksam gemacht, auf die politische Aufregung, auf die Mißstimmung, die Erbitterung, welche nicht blos, wie Hr. von Ladenberg sagt, unter einzelnen Mitgliedern des höheren Lehrstandes, sondern unter einem sehr bedeutenden Theile desselben herrscht. Wir haben nicht blos auf die Thatsache, sondern auch auf eine vorzügliche Ursache derselben aufmerksam gemacht. Diese liegt in der kläglichen Lebensstellung, in welcher ein sehr großer Theil jener Männer sein Dasein hinschleppt. Während mit Recht die höchsten Ansprüche der wissenschaftlichen Bildung an diejenigen gemacht werden welche sich jenem wichtigen und einflußreichen Berufe der höhern Jugendbildung widmen wollen, weist man die Ansprüche der Gymnasiallehrer unter die der Unterbeamten und Schreiber im Verwaltungsfache zurück. Unzählige, zum Theil empörende Beispiele ständen uns zu Gebot. Wie niederschlagend ist dies nicht bloß für den mit den niedrigsten Sorgen kämpfenden Lehrer, sondern auch wie verletzend für das feinere Ehrgefühl! Wenn der Lehrer eines Gymnasiums den Vorzug hat, daß er wenigstens der Regel nach etwas früher, aber höchst nothdürftig versorgt wird, so steht er gar bald hinter seinen Universitätsfreunden soweit zurück, daß er sich gar bald für einen Heloten der Bildung zu halten geneigt ist, und mit tiefem Groll gegen die unwürdige Unterdrückung erfüllt wird. Genährt ist diese Grall in den letzten Jahren durch die Hoffnungen, welche man den Gymnasiallehrern auf eine Vita vitalis beständig gemacht und niemals erfüllt hat. Besonders unbefriedigend muß in der langen Verfügung des Ministers der kurze Satz sein, wo es sich von den Pflichten handelt, welche der Staat gegen die Lehrer zu erfüllen hat. Es heißt nämlich darin: „Der Staat wird unausgesetzt Bedacht darauf nehmen, dem Lehrstande aller Unterrichtskreise ein seinen Bedürfnissen entsprechendes Auskommen zu verschaffen." Beständig darauf Bedacht nehmen! Der Staat hat seit wer weiß wie vielen Jahren darauf Bedacht genommen, und ist doch nie über das Bedenken heraus gekommen. Aber die Pflichten, welche er von den Lehrern fordert, will er desto strenger wahrnehmen. Es heißt in der Verfügung: „Der Minister, dem die obere Leitung des Unterrichtswesens anvertraut ist, ist den Vertretern des Landes verantwortlich auch dafür, daß diese unwandelbaren sittlichen Grundlagen aller Jugenderziehung mit Ernst gewahrt werden. Sollte daher ein Lehrer, im Widerstreit seiner persönlichen Meinung mit der bestehenden Verfassung des Landes, sich nicht enthalten können, diese seine Ansichten in die Verwaltung seines Amts zu übertragen und der ihm anvertrauten Jugend, statt Achtung vor dem Gesetz, feindselige Gesinnungen gegen die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Landes einzuflößen: so werde ich, eingedenk der auf mir ruhenden Verantwortung, gegen einen solchen Mißbrauch des Lehramtes, insofern derselbe nicht den Charakter eines gerichtlich zu ahndenden Amtsverbrechens annimmt, im Wege der Dienstdisziplin mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten. Eben so muß ich es von den Königlichen Provinzial-Schul-Kollegien und den Königlichen Regierungen fordern, daß sie innerhalb ihres Amtskreises in gleicher Weise verfahren." Der Buchstabe der Verfügung läßt sich vielleicht so deuten, daß keine Inquisition dahinter steckt. Allein wenn man an die frühere ängstliche Ueberwachung des Lehrstandes, an den Eifer denkt, mit welchem man jetzt in der Verwaltung und sogar in den Gerichten eine „Reinigung" ins Werk zu setzen strebt, so kann man bei einem Ministerium, dessen Seele Hr. v. Manteuffel (welcher sich selbst in den Märztagen für unmöglich hielt) und dessen Rathgeber unter andern Hr. v. Bülow-Cummerow ist, mancher mehr als leisen Bedenken sich nicht erwehren. Wir werden sehen! Das Uebel, von welchem der Minister spricht, ist jedenfalls vorhanden. Aber um es wegzuräumen, gibt es wirksamere Mittel, als dieses Weihnachtsgeschenk des Herrn von Ladenberg.

× **Stettin**, 24. Dez. Von Seiten des Reichsministeriums ist der Befehl zum Aufkaufen von Schiffsbauholz zurückgenommen worden. Was sollen wir davon denken? Daß anderswo gebaut wird? Oder daß gar nicht gebaut wird? Die über unsern Häuptern schwebende Kriegsgefahr übt bereits einen ungünstigen Einfluß auf das Geschäft aus. Traurige Aussichten für den Sommer, wenn Deutschland sich nicht zur rechten Zeit ermannt!

> **Elbing**, 22. Dez. Bekanntlich hat hier schon seit lange vor den Märztagen ein unnatürliches Bündniß zwischen den Absolutisten und dem Pöbel gegenüber dem konstitutionell gesinnten gebildeten Bürgerstand stattgefunden. Nur wenige Männer aus den intelligenteren Kreisen der Bevölkerung stellten sich an die Spitze der rohen Masse und bedienten sich der Einsichts- und Willenlosen zu ihren Zwecken. Ein Angriff auf Leben und Eigenthum als liberal bekannter Männer fand schon vor den Märzereignissen statt. Nach denselben deutete diese Partei das Associationsrecht zu ihren Zwecken aus, und die Mitglieder des Preußenvereins predigten unverholen die Rückkehr zum Absolutismus, und entfalteten das reaktionäre Banner, als das einzige Heilszeichen, durch welches ihnen der Sieg gewiß sei. Gleichwohl führt der Verein, sehr naiv oder sehr kläglich, vor seinem Namen das Prädicat: konstitutionell. Aber schon im Laufe des Sommers brachte es der Terrorismus des Pöbels dahin, daß man ohne Furcht vor Insulten nicht mehr wagen durfte, das Abzeichen der deutschen Nationalität zu tragen, und den 15. Okt., den Geburtstag des Königs, eröffneten Mitglieder desselben Vereins mit Beschimpfung der deutschen Flagge, Verhöhnung der deutschen Farben und endeten ihn mit Unordnungen und Blutvergießen in unsern Straßen, dessen Erneuerung an den folgenden Tagen nur durch Herbeiziehung von Militär verhindert werden konnte. Denn die Bürgerwehr, fast ausschließlich aus den höhern Ständen zusammengesetzt und besonderer Gegenstand des Preußen- und Pöbelhasses, hätte unmöglich auf die Dauer dem aufgereizten Fanatismus der Massen widerstehen können, in denen kammunistische Gelüste und royalistische Sympathieen, durch Branntwein und Geldbestechungen entflammt, zur Rachewuth gegen die Liberalen und Reichen sich vereinigten. Und dieser Haufe erhielt im Laufe des Jahres einen unerwarteten und nach den hiesigen Verhältnissen mächtigen Bundesgenossen. Agathon Wernich, Redakteur des bis dahin hier alleinigen Volksblattes: „die Elbinger Anzeigen" und zugleich Stadtverordneten-Vorsteher, der lange Jahre in städtischen Aemtern für seinen Ehrgeiz eine verdienstvolle thätige Befriedigung gefunden hatte, war aufrichtiger und eifriger Anhänger der liberalen Partei gewesen. Aber mit demselben Augenblick, in welchem sein Rival um die Berliner Deputirtenstelle, Oberbürgermeister Phillips, statt seiner gewählt war, änderte er plötzlich Farbe und Stellung, söhnte sich mit seinen politischen und — was hierorts dasselbe ist — kommunalen und persönlichen Feinden aus, und, nachdem ein Vierteljahr lang die Anzeigen sich in Schmähungen gegen die Berliner Versammlung und namentlich gegen Phillips ergossen hatten, wurde er auf den Armen der Absolutisten und Preußenvereinler, der Erzfeinde der deutschen Einheit, in das deutsche Parlament gehoben. Die Anzeigen fuhren fort zu schimpfen, die Preußenvereinler zogen mit Schmähadressen gegen den Landtag und gegen Phillips zu Felde. Wenn die Parteistellung des Letzteren in Berlin hier auch keineswegs von allen seinen

Digitized by Google

Freunden getheilt wird, so herrscht doch darin Uebereinstimmung bei Allen, die ihn kennen, daß er, ein Ehrenmann durch und durch, bei allen seinen Schritten lediglich der Stimme seiner Ueberzeugung und seines Gewissens gefolgt ist. Bei allen Gebildeten und Wohlmeinenden genießt er, der milde Humanität und Energie auf seltene Weise vereinigt, der ungetheiltesten Achtung und Liebe. Diese Gesinnung sprach als Entgegnung gegen die vielen unwürdigen und hämischen Angriffe der bessere Theil der Bürgerschaft in einer offnen Erklärung aus, welche bald fast alle notablen Männer der Stadt mit ihren Unterschriften bedeckten. Da allerdings die Zahl der Unterschriften auf den Adressen gegen ihn größer war, so hielt es Phillips bei seiner Rückkehr für seine Pflicht, der Stadtverordnetenversammlung schriftlich zu erklären, daß er augenblicklich sein Amt niederlegen werde, wenn sie, die einzigen gesetzlichen Vertreter der Gemeinde, ihn ihres und des Vertrauens ihrer Mitbürger nicht mehr werth hielten. In Folge dessen nun erhob in der gestrigen Versammlung der auf Urlaub aus Frankfurt zurückgekehrte Wernich, den seine Partei zum Oberbürgermeister ausersehen hat, eine Fulle von Schmähungen gegen Phillips in der Weise, daß der größte Theil der Versammlung sich stürmisch gegen ihn erhob und ihm durch den Vorsitzenden das Wort nehmen ließ. Vielleicht gerade diesem Verfahren hat Herr Wernich es mit zu verdanken, daß das Vertrauens-Votum für Phillips mit der glänzenden Mehrheit von 42 gegen 14 Stimmen durchging.

München, 25. Dez. Wir scheinen dem Ende unserer Ministerkrisis noch um keinen Schritt näher gekommen. Freiherr v. Schrenk hat, wohl geleitet von der Ueberzeugung, daß die öffentliche Meinung gegen ihn ist, die Uebernahme des Ministeriums des Innern abgelehnt. Es erschien auffallend, daß er, obwohl vorgestern früh schon hier angekommen, bis gestern Nachmittag noch nicht beim König gewesen war. Jetzt ist natürlich das Feld der Gerüchte wieder freigegeben. So sagt man, daß an Prof. Edel das Anerbieten ergangen sei; andere nennen gar den Regierungsdirektor Hohe in Regensburg. Sie sehen, wir sind in eine Stellung gerathen, wo guter Rath theuer ist. Denn daß Lerchenfeld, wie Viele glauben, wieder berufen werden würde, scheint mir, so wünschenswerth es wäre, wegen angeblicher persönlicher Antipathie von gewisser Seite für den Augenblick schwer denkbar zu sein. (Allg. Z.)

†* **Stuttgart**, 27. Dez. Die durch die Oberhauptsfrage in der Paulskirche hervorgerufenen Spaltungen werden hier in den Kreisen, in welchen man sich nach einer schleunigen und friedlichen Lösung unserer politischen Wirren sehnt, unendlich beklagt. Wir hören sogar viele Stimmen, die ein gänzliches Scheitern der höchsten Aufgabe der Reichsversammlung und hiemit neue und gefährlichere politische Stürme, als alle bisherigen, prophezeien. Wir sehen nicht ganz so schwarz! Unsere Hoffnung ist vor Allem durch den Eintritt H. v. Gagerns in das Ministerium sehr gestiegen; eine Politik wie die seinige, gestützt auf eine klare praktische Anschauung der unabweislichen Verhältnisse, muß, wenn wir uns nicht gänzlich täuschen, ihr volles Gewicht in die Wagschale werfen und der Wahrheit den ihr gebührenden Sieg verschaffen. Es sind aber nicht blos unsere inneren Zustände, die uns das lebendige Verlangen aufdringen, in möglichster Schnelle eine kräftige Centralgewalt an der Spitze Deutschlands zu sehen. Auch die äußeren Verhältnisse drängen das gleiche Bedürfniß auf. Die dänisch-deutsche Frage ist keineswegs gelöst. Privatbriefe, welche wir aus Dänemark und von wohl unterrichteten Personen erhalten, lassen uns glauben, daß man dort im Allgemeinen sehr geneigt ist, unterstützt von einer nordischen Großmacht, sich dem Wege des Friedens abzuwenden; daß dies aber mit voller Bestimmtheit eintreten werde, wenn es einer Partei in Deutschland gelingen sollte, den Ruf: Hie Preußen, Hie Oesterreich! zum offenen Kampfrufe zu erheben. Daß ein erneuerter Krieg mit Dänemark die Kriegsfackel auch im Osten entzünden würde, kann leider kaum bezweifelt werden. Noch viel bedrohlicher sind die neuesten Vorgänge in Frankreich. Das friedliche Programm Louis Napoleons, diese politischen Traumgeburt unseres Jahrhunderts, kann uns kein Vertrauen einflößen. Der wilde, blutige Kampf der Parteien wird bald wieder, was man auch dagegen sagen mag, in den Straßen von Paris und auf einem großen Theil des französischen Bodens entbrennen, und das Ende derselben wird (man wundere sich nicht so sehr über diese Ansicht) die absolute Monarchie oder die rothe Republik sein. Die erstere bedarf zu ihrer Befestigung die Armee und hierzu des Krieges. Die letztere hat keine andere Wahl, als zu ihrer eigenen Sicherheit die entfesselte Leidenschaft über die Alpen und über den Rhein zu werfen. Preußen scheint unsere politische Lage im vorstehenden Sinne aufzufassen; dafür zeugen die außerordentlichen Rüstungen in den Rheinfestungen. Je lebendiger wir aber von der Richtigkeit dieser Auffassung durchdrungen sind, desto sehnlicher müssen wir wünschen, schleunigst eine Macht an der Spitze Deutschlands zu sehen, die im Stande ist, ihr ganzes Ansehen, ihre ganze Gewalt zum Schutze unserer bedrohten Grenzen mit Aussicht auf Erfolg aufzubieten. Wollte man in dem gegenwärtigen Augenblicke Oesterreich als diese Macht bezeichnen, so müßte man mit Blindheit geschlagen oder in einem kindlichen Wahne befangen sein. Preußen allein hat die Mittel und den politischen Beruf, mit seiner schlagfertigen, vortrefflichen Armee an der Spitze Deutschlands dessen Ehre und Grenzen zu schützen und zu schirmen. Wehe uns, wenn dies einfache Verhältniß in der Paulskirche nicht richtig erkannt, oder wenn dessen Berücksichtigung einer verwerflichen, zu sträflichen Parteileidenschaft zum Opfer fallen sollte!

†† **Stuttgart**, 27. Dez. Was ich Ihnen unlängst als möglichen Fall meldete, ist jetzt bekanntlich eingetreten: Hr. Strauß hat sein Mandat zurückgegeben und ist aus der Kammer der Abgeordneten ausgeschieden. Schon damals, als ein Theil der Ludwigsburger Wähler den pflicht- und überzeugungstreuen Mann mit einem Mißtrauensvotum öffentlich anfiel, hielten ihn vom Austritte aus der Versammlung nur die Vorstellungen seiner Freunde und die Rücksicht auf einen zu wahrenden Grundsatz zurück. Die Wendung, welche die Verhandlungen unseres Landtages genommen haben, konnte so wenig Herrn Strauß wie irgend einem vernünftigen, die Wahrheit, die Freiheit und das Vaterland wirklich liebenden Manne das Verweilen im Ständehause angenehm machen. Ein heftiger Zusammenstoß mit dem Abgeordneten Seegee, welcher Strauß einen Ordnungsruf zuzog, war, wie letzterer in seinem Schreiben an den Präsidenten ausdrücklich hervorhob, nicht Ursache, sondern Folge seines gereiften Entschlusses, zurückzutreten. Herr Strauß hat diesen Rücktritt, über den seine ausführliche Erklärung zu erwarten steht, mit einer Handlung der Uneigennützigkeit begleitet, welche auch in weiterm Kreise bekannt zu werden verdient: er verzichtet auf alle Taggelder, von seinem Eintritt in die Ständeversammlung bis zu seinem Rücktritt. Hoffentlich ist dieser Verzicht kein Zugeständniß an die gemeinen Hänseleien, womit Stadt- und Preß-Geträtsch den angeblichen „Geiz" des Abgeordneten von Ludwigsburg zu verfolgen liebte. Herr Strauß nimmt in die Stille des Studirezimmers die Achtung aller achtungswerthen Parteien mit.

Ulm, 25. Dez. Vor einigen Tagen ist der preußische Artilleriegeneral v. Jenichen hier eingetroffen, um hier ebenso wie vorher in Rastatt auf Befehl des Reichskriegsministeriums den Vorsitz bei einer Kommission zu führen, welche die von der hiesigen Artillerie-Ausrüstungs-Direktion entworfenen Vorschläge zur Armirung unserer Reichsfestung prüfen und den darauf zu gründenden Armirungsplan festsetzen soll. Geschütz und Munition kommt fortwährend an, und dürfte wohl schon mehr als die Hälfte des nothwendigen Bedarfs vorhanden sein. (A. Ab. Z.)

Freiburg, 26. Dez. Freiherr v. Wessenberg, der gewesene österreichische Premierminister, ist wieder hier eingetroffen, um seinen ferneren Aufenthalt in hiesiger Stadt zu nehmen.

Kobnrg, 18. Dez. Die Konferenz von Deputirten der verschiedenen thüringischen Staatsministerien, welche auf Einladung des Reichskommissärs v. Mühlenfels am 15. und 16. in Gotha stattgefunden hat, hat zu einem Ergebniß geführt, das hier lebhafte Befriedigung erregt. Man ist über folgende Hauptpunkte übereingekommen. Die thüringischen Staaten treten unter Beibehaltung ihrer staatlichen Selbstständigkeit in Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten zu einem Staatenverband zusammen. Gemeinschaftlich zu behandelnde Angelegenheiten sind: Militär, Zoll, Criminal- und Civilgesetzgebung, Rechtspflege, Gefängnißwesen ꝛc., sowie die Beziehungen zum Reichstag (Staatenhaus) und zum Reichsministerium. Als Organe der Gemeinschaft dienen ein thüringisches Gesammtstaatsministerium und ein vereinigter Landtag. Mit der Abfassung des Entwurfs dieser wichtigen organischen Einrichtungen ist unser, von allen Parteien hochgeachteter Staatsrath Bröhmer von der Conferenz beauftragt worden. (N. C.)

Digitized by Google

Oldenburg, 24. Dez. Die Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Centralbehörde für die deutsche Marine ist im Begriff, mit dem Bau einer Anzahl Kanonenböte und anderer Kriegsschiffe vorzugehen und beabsichtigt vorzugsweise die Werften solcher Orte zu berücksichtigen, welche nomboste Summen für die deutsche Flotte gezeichnet und gesammelt haben."

⨯ **Aus Schleswig-Holstein**, 23. Dez. Die Dänen nennen uns immer „die deutschen Windbeutel." Sie müssen indessen, da sie in allen Dingen unsere Schüler sind, auch das Windbeuteln von uns gelernt haben. Ja, nach folgender Probe aus der Berling'schen Zeitung müssen die Schüler den Meister weit übertreffen: „Die Lumpen von Schleswig-Holsteinern," heißt es dort, „haben nun ganz den Muth verloren, nachdem sie sich auf ihre große Armee nicht mehr verlassen können. Die Verräther haben bei dem Freischaarenführer v. d. Tann angefragt, ob er ihnen nicht Truppen gegen ihre innern und äußern Feinde verschaffen könne. Tann will 30,000 Mann zusammenbringen, aber nur gegen Vorausbezahlung von 3 Monat Sold, worauf die Schleswig-Holsteiner sich aber nicht einlassen können, da ihre Kassen leer sind, indem nicht nur in Nordschleswig, sondern auch in Holstein sich Steuerverweigerung zeigt. Die am meisten Prostituirten unter den Offizieren wollen in österreichische Dienste treten."

Großbritannien.

London, 24. Dez. Die neuesten englischen Zeitungen bringen wieder herzbrechende Mittheilungen über die Noth in Irland. In einem Kommissionsbericht über das Elend im Kirchspiel Skibbereen heißt es unter andern: Von den 6000 Menschen, welche die Bevölkerung dieses Kirchspiels bilden, haben 1000 kaum noch einen Mundbissen, keine Feuerung, kaum etwas auf dem Leibe, was den Namen einer Kleidung verdiente, keine Bedeckung zur Nacht, ihre Hütten sind „unermeßlich" schlechter, als die Schweinställe in England, viele haben gar keine Wohnungen, sondern leben unter Ueberhängen von Klippen und Felsen; ihre Nahrung besteht zum Theil nur aus Seetang, Muscheln, Kartoffelkräutig und was sonst von Kartoffeln nach der Ernte noch im Boden zurückbleibt u. s. w. Außer diesen 1000 Verschmachtenden und gänzlich Preisgegebenen zählt dieses unglückliche Kirchspiel noch 639 Arme, welche einige Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten, aber auch diese haben keine hinlängliche Nahrung, geschweige Feuerung oder Kleidung. Es ist dasselbe Kirchspiel, wo im Hungerjahr 1845 von 8000 Menschen 2000 wegstorben. Die Bevölkerung scheint geistig und körperlich ganz gebrochen zu sein; auf alle Fragen hört man nur die eine Antwort: „es ist die Heimsuchung des allmächtigen Gottes. —" Hinter welcher Antwort man wohl unschwer die Einflüsterung der katholischen Geistlichen wittert. Auch in andern Theilen Irlands sieht es nicht besser aus. Der „Atlas" sagt: „Nahe bei Limerick fand man eine Familie, welche von Aas lebte; der ganze Süden Irlands bietet fast einen eben so jammervollen Anblick, wie während des Hungerjahrs, nur daß die englische Mildthätigkeit der irischen Noth jetzt nicht in so ausgedehnter Weise wie damals beispringt." Dieser Zustand ist ein allen göttlichen und menschlichen Gesetzen entfremdeter, wie überhaupt in den Landdistrikten Irlands eine Gesetzlosigkeit herrscht, wie sie in keinem andern Lande der Welt, welches nur einigermaßen auf Civilisation Ansprüche macht, angetroffen wird. Alle Klassen liegen gegen einander im Kriege. Die Pächter suchen über Nacht ihre Vorräthe zu verkaufen und mit dem Erlös einen Hafen zu erreichen, um mit dem nächsten Schiffe nach Amerika zu segeln; die Gutsherren dagegen streben ihnen zuvorzukommen, nehmen, was sie vorfinden, für die rückständigen Zinse gewaltsam in Beschlag, treiben die Bewohner aus ihren Hütten und machen diese dem Erdboden gleich. Nicht immer geht Letzteres ohne Widerstand und Blutvergießen ab. Erst vor kurzem sandte ein Gutsherr in der Grafschaft Galway eine Schaar bewaffneter Männer auf die verpachteten Ländereien, um zu pfänden. Die Männer, unter Anführung des Verwalters, Romens Kelly, bemächtigten sich des Viehs und trieben es weg. Die Pächter rotteten sich zusammen und setzten sich wieder in den Besitz des Viehs. Bei dem hierüber entstandenen Streit feuerte einer der mit der Pfändung beauftragten Männer seine Flinte ab und verwundete einen der Pächter tödtlich. Die Partei des Kelly, von den an Zahl weit überlegenen Landleuten in die Flucht geschlagen, rettete sich in ein Haus, und bereits machte das Landvolk Miene, es anzuzünden, als eine herbeigerufene Schaar Polizeisoldaten eintraf und die Landleute zum Rückzug zwang. Dies Beispiel für viele. Alle diese Barbarein gehen unter den Augen des feingesitteten, bibelfesten und steifchristlichen Englands vor, welches sich nicht damit entschuldigen kann, daß es davon nichts wußte, denn die Presse, treu ihrer Pflicht und Aufgabe, stellt die irischen Jammerscenen gewissenhaft an ihren Schaafenstern aus.

Durch die Ernennung des Dr. Bowring zum Konsul für Kanton ist der Parlamentssitz für Bolton erledigt worden. Es hat sich hier ein entschiedener Liberaler gemeldet, Sir Joshua Walmsley, der in einem neulich abgehaltenen Meeting erklärte, ein Anhänger der Hume-Cobden'schen Richtung zu sein und im Parlament auf Ausdehnung des Wahlrechts, Ersparnisse im Staatshaushalt, Reduktion der Streitkräfte zu Wasser und Land u. s. w. dringen zu wollen. Sir Joshua führte bei mehreren Meetings, die zur Geltendmachung dieser Reformen gehalten wurden, den Vorsitz. Er dürfte wohl gewählt werden, da, wie es scheint, sein politisches Glaubensbekenntniß auch die Chartisten dermaßen befriedigt haben mag, daß sie ihm schwerlich ihre Stimmen verweigern werden.

Spanien.

* **Madrid**, 12. Dez. Die Sitzungen der beiden Kammern waren heute im höchsten Grade nichtssagend. Nachdem die Deputirtenkammer vierzehn Wahlen verifizirt hatte, verwandelte sie sich in ein geheimes Komite, um mehrere innere Fragen zu behandeln. Uebermorgen wird sie sich definitiv konstituiren und dann das Budget für das Jahr 1849 berathen. Unsere bis jetzt nicht allzu reiche Presse wird nächstens durch ein neues Organ der gemäßigten Partei verstärkt werden.

Der Kampf mit der Karlisten behält seinen stationären Charakter. So oft eine Bande auch geschlagen wird, so oft sammelt sie sich wieder. Abwechselnd Karlisten und Anhänger der Königin plündern die unglücklichen katalonischen Städte. Der Heroldo rühmt die Entschiedenheit, mit der die ehemaligen Karlisten-Chefs, welche die Königin anerkannt haben, gegen ihre alten Kameraden verfahren, und hofft daraus auf eine baldige Beruhigung Kataloniens. Aber wie lange hofft er nicht schon darauf! Seit einigen Tagen hieß es sogar hier, General Manuel de la Concha sei von den Insurgenten geschlagen und verwundet worden; seine Briefe widerlegen das Gerücht.

Oesterreichische Monarchie.

♀ **Lemberg**, 17. Dez. Das unter Anführung des Feldmarschallieutenants Grafen Schlick aus Galizien über die Karpathen nach Ungarn operirende Korps, bestehend aus 10,000 Mann, stieß bei Kalchau auf ein ungarisches Korps von 20,000 Mann mit 21 Kanonen. Der österreichische Befehlshaber hatte seine Dispositionen so klug getroffen, daß die Magyaren nach dreistündigem, äußerst hartnäckigem Widerstande die Stadt in wilder Flucht verließen, dabei aber auch 18 Kanonen und über 3000 Gefangene und Todte verloren. Die gegen die Magyaren ogirenden Infanterie-Truppen waren durchaus Ruthenischer Nation, und kamen hier das erste Mal ins Feuer, gaben aber dabei einen bewunderungswürdigen Muth kund. Die kaiserl. Truppen verloren 30 Todte und Verwundete. Das Landvolk kam den Truppen freudig entgegen und bat nur, daß sie bei ihnen blieben. Neuesten Nachrichten zu Folge sind vor ungefähr acht Tagen neuerdings 20,000 Russen über den Pruth in die Moldau eingerückt, und es stehen jetzt in der Moldau 50,000, in der Wallachei aber 70,000 Russen aller Waffengattungen mit entsprechendem Geschütze wohl gerüstet längs dem linken Donauufer und den Gränzen Siebenbürgens und der Bukowina. Kossuth steht mit 25,000 Mann bei Comorn und wird von seinen eigenen Leuten mit Mißtrauen bewacht; man soll ihn schon ertappt haben, als er verkleidet nach der Türkei entfliehen wollte.

Italien.

Rom, 15. Dez. In dem Augenblick, wo Pius des Neunten Stern im Sinken ist, vielleicht um nie wieder am Horizont sich zu erheben, erhalten wir in der eben erschienenen „Römerfahrt" von L. Schücking eine mit Liebe entworfene Charakter- und Lebensskizze des Kirchenfürsten, dem bis von ihm zum politischen Leben erweckte Italien jetzt Verwünschungen nachruft, während er

Digitized by Google

Uebersicht.

Die österreichischen Abgeordneten.
Deutschland. Frankfurt (Inhalt des Reichsgesetzblattes. Regierung und Volk in Wurtemberg für die preußische Hegemonie. Das preußische Ministerium.) Wien (Fürst. Amtliche Kundmachung. Armeebülletin. Tagesnachrichten. Die Armee in Ungarn.) Berlin (Tagesbegebenheiten.) München (Die Ministerkrisis.) Leipzig (Bevorstehende Eröffnung der Kammern. Abmarsch der Hannoveraner aus Altenburg. Die Wahl der Geschworenen.) Aus Baden (Die Presse und die Heidelberger Unionsfahne.) Kassel (Die Küstenvertheidigung im Norden.)
Frankreich. Paris (Programm des Ministeriums. Interpellation von Ledru-Rollin.)
Spanien. Madrid (Die Cortes. Erben der Königin und der Herzogin von Montpensier.)
Italien. (Verwirrung in Rom. Zustand von Mailand.)
Schweiz. Bern (Die Händel in Schaffhausen.) Luzern (Die Werbungen für Neapel.)
Frankfurter Börsenberichte (Vom 29. Dez.)
Nachschrift.

* Vom Rhein, 28. Dez. In der Allg. Ztg. vom 25. d. entlädt sich ein österreichischer Deputirter in Frankfurt seines Grolls über Ihr Blatt und dessen Stellung in der österreichischen Frage. Ich muß es Ihnen überlassen, ob Sie es der Mühe werth finden, sich gegen den Vorwurf unwahrer Angaben wahren zu wollen, gegen eine Feder, der es offenbar selbst auf eine Handvoll solcher Angaben nicht ankommt. Denn daß Sie z. B. so weit gegangen sein sollten, „die Sünden des Metternich'schen Systems dem verjüngten Oesterreich in die Schuhe zu schieben" (!) das will ich ununtersucht nicht glauben. Vielmehr spricht aus diesem Satze der Eifer eines brennenden Kopfes, an dem man die Worte nicht so sehr wägen muß, als die Gesinnung. Seine Gesinnung ist zunächst die eines feurigen Oesterreichers, sonst würde er uns Deutsche nicht so enthusiastisch für Oesterreich zu stimmen suchen durch eine Erinnerung „an das herrliche Jahr 1813", von dem wir Andern hier außen freilich weit anders in Bezug auf Oesterreichs Thaten urtheilen, und das wir Oesterreich schon um der Jahre 1811 und 1815 willen nicht hoch anrechnen würden, selbst wenn Oesterreich 1813 die Thaten Preußens gethan hätte. Nächstdem ist die Gesinnung des Korrespondenten auch eine lebhaft deutsche, was wir mit Freuden anerkennen; denn mit den Oesterreichern, die gern deutsch sein mögen, haben wir gerne Frieden, auch wenn sie noch so naiv österreichisch sind. So ist auch dieser Korrespondent. Er hat Recht, daß er sich seiner Landsleute annimmt, wenn sie Vorschläge, die ihren Austritt aus der National-Versammlung bezwecken, nicht mit Jubel begrüßen, wenn sie sich selbst nicht hinausdekretiren, wenn sie die Scheidung zwischen Oesterreich und Deutschland nicht in ruhiger Ergebung hinnehmen wollen. Nur ist er darin eben naiv österreichisch und unfähig, deutsch zu fühlen, daß er uns, indem er die Seinigen und ihre leidenschaftliche Erregung in Schutz nimmt, mittelbar zumuthet, wir sollten die österreichischen Ministerprogramme mit Jubel begrüßen, wir sollten uns hinausdekretiren lassen und dennoch zudringlich festkleben, wir sollten die Scheidung, die die Wiener Minister zwischen Oesterreich und Deutschland aussprachen, in ruhiger Ergebung nicht sowohl, als vielmehr wie mit taubem Ohre hinnehmen. Der Korrespondent, der sich hierin wieder in seiner deutschen Gesinnung zeigt, macht uns einen Vorwurf daraus, daß wir das Schmähwort „Schwarzgelber" wieder aufwärmten, das ja in allen Zeitungen, in allen Korrespondenzen aus Wien (lesen Sie nur die gestrige O. P. A. Z.) als ein Ehrenwort in Oesterreich angesehen wird, wo man die deutschen Farben entfernt hat, wo das deutsche Fieber zu Ende ist, wo man in der ständischen Versammlung bei der bloßen Nennung von Frankfurt murren hört, von wo man uns mit Schmähungen und Spott aller Art überschüttet. Sollen wir hier außen Oesterreich und seine Stimmung gegen uns nach der Gesinnung einiger Deputirten in Frankfurt beurtheilen, die in ihrem Vaterlande selbst verlassen stehen würden? Es mag der österreichischen Gesinnung vollkommen würdig sein, daß der Korrespondent gegen die §§. 2 und 3 stimmte, mit ächt deutscher Gesinnung, wenigstens mit einem deutschen Staatsverstande ist es nicht übereinstimmend, für einen Staatenbund zu reden; das gilt nicht allein den Oesterreichern, sondern auch all den politischen Unmündigen in Deutschland, die unbedacht für solch ein Zwitterding gesprochen haben. Es mag der österreichischen Gesinnung zukommen, gegen die Vorschläge Gagerns zu eifern, aber wenn die Abgeordneten, die doch für den Bund zwischen Oesterreich und Deutschland sind, zuerst deutsch sein wollten, so mußten sie von Anbeginn an und zuerst gegen das Programm ihrer Minister eifern; eine solche Erklärung würde uns Allen Achtung und das größte Vertrauen gegen die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt eingeflößt haben. Wollen sie es sich zur Ehre anrechnen, sich gegen ihren Austritt zu sträuben, ehe das österreichische Volk selbst den Austritt Oesterreichs aus dem Bundesstaat unumstößlich ausgesprochen hat, so begehen sie wieder eine österreichische Naivetät, denn das österreichische Volk wird gar nicht darüber gefragt werden; und wenn es gefragt werden sollte, so hätten die Frankfurter Deputirten von dem Programm der Minister an ihre Wähler appelliren müssen; dann würden sie (es ist nur naiv österreichisch, wenn sie das leugnen wollen) von dem Volke auf ihre Frage diejenige Antwort erhalten haben, die es ungefragt aus so vielen Wählerkreisen und Kluds gegeben hat, indem es sich gegen die §§. 2. 3 aussprach. Wenn wir es den Oesterreichern nicht zum Vorwurf machen sollen, daß sie den Vorschlag Gagern's für eine preußische Machination hielten, so ist es nur naiv österreichisch, daß sie uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir das Programm für eine österreichische Machination halten. Der Korrespondent antwortet zuletzt auf die in der „Deutschen Zeitung" gestellte Frage, was die Oesterreicher wollten? „Sie wollen nach ihm ein großes, mächtiges, einiges Deutschland". Dann müssen sie die §§. 2. 3 wollen. — „Sie wollen, daß dieß Deutschland auch ihr Oesterreich einschließe", dann muß Oesterreich die §§. 2. 3 annehmen. „Sie glauben, daß es Deutschlands Interesse sei, Oesterreich sich stark und kräftig gestalten zu lassen". Das wollen wir, darum gönnen wir ihm die vortrefflichen Kräfte, die sich ihm jetzt in Frankfurt entziehen, und dort sich selbst und Oesterreich nichts nützen, uns aber schaden. — „Sie haben die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es möglich sei, Oesterreich und Deutschland durch ein engeres, nicht blos völkerrechtliches Band zu vereinigen." Wir wollen jede äußerste Bestrebung anwenden, dieß unmöglich zu machen, dagegen aber Oesterreich und Deutschland durch das engste, oder blos völkerrechtliche Band zu vereinigen. „Sollten sie sich aus dem Ausspruch des österreichischen Volkes durch den Mund seiner gesetzlichen Vertreter überzeugen, daß Oesterreichs Verbleiben im Bundesstaate mit Deutschland unmöglich sei, dann wollen sie sich nicht weiter in das deutsche Verfassungswerk mengen." Wir aber wollen nicht darauf warten, bis ein solcher Ausspruch fällt, da es ungewiß ist, ob er nur überhaupt fallen werde; und wir halten es für eine so große österreichische Naivetät, wenn die Abgeordneten in Frankfurt irgend zweifelhaft über diesen Ausspruch sind, daß es uns vorziehen werden müßte, wenn wir das strikte Gegentheil der Naivetät hinter diesem Zweifel suchen. Wir halten daher dafür, daß die wahrhaft edle und deutsche Aufgabe der österreichischen Abgeordneten die ist, mit der unser Korrespondent seinen Brief schließt: „sich ihrer Heimath zuzuwenden, und in Oesterreich in deutschem Sinne zu wirken." Dann sollen sie sehen, ob es uns hier außen, ob es der D. Z. ein Ernst ist, den Verband zwischen Oesterreich und Deutschland innig, stark, und für alle Zukunft fest zu machen.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 28. Dez. Das heute erschienene 8. Stück des Reichsgesetzblattes enthält das Gesetz betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes.

⁝ **Frankfurt**, 29. Dez. In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, daß bereits vor ungefähr vier Wochen die würtembergische Regierung der Centralgewalt ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben habe, sich einem Reichsoberhaupte in der Person des Königs von Preußen unterzuordnen. Herr v. Schmerling, sagt man, hätte es für gut befunden, diese Depesche bis zu seinem Abgange geheim zu halten (?). Dem Vernehmen nach wird eine ähnliche Demonstration zu Gunsten eines erblichen Reichsoberhauptes, wie sie vor Kurzem in Braunschweig stattgefunden, auch von Seiten einer süddeutschen Kammer erwartet. Aehnliche Kundgebungen sind schon von mehreren Städten erfolgt, und von Stuttgart aus kann ich Ihnen melden, daß am zweiten Weihnachtstage der Stuttgarter volksthümliche Verein in einer Generalversammlung einstimmig eine Erklärung beschlossen hat, welche auch zur Kenntniß der Reichsversammlung gebracht werden soll, daß er für wünschenswerth und nothwendig halte, Preußen, als den mächtigsten deutschen Staat, an die Spitze des deutschen Bundesstaates zu stellen. Herr v. Vincke soll zur Bildung eines neuen Mini-

Digitized by Google

steriums nach Berlin berufen sein. Die Bildung eines Ministeriums Vincke stand bekanntlich bereits früher in Aussicht. Es dürfte allerdings mit Rücksicht auf das Verhältniß zu Deutschland gegenwärtig hohe Zeit sein, daß in Preußen ein Ministerium an die Spitze tritt, welches Anknüpfungspunkte in der deutschen Nationalversammlung besitzt, und dessen Vorgänge volles Vertrauen im Volke zu finden Anspruch machen können. Das in Berlin umlaufende Gerücht, Herr v. Bodelschwingh sei dazu bestimmt, wieder in das Ministerium einzutreten, entbehrt, obgleich es durch alle Zeitungen läuft, jedes Grundes. Herr v. Bodelschwingh ist ein ausgezeichneter Staatsmann, welcher seinen schlimmen Namen größtentheils den schlimmen Umständen verdankt, in die er am Schlusse seiner Amtsverwaltung versetzt ward. Aber die Märzveilchen haben für dieses Jahr denn doch ausgeblüht.

Wien, 23. Dez. Der berüchtigte Reichstagsdeputirte Pater Fuster, Professor der Religionswissenschaft an der hiesigen Universität alten Styls (die Lehrkanzel ist jetzt dem Lyceum zugewiesen), hat vom Ministerium des Unterrichts seine Entlassung bekommen. Seine Wähler haben ihm nicht nur ein Mißtrauensvotum geschickt, sondern jetzt eine förmliche Petition um seine Ausweisung an den Reichstag gerichtet, da er trotzdem seinen Sitz nicht verlassen will. (Allg. Z.)

Wien. Die Wiener Zeitung vom 24. Dez. bringt in ihrem amtlichen Theile Folgendes: „So schnell die ersten Operationen der Armee Se. Durchl. im Anfange waren, so schnell die Rebellen allerarts nach allen Richtungen gewichen, so, daß selbst deren Hauptkorps auf dem rechten Donauufer von unserer Avantgarde noch nicht eingeholt werden konnte, so sehr liegt es doch in der Natur geordneter Heeresbewegungen, daß selbe vorzüglich in gegenwärtiger Jahreszeit, und je weiter sie fortschreiten und sich ausdehnen, einer längern Zeitfrist bedürfen, um Resultate zu gewähren; daß demnach unmöglich alle Tage ein Siegesbulletin ausgegeben werden kann, wenn der Feind nicht Stand hält, und daß es ferner nicht im Interesse des Dienstes liegt, den Gang der Operationen, welche die Absichten des Feldherrn enthüllen könnten, sogleich an die große Glocke zu hängen, sollte auch ein weniger militärisches Publikum, als sich in jüngster Zeit in Wien gebildet, dan selbst begreifen. Indeß benutzt die Böswilligkeit mehrer Agitatoren das Nichterscheinen täglicher Bulletins, um in Kaffeehäusern und andern öffentlichen Orten Nachrichten ihrer Art dem immer neugierigen Publikum preiszugeben. Da sich die Regierung bereit erklärt hat, alle und jede Nachrichten über militärische Operationen bekannt zu geben, so wäre es Pflicht des Publikums, dieser Versicherung mehr Glauben zu schenken als den lügenhaften Gerüchten, die nur in der schlechtesten Absicht verbreitet werden, und deren Verfasser gerichtlich zu verfolgen bereits angeordnet worden ist. Von der k. k. Stadtkommandantur."

Wien, 24. Dez. Viertes Armee-Bulletin. Nach den soeben aus dem Hauptquartier Ungarisch-Altenburg eingetroffenen Nachrichten des Hrn. Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz ist das erste und zweite Armeecorps zwischen Hochstraß und Raab schlagfertig aufgestellt und die Avantgarde bis über die Rabnitz vorgerückt, ohne auf einen Feind zu stoßen. Von Leopoldstadt ist die Division des Feldmarschallieutenants Simunich, um Preßburg jene des Feldmarschallieutenants Kempen aufgestellt. Von Oedenburg ist das Corps des Obersten Horvath gegen Güns vorgerückt, um einer feindlichen Colonne unter dem Rebellen Perczel, die sich, gedrängt, von der untern Mur über Körmend, Steinamanger und Papa mit den Insurgenten bei Raab zu vereinigen suchte, in die Flanke zu fallen. Während des Vorwärtens der Armee in ihre letzten Stellung ist in jener ganzen Strecke, welche die Truppen auf beiden Ufern der Donau besetzten, d. h. im Preßburger, Wieselburger und Oedenburger Comitat, die Entwaffnung des Landvolks bewirkt, die gesetzliche Ordnung hergestellt, und die Einsetzung der königlichen Regierungskommissäre geschehen. Wien am 24. Dez. 1848. Vom Civil- und Militärgouverneur Welden, Feldmarschallieutenant.

* **Wien**, 24. Dez. Von den wechselseitig in Acht erklärten Personen befinden sich die Grafen Zichy und Leopold Palffy in Komorn, wohin sie als Geiseln von Seite der Revolutionspartei gebracht wurden. Baron Bayer (Rupertus) ist zum Festungskommandanten daselbst magyarischerseits ernannt worden. — Nach der heutigen Wiener Zeitung werden, wie es schon vor den Märzereignissen beantragt war, die sogenannten Wuchergesetze abgeschafft werden. — Man erwartet den ehemaligen Finanzminister, Baron Kübeck, von einem der erledigten Wahlbezirke zum österreichischen Reichstagsdeputirten erwählt zu sehen. Es wäre wohl schon früher geschehen, wenn Kübeck in seiner Bewerbung persönlich, statt durch einen Dritten, aufgetreten wäre. In der Kammer, wo es so sehr an finanziellen Capacitäten fehlt, würde durch diese Wahl eine empfindliche Lücke ergänzt werden.

Wien, 24. Dez. Die Armee befindet sich auf der Heerstraße nach Pesth, und wie wüßten nicht, was sie auf ihrem Marsche aufhalten sollte, wenn sie, was wahrscheinlich ist, es nicht scheute, Komorn bei Seite und im Rücken zu lassen. Pesther Briefe melden noch immer, daß man unten in vollkommener Sorglosigkeit lebt. Kossuths Placate sprechen von einer Hungersnoth in Wien, von einer totalen Auflösung der kaiserlichen Armee, von der Gefangenschaft des Kaisers in Ollmütz; die Journale erzählen ihren Lesern auch nur angenehme Dinge und so ist man in Pesth voll Hoffnung dan Tag zu Tag, daß ein Wunder für Ungarn geschehen müsse. So war es im Oktober in Wien, und wie bei uns jetzt, wird es im Januar in Pesth sein. Fürst Windischgrätz will Neujahr schon in Pesth sein Quartier aufschlagen. (A. Z.)

Lith. Korr. **Berlin**, 27. Dez. Nicht wenig Aufsehen macht ein Vorfall, welcher gestern den Geh. Rath Waldeck betroffen hat. Derselbe wurde auf der Straße von einem jungen Kammergerichts-Assessor mit Schmähungen angegriffen, welchen der Beleidigte nur Ruhe entgegensetzte. Der „Publizist," dessen Suspension Hr. v. Wrangel gleichfalls verfügt hatte, ist wieder freigegeben. Der Herausgeber ist jedoch „vor allen Angriffen der Behörden und ihrer Maßnahmen bei Vermeidung sofortigen Wiedereintritts der Suspension" verwarnt worden. Der Herausgeber macht in dem heut erschienenen Stück seines Blattes auf die Vorzüge der odemäßlichen Censur vor dieser Art konstitutioneller Preßfreiheit aufmerksam. Derselbe theilt gleichzeitig die Erwiderung des Staatsanwalts auf eine gegen den Polizeipräsidenten von Bardeleben erhobene Anklage wegen gesetzwidriger Verhaftungen mit. Der Antrag wird von dem Staatsanwalt zurückgewiesen, weil gegen Beamte wegen Amtsverbrechen nur mit Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde eine Kriminaluntersuchung eingeleitet werden könne. Daß der §. 9 der sog. Habeas-Corpus Akte für Fälle der Verletzung dieses Gesetzes das Erforderniß jener Genehmigung ausdrücklich aufhebt, läßt der Staatsanwalt, der sich auf das Allg. Landrecht und das berüchtigte Gesetz vom 29. März 1844 beruft, unbeachtet. In dem Brandenburger Dom ist noch nach dem 7. Dez. an den unvollendet gebliebenen Einrichtungen bis zu deren gänzlicher Herstellung weiter gebaut worden, und noch denkt man nicht daran, die Kirche ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß umzugestalten.

München, 26. Dez. Nach einem seit gestern vielfach verbreiteten Gerüchte wäre eine Estaffette an Freiherrn von Lerchenfeld gesendet worden, um ihn hieher zurückzuberufen. Nach einem andern Gerüchte soll auch Freiherr von Closen, der vor wenigen Wochen in außerordentlicher Sendung nach Ollmütz ging, schleunig hieher berufen sein. Mehr als diese beiden Gerüchte erfährt man heute nicht über den Stand der Ministerkrisis, die nun schon seit acht Tagen dauert und allem Anscheine nach kaum vor Ende der Woche ihre Lösung finden wird. (N. C.)

§ **Leipzig**, 27. Dez. Am 10. Januar soll, wie versichert wird, der Landtag in Dresden eröffnet werden. Aber man zweifelt jetzt an der langen Dauer desselben, welche die Wahl des Dr. Wertling zu versprechen schien; man erwartet vielmehr eine baldige Auflösung der Kammern und Appellation der Minister an das Volk durch Ausschreibung einer neuen Wahl. Mit diesen Kammern kann kein Ministerium regieren, nicht einmal ein Schaffrath'sches. Ein wenig Hefe mag eine nützliche treibende Kraft abgeben, aber was sollte das für ein Gebäck werden, das man hauptsächlich aus Hefe herzustellen hätte? Die Mehrheit der Gewählten nennt sich Demokraten und es kommt ihr zu Gute, daß man in Deutschland mehr als anderswo auf Namen gibt; besonders thun das einige gutmüthige Gelehrte, die sich rein an den schönen Namen halten, und mit ihren Stubenaugen gar nicht bemerken, mit welcher Partei sie laufen. Man hat noch nicht die Erfahrung gemacht, daß die beste Partei einen schlechten, die schlechteste einen guten Namen haben kann, daß eine Partei nach ihrem Zweck, nach ihrem Können und Vermögen, nach ihrem Thun und Treiben, und nicht nach ihrem Namen zu beurtheilen ist. In

Digitized by Google

Amerika pflegt man sich unter einem Demokraten einen Pflanzer und Sklavenbesitzer zu denken, da die Kaufleute und Gewerbetreibenden der nördlichen Staaten größtentheils Whigs sind; was sich bei uns an den Namen eines Demokraten für Nebenbegriffe hängen, ist besser nicht auszusprechen. Aber die Leitee der „entschieden freisinnigen Partei" wissen wohl, warum sie ein Wahlgesetz foedern, nach welchem sowohl die 21jährigen als die, welche die bürgerlichen Ehrenrechte verlaeen haben, stimmberechtigt und wählbar sein sollen; von Solchen erwaeten sie ihre Stärke. Das Ministeeium hatte in einee öffentlichen Erklärung angedeutet, daß es vor einer Majorität diesee Paetei zurücktreten werde; jetzt wird im Dresdner Jauenal, welches als Organ des Miuisteriums bekannt ist, der Krone dee Roth ertheilt, dee Umsturzpartei entschieden entgegen zu treten und, um das Ministeeium zu halten, von dem Rechte der Auflösung dee Kammern Gebrauch zu machen. Es ist nicht unmöglich, daß in einigen Wochen das Land eine veränderte Stimmung zeigen würde. Inzwischen aber müßten die Minister sich ernstlich auf die der Einheit Deutschlands und der Heerstellung einee kräftigen Centralgewalt geneigten „deutschen Vereine" stützen, und der Minister Oberländer müßte aufhören, mit den demokratischen Vaterlandsvereinen zu liebäugeln. Seine Absicht, ihnen die dem Staate gehörige, im ganzen Lande gelesene Leipzigee Zeitung in die Hände zu spielen, hat er, wie man hört, bereits aufgegeben. Man hält die Minister für weniger deutsch gesinnt als den König, der nie an seinen Worten zu deuteln geliebt hat.

♀ **Leipzig**, 27. Dez. Heute Mittag kam von den in Altenburg stationieten hannover'schen Reichstruppen das erste Gardebataillon hiee an und wuede unverweilt auf der Magdeburger Bahn weiter nach Hannooee befödert. Bei dieser Bahnoerwaltung ist füe die nächsten sechs Tage dee Transpoet dee übrigen in Altenburg stehenden hannover'schen Teuppen angemeldet. Ueber die Bestimmung derselben ist hiee nichts Zuvereässiges zu erfahren; unter den Soldaten selbst ist die Meinung verbreitet, daß sie nach kurzer Rast in Honnooee nach Schleswig kommandirt werden würden. In Altenburg werden dieselben durch sächsisches Militär untee Generat Holtzendorf ersetzt weeden. Vorgestern ist Seitens des königl. Ministeeiums des Innern eine **Veroednung**, die **Wahl von Geschwornen** betreffend, publicirt woeden, deren Ausführung in kürzester Feist erwartet wird.

† **Aus Boden**, 28. Dez. Die Karlsruher Zeitung vom 26. Dez. kündigt an, daß sie eine Reihe zugesanttee Artikel gegen unsee Kritik der Universität Heidelbeeg bringen werde. Wir freuen uns darouf, denn auf Erörterung, auf Veröffentlichung, auf recht allgemeine und vielseitige Besprechung der angeeegten Gegenstände halten wir es abgesehen, dadurch kann die Sache nue gewinnen. In diesem Sinne hatten wie ouch gehofft, doß die Bibliotheksaerwaltung uns unsere Entstellungen und Verdächdigungen umständlich spezifiziren wüede; sie hat aber geschwiegen. Wenn übrigens die Aetikel dee K. Z. in dem Tone gehalten sind, wie der aus Heidelberg oam 21. Dez., den sie als Vorläufer bezeichnet, so geben wir ihe zu bedenken, ob sie sich in die Reihe dee „Badischen Zeitung" stellen will; in diesem Falle hätten wir keine Antwort für sie. Jenee Vorläufer nennt unsere Artikel ein beklagensweethes Attentat! als ihren wesentlichen Inhalt bezeichnet er die Schmähung der achtbarsten Lehrer in Heidelberg! dos öffentliche Urtheil über sie sei ein ziemlich einstimmiges. Wir wollen nur entgegnen, daß der letzte Satz vollkommen richtig ist; daß wie Gelegenheit hatten, die Einstimmigkeit der Urtheile in Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim zu konstatiren, die auf eine allgemeine Freude hinausgingen, daß einmal dem längst Erkannten und Bekannten öffentliche Stimme gegeben worden sei, und dies in einem Tone, der mit dem Anstande die Wahrheit und mit beiden die reine Absicht verbürgte. Es war uns lieb, aus dee Redaktionsnote zu sehen, daß die K. Z. selbst mit dem ongeschlagenen Tone des Voeläufers nicht zufrieden ist. Bei dem halb offiziellen Chorokter dieses Blattes hätte uns dieß auch leid gethan. Leid sollte uns auch thun, wenn die K. Z. den „Mangel on Beachtung" für eine Waffe gegen unsere Artikel ansähe. Wir wollen hoffen, unsee Regierung sei über die altväterische Ansicht hinaus, als ob man die Peesse in einem Falle wie dieser ignorieen dürfe, vielleicht gar müffe, um nicht den Schein zu haben, sich tereorisiren zu lassen. Den neuen Ordnungen stände es besser an, sie gäbe, wie das die Regierungen aller wahrhoft konstitutionellen Lande oft gethan haben, die laute Erklärung, die gerügten Uebelstände untersuchen und im Bestätigungsfalle abstellen zu wollen, wenn sie füe den Moment nicht in dee Lage ist, sogleich und unmittelbae einschreiten zu können in den Dingen, deern übler Verhalt übrigens auch ihe, dee Regierung, viel bekannter ist, als sich jene „achtbarsten" Herren in H. einbilden mögen. Wenn die Regierung diesen Muth aon der Zeit nicht gelernt hat, auf eine solche Interpellotion der Presse eingehen zu wollen, so wüeden wie uns genöthigt sehen, sie dort zu stellen, wa die Antwort nicht geweigert werden kann. Denn so viel soll ous unserem Verhalten sichtbae werden, daß es uns um die Sache, die wir verfechten, wahrhafter und bitterer Ernst ist. Die Freude, zu schmähen, hätten wir mit der Einen Expectoration am sichersten erreicht; wir wollen aber bewähren, daß unsere Freude ist, aus der Unioeesität Heidelberg etwas machen und schoffen zu helfen.

Kassel, 27. Dez. Wie können Ihnen aus zuverlässiger Quelle mutheilen, daß die Centralgewalt zu Frankfuet die Vertheidigung der schleswig-holsteinischen Küsten angeordnet hat. Es sollen die Strandbatterien in so ausgedehntem Umfange errichtet werden, daß man 200 Kanonen dazu verwenden muß. (Han. Z.) (Wie wir aernehmen, werden in Brüssel zum obigen Zweck Kanonen ongekauft.)

Frankreich.

* **Paris**, 26. Dez. Dos ministerielle Programm, von dem wir beeeits die Hauptsätze gegeben haben, lautet wörtlich: „Bürger! Sie vernahmen dieser Tage eine Rede des Peäsidenten der Republik. Der Gedanke dieser Rede ist der Unseige. Wir nehmen in Rücksicht auf das Lano dieselbe Verpflichtung üdee uns. Sie erwarten oon uns keine Erörterung der Lage dee Republik. Wie sind noch zu kurze Zeit an der Staatsgewolt. Was wir Ihnen schulden, ist eine Auseinondersetzung unserer Grundsätze, die bei Bildung des Kabinets aorwalteten. Unser Ursprung ist veeschieden, aber die Volkswahl vom 10. Dez. gab ein Streben nach Einigkeit Aller kund. Es wäre unklug, einem solchen Streben zu widersteeben; dasselbe bezeichnet die Sehnsucht nach materieller und meralischee Ordnung. Man will Ordnung auf der Straße (place publique) und in der Staatsverwaltung. Die republikanische Regierungsform kann sich so lange nicht festsetzen, als die reoolutionäre Periode nicht definitio geschlossen. Wir wollen daher selbst den Gedanken zue Unordnung entmuthigen (nous voulons decourager jusqu'à la pensée du desordre). Das wird das beste Mittel sein, die Bestrafung des Uebels selbst zu verhüten, welches immer beklagenswerth ist. Nach so vielen Agitationen, welche die Gesellschoft selbst bis in ihren Grundvesten erschütterten, fühlt jeder das Bedürfniß, die nächste Zukunft zu sichern (assurer le lendemain). Diese Konsoemität der Ideen wied die Arbeit befeuchten, Vertrouen und Kredit wieder hervoreufen. Schon sind günstige Zeichen vorhanden, Hoffnungen zeigen sich und man glaubt on deren Erfüllung. Wie der Privatoerkehr, so hat auch der Staatshoushalt bedeutend gelitten; die öffentlichen Hülfsquellen sind sehe angegriffen und erschöpft. Der Schatz hat Verbindlichkeiten eingehen müssen. Man muß sie tösen und olle Verbindlichkeiten erfüllen. Das Kabinet hat sich diese wichtigen Mission hingegeben. Wir wollen keineswegs, daß dee Staat seine Hand von den Wohlthaten zurückziehe, die er begonnen. Die Staatsgesellschaft hatte nun einmal die üble Gewohnheit angenammen, sich auf ihre Regierung zu vertassen. Dahee die Sucht nach Staatsstellen, die Vermehrung dee Aemtee bis ins Unendliche und die Veedorbenheit der vorigen Staatsaerwaltung. Die Republik daef diesen Mißbeauch nicht fortdulden. Die Regierung muß mit gutem Beispiel vorangehen. Was unsree Beziehungen zum Auslonde betrifft, so legen uns die Beewickelungen, welche von allen Seiten ausbeechen, großen Rückhalt (reserva) auf. Sie begreifen dieß. Wir sind entschlossen, das Woet Frankreichs nicht leichtsinnig zu geben, aber wir oersichern Ihnen, daß die Nationalehee den ersten Platz in unseren Beschlüssen eehalten wird. (Beifall zue Rechten). Wie werden kein Interesse Frankeeichs vernachlässigen. Die Volkswahl vom 10. Dez. hat nun immer mehe moralische Macht in die Hände der Regierung gelegt. Wie weeden davon Gebrauch machen. Wir rechnen auf Ihren Beistand, um unsere Pflicht zu erfüllen."

Mit seiner gewöhnlichen Heftigkeit motivirte Ledru Rollin seine Interpellation: „Die Ernennung des Generals Changaenier ist eine Verletzung der neuen Konstitution. Ein Kommandant, der über

300,000 Mann verfügen kann, der alle Bewegungen, alle Manövers anordnet, der über alle Munitionen und Proviante verfügt, der noch dazu unabhängig vom Kriegsminister ist, denn er braucht ihm erst nach 24 Stunden Bericht abzustatten, ein solcher Kommandant ist unkonstitutionell. Das hat selbst die Monarchie nicht gewagt. Eine Versammlung, ein Land, welches so etwas duldete, bahnte selbst den Weg zu Staatsstreichen, bereitete selbst der Freiheit das Grab. Der Artikel 69 des Nationalgarden-Gesetzes verbietet, daß ein in Aktivität befindlicher Offizier der Armee den Befehlshaberposten der Nationalgarde bekleide, und Changarnier kommandirt Armee und Nationalgarde; Changarnier soll unter dem Kriegsminister stehen, und das Gesetz stellt die Nationalgarde unter den Minister des Innern. So wird die Konstitution, die der Staatschef eben beschworen, verletzt und den Bürgern ein böses Beispiel gegeben. Die Regierung spricht so viel in ihrem Programm von Ordnung; die Ordnung fängt mit der Beobachtung der Gesetze an." — Gegenüber dieser fortreißenden Beredsamkeit konnte das leere Pathos von Odilon Barrot keinen Eindruck machen. Seine Gründe waren so schwach, daß er wiederholt durch Gelächter unterbrochen wurde. „Die Befürchtungen sind nur das Werk einer verschiedenen Anschauungsweise. Das Ministerium bleibt verantwortlich für seine Maßregeln, und hat diese Vorsichtsmaßregeln des öffentlichen Wohls halber treffen zu müssen geglaubt. Der Text des Gesetzes paßt nur für gewöhnliche Fälle. Uebrigens ist das Gesetz nicht verletzt; denn nicht der Kommandant der Armee ist zum Obersten der Nat.-Garde ernannt, sondern der Oberst der Nat.-Garde zum Kommandanten der Armee." — Es wurde Ledru Rollin leicht, solche Gründe zu widerlegen. „Wenn Gefahr da ist, schloß er, so erklärt den Belagerungszustand und concentrirt dann alle Gewalt in Einer Hand, wenn das aber nicht nöthig ist, so bleibt im gesetzlichen Wege und erschreckt nicht den Handel, die Industrie, die Börse durch Ausnahmsmaßregeln, die nichts rechtfertigt. Wir haben geschwiegen und in euch nicht die Personen angegriffen, aber wir treten gegen euch auf, so wie ihr die Verfassung verletzt, und wenn ihr ein Mal damit anfangt, weiß man nicht, womit ihr endigen werdet." — Beim Mangel sachlicher Gründe wendete sich der Minister des Innern, Leon de Malcville, gegen die Person des Interpellanten. „Ich freue mich, einen der Männer der provisorischen Regierung von Loyalität sprechen zu hören, denselben, der seinen Kommissarien unbeschränkte Gewalten gab; es ist dies ein persönlicher Fortschritt." — Charles Dain weist diesen Angriff auf die provisorische Regierung ziemlich derbe zurück. „Diese Versammlung ist es, die einstimmig erklärt hat, die provisorische Regierung habe sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Die Handlungen der provisorischen Regierung können nur nach dem Maßstab der Revolution gemessen werden. Die provisorische Regierung war eine nothwendige Diktatur. Sie hat die Republik gegründet und durch das allgemeine Wahlrecht der Nation Gelegenheit gegeben, ihren Willen auszusprechen und durchzuführen." — Daß die motivirte Tagesordnung verworfen und die einfache angenommen wurde, ist bereits gemeldet. — Am Schluß der Sitzung kündigte Baune für Freitag Interpellationen über die neuesten Vorgänge in Deutschland an.

Spanien.

* **Madrid**, 20. Dez. Heute Abend wird endlich die Kammer durch ihre definitive Konstituirung wirklich ins Leben treten. Man rechnet darauf, daß Luis Mayana zum Präsidenten gewählt werden wird. Die Session könnte von Bedeutung werden durch die Opposition, welche sich gegen das Ministerium vorbereitet. Man ist mit der Kriegführung in Katalonien sehr unzufrieden; vor Allem tadelt man, daß Alle, welche aus dem Montemolinistischen Lager in das der Königin übergehen, in diesem mit dem Grade, den sie in jenem hatten, angestellt werden. Das muß auch die treuen Anhänger der Königin kränken! Eher findet man es in der Ordnung, daß die Gefangenen erschossen werden! Ein neuer Armeebefehl des Generalkapitäns verordnet, daß je der Fünfte der gefangenen Insurgenten hingerichtet werden soll.

Ihre Majestät lebt unterdessen ihrer Unterhaltung. Zum Beweise, wie sie die Künste liebt, hat sie für ein Denkmal, welches Murillo errichtet werden soll, 10,000 Realen gezeichnet. An ihrem Hofstaate wechseln nach spanischer Sitte die Beamten fast täglich, wie Laune oder Intrigue es will. Ein neuer Kommandant der Hellebardiere, ein neuer Stallmeister wird angekündigt.

Die Schwester und der Schwager der Königin folgen in Sevilla dem Beispiel, das sie in Madrid gibt. Sie beschäftigen sich mit Festen. Den Prinzen Adalbert von Baiern, der sich bei ihnen aufgehalten hat, haben sie so fetirt, daß er, wie der Independente de Sevilla versichert, ganz entzückt abgereist ist.

Italien.

* **Rom**, 19. Dez. Vorgestern Abend zog ein Haufe von Proletariern und Müßiggängern unter Anführung von Ciceruachio, der die Fahne des Circolo popolare trug, vor das Quirinal, um die Verkündigung der Constituante zu verlangen. Der Haufe beruhigte sich erst, als ein gewisser Polidori, angeblich im Namen des Ministeriums, versprach, am folgenden Tage sollten die Forderungen bewilligt werden, man solle dann vor die Deputirtenkammer kommen. Noch in der Nacht ließ aber das Ministerium das Commando der Civica auffordern, für die Ruhe zu sorgen. Die Civica sammelte sich, und da sie fest entschlossen war, nöthigenfalls auf die Aufrührer zu schießen, so wurde die Ordnung gestern nicht gestört. In der inzwischen stattfindenden Kammersitzung erklärte das Ministerium seine Abdankung. Die Kammer wählte Galletti zum Dictator; er nahm die Wahl aber nicht an, obgleich man ihm nicht undeutlich drohte, ihn Rossi nachzusenden. So ist Alles in der vollständigsten Verwirrung. Das Volk will weiter auf dem revolutionären Wege, das Ministerium kann nicht zurück und mag nicht vorwärts, es tritt ab, die Kammer endlich ist zur Unthätigkeit verdammt, weil es ihr nicht gelingt, eine Executivgewalt zu schaffen. Aller Augen sind auf den Pabst gerichtet; von ihm hängt die Entscheidung ab, wie dieser Zustand enden soll.

* **Oberitalien.** In Mailand beginnen die alten Neckereien. Kalabreserhüte tauchen auf, Verschwörungen gegen Theaterbesuch und die sonstigen Belustigungen des Carnevals werden angezettelt, und die Abneigung gegen das Oesterreichische Regiment wird offen zur Schau getragen. Der Feldmarschall-Lieutenant Wimpffen findet sich deshalb bewogen, die Mailänder zu erinnern, daß das Versprechen, welches bei der Thronbesteigung des Kaisers gegeben worden, nämlich den Belagerungszustand aufzuheben, nicht erfüllt worden, daß der Belagerungszustand vielmehr nach wie vor fortdauere.

Schweiz.

Bern. Ueber die würtembergische Schlägerei in Schaffhausen wird vom Bundesrath ringeschritten. (Verfrn.)

Luzern. Der Regierungsrath hat sich bei Anlaß der Werbungen für Neapel an den schweizerischen Bundesrath gewendet und Aufschluß darüber verlangt, wie es sich mit den Entschädigungsforderungen der bei dem Aufstand in Neapel beschädigten schweizerischen Kaufleute verhalte. (N. Z. Z.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 29. December.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 72⅝; 2½pCt. ditto 38½; Bankaktien fl. 1188*; fl. 500. Loose 128¼; fl. 250. Loose 75¼; Badische fl. 35. Loose 26; Hessische Rthlr. 40 Loose 25; Polnische fl. 500 Loose 72; Friedr. Wilh.-Nordbahn 39⅞; Berbach 67½. Köln-Minden 79; 3pCt. inländ. Span. 19⅞; 4½pCt. Würt. 93⅜; 4½pCt. Belg. 76½; Holl. 2½pCt. Integrale 47⅞.

Oesterr. Fonds wurden billiger als gestern abgegeben; dagegen stiegen, bei lebhaftem Umsatz 3 pCt. Spanier. Im Ganzen war das Geschäft animirt.

Nachschrift.

? **Frankfurt**, 29. Dez. Mittags. Der Verfassungsausschuß hat sich so eben entschieden, 1) daß einer der regierenden deutschen Fürsten zum Reichsoberhaupt erwählt, 2) daß dieses Oberhaupt Kaiser genannt werden solle.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Ober-Post-Amts-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 345. Frankfurt a. M., Samstag 30. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Sieben Kurfürsten ohne Kaiser.

Deutschland. Frankfurt (Zur österreichischen Frage. Vorschläge zur Oberhauptsfrage. Neue Abgeordnete. Der Entwurf des Paciscenhofes. Die preußisch-österreichische Allianz.) Wien (Die Wiener Zeitung über Deutschland. Arrestanten entlassen. Graf Stadion und die Beamten. Verhaftungen. Todesurtheile. Die ungarischen Gefangenen.) Olmütz (Keine Nachrichten aus Ungarn. Hohe Besuche. Die Grundrechte. Die Pacification Ungarn's. Prinz Friedrich von Baden.) Berlin (Die Polizei und das Gesellschaftsleben. Anerbieten an den Papst. Die Grundsteuer.) Posen (Die Deutschen und die Polen in der österreichischen Frage. Die Demarkation.) Stuttgart (Die Vollziehung der Grundrechte.) Aus der Wetterau (Stimmen für die preuß. Hegemonie.) Schleswig (Aufruf der Regierung.)

Großbritannien. London (Angeblich beabsichtigte Truppenvermehrung und Kirchenreform. Die Cholera in Glasgow und Belfast. Die irischen Richter und die Presse. Mittheilungen der Times aus Neapel und Paris. Baron Andrian.)

Frankreich. Paris (Die Stellung der Nat.-Vers. zum Präsidenten. Die Centralisation. Das Costüm bei der Revue. Die Amnestie. Wiedereinführung der sechs Professuren. Adbel-Kader. Ikarien. Handelsverhältnisse. Der Constitutionel. David. Die Ministerien. Algerien.)

Dänemark. Kopenhagen (Cavaignac als dänischer Oberbefehlshaber. Budget.)

Norwegen. Christiania (Die Bull.)

Türkei. Konstantinopel. (Der neue König von Persien.)

Nachschrift.

30. Dezember.

Wir lasen in diesen Tagen das Programm des Welckerschen Klubs, der bekanntlich aus Veranlassung der Oesterreichischen Frage sich neu gebildet hat und folglich zur Lösung dieser Frage vorzugsweise mitzuwirken sich berufen fühlen muß. Es mag unerforscht bleiben, ob alle oder wie viele Mitglieder des Klubs dem Programme und dem Projekte über die Wahl des Oberhauptes durch sieben Kurfürsten ihre Zustimmung ausdrücklich ertheilt, genug, der Entwurf ist von dem genannten Klub ausgegangen und er ist als ein neuer Vorschlag an und für sich interessant, um so mehr, als wir von ihm mit gutem Gewissen sagen können, die einzig richtige Lösung der Frage abgerechnet, wüßten wir kaum eine andere die richtiger wäre, was inzwischen nicht verhindert, daß sie gründlich unrichtig ist. Und was das äußere Gelingen dieses Vorschlages betrifft, so möchten wir fast vermuthen, daß er in der Versammlung mehr Stimmen gewinnen wird, als ein Dutzend anderer. Ist einmal der Dannersberg mit seinem Vorschlage abgewiesen und hat er sich darein gefunden, daß nicht „jeder Deutsche" Wähler und wählbar sein soll, so werden Republikaner und Quasi-Republikaner unbedenklich für das Reichsoberhaupt-Projekt des Pariser Hofs stimmen können. Denn einmal ist das Prinzip der Wahl darin zugelassen und zum andern wird Niemand diesen auf kurze Kündigung angestellten Beamten für einen Monarchen ansehen. Ein Wahl-Monarch auf kurze Zeit, und gegenüber einer übermächtigen, um nicht zu sagen allmächtigen Volksvertretung, wäre unseres Wissens eine politische Neuität, die „am Werke" zu beobachten, interessant genug sein möchte, vorläufig können wir freilich über das praktische Resultat nur Vermuthungen anstellen. Seine Autorität im Allgemeinen und seinen Unterthanen gegenüber sind wir geneigt uns so gering vorzustellen, daß man wohl auf eine Stärkung derselben Bedacht nehmen und deshalb als einen Verbesserungsvorschlag anheim geben möchte, ihn lieber aus der allgemeinen Volkswahl hervorgehen zu lassen; und seine Stellung anlangend, wenn er die von ihm sanktionirten Beschlüsse des Parlamentes in den Einzelstaaten zur Ausführung bringen soll, so darf man sich wohl der Frage erinnern, welche in seiner großen österreichischen Rede der Abgeordnete Welcker an die Linke und mit allem Grunde richtete: „Sie wollen doch nicht etwa zur Ausführung der §§. 2 und 3 eine Armee gegen Oesterreich schicken?" Es sei uns nur gestattet, den verehrten Abgeordneten seinerseits nun auch zu fragen: Sie glauben doch wohl nicht, ohne Armee das Wiener Kabinet dahin zu bringen, alles buchstäblich auszuführen, was auf gesetzlichem Wege von dem Parlamente in Frankfurt, und etwa schon dem König von Preußen als erwähltem Reichsverweser beschlossen werden könnte? Oder wenn Sie es zu glauben geneigt sein sollten, erinnern Sie sich nicht etwa der Aufnahme, welche Verfügungen der provisorischen Centralgewalt, erlassen im Namen des Reichsverwesers, Erzherzogs von Oesterreich, und strenge gegründet im alten Bundesrechte, in Oesterreich gefunden haben? —

Ist der Vorschlag des Pariser Hofs ernstlich gemeint, so kann man

Digitized by Google

nur an die immer erneuerte Wahl des Kaisers von Oesterreich gedacht haben, aber selbst in dieser Voraussetzung würde man, ganz abgesehen von der Unzuverlässigkeit der Kurfürsten und von kleinen Schwierigkeiten, die sich im Lande Friedrich's des Großen erheben könnten, sich und den Kaiser-Reichsverweser in schwer lösbare Verwickelungen bringen. Ohne Zweifel gedenkt man im Pariser Hafe ein Ministerium und eine Politik der österreichischen Gesammt-Monarchie fortbestehen zu lassen, so daß eine Art Personal-Union Deutschlands und Oesterreichs zu Stande gebracht wäre und es sich nur fragen würde, ob der gemeinschaftliche Monarch die deutschen Angelegenheiten im österreichischen Sinne, oder umgekehrt, zu lenken suchen würde? Wir hoffen auf allseitige Zustimmung, wenn wir ohne Zögern antworten, in jenem Sinne; und zwar schon aus dem Grunde, weil der deutsche Wahl-Monarch doch immerhin auf seine Stellung in den österreichischen Erbländern mit mehr Sicherheit zählen wird. Bei diesem Resultate angekommen, welches nichts anders heißt, als, es bleibt Alles beim Alten, Deutschland bleibt ein Anhängsel von Oesterreich, wie es nur jemals zu Metternich's Zeiten gewesen, dürfen wir vielleicht die Hoffnung fassen, daß viele Parteien und selbst die äußerste Linke, unerachtet seines republikanischen Anstriches diesem Projekte ihre Gunst entziehen werden. Für uns bleibt nicht der geringste Zweifel, selbst die alte Bundes-Verfassung würden wir dem Bundesstaate, mit diesem Wahl-Monarchen an der Spitze, unendlich vorziehen müssen; dort war wenigstens, was einmal beschlossen wurde, auch der Ausführung sicher und hätte man Preußen Zeit gelassen, nur noch ein einziges Mal seinen vereinigten Landtag zu versammeln, so wäre wohl die Leitung der Bundesangelegenheiten den Metternich-Münch'schen Händen auf immer entwunden worden.

Wir würden die Entstehung eines solchen Projektes vollkommen begreifen, wenn es statt im Pariser Hofe am Baierischen Hofe entworfen worden. So aber ist es nur zu gewiß, daß es seinen Ursprung genommen in einem Kreise höchst achtbarer Männer, die weder partikularistische noch republikanische Umtriebe zu begünstigen gedenken. Und doch kennen wir nur zu gut den Schreckensruf, der viele klare Köpfe zu verwirren und viele besonnene Gemüther zu den verzweifeltsten Anschlägen zu treiben vermag, es ist das Wort: „Der Austritt Oesterreichs!" Wir haben hierüber so oft und so deutlich unsere Meinung ausgesprochen, daß wir sie, wie der h. Johannes sein Testament, auf immer weniger Worte zusammen drängen möchten. Für Deutschland ist nichts anderes möglich, als ein Bundesstaat ohne Oesterreich, oder ein Staatenbund mit Oesterreich und mit — allem bisherigen Jammer! Wählt!

Wir wiederholen es, daß auch unser inniger Wunsch ist, daß unser künftiger Bund mit Oesterreich so „innig, stark und für alle Zukunft fest" werde, wie die Umstände irgend gestatten. Die Umstände gestatten nicht, daß Deutschland mit dem ganzen für jetzt unlenkbaren Oesterreich Einen Staat bilde. Das Band zwischen beiden Staaten aber soll so eng sein, als irgend möglich. Eine Unterhandlung darüber müßte ausgehen ebenso von der Unauflöslichkeit des deutschen Bundes, die keinem Staate den willkürlichen Austritt gestattet, wie von der unumgänglichen Nothwendigkeit seiner Umgestaltung, von der eben so wenig ein Staat wieder ablassen dürfte, der einmal daran Theil genommen. Um hiervon schließlich noch Einiges, vielleicht zur Beruhigung Vieler, anzuführen: die Sicherheit ihrer zum Bunde gehörigen Besitzungen würden die beiden Staaten sich jedenfalls auch ferner verbürgen; den verschiedenen Religionsparteien verbliebe der schon in der Bundesakte (aber bisher auch nur dort!) bestehende Schutz mit den schützenden Formen, die besonders bedungen wurden: die Freizügigkeit und das Recht des Grunderwerbes, so wie das Recht des Uebertritts aus den Diensten des einen in die des anderen Staates würden aufrecht erhalten und gemeinschaftliche Maßregeln zur Förderung des Handels und Verkehrs würden Oesterreich und Deutschland aufs engste verbinden. Wie dieß Verhältniß im Einzelnen nach fernerem Uebereinkommen sich gestalten würde, das müßte eben Unterhandlungen vorbehalten bleiben. Erste Bedingung wäre aber dabei, von deutscher Seite nur auf den Grund einer selbstständigen deutschen Verfassung in Unterhandlung zu treten.

Deutschland.

:- **Frankfurt**, 28. Dez. Wie ich mit Vergnügen bemerke, hat mein „Was wollen die Oesterreicher?" (in Nr. 336 Ihres Blattes) mehrfache Beantwortungen aus österreichischen Federn hervorgerufen, ein Zeichen, daß die gestellte Frage am Platze war. Sie haben auf einige dieser Antworten die nöthige Rückantwort bereits selbst (in Ihrer heutigen Nr.) ertheilt; ich will daher für jetzt nur einen Punkt, den Sie dort berühren, etwas näher erläutern. Der österreichische Verfasser der Korrespondenz im Frankfurter Journal beruft sich u. A., um das dem Herrn v. Schmerling angethane Unrecht zu erweisen, darauf: daß ja Schmerlings Vorschlag in der österreichischen Frage mit dem Gagerns ganz identisch gewesen sei. Da die geheime Geschichte dieser beiden ministeriellen Programme und der daran sich knüpfenden Krisis meines Wissens noch nirgends mitgetheilt ist, so will ich dieselbe, so weit sie mir bekannt ist und so weit es ohne Indiscretion geschehen kann, hier mittheilen. Die Idee einer Verhandlung mit Oesterreich — in Folge des Programms von Olmütz — ward zuerst in förmlicher Weise angeregt durch Hrn. v. Schmerling in einer Besprechung bei Hrn. v. Beckerath, zu welcher Mitglieder aus den Fraktionen der Rechten und der Centren versammelt waren. Was man sich als die Basis und das Ziel solcher Unterhandlungen denke, ward von Schmerling sowohl als von Bassermann, der dieselbe Idee lebhaft vertrat, nicht klar ausgesprochen. Hr. v. Gagern zeigte sich gleichfalls dieser Idee geneigt, und bezog sich zur Verdeutlichung seiner Ansichten über die einzuleitenden Verhandlungen, auf seinen bekannten früheren Antrag. Zu einem festen Resultate führte jene Besprechung nicht, wohl aber dahin, daß die Sache in den Clubs, besonders der Centren, gründlich durchgesprochen ward. Die sogenannte Neunerkommission (ein aus den Vorständen der Gesellschaften Kasino, Augsburger Hof und Landsberg gebildeter Ausschuß zur Vorberathung gemeinschaftlicher Maßregeln) erbat sich und erhielt von Mitgliedern des Ministeriums weitere Mittheilungen darüber, wie man dort die österreichische Frage ansehe und zu behandeln gedenke. Aus diesen Mittheilungen glaubte dieselbe zu entnehmen, daß im Schooße des Ministeriums entweder Ungewißheit oder Meinungsverschiedenheit darüber bestehe: ob die mit Oesterreich anzuknüpfenden Unterhandlungen lediglich die Entscheidung der Frage über dessen Eintritt oder Nichteintritt in den deutschen Bundesstaat unter den von hier aus festgestellten Bedingungen (also zunächst auf der Basis der §§. 2 und 3), und im letztern Falle die Anbahnung eines anderweiten innigen Verhältnisses bezwecken sollten, oder ob sie möglicherweise auch eine Abänderung der gedachten Paragraphen zum Zielpunkte haben könnten. Man fand daher für nöthig, einen bestimmten Antrag zu formuliren, welcher die Willensmeinung der drei Klubs in Bezug auf die österreichische Frage scharf und unzweideutig ausdrücken und dem Ministerium zum Anhaltpunkte dienen sollte, um zu wissen, bei welchen Vorschlägen es auf die Unterstützung dieser Klubs zu rechnen habe. Dieser Antrag besagte in Kürze, daß, in Folge des österreichischen Ministerprogramms, und falls nicht bis zur zweiten Lesung der §§. 2 und 3 eine unzweideutige und befriedigende Erklärung im entgegengesetzten Sinne östreichischerseits erfolge, man annehmen müßte, Oesterreich wolle in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten, daß man jedoch die Centralgewalt ermächtige, zur Anbahnung eines anderweiten, den beiderseitigen Interessen und stammverwandtschaftlichen Sympathien entsprechenden Verhältnisses Unterhandlungen einzuleiten. Die Besprechung dieses Antrages in den Klubs ergab, daß derselbe im Wesentlichen die Ansichten der überwiegenden Mehrheit in den beiden Fraktionen des Landsberg und des Augsburger Hofes, und wenigstens eines großen Theils des Kasino ausdrückte. Er ward auch Herrn v. Gagern mitgetheilt, und dieser erklärte, daß er vollkommen damit übereinstimme und gerade dasselbe und nichts Anderes wolle. Das Ministerium kannte nunmehr die Ansichten desjenigen Theils der Nationalversammlung, auf welchen es sich zu stützen pflegte. Um so mehr mußte es überraschen, als von demselben diesen Klubs ein Vorschlag mitgetheilt ward, der in seiner unbestimmten Fassung durchaus dem nicht entsprach, was die Mehrheit der drei Klubs wollte: Präzision und Klarheit in der gegenüber Oesterreich zu nehmenden Stellung. Diese Wahrnehmung, verbunden mit gewissen anderen gleichzeitigen Beobachtungen, diente allerdings dazu, die Befürchtung zu erwecken, daß die eigenthümliche Auffassungsweise der österreichischen Mitglieder des Ministeriums in Betreff der Stellung Oesterreichs zu Deutschland leicht den Verhandlungen mit jenem Staate eine unerwünschte Richtung geben möchte, und das in dieser Beziehung hier und da bereits vorhandene Mißtrauen

bedeutend zu verstärken. So kam es, daß die Personenfrage, der gänzliche Austritt Schmerling's und Würth's aus dem Ministerium, entscheidend in den Vordergrund trat. Aus Gagern's Händen hätte man wohl auch jenes unbestimmte Programm — freilich immerhin ungern — hingenommen; ihm hätte man die gefoederte weite Ermächtigung ertheilt — weil man gewiß war, in welchem Sinne er solche benutzen, wohin allein er die Verhandlungen lenken würde. Bei Schmerling glaubte man dessen nicht sichre zu sein, oder vielmehr man glaubte von ihm die gegentheilige Auffassung der Sache, als welche man wünschte, voraussetzen zu müssen und darum konnten, nachdem einmal die Majorität sich für die andere Ansicht entschieden hatte, unmöglich die Vertreter dieser und der entgegengesetzten, unmöglich Gagern neben Schmerling in einem und demselben Ministerium sitzen. So bedingte die Zurückweisung des ministeriellen Vorschlags, die in den drei Klubs mit großer Mehrheit erfolgte, unmittelbar den gänzlichen Austritt Schmerling's aus dem Reichsministerium und die Bildung eines neuen Kabinets durch Gagern auf der Grundlage eines neuen Programmes in Betreff der österreichischen Sache. Wer sich die Mühe nimmt dieses Gagern'sche Progeamm mit dem (gleichfalls in den öffentlichen Blättern mitgetheilten) seinerzeit Vorschlage des Ministeriums zu vergleichen, der wird die große Verschiedenheit (?) zwischen den beiden Anträgen nicht verkennen und somit das bestätigt finden, was ich so eben zur Erklärung der äußerlich vorliegenden Thatsachen aus der innern Geschichte derselben angeführt habe; der wird zugleich den Schlüssel haben zu der scheinbar allerdings auffallenden, so plötzlichen und so allgemeinen Mißstimmung gegen Schmerling, welche ohne Kenntniß ihrer inneren wirkenden Ursache, leicht als durch äußerliche, feindselige Motive erzeugt erscheinen könnte. Die Sache war aber einfach diese: die diesseitige Majorität wollte eine schaefe und klare Auseinandersetzung mit Oesterreich, um rasch und sicher das Verfassungswerk für das übrige Deutschland (falls Oesterreich nicht noch alsbald rückhaltlos einträte) vollenden zu können; Hr. v. Schmerling schien das nicht zu wollen, vielmehr (gewiß nach bester Ueberzeugung) auf Unterhandlungen zu denken, um der österreichischen Regierung (wie Welcker sagt) „die Thüre in den deutschen Bundesstaat offen zu halten." So viel ist gewiß: die Opposition, welche Hrn. v. Schmerling aus dem Ministerium trieb, weiß entschieden was sie will, und ist in diesem ihrem Wollen vollkommen in sich einig. Ob dasselbe von jener Opposition gesagt werden könne, die Hrn. v. Gagern stürzen zu wollen scheint — um wen wohl an seine Stelle zu setzen? — das wird die nächste Zukunft lehren.

—x **Frankfurt**, 28. Dez. Der so eben bekannt gewordene Entwurf der Kommission des Kasino rücksichtlich des künftigen Oberhauptes von Deutschland stimmt im Wesentlichen, zum Theil wörtlich, mit dem schon frühre von einer Kommission des Augsburger Hofes verfaßten und veröffentlichten überein. In folgenden Punkten jedoch weicht er davon ab: 1) daß der Entwurf des Kasino den Titel „Kaiser" vermeidet, den Sitz der deutschen Centralregierung aber, statt wie der Augsburger Hof, nach Erfurt, nach Frankfurt a. M. verlegt, erscheint minder wichtig; wichtiger schon, daß er nicht festsetzt: wer die Krone zu bestimmen habe, mit welcher die Würde des Reichsoberhaupts verbunden sein soll. Der Augsburger Hof sagt: die Nationalversammlung. Sollte das Kasino einer andern Macht diese Entscheidung zuschieben wollen? Wohl kaum. 2) Nach dem Entwurf des Kasino hat das Reichsoberhaupt „alle die Rechte und Befugnisse, welche in der Verfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind." Dagegen sagt der Entwurf des Augsburger Hofes: „Nach dem von der Kommission angenommenen, in Belgien bereits geltenden System bildet die Mitwirkung des Reichstags die Regel, die ausschließende Befugniß des Reichsoberhauptes die Ausnahme." 3) Der Entwurf des Kasino scheint dem Reichsoberhaupte ein absolutes Veto beizulegen; der des Augsburger Hofes räumt ihm nur ein suspensives ein, wie solches in Norwegen besteht (die Nationalversammlung hat sich bekanntlich bereits beim Abschnitt vom Reichstage für letzteres entschieden.) Diese Unterschiede sind bezeichnend für die verschiedene prinzipielle Stellung der beiden Fraktionen, die hier, trotz der Uebereinstimmung in der praktischen Hauptfrage, in den Nebenfragen zum Vorschein kommt.

⁝ **Frankfurt**, 28. Dez. Im Siegkreise ist für den zu allgemeinem Bedauern ausgeschiedenen Herrn Compes der Justizrath Kyll in Köln zum Abgeordneten für die Reichsversammlung erwählt — ein Zuwachs für die Linke. Für Güstrow tritt Herr Mann ein, ein Conservativer und Freihändler, welcher hier schon als Abgeordneter des Handelsstandes thätig war.

* **Frankfurt**, 28. Dez. Der eben von uns besprochene Entwurf, der unter dem Namen des Pariserhofklubs in's Publikum kam, ist nach einer Berichtigung in der O. P. Z. irrthümlich so bezeichnet worden, und vielmehr der private Entwurf eines Abgeordneten.

*** **Frankfurt**, 29. Dez. „Aus Süddeutschland" bringt ein Art. der Allg. Z. (Nr. 362 Beil.) interessante Einzelnheiten über die augenblicklich herrschende Spannung zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg. Der Kaiser von Rußland hat seinem hohen Schwager nicht einmal durch ein besonderes Schreiben zur Feier der silbernen Hochzeit gratulirt, sondern die Kaiserin allein hat diese Pflicht der Artigkeit und verwandtschaftlich nachbarlichen Liebe erfüllen müssen. So groß soll der Zorn des Czars gegen den preußischen König gewesen sein, daß er rundheraus erklärte, auf einem etwanigen Einfall der Franzosen in die Rheinlande keinen casus belli machen zu wollen. Dagegen bestätigt nun der Artikel aus guter Quelle, daß die Höfe von Berlin und Wien darauf hinarbeiten, die Bande der Freundschaft fester als je zu knüpfen, und daß zwischen Ollmütz und Berlin im Augenblick die wichtigsten Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands gepflogen werden; auch Prinz Karls Reise nach Berlin dürfte damit im nächsten Bezug stehen, ebenso Frhr. v. Closens Sendung nach Ollmütz. Was das Letztere betrifft, so wissen wir nun freilich, daß man es von dieser Seite diesmal dadurch verfehlte, daß man es nicht dem einen Mächtigen neben dem andern, sondern dem einen nach dem andern Recht machen wollte. Allein daß sich der Zwischenträger kompromittirte, würde der Einigung der beiden Potenzen vielleicht nur förderlicher sein. Darauf könnte auch das Luftgebilde eines von Oesterreich und Preußen gelenkten neuen Reichs der Mitte nebst ähnlichen Projekten wenigstens insofern hindeuten, als darin die „kleinen Leute" (wozu man nach der Haltung jener Plane, Baiern nothwendig zu rechnen hätte) mit wahrhaft souveräner Verachtung behandelt werden. „Die österr. Politik, sagt der Verfasser des Artikels aus Süddeutschland, könnte temperirend, verhindernd hier und vermittelnd dort, zwischen Rußland und Preußen stehen, während Preußen hinwiederum seinen theuer erkauften Einfluß in England zu Gunsten Oesterreichs in die Wagschale würfe." Wenn Rußland, England, Oesterreich und Preußen einig dastehen, wird Frankreich und Italien überstimmt, und Deutschland, — versteht sich als Anhängsel der Quadrupelallianz natürlich von selbst. Es wird mit seinen kleinen, neidischen, höhnischen, schadenfrohen Feinden, mit Holland, Schweden, Dänemark, mit seinen bescheidenen, friedlichen, neutralen Freunden, mit Belgien, Portugal, Griechenland an der großen Schleppe tragen helfen. — Mit Ausführung dieser Liga wäre denn eigentlich das projektirte Reich der Mitte, wenn auch ohne ausdrückliche Form und ohne Unionsacte, doch dem Wesen nach im vollsten Sinne des vielsagenden Wortes hergestellt. Gegen die Haltbarkeit des Plans wollen wir nicht einmal die unsichere Zukunft Oesterreichs und Preußens einwenden; gerade weil man unsicher ist und sich unsicher fühlt, könnte man zu einer so beliebten, so naheliegenden, so vielfach angerathenen, der europäischen Ordnung und dem Weltfrieden so förderlichen Kombination greifen. Dauert es nicht lange — man ist ja auch nicht gewohnt, für die Dauer, für die Ferne der Zeiten und die künftige Größe zu denken, zu wachen, zu beten und zu arbeiten. Nur auf das Eine wollen wir aufmerksam machen: jede der Großmächte trüge aus der Koalition das Ihrige davon, nur Preußen ginge leer aus und diente einzig den andern. Es wäre wieder wie so oft: um seiner Ruhe, um eines imaginären Zieles, eines Gewissenscrupels willen, opferte Preußen sich selbst in demüthiger Entsagung und trüge in Wahrheit mit an der Schleppe, neben dem siegreichen, boshaften Feinde, neben dem triumphirenden Dänemark. Wenn verdiente Größe und wohlthätige Macht für preußische Staatsmänner irgend noch einen Reiz hat, wenn jene seltsame politische Heiligkeit nicht allen Sinn verdrängt hat für weltliche, menschliche, vaterländische Pflichten, so müssen sie diesmal ergreifen, was nur des rechten Griffes haert, um auch die jetzigen Gegner Preußens (nicht seine Neider) zu gewinnen. Hören wir noch, was darüber der Mann aus Süddeutschland sagt: „Sind wir erst über die großen politischen deutschen

Folgen verständigt und beruhigt, welche die Wahl Friedrich Wilhelms des Vierten zum Kaiser der Deutschen haben muß, so wird unser spezifisch-süddeutsches Interesse den Kampf gegen eine solche Wahl so wenig fortsetzen wollen, wie können. Uns erschreckt der preußische Adler nicht, auch wenn er nächsten Fuß bei uns faßte und die kleinen hohenzollern'schen Vettern sich einverleibte. Mit dem Augenblicke, wo er an Deutschlands Spitze tritt, treten wir in das natürliche und nothwendig gegebene Verhältniß einer etwa nach parlamentarischen Analogien sich herausbildenden Oppasition, bei welcher das Ganze nichts verliert und der Einzelne nichts gewinnt, die aber dem Gleichgewicht im Ganzen und der Berechtigung jedes Einzelnen nur förderlich ist. Daß wir „gut preußisch" würden, wie Ober-Schwaben und Breisgau einmal „gut österreichisch" waren, daver bangt bei uns im Ernste Niemanden, bis dahin kann auch noch viel Wasser den Main und den Neckar hinunterlaufen." Die Hand auf's Herz, ihr redlichen, patriatischen, baierisch- und deutsch-patriotischen Baiern, wäre das nicht besser, als zwischen Berlin und Olmütz zu schaukeln, leise anzufragen und dann der Macht zu dienen, die euch erhört?

* **Wien.** Die Wiener Ztg. vom 23. Dez. enthält einen Artikel über das Verhältniß zu Deutschland, zum neuen Beweis, wie man von Deutschland und seiner größten Bestrebung in Oesterreich denkt und spricht. Im Eingang heißt es: „So wie es schon vor ein paar Tagen in diesen Blättern angedeutet wurde, ist nach den seither eingegangenen Nachrichten der Rücktritt v. Schmerling's, Würth's und Andrian's keine Sache der Personen, sondern die Folge einer Demonstration Kleindeutschlands gegen Oesterreich gewesen." Kleindeutschland! Auf welchen Stumpfsinn, auf welche Niedrigkeit der Gesinnung muß man zählen, wenn man einen Artikel, dessen Schluß auf eine captatio benevolentiae berechnet ist, mit einer solchen Verhöhnung anfängt. Aber in gleicher Weise geht es denn auch weiter. „Nach dem Programme des österreichischen Ministeriums, das man sonderbarer Weise in Frankfurt für einen Scheidebrief Oesterreichs an Deutschland hielt (eine Auslegung, die ganz ungegründet ist), glaubten die verschiedenen Parteien des Parlaments, als eine kleine Revanche den Oesterreichern im Reichsministerium den Austritt nahe legen zu müssen; die 3 genannten ehrenwerthen Männer kamen durch ihre Demission dieser Offensivmaßregel zuvor. Wir wollen es dahin gestellt sein lassen, ob nicht dabei ein Bischen preußische Primats-Intrigue im Spiele war; jedenfalls ist es die Deutsche Ztg., deren leitende Artikel dieß ziemlich deutlich durchschimmern lassen." Man hat gegen die Gründe der D. Z. noch nicht viel vorgebracht zumal wenn sie für die von Oesterreich aus täglich durch Thaten und Worte verhöhnte Nationallehre „Kleindeutschlands" auftrat, darum läßt man sie jetzt auf andere Weise büßen. Vor einigen Tagen haben wir die Beschlagnahme unsers Blattes gemeldet; unterm 24. Dez. wird jetzt wieder aus Wien berichtet: „Hier sind die Weser-, Breslauer- und Frankfurter deutsche Zeitung förmlich mit Interdict belegt worden." Wir erwarten nähere Nachricht und Auskunft über den Sinn dieser Worte, ehe wir uns über die Preßfreiheit des „verjüngten Oesterreichs" ein weiteres Urtheil erlauben. Es heißt in der Wiener Zeitung weiter: „Es ist nunmehr die deutsche Frage in eine Krisis eingetreten, die sehr entscheidend sein wird. Wir unserrseits zweifeln an einem Deutsch-Preußenthum, so wenig als wir je an ein aufrichtiges „Aufgehen" Preußens in Deutschland glauben konnten. Die Revolution kann den Sprung vom Königthum zur Republik wagen, der Krieg kann im Sturmschritt Staaten verschwinden machen, die Nationalversammlung aber, die sich als geregelter Volkswille auf den Stand des Rechtes gestellt hat, kann nur auf dem Wege des Vertrages vorgehen, auf diesem nur einen Schritt des Uebergangs thun und die Einzel-Staaten konföderiren, ohne sie zu verschlingen. Oesterreich wenigstens will weder verschlingen, noch verschlungen werden. Zum innigen Bruderbunde — einem viel innigern als es der deutsche Bund war — sind wir bereit. Das ist aber das einzige dauernde Ziel, welches erstrebt, erreicht werden kann. Es wird erreicht werden, wir hoffen, wir erwarten es; denn in Frankfurt sitzen viele Männer in der Paulskirche, die den Gehalt der schwierigen Aufgabe aufzukommen zu erfassen und ernst zu würdigen im Stande sind, und die deshalb auch die seither (leider auch in Oesterreich) gegen sie gerichteten unwürdigen Angriffe nicht verdienen." Dies ist ganz im obigen Styl. Von der deutschen Nationalversammlung und ihrem Werk hat man sich auf die klarste Weise losgesagt, in einem Programme, das keines österreichischen Kommentars bedarf, um von jedem Verständigen verstanden zu werden; man hat die „Frankfurter" beschimpft, verhöhnt, verlacht und fährt fort es zu thun; man hat eine blutige That zwischen Oesterreich und das deutsche Parlament geworfen, die schwer zu sühnen wäre, die man aber auch noch keinen Versuch gemacht hat, zu sühnen oder auch nur zu entschuldigen, die vielmehr gerechtfertigt wurde durch die Nichtanerkennung der Frankfurter Beschlüsse. Und nun erst macht man die Entdeckung, daß diese Versammlung sich als geregelter Volkswille auf den Standpunkt des Rechtes gestellt hat, nun erst denkt man an die unwürdigen Angriffe, denen sie „leider auch in Oesterreich" ausgesetzt war? Glaubt man die vorhergegangene Unbill mit so wohlfeilen Worten auszulöschen, die noch obendrein doch nur gewissen Auserwählten gelten, nicht der Nationalvertretung Deutschlands als solcher, denn sobald diese etwas gegen die österreichische Ansicht der Dinge beschließt, ist sie nichts als die Vertretung „Kleindeutschlands." Die Auserwählten sind natürlich die Mitglieder der Koalition. „Dem Vernehmen nach", heißt es weiter, „hat sich bereits eine Partei gebildet, die dem Erhaltrn der Staatenselbstständigkeit gehörig Rechnung tragen will, ohne den hohen Zweck der Einigung Deutschlands deßhalb zu beeinträchtigen. Es ist dies eine Erweiterung des österreichischen Kluds, von dem die Ansprache der 40 an ihre Wähler ausgegangen ist." Man scheint also in Wien das Dasein der Koalition wohl zu kennen, das in Frankfurt rundweg abgelängnet wird.

Noch ein andres Beispiel können wir anführen, wie man öffentlich in Oesterreich über Deutschland spricht. War der kürzlich vollzogenen Reichstagswahl in Wien, aus der Hr. v. Schmerling als Sieger heraarging, fanden häufige und lebhafte Besprechungen der Wähler statt. Graf Taafe sprach zu Gunsten des Fürsten Schwarzenberg und gegen Hrn. v. Schmerling. „Daß Hr. v. Schmerling" (sagte er unter andern), „unter den obwaltenden Verhältnissen lieber Abgeordneter am österreichischen Reichstage, als deutscher Reichsminister sein wolle, begreife er gar wohl, da er selbst lieber Abgeordneter vom österreichischen Reichstage, als selbst deutscher Reichsverweser sein möchte." Dieser gräfliche Ausdruck k. k. österreichischer Gesinnung, schreibt man hierzu der „Deutschen Reform", mit souveräner Verachtung alles Deutschen, findet leider in sehr vielen Wiener Herzen Anklang und Wiederhall und wird Ihnen unsere Zustände besser veranschaulichen als der längste Korrespondenzartikel.

Wien, 23. Dez. Zufolge öffentlicher Bekanntmachung der Stadtkommandantur sind bis heute 1759 Arrestanten ihrer Haft wieder entlassen worden. Wieviel dagegen noch inhaftirt sind, ist nicht gesagt. Die von E. v. Schwarzer redigirte „Allg. Oesterr. Ztg." fall van Januar 1849 an wieder erscheinen.

Wien, 24. Dez. Gestern machte Graf Stadion eine Wanderung durch die unter ihm stehenden Büreaux, ließ alle Beamten zusammenkommen und hielt ihnen eine eindringliche Rede, worin er erklärte, daß er weder Reaktionäre noch Radikale im Staatsdienste dulden wolle, daß daher alle Diejenigen, welche der einen oder der anderen Partei zuneigten, sofort ihr Amt niederlegen möchten. Es scheint jedoch, daß unsere Beamten alle die rechte Mitte halten, denn es hat sich Keiner veranlaßt gefühlt, seine Stelle niederzulegen. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen schon geschrieben habe, daß das Spitzelwesen bei uns noch immer in der schönsten Blüthe ist und daß die Verhaftungen, besonders in der letzten Woche, wieder bedeutend zugenommen haben. Auch ein Bruder Karl Beck's, ein junger harmloser Maler, wurde eingekerkert, weil er früher Karrikaturen für das Wiener Charivari gezeichnet hat. (D. Ref.)

Wien, 24. Dez. Dem Vernehmen nach sind die durch die Oktobertage schwer beschuldigten Bezirksches der Nationalgarde und ehemaligen kaiserlichen Offiziers Braun und Plattensteiner, ferner der bekannte radikale Doktor Sattner, von dem Kriegsgericht zum Tod verurtheilt worden. Das Urtheil ist dem Fürsten Windischgrätz zur Milderung in's Hauptquartier geschickt worden. (A. Ab. Z.)

Wien, 25. Dez. Die aus dem Preßburger Comitate abgeführten Insurgenten erhielten die Freiheit der Wahl zwischen Gefangenschaft und Militärdienst in Italien. Ein großer Theil wählte das letztere und gegen Tausend wurden von hier nach der Lombardei transportirt! (O. P. Z.)

Digitized by Google

△ **Ollmütz**, 24. Dez. Aus Ungarn fehlen seit vier Tagen alle Nachrichten und Jedermann lebt in ängstlicher Spannung. Nach den bedrohten Punkten an der mährisch-schlesisch-ungarischen Grenze wurden ansehnliche Militärverstärkungen geschickt, so daß vor der Hand kein neuer Einfall hier zu besorgen steht, zumal auch die Grenzbewohner bewaffnet wurden und entschlossen sind, Widerstand zu leisten. Prinz v. Solms, der Ueberbringer eines Beglückwünschungsschreibens des Königs von Hannover an unseren Monarchen, ist bereits wieder abgereist. Es ist hier ein fortwährendes Zu- und Abströmen hoher Civil- und Militärpersonen, was zu der Lebhaftigkeit unserer Stadt ungemein viel beiträgt. Die Gasthäuser sind oft so überfüllt, daß spät eintreffende Fremde nur mit Mühe ein Unterkommen finden. Die am 21. stattgefundene Lesung der Grundrechte des österreichischen Volkes hat alle Herzen mit freudiger Hoffnung erfüllt. Nur fragt man sich: Wird der Monarch diese Rechte sanktioniren, wenn sie ihm zur Prüfung vorgelegt werden? Wir zweifeln, daß bei den jetzigen Verhältnissen in Oesterreich eine Charte die kaiserliche Sanktion erlangen wird, die den Satz: „alle Gewalt geht vom Volke aus," an ihrer Spitze trägt. Die Legitimität von Gottes Gnaden wird sich schwerlich zu einer solchen Concession herbeilassen. In Ungarn dürfte das Strafgericht noch ärger als in Wien gehalten werden; in Preßburg fängt man bereits mit Vermögenskonfiskationen an, und diese Maßregel soll über alle verhängt werden, die sich in irgend einer Weise am Aufstande betheiligten. Daß das beliebte fürstlich Windischgrätz'sche Radikalmittel „Pulver und Blei" zur Pacification Ungarns in gehörigem Maße angewendet wird, steht ohne allen Zweifel fest. Siebenbürgen ist vom F. M. L. Puchner gleichfalls unter das Kriegsgesetz gestellt, und somit steht jetzt die größere Hälfte des Kaiserstaates unter dem Belagerungsstand. Gestern kam hier Prinz Friedrich von Baden mit einer ähnlichen Mission, wie die der früheren prinzlichen Besucher an.

! **Berlin**, 27. Dez. Weihnachten hat uns zwar das willkommenste Geschenk, die Aufhebung des Belagerungszustandes, noch nicht gebracht; aber es ist hier doch alles zufrieden, oder doch abgespannt. Der Streit über die Verfassung hat aufgehört; man rüstet zu den Wahlen; von beiden Seiten mit gleicher Emsigkeit; aber die Konservativen gebieten über mehr Mittel. Dagegen ist das Verbleiben des Ministeriums und seine jüngste Thätigkeit den Demokraten eine Goldgrube. Die deutsche Kaiserfrage wird zwar in den öffentlichen Blättern verhandelt, aber das große Publikum zeigt dafür wenig Verständniß. Glauben Sie mir, die Herren in Frankfurt, welche von unserer Gier nach der Kaiserkrone deklamiren, sind, um es Berlinisch zu sagen, sehr schief gewickelt. „Lieber ein Sperling in der Hand, als eine Taube auf dem Dache!" ist das Grundgefühl, welches hier das Volk von den niedrigsten Kreisen bis in die höchsten durchzieht. Vom preußischen Standpunkte aus läßt sich gegen eine solche Politik auch wenig sagen, desto mehr aber vom Standpunkte eines deutschen Patrioten. Wenn wir von den Weihnachtsfreuden absehen, die wie ein Traum vom ewigen Glücke durch die nordischen Lande ziehn, so ist von den hiesigen geselligen Freuden wenig zu sagen. In der That, das frühere Berliner Gesellschaftsleben ist durch die Revolution ziemlich revoltet oder vielmehr zerstört. Das schöngeistige, künstlerische, oft gezierte und nichtige Treiben ist der Politik gewichen, welche einen Riß durch so manche alte Freundschaft, ja durch das ganze Familienleben gezogen hat. Selbst unsere deutschen Frauen, die ehedem zwischen Ballsaal und Küche pendulirten und von Politik weder etwas wußten noch wissen wollten, ergreifen jetzt eifrig Partei, und es ist nichts Seltenes, einen reichen alten Reaktionär mit einer jungen schönen Republikanerin als Tochter zu erblicken. Das sind bekanntlich aber nicht die einzigen Abstufungen der Meinungen, und wie es eine Reihenfolge von Körpern gibt, welche, je mit dem vorhergehenden oder nachfolgenden gerieben, positive oder negative Elektrizität bewirken, so entladen sich bei der Berührung der verschiedenen Personen stets die gewöhnlichen Vorwürfe von Reaktionär oder Wühler. — Der preußische Gesandte hat, wie ich schließlich berichte, da Sie immer auf Thatsachen dringen, dem Papste die lebhafteste Theilnahme Seitens der preußischen Regierung auszudrücken, ja, die Anweisung erhalten, dem Papste, wenn er gezwungen sein sollte, sich noch weiter von seinem Sitze zu entfernen, einen Aufenthalt am Rhein vorzuschlagen, und das schöne königliche Schloß in Brühl zur Verfügung zu stellen. Das Haupt der katholischen Christenheit wird aus Rom vertrieben, und ein protestantischer Fürst beeilt sich, ihn einzuladen, um ihn mit königlichen Ehren zu empfangen! Ist diese Thatsache nicht bezeichnend? Deutet sie nicht symbolisch an, wie ungegründet die Besorgnisse sind, daß bei den jetzt zur Herrschaft gekommenen Grundsätzen es Gefahr für irgend eine Kirche dringen könnte, wenn ein andersgläubiges Oberhaupt an der Spitze des weltlichen Staates steht? Noch eine erfreuliche Nachricht. Die Partei der Grundbesitzer, oder wie wir hier sagen, das Junkerparlament, hatte gehofft, daß die drohende Grundsteuer, mit der Hansemann der Reaktion ins Fleisch geschnitten, mit dem neuen Ministerium beseitigt sein würde, daß so gute alte Edelleute nicht daran denken würden, in die Fußtapfen des Wollhändlers zu treten. Aber nicht alle Blüthenträume reifen. Die Revision der Grundsteuer ist keinen Augenblick aufgegeben. Herr Kühne hat dies Herrn von Bülow-Cummerow sehr trocken bemerkt.

† **Posen**, 24. Dez. Die deutsche Verbrüderung geht eben damit um, in der österreichischen Frage, die natürlich unsere Verhältnisse wegen der Vermittelung mit dem Slaventhum auf's innigste berührt, eine Adresse an die Nationalversammlung zu erlassen, welche sich ganz im Sinne Heinrichs v. Gagern ausspricht. Eine große Volksversammlung findet zu dem Ende übermorgen statt. Polnischer Seits betrachtet man das Zerfallen Deutschlands bei der österreichischen Frage als eine ausgemachte Sache und verwendet im Verein mit der Linken alle Sorgfalt auf die Organisation der Wahlen für die preußischen Kammern. Die Linke hat aus ihrem Wahlkomite die Herren Bauer aus Krotoschin und Cieszkowski mit der Organisation beauftragt, von welchen Jeder sich noch zwei Gehülfen wählen soll. Natürlich ist dabei von einem Unterschied von Polnisch- und Deutschposen nicht die Rede, da für diese Herren Frankfurt und seine Beschlüsse nicht mehr existiren. Weil nun aber auch der Oberpräsident die Wahlbezirke in einer Weise angeordnet hat, welche alles seit den Märztagen hier Vorgefallene und namentlich auch die Demarkation ganz ignorirte, so erhebt sich deutscher Seits eine große Agitation. Deputationen gehen nach Berlin und energische Proteste werden erlassen; man betrachtet nach der definitiven Regulirung unserer Abgrenzung durch den Reichscommissarius, der in diesem Augenblick seine Arbeit der Centralgewalt zur Genehmigung vorgelegt hat, das Zusammenwerfen der polnischen und deutschen Gebiete als eine Mißachtung, welche nur im altdüreaukratischen Geiste einzelner Beamten, nicht aber bei unserem Gouvernement mehr zu finden ist. Als Kandidaten für die erste Kammer in Berlin werden hier mehrere namhafte Frankfurter Abgeordnete genannt.

Stuttgart, 27. Dez. Wie wir hören, wird unsere Regierung sogleich, sobald die Grundrechte amtlich verkündigt sind, Anstalt treffen, um die Grundrechte in Vollzug zu setzen. Ein auf den Gesetzentwurf für die Wahlen in das Reichs-Volkshaus gebautes Wahlgesetz soll unsern Kammern gleich nach ihrem Wiederzusammentreten in den ersten Tagen Januars vorgelegt werden, so daß die jetzige Kammer nur noch wenige Wochen beisammen sein wird, bis die nöthigsten Geschäfte, insbesondere eine Verlängerung der Steuerbewilligung, erledigt sein werden. (Karlsr. Z.)

Aus der Wetterau, 21. Dez. Der Volksverein der obern Wetterau zu Hungen hat in Folge der vom nationalen Vereine zu Kassel an alle mitverbundenen Vereine ergangenen Aufforderung, sich in der Frage über das zu wählende Reichsoberhaupt auszusprechen, bei dem Centralausschuß der konstitutionellen Vereine Hessens und Nassau's die Erklärung abgegeben, daß nach seiner Ansicht, für die Gewinnung der deutschen Einheit und zur Sicherung aller deutschen Interessen gegen das Ausland, Preußen und zwar erblich an die Spitze Deutschlands zu rufen sei. (Fr. J.)

✕ **Schleswig**, 24. Dez. Die schleswig-holsteinische Regierung hat folgenden Aufruf erlassen:

Schleswig-Holsteiner!

Als wir am 22. Oktober d. J. durch die Bevollmächtigten der deutschen Reichsgewalt und Sr. Maj. des Königs von Dänemark in die gemeinsame Regierung friedlich eingesetzt wurden, glaubten wir der Hoffnung Raum geben zu dürfen, daß unseren Bemühungen für die Besänftigung der durch den Krieg aufgeregten Leidenschaften auch vom Nachbarlande aus ein versöhnlicher Geist entgegenkommen und dadurch die Abschließung eines dem wahren Wohle beider Theile entsprechenden Friedens werde erleichtert werden.

Leider mußten wir uns in dieser Hoffnung getäuscht sehen.

Während im klaren Widerspruch mit den Bestimmungen der Waffenstillstands-Konvention die Inseln Alsen und Aeröe durch die Maßregeln des dänischen Gouvernements unserer Verwaltung hartnäckig vorenthalten wur-

den, fand man in den Anordnungen der gemeinsamen Regierung, welche durch die ihr obliegende Sorge für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Lande mit wie verdoppelter Nothwendigkeit geboten wurden, den Vorwand, nicht nur die gemeinsame Regierung einer feindseligen Gesinnung gegen Dänemark zu beschuldigen, sondern auch durch Abberufung des dänischen Kommissärs eine gütliche Verständigung über die Auslegung einzelner bestrittener Bestimmungen der in mancher Beziehung mehrdeutigen Waffenstillstands-Konvention, wenn nicht unmöglich zu machen, so doch in hohem Grade zu erschweren.

Unablässig bemüht, diesen Mißständen auf dem Wege der Verhandlung durch die deutsche Centralgewalt die sehnlich gewünschte Abhilfe zu verschaffen, mußte die gemeinsame Regierung zu ihrem tiefen Bedauern die Erfahrung machen, daß dänischerseits ein Verhalten befolgt werde, welches nur in dem Wunsche, die Erfüllung der durch den Waffenstillstands-Vertrag übernommenen Verpflichtungen von sich abzulehnen, gleichwohl aber der Vortheile der Waffenruhe theilhaftig zu werden, einen ausreichenden Erklärungsgrund findet.

Vielfache Starrungen und Beeinträchtigungen hemmten den Lauf der neu begonnenen Schifffahrt, Umtriebe und Aufreizungen aller Art suchten die Ruhe des nördlichen Schleswig zu stören; ein selbst unter amtlicher Mitwirkung dänischer Behörden verbreiteter Erlaß vom 15. v. M. rief die Bewohner des Landes zur Steuerverweigerung und zum Ungehorsam gegen die ihnen vorgesetzte Regierung auf; eine an der Grenze des Landes und — gegen den klaren Wortlaut der Konventionen — auf Alsen zusammengezogene Heeresmacht sollte endlich diesen Bedrohungen Nachdruck geben.

Schleswig-Holsteiner! Eurem gesetzlichen Sinne und Eurer bewährten Vaterlandsliebe ist es zu verdanken, daß diese, auf Störung der Ordnung und Gesetzlichkeit ausgehenden Bestrebungen erfolglos geblieben sind.

Eure Regierung, welche in ihrer Proklamation vom 22. Oktbr. d. J. den festen Willen ausgesprochen hat, das Wohl des Landes innerhalb der durch die Waffenstillstandsconvention und deren Ratifikation gezogenen Grenzen nach Kräften zu fördern, ist sich bewußt, diesem Ziele unter schwierigen Verhältnissen mit Eifer und Pflichttreue nachgestrebt zu haben.

Wenn dessenungeachtet neuerdings in einer unter dem Namen Sr. Majestät unseres Königlichen Herzogs, ausgefertigten Proklamation vom 15. d. M. unser, auf bester Ueberzeugung gegründetes Streben völlig verkannt und als rechtloses Verfahren bezeichnet ist, so haben wir dadurch auf das Schmerzlichste berührt werden müssen, gleichwohl aber in der Erkenntniß der klaren Verpflichtung nicht irre gemacht werden können, welche wir durch Eintritt in die uns übertragene Regierung, dem Zwecke und den betheiligten Mächten gegenüber, auf uns genommen haben.

Eingesetzt durch den übereinstimmenden Willen der Reichsgewalt und des Königs von Dänemark, um unabhängig von den Einflüssen des dänischen Gouvernements die unveräußerlichen Rechte des Landes, wie des Herzogs, während der Dauer des Waffenstillstandes gegen äußere und innere Anfechtungen sicher zu stellen, und zu diesem Zwecke, unter Ausschluß der Gesetzgebung, mit der ganzen Machtvollkommenheit des Landesherrn ausgerüstet, werden wir die uns legitim übertragene Gewalt zum Schutze gegen jedweden faktischen Eingriff mit Kraft und Besonnenheit geltend zu machen wissen.

An Euch aber, Bewohner der Herzogthümer, ergeht unser Ruf, auch Ererseits fest zu halten an der Treue gegen das Land und am Gehorsam gegen die Regierung, sowie durch feste und ruhige Haltung die Gefahren zu beseitigen, welche unter den obwaltenden Umständen durch leidenschaftliche Ausbrüche die Unwillens herbeigeführt werden könnten.

Seid muthig und stark, aber dehnet mit uns in dem aufrichtigen Wunsche daß es den friedliebenden Bemühungen der Mächte gelingen möge, die Erneuerung traueriger Konflikte von unserem theuren Vaterlande abzuwenden und baldigst den Zeitpunkt herbeizuführen, in welchem es gestattet sein wird, das Land, gesichert gegen fremde Verletzungen, der Herrschaft unseres Königlichen Herzogs zurückzugeben.

Gottorff, den 23. Dezember 1848.

Die gemeinsame Regierung.

Th. Reventlow. Baysen. A. Moltke. Preusser.

Harbou.

Großbritannien.

London, 26. Dez. Wie ein englisches Provinzialblatt wissen will, beabsichtigt Lord John Russell, „oder wer sonst seine Stellung als erster Minister einnehmen wird," sofort nach Eröffnung der nächsten Parlamentssession eine Vermehrung der britischen Streitkräfte um wenigstens 10,000 Mann zu beantragen. Seinerseits hat der „Atlas" in Erfahrung gebracht, daß die Regierung dem Parlamente den Plan einer Kirchenreform vorlegen werde. Wie der „Atlas" andeutet und die nothwendig sehr konservative Stellung der englischen Regierung zur Staatskirche erwarten läßt, würden diese Kirchenreformen doch nur gewisse sehr unwichtige Außenwerke der Kirche betreffen.

Am grimmigsten scheint die Cholera in dem fabrikthätigen, übervölkerten und mit ungesunden Wohnungen, Gassen und Gäßchen angefüllten Glasgow zu hausen; in drei Tagen kamen hier 256 neue Fälle vor, worunter 108 mit dem Tode endeten, bis auf zwei oder drei alle in den unteren Klassen. In London zeigt sie sich fortdauernd nur mäßig. Auch in Belfast in Irland ist sie plötzlich und zwar in aller Heftigkeit ausgebrochen.

Die irischen Richter haben ihr unsinniges Verbot, wonach die Dubliner Blätter über die Vorgänge des Duffy'schen Hochverrathsprozesses während der Dauer desselben nichts veröffentlichen sollten, jetzt wieder zurückgenommen.

Die „Times" enthält Folgendes: „Unsere Briefe vom 15. Dez. aus Neapel melden, daß Hr. Temple und Sir W. Parker den Tag vorher nach Gaeta gereist seien, um dem Papste ihre Ehrfurcht zu bezeigen. Der Papst verbleibt noch in dieser Stadt und zwar, wie seine Absicht ist, bis dahin, wo er auf ein an alle katholische Höfe Europas gerichtetes Schreiben Antwort erhält. Die russische Diplomatie scheint sich in der sicilianischen Frage von Frankreich und England gänzlich getrennt zu haben. Ein schriftliches Ultimatum ist weder von dem englischen noch dem französischen Gesandten eingereicht worden und es sind Anzeichen vorhanden, daß ihrerseits eine Aenderung in ihrer Politik eingetreten ist und daß sie sich von jeder aktiven Vermittelung mit dem Könige zurückziehen. Neapel war vollkommen ruhig, und man hegte auch nicht die geringste Besorgniß, daß diese Ruhe gestört werden könnte."

Dieselbe Zeitung bemerkt: „Die Ernennung des Maeschalls Bugeaud zum Befehlshaber der Alpenarmee sieht fast wie eine Annäherung an einen Krieg in Italien aus, und die Ernennung eines Mannes zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der in Folge seiner der letzten französischen Regierung feindlichen Abstimmung in der Pritchardischen Angelegenheit einen wichtigen Dienst in demselben Ressort von sich warf, ist kein Anzeichen eines sehr herzlichen Einvernehmens mit England. Aber wir hoffen, daß man diese Anlässe zu Besorgnissen beseitigen und unverzüglich Maßregeln ergreifen wird, um jene Beziehungen zwischen England und Frankreich wiederherzustellen, von denen die Ruhe des übrigen Europas wesentlich abhängt." Der „Herald" vom 23. Dez. meldet: „Sir. Excellenz Baron Anetian wird in der Woche, welche der nächsten folgt, in London von Frankfurt zurückerwartet."

Frankreich.

* **Paris**, 26. Dez. Man hatte befürchtet, der neue Präsident würde in der Nationalversammlung keine Majorität finden, und ein Konflikt der drei Staatsgewalten würde so unvermeidlich werden. Aber man muß die Franzosen schlecht kennen, wenn man voraussetzt, sie würden die Konsequenz so weit treiben, dem Präsidenten, gegen dessen Wahl sie sich ausgesprochen, nachdem er gewählt worden, Opposition zu machen. In der That, die Konsequenz wäre diesmal auch sehr unpolitisch gewesen! So erhielt das Ministerium des Präsidenten denn gleich in der ersten Frage, die vor die Kammer kam, eine entschiedene Majorität, noch dazu in einer Frage, bei der das Ministerium offenbar im Unrecht war. Also nicht wegen ihrer Differenz mit dem Präsidenten braucht die Versammlung aufgelöst zu werden; sie hat ihre Fähigkeit, sich in alle Personen und Maßregeln zu schicken, über allen Zweifel erwiesen; aber die Stimme des Volks könnte ihre Auflösung fordern, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie das. Das Volk vergißt ihre Antecedentien nicht, und es will nichts mehr von diesen Antecedentien. Das Journal des Débats hat heute einen merkwürdigen Artikel. Es behauptet, das neue Ministerium habe an den Tag gebracht, was eigentlich die Revolution bezweckt habe. Der Wechsel der Verfassung sei blos aus dem Bedürfniß nach einem Wechsel der Regierung hervorgegangen. Nachdem dieser Zweck erreicht sei, müsse man zurückthun, was die Revolution zu viel gethan habe. Das ansichtige Journal wendet nun diesen Satz zwar nicht auf die Verfassung direkt an, sondern scheint ihn nur auf die sozialen Experimente der provisorischen Regierung zu beziehen, aber der Hintergedanke liegt auf der Hand. Und doch konnte man entgegnen, wenn, um eine Aenderung des Ministeriums herbeizuführen, die alte Verfassung fallen mußte, ist diese Verfassung eine für das gegenwärtige Frankreich passende Staatsform? — Jedenfalls steuert die neue Regierung auf die Monarchie los. Der Moniteur spricht von der Revue in einem Style, der ganz an den Ton des Kaiserreichs erinnert: „Diese denkwürdige Revue weihte mit Glanz die Regierung des Erwählten der Nation ein. Der Neffe des Kaisers hätte, um sich zum erstenmale den Blicken der Hauptstadt zu zeigen, keinen schöneren Tag vom Himmel und keinen aufrichtigeren Enthusiasmus von seinen Mitbürgern fordern können. Jeder sah darin die Vorbedeutung der Ordnung und Sicherheit, nach der Frankreich verlangt." — Auf welchem Wege und mit welchen Mitteln die Umformung der

Digitized by Google

Verfassung geschehen wird, ist freilich bis jetzt nicht ersichtlich. Wenn aber die Regierung die Politik befolgt, welche die Patrie andeutet, — und bei der engen Verbindung, in der die Patrie mit dem Präsidenten steht, läßt sich erwarten, daß sie seine Gedanken ausspricht — so sorgt sie jedenfalls für die Bedürfnisse des Landes, welche Form auch der Staat gewinnen mag. „Weit davon entfernt," sagt die Patrie, „eine Rückkehr zu der übertriebenen kaiserlichen Centralisation zu wünschen, strebt das Land offenbar, das Band derselben zu lockern, ohne es zu zerreißen. Wir wollen nicht vergessen, daß der Provinzialgeist viel zum Erfolge von Bonaparte beigetragen hat. Hat nicht das Gefühl der Provinzen durch seine fast einstimmige Erklärung gegen diese coups de main protestirt, welche Frankreichs Schicksal in die Hände einer Start gaben? Zum guten Theil durch einen Protest gegen die übertriebene Centralisation, das Werk seines Onkels, ist der Neffe auf den Platz eines Präsidenten der Republik gerufen worden. Jetzt gilt es also, das Werk des Kaisers wieder gut zu machen." Freilich ist diese Centralisation der Krebsschaden Frankreichs. Ob es aber gelingen wird, bei der furchtbaren Energie, mit der der französische Geist immer mehr auf die Centralisation drängt, dem entgegen zu wirken, ist eine andere Frage.

Die Frage über das Kostüm des Präsidenten bei der Revue muß doch nicht so geringfügig sein, als sie uns wohl scheinen mag; ein großer Kabinetsrath hat darüber gesessen und ganz ernsthaft die Frage diskutirt, ob Frack und runder Hut, ob Nationalgardenuniform oder das Kostüm der alten Direktoren? Zuletzt hat die Meinung gesiegt, um der Nationalgarde ein Kompliment zu machen, solle der Präsident die Generalsuniform derselben tragen. Dazu hat er denn einen Hut à la Murat aufgesetzt, der mit weißen und einem Busch dreifarbiger Federn geschmückt war. Die Oppositionsjournale aerkennen aber seine gute Absicht. Statt eines Kompliments an die Nationalgarde setzen sie eine Anmaßung zur Souveränität darin. Der Präsident der Republik, sagen sie, ist ein Civilbeamter, nicht, wie ein König, der oberste Militärbefehlshaber. Sich selbst zum General ernennen, heißt die Konstitution verletzen!

Daß die neue Regierung nicht mit einer allgemeinen Amnestie eingewedt worden ist, wird aan der öffentlichen Meinung getadelt; der Präsident wollte sie, das Kabinet schlug sie ab. Dagegen findet es allgemeine Billigung, daß die Regierung die fünf aon der provisorischen Regierung aufgehobenen Professuren am Collège de France wieder eingeführt hat; den Lehrstuhl der politischen Oekonomie hat Michel Chevalier, den des Naturrechts de Portetz, den der vergleichenden Gesetzgebung Lerminier, den der türkischen Sprache Aler. Desgranges, und endlich den der lateinischen Poesie Tissot erhalten. Von Guizot wird nächstens ein neues Werk erscheinen: La démocratie en France.

Abdel Kader hat den Wechsel der Regierung nicht aorübergehen lassen, ohne in einem kläglichen Schreiben, das aber das Motto trägt: Je mourrai en prison, si des rigueurs sans exemple m'y condamnent, mais on ne m'amènera jamais à abaisser mon caractère (Louis Napoléon à Ham) um seine Befreiung zu bitten. Er erinnert an seine arme alte Mutter und an seine Kinder, und mahnt, ihn nicht das Schicksal Napoleon's dulden zu lassen.

Man wird sich erinnern, daß Cabet vor einiger Zeit eine Anzahl seiner gläubigen Schüler nach Texas geführt hat, um mit ihnen dort sein Ikarien aufzubauen. Der Versuch ist sehr unglücklich abgelaufen; statt des erwarteten goldenen Zeitalters hat sich nicht einmal das eiserne aerwirklicht. Die Kolonisten befinden sich im furchtbarsten Elend; Cabet hat sich wohlweislich, ehe es zum Aeußersten kam, aus dem Staube gemacht und ist zu Schiff nach England.

Die industriellen und kommerciellen Verhältnisse bessern sich merklich; aon allen Fabrikstädten und Häfen aan Lyon und Haare laufen die günstigsten Nachrichten ein. Man muß also doch mehr Zutrauen in Louis Napoleons als in Cavaignacs Friedensliebe setzen. Dem gegenüber wird es wohl wenig verfangen, daß die polytechnische Schule an dem Tage der Revue eine Deputation zu Cavaignac geschickt hat, um ihm zu erklären, daß er der Mann ihres Vertrauens sei.

†† **Paris**, 26. Dez. Herr Veran, der Eigenthümer des Constitutionel, hat die politische Direktion dieses Blattes seit Langem an Herrn Thiers für 50,000 Fr. abgetreten. Hr. Véron wünscht jetzt diese Servitut von seinem Journale abzuwenden, und ersetzte am 16. d. die 50,000 Franken einer Person, welche unzweifelhaft das Recht hatte, das Geld einzukassiren. Die alten Freunde des Herrn Thiers aber, welche das Geld dargestreckt hatten, erwarteten, daß ihnen dasselbe zurückgezahlt würde. Nichtsdestoweniger hat man sie von der Unterhandlung gar nicht in Kenntniß gesetzt. Diese Mäckelei erzählt der „Kredit". — Herr David, Deputirter aon Angers und Bildhauer, hat es übernommen, die im Juni beschädigten Figuren am Pantheon herzustellen. Er hat sich hierzu ohne Entgeld angeboten. Der Frontan des Pantheon ist von seiner Hand. Der National gibt eine interessante Chronik der Ministerien seit 24. Februar. Krieg: Subervie, Arago, Charras, Cavaignac, Lamoricière, Rulhières. Aeußeres: Lamartine, Bastide, Bedeau, Bastide, Drouyn de l'Huys. Inneres: Ledru Rollin, Recurt, Senard, Dufaure, Malleville. Finanz: Goudchaux, Garnier-Pagès, Duclerc, Goudchaux, Trouvé-Chauvel, Passy. Marine: Arago, Passy, Bastide, Bermuac, Tracy. Arbeiten: Marie, Trelat, Recurt, Vivien, Leon Faucher. Ackerbau und Handel: Bethmont, Flocon, Tourret, Biriv. Justiz: Cremieux, Bethmont, Marie, Dalon Barrat. Unterricht und Kultus: Carnot, Vaulabelle, Freslon, de Fallour. Die Verwaltung Lamoricière's hat sich durch die Ordonnanzen vom 9. und 16. Dez. ein großes Verdienst um Algerien erworben. Die Administration dieser Kolonie bleibt nicht mehr militärisch, und der Rivalität der Civil- und Militärintendanz wird ein Ziel gesetzt, indem die Civil- und Militäraerwaltung ganz getrennt wird; in den territoires civiles wird französisches Gesetz und Recht aon Civilbeamten allein geübt, in den territoires mixtes wird das Civilgesetz aon Militärpersonen gehandhabt und endlich in den territoires arabes besteht das Militärregiment der Chefs der Truppen im Verein mit den aerbündeten arabischen Häuptlingen fort. Zur Seite dem Gouverneur Algeriens werden vier besondere algerische Verwaltungen für Justiz, Finanzen, Kolonien und öffentliche Arbeiten geschaffen.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Dez. Morgens. General Cavaignac kammt im Januar nach Kopenhagen und übernimmt den Oberbefehl des dänischen Heeres, weil er ein Busenfreund des früheren Kriegsministers ist! Das ist sicher die wichtigste politische Nachricht des Tages! Schade, daß selbst Flyepoſten, welche diese Nachricht dan „geachteter Hand" erhalten, meint, sie berürste doch wohl sehr der Bestätigung.

Das Buaget für 1849 ist herausgekommen. Die Einkünfte sind auf 11,082,990, die Ausgaben auf 21,318,901 Rthlr. angeschlagen. Die Civilliste des Königs ist auf 713,600 Rthlr. angegeben; dazu kommen noch 397,022 Rthlr. Apanagen, an denen 120,000 Rthlr. als gespart angegeben sind. Das Kriegsministerium braucht 10 Millionen und die Marine 2,131,500 Rthlr., die Staatsschuld 3,853,000 Rthlr. Unter den Einnahmen sind die directen Steuern 3,349,000, die indirecten Steuern 4,796,100, die Domainen 343,190 und Sund- und Stromzölle 1,831,200 Rthlr. die Hauptposten. (B.-H.)

Norwegen.

Christiania, 19. Dez. Der König hat wieder mehrere Olafs-Ritter ernannt. Ole Bull, der sein aiertes Concert zum Besten verschämter Armen gegeben, ist aon den Studenten mit einem Feste gefeiert worden, an welchem 300 Studenten Theil nahmen und unter Anderm ein Lied aan Munch auf Ole Bull gesungen wurde. Ole Bull sprach seine Wünsche und seine Hülfsbereitwilligkeit für die Gründung eines wirklichen norwegischen National-Theaters aus. Maßloser Jubel begrüßte seine Aeußerung: „Und nun will ich die Geige reden lassen", worauf er eine Composition spielte, in welcher die Marseillaise mit dem „Far Norge kjempers Födeland" verbunden war.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Nov. Briefe aus Teheran melden, daß der neue König von Persien, Naßreddin Schah, am 20. des verflossenen Monats in der Hauptstadt seines Reichs eingetroffen

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Vorschlag des Verfassungsausschusses über das Reichsoberhaupt. Der österreichische Ausschuß. Herr v. Schmerling. Verhandlungen in den Fraktionen. Die Präsidentenwahl. Das Meer und der Bundessitz. Näheres über den Fürsten v. Leiningen. Oesterreich und die deutschen Grundrechte.) Wien (Fortschritte der Armee in Ungarn. Gerücht von der Einnahme Raabs. Kummerliche Weihnachtsfreuden. Hoffnungen und Gerüchte. Verwaltungsreformen.) Berlin (Reorganisation der Justiz. Bücherkonfiskation. Wrangel marschirt nach dem Rhein. Herr v. Radowitz. Herr Krüger. Herr Dönniges.) Gumbinnen (Landrath suspendirt.) Greifswald (Das Ministerium Brandenburg. Untersuchungen.) München (Die Ministerkrisis.) Dresden (Einberufung der Kammern.) Karlsruhe (Agitation für Auflösung der Kammern.)
Frankreich. Paris (Nationalversammlung: Salzsteuer. Briefporto.) Straßburg (Die Stimmung im Elsaß.)
Italien. Rom (Errichtung eines Triumvirats. Unterdrückung der republikanischen Unruhen.) Aus der Lombardei (Tedeum in Pavia. Der Papst in Gaeta.)
Schweiz. Freiburg (Amnestie.) Waadt (General Dufour.)
Frankfurter Börsenbericht (Vom 30. Dez.)
Nachschrift.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Dez. Der Verfassungsausschuß hat die Abschnitte vom Reichsoberhaupt und vom Reichsrath in folgender Fassung angenommen: Das Reichsoberhaupt. Art. I. §. 1. Die Würde des Reichsoberhaupts wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen. §. 2. Das Reichsoberhaupt führt den Titel: „Kaiser der Deutschen". §. 3. Die Residenz des Kaisers ist am Sitz der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren. So oft sich der Kaiser nicht am Sitz der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein. Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung werden einem Reichsgesetz vorbehalten. §. 4. Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt. Art. II. §. 5. Die Person des Kaisers ist unverletzlich. Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Minister aus. §. 6. Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt. Art. III. §. 7. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reichs und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Consuln an, und führt den diplomatischen Verkehr. §. 8. Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden. §. 9. Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstages, in so weit diese verfassungsmäßig vorbehalten ist. §. 10. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme, und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. §. 11. Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen. §. 12. Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlages. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen. §. 13. In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, sowie der Amnestirung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung einer einzelnen Untersuchung kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen vermutheiten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu. §. 14. Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. §. 15. Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht. §. 16. Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reichs nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm stehen als Träger dieser Gewalt diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind. Der Reichsrath. Art. I. §. 1. Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten. Jeder im Staatenhause vertretene Staat oder Staatenverband ernennt dazu ein Mitglied mit Ausnahme der vier freien Städte, welche gemeinsam ein Mitglied senden. Die Ernennung der Mitglieder des Reichsrathes geschieht durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatenverbände. §. 2. Der Reichsrath bildet ein begutachtendes Kollegium. Derselbe hält seine Versammlungen am Sitze der Reichsregierung. Den Vorsitz im Reichsrathe führt der Bevollmächtigte des größten deutschen Staates, dessen Regent nicht das Reichsoberhaupt ist. §. 3. Die Beschlüsse des Reichsrathes werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. §. 4. Die Reichsminister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes beizuwohnen oder sich in denselben durch Kommissarien vertreten zu lassen. §. 5. Dem Reichsrathe sind die Gesetzentwürfe, welche die Reichsregierung bei dem Reichstage einbringen will, zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichsrath hat sein Gutachten binnen einer jedesmal von der Reichsregierung zu bestimmenden Frist zu erstatten. Wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Reichsregierung hiedurch an dem Einbringen des Gesetzentwurfs bei dem Reichstag nicht behindert. §. 6. Die Reichsregierung ist befugt, in allen Fällen, in welchen es ihr angemessen erscheint, das Gutachten des Reichsraths einzuziehen.

(D. P. Z.)

?? **Frankfurt**, 29. Dez. Der neue österreichische Ausschuß wollte heute eine Sitzung halten und es kam deßhalb der Präsident desselben, Kirchgeßner, von Würzburg zurück. Aus mehr als einem Grunde steht aber zu bezweifeln, daß der Ausschuß in der Prüfung des Programms des Reichsministeriums zu einem bestimmten Resultate gelangt, bevor ihm die Gewißheit geworden, ob v. Schmerling alsbald von Ollmütz hierher zurückkehrt oder als Abgeordneter in den österreichischen Reichstag eintritt. Ist es gegründet, daß v. Schmerling österreichischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt geworden, so ist seine Rückkehr um so bedeutungsvoller, denn dann ist eine officielle Interpretation des Programms des österreichischen Ministeriums zu erwarten und der neue österreichische Ausschuß wird sich nicht mit einem Antrage übereilen. Ueber das Dortbleiben oder Zurückkommen v. Schmerling's ist aber durchaus noch nichts Sicheres bekannt und wenn man behauptet, er werde zurückkehren und erst nach Beendigung der Arbeiten des deutschen Reichstages in den österreichischen Reichstag, der unstreitig noch eine weit längere Lebensdauer habe, eintreten, so könnte dies doch nur der Fall sein, wenn er Oesterreich bei der Centralgewalt nicht zu vertreten hätte. Die Unterstellung eines Korrespondenten der „Allg. Ztg." von hier, es würden während der Ferien die Ausschüsse sehr thätig sein und manche Parteifrage klar stellen, wird nicht in Erfüllung gehen, denn es sind noch sehr viele Mitglieder abwesend. Die Fraktionen der Linken versuchten gestern Abend übrigens eine gemeinschaftliche Zusammenkunft. Ueber die Präsidentenwahl ist noch keine Clubverständigung erfolgt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Ed. Simson wieder gewählt wird. Selbst die Linke wünscht dies in Berücksichtigung der großen Geschäftsroutine Simson's, wenn sie ihm auch aus Politik ihre Stimme nicht geben wird. Nicht zu läugnen ist aber auch, daß Ed. Simson die möglichste Unparteilichkeit in seinem schwierigen Amte in den letztern Tagen zu bekunden sich bestrebte.

§ **Frankfurt**, 30. Dez. Neben den mancherlei Vorschlägen in Bezug auf den Sitz der Reichsregierung möchte auch die nachstehende, dem Briefe eines Norddeutschen entnommene Ansicht Beachtung verdienen. „Soll die Einheit Früchte bringen," schreibt er, „so muß Deutschland zu der Einsicht kommen, daß diese Früchte hauptsächlich auf hoher See wachsen. Die Seegeltung macht heut zu Tage eine Nation stark und groß. Nach Seegeltung muß Deutschland mit allen Kräften streben und deshalb die Residenz seines Oberhauptes auch so nahe an das Meer bringen, als dies schicklich nur irgend zu thun ist, denn das Auge des Herrn fördert alle Anstalten, wenn es täglich auf ihnen ruht. Hamburg ist die Stadt, die sich eignet zur Residenz des Kaisers des einigen Deutschlands! In Hamburg wohnend wird der Kaiser nicht auf die Soldatenspielerei verfallen, wie die Könige der Landratten. Wie thöricht, die Residenzstadt mit Zirkel und Meßkette aufzusuchen im Reiche des guten Michels! Peter der Große verlegte die Residenz aus der Mitte des Reichs an die

See und deshalb heißt er der Große. Wo liegen denn die Hauptstädte, die naturwüchsigen, anderer Nationen? Alle liegen sie an der See oder doch möglichst nahe derselben: Stockholm, Christiania, Kopenhagen, Amsterdam, Haag, London, Edinburg, Dublin, Lissabon, Neapel, Constantinopel. Nur Madrid, das durch die wunderliche Laune eines Despoten geschaffene, liegt in Mitten des Reiches, und wahrlich nicht zum Frommen Spaniens, mit dem es sicherlich anders und besser stände, wäre die Residenz in Barcelona oder Sevilla. Liegt Paris in der Mitte von Frankreich? In der Mitte eines lebendigen Organismus liegt der Magen; soll die Residenzstadt des neuen deutschen Kaisers nun ein Sinnbild des Magens von Deutschland abgeben, so wähle man Erfurt, soll sie aber den Kopf und das Hirn des großen organischen Ganzen darstellen, so wähle man Hamburg." Bessee noch würde es wohl sein, wenn sich die Nat.-Vers. in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung der Wahl des Ortes enthielte, und der nächsten oder einer spätern Versammlung vorbehalten bliebe, darüber zu entscheiden. Will man denn die alte Reichshauptstadt, für die so Manches spricht, verlassen, was wir nicht wünschen und nicht glauben, so möchten vielfältige Erwägungen in Betracht kommen, bei denen auch die Nähe des Meeres ihren Platz findet.

‡ **Frankfurt**, 30. Dez. Man wird sich erinnern, daß zur Zeit der Wiener Katastrophe der Fürst von Leiningen bestimmt war, als Reichskommissär nach Oesterreich zu gehen, um das Verhältniß Oesterreichs zur Centralgewalt vollständiger zu ordnen, als es den Herrn Welcker und Mosle gelingen konnte. Herr v. Schmerling kündigte in der deutschen Nationalversammlung die Mission des Fürsten von Leiningen an, erklärte aber später, daß der designirte Reichskommissär den Auftrag abgelehnt habe. Gründe für diese Ablehnung wurden nicht angegeben. Es verhält sich damit folgendermaßen. Fürst Leiningen hatte durch Herrn v. Schmerling eine Instruktion erhalten, die ihm völlig unannehmbar schien, weil sie in ganz allgemeinen unbestimmten Ausdrücken gehalten war und dem Reichskommissär überhaupt die Pflicht auferlegte, lediglich den Weg der Vermittlung zu betreten, ohne seinem Ansehen als Reichskommissär durch Verfügungen irgend welcher Art Geltung zu verschaffen. Gegen diese Instruktion remonstrirte Fürst Leiningen und hob insbesondere hervor, daß wenn es sich nur um Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung über das Verhältniß Oesterreichs handle, und ein selbstständiges Einschreiten der Centralgewalt in die österreichischen Verhältnisse ausgeschlossen sei, es passender sein würde, einen Gesandten, nicht aber einen Reichskommissär nach Oesterreich zu schicken. Fürst Leiningen verlangte zugleich, daß seine Remonstration dem Reichsministerkonseil zur weitern Erwägung vorgelegt werde. Letzteres geschah indeß nicht; vielmehr zog es Hr. v. Schmerling vor, den Fürsten von Leiningen ohne Weiteres abschläglich zu bescheiden.

Oesterreich hat, wie wir zuverlässig ersahren, es bestimmt abgelehnt, die deutschen Grundrechte einzuführen. Kann jemand auch nur vorgeben, die Stellung, welche Oesterreich selbst in Anspruch nimmt, noch nicht deutlich zu finden?

Wien, 25. Dez. Die O. A. Z. ergänzt nach Privatnachrichten das gestern mitgetheilte Armeebülletin in folgender Weise: Unsere Truppen finden nirgend Widerstand; reguläre Truppen und um so mehr der Landsturm ergreifen das Hasenpanier bei ihrem bloßen Anblick, und geht das so fort, so können die Kaiserlichen noch in dieser Woche in Ofen einrücken. In Wieselburg haben sich noch ansehnliche Getreidevorräthe vorgefunden und diesen Morgen sind sechs Wagen mit erbeuteten ungarischen Waffen angekommen. Presburg würde auch schneller besetzt worden sein, wenn sich nicht Treibeis eingestellt hätte, das die schon geschlagene Schiffbrücke wieder zerstörte. Es bewährt sich übrigens an der so bald erfolgten Uebergabe Presburgs, wie die Demoralisation im ungarischen Heer um sich gegriffen, denn diese Stadt wäre noch mehre Tage zu halten gewesen, und nicht weniger als 20,000 Mann lagen in und um Presburg. Die ungarischen Banknoten wurden mit 40 pCt. Verlust ausgeboten, ohne Abnehmer zu finden. Zwischen Wien und Pressburg ist der Eisenbahnverkehr nun hergestellt, und die Züge gehen von jeder Seite drei Mal des Tages ab.

Wien, 25. Dez. Ziemlich allgemein war heute das Gerücht verbreitet, daß unsere Truppen Raab besetzt hätten und bis Gönyö vorgerückt seien, doch entbehrt diese Nachricht bis jetzt noch der offiziellen Bestätigung. (Allg. Z.

Wien, 25. Dez. Nach Berichten der O. A. Z. ist es in Wien still, die Weihnachtsfreuden fallen spärlich aus und stehen gegen frühere Jahre sehr zurück. Dennoch ist vielleicht eine Christbescheerung nachträglich zu erwarten. Personen, die mit der nächsten Umgebung des Kaisers in enger Berührung stehen, äußern sich in mysteriöser Weise über die Wahrscheinlichkeit, daß derselbe auf einige Tage nicht nur seine gute Hauptstadt, sondern alle Theile seines Reiches durch eine Rundreise überraschen wolle, um sich von den Zuständen selbst zu überzeugen. Jedenfalls bedarf diese Sage noch sehr der Bestätigung. Es ging das Gerücht, Holland und Rußland würden durch Vermittelung des Petersburger Hauses Stieglitz 50 Mill., Rothschild und Söhne 30 Mill. herbeischaffen. Dadurch kämen auch, was zunächst noththut, klingende Gelder herbei, die jetzt bereits nach Beschaffenheit der Species mit einem Aufgelde von 9—12 pCt. bezahlt werden, während die geviertheilten Einsernoten die Stelle der Theilmünze vertreten. In der inneren Verwaltung wird auf durchgreifende Weise reformirt und Graf Stadion hat allein in seinem Departement die bestandenen 18 Ministerialbureaux um ein volles Drittel, auf 12, reducirt. Die Einstellung der Carnevalsbelustigungen bestätigt sich vorerst, und Daum, der bekannte Inhaber des wiener Elysiums, ist eigens nach Ollmütz, um vom Kaiser die Eröffnung seines den unteren Volksklassen gewidmeten unterirdischen Vergnügungsorts zu erbitten. Es steht aber sehr dahin, daß man Diesen zum Ersatz für den geträumten Himmel auf Erden denjenigen unter derselben gönnen wird.

Berlin, 26. Dez. Die Zeit ist gekommen, wo es für Hrn. v. Radowitz offenbar werden muß, ob er treu Preußen und seinem Königshause diene, oder ob er leider, wie manche hier fürchten, nur für andere Mächte benutzt und in Thätigkeit gesetzt wird, nämlich für den Ultramontanismus und den Jesuitismus. Jedermann erinnert sich des Auftretens Preußens in der Luzerner und Schweizer Angelegenheit, welches allein dem Rathe des Hrn. v. Radowitz verdankt wurde und worüber Neufchatel verloren ging. Aber dennoch scheint man seinem Rathe noch blindlings. Seit einiger Zeit ist indessen das Ministerium Brandenburg durch eine Reihe von Umständen, welche hier nicht mitgetheilt werden können, auf den fortdauernden geheimen Einfluß des Hrn. v. Radowitz in einer Weise aufmerksam gemacht worden, die nicht unbeachtet bleiben dürfte, und es hat sich, wenn nicht ein Zwiespalt, doch eine Spannung mit dem Hofe eingestellt, die noch bedeutende Folgen nach sich ziehen kann. (Nach einer Korrespondenz der Leipziger Zeitung ist Herr v. Radowitz aus dem preußischen Staatsdienste entlassen). (B. H.)

Berlin, 27. Dez. Der gelehrte Hellenist Prof. Krüger, welcher in Gemeinschaft mit dem Prof. Gneist und dem Justiz-Commissär Lewald bei Gelegenheit der Adreßdebatte aus der Stadtverordneten-Versammlung geschieden war, hat jetzt die Motive seines Austrittes in einer Schrift „Ueber unsre Zustände" näher entwickelt. Professor Dönniges, der jetzt am Hofe des Königs von Baiern lebt, soll die Denkschriften schreiben, worin Baiern sich hoch und theuer vermißt, niemals ein deutsches Kaiserthum anzuerkennen, falls Preußen erblich dieses Amt überkäme. (Voss. Z.)

Lith. Korr. **Berlin**, 28. Dez. Es steht in diesen Tagen die amtliche Veröffentlichung der von der Regierung projektirten Reorganisation der Justizpflege zu erwarten. Gestern Abend sollte hier zum ersten Male nach der gesetzlichen Anerkennung der Preßfreiheit eine Bücherkonfiskation vorgenommen werden. Diese Maßregel war gegen eine schon vor längerer Zeit von dem Assessor Jung herausgegebene Schrift gegen den Berliner Magistrat gerichtet. Die Verlagshandlung (Reuter und Staegardt) bestand indeß auf der gesetzlichen erforderliche Vorzeigung eines richterlichen Befehls, mit welchem der ausführende Polizeibeamte nicht versehen war. Es mußte deßhalb von der Vollstreckung der Konfiskation Abstand genommen werden.

Const. Korr. **Berlin**, 28. Dez. Als General Wrangel vorgestern seinen Offizieren ein Diner gab, bat er seine Gäste zum Schlusse ihre Gläser zu füllen, um noch einmal mit ihm anzustoßen. Die Gläser wurden gefüllt und der General erhob das seine mit den Worten: Den nächsten Tropfen, meine Herren, am schönen, freien Rheine!

Gumbinnen, 19. Dez. Wie wir bestimmt erfahren haben, ist der frühere Deputirte des Johannisburger Kreises, Landrath Reuter, wegen einer Ansprache an seine Kreiseingesessenen aus dem Monat Mai, und wegen anderer Anschuldigungen, welche

ihm das Ministerium zur Last gelegt hat, zur Untersuchung gezogen und ex officio suspendirt worden. (N. Königsb. Ztg.)

⨯ **Greifswald**, 24. Dez. Zu Ehren unseres Abgeordneten Hrn. Boumstark, eines der bedeutendsten Mitglieder der Berliner Rechten, ward hier ein Festessen von 180 Gedecken gegeben. Allein es endete nicht ruhiger, als die Berliner Versammlung selbst. Ein Hr. v. Oertzen-Paritz, zu jener Partei gehörig, welche sich jetzt ebenfalls konstitutionell nennt, konnte nicht unterlassen, außerhalb der festgesetzten Reihenfolge der Gesundheiten ein Hoch auf das Ministerium Brandenburg auszubringen, was zu stürmischen Auftritten Veranlassung gab und mit allgemeiner Anarchie endete. Wir wurden dadurch in unserm Glauben bestärkt, daß das Ministerium Brandenburg, wenn es länger bleibt, leicht wieder verderben kann, was es gut gemacht hat. Die Untersuchungen werden hier sehr lebhaft betrieben. Es sind dergleichen angestellt: 1) gegen die Mitglieder des ehemaligen Sicherheitsausschusses so wie des Centralausschusses der drei hiesigen politischen Vereine; 2) gegen unsere Freischärler, die nur bis nach Stettin kamen; 3) gegen mehrere Studenten, welche in einer Versammlung von Landwehrmännern als Redner aufgetreten; 4) gegen Hr. v. d. Nahmer, wegen einer Rede, welche er vor längerer Zeit in einer Volksversammlung auf dem Lande hielt.

München, 27. Dez. Von den in den jüngsten Tagen mehrfach erwähnten Ministerkandidaten wird heute insbesondere Prof. Edel sehr häufig im Publikum genannt. In der That soll derselbe hierher berufen und schon Aussicht vorhanden sein, daß er annehmen werde. Wird derselbe Minister des Innern, so erscheint, abgesehen von seiner parlamentarischen Thätigkeit auf unseren letzten Landtagen, besonders sein Wirken in der Nationalversammlung in Frankfurt von großer Wichtigkeit für uns. Ich möchte in dieser Beziehung für heute nur anführen, daß Professor Edel zur Partei des Kasino gehört, deren Programm „Festhalten an dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. Mai" (Roveau'scher Antrag) aufstellt. Diesem treu, hat daher auch Edel vorige Woche bei der Berathung über das Einführungsgesetz für die Grundrechte gegen den Antrag Gombart's und für das Gesetz gestimmt. Do von einem so ehrenhaften Charakter, wie Edel, nicht anzunehmen ist, er werde als Minister anders handeln, als er als Abgeordneter gestimmt hat, so erschiene seine Ernennung zum Minister als ein Aufgeben der Richtung, die man hier der Nationalversammlung gegenüber eingeschlagen hat, ein Umstand, der mir vorerst nicht sehr wahrscheinlich erscheint. — Nach hiesigen Blättern soll Prinz Karl dieser Tage nach Ollmütz reisen. — Von den pfälzischen Landtagsabgeordneten wird Dr. Hepp heute hier erwartet. (N. C.)

* **München**, 28. Dez. Die Ministerkrisis scheint sich immer kritischer zu gestalten, indem, wie unter obigem Datum der Fr. O. P. Z. mitgetheilt wird, Baron v. Schrenk, früherer Amtsgenosse und politischer Zögling Abels, das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt hat, und Hr. v. Rotenhan, an den man bei Hofe jetzt denkt, es ablehnen wird, falls es ihm angeboten werden sollte. Die Gründe für die Ablehnung sind freilich bei Beiden verschieden. Hr. v. Schrenk hat abgelehnt, „weil die dem jetzigen System zugewandten höheren Persönlichkeiten in unserem Beamtenstande, trotz aller sie umgebenden Täuschungen, doch so viel Einsicht haben, um zu erkennen, daß sie sich auf die Dauer nicht zu halten vermöchten." Hr. v. Rotenhan wird ablehnen, „weil", wie es in genannter Korrespondenz weiter heißt, „Männer von selbstständiger und zumal von deutscher Gesinnung sich nicht dazu herbeilassen wollen, der undeutschen und rückwärtssteuernden Politik zu dienen, die ihre Fahne bei uns entfaltet hat." Wahrscheinlich, meint der Korrespondent der Fr. O. Z., würde unter diesen Umständen das Schicksal den Baiern irgend einen Beamten aus der Provinz, „der keinen Namen und keinen Ruf zu opfern hat", zum Minister bescheeren. Von Professor Edel ist in dieser Korrespondenz nicht die Rede.

Dresden, 27. Dez. Das Gesammtministerium macht unterm heutigen Datum bekannt, daß der König die Kammern auf den 10. Januar nächsten Jahres zu einem ordentlichen Landtag einberufen habe.

† **Karlsruhe**, 29. Dez. Unsere Rothen in Baden leben wieder auf, seitdem die neue Koalition in Frankfurt geschlossen wurde. Wenn die rothen Federn auf die Hüte gesteckt, wenn das Heckerlied unablässig gesungen und aller mögliche Unfug in den republikanischen Kneipen getrieben wird, so verkündet dieser Barometer einen neuen Sturm. Man streut von hort dem Parlamente wieder Weihrauch, das man noch vor Kurzem in den Koth herabzog; man setzt alle Hoffnung auf einen offenen Bruch in der Nationalversammlung, der das Ministerium Gagern stürzen und mit ihm alle Einheitsbestrebungen scheitern macht. Wenn Venedey und andere ehrliche Abgeordnete nur einen Begriff hätten von den Plänen dieser Umsturzmänner, würden sie sich sicher abwenden von einer Koalition, die das Unglück Deutschlands verewigen kann. Um in diesen verhängnißvollen Zeiten nicht unthätig zu erscheinen, beabsichtigen die badischen Rothen, dem Institut, welches ihnen am meisten Aerger bringt, weil es sich ihnen nicht unterwürfig zeigt, den Todesstoß zu versetzen — unsere Ständeversammlung ist es, deren Auflösung um jeden Preis herbeigeführt werden soll. Die Nationalversammlung hat zwar durch das Einführungsgesetz zu den Grundrechten die sofortige Berufung von konstituirenden Versammlungen in den Einzelstaaten beseitigt, allein immerhin noch eine Hinterthür offen gelassen, welcher man sich jetzt bei uns bedienen will. Beide Kammern sollen nämlich selbst auf Auflösung dringen und die Revision der Verfassung einer Konstituante in die Hände legen. Unsere zweite Kammer wird sich hoffentlich nicht beirren lassen und die nöthigen Abänderungen der Verfassung selbst vollziehen. Man versinnliche sich nur einen Augenblick, welche Folgen an einer verfassunggebenden Versammlung gerade in Boden hängen, wo mehr als in jedem andern deutschen Lande die Leidenschaften auf das furchtbarste aufgewühlt werden, wo der darniederliegende Verkehr gänzlich vernichtet und die Flamme unaufhörlich geschürt wurde durch die politischen Flüchtlinge an der Grenze. Unsere Kammer wird den Anarchisten ebenso entgegentreten, als früher den Finsterlingen und Reaktionären, die in gleicher Weise sich verschworen hatten, die Auflösung der Ständeversammlung herbeizuführen und durch dahin zielende Petitionen die Kammer überschwemmen ließen.

Frankreich.

* **Paris.** Sitzung der Nationalversammlung vom 27. Dez. Die Debatte über die Salzsteuer, welche in der gestrigen Sitzung durch die Mittheilung des ministeriellen Programms unterbrochen worden, wurde in der heutigen wieder aufgenommen. Die Kommission, deren Berichterstatter Lagarde ist, hat darauf angetragen, die Salzsteuer mit dem 1. Juli 1849 um die Hälfte zu vermindern. Das Ministerium will dagegen die Erniedrigung erst mit dem Jahre 1850 eintreten lassen. „Ich will," sagte der neue Finanzminister, Hippolyte Passy, „die Vortheile nicht bestreiten, die sie für den Ackerbau und die Viehzucht äußern dürfte, allein als Finanzminister muß ich mich jeder derartigen Maßregel widersetzen. Meine Vorgänger haben Ihnen mehrere Finanzübersichten vorgelegt, allein ich muß Ihnen melden, daß sie große Unrichtigkeiten enthielten (hört! hört!). Sie gaben Ihnen das Defizit pro 1848 und 1849 auf 460 Millionen Franken an; ich aber erkläre Ihnen, daß dasselbe um mindestens 60 Millionen höher steigt und sich vielleicht zu der enormen Höhe von 560 Millionen erheben dürfte (Agitation im ganzen Saale). Unter diesen Umständen muß ich gegen jede Steuerherabsetzung protestiren vor dem Jahre 1850." Dieser Rede des Ministers folgt die größte Aufregung; man ist unwillig, daß die finanziellen Erleichterungen, die man sich seit so langer Zeit versprochen hatte, noch immer nicht eintreten sollen. Die Unruhe wird aber noch gesteigert, als der Präsident Marrast anzeigt, so eben gehe ihm der Antrag von einer großen Zahl von Deputirten zu, das Dekret wegen Herabsetzung des Briefportos zu suspendiren. — Nachdem der erste Lärm sich etwas gelegt hatte, fährt Lagarde fort, den Vorschlag der Kommission gegen das Ministerium zu vertheidigen: „Freilich sind radikale Reformen im Budget nöthig; man kann nicht ohne Unruhe sehen, daß die Ausgaben, welche 1829 kaum eine Milliarde betrugen, sich 1848 auf zwei Milliarden erheben; aber nicht mit der Salzsteuer muß man das Gleichgewicht herzustellen suchen. Wenn Ersparnisse nöthig sind, und offenbar sind sie es, so muß man sie bei den Anstellungen machen. Man kann nicht verkennen, daß die Beamtenzahl sich seit 1830 um ¼ vermehrt hat. — Wenn die Nat.-Vers. nicht die vollständige Aufhebung der Steuer bewilligen will so möge sie wenigstens die von der Komission vorgeschlagene Verminderung annehmen. Wenn sie die vorgeschlagene Reduktion nicht noch dieses Jahr selbst annimmt, so hieße das, an der Zukunft verzweifeln lassen (Ja, ja!). Das Land würde alle Hoffnung verlieren. Es würde überzeugt sein, daß mon die Reduktion nicht will, womit man es

Digitized by Google

Uebersicht.

Zur deutschen Verfassung.

Deutschland. Frankfurt (Die hannoversche Regierung und die Grundrechte.) Berlin (Schreiben der H. H. Waldeck und Sierke.) Köln (Briefwechsel Benedey's mit einem Unglücklichen.) Weimar (Der thüringische Gesammtstaat. Die Geschworenen. Die Universität Jena.) Sigmaringen (Die Besetzung durch Reichstruppen. Der Anschluß an Würtemberg.)

Zur deutschen Verfassung.

*** Vom Bodensee, 20. Dez. Gestatten Sie an einige frühere Betrachtungen „über die Verfassungsvorschläge" wieder anzuknüpfen, wenn schon die Tage seitdem gar manche unerwartete Ereignisse brachten und manche Scene, den Knoten schürzend, an uns vorüberzog, bis endlich des gewaltigen Drama's Lösung herannaht.

Und doch kann man nur zu oft und noch immer nur denselben Gedanken aufwinden und wieder abspinnen; stets verschlingen sich die Fäden von Neuem; wo aber immer und immer Gewirre zu Tage kommt, da muß man endlich den Knoten zerschneiden. Es sind ohnedem der Hindernisse nicht wenig, die dem Bau unsrer Verfassung, der Befestigung unsrer nationalen Freiheit im Wege stehn.

Nirgends freilich ist es eine stete Nothwendigkeit, gar oft wäre es kein Glück, bei politischen Dingen theoretische Consequenzen in ihrer Reinheit durchzuführen, aber am wenigsten und nur zu schwer wird es da geschehen, wo man zum ersten mal diese Bahn betritt, wo da und dorten Gebräuche, Sitten und Einrichtungen bestehn, die anderm Streben, andern Zwecken, leider auch dem Mangel jeden Zweckes ihren Ursprung verdanken. Dadurch war man denn schon genöthigt, der Individualität unsrer Staaten eine Vertretung zu geben, wie sie sonst wohl im Bundesstaate nicht sein sollte. Die so bedeutende Ungleichheit ließ nicht zu, Nordamerikas Einrichtungen festzuhalten. Auch eine Maßregel, wie man sie vor Kurzem noch hoffen durfte und noch immer wünschen muß, hätte nur annähernd zu diesem Ziele geführt.

Lassen sich diese Schwierigkeiten noch theilweise umgehen, kann man durch ein Mehr oder Weniger in Zahlen und Stimmen eine Ausgleichung finden, so ist es damit nicht gethan, wenn Oesterreichs Staatencanglomerat uns im Wege liegt; hier gilt nur ein ja oder nein. Man hat daraus entschieden im richtigen Erkennen, daß nur eine Personal-Union, wenigstens dann mit der Gestaltung zu einem Bundesstaate verträglich sei, wenn im entgegengesetzten Falle der Schwerpunkt des Particularstaates über die Grenze des Gesammtstaates hinausfiele. Jeder andre Weg würde uns zur lockern Bundesverfassung wieder zurückführen, zu einem Verhältnisse, das zwischen Staat und bloßem Völkerbund schwebend sich selbst widerspricht.

Wir müssen unsern Arm von der Donau und Adria zurückziehen; ob aber dieser Arm ein mächtiger wäre, ob wir eine festere Stütze dem Deutschen in Oesterreich bieten, wenn wir uns selbst die Möglichkeit freier und staatlicher Entwicklung nehmen, wenn wir vereint in lockerm Föderalismus verbluten, der nur da sich mächtig zeigt, wo er nicht sollte, und machtlos ist, wo man ihn kräftig wünscht? Wird Oesterreich die Thore verschließen können, wenn es einen kräftigen, lebensfrischen Staat zum Nachbar hat, dem nationale Sympathien die Brücke bauen über Grenzen, die man lange gesperrt hielt? Thäten wir anders, so würden wir einen Keil in unser Staatsgefüge eintreiben lassen, der in alle Risse des lockern Baues eindränge, um sie mehr und mehr auseinander zu treiben, so wäre die Anstrengung umsonst gewesen, umsonst die furchtbare Erschütterung und die Opfer aller Glieder des Volkes. Eine große Revolution wäre fruchtlos für uns vorübergegangen. Und doch möchte man immer noch von mancher Seite her mehr als bloß keine Trennung. Im März konnte man noch solche Gedanken hegen, man konnte sich für Oesterreich aussprechen, „denn es ist der bei weitem größte Staat," man konnte den Einwand nicht: kein deutsches. Daß man aber heute noch, nach der unumwundnen Erklärung des Ministeriums, heute noch, nachdem man Hye's Adresse gelesen — und sie ist keine persönliche Laune — nicht nur keine Lossagung sieht in dem Wunsche eines selbständig verjüngten Deutschlands und selbstständig verjüngten Oesterreichs, vielmehr eine Candidatur für möglich hält, ja schon offen nur ihr hervortritt, — dies setzt mehr voraus, als den bloßen Wunsch eines freien und einigen Deutschlands. Es stellt die Verhältnisse auf den Kopf, es dreht alle Argumente um und die summa ratio ist Oesterreichs Einfluß auf Deutschland, Oesterreichs Zusammenhang mit dem Westen. — Mit welch naivem Eifer empfiehlt die Grazer Zeitung diese Candidatur „einem Deutschland, das, Oesterreich an der Spitze und Oesterreich mit seiner ganzen Wucht in der Wagschaale fuhrt, wenn man anders es versteht, ihm die Sicherung seiner Hausinteressen auch für die Zukunft beruhigend zu garantiren." Wenn man aber Oesterreich herausnimmt aus der Dreiheit, dann werden sie sich in den Haaren liegen, sagte Giskra. Auch ist nicht zu verkennen, es war der Dualismus etwas geschwächt, wenn die beiden Großstaaten um der Sympathien des dritten Staates und der andern willen sich nicht rücksichtslos geltend machen, und die Hegemonie eines Einzelnen des Andern wegen nicht aufkommen konnte. Aber auch jetzt darf es nicht heißen: „kein Oesterreich, Ein Preußen," es muß die alte Losung bleiben. Das Bestehen eines enormen Mißverhältnisses, einer solchen Verschiedenheit der Staatengröße, ist unvereinbar mit dem Bundesstaate. So war es also ein begründeter Wunsch, daß die zu kleinen Staaten verschwinden, natürlich arrondirt werden möchten, aber auch der Großstaat mediatisirt werde, daß er nicht als Gesammtstaat, sondern als die Summe von Provinzen erscheine, nur in deren Ständen vertreten. Inzwischen findet man aber für gut, auch die Kleinsten der Kleinen unberührt zu lassen; ja es will hin und wieder schon zu viel dünken, daß man auch nur den Weg der Unterhandlung hierfür offen hielt. Die Kleinen sind seelisch der Einheit wenigere hinderlich, als die Großen, kann man aber die Großen nun einmal nicht klein machen, — bei einer so freisinnigen Gesamtverfassung wird es noch weniger möglich sein, — so wäre wenigstens die Vereinigung derer noch ein nenndares Gegengewicht, die oft nur darum der Einheit weniger schaden, weil sie eben keine Staaten sind. — Im Grunde haben hier Die gesiegt, die vor Kurzem noch bei allen Völkchen, Kammern und Staaten Seelsigefühl und Particularismus schürten, um dann auf die andre Seite zu treten und zu rufen: Sieh die Schwachen, auch hier vermögen sie Nichts!

Hat man übrigens diese Hindernisse noch nicht beseitigt, so scheeitet doch unsre Verfassung rasch der Vollendung zu. Daß ein Zweikammersystem allein stammen könne, hält keine Zweifel erregen dürfen, nur die Art der Zusammensetzung konnte verschiedenen Ansichten unterliegen. Und auch dies kaum, wenn man nicht einen centralisirten Einheitsstaat zu schaffen willens war, und wenn man es für gerathener hielt, die einzelnen Staaten hier vertreten zu sehen, als in der Regierung selbst. Wie konnte man darin einen alten Bundestag fürchten? Lasse man in den einzelnen Einrichtungen konsequent una rein den Grundgedanken durchführen und überzeuge man sich, daß gerade die Mischlingsform in der abgelegten Verfassung am meisten geschadet hat. Wanke man nicht zwischen dem Centralstaate und der Bundesstaatsverfassung, die so reich ist an politischem Leben und am meisten Bedingungen freier Entwicklung in sich trägt. — Sieht man im allmäligen Uebergang zum Einheitsstaate unser Heil, dann vergesse man nicht zuvor dem Emporblühen freier Gemeinwesen Zeit zu geben, um einstlbige Centralisation für immer unmöglich zu machen.

Wie im Allgemeinen feststeht, daß die Gesammtverfassung jener der Gliederstaaten analog sein müsse, so ist vor Allem zu erstreben, daß der Centralpunkt nicht schwankender und schwächer als jene konstituirt werde, — so muß man zur Erblichkeit, zur konstitutionellen Monarchie gelangen. Ein Wechsel, eine Wahl, war kein stichhaltiger Gedanke.

Wir sind der praktischen Lösung nahe. Werden wir aber mit der wünschenswerthen Eintracht handeln? Man wird sie zu stören suchen; wo politische Gründe nicht zureichen, wird man sich nicht entblöden, konfessionellen Hader zu wecken. Schreibe ich Ihnen auch aus einem Theile des Vaterlandes, der durch den Petitionensturm bekannt ist, so hat man sich doch bis heute noch nicht beirren lassen. Möchte ich mich täuschen, wenn ich auch nur einzelne Anzeigen zu bemerken wähne. Von politischer Seite macht man Einwendungen, die sich selbst schlagen: — „Preußen ist kein naturwüchsigrer Staat" — wahr! aber was könnte er-

Digitized by Google

wünschter sein, damit er in das gemeinsame Staatsgebäude sich füge? Es war eine heilsame Fügung, daß man es einst am Rhein kompromittiren wollte, daß man es mit dem übrigen Deutschland verflecht und verwebt, und nicht kompakt werden ließ in gerundetem Gebiet.

Hat man aber im Staatenhause den Einzelstaaten gebührende Vertretung gegeben, — wozu noch einen Reichsrath, der freilich, als nur berathend, nicht eben Vieles gegen sich hat, als etwa die Ueberflüssigkeit.

Endlich möchte ich noch Jene, die das Volkshaus über alle Maßen beweglich und wechselnd wünschen, daran erinnern, wie leicht das Gegentheil ihrer Wünsche in Erfüllung ginge, wenn ewige Wahlen, bald für die Landeskammern, bald für den Reichstag, Ermüdung und Indifferentismus herbeiführten, der Erschwerung parlamentarischer Uebung und Geschäftskenntniß gar nicht zu gedenken.

Erst wenn wir mit dem eigenen Staate fertig sind, können wir mit denen, die nicht darin aufgehen können noch wollen, in Unterhandlung treten, denn „ein deutschslavisches Föderativreich", das man für die Krone und statt eines deutschen Bundesstaates bieten will, kann doch unser Zweck nimmermehr sein. — Dann aber, aus freiem festen Staatsverbande, an dem weder Bundespflichten, noch Flottenbeiträge gelockert haben, bleibt uns die Hoffnung, dem Brudervolke die Hand zu bieten, und dann ist ein Bündniß möglich, wenn nicht bald eine Nothwendigkeit; „man wird sich brauchen," wie Ihre Stimme vom Rheine sagt. Aber man dürfte sich jetzt schon klar machen, daß mit diesem Bündniß mehr, weit mehr Gemeinsames erreicht wird in auswärtiger Politik, als je im alten Bunde möglich war. Ueber Organisation und Inhalt dieses Bundes muß man mit bestimmten Umrissen vorgehen, um darin die Sache klarer zu sehen. Natürlich befriedigt eine Verständigung über einzelne, spezielle Verhältnisse nicht; es müssen für gemeinsame Maßregeln im gegenseitigen und im völkerrechtlichen Verkehr mit Dritten ständige Organe geschaffen werden. Eine von der deutschen und österreichischen Regierung in gleicher Anzahl gewählte Vertretung würde am zweckmäßigsten in Wien, unter Oesterreichs Vorsitz tagen. — Die numeräre Stärke wäre natürlich nicht bedeutend, dagegen auf tüchtige Politiker und für besondre Zweige auf tüchtige Fachmänner Rücksicht zu nehmen. Daß dieselben nach Instruktion zu handeln haben, liegt im Wesen des ganzen Verhältnisses. Die weitere äußere Gestaltung, die Form der Berathung bildet sich nach allgemein gültigen Grundsätzen. Die collegialische Zusammensetzung macht bessere Informirung möglich, verwischt mehr das Zufällige, was Einzelnen anhaftet, und erleichtert das Sammeln und Sondern aller Materialien, um auf deren Grund gemeinsame Einrichtungen in den beiden Staaten in's Leben zu rufen. Für persönlichen, geistigen und materiellen Verkehr könnte zwischen Oesterreich und dem deutschen Reich die größte Freiheit stattfinden, also Freizügigkeit der Person und des Eigenthums, Zollvereinigung und Gemeinschaftlichkeit der Verkehrsmittel (Münze ꝛc.); im internationalen Verkehr mit Dritten könnte eine gemeinsame Politik sich bilden und ein festes Bündniß zu Schutz und Trutz ihr Nachdruck geben.

Dann wird Oesterreich ungehindert in seinem Innern consolidiren, was ihm seine Macht und Freiheit verbürgen kann. Deutschland wird das Unglück der Zerrissenheit nicht mehr tragen und ein politisches Leben, ein Maß der Freiheit wird ihm werden, wie es die Stufe seiner Bildung und Gesittung fordert. Will man dieß nicht in ferne Zukunft hinausrücken, dann trete man erst auf den Grund einer selbstständigen deutschen Verfassung mit Oesterreich in Unterhandlung. Ein Unglück für Deutschland wäre es, hieraus eine Frage der Parteien zu machen. Und wenn man von gewisser Seite eine neue Brandfackel in dieser Frage zwischen die Parteien in Frankfurt werfen wird, dann mögen diejenigen, mit denen sie ihre Streitkraft einen wollen, bedenken, daß da die Karte erst ausgespielt wird, wenn man des Sieges gewiß ist für Interessen, die jenseits dieser Berge ihre Quelle haben.

⊙ **Aus Süddeutschland, im Dezember.***) Die Verhältnisse Deutschlands sind, untee Mitschuld der Nationalversammlung, an einem Stadium angelangt, auf welchem nur noch die Annahme eines Programms, wie das des Reichsminister-Präsidenten Gagern, die Nationalversammlung vor dem Bankbruche erretten kann. Wird sie diesen Weg der Vermittlung einschlagen? Nach der konderbaren Zusammensetzung des zur Prüfung jenes Programms erwählten Ausschusses ist daran zu zweifeln, daher die Frage nicht müßig, was dann geschehen soll? Die dermalige Nat.-Vers. würde dann ihre Unfähigkeit bewiesen haben und ihr nichts übrig bleiben, als noch solcher Abnutzung sich aufzulösen. Die Staatendünkler alten Styls würden aber sehr irren, wenn sie mit der Rückkehr zum vormärzlichen Bundestage anzulangen hofften. Wollen Deutschlands Fürsten nicht die Alternative erbereiten: entweder der rothen Republik das Feld zu räumen oder zu Vasallen des Auslands herabzusinken; so müssen sie, im Falle die jetzige Nat.-Vers. ihre gegenwärtige Krisis nicht besteht, rasch zusammentreten zu einem Vorparlamente und unmittelbar, Preußen an der Spitze, die Rettung Deutschlands selbst in die Hände nehmen. Deutschlands Fürsten können des Erfolgs sicher sein, wenn sie den beiden Hauptzwecken, „1) Gewährleistung der Freiheitsrechte des deutschen Volks," und „2) Festigung der Einheitsmacht des deutschen Reichs" — freiwillig ihre eigene Parteiübermacht unterordnen. Das deutsche Volk wird dann das Geschenk einer solchen Gesammtreichsverfassung aus den Händen seiner Fürsten mit Jubel begrüßen und es mit Dank annehmen. Mögen Deutschlands Fürsten bedenken, daß Halbheiten hierbei nicht ausreichen, daß, was sie geben, durch Freisinnigkeit, Einigkeit und Kräftigkeit der Centralgewalt die Wünsche des deutschen Volks auch wirklich befriedigen und dessen Erwartungen sogar noch übertreffen muß. Der Bankbruch der jetzigen Nat.-Vers. würde für die Fürsten eine Gelegenheit bieten, wie noch nie, ihre eigene Bestimmung in deharrlichster und reinster Bedeutung sicher zu stellen, indem sie sich mit Uneigennützigkeit und Selbstverleugnung zu einer die bessere Zukunft des deutschen Volks und die Macht des deutschen Reichs verbürgenden Gesammtverfassung einigen. Möchten die deutschen Fürsten diesen nie wieder kommenden Moment erkennen und ihn so schnell und nachdrücklich ergreifen, wie es nöthig ist!

*) Der nachfolgende uns eingeschickte Aufsatz setzt einen schlimmsten Fall voraus, mit dem wir unsere Gedanken nicht beschäftigen mögen. Ein Volk, welches seine höchsten Güter nur als Geschenk von seinen Machthabern zu empfangen im Stande ist, ist schwerlich reif, das Geschenk zu gebrauchen oder auch nur zu bewahren. Wir geben den als Mahnung für die Fürsten bestimmten Aufsatz als Warnung an die Nationalversammlung.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Dez. In Nr. 343 der Deutschen Zeitung (vom 28. Dez.) findet sich eine Correspondenz aus Hannover, zu deren Berichtigung Sie wohl einem hannoverschen Abgeordneten einige Worte verstatten. — Jene Correspondenz berichtet: im vaterländischen Verein zu Hannover sei der Antrag gestellt worden, das hannoversche Ministerium um den Abdruck der Reichsgesetze in der hannoverschen Gesetzsammlung zu ersuchen, dieser Antrag sei aber von dem Kriegsrath Wedemeyer bekämpft worden und zwar namentlich durch die Betrachtung, daß mehrere geachtete Gerichte erklärt hätten, die Reichsgesetze nicht eher als Gesetze ansehen zu können, als bis die Stände zugestimmt hätten. Der Kriegsrath Wedemeyer — so erzählt die Correspondenz weiter — sei aber die Seele des hannoverschen Kriegs-Ministeriums, und daher möchte derselbe leicht die bei der hannov. Regierung herrschende Ansicht ausdrücken. „Darnach wäre also" (sagt die Correspondenz) „die Nat.-Vers. auch hier auf den Boden der reinen Vereinbarung zurückgedrängt, wenn uns nicht die Hoffnung bliebe, daß die nächste Ständeversammlung mit aller Entschiedenheit für ihre Souveränetät auftreten würde." — Hierüber ist nun Folgendes zu bemerken. Die hannov. Regierung hat sich über ihre Stellung zu den Beschlüssen der Nat.-Vers. so klar ausgesprochen, daß es nicht nöthig ist, dieselbe erst aus den Aeußerungen des Kriegsraths Wedemeyer als der „Seele des Kriegs-Ministeriums" zu deduziren. Obendrein würde man aber damit auch nur ein Unnöthiges thun, weil der Kriegsrath Wedemeyer (wenigstens soweit jene Correspondenz berichtet) nur eine Thatsache angeführt hat, nämlich die Erklärung hannov. Gerichte über die Gültigkeit der Reichsgesetze. Nun aber ist es eine bekannte und gar nicht zu bestreitende Thatsache, daß alle hannov. Gerichte, die bis jetzt in den Fall gekommen sind, auf Reichsgesetze zu erkennen, gegen die Gültigkeit derselben entschieden haben. Darnach ist nun freilich die Nat.-Vers. nicht blos nach den Ansichten der hannov. Regierung, sondern — was viel mehr sagen will — der hannov. Gerichte, auf den Boden der Vereinbarung zurückgedrängt. — Jene Correspondenz spricht nun zwar die Hoffnung aus: die

nächste Ständeversammlung werde mit aller Entschiedenheit für die Souveränität der Nat.-Vers. auftreten. Das aber kann die Ständeversammlung gar nicht anders, als indem sie ihre Zustimmung zu dem Reichsgesetzen giebt. Damit aber wäre ja eben die Vereinbarung da, welche jener Correspondenz so sehr scheut, — zugleich aber auch der Beweis, daß die Hannoversche Regierung das Prinzip der Vereinbarung gar nicht aufgeben kann. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß jener Conflikte sich in dieser Weise lösen und daß die hannoversche Stände-Versammlung in dieser oder jener Weise ihre Zustimmung zu den Reichsgesetzen ertheilen werde. Fallen aber die Wahlen zu dieser Stände-Versammlung sehr demokratisch aus, dann ist freilich das Gegentheil zu besorgen. Denn wenngleich im Juli und August d. J. die demokratische Partei die Souveränetät der National-Versammlung den Einzelstaaten gegenüber beanspruchte, so lautet doch jetzt die Parole im entgegengesetzten Sinne, und wahrscheinlich wird es gerade die demokratischer Partei sein, welche in der nächsten Hannoverschen Stände-Versammlung den entschiedensten Partikularismus der Hannoverschen Regierung gegenüber verfechten wird.

* **Berlin.** Wir haben neulich das Schreiben des Herrn Mühler an Heren Waldeck mitgetheilt, und halten uns um so mehr verpflichtet, auch die Antwort des Herrn Waldeck aufzunehmen, weil Heer Waldeck sich früher über persönlicher Feindseligkeit der Deutschen Zeitung beklagt hat. Diese Feindseligkeit galt nur seinem politischen Treiben; seinem Charakter als Mensch, als Richter haben wir stets Gerechtigkeit widerfahren lassen, und stehen nicht an, unsere Ueberzeugung auszusprechen, daß Herr Waldeck in dem unten stehenden Schreiben nicht bloß seine eigene Sache vertheidigt, sondern die Sache der in seiner Person angegriffenen Freiheit des Volksvertreters und Unabhängigkeit des Richters.

„Ew. Excellenz geehrte Mittheilung vom 16. dieses hat mich mit dem größten Bedauern erfüllen müssen.

Ich war in die Geschäfte meines Amtes wieder eingetreten, mit Ew. Excellenz und des ersten Senates Zustimmung, deren es übrigens nicht bedurft hätte. Es war mir nicht als Wunsch der Mitglieder des Senats mitgetheilt worden:

ich möge mich bis auf Weiteres von den Sitzungen dieses Senats fernhalten,

sondern lediglich, ich möge mich des Eintritts in das Collegium enthalten, bis feststehe, daß in der s. g. Steuerverweigerungsfrage keine Anklage gegen mich werde erhoben werden, und ich hatte in einer kurzen Anzeige die Gründe dargelegt, aus welchen ich diesem Wunsche nicht entsprechen konnte.

Nachdem dies vorangegangen, versammelten sich alle Mitglieder der vier Senate, ziehen, ohne mich zu hören, meine Ansichten und meine Handlungsweise „in einer andern Stellung", nämlich als Abgeordneter, zu ihrer Beurtheilung und geben die Erklärung ab, daß ich aufzufordern, Schritte zu thun zur Lösung der Gemeinschaft, mit anderu Worten zum Austritte aus meinem Richteramte.

Ich verweile nicht bei dem Unförmlichen dieses Verfahrens, wiewohl dasselbe für andere Gerichte ein nachtheiliges Beispiel werden könnte. Aber, daß Sie einen Gegenstand dieser Art überhaupt zu Ihrer Cognition gezogen haben, das muß ich im Interesse des höchsten Gerichtshofes, dessen Mitglied ich bin, tief beklagen.

Das Wahlgesetz ließ alle Staatsbürger, auch die Richter zu, als Abgeordnete der zur Gründung des Verfassungswerkes berufenen Versammlung. Traf die Wahl einen Richter, so hatte dieser, wie jeder Deputirte, nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung zu stimmen und zu handeln, als Volksvertreter; seine Stellung als Richter kam dabei nicht in Betracht. Hätte das Volk dies nicht voraussetzen können, so würde es keine Richter gewählt haben, wie doch zur Ehre des preußischen Richterstandes, sicherlich auch mit Rücksicht auf dessen unabhängige Stellung, so zahlreich geschehen ist. Für seine Abstimmungen und Reden ist der Abgeordnete nur seinem Gewissen verantwortlich; die politische Wirksamkeit unterliegt nicht der Beurtheilung eines Gerichtshofes.

Ew. Excellenz selbst haben diesen Grundsatz noch neuerlich anerkannt. Als die Frage: ob der Krone ein Recht auf einseitige Beelegung und Vertagung der Nationalversammlung zustehe? bei dieser zur Erörterung kommen mußte, da erklärten Sie ganz richtig, es sei nicht Sache des zum Rechtsprechen berufenen geheimen Obertribunals, über diese Frage ein Gutachten abzugeben.

Nicht dem höchsten Gerichtshof, nicht den Mitgliedern desselben als solchen kommt es also zu, über mein Wirken in der Nationalversammlung einen Ausspruch zu thun, oder die Anforderung an mich zu stellen, wie sie geschehen ist. — Mein Amt legt mir die Pflicht auf:

nach den bestehenden Gesetzen Recht zu sprechen.

Diese Pflicht, welche meinen Lebensberuf ausmacht, ist mir stets heilig gewesen und wird es auch bleiben. Ich habe sie der kollegialischen Stellung gemäß auszuüben in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Kollegiums — das ist die äußere und innere Gemeinschaft, welche zwischen uns besteht. Eine nähere innere Gemeinschaft, eine solche, wie sie durch übereinstimmende Ansichten über Staatseinrichtungen, Gesetzgebung, Verwaltung, Religion u. s. Lebensverhältnisse herbeigeführt wird, gehört gar nicht zu den Voraussetzungen der richterlichen kollegialischen Wirksamkeit. Sie wird auch sehr selten bei den größeren Kollegien vorhanden sein; sie fehle namentlich bei dem Geheimen Ober-Tribunale selbst, so weit meine Kenntniß reicht.

Das ausgesprochene Urtheil über meine politische Laufbahn kann ich hiernach lediglich als das von Privatpersonen ansehen und muß ihnen alle und jede Berechtigung, die Anforderung des Austritts aus dem Kollegio an mich zu stellen, bestreiten.

Eure Excellenz gewöhnen der freundlichen Aufnahme, welche ich im Kollegio gefunden. Ich habe diese jederzeit um so mehr dankbar anerkannt, als der wiederholten schriftlichen und mündlichen Erklärung meiner Präsidenten und Kollegen zufolge, dieselbe in der Würdigung meiner Grundsätze und meiner Leistungen als Richter ihren Grund hatte. Gern und freudig habe ich auch die richterliche Wirksamkeit des Kollegii, wo ich es vermochte, öffentlich gerühmt; hat sich das Verhältniß geändert, so liegt die Aenderung nicht auf meiner Seite; denn in meinen Grundsätzen, nach denen ich nie und nirgend einen Hehl gemacht, ist nicht der mindeste Wandel gewesen.

Aus Rücksicht auf das frühere Verhältniß kann ich es freilich nur bedauern, wenn wirklich meine politischen Ansichten, wie den Auffassungen meiner Kollegen von Recht, Pflicht und Treue in schroffem und entschiedenem Widerspruch stehen sollten. Ich konnte vielleicht dabei annehmen, daß nirgend von ihnen der eigentliche Gehalt meiner sehr umfangreichen Thätigkeit fremd geblieben, daß sie einem Verdächtigungen und Anfeindungen der Zeitblätter ihr Ohr geliehen, denen ich stets das Schweigen der Verachtung entgegengesetzt habe, nach damals als noch eine öffentliche Erwiderung möglich war. Ich könnte Sie auf meinen im Vorans vor den Wahlmännern gehaltenen, im Druck erschienenen Vortrag aufmerksam machen, worin Grundsätze aufgestellt sind, die ich mir fortwährend zur Richtschnur habe dienen lassen. Ich könnte die für jeden, der mich kennt, unnöthige Versicherung geben, daß ich nach meiner besten Ueberzeugung solche Zustände in Verfassung und Verwaltung angestrebt habe, die mir ihre Krone und Land die dauerhaftesten und befriedigendsten schienen.

Doch zu einer Rechtfertigung meines politischen Lebens ist hier überall nicht der Ort."

Die letzten Sätze der Mittheilung vom 16. lauten:

„Vor Gott und Menschen sind wir schuldig mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß diesem Gerichtshofe das Vertrauen und die Achtung des Landes erhalten wird. Das wäre aber unmöglich, wenn irgend wie die Vermuthung Anhalt erhielte, daß in denselben Ansichten Eingang oder auch nur Nachsicht gefunden hätten, bei denen man nicht ohne Grund Recht und Gerechtigkeit, die man in Anspruch nimmt, gefährdet finden würde."

Ich weiß nicht, ob nach dieser Aussprache derjenige aller Mitglieder des Kollegii ist. Ich weise aber mit voller Entrüstung die beleidigende Insinuation von mir, welche darin zu finden ist.

Zwanzigjähriges Wirken hat vor die Kreise desselben hinaus, dem Lande meine Unparteilichkeit, meine Gewissenhaftigkeit als Richter erprobt. Der höchste Gerichtshof hat wahrlich nicht den leisesten Grund zu der Besorgniß, meine Mitwirkung könne der Verwaltung Raum geben, daß Recht und Gerechtigkeit werde gefährdet werden. Dergleichen Andeutungen treffen, den können Sie gewiß sein, nicht den, gegen welchen sie ausgesprochen werden. — Aber von der andern Seite drohe dem Lande die ernstliche Gefahr, wenn die Gerichtshöfe sich, uneingedenk ihres durch die Begrenzung würdigen Kreises, in die Arena der politischen Bestrebungen einlassen, wenn sie die Nichtübereinstimmung der Ansichten, wenn sie den entschlossenen Widerstand eines Volksvertreters gegen das jeweilige konstitutionelle Ministerium als Grund der Entfernung aus dem Amte betrachten wollen! — Welche maßlose Scenilität, welcher stete Wechsel der Richter, welche gänzliche Entwürdigung des Ansehens derselben würde davon die Folge sein! Wie konnte das Land den Richtersprüchen von Personen Vertrauen schenken, welche im konstitutionellen Staate der Unabhängigkeit entbehrten, die schon im absoluten für das Palladium der öffentlichen Sicherheit galt? Wie wurde es sich entschließen können, richterliche Beamte, denen es früher so gern sein Vertrauen geschenkt, dann noch ferner zu Vertretern zu wählen?

Als glanzender Gegensatz solcher Grundsätze steht der ehrwürdige Kassationshof von Paris da, welcher Männer der entgegengesetztesten politischen Richtung in seiner Mitte zählt und dessen Personal ungestört so viele politische Veränderungen überdauert hat.

Ich kann demnach auf den mir gemachten Vorschlag nicht eingehen. Ich halte die heilige Pflicht, mein Amt zu behaupten:

im Interesse des ganzen Richterstandes, im Interesse des höchsten Gerichtshofes selbst,

im Interesse des bei der Rechtspflege betheiligten Publikums,

im Interesse der Volksvertretung.

Ich darf hoffen, daß die Abkühlung der politischen Leidenschaften in den Ansichten der Herren Kollegen nämlich eine Milderung hervorbringen wird.

Berlin, den 18. Dez. 1848.

Waldeck.

An den Königl. Preuß. Staatsminister, Hrn.
Mühler, Excellenz.

Folgendes ist das Antwortschreiben des Hrn. O.-L.-G.-Präs. Gierke an den Herrn Justiz-Minister:

Die von Ew. Excellenz mir unterm 15. d. Mts. in Abschrift angefertigte und gestern zugegangene, inzwischen auch bereits im Staats-Anzeiger abgedruckte Immediat-Eingabe von 8 Mitgliedern des Bromberger Oberlandesgerichts wurde ich mit dem ihrem Inhalte gebührenden Stillschweigen übergehen, wenn Ew. Excellenz nicht meine Entschließung über den erhobenen Einspruch ausdrücklich forderten. Die Concipienten scheinen sich in der That in einem solchen Zustande von Exregtheit befunden zu haben, daß ein folgerichtiges Denken und eine juridisch irgend haltbare Deduction ihnen nicht hat gelingen wollen, und sie daher bemüht gewesen sind, diesen Mangel durch Schimpfwörter zu übertragen, welche — ihres injuriösen Charakters ungeachtet — nicht mich beflecken, und deshalb mit Ernst von mir zurückgewiesen werden. — Daß ich bei der ersten Abstimmung über

das bekannte Amendement zum Steuerverweigerungs-Antrage mit der Majorität gestimmt habe, ist den Bittstellern auf ihre Anfrage an mich, alsbald nach meiner Rückkehr von einer Reise nach Frankfurt a. M., eröffnet worden. Wenn sie aber hierin einen förmlichen Beschluß erblicken, wenn sie zur Darthuung dessen hochverrätherischen Charakters nicht auf juridisch stichhaltige Gründe, sondern auf die Meinung der sogenannten Wohlgesinnten und auf den Umstand recurrieren, daß derselbe angeblich in aufwieglerischer Absicht von dritten Personen verbreitet worden ist und so zu verderblichen Aufständen geführt habe, und wenn sie endlich als Auctorität eine vom Bromberger Patrioten-Verein an des Königs Majestät überreichte Adresse anführen, so ist ein solches Gewebe von Trugschlüssen bei Mitgliedern eines Landesjustizcollegii wohl nur aus einer Partei-Leidenschaftlichkeit zu erklären, welche in den letzten Wochen epidemisch gewirkt zu haben scheint und in diesem Schriftstücke ihren Höhepunkt erreicht haben möchte. Auch ohne eine detaillirte Widerlegung meinerseits wird das durch die Veröffentlichung zum Richter aufgerufene Publikum einen Urtheilsspruch fällen, den nicht ich zu fuechten habe, dessen Folgen aber leider über den Augenblick und über das erstrebte Ziel hinausreichen möchten. Wer in solcher Weise die Nemesis herausfordert, der wird, nach den Lehren der Geschichte, sich über ihr strenges Gericht dereinst wahrlich nicht zu freuen haben. — Die Drohung mit einer eventuellen Denunciation wegen Hochverraths aber ist um so hinfälliger, als jene Abstimmung von Seiten der Volksvertreter hier öffentlich erfolgt ist, mithin längst zur Kenntniß des bestellten Wächters der strafenden Gerechtigkeit gedrungen sein und so, auch ohne eine solche Denunciation, zur Ahndung durch den competenten Richter von ihm dann gebracht werden muß, wenn nach seiner subjektiven Auffassung das Verbrechen des Hochverraths oder ein anderes Verbrechen darin zu finden ist. — Mir gebietet Ehre und Pflicht, meinen gesetzlich verburgten Rechten nichts zu vergeben, und nur wenn Ew. Excellenz mir eine meinem jetzigen Range und Einkommen entsprechende anderweitige Stellung als Richter ermöglichen konnten, wurde ich um deshalb darauf einzugehen geneigt sein, weil dem Prinzipe dadurch nichts vergeben wird und ich doch wünschen muß, aus der Gemeinschaft mit Männern gebracht zu sein, welche sich in fast unerhörter Weise gegen mich vergangen haben. Von Ew. Excellenz Gerechtigkeit aber hoffe ich, daß dieser mein pflichtschuldiger Bericht durch dasselbe Organ veröffentlicht werden wird, welches jene Immediat-Eingabe, bereits wenige Stunden nach deren Mittheilung an mich, auch zur Kenntniß des großeren Publikums gebracht hat. Ehrerbietigst Ew. Excellenz gehorsamster

Gierke,
O.-L.-Ger.-Präsident.

An
den K. Staats- und Justiz-Minister Herrn Rintrlen Excellenz.
Berlin, den 20. Dez. 1848.

* **Köln,** Herr J. Venedey hat an seinen Freund, dem Herausgeber der Kölnischen Zeitung, folgendes Schreiben zur Veröffentlichung zugesandt:

Frankfurt, 22. Dez. 184-.

Lieber Freund! In dem Leit-Artikel (△) der außerordentlichen Beilage zu Nr. 337 Deiner Zeitung heißt es:

„Wir stehen auf der Seite des Gagern'schen Programms. — — — Wir wissen, wir sind damit für eine Theilung Deutschlands, wie das Vaterland (!) sie erst einmal (!!), nach einem dreißigjährigen Kriege, erlebte."

Ich erkläre hiermit, daß ich nie mehr eine Zeile in Deine Zeitung liefern werde, so lange der Unglückliche, der diese zwei Zeilen schreiben konnte, in Deinem Blatte mitarbeiten darf, und so lange der Redakteur, der diese furchtbare politische Blasphemie unter seine Verantwortung nahm, Dein Blatt redigiert.

„Wir sind für eine Theilung Deutschlands — wie sie das Vaterland — — — erst einmal — — erlebte!" Ich werde nachstens Herrn Ruge Adhilfe thun müssen für meine Anklagen gegen ihn wegen einer seiner hohnenden Redensarten gegen Deutschland. Doch nein, ich bin sicher, er hat die Deutschen verleumdet, als er sagte, sie seien, „niederträchtig"; denn ich fühle es, in allen Pulsen eines deutschen Herzens, ich weiß es, mit jedem Gedanken eines deutschen Bewußtseins, das deutsche Volk, und vor Allem die Deutschen in Preußen, werden denen, die die Kaiserkrone mit einer Theilung Deutschlands erkaufen machten, antworten:

„Nein, und ewig nein! Wir sind gegen eine Theilung Deutschlands. Wir wollen: „„Kein Preußen, kein Oesterreich, sondern ein einiges Deutschland!"" Und wir wollen kämpfen für die Einheit und kämpfend untergehen, wenn's sein muß. Denn fallen ist keine Schande, wohl aber sich freiwillig in Schnödes ergeben."

Ich verlange den Abdruck dieses Briefes in Deiner Zeitung im Namen unserer alten Freundschaft; — aber auch im Namen des Lobes, das mir Dein Blatt spendete, so oft ich in Frankreich den Franzosen gegenüber behauptete, die Deutschen seien ein ehrenhaftes Volk, eine tapfere Nation, und wurden dem, der daran zweifle, das blanke Eisen zeigen.

Die herzlichsten Grüße von Deinem J. Venedey.

Der Unglückliche antwortet hierauf folgendermaßen:

Geehrter Herr!

Alles wiederholt sich im Leben, und so kann ich alles, was ich Ihnen zu entgegnen habe, schon aus einem offenen Schreiben von Julian Schmidt an Frobel (in den „Grenzboten") entnehmen. Dort heißt es — und auch für Sie sehr treffend: „Sie sind kein Schwärmer, Sie sehen die Windmühlen nicht für Riesen an, aber Sie sind ein Träumer, Sie führen ein innerliches Leben und bemerken die Wirklichkeit nicht, wenn man Sie nicht gewaltsam darauf stößt. Sie sinnen so fur Sich hin und spinnen den Faden Ihrer Gedanken weiter und sind verstört, wenn man Sie darin unterbricht. Sie haben keine Dialektik, man kann mit Ihnen nicht disputiren, denn Ihre Gedanken sind nur lyrische Ergüsse, geistreiche Einfälle, aber ohne Boden und Gerüst. Wenn man Ihnen widerspricht, muß man Ihre Sprache reden, muß sich wenigstens den Anschein geben, in Ihre Bewegungen einzugehen. Man hört Ihnen gern zu, denn Sie sprechen schön und mit Geist, aber es kommt kein Resultat heraus. Sie werden durch Ihre Reden dem Volke imponiren, aber in einer politischen Versammlung werden Sie keinen Einfluß gewinnen, denn Sie sprechen nur in Sich hinein. Sie haben außerdem keine Kenntniß von Geschichte, nun Politik, von den deutschen Verhältnissen, Sie haben auch keinen Sinn dafür."

Das alles haben Sie nun auch in der österreichischen Frage in vollem Maße gezeigt; Sie treiben die Poesie und ich die Prosa der Politik, und das stimmt freilich nicht zusammen. Sie glauben Oesterreich durch ein Reichsheer gegen eine Welt erobern zu müssen, und ich glaube es durch einen innigen Bund an uns friedlich leiten zu können. Ich möchte das faktisch getheilte Deutschland auch dem Namen nach getheilt sehen, damit es wieder geeinigt werden könne; Sie wollen es vereinigen, um es zu zerreißen. Ihre Reden über Oesterreich zeigen nur wieder, was ohnehin schon aus Ihrer ganzen bisherigen Wirksamkeit in der Paulskirche hervorging, daß es Ihnen nun eben nicht an Phantasie, aber dafür an allem und jedem Organisations-Talent gebricht. Sie kennen keinen Patriotismus, als den nach Ihrem eigenen romantischen Zuschnitt. Man sollte Männer Ihrer Art — nur um ihrer Selbstkenntniß willen — auf 48 Stunden zu Ministern machen, wenn dieses Experiment nur nicht — so verzweifelt gefährlich wäre.

× **Weimar,** im Dez. Von der Thüring'schen Einheit sind wir gerade noch so weit entfernt, als Sie in Frankfurt von der deutschen. Wir wollen ein Einiges Thüringen, um aus unsern vermückeleten Zuständen heraus zu kommen, das versteht sich; aber jeder einzelne Staat, sei es Weimar oder Rudolstadt, Coburg oder Altenburg will auch seine volle Selbstständigkeit behaupten! Der Unsinn ist zum Verzweifeln, und doch findet es sich im Kleinen wie im Großen. Die Menge der politischen Verhafteten (darunter mehrere Literaten und Studenten) hat dazu gedient, daß wir schneller, als es sonst geschehen sein möchte, die Einrichtung der Geschworenen ins Leben treten sahen. Auf tausend Seelen ist ein Geschworener durch das Loos erwählt; in unserm Großherzogthume mit 245,000 Seelen also 245. Die Wahlbewegung hat begonnen. Die Bauern, deren Zahl überwiegt, wollen nur ihresgleichen wählen. Mit der Universität des Thüring'schen Gesammtstaates können wir augenblicklich keinen Staat machen. Jena zählt nur 375 Studenten. Es fehlt an Geld, und Altenburg und Meiningen suchen sich von ihren Beiträgen zur Landes-Universität wo möglich ganz zu befreien. Es ist mit unserm Jena das alte Lied: Viele Köche verderben den Brei!

Sigmaringen, 21. Dez. So eben ist folgendes Schreiben an das hiesige Stadtbürgermeisteramt eingelaufen: Frankfurt a. M., den 16. Dez. Das Reichsministerium des Kriegs an das Stadtbürgermeisteramt zu Sigmaringen. Das Reichsministerium des Kriegs eröffnet dem Stadtbürgermeisteramt Sigmaringen und den Vorstehern der übrigen mit Einquartirung bisher belegten Gemeinden des Fürstenthums Hohenzollern-Sigmaringen, auf ihr am 10. d. M. eingegangenes Gesuch, daß die militärische Besetzung des Fürstenthums bereits bis auf 2 Kompagnien, mithin soweit ermäßigt worden ist, als es die zur Wiederherstellung und Befestigung eines gesetzlichen Zustandes nöthig erscheinenden Rücksichten irgend zuließen. Eine weitere Ermäßigung der Einquartirungslast würde einer völligen Aufgabe der Besetzung gleich zu erachten sein und muß dabei von dem ferneren Verhalten des Landes abhängig gemacht werden, wie denn überhaupt die von der Centralgewalt verfügten militärischen Maßregeln ihren Grund nur in dem gesetzlosen Zustand des Fürstenthums hatten. Der Reichsminister des Kriegs, Peucker. — Wir erfahren aus sicherer Quelle, unser Reichstagsabgeordneter Würth habe nach Frankfurt berichtet, daß „das Volk im Fürstenthum Sigmaringen" aufhören wolle, einen eigenen Staat zu bilden, und in Rücksicht auf das dermalige liberale Ministerium mit Würtemberg vereinigt zu werden wünsche. Das Sigmaringer Verordnungsblatt, welches dieses mittheilt, fügt seinerseits bei: daß in allen Kreisen, wo es zur Wahrnehmung der Gesinnungen der Sigmaringer Gelegenheit gehabt habe, nicht ein Mann der Sache des Anschlusses an Würtemberg das Wort gesprochen habe und in einzelnen Gegenden des Landespetitionen im gegentheiligen Sinne verbreitet werden.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Covent-garden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an H. A. Alexandre in Strasburg Nr. 28 Krämergasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt in der Expedition, Buchgasse, jährlich fl. 12. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn u. Taxis'sche Ober-Post-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 346. Frankfurt a. M., Sonntag 31. Dezember. 1848.

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr Sechs Gulden (Drei Thaler 13 Silbergroschen) wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause.

Für Frankfurt kann man sich auch auf ein Vierteljahr mit Drei Gulden abonniren.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Die innere Lage Englands.

Deutschland. Frankfurt (Die Einquartirungslast. Der österreichische Ausschuß. Versammlung der Linken. Hr. v. Schrenk und Prof. Edel.) Aus Oesterreich (Die Reform der Bureaukratie. Die Politik gegen Deutschland. Confiscationen. Nachrichten aus und über Ungarn.) Berlin (Die Wahlen. Plane der Linken. Die Preußischen Rüstungen.) Von der Ostsee (Der deutsche Handel und der dänische Krieg.) Dortmund (Eröffnung der bergisch-märkischen Eisenbahn.) Stuttgart (Erklärung von D. Strauß.) Braunschweig (Vertagung des Landtags.) Aus Schleswig-Holstein (Stimmung und Lage der Herzogthümer.) Aus dem nördlichen Alsen (Kriegsrüstungen der Dänen.)

Frankreich. Paris (Ueber die Debatte vom 26. Das Programm. Die finanziellen Vorschläge. Der Vicepräsident. Besuch bei Marrast. Cavaignac. Lamartine. Die Commissionen der Nat.-Vers. Tagesbefehl des Gen. Magnan. Depesche an Changarnier. Bank. Charakteristik des Ministeriums.)

Spanien. Madrid (Wahl des Präsidenten des Congresses. Die Progressisten. Freilassung mehrerer Einwohner Malaga's.)

Oesterreich. Monarchie. Siebenbürgen (Die Rassen an der Grenze.)

Niederland. Haag (Die zweite Kammer.)

Ungarn. (Die Vertheidigungsanstalten.)

Donaufürstenthümer. (Die russische Herrschaft und die österreichische Politik.)

Handelsnachrichten.

Neuestes.

31. Dezember.

Unter den gegenwärtigen Stürmen, welche Centraleuropa stoßweise erschüttern und vielleicht nur für Augenblicke in ihre Höhle zurückgedrängt werden, um später mit um so größerer Macht wieder loszubrechen, gewährt Großbritannien ein eigenthümliches Schauspiel. Je unordentlicher es im Allgemeinen auf dem Kontinent hergeht, desto größere häusliche Ordnung herrscht in England; je ungesetzlicher dort von unten und zum Theil auch von oben her verfahren wird, um so fester stützt man sich hier auf die unerschütterlichen Grundpfeiler des Gesetzes; je mehr man dort an die rohen Leidenschaften appellirt, um so nüchterner, besonnener, ruhiger denken die Köpfe und schaffen die Hände in England. Mitunter, wenn man gewisse leitende Artikel der Times und der torystischen Zeitungen liest, möchte man allerdings fast glauben, aus dem Lande der Freiheit in das des russischen Despotismus versetzt zu sein und etwa einen Artikel aus der „Nordischen Biene" oder sonst einem moskawitischen Journal zu lesen, wenn nicht gleich nebenan in inneren Angelegenheiten das Schwert der rücksichtslosesten Kritik und die Geißel der scheueindsten Satyre geschwungen würde. Woher in so stürmisch bewegten Zeiten die unerschütterliche Ruhe des Inselreichs? Man wird diese Ruhe schwerlich mit der starren, durch den furchtbarsten Geistesdruck aufrechterhaltenen Ruhe des unbeweglich hingestreckten und gerade dadurch wie ein Riesengespenst schreckhaften Czarenreichs vergleichen wollen, noch mit der Ruhe Skandinaviens, die, wenigstens in Dänemark, vielleicht nur die Folge der deutschen Angriffe ist, noch mit der nur von geringen Zuckungen unterbrochenen Ruhe der pyrenäischen Halbinsel, die aus Erschöpfung und Abmüdung entspringe, noch mit der Ruhe des osmanischen Reiches, das vom Halbschlummer des nahen Todes befangen ist. Nein, die Ruhe Englands ist eine thätige, rührige Ruhe, ein stetes Schaffen, ein unablässiges Arbeiten; alle Schrauben und Räder an der Maschine des Staats greifen mit demselben Takt, aber auch mit derselben Energie und Schnelligkeit ineinander wie früher, und zugleich liegt das Räderwerk offen vor Jedermanns Augen, so weit es die uneingeschränkteste Presse, das Recht öffentlicher Versammlungen und öffentlicher Rede und das öffentliche Gerichtsverfahren nur immer gestatten. Die Regierung selbst will, daß sich die Kräfte frei entwickeln und rühren, und wenn sie es nicht wollte, so würde sie, ohne daß es zu einem Aufstande mit bewaffneter Hand käme, dem Druck der öffentlichen Meinung weichen müssen.

Auf die Frage: woher diese Ruhe? ist man in der Regel leicht fertig; man erkläet sie aus der Vortrefflichkeit der englischen Verfassung, welche die Befugnisse für die verschiedenen Gewalten so schön abgewogen und die Grenzen genau bestimmt hat, jenseits

welcher diese Befugnisse zu unbefugten Uebergriffen werden. Man vergißt aber, daß es mit einer Verfassung allein nicht getban ist, daß auch ein Volk dazu gehört, welches die Bestimmungen dieser Verfassung achtet und heilig hält, daß die besten Säfte der Nation in sie übergegangen sein müssen und daß die Nation fühlen muß, diese Verfassung sei Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein. Man kopirr die englische Verfassung auf's genauestr und verleihe sie in dieser Gestalt einem leichtblütigen Volke, bei dem, wenigstens in der Politik, die Phantasie überwiegt, welches zu ehrgeizigen Parteikämpfen, zur Korruption und zu Neuerungen und Sprüngen von Extrem zu Extrem geneigt ist, den äußeren Glanz liebt und gaukelhaftrn ungeheuerlichen Verstellungen mehr Macht über sich einräumt als den nächsten und dringendsten Forderungen der rauhen Wirklichkeit; oder man beglücke mit dieser Kopie ein durch lange Polizeiherrschaft erdrücktes, an Selbstverwaltung und Selbstbeherrschung nicht gewöhntes, dabei in den untern Schichten zank- und raufsüchtiges, in den höheren theils durch sklavischr Nachahmung fremder Muster allem eigentlichen nationalen Leben entfremdetes, theils durch birß theoretische Anschauungen in nebelhaften Regionen festgehaltenes und im Ganzen von Eigensinn und Eifersüchteleien besessenes Volk, und man wird erleben, daß die in der englischen Verfassung so schön bezeichneten Grenzen der Gewalten den ehrgeizigen Einzelnen, oder den Parteien oder ganzen landsmannschaftlichen Verbrüderungen kein Hinderniß sein würden, sie zu überschreiten und zu überspringen. England hat zwar freilich auch die Schule der Noth in seinen früheren inneren Bürgerkriegen zur Genüge kennen gelernt, diese bittern Erfahrungen sich aber besser zu Nutze gemacht als das landsmannschaftlich auseinander gerissene und religiös zerklüftete, haderstchtige Deutschland seine traurigen hundertjährigen Erfahrungen innerer Zerrissenheit, die so sehr zu unserer zweiten Natur geworden zu sein scheint, daß jeder Versuch, das Bündel Stäbe mit einem Tau zusammenzubinden, nur droht, zu einem gänzlichen Auseinanderfall zu führen. In England gelten Arbeit und Ordnung, dieser Stützen der Macht und Wohlfahrt Großbritanniens, als heilig; und gerade in stürmischen Zeiten wie die jetzigen erkennt es das englische Volk, mit wenigen kaum nennenswerthen Ausnahmen, als seine Pflicht, das Seinige dazu beizutragen, daß die Ordnung erhalten und so jede Störung der Arbeit und des Geschäftsgangs möglichst vermieden werde. Wir erblicken aber in England auch einen Adel, der von dem Eigendünkel des sogenannten Junkerthums gar nichts hat, einen Adel, der, wenn schon stolz, doch nicht eigentlich hochfahrend, wenn schon zum Theil üppig, doch nicht frivol, dabei aber im Ganzen human, hochgebildet, gesittet, politisch erleuchtet und mit der Idee von der Größe, dem Ruhm und der Wohlfahrt des Vaterlandes aufgewachsen und innig verwachsen ist; ein Bürgerthum, welches sich bewußt ist, durch Thätigkeit, Ausdauer, Reichthum, Weltverkehr, politische Aufklärung und sittlichen Halt eine Stellung erlangt zu haben, in der es für das Reich eine unentbehrliche und nothwendige Stütze geworden ist; endlich ein Volk, welches dem Gesetze und seinen Handhabern und Vollstreckern jene Achtung schenkt, die nothwendig ist, wenn der Mißbrauch der Freiheit die höhern Klassen und die Regierenden nicht zu dem Versuche reizen soll, diese Freiheit zu beschränken oder zu unterdrücken. Wir erblicken ferner eine Krone, die sich enthält, durch Intriguen oder offene Willkür eine Macht oder einen Einfluß zu erschleichen oder zu erringen, die ihr kraft der Verfassung nicht eingeräumt sind; Minister, welche nicht hinter dem Rücken des Volkes das Landesinteresse und die Volksfreiheiten an den Souverän und die Kamarilla verrathen, noch um die Gunst der Mächtigen des Auslands buhlen; ein Oberhaus, welches möglichst mit dem Unterhause Hand in Hand geht und keine große Landesangelegenheit zur Angelegenheit einer Partei macht; endlich ein Unterhaus, welches im Sinne der Majorität des Volkes stets auf dem Wege der Reform, zwar mäßig aber doch sicher fortschreitet und namentlich Alles vermeidet, was als ein versuchter Eingriff in die Befugnisse der Exekutive erscheinen könnte. Ueber vieles Unbequeme hilft den Briten auch wohl sein gesunder Humor hinweg. So sehen wir denn in England den überwiegend größeren Theil des Volkes wie Einen Mann für die Sache der Ordnung stehen, und so ist es denn der Regierung möglich geworden, seit dem Frühjahr in England selbst die Versuche einiger Demagogen auf dem Wege des gefürchteten und hoch geachteten Gesetzes unschädlich zu machen, in Irland einen organisirten Aufstand mit kaum nennenswerthem Blutvergießen zu erdrücken, die Aufstände im Kaplande, in Ceylon, in Keybalonien mit rascher Hand niederzuschlagen, die Empörung in Ostindien fast auf ihren ursprünglichen Herd, die Festung Multan einzuschränken, dabei von den Unruhen auf dem Kontinent ihren Vortheil zu ziehen, im „Concert der europäischen Mächte" das Hauptinstrument zu spielen, die Bewegungen des Festlandes zu Englands Gunsten zu leiten und, wie wir leider zugeben müssen, den Einheitsbestrebungen auch unseres Vaterlandes, so weit sie durch Rathgeben, Einflüsterungen, Warnungen und Versprechungen dies vermag, Hindernisse zu bereiten.

Man wird uns auf die traurigen Zustände in gewissen Grafschaften Süd-Irlands und auf die Wühlereien der Chartisten in England selbst verweisen. Die Nothzustände in dem heimgesuchten Theile Irlands erheischen unser tiefstes Mitleid, aber sie sind zu partiell, um irgendwie die Größe und die Wohlfahrt des Großbritannischen Reiches im Ganzen gefährden und seinen Organismus erheblich verletzen zu können. Die Chartisten aber sind, seitdem O'Connor die lächerliche Riesenpetition in's Parlament eindrachte, seitdem der noch lächerlichere chartistische Nationalkonvent in London auseinanderlief, aus ähnlichen Gründen wie der demokratische Kongreß in Berlin, und nachdem die beabsichtigte Riesendemanstration der Chartisten am 10. April ein kaum minder lächerliches Ende nahm, für den Augenblick als unschädlich zu betrachten. Im Gegentheil hindern sie sehr wesentlich den Fortgang der Hume-Cobden'schen Reformbestrebungen für das Haushalt-Suffragium, für dreijährige Parlamente, für Wahlen durch Ballot u. s. w., da man von vielen Seiten geneigt ist zu glauben, daß man dadurch den Reformbestrebungen der Chartisten für allgemeine Wahlfreiheit und einjährige Parlamente den Weg bahnen würde. Es ist zwar kaum zu bezweifeln, daß diese Reformen mit der Zeit durchdringen und eine allmälige Demokratisirung der englischen Verfassung möglich machen werden; aber das Unterhaus wird die Sache in die Hand nehmen, nicht das „souveräne" Volk in seine zum Dreinschlagen bereite Faust. Man darf auch, da der Hunger in der Völkergeschichte eine größere Rolle spielt als man glaubt, in ferner Zeit eine sociale Revolution in England nicht für unmöglich halten, aber sie würde höchstens vereinzelte Aufstände in ihrem Gefolge haben, sie würde sich, wenn sie überhaupt stattfände und Erfolg hätte, zumeist auf legislativem Wege entscheiden, sie würde eine Umwälzung im englisch nationalen Sinne sein und die Politik und den Zusammenhalt Großbritanniens schwerlich in wesentlichen Dingen umgestalten, während wir in Deutschland, neben der drohenden socialen, auch noch eine politische Umwälzung haben, von der wir noch nicht genau sagen können, ob sie uns zu größerer Einheit oder Uneinigkeit führen, aber Stücke unseres Landes losreißen und dem Auslande als Beute hinwerfen oder der im Geheimen auf Gelegenheit zum Losbruch lauernden socialen Revolution die Wege ebnen wird.

Deutschland.

.. **Frankfurt**, 30. Dez. Die in dem heutigen Amtsblatte vom Quartieramte an die Einwohner Frankfurts ergangene Aufforderung, behufs der Liquidation der Einquartirungskosten, die Deklaration einzureichen, wird auch auf dem nahen Lande einen guten Eindruck erzeugen, weil die Landleute dadurch von ihrem Wahne geheilt werden, es würden die Einquartirungskosten nicht vergütet. — In unserer Stadt wird gewiß nur ein kleiner Theil der Quartierträger in der Lage sein, die Vergütung der Einquartirungslast nicht verschmerzen zu können. Es ist deshalb mehrfach der Wunsch ausgesprochen worden, es möge die gesammte gewiß nicht unbeträchtliche Summe, welche den betreffenden Einwohnern Frankfurts als Vergütung der Einquartirungslast zu Theil wird, für einen noch zu bestimmenden patriotischen Zweck verwendet werden.

... **Frankfurt**, 30. Dez. Der neue österreichische Ausschuß hat gestern keine Sitzung gehalten. Da erst eine verhältnißmäßig geringe Zahl der Mitglieder des Ausschusses hier wieder eingetroffen war, wurde die Sitzung auf heute Abend vertagt, ohne die Ge-

Digitized by Google

wißheit zu haben, ob sie auch stattfinden könne. Wenn aber auch der Ausschuß die Prüfung des Programms des Reichsministeriums und der Aktenstücke, welche dem Programme zu Grunde liegen — denn gegen den Antrag der Minorität, welche sich nur pure an das Programm halten wollte, wurde die Inbetrachtnahme der Aktenstücke beschlossen — foetsetzt, so wird es doch vor der Rückkehr des Abgeordneten v. Schmerling von Ollmütz nicht zur Formulirung eines Antrags schreiten. So viel läßt sich indessen jetzt schon mit Bestimmtheit behaupten, daß, welche Eröffnungen Hr. v. Schmerling auch zu machen im Stande sein mag (wenn er anders hieher zurückkehrt) der Ausschuß den Gagern'schen Antrag nicht gutheißen werde.

Die Fraktionen der Linken beschäftigten sich in ihrer vorgestrigen gemeinschaftlichen Versammlung auch mit der österreichischen Frage und gelangten eventuell zu einem Antrage.

Der baierische Abgeordnete Freiherr v. Schrenk wird heute aus München hier zurückerwartet. Die öffentlichen Organe aller Farben sprechen sich mit Anerkennung darüber aus, daß Frhr. v. Schrenk die öffentliche Meinung beachtete und auf das Ministerportefeuille verzichtete. Ein Faktum ist es, daß v. Schrenk vom König nach München berufen wurde. Auch der baierische Abgeordnete, Prof. Edel, wird nicht in's Ministerium treten. Beachtenswerth ist es aber, daß auch dieser Vorkämpfer der ultramontanen Richtung, dabei aber ein sehr ehrenwerther Charakter, erst seit der Rückkehr des Hrn. v. Abel in der Ministerkombination genannt wird. Der Wiederbeginn des — wenn auch nur indirekten — Einflusses v. Abels auf die Geschicke Baierns ist eben unverkennbar.

Aus Oesterreich, 26. Dez. Das Ministerium beschäftigt sich jetzt hauptsächlich mit der Reform der Bureaukratie. Die Collegialverfassung hat bereits bei allen politischen Behörden aufgehört; die Beamten dürfen sich an keinem politischen Vereine betheiligen und müssen sich in Allem unbedingt den Ueberzeugungen des Ministeriums anschließen. So z. B. ist der Abgeordnete Umlauft, welcher zu Kremsier auf der äußersten Linken sitzt, und im Polizeidepartement des Ministeriums der inneren Angelegenheiten angestellt war, plötzlich seines Postens enthoben worden. In Betreff der Frankfurter Angelegenheit, wird uns versichert, sei die Politik des Ministeriums eine zuschauende; man zählt auf die alte deutsche Uneinigkeit, die eine preußische Hegemonie nicht leicht werde aufkommen lassen, doch müsse man trachten, die Bewerkstelligung derselben auf unsichtbaren Wegen zu hindern. Zeit gewonnen, Alles gewonnen. (Leipz. Z.)

Aus Oesterreich, 26. Dez. Allgemeinen Tadel erntet die strenge Maßregel des Fürsten von Windischgrätz, der allenthalben, wo er in Ungarn vordringt, das Vermögen der politisch Compromittirten mit Beschlag belegen läßt. Es ist diese Maßregel freilich nur eine Repressalie gegen mehrere von Kossuth angeordneten Sequestrationen dieser Art. Die Mittelklasse der ungrischen Aristokratie, bei der jetzigen Revolution stark betheiligt, lebt blos vom Ertrage liegender Güter; wird daher mit diesem Sequestrationssystem fortgefahren, so ist der materielle Ruin eines großen Theiles derselben entschieden. Mehrere magyarische Blätter von älterem Datum sind uns vorgekommen; diesen entnehmen wir folgende Notizen: Die Ursache, weshalb die Ungarn so spät, jedenfalls zu spät, den Wienern zu Hülfe eilten, war die Unentschlossenheit der Offiziere und die Weigerung des Generals Moga, vorzurücken; allein Kossuth bestand auf den Angriff, und an Moga's Stelle, der sofort abgesetzt wurde, trat Görgey, noch jetzt Generalissimus der ungarischen Hauptarmee. Der aus der polnischen Revolution wohlbekannte General Dwernicki befindet sich jetzt zu Pesth. Es ist thatsächlich und verbürgt, daß zwischen dem Fürsten Windischgrätz und dem Ban Jellacic nicht das beste Einverständniß herrscht. Letzterer will sich in seiner unbezeordneten Stellung nicht gefallen, und überdies sollen Beide divergirende Ansichten über die künftige Organisation Ungarns hegen. (Leipz. Z.)

; Berlin, 28. Dez. Nicht ohne Besorgniß sieht man dem Ausfalle der Wahlen entgegen. Hier in Berlin hat man in den letzten Wochen die Süßigkeit der Ruhe geschmeckt, und die Linke, von welcher man, wenn sie zur Herrschaft käme, eine Störung dieser Ruhe besorgt, kann sich hier wenig regen; auch wacht die Polizei zu scharf. Die Kundgebungen zu Ehren Waldeck's, überhaupt die letzten Schritte der Gerichtsbehörden, haben der Linken wieder einige neue Sympathien zugeführt. In den Provinzen ist der Ausfall der Wahlen in manchen Kreisen zweifelhaft. Die Mitglieder der alten Linken sind unermüdlich, und wenn ihre und ihrer Parteigenossen Wiederwahl ihnen gelänge, so könnten sie den Staat leicht in Verwirrungen stürzen, schlimmer, als die ersten waren. Ihre Absicht ist nämlich, die Geltung der Verfassung vom 5. Dez. sofort wieder in Frage zu stellen. Die Verfassung ist durch das Land aber auf eine unzweideutige Weise, durch unzählige zustimmende Aeußerungen, ja durch die neuen Wahlen selbst anerkannt. Sollte, was Gott verhüte, die neue Versammlung, statt den Mängeln jener verliehenen Verfassung abzuhelfen, statt auf der Grundlage weiter zu bauen, den ganzen Bau sofort wieder über den Haufen werfen wollen, so müßte man das Schlimmste besorgen. „Der König, sagt ein Aufruf an die Wähler, würde gezwungen sein, eine andere Verfassung zu oktroyiren, die dann wohl nicht, wie die jetzige, die freieste in Europa sein werde." Man hätte die Aenderung des Wahlgesetzes zu erwarten. Selbst Diejenigen, welche das allgemeine Stimmrecht für ein zu gefährliches Wagniß ansehen, und eine Beschränkung desselben für nöthig halten, müssen doch den Wunsch hegen, daß eine so wichtige Veränderung der Staatsverfassung auf friedlichem und gesetzlichem Wege herbeigeführt werde. Wir vertrauen dem gesunden Sinne des preußischen Volkes, der sich in der letzten verhängnißvollen Zeit so glänzend bewährt hat, daß es nicht zu einem solchen Aeußersten kommen werde. Die äußeren Verwickelungen werden uns so viel zu schaffen machen, daß wir der inneren Kämpfe gern enthoben wären. General Wrangel hat mit seinen Offizieren auf Wiedersehn am Rhein getrunken. Allein man glaubt hier zunächst nicht an einen Krieg mit Frankreich. Louis Napoleon weiß es selbst, daß er kein Imperator ist. Wenn Charivari ihn neben seinem erlauchten Oheim darstellt, welcher sich ganz ausgekleidet hat, und im Hemde dastehend seinem Neffen die ganze kaiserliche Garderobe überreicht, so möchte dies sehr treffend andeuten, daß der Ehrgeiz des Napoleoniden vorerst schwerlich auf mehr hinausläuft, als die Ehren des Kaiserreiches an sich und sein Haus zu bringen. Aber wer will jetzt die Möglichkeiten berechnen? Preußen thut auf alle Fälle, auch des dänischen Krieges wegen, wohl daran, sich schlagfertig zu halten.

⋊ Von der Ostsee, 25. Dez. Wie stehen wir mit Dänemark? Diese Frage wird immer lauter, und die große Unsicherheit in der Beantwortung greift schon wieder tief in das geschäftliche Leben der Schifffahrt, des Handels, der landwirthschaftlichen Interessen. Der Schiffer kann keine Frachten annehmen, der Kaufmann keine deutschen Schiffe befrachten, kein Getreide zur Verschiffung kaufen, die Preise der landwirthschaftlichen Production müssen sinken. Dänemark negirt den Waffenstillstand von Malmoe und scheint auch die Friedensverhandlungen zu negiren, denn es rüstet ja, als ob der Wiederausbruch eines Krieges gewiß sei. Deutschland hat, im guten Bewußtsein seiner Kraft und seines edlichen Willens, einen für beide Theile gerechten Frieden abzuschließen, ruhig auf diesen hingewirkt, seine kriegslustige Partei ziemlich strenge unterdrückt, dem lauten Rufe des ganzen Volkes nach einer eigenen Marine nur bedächtiges Gehör geschenkt, ja mit dem wirklichen Angriff dieser Sache, wie es scheint, fast absichtlich so sehr gezögert, daß aus dem, was wirklich geschehen, kaum ein Bezug auf die jetzige Stellung gegen Dänemark möglich ist. Die Ankündigung von Stettin, daß bis zum 1. April 38 Kanonenboote seetig sein sollen, die Nachricht, daß in Wolgast der Bau einer Korvette beabsichtigt wird, haben für die Kundigen keinen solchen Klang, daß es in Kopenhagen gehört werden und Eindruck machen könnte, und wenn andererseits gesagt wird, die Dänen hätten (natürlich mit russischem Gelde) alles trockene Schiffbauholz in Preußen aufkaufen lassen, so werden auch hieraus die Dänen, ebenso wenig wie wir, auf eine große Kriegslust Preußens schließen können. Aber ernstlicher darf die Frage gestellt werden: warum ist die Friedensverhandlung nicht rascher gefördert worden? oder haben wir eine Verlängerung, resp. neue Feststellung des Waffenstillstandes, mit billiger Rücksicht auf die Verhältnisse Schleswig-Holsteins und die deutsche Schifffahrt bis Ende 1849, zur endigeren Friedensverhandlung bei geregelteren Verhältnissen Deutschlands zu gewärtigen? Unwillkürlich wird man durch diese Frage an die Unvollständigkeit der deutschen Reichsdiplomatie erinnert, an den Mangel einer organisirten Vertretung der volkswirthschaftlichen Interessen. Daß die hochwichtigen Interessen der deutschen Küstenländer in der jetzigen Staatsverhandlung keine energische Vertretung gefunden haben, ist unläug-

bar und sehr zu beklagen, denn der Nachtheil jetziger Ungewißheit ist von einem so großen Umfange, daß man einer raschen Steigerung der Unruhe darüber voraussehen kann. Sicherheit für Handel und Schifffahrt oder energischer, schnell entscheidender Krieg, das ist der laute Ruf der ganzen deutschen Ostseeküste, und die Deutschen an der Nordsee stimmen dem gewiß bei; was aber die Bewohner der Küsten zuerst und am schärfsten empfinden, das haben diejenigen des Binnenlandes auf längere Dauer mit zu leiden.

△ **Dortmund**, 28. Dez. Heute ist das deutsche Eisenbahnnetz um einen wichtigen Faden reicher geworden, denn eben, 12 Uhr Mittags, ist der feierliche Eröffnungszug der bergisch-märkischen Eisenbahn unter dem Donner der Geschütze und den Jubelgrüßen der aufgestellten Musikkorps von Elberfeld aus auf dem festlich dekorirten Bahnhofe hier angelangt. Deputationen der königl. Regierungen von Düsseldorf und Arnsberg und mehrere hohe Militärpersonen begleiteten den aus mehr als 400 Aktionären bestehenden Zug. Derselbe war von Elberfeld gegen 9 Uhr abgefahren und hatte sonach die 7 Meilen weite Strecke, trotz des an vielen interessanten Punkten der Bahn behufs Besichtigung derselben veranlaßten Aufenthalts, in 3 Stunden zurückgelegt. Die regelmäßige Fahrzeit für Personenzüge wird künftig 1¾ Stunden betragen. Wir müssen bekennen, die Fahrt hat auf uns den Eindruck gemacht, daß wir die bergisch-märkische Eisenbahn eine der interessantesten und für den Reisenden angenehmsten nennen dürfen, die wir in Deutschland kennen. Die Kohlenbergwerke der Mark, die besten und ergiebigsten, werden unmittelbar von der Bahn berührt, und Produkte der Natur und der Industrie werden ihr reichliche Frucht liefern. Die Steine aus den Ruhrbrüchen, die seither im Wupperthale den ergiebigsten Markt fanden, das Getraide, das Holz, das Salz des Hellweges, werden fortwährend ihre Waggons in Thätigkeit erhalten. Dazu kommt, daß der Reisende, der von Köln aus den deutschen Norden bereisen will, gewiß von Düsseldorf aus über Elberfeld nach hier reisen wird, um die weit längere und langweilige Linie der Köln-Mindener Eisenbahn von Düsseldorf bis hierher zu vermeiden. Die Kosten der neuen Bahn sind übrigens ungeheuer, da der Durchbruch furchtbarer Felsgebirge und die Bauten ungeheurer Viadukte und Brücken sehr große Kapitalien verschlungen haben, und noch dazu bei diesen Bauten Fehler vorgekommen sind, deren Ausmerzung die Kosten auf's Doppelte gesteigert hat. Für den Personenverkehr wird die Bahn erst in einem Monat eröffnet.

Stuttgart, 27. Dez. Der Schw. M. enthält folgende Ansprache von Dr. Strauß an seine Ludwigsburger Wähler: „Wozu ich mich vor vier Wochen für den Fall erboten hatte, daß die Mehrheit von Ihnen sich der Mißfallens-Aeußerung anschließen würde, welche von einer Minderheit gegen den Standpunkt meines ständischen Wirkens gerichtet worden war, das habe ich nun freiwillig gethan: ich bin aus der Kammer der Abgeordneten ausgetreten. Nach jenen Vorgängen werden Sie von selbst nicht geglaubt haben, daß meine Austrittserklärung nur in schneller Hitze über den Ordnungsruf des Präsidenten in der letzten Sitzung gegeben worden sei: im Gegentheil, hätte nicht, wie meine Freunde wissen, mein Entschluß zum Rücktritt schon vorher bei mir festgestanden, so würde ich es in jener Sitzung nicht bis zum Bruche haben kommen lassen. Eben so wenig dürfen Sie jedoch glauben, nachwirkender Verdruß über jene Mißfallensadresse aus Ihrer Mitte habe mir mein ständisches Wirken entleidet. Entleidet war es mir allerdings; aber nicht, weil es vielseitig mißfiel, sondern weil ich täglich mehr einsah, in dieser Kammer kein Feld für ersprießliche Wirksamkeit zu finden. Als ich im Frühjahr Ihre Wahl annahm, welche mich durch die Feierlichkeit, die Ihr Wohlwollen für mich derselben gab, jetzt in der Erinnerung doppelt beschämt, da hatte, wie Sie von meiner Fähigkeit, so ich von dem Kreise meiner künftigen Wirksamkeit, sanguinische Hoffnungen, welche sich, wie gewöhnlich, nicht erfüllen sollten. Ich freute mich, in eine Kammer einzutreten, welche, wie ich mir vorstellte, auf der Grundlage dessen, was der deutschen Nation von Seiten der Nationalversammlung gegeben werden würde, und im Anschluß an ein aus dem Vertrauen des Volks hervorgegangenes Ministerium unsere Verhältnisse neu gestalten, die Früchte der französisch-deutschen Revolution im friedlichen Wege der Reform auch unserem engeren Vaterlande zuführen würde. Allein wie in ganz Deutschland, so gibt es auch in Württemberg und zeigten sich bald auch in der Kammer nicht Wenige, welchen die Revolution des März nur als ein halber Schritt erscheint, welche jedes Versuchs friedlicher Umbildung als eines eitlen Flickwerks spotten, und einen zweiten gründlichen Umsturz als das einzige Heilmittel in Aussicht stellen, demnach auch unser jetziges Ministerium zwar gern aufkommen sahen, weil es doch wenigstens A sagte, es aber noch lieber wieder fort hätten, weil es in ihrem Sinne nicht auch B sagen will. Daher wurden die Arbeiten der Kammer von Anfang an bei jeder Gelegenheit durch Interpellationen unterbrochen; das Ministerium sollte sich wegen jedes ungeduldigen Briefs, der von einem politischen Gefangenen einlief, wegen jedes Wirthshausgeredes über Truppensendungen und Einberufungen verantworten: in der Regel gelang dies zwar so gut, daß am Ende die Interpellanten selbst sich genöthigt sahen, dem Ministerium ihr Kompliment zu machen; doch das schreckte sie nicht ab, bei nächster Gelegenheit wieder zu kommen. Auch mit der Nationalversammlung in Frankfurt war man von dieser Seite immer weniger zufrieden, je mehr in ihr die gemäßigte Partei die Oberhand bekam. Daher wurde in unserm Ständesaal auch die große Politik zur Hand genommen: die Verhältnisse an der Spree und Donau zu bestimmen, wozu man am Maine sich zu schwach sah, wurden am Nesenbach wiederholte Versuche gemacht. Nach der unbedingten Unterwerfungserklärung in der Antwortsadresse erst Bitten, dann Monitorien, zuletzt eine Verwahrung, die ein wahres Mißtrauensvotum war, und der nur noch die Form zur wirklichen Lossagung von den Beschlüssen der Nat.-Vers. fehlte. Dazwischen hinein wurden die Gesetzesvorlagen, welche größtentheils schon im Entwurfe der Regierung das Aeußerste bezeichneten, was gewährt werden konnte, ohne bestehende Rechte allzu empfindlich zu verletzen, oder der Staatskasse allzu große Ausfälle zu bereiten — diese Gesetzesentwürfe wurden theils schon von den einseitig zusammengesetzten Kommissionen in einem Sinne begutachtet, theils von der Kammermehrheit mit Zusätzen und Abänderungen angenommen, welche die bedenklichsten Folgen für das öffentliche und Privatwohl in Aussicht stellen. So war es nicht genug, durch das Zehntablösungsgesetz zu Gunsten einer einzelnen, allerdings der Erleichterung bedürftigen Klasse von Staatsbürgern, andern Einzelnen nicht nur, sondern auch frommen Stiftungen und der Staatskasse, mithin der Gesammtheit der Steuerpflichtigen, Millionen an Kapital zu entziehen: man mußte durch willkürliche Erniedrigung des Zinsfußes den Ausfall noch um Hunderttausende vermehren. Es war nicht genug, die Befreiung der Privat- und Staatsdomänen von den Gemeindeabgaben vom nächsten Etatsjahr an aufhören zu lassen: man mußte, um ja nicht im ordentlichen Wege der Gesetzgebung zu bleiben, dem Gesetz rückwirkende Kraft bis zum ersten Juli des nun bald abgelaufenen Jahres geben. Um solches und ähnliches Uebermaß zu verhindern, sah ich und meine Gesinnungsgenossen uns oft, obwohl meist vergeblich, genöthigt, uns an die Ritter- und Prälatenbank anzuschließen; man hat mir dies zum Vorwurf gemacht, unerachtet es auf der Hand liegt, daß ich mit den Vorrechten und Sonderinteressen dieser Stände keinerlei Sympathie haben kann, sondern nur nothgedrungen hie und da ihr Bündniß suchte, weil der moderirenden Elemente unter den bürgerlichen Abgeordneten zu wenige waren, und diese täglich mehr zusammenschmolzen. Jede neue Kommissionswahl, fast jede folgende Abstimmung, zeigte die steigende Majorität einer Richtung, welche ohne Hemmschuh den Abhang hinunter jagen möchte, in der erklärten Absicht, den alten Staatswagen umzuwerfen und zu zertrümmern, möge es den Passagieren dabei gehen wie es wolle; einer Richtung, die mit knochenhaftem Muthwillen über jedes Loch jubelte, das ihr in den bisherigen Rechtsboden zu stoßen gelungen war, ohne zu bedenken, auf welchem Boden denn als den des Rechts und der Achtung vor dem Recht ein künftiger Staat begründet werden soll. Auf solche Weise meistens fruchtlos mit der Minorität zu stimmen, und gleichsam nur meine Verwahrung gegen die zu Stande kommenden Beschlüsse zu geben, das war eine Stellung, aus der ich ausscheiden zu dürfen glaubte. Ich erkenne wohl, was sich für die Verpflichtung sagen läßt, auch in solchem Fall, ohne äußeren Erfolg, sein Prinzip, und wäre es als der letzte Mann, zu vertheidigen. Allein es wird doch Alles darauf ankommen, ob einer in der Politik seine Lebensaufgabe erkennt, oder ob ihm auch noch für ein anderes Thätigkeitsgebiet Pflichten obliegen, deren er nur so lang und unter der Bedingung entlassen war, daß er im Augenblick auf dem politischen Felde mehr und ersprießlicher wirken könne.

Letzteres ist nun mein Fall: ich betrachte mich in erster Linie als Dienstmann der Literatur, welche mir nur in adiger Voraussetzung auf eine Zeitlang Urlaub gegeben und mich der Politik abgetreten hat, mich aber nun wieder einberuft, da jene Voraussetzung nicht mehr zutrifft. Mag auch im jetzigen Augenblicke der Zeitpunkt für literarische Produktionen noch nicht wiedergekehrt sein, so wird sich doch im Stillen Manches vorbereiten lassen, was zu seiner Zeit willkommen an's Licht treten mag. Diese Erklärung über den von mir gethanen Schritt hielt ich für nothwendig, um nicht von Ihnen, werthester Mitdüeger, mißkannt zu werden, deren Urtheil mir niemals gleichgültig sein wird, und deren Wohlwollen ich immer schmerzlich entbehren würde." Stuttgart, den 23. Dezember 1848. Strauß.

Braunschweig, 24. Dez. Gestern sind die Vorarbeiten des Landtags so weit beendet worden, daß es möglich war, die Sitzung zu vertagen. Diese Vertagung ist durch ein blaßes Reskript vom 23. d. bis zum 19. März k. J. erfolgt. Die Kommissionen sind gebildet und werden in der Zwischenzeit die Gesetzesvorlagen prüfen und für die weitere Behandlung in den demnächstigen Plenarsitzungen vorbereiten. (Reichsz.)

♀ **Schleswig-Holstein**, 25. Dez. Mit der größten Spannung und Beloegniß blickt man jetzt nach Frankfurt! Der große Wurf muß sehr bald, muß jetzt geworfen werden! Bald müssen wir wissen, ob ein einiges Deutschland möglich, oder nicht! In Frankfurt Landsmannschaften und Sonderbündlerei, offenes Intriguenspiel der Fürsten und Diplomaten und im Volk (wenigstens hier im Norden) immer einmüthiger und dringender der Ruf: „wenn sie uns doch nur erst ein Oberhaupt, ein kräftiges Oberhoupt geben wollten!" — Hier tritt leider die Vorahnung einer Trennung Deutschlands in der Volksstimmung immer deutlicher hervor; jedoch ganz gegen den allgemeinen Volkswunsch. Dieser ist jetzt auf ein äußeres Zeichen der Einigung so entschieden gerichtet, daß er selbst zu großen Opfern bereit wäre, wenn er erst nur dies erreicht sähe. Aber — aber die deutsche Gründlichkeit! aber richtiger: die deutsche Kleinmeisterei und Schulmeisterei, die so lange demonstrirt, daß der Abgrund ein Abgrund und gefährlich ist, bis sie selbst schwindlich kopfüber hineinstürzt!

Morgen tritt hier unsere Landesversammlung zusammen. Man hofft, daß sie einen Abdruck unserer Gesinnung und Wünsche, aber einen recht deutschen, nach Frankfurt senden werde. Die kleinen Unregelmäßigkeiten in unserm Militär sind abgestellt und werden ein ganz dem von den Dänen gewünschten entgegengesetztes Resultat haben. Die Armee wird dadurch nur geläutert und brauchbarer werden. Unsere gemeinsame Regierung gewinnt täglich an Vertrauen im Lande und die Fürsten scheinen uns auf einfache Weise an die freieste Verfassung gewöhnen zu wollen, da der König von Dänemark jetzt, man möchte sagen, förmlich als unser Herzog seinen Abschied genommen hat. Wir haben natürlich dagegen nichts einzuwenden.

Aus dem nördlichen Alsen, 24. Dez. In diesen Tagen hier angekommen, finde ich schon die größte Veranlassung, Ihnen zu schreiben. Es steht augenblicklich sehr bedenklich aus, und das wohl nicht allein hier, sondern gewiß auch für unsre ganzes Schleswig-Holstein. Ich muß und kann den Bewohnern der Herzogthümer die — ich hoffe nur erfreuliche! — Nachricht übersenden, daß die Dänen einen Angriff und Einfall in Schleswig und zwar bis an die holsteinische Gränze beabsichtigen, und das am Neujahrstage, den 1. Januar 1849. An diesem Tage werden die Dänen erstlich die Düppeler Schanze wieder, wie früher, besetzen, und dann, soweit sie kommen können, in's Festland Schleswigs eindringen. Es sind augenblicklich schon hier auf Alsen angekommen: 4 bis 5 Bataillone Infanterie, 2 Jäger-Corps, 1 Regiment Dragoner und einige Batterien Feldgeschütz (eine 12 pfündige commandirt von Capt. Baggesen). Allenthalben in den Städten und auf den Dörfern wimmelt es von Militär und noch täglich kommt mehr, so daß bis gleich nach Weihnacht circa 12,000 Mann hier concentrirt sein werden. Der General v. Krogh ist schon in Sonderburg angekommen. Sonderburg wird auf dieser Seite, d. h. nach der Landseite zu, förmlich befestigt. Unaufhörlich arbeitet das Militär an diesen Schanzen und mehrere sind schon aufgerichtet. Die Soldaten haben in den letzten Tagen scharfe Patronen erhalten und müssen sich bei jedem Trommelschlag auf den Beinen halten und sollen sofort nach Sonderburg aufbrechen. Mehrere Privathäuser werden schon ausgeräumt und zu Krankenhäusern eingerichtet. Außer dem Augustenburger Schloß werden die Bewohner des Noerburgee Schlosses auch schon zum Ausziehen gezwungen, weil es zum Lazareth verwandt werden soll. Ueberhoupt Alles deutet auf den Krieg! (H. C.)

Frankreich.

* **Paris**, 27. Dez. Gleich bei der ersten Mittheilung über die Sitzung vom 26. äußerten wir, daß der scheinbare Sieg der Regierung eine materielle Niederlage gewesen sei. Die Haltung der heutigen Journale bestätigt unsere Meinung. Zwar sagt das Journal des Debats, die Gründe, mit denen Odilon Barrot die Ausnahmsstellung des Generals Changarnier vertheidigt hat, seien der Art, daß sie keine Widerlegung zuließen; aber in welchem Sinne es diesen Ausspruch thut, bekunden die malitiösen Bemerkungen, mit denen es ihn begleitet. „Ohne Frage ist die außerordentliche Gewalt des Generals Changarnier nicht blos mit dem Gesetz über die Nationalgarde in Widerspruch, sondern auch mit den Grundsätzen der Klugheit und der gesunden Politik in regelmäßigen Zuständen. Aber befinden wir uns denn in regelmäßigen Zuständen? Würden wir in gewöhnlichen Zeiten unsere öffentlichen Plätze mit den Zelten der Soldaten bedeckt sehen? Die Lage der Dinge ist genau dieselbe, wie etwa vor 17 Jahren, wo die Opposition, an deren Spitze damals Odilon Barrot selbst stand, auch das Gesetz in der Hand, der Regierung die Mittel versagen wollte, die Unordnung zu unterdrücken. Was heute Ledru-Rollin, war damals der jetzige Ministerpräsident, nur hat sich Ledru-Rollin gemäßigter benommen, als man damals war. Wenn der Ministerpräsident seine Gründe nur nach langen Präliminarien und mit einer Miene, als wenn es ihn etwas drückte, vorgebracht hat, so mag das daran liegen, daß er sich der Rolle erinnerte, welche er in ähnlichen Diskussionen unter einer früheren Regierung spielte. Er war damals gewiß in gutem Glauben wie er es heute ist. Nur sieht man die Dinge unter einem andern Gesichtspunkt, wenn man einfaches Haupt der Opposition, und wenn man Minister ist und unter seiner Hand die Gesellschaft von Faktionen zerrissen zittern fühlt. Was kümmert es Frankreich noch Allem, was man in anderer Zeit gesagt hat? Möge Hr. Odilon Barrot uns retten, möge er die materielle und moralische Ordnung herstellen: wir verlangen nicht mehr von ihm!" Daß diese ironische Art, die Maßregel des Ministeriums zu rechtfertigen, herber als direkter Tadel ist, fühlt sich leicht. Die „Presse" stellt denn auch die Rücknahme der Maßregel in nahe Aussicht.

Das Programm des Ministeriums hat das negative Gute, daß sich nichts Positives an ihm aussetzen läßt; es ist, wie das Journal des Debats es ausdrückt, untadelig (irréprochable.) Die Debats verstehen sich auf Programme; sie haben deren so viele gehört. Nach den Excentricitäten der letzten 10 Monate thut es wohl, die banale Sprache des Hrn. Odilon Barrot zu hören. Dieser klassische und offizielle Styl aller Regierung hat unsere Ohren angenehm berührt. Das ist doch wenigstens ein Ministerium, welches sich offen auf die Seite der bürgerlichen Gesellschaft stellt, welches sich nicht verpflichtet glaubt, die Gewalt, die es von uns hat, gegen uns anzuwenden, welches uns nicht gegen den Strich regieren wird." Diesen Eindruck der Mäßigung und des Wohlwollens macht das Programm auch auf die anderen Journale. Die Presse nennt es deshalb das Programm des guten Gewissens. Es vermißt freilich die Größe, welche eine wahre Regierung haben muß, denn regieren heißt zum Fortschritt führen. Aber bevor das Ministerium schaffen kann, muß es wieder gut machen. Das Land war 10 Monate in einer Krisis, es muß zuerst seinen Leiden abgeholfen werden. — Auch der „National" erkennt an, daß die Ordnung das erste Bedürfniß ist; den Ruhm, sie hergestellt zu haben, vindicirt er freilich der früheren Regierung; aber er billigt doch immer das Programm. — Also nicht von seinen bisherigen Gegnern droht dem Ministerium des Präsidenten die unmittelbare Gefahr; auch die National-Versammlung hat deutlich genug gezeigt, daß sie bereit ist, es zu unterstützen; die Maßregeln des Ministeriums könnten eher gerade in der Partei, welche Louis Napoleon auf den Präsidentenstuhl gehoben hat, ihm Feinde erwecken. Die Bonaparte'schen Agenten haben dem Landvolk so ungeheure Versprechungen von Steuererleichterungen und Abgabenfreiheit gemacht, daß es doppelt enttäuscht sein wird, nicht einmal die schon unter der Monarchie verheißene, und von der provisorischen Regierung vorbereitete

Herabsetzung der Salzsteuer und des Briefporto's eintreten zu sehen. Das könnte eine heftige Reaktion in der Stimmung für den Präsidenten hervorrufen!

Was außer diesen parlamentarischen Vorgängen die Gemüther beschäftigt, ist im Augenblick vorzüglich die Frage, wer Vicepräsident werden würde. Der Präsident hat bekanntlich den Vorschlag, die Nationalversammlung die Wahl. Die verschiedensten Gerüchte cirkuliren über die Namen, welche der Präsident vorzuschlagen beabsichtige. Die Patrie versichert aber „auf Grund einer ihr gemachten Mittheilung", daß das Ministerium sich noch über keinen Namen geeinigt habe und sollen Gebrauch von der dreiwöchentlichen Frist, die die Verfassung ihm gebe, zu machen gedenke. Mit dieser Frage der Vicepräsidentur bringt man auch den Besuch in Verbindung, den der Präsident heut Vormittag Herrn Marrast als Erwiederung auf dessen Besuch gemacht hat. Man paßt dem Präsidenten bereits auf, wie es an den Höfen der Könige Sitte ist; so heißt es denn: Er kam gegen 10½ Uhr Vormittags, in einfacher Equipage, ohne Bedienten, ohne Gefolge. Bei seiner Ankunft wurde von der Wache die Trommel gerührt. Der Besuch hat etwa eine halbe Stunde gedauert. Die geschlagenen Präsidentur-Kandidaten müssen gute Miene zum bösen Spiel machen. Lamartine will seine Entlassung als Deputirter nehmen und sich ganz von der Politik zurückziehen. Auch von Caavignac hieß es so. Dem widerspricht aber eine Nachricht, welche heute durch alle Journale läuft, wonach er sich an die Spitze eines neu gebildeten Parlamentsklubs gestellt hätte, der bereits 62 Mitglieder zählt, und sich in der Rue Neuve Saint Georges bei Sae versammelt. Man nennt unter seinen Mitgliedern Sénard, Degoussée, Billault, Havin, Tillancourt, Peréé, (vom Siècle), Cl. Thomas, Landrin, Raynal, Babeaud-Laribière u. A. In den Einladungsschreiben soll besonders die Verschwiegenheit zur Bedingung gemacht worden sein. Die Herren Thiers und Molé sollen sich mit dem ministeriellen Programm nicht sehr zufrieden gezeigt haben. Sie hätten gewünscht, daß es auf eine Abkürzung der Dauer der Nationalversammlung bestanden und ihr nicht die Redaktion der organischen Gesetze überlassen hätte. — Die Kommissionen, welche sich mit diesen Gesetzen zu beschäftigen haben, schreiten unterdeß in ihrer Thätigkeit fort. Die Kommission für das Wahlgesetz hat Herrn Billault zum Präsidenten und Herrn Charton zum Schriftführer gewählt. Die Kommission für das Gesetz, betreffend die Vorschüsse an den Ackerbau, hat die Herren Lanjuinais und Vogué, die für das Gesetz, betreffend die Zulassung zu den öffentlichen Aemtern, hat die Herren Deslongrais und Brunet zum Präsidenten und Schriftführer gewählt.

Der General Magnan, Unterkommandant der Alpenarmeen, hatte in einem Tagesbefehl, in welchem er den Kommandowechsel anzeigt und Abschied vom General Oudinot nimmt, nicht undeutlich auf einen nahen Krieg in Italien hingedeutet. Diese Indiscretion hat ihm die verdiente Zurechtweisung zugezogen; der Moniteur macht bekannt, der Kriegsminister habe allen Generälen die Weisung zugehen lassen, sich in ihren Tagesbefehlen innerhalb des Reglements zu halten und keine politischen Aufspielungen zu machen. Vermuthlich als Muster publizirt der Moniteur gleichzeitig einen Tagesbefehl, worin der General Changarnier der Linie und der Nationalgarde die Zufriedenheit des Präsidenten mit ihrer Haltung bei der Revue mittheilt. Man könnte dergleichen militärische Bekanntmachungen von dem obersten Civilbeamten der Republik zwar etwas sonderbar finden; man wird sich aber daran gewöhnen müssen, daß Louis Napoleon alle Funktionen der monarchischen Gewalt in sich vereinigt.

Der „Corsaire" theilt eine Anekdote mit, die wir geben, wie er sie erzählt: Als die 1. Legion der Banlieue vor Bonaparte defilirte, rief sie mit ziemlicher Einstimmigkeit: Es lebe der Kaiser! Odilon Barrot, der im Elysée National mit den andern Ministern war, hatte Befehl gegeben, ihm alle fünf Minuten von dem, was vorgehe, Nachricht zu geben. Als die Depesche das erwähnte Faktum brachte, nahm er die Feder und schrieb dem General Changarnier wörtlich: „General, wenn die Manifestation für das Kaiserthum fortdauert, so sagen Sie dem Präsidenten, daß das gesammte Ministerium seine Entlassung nimmt." Doch dies war unnöthig, da der Ruf vive l'empereur nicht allgemein wurde.

Die Nachricht die wir gestern von dem Aufblühen des Handels und der Gewerbe gegeben haben, findet ihre Bestätigung darin, daß die Bank heute anzeigt, sie habe die halbjährige Dividende von 45 Fr. (für die Aktie von 1000 Fr.) angesetzt — man sollte denken, bei den schlechten Zeiten, ein ziemlich günstiger Ertrag!

Paris. Wir theilen aus der A. Z. folgende pikante Charakteristik der neuen Minister mit: Wir haben endlich, was uns das Königthum so lange versagte, ein Ministerium Odilon-Barrot. Barrot braucht nicht mehr geschildert zu werden; das ganze gesinnungstüchtige Europa kennt ihn seit 17 Jahren; er hat, wie kein anderer, die Gewalt der Phrase über die Welt bewiesen, er hat den französischen Heldenruhm tönender als irgendeiner seiner Nebenbuhler verherrlicht, und da durch die Republik die Phrase zur Herrschaft gelangt, da durch die Wahl des Präsidenten das alte Lied von der Vendomesäule und dem kleinen Corporal die alte Kraft bewährt, so ist es nichts weniger als recht und billig, daß Odilon-Barrot Präsident des Ministeriums werde. Er hat sich seiner würdig umgeben. Den ersten Platz nach ihm nimmt Hr. Leon de Maleville ein; es ist eine, wenn man nur das Aeußere betrachtet, sehr starke Natur und aufehnliche Persönlichkeit, er hat jedoch bisher, obgleich er den Fünfzigern schon nahe steht, nur in kleinen Wahlscharmützeln gegen Hrn. Duchâtel, und in zwei langen katholischen Philippiken gegen Guizot wegen Vernachlässigung der Maroniten und wegen Pritchard, die ihn, den Protestanten, bei den katholischen Landleuten des Isere- und Garonnedepartements empfehlen sollten, Proben seines Geistes abzulegen für gut befunden; da sich aber annehmen läßt, daß jeder sich selbst am besten kennt, so darf man aus den eigenen Aeußerungen des Hrn. Leon de Maleville keck den Schluß ziehen, daß er ein Mann von außerordentlicher Befähigung sei. Von Drouyn de Lhuys weiß man nur so viel, daß er die Ehre hatte, von Guizot abgesetzt zu werden, weil er das angenehme Spiel, zu gleicher Zeit mit dem Budget und der Opposition zu liebäugeln, etwas gar zu weit getrieben hatte. Hr. v. Tracy, dessen politische Laufbahn sich von früher Jugend bis auf die neueste Zeit in einem blauen, von dem Geschlechte Lafayette bewohnten Duast umhertrieb, und der sich im Ganzen mehr um die Schwarzen der Antillen als um die Weißen Europa's bekümmerte, ist als Minister des Seewesens und der Colonien gewiß ganz an seinem Platz. Hr. Fallour, ein blondgelockter Sohn der Kreuzfahrer und Erzfeind der Universität, zu deren grimmigsten Verfechtern in der ehemaligen Deputirtenkammer bekanntlich Hr. Odilon-Barrot gehörte, hat offenbar um der Mannigfaltigkeit in dem Cabinet willen das Ministerium des öffentlichen Unterrichts und des Gottesdienstes erhalten; Hippolyte Passy, ein ergrauter Finanzmann, gleichfalls Liebhaber des Negervolks, mußte schon als „Veteran" in einem napoleonischen Ministerium Platz finden; es ist Schade, daß Hr. Fould die Finanzen nicht angenommen; da hätten wir in Hrn. Fallour einen Ultra-Katholiken, in Hrn. Maleville einen allerdings nicht sehr predigtbefliffenen Protestanten und in Hrn. Fould Einen von „unserer Nation" gehabt. Hr. Bixio bekam als Buchhändler das Portefeuille des Ackerbaus. Hrn. Leon Faucher, der sich im Jahr 1840 unter dem Ministerium des 1. März für die Pythia der auswärtigen Politik hielt, seitdem aber, wie es scheint, gründliche Studien über die industrielle Lage und die arbeitenden Classen Englands gemacht, wurden, obgleich er etwas davon versteht, die öffentlichen Arbeiten übertragen. Ueber General Rulhière's Schicksale und Thaten werden Sie in Dr. Felix Bamberg's Buch über die Februar-Revolution sehr beachtenswerthe Aufschlüsse finden.

Spanien.

* **Madrid**, 22. Dez. Der Congreß hat gestern, wie zu erwarten stand, den Candidaten der Moderados, Luis Mayans, mit großer Majorität zum Präsidenten gewählt. Er erhielt 111 Stimmen, der Candidat der Progressisten, der General San Miguel, hat nur 30 Stimmen erhalten. Das Gefühl, daß sie im Congreß ganz ohne Einfluß sind, macht in einem großen Theil der Progressisten den Wunsch rege, sich auf das Volk außerhalb der Cortes zu stützen. In einer Versammlung, die vorgestern Abend bei Herrn Mendizabal gehalten wurde, ward die Frage diskutirt, ob man nicht ein Manifest an die Nation erlassen sollte, worin ihr ihre Rechte in's Bewußtsein gerufen würden. Mehrere Mitglieder wiesen den Schritt aber zurück, weil sie den Republikanern und Montemolinisten in die Hände zu arbeiten fürchteten. Es scheint nicht, daß ein definitiver Entschluß zu Stande gekom-

Digitized by Google

men ist. Eine Probe, wie die Regierung die Rechte des Volks, namentlich die persönliche Freiheit achtet, gibt folgender Vorfall: Vor [illegible] Monaten wurden mehrere geachtete Bürger Malaga's gefa[illegible] noch der Festung Hocho de Ceuta gebracht und dor[illegible]end ein Grund ihrer Festnehmung mit[illegible]ter gehalten. Jetzt werden sie au[illegible] und ihren Familien zu[illegible] geringste Nachr[illegible] haben.

Das Siebenbürger [illegible] Nachrichten aus Kranstadt vom 9. Dez. Sie [illegible]gts von dem über Berlin gemeldeten Einrücken der Russen, dagegen standen 10,000 Mann russische Truppen unweit der Grenze.

Niederland.

** **Haag**, 24. Dez. Noch in der alten Kammer hat sich bereits ein Streit über die Auslegung einer wichtigen Bestimmung des neuen Grundgesetzes erhoben. Gesetzentwürfe über Ordnung der Provinzialabgaben auf eine längere Periode liegen vor, und die Kammer sollte denselben in Bausch und Bogen zustimmen, um nur dem neuen „formolen" Rechte zu genügen, da die Kammer ja doch den Haushalt der verschiedenen Provinzen nicht genau erforschen könne und so nothgedrungen den Provinzialstaaten gewissermaßen ein Vertrauensvotum zu geben habe. Diese Ansicht ward von den HH. Thorbecke, Duzumer van Twist und andern liberalen Mitgliedern lebhaft bekämpft. Früher ward die Erhebung der von den Provinzialständen beschlossenen Steuern bloß durch königliche Beschlüsse gesetzmäßig. Das neue Grundgesetz zieht eine scharfe Linie zwischen Ausgaben der Provinzen im Belang der Landesverwaltung und zwischen solchen, die ausschließlich den Provinzialhaushalt betreffen; beide sollen in keiner Weise miteinander vermengt werden. Doch auch für die letztern, die eigentlichen Provinzialsteuern, fordert das neue Grundgesetz Bekräftigung durch das Gesetz, also auch reife Prüfung des Bedürfnisses. Dieß läugneten die Minister, da die Sorge für den Haushalt der Provinzen dem Wesen nach den Provinzialstaaten verfassungsmäßig anvertraut sei und die Generalstaaten dabei nur das allgemeine Interesse, als ihr Grundgebiet, zu bewahren hätten. Der Volksvertreter könne nicht eindringen in die gründliche Beurtheilung der verschiedenen Provinzialbedürfnisse, er habe die Provinziallasten nur an sich selbst und in ihrem Verhältnisse zu den allgemeinen Reichslasten zu beurtheilen. Schließlich ward der Streit durch ein Compromiß ausgeglichen, wonach die Gesetzentwürfe (in einer halbstündigen Pause) von den Ministern dahin abgeändert wurden, daß zum Uebergang die Erhebung der Provinzialsteuern vorläufig nur auf ein Jahr bekräftigt ward. Uebrigens sind nebst dem hohen Staatsbudget die Provinzialsteuern in Niederland oft sehr bedeutend, und neben allen diesen Lasten figuriren endlich noch die beträchtlichen Gemeindebudgets. Sind doch die gewöhnlichen Ausgaben bloß der Stadt Amsterdam für das Jahr 1849 auf nicht weniger als 2,638,342 fl. (worunter freilich für Zinsen der städtischen Schuld 806,326, für Zuschüsse an Armenanstalten 532,141 fl.) veranschlagt! Vor drei Wochen begonnen die Wahlen, und noch heute sind sie in Folge der Doppelwahlen nicht überall beendet, was vorzüglich davon herrührt, daß die zweite Abstimmung sich auf die beiden Kandidaten beschränken muß, welche bei der ersten Wahl die meisten Stimmen hatten, daher in der Regel zu keinem Ergebnisse führte.

Ungarn.

* Die Postverbindung ist durch die Fortschritte der kaiserlichen Truppen wieder eröffnet und bringt ganze Ladungen von Briefen und Zeitungen, die sich seit zwei Monaten an der Grenze aufgestaut hatten. Das C. Bl. a. B. theilt daraus manches Interessante mit über die mit großer Energie betriebenen, wenn auch bis jetzt wirkungslos geübten Vertheidigungsmaßregeln. Schon zu Anfang November wurden die Verschanzungen von Pesth eifrig betrieben, und eine Verordnung legte der gesammten männlichen Bevölkerung der Stadt nach der Reihe die Verpflichtung auf, gegen einen Taglohn von 30 kr. C. M. an den Verschanzungen zu arbeiten, was ungeachtet des magyarischen Patriotismus nicht ohne Opposition blieb. Für Bewaffnung, Uniformirung und Munition der Truppen wurde gleichfalls große Sorge getragen. Alle dahin einschlagenden Professionisten hatten die Weisung, keine Privatarbeit anzunehmen, sondern nur für das Heer zu arbeiten, und alle Büchsenmacher und Lehrlinge im weiten Umkreis wurden von Kossuth in Beschlag genommen. Für Krieger, die „im Kampfe für das Vaterland" invalid werden wurden, sollte ein großes Invalidenhaus errichtet werden. Die Mitglieder des Landesvertheidigungs-Ausschusses erhielten für ihre Mühwaltung denselben Gehalt, der früher für die Ministee angewiesen war. Zur Beschaffung der Mittel diente die Banknotenfabrik. Schon in der Hälfte des November waren für dreizehn Millionen Banknoten fabricirt, aber noch nicht verbraucht worden. Die Fabrikation der Banknoten zu hundert Gulden wurde auf sieben Pressen — im Ganzen waren deren einundzwanzig beschäftigt — mit so großer Energie betrieben, daß täglich 350,000 fl. C.-M. erzeugt wurden.

Donaufürstenthümer.

Die „Bucowina" theilt in ihrem Supplement vom 15. Dez. aus dem „Journal von Konstantinopel" folgendes Schreiben mit:

„**Bucharest**, 7. Dez. Ich schrieb Ihnen vor zwei Tagen, daß die russische Militärbehörde zahlreiche Verhaftungen vornehmen ließ. Diese Arrestationen dauern fort. Vorgestern ward ein englischer Unterthan in seinem eigenen Hause verhaftet und ins Gefängniß abgeführt. Auf die Nachricht hiervon beeilte sich der britische Generalkonsul, Hr. Colquhoun, beim Statthalter des Fürstenthums gegen diese Verletzung des Hausrechtes Protest einzulegen und zugleich die unmittelbare Freigebung des Arretirten zu verlangen, andeichadet der diesem gebührenden Entschädigung, wie der Genugthuung, die das Konsulat wegen der ihm widerfahrenen Rechtsverletzung anspricht. Der Kaimakam erwiderte, daß er, da ihm diese Sache ganz fremd sei, jede Verantwortung ablehne, und übrigens bereit wäre, die verlangte Genugthuung zu geben, wenn dieselbe von ihm abhängen würde. Da Herr Colquhoun von dem Kaimakam nichts erlangen konnte, so soll er sich an den türkischen Kommissair gewendet haben, der nichts weiter thun konnte, als gegen das ihm berichtete Verfahren der russischen Militärbehörde zu protestiren. Der britische Gesandte, Herr Stratford Canning, soll die Sache bereits aufgenommen haben." — Bisher haben französische Blätter nur von Protesten des englischen und französischen Gesandten gegen die Uebergriffe Rußlands in den Donaufürstenthümern gemeldet. Wird denn deutscher Seits in diesem Sinne nichts geschehen?

Ein Brief aus Berlin in der D. Ref. gibt über die Russische Herrschaft in den Fürstenthümern und das eigenthümliche Verhältniß der Oesterreichischen Politik zu derselben noch folgende Einzelheiten. Ihrem Verhältniß mag es wohl zuzuschreiben sein, daß man jetzt die Nachrichten aus den Fürstenthümern über Berlin erhält, und die Vertretung der deutschen Sache in jenen Gegenden hauptsächlich von dort aus angeregt wird. Wir begrüßen darin ein günstiges Omen, das sich bestens bewähren möge. „Bezeichnend für die Mittel, durch welche man in den Fürstenthümern die Antipathieen gegen Rußland zu bekämpfen sucht, ist die Nachricht aus Jassy, daß während der Vorbereitungen zu einem Ball am fürstlichem Hofe für den Tag des heiligen Nikolaus zwei fürstliche Adjutanten in die Häuser aller Beamten gingen und deren Frauen einluden, doch ja auf dem Hofballe zu erscheinen, weil ihre Männer sonst aus dem Dienst entlassen würden. Die jetzige nominelle Regierung thut übrigens in dieser und anderer Weise ihr Möglichstes, um die kussische Deputation zu unterstützen. So erhielt kürzlich der Justiz-Minister Herr Kostin Kotardschin ein fürstliches Dankschreiben wegen seines bei der Verproviantirung der russischen Truppen bewiesenen Eifers, wie auch wegen besonders vortheilhafter und scharfsinniger Verwendung gewisser ihm anvertrauter Gelder. Was diese letzte Belobigung eigentlich bedeutet, weiß in den Fürstenthümern Jedermann."

„Wie wenig Rußland gewillt ist, seine bei Besetzung der Moldau und Wallachei feierlich übernommene Verpflichtung zu erfüllen, nach welcher es in den Fürstenthümern nur im Einvernehmen mit dem Sultan, dem Souverain dieser Länder, vorzugehen, und jede Maßregel mit diesem gemeinschaftlich zu berathen versprach, geht aus einem Schritte hervor, welchen es neuerdings in Betreff der Rückzahlung der von ihm vorgeschossenen 300,000 Silberrubel gethan. Die „Bucovina" vom 15. Dezember berichtet, direkt aus Petersburg sei durch das russische Konsulat und ohne vorherige

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Berichtigungen. Einfall badischer Freischaaren. Gefecht bei Heppenheim. Die Mainneckarbahn. Truppen nach der Bergstraße. Vorbereitungen zur Verlegung der Nationalversammlung. Nachrichten aus Worms. Freiligrath). Wien (Graf Stadion. Die Eltern des Kaisers. Strenge Fremdenpolizei. Verhaftungen. Die Lage der Dinge in Ungarn. Ofen gefallen. Vermischte Nachrichten). Prag (Kundmachung). Berlin (Die neue deutsche Verfassung. Baiern. Das Wahlgesetz. Das Einscheeiten im Süden. Der Treubund. Hr. Gränell). München (Rücktritt des Ministers des Innern. Neues Lager bei Nürnberg. Soldatenexzesse. Prinz Luitpold. Baiern und die Berliner Konferenzen). Donauwörth (Die Ruhe im Lager hergestellt). Hannover (Der Anschluß an den Zollverein.) Schwerin (Dassower Lügen. Die Großherzog. Reichsverfassungsfeier). Von der Königsau (Nachrichten vom Kriegsschauplatz).

Oesterreichische Monarchie. Lemberg (Russisches Manifest).

Ungarn. (Die Russen nach Teentschin).

Frankfurter Börsenberichte (Vom 31. Mai).

Deutschland.

* **Frankfurt**, 31. Mai. Von den Druckfehlern, welche den heutigen leitenden Artikel: „England und Preußen" entstellen, berichtigen wir einige der gröbsten:

Statt „Beide Staaten sind auf einander hingewiesen durch die Verwandtschaft des Namens" lies: Stammes. Statt „Wir erwarten hier nicht die Frage" lies: erörtern. Statt „Castlereagh'sche Politik" lies: Castlereagh'sche. Statt „Fünf hundert Pfund Sterling" lies: Fünf hundert Millionen Pfund Sterling. Statt „konnten jene Verstellung nur nöthen" lies: Verstellung. Statt „werden schwerlich nur ein Uebungsgeschwader sein" lies: sicherlich. Statt „Wo seine Admirale das baltische Meer beherrschen" lies: beherrschten. Statt „Ein Versuch Rußland's würde England nicht dulden" lies: Einen Versuch.

Frankfurt, 31. Mai. Ein Extrablatt der Frankf. Ztg. theilt über einen Kampf bei Heppenheim mit badischen Freischaaren Folgendes mit: „Am 30. Mai Nachmittags gegen vier Uhr griffen die badischen Freischaaren in großen Massen die bei Heppenheim aufgestellten Reichstruppen an. Der Kampf dauerte bis zum Einbruch der Nacht. Die Kugeln flogen sowohl von der Ebene her, als aus dem nahen Gebirge bis in den Bahnhof von Heppenheim. Nachdem der erste Angriff zurückgeschlagen war, schritten die Truppen zur Offensive und trieben die Freischaaren über Laudenbach und Hemsbach bis nach Heidenheim. Der Verlust der Freischaaren ist bedeutend, die Felder um Heppenheim liegen besäet mit Verwundeten und Todten; von hessischer Seite fielen Oberlieutenant Zimmermann vom Generalstab und Oberlieutenant Haffmann vom 2. Regiment. Nach in der Nacht gingen alle verfügbaren Truppen aus der Frankfurter Gegend per Eisenbahn ab, um den Feind noch gestern über den Neckar zurückzuwerfen. Eine andere Abtheilung Freischärler war durch den Odenwald gegen Auerbach ongerückt, wurde aber von den Bauern aersprengt."

Durch andere Berichte wird obiges wiederholt und hinzugefügt, daß die Reichstruppen die badischen Freischaaren, die in großer Menge, auch mit Kanonen, aber ohne reguläres Militär eingedrungen seien, über die badische Grenze verfolgt haben. Ueber den Tod des Lieutenant Zimmermann lauten die Nachrichten verschieden, nach Einigen soll er durch eine Flintenkugel, nach Andern durch eine Kanonenkugel erfolgt sein. Von den vielen Gefangenen, sollen alle diejenigen, welche nicht deutsch sprechen konnten, sogleich erschossen worden sein.

Frankfurt, 31. Mai. Die Main-Neckarbahn ist ausschließlich zur Verfügung des kommandirenden Generals v. Peucker gestellt. Seit heute früh werden Personen, Güter und Briefe zur Weiterbeförderung auf dieser Bahn nicht mehr angenommen, da die Züge unausgesetzt Truppen von hier und den umliegenden Orten nach Darmstadt und der Bergstraße transportiren. Während der ganzen Nacht sind mittelst Extrazügen auf der Main-Neckarbahn Truppen nach der Provinz Starkenburg befördert worden, darunter ein Theil der erst gestern von Mainz hier eingetroffenen mecklenburgischen Dragoner und mecklenburgisches Geschütz und eine längere Zeit hier in Garnison gewesene Abtheilung baierischer Jäger. Auch aus Darmstadt ist im Laufe des gestrigen Tages alles noch dort befindliche Militär nach der Bergstraße abgegangen.

(O. P. Z.)

** **Frankfurt**, 31. Mai. Das Bureau der nach Stuttgart auswandernden Nationalversammlung hat bereits Hand angelegt, um den gestern gefaßten Beschluß zur Ausführung zu bringen. Wie man aber vernimmt, geschieht es mit schwerem Herzen, und allerdings ist es eine trostlose Arbeit für das Bureau, der Nationalversammlung ihr Grab anzubereiten. Es mag namentlich Löwe aus Calbe, der nach Rey's ehrendstem Rücktritt den Vorsitz zu übernehmen hatte, kein frohes Gefühl sein, einen Beschluß zur Ausführung zu bringen, den er im Klub bekämpft hatte.

*** **Frankfurt**, 31. Mai. Personen, welche gestern Abend von Warms eingetroffen, melden, daß die dortigen Bewohner die hessischen Truppen mit Freuden begrüßt haben. Da aber die, sicher unnöthige Besorgniß vorherrscht, Warms werde nochmals von den Freischärlern angegriffen, so fallen viele Familien die Stadt verlassen.

*** **Frankfurt**, 31. Mai. Aus Köln wird gemeldet, daß Ferdinand Freiligrath vor einigen Tagen aus Holland nach Köln zurückkehrte, um die Erlaubniß zu erwirken, dort einstweilen mit seiner Familie sich aufhalten zu dürfen. Freiligrath beabsichtigte in Holland (in Amsterdam, wo er früher einmal als Kaufmann konditionirte) sein Domicil zu nehmen, allein die niederländische Regierung wies den so rasch gewordenen deutschen Dichter aus.

△ **Wien**, 26. Mai. Der Kaiser hat die wiederholt erbetene Entlassung des Grafen Stadion nicht ertheilt, für den baldigen Wiedereintritt dieses Staatsmannes in das Ministerium ist aber damit nichts gewonnen; er befindet sich nach immer in einem Zustande von Ueberreizung und Abspannung zugleich, der eine schnelle Erholung zum wenigsten unwahrscheinlich macht. Namentlich sind die Gehirnnerven so angegriffen, daß ihm zum Ausdruck seiner Gedanken das entsprechende Wort versagt, obwohl die Auffassungsgabe keine Art von Störung erlitten zu haben scheint; nur das Wort steht ihm weder im Gespräch, noch im Schreiben, für den Augenblick zu Gebote. Seine Aerzte hoffen viel für seine Herstellung von dem Gebrauche der Bäder der Nordsee. Auch nach erfolgter Genesung wird es sich noch lange fern von den Geschäften halten müssen. Sein Wiedereintritt ins Kabinet beruht sonach auf einer Illusion und das Ministerium des Innern wird noch für longe Zeit ein Praesidium bilden, da man entschlossen scheint die Wahl eines neuen Ministers so lange als möglich zu vermeiden, um die jetzt herrschende Einhelligkeit der Politik im Ministerrathe zu erhalten.

△ **Wien**, 27. Mai. Gestern Abend ist der Erzherzog Franz Karl und die Erzherzogin Sophie in Schönbrunn eingetroffen, um dort einige Zeit mit dem jungen Kaiser zuzubringen, bevor sie sich nach Ischl begeben. Der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna waren am 24. in Linz und wurden mit Enthusiasmus empfangen. Ebenso erhielten sie auf der ganzen Reise viele unzweideutige Beweise von Anhänglichkeit. So ruhig das Verhalten der Bevölkerung im Ganzen hier auch ist, so werden doch die Maßregeln zur Entfernung der Fremden (Polen, Nord- und Süddeutschen ꝛc.) immer strenger und die Verhaftungen wegen politischer Abzeichen sind an der Tagesordnung. Auf dem Wasserglacis allein wurden gestern sieben junge Leute verhaftet, weil sie die ehemalige Legionsuniform (obwohl etwas verändert und ohne Stürmer) trugen. Die Sicherheitswächter wenden diesen Uniformen besondere Aufmerksamkeit zu, während die Diebstähle und Einbrüche aller Art unentdeckt bleiben. Erst kürzlich wurde neben ihrem Lokale ein bedeutender Kassendiebstahl verübt und die Waaren des ausgeleerten Magazins auf Wagen an ihren Fenstern vorübergeführt, ohne daß die Sicherheitswache es bemerkt oder beanstandet hätte, ein Beweis, daß die Diebe keine Studentenröcke trugen, sonst wären sie sicher zur Haft gebracht worden.

Von der Donauarmee nichts Neues, als daß sie langsam vorrückt und die Insurgenten auf einigen Punkten zurückweichen. Zwei Stunden von Szerdahely fallen nach 6000 Mann Husaren als Vorposten stehen. Die Aufregung über die kriegsrechtliche Hinrichtung des Vizegespans Petöcz war noch bedeutender als wir anfangs wußten. Die im Schlosse in Preßburg beschäftigten Arbeiter hatten sogar die wahnsinnige Absicht sich der Kanonen auf dem Schloßberge zu bemächtigen, was aber verrathen und vereitelt wurde. Die Vizegespansstelle will Niemand annehmen, der frühere Bürgermeister Paul v. Nemeth schlug sie aus, ebenso ein anderer Ungar. Dies stellt wohl auf Beharrlichkeit an der Sache Kossuths schließen lassen; indeß werden unsere Blätter nicht müde, von Uneinigkeit zwischen der ungarischen und polnischen Partei zu berichten, und selbst die ungarischen Journale fangen an über Mangel an Enthusiasmus unter dem Volke zu klagen. Die

Vereidigung Kossuths in Debrezin soll nur kauen Anklang gefunden haben, nnd die Husaren fallen täglich weniger Neigung zeigen sich zu schlagen, da es nicht mehr für Ferdinand den V. in den Kampf geht. Dembinski nnd Bem bieten durch Briefe und Emissäre alles auf, um Galizien zu insurgiren, aber es wird ihnen kaum gelingen; der Durchmarsch der Russen hat unter der polnischen Bevölkerung einen panischen Schreck verbreitet, und die Ruthenen begrüßen die Stammesverwandten mit eben so großer und noch größerer Theilnahme, als sie bereits im Valke von Mähren und in der Presse Böhmens finden.

Nachschrift. Unsere Besorgnisse für Ofen nnd die darüber zirkulirenden Gerüchte haben sich bestätigt. Ein Caurier brachte gestern die Nachricht van dem Falle Ofens. Die tapfere Besatzung, der heldenmüthige Hentzi sind geopfert — ahne Resultat geopfert. Welden hätte das wissen können: es ist dies der erste, aber gerechte Vorwurf, den wir ihm machen dürfen. Wie es scheint, wurde der Sturm der Insurgenten durch das Regiment Certapieri in Ofen (Italiener) durch Verrath begünstigt. Der Verlust van Ofen ist weniger wegen der Wichtigkeit des Platzes zu beklagen, als wegen des Verlustes an Kananen, deren mehr als 200 dart sind, an Munition und an Waffen. Allein über 20,000 Gewehre sind in dem dartigen Zeughause zurückgeblieben. Heute früh erschien das beifolgende Extrablatt zur Wiener Zeitung und wurde in Hunderten von Exemplaren verkauft. Eine Stunde später erfalgte das Unerhörte, daß ein Beiblatt der offiziellen Regierungszeitung verbalen wurde. Dies machte natürlich den allerschlechtesten Eindruck. Man denkt sich die Sache nach schlimmer, als sie ist, man macht bereits eine verlarene Hauptschlacht daraus und die Stadt ist in großer Aufregung.

Das Extrablatt lautet:

„Nachdem übee dos Schicksal Ofens bis zur Stunde offizielle Berichte monzeln, weil die Kommunikation dohin unterbrochen ist, so wird dasjenige zur öffentlichen Kenntniß gebracht, was hierüber ziemlich verläßliche Kundschaftsnachrichten geben: Am 4. Mai eückte Görgea ons dee Ofnee Seite voe, besetzte den Blocks- und Schwabenbeeg, eückte in Ofen bis zum Bamdenplatz. Generalmajoe Hentzi nahm die Anfforderung zne Kapitulation nicht an, und entwickelte ein so heftiges Feuer, doß sich die Insurgenten znrückziehen mußten. Am selden Abend bombardirte er ouch Pesth, nen wo aus auf die k. k. Truppen mehrere Schüsse fielen; hierdnrch erschreckt, hielten sich die Insurgenten mehrere Tage passiv und schlugen eine Brücke bei dee Insel Csepel. Am 9. begannen die Ungarn ernster von den Bergen die Festung zu beschießen, in Folge dessen am 10. Morgens van 5 bis 7 Uhr Pesth heftiger bombardirt wurde, wo auch ein Haus (Trattner-Karollysche) in Brand gesteckt wurde. Am heftigsten wae sodann das dritte Bambardement dee Stadt Pesth am 13. Abends 7 Uhr, wo auch mittelst Roketen mehrere Häusee zerstört wurden. Am 17. Nachts 10 Uhr wurde zum ersten Male gestürmt, wo an monchen Stellen die Insurgenten die Wälle erreichten, ohee mit geoßem Verluste non 4 — 500 Todten zurückgeschlagen wurden. Den zweiten Sturm wagten sie am 19. Nachts 11 Uhr, wo sie nicht einmol die Wälle erreichten, nnd ebenfalls mehrere 100 Todte hatten. Endlich wageen sie den dritten Sturm am 20. Abends 11 Uhr, und überwältigten nm 6 Uhr Morgens am 21. Mai l. J. mit groeee Uebermacht die Festung. Nach Erstürmung fand man den Obersten von Ceecapieri-Infanterie todt, und den Generalmajor Hentzi an 3 schweren Wunden noch lebend. Alle Offiziere der Kroaten und Granzee wueden ahne Erbormen niedergemacht, das Schloß nnd einzelne Häuser, wo man auf Offiziere Jagd machte, geplündert. Der Major der Geänzer, dee mit ungefähe 200 Mann den Brückenkopf hielt, gab Befehl, als er die Erstürmung der Festung und das Herandringen dee Rebellen sah, selben in die Luft zu sprengen, als ihm nicht Folge geleistet wurde, zündete er selbst die Miene, doch explodirte das Pulaee zue künstlichen Oeffnung, und zeemolmte den Majoe, ohne dee Brücke Schaden zuzufügen. Dee Verlust der Ungarn wurde bei diesem Sturme auf 250 Mann and 40 Offiziere angegeben. In Ofen kommondirte Görgey im Ganzen 30,000 Monn."

A. Z. C. **Wien**, 27. Mai. Die Bergschlaßruine in Preßburg wird in Folge der Befestigung niedergerissen und ein haltbares Fort an ihrer Stelle erbaut werden. In Essegg sind die Befestigungsarbeiten bereits vallendet. In Debrezin steigen die Preise der Lebensmittel ungeheuer; gegenwärtig kastet ein Pfund Rindfleisch, welches sanst für 12 Kreuzer gekauft wurde, dreißig Kreuzer. Obgleich in neuester Zeit im hiesigen Militärspitale wiedee einige Cholerafälle vorgekammen sind, sa hat die Krankheit doch nach keine weitern Fortschritte gemacht. Die österreichische Flatte besteht gegenwärtig aus 16 größeren und 25 kleineren Kriegsfahrzeugen, welche mit 423 Kananen armirt sind. Die gesammte Schiffsmannschaft zählt 3324 Köpfe. Besanders interessant füe das Publikum und namentlich für die Handelswelt dürfte die erfolgreiche Förderung des Staatstelegraphenwesens sein. Es wird beabsichtigt, Nebenlinien der Haupttelegraphen in alle größern Provinzialstädte zu leiten. Die nöthigen Fonds fallen schon dispanibel sein und die Arbeiten ehestens in Angriff genommen werden. Nebst Kaschau soll auch Eperies von österreichischen und russischen Truppen besetzt werden sein. Die höheren Lehranstalten in Italien sind, wie bekannt, geschlossen. Jetzt wurde den Professaren auch verbaten, mehr als vier Schüler zum Privatunterricht zu übernehmen, weil es sich gezeigt, daß man die Jugend wieder bearbeitet und für die Sache der Umsturzpartei gewinnen will.

Prag, 26. Mai. Laut einer Bekanntmachung des Generals Khevenhüller werden alle Buchhändler, welche als aufrührerisch anzusehende Schriften verlegen oder verkaufen, im Betretungsfalle, außer der Konfiskation des betreffenden Verlagsartikels, ohne Nachsicht nach den Kriegsgesetzen bestraft. (Pr. Bl.)

♀ **Berlin**, 29. Mai. Schon gestern wurde der preußische Entwurf einer deutschen Verfassung erwartet. Wie ich höre, sollte er auch im Staatsanzeiger erscheinen; allein man verschad es auf den Antrag des Grafen Lerchenfeld, der in kürzester Zeit eine letzte Entscheidung der baierischen Regierung erwartete. Wie die Dinge jetzt stehen, glaubt man, daß eine ablehnende Antwort von Seite Baierns nicht erfalgen werde. Das neue preußische Wahlgesetz wird erst später publizirt werden und die Wahlen für die zweite Kammer werden im Juli stattfinden. Kanservative Natabilitäten fallen dieser Tage die Minister gebeten haben, die Aenderung des Wahlgesetzes nicht auf den §. 105 der Verfassung zu gründen, sandern sie als ein Werk der Nathwendigkeit zu motiviren! Heute erzählte man sich, daß gegen Baden und die Pfalz in nicht gar langer Zeit 30,000 Mann deutscher Bundestruppen einschreiten würden. Was man von dorther vernimmt, eeregt bei der graßen Mehrzahl der Berliner Bevölkerung Indignatian; man wünscht daher sehr, daß jenen Zuständen bald mit Kraft ein Ende gemacht werde.

Kanst. Korr. **Berlin**. 28. Mai. Die in Aussicht stehende Veröffentlichung der Verfassung füe einen engeren deutschen Bundesstaat, wie ihn die preußische Regierung in Verbindung mit Sachsen und Hannover beabsichtigt, ist der Gedanke, hinter welchem im diesem Augenblicke jedee andere zurücksteht. Die Spannnng der Gemüther in dieser Beziehung ist allmählig auf einen Grad gediehen, welcher ein längeres Verweilen in diesem Zustande nicht mehr gestattet. Man spricht allgemein, daß heute Abend die Publizirung durch den Staatsanzeiger erfolgen werde. Zu wünschen ist, daß das Gebatene der Größe der gehegten Erwartnngen entspreche.

Saaiel wir ersaheen, hat der in Frankfurt berathene Entwurf den hiesigen Entschließungen als Grundlage gedient, und hat man sich nicht gesträubt anzuerkennen, daß der Arbeit der zu diesem Zwecke gesetzlich gewählten Vertreter der Natian der erste Anspruch auf Berücksichtigung gebühre. Nur ist alles fortgeblieben, was van den Bestimmungen der Frankfurter Verfassung geeignet war den Charakter des beabsichtigten Bundesstaats zu verwischen und bereits die Grundsteine eines Einheitsstaats enthielt, dessen Konstituirung nicht in den Wünschen der deutschen Nation liegt. Die aberste Exekutivgewalt fall nicht den Titel „Reichs-Oäerhaupt" führen, sandern den den Verhältnissen eines Bundesstaats entsprechenderen Titel „Reichs-Varstand." Diese Varstandschaft soll mit dee Krone des mächtigsten unter den engee aerbündeten Staaten, das heißt mit der Krone Preußen beständig verbunden sein. Dem Bundesvarstande steht ein Fürstenkallegium zur Seite, es theilt mit ihm die Befugnisse der gesetzgebenden Gewalt in Angelegenheiten des engern Bundesstaats, ein Staatenhaus und ein Haus der Repräsentanten aus Volkswahlen hervorgehend. Die Befugnisse dieses Parlaments gehen aber nicht weiter als zur Eereichung van Bundeszwecken unumgänglich nathwendig ist und finden darin jederzeit ihre Grenze. Im Fürstenkollegium soll Preußen und Baiern (wenn es beitritt) je eine Stimme haben, und diese Stimmen sollen, je nach dem Maße als Staaten beitreten, mit nach 4 Kollektivstimmen, bis auf 6 Stimmen im Ganzen vermehrt werden. Das Repräsentantenhaus soll aus indirekten Wahlen mit Klasseneintheilung, sanst auf möglichst breiter Grundlage, hervorgehen. Staatenhaus und Volkshaus erhalten das Recht dee Initiative in der Gesetzgebung; dee Bundesvarstand hat eine solche, sawie das Recht des Veto nur in Uebereinstimmung mit dem Fürstenkollegia, doch muß in Verfassungsfragen die Stimme Preußens im Fürstenkollegia mit in der Majarität sich befinden. Der engere Bundesstaat hält gemeinschaftlich Gesandte an auswärtigen Höfen und läßt sich als eine engere Gemeinschaft repräsentiren. Der

größere deutsche Bund wird damit nicht für aufgelöst erklärt, besteht vielmehr namentlich mit Oesterreich in bisheriger Weise fort.

Preußen und diejenigen Staaten, welche solchergestalt in ein engeres Bündniß mit einander treten, wollen damit überhaupt nur von der ausdrücklich im Art. 11 der deutschen Bundesakte ihnen beigelegten Befugniß Gebrauch machen, nach welcher den einzelnen Staaten des deutschen Bundes völlig freigestellt ist, Bündnisse zu schließen, sofern solche nicht den Zwecken des Bundes überhaupt entgegen sind. Preußen und die sich ihm anschließenden Staaten wollen nicht, daß die Grundgesetze des allgemeinen deutschen Bundes, kraft deren der Bund überhaupt nur die Anerkennung bei den übrigen Gliedern des europäischen Staatensystems genießt, für aufgehoben betrachtet werden sollen. Sie gestehen eine Aenderung dieser Grundgesetze überhaupt nur in soweit zu, als sie durch die Beschlüsse, welche die Wahl der Nationalvertreter in Frankfurt und die Bildung der Centralgewalt zum Zwecke hatten, ausdrücklich außer Kraft gesetzt sind. In dieser Beziehung wird man, wie wir hören, namentlich Oesterreich entgegentreten, wenn letzteres sich versucht fühlen sollte, gegen die Bildung eines solchen engeren Bundesstaates unter Preußens Vorstandschaft aus den Grundgesetzen des älteren deutschen Bundes her zu protestiren.

Mit dem Entwurfe der Verfassung für den engern Bundesstaat soll sogleich ein Wahlgesetz oktroyirt werden, nach welchem die Mitglieder der zur Revision jenes Entwurfs zu berufenden Nationalvertretung gewählt werden sollen.

Lth. Korr. **Berlin**, 29. Mai. Der Reaktion muß man die Anerkennung aussprechen, daß sie den Sieg, den sie errungen hat, zu ihrer Konsolidirung vortrefflich ausdeutet. Ein Haupthebel ist für diesen Zweck der in den Zeitungen öfter besprochene „Treubund," — eine Gesellschaft, die von den gemäßigtern Fraktionen der Partei, deren Interessen der Bund zu dienen bestimmt ist, vorläufig benutzt wird, ohne daß sie die Tendenzen des Bundes und seiner sichtbaren Oberhäupter überall theilen. An der Spitze steht ein Graf Luckner, ein Mann, über dessen Antecedentien, die übrigens mit der Politik nichts zu thun haben, man in Königsberg gut unterrichtet sein soll. Von diesen abgesehen, ist er auch sonst zur Leitung des inzwischen zu einer bedeutenden Mitgliederzahl angewachsenen und mit einer wichtigen Mission betrauten Vereines unfähig, und man denkt in diesem Augenblick daran, ihn zu removiren. Die geheimen Oberen werden den Bund dann unter besondere Obhut stellen. Vorläufig sorgt man dafür, daß die Verhandlungen den Gang nehmen, den man wünscht. Zu diesem Zweck ist Geheimerath Stiel, ohne Mitglied des Vereins zu sein, veranlaßt worden, Vorträge zu halten. Die Mitgliedschaft zu erwerben, hat er abgelehnt. Ihm ist der Verein zu reaktionär, da, wie er sich äußert, viele Mitglieder selbst noch über das Alte hinaus wollen. Vor Allem sucht man jetzt Handwerker und niedere Beamte zum Anschluß zu bestimmen. So sind die Konstabler von ihren Offizieren veranlaßt worden, sich zum Eintritt zu melden. Zur Charakteristik des Vereins mag übrigens noch erwähnt werden, daß die oberen Leiter sich ihre Agenten hauptsächlich aus jener Gattung von Kavalieren gewinnen, die man sonst vorzugsweis an den grünen Tischen der Badeörter beschäftigt zu sehen gewöhnt war.

Der interimistische Reichsminister-Präsident Grävell ist ein Mann, der während eines langen Lebens — er ist am 28. August 1781 geboren — im Kampf mit der Büreaukratie gelebt hat. Seine Polemik gegen den Minister von Schuckmann führte zu seiner Entlassung aus dem Staatsdienste. Den Anlaß hatte sein Eifer für die Aufrechterhaltung der Stimmfreiheit in kollegialischen Berathungen gegeben. Seine im Jahre 1818 erschienene Schrift: „Neueste Behandlung eines preußischen Staatsbürgers" enthält Näheres hierüber. Eine Denkschrift, die er im Jahre 1823 einem Mitgliede der zur Revision des Staatshaushaltsetats gebildeten Kommission auf dessen Wunsch vertraulich mittheilte, und die mit vieler Schärfe die Organisation der preußischen Verwaltung beurtheilt und deren Mängel hervorhebt, wurde, wie es scheint, ohne Wissen des Verfassers, im Jahre 1844 zum Druck befördert und vom Censor gestrichen. Das Obercensurgericht, an welches der Herausgeber sich beschwerdeführend wandte, bestätigte die Entscheidung des Censors: „Da — so heißt es in dem Erkenntniß wörtlich — der Aufsatz Vorwürfe gegen die Verwaltung des Staatsschuldenwesens, das Steuersystem, die Domänenverwaltung und die Justizpflege enthält, welche keineswegs als bescheidene und in anständiger Form ausgesprochene Urtheile über die Gesetzgebung und Verwaltung anerkannt werden können, vielmehr als eine in kurzen apodiktischen Sätzen ausgesprochene, der Würdigung klar dargelegter Thatsachen entbehrende Verunglimpfung bestehender Einrichtungen erscheinen."

O **München**, 29. Mai. Wird ein neuer Gewaltakt versucht? War die „staatsrechtliche Nothwendigkeit" nicht blos der Versuch die Pfälzer auszutreiben, und die oppositionelle Mehrheit zu vernichten, will man dieselbe nach weiter ausbeuten? Der Rücktritt des Ministers Farster, der zugleich mit Aschenbrenner die Opposition im Ministerrathe bildete, läßt dergleichen vermuthen. Auch Aschenbrenner gab nur den dringendsten Bitten nach, wenn er, alle Solidarität mit den übrigen Ministern ablehnend, das Finanzportefeuille einstweilen noch fortführt. Der Regierungspräsident für Oberbaiern, Herr Zwehl, wird das Portefeuille des Innern übernehmen: ein Mann, der bis jetzt für einen der erträglicheren Bureaukraten galt. Wer sich aber zu Maßnahmen gebrauchen läßt, vor denen selbst der amtsgewohnte Gehorsam eines Mannes wie Forster zurückweicht, der leiht auch seinen Arm zur Ausführung von Staatsstreichen. Wenn das halboffizielle Blatt auch jetzt wieder so gut zum voraus unterrichtet ist, wie von der versuchten Ausweisung der Pfälzer Abgeordneten, so wissen wir bereits, welches die nächste Verfassungsverletzung von Seiten des Staatsministeriums sein wird. Der γ-Korrespondent der Neuen Münchnerin, Herr von Abel, interpretirt nämlich den Paragraph in der Verfassung, wonach zwei Drittheile der in loco anwesenden Abgeordneten zur Beschlußfassung nöthig sind, in der Weise, daß man unter den Anwesenden nur jene begreift, welche den Willen und die Absicht haben, mitzuberathen und mitzubeschließen; da aber die Linke durch ihren wiederholten Weggang aus der Kammer eine solche Absicht nicht bekundet, so sei sie als gar nicht anwesend zu betrachten, und es stünde demnach der Rechten des Hauses, d. h. den Abgeordneten der altbaierischen Provinzen zu, sich als beschlußfähige Kammer zu geriren. Das ist die Interpretation des Herrn v. Abel, der in neuerer Zeit nicht blos indirekt mit dem Ministerium verkehrt, — und es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der konstitutionelle Herr v. d. Pfordten diese Erläuterung sich aneignet. Die widerspenstigen Provinzen, welche die Beschlüsse einer solchen, sie nicht vertretenden Kammer nicht anerkennen würden, müßte man eben mit Gewalt zur Unterwerfung bringen. Und dazu werden bereits Maßregeln getroffen, da jetzt ein neues Lager bei Nürnberg errichtet wird, zu welchem heute drei Bataillone und eine Batterie reitender Artillerie von hier abgehen, während der Ausfall in der hiesigen Garnison durch die in den umliegenden Ortschaften garnisonirenden Truppen ersetzt wird. Die Exzesse der Soldaten, die am vorgestrigen Abende in zwei Gärten begonnen haben, wiederholten sich am gestrigen im Paradiesgarten, so daß man es für nothwendig fand, die nah gelegenen Wege im englischen Garten abzusperren und die Exedirenden durch Generalmarsch vom nahen Dianenbad aus nach Hause zu rufen. Was aber am vorgestrigen Abende die Wuth gegen das Eigenthum der Bürger gerichtet, so begnügte man sich gestern mit einer Rauferei zwischen den verschiedenen Waffengattungen. Gestern besuchte Prinz Luitpold mit seiner Gemahlin das bekannte Volksfest in Großhesselohe; er wurde aber arg enttäuscht, als er anstatt mit dem gewohnten Lebehochrufe mit pereat, Pfeifen und Zischen empfangen wurde. Die hohen Gäste verließen den Platz alsbald wieder. So unbedeutend diese Vorfall ist, so konnte ich doch nicht unterlassen, von demselben Erwähnung zu thun, da er beweist, daß auch in der untern Schichte der Münchener Bevölkerung der Enthusiasmus für das Haus Wittelsbach erloschen ist.

* Die Neue Münchner Zeitung sagt: „Wir sind in den Stand gesetzt, den gestrigen Mittheilungen der Allg. Ztg. über eine Abbrechung der Konferenzen in Berlin bezüglich des Rücktrittes des baierischen Bevollmächtigten von denselben zu widersprechen. Die Konferenzen nehmen ununterbrochen ihren Fortgang und der baierische Bevollmächtigte betheiligt sich an denselben eben so ununterbrochen, so daß eine befriedigende Lösung dieser wichtigen Frage binnen wenigen Tagen in Aussicht stehen dürfte."

Donauwörth, 26. Mai. Die jüngst berichteten tumultuarischen Auftritte haben, Dank der kräftigen Mahnung des Kommandirenden, sowie der Offiziere der Truppenabtheilungen, ihr Ende gefunden, und im Lager herrscht nun die vollste Zucht und Ordnung. (N. K.)

Dagegen wären nach der Allg. Z. am 27. Mai neue schwere Exzesse und Verwundungen vorgekommen, worüber sie sich näheren Bericht vorbehält.

Uebersicht.

Die Regierungen und die Reichsversammlung.
Kurze Revision der Bundesakte.
Die alte und die neue Regierung in Baden.
Deutschland. Mannheim (Heerschau. Verbrüderungsfest. Das Willich'sche Freikorps). Limburg (Hr. v. Scherpenzeel).
Niederland. Haag (Kammerverhandlungen. Die Limburger Frage. Deutsche Flüchtlinge. Das Ministerium).
Holländisch-Ostindien. Batavia (Der Kriegszug gegen Bali.)

Die Regierungen und die Reichsversammlung.

B. Es ist ersreulich, daß Ihr berühmter * Korrespondent vom Rhein seine nun zu lange verschollene Stimme wieder in Ihrem Blatte ertönen läßt. Keiner sollte jetzt feiern, der Rath zu ertheilen oder wenigstens abwahrend Schlimmes zu verhüten sich befähigt fühlt. In dem, was der hochgeehrte Staatsmann sagt, ist viel Wahres, und seine Vorwürfe gegen das Parlament entbehren nicht der Berechtigung. Wir haben aber auch im parlamentarischen Leben und in der großen Politik unser Lehrgeld zahlen müssen, wie bei jedem Unternehmen auf einem neuen Gebiete. Freilich, vollkommen berechtigt würden jene Vorwürfe nur dann sein, wenn der Beweis, daß auf dem vom Korrespondenten anempfohlenen Wege man das Ziel sicherer erreicht haben würde, erfahrungsmäßig geführt worden wäre. Da dies nicht geschehen, so bleibt uns, die wir einen andern gegangen, immerhin noch der leidige Trost: daß auf jenem Wege wir vielleicht ebensowenig ans Ziel gelangt sein möchten. Hätte die Nationalversammlung ihre Verfassungsarbeiten so rasch vollenden können, daß die Einführung der Verfassung die Regierungen noch in jenem Zustande der Schwäche und Auflösung getroffen hätte, in welchen die Erschütterungen des vorigen Frühjahrs sie versetzt hatten, so wäre freilich wohl der Widerstand von dieser Seite her weniger stark und weniger bedenklich gewesen. Aber eine andere Frage ist: ob denn nicht im Volke die Verfassung auf manches Hindeniß gestoßen wäre, welches erst durch das allmälige Sicheinleben des Volksgeistes in die Ideen von Einheit, Ordnung und Hingebung an das Allgemeine geebnet und beseitigt werden konnte? ob damals eine Verfassung wie die vom 28. März, oder gar der Siebzehnerentwurf, möglich gewesen wäre, in der Versammlung sowohl, als außerhalb derselben, und ob nicht gerade die Erfahrungen dieses Jahres, mit seinen demokratischen Extravaganzen einerseits, mit seinen dynastisch-absolutistischen Meisterstücken von „Nichts gelernt und nichts vergessen haben", andererseits durchaus nothwendig waren, um jener gemäßigten Ansicht, welche die rechte Mitte zwischen beiden Extremen zu halten und die Bürgschaften der Ordnung mit denen der Freiheit, der Stabilität mit denen der Bewegung zu verschmelzen trachtete, Eingang in den Gemüthern der Nation zu verschaffen. Wenn sodann Ihr Korrespondent meint, da Jenes nicht möglich gewesen, so hätte die Reichsversammlung auf das Prinzip der Vereinbarung zurückkommen müssen, so hat es freilich für sich die Thatsache, daß der Versuch des „Einzig und allein Beschließens" der Reichsversammlung bis hierher nicht gelungen ist. Aber ich frage abermals: Würde der entgegengesetzte Versuch: die Verfassung mit den Regierungen zu vereinbaren, wohl besser gelungen sein? Die Berliner Konferenzen, deren Scheitern so eben als unzweifelhaft gemeldet wird, mögen darauf die Antwort geben. Wenn vier Regierungen sich über die wichtigsten Verfassungspunkte nicht einigen konnten, wie hätten 38 Regierungen unter sich und mit der Nationalversammlung eine solche Einigung jemals zu Stande gebracht. Einen Weg gab es allerdings, auf welchem man sich — die Versammlung und die Regierungen — einigen konnte und weil denn einmal Ihr Korrespondent auf Rathschläge hinweist, welche ertheilt, aber nicht befolgt worden seien, so möge hier auch eines Vorschlags gedacht werden, der schon im vorigen Frühjahr theils bei den Regierungen, theils in der Versammlung angeregt worden ist, aber gleichfalls ohne Erfolg. Es war dieß der Plan eines provisorischen Staatenhauses zur Mitberathung der Verfassung. Dieser Vorschlag, zuerst von einer der mittleren Regierungen ausgegangen, hatte bei mehreren andern Anklang gefunden. Der Schreiber dieser Zeilen war so glücklich, nach vielen Bemühungen bei den ihm befreundeten Ministern eines der größern Staaten auch diese dafür zu gewinnen, aber er erfuhr damals schon, daß Preußen davon durchaus Nichts wissen wolle. Die Idee war ursprünglich diese: daß eine Vertretung der Einzelstaaten nach dem frühern Bundesverhältniß, gleichmäßig angemessen verstärkt, in öffentlichen Berathungen über das von der Nationalversammlung Beschlossene threefeits wieder Beschlüsse fassen sollte, welche, mit Majorität (absoluter oder ⅔ Majorität) gefaßt, bindend wären für die vertretenen Regierungen. Zur Ausgleichung der abweichenden Ansichten zwischen dieser Versammlung und der Reichsversammlung hätte man dann irgend ein zweckmäßiges Vereinigungsverfahren eintreten lassen können und wo auch dieses fruchtlos geblieben wäre, da hätte freilich die letzte Entscheidung der Reichsversammlung, als der Vertreterin der ganzen Nation zustehen müssen, vielleicht mit der erschwerenden Bestimmung einer Zweidrittelmehrheit für ablehnende Beschlüsse gegenüber dem Staatenhaus. Wenn ein solcher Vorschlag in der ersten Zeit des Parlaments diesem von den Regierungen offen und ehrlich entgegengebracht worden wäre, so würde dasselbe wohl Bedenken getragen haben, dazu Nein zu sagen. Später freilich ward Dies immer unmöglicher und zu der Zeit, wo Hr. Hansemann die Sache in seinem Schriftchen wieder anregte, hätte die Aufnahme des Vorschlags nur zu einer Verzögerung, nicht zu einer Förderung des Verfassungswerkes führen können. Nachdem die Regierungen einmal den günstigen Zeitpunkt versäumt, blieb ihnen, wie ganz richtig die preußische Note vom 23. Jan. bemerkt, nur der Weg der Verständigung in der Weise übrig, wie ihn in eben jener Note die preußische Regierung betrat, den Weg nämlich, daß man der Nationalversammlung seine Bedenken gegen den Verfassungsentwurf mittheilte und solche ihrer Erwägung bei der zweiten Lesung anheimgab. Dann aber mußte es auch bei dem Entscheid der Versammlung sein Bewenden haben, selbst wenn dieser nicht alle jene Bedenken berücksichtigte, denn sonst setzte man ja die Nationalvertreter zu bloßen Jaherren herab. Höchstens konnten noch — nach der Analogie Nordamerikas — die Einzelstaaten sich die freie Zustimmung über Annahme oder Nichtannahme des Ganzen vorbehalten, ein Standpunkt, den die preußische Ministerialerklärung vom 2. April einnahm und welchen ebenfalls die Nationalversammlung in ihrer Mehrheit nicht schlechthin zurückgewiesen haben würde. Nun aber ist man in eine Bahn eingetreten, von der es sich jetzt zeigt, daß sie in eine Sackgasse führt; man hat die Brücke zwischen der Versammlung und den Regierungen abgebrochen, man hat die alte Despotie der großen über die kleinen Staaten zu erneuen versucht, und was hat man zuletzt erreicht? Nichts als das traurige Bewußtsein sich gegenseitig betrogen und Deutschland ins Unglück gestürzt zu haben.

Kurze Revision der Bundesakte.

** **Berlin**, 27. Mai. Bis zum Ueberdruß ist von gewisser Seite her wiederholt worden, daß die Bundesakte noch in voller, ungeschmälerter, rechtlicher Geltung fortbestehe, wogegen der mit derselben nicht im Einklang stehende Status quo mehr oder minder als ein blos thatsächlicher dort angesehen zu werden pflegt. Solchem Gerede wird endlich entgegenzutreten sein; es steht im Begriffe, unmittelbar praktische Entscheidungen herbeizuführen, welche uns in ein Chaos von Anarchie stürzen müßten. Lassen Sie mich also bündig Artikel für Artikel der deutschen Bundesakte in Betracht ziehen; es wird sich daraus ergeben, wie viel, resp. wie wenig, von der vielfach allegirten Akte noch rechtliche Geltung beanspruchen darf.

Artikel 1. „Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands mit Einschluß Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich, und der Könige von Preußen, von Dänemark und der Niederlande, und zwar der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen, beide für Ihre gesammten vormals zum deutschen Reich gehörigen Besitzungen, der König von Dänemark für Holstein, der König der Niederlande für das Großherzogthum Luxemburg, vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der deutsche Bund heißen soll."

Hier ist in Bezug auf die Krone Preußen durch Einverleibung von Ost- und Westpreußen und Deutsch-Posen eine Veränderung eingetreten.

Artikel 2. „Der Zweck desselben ist Erhaltung der äußern und innern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten."

Digitized by Google

Artikel 3. Alle Bundesglieder haben als solche gleiche Rechte. Sie verpflichten sich Alle gleichmäßig die Bundesakte unverbrüchlich zu halten.

Artikel 4. „Die Angelegenheiten des Bundes werden durch eine Bundesversammlung besorgt, in welcher u. s. w."

Durch das Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland vom 28. Juni 1848, §. 13 ist die Institution des Bundestags abgeschafft; die Mitglieder der letzten Versammlung dieser Art haben durch eine besondere Ceremonie am 12. Juli 1848, am Tage des „Eintritts der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt" gemäß dem Gesetz das Aufhören des Bestehens dieser bundesrechtlichen Einrichtung vorausgesichtet. Artikel 4 ist dadurch aufgehoben; sämmtliche deutsche Staaten haben mit Einhelligkeit in diese Veränderung des Bundesrechts gewilligt.

Artikel 5 bezieht sich lediglich auf die Bundesversammlung und ist aufgehoben.

Artikel 6 bezieht sich auf die gesetzgebende Thätigkeit der Bundesversammlung, welche der provisorischen Centralgewalt nicht übertragen ist, und auf deren verfassunggebende Wirksamkeit, welche durch §. 3 des Gesetzes vom 28. Juni ausdrücklich der Centralgewalt abgesprochen ist; dieser Artikel ist aber gleichfalls aufgehoben mit Aufhebung des Artikels 4.

Artikel 7, 8, 9, 10 desgleichen, da sie sich lediglich auf die Bundesversammlung beziehen.

Artikel 11. „Alle Mitglieder des Bundes versprechen, sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen und garantiren sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen. Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen. Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch, in keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären. Die Bundesglieder machen sich ebenfalls verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen. Dieser liegt alsdann ob, die Vermittelung durch einen Ausschuß zu versuchen. Falls dieser Versuch fehlschlagen sollte und demnach eine richterliche Entscheidung nothwendig würde, ist solche durch eine wahlgeordnete Austrägal-Instanz zu bewirken, deren Ausspruch die streitenden Theile sich sofort zu unterwerfen haben."

Dieser Artikel ist durch das Gesetz vom 28. Juni modifizirt, so weit er von der Bundesversammlung redet. Was von dieser gesagt ist, gilt gegenwärtig von der provisorischen Zentralgewalt, welche nach §. 2, a. des Gesetzes vom 28. Juni „die vollziehende Gewalt zu üben (hat) in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen." Es heißt also jetzt: „Die Bundesglieder machen sich ebenfalls verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, nach ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der provisorischen Zentralgewalt anzubringen. Dieser liegt alsdann ob u. s. w." Der Ausschuß, mittelst dessen die Vermittlung zunächst versucht werden soll, ist als ein Ausschuß der Bundesversammlung gemeint; es würde der Modifikation durch das Gesetz vom 28. Juni entsprechen, wenn der Reichsverweser die Vermittlung zunächst durch besonders zu diesem Behuf ernannte Mitglieder seines Ministeriums versuchte. Der letzte Passus des Artikels ist durch das Gesetz vom 28. Juni unberührt geblieben.

Nun folgen in Artikel 12 bis 20 die „Besondere Bestimmungen", welche ihrer Natur nach nicht von einer gleichen Bedeutung für den öffentlichen Rechtszustand des Vaterlandes sind. Die bisherige Betrachtung ergab aber in Betreff der „Allgemeinen Bestimmungen" der Bundesakte, daß von den elf Artikeln — sieben außer alle rechtliche Geltung gekommen sind, nämlich Art. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, zwei modificirt, nämlich Art. 1 und Art. 11, endlich zwei Artikel als unverändert zu Recht bestehend anzunehmen sind.

Fragt es sich nun, was an die Stelle der ausgemerzten Artikel getreten sei, so wird das Gesetz vom 28. Juni 1848 die wenn auch nicht ganz genügende Antwort für einen jeden schlichten Sinn unzweifelhaft ertheilen. Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland ist die provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt worden. Dieselbe hat die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen, die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen. Dieselbe beschließt über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten, wenn eine Vertretung der Nation versammelt ist, mit deren Einverständniß, andernfalls mit deren nachträglicher Genehmhaltung. Die deutsche Reform hat freilich aus §. 4. deduziren wollen, daß die provisorische Centralgewalt über Krieg und Frieden nur so lange beschließen könne, als die Nationalversammlung in beschlußfähiger Zahl in der Lage wäre, ihr Einverständniß zu erklären. Daraus würde folgen daß mit Auflösung der Nationalversammlung Deutschland mit Dänemark überhaupt keinen Frieden schließen kann. Denn da nach Art. 11 der Bundesakte weder Preußen noch irgend ein anderer deutscher Staat einseitige Unterhandlungen mit Dänemark eingehen noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen darf, da ferner die Institution der Bundesversammlung durch §. 13 des Gesetzes vom 28. Juni abgeschafft ist, so würde, wenn die Deduktion der deutschen Reform zuträfe, daß nämlich die von Dänemark übrigens anerkannte provisorische Centralgewalt Deutschlands nicht befugt wäre, zu unterhandeln und Frieden zu schließen, in der That der Abschluß eines Friedens ganz außer Bereich des Möglichen liegen, d. h. ein trotzdem abgeschlossener Friede weder Dänemark noch Deutschland binden. Indessen steht es mit unserm öffentlichen Rechtszustand so traurig noch nicht — wenn auch traurig genug; die provisorische Centralgewalt ist an die Stelle der Bundesversammlung getreten, soweit diese die exekutive Gewalt und insbesondere das Recht über Krieg und Frieden hatte, und innerhalb der durch das Gesetz vom 28. Juni gezogenen Schranken. Das fehlende Einverständniß der Reichsversammlung bewirkt noch keine Entsetzung der Centralgewalt aus der ihr ausschließlich gebührenden Funktion. Freilich, Preußen würde die Bundesakte verletzen, wenn es einseitige Unterhandlungen mit Dänemark anknüpfen oder gar einen Separatfrieden schließen wollte. Denn, nachdem Ost- und West-Preußen und Deutsch-Posen Deutschland einverleibt sind, hat Preußen das Recht, für sich einen Frieden zu schließen, nur in Bezug auf das polnische Posen. Die Minister des Königs werden aber um so weniger diese Verletzung der Bundesakte befürworten können, als sie das Recht der provis. Centralgewalt in der Thronrede vom 26. Febr. nach ausdrücklich durch den Mund des Monarchen zur Anerkennung gebracht haben.

Dieses Kapitel hat heute seine praktische Wichtigkeit. Die definitive Centralgewalt ist von Preußen nicht übernommen. Um die provisorische Centralgewalt wirbt Preußen öffentlich und insgeheim. Wir wollen nicht hoffen, daß der Tag von Basel sich wiederholt. Es verlohnt sich wohl der Mühe, nach dem Recht zu fragen.

Die alte und die neue Regierung in Baden.

Aus dem Bodischen, 28. Mai. Man spricht von Ruhe und Ordnung in Baden, natürlich nur von einer äußern Ordnung, indem von einer rechtlichen Ordnung da, wo der verfassungsmäßigen Regierung die Gewalt entrissen ist, wohl keine Rede sein kann. Die äußere Ordnung ist gerade auch nicht hoch zu preisen, wenn man die mancherlei Gewaltthätigkeiten der provisorischen Regierung betrachtet. Hätte die großherzogliche Regierung nur den geringsten Theil der Ungesetzlichkeiten verübt, die jetzt der Landesausschuß und seine Exekutivkommission verüben, so wäre darüber ein entsetzliches Hallah über Verfassungsbruch und Reaktion entstanden. Der Landesausschuß merkt sich den Satz: „la légalité nous tue", und wer mehr die augenblickliche Existenz in's Auge faßt, als die auf einer sittlichen und rechtlichen Grundlage beruhende, die allein, wenn auch vorübergehend gestört, nachhaltig von Dauer ist, der wirft dem vertriebenen Ministerium vielleicht mit Grund vor, daß es an der Gesetzlichkeit zu strenge gehalten und daran gestorben sei. Auf der revolutionären Seite entscheiden aber nicht die ewigen Grundsätze des Rechts, sondern nur die thatsächlichen, erscheinenden Bedürfnisse des Augenblicks. Darum auch die Leichtigkeit, über die Gesetze hinwegzugehen. Beispiele hiervon sind

nicht allein in öffentlichen Nachrichten, sondern sogar im Organe des Landesausschusses und selbst im Regierungsblatte desselben zu finden. Man erinnere sich nur an die willkürliche Entlassung so vieler Beamten mit Nichtachtung ihrer durch das Dieneredikt, das einen Bestandtheil der Verfassung bildet, garantirten Rechte, an die willkürliche Absetzung von Gemeindebehörden und Anordnung neuer Wahlen, in welcher Beziehung die Regierung an die Vorschriften der Gemeindeordnung gebunden ist, an die Auflösung von Bürgerwehren, wozu das Gesetz nach der jetzigen Fassung, die Hecker und Brentano ihm gaben, der Regierung das Recht genommen hat, an das Aufgebot eines Theils der Bürgerwehr zum Ausmarsche, wozu die Regierung selbst nur im Fall eines Krieges befugt wäre. Man erinnere sich ferner an die Postbeschränkungen, an die Beschränkung der Ausfuhr von Effekten auf der Eisenbahn oder an dee Knielinger Brücke, an den Eifer zur Unterdrückung der Verbreitung oder des öffentlichen Vorlesens der Großherzoglichen Proklamation vom 17. d. M., — an die in der Karlsruher Zeitung bekannt gemachte Anordnung, daß reaktionäre Beamte (d. h. solche, die sich der Sache der Revolution nicht anschließen) unschädlich gemacht werden sollen, was, wenn man sich nicht Schlimmeres denkt, nur in der Gefangennehmung bestehen kann. (Grundrechte!!) In Mannheim hat Mördes öffentlich verkündet, daß, wer gegen die bestehende Regierung (den Landesausschuß) aufreize, sofort verhaftet und mit Gefängniß bestraft werde, während die nämlichen, die das neue Regiment führen, sich vorher unausgesetzt damit beschäftigt haben, gegen die gesetzliche Regierung aufzureizen, und sich darauf stützten, daß dies durch das Strafgesetz nicht mit Strafe bedroht sei.

Was die zu berufende konstituirende Versammlung betrifft, so haben Brentano und Genossen bei der Verhandlung der zweiten Kammer vom 10. Februar d. J., wie es nach der Verfassung auch unzweifelhaft ist, selbst erklärt, daß die Regierung die Bestimmungen, nach welchen jene Versammlung berufen werden soll, d. h. die Wahlordnung nicht für sich selbst erlassen könne, sondern hierüber, wie es in Würtemberg geschieht, einen Gesetzentwurf an die bisherigen Stände zu bringen habe. Die nämlichen Leute setzen sich nun aber, da sie selbst die Regierungsgewalt an sich gerissen haben, über derlei aus der Verfassung genommene Skrupel hinaus, und geben eigenmächtig sogleich selbst die Wahlvorschriften, nach welchen die konstituirende Versammlung berufen werden soll.

Interessant ist auch, daß unsere Demokraten im Jahr 1848 nicht nur in ihren Blättern, sondern auch in einem förmlichen Beschlusse des Kongresses der demokratischen Vereine vom 16. Juli 1848 zu Ettlingen den Ausspruch gethan haben, politische Eide seien unsittlich, unverbindlich und verwerflich. Kaum an die Regierung gelangt, deuten sie sich nun, überall den Eid des Gehorsams gegen die Anordnungen des Landesausschusses abzunehmen und die öffentlichen Diener, die diesen politischen Eid verweigern, sogar mit Absetzung zu bedrohen.

Eine ähnliche Konsequenz liegt darin, daß sie seit Monaten die Soldaten nicht nur durch Unterredung und Bier, sondern auch in Zeitungen und Flugblättern aufforderten, keine blinde Werkzeuge ihrer Oberen zu sein, sondern selbst zu prüfen, auf welcher Seite das Recht und der Vortheil sei, — daß aber jetzt Becker als Oberbefehlshaber der Bürgerwehr in einer Proklamation erkläre, daß der unbedingte Gehorsam des Soldaten oder Wehrmanns eine unerläßliche Forderung und Pflicht sei.

Deutschland.

Mannheim, 29. Mai. Gestern hielten die Mitglieder des Vollziehungsausschusses Brentano und Eichfeld Heerschau über die hiesige versammelte bewaffnete Macht. Es standen circa 5600 Mann unter dem Gewehr. Nachmittags wurde auf dem Exerzierplatz das „Verbrüderungsfest" von Soldaten und Bürgerwehr abgehalten und wir hatten da Gelegenheit die verschiedenen Korps und ihre Führer in nächster Nähe zu mustern. Dragoner bildeten die Spitze des Zuges, hinter ihnen das 3. und 4. Infanterieregiment und die Artillerie. Dann kamen die Turner in Leinwandjacken mit breiten Gürteln, aus denen Aexte, kurze Säbel oder Pistolen hervorragten; ein Theil dieser Turner, welche noch die weiße Fahne mit dem alten Motto: „frisch, fromm, fröhlich, frei" wehen ließen, trug Stahlhelme, die ihnen sehr gut standen. Den Turnern mit ihrem unschuldigen Panier folgten die Arbeiter mit einer ungeheuer großen rothen Fahne, welche in goldgestickten Buchstaben die Inschrift führte: „für Freiheit und Recht! Robert Blum!" Die demokratischen Frauen und Jungfrauen Mannheims haben diese blutfarbige Fahne, welche bente auch die Standarte des Hrn. Ledru Rollin und der französischen Sozialisten ist, dem Arbeiterverein geschenkt! Noch ist zwar die dreifarbige deutsche Reichsfahne, welche gestern alle Häusee Mannheims schmückte, das offizielle Panier, und selbst in dee Rheinpfalz durften die regulären Korps bis jetzt nne dieses entfalten. Daß man aber bereits angefangen hat, das Tragen der Jakobinerfahne bei den Arbeitern und den Freischaaren zu dulden, ist bezeichnend genug. Wäre nicht die gegründete Besorgniß vorhanden, die große Mehrzahl des Mittelstandes, der besitzenden Bürgerschaft, welche an dem ganzen revolutionären Schaugepränge sich noch ziemlich ergötzt und Theil an dem Spektakel nimmt, ohne in ihree Beschränktheit zu ahnen, wohin das nothwendig führen muß, scheu und stutzig zu machen — wäre diese Besorgniß nicht vorhanden, die Herren Brentano und Peter würden wohl nicht ungerne die rothe Fahne mit eigenen Händen schwingen. Doch damit ist's noch zu früh. Noch soll die Reichsverfassung als Schild dienen, um der ganzen Bewegung einen legalen Anstrich zu geben. Den Arbeitern folgte die Bürgerwehr und das schöne, regelmäßig uniformirte Korps der Schützen schloß den Zug. Wir sahen bei dieser Gelegenheit zum erstenmal den neuen Oberbefehlshaber der badischen Volkswehr, Lieutenant Sigel, der jetzt Majorsuniform trägt. Er ist ein junger Mensch von 21 Jahren, hat ein milchweißes, jüngferliches Kadettengesichtchen und kaum erst den Flaum am Kinn. Wie muß es einem Veteranen wie Obrist Eichrodt, der hier als Kommandant des 4. Infanterieregiments zurückgeblieben, zu Muth sein, von einem bartlosen jungen Menschen, dee erst wenige Monate die Militärschule verlassen, sich befehlen lassen zu müssen! Dee Adjutant des jüngferlichen Generalissimus dee badischen Armee ist ein Elsaßer, welcher bei der französischen Artillerie als Unteroffizier gedient haben soll. Kriegsministee Eichfeld, welcher sich in seinen dicken Epauletten, begleitet von einem Generalstabe, besonders zu gefallen und sich möglichst Mühe zu geben schien, eine prächtige Haltung anzunehmen, hat ein hageres Gesicht von sehr gemeinem, unangenehmen Ausdruck, welches durch die Brille nicht eben verschönert wird. Da ist der Freischaaren-Oberanführer Germain Metternich, der wenigstens seiner Rolle treu bleibt, und die blaue Blouse nicht gegen einen goldgestickten Kragen vertauscht hat, eine Gestalt von ganz anderm martialischem Gepräge. Bemerkenswerth ist, daß gestern bereits ein großer Theil der Soldaten die neuen Helme trug, welche den preußischen ähnlich, doch minder zierlich sind und statt der hohen metallenen Spitze oben eine Kugel von Messing führen. Diese Helme haben noch das Namenszeichen des Großherzogs. Man hofft vielleicht den Uebergang der rheinpreußischen Landwehr zu erleichtern, indem man ihren Helmen ähnliche Helme gegenüberstellt.

Mit dem gestrigen „Verbrüderungsfest" war auch eine Mahlzeit von Bier, Brod und Käse verbunden. Aber die Anstalten waren zur Bewirthung so schlecht getroffen, die Zelte waren so enge und wenig zahlreich, die Sonne brannte so afrikanisch auf den sandigen Boden des Exerzierplatzes herab, daß statt der gehofften Fröhlichkeit bald ein allgemeines Murren laut wurde. Die durstigen Kehlen unserer Wehrmänner lechzten vergebens nach dem verheißenen Labsal; unter mehreren Zelten rauste man sich um die Bierkrüge. Tausende gingen unerquickt und unzufrieden nach Hause. Abends kam die Willich'sche Freischaae aus Besançon an, welche bereits unter Hecker und Struve gefochten hat, und besser militärisch organisirt schien als irgend eine dee Freischaaren, die wir bis heute gesehen. Die meist sehr kräftig und wohlgenährt aussehenden jungen Blousenmänner sangen republikanische Lieder mit schönen frischen Stimmen. Ihre Fahne ist noch die dreifarbige mit einem goldenen Kreuz. Bei ihrem Auszuge von Besançon war diese Freischaar übee 200 Köpfe stark und ist jetzt auf 80 herabgesunken. Heute morgen ist dieses Freikorps nach der Rheinpfalz abmarschirt, wo der Anführer Hauptmann Willich sich bereits seit mehreren Tagen befindet.

** **Limburg**, 24. Mai. Herr v. Scherpenzeel-Heusch hat in dem hier erscheinenden Blatt De Limburger einen Brief eingerückt, worin er anzeigt, daß er sein Mandat als Mitglied des Frankfurter Parlaments niedergelegt, und seinen Kommittenten für ihr Vertrauen dankt. Nur wichtige Gründe hätten ihn zu diesem Schritt vermögen können. Sie bestehen in der Besorgniß, daß Deutschland auf dem Punkt stehe, entweder sich zue

Digitized by Google

Republik umzugestalten aber dem Absolutismus von neuem zu verfallen. In Betracht der deutschen Zustände achte er jetzt für besser, daß Limburg mit Niederland vereinigt bleibe, wo gegenwärtig alle wünschenswerthe Freiheiten durch das neue Grundgesetz den Eingebornen gewährleistet seien. Schließlich erklärt He. Scherpenzeel, daß er auch als Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten abgelehnt habe, weil seine Anwesenheit zu Haus nöthig und weil seine Wahl nach dem Haag eigentlich nur als Demonstration geschehen sei, so daß jetzt in den Distrikten Zalt-Bommel und Sittard Neuwahlen für die Generalstaaten stattfinden müssen. Wer Hrn. v. Scherpenzeel nähder kennt, wundert sich wenig über diese rasche Umwandlung in der Gesinnung eines Charakters, der mehr nach augenblicklichen Launen als nach tiefer Ueberzeugung handelt und der über die Ereignisse und Zufälle, wie sie wechseln, hin und her stolpert. Der gute Mann, dem nur eine gewisse Rührigkeit, wahrscheinlich das Erbtheil eines Zusatzes von wallonischem Blut, nicht abgesprochen werden kann, hält Deutschland schon für verloren, weil es nach den heftigsten Bewegungen sich nicht gleich binnen Jahresfrist aus den verwickeltsten Zuständen klar heraus gewickelt hat, und zu einem festgeordneten konstitutionellen Ruheleben vorgedeihen ist. Wie es scheint, können die beiden Limburger Landleute, die ihn nach Frankfurt gewählt haben, nicht so leicht dem Wechsel der Ansichten und Hoffnungen ihres bisherigen Führers folgen. Denn heute ist von hier eine Truppenabtheilung per Dampf zur Verstärkung der Garnison von Venlo abgegangen, und zwar auf Ansuchen eben des Hrn. v. Scherpenzeel-Heusch, der bei der Provinzialbehörde militärischen Schutz gegen Anbrohungen beansprucht hat, denen er auf seinen Gütern ausgesetzt sei. Wie man aus Venlo berichtet, sind es aber gerade seine früheren Anhänger, welche jetzt die heftigsten Aeußerungen gegen ihn ausstoßen. Auch aus Herzogenbusch soll eine halbe Batterie Feldartillerie nebst Bedeckung nach Limburg marschiren.

Niederland.

** **Haag**, 23. Mai. Bei der gestern geschlossenen Berathung der zweiten Kammer über die Kolonial-Ueberschüsse von 1847 rief der Minister der Kolonien eine für die unumgängliche Veränderung der holländischen Kolonialpolitik bezeichnende Abstimmung dadurch hervor, daß er behauptete: die mit der Handelsmaatschappy zu schließenden Verträge bedürften nicht der Gutheißung der Kammern. Nachdem nämlich über diese streitige Frage lange hin und her gesprochen worden, stellte Hr. de Man den Antrag: „Die Kammer, erklärend, daß die Uebereinkünfte und Verträge mit der Handelsgesellschaft nicht ohne Mitwirkung der Gesetzgebung zu Stande gebracht werden können, beschließt den Schluß dieser allgemeinen Berathung.“ Hierüber entspann sich von neuem eine lange lebhafte Debatte, die damit schlaß, daß die vorgeschlagene Erklärung mit 31 gegen 27 Stimmen (9 Mitglieder waren abwesend) verworfen wurde. Unter den Verwerfenden hatten indeß mehrere erklärt, daß sie wohl mit dem Grundsatz, nicht aber mit der Form der Mittel einverstanden seien, so daß kein Zweifel länger walten kann, daß die Mehrheit der zweiten Kammer die so wichtigen Verträge mit der Handelsgesellschaft ihrer Zustimmung unterwerfen will. Der Gesetzentwurf über die Kolonial-Ueberschüsse selbst ward sodann fast einmüthig angenommen. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer hat die Berathung des die ministerielle Verantwortlichkeit betreffenden Gesetzentwurfs begonnen. Die Frage drehte sich hauptsächlich um die Art der Minister-Verantwortlichkeit, ob eine rein politische, ob eine sittliche oder strafrechtliche. Der Minister des Innern hat auch den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes für beide Kammern eingebracht. Die Wahlen zur zweiten Kammer sollen direkt geschehen, ein Census aber zu Grunde liegen, der nach den Provinzen und wieder nach den Lokalitäten derselben verschieden ist; um Wähler zu sein, muß der Bürger z. B. in Herzogenbusch 60 fl., in den kleineren Gemeinden Nordbrabants 30 fl. an direkter Steuer bezahlen, im Haag 100 fl., in Rotterdam 110, in Amsterdam 120, in den Landgemeinden Drenthe's 24, in denen Limburgs 22 fl. — Zum Auspumpen des Haarlemer Meeres sind gegenwärtig drei Riesen-Dampfmaschinen in Thätigkeit, und das Abnehmen der Wassermasse fängt endlich an sichtbar zu werden.

Die Limburger Frage wird jetzt von der holländischen Presse mit übermüthigem, für Deutschland wegwerfenden Tone behandelt. Von einer Zustimmung zu der in Frankfurt geschaffenen Reichskonstitution, die von dem Papier nimmer ins Leben treten werde, könne nunmehr gar nicht mehr die Rede sein. Auch Baron von Scheepenzeel sei von seinen Täuschungen zurückgekommen. „Möchte Limburg,“ ruft das Handelsblad, „bewahrt bleiben vor dem Jammer und dem Elend, welches die deutsche Einheit nach sich zieht!“ Das deutsche Erbübel werde nie geheilt werden: die Deutschen sind gerade dann am uneinigsten, wenn sie sich vornehmen, einig sein zu wollen. Wer den Schaden hat, braucht für Spott nicht zu sorgen.

Viele deutsche Familien suchen Schutz (vor dem Gespenst der eigenen Furcht?) in dem friedlichen Niederland. Namentlich sind aus Frankfurt Viele nach Amsterdam gezogen. In Rotterdam aber ist der Verkehr der Flüchtigen am größten. Während der letzten drei Tage sollen dort über 1500 Personen rheinabwärts angelangt sein, und gestern Nachmittag kam wieder ein Extradampfboot mit 300 Reisenden an. Und doch hat die Cholera in Rotterdam wieder aufs Heftigste zugenommen, in voriger Woche starben allein 80 Menschen daran. Heinrich von Gagern nebst Familie soll gleichfalls seinen nahen Besuch in Holland angekündet haben.

Einer doch wohl übertriebenen Schätzung nach sind seit dem Tode Wilhelms II. an 9000 Kreuze und Orden vom jetzigen König verliehen worden, die 137,000 fl. gekostet haben sollen. Dennach — un sot trouve toujours un plus sot qui l'admire.

** **Haag**, 26. Mai. Unser Ministerium befindet sich in Folge der letzten Kammerbeschlüsse in völliger Auflösung. Der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister ward im Laufe der Debatte in der zweiten Kammer so abgeändert, daß die Minister noch vor dem Schluß der Berathung sie gut fanden, den ganzen Entwurf wieder zurückzuziehen. In Folge dessen soll auch der Justizminister Donker Curtius seine Entlassung verlangt haben, ungeachtet auch die erste Kammer seinen vielangegriffenen Gesetzentwurf über die Organisation der Justizkollegien mit 272 gegen 9 Stimmen angenommen hat, womit die letzte Hoffnung der Gegner desselben zu Grabe ging. Indessen hatte das Ministerium in der zweiten Kammer noch manche andere Schlappe erlitten, die sein Verbleiben unmöglich machte. Die Vorlagen über die wichtigsten Materien waren in den Abtheilungen unter aller Kritik befunden worden; um die Debatte, die eigene Ernennung von Kammerbeamten, wenn sie vor sich ginge, nicht zu bestätigen, hatte sich die zweite Kammer gar nicht gekümmert, und der Entwurf über das Vereinsrecht ward mit allen gegen 6 Stimmen, worunter zwei ministerielle, verworfen. Hr. v. Scherpenzeel hat seinen Nichteintritt in die zweite Kammer angezeigt. Von drei Gegenständen, die nach dem Tode Wilhelms II. verfassungsmäßig einer baldigen gesetzlichen Regelung bedürfen, nämlich von der Feststellung der Civilliste, von der Vormundschaft des minderjährigen Thronfolgers und von der Regentschaft hat bis jetzt noch nichts verlautet; der König bezieht vorläufig nichts aus der Staatskasse.

Holländisch-Ostindien.

** **Batavia**, 29. März. Ueberlandpost. Die für den Kriegszug gegen Bali von hier aus bestimmten Truppen haben die Hauptstadt bereits verlassen. Bis zur Ankunft des Herzogs Bernhard von Weimar, ist General Michiels provisorischer Befehlshaber des Heeres, welches am 25. März zu Surabaja, wo sich sämmtliche Expeditionstruppen vereinigen, gegen Bali unter Segel gehen sollte. Der ganze Zug wird bestehen aus 5000 Mann europäischer Truppen, 3000 Mann Eingeborenen, 12 Stück Geschütz, 18 Kriegsschiffen, worunter 3 Fregatten, 6 Dampfer, 2 Korvetten, 21 Transportschiffe ꝛc. Ein Beschluß des Generalgouverneurs vom 26 d. M. erklärt, daß die afrikanischen Militärs des indischen Heeres in allen Theilen gleiche Ansprüche wie die europäischen Soldaten auf Sold, Verpflegung und Pensionen für sich und ihre Wittwen und Waisen haben.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

STAATS- BIBLIOTHEK MÜNCHEN

Digitized by Google